STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 01. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 09. Juli 2015

10.15 Uhr - 12.39 Uhr

Tagesordnung

1. Angelobung der Landtagsabgeordneten

2. Wahl des Präsidenten, des Zweiten Präsidenten und der Dritten Präsidentin des Landtages

3. Wahl von zwei Schriftführern und zwei Ordnern

4. Wahl der vom Land Burgenland zu entsendenden Mitglieder des Bundesrates sowie Wahl ihrer Ersatzmitglieder

5. Wahl des Landes-Rechnungshofausschusses

6. Wahl und Angelobung des Landeshauptmannes, des Landeshauptmann-Stellvertreters und der übrigen Mitglieder der Landesregierung

Inhalt

Landtag

Angelobung der Landtagsabgeordneten (S. 6)

Wahl des Abgeordneten Christian Illedits zum Präsidenten (S. 7)

Ansprache des scheidenden Präsidenten Gerhard Steier (S. 8)

Ansprache des Präsidenten Christian Illedits (S. 10)

Wahl des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer zum Zweiten Präsidenten (S. 14)

Wahl der Abgeordneten Ilse Benkö zur Dritten Präsidentin (S. 15)

Wahl der Abgeordneten Kilian Brandstätter und Patrik Fazekas zu Schriftführern (S. 16)

Wahl der Abgeordneten Ewald Schnecker und Bernhard Hirczy zu Ordnern (S. 16)

Wahl von Inge Posch-Gruska, Marianne Hackl und Peter Heger zu Vertretern des Landes im Bundesrat (S. 17)

Ausschüsse

Wahl des Landes-Rechnungshofausschusses (S. 19)

Landesregierung

Wahl von Hans Niessl zum Landeshauptmann und Angelobung (S. 27)

Wahl von Johann Tschürtz zum Landeshauptmann-Stellvertreter (S. 24)

Wahl von Helmut Bieler, Mag. Norbert Darabos, Verena Dunst, Mag.[a] Astrid Eisenkopf und MMag. Alexander Petschnig zu Mitgliedern der Landesregierung (S. 24)

Angelobung des Landeshauptmann-Stellvertreters und der Mitglieder der Landesregierung (S. 29)

Erklärung des Landeshauptmann-Stellvertreters Johann Tschürtz (S. 29)

Erklärung des Landeshauptmannes Hans Niessl (S. 31)

Erklärung des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner (S. 34)

Erklärung des Landtagsabgeordneten Robert Hergovich (S. 37)

Erklärung des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly (S. 38)

Erklärung der Landtagsabgeordneten Mag. [a] Regina Petrik (S. 41)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 15 Minuten

Präsident Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die konstituierende Sitzung des am 31.Mai 2015 gewählten Burgenländischen Landtages und begrüße alle gewählten Landtagsabgeordneten, insbesondere jene, die zum ersten Mal in den Burgenländischen Landtag entsendet wurden.

Ebenso begrüße ich die ehemaligen Mitglieder der Landesregierung, des Landtages, des Nationalrates und des Bundesrates.

Gleichzeitig begrüße ich auch die Gäste auf der Galerie und möchte Sie bitten, sich ruhig zu verhalten und auch von Beifalls- oder Missfallensäußerungen Abstand zu nehmen.

Ich begrüße auch alle Zuseherinnen und Zuseher vor den Bildschirmen zuhause, die diese Sitzung via ORF live mitverfolgen.

Außerdem ersuche ich das Fernsehen und die Fotografen im Saal und auf der Galerie während der Wahlvorgänge vom Filmen und Fotografieren Abstand zu nehmen.

Gemäß Artikel 12 Abs. 3 der Verfassung des Burgenlandes und in Übereinstimmung mit § 3 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages obliegt es mir als dem Präsidenten des alten Landtages, die Sitzung zu eröffnen und bis zur Wahl des neuen Präsidenten den Vorsitz zu führen.

Mit der heutigen Sitzung beginnt die XXI. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages.

Anwesend sind alle 36 Damen und Herren Landtagsabgeordneten denen von der Landeswahlbehörde ein Wahlschein ausgestellt wurde, sodass ich gleichzeitig auch die Beschlussfähigkeit festhalte. Ebenso möchte ich mitteilen, dass die Wahlscheine in der Landtagsdirektion hinterlegt wurden.

Die amtliche Verhandlungsschrift der 60. Sitzung der XX. Gesetzgebungsperiode ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Ehe wir in die Tagesordnung eingehen, berufe ich Herrn Kilian Brandstätter und Patrick Fazekas gemäß § 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages bis zur Wahl der beiden Schriftführer zur vorläufigen Besorgung deren Geschäfte.

Wir gehen nun in die Tagesordnung ein.

1. Punkt: Angelobung der Landtagsabgeordneten

Präsident Gerhard Steier: Der 1. Punkt der Tagesordnung ist die Angelobung der Abgeordneten. Ich ersuche Sie, sich von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Gemäß Art. 23 der Landesverfassung und in Übereinstimmung mit § 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages haben die Mitglieder des Landtages bei ihrem Eintritt in den Landtag mit den Worten "Ich gelobe" folgendes Gelöbnis zu leisten:

„Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Burgenland, stete und volle Beachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten."

Meine sehr verehrten Damen und Herren Landtagsabgeordneten, Sie haben die Angelobungsformel gehört.

Ich ersuche vorerst den Herrn Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter mit den Worten „Ich gelobe" seine Angelobung zu leisten.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Landtagsabgeordneter Kilian Brandstätter: (SPÖ) Ich gelobe!

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter.

Nun ersuche ich Herrn Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter mit dem Namensaufruf zu beginnen. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Worte "Ich gelobe" zu sprechen.

Bitte Herr Abgeordneter Brandstätter.

(Über Namensaufruf durch den Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter leisen die nachstehenden Landtagsabgeordneten mit den Worten „Ich gelobe" die Angelobung.

Benkö Ilse, Mag. Drobits Christian, Fazekas Patrick, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Hirzy Bernhard, Hutter Gerhard, Illedits Christan, Kölly Manfred, Kovacs Günter, Kovasits Gerhard, Mag. Maczek Kurt, Mollnar Geza, Maga. Petrick Regina, Prohaska Doris, Maga. Resetar Michaela, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Rosner Georg, Sack Edith, Mag. Sagartz Christian, BA, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Stampfl Karin, Steier Gerhard, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Wiesler Markus, Mag. Wolf Christoph.)

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Die Angelobung ist somit vollzogen. Ich darf die Abgeordneten ersuchen, ihre Plätze wieder einzunehmen. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

2. Punkt: Wahl des Präsidenten, des Zweiten Präsidenten und des Dritten Präsidenten des Burgenländischen Landtages

Präsident Gerhard Steier: Wir kommen damit zum 2. Punkt der Tagesordnung, der betrifft die Wahl des Präsidenten, des Zweiten Präsidenten und des Dritten Präsidenten des Burgenländischen Landtages.

Es wurde kein gemeinsamer Wahlvorschlag eingebracht. Die Wahl des Präsidenten, des Zweiten Präsidenten und des Dritten Präsidenten wird nach den Bestimmungen des Art. 15 Abs. 4 bis 8 der Verfassung des Burgenlandes durchgeführt.

Wir kommen nun zur Wahl des Präsidenten des Burgenländischen Landtages. Die Wahl wird nach den Bestimmungen, wie gesagt, des Art. 15 Abs. 4 L-VG durchgeführt. Der Präsident wird vom Landtag mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wahlvorschlagsberechtigt sind dabei - bis zur Erzielung der erforderlichen Stimmenanzahl - diejenigen Parteien, denen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl (Methode nach d`Hondt) ein Präsident zukommt, in der Reihenfolge absteigender Mandatsstärke.

Von der Sozialdemokratischen Partei, der nach den Grundsätzen der Verhältniswahl der Präsident zukommt, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht.

Der Wahlvorschlag ist gültig und lautet auf den Abgeordneten Christian ILLEDITS.

Ich ersuche nun die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen, mache jedoch darauf aufmerksam, dass nur mit „JA“ oder „NEIN“ gestimmt werden kann. Bei Streichungen oder Einsetzen anderer Namen ist der Stimmzettel ungültig. Die Ordner werden den Stimmzettel nun verteilen. Wenn sie verteilt sind, ersuche ich den Herrn Abgeordneten Patrick Fazekas um Verlesung der Namensliste. Die Damen und Herren Abgeordneten ersuche ich nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen. *(Verteilung der Stimmzettel.)*

Bitte Herr Landtagsabgeordneter Fazekas.

(Über Namensaufruf durch Herrn Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Brandstätter Kilian, Mag. Drobits Christian, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Hirzy Bernhard, Hutter Gerhard, Illedits Christan, Kölly Manfred, Kovacs Günter, Kovasits Gerhard, Mag. Maczek Kurt, Mollnar Geza, Maga. Petrick Regina, Prohaska Doris, Maga. Resetar Michaela, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Rosner Georg, Sack Edith, Mag. Sagartz Christian, BA, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Stampfl Karin, Steier Gerhard, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas,

Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Wiesler Markus und Mag. Wolf Christoph selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Gerhard Steier: Die Stimmenabgabe ist beendet.

Die Herren Landtagsabgeordneten Brandstätter und Fazekas ersuche ich, die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Gerhard Steier: *(nach vorgenommener Stimmenzählung)* Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden 36 Stimmen abgegeben. 36 Stimmen sind gültig.

24 Stimmen lauten auf „JA“ und unterstützen den Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei.

12 Stimmen lauten auf „NEIN“ und lehnen den Wahlvorschlag ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landtagsabgeordneter Illedits wurde mit einfacher Stimmenmehrheit zum Präsidenten des Burgenländischen Landtages gewählt.

Abschiedsansprache des scheidenden Landtagspräsidenten Gerhard Steier

Bevor ich den Landtagsabgeordneten frage ob er die Wahl annimmt, gestatten Sie mir, dass ich bevor ich abtrete noch einige Worte von dieser Warte aus an Sie richten darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Respekt, Anerkennung des politischen Mitbewerbers, Objektivität und die Würde des Landtages zu wahren, waren meine Wegbegleiter und ich habe auch stets mein Handeln danach ausgerichtet.

So war es mir auch gegen wiederholte Anfeindungen und Verleumdungen sprich Job, beleidigt sein und Gage, ein Herzensanliegen bezüglich der geschlagenen Wahlen und der Vergabe von Mandaten das Burgenländische Landtagswahlrecht einer qualifizierten Überprüfung zu unterziehen, um Klarheit zu schaffen und Hilfestellung zu gewähren.

Und siehe da, hingegen vielen Beteuerungen gibt es hier qualifizierte Mängel, die zu Änderungen vom Verfassungsbestimmungen führen müssen.

Klar ist, der Landtag muss und ist für alle da und er darf nicht an Gängelband von Regierenden, die einem sogar absprechen wollen initiativ zu werden, verkommen beziehungsweise kurz gehalten werden. Durch striktes Handeln und Konsequenz müssen wir gemeinsam darauf achten unsere demokratischen Einrichtungen zu schützen, sie auszubauen, um ein klares Bild für und mit der Bevölkerung zu geben.

Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht es Haltung, ja Rückgrat. Diese Werte sind heute unabdingbar, unverzichtbar und daher lassen Sie uns dafür eintreten, im Sinne der Meinungsvielfalt und er freien Meinungsäußerung, auch wenn das nicht allen gefällt und von manchen überhaupt nicht gewünscht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei allen Mitstreitern, Weggefährten und Freunden, ganz besonders aber bei meiner Familie, meiner Gattin und unseren Töchtern und ein herzliches Dankeschön entbiete ich vor allem allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsdirektion.

Mit diesen Sätzen beende ich meine Replik und Ausschau als Präsident.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Heimatland ist das jüngste im Reigen der österreichischen Bundesländer und es hat auch über die letzten neun Jahrzehnte einen sehr steinigen Weg zum heutigen Niveau zurücklegen müssen.

Wir Burgenländerinnen und Burgenländer waren und sind eine sehr fleißige, ehrenhafte aber auch offenherzige Bevölkerung die bei vielen Gelegenheiten hohe Kompetenz, soziales Engagement und Opfermut bewiesen hat. Erst aber mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und anschließend mit dem Beitritt Österreich zur Europäischen Union hat das Burgenland die wichtigsten Schritte in seiner Entwicklungsgeschichte vollzogen.

Heute haben wir Standards erreicht, die wir uns selbst, speziell aber andere, nicht zugetraut haben. Für uns alle, für das gesamte Burgenland kann gesagt werden, dass schon in der Vergangenheit die Aufbauarbeit, die Zielvorgaben für eine nachhaltige Entwicklung insbesondere durch Parteien, Sozialpartner und vorbildhafte, vorbildliche Persönlichkeiten geleistet wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sozialdemokratie war für mich vor nun mehr über 30 Jahren als Wertegemeinschaft, als eine Initiative für Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Solidarität und sozialen Wohlstand, ein Leitbild dem ich engagiert folgen wollte, eine Partei in der ich mich immer mit vielen anderen zusammensetzen und diskutieren konnte und meine Ideen mitverwirklichen wollte.

Ich habe das auch durch großen Zuspruch der Bevölkerung in den verschiedensten Aufgabenstellungen für unser Heimatland leisten dürfen.

Heute ist diese SPÖ zu einem Wahlverein verkommen, der von einer Person geführt und dirigiert wird und die mit einer Partei nach meiner Definition auf keinem Wertefundament mehr basiert und daher überhaupt nichts mehr darstellt. Das zeigt sich mir, mehr als deutlich, an und mit dieser geschlossenen Koalitionsvereinbarung.

Alleine in einem der nächsten Wahlgänge in der heutigen konstituierenden Sitzung wird uns von SPÖ Seite vorgeführt, wie weit wir es gebracht haben.

Da das Amt des Dritten Präsidenten gemäß der Verfassungsregeln der SPÖ zusteht, muss die SPÖ, weil sie das Amt an die FPÖ weitergegeben hat, den Namensvorschlag hier im Plenum einbringen und in der Folge wählen nur die SPÖ Fraktionsmitglieder die Freiheitliche Kandidatin zur Dritten Präsidentin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wähler hat entschieden, aber der Niessl wird's schon biegen. Ich kann das mit meinem Gewissen nicht vereinbaren.

Es ist mir daher ein großes Anliegen, Ihnen, meine geschätzten Damen und Herren, von dieser Stelle aus zu sagen, dass ich aus der Partei austrete, alle Funktionen niederlege, den SPÖ Klub verlasse und ab sofort als freier Abgeordneter mein Mandat ausüben werde.

Es ist dies nicht nur ein Akt der Selbstachtung und der Abweisung dieser Koalitionsvereinbarung, es ist vor allem auch der große Respekt gegenüber meinen Wählerinnen und Wählern, die mich direkt in den Burgenländischen Landtag gesendet haben, aber sicher nicht deshalb, damit ich ihre Vorzugsstimmen als Leihgabe zur Unterstützung dieser Niessl-SPÖ und der FPÖ spende.

Für mein Empfinden ist die Koalition kein Experiment, schon gar kein heiliges, sondern schlicht und einfach eine machtpolitische Demonstration, eine Allianz um sich selbst zu befestigen. Das braucht meiner Ansicht nach unser Burgenland nicht!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich nun abtrete, nehme ich auch die Glocke, das Symbol und äußere Zeichen der Ordnungsfunktion des Präsidenten mit. Diese private Glocke wurde mir von meinem Amtsvorgänger als Lehen für meine Amtszeit und Amtsführung zur Verfügung gestellt - danke Walter Prior - und wird nunmehr von ihm ausdrücklich zurück gefordert.

Ihnen, Herr Illedits, wird eine Ersatzglocke zugemittelt.

Zum Schluss kein Ratschlag sondern nur der Hinweis, erteilen Sie dem Landeshauptmann keinen Ordnungsruf, den dieser wird gegen Sie verwendet. „Quod licet Iovi, non licet Bovi" - frei übersetzt - was dem Herrn gefällt, gilt nicht für das Volk.

Präsident Gerhard Steier: Herr Landtagsabgeordneter Illedits, nehmen Sie die Wahl an?

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Gerhard Steier: Ich darf Sie bitten Ihren Platz am Präsidium einzunehmen.

Danke, meine sehr geehrten Damen und Herren. *((Beifall bei der ÖVP, GRÜNE und LBL - Der scheidende Landtagspräsident Gerhard Steier nimmt seinen Platz in den Reihen der Landtagsabgeordneten ein.)*

Ansprache der neugewählten Landtagspräsidenten Christian Illedits

Präsident Christian Illedits *(der somit die Vorsitzführung im Burgenländischen Landtag übernimmt)***:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst die zahlreichen Gäste begrüßen, die heute zu dieser konstituierenden Landtagssitzung gekommen sind, die teilnehmen, alle

Familienmitglieder und Freunde von Abgeordneten, sowie die Mitglieder des Landtages oder der Landesregierung.

Es ist für viele ein großer Moment und ich darf Sie alle recht herzlich willkommen heißen.

Vorweg möchte ich mich recht herzlich für die hohe Zustimmung bei der Wahl zum neuen Präsidenten des Landtages bedanken.

Ich spreche vorweg aber auch schon den Dank namens des neu gewählten Zweiten Landtagspräsidenten Ing. Rudolf Strommer und auch der Dritten Landtagspräsidentin Ilse Benkö aus.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben mir bei dieser Wahl ein großes Vertrauen gegeben, das ist für mich ein Auftrag dieses hohe Amt fair, objektiv und sachlich zu führen und für alle Mitglieder des Landtages als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Heute ist aber auch für viele ein Tag des Abschieds und ich möchte mich deshalb bei allen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, die aus ihren Funktionen ausscheiden, bedanken.

Ich danke auch den drei ausgeschiedenen Landtagspräsidenten. Alle können für sich beanspruchen, ungeachtet ihrer politischen Herkunft das Burgenland in den Mittelpunkt gestellt zu haben. Dafür ein herzliches und aufrichtiges Dankeschön.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Oft muss man gewisse Dinge aus einer Distanz betrachten um ihre Werte richtig einschätzen zu können. Sie wissen, dass ich als Vertreter des Burgenlandes im Ausschuss der Regionen oft in Brüssel oder anderen Städten in Europa zu tun habe.

Das Burgenland ist nicht nur ein geschätzter, anerkannter Partner der anderen europäischen Regionen, wir werden immer öfter auch als Beispiel für wichtige Entwicklungen gelobt, für den Ausbau der erneuerbaren Energien, für eine Jugendbeschäftigungspolitik die auf kein Talent verzichtet, für einen Wirtschaftsaufschwung der ebenso nachhaltig wie umfassend ist.

Mehr noch aber steht unser kleines Bundesland für eine großartige Tradition des Zusammenlebens, die Vielfalt der Sprachen, der Volksgruppen und der Konfessionen, das Miteinander von unterschiedlichen Kulturen und Lebensstilen. Man könnte sagen, ein funktionierendes kleines Europa in einem großen Europa, in dem aber manches nicht mehr klaglos läuft.

Vieles in Europa, in Österreich, befindet sich im Umbruch. Das stellt auch unser Burgenland vor neuen Herausforderungen. Es gibt Probleme am Arbeitsmarkt, in der Asylfrage, denen wir uns mutig und entschlossen stellen müssen.

Es gibt Entwicklungen in der Bildungs- und Infrastrukturpolitik, die wir engagiert in die Hand nehmen müssen. Die Politik im Burgenland kann und braucht

keine Patentrezepte zu bieten, aber sie braucht ehrliche, solide Arbeit für die Menschen.

Das, meine Damen und Herren, ist durch den neuen Landtag der heute angelobt wurde und durch die neue Landesregierung, die danach zur Wahl steht, absolut gewährleistet. Diese Regierung ist demokratisch breit legitimiert und sie tritt mit einem ehrgeizigen Programm an.

Am Ende dieser Periode wird unser Bundesland vor seinem 100-jährigem Gründungsjubiläum stehen. Wenn es dann im Burgenland noch mehr Chancen für noch mehr Menschen gibt, wenn der Wohlstand gewachsen ist, wenn dieses Bundesland noch ein Stück fairer und lebenswerter geworden ist, dann wurden die richtigen Entscheidungen getroffen.

An diesen Ergebnissen sollten wir die neue politische Konstellation bemessen und ihr den Vertrauensvorschluss geben, den ein von einer großen Mehrheit der Wähler gewähltes Team verdient.

Hohes Haus, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Wahr ist aber auch, dass in der Politik ein neues Ziel erforderlich ist. Dies gilt nicht nur und nicht einmal in erster Linie für unser Bundesland. Immer mehr Menschen wenden sich von der etablierten Politik ab, weil sie sich in ihren Sorgen nicht mehr ernstgenommen fühlen. Unnötiger Streit stößt viele Bürger vor den Kopf.

Auch im Burgenland ist eine Unkultur der Auseinandersetzung eingerissen, die sich lieber auf Anzeigen als auch gute Argumente verlässt. Dem sollten wir die Besinnung darauf entgegenhalten wem die Politik dient.

Sie ist nicht Selbstzweck, sondern hat von den Wählerinnen und Wählern ein zeitlich befristetet Mandat. Sie hat sich ausschließlich am Erfolg des Landes und dem Wohl der Menschen zu orientieren.

Wie stellen wir sicher, dass sich die Menschen von uns vertreten fühlen? Wie garantieren wir unsere Glaubwürdigkeit? Wie können wir unsere Arbeitsweisen so gestalten, dass wir nah an den Bürgern sind und nicht über ihre Köpfe hinweg agieren?

Das sind die Fragen, denen die wir uns am Anfang dieser Gesetzgebungsperiode wieder von neuem stellen sollten um das wichtigste Gut in der Demokratie zu bewahren, nämlich das Vertrauen derjenigen, in deren Auftrag wir handeln.

Hohes Haus, werte Damen und Herren! Als neuer Präsident des Landtages betrachte ich es als mein vorrangiges Ziel, zu diesem neuen Stil und zu diesem bestärkten Vertrauen beizutragen.

Wir müssen auf die Menschen zugehen. Wir müssen als gewählte Volksvertreter bei allen Unterschieden das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. Es bedarf auf allen Ebenen einer sachlichen und konstruktiven Diskussion, die persönlichen Verletzungen tunlichst vermeidet.

Daraus leiten sich auch die Prämissen ab, nach denen wir hier im Landtag handeln müssen. Es geht darum, die Würde dieses Hohen Hauses zu garantieren.

Ich werde mit ganzer Kraft dafür eintreten, dass demokratische Mehrheiten und Beschlüsse respektiert, aber auch die Kontroll- und Oppositionsrechte beachtet werden. Vor allem muss es aber gemeinsames Ziel sein, das Eigengewicht des Landtages stärker zum Ausdruck zu bringen.

Als höchster politischer Vertretungskörper unseres Bundeslandes soll es ein Landesparlament für die Bürger sein. Ich möchte daher in dieser Arbeitsperiode einen weiteren großen Schritt hin zum interaktiven transparenten Landtag machen. Ein Landtag, der einerseits ein Ort der Begegnung sein soll und andererseits auf neue Medien setzt, um Menschen zur Mitgestaltung zu gewinnen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin nun mittlerweile beinahe 30 Jahre politisch tätig, vom Gemeinderat über das Bürgermeisteramt, das ich für eines der wichtigsten halte, bis hin zum Landtag.

Mein neues Amt, als Präsident des Landtages, trete ich mit Respekt und Demut an. Ich betrachte es als höchstmögliche Auszeichnung, in dieser Funktion für die Menschen und mein Heimatland zu arbeiten.

So wie ich, stehen heute viele andere vor einem Wechsel, einer neuen Herausforderung, auch politisch in einer veränderten Funktion. Veränderung kann motivierend sein, sie kann aber auch manchmal schmerzen.

Ich möchte aufrichtig und freundschaftlich allen die Hand zur Zusammenarbeit reichen. Bei aller persönlichen Betroffenheit dürfen wir alle nie vergessen, dass uns ein politisches Mandat anvertraut wurde, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern und unserem Burgenland verantwortlich sind. Sie erwarten, dass wir die Arbeit für dieses Land ganz in den Vordergrund stellen.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte des Dankes sagen. Jeder von uns hat Familie, hat Angehörige und Wegbegleiter, die ihm den Rücken stärken, ihnen danke ich herzlich.

Ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Büros und hier im Landhaus und ganz speziell den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Büro. Vor allem danke ich aber allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses, die den Eid auf die Verfassung abgelegt und sich ganz im Dienst an unserem Bundesland verpflichtet haben.

Arbeiten wir nun gemeinsam für unser schönes Burgenland! Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, LBL und GRÜNE)*

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Wahl des Zweiten Präsidenten des Burgenländischen Landtages. Die Wahl wird nach den Bestimmungen des Artikel 15 Absatz 5 L-VG iVm. § 74 Absatz 4 GeOLT durchgeführt.

Der Zweite Präsident wird auf Grund eines Wahlvorschlages der an Mandaten zweitstärksten, bei gleicher Mandatsstärke von der nach dem Ergebnis der letzten Landtagswahl an Stimmen zweitstärksten Partei gewählt. Der Zweite Präsiden ist gewählt, wenn der Wahlvorschlag mindestens zwei Drittel der Anzahl an Stimmen, bezogen auf die Zahl der Landtagsabgeordneten jener Partei, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, erhält.

Von der österreichischen Volkspartei, der nach den Grundsätzen der Verhältniswahl das Vorschlagsrecht zukommt, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht. Der lautet auf Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf STROMMER.

Ich ersuche nun die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, dass entsprechend § 74 Absatz 4 GeOLT nur die Abgeordneten der ÖVP zur Stimmenabgabe aufgerufen werden, und bitte, bei dieser Wahl kann nur mit „JA“ oder „Nein“ gestimmt werden, da ansonsten der Stimmzettel ungültig ist.

Ich ersuche die Verteilung der Stimmzettel vorzunehmen. *(Verteilung der Stimmzettel.)*

Die Stimmzettel sind verteilt. Ich ersuche den Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter um Verlesung der Namensliste. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten der ÖVP ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Fazekas Patrick, Hirczy Bernhard, Maga Michaela Resetar, Rosner Georg, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Franz Steindl, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Temmel Walter, Ulram Markus und Mag. Christoph Wolf selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmabgabe ist nun beendet. Die Herren Landtagsabgeordneten Brandstätter und Fazekas ersuche ich, die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits *(nach erfolgter Stimmenzählung)*: Bei der durchgeführten Wahl wurden 11 Stimmen abgegeben.

11 Stimmen sind gültig und lauten auf „JA“.

Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer ist somit mit der erforderlichen Stimmenanzahl zum Zweiten Präsidenten des Burgenländischen Landtages gewählt.

Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer, ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl zum Zweiten Präsidenten des Burgenländischen Landtages an?

Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Ich nehme die Wahl an. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Christian Illedits Herr Präsident, ich beglückwünsche Sie zur Wahl, wünsche Ihnen für die Tätigkeit alles Gute und ersuche Sie gleichzeitig Ihren Platz am Präsidium einzunehmen.

Es folgt nun die Wahl der Dritten Präsidentin des Burgenländischen Landtages.

Von der Sozialdemokratischen Partei, der nach den Grundsätzen der Verhältniswahl das Vorschlagsrecht zukommt, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht. Er lautet auf Frau Landtagsabgeordnete Ilse BENKÖ.

Die Wahl wird nach den Bestimmungen des Artikel 15 Absatz 7 der Verfassung des Burgenlandes in sinngemäßer Anwendung des Artikel 53 Absatz 7 L-VG durchgeführt.

Gemäß dieser Bestimmung ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö zur Dritten Präsidentin des Landtages gewählt, wenn sie mindestens zwei Drittel der Anzahl an Stimmen, bezogen auf die Zahl der Landtagsabgeordneten der SPÖ, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, erhält.

Ich ersuche nun die Stimmzettel für die Wahl zu verteilen. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, dass entsprechend § 74 Absatz 4 GeOLT des Landtages nur die Abgeordneten der SPÖ zur Stimmenabgabe aufgerufen werden und bei dieser Wahl kann nur mit „JA“ oder „NEIN“ gestimmt werden, da ansonsten der Stimmzettel ungültig ist. *(Verteilung der Stimmzettel)*

Die Stimmzettel sind verteilt. Ich ersuche nun den Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung der Namensliste.

Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten der SPÖ ersuche ich nach Aufruf ihres Namens, den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

Bitte Herr Abgeordneter.

(Über Namensaufruf des Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas legen die Abgeordneten Brandstätter Kilian, Mag. Drobits Christian, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Illedits Christian, Kovacs Günther, Mag. Maczek Kurt, Prohaska Doris, Dr. Rezar Peter, Sack Edith, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang und Steier Gerhard selbst den Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Die Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter und Fazekas ersuche ich, die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits *(nach erfolgter Stimmenauszählung)*: Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden 15 Stimmen abgegeben.

14 Stimmen sind gültig. 13 lauten auf „JA“, eine Stimme lautet auf „NEIN“.

Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö ist somit mit der erforderlichen Stimmenanzahl zur Dritten Präsidentin des Burgenländischen Landtages gewählt.

Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö, ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl zur Dritten Präsidentin des Burgenländischen Landtages an?

Landtagsabgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Christian Illedits Frau Präsidentin, ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg. Gleichzeitig darf ich Sie ersuchen, Ihren Platz im Präsidium einzunehmen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, LBL und GRÜNE)*

3. Punkt: Wahl von zwei Schriftführern und zwei Ordnern

Präsident Christian Illedits Wir kommen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung, zur Wahl von zwei Schriftführern und zwei Ordnern. Gemäß § 15 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtags sind im Anschluss an die Wahl der Präsidenten des Landtages zwei Schriftführer und zwei Ordner nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus der Mitte des Landtages zu wählen.

Zu dieser Wahl schlage ich vor, die Schriftführer und Ordner der SPÖ und ÖVP, denen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl das Vorschlagsrecht zukommt, in einem Wahlgang zu wählen, wobei jeder Abgeordnete zwei Stimmzettel erhält.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, wir werden daher in dieser Weise verfahren.

Seitens des Klubs der Sozialdemokratischen Partei wurde Herr Landtagsabgeordneter Kilian BRANDSTÄTTER für die Wahl zum Schriftführer und der Herr Landtagsabgeordneter Ewald SCHNECKER für die Wahl zum Ordner vorgeschlagen.

Seitens der Österreichischen Volkspartei wurde für diese Wahl Herr Landtagsabgeordneter Patrick FAZEKAS zum Schriftführer und Herr Landtagsabgeordneter Bernhard HIRCZY zum Ordner vorgeschlagen.

Ich ersuche nun die Stimmzettel zu verteilen. *(Verteilung der Stimmzettel)*

Die Stimmzettel sind nun verteilt, sodass ich Herrn Abgeordneten Brandstätter ersuche, die Namensliste zu verlesen.

Die Damen und Herren Landtagsabgeordnete ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Mag. Christian Drobits, Fazekas Patrick, Friedl Claudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Hirzy Bernhard, Hutter Gerhard, Illedits Christian, Kölly Manfred, Kovacs Günter, Kovasits Gerhard, Mag. Kurt Maczek, Molnar Géza, Mag. Regina Petrik, Prohaska Doris, Mag. Michaela Resetar,

Dr. Peter Rezar, Mag. Johann Richter, Rosner Georg, Sack Edith, Mag. Christian Sagartz, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Stampfl Karin, Steier Gerhard, Mag. Franz Steindl, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Temmel Walter, Ulram Markus, Wiesler Markus und Mag. Christoph Wolf selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmabgabe ist nun beendet. Ich ersuche die Herrn Landtagsabgeordneter Brandstätter und Fazekas die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits *(nach erfolgter Stimmenzählung)*: Bei dieser Wahl wurden 36 Stimmen abgegeben.

36 Stimmen sind gültig.

Somit wurden Herr Landtagsabgeordneter Kilian BRANDSTÄTTER mit 34 Stimmen und Herr Landtagsabgeordneter Patrick FAZEKAS mit 36 Stimmen

zu Schriftführern und

Herr Landtagsabgeordneter Ewald SCHNECKER mit 34 Stimmen und Herr Landtagsabgeordneter Bernhard HIRCZY mit 36 Stimmen

zu Ordnern gewählt.

4. Punkt: Wahl der vom Land Burgenland zu entsendeten Mitglieder des Bundesrates sowie ihrer Ersatzmitglieder

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung zur Wahl der vom Land Burgenland zu entsendeten Mitglieder des Bundesrates sowie ihrer Ersatzmitglieder.

Gemäß Artikel 49 Absatz 1 der Landesverfassung sind die vom Land zu entsendenden Mitglieder des Bundesrates und ihrer Ersatzmitglieder vom Landtag für die Dauer der Gesetzgebungsperiode des Landtages nach der Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bezeichnung des an erster Stelle entsendenden Vertreters des Landes zu wählen.

Derzeit beträgt die Zahl der Vertreter des Landes Burgenland im Bundesrat drei. Zwei Vertreter im Bundesrat fallen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs zu, ein Vertreter der Österreichischen Volkspartei.

Seitens der Sozialdemokratischen Partei wurden für die Wahl zum Mitglied des Bundesrates, Frau Inge POSCH-GRUSKA und Herr Peter HEGER sowie für die Wahl zu Ersatzmitgliedern Herr Thomas HOFFMANN und Frau Susanne RATHMANNER vorgeschlagen.

Von der Österreichischen Volkspartei wurden für die Wahl zum Mitglied des Bundesrat Frau Marianne HACKL und für die Wahl zum Ersatzmitglied Herr Dr. Dietmar HALPER vorgeschlagen.

Bei dieser Wahl möchte ich vorschlagen, die auf dem Wahlvorschlag der SPÖ und ÖVP genannten Bewerber in einem Wahlgang zu wählen, wobei jeder Abgeordnete zwei Stimmzettel erhält.

Erhebt sich gegen diese Vorgehensweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, daher werden wir von dieser Weise vorgehen.

Ich ersuche nun die Stimmzettel zu verteilen. *(Verteilung der Stimmzettel)*

Die Stimmzettel sind verteilt, sodass sich den Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas ersuche, die Namensliste zu verlesen.

Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten werden gebeten, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in der Wahlurne zu hinterlegen.

Bitte schön Herr Abgeordneter.

(Über Namensaufruf durch Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Brandstätter Kilian, Mag. Drobits Christian, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Hirzy Bernhard, Hutter Gerhard, Illedits Christian, Kölly Manfred, Kovacs Günter, Kovasits Gerhard, Mag. Macek Kurt, Molnar Geza, Maga. Petrik Regina, Prohaska Doris, Maga. Resetar Michaela, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Rosner Georg, Sack Edith, Mag. Sagartz Christian, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Stampfl Karin, Steier Gerhard, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Wiesler Markus und Mag. Wolf Christoph selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche die Herren Landtagsabgeordneten Brandstätter und Fazekas die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits *(nach erfolgter Stimmenzählung)*: Es wurden 36 Stimmen abgegeben. 34 Stimmen sind gültig, 2 Stimmen sind ungültig.

Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden zu Mitgliedern des Bundesrates

Frau Inge POSCH-GRUSKA mit 34 Stimmen

Frau Marianne HACKL mit 34 Stimmen und

Herr Peter HEGER mit 34 Stimmen

und zu Ersatzmitgliedern

Herr Thomas HOFFMANN mit 34 Stimmen

Herr Dr. Dietmar HALPER mit 34 Stimmen und

Frau Susanne RATHMANNER mit 34 Stimmen

gewählt.

Frau Bundesrätin Inge POSCH-GRUSKA hat als erste Vertreterin des Landes zu gelten.

Meine Damen und Herren ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit in der 2. Kammer der Republik Österreich, dem Bundesrat, alles Gute.

Vertreten Sie die Interessen unseres Bundeslandes in der Länderkammer. Viel Glück und Erfolg. *(Allgemeiner Beifall – Das Ersatzmitglied des Bundesrates Frau Susanne RATHMANNER wird von den Abgeordneten der ÖVP zu ihrer Wahl beglückwünscht.)*

5. Punkt: Wahl des Landes-Rechnungshofausschusses.

Präsident Christian Illedits: Der 5. Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Landes-Rechnungshofausschusses.

Der Landes-Rechnungshofausschuss besteht aus dem Obmann, dem Obmann-Stellvertreter und sieben weiteren Mitgliedern. Diese werden vom Landtag aus seiner Mitte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bedachtnahme darauf, dass dem Landes-Rechnungshofausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss, gewählt.

Der Obmann des Landes-Rechnungshofausschusses wird auf Vorschlag jener an Stimmen stärksten im Landtag vertretenen Partei gewählt, der gemäß § 8 GeOLT kein Mitglied in der Landesregierung zukommt, das ist die ÖVP.

Der Obmann-Stellvertreter wird auf Vorschlag der an Stimmen zweitstärksten im Landtag vertretenen Partei gewählt, der gemäß § 8 GeOLT kein Mitglied in der Landesregierung zukommt, das sind die GRÜNEN.

Für die Wahl des Obmannes, des Obmann-Stellvertreters und der sieben weiteren Mitglieder gelten die Bestimmungen des Artikel 75 Abs. 1 Z.1 bis 3 L-VG iVm § 38 Abs. 3 und § 74 Abs. 4 GeOLT, wobei für den Obmann, den Obmann-Stellvertreter sowie jedes weitere Mitglied in gleicher Weise ein Ersatzmitglied zu bestellen ist.

Der Obmann, der Obmann-Stellvertreter und die weiteren sieben Mitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses sind gewählt, wenn der Wahlvorschlag mehr als die Hälfte an Stimmen jener Partei, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, erhält.

Als erstes erfolgt die Wahl des Obmannes. Es liegt ein gültiger Wahlvorschlag der ÖVP vor, und dieser lautet auf Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph WOLF, M.A..

Ich ersuche nun, die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen. Gleichzeitig mache ich aber darauf aufmerksam, dass entsprechend § 74 Abs. 4 GeOLT nur die

Abgeordneten der ÖVP zur Stimmenabgabe aufgerufen werden und bei dieser Wahl nur mit „JA“ oder „NEIN“ gestimmt werden kann, da ansonsten der Stimmzettel ungültig ist.

Bitte um Verteilung der Stimmzettel. *(Verteilung der Stimmzettel)*

Da die Stimmzettel nun verteilt sind, ersuche ich den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung der Namensliste. Die Landtagsabgeordneten der ÖVP ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Fazekas Patrick, Hirzy Bernhard, Maga. Michaela Resetar, Rosner Georg, Mag. Christian Sagartz, Mag. Franz Steindl, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Temmel Walter, Ulram Markus und Mag. Christoph Wolf selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits: *(nach erfolgter Stimmenzählung)* Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden 11 Stimmen abgegeben. 11 Stimmen sind gültig.

Damit ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph WOLF, M.A. mit der erforderlichen Stimmenanzahl zum Obmann des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt.

Es folgt nun die Wahl des Obmann-Stellvertreters des Landes-Rechnungshofausschusses.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit schlage ich vor, auch gleich das Ersatzmitglied der GRÜNEN mitzuwählen. Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

Der von der Grünen Landtagsfraktion eingebrachte Wahlvorschlag lautet für die Funktion des Obmann-Stellvertreters, Herr Landtagsabgeordneten Wolfgang SPITZMÜLLER und als Ersatzmitglied Frau Landtagsabgeordnete Maga. Regina PETRIK.

Ich ersuche den Stimmzettel für die Wahl des Obmann-Stellvertreters und des Ersatzmitgliedes zu verteilen.

Gemäß § 74 Abs. 4 GeOLT werden nun die Abgeordneten der GRÜNEN zur Stimmenabgabe aufgerufen und auch bei dieser Wahl kann nur mit „JA“ oder „NEIN“ gestimmt werden, da ansonsten der Stimmzettel ungültig ist. *(Verteilung der Stimmzettel)*

Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich den Herrn Schriftführer Fazekas um Verlesung der Namen ersuche. Die Dame und den Herrn Landtagsabgeordneten der GRÜNEN ersuche ich nach Aufruf ihres Namens ihren Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas hinterlegen die Abgeordneten Maga. Petrik Regina und Spitzmüller Wolfgang selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Die beiden Schriftführer ersuche ich um Auszählung.

Präsident Christian Illedits: *(nach erfolgter Stimmenzählung):* Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden 2 gültige Stimmen abgegeben.

Damit ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller zum Obmann-Stellvertreter und Frau Landtagsabgeordnete Maga. Regina Petrik zum Ersatzmitglied des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt.

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Wahl der sieben weiteren Mitglieder und der acht Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses.

Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl stehen der SPÖ vier Mitglieder und vier Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses zu.

Der ÖVP stehen unter Einrechnung des Obmannes ein weiteres Mitglied und zwei Ersatzmitglieder,

der FPÖ steht ein Mitglied und ein Ersatzmitglied,

und der Liste Burgenland steht ein Mitglied und ein Ersatzmitglied zu.

Auch diese Wahl wird nach den Bestimmungen des § 74, Abs. 4 GeOLT durchgeführt.

Von diesen vier Parteien wurden auch gehörig unterstützte Wahlvorschläge eingebracht.

Von der SPÖ wurden für die Wahl zu Mitgliedern des Landes-Rechnungshofausschusses die Landtagsabgeordneten Robert HERGOVICH, Ewald SCHNECKER, Mag. Christian DROBITS und Edith SACK und für die Wahl zu Ersatzmitgliedern die Landtagsabgeordneten Mag. Kurt MACZEK, Günter KOVACS, Ingrid SALAMON und Christian ILLEDITS vorgeschlagen.

Von der ÖVP wurde für die Wahl zum Mitglied der Landtagsabgeordnete Markus ULRAM und für die Wahl zu Ersatzmitgliedern die Landtagsabgeordneten Mag. Christian SAGARTZ, BA, und Bernhard HIRCZY vorgeschlagen.

Die FPÖ hat für die Wahl zum Mitglied Herrn Landtagsabgeordneten Géza MOLNAR und für die Wahl zum Ersatzmitglied Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard KOVASITS vorgeschlagen.

Seitens der Liste Burgenland wurde Herr Landtagsabgeordneter Manfred KÖLLY zum Mitglied und Herr Landtagsabgeordneter Gerhard HUTTER zum Ersatzmitglied vorgeschlagen.

Die auf den Wahlvorschlägen genannten Bewerber sind gewählt, wenn der Wahlvorschlag mehr als die Hälfte der Stimmen jener Partei, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, enthält.

Als Erstes erfolgt die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses auf Grund des Wahlvorschlages der SPÖ. Dazu schlage ich vor, die auf dem Wahlvorschlag der SPÖ genannten Bewerber in einem Wahlgang zu wählen, wobei jedoch für alle zusammen nur ein Stimmzettel aufgelegt wird.

Dieselbe Vorgangsweise wäre auch bei den nächsten Wahlgängen anzuwenden.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, wir werden daher in diesem Sinne verfahren.

Ich ersuche nun die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Präsident Christian Illedits *(nach Verteilen der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich Herrn Schriftführer Fazekas ersuche, die Namensliste zu verlesen. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Abgeordneten Patrik Fazekas hinterlegen die Abgeordneten Brandstätter Kilian, Mag. Drobits Christian, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Illedits Christian, Kovacs Günter, Mag. Maczek Kurt, Prohaska Doris, Dr. Rezar Peter, Sack Edith, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Steier Gerhard selbst den Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche die beiden Schriftführer um Auszählung der Stimmen.

Präsident Christian Illedits *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Meine Damen und Herren! Bei der durchgeführten Wahl wurden mit 15 Stimmen gewählt:

zu Mitgliedern:

Landtagsabgeordneter Robert HERGOVICH,

Landtagsabgeordneter Ewald SCHNECKER,

Landtagsabgeordneter Mag. Christian DROBITS und

Landtagsabgeordnete Edith SACK.

Zu Ersatzmitgliedern:

Landtagsabgeordneter Mag. Kurt MACZEK,

Landtagsabgeordneter Günter KOVACS,

Landtagsabgeordnete Ingrid SALAMON und

Landtagsabgeordneter Christian ILLEDITS.

Präsident Christian Illedits Es folgt nun die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses aufgrund des Wahlvorschlages der ÖVP.

Ich ersuche nun die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Präsident Christian Illedits *(nach Verteilen der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich den Herrn Schriftführer Brandstätter ersuche, die Namensliste zu verlesen. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Abgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Fazekas Patrik, Hirczy Bernhard, Maga. Resetar Michaela, Rosner Georg, Mag. Sagartz Christian, BA, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Mag. Christoph Wolf, M.A. selbst den Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche die beiden Schriftführer um Auszählung der Stimmen.

Präsident Christian Illedits *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Meine Damen und Herren! Bei der durchgeführten Wahl wurden mit 11 Stimmen gewählt:

Zum Mitglied:

Landtagsabgeordneter Markus ULRAM

und zu Ersatzmitgliedern:

Landtagsabgeordneter Mag. Christian SAGARTZ, BA und

Landtagsabgeordneter Bernhard HIRCZY.

Präsident Christian Illedits: Als Nächstes erfolgt die Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes des Landes-Rechnungshofausschusses aufgrund des Wahlvorschlages der FPÖ.

Ich ersuche nun die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Präsident Christian Illedits *(nach Verteilen der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich den Herrn Schriftführer Fazekas ersuche, die Namensliste zu verlesen. Die Landtagsabgeordneten der FPÖ ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Abgeordneten Patrik Fazekas hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Kovasits Gerhard, Molnár Géza, Mag. Richter Johann, Stampfel Karin und Wiesler Markus selbst den Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Nachdem nun die Stimmenabgabe beendet ist, ersuche ich wieder die beiden Schriftführer um Auszählung der Stimmen.

Präsident Christian Illedits *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Meine Damen und Herren! Bei der eben durchgeführten Wahl wurden mit sechs Stimmen Herr Landtagsabgeordneter Géza MOLNAR zum Mitglied und Herr Landtagsabgeordneter Gerhard KOVASITS zum Ersatzmitglied des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt.

Präsident Christian Illedits: Als Letztes erfolgt die Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes des Landes-Rechnungshofausschusses aufgrund des Wahlvorschlages der Liste Burgenland. Ich ersuche nun die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Präsident Christian Illedits *(nach Verteilen der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich Herrn Schriftführer Fazekas ersuche, die Namen zu verlesen. Die Herren Landtagsabgeordneten der Lister Burgenland ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Abgeordneten Patrik Fazekas hinterlegen die Abgeordneten Hutter Gerhard und Kölly Manfred selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche die beiden Schriftführer wieder um Auszählung der Stimmen.

Präsident Christian Illedits *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der durchgeführten Wahl wurden mit zwei Stimmen Herr Landtagsabgeordneter Manfred KÖLLY zum Mitglied und Landtagsabgeordneter Gerhard HUTTER zum Ersatzmitglied des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt.

Meine Damen und Herren! Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und gebe meiner Überzeugung Ausdruck, dass Sie Ihre schwere, verantwortungsvolle Aufgabe in entsprechender Art und Weise bewältigen werden.

6. Punkt: Wahl und Angelobung des Landeshauptmannes, des Landeshauptmann-Stellvertreters und der übrigen Mitglieder der Landesregierung

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 6. Punkt der Tagesordnung. Dieser betrifft die Wahl und Angelobung des Landeshauptmannes, des Landeshauptmann-Stellvertreters und der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Gemäß Artikel 51 der Landesverfassung besteht die Landesregierung aus dem Landeshauptmann, dem Landeshauptmann-Stellvertreter sowie mindestens drei und höchstens fünf weiteren Mitgliedern, die den Titel Landesrat führen.

Gemäß Art. 53, Abs. 3 und 4 Landesverfassungsgesetz wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag seitens des SPÖ und FPÖ-Landtagsklubs fristgerecht eingebracht.

Der Wahlvorschlag sieht sieben Mitglieder vor, wobei für die Funktion des Landeshauptmannes, Herr Hans Niessl, für die Funktion des Landeshauptmann-Stellvertreters Herr Johann Tschürtz und für die weiteren Mitglieder Herr Helmut Bieler, Herr Mag. Norbert Darabos, Frau Verena Dunst, Frau Maga. Astrid Eisenkopf und Herr MMag. Alexander Petschnig vorgesehen sind.

Gemäß Art. 53 Abs. 6 Landesverfassung ist für die Wahl der Landesregierung die Anwesenheit von mindestens der Hälfte des Landtages und die einfache Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen erforderlich. Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche nun, die Stimmzettel für die Wahl des Landeshauptmannes, des Landeshauptmann-Stellvertreters und der übrigen Mitglieder der Landesregierung zu verteilen.

Präsident Christian Illedits *(nach Verteilen der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind verteilt. Auch bei dieser Wahl mache ich darauf aufmerksam, dass nur mit „JA“ oder „NEIN“ gestimmt werden kann, ansonsten ist der Stimmzettel ungültig.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter, die Namensliste zu verlesen. Die Damen und Herren Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Abgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Mag. Drobits Christian, Fazekas Patrik, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Hirczy Bernhard, Hutter Gerhard, Illedits Christian, Kölly Manfred, Kovacs Günther, Kovasits Gerhard, Mag. Maczek Kurt, Molnár Géza, Maga. Petrik Regina, Prohaska Doris, Maga. Resetar Michaela, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Rosner Georg, Sack Edith, Mag. Sagartz Christian, BA, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Stampfel Karin, Steier Gerhard, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Wiesler Markus, Mag. Wolf Christoph, M.A. und Brandstätter Kilian selbst die Stimmzettel in die Wahlurne. - Die Abgeordneten der GRÜNEN stellen auf ihrem Platz Schilder mit der Aufschrift „Rot-Blau-Watch - Wir schauen der Regierung auf die Finger“ www.Rot-Blau-Watch.at, auf)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Bei der eben durchgeführten Wahl wurden 36 Stimmen abgegeben. 35 Stimmen sind gültig. 1 Stimme ist ungültig.

22 Stimmen lauten auf „JA“ und unterstützen den gemeinsamen Wahlvorschlag.

13 Stimmen lauten auf „NEIN“ und lehnen den gemeinsamen Wahlvorschlag ab.

Herr Landeshauptmann Hans NIESSL ist somit abermals zum Landeshauptmann von Burgenland gewählt.

Herr Johann TSCHÜRTZ zum Landeshauptmann-Stellvertreter von Burgenland gewählt.

Zu Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung sind gewählt:

Landesrat Helmut BIELER

Landesrat Mag. Norbert DARABOS

Landesrätin Verena DUNST

Landesrätin Maga. Astrid EISENKOPF und

Landesrat MMag. Alexander PETSCHNIG.

Ich bitte nun Herrn Landtagsdirektor Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer und Herrn Landesamtsdirektor Hofrat Dr. Robert Tauber den Herrn Landeshauptmann Hans Niessl in den Sitzungssaal einzuholen.

(Hans Niessl betritt in Begleitung von Landtagsdirektor Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer und Herrn Landesamtsdirektor Hofrat Dr. Robert Tauber unter Beifall bei der SPÖ, FPÖ, LBL und GRÜNEN – die Abgeordneten der SPÖ erheben sich von ihren Plätzen – den Sitzungssaal und bleibt vor dem Präsidium und der Regierungsbank stehen.)

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Hans Niessl, der Burgenländische Landtag hat Sie bei der eben durchgeführten Wahl abermals zum Landeshauptmann von Burgenland gewählt.

Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an? -

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Christian Illedits: Herr Landeshauptmann, als Präsident des Burgenländischen Landtages beglückwünsche ich Sie namens des Landtages und auch namens der Bevölkerung des Burgenlandes zu Ihrer Wahl.

Ich wünsche Ihnen für dieses verantwortungsvolle Amt im Interesse unseres Heimatlandes die notwendige Kraft, um alle Aufgaben, die auf Sie zukommen werden, im Sinne der Bevölkerung und zum Wohle unseres Landes zu meistern.

Hohes Haus! Ich nehme nun die Angelobung des Landeshauptmannes vor.

Im Artikel 54 Abs. 1 der Verfassung des Burgenlandes ist bestimmt, dass der Landeshauptmann bei Antritt seines Amtes vor dem Landtag das Gelöbnis auf die Landesverfassung leistet.

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, sich von den Plätzen zu erheben.

Herrn Landtagsdirektor Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer ersuche ich die Gelöbnisformel vorzulesen. Sie, Herr Landeshauptmann, ersuche ich mit den Worten "Ich gelobe" das Gelöbnis auf die Landesverfassung zu leisten. *(Die Anwesenden erheben sich. - Landtagspräsident Illedits begibt sich zu Landeshauptmann Niessl, der vor dem Präsidium und vor der Regierungsbank steht.)*

Landtagsdirektor w.Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer: „Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetzes des Landes getreu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werden“.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ich gelobe!

Präsident Christian Illedits: Herr Landeshauptmann, Sie wurden nun auf die Landesverfassung angelobt. Der Herr Bundespräsident wird Sie auf die Bundesverfassung angeloben. Ich darf Ihnen Ihre Bestellungsurkunde überreichen und danach ersuche ich Sie, Ihren Sitz auf der Regierungsbank einzunehmen. *(Landeshauptmann Niessl nimmt nach der Angelobung und Überreichung der Bestellungsurkunde auf der Regierungsbank Platz. – Die Anwesenden nehmen wieder ihre Plätze ein.)*

Ich bitte nun Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann TSCHÜRTZ, die Landesräte Helmut BIELER, den Herrn Landesrat Mag. Norbert DARABOS, die Frau Landesrätin Verena DUNST, die Frau Landesrätin Maga Astrid EISENKOPF und den Herrn Landesrat MMag. Alexander PETSCHNIG vor das Präsidium und vor die Regierungsbank zu treten.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz, der Burgenländische Landtag hat Sie bei der soeben durchgeführten Wahl zum Landeshauptmann-Stellvertreter von Burgenland gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Christian Illedits: Herr Landesrat Helmut Bieler, der Burgenländische Landtag hat Sie abermals zum Mitglied der Landesregierung gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Christian Illedits: Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos, der Burgenländische Landtag hat Sie zum Mitglied der Landesregierung gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Christian Illedits: Frau Landesrätin Verena Dunst, der Burgenländische Landtag hat Sie abermals zum Mitglied der Landesregierung gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, ich nehmen die Wahl an.

Präsident Christian Illedits: Frau Landesrätin Maga. Astrid Eisenkopf, der Burgenländische Landtag hat Sie zum Mitglied der Landesregierung gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

Landesrätin Maga. Astrid Eisenkopf (SPÖ): Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Christian Illedits: Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig, der Burgenländische Landtag hat Sie zum Mitglied der Landesregierung gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Christian Illedits: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, sehr geehrte Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit für unser Heimatland Burgenland und seine Bevölkerung.

Es folgt nun die Angelobung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters und der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Gemäß Artikel 54 Abs. 2 der Landesverfassung leisten die übrigen Mitglieder der Landesregierung vor dem Landtag in die Hand des Landeshauptmannes das Gelöbnis auf die Landesverfassung.

Ich bitte daher Herrn Landeshauptmann Hans Niessl vor die Regierungsbank zu treten und die Angelobung vorzunehmen und alle Damen und Herren Abgeordneten sich von den Sitzen zu erheben.

Herrn Landtagsdirektor Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer ersuche ich, die Gelöbnisformel zu verlesen. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Landtagsdirektor w.Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer: „Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetzes des Landes getreu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werden“.

Präsident Christian Illedits: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, werte Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, Sie haben die Gelöbnisformel gehört. Ich darf Sie nun bitten, mit den Worten „Ich gelobe“ dieses Gelöbnis in die Hand des Herrn Landeshauptmannes zu leisten. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz, die Landesrätinnen Maga. Astrid Eisenkopf und Verena Dunst sowie die Landesräte Helmut Bieler, Mag. Norbert Darabos und MMag. Alexander Petschnig leisten mit den Worten „Ich gelobe“ in die Hand des Herrn Landeshauptmannes das Gelöbnis auf die Landesverfassung. – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Präsident Christian Illedits: Nach dem Herrn Landeshauptmann haben auch der Landeshauptmann-Stellvertreter und die übrigen Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung das Gelöbnis auf die Landesverfassung geleistet.

Auf die Bundesverfassung werden der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und die übrigen Mitglieder der Landesregierung vom Landeshauptmann angelobt.

Die Angelobung erfolgt nach der Angelobung des Herrn Landeshauptmannes durch den Herrn Bundespräsidenten.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Frau Landesrätinnen, meine Herren Landesräte, ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl.

Ich darf Ihnen nun Ihre Bestellungsurkunden überreichen, danach ersuche ich Sie, Ihre Plätze auf der Regierungsbank einzunehmen. *(Landtagspräsident Illedits überreicht dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter und den übrigen Mitgliedern der Landesregierung die Bestellungsurkunden. – Beifall bei der SPÖ, FPÖ und LBL)*

Präsident Christian Illedits: Ich erteile nunmehr Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Sehr geehrte Regierungskollegen! Liebe Zuhörer und Zuseher.

Ja, ich nehme die bevorstehende Herausforderung sehr gerne an und ich möchte anmerken, und es ist mir sehr wichtig, auch das zu sagen, dass die Regierungsverhandlungen so gelaufen sind, wie ich mir das auch vorgestellt habe.

Das heißt, das Regierungsprogramm ist zielorientiert, sachorientiert und vor allem mit Vertrauen abgehandelt worden und das meine ich wirklich ernst.

Es ist nicht so gewesen, dass man immer das Negative gesucht hat und vielleicht in der fünften Reihe noch versucht hat, irgendetwas Negatives zu finden, sondern man hat die Standpunkte auf den Tisch gelegt und man hat zielorientiert Lösungen für unser Burgenland gefunden und das spiegelt sich auch wieder im Regierungsprogramm.

Wenn man sich nur das Regierungsprogramm anschaut, dann kann man schon erkennen, welche Bürgernähe es plötzlich geben wird. Das heißt, es wird einen gläsernen Konzern Burgenland geben.

Es wird alles durchsichtig sein für die Bevölkerung. Das heißt, es wird eine direkte Demokratie geben, die es auch noch nie gegeben hat, in keinem anderen Bundesland. Das heißt, es wird Volksbefragungen geben. Die Bürger werden eingebunden, es wird eine veränderte Politik geben. Es wird eine Politik geben, die Augenmerk auf die Sicherheit legt und es wird eine Politik geben, die vor allem im Bereich der Beschäftigung für neue Impulse sorgen wird.

Das heißt, wir werden auch so wie angekündigt dafür sorgen, dass man Burgenländer - burgenländische Beschäftigung für Burgenländer - so gut als möglich zusammenbringt. Es ist in diesem Regierungsprogramm vor allem auch vorgesehen - und das gefällt mir natürlich auch ganz besonders - dass auch im Sinne dieser Bürgerbeteiligung auch ein Landesvolksanwalt installiert wird. Das hat es bis jetzt auch noch nicht gegeben.

Das heißt, es ist eine Reihe und eine Fülle von neuen Ansätzen der Tätigkeiten, die es bis jetzt noch nicht gegeben hat und ich glaube auch, dass die Zusammenarbeit sehr gut laufen wird. Wenn auch so mancher Bürgermeister sagt, es wird ein Ablaufdatum dieser rot-blauen Regierung geben, dann kann ich Ihnen versprechen, ja das wird es geben, aber erst 2020 oder vielleicht 2025.

Ich bin auch davon überzeugt, dass auch der Bereich Sicherheit ein wesentlicher Faktor ist, den wir jetzt natürlich im Burgenland angehen werden. Auch wenn so mancher Journalist zu mir sagt: Naja, das Burgenland ist eigentlich eh schon das sicherste Bundesland und die Kriminalitätsrate ist gesunken.

Dann kann ich eines feststellen, man darf nicht von einem Monat ausgehen, sondern es ist wichtig, die Sicherheit zu garantieren, die Sicherheit auszubauen, die Sicherheit zu verstärken. Es wird ein Gemeindesicherheitskonzept geben und es wird viele Initiativen geben seitens dieser Koalition, wo wir ganz klar erkennen werden, dass Sicherheit oberste Priorität hat.

Wir wollen natürlich präventiv arbeiten, wir wollen die Sicherheit ausbauen und nicht sagen, jetzt sind grad nicht so viele Einbrüche und jetzt lassen wir es einfach, das sind wir nicht, wir wollen zukunftsorientiert arbeiten und das werden wir auch tun.

Wir gehen, wie gesagt, für unser Burgenland neue Wege. Neue Wege, die attraktiv sind, die mutig sind und diese neuen Wege bin ich bereit, mit der Bevölkerung mitzugehen. Ich bin auch wirklich bereit und wir sind auch bereit - der Koalitionspartner genauso - auch Anträge der Oppositionspartei ernsthaft zu betrachten, auch Anregungen der Oppositionsparteien wirklich ernsthaft zu betrachten, auch vielleicht gute Anträge oder Anfragen dahingehend zu bearbeiten, dass sie auch umgesetzt werden.

Ich glaube, das wird auch eine neue Form der Politik sein - ein Miteinander für unsere Bevölkerung, eine Bürgerbeteiligung, die es noch nie gegeben hat, einfach

eine neue attraktive Politik für das Burgenland. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Dankeschön Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Zu Wort gemeldet ist nun Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin vor wenigen Minuten vom Landtag zum vierten Mal zum Landeshauptmann des Burgenlandes gewählt worden. Das ist natürlich für mich eine ganz besondere Ehre, wenn man zum vierten Mal gewählt wird - ich freue mich natürlich außerordentlich darüber.

Ich möchte mich auch gleich zu Beginn bei allen bedanken, die dieser Regierung das Vertrauen geschenkt haben. Wir wissen, dass wir verantwortungsvoll mit diesem Vertrauen umgehen müssen und natürlich auch umgehen werden.

Ich bedanke mich aber auch bei den Mitgliedern der Landesregierung, die ausgeschieden sind - mit Landeshauptmann-Stellvertreter, jetzt außer Dienst, Mag. Franz Steindl, Landesrat Dr. Peter Rezar, Landesrätin Maga. Michaela Resetar und Landesrat Andreas Liegenfeld. Ich möchte mich bei Ihnen auch bedanken für jahrelange Arbeit für unser Heimatland Burgenland, für Ihre Leistungen für unser Heimatland Burgenland, für die Zusammenarbeit, all das, was Sie für das Land mit großem Engagement auch erbracht haben - ein Danke dafür!

Ich darf aber auch den Abgeordneten danken, die ebenfalls ausgeschieden sind, die auch - manche davon viele Jahre und Jahrzehnte - diesem Hohen Haus angehört haben und natürlich wichtige Entscheidungen in der Vergangenheit getroffen haben, an der Spitze natürlich die Erstellung des Budgets, das die Grundlage für jede Arbeit in der Landesregierung ist. Ich denke, dass in der Vergangenheit viele wichtige, gute, innovative Entscheidungen getroffen wurden, weil heute schon einige Male gesagt wurde, dass das Burgenland in vielen Bereichen sehr gut dasteht.

SPÖ und ÖVP haben bei der Landtagswahl am 31. Mai an Stimmen eingebüßt. Die Freiheitlichen dagegen konnten einen Stimmenzuwachs verzeichnen. Es ist deswegen auch demokratiepolitisch nachvollziehbar, dass es zu dieser Koalition zwischen SPÖ und FPÖ mit einem entsprechenden Arbeitsübereinkommen gekommen ist, das jedem bekannt ist, das transparent ist, wo es auch keinen Sideletter gibt, sondern was hier vereinbart wurde, ist über das Internet auch abrufbar.

Aufgrund der Geschichte des Landes möchte ich aber auch darauf hinweisen, dass es nicht das erste Mal ist, dass ein Sozialdemokrat mit den Stimmen der Freiheitlichen zum Landeshauptmann gewählt wurde.

1964 war das bei Hans Bögl der Fall und auch 1966 wurde Theodor Kery mit der Stimme der Freiheitlichen zum Landeshauptmann gewählt. Aber auch auf Bundesebene hat es in der Vergangenheit eine aktive Zusammenarbeit zwischen SPÖ und FPÖ gegeben.

Ich erinnere da vor allem an den Langzeitbundeskanzler Dr. Bruno Kreisky - er hat seine SPÖ-Minderheitsregierung im Jahr 1970 mit Zustimmung der Freiheitlichen gebildet. Es ist auch der burgenländische Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz, der eine Koalition auf Bundesebene mit den Freiheitlichen eingegangen ist.

Heute wurde erstmalig eine Regierung zwischen SPÖ und FPÖ gebildet, wie gesagt, auf Basis eines - aus meiner Sicht - sehr guten Arbeitsübereinkommens. Es ist für die neue Landesregierung und natürlich für mich als Landeshauptmann selbstverständlich, dass wir uns zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt unseres Heimatlandes Burgenland bekennen, dass die Volksgruppen des Landes so wie in der Vergangenheit auch unterstützt und gefördert werden.

Für die neue Regierung ist es klar und eine feste ideologische Grundeinstellung, dass wir extremistische Positionen - sei es der Rechtsextremismus, aber auch der Linksextremismus sowie religiösen Fanatismus beziehungsweise Fundamentalismus - strikt ablehnen.

Das Arbeitsübereinkommen zwischen der SPÖ und der FPÖ beinhaltet zahlreiche sachpolitische Schwerpunkte. Wir wollen jedes Jahr netto 1.000 neue Arbeitsplätze im Land schaffen, durch gute Rahmenbedingungen, durch verschiedene Maßnahmen, die ich im Detail in der Regierungserklärung erläutern werde - sollen mehrheitlich Burgenländerinnen und Burgenländer, wie der Landeshauptmann-Stellvertreter gesagt hat, in Beschäftigung gebracht werden.

Bis zum Jahr 2020 stehen uns auch von Seiten der Europäischen Union, dem Bund und dem Land in Summe 750 Millionen Euro an Investitionen zur Verfügung. Das Burgenland gilt seit dem Jahr 1995 - dem Beitritt Österreichs zur EU - als europäische Musterregion. Die Fördergelder aus Brüssel wurden nicht nur abgeholt, sondern auch effizient und nachhaltig eingesetzt.

Viele grenzüberschreitende Projekte - und auch hier gibt es einen entsprechenden Fördertopf - sollen auch in Zukunft mit unseren Nachbarländern Ungarn, Slowakei und Slowenien in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden. Das alles soll zu einem weiteren Aufstieg des Burgenlandes beitragen.

Mit Gesamtförderungen und Investitionen - und das ist eine Rekordsumme, die ich auch in meiner Regierungserklärung im Detail erläutern werde - wird es bis zum Jahr 2020 in der Höhe von 2,7 Milliarden Euro im Burgenland von Nord bis Süd auch geben - auch für den Ausbau der Infrastruktur.

Das Burgenland soll auch in Zukunft das sicherste Bundesland bleiben. Wirtschaftspolizeilich, auch mit der Finanzpolizei, verkehrspolizeilich und kriminalpolizeilich darf und soll auch an der Grenze kontrolliert werden. Wir fordern daher von der Innenministerin diese Kontrollen an der Grenze. Wir werden schnellstmöglich auch Sicherheitsmodelle für exponierte Gemeinden erarbeiten und zudem soll die Schleierfahndung auch weiter ausgebaut werden.

Wir brauchen aber auch im Burgenland ein sehr modernes Bildungssystem, wir brauchen die besten Facharbeiter, Angestellten, ausgezeichnete Ingenieure. Dieses Bildungssystem, die Ausbildung und Bildung der Menschen, ist gerade auf einem Arbeitsmarkt, der großem Druck ausgesetzt ist, besonders wichtig.

Wenn wir in den letzten Jahren die höchste Maturantenquote des Burgenlandes erreicht haben, dann zeigt sich, wie hoch dieses burgenländische Bildungssystem vom Bildungsgarten bis zu unseren Fachhochschulen auch organisiert ist.

Die Armutsbekämpfung ist uns ebenfalls ein sehr großes und wichtiges Anliegen. Die Armutsbekämpfung beträgt in der Europäischen Union 16 Prozent, in Österreich 14 Prozent und im Burgenland sieben Prozent. Die Akzeptanz einer Regierung wird auch daran gemessen, wie ernst sie den Kampf gegen die Armut nimmt.

Hier werden wir natürlich auch in Zukunft geeignete Maßnahmen im Kampf gegen die Armut setzen und auch hier wird das Burgenland in Zukunft Vorreiter in Österreich sein mit der niedrigsten Armutsgefährdung aller österreichischen Bundesländer.

Es wird auch in den nächsten Tagen - und wir werden uns vor wichtigen Themen nicht scheuen - einen Asylgipfel im Burgenland geben. Caritas, Diakonie, weitere NGO´s, Gemeindevertreter, Bezirkshauptleute werden eingeladen, um auf Grundlage der Beschlüsse der Landeshauptleutekonferenz und des Regierungsübereinkommens einen Beitrag zur Lösung der Asylfrage zu leisten. Das Burgenland war und ist ein kleines Land mit großem Herzen - das werden wir auch in der Zukunft so handhaben.

Uns ist aber bewusst, dass wir im Burgenland die Europäische, ja globale Asylpolitik, nicht isoliert lösen können, daher ist ein gesamteuropäischer Lösungsansatz auch mit Nachdruck anzustreben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland war in der Vergangenheit ein Musterbeispiel dafür, dass Kleine Großes leisten können. Wir werden in den nächsten Jahren das auch weiterbetreiben. Wir werden versuchen, in den nächsten fünf Jahren moderner, effizienter, bürgernäher und schneller zu werden. Wir werden versuchen, soweit das auch geht und die Bundesgesetze es zulassen, die Bürokratie zurückzudrängen.

Das Burgenland wird aber auch durch neue und schlankere Strukturen, wie ebenfalls bereits angesprochen wurde, transparenter werden. Mit wichtigen Investitionen in die Zukunft, einem ausgeglichenen Landeshaushalt und Haushaltsbudget werden wir die komplexen und vielfältigen Herausforderungen, die auf unser Heimatland Burgenland zukommen, bestmöglich und im Sinne der Menschen lösen.

Ab heute beginnt die Arbeit und an ihren Leistungen wird die neue Landesregierung auch zu beurteilen sein.

Mit dieser neuen Landesregierung haben wir die feste Absicht und das Ziel, dass der Aufstieg unseres Heimatlandes Burgenland auch in den nächsten Jahren fortgesetzt wird. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Dankeschön Herr Landeshauptmann. Zu Wort gemeldet ist nun Herr Abgeordneter Mag. Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Zuhörer und Gäste! Geschätzte Abgeordnete! Heute ist wirklich ein bemerkenswerter Tag, endlich ist der Landtag, das wichtigste Gremium, das wichtigste politische Gremium im Burgenland, angelobt worden.

Es ist auch ein bemerkenswerter Tag, weil heute hier auf der Regierungsbank eine rot-blaue, blau-rote Regierungsmannschaft sitzt, deren Zustandekommen allgemein bekannt ist. Es gibt auch viele Gründe wahrscheinlich dafür, aber es gibt einen ganz, ganz wesentlichen Grund für diese Kooperation, für diese rot-blaue, blau-rote Kooperation, Melange möchte ich fast sagen, nämlich Machterhalt. Das ist der wahre Grund für diese Regierung.

Diese Regierung wird nicht nur deshalb weil sie erstmals außerhalb des Proporzes der Verhältnismäßigkeit gebildet worden ist, in die Geschichtsbücher des Burgenlandes eingehen und wird wahrscheinlich auch großes Interesse in der Politikwissenschaft bekommen. Denn so eine Regierung, so eine Koalitionsregierung, besteht ja immer oder meistens aus einem größeren und einem kleineren Partner.

Der kleinere Partner hat eine wichtige Aufgabe, nämlich die Mehrheitsbeschaffung, Steigbügelhalter sagt man auch. *(Abg. Robert Hergovich: Peinlich, peinlich, das bei der Angelobung!)* Diese Regierung, meine Damen und Herren, ist durchwegs eine Steigbügelhalterregierung! Ist durchwegs eine, und ich werde das auch erklären, warum. Die einen, die FPÖ, hat sich ja in einer nie dagewesenen Art und Weise über den Tisch ziehen lassen.

Abgespeist mit zwei Scheinressorts, das werden wir dann noch klären wenn es soweit ist, bei der Regierungserklärung, aber dafür eben ausgestattet mit Büros und Posten.

Sie sind es, meine Damen und Herren von der FPÖ, die es erstmals in der Geschichte des Landes ermöglichen, dass es wirklich eine unumschränkte Macht der SPÖ gibt. Das werden Sie sehr bald Ihren Funktionären, Ihren Wählern und auch der ganzen Bevölkerung erklären müssen.

Dann haben wir fünf Regierungsmitglieder der SPÖ. Die SPÖ hatte bei dieser Regierungsbildung eigentlich nur eines im Auge. Nämlich Machterhalt um jeden Preis und am besten mit dem billigsten Partner. *(Abg. Ingrid Salamon: Das muss schon wehtun!)*

Meine Damen und Herren! Was viele für wirklich unverschämt finden ist, dass die SPÖ als die große Wahlverliererin, als die große Wahlverliererin, minus drei Mandate, minus sechs Prozent, sich ein fünftes Regierungsmitglied zuschanzt! Das, meine Damen und Herren, hätte wohl niemand erwartet. Aber auch das haben Sie gemacht und der kleine Bruder, die FPÖ, sitzt daneben und freut sich mit Tränen in den Augen, klatscht und sagt na ja, 1,7 Millionen, was so ein Regierungsmitglied kostet, das ist ja nicht die Welt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Jetzt könnte die SPÖ sagen, ja wir haben vieles erreicht, das ist richtig, man hat ja die FPÖ ordentlich über den Tisch gezogen. Aber Sie haben eines übersehen, nämlich, dass Sie damit auch Steigbügelhalter für einen gewissen Herrn H. C. Strache sind!

Eine Regierung, meine Damen und Herren, deren Regierungschef nicht in diesem Saal anwesend ist, *(allgemeine Unruhe)* eine Regierung, deren

Regierungschef auch nicht im Burgenland ist, sondern eine Regierung, deren Regierungschef in Wien sitzt und H. C. Strache heißt!

Das, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit. Wenn man sich in die Gedankenwelt dieser Regierung ein bisschen hineinfühlt, dann muss einem wirklich bange werden um das Burgenland. Hier vor Ihnen sitzt eine Wackelkoalition, die schon eigentlich vor der Angelobung durch den Ring getaumelt ist und angezählt ist. Eine Koalition, die schon lange vor der Wahl ausgemacht worden ist.

Das zeigt ja nicht nur das schnelle Verhandeln, sondern auch viele Aussagen der Wochen und Monate davor. Nicht einmal sieben Stunden Nettoarbeitszeit hat man gebraucht für dieses Koalitionspapier, das so hoch gelobt wird und über das wir nächste Woche auch noch reden werden. Da werden wir uns sicher anhalten. Dann, meine Damen und Herren, nach diesem Tempo, nach diesem temporeichen Start, Stillstand. Tagelang, wochenlang, Stillstand.

Das, meine Damen und Herren, das ist so ein bisschen ein Vorgeschmack auf das, worauf wir uns einstellen können in den nächsten Jahren. Alte Politik von gestern - Stillstand. Wahrung von Parteiinteressen.

Aber da hat man ja ein bisschen noch nachgedacht. Weil das so wackelig war, hat man sich noch schnell die Liste Burgenland ins Boot geholt, hat ja die Regierung mitgewählt offenbar, so haben wir keine rot-blaue Regierung, sondern eine blau-rot-blaue Regierung, weil der Kollege Kölly hat ja schon vor zehn Jahren diesen berühmtberüchtigten Pakt unterschrieben und wollte ja damals schon diese Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren! Wie wackelig diese Regierung in Wahrheit ist, zeigt ja auch eine Aussage des Herrn Landesrates Darabos, ein paar Tage nachdem Rot-Blau offiziell bekannt gegeben worden ist. Da stellt sich der sehr erfolgreiche Minister, Ex-Minister hin und sagt: Ich bin das Bollwerk gegen die FPÖ in dieser Regierung.

Ja, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wo ist denn da das Vertrauen von dem Sie vorher gesprochen haben, wenn Ihr Regierungspartner einen eigenen Bollwerk-Landesrat einsetzen muss, damit er Sie abwehrt? *(Beifall bei der ÖVP)*

Wo ist da das Vertrauen innerhalb der Regierung und wo kann hier die Bevölkerung Vertrauen in diese Regierung haben? Wie tief dieses Misstrauen geht, meine Damen und Herren, zeigt auch ein Brief, den der ehemalige Bundesrat Lampel an ausgetretene Parteimitglieder verschickt hat, angeblich sind es ja nicht so viele, aber die Briefe habe ich gelesen und da schreibt er.

Um als SPÖ auf Grund dieses Arbeitsübereinkommens dabei nicht das Risiko einzugehen ideologisch korrumpiert zu werden, ideologisch korrumpiert zu werden, wird es dazu aber notwendiger sein als je zuvor, dass auch die Linken in der SPÖ diesen Weg mitgehen. Ideologisch korrumpiert! Das, meine Damen und Herren, ist die Vertrauensbasis in diese Regierung.

Meine Damen und Herren! Der Landeshauptmann von Kärnten, Peter Kaiser, hat es am 28. Juni in einem Interview zu Rot-Blau im Burgenland auf den Punkt gebracht. Er sagt: Es ist ein Dilemma, das stimmt, mehr als je zuvor stehen nicht die Grundwerte, die ideologische Bestimmung, sondern Regierungspragmatik, das Umsetzen von Machtpolitik, im Vordergrund, ohne, dass es innerparteilich hinterfragt wird. Die Sozialdemokratie hat zu wenig gesellschaftspolitische Entwürfe der Zukunft. Das sagt Landeshauptmann Kaiser, und in genau dieser Situation befindet sich das Burgenland heute.

Diese Regierung, und das möchte ich schon ausdrücklich sagen, ist natürlich demokratisch legitimiert, das ist ja keine Frage. Wenn sich zwei Parteien finden, eine Mehrheit haben, in diesem Fall sogar drei Parteien finden, dann ist das in Ordnung und dann ist das demokratisch absolut zu akzeptieren. Selbstverständlich, das tun wir auch. Manche sagen ja, endlich hat zusammengefunden, was zusammen gehört. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP)*

Aber ehrlicher wäre es gewesen, meine Damen und Herren, wenn das schon vor der Wahl ganz deutlich gesagt worden wäre, weil, dann hätten die Wähler möglicherweise ein bisschen anders entschieden. Aber das ist vorbei. Das Burgenland verlässt mit dem heutigen Tag den erfolgreichen rot-goldenen Weg und begibt sich auf einen rot-blauen, blau-roten Weg. Ein Weg mit vielen Fallen, mit vielen Gefahren, mit Unsicherheit, meine Damen und Herren, und genau deshalb ist die Rolle der Volkspartei Burgenland wichtiger denn je.

Denn wir sind es, meine Damen und Herren, die auf dieses Burgenland aufpassen. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Wir nehmen diese große Verantwortung wahr und wir werden auch Schutzpatron der Steuerzahler sein. Denn diese Regierung, meine Damen und Herren, diese Regierung wird noch viele Dinge auf den Weg bringen, die die Menschen nicht wollen. Auf uns können sich die Burgenländer verlassen. Neben der Kontrolle werden wir den Burgenländern aber auch deutlich machen, dass es zu diesem Regierungsmodell, bei dem nicht die Grundwerte, nicht die ideologische Bestimmung, sondern das Umsetzen von Machtpolitik im Vordergrund steht, wie es Kaiser sagt, ein Gegenmodell gibt. Ein Gegenmodell der Volkspartei.

Mit Verantwortung für die Jungen und für die Alten, mit Verantwortung für die Umwelt, mit Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit. Mit mehr Freiraum für die Bürger und mit einem starken Unternehmergeist. Selbstbestimmte Bürger in selbstbestimmten Städten und Gemeinden, das ist unser Ziel und daran arbeiten wir. *(Beifall bei der ÖVP)*

Diese rot-blaue Regierung wird sich mit uns auseinandersetzen müssen und damit mit dem Bürger auseinandersetzen müssen. Wir sind aber nicht wie bisher gewohnte Opposition, die zwar die Kontrolle ernst genommen hat, das stimmt, aber aus meiner Sicht zu wenig Konstruktives eingebracht hat.

Wir werden nicht gegen alles sein, grundsätzlich gegen alles sein, was diese Regierung tut und macht. Ganz, ganz sicher nicht! Aber wir werden unser Modell für das Burgenland, unseren Zukunftsplan für das Burgenland deutlich machen.

Wir nehmen unsere neue Aufgabe mit großer Freude an für ein neues, modernes und schönes Burgenland. Wir sind, meine Damen und Herren, eine neue Opposition, eine andere Opposition. Wir reden das Burgenland sicher nicht schlecht, denn weder das Burgenland noch die Burgenländer können ja irgendetwas für diese Regierung.

Denn das Burgenland, meine Damen und Herren, gehört uns allen, gehört allen Burgenländern und ganz sicherlich nicht einer Partei. Das Burgenland steht so wie Österreich, wie Europa insgesamt, im Wandel und wir möchten diesen Wandel aktiv mitgestalten. Alles was wir heute entscheiden, was wir tun, wirkt sich auf die Zukunft aus, wirkt sich auf unsere Kinder aus. Deshalb brauchen wir ja so dringend einen guten Zukunftsplan für dieses Land und nicht kleingeistige Parteipolitik.

Wir brauchen auch Antworten auf wichtige Fragen. Beste Bildung für die Jugend und nicht irgendwelche Grabenkämpfe, wer da jetzt welche Lehrer anstellen darf. Digitalisierung der Gesellschaft, aktiv gestalten und nicht zuschauen, *(Abg. Manfred Kölly: 15 Jahre habt Ihr Zeit gehabt dafür! Ich weiß nicht, wovon Du sprichst!)* wie uns einer nach dem anderen überholt.

Ein unternehmerfreundliches Klima schaffen, Herr Kollege Kölly, ein unternehmerfreundliches Klima schaffen und nicht jeden Tag *(Abg. Manfred Kölly: Das darf nicht wahr sein!)* 1.000 neue Hindernisse und Vorschriften erfinden.

Das Burgenland zum Land der Arbeitsplätze zu machen und nicht durch kleingeistige Politik die Zeit zurückzuschrauben. *(Abg. Manfred Kölly: Stimmt gegen meine Anträge, das ist ja sehr interessant!)* Solidarisch sein, Herr Kollege Kölly, mit jenen, die staatliche Leistungen brauchen und bekommen, aber auch solidarisch sein mit jenen, die in dieses System einzahlen.

Meine Damen und Herren! Wir sind eine neue, eine andere Opposition, mit einem klaren Entwurf für die Zukunft. *(Abg. Manfred Kölly: Wie schaut das aus?)* Das, meine Damen und Herren, wird diese Regierung spüren und das werden die Burgenländer spüren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke. Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein historischer Tag und er beginnt auch mit einer Oppositionsrede, die wir natürlich auch erwartet haben.

Aber, Herr Kollege Steiner, es ist schon klar, wenn man nämlich mit ÖVP-Granden spricht, dann sagen alle das Gleiche. Sie waren es, die die ÖVP in die Opposition geführt hat, Sie waren es, die kein Bekenntnis zu einer großen Koalition abgeben wollten, Sie ausschließlich waren es, die die ÖVP auf die Oppositionsbänke gebracht hat!

Ich verstehe schon, dass Sie jetzt enttäuscht sind, wenn es plötzlich eine andere Regierungskoalition gibt, die ein sehr ambitioniertes und gutes

Arbeitsprogramm formuliert hat. Aber irgendwann muss die Beleidigtheit vorbei sein und man sollte wieder zur Arbeit zurückkehren.

Denn gerade Sie waren es, die versucht haben, hinter dem Rücken der Sozialdemokratie sich an die Spitze zu tricksen! Sie brauchen nur mit den anderen Parteien reden, bei einem Kaffee, werden die das auch bestätigen. Denn den steirischen Weg, den wollten Sie auch hier im Burgenland führen und das ist nicht gelungen und da sind die Burgenländerinnen und Burgenländer auch dankbar.

Das zeigt aber auch ein bisschen, dass Sie, Herr Kollege Steiner, im Vergleich zu anderen nicht regierungsfähig sind. Das haben Sie heute auch hier bewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Regierung will durch ihre Taten gemessen werden. Wir werden hart arbeiten und dann werden die Burgenländerinnen und Burgenländer ein Zeugnis verteilen. Ich bin davon sehr überzeugt, dass dieses Zeugnis auch sehr gut ausfallen wird.

Die ÖVP hat heute gezeigt, dass sie konstruktive Arbeit nicht will. Die ÖVP hat mit dem heutigen Auftritt gezeigt, dass sie sich in die Fundamentalopposition begeben will und das ist sehr, sehr schade.

Denn wir alle, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sind von den Burgenländerinnen und Burgenländern gewählt, um für unser Heimatland Burgenland tatkräftig und hart zu arbeiten.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Liste Burgenland, ich bedanke mich ausdrücklich bei den Grünen, ich bedanke mich bei den Abgeordneten der Freiheitlichen und natürlich bei meinen Abgeordneten, dass sie diese Herausforderung, für unser Heimatland Burgenland hart zu arbeiten, auch annehmen. Ich kann Ihnen versprechen, wir werden das tun.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Zuhörer und Zuseher! Ein historischer Tag heute. Ja. Man muss sich aber fragen, wie er begonnen hat. Liebe Kollegen von der ÖVP, der Schnellere hat gezogen. Wenn ich mir die Vergangenheit anschaue und wenn sich der Herr Steiner herstellt und erzählt, was er alles in Zukunft machen will, dann gratuliere ich ihm dazu. Er hat die Möglichkeit das zu machen, was in der Regierung 15 Jahre nicht passiert ist.

Denn genau ich habe immer als Einzelkämpfer aufgezeigt, welche Möglichkeiten es gäbe in diesem wunderschönen Land Burgenland. Man hat nur immer gehört, es funktioniert alles, wunderschön.

Burgenland ist das schönste Land, keine Armut, Arbeitsplätze en masse, keine Pendler. Ich habe tagtäglich darauf hingewiesen, bei jeder Sitzung darauf hingewiesen, was in diesem Burgenland passiert. Dann gibt es eine Reform - Abschaffung des Proporzes. Wer war die treibende Kraft? Schon jahrelang wurde darüber diskutiert. Schlussendlich hat der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter noch zugestimmt, den Proporz abzuschaffen.

Die Nebengeräusche, die wir als Opposition verlangt haben, wurden zur Seite geschoben. Ihr müsst Euch auf der Zunge zergehen lassen, was da passiert ist, die Nebengeräusche. Dann hat man geschwind den Proporz abgeschafft, weil man geglaubt hat, SPÖ und ÖVP sind eh aneinander gekettet und es soll so weiter gehen. Der Wähler hat am 31. Mai klar entschieden.

Er hat gesagt, es muss etwas in diesem Land anders werden. Es passt nicht so, wie es von den Herren und Frauen Politikern immer wieder bei Sonntagsreden dargestellt wurde. Es ist so wunderschön, so viele Arbeitsplätze haben wir, die Pendler spielen keine Rolle, 58.000 haben wir inzwischen.

Jetzt ist es so, dass man sich herstellt als ÖVP und - bitte seid mir nicht böse - wir hätten die Möglichkeit gehabt, das muss man jetzt offen und ehrlich sagen, auch eine Regierungsbildung zu machen, auch mit der Liste Burgenland, mit den Freiheitlichen, mit den Schwarzen. Das muss man offen und ehrlich ansprechen.

Der Herr Landeshauptmann seitens der SPÖ war der Schnellere und hat das gemacht. Ich sage Euch eines klipp und klar, lassen wir sie einmal arbeiten.

Wir, und da bin ich bei Dir, Herr Kollege Steiner, haben eine Verantwortung in diesem Land zu tragen, zu kontrollieren, zu schauen, dass wir aber auch mitarbeiten, mitarbeiten für dieses Land, für diese Menschen in diesem Land.

Das ist mir wichtig. Ich höre die Worte sehr wohl, aber die Taten schauen wir uns dann an, gemeinsam können wir das anschauen. Nicht sagen, wir sind jetzt schon dagegen. Die FPÖ kann jetzt zeigen, was sie in Opposition immer aufgezeigt hat, dass wir auch miteinander, ich sage alle hier im Landtag miteinander auch das umsetzen können.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich freue mich auf ein paar Punkte, die wir diskutieren werden. Wo ich aber kein Problem damit habe, hier auch mitzustimmen. Wie in der Vergangenheit mit 178 Anträgen, die ich eingebracht habe als Einzelkämpfer und die schlussendlich alle schubladiert und abgelehnt und nach einem halben Jahr aufgetaucht sind, wo ich doch Recht bekommen habe.

Ich werde in Zukunft auch einen anderen Weg gehen und Vorgespräche führen, wie ich immer sage, mich vorher zusammensetzen, um vielleicht doch den einen oder anderen Punkt, der für das Land wichtig ist, auch umzusetzen, gemeinsam umzusetzen mit allen 36 Abgeordneten, jedoch auch mit der Regierung, die ja schlussendlich auch Verantwortung tragen muss. Wir als Abgeordnete im Budget zustimmen sollen, das muss ja auch Hand und Fuß haben.

Auch hier werden wir uns dementsprechend einbringen. Da freue ich mich schon auf die ÖVP, was sie sagen wird, wenn ich aufgezeigt habe, da oder dort passt etwas nicht. Da haben sie gesagt, alles Blödsinn, Kölly beruhige dich, das ist alles nicht wahr. Tatsächlich hat sich herausgestellt, auch vor der Wahl wie nach der Wahl, dass es im Burgenland viele Baustellen gibt, die wir gemeinsam schließen müssen, wo wir gemeinsam einen Weg gehen müssen.

Sei es in der Sicherheit, sei es bei den Arbeitsplätzen, sei bei den Pendlern, aber auch, und das ist das Entscheidende, dass wir auch einmal in der Politik einen anderen Stil einmal bekommen.

Denn im Burgenland wurde noch immer so besetzt, wie Rot und Schwarz sich das aufgeteilt haben. Jetzt wird es interessant, Herr Kollege Steiner. Wie wird es in den Verbänden zugehen? Wie wird es in den Gemeinden zugehen? Wo wir auch sagen, wo ist dort der Proporz, warum spielt sich das alles ab? Das brauchen wir nicht, wir brauchen vernünftige, gute Wirtschaftsfachleute. Ich sehe in der ganzen ÖVP keinen Wirtschaftler, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich sehe in den ganzen Reihen keinen aus der Wirtschaft. *(Allgemeine Unruhe)*

Die Liste Burgenland stellt zwei Selbständige, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, die wissen, wie man einen Betrieb führt mit 37 Leuten, und, und dergleichen mehr. Da fehlt mir die Substanz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da werden wir uns einbringen, gerne werden wir uns einbringen mit unserer Erfahrung, mit unseren Ideen. Ich will, dass diese Regierung einmal arbeitet. Das war ein großes Ziel.

Ich möchte mich aber auch bedanken beim Herrn Landtagspräsidenten, der ausscheidet. Weil er auch klar und deutlich gesagt hat, man soll überprüfen, man soll sich das noch einmal anschauen. Warum nicht? Aber de facto ist es so, die Landesregierung wurde heute angelobt. Ich sage, lassen wir sie arbeiten mit unserer Unterstützung und mit keiner immer nur negativen Einstellung.

Wenn es negative Sachen gibt, werden wir es aufzeigen, werden in die Bevölkerung gehen, werden aber auch den Leuten draußen klar machen, dass nicht bis 2025, von mir aus könnt Ihr bis 2050 arbeiten. Wenn es passt für das Land, könnt Ihr arbeiten und wir wollen mitarbeiten. Ich stehe als Vertreter einer Gemeinde auch hier. Gerhard Hutter in Sauerbrunn, Kölly Manfred, Deutschkreutz, und viele Gemeinden noch mehr, die keiner Partei zugehörig sind, wir sind keine Partei, wir sind ein Verein. Ich brauche keine roten Nelken oder andere Zeichen, sondern ich habe ein Zeichen, das ist der Mensch im Burgenland, den ich unterstützen will, dem ich helfen will und wo wir eine dementsprechende Aufgabe übernommen haben. Heute wurden wir angelobt. Ich glaube es ist Zeit, endlich einmal zu arbeiten. In diesem Sinne fordere ich alle hier auf, alle Kolleginnen und Kollegen, mitzuarbeiten, mitzutun und nicht mit Tafeln herkommen blau, rot und hin und her.

Es ist ja lustig, dass man im Bund sitzt, auch rot und schwarz. Da hat keiner etwas gesagt, dass es dort nicht funktioniert. Vielleicht ist das ein anderer Weg, ein neuer Weg und den werde ich unterstützen. Der Gerhard Hutter und meine Wenigkeit werden uns einbringen und werden für dieses Land arbeiten. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.[a] Regina Petrik.

Abgeordnete Mag.[a] Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Zwei Jahre lang habe ich nun fast jede Landtagssitzung von der Galerie aus beobachtet. Mal von dort, mal von da. Immer wieder habe ich mir gedacht: "Na servus, da geht es zu". Heute habe ich mich eingestellt auf eine konstituierende Sitzung, habe auch gesehen, welche Tagesordnungspunkte nicht mehr vorgesehen sind; und merke hier auch, na servus, das Hacklwerfen beginnt schon vor der Stunde null. Ich kann seitens der grünen Fraktion und von mir persönlich noch einmal deutlich sagen, ich freue mich auf eine sehr konstruktive und in Sachbereichen sehr kooperative und fraktionsübergreifende Zusammenarbeit hier im Landtag. Aber wir Grünen, wir haben auch aus der Geschichte gelernt, aus der älteren und aus der jüngeren Geschichte. Wir wissen und haben uns gemerkt was es bedeutet, wenn die FPÖ in einer Regierung sitzt.

Das kann ich heute auch hier deutlich sagen, wir werden dieser rot-blauen-Regierung auf die Finger schauen. Wir werden ihr täglich auf die Finger schauen und rechtzeitig darauf aufmerksam machen, wenn wieder etwas in die falsche Richtung läuft. Dazu stehe ich. Auf die Zusammenarbeit hier im Haus freue ich mich sehr. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, ist die Tagesordnung somit e r l e d i g t.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 15. Juli 2015, vorgesehen ist.

Ebenso möchte ich darauf hinweisen, dass für morgen Freitag, den 10. Juli 2015, um 10.00 Uhr eine Präsidialkonferenz in meinem Büro vorgesehen ist.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Ende der Sitzung: 12 Uhr 39 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 02. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Mittwoch, 15. Juli 2015

11.04 Uhr - 13.38 Uhr

Tagesordnung

1. Regierungserklärung des Landeshauptmannes Hans Niessl

2. Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 45)

Landesregierung
Regierungserklärung des Landeshauptmannes Hans N i e s s l (S. 46)

Debatte über die Regierungserklärung

Redner: Manfred K ö l l y (S. 59), Mag.a Regina P e t r i k (S. 64 und 80), Gerhard K o v a s i t s (S. 68), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 70), Robert H e r g o v i c h (S. 73), Gerhard S t e i e r (S 76), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 77) und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S 78).

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 45)

Ausschüsse
Wahl des Hauptausschusses, des Agrarausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses, des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses, des Petitionsausschusses, des Rechtsausschusses, des Sozialausschusses, des Umweltausschusses und des Wirtschaftsausschusses (S. 80)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 04 Minuten

Präsident Christian Illedits: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich willkommen heißen zur 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Ich eröffne die Sitzung.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 1. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Mitteilung des Einlaufes

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Kilian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Mittwoch, dem 15. Juli 2015.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird (Zahl 21 - 2) (Beilage 2);

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden (Zahl 21 - 3) (Beilage 3);
2. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Abänderung der Bestimmung des Kraftfahrgesetzes dahingehend, dass die im Straßenverkehr gültige 3:2-Zählregel im Bereich der Personenbeförderung künftig entfällt und somit jedes Kind als eine Person zu zählen ist (Zahl 21 - 4) (Beilage 4);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend Änderung des Klubstatus (Zahl 21 - 5) (Beilage 5);

und die

Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Mag. Kurt Maczek gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 - 1) (Beilage 1);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Meine Damen und Herren! Die Zuweisung dieser Vorlagen werde ich nach der Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes.

Gemäß Artikel 45 Abs. 1 L-VG hat die Landesregierung am Beginn ihrer Funktionsperiode eine Regierungserklärung abzugeben, die insbesondere die Schwerpunkte der künftigen Regierungsarbeit zu enthalten hat.

In Entsprechung dieser Bestimmung erteile ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Danke für die Worterteilung. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist für mich eine große Freude und auch Ehre, dass ich heute als Landeshauptmann nach den Jahren 2000, 2005, 2010 bereits zum vierten Mal eine Regierungserklärung über das grundlegende Programm und die Ziele der Landesregierung für die kommenden fünf Jahre abgeben darf.

Die im Jahr 2014 beschlossene Novelle der Burgenländischen Landesverfassung enthält unter anderem die Abschaffung des Proporzes bei der Bildung der Landesregierung, womit es für die jetzige Legislaturperiode erstmals im Burgenland eine freie Koalitionsbildung gibt. Unsere Landesverfassung zählt zu den mordernsten in Österreich.

Wir haben auf 38 Seiten ein sehr umfassendes Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ beschlossen. Auf dieser Grundlage wollen wir nun in den nächsten fünf Jahren in vielen Bereichen unser Heimatland Burgenland weiter positiv entwickeln.

Die SPÖ Burgenland und die FPÖ Burgenland gehen für die 21. Legislaturperiode eine Koalition ein, um das vereinbarte Arbeitsübereinkommen zum Wohle des Landes Burgenland und im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer zu verwirklichen.

Als Landeshauptmann lege ich besonderen Wert auf ein nachhaltiges und auch über diese Koalition hinausgehendes Zusammenarbeiten. Die Grundvoraussetzung hierfür ist auch in der neuen Gesetzgebungsperiode gegeben. Die neue SPÖ-FPÖ-Regierung hat 20 Mandate im Burgenländischen Landtag und wurde letzte Woche von 22 Mandataren gewählt.

Dieses Vertrauen über die beiden Koalitionsparteien hinaus wollen wir natürlich auch rechtfertigen.

Wenn ich die letzten 15 Jahre Revue passieren lasse, dann können wir gemeinsam stolz darauf sein, wie sich unser Heimatland Burgenland entwickelt hat. Das Burgenland war einst Schlusslicht, heute nimmt es in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein.

Das zeigt die Entwicklung von Wirtschaft und Tourismus, des Natur- und Umweltschutzes mit der Nutzung erneuerbarer Energie. Das Burgenland hat ein hochwertiges Sozial- und Gesundheitswesen. Die sehr aktive Vereins- und Freiwilligenarbeit steht für Zusammenhalt und Lebensqualität. Das Burgenland ist auch das sicherste Bundesland Österreichs. Wer kulturelle Vielfalt sucht, der findet sie im Burgenland.

Und das Burgenland ist heute das Bildungsland Nummer 1, wir haben - umgelegt auf die Zahl der Einwohner - die meisten Maturanten, sind an der Spitze der Kinderbetreuung. Bei den Lehrlingen, bei der Ausbildung junger Menschen liegen wir ebenfalls ganz vorne. Es wurde im Burgenland viel Positives geschaffen, aber wir haben noch sehr viel vor!

Die Mehrsprachigkeit im Land, die gelebte kulturelle Vielfalt, Toleranz und gegenseitiger Respekt im Umgang miteinander - das sind ganz wichtige Bestandteile der burgenländischen Identität, die wir uns auch für die Zukunft bewahren werden.

Es ist für die neue Landesregierung und für mich als Landeshauptmann selbstverständlich, dass wir uns zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt des Landes bekennen, dass die Volksgruppen des Landes so wie in der Vergangenheit unterstützt und gefördert werden.

Für die neue Regierung ist er klar und eine feste ideologische Grundeinstellung, dass wir extremistische Positionen, sei es Rechtsextremismus als auch Linksextremismus sowie religiösen Fanatismus beziehungsweise Fundamentalismus strikt ablehnen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist keine Übertreibung, wenn ich behaupte: Das Burgenland wurde vom Ziel 1-Land in manchen Bereichen zur Nummer 1 in Österreich.

Dieser Aufstieg ist ein gemeinsamer Erfolg aller Burgenländerinnen und Burgenländer, aller Frauen und Männer in diesem Land. Ich hege keinerlei Zweifel, ich bin von ganzem Herzen davon überzeugt: Gemeinsam können wir auch die Zukunft des Burgenlandes erfolgreich gestalten!

Die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft sind enorm. Aber wir sollten nicht nur die Größe der Herausforderungen und Aufgaben, sondern auch das Ausmaß der Chancen erkennen. Wir sollten als kleinstes Bundesland Österreichs Wert darauf legen, dass wir in unseren Gestaltungsbereichen moderner, effizienter, bürgernäher und schneller sind als andere.

Das Burgenland ist ein Musterbeispiel dafür, dass auch Kleine Großes leisten können. Wir werden daher versuchen, in den nächsten fünf Jahren nicht nur moderner, effizienter, bürgernäher und schneller zu werden. Das Burgenland wird auch gleichzeitig durch neue schlankere Strukturen transparenter werden.

Um unseren Zielen gerecht zu werden, haben wir grundlegende strukturelle Änderungen in der Einteilung der burgenländischen Geschäftsordnung vorgenommen.

Inhaltliche Schwerpunkte werden in Schwerpunktressorts zusammengefasst. Hierbei handelt es sich um eine grundlegende Änderung der bisherigen Arbeitsweise in der Burgenländischen Landesregierung. Im Bereich der Bildung waren in der letzten Gesetzgebungsperiode vier Regierungsmitglieder in jeweiligen Detailbereichen zuständig. Jetzt gibt es nur mehr ein Regierungsmitglied, welches klar mit den Bildungskompetenzen beauftragt ist.

Auch für die wichtigen Zukunftsressorts Wirtschaft, Tourismus, Umwelt und Jugend wird ab jetzt nur mehr jeweils ein Regierungsmitglied verantwortlich sein. Ganz nach dem Motto: Klare Kompetenzen, rasche Entscheidungen sind gut für die Menschen in unserem Land. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dasselbe Prinzip wird auch für unsere Landesbeteiligungen gelten. Über 150 Beteiligungen des Landes werden in Zukunft effizienter, transparenter und moderner geführt.

Die Koalitionspartner bekennen sich selbstverständlich und verantwortungsvoll zu stabilen Finanzen. Es wird auch regelmäßig eine renommierte und anerkannte Ratingagentur beauftragt, die wirtschaftliche Situation des Landes zu beurteilen. Wir streben ein ausgeglichenes Budget in der Legislaturperiode an. Die Kriterien des Stabilitätspakts und die Maastricht-Kriterien müssen und werden auch erfüllt werden.

Ein ausgeglichenes Budget und gleichzeitig sinnvolle und verantwortungsvolle Investitionen in die Zukunft des Landes sind das Fundament einer erfolgreichen und gestaltungsvollen Politik bis zum Jahr 2020. Finanzlandesrat Helmut Bieler und die gesamte Landesregierung bekennen sich zu diesem Weg! Ganz nach dem Motto: Landesmittel wirksam einsetzen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wurde in den letzten Tagen öfters gefragt: Wie ist es, wenn man als Landeshauptmann in die vierte Amtsperiode geht? Zudem in Form einer neuen Koalition?

Ich kann nur sinngemäß immer etwas Ähnliches sagen: Natürlich ist es anders als bisher. Aber vieles ist anders. Wenn man sich in Europa umsieht, wird man relativ schnell bemerken, dass die Zeit des gemütlichen politischen Schaukelstuhls, die Zeit der absoluten Mehrheiten und die Zeit der parteipolitischen Standardsätze, um die Menschen zu beruhigen, endgültig vorbei sind. In vielen Bereichen gibt es einen Paradigmenwechsel, auch europaweit, und in der Politik findet dieser Paradigmenwechsel jetzt statt.

Von der Politik beziehungsweise von uns verantwortlichen Politikerinnen und Politikern wird mehr verlangt denn je. Und das zu recht.

Das Vertrauen, das die Menschen in uns setzen, ist geliehen. Die Menschen werden uns an unseren Leistungen für das Land messen und beurteilen. Das macht Politik spannend, das macht Politik natürlich auch herausfordernd, aber das macht Politik vor allem fair.

Es wird nämlich Leistung verlangt und beinhart danach beurteilt, wer wie seinen Job macht. Und unser Job ist völlig klar. Das Beste für die Menschen in unserem Land herauszuholen.

Ich gehe daher mit großer Motivation an die Arbeit, ich will mit Herzblut und großem Engagement gemeinsam mit meinem Team und dem Koalitionspartner, mit vollem Einsatz für das Burgenland arbeiten. Und ich versichere Ihnen, dass wir mit ganzem Einsatz gemeinsam für unser Heimatland Burgenland arbeiten und das werden wir auch mit Sicherheit in diesen fünf Jahren halten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich sage auch dazu, dass mir die Meinung auch anderer, die hier im Landtag vertreten sind, wichtig ist, dass wir gerne Diskussionen mit den Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien führen werden und dass wir versuchen werden, auch gute Anregungen aufzunehmen, zu diskutieren und zu prüfen, inwieweit sie auch umsetzbar sind.

Es geht aber nicht nur um die Vertreter der hier im Landtag vertretenen Parteien, um die Mandatare, der hier im Landtag vertretenen Parteien, sondern wir werden auch Gespräche mit den Sozialpartnern führen, den Vertretern der Arbeitnehmer, der Wirtschaft, der Industrie, aber auch der Gewerkschaft. Gemeinsam mit den Burgenländerinnen und Burgenländern werden wir für unser Heimatland hart arbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! SPÖ und FPÖ haben für die kommenden fünf Jahre ein Arbeitsübereinkommen unterzeichnet. Damit verbunden ist das klare Bekenntnis zu einer neuen Form der Zusammenarbeit.

Ich werde meine Kraft dafür einsetzen, dass im Burgenland das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wird, dass am Ende der Diskussion eine Lösung steht, die im Interesse des Burgenlandes ist. Ein gemeinsames erfolgreiches Arbeiten für das Burgenland. Einzig und allein darum geht es.

Wir stehen vor sehr großen Herausforderungen. Nachdem wir die Folgen der internationalen Finanzkrise besser bewältigt haben im Burgenland als andere Bundesländer, müssen wir jetzt dafür sorgen, dass diese Krise endgültig überwunden werden kann. Gefragt sind weitere Impulse zur Belebung der Konjunktur, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Gleichzeitig sind wir in den nächsten Jahren - ebenso wie die Gemeinden - mit sinkenden Einnahmen aus dem Finanzausgleich konfrontiert. Zudem werden wir durch die mit 1.1.2016 in Kraft tretende Steuerreform zirka 30 Millionen Euro an Einnahmen für den Landeshaushalt verlieren. Wir werden also Einsparungen vor allem durch den Abbau von Parallelstrukturen, Zusammenlegen von Abteilungen vornehmen, gleichzeitig an anderer Stelle aber auch die notwendigen Gelder für nachhaltige Investitionen zur Verfügung stellen.

Daher ist im Regierungsübereinkommen festgeschrieben, und wir bekennen uns ausdrücklich dazu, dass wir den eingeschlagenen Weg der Budgetkonsolidierung weiter strikt verfolgen. Wir wollen den Weg einer soliden und verantwortungsvollen Budgetpolitik fortsetzen.

Der Ungleichbehandlung der vor allem kleinstrukturierten burgenländischen Gemeinden beim Finanzhaushalt muss entgegengetreten werden. Für die Landesregierung gilt der Grundsatz, dass alle Menschen in Österreich gleich viel wert sind. Hierfür werden wir uns auch bei den Finanzausgleichsverhandlungen vehement einsetzen, und ich freue mich auch, dass es hier einen Schulterschluss mit dem Gemeindebund, mit dem Gemeindevertreterverband und mit dem Land Burgenland gibt, damit wir gemeinsam auch als Land Burgenland stark auftreten können und für unsere Gemeinden und für das Land auch einen besseren Finanzausgleich erreichen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Seit mehreren Jahren sind wir europaweit damit beschäftigt, eine Wirtschafts- und Finanzkrise in den Griff zu bekommen. Die aktuellen Ereignisse in der EURO-Zone - und wir lesen ja täglich darüber - rund um Griechenland zeigen uns wieder einmal schonungslos, dass die Krise nicht überstanden ist.

Die Auswirkungen sind natürlich auch in Österreich und im Burgenland klar zu erkennen. So lange die Arbeitslosigkeit steigt, ist die Krise für uns nicht beendet. Wir müssen leider ein bisher nicht vorhandenes Phänomen feststellen, nämlich dass einerseits die Beschäftigung steigt und dass aber parallel dazu auch die Arbeitslosigkeit ansteigt. Das haben wir in der Vergangenheit nicht gesehen und das hat es auch in der Vergangenheit nicht gegeben. Monat für Monat verzeichnen wir neue

Rekordbeschäftigungszahlen, aber leider auch steigende Arbeitslosigkeit. In unserem Arbeitsübereinkommen haben wir konkrete Maßnahmen angeführt, wie wir die Rahmenbedingungen verändern und adaptieren können, um besser auf diese negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, auf dieses Phänomen, das es noch nie gegeben hat, reagieren zu können.

Wir wollen 1.000 neue Arbeitsplätze im Burgenland schaffen und wir sind auch in diesem Jahr planmäßig unterwegs, weil es Monat für Monat diese 1.000 Arbeitsplätze neu auch tatsächlich gibt. Aber wir wollen durch verschiedene Maßnahmen auch mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung bringen.

Wir haben uns gemeinsam mit der FPÖ geeinigt, ein 12 Punkte-Wirtschaftsprogramm zu forcieren, um mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung zu bringen. Für Tourismus und Wirtschaft wird MMag. Alexander Petschnig zuständig sein, und ich darf einige dieser 12 Punkte auch anführen, die wir berücksichtigen werden und die er berücksichtigen wird.

Wichtig ist, soweit wir das auch rechtlich können, ein Bürokratieabbau im Rahmen der geltenden Bundes- und Landesgesetze, wobei hingewiesen werden muss, dass 85 Prozent dieser Gesetze Bundesgesetze sind, aber dass wir hier auch einen noch stärkeren Beitrag leisten können, das ist auch möglich.

Diese 1.000 neuen Arbeitsplätze sollen auch netto durch gute Förderungen, die wir ja zur Verfügung haben, und auch durch eine hoch qualitätsorientierte Beratung geschaffen werden. Die Rahmenbedingungen müssen passen.

Lohn- und Sozialdumping soll stärker bekämpft werden.

Die Initiative „Wir bauen burgenländisch“ auch ausgebaut werden.

Die Änderung des Baugesetzes in Richtung Kompetenz des Bauführers soll beschlossen werden.

Die Anwendung des Bestbieter-Prinzips, hier wollen wir ebenfalls einen neuen Weg gehen. Da wurden schon einige gute Vorarbeiten geleistet, aber darauf müssen wir aufbauen, damit die burgenländische Wirtschaft und damit die burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fairere Chancen haben. Faire Arbeitsvergaben durch das Bestbieter-Prinzip.

Angewandte Forschung und Innovation soll gefördert werden.

Und wir brauchen auch die Stärkung der Qualitätsmarke Burgenland.

Wir müssen den Wirtschaftsstandort Burgenland stärken: Aktiv Betriebsansiedelungen fördern, Grundstücksflächen vermarkten und Marketing für den Wirtschaftsstandort Burgenland auch verstärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden Punkt für Punkt dieses 12 Punkte-Wirtschaftsprogrammes auch umsetzen, damit unser ganz großes Ziel, und ich sehe das als eine der Hauptaufgaben unserer Politik, Menschen in Beschäftigung haben, dass mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung kommen, ganz nach dem Motto „Arbeit und Geld sollen im eigenen Land bleiben“, denn das schafft eine Wertschöpfung, das schafft Wohlstand und dazu stehen wir. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich denke, wir können wirklich gute Rahmenbedingungen bieten. Bis zum Jahr 2020 stehen uns von Seiten der Europäischen Union, dem Bund und dem Land in Summe 750 Millionen Euro an Förderungen zur Verfügung. Das Burgenland gilt seit dem Jahr

1995, dem Beitritt Österreichs zur EU, als europäische Musterregion - die Fördergelder aus Brüssel wurden mustergültig und auch nachhaltig abgeholt und eingesetzt. Viele grenzüberschreitende Projekte und Investitionen werden wir mit unseren Nachbarländern und auch Partnern, Ungarn, Slowakei und Slowenien, in den nächsten fünf Jahren umsetzen. Das ist auch wichtig, denn in diesen fünf Jahren haben wir noch gute Fördermöglichkeiten auch bei grenzüberschreitenden Projekten von Seiten der Europäischen Union. Deswegen sind wir auch verpflichtet, diese fünf Jahre intensiv zu nützen, weil durch diese hohen Förderungen auch Projekte leichter realisierbar sind.

Mit Gesamtförderungen und Investitionen von 2,7 Milliarden Euro wollen wir vor allem die Arbeitslosigkeit senken und neue Arbeitsplätze im Burgenland schaffen. 600 Millionen Euro sollen in den nächsten fünf Jahren für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt werden. Der Ausbau der S7 ist im Gange, der Ausbau der A4 ist auf Schiene, die Verlängerung der S31 ist schon voll in Bau. Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in den Schulbau, sind einige Beispiele dieser hohen Investitionen. In den nächsten fünf Jahren gibt es mit diesen 2,7 Milliarden Euro Investitionen die höchsten Gesamtinvestitionen in die Infrastruktur in der Geschichte des Landes und das ist ein ganz ein wichtiger und großer wirtschaftlicher Impuls auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren! Wir wollen aber auch die Frauenerwerbsquote in den nächsten Jahren weiter steigern. In den letzten 15 Jahren ist die Frauenerwerbsquote im Burgenland auf über 70 Prozent gestiegen. Wir brauchen bessere Jobs für Frauen, die Chancen für Frauen am Arbeitsmarkt sollen weiter erhöht werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll auch in Zukunft verbessert und ausgebaut werden. Das ist die Voraussetzung, um die Frauenbeschäftigungsquote weiter anzuheben. Auch daran werden wir arbeiten.

Wir haben sehr viele gut ausgebildete junge Männer und Frauen im Burgenland, Facharbeiter, Lehrlinge, Ingenieure, Studierende an den Fachhochschulen, die für die Zukunft des Landes stehen.

Am 1. Juli konnte ich im Lisztzentrum in Raiding die Maturantinnen und Maturanten empfangen, die heuer mit ausgezeichnetem Erfolg bestanden haben. Es waren wieder über 250, die ohne Probleme, ja mit Auszeichnung auch die Zentralmatura geschafft haben!

Es ist immer beeindruckend für mich, mit wie viel Eifer und Engagement, aber auch Verantwortungsbewusstsein diese junge Menschen ihr Leben in die Hand nehmen und gestalten, große Zukunftspläne entwickeln, eine klare Vorstellung vom Leben haben.

Daher wollen wir der Jugend, den jungen Männern und Frauen im Land, die besten Möglichkeiten und moderne Arbeitsplätze bieten.

Jeder Jugendliche im Burgenland muss die Chance auf einen Lehr-, Ausbildungs- oder Studienplatz haben. Eine Ausbildungspflicht muss im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen. Wenn die Wirtschaft zu wenige Lehrlinge ausbildet, wird auch in Zukunft die öffentliche Hand Lehrlinge ausbilden, auch heuer werden über 1.000 junge Menschen durch das Land und AMS eine Ausbildung erhalten.

Noch niemals gab es im Burgenland so gut ausgebildete Lehrlinge, Facharbeiter, aber auch Maturanten. Auch heuer werden über 1.000 junge Menschen durch das Land und AMS eine Ausbildung erhalten.

Noch niemals gab es im Burgenland so gut ausgebildete Lehrlinge, Facharbeiter aber auch Maturanten. Wir wollen, dass alle jungen Männer und Frauen eine Zukunftschance erhalten. Wir lassen im Burgenland keinen Jugendlichen zurück! Auch das ist ein ganz wichtiges Ziel dieser neuen Koalition im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir wollen und werden unsere Vorreiterrolle im Bildungsbereich nicht nur sichern, sondern weiter ausbauen. Das Burgenland ist heute das Bildungsland Nummer 1. Mit Kärnten haben wir gemeinsam die höchste Maturantenquote. Die Maturantenquote ist ein Indikator für die Entwicklung eines Landes.

Es kann keine hochentwickelte Gesellschaft ohne ein hohes Bildungsniveau geben! Wir bekennen uns zu einer effizienten Gestaltung der burgenländischen Schulverwaltung. Dazu zählt die Beibehaltung des Gratiskindergartens - gemeinsam mit den Gemeinden. Eine moderne Bildungsdirektion mit schlanken Strukturen anstelle des Landesschulrates, die Beibehaltung der wohnortnahen Schulen entsprechend den Indikatoren des burgenländischen Pflichtschulgesetzes, der Ausbau der Schulautonomie, der weitere Ausbau ganztägiger Schulformen auf bedarfsorientierter und freiwilliger Basis sowie eine Neustrukturierung der Schülerinternate und Schülerheime.

Die Vernetzung der Fachhochschulen mit Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung ist weiterhin zu forcieren und auszubauen. Ein zentraler Schwerpunkt wird in Zukunft bei technischen und sozialen Berufen an unseren Fachhochschulen liegen. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich nicht nur zur strukturellen Weiterentwicklung unseres Bildungssystems, sondern im Rahmen des burgenländischen Kindergarten- und Schulbauprogramms auch zur Vornahme der notwendigen Sanierungs- und Baumaßnahmen an unseren Schulen, um die besten Rahmenbedingungen für unsere Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen.

Hohe Investitionen wird es auch in die Modernisierung unserer Berufsschulen geben. Der Ausbau der Berufsschulen Pinkafeld und Eisenstadt wird auch in Zukunft die beste Facharbeiterausbildung ermöglichen. Gestern erfolgte der Spatenstich der HTL in Eisenstadt. 47 Millionen Euro werden hier von Seiten des Bundes investiert. Das Land Burgenland hat die Bauabwicklung übernommen.

Damit konnte endlich der jahrelange Stillstand beendet werden. Mehr denn je gilt: Bildung bildet Menschen, Bildung bildet Chancen, Bildung bildet Zukunft und genau deswegen wird es auch ein Schwerpunkt in den nächsten Jahren sein, unser Bildungssystem Schritt für Schritt der Zeit anzupassen, zu verbessern und im nationalen und internationalen Vergleich auch einen Spitzenplatz einzunehmen.*(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicherheit hat für die Burgenländerinnen und Burgenländer einen sehr hohen Stellenwert. Das Burgenland ist das sicherste Bundesland. Damit das aber so bleibt, müssen wir auch in Zukunft enorme Anstrengungen im Sicherheitsbereich unternehmen. Effektive Sicherheitsstrukturen sind hier von ganz großer Bedeutung. Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz wird verantwortlich sein für den Sicherheitsbereich. Gerade im Bereich der Sicherheit wird sich zeigen, dass die Kompetenzvereinfachung in der Burgenländischen Landesregierung vor allem den Burgenländerinnen und Burgenländern zu Gute kommen wird. Klare Kompetenzen heißt rasche Entscheidungen und gerade im Bereich der Sicherheit ist das die Grundlage und das Fundament einer funktionierenden Politik.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu einer vor allem in personeller Hinsicht entsprechend ausgestatteten Exekutive. Wichtige Säulen der

burgenländischen Sicherheitsstrukturen sind auch die Feuerwehren und Rettungsorganisationen. Ihr Einsatz wie etwa im Katastrophenfall beruht zum überwiegenden Teil auf Freiwilligkeit und ist gesellschaftspolitisch von unschätzbarem Wert. Die gewissenhaft erarbeitete Sicherheits-Polizze, sprich Einsatzorganisationen sind zwischen zehn und 15 Minuten am Einsatzort, wird weiter verbessert. Schnell helfen heißt Leben retten. Dieser Grundsatz gilt in Zukunft mehr denn je.

Das Burgenland soll weiterhin das sicherste Bundesland bleiben. Wirtschaftspolizeilich, verkehrspolizeilich und kriminalpolizeilich darf und soll auch an der Grenze kontrolliert werden. Wir werden schnellstmöglich Sicherheitsmodelle für exponierte Gemeinden erarbeiten und zudem soll die Schleierfahndung weiter ausgebaut werden.

Kontrollen direkt an der Grenze haben vor zwei Tagen gezeigt, wie wichtig unsere Forderung ist, Kontrollen direkt an der Grenze durchzuführen. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein hoher Prozentsatz ohne Meldung in Österreich arbeitet und das Lohn- und Sozialdumpinggesetz verletzt wird.

Wir fordern daher häufigere Kontrollen nicht nur wirtschaftspolizeilich, sondern auch verkehrspolizeilich und kriminalpolizeilich. Ich sage auch dazu, diese Kontrollen, die vor zwei Tagen an der Grenze stattgefunden haben und sehr erfolgreich waren, haben wir auch vor den Landtagswahlen in entsprechender Form gefordert. Jetzt wurden sie umgesetzt und das soll auch regelmäßig passieren. Ich denke, dass sowohl die Wirtschaft als auch die ArbeitnehmerInnen durch diese Kontrollen auch geschützt werden und das burgenländische Arbeitsplätze nicht durch Lohn- und Sozialdumping gefährdet werden, ich glaube das ist eine ganz wichtige Maßnahme gewesen, die wir regelmäßig fordern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Freiwilligkeit ist ein Wärmestrom in unserer manchmal kalten Gesellschaft! Daher bekennt sich die Burgenländische Landesregierung auch weiterhin zu deren Unterstützung und Förderung. Wir brauchen die Freiwilligen auch in Zukunft. Erst vor wenigen Tagen konnte ich hunderten Feuerwehrmännern und -frauen bei den Landesfeuerwehrwettkämpfen für ihr großartiges Engagement danken. Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit haben im Burgenland einen hohen Stellenwert! Ehrenamt ist Ehrensache! Dafür stehen die Freiwilligen Feuerwehren und tausende Vereinsmitglieder in unserem Heimatland Burgenland. Vereine, Freiwillige Feuerwehren und Rettungsorganisationen werden auch in Zukunft von der neuen Regierung unterstützt werden. Wir schätzen ihre Leistung und anerkennen ihr Engagement. Sie leisten Unverzichtbares für die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können im Burgenland stolz darauf sein, was sich im Sozial- und Gesundheitswesen in den letzten Jahres positives ereignet hat. Der neu zuständige Landesrat Mag. Norbert Darabos steht vor einer herausfordernden Aufgabe, die er auf der Grundlage des ausverhandelten Arbeitsübereinkommens sicherlich positiv im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer lösen wird.

Das Burgenland hat die niedrigste Armutsgefährdung aller österreichischen Bundesländer. Die Armut im Lande durch wirkungsvolle Maßnahmen zu bekämpfen ist eine zentrale Aufgabe. 468 Millionen Euro, und ich betone das noch einmal, 468 Millionen Euro werden pro Jahr für den Gesundheits- und Sozialbereich verwendet. Das sind 42 Prozent des Gesamtbudgets. Fast jeder zweite Euro aus unserem Budget wird in Zukunft in den Sozial- und Gesundheitsbereich fließen. Wir haben ein Budget von rund 1,1 Milliarden Euro und davon fließen 468 Millionen in den Gesundheits- und Sozialbereich

und das trägt natürlich auch dazu bei, dass wir im Burgenland mit Abstand die niedrigste Armutsgefährdung aller österreichischen Bundesländer haben.

Das burgenländische Gesundheits- und Sozialwesen ist gekennzeichnet von einer qualitativ hoch stehenden medizinischen Versorgung, geprägt von einer verlässlichen Pflegeversorgung. Beste Prävention und Versorgung für die Patientinnen und Patienten ist eine zentrale Säule unserer Gesundheitspolitik. Effizienz, Transparenz und Qualität in allen Bereich sind Garant für die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems.

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan für die ambulanten, teilstationären und stationären Dienste ist - so wie bisher - regelmäßig zu evaluieren. Im Bereich der 24-Stunden-Betreuung sollen mittels Zertifizierung Agenturen geprüft und im Idealfall mit einem Landesgütesiegel ausgezeichnet werden. Es ist ganz wichtig, dass die Qualitätskriterien bei der Pflege eingehalten werden. Wir werden überprüfen, in wie weit wir hier auch ein Landesqualitätssiegel entwerfen können und damit die Menschen die diese Pflege in Anspruch nehmen auch wissen, das ist eine Einrichtung, die auf Qualität setzt, die vom Land auch entsprechend überprüft wird und auch nach Möglichkeit regelmäßig überprüft werden soll.

Die Koalitionspartner unterstreichen die Beibehaltung des Entfalls des Pflegeregresses. Es wird auch Rekordinvestitionen im Sozial- und Gesundheitsbereich geben. Der Fortschritt in der Medizin und die demographische Entwicklung stellen uns vor große Aufgaben und Herausforderungen, die wir zum Wohl unserer Gesellschaft unbedingt bewältigen müssen. Die Burgenländische Landesregierung gibt eine Standortgarantie für die fünf Spitäler im Burgenland ab. Ganz unter dem Motto: Kurze Wege für ein langes Leben! Es ist für uns ganz entscheidend, dass Akutpatienten innerhalb kurzer Zeit in ein Krankenhaus gebracht werden können. Wir haben auch seit zehn Jahren den Rettungshubschrauber im Südburgenland, wo wir ein Jubiläum gefeiert haben und wo auf diesen Erfolg des Rettungshubschraubers hingewiesen wurde, der in diesen zehn Jahren viele Menschenleben gerettet hat. Diese kurzen Wege wird es auch in den nächsten Jahren im Burgenland geben.

Wir werden Krankenanstalten ausbauen, wir werden kooperieren, aber wir werden, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, keine Krankenanstalten schließen. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und den Grünen)*

Wir bekennen uns auch zum Neubau des Krankenhauses Oberwart, welches möglichst nach dem Bestbieter-Prinzip entsprechend vergaberechtskonform ausgeschrieben und mittels Generalunternehmer verwirklicht werden soll. Durch die in der Ausschreibung verankerten Kriterien soll verstärkt die Wertschöpfung im Land bleiben, es soll die Bauwirtschaft belebt werden. Natürlich müssen wir die entsprechenden Ausschreibungskriterien berücksichtigen, gesetzeskonform ausschreiben, aber in nächster Zeit wird auch im Parlament dieses Bestbieterprinzip beschlossen, das auf europäischer Ebene schon festgelegt ist, sodass erstmalig nicht nur der Billigstbieter, sondern auch in diesem Bereich der Bestbieter ausgeschrieben werden kann.

Ich sage auch dazu, eine sehr anspruchsvolle Vorgangsweise, aber wir werden uns bemühen auch bei diesem wirklich großen Projekt nicht mehr dem Billigstbieterprinzip zu folgen, sondern soweit das möglich ist, dem Bestbieterprinzip. Das sind unsere Überlegungen und da werden wir auch mit guten Vergaberechtlern diese Möglichkeiten prüfen und nach Möglichkeit auch umsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bereich des öffentlichen Verkehrs ist auch ein sehr wichtiger Bereich. Unser Leitsatz lautet: Gemeinsam mehr erreichen. Mobilität für alle Burgenländerinnen und Burgenländer - nachhaltig - innovativ und sicher!

Das Land Burgenland verfolgt im Verkehrsbereich jene Ziele weiter, die in der im Jahr 2014 erstellten Gesamtverkehrsstrategie und der im Jahr 2013 erstellten Energiestrategie festgelegt wurden.

Das ist von allen internationalen Experten bestätigt, ein sehr gutes Konzept, das Schritt für Schritt auch umgesetzt werden soll. Dieser Weg der Umsetzung soll auch Schritt für Schritt konsequent fortgesetzt werden. Diese Gesamtverkehrsstrategie wird sowohl im Bereich der Schiene und auch im Bereich der Straße umgesetzt. Wichtige Straßenbauprojekte laufen auf Hochtouren. Die Bahnhofsoffensive wird umgesetzt. 50 Millionen Euro werden in die Modernisierung der Bahnhöfe Neusiedl, Bruckneudorf und Mattersburg investiert. Das sind keine Prestigeprojekte, sondern da geht es vor allem um behindertengerechte Einrichtungen, um mehr Sicherheit im Bahnhofsbereich und Park & Ride-Anlagen, die errichtet werden.

Das trägt zu mehr Qualität für die Pendlerinnen und Pendler bei. Das sind Investitionen, um den öffentlichen Verkehr weiter zu attraktivieren und diesen positiven Trend, den wir im Burgenland haben, weiter zu verstärken. Wir haben einen deutlichen Zuwachs bei unseren Fahrgästen im öffentlichen Verkehr. Das gilt sowohl für die Raaber-Bahn, als auch für die ÖBB und das gilt selbstverständlich auch für unseren Super-Bus im Südburgenland, den G 1-Bus, der von immer mehr Menschen in Anspruch genommen wird, für den wir mittlerweile rund 2,2 Millionen Euro von Seiten des Landes bezahlen.

Verkehrswege sind die Lebensadern der Wirtschaft. Verkehrswege sind die Lebensadern des Burgenlandes und gerade im Straßenbau brauchen wir diese Investitionen, die ich bereits genannt habe von der A4 - S31 Verlängerung bis zur S7.

Ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Personen- und Personennahverkehr ist abzugeben. Ein öffentliches Verkehrssystem mit attraktiven regionalen und lokalen Angeboten setzt aber auch voraus, dass eine Effizienzsteigerung unter Ausbau von Parallelstrukturen erfolgen muss.

Wir wollen bedarfsorientiert den öffentlichen Verkehr organisieren, wir brauchen Bedarfsstudien, um zu wissen, wie viele Menschen nehmen den öffentlichen Verkehr in Anspruch und wir werden nicht nur den Personenverkehr unterstützen, sondern wir werden auch in den Gemeinden auch in Zukunft den lokalen Verkehr fördern und unterstützen.

Es wird in den nächsten fünf Jahren moderne Reisebusse geben, die Qualität des G1 Busses wird weiter verbessert. Es wird in den nächsten fünf Jahren hochmoderne Zugsgarnituren geben, neue Park & Ride-Anlagen und auch eine gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Ungarn soll in den nächsten Jahren einen weiteren Qualitätssprung für unsere Pendlerinnen und Pendler bringen.

Diese Chance, auch gemeinsam mit unseren Nachbarn im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die Eisenbahninfrastruktur weiter zu modernisieren, ist eine große Chance. Gerade die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs ist auch einer der Schwerpunkte, die sich diese neue Regierung zum Ziel gesetzt hat.

Da wird es viele Investitionen geben und wir werden auch die Fahrgäste im öffentlichen Bereich, beim öffentlichen Verkehr mit diesem Angebot weiter steigern können.

Wir sind auf einem guten Weg und wir werden diesen erfolgreichen Weg Schritt für Schritt auch fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Umweltschutz und Klimaschutz sind Themen der Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachhaltigkeit ist das treffende Schlagwort für diese Zuständigkeiten und das Wort Nachhaltigkeit wird vielfach gebraucht. Die Bereiche Umweltschutz, Klimaschutz und Jugend wird das jüngste Regierungsmitglied, Mag. Astrid Eisenkopf, übernehmen. Bei ihr sind die wichtigsten Zukunftsthemen angesiedelt. Noch in der letzten Regierungsperiode waren drei Regierungsmitglieder für den Bereich Umwelt zuständig. Auch hier haben wir die Geschäftsordnung verändert und eine klare Kompetenzverteilung ermöglicht.

Nachhaltige Energiepolitik stellt nicht nur ein Plus für die Umwelt und den Klimaschutz dar, hier ist auch ein enormes Potential für die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Umweltschutz schafft Arbeit! Umweltschutz sorgt für eine gute Zukunft der nächsten Generationen!

Viele reden von Green Jobs, wir haben im Burgenland schon vor Jahren begonnen, Green Jobs zu schaffen und werden diesen Weg in den nächsten fünf Jahren erfolgreich fortsetzen.

Ein wesentlicher Impuls zur Fortsetzung dieser Energiepolitik ist die Forcierung der Windenergie, auch die Forcierung von Photovoltaik und auch in kleinen Bereichen von Biomasse.

Das Burgenland arbeitet bereits seit 2002 mit dem Regionalen Rahmenkonzept für Windkraftanlagen. Das Burgenland ist seit dem Jahr 2013 stromautark. Wir sind in Europa die Nummer 1 bei der Erzeugung von erneuerbarer Energie und decken aktuell mehr als 150 Prozent unseres gesamten Strombedarfs. Also wir befinden uns hier auf einem sehr, sehr hohen Niveau.

Wir werden auch in den nächsten fünf Jahren einen Schwerpunkt im Forschungsbereich im Bereich der erneuerbaren Energien setzen. Green Jobs, regionale Wertschöpfung und Beiträge zum Klimaschutz sind uns wichtig und werden auch ein Schwerpunkt der Politik in den nächsten fünf Jahren sein.

Eine saubere Umwelt, sauberes Wasser, eine intakte Natur, 33 Prozent unserer Landesfläche sind unter Naturschutz gestellt, das ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen werden und wir möchten der nächsten Generation unsere Natur und Umwelt im Burgenland in einem noch besseren Zustand übergeben, als das jetzt schon der Fall ist. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und den Grünen)*

Meine Damen und Herren! In der neuen Regierungsperiode wird das Landwirtschaftsressort vom Umweltressort getrennt. Das moderne Burgenland fußt auf der Entwicklung des ländlichen Raums und da steht auch sehr viel Geld zur Verfügung, um auch in Zukunft den ländlichen Raum zu entwickeln.

Um dem Burgenland auch in Zukunft einen Spitzenplatz in Österreich und der Europäischen Union zu sichern, wird in den kommenden Monaten von der zuständigen Landesrätin Verena Dunst ein Masterplan für die Entwicklung des ländlichen Raums erstellt werden.

Die Stärken, aber auch die Schwächen sollen dabei herausgearbeitet und gezielt Schwerpunkte für die Entwicklung festgelegt werden.

Regionale Produkte und die Biolandwirtschaft liefern gesunde Lebensmittel und steigern die regionale Wertschöpfung! Die weitere Entwicklung der Qualitätsmarke Burgenland soll unsere Gäste, aber auch die einheimische Bevölkerung einladen, sich burgenländisch zu ernähren. Burgenländisch zu ernähren, heißt sich gesund zu ernähren.

Das Burgenland als der Gemüsegarten Österreichs, als Land der ausgezeichneten Weine und des besten vitaminreichen Gemüses wird sich in den nächsten fünf Jahren auch in der Landwirtschaft ausgezeichnet entwickeln und viele Impulse setzen.

Regionalität ist Lebensqualität. Höchste Lebensqualität wollen wir den Menschen bieten und das können wir in Zusammenhang mit Landwirtschaft, mit einer intakten Natur, mit regionalen Produkten und genau das werden auch die Schwerpunkte sein, dazu bekennen wir uns und diesen Weg der klein strukturierten bäuerlichen Landwirtschaft, die wir unterstützen werden, das wird der Weg in den nächsten fünf Jahren sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein wichtiger Bereich, der in den letzten Jahren immer größere Bedeutung bekommen hat, ist der heimische Tourismus. Der Freizeit- und Tourismussektor hat sich zu einer ganz wichtigen Säule der burgenländischen Wirtschaft entwickelt. Die Nächtigungszahlen liegen derzeit bei rund drei Millionen im Jahr. Was aber noch wichtiger als die Nächtigungszahlen ist, das ist die Wertschöpfung. Nächtigungszahlen sind ein Indikator, die Wertschöpfung, die es im Land gibt durch den Tourismus, ist der noch wichtigere Indikator. Wir haben im letzten Jahr eine Wertschöpfung im Burgenland durch den Tourismus von 935 Millionen Euro erzielen können. Das ist einerseits der Nächtigungsgast, das ist andererseits aber auch der Tagesgast.

Damit hat dieser Wirtschaftszweig auch große Bedeutung für den Arbeitsmarkt im Burgenland. Die Nächtigungszahlen sollen weiter gesteigert werden, vor allem soll die regionale Wertschöpfung weiter gesteigert werden, weil regionale Wertschöpfung für Einkommen, für Wohlstand und auch für Beschäftigung sorgt.

Die Internationalisierung des Burgenland Tourismus ist zu forcieren und mit Nachdruck anzustreben. Qualitätssteigerungen in den touristischen Leitbetrieben und den Klein- und Mittelbetrieben sind sowohl im Bereich der Modernisierung, des Aus- und Neubaus und im Bereich der Qualifikation zu fördern und zu unterstützen.

Der neue Tourismus- und Wirtschaftslandesrat wird großen Wert darauf legen, dass die Vernetzung der Schwerpunkte Natur, Kultur, Wein, Kulinarik, Wellness und Sport weiter verstärkt wird. Diese Vernetzungen sind auch sehr wichtig, damit die Verweildauer im Land weiter erhöht wird.

Das neue Tourismusgesetz mit Leben zu erfüllen, nationale und internationale Marketingaktivitäten zu verstärken - das werden wichtige Voraussetzungen in den nächsten Jahren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Burgenland wollen wir im Einklang mit den Gemeinden weiterhin möglichst auf kleine Einheiten bei der Unterbringung von Asylsuchenden setzen und eine verträgliche Relation zur Bevölkerungsgröße suchen. Damit wird erst ein „Zusammen“ leben möglich und die Akzeptanz seitens der Bevölkerung wahrscheinlicher. Das Beispiel Neudörfl zeigt, dass die Akzeptanz der Bevölkerung durch diese Relation gegeben ist.

Die Koalitionspartner bekennen sich klar zur Art.15a B-VG - Grundversorgungsvereinbarung, hinsichtlich der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen.

Die Koalitionspartner unterstützen die Beschlüsse der Landeshauptleutekonferenz und fordern die Frau Bundesministerin für Inneres auf, dass Asylanträge von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten oder von Personen, die ihr Heimatland nur aus wirtschaftlichen Überlegungen verlassen haben, in kürzester Zeit, optimal in zehn Tagen, und in rechtsstaatlich gesicherter Qualität erledigt werden und, dass es hier in kurzer Zeit

auch Entscheidungen gibt, dass Wirtschaftsflüchtlinge nicht die Plätze von Kriegsflüchtlingen einnehmen können.

Eine klare Differenzierung von Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen ist aktueller und notwendiger denn je, denn wir brauchen Plätze für Menschen, die mit dem Tod bedroht sind und wir können natürlich nicht alle Wirtschaftsflüchtlinge in Österreich und im Burgenland aufnehmen.

Der zuständige Landesrat Mag. Norbert Darabos, Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz und ich werden auch am Freitag Caritas, Diakonie, weitere NGO´s, Gemeindevertreter, Bezirkshauptleute einladen, um auf Grundlage der LH-Beschlüsse und des Regierungsübereinkommens unseren Beitrag zur Lösung der Asylfrage zu leisten.

Uns ist bewusst, dass wir im Burgenland die europäische, ja globale Asylproblematik nicht isoliert lösen können, daher ist ein gesamteuropäischer Lösungsansatz von den Vertretern der Bundesregierung mit Nachdruck anzustreben. Eine europäische Lösung ist unbedingt notwendig und eine faire Aufteilung auf alle Staaten in Europa.

Aber wir werden uns im Burgenland bemühen, im Rahmen unserer Möglichkeiten in Zusammenarbeit mit den NGO´s, Diakonie, Caritas, Gemeindevertretern, Bezirkshauptmannschaften unseren Beitrag zu leisten und kleine Einheiten im Burgenland zu suchen und wir werden erstmalig auch einen neuen Weg gehen und wahrscheinlich einen einzigartigen Weg in Österreich gehen, nämlich dass es Unterstützung von Seiten des Landes für Gemeinden gibt, die im Sinne unseres Koalitionsübereinkommens in kleinen Einheiten auch Asylwerber aufnehmen und ich denke, das ist wieder ein Schritt in die richtige Richtung, der österreichweit einzigartig ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland ist in vielen Bereichen ein Musterbeispiel dafür, dass Kleine Großes leisten können. Das ist bei Kleinbetrieben der Fall, das ist bei kleinen Vereinen der Fall, das ist in kleinen Gemeinden der Fall und das ist auch in manchen Bereichen auf Seiten des Landes der Fall.

Wir werden versuchen, in den nächsten fünf Jahren moderner, effizienter, bürgernäher und schneller zu werden. Das Burgenland wird aber auch durch neue und schlankere Strukturen transparenter werden.

Das Arbeitsübereinkommen zwischen der SPÖ und der FPÖ ist ein gutes und nachhaltiges Fundament für die herausfordernde Arbeit in den nächsten fünf Jahren. Mit wichtigen Investitionen und mit Rekordinvestitionen in die Zukunft und einem ausgeglichenen Haushaltsbudget werden wir die komplexen und vielfältigen Herausforderungen, die auf unser Heimatland Burgenland zukommen, bestmöglich und im Sinne der Menschen lösen.

Es lebe die Republik Österreich, es lebe unser Heimatland Burgenland! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann.

Als erstem Redner in der Debatte über die Regierungserklärung erteile ich nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass in der Präsidialkonferenz eine freiwillige Redezeitbeschränkung von 15 Minuten pro Wortmeldung vereinbart wurde.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Worte vernehme ich sehr wohl, ich warte auf die Taten. Ich denke, in diesem Land ist vieles neu geworden. Nach dem 31. Mai, nach dem Abschaffen des Proporzes, hat sich klar herauskristallisiert, dass es offener in diesem Land wird.

Dass es in diesem Land freier wird und es vielleicht doch Ansätze gibt, um diese Baustellen, die wir seitens der Liste Burgenland immer wieder aufgezeigt haben, auch zu schließen. Ich möchte nicht alles schlechtreden, was in der Vergangenheit war. Auch SPÖ und ÖVP, wenn ich heute dem Herrn Landeshauptmann richtig zugehört habe, er hat ja viel von der Vergangenheit gesprochen, haben etliches bewegt und da muss man auch die ÖVP dazu nehmen. Da fällt mir keine Perle aus der Krone, wenn ich das so sage.

Ich glaube auch, es soll in Zukunft ein gemeinsamer Weg gefunden werden, um allen, die im Landtag vertreten sind, der neuen Konstellation und der neuen Regierung eine Chance zu geben. Aber, wenn ich mir das so anschaue, der Applaus kommt dann auch wieder nur von der Regierungspartei, man sollte sich auch einmal für positive Dinge aufraffen.

Für positive Dinge einmal aufraffen und sagen, das ist eine gute Idee. Natürlich eine Regierungserklärung, Herr Landeshauptmann, die höre ich zum dritten Mal in diesem Landtag. Ich bin jetzt drei Perioden herinnen. Ja, viele Dinge werden so von sich gegeben.

Vieles ist nicht umgesetzt geworden. Ich hoffe, dass wir zumindest den Großteil jetzt umsetzen können. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der ÖVP)* Herr Kollege Strommer, Sie können sich dann auch zu Wort melden. Das ist nämlich auch kein Problem immer wieder solche Dinge aufzuzeigen.

Ich habe klipp und klar gesagt, wir sind angetreten, in diesem Land für die Menschen zu arbeiten, für die Menschen da zu sein.

Und wenn das Regierungsprogramm in sieben Stunden, oder in drei Stunden, oder in 17 Stunden fertig war und das vielleicht einer geschrieben hat, der vielleicht auch gern etwas geworden wäre oder vielleicht gerne hier sitzen würde, ist es auch nicht schlecht.

Man muss nur punktuell einmal das durchgehen und sagen, wo setzen wir den Hebel an, wo ist es notwendig tatsächlich für unsere Menschen in diesem Land das Bestmögliche heraus zu holen. Denn ich nehme an, dass alle die hier sitzen, in diesem Hohen Landtag, aber auch die Verantwortlichen in der Regierung, es ernst nehmen.

Es ernst nehmen, denn die Zeiten werden nicht besser. Ich kann das als Bürgermeister einer Großgemeinde nur klar und deutlich noch einmal wiederholen, was ich schon die letzte Periode immer wieder gesagt habe.

Und gemeinsam, Herr Landeshauptmann, sollten wir einen Weg gehen. Einen Weg, einen neuen Weg, den wir gemeinsam auch für das Land, für die Menschen brauchen. Ich sage das auch mit der Klarheit, weil viele Punkte, die Sie heute angesprochen haben, ja eh schon im Laufen sind.

Eine S31-Verlängerung, das zahlt sowieso der Bund, da brauchen wir nicht darüber diskutieren, oder die S7. Wie viele Jahre haben wir gemeinsam gekämpft? Und viele Punkte mehr die Sie aufgezeigt haben, müssen jetzt, und ich denke gemeinsam, umgesetzt werden.

Im Sozialbereich - Spital Oberwart - wo wir immer gesagt haben, machen wir gemeinsam einen Weg. Wir brauchen eine Investition, das ist einer der größten

Investitionen in den nächsten Jahren. Spital Oberwart, wo sich speziell die FPÖ immer wieder auch ganz stark gemacht hat.

Auch dort werden wir Sie messen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nicht vorher, sondern jetzt wo Sie die Möglichkeit haben das abzuarbeiten, was wir gemeinsam als Opposition gefordert haben, auch umzusetzen.

Und ich weiß schon, die SPÖ hat drei Mandate verloren und hat einen Landesrat dazugewonnen, das muss auch einmal einer zusammenbringen, Herr Landeshauptmann. Ich gratuliere Ihnen dazu. Das ist genau das wo ich sage, es ist halt einmal so. Der Schnellere hat gezogen, der Schnellere hat gewonnen.

Aber jetzt heißt es arbeiten. Zu arbeiten für dieses Land, für das wunderschöne Land. Wir sind bereit, seitens der Liste Burgenland hier mitzutun. Wir wären auch gerne in der Regierungsverantwortung gewesen, gar keine Diskussion. *(Zwischenruf der Abg. Mag[a]. Michaela Resetar.)*

Frau Kollegin Resetar, Sie haben die Chance gehabt 15 Jahre, oder zehn Jahre, da brauchen Sie nicht dazwischenrufen. Sie haben die Chance gehabt. Sie haben vieles umgesetzt, aber auch viele Baustellen hinterlassen. Zu dem komme ich noch.

Und ich glaube diese Punkte, die heute der Herr Landeshauptmann hier aufgezeigt hat, sind tatsächlich Baustellen und viele Zukunftssorgen und Ängste der Bevölkerung im Burgenland. Und ich glaube, ob die Ängste und Sorgen der Menschen die Sie hier skizziert haben, auch tatsächlich umgesetzt werden können, da werden wir unseren Finger darauf halten und sagen, das gehört umgesetzt. Das gehört gemacht.

Und ich verstehe schon, immer sind die finanziellen Mittel das Entscheidende, auch in den Gemeinden. Und weil der Herr Kollege Trummer da sitzt, Gemeindevertreterverband, Gemeindevertreterbund. Es gibt auch andere Bürgermeister die denen nicht angehören. Warum hört man die nicht an? Da findet man kein Gehör dafür?

Wir wollen mittun! Wir wollen mitarbeiten, denn wir führen auch Gemeinden, die erfolgreich unterwegs sind und die gemeinsam mit dieser Regierung, mit dem Bund und mit der EU gemeinsam arbeiten müssen. Und daher glaube ich, dass wir eine vernünftige Lösung auch dort anpeilen müssen, bei aller Kritik, Rot und Schwarz und Proporz hin und her.

Wir wollen arbeiten für das Land. Ob ich ein roter Verband bin oder ein schwarzer Bund bin, das ist mir egal, Verband, oder wie sie alle heißen, wir wollen mitarbeiten. Auch die vielen Freien, die sich hier einsetzen und für die Gemeinden und für das Land arbeiten wollen.

Und wenn Sie, Herr Landeshauptmann sagen, 38 Seiten haben Sie ein Regierungsprogramm beziehungsweise Koalitionsprogramm erstellt, alles schön und gut, ich kenne das von früher. Ich kenne das alles.

Nur eines muss klar gesagt werden. Man sollte schlussendlich auch so offen und ehrlich auch mit denen umgehen, die sich hier als Vertreter der Bevölkerung wohlfühlen in diesem Land und für diese Menschen arbeiten wollen. Da muss man sie auch einbinden und daher gehört Transparentheit in dieses Land herein.

Da gehört bei Regierungsbeschlüssen sehr wohl die Möglichkeit auch der Opposition gegeben, Einsicht zu nehmen was wird beschlossen, wie wird es gehandhabt. Das war in der Vergangenheit leider nicht möglich. Ich hoffe, dass die Zukunft etwas anderes bringt.

Und wenn jetzt ein Regierungspartner hier sitzt der das auch immer gefordert hat, na dann werden wir schauen wie sich das Ganze entwickelt.

Und man muss auch den Mut haben, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter jetzt zu sagen, ja das haben wir gefordert und das wollen wir weiter auch auf den Punkt bringen und auch umsetzen. Ich glaube dann hat man doch einiges erreicht mit der Änderung in einer Regierung wo der Wählerwille am 31. Mai wahrscheinlich so war, der Proporz abgeschafft wurde.

Tut mir leid, wenn die ÖVP jetzt das ein bisschen anders sieht und wahrscheinlich vieles kritisieren wird. Kein Problem. Aber ich appelliere an die ÖVP: Ihr habt viele gute Bürgermeister in Euren Reihen, Ihr habt gute Leute in Euren Reihen, arbeiten wir für dieses Land!

Kontrollieren wir diese Regierung! Zeigen wir auf wo der Schuh drückt in diesem Land. Machen wir gute Vorschläge, bringen wir uns ein, gemeinsam alle die hier im Landtag sitzen und nicht nur Fundamentalopposition machen.

Auch die Grünen fordere ich dazu auf. Und wenn ich eine Presseaussendung heute oder gestern, beziehungsweise eine Pressemeldung gehört habe, die Gemeinden und Asyl. Wunderbar, Frau Kollegin, Sie haben keine Verantwortung in einer Gemeinde, Sie haben keinen Bürgermeister, keinen Vizebürgermeister.

Wir tragen Verantwortung in den Gemeinden. Wir müssen uns mit der Bevölkerung auseinandersetzen. Wir wollen uns mit der Bevölkerung auseinandersetzen, weil es wichtig ist. auch für diese Menschen. Für diese Menschen, Kriegsflüchtlinge, auch zu schauen, dass wir eine Lösung finden. Haben Sie eine Lösung angepeilt oder haben Sie eine vorgeschlagen? Nur zu sagen, in den Gemeinden gehört jetzt aufgemacht und das und jenes. Ja, da müssen Sie Verantwortung übernehmen.

Viele Bürgermeister in der ÖVP, SPÖ aber auch von den Listen haben die Verantwortung und machen sich Gedanken. Und das ist auch ein wichtiger Punkt wenn ich Asyl anspreche. Und da muss ich dem Herrn Landesrat Darabos sagen, da wird er einen harten Weg gehen müssen. Aber er muss ihn gehen und er wird ihn gehen.

Und vielleicht können wir doch das Eine oder Andere gemeinsam lösen, weil es wichtig ist. Weil es wichtig ist für das Land, für den Bund, aber auch für die Menschen, die hier hereinkommen. Aber nicht sagen in einer Aussendung von der SPÖ einen Tag vor der Wahl in Deutschkreutz: Kölly bringt 60 Asylanten nach Deutschkreutz.

Das sind Dinge die ich nicht für gut halte und die einfach nicht fair sind. Wir sollten miteinander reden, welche Lösungen können wir anpeilen und nicht polemisch irgendwelche Dinge immer in den Raum stellen.

Ja, ich weiß, Frau Ex-Landesrätin, dass Dir der Hals so steht, das kann ich mir schon vorstellen. Aber das sind genau die Dinge. Ich würde mich ja nicht einmal hereinsetzen in den Landtag, nachdem Sie dort gearbeitet haben als Landesrätin und jetzt Kompetenzaufteilung entsteht.

Tatsächliche Kompetenzaufteilung, aber auch da werden wir Sie messen, Herr Landeshauptmann, ob das tatsächlich so ist. Weil wenn drei Landesräte zuständig sind für irgendein Thema, da kann nichts Gescheites herauskommen. Das ist ja nichts.

Aber auch wie wir verhandelt haben wegen dem Proporz abschaffen, ist ja eines, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter in Ruhe - sage ich einmal so - und Abgeordneter-Kollege, war es so, dass wir gesagt haben, das und jenes gehört auch auf die Gemeinden heruntergebrochen, in den Verbänden heruntergebrochen.

Was ist geschehen? Der Proporz ist abgeschafft geworden und viele Dinge sind offen geblieben, weil man über uns drübergefahren ist. Tschürtz Hans, Du kannst Dich erinnern an die Geschichteln was wir gesagt haben, das und das gehört noch erledigt. Nein, das hat man weggewischt ganz einfach. Jetzt sitzen wir als Opposition herinnen und wollen jetzt dagegen kämpfen. Es ist eh gut.

Aber man sollte wirklich den Menschen in den Vordergrund stellen. Auf den Punkt bringen und sagen, wir wollen für das Burgenland arbeiten. Die Kontrolle über die Regierung, Ihr kennt ja das, was sich dort abspielt drinnen. Ihr kennt das ganz genau und Ihr könnt es auch am Punkt bringen.

Ihr könnt sagen, hoppala, das funktioniert nicht so. Wir haben gar nicht die Chance dazu gehabt, weil wir keine Einsicht bekommen haben. Wir haben die Transparentheit immer gefordert, haben aber die Möglichkeit nicht gehabt.

Und ich glaube auch, dass es wichtig ist, eine Kontrollfunktion natürlich auszuüben, wie in den Gemeinden und dazu stehe ich. Auch in den Gemeinden gibt es Kontrollausschüsse die alle Möglichkeiten haben, in alle Akten Einsicht zu nehmen, in alle Rechnungsunterlagen Einsicht zu nehmen und dann ein Urteil sich zu bilden.

Ich glaube den Gemeinden wird es gut auch anstehen, wenn wir uns, Herr Kollege Trummer, trotzdem zusammensetzen und versuchen eine Lösung zu finden.

Den Gemeinden geht es nicht sehr gut. Ich sage Euch das auch gleich. Nicht nur finanziell sondern auch den anderen Weg, den heute der Landeshauptmann genau vorgegeben hat. Öffentliche Verkehrsmittel und dergleichen mehr, das haben wir immer gefordert seitens der Liste Burgenland. Tun wir etwas! Deutschkreutz, den Bürgerbus habe ich eingeführt und viele Dinge mehr. Südburgenland - kämpfen wir um die Eisenbahnstrecke!

Daher sage ich, ich höre die Worte sehr wohl, ich wünsche mir, dass die Taten folgen. Dann glaube ich, dass wir am richtigen Weg sind.

Herr Landeshauptmann, wenn Sie sagen "Grenzkontrollen". Das haben Sie vor der Wahl gesagt, auch die FPÖ hat das gesagt. Aber nur, Herr Kollege Tschütz, nicht vorpreschen sondern mit Ruhe und Gelassenheit das Ganze angehen, weil das Mandat ist so jung noch, dass man da vorsichtig umgehen muss damit, aber auch hier biete ich Mithilfe an.

Deutschkreutz hat einen Grenzübergang gekauft. Schauen wir uns das an, ob das nicht möglich ist die Polizei dort draußen hinzubringen. Gemeinsam einen Weg zu finden. Warum nicht? Da habe ich überhaupt kein Problem. Aber es kann nicht so sein, dass man nur Kofferraum auf, Kofferraum zu, ein Bild macht, das brauchen wir nicht. Wir wollen schauen, dass eine vernünftige Lösung herauskommt.

Ich sage mit dieser Deutlichkeit, Herr Landeshauptmann, einiges gehört noch ins richtige Licht gebracht. Sie haben richtig gesagt, 85 Prozent sind Bundesgesetze, damit müssen wir uns abkämpfen ständig hier im Landtag. Und hier ist es einmal der Ausgleich.

Und Sie wissen welchen Ausgleich in meine - wenn im Burgenland der Mensch 570 Euro wert ist und in Wien ist er 1.370 Euro wert, fast das Dreifache oder noch mehr. Dann sollte man sich etwas überlegen. Auch hier habe ich einen Antrag eingebracht. Der wurde schubladiert, der wurde abgelegt. Keine Diskussion.

Jetzt freut es mich, Herr Landeshauptmann, dass Sie das wieder ins Auge fassen und angehen wollen. Auch hier werden Sie unsere Unterstützung natürlich haben, weil es wichtig ist.

Wir brauchen Geld, 30 Millionen Euro gehen uns verloren. Ich habe wirklich mitgehört, habe genau aufgepasst. 30 Millionen Euro für die Gemeinden sind weg, wo wir nichts investieren können. Und die Gemeinden waren der Motor der Wirtschaft und ich hoffe sie werden es auch in Zukunft sein.

Da sitzen viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen herinnen, die sich mit solchen Dingen herumschlagen müssen und kämpfen müssen, um jeden Cent in den Gemeinden.

Und daher würde es mich freuen, wenn diese Regierungserklärung jetzt, sage ich einmal, zu 80 oder 85 Prozent wenigstens umgesetzt werden würde. Unsere Unterstützung gibt es, seitens der Liste Burgenland, weil wir der Meinung sind, lassen wir diese Regierung einmal arbeiten.

Schauen wir ihnen auf die Finger, kontrollieren wir - selbstverständlich. Machen wir vieles transparent auch für die Menschen draußen in diesem Land, die verunsichert wurden vor den Wahlen und vielleicht jetzt auch noch skeptisch sind, weil sie natürlich sagen, mein Gott, jetzt haben wir eine Regierungskonstellation das passt vielleicht hinten und vorne nicht zusammen.

Ja, aber auf der anderen Seite denke ich mir, es ist vieles mit Rot und Schwarz auch nicht passiert, was man sich vorgestellt hat. Es soll kein Vorwurf sein, sondern es ist eine Anmerkung und daher gibt es auch eine Opposition die immer sagt, legen wir die Hand da drauf, schauen wir uns das an.

Das können wir jetzt gemeinsam machen. Wir können uns aber auch einbringen mit Anträgen, und das schlage ich auch dem Herrn Landeshauptmann vor, aber auch dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter - sich gemeinsam einmal anschauen und nicht 170 Anträge, so wie ich sie eingebracht habe in der letzten Periode und die meisten sind verschwunden. Na klar, weil man dem Kölly nicht rechtgeben kann.

Schauen wir uns gemeinsam den Weg an. Sind die Anträge in Ordnung für die Menschen in dem Burgenland und setzen wir sie um, gemeinsam. Und ich glaube, das ist ein Weg den der Herr Landeshauptmann mit seinem Koalitionspartner in Zukunft auch gehen soll.

Vom Budget her denke ich, einige Diskussionen wird es selbstverständlich geben, weil, es ist alles nicht so eitel Wonne, wie man es sich vorstellt. Aber was mir besonders gefällt, diese Zusammenschlüsse und die Transparentheit von unseren ganzen öffentlichen Beteiligungen.

Aber zum Schluss, auch in den Verbänden sollte man jetzt munter werden schön langsam. Weil Sie vom Bestbieterangebot immer sprechen, Herr Landeshauptmann. Das haben wir schon vor Jahren gesagt, da war ich noch in der FPÖ, habe ich das schon gesagt, das gehört geändert.

Nur in den Verbänden macht man was man will. Da kann ich ein Beispiel zeigen, wo man wieder Steirer oder Oberösterreicher die Arbeit übergibt. Na ja, weil vielleicht kann unsere Firma das gar nicht. Entschuldigung, müssen wir nicht die Ausschreibungen so machen, dass das passt? Und ich hätte so eine Bestbieterausschreibung einmal gern gesehen vom Land.

Das wünsche ich mir, das ist Transparentheit. Das hätte ich gerne gesehen. Weil ich denke, dort habe ich auch ein Auge für so etwas. Ob das tatsächlich so ausgeschrieben wird, dass der Bestbieter überhaupt sein kann, weil, da muss man vieles hinterfragen.

Ja, schlussendlich sage ich einmal: Danke für die Regierungserklärung, danke für die vielen Punkte, die Ihr aufgezeigt habt. Wir werden, wo es geht, mitarbeiten. Wir werden dort ein wachsames Auge haben, wo es schlussendlich wichtig ist, dass auch die Liste Burgenland dementsprechend gehört wird, für die Menschen in diesem Land.

Und in diesem Sinne wünsche ich uns eine Periode, die hoffentlich für das Land und für die Menschen das Beste ist. Danke. *(Beifall bei der LBL und einigen Abgeordneten der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Liebe Besucher auf der Galerie. Schnell, sehr schnell ist die vorliegende Regierungsvereinbarung auf den Tisch gelegen. Ich habe mir das ja anders vorgestellt.

Für mich war das alles das erste Mal diese Landtagswahl und mitzuerleben wie eine Regierung gebildet wird. Ich bin davon ausgegangen, dass man zuerst einmal etliche Tagelang beisammen sitzt, ernsthaft sammelt, was sollen die Schwerpunkte und die wichtigen Eckdaten für die nächste Regierungsperiode sein und dann wird genau verhandelt.

Auch bis in die Details, um nach immerwiederkehrenden Schleifen, auch mit den eigenen Leuten im Hintergrund, ein ganz fundiertes und ausführliches Regierungsprogramm für fünf gestaltende Jahre auf den Tisch zu legen.

Aber das ging alles sehr schnell und mein Eindruck war eher, da wurde nicht zu sehr verhandelt, da wurde sehr schnell einfach etwas aus dem Boden gestampft.

Jetzt im Nachhinein hören wir weitere Ausführungen und es kam, wie heute auch in der Erklärung vom Herrn Landeshauptmann viel vor, dass wir in diesem Regierungsprogramm nicht finden.

Und ich sehe es einmal so, dass das Regierungsprogramm die schriftliche Zusage an die Burgenländerinnen und Burgenländer ist und da drinnen sucht man Einiges vergeblich. Auf Etliches wurde überhaupt vergessen, was ein Hinweis darauf ist, dass diese Themen in der Politik der Verhandler keine besondere Bedeutung haben.

Was finden wir nicht im Regierungsprogramm? Umweltschutz, Klimaschutz, Naturschutz - kommt nicht vor im Regierungsprogramm. Landwirtschaft gibt es nicht. Armut und Obdachlosigkeit wurde völlig vergessen, dass es so etwas im Burgenland gibt, aber es wurde ja auch alles sehr, sehr schnell natürlich hier versucht in Papier zu bringen.

Kindergartenwesen und Erwachsenenbildung kommt nicht vor. Barrierefreiheit als Querschnittsmaterie, et cetera, et cetera, Jugend, all das was heute in der Rede als Zukunftsressorts angesprochen wurde, kommt im vorliegenden schriftlichen Regierungsprogramm einfach nicht vor.

Das wurde dann in jene Ressorts geschoben die von den Landesrätinnen betreut werden. Nun, ich freue mich dann schon, dass es in ihren Händen liegt, weil ich denke mir auch, wenn die männlichen Verhandler einiges vergessen haben im Programm, werden es dann die weiblichen Landesrätinnen, so glaube ich, umso besser voran bringen. Da lassen sie sich sicher eh nichts verbieten.

Aber, ich komme damit schon zur Frauenpolitik. Die Frauenpolitik ist überhaupt ausgespart in diesem Regierungsprogramm. Aber Frauenpolitik ist keine Nischenpolitik. Frauenpolitik ist keine Spielweise der Feministinnen und Frauenpolitik darf nicht zum Feigenblatt in der männerdominierten Landespolitik werden. *(Beifall bei den Grünen)*

Frauenpolitik heißt, Frauen in alle wesentlichen Entscheidungen miteinzubeziehen. Nachdem aber die von Frauen betreuten Ressorts kaum im Regierungsprogramm vorkommen hoffe ich, dass die Frauen in der Regierung die wesentlich dieses Land in den nächsten Jahren mitgestalten werden, einzelne Ressorterklärungen abgeben werden, dann wissen wir auch wie es in den nächsten fünf Jahren weitergehen soll.

Der Herr Landeshauptmann will sich selbst und alleine um die Bildung kümmern, nur leider hat er dabei auf den Kindergarten, was die inhaltliche Gestaltung und die Arbeitsbedingungen dort betrifft, völlig vergessen.

Was hat die SPÖ im Wahlkampf nicht alles hinausposaunt über das Bildungsland Burgenland, über die beste Bildung von klein auf, unter dem Schlagwort "Bildungsgarten", aber wenn das konkret wird, in einem vorliegenden Regierungsprogramm findet man kein Wort mehr.

Bevor ich auch noch auf andere ausgewählte Positionen in der Regierungserklärung eingehe will ich nicht unterschlagen, dass wir auch einiges positiv bewerten. Zum Beispiel, die Willenserklärung den öffentlichen Verkehr bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Völlig offen bleibt jedoch, wessen Bedarf in Betracht gezogen wird. In der Finanzaufstellung, ein paar Seiten weiter hinten ist nicht zu erkennen, dass dieser Bereich der Straße gegenüber stärker forciert wird.

Es ist auch löblich das Volksbefragungen durchgeführt werden sollen, allerdings gibt es keinerlei Hinweis darauf inwiefern diese dann für die Regierenden auch bindend sein werden. Die SPÖ hat bislang schon bewiesen, dass ihr Bürgerbeteiligung nur dann ein Anliegen ist, wenn auch das Ergebnis passt.

Nicht umgesetzt werden Ergebnisse aus Bürgerbeteiligungsprozessen, wenn sie nicht den Willen der SPÖ entsprechen - siehe Verkehrsstrategie - oder sie werden überhaupt unterbunden und umgangen - siehe Umfahrung Schützen, wo ein EU-Verfahren zu erwarten ist, eben aus diesem Grund, weil die Bürgerbeteiligung unterbunden wurde. Wie glaubwürdig diese Bekenntnisse sind, wird die politische Praxis dann weisen.

Wenn ich mir das Kapitel Wirtschaft anschaue, dann wurde hier wohl einiges ausgeführt, aber in diesem Regierungsprogramm sehe ich nur eine Ideensammlung unter dem Titel "Zwölf-Punkte-Programm für das 21. Jahrhundert".

Das ist eine Aufzählung von Ideen und Überschriften und entbehrt jeglicher konkreter Umsetzungsschritte. Erkennbar ist bloß, dass die Regierung den Willen hat die Wirtschaft im Burgenland zu fördern, aber das ist ja schön.

Pikant finde ich auch den Hinweis im Tourismus, da ist nun ein Landesrat für die Umsetzung eines Tourismusgesetzes zuständig, gegen das er vor ein paar Monaten noch heftig gewettert hat. Wie diese Biegung und Beugung hinzukriegen ist werden wir auch noch sehen.

Im Kapitel Finanzen fällt mir eines auf. Finanzen ist doch ein Generalthema und der Landesregierung fallen in diesem Regierungsprogramm nicht mehr als drei Sätze dazu ein. Wer sich hier so wenig festlegt, hat möglicher Weise einiges zu verbergen, zumindest die eigene Ideenlosigkeit. Es ist keine Rede von Transparenz in den Landesfinanzen, es

ist keine Rede von Budgetgestaltung. Es ist keine Rede von Genderbudgeting, ein ehemals zentrales Thema der Sozialdemokratie. Verlässlichkeit schaut für mich anders aus.

Das große Thema Bildung hat einige positive Ansätze. Zum Beispiel auch die Umsetzung einer langjährigen grünen Forderung zur Abschaffung des Landesschulrates und Schaffung einer Bildungsdirektion, ebenso den Einsatz von multiprofessionellem Unterstützungspersonal an den Schulen. Da glaube ich, wird ein wichtiger und richtiger Schritt gegangen.

Völlig unklar ist hingegen worum es sich bei dem Kinderbetreuungsscheck handelt und welche Leistungen damit verbunden sein sollen. Es hat den Anschein, als müsste in diesen Kapiteln einfach ein Plakatslogan der FPÖ noch schnell untergebracht werden, so in ein „Husch-Pfusch-Programm“ hinein.

Es ist auch von einer Ausbildungspflicht in diesem Regierungsprogramm nichts zu lesen, aber der Herr Landeshauptmann sagt es heute wieder. Also es wird sehr schwer sein zuzuordnen, was ist jetzt eigentlich der Wille der umgesetzt wird auf Grund des Regierungsprogramms und was wird im Nachhinein noch ein bisschen anders formuliert.

So geht es zum Beispiel auch im Pflegebereich. Es wird hier nicht konkret festgelegt wie die Arbeitsbedingungen der vielen, vielen Menschen, das sind viele Arbeitsplätze im Burgenland die im Pflegebereich tätig sind, wirklich verbessert werden können.

Das ist überhaupt etwas was mir aufgefallen ist, was ich sehr spannend finde, der ganze Gesundheitsbereich läuft unter der Kapitelüberschrift "Soziales" ab. Gesundheitspolitik als Teil der Sozialpolitik finde ich eine interessante neue Wendung, aber vielleicht ist das auch nur ein Schlampigkeitsfehler in der Schnelligkeit der Erstellung des Programmes.

Das große Kapitel "Soziales" stellt aus Sicht der Grünen eine besondere Enttäuschung dar. Ich war beim Lesen der Regierungserklärung wirklich erschüttert, dass das Wort „Armut“ kein einziges Mal vorkommt. Jetzt im Nachhinein wurde einiges nachgetragen.

Unsere ersten Kommentare wurden offensichtlich wahrgenommen. Es freut mich, dass es angekommen ist, aber in diesem Papier finden wir nichts. Schön, dass nun auch von der Sozialdemokratie Regierungsverantwortung erkannt wird, dass es im Burgenland Armut gibt und dass diese bekämpft werden muss. In dieser vorliegenden Regierungserklärung kam das Wort nicht einmal vor.

Auch soziale Kernthemen wie Jugendwohlfahrt, Obdachlosigkeit, Mindestlohn sind mit keinem Wort erwähnt. Das ist doch eine Bankrotterklärung an die Sozialpolitik. *(Beifall bei den Grünen)*

Bezeichnend für diese neue Landesregierung ist auch, dass ich unter dem Kapitel "Krankenhäuser" keine Konzepte der medizinischen Versorgungssicherheit finde. Ganz im Gegenteil, es gibt ein Motto in diesem Papier, in seinen 38 Seiten, in ein leerstehendes Krankenhaus darf alles, nur keine Flüchtlinge.

Das ist ein beschämendes Bekenntnis zum Menschenrechtsstandard der neuen Landesregierung. Und da sind wir schon bei einem Lieblingsthema dieser Regierungserklärung, misst man es am Umfang der diesem beigemessen wird, das Thema Asyl.

Es ist sehr ausführlich, aber meiner Einschätzung nach nicht, weil es lösungsorientiert ist, sondern weil sich die Regierungsparteien im Stil sehr schnell einig waren. Es war ja gewissermaßen ein gemeinsames Wahlkampfthema.

Die konstruktiven Ideen die sehr wohl, Herr Kollege Kölly - jetzt ist er nicht da, also jetzt weiß er es dann wieder nicht - die sehr wohl schon von uns im letzten Herbst eingebracht wurden, wurden wahrgenommen, das freut mich. Wenn man es schon früher umgesetzt hätte, dann hätten wir vielleicht die große Misere, der wir jetzt ausgesetzt sind nicht in dem Ausmaß.

Aber es freut mich, dass es jetzt in der Erklärung des Herrn Landeshauptmannes vorgekommen ist, was wir schon im Herbst vorgeschlagen haben, bezüglich der Unterstützung der Gemeinden die kleine Einheiten für Asylquartiere schaffen.

Und auch das hätte ich gerne dem Kollegen Kölly versichert, wenn es dann einmal eine grüne Bürgermeisterin oder einen grünen Bürgermeister gibt, werden wir das natürlich auch schön vorzeigen und gestalten wie man das dann machen kann. *(Abg. Gerhard Hutter: Ich werde es ihm dann ausrichten.)* Danke.

Kommen wir zum Kapitel Verwaltung. Das ist erfreulich, wirklich erfreulich, dass es zu einer umfassenden Umstrukturierung in der Verwaltung kommen soll. Dazu wurden die entsprechenden Papiere ja bereits in den Monaten vor der Wahl ausgearbeitet.

Bedenklich ist nur das Denken der gesamten Verwaltung als Konzern und das obwohl gar kein Mitglied vom Team Stronach im Verhandlungsteam war, nehme ich jetzt zumindest einmal an.

Öffentliche Verwaltung folgt nicht immer den Grundsätzen der Konzernführung, da stehen dann bei diesem Verständnis bei uns die Alarmglocken schon auf Rot, dass da und dort unter dieser Perspektive Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik gemacht wird, die neoliberalen Wirtschaftskonzepten folgen könnten. Und das unter einer rot-blauen Landesregierung. Kennerinnen und Kenner von politischen Theorien und Parteiprogrammen dürfen verwirrt sein.

Damit komme ich zu einem weiteren großen Kapitel. Das Thema Sicherheit ist ein sehr geräumiges Thema in dieser Regierungserklärung. Es muss zwar in der Regierung noch gelernt werden, welche Kompetenzen ein Landeshauptmann-Stellvertreter hat und was in Bundeskompetenz liegt, oder gar was im EU-Recht verankert ist, aber das wird schon noch werden.

Ich möchte hier einen Satz zitieren, der die Geisteshaltung dieses Regierungsübereinkommens und der dahinterstehenden Personen deutlich zeigt: Ich zitiere: "Das Burgenland grenzt an drei neue EU-Staaten und trotzdem sind wir österreichweit das sicherste Bundesland."

Grenzüberwachung hat in diesem Regierungsprogramm den Bezug von Bekämpfung von Kriminalität verloren, es bezieht sich ausschließlich auf das Bekämpfen von Flüchtlingen. Hier wird Stimmung gemacht gegen jene, die aus Krieg und Elend fliehen. Krieg mit dem die europäische und die US-amerikanische Rüstungsindustrie gutes Geld verdient und Elend, das auch durch europäische Wirtschaftspolitik verursacht wurde.

Das was Sie hier tun, in diesem Papier, ist Hetze. Subtile Hetze, aber Hetze und das ist Rot-Blau im Burgenland. Der Bevölkerung Sicherheit geben kann dieses Regierungsprogramm nicht. *(Abg. Edith Sack: Das hat mit Sachpolitik nichts zu tun, was*

Sie da machen.) Dazu ist es zu oberflächlich und zu unverbindlich. Die Burgenländerinnen und Burgenländer hätten sich mehr verdient.

Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Klubobmann Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, Sie verwechseln da etwas. Nicht die Polizei richtet ihre Kriminalitätsbekämpfung nach dem Asylanten aus, sondern die Polizei hat keine Zeit mehr für die Kriminalitätsbekämpfung, weil sie mit den Asylanten spazieren fahren muss.

Das ist die Wahrheit und deswegen wurde auch diese grenznahe Kontrolle abgesagt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Aber zur Regierungserklärung: Für uns Freiheitliche ist das schon ein besonderer Tag, weil wir zum ersten Mal in einer Regierung sind und es geschafft haben, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, ein Papier zu entwickeln das natürlich nicht nur freiheitliche Handschrift trägt.

Das ist doch vollkommen klar, mit 15 Prozent Stimmenanteil kann man nicht 100 Prozent an der Regierungserklärung haben, das wird ja hoffentlich jeder verstehen. Aber es ist trotzdem gelungen Wesentliches zu schaffen und zwar für beide Koalitionspartner.

Wenn man die Wirtschaft hernimmt, die Sie so kritisieren, Beschäftigungs- und Ausbildungsgarantie, dann muss man schon sagen, da ist einiges in Bewegung gekommen.

Der Tourismus wird vom Kollegen Petschnig unter die Fittiche genommen, und ich hoffe, dass aus den 935 Millionen Euro Wertschöpfung irgendwann die Milliarde überschritten wird. Die Auflösung des Landesschulrates, ein Dauerbrenner in den letzten Jahren gewesen, ist nie gelungen. Jetzt auf einmal geht das ruck-zuck ohne große Aufregung und bringt Millionen an Einsparungen, allein durch den Vizepräsidenten, den wirklich keiner mehr braucht. *(Abg. Walter Temmel: Den Präsidenten brauchen wir auch nicht!)*

Es ist in diesem Regierungsprogramm ein Demokratiepaket verankert, wo eben Volksbefragungen durchgeführt werden und ein Volksanwalt, ein burgenländischer, installiert wird, wo Bürger einfach eine Anlaufstelle haben und dort professionell betreut werden.

Bei den Volksbefragungen, das wird zum Beispiel ein Thema sein, bei den Grenzöffnungen zu Ungarn. Es wird keine Öffnungen geben, wenn die Gemeinden dort nicht einverstanden sind.

Daher ist ein wichtiges Instrument, Frau Kollegin, Sie tun das so ab, als wäre das gar nichts, dass das Asylwesen einen größeren Block einnimmt in der Regierungserklärung, ist ja auch klar irgendwo. Weil es ein Thema ist, das die Leute beschäftigt. Daher sollte es auch uns beschäftigen, da zu einer wirklich vernünftigen Lösung zu kommen, ja, die ja derzeit nicht in Sicht ist.

Weil wenn wir nur Asylwerber aufnehmen und wissen, dass 80 Prozent abgelehnt werden, durch österreichische Gerichte, dann muss man diese 80 Prozent auch wieder außer Landes bringen. Sonst sitzen sie auf unseren Quartieren drauf und dann ist klar, dass die Frau Innenministerin Woche für Woche kommt und sagt, wir brauchen mehr

Quartiere, wir brauchen mehr Quartiere. Ist doch vollkommen klar. So viele Quartiere können wir gar nicht aufstellen, was da an Leuten reinkommt.

Der Sicherheitslandesrat, den Sie auch so kritisieren. Die Grenzraumüberwachung ist abgesagt worden, eben mit der Begründung, dass die Polizei keine Ressourcen frei hat, weil sie mit den Asylwerbern durch die Gegend fahren muss. Das ist eigentlich eine Bankrotterklärung unserer Sicherheitspolitik. Das muss man ganz offen sagen. Das kann es nicht sein, dass die Polizei ihrer Tätigkeit nicht mehr nachkommen kann, weil sie mit Verwaltungstätigkeiten zugepflastert ist.

Da muss man halt diese Securityabteilung, die es da gibt, in einem Anhaltezentrum beziehungsweise in einem Abschiebegefängnis, da muss man die vielleicht vertraglich anders einsetzen, und die mit den Flüchtlingen, beziehungsweise mit den Asylanten hin- und herfahren lassen, damit die Polizei wieder freigespielt ist.

Bezüglich des Verkehrs gibt es super Ansätze in dem Regierungsprogramm. Im Süden, im Landessüden, der ja doch einigermaßen benachteiligt ist, soll jetzt der öffentliche Verkehr ausgebaut werden, mit mikroöffentlichem Verkehr. Das finde ich für eine gute Idee, weil es einfach billiger kommt, als irgendwelche Züge, die leer durch die Gegend fahren.

Ebenso ist das mit den Anruftaxis, wo die Leute einfach das Taxi hinbestellen und viel flexibler und mobiler werden. Dann gibt es einen Bürokratieabbau durch Verschlankung der Strukturen. Das wird sicher eine spannende Geschichte und wird auch sehr viel bringen, da bin ich hundertprozentig überzeugt davon.

Bekämpfung von Sozialdumping durch Kontrollen auf Baustellen und im grenznahen Raum wird sicher viel bringen, weil derzeit in Österreich derart viele ausländische Firmen arbeiten, wo man zumindest an der Qualifikation zweifeln muss.

Schaffung eines gläsernen Konzerns und Zusammenlegung der Landesbeteiligungen durch Verschlankung der Verwaltungsstrukturen und Einsparung diverser doppelt besetzter Posten. Das ist längst überfällig. Es ist nicht notwendig, dass in jedem Konzern, in jeder Landesbeteiligung, ein roter und ein schwarzer Geschäftsführer sitzen. Da gehört einer der kompetent genug ist, das Imperium oder die Firma zu leiten. Egal was er für eine Farbe hat, wenn er kompetent ist, dann nützt er der Firma und damit dem Land und damit werden einige Ressourcen freigesetzt.

Die Förderung der Frauenquote, die Sie nicht gesehen haben, steht explizit drinnen, wahrscheinlich haben Sie es überlesen, Frau Kollegin.

Die Bildung, die Zusammenfassung in einem Ressort und in eine Zuständigkeit vom Kindergarten bis zur Uni, ist ein wesentlicher Fortschritt, meine Damen und Herren. Weil bis jetzt hat es etliche Zuständigkeiten gegeben, daher ist auch nichts weitergegangen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt für uns.

Sie sehen, das ließe sich natürlich noch zwei Stunden fortsetzen, aber man sieht, da sind Punkte drinnen, die wirklich gut sind im Ansatz. Es wird an uns liegen, wie weit wir das umsetzen können und was wir daraus machen, aber Arbeit gibt es genug.

Ich denke mir, wir sind alle gut beraten, wenn wir so bald als möglich damit beginnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Mag. Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Abgeordneten! Hohes Haus! Regierungsmitglieder! Vorige Woche ist die Regierung von der Mehrheit dieses Hohen Hauses gewählt worden. Heute hat die Landesregierung in der Person des Landeshauptmannes bekanntgegeben, wie sie sich die Arbeit in den nächsten, oder in den kommenden Jahren, vorstellt.

Ich möchte heute im Sinne oder für die Volkspartei schon ganz deutlich sagen, dass wir dort, wo es möglich ist, auch einigermaßen, ja nicht so hart ins Gericht gehen wollen mit dem Koalitionsabkommen. Denn der Start dieser Regierung war ja einigermaßen holprig und es gäbe viel zu kritisieren.

Die Vorstellung heute war ja auch nicht besonders gut, eine eher schwache Vorstellung. Wäre das eine Theaterpremiere, dann hätten die Kritiker nicht allzu viel Positives zu berichten. Manchmal ist das halt so in der Politik wie auch in der Theaterwelt, nicht jede Premiere kann gut sein und es gibt halt auch Premieren, die keine Topvorstellungen sind.

Wenn man sich dieses Koalitionsübereinkommen ansieht, da gebe ich der Kollegin Petrik schon Recht, dann ist nicht allzu viel Substanz zu sehen. Es gibt eine Aneinanderreihung von vielen Schlagworten, von Themen, die aufgerissen werden. Viele Themen, wo man nicht dagegen sein kann, aber deswegen vor allem, weil die Substanz noch nicht da ist. Weil noch nicht ganz klar ist, auch für den geneigten Leser, was sich dahinter verbirgt und welche Maßnahmen daraus folgen werden.

Diese leichte Holprigkeit hat ja den ganzen Start der Regierung ein bisschen begleitet. Der Hans Tschürtz als Grenzgänger sozusagen, das war jetzt nicht eine Topaktion, sagen wir einmal so. Am Montag hat man schon gesehen, wie man so etwas professionell macht, nämlich auch auf einer ordentlichen Kompetenzgrundlage.

Aber überhaupt finde ich, dass die Regierung ja ein bisschen so ein politischer Grenzgänger ist. Man hat schon gespürt, das möchte ich schon sagen, beim Landeshauptmann nicht so, aber beim Klubobmann der FPÖ, dass es nicht so einfach ist, und dass man sich ein bisschen unwohl fühlt, wenn man so eine Regierungserklärung verteidigen muss. Wenn man Dinge verteidigen muss, die man noch vor wenigen Wochen, ja fast verteufelt hat.

Stichwort Neue Mittelschule, Stichwort Planungschaos Krankenhaus Oberwart, Stichwort Schulschließungen, das wird auch noch ein Thema werden. Stichwort Verkehrsstrategie, wo Sie heute gesagt haben, die ist eigentlich super, haben aber dagegen gestimmt. Wir haben damals mitgestimmt! Ich halte die Verkehrsstrategie heute, genauso wie vor einigen Monaten, für gut und richtig. Sie haben sich halt jetzt ein bisschen umorientieren müssen.

Stichwort Arbeitsmarktpolitik oder Budgetpolitik. Eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen, von Schlagworten, Forderungen an andere Institutionen. Aber, wie gesagt, aus unserer Sicht wenig Substanz oder noch wenig, wo man erkennen kann, was wirklich daraus folgen wird. Zukunftsfähigkeit und Zukunftssicherheit sieht für uns anders aus.

Die heutige Regierungserklärung führt mir wieder einmal deutlich vor Augen, dass es ganz, ganz wichtig ist, auf dieses Burgenland aufzupassen. Das Aufpassen, das wird die Aufgabe der Opposition insgesamt sein, aber auch ganz besonders auch die Aufgabe der Volkspartei.

Diese Regierungserklärung, meine Damen und Herren, ist eine verschriftlichte Politik alten Stils, alte Politik, more of the same, kann man sagen. Aber abgesehen davon,

und da gebe ich der Kollegin Petrik Recht, dass vieles auch verständlicherweise, teilweise nur schlagwortartig angeführt ist, fehlen natürlich auch Themen, die eine moderne und nach vorne gewandte Regierung im Auge haben müsste.

Hier erwarten wir uns schon, dass in den nächsten Wochen, Monaten, noch konkrete Vorschläge folgen werden. Wie in der Frage der Digitalisierung oder neue Ideen zur Bildung und das Nichtfesthalten an mehr oder weniger gescheiterten Experimenten.

Oder die Frage, wie es möglich ist, und was man konkret tun kann, um ein unternehmerfreundliches Klima im Burgenland zu stärken, oder dort, wo es vielleicht noch nicht ist, zu schaffen. Oder eine aktive Jugendpolitik.

Oder heute ist ja über die Landwirtschaft gesprochen worden, im Abkommen selbst, im schriftlichen, findet man ja nichts dazu. Das ist schon auch eine wichtige Frage der Zukunft, nämlich das ist auch eine Frage der Zukunft, der Lebensmittelproduktion im eigenen Land. Das wird, glaube ich, noch viel, viel wichtiger werden.

Oder ein echtes Investitionsprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft und nicht ein Hochrechnen von Budgetzahlen 2015 auf die nächsten fünf Jahre. Dann zu sagen, na ja wir haben jetzt ein gewaltiges Investitionsprogramm von 2,7 oder 2,8 Milliarden Euro. Da gehört, glaube ich, ein bisschen mehr dazu.

Oder auch die Frage von selbstbestimmten Gemeinden, die ja die unmittelbarste Heimat der Menschen sind, die nicht am Gängelband des Landes oder des Bundes hängen sollen, sondern die wirklich auch selbstbestimmt sein sollen.

Oder auch das Aufgreifen und Anpacken von momentan wirklich sehr schwierigen Problemen. Stichwort Asylpolitik, das ist ja heute schon angesprochen worden. Da gebe ich schon Recht, das ist ja nicht eine Sache, die jetzt ein Einzelner oder ein Land oder eine Gemeinde alleine oder der Bund alleine lösen kann.

Aber ich glaube, es ist schon wichtig, dass man die Verantwortung auch wahrnimmt. Die Verantwortung, die man halt auf Grundlage von Gesetzen und auf Grundlage von Verträgen hat. Da wäre es vielleicht angebracht, dass man auch überlegt, gemeinsam etwas zu tun.

Zum Beispiel die Frage eines befristeten Asylrechtes für Kriegsflüchtlinge auch aufzugreifen. Das ist ja eine Möglichkeit, die auf Grundlage der geltenden Gesetze besteht. Indem man Kriegsflüchtlinge relativ unbürokratisch aufnimmt, aber eben befristet und dann, wenn die Kriegshandlungen beendet sind, ihnen auch die Möglichkeit gibt, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Das wäre aus meiner Sicht eine lohnende Angelegenheit, das auch gemeinsam zu tun.

Oder auch die Frage eines… *(Zwischenruf von Landesrat MMag. Alexander Petschnig)* Ja, ja, sage ich ja, aber man kann trotzdem initiativ werden, Herr Landesrat, und gemeinsam diesen Vorschlag machen.

Oder auch die Frage des Bürokratieabbaus bei den Unterkünften. Also das ist schon so, dass es oft daran scheitert, dass halt irgendwelche Vorschriften bestehen und es dann dazu kommt, dass halt Menschenflüchtlinge, die wirklich bedroht sind, in Zelten übernachten müssen, und das kann ja niemand wollen.

Meine Damen und Herren! Wir werden Sie nicht an dieser Regierungserklärung messen, nicht an diesem Koalitionsabkommen messen, das wäre aus meiner Sicht nicht fair. Wir werden Sie aber an Taten und Fakten und natürlich an Ihren Handlungen messen.

Fakten und Taten wie die Arbeitslosenquote, wie die Beschäftigungsquote, wie die Entwicklung des Wirtschaftswachstums oder wie Sie es schaffen, insgesamt das Burgenland auch zukunftssicher zu machen.

Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger des Landes das Recht haben auf gleiche Zukunftschancen. Die Grundlage dafür, und da sind wir uns, glaube ich, über alle Parteigrenzen hinweg einig, ist vor allem ein Arbeitsplatz, der nicht nur dafür da ist seine Existenz bestreiten zu können, sondern der darüber hinaus auch Selbstwertgefühl und gesellschaftliche Teilhabe garantiert.

Das Ergebnis kann aber nicht allein, und deshalb nicht allein an Zahlen gemessen werden, also wie viele Arbeitsplätze wird es zusätzlich geben, netto 1.000 sind ja versprochen, sondern es kommt auch auf die Qualität dieser Arbeitsplätze an. Klar ist, dass beschäftigungspolitische Maßnahmen eine Vielzahl von Themen umfassen.

Da geht es nicht darum, und ich gehe davon aus, dass das ja auch nicht die Absicht der Regierung ist, sozusagen in der öffentlichen Verwaltung einen Puffer dafür zu schaffen, sondern es geht darum, eine moderne Beschäftigungspolitik zu machen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eben für das Entstehen von Arbeitsplätzen, für das Halten von Arbeitsplätzen förderlich sind. Das sind Infrastrukturmaßnahmen, Verkehrsmaßnahmen, Digitalisierungsoffensiven, genauso wie die finanzielle und bürokratische Entlastung der Unternehmer und der Gemeinden.

Als Grundlage für eine langfristig erfolgreiche Beschäftigungspolitik sehen wir aber auch natürlich die Bildungsfrage und die Bildungspolitik. Ich glaube, dass es wichtig und notwendig ist, dass man den Rahmen gibt, dass unsere Kinder und Jugendlichen die richtigen Instrumente für ihre Zukunft in die Hand bekommen, dass sie auch konkurrenzfähig sind, wenn sie einmal in das Arbeitsleben eintreten wollen.

Daher steht hierbei für uns neben der verstärkten Förderung einer praxisorientierten Ausbildung im Berufsbildungssystem, auch ganz besonders die Sprachkompetenz im Vordergrund. Also eine Fremdsprache zu lernen ist etwas ganz, ganz Wesentliches und hier insbesondere Englisch. Da sollten wir noch mehr Wert auf diese Ausbildung legen.

Es geht nicht darum, und das habe ich das letzte Mal schon gesagt, darüber zu streiten, wer jetzt die Lehrer anstellen darf oder nicht anstellen darf. Ich habe vorige Woche gesagt, wir sind eine andere Opposition, eine neue Opposition, eine Opposition, die das Burgenland ganz sicherlich nicht schlechtreden wird. Da können Sie ganz sicher sein, im Gegenteil.

Eine starke Opposition, die nicht nur die notwendige Kontrolle in den Mittelpunkt der Arbeit stellt, sondern auch deutlich machen wird, dass wir einen positiven Plan für die Zukunft des Landes zeichnen können, einen besseren Plan für das Burgenland.

Wir wollen und werden als Opposition alles tun, um auch dazu beizutragen, dass sich das Burgenland positiv entwickelt und dass es den Menschen im Burgenland gut geht. Wir wollen natürlich auch unsere Ideen einbringen und sie mit den anderen im Landtag vertretenen Parteien diskutieren.

Wir wollen auch dazu beitragen, eine echte parlamentarische Diskussionskultur zu entwickeln und zu haben und zu stärken, damit der Landtag nicht eine Abstimmungsmaschine oder Ähnliches der Regierung wird. Aber ich glaube, das ist ja auch im Sinne aller Anwesenden hier im Saal.

Wir wollen mit den Vorschlägen der anderen Parteien, ob es jetzt andere Oppositionsparteien sind, ob es Regierungsparteien sind, in jedem Fall respektvoll umgehen und nicht von vornherein sagen, nein, wir sind dagegen, weil die Idee nicht von uns ist, sondern wir wollen darüber ernsthaft reden.

Das wünschen wir uns natürlich auch im umgekehrten Fall. Sie haben ins Koalitionsabkommen hineingeschrieben, das ist der allerletzte Satz dieses Abkommens, die beiden Regierungspartner werden auf Basis des Regierungsprogramms den Dialog mit allen im Landtag vertretenen Parteien suchen. Dieses Angebot zum Dialog nehmen wir gerne an, auch wenn der erste Gesetzesantrag ein bisschen das Gegenteil signalisiert.

Aber trotzdem, wir nehmen diesen Dialog gerne an. Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit dem Burgenland und auch ernst meinen mit der Zusammenarbeit, dann kann ich Ihnen sagen, wir von der Volkspartei nehmen es ernst. Und - wenn ich mich so umschaue - dann kann ich Ihnen sagen, wir helfen Ihnen gerne dabei. Wenn ich so durch die Reihen schaue, wer sonst soll Ihnen helfen?

In diesem Sinne, glaube ich, dass wir eine spannende Legislaturperiode vor uns haben, dass wir viel diskutieren werden, manchmal auch streiten werden.

Meine Damen und Herren, ich wünsche dem Burgenland natürlich auch in den kommenden Jahren alles Gute. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke. Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 31. Mai haben die Wählerinnen und Wähler entschieden. Wir nehmen dieses Wahlergebnis sehr, sehr ernst. Wir haben auch dieses Wahlergebnis verstanden und haben auch zwei Schlüsse daraus gezogen.

Nämlich Erstens: Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben dafür gesorgt, dass wir 42 Prozent am Wahlabend verzeichnen durften und damit verbunden ist ein klarer Regierungsauftrag.

Zweitens: Es gibt den deutlichen Wunsch zu Veränderung. Diesen Veränderungswunsch dürfen wir auch nicht ignorieren.

Nachdem ich die ÖVP kenne, die damals kein Bekenntnis zur Zusammenarbeit geben wollte, haben wir sehr, sehr intensiv mit den Freiheitlichen über ein Regierungsprogramm verhandelt. Dieses Regierungsprogramm ist doppelt so umfangreich wie jenes, das wir in der letzten Legislaturperiode mit der ÖVP vereinbart haben.

Die heutige Regierungserklärung dient ja auch dazu, viele Details, die wir damals auch besprochen haben, zu erläutern. Entscheidend ist aber die Qualität dieses Arbeitsübereinkommens. Das Ziel ist klar, die Regierungsarbeit im Burgenland soll schneller, besser und vor allem effizienter werden. Daran werden wir sehr, sehr stark arbeiten.

Was sind die entscheidenden Herausforderungen für unser Heimatland Burgenland? Die Antwort auf diese Frage finden Sie in diesem Regierungsübereinkommen über 38 Seiten. Manchmal durchaus sehr ambitioniert, aber

genau da wollen wir hin. Wir wollen besser sein als die anderen Bundesländer. Das Herzstück bilden die Themen Arbeit, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum.

Das ist das Herzstück dieser Regierungszusammenarbeit mit dem Ziel, 1.000 neue, nämlich netto, neue Arbeitsplätze für unser Heimatland Burgenland zu schaffen. Da haben wir auch klare Maßnahmen fixiert. Beispielsweise das Bestbieterprinzip, das das Billigstbieterprinzip ablösen soll, um eben hier mehr Fairness am Arbeitsmarkt zu erzeugen.

Wir wollen einen Bonus-Malus-Fonds für die Bereiche der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der jüngeren, der Lehrlinge, erreichen. Wir wollen die Lehrwerkstätten ausbauen, wir wollen sie absichern und wir wollen den Stellenwert der Facharbeiterausbildung deutlich heben.

Wir wollen, dass das Burgenland zum Land der Meister wird. Wir wollen aber vor allem den Kampf gegen das Lohn- und Sozialdumping vorantreiben. Wir wollen einen deutlichen Bürokratieabbau erreichen, um unseren Betrieben auch den Rücken zu stärken.

Ein weiterer ganz wichtiger Bereich ist der Bildungsbereich. Auch hier gibt es viele, viele Ideen, die wir umsetzen wollen. Wir wollen eine moderne Bildungsdirektion, wir wollen aber auch den Landesschulratsvizepräsidenten abschaffen. Ein klassischer Proporzposten, der nicht mehr zeitgemäß ist. Damit sorgen wir, dass mehr Geld in die Klassenzimmer und weniger in die Verwaltung fließt.

Ich glaube, auch ein sehr wichtiges Signal, dass hier diese neue Regierung an die Bevölkerung aussendet. Wir haben aber weitere Impulse im Bildungswesen formuliert, die wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen werden, nämlich den Ausbau der ganzjährigen Schulformen. Wir wollen eine Qualitätsoffensive in unseren Schülerheimen erreichen, wir wollen den Gratiskindergarten natürlich weiter führen, oder auch die Neue Mittelschule flächendeckend ausbauen.

Auch in anderen Zukunftsbereichen hat die Landesregierung eine Vorrangregelung, wenn man so will, für burgenländische Interessen vereinbart, wie in der Gesundheit, wie beispielsweise beim Krankenhaus Oberwart. Das wird natürlich gebaut, wie geplant, natürlich mit dem Bestbieterprinzip. Das ist die größte Investition in der Geschichte des Burgenlandes und ein Meilenstein in der Gesundheitsvorsorge, ja ein starker Impuls auch für die heimische Wirtschaft, die natürlich hier vom Neubau deutlich profitieren soll.

Meine Damen, meine Herren! Diese Regierung bekennt sich auch zur Standortgarantie. Dass diese Garantie ganz wichtig ist, haben die letzten Wochen gezeigt. Denn die Idee der ÖVP, dass zwei Spitäler im Burgenland reichen sollten, ist keine gute Idee. Denn, wenn es nach der ÖVP gehen sollte, würden offensichtlich Kittsee, Oberpullendorf und Güssing geschlossen werden. Daher ist diese Standortgarantie, die diese Regierung abgegeben hat, ganz wichtig. *(Unruhe und Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Von der Sozialdemokratie ein klares Nein zum Schließen von Spitälern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Diese Regierung hat aber auch ein Zukunftspaket geschnürt. Wir werden, alle Investitionen zusammengerechnet, bis zum Jahr 2020 2,8 Milliarden Euro investieren. Hier auch ein Schwerpunkt im Mittel- und Südburgenland, das uns auch besonders wichtig ist. Nicht spalten und auseinanderdividieren, sondern das Miteinander im Interesse aller Burgenländerinnen und Burgenländer, egal ob man im Südburgenland, im mittleren oder im Nordburgenland wohnt, das ist unser Ziel. *(Abg. Walter Temmel: Wie viel Geld?)*

Das habe ich ja schon gesagt, Sie müssen nur zuhören, Herr Kollege. Ich habe vorher gesagt, bis 2020 werden um 2,8 Millionen Euro, mehr im mittleren und Südburgenland investiert als im Nordburgenland. Ganz klar ein Bekenntnis zum Südburgenland, das diese Regierung hier abgibt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es hat zu dieser Regierungsbildung auch Kritik gegeben. Wir nehmen diese Kritik natürlich ernst, aber wir halten schon fest, dass vieles von dieser Kritik unsachlich und auch übertrieben war. Zwei demokratisch gewählte Parteien haben sich entschlossen, eine Koalition zu bilden, nicht mehr, nicht weniger. Das ist es. Diese Regierung legt auch ein klares Bekenntnis zur Solidarität, diese Regierung legt auch ein klares Bekenntnis zur Menschlichkeit, zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Und diese Regierung legt auch ein klares Bekenntnis zum Miteinander der Volksgruppen, der Konfessionen, ab. Das wurde von den Kritikern meistens verschwiegen und ignoriert.

Geschätzte Damen und Herren, wenn man so die Wortmeldungen verfolgt, die heute bei der Debatte hier geäußert wurden, dann kann ich nur sagen, die Liste Burgenland hat das sehr fair angelegt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Paktpartner!)* Sie hat gesagt, wir lassen die Regierung einmal arbeiten und bewerten sie nach ihren Taten. Das finde ich fair und das sollte, glaube ich, für das gesamte Hohe Haus gelten. Sie gehen sogar einen Schritt weiter. Sie haben ein Bekenntnis zur Mitarbeit gegeben. Ich finde es gut, wenn eine Oppositionspartei sagt, wir kontrollieren, wir werden Oppositionspolitik machen dort, wo es notwendig ist, aber unterm Strich bieten wir auch an, dass wir mitarbeiten bei dem einen oder anderen Thema, das uns besonders wichtig ist.

Die Grünen kritisieren heute das Übereinkommen. Ich verstehe das schon, wenn man die Rede vorher schreibt und dann plötzlich merkt, dass viele Themen heute angesprochen werden. Die Regierungsdebatte und die Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes dienen genau dazu, um viele Dinge natürlich noch zu sagen, die Sie heute hier vermisst haben und angesprochen haben.

Aber ich glaube, man darf trotzdem hier nicht unfair sein. Wenn Sie sich über unsere Frauen Sorgen machen, dann darf ich Sie beruhigen, Sie brauchen sich keine Sorgen über unsere Frauen machen. Sie sollten sich eher Sorgen machen über Ihre Frau in Wien, die ja im Oktober eine Wahl schlagen muss. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)* Da sollten Sie sich eher Sorgen machen! Über unsere Frauen brauchen Sie sich keine Sorgen machen, da kann ich Sie wirklich beruhigen.

Der Kollege Steiner hat einen Strategiewechsel vollzogen. Es war schön zu sehen, wie man die Rolle wechselt von der letzten Landtagsitzung in die heutige, ist auch legitim. Ich halte das auch positiv. Aber, Herr Kollege Steiner, manchmal ist ein Theaterstück auch anspruchsvoll und muss auch vielleicht einige Zeit wirken. Dann schauen wir uns das an, wie man damit umgeht. Ich sehe das ganz entspannt. Was etwas eigenartig war, Sie kritisieren hier, dass kein Bekenntnis zur Wirtschaftspolitik gegeben ist, was natürlich nicht stimmt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habe ich nicht gesagt!)* Sie haben die Wirtschaftsimpulse gerade sehr kritisch begutachtet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habe ich nicht gesagt!)* Ich frage mich, wo waren Sie die letzten Jahre? Waren Sie die letzten Jahre nicht anwesend? So schlecht ist das nicht gelaufen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe das nicht gesagt!)* Doch das haben Sie gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sind alles Dinge, die ich nicht gesagt habe!)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf sagen, Rot-Blau wird nicht alles anders, aber vieles besser, vieles mutiger, vieles innovativer machen.

Davon bin ich fest überzeugt. Wir stellen das Verbindende vor das Trennende und das soll auch diese Regierungsarbeit prägen in den nächsten fünf Jahren.

SPÖ und FPÖ werden zielorientiert und zügig das vereinbarte Koalitionsabkommen abarbeiten. Klar ist auch, dass Fundamentalopposition niemandem nützt, keiner Burgenländerin, keinem Burgenländer. Daher spreche ich die Einladung heute nochmals aus, gemeinsam für unser Heimatland Burgenland zu arbeiten. Dafür sind wir gewählt worden, wir sind Volksvertreter. Die Menschen wollen auch, dass wir für unser Heimatland Burgenland arbeiten.

Lassen Sie uns das gemeinsam tun, für unser großartiges Heimatland! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben in der Regierungserklärung vernommen, welche Vorhaben, welche Zielsetzungen, die neue rot-blaue Koalition hat, und wir nehmen die Botschaft sehr wohl wahr. Und wie es vorhin schon ein paarmal ausgedrückt wurde, wir werden an den Taten auch sehen, was umgesetzt, wie es umgesetzt und wann es umgesetzt wurde, was heute hier versprochen wurde. Tatsache ist, dass mit den Zielsetzungen schneller, besser, effizienter hoffentlich nicht das olympische Prinzip gewählt wurde, sondern dass wirklich eine Zielsetzung hier benannt wird, die im Grunde genommen auch für die Bevölkerung - und die ist der wichtigste Ansprechpartner - die entsprechenden Resultate bringen wird.

Ich möchte meine Wortmeldung auf zwei Punkte reduzieren, die mir äußerst wichtig erscheinen und festhalten, wo das Burgenland der Schuh drückt beziehungsweise wo sich ihre Ansätze auch meiner Ansicht nach klar und deutlich in den Zahlen ausdrücken.

Der Herr Landeshauptmann hat bei der konstituierenden Sitzung in seiner Antrittsrede gemeint, europaweit gibt es eine 15-prozentige, österreichweit eine zehnprozentige und im Burgenland eine siebenprozentige Armutsgefährdung. In der Zahl prozentuell ausgedrückt, wenn es dann noch festgehalten wird, nur sieben Prozent, steht demgegenüber eine Personenzahl von fast 20.000 Personen.

Ich glaube, hier ist das Gleichnis, hier ist die Festhaltung auch auf den Punkt gebracht. Fast 20.000 Menschen in unserem Bundesland sind armutsgefährdet. Daher gilt alle Bestrebung meiner Ansicht nach dieser Koalition, hier den Hebel anzusetzen, und es nicht an der Zahl 486 Millionen für Soziales und Gesundheit auszudrücken, sondern dieses soziale Problem ist vordergründig und gehört meiner Ansicht nach eindringlich gelöst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine weitere Zahl, um zu charakterisieren, wo in diesem Land das wahre Problem gekennzeichnet ist, 8.636 Personen waren mit Ende Juni arbeitslos gemeldet. 8.636 Personen, die nicht nur in psychischer Hinsicht, sondern rein von ihrer persönlichen Charakterisierung und von allem Lebensumfeld abgeschnitten, plötzlich in eine Arbeitslosigkeit fallen, denen gilt und muss die politische Verantwortung gelten. Hier muss entsprechend der Hebel angesetzt werden und nicht in anderen sprachlichen Zielsetzungen gehört hier festgehalten.

Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Regierungserklärung eine Formulierung gewählt, die ich um etwas verändert, dann auch wiedergeben möchte. Freiwilligkeit ist der Wärmestrom unserer Gesellschaft. Ich glaube, die Formulierung hätte richtig gelautet, Nächstenliebe, Menschlichkeit, das sind die Wärmeströme in unserer Gesellschaft, die

Not tun und die im Grunde genommen die wichtigsten Voraussetzungen für eine soziale, transparente, offene Politik darstellen.

Wenn heute zum Dritten ein paarmal darüber gesprochen wurde, dass wir in dieser Regierungsverantwortung, im Umgang mit den finanziellen Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, sparsamer werden, dann möchte ich eines festhalten, es gibt auch das Prinzip der Erweiterung von Personen in der Landesregierung. Durch die Neuinstallierung dieser Koalition werden innerhalb der Regierung, sprich auf FPÖ-Seite, neue Personen aufgenommen, in den Dienst gestellt. Nur damit wir auch klar und deutlich festhalten, dass es nicht immer dieses Sparsamkeitsprinzip, sondern das Erweiterungsprinzip gibt.

An diesen Tatsachen werden auch Sie gemessen werden, wie Sie es handhaben und wo Sie hier Ihre Schwerpunkte kennzeichnen, weil es wichtig ist, der Bevölkerung gegenüber nicht nur von Transparenz zu reden, sondern sie auch entsprechend zu leben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiterer Punkt, der nicht nur mir, sondern wahrscheinlich vielen aufgefallen ist, in der Darstellung nach der Erklärung bei der konstituierenden Sitzung, war die Festhaltung des Herrn Landeshauptmannes bezogen auf „Politik braucht Macht“. Es gibt, wie wir alle wissen, verschiedenste Auslegungen dessen, was Macht bedeutet.

In Wirklichkeit ist es in meiner Definition nicht das Prinzip Herrschaft, sondern es ist Kompetenz. Es ist Verantwortung, mit den Menschen, mit seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern umzugehen, und das ist die Zielsetzung, die es gilt, auch entsprechend qualifiziert für unser Bundesland, für unser Heimatland zu gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP und bei den Grünen)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine Replik auf das Gesagte vom Kollegen Kovasits. Herr Kollege, Sie haben gemeint, die heute eingelaufene Gesetzesänderung Einsparung des Vizepräsidenten würde Millionen bringen. Sie selbst haben wahrscheinlich auch den Antrag unterschrieben, wo das Landesbezügegesetz geändert wird.

Geschätzter Kollege, da werden Sie sehr rasch fündig sein und fündig werden, dass dem nicht Millionen entgegensprechen, sondern natürlich eine ganz andere Summe.

Tatsache ist, dass schon seit langer Zeit und immer wieder darüber diskutiert wird, ob ein Vizepräsident notwendig ist. Ich kann den Herrn Landeshauptmann als Kronzeugen aufrufen, der erst unlängst bei einer Anfragebeantwortung, wo genau die Freiheitlichen das gefragt haben, auch darauf hingewiesen hat, dass es natürlich gute Gründe gibt, einen Vizepräsidenten zu haben, nämlich Transparenzgründe, Kontrolle, Einsichtnahme in Akten. Und wenn man das als geringfügig erachtet, dann möchte ich nur sagen, jeder, der diese Regierungsvorlage liest, der kann auch sagen, jeder Abgeordnete hat geringfügige Befugnisse und ist dementsprechend unnötig und könnte abgeschafft werden.

Denn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie das vielleicht noch nicht ganz nachgelesen oder kontrolliert haben, das genau sind die Rechte der politischen Kontrolle, das genau ist Oppositionsarbeit, das genau ist eben die Rolle eines Vizepräsidenten: Zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass niemand unter die Räder kommt oder seine Amtsgewalt missbraucht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Im Übrigen möchte ich mich für die Richtigstellung bedanken, die hier heute erfolgt ist, dass natürlich nicht die böse, böse Innenministerin, die der ÖVP zugehörig ist, diesen Einsatz und diese indirekten Grenzkontrollen verhindert hat, sondern das, was der Kollege Kovasits hier zu Protokoll gegeben hat, die Tatsache, dass die Polizei mit anderen Aufgaben eingedeckt war.

Sehr geehrter Kollege Kölly! Das möchte ich nur anmerken, auch wenn er nicht im Raum ist. Sich hier her zu stellen und zu sagen, man nimmt Anregungen und Ideen auf und man kontrolliert die Regierung an Hand ihrer Taten, ja, das werden wir alle tun. Wir alle sind aufgefordert, natürlich niemanden vorzuverurteilen. Wir alle sind aufgefordert, das, was auf dem Tisch liegt, zu beurteilen. Aber Sie, Herr Kollege Kölly und Herr Kollege Hutter, Sie haben dieser Regierung einen Vertrauensvorschuss gegeben, das ist etwas anderes, und das möchte ich hier deutlich sagen, das ist ein Unterschied zu den Oppositionsparteien ÖVP und Grüne.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde vom Kollegen Hergovich angesprochen, dass die ÖVP vorgeschlagen hat, es solle nur mehr zwei Krankenhäuser im Land geben. Kollege Hergovich, das ist nicht richtig.

Tatsache ist, dass die Kollegin Resetar darüber gesprochen hat, dass es zwei echte Schwerpunktkrankenhäuser braucht und ein weiteres, flächendeckendes Angebot im ganzen Land. Wenn Sie mich fragen, ist das ein Mehr an Angebot, ist das eine Erweiterung des bestehenden Angebotes, denn derzeit gibt es nicht in jedem Bezirk ein Krankenhaus. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ – Abg. Edith Sack: Das stimmt nicht.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend eines sagen - völlig unaufgeregt. Der Vorschlag, Ideen anzunehmen, zu diskutieren, sich aktiv einzubringen, ist das eine. Diesen Vorschlag, das hat Kollege Steiner gesagt, den nehmen wir sehr gerne an.

Tatsache ist aber, dass der erste Initiativantrag, der gekommen ist, den die Abgeordneten der neuen Regierung jetzt eingebracht haben, genau das Gegenteil bedeutet. Denn die Entfernung aus Beiräten und aus Diskussionsrunden, denn ein Beirat ist kein Entscheidungsgremium, bedingt eben genau das Gegenteil. Das möchte ich nur hier eindeutig gesagt haben, auch wenn ich nochmals für uns festhalte, für jede Diskussion, für jede Abänderung, sind wir jederzeit gesprächsbereit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Aus meiner Sicht ist diese Sitzung sehr konstruktiv abgelaufen. Größtenteils hat es positive Wortmeldungen gegeben. Es ist in Ordnung, wenn natürlich die Opposition auch etwas Negatives erkennen kann und man kann schon bei manchen Wortmeldungen erkennen, dass es definitiv eine neue Landesregierung gibt - mit Mut, mit Attraktivität, mit Vorausblick, mit lösungsorientiertem Handeln. Herr Kollege Kölly hat ja gesagt es ist freier geworden in diesem Land oder es wird freier in diesem Land. Das hat ein Oppositionspolitiker jetzt gesagt und nicht jemand seitens der Regierungspartei. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Zur Grenzkontrolle, Herr Abgeordneter, komme ich auch noch.

Was mich ein bisschen stört, ist die Ansage der grünen Mandatare oder der grünen Mandatarin, die davon spricht, dass die Freiheitliche Partei inkompetent ist und ich habe das heute gelesen, und natürlich verbal irrsinnig darauf losschlägt.

Frau Abgeordnete! Ich hoffe, Sie können sich noch erinnern, wie Sie zu mir in den Klub gekommen sind, die grüne Chefin ist in den FPÖ-Klub gekommen und hat um Rat gebeten, wie man im Rechnungshof agieren sollte, wie man sich insgesamt verhalten soll, wie Anträge vielleicht gemacht werden. Das war die grüne Abgeordnete, die jetzt von Inkompetenz der Freiheitlichen Partei spricht.

Ich glaube, dass das nicht in Ordnung ist, Frau Abgeordnete, und ich glaube auch, dass es nicht in Ordnung ist, wenn Ihr Kollege bei der konstituierenden Sitzung mit einer neuartigen Straßenbekleidung die konstituierende Sitzung besucht, alle anderen haben Anstand, haben wirklich vor dem Hohen Haus, genießen Wertschätzung, und Ihr Kollege kommt irgendwie daher mit einem „Hemderl“ und mit einem „Hoserl“ ohne Gürtel, ohne allen möglichen, also ich würde Sie schon bitten, auch ein bisschen dem Hohen Haus mehr Wertschätzung zu geben, auch wenn Sie bei der Grünen Partei sind, das meine ich wirklich ernst.

Zur heutigen Sitzung. Zur heutigen Sitzung, ja, da gebe ich dem Herrn Abgeordneten Steier schon Recht, dass vielmehr für die Armutsbekämpfung getan werden muss. Aber es sind ja auch 468 Millionen Euro vorgesehen und das Detailprogramm wird noch präsentiert werden. Auch wenn jetzt jeder glaubt, die gesamten Detailprogramme oder im Detail wird jetzt jeder einzelne Punkt heute beleuchtet, da wird man sich wahrscheinlich täuschen.

Ich sage auch, wenn der Herr Abgeordnete Steier - und das gefällt mir auch nicht - sagt er, da gibt es jetzt ein neues Regierungsbüro und da gibt es lauter Neue im Regierungsbüro. Erklären Sie mir bitte, wie soll denn das funktionieren? Mit wem soll ich meine Arbeit machen? Mit lauter Mandatare der ÖVP oder soll ich mir ein paar Grüne in den Klub holen? *(Heiterkeit in den Reihen)* Sie vergessen auch, wahrscheinlich absichtlich, dass die Büroleiterin jetzt im Büro des Landeshauptmann-Stellvertreters aus der Landesregierung kommt. Das heißt, die kommt nicht von außen, die zusätzlich Geld kostet, sondern die kommt aus dem Land, aus dem Pool, aus dem Personalpool.

Da muss man schon aufpassen, wenn man solche Dinge sagt, denn Sie dürfen auch nicht vergessen, wenn Sie schon jetzt massiv Opposition spielen, dass in der ÖVP, im Klub, vier neue Mitarbeiter sind. Also das dürfen Sie natürlich auch nicht vergessen, nur damit man das auch einmal gesagt hat. Grundsätzlich bin ich aber trotzdem der Meinung, dass dies eine sehr konstruktive Sitzung ist, und es ist in Ordnung, wenn Opposition auch Kritik übt.

Ich glaube auch, dass wir seitens der Regierung auch diese Kritik aufnehmen sollen und auch im Hinblick auf zukünftige Gesetzesanträge oder auf zukünftige Anträge, egal in welcher Art auch immer, bereit sind, das haben wir auch festgelegt, über diese Anträge zu sprechen. Es muss nicht immer alles abgeändert werden, sondern wir sind wirklich bereit, über wirkliche Anträge, wo man erkennen kann, dass das erst gemeint ist und nicht irgendein „Wischi-Waschi“-Antrag an die Bundesregierung ist, dass man populistisch tätig sein kann, dann werden wir uns selbstverständlich zusammensetzen und über diesen Antrag reden.

Abschließend noch zu den Grenzkontrollen. Das kann man jetzt sehen wie man möchte. Aber wenn ich als Landeshauptmann-Stellvertreter nicht die Möglichkeit habe, Grenzkontrollen abzuhalten, *(Landesrätin Mag.a Michaela Resetar: Verkehrskontrollen! – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* weil das Wort „Grenzkontrollen“ verwendet wurde und die Innenministerin nicht möchte, dass das Wort „Grenzkontrollen“ vorkommt *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Musst Du Innenminister werden.)*, dann ist es natürlich bedenklich, denn ich sage Euch eines: Wenn die Frau Innenministerin wirklich allen Ernstes glaubt,

sie kann Kontrollen im Land machen und kann alle Burgenländer und Österreicher dauernd im Zuge eines Planquadrates kontrollieren und ständig kontrollieren, aber an der Grenze sollte man nicht kontrollieren, vielleicht wirklich so, wie der Kollege Kölly gesagt hat, Kofferraum auf, schauen, ob ein Diebesgut da ist, schauen, warum fährt der ständig oder manchmal über die Grenze. Wenn die Innenministerin nicht bereit ist ,nur wegen dem Wort „Grenzkontrollen“ das zuzulassen, denn sie hätte es zugelassen, wenn ich gesagt hätte, „Kontrollen an der Grenze“, dann hätte man es vielleicht schon zugelassen, oder „Verkehrssicherheitskontrollen an der Grenze“.

Ich sage Euch eines, nehmen wir uns an der Nase, wir haben am Montag gesehen, was bei dieser Finanzkontrolle wirklich los war. Da hat man erst typisch gesehen, wie wichtig solche Kontrollen an der Grenze sind. Das hat man definitiv erkennen können.

Daher wird es auch wichtig sein, auch Kontrollen an der Grenze abzuhalten, die mit Kriminalitätsbekämpfung zu tun haben. Das haben wir auch im Koalitionspakt so vereinbart. Das hat sich auch die burgenländische Bevölkerung verdient und das wird die burgenländische Bevölkerung auch gutheißen. Da können Sie ruhig ins Wirtshaus gehen und sagen, wir wollen das nicht, wir wollen lieber, dass die Burgenländer und Österreicher dauernd kontrolliert werden. Wenn das Eure Politik ist, dann soll das Eure Politik sein. *(Abg. Walter Temmel: Lauter Amtspolitik ist das.)* Wir wollen das nicht.

Abschließend noch zu dieser Verschlankung, abschließend noch zum gläsernen Konzern: Wir haben bei der letzten Regierungssitzung beschlossen, dass die Geschäftsordnung nach 46 Jahren erstmals geändert wird. Naja, das hat es unter der ÖVP nicht gegeben. Aber jetzt, die neue Regierung hat diese Geschäftsordnung nach 46 Jahren geändert. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das stimmt nicht. Sie ist öfter geändert worden.)* Das heißt, nicht nur bei der Ressortaufteilung hat es neue Schwerpunkte gegeben, sondern wir haben diese Geschäftsordnung innerhalb von kürzester Zeit der neuen Zeit angepasst. Rasch, effizient, das ist Regierung. *(Beifall bei der SPÖ und bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass alle Wortmeldungen gemäß der Geschäftsordnung hier vor dem Präsidium beim zuständigen Bediensteten durch einen von einer Partei festgelegten Abgeordneten anzumelden sind. Für die nächste Sitzung bitte vormerken.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich wurde jetzt geoutet, ich habe als Landessprecherin tatsächlich mit allen Klubs inhaltlich immer wieder Gespräche geführt. Ich war letztes Jahr im September im FPÖ-Klub, um über unseren Vorschlag zur Asylquartiergewinnung in den Gemeinden zu reden und das vorzustellen.

Mit dem Landes-Rechnungshof habe ich ja nichts zu tun gehabt, das ist der Kollege Spitzmüller, vor mir der Kollege Reimon, das optische Verwechslungspotential ist relativ gering, aber das nur zur Aufklärung, und ich stehe auch dazu. Wir werden in inhaltlichen Punkten mit allen Klubs immer wieder Kontakt haben und schauen, wo man gemeinsame Wege gehen kann, und ich hoffe, das bleibt auch so.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Debatte über die Regierungserklärung angelangt.

2. Punkt: Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse

Präsident Christian Illedits: Der 2. und letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse.

Hohes Haus! Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände hat der Landtag gem. § 38 der GeOLT Ausschüsse zu bilden.

Gemäß Artikel 42a L-VG in Verbindung mit § 50a GeOLT hat der Landtag einen Hauptausschuss zu bilden, der aus einem Obmann, einem Obmann-Stellvertreter und der vom Landtag zu bestimmenden Zahl von weiteren Mitgliedern besteht, die jedoch sieben nicht übersteigen darf. Alle Mitglieder des Hauptausschusses werden vom Landtag aus seiner Mitte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei jedoch unter Bedachtnahme auf diesen Grundsatz dem Hauptausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss. Auch ist für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu wählen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, der Landtag wolle die Zahl der weiteren Mitglieder mit sieben bestimmen, sodass der Hauptausschuss einschließlich des Obmannes und des Obmann-Stellvertreters aus insgesamt neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern bestehen würde. Ich lasse nun darüber abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landtag hat somit einstimmig beschlossen, die Zahl der weiteren Mitglieder im Hauptausschuss mit sieben festzusetzen.

Meine Damen und Herren! In Entsprechung der Bestimmung des Art. 42a Abs. 2 der Burgenländischen Landesverfassung gehören von den insgesamt neun Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Hauptausschusses nach dem Grundsatz der Verhältniswahl drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der SPÖ, drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ, ein Mitglied und ein Ersatzmitglied den Grünen und ein Mitglied und ein Ersatzmitglied der LBL an.

Hohes Haus. Des Weiteren schlage ich vor, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden. Nämlich einen Agarausschuss, einen Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, einen Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss, einen Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss, eine Petitionsausschuss, einen Rechtsausschuss, einen Sozialausschuss, einen Umweltausschuss und einen Wirtschaftsausschuss.

Ebenso schlage ich vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils acht festzulegen.

Weiters schlage ich vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit neun festzulegen.

Die Bildung eines Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist in Art. 42b der Burgenländischen Landesverfassung bestimmt.

Außerdem ist die Bildung eines Unvereinbarkeitsausschusses im Burgenländischen Unvereinbarkeitsgesetz aus dem Jahre 1926 vorgesehen und die Bildung eines Immunitätsausschusses im § 51 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages.

Ich lasse nun über meinen Vorschlag, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils acht und die Zahl der Mitglieder und

Ersatzmitglieder des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit neun festzulegen, abstimmen. Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dieser Vorschlag ist mehrheitlich angenommen.

Dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der SPÖ, drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ, ein Mitglied und ein Ersatzmitglied den Grünen und ein Mitglied und ein Ersatzmitglied der LBL an.

Bei den übrigen ständigen Ausschüssen gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl vier Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der SPÖ, drei Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der ÖVP und ein Mitglied und Ersatzmitglied der FPÖ an.

Entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, wonach die Zuteilung der auf jede Partei entfallenden Anzahl von Obmännern, ihrer Stellvertreter, Schriftführer sowie der Mitglieder durch den Präsidenten des Landtages mittels der Wahlzahl erfolgt, stellt die SPÖ in fünf Ausschüssen, die ÖVP in drei Ausschüssen und die FPÖ in zwei Ausschüssen den Obmann.

Wir kommen nun zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Hauptausschusses sowie der übrigen ständigen Ausschüsse.

Die Wahl in die Ausschüsse wird gemäß § 74 Abs. 4 GeOLT fraktionell durchgeführt. Alle Fraktionen haben gehörig unterstützte Wahlvorschläge einbracht.

Daher schlage ich vor, diese Wahl in einem Wahlgang durchzuführen, wobei jede Partei für die von ihr vorgeschlagenen Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder einen Stimmzettel erhält.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Ich ersuche nun, die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Präsident Christian Illedits *(nach Verteilung der Stimmzettel):* Die Stimmzettel sind nun verteilt. Bevor ich den Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung der Namensliste ersuche, möchte ich die Entschuldigung des Abgeordneten Kölly vom weiteren Verlauf der Sitzung bekannt geben.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung der Namensliste. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Patrik Fazekas hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Brandstätter Kilian, Mag. Drobits Christian, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Hirczy Bernhard, Hutter Gerhard, Illedits Christian, Kovacs Günter, Kovasits Gerhard, Mag. Maczek Kurt, Molnár Géza, Mag.a Petrik Regina, Prohaska Doris, Mag.a Resetar Michaela, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Rosner Georg, Sack Edith, Mag. Sagartz Christian, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Stampfel Karin, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Wiesler Markus, Mag. Wolf Christoph und Fazekas Patrik selbst die Stimmzettel in der Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer die Stimmenzählung vorzunehmen.

Es wurden 34 Stimmen abgebeben, 34 Stimmen sind gültig. 14 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der SPÖ, 11 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der ÖVP, 6 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der FPÖ, 2 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der Grünen und 1 gültige Stimme den Wahlvorschlag der Liste Burgenland.

Auf Grund dieser Wahl haben die Ausschüsse nun folgende Zusammensetzung:

Hauptausschuss

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
ILLEDITS Christian	**SALAMON** Ingrid
HERGOVICH Robert	**DROBITS** Mag. Christian
REZAR Dr. Peter	**SACK** Edith
SAGARTZ, BA Mag. Christian	**STEINER** Mag. Thomas
STROMMER Ing. Rudolf	**WOLF**, M.A. Mag. Christoph
TEMMEL Walter	**HIRCZY** Bernhard
BENKÖ Ilse	**KOVASITS** Gerhard
PETRIK Mag.[a] Regina	**SPITZMÜLLER** Wolfgang
HUTTER Gerhard	**KÖLLY** Manfred

Agrarausschuss

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
KOVACS Günter	**Brandstätter** Killian
MACZEK Mag. Kurt	**HERGOVICH** Robert
FRIEDL Werner	**REZAR** Dr. Peter
SODL Wolfgang	**SALAMON** Ingrid
TEMMEL Walter	**ROSNER** Georg
RESETAR Mag.[a] Michaela	**HIRCZY** Bernhard
STROMMER Ing. Rudolf	**SAGARTZ**, BA Mag. Christian
STAMPFEL Karin	**RICHTER** Mag. Johann

Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
ILLEDITS Christian	**FRIEDL** Werner
PROHASKA Doris	**DROBITS** Mag. Christian
SODL Wolfgang	**SCHNECKER** Ewald
SAGARTZ, BA Mag. Christian	**STEINER** Mag. Thomas
STROMMER Ing. Rudolf	**FAZEKAS Patrik**

TEMMEL Walter	**HIRCZY** Bernhard
KOVASITS Gerhard	**MOLNÁR** Géza
SPITZMÜLLER Wolfgang	**PETRIK** Mag.[a] Regina
KÖLLY Manfred	**HUTTER** Gerhard

Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
SCHNECKER Ewald	**FRIEDL** Werner
HERGOVICH Robert	**KOVACS** Günter
ILLEDITS Christian	**SACK** Edith
DROBITS Mag. Christian	**FRIEDL** Klaudia
WOLF, M.A. Mag. Christoph	**SAGARTZ**, BA Mag. Christian
STEINER Mag. Thomas	**STEINDL** Mag. Franz
ROSNER Georg	**RESETAR** Mag.[a] Michaela
MOLNÁR Géza	**KOVASITS** Gerhard

Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
HERGOVICH Robert	**ILLEDITS** Christian
SACK Edith	**SALAMON** Ingrid
SCHNECKER Ewald	**PROHASKA** Doris
MACZEK Mag. Kurt	**REZAR** Dr. Peter
SAGARTZ, BA Mag. Christian	**STROMMER** Ing. Rudolf
RESETAR Mag.[a] Michaela	**ULRAM** Markus
STEINDL Mag. Franz	**ROSNER** Georg
KOVASITS Gerhard	**BENKÖ** Ilse

Petitionsausschuss

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
SACK Edith	**FRIEDL** Klaudia
PROHASKA Doris	**KOVACS** Günter
FRIEDL Werner	**BRANDSTÄTTER** Killian
MACZEK Mag. Kurt	**SODL** Wolfgang
HIRCZY Bernhard	**SAGARTZ**, BA Mag. Christian
FAZEKAS Patrik	**STEINDL** Mag. Franz
TEMMEL Walter	**ULRAM** Markus
MOLNÁR Géza	**WIESLER** Markus

Rechtsausschuss

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
REZAR Dr. Peter	**FRIEDL** Klaudia
HERGOVICH Robert	**MACZEK** Mag. Kurt
ROHASKA Doris	**SCHNECKER** Ewald
DROBITS Mag. Christian	**SODL** Wolfgang
STEINER Mag. Thomas	**TEMMEL** Walter
SAGARTZ, BA Mag. Christian	**FAZEKAS** Patrik
WOLF, M.A. Mag. Christoph	**STROMMER Ing. Rudolf**
KOVASITS Gerhard	**BENKÖ** Ilse

Sozialausschuss

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
SACK Edith	**BRANDSTÄTTER** Killian
SALAMON Ingrid	**FRIEDL** Werner
DROBITS Mag. Christian	**HERGOVICH** Robert
KOVACS Günter	**FRIEDL** Klaudia
FAZEKAS Patrik	**SAGARTZ**, BA Mag. Christian
HIRCZY Bernhard	**TEMMEL** Walter
ROSNER Georg	**STROMMER** Ing. Rudolf
WIESLER Markus	**BENKÖ** Ilse

Umweltausschuss

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
SALAMON Ingrid	**ILLEDITS** Christian
FRIEDL Klaudia	**MACZEK** Mag. Kurt
FRIEDL Werner	**PROHASKA** Doris
BRANDSTÄTTER Killian	**SODL** Wolfgang
HIRCZY Bernhard	**STEINDL** Mag. Franz
ULRAM Markus	**SAGARTZ**, BA Mag. Christian
ROSNER Georg	**FAZEKAS Patrik**
STAMPFEL Karin	**RICHTER** Mag. Johann

Wirtschaftsausschuss

Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
DROBITS Mag. Christian	**SACK** Edith
SALAMON Ingrid	**SCHNECKER** Ewald
FRIEDL Klaudia	**HERGOVICH** Robert
SODL Wolfgang	**REZAR** Dr. Peter

STEINER Mag. Thomas
STEINDL Mag. Franz
RESETAR Mag.[a] Michaela
RICHTER Mag. Johann
ULRAM Markus
WOLF, M.A. Mag. Christoph
SAGARTZ, BA Mag. Christian
STAMPFEL Karin

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 2, Beilage 2 weise ich dem Rechtsausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 3, Beilage 3, Zahl 21 - 4, Beilage 4 und Zahl 21 - 5, Beilage 5, weise ich dem Rechtsausschuss

und das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt, Zahl 21 - 1, Beilage 1 weise ich dem Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings darauf aufmerksam machen, dass die nächste Sitzung des Landtages für Dienstag, den 21. Juli 2015, vorgesehen ist.

Außerdem finden am Freitag, den 17. Juli 2015, um 10.00 Uhr die konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse statt.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für g e s c h l o s s e n und die Sitzung für beendet.

Ende der Sitzung: 13 Uhr 38 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der 03. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Dienstag, 21. Juli 2015

10.04 Uhr - 14.59 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird;

3. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden;

4. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Abänderung der Bestimmung des Kraftfahrgesetzes dahingehend, dass die im Straßenverkehr gültige 3:2-Zählregel im Bereich der Personenbeförderung künftig entfällt und somit jedes Kind als eine Person zu zählen ist;

5. Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Mag. Kurt Maczek gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 92)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 12 des Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Landesrat Helmut Bieler betreffend Einsatz von glyphosathaltiger Mitteln der Landesstraßenverwaltung
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut B i e l e r (S. 95)
Zusatzfragen: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 96), Walter T e m m e l (S. 96) und Günter K o v a c s (S. 97)

Anfrage Nr. 13 des Abgeordneten Markus Wiesler an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Maßnahmen zur Zielerreichung von mehr Burgenländern in Beschäftigung zu bringen
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 98)
Zusatzfragen: Robert H e r g o v i c h (S. 99), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 100) und Géza M o l n á r (S. 100)

Anfrage Nr. 9 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend aktuelle Situation im Hinblick auf die Unterbringung von Asylwerbern im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 101)
Zusatzfragen: Mag. Christoph W o l f , M.A. (S. 102 u. S. 103), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 104), Mag. Christian D r o b i t s (S. 104) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 105)

Anfrage Nr. 1 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Maßnahmen in den Landesberufsschulen Pinkafeld und Eisenstadt um die Bildungsqualität in der Lehrlingsausbildung auf dem neuesten Stand zu halten
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 106)
Zusatzfragen: Doris P r o h a s k a (S. 107 u. S. 108), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 109), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 110) und Bernhard H i r c z y (S. 110)

Anfrage Nr. 14 der Abgeordneten Karin Stampfel an Landesrätin Verena Dunst betreffend Masterplan und geplante Projekte im Agrarressort
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 112)
Zusatzfragen: Karin S t a m p f e l (S. 113 u. S. 114), Ilse B e n k ö (S. 114), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 115), Günter K o v a c s (S. 116) und Walter T e m m e l (S. 117)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 2), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird (Zahl 21 - 2) (Beilage 11);
Berichterstatterin: Edith Sack (S. 118)
Redner: Manfred Kölly (S. 119), Mag.[a] Regina Petrik (S. 124), Géza Molnár (S. 126), Mag.[a] Michaela Resetar (S. 127), Edith Sack (S. 130), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 133), Landesrätin Verena Dunst (S. 134) und Gerhard Steier (S. 136)
Annahme des Beschlussantrages (S. 137)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 3), mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden (Zahl 21 - 3) (Beilage 12);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 138)
Redner: Manfred Kölly (S. 139), Wolfgang Spitzmüller (S. 143), Gerhard Kovasits (S. 144), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 146), Robert Hergovich (S. 149) und Landeshauptmann Hans Niessl (S. 151)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 157)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 4) betreffend Abänderung der Bestimmung des Kraftfahrgesetzes dahingehend, dass die im Straßenverkehr gültige 3:2-Zählregel im Bereich der Personenbeförderung künftig entfällt und somit jedes Kind als eine Person zu zählen ist (Zahl 21 - 4) (Beilage 13);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 159)
Redner: Manfred Kölly (S. 159), Wolfgang Spitzmüller (S. 160), Mag. Johann Richter (S. 162), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 163), Kilian Brandstätter (S. 165) und Gerhard Steier (S. 168)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 169)

Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Mag. Kurt Maczek (Beilage 1) gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 - 1) (Beilage 14);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 169)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 169)
Annahme der Zustimmung zur Verfolgung (S. 170)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 192)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 04 Minuten

Präsident Christian Illedits: Guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich zu der heutigen Landtagssitzung willkommen heißen und begrüßen.

Ich e r ö f f n e die 3. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 2. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat der Landtagsabgeordnete Gerhard Hutter entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 12) (Beilage 16);
2. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2014 genehmigt wird (Zahl 21 - 13) (Beilage 17);
3. Beschlussantrag, mit dem der Umsetzungsbericht 2014 mit dem Titel „EU-Förderungen im Burgenland - Programmperiode 2007 - 2013 - Umsetzungsbericht 2014“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 14) (Beilage 18);
4. Beschlussantrag, mit dem das von der Europäischen Kommission am 28. November 2014 mit „C(2014) 9204 final“ (Beilage 2) genehmigte Operationelle ESF-Programm „Beschäftigung Österreich 2014-2020“(Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 15) (Beilage 19);
5. Beschlussantrag, mit dem das von der Europäischen Kommission am 16. Dezember 2014 (C(2014) 9935 final) (Beilage 2) genehmigte Operationelle EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014-2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 16) (Beilage 20);
6. Beschlussantrag, mit dem die „Allgemeine Rahmenrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von Förderungsvorhaben im Rahmen des Additionalitätsprogramms 2014-2020“" zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 17) (Beilage 21);

Vom Rechnungshof ist der

1. Bericht betreffend Burgenländischer Gemeinde-Investitionsfonds (Zahl 21 - 10) (Beilage 10);

eingelangt.

Weiters ist vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof der

1. Prüfungsbericht Follow Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Abteilung 2-Gemeinden und Schulen im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden aus Juni 2010 (Zahl 21 - 6) (Beilage 6);

eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung zum Bodenschutz (Zahl 21 - 7) (Beilage 7);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung der Vignettenpflicht für Fahrzeughalter mit Wechselkennzeichen (Zahl 21 - 9) (Beilage 9);
3. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland (Zahl 21 - 11) (Beilage 15);
4. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller, auf Fassung einer Entschließung zur Änderung der Landtagswahlordnung / LTWO 1995 (Zahl 21 - 18) (Beilage 22);
5. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung zur Vorlage eines Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes für Asylwerber und Opfer von Naturkatastrophen (Zahl 21 - 19) (Beilage 23);
6. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend dem Erhalt aller NMS-Standorte im Burgenland (Zahl 21 - 20) (Beilage 24);

sowie die schriftliche Anfrage

1. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Gatterjagd (Zahl 21 - 8) (Beilage 8);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer.Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 13, Beilage 17, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 14, Beilage 18, Zahl 21 - 15, Beilage 19, Zahl 21 - 16, Beilage 20 und Zahl 21 - 17, Beilage 21, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 12, Beilage 16, den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 - 10, Beilage 10, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 19, Beilage 23, und Zahl 21 - 20, Beilage 24, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 7, Beilage 7, Zahl 21 - 9, Beilage 9, und Zahl 21 - 18, Beilage 22, weise ich dem Rechtsausschuss, und den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Zahl 21 - 6, Beilage 6, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 8, Beilage 8, habe ich der Frau Landesrätin Verena Dunst zur Beantwortung übermittelt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da der selbständige Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly nicht gehörig unterstützt ist, werde ich gemäß § 22 Abs. 2 GeOLT die Unterstützungsfrage stellen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die den selbständigen Antrag Zahl 21 - 11, Beilage 15, betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der selbständige Antrag ist gehörig unterstützt, sodass ich ihn dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss zuweise.

Weiters möchte ich mitteilen, dass ich den Beschluss des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss über die Anzeigen der Mitglieder des Burgenländischen Landtages aufgrund des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983 den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt habe.

Außerdem möchte ich dem Hohen Hause mitteilen, dass in der konstituierenden Sitzung des Hauptausschusses und der übrigen Ausschüsse am Freitag, dem 17. Juli 2015, die Obfrauen, die Obmänner, die Obmann-Stellvertreterinnen, die Obmann-Stellvertreter sowie die Schriftführerinnen und die Schriftführer gewählt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 12 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller an Herrn Landesrat Bieler gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön! Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! In letzter Zeit ist das Spritzmittel Glyphosat, weitbekannt als RoundUp oder allgemein bekannt als RoundUp, sehr stark umstritten. Laut der WHO gilt es als krebserregend.

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bitte die Frage, so, wie sie eingebracht wurde, zu verlesen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Gut. Der unter dem Markennamen RoundUp bekannte Wirkstoff wird laut WHO als höchstwahrscheinlich krebserregend eingestuft. Zudem gibt es Studien, die auch von einer Schädigung des Erbgutes von Lebewesen ausgehen. Dennoch wird dieses Unkrautvernichtungsmittel in den meisten Gemeinden sowie von der Landesstraßenverwaltung verwendet.

Welche Mengen glyphosathaltiger Mittel wurden 2013 und 2014 von der Landestraßenverwaltung eingesetzt?

Dankeschön.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werter Herr Abgeordneter! Wir haben seitens der burgenländischen Landesstraßenverwaltung 1.170 Hektar Flächen zu verwalten beziehungsweise zu pflegen und da haben wir schon vor einiger Zeit, gemeinsam mit dem Naturschutzbund, ein Handbuch entwickelt, wo wichtige Hinweise für die Pflege von Begleitgrün, wie es auf der Broschüre heißt, nachzulesen sind, denen wir auch nachkommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese Pflege hat mehrere Ziele. Einerseits die Verkehrssicherheit auf den Straßen zu erhöhen. Das heißt, Lichtraumprofile so zu gestalten, dass man bei der Sicht, nicht behindert wird, dass das Totholz entfernt wird, dass keine Wucherungen in den Asphalt oder in andere bauliche Anlagen passieren, um Schäden zu verhindern, um die Biodiversität zu fördern, um ökologische Brücken in der Landschaft zu erhalten, um landschaftsprägende Elemente zu bewahren, aber auch, und das ist der Kern der Sache, um Neophyten zu bekämpfen.

Neophyten sind eingeschleppte Pflanzen, die hier wuchern, die eigentlich die heimischen Pflanzen verdrängen. Da gibt es mehrere, den Staudenknöterich, das indische Springkraut, das Beifußblättrige Traubenkraut, auch Ragweed genannt, den Riesenbärenklau und die kanadische Goldrute.

Der Schwerpunkt liegt bei dieser Bekämpfung in einer optimalen Planung und Durchführung von Mäharbeiten. Das machen wir seit 2007 auch in einem Forschungsprojekt mit der BOKU und haben damit auch sehr viel Erfolg. Dort, wo das nicht ganz so funktioniert, wird sogar händisch gemäht oder werden diese Pflanzen einzeln entfernt.

Wir haben gesehen, dass die beste Schutzmaßnahme ist, wo es möglich ist, in größeren Flächen, möglichst wenig zu mähen, ein bis zweimal, weil hier der Entwicklung des Naturrasens dazu beiträgt, dass eine Vielfalt von Pflanzenarten entstehen kann, die am resistentesten gegen diese Neophyten sind. Das heißt, hier haben wir sehr große Erfolge erzielen können.

Um genau auf Ihre Frage einzugehen: Wir haben zwei unterschiedliche Bereiche. Den Bereich des BBS als Bau- und Betriebsdienstleistungszentrum Süd und Nord. Im Norden haben wir es geschafft, dass wir im Vorjahr keinen einzigen Liter von diesem glyphosathaltigen Mitteln verspritzt haben, sondern eben durch Mahd und durch neuartige Düngemethoden dieses Problem hintanhalten konnten.

Im Süden ist das leider noch nicht der Fall, aber das Ziel ist es, und da ist der Diplomingenieur Dr. Rüdiger Knaak federführend und auch verantwortlich im ganzen Land, dass wir ab 2016 keine glyphosathaltigen Spritzmittel mehr einsetzen. Im Gegensatz zur Landwirtschaft, wo sich der Einsatz dieser glyphosathaltigen Spritzmittel in den letzten Jahren verdreifacht hat. Das heißt, wir gehen da ganz bewusst einen anderen Weg und wir werden es nächstes Jahr erstmalig flächendeckend schaffen, dass wir diese Spritzmittel nicht mehr einsetzen.

Weil wir auch gesehen haben und auch Berichte von Global 2000 kennen, dass in der Landwirtschaft, speziell vor der Getreideernte, diese Mittel noch eingesetzt werden, um noch einen zusätzlichen Schub für die Getreidekörner zu bekommen, und dadurch im Gebäck und in den Getreideprodukten Rückstände dieses Glyphosatmittels noch enthalten sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher unsere Vorgabe: Unser Ziel ist es, ab 2016 flächendeckend keine glyphosathaltigen Düngemittel mehr zu verwenden. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Normalerweise muss der Agrarlandesrat das aufteilen. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Landesrat. Es freut mich natürlich, dass es für das Jahr 2016 diese Prognose gibt. Eine Zusatzfrage von mir: Werden da statt dem Glyphosat dann andere Spritzmittel verwendet oder wird hier rein auf mechanische Bekämpfung gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Zuerst noch ein kleiner Nachtrag. Im Jahr 2013 sind 285 Liter und 2014 sind 265 Liter dieser glyphosathaltigen Mittel verwendet worden. Das sind einerseits Klinik und andererseits Glyphogan. Ja, diese zwei, und einmal Glyphos, diese drei glyphosathaltigen sind verwendet worden.

Wir haben mit der Universität für Bodenkultur nicht nur diese Mähoptimierungen durchgeführt, sondern auch im Sprühverfahren neue Düngemittel eingesetzt. Nämlich, auf der Basis von Kaliumchlorid, das natürlich rein mineralisch ist. Das hat dazu geführt, dass im Wachstumsstadium ein osmotisch verursachter Kollaps im Inneren der Pflanzen passiert ist und dadurch die Ragweed Pflanzen absterben, aber die anderen Gräser durch dieses Düngemittel sogar gestärkt werden und zusätzlich noch Abwehrkräfte gegen diese Ragweedpflanzen entwickeln.

Das heißt, ein doppelter Effekt. Einerseits, dass wir mit diesem Düngemittel das Absterben der Ragweedpflanzen erreicht haben und andererseits eine Stärkung der anderen Gräser. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Nein, keine weitere Zusatzfrage.)* Gib es weitere Zusatzfragen? – Bitte Herr Abgeordneter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im südlichen Burgenland gibt es kaum geschlossene Ortsgebiete.

Gemäß der Interpretation des Burgenländischen Straßengesetzes 2005 durch die Mitarbeiter Ihrer Abteilung, müssen diese Straßenränder der Landesstraßen durch die Gemeinde gemäht werden, was für die betroffenen Kommunen eine besondere finanzielle Herausforderung in der Gemeindepolitik darstellt.

Ein diesbezügliches Schreiben der Gemeinde Burgauberg-Neudauberg ist auch an alle Abgeordneten ergangen. Inwieweit können Sie sich vorstellen, hier die betroffenen Gemeinden zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Seit 2005 gibt es dieses neue Straßengesetz, wo festgelegt ist, dass für die Erhaltung und Pflege der Grünflächen innerhalb des Ortsgebietes, das heißt, von Ortstafel zu Ortstafel, die Gemeinden zuständig sind. Das ist im Gesetz so enthalten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bis vor einiger Zeit hat zugegebener Maßen die Straßenverwaltung diese Flächen als kostenlose Serviceleistung auch gemäht. Seit einigen Jahren dürfen wir das nicht mehr, sondern wir müssen vier Cent pro Quadratmeter für maschinelles Mähen und fünf Cent pro Quadratmeter für kombiniertes, maschinelles und händisches Mähen

verrechnen. 113 Gemeinden, also genau zwei Drittel der Gemeinden, nehmen dieses Angebot an.

Das restliche Drittel organisiert sich das entweder selber mit den eigenen Maschinen oder sonst irgendwie.

Das heißt, auf Basis der rechtlichen Situation ist uns vorgeschrieben, dass wir diese Mäharbeiten verrechnen. Es ist ein Angebot an die Gemeinden, das sie annehmen können. Ansonsten müsste man das Gesetz ändern, weil ich nicht gegen das Gesetz handeln kann. *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat das Gesetz beschlossen? – Abg. Wolfgang Sodl: Der Landtag! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage - Bitte Herr Abgeordneter Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Werter Herr Landesrat! Ragweed, wir haben es schon vorher gehört, ist eine höchst allergene Pflanze, die laut Schätzungen in Österreich 90 Millionen Euro an Kosten für die medizinische Versorgung verursacht.

Welche Maßnahmen werden seitens der burgenländischen Landesstraßenverwaltung gegen dieses Unkraut im Speziellen gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Es ist richtig, dass sich, was Ragweedbelastungen betrifft, die Zahl der Allergiker in den letzten Jahren verdoppelt hat. Ragweed ist eines der am stärksten auslösenden Allergieerkrankungen, die wir bei den Pflanzen bemerkt haben. Genau im Spätsommer und im Herbst werden große Mengen an Pollen produziert, die diese Allergien auslösen. Heuschnupfen, Ausschläge, Bindehautentzündungen, bis hin zu Asthma sind die Folgen.

Das muss natürlich auch im Gesundheitswesen berücksichtigt werden. Daher sind wir sehr daran interessiert, dass es Gegenmaßnahmen, Bekämpfungen gibt. Seit 2007 haben wir das vorhin erwähnte Forschungsprojekt mit der Universität für Bodenkultur, wo so oft gemäht wird, dass der Samenansatz verhindert wird.

Wo es dann nicht mehr möglich ist, beziehungsweise als Zusatzmaßnahmen, kommt dann das vorhin erwähnte Kaliumchlorid-Düngemittel im Sprühverfahren zum Einsatz, wo eben hier die Pflanzen dadurch abgetötet werden und gleichzeitig eine Stärkung der übrigen Pflanzenpopulation erfolgt.

Noch einmal möchte ich darauf hinweisen, dass die ausgesprühten Mittel auf rein natürlich-mineralischer Basis zusammengesetzt sind, daher auch auf diese Art und Weise natürlich wirken, deshalb der Vorteil gegeben ist, dass dadurch keine Ragweed-Ausbreitung in diesen Bereichen - oder nur sehr eingeschränkt - erfolgt, und zusätzlich noch eine verstärkte Bekämpfung durch die gestärkten Gräser vor Ort gegeben ist. Eine doppelte Wirkung daher.

Ich denke, dass dieses Beispiel auch für andere Länder und für andere landwirtschaftlich genutzte Flächen als Beispiel dienen kann, dass man hier diese glyphosathaltigen Spritzmittel nicht mehr einsetzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem sich niemand mehr für eine Frage zu Wort gemeldet hat, kommen wir zum Aufruf der zweiten Anfrage.

Die zweite ist vom Herrn Abgeordneten Wiesler an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Wiesler um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die neue Landesregierung hat sich es zum Ziel gesetzt, mehr Burgenländer in Beschäftigung zu bringen, was angesichts internationaler Rahmenbedingungen und Entwicklungen durchaus keine einfache Aufgabe ist. Herr Landesrat, welche Maßnahmen zur Zielerreichung wollen Sie ergreifen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Tatsächlich ist, aus meiner Sicht, der Arbeitsmarkt die zentralste Aufgabe der Politik. Wir haben eine Entwicklung in Europa, die sehr schwierig ist, auch in Österreich. Ich möchte nur am Beginn Ihrer Frage darauf hinweisen, dass wir im Jahr 1970 insgesamt 44.000 Beschäftigte hatten, jetzt haben wir über 100.000.

Als ich im Jahr 1991 hier in der Landesregierung begonnen habe zu arbeiten, hatten wir ungefähr an die 70.000 Beschäftigte. Diese 100.000, die der Herr Landeshauptmann Niessl angesprochen hat, wurden am Anfang belächelt. Die haben wir erreicht. In der Beschäftigung sind wir also ganz gut unterwegs. Das heißt aber nicht, dass wir uns zurücklehnen dürfen.

Ich würde vier Punkte jetzt kurz skizzieren, in dieser Frage, die dazu führen sollen, dass die Beschäftigung auch im Burgenland noch besser wird. Wir sind im internationalen Vergleich und im österreichischen Vergleich auch gut unterwegs, aber wir lehnen uns nicht zurück.

Es geht darum, erstens einmal die Dachmarke Burgenland auszubauen. Auch „Wir bauen burgenländisch“ - ein Projekt, das es schon gibt, hier auf die Schiene zu bringen und auch weiter zu bringen. Zweitens dafür zu sorgen, wie es im Regierungsabkommen auch enthalten ist, ein Bonus-Malus-System im Bereich der Förderung der Wirtschaft einzuführen und zu entwickeln, und damit auch dafür zu sorgen, dass mehr Lehrlinge ausgebildet werden. Aber auch, und da sind wir uns ja durchaus nicht so weit, da sind wir durchaus mit der ÖVP nicht so weit entfernt, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten. Ein Projekt, das unter dem Titel „50+“ firmiert, hier umzusetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir werden auch, und das muss man auch offen ansprechen, im Bereich des Lohn- und Sozialdumpings ansetzen müssen, um hier auch Verwerfungen am Arbeitsmarkt zu verhindern. Wir haben in Österreich von allen EU-Staaten das strengste Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping.

Aber, die Wirtschaft im Burgenland ist einem ganz anderen Wettbewerb ausgesetzt, als beispielsweise die Wirtschaft in den westlichen Bundeländern. Stichwort auch Beschäftigte aus unserem Nachbarland Ungarn. Wir sind hier auch einem besonderen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt, insbesondere im Baubereich.

Ich sage auch ganz offen dazu: Es gibt große burgenländische Unternehmen im Südburgenland, die mehr Aufträge im arabischen Raum haben, als im Burgenland. Das ist nicht unser Ziel, dass das so bleibt. Bei den Malereibetrieben und im Baubereich, wo hier durch Dumpingpreise, vor allem aus Ungarn, ziemlicher Druck auf unsere Paradeunternehmen ausgeübt wird, müssen wir versuchen, das zu verhindern.

Ein Schritt dazu könnte sein oder sollte sein, dass wir auch weg vom Billigstbieterprinzip ganz intensiv in Richtung Bestbieterprinzip arbeiten. Das Bestbieterprinzip gibt uns die Möglichkeit, hier burgenländische Firmen zwar nicht zu

bevorzugen, aber zumindest ihnen die Möglichkeit zu geben, unter gewissen Qualitätskriterien hier auch zum Zug zu kommen.

Der fünfte Punkt, den ich hier ansprechen möchte ist, dass wir im Burgenland - und das ist eine Maßnahme, die schon gesetzt wurde, auch in öffentlichen und landesnahen Betrieben erstens Burgenländer auch zu bevorzugen und zweitens vor allem im Lehrlingsbereich hier tätig werden. Wir haben derzeit 1.100 Jugendliche im öffentlichen Bereich, die die Möglichkeit haben, eine Lehre zu absolvieren und sich damit auch fachlich zu qualifizieren.

Wenn man diese Maßnahmen zusammennimmt, dann kann man davon ausgehen, dass das Burgenland nach wie vor auch zum Vorreiter im Arbeitsmarktbereich in Österreich gehören wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Markus Wiesler: Nein, keine weitere Zusatzfrage.)* Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Hergovich.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Wirtschaftskammer Burgenland hat vor einigen Tagen bekannt gegeben, dass es im Burgenland mehr Lehranfänger gibt. Das ist eine sehr erfreuliche Nachricht. Trotzdem gibt es einige Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden. Was macht das Land Burgenland, um Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu gewährleisten?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es ist schon unter der Vorgängerregierung einiges auf die Schiene gebracht worden. Ich möchte hier nur einige Punkte ansprechen. Das Berufsausbildungsgesetz ermöglicht hier im Burgenland eine Investition im Ausmaß von zehn Millionen Euro. Der Landesanteil beträgt 4,5 Millionen Euro, der Rest kommt vom Bund. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben eine Lehrlingsförderung auf die Schiene gebracht, die dafür sorgt, dass im Jahr 2014 knapp 1.600 Förderfälle hier auch, was den Lehrberuf betrifft, betroffen waren mit einem Investitionsvolumen von 1,5 Millionen Euro, also auch kein kleiner Betrag. Im Burgenland ist das Projekt „Lehre mit Matura“ mit einer sehr starken Intensität forciert worden.

Das heißt, im Rahmen dieses Projekts „Lehre mit Matura“ werden Personen gefördert, die zusätzlich zum Lehrabschluss auch die Matura absolvieren. Eine wichtige Maßnahme zur Verbesserung ist auch die der Durchlässigkeit der Bildungssysteme. Es haben seit 2009 immerhin 76 Personen auch diese „Lehre mit Matura“ abgeschlossen. Auch ungefähr im Ausmaß von einem 50 zu 50 Anteil von Männern und Frauen. Auch mit einem Investitionsvolumen von einer Million Euro.

Bei der Lehrlingsstiftung gibt es Berufsvorbereitungs- und Orientierungsmaßnahmen für Jugendliche – auch durch die Einbeziehung der Unternehmerinnen und Unternehmer. Das ist mir auch wichtig, weil es ist nicht das Land alleine, das hier tätig ist, sondern die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Wirtschaft im Burgenland zieht hier auch mit und unterstützt diese Maßnahmen. *(Der Präsident gibt wegen Zeitablauf das Glockenzeichen.)*

Hier gibt es auch einen Schwerpunkt im Tourismus- und Gastronomiebereich. In Ordnung, wohl Zeitbeschränkung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Zu Ihrer Information, Herr Landesrat, 30 Sekunden davor läute ich und dann haben Sie noch 30 Sekunden Zeit zur Beantwortung Ihrer Anfrage. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Gerade im Bereich Tourismus und Pflege sind besonders viele Ausländer im Burgenland beschäftigt. Es ist ja das Anliegen, mehr Burgenländer in Beschäftigung zu bringen.

Wie wollen Sie gerade in diesen beiden sensiblen Bereichen dazu Sorge tragen, dass hier mehr Burgenländer in Beschäftigung kommen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist eine schwierige Frage, denn wir sind in einem freien Wettbewerb, in der Marktwirtschaft, aber beispielsweise ist es im Landesbereich schon möglich und auch dringend notwendig, dass wir hier versuchen, auch gemeinsam mit unseren vorgelagerten und nachgelagerten Gesellschaften dafür zu sorgen, dass Burgenländer in Beschäftigung kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Beispielsweise wenn ich nur die Therme Lutzmannsburg im Gegensatz zur Therme Frauenkirchen hernehme, wo es einen sehr hohen Österreicher-Anteil gibt, ist dort der Anteil relativ gering und das ist, noch einmal gesagt… *(Abg. Manfred Kölly: Nicht ordentlich nachgeschaut. Viele Burgenländer in Frauenkirchen? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Anteil der Ausländer…)*

Im Gegensatz zu Frauenkirchen ist in Lutzmannsburg der Anteil der Inländer relativ gering. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Österreicher.)* Ja, der Österreicher. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es geht hier aber um Burgenländer, nicht Österreicher. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Am Arbeitsmarkt kann sich natürlich jeder bewerben, aber wir versuchen natürlich in den landeseigenen Betrieben und in den vorgelagerten und nachgelagerten Gesellschaften hier auch Burgenländer unterzubringen.

Ich bin jetzt eine Woche im Amt. Messen Sie mich dann an meinen Leistungen in der nächsten Zeit. Es ist ein vorrangiges politisches Ziel, Burgenländerinnen und Burgenländer hier in Beschäftigung zu bringen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Molnár.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche konkreten Maßnahmen planen Sie für Arbeitslose, die älter als 50 Jahre sind?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es gibt ein Programm, das schon in der vorherigen Regierung beschlossen worden ist. Es ist so, dass es hier einen Förderanteil geben kann, der dafür sorgt, dass diese ArbeitnehmerInnen 50+ auch mit finanziellen Anreizen dazu gebracht werden oder dass man auch Arbeitgeber dazu bringt, hier diese Maßnahmen auch umzusetzen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist falsch!)*

Wir haben hier insgesamt auch in der alten Regierung noch 600.000 Euro an Maßnahmen gesetzt, die hier dieses Sonderprogramm… *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist falsch! Das gilt nur für die Gemeinden. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Für die Gemeinden. - Abg. Mag. Franz Steindl: Ihr habt es nicht beschlossen. Eures gilt nur für die Gemeinden. Entschuldigung.*

Du bist hier falsch informiert. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Das gilt nur für die Gemeinden.)

Das ist nicht falsch! Ich kann Ihnen sogar den Akt, die Zahl des Aktes sagen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Du bist falsch informiert.)* Ich bin nicht falsch informiert. Wir haben für 2015 ein Sonderprogramm für diese Zielgruppe auch erarbeitet. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist falsch. Die SPÖ hat das abgelehnt.)*

Von der Abteilung 6 - also meiner Abteilung - sind schon 350.000 Euro voraussichtlich für diese Aktion vorgesehen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist falsch! Falsch! Von der SPÖ abgelehnt.)*

Dieses Sonderprogramm für die Verlängerung der BeschäftigungsteilnehmerInnen, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist eine Falschinformation!)* auch mit dem AMS gemeinsam, also mit dem Bund, ist ein Sonderprogramm. Es bietet durchaus auch den Gemeinden die Möglichkeit, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nur die Gemeinden! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nur die Gemeinden! Das andere ist von Euch abgelehnt worden. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* die zwei Drittel der Finanzierung, die zwei Drittel der Lohn- und Lohnnebenkosten für Beschäftigte für die Älteren, 50+, aufstellen wollen, eine Möglichkeit für die Dauer von sechs Monaten hier auch durchzusetzen.

Die Zielgruppe ist im Rahmen dieses AMS-Programmes eben eine Gruppe 50+ und Menschen, die länger als sechs Monate arbeitslos sind. Also ein guter Ansatz, den wir auch in der gemeinsamen Regierungserklärung so festgelegt haben und der auch in der Zukunft so umgesetzt werden soll. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen somit zum Aufruf der dritten Anfrage. Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Mag. Wolf um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Gemäß Referatseinteilung der Burgenländischen Landesregierung sind Sie für Asyl- und Flüchtlingswesen verantwortlich.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation im Hinblick auf die Unterbringung von Asylwerbern im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist eine sehr schwierige Situation, die wir in Europa, aber auch in Österreich und auch speziell im Burgenland zu bewältigen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Asylwesen ist eine Bundesangelegenheit, die beim Innenministerium angesiedelt ist. Wir haben uns allerdings im Rahmen einer 15a-Vereinbarung darauf geeinigt, dass die Länder gewisse Quoten erfüllen sollen und erfüllen müssen. Das heißt für das Burgenland 3,38 Prozent aller Asylwerber die hier bei uns untergebracht werden sollen.

Wir haben derzeit 1.444 Asylwerber in der Grundversorgung, davon ungefähr 1.000 Männer, 200 Frauen und 116 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, was ein ganz besonderes Problem darstellt. Wir sind momentan an dritter Stelle bei der Erfüllung der

Quote. Nach Niederösterreich und Wien das „drittbeste“ Bundesland aber wir haben hier noch eine Bringschuld.

Diese Bringschuld werden wir auch erbringen, wobei ich dazu sagen muss: Niederösterreich erfüllt die Quote ja „nur“ wegen Traiskirchen, sonst wäre Niederösterreich an der letzten Stelle in Österreich, was die Erfüllung der Flüchtlingsquote betrifft, und zwar ganz weit abgeschlagen an der letzten Stelle. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Franz Steindl: Was ist mit dem Zeltlager?)*

Wir im Burgenland haben uns auch im Rahmen eines Flüchtlingsgipfels darauf verständigt, erstens die Quote erfüllen zu wollen, zweiten haben wir schon Maßnahmen gesetzt. Es gibt gemeinsam mit den NGO's und vor allem mit den Kirchen, mit der katholischen Kirche, mit der protestantischen Kirche, sehr gute Projekte. Die katholische Kirche hat sich dazu bereit erklärt, in den nächsten Tagen 200 Plätze zur Verfügung zu stellen.

Die evangelische Kirche hat eine Wohnungsbörse für Flüchtlinge angeboten, ein von meiner Sicht sehr innovatives Projekt und drittens haben wir derzeit 370 Quartiere in der Pipeline, die wir mit dem Innenministerium auch noch einmal nicht nur evaluieren wollen, sondern ob sie auch in der Möglichkeit stehen, für Flüchtlinge adäquat zur Verfügung zu stehen.

Aber, es schaut so aus, dass wir damit auch die Quote erfüllen werden. Die Situation ist aber keine einfache, das sage ich ganz offen dazu, denn wir haben ja sisyphusmäßig jeden Monat noch mehr Flüchtlinge, die wir unterbringen müssen. Das heißt, der absolute Anteil an Flüchtlingen wird sich in den nächsten Monaten noch steigern und das ist eine sehr herausfordernde Aufgabe. Nicht nur für mich, sondern auch für die NGO's und für alle, vor allem auch von Seiten des Innenministeriums.

Ich bin nicht ganz glücklich über die heutige Aussage der Frau Innenministerin mit dem Notstand, der da offensichtlich von ihr ausgerufen wird. Wir erfüllen derzeit zu 98 Prozent die Quote. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das stimmt doch nicht!)*

Das stimmt! Natürlich stimmt das! *(Abg. Mag. Franz Steindl: Zählen Sie da jetzt die Zelte dazu?)* Wir werden sie in den nächsten Monaten zu über 100 Prozent erfüllen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Aufgrund der Zahlen des Innenministeriums erfüllen wir nicht die Quote in dem Ausmaß, den Sie genannt haben, weil die Zelte nicht eingerechnet werden.

Aber, nichtsdestotrotz die Frage: Welche Auswirkungen hätten aus Ihrer Sicht Grenzkontrollen im Burgenland, an burgenländischen Grenzen in Anbetracht der Asyl- und Flüchtlingsthematik?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Danke für die Frage. Wir erfüllen genauso wie die anderen Bundesländer diese Quote nicht, auch mit den 100 ungefähren 80 Personen, die hier in Eisenstadt in Zelten untergebracht sind. Ich persönlich sage Ihnen ganz offen, ich bin ein Gegner von Zelten und wir werden dafür sorgen, dass diese Quote ohne Zelte im Burgenland erfüllt wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Die Grenzkontrollen halte ich für durchaus sinnvoll. Ich wohne selbst 350 Meter von der Grenze entfernt. Das Problem im Flüchtlingswesen, das können wir in einer Fragestunde jetzt nicht klären, ist natürlich dass die Schlepper von dieser ganzen Geschichte profitieren. Dass 5.000, 6.000 Euro von Menschen aufgebracht werden, die verzweifelt aus dem Krieg in Syrien fliehen. Ich war selbst sechsmal in Syrien. Ich glaube, es gibt keinen österreichischen Politiker, der diese Situation besser kennt, als ich.

Für diese Menschen, Kriegsflüchtlinge, werden wir auch Quartiere schaffen. Was nicht geht, das sage ich auch ganz offen, ist, Wirtschaftsflüchtlinge in Österreich aufzunehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich war auch einige Male im Kosovo. Ich habe im Kosovo gesehen, dass es dort keine Verfolgung politischer, rassistischer oder religiöser Art gibt. Das geht einfach nicht. Aber, wir werden für jene, die aus humanitären Gründen, aus Gründen, weil sie vor dem Krieg flüchten müssen, auch Quartiere schaffen.

Zu den Grenzkontrollen sage ich ganz offen, dass es da ganz stark auch gegen die Schlepper geht. Das ist ein Problem, das wir schon seit 20 Jahren haben. Ich war beispielsweise - wie Sie wissen - ein Verfechter des Assistenzeinsatzes an der Grenze.

Der wurde dann aus politischen Gründen - auch das würde den Rahmen jetzt sprengen - beendet. Gemeinsam in der SPÖ-ÖVP-Regierung, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* ich weiß nicht, ob es richtig war, aber Grenzkontrollen, um hier Schlepperunwesen zu verunmöglichen oder zumindest zu erschweren, halte ich für richtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Die Asyldiskussion ist ja doch eine sehr heikle und emotional diskutierte. Sie wird durch die FPÖ auf Bundesebene und vielleicht auch durch andere Gruppierungen angeheizt. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um gerade diese angespannte Situation etwas zu beruhigen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich bin durchaus bei Ihnen. Man muss eine Entemotionalisierung dieser Debatte herbeiführen, wenn das möglich ist. Das ist nicht so einfach. Sie sind sicherlich genauso wie ich im Land unterwegs und wissen, dass die Menschen hier gewisse Ängste haben.

Wir brauchen aber hier Akzeptanz. Diese Akzeptanz kann nur entstehen, wenn wir genügend Quartiere schaffen, wenn wir es schaffen, wie es auch im Regierungsübereinkommen festgeschrieben ist, kleine Quartiere zu schaffen.

Ich sage Ihnen ganz offen, ich komme aus einer Gemeinde mit 1.500 Einwohnern. Mein Ortsteil hat 350 Einwohner. Ich habe mit den Menschen gesprochen. Wenn dort vier Flüchtlingswerber untergebracht werden, wird das kein Problem sein.

Wenn ich in Bruckneudorf versuche, 400 Flüchtlingswerber unterzubringen, werde ich eine Diskussion haben, die aus dem Ruder gerät. Also, kleine Einheiten, Aufklärung der Bevölkerung, Zusammenarbeit mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, dann, glaube ich, dass wir diese Situation, die schwierig genug ist, in den Griff bekommen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landesrat! Ich habe eine Frage bezüglich der Einbindung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wie sehr sind die in die Kommunikation zur Quartiersuche eingebunden und welche Unterstützung erhalten die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, damit sie die Kommunikation in den Gemeinden konstruktiv, sachdienlich und deeskalierend gestalten können?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Frau Abgeordnete! Ich bin sehr offen. Es gibt Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die sagen, Hände weg vom Thema. Aber, es gibt natürlich auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die versuchen, auch hier aktiv mitzuarbeiten, um diese Problematik in den Griff zu bekommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben vom Land her angeboten, auch Maßnahmen im Infrastrukturbereich bis zu 10.000 Euro, ein Drittel der Kosten, mitzufinanzieren. Es gibt Bürgermeister aus dem Nordburgenland, die hier schon aktiv geworden sind.

Ich sage jetzt auch ganz offen, der ehemalige Landtagspräsident Kurt Lentsch in Neusiedl ist ein Partner, der auch den Menschen erklärt, über ein Flugblatt, dass er bereit ist, 80 Flüchtlinge aufzunehmen. Das ist nicht so selbstverständlich. Ich meine, diese Maßnahmen, die gesetzt werden müssen, sind noch nicht gesetzt worden, nämlich, im Baubereich.

Aber, grundsätzlich halte ich das für den richtigen Zugang. Wir werden die Bürgermeister auch im Rahmen von Informationsveranstaltungen informieren, was es heißt, Flüchtlinge unterzubringen, und wir werden versuchen, diese Ängste zu nehmen.

Ich sage jetzt nur aus meinem Heimatbezirk zwei Beispiele. In Unterfrauenhaid und in Horitschon sind sehr viele Flüchtlinge untergebracht. Nach anfänglichen Ängsten ist es in Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern gelungen, diese Ängste zu nehmen und dafür zu sorgen, dass die Akzeptanz da ist. Mittlerweile ist es dort kein Problem mehr.

Trotzdem sage ich noch einmal ganz offen dazu, es ist mir lieber, kleine Einheiten in vielen Gemeinden zu schaffen, auch wenn es für uns, von Seiten der Landesregierung, jetzt eines sehr hohen administrativen Aufwandes bedarf, als wenn wir in einer Gemeinde mit 1.000 Einwohnern 70, 80, 90 Flüchtlinge unterbringen müssen.

Aber, grundsätzlich habe ich schon das Gefühl, dass sehr viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hier auch mit uns an einem Strang ziehen. Es sei mir jetzt einmal unbenommen, dass ich die beiden Gemeinden aus meinem Heimatbezirk ein bisschen positiv hervorhebe. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Zahlen und Fakten liegen Ihren Überlegungen eigentlich zugrunde?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Die Zahlen und Fakten liegen auf dem Tisch. Wir werden heuer auf ungefähr 70.000 Flüchtlinge kommen. Ich möchte nur dazu sagen, dass wir in der Jugoslawienkrise über 180.000 glaube ich, gehabt haben. Also eine völlig andere Zahl.

Aber es ist davon auszugehen, nachdem die Kriegswirren in Syrien, in Lybien nicht absehbar sind, wann sie aufhören werden, dass wir noch zusätzliche Flüchtlinge bekommen werden.

Ich möchte vielleicht nur darauf hinweisen, dass vor sieben, acht Jahren eine Million Flüchtlinge aus dem Irak nach Syrien gekommen sind. Dass im Libanon, einem Land, das viel kleiner ist als Österreich, vier Millionen Flüchtlinge sind. Also, wir werden im Burgenland, glaube ich, mit den 1.444, die wir derzeit in Betreuung haben, noch eine Zahl haben, die jetzt nach oben noch gesteigert werden wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich möchte vielleicht auch dazu sagen, dass wir derzeit noch einen Überhang von afghanischen Flüchtlingen, gegenüber syrischen Flüchtlingen haben. Das sind die beiden Hotspots, unter Anführungsanzeichen, was die Bevölkerung betrifft. Aber, wir werden diesem Ansturm, aus meiner Sicht, gerecht werden. Wenn es so ist, wie auch vom Herrn Landeshauptmann angesprochen, dass wir versuchen könnten, in den Gemeinden maximal bis zu einem Prozent Flüchtlinge aufzunehmen, dann wären wir auf der sicheren Seite.

Das wäre, glaube ich, auch für die burgenländische Bevölkerung verträglich und wäre auch ein Musterbeispiel für Österreich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Asylgesetz 2005 gibt im § 62 die Möglichkeit, dass die Bundesregierung mittels Verordnung ein Aufenthaltsrecht für Vertriebene vorsieht, und das mit Übereinstimmung des Hauptausschuss des Nationalrates verordnet.

Sehen Sie diese Maßnahme als geeignetes Mittel, das Asyl nur auf Zeit gewährt wird?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich persönlich bin gegen Asyl auf Zeit. Entweder man hat die Möglichkeit, aufgrund von politischer, rassistischer, religiöser Verfolgung hier um Asyl anzusuchen, oder nicht.

Insofern halte ich diese Maßnahme für nicht geeignet, dieses Problem zu lösen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen somit zum Aufruf der vierten Anfrage.

Die vierte Anfrage ist von Frau Abgeordneter Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Eine qualitativ hochwertige Lehrlingsausbildung ist ein wichtiger Bestandteil des wirtschaftlichen Erfolges des Landes Burgenland. Eine wesentliche Bedingung dafür sind die Gegebenheiten in den Ausbildungsstätten. Als Landeshauptmann und Landesschulratspräsident fällt mit der neuen Legislaturperiode nun auch das Berufsschulwesen in Ihre politische Zuständigkeitskompetenz.

Welche Maßnahmen werden Sie in den beiden Landesberufsschulen Pinkafeld und Eisenstadt setzen, um die Bildungsqualität in der Lehrlingsausbildung auf den neuesten Stand zu halten?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Herr Präsident! Wir wollen in dieser neuen Legislaturperiode 2015 bis zum Jahr 2020 das Burgenland als das Bildungsland Nummer Eins in Österreich etablieren. Wir wollen nachhaltig dafür sorgen, dass es das beste Bildungssystem aller österreichischen Bundesländer im Burgenland gibt.

Wir sind hier schon auf einem guten Weg, denn da wurde auch in der Vergangenheit eine sehr gute Arbeit geleistet. Wir haben auf der einen Seite die höchste Kinderbetreuung bei den Drei- bis Fünfjährigen aller österreichischen Bundesländer. Wir sind die Nummer Zwei in Österreich bei der Betreuung der unter Dreijährigen.

Wir haben die kleinsten Volksschulklassen und die höchste Maturantenquote. Selbstverständlich nehmen die Berufsschulen ebenfalls einen sehr großen Stellenwert ein, weil wir jetzt und auch in der Zukunft sehr gute Facharbeiterinnen und Facharbeiter brauchen und weil wir uns natürlich auch zum dualen Ausbildungssystem bekennen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, sind uns willkommen. Ich bedanke mich auch dafür. Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, müssen wir motivieren, das in einem stärkeren Ausmaß zu tun.

Wir als Land Burgenland übernehmen die Aufgabe, dass diese Lehrlinge auch in der Berufsschule die beste Ausbildung bekommen. Wir wollen auch in diesen Jahren die ganztägigen Schulformen und die ganztägigen Betreuungsformen weiter ausbauen.

Wir wollen die sprachliche Frühförderung, die heute auch beschlossen wird, möglichst effizient umsetzen. Damit möglichst viele Kinder, nicht nur mit Migrationshintergrund, Defizite, die sie haben, bereits im Kindergartenalter abbauen können. Dass sie einen guten Start in die Schule haben. Wir haben durch die neue Ressorteinteilung, die Möglichkeit, eine sehr gute Vernetzung vom Kindergartenbereich bis hin zu den Fachhochschulen, Pädagogische Hochschule, auch zu tun.

Ich habe mich mit allen in diesem Bereich Tätigen bereits zusammengesetzt, um hier Synergien zu nützen. Das große Ziel ist es, die Qualität im Bildungsbereich weiter anzuheben.

Die Schülerinnen, die Schüler, die Kinder im Burgenland müssen die beste Bildung aller österreichischen Bundesländer in ihrem Heimatland bekommen. Wir werden die Berufsschule in Pinkafeld modernisieren und ausbauen. Dafür wird es eine europaweite Ausschreibung geben. Das ist schon in der Vorbereitungsphase beziehungsweise in der Umsetzungsphase. Ich werde im September auch einen Runden Tisch einberufen, mit der Aufgabenstellung, wie das Berufsschulsystem im Burgenland effizient gestaltet werden soll und welche inhaltlichen Schwerpunkte wir brauchen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aufgrund dieses Ergebnisses werden wir selbstverständlich auch weitere Investitionen vornehmen. Wir haben das Internat in Pinkafeld auch sehr gut ausgebaut. Wir werden die Berufsschule in Pinkafeld weiter ausbauen. Wir werden mit der Arbeitsgruppe die entsprechenden Schwerpunkte bei den Berufsschulen setzen, aber

auch die notwendigen Investitionen in den Internaten und auch in den Schulen Schritt für Schritt umsetzen.

Ich glaube, das ist auch sehr wichtig, dass wir diese hohe Qualität der Bildung auch in unseren Berufsschulen weiter vorantreiben. Dass wir dort investieren, dass wir moderne Einrichtungen haben. Wir haben viele engagierte Pädagoginnen und Pädagogen in unserem Heimatland Burgenland.

Es sind über 4.000 PädagogInnen insgesamt, die hier eine sehr gute Arbeit leisten und auch in den Berufsschulen gibt es viele, die sehr engagiert sind, die aber natürlich auch die entsprechenden Ressourcen brauchen.

Wir müssen nicht nur bauliche Verbesserungen anbringen, sondern wir müssen auch weiter in die Technik investieren. Das heißt, es muss die Berufsschule auch technisch auf den letzten Stand sein. Wir brauchen hier eine sehr enge Kooperation, auch mit den Sozialpartnern, mit der Wirtschaft, weil wir auch wissen müssen, welche technischen Geräte notwendig sind, um auch in den Berufsschulen diese moderne Ausbildung zu ermöglichen.

Also, insofern haben wir hier im gesamten Bildungsbereich sehr viel vor. Ein wichtiger Schritt war es, alle Bildungskompetenzen erstmalig in der Geschichte des Landes zu konzentrieren. Die Synergien zu nützen. Eine moderne Bildung zu bieten. Mit den Fachhochschulen, den Pädagogischen Hochschulen zu kooperieren und Synergien auch für andere Bereiche zu nützen. Speziell in den Berufsschulen wird es kräftige Investitionen in den Ausbau geben.

Da werden viele Millionen Euro investiert werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Der Ausbau der schulischen Tagesbetreuung im Burgenland ist ein Erfolgsmodell. Das Burgenland hat - nach Wien - die zweithöchste Betreuungsquote. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Schritte planen Sie in nächster Zeit im Bildungsbereich?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Frau Abgeordnete! Ich denke, dass wir, wie ich bereits gesagt habe, sehr viele Weichenstellungen vorgenommen haben. Die zweithöchste Betreuungsquote der unter Dreijährigen und die höchste im Kindergartenbereich. Also, das ist schon eine besondere Leistung, auch der Gemeinden, das sage ich auch dazu.

Nicht nur von Seiten des Landes, weil natürlich in wichtigen Bereichen und zu einem Großteil auch die Gemeinden zuständig sind.

Da haben wir gemeinsam sehr viel erreicht. Wir haben auch vor, und das ist mir auch sehr wichtig, einerseits im Kindergarten die frühsprachliche Förderung intensiv einzuführen und im Schulbereich haben wir auch eine Vorreiterrolle in Österreich, weil wir mit der FreizeitpädagogInnenausbildung frühzeitig begonnen haben.

Das ist die Kooperation, dass die Pädagogische Hochschule ein Angebot macht, um FreizeitpädagogInnen auszubilden, die dann im Freizeitbereich am Nachmittag in den Schulen auch tätig sind. Wir werden wieder im Herbst mit einem neuen Lehrgang beginnen. Es wird dann im Burgenland bis zu 160 ausgebildete Freizeitpädagoginnen und -pädagogen geben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir schauen nicht nur, dass wir quantitativ eine sehr hohe Betreuungsform haben, sondern, dass wir vor allem auch qualitativ eine sehr hohe Betreuungsform haben, weil die Qualität in der Bildung sehr wichtig ist. Es werden weitere FreizeitpädagogInnen ausgebildet. Es werden für diesen Freizeitbereich 70 Prozent Förderungen im Pflichtschulbereich ermöglicht. Bis zu 55.000 Euro.

Neu ist auch, dass nicht nur 9.000 Euro für die FreizeitpädagogInnen an Förderung zur Verfügung stehen, sondern weitere 9.000 für eine zusätzliche Kraft, wo im Rahmen der Schulautonomie gesagt werden kann, dass wir einen integrativen Schwerpunkt, einen sportlichen Schwerpunkt, einen bildnerischen und einen musischen Schwerpunkt setzen werden. Also gibt es auch hier eine Verdoppelung der Gelder für die Betreuungskräfte im ganztägigen Bereich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das Burgenland ist nicht nur Erfolgsmodell im Bereich der schulischen Tagesbetreuung. Sondern, wie Sie es bereits gesagt haben, weist es auch die höchste Betreuungsquote bei den Fünfjährigen und die zweithöchste bei den unter Dreijährigen auf.

Der Kindergarten ist die erste Bildungseinrichtung und somit auch ein wichtiger Faktor für einen gelungenen Schuleintritt. Auch das Kindergartenwesen fällt mit der neuen Legislaturperiode in Ihre politische Zuständigkeitskompetenz.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Initiativen werden Sie künftig als zuständiger politischer Referent im Bereich des Kindergartenwesens ergreifen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich denke, dass das Land Burgenland, wie ich bereits gesagt habe, mit den Gemeinden in der Vergangenheit gut zusammengearbeitet hat. Wir wollen das auch in Zukunft tun. Das Land Burgenland wendet hier jedes Jahr rund 23 Millionen Euro an Personalkosten und an Investitionszuschuss auf. Das Land Burgenland wendet auch für die Unterstützung der Familien, für den Kindergartenbesuch, noch einmal 4,2 Millionen Euro auf.

Wir sind also hier alleine im Kindergartenbereich bei 27 beziehungsweise 28 Millionen Euro, die das Land Burgenland an Personalkosten, an Investitionsstützungen und Investitionsförderungen für den Kindergartenbetrieb beiträgt.

Eine Unterstützung für die Familie immerhin 4,2 Millionen Euro! Außer Wien und dem Burgenland gibt es kein zweites Bundesland, das die Familien unterstützt die den Kindergarten besuchen. Die Kernöffnungszeiten sind in vielen Gemeinden auch noch dazu gratis, auch hier große Beiträge der Gemeinden.

Bei längeren Öffnungszeiten gibt es natürlich dann auch höhere Kindergartenbeiträge, sodass dieser Gratiskindergarten natürlich bei sehr langen Öffnungszeiten dann nicht mehr möglich ist. Das muss man auch ganz offen sagen. Aber immerhin 4,2 Millionen Euro vom Land für Familien, deren Kinder die Kinderkrippe oder den Kindergarten besuchen.

Das heißt konkret, wenn eine Familie ein Kind in der Kinderkrippe oder im Kindergarten hat, also beides, so sind es im Jahr zirka 1.500 Euro. Diesen Betrag bekommt die Familie mit zwei Kindern in der Kinderkrippe und auch im Kindergarten. Auch diese Förderung der Familien trägt dazu bei, dass wir im Burgenland mit Abstand

die niedrigste Armutsgefährdung aller österreichischen Bundesländer haben, nämlich sieben Prozent.

Noch immer hoch, aber durch diese Maßnahmen werden wir die Armutsgefährdung der Familien mit Kindern auch weiter reduzieren können. Eine Maßnahme noch, Übergang Kindergarten Schule soll neu gestaltet werden. Da gibt es auch schon ein Pilotprojekt, also auch im Kindergartenbereich haben wir viel vor. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Eine qualitativ hochwertige Lehrlingsausbildung ist ein wichtiger Bestandteil des wirtschaftlichen Erfolges des Landes Burgenland. Eine wesentliche Bedingung dafür sind die Gegebenheiten in den Ausbildungsstätten. Mit der neuen Legislaturperiode fällt nun auch das Berufsschulwesen in Ihre politische Zuständigkeitskompetenz.

Welche Maßnahmen werden Sie in den beiden Landesberufsschulen Pinkafeld und Eisenstadt setzen, um die Bildungsqualität in der Lehrlingsausbildung auf dem neuesten Stand zu halten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe schon eingangs gesagt, dass im gesamten Bildungswesen, vom Kindergarten-, Pflichtschulbereich bis hin zu den Berufsschulen, sehr viele Investitionen, sehr viele Qualitätsverbesserungen vorgesehen sind.

Es ist absolut richtig, dass natürlich das Berufsschulwesen auch einen sehr großen und wichtigen Stellenwert hat. Wir sagen auch im Burgenland: Kein Abschluss ohne Anschluss. Das heißt auch, wenn ich eine Ausbildung in einer Berufsschule mache, dass ich auch Lehre mit Matura umsetzen kann.

Ich glaube, das ist auch sehr erfolgreich in der Vergangenheit angelaufen, dass es Betriebe gibt die ganz einfach sagen, ja, wir haben hier einen Lehrling, der ist sehr engagiert, wir unterstützen das, dass er Lehre mit Matura machen kann.

Auch hier wollen wir mit den Berufsschulen kooperieren, dass die technische Ausrüstung eine sehr gute ist, dass die bauliche Ausrüstung eine sehr gute ist und dass wir auch Lehre mit Matura weiterhin ermöglichen. Für alle die das wollen, soll das Angebot aufrecht bleiben.

Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. Da gibt es noch ein gutes Potential nach oben. Wie gesagt, Facharbeiter sind für die Zukunft eines Landes sehr, sehr wichtig.

Das Burgenland hatte immer sehr, sehr gute Facharbeiter, hat es auch in der Gegenwart und wir werden das auch in der Zukunft haben. Die besten Facharbeiter kommen aus dem Burgenland und mit den Berufsschulen werden wir dazu einen Beitrag leisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.[a] Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.[a] Regina Petrik (GRÜNE): Ja, ich möchte mich mit meiner Zusatzfrage auch an den ursprünglichen Themenbereich der Anfrage anschließen ohne zu wiederholen was schon einmal gefragt wurde. Es ist ja bekannt, dass in Gastronomie und in Handwerksberufen viele Lehrstellen frei sind im Burgenland, auch der ORF hat jüngst darüber berichtet.

Welche Maßnahmen werden Sie den setzen, um die Jugendlichen in Ausbildung zu motivieren in jene Bereiche zu gehen, wo auch in Zukunft dann Erwerbsmöglichkeiten vorhanden sind?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben Betriebe, und das muss man auch sagen, im gesamten Burgenland von Nord bis Süd, die sowohl in der Gastronomie als auch in anderen Bereichen hervorragend Lehrlinge ausbilden.

Wenn ich mir nur die Kurbad Tatzmannsdorf AG ansehe, wo über 30 Lehrlinge ausgebildet werden und wo es keinen Grund gibt, dass die Lehrlinge dort nicht hin wollen. Das heißt, es kommt darauf an wie ich junge Menschen ausbilde, welche Tradition das hat und das funktioniert in vielen Bereichen. Ich möchte nicht nur ein Landesunternehmen hernehmen, sondern es gibt im Tourismus vor allem, und das muss ich auch dazu sagen, im Südburgenland viele private Betriebe die hervorragend Lehrlinge ausbilden.

Das ist natürlich auch ganz, ganz wichtig, weil das auch die Fachkräfte der Zukunft in ihren Bereichen sind. Ich glaube es geht auch darum, dass viel mehr von den Tourismusschulen, Fachschulen oder auch maturaführenden Schulen tatsächlich im Tourismus bleiben.

Das heißt, es sollte aus meiner Sicht auch eine deutlich bessere Vernetzung geben und das werden wir auch anregen, dass die speziellen Tourismusschulen die beste Vernetzung auch zu den Tourismusbetrieben bekommen.

Denn ich finde, das ist ein toller Beruf, wenn man in einer Pension, in einem Hotel, in einem Leitbetrieb als Lehrling tätig sein kann. Das Image der Lehre aufzuwerten, auch an Beispielen aufzuwerten, nämlich zu sagen, dass einer vom Lehrling bis zum Manager gekommen ist. Es gibt Beispiele im Burgenland, die heute international in der Gastronomie tätig sind, die im Burgenland gelernt haben. Image aufwerten, Betriebe motivieren Lehrlinge auszubilden.

Wenn wir vorhin von Beschäftigung gesprochen haben, der Grund warum weniger Burgenländer beschäftigt sind ist, weil die Lehrlingsausbildung nicht funktioniert hat, die man jetzt schon wieder in Gang gesetzt hat, wo über 20 Lehrlinge in Frauenkirchen und 15 Lehrlinge in Lutzmannsburg ausgebildet werden.

Vor Jahren waren es Null und dann sagen wir, wir haben keine Fachkräfte. Wenn wir Lehrlinge ausbilden haben wir Fachkräfte! Das Image zu verbessern, das, glaube ich, ist der richtige Weg. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Nachdem die Hauptfrage anscheinend ein zweites Mal gestellt wurde und diese fast ident, aber nicht gleich beantwortet wurde, darf ich nun zurück zum Thema Lehrlinge kommen,

nachdem das ja in der Hauptfrage erwähnt war. Wir möchten darauf hinweisen, dass es eigentlich mehrere Berufsschulen gibt, als diese von Ihnen erwähnten, diese zwei nur.

Es geht darum, die Einrichtung der Lehrküche, der Landesberufsschule Eisenstadt, entspricht nicht den aktuellen Hygieneregeln für Küchen in der Gastronomie. In der vergangenen Legislaturperiode hat die BELIG mehrfach betont, dass derzeit für eine Adaptierung der Küche keine finanziellen Mitteln zur Verfügung stehen.

Bis wann werden die notwendigen Anpassungen der Lehrküche nun erfolgen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe gesagt, und wenn Sie zugehört haben, haben Sie das auch vernommen, dass jetzt mit der Berufsschule in Pinkafeld begonnen wird und eine europaweite Ausschreibung gemacht wird, dass es anschließend im September mit den Sozialpartnern auch einen Runden Tisch gibt und genau diese Schwerpunkte und auch die Ausrüstung und Ausstattung all unserer Berufsschulen diskutiert wird.

Denn ich möchte hier auch von der Wirtschaft wissen und natürlich auch von der Gewerkschaft, was ist State of the Art, wo setzen wir welche Schwerpunkte und wie setzen wir das um und wie können wir das auch effizient machen?

Nämlich die Steuergelder, die es im Land Burgenland gibt und wo jeder Burgenländer oder sehr, sehr viele, sehr viel Steuern zahlen, effizient einsetzen, und genau das werden wir ab September machen.

Sozialpartner sind gewohnt rasch zu arbeiten. Wie die Ergebnisse vorliegen, gehen wir in einer Prioritätenliste alle Berufsschulen durch, wo das notwendig ist, wo wir zuständig sind. Wir werden uns dann auch die verschiedensten Bereiche anschauen. Wenn ich die Mechatroniker mir anschaue, dann muss ich sagen, das ist ein hochtechnischer Beruf und dann muss ich auch schauen, welche technischen Geräte sind notwendig, damit ich zum Beispiel ordentlich Mechatroniker ausbilde.

Wo soll die Ausbildung erfolgen? Wollen wir an drei Standorten die gleiche Ausbildung machen? Na, dann wird es ein bisschen teuer werden, wenn wir die hochtechnischen Geräte an drei Standorten unterbringen. Das geht in der Regel auf Kosten der Qualität und das will ich nicht, sondern Runder Tisch, sagen was ist notwendig, Prioritätenliste und dann Schritt für Schritt umsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, damit komme ich zum Aufruf der fünften Anfrage.

Die fünfte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Karin Stampfel an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Das Agrarressort ist ein komplett neues Ressort für Sie. Sie haben angesprochen, dass Sie einen Masterplan erarbeiten werden.

Frau Landesrätin, wie wird dieser Masterplan aussehen beziehungsweise gibt es schon geplante Projekte?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zunächst einmal einige Ausführungen zur Landwirtschaft und was diesen Masterplan aus meiner Sicht für absolut notwendig erklärt.

Erstens: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei und vieles andere mehr, gehören jetzt zu meinen Kompetenzen und ich kann nur dem Herrn Landeshauptmann aus seiner Anfragebeantwortung von vorher Recht geben.

Es ist immer wichtig Zuständigkeiten zu evaluieren, zu schauen wo stehen wir, wo gibt es Stärken, wo gibt es Schwächen? Wie erfahren wir das? Indem wir die beteiligten Menschen miteinbeziehen. Eine kurze Erklärung zum Masterplan.

Zweitens: Die Burgenländische Landwirtschaft genauso wie Forstwirtschaft für alle Beteiligten vom Obst bis zum Wein und, und, und, es würde meine Zeit viel zu sehr in Anspruch nehmen hier zu allen beteiligten Organisationen, Verbände, Vereine, aber vor allem auch Produzenten aufzuteilen, verdienen absolute Wertschätzung.

Wir liegen in Österreich, in Europa, mit dem was wir produzieren können, im Burgenland absolut gut und richtig. Wir stehen vor allem aber aus dem Burgenland für Qualität, aber auch für Regionalität. Die Überdachmarke des Burgenlandes, nämlich „Genuss Burgenland“, „Bau auf das Burgenland“, ist genau das, was ich in der Landwirtschaft auch weiter fortführen möchte. Gerade dort muss es auch einen großen Stellenwert haben.

Aber wissen Sie, Frau Abgeordnete, was mich eigentlich stört, dass die Landwirtschaft und auch viele Produkte die aus ihr hervorgehen nicht die Wertschätzung haben. Das was ich haben möchte ist, dass es eine größere, höhere Wertschätzung, aber auch eine Wertschöpfung dann darauf gibt. Stellen Sie sich vor, es hören unsere Lebensmittelproduzenten im Burgenland auf zu erzeugen! Was das dann bedeuten würde?

Oder, wir verlieren diesen höchsten, wirklich absoluten qualifizierten Platz in der Rangordnung für unsere Weinwirtschaft. Das war sehr, sehr oft.

Ich bin ja nicht neu in der Landwirtschaft, ich komme aus einem landwirtschaftlichen Betrieb. Natürlich genau wie es vielen anderen ergangen ist, wird der Betrieb jetzt nur mehr von meinem Schwager im Nebenerwerb, in kleinster Struktur, weitergeführt. Ich bin noch aufgewachsen als Kind in einem Vollerwerbsbetrieb bei meinen Großeltern.

Da müssen wir uns natürlich anschauen, was ist da passiert auf dem Weg? Wir haben viele, viele kleinstrukturierte Landwirtschaften verloren. Ist das gut so? Tun wir so weiter? Was heißt das dann für die Zukunft?

All diese Dinge möchte ich genau in diesem Masterplan mit reinnehmen. Ich möchte also mit allen Organisationen, mit den Verbänden, Vereinen, mit den Produzenten, egal was sie produzieren, diesen Masterplan bis 2020 erarbeiten. Dann haben wir die Sicherheit in zweierlei Hinsicht.

Das erste ist, wir können uns anschauen ohne EU-Förderung, weil irgendwann werden wir ohne EU-Förderung, nach 2020 ist ja nichts sichergestellt, arbeiten und weiter arbeiten müssen, gerade auch in der Landwirtschaft und in allen Bereichen.

Neben der EU-Förderung muss es also immer wieder auch die Überlegungen geben, regionale kleine Kreisläufe, Nahversorgung, Direktvermarkter, biologischen Landbau; Weinbau und so weiter, all diese Dinge. Was ist da? Wo sind wir stark? Wo sind wir schwach?

Nur beispielsweise ein kleiner Hinweis, wie schaffen wir es im Obst- und Gemüseanbau österreichweit auch für Furore zu sorgen, weil wir sind großartige Erzeuger, aber, schaffen wir es vielleicht auch außerhalb der Saison etwas hervorzubringen, was letztendlich auch Arbeitsplätze schafft?

Das zweite im Masterplan ist mir nämlich wichtig zu schauen, wo stehen wir? Was brauchen wir? Wo wollen wir 2020 sein? Nur dann bin ich sicher, dass wir die EU-Förderungen die wir aus ELER kriegen auch gut anlegen und dafür brauche ich diesen Masterplan. Ich halte viel davon mit Menschen, mit beteiligten Gruppen, zu reden. Das Allerschlechteste ist, wenn wir uns einbilden, wir wissen was passt oder was nicht passt.

Ich werde in diesem Bereich bis zum Ende des Jahres mit allen beteiligten Gruppen, Verbänden, Organisationen, Interessensvertretungen reden, in einem organisierten, moderierten Verlauf, sodass niemand zu kurz kommt. Dann werden wir festlegen wie wir die nächsten Schritte setzen.

Ich freue mich darauf, ich habe auch in der Dorferneuerung vor vielen Jahren mit Bevölkerungsbeteiligung gearbeitet, das ist der richtige Weg. Mitentscheiden lassen, heißt mit an Bord haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Nach Bekanntgabe der Ausarbeitung eines Masterplanes können Sie schon sagen, welcher Schritt der erste oder der nächste sein wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Bereits mit der Bekanntgabe, nämlich einen Tag nach unserer Angelobung, als ich sozusagen begonnen habe, Gespräche mit den Menschen zu führen, habe ich bereits diesen Masterplan, nämlich einen Tag nach der Angelobung, in Auftrag gegeben. Das ist jetzt ausgeschrieben. Aus meiner Sicht möchte ich das schon im September vergeben können und dann wird gearbeitet.

Die ersten Schritte werden sein, dass, ich habe ja schon laufend auch Gespräche und in den letzten Jahren auch schon viele Gespräche mit all diesen Gruppierungen gehabt, dass man einmal in ein Gespräch tritt.

Zum Zweiten, was ich aber auch ganz, ganz stark als Ziele sehe, glaube ich für uns alle ist, wie können wir es schaffen mit Gemeinden zu reden, die mit herein zu bekommen, die Menschen, den Konsumenten mit herein zu bekommen, damit die Wertschöpfung und die Kaufkraft auch im Burgenland bleiben, was landwirtschaftliche Produkte, Erzeugnisse bis zur Weinwirtschaft heißt.

Ganz wichtig sind für mich lokale, kleinräumige Beteiligungen. Da kennen die, die schon im Landtag waren, ja meine Aussagen aus der Dorferneuerung. Es ist ganz wichtig, dass wir wieder Bottom-up-Prinzip machen, bei den Menschen anfangen. Das hat auch mit Wertschätzung und mit Wertschöpfung zu tun.

Regionale kleine Kreisläufe stärken den Direktvermarkter, sind auch notwendig, damit wir Nahversorgung am Land noch gewährleisten können und wir regional bei der Landwirtschaft und allen Institutionen und Erzeuger im Burgenland auch noch halten können, auch über 2020 hinweg.

Heißt, noch einmal zusammengefasst auf Ihre Frage, mit allen Beteiligten reden. Das werden einmal in den nächsten Monaten die ersten Ansätze sein. Natürlich inklusive aller Menschen, die sich hier proaktiv, und es wird die Aufforderung an alle Menschen

gehen, die sich in diesen großen Prozess einbringen wollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Landwirtschaftskammerpräsident Franz Stefan Hautzinger hat sich eher kritisch bezüglich einer Zusammenarbeit mit Ihnen geäußert.

Wie sehen Sie die zukünftige Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer Burgenland? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wo?)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Also zunächst einmal ist die Landwirtschaftskammer ein Partner der Landwirtschaft und auch in vielen anderen Bereichen. Einer der ersten Gratulanten, Frau Abgeordnete, der angerufen hat und dann auch kam, um persönlich zu gratulieren, war der Landwirtschaftspräsident Franz Stefan Hautzinger, den ich in vielen anderen Bereichen seit vielen Jahren die Hand reiche und er hat das Gleiche getan, indem er eigentlich klar gesagt hat, ja, arbeiten wir zusammen, ich schätze Sie als eine Arbeiterin, Sie sind bekannt dafür, dass Sie etwas tun, Sie werden in der Landwirtschaft auch etwas weiter bringen.

Aber, ich sage natürlich klar, Vollversammlung, natürlich, und das möchte ich jetzt für alle Gruppen sagen, die in diesem Hohen Haus ihre Interessensvertretungen vertreten: Keine Sorge, es hat 29 Landesregierungen sozusagen gebraucht als Landesräte für Landwirtschaft und vieles andere mehr, damit einmal eine Frau, das ich Sozialdemokratin bin, ist bekannt, an die Spitze der Landwirtschaftszuständigkeiten gehört.

Aber heißt nicht, dass ich das Unterste jetzt so raufstelle und umgekehrt und glaube, weil ich es in der Hand habe, Bewährtes über Bord zu werfen. Das ist vielleicht die Sorge vom Herrn Landwirtschaftskammerpräsidenten. Daher meine klare Zustimmung oder Übereinstimmung mit ihm, Bewährtes beibehalten. Aber eine neue innovative Agrarpolitik ist notwendig und gehört gemacht.

Ich habe vieles vor und ich freue mich schon auf diese Aufgabe. Vergessen Sie nicht, die Landwirtschaftskammer bekommt von uns 2,2 Millionen Euro im Jahr. Ich nehme an, sie möchte es weiter haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Verwunderung in den ÖVP-Reihen)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneter Benkö.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Das Thema Uhudler war ja natürlich im Wahlkampf ein heißbegehrtes Thema, aber natürlich auch für die Bevölkerung recht interessant. Sie wissen so wie ich, viele Existenzen im Süden hängen davon ab. Man könnte ja sagen, im Südburgenland vom Urgetränk zum Kulturgetränk.

Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Was werden Sie unternehmen, um den Fortbestand des Uhudlers nach 2030 auch gewährleisten zu können?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herzlichen Dank für Ihre Anfrage, Frau Präsidentin. Ich freue mich darüber, weil jetzt Gott sei Dank die Wahl vorbei ist und wir einmal, endlich einmal wirklich eine gescheite organisierte Vorgangsweise wählen, weil

was da alles zum Thema Uhudler abgegangen ist vor der Landtagswahl, *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt, da sind wir uns einig!)* war sicher für das Südburgenland nicht mehr in Ordnung.

Weil da ist wirklich nur mehr sehr viel politisches Kleingeld kassiert worden. Da hat man von Studien geredet, die man bis jetzt nicht vergeben hat, da hat man geredet von Vorgangsweisen, die keine Vorgangsweisen sind, daher kurz zusammengefasst:

Erstens, der Uhudler ist und bleibt ganz einfach eine regionale, wirklich sehr regionale Marke, *(Abg. Ilse Benkö: Vom Urgetränk zum Kultgetränk!)* ist eine Trendmarke und gehört dazu. Das ist ein No-Go nur irgendwie daran zu rütteln.

Zweitens, ich möchte Ruhe in diese Uhudler-Diskussion hineinbringen und stelle daher noch einmal klar, auch für den Landtag und freue mich auch, dass uns Damen und Herren zuhören. Der Uhudler ist in keinster Weise gefährdet bis 2030.

Das was aber verwechselt worden ist, ist ganz einfach, weil es Rodungsbescheide gegeben hat. Ich weiß und bin ja mit den Uhudlerbauern in Nachbarschaft sozusagen ständig im Gespräch, dass die natürlich den nächsten Schritt gehen werden, auf Bundesebene hier auch den Verwaltungsgerichtshof anzurufen, das ist klar.

Aber das heißt in keinster Weise, dass der Uhudler jetzt gefährdet ist. Hier geht es ganz einfach um eine andere Materie und das zu vermischen, schadet dem Standort des Südburgenlandes. Daher Ruhe bewahren, ich kann nur sagen Ruhe bewahren.

Was tue ich? Wir müssen nicht morgen eine Entscheidung treffen, die vielleicht schlecht wäre, beispielsweise Obstwein. Ich stehe nach wie vor dazu, dass das eine Herabwürdigung des Uhudlers ist, dass sich das auch auf den Markt auswirken würde. Aber ich habe morgen beispielsweise das zweite Gespräch, in dieser Sache, das letzte war vorige Woche mit dem Herrn Landwirtschaftsminister und Umweltminister Rupprechter.

Ich werde ihm morgen auch klar sagen, ich habe ein klares Ziel. Zuerst einmal mit allen Uhudlerbauern zu reden, die haben nicht einmal noch eine einheitliche Meinung. Zuerst gehört einmal mit den Betroffenen geredet, dann die nächste Vorgangsweise. Das Weingesetz, das auf Bundesebene jetzt verändert wird, dazu haben wir noch ein bisschen Zeit.

Und ohne burgenländische Meinung und ohne Uhudlerbauern-Meinung wird überhaupt nichts gemacht. Die sind die Betroffenen, die sollen einmal sagen was sie wollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Liebe Frau Landesrätin! Die SPÖ und auch Sie selber, Frau Landesrätin, haben in der Vergangenheit immer wieder davon gesprochen, ÖPUL-Mittel verstärkt für Biobetriebe einzusetzen. Wir haben im Burgenland zwar eine bemerkenswerte Zahl an Biobetrieben und –flächen, allerdings stagniert die Zahl der Biobetriebe seit Jahren.

Wie sieht Ihr Plan aus, hier mehr Bäuerinnen und Bauern zum Umstieg auf BIO zu bewegen und können Sie sich vorstellen, bei einem allfälligen Förderumstiegsstopp des Bundes hier Landesmittel zur Verfügung zu stellen? Danke.

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ich habe vorher schon in meiner ersten Hauptfrage klar mich bekannt dazu, wie wichtig auch die biologisch betriebene Landwirtschaft, Weinwirtschaft ist und in anderen Bereichen wie Obst und Gemüse wird sie ja teilweise schon umgesetzt. Wir müssen daher auch Wert darauf legen und da gebe ich Ihnen absolut Recht und bin mit Ihnen einer klaren Meinung, nämlich dass wir schauen müssen, dass die Biolandwirtschaft, der Bioweinbau und, und, und, ganz, ganz wichtig sind.

Dieses Qualitätskriterium des Burgenlandes, wo sich der Konsument, und dafür bin ich auf froh, weiterhin all diese Zusammenschauen zu haben, Konsumentenschutz, den müssen wir auch bei uns haben, dass wir natürlich darauf schauen, dass die Marke BIO auf keinen Fall zu kurz kommt.

Sie dürfen nicht vergessen, auch österreichweit ist das Burgenland Nummer eins im Biolandbau und auch beispielsweise im Bioweinbau Nummer eins. Darauf können wir stolz sein, denn das ist ja nicht von heute auf morgen geworden, sondern weil man das begleitet hat.

Weil man die Konsumenten dazu auch gebracht hat, diese Marke einzukaufen, bewusst einzukaufen und zum Dritten, weil wir die Bauern, Gemüse-, Obst-, Weinbauern auch dazu anleiten haben können, ihnen die Sicherheit zu geben, dass sie Erträge einführen können und einfahren können mit Biomarke.

Aber sie dürfen nicht vergessen, das hilft ja nichts, das ist die Existenz der Landwirte, der Weinbauern, der Obstbauern, der Gemüsebauern, damit sie sicher sein können, dass sie durch BIO auch zu ihrem Einkommen kommen.

Daher ist ganz wichtig, im neuen ELER-Bereich wird wieder forciert werden, auch durch mich persönlich, dass wir den biologischen Landbau vorantreiben, es wieder Förderungen gibt. Ich sage aber gleich dazu, als jetzt zuständige Landesrätin für Agrarfragen, müssen beide Platz haben. Die Kommerzielle, aber auch natürlich der Bio-Landbau, Weinbau und so weiter.

Beides ist mir gleich wichtig, denn beides heißt einfach Sicherheit im Einkommen zu haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wir haben schon viel von Ihrem Masterplan gesprochen, von Attraktivierung im ländlichen Raum, von Gestaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Arbeitsangeboten.

Wie soll das oder wie wird das in der Praxis dann wirklich funktionieren?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe vorher am Beginn darüber gesprochen und habe gesagt, ich vermisse die Wertschätzung für unsere bäuerlichen Einrichtungen und für unsere Bauern und so weiter, ob groß, klein oder im Mittelbereich. Das hat aber auch damit zu tun, aus meiner Sicht, weil wir auch immer wieder hören, dass die Landwirtschaft beispielsweise, und alle Institutionen, die in diesem Bereich arbeiten, zu wenige Arbeitsplätze schaffen.

Für mich ist daher ganz wichtig, auch in diesem Masterplan und insgesamt zu beweisen, dass in all diesen Strukturen, denken Sie nur an den Weinbau, denken Sie an

Obst, Gemüse und so weiter, aber natürlich auch an alle Direktvermarkter, die großartige Erzeugnisse hervorbringen, auch Menschen benötigen, die mitarbeiten.

Die Geringschätzung entsteht teilweise aus dem, weil man immer wieder dem Agrarresort sozusagen sagt, okay, aber ihr schafft zu wenige Arbeitsplätze. Ich möchte das erstens einmal, in den Mittelpunkt stellen, um zu sagen, dort gibt es sehr wohl welche, aber da ist vieles aus meiner Sicht, für eine Agrarpolitik der modernen Art und Weise liegen geblieben.

Ich sage Ihnen drei Beispiele, mehr werden wir leider in dieser Zeit nicht schaffen. Vielleicht sagt Ihnen Green Care etwas. Meine Damen und Herren, das ist etwas, was vom Bund, aber auch vom Land, von uns seit vielen Jahren, ich habe das gefordert auch schon über die Dorferneuerung, gefördert wird in Zukunft.

Das heißt, Menschen, denen es nicht mehr so gut geht, die am ersten Arbeitsplatz, heute haben wir ja schon über Arbeitslosigkeit, beziehungsweise Beschäftigtenzahlen gesprochen, die keine Chance haben, am ersten Arbeitsmarkt zu fußen, die, kann ich mir vorstellen, in diesen Bereichen einzusetzen in einer Art zweiten Arbeitsmarkt.

Oder beispielsweise, was mir ganz, ganz wichtig ist, wir haben Vieles vernachlässigt, müssen noch viel mehr schauen, die Kinder wieder auf den Bauernhof zu bringen. Touristisch kann man ja, ich habe mit dem "Urlaub am Bauernhof" erste Gespräche geführt, sicher auch noch etwas tun. Arbeitsplätze werden wir sicher hier auch zukünftig schaffen.

Dafür wird der Masterplan sein, der wieder genau zeigt, wo können wir diese Arbeitsplätze zusätzlich schaffen in diesem Bereich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor. Die Fragestunde ist somit durch Zeitablauf beendet. *(Abg. Walter Temmel: Doch!)*

Gut, Herr Abgeordneter Temmel stellt die nächste Zusatzfrage.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Ja, sehr geehrte Frau Landesrätin! Der Milchpreis verfällt und auch die burgenländischen Bäuerinnen und Bauern sind davon betroffen.

Was werden Sie konkret unternehmen, um diese Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen?

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Gut, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nachdem wir aus einem Bezirk sind, bin ich auch sicher, dass Sie wie ich, wir beide aus dem Bezirk Güssing wissen, dass weder im Bezirk Güssing noch im Land Burgenland, noch in Österreich leider viele agrarische Erzeugnisse und deren Preis wirklich zu bewerkstelligen sind.

Eines was wir tun können, dazu haben sich auf Bundesebene immer wieder, übrigens die Technik hat dann ein bisschen eine Arbeit, ich klammere mich nicht an, sondern ich muss das anhalten - *(Landesrätin Verena Dunst hält das Mikrofon.)* Stützpreise.

Die jeweiligen Agrarminister haben sich immer wieder auch bekannt zu Stützpreisen, anders geht es nicht. Sie werden sicherlich wie ich zwei Trends sehen. Der erste Trend ist der, dass die Milch im Moment einen Preisverfall hat, während der Preis für die Milch aus dem Biolandbau und aus den Erzeugnissen, wo man garantiert Biomilch her hat, mit regionaler Wertschöpfung, dass der höher wird. Genau das ist die Differenz.

Das heißt, es wird viel zu viel Milch erzeugt. Sie wissen, dass das im internationalen Bereich ist, dass die burgenländische Milchwirtschaft, aber auch die österreichische hier im internationalen Preisfeld sich bewegt, dass hier die Konkurrenz natürlich wahnsinnig groß ist, da brauchen wir nicht reden. Dass immer mehr Milch erzeugt wird, ist auch ein Fakt.

Aber das Zweite ist, und da komme ich auf Ihre Frage wieder zurück, die Chancen liegen vor allem im Biomilchbereich. Dort steigt der Preis, dort müssen wir auch hin. Sonst werde ich gerne die Frage morgen an den zuständigen Minister Rupprechter stellen und ihn klar fragen, was er für ganz Österreich vorhat?

Im Burgenland allein werden wir dieses Problem nicht bewerkstelligen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So jetzt sehe ich aber keine Wortmeldungen mehr und somit ist jetzt die Fragestunde endgültig durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 2), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird (Zahl 21 - 2) (Beilage 11)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 2), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird, Zahl 21 - 2, Beilage 11.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Edith Sack: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird, in ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am Freitag, dem 17. Juli 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verlängerte Fragestunde, interessante Themen, interessanter Gesprächsstoff, dass man vielleicht doch einmal übertragen sollte, wie man gewisse Punkte eigentlich diskutiert, wie man gewisse Punkte kommuniziert.

Ich bin schon ein bisschen erschrocken, wenn ich mir eigentlich das anhöre, ein paar Monate vorbei, die alte Legislaturperiode, und jetzt auf einmal schaut die Welt ein bisschen anders aus, heißt es immer.

Ein bisschen enttäuscht muss ich sagen, weil wenn ich mir die erste Frage an den Herrn Landesrat Bieler angehört habe, mit diesem Giftmittelspritzen. Da sagt er gleichzeitig, ja, in der Landwirtschaft wird aber das Dreifache gespritzt, bei der Straßenverwaltung machen wir es eh nicht.

Haben wir jetzt ein gemeinsames Grundwasser oder haben wir kein gemeinsames Grundwasser, meine sehr geehrten Damen und Herren? Nachdenken und hinterfragen! Diese Antwort ist für mich eine Katastrophe.

Das Nächste ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle, die schon in der vorherigen Periode hier gesessen sind, vielleicht doch mit Handzeichen oder Aufstehen oder nicht da sind, völlig egal, wie auch immer, zu gewissen Dingen Ja gesagt haben, und jetzt aufstehen und sagen, ist ein Witz.

Wir haben ein Gesetz beschlossen, da mäht niemand, die Straßenverwaltung oder die ASFiNAG oder egal wie man jetzt die Straße nennt. Natürlich bleibt immer die Gemeinde auf der Strecke. Und hier sitzen genug Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ich habe mich gewundert, als ich damals aufgezeigt habe und wenn Ihr Euch erinnern könnt, wie ich gesagt habe, wie kommt eine Gemeinde dazu, die sowieso ständig ausgesaugt wird, ständig ausgesaugt wird - *(Zwiegespräche in den Reihen der FPÖ)*

Herr Kollege Kovasits, horchen Sie zu - *(Abg. Gerhard Kovasits: Gerne!)* vom Bund, eigentlich vom Land ständig ausgesaugt wird, wo wir immer mehr Geld nicht bekommen, weil es einbehalten wird, sei es im Sozialbereich oder in anderen Dingen. Zu dem komme ich heute noch.

Und siehe da, damals haben Sie brav die Hand gehoben, das Gesetz beschossen und da sagt der Herr Landesrat Bieler, das ist im Gesetz so beschlossen, wir werden nichts ändern.

Wir, seitens der Liste Burgenland, werden einen Antrag einbringen, das zu ändern. Ich wünsche mir, dass auch hier nicht nur die Opposition, sondern auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die ständig damit konfrontiert sind, mit finanziellen Mittel, aber auch einen jeden Cent umdrehen müssen, um nicht nur zu verwalten, sondern auch um gestalten zu können.

Solche Aussagen in der Fragestunde irritieren mich schon. Das tut mir ganz einfach weh. Wir müssen ein bisschen nachdenken und vielleicht das eine oder andere richtigstellen. Ich weiß schon, es liegt immer an den finanziellen Mitteln. Immer! Gar keine Diskussion! Aber wie verwende ich sie? Wie gehe ich damit um? Das ist nichts anderes wie in einer Gemeinde. Das ist nichts anderes wie in der Privatwirtschaft. Man sollte sich Gedanken machen und nicht parteipolitisch denken.

Das Nächste ist, Herr Landesrat Darabos, eine schwere Aufgabe, gar keine Diskussion. Ich muss ehrlich sagen, einer der schwierigsten Aufgaben in diesem Land, das zu meistern. Ich wundere mich, dass es da immer wieder Diskussionen gibt, Asyl, Bleiberecht und dergleichen mehr.

Sie haben erwähnt, Unterfrauenhaid und Horitschon. In Deutschkreutz haben wir 28 Asylanten gut eingebunden. Ich habe einen Vorschlag gemacht, die Gemeinde Deutschkreutz hat den Grenzübergang gekauft. Ich habe bis dato nicht einmal eine Silbe davon erfahren, ob man vielleicht dort als Bürgermeister etwas machen könnte.

Herr Landesrat Darabos! Asylgipfel hat es gegeben. Sie sagen, es waren alle eingeladen. Ich habe keine Einladung bekommen. Ich habe noch einmal gesucht. Ich habe noch einmal meine Sekretärin gefragt. Ich habe noch einmal gesagt, darf ich als Bürgermeister - na gut, ich gehöre weder der SPÖ noch der ÖVP noch wen anders an, schon klar. Aber ich hätte auch das Recht, weil ich der Meinung bin, dass ich Menschen in diesem Land vertreten muss. Aber auch Menschen, die Asyl suchen, vertreten kann und mich vielleicht doch mit guten Vorschlägen einbringen kann.

Ich denke, es wäre für die Zukunft notwendig, Herr Landesrat, uns kurzzuschließen und ich sage immer, zusammensetzen. Das Wort kommt jetzt eh schon immer öfters, dass wir uns zusammensetzen, sehr wohl diskutieren können.

Und das kommt auch von der Frau Landesrätin Dunst und das ist ein ganz besonderer Fall. Wenn ich heute höre, der Herr Franz Hautzinger hat gesagt, er will mit ihr nicht zusammenarbeiten, da muss ich sagen, vielleicht sollte sie sich ein hübsches Dirndl kaufen, vielleicht kann man dann besser zusammenarbeiten.

Ich glaube, man muss zusammenarbeiten. Wir sind nicht eine Insel der Seligen, dass man nicht dort oder da zusammenarbeiten muss. *(Landesrätin Mag.a Michaela Resetar: Das hat er nicht gesagt.)* Ich sage nur für die Frau Landesrätin, auch nicht einfach die ganze Geschichte und eine Uhudler-Diskussion heute loszutreten, Gott sei Dank ist jetzt eine Ruhe, weil der Wahlkampf vorbei. *(Abg. Edith Sack: Könnten Sie nicht zur Tagesordnung kommen.)*

Das kann es ja auch nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich finde das nicht für in Ordnung, sondern ich will eines klarstellen, ich kann nicht sagen, die Landwirtschaftskammer muss aufpassen, weil sonst bekommen sie keine 2,3 Millionen Euro mehr. Das ist Demokratieverständnis Null für mich. Das verstehe ich nicht ganz.

Das heißt, ich muss immer Buckel machen, damit ich zu meinem Geld komme, wenn ich etwas leisten und umsetzen will? Und so geht es wahrscheinlich vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der neuen Periode. Sie werden sagen, auweh, jetzt muss ich dort und da ein Knickserl machen, weil sonst bekommst du kein Geld und keine Zuwendungen und, und, und.

Das brauchen wir nicht, sondern der, der in diesem Land etwas leistet, soll auch unterstützt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dazu stehe ich. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Thema Kindergarten wäre nicht schlecht.)*

Ich komme zum Kindergarten. Auch das hängt damit zusammen. Herr Kollege Spitzmüller, mich als Bürgermeister interessiert mehr als Sie als reine Opposition, die Ihr keinen Bürgermeister und keinen Vizebürgermeister habt und nur immer von Asyl und anderen Dingen redet. Ihr müsst dorthin gehen und macht Eure eigenen Türen auf, dann werden wir einmal schauen, was eigentlich in diesem Land los ist. Nicht immer nur davon reden, sondern auch eine Vorreiterrolle spielen.

Wir machen das in Deutschkreutz. Wir machen das. Und wenn der Herr Landesrat Darabos von Horitschon und Unterfrauenhaid redet, das ist in Ordnung, da habe ich kein Problem, wenn sie damit auskommen. Aber man muss miteinander sprechen.

Wenn ich heute zu der 15a-Vereinbarung komme, Herr Kollege Spitzmüller, Sie führen keinen Kindergarten. Sie wissen nicht, was sich im Kindergarten abspielt. Sie bezahlen keinen Cent dazu. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich sitze im Gemeinderat.)* Ich bin froh, dass heute die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über diese frühe sprachliche Förderung eigentlich endlich einmal am Tisch ist.

Was wäre gewesen, wenn wir unsere Angelobung oder die konstituierende Sitzung noch ein bisschen hinausgezogen hätten? Hätten wir vielleicht zwei, drei Millionen Euro verloren? Hätten wir nicht? Das hört man halt in den Medien. Das und das könnte passieren.

Aber für die Bündnis Liste Burgenland ist klar und deutlich zu sagen: Das ist ein ganz ein wichtiges Thema - Kindergarten. Ganz ein wichtiges Thema, Kinderkrippe, Kindergarten. Das habe ich auch bei jeder meiner Reden in dieser Richtung auch gesagt. Ich stehe dazu, aber es gibt keinen Gratiskindergarten. Ich sage das hunderttausendmal schon und ich habe Recht. Es gibt keinen Gratiskindergarten, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sagen wir, es gibt einen Zuschuss zum Kindergarten, dann ist das für mich logisch.

Aber nicht immer herstellen und erzählen, die Leute draußen vor Ort sagen dann, wir haben eh einen Gratiskindergarten und ihr Bürgermeister redet immer, ihr müsst so viel zuschießen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fast an die 300.000 Euro kostet in Deutschkreutz der Kindergarten zusätzlich. *(Abg. Edith Sack: Das soll eine Unterstützung für die Eltern sein.)* Zusätzlich, Frau Kollegin Sack, zusätzlich. Ich weiß nicht, ob Du Bürgermeisterin bist und dort Einsicht hast, was sich dort abspielt. Fast 300.000 Euro zusätzlich, und das ist schon richtig, zu den Förderungen, die das Land gibt.

Denn 60 Millionen Euro gibt der Bund her, 30 Millionen zirka - 28 bis 30 Millionen Euro - das Land. Hättest Du dem Landeshauptmann zugehört, der hat das eh gesagt. Es gibt eine zwei Drittel, ein Drittel-Geschichte in dieser Situation und ich glaube, das sollte man wissen. Schreiben Sie sich das auf und schauen Sie nach!

Genau das sind die Dinge, die mir oft - meiner Meinung nach - nicht mehr logisch erscheinen, dass ich das nicht weiß. Wenn man einen Kindergarten, im Speziellen, der nicht einmal ein Gemeindekindergarten ist, ein Pfarrkindergarten übernimmt und das ist das Wichtigste. Die wichtigsten Schritte sind die ersten Schritte in den Kindergarten oder Kinderkrippe, um einen Grundstein zu haben. Und das steht auch da drinnen. Das ist ja kein Problem.

Aber nicht zu sagen, das ist ein Gratiskindergarten. Ihr verunsichert nur die Leute draußen. Die Eltern, die immer sagen, das verstehen wir nicht. Du erzählst immer, die Gemeinde muss noch einen Haufen dazuzahlen. Na das stimmt so. Aber das macht ja nichts. *(Abg. Doris Prohaska: Für die Eltern.)*

Wir stehen dazu. Liebe Frau Sack, der Gemeinde kostet der Kindergarten etwas. *(Abg. Edith Sack: Natürlich!)* Fragt einmal die Bürgermeister und dergleichen mehr! *(Abg. Edith Sack: Für die Eltern soll es eine finanzielle Unterstützung sein.)*

Und jetzt sage ich Euch etwas, liebe Frau Sack. *(Abg. Edith Sack: Mir brauchst Du nichts sagen. Ich kenne mich eh aus.)* Und genau das ist der Punkt. Genau das ist der Punkt. Die Gemeinden betreuen den Kindergarten, verwalten den Kindergarten, finanzieren den Kindergarten. Dann will ich das ganze Geld haben und wir machen das und die Landesregierung soll die Kontrollfunktion ausüben, ob das auch funktioniert. Das soll so sein. Nicht vom Land alles hinaufgedrückt bekommen, du hast umzusetzen das,

das, das, das und betreffend Kinderkrippe steht im Gesetz nicht einmal drinnen, wann ich das Kind in die Kinderkrippe geben kann - gleich nach der Geburt oder nach einem Jahr oder nach zwei Jahren?

Auch das gehört einmal geändert. Schauen wir uns das noch einmal an! Das steht nirgends drinnen. Wenn Ihr es Euch angeschaut habt, aber wahrscheinlich interessiert Euch das eventuell weniger. *(Abg. Edith Sack: Sehr interessiert uns das.)* Ich glaube das auch und da habe ich einen Antrag eingebracht, Frau Kollegin Sack, für die Ausstattung für die Kindergärten, dass auch die Gemeinden dementsprechend eine Unterstützung bekommen sollen.

Das wurde abgelehnt. Das wurde abgelehnt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es wundert mich, warum sich nicht die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf die Füße stellen und sagen, warum, ich muss ja einen Gruppenraum fast jede vier, fünf Jahre austauschen. Das kostet mich mehr, als wenn ich einen erbaue, hinstelle. Da ist schon in Ordnung, und dann vielleicht noch gemeindeübergreifend. Dann bekomme ich halt statt 25, 30 Prozent. Ist in Ordnung.

Aber für das Austauschen von Gruppenräumen, die ich ständig brauche, Spielzeug, das ich ständig brauche, gibt es keinen Cent. Wir müssen schauen, dass wir das umsetzen können. Jetzt bin ich wieder beim Geld. Selbstverständlich kostet das alles Geld.

Ich denke immer, wenn man jetzt in der neuen Regierung sagt, wir werden ein Nulldefizit haben, wir werden das und jenes haben. Der Einzige, Schützenhofer in der Steiermark hat gesagt, er weiß nicht, ob sich das ausgeht, weil er hat Investitionen zu tätigen. Er hat etwas zu machen.

Ich würde mir das auch wünschen, dass ich sage, gehen wir einmal das Budget miteinander durch und nicht, ich bin mir sicher, weil ich die Mehrheit habe und das Budget ist sowieso durch und nachher heißt es, du hast ja nicht mitgestimmt, was redest du überhaupt. Ja, weil mir viele Punkte da drinnen fehlen.

Auch hat der Herr Schützenhöfer die Spitalssache herangezogen, Herr Landesrat Darabos. Er sagt, in Hartberg haben wir ein tolles Spital. Setzen wir uns zusammen! Tun wir miteinander! Investierst du, investiere ich oder können wir gemeinsam etwas machen? Und das sind wie viele Kilometer? Genau das ist das, was mich so wundert.

Daher noch einmal. Den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, das Ganze nicht nur zu gestalten und zu verwalten und auch zu finanzieren, sondern auch vom Land als Kontrolle – damit habe ich überhaupt kein Problem - das zu übernehmen. Dann wird das einen Sinn machen. Denn es gibt hervorragend geführte Gemeinden im Burgenland.

Viele SPÖ, ÖVP, aber auch Namenslisten, die sich wirklich hier Gedanken machen und nicht nur Abgeordnete, die hier herinnen sitzen und in der Partei die Hände heben, weil ich ein Roter bin oder ein Schwarzer, Grüner, Blauer, egal. Gedanken machen, wie kann man das ändern!

Hinaus in die Kindergärten! Schauen wir uns das an! Reden wir mit den Pädagoginnen und Pädagogen! *(Abg. Edith Sack: Was glauben Sie, was wir tun?)*

Und jetzt sage ich Euch etwas. Warum kostet in Deutschkreutz der Kindergarten so viel, werden Sie sich auch fragen. Weil wir gutes, weil wir immer reden von der Qualität, hervorragend gutes, langgedientes Personal haben. Das kostet natürlich Geld. *(Abg. Edith Sack: Unseres auch!)* Das kostet. Oder soll ich etwas anderes machen, Frau Kollegin Sack, und sagen, wiederschauen, abgebaut und wir nehmen uns ein junges Personal?

Das wäre Ihnen wahrscheinlich Recht. *(Abg. Edith Sack: Nein, bestimmt nicht!)* Und dann, so ist es nicht und dann sind wir beim AMS. Jetzt komme ich wieder zum AMS, *(Abg. Edith Sack: Deutschkreutz, wir werden uns das einmal genau anschauen.)* weil heute über die Wirtschaft geredet worden ist.

Weil heute über die Wirtschaft gesprochen worden ist. Diesbezüglich bin ich beim Herrn Kollegen Steindl. Er hat es mit „plus 50“ versucht, aber auch mit der Wirtschaft. Es wird abgelehnt. Ich will das noch einmal klar und deutlich richtigstellen, dass es so war und so ist und jetzt komme ich noch einmal auf einen Punkt, bei dem ich mich frage, was ist neu in der Regierung? Das ist schon in Ordnung.

Ich wünsche mir, dass diese vielen Ansätze, die hier neu aufgeworfen wurden und neu diskutiert werden, auch von der Frau Landesrätin Dunst, was sie jetzt machen will. Was will sie denn machen? Sie kann mit uns gemeinsam einen Weg gehen. Mit allen! Das ist das Vernünftigste und sie hat das angedeutet. Aber sie wird es von heute auf morgen nicht schaffen, das Ganze zu drehen.

Sei es beim Milchpreis, sei es beim Weinpreis, sei es wo anders. Weil die Vorgänger haben auch alle nicht geschlafen. Sie haben sich auch bemüht, das muss man auch dazu sagen.

Und wenn ich heutzutage im Weinbau schaue, was hat man denn für Arbeitskräfte? Wir haben ungarische Arbeitskräfte. Weil bei uns die Mindestsicherung 800 Euro ist, da wird keiner in den Weingarten gehen. Auch dort müssen wir den Hebel ansetzen, um im Bund vielleicht einiges zu bewegen.

Wir haben auch jetzt die Möglichkeit, etwas zu tun. Dann bringen wir österreichische „Arbeitslose“ auch in Arbeit. Das muss der Weg sein. Herr Landesrat Darabos, in diesem Bereich werden wir uns zusammensetzen und diskutieren müssen.

Wenn Sie sagen, in Lutzmannsburg - *(Abg. Walter Temmel: Burgenländer!)* na selbstverständlich, er ist ja auch Burgenländer - ist es jetzt so. Warum hat man denn 20 oder 15 Jahre in Lutzmannsburg zugeschaut, während wir immer gesagt haben, hoppla, da passt irgendetwas nicht. Man muss etwas ändern.

Geh, lasst den Kölly reden. Erster Konkursfall, zweiter Konkursfall. Wir haben schon drei Konkursfälle dort und der nächste wird kommen. Man kauft ein abgewracktes Hotel, gibt dem viel Geld. Der baut auf der anderen Seite wieder ein Hotel, war vorher im Konkurs, und jetzt wissen wir nicht, was wir damit machen sollen.

Auch dort gehört einmal die Opposition gehört, weil so deppert sind die auch nicht. Entschuldigung, wenn ich das Wort jetzt so nehme. Und so, dass die nicht wirtschaften und mitdenken können.

Wir wollen mitdenken, wir wollen mitarbeiten. Wir wollen für dieses Land einiges weiterbewegen!

Wenn ich noch einmal auf diese Vereinbarung zurückkomme. Die Liste Burgenland steht zu dieser Sache. Weil es wichtig ist, dass wir von Jugend an - Kinderkrippe, Kindergarten - dementsprechend unterstützen und fördern. Das sind die ersten Schritte.

Und dann der Übergang in die Schulen. Wenn ich heute von Schulen spreche, gibt es ein Riesenthema noch zu diskutieren, aber das will ich jetzt beim ersten Punkt nicht, sondern ein anderes Mal ansprechen und auch Anträge einbringen.

Denn ich bin überzeugt davon, Herr Spitzmüller, BIO ist wichtig. Aber wer zahlt denn die ganze Umstellung? Das sollten wir einmal fragen. Die würden alle gerne BIO

essen und trinken. Nur die Umstellung auf das Ganze kostet ein bisschen ein Geld. Darüber sollte man sich unterhalten, wie kann man das eigentlich alles finanzieren. Das ist der Schlüssel zu der ganzen Situation.

Daher bedanke ich mich und wir werden natürlich diesem Tagesordnungspunkt zustimmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.[a] Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Ich erlaube mir, zum angegebenen Tagesordnungspunkt zu sprechen, nämlich zur 15a-Vereinbarung über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ich tue das auch vor einem gewissen Hintergrund der praktischen Erfahrung. Ich war ja mehrere Jahre - wie Sie vielleicht wissen - als Beraterin in den Kindergärten im Burgenland unterwegs und kenne viele verschiedene. Zuletzt habe ich einen ganzen Monat bei Ihrem Kollegen Hutter im Kindergarten arbeiten dürfen und habe das auch sehr konkret im Alltag miterlebt *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Manfred Kölly: Super Erfahrung!)* - Tag für Tag -, was das hier bedeutet.

Die Vereinbarung, die hier vorliegt, geht einen wichtigen Schritt. *(Abg. Manfred Kölly: Nie mehr wieder.)*

Lieber Herr Kollege Kölly, können wir uns jetzt dem Tagesordnungspunkt widmen?

Die Vereinbarung folgt einer richtigen Richtung und geht einen wichtigen Schritt. Bildung und Integration sind maßgeblich mit Spracherwerb verbunden. Es ist auch gut, dass der Text, der hier vorliegt, beinhaltet, dass dies nicht nur Kinder nichtdeutscher Muttersprache betrifft, sondern auch viele Kinder, die hier geboren sind und burgenländische Eltern haben, die halt aus ihrem familiären Umfeld in ihrer sprachlichen Entwicklung nicht ausreichend unterstützt werden.

Das, was in dieser 15a-Vereinbarung formuliert ist, ist gut fundiert und ist geeignet, Kindern in unseren burgenländischen Kinderbetreuungseinrichtungen einen guten Weg zur sprachlichen Integration zu ebnen. Doch es wird daran liegen, was das Land Burgenland aus den Vorgaben macht. Man kann nämlich im Kern gute Grundlagen und Anliegen durch mangelhafte Ausführung ad absurdum führen und leider liegt hier doch die Gefahr.

Schauen wir uns die Sprachstandfeststellungen einmal genauer an. Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich das genauer angeschaut hat? Dazu gibt es auch eigene Internetseiten. Das sind ausführlichste Feststellungsvorgänge. Das sind Befragungsbögen, da geht es um Beobachtung. Dafür gibt es eigene Ausbildungen. Dazu verpflichtet sich auch das Land in Zusammenarbeit mit dem Bund in dieser Vereinbarung.

Das ist gut und das ist richtig. Aber es kostet Zeit. Und das, was jetzt gerade in den Kindergärten abläuft, ist, dass Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen und Kindergartenleiterinnen und -leiter, die diese Zusatzausbildungen auch Gott sei Dank gemacht haben - viele Bürgermeister verlangen das auch schon, das finde ich auch gut -, zusätzlich zu ihrer Alltagsarbeit auch noch diese Sprachstandfeststellungen machen.

Das mindestens einmal im Jahr und natürlich sollte öfter noch überprüft werden. Das machen die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen gut, aber sie haben nicht die ausreichende Zeit dafür zur Verfügung. Die Anforderungen an die Pädagoginnen und an

die Helferinnen und an die wenigen Pädagogen und Helfer in unserem Land sind in den letzten Jahren sowieso schon gestiegen. Aber das Personal reicht dafür nicht aus. Und nun sollen sie das auch noch zusätzlich machen. Das ist eine arbeits- und zeitintensive Tätigkeit, wenn man sie gut machen will, und das kann sich nicht ausgehen.

Wir brauchen also in unseren Kindergärten dringend mehr Personal. Es muss ab dem elften Kind in jeder Gruppe eine zweite Pädagogin oder ein Pädagoge sein, eine Helferin oder Helfer zur Verfügung stehen.

Nun kommt durch diese 15a-Vereinbarung eine weitere - und ich betone nochmals -, eine sehr sinnvolle Aufgabe dazu. Aber dazu braucht es mehr Ressourcen. Das gilt auch für das Personal in der Landesregierung. Für den gesamten Kindergartenbereich gibt es eine einzige Vollzeitkraft hier, die Kindergarteninspektorin, die für alles zuständig ist.

Nun ist in den letzten Jahren bereits die zweite Inspektorin abgebaut worden. Alles konzentriert sich auf eine Person, die jetzt auch - und auch das sagen wir zu, wenn wir das hier beschließen - in der Konzeption weiterer Programme mitwirken soll. Ich halte es für ein bildungspolitisches Armutszeugnis, wenn hier auf Landesebene so wenig Personal zur Verfügung gestellt wird. Hier braucht es zumindest einen weiteren fachlichen Dienstposten, sonst bleibt das alles, was wir heute beschließen, graue Theorie. Die Praxis muss möglich gemacht werden.

Daher appelliere ich an den leider hier nicht zuhörenden Landeshauptmann, der ja für den gesamten Bildungsbereich zuständig ist *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Der hört im Büro mit.)* - das ist schön, schöne Grüße von mir-, schnellstmöglich eine ausreichende Personalaufstockung möglich zu machen und die Rahmenbedingungen für das Personal in den Kindergärten und Kinderkrippen soweit zu verbessern, dass wir nicht mehr bangen müssen, unsere guten Fachkräfte an andere Bundesländer zu verlieren, weil das passiert zurzeit.

Niederösterreich, in Wien sind die Arbeitsbedingungen besser, ist auch die Bezahlung besser. Und gutes Personal - auch direkt nach der Schule - wandert ab. *(Abg. Manfred Kölly: Kennt sich wieder nicht aus.)*

Die besten Konzepte helfen nichts, wenn es kein Personal dafür gibt. Das beste Personal hilft auch nichts, wenn es sich krank rackert, weil zu viele Aufgaben auf den Schultern der einzelnen Pädagogin oder Pädagogen und der einzelnen Leiterin oder Leiter lasten.

Ich bin immer wieder verwundert, mit welcher Selbstverständlichkeit Unmengen von Dienstposten in anderen Bereichen - zum Beispiel im Sicherheitsbereich - gefordert werden, ohne dass jemand sagen würde, wir haben das Geld nicht dafür.

Im Sinne der Zukunft unserer Kinder und unseres Landes fordere ich dringend dieselbe Selbstverständlichkeit, wenn es um die Investition in Bildung geht und die Schaffung von Dienstposten im Bildungsbereich, hier jetzt im Speziellen im Kindergarten- und Kinderkrippenbereich.

Wenn jetzt wieder ein Aufschrei kommt, dass damit die Gemeinden überfordert wären, dann sollten wir vielleicht endlich darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller wäre, Schritt für Schritt die Kindergartenkompetenzen in Landeskompetenz überzuführen und hier jene Ebene, die Vorgaben macht und die überprüft, auch dafür verantwortlich zu machen, dass das alles in der Praxis gut umgesetzt werden kann.

Aber dazu ist wahrscheinlich noch ein weiter Weg. *(Beifall bei den Grünen – Abg. Manfred Kölly: Aber das ist jetzt wirklich. Die hat wirklich keine Ahnung. Bist du deppert.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Ausführungen vom Kollegen Kölly kann ich nicht viel sagen, weil er sich an sich nicht mit dem Thema befasst hat. Da war alles Mögliche dabei.

Auf das, was die Kollegin Petrik gesagt hat, kann ich sehr wohl eingehen. Nichtsdestotrotz, Herr Kollege, alles Gute zum heutigen Geburtstag.

Die Zielsetzung dieser 15a-Vereinbarung ist selbstverständlich zu begrüßen. Ebenso die Bereitstellung der notwendigen Steuermittel. Der Integrationsminister hat Recht, wenn er dazu sagt, es gehe darum, früher zu investieren, statt später zu reparieren.

Begrüßenswert ist auch der neuerlich ehrliche Zugang in dieser 15a-Vereinbarung, der dadurch zum Ausdruck kommt, dass die Zielgruppe dieser Vereinbarung, insbesondere jene Kinder sind, die nicht Deutsch als Muttersprache haben.

Es ist schon richtig, Frau Kollegin Petrik, dass es natürlich auch Kinder mit deutscher Muttersprache betrifft, aber wenn sie sich die Zahlen in den Erläuterungen ansehen, dann sehen Sie auch, dass die Probleme mit dem zunehmenden Migrantenanteil auch größer werden. Das mag anderswo in einem viel intensiveren Ausmaß der Fall sein, als im Burgenland, aber es ist zweifelsohne so.

In Wien beispielsweise haben bereits 60 Prozent aller Kinder im Vorschulalter Migrationshintergrund. Auch die Sprachstandfeststellungen zeugen vom wachsenden Problem. Es waren 2012 25 Prozent aller getesteten Kinder, die Sprachförderbedarf aufwiesen, 2013 waren es bereits knapp 40 Prozent.

Es ist daher in allen Belangen folgerichtig, Maßnahmen zu ergreifen, die tauglich sind, Kinder in ihren sprachlichen Fähigkeiten auf ein Niveau zu bringen, das es ihnen ermöglicht, einen möglichst problemlosen Einstieg in die Schule zu schaffen. Das ist fraglos das Um und Auf, und die Politik reagiert ja auch darauf.

Denn wenn Sie sich ansehen, wie sich alleine der Zweckzuschuss des Bundes jetzt entwickelt, angefangen haben wir vor einigen Jahren mit 500.000, jetzt waren es dann fünf Millionen und jetzt werden es dann 60 Millionen in drei Jahren sein. Dann sieht man, dass da reagiert wird und dass man auf das Problem auch eingeht.

Andererseits und auch das muss man in aller Klarheit festhalten, wird diese 15a-Vereinbarung ganz bestimmt nicht die Lösung aller Probleme in diesem Bereich sein. Es wurde jetzt schon angesprochen, wesentlich werden vor allem die bundes- und landesgesetzlichen Maßnahmen zur Umsetzung sein.

Der Herr Landeshauptmann hat heute schon gesagt, dass man da auf Effizienz setzt und Vorschläge dazu sind sicherlich willkommen. Wir werden im kleinstrukturierten Burgenland mit einem vergleichsweise niedrigem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund sicherlich nicht diese Schwierigkeiten in der Umsetzung haben, wie das beispielsweise in Wien der Fall sein wird.

Aber es wird wohl so sein - da bin ich schon bei Ihnen -, dass es sicherlich eine Herausforderung sein wird, die individualisierte Förderung von Kindern durch qualifiziertes

Personal sicherzustellen, ohne dass die Betreuung der Gruppe darunter leidet und ohne dass der bürokratische Aufwand in den Kindergärten zu groß wird.

Abschließend, meine Damen und Herren, noch zwei Überlegungen in Richtung bundespolitischer Ebene. Nicht zuletzt im Zuge der Entstehung dieser 15a-Vereinbarung wurde wieder einmal die Ausweitung der Kindergartenpflicht auf zwei Jahre diskutiert. Jetzt abgesehen davon, dass das eine praktisch wenig relevante Diskussion ist, weil die Betreuungsquote bei den Vierjährigen eh nahezu bei 100 Prozent liegt, lehnen wir Freiheitliche diese Kindergartenpflicht als schwerwiegenden Eingriff in die Privat- und Familienautonomie ab. *(Beifall bei der FPÖ)*

Was das Problem der Integration angeht, stelle ich auch infrage, ob die Kindergartenpflicht hier ein wirklich sinnvoller Beitrag wäre, diesem Problem zu begegnen, denn - trifft jetzt auch auf das Burgenland nicht so zu, aber generell gesagt und speziell auf Wien bezogen - in Kindergärten und in Gruppen, wo der Anteil schon sehr, sehr hoch ist, ist die Frage, ob es überhaupt noch Sinn macht, die Kindergartenpflicht dann einzuführen, wenn das Kindergärten sind, wo ohnehin kaum mehr Deutsch gesprochen wird.

Zweitens, die sprachliche und kulturelle Integration in den Kindergärten ist wohl nur eine von zumindest zwei notwendigen Strategien. Ein Gutteil ihrer Lebenszeit, die ersten Lebensjahre verbringen Kinder - Gott sei Dank sage ich hier - nicht in staatlicher Betreuung, sondern vor allem zuhause bei ihren Eltern. Und Eltern von Migrantenkindern - wir hatten diese Diskussion im Vorwahlkampf - werden in Österreich viel zu wenig dazu angehalten, sich um die gesellschaftliche Integration zu bemühen, insbesondere die deutsche Sprache zu erlernen.

Hier braucht es Programme, hier braucht es Strategien und hier braucht es vor allem auch Konsequenzen und Sanktionen für Eltern, die sich verweigern und die Bemühungen, ihre Kinder sprachlich zu fördern und zu integrieren, sogar torpedieren.

Wir als Gesetzgeber und die Politik und die Pädagogen vor Ort können sich noch so anstrengen, wenn es um die Kinder geht und um die Integration der Kinder, wenn die Eltern nicht mitspielen, werden diese Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt sein.

Die vorliegende 15a-Vereinbarung kann zur Lösung der bestehenden Probleme ganz bestimmt einen Beitrag leisten und findet daher unsere Zustimmung, wie wir auch schon der Vorgängervereinbarung im Jahr 2012 zugestimmt haben. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Resetar.

Abgeordnete Mag.[a] Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es zeigt von großer Wertschätzung des Landeshauptmannes und es zuständigen Referenten, wenn er jetzt bei der Debatte der 15a-Vereinbarung nicht dabei ist.

Herr Präsident, Sie haben in Ihrer Eingangsrede erwähnt, dass es einen neuen Stil in der Landtagsarbeit geben soll. Vielleicht können Sie das in einem Vier-Augen-Gespräch dem Herrn Landeshauptmann erklären, dass man sehr wohl bei einer 15a-Vereinbarung, die sehr wichtig für das Land ist, wenn es um sprachliche Frühförderung geht, auch dabei ist.

Das Burgenland muss sich im Österreichvergleich nicht scheuen, wenn es um die Qualität der heimischen Kinderbetreuung geht. Ich möchte allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern danke sagen. Es sind 171 Gemeinden, die gemeinsam mit dem

zuständigen Landeshauptmann, aber auch mit mir ein Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz umgesetzt haben, wo wir im Ländervergleich, im Bundesländervergleich, mit Sicherheit an erster Stelle in vielen Bereichen sind.

Es gibt 67 Kinderkrippen, 138 Kindergärten, 55 alterserweiterte Kindergärten und 26 Horte. Exakt sind 10.525 Kinder in Betreuung. Und ich habe es oft gesagt, Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern sie sind auch unsere Gegenwart und wir müssen für jene Kinder, die heute in Kinderbetreuung sind, die besten Voraussetzungen schaffen. Das haben unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch gemacht. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bravo!)*

Mit einer Betreuungsquote von 30,1Prozent bei den unter Dreijährigen nehmen wir Platz 1 ein, mit der Betreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen nehmen wir 100 Prozent ein und sind damit Platz 1 im Bundesländervergleich.

Und alleine bei der schulischen Tagesbetreuung sind immerhin 5.000 Kinder in Betreuung, auch da nehmen wir den Platz 2 ein. Darüber hinaus liegt die Gruppengröße in Krippen bei 13,4 Kindern und in Kindergärten bei 25.

Ich darf an dieser Stelle auch kurz auf die schulische Tagesbetreuung eingehen. Wir haben 92 Standorte mit ganztägigen Schulformen und zwar so individuell gestaltet, wie es die einzelne Gemeinde braucht. Und das hat sich auch bestens bewährt. Immerhin sind 5.300 Schülerinnen und Schüler am Nachmittag in Betreuung, das ist eine Verdoppelung seit 2005. Dafür möchte ich ganz herzlich Danke sagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Unsere vorbildlichen Gruppengrößen erlauben eine Arbeit auf höchstem Niveau, dennoch gibt es naturgemäß Kinder mit sprachlichen Defiziten. 22.800 Kinder haben in Österreich Sprachförderbedarf und genau hier soll diese sprachliche Frühförderung auch ansetzen. Von den frühen sprachlichen Frühförderungen profitieren Drei- bis Sechsjährige dann in weiterer Folge auch in der Schule.

Insbesondere soll die Förderung an jene Kinder gerichtet sein, die nicht Deutsch als Erstsprache haben, aber selbstverständlich werden auch unsere Kinder betreut, die sprachliche Defizite haben. Die Förderung soll einen leichteren Einstieg in den Regelschulbetrieb mit sich bringen, die zukünftige Bildungschance der Kinder optimieren und in weiterer Folge einen besseren Start in das Berufsleben ermöglichen.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Sebastian Kurz, unserem Integrationsminister bedanken, aber auch bei Sophie Karmasin, wo wir eigentlich in den letzten Jahren sehr viele 15a Vereinbarungen gemeinsam geschaffen haben und wo vom Bund sehr viel Geld in das Land geflossen ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und ich darf Sebastian Kurz zitieren, der gemeint hat: Es gibt darum, früher zu investieren, statt später zu reparieren. Wir geben viel aus für die Arbeitslosenverwaltung und Coachings, aber wir geben viel zu wenig aus für die Frühförderung. Jeder Euro, den wir in die frühe Förderung investieren, rechnet sich später vielfach.

Das Vorhaben, nämlich in Summe - bisher wurden 30 Millionen Euro investiert in die sprachliche Frühförderung - das finde ich richtig und notwendig und ich bin auch sehr froh darüber, dass von diesem großen Kuchen prozentuell für das Burgenland nach Einwohnerzahl - 3,386 - insgesamt 677.200 Euro pro Jahr zur Verfügung stehen.

Ziel Nummer zwei - zur Vereinbarung sollen im Kindergarten künftig zwei Sprachstandserhebungen pro Jahr gemacht werden und in den ersten Testungen wird der Sprachstand zu Beginn des Kindergartenjahres erhoben. Die zweite Testung misst den

Lernfortschritt am Ende des Jahres. So bin ich überzeugt, dass jeder Euro, der für diese Förderung investiert wird, auch richtig eingesetzt ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Gestatten Sie am Ende meiner Ausführung zur 15a Vereinbarung ganz kurz die letzten Wochen Revue passieren zu lassen: Leider Gottes ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter zur Zeit nicht anwesend, aber ich gehe davon aus, dass er es natürlich mitverfolgt in seinem Büro, er war nämlich am 10. Juli in einer unüberlegten Nacht- und Nebelaktion an der Grenze in Schachendorf. *(Abg. Doris Prohaska: Da ist kein Nacht und Nebel, am 10. Juli.)*

Mein Ortsvorsteher und mein Bürgermeister haben mich gefragt, was wohl der Tschürtz in Schachendorf macht? *(Abg. Walter Temmel: Das ist interessant. - Abg. Ilse Benkö: Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!)* Zuerst dachte ich mir, Touristen begrüßen, das würde den neuen Landesrat für Tourismus freuen. *(Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö.)*

Vielleicht auch Gäste aus Ungarn, die in Oberwart, liebe Frau Kollegin Benkö, viel Geld ausgeben, begrüßen. *(Abg. Ilse Benkö: Benkö! Berta, Emil, Nordpol, Konrad, Österreich.)* Vielleicht auch ausländische Arbeiter wieder nach Ungarn zurückschicken. Ja, wir konnten das Rätsel nicht wirklich lösen.

Ich sage Ihnen, ich werde es Ihnen dann nachher auch sagen, nur Verkehrskontrollen kann der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz vornehmen und keine Grenzkontrollen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber Sie können ja den Innenministerposten anstreben, der Herr „Bollwerk-Landesrat“ Mag. Darabos ist leider auch nicht anwesend, aber er wird auch mithören - ja, dann ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter auch für die Grenzkontrollen zuständig. *(Abg. Ilse Benkö: Sie waren auch nicht immer auf der Regierungsbank - Abg. Doris Prohaska: So beleidigt. So gekränkt.)*

Zum Herrn Mag. Darabos *(Abg. Ingrid Salamon: Das nützt aber nichts.)* hätte ich auch noch eine Anmerkung - ja, sind wir froh, dass viele unsere Betriebe auch im Ausland viele Aufträge haben. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bravo!)*

Wissen Sie, dass MARETO eine 95prozentige Exportquote hat! *(Abg. Ilse Benkö: Ist das die 15a Vereinbarung?)*

Wissen Sie, dass *(Abg. Ilse Benkö: Das ist die 15a Vereinbarung?)* Stahlbau Unger sehr gut im Geschäft ist, am russischen und arabischen Markt und damit viele Arbeitsplätze im Südburgenland, speziell in Oberwart abgesichert sind? *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber wissen Sie, dass unser Polizeiposten Schachendorf ausgehungert wird, Personell? *(Unruhe bei der SPÖ)* Dass es Überlegungen gab, unseren Polizeiposten zuzusperren?

Ich habe die Sache selbst in die Hand genommen, liebe Frau Kollegin Benkö, liebe Frau Präsidentin. Ich habe die Sache selbst in die Hand genommen und der Grenzposten wird nicht zugesperrt. *(Heiterkeit bei der SPÖ)* Aber ich hoffe, wir bekommen noch zusätzliches Personal, *(Abg. Ilse Benkö: Das hoffe ich auch.)* was vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz immer gefordert wird.

Und deshalb habe ich auch das Verkehrssicherheitsprogramm mitgenommen. Ich hoffe, dass er den erfolgreichen Weg, den ich jetzt 10 Jahre begleitet habe, auch fortsetzen wird. *(Abg. Ewald Schnecker: Ihr seid so gut. – Abg. Doris Prohaska: Ihr seid so*

verdient, dass Ihr Euch jetzt ausrasten dürft.) Die Eisenstädter Glocke ruft Rot-Blau ans Werk!

Die Frau Herr von der Sozialistischen Jugend meint in einem Interview: Nein, ich bin nicht der Meinung, dass jede Landespartei machen kann, was sie will. *(Abg. Ilse Benkö: Das haben wir uns auch gedacht, da hat sie recht.)* Man hätte sagen müssen, die SPÖ nimmt sich und ihre Beschlüsse ernst und hält sich daran. Man darf Strache auf Bundesebene keinen Millimeter die Tür öffnen.

Dieser Tabubruch, der im Burgenland mit Rot-Blau passiert, wird *(Abg. Ilse Benkö: Das wird Euch der Wähler schon sagen.)* weit über die Grenzen des Bundeslandes hinauswirken. Der SJ-Vorsitzende Brandstätter, er wird sich dann sicher zu Wort melden, steht zu Rot-Blau, lesen wir in der „Krone“ am 7. Juni. Die neue SJ-Vorsitzende meint, sie ist gegen Rot-Blau. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist auch zur 15a Vereinbarung, oder?)* Ich kenne mich ehrlich gesagt, nicht wirklich aus - ein Zick-Zack-Kurs!

Aber sei es drum, es wird irgendwie weitergehen, denn ich habe mir ja sagen lassen, es wird schon der Klub für Anstand, Moral und Sitte gebildet.

So darf ich den „Standard“ vom 16. Juli zitieren: Schiller hat Niessl im Zusammenhang mit dem Glockengießen so vorweggenommen: So lasst uns jetzt mit Fleiß betrachten, was durch die schwache Kraft entspringt, den schlechten Mann muss man verachten, der nie bedacht was er vollbringt.

Ich sage Danke für die Aufmerksamkeit, der 15a Vereinbarung wird natürlich meine Fraktion, die ÖVP, zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Frau Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Zunächst darf ich dem Kollegen Kölly zum Geburtstag recht herzlich gratulieren und darf aber gleichzeitig ein wenig Aufklärungsarbeit wieder machen. *(Abg. Manfred Kölly: Na genau! – Heiterkeit bei der SPÖ)*

Wir sprechen ja schon sehr oft darüber, Herr Kollege - der Gratiskindergarten im Burgenland, was heißt das? *(Abg. Manfred Kölly: Na genau! Wir haben keinen Gratiskindergarten.)* Das heißt, das ist eine finanzielle Unterstützung für die Familien! Sie verwechseln das ja schon seit vielen Jahren und, Herr Kollege, noch eines zur Aufklärung: die Frau Landesrätin Verena Dunst zahlt aus ihrem Familienförderungsbudget *(Abg. Manfred Kölly: Wir zahlen, wir, nicht sie!)* - aber es kommt aus dem Familienförderungsbudget - 4,3 Millionen Euro *(Abg. Manfred Kölly: Wir zahlen, nicht sie! Aufpassen. – Unruhe bei der SPÖ)* an die burgenländischen Familien.

Das ist für uns eine finanzielle Unterstützung für die Familien *(Abg. Manfred Kölly: Aber es fehlt ja noch ein Großteil.)* und daher auch Gratiskindergarten! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Aber vielleicht können wir aufstocken, damit es ein Gratiskindergarten wird, das wäre schön.)*

Zur Frau Abgeordnetenkollegin Resetar: ich kann mich noch sehr gut erinnern, daher auch dieser Versprecher, als Sie hier in der Regierungsbank gesessen sind und auch nicht immer anwesend waren, *(Abg. Ilse Benkö: Genau!)* daher werfen Sie, wenn Sie selbst im Glashaus sitzen, nicht auf andere mit Steinen*! (Allgemeine Unruhe – Beifall*

bei der SPÖ und FPÖ) Die Geschichte, die Sie hier erklären und erzählen wollten, zu der werde ich nicht eingehen und auch nichts sagen.

Ich werde nur eines sagen; dass ich mir im Wahlkampf sehr gut gemerkt habe, als Sie die burgenländischen Spitäler schließen wollten. *(Abg. Ilse Benkö: Bravo! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Maga. Michaela Resetar: Stimmt nicht! – Abg. Mag. Franz Steindl: Das stimmt nicht!)* Zwei Spitäler wollten Sie behalten, das ist mir im Gedächtnis geblieben zum Beispiel, und nicht diese polemische Art, denn das betrifft unsere Burgenländerinnen und Burgenländer, liebe Frau Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren, nun zur 15a Vereinbarung, die uns heute vorliegt. Das ist eine sehr wichtige Maßnahme für die Integration unsere Kinder und für die sprachliche Frühförderung unserer Kinder. Es wurde bereits 2012 eine Vereinbarung zwischen Bund und Land gesetzt über die sprachliche Frühförderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen und mit diesem heutigen Beschluss soll sie verlängert werden bis 2017/2018 und die Zweckzuschüsse des Bundes werden auf 20 Millionen Euro pro Kindergartenjahr angehoben und somit budgetär verdreifacht.

Bisher wurden 30 Millionen Euro für Sprachfrühförderungen vom Bund ausgeschüttet, die alte Vereinbarung läuft mit Jahresende aus und die nun vereinbarten 90 Millionen Euro vom Bund setzen sich aus 60 Millionen Euro Bund - statt bisher 15 Millionen und 30 - statt bisher 15 Millionen Euro, die die Länder gemeinsam beisteuern, zusammen.

Was heißt das für unser Burgenland? Für das Burgenland heißt das, 677.000 Euro pro Kindergartenjahr können vom Bund abgeholt werden und die Kofinanzierung des Landes beträgt nun 50 Prozent, vorher 100 Prozent, das heißt, 340.000 Euro schießt das Land dazu.

Das sind insgesamt drei Millionen Euro zusätzlich für die Kinderbetreuung in den nächsten drei Jahren, die von Bund und Land zur Verfügung gestellt werden.

Das Burgenland mit unserer Frau Landesrätin Verena Dunst hat sich bei den Verhandlungen intensiv eingebracht, damit dieses Programm möglichst bedarfsgerecht aufgesetzt wird. Wir haben damit ein weiteres, ein wichtiges Instrument in der Hand, um die Kinderbetreuung im Burgenland zu perfektionieren.

Im Oktober des vorigen Jahres, das möchte ich auch nochmals in Erinnerung rufen, haben wir auch eine 15a Vereinbarung hier im Landtag beschlossen für den Ausbau der Kinderbetreuung, vor allem für den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen Kinder.

Insgesamt kriegt das Burgenland zusätzlich bis 2017 knapp neun Millionen Euro vom Bund und das Land kofinanziert mit rund vier Millionen Euro durch diese 15a Vereinbarung.

Noch einmal zum Herrn Kölly, weil Sie Geburtstag haben kommen Sie ein zweites Mal dran. *(Allgemeine Heiterkeit)* Für 2015 stellt das Land Burgenland für die Kinderbetreuung, Herr Kölly, mehr als 24 Millionen Euro zur Verfügung. Und von diesen 24 Millionen Euro plus die 4,3 Millionen Euro für die Familienförderung profitieren; die Kinder, die Eltern und die Gemeinden - das möchte ich noch klar stellen. *(Abg. Manfred Kölly: Da liegt Ihr wieder einmal falsch. Die Eltern müssen es ja trotzdem bezahlen.)*

Ich bin auch der Meinung, dass das sehr wichtige und richtige Investitionen sind, denn *(Abg. Manfred Kölly: Die Gemeinden müssen trotzdem brennen.)* diese Investitionen

gehen in die Gegenwart, aber auch in die Zukunft unserer Kinder. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren, die jetzige 15a Vereinbarung ist aber nicht nur eine Maßnahme zur Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer, denn es sollen von diesen Maßnahmen alle Kinder profitieren, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, denn 25 Prozent der Förderung können für die gesamtheitliche Förderung des Entwicklungsstandes von Kindern mit Sprachförderbedarf verwendet werden.

Kinderbetreuung war und ist immer das Kernthema von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und daher haben wir auch im Jahr 2009 mit dem neuen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, mit der Einführung des Gratiskindergartens bereits darauf reagiert, dass eine sehr hohe Dynamik bei der Kinderbildung und -betreuung stattfinden kann.

Vor allem aber möchte ich auch sagen, und unsere Gemeinden loben. Denn unsere Gemeinden haben bewiesen, unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, dass sie in der Lage sind auf diese dynamische Entwicklung treffsicher zu reagieren. Die Gemeinden haben sich sehr bemüht, gemeinsam mit uns diese Vorgaben umzusetzen und Vorort bedarfsgerechte und wirklich qualitätsvolle Bildungseinrichtungen zu schaffen.

Ein ganz großes Dankeschön an unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, an die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, weil alle zum Wohl unserer Kinder mit uns an einem Strang ziehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben uns gemeinsam im Bundesländervergleich eine Spitzenposition erarbeitet. Erster Platz bei den Drei- bis Sechsjährigen, 99,9 Prozent unserer Kinder besuchen die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen im Burgenland. Zweiter Platz bei den unter Dreijährigen, mit 31,3 Prozent liegen wir gleich nach Wien.

Wir von der Sozialdemokratie sind wirklich davon überzeugt, gute, ausreichende Kinderbetreuung ist die Basis dafür, dass alle Kinder von Beginn an die gleichen Bildungschancen haben, dass die Beschäftigung von Frauen gefördert wird, und die Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aufgrund der hohen Betreuungsquote der Drei- bis Sechsjährigen bin ich auch sehr zuversichtlich, dass im Burgenland alle Kinder, die sprachliche Defizite haben, erfasst werden, und durch diese Förderung auch profitieren. Die Feststellung des Förderbedarfs soll über regelmäßige Sprachstandfeststellungen zu Beginn eines Kindergartenjahres erfolgen, und zwar anhand von standardisierter Beobachtungsbögen.

Wir werden mit dieser Vereinbarung, vor allem in Ballungszentren erreichen, dass die Kinder die besten Voraussetzungen haben, die deutsche Sprache frühestmöglich zu erlernen. Es werden auch Projekte gefördert, wo die Eltern mit eingebunden sind, um die deutsche Sprache gemeinsam mit ihren Kindern zu erlernen. Weiters sollen auch Personalkosten gefördert werden, genauso wie Sachkosten, Fort- und Weiterbildungskosten.

Im Burgenland erfolgt die sprachliche Frühförderung bisher über externes Personal, welches den Gemeinden über die Pädagogische Hochschule zur Verfügung gestellt wird oder wurde. Mit der neuen Förderrichtlinie wird ermöglicht, dass in Hotspot-Gemeinden, in Bezirksvororten und großen Zuzugsgemeinden wie zum Beispiel Kittsee, Mattersburg, Parndorf, fix eingesetzte Pädagoginnen und Pädagogen zur sprachlichen Frühförderung eingesetzt werden können und nicht wie bisher mobile Kräfte, die von Kindergarten zu Kindergarten und von Ortschaft zu Ortschaft gefahren sind.

Diese Pädagoginnen und Pädagogen sollen den größeren Bedarf in diesen Gemeinden abdecken und können befristet für die Laufzeit der 15a Vereinbarung von den Gemeinden angestellt werden.

Die Finanzierung soll folgendermaßen ausschauen, zwei Drittel davon zahlt der Bund, ein Sechstel das Land und ein Sechstel die Gemeinden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ziel dieser 15a Vereinbarung ist, dass drei bis sechsjährige Kinder, insbesondere jene mit „Nichtdeutscher-Muttersprache“ so gefördert werden sollen, dass sie mit Volksschuleintritt die Unterrichtssprache Deutsch möglichst gut beherrschen. Dass die zukünftigen Bildungschancen der Kinder optimiert werden und in weiterer Folge ein besserer Start in das Berufsleben ermöglicht wird.

Wir sind hier auf einem guten Weg und wir werden daher der 15a Vereinbarung selbstverständlich unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Nun, zu der Stellungnahme von der Frau Abgeordneten Resetar: Zum einen, ich war gar nicht in Schachendorf. Ich war wirklich nicht in Schachendorf, ich war nicht dort. *(Unruhe bei der ÖVP)* Ich war woanders, zuhause, auf jeden Fall nicht in Schachendorf. Zum zweiten, Danke, *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Ich habe gesagt geplante, geplante. – Abg. Doris Prohaska: Na Moment, na das gibt es ja nicht. Das haben wir aber nicht gehört. – Unruhe bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Ilse Benkö: Na geh bitte. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Auf jeden Fall, ich war definitiv nicht in Schachendorf. Was ich dort machen wollte, und Sie haben ja vollkommen Recht, Verkehrssicherheitskontrollen an der Grenze. Nur gibt es halt manchmal Auffassungsunterschiede beim Wort Grenze. Man darf nicht sagen Grenzkontrolle, sondern man muss sagen Kontrolle an der Grenze.

Ob ich jetzt die Verkehrssicherheitskontrolle mache an der Grenze oder Grenzkontrollen im Zuge der Verkehrssicherheit an der Grenze, das *(Abg. Mag.ª Michaela Resetar: Das ist ein Unterschied.)* kann man jetzt drehen wie man es will. Ist in Ordnung. *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Nein, das ist ein Unterschied.)* Ja, das ist genau diese Auffassung, die Sie und das Innenministerium haben. In Ordnung, soll in Ordnung sein.

Ich glaube auch, dass Sie gute Arbeit geleistet haben, das habe ich auch jetzt gesehen, da bin ich überzeugt davon, das Projekt „Fair & Sicher“ und viele andere Projekte. Also ich bin wirklich überzeugt davon, dass Sie sehr gute Arbeit geleistet haben, aber wie gesagt, ich war nicht in Schachendorf.

Zweitens einmal, die ganze Geschichte mit dem Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache zu verknüpfen, finde ich auch nicht in Ordnung. Aber, das obliegt Ihnen, wie Sie das auslegen.

Aber das letzte Kompliment, für das möchte ich mich bedanken, als Sie gesagt haben, wenn er einmal Innenminister wird. Na ja, vielleicht ist es einmal so weit. *(Heiterkeit bei der FPÖ)* Auf jeden Fall Dankeschön, Frau Abgeordnete. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Zunächst einmal, es ist für mich eigentlich ein Kompliment, wenn der Herr Landeshauptmann zu mir heute sagt, Du hast die Verhandlungen geführt, Du sprichst im Landtag, Du bist dabei.

Damit, hoffentlich haben Sie auch das in Ihrer Partei? Diese Solidarität und dass man auch Frauen was zutraut und ihm dann vorzuwerfen, er würde sich heute nicht melden, ist eigentlich schief gegangen und daneben. *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Haben wir auch nicht gesagt. – Abg. Mag. Franz Steindl: Haben wir nicht gesagt. – Beifall bei der SPÖ)* Aber das wollte ich nur klarstellen. *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Er war nicht anwesend.)*

Nun zur 15a Vereinbarung: Ja, ich habe das mit dem Minister Kurz verhandelt. Es war uns sehr wichtig, den Ländervertretern über alle Parteigrenzen hinweg den ursprünglich vorgeschlagenen finanziellen Aufteilungsschlüssel, nämlich Eins zu Eins, dass wir genau so viel, wie der Bund bezahlt hätten, haben wir wegdiskutieren und somit wegbringen können.

Das ist wichtig, das heißt, es wird in Zukunft so sein, dass Zwei zu Eins, nämlich zweimal Mittel vom Bund und einmal wir das kofinanzieren müssen, damit ist sichergestellt, was alle Vorredner, ich bedanke mich bei ihnen, nämlich für die Wertschätzung der Bildung, und dass Bildung ganz, ganz wichtig ist für das ganze Leben, für einen Beruf und so weiter, glaube ich, steht auch hier zu keiner Diskussion.

Zweitens, es ist auch ganz klar gesagt worden, wir haben verhandelt auf Bundesebene, dass es diesmal mehr möglich sein muss, nämlich dann, wie man diese finanziellen Mittel verbringen kann, wie man sie verteilen kann.

Wichtig ist, und da hat die Frau Abgeordnete Petrik vorher schon gesagt, dass hier die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen entlastet werden. Die Frau Abgeordnete Sack hat dann ganz klar gesagt, dass man jetzt besonders auf die Bezirksvororte oder Hotspots-Gemeinden achten muss. Dort wo man auch viel Zuzug hat, ob das jetzt Migration- oder Nicht-Migrationshintergründe sind, aber dass man dort wirklich darauf achten kann, die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen zu entlasten und für die Bildung der Menschen, der jungen Menschen, etwas zu tun.

Das Dritte, was uns auch wichtig war bei dieser Bundesverhandlungsrunde ist ganz klar, nämlich die Optimierung der Bildungschancen, damit sie auch wirklich vom Kindergarten überleitend in die Schule, in die erste Volksschule, gut starten können.

Dazu gibt es jetzt eigene Schwerpunkte. Und ich bin sehr froh, dass wir in unserer Landesrichtlinie jetzt noch darauf geschaut haben, nämlich genau das Geld für Personal abzuholen. Zum Vierten, herzlichen Dank an die Pädagogische Hochschule, die sich in den letzten Jahren nicht nur in unserem, jetzt besprochenen, Bereich ausgezeichnet hat, sondern für die Innovation und die kreative Herangehensweise. Im sprachlichen Frühförderbereich hat die Pädagogische Hochschule sehr viele gut organisierte Möglichkeiten angeboten.

Mit diesen fix eingesetzten Pädagoginnen und Pädagogen zur sprachlichen Frühförderung, wo keine mobilen Kräfte in bestimmten Bereichen mehr notwendig sind, liegen wir sicher, sind wir sicher am richtigen Weg.

Um Ihnen nur einige wenige Dinge aufzuzählen, wo die Pädagogische Hochschule, der wir diese Mitteln zur sprachlichen Frühförderung zum Teil übereignen, „Mama, Papa und ich“, das sind sehr, sehr wichtige Geschichten bis zur „Plaudertasche“, wo es immer um das miteinander kommunizieren geht, um das Reden, um die sprachliche Kompetenz natürlich zu steigern.

Oder Qualitätsverständnis, Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung, ganz, ganz wichtig in der Pädagogik sie begleiten zu lassen, auch durch Studien. Was bedeutet das, wenn mit den Kindern mehr gesprochen wird? Was bedeutet, wenn mit den Kindern zuhause gesprochen wird? Da gibt es sehr viele gute Broschüren, gute Bücher, die auch zuhause dann den Eltern Unterstützung geben sollen.

Dann gibt es die „Experimentierwerkstatt“. Es geht immer auch darum, und das möchte ich in aller Klarheit sagen, je mehr Sprachen Kinder beherrschen, umso besser ist es. Und wenn ihre sprachliche Frühförderung auch in diese Weise geht, dass ihre Muttersprache, die vielleicht eine andere sein kann, auch unterstützt wird, dann sind wir genau dort, was den burgenländischen Weg auszeichnet, nämlich bei der Mehrsprachigkeit.

Mir persönlich, und ich habe mir das immer als Pädagogin sehr genau angeschaut, war die Erstellung von E-Learning-Arbeitsmaterialen sehr wichtig, sie vergessen nicht, Kindergarten ist Bildungsgarten. Daher muss der Bildungskindergarten auch immer teilhaben an der Entwicklung. E-Learning Plattformen gehören auch heute wie der normale Computer, mit dem ja fast nichts mehr passiert, weil man sich schon weiterer anderer technischer Hilfsmittel bedient, haben auch schon lange im Kindergartenbereich Eingang gefunden. Daher gehören sie umgesetzt und die Eltern damit auch unterstützt.

Das ständig all diese Arbeit, Frau Mag. Petrik, wissenschaftlich aufgearbeitet und evaluiert wird, glaube ich, sehen Sie wie ich genauso. Das gleiche nämlich die Notwendigkeit Interkulturalität, Integration und praktische Übungen sind in der Elementar-, aber auch in der Primarpädagogik und in der Freizeitpädagogik natürlich sehr wichtig.

John F. Kennedy hat einmal gesagt, und das habe ich mir schon als Studentin eingeprägt, es gibt nur eines was auf Dauer teurer ist als Bildung, nämlich keine Bildung, und ich denke mir, da hat er recht gehabt.

Damit darf ich Ihnen herzlich gratulieren, dass Sie, als Landtag, und das habe ich schon bei den Wortmeldungen gehört, alle dieser sprachlichen Frühförderung zustimmen werden, wichtig für die Kinder, wichtig für die Eltern, wichtig für die Familien.

Dafür bedanke ich mich bei Ihnen und ich bin sehr froh, dass der Bund weiterhin seiner Aufgabe auch in diesem Bereich nachkommt, die Länder zu unterstützen.

Was ich jetzt tue, und dafür möchte ich mich eigentlich eingangs entschuldigen, ist, nur noch Antwort geben auf etwas was überhaupt nicht zu dem Thema gehört, was ich normal auch nicht tue, aber ich möchte einfach manche Dinge nicht im Raum stehen lassen, obwohl er Geburtstag hat, und dazu gratuliere ich ihm auch, zwei Klarstellungen.

In aller Klarheit, es hat die Frau Abgeordnete gefragt heute, zum Teil Landwirtschaft, ob der Präsident Hautzinger, ich übersetze es jetzt oder verkürze es, sozusagen auch das will, dass ich das mache, und wie die Zusammenarbeit ausschaut?

Ich möchte nochmal klarstellen, es war einer der ersten Gratulanten der Herr Landwirtschaftskammerpräsident Hautzinger *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe da nie etwas anderes gesagt.)* und es wird auch zusammengearbeitet werden. Das ist auch eine Notwendigkeit, und da geht es ums Ganze und nicht miteinander zu streiten. (*Abg. Manfred Kölly: Haben Sie mir zugehört, Frau Landesrätin?)*

Ich wollte das nur mal klarstellen. Das hat nichts mit Dir, Herr Abgeordneter, rein zu tun, sondern allgemein. *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe gesagt, Du wirst mit ihm zusammen arbeiten müssen. Protokoll lesen!)*

Das Zweite, weil Du, Herr Geburtstagskind, gesagt hast, ja, wie schaut das aus mit dem Uhudler? Natürlich braucht ihr eine Lösung. Aber ich will nicht etwas überstürzen eine schlechte Analyse ziehen und dann in eine Zukunft gehen, die den Uhudler gefährdet, das hat nichts mit einer Landtagswahl zu tun.

Aber jetzt in Ruhe zu überlegen und schauen, dass man die wichtigen, richtigen Schritte für den Uhudler als Kultgetränk machen kann. *(Abg. Manfred Kölly: Protokoll lesen!)* Passt schon. Ich wollte das nur klarstellen.

Ihnen nochmal herzlichen Dank für Ihre Beiträge zur 15a. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin! Ich erteile dem Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort, der als Nächster zu Wort gemeldet ist.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt eine Stunde jetzt über frühkindliche Betreuungsmöglichkeiten beziehungsweise Sprachförderung gesprochen, und es ist von allen Seiten festgehalten worden, dass das ein unabdingbar notwendiges Glied in der Ausbildungskette, beziehungsweise jetzt schon in der sogenannten „Bildungseinrichtung Kindergarten“ sein soll.

Ich bin davon zutiefst überzeugt, wenn die Gemeinden mit dem Land und mit diesen Bundesmitteln in der Kofinanzierung die richtigen Schritte setzen, dann können wir auch davon ausgehen, dass unsere Kinder die Chance bekommen, nicht nur Sprache entsprechend kompetent aufzunehmen, sondern sie auch entsprechend einzusetzen.

Diese Notwendigkeit in der frühkindlichen Förderung ist eigentlich unbestritten und daher ist mir in der Ausführung des Kollegen Molnár eines aufgefallen, das nicht unwidersprochen da stehen sollte. Sie haben den Unterschied zwischen Stadt und Land zwar betont, haben aber festgehalten, dass insbesondere der urbane Bereich einen hohen Migrationsanteil hat.

Im Gegensatz dazu haben Sie auch ausgeführt, dass wir im Burgenland einen sehr geringen Migrationsanteil haben und auch die Möglichkeiten der Sprache in der Förderung deswegen nicht so überbordend einzusetzen haben. Ich bin zutiefst überzeugt davon, dass dieses Prinzip, ich rede zwar darüber, dass in Wien so viele sind, hier zwar wenige sind, dass das schon ausreichend genug ist, um eben in der Diskussion auch bei manchen von uns festzuhalten, na ja, da müssen wir auch darüber reden.

Diese unterschiedliche Nuancierung in der Festhaltung in Wien braucht man es, wir brauchen es weniger, ist aber in der Betonung etwas, das ich so nicht hinnehmen kann, weil wir damit eigentlich eine politische Diskussion schon über Jahre führen, die den

Unterschied zwischen urbanen Einrichtungen und ländlichen Einrichtungen absolut außer Acht lässt.

Wir im Burgenland haben in der Verteilung über das gesamte Land einen sehr geringen Anteil von Migranten und daher ist auch die sprachliche Frühförderung jetzt nicht ausschließlich darauf bezogen zu werten, sondern auch in der Ausbildung auf den sozialen Hintergrund, auf die Möglichkeiten der Familien im Burgenland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es betont wird, dass diese Geschichte sehr wichtig ist dann sollten wir eines, und speziell auch die anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sollten das nicht außer Acht lassen, das ist ein ganz wichtiger Moment in der Darstellung auf Kindergärten, wo wir jetzt von den mobilen auf feste Angestellte und feste Personen zurückgreifen, dass wir auch ein Kapitel aufschlagen, das meiner Ansicht nach äußerst wichtig wäre, nämlich die Betreuung von Kindern mit „besonderen Bedürfnissen“.

Jede Bürgermeisterin, jeder Bürgermeister kennt dieses verwaltungstechnische Procedere das im Grunde genommen dann entfaltet wird, wenn wir ein Kind mit „besonderen Bedürfnissen“ haben. Wer dann dafür zuständig sein soll, wer dann das bezahlen soll und wie das Ganze dann abgehandelt wird?

Ich habe hier Beispiele erlebt wo man sich genieren musste, einfach im Zugang im zwischenmenschlichen Bereich. Ich würde mir wünschen, dass hier in diesem Bereich auch einiges getan würde. Weil es nicht nur der Gesellschaft gut tun könnte, sondern es würde diesen Menschen mit besonderen Bedürfnissen endlich einen Stellenwert vermitteln, der ihnen auch zusteht, ohne dass wir uns dann in besonderen Beispielen daran messen lassen, dass wir für irgendjemanden etwas getan haben.

Eine normale allgemeine gültige Regelung wäre hier von Nöten und würde unter anderem auch die Gemeinden hier sehr entlasten. Tatsache ist, dass im Kindergartenbereich auch unter Dreijährigen Kindern in der Betreuungsquote sehr viel getan wurde, dass wir zu wenig Ganztagskindergärten in der Betreuung haben ist auch klar, fest steht aber, und das möchte ich auch an dieser Stelle einwenden, dass wir Bundesländerweise riesengroße Unterschiede haben.

Einfach in der Ausführung der Kindergärten, in der Bezahlung der Kindergärten, des Personals in den Kindergärten und daher ist es nie über einen Kamm zu scheren, eine Diskussion, die die Bildungseinrichtung Kindergarten anlangt.

Wir alle sind aber der Meinung, dass die frühkindliche Sprachförderung etwas ist, das wir alle unterstützen, dem wir auch unsere Zustimmung geben werden und daher glaube ich, dass wir den Unterschied in der Kennzeichnung zwischen städtischen und ländlichen Bereichen auch immer betonen sollten, weil es notwendig ist, hier den Unterschied auch zu kennzeichnen.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP, GRÜNE und LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 3), mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden (Zahl 21 - 3) (Beilage 12)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 3, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden, Zahl 21 - 3, Beilage 12.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden, in seiner 1. Sitzung am Freitag, dem 17. Juni 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das

Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Happy Birthday! Ich erteile dem Abgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Glückwünsche. Ich fühle mich pudelwohl muss ich sagen, in dem Alter auch noch und bin mit voller Begeisterung für das Land unterwegs und denke, das ist gut so.

Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Landesrätin, sie ist nicht mehr da, die Frau Dunst, aber sie wird mich sicher hören oder ihre Mitarbeiter werden ihr das noch einmal klar sagen können und auch das Protokoll vielleicht vorspielen.

Ich habe gesagt, dass der Herr Hautzinger als Wirtschaftskammerpräsident sehr wohl miteinander arbeiten wird können, muss sogar, wie wir alle miteinander für das Land Burgenland arbeiten müssen. Das habe ich gesagt, aber was ich noch gesagt habe, und dazu stehe ich, dass ich sage, du, Herr Hautzinger oder Landwirtschaftskammer, wenn du nicht tust, so wie wir wollen, dann bekommst du keine 2,3 Millionen Euro. Auch das ist im Protokoll nachzulesen und dies will ich richtigstellen. Mehr habe ich nicht dazu zu sagen, und will ich auch nicht.

Aber Frau Kollegin Sack, ich bin überrascht gewesen wie ich die Rednerliste gesehen habe, über das Thema 15a Vereinbarung. Keine einzige Bürgermeisterin oder Bürgermeister hat sich eigentlich zu diesem Thema zu Wort gemeldet. Wo wir gerade als Bürgermeisterin und Bürgermeister immer wieder damit konfrontiert sind und immer wieder auch damit befasst werden. *(Abg. Edith Sack: Das nächste Mal sage ich Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, weil wir sind genauso damit befasst.)*

Frau Kollegin Sack, in der Liste Burgenland gibt es zwei Bürgermeister, in der Sozialdemokratischen Fraktion gibt es auch Bürgermeister, genauso in den anderen, außer bei den Grünen und bei den Freiheitlichen, da gibt es das nicht. Daher ist es schwierig dort mit denen so zu reden, weil man nicht wirklich aus der Praxis und aus der Erfahrung spricht. *(Abg. Edith Sack: Ich komme auch aus der Praxis und aus der Erfahrung. Seit 30 Jahren bin ich in Tadten im Gemeindevorstand)* Frau Kollegin Sack, lassen wir es so stehen, ich bin zweimal drangekommen, haben Sie gesagt, heute. *(Abg. Edith Sack: Na mir brauchen Sie doch nichts erzählen.)* Ja ich habe kein Problem damit.

Ich habe ein Problem insofern damit, weil ich Verantwortung trage und viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wissen worum es geht. Und ich komme nicht davon weg, es gibt dann einen Gratiskindergarten, wenn wirklich alles abgedeckt ist seitens des Landes, Bundes, egal wie auch immer, aber nicht nur die Gemeinde immer am Gängelband ist. Man beschließt in der Regierung, das sollten Sie ja wissen, es gibt

Regierungsbeschlüsse, die sagen ganz einfach, wir beschließen das und die Gemeinden haben das abzudecken und das stört mich in dieser Situation.

Ich muss dazu sagen, es ist in der Vergangenheit auch sehr viel passiert. Man darf ja nicht sagen das ist alles schlecht gewesen, was da gemacht wurde. Im Gegenteil, und ich bin nicht einer, der immer nur das schlechtredet oder sieht, sondern der sagt, die Realität zählt und ich brauche nicht politisch für irgendwen laufen oder tun.

Oder Entschuldige, wenn ich das noch einmal betone, wir sitzen hier im Landtag, um das Land, die Bevölkerung die uns gewählt hat, auch zu vertreten. Wenn es dort und da Probleme gibt, dann müssen wir sie diskutieren. Aber so ehrlich und offen müssen wir sein, auch bei der FPÖ. Ich komme zu diesem Tagesordnungspunkt heute, wo ich mich wundere, weil ein Antrag hier eingelaufen ist, wo man sagt den Vizepräsident des Landtages schafft man ab. Na klar, ich habe da überhaupt kein Problem, das war auch immer unsere Forderung, Sparmaßnahmen, et cetera.

Nur ich bin verwundert, die FPÖ hat einen Antrag eingebracht, am 22.9.2014: Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer Entschließung zur Abschaffung des Amtes des geschäftsführenden Präsidenten des Landesschulrat und Übernahme der Kompetenzen durch das für Bildung zuständige Mitglied der Landesregierung.

Ja dann tun wir gleich den Landesschulratspräsidenten auch gemeinsam mit abschaffen. Ich hoffe, Ihr stimmt da mit. Wir werden in diese Richtung auch einen Antrag formulieren und einbringen, vielleicht gemeinsam mit der ÖVP oder mit anderen Oppositionsparteien.

Die Frau Kollegin bei den Grünen lacht da immer, weil Sie von Tuten und Blasen anscheinend da keine Ahnung hat noch in der ganzen Geschichte. Ich sage Ihnen eines, Frau Petrik … *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Das ist jetzt aber schon ein Ordnungsruf, Herr Präsident! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich entschuldige mich, ich entschuldige mich, aber Frau Petrik, Sie sollten einmal wirklich nicht nur einen Monat Job-Hopper sein, sondern gehen Sie wirklich vernünftig in eine Arbeit, wo Sie dann sagen können, jetzt habe ich Erfahrung gesammelt.

Ich kann nicht einen Monat beim Hutter Gerhard in Sauerbrunn gewesen sein und ja das war es und dann kenne ich mich jetzt in der Gemeinde aus, dann kenne ich mich überall aus. Das ist nicht so, auch wir haben Erfahrung sammeln müssen. Alle wie wir da sitzen, und viele müssen es noch. Muss ich auch dazu sagen, da habe ich ja kein Problem.

Ich bin gerne bereit, auch mein Wissen dort einzubringen und zu sagen, es ist gut, es ist nicht gut. Aber ich stehe immer noch dazu, dass wir im Land eine vernünftige Politik machen. Es ist vieles gelungen in den letzten Jahren, muss man dazu sagen, aber auch viele Baustellen sind offen und das muss man auch klar sagen.

Ich hoffe, dass man sie gemeinsam schließen können. Auch mit Ihnen, von den Grünen. Tut mir leid, wenn ich das so sagen muss und nicht immer mit irgendwo gescheiten Reden daher kommen und von der Praxis eigentlich weit entfernt bin. Das muss man einmal klar und deutlich sagen.

Ich bin sehr skeptisch jetzt bei diesen Anträgen von Rot und Blau. Na logisch, muss man sein. Jetzt tauschen wir alles wieder aus, jetzt machen wir wieder dort das, was eigentlich immer *(Abg. Ilse Benkö: Wir haben nichts ausgetauscht.)* in der Opposition kritisiert wurde, macht jetzt die FPÖ auf der anderen Seite.

Ich habe ja kein Problem damit, ich verstehe es ja, weil es ja überall so war. Wenn ein Schwarzer ein Innenminister war oder Innenministerin, hat man die Polizei umgedreht. Wenn das auf der anderen Seite war, wo der Herr Darabos gesessen ist, im Verteidigungsministerium, hat man geschaut natürlich, dass man dort die Leute unterbringt. *(Abg. Ilse Benkö: Das stimmt ja nicht.)*

Na es ist so in der Politik und so offen und ehrlich müssen wir damit umgehen. Das ist so. *(Abg. Ilse Benkö: Herr Kollege Kölly, das stimmt ja nicht, wir haben ja nicht ausgetauscht.)*

Aber Frau Kollegin Benkö, was ist das für ein Antrag da, und den werden wir wahrscheinlich die ganze Periode, wenn wir es durchhalten, die ganze Periode, immer wieder darauf hinweisen, dass Sie solche Anträge eingebracht haben und jetzt bin ich neugierig, wie Sie abstimmen werden. Ob Sie nicht auch für den Antrag sind, dass man beides gleich macht, dass man beides gleich durchzieht, dass man sagt, Vize- und auch gleich den Präsidenten.

Entschuldigung, seid mir nicht böse, und wenn ich da lese in dem Antrag, wie gut dotiert der Herr Landesschulratspräsident ist. Das schreibt Ihr ja selber rein in den Antrag, das ist ja sehr interessant. Ihr schreibt hier, wenn Ihr es Euch das durchgelesen habt, ein sehr hochdotierter Posten. Warum kann man das nicht anders lösen, dass das in der Kompetenz von Herrn Landeshauptmann ist, mit einem Büro, und der Fall ist erledigt. Da würde man sich einen Chauffeur ersparen, ein Auto ersparen und viele Dinge mehr könnte man einsparen.

Wir haben es verabsäumt, dass man vielleicht zwei Landesräte eingespart hätte, das hat man verabsäumt. Das wäre auch unser Wunsch gewesen, aber ist uns nicht gelungen, aber vielleicht kommt es noch. Aber genau das ist, wo ich immer sage, wenn ich dann in einer Verantwortung bin denke ich anders, handle ich anders.

Man sollte aber auch offen und ehrlich damit umgehen, Frau Kollegin Benkö, und wir wissen das, wir waren lange genug in Opposition, und Ihr selbstverständlich auch, wo man sagt, das und das gefällt uns nicht, das und das sollten wir ändern, und dafür hat es die Anträge gegeben. Die Anträge werden Euch einholen, das ist einmal so. Ist ja keine Frage.

Wenn sich jetzt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter herstellt und sagt, ich denke jetzt ein bisschen anders, weil, jetzt habe ich gesehen, dass die Frau Michaela Resetar doch nicht so schlecht gearbeitet hat. Jetzt kommt er drauf, in einer Opposition hat er sich das nicht angeschaut, was die geleistet hat?

Sie hat auch etwas geleistet, gar keine Diskussion, und sehr positive „Gschichterln“, aber nicht alles ist halt zum Befürworten gewesen, was die Opposition gesehen hat. Oder, wo die Frau Resetar gar nicht können hat, weil ihr der Herr Landeshauptmann gesagt hat, njet, da tun wir nicht mit, da darfst du nicht mittun.

Jetzt ist es ein bisschen offener, jetzt ist es ein bisschen freier, das Spiel und ich hoffe, wir können das gemeinsam meistern, dass wir viele Punkte in diesem Land, viele Punkte in diesem Land wirklich umsetzen können, was auch die Opposition damals vorgeschlagen hat. *(Abg. Ilse Benkö: Da war die Ressortverteilung eine andere.)*

Das müssen wir uns anschauen. Das schauen wir uns gemeinsam an und sagen, das ist okay, das machen wir jetzt. Das können wir wirklich drehen, das können wir auch ändern. Daher mein Vorschlag, gleich mit einem Aufwischen den Präsident und den Vizepräsident weg und dann bin ich neugierig was die Bevölkerung dazu sagt. Die wird sagen, „wow“ da tut sich etwas, endlich einmal, da kommt was in Schwung. Da wird sich

keiner irgendwie wehtun, auch nicht bei den Sozialdemokraten, auch nicht von der Freiheitlichen Partei und von mir schon gar nicht.

Wir werden sagen, super da schau her, es bewegt sich doch was in diesem Land. Das wäre unser Ziel, dass man das einmal macht. Wenn ich denke wie es zugeht im Landesschulrat, möchte nur ein paar Punkte aufzeigen, bis jetzt weiß keine Pädagogin oder kein Pädagoge, es sind ja Pädagoginnen muss man ja sagen, es gibt ja fast keine männlichen Pädagogen mehr in der Neuen Mittelschule oder Volksschule, das ist ja auch interessant, dass sich das so entwickelt hat, aber soll so sein.

Wenn man jetzt fragt, weiß du schon in welcher Schule du unterrichten wirst in der nächsten Zeit? Das weiß ich nicht, warum weiß ich das nicht? Dann komme ich drauf, und jetzt rede ich wieder von Deutschkreutz, weil ich dort die Verantwortung trage, liebe Freunde von der Grünen Fraktion, weil ich auch dort Verwalter der Schule bin und Erhalter der Schule, muss ich mich damit auseinandersetzen, weil ich schauen muss, wer macht Nachmittagsbetreuung?

Oder wird jetzt eine Pädagogin abgezogen, die einen Job bekommt endlich in Lockenhaus oder was weiß der Teufel. Nein, bei mir sitzt jemand, die gestern fertig geworden ist oder vor ein paar Monaten und kommt nach Deutschkreutz. Viele DeutschkreutzerInnen die schon lange auf einen Job warten, bekommen ihn nicht, wissen gar nicht wo sie hin können.

Das verstehe ich nicht und auch dort gehört der Hebel angesetzt und das wissen Sie als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr wohl und da muss ich dazu stehen. Das tut oft weh, dass ich sage, liebe Freunde da stimmt etwas nicht und rufen Sie an im Landesschulrat, die werden Ihnen das sagen können.

Wissen Sie was der sagt, das geht Sie gar nichts an, Herr Bürgermeister, das ist unsere Sache. Das will ich ändern, denn wir erhalten diese Schule, das kostet viel Geld. Viele finanziellen Mitteln werden aufgestellt, aber das Personal oder die Pädagoginnen und Pädagogen wollen ja endlich wissen, wo muss ich mich hin richten, in welche Schule komme ich und nicht am letzten Tag noch vielleicht geschwind noch in Lockenhaus zu sein oder in Mannersdorf zu sein oder in Deutschkreutz zu sein oder in Horitschon zu sein.

Ich spreche jetzt aus Erfahrung aus unserem Bezirk. Das muss man auch in Angriff nehmen. Herr Landeshauptmann, volle Unterstützung von mir, dass man sich das anschaut, dass man das gemeinsam macht, weil das einfach nicht mehr so geht.

Da gibt es Namen, die sich gemeldet haben schon seit Jahren, dass sie das machen wollen und kommen nicht zum Zug, vielleicht weil eine „Kölly Tanja“ heißt. Das ist auch eine Möglichkeit, ich sage das mit dieser Deutlichkeit was da passiert. Die wartet schon lange, hat alle Ausbildungen und ist in Wien und hat keine Chance herunter zu kommen.

Das sind die Dinge, die wir angehen wollen, wo man gemeinsam sagt, das kann es ja nicht geben, dass ich nur wegen dem Parteibuch den Job bekomme oder nicht. Die kommt gerade aus der Ausbildung, hat sofort einen Job in Deutschkreutz, das muss man sich einmal vorstellen und die andere fährt von Rattersdorf herauf, die andere ist eine Deutschkreutzerin muss nach Wien fahren.

Wo ist die ökonomische Denkungsweise von unseren Herren dort drüben, oder von der Regierung? Das will ich Euch ans Herz legen, das kann es ja nicht sein. Daher - mir ist das egal ob das ein Roter, Schwarzer, Grüner oder was weiß ich was ist. Er muss ja seine Qualität sowieso haben, weil, anders geht es ja nicht. Er ist ausgebildet, er muss

dauernd Kurse machen, er muss sich weiter bilden. Daher klar und deutlich, wenn ein Antrag heute oder irgendwann hinein kommt, dass man beide gleich abschaffen soll, bin ich sofort dafür und dann kann man Zeichen setzen für die Bevölkerung.

Herr Kollege Geza Molnár, Sie müssen ein bisschen zuhören immer wieder, denn Sie gerade – Sie hören mir wahrscheinlich wieder nicht zu - solche Dinge die der Herr Ex-Landtagspräsident gesagt hat, da muss man schon aufpassen, wie man damit umgeht und was man sagt. Auch Ihr solltet Verantwortung auch als Bürgermeister oder Vizebürgermeister haben, wo man sich wirklich Gedanken machen muss. Mehr sage ich jetzt nicht mehr dazu und viele Dinge gehören einfach in der Zukunft anders angegangen.

Da wünsche ich mir, dass die neue Regierung ein offenes Ohr hat, da wünsche ich mir, dass man viele Dinge anspricht, aber nicht jetzt einzelne heraus pickt und dann wieder sagt, das ist ein Schwarzer, den schiebe ich auf die Seite und bei den ganzen Verbänden und den ganzen Situationen, die wir derzeit noch immer haben, denkt keiner nach.

Geht in die Verbände hinein, wie dort besetzt ist. Geht dort hinein und schaut, was sich dort abspielt und dann können wir darüber diskutieren wie man den weiteren Weg geht. Proporz ist abgeschafft, aber nur im Land. Proporz ist in Gemeinden nicht abgeschafft, Proporz ist in den Verbänden nicht abgeschafft, da sagt man einfach das sind Gemeindeverbände.

Ja, Gemeindeverbände hin oder her. Dort hat man noch immer diese Proporzbesetzung und das muss man auch in Angriff nehmen und genauso wie hier einfach einmal sagen, qualifizierte Leute sollen ihren Job haben, sollen gut bezahlt werden, das muss man auch dazu sagen, dann werden sie auch ihre Leistung bringen.

In diesem Sinne denke ich, werde ich diesem Antrag natürlich nicht so zustimmen können wie er da vorliegt. Danke

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich darf ersuchen bei allen Wortmeldungen die Würde des Hauses *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe mich entschuldigt.)* zu achten.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Ich erteile sie ihm.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Geschätzte Kollegen, Kolleginnen! Liebe Gäste auf den Zuschauerrängen! Es geht um einen Sammelantrag mit sage und schreibe 16 verschiedenen Gesetzespunkten, die mehr oder weniger miteinander zu tun haben.

Meiner Meinung nach, unserer Meinung nach, ist dieser Sammelantrag in mehrfacher Hinsicht fragwürdig und undemokratisch. Ich habe mein Unverständnis über diesen Antrag betreffend des Wirtschaftsförderungsgesetzes zum Beispiel bereits im Ausschuss kundgetan. Ich verstehe nicht, was manche Punkte in diesem Sammelantrag zu suchen haben. Auch des Abfallwirtschaftsbeirates zum Beispiel, die Abschaffung des Landesschulrats-Vizepräsidenten, passen eigentlich von der Thematik her nicht in den Sammler.

Gesetzesänderungen machen schon Sinn, wenn man sie sammelt, wenn sie sehr ähnlich sind. Das betrifft ja viele Punkte aber nicht alle. Selbst wenn manche Gesetze hier eben eine Gemeinsamkeit haben, dann sind sie trotzdem noch fragwürdig, denn es geht eigentlich um eine Umfärberei.

Manfred Kölly hat es kurz angesprochen. Da werden vor allem in erster Linie die diversen Beiräte umgefärbt, der Landtag nicht wie früher nur theoretisch sondern sogar praktisch ausgeschlossen. Die Regierung ändert die Zusammensetzung einfach wie es ihr passt und macht damit Beratung, Kontrolle und Transparenz schwierig bis unmöglich.

Andere Beiräte werden gänzlich aufgelöst. Die Begründung war im Ausschuss - sie haben in der Praxis nicht getagt, interessantes Argument. Ähnliches geschieht beim Landesschulrat. Entgegen der eigenen Forderung im Regierungsübereinkommen Zitat: „Das Regierungsübereinkommen fordert eine moderne Bildungsdirektion mit schlanken Strukturen an Stelle des Landesschulrates (nur mehr ein Bildungsdirektor).“ Das steht so im Regierungsübereinkommen. Was machen wir heute? Wir schaffen den logischerweise schwarzen Vizepräsidenten ab. Wozu schreibt Ihr Euch ein Regierungsübereinkommen, wenn Ihr es dann nicht einhaltet?

Der Raumplanungsbeirat glaube ich, ist ein sehr wichtiger Beirat. Auch hier, alle die hier sitzen sind von *(Abg. Ilse Benkö: Step by Step.) den* burgenländischen Wählern und Wählerinnen gewählt und haben ein Recht in den Beiräten zu sitzen. Im Übrigen bin ich drauf gekommen, dass der Raumplanungsbeirat zweimal im Gesetz mit Paragraf 6 angesprochen wird.

Sammelanträge mögen schon Sinn machen, in dem Fall machen sie eindeutig keinen Sinn. Wir werden deshalb den Antrag auf getrennte Abstimmung fordern, vor allem auch deswegen, weil uns sonst ja die Möglichkeit genommen wird, bei einem Antrag zuzustimmen und beim anderen Antrag nicht zuzustimmen.

16 auf einmal ist zu viel, vor allem wenn die Anträge teilweise genau null miteinander zu tun haben. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein paar Worte zur schwer an „Abwahl-Fieber“ leidenden Ex-Landesrätin. Wenn Sie sich daher stellen und … (*Abg. Maga. Michaela Resetar: Was? An was, ich habe es nicht verstanden?)* An „Abwahl-Fieber“ leiden Sie scheinbar. *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Abwahl? – Abg. Doris Prohaska: Fieber.)*

Wenn Sie sich daher stellen und sich als Retterin einer Polizeiinspektion präsentieren wollen, dann muss ich Ihnen schon eines sagen, Sie gehören jener Partei an, die seit 15 Jahren eine Polizeiinspektion nach der anderen, speziell im grenznahen Raum, zusperren. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und GRÜNE)*

Dass es heute möglich ist *(Abg. Mag. Franz Steindl: Da war Rot und Blau genauso dabei, in unterschiedlichen Konstellationen.)* dass es heute *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das muss man auch sagen.)* sogar möglich ist, mit Traktoren aus Garagen heraus zu fahren, ohne dass ein Polizist auch nur am Horizont irgendwo erscheint.

Also da sich herzustellen und zu sagen, ich habe eine Polizeiinspektion gerettet, dann müssen Sie aber konsequenterweise dazu sagen, 400 andere haben wir zugesperrt. Da darf wirklich gelacht werden. Das ist ein Wahnsinn. *(Abg. Walter Temmel: Ihr ward auch dabei.)*

Zur Tagesordnung: Der Antrag, den der Kollege nicht ganz versteht, da von den Grünen. Wenn Sie das lesen und feststellen, dass es um die Beiräte geht, dann werden Sie auch verstehen, warum da Gesetze sind, wo Sie glauben die passen nicht dazu.

Durch die Abschaffung des Proporzsystems ist es nun endlich auch möglich Verschlankungen in der Verwaltung herbeizuführen, die schon längst überfällig in gewissen Bereichen sind. Gemeinsam mit der SPÖ haben wir nun endlich den ersten Schritt in die richtige Richtung gesetzt.

Durch Abschaffung des Landesschulrats-Vizepräsidenten, wo Sie glauben dass *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist keine Verschlankung.)* das nicht mit dem Regierungsübereinkommen in Einklang zu bringen ist - kann ich Ihnen sagen, das ist nur der erste Schritt. *(Abg. Walter Temmel: Den Präsidenten auch gleich.)*

Sie werden uns vielleicht ein bisschen Zeit geben müssen und dann wird diese Bildungsdirektion Wirklichkeit sein. Durch die Abschaffung des Landesschulrats-Vizepräsidenten können Einsparungen von 125.000 Euro pro Jahr getroffen werden, die sich natürlich langfristig auswirken werden.

Auch wenn der eine oder andere meint, dass das nicht sehr viel Geld ist, möchte ich nur darauf hinweisen, dass solche Beträge sehr wohl sehr viel Geld sind, weil man sie für andere Dinge wesentlich besser und effizienter einsetzen kann.

Vor allen Dingen einen Posten zu erhalten wie den Vizepräsidenten, der wie letztens gemeint war, eine Kontrollfunktion hat, da lachen auch die Hühner. Er darf zuhören, ist aber bei der Sitzung nicht stimmberechtigt, was der kontrolliert das tut mir auch weh.

Es soll in Zukunft auch möglich sein, gezielt parteiunabhängige Spezialisten und Experten miteinzubinden. Ein weiterer Effekt ist die schnellere Bearbeitung und Förderung der Genehmigungen. Die Tatsache, dass ein Beirat nur alle paar Jahre einmal tagt, ist ein Zeichen dafür, dass hier keine Relevanz mehr besteht und man muss hier wirklich die Notwendigkeit hinterfragen, auch die Tatsache, dass der Landesschulrats-Vize keine Kompetenzen hatte und schon gar keine Kontrollfunktion hier gegeben ist.

So ganz nebenbei sind, wenn Sie von der Abschaffung oder von der Umfärbelung geredet haben, so ganz nebenbei sind in sieben von elf Beiräten neben den Regierungsparteien auch die ÖVP vertreten. Also ist immerhin die stärkste Oppositionspartei, zumindest mittelbar über diverse Verbände, Kammern und Institutionen, also von einer Umfärbelung überhaupt keine Rede. *(Heiterkeit bei der ÖVP)*

Also von einer Ausschaltung der Opposition kann hier ebenfalls keine Rede sein. Hier geht es eindeutig um die Fortführung des eingeschlagenen Weges, nämlich der Abschaffung des Proporzes auf allen Ebenen und den haben wir nicht beschlossen, das kann ich Ihnen auch sagen.

Ein Proporz der im Übrigen nicht von uns sondern von der Vorgängerregierung abgeschafft worden ist und jetzt seine Fortführung findet.

Also im Großen und Ganzen ist die Aufregung nicht nachvollziehbar, die da über diese Änderung der Gesetze herrscht, weil es nur um relativ kleine Änderungen geht und es kann nicht sein, dass man den Proporz in der Regierung zwar abschafft aber in den Gesetzen lässt man ihn weiterhin bestehen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Jetzt ist zu Wort gemeldet Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht eine kurze Replik auf das Gesagte. Kollege Kovasits, Sie haben angemerkt, die letzten 15 Jahre gäbe es Einsparungen bei der Polizei oder vormals schon Gendarmerie und Schließungen von Posten.

Da muss man schon bei der Wahrheit bleiben, dass in dieser Zeit, wenn Sie die ansprechen, Vertreter der FPÖ, Vertreter der SPÖ und Vertreter der ÖVP diese Bundesregierungen gestellt haben. Dass es hier mehrere und meines Wissens keine einzige Welle ohne die Beteiligung einer der drei genannten Parteien gegeben hat, wo man aus unterschiedlichsten Gründen heraus, Polizeiposten geschlossen hat. Tatsache ist, dass hier wohl keine Partei behaupten könnte, sie wäre nicht beteiligt gewesen. *(Beifall bei der ÖVP)* Also die letzten 15 Jahre, das möchte ich nur ganz sachlich anmerken, ohne hier polemisch zu wirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die ÖVP-Fraktion wird einen Abänderungsantrag zum vorliegenden Bericht des Ausschusses einbringen. Wo wir einerseits alle Änderungen, die hier im Beiratswesen getätigt werden, aus dem Gesetzestext nehmen, aber, die Abschaffung des Amtsführenden Präsidenten des Burgenländischen Landesschulrates hinzufügen. Warum ist dieser Abänderungsantrag aus unserer Sicht notwendig?

Ich gebe offen zu, dass es genügend Beiräte und Institutionen gibt, denen ich auch selber angehört habe, wo man die Zweckmäßigkeit, den Bestand und die Zusammenstellung durchaus diskutieren kann. Wenn ich die Einladung des Landeshauptmannes und des Landeshauptmann-Stellvertreters ernst nehmen darf, wo in der Regierungserklärung gesagt wurde, man will Ideen aufgreifen, man will gemeinsam diskutieren und die eine oder andere Idee auch gemeinsam umsetzen.

Dann sehen Sie diesen heutigen Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion als Annahme dieser Einladung, wo wir darüber diskutieren werden, welche Beiräte notwendig sind, welche vielleicht gänzlich abschaffbar sind und wie die Zusammensetzung dieser Beiräte aussehen soll.

Tatsache ist aber, ich möchte hier nicht belehrend wirken, aber Sie haben gesagt, der Regierungsproporz wurde abgeschafft und dementsprechend schaffen wir jetzt auch in den Beiräten und Institutionen den Regierungsproporz ab. Wir führen den Regierungsproporz dort ein. Bisher war bei den meisten Beiräten ja abgestellt auf die Mehrheit in den Landtagen, in den Landtagsfraktionen. Jetzt ist nur mehr abgestellt auf die Regierung. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)* Das ist Proporz, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind ja nicht so blauäugig, würde ich jetzt schon fast sagen, dass wir nicht die Intension dahinter verstehen. Natürlich will man seine Gefolgschaft. Natürlich will man seine Vertrauensleute in diesen Beiräten positionieren. Aber ich denke, gerade wenn man die Schlagkraft vorher angesprochen hat, dann hat sich niemand noch vom Jugendbeirat oder vom Seniorenbeirat oder anderen Institutionen fürchten müssen, als Regierungsmitglied.

Im Gegenteil, ich glaube in den meisten Beiräten wurde überfraktionell gut zusammengearbeitet und das eine oder andere eingebracht, was vielleicht von Regierungsseiten nicht gewünscht war, aber dann doch zu einem positiven Erfolg gebracht hat. Diese Informationsverweigerung, diese politische Säuberungsaktion lehnen wir entschieden ab! *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Ein klares Wort zum Amtsführenden Präsidenten und zum Vizepräsidenten des Landesschulrates. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion ist nicht neu. In anderen Bundesländern wie in Tirol und Vorarlberg ist völlig klar, dass es keiner der beiden Institutionen braucht, weil ein Mitglied der Landesregierung diese Agenden mitübernimmt.

Auch das könnten wir uns für das Burgenland vorstellen. Das wäre möglich, da braucht es vielleicht die eine oder andere personelle Verstärkung im Büro des Herrn Landeshauptmannes. Aber ansonsten wäre das sofort umsetzbar.

Wir würden uns sofort die politische Kontrolle aber auch die politische Einflussnahme durch die Einsetzung eines Amtsführenden Präsidenten ersparen. Wenn man einsparen will, wenn man offen und ehrlich sagt, politische Kontrolle weg, Vizepräsident, aber auch politische Einflussnahme weg, Präsident, dann gehen wir konsequent den gemeinsamen Weg. Stimmen Sie heute für unseren Abänderungsantrag und für ein neues Verteilen der politischen Kontrolle und Macht in diesem Land! *(Beifall bei der ÖVP)*

Ganz kurz ein Rechenbeispiel. Ich habe in der letzten Landtagsperiode öfters darauf Bezug genommen, all Jene die neu sind, denen sage ich es auch gerne heute. Ich war ein miserabler Mathematiker und habe bis heute nicht die Liebe zu den Zahlen entdeckt. Nur ist es ganz spannend, wie da sehr willkürlich hantiert wird.

Steht noch im Vorblatt des eingebrachten Gesetzestextes, dass man sich rund 125.000 Euro im Jahr ersparen kann, dann sind es aus unserer Sicht natürlich eingerechnet mit dem Herrn Präsidenten, mit seiner Entourage, mit seinem Dienstwagen und allen anderen Annehmlichkeiten, die seine Funktion mit sich bringt, wohl rund 300 bis 400.000 Euro in einem Jahr.

Vielleicht sogar mehr, ich werde das in Form einer schriftlichen Anfrage auch erfragen. Muss ehrlich zugeben, ich bin als Mandatar nicht in der Lage zu wissen, welche Ausstattung und welches Personal hier mit einzurechnen ist. Das ergibt für mich 400.000, 500.000 im Jahr. Auf fünf Jahre 2,5 Millionen Euro von denen wir reden. Bis zur Einführung eines Bildungsdirektors, wo man ja noch nicht weiß, welche Gehaltsstufe der erhalten wird, denke ich, könnten wir diese Sofortmaßnahme jetzt treffen und ohne einen Verlust an Qualität, wie gesagt, das könnte alles in die Agenden des Herrn Landeshauptmannes kommen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages verpflichtet mich jetzt zu einer äußerst umfangreichen Leseübung zu kommen. Ich werde nämlich diesen Abänderungsantrag nun verlesen.

Frau Präsidentin!

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP) *(fortsetzend)*: Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen zum Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 3), mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische

Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden (Zahl 21 - 3) (Beilage 12), betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden soll.

Der Landtag hat – teilweise in Ausführung der Grundsatzbestimmungen des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGBl. Nr. 214/1962, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 38/2015, - beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Burgenländischen Schulaufsichtsgesetzes

Das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz, LGBl. Nr. 5/1964, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 32/2014 wird wie folgt geändert:

1. *§ 3 entfällt.*
2. *§ 11 Abs. 1 entfällt.*
3. *§ 11 Abs. 3 entfällt.*
4. *Nach § 11 wird folgender § 11a eingefügt:*

„§ 11a
Übergangsbestimmung

§ 11 Abs. 2 gilt für Personen, die vor dem Inkrafttreten der Novelle LGBl. Nr.xx/20xx die Funktion des Amtsführenden Präsidenten und des Vizepräsidenten ausgeübt haben, sinngemäß.“

5. *Dem § 12 wird folgender Abs. 3 angefügt:*
   „(3) § 11a in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft; § 3, § 11 Abs. 1 und 3 treten auf Grund des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx mit dem der Kundmachung folgenden Tag außer Kraft.“

Artikel 2

Änderung des Burgenländischen Landesbezügegesetzes

Das Gesetz über die Bezüge der obersten Organe des Landes Burgenland (Burgenländisches Landesbezügegesetz – Bgld. LBG), LGBl. Nr. 12/1998, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 64/2014, wird wie folgt geändert:

1. *In § 1 Abs. 1 entfällt die Wortfolge* „dem Amtsführenden Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Landesschulrates für Burgenland“.
2. *§ 3 Abs. 1 Z 6, Z 11 und Z 13 entfallen.*
3. *In § 4 Abs. 1 entfällt die Wortfolge* „- beim Amtsführenden Präsidenten und beim Vizepräsidenten des Landesschulrates mit dem Tag der Bestellung - “.
4. *In § 10 Abs. 1 Z 3 entfällt die Wortfolge* „des Amtsführenden Präsidenten und Vizepräsidenten des Landesschulrates sowie“.
5. *Dem § 18 wird folgender Abs. 9 angefügt:*

„(9) § 1 Abs. 1, § 4 Abs. 1 und § 10 Abs. 1 Z 3 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft; § 3 Abs. 1 Z 6, Z 11 und Z 13 tritt auf Grund des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx mit dem der Kundmachung folgenden Tag außer Kraft.“

Auf die Verlesung des Vorblattes, wurde mir versichert, darf ich verzichten. Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich darf Dir diesen Abänderungsantrag übergeben.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP) *(fortsetzend)*: Abschließend, nehmen wir die Einladung zur gemeinsamen Beratung und zur Diskussion gerne an. Der eingebrachte Gesetzesantrag von FPÖ und SPÖ war keine Einladung, das war ein Drüberfahren in gelernter Manier. Ich denke vor allem die Fraktion der FPÖ hat das sehr oft bedauert, hat sehr oft auch gemeinsam mit uns in einer Zeit, wo die absolute Mehrheit in diesem Land durch die SPÖ geherrscht hat, das gemeinsam auch bekämpft.

Das möchte ich hier zu Protokoll geben. Offensichtlich ist diese Zeit wieder eingekehrt. Eine SPÖ-Alleinregierung nur mit blauer Duldung. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Absatz 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Robert Hergovich. Ich bitte um Ihr Wort.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Burgenländische Landtag hat, ich glaube sogar einstimmig, den Proporz hier im Hohen Haus abgeschafft. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein!)* Dann mehrheitlich abgeschafft. Heute liegt eine Sammelnovelle dem Hohen Landtag vor, mit einem Ziel, nämlich auch diese Proporzabschaffung bei den Beiräten weiterzuführen. *(Abg. Walter Temmel: einzuführen!)*

Dazu haben wir die bestehenden Strukturen durchforstet und geschaut, was ist noch zeitgemäß, was nicht. Wir haben ein Ziel, nämlich die Gremien schlanker, sparsamer und effizienter zu machen. Heute gibt es unterschiedliche Interpretationen dazu. Da wird plötzlich davon gesprochen, dass jetzt der Proporz plötzlich eingeführt wird. Aber Sie wissen, Herr Kollege, dass, ich weiß, dass Sie das wissen, dass der Proporz, und Sie wissen, was der Proporz ist, aufgrund der Stärke im Landtag vertretenen Parteien entsendet werden.

Nicht jener mit der Regierung. Also lassen Sie schon die Kirche im Dorf. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)* Ich weiß schon, was Sie wollen. Es ist ein Ablenkungsmanöver. Aber das wird Ihnen nicht gelingen.

Ich habe heute auch gehört, auch sehr interessant, dass damit Kontrollfunktionen abgeschafft werden würden. Nur, Frau Kollegin Petrik, das sehe ich Ihnen natürlich nach, Sie sind neu im Hohen Haus und können nicht alles wissen. Aber der Kollege Spitzmüller, der war fünf Jahr hier im Hohen Haus anwesend und er sollte eigentlich schon wissen, dass Beiräte keine Kontrollfunktion haben. Sondern Beiräte ausschließlich beratende Organe für die Landesregierungsmitglieder sind. Nicht mehr und nicht weniger.

Also hier davon zu sprechen, dass Kontrollfunktionen abgeschafft werden, das ist entweder etwas was man bewusst macht, oder was man wirklich nicht weiß, beides ist nicht gut. Ja, Beiräte sind historisch zum Teil gewachsen und konnten die laufenden Entwicklungen manchmal nicht mithalten. Das haben wir angeschaut. Darüber hinaus schlummert weiterhin der Proporz in vielen Beiräten, und das wollen wir ja alle verändern. Das Ziel ist klar, mehr Demokratie und Transparenz, auch beim Bestellungsrecht, das war auch unterschiedlich geregelt. Jetzt wird es so sein, dass die Parteien dorthin entsenden. Davor gab es ein Mischverhältnis zwischen den Klubs und den Parteien. Der maßgebliche Schlüssel ist natürlich das Stärkeverhältnis in der Landesregierung, ist klar.

Das bedeutet generell für die Beiratsbesetzung die Abschaffung des Proporzsystems. Auch hier jetzt bei den Beiräten. Die gezielte Einbindung der unabhängigen Experten und Expertinnen sowie der Zivilgesellschaft. Wir wollen jedenfalls schneller werden und dabei auch kürzere Wartezeiten erreichen. Im Arbeitnehmerförderungsbeirat beispielsweise war das auch schon in der letzten Legislaturperiode umgesetzt. Jetzt folgt die Modifizierung der weiteren Beiräte, nicht mehr, nicht weniger.

Wenn ein Beirat nur alle paar Jahre hin und wieder tagt, und dort wird nur berichtet, da muss man schon die Existenzberechtigung hinterfragen. Daher haben wir Karteileichen, die eigentlich nur Verwaltungsaufwand und dergleichen betrieben haben, auch besprochen, und das ist auch kein Tabu mehr. Daher werden sich der Energiebeirat, der Abfallwirtschaftsbeirat und der Musikbeirat sich nicht mehr wiederfinden.

Die Änderung im Schulaufsichtsgesetz, das ist ein Signal, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Sparsamkeit die diese Regierung auch entsendet. Da wollen wir auch an Taten gemessen werden. Es ist interessant, wenn wir sagen wir machen dies oder jenes. Dann heißt es, ja schauen wir uns einmal an was ihr macht.

Jetzt machen wir es, das wird auch kritisiert, also das ist auch auffällig und hier sollte man schon auch Farbe bekennen. Denn Sie wissen, es gibt ausschließlich in fünf Bundesländern die Verpflichtung des Vizepräsidenten auch durchzuführen und zu haben. Wir haben uns diesen Luxus im Burgenland immer geleistet. Der Landesschulratsvize ist ein klassischer Proporzposten der heute auch abgeschafft wird.

Wir wollen eine moderne Bildungsdirektion. Die Abschaffung des Vizepräsidenten ist der erste Schritt, viele weitere werden noch folgen. Wir sparen, und das ist heute auch schon einige Male diskutiert worden, wir sparen damit 625.000 Euro in dieser Legislaturperiode ein und das ist wichtig. Dieses Geld soll ins Klassenzimmer anstatt in die Verwaltung fließen und das ist, so glaube ich, wichtig für unsere Schülerinnen und Schüler.

Die Änderung des Wirtschaftsförderungsgesetzes, das ist relativ schnell diskutiert, hier wird WiBAG durch WiBuG ersetzt. Damit passen wir an die beschlossene Änderung im Feber 2015 an und außerdem wird die Förderkommission von sechs auf fünf Personen verkleinert, da die Zuständigkeit Tourismus und Wirtschaft bei einem Regierungsmitglied nunmehr zusammengefasst ist.

Ja, es ist schon interessant, dass hier plötzlich der Vizepräsident als Kontrollfunktion skizziert wird, denn das ist keine Kontrollfunktion. Das ist ein Proporzposten! Denn wäre es eine Kontrollfunktion, dann hätte es nie die ÖVP haben dürfen, sondern müsste er ja der größten und stärksten Oppositionspartei im Landtag zustehen.

Also ich glaube, da entlarven Sie sich schon ein wenig selber *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)* Es hat überhaupt den Anschein, wenn es um Macht und Kontrolle und Auslegung von Kontroll- und Proporzsystemen geht, dann ist es so, dass die ÖVP immer schaut wo nutzt es mir, wo schadet es mir und so wird Macht und Kontrolle ausgelegt, das ist kein guter Stil.

Ich finde, dass das nicht gut ist. Auch die Abschaffung des Präsidenten ist ja heute nur ein Ablenkungsmanöver zu dieser Novelle, *(Abg. Walter Temmel: Das ist ernst gemeint!)* denn Sie würden ja damit den Landesschulrat ins absolute Chaos stürzen, Herr Kollege Sagartz. Sie würden den Landesschulrat in ein absolutes Chaos stürzen. Wie würde es im September funktionieren, wenn plötzlich der Präsident abgeschafft wird?

(Zwischenrufe aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten) Also ich glaube, wir brauchen kein Chaos, wir brauchen Stabilität für unsere Pädagoginnen und Pädagogen, wir brauchen Stabilität für unsere Schülerinnen und Schüler und das ist auch wichtig. *(Abg. Mag.[a] Michaela Resetar: Wie in Tirol und Vorarlberg!)*

Wir werden daher dieser Sammelnovelle zu mehr Sparsamkeit, zu mehr Effizienz, zu mehr Transparenz und Demokratie sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Ich bitte um Ihr Wort, sehr geschätzter Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich darf vielleicht zu einigen Fragen, die hier gestellt wurden, oder Ausführungen Stellung nehmen. Es wurde unter anderem gesagt, die Lehrer wissen nicht, wo sie am Schulanfang unterrichten.

Ich darf dazu sagen, dass wir 4.300 Lehrer im Burgenland haben. Dass 99 Prozent natürlich wissen wo sie unterrichten, dass ein Prozent das wahrscheinlich nicht weiß. Warum nicht weiß? Weil wir damit jedes Jahr im Sommer konfrontiert sind, dass Pädagoginnen und Pädagogen zum Beispiel sagen, dass sie in den Ruhestand treten.

Dann gibt es wieder Veränderungen, Versetzungen, Neueinstellungen und es geht eben in diese Richtung. Der zweite Punkt ist, dass es natürlich auch über den Sommer passieren kann, dass es eine Schwangerschaftsmeldung gibt, dass wieder eine Kollegin ausfällt, dass das wieder mit Versetzungen zu tun hat, oder dass es Langzeitkrankenstände gibt.

Das sind die drei Indikatoren, wie gesagt, von den 4.300 Lehrern wissen es 99 Prozent, ein Prozent nicht und das hängt damit zusammen, dass es Langzeitkrankenstände, Pensionierungen und Ähnliches gibt.

Der zweite Punkt ist die Bildungsdirektion. Ja, das ist richtig, das steht im Koalitionsübereinkommen und wir haben wieder einen sehr großen Schritt zu modernen Verwaltungsstrukturen gemacht, denn sobald der Bund die Bundesgesetze ändert, wird es bei uns sofort die Bildungsdirektion mit einem Bildungsdirektor geben. Es muss einen Verantwortlichen in jedem Bereich geben, denn umgekehrt könnte ich ja genauso sagen, schaffen wir alle Abteilungsvorstände in der Landesregierung ab, dann ist keiner für die Abteilung verantwortlich.

Also, das ist der Grund, warum wir noch den Präsidenten des Landesschulrates haben. Wir wollen eine Bildungsdirektion und in dieser Bildungsdirektion soll nicht nur der Landeschulrat sein, sondern dort drinnen sollen natürlich auch die Kompetenz und die Zuständigkeit für die Fachhochschulen sein, für die Kindergärten sein, für den gesamten Bildungsbereich.

Wie wir das als Vorstufe im Ressort schon gemacht haben, soll es dann verwaltungstechnisch ebenfalls erfolgen und dann heißt der Landesschulratspräsident nicht Präsident, sondern Bildungsdirektor und hat für den gesamten Bildungsbereich natürlich die operative Verantwortung. Damit haben wir durch das Zusammenfassen die modernsten Strukturen im Bildungsbereich in Österreich geschaffen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Ich muss auch auf das Aufgabengebiet eingehen, was vielleicht auch nicht allgemein bekannt ist. Der Präsident des Landesschulrates - wahrscheinlich werden Sie

es wissen - wie viele Aufgaben er hat. Ich darf es trotzdem noch einmal erwähnen. Wir haben im Burgenland immerhin 267 Schulen. 267 Schulen, ich habe es schon gesagt, 4.361 Lehrer und 31.831 Schüler.

Also insofern ein großes Aufgabengebiet. Da sind die Professoren der Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschule und so weiter nicht dabei, das Ganze kommt natürlich noch dazu. Die KindergartenpädagogInnen sind nicht dabei, dort haben wir auch über 1.000, 1.068 KindergartenpädagogInnen. Das alles soll in die Bildungsdirektion reinkommen und der Bildungsdirektor wäre dann dafür zuständig. Nachdem wir die Bildungsdirektion nicht haben, vom Gesetz her nicht haben müssen, mache ich die Verantwortlichkeit vom Kindergarten bis zur FH und PH und der Präsident des Landesschulrates ist für diese 4.300 Lehrer zuständig und eben für 267 Schulen.

Das ist ein großer Verantwortungsbereich, wo er verantwortlich ist. Sagen Sie mir eine Abteilung mit 4.300 Mitarbeitern, mit 31.000 Schulen und 267 Schulen, die keinen Verantwortlichen haben.

Das geht praktisch nicht und wenn Sie sagen, ja, in Tirol und Vorarlberg gibt es auch einen politisch Verantwortlichen. Stimmt schon, dann mache ich nur den Landesschulrat und nicht die FH, die PH, den Kindergarten, den gesamten Bildungsbereich und noch vier, fünf andere Schwerpunkte im gesamten Politikbereich des Burgenlandes.

Wir setzen auf Qualität, da brauchen wir auch unseren Präsidenten des Landesschulrates oder Bildungsdirektor. Wir sind keine Verwalter, wie vielleicht andere Bundesländer, wir sind Gestalter und haben eine Vorreiterrolle und wollen die beste Qualität haben und dafür ist er auch verantwortlich. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Wenn wir von Einsparungen reden, da bin ich immer dafür, weil das Steuergeld sparsam, wirtschaftlich, zweckmäßig eingesetzt werden muss. Was haben wir getan? Da werden Sie auch kein einziges Bundesland in Österreich finden, das so effizient eingespart hat wie das im Burgenland der Fall ist. Was haben wir in der Vergangenheit eingespart? Der Landesschulrat hat 80 zugewiesene Verwaltungsplanstellen gehabt und jetzt gibt es um 19 weniger.

Das muss mir einmal ein Bundesland zeigen, wo im Verwaltungsbereich 22 Prozent eingespart wurden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 18 minus 19 ist minus 1!)* 80 minus 19 im Verwaltungsbereich und bei der Schulaufsicht 35 Prozent eingespart. Also ich bitte, schauen Sie nach im Internet, vergleichen Sie es mit anderen Bundesländern. Wir sind hier österreichweit die effizientesten.

Da bin ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort dankbar, dass das mitgetragen wird, dass wir die gute Qualität in diesem Bildungsbereich haben und dass wir weiter daran arbeiten. Der Präsident ist hier mit- und hauptverantwortlich, diese hohe Qualität mit schlanken Ressourcen auch zu haben.

Was haben wir noch eingespart? Drei Pflichtschulinspektorenplanstellen, vier Fachinspektorenplanstellen, eine Landesschulinspektionsplanstelle, den Wegfall von Bezirksschulräten, von neun Behörden haben wir auf vier Standorte gesetzt, auch das haben wir umgesetzt, also die Reduktion von sieben Bezirksschulinspektoren auf vier Pflichtschulinspektoren.

Ich glaube, dass diese Einsparungen nicht auf Kosten der Qualität gehen, sondern ganz einfach finanzielle Einsparungen im Verwaltungsbereich sind, weil wenn wir bei einer der nächsten Landtagssitzungen auch mitteilen, welche Ausgaben wir im Bildungsbereich machen.

Wir geben für den Landesschulrat, der Bundesbehörde ist, 2,7 Millionen Euro an finanziellen Zuweisungen und wenn man da 35 Prozent, 22 Prozent und so weiter einspart, dann kommt das unmittelbar natürlich auch dem Landesbudget zugute und trotzdem wird dort im Verwaltungsbereich diese hohe Qualität geliefert. Wenn wir jetzt sagen, wir sparen noch weiter ein, dann bin ich bei Ihnen, Frau Abgeordnete, wo Sie sagen, da muss man aufpassen, dass nicht zu viel eingespart wird. Da bin ich auch dagegen.

Ich muss aber zu Ihren Wortmeldungen auch dazusagen, dass die Fachhochschule auch für die Kindergärten Leistungen erbringt. Nicht nur in Form der Bildung und Ausbildung der sprachlichen Frühförderung, sondern, dass auch bei der Fachhochschule KindergartenpädagogInnen angestellt und von dort in die entsprechende Kindergärten zugewiesen werden.

Auch das sind die Synergien, die wir in diesem Bereich durch diese Vorstufe der Bildungsdirektion auch haben, nämlich Synergien zwischen Fachhochschule und Kindergartenpädagogik herzustellen. Die Qualität der Ausbildung, Weiterbildung der KindergartenpädagogInnen ist eine sehr, sehr gute, die auch gerne angenommen wird und wo wir diese Synergien durch den Zusammenschluss auch weiter nützen wollen und auf beste Qualität setzen.

Also insofern wird der Präsident des Landesschulrates diesen wirklich großen Betrieb, diesen großen Schulbetrieb, diesen großen Pädagogikbetrieb, mit 31.000 Schülerinnen und Schülern, mit 4.300 Lehrern in 267 Schulen gut führen, *(Abg. Manfred Kölly: Hat der keinen Vertreter?)* auf Qualität achten. Wir wollen die Nummer eins im Bildungsbereich in Österreich sein und da steht auch der Präsident dazu! *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich lasse zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Auf Grund des Verlangens der Landtagsabgeordneten Mag.[a] Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller gemäß § 70 Abs. 6 GeOLT auf getrennte Abstimmung lasse ich zunächst über den Antrag des Berichterstatters mit Ausnahme der Art.1, 2, 5, 7 und 15 des Sammelgesetzes abstimmen und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Christian Illedits erhebt sich zögernd, nimmt dann aber wieder seinen Platz ein. Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist die Minderheit, glaube ich! – Abg. Ing. Strommer: Das ist die Minderheit! – Abg. Walter Temmel: Minderheit! – Abg. Mag. Franz Steindl: Ist schon abgestimmt! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war zu wenig! Abgelehnt! Ist schon erledigt! Nächste Abstimmung. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten. – Abg. Robert Hergovich: Herr Kollege, wir wollen schon wissen, worum geht es jetzt genau! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein Abgeordneter hat zugestimmt, alle anderen sind sitzen geblieben! So ist es!)* Das stimmt ja nicht! *(Abg. Manfred Kölly: Ist schon erledigt der Fall! – Ing. Manfred Riegler: Das war zweifelhaft! Du kannst wiederholen lassen! – Abg. Robert Hergovich: Frau Präsidentin, kann man bitte wiederholen, was das Ansinnen war? Wir wollen einfach wissen, worum es geht! Frau Präsidentin, kann man bitte nochmals wiederholen? – Abg. Walter Temmel: Warum sollen*

wir wiederholen? – Ing. Manfred Riegler: Du kannst wiederholen, wenn es Dir zweifelhaft erscheint! – Abg. Doris Prohaska: Eine getrennte Abstimmung haben sie eingefordert! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Nur der Präsident ist aufgestanden! – Abg. Doris Prohaska: Eine getrennte Abstimmung haben sie eingefordert – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, aber sie hat ja schon abstimmen lassen! – Abg. Manfred Kölly: Das ist alles erledigt! – Abg. Robert Hergovich: Frau Präsidentin, kann man bitte nochmal wiederholen, was abgestimmt werden soll? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das ist schon erledigt. – Abg. Mag.[a] Michaela Resetar: Es ist schon abgestimmt. Das pickt. – Abg. Mag. Franz Steindl: Entschuldige, wir sind doch nicht in einem Kindergarten. – Abg. Robert Hergovich: Eben, weil wir nicht in einem Kindergarten sind. – Abg. Manfred Kölly: Auszeit!)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir wiederholen gemäß § 73 Abs. 2 diese Abstimmung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist das für ein Paragraph? Um was geht es da?)* Es geht hier um die Abstimmung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben gesagt, gemäß § 73 Abs. 2. Was ist das?)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Gemäß § 73 Abs. 2 GeOLT, Abstimmung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, was sagt dieser Paragraph? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Frau Präsidentin, es geht nur darum, dass wir jetzt nicht wissen, was im Paragraph 73 steht und ich glaube, dass es für alle erklärend wäre, wenn Sie die wichtige Passage kurz vorlesen. – Abg. Mag.[a] Regina Petrik: Jedem Abgeordneten steht es frei.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö:

„§ 73

Abstimmung

(1) Die Abstimmung erfolgt grundsätzlich durch Aufstehen und Sitzenbleiben, außer der Präsident des Landtages ordnet ausdrücklich die Abstimmung durch Handerheben an.

(2) Der Präsident des Landtages kann jedoch nach eigenem Ermessen von vornherein, oder wenn ihm das Ergebnis der Abstimmung“ – und das ist das Wesentliche – „zweifelhaft erscheint, die namentliche Abstimmung anordnen. *(Abg. Manfred Kölly: Im vornherein!)* Wenn mindestens sechs Landtagsabgeordnete vor Eingang in das Abstimmungsverfahren die Durchführung einer namentlichen Abstimmung verlangen, ist diesem Verlangen ohne weiteres stattzugeben.“ *(Abg. Manfred Kölly: Vor Eingang! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Heißt das dann, wir machen jetzt eine namentliche Abstimmung? - Abg. Robert Hergovich: Dann würde ich genau auf diesen Punkt hinweisen. - Abg. Manfred Kölly: Ich verstehe die Geschäftsordnung, im vornherein muss es diese Abstimmung werden. - Abg. Robert Hergovich: Schau, das ist genau das Problem, wir haben ja vorhin auch nichts verstanden.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Es war aber zweifelhaft, da es zwei Tatbestände gibt, und deshalb werden wir die Abstimmung wiederholen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Im § 73 steht das aber nicht drinnen, Frau Präsidentin, mit Verlaub. - Abg. Christian Illedits: Aber wenn es nicht klar ist, um was wir abstimmen. Das haben wir ja letztes Mal schon gemacht. - Zwiegespräche in den Reihen)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich unterbreche die Sitzung. Gemäß § 73 Abs. 2 werde ich dann eine namentliche Abstimmung durchführen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 34 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 59 Minuten wieder aufgenommen.)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Mag. Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Frau Präsidentin! Vor Unterbrechung der Sitzung haben Sie gesagt, dass aufgrund des § 73 GeOLT und insbesondere der Absätze 1 und 2 jetzt eine namentliche Abstimmung angeordnet wird.

Ich habe das jetzt nachgelesen und Sie selbst haben es ja selbst vorgelesen. Meinem Erachten nach ist das ja gar nicht möglich, weil vor der Abstimmung eben dieses Verlangen einlangen muss. Ich ersuche daher um eine kurze Erklärung, weshalb § 73 in dem Fall überhaupt zu tragen kommen sollte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Gibt es jetzt wieder eine Unterbrechung? - Abg. Mag. Sagartz, BA: Entschuldigung. Die Frage ist, warum der § 73 GeOLT?)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Es liegen zwei Tatbestände vor. Der erste Tatbestand war, dass für mich die Abstimmung eben zweifelhaft erschienen ist und für mich auch zweifelhaft war. Daher kann ich die namentliche Abstimmung anordnen. *(Abg. Mag. Sagartz, BA: Worin lagen also diese Zweifel? Im § 73 Abs. 2 GeOLT?)* Ja. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Worin genau lagen also diese Zweifel? - Allgemeine Unruhe - Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist das jetzt so ein Gefühl gewesen? - Abg. Mag. Franz Steindl: Wo sind die Zweifel?)*

Die Zweifel lagen für mich darin, dass das ein Antrag der Regierungsparteien war und dieser Antrag auch angenommen werden soll. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Das ist aber jetzt gut!)* Ich habe diese Zweifel gehabt und deshalb werden wir gemäß § 73 Abs. 2 GeOLT diese Vorgehensweise wählen. *(Allgemeine Unruhe - Ein Zwischenruf aus den Reihen der Opposition: Das ist doch keine Begründung!)*

Gemäß § 73 Abs. 2 GeOLT war, wie bereits erwähnt, für mich die vorige Abstimmung zweifelhaft. Ich ordne daher die namentliche Abstimmung an und ich ersuche zunächst die Bediensteten der Landtagsdirektion die Stimmzettel - versehen mit den Namen - auszuteilen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Ich weiß eigentlich noch immer nicht, um was es hier geht! - Die Stimmzettel werden den Abgeordneten ausgehändigt. - Abg. Manfred Kölly: Das ist aber sehr demokratisch! Wirklich. Ein gelber und ein weißer Zettel! Zwei verschiedene Größen auch noch! - Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Herr Kollege Kölly! Diese Abstimmung ist nicht geheim, sondern nur namentlich. *(Abg. Manfred Kölly: Ich hätte gerne den Namen - handgeschrieben - drauf stehen gehabt! Mit der Hand geschrieben! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich wiederhole somit folgende Abstimmung: Aufgrund des Verlangens der Landtagsabgeordneten Mag. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller gem. § 70 Abs. 6 GeOLT auf getrennte Abstimmung, lass ich zunächst über den Antrag des Berichterstatters mit Ausnahme der Artikel 1, 2, 5, 7 und 15 des Sammelgesetzes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, mit „Ja“ zu stimmen. -

Ich ersuche nun die Bediensteten der Landtagsdirektion die Stimmzettel bitte wieder einzusammeln. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Warum wird jetzt meiner auch eingesammelt? Die Frau Präsidentin hat gesagt, nur die, die mit „Ja“ stimmen. Was wollt Ihr denn jetzt? - Allgemeine Unruhe)*

Es werden selbstverständlich alle Stimmen eingesammelt. Bei der Abstimmung bitte ich um etwas Aufmerksamkeit. Ich habe gesagt: All jene, die mit „Ja“ stimmen wollen, sollen auch mit „Ja“ stimmen. Einzusammeln sind natürlich beide Zettel. Herzlichen Dank. *(Abg. Mag. Sagartz, BA: Es war keine bewusste Fehlinterpretation! Der Kollege hat es nicht gewusst. Das wird man ihm hoffentlich nicht vorwerfen, denn ich hätte es auch nicht gewusst! - Abg. Robert Hergovich: Wie ein Schelm ist … - Abg. Mag. Sagartz, BA: Wie bitte? Ich hätte gern gewusst, was Du jetzt gesagt hast! Na, Entschuldigung. Der Toni war sich jetzt nicht sicher. Der Kollege, der vor uns gestanden ist. - Allgemeine Unruhe - Abg. Mag. Thomas Steiner: So etwas habe ich auch noch nicht gesehen.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(nach vorgenommener Stimmenzählung)***:** Es wurden 20 „Ja“-Stimmen, 15 „Nein“-Stimmen und eine ungültige abgegeben. Der Antrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Wir gehen nun daher wieder in den normalen Abstimmungsprozess. Ich lasse nun über den Artikel 1 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse nunmehr über den Artikel 2 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Es folgt nun die Abstimmung über den Artikel 5 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse nunmehr über den Artikel 7 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse nunmehr über den Artikel 15 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsfördergesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden,

ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen. *(Abg. Manfred Kölly: Entschuldigung! Kurze Unterbrechung! Bei der ersten Abstimmung … - Abg. Gerhard Steier: Das geht so nicht! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Kollege Kölly! Wir befinden uns bei der Abstimmung. Sie haben die Möglichkeit … *(Abg. Manfred Kölly: Genau! Es geht um die Abstimmung! Bei der Zahl der abgegebenen Stimmen kann etwas nicht stimmen. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sag „Zur Geschäftsordnung“ und dann kannst reden. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Ich melde mich zur Geschäftsordnung!)*

Sie können sich bitte zur Geschäftsordnung melden. *(Allgemeine Unruhe)*

Herr Kollege Kölly! Erst nachdem wir abgestimmt haben.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass gesagt wurde, dass 20 „Ja“ Stimmen, 15 „Nein“ Stimmen und 1 ungültige abgegeben wurden. Aber ein Abgeordneter fehlt! Wie kann das sein? Hoppala! Wir sind nur 35! Das Ergebnis ergibt jedoch 36. Zählt doch einmal zusammen! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir werden das dann ohnehin revidieren!)* Das ist ja wirklich sehr interessant! Zählt doch einmal zusammen. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Mag. Thomas Steiner: 35 sind anwesend, aber 36 haben abgestimmt! Das werden wir uns sowieso anschauen!)* Genau! Erklärt mir das noch einmal: Wie geht denn das?

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Kollege Kölly! Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung. Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf - so wie soeben in zweiter Lesung beschlossen - auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsfördergesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landwirtschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Burgenländische Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Bgld. Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Herr Kollege Kölly! Sie können sich nun zur Geschäftsordnung melden.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Bevor man in eine Sitzung geht, sollte man sich vorbereiten. Auch ich muss mich in der Gemeinde vorbereiten. Auch dort können Fehler passieren.

Aber, das ist ja wirklich das Letzte. Ich weiß, dass die ganze Diskussion sehr komplex ist. Da bin ich bei den Grünen, die gesagt haben: Hallo, da müssen wir schon das eine oder andere extra abstimmen oder auch abstimmen lassen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Siehe da, es kommt tatsächlich zur Abstimmung, wie man es sich richten will. Zwei sind bei der ersten Abstimmung aufgestanden. Somit wäre das für mich klar gewesen.

Abgelehnt. Ist ja kein Problem. Das nächste Mal sitzen wir alle da und kommen drauf, dass eigentlich eine Person fehlt. Genau auf die kommt es an. Dann sagt man: Tut mir leid, wir müssen noch einmal abstimmen. Das ist für mich als Bürgermeister in einer Gemeinde demokratisch nicht mehr nachvollziehbar.

Ich sage Euch das noch einmal. Dann kommt es auch zur Abstimmung mit den Stimmzetteln. Dann gibt es 20 „Ja“, 15 „Nein“ und eine ungültige Stimme. Es gibt aber nur 35 Abgeordnete hier im Sitzungssaal des Landtages, die mitstimmen können. Der eine ist nämlich auf Urlaub, ich vergönne es ihm wirklich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, dann stimmt dabei etwas nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da muss ich nicht rechnen können, da muss ich was anderes können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Alles geht!)* Seid mir jetzt bitte nicht böse. Soweit zur Geschäftsordnung und zu dieser Abstimmung.

Ich weiß, dass es am Anfang immer Hoppalas, immer Probleme gibt, aber für Herrn Landeshauptmann Niessl ist das sicher nicht der schönste Tag heute, wenn er sich das anschauen muss und zuhören muss, in dieser Sache. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher glaube ich, dass diese Abstimmung komplett ungültig ist und dass wir von vorne anfangen müssen. Aber nicht heute, sondern irgendwann anders. Glaubt mir das einmal. Danke schön. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bravo! - Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Es ist richtig, es kommt zur Korrektur, denn es waren tatsächlich 35 abgegebene, 14 mit „Nein“, 20 mit „Ja“. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten - Allgemeine Unruhe)* Aber, ich bitte die Nerven zu bewahren, denn im Protokoll stehen ja ohnehin die Namen und man kann das dann im Protokoll nachlesen. *(Abg. Manfred Kölly: Wer liest denn das im Protokoll noch nach?)*

Ich gehe davon aus, dass jeder aufmerksame und ordentliche Abgeordnete sein Protokoll nachliest. Danke Herr Abgeordneter. *(Mit „Ja“ haben folgende Landtagsabgeordneten gestimmt: Benkö Ilse, Brandstätter Killian, Mag. Drobits Christian, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Illedits Christian, Kovacs Günter, Kovasits Gerhard, Mag. Maczek Kurt, Molnár Géza, Prohaska Doris, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Sack Edith, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Stampfel Karin, Wieseler Markus. Mit „Nein“ haben folgende Landtagsabgeordneten gestimmt: Fazekas Patrik, Hirczy Bernhard, Mag.[a] Petrik Regina, Mag.[a] Resetar Michaela, Rosner Georg, Mag. Sagartz, BA Christian, Spitzmüller Wolfgang, Steier Gerhard, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Mag. Wolf, M.A. Christoph. Der Landtagsabgeordnete Manfred Kölly hat beide Stimmzettel abgegeben, daher nicht zuordenbar! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

4. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 4) betreffend Abänderung der Bestimmung des Kraftfahrgesetzes dahingehend, dass die im Straßenverkehr gültige 3:2-Zählregel im Bereich der Personenbeförderung künftig entfällt und somit jedes Kind als eine Person zu zählen ist (Zahl 21 - 4) (Beilage 13)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der

Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung Beilage 4, betreffend Abänderung der Bestimmung des Kraftfahrgesetzes dahingehend, dass die im Straßenverkehr gültige 3:2-Zählregel im Bereich der Personenbeförderung künftig entfällt und somit jedes Kind als eine Person zu zählen ist, Zahl 21 - 4 Beilage 13.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Abänderung der Bestimmung des Kraftfahrgesetzes dahingehend, dass die im Straßenverkehr gültige 3:2-Zählregel im Bereich der Personenbeförderung künftig entfällt und somit jedes Kind als eine Person zu zählen ist, in seiner 1. Sitzung am Freitag, dem 17.7.2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Anschließend erfolgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA, Hergovich Robert und abermals Mag. Sagartz, BA.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Abänderung der Bestimmung des Kraftfahrgesetzes dahingehend, dass die im Straßenverkehr gültige 3:2-Zählregel im Bereich der Personenbeförderung künftig entfällt und somit jedes Kind als eine Person zu zählen ist, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Dieser Antrag ist nicht so komplex wie der vorige. Ich hoffe, dass wir uns da durchkämpfen können, aber er ist ein sehr wichtiger Antrag. Ich denke, das geht schon Jahre, diese Forderung, auch seitens der Freiheitlichen Partei und seitens der Liste Burgenland.

Auch viele andere Personen hier im Hohen Landtag wollten immer schon, dass endlich einmal eine Klarheit herrscht, auch in Linienbussen, für Schülertransporte. Ich kann diesen Antrag - das sage ich gleich vorweg - nur unterstützen, egal in welcher Form, denn vor einigen Jahren habe ich als Person Kölly Manfred das miterleben dürfen, in einem Bus mitzufahren, Deutschkreutz - Gymnasium Oberpullendorf, um das zu genießen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen auch das schon miterleben durfte. Zusammenrücken heißt es vom Chauffeur, bitte durchgehen lassen, eine Stoßerei, ein Wirbel, unglaublich, was sich in so einem Bus abspielt.

Ich verstehe viele Chauffeure, die dann sagen: Ich kann hier keine Verantwortung mehr übernehmen. Ich verstehe viele Fahrer, die sagen: Wer pflichtet mir dann bei, wenn tatsächlich etwas passiert? Wo bleibt wirklich eine Rückversicherung?

Reden Sie mit den Chauffeuren, reden Sie mit den Schülern, reden Sie aber auch mit den Eltern, denn auch die bezahlen hier auch einiges mit. Insofern, weil das Land ja viel dazu beiträgt, der Bund viel dazu beiträgt, und schlussendlich wir alle viel Geld in die Hand nehmen, um auch unsere Kinder, das sage ich auch mit dieser Deutlichkeit, sicher von A nach B oder von der Ortschaft, wo sie wohnen, in den Schulstandort zu bringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher gibt es eine klare Forderung seitens der Bündnisliste Burgenland: Ein Kind - ein Sitzplatz! Wenn wir uns das nicht mehr leisten können, wenn uns das das nicht wert ist für die Sicherheit unserer Kinder, aber auch für den Fahrer, für die Eltern, alle miteingebunden, dann, denke ich, haben wir den falschen Weg gewählt.

Hier im Hohen Landtag zu sitzen und nicht klar zu sagen, und von allen Fraktionen ein klares Ja dazu, dass wir das ändern wollen. Genau das, nämlich, dass ein Kind auch einen Sitzplatz hat.

Ich denke, in anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in Oberösterreich, sind sie genau vor den gleichen Problemen gestanden. Oder in Tirol und Vorarlberg, weil wir heute schon Tirol und Vorarlberg strapaziert haben. Warum geht man nicht her und sagt, schauen wir uns das an, denn das Gute können wir übernehmen, das Schlechte lassen wir, machen wir sie vielleicht aufmerksam, sie sollen es ändern.

Daher, noch einmal, ein Kind - ein Sitzplatz. Nur muss auch jemand anders mitspielen, weil die Situation kennen Sie alle, denn es ist der Bund verantwortlich. Der Herr Infrastrukturminister, wie ich weiß, ist der Herr Stöger, Sozialdemokrat. Ich denke, man sollte hier anklopfen bei seiner Tür und sagen, ist es dir das wert, unsere Sicherheit der Kinder, ist es dir wert, dass die Eltern zuhause ruhig sitzen können oder in der Arbeit sind, dass die Kinder wohlbehalten in die Schule kommen und wieder zurück, dann muss man Geld in die Hand nehmen.

Wie immer spielt sich das im finanziellen Bereich ab, gar keine Diskussion. Daher glaube ich, dass alle Fraktionen hier im Landtag den Appell an den Herrn Minister richten müssen, hier diesen Weg zu gehen, uns zu unterstützen, unsere Kinder, unsere Eltern und somit auch die Sicherheit gewährleisten können.

In diesem Sinne freue ich mich, dass dieser Antrag heute debattiert wird und ich hoffe, auch zur besten Zufriedenheit für unsere Kinder und unserer Menschen in diesem Land abgesegnet wird. Danke. *(Beifall bei einigen Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Ich kann meinem Vorredner nur beipflichten, denn ich habe mich wieder einmal, weil das Thema ja schon lange am Köcheln ist, erkundigt, wie aktuell die Situation ist. Es gibt vor allem an Freitagen und an Schultagen, wo aus unterschiedlichen Gründen viele Schülerinnen und Schüler auf einmal aus haben, sehr starke Probleme.

Konkret ist es bei uns die Strecke Pinkafeld - Oberschützen und Pinkafeld - Oberwart. Ich halte die 3:2-Regel für praxisfremd, weil sie wird natürlich, wenn überhaupt, nur freiwillig umgesetzt. Schülerinnen und Schüler, die sich nicht wirklich kennen, setzen

sich nicht zu dritt auf einen Platz, noch dazu wenn es so heiß ist wie jetzt. Das ist doch logisch.

Ich finde den Abänderungsantrag grundsätzlich begrüßenswert, nur greift er zu kurz, weil das hieße ja, wir ändern nur dann etwas, wenn wir es uns beziehungsweise der Bund auch leisten können.

Das kann es ja wohl nicht sein. Die Problematik ist teilweise viel größer, als wir es uns vorstellen können. Ich habe mit mehreren Schülerinnen gesprochen, die die Situation natürlich am besten kennen. Ich möchte gerne die eine Schülerin zitieren, die mir ihre Erlebnisse geschildert hat. Sie fährt von Pinkafeld nach Oberschützen, das sind ungefähr zehn Kilometer. Sie sagt, unter anderem, der Postbus ist immer gestopft voll gewesen. Da standen die Kinder bis zum Busfahrer vor. Ich bin aber mit diesem nicht mehr gefahren, weil ich dann auch fast nie raus kam - an der Stelle, wo sie aussteigen musste, weil einfach weitergefahren worden ist, weil größere Schüler im Weg stehen und die kleineren Schüler dann nicht raus können.

Ich bin dann mit dem Friedberg-Bus gefahren, der ja auch in Oberschützen stehen geblieben ist. Da mussten auch immer sehr viele stehen, auch in der Früh. Meine Mutter hat dann einmal bei Südburg angerufen und gesagt, dass so viele Schüler im Bus stehen müssen. Da war nur die Antwort, dass der Bus eben auch Stehplätze hat, was mir völlig neu ist. Also, die Busse, die ich kenne, die haben keine Stehplätze, denn es gibt keine Haltegriffe, nichts, und dass man eben selber schauen soll, dass man einen Platz bekommt. Das gipfelt oft dann auch darin, dass die Schüler wirklich aus der Schule rausrennen, damit sie noch Sitzplätze bekommen. Das kann ja auch nicht das Ziel sein.

Sie sagt weiter: Ich bin aber jetzt froh, nicht mehr mit dem Bus fahren zu müssen! Sie ist aus der Schule inzwischen raus, weil das echt immer anstrengend war und ich eben ein paarmal etliche Stationen weiterfahren musste, als ich eigentlich fahren hätte sollen. Man muss sich das jetzt auch vorstellen. Das ist wirklich eine psychische Belastung, vor allem für Erstklassler, für junge SchülerInnen, die gerade erst angefangen haben, wenn sie merken, sie kommen bei ihrer Bushaltestelle nicht hinaus und müssen weiter fahren.

Wir müssen da wirklich rasch etwas ändern. Es ist vor allem beim Schulbeginn ein bisschen jetzt abgefedert, weil es viele Schulen, leider nicht alle machen, dass es eben sogenannte Busscouts gibt. Das heißt, Schüler, Schülerinnen, die schon länger in der Schule sind, betreuen die Erstklassler, Erstklasslerinnen, aber das machen leider eben nicht alle Schulen.

Oft ist es nämlich dann auch sogar so, im besagten Postbus, dass obwohl Schüler und Schülerinnen zu dritt oder viert sogar sitzen auf den Sitzplätzen, trotzdem noch andere stehen müssen. Jetzt ist mir schon klar, in der Praxis wird das nicht allzu einfach sein, das Problem zu lösen, aber, ich denke mir, es ist wirklich notwendig, hier etwas zu tun, bevor wir dann einen Anlassfall haben, wo es einen Unfall gibt, wo es Verletzte gibt, und wir erst dann handeln. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sind gewählt worden, damit wir vorher handeln. Deswegen würde ich ersuchen, dass wir auf der einen Seite fordern, dass diese 3:2-Lösung abgeändert wird, und natürlich dafür auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Johann Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir vielleicht zuerst ein, zwei Sätze in eigener Sache. Ich komme aus Deutsch Tschantschendorf. Das ist ein Ortsteil der Gemeinde Tobaj, in der Nähe von Güssing. Ich habe in der HTL Pinkafeld Englisch und Turnen unterrichtet und bin daher auch Bildungssprecher und außerdem Verkehrssprecher unserer Fraktion.

Damit komme ich schon zum Tagesordnungspunkt, der hier behandelt wird. Ich schicke noch voraus: Seien Sie nicht so streng mit mir, denn es ist meine erste Rede hier im Hohen Haus. Das ist nicht jedermanns Sache, aber ich werde mich bemühen, mein Bestes zu geben.

Ich habe in der Zeit, in der ich jetzt hier dabei sein durfte, schon einige Erfahrungen gemacht. Ich will das gar nicht positiv oder negativ werten. Ich sage nur zwei Dinge, die mir aufgefallen sind. Ich hätte mir erwartet, dass öfter das Wort „ad rem“ fällt. Das heißt, wie jeder Lateiner weiß, zur Sache. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich finde zu den einzelnen Tagesordnungspunkten wird sehr viel gesagt, aber da müsste es einen eigenen Punkt geben. Man kann über alles reden, aber gerade zu diesen Punkten, glaube ich, ist das nicht unbedingt notwendig, alles Mögliche zu erzählen.

Das Zweite ist, ich sage einmal etwas, was mir positiv aufgefallen ist, weil ich erwähnt habe, dass ich Bildungssprecher bin, dass wahrscheinlich das häufigste Wort bis jetzt Bildung war. Ich bin absolut der Meinung, dass Bildung bei unserer ganzen Arbeit das Wichtigste ist. Damit nehme ich nur ganz kurz Bezug auf die Aktion mit der Abschaffung des Vizepräsidenten des Landesschulrates.

Es weiß wahrscheinlich nicht jeder, dass ich Lehrer war und an der Basis gedient habe. Der Landesschulrat ist ein sehr vielschichtiges Thema. Wenn man überlegt, welche Schultypen es gibt, welche Schularten, welche Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung, vom Kindergarten bis hin zu den Fachhochschulen. Ich traue mich noch nicht zu sagen - ich bin, wie bereits gesagt, da als Bildungssprecher involviert - wie, was und wo eingespart und die Strukturen schlanker gemacht werden könnten.

Aber, der Herr Landeshauptmann hat, glaube ich, das Wesentliche schon gesagt. Gewisse Dinge sind eben notwendig, denn es ist eingespart worden. Als Letztes zu dem Punkt möchte ich nur feststellen, die Abschaffung des Landesschulrats-Vizepräsidenten war - das ist jetzt meine Meinung - offensichtlich vorher unter Rot und Schwarz nicht möglich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt auf einmal ist das passiert. Ich traue mich zu behaupten, eigentlich nur, weil wir in der Regierung sind und in einer Koalition in der Regierung sind. Es ist ein Beginn, es ist nicht etwas Weltbewegendes und ich glaube, man sollte in Zukunft überlegen, wo wären noch Möglichkeiten, Einsparungen zu treffen. Aber wie gesagt, das ist eine sehr umfangreiche Thematik und ich traue mir da noch kein Urteil zu.

So gewissenhaft wie ein Lehrer halt ist, habe ich natürlich recherchiert hinsichtlich dieses Antrages. Es ist schon einiges gesagt worden, vom Kollegen Kölly auch. Ich habe das alles herauskopiert, im Internet findet man ja Gott sei Dank alles und alles Mögliche.

2007 wurde fast der gleiche Antrag von der SPÖ/ÖVP-Mehrheit abgelehnt. Es waren Entschließungsanträge, es waren Resolutionen. Ich erwähne vielleicht nur eine Resolution - wo war die schnell - ja, und zwar heißt es: „Im Oberösterreichischen Landtag wurde eingebracht, dass im Gelegenheitsverkehr diese Regelung im Jahr 2008 abgeschafft wurde. Nun ist es endlich an der Zeit, auch im Kraftfahrlinienverkehr jene Regelung zu implementieren, die im Gelegenheitsverkehr schon lange gilt.“

Und diese drei Zeilen stehen interessanterweise auch im Antrag von den Kollegen Steiner und Sagartz wörtlich „implementieren“, deshalb ist mir das aufgefallen. Und ich möchte mich in dem Zusammenhang eigentlich bedanken bei den Kollegen Mag. Steiner, Mag. Sagartz und Kollegen und Kolleginnen, dass sie einen, soweit ich das mitgekriegt habe, eigentlich einen Freiheitlichen Antrag sozusagen wieder haben aufleben lassen.

Tatsache ist aber auch, dass alle diesbezüglichen Anträge offensichtlich - ich bin da nicht so ein Insider noch - aber schubladisiert wurden, vertagt wurden, im Ausschuss, im Verkehrsausschuss, liegen. Das ist eine unendliche Geschichte und ich weiß nicht, ob das so gehört oder ob das sinnvoll ist.

Verstehen Sie mich nicht falsch, dieses Prozedere oder besser gesagt, die Taktik dahinter ist mir noch nicht klar. Wahrscheinlich hapert es am Geld, wer das bezahlt, das ist ja meistens der Grund, aber bitte sehr.

Abschließend - ich bin fast schon fertig, es ist über die Sache genug gesagt worden - möchte ich nur zusammenfassen: Wir unterstützen die Sache natürlich. Das Thema ist gut. Das Thema ist wichtig. Aber vor allem die Minister, und das sind wieder ÖVP-Minister zufälliger Weise, Karmasin und Schelling, sind aufgefordert, tätig zu werden, denn im Paragraph 30f des Familienlastenausgleichgesetzes steht ausdrücklich, dass die zuständige Ministerin, also Ihre, sehr geehrte Kollegen, und der Bund für die Finanzierung zuständig sind.

Auch für den Paragraphen 106 Kraftfahrgesetz ist bekanntlich der Bund zuständig. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer ist da der Minister?)* Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Nur kurze Worte zu meinen Vorrednern. Nummer eins: Proporz kommt von proportio. Das bedeutet „Verhältnis“.

Ich möchte nicht belehrend wirken, nur wenn man nachliest, bedeutet es anteilsmäßige Besetzung von Gremien auf Basis anderer Gremien. Zu Deutsch, die ÖVP hat den Proporz in der letzten Periode mit der SPÖ abgeschafft, die neue Regierung hat es wieder eingeführt. So viel dazu.

Die zweite Sache bezüglich Landesschulrat: Die SPÖ hat wiederum bewiesen, dass sie eigentlich sehr scheinheilig agiert. Im Grunde werden 2,5 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre nicht eingespart, indem nur der Vizepräsident abgeschafft wird und nicht gleich beide.

In Vorarlberg und in Tirol wird es gelebt, dass die politischen Regierungsmitglieder auch amtsführende Präsidenten sind. Zusätzlich haben wir im Burgenland eine Direktorin im Landesschulrat, die diese Agenden jetzt schon übernehmen könnte. Also, da von Einsparungen zu reden, ist wieder einmal scheinheilig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Leider sind wir da noch gar nicht am Ende. Es steht in der neuen Verfassung, dass man auf der Regierungsbank auf fünf Mitglieder reduzieren könnte. *(Heiterkeit bei der SPÖ)*

Die Regierung hat nicht gespart, hat sich sogar selbst als SPÖ ein Regierungsmitglied zugeschanzt und jammert gleichzeitig sogar, dass sie ach so viel

Arbeit hätte und deswegen einen amtsführenden Landesschulratspräsidenten bräuchte. *(Abg. Robert Hergovich: Das glaubst Du aber nicht einmal selber, wenn Du das sagst, oder?)* Also das versteht in der Bevölkerung niemand. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und wenn ich dann noch das Abstimmungsverhalten beim vorigen Punkt betrachte, dann scheint mir das neue Motto zu sein: „Die Regierung murrt, der Landtag spurt!“. Im Prinzip geht es nur darum - und die Präsidentin hat es ausdrücklich gesagt - die Beschlüsse müssen so gestaltet und abgestimmt werden, wie es die Regierung möchte. Das kann nicht demokratischer Sinn unseres Hohen Hauses sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das Verhalten bewegt sich am Rande der Demokratie. Aber das hat der Herr Landeshauptmann in einem Interview schon bewiesen. Denn wenn er davon spricht, dass Demokratie Macht braucht, dann spiegelt es dieses Verhalten wider. Im Prinzip, und das ist unser Verständnis von Demokratie, braucht es Fleiß, Besonnenheit, Wissen, und vor allem Demut.

Ich glaube, wenn man in einem Interview als Landeshauptmann sagt, dass Demokratie Macht braucht, dann ist das im vorigen Beschluss plakativ zum Ausdruck gekommen. Aber zurück zur Sache. Mit „ad rem“ erinnere ich meinen Vorredner nur: „Wer im Glashaus sitzt!“ Ad rem auch für die Zukunft.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser eingebrachter Antrag wird von allen Parteien im Hohen Haus unterstützt. Ich glaube, wir haben als Volkspartei in der letzten Zeit oft genug darauf hingewiesen, wie problematisch sich die derzeitige Situation darstellt.

Wir haben einen Feldversuch gestartet. Wir sind vor acht Uhr morgens im Schulbus mitgefahren, haben gemerkt, dass *(Abg. Ewald Schnecker: Habt dabei gleich in Jennersdorf übernachtet. - Heiterkeit bei der SPÖ)* die Kinder weder einen Sitzplatz haben, noch sich nicht anhalten haben können.

Die Kinder haben sogar auf den Stufen sitzen müssen, sie müssen zusammenrücken, aufeinander auf den Plätzen sitzen. Das kann nicht Sinn unseres Schulbussystems sein. Deswegen haben wir den Antrag eingebracht.

Unsere Forderung lautet ganz klar: Jedem Kind seinen Sitzplatz im Schulbus. Die Regelung Drei zu Zwei, der Schlüssel im Kraftfahrgesetz besagt, dass drei Kinder unter 14 Jahren lediglich zwei Sitzplätze benötigen. Das ist im Prinzip antiquiert. Ich glaube, wir sollten darauf pochen, dass dieses Gesetz auf Bundesebene geändert wird.

Mir ist bewusst, dass es ein Bundesgesetz ist, aber ich glaube, dass wir in diesem Hohen Haus, wenn wir einen einstimmigen Beschluss fassen und diese Entschließung nach Wien schicken, sehr wohl Druck ausüben können.

Wir erwarten uns ein Bekenntnis, dass alle dafür sind und dass rechtzeitig vor Schulbeginn eine neue Situation für unsere Kinder entstehen kann.

Sachlich zuständig für dieses Kraftfahrgesetz ist der SPÖ-Verkehrsminister. Das wird man nicht von der Hand weisen können, das ist ganz klar. Ich habe gemerkt, dass die SPÖ oder zumindest die FPÖ mit der SPÖ natürlich die Familienministerin in die Pflicht nimmt. Warum auch immer? Das werden sie uns wahrscheinlich noch erklären. Dass natürlich finanzielle Mittel für neue Busse notwendig sind, da nimmt man den Finanzminister immer mit in die Pflicht.

Das lasse ich in dieser Angelegenheit gelten, weil *(Abg. Ewald Schnecker: Danke schön.)* für uns die Sache im Vordergrund steht. Wenn wir den Konsens finden, der offensichtlich gegeben ist, dann geht es uns allen darum, dass die Verkehrssicherheit für

unsere Kinder gewährleistet ist und deswegen bringen wir auch jetzt noch einmal einen Abänderungsantrag ein, der im Prinzip das parteipolitische Hickhack hinten anstellt.

Uns geht es um die Sache und inhaltlich spiegelt dieser Antrag jenen wider, den wir bereits gelesen haben. Lediglich die Beschlussformel beinhaltet die Aufforderung an den Verkehrsminister, die Familienministerin und auch den Finanzminister. In dieser Sache kann auch jeder in diesem Hohen Haus dafür sein, dass wir diese Angelegenheit zum Positiven ändern.

Damit geht es um zwei Punkte, die Änderung des Schlüssels und auch die Finanzierung, weil wir sind der Meinung, dass, bis dieses Gesetz geändert wird, das Land die Kosten für zusätzliche Busse übernehmen muss, damit ab September die Kinder bereits jeder für sich einen eigenen Sitzplatz bekommt. Und das spiegelt unser Abänderungsantrag wider und wir hoffen auf breite Unterstützung.

Ich glaube, ich kann darauf verzichten, den Antrag vorzulesen, die Beschlussfassung lese ich sehr wohl vor:

„Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung, insbesondere beim zuständigen Bundesminister Alois Stöger, dafür einzutreten, die Bestimmung des § 106 (1) Kraftfahrgesetz dahingehend zu ändern, dass die im Kraftfahrlinienverkehr gültige Zählregel im Bereich der Personenbeförderung künftig entfällt und somit jedes Kind als eine Person zu zählen ist.

Zusätzlich fordern wir die Burgenländische Landesregierung auf, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um zu Stoßzeiten die Anzahl der Schulbusse erhöhen zu können und damit für ausreichend Sitzplätze zu sorgen, sowie an die Bundesministerin für Familien und den Bundesminister für Finanzen heranzutreten, diese mögen die Finanzierung zusätzlicher Busse zu bedarfsgerechten Einsatz im Kraftlinienverkehr sicherstellen und dadurch die Sicherheit der Kinder gewährleisten.“ *(Der Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A. übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag. - Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Also zu meinem Vorredner, Sie sollten sich bitte einmal im Gesetz einlesen.

Es ist so, dass die Drei zu Zwei Regel eine Mindestanforderung ist und vor allem, Sie sollten schon wissen, dass Ihre ÖVP-Familienministerin dafür zuständig ist, für die Finanzierung, das steht im Familienlastenausgleichsgesetz. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat er eh gesagt.)* Wenn Sie sich nicht informieren, das sollten Sie das nächste Mal ... *(Abg. Mag. Christoph Wolf ,M.A.: Steht in der Beschlussfassung!)*

Es ist meine erste Rede, deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, auch etwas zu meinen Unterstützerinnen und Unterstützern zu sagen. Keine Schuld ist dringender als die, Dank zu sagen. Mit diesem Zitat des wohl eines der berühmtesten römischen

Philosophen möchte ich meine erste Rede hier im Hohen Haus unseres schönen Burgenlandes beginnen.

Ich möchte mir kurz den Moment nehmen, um Danke zu sagen. Mein Dank gilt vor allem meinem Team und meinen vielen Unterstützerinnen und Unterstützern, die es mit ihrem Vertrauen ermöglicht haben, dass ich heute hier stehen kann. Und mein Dank gilt meiner Familie und meinem engsten Freundeskreis, die mich so mental unterstützt haben.

Hohes Haus! Werte Anwesende! Geschätzte Kollegen! Es ist für mich keine Selbstverständlichkeit, hier stehen zu dürfen und ich bin mir der Verantwortung und Aufgabe bewusst, die mit meinem Mandat verbunden ist. Ich weiß, dass ich es ohne mein starkes Team nicht geschafft hätte und deshalb gehört dieser Moment allen Unterstützerinnen und Unterstützern. Ohne sie wäre dieser großartige Erfolg nicht zustande gekommen. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ)*

Großartige Erfolge können wir auch in unserem Heimatland Burgenland verzeichnen. Wir dürfen mit Stolz behaupten, das Land Burgenland ist das Land der Jugend. Vieles ist bei uns schon selbstverständlich, während in anderen Bundesländern noch immer daran gefeilt wird.

Da denke ich an das Top-Jugendticket des Verkehrsverbundes Ostregion. Mit diesem Ticket können Schülerinnen und Schüler und Lehrlinge um nur 60 Euro in Wien, Niederösterreich und unserem Burgenland das ganze Jahr über öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Ich denke dabei an den zur Institution gewordenen Discobus. An jedem einzelnen Wochenende werden viele Jugendliche sicher von A nach B gebracht am Abend. Dieses vorbildliche Projekt, das sich aus einem Schülerprojekt entwickelt hat, ist in über 20 Jahren seit seinem Bestehen zur größten flächendeckenden Verkehrssicherheitsinitiative im Burgenland geworden.

Und noch nicht so lange wie es den Discobus gibt, gibt es „Wählen mit 16“. Das Burgenland war das erste Bundesland, das die Altersgrenze von 18 heruntergesetzt hat auf 16 Jahre, um der Jugend noch mehr Mitsprecherecht zu geben.

Und da möchte ich besonders betonen, dass die SPÖ Burgenland und die sozialistische Jugend in dieser Hinsicht zu den maßgebenden Initiatoren gehört haben.

Das Burgenland hat hier eine Vorreiterrolle übernommen und einen wichtigen Meilenstein gesetzt. Mit 14 ist man strafmündig, mit 15 steigen viele ins Berufsleben ein. Warum soll man dann mit 16 nicht wählen gehen dürfen? 16-Jährigen dürfen ja auch schon motorisiert am Straßenverkehr teilnehmen. Und da bin ich schon beim Stichwort Straßenverkehr.

Um Kinder im Straßenverkehr und Schulbussen im Besonderen geht es in diesem Entschließungsantrag des Burgenländischen Landtags. Um jene Schulbusse, die oft heillos überfüllt sind, besonders in und um Schulzentren. Wir kennen sie alle, die Bilder um die Schulzentren. Menschentrauben, gebildet von Schülern, drängen in die Schulbusse. Ziel der Kinder ist es meist, noch einen Sitzplatz zu ergattern, bevor der Bus komplett voll ist. Das war schon vor etlichen Jahren so und ist heute noch bittere Realität.

Es gibt weiterhin zu wenig Busse für den Transport aller Schülerinnen und Schüler von zu Hause in die Schule und von der Schule nach Hause.

Und das ist kein burgenländisches Phänomen, wie wir es gehört haben, denn das Bild wiederholt sich immer wieder. In den meisten Bundesländern und überall ist man mit dieser Situation und den Sicherheitsrisiken unglücklich.

Ich möchte anhand eines Beispiels das Ganze zur Schau stellen. Der Schülerbus fährt von Kittsee nach Neusiedl am See. Während der Bus anfangs natürlich noch nicht voll ist und die Kinder einen Sitzplatz haben, gestaltet sich die Situation in Neudorf anders. Ab mehr als der Hälfte der Strecke, da müssen dann die Kinder schon bereits im Mittelgang stehen und der Bus ist schon sehr überfüllt.

Die Kinder sind dann ab Neudorf in einem überfüllten Bus noch eine Viertelstunde unterwegs mit zirka 80 Kilometer pro Stunde. Wenn es dann zu einer Notbremsung kommen sollte, möchte ich mir - und Sie wahrscheinlich auch nicht - nicht vorstellen, was passiert.

Und deshalb ist es wichtig, dass wir weitere Busse für die Schülerfreifahrt zur Verfügung gestellt bekommen. Im Familienausgleichsgesetz von 1967 ist klar geregelt, dass die Bundesministerin für Jugend und Familie die Mittel für die Schülerfreifahrt zur Verfügung stellen muss.

Wir brauchen zusätzliche Mittel aus dem Familienausgleichsfonds für mehr Busse. Ein Wegschauen, wie es bis jetzt passiert ist, bringt uns nicht weiter und gefährdet weiterhin tagtäglich die Kinder.

Deshalb ersuche ich die Bundesministerin Karmasin als zuständige Familienministerin um die dringende Aufstockung der finanziellen Unterstützung aus dem Familienausgleichsfonds für die Beförderung der Schülerinnen und Schüler.

Weiters fordere ich Frau Bundesministerin Karmasin zur Bildung einer Task Force, die sich mit diesem Problem befasst, auf. Seit drei Jahrzehnten fahren unsere Schülerinnen und Schüler in überfüllten Bussen zur Schule. Es ist an der Zeit, dass endlich etwas daran geändert wird.

Eine Lösung des Problems ist dringend notwendig. Die Frau Ministerin, sie ist jetzt am Zug. Mobilität ist für Schülerinnen und Schüler und Jugendliche eine Grundvoraussetzung, um Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen wahrnehmen zu können.

Hier den Sparstift anzusetzen, bedeutet, an der falschen Stelle zu sparen. Ganz im Gegenteil, der Lösungs- und Entlastungsvorschlag nach einem österreichweiten Top-Jugendticket für alle unter 26 Jahren ist dringender denn je.

Das Top-Jugendticket, das auch ein Fixbestandteil des Regierungsübereinkommens ist, ist notwendig, damit Mobilität nicht zum Privileg von einigen Wenigen wird. Jugend und Mobilität sind untrennbar miteinander verbunden und deshalb ist hier die Familienministerin Karmasin als zuständiges Regierungsmitglied gefordert.

Es ist ein schönes Signal, dass alle im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien diesen Antrag unterstützen und mitbeschließen werden. Dieser Entschließungsantrag ist ein wichtiger Schritt und ein guter Anfang. Es liegt an uns, die Sache auch in Zukunft nicht ruhen zu lassen.

Und deshalb appelliere ich an alle, auch bei ihren Bundesparteikolleginnen und -kollegen diese notwendigen finanziellen Mittel einzufordern, damit die burgenländischen Jugendlichen sicher und günstig unterwegs sein können. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den Grünen)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zählregel ist ein über Jahre jetzt diskutiertes Phänomen, das in gewisser Weise eine Lösung bekommen hat, aber insgesamt noch immer dieser besonderen Lösung harrt.

Im Endeffekt ist mit der Kraftfahrgesetznovelle 29 die Zählregel abgeschafft worden im Zusammenhang mit dem gesamten Gelegenheitsverkehr. Das heißt, jede Form der Bewegung mit Bussen von der Schule zur Schule, sei es Schulsportwochen, oder andere Einrichtungen zählen nicht mehr, oder fallen nicht mehr unter die Zählregel.

Und genauso ist es gelungen, 2008 aufgrund einer Petition, die ich auch im Nationalrat eingebracht habe, zu diesem Zeitpunkt, die Situation, speziell für Kindergärten, zu lösen, wo tatsächlich jetzt diese Zählregel aufgehoben ist und jedem Kind nicht nur ein Sitzplatz, sondern auch der Sicherheitsgurt mit 1. September 2008 zur Verfügung steht.

Grundsätzlich ist die Diskussion - wie gesagt - sehr alt. Sie hat in verschiedenster Weise Handicaps in der Umsetzung gehabt. Unter anderem ein schwerwiegendes Handicap sind die finanziellen Mittel, die nicht bereitgestellt werden.

Aber Ausgangspunkt jeder Form der Diskussion über die Abschaffung der Zählregel ist der Verkehrsausschuss im Österreichischen Nationalrat. Und dabei geht es in der Umsetzung hauptsächlich auch darum, dass der Busbereich gekoppelt ist mit den Straßenbahnlinien beziehungsweise mit den U-Bahnen.

Und von dort her ist die Lösung auch immer mit einer Schwierigkeit verbunden, da es sich hier, mit Sicherheit, dort begeben müsste, dass diese Änderungen in den gesetzlichen Regularien stattfinden müssten.

Wir haben eine Situation bei uns im Burgenland, die - wie gesagt - 2006 in der Einleitung einer Petition mit fast 10.000 Unterschriften im Nationalrat manches bewegen hat lassen. Wir haben es aber - wie gesagt - nicht geschafft, die Situation auf den normalen Linienverkehr umzulegen und daher würde jede Diskussion darin enden, dass der § 106 Abs. 1 letzter Satz Kraftfahrgesetznovelle geändert werden müsste.

Die Diskussion, die wir heute setzen, im Bereich der finanziellen Ausstattung, sie jetzt auf Ressorts zuzuteilen, ist eine Sache. In Wirklichkeit geht es hier übergreifend, parteiübergreifend, um unsere Kinder und ich weiß mich mit vielen Eltern, nicht nur in großer Sorge, sondern um die Möglichkeit gebracht, hier endlich eine Lösung herbei zu führen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit dieser heutigen Entschließung nicht das Gesamtbewusstsein ändern werden, aber wenn wir es gemeinsam schaffen, hier eine entsprechende Initiative zu starten, dann kann vielleicht auch dieser letzte Punkt bei der Zählregel abgeschafft werden und allen Kindern von sechs bis 14 Jahren nicht mehr die Lösung angedeiht lassen, wie drei Kinder für zwei zählen und damit die Situation in der Umsetzung erschwert wird.

Ich hoffe, wir werden diese gemeinsame Beschlussfassung jetzt umsetzen und damit einer Lösung entgegentreten. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und bei den Grünen)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen gibt es nun keine mehr.

Ich möchte, bevor wir zur Abstimmung kommen, noch die Landtagsabgeordneten Spitzmüller und Kovasits für den restlichen Sitzungsverlauf entschuldigen.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den von Landtagsabgeordneten Mag. Wolf eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Schulbusse ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung einstimmig gefasst.

5. Punkt: Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Mag. Kurt Maczek (Beilage 1) gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 - 1) (Beilage 14)

Präsident Christian Illedits: Der 5. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Mag. Kurt Maczek, Beilage 1, gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz, Zahl 21 - 1, Beilage 14.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Kolleginnen und Kollegen! Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Mag. Kurt Maczek, Beilage1, gemäß Artikel 24 Abs. 3 des Bgld. Landesverfassungsgesetzes, Zahl 21 - 1, Beilage 14.

Der Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Mag. Kurt Maczek gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz wir stattgegeben

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum ich mich zu Wort melde ist - denke ich - auch eine Entscheidung, die im Ausschuss getroffen wurde, wo wir gar nicht teilnehmen dürfen, als hier im Landtag vertretene Fraktion und dann im Landtag diskutiert wird, oder beziehungsweise abgestimmt wird, was auch öffentlich ist. Sehr interessant.

Auch hier sollte man umdenken und andenken. Ich weiß, das Eine oder Andere ist dem, der kein Bürgermeister ist und kein Abgeordneter ist, egal. Aber wir sprechen jetzt

von einem Bürgermeister - den Namen kennen wir alle -, der sich hinter die Bevölkerung oder vor die Bevölkerung stellt, egal, wie auch immer, und sagt, ich habe Möglichkeiten als Bürgermeister.

Er wird hier an den Pranger gestellt, die Immunität im Landtag wird aufgehoben. Das Bild ist kein gutes.

Wir haben in der Vergangenheit nicht einmal drüber diskutiert, ob wir nicht auch einmal darüber diskutieren sollten, wie geht man mit dieser Immunität um. Schafft man sie komplett ab, denn Kurt Maczek - ist angepatzt. Was herauskommt, das wissen wir nicht. Als Landtagsabgeordneter und vielleicht in seinem Beruf als Lehrer, was er war oder ist - detto.

Und daher ist die Überlegung da, die Immunität überhaupt abzuschaffen im Landtag, oder auch woanders. Aber wir können ja im Landtag über das diskutieren. Denn ich verstehe es nicht, dass man hier als Bürgermeister und Abgeordneter einfach dann an den Pranger gestellt wird. Wäre das umgekehrt, wäre das anders. *(Abg. Ilse Benkö: Das kann man im Landtag nicht abschaffen.)*

Frau Präsidentin, Sie *(Abg. Ilse Benkö: Das kann man im Landtag nicht abschaffen, das ist ein Bundesgesetz.)* haben kein Problem. Das weiß ich schon. Sie haben ja kein Problem damit, weil, Sie sind ja nicht Bürgermeister.

Ich sehe immer die Bürgermeister, die für das Land auch den Kopf hinhalten müssen, mit einem Fuß ständig im Kriminellen stehen. Wenn heute einer herkommt und sagt, sie haben ein minderjähriges Mädel belästigt, muss er sich rechtfertigen. Muss man im Landtag die Immunität aufheben.

Obwohl - wie es sich in vielen Fällen und auch schlussendlich herausgestellt hat, dass dem nicht so ist. Und daher bitte ich die Überlegung hier zu treffen, ob man nicht insgesamt darüber nachdenken sollte, die Immunität im Landtag dementsprechend auch zu diskutieren und eventuell in höheren Kreisen auch, denn sonst ist man als Mensch angepatzt, beschädigt.

Daher glaube ich, dass ich mich gerechtfertigt hier heute zu Wort gemeldet habe. Ich werde gegen diesen Auslieferungsantrag mit diesen Worten stimmen und das auch so belassen. Danke.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, daher lasse ich über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt am 30. Juni 2015, Aktenzeichen 2 St 67/15b, um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Mag. Kurt Maczek gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz wird somit mehrheitlich die Zustimmung erteilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung für Donnerstag, den 24. September 2015, vorgesehen ist.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 14 Uhr 59 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 04. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 24. September 2015

10.04 Uhr - 18.45 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2014 genehmigt wird;

3. Beschlussantrag, mit dem der Umsetzungsbericht 2014 mit dem Titel "EU-Förderungen im Burgenland - Programmperiode 2007 - 2013 - Umsetzungsbericht 2014" zur Kenntnis genommen wird;

4. Beschlussantrag, mit dem das von der Europäischen Kommission am 28. November 2014 mit "C(2014) 9204 final" (Beilage 2) genehmigte Operationelle ESF-Programm "Beschäftigung Österreich 2014-2020" (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird;

5. Beschlussantrag, mit dem das von der Europäischen Kommission am 16. Dezember 2014 (C(2014) 9935 final) (Beilage 2) genehmigte Operationelle EFRE-Programm "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014-2020" (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird;

6. Beschlussantrag, mit dem die "Allgemeine Rahmenrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von Förderungsvorhaben im Rahmen des Additionalitätsprogramms 2014-2020" zur Kenntnis genommen wird;

7. Beschlussantrag, mit dem das "Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 ESF" sowie die angeschlossene Finanztabelle zur Kenntnis genommen wird;

8. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen wird;

9. Bericht des Rechnungshofes betreffend Burgenländischer Gemeinde-Investitionsfonds;

10. Prüfungsbericht Follow Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Abteilung 2-Gemeinden und Schulen im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden aus Juni 2010;

11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung zur Vorlage eines Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes für Asylwerber und Opfer von Naturkatastrophen;

12. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland;

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Erhalt aller NMS-Standorte im Burgenland;

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung zum Bodenschutz;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 178)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 10 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend die aktuelle Sicherheitslage im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 182)
Zusatzfrage: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 184 u. S. 184), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 184), Gerhard K o v a s i t s (S. 185), Markus U l r a m (S. 185) und Ewald S c h n e c k e r (S. 185)

Anfrage Nr. 2 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Maßnahmen des Landes im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 186)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 187), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 188), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 188) und Manfred K ö l l y (S. 188)

Anfrage Nr. 11 des Abgeordneten Mag. Thomas Steiner an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Maßnahmen zur Stärkung des Tourismus in der Thermenregion Lutzmannsburg
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 190)
Zusatzfrage: Mag. Thomas S t e i n e r (S. 191 u. S. 192), Manfred K ö l l y (S. 193) und Mag.[a] Michaela R e s e t a r (S. 194)

Anfrage Nr. 3 des Abgeordneten Ewald Schnecker an Landeshauptmann-Stellverteter Johann Tschürtz betreffend temporäre Grenzkontrollen mit Schwerpunktaktionen
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 195)
Zusatzfrage: Ewald S c h n e c k e r (S. 195 u. S. 196), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 196), Wolfgang S o d l (S. 197) und Manfred K ö l l y (S. 198)

Anfrage Nr. 4 der Abgeordneten Edith Sack an Landesrätin Verena Dunst betreffend Einleitung von Maßnahmen nach Durchführung einer Elternbefragung durch den Landesschulrat zur Erleichterung für die Eltern in den Bereichen Ferienbetreuung und Nachhilfe
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 198)
Zusatzfrage: Edith S a c k (S. 200 u. S. 201), Mag.a Regina P e t r i k (S. 202) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 203)

Verhandlungen

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag

(Beilage 17), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2014 genehmigt wird (Zahl 21 - 13) (Beilage 41);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 204)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 204), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 213), Gezá M o l n á r (S. 215), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 216), Robert H e r g o v i c h (S. 219) und Landesrat Helmut B i e l e r (S. 220)
Annahme des Beschlussantrages (S. 223)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 18), mit dem der Umsetzungsbericht 2014 mit dem Titel "EU-Förderungen im Burgenland - Programmperiode 2007 - 2013 - Umsetzungsbericht 2014" zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 14) (Beilage 42);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 225)
Annahme des Beschlussantrages (S 235)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 19), mit dem das von der Europäischen Kommission am 28. November 2014 mit "C(2014) 9204 final" (Beilage 2) genehmigte Operationelle ESF-Programm "Beschäftigung Österreich 2014-2020" (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 15) (Beilage 43);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 225)
Annahme des Beschlussantrages (S. 235)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 20), mit dem das von der Europäischen Kommission am 16. Dezember 2014 (C(2014) 9935 final) (Beilage 2) genehmigte Operationelle EFRE-Programm "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014-2020" (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 16) (Beilage 44);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 225)
Annahme des Beschlussantrages (S. 236)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 21), mit dem die "Allgemeine Rahmenrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von Förderungsvorhaben im Rahmen des Additionalitätsprogramms 2014-2020" zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 17) (Beilage 45);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 226)
Annahme des Beschlussantrages (S. 236)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 25), mit dem das

"Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 ESF" sowie die angeschlossene Finanztabelle zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 21) (Beilage 46);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 226)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 227), Gerhard K o v a s i t s (S. 228), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 229), Christian I l l e d i t s (S. 231) und Gerhard S t e i e r (S. 234)
Annahme des Beschlussantrages (S. 236)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 16), mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 12) (Beilage 47);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 237)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 237), Mag. Johann R i c h t e r (S. 238), Georg R o s n e r (S. 239) und Ewald S c h n e c k e r (S. 241)
Annahme des Beschlussantrages (S. 242)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 10) betreffend Burgenländischer Gemeinde-Investitionsfonds (Zahl 21 - 10) (Beilage 48);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 243)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 243), Markus W i e s l e r (S. 244), Walter T e m m e l (S. 246), Dr. Peter R e z a r (S. 248), Gerhard S t e i e r (S. 250), Landesrat Helmut B i e l e r (S. 251) und Manfred K ö l l y (S. 251)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 254)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht Follow Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 6) betreffend die Überprüfung der Abteilung 2-Gemeinden und Schulen im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden aus Juni 2010 (Zahl 21 - 6) (Beilage 49);
Berichterstatterin: Edith S a c k (S. 254)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 255), Gezá M o l n á r (S. 255), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 257), Klaudia F r i e d l (S. 258) und Landesrätin Mag.[a] Astrid E i s e n k o p f (S. 261)
Annahme des Prüfungsberichtes (S. 262)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmen für eine faire und solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise (Zahl 21 - 57) (Beilage 74)
Begründung der Dringlichkeit: Robert H e r g o v i c h (S. 262)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 267), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 271), Gerhard K o v a s i t s (S. 275), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 277), Ewald S c h n e c k e r (S. 282), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 284), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 288) und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 292)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 294)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 23) zur Vorlage eines Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes für Asylwerber und Opfer von Naturkatastrophen (Zahl 21 - 19) (Beilage 50);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 294)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 309)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 15) betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland (Zahl 21 - 11) (Beilage 51);
Berichterstatter: Gerhard K o v a s i t s (S. 295)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 296), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 299), Gerhard K o v a s i t s (S. 301), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 303) und Mag. Christian D r o b i t s (S. 306)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 310)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 24) betreffend dem Erhalt aller NMS-Standorte im Burgenland (Zahl 21 - 20) (Beilage 52);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 310)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 311), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 312), Mag. Johann R i c h t e r (S. 315), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 317) und Doris P r o h a s k a (S. 318), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 321) und Manfred K ö l l y (S. 321)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 324)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 7) zum Bodenschutz (Zahl 21 - 7) (Beilage 53);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 324)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 324), Markus W i e s l e r (S. 326), Walter T e m m e l (S. 328), Mag. Kurt M a c z e k (S. 330) und Gerhard S t e i e r (S. 331)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 333)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 178)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 04 Minuten

Präsident Christian Illedits: Ich wünsche Ihnen einen schönen Guten Morgen und e r ö f f n e die 4. Sitzung des Burgenländischen Landtages und damit die ordentliche Tagung 2015/2016.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 3. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Landtagsabgeordneten Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 4. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 24. September 2015.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Gleichbehandlungsbericht 2012 bis 2014 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 26) (Beilage 30);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle) (Zahl 21 - 46) (Beilage 63);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 47) (Beilage 64);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertrags-bedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 - 48) (Beilage 65);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (17. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) (Zahl 21 - 49) (Beilage 66);
6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungs-gerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 50) (Beilage 67);
7. Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 54) (Beilage 71);
8. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Raumplanungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 60) (Beilage 77);
9. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 61) (Beilage 78);
10. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2015) (Zahl 21 - 62) (Beilage 79);
11. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 63) (Beilage 80);
12. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz-Krankenanstalten geändert wird (Zahl 21 - 64) (Beilage 81);

Vom Rechnungshof sind die Berichte

1. betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg (Zahl 21 - 22) (Beilage 26) und
2. betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen (Zahl 21 - 29) (Beilage 33);

eingelangt.

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmen für eine faire und solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise (Zahl 21 - 57) (Beilage 74) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Kampf gegen Schlepperkriminalität" (Zahl 21 - 24) (Beilage 28);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen im Burgenland (Zahl 21 - 25) (Beilage 29);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Flächenerweiterung und Erhalt der Weintraubensorte „Uhudler“ (Zahl 21 - 27) (Beilage 31);
4. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend Erlassung des Gesetzes, mit dem die Tätigkeit der wahlwerbenden Parteien im Landtag erleichtert wird (Burgenländisches Landtagsfinanzierungsgesetz – Bgld. LFinG) (Zahl 21 - 28) (Beilage 32);
5. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Wohnbauförderung (Zahl 21 - 31) (Beilage 35);
6. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung des Gesetzes vom 27. September 2007 über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland (Zahl 21 - 37) (Beilage 54);
7. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Definition des Begriffes Gemeinnützigkeit und Maßnahmen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bei der Durchführung von Vereinsfesten" (Zahl 21 - 43) (Beilage 60);
8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Erreichbarkeit der höheren Schulen im Burgenland mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Zahl 21 - 55) (Beilage 72);
9. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betr. Taxiunternehmen (Zahl 21 - 56) (Beilage 73);
10. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eine faire Reform des Finanzausgleichs (Zahl 21 - 58) (Beilage 75);
11. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einen Schutzschirm für die burgenländischen Vereine (Zahl 21 - 59) (Beilage 76);
12. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer

Entschließung betreffend "Einrichtung eines Schuldenmonitors für das Burgenland per Gesetz" (Zahl 21 - 65) (Beilage 82);

13. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rechtsbereinigungsgesetz für weniger Hürden und Vorschriften für Bürger, Gemeinden und die Wirtschaft (Zahl 21 - 66) (Beilage 83);
14. der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rettung der Vereinsfeste (Zahl 21 - 67) (Beilage 84);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Bieler betreffend Kulturzentrum Mattersburg (Zahl 21 - 32) (Beilage 36);
2. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Einsatz von Wohnbauförderungsmittel (Zahl 21 - 33) (Beilage 37);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Lehrlingsausbildung (Zahl 21 - 34) (Beilage 38);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Burgenländisches Straßengesetz (Zahl 21 - 35) (Beilage 39);
5. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Asyl (Zahl 21 - 36) (Beilage 40);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Umfahrung Schützen (Zahl 21 - 38) (Beilage 55);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Baumschnitt (Zahl 21 - 39) (Beilage 56);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Schulzusammenlegungen (Zahl 21 - 40) (Beilage 57);
9. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Unterwassertherapie (Zahl 21 - 41) (Beilage 58);
10. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Rehazentren für Kinder (Zahl 21 - 42) (Beilage 59);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Eingliederungshilfen (Zahl 21 - 44) (Beilage 61);
12. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Landesstraße Pöttsching (Zahl 20 - 45) (Beilage 62);
13. des Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bildungssprecher Richter - Asyl (Zahl 21 - 51) (Beilage 68);
14. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Schreiben Petschnig (Zahl 21 - 52) (Beilage 69);
15. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Presseinformation Petschnig (Zahl 21 - 53) (Beilage 70);

und die Beantwortung der schriftlichen Anfrage

1. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 8) betreffend Gatterjagd (Zahl 21 - 30) (Beilage 34);

eingelangt.

Von der Volksanwaltschaft ist der 32. und 33. Bericht an den Burgenländischen Landtag (Zahl 21 - 23) (Beilage 27) eingelangt.

Ebenso ist die Petition

1. der Marktgemeinde Neuhaus am Klausenbach für die Aufrechterhaltung und Beibehaltung der eigenständigen Neuen Mittelschule Neuhaus am Klausenbach (E 1)

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Den Bericht der Volksanwaltschaft Zahl 21 - 23, Beilage 27, die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 26, Beilage 30 , Zahl 21 - 46, Beilage 63, Zahl 21 - 47, Beilage 64, Zahl 21 - 50, Beilage 67, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 24, Beilage 28, Zahl 21 - 25, Beilage 29, Zahl 21 - 28, Beilage 32, Zahl 21 - 43, Beilage 60, Zahl 21 - 59, Beilage 76, Zahl 21 - 66, Beilage 83, und Zahl 21 - 67, Beilage 84, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Die Prüfungsberichte des Rechnungshofes Zahl 21 - 22, Beilage 26, und Zahl 21 - 29, Beilage 33, die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 48, Beilage 65, Zahl 21 - 49, Beilage 66, Zahl 21 - 54, Beilage 71, Zahl 21 - 60, Beilage 77, Zahl 21 - 61, Beilage 78, Zahl 21 - 62, Beilage 79, Zahl 21 - 63, Beilage 80, Zahl 21 - 64, Beilage 81, und die selbständigen Anträge Zahl 21 – 31, Beilage 35, Zahl 21 - 37, Beilage 54, Zahl 21 - 55, Beilage 72, Zahl 21 - 56, Beilage 73, Zahl 21 - 58, Beilage 75, Zahl 21 - 65, Beilage 82, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Den selbständigen Antrag Zahl 21 - 27, Beilage 31, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss zu.

Die Petition E 1 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 32, Beilage 36, Zahl 21 - 35, Beilage 39, Zahl 21 - 38, Beilage 55, Zahl 21 - 39, Beilage 56, und Zahl 21 - 45, Beilage 62, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler, die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 33, Beilage 37, Zahl 21 - 34, Beilage 38, Zahl 21 - 40, Beilage 57, Zahl 21 - 44, Beilage 61, und Zahl 21 – 51, Beilage 88, und Zahl 21 - 53, Beilage 70, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl, und die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 36, Beilage 40, Zahl 21 - 41, Beilage 58, Zahl 21 - 42, Beilage 59, und Zahl 21 - 52, Beilage 69, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortung einer schriftlichen Anfrage Zahl 21 – 30, Beilage 34, dem Fragesteller und den Damen und Herren des Hohen Haues übermittelt.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmen für eine faire und solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise, Zahl 21 - 57, Beilage 74, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr, frühestens aber 3 Stunden nach Eingang in die Tagesordnung behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde:

Präsident Christian Illedits: Wir gehen jetzt in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist *(Abg. Gerhard Steier: Herr Präsident, zur Geschäftsordnung bitte!)* Bitte, Herr Abgeordneter bitte vom Rednerpult.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Anschluss an die letzte Sitzung im Juli dieses Jahres, die von den Journalisten als Tragik-Komödie, Expose bezeichnet wurde, hat der Präsident des Burgenländischen Landtages im ORF, in „burgenland heute“, als auch nachträglich in einer Aussendung die Schuld für das Abstimmungsverhalten und für die Gegebenheiten ausschließlich auf die Abgeordneten dieses Hohen Hauses abgeladen.

Ich weise das striktest zurück und ich fordere Sie auf, Herr Präsident, die Schuld dort zu suchen und festzuhalten, wo sie ihren Ausgangspunkt gefunden hat, nämlich am Präsidialtisch.

Ich weise es striktest zurück, dass die Abgeordneten, wie Sie es ausgedrückt haben, durch Disziplinlosigkeit und durch Unruhestiftung dieses Abstimmungsverhalten provoziert hätten. Es ist ausschließlich vom Präsidialtisch umgesetzt worden.

Haben Sie den Mut und die Kraft und die Stärke sich hier vor den Abgeordneten als Erster unter Gleichen zu entschuldigen, weil es nicht ansteht, dass diese Art von Vorgangsweise dieses Hohe Haus belastet. Danke schön.

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie haben sich eigentlich zur Geschäftsordnung des Landtages gemeldet. Diese Wortmeldung hat mit der Geschäftsordnung des Landtages absolut nichts zu tun. *(Abg. Gerhard Steier: Doch! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Grundsätzlich schon! Die Geschäftsordnung gilt immer!)*

Wir gehen nun in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt – es ist 10.00 Uhr 20 Minuten – mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Gemäß Referatseinteilung der Burgenländischen Landesregierung sind Sie für mehrere Sicherheitsbereiche verantwortlich, darunter befinden sich Landes-Polizeistrafgesetz, örtliche Sicherheitspolizei und Straßenpolizei.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Sicherheitslage im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die aktuelle Sicherheitslage ist derzeit mit großer Sorge zu betrachten. Das Hauptthema im Burgenland ist natürlich das Flüchtlingsthema.

An die 140.000 Menschen sind bereits über die burgenländische Grenze und weiter nach Deutschland gekommen. Wenn man bedenkt, dass das Burgenland eine

Einwohnerzahl von 290.000 hat, kann man die Dimension erkennen. Es besteht derzeit bei tausenden Flüchtlingen ein gesetzesfreier Raum.

Infolge der Nichtregistrierung besteht die Gefahr, dass bei strafbaren Handlungen keine Täter verfolgt werden können, da niemand weiß wer da ist und wer nicht. Infolge der hervorragenden Leistungen unserer Polizei, der Rettungskräfte und der enormen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, ist bis dato eine Bewältigung der Erstversorgung möglich gewesen.

Unsere Polizei hat die Grenzen der Einsatzmöglichkeit erreicht, daher gibt es nun auch den Assistenzeinsatz des Bundesheeres, welcher von mir bereits vor einem Jahr oder vor zwei Jahren gefordert wurde.

Da es sich hier um Bundeskompetenzen handelt, ist ein Handeln der Landesregierung nur in Verbindung mit entsprechenden Forderungen möglich. Aber die Sicherheitsfrage ist sehr wohl wirklich mit großer Sorge zu betrachten. Wie Sie alle wahrscheinlich gestern oder heute gehört haben, gibt es einen Bericht des Innenministeriums, der jetzt als Geheimbericht tituliert wird, wo drinnen steht, durch den Flüchtlingsstrom sei die Innere Sicherheit nicht mehr gewährleistet.

Das heißt, die Sicherheit ist wirklich mit großer Sorge zu betrachten.

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Das ist alles richtig, nur als Regierungsmitglied haben Sie daher keine wie immer gearteten Kompetenzen.

Sie haben aber, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, über die Medien für den 10. Juli 2015 Grenzkontrollen angekündigt, kurz darauf haben Sie relativiert, es handle sich um indirekte Grenzkontrollen.

Auf welcher rechtlichen Kompetenzgrundlage haben Sie diese Anordnungen getroffen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Die Forderungen nach temporären Grenzkontrollen gibt es ja bei uns schon seit mehreren Jahren. Wir haben auch im Koalitionsübereinkommen festgehalten, dass temporäre Grenzkontrollen notwendig sind. Leider Gottes, hat halt niemand aus der Bundesregierung die Fähigkeit gehabt zu handeln. Es hat 71 Tote gebraucht bis man draufgekommen ist, dass es Grenzkontrollen braucht. Es ist genau das Innenministerium, dem quasi die Schuld belastend, die Schuld zu geben ist.

Zu den Grenzkontrollen: Ich habe Verkehrssicherheitskontrollen im grenznahen Raum angeordnet, die derzeit aber nicht möglich sind, weil natürlich die Kapazität der Polizei nicht gegeben ist. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Auf welcher Grundlage?)* Als Verkehrslandesrat, als Landesrat, der zuständig ist für die Verkehrssicherheit so wie die Kollegin vorher, die Abgeordnete Resetar. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ihr könnt LKW's abwägen, aber keine Grenzkontrollen machen!)* Bitte?

Sie sind komplett falsch informiert. Ich würde Ihnen empfehlen sich zu informieren. Anscheinend hat Ihre Landesrätin gar nicht gewusst was sie tut, wenn Sie nicht wissen, was zu tun ist. Faktum ist, ich muss sogar Verkehrskontrollen anordnen, Monat für Monat. Und das ist Faktum. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Na ja, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Da würde sich die Frage natürlich stellen, inwieweit Sie wirklich überhaupt für die Anordnung von Grenzkontrollen zuständig sind. Ich sage Ihnen, Nein! Einen Monat nach den Debatten mit den indirekten Grenzkontrollen, die nicht stattgefunden haben, haben Sie wieder eine Verkehrskontrolle angeordnet und haben wieder eine Abfuhr erhalten.

Warum haben Sie das mit der zuständigen ausführenden Stelle, dem Landespolizeikommando, nicht im Vorfeld abgesprochen, um koordiniert vorgehen zu können?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Leider vermischen Sie einige Dinge. Zum einen, Grenzkontrollen sind eine Forderung, die auch im Koalitionsübereinkommen festgeschrieben sind. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Mag schon sein, aber Sie sind nicht zuständig!)*

Zum anderen habe ich die Pflicht, als zuständiger Landesrat habe ich die Pflicht, Monat für Monat Verkehrssicherheitskontrollen anzuordnen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber keine Grenzkontrollen!)* Sei es im grenznahen Raum.

Im grenznahen Raum habe ich Verkehrssicherheitskontrollen angeordnet. Diese Anordnung war im Beisein eines hohen Offiziers der Polizei und des Herrn Hofrat Hedl, seitens der Abteilung. Das heißt, es war ganz korrekt und ich muss dann nicht den Herrn Landespolizeidirektor informieren. Weil der Herr Landespolizeidirektor diesen Herrn Oberst geschickt hat, um die Verhandlungen durchzuführen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das hast eh gesehen!)*

Also das heißt, die Polizei selbst war koordiniert und das ist einfach so. Nicht mehr und nicht weniger. Aber Sie vermischen jetzt absichtlich eben einige Dinge.

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage ist gestellt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich habe Ihnen jetzt sehr genau zugehört bei der Beantwortung der Frage, die nach der allgemeinen Sicherheitslage im Burgenland gestellt war.

Habe ich das richtig verstanden, alles was Ihnen zur allgemeinen Sicherheitslage einfällt sind Flüchtlinge, die durch das Burgenland durchziehen? Damit ist die Frage der Sicherheit im Burgenland bereits erschöpft?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Selbstverständlich nicht. Das ist ja klar. Die Einbruchsdiebstähle enden ja nicht, das werden immer mehr und mehr. Gestern erst in Mattersburg. In Loipersbach hat es an der Zahl 10 hintereinander gegeben. Nur wird diese Aussage natürlich jetzt nicht so sehr von den Medien kolportiert.

Das heißt, Faktum ist natürlich, die Sicherheitslage muss man im Großen und Ganzen sehen. Was ich vorher gerade vorgelesen habe, das ist nicht ein Sager von mir, sondern das kommt vom Innenministerium. Wo das Innenministerium in einem Geheimpapier sagt, die Sicherheitslage ist nicht mehr gewährleistet.

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage ist vom Abgeordneten Klubobmann Kovasits.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben die Einbrüche entlang der Grenze angesprochen. Sie haben auch heuer im Sommer von einem Gemeindesicherheitskonzept gesprochen.

Was genau schwebt Ihnen da vor?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Danke Herr Abgeordneter. Faktum ist natürlich, dass wir die Gemeindesicherheit auch im Koalitionsübereinkommen festgeschrieben haben, weil es absolute Priorität hat. Das heißt, wir werden oder wir sind gerade in der Ausarbeitung eines Gemeindesicherheitskonzeptes, wo es ein Pilotprojekt geben wird, eines in einer Gemeinde im Südburgenland, eines im mittleren Burgenland und eines im Nordburgenland.

Ein Gemeindesicherheitskonzept, wo sich die Bevölkerung dann wirklich verlassen kann, auf neue innovative Möglichkeiten bis hin zu Alarmanlagen, Videoüberwachung. *(Abg. Manfred Kölly: Das gibt es eh schon alles!)* Also es sind natürlich alle Möglichkeiten derzeit im Gespräch, in Ausarbeitung und natürlich auch in Verbindung mit neuen innovativen Ideen, wo sehr viele aus meiner Sicht dann zustimmend reagieren werden.

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Ulram.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Grenzkontrollen ist das eine, die Grenzsicherung das andere. Ihr Bundesparteiobmann fordert einen Stacheldraht ein und sehr radikale Maßnahmen dazu. Den Medien zufolge kann man entnehmen, dass bei dem Thema Grenzsicherung Sie einmal für einen Grenzzaun sind, einmal für Mauern, einmal für lebendige Zäune.

Wofür stehen Sie Herr Landeshauptmann-Stellvertreter?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Man muss grundsätzlich einmal eines festhalten, Sie sind der ÖVP zugehörig. Wenn Sie das jetzt schon so provokant formulieren, dann möchte ich Ihnen sagen, dass gestern der Herr Viktor Orban zu Besuch war bei der ÖVP in Bayern, beim Herrn Ministerpräsident Seehofer, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gehört der zur ÖVP?)* der hat die Politik des Viktor Orban gelobt.

Also ich frage Sie zurück, warum sind Sie dann für einen Zaun? Faktum ist, Viktor Orban hat die Schengen-Außengrenze geschützt. Viktor Orban hat jetzt durch den Schutz der Schengen-Außengrenze höchste Anerkennung in der ÖVP. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Frage ist nicht beantwortet worden!)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Schnecker.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Am 13. Juli dieses Jahres hat es seitens der Finanzpolizei Kontrollen am Grenzübergang Klingenbach und an drei weiteren Grenzübertrittstellen gegeben. Präsident Nemeth von der Wirtschaftskammer Burgenland, kein Exekutivorgan, war bei diesen Kontrollen in Klingenbach anwesend.

In welcher Funktion und mit welchen Kompetenzen ist Herr Nemeth dort aufgetreten und hat an diesen Kontrollen teilgenommen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Abgeordneter, Tatsache ist natürlich, als diese Koalition festgehalten hat, dass temporäre Grenzkontrollen wichtig sind, hat man natürlich mit aller Kraft versucht, auch seitens des Innenministeriums, diese Grenzkontrollen zu verhindern. Mit aller Kraft!

Das heißt, es hat einmal 71 Tote geben müssen, bis man dann wirklich draufgekommen ist, wie wichtig diese Kontrollen sind.

In welcher Funktion der Wirtschaftskammerpräsident dort anwesend war, kann ich nicht sagen. Weder vom Finanzministerium, noch vom Innenministerium, vielleicht war er in der Funktion der medialen Berichterstattung, damit er halt schön aus den diversen Zeitungen herauslächeln kann.

Präsident Christian Illedits: Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Die zweite Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Mag. Drobits an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat!

Welche Maßnahmen ergreift das Land Burgenland im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat:

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Ich möchte vorausschicken und das ist, glaube ich, auch wichtig, dass das der Hohe Landtag auch mitträgt.

Ich nehme an, es tragen alle mit, dass wir diese Flüchtlingskrise, die in dieser Form nicht zu erwarten war, mit 130.000 Menschen, die vom 4. September ins Burgenland gekommen sind, gut bewältigt haben, die Einsatzkräfte von der Polizei, beginnend über die Feuerwehr beziehungsweise das Rote Kreuz, die NGOs in sehr vielen Bereichen hier tolle Arbeit geleistet haben. Ich war selbst fünfmal in Nickelsdorf und einmal in Heiligenkreuz und sie haben hervorragend gearbeitet und sind bis an ihre Grenzen gegangen.

Wofür wir hier im Burgenland zuständig sind, ist der Bereich der Grundversorgung. Und hier kann ich berichten, dass wir seit einigen Wochen die 100-Prozent-Quote erfüllt haben, ausgehend von einer 15a-Vereinbarung, die alle Bundesländer gemeinsam, vor längerer Zeit schon, abgeschlossen haben. Wir sind derzeit bei 101,24 Prozent. Damit sind wir im Reigen mit Kärnten und Wien und Niederösterreich, alle anderen Bundesländer, auch schwarz-grün geführte Bundesländer erfüllen diese Quote nicht.

Wir haben in den letzten Wochen hart gearbeitet. Wir haben 500 neue Quartiere für die Grundversorgung geschaffen. Wir sind auch dabei, das Angebot für die Gemeinden attraktiv zu gestalten. Sie wissen, dass es auch notwendig ist, hier Überzeugungsarbeit in den Gemeinden zu leisten.

Wir haben uns für kleinformatige Quartiere entschieden. Wir haben auch gesagt, nur in Zusammenarbeit mit den Gemeinden wird die Grundversorgung auch zu bewältigen sein. Derzeit haben wir zirka 1.800 Personen in der Grundversorgung mit sehr vielen Maßnahmen, von einer Homepage angefangen, über eine sogenannte Wohnbörse, wo

wir auch dafür sorgen, dass wir in unserem Auftrag im Rahmen unserer Solidarität in der Republik Österreich mit allen Bundesländern nachkommen werden.

Auf einen Punkt möchte ich ganz besonders hinweisen: Wir sind Spitzenreiter bei den unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen und das ist ein ganz wichtiger Bereich.

Ich war selbst auch mit dem Landeshauptmann in Neudörfl, wo die Caritas diese Minderjährigen begleitet - mit Deutschkursen, mit Schulbildung. Es ist sicherlich das schlimmste Schicksal, wenn man in der Flüchtlingsbewegung getrennt wird von den Eltern und dann als „unbegleiteter Minderjähriger“, wie das so technisch heißt, hier um Asyl ansuchen möchte.

Das Burgenland ist im Speziellen mit 88 Prozent Quotenerfüllung doppelt so stark wie beispielsweise Oberösterreich. Auf das bin ich besonders stolz, und wir werden auch diese Anstrengungen unternehmen müssen, weil ja die Flüchtlingsbewegung jetzt nicht stoppen wird, sondern weitergehen wird, auch dafür zu sorgen, dass wir diese Quote immer zu 100 Prozent erfüllen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter?

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Vielleicht eine Zusatzfrage noch und zwar im Bereich der Asylpolitik wurden Ihrerseits auch weitere Maßnahmen gesetzt.

Welche konkreten weiteren Maßnahmen haben Sie seit Amtsantritt gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wir haben im Bereich des Flüchtlingsaufkommens zu konstatieren, dass derzeit ungefähr etwas mehr als ein Drittel der burgenländischen Gemeinden Flüchtlinge aufnimmt.

Es ist eine Situation auch auf europäischer Ebene entstanden, die zumindest mit dem heutigen Tag etwas besser ausschaut als noch vor einigen Tagen, nämlich, dass es doch jetzt dazu kommen wird, auch eine Quotenaufteilung auf europäischer Ebene durchzuführen.

Das ist einer der wichtigsten Forderungen von Seiten Österreichs im Allgemeinen und vom Burgenland im Besonderen.

Denn, das muss man schon ganz offen auch im Landtag ansprechen dürfen, dass das Burgenland die Hauptlast mit 131.000 Flüchtlingen in den letzten Wochen trägt, ist natürlich eine große Herausforderung für uns. Das hat Salzburg nicht zu tragen gehabt, in weiterer Folge zwar schon über den Hauptbahnhof in Salzburg, aber auch zum Beispiel Vorarlberg oder Tirol haben diese Herausforderungen nicht zu tragen gehabt.

Wir werden jedenfalls auch dafür sorgen, dass wir noch versuchen werden, die Gemeinden davon zu überzeugen, solidarisch auch im Burgenland diesen Flüchtlingsanstrom zu bewältigen mit einer Quote von ungefähr ein Prozent, wenn es in den Gemeinden möglich ist.

Mit auch Angeboten von unserer Seite in Richtung mobile Wohneinheiten in Gemeinden, noch einmal, nur in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, mit den jeweiligen Gemeinden. Derzeit haben wir 60 bis 80 Plätze, die in den nächsten Tagen auch besetzt werden können.

Darüber hinaus habe ich mit der katholischen Kirche ausgemacht, dass 200 Plätze bis zum Jahresende noch zur Verfügung gestellt werden. Die Diakonie, also die Evangelische Kirche beziehungsweise ihre „Vorfeldorganisation“ hat uns bei einer sogenannten Wohnbörse unterstützt, wo man auch dafür sorgen möchte, dass Private,

die Angebote liefern möchten und Flüchtlinge aufnehmen wollen, auch wissen, wie das aussieht.

Es gibt von Landesseite eine Unterstützung, wenn es infrastrukturelle Maßnahmen gibt, bis zu 10.000 Euro für eine gewisse Einrichtung bei Flüchtlingen bereitzustellen und ich glaube, dass wir damit auch vorbildlich in Österreich agieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter. - Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landesrat, es wurde im Referat für Grundversorgung, wie ich gehört habe, ein Dienstposten vielleicht nur temporär, aber auf jeden Fall aufgestockt, um die Asylquartiere zu prüfen. Ich finde das sehr gut. Danke schön dafür!

Eine Frage habe ich noch: Wird dann auch aufgestockt im Referat für Grundversorgung, um die Quartiere zu verwalten und gut zu betreuen, weil das wird ja auch nötig sein?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete, danke einmal für das Lob. Wir haben jetzt mehrere Dienstposten im Bereich der Abteilung 6 aufgestockt, die für den Bereich Asylwesen zuständig sind.

Das ist eine herausfordernde Aufgabe, weil wir hier operativ tätig sein müssen. Es muss ja auch die Möglichkeit bestehen, dafür zu sorgen, dass die Quartiere adäquat für Flüchtlinge sind.

Das ist eine ganz schwierige Aufgabe, sage ich ganz offen, denn es gibt gewisse Normen, die ich nicht ganz persönlich verstehe, aber die wir derzeit noch einhalten müssen. Ich würde auch dafür plädieren, über diese Normen nachzudenken, denn es kann nicht sein aus meiner Sicht.

Ich sage jetzt ein Bespiel, nämlich dass zwar Kinder in einer Schule dort über Jahrzehnte den Unterricht genossen haben oder auch nicht genossen haben, je nach dem, und jetzt bei Flüchtlingen andere Parameter angelegt werden. Das ist nicht im Sinne der Flüchtlinge und auch nicht im Sinne der Sache.

Aber auf Ihre Frage zurückkommend, wir haben aufgestockt, und wir werden in diesem Bereich auch weiter aufstocken und es wird in Abstimmung auch mit dem Herrn Landeshauptmann auch eine zusätzlich Institution in den nächsten Wochen, darüber denken wir nach, geben, die diesen Bereich dann auch zusätzlich abdecken wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Vielleich eine Vorbemerkung, wenn Sie schon erwähnen, wie oft Sie in Nickelsdorf waren, dann hoffe ich ja nicht nur für die vom Landeshauptmann-Stellvertreter erwähnten Medientermine, sondern im Auftrag des Landes.

Sie haben im Rahmen einer Anfrage von mir am 21. Juli, der letzten Landtagssitzung, geantwortet, dass Sie gegen Asyl auf Zeit sind. Wenn ich den heutigen Dringlichkeitsantrag der rot-blauen Regierungsfraktion lese, dann steht dort sehr wohl drinnen, dass Asyl auf Zeit ein Thema ist.

Ist Ihre Meinung wieder einmal in Stein gemeißelt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie gehören ja der ÖVP an *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wissen wir eh. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja nichts Neues.)* und ich nehme an, dass Sie wissen, dass die Innenministerin einen Antrag auf Asyl auf Zeit auch eingebracht hat und die Regierung, die rot-schwarze Regierung auf Bundesebene, das beschlossen hat.

Meine Bedenken waren, dass wir auf Grund der Genfer Flüchtlingskonvention vorgehen müssen und da war jetzt auch schon die Möglichkeit da, dass man Asyl auf Zeit gibt.

Ich möchte jetzt nicht so weit ausholen, aber ich hoffe, Sie nicht belehren zu müssen, aber Sie wissen wahrscheinlich, dass derzeit auf Grund der europäischen Gesetzeslage und der Konventionen der Europäischen Union und auch der Genfer Flüchtlingskommission ungefähr bei fünf Jahren ein fixes Aufenthaltsrecht gewährleistet werden muss, weil es gibt hier vom Europäischen Gerichtshof Urteile, die das auch durchsetzen.

Jetzt hat die Bundesregierung dieses Asylrecht auf Zeit auf drei Jahre begrenzt, aus meiner Sicht ändert das, das sage ich ganz offen, nichts von der jetzigen Gesetzeslage. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sind Sie dafür oder dagegen? - Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie sind ja von der Sozialdemokratie, weil Sie immer die ÖVP ansprechen und andere ansprechen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich würde einmal klar festhalten, wir sind zuständig für das Land, wir sind zuständig für die Situation mit den Flüchtlingen und das, glaube ich, ist ein wichtiger Punkt, dass wir nicht einmal die Innenministerin beschimpfen und einmal dem anderen die Schuld geben, sondern wir haben Lösung hier zu finden.

Wir haben in der Vergangenheit hervorragend gearbeitet, auch Sie mit der Grundversorgung. Aber auch in Deutschkreutz und Sie kennen Deutschkreutz wäre eine Möglichkeit gewesen - gewesen, ich sage das deutlich -, auch eine Aufarbeitungsstelle zu installieren, wo wir vieles abwickeln hätten können. Der Antrag kommt von meiner Seite, hier das umzusetzen, und siehe da, die Sozialdemokratie in Deutschkreutz hat das verweigert.

Und jetzt kommt meine Frage: Wie stehen Sie als Sozialdemokrat dazu, dass in einer Gemeinde, nur wenn es von einem Namenbürgermeister kommt, einfach das abzulehnen? Wie stehen Sie dazu?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter und Bürgermeister! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Liste Burgenland.)* Es ist so, dass das Burgenland beschlossen hat, strategisch beschlossen hat, diese Flüchtlingsthematik so anzugehen, dass wir auf kleine Quartiere setzen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja kein Quartier.)* und dass wir nur in Zusammenarbeit mit den Gemeinden auch Quartiere andenken und auch umsetzen.

Es ist offensichtlich in Deutschkreutz nicht gelungen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber nur wegen der Sozialdemokratie.)* hier eine Mehrheit im Gemeinderat für diese Idee zu gewinnen, das kann ich nur sehr neutral kommentieren.

Wir haben aber, das möchte ich schon dazusagen, das muss ich dazusagen, wir haben derzeit genügend Erstaufnahmequartiere, nicht Erstaufnahmestellen, sondern wo Menschen ins Burgenland gekommen sind, beispielsweise in Wiesen, sehr viele Menschen in der Nova Rock Halle in Nickelsdorf, in Schattendorf, in Heiligenkreuz. Ich glaube, dass wir damit das Auslagen finden werden.

Und wenn sich eine Gemeinde dagegen ausspricht, dann muss ich das als Landesrat zur Kenntnis nehmen, *(Abg. Manfred Kölly: Durchgriffsrecht.)* und es ist auch nicht in meiner Zuständigkeit.

Das hat mit dem Durchgriffsrecht überhaupt nichts zu tun. Das Durchgriffsrecht gilt nur für die Grundversorgung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Damit kommen wir zum Aufruf der dritten Anfrage.

Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Steiner an Herrn Landesrat MMag. Petschnig gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Mag. Steiner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Konkurs des Thermenhotels 4 Jahreszeiten in Lutzmannsburg ist ein harter Schlag für die Tourismusgemeinde.

Was werden Sie unternehmen, um den Tourismus in der Thermenregion Lutzmannsburg zu stärken?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte mit der Tradition brechen und Sie nicht mit der Parteizugehörigkeit konfrontieren, ich glaube, das wissen wir ohnehin alle.

Sie haben Recht, in der Sache jetzt, Sie haben Recht, es wurde am 7. Juli 2015, wie Sie es bereits erwähnt haben, der Konkurs über das Vermögen des Thermenhotels 4 Jahreszeiten BetriebsgesmbH Lutzmannsburg eröffnet. Das ist insofern ein besonders schwerer Schlag, als das es ja die drittstärkste, also touristisch gesehen von der Nächtigungen her, die drittstärkste Gemeinde im Burgenland ist.

Und die Frage, was tut man, ist natürlich insofern schwierig, als Ihr Wissen, dass es ein auf gesetzlichen Grundlagen, Insolvenzordnung fußendes Abwicklungsverfahren gibt. Da hat es vor zehn Tagen, am 14. September, die erste Tagsatzung gegeben. Das Verfahren ist nach Information der Masseverwalterin beziehungsweise des entsprechenden Richters noch im Laufen, das ist noch nicht abgewickelt.

Daher bitte um Verständnis, dass ich diesbezüglich noch sehr wenig, bis gar keine Auskunft geben kann. Perspektivistisch nehme ich an, das geht eher in die Richtung Ihrer Frage, sehe ich persönlich drei Möglichkeiten.

Das eine ist das Optimalszenario, man findet für dieses private Hotel, das also privat betrieben wurde, einen weiteren privaten Investor, der das Hotel übernimmt, der die Gesellschaft übernimmt und sozusagen wirtschaftlich wieder auf solide Beine stellt. Das

ist natürlich eine Herausforderung, vor der man vor jedem Konkurs und vor jeder Insolvenz steht.

Das Zweite wäre in weitestem Sinn eine Verstaatlichung. Das heißt, dass das Land oder landesnahe Gesellschaften sich dessen annehmen. Das ist natürlich nicht mein präferiertes Szenario, weil ich definitiv keine Wirtschaftspolitik verfolge, die in Richtung einer Verstaatlichungstendenz geht.

Und das Dritte ist natürlich, man lässt den Konkurs gut sein und hätte eine Hotelruine vor Ort, was aus meiner Sicht die schlechteste Lösung wäre, weil wir dann natürlich negative Implikationen auf den Standort beziehungsweise auf die Therme, wo ja zum Teil auch noch Landeseigentum vorhanden ist, hätten.

In diesem Sinne war es mir natürlich eine große Freude, entgegennehmen zu dürfen, die Auskunft sowohl von der beauftragten landesnahen Gesellschaft, der Wirtschaft Burgenland GmbH, aber auch von der Masseverwalterin, dass es im Rahmen dieser Tagsatzung, die ich vorher erwähnt habe, zwischen drei und fünf ernsthafte und auch entsprechend mit einem Businessplan ausgestattete Interessenten gibt, dieses Hotel zu übernehmen oder aus der Konkursmasse herauszukaufen.

Wie gesagt, das sind Details, die sich im Verfahren dann ergeben werden und wo es um das Interesse geht, das Hotel weiter zu betreiben beziehungsweise eben entsprechend umzubauen.

Für mich ist das ein insofern positives Signal, das bedeutet, dass dritte private Betreiber Vertrauen in den Standort haben, darin Potenzial sehen und natürlich, was von Landesseiten aus hier flankierend gemacht werden muss, ob es hier entsprechende Herstellung bestimmter persönlicher Beziehungen besteht, also mit anderen Investoren mit Geldgebern oder vielleicht auch mit Dritten, dass man sozusagen ein Joint Venture oder was auch immer macht. Das wird dann abzuwarten bleiben.

Da warten wir aber natürlich erstens einmal das Verfahren ab, beziehungsweise … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Geht es nicht lauter?)* Ja, das ist ein bisschen zu niedrig, tut mir leid.

Präsident Christian Illedits: Da muss man sich entschuldigen. Der Herr Landesrat ist so groß gewachsen, das Mikrofon ist ein bisschen kurz, wir werden schauen, dass wir bis zum nächsten Mal eine Verlängerung installieren. Wir haben auf volle Lautstärke aufgedreht. Ich kann Sie nur ersuchen, vielleicht geht es ein bisschen lauter. Bis zum nächsten Mal werden wir das korrigieren.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ) *(fortsetzend)*: Eine etwas unübliche Haltung, aber gut.

Auf jeden Fall orte ich darin ein positives Signal für den Standort Lutzmannsburg und bin guter Dinge, dass es hier zu einer erfolgreichen und auf Privateigentum fußenden Nachfolgelösung kommt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): In der Vergangenheit wurden notwendige Investitionen in einem zusätzlichen Ruhebereich - Stichwort „Silent Dome“ - aus allerlei Gründen vom Landeshauptmann Niessl verhindert.

Wie stehen Sie zu dieser so wichtigen Investition? *(Landeshauptmann Hans Niessl: Sie sind von der ÖVP. Damit es niemand mehr dazusagen muss. – Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Gott sei Dank!)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Ich nehme auch jetzt Abstand vom Verweis auf die Parteizugehörigkeit. Nein! *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich habe es eh gemacht.)*

Sie haben Recht, es gab bei dieser ganzen Chose um den „Silent Dome“ einen Knick, was die Auslastung betrifft, und zwar war das im Jahre 2012, wo es von 247.000 Nächtigungen auf 201.000 herunter gegangen ist. Mittlerweile sind wir wieder auf 230.000, also es ist wieder ansteigend. Das nur auf den „Silent Dome“ zurückzuführen, greift vielleicht zu kurz, aber ein Faktor ist es definitiv.

Ich stehe auf dem Standpunkt, dass zuvor eine Grundsatzentscheidung gefällt werden muss, die wir zum Teil natürlich jetzt von der Vorgängerregierung geerbt haben, und zwar ist das die Grundsatzentscheidung, wollen wir das Ressort privatisieren, weil dann geht natürlich auch die ganze Kiste mit dem „Silent Dome“ in private Verantwortung über. Oder bleibt das Land, investiert und muss natürlich dann selbst in die Tasche greifen, salopp gesagt.

Diese Entscheidung wird, ich nehme einmal an, zeitnah, das heißt, auf jeden Fall noch dieses Jahr zu treffen sein. Und dann wird man eben entscheiden, wie man weiter tut.

Auf jeden Fall dieses in der Mitte durchlavieren, weder privatisieren, noch richtig investieren, ist aus meiner Sicht nicht das optimale Szenario und entsprechend sehe ich auch den Konsens in der Landesregierung, entweder die eine oder die andere Richtung zu beschreiten, dann aber auch konsequent zu gehen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Stichwort Privatisierung. Angeblich steht die Therme Lutzmannsburg kurz vor dem Verkauf. Es hat ja der damalige Klubobmann der FPÖ und jetzige Landeshauptmann-Stellvertreter vor einigen Jahren, als die erste Diskussion über den Verkauf der Therme Lutzmannsburg geführt wurde, gemeint, der Landtag und die Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, Details zu erfahren.

Können Sie uns Details zu diesem angeblich bevorstehenden Verkauf der Therme Lutzmannsburg sagen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt immer wieder Interessenten. Das Verfahren ist jetzt noch nicht so ins Detail fortgeschritten. Ich persönlich und auch der Herr Landeshauptmann haben den Interessenten noch nicht einmal persönlich kennengelernt. Also ich glaube, das wäre jetzt zu früh, dass wir hier mit Details an die Öffentlichkeit gehen, die wir zum Teil auch gar nicht kennen können.

Ich möchte vielleicht nur so viel sagen, ich glaube auch im Sinne der Landesregierung, wir haben das auch in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, wir stehen einer Privatisierung offen gegenüber, ich präferiere weder das eine noch das andere Szenario. Es muss ökonomisch Sinn machen und zwar sowohl betriebswirtschaftlich für die Hoteliers, für die Therme vor Ort, aber auch volkswirtschaftlich für die Region.

Entsprechend werden wir die Parameter eines Angebots, wenn es tatsächlich entsprechend konkret am Tisch liegt, prüfen, und Sie natürlich informieren und dann die Entscheidung treffen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landesrat! Baustellen gibt es genug in diesem Lande, mit den Thermen und dergleichen mehr. „Vier Jahreszeiten“ wird nicht das erste und das letzte Hotel sein, die dort in Konkurs gehen werden, denke ich einmal.

Aber man hat in der Vergangenheit und genau Ihre Partei hat damals auch nicht einmal, sondern des Öfteren darauf hingewiesen, was hier in Lutzmannsburg passiert. *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Ich habe keine Partei genannt, Ihre Partei habe ich gesagt, also kann sich ein jeder denken wie er will.

Es war immer ein Ansinnen auch von meiner Seite, Lutzmannsburg als Leitbetrieb, die Therme, so zu erhalten oder auszubauen, dass es auch wirtschaftlich geführt werden kann, aber auch die, die rund um die Therme gebauten und die viel Herzblut und viele finanzielle Mittel hineingesteckt haben, auch dementsprechend zu unterstützen.

Das Gegenteil ist eingetroffen, man hat …

Präsident Christian Illedits: Zur Frage kommen, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)***:** Warte ein bisschen, Herr Präsident. Ich werde Sie dann bei den nächsten Rednern aufmerksam machen.

Präsident Christian Illedits: Nein, eine Minute haben Sie Zeit. Ich bitte Sie, zur Frage zu kommen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)***:** Ja! Ich sage nur eines. Man hat das Hotel „Galuska“ um 3,2 Millionen Euro gekauft. Das steht noch immer, unverbaut, ungedeckt. Da passiert gar nichts.

Wie sehen Sie die Zukunft überhaupt bei der Therme Lutzmannsburg?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie sprechen, glaube ich, von unserer beider oder zumindest Ihrer Ex-Partei. Also insofern sehe ich da die großen Differenzen nicht.

Was die Frage betrifft. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt. - Zwiegespräche in den Reihen - Abg. Mag. Thomas Steiner: Du warst ja auch schon überall.)* Überall. Gut. Was es da alles, solche Gerüchte gibt.

Um auf die Frage zu antworten. Ich glaube, das geht relativ weit konform mit dem, was bereits beantwortet wurde. Es ist zu einem die Frage der Privatisierung, Ja oder nein?

Und zum Zweiten einmal, wenn wir ein Going-Concern-Szenario haben, das heißt, das Land beziehungsweise die Wirtschaft Burgenland bleibt dort, investiert, dann ist natürlich auch das von Ihnen erwähnte Hotel, die Hotelruine, ein Thema, das in entsprechenden Businessplänen Berücksichtigung finden wird müssen, um den ganzen Standort, das ganze Ressort zu attraktiveren. Das ist vollinhaltlich richtig. *(Abg. Manfred Kölly: Zeitfenster!)*

Wie gesagt, die Privatisierungsentscheidung wird sicherlich heuer, also zumindest vom heutigen Standpunkt aus gesehen, kann ich das sagen, heuer noch getroffen, entweder privatisieren oder wir privatisieren nicht. Dann liegt es natürlich an anderen, das heißt, insbesondere an den entsprechenden Geschäftsführungen der GesmbHs, das sind ja alles juristische Personen mit entsprechenden Organen, die für sie handeln, dass sie uns Businesspläne zur Verfügung stellen, dass sie uns … *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly)*

Der Herr Landeshauptmann macht keinen Businessplan, also das muss bitte schon der Geschäftsführer vor Ort machen. Da sind natürlich die entsprechenden Geschäftsführungen gefordert.

Ich glaube, das trifft hier auch auf Konsens und wir werden das sicherlich nicht unnötig in die Länge ziehen und da ehestmöglich tätig werden. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Therme Lutzmannsburg ist auch ein Partner der Burgenland-Card. Der Erfolg dieser Karte lässt leider Gottes zu wünschen übrig, ich glaube, weil die Bewerbung auch seit der Landtagswahl eingestellt wurde.

Bis jetzt ist natürlich auch keine Vorstandssitzung, was ich sehr bedauere, des Burgenland Tourismus durchgeführt worden. Und mir wurde auch berichtet, dass der Herr Landeshauptmann im Alleingang Julia Dujmovits als Testimonial über den Burgenland Tourismus 50.000 Euro zugeschanzt hat.

Meine Frage ist: Werden Sie diese Burgenland-Card auf neue Beine stellen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Über irgendwelche Geldflüsse, die nicht mich betreffen, kann ich Ihnen aus naheliegenden Gründen keine Auskunft geben.

Zur Frage selbst. Selbstverständlich ist es so, dass, wenn man die Kosten-Nutzen-Relation der Burgenland-Card, so wie sie zurzeit aufgestellt ist, überprüft, kann man damit nicht zufrieden sein. Da bin ich ganz bei Ihnen.

Natürlich werden wir versuchen, im Rahmen des Möglichen das auf neue Beine zu stellen. Das Angebotsspektrum ist, glaube ich, bekannt, muss entsprechend optimiert werden und wir sind da dran.

Inwiefern das Ganze jetzt mit der Therme Lutzmannsburg konform geht, steht auf einem anderen Blatt. Aber speziell für die Burgenland-Card gebe ich Ihnen Recht und werde dies in unsere Agenda aufnehmen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem keine weiteren Zusatzfragen gestellt werden, komme ich zum Aufruf der vierten Anfrage. Die vierte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Schnecker an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet.

Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Schnecker um Vorlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die neue rot-blaue Landesregierung bekennt sich zu den temporären Grenzkontrollen mit Schwerpunktaktionen.

Wie sollen diese Grenzkontrollen konkret aussehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Grenzkontrollen, die wir gefordert haben, diese temporären Grenzkontrollen, haben natürlich oder hatten natürlich darauf abgezielt, Schlepperbanden ausfindig zu machen. Man hat immer versucht, das Ganze deshalb hintanzustellen, weil das Wort Grenzkontrollen ein unerwünschter Begriff ist. Deshalb wurde auch seitens des Innenministeriums strikt abgelehnt, dass es temporäre Grenzkontrollen gibt. Es war dann so, dass dieser Unglücksfall gewesen ist, mit den 71 Toten, und plötzlich hat es ein Umdenken gegeben.

Wären die Grenzkontrollen, hätten die Grenzkontrollen schon stattgefunden, dann weiß ich nicht, wie das ausgegangen wäre. In dem Fall wäre es wahrscheinlich schon zu spät gewesen, da diese Menschen schon tot waren, aber trotzdem hätte man den Weitblick haben sollen, um solche Tragödien zu vermeiden, Grenzkontrollen einzuführen. Man hatte schon erkannt, dass diese Bewegung immer größer und stärker wird.

Zu meiner Aufgabe als Zuständiger für die Verkehrssicherheit, für die Landesverkehrsabteilung, war also so, dass ich mit der Polizei zusammengesessen bin und meine Bitte war ausdrücklich, und das ist auch so von Herrn Hofrat Hedl formuliert worden, wenn die Polizei schon Planquadrate macht, wenn die Polizei schon Alkoholkontrollen bei Zeltfesten macht, vor Gasthäusern, soll durchaus so sein, dann bitte ich auch und wünsche ich auch, dass auch Verkehrssicherheitskontrollen im grenznahen Raum abgehalten werden, wo dann auch geschaut wird, ist in dem Auto ein Diebesgut, Kofferraum auf, Kofferraum zu. Gibt es irgendwelche verdächtige Personen?

Das war mein Ansinnen, denn Grenzkontrollen selbst, direkte Grenzkontrollen, sind nicht in meiner Kompetenz und kann ich auch nicht anordnen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die, wie Sie schon angesprochen haben, so lange blockierten Grenzkontrollen sind nun eingerichtet.

Wie lange sollen diese Kontrollen mit dem Österreichischen Bundesheer aufrechterhalten werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Man kann jetzt erkennen, wie wichtig auch die Unterstützung, der Assistenzeinsatz des Bundesheeres ist. Das Bundesheer ist aus meiner Sicht so lange an der Grenze zu behalten, wie es notwendig ist.

Und zusätzlich - und da hat es gestern schon auch eine Pressekonferenz gegeben, seitens der beiden Klubobmänner - brauchen wir natürlich mehr Polizei, wir brauchen 100 Polizisten.

Wenn ich mir das Bundesheer ansehe, dann muss ich wirklich sagen, dass es erschütternd ist, dass wir in Österreich für das Bundesheer nur 0,56 Prozent des

Bruttoinlandproduktes aufwenden. Wenn man Griechenland betrachtet, dort werden fünf Prozent aufgewendet.

Das sage ich jetzt deshalb, weil natürlich die Bundesregierung nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt hat und das Bundesheer ist definitiv am Limit und kaputt gespart. Und wer diese 0,56 Millionen zur Verfügung stelle, ich glaube nicht, dass das irgendjemand von der Bank ist. Das ist definitiv ein Wahnsinn, was hier passiert.

Ich wünsche mir, ich wünsche mir wirklich, dass auch die Bundesregierung und der Herr Finanzminister jetzt Geld in die Hand nimmt und das Österreichische Bundesheer stärkt und nicht verhungern lässt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Einsatzkräfte und Helfer der Blaulichtorganisationen wie Polizei, Rotes Kreuz und auch die Feuerwehr sind beispielsweise in Heiligenkreuz im Einsatz. Das Österreichische Bundesheer, der ASB, die Caritas und die Diakonie leisten hier ganz hervorragende Arbeit. Das Engagement von Freiwilligen ist großartig. Das zeichnet uns aus im Burgenland.

Planen Sie nun in Ihrem Zuständigkeitsbereich weitere Maßnahmen zur besseren Unterstützung von Einsatzkräften und freiwilligen Helfern bei ihrer aufopfernden Arbeit?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Danke Herr Abgeordneter! Ich glaube, man kann nicht oft genug erwähnen, wie tatkräftig das Rote Kreuz und alle Hilfsorganisationen im Burgenland unterwegs waren. Man hat das wirklich auch in Nickelsdorf gesehen. Ich war auch mit dem Bürgermeister Werner Friedl vor Ort, wo wir beide uns auch ein Bild gemacht haben.

Ich muss wirklich sagen, diese erstklassige Arbeit verdient natürlich nicht nur Lob und Anerkennung, sondern ich glaube auch, dass unsere Einsatz- und Hilfskräfte österreichweit ein Vorzeigemodell sind. Da muss man wirklich sagen: Hut ab!

Ich glaube auch, dass selbstverständlich jede mögliche Unterstützung, die man nur irgendwie möglich machen kann, diesen Hilfsorganisationen zukommen sollte. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich komme wieder zum Kern der Anfrage zurück. Meiner Recherche nach wurden Schlepper bei Verkehrskontrollen auf der A4 oder im Südburgenland an der B56a aufgegriffen. Es ist mir nichts von Aufgriffen von Schleppern bei Grenzkontrollen bekannt.

Können Sie mir dazu bitte konkrete Zahlen nennen? *(Abg. Ilse Benkö: Weil es keine Grenzkontrollen gegeben hat.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Frau Abgeordnete! Sie dürfen nicht immer versuchen etwas negativ darzustellen. *(Abg. Maga. Regina Petrik: Mach ich nicht!)* Das Positive daran ist, dass - seit es Grenzkontrollen gibt - unglaublich viele Schlepper erwischt wurden. Das ist einmal ein Factum.

Wo die genau erwischt wurden, auf welchem Grenzübergang, das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich dazu jetzt die Polizeistatistik vor mir haben müsste. Faktum ist, dass nur in Folge dieser Grenzkontrollen das so passiert. Das ist definitiv so.

Wenn Sie schon die gesamte Sicherheitssituation ansprechen, dann möchte ich auf einen Aspekt hinweisen, der uns zu denken geben soll. In Bezug auf Schlepper, Kriminalität, auf die Sicherheitslage in Österreich. Amerika, die USA, hat jetzt die glorreiche Idee gehabt und gesagt, wir nehmen nicht 10.000 Flüchtlinge, sondern wir nehmen gleich 15.000 Flüchtlinge.

Das muss man sich einmal vorstellen. Im Burgenland kommen 131.000 Flüchtlinge über die Grenze und Amerika nimmt 10.000 und jetzt sogar 15.000 Flüchtlinge, weil Amerika sagt, dass jeder einzelne eine Sicherheitscheck bekommen und jeder einzelne von der USA total durchprüft und überprüft und sicherheitstechnisch so wahrgenommen muss. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei uns ist es derzeit so, dass die Flüchtlinge kommen, wir wissen nicht wer er ist, wie viele das sind, wie er heißt, wo er wieder hin will, das ist der Unterschied. Deshalb haben Grenzkontrollen absolute Priorität.

Auch wenn der Flüchtlingsstrom wieder zurückgeht, müssen die Grenzkontrollen selbstverständlich aufrecht bleiben. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann- Stellvertreter. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Sodl.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die ÖVP Burgenland hat sich vor der Landtagswahl im Burgenland massiv gegen einen Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres ausgesprochen.

Wurde durch dieses wahltaktische Blockieren einer nun endlich eingerichteten Maßnahme das Burgenland zusätzlich belastet?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ich würde einmal sagen, das ist ÖVP-Problematik. Wenn die ÖVP der Meinung ist, wir brauchen kein Bundesheer, keinen Assistenzeinsatz, denn das ist alles nicht notwendig, dann ist das einzig und allein das Ansinnen der ÖVP. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Franz Steindl: Volksbefragung!)*

Unser Ansinnen, der Freiheitlichen Partei, ist es nicht, denn wir wollen auf jeden Fall, dass das Bundesheer gestärkt wird und dass das Bundesheer unterstützend im Bereich des Assistenzeinsatzes auch längere Zeit im Burgenland stationiert ist. *(Beifall bei der FPÖ – Allgemeine Unruhe – Eine Handbewegung des Abgeordneten Mag. Franz Steindl.)*

(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz zu Abg. Mag. Franz Steindl) Du brauchst mir hier nicht „ deppert“ zu deuten. Das tut man nicht! Das ist kein Umgangston! (Abg. Ewald Schnecker: Ein Klassiker! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hast Du schon alles gesagt!)

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben immer die Kontrollen direkt an der Grenze gefordert. Jetzt schwächen Sie ab. Sie sind in einer anderen Funktion.

Wie stehen Sie trotzdem dazu, dass wir direkt an der Grenze diese Kontrollen durchführen wollen? Werden Sie weiterhin dafür stehen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Danke Herr Abgeordneter! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das sind jetzt zwei verschiedene Paar Schuhe, auch wenn der Abgeordnete Steindl hier etwas anderes gedeutet hat. Ich weiß allerdings nicht warum. *(Allgemeine Unruhe)*

Das sind zwei verschiedene Schuhe, denn zum einen waren die Grenzkontrollen direkt an der Grenze gefordert, das kann aber weder der Herr Landeshauptmann, noch ich, noch irgendjemand von der Landesregierung anordnen, das ist Bundeskompetenz, da können wir nichts tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was ich angeordnet habe, das habe ich ohnehin schon einmal gesagt, das sind Verkehrssicherheitskontrollen, weil Planquadrate gemacht werden. Ich habe gesagt, machen wir Verkehrssicherheitskontrollen im grenznahen Raum und schauen wir auch ob es Diebesgut gibt. Oder, Kofferraum auf, Kofferraum zu! *(Abg. Ewald Schnecker: Es wird jetzt kontrolliert.)*

Mehr Kompetenz habe ich nicht. Ich kann lediglich über die Landesverkehrsabteilung solche Verkehrssicherheitskontrollen anordnen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem keine weitere Zusatzfrage gestellt ist, komme ich nun zum Aufruf der fünften Anfrage. Die fünfte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Edith Sack an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Seit vielen Jahren gewinnt die Familienpolitik im Burgenland an Bedeutung. Durch gezielte Maßnahmen wird auf die Bedürfnisse und Sorgen der Eltern eingegangen. Kürzlich wurde vom Landesschulrat eine landesweite Befragung der Eltern durchgeführt. Durch diese Befragung sollte den Eltern beziehungsweise den Familien die Möglichkeit gegeben werden, ihre Anliegen kund zu tun.

Erkenntnisse dieser Befragung waren unter anderem, dass jedes 5. Kind um Burgenland Bedarf an Nachhilfe hat und, dass es in den Ferien großen Betreuungsbedarf vor allem bei den Pflichtschülern gibt.

Welche Maßnahmen haben Sie als zuständige politische Referentin auf Grund dieser Elternbefragung eingeleitet, um die Bereiche Ferienbetreuung und Nachhilfe für Eltern zu erleichtern?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Ich freue mich, dass viele Polizeischülerinnen und Polizeischüler auf der Galerie anwesend sind. Herzlich Dank! Ich bitte Sie, diesen Dank auch an jene auszurichten, die

heute, und nicht nur heute, sondern in den letzten Wochen permanent an der Grenze einen großartigen Dienst geleistet haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist aber auch schön, dass Vertreter der Berufsschule hier heute zuhören. Die Familie als zentraler Punkt ist ganz wichtig und ist immer ein zentrales Thema. Ich bin jetzt seit 15 Jahren dafür zuständig. Was kann man verbessern, was läuft gut, wo haben die Eltern noch Sorgen, wo können wir ihnen als Politik, die wir die Rahmenbedingungen festhalten, helfen?

Das sind die permanenten Fragen. Hier bedanke mich noch einmal ausdrücklich beim Herrn Landeshauptmann, aber auch beim Herrn Landesschulratspräsident Herrn Zitz. Es war die große Möglichkeit, über die Elternbefragung jetzt wirklich zu wissen, wo die Eltern stehen und wo es die Sorgen und Probleme gibt.

Frau Abgeordnete! Sie sind ja auch schon lange Familiensprecherin und wissen, dass diese Befragungen und dieses Zurückfragen immer ganz wichtig sind. Die Elternbefragung war im Frühjahr des heurigen Jahres eine ganz zentrale Maßnahme. Sie wurde, aus meiner Sicht, von einigen wenigen kritisiert, was mir völlig unverständlich ist. Warum? Weil wir hier sehr gute Rückflüsse von 69 Prozent über alle Schultypen hatten. Wir haben, Gott sei Dank, die Möglichkeit gehabt, und auch ich als Familienlandesrätin, damals und auch heute dafür zuständig, dort Fragen anzuhängen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Über 21.990 Eltern haben viele Antworten gegeben. Ich möchte jetzt nur zwei herausnehmen, die für die Familien im Land ganz wichtig waren. Frau Abgeordnete und Sie, meine Damen und Herren, wird es sicherlich auch nicht überraschen, dass ich zwei Themen sofort aufgegriffen, herausgenommen und sofort bearbeitet habe. Ich möchte mich heute auf diese zwei Dinge konzentrieren.

Das erste war einmal, meine Damen und Herren, ein Thema, das heute schon einmal gefallen ist, nämlich, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben Menschen die im Burgenland alleinerziehend sind, Väter, Mütter. Wir haben Menschen, die in Patchwork-Familien leben, die in Familien leben können. Das wäre schön, das würden sich alle wünschen, mit Vater und Mutter und alles passt.

Leider schaut die Realität oft anders aus und wir haben natürlich auch Menschen, die zwar zu uns zuziehen, aber keine Familienstruktur haben. Für die alle ist Ferienbetreuung ein riesiges Problem.

Das zweite Thema, das ich herausgreifen möchte ist, dass die Eltern oft auch finanzielle Probleme haben. Beispielsweise durch Nachhilfeunterricht, wo die Kinder Nachhilfestunden nehmen.

Dazu einige Daten und Fakten, wenn Sie das erlauben, Hoher Landtag, denn ich glaube, es wird das eine oder andere auch für Sie überraschend und wohlerahnend gewesen sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich möchte zum Thema Nachhilfe beispielsweise sagen, es stimmt, es ist viel, aber es ist so.

19 Prozent der burgenländischen Schüler, nehmen eigentlich sehr häufig, manche fast ständig, Nachhilfeunterricht in Anspruch. Was natürlich bedeutet, dass das auch, und das ist das nächste Thema, etwas kostet, denn, und das wird Sie auch nicht überraschen, 82 Prozent der Eltern sagen, das belastet unser Familienbudget stark bis sehr stark.

Natürlich kann ich jetzt nicht sagen schön, aber da tun wir nichts. Nein, im Gegenteil. Ich habe natürlich sofort versucht, etwas zu tun.

Aber vielleicht noch eine Information für Sie. Wer nimmt denn diese Nachhilfe in Anspruch? Acht Prozent der Schülerinnen und Schüler bereits, meine Damen und Herren in der Volksschule, 23 Prozent in der Neuen Mittelschule beziehungsweise Hauptschule, mittlerweile haben wir ja fast umgestellt, 28 Prozent in der AHS.

Es wird Sie auch nicht verwundern, dass natürlich dazu kommt, dass die Tendenz hier eher steigend ist. Das heißt, dass in den ersten Klassen wenig Nachhilfe gegeben wird, und je höher sozusagen das Schulalter und die Klasse bis zur vierten, fünften Klasse, umso mehr wird die Nachfrage der Nachhilfestunden.

Das betrifft Mädchen und Burschen gleichermaßen je zur Hälfte. Nord, Mitte, Süd - das war für mich auch spannend zu schauen, ob man das einer Region zuweisen kann? Nein, denn es war auch hier völlig ausgeglichen und die Leistbarkeit, die hat mich natürlich schon ein bisschen schockiert.

Ich habe deshalb bereits in den Ferien etwas getan und ich habe vor, Frau Abgeordnete, das über das ganze Jahr hinauszuziehen. Wir haben auch gefragt: Wann braucht man die Nachhilfe besonders? Der Großteil nutzt sie teilweise ganzjährig, aber der große Teil in den Sommer- und auch in den Semesterferien. Die ersten Kurse haben nach diesem neuen Modell stattgefunden.

Adaptiert auf diese Daten und Fakten haben unter dem Motto „lern gern“ bereits in den Ferien Pilotkurse stattgefunden.

Präsident Christian Illedits: Frau Landesrätin! Zeitablauf!

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Als Pädagogin habe ich natürlich auch darauf geschaut, dass das auf das Schuljahr und so fort auch wirklich passen muss.

Diese eine Sache habe ich also von dieser Elternbefragung bereits herüber- und mitgenommen und auch umgesetzt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Dankeschön Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben vorhin schon gesagt, dass die Ferienbetreuung eine sehr wichtige Maßnahme für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist.

Wird noch eine andere Möglichkeit angeboten, um die Eltern hier zu entlasten und auch Betreuung zu ermöglichen, wenn die Eltern berufstätig sind?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Frau Abgeordnete! Natürlich gibt es, Gott sei Dank, mehrere Formen. Von der Zeit her nur ganz schnell, denn meine Tonqualität ist heute nicht die beste, verzeihen Sie alle. Fakt ist, vielleicht nur noch zwei Sätze dazu, denn auch das kommt hier sehr stark bei der Elternbefragung heraus, dass die Ferienbetreuung ein Thema ist.

Auch hier habe ich bereits begonnen zu schauen, was man tun kann. Das hängt natürlich eng mit Ihrer Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. Wer schaut - außer dem Kindergarten - noch auf die Kinder?

Deshalb habe ich bei der Ferienbetreuung, und das ist ganz wichtig, heuer bereits noch mehr umgesetzt. Aber, konkret jetzt genau zu Ihrer Frage. Ja, das Thema war natürlich, wer schaut außer dem Kindergartenbereich, in der Schule und so fort auf unsere Schülerinnen und Schüler und was können wir in der Betreuungssituation tun?

Wie können wir sie noch entlasten? Zunächst einmal hat die Statistik Austria vor einigen Tagen ohne unser Zuwollen einmal mehr wieder festgestellt, dass das Burgenland, das wissen Sie, das wissen Sie alle, in der Kinderbetreuung wirklich großartig da steht.

Wir sind in der Betreuung der Drei- bis sechsjährigen Österreichmeister, wir haben 100 Prozent! Bei der Betreuung der Ein- bis dreijährigen sind wir auf Platz Nummer 2!

Meine Damen und Herren auf der Galerie! Falls Sie irgendwann einmal in Ihrem Leben vorhaben, eine Familie und auch Kinder zu haben, ist das für Sie als junge Menschen entscheidend. Da muss es natürlich auch wichtig sein, dass Ihre Kinder gut gefördert und betreut werden.

Daher brauchen wir - außer dem Kindergarten und der Kinderkrippe - natürlich beispielsweise auch noch die Tagesmütter, die eine sehr wertvolle Arbeit leisten und die sehr flexibel reagieren können. Hier habe ich einiges schon zum Besseren wieder weiter voranbringen können.

Die Tagesmütter und -Tagesväter, wir haben zwei Väter mit dabei, haben sich in diesem Jahr, im Frühjahr, sehr gut weitergebildet, sodass sie jetzt auch Nachhilfe geben können. Das war natürlich auch ein Thema der Elternbefragung.

Weiters können sie sehr flexibel reagieren, beispielsweise auch wenn ein Kind krank ist, und der Vater und die Mutter aber trotzdem arbeiten gehen müssen. Ich habe die Betreuungszeiten ausgedehnt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich glaube, das war ganz wichtig.

Es ist auch ganz wichtig, immer auf das Alter des Kindes zu schauen. Auch hier haben sie sich entsprechend weiterbilden können. *(Abg. Manfred Kölly: Herr Präsident! Mich geht es zwar nichts an, aber jetzt wurde schon zum dritten Mal die Zeit überschritten. Bei mir wurde da genauer auf die Zeit geschaut. - Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Wie finden die Familien im Burgenland überhaupt die Informationen zu den verschiedenen Fördermöglichkeiten und Angeboten des Familienreferates?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Natürlich ist mir bewusst, dass es im Burgenland viele Menschen mit Internetzugang gibt, aber nicht alle Menschen haben das Glück, finanzielle oder andere Möglichkeiten dafür zu haben.

Sie können nicht immer das Internet in Anspruch nehmen. Diejenigen, die das Internet haben, darf ich sozusagen gleich einladen. Ich habe das völlig neu adaptiert. Wir haben heute eine neue Homepage gestaltet. Sie können beispielsweise über iPhone die smartphonefähige Homepage öffnen.

Wer also ein iPhone hat, wer einen Internetanschluss hat, kann sich sehr gut über www.familienland-bgld.at informieren. Da haben sie alles was sie an Informationen brauchen. Von vor der Geburt des Kindes begonnen bis hin in der Begleitung des Kindes in der Pubertät, in der Schule und viele andere Entscheidungen, beispielsweise die Berufswahl. Sie finden da sehr vieles darauf.

Auch finden sie auf der Homepage, unter dem Menü „Familienpass“ die Möglichkeiten aufgelistet, wo man als Familie billiger einkaufen kann. Hier haben wir übrigens eine Zahl, die vielleicht spannend ist. Bereits 22.500 Familien im Burgenland nutzen die Möglichkeit, damit sie billiger einkaufen können, sowie Eintritte in Museen und so weiter, die sie fast teilweise gratis benutzen können, wenn sie einen Familienpass haben. All das kann man herunterladen.

Das zweite, was ich natürlich auch noch immer habe, sind die Informationen in Form von Broschüren für jene Menschen, die keinen Internetzugang haben oder sich kein iPhone leisten können oder wollen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? Bitte Frau Abgeordnete Maga. Petrik. *(Abg. Maga. Regina Petrik: Das iPhone ist da wohl bevorzugt!)*

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Der Bedarf an Nachhilfe, den Sie hier genannt haben, ist sehr hoch und für mich ein Alarmzeichen, das im System etwas nicht stimmt. Ich hoffe ja sehr, dass Sie mit Ihrer politischen Arbeit nicht nur Löcher des Systems stopfen, sondern auch daran arbeiten, dass dieses Schulsystem geändert wird, dass wir gar nicht mehr so viele Schülerinnen und Schüler in die Nachhilfe drängen.

Gibt es konkrete Zahlen darüber, zumindest geschätzte Zahlen, wie hoch der Aufwand burgenländischer Eltern für den Nachhilfeunterricht ist?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es gibt ganz konkrete Zahlen, Daten und Fakten, die ich Ihnen gerne zur Verfügung stelle. Das würde jetzt wohl den Rahmen sprengen. Aber, Fakt ist, dass wir vom Alter her wissen, wie viel Eltern für diese Nachhilfe bezahlen. Wir gehen von einem durchschnittlichen Satz von 30 Euro aus, was ja keine Kleinigkeit ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das, was mein Ziel ist, und da, glaube ich, sind wir beide konform, ist ganz klar: Wir müssen schauen, dass es nicht passiert, was jetzt teilweise noch immer passiert, nämlich, dass es Kinder gibt, die zwar hochbegabt sind, die aber Eltern haben, die sie teilweise nicht so fördern können, damit sie wirklich weiter ihre Bildung nutzen können.

Wenn es aber Kinder sind, die Nachhilfe brauchen, aus welchen Gründen auch immer, dann ist es natürlich auch wichtig, diese Nachhilfe sich auch leisten zu können. Da geht es mir darum, dass Eltern, egal wie groß sozusagen, oder wie befüllt ihre Brieftasche ist, auch jede Form in Anspruch nehmen können, um ihre Kinder zu fördern.

Wir alle kennen das, dass nicht alle Menschen für alles Begabungen haben, nicht alles gefördert werden kann. Da geht es mir wirklich um die Chancengleichheit und um die Möglichkeit, hier wirklich viel mitzunehmen, auch wenn man nicht viel Geld hat. Daher werde ich auch in Zukunft darauf schauen, denn ich habe bereits in diesem Sommer um 7,92 Euro die Stunde Nachhilfe in Kleinstgruppen und so weiter angeboten.

Was ist das Ziel der Bildungspolitik? Ich möchte hier dem Herrn Landeshauptmann nicht vorgreifen, weil er der Bildungsadressat dafür ist, aber, Fakt ist, dass es da eine Schule geben muss, wo die Schüler länger in der Schule sein können, wo es eine verschränkte oder auch eine andere Form gibt, wo am Nachmittag, oder auch am Vormittag Kinder gefördert werden können, die das brauchen.

Dafür bin ich und dafür stehe ich. Aber, ich nehme an, dass sich die ÖVP das auch einmal überlegen wird und wir da endlich wieder einmal weiterkommen. Die Kinder brauchen es! Dann brauchen sie weniger Nachhilfe und die Eltern weniger Geld. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Basis der Anfrage ist hier die durchgeführte Elternbefragung. In dieser Elternbefragung haben sich 60 Prozent, also die überwiegende Mehrheit, gegen eine Ganztagsschule ausgesprochen. Da dies ja weiterhin ein SPÖ-Thema und eine SPÖ Forderung ist lautet meine Frage:

Werden Sie dementsprechend auch Ihre Forderungen ablegen, wenn die Mehrheit der Eltern im Land das nicht wünscht?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Erstens einmal hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie zumindest in einem Satz erwähnen, dass Sie eines besseren belehrt worden sind. Was Sie mit Ihrer ÖVP genau geworden sind, und das sage ich mit Absicht, weil christlich sozial und gegen Elternbefragung sein nicht zusammenpasst. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, in Ordnung. Ich sage dazu nur, dass die Elternbefragung wichtig und richtig war. Wir haben viele Schlüsse daraus ziehen können. Einer der Schlüsse, und jetzt bin ich wieder bei der Frau Abgeordneten Petrik und Sie haben sicher zugehört. Was heißt das? Wie kann man Eltern, die nicht die große Geldbörse haben, unterstützen? Für die stehen Sie auch, denn Sie sagen immer, Sie sind eine Familienpartei!

Stehen Sie auch dafür ein. Bitte lesen Sie sich ein, denn dafür gibt es nur eine Antwort, nämlich die, dass wir Kinder länger in den Schulen haben. Gerade jene, die gefördert gehören. Weil sie eher Schwächen oder eher Stärken haben, beides gehört gefördert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dann brauche ich sie länger als Pädagoge oder Pädagogin in der Schule. Dann kann ich mit ihnen länger individueller und spezifischer lernen.

Ich würde mir wünschen, dass Sie sich wirklich weiter bewegen. Ich war im Jahr 1994 schon im Unterrichtsausschuss, im Bildungsausschuss des Parlaments. Lesen Sie bitte auch dort nach. *(Zwischenruf des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA.)*

Damals hat leider auch schon die Frau Bundesministerin Gehrer blockiert und die Bildungspolitik um 10 Jahre zurückgeworfen. Bitte reden Sie einmal und schauen Sie mit Ihren Abgeordneten, dass da endlich etwas weitergeht.

Es braucht die Möglichkeit der Ganztagsschule, des Unterrichtes, der länger ist wie immer auch diese Freizeit dann mitgekoppelt wird. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gegen den Willen der Eltern! Gegen den Willen der Eltern! So ist es.)* Das braucht es, bitte nehmen Sie das zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin.

Da keine weiteren Zusatzfragen mehr gestellt sind, ist die Fragestunde durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 17) mit dem der Landesrechnungsabschluss 2014 genehmigt wird (Zahl 21 - 13) (Beilage 41)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses

betreffend den Beschlussantrag, Beilage 17, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2014 genehmigt wird ,Zahl 21 - 13 Beilage 41.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Herr Präsident! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag mit dem der Landesrechnungsabschluss 2014 genehmigt wird, in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 09. September 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen. Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

1. Der Bericht der Burgenländischen Landesregierung über die Gebarung im Rechnungsjahr 2014 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.
2. Der Rechnungsabschluss des Landes Burgenland für das Jahr 2014 sowie die im Rechnungsabschluss vorkommenden Abweichungen zum Landesvoranschlag werden genehmigt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erfrischend, nach so einer langen Pause wieder im Landtag für das Land arbeiten zu dürfen! Das ist natürlich ganz wichtig, denn wir sind auch dafür gewählt worden. Es gibt eine neue Konstellation. Das soll so sein.

Ich habe mir erlaubt, wenn Ihr Euch erinnern könnt, bei meinem ersten Redebeitrag hier im Landtag in dieser Legislaturperiode zu sagen: Schonen wir sie einmal, lassen wir sie einmal arbeiten! Wir haben aber leider, und das muss ich auch dazu sagen, ein Thema im Vordergrund gehabt und das sind die Flüchtlinge.

Das muss man auch dazu sagen. Man hat, und das sage ich jetzt auch gleich ausdrücklich, auf einige Punkte vergessen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wie geht es der Wirtschaft? Wie schaut es am Arbeitsplatz aus? Wie schaut es überhaupt im ganzen Burgenland aus? Das Gesundheitswesen und dergleichen mehr.

Wenn wir heute diskutieren oder bei der Fragestunde sich gegenseitig wieder abfragen, wie gut und schön wir alle miteinander sind, so haben wir bis jetzt mit der neuen Konstellation eigentlich noch nicht viel ans Tageslicht gebracht, was sehr positiv zu erwähnen wäre. In der Flüchtlingssituation ist die Exekutive, die vielen Freiwilligen und die Bürger des Landes eigentlich mit einem Dankeschön auszustatten, aber nicht die Politik in diesem Lande. Dass muss ich jetzt auch gleich klar und deutlich sagen.

Denn heute habe ich eine Frage gestellt und das tut mir sehr weh, Herr Landesrat, denn Sie waren auch bei einer Besprechung bei den Sozialdemokraten in Deutschkreutz,

wo Sie die Leute nicht überzeugen konnten, als Sozialdemokrat, hier mit zu stimmen, dass wir für diese Leute, die hier hereingekommen sind, die zu uns hereingekommen sind, und jetzt da sind, Hilfestellung zu geben, mit der Ausrede: Ich bin nur für die Grundversorgung zuständig! Herr Landesrat, das tut mir im Herzen weh. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich wurde als ehemaliger FPÖ-Politiker abstempelt, dass ich so und so bin. Ich stehe auch noch immer dazu, ich habe kein Problem damit, denn auch dort gibt es hervorragende Meinungen und eine hervorragende Arbeit. Ich will das nur deutlich unterstreichen.

Ich sage noch eines dazu, Herr Landesrat: Was mich an der ganzen Situation so enttäuscht hat ist das, dass wir in Deutschkreutz die Möglichkeit gehabt hätten, fix ausgestatte Plätze zu haben, Arbeitsplätze und dergleichen mehr. Ich schäme mich für die Sozialdemokratie, dass so etwas passieren kann. *(Abg. Robert Hergovich: Du brauchst Dich nicht zu schämen, für Niemanden!)*

Das tut mir wirklich im Herzen weh. Ich weiß, wie schwierig es ist mit diesen Leuten, 130.000 sind angeblich durch das Burgenland gezogen. Schön und gut. Dann lese ich, dass der Herr Orban sogar Schießbefehle und dergleichen mehr ausgibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In welchem Land leben wir denn? Sind wir nicht in der Europäischen Union? Sie waren ja alle für die Europäische Union und haben so großspurig getan. Jetzt ist die Europäische Union meiner Meinung längst gefragt oder fast am Ende ihrer Zusammengehörigkeit, wenn sie nicht bald und rasch etwas vor Ort, wo tatsächlich Krieg herrscht und wo tatsächlich die Menschen betroffen sind, unternehmen.

Was wir hier tun, nämlich, dass man sagt, drei Jahre machen wir jetzt einmal eine Übergangsfrist, dann schicken wir sie wieder zurück, ist höchst bedenklich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Landesrätin Dunst! Wo Du eine bist, die sich massiv einsetzt. Ich stehe dazu, dass ich auch ein Lob aussprechen darf und kann, weil es wichtig ist, dass wir uns einsetzen. Aber, drei Jahre Übergangsfrist, was soll denn das? Da sind die Kinder integriert, gehen in die Schule und in den Kindergarten, dann reißen wir sie heraus und schicken sie nach Hause. Das schaue ich mir gerne an, denn dann haben wir genau immer die Diskussionen. Ich glaube, dass der andere Weg vernünftiger wäre.

Es sind in der Europäischen Union klare Worte zu sprechen. Wenn ich mir nur einmal anhöre, was ein Herr Bundeskanzler Faymann tut. So zuwider schaut er ja nicht aus, aber er bringt eben nichts weiter, muss ich auch dazu sagen. Da sollten wir klare Worte finden, auch in unserem Land, im Burgenland, dass wir das nicht mehr so hinnehmen.

Das spielt auch mit dem nächsten Tagesordnungspunkt, dem Rechnungsabschluss, zusammen, denn die Kosten hat noch niemand hinterfragt. Die Überstunden der Exekutive und dergleichen mehr. Wir sagen, das Bundesheer soll an die Grenze. Na, selbstverständlich.

Wir, die Liste Burgenland, haben das genauso wie die FPÖ jahrelang verlangt. Wir haben gesagt, tut doch endlich etwas! Da ist der Herr Minister oben gesessen und hat sich auch nicht rühren dürfen, weil ihm der Häupl eine „über die Rübe gezogen“ hat.

Das geht einfach nicht mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen einfach zu unserer Linie stehen und für solche Dinge klare Antworten finden. Ich glaube, das ist ein Zeichen für das Land, für das Land Burgenland, dass wir sehr wohl gewählte Mandatare haben, die nicht parteipolitisch denken und wo nicht gesagt wird, du bist bei der ÖVP, und du bist bei denen und denen, sondern, wir müssen gemeinsam einen Weg finden.

Das habe ich in der vorigen Periode schon gesagt: Wir sind für die Menschen in diesem Land da! Wenn die in Gefahr sind, haben wir zu helfen! Das zeigen wir, das können wir, das tun wir! Bei uns in Deutschkreutz gibt es an die 26 bis 28 Flüchtlinge, die schon Jahre untergebracht sind und sich gut, aber wirklich sehr gut eingelebt haben. Da stehe ich dazu.

Aber, dann von der Sozialdemokratie dort hingestellt zu werden und das abzulehnen, das verstehe ich überhaupt nicht. Dann muss ich sagen, ich trete aus der Sozialdemokratie aus und werde eine Namensliste, weil ich das nicht haben will. Das muss ich klar und deutlich hier sagen. Jetzt komme ich aber zum Tagesordnungspunkt, wobei eigentlich alles zusammen gehört, weil da auch das Geld enthalten ist, steckt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechnungsabschluss 2014, ich hoffe, Ihr habt Euch den auch durchgelesen. Ich denke, viele nicht. Ich sage hier auch bewusst, warum. Weil es viele Zahlen da drinnen gibt, die hinterfragt gehören, ganz einfach.

Ich weiß, der Landes-Rechnungsabschluss ist das Wichtigste, meiner Meinung. Einen Voranschlag kann man hinstellen und sagen, gut der ist dehnbar. Wir wissen das von der Gemeinde, Herr Kollege Wolf, wie das oft der Fall ist. Beim Rechnungsabschluss müssen die Zahlen stimmen und ich nehme an, diese Zahlen stimmen.

Nur was mir dort drinnen fehlt - und ich sage das auch mit dieser Deutlichkeit - von den ausgelagerten Betrieben, wo sehe ich da die genauen Zahlen, die in der Landesregierung beschlossen worden sind? Das muss man jetzt auch dazu sagen. Die sind in der Landesregierung beschlossen.

Wir durften nur das Budget diskutieren. Wir durften entweder mitstimmen oder dagegen sein, je nach Fraktion. Ich sage, dass vieles in der Zukunft noch schwieriger wird und noch verstärkt uns herausfordert, uns Politiker herausfordert.

Ich denke einmal, wenn ich mir das so anschaue, der Rechnungsabschluss des Ordentlichen Haushalts 2014 ergibt *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist absolut falsch was Sie sagen.)* Herr Landesrat, immer das Gleiche. Seit zehn Jahren reden wir zwei untereinander immer hin und her. *(Landesrat Helmut Bieler: Ich werde es Ihnen dann nachweisen.)*

Ich würde Ihnen empfehlen, sich einmal mit dem Herrn Rauchbauer zusammenzusetzen und die Punkte, die ich jetzt vorlese genau anzuschauen. Ich sage Ihnen das. *(Landesrat Helmut Bieler: Ich weise es Ihnen nach.)* Ja geht schon. Ich freue mich schon drauf.

So, jetzt sieht ja der Rechenabschluss sehr positiv aus, Herr Landesrat. Na logisch, da gibt es ein sechs Millionen-Plus gegenüber dem Voranschlag. Hört sich gut an, ist ja positiv. Der Kölly sagt etwas Positives, ist ja unglaublich. Ja selbstverständlich. Nur wenn man ins Detail geht und in die Tiefe geht, dann sieht man schon, was los ist.

Werte Kollegen von der FPÖ, Ihr habt ja das in früheren Zeiten auch immer wieder aufgezeigt. Daher freut es mich heute, wenn Ihr sagt, na da können wir nicht mitgehen, weil das war ja nicht unsere Seite, die damals “Ja“ gesagt haben. Ihr habt “Nein“ gesagt

zu diesen Dingen. Jetzt bin ich aber wirklich gespannt, was die FPÖ tut und was die ÖVP tut.

Die ÖVP hat ja vieles mitgetragen, oder das meiste mitgetragen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei uns ist das klar.)* Mit muss, oder nicht muss, das weiß ich noch nicht, weil viele sind gar nicht da gewesen, sind hinausgegangen bei der Abstimmung und der Fall war erledigt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das machen wir schon.)* Aber es ist so, zu dem stehen wir und das ist okay.

Aber auf das freue ich mich heute, auf die FPÖ-Abstimmung und auf die ÖVP-Abstimmung. Und wie es dann in Zukunft weitergehen wird, das ist die nächste Frage.

Ich habe schon erwähnt, sechs Millionen Euro gegenüber dem Voranschlag Mehreinnahmen. In der Höhe von 59 Millionen Euro stehen Mehrausgaben in der Höhe von knapp 53 Millionen Euro, mehr als 48 Millionen Euro - jetzt kommt es - der Mehreinnahmen stammen aus Entnahmen aus Rücklage.

Herr Landesrat, das sollten Sie schon wissen – oder? Ich denke schon, denn das ist zum Lesen. Ich weiß nicht, ob es die Kollegen wissen, es ist nachvollziehbar.

Den vorliegenden Rechnungsabschluss 2014 zur Folge hat das Land Burgenland offensichtlich im Ordentlichen Haushalt den prognostizierten Abgang von sechs Millionen aufgefangen und das Ordentliche Jahresergebnis 2014 mit Null abgeschlossen.

Super, man kann ja das wirklich schön machen, verschieben, Rücklagen auflösen. Wir wissen das eh. Wir sind ja auch verantwortlich dafür in Gemeinden, Gott sei Dank. Was ja immer schwieriger wird übrigens, werte Kolleginnen und Kollegen, in Gemeinden auch finanziell zu überstehen. Und finanziell auch zu schauen, dass man Arbeitsplätze schafft und wirtschaftlich denken kann. Ihr degradiert uns nur mehr zu Verwalter und nicht mehr zu Gestalter. Ich sage das auch noch, ich komme heute noch auf das Thema hin.

Das heißt, der Gesamtschuldenstand des Landes hat sich unter Berücksichtigung der Neuaufnahmen, der Tilgung und der Zinsen 2014 um drei Millionen Euro auf insgesamt 278 Millionen Euro erhöht.

Herr Landesrat, Sie stellen sich immer hin in den Medien und sagen: Super alles. Ich sage Ihnen ein paar Zahlen. Wenn Sie sagen das stimmt nicht, dann bitte korrigieren Sie mich:

Im Jahr 2010 war der Schuldenstand 231 Millionen, im Jahr 2011 251 Millionen, im Jahr 2012 265 Millionen, im Jahr 2013 275 Millionen Euro. Jetzt kommt es - im Jahr 2014 - glaubt Ihr, wir haben weniger gehabt? Ich habe es gerade schon gesagt, nein 278 Millionen Euro. Das ist ein Wahnsinn!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden da ständig wie gut es dem Land geht und der Herr Finanzlandesrat der macht das super, die Aufgabe. Ja, wird er eh machen. Nur man sollte die Wahrheit am Tisch legen. Was ist mit den ausgelagerten Geschichten? Immer mehr Schulden. Ich weiß es nicht.

Die Haftungen, Bank Burgenland und dergleichen mehr. Wo finde ich denn das? *(Landesrat Helmut Bieler: Lies einmal.)* Wo ist denn das drinnen? Genau das sind die Dinge, Herr Landesrat. Sagt das öffentlich, dass wir Schwierigkeiten haben. *(Landesrat Helmut Bieler: Lesen lernen!)*

Schauen Sie, Herr Landesrat, ich bin kein Lehrer, weil wenn ich mir das anschaue, werden wir nur von Lehrern verwaltet, das kann es nicht sein, oder Parteisekretäre. Seid

mir nicht böse. Nichts gegen Lehrer, aber irgendwann sollten wir von der Wirtschaft auch einmal etwas verstehen und sollten Wirtschaftler auch hineinnehmen.

Das muss man jetzt einmal klar auch gesagt haben, wenn Sie mich dauernd korrigieren und dreinreden. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Ich weiß es nicht, sind die Zahlen so schwierig zu lesen, stimmen die, oder stimmen die nicht? Das will ich jetzt von Ihnen genau wissen. Stimmen die Zahlen, oder stimmen sie nicht, Herr Landesrat? *(Landesrat Helmut Bieler: Die stimmen!)* Stimmen sie, dann brauche ich nicht lesen lernen.

Werte Zuschauer, das ist eine interessante Situation da. Wo der Herr Landesrat, *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler.)* - ich würde den Mund halten und würde zuhören und würde sagen, Kölly dort und dort hast du Recht, aber auf der anderen Seite muss man dich vielleicht korrigieren und sich noch einmal zusammensetzen, bevor man solche Meinungen von sich gibt. *(Landesrat Helmut Bieler: Lies einmal.)*

Ich komme auch zur der ganzen Situation. Das heißt, es wurden im Rechnungsjahr 2014 insgesamt 43,1 Millionen Euro mehr ausgegeben. Herr Landesrat, mehr ausgegeben. Na haben wir das im Voranschlag überhaupt nicht gewusst? 53 Millionen Euro gibt man mehr aus, als mir nichts dir nichts.

Schützen-Umfahrung zum Beispiel. Super. Die haben wir müssen bezahlen, weil auf der S31 die Verlängerung hat eh die ASFINAG bezahlt, mit 37 Millionen Euro. Da greift man sich auch am Kopf. 37 Millionen Euro zahlt die ASFINAG für eine Straße, die ins Niemandsland führt. Aber es ist so. Das ist der Bund und wir sind das Land.

So, Schützen am Gebirge, Herr Landesrat, da gibt es eine Anfrage seitens der ÖVP, die ist noch nicht eingelangt, glaube ich - ich weiß nicht. Meine Frage, um wieviel haben sich die Kosten erhöht, Herr Landesrat?

Auf das bin ich gespannt. Und ich will diese Frage beantwortet haben von Ihnen. *(Landesrat Helmut Bieler: Gar nicht.)* Heute und hier will ich sie beantwortet haben. *(Landesrat Helmut Bieler: Gar nicht.)* Weil das ist eine Frechheit, was da passiert.

Da gibt es einen Regierungsbeschluss und da fährt man drüber. Wir im Landtag dürfen brav zustimmen und sagen, wenn du nicht zugestimmt hast, dann bist du nicht dabei. Dann darfst du überhaupt nichts mehr sagen.

Dann die Finanzwirtschaft, Herr Landesrat, hier wurden zirka 12 Millionen Euro überzogen.

Gesundheit - und das ist ein wichtiger Faktor. Ja Gesundheit ist uns verdammt wichtig. Aber jetzt denkt einmal an die Gemeinden, werte Kolleginnen und Kollegen. Was ist in den Gemeinden? Wir wissen gar nicht mehr, wieviel Geld wir abgezogen bekommen. Wir müssen es nicht zurückzahlen, wir kriegen es abgezogen von den Ertragsanteilen. *(Zwischenruf der Abg. Klaudia Friedl.)*

Frau Kollegin, das wirst Du ja wissen. Das hat sich in den letzten Jahren um 80 Prozent erhöht. Seit drei Perioden bin ich Bürgermeister. Damals waren es 80.000 Euro, wie ich angetreten bin, jetzt zahle ich 830.000 Euro von meinem Budget von fünf Millionen zurück. Seid mir bitte nicht böse. Wie artet das noch aus?

Wir wissen, dass Gesundheit was wert muss sein. Wir wissen, dass Gesundheit natürlich etwas kostet. Aber seid mir jetzt bitte nicht böse. Wie wird es ausschauen in den nächsten Jahren mit den Personalkosten? Die werden uns überfluten, über Bord wird das

ganze sein. Das werden wir nicht mehr schaffen. Auch das muss man ansprechen. Auch diese Situation gehört für mich eigentlich nachhaltig durchgedacht. Da geschieht nichts.

Oder Wohnbauförderung, das ist überhaupt ein interessantes Thema. Da stellt sich der Herr Landeshauptmann hin und sagt 123 Millionen Euro haben wir Wohnbaufördergelder im Voranschlag drinnen. Kann jeder nachlesen. Ich weiß nicht, Ihr habt es im Voranschlag drinnen, liest nach einmal, 123 Millionen Euro.

Der Landeshauptmann stellt sich hin und sagt, wir haben die beste Wohnbauförderung österreichweit. Dann denke ich mir, sind die anderen Bundesländer überhaupt daneben, weil, das gibt es ja gar nicht. Tatsächlich verwenden wir 78 Millionen Euro. Und jetzt weiß ich, wo das Delta ist, die Differenz, wo die hinkommt, logischerweise.

Na, stellt Euch einmal vor, wo das hinkommt - zum Budgetlöcher stopfen, wie man es in diesem Rechnungsabschluss klar und deutlich erkennen kann. Und seid mir nicht böse, auch der Hofrat Dr. Rauchbauer weiß das ganz genau, es ist nicht einfach. Wir wissen das von den Gemeinden. Heutzutage einen Voranschlag zu erstellen, einen Rechnungsabschluss zu erstellen - das ist schwierig. Aber man sollte offen und ehrlich die Wahrheit sagen.

Und ich glaube - und das ist ein wichtiger Punkt - von wo nehmen wir das Geld her? Ist ja sehr interessant Rücklagen oder Mehreinnahmen? Das heißt, der Bund, der immer so geschimpft wird und zahlt doch einiges an das Land.

Wenn ich mir die Summen anschaue, hat es vom Bund doch einige größere Summen gegeben, zum Beispiel Kostenersätze vom Bund 11 Millionen Euro. Auf der anderen Seite haben wir ein Plus bei den sonstigen Einnahmen über 42 Millionen.

Der Nachtragsvoranschlag, der ist ja auch interessant. Es gibt immer einen Nachtragsvoranschlag. Ich brauche keinen Nachtragsvoranschlag in meiner Gemeinde zum Umschichten, weil ich weitblickend bin. Da gibt es immer einen Nachtragsvoranschlag. Ist das notwendig, das frage ich mich? Soll so sein, ist auch kein Problem.

Aber im Nachtragsvoranschlag 2014 sah man im Ordentlichen Haushalt Mehreinnahmen in der Höhe von 78,8 Millionen Euro vor. Wesentlich Anteile dieser Summen fallen laut Nachtragsvoranschlag auf die Gruppe 4, mit 1,6 Millionen Euro, sowie auf die Gruppe 9 mit 76,2 Millionen Euro. Davon entfallen 52,8 Millionen auf den Verkauf der Bank Burgenland an die GRAWE. Denkt nach!

So, Gruppen 4 und 7, wo 57,2 Millionen Euro an Mehreinnahmen zu verzeichnen sind. Diese setzen sich wie folgt zusammen: Gruppe 4 - zusammen rund 22 Millionen, Qualifikationsförderung - Entnahmen aus Rücklagen drei Millionen Euro, jetzt sind wir dort - Lehrlingsausbildung und dergleichen mehr. Wir haben da ein anderes Bild von der ganzen Geschichte. Aber soll so sein.

Kinderbonus - Frau Landesrätin, Entnahme aus Rücklage 1,9 Millionen Euro. Wohnbaufördergelder 15 Millionen, wovon ich gerade geredet habe von dem Delta. 15 Millionen Euro nämlich für Budgetlöcher stopfen. Was soll das?

Flüchtlingshilfe eine Million, davon 800.000 Euro vom Bund. So, auch das habe ich heute schon andiskutiert. Sollten wir uns nicht auch etwas überlegen - jetzt schon, wie das ausschaut, wenn der Flüchtlingsstrom nicht weniger wird? Dass wir jetzt schon irgendetwas planen und sich gemeinsam eine Lösung einfallen lassen?

Aber brauchen wir nicht. Die Landesregierung - jetzt FPÖ -SPÖ - wird ja das alles jetzt meistern. Weil vorher, die haben ja nichts getan. Die haben auch gearbeitet, das

muss ich auch klar sagen und haben sehr positive Arbeit für das Burgenland geleistet. Dass dort und da Fehler passieren - nobody ist perfect - das wissen wir auch.

Gruppe 6 - zusammen rund 16 Millionen Euro, Landesstraßen Entnahme aus Rücklagen, Landesstraße 1,3 Millionen Euro. Abwasserbeseitigung- Entnahme aus Rücklagen 1,7 Millionen Euro. Schutzwasserbau - Entnahme aus Rücklagen 1,3 Millionen Euro.

Nächste Gruppe 7 - zusammen rund 8,7 Millionen Euro. Mittelzuführung WIBAG - Entnahme aus Rücklage 4,8 Millionen. Galuska-Hotel zu kaufen um 3,2 Millionen Euro, das als Ruine dort steht. Ich verstehe das nicht mehr. Seid mir bitte nicht böse. Ich bin tagtäglich in Lutzmannsburg, schaue mir das an, was da weitergeht.

Herr Landesrat, ich hoffe dass wir gemeinsam eine Lösung dort finden. Weil das wirklich wichtig ist für unsere Region, nicht nur für den Ort Lutzmannsburg insbesondere, sondern für die Region.

Früher hat es dort Thermenbesuche gegeben, Silent Dome, Menschen die in Oberpullendorf eingekauft haben, in Deutschkreutz eingekauft haben, dort zum Friseur gegangen sind, die sind weg. Und das kann ich nicht so stehen lassen.

Und dann komme ich auch auf einmal auf die Idee, dass es einen Beschluss gibt im Land in der Landesregierung, das man das verkaufen sollte. Nur frage ich mich, wer das wirklich kaufen soll, unter diesen Umständen und Zuständen? Das ist jetzt eine schwierige Aufgabe und ich bin gern bereit da zu unterstützen, Herr Landesrat.

Gruppe 4, Beispiel Qualifikationsförderung für Arbeitskräfte, Entnahme aus Rücklagen drei Millionen Euro. Dieser Budgetposten 2/45902 - nur damit wir das wissen, Herr Landesrat, da können Sie nachschauen - sonstige Förderung aus der Gruppe 4 - findet sich so weder im Voranschlag 2014, hier wurden exakt null Euro an Einnahmen budgetiert, noch findet sich in der Gruppe 45902 ein Eintrag über Einnahmen im Nachtragshaushalt.

Schaut nach! Habt Ihr das mit? Interessiert eh keinen. Gruppe 4 - Einnahmen Kinderbonus, Entnahme aus Rücklagen 1,9 Millionen Euro, Post 2/469104 aus der Gruppe 4.

Im Voranschlag 2014 findet sich in der Gruppe Familienförderung kein Voranschlag für Einnahmen aus dem Titel Kinderbonus. Lediglich im Nachtragshaushalt wird eine Einnahme unter diesem Budgetposten von 500.000 Euro ausgewiesen. Was ist das für eine Schieberei und hin und her eine Werklerei?

In der Gruppe 5 – Pflegeanstalten, Personalaufwand Kostenersatz - jetzt sind wir dort - KRAGES. Ganz wichtig, über Gesundheit haben wir schon geredet. 2/55500 über rund neun Millionen Euro an Mehreinnahmen - sehr interessant. Im Voranschlag sind hier keine Einnahmen budgetiert, im Nachtragshaushalt findet sich hierzu ebenfalls kein Eintrag.

Herr Landesrat, wie erklären Sie mir denn das? Da wäre ich neugierig. Nachher wenn Sie zum Reden dran sind, erklären Sie mir die Punkte. Schreiben Sie mit, oder ich gebe Ihnen das. Ist überhaupt kein Problem.

In der Gruppe 6 im Budgetposten 6116032980 Neubau, Ausbau und Instandhaltung von Straßen und Brücken - Entnahme aus Rücklage 6,6 Millionen Euro. Im Budgetposten 6116038501 Zweckzuschuss des Bundes S31 B50 B61a sechs Millionen Euro. Im Gesamtvoranschlag findet sich ein Eintrag zur Einnahme von 4,6 Millionen Euro.

Jetzt rede ich gar nicht, was Schützen mehr gekostet hat. *(Landesrat Helmut Bieler: Gar nichts!)* Nicht? Danke für die Antwort. Das freut mich, wenn ich das jetzt schriftlich bekomme, dass Schützen nicht mehr kosten wird, wie der Voranschlag war, wie die Kostenschätzung war. Ich sage Ihnen, Sie werden sich täuschen, oder Sie verstecken irgendwo etwas. Das ist mir ein Rätsel.

Das kennen wir schon, wie damals bei - das war das interessante Gebiet, was mich noch immer nicht ganz in Ruhe lässt - die Elektrifizierung Eisenstadt-Neusiedl. Da sind auf einmal Kosten aufgetaucht, da hat es uns nur geschüttelt. Die Antwort war, das war nicht so vereinbart vom Landeshauptmann, das muss jetzt die ÖBB zahlen, oder der Bund zahlen.

Wer hat es bezahlt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die sich ein bisschen auskennen in den Zahlen? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir.)* Wer hat es bezahlt? Wir alle miteinander. Wir dürfen aber gar nicht mitreden dort, wer die Vergabe macht, wie es ausschaut. Wer zahlt? Das sind immer wieder wir, wir alle miteinander. Das ist interessant.

Herr Landesrat, Sagen Sie die Wahrheit. Da habe ich ja kein Problem damit, dann ist es so. Nur immer zu sagen, das stimmt alles nicht, alles ein Blödsinn. Ich kann nicht mehr sagen, wie die ganzen Zahlen und die Post vom Voranschlag, oder beim Rechnungsabschluss Euch vorliegen und das ist einmal so. *(Abg. Edith Sack: Für Dich.)*

Ich denke auch, dass wir wirklich aufpassen müssen, damit uns nicht die Kosten davonrennen bei der KRAGES - muss ich auch ganz offen und ehrlich sagen. Natürlich noch einmal: Gesundheit muss uns etwas wert sein!

Aber - jetzt bin ich beim Spital Oberwart, wo die FPÖ immer gewettert hat, jetzt bin ich ja neugierig, was dort geschehen wird? Und daher bin ich noch sehr ruhig, weil ich hoffe, dass sie auch jetzt diesen Standpunkt vertreten werden, wenn sie auch auf der anderen Seite sitzen.

Und ich bin neugierig, ob die FPÖ hergehen wird und sagt, warum dürfen wir nicht in Regierungsbeschlüsse hineinschauen, was dort beschlossen wird. Immerhin ist ja der Voranschlag beschlossen worden, durch den Landtag und die Regierung macht dann was sie will?

Da werden wir den Finger drauf halten, da werden wir die Kontrolle machen, auch mit den Grünen, mit der ÖVP gemeinsam und schauen, was sich tut.

Aber, was wollen wir? Wir wollen mitarbeiten – die Liste Burgenland will mitarbeiten, will mitgestalten. Weil ich denke, das hat sich unser Land verdient, verdient, dass wir alle miteinander für dieses Land arbeiten.

Ich komme zur Gruppe 6 im Bereich Schutzwasserbau, wieder Entnahme aus Rücklagen 1,2,Position 2631305 - Hr. Hofrat Rauchbauer, mitschreiben!

Hier findet sich im Landesvoranschlag 2014 kein Eintrag zur Einnahme und im Nachtragshaushalt kein Eintrag zur weiteren Einnahme – das muss mir einer erklären, ich bin anscheinend nicht fähig, aber der Landesrat wird mir das erklären.

In der Gruppe 7 zum Thema Mittelzuführung WiBAG - Entnahme aus Rücklagen - 4,8 Millionen Euro - was haben wir denn damit gemacht? Ist die Wirtschaft um so viel angekurbelt worden? Hat sich da so viel bewegt im Burgenland?

Immer mehr Arbeitslose haben wir. Immer mehr Schutzbedürftige haben wir. Immer mehr diskutieren wir - mit öffentlichen Verkehrsmitteln, et cetera. wo kommt man hin, wo kommt man nicht hin? Es gibt ein paar lustige Anträge jetzt inzwischen.

Das ist ja interessant, jetzt kommt man drauf, auf der SPÖ-Seite, dass es wichtig ist, dass wir öffentliche Verkehrsmittel brauchen und rechtzeitig in die Schulen kommen und dergleichen mehr.

Wie lange seid Ihr in der Regierung? 30, 40 Jahre? Ich weiß es ja gar nicht, 70 Jahre? Da frage ich mich, dass Ihr jetzt draufkommt. Weil, wir - die Liste Burgenland und andere Fraktionen, die sich jetzt eingebracht haben, da müssen wir jetzt auch geschwind etwas machen mit dem Herrn Kovasits. Früher hat er ganz anderes geredet, jetzt redet er wieder so, ist ja kein Problem.

Oder wenn wir heute einen ganz wichtigen Antrag drinnen haben - das ist ein ganz wichtiger Antrag, gar keine Diskussion. Wir werden ihn um 15.00 Uhr diskutieren, nur da hat es im Vorfeld schon viele solche Anträge gegeben, die genau dort abzielen auf das, was Ihr jetzt fordert.

Das heißt, Ihr habt in der Pendeluhr geschlafen die ganze Zeit! Das muss man klar und deutlich einmal sagen. *(Abg. Gerhard Kovasits: Wir fordern das seit fünf Jahren.)*

Ja, aber dann kannst Du nicht mit so einem Antrag daherkommen, dann hättest Du gleich gesagt, da brauche ich jetzt nicht einen Dringlichkeitsantrag, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit, dass das so rasch, als möglich diskutiert gehört.

Ich hätte sogar empfohlen, eine Sondersitzung einzuberufen für den Landtag, weil wir diese Flüchtlingsströme haben, oder diese Möglichkeit „leider Gottes“ haben. Da muss ich eine Sondersitzung einberufen und sagen: So Freunde, da müssen wir jetzt handeln, nicht bei der ersten Sitzung nach drei, vier Monaten Pause - ich weiß ja gar nicht wie lange, es ist mir auch egal - wir haben eh gearbeitet, Gott sei Dank - aber es ist halt so.

Ich glaube auch, dass dort im Rechnungsabschluss - wie üblich, Herr Landesrat - die Budgetkosmetik wieder einmal durchschlägt. Die schlägt wieder einmal durch, aber voll!

Und Sie haben mir letztes Mal nicht erklären können, was ich Ihnen gesagt habe, Sie werden es mir heute nicht erklären können, die Zahlen und Ziffern. Da brauchen Sie den Herrn Hofrat Rauchbauer, vielleicht erklärt er mir das, wenn wir draußen sitzen einmal, gemütlich bei einem guten Glaserl Wein, aber Sie können mir das heute nicht erklären, das weiß ich hundertprozentig.

Weil das haben Sie mir letztes Mal auch nicht - Sie haben „wischi-waschi“ herum geredet um die ganze Geschichte und der Fall war erledigt. Daher, Herr Finanzlandesrat Bieler, eine kurze Budgetdarstellung beim Vorlesen. Wenn das Budget vorgelesen wird, brauchen wir eh eineinhalb Stunden. Da stehen, wie der Pfarrer vor dem Altar mit einem Büchel, und lesen das vor - das braucht niemand! Das braucht niemand!

Gebt uns das, wir werden uns damit auseinandersetzen. Wir werden uns dann zusammensetzen, wir werden sagen, dort oder da könnten wir vielleicht Änderungen herbeiführen. Wir sind bereit dazu, Herr Landesrat.

Wir sind bereit dazu von der Liste Burgenland und ich denke auch die ÖVP - dass wir gemeinsam schauen, was ist das Beste für das Land und nicht was für die Parteien das Beste ist, sondern für die Menschen in diesem Land.

Und Sie werden ja nicht glauben, mit den ausgelagerten Geschichterln, wo man jetzt gesagt hat, so jetzt lassen wir alles zusammenfließen, jetzt wissen wir alles. In 100 Jahren wissen wir nix. In 100 Jahren wissen wir nix.

Im Gegenteil, man hat jetzt versucht, bei der letzten Sitzung war ein bisserl ein Kuddelmuddel, da über etwas abzustimmen. Den Proporz haben wir abgeschafft glaube ich, jetzt haben wir ihn aber wieder aufleben lassen, oder? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Rot-Blau.)* Es ist ja traurig, aber es ist so.

Das heißt, ich will das noch einmal wiederholen, die Liste Burgenland fordert die Einrichtung eines Schuldenmonitors für das Burgenland per Gesetz, weil ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Diesen Antrag habe ich eingebracht und überlegt Euch, ob das nicht ein vernünftiger Antrag ist und nicht ändert ihn wieder ab, wie sämtliche Anträge abgeändert werden von der Opposition - ein „Wischi-Waschi“ dazu wie, der Bund soll entscheiden, ob morgen die Sonne scheint. Solche Anträge werden gemacht, ich verstehe das gar nicht.

Bitte, wir bemühen uns, wir arbeiten für dieses Land. Wir arbeiten für diese Menschen und daher wird es diesen Antrag geben.

Und Herr Landesrat, ich freue mich auf die Antworten von Ihnen, nicht von jemand anderem, von Ihnen! Weil Sie sind zuständig, Sie sind verantwortlich und ich brauche keinen anderen dazu. Erklären Sie mir die Punkte, die ich jetzt aufgezählt habe. Dankeschön! *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächste zur Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Kollege und Kollegin auf der Regierungsbank! Werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Liebe Gäste auf der Galerie!

Zu Beginn möchte ich mich auch bei Ihnen einmal herzlich bedanken, denn in diesem Rechnungsabschluss - zumindest in den Beilagen dazu - gibt es etwas, das die Grünen seit vielen Jahren einfordern, nämlich die Berücksichtigung, dass die Beteiligungen des Landes einen so wesentlichen Stellenwert in der Gesamtheit der Landesfinanzen ausmachen. *(Abg. Manfred Kölly: Schau nach, geh bitte.)*

Lieber Kollege Kölly, im Moment bin ich am Wort und ich bitte Sie, mich nicht zu unterbrechen, Dankeschön! *(Landesrat Helmut Bieler zu Abg. Manfred Kölly: Da müssen wir uns zusammensetzen.)*Oder wollen sich die Herren jetzt etwas ausmachen, dann fange ich später an? Gut, okay.*(Abg. Edith Sack: Setzen wir uns zusammen, man kann über alles reden.)* Darf ich wieder? Dankeschön!

Erstmals werden die Beteiligungen genannt und das ist auch gut so. Was können wir darüber nachvollziehen? Nun, es gibt Zahlen und es gibt Organigramme.

Die Zahlen umfassen große, zusammengefasste Gruppen von Geldwerten, das ist so etwas wie ein Kompass, dass man sich orientieren kann, in welche Richtung geht es denn, aber Details sind nicht nachzulesen und da stimme ich dem Kollegen Kölly zu.

Eine echte Nachvollziehbarkeit der Geldflüsse ist damit leider noch immer nicht gegeben. Nicht für uns als Opposition, nicht für uns als Landtagsabgeordnete.

Ein Beispiel dazu, unter "Sonstige Wirtschaftsförderungen" ist die Zahl 19,335.380 Euro angegeben - das ist keine Kleinigkeit. Über 19 Millionen Euro einfach in einer Zeile

ohne weitere Aufschlüsselung, echte Transparenz schaut anders aus, aber gut. Es ist ein erster Schritt, hoffen wir, dass weitere detailliertere Schritte und Angaben folgen werden.

Es lässt sich also im vorliegenden Zahlenwerk kein überprüfbarer Einblick darin gewinnen, was das Land Burgenland in welchen Bereichen seiner Beteiligungen wirklich ausgibt, was da drinnen steckt und schon gar nicht lässt sich erkennen, welche Schulden sich darin verbergen? Und das ist das große Fragezeichen das bleibt.

Jetzt werden Sie vielleicht wieder sagen, na typisch die GRÜNEN, ist ihnen wieder nichts recht, immer nörgeln sie nur. Aber ich bitte Sie zu verstehen, dass eine Partei, die Kontrolle und Transparenz ernst nimmt, sich nicht mit diesen Finanz-Feigenblättern zufrieden geben kann.

Nein, ich will nicht nur kritisieren, sehr schön sind die Organigramme da drinnen. Also wir haben ja tatsächlich Seiten von Organigrammen - wie viele Beteiligungen es gibt - viel mehr Kasterl, wo was drinnen steht, als man nachher auch in Zahlen sehen kann, aber es ist einmal ein erster Überblick.

Herzlichen Dank an den Landes-Rechnungshof, der dieses Organigramm in sehr großer Detailliertheit hier für uns alle erstellt hat. Schön, dass es eine Stelle im Land gibt, die wirklich den Überblick über alles hat.

Ein zweites heikles Thema sind immer die Haftungen und da gibt es dann auch immer wieder Diskussionen nach welcher Berechnungsmethode denn etwas dargestellt wird. Wenn dann einmal das Ergebnis doch nicht so schön aussieht, wie man es sich wünschen würde, kann man sagen, na es ist eigentlich eh gut, nur die Berechnungsmethode macht das Ergebnis schlechter, als es ist.

Und auch bei der Gewichtung kann noch einmal ein Auge zugedrückt werden, wenn es nötig ist, denn die Entscheidung ist ja immer bei der Frage, woran man sich bei der Gewichtung orientiert. Orientiert man sich an der Situation der Haftungsempfänger oder an den eigenen Einflussmöglichkeiten darauf.

Erst wenn auch hier Transparenz herrscht, lässt sich das Ergebnis, das wir hier vorliegen haben, ernsthaft bewerten, aus unserer Sicht.

Ich erspare es Ihnen und mir heute, auf Details einzugehen, obwohl sich einiges anbieten würde, viel länger würden Sie mir ja eh nicht zuhören. Nur auf eine Sache möchte ich schon hinweisen, weil sie gar so prägnant und entschuldigen Sie mir den Ausdruck "entlarvend" ist - die Repräsentationskosten der Landesregierung.

Veranschlagt im Voranschlag 2014 - 330.000, nachgebessert im Nachtragsvoranschlag auf 435.000 Euro. Das sind schon 105.000 Euro Unterschied - eine fast 30prozentige Steigerung zwischen Voranschlag und Nachtragsvoranschlag. Und was können wir im Rechnungsabschluss 2014 bei den Repräsentationskosten der Regierung lesen? 597.403 Euro und 59 Cent.

Da wachsen wohl einige in ihrem Wunsch sich zu repräsentieren, über sich hinaus. Auf jeden Fall sind sie über den Budgetrahmen hinausgewachsen und das ziemlich ungeniert.

Diesem Rechnungsabschluss werden wir Grüne nicht zustimmen. Dankeschön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Molnar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde bereits erwähnt, die FPÖ hat bekanntermaßen dem Landesvoranschlag für das Jahr 2014 damals nicht zugestimmt, dem Rechnungsabschluss werden wir heute zustimmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na geh. - Heiterkeit bei der ÖVP)*

Und einleitend, Herr Kollege Steiner, es hat im Übrigen wenig mit der neuen Konstellation zu tun, sondern ich denke, dass sich dieser Rechnungsabschluss wirklich sehen lassen kann. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil die Repräsentationskosten so hoch sind, oder? – Heiterkeit bei der ÖVP)*

Was unseren grundsätzlichen - die Repräsentationskosten sind vor allem in Eisenstadt ein spannendes Thema, ich glaube prozentuell haben wir dort ein bisserl mehr als im Land Burgenland *(Heiterkeit bei der ÖVP)* - was die budgetäre Situation des Landes insgesamt angeht, haben wir Freiheitliche einen recht nüchternen Zugang.

Wir gehören sicherlich nicht zu jenen, die das Land an der Klippe zum Absturz sehen, es ist uns aber auch bewusst, dass große Herausforderungen vor uns stehen und die Spielräume in finanzieller Hinsicht nicht die allergrößten sind und in nächster Zukunft auch nicht entscheidend anwachsen werden.

Und bei allen Berechtigten oder auch nur verständlichen Begehrlichkeiten, die es von allen möglichen Seiten gibt, stabile Finanzen sind für uns, sind für die Koalition das Um und Auf. Ein gesunder Haushalt ist fraglos die Grundlage für den allgemeinen Wohlstand und ein ausgeglichener Haushalt und ein kontinuierlicher Schuldenabbau ab dem Jahr 2016, das sind verbindliche Zielvorgaben für diese Landesregierung.

Den vorliegenden Rechnungsabschluss bewerten wir Freiheitliche an Hand zweier Fragen: Erstens, wurden die Ziele, die man sich mit dem Voranschlag 2014 gesetzt hatte, erreicht?

Und Zweitens, darüber wurde jetzt schon berichtet - hat sich die Aussagekraft dieses Rechnungsabschlusses im Vergleich zu den vergangenen Abschlüssen verstärkt? Und beide Fragen können mit "JA" beantwortet werden.

Im Voranschlag war eine Neuverschuldung in Höhe von sechs Millionen Euro vorgesehen, geworden ist es jetzt die Hälfte, es sind jetzt rund drei Millionen Euro der Gesamteinnahmen von rund 1,2 Milliarden Euro.

Belief sich der im Budget ersichtliche Schuldenstand Ende 2014 damit auf rund 278 Millionen Euro, der daraus ableitbare pro Kopf Schuldenstand, damit befinden wir uns im Mittelfeld der Bundesländer, wie erst vor wenigen Tagen auch in den Medien zu lesen war.

Und trotz aller Skepsis, die Maastricht verdient, ist vollständigkeitshalber auch der diesbezügliche Überschuss anzuführen, von über 100 Millionen Euro. Einen Überschuss in diesem Bereich verzeichnen ansonsten nur Salzburg und Tirol.

Was wir ausdrücklich begrüßen und darüber wurde eben schon gesprochen, das ist die Reaktion, die in diesem Rechnungsabschluss auf lange Kritik und auf langjährige Forderungen beziehungsweise Empfehlungen der Opposition und des Landes-Rechnungshofes zum Ausdruck kommt.

Es ist hinlänglich bekannt, dass das was in diesem orangen Konvolut steht, nur ein Teil des Ganzen ist, die Gebarung des Landes weit mehr ist, als das, was sich in den offiziellen Voranschlägen und Abschlüssen wiederfindet. Ein wesentlicher Teil der Gebarung spielt sich außerhalb dieser Unterlagen ab.

Es gibt in diesem Rechnungsabschluss erstmals eine Darstellung der Landesbeteiligungen in Form eines Gesamtüberblicks. Alle Beteiligungen, Vereine, Verbände, an denen das Land beteiligt ist, sind aufgeschlüsselt.

Es gibt einen Beteiligungsspiegel und es gibt auch einen Haftungsspiegel, in dem ersichtlich ist, welche Haftungen das Land übernommen hat, welche Haftungen es eingegangen ist. Die Höhe der Haftungen konnte reduziert werden.

Meine Damen und Herren, was Transparenz und Vergleichbarkeit angeht, sind sicherlich nach wie vor, viele Dinge zu tun, da bin ich schon auch bei den Vorrednern.

Ich persönlich teile das Gefühl, das viele Bürger haben, dass die Schritte dahin noch quälend langsam und manchmal auch zu langsam gesetzt werden. Man denke etwa an die aktuellen Diskussionen oder die jüngsten Diskussionen rund um ein einheitliches Haushaltsrecht. Es sollte da keine Ausreden geben!

Der Bürger hat ein Recht auf Information, was mit seinem Geld passiert. Der Bürger hat ebenso ein Recht zu erfahren, wie es um die Wahrheit steht, was die Verbindlichkeiten angeht, denn schließlich sind es ja am Ende des Tages die Verbindlichkeiten des Bürgers.

Und hier ist auch mit einem Widerspruch aufzuräumen. Ich verstehe den Grant, den man oft in der Bevölkerung hört, dass auf der einen Seite der Staat das Bankgeheimnis abschafft, dass es jetzt sogar schon so sein wird, dass jedes Mitglied eines Sparvereines in einem Dorfwirtshaus sich registrieren lassen muss und manche eben im Staat meinen, der Staat hätte ein Recht gewisse Dinge unter der Decke zu halten und Einsicht zu verwehren.

In diesem Sinne sind die Schritte, die mit der neuen Darstellung im Rechnungsabschluss 2014 gesetzt wurden, absolut zu begrüßen. Sie wissen, wenn Sie das Koalitionsübereinkommen gelesen haben, dass sich diese Koalition in Bezug auf Transparenz und gläserne Kassen viele weitere Maßnahmen vorgenommen hat.

Die FPÖ stimmt dem Rechnungsabschluss zu. Wir nehmen die Herausforderungen, die in budgetärer Hinsicht auf uns warten, gerne an.

Herr Landesrat, wir sind Ihr Partner, wenn es um stabile Finanzen für unser Heimatland geht. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Wolf.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Ich werde die Zahlen des Rechnungsabschlusses nicht intensiv vorlesen, weil, wie der Herr Kollege Kölly gesagt hat, jeder hat hineingelesen und ihn intensiv studiert.

Ich möchte zu Beginn der Abteilung, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dankeschön sagen, weil ich glaube, dass es doch ein sehr großer Aufwand ist, die Zahlen in dieses Konvolut zu hieven. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Ein Rechnungsabschluss ist immer eine Rückschau in die Vergangenheit, stichtagsbezogen. Umso schwieriger ist es natürlich, diese Zahlen anzugreifen. Trotzdem möchte ich hervorheben, dass das kamerale Haushaltswesen nicht mehr adäquat ist, nicht mehr zeitgemäß. Dabei herrscht sehr viel Freiraum in der Darstellung der Haushaltsgebarung, der im Land bewusst genutzt wird.

Ein Vergleich unter den Gebietskörperschaften ist relativ schwierig, weil die Vermögens- und Verschuldungssituation uneinheitlich und unvollständig geregelt ist und natürlich in einem kameralen System Großteils nur die Zahlenströme ersichtlich sind. Diese offensichtliche Intransparenz entspricht nicht den Anforderungen eines modernen Haushaltswesens. Auf Bundesebene wurde schon mit 2013 entgegengewirkt und ich hoffe, dass diese Reformen bald im Landesrechnungsabschluss eingehen werden.

Weil im Grunde genommen wollen wir Bürger, aber auch wir Abgeordnete hier im Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen, die tatsächliche finanzielle Situation des Landes wissen. Wir wollen Informationen darüber erhalten.

Jetzt möchte ich einige Punkte aus dem Rechnungsabschluss herausheben, die Tatsachen sind und einige Verbesserungsvorschläge beinhalten.

Zu den Haftungen muss man sehr wohl sagen, dass nicht Nominalbeträge Eingang in den Rechnungsabschluss finden. Das heißt, es werden die einzelnen Haftungsbeträge in Risikoklassen sortiert. Sie werden gewichtet, um schlussendlich die Haftungsobergrenze, die theoretisch vorliegt, einzuhalten.

Im Grunde genommen werden die Nominalwerte seitlich hingeschrieben und dann kann man erkennen, welche Prozentsätze für die Gewichtung herangezogen werden. Aber es liegt keine detaillierte Information dahinter, in welcher Art und Weise die Haftungen berechtigt sind. Das heißt, die Haftungssummen sind zu niedrig.

Es fehlen gleichzeitig auch die Haftungen der ausgegliederten Gesellschaften der Gemeinden, die dargestellt werden müssten. Wenn man jetzt all diese Haftungen zusammenzählt, sind wir bei Haftungen über einer Milliarde Euro.

Wobei hier zu erwähnen ist, dass auch der Rechnungshof schon festgestellt hat, dass die Haftung für die Bank Burgenland, die im Jahr 2012 2,4 Milliarden Euro betrug, nicht in diesem Rechnungsabschluss enthalten ist. Das heißt, wir sind bei Haftungssummen von schätzungsweise 2,5 Milliarden, die doch eine enorme Summe darstellen, wenn man bedenkt, dass der Haushalt nur 1,2 Milliarden Euro beträgt.

Es fehlt auch gleichzeitig an einem gebietskörperschaftenübergreifenden Risikomanagement für sonstige Eventualverbindlichkeiten und deren Ausweis im Rechnungsabschluss. Zu Deutsch bedeutet das, dass weder die Leasing-Verbindlichkeiten, noch Sonderfinanzierungen in den Landeshaushalt Eingang finden. All diese Positionen sind noch nicht enthalten. Es fehlt an einer einheitlichen Bewertung.

Auch die Bewertung der Zins- und Währungstauschverträge führt zu einem hohen Spekulationsrisiko, das das Land bewusst eingeht - wir haben die Diskussion in diesem Landtag schon gehabt. Wenn ich es richtig lese, führt das zu einem Verlust im Jahr 2014 von zirka 15 Millionen Euro. Aber ich glaube für 2015 wird man hier Maßnahmen treffen müssen.

Außerdem gibt es kein ersichtliches Verzeichnis über die größten offenen Posten von Sammelkonten. Darunter leiden natürlich die Nachvollziehbarkeit und die Transparenz.

Wenn ich die Beteiligungen hernehme, dann ist es schön, dass es ein Organigramm im Rechnungsabschluss gibt, aber weder der Ansatz der Beteiligungen, noch die Bewertung der Beteiligungen werden vorgenommen. Einzelne Positionen, das sind vielleicht 20 Beteiligungen, werden angeführt, aber der Rest findet sich nur in einem Organigramm ohne Zahlen. Also ist das eine kritische unvollständige Information.

Zum Schuldenstand sei gesagt, dass ein Konsolidierungspfad eingeschlagen wurde. Das heißt, mit 2015 soll keine Neuverschuldung mehr stattfinden, laut den Aussagen der politischen Parteien. Die konkreten Maßnahmen zu dieser Zielerreichung werden aber nirgends angeführt.

Bis heute fehlt es an Konkretisierungen, und auch die Quantifizierung dieser Einsparung wurde nicht vorgenommen. Man findet diese leider auch nicht in den rot-blauen Regierungspapieren.

Das heißt, in der Vergangenheit konnte man sich durch Einmaleffekte über die Runden retten und weniger Kredite aufnehmen. Aber grundsätzlich wurden die strukturellen Schwächen des Landeshaushaltes nicht bedient. Das Land Burgenland, und wir haben es gehört, hat damit einen Schuldenstand von knapp 280 Millionen Euro. Wir zahlen dafür acht Millionen Zinsen. Wenn man aber die Schulden der Landesbeteiligungen hinzuzieht, dann sind wir bei einem Schuldenstand von über einer Milliarde Euro.

Ich glaube, dass der Herr Landesrat darauf noch eingehen wird, weil ich hoffe, dass zukünftig in den Rechnungsabschlüssen auch diese Schulden miteinbezogen werden. Um auch Klarheit zu schaffen, weil alle Beteiligungen, die unter dem Land Burgenland hängen, ja auch unsere Schulden sind.

Zur Ausgabensituation wurde schon viel gesagt. Bei der sozialen Wohnbauförderung werden 300 Millionen Euro im Jahr ausgegeben. Sie wurden mit drei Millionen überzogen. Die Gesundheit ist mit 205 Millionen einer der größten Positionen und wurde mit 6,5 Millionen überzogen.

Posten wie die Umfahrung Schützen und die B61a wurden um 12 Millionen Euro überzogen. Also das sind Positionen, die wir als Landtag zu hinterfragen haben, die aber auch der Rechnungshof in seinen Prüfungen offenlegen wird.

Als Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es unsere erste Aufgabe und in unserem Interesse, dass wir die werthaltigen und die strategisch bedeutsamsten Informationen des Landes erhalten und nicht nur in einem Konvolut des Rechnungsabschlusses zu lesen bekommen. Die Ausgabenentwicklung des Landes hat eine höhere Steigerung als die Einnahmenseite und damit muss man sich die Finanzierbarkeit des Landes sehr wohl überlegen und kritisch hinterfragen. Das wird nun Aufgabe von Rot-Blau sein.

Man sieht klar, dass die neue rot-blaue Regierung sehr viel zu tun hat, um vor allem auch der Transparenz und der Bürgerinformation Rechnung zu tragen. Die FPÖ hat sich das scheinbar in der Vergangenheit immer an die Fahnen geheftet, jetzt wird man sehen, wie ernst sie es wirklich damit meint.

Mit der Zustimmung des Rechnungsabschlusses macht die FPÖ im Prinzip einen 180 Gradschwenk, wenn es um Transparenz und Bürgerinformation geht. Gleichzeitig sieht man, dass sich die FPÖ total unterwirft. Rot hat natürlich schon alle Prinzipien über Bord geworfen. Jetzt ist aber offensichtlich, dass die Blauen das gleiche machen, indem sie hier Unterwürfigkeit zeigen und zustimmen. *(Abg. Geza Molnar: Wir stimmen Eurem Rechnungsabschluss zu!)*

Es ist zwar bitter, aber wahr. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir auch! – Beifall bei der ÖVP)* Wir stimmen dem Rechnungsabschluss zu, weil wir damals Verantwortung getragen haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist ja logisch!)* Aber für die FPÖ ist es ein erwartetes Armutszeugnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung hat der Herr Landtagsabgeordnete Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke. Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vielleicht mit einem Satz beginnen, mit dem mein Vorredner aufgehört hat. Es sei ein Armutszeugnis diesem Rechnungsabschluss zuzustimmen.

Das kann ich nicht unterschreiben. Ganz im Gegenteil, weil wenn die FPÖ heute dem Rechnungsabschluss zustimmt, wo die ÖVP dabei war, das als Armutszeugnis zu bezeichnen, ist ein wenig eigenartig, aber das soll natürlich jedem selbst überlassen bleiben.

Meine Damen, meine Herren! Die Finanzmittel generell und natürlich auch der Rechnungsabschluss sind Grundlage und Fundament aller Aktivitäten des Landes Burgenland. Daher müssen wir sehr verantwortungsvoll mit diesem Geld, das ist Steuergeld, umgehen. Ich möchte mich nicht mit sehr vielen Zahlen beschäftigen, aber eine Zahl möchte ich doch herausstreichen, nämlich 1,2 Milliarden Euro.

Ich sage das deswegen, weil wir durchaus selbstbewusst hier auftreten können, wenn man 1,2 Milliarden Euro verzeichnet. Würde man sich das im Ranking der Top-Unternehmen Österreichs anschauen, dann würde man feststellen, dass das Land Burgenland auf Platz 81 der Top-Unternehmen im Ranking zu liegen kommt, und das ist durchaus beeindruckend.

Also das Land Burgenland wäre damit ein Top-Unternehmen mit einem Unterschied, das Land Burgenland ist natürlich nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet, sondern dient den Burgenländerinnen und Burgenländern und das ist auch gut so. Vielleicht auch einige Eckpunkte.

Zwei Drittel aller Ausgaben wurden für Bildung, Sport und Soziales und Gesundheit, also 747,8 Millionen Euro, verwendet. Ich glaube, sehr gut investiertes Geld für unser Heimatland Burgenland. 3,97 Millionen Euro für die Arbeitnehmerförderung, eine großartige Unterstützung für Burgenlands Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich glaube, auch ein sehr gut investiertes Geld in die Beschäftigung.

7,7 Millionen Euro in die Familienförderung. Auch das ist ein sehr, sehr wichtiger Impuls für unsere Gesellschaft, für unsere Familien im Burgenland. Die Neuverschuldung konnte von den geplanten sechs auf drei Millionen reduziert werden. Auch sehr, sehr wichtig anzumerken, der Schuldenstand beträgt also 278 Millionen Euro.

Das Wichtige dabei ist, dass die Schuldenquote damit verringert werden konnte, nämlich von 24,4 auf 23,1 Prozent. Das ist gelungen, weil die Kreditsperre natürlich bei Globalbudgets wirkt. Aber auch viele kleine Schritte haben dazu beigetragen, dass wir gute und gesunde Finanzen vorfinden. Nach Maastricht sind rund 89,3 Millionen Euro Überschuss zu verzeichnen. Beeindruckend, Kollege Molnar hat es schon erwähnt, damit landen wir im Ranking der Bundesländer auf Platz drei.

Auch das ist nicht selbstverständlich, das ist eine gute Leistung. Wichtig dabei ist, dass dadurch erkennbar ist, dass jeder fünfte Euro in Investitionen läuft. 20 Prozent des Budgets werden also in Investitionen investiert. Das ist wichtig, weil wir immer den Grundsatz gehabt haben, antizyklisch zu investieren. Denn wenn die Krise da ist, dann muss man mehr Geld in die Hand nehmen.

Besser investieren, damit der Wirtschaftsmotor angekurbelt wird und wenn die Krise abflaut, dann muss man wieder sparen. Das tun wir auch und das belegt auch dieser Rechnungsabschluss. Das ist ein ganz wichtiger Effekt und der lässt sich auch aus der Statistik Austria ablesen. Denn es ist kein Zufall, dass wir das zweithöchste Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 zu verzeichnen hatten. Vor uns war nur Vorarlberg, hinter uns alle anderen Bundesländer.

Ähnlich bei der Beschäftigungsquote. Die Zweithöchste aller Bundesländer, ebenfalls Vorarlberg vor uns, hinter uns alle anderen. Ich möchte nur zwei Vergleichszahlen bringen. Beim Wirtschaftswachstum hatten wir ein Plus von 1,2 Prozent zu verzeichnen.

Der österreichische Durchschnitt liegt bei 0,3. Ebenfalls bei der Beschäftigung wieder ein Plus von 1,4, der Bund bei 0,6. Also da sieht man schon, dass hier mit dem Geld wirklich gut gewirtschaftet wird. Wir sparen uns nicht zu Tode, sondern investieren in die Zukunft und das ist wichtig, das kann man auch beim Ranking ablesen.

Wir haben das A1+ kurzfristig erhalten und die langfristige Aussichtsbestätigung vor dem AA haben wir ebenfalls erhalten. Das bedeutet, dass wir einen stabilen Ausblick für die Zukunft verzeichnen können.

Meine Damen, meine Herren! Mir bleibt am Schluss nur mehr über, mich zu bedanken. Ich darf mich beim zuständigen Finanzlandesrat Helmut Bieler bedanken. Aber auch bei der Finanzabteilung, an der Spitze Dr. Engelbert Rauchbauer, eine tolle Arbeit, ein guter Rechnungsabschluss. Wir werden diesem natürlich gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Finanzlandesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Abgeordneten! Herzlichen Dank an die vier Redner, die sich sachlich mit dem Rechnungsabschluss auseinander gesetzt haben. Es tut gut, wenn Abgeordnete sich auskennen, beziehungsweise sich einlesen und dann darüber reden.

Herzlichen Dank auch, und das möchte ich gleich vorwegnehmen, an die Abteilung 3, an die Buchhaltung, die hier den Rechnungsabschluss erstellt hat, und die Mitarbeiter aus der Abteilung 3, die die wirklich schwierige Aufgabe hatten, die Fülle dieser Zahlen in ein Zahlenwerk zu gießen. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dieser Rechnungsabschluss beweist, dass das Burgenland auf einer festen, stabilen Finanzbasis steht. Er beweist aber auch den erfolgreichen Budgetkurs. Wir hatten in unserem Finanzplan einen Abgang von sechs Millionen Euro geplant. Das konnten wir halbieren auf drei Millionen Euro.

Die Redner habe es schon gesagt. Wir haben ganz bewusst, das muss man immer wieder sagen, ich habe es auch schon ein paar Mal hier gesagt von dieser Stelle, zu Beginn dieser Wirtschafts- und Finanzkrise Schulden gemacht. Rund 70 Millionen Euro, weil wir das Burgenland besser durch diese Wirtschafts- und Finanzkrise bringen wollen und der Erfolg gibt uns Recht.

Wir sind zweimal Wirtschaftswachstumssieger gewesen, einmal waren wir zweiter. Hätte wir diese Maßnahmen, diese Impulse, diese Gelder, für die Investitionen in vielen

Bereichen nicht getan, stünde das Burgenland wesentlich schlechter da. Das im Nachhinein dann umzudrehen, dass wir nur Schulden gemacht haben, ist nicht richtig.

Klar wir haben das ganz gezielt getan und haben aber gleichzeitig auf der anderen Seite 120 Millionen Euro eingespart, weil wir ansonsten die Budgetziele, den Finanzplan, den Stabilitätspakt nicht einhalten könnten. Da waren wir uns einig und das haben wir auch oft schon diskutiert.

Wenn man das beim Rechnungsabschluss einfach ignoriert und nur die Halbwahrheiten sagt und diese wichtige Informationen weglässt, dann kann man nicht als sachlich bezeichnet werden, oder wenn man gesetzliche Vorgaben ignoriert - der Nachtragsvoranschlag ist eine gesetzliche Vorgabe - kann man auch nicht ernst genommen werden.

Wenn man weiß, dass Zahlungsflüsse innerhalb eines Jahres plötzlich auftauchen können, weil, ein Beispiel dafür, die EU-Finanzierungen erst dann zurückfließen, wenn Rechnungen geprüft sind, wenn sie bezahlt sind, eingereicht werden und dann das Geld kommt, und dadurch viele, viele Millionen, manchmal 20 Millionen übers Jahr zusätzlich kommen, dann kann man nicht sagen, man hat schlecht gewirtschaftet.

Wenn wir Rücklagen verwenden, weil eben in einem Projekt diese Gelder notwendig sind und diese Rücklagen vorher ganz gezielt gemacht wurden, weil sie eben für die Zukunft geplant sind und das dann als Beweis für eine negative Finanzpolitik nehmen, dann ist das einfach falsch, grundlegend falsch.

Das heißt, all diese Vorgänge die hier im Rechnungsabschluss drinnen sind, sind Zahlen die nachvollziehbar sind. Immer wieder dasselbe. Wenn man halt zufällig die Rede von den Jahren davor hernimmt und sich beschwert darüber, dass die Beteiligungen nicht drinnen sind, so haben alle anderen Redner bis auf einen das gecheckt. *(Abg. Manfred Kölly: Das steht ja drinnen! In Zahlen gegossen!)*

Der eine hat sich das halt nicht gemerkt gehabt, peinlich genug. *(Abg. Manfred Kölly: In Zahlen gegossen sind die drinnen, also bitte!)* Alle Beteiligungen sind enthalten. Auch der Beteiligungsspiegel und die *(Abg. Manfred Kölly: Zur Berichtigung!)* entsprechenden Haftungen sind enthalten. *(Abg. Manfred Kölly: Es steht keine Summe drinnen!)*

Was die einzelnen Beteiligungen an Haftungen vom Land bekommen haben in der gesamten *(Abg. Manfred Kölly: Da steht keine einzige Summe drinnen!)* und vollen Höhe. Wenn Sie hineinschauen, hier steht es. *(Abg. Manfred Kölly: Die Summen?)*

Die Summen, lesen Sie nach. BLh 229 Millionen Euro, BELIG 77 Millionen Euro, und so weiter und so fort. *(Abg. Manfred Kölly: Wieviel haben wir ausgelagert?)* Dort wo wir die Haftungen haben. *(Abg. Manfred Kölly: Bist du deppert!)* Entschuldigung, dann müssen Sie das System einmal verstehen.

Die Haftungen, die das Land übernommen hat, haben den Zweck, dass es billigeres Geld für die betroffenen Töchter des Landes gibt. Das macht absolut Sinn. Nach ESVG Maastricht-Schulden werden nun alle Schulden nach ESVG aller Beteiligungen hinzugezählt. Das sind aktuell eine Milliarde 70 Millionen Euro.

Das heißt aber nicht, dass das unsere Schulden sind, sondern das sind die Haftungen, teilweise die Haftungen, teilweise auch diejenigen Darlehen, für die wir keine Haftungen übernommen haben, was nach diesen Maastricht-Kriterien in jedem Land, für jeden Staat, um vergleichbar zu sein, aufgezählt wird.

Das ist der Unterschied. Wir haben jetzt Haftungen übernommen für unsere Töchter, für unsere Beteiligungen, was absolut Sinn macht. Wir hätten zwei Modelle gehabt, ich sage es am Beispiel Burgenland und am Beispiel Oberösterreich. Burgenland hat gesagt, oder wir haben es so beschlossen im Landtag, wer halt mitgestimmt hat, dass wir die Hälfte des Budgets als Haftungsobergrenze hernehmen, dafür aber die einzelnen Haftungen gewichten, so wie es drinnen aufgeschlüsselt ist, je nach Risikoklasse.

Das ist nachvollziehbar, das kann man nachlesen, haben wir in diesem Fall so getan. Oberösterreich ist einen anderen Weg gegangen. Oberösterreich hat zum Beispiel eine Haftungsobergrenze von 17 Milliarden Euro. Das heißt, die gewichten nicht, haben ihre Hypo-Darlehen und ihre Haftungen, die nach dem Hypogesetz da sind, dort auch drinnen.

Was wir nicht haben, weil ja das immer weniger wird. Ein Redner hat es gesagt, wir haben aktuell 1,67 Milliarden, waren bei 2,5 Mio. Euro - hat sich immer mehr reduziert und 2017 fällt das weg. Das ist nicht zufällig passiert, das ist europaweit geregelt, daher weiß das jeder, ist im Landtag auch oft gesagt worden.

Unsere Haftungen sind hier aufgeschlüsselt, die Zahlen sind alle drinnen, auch die Gewichtungen nach welcher Klasse wer welche Beteiligung, welche Haftung qualifiziert wurde. Das steht genau drinnen. Daher verstehe ich nicht die Aufregung. Ich verstehe schon die Opposition, man hat es nicht gelesen, man kann es vielleicht auch nicht interpretieren, verstehe ich schon.

Aber zu sagen, dass es einfach nicht da ist, muss man und kann man locker widersprechen. Mir dann den Vorwurf zu machen, dass meine Erklärungen, Frau Abgeordnete, drinnen nicht so stehen, das muss ich Ihnen auch noch einmal sagen. Es gibt Globalbudgets und es gibt die Abteilungen, die diese Erklärungen durchführen und hineinschreiben. Das ist nicht meine Verantwortung was dort an Erklärung zu den einzelnen Positionen steht, außer in den Abteilungen wo ich verantwortlich bin. Das haben wir so gehandhabt.

Es gibt diese Globalbudgets, die wir im nächsten Budget noch ausweiten werden, damit die Eigenverantwortlichkeit der Regierungsmitglieder gestärkt wird, die Möglichkeit weitergegeben wird, Schwerpunkte zu setzen, dort einzusparen wo es notwendig ist und möglich ist, und dort Schwerpunkte zu setzen, wo es sinnvoll erscheint.

Aber das ist dann im gesamten Budget die Aufgabe und Verantwortung der einzelnen Regierungsmitglieder. Meine Aufgabe ist es zu schauen, dass die Einnahmen die Ausgaben oder die Ausgaben die Einnahmen nicht überschreiten. Das ist meine Gesamtaufgabe und natürlich auch für meinen Bereich zuständig zu sein.

Da haben wir einen sehr guten Weg gefunden mit der ÖVP was dieses Budget betrifft und die Jahre davor und jetzt in den Vorgesprächen auch mit der FPÖ, dass das auch so funktionieren wird.

Das heißt, wenn irgendwelche Beschreibungen drinnen sind, die kann ich Ihnen teilweise erklären, teilweise auch nicht, weil sie eben nicht in meinem Zuständigkeitsbereich drinnen sind. Aber vom Prinzip her ist es eine klare und nachvollziehbare Sache.

Wir werden natürlich dieses kamerale System umstellen, werden Doppik mit einführen, werden es genauso nach Vorbild des Bundes, wo es viele Diskussionen schon gibt und andere Bundesländer ebenfalls, werden wir das auch tun, haben gerade die Phase der Diskussion, was ist sinnvoll was ist notwendig.

Es werden verschiedene Verordnungen mit dem Bund neu geordnet werden. Da gibt es noch ein paar kleine Unstimmigkeiten, obwohl schon die Diskussion abgeschlossen war. Aber da wird es einen ganz neuen Weg geben. Diese Schritte, die hier drinnen sind und neu sind, sind ein Weg zu mehr Transparenz und daher kann man darüber auch sehr gut diskutieren, wenn man sich einliest und wenn man die Vergleiche hernimmt.

Nur abschließend noch, weil ja nach Maastricht nicht alle Beteiligungen und alle aushaftenden Darlehen der jeweiligen Beteiligungen dort drinnen sind, nur die, die nicht am Markt tätig sind, werden dem jeweiligen Land und Staat zugeordnet. Die Länder sind da sehr, sehr gut, der Bund hat ein viel größeres Problem.

Fast 92 Prozent aller Staatsschulden werden dem Bund zugeordnet, nur rund fünf Prozent den Ländern. Wir haben mehr als ein Prozent abgebaut, die Länder insgesamt, und der Bund hat ausgeweitet. Die Gemeinden haben auch abgebaut. Also es ist eine für den Bund sehr schwierige Situation, zugegeben, die auch die Gespräche über den Finanzausgleich sehr belasten wird. Aber die Länder haben da sehr viel dazu beigetragen.

Wenn dann immer wieder und immer wieder darüber geklagt wird, was die Gemeinden alles zahlen müssen. Unser Schlüssel aller Transferleistungen ist 72 Prozent. Die trägt das Land und den Rest die Gemeinden. Im Gesundheitswesen ist 50:50. Da haben wir von 60 Anteil der Gemeinden 40 Land auf 50:50 verändert, zum Vorteil der Gemeinden. Dann kommen Bürgermeister daher und jammern, dass die Steigerungen so hoch sind. Genauso im Land.

Die Menschen leben nicht nur im Land, sondern auch in den Gemeinden und daher ist es hier verständlich, dass gerade in solchen Bereichen diese Kosten auch aufgeteilt werden. Übrigens beim Abgang der Krankenanstalten zahlen die Gemeinden nur zehn Prozent dazu. Bin gerne bereit über den Schlüssel neu zu verhandeln. Ich hätte nichts dagegen, wenn wir dort 50:50 machen. Würde für das Land sehr, sehr gut ausschauen.

Das heißt, die Gemeinden im Burgenland stehen sehr gut da, was die Transferbelastungen betrifft. Im Gegensatz zu vielen anderen, wo man teilweise 55 Prozent zu 45 Prozent hat. Das ist ein ganz anderer Schlüssel. Wir sind im Burgenland den Weg gegangen die Gemeinden zu unterstützen, weil sie durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel schon benachteiligt sind.

Das heißt, das ist unser interner Finanzausgleich und dann sich hinzustellen und sagen wie arm die Gemeinden sind, stimmt einfach nicht.

Das ist die Wahrheit und daher können wir mit Fug und Recht sagen, dass dieser Rechnungsabschluss ein sehr, sehr guter ist und das die Basis für die weiteren Budgets der nächsten Jahre ist und der Beweis dafür, dass das Burgenland wirklich auf stabilen Finanzbeinen steht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Schützen!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Die tatsächliche Berichtung des Kollegen Kölly zieht er zurück. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dankeschön. Der Landesrechnungsabschluss 2014 wird somit mehrheitlich genehmigend zur Kenntnis genommen.

3. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 18), mit dem der Umsetzungsbericht 2014 mit dem Titel „EU-Förderungen im Burgenland - Programmperiode 2007 – 2013 - Umsetzungsbericht 2014“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 – 14) (Beilage 42)

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 19), mit dem das von der Europäischen Kommission am 28. November 2014 mit „C(2014) 9204 final“ (Beilage 2) genehmigte Operationelle ESF-Programm „Beschäftigung Österreich 2014-2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 – 15) (Beilage 43)

5. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 20), mit dem das von der Europäischen Kommission am 16. Dezember 2014 (C(2014) 9935 final) (Beilage 2) genehmigte Operationelle EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014-2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 – 16) (Beilage 44)

6. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 21), mit dem die „Allgemeine Rahmenrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von Förderungsvorhaben im Rahmen des Additionalitätsprogramms 2014-2020“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 – 17) (Beilage 45)

7. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 25), mit dem das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 ESF“ sowie die angeschlossene Finanztabelle zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 – 21) (Beilage 46)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Da der 3. bis 7. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 18, mit dem der Umsetzungsbericht 2014 mit dem Titel „EU-Förderungen im Burgenland - Programmperiode 2007 - 2013 - Umsetzungsbericht 2014“ zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 14, Beilage 42.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident. Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den Beschlussantrag, mit dem der Umsetzungsbericht 2014 mit dem Titel „EU-Förderungen im Burgenland - Programmperiode 2007 - 2013 - Umsetzungsbericht 2014“ zur Kenntnis genommen wird, in seiner 02. Sitzung am Mittwoch, dem 9. September 2015, beraten.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Umsetzungsbericht 2014 „EU-Förderungen im Burgenland - Programmperiode 2007 – 2013 - Umsetzungsbericht 2014“ wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 19, mit dem das von der Europäischen Kommission am 28. November 2014 mit „C(2014) 9204 final“ (Beilage 2) genehmigte Operationelle ESF-Programm „Beschäftigung Österreich 2014 – 2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 15, Beilage 43, ist wieder Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident. Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den Beschlussantrag, mit dem das von der Europäischen Kommission am 28. November 2014 mit „C(2014) 9204 final“ (Beilage 2), genehmigte Operationelle ESF-Programm „Beschäftigung Österreich 2014–2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird, in seiner 02. Sitzung am Mittwoch, dem 9. September 2015, beraten.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, dem 9. September 2015, beraten.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Das von der Europäischen Kommission am 28. November 2014 mit „C(2014) 9204 final“ (Beilage 2) genehmigte Operationelle ESF-Programm „Beschäftigung Österreich 2014-2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeitete Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich darf Sie weiterhin bitten, Herr Abgeordneter Wolfgang Sodl, um Ihren Bericht zum 5. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 20, mit dem das von der Europäischen Kommission am 16. Dezember 2014 (C(2014) 9935 final) (Beilage 2) genehmigte Operationelle EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014-2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 16, Beilage 44.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident! Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den

Beschlussantrag, mit dem das von der Europäischen Kommission am 16. Dezember 2014 (C(2014) 9935 final) (Beilage 2) genehmigte Operationelle EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014-2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird, in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 9. September 2015, beraten.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Das von der Europäischen Kommission am 16. Dezember 2014 (C(2014) 9935 final) (Beilage 2) genehmigte Operationelle EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014 -2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeiteten Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 21, mit dem die „Allgemeine Rahmenrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von Förderungsvorhaben im Rahmen des Additionalitätsprogrammes 2014-2020“ zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 17, Beilage 45.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist ebenfalls Herr Abgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den Beschlussantrag, mit dem die „Allgemeine Rahmenrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von Förderungsvorhaben im Rahmen des Additionalitätsprogrammes 2014-2020“ zur Kenntnis genommen wird, in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 9. September 2015, beraten.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Die „Allgemeine Rahmenrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von Förderungsvorhaben im Rahmen des Additionalitätsprogrammes 2014-2020“ wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die Berichterstattung zum 7. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 25, mit dem das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 ESF“ sowie die angeschlossene Finanztabelle zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 21, Beilage 46, wird ebenfalls Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl vornehmen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident. Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den Beschlussantrag, mit dem das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 ESF“ sowie die angeschlossene Finanztabelle zur Kenntnis genommen wird, in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 9.September 2015, beraten.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 ESF“ sowie die angeschlossene Finanztabelle wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Nach diesem Berichterstatter-Marathon kommen wir zur Debatte. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Zuhörer auf den Zuschauerrängen! Eine ganze Latte an Anträgen, im Großen und Ganzen geht es im Wesentlichen um Beschäftigung, um Investition in Wachstum, Beschäftigung und unter anderem auch um Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte.

Ich habe mir einen Punkt herausgesucht, weil mir der besonders am Herzen liegt, das sind die Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der SchulabrecherInnen im Bereich des berufsbildenden Schulwesens. Zuvor ein paar Zahlen, also eine Zahl eigentlich, über sieben Prozent waren es 2014 der 18 bis 24-Jährigen, die keinen Schulabschluss hatten. Das sind sage und schreibe 53.000 junge Menschen in Österreich.

Jetzt ist erfreulich, dass es in den ganzen Programmen auch darauf Wert gelegt wird, dass man dieses Problem angeht. Das heißt, es wird allerdings von oben her repariert, was eigentlich von unten schlecht läuft. Das heißt, wir haben zurzeit einfach ein Schulsystem, das dieses Problem, diese Situation schafft, dass wir so viele Schulabbrecher haben. Wir haben dazu noch ungefähr 20 Prozent der Schulabsolventen, die nicht sinnerfassend lesen können. All das produzieren wir mit unserem jetzigen Schulsystem.

Die GRÜNEN und nicht nur die GRÜNEN stehen seit vielen Jahren für ein neues Schulsystem, für eine Reform, leider ist es hier vor allem dank der ÖVP im Bund nicht machbar, hier etwas anzugehen, was längst notwendig war.

Es werden praktisch sämtliche Expertinnen- und Experten-Meinungen ignoriert beziehungsweise nicht ernst genommen. Es gibt Länder in Europa, die schon lange Vorschläge, die wir machen, umgesetzt haben, wo man sieht, das läuft viel besser, aber es wird geblockt, betoniert um ja Althergebrachtes weiter zu betreiben, um nichts aufgeben zu müssen.

Inzwischen verlieren wir - auch im Burgenland natürlich - gut ausgebildete SchülerInnen dank diesem Schulsystem. Das ist für alle Beteiligten schlecht, sowohl für die Kinder als auch für die Eltern und natürlich auch für die Lehrkräfte, aber schlecht ist es vor allem auch für unseren Wirtschaftsstandort in Österreich.

Ich darf hier auch auf die Industriellenvereinigung hinweisen, die ja doch eine sehr ÖVP-nahe Organisation ist, selbst die ist inzwischen ein Teil der - ich nenne es einmal so - Allianz der Reformwilligen. Erst vor kurzem haben sie wieder gesagt, wir müssen hier schauen, dass wir keinen Schüler, keine Schülerin zurücklassen. Leider ist das nicht möglich.

Bildung und teilweise Jobs werden bei uns in Österreich teilweise vererbt und nicht erreicht. Ich weiß schon, die Argumente kennen wir seit langem, wir beten das auch jedes Jahr hier vor, aber es passiert nichts. Wir machen weiter wie bisher, leider.

Danke, aber nein danke! Hier gehört raschest etwas geändert. Schön wenn sich auf EU-Ebene hier jemand darum kümmert, aber das ist ein Reparatursystem.

Den einzelnen Anträgen werden wir natürlich trotzdem zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Gerhard Kovasits.

Ich bitte Sie, Herr Klubobmann, um Ihre Wortmeldungen.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft im Burgenland wurde auch im Jahr 2014 vor allem durch Förderprogramme wie zum Beispiel Phasing Out, ländliche Entwicklung oder Europäische Territoriale Zusammenarbeit stark positiv beeinflusst.

Tatsache ist, dass das Burgenland sehr stark von diesen Förderprogrammen profitiert hat. Diese Berichte zeigen uns, dass viele Projekte mit EU-Mitteln finanziert wurden und somit überhaupt erst realisiert werden konnten.

Dies hat natürlich auch erhebliche Strukturveränderungen hervorgerufen und gleichzeitig den Aufholprozess des Landes erheblich gesteigert. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde Ihnen jetzt ein paar Zahlen nennen, die Sie sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen müssen.

Im Zeitraum von 2007 bis 2014 wurden insgesamt mehr als 85.200 Projekte genehmigt, für die Förderungen in der Höhe von 830 Millionen Euro bereitgestellt worden sind. Wenn diese Projekte wirklich so durchgeführt werden, so wird ein Projektvolumen von rund 1.650 Millionen Euro allein im Burgenland realisiert.

Diese Zahlen muss man sich wirklich einmal vor Augen halten und vor allem, was diese Zahlen für das Burgenland bedeuten. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur im Burgenland - und da erzähle ich Ihnen ja nichts Neues - hinkt noch immer etwas hinterher, obwohl ein starker Aufwärtstrend erkennbar ist.

Wir im Burgenland haben vor allem mit Problemen, wie zum Beispiel einer hohen Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, einer geringen Arbeitsplatzdichte und fehlenden Zentralräumen zu kämpfen. Daher sind Programme, wie zum Beispiel „Beschäftigung Österreich 2014-2020“ auch sehr wichtig für das Burgenland. Denn genau diese Programme sollen unseren Problemen entgegenwirken.

Auch das Additionalitätsprogramm möchte ich noch kurz ansprechen, da sich das Programm von den, von der Burgenländischen Landesregierung beschlossenen Konzepten ableitet. In dieses Programm fließen Ziele aus den unterschiedlichsten Politikbereichen und Ebenen ein, und es werden besonders Entwicklungsstrategien für soziale und bildungsbezogene Weiterentwicklungen des Burgenlandes berücksichtigt. Das ist sehr wichtig.

Einer der Eckpfeiler des Additionalitätsprogrammes ist zum Beispiel die Entwicklungsstrategie Burgenland 2020. Diese Strategie vertieft die Ziele des Landesentwicklungsplanes 2011 und soll das Burgenland bis in das Jahr 2020 begleiten. Zu diesen wichtigsten Zielen dieses Programmes gehört vor allem die nachhaltige Stärkung der Wirtschaft, wo sowohl Klein- und Mittelbetriebe als auch Industriebetriebe angesprochen werden.

Was mich besonders freut, ist, dass Klein- und Mittelbetriebe unterstützt werden, diese sind bei uns im Burgenland ja leider vom Aussterben bedroht, und daher ist es wichtig, ihnen gezielt zu helfen und sie zu unterstützen.

Das ist für das Burgenland sehr wichtig, denn was wäre die Wirtschaft des Burgenlandes ohne Klein- und Mittelbetriebe. Wir sind zwar ein Land der kleinen Einheiten, verfügen aber über große Vielfalt. Das ist eine Stärke, die nur wenige Bundesländer aufweisen.

Tatsache ist, das Burgenland hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt, was natürlich auf die massive Unterstützung durch EU-Förderungen zurückzuführen ist und wofür wir sehr dankbar sind. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, um Ihre Wortmeldung.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, das alles, was wir heute zur Kenntnis nehmen, und ich bin sehr froh, wenn ich die Wortmeldungen meiner Vorredner richtig interpretiere, dass das heute einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen wird. Dass wir eigentlich sehr viel an Vertrauen im RMB, in das Land, in die Regierung, in jene Institutionen des Landes, in die Verwaltung hier eigentlich einbringen.

Es ist unmöglich für einen Mandatar, es ist auch unmöglich für andere politisch Verantwortlichen, all das genau zu lesen, aber wir sind im Geist dieser Europäischen Union verhaftet und wir haben diese, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Chance, die sich für das Burgenland hier geboten hat, in einer Art und Weise genützt, wie das kaum ein anderes Land getan hat, und wir sind mittlerweile im dritten Jahrzehnt beim Beitritt der Europäischen Union.

Sie erinnern sich an den 12. Juni 1994, Volksabstimmung, Alois Mock, ein glühender Verfechter, ein glühender Europäer. Ich verhehle auch nicht die große Leistung eines Franz Vranitzky, der damals eine zögernde SPÖ auf EU-Linie gebracht hat. Somit bei der Volksabstimmung zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher für diese Wertegemeinschaft gestimmt. Im Burgenland sogar 75 Prozent.

Wir haben seit 1. 1. 1995 auch den Status im Burgenland, dass wir nicht nur der Europäischen Union beigetreten sind, sondern als besonders förderungswürdig anerkannt wurden. Sie erinnern sich, zweimal hintereinander Ziel 1-Gebiet, einmal Phasing Out und nunmehr in der jetzigen Periode Region in Transition, also Übergangsregion. Viermal hintereinander ein besonderer Förderungsstatus für unser Heimatland Burgenland.

Wir werden beneidet von den anderen acht Bundesländern, weil wir hier besondere Möglichkeiten haben. Auch die Europäische Union, nicht nur das Burgenland, auch die EU hat sich weiter entwickelt. Es wird immer schwieriger, dort auch zu Beschlüssen zu kommen.

Aber wenn wir uns diese Woche die Entscheidungen der Innenminister und heute Nacht der Regierungschef anschauen, so sind auch hier richtige Entscheidungen meines Erachtens getroffen worden, die es uns ermöglichen, die derzeitigen Herausforderungen - und das sind gewaltige Herausforderungen - auch zu meistern.

Es ist schon eine große Aufgabe, 28 Länder unter einem Dach zu vereinen und trotzdem richtige Entscheidungen mehrheitlich so gut über die Bühne zu bringen.

Trotz dieser Weiterentwicklung dieser europäischen, dieser gigantischen Investitionen und der Weiterentwicklung, die aufgrund dieser Investitionen im Burgenland möglich waren, merken wir, dass eine große Skepsis gegenüber der Europäischen Union vorhanden ist. Man kann natürlich über die finanzielle Situation in Griechenland vortrefflich diskutieren, aber zu glauben, dass deshalb der Euro in Gefahr ist, ist ein bisschen gefehlt.

Die Europäische Union hat mittlerweile 500 Millionen Einwohner; zum Vergleich die Amerikaner 350 Millionen. Kalifornien - nachweislich pleite - bringt zwei Prozent, zweieinhalb Prozent des Wirtschaftswachstums der Vereinigten Staaten. Niemand denkt daran, deshalb, weil Kalifornien ein wirtschaftliches Problem hat, zu sagen, der Dollar wäre in Gefahr.

Und genauso ist es in Griechenland. Wenn 27 Volkswirtschaften augenscheinlich in Ordnung sind und eine Volkswirtschaft in Griechenland Probleme hat, die auch zwei, zweieinhalb Prozent der Wirtschaftskraft der gesamten Europäischen Union ist, deshalb ist auch der Euro nicht in Gefahr und das haben auch alle Anleger und die Börsen dieser Welt ganz einfach so gesehen, deshalb ist auch die Situation, Gott sei Dank, so, wie sie ist, dass Griechenland seine Hausaufgaben machen muss, das wissen wir alle gemeinsam.

In dieser Situation möchte ich aber doch darauf hinweisen, dass die griechische Regierung wieder aus einer lins-rechts Koalition besteht. Aus einer linken Partei von Zsipras geführt und einer rechtsrechten Koalition, die manche schon als sehr zu weit rechts bezeichnen.

Denken Sie zurück, was man mit einem Wolfgang Schüssel, mit einem Bundeskanzler, damals getan hat, als ein Alfred Gusenbauer in Frankreich eine Allianz gegen Österreich angeführt hat, wo Sanktionen losgetreten wurden, nur weil sich die ÖVP damals erlaubt hat, eine Koalition, eine demokratisch legitimierte Koalition, einzugehen. Die Geschichte kann lehren, man muss sie aber kennen, dann kann man auch aus dieser Geschichte lernen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wollte ich im Rahmen dieses heutigen Debattenbeitrages sagen, bevor ich zu den einzelnen Punkten kurz Stellung nehme, keine Angst, ich lese es nicht vor. Diese große Europäische Union, diese Wertegemeinschaft hat es sich zum Ziel gemacht, Frieden zu sichern, Stabilität in Europa zu garantieren. Über weite Strecken ist das gelungen.

Kein einziges dieser Mitgliedsländer der Europäischen Union war in den letzten Jahren seit dem Beitritt in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. Das ist das tiefere Geheimnis dieser Europäischen Union, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die einzelnen Berichte möchte ich nicht kommentieren. Nur den mit der Zahl 2114, den möchte ich ganz kurz ansprechen, weil er ja doch zeigt, was in den einzelnen Regionen getan wird. Das ist der Umsetzungsbericht 2014 mit dem Titel „Die Programmperiode 2007 bis 2013“, was hier geschehen ist und wenn Sie hier vergleichen, was in den einzelnen Bezirken an Fördervolumina geflossen sind und welche Investitionen hier ausgelöst wurden, dann zeigt das, wie groß diese Wirtschaftskraft dadurch beeinflusst wurde.

Auf der Seite 58 dieses Berichtes ist auch zu erkennen, dass wenn sie das Nordburgenland - Neusiedl am See, Eisenstadt und Mattersburg - zusammennehmen, dass die Förderung pro Kopf insgesamt in Nordburgenland 1.152 Euro betragen hat und im Südburgenland - die Bezirke Oberpullendorf, Oberwart, Güssing und Jennersdorf - 1.324. In Jennersdorf sind einige geplante Investitionen nicht realisiert worden, deshalb

ein relativ kleiner Anteil dort. Ich hoffe, dass das in der laufenden Periode über die Bühne geht.

Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich für meine Fraktion, für die Österreichische Volkspartei sagen, dass wir all diese Beschlussanträge gerne zustimmend zur Kenntnis nehmen, weil es für das wirtschaftliche Fortkommen des Burgenlandes ein wichtiger Eckpfeiler ist.

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Christian Illedits.

Ich bitte um Ihre Wortmeldung Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich erspare mir das, was meine Vorredner schon gesagt beziehungsweise weitergegeben haben. Ich kann zusammenfassend eigentlich einiges bestätigen.

Das Burgenland hat sich und das bestätigen Zahlen, das bestätigen auch natürlich mittlerweile viele Statistiken, in den letzten Jahren, seit dem Beitritt zur Europäischen Union, gut, bestens, man könnte sagen, hervorragend entwickelt. Ich beziehe mich jetzt auf einen Bericht, der vor kurzem von Herrn Landeshauptmann der Öffentlichkeit präsentiert worden ist. Der Bericht der letzten fünfzehn Jahre mit dem bezeichnenden Titel, was die Worte schon zum Ausdruck bringen „Arbeit, Wirtschaft und Leben“.

Das heißt, es geht um die Menschen, es geht um die Wirtschaft und es geht um die Arbeit, die darin stattfinden soll. Hier wird uns ganz klar attestiert, dass sich das Burgenland viel besser als andere Regionen in Österreich, aber auch in Europa entwickelt hat und wir uns zum Beispiel beim Wirtschaftswachstum dynamischer um zirka 15 Prozent als andere Regionen entwickelt haben.

Dass sich der Export enorm gut, zugegebener Weise und ehrlicherweise gesagt, von einem niedrigen Level ausgehend gut weiter entwickelt und dies in den letzten Jahren auch getan hat. Dass sich in der Wirtschaft in verschiedenen und in allen eigentlich Sektionen und Bereichen hier die Entwicklung als sehr positiv darstellt und auch präsentiert. Das wird uns auch von der Wirtschaft so bestätigt und attestiert.

Man darf aber diese Erfolge natürlich nicht nur allein dastehend sehen, sondern muss auch natürlich die Auswirkungen, die am Arbeitsmarkt passiert sind, zweifelsohne mit ins Kalkül ziehen und nicht aus dem Augenwinkel verlieren. Wir haben und das war das erklärte Ziel, auch in verschiedenen Programmen so definiert, das Ziel definiert, 1.000 Arbeitsplätze netto pro Jahr zu schaffen. Das ist zweifelsohne gelungen. Somit gibt es eine Zahl von 104.000 unselbständigen Erwerbstätigen.

Man muss aber dazu sagen, dass gleichzeitig aber auch die Zahl der Arbeitslosen überproportional gestiegen ist und somit hier ein Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt stattgefunden hat. Wenn wir von durchschnittlich acht Prozent Arbeitslosigkeit sprechen, was doch beinahe 9.000 Menschen betrifft, dann ist das eine doch sehr hohe Zahl, die uns zu denken und zum Reagieren und zum Agieren eben auch veranlasst und veranlassen muss.

Kollege Strommer hat schon erwähnt, wie sich die Beschäftigungseffekte auch in Zahlen nachlesen lassen. Gestatten Sie mir auch hier, die Gelegenheit zu nutzen, um den zuständigen Stellen, nämlich allen Bediensteten, an der Spitze mit dem Mag. Horvath im

RMB, zu danken für diese Berichte, für alle Finanztabellen und auch allen Bediensteten dafür zu danken, dass wir schlussendlich „Förder-Europameister“ sind.

Das heißt, wir lassen dieses Geld, das wir aus den Mitteln der Europäischen Union, des Landes und des Bundes zur Verfügung gestellt bekommen, um in drei speziellen Maßnahmen auch Förderungen hier mit Erfolg einzusetzen, wirklich optimal ausnutzen, ich glaube, hier muss man auch sagen, wenn die Leute hier nicht so gute Arbeit leisten würden, natürlich im Speziellen mit denen, die die Anträge einbringen, klarerweise, dieses Geld, auch das von Privaten, von der Wirtschaft kommt, dann würden eben auch diese Zahlen hier nicht vor uns liegen und wir könnten uns nicht über doch sehr viele Erfolge erfreuen. Also ein Dankeschön an die Damen und Herren des RMB. *(Beifall bei der SPÖ)*

Kollege Kovasits hat schon diese imposante Zahl von 1.650 Millionen Euro weiter gegeben. Das Gesamtvolumen, das ausgelöst wurde, diese große Anzahl an Projekten, die schlussendlich auch nicht nur abgearbeitet, sondern auch initiiert werden müssen.

Wenn vorher vom Kollegen Spitzmüller gesagt wurde, und er gleich in eine Bildungsdiskussion übergangen ist, dass dort der Ansatz und dieses eine Projekt eben mit quasi dem Nachholen des Hauptschulabschlusses ein besonders bemerkenswertes ist und ein wichtiges ist und wir eigentlich sehr vieles im Bereich der Bildung auch als Nachzieheffekte hier fördern können, dann denke ich, ist es allemal wichtig, auch zu erwähnen, der Ansatz sollte in Zukunft nicht mehr wiederzufinden sein.

Da bin ich ganz Ihrer Meinung, aber was wir alles im Europäischen Sozialfonds wirklich an Fördermöglichkeiten in der Ausbildung, in der Weiterbildung und in der Qualifikation zur Verfügung haben. Eine Zahl vielleicht, weil es auch vom Kollegen Kölly in einer anderen Diskussion gebracht wurde. Ihr alle habt doch ja und euphorisch zur Europäischen Union zugestimmt. Ja, das ist so. Viele KMUs werden das eindeutig bestätigen.

Würde es diese Europäische Union in dieser Art und wir im Herzen mit dieser Europäischen Union verankert, wirtschaftlich verankert, meine ich jetzt, nicht geben, dann würde es viele Klein- und Mittelbetriebe im Burgenland nicht geben, weil und ich war gestern bei einer Firma, bei einem kleinem Mittelbetrieb mit 75 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die 70 Prozent ihrer Aufträge in den Nachbarländern der Europäischen Union finden.

Weil sie eben diese Produkte genau dort an den Kunden bringen und verkaufen können und auch diese attestieren, dass sich das Burgenland - nicht meine Worte, sondern die Worte des Geschäftsführers, der eindeutig das bestätigt hat und einige Kollegen waren mit mir dort anwesend -, dass diese Verankerung in der Europäischen Union vieler Betriebe nicht nur zum Überleben, sondern auch zum Weiterentwickeln ermöglicht.

Wir schaffen, das ist das eine, Arbeitsplätze, aber insgesamt diese Nettozahlen drücken ja auch aus, dass wir mit Qualifikationen, dass wir mit Investitionen in diese Betriebe Arbeitsplätze auch absichern. Hier nur eine Zahl.

Diese Firmen, die eben über das EFRE-Programm Projekte initiieren, haben ein durchschnittliches Beschäftigungsplus von 36,7 Prozent zu verzeichnen. Und die Gesamtzahl der direkt, indirekt und initiierten Beschäftigten im Burgenland beträgt deshalb 14.180, und davon sind 10.400 abgesichert und insgesamt 4.000 neu geschaffen.

Das heißt, hätten wir diese Projekte und dieses Geld nicht zur Verfügung, würden wir wahrscheinlich viele Arbeitsplätze tatsächlich nicht erhalten können und somit verlieren.

Was wir nicht ganz gut messen können, ist für mich auch nicht das oberste Gebot der Stunde, sind die Förderungen im Europäischen Sozialfonds, im ESF. Dort geht es um das Geld in Humanressourcen. Es gibt aber auch hier natürlich viele Zahlen. Eine vielleicht, wie viele Schulungsteilnehmer sind in diesen ESF-geförderten Programmen in dieser Förderperiode eben gewesen. 60.600. Also auch eine sehr imposante Zahl.

Die Zukunft, Kollege Strommer, hat es schon erwähnt, dass wir jetzt den Status Übergangsregion haben und erhalten haben. War nicht ganz einfach, aber auch hier im Zusammenschluss mit 50 anderen Regionen war es möglich, hier an der Spitze mit dem Herrn Landeshauptmann, positiv zu lobbyieren, um diesen Status erhalten zu bekommen.

Jetzt haben wir Geld im EFRE- und ESF-Programm zur Verfügung und das Additionalitätsprogramm, denke ich, das seitens der Bundesregierung noch nicht hundertprozentig definiert ist, aber schon zu einem gewissen Maße zugesichert wird, denke ich, wird auch die nötigen Investitionsschübe in den verschiedenen Bereich geben.

Wo wir Defizite gehabt haben, wird jetzt investiert. Forschung, Technologie, Entwicklung und Innovation. Wo wir Defizite gehabt haben, wird jetzt investiert. Forschung, Technologie, Entwicklung und Innovation. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen Unternehmen noch mehr durch das EFRE-Programm zu unterstützen und natürlich auch, weil es klarerweise, gestern war dies ein Ansatz in dieser Firma, CO2-Emissionen in der Wirtschaft zu senken. Die Förderung von Beschäftigung und die Unterstützung der Mobilität von Arbeitskräften wird im ESF immer wichtiger.

Weiters die Förderung der sozialen Eingliederung und die Bekämpfung der Armut. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Ansatz, den wir hier wieder zu finden haben, auch wenn es, ich habe vorher diese Studie erwähnt, dort steht, dass im Burgenland sich die Entwicklung so gestaltet hat, dass wir bei den durchschnittlichen Einkommen an zweiter Stelle in Österreich wieder zu finden sind. Ungefähr ein Jahrzehnt waren wir am Ende dieses Ranking. Das betrifft natürlich nicht nur die Arbeitnehmer, die im Burgenland arbeiten, sondern klarerweise auch die Burgenländer, die hier leben. *(Abg. Manfred Kölly: Pendler!)*

Das ist klarerweise dann auch dieser Index, der berechnet wird. Wichtig ist, und das sei nochmals gesagt, dieser Ansatz, den der Kollege Spitzmüller vorher schon gesagt hat, nämlich die Investition in die Bildung, in die Kompetenzen und in ein lebenslanges Lernen.

Ich denke, dass die momentane Diskussion, die alle beschäftigt, Kollege Strommer hat es gesagt, jetzt mit dem Thema Asyl und der gerechten Aufteilung von Asylwerbern auch in der Grundversorgung, ein europäisches Thema natürlich immer war und immer ist. Wenn es hier jetzt einen Beschluss der Innenminister gibt, ein Mehrheitsbeschluss, dann ist es abzuwarten, wie sich diejenigen verhalten, die nicht mitgestimmt haben und wie es tatsächlich dann auch zur Vollziehung und zur Umsetzung kommen wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Schlussendlich, und das ist auch vorher gesagt worden, leben die Menschen nicht nur im Land, sondern auch in Gemeinden, die Menschen leben alle in Regionen. Ich werde deshalb in den nächsten Wochen mit vielen Kollegen und Kolleginnen versuchen, die 250 Regionen auch zu sensibilisieren, weil schlussendlich die Solidarität, auch wenn es um das Thema Asyl geht, auch in den europäischen Regionen der 28 Mitgliedsländer stattfinden muss, weil dort sind schlussendlich auch die Gemeinden wieder zu finden.

Durch diese gemeinsame Solidarität muss es abseits von allen Förderprogrammen, auch wenn es mit Geld verbunden ist, Möglichkeiten geben. Eine Milliarde Euro wurde jetzt von der Europäischen Union und vom Europäischen Parlament zugesichert.

Auch diese Gelder müssen hier von den Regionen zur Verfügung gestellt werden. Aber wichtig ist, dass wir auch hier nicht nur bei den wirtschaftlichen Agenden, beim Friedensprojekt Europa, sondern auch jetzt beim Thema Asyl einen Schulterschluss mit allen Regionen finden. Ich werde es nächste Woche versuchen und werde dann diese Nachrichten von dort sehr gerne ins Burgenland mitnehmen.

Ich gratuliere denen, die diesen Umsetzungsbericht, aber auch die zukünftigen Beschlüsse gefasst haben und danke allen, die diese positiv zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Präsident! Danke für Ihren Redebeitrag. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Gerhard Steier. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herzlichen Dank! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Europa und das Burgenland. 20 Jahre ein Erfolgserlebnis, ein Erfolgsmodell in der Perspektive 1989 Fall des Eisernen Vorhangs und anschließend in der Entwicklungsgeschichte der Gegenwart.

Wir haben vieles miterlebt. Speziell diejenigen, die in der Nachkriegssituation, im Aufbau, im Wiederaufbau, aber auch in der Entwicklung auf das Burgenland setzen mussten, haben klar und deutlich zu erkennen gegeben, dass das, was innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte passiert ist, für das Burgenland wirklich ein Erfolgserlebnis war und uns das beschert hat.

Diese Perspektive sollten wir uns, wenn es darum geht, Europa in seinen gesamten Problemsituationen, in seiner gesamten Problematik, was auch von meinem Vorredner zum Schluss angesprochen wurde, bezogen auf das Asyl und auf die Flüchtlingssituation vor Augen halten.

Dieses Europa hat die Chance geboten, 70 Jahre kriegsfrei und damit in der Auseinandersetzung ohne irgendwelche kriegerischen Elemente Menschen in der Entwicklung sehen zu dürfen, dieses Europa in der Entwicklung kennzeichnen zu können. Auf der anderen Seite erleben wir die letzten Jahre immer stärker das Problem, dass dieses Europa, das als vereintes Europa zu kennzeichnen wäre, auch von den Gründungsvätern immer mehr auseinander driftet.

Durch nationale Interessen, aber auch durch regionale Interessen wird etwas bewerkstelligt, das für die Entwicklung dieses europäischen Raumes mit Sicherheit nicht von Vorteil ist. Um dem entgegen zu wirken, sind wir hier alle gefordert. Vor allem diejenigen, wie es von allen Rednerinnen und Rednern dargestellt wurde, die im Grunde genommen am meisten davon profitiert haben.

Wir haben durch viele Geldflüsse in der Bereitschaft auch des Bundes in der zusätzlichen Zahlung auf burgenländische Situation in den Gemeinden, über Vereine, über regionale Bündnisse bis zum Land wirklich profitiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Europäische Union aber allein auf diese Geldflüsse zu reduzieren, ist mit Sicherheit der falsche Weg. Dort, wo Europa gefordert ist, nämlich im Zusammenhang mit Menschlichkeit, mit Humanität, aber auch mit dem Bestreben, einheitliche Bildnisse zu

schaffen, dort versagt es leider. Auf der anderen Seite lassen viele auch eine Entwicklung zu, die für das vereinte Europa absolut von Schaden ist.

Wir alle müssen kennzeichnen, wenn es darum geht, quasi Geld zu nehmen, es für burgenländisch-regionale Projekte einsetzen zu können, dann wird Europa gut geheißen. Wenn es darum geht, Europa in seiner Diskussion quasi zu kritisieren, dann ist immer auch von unserer Seite der Reflex, das waren die anderen, nicht wir.

Diese Disparatheit, diesen Unterschiedsrahmen den sollten wir auch in schwierigen Situationen zur Kenntnis nehmen. Aber, was das Wichtigste bei allen Diskussionen um Geldflüsse, um wirtschaftliche, um arbeitsrechtliche Gegebenheiten, um finanztechnische Gegebenheiten ist, ist der Zusammenhalt.

Diesen Zusammenhalt werden wir nur schaffen, wenn wir Solidarität zeigen. Dieses Wort ist in den letzten Monaten nicht nur zuhauf strapaziert worden, sondern hat auch eine andere Bedeutung bekommen, als wir es alle kennen. Nur, was Europa kennzeichnet ist, dass dieses Solidarität immer schwieriger zu handhaben ist, weil sich viele aus einer Situation ausklinken, die für das gesamte europäische Umfeld von Vorteil wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Additionalitätenprogramm, der Landesentwicklungsplan und alle Bestandteile, die für die Fortentwicklung der nächsten Periode von Vorteile und für das Burgenland von Nöten waren, sind erstellt worden.

Daher ist es wirklich ratsam, aber auch im Grunde genommen für unser Land von Vorteil, dass wir dieser gesamten Thematik unsere Zustimmung geben, weil nur durch das Bekenntnis zu Europa, aber auch in seiner regionalen Bestandssituation, kann sich dieses Land ordentlich entwickeln.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die fünf Tagesordnungspunkte.

Ich lasse nun über den 3. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 18, mit dem der Umsetzungsbericht 2014 „EU-Förderungen im Burgenland - Programmperiode 2007 - 2013 - Umsetzungsbericht 2014“ zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 14, Beilage 42.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Umsetzungsbericht 2014 „EU-Förderungen im Burgenland - Programmperiode 2007 - 2013 - Umsetzungsbericht 2014“ wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung des 4. Punktes der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 19, mit dem das von der Europäischen Kommission am 28. November 2014 mit „C (2014) 9204 final“ (Beilage 2) genehmigte Operationelle ESF-Programm „Beschäftigung Österreich 2014 - 2020 (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeitete Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 15, Beilage 43.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das von der Europäischen Kommission am 28. November 2014 mit „C (2014) 9204 final“ (Beilage 2) genehmigte Operationelle ESF-Programm „Beschäftigung Österreich 2014 – 2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeitete Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 5. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 20, mit dem das von der Europäischen Kommission am 16. Dezember 2014 (C(2014) 9935 final) (Beilage 2), genehmigte Operationelle EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014 - 2020" (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeitete Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 16, Beilage 44.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das von der Europäischen Kommission am 16. November 2014 mit (C (2014) 9935 final) (Beilage 2) genehmigte Operationelle EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014 – 2020“ (Beilage 1) sowie der von der RMB herausgearbeitete Burgenlandteil mit Finanzplänen (Tabelle 4 sowie Beilage 3 und 4) wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich lasse nun über den 6. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 21, mit dem die “Allgemeine Rahmenrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von Förderungsvorhaben im Rahmen des Additionalitätsprogramms 2014 – 2020“ zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 17, Beilage 45.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die „Allgemeine Rahmenrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von Förderungsvorhaben im Rahmen des Additionalitätsprogramms 2014 - 2020" wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 7. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 25, mit dem das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014 - 2020 ESF“ sowie die angeschlossene Finanztabelle zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 21, Beilage 46.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014 - 2020 ESF“ sowie die angeschlossene Finanztabelle wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 16) mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform

GIP gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 12) (Beilage 47)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 16, mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP gemäß Art. 81 Abs. 3L-VG, zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 12, Beilage 47.

Berichterstatter zur diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Herr Präsident**!** Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 02. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 09. September 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön, Herr Präsident! Wieder einmal eine 15a-Vereinbarung zwischen den Ländern mit dem etwas sperrigen Titel Graphenintegrationsplattform, kurz GIP, die die Grundlage für einen österreichweit einheitlichen elektronischen Verwaltungsprozess zur Verkehrssteuerung und eine verkehrsmittelübergreifende österreichische Verkehrsauskunft ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

GIP soll also Verkehrsdaten einheitlich digital verwalten oder tut das auch schon. Es ist ein gemeinsames Projekt der ÖBB, der ASFiNAG, der österreichischen Bundesländer und des BMVIT. Die GIP enthält alle Daten über die Verkehrsnetzinfrastruktur, also Straßen, Schienen und auch Wege.

Was hat nun der Otto-Normalverbraucher und die Otto-Normalverbraucherin davon? In erster Linie einen guten Routenplaner, der bereits seit einigen Jahren als Smartphone-App und als Website läuft. Von A nach B ist die App, die es für alle Smartphones gibt und unter VOR.at im World-Wide-Web zu finden ist.

Mit diesem Routenplaner sind somit bundesländerüberschreitende Wege relativ sicher und einfach zu finden und zu organisieren. Das betrifft auch Wege, die über zusammenhängende Fortbewegungsmittel notwendig sind. Ein Fußweg ist zwar kein Fortbewegungsmittel in dem Sinn, aber Fußwege, Straßenbahnen, Busse, ÖBB und so weiter gehören hier dazu.

Wenn ich also einen Weg habe, wo ich sowohl Bus als auch Bahn brauche, bekomme ich das mit Abfahrtszeiten, mit dem Zeitraum, den ich ungefähr für den Fußweg dazwischen brauche und so weiter sehr schön dargestellt. Sichergestellt wird dies durch die VAO, die Verkehrsauskunft Österreich.

Was natürlich noch fehlt, und darauf sei an dieser Stelle einmal mehr auch darauf hingewiesen, ist vor allem im Mittel- und Südburgenland das dazu passende Öffi-System. Aktuell sind selbst SchülerInnen oft auf das Elterntaxi angewiesen, weil es keine passenden Busse zu ihren Schulzeiten gibt.

Zum Thema Bahn sage ich jetzt gar nichts mehr. Die G1-Linie ist zwar super, aber bei weitem nicht ausreichend. Auch ein noch so gutes Verkehrsinformationssystem macht natürlich keinen öffentlichen Verkehr.

Deshalb hier einmal mehr mein dringender Appell an die nicht anwesenden Zuständigen für einen wesentlich intensiveren Ausbau von Bus und Bahn. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es kann doch nicht sein, dass, zum Beispiel, bei meinem Bus von Eisenstadt nach Oberwart um 18.10 Uhr der letzte fährt - und das auch nur wenn Schule ist. Wenn keine Schule ist, fährt der letzte um 16.25 Uhr. Das ist für mich kein modernes öffentliches System. *(Abg. Ewald Schnecker: Um das geht es aber jetzt nicht.)* Es ist mir aber wichtig, das zu erwähnen.

Weiters können mit Hilfe von GIP, zum Beispiel, die Wirkungen der Verkehrszeichen überprüft werden. Weiters kann hier einfach auch ein Unfallmanagement betrieben werden. Aber auch die Analysen von Unfallhäufungen etc. sind möglich. Es gibt also über diese Graphenintegrationsplattform sehr weitgefasste Möglichkeiten.

Ein Detail am Rande, was ich gefunden habe: Sogar auf den Friedhöfen in Wien kann man sich damit sicher bewegen. Die Friedhöfe in Wien haben nämlich eine Online-Verstorbenen-Suche und über den Routenplaner kann man vom Friedhofseingang bis hin zum gesuchten Grab auch mit Hilfe von GIP den Weg finden. Das nur als Detail am Rande.

Wir werden diesem Antrag, dieser 15a-Vereinbarung, natürlich zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Vorredner hat recht anschaulich praktische Auswirkungen dieses Verkehrsreferenzsystems dargelegt. Obwohl es ein bisschen trocken ist, möchte ich doch auf ein paar Dinge noch eingehen.

Diese GIP war eine Projektorganisation auf Kooperationsbasis und die wird jetzt praktisch auf Vereinsbasis umgestellt. Der Verein nennt sich Österreichisches Institut für Verkehrsdateninfrastruktur, kurz ÖVDAT genannt. Wichtig ist vielleicht, dass die Aufteilung der finanziellen Mittel, die dafür notwendig sind, nach einem bestimmten Schlüssel erfolgt und zwar 50 Prozent nach der Anzahl der Einwohner der Bundesländer und 50 Prozent nach Anzahl der teilnehmenden Partner.

Wesentlich ist dabei auch eine Basisfinanzierung des Bundes, die mit 100.000 Euro über zehn Jahre garantiert ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wurde auch eine Expertise erarbeitet und zwar hinsichtlich, zum Beispiel, gewerberechtlicher Befugnis dieses Vereines, denn es ist ein gewerberechtlicher Geschäftsführer zu bestimmen, das es einen nichtunternehmerischen Bereich gibt und einen unternehmerischen Bereich.

Für den GIP-Betrieb ist vielleicht noch wichtig, dass keine Mitarbeiter angestellt werden, sondern Personalleistungen von einem Dienstleister erbracht werden. Das ist so ähnlich wie bei einer Leasingfinanzierung.

Aufgrund dieser Expertisen kann man dieser 15a-Vereinbarung mit ruhigem Gewissen zustimmen und sie zur Kenntnis nehmen. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist vom Landtagsabgeordneten Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben schon eindringlich berichtet, was diese Graphenintegrationsplattform beinhaltet. Ich möchte vielleicht ergänzen, dass auch die Städte und Gemeinden sich in Zukunft verstärkt in diese Graphenintegrationsplattform einbringen werden.

Das heißt, wir werden Adressen, wir werden Gebäudedaten hier einbringen. Diese unterstützen die Verwaltungsabläufe bei Verordnungen und Genehmigungen im Straßenraum. Das ist natürlich auch ein Vorteil für die Gemeinden, wenn Verordnungen gemacht werden müssen, dass da aus diesen Plattformen, aus diesen Geodaten Informationen für die Gemeinden herankommen. Kooperationen zwischen den öffentlichen Verwaltungen machen solche Projekte möglich. Auf diese Graphenintegrationsplattform können sich Behörden beziehen und so ihre Daten vernetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vielleicht gehört da noch eines erwähnt: Unter www.basemap.at, das gehört irgendwie zusammen, ist auf dieser Webseite die österreichische Verwaltungsgrundkarte verankert. Ein kartografisches Produkt, basierend auf den Verwaltungsgeodaten der neun Bundesländer. Der Graphenintegrationsplattform, gip.at sowie der Länderpartner, allen voran der Städten und Gemeinden. Man muss sich nur vor Augen halten, dass hier 14 Millionen Zugriffe pro Tag gezählt werden.

Wer es noch nicht kennt, dem sei gesagt, dass es sich auszahlt, www.basemap.at zu googeln und vielleicht einmal da hineinzuschauen, denn das nützt natürlich auch den Gemeinden in Form von einer Verkehrsauskunft. Allerdings nicht nur den Gemeinden, sondern allen Behörden, der Verkehrsauskunft Österreich, der Datenbank über Unfallhäufigkeitspunkte, das ist schon erwähnt worden, der Pendlerrechner greift hier zu, wenige Unfälle und mehr Sicherheit durch rasche Analyse, Steuerung und Information.

All diese Informationen laufen in den verschiedenen Geoinformationssystemen der Länder, Städte und Gemeinden zusammen und stellen eine unverzichtbare Grundlage für Planung und Dokumentation dar. Im Burgenland über die Plattform Geodaten Burgenland organisiert durch das Land unter voller Beteiligung der Städte und Gemeinden.

Mit diesem System ist nun bereits eine sehr gute Basis gelegt. Das Projekt GIP spielt hier auch eine wichtige Rolle und liefert, wie bereits gesagt, die Verkehrsdaten.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter uns werden es vielleicht kennen und haben es schon gehört. Aktuell werden alle Gemeindestraßen mit höchster Qualität digitalisiert und mit Informationen über Zustand und Befahrbarkeit erhoben und auch in die Datenbank der GIP importiert.

Als Mitglied des GIS-Koordinierungsausschusses möchte ich mich an dieser Stelle auch bei den Beamten und Mitarbeitern dieser GIS-Koordinierungsstelle recht herzlich bedanken. Es ist immer ein sehr schönes Miteinander. Es wurde auch schon erwähnt, dass Routensysteme und Navis dann besser beeinflusst werden können, jene Routen vorzuschlagen, die, zum Beispiel, nicht durch Wohngebiet führen. Durch die GIP wird der tägliche Verkehr effizienter und umweltfreundlicher.

Eines möchte ich da noch erwähnen. Ganz wichtig wäre nun, dass in diesem System auch Infrastrukturdaten, wie Leitungen von Kanal, Wasser, Strom, Telekom und Gas einfließen. Damit hätten die Behörden und vor allem die Gemeinden optimale Planungs- und Auskunftsunterlagen, um Instandhaltungsprojekte beziehungsweise Neuplanungen optimal, effizient und kostengünstig abwickeln zu können.

Ich möchte diesbezüglich um Unterstützung ersuchen, dass in Zukunft diese Leitungsdaten den Behörden und den Gemeinden von den Leitungsbetreibern, die natürlich alle irgendwie auch finanzielle Mittel dafür haben wollen, kostenlos und aktuell zur Verfügung stellen.

Abschließend kann ich diesem nur zustimmen und die 15a-Vereinbarung im Bereich der Verkehrsinfrastruktur für eine zeitgemäße Verwaltung von burgenländischen und österreichischen Verkehrswegen nur begrüßen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Vielleicht darf ich noch einige Worte persönlich an das Hohe Haus richten. Für mich war es jetzt der erste Auftritt an diesem ehrwürdigen Rednerpult. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei all jenen, speziell auch bei meiner Familie, zu bedanken, die mich unterstützt haben, dass ich die Möglichkeit erhalten habe hier zu sprechen. Ich habe großen Respekt vor dieser Aufgabe und vor dieser großen Verantwortung.

Ich werde natürlich vorwiegend die Belange meiner Heimatstadt und auch die Belange des Südburgenlandes, aber natürlich auch das Burgenland hier einbringen. Ich bin vielleicht nicht der jüngste Abgeordnete, bin aber sicher einer der Jüngsten, der in der Politik ist. Ich bin fünf Jahre in der Politik, bin seit drei Jahren Bürgermeister der Stadt Oberwart. Ich glaube, das wissen die Herrschaften hier. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mein Motto war immer Sachpolitik vor Parteipolitik. Ich bin bemüht, die Frau Präsidentin ist ohnehin da, sie weiß es, alle mitzunehmen und die Fraktionen mit Informationen zu versorgen, dass sie auch mit gutem Gewissen die Hände heben oder vielleicht aufstehen, wenn wir Abstimmungen vornehmen. Ich muss sagen, ich bin da eines Besseren belehrt worden. In diesem Haus ist es anscheinend anders. Das muss ich auch noch lernen. Ich bin da vielleicht noch ein bisschen zu blauäugig.

Ich werde versuchen, dass ich auch das sozusagen begreife, wie das hier funktioniert. Sachpolitik vor Parteipolitik wäre natürlich mein Wunsch und konstruktiv arbeiten. Der Herr Kölly hat das schon in einigen Gesprächen, was ich da jetzt mitbekommen habe, angesprochen. Da bin ich ganz bei dir, lieber Herr Abgeordneter. Konstruktiv für dieses Land zu arbeiten, ohne politischen Hickhack würden auch die Menschen draußen verstehen.

Sie dürfen sich vielleicht nicht wundern, wenn sich immer mehr Menschen von der Politik verabschieden und der Wahl fernbleiben, denn wir sind, glaube ich, beispielgebend für ein gutes Miteinander und haben sehr viel Verantwortung in dieser Gesellschaft. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter Bürgermeister Rosner. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Digitales Burgenland. Das Burgenland ist wieder einmal ein Vorreiter. Ich darf mich an dieser Stelle bei der Stabsstelle Raumordnung und bei der Abteilung 8, die auch neben der vielen Arbeit und neben der professionellen Arbeit, die hier gemacht wird, einen ganz tollen Newsletter herausgibt, wo man das alles nachlesen kann, bedanken. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum Projekt selbst ist schon alles oder fast alles gesagt worden. Es ist ein zukunftsweisendes Projekt. Alles, was jetzt diese GIP beinhaltet, ist das, was unterhalb der Oberfläche liegt. Wichtig ist der Nutzen, der daraus entsteht oder der Nutzen der daraus gezogen werden kann. Es wurden Maßnahmen angesprochen, die den Behörden zur Verfügung stehen, den Gemeinden, den Bürgern. Wenn man hier auf die Behörden denkt, der Kollege Rosner, der ja beruflich auch diesem Bereich kommt, hat es angesprochen, dann ist das vielleicht auch noch Zukunftsmusik.

Wenn auf einer Bundesstraße in Zukunft eine Baustelle eingerichtet wird, wo dann ein Verkehrszeichen erforderlich ist, dann fährt ein Mitarbeiter dorthin und macht ein Foto. Über die Verlinkung, über die Positionsdaten des Handys wird dann auch irgendwo schon der Verordnungstext bereitgestellt. Dann fährt ein Mitarbeiter dort hin, macht ein Foto über die Verlinkung, über die Positionsdaten des Handys wird dann auch irgendwo schon der Verordnungstext bereitgestellt. Also eine Verwaltungsvereinfachung, die wir immer auch wollen und auch in die richtige Richtung, wie hier das Burgenland geht.

Für die Gemeinden - auch das wurde angesprochen - im Burgenland wurden die Gemeindestraßen digitalisiert. Es gibt ein kilometergenaues Routing, das ist wichtig für die Schneeräumung. Jeder weiß jetzt, wie viele Straßenkilometer Schneeräumung in seiner Ortschaft sind, wieviel asphaltiert ist, wieviel noch geschottert ist. Man kann hier eine gute Planung machen. Für die Zurverfügungstellung der Daten und der Eingabe der Daten werden in Zukunft dann auch - auch das wurde gesagt - die Gemeinen verantwortlich sein.

Für die Bürger interessant, wenn alles fertig ist, wird dann auch alles veröffentlicht. So wurde es mir heute noch gesagt. Es ist quasi Goggle-Maps von Österreich. Es greift der Pendlerrechner darauf zu, auf diese Daten, weil es eine kilometergenaue Abrechnung ist. Das war bis jetzt nicht der Fall.

Es werden Fahrten, zum Beispiel des Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariter-Bundes über diese Daten, die hier mit großer Sorgfalt erhoben werden, abgerechnet, weil

es eben kilometergenau - das ist der springende Punkt - funktioniert. Es gibt Fahrplanauskünfte. Die beste Route muss nicht immer die kürzeste sein. Auch das wurde gesagt.

Die Plattform von A nach B bietet dazu vieles mehr. Das heißt, was steht mir am Ankunftsort zur Verfügung, welche Anschlussmöglichkeiten habe ich? Das kann man über App aufs Handy laden. Gibt es Radwege dort in der Nähe, oder von dort weg? Gibt es einen Fahrradverleih, gibt es Fußwege, gibt es Parkplätze, gibt es Park-and-Ride-Anlagen? Also alles sehr, sehr professionell und genau das, in welche Richtung hier das Burgenland sich auch bewegen will.

Für das Land ergibt sich der Nutzen daraus, dass es - neben vielen anderen natürlich - ein besseres Baustellenmanagementsystem, oder bessere Verwaltung der Konzessionen auch im öffentlichen Verkehr nach dem Kraftfahrliniengesetz gibt. Für die Feuerwehren zum Beispiel der Nutzen, der digitale Löschwasserplan wurde umgesetzt. Die Schulungen laufen.

Es ist ein Projekt des Herrn Landeshauptmannes mit der Plattform Wasser mit der Landessicherheitszentrale, mit dem Landesfeuerwehrkommando. Also viele, viele Bereiche des Lebens, wo hier Behörden und Institutionen und auch Einsatzorganisationen daran arbeiten und den Nutzen hat der Bürger.

Für die Exekutive - auch das wurde gesagt - im Fall eines Unfalls werden vom Exekutivbeamten, von der -beamtin verschiedene Daten bei einem Verkehrsunfall mit Personenschaden in dieses Unfalldatenmanagement, heißt es glaube ich bei uns, eingegeben und damit ist wiederum das Land in der Lage Unfallhäufungspunkte viel schneller zu erkennen.

Auch das Beispiel mit dem Friedhof wurde angesprochen. Da zeigt sich, wie flexibel dieses System ist, oder wie flexibel diese System auch in Zukunft noch sein kann. Wenn Sie bei der Friedhofsuche den Namen „Kreisky“ zum Beispiel eingeben, erhalten Sie neun Treffer. Wenn Sie „Bruno Kreisky“ eingeben, erhalten Sie einen Treffer.

Sie erhalten die Grabnummer, Sie erhalten Daten zur Person beispielsweise. Und Sie können einen Standort auswählen, da wird Ihnen gleich eine Route vorgeschlagen, wie Sie am schnellsten zu Fuß, oder mit dem Auto dorthin kommen.

Was das System nicht beinhaltet ist das, die Stelle „Postkästen der ÖVP“, die sind noch nicht eingespeist. Und wenn Sie wieder einmal von Neuhaus am Klausenbach nach Oberpullendorf fahren wollen, dann ist es gescheit, wenn Sie hier nachschauen, dann brauchen Sie nicht 18 Stunden unterwegs sein und auch nicht übernachten, was ja eh nicht passiert ist.

Also alles in allem ein sehr, sehr gutes zukunftsweisendes Projekt. Wir werden dem natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke. Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch die Österreichische Graphenintegrationsplattform GIP wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG einstimmig zur Kenntnis genommen.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 10), betreffend Burgenländischer Gemeinde-Investitionsfonds (Zahl 21 - 10), (Beilage 48)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Berichterstatter zum 9. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes Beilage 10, betreffend Burgenländischer Gemeinde-Investitionsfonds, Zahl 21 - 10, Beilage 48, ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend Burgenländischer Gemeinde-Investitionsfonds in ihrer 2. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 9. September 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit der Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Burgenländischer Gemeinde-Investitionsfonds wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Ja, Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Es ist auch mein Debut, das erste Mal hier zu stehen und vor dem Landtag zu sprechen und im Gegensatz zu den doch emotionaleren zweiten Tagesordnungspunkt dieses Tages kann ich Ihnen versichern, es kommt jetzt seitens der Liste Burgenland ein eher trockener, ein unspektakulärerer, aber auch wichtiger Punkt zu diesem Thema, der ja auch wichtig ist.

Der Burgenländische Gemeinde-Investitionsfonds unterstützt Gemeinden und Gemeindeverbände insbesondere bei Investitionen in Abwasserbehandlungsanlagen. Auf der einen Seite möchte ich darauf hinweisen, dass dieses Gemeinde-Investitionsfondsgesetz seit 1973 in Kraft ist und im Jahr 2012 novelliert wurde.

Dieses Gesetz hat viel dazu beigetragen, dass sich das Burgenland beim Grundwasserschutz so platzieren konnte und dass die Sicherung der qualitativ hochwertigen Wasserversorgung garantiert werden konnte.

Der Natur- und Landschaftsschutz hat einen sehr hohen Stellenwert. Es konnte durch dieses Gesetz Tourismusaktivitäten mit dem qualitativ hochwertigen Wasser und auch gleichzeitig mit der optimalen Entsorgung auch dementsprechend gefördert werden. Vor allem die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger aller Burgenländerinnen und Burgenländer konnten gehoben werden und für Jahre sichergestellt werden.

Auf der anderen Seite möchte ich betonen, dass rechtliche Grundlagen zur Ausführung des Gesetzes zum Burgenländischen Gemeinde-Investitionsfonds nicht eingehalten wurden.

Das zeigt auch das Prüfungsergebnis des Landes-Rechnungshofes und dieser gibt Anlass zur Kritik. So beurteilte der Fonds die finanzielle Situation der Förderungswerber entgegen der klaren gesetzlichen Vorgaben nicht. Er förderte alle eingereichten Projekte mit dem jeweils höchstmöglichen Fördersatz.

Ebenso lag kein Förderkonzept vor und die Förderung erfolgte undifferenziert. Die Kollaudatoren erbrachten wesentliche Leistungen ihrer Kollaudierungstätigkeit während ihrer Dienstzeit und vereinnahmten dennoch 100 Prozent der Kollaudierungsgebühren.

Das Bündnis Liste Burgenland richtet daher einen eindringlichen Appell an die Landesregierung, die Konsequenzen aus dem Bericht des Rechnungshofes zu ziehen und die Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes in Bezug auf den Burgenländischen Gemeinde-Investitionsfonds sind so rasch wie möglich umzusetzen.

Zum Beispiel bei Beförderungsentscheidungen soll künftig auch die finanzielle Situation der Förderungswerber Bedacht genommen werden und das Förderungsausmaß soll in Abhängigkeit von der finanziellen Lage der Förderungsnehmer festgelegt werden.

Ebenso soll ein Förderkonzept erstellt werden, welches zumindest Ziele, Schwerpunkte und beabsichtigte Wirkung festlegt, um die Zweckmäßigkeit der erfolgten Förderung besser beurteilen zu können. So dürfte eine während der Dienstzeit erbrachte Kollaudierungstätigkeit nicht gesondert verrechnet werden.

Zur zuverlässigen Nachvollziehbarkeit der erfolgten Förderungsentscheidungen ist auf die Vollständigkeit der Dokumentation und der Förderungsansuchen zu achten.

Die eingereichten Rechnungen sollten - wie auch in anderen Bundesländern gehandhabt - kopiert, oder elektronisch erfasst werden und damit die Revisionssicherheit des Förderungsablaufes zu verbessern.

Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht unbedingt erforderlich, dass der Rechnungshof die rechtlichen Grundlagen, die Organisation und die Finanzierung des Fonds, sowie der Förderungsabläufe des Burgenländischen Gemeinde-Investitionsfonds laufend weiter kontrollieren kann und dafür die erforderlichen finanziellen Ressourcen auch erhält. Danke. *(Beifall bei der LBL, des Abg. Gerhard Steier und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Markus Wiesler.

Ich bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Rechnungshofbericht über den Burgenländischen Gemeinde-Investitionsfonds zur Hand nahm, kam es mir vor, als würde man eine verbesserte Schularbeit zurückbekommen.

Das heißt, man könnte über den Gemeinde-Investitionsfonds und das dazugehörige Gesetz sagen, Inhalt - also das Gesetz - sehr gut, aber zu viele Fehler bei der Durchführung und Ausführung, deshalb ein politisches „nicht genügend“.

Nun komme ich vom eigentlichen guten Inhalt zu den vielen formalen Fehlern. Die Ausführung oder Durchführung der rechtlichen Grundlagen, des Finanzwesens, der Förderabwicklung, der Förderrichtlinien, der Rechnungsabschlüsse und so weiter, die allesamt nicht fehlerfrei, beziehungsweise fehlerhaft waren, sind natürlich nicht positiv zu bewerten.

Das war auch das Ziel der Überprüfung des Rechnungshofes, nämlich die Beurteilungen der rechtlichen Grundlagen, der Organisation, der Finanzierung des Fonds, sowie der Förderungsabläufe. Den wesentlichen Inhalt des Berichtes haben wir auch schon im Ausschuss von OAR Michael Sartorius-Thalborn vom Rechnungshof gehört.

Deshalb möchte ich nur auf einige grundlegende Sachen wie folgt hinweisen und zusammenfassen: Zunächst bei den rechtlichen Grundlagen, die auch mein Vorgänger schon erwähnt hat, entgegen klaren, gesetzlichen Vorgaben beurteilte der Fonds die finanzielle Situation der Förderwerber nicht. Alle eingereichten Projekte wurden mit dem Höchstfördersatz gefördert.

Es gab kein Förderungskonzept und die Förderungen erfolgten undifferenziert. Es wurde auch zum Teil mit den falschen Förderrichtlinien gearbeitet. Der Fördernehmer hat kein fachkundiges Personal hinzugezogen. Der Fonds überprüfte auch nicht, ob die Finanzierung der geförderten Maßnahmen sichergestellt ist.

Das sind im groben die Fehler bei den rechtlichen Grundlagen. Beim Finanzwesen möchte ich nur hinweisen, weil hier die Erstellung der Vermögens- und Schuldenrechnung nicht durchgängig automatisiert wurde, traten hier bei der manuellen Bearbeitung zahlreiche Fehler auf.

Bei der Förderabwicklung kam es zu ähnlichen Fehlern. Die Arbeitsschritte bei den Fördervoraussetzungen wurden nicht vollständig dokumentiert und die Anlagensanierung, hier förderte man bereits ab 2010, obwohl das erst ab dem Jahr 2012 möglich gewesen wäre.

Alle diese Mängel sollten in der Folge abgestellt werden. Der Rechnungshof hat dazu seine Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge hervorgehoben. Auch diese haben wir im Ausschuss schon zum Teil vernommen.

Es gab ja einige Stellungnahmen seitens des Landes, wo dem Rechnungshof beigepflichtet und den Empfehlungen zugestimmt wurden und dass auch Mängel bereits korrigiert worden seien.

Deshalb darf ich abschließend nochmals zusammenfassen, für mich und für das Hohe Haus, Inhalt, also das Gesetz für die Gemeinden im Sinne der Gemeinden sehr gut, die Durchführung äußerst schlecht.

Mein Dank gilt natürlich den Mitarbeitern des Rechnungshofes für die hervorragende Ausarbeitung und der Bericht wird natürlich zur Kenntnis genommen.

Gestatten Sie mir noch ein, zwei Sätze in eigener Sache. Da auch ich das erste Mal hier stehen darf - in Demut stehen darf - möchte ich auch meinen Wählern danken, dass ich hier stehen kann. Natürlich werde ich mich auch mit bestem Wissen für das Land einbringen.

Meinen Namen, den brauche ich nicht mehr zu erwähnen. Ich komme auch dem schönen Pinkatal, der Gemeinde Deutsch-Schützen, wo es natürlich den besten Blaufränkisch gibt. Ich bin zurzeit die dritte Periode im Gemeinderat und eine Periode im Gemeindevorstand.

Weil ich immer daran angesprochen werde, ob ich mit dem ehemaligen Landesrat Wiesler verwandt bin - ja, das ist so und ich stehe nicht nach zu sagen, dass er für dieses Land Hervorragendes geleistet hat.

Mehr werden Sie mich schon noch kennenlernen. Danke. *(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Ja ich kann meinem Vorredner Markus Wiesler wirklich eines bestätigen, Josef Wiesler, unserer Ökonomierat, langjähriger Landesrat, war wirklich jener Mann, der sehr viel für unser Land bewirkt hat.

Ich freue mich natürlich selbst nach fünf Jahren als Bundesrat in Wien, jetzt wieder im Landtag zu sein und für dieses Land arbeiten und etwas Positives beitragen zu dürfen.

Als Obmann von LEADER-Südburgenland gilt mein Hauptaugenmerk natürlich dem Südburgenland. Von da kommen Großteils meine Wählerinnen und Wähler und diesen fühle ich mich auch natürlich verpflichtet. Die wirtschaftliche Situation, vor allem des Südburgenlandes, war der Grund, warum das gesamte Land in den Genuss der Ziel 1-Förderungen und weiterer Gelder der EU gekommen ist.

Diese Mittel wurden allerdings nicht aufgewendet um den Rückstand des Südburgenlandes zu verringern, sondern sie wurden relativ gleichmäßig aufgewendet, wie wir heute schon gehört haben. Natürlich blieb das Nord-Süd-Gefälle auf einem hohen Niveau bestehen.

Wenn ich die Stimmen meiner Wählerinnen und Wähler richtig interpretiere, dann haben sie mich und selbstverständlich auch die anderen südburgenländischen Abgeordneten beauftragt, diese Ungleichheiten zu beseitigen und dafür zu sorgen, dass sich auch das Südburgenland besser wirtschaftlich weiter entwickelt.

Es wird Sie wohl auch kaum überraschen, dass ich nicht glücklich bin über diese neue Regierungskoalition, so wie viele Burgenländerinnen und Burgenländer, halte ich diese für einen Fehler.

Nachdem ich mit der toten Grenze aufgewachsen bin und wir letztes Jahr noch das Jubiläum 25 Jahre Eiserner Vorhang begangen haben, bin ich wirklich sehr froh, nicht mit einem Partner in einer Regierungskoalition gefangen zu sein, dessen Bundesobmann die Errichtung von Stacheldrahtzäunen an den Grenzen fordert.

Es wird nur eine Frage der Zeit sein, wann auch diese Forderung von der Rot-Blauen Regierung übernommen wird. Ich glaube, dass H.C. Strache nämlich da mitregiert. *(Abg. Robert Hergovich: Wer hat Dir denn diese Rede geschrieben?)*

Ich empfinde aber über die ganze Bildung dieser neuen Regierung keine Schadenfreude, die große Freude glaube ich, besteht nur jetzt beim Bundesobmann der FPÖ, der sich mit dieser Konstellation einen Vorteil bei der Wien-Wahl und bundesweit erhofft.

Unser Land hat aber den Imageschaden. Als Abgeordneter fühle ich mich in erster Linie natürlich den Wählerinnen und Wählern, auch wie der Rosner Georg schon erwähnt hat, verantwortlich. Ich denke, dass die Politikverdrossenheit vieler Bürgerinnen und Bürger auch teilweise auf Grund von sehr oft machtorientierten Taktieren der Parteien, wie bei der Bildung dieser neuen Regierung resultieren.

Deshalb sollten wir in Zukunft mit guten Entscheidungen dazu beitragen, diese Verdrossenheit nicht weiter zu steigern.

Wir als Opposition werden, falls es seitens dieser Regierung vernünftige Vorschläge für eine positive Entwicklung unseres Landes gibt, das haben Sie ja auch

heute schon gesehen, für diese stimmen. Sehr wichtig sind unsererseits, dass endlich, wie oft schon versprochen, eine gute Breitbandinternetversorgung und ein guter öffentlicher Personennahverkehr auch im Südburgenland erfolgt.

In der Vergangenheit war es oft wirklich schmerzlich, dass wir es nicht geschafft haben, die Infrastruktur im Burgenland weiter zu entwickeln. Ganz im Gegenteil - es wurden zentrale Infrastruktureinrichtungen wie die Bahnlinie Rechnitz-Oberwart-Friedberg eingestellt, respektive nur durch Druck der Zivilgesellschaft, hier insbesondere der Initiative "Pro-Bahn" der Güterverkehr zwischen Oberwart und Friedberg aufrecht erhalten. Und natürlich dankenswerterweise auch der Wirtschaft.

Dadurch wurde mit der G1-Linie eine Monopolstellung geschaffen, die die südburgenländischen Pendler quasi nützen müssen, wenn sie öffentlich nach Wien kommen wollen.

Der öffentliche Personennahverkehr abseits der Grenzlinie ist auf ein Minimum reduziert oder ganz aufgegeben, was vor allem für Frauen - das wird die Frau Landesrat Dunst am besten wissen - erhebliche Nachteile beim Berufseinstieg mit sich bringt.

Viele Burgenländerinnen und Burgenländer sind gezwungen in andere Bundesländer auszupendeln und ich glaube auch, viele, auch von uns einige, sehen das schon als Gott gegeben hin. Meiner Meinung nach müsste aber unsere ganze Energie, unsere Kreativität in die Richtung gelenkt werden, Pool-Faktoren zu schaffen, damit möglichst viele Menschen in der Region arbeiten können und damit viel Lebenszeit gewinnen, die sie sonst in Fahrzeugen verbringen.

Zeit, in der sie sich ihrer Familie widmen könnten oder in den Gemeinden, Vereinen, und so weiter engagieren können, was zu einer Erhöhung der Lebensqualität, der Zufriedenheit und auch der Gesundheit beitragen würde.

Ich glaube auch, wir müssen dringend weg von der bisherigen Reparaturpolitik hin zu einer zielgerichteten Entwicklung. Wir brauchen vor allem eines, anstatt Abstiegsängste, Stagnation und Besitzstanddenken, mehr Mut, die Dinge in die richtige Richtung zu verändern und mehr Bereitschaft um die Zukunft aktiv zu gestalten.

Stattdessen wird oft versucht politische Macht einzuzementieren, in dem man Feindbilder erzeugt und Vorurteile schürt gegen Menschen, die im Burgenland arbeiten. Hier denke ich an die ungarischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder das zeigt auch die Asyl- und Flüchtlingsdebatte gegen Schutzsuchende. Oft kommt es hier wirklich zu einer Pauschalverdächtigung.

Natürlich klingt eine Quote vernünftig, ein bis zwei Prozent - und das wird auch gesellschaftlich akzeptiert, aber mit so einer Quote fängt man oft keine Spitzen ab. Die Forderung nach einer Quote ist vernünftig, aber man sollte sie auch zügig umsetzen. Ich erspare uns die leidige Diskussion mit dem Kasernenkauf und auch die heutige Erwähnung, die Abstimmung in Deutschkreutz, bevor man Flüchtlinge unterbringt.

Wir sollten alle, die diese Flüchtlingswelle bisher gemeistert haben und denen unser Respekt und Dank gilt, mit gutem Beispiel vorangehen und nicht effekthascherisch und populistisch oft Forderungen an die Bundesregierung oder an die EU richten, die wir selten beeinflussen können.

Ich glaube auch, dass wir zeigen sollten, wie unsere Vorgängergenerationen, dass es möglich ist, auch mit dieser schwierigen Situation menschlich und sinnvoll umzugehen. Die Menschen fliehen vor Krieg und Verfolgung, vor Hunger und Not und vor Perspektivlosigkeit. Das sind alles Gründe, die vor gar nicht allzu langer Zeit auch viele

Tausende Burgenländerinnen und Burgenländer bewogen haben, das Land zu verlassen und ihr Glück oder Schutz in der Fremde zu suchen.

Als positives Zeichen, und das könnten wir gleich in Angriff nehmen, was das Burgenland machen könnte, sehe ich einen Vorschlag, indem wir das österreichische Zentrum für Frieden und Konfliktforschung aufwerten und mit finanziellen Mitteln ausstatten, um Maßnahmen in und für diese Länder zu entwickeln.

Dort sitzen Fachleute, die sich seit Jahrzehnen wissenschaftlich und auch praktisch mit solchen Fragen befassen. Das wäre einmal eine sinnvolle Investition des Burgenlandes und würde den Standort im Südburgenland stärken und wäre auch international herzeigbar.

Zusammengefasst zum Bericht des Rechnungshofes - Wesentliches *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Robert Hergovich: Das ist ja unglaublich.)* wurde schon erwähnt, der Gemeinde-Investitionsfonds wurde bereits 1973 eingerichtet und natürlich der Sinn war damals die Erweiterung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen und diese finanziell auch zu unterstützen. Ab dem Jahr 2012 wurde auch die Sanierung dieser Anlagen dann gefördert.

Das Wesentliche wurde schon gesagt, das möchte ich nicht noch einmal alles wiederholen. Das Positive muss natürlich gesagt werden, obwohl es so negativ alles hier klingt. Positiv ist, dass natürlich alle Gemeinden die Höchstförderungen erhalten haben. Das ist für uns Gemeinden sehr wichtig und war für uns natürlich auch zur Finanzierung dieser Wasser- und Abwasseranlagen sehr hilfreich.

Obwohl die Landesförderungen von Bundesförderungen unabhängig waren, wurden sie im Gleichklang mit diesen vergeben und somit bestens kontrolliert. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst, die in den letzten Jahren zur Infrastruktursteigerung unseres Landes und für diese ganze Abwicklung beigetragen haben und natürlich auch den beteiligten Beschäftigten des Rechnungshofes für diesen fundierten Bericht.

Wir werden natürlich diesem Bericht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar.

Ich bitte um Ihre Ausführungen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Generaldebatte des Kollegen Temmel möchte ich mich ausschließlich dem Tagesordnungspunkt zuwenden und der betrifft den Bericht des Bundes-Rechnungshofes im Hinblick auf den Gemeinde-Investitionsfonds.

Ich möchte voranstellen, dass es wahrscheinlich, wenn man diesen Bericht inhaltlich beleuchtet, zunächst der Feststellung bedarf, dass natürlich der Gemeinde-Investitionsfonds ganz, ganz wesentlich ist für die burgenländischen Gemeinden. Dass es vor allen Dingen größte ökologische Bedeutung gehabt hat, was hier in den letzten 41 Jahren für das Burgenland geschehen ist und es auch künftighin was Ökologie, was die Wasserwirtschaft im Burgenland anlangt, derartiger Förderinstrumentarien bedürfen wird.

Der Bericht selbst, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist allerdings - und das muss man schon kritisch anmerken, sehr, sehr negativ was die Organisation, was die

Umsetzung, was die Organisationsabläufe anbelangt und hier hat der Bundes-Rechnungshof zahlreiche, zum Teil schwerste Mängel festgestellt.

Mängel in der Gesetzesanwendung, Mängel in Form der Ignoranz von Richtlinien, und das kann natürlich gerade, eine gesetzgebende Körperschaft, nicht nur nicht tolerieren, sondern muss alles daransetzen, dass die Landesgesetze, dass Richtlinien, dass die Förderrichtlinien auf Punkt und Beistrich umgesetzt werden müssen.

Der eine oder andere Vorredner hat ja bereits darauf hingewiesen, auf die Schwere der inhaltlichen Mängel, das hat ja auch eine Kernaussage des Rechnungshofes zum Inhalt, dass er nämlich davon spricht, dass der Fonds insgesamt aufgelöst werden sollte. Die Gesetzesbestimmungen aus dem Jahr 1973 sind in wesentlichen Kernbereichen überhaupt nicht umgesetzt worden, weil beispielsweise ein klarer Gesetzesauftrag bestanden hat, dass man die Finanzsituation der Gemeinden genauestens zu überprüfen hat.

Genau das ist überhaupt nicht erfolgt, ganz im Gegenteil. Alle Gemeinden haben den jeweils beantragten Höchstsatz der Förderung bekommen, was natürlich positiv aus der Sicht der Gemeinden sein mag, aber am Gesetzesauftrag klar vorbeigeht. Es gibt auch zwei Förderrichtlinien, zum einen eine aus dem Jahr 1974 und eine aus dem Jahr 2012, die sich zum Teil widersprechen, weil bei der Beschlussfassung der neuen Richtlinie 2012 jene aus dem Jahr 1974 nicht außer Kraft gesetzt worden ist.

Wenn man jetzt zynisch wäre, könnte man sagen, eigentlich ist es egal, weil sich die Anwender ohnehin nicht an die Förderrichtlinien gehalten haben, sie hätten auch auf fünf Förderrichtlinien bestehen können, wenn sie von den Umsetzern in der Verwaltung ignoriert werden.

Dennoch sollte man bei künftigen Förderrichtlinien vor allen Dingen klare Strategien entwickeln, die auch hier im Gegenstande nicht erfolgt sind. Wenn man sich die Umsetzung selbst näher vergegenwärtigt, stellt man auch fest, dass ja alle Projekte zumindest zu einem großen Teil in der Dienstzeit erfolgt sind. Es hat auch hier klare Regierungsbeschlüsse gegeben, was die Abgeltung für die Kollaudierer bedeutet hat, auch das wurde nicht umgesetzt.

Es gab hier ausnahmslos 100prozentige Abgeltungen für die Projektabwicklung, was natürlich weder im Sinne des Beschlusses der Regierung ist, noch im Sinne letztendlich der gesetzlichen Förderrichtlinien.

Es ist auch sehr zu bemängeln, dass es fallweise mitunter sogar vorgekommen ist, dass die jeweiligen Sachbearbeiter gleichzeitig auch Kollaudierer gewesen sind. Dass die besten Fördergesetze trotz gesetzlicher Rahmenbestimmungen und Richtlinien in elementaren Bereichen nicht eingehalten worden sind. Und zwar nicht nur im Marginalbereich, sondern in den jeweiligen Kernbereichen. Es gab schwerste Gesetzesverstöße und eine Ignoranz gegenüber vorliegenden Förderrichtlinien.

Das ist absolut intolerabel, auch die Ignoranz gegenüber Regierungsbeschlüssen ist signifikant und gehört hier scheinbar, fast hätte ich gesagt, zum System.

Dieser vorliegende Bericht ist auch ein Beleg dafür, dass Teile der Verwaltung im Rahmen der Organisation zu hinterfragen sind. Auch Kontrollmechanismen, die üblicherweise System im Moment sind, wenn ich nur an die Verantwortungsbereiche von Abteilungsvorständen denke, haben hier absolut nicht gegriffen. Conclusio und Ergebnis dieses Berichtes kann daher nur sein, dass unverzüglich alle Empfehlungen des Rechnungshofes sehr rasch umgesetzt werden.

Der Umstand, dass eine neue Regierung am Beginn dieser Legislaturperiode ihre Arbeit aufgenommen hat, stimmt mich optimistisch, dass in diesem Förderbereich nunmehr künftighin klare, nachvollziehbare, objektiv vergleichbare und absolut transparente und moderne Ablaufstrukturen Platz greifen werden. Ich bin der Überzeugung, dass diese neue Landesregierung diese Aufgaben auch entsprechend positiv schaffen wird.

Daher stimmt meine Fraktion diesem Bericht des Rechnungshofes sehr, sehr gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf an meine Vorredner anknüpfen und festhalten, dass dieser Rechnungshofbericht nicht nur eindeutig nachweist, dass es absolut Not tut, diesen Rechnungshof, nicht nur den burgenländischen, sondern auch den bundesweiten zu haben, und dass die inhaltliche Beschreibung einer Amtstätigkeit mit Sicherheit an allen Grenzen vorbeigegangen ist, die man unter regieren und festhalten umsetzen kann.

Der Rechnungshof zeigt hier auf, dass gesetzliche Vorgaben nicht eingehalten werden, dass Abrechnungsvorgänge nicht entsprechend eingehalten und umgesetzt werden, und dass das gesamte Prozedere, das im Ablauf eines Fördergeschehens zum Nutzen eines hier in dem Sinne der Gemeinden oder der Verbände passiert ist, absolut aus dem Ruder gelaufen ist.

Sie sind an Trostlosigkeit einer Berichterstattung quasi nicht zu überbieten und daher sollten wir auch alles tun, entsprechend hier unsere Finger in die Wunden zu legen, und auch dafür Sorge zu tragen, dass von Regierungsseite hier entsprechend diese Vorgangsweisen abgestellt werden.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass etwas das zum Nutzen der Gemeinden im Jahre 1973 gegründet wurde, und wenn wir hier in diesem Raum mehrere Bürgermeister sitzen haben, die wissen, dass auf Zukunft bezogen Abwasserentsorgung in der Neuausrichtung, Wasserversorgung in der Neuausrichtung von den finanziellen Notwendigkeiten her absolut top sein werden, dass es hier diese Verbandskonstruktion nicht geben sollten, dass wir davon abrücken sollten.

Ich gehe davon aus, dass dieser Fonds eine absolut notwendige Institution sein soll, weil abseits von budgetären Gegebenheiten inhaltliche Fördermaßnahmen für Verbände und Gemeinde umgesetzt werden könnten. Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht aus dem Budgetrahmen der normalen Geschäftstätigkeit passieren soll, sondern dass weiterhin dieser Fonds bestehen sollte.

Allerdings sollte man auch ihn nicht nur eintragen, so wie es üblich mit Fonds ist, um eben eine klare rechtlich Grundlage zu haben, sondern man sollte auch dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die mit diesem Fonds in der Umsetzung auf die Gemeinde umgehen, auch ordentlich das tun.

Dieser Bericht ist eigentlich der Nachweis dafür, welche Bewertung nicht nur der Rechnungshof verdient, sondern er ist auch Ausweis davon, wie man eine normale Verwaltung, ad absurdum führen, und wie sich etwas in eine Richtung bewegen kann, das für den Bürger und für die Bürgerinnen nicht nachvollziehbar ist.

Daher bin ich froh und glaube auch mit Ihnen gemeinsam sagen zu dürfen, dass dieser Rechnungshofbericht nach vielen Jahren gekommen ist und dass er endlich

nachweist, wie hier gearbeitet wurde und daher kann ich ihn nur bestätigen. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist ganz eindeutig, dass der Gemeinde-Investitionsfonds in der Vergangenheit sehr gute Arbeit geleistet hat, was die Förderungen für die Erweiterungen, Erneuerungen, Sanierung von Wasserversorgungsanlagen und Abwasserbeseitigungsanlagen betrifft. Allerdings, in der Abwicklung hat sich gezeigt, dass weder immer Richtlinien eingehalten wurden, noch die Vorgänge stets gesetzeskonform waren.

Ich möchte nur als Information dazu sagen, auch an den letzten Redner, dass dieser Gemeinde-Investitionsfonds eigentlich kein klassischer Fonds ist, sondern ein interner Verwaltungsgegenstand, der keine Rechtspersönlichkeit hat, auch kein eigenes Geld hat, sondern vom Land über den Landesvoranschlag die Mittel fließen. Das heißt, er hat kein eigenes Budget, wird aber über die Abteilung 9 verwaltet.

Daher gehe ich absolut konform - nachdem ich ja jetzt zuständig dafür bin, für die Abwicklung, die Abteilung 2 ist legistisch zuständig - dass dieser Fonds aufgelöst wird, dass wir eine Neukonstruktion finden, ein wirkliches Fördermanagement aufbauen, Prioritätenlisten herstellen, die es nach wie vor nicht gegeben hat, aber gleichzeitig auch Aufklärung betreiben müssen, welche Vorgänge hier passiert sind, was gegen das Gesetz getätigt wurde und wie vorgegangen wurde.

Ich habe natürlich sofort in der Abteilung nachgefragt. DI Hüller hat gesagt, seit er seit 2012 zuständig ist, wurden natürlich die Kollaudierungen 50 Prozent in der Arbeitszeit und 50 Prozent außerhalb der Arbeitszeit abgefertigt und daher nur zu 50 Prozent laut Dienstanweisung auch bezahlt. Das wird zu überprüfen sein. Ich habe daher eine Arbeitsgruppe beauftragt, das nachzuvollziehen, aufzuarbeiten, Vorschläge für eine sinnvolle, künftige Abwicklung zu machen.

Entweder das Gesetz anzupassen oder die entsprechenden Dienstanweisungen so zu gestalten, dass das einerseits gesetzeskonform, aber auch sinnvoll in der Realität abgewickelt werden kann. Es kann nicht das Datum entscheidend sein, wenn auf einer anderen Seite eine Anlage, die zwar drei Monate später eingereicht wurde, aber desolat oder sanierungsbedürftig ist, nicht drankommt. Daher muss man all das berücksichtigen, neu bewerten.

Diese Arbeitsgruppe wird mir dann auch Vorschläge machen. Ich werde in diese Arbeitsgruppe natürlich auch zugegen sein, werde das dann auch berichten und im Notfall bitten, dass der Hohe Landtag die entsprechenden legistischen Maßnahmen setzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einmal mehr zeigt sich, dass der Rechnungshof sehr, sehr wichtig ist. Für eine Konstellation wie es im Burgenland ist, oder wie es in ganz Österreich ist, oder in anderen europäischen Ländern. Penibel wurde aufgelistet, aber viel zu spät, denn wenn wir jetzt erfahren, was da alles passiert ist, als Bürgermeister hast du eine

Amtshaftungsklage am Hals, das sage ich auch gleich mit dieser Deutlichkeit, wenn so etwas passiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt; Herr Landesrat Bieler, sich herzustellen und zu sagen, jetzt machen wir es anders. Vorher wie ich kritisiert habe, dass wir einen Voranschlag oder einem Abschluss nicht zustimmen, wo sich das alles wiederfindet, alle diese Punkte finden sich dort drinnen wieder.

Dann müssen Sie uns verstehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, als Opposition, als Kontrolle, dass wir auch solche Dinge aufzeigen, gemeinsam mit dem Rechnungshof besprechen und schlussendlich zum Besseren führen wollen.

Dann werden wir kritisiert, Herr Landesrat, dass wir uns nicht auskennen, dass das alles falsch ist was wir zahlen. Sie haben mir keine einzige Antwort auf meine Fragen gegeben, oder die ich hier im Hohen Haus gesagt habe. Sie sagen mir, es ist so, wir werden das jetzt richten. Ich denke, jahrelang haben wir das übersehen. Ihr habt das ganz einfach übersehen.

Wenn der Herr Landesrat Rezar, oder damalige Landesrat Rezar noch in Regierungsfunktion war, dann hätte auch er müssen darauf hinweisen, wenn man sich wirklich mit der Thematik im Land befasst. Mit den Punkten befasst, so wie ein Bürgermeister in seinen Gemeinden sich befassen muss, mit jedem einzelnen Punkt und darauf aufmerksam machen muss. Ich denke, dass das ein wichtiger Ansatz ist, auch für die Zukunft.

Da bin ich bei Ihnen, Herr Landesrat Bieler, dass man das ändern muss. Wie viele Punkte gibt es jetzt noch, die in dieser Richtung kommen? Wo der Rechnungshof nach Jahren kommt und sagt hoppla, dort und dort hat einiges nicht gestimmt. Wo aber schon längst das Geld den Bach hinuntergegangen ist und viele Probleme eigentlich unter der Decke gehalten wurden.

Weil die Opposition, na ja, die hat ja nicht viel zu sagen. Ist ja wichtig, dass wir schlussendlich Regierungsübereinkommen haben. Ach so, übrigens, das Regierungsübereinkommen ist ja sehr interessant. Ich hätte gerne gewusst, wer das geschrieben hat. Und zwar der Herr Doskozil hat das Regierungsübereinkommen geschrieben.

Das ist auch sehr interessant, das solltet Ihr vielleicht auch einmal wissen. Er ist jetzt Landespolizeikommandant. Das ist eine interessante Sache, was wir alles nicht wissen dürfen. Wir im Landtag dürfen das nicht wissen, wo wir eigentlich die Menschen in diesem Land vertreten.

Warum wird das nicht auf den Tisch gelegt? Warum wird mit uns nicht gesprochen? Warum wird nicht offen diskutiert mit uns? Dann darf man sich nicht wundern, wenn der Rechnungshof das alles penibel aufarbeitet und uns das vorlegt. Und wir dann kritisch hinterfragen, ja was passiert denn jetzt derzeit? Rennt alles schon so wie wir uns das vorstellen? Dafür sind wir gewählt.

Wir sind Opposition und wir werden das in der nächsten Zeit noch mehr und penibler auch begutachten. Wir werden viele Punkte einbringen. Gemeinsam die Opposition und natürlich wachsam sein, was mit diesem Geld in unserem Land, mit dem Steuergeld der Bevölkerung eigentlich gemacht wird.

Wenn ich mir die ganzen Verbände und das ganze mir anschaue, wo wir als Bürgermeister ja auch drinnen sitzen in den Vorständen, wo auch viel diskutiert wird. Ich

habe ein paar Beispiele hier, wo der Herr Landeshauptmann sagt, ja wir müssen schauen, dass wir burgenländische Firmen beschäftigen.

In Hornstein, zum Beispiel, ist es so gewesen, da hat man ausgeschrieben wegen Bauplätze oder Gewerbegebiet und es hat eine oberösterreichische Firma den Zuschlag bekommen, wegen 500 Euro Unterschied gegenüber einer burgenländischen Firma.

Da muss man sich etwas überlegen, wie man das händeln kann. Nicht nur reden, sondern auch handeln. Das Gleiche gilt für viele Beispiele, Wasserleitungsverband Mittleres Burgenland. Fünf Firmen angeboten, ich sitze auch im Vorstand, man hat eine steirische Firma genommen, weil die burgenländische das nicht so gut machen könnte und wir haben da Bedenken. Na hallo!

Warum schreibe ich das dann so aus? Was läuft da in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das sind die Punkte, die unter den Fingernägeln brennen, der Bevölkerung, der Menschen in diesem Land. Nicht sich hinzustellen und sagen wir fordern burgenländische Firmen, Bestbieter und was weiß der Teufel alles. Faktum ist, dass es in der Praxis ganz anders gelebt wird.

Dieses Beispiel zeigt auch heute, wie viele Dinge sich noch auftun werden, wo wir aber daran arbeiten werden. Daher wäre es für mich wichtig, Kontrolle auszuüben. Bei einem Bau zum Beispiel, Krankenhaus Oberwart. Begleitende Maßnahmen zu schaffen, weil sich auch dort einiges auftun wird. Wir wissen, was sich dort schon in der Vergangenheit aufgetan hat und was sich in Zukunft auftut.

Wenn der Herr Landesrat Bieler zu mir sagt, ich kenne mich nicht aus, weil Kostenschätzung Kostenschätzung ist und Bauabrechnung Bauabrechnung ist. Dann seid mir bitte nicht böse, da brauche ich keinen Landesrat Bieler dazu, sondern das ist klar, wenn ich eine Kostenschätzung habe von 1,8 Millionen von einem Feuerwehrhaus und überziehe es auf 2,5 Millionen, dann waren das die Baukosten.

Na super ist das! Aber seid mir bitte nicht böse, geht’s in die Gemeinden, kontrolliert die Gemeinden was dort passiert. Bei mir könnt Ihr hinkommen. 1,8 Millionen hatte das Feuerwehrhaus Kostenschätzung, 1,8 abgerechnet. Sie machen es sich leicht, Herr Landesrat! Dann sagen Sie in anderen Abteilungen die sind schuld, weil die haben es nicht gescheit vorbereitet.

Die sind schuld, die früher hier gesessen sind und Ihre Abteilungen haben nicht gut gearbeitet. Aber jedes Mal stellen Sie sich hin und sagen danke Abteilung, danke Abteilung, danke Abteilung. Dann schmeißt man Ihnen das Hackl hinten hinein?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Arbeiten wirklich, wir sollten wirklich gemeinsam versuchen vernünftige Lösungen für dieses Land zu suchen, denn eines ist klar: Einfacher wird es in diesem Land sicherlich nicht mehr. Wenn Bürgermeisterkolleginnen und Kollegen da sitzen, und wenn ich dann heute höre, seid froh, dass wir das überhaupt so abwickeln von den Gemeinden, weil sonst könnte es ja noch schlechter sein für die Gemeinden im Sozialbereich, wo Sie sagen 55:45 und andere Bundesländer haben das anders abgewickelt. Noch schlechter wie das Land.

Na gut, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo leben wir denn da? Österreich ist so klein und da sollten wir endlich einmal schauen, dass wir gemeinsame Lösungen finden und nicht parteipolitische Lösungen, sondern tatsächliche Diskussionen führen, wo wir für die Menschen in diesem Land etwas weiterbringen. Ich glaube, das täte uns gut anstehen.

Wir haben im Südburgenland viel zu tun. Wenn der Herr Kollege Wiesler sagt, dort wächst der beste Blaufränkisch, dann sage ich, es gibt keinen schlechten Wein mehr. Im ganzen Burgenland haben wir hervorragende Weine die wir gerne trinken und auch die Gäste zu uns kommen, denn es ist wichtig, dass wir versuchen unser Land noch hinaus zu tragen, wo wir tolle Weine in den letzten Jahren kreiert haben.

Aber es ist auch wichtig t, dass wir sie verkaufen. Es ist auch entscheidend, dass sie uns schmecken. Der bestverkaufte Wein ist der, der schon bezahlt ist und ich sage Dir, Geschmäcker und Ohrfeigen sind nämlich auch verschieden. Daher glaube ich, lasse ich es jetzt einmal so, dass der Rechnungshof hervorragende Arbeit leistet, dass er noch mehr ausgestattet werden muss mit finanziellen Mitteln, nicht dass wir Anträge einbringen, die bringen wir eh schon alle hundertmal ein.

Wir bringen schon hundertmal ein, dass der besser ausgestattet werden soll. Er wird nicht besser ausgestattet. Wir sollten einmal wirklich daran arbeiten alle miteinander, dass das auch funktioniert, denn er macht gute Arbeit. Er muss in Zukunft gute Arbeit machen, weil solche Fälle noch öfters im Burgenland auftauchen werden.

Wir haben Baustellen genug. Daher glaube ich, dass wir uns wirklich am Riemen reißen müssen und vernünftige Lösungen für das Burgenland schaffen können. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen jetzt keine mehr vor, damit kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Burgenländischer Gemeinde-Investitionsfonds wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht Follow Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 6) betreffend die Überprüfung der Abteilung 2 - Gemeinden und Schulen im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden aus Juni 2010 (Zahl 21 – 6) (Beilage 49)

Präsident Christian Illedits: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht Follow Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 6, betreffend die Überprüfung der Abteilung 2 - Gemeinden und Schulen im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden aus Juni 2010, Zahl 21 - 6, Beilage 49.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Edith Sack: Sehr geehrter Herr Präsident! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht Follow Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Abteilung 2 - Gemeinden und Schulen im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden aus Juni 2010 in seiner 01. Sitzung am Mittwoch, dem 9. September 2015, beraten.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, den Landtag wolle den Prüfungsbericht Follow Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Abteilung 2 - Gemeinden und Schulen im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden aus Juni 2010 zur Kenntnis nehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter ist als erster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Herr Präsident! Werte Kolleginnen, Kollegen! Hohes Haus! Das ist ein interessanter Punkt. Die Prüfer überprüfen die Prüfer. Das haben wir ja auch schon gehabt in der Gemeinde. Ich habe die Abteilung 2 auch schon bei uns in der Gemeinde gehabt.

Meine Vorredner haben es ja gesagt und bestätigt, wie wichtig eigentlich ein Rechnungshof ist. Da hat auch hier der Rechnungshof akribisch und unabhängig geprüft. Gott sei Dank haben wir einen Rechnungshof der unabhängig kontrollieren kann und auch kompetent kontrollieren kann.

Wenn ich mir die Follow Up-Prüfung des Landes-Rechnungshofes über die Abteilung 2 Gemeinden und Schulen im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden vor Augen führe, stelle ich aber fest, dass in den letzten fünf Jahren hier nur ein Drittel der Empfehlungen des Rechnungshofes umgesetzt wurden, 44 Prozent wurden nur teilweise umgesetzt und 22 Prozent wurden gar nicht umgesetzt.

Faktum ist, der Rechnungshof hat Dinge explizit zum Ausdruck gebracht, er hat Kritikpunkte niedergeschrieben und hat natürlich auch versucht in seinem Bericht darzustellen, dass diese Dinge sofort geändert gehören. Nicht nachvollziehbar daher ist die Tatsache, dass das Land Burgenland keine spezifischen Weiterentwicklungen der seit 2009 bestehenden Regelung für den Einsatz von Finanzinstrumenten durch die Gemeinde vornahm.

Ebenso bemängelt der Rechnungshof, dass für die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen keine speziellen Richtlinien vorlagen und das Land Burgenland keine spezifischen Maßnahmen ergriff, um auftretende Prüfungseinschränkungen auf ein rentables Minimum zu reduzieren. Wäre dieses Prüfungsergebnis nach fünf Jahren seitens der Überprüfer des Landes bei den Gemeinden herausgekommen, würde man die Gemeinde hier natürlich dementsprechend in die Pflicht nehmen.

Vorsichtig in die Pflicht nehmen möchte ich die zuständige Landesrätin dazu und zwar die Frau Mag. Eisenkopf, denn sie ist ja auch erst seit einigen Monaten hier in diesem Amt tätig, um diese Empfehlungen des Rechnungshofes auch in Zukunft rasch umzusetzen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke die Erschütterungen infolge des zu Grunde liegenden Berichtes aus dem Jahr 2010 sind uns allen noch in sehr guter Erinnerung. Es ist zweifelsohne so, dass die Gemeindeaufsicht beziehungsweise das Referat Gebarungsaufsicht doch über einige Zeit hinweg innerhalb der letzten 15 Jahre eher einem Trümmerfeld geglichen hat.

Dass es in den Gemeinden um etwas geht, das steht fraglos fest. Einnahmen von rund 627 Millionen Euro, Ausgaben von 548 Millionen Euro, 313 Millionen Euro Schulden und 198 Millionen an Haftungen. Das waren die burgenländischen Gemeinden im Jahr 2014.

Dass es in den letzten Jahren in vielen Gemeinden des Landes zu Unregelmäßigkeiten, zu Spekulationsverlusten bis hin zu Finanzskandalen gekommen ist, und dass so manche Gemeinde auch heute noch an der Kippe steht, das ist nicht ausschließlich, aber unzweifelhaft auch Kontrolldefiziten und insbesondere auch politischen Versäumnissen im Amt der Landesregierung zuzuschreiben.

Bezugnehmend auf die Follow Up-Prüfung des Landes-Rechnungshofes ist festzuhalten, dass Reaktionen der politisch Verantwortlichen auf den Bericht des Jahres 2010 nicht ausgeblieben sind. Der Direktor des Landes-Rechnungshofes hat in der Sitzung des zuständigen Ausschusses, meiner Wahrnehmung nach, unterm Strich keinen unzufriedenen Eindruck gemacht.

Man habe einen guten Weg eingeschlagen, hat es da geheißen. 78 % der Empfehlungen des Berichtes aus dem Jahr 2010 wurden umgesetzt oder befinden sich gerade in Umsetzung. Eine verbindliche Organisationsstruktur wurde festgelegt. Ein Schulungskonzept wurde erstellt, Prüfungsrichtlinien wurden geschaffen, eine spezifische Prüfsoftware wurde angeschafft.

Der Herr Direktor hat davon gesprochen, dass die Produktivität extrem gesteigert wurde, sprich Anzahl und Dauer der Prüfungen und auch bei der Flächendeckung ist man allem Anschein nach gut unterwegs. Soweit ich den Bericht beziehungsweise eben auch die Ausführungen des Landes-Rechnungshofdirektors im Ausschuss nachvollzogen habe, gibt es aus Sicht des Landes-Rechnungshofes vor allem noch zwei Bereiche in denen Handlungsbedarf herrscht.

Einerseits geht es um die Wirtschaftlichkeitsprüfungen die es ab dem Jahr 2016 geben soll, andererseits um noch fehlende Regelungen für den Einsatz von Finanzinstrumenten in den Gemeinden, wobei die Landesregierung dem Landes-Rechnungshof diesbezüglich eine Novelle zur Burgenländischen Gemeindeordnung bereits in Aussicht gestellt hat.

Die Wirtschaftlichkeitsprüfungen, die, meines Erachtens, dringend notwendig sind, werden ab dem Jahr 2016 das Referat Gebarungsaufsicht Gemeinden in personeller Hinsicht zweifelsohne schwer fordern. Auch darauf wies der Direktor des Landes-Rechnungshofes im Ausschuss hin. Es ist jedenfalls, ich betone das noch einmal, zu begrüßen, dass man sich künftig nicht nur auf Ordnungsmäßigkeitsprüfungen beschränken wird.

Meine Damen und Herren! Das Jahr 2016 wird, was die Gebarungskontrolle in den Gemeinden angeht, auch ansonsten Änderungen bringen. Wir wissen, dass die Prüfkompetenz des Landes-Rechnungshofes ausgeweitet wird. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen sind glücklich oder auch nicht.

Sie sind jedenfalls Resultat langwieriger Gespräche und letztendlich ein Kompromiss wie wir ihn kennen aus den letzten Jahren, aus vielen Bereichen zwischen SPÖ und ÖVP, wobei man sagen muss, dass die SPÖ, ich war ja selbst in den vergangenen Jahren bei dem einen oder anderen Gespräch dabei, beim Thema Kontrolle immer einen sehr nüchternen und sachlichen Zugang hatte.

Etwa bei der Frage, welche Gemeinden sollen überprüft werden, vorgeschlagen hat, auf die frei Finanzspitze II einzugehen. Die ÖVP war da eher immer auf der Bremse.

Das Ziel muss insgesamt lauten, wenn es um unsere Gemeinden und die Gebarung geht, die verschiedenen zur Kontrolle berufenen Gremien und Einrichtungen in ihrer Tätigkeit ergänzend abzustimmen und einzusetzen, sei es der Prüfungsausschuss, die Gemeindeaufsicht, der Rechnungshof, der Landes-Rechnungshof, um insgesamt effektive und effiziente Kontrolle der Gemeinden sicherzustellen.

In den Gemeinden geht es um etwas und es geht um viel. Faule Kompromisse im Bereich Kontrolle kann es nicht mehr geben. In diesem Sinne: Eisenkopf statt politische Betonschädel. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus dem Follow Up-Bericht lassen sich positive Schlüsse ziehen. Die damals vermerkten Verbesserungsvorschläge sind fast alle umgesetzt worden, außer zwei sind noch ausständig.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle wieder der Abteilung 2, der Abteilungsvorständin und allen ihren Mitarbeitern aus der Gemeinde Gebarungsaufsicht zu diesen Umsetzungen gratulieren und ein großes Dankeschön aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auch dem politisch Verantwortlichen Franz Steindl, der die letzten fünf Jahre diese Umsetzungen auf Schiene gebracht hat, muss man Dankeschön sagen. Er hat die notwendigen Schritte eingeleitet. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zu den beiden zwei offenen Punkten muss man klar anmerken: Der erste betrifft die Prüfeinschränkungen hinsichtlich des Personalstandes, weil hohe Abwesenheiten und keine Vertretungen verfügbar waren. Auf Grund dessen konnte der Prüfbetrieb nicht ausreichend fortgesetzt werden.

Da sehen wir schon eindeutig die Verantwortung beim Personalreferenten der Landesregierung und der heißt Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Wenn dieser nicht die notwendigen personellen Ressourcen für den Prüfbericht zur Verfügung stellt, dann ist es logisch, dass ein Prüfbetrieb auf Grund von Abwesenheiten nicht durchgeführt werden kann. Dementsprechend ergab sich eine inhomogene Entwicklung der Prüfeinsätze, aber mit einer Fünfjahresplanung konnte hier ganz entschieden entgegengewirkt werden.

Deswegen noch einmal ein großes Dankeschön an die Mitarbeiter und auch an den politischen Referenten.

Der zweite Punkt betrifft den Einsatz von Derivativgeschäften. Hier hat es einige negative Beispiele gegeben, bei denen Derivativgeschäfte in öffentlichen Haushalten verwendet wurden, die dort nichts verloren haben. Deswegen ist es aus unserer Sicht extrem wichtig, auf Landesebene und auf Gemeindeebene, ein Verbot solcher Spekulationsgeschäfte einzuführen.

Da muss man klar sagen, dass die SPÖ in der Vergangenheit gegen dieses Verbot war, weil sonst gäbe es bereits im Land keine Swap-Geschäfte mehr.

Deswegen, zusammengefasst, gibt es zwei Punkte, die nicht umgesetzt werden, die ausschließlich auf die Kosten der SPÖ gehen. An dieser Stelle möchte ich dem Direktor des Landes-Rechnungshofes, aber auch seinen Mitarbeitern, die professionellste

Arbeit auf hohem Niveau leisten, Dankeschön sagen und gleichzeitig auch in meiner neuen Funktion als Obmann des Rechnungshofausschusses gratulieren.

Ich freue mich auf eine sehr produktive, konstruktive Zusammenarbeit und möchte an dieser Stelle die Forderung, die der Herr Kölly bereits wiederholt hat, erneuern. Die Forderung nach mehr budgetären Mitteln, aber auch mehr Dienstposten für den Landes-Rechnungshof, weil schon in den ersten Wochen des Septembers gezeigt wurde, dass sich die SPÖ als Mehrheitsfraktion vor Kontrolle fürchtet.

Es herrscht scheinbar große Angst bei der SPÖ. Im Zuge der Ankündigung unserer Pressekonferenz, bei der wir eigentlich nur gemeinsam den Rechnungshofausschuss vorgestellt haben, wurden gleich Antragsprüfungen von drei SPÖ-Abgeordneten eingebracht, aus Angst oder aus Taktik, damit die Opposition daran gehindert wird, wirkliche Kontrolle auszuüben.

Das zeigt aus meiner Sicht doch große Angst, *(Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich)* weil im Prinzip der Rechnungshofausschuss der Opposition dient, um die Regierung zu kontrollieren und den Landtag durch den Rechnungshof aufzuklären, wo Missständen herrschen. Und das wird unsere Aufgabe sein.

Wir werden als Volkspartei auf das Burgenland aufpassen und auch den Rechnungshof miteinbeziehen. Auch wenn es der rot-blauen Regierung nicht passt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Den vorliegenden Bericht nehmen wir natürlich zur Kenntnis. Wir sind gespannt, wann die beiden offenen Punkte umgesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Klaudia Friedl.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Der vorliegende Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes gibt einerseits Auskunft über den Status Quo der im Jahr 2010 ausgesprochenen Zielvorgaben und informiert uns aber auch gleichzeitig darüber, wie die vorhandenen Ressourcen der Abteilung in den Gemeinden verbessert genutzt werden können und natürlich auch über die Schaffung weiterer Potentiale und was für die Zukunft notwendig und wichtig sein wird, damit wir den Gemeinden Service leisten können und sie aber parallel dazu tatkräftig zu unterstützen.

Wir alle sind daher gefordert, diese nicht einfachen Herausforderungen auf allen Ebenen für die Gemeinden gemeinsam anzupacken, die Abteilung, aber auch der Rechnungshof.

Daher ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass eine derartige Überprüfung - und darauf legt der Rechnungshof selber auch großen Wert - nicht dazu dient oder alleine dazu dient, Defizite aufzuzeigen und Mängel und Beurteilungen im negativen Sinn abzuwägen, sondern auch auf die Stärken und Potentiale, die es gibt, die es aber auch zu verbessern gilt, hinzuweisen, um die Arbeit der Abteilung besser zu entwickeln und unseren Gemeinden als positiver Beistand und als positives Mittel zur Seite zu stehen.

In den vorliegenden Empfehlungen und Anregungen soll auch die Effizienz und die bereits hohe Leistungsfähigkeit der Abteilung weiter vorangetrieben und hingewiesen werden, immer natürlich mit den Grundsätzen einer Wirtschaftlichkeit, von Sparsamkeit und der Zweckmäßigkeit mit unseren Steuermitteln umzugehen.

Was war nun der Prüfungsauftrag? Was wurde bereits umgesetzt, begonnen, welche Bereiche sind zu verbessern? Meine Kollegen habe sie schon teilweise angeschnitten.

Mit rund 80 Prozent Umsetzung der Empfehlungen aus dem Jahr 2010 haben wir ein durchaus positives Prüfungsergebnis erlangt. Es gilt natürlich noch offene Punkte umzusetzen und der Herr Kollege hat es auch vorher schon berichtet.

2010 war ein großer Schnitt, ein großer Cut, was davor passiert ist, entspricht natürlich nicht dem, was man sich gerade vorstellt, im Gegenteil, die letzten fünf oder vier Jahre haben sich daher sehr positiv entwickelt, das möchte ich an dieser Stelle auch sagen.

Einige wichtig mir erscheinende Punkte möchte ich daher sehr gerne herausheben und zwar den Umsetzungsgrad und auch für zukünftige Maßnahmen zu unterstreichen.

Bereits umgesetzt wurde bereits vom Landesamtsdirektor die Organisation einer Struktur, einer Stellenbeschreibung mit den zugehörigen Berechtigungen, das ist ganz wichtig und natürlich für alle ihren Zuständigkeitsbereich abzudecken.

Auch der flächendeckende Einsatz der Prüfungssoftware, die sich GHD nennt, wurde umgesetzt. Ein ganz wichtiges Instrumentarium, was vor allem die Kontrolle der Voranschläge, der Nachtragsvoranschläge, als auch beim Rechnungsabschluss zum Einsatz kommt.

Ein zusätzliches Tool der Prüfungssoftware wurde extra angeschafft, das wurde vom Landes-Rechnungshof auch sehr positiv aufgenommen.

Was die Überprüfung von Personalangelegenheiten der Gemeinden betrifft - auch das wurde schon erwähnt -, wurde das im Auftrag der Abteilung 1 von der Abteilung 2 übernommen. Die MitarbeiterInnen der Abteilung 2 wurden von der Abteilung 1 diesbezüglich geschult, was natürlich notwendig ist, um derartige Prüfungen umzusetzen, auch das wurde vom Landes-Rechnungshof als umgesetzt und als positiv betrachtet.

Im Zeitraum von 2010 bis 2014 wurden dann insgesamt 157 Gemeinden vor Ort geprüft, eine Vielzahl mehr als davor, in den vergangenen Jahren, überprüft wurde. Daher braucht es natürlich auch Personal, das gut geschult und ausgebildet ist.

Der Landes-Rechnungshof hat daher diesbezüglich Ausbildungs- und Schulungskonzepte verlangt. Im Bereich der Führungskräfte, der Sacharbeiter und der Kanzleimitarbeiter wurden diesen Schulungen bereits zugeführt.

Ein weiterer Schritt - und das ist jetzt noch umzusetzen - betrifft die Prüfungskompetenz und die Schulungen der Prüfer.

Ein wichtiges Thema und eine große Aufgabenstellung, wie auch schon erwähnt, ist natürlich die Wirtschaftsprüfung. Die dafür notwendigen Richtlinien werden erarbeitet und im Jahr 2016 wird die Wirtschaftlichkeitsprüfung parallel zur bisherigen Gebarungsprüfung auch schon durchgeführt werden.

Dabei werden schwerpunktmäßig die Projekte und vor allem die Großprojekte der Gemeinden nicht nur im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit geprüft, sondern auch ein funktionierendes und vorhandenes Controlling wird gefordert werden, das natürlich notwendig ist, damit Gemeinden jederzeit und punktgenau wissen, wo sie finanziell stehen und um weitere Entscheidungen und weitere Projekte für die Zukunft besser einschätzen zu können.

Ein weiteres Thema ist das Thema der Vergabeentscheidungen mit detaillierten Analysen der Rechnungsabschlüsse, der mittelfristigen Finanzpläne und natürlich auch die Verwendung von Software, die für all diese Schritte und für alle diese Überprüfungen notwendig ist, werden zentrale Rollen für die Zukunft spielen.

Ein Bereich, den es auch weiter auszubauen gilt, betrifft natürlich auch die Entwicklung der Anzahl der Überprüfung. Wir wissen ja alle, dass ein Fünfjahresüberprüfungsplan vorliegt. Seit 2010 ist die Anzahl der Überprüfungen und vor allem der Vor-Ort-Überprüfungen laufend gestiegen, davor kann man durchaus behaupten, dass fast nichts passiert ist, und daher bin ich auch sehr froh, dass die vier Jahre, die seit dem, oder fünf Jahre vergangen sind und überprüft worden ist, gezeigt haben, dass, wenn man möchte und wenn man es anpackt, sehr vieles in kurzer Zeit auch machbar ist.

Es wurden Checklisten für Vor-Ort-Prüfungen ausgearbeitet sowie Berichtsvorlagen und Textbausteine, damit die Überprüfungen viel rascher vor sich gehen.

Es wurde ein Leitfaden mit dem Namen „Gebarungsprüfung in den Gemeinden“ erarbeitet und auch ein Handbuch mit der Prüfung der ausgegliederten Unternehmungen, all das wurde bei den Überprüfungen implementiert und hat dazu geführt, dass vor allem in den vergangenen beiden Jahren 2013 und 2014 die Anzahl der überprüften Gemeinden sehr gesteigert werden konnte.

Ein Punkt, der natürlich umzusetzen gilt, und wir wollen natürlich auch die Dinge, die noch nicht umgesetzt sind, beleuchten, obwohl gute Arbeit geleistet wurde, betrifft den Einsatz von Derivaten, Finanzierungsinstrumenten. Ohne einer geplanten umfassenden Gesetzesnovelle, Gemeindeverordnungsnovelle wird das natürlich nicht regelbar sein, das ist bewusst und das ist das Nächste, das angegangen werden soll.

Als im Jahr 2010 den Ländern die Möglichkeit gegeben wurde, dass der Landes-Rechnungshof auch die Kommunen überprüfen kann, gab es österreichweit heftige Diskussionen. Wir können uns sicher alle noch sehr gut daran erinnern, auch im Burgenland natürlich, unter diesem ehrwürdigen Haus. Ich befürworte und begrüße nach wie vor, dass die Prüfungstätigkeit des Landes-Rechnungshofes auf Gemeindeebene eingesetzt wird, weil ich glaube, dass das ganz gesund ist und auch präventive Wirkungen für die Gemeinden haben wird.

Gleichzeitig ist einerseits für die Gemeinden gut zu wissen, dass sie sich aber dadurch auch wieder darauf verlassen können, dass sie geprüft und kontrolliert werden, aber dass dieses Prüfungskontrollnetz auch im Positiven und für sich selbst genutzt werden kann.

Und die Ängste, die es da immer gegeben hat, von Doppelgleisigkeiten, ich denke, das ist im Zeitalter der EDV wirklich kein großes Problem, denn wenn man sich genau koordiniert, nämlich Gemeindeaufsicht, Bundes-Rechnungshof und Landes-Rechnungshof, dann wird das sicherlich zu keiner doppelten und Dreifachüberprüfung kommen, davon können wir heute schon ausgehen.

Wenn ich ganz kryptisch jetzt noch anmerken darf, dass das, was hier seitens der ÖVP von sich gegeben wurde, dass sich die letzten vier Jahre die SPÖ das in die Fahne, oder nicht an die Fahne heften darf, dann darf ich schon sagen, dass das, was hier aufgearbeitet wurde und der vorliegende Bericht betrifft, dass das schon aus einer Ära kommt, die nicht erstkompetent von der SPÖ geleitet wurde und dass ich diese Kritik daher schärfstens zurückweisen darf.

Ich freue mich, dass wir seit 2010 unter der Referatsleiterin Mag. Brigitte Novosel und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu dieser Aufarbeitung der Defizite von davor gekommen sind.

Ich freue mich, dass wir mit der neuen Landesrätin, mit der Frau Mag. Eisenkopf, in eine sehr positive und moderne Zukunft gehen werden. Gemeinden sollen Serviceleistungen sein, die Abteilung der Landesregierung soll begleitend sein, wir sollen uns vice versa befruchten, aber auch kontrollieren und positiv mit Steuermitteln umgehen.

Darauf freue ich mich schon und bedanke mich für Ihr Zuhören. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Regierungsmitglieder und sehr geehrte Abgeordnete! Zu Beginn möchte ich mich auch sehr herzlich bei den beiden Abteilungsvorständinnen der Abteilung 2 - Gemeinden und Schulen für ihre Arbeit bedanken.

Wie wir bereits gehört haben, wurde die Vielzahl der Forderungen des Rechnungshofes entweder ganz oder teilweise umgesetzt. Das ist ein durchaus gutes Ergebnis, und die restlichen Forderungen sind bereits in Umsetzung und wir arbeiten bereits daran.

Ich möchte an dieser Stelle auch einen ganz generellen Ausblick in die Zukunft geben und in die zukünftige Ausrichtung der Gemeindeabteilung.

Auf der einen Seite steht natürlich weiterhin die Gebarungsaufsicht, aber auf der anderen Seite möchte ich auch in die Richtung Serviceorientierung gehen, wie bereits von der Frau Abgeordneten Friedl erwähnt worden ist.

Nämlich um die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch alle Gemeindebediensteten bestmöglich unterstützen zu können, wird die Gemeindeabteilung in Zukunft verstärkt als Anlaufstelle und als Serviceeinrichtung zur Verfügung stehen.

Als einen ersten dieser Bausteine wird es ab Herbst Sprechtage mit den Experten der Gemeindeabteilung zu verschiedenen Themen in den einzelnen Bezirken geben. Eines der ersten Themen wird die Erstellung des Voranschlages sein.

Um diese Sprechtage auch auf die Bedürfnisse der Gemeinden abstimmen zu können, ist natürlich die Kommunikation mit der Gemeindeabteilung sehr wichtig, wir freuen uns auf die Anmerkungen, die kommen. Damit wollen wir natürlich das Angebot einer wohnortnahen Beratung weiter ausbauen.

Eine weitere Maßnahme wird die Erstellung des Gemeindepaketes sein, das wird bereits erarbeitet, dieses soll gewährleisten, dass die Gemeinden kostengünstig eine fachlich fundierte Unterstützung von Experten zur Verfügung gestellt bekommen. Zum Beispiel bei Großprojekten oder bei Vergabeverfahren. Damit können Ressourcen gespart werden und die Ausgaben bei den Gemeinden gering gehalten werden.

Ein weiteres großes Projekt, mit dem sich die Gemeinden in Zukunft beschäftigen müssen, ist die Umstellung auf die Doppik. Auch in diesem Punkt wird die Gemeindeabteilung die Gemeinden nicht alleine lassen, wir werden diesen Weg gemeinsam gehen und sie werden von der Gemeindeabteilung unterstützt werden.

Abschließend möchte ich nochmals unterstreichen, dass das Service für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und auch für alle Gemeindebediensteten für mich in Zukunft im Vordergrund stehen wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht Follow up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Abteilung 2 - Gemeinden und Schulen im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden aus Juni 2010 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen für eine faire und solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise (Zahl 21 - 57) (Beilage 74)

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen für eine faire und solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise, Zahl 21 - 57, Beilage 74, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen! Die Regierungsparteien SPÖ, FPÖ haben sich dazu entschlossen, einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Asyl einzubringen, weil wir der Meinung sind, dass die Menschen zu Recht Antworten der Politik brauchen und zu Recht einfordern.

Persönlich bin ich der Meinung, dass sich die letzten Tage und Wochen, die wir im Burgenland erlebt haben, in den Geschichtsbüchern wiederfinden werden. Sie werden gleichrangig mit wichtigen Jahreszahlen erwähnt werden wie beispielsweise das Jahr 1956 der Ungarnkrise, das Jahr 1968 mit dem Prager Frühling, 1989 mit dem Fall des Eisernen Vorhanges, oder auch die 90iger Jahre mit dem damaligen Jugoslawienkrieg, bei der damaligen Jugoslawienkrise.

All diese Jahreszahlen haben eines gemeinsam, die Hilfe der Burgenländerinnen und Burgenländer. Diese Hilfe der Burgenländerinnen und Burgenländer ist auch jetzt im Jahr 2015 bei der größten Flüchtlingssituation, die unser Heimatland in seiner Geschichte erlebt hat, spürbar.

Und vor allem, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werden sich zwei besondere Ereignisse kollektiv in die Gedächtnisse der Menschen einprägen. Das war zum einen eine Tragödie mit 71 Menschen, die zu Tode gekommen sind, in einem ungarischen Schlepper-LKW, der auf der A4 abgestellt wurde, und es ist zum anderen das Bild, das tagtäglich mehrere tausend Menschen durch das Burgenland nach Österreich flüchten.

Alleine in den letzten Stunden, das letzte Wochenende bis akut vor 1,5 Stunden sind 44.000 Menschen durch das Burgenland nach Österreich gekommen. Zählen wir die

Summe der Menschen zusammen, die in den letzten Wochen angekommen sind, dann werden wir feststellen, dass es immerhin schon 144.000 Menschen sind, die durch das Burgenland nach Österreich eingereist sind.

Und man formuliert diese 144.000, die Zahl der 144.000 Menschen so salopp dahin, aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist die Hälfte der Einwohner unseres Heimatlandes Burgenland.

Aber ich kann sagen, dass wir uns in einer Ausnahmesituation befinden und diese Ausnahmesituation aber großartig gemeistert wird. Unser Bundesland hat vor den Augen der ganzen Welt gezeigt, wie menschlich und human man eine Krise bewältigen kann. Wir haben gezeigt, dass wir ein kleines Land, aber mit großem Herzen sind, meine Damen und meine Herren, und darauf können wir stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich war mit vielen Kollegen selbst in Nickelsdorf und habe mir persönlich ein Bild von der Situation vor Ort gemacht. Meine Damen, meine Herren, ich kann Ihnen sagen, dass wir auf alle, die hier mitgeholfen haben, diese Krise zu bewältigen, unheimlich stolz sein können.

Ich möchte auch diese Gelegenheit benutzen, um mich beim Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil, an seinem Stellvertreter Christian Stella für im Namen aller Polizistinnen und Polizisten bedanken. Sie haben wirklich großartige Leistungen hier erbracht.

Ich möchte mich bedanken bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rettungsorganisationen, der Dank gebührt den Soldaten des Österreichischen Bundesheeres und den vielen Burgenländerinnen und Burgenländern, die ehrenamtlich, unentgeltlich hier vor Ort Hilfe leisten. Eine großartige Leistung, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das Burgenland hat aber auch auf anderer Ebene Großartiges geleistet. Wenn ich daran denke, dass wir, das Land Burgenland, unsere Quote nicht nur erfüllen, sondern übererfüllen, dann ist das großartig, vor allem deswegen, weil es eine unfaire Berechnung gibt und hier mit unterschiedlichen Maßen gemessen wird.

Aber trotzdem erfüllen wir die Quote über 100 Prozent und das ist unsere Leistung, das ist die Leistung der Politik, der Kommunalpolitik, der Bürgermeister, der Vizebürgermeister, vieler Privaten, die hier auch Unterkünfte zur Verfügung stellen.

Es wurde heute schon einmal formuliert. Das Schlimmste ist, wenn Jugendliche flüchten, ohne ihre Eltern, und hier um Asyl ansuchen. Und da können wir auch stolz sein, wir sind die Nummer eins, wenn es darum geht, Jugendliche, unbegleitete Minderjährige unterzubringen. Eine großartige Leistung. Wir sind die Nummer eins in ganz Österreich. Kein anderes Bundesland erfüllt diese Jugendquote wie unser Heimatland Burgenland.

Wir haben auch quasi über Nacht 5.000 Notquartiere zur Verfügung stellen können. Eine großartige Leistung jener, die vor Ort in ihren Gemeinden darauf geschaut haben, die Tore zu öffnen und in dieser Not, Hilfe zu leisten.

Ich sage das auch sehr selbstbewusst, das rot-blau regierte Burgenland bringt zusammen, was andere beispielsweise Schwarz-Grün in Oberösterreich nicht schaffen, beispielsweise Nummer eins zu sein bei den Jugendlichen, beispielsweise die Quote von 100 Prozent zu erfüllen. Man soll die Politik nach ihren Taten messen und ich hoffe, dass auch das Hohe Haus das so tut.

Also zusammengefasst, eine großartige Leistung aller Beteiligten, von Privaten, von der Exekutive, von den Einsatzorganisationen, auch von den Kommunalpolitikern, die

hier Großartiges leisten. Das Krisenmanagement funktioniert im Burgenland, ein Krisenmanagement auf höchstem Niveau, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auf höchstem Niveau.

Aber wie sieht das Krisenmanagement der Bundesregierung aus? Vor allem, wie sieht das Krisenmanagement der beiden zuständigen Minister aus? Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber jedes Mal, wenn ich die Frau Innenminister im Fernsehen sehe oder im Radio höre, habe ich einen Eindruck: planlos und völlig überfordert.

Wenn wir uns den Herrn Außenminister anschauen, dann frage ich mich persönlich, was hat der eigentlich die letzten Wochen gemacht? Da wird in Ungarn ein Grenzzaun aufgestellt und der Herr Außenminister hat keine Kenntnis davon. Der Herr Außenminister ist völlig überrascht, dass plötzlich Deutschland die Grenzen zumacht. Also ich persönlich frage mich, was tut der die letzten Wochen? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Schwer unbeliebt ist er, wie man sieht.)* Das frage ich mich wirklich.

Denn man kann natürlich Worthülsen produzieren, aber wenn es darauf ankommt, dann muss man Leistungen zeigen und da hat der Außenminister völlig versagt. Ein Totalausfall, ich weiß schon, dass Du … *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Weh tut eigentlich die Inkompetenz der Bundesregierung.)* ein Totalausfall hier in dieser Krisensituation. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine Damen, meine Herren, ich bin auch dem Herrn Landesrat Darabos sehr dankbar, weil er sich mit den Bürgermeistern bemüht, Quartiere zu organisieren. Und diese Quartiere sind da, von vielen Privaten, aber auch von Bürgermeistern, die alles daran setzen, dass Plätze für Menschen, die Hilfe brauchen, auch zur Verfügung stehen.

Aber wissen Sie, was mich völlig irritiert? Und auch ein bisschen ärgert? Da werden diese Einrichtungen geschaffen, Asylplätze geschaffen und das Innenministerium teilt keine Flüchtlinge zu. Tagelang, ja sogar wochenlang dauert es, bis dann Flüchtlinge wirklich vor Ort eintreffen. Also professionelles Krisenmanagement, meine Damen, meine Herren, sieht völlig anders aus. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Seit einem guten Jahr, meine Damen, meine Herren, weist der Landeshauptmann des Burgenlandes auf diese Situation hin. Er hat vor rund einem Jahr schon Maßnahmen gefordert, ich möchte das Beispiel auch zeigen, nämlich am 13. Oktober 2014 hat der Landesparteivorstand der Sozialdemokratie im Burgenland mehrere Beschlüsse gefasst und das auch der Öffentlichkeit kundgetan.

Da wurde auch hier im Hohen Haus diskutiert, nämlich temporäre Grenzkontrollen nach Bedarf einzuführen, den Kampf gegen die Schlepperbanden voranzutreiben, die Sicherung der Schengen-Außengrenze. Und wir haben auch darauf aufmerksam gemacht, dass die EU-Staaten nach Quoten berechnet Flüchtlinge aufnehmen sollen. Das war im Oktober 2014.

Ich frage mich, was hätte alles verhindert werden können, wenn damals auf Landeshauptmann Hans Niessl gehört worden wäre? Was hätten wir alles verhindern können, wenn damals die richtigen Schlüsse gezogen worden wären?

Aber was hat das Innenministerium, die Frau Innenministerin getan und wie hat sich die ÖVP Burgenland verhalten? Auch das können wir sagen. Man hat sich lustig gemacht, man hat es ignoriert, man hat sogar von Populismus gesprochen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zu recht!)*

Ich habe mir natürlich in der Vorbereitung der heutigen Rede Medienberichte der damaligen Zeit gut angeschaut und da bin ich auf folgende Aussagen gestoßen.

Strommer warnt in diesem Zusammenhang vor einem unüberlegten Alleingang und vor populistischen Schnellschüssen. Eine populistische Panikmache hat deshalb hier nichts verloren, so Strommer am 12.9.2014 gegenüber dem ORF. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Noch immer korrekt.)*

Die ÖVP lehnt die Wiedereinführung von Grenzkontrollen weiterhin ab. Sicherheit kann nur gewährleistet werden, indem man grenzüberschreitend zusammenarbeitet, so der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Man kann auch wie der Faymann, den Orbán mit nationalsozialistischem Gedankengut in Zusammenhang bringen.)* weil Herr Kollege Sagartz, ich habe auch ein Zitat für Sie: Während die ÖVP mit konkreten Ideen die Themen vorgibt, schwinge Landeshauptmann Hans Niessl populistische Phrasen zu Asyl. Vor einem Jahr Ihre Aussagen, meine Damen und Herren! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Stehen wir alle dazu.)*

Jetzt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, gibt es Grenzkontrollen, jetzt gibt es einen Assistenzeinsatz, jetzt gibt es strengere Strafen, all das ist jetzt Realität. Und was machen Sie? Sie machen eine Flashmob-Pressekonferenz vor der heutigen Landtagssitzung und machen einen Zick-Zack-Kurs in Ihrer Politik. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Damals haben Sie gesagt, das brauchen wir alles nicht und heute spielen Sie den Starken mit überzogenen Willkommenskulturen. Das haben sich die Menschen nicht erwartet. Jetzt ist alles Realität.

Und ich sage Ihnen ganz offen: ein Jahr zu spät. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Schreib Dir nicht immer die Reden vor, sondern warte was kommt!)* Ein Jahr zu spät und Sie sollten sich überlegen, was Sie damals gesagt haben und was jetzt Realität ist, meine Damen und meine Herren. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Auf dieser Welt möchte ich leben.)*

Die Menschen erwarten sich von uns Antworten. Daher haben wir uns entschlossen, auch diesen Dringlichkeitsantrag einzubringen und Sie können dann ja auch sagen, wie Ihre Standpunkte sind oder ob Sie sich immer noch in der Vergangenheit vor einem Jahr bewegen oder ob Sie auch schon die Dinge etwas anders sehen.

Daher wollen wir mit diesem Dringlichkeitsantrag dokumentieren, dass das Krisenmanagement im Burgenland zwar hervorragend funktioniert hat, aber das zu wenig ist, denn das Burgenland allein kann diese Krise nicht alleine meistern. Da benötigt es die Hilfe aller, vor allem die zwei, die im Moment total ausfallen und das ist leider Gottes die Innenministerin und leider Gottes der Herr Kurz, wo keiner weiß, was er wirklich macht.

Die wichtigsten Punkte sind daher, dass wir das Bundesheer solange hier im Burgenland haben wollen, solange diese Krise vorherrscht. Das Bundesheer, die österreichischen Soldaten, müssen hier weiterhin den Polizistinnen und Polizisten beiseite gestellt werden. Sie helfen mit, diese Krise zu meistern und das soll auch so lange gegeben sein, bis sich hier die Lage nachhaltig stabilisiert hat.

Wir wollen darüber hinaus Grenzkontrollen, die ganz wichtig sind und auch abschreckend im Moment wirken. Ich war auch in der Vorwoche beim Grenzübergang Klingenbach und habe mir eine Grenzkontrolle vor Ort angesehen. Da waren Kollegen aus dem Burgenland und zugeteilte Kollegen aus Niederösterreich, die das hervorragend gemacht haben.

Jetzt komme ich schon zum Punkt. Warum? Die Zuteilung ist natürlich wichtig. Aber das ist zu wenig. Wir brauchen mindestens, wenn nicht mehr 100 Polizistinnen und Polizisten im Burgenland, denn die Polizisten, die hier im Burgenland ihre Arbeit

verrichten, sind an ihre Leistungsgrenzen angelangt. Da braucht man Unterstützung durch zusätzliches Personal. Wir brauchen mehr Polizei.

Meine Damen, meine Herren, das Durchgriffsrecht ist beschlossen worden. Ich sage ganz offen, ich bin nicht glücklich damit. Aber es darf nicht dazu führen, dass wir große Massenquartiere in unseren Gemeinden bekommen, denn dann würde eines geschehen, die Akzeptanz der Bevölkerung wäre nicht gegeben. Und die Akzeptanz der Bevölkerung ist deshalb wichtig, weil Integration sonst nicht funktioniert.

Wenn wir also den burgenländischen Weg der kleinen Einheiten weitergehen, dann bin ich überzeugt, dass die Akzeptanz der Bevölkerung da ist und auch die Integration hier leichter möglich ist.

Wir wollen aber darüber hinaus vor allem eine faire Berechnung der Quote. Es ist unfair, wenn ein Bundesland anders bemessen wird wie ein anderes. Das wollen wir ebenfalls dem Innenministerium ausrichten.

Wir wollen vor allem, dass das Bundesministerium für Inneres auch unverzüglich Asylwerber zuweist, wenn Quartiere gegeben sind. Denn das ist einer der wichtigsten Maßnahmen, die man jetzt benötigt und nicht in wenigen oder in vielen Tagen oder wenigen Wochen. Das kann so nicht funktionieren.

Wir wollen auch Maßnahmen zur Integration. Da kann sich der Herr Außenminister wieder in Szene setzen und schauen, dass die Menschen nicht alleine gelassen werden, wenn es um Integration, wenn es um Deutschkurse beispielsweise geht.

Aber wir pochen auch auf die europäische Lösung. Wir wollen auch die europäische Solidarität sehen. Daher sage ich auch ganz offen: Wenn es den Bundesländern zugemutet wird, ein Durchgriffsrecht zu haben, dann muss es auch zumutbar sein, dass es für andere Nationen ebenfalls eine Quote gibt, an die sie sich halten müssen und da muss die Kommission auch durchgreifen können.

Wenn man das den Bundesländern zumutet, dann muss das auch für die Staaten in der Europäischen Union gelten. Ich habe kein Verständnis, dass sich einige Länder hinausstellen und sagen, die Österreicher, die Deutschen und andere sollen es regeln. Wir halten uns zurück. Das geht in einem solidarischen Europa nicht, meine Damen und meine Herren.

Wir wollen darüber hinaus natürlich die Sicherung der Außengrenzen, wir wollen die Hotspots und Sicherheitszonen, wir wollen vor allem die Krisenregionen vor Ort unterstützen. Da ist ja in der Nacht einiges geschehen. Da sind wir auch sehr dankbar und froh darüber. Wir wollen natürlich, dass diese Asylpolitik insgesamt mit Augenmaß angegangen wird.

Meine Damen, meine Herren! Österreich braucht eine Asylpolitik des Handelns und mit Augenmaß. Auch das Burgenland braucht eine Asylpolitik mit Augenmaß und kleinen Einheiten. Das ist unser Ziel.

Daher ersuche ich Sie auch um breite Zustimmung für unseren Antrag, denn es geht um unser Heimatland Burgenland. Es geht um Menschen, die Hilfe brauchen.

Herzlichen Dank*. (Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich nun Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dringlichkeitsantrag: Ja. Nur die Dringlichkeit wäre schon vor Monaten fällig gewesen. Wo die Liste Burgenland schon längst darauf aufmerksam gemacht hat, was auf uns zukommt. Wir haben ständig medial Präsenz gezeigt.

Flüchtlingsproblematik Bündnisliste Burgenland Kölly. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Diese Regierung versagt auf ganzer Linie. Die rasche Einrichtung von Schutzzonen in und rund um Syrien ist dringend notwendig, um effiziente Hilfe zu ermöglichen. Härtere Strafen für Schlepper sind dringend notwendig. Bündnisliste Burgenland: Asyl – „Nein“ zum Bevormundungsgesetz gegen die Länder. Bündnisliste Burgenland Kölly: Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinden. Bundesheer-Assistenz überfällig und dergleichen mehr.

Herr Kollege Hergovich! Sie kommen daher und tun so, wie wenn wir das gerade erfunden hätten. Wir haben vier Monate in diesem Land für dieses Thema nichts getan, außer dass die Exekutive, die Freiwilligen und die Leute in diesem Land vieles dazu beigetragen haben, dass es funktioniert hat. Das lassen wir in diesem Raum jetzt so einmal stehen, weil das auch so stimmt.

Jetzt den Dringlichkeitsantrag einzubringen und sagen, wir sind jetzt die Wunderknaben, dann frage ich mich, was haben Sie für einen Regierungspartner, der Aussendungen macht, wo wir gar keine Flüchtlinge unterbringen dürfen oder sollen. Da gibt es eine Anfrage dazu. Ich hoffe, dass jeder weiß, um was es da gegangen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist schon sehr interessant, wenn ein Herr Landesrat dann zurückschreibt: Leider zählt nun auch jede Gemeinde beziehungsweise Ortsteil zu jener zweifelhaft bevorzugten Siedlung im Land, die mit den Flüchtlings- beziehungsweise Asylbeherbergungsunterkünften ausgestattet werden. Ich will das gar nicht alles vorlesen.

Für Ihr konkretes Problem darf ich Ihnen nur zwei Lösungsansätze vorschlagen. Erstens garantiert die FPÖ nach erfolgreich geschlagener Landtagswahl, möglicherweise mit Regierungsfunktionen ausgestattet, alles zu tun, um die weitere Unterbringung von Flüchtlingen und Asylwerbern in Burgenland, aber auch in ganz Österreich zu stoppen.

Sie reden ganz etwas anderes. Wovon reden Sie dann eigentlich? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist Ihr Regierungspartner, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wo leben Sie, in welchem Land? Es steht mir bis daher! Ich sage Ihnen das auch gleich mit dieser Deutlichkeit, diese Falschheit in einer Politik, ich vertrage es nicht mehr, ich sage Euch das auch gleich mit dieser Offenheit.

Da gibt es mehrere solcher Briefe. Sie sollten die einmal lesen, Sie sollten sich das anschauen. Da geht es weiter, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Da geht es weiter. Stehen Sie dazu, zu diesen Briefen und sagen Sie nicht, wir haben jetzt einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, wo wir alle sagen, 1,5 Prozent unterbringen und schauen, dass man kleine Möglichkeiten schafft. Sie stellen sich als Sozialdemokrat hin und wissen ganz genau, was in Deutschkreutz passiert ist. Das verstehe ich überhaupt nicht mehr.

Liebe Medien! Bringt das endlich einmal und schont nicht immer den Herrn Landeshauptmann und die ganze Regierung. Jetzt reicht es mir nämlich, wenn ich mir das anschaue. Sich herzustellen, immer zu fordern und im Endeffekt ganz etwas anderes zu leben. So schaut nämlich die Geschichte aus. *(Allgemeine Unruhe)*

Dann, liebe Freunde, komme ich noch zum Durchgriffsrecht. Wir sind als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister entmündigt worden. Glaubt mir das, denn wir

haben in unserer Gemeinde nichts mehr zu reden. Da kommt der Bund, da schimpfen wir über das Innenministerium, über die Ministerin Mikl-Leitner schimpft man, weil das eine Schwarze ist.

Das habe ich heute nicht nur einmal schon gesagt. Mir geht das auch bis daher. Schwarz, Rot, Grün, Blau, egal! Wir müssen für die Menschen da sein, wenn die wirklich in Gefahr sind, und nicht sagen, die Mikl-Leitner ist schuld. Wo war denn Euer Herr Klug? Ich weiß nicht, ist das der Verteidigungsminister oder wo ist er denn? Immer wieder wird gefordert, dass die Assistenzsoldaten schon längst auf der Grenze sein sollten. Auch der Kollege Tschürtz hat das immer gefordert.

Wo war denn der Herr Klug mit seinem Bundesheer? *(Abg. Robert Hergovich: Er muss es anfordern, Herr Kollege!)* Der gehört zur SPÖ, wenn ich das jetzt einmal sagen darf, weil Ihr das auch gesagt habt. Das sitzt der Vorgänger als Minister. *(Abg. Robert Hergovich: Er muss sie anfordern*.)

Der muss sich danach richten, was der Herr Finanzminister sagt, weil dann bekommt er kein Geld, der Arme. Das sind die Aussagen, die mir bis daher stehen. Macht endlich einmal etwas für die Leute, für das Land. Wir haben immer gesagt, und dazu gibt es Anträge, Herr Kollege Hergovich, wo wir genau auf das, was ich vorgelesen habe, immer wieder darauf hingewiesen haben.

Macht etwas! Aber, es kann nicht sein, dass die Liste Burgenland mit einem Kölly an der Spitze und mit einem Gerhard Hutter, mit zwei Bürgermeistern, die sich wirklich dafür einsetzen und auch wirklich Flüchtlinge untergebracht haben, einmal Recht bekommt.

Jetzt frage ich da alle, wie Sie sitzen: Wie viele Gemeinden haben das gemacht? Wie viele haben das gemacht? Der Herr Landesrat Darabos ist bemüht, das ist gar keine Diskussion. Wenn Sie sich dann hinstellen und irgendeiner erzählt da, man bekommt keine Flüchtlinge, dann ist das alles aufbereitet. Das stimmt nicht, denn wenn ihr wollt, fahren wir morgen nach Traiskirchen und wir haben so viele Flüchtlinge, wie wir wollen.

Ich kann nur das Beispiel sagen von Deutschkreutz. Wenn die Familie Posch, ein hervorragend geführter Betrieb, muss ich sagen, hinauf fährt, kann sie sich sogar aussuchen, welche Familien sie wollen. *(Abg. Edith Sack: Nein, Nein!)* Erzählt mir bitte keinen Humbug und erzählt das bitte nicht in der Öffentlichkeit, weil, noch einmal, bis daher reicht es mir! *(Abg. Edith Sack: Du hast doch von der Praxis keine Ahnung. Null Ahnung!)*

Dann auch noch einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, den ich gerne unterstütze, den überstütze ich sehr gern, weil das klar unsere Forderungen waren, dann kommt das aber viel zu spät. Auch ich habe mir einmal vor Monaten gedacht, sollten wir nicht einen Sonderlandtag einberufen? Weil, es brennt der Hut und es wird nicht weniger, wie Sie, Herr Kollege Hergovich, gesagt haben, denn es werden immer mehr. Jetzt sind es schon wieder 144.000.

Es werden noch mehr, das wird uns noch lange begleiten. Wir müssen munter werden. Wir müssen schauen, was wir dazu beitragen können. Welche Lösungen gibt es? Wenn Sie die Europäische Union kritisieren, die ich heute auch schon angesprochen habe, dann machen die natürlich auch Fehler. Natürlich haben die viel zu lange zugewartet.

Wo ist der Herr Bundeskanzler? Steht der nicht an der Spitze Österreichs? Der lächelt immer nur. Ich frage mich, sollen wir ihn zum Lächler abstempeln? Ich weiß es

nicht. Der sollte einmal Aktionen setzen. Das wäre einmal eine vernünftige Lösung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich brauche keine Zettel mehr, weil das ist alles Humbug, denn wir sollten einmal menschlich werden. Menschlich sein, menschlich denken. Möglichkeiten hätten wir genug. Wir haben vieles getan, das ist gar keine Diskussion. Aber, wie wird es in der Zukunft in diesem Land ausschauen? Das, befürchte ich, wird ganz dramatische Folgen haben.

Ich glaube nicht, dass der Herr Finanzlandesrat schon daran gedacht hat, wie viele finanzielle Mittel wir als Land aufstellen müssen. Auch das gehört für mich dazu. Für eine nachhaltige Wirtschaft und für finanzielle Möglichkeiten. Darüber sollten wir auch nachdenken. Da bin ich beim Herrn Landesrat Darabos, der sich natürlich immer bemüht, Quartiere aufzustellen, der es auch nicht leicht hat.

Aber, Gott sei Dank, hat die Kirche jetzt einmal gesagt, dass sie jetzt auch etliche Flüchtlinge übernehmen wird. Selbstverständlich gehört das auch dazu. Nur, eines muss man da berücksichtigen. Es wird irgendwann einmal österreichweit und in diesem Land ein Problem mit der Religion geben. Darüber muss man noch nachdenken. Auch das sollten wir sehen. *(Abg. Ilse Benkö: Bildung! Gesundheitssystem!)*

Es gibt heute noch ein Thema, Frau Kollegin, mit Schulen, mit Neuen Mittelschulen, wo man die Kinder unterbringt oder die Kindergärten. Macht man sich da Gedanken über das Ganze? *(Abg. Edith Sack: Ja!)* Ihr denkt nur politisch und leider nicht für die Menschen. Das tut mir so weh.

Das ist genau die Sache, wo ich mich wundere, dass man jetzt hergeht, sich hinstellt und sagt: 71 Menschen sind dort umgekommen. Es tut mir wirklich leid um diese 71 Menschen, aber Ihr denkt nicht, wie viele sonst umgekommen sind und was sich sonst überall abspielt. *(Abg. Edith Sack: Oh ja!)*

Nur, weil das der Ausgangspunkt war, dass man jetzt einen Dringlichkeitsantrag einbringt, seid mir bitte nicht böse. Ich will gar nicht wissen, was da schon alles passiert ist. Dieser Dringlichkeitsantrag ist in Ordnung, aber er kommt viel zu spät. Ich sage das noch einmal mit dieser Deutlichkeit.

Eines kommt noch, Frau Kollegin Sack. Wenn wir die Flüchtlinge da haben, wir haben sie im Land und das werden immer mehr werden, weil die Grenzen überall rundherum dicht gemacht werden. Ich bin schon bei Ihnen, wenn es geheißen hat, die Frau Merkel hat gesagt, alles Durchzug. Der Herr Bundeskanzler Faymann hat gesagt, alles Durchzug. Jetzt kritisiert man das von Eurer Seite. Es ist schon sehr interessant, wenn ich mir das alles anschaue.

Jetzt kritisiert man das und jetzt frage ich mich: Was tun wir, wenn die Grenzen alle dicht sind? Dann werden wir sie in Österreich haben und da haben wir und der Herr Landesrat Darabos noch viel Arbeit vor uns. Ich beneide ihn nicht.

Er hat immer das Problem, zuerst einmal mit dem Minister, dass er das Ressort erwischt hat, und jetzt hat er die Sozialgeschichte auch noch erwischt, wo das jetzt gerade los ist. Aber, ich werde ihn unterstützen. *(Abg. Ilse Benkö: Er wartet eh schon darauf.)* Ihr könnt Euch darauf verlassen. Ich wünsche mir, dass Ihr ihn auch so unterstützt.

Das wünsche ich mir von Euch, weil viele Gemeinden, wo die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen hier im Landtag sitzen, haben noch keine Flüchtlinge aufgenommen. Ich sage Ihnen das mit dieser Deutlichkeit, Frau Kollegin aus Steinberg! Zufällig meldest Du Dich hier. Wo sind denn die Flüchtlinge in Steinberg? Seid mir bitte nicht böse, und

dann kommt das Durchgriffsrecht. 1,5 Prozent und in einem halben Jahr haben wir 2 Prozent und dann haben wir 3 Prozent.

Als Bürgermeister kannst du dich dann hinstellen und kannst sagen: Super, was sollen wir jetzt machen? Du bekommst ohnehin ein bisschen Geld als Unterstützung. Das kann es nicht sein. Für mich zählen der Mensch und die Menschlichkeit.

Daher würde ich Sie bitten, Frau Kollegin aus Steinberg, *(Abg. Klaudia Friedl: Herr Kollege! Leider bin ich nicht in der glücklichen Lage, hier Quartiere zu haben.)* auch einmal nachzudenken, ob nicht vielleicht in Steinberg die Möglichkeit besteht, Flüchtlinge unterzubringen. Der Herr Darabos wird an dich herantreten und wird dich fragen. Das wünsche ich mir nämlich. Da brauche ich kein Durchgriffsrecht, sondern vernünftige Menschen in diesem Land, in diesem Landtag, die nachdenken und sagen, wir helfen jetzt. Aber, es gehört eine andere Lösung her.

Das hat der Herr Kollege Hergovich ohnehin angesprochen. Es gehört von oben, von der Europäischen Union eine vernünftige Lösung geschaffen. Auch dort haben wir Vorschläge eingebracht, wie das Ganze abgewickelt werden soll. Aber, das wird einfach schubladiert, weil das nur die Opposition ist und die ohnehin nichts zu schwätzen haben. Wie sich jetzt eine FPÖ drehen wird, darauf bin ich schon gespannt, außer den Briefen, die wir jetzt überall zugeschickt bekommen. Auf das bin ich gespannt, wie Ihr Regierungspartner aus dieser Sache da heraus kommt.

Stopp, es darf niemand mehr aufgenommen werden in den Gemeinden. Dann machen wir einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag. Da frage ich mich, was ist denn da passiert? Vom Paulus zum Saulus! Wie geht das? Das geht alles so einfach. Dann schimpft man und sagt, die Schwarzen waren schuld, die Ministerin ist schuld und dann beschimpft man alle anderen, aber nur nicht sich selber einmal fragen, was können wir dazu beitragen, um das Ganze umzusetzen? Wir werden es nicht leicht haben!

Ich sage Euch das auch für die Zukunft. Wir haben heute noch einen Punkt auf der Tagesordnung, der in die gleiche Richtung geht, den die grünen Kollegen eingebracht haben und dergleichen mehr.Auch dort werde ich mich zu Wort melden, weil das Thema wichtig ist. *(Abg. Edith Sack: Eine Drohung?)* Nicht als Dringlichkeit, sondern jetzt als Allzeitproblem.

Glaubt mir das, das wird uns Jahre noch begleiten, Jahre. Weil wenn ich hergehe und sage, drei Jahre einmal eine Übergangslösung und dann schicke ich sie heim. Das wird nicht funktionieren. Das wisst Ihr ebenso ganz genau, wie wir. Das wird nicht gehen. Wenn die Kinder im Kindergarten sind, wenn die Kinder in der Schule sind, schon besser Deutsch können, als manche andere, und dann sage ich, und jetzt putzt euch wieder runter, dann kann es das nicht sein.

Daher glaube ich, dass dieser Dringlichkeitsantrag seine Berechtigung hat, aber leider viel zu spät ist, denn wir müssen uns andere Gedanken machen.

Daher noch einmal mein Appell an die Gemeinden, an die anderen Gemeinden, die noch niemanden untergebracht haben. Steht auf, sagt „ja“, wir nehmen auch zwei, drei Familien auf, die wir unterstützen, die wir auch begleiten, solange sie da sind, solange sie um Asyl angesucht haben und es vielleicht noch nicht bekommen haben oder vielleicht auch gar nicht bekommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In diesem Sinne werden wir diesem Dringlichkeitsantrag gerne zustimmen. Aber, noch einmal, selber bei der Nase nehmen und nachdenken. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Die nächste Wortmeldung ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gefragt, warum dieser Dringlichkeitsantrag heute eingebracht wird? Wir haben auf der Tagesordnung zwei Anträge, die dann wieder von den Regierungsparteien soweit umgeändert wurden, dass ohnehin immer dasselbe irgendetwas herauskommt. Ich habe dann verstanden, wie ich dem Kollegen Hergovich zugehört habe, dass es darum geht, hier auch einmal ein Statement halten zu können. Vielen Dingen von dem, was Sie gesagt haben, kann ich inhaltlich zustimmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Konsequenz, die daraus gezogen wird, ist aus unserer Sicht, aus grüner Sicht und aus meiner persönlich eine ganz falsche. In diesem Dringlichkeitsantrag geht es in keinem Wort darum, was wir im Burgenland hier zu tun und zu leisten haben. Wir wenden uns an die Landesregierung ausschließlich mit lauter Aufforderungen an die Bundesregierung und das in einem Stil, der alles andere als deeskalierend ist, der alles andere als zuversichtlich ist, obwohl es notwendig wäre, die Dinge einfach anpacken, die zu tun sind.

Immer wieder sprechen Sie von Massenlagern. Ein unmögliches Wort. Sie haben noch kein einziges Mal definiert, ab welcher Personenanzahl für Sie ein Quartier ein Massenlager ist. Sie sprechen von kleinen Einheiten, das ist auch schön. Sie haben aber nie definiert, wie weit denn eine kleine Einheit geht.

Ich frage mich auch manchmal, ob Sie sich tatsächlich mit den Forschungen zu Flüchtlingsbewegungen und Fluchtwegen auseinandergesetzt haben, denn da weiß man hinlänglich, dass sich Flüchtende, Schutzsuchende ihre Fluchtrouten natürlich nicht danach aussuchen, ob an irgendeiner Grenze ein österreichischer Bundesheersoldat steht, sondern danach, wo sie halbwegs sicher zu einem Ort gelangen können, an dem sie sich nicht mehr verfolgt fühlen.

Je mehr wir Grenzen hoch ziehen, je mehr wir kontrollieren, desto mehr machen wir den Schleppern erst ihr Geschäftsfeld wieder neu auf, weil die schleusen die Leute nämlich unerkannt irgendwo durch irgendwelche Nebenwege. Aber die Fluchtrouten, wo die Menschen das, was sie haben, einem Schlepper in die Hände geben, von sich aus ohne alles sich auf den Weg machen, die müssen wir ihnen eigentlich zeigen, weil nur dann haben wir wirklich den Schleppern das Handwerk gelegt.

Diese Menschen fliehen vor Krieg, vor Tod, vor Hunger, vor Elend. Die Menschen rennen um ihr Leben. Die fliehen vor Bomben, vor Granaten, die gehen durch Schlamm und schlafen auf dem bloßen Boden, und Sie glauben ernsthaft, dass irgendein Bundesheersoldat an einer österreichischen Grenzstation diese Menschen aufhalten kann?

Die Menschen gehen von zu Hause weg, weil ihnen alles genommen wurde, was sie hatten, weil sie mittlerweile in den großen Flüchtlingsstätten in ihrer Region hungern. Da wird Nahrungsmittelhilfe von der UNO zurückgefahren, wo auch Österreich zahlungssäumig ist.

Ich finde in diesem Antrag nicht einmal eine Aufforderung an die Bundesregierung, diesen Zahlungen endlich nachzukommen. In diesem Dringlichkeitsantrag sind das Erste die Grenzkontrollen und der Assistenzeinsatz. *(Abg. Robert Hergovich: Du hast einen falschen Zugang. Die Bundesheersoldaten geben Essen aus! Sie bauen Zelte auf.)*

Die Menschen gehen von ihren Zeltstädten weg, weil sie dort nichts mehr zu essen haben. Die leben dort zwei, drei Jahre bereits als Flüchtlinge, haben dort kein Gesundheitssystem, sehen jetzt nach zwei, drei Jahren ihre Kinder oder ihre Enkelkinder und haben keine Chance auf irgendeine Ausbildung. Natürlich machen sie sich auf den Weg.

Natürlich suchen sie irgendwo anders ein besseres Leben. Sie reden von Wirtschaftsflüchtlingen. Wann ist denn jemand ein Wirtschaftsflüchtling? Dann, wenn er weggeht, weil er zuhause nichts mehr zu essen hat? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Na, geh!)* Es wurde noch nie definiert.

Die Menschen gehen von zuhause fort, weil sie keine Perspektive haben. Die Menschen sind das Opfer. In vielen Wortmeldungen, die ich hier höre und die ich immer wieder in den letzten Wochen auch in den Medien mitverfolge, wirkt das für mich manchmal so, als würden Sie hier jetzt eine Umkehr machen und uns als die Opfer bezeichnen.

Aber, die Menschen, die in ihrer Fluchtwanderung großteils durch Österreich durchziehen, manche von ihnen bleiben auch da und es werden nicht wenige sein, das stimmt schon, die sind das Opfer. Es geht hier wirklich nicht darum, dass wir im Burgenland oder in Österreich allen Aufenthalt gewähren können, das ist ohnehin klar.

Aber, als Teil einer Europäischen Union, die gemeinsam handeln muss, und in dem Punkt stimme ich vollkommen mit Ihnen überein, können wir das gemeinsam schaffen. Wenn wir wollen, wenn alle wollen. Ich finde es aber auf der anderen Seite sehr interessant, dass Sie von der Europäischen Union ein Durchgriffsrecht auf die Nationalstaaten fordern. Dem kann ich auch zustimmen, aber, gleichzeitig furchtbar Angst vor dem Durchgriffsrecht der Bundesregierung den Ländern gegenüber haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, wir haben doch heute gehört, dass wir im Burgenland die Quote ohnehin erfüllen. Wozu die Angst und Panikmache davor? *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Genau!)* Wenn wir wollen, wenn wir wirklich alle gemeinsam wollen, dass wir diese große Herausforderung meistern, dann können wir das tun - wenn wir nicht kleinmütig und ängstlich sind.

Ich sage das aus persönlicher Überzeugung, nicht nur vor dem Hintergrund des Auftrags zur allgemeinen Deklaration der Menschenrechte, sondern auch ich ganz persönlich hier als Christin, weil die Religion heute schon angesprochen wurde. Ich könnte den Papst, ich könnte den Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz zitieren oder Kardinal Schönborn, ganz egal.

Jeder, der sich Christ oder Christin nennt, hat hier einen klaren Auftrag. Das sage ich auch ganz bewusst in Richtung ÖVP. Bitte erklärt das auch Euren Regierungsmitgliedern und Euren Kolleginnen und Kollegen im Parlament. Weil ein Taferl hochzuhalten, wo steht, „Kein Asyl à la carte“ ist ein Hohn.

Aber, wo ist denn das größte Problem zurzeit im Burgenland? Anscheinend gibt es in allen Gemeinden und von allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern eine große Bereitschaft, Menschen aufzunehmen, so könnte man es Ihren Worten entnehmen. Die Realität schaut anders aus. Es gibt einige, die machen das sehr gut, die machen das wirklich aus Überzeugung und das spürt man auch.

Interessanterweise wissen wir, dass in jenen Gemeinden, in denen Flüchtende und Asylwerberinnen und Asylwerber aufgenommen werden und das klug und mit der

Bevölkerung gemeinsam gemanagt wird, dort gibt es auch keine Probleme, da fühlt sich niemand überrannt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Herr Kollege Kölly hat irgendwie Sorge, wie das mit der Religion ist. Also ich habe keine Sorge davor, überrannt zu werden, weil jeder, der von dem überzeugt ist und sich an dem festhält, was ihm selbst Halt gibt, braucht nicht Angst vor den anderen zu haben. Dort gelingt das auch und da fühlen sich die Menschen nicht überrannt. Am meisten Angst haben diejenigen, die noch nie einen Flüchtling gesehen haben. Das wissen wir auch.

Schauen wir also auf das, wo wirklich das große Problem ist. Nämlich, eine Stimmung bei uns im Land zu schaffen, die zeigt, wir heißen Menschen willkommen, die Schutz brauchen. Wenn wir jemanden willkommen heißen, heißt das noch lange nicht, dass wir irgendwohin Botschaften ausschicken und sagen, egal wie es euch geht, kommt doch alle zu uns. Weil ich weiß jetzt schon, es wird da sicher irgendjemand wieder auf die Idee kommen und sagen, die Grünen wollen alle ins Land holen.

Den Flüchtenden ist es völlig egal, ob sie von irgendjemanden geholt werden oder nicht, die kommen. Aber, wenn wir in unseren Gemeinden und wir hier auf Landesebene und seitens der Regierung eine Stimmung schaffen können, dass wir sagen, wir sind offen, wir helfen jenen, die Hilfe brauchen und ihr seid jetzt da und wir sind für euch da und gemeinsam können wir das schaffen, dann brauchen wir keine Angst davor zu haben. Die Diktion dieser Anträge, die ich hier lesen kann, spricht aber eine andere Sprache.

Das größte Problem ist die von vornherein ablehnende Haltung und diese Täter-Opfer-Umkehr zu sagen, wir sind die armen Opfer und wir müssen uns jetzt wehren. Was mich schon sehr schmerzt, ist auf der anderen Seite, dass hier sehr konstruktive Vorschläge, die von uns eingebracht werden, gleich ganz vom Tisch gewischt werden. Wir werden dann nachher bei dem Antrag, den wir eingebracht haben, noch einmal darüber reden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In der Zwischenzeit, während hier wieder parteipolitisch auf den einen hingehackt und auf den anderen zurückgetreten wird, arbeiten da draußen unzählige freiwillige Helferinnen und Helfer stunden- und tagelang. Sie nehmen zum Teil der öffentlichen Hand Arbeit ab. Diese Arbeit kann aber auch ohne diese Menschen nicht geschehen.

Das ist auch praktisches politisches Handeln, vor dem ich große Hochachtung habe. Ich war auch an verschiedenen Stationen im Land unterwegs, unter anderem auch ein paar Stunden in Nickelsdorf, um mir ein Bild davon zu machen, nicht um ein Bild von mir machen zu lassen, habe dort mit vielen Leuten an verschiedenen Orten geredet, am Bahnhof, in der Nova-Rock-Halle, im festen Asylquartier.

Die sagen alle das Gleiche. Es ist möglich, zu schaffen. Es ist eine riesige Herausforderung. Wir haben auch die Worte vom Herrn Polizeipräsidenten, vom Herrn Landespolizeidirektor gehört. Diese große Herausforderung ist zu schaffen, wenn alle zusammenhalten.

Was für mich noch nicht durchschaubar ist, ist das, was ich auf der Facebook-Seite vom Herrn Landesrat Bieler gelesen habe, dass der Herr Landeshauptmann Tag und Nacht selbst das Management hier übernommen hätte. *(Landesrat Helmut Bieler: Das habe ich so nicht gesagt. Nicht übernommen, sondern koordiniert habe ich gesagt. – Landeshauptmann Hans Niessl: Wie glauben Sie, schafft man es, 5.000 Nächtigungsplätze in einer Nacht zur Verfügung zu stellen? Wie? Das muss alles koordiniert sein.)* Da muss ich sagen, das hat mich doch einigermaßen erstaunt, aber vielleicht gibt es irgendwo einen Krisenstab auf Landesebene.

Herr Landeshauptmann! Würden Sie mich bitte bei meiner Wortmeldung aussprechen lassen. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das schaffen Sie? Gratuliere Ihnen! In einer Nacht mussten 5.000 Nächtigungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Auch der Bürgermeister aus Oberwart, andere und unser Krisenstab haben uns da unterstützt. Das muss schon alles koordiniert sein. Wir waren da wirklich Tag und Nacht unterwegs.)*

Herr Landeshauptmann! Sie verzeihen mir jetzt sicher, dass ich jetzt nicht alle Zahlen aufzähle, die Sie sowieso aufzählen, dafür brauchen Sie mich nicht, denn Sie haben ohnehin Ihre Öffentlichkeitsabteilung und Sie sagen das selber. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Man sollte schon bei der Wahrheit bleiben. Mehr verlange ich schon nicht.)*

Wenn Sie mir zugehört haben, dann habe ich jetzt gerade angefangen zu sagen, ich freue mich darauf, wenn Sie uns auch dann sagen, wer zu diesem Krisenstab im Land dazugehört. Was wir von außen wahrnehmen können, ist, dass einzelne Organisationseinheiten, sei es die Polizei, das Rote Kreutz, seien es freiwillige Helferinnen und Helfer, für sich jeweils ganz gut arbeiten.

Wo hier die gemeinsame Hotline, zum Beispiel, auf Landesebene ist, die wir auch schon im Juli vorgeschlagen haben, ist uns noch nicht ersichtlich. Da gebe es schon noch einige Sachen zu tun. Vielleicht geschehen sie auch, aber es gibt sozusagen nicht die entsprechende Kommunikation darüber, dass diejenigen, die vor Ort helfen und hier sind, auch tatsächlich das mitbekommen und hier gleich kompetent gute Auskunft bekommen.

Wenn Sie wirklich eine gemeinsame Lösung im Burgenland mit allen erarbeiten wollen, dann würde ich mich freuen, wenn es einmal möglich ist, dass wir uns an einen Tisch setzen und miteinander überlegen, wie wir dieser Herausforderung begegnen können, zu einem Allparteienantrag kommen und uns hier sozusagen dieses schnelle Hickhack vor Ort damit ersparen, weil das in dieser Angelegenheit nicht hilft.

Es ist mir im Moment egal, so sehr ich mich über die Bundesregierung ärgere und so sehr ich vielen Analysen zustimme, was das Versagen der Innenministerin oder des Außenministers oder auch unseres Bundeskanzlers betrifft, müssen wir hier im Burgenland schauen, dass wir das, was unsere Herausforderung vor Ort ist, hier miteinander lösen.

Dauernde Aufforderungen an andere irgendwo im Bund, helfen nicht weiter, vor allem nicht, wenn sie in dieser Diktion gefasst sind. Es sind zwei, drei Formulierungen enthalten, denen wir auch zustimmen können, aber der Großteil in diesem Antrag ist etwas für uns völlig Indiskutables, an der Problemlösung Vorbeigehendes und vor allem in der Diktion des Textes nicht zu vertreten.

Deswegen werden wir diesem Dringlichkeitsantrag sicher nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der nächste Redner ist der Landtagsabgeordnete Gerhard Kovasits.

Ich bitte um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Der Kollege Kölly ist jetzt im Moment nicht da. Er ist immer so schnell mit „denkt nach“ und „macht etwas“, aber er sollte auch einmal nachdenken. Eine Assistenzleistung ist eine Hilfestellung und die kann nur der anfordern, der das Sagen hat und das ist die Innenministerin. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn sie keinen Assistenzleistungsantrag stellt, dann wird auch keine Assistenzleistung passieren. Das ist eine völlig klare Sache. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist doch passiert? Oder? Wo ist da bitte jetzt das Problem?)* Bitte, ja, sicher, aber das Problem ist, dass der Kollege Kölly ja ganz etwas anderes gesagt hat. *(Abg. Ilse Benkö: Genau!)*

Gut, dass Sie, Frau Kollegin, unserem Antrag nicht zustimmen werden, das war klar. *(Abg. Maga. Regina Petrik: Das beruhigt!)* Das haben wir auch nicht erwartet. Anlass unseres Dringlichkeitsantrages ist die dramatische Flüchtlingssituation an unserer Grenze in unserem Land.

Zuerst möchte ich mich bei den Einsatzkräften und auch bei der burgenländischen Bevölkerung bedanken. Ich bin stolz darauf zu sehen, wie gut unsere Einsatzkräfte arbeiten und unsere Bevölkerung hilft wo sie nur kann. Zusammenhalt ist in dieser Situation wichtig. Denn nur gemeinsam können wir diese Krise bewältigen.

Seit Anfang September sind weit über 100.000 Flüchtlinge durch unser Land marschiert und ein Teil ist auch hier geblieben. Wir haben schon immer bewiesen, dass wir auch als kleines Bundesland viel bewegen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben bei den Flüchtlingsströmen 1956, 1968, 1989 und in den 90er Jahren geholfen und das tun wir auch jetzt. Unser Krisenmanagement im Burgenland funktioniert hervorragend. Das hat man in den letzten Wochen gesehen. Wer aber anscheinend wirklich noch immer keinen Plan zum Krisenmanagement hat, ist unsere Bundesregierung. Die Innenministerin wirkt verzweifelt und handelt komplett planlos. Der Außenminister ist gleich einmal untergetaucht, als die Probleme begonnen haben.

Was ich Sebastian Kurz aber zu Gute halten muss, sind seine Aussagen im „Krone“-Interview vom 22. September 2015. Er hat gesagt, dass wir klar und strukturiert herangehen müssen und alle, die mit einer Sprechblase reagieren, machen die Situation noch schlimmer. Er hat Recht und mit dieser Aussage hat er nochmals die Unfähigkeit der Innenministerin und seine eigene Unfähigkeit unterstrichen.

Was mich freut ist, dass er nochmals unsere Forderung, die Forderung der FPÖ und auch die Forderung des Antrages, unterstreicht. Es ist wichtig, die Sicherheit an den EU-Außengrenzen sicherzustellen, damit die Europäische Union im Inneren überlebensfähig ist. Das bestätigt auch ein geheimer Bericht des Innenministeriums, der auch dem bayrischen Rundfunk vorgelegen ist und im Internet zu lesen ist.

Ich zitiere: Massive Destabilisierung! Mit Blick auf die Lage an der türkisch-syrischen Grenze sprechen die Fachleute aus Wien von einer massiven Destabilisierung. Diese könnte dazu führen, dass auch türkische Kurden verstärkt nach Europa zu gelangen versuchen. In der Türkei, so die Autoren des Berichtes, hielten sich derzeit vermutlich vier Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak auf. Allerdings nur etwa zehn Prozent von ihnen in gut geführten Lagern entlang der Südgrenze.

Die mangelhafte Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft und die Verunsicherung der Flüchtlinge könnten rasch zu einer starken Abwanderung in Richtung Europa führen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Unterscheidung ob Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtling muss schon an der EU-Außengrenze getroffen und dementsprechend gehandelt werden. Wirtschaftsflüchtlinge sollen erst gar nicht die Möglichkeit haben, ins Innere der Europäischen Union weiterzureisen. Denn diese Wirtschaftsflüchtlinge haben hier nichts verloren und belasten das System auf Kosten der wirklichen Kriegsflüchtlinge.

Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass von den Krisenregionen benachbarte Länder unterstützt werden. Das hilft den Ländern und somit auch uns. Dann kommt das nächste Problem. Juristische Entscheidungen, wonach man Flüchtlinge nach Ungarn und Griechenland nicht zurückstellen kann, sind absolut fernab wirklicher Realität.

Wenn wirklich nur mehr in Ländern Mitteleuropas zurückgestellt werden kann, dann wir das System definitiv zusammenbrechen. Das muss jeder, egal welcher Partei er angehört, einsehen. Das einzige Mittel, mit dem sich unsere Bundesregierung zu helfen weiß, ist ein Durchgriffsrecht, womit alle Länder, Gemeinden und Bürger entmündigt werden.

Das ist definitiv kein guter Umgang, der hier gewählt wurde. Das beschlossene Durchgriffsrecht ist ein Armutszeugnis der Regierung und auch ein Symbol ihrer Hilflosigkeit und ihres Versagens.

Anstatt hier wirklich sinnvolle und tragfähige Lösungen zu finden, laden sie die Last ihres Scheiterns und Unvermögens auf die Länder, die Gemeinden und die Bürger ab. Das kann es nicht sein. Die FPÖ hat sich klar gegen diese Bevormundung von Seiten der Bundesregierung ausgesprochen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Rot, Schwarz und Grün hat sich auf Bundesebene dafür entschieden, über die Bürger drüber zu fahren. Es findet hier eine Bevormundung statt und das können wir uns nicht gefallen lassen. Tatsache ist, das Durchgriffsrecht wurde gestern beschlossen und was wir mit unserem Antrag bewirken wollen, dass keine Massenlager auf burgenländischen Boden errichtet werden, denn das hilft niemandem.

Den Bürgern hilft es nicht und den Flüchtlingen schon gar nicht. Denn die Installierung von Massenlagern wird sicher keine Akzeptanz ernten und somit auch die Integration schwer fallen.

Weiters fordern wir die Einrechnung unserer winterfesten Quartiere. Wie jeder weiß, wurde das auch ausgehandelt. Aber wir wissen auch, dass diese ausgehandelte Forderung auch seitens der Bundesregierung anerkannt werden muss und somit die Einrechnung erfolgen muss.

Wir würden uns auch mehr Transparenz seitens des Innenministeriums wünschen und zwar in Bezug auf die Bereitstellung von Quartieren. Denn das Burgenland hätte die Quote schon viel früher erfüllt gehabt, jedoch wurden die Quartiere vom Innenministerium nicht freigegeben.

Wir hätten die Quartiere gehabt, jedoch wurden wir hier vom Innenministerium gehindert, die Quote zu erfüllen. Das kann nicht sein. Wichtig ist es auch, die Strafen für Schlepperei zu verschärfen - und zwar so schnell wie möglich.

Asyl auf Zeit ist ein wichtiges Thema. Die ÖVP sollte sich noch einmal einlesen. Asyl ist nämlich grundsätzlich der Schutz vor Verfolgung auf Zeit, nämlich bis zum Wegfall des Asylgrundes. Das sieht die Genfer Flüchtlingskonvention vor und ist auch so im österreichischen Asylgesetz verankert. Schon immer forderte die FPÖ, dass dieses Asyl auf Zeit auch wirklich vollzogen wird. Eigentlich bräuchten wir gar keine Gesetzesänderung, wenn die Innenministerin die vorhandenen Gesetze auch vollziehen würde.

Was wir allerdings dringend brauchen, sind mindestens 100 Polizisten mehr und einen Assistenzeinsatz des Militärs auch entlang der grünen Grenze. Alles andere hätte keinen Sinn. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass heute ein Dringlichkeitsantrag zum Thema Asyl- und Flüchtlingswesen oder zu diesen Thematiken eingebracht wurde, ist nicht weiter überraschend. Es ist auch klar, nachdem dieses Thema über viele Wochen und Monate eigentlich die gesamte Öffentlichkeit beschäftigt hat - auch die politische Öffentlichkeit beschäftigt hat. Es ist, finde ich, auch gut so, dass man auch im Landtag darüber redet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eingangs möchte ich noch zum Kollegen Hergovich eine Bemerkung machen. Er schafft es immer wieder, sich seine eigene Welt zu zimmern, seine eigene Realität zu zimmern, nimmt Bezug auf Oktober 2014. Sie haben vergessen, dass wir gemeinsam einen Antrag hier beschlossen haben, wo all diese Punkte beinhaltet waren. Aber, sei es drum. Jeder muss so agieren, wie er glaubt, dass es richtig ist.

Es ist ein brennendes Thema, das nicht nur unsere Gemeinden, das Burgenland, Österreich und Europa beschäftigt, sondern auch darüber hinaus. Für alle ist eigentlich klar, eine wirkliche Lösung kann es ja nur gemeinsam mit allen Staaten geben, die internationale Staatengemeinschaft, die Europäische Union im Besonderen.

Das ist, meine Damen und Herren, aus meiner Sicht eine echte Bewährungsprobe für die Europäische Union. Auch eine Bewährungsprobe für die internationale Staatengemeinschaft insgesamt. Denn eines muss man schon auch sagen, man muss dort vor Ort, wo Krieg herrscht, irgendwann auch Maßnahmen setzen.

Die Entscheidung der europäischen Innenminister, die diese Woche gefallen ist, nämlich, dass es auch Quoten für Länder in der Europäischen Union geben soll, die ist natürlich zu begrüßen. Das ist übrigens auch auf Betreiben der Innenministerin Mikl-Leitner erfolgt und es ist ein richtiges und wichtiges Signal - wie ich denke.

Nämlich das Signal, dass alle Menschen, die Schutz brauchen, weil sie vor Krieg und vor Bedrohung flüchten müssen, dass sie auch diesen Schutz in Europa finden, dass es auch eine klare Unterscheidung zwischen diesen Konventionsflüchtlingen und Menschen gibt, die eben aus anderen Gründen aus Europa kommen.

Ich denke, dass eine europäische Quote nur dann Sinn hat, wenn insgesamt auch die rechtlichen Rahmenbedingungen in Europa geändert werden, etwa dass man dann als Asylberechtigter auch nur in diesen Ländern, wo man eben zugeteilt ist, auch die sozialen Leistungen entsprechend in Anspruch nehmen kann.

Die derzeitige wirkliche Herausforderung im Burgenland, die ist heute schon angesprochen worden, nämlich diese vielen tausenden Menschen, die in Wirklichkeit durch das Burgenland durchgehen und durchziehen. Es hat heute der Generalsekretär der bayrischen CSU das so dargestellt. Er hat gemeint, Faymann betreibt ein Busunternehmen, wo eben Flüchtlinge von Österreich nach Bayern gebracht werden. So ähnlich spielt sich das jetzt ab.

Natürlich ist es wichtig, dass wir die Menschen, die herkommen, erstversorgen, dass sie entsprechende Hilfe und Unterstützung bekommen, dass sie zu essen bekommen, dass sie Kleidung bekommen. All das, was sie brauchen. Aber, und das muss man auch ganz offen sagen, wir sind in einer Situation, wo diese vielen tausend

Menschen, die angesprochen worden sind, zum Großteil nicht hierbleiben, sondern eben Richtung Deutschland weiter wollen.

Diese Herausforderungen, die übernimmt ja im Großen und Ganzen nicht die öffentliche Hand, sondern das übernehmen vor allem NGOs, das Rote Kreuz, natürlich auch die Polizei und das Bundesheer und denen ist wirklich ausdrücklich dafür zu danken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Jetzt kann man natürlich hergehen und kann Entschließungsanträge machen, man kann andere auffordern, etwas zu tun, man kann Forderungen aufstellen. Aber, alleine das wird nicht reichen. Da gebe ich den Vorrednern auch Recht.

Auch selber muss man entsprechend aktiv werden. Auch selber muss man das tun, was man kann. Muss die politische, die moralische und auch - wenn sie vorhanden ist - die rechtliche Verantwortung natürlich übernehmen.

Der Herr Landesrat Darabos hat versprochen, dass wir als Land Burgenland insgesamt die Quote auch künftig einhalten werden, beziehungsweise dass sie jetzt schon eingehalten wird. Deswegen gebe ich der Frau Kollegin Petrik Recht, da brauchen wir uns vor dem Durchgriffsrecht eigentlich überhaupt nicht zu fürchten, denn das greift ja nur dann, wenn die Quote nicht erfüllt wird. Daher können wir dem sehr gelassen entgegensehen.

Zum Antrag selbst kann man schon auch feststellen, dass es erfreulich ist, dass Rot-Blau hier viele Ideen und viele Vorschläge, die die ÖVP gemacht hat, auch übernimmt. Das ist auch in Ordnung. Auch wenn da und dort natürlich Unschärfen bestehen. Deswegen werde ich dann am Schluss auch einen Abänderungsantrag einbringen. Es sind so Themenbereiche, wie, zum Beispiel, Asyl auf Zeit.

Ich verstehe das gar nicht, dass Sie das kritisieren, das aber verlangen. Ich glaube, dass das auch ein ganz wichtiges Signal ist. Das ist etwas, was wir gemeinsam schon vor Monaten vorgeschlagen haben, gemeinsam mit anderen politischen Vertretern natürlich. Ich glaube, dass das auch eine ganz wichtige Sache ist.

Interessant ist, dass der Herr Landesrat, der zuständig ist, nach wie vor nicht dafür ist. Aber in Ordnung. Der Landtag wird es - nehme ich an - dennoch beschließen. Es sind auch andere Themen, wie, zum Beispiel, die härtere Bestrafung für Schlepper. Das ist ja nicht etwas, was uns trennt. Das ist seit langem die gleiche Linie, oder auch die Unterstützung der Länder, die außerhalb von Europa liegen und Flüchtlinge aufnehmen.

Das ist nämlich wirklich ein großes Problem, dass dort ganz einfach die Versorgung nach und nach ablässt. Das alles und noch andere Forderungen, die von uns gekommen sind, sind hier in diesem Papier untergebracht und das ist gut so, dass Sie sich von uns auch Hilfe holen. Ich habe das zu Beginn der Legislaturperiode auch angekündigt, dass wir uns gerne dafür anbieten und es freut mich, dass Sie das auch so ausgiebig annehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgesehen von all diesen wichtigen Fragen ist uns als ÖVP aber auch eines wichtig und da kann man sich drüber lustig machen, oder auch nicht. Ich sage Ihnen, genau diese Dinge sind es nämlich, die die Menschen wirklich beschäftigen. Die haben nicht Besorgnis vor diesen Menschen, die jetzt herkommen und kurzfristig da sind, sondern es gibt ganz einfach in der Bevölkerung ein Gefühl, wo man sagt, wie wird sich das alles weiterentwickeln, wie wird das sein, wenn vermehrt Menschen mit anderen Religionen zu uns kommen?

Wenn Menschen aus anderen Kulturkreisen kommen, die ganz einfach unsere Lebensweise und unsere Lebensart nicht kennen? Daher glaube ich schon, dass es wichtig ist, dass wir uns auch zu bestimmten Werten, auch zu einem Leitbild bekennen und dass sich auch die, die zu uns kommen, auch dazu bekennen sollen.

Integration ist keine Einbahn. Es ist nicht nur so, dass wir auf die Menschen zugehen müssen, da gebe ich der Frau Kollegin Petrik 100-prozentig Recht, sondern es ist auch umgekehrt so, dass die Menschen, die zu uns kommen, auch unsere Grundwerte und unsere Lebenseinstellung akzeptieren müssen.

Deshalb haben wir diese fünf Bekenntnisse zu einer österreichischen, eigentlich zu einer europäischen Leitkultur auch formuliert, die auf Basis eines Wertekonsenses auch erstellt wurden.

Ich denke, das ist etwas, wo kaum jemand sagt, nein, das ist nicht so. Denn es geht schon darum, dass jeder in Österreich, egal woher er kommt, sich dazu bekennen muss, dass Österreich eine Demokratie ist und dass in Österreich der Rechtsstaat Vorrang vor allem anderen hat.

Dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt. Oder das Bekenntnis zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. *(Abg. Maga. Regina Petrik: Das wünsche ich mir auch in Österreich.)* Das ist für uns selbstverständlich. Daher müssen das auch Menschen akzeptieren, die zu uns kommen.

Der dritte Punkt ist das Bekenntnis zur Bildung. Es ist leicht gesagt, dass jeder, der nach Österreich kommt, Deutsch lernen soll. Aber das ist selbstverständlich, ist notwendig, auch aus Sicht desjenigen, der zu uns kommt.

Aber, es geht schon einen Schritt weiter. Es geht schon auch darum, dass man dieses Recht auf Bildung allen zugestehen muss und das ist dann unabhängig davon, ob es Burschen oder Mädchen sind. Das ist nämlich das Problem, das vielleicht in weiterer Folge auftreten kann.

Ein Bekenntnis auch zur klaren Trennung von Kirche und Staat. Ich denke, auch das ist für uns alle selbstverständlich. Der Rechtsstaat steht - wie gesagt - über allem. Auch über Bibel und über Koran. Egal welche religiösen Grundsätze jemand vertritt. Das Zusammenleben der Menschen in Österreich ist ausschließlich geordnet durch den Rechtsstaat und durch die Verfassung.

Schließlich auch das Bekenntnis zum Leistungsprinzip. Auch das ist etwas, was für uns ganz selbstverständlich ist. Es ist völlig egal, woher jemand kommt. Es ist wichtig, was er für und in Österreich zu leisten bereit ist.

Meine Damen und Herren! Deswegen glaube ich, dass diese Bekenntnisse zu unserer Kultur auch und zu unserer Lebenseinstellung notwendig sind. Dass es notwendig ist, dass Menschen, die zu uns kommen, sich auch danach orientieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich jetzt noch einen Abänderungsantrag einbringen. Es sind eigentlich Kleinigkeiten, kann man sagen, in der Begründung, wo wir statt Innenministerium Bundesregierung hineingeschrieben haben, weil es nicht darum geht, da einen einzelnen Minister zu kritisieren.

Ich sage nur, weil immer der Minister Kurz angesprochen wird, der eine hervorragende Arbeit macht und der auch in der Bevölkerung - Gott sei Dank - entsprechend anerkannt wird. Aber, da muss man sich schon auch überlegen, wie steht es denn um einen Bundeskanzler, der eigentlich nichts anderes im Sinn hat, als einen

Ministerpräsidenten eines Nachbarlandes wirklich zu beschimpfen, kann man sagen, was auch der Gesprächsbasis zu einem Nachbarstaat nicht gerade förderlich ist. Dann wundert man sich, wenn man keine Informationen aus Ungarn bekommt. *(Beifall bei der ÖVP - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher Bundesregierung - das ist richtig, da sind wir uns einig. Da sind wir uns wirklich einig. Ich möchte oder ich muss jetzt die Beschlussformel - glaube ich - im Wortlaut vortragen. Das werde ich jetzt tun.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass das Burgenland die Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 15a B-VG in vollem Ausmaß erfüllt und somit keine Grundlage geboten ist, die zum Durchgriffsrecht des Bundes führen können.

Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten,

- den Assistenzeinsatz und die Grenzkontrollen aufrecht zu halten, bis sich die Lage nachhaltig stabilisiert hat
- zusätzlich mindestens 100 Polizisten dauerhaft für das Burgenland abzustellen und weitere Ausbildungslehrgänge vor Ort einzurichten
- unter dem Titel „Durchgriffsrecht“ keine Massenlager in Gemeinden zu installieren und nicht vom burgenländischen Weg der kleinen Einheiten abzuweichen
- winterfeste Sammelstellen und Notquartiere bundesweit einheitlich in die Unterbringungsquote einzurechnen
- angekündigte legistische Vorhaben wie strengere Strafen für Schlepperei und Asyl auf Zeit rasch umzusetzen
- wirksame staatliche Maßnahmen zur raschen Integration von Flüchtlingen zu realisieren
- die rasche Rückführung von Wirtschaftsflüchtlingen sicherzustellen
- sowie auf EU-Ebene nachdrücklich einzufordern
    - ein EU-Durchgriffsrecht zur gerechten Verteilung der Flüchtlinge in allen Mitgliedstaaten
    - die wirksame Sicherung der Außengrenzen
    - die Einrichtung von Hotspots und Sicherheitszonen
    - die Unterstützung von den Krisenregionen benachbarten Länder zur Sicherstellung einer menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen in der Region

Das ist jetzt zum Großteil ohnehin der Beschlussantrag, der vorliegt. Wir haben ihn leicht ergänzt, weil wir glauben, dass das noch eine wichtige Ergänzung ist.

Natürlich, Frau Kollegin Petrik, kann man manchmal über die Wortwahl reden, aber im Grunde ist das schon so, wenn man, zum Beispiel, von den Massenquartieren redet oder darüber spricht, ist natürlich die Frage, ab wann gilt ein Quartier als Massenquartier?

Aber, das wird uns vielleicht der Herr Landesrat auch noch zur Kenntnis bringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, Tatsache ist schon, dass die kleinräumige Unterbringung die Integration absolut erleichtert und daher soll das die Zielrichtung sein, wiewohl es wahrscheinlich auf Sicht und Dauer auch nicht ohne größere Quartiere - es gibt ja in Neusiedl am See jetzt mittlerweile ein Quartier mit 70 oder 80 oder 90 Personen. Das ist offenbar noch kein Massenquartier. Aber solche Einrichtungen wird es auch geben.

Die Voraussetzungen für eine gute Integration, damit sich die Menschen, die zu uns kommen, auch entsprechend wohlfühlen und dass wir uns mit ihnen wohlfühlen, ist es notwendig, dass diese Integration auch vor Ort stattfindet. Das ist die wirkliche Hauptaufgabe - auch der Kommunen und der Bürgermeister. Da gebe ich dem Kollegen Kölly Recht, denn das tun viele und die meisten auch.

Das ist unsere Hauptaufgabe auf der kommunalen Ebene und daher soll jeder das tun, wofür er da ist und was er am besten kann. Wenn wir das tun, dann glaube ich schon, dass wir diese Problematik gemeinsam in den Griff bekommen können, auch wenn klar ist, und das ist, glaube ich, für jeden nachvollziehbar, dass uns dieses Thema noch lange Zeit, viele Wochen und Monate und vielleicht auch Jahre begleiten wird.

Ich denke, dass man dennoch mit einem ordentlichen Willen in die Zukunft blicken und auch dieses Problem lösen kann.

In diesem Sinn darf ich den Abänderungsantrag überreichen und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, so dass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Eine weitestgehend sachliche Diskussion, das ist erfreulich in Anbetracht des Themas.

Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Diese Zahlen machen uns natürlich Sorgen. Sie flüchten vor Terror, vor Krieg, vor Folter, vor Elend und sehr oft auch vor dem sicheren Tod. Herr Kollege Steiner - er ist jetzt nicht da - *(Aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten: Ist eh da!)* Sie haben den Herrn Bundeskanzler angesprochen.

Dazu möchte ich doch dann ganz klar sagen: die Kritik am ungarischen Ministerpräsidenten Orban - wenn ein Staat Krieg gegen Flüchtlinge am Zaun führt, wenn ein Staat Zustände in den Flüchtlingslagern herbeiführt, die keinem Standard entsprechen und wenn ein Staat einen Schießbefehl auf Flüchtlinge erteilt oder zulässt, dann wird wohl rechte Kritik gerechtfertigt sein. *(Beifall bei der SPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber der Außenminister soll es machen!)*

Der positive Ansatz, die Einsatzkräfte und Helfer der Blaulichtorganisationen - das zeichnet unser Bundesland aus. Heimatland Burgenland in hohem Maße aus - wie von der Polizei, das Rote Kreuz, die Feuerwehr ist in Heiligenkreuz im Einsatz und unterstützt vom Hintergrund aus das Rote Kreuz bei der Versorgung.

Dem österreichischen Bundesheer, dem Arbeitersamariterbund, der Caritas, der Diakonie, alle leisten hervorragende Arbeit, das Engagement von Freiwilligen, von Burgenländerinnen und Burgenländern und Menschen aus anderen Bundesländern ist großartig, da können wir nur mit großem Respekt auch immer wieder und immer öfter danke sagen. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren, diese Situation mit dem Flüchtlingszustrom oder Flüchtlingsströmen hätte wohl niemand verhindern können, aber man hätte durch eine rechtzeitige Reaktion vieles leichter machen können. Möglicherweise hätte vieles besser organisiert werden können.

Der Herr Landeshauptmann hat es fast vorausgesehen - seit einem Jahr hat er all das, was umgesetzt wurde, auch gefordert und immer wieder darauf hingewiesen, dass das notwendig ist.

Robert Hergovich hat es bereits gesagt - zwei Ereignisse: wie konnte es passieren - und da spreche ich den Herrn Außenminister an - wie konnte es passieren, dass Österreich von zwei Ereignissen de facto dann wirklich überrascht worden ist?

Das eine war das teilweise Schließen der Grenze, der deutschen Grenze, wo auf einmal die Gefahr bestanden hat, dass alle diese vielen Flüchtlinge hier im Land bleiben müssen. Wie konnte das passieren, dass wir das nicht gewusst haben?

Das andere war - und das ist eben die Aufgabe eines Außenministers, hier Kontakt zu halten - war der Transport der Flüchtlinge durch Ungarn, die am Zaun vorbei über die kroatische Grenze nach Ungarn gekommen sind, welche man dann mit Zügen und Bussen zur österreichischen Grenze gebracht hat. All diese Dinge hätte man bei einer ordentlichen Vorbereitung und einer Aufmerksamkeit auch vorher wissen können.

Ich habe mit vielen Kolleginnen und Kollegen, vor allem ich war nicht wenige Stunden an den Grenzübergängen, sondern sehr viele - in Nickelsdorf und in Heiligenkreuz, in Heiligenkreuz waren es, glaube ich 40 oder 50 - gesprochen, der Tenor war immer - und auch beim Tag der Sicherheit war der Tenor: jetzt müssen wir alle zusammenhalten, also es ist nicht so, dass hier keine Bereitschaft bestehen würde, dieses Problem zu meistern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Um hier auch zu einer Sprachregelung zu gelangen und ich möchte jetzt da niemanden belehren, aber es ist wichtig, die Begriffe auseinanderzuhalten. Zum einen ist die Grundversorgung, dort sind die Asylwerber, wenn ihnen der Status, wenn sie sozusagen im Verfahren sind.

Die Aufarbeitungsstellen, wo der Herr Kölly das immer wieder vermischt mit dem Gemeinderat und so, in Deutschkreutz hätte eine Aufarbeitungsstelle der Polizei kommen sollen - hat nichts damit zu tun mit Leuten, die sich in der Grundversorgung befinden.

Der dritte Begriff sind die Notunterkünfte, wo der Herr Landeshauptmann mit dem Krisenstab, aber er wird das, denke ich, dann selber sagen, wo der Landesamtsdirektor diesen Krisenstab führt *(Abg. Manfred Kölly: Du kapierst es einfach nicht! Das sind zwei Paar Schuhe.)* und wo immer wieder Notunterkünfte im Burgenland in hohem Maße auch bereitgestellt werden. 5.000 an der Zahl. Das ist ja eine Zahl, die sich sehen lassen kann.

Hier die drei Begriffe: Grundversorgung, Aufarbeitungsstelle, Notunterkünfte.

Da sind die Flüchtlinge einige wenige Stunden, wo sie auch versorgt werden, vom Roten Kreuz oder von den Helfern und wo sie dann weiterreisen, auch auf eigenen Willen. Das Negative an der ganzen Situation ist, dass das Bundesministerium für Inneres - und alle sagen, man soll da nicht kritisieren - aber es ist de facto so und man muss es auch

ansprechen, man hat uns und das Burgenland wieder einmal allein gelassen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke da an die Personalzuführung durch das Bundesministerium für Inneres - es hat lange gedauert! Es hat lange gedauert, bis Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern zur Unterstützung gekommen sind. Daraus resultierend sind die Arbeitszeiten der burgenländischen Kolleginnen und Kollegen von bis zu 34 Stunden. Kolleginnen aus Königsdorf zum Beispiel waren in Nickelsdorf eingesetzt und mussten nach 32 Stunden Dienstzeit noch die Rückreise antreten, dass das nicht sehr ungefährlich ist, liegt doch auf der Hand. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt unterstützt das Bundesheer die Exekutive und ich denke, wenn es in der Vergangenheit darum gegangen ist - und das ist das Unfaire an der ganzen Situation, Kolleginnen und Kollegen aus dem Burgenland abzuziehen, dann ist das immer sehr rasch gegangen. Dann hat die Ministerin mit Federstrich, mit Unterschrift zugeteilt nach Wien, nach Niederösterreich und überall hin und hat das Burgenland also da überhaupt nicht unterstützt.

Positiv wiederum - es hat seitens der Burgenländerinnen und Burgenländer an den Grenzübertrittstellen einen perfekten Einsatz gegeben. Federführend, denke ich, ist da wohl der Landespolizeidirektor aus dem Burgenland, der Hans Peter Doskozil.

So wurde zum Beispiel die Idee, private Busse einzusetzen, hier im Burgenland geboren und wenn das nicht passiert wäre, dann wären wir in Nickelsdorf vermutlich im Chaos versunken, wenn es uns nicht gelungen wäre, die Flüchtlinge von dort geordnet abzutransportieren. Dann hätte ich mir die Aussage betreffend Busunternehmen wiederum vom Kollegen Steiner angeschaut.

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich hoffe, dass wir zu einer fairen Quote in Europa kommen, wenn das nicht passiert, dann können wir in Österreich und im Burgenland Quartier um Quartier schaffen - es wird nie genügen! Es hat in der Vergangenheit die Situation gegeben, dass wir für dieses geeinte, für unser geeintes Europa die Binnengrenzen aufgegeben haben, vielleicht wurde ein wenig vergessen, die Außengrenzen entsprechend zu sichern. Italien, Griechenland wurden alleine gelassen und jetzt: ja, wir brauchen Schutzzonen.

Wir brauchen Schutzzonen um Syrien, wir brauchen mehr Geld, denn, wenn dort die Verhältnisse immer schlechter werden in den Lagern, dann gehen die Leute irgendwann, warum soll denn der dort bleiben? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also brauchen wir entsprechende Mittel, um die Lebensbedingungen in den Lagern zu verbessern. Wir brauchen Registrierungsstellen, ja auch das wurde angesprochen, an den Außengrenzen. Hier ist, denke ich auch Serbien miteinzubeziehen. Serbien ist ein Beitrittskandidat für die EU, meines Wissens beginnen in absehbarer Zeit die Beitrittsverhandlungen und auch an der serbischen Grenze könnten solche Registrierungsstellen entstehen.

Ein wesentlicher Player ist natürlich auch die Türkei, weil dort sehr viele Menschen in den Lagern sind und wenn wir hier nicht entsprechende Gespräche und Maßnahmen setzen und Gespräche führen, aber da sind wir, denke ich, dann doch einige Ebenen zu klein im Burgenländischen Landtag, darauf können wir immer nur hinweisen und wenn sich dort viele Menschen in Bewegung setzen, wird uns dieses Problem noch sehr lange begleiten.

Insgesamt und abschließend vielleicht - Herr Bundesminister Brandstetter hat gestern in der Nationalratssitzung diese Verschärfung des Schlepperparagrafen, des § 114 Fremdenpolizeigesetzes, vorgestellt und ist, denke ich, auch beschlossen worden.

Wir wollen die Schlepper bekämpfen, aber auch hier wieder die Kritik an der Innenministerin: Sie hat reihenweise Kolleginnen und Kollegen aus dem Burgenland abgezogen und de facto diesen Kampf gegen die Schlepper, gegen dieses menschenverachtende Geschäft unterwandert, weil eben nicht genug Leute da waren, um die LKWs aufzuhalten und um die PKWs aufzuhalten, um zu schauen, ob da Leute geschleppt worden sind oder werden.

Eines vielleicht noch ganz zum Schluss: 2014 wurde das Bundesamt für Fremden und Asyl geschaffen - kurz BFA - mit den Regionaldirektionen in den Bundesländern und dieses Bundesamt für Fremden und Asyl ist eine dem BMI nachgeordnete Dienststelle, das heißt, auch da trägt die Innenministerin die Verantwortung.

Diesem BFA obliegt eben einmal die Zuerkennung und Aberkennung Status Asylberechtigter, die Gewährung von Aufenthaltstitel aus berücksichtigungswürdigen Gründen und auch die Anordnung einer Abschiebung, die Feststellung der Duldung und darauf will ich hinaus - die Anordnung der Abschiebung.

Wenn hier - und Sie können sie einmal fragen – wie viele Menschen, die hier nicht den Asylstatus bekommen und so sind eben die österreichischen Gesetze, in ihre Heimatländer zurückgeschoben worden sind, Sie werden dann wissen, dass es sehr wenige sind - also hier werden wir etwas in die Gänge kommen müssen, damit mehr Menschen, die hier keinen Asylstatus bekommen, auch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Liegt alles im Verantwortungsbereich der Frau Bundesministerin - hier sollte sie tätig werden - und auch das Burgenland in Zukunft ein wenig mehr unterstützen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

†Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer|: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Es ist tatsächlich so, wie der Abgeordnete Schnecker gesagt hat. Es ist eine sehr sachliche Diskussion und ich glaube, das ist auch wichtig, weil es ein sehr sensibler Bereich ist. Wenn man sachlich darüber diskutiert, kommt man auch zu besseren Ergebnissen.

Ich möchte nur auf einige Punkte eingehen, weil es da wahrscheinlich ein paar Unschärfen gibt, wo ich klar darauf hinweisen möchte, dass ein Assistenzeinsatz nur dann möglich ist, wenn er vom zuständigen Minister beantragt wird. Also konkret: Die Innenministerin muss beantragen und dann gibt es erst nach Regierungsbeschluss den Assistenzeinsatz. Wird er nicht beantragt, gibt es ihn nicht! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweiter Punkt sind die Massenquartiere: auch ganz klare Definition - nachzulesen im Regierungsübereinkommen - wir sagen, 1 Prozent der Bevölkerung ist zumutbar, dass es an Flüchtlingen in dieser Gemeinde gibt.

Das stammt nicht nur von uns, sondern das sind auch von Amnesty International eine Vorgabe und ein Richtwert, die wir auch in das Regierungsübereinkommen hineingeschrieben haben.

Was sind Wirtschaftsflüchtlinge? Da haben Sie eine andere Meinung, denn ich selbst war vor 14 Tagen in Bosnien, am Balkan, wo österreichische Soldaten rund um die Uhr im Einsatz sind. Da zahlt Österreich sehr viel Geld mit, damit dort Friede ist. Also sind die Balkanstaaten sichere Drittländer. Von dort können keine Kriegsflüchtlinge kommen, sondern das sind Wirtschaftsflüchtlinge und dass man da auch die entsprechende Trennung vornehmen muss und unterschiedlich behandeln muss, versteht sich von selbst.

Die Schweiz hat gerade bei Wirtschaftsflüchtlingen Asylverfahren, die maximal 48 Stunden dauern, weil das Ergebnis ja meistens im Vorherein schon klar ist, dass von Balkanländern das Asylverfahren sehr kurz ist, weil es dort auch keinen Krieg gibt. Ich glaube, wir sind uns auch einig, dass Europa hier die Aufgaben und die Hausaufgaben nicht gemacht hat.

Wir haben schon das ganze Jahr 2015, teilweise 2014, das Jahr der offenen Schengengrenze. Also über Griechenland, Italien, können alle Flüchtlinge und auch alle Personen unkontrolliert in die Europäische Union kommen. Das ist zu lösen, wird hoffentlich bald gelöst.

Bei der europäischen Quote bin ich neugierig, wie sie gehandhabt wird, denn wenn zum Beispiel die Slowakei 20.000 Flüchtlinge aufnehmen muss, dann gehe ich davon aus, dass sie innerhalb von wenigen Tagen entweder in Österreich oder auch tatsächlich in Deutschland sind.

Also das sind die europäischen Probleme. Ich glaube, dass es notwendig wäre, dass man das auf europäischer Ebene schon lange gelöst hätte, dann wäre Europa in diese Situation auch nicht gekommen.

Jetzt zum eigentlichen Punkt. 140.000 Flüchtlinge sind hauptsächlich über Nickelsdorf und teilweise über Heiligenkreuz nach Österreich gekommen, ins Burgenland gekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist nicht eine Durchreise, wo man sagt, was ist das schon, die fahren eh alle weiter. Denn diese 140.000 wurden von den Einsatzorganisationen perfekt versorgt. Mit Essen, mit Getränken und mit medizinischer Versorgung.

Das hat die Polizei bestens organisiert. Ich möchte nicht nur dem Polizeidirektor und seine Stellvertreter herausgreifen, dort waren hunderte Polizisten aus dem Burgenland und jetzt auch außerhalb des Burgenlandes im Einsatz, die einen hervorragenden Job gemacht haben. Die Helfer des Roten Kreuzes, des Samariterbundes, der Rettungsorganisationen und der Freiwilligen. Hier wurde etwas geleistet, was von keinem anderen Bundesland geleistet wurde!

Ich denke, wir Burgenländer können Stolz und dankbar sein, dass es diese Solidarität, diese Hilfsbereitschaft und diesen Einsatz vom Bundesheer, der Polizei, der Rettungsorganisationen und den Freiwilligen gibt. Das ist einzigartig! Erinnert an 1956, 1968, 1989 und an den Jugoslawien Krieg, das hat weltweit für positive Stimmung für das Burgenland gesorgt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Jetzt zum Burgenland. Es ist immer leicht zu reden. Die EU muss machen und die anderen müssen tun. Sonntagabend - 10.000 Flüchtlinge sind in Nickelsdorf und können nicht wegtransportiert werden. Das ist ja ganz einfach, die fahren eh weiter, und eine Ortschaft mit 1.500 Einwohner. Dass die Flüchtlinge nicht am Bahnhof bleiben, wo sich stundenlang nichts tut, und bei den Bussen bleiben, wo sich stundenlang nichts tut, ist selbstverständlich. Da sind Tausende in den Ortschaften, in Nickelsdorf und in Zurndorf.

Die Situation verschärft sich noch stärker, und ist an der Kippe zum Eskalieren, weil weitere tausende Flüchtlinge kommen, niemand wegkommt und Deutschland die Grenze dicht macht. Also eine ausgesprochene Notsituation, weil die Nacht kommt. 10.000 sind hier, tausende kommen noch und wie sollen die untergebracht werden? Was geschieht mit den Menschen?

Da kann man nicht zu Hause sitzen und ein bisschen mit den Leuten reden. Das ist ein bisschen wenig. Sondern da habe ich, das sage ich auch ganz deutlich, auch erreichen können, dass noch Sonderzüge in der Nacht kommen können, dass die Österreichische Bundesbahn polnische Züge angemietet hat, weil sie die Kapazitäten nicht gehabt haben, beziehungsweise viele Züge in der Reinigung und im Service waren. Und dass hier einige Züge in der Nacht gefahren sind und tausende Leute noch weggebracht haben.

Wo auf der anderen Seite Gemeinden sich bereit erklärt haben, innerhalb kürzester Zeit 5.000 Plätze zur Verfügung zu stellen. Da bin ich wirklich dankbar, weil hier in der Gemeinde Nickelsdorf Hervorragendes und Herausragendes geleistet wurde. Ich sage das auch zur Gemeinde Oberwart, weil auch die Messehalle kurzfristig zur Verfügung gestanden ist.

Ich sage das auch zur Gemeinde Parndorf. Da sind viele andere auch in Wiesen, wo bis zu 1.000 untergebracht wurden. So haben wir das im Burgenland gehandelt. Man redet von Traiskirchen, wo 4.000 oder jetzt 3.500 untergebracht sind, weil es an einem Ort ist. Wir haben das auf sechs, sieben Stellen verteilt und haben das problemlos und vorbildlichst, auch dank der Unterstützung der Bürgermeister und der Eigentümer dieser Hallen, auch in entsprechender Form händeln können.

Da kann man nicht sagen, wird schon irgendwer machen, sondern tun muss man etwas. Da muss man die halbe Nacht telefonieren, dass Sonderzüge kommen, dass man dort die Menschen auch unterbringt vor Ort, dass man Hilfe selbst vom Land anbietet, weil die Gemeinden natürlich auch Riesenkosten haben, wo man sagen muss, die kann man ja auch nicht alleine lassen, um helfen zu können.

Das ist der rot-goldene, der burgenländische Schulterschluss, dass in Krisensituationen alle zusammenhalten und versuchen, diese Notsituation auch in entsprechender Form zu lösen. Das hat wenig Einfluss in Wien. Also wie hätten die aus Wien schauen sollen, dass wir 5.000 Quartiere über Nacht bekommen innerhalb von wenigen Stunden, sondern das muss man vor Ort lösen und da bin ich wirklich allen sehr, sehr dankbar, auch den Gemeinden, die ich ursprünglich nicht erwähnt habe, denn da ist uns wirklich Großartiges gelungen.

Wir haben eine positive Medienberichterstattung von CNN, USA bis Al Jazeera im arabischen Raum, was hier im Burgenland geleistet wurde. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich muss auch dazu sagen, wenn man mit den Einsatzkräften gesprochen hat, Polizisten, 30, 35 Stunden ohne Pause im Einsatz. Buschauffeure, 20 Stunden ohne Unterbrechung im Einsatz. Freiwillige tage- und nächtelang ohne Unterbrechung im Einsatz. Ärzte tagelang im Einsatz, freiwillige Ärzte. Also das sind schon Leistungen, die ganz einfach großartig sind.

Ich darf auch dazu sagen, wo die Freiwillige Feuerwehr auch Assistenzleistungen macht. Die Freiwillige Feuerwehr in Heiligenkreuz hat das Rote Kreuz, die Arbeit des Roten Kreuzes unterstützt. Nämlich ganz einfach Tee zu kochen, beim Kochen von Speisen zu helfen, bei der Versorgung zu helfen. Genau das macht das Österreichische Bundesheer.

Weil man sagt an der Grenze, die machen Assistenzleistung. Ich kann Ihnen sagen, Frau Kollegin und geschätzte Abgeordnete, diese Situation mit 140.000 Flüchtlingen wäre ohne Assistenzleistung des Bundesheeres gar nicht möglich gewesen. Wenn ich mit den Polizisten in Heiligenkreuz oder Nickelsdorf rede, die sind hervorragend motiviert, machen 35 Stunden Dienst, ohne Unterbrechung.

Aber sie sagen, hätten wir nicht das Bundesheer an unserer Seite, dass die uns helfen, wäre das überhaupt nicht möglich gewesen. Ähnlich das Rote Kreuz. Da kommen ja viele die ärztliche Versorgung in Anspruch nehmen. Die auch in Krankenanstalten eingeliefert werden, also auch da gibt es ja viele, die nicht nur eine Erste Hilfe benötigen und dann wieder entlassen werden können, sondern die auch in unseren Krankenanstalten in entsprechender Form versorgt werden müssen. Und nicht nur ein paar Stunden dort sind.

Also auch das muss man erwähnen, weil das ist nicht so einfach, die ziehen eh weiter, und das ist eh alles ganz locker. Da steht ein wunderbarer Einsatz und Motivation unserer burgenländischen Landsleute im Vordergrund.

Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir bei Kindern und Jugendlichen die Nummer 1 in Österreich sind. Wir haben das heute in der Fragestunde schon gehört. Natürlich haben sie im Bildungsbereich alle Möglichkeiten, weil das Erste ist, dass sie möglichst gut und rasch Deutsch lernen.

Wir haben zum Beispiel in Podersdorf eine Gruppe von Jugendlichen, unbegleitete Jugendliche, die in der Woche einige Male nach Frauenkirchen kommen, um über die Volkshochschule Deutsch zu lernen. Genau das ist es, dass alle, die bei uns sind, gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben und die deutsche Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung für die Integration, um hier auch integriert werden zu können.

Also insofern, denke ich, ist alles wichtig und notwendig. Ich darf darauf hinweisen, dass ich bereits am 12.09.2014 für temporäre Grenzkontrollen war. Warum? Weil sich da schon abgezeichnet hat, dass die Schleppermafia immer stärker wird. Damals hat es noch viele gegeben, die gesagt haben, Schlepper sind Helfer. Das sind schöne Helfer, die 71 Menschen umbringen und schöne Helfer, wo über 100 in Eisenstadt im Gefangenenhaus sitzen.

Da kann man nur sagen, so kann es nicht gehen, dass die Schleppermafia, die die Wurzeln in Budapest, in Bukarest und in Tripolis hat, auf der A4 den Shuttledienst macht und die Polizei ist im Einsatz, um die Personalien für Flüchtlinge aufzunehmen.

Jeder Polizist, der vor Ort dort Dienst macht, weiß das, das weiß man auch im Innenministerium, und man ist nicht bereit, temporäre Grenzkontrollen zu machen. Das heißt nicht Staus, wie das so oberflächlich von manchen gesagt wurde. Das heißt von drei Uhr bis fünf Uhr in der Früh auf der A4 zu kontrollieren, das heißt von acht bis zehn einmal in Lutzmannsburg zu kontrollieren, in Schachendorf zu kontrollieren, damit niemand, wenn ich einen Stau produziere, dass dann die Chance geringer ist, dass ich jemanden erwische, ist ja ganz klar.

Wer stellt sich drei Stunden in den Stau, um nachher verhaftet zu werden? Ich meine, das muss auch einem jeden klar sein, das waren ja nur reine Unterstellungen, ich betone das auch, vor den Landtagswahlen. Da war man gegen temporäre Grenzkontrollen und gegen den Einsatz des Bundesheeres, um ganz einfach dem Niessl und der SPÖ nicht Recht zu geben, denn wenn sie Recht gehabt hätten, hätten sie vielleicht ein besseres Wahlergebnis gemacht.

Jetzt nach den Wahlen machen wir es, aber der Zustand wäre ein deutlich besserer und es hätte vielleicht die 71 Toten nicht gegeben, wenn ordentlich schon früher durch Assistenzeinsatz und durch die Polizei kontrolliert worden wäre. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

So, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir brauchen, das ist eigentliche eine Forderung, wie gesagt, die nicht nur ich gestellt habe, sondern immer mehr Landeschefs, das war unmittelbar nachher. Auch der Landeshauptmann Pröll, auch der Landeshauptmann Kaiser und viele andere, haben sich für diese temporären Grenzkontrollen, aber auch für den Assistenzeinsatz ein bisschen später auch ausgesprochen.

Wir wissen das, ich kenne den Bezirk Neusiedl, ich fahre jeden Tag praktisch über die A4. Ich kenne die Situationen. Dort ist diese Kontrolle aus meiner Sicht jetzt richtig. Allerdings, um mindestens ein dreiviertel Jahr zu spät gekommen. Eines sage ich auch. Wir werden unseren Verpflichtungen, Kriegsflüchtlingen zu helfen, auch in Zukunft nachkommen.

Wir haben gezeigt, dass wir weltweit einzigartig sind. Es gibt kein Land, in ganz Europa nicht, wo eine Gemeinde mit 1.500 Einwohnern 140.000 Flüchtlinge versorgt, mit Essen, mit Getränken, und auch im gesamten medizinischen Bereich. Das ist vorbildlich und das lasse ich mir auch von niemandem, ganz gleich wer das ist, auch nur im Ansatz schlechtreden!

Diese Leistungen sind einzigartig, ob das die Gemeinden sind, ob das die freiwilligen Helfer sind, ob das die Rettungsorganisationen, die Polizei und das Österreichische Bundesheer, der Assistenzeinsatz, richtig, notwendig, aber zu spät! Die temporären Grenzkontrollen richtig, notwendig, aber auch zu spät! Da hat man viel zu lange, auch von Seiten des Innenministeriums, darauf gewartet, damit etwas passiert. Erst dann, wenn was passiert, dann geschieht etwas.

Das war zu spät. Aber wir werden auch auf der humanitären Seite unseren Verpflichtungen auch in Zukunft nachkommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Landeshauptmann. Als nächster Redner von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Darabos gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Das meiste hat der Herr Landeshauptmann schon vorweggenommen. Das Thema ist zu ernst, um hier zu scherzen, aber ich bin mir nicht ganz sicher, wie ich mit dem Lob vom Abgeordneten Kölly umgehen soll. Danke einmal.

Ich bemühe mich wirklich in dieser Sache den Anforderungen des Landes Burgenland, in einer 15a-Vereinbarung abgeschlossen und eingegossen, nachzukommen. Seit ich diese Funktion innehabe, haben wir 494 neue Plätze geschaffen. In der Grundversorgung. Das ist auch wichtig und richtig aus meiner Sicht. Wir werden versuchen, auch mit unserer Herausforderung auch Stand halten zu können. Wir haben derzeit knapp 1.800 Flüchtlinge im Burgenland in der Grundversorgung.

Das eine Prozent, das auch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter mehrfach öffentlich gemacht hat, wären 2.800. Also es ist etwas Luft nach oben, aber ich hoffe

trotzdem, dass sich diese Entwicklung nicht so fortsetzt, wie es in den letzten Wochen stattgefunden hat.

Das saloppe und bisschen flapsige Sagen „Österreich ist nur ein Durchzugsland“ mag gestimmt haben, nachdem die deutsche Bundeskanzlerin Merkel auch das öffentlich gemacht hat, dass Dublin für einen gewissen Zeitraum nicht gilt für Deutschland.

Natürlich wollen die Flüchtlinge alle nach Deutschland, aber es wird sich in den nächsten Wochen auch zeigen, ob nicht auch einige hier bleiben wollen und hier bleiben und damit wird es für uns eine Herausforderung, das muss ich auch offen in diesem Hohen Haus sagen, die noch zu stemmen ist.

Ich möchte, bevor ich ganz kurz etwas Grundsätzliches sage, auf die Diskussion eingehen. Ich habe es ja auch als sehr sachlich empfunden von allen Fraktionen in diesem Haus, trotzdem habe ich einige Anmerkungen.

Also den Assistenzeinsatz, Herr Kollege Kölly, den habe nicht ich abgeschafft, *(Abg. Manfred Kölly: Nein, nein, das habe ich nicht gesagt!)* also ich habe ihn damals als Verteidigungsminister zu vollziehen gehabt und wenn es nach mir alleine gegangen wäre, wäre er auch geblieben. Jetzt ist es ein anderer Assistenzeinsatz – das muss man ganz offen sagen. Es geht um Transportleistungen, legistische Leistungen, aber ich halte das auch für ganz wichtig und richtig.

Sie haben die Europäische Union angesprochen. Ich glaube, das ist der zentrale Punkt. Ich sage das jetzt ganz offen und auch sehr direkt. Ich bin schwer enttäuscht von der Europäischen Union insgesamt, aber vor allem von den Neuzugängen in der Europäischen Union, den ehemaligen kommunistischen Staaten wie Ungarn, Slowakei, Tschechien und die baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland. Warum?

Die Menschen, die jetzt auch Politik machen, haben selbst ein Regime miterlebt, ja, nicht nur die Einwohner, und die sind nicht bereit, einen solidarischen Beitrag in der Europäischen Union zu leisten.

Deswegen sage ich auch offen, ich meine, es ist ein bisschen Hoffnung da, der heutige Beschluss sagt zumindest einmal aus, dass es eine gewisse Aufteilung geben wird, aber wenn es die nicht gegeben hätte, hätte ich auch beinhart zugestimmt der Idee, die auch mehrfach ventiliert wurde, auch von der Österreichischen Bundesregierung, dass man auch in anderen Bereichen finanzielle Gelder kürzt, wenn hier keine Solidarität ist.

Diese klare Sprache muss man auch sprechen. Es kann nicht sein, dass Österreich im ersten Halbjahr, noch bevor diese ganze Geschichte jetzt über Österreich im Allgemeinen und das Burgenland im Besonderen hereingebrochen ist, wir 28.900 Flüchtlinge bis zum Juni gehabt haben, die um Asyl angesucht haben und die Slowakei 95 Flüchtlinge, also das ist ein bisschen ein Ungleichgewicht.

Mir ist schon klar, die sozialen Standards in Österreich sind besser, man hat auch Hoffnung hier besser versorgt zu werden und so weiter. Aber wenn es hier keinen Ausgleich gibt, dann werden das die drei Staaten Österreich, Schweden und Deutschland nicht stemmen können.

Dass Dublin mittlerweile überholt ist und einer Neuausrichtung bedarf ist auch klar. Dublin-Abkommen haben alle. Dublin-Abkommen, das wissen die Abgeordneten im Hohen Haus sicher alle, heißt eigentlich, dass du um Asyl ansuchen musst, wo du das erste Mal europäischen EU-Boden betrittst.

Das würde ja heißen, dass in Österreich grundsätzlich nur jemand um Asyl ansuchen könnte, wenn er mit dem Flugzeug kommt, laut Dublin, ist natürlich nicht der Fall, weil man kann ja schwer nachweisen, wo kommt wer her und so weiter.

Damals haben auch Griechenland und Italien zugestimmt, also alle Staaten, die auch an der Außengrenze liegen. Es hat sich mittlerweile als „nicht operativ gut“, sagen wir es einmal so, herausgestellt.

Trotzdem müssen wir jetzt dieser Herausforderung gerecht werden. Es geht nur, aus meiner Sicht, mit einer gerechten Aufteilung auf alle Länder. Ich wollte auf die Kollegin Petrik auch noch kurz eingehen. Massenlager. Ich finde den Begriff Massenlager richtig, weil es kann nicht sein, dass eine Gemeinde mit knapp über 2.000 Einwohnern, wie Bruckneudorf, 450 Flüchtlinge aufnimmt.

Wir würden uns nichts Gutes tun und wir werden den Flüchtlingen auch nichts Gutes tun. Es geht darum, kleinere Lager, Einheiten, zu schaffen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke!)* Sie haben ja selbst auch eine Idee eingebracht und das halte ich auch für richtig und gut und es wäre für uns wichtig, diese kleineren Einheiten auch zu schaffen.

Bei Neusiedl, weil das auch angesprochen wurde, mit den 80 Flüchtlingen sind wir aus meiner Sicht an der Obergrenze. Ich bin aber dem Herrn Bürgermeister von Neusiedl, mit dem ich in vielen anderen Punkten nicht einer Meinung bin, vor allem was die Finanzpolitik betrifft, aber das ist eine andere Geschichte, sehr dankbar, dass er auch politisch dafür gesorgt hat, dass in der Gemeinde Neusiedl eine Stimmung erzeugt werden konnte, dass das kein Problem derzeit ist.

Wir haben eine Gemeinde aus meinem Heimatbezirk Unterfrauenhaid, wo 680 Personen leben, wo wir 68 Flüchtlinge haben, also zehn Prozent der Bevölkerung sind Flüchtlinge.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten vor einigen Jahren orte ich derzeit kein Problem. Ich habe auch mit den politisch Verantwortlichen dort gesprochen und die sagen das auch.

Das ist aber ziemlich hoch angesetzt, weil das sind zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, aber die Ängste, die hier entstanden sind, haben sich als falsch im Zusammenleben herausgestellt, über die Jahre hinweg, und es gibt dort auch keine kriminellen Akte, um das auch einmal so brutal zu formulieren.

Vis-à-vis von mir wurde gestern eingebrochen, das waren aber keine Flüchtlinge, das war wer anders. Also wir leben 300 Meter von der Grenze entfernt und trotzdem gibt es nach wie vor Ängste in vielen Gemeinden.

Diese Ängste muss man versuchen auch abzubauen. Aber ich glaube, es gelingt, auch wenn man mit den Verantwortlichen in der Gemeinde spricht. Ich wollte auf den Punkt eingehen, und den haben Sie angesprochen und auch der Herr Kollege Steiner, die Frage der Gründe der Flucht.

Es muss klar sein, bei aller Humanität, dass es hier darum geht, Kriegsflüchtlinge hier in Österreich zu versorgen und keine Wirtschaftsflüchtlinge. Ich war in meiner Funktion als Verteidigungsminister sechsmal in Syrien, im Libanon, im Kosovo, in Bosnien und der Herr Landeshauptmann hat es angesprochen, er war auch in Bosnien.

Das ist ein Unterschied, ob ich aus Syrien komme oder - bei aller Freundschaft und auch Bereitschaft, den Kosovo in die europäische Familie einzugliedern - aus dem Kosovo komme und hier um Asyl ansuche.

Kosovaren sind nach wie vor der drittstärkste Asylwerber im Burgenland und das kann es nicht sein, sage ich ganz offen, denn Kosovoalbaner oder Kosovoserben haben aus meiner Sicht nicht die Berechtigung, hier aus Verfolgungsgründen um Asyl anzusuchen. Syrer sehr wohl, die aus dem Krieg kommen.

Ich möchte es nicht zu lange machen, aber wenn man bedenkt, dass im Libanon vier Millionen Einwohner sind und eine Million Flüchtlinge dort leben, oder in Syrien selbst ein großer Anteil von Millionen Iraker Flüchtlingsstatus erlangen möchten, dann ist klar, wo diese ganze Bewegung herkommt und worauf wir uns in der nahen Zukunft noch einstellen müssen.

Auf das Burgenland bezogen, wir haben derzeit, wie gesagt, 18.000 Grundversorgungsplätze. Wir arbeiten täglich daran, diese noch auszubauen. Wir haben darüber hinaus auch das von Ihnen angesprochene Kommunikationsleck, das es nicht gibt, schon vor längerer Zeit geschlossen.

Es gibt im Burgenland die Wohnraumspende über www.burgenland.at, also jeder der Wohnraum für Flüchtlinge bereitstellt, kann das auch tun. Wir haben vom Land her, das habe ich in der Fragestunde schon kurz angerissen, auch dafür gesorgt, dass es Förderungen gibt für Menschen, die Quartiere zur Verfügung stellen, nämlich bis zu 10.000 Euro oder bis zu 30 Prozent der Kosten, die zur Adaptierung notwendig sind.

Wir haben dafür gesorgt, dass eine Fachgruppe sich wöchentlich mit den NGOs von Seiten der Landesregierung trifft und Experten auch auf Bundesebene, um hier auch eine ganz enge Kooperation zu bekommen und anzustreben.

Wir haben, das ist für mich noch nicht ausreichend, derzeit 56 von 171 Gemeinden, die Flüchtlingsquartiere bereitstellen. Ich würde mir von einigen größeren Gemeinden noch einen stärkeren Beitrag wünschen. Ich sage jetzt aber die Gemeinden nicht, weil ich diese sachliche Diskussion nicht belasten möchte.

Aber es gibt einige Gemeinden, die hier sicherlich noch Luft nach oben hätten. Wir sind laufend in Informationen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, weil ohne die Unterstützung der Gemeinden, egal welcher Couleur die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind, ob sie ÖVP-Bürgermeister sind, SPÖ-Bürgermeister sind, FPÖ-Bürgermeister sind, Listen-Bürgermeister sind, wir brauchen die Unterstützung.

Das versuchen wir laufend zu erwirken und mit diesem Maßnahmenpaket dafür zu sorgen, dass wir unserer Herausforderung als Land Burgenland auch gerecht werden. Ich sehe in diesen Anträgen auch nicht so viele Unterschiede, dass man sich nicht darauf einigen könnte.

Es geht darum, einige Dinge sind aus meiner Sicht obsolet, aber das steht jetzt mir als Regierungsmitglied nicht zu, das ist Aufgabe des Hohen Landtages das zu beurteilen, aber grundsätzlich freue ich mich, dass in den Anträgen, die jetzt vorliegen, auch klar zum Ausdruck kommt, die Leistungen der Vergangenheit im Burgenland von 1956, 1968, 1989, wo ich selbst dabei war, wie über Mörbisch die ehemaligen DDR-Bürger gekommen sind bis hin in die Jugoslawienkrise der 90iger Jahre, wo ich auch persönliche Erfahrung habe, weil ich aus einer burgenländisch-kroatischen Gemeinden komme und wo wir sehr viele dieser Menschen, die damals gekommen sind, jetzt integriert haben. Wo meine Kinder beispielsweise gar nicht mehr wissen, dass das Flüchtlinge sind, sondern die sind völlig integriert.

Etwas einfacher, da bin ich durchaus beim Kollegen Steiner, was die Kultur und die Religion und so weiter betrifft, aber ich glaube, dass es auch möglich ist, diesen Ansturm auch zu kanalisieren mit Maßnahmen, das möchte ich kurz noch ansprechen. Der Herr

Landeshauptmann hat es schon herausgearbeitet, aber es ist für mich ganz, ganz wichtig und es macht mich stolz, dass wir jenes Land sind, das unbegleitete jugendliche Flüchtlinge am stärksten unterstützt, auch mit Deutschkursen, mit schulischer Ausbildung. Wenn wir das schaffen, dann schaffen wir auch die Integration der Menschen, die hier um Asyl ansuchen.

Man wird ja wirklich sehen, wie viele hier um Asyl ansuchen und man wird ja sehen, wie viele wirklich Asyl bekommen. Aber grundsätzlich halte ich diesen dringlichen Antrag für gerechtfertigt und würde, wenn ich Abgeordneter wäre, zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner von der Regierungsbank hat sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Werte Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte mich auch bedanken für diese Diskussion, die wirklich sehr sachlich abgelaufen ist und möchte auch sagen, dass beide Anträge, auch der ÖVP-Antrag und der gemeinsame Antrag der Koalition, nicht viel voneinander abweichen. Aber drei Punkte sind mir schon auch wichtig, doch anzuführen.

Obwohl das heute schon einige Male erwähnt worden ist, aber wo man nicht im Detail darüber gesprochen hat, zum einen ist das die EU, also aus meiner Sicht hat die EU katastrophal versagt, das muss ich wirklich hier auch bemerken. Das ist auch so, wenn man hier von der Quotenregelung spricht, dann frage ich mich wirklich, wenn die EU beschlossen hat, 120.000 Flüchtlinge zu verteilen im Zuge dieser Quotenregelung, dann frage ich mich wirklich, welche 120.000?

Die 120.000 der einen Million, die nach Deutschland gekommen ist? Oder die 120.000 der 140.000, die über Nickelsdorf nach Österreich gekommen sind oder die 120.000 der zwei Millionen in der Türkei stationierten Flüchtlinge oder 120.000 der sieben Millionen aus Syrien, die auf der Flucht sind?

Also das ist auch, aus meiner Sicht, in Ordnung, dass man über eine Quotenregelung spricht. Aber aus meiner Sicht ist das definitiv ein Quotenschmäh, denn über 120.000 zu sprechen und hier eine großmächtige Sitzung zu machen der Innenminister.

Aber ich glaube auch, dass man hier schon mit mehr Weitblick an diese Sache herangehen soll, das sind nicht 120.000, sondern wir wissen alle, das sind weitaus mehr.

Wenn man sich die zweite Situation anschaut, die mir auch wichtig ist anzusprechen, diese Situation des Durchgriffsrechts. Ich sage Euch, es ist unverantwortlich seitens der Bundesregierung, hier ein Durchgriffsrecht zu beschließen, denn glaubt mir eines, wir im Land brauchen kein Durchgriffsrecht. Aber ich glaube auch, dass alle anderen auch kein Durchgriffsrecht brauchen. Das ist einfach eine Hintanhaltung der Gesetzeslage, es ist ein Eingriff in die Autonomie der Länder, der Gemeinden.

Ich glaube, das ist wirklich nicht notwendig, denn alle Länder wissen genauso gut, dass es wichtig ist, sich in der heutigen Zeit sich dieser Verantwortung zu stellen. Ich glaube auch wirklich, dass sich jedes Land dieser Verantwortung stellt. Wenn wir die Einzelheiten dieses Durchgriffsrecht kennen, dann fragt man sich schon manchmal, warum das überhaupt möglich sein kann, dass, wenn ich heute ein Grundstück anmiete seitens der Bundesregierung und dort bis zu 400 Flüchtlinge einquartiere und nicht einmal den Nachbarn fragen muss, also aus meiner Sicht ist das wirklich völlig unverständlich.

Zum Dritten, was ich noch unbedingt sagen muss, ist, angekoppelt auch an die EU, was mir auch noch am Herzen liegt. Na, da macht man einen Sondergipfel nach dem anderen, wenn es um die Griechenlandhilfe geht, na da wird man ja gar nicht fertig vor lauter Sondergipfel.

Ein Sondergipfel, der nächste Sondergipfel, der nächste Sondergipfel, nochmals 100 Milliarden, nochmals 100 Milliarden. Jetzt plötzlich nach einem Jahr kommt man erst einmal drauf, dass es irgendwann einen Sondergipfel geben soll zu diesem brennenden Problem. Es ist ein Armutszeugnis der EU, das muss ich wirklich anführen.

Daher verstehe ich auch nicht, und das möchte ich heute auch negativ anführen, dass es immer noch zwei Parlamente gibt. Es gibt ein Parlament in Straßburg, ein Parlament gibt es Brüssel. In Straßburg trifft man sich einmal im Monat. 7.000 Mitarbeiter werden dann einmal oder dreimal im Monat in Straßburg beschäftigt.

Also das verstehe ich auch nicht, das muss ich einmal anführen. Aber, Kollege Kölly, … *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt so nicht.)* Wieso stimmt das nicht? *(Abg. Manfred Kölly: Das Durchgriffsrecht, wenn Du ein Gebäude anbietest, dass Du Durchgriffsrecht hast.)*

Ach so, da bin ich ja schon viel weiter. *(Abg. Manfred Kölly: Die beiden Sachen hast Du falsch interpretiert.)*

Ich bitte, schneller zu reagieren und nicht dann zu reagieren, wenn das nächste Thema schon kommt, das bringt nämlich nichts. Man muss zu dem Thema Stellung nehmen, das gerade behandelt wird. Nicht dann später, eine halbe Stunde später, wenn das Thema schon vorbei ist.

Und zum Letzten, zu dem ich noch komme, ist das Bundesheer. Da möchte ich mich nochmal wirklich deshalb einbringen, weil ich glaube, dass das Bundesheer aus meiner Sicht, jetzt erst so richtig die Notwendigkeit erfahren hat. Ich selbst habe mir auch in Güssing die Kaserne angesehen und kann nur feststellen, dass dies wirklich eine tolle Kaserne ist und dass das vielleicht beispielgebend sein könnte für ganz Österreich. Dass man das Budget wirklich von 0,56 Prozent des Inlandsproduktes auf vielleicht zwei Prozent erhöht bekommt oder auf fünf Prozent oder über ein Prozent wenigstens.

Eines, was ich abschließend noch sagen möchte, und das ist mir ein persönlicher Aspekt, aber der ist mir beim Bundesheer aufgefallen. Das hat mich wirklich fasziniert. Als ich diese Kaserne in Güssing besucht habe, hat man mir dort bei der Essensausgabe erklärt, dass sich alle Soldaten natürlich beim Buffet bedienen können und man hat auch viele Soldaten darauf hingewiesen, wenn sie sich zu viel auf den Teller gegeben haben, dass sie sich das nächste Mal so viel auf den Teller geben sollen, was sie auch wirklich essen können.

Ich muss wirklich sagen, das hat mir wirklich imponiert, und jetzt funktioniert das wirklich so, dass sich alle daran halten. *(Abg. Gerhard Steier: Wie zu Hause!)* Wie zu Hause, genau, und das möchte ich wirklich positiv anmerken.

Daher danke dem Österreichischen Bundesheer. Danke der Polizei, danke dem Rettungsdienst, danke allen Hilfskräften. Hervorragende Arbeit! Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Steiner, Mag. Sagartz, Ing. Strommer und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen

und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen für eine faire und solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen für eine faire und solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise ist somit mehrheitlich angenommen.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 23) zur Vorlage eines Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes für Asylwerber und Opfer von Naturkatastrophen (Zahl 21 - 19) (Beilage 50)

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 15) betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland (Zahl 21 - 11) (Beilage 51)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Da der 11. und 12. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 11. und 12. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 11. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 23, zur Vorlage eines Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes für Asylwerber und Opfer von Naturkatastrophen, Zahl 21 - 19. Beilage 50.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung zur Vorlage eines Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes für Asylwerber und Opfer von

Naturkatastrophen in ihrer 2. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 09. September 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag, der in der anschließenden Abstimmung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung zur Vorlage eines Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes für Asylwerber und Opfer von Naturkatastrophen unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich ersuche nunmehr Herrn Berichterstatter Kovasits um seinen Bericht zum 12. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Beilage 15, betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland, Zahl 21 - 11, Beilage 51.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Gerhard Kovasits: Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland in ihrer 1. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 09. September 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA brachte auch dieser einen Abänderungsantrag ein, der bei der anschließenden Abstimmung mehrheitlich abgelehnt wurde.

Anschließend wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter.

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Diese zwei Anträge wurden einmal mehr abgeändert. Warum frage ich mich eigentlich. Weil gewisse Dinge da ganz normal erscheinen und vorher haben wir eine riesige Debatte gehabt, bei einem Antrag, der sehr wichtig war. Habe auch erwähnt, der vielleicht zu spät gekommen ist. Jetzt haben wir da Anträge drinnen, die fast ident sind mit dem, was wir vorher diskutiert haben. Ich will mich da jetzt gar nicht mehr weiter darauf einlassen.

Ich hätte nur gerne gewusst, wenn man einen Antrag seitens der ÖVP, die jetzt Oppositionspartei ist, hier auch wieder nicht mitzustimmen, wenn ich glaube, dass das gar nicht so schlecht ist, wenn man an die Bundesregierung einmal appelliert. Wenn man vielleicht doch den einen Punkt oder anderen herausfiltert und sagt, das wäre doch vernünftig.

Oder, und ich wäre sogar noch weitergegangen. Die Werte, die hier der Herr Steiner von sich gegeben und auch richtig ausgesagt hat, hätte ich auch noch befürwortet und eingebracht, denn das sind wichtige Richtlinien und Werte, die wir in der Zukunft brauchen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich würde mir das einmal überlegen. Und in der Zukunft, in zwei, drei Monaten werdet Ihr daher kommen und sagen, wow, jetzt müssen wir wieder schnell schalten, jetzt müssen wir einen Dringlichkeitsantrag einbringen, SPÖ und FPÖ, weil das ist jetzt notwendig. Denken wir ein bisschen nach, schauen wir uns das an.

Aber ich wurde wieder einmal abgelehnt, weil es ist ja Oppositionspartei und das ist halt eben so. War in der Vergangenheit auch so, darf Euch aber nicht so in Schutz nehmen, denn Ihr habt es genauso mit uns gemacht. Darf man jetzt auch nicht sagen, Ihr wart die Braven und die Schönen, sondern es muss um die Sache gehen.

Und diese Sache, die wir heute diskutieren, wo auch die FPÖ umdenken muss, aber noch immer noch nicht ganz in die Bewegung hineingekommen ist und noch immer solche Dinge ausschickt, wo man dann stopp macht und sofort müssen alle abgeschoben werden, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das steht tatsächlich drinnen, und ich komme noch einmal auf das zurück.

Das heißt, für ein konkretes Problem darf ich Ihnen zwei Lösungsansätze vorschlagen.

Erstens garantiert die FPÖ nach erfolgreich geschlagener Landtagswahl und möglicherweise mit Regierungsfunktion ausgestattet, alles zu tun, um die weitere Unterbringung von Flüchtlingen, Asylwerbern im Burgenland, aber auch in ganz Österreich zu stoppen und bereits angesiedelte, und jetzt haltet Euch an, nach Möglichkeit weg damit. Das ist ein Wahnsinn. Das heißt, solche Aussagen, und jetzt sitzen wir auf der Regierungsbank und tun so, als wäre dort gar nichts gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind verantwortlich für solche Aussendungen als Politiker. Wir sind verantwortlich für die Menschen, die betroffen sind. Und jetzt sich herzusetzen und zu sagen, wurscht, jetzt sitzen wir in der Regierung, das ist eine ganz andere Welt. Kollege Géza, die Kurve, mit dem Landesrechnungsabschluss, der war sehr dürftig, die Kurve haben wir nicht richtig bekommen.

Aber ist auch egal. Ich verstehe das schon wie das ist. Auch ich war einmal in der Situation, damals noch in der FPÖ. Wie Herr Haider und Herr Schüssel damals die Regierung gebildet haben. Habe ich auch immer zusammenzucken müssen, wenn das nicht so in Ordnung war. Das muss man auch offen und ehrlich ansprechen.

Ich verstehe das schon, dass das hart ist und sich hinzustellen und herunterzulesen und zu sagen, ja, jetzt haben wir eh Ansätze da drinnen gefunden in dem Rechenabschluss. Und das wird eh jetzt werden, weil jetzt sind wir an der Macht.

Ich würde das nicht so betiteln „Macht“, sondern ich würde sagen, dass man die Möglichkeit bekommen hat, es jetzt anders zu machen. Aber dann müsst Ihr auch zeigen, dass Ihr es anders macht. Das ist der Wert, den ich an der ganzen Situation sehe.

Ich habe Euch damals beim Antritt gesagt, vergönne es Euch, macht es. Auch meine sachliche Unterstützung, wenn es Themen gibt, und auch diese sachlichen Themen werden wir unterstützen, aber nicht solche Dinge, die da drinnen stehen. Das unterstützen wir auf gar keinen Fall.

Und da müsst Ihr Euch jetzt davon distanzieren. Das wünsche ich mir, das fordere ich von Euch, dass das passiert, von mir aus, das ist auch kein Problem, das ist einfach passiert.

Dann sage ich, okay, vergessen, vergangen, wir sind in einer anderen Situation. Wir haben jetzt diskutiert. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter sagt, 120.000, 140.000, was weiß ich. Wir sind leider in eine Zwangsjacke gekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. In unserem Land! Weil wenn die Frau Merkel jetzt zugemacht hat und die anderen auch zumachen, dann stehen wir vor dem Dilemma, dass die Asylanten oder die Flüchtlinge um Asyl ansuchen. Und dann bin ich beim Herrn Landesrat Darabos. Das ist noch nicht gegessen, die Geschichte. Da haben wir noch viel Arbeit vor uns.

Da müssen wir gemeinsam etwas schaffen und nicht sagen, wir machen jetzt Regierungsbeschlüsse, das andere interessiert uns nicht.

Daher glaube ich auch, diese Problematik, die die Kollegen von den GRÜNEN eingebracht haben, beziehungsweise unser Antrag, viel, viel, sage ich einmal Menschlichkeit in sich hat, und wo wir nachdenken sollten, wie geht man mit solchen Anträgen um. Wie kann man das tatsächlich so abändern, dass es einen Sinn macht? Nicht so, wie es jetzt abgeändert wird, dass man immer wieder darauf hinweist, das und das werden wir jetzt ins Auge fassen.

Wisst Ihr was mit den abgeänderten Anträgen passiert? Ich kann ein Lied davon singen. Die verschwinden einmal für eine Zeit, und wenn dann der Hut brennt, dann kommen sie irgendwann einmal heraus, so wie heute der Dringlichkeitsantrag. Wo wir schon fünf oder sechs Anträge in diese Richtung eingebracht haben, haben wir sie auf die Seite aufgeschoben.

Oder ein Beispiel in den Ausschüssen, wo wir gar nicht mitbestimmen dürfen. In den Ausschüssen, da hat sich immer die FPÖ aufgeregt, dass sie nicht mitbestimmen dürfen. In den Ausschüssen sind wir nur Statisten. Wir dürfen uns zwar zu Wort melden, aber nicht mitbestimmen. Auch das gehört geändert, das sage ich Euch auch gleich.

Warum dürfen wir nicht, wo wir jetzt kein Klub sind, aber zwei Mandatare haben, nicht in einer Präsidiale dabei sein? Warum dürfen wir gewisse Dinge in diesem Haus nicht erfahren? Wir sind die, die einen Voranschlag beschließen müssen, mitbestimmen müssen und die Regierung macht, was sie will, und das gehört geändert und da komme ich jetzt zu diesen Anträgen zurück.

Ist ja lustig, in den Ausschüssen bringe ich seit Jahren und auch die ÖVP hat diesen Antrag betreffend Wechselkennzeichen schon eingebracht. Nur ein Beispiel, Wechselkennzeichen, dass wir da endlich eine klare Linie finden. Was habt Ihr jetzt

gemacht? Na vertagt haben wir, man muss sich jetzt erkundigen bei der ASFiNAG, aber bei den zuständigen Stellen oder beim Infrastrukturministerium, ob das überhaupt möglich ist.

Ihr wisst ganz genau, dass das möglich ist. Dann steht dazu und sagt bitte, wir wollen das nicht, weil das hat der Kölly eingebracht oder die LBL oder die GRÜNEN, dann ist es eine andere Aussage. *(Abg. Gerhard Kovasits: Das ist schon beschlossen.)* Dann steht dazu, Herr Kollege Kovasits, Du warst vielleicht damals noch nicht da, ich bin vor 15 Jahren herinnen gewesen. Was ist beschlossen?

Nichts ist beschlossen, Herr Kollege Kovasits, *(Abg. Gerhard Kovasits: Das ist schon beschlossen. Deswegen haben wir eine Expertise von der ASFiNAG eingeholt. So schaut es aus.)* super, danke.

Das heißt, wir bemühen uns wirklich, für die Menschen in diesem Land etwas zu bewegen. Es gibt genug Pendler, wir haben dort ein Problem, es gibt genug Arbeitslose, ein Riesenproblem, wir haben Armut, ein Riesenproblem, und da kommen zwei Anträge, die auch in diese Richtung tendieren.

Ja, dann ändern wir es ab, Ihr habt das als FPÖ immer kritisiert, jedes Mal habt Ihr kritisiert, wenn ein Antrag abgeändert wurde. Jetzt stimmt Ihr mit, mit der SPÖ, mit den „Sozialdemokraten“, sind wir wieder mit dabei im Boot. Was ist denn passiert? Vom Paulus zum Saulus? Habe ich heute schon erwähnt.

Das kann es doch nicht geben, dann haltet Eure Linie ein, geht Eure Linie und es wird gut für das Burgenland sein, glaubt mir das einmal. Wir werden, wo es möglich ist, auch unterstützend mit dabei sein, wir wollen mitarbeiten und das muss der Sinn sein an der ganzen Sache.

Daher glaube ich auch, was die ÖVP da eingebracht hat, als sehr sinnvoll, den sollten wir noch einmal diskutieren, aber auch mit den Werten gleich bringen, weil das ein ganz wichtiger Faktor ist.

Herr Landesrat, da bin ich auch bei Dir, wenn Du sagst, auch das muss man ins Auge fassen zukünftig, dann sollte man es jetzt schon richten und regeln, dann hat man schon einen Vorsprung, dann weiß man schon, hoppala in diese Richtung geht es und dann wissen auch schon diese Herrschaften da unten Bescheid, die so gern zu uns heraufkommen und nach Deutschland, dass es klare Richtlinien gibt.

Ich glaube, es gibt noch eines, der Nachzug, das glaube ich, das haben wir heute auch noch nicht andiskutiert, das gehört auch einmal besprochen.

Das heißt, wir haben einen Flüchtling, meistens männlich, und da können die gerade Linie, wie viele können nachkommen? Auch darüber sollten wir uns einmal Gedanken machen, ist ja nichts Schlechtes, sondern Gedanken machen, wie es in der Zukunft ausschaut.

Daher glaube ich, dass man diese Anträge nicht abändern muss, was man immer wieder einbringt, sondern einfach diskutieren muss und ich komme von dem nicht weg.

Herr Präsident, ehemaliger Präsident, zusammensetzen und diskutieren und dann wird eine vernünftige Lösung für unsere Menschen, für unser Land herauskommen, denn wir haben genug Baustellen in diesem Land, die müssen wir alle einmal zumachen. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ! Die meisten Mitglieder von der roten Fraktion wollen das jetzt gar nicht mehr mitvollziehen, was hier wirklich diskutiert wird, das finde ich schade.

Ich bin wirklich verwundert, der Antrag der LBL und der Antrag der GRÜNEN zu diesem Tagesordnungspunkt sind höchst unterschiedlich. Das kann sein, aber die Abänderungsanträge zu beiden sind einer. Das heißt, es zeigt ja schon, dass wir hier weit weg sind von einem Zugang der Diskussion. *(Zwiegespräche zwischen dem Abg. Manfred Kölly und dem Abg. Gerhard Kovasits)*

Bitte diskutiert draußen, danke! Dass wir hier weit weg sind vom Zugang einer Diskussion über eine Sache, sondern es wird ein Antrag einfach dazu hergenommen, um irgendwas anderes daraus zu machen.

Wenn man den Abänderungsantrag durchliest und ihn vergleicht mit dem Antrag, den Wolfgang Spitzmüller und ich eingebracht haben, stimmt ja nicht einmal der Titel überein. Da gibt es gar nichts mehr das gemeinsam ist, außer dass es im weitesten Sinn auch um Flüchtlinge und Asylwerbende geht.

Mittlerweile frage ich mich ja, ob sie diesen Antrag überhaupt gelesen haben, oder verstanden haben, weil das eine mit dem anderen nichts zu tun hat.

Die Diktion ist auch eine ganz andere, über die habe ich heute schon geredet. Vorschläge, die in anderen Bundesländern beschlossen wurden und dort greifen, werden hier in einer Ausschusssitzung binnen Sekunden vom Tisch gewischt und binnen Sekunden wird irgendein Abänderungsantrag aus dem Hut gezaubert, der inhaltlich keine Auseinandersetzung mehr möglich macht.

In dem von uns eingebrachten Antrag sprechen wir davon, dass Hürden abgebaut werden müssen, in der Bauordnung, in der Raumordnung für temporär eingerichtete Quartiere. Von den Quartieren lese ich da gar nichts mehr.

Eine Sache, auf die der Herr Landesrat Darabos heute auch schon hingewiesen hat, hier gibt es große Hürden.

Jetzt kommt der Antrag von den GRÜNEN rein und sagt, bitte bauen wir doch diese Hürden ab und etwas Unterstützung vom Landesrat finden würde, aber die Regierungsfraktionen sagen nein, nein, das wollen wir nicht, wir müssen alles umändern.

Wir haben aufgefordert, dass Regelungen, die nicht die Sicherheit und Hygiene betreffen, im Bedarfsfall auch außer Kraft gesetzt werden können. Temporär, von dem ist keine Rede mehr.

Wir fordern die Landesregierung auf, flankierende Maßnahmen zur Sicherstellung einer mit der Zivilgesellschaft im Einklang gestalteten Unterbringung von Flüchtlingen zu gewährleisten. Wir haben eingebracht die Frage der Zusammenarbeit mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, wir haben Quartiere ab zehn Personen ins Spiel gebracht.

Wir haben auf die regional ausgewogene Verteilung hingewiesen, wir haben vor allem auf die Notwendigkeit sozialer Begleitmaßnahmen vor Ort und das Zusammenleben hingewiesen. Wir haben auf die Notwendigkeit einer Hotline hingewiesen. Das kommt alles nicht mehr vor!

Was finden wir jetzt in dem sogenannten Abänderungsantrag? Wir sehen Verhinderung von Massenquartieren, also da merkt man auch, einmal sind es Massenlager, einmal sind es Massenquartiere, dann wird mir erklärt, ein Massenlager ist ein Prozent der Bevölkerung.

Ich dachte immer, wir schauen, dass wir bis zu einem Prozent der Bevölkerung insgesamt in einer Gemeinde unterbringen.

Ich habe heute erst vom Landeshauptmann gehört, er meint, alle gleich in einem zusammen, das wäre viel. Also das ist ein komisches Durcheinanderwerfen von Begriffen. Dann wird im Abänderungsantrag gefordert, die finanzielle Unterstützung des Landes für die Gemeinden.

Das ist schon durchgeführt, das wird schon gemacht, haben wir heute gehört. Es wird gefordert im Abänderungsantrag eine Wohnungsbörse für Privat-, Wohnungs- und Hausbesitzer, haben wir heute gehört, das gibt es schon.

Ihr fordert Sachen, die Euer Kollege bereits selber durchgesetzt hat. Ich verstehe nicht, was das für einen Sinn machen soll. Nichts von dem, was im ursprünglichen Antrag eingebracht wurde, findet sich im sogenannten Abänderungsantrag wieder.

Es wird einfach aufgezählt, was sowieso schon vereinbart wurde, und wir sollen heute beschließen, dass die Vereinbarungen, die mit NGOs und Kirchen et cetera getroffen wurden, auch wirklich eingehalten werden.

Bravo! Wofür brauchen wir so einen Beschluss? Die rot-blaue Landesregierung braucht ernsthaft einen Beschluss des Landtages, um sich an das zu halten, was sie bereits mit jemandem vereinbart hat. Ich kann nur sagen, da haben sie eine viel schlechtere Meinung von sich selber als andere.

Ich werde jetzt einiges auslassen, was schon in der vorigen Debatte gekommen ist, um es hier nicht in die Länge zu ziehen.

Was mich schon nachdenklich stimmt, ist die Frage, wie denn aus heutiger Sicht der im letzten Jahr ziemlich überhastete und für das Land kostspielige Kauf und die Behandlung der Kasernen bewertet wird.

Da sind wertvolle Schlafplätze kurzzeitiger Art einfach abgestoßen worden, damals, es war der Juli 2014, hat sich die rot-schwarze Landesregierung damit gerühmt, mit dem Kauf von Kasernen und dem Übertragen der Kasernen in eine andere Hand, das Unterbringen von Asylwerbern verhindern zu können.

Toll, vor einem Jahr rühmt man sich damit, etwas zu verhindern, wo man sich heute hoffentlich damit rühmen kann, es aber umzusetzen.

Nach einer gemeinsamen Lösung in dieser großen Herausforderung wird da nicht geschaut. Wissen Sie, wir kennen auch die Situation. Oberwart wurde schon genannt, Herr Spitzmüller ist selber die ganze Zeit dort gestanden, hat mitorganisiert und natürlich muss man auch im Umfeld hier eine Kommunikationsarbeit in den Gemeinden leisten.

Man kann es aber so oder so kommunizieren. In Eisenstadt haben wir das erlebt, der Herr Bürgermeister ist gerade nicht herinnen, er hat es auch miterlebt, natürlich kam es vor, dass wie einmal die ersten Nenner aus dem Zeltlager im Schwimmbad aufgetaucht sind, dass dann jemand gesagt hat, das ist unmöglich, wie sie sich dort benehmen. Und die fotografieren uns und die machen das und die machen jenes. Große Aufregung.

Was habe ich gemacht? Ich habe mich hingesetzt, habe Regeln formuliert, man darf mit dem Handy im Schwimmbad nicht die Frauen fotografieren und die Kinder fotografieren und man darf nicht mit der Unterwäsche ins Bad gehen und so weiter.

Das wurde in einige Sprachen übersetzt, das wurde dort aufgehängt und die Leute haben gewusst, woran sie sich zu halten haben.

Also wir können natürlich ein großes Theater daraus machen, wir können von Flüchtlingsströmen reden, die uns alle kulturell überrollen, oder wir sagen einfach, aha, dieses Problem gibt es. Reden wir darüber! Die wissen nicht, wie man sich bei uns aufführt. Sagen wir es Ihnen! Und da können wir vieles bereits im Ansatz kommunikativ lösen, so wie wir es hoffentlich untereinander auch machen.

Die Wertegrundlagen, die von der ÖVP eingebracht werden, würde ich mir wünschen, dass wir zuerst einmal auch von allen Österreicherinnen und Österreichern verlangt und erwartet, ist jetzt noch nicht so ganz wirklich weit fortgeschritten.

Man fragt sich, warum denn dieser Abänderungsantrag überhaupt eingebracht wurde, wo doch sowieso ein dringlicher Antrag eingebracht wurde, *(Abg. Manfred Kölly: Das hat man damals noch nicht gewusst. Bei den Ausschüssen haben sie es noch nicht gewusst.)* von denselben Fraktionen. Was will man jetzt damit?

Und in einem Punkt gebe ich dem Kollegen Kölly Recht, wir sind ja so oft nicht einer Meinung, aber man darf sich ruhig einmal trauen, einen Antrag zur Abstimmung bringen zu lassen und wenn sie ihn ablehnen wollen, dann lehnen sie in halt ab, aber vermurksen sie ihn bitte nicht bis zur Unkenntlichkeit, tun dann so, als würde der ursprüngliche Antrag zu Abstimmung kommen, nur um ihn dann als eigenen annehmen zu können.

Wir haben einen Vorschlag gemacht, wie wir im Burgenland die Aufgabe der Quartierfindung besser bewältigen können, gerade wenn es jetzt darum geht, kurzfristig gute Übernachtungs- und Wohnmöglichkeiten zu finden. Dieser Abänderungsantrag ist ein Hohn, aus unseren konkreten, konstruktiven Vorschlägen wird allgemeines Geschwafel, dem werden wir nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir haben heute schon lange und breit über die Flüchtlingskrise diskutiert, die uns derzeit so belastet.

Wie schon gesagt, wir fordern kleine Einheiten und keine Massenquartiere. So und nur so kann man die Akzeptanz der Gemeinden und der Bürgermeister und der Bürger erzielen und auch eine bestmögliche Integration gewährleisten.

So und nur so ist ein Zusammenleben möglich. Wir fordern auch einen besseren Informationsfluss zu den Gemeinden und Bürgermeistern. Es kann doch nicht sein, dass der Bürgermeister von der Unterbringung von Flüchtlingen in der Gemeinde erfährt, wenn sie schon da sind.

Wie soll der Bürgermeister in seiner Gemeinde für Akzeptanz sorgen, wenn er die Bürger nicht vorher informieren kann und die Gemeinde sich so auf die Veränderungen einstellen kann und auch eingebunden werden kann?

So entstehen die Probleme und man darf sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung Angst hat, enttäuscht ist und somit in weiterer Folge die Integration der Flüchtlinge schwer fällt und auf Ablehnung der Bevölkerung stößt.

Auf Bundesebene hilft man sich mit einem Durchgriffsrecht, wozu jeder unseren Standpunkt kennt. Jeder, der bei klarem Verstand ist, wird auch einsehen, dass es langfristig nur effektiv ist, wenn man auch die Akzeptanz der Bevölkerung hat.

Wenn ich selber von etwas überzeugt bin, gehe ich auch positiv und mit dem Willen, es zu schaffen an die Aufgaben heran und durch solch eine Denkweise bewältigt man diese Aufgaben auch.

Die Bundesregierung kennt diese positive Einstellung definitiv nicht, da sie diese selber nicht hat und auf Grund ihrer Unfähigkeit gar nicht in der Lage ist, Probleme zu bewältigen.

Die Probleme sollen und dürfen nicht auf dem Rücken der Länder, Gemeinden und Bürger ausgetragen werden. Wir machen es anders als die Bundesregierung. Wir arbeiten nicht gegen, sondern mit den Gemeinden und mit den Bürgern. Das Land wird die Gemeinden bei der Schaffung von Flüchtlingsquartieren unterstützen und zwar nicht nur mit Floskeln, sondern auch finanziell.

Die Herstellung der nötigen Infrastruktur und Sanierungskosten verursachen enorme Kosten und damit lassen wir unsere Gemeinden nicht alleine. Ich hoffe, Du weißt das.

Denn nur wenn das Land die Gemeinden unterstützt, kann die Gemeinde auch die Grundlage schaffen, Flüchtlinge in einer Gemeinde aufzunehmen. Es wird künftig regelmäßig Besprechungen geben, das ist wichtig, die Probleme auf den Tisch zu legen und auch ein offenes Ohr für die Probleme der Gemeinden zu haben und die Anliegen auch zu hören.

Natürlich ist es auch wichtig, die beim Asylgipfel festgelegte Strategie laufend anzupassen. Wir alle wissen, dass sich die Situation noch lange nicht beruhigt hat und dass die Herausforderung noch nicht gemeistert ist, sondern noch viele weitere folgen werden, die es zu bewältigen gibt.

Aber eines kann ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgermeister, liebe Bürger, versichern: Wir haben uns schon immer für mehr Einbindung von Gemeinden und Bürgern eingesetzt. Die Bevölkerung muss eingebunden und gehört werden. Und das auch nicht nur vor Wahlen, sondern immer. Unabhängig davon, ob eine Wahl ansteht oder nicht. Mit unserem Antrag unterstützen wir die beim Asylgipfel ausgearbeitete Strategie und sprechen uns gleichzeitig für die permanente Anpassung an neue Herausforderungen an.

Die Strategie muss umgesetzt werden und die Gemeinden müssen bestmöglichst bei der Unterbringung von Asylwerbern unterstützt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Präsident Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, - und das liegt ganz in der Natur der Sache, waren stets das

Innenministerium auf Bundesebene und der jeweilige Sozialreferent auf Landesebene wechselweise Reibebaum in all diesen Diskussionen.

Tatsache ist, dass wir seit dem Beginn der 90er Jahre die Situation mit einer großen Zahl von Fremden, von Flüchtlingen, von Asylwerbern, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Westeuropa - und ich sage das unter Anführungszeichen "bewältigen" müssen.

Es gilt hier - und da möchte ich mich doch von der Sprache der FPÖ ein bisschen abgrenzen - Menschen entsprechend zu versorgen. Ich glaube, dass es nicht zum Stil gehört, bei hilfsbedürftigen Menschen Worte zu verwenden, wenngleich nicht alles, was wir hier in Österreich tun und was wir in Österreich haben, so gut ist. Ich stimme auch in manchen Dingen überein, wenn die FPÖ Dinge auf Bundesebene kritisiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass die Diskussion so geführt wird. Ich glaube, wir sollten schon im Ausland mit unserer Hilfe beginnen und die Menschen vor Ort so unterstützen, dass möglichst wenige Personen in die Lage geraten, flüchten zu müssen.

Das beginnt mit einer ausgezeichneten Außenpolitik und mit dem Einsatz unserer Kräfte, des Bundesheeres im Ausland, wenn es gilt, Frieden zu schaffen, Frieden zu erhalten und wie es die Petersberg-Missionen auch ermöglichen, Frieden zu erzwingen.

Ich darf nur auf die entsprechenden Verträge der Petersberg-Dokumente verweisen, sie tragen die Handschrift des damals verantwortlichen Bundeskanzlers Viktor Klima. In der Petersberg-Mission sind auch die Einsätze des Bundesheeres zur Friedenserzwingung verankert.

Das heißt, wenn in Ländern wie Tschetschenien, die eigentlich sehr weit weg sind von uns, Unruhen passieren, so trifft uns das 3, 4, 5 oder 6 Wochen später mit einem Flüchtlingsstrom. Wenn es uns aber gelingt, vor Ort dort einzugreifen und Situationen zu schaffen, damit diese Personen überhaupt nicht in die Lage geraten, zu erwägen flüchten zu müssen oder in ein anderes Land zu gehen, dann leisten wir den größten Beitrag. Das betrifft nicht nur das österreichische Bundesheer.

Hier müssen wir noch mehr und verstärkt Anstrengungen unternehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Humanitäre Einrichtungen und Organisationen, das ist klar, haben die Menschen, dort wo sie sind, abzuholen - ohne zu hinterfragen, warum sie in diese Situation gelangen - Ende des Zitats. Das habe ich hier von diesem Rednerpult 2004 - nämlich genau am 29. April 2004 - gesagt!

Am 29. April 2004, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir hier im Hohen Haus die 15-a Vereinbarung, die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, wie Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen in Österreich beschlossen. Seit 2004 - vor 11 Jahren - haben wir das hier getan.

Am 27. Oktober kundgemacht und im November 2004 in Kraft getreten - vor 11 Jahren! Da dürfen wir uns nicht wundern, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn heute diese Notwendigkeit besteht und eigentlich mit dem ersten Flüchtling, der gekommen ist, wir angefangen haben, Quartiere zu suchen und Organisationen aufzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren - 2004 war es Tschetschenien, heute - und damals haben wir gesprochen von 350 Plätzen, möglichen weiteren 250 Plätzen - heute reden wir von weit mehr, von 1.000 Plätzen. Eine ganze Reihe von Staaten ist heute in der Situation – „failed states“ zu werden - gescheiterte Staaten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Staaten, die nicht mehr im Stande sind, ihren Pflichten als Staat nachzukommen, die Bevölkerung nicht mehr ernähren, nicht mehr sichern zu können. Sudan, Syrien, Irak, Libyen, Gaddafi weggebomt ohne ein politisches Konzept zu haben - was ist danach? Ist zu verurteilen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir können diskutieren, ob wir Syrien in irgendeiner Art und Weise befriedigen mit Assad oder ohne Assad - mag schon sein. Tatsache ist, dass die IS dort einen Unrechtsstaat errichtet hat, den es gilt zu bekämpfen, weil er unmenschlich ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben hier in Europa die Flüchtlinge, wir müssen mit der Situation zu Rande kommen, ist heute schon sehr, sehr weit diskutiert worden.

Der Kollege Hergovich - Sie haben die Diskussion geführt, als wäre das schon das Ende, was wir jetzt haben. Nein, Herr Kollege Hergovich, wir sind am Beginn!

Wenn Sie schauen, wie viele abertausende Menschen auf der Flucht sind, die um Leib und Leben fürchten. Ich bin auch dafür, dass getrennt wird zwischen jenen, die Schutz und Hilfe brauchen, weil es in ihrem Heimatland wegen ihrer politischen Überzeugung, wegen ihrer religiösen Überzeugung, mit Tod oder mit anderem ganz einfach nicht leben können in ihrer Heimat.

Aber wir müssen auch trennen können, wo die Wirtschaftsflüchtlinge sind. Das wird uns nicht erspart bleiben. Wir müssen diese Registrierungen machen und wir müssen klare Asylverfahren durchführen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Tatsache ist, es sind tausende und abertausende Menschen an unseren Grenzen, wir haben diese Menschen nicht gerufen, aber sie sind da! Wenn sie da sind, dann müssen wir sie versorgen. Humanitär, medizinisch, im Bereich der Hygiene, mit Essen, mit Schlafplätzen, wie das gute burgenländische Tradition ist. Hier stimme ich mit dem, was von der Regierungsbank und auch von den Abgeordneten diskutiert wurde, überein.

Hier haben die BurgenländerInnen wieder großartig reagiert und die Hilfsorganisationen, die Polizei, das Bundesheer im Assistenzeinsatz, die Freiwilligen Feuerwehren, alle die hier mitgeholfen haben, hier menschlich zu agieren, all diesen muss unser Dank gelten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich freue mich, auf dass, was in der sachlichen Diskussion untergegangen ist, was Thomas Steiner vor vielen Monaten schon gesagt hat, Asyl auf Zeit! Jene, die kommen, müssen auf alle Fälle Schutz und Hilfe erfahren.

Aber wenn es wieder in der Heimat ruhig ist, dann muss man schon überlegen, ob man nicht wieder nach Hause fährt und dieses Asyl auf Zeit - bin ich sehr froh, dass sich das auf Bundesebene auch durchgesetzt hat - der Herr Minister Ostermayer schlussendlich auch gesagt hat, ja, das ist eine gute Sache.

Weil gestern im Parlament das Durchgriffsrecht des Bundes bei all den Bedenken der Gemeindeautonomie beschlossen wurde, dann findet das auch meine Zustimmung, und was also der Nationalrat Preiner und der Schabhüttl da vor der Abstimmung gesagt haben - ja mein Gott noch, übrigens das was auf ORF ON steht, dass der Herr Nationalrat Preiner nur deshalb zugestimmt hat, weil die winterfesten Quartiere, die vorübergehend im Burgenland in die Quote miteingerechnet wurden - das ist falsch.

Aber es ist nicht das erste Mal, dass der Herr Nationalrat Preiner was Falsches sagt, seine Argumentation, warum er mitgestimmt hat, ist falsch. Tatsache ist, er hat auch mitgestimmt, er hat auch menschlich hier agiert.

Die Frau Brunner von den GRÜNEN, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat ebenfalls mitgestimmt. Niki Berlakovich, ÖVP-Abgeordneter, Nationalratsabgeordneter, selbstverständlich - ein Nationalratsabgeordneter, *(Zwischenruf von Landesrat Mag. Norbert Darabos)* der Herr Hofer hat nicht mitgestimmt, aber das ist auch keine Überraschung gewesen, weil die FPÖ von Haus aus hier eine andere Linie gefahren ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die beiden in Rede stehenden Anträge haben doch vieles gemeinsam.

Es ist auch gerechtfertigt, dass sie beide gleich gemeinsam diskutiert werden. Wir als Österreichische Volkspartei können nur zu dem Abänderungsantrag, der also hier im Ausschuss beschlossen wurde, einen Abänderungsantrag einbringen.

Wir haben uns bemüht, unsere Abänderungsanträge - und sie sind gleichlautend, Herr Präsident - so zu formulieren, dass wir von beiden auch für uns entscheidende Dinge mit drinnen haben. Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, werde ich eine Beschlussformel - muss ich zweimal verlesen? *(Präsident Christian Illedits nickt zustimmend)* - gut, dann verlese ich:

Zum selbständigen Antrag 21 - 11 welcher, wie folgt abgeändert wird:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Grundversorgungsvereinbarung gem. Art. 15-a BVG unverzüglich und in vollem Ausmaß zu erfüllen;
- an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der burgenländischen Gemeinden heranzutreten und auf die Gemeinden einzuwirken - gemeinsam mit Pfarren, NGOs, etc., die Grundversorgung von Asylwerbern entsprechend ihrer Größe und den örtlichen Gegebenheiten mitzutragen, damit in den Gemeinden die Unterbringung in kleinen Einheiten erfolgen kann;
- in Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreterverbänden transparente Regeln zur Aufteilung von Flüchtlingen auf die burgenländischen Gemeinden zu erarbeiten und dabei insbesondere auf eine regional ausgewogene Verteilung Rücksicht zu nehmen;
- soziale Begleitmaßnahmen wie Akzeptanz vor Ort sowie eine entsprechende Einführung der Asylwerbenden in kulturelle und gesetzliche Regeln des Zusammenlebens im Burgenland zu veranlassen;
- mobile Betreuungsteams für Schulen mit Flüchtlingskindern zu schaffen;
- eine Hotline für Quartierangebote einzurichten

ich wusste nicht, dass sie so etwas schon getan haben, sowie an die Bundesregierung heranzutreten, die von Außenminister Sebastian Kurz vorgeschlagenen Punkte umzusetzen.

Das wäre unser Abänderungsantrag zum Punkt 21 - 11 und ich darf gleichlautend zu 21 - 19 genau dasselbe verlesen, wenn es notwendig ist.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Grundversorgungsvereinbarung gem. Art. 15-a BVG unverzüglich und in vollem Ausmaß zu erfüllen;
- an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der burgenländischen Gemeinden heranzutreten und auf die Gemeinden einzuwirken - gemeinsam mit Pfarren, NGOs, etc., die Grundversorgung von Asylwerbern entsprechend ihrer Größe und den örtlichen Gegebenheiten mitzutragen, damit in den Gemeinden die Unterbringung in kleinen Einheiten erfolgen kann;
- in Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreterverbänden transparente Regeln zur Aufteilung von Flüchtlingen auf die burgenländischen Gemeinden zu erarbeiten und dabei insbesondere auf eine regional ausgewogene Verteilung Rücksicht zu nehmen;
- soziale Begleitmaßnahmen wie Akzeptanz vor Ort sowie eine entsprechende Einführung der Asylwerbenden in kulturelle und gesetzliche Regeln des Zusammenlebens im Burgenland zu veranlassen;
- mobile Betreuungsteams für Schulen mit Flüchtlingskindern zu schaffen;
- eine Hotline für Quartierangebote einzurichten

sowie an die Bundesregierung heranzutreten, die von Außenminister Sebastian Kurz vorgeschlagenen Punkte umzusetzen.

Ich darf den Hohen Landtag einladen, diese beiden Abänderungsanträge, die gleichlautend sind, bei der Abstimmung zu unterstützen.

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer übergibt die beiden Abänderungsanträge dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Die mir soeben überreichten Abänderungsanträge sind beide gehörig unterstützt, sodass sie gem. § 61, Abs.3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Drobits das Wort.

Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Nachdem dies auch für mich als „Neomandatar“ die erste Rede ist und ich heute bereits Einigen zuhören konnte, wie sie sich bedankt haben, denke ich mir, dass auch mir ein paar kurze Worte des Dankes erlaubt sind. Dies vor allem auf Grund der fortgeschrittenen Zeit und auf Grund der Thematik dieses Tagesordnungspunktes.

Ich selbst möchte mich bei allen bedanken, die mir die Aufnahme hier in diesem Haus relativ leicht gemacht haben. Die persönlichen Gespräche und auch die Kontakte, die teilweise vorher schon bestanden haben, haben sich intensiviert und es ist, so glaube ich, auch wichtig, „gemeinsam statt einsam“ zu agieren.

Persönlich möchte ich mich auch bei den Vielen bedanken, die mir die Möglichkeit gegeben haben, heute hier zu sprechen. Ich habe mir deshalb zum Ziel gemacht, dass ich versuche, für die Menschen zu arbeiten, vor allem wie auch heute bereits erwähnt, für die Menschen des Südburgenlandes, von denen ich gewählt wurde, Lösungen zu suchen und Verbesserungen zu erreichen.

Wichtig ist, es funktioniert, so glaube ich, nur mit Fairness und es geht nur Miteinander. Deshalb glaube ich auch, dass man im Laufe der Zeit versuchen soll, gewissen gemeinsamen Themen nahezutreten. Somit möchte ich dann genau auf die Thematiken hinsichtlich des Antrages der Abgeordneten Regina Petrik und auch Wolfgang Spitzmüller eingehen.

Nun, auch in der Vorbereitung habe ich eigentlich mehrere Seiten vorbereitet, aber ich glaube, vieles zum Thema Asyl wurde bereits erläutert. Ich denke in der „Kürze liegt die Würze“ und es ist auch, so glaube ich, die Aufgabe eines Politikers relativ kurz und prägnant auf die einzelnen Punkte einzugehen.

Als ich die Information von der Schlepper-Sache gehört habe, dass da 71 Tote in einem LKW aufgefunden worden sind, war mein erster Gedanke, wie ist es den 69 gegangen, nachdem der/die Zweite verstorben ist, wie ist es den restlichen ergangen, nachdem das Baby gestorben ist und wie ist es Jenem/Jener ergangen, der/die 71. war, nachdem 70 Personen gestorben sind.

Ich glaube, wenn man sich das vor Augen führt und daran denkt, ist es richtig zu sagen, dass endlich gehandelt gehört und nicht nur geredet wird. Reden oder zusammensetzen ist zwar ein wichtiger Punkt, so wie es der Landtagsabgeordnete Kölly vorher erwähnt hat, nur glaube ich, dass bei dieser Dimension der Sachlage, in der Flüchtlingsthematik, wo bedauerlicherweise, wie heute schon mehrfach erwähnt, Europa zugesehen hat und vielfach Einige nicht die Verantwortung übernommen haben, das Handeln angesagt war.

Ich glaube, unser burgenländischer Weg ist der, dass gemeinsam Landesrat Darabos mit unserem Landeshauptmann, die sofort die notwendigen Schritte eingesetzt haben und zu einem Asylgipfel eingeladen haben, wo versucht worden ist, mit NGOs, mit Vertretern der Gemeinden und Kirchen, aber auch mit Experten sofort Handlungen zu setzen und eine Strategie für Ziele zu erwirken; dies war die einzige angemessene Handlung

Diese Ziele, die erarbeitet worden sind, sind, auch die Grundlage dessen, was wir eigentlich in diesem Bereich diskutieren aber auch behandeln und beschließen sollten.

Frau Abgeordnete Petrik, bitte nicht falsch verstehen, aber Ihr Antrag auf Vorlage eines Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes mag vordergründig richtig sein, regelt bei genauerer Betrachtung bloß ein Detail.

Aber in der Gesamtheit ist dieser Antrag, dieses Gesetz mit drei Paragraphen zu wenig. Warum ist es zu wenig? Ich habe es mir genau angeschaut, Oberösterreich hat es vor kurzer Zeit behandelt und Oberösterreich ist ein paar Tage vor den Wahlen. Sie haben vorher gesagt, es wurde beschlossen und es wurde damit auch etwas erreicht. Ich behaupte jetzt mit Fug und Recht, dass wenn ich mir die heutigen Zahlen anschaue, wo die Quotenbefriedigung dargelegt wird, dass Oberösterreich das Land ist oder das Bundesland ist, wo die Quote mit maximal 93 Prozent befriedigt wurde.

Deshalb glaube ich nicht, dass Sie sagen können, dass dieser Antrag, auf Vorlage eines Gesetzes, eine wesentliche Bereicherung dafür ist, dass man unseren Mitbürgern auch im Burgenland dieses Gesetz nahelegen kann. Ich bin auch der Meinung, dass dieses Gesetz durchaus Rechtsunsicherheit gebracht hätte. Warum? Wir haben genug Bestimmungen.

Es gibt bei uns eine 15a-Vereinbarung, es gibt ein Landesbetreuungsgesetz, es gibt ein Grundversorgungsgesetz, es gibt auch den Versorgungsvertrag und in diesen Vorschriften haben wir viele Möglichkeiten die „Schrauben nach links und nach rechts“ zu

drehen. Als gelernter Jurist glaube ich, dass es besser und sinnvoller ist, das Vorhandene sich anzuschauen und auch für die Asylthematik anzuwenden.

Das hat der zuständige Landesrat Darabos mit den Experten auch gemacht, indem er versucht hat, diese gesetzlichen Bestimmungen für die Notwendigkeiten anzunehmen. Wir haben deshalb auch in dieser Strategie, die beim Asylgipfel angewendet worden ist, folgende Punkte: Wir haben gesagt, wir wollen ein Streben nach Schaffung von kleineren Einheiten, um eine Akzeptanz in der Gesellschaft zu erreichen. Ich glaube, das ist allen klar und es ist, auch ein wesentlicher Parameter.

Wenn ich jetzt diese Einheiten schaffe und wir im Burgenland 101,8 Prozent Quotenbefriedigung mit heutigem Tag haben, dann sehe ich keine Notwendigkeit ein Sicherstellungsgesetz zu machen. Vor allem wenn wir diese Aufgabe erfüllt haben, dass wir in kleinen Einheiten die Unterbringung von Asylwerbern durchführen können. Wir müssen aufpassen, dass wir die gesellschaftliche Akzeptanz erreichen, weil das Motto des Asylgipfels war genau das Richtige: Für Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz!

Das ist eine Win-win-Situation für Flüchtlinge und Asylsuchende, die menschenwürdige, angemessene Unterbringung wünschen und auch kriegen sollen aber natürlich auch unsere Gesellschaft und unsere Bürger, die mit dieser Thematik nicht überfordert werden sollen. Das heißt, diese Win-win-Situation wurde durch diesen Asylgipfel und durch die Schaffung von kleinen Einheiten und dem Bekenntnis dazu geschaffen.

Heute ist der Begriff Massenquartier oder Massenlager gefallen. Ich glaube, alle wollen das nicht. Es stimmt - wie der Landeshauptmann gesagt hat - es gibt die Ein-Prozent-Hürde laut Amnesty International, da kann man sich genau anschauen wie diese Definition zu sehen ist. Auch diese Form der Unterbringung von Asylwerbern wollen wir natürlich nicht. Wesentlich ist dabei eines - und da bin ich beim Landtagsabgeordneten Kölly - ich glaube die Lösung des Problems, ist im Burgenland deshalb gegeben, weil wir ein „Wir-Gefühl“ entwickelt haben.

Bei uns wird in verschiedenen Kreisen vom Koordinationsteam an oberster Stelle, über den Asylgipfel, der alle vier Wochen tagt, bis zur Expertengruppe, die alle 14 Tage zusammenkommt, engmaschig und lückenlos gearbeitet, sodass genau diese Probleme die entstehen, schnell und kompetent gelöst werden können. Es wird nicht geredet, es wird gehandelt.

Ich bin auch felsenfest der Meinung, dass diese Gemeindeinformationspakete, die mittlerweile geschnürt worden sind, und den Bürgermeistern und Amtmännern zur Verfügung gestellt werden und auch die Informationsveranstaltungen, dazu beitragen, dass keine Ängste der Bürger resultieren und die gesellschaftliche Akzeptanz besteht und keine Ängste bestehen bleiben.

Wichtig ist noch zu erwähnen, wir haben Regelungen in der Bauordnung, wir haben Bestimmungen im Baugesetz, welche zum Beispiel § 35 Bauordnung oder auch 27 Baugesetz, durchaus herangezogen werden können, um entsprechende Lösungen zu finden. Ich bin überzeugt, dass die Experten die vierzehntägig tagen, sich das anschauen werden und deshalb auch die Lösung in diese Richtungen durchaus angedacht werden könnte.

Ich bin auch überzeugt, dass der Versorgungsvertrag, der vom Land Burgenland mit den jeweiligen Quartiergebern gemacht worden ist, bereits adaptiert worden ist oder

werden kann. Da gibt es Überlegungen, dass zum Beispiel die Gewerbeberechtigung nicht mehr gegenständlich ist. Damit erleichtert es den Zugang.

Das sind für mich praktikable Beispiele, um das Thema Unterbringung zu leben. Ein Sicherstellungsgesetz, wie es in Oberösterreich gibt, geht am Zweck vorbei. Das regelt ein Detail aber keine Gesamtlösung. Wir brauchen eine schnelle Gesamtlösung und die wurde mit dem Asylgipfel und mit der Strategie geschaffen.

Vielleicht noch abschließend, natürlich gibt es auch Punkte, die man sich wünschen würde und hier sind einige Bürgermeister unter uns, zum Beispiel Landtagsabgeordneter Kölly, welche sehr gemeindebezogen agieren. Ich habe zum Beispiel auch gesehen, im Versorgungsvertrag wäre zum Beispiel auch ein guter Ansatz, das Betretungsrecht oder Besuchsrecht des Bürgermeisters hineinzunehmen.

Ich bin überzeugt, dass der zuständige Landesrat mit den Experten auch diese Thematiken hineinnehmen wird. Darum ist unser Antrag so verfasst, dass wir sagen: Wir wollen diese Strategie je nach den Herausforderungen anpassen und umsetzen und gleichsam die Gemeinden und Bürgermeister unterstützen, damit sie die Quote erfüllen.

Wenn ich Ihren Antrag, so wie er geschrieben ist, übernommen hätte, wäre genau das Thema der Quotenerfüllung in Frage gestellt, weil in Oberösterreich nochmals diese Quote mit 93 Prozent nicht erfüllt worden ist.

Deshalb glaube ich, dass auch der politische Auftrag, unabhängig von dem rechtlichen Auftrag, nicht in diese Richtung gehen kann. Ich behaupte deshalb, dass unser Antrag, so wie er auch vorgetragen worden ist, eine Möglichkeit bietet, rasch und schnell zu agieren.

Ich denke auch, dass der zuständige Landesrat versuchen wird, auch in den nächsten Wochen den sicherlich kommenden Herausforderungen entgegen zu treten und ich sage es nochmals, „handeln statt reden“ ist sicherlich die Botschaft, gerade in dieser Situation. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Wir beginnen beim 11. Punkt der Tagesordnung. Es ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 23, zur Vorlage eines Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes für Asylwerber und Opfer von Naturkatastrophen, Zahl 21 - 19, Beilage 50.

Dazu liegt ein vom Landtagsabgeordneten Ing. Strommer eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Unterbringung von Asylsuchenden ist somit in der vom Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Es folgt nun die Abstimmung über den 12. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Beilage 15, betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland, Zahl 21 - 11, Beilage 51.

Dazu liegt ebenfalls ein vom Landtagsabgeordneten Ing. Strommer eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher erst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen sollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Unterbringung von Asylsuchenden ist somit in der vom Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 24) betreffend dem Erhalt aller NMS-Standorte im Burgenland (Zahl 21 – 20) (Beilage 52)

Präsident Christian Illedits: Der 13. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 24, betreffend dem Erhalt aller NMS-Standorte im Burgenland, Zahl 21 - 20, Beilage 52.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Steiner, Mag. Sagartz, BA, Mag. Wolf, M.A., Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 24, betreffend dem Erhalt aller NMS-Standorte im Burgenland, Zahl 21 - 20, Beilage 52, vor.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Steiner, Mag. Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, betreffend den Erhalt aller NMS-Standorte im Burgenland, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin recht dankbar, dass wir diesen Antrag seitens der ÖVP diskutieren dürfen und eingebracht wurde seitens der ÖVP, denn wie wir wissen, in den letzten Jahren gab es ein Hickhack an anonymen Anzeigen von Schulschließungen und vielleicht Gesetzesübertretungen.

Man hat sich gegenseitig Schuld zugeschoben, man hat sich gegenseitig kriminalisiert, möchte ich sagen. Ich finde, damals hätte schon dieser Antrag eingebracht werden müssen. Ich sage Ihnen auch warum. Viele Bürgermeister haben das Beste versucht, um ihre Schulstandorte zu erhalten. War nicht einfach, aber es war trotzdem möglich.

Viele haben es geschafft, viele wurden verurteilt, einige wurden freigesprochen. Ich denke mir, es sollte endlich einmal klare Linie herrschen in diesem Land. Denn eines ist klar, wenn ich jetzt denke, dass von Deutschkreutz 15 Schüler und Schülerinnen nach Oberpullendorf in ein Gymnasium wechseln, weil die Schüler es so wollen und die Eltern scheinbar kein Recht haben mitzudiskutieren, davon sind vier Kinder aus dem Ausland, haben keinen ordentlichen Wohnsitz in Deutschkreutz.

In Oberpullendorf können sie ins Gymnasium gehen, in Deutschkreutz brauchen sie einen ordentlichen Wohnsitz. Hier, denke ich, ist der Bund gefordert einmal Klarheit zu schaffen. Hier, denke ich, ist der Bund gefordert endlich einmal Ressourcen in die Hand zu nehmen, wenn man schon eine Neue Mittelschule beschließt und dementsprechend auch forciert, dann sollte man nachdenken, dass das finanzieller Aufwand ist, dass das finanzieller Mittel bedarf, auch seitens des Landes.

Dann ist man irgendwann auf eine Zahl gekommen, ich weiß nicht wem die eingefallen ist, irgendwann um Mitternacht ist er munter geworden, ist am Nachtkasterl am Zettel gestand - 90. Gut, beschließen wir 90. Das war einmal so. Das ist klar und deutlich herausgekommen. Darauf ist man irgendwann einmal gekommen. Mit diesen ganzen anonymen Anzeigen und dergleichen mehr, da brodelt es aber trotzdem noch in gewissen Ortschaften mit den Schulschließungen.

Was hat man gemacht? Da brodelt es aber trotzdem noch in gewissen Ortschaften wegen diesen Schulschließungen. Was hat man gemacht? Man ist wieder auf eine Idee gekommen und hat gesagt, was mache ich? Ich sage Euch, da gibt es eine Schule da erwischt man gerade die 80, das wäre gerade optimal. Das könnten wir jetzt so machen und dann werden wir schon weiter schauen.

Damals habe ich schon darauf aufmerksam gemacht, dass die Zahl nicht das Wichtigste ist für eine Neue Mittelschule. Für mich ist entscheidend die Qualität einer Schule. Für mich ist entscheidend wie komme ich zu dieser Schule? Für mich ist entscheidend die Infrastruktur, ist die vorhanden oder nicht?

Wenn heute ein Antrag diskutiert wird, oder ein Abänderungsantrag diskutiert wird, sehe ich für beide eigentlich Möglichkeiten, dass wir das auch umsetzen können. Nur es kann tatsächlich nicht an einer Zahl festgehalten werden. Das ist meine persönliche Meinung. Und in diesem Fall muss ich dazu sagen, hat es Gespräche gegeben mit Fraktionen.

Ja leider, die Zahl soll bestehen bleiben, und jetzt sage ich auch warum die Zahl bestehen bleiben soll. Und das ist das Interessante, weil der Herr Landeshauptmann anscheinend sagt, da können wir Einsparungsmaßnahmen treffen. Warum? Aus finanzieller Sicht, weil es dem Land nicht gut geht und man redet immer Bildung muss uns etwas wert sein.

Und weil der Bund einfach nicht mehr Lehrer zur Verfügung stellt und das Land zusätzlich finanzielle Mittel in die Hand nehmen muss. Verständlich auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler auf dem Rücken der Eltern, auf dem Rücken der Gemeinden, auf dem Rücken der Region.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da bin ich schon ein bisschen enttäuscht vom Landeshauptmann, der sich immer einsetzt, auch heute wieder bei unserer ganzen Geschichte mit den Flüchtlingen, und eigentlich mir oft aus dem Mund spricht, aber in diesem Fall muss ich ihn schon fragen, was ersparen wir uns tatsächlich?

Und wenn wir eine Expositur machen, begrüße ich das, da habe ich überhaupt kein Problem, nur er soll mir vorrechnen wie hoch tatsächlich die Einsparungsmöglichkeiten sind.

Wenn ich jetzt in einer Schule eine Direktion habe, oder nicht, eine Direktorin kostet im Schnitt, oder ein Direktor, kostet um die 280 Euro mehr im Monat. Ich frage mich sowieso, warum man die Verantwortung übernimmt und nicht mehr davon hat an finanziellen Mitteln?

Nein, weil diese Leute, die Pädagoginnen und Pädagogen sich dafür einsetzen, dass sich etwas tut in den Schulen. Die machen überall mit, bei Projekten, und werden hervorragend ausgezeichnet, eLSA-Programm oder dergleichen mehr, und haben tolle Ergebnisse vorzuweisen.

Nur diese Ergebnisse dürfen wir nicht herzeigen, die darf man nicht veröffentlichen und das verstehe ich überhaupt nicht, muss ich ehrlich dazu sagen.

Denn, wenn ich vernünftig arbeite, wenn ich mich wirklich anstrenge und qualitativ etwas weiterbringe, dann darf ich das nicht sagen? Das versteht niemand, das sage ich Euch auch gleich. Daher ist für mich, oder ich denke auch für andere Fraktionen wichtig, die Qualität in den Vordergrund zu stellen.

Ich verstehe den Herrn Landeshautmann da wirklich nicht. Er soll mir vorrechnen was für Einsparungsmöglichkeiten tatsächlich sind, und das wünsche ich mir. Da wird auch eine Anfrage kommen, was macht es wirklich aus?

Er denkt anscheinend nicht, dass der Direktor oder die Direktorin dann auch in die anderen Schulen fahren muss, um dort das Ganze abzuwickeln. Das kostet ja auch ein bisschen was. Oder ich setze dort irgendwen dort hin, eine Pädagogin oder einen Pädagogen, die das abwickeln.

Nur die darf sich nicht Direktorin schimpfen oder Direktor schimpfen, sondern die muss halt, ich weiß nicht wie man sie bezeichnen will, eine „fleißige Biene“, bekommt aber vielleicht nichts bezahlt, oder doch ein bisschen etwas bezahlt. Und das sollten wir uns anschauen.

Und der Kollege Hergovich, mit dem habe ich darüber diskutiert, aber anscheinend ist der Herr Landeshauptmann anderer Meinung. Das tut mir weh, obwohl ich mit der Expositur überhaupt kein Problem habe, nur einsparen tut man sich dort wirklich nichts. Ja, man erspart sich Qualitätsdenken. Das wir herauskommen, das wird das Problem sein.

Und daher überlegt Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob man nicht doch diese Zahl 80 tatsächlich irgendwann einmal wegbringt, überhaupt die Zahl wegbringt. Denn das nächste Mal gibt es eine Schule oder zwei, die nicht der ÖVP zugeordnet werden, sondern der SPÖ oder der FPÖ.

Nein die FPÖ hat ja da keinen Bürgermeister und keinen nichts, aber vielleicht wird es noch einmal, dann werden wir eben auf 60 herunter gehen oder 65. Denn in den kroatischen Ortschaften ist es völlig wurscht wieviel wir haben.

Und daher noch einmal mein Appell: Die Qualität soll im Vordergrund stehen, das Ganze zu überdenken, Expositur, ja, aber unter anderen Voraussetzungen, nicht wegen des Geldes. Denn Bildung muss uns etwas wert sein und das sagt immer der Herr Landeshauptmann. Und dann frage ich mich, warum er gerade einer ist, der das abdrehen oder abwürgen will?

Nachdenken! Vielleicht doch das eine oder andere aus diesem Abänderungsantrag herauszunehmen. Denn viele große Unterschiede gibt es ja nicht. Da steht drinnen unter Punkt C - diese Ausnahmeregel hat sich an den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren.

Das brauchen wir nicht hinein schreiben. Wir in den Gemeinden haben das schon längst und müssen das leben, falls wir das nicht wissen. Wir werden immer wieder darauf hingewiesen, seid sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig.

Oder - so wie an die Bundesregierung heranzutreten um sicher zu stellen, dass jenen Ländern Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die den Erhalt von wohnortnahen Schulen in ländlichen Regionen ermöglichen. Das ist eine Aufforderung an die Bundesregierung? Super! Warum hat man nicht schon längst etwas gemacht?

Der Herr Landeshauptmann sitzt übrigens in den Gremien drinnen. Der Herr Landeshauptmann sitzt dort drinnen und hat sich dementsprechend auch gerühmt, dass er dort drinnen ist und vieles bewegen kann. Dann fordere ich ihn auf, er soll einmal etwas bewegen, ganz einfach.

Er soll hergehen und sagen, so liebe Freunde, dem Land kostet das so und so viel Geld, weil wir die Neue Mittelschule alle erhalten wollen, alle 41 Standorte, wie auch angedacht von der SPÖ. Die FPÖ sagt ist ja kein Unterschied. Dann soll der Bund uns etwas an Geld zuschießen.

Heute beim Rechenabschluss haben wir gehört, dass der Bund eh etliches dazu beigetragen hat, dass wir dieses Nullsummenspiel bekommen haben an der ganzen Situation und nicht jetzt mit Abänderungsanträgen zu arbeiten, wo man dann schlussendlich dasteht, weil der Knackpunkt ist der 1. Oktober. Ist ja sehr interessant.

Das heißt, jetzt hat man 79 Kinder am 1. Oktober und nächstes Jahr hat man wieder 110 Kinder. Was heißt das dann wieder? Ist dann die Expositur aufgelassen und es ist wieder der normale Standort? Das hat mir keiner noch erklären können. *(Abg. Doris Prohaska: Ich glaube, da hast Du die falschen Leute gefragt.)*

Darf ich Dich fragen? Gibst Du mir eine Antwort? Du wirst ja eh reden zu diesem Thema, oder? *(Abg. Doris Prohaska: Stimmt.)* Nehme ich an, Frau Kollegin. Ich hoffe, dass Du dazu redest. *(Abg. Doris Prohaska: Du hättest mich vorher schon fragen können.)*

Wie ist das jetzt, wird dann die Expositur aufgelassen, wenn wir wieder im nächsten Jahr weit mehr Kinder haben, und in diesem Jahr die Zahl 79 und nicht die Zahl 80

haben? Oder ist es eine Qualifikationsdiskussion dann? Das ist für mich die Frage. Mehr sage ich nicht dazu.

Denkt nach! Danke schön. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte schön.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Qualität setze ich dann gleich fort. Mich beschäftigt noch ein bisschen die Frage des Ablaufes vorher.

Dass wir einen Antrag, der schon einmal angenommen wurde, noch einmal wortgleich, auch wenn es ein Abänderungsantrag war, ein zweites Mal abgestimmt haben, das fand ich interessant. Mich würde interessieren, wie das in der Geschäftsordnung ausschaut?

Ich werde das nicht irgendwie beanstanden, *(Abg. Dr. Peter Rezar: Das war in Ordnung.)* es hat mich nur beschäftigt. Aber es ist nur interessant, dass ein Antrag zwei Mal zur Abstimmung kommen kann. Gut. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Peter Rezar.)*

Die Qualität der Bildung - ja aber Sie wollen Worte sehen, ja - die Qualität von Bildung lässt sich nicht an der Schulgröße oder an der Schulklasse ablesen, an der Klassengröße. Wenn es aber darum geht Qualität abzusichern, dann sind kleinere Klassen eher dazu geneigt, im Unterricht individuell auf die Kinder mit ihren Stärken und Schwächen eingehen zu können.

Gerade im ländlichen Raum und gerade auch im Burgenland haben wir ja hier viele positive Erfahrungen, bis inklusiven Unterrichts sogar verschiedener Schulstufen miteinander. Und ich kenne etliche Kolleginnen und Kollegen im Grundschulbereich, die einmal in einer einklassigen Volksschule unterrichtet haben und gesagt haben, sie wollen es nie wieder anders haben. Hier ist so ein lebendiger und gegenseitig befruchtender Unterricht.

Nun bin ich weit davon entfernt in einen Jubelruf über die Neue Mittelschule einzustimmen. Den finden wir im Vorspann, in der Begründung zu den einzelnen Maßnahmen dieses Antrages, in ihrer jetzigen Form ist es eine halbherzige Lösung und verhindert weiterhin nicht die Aufteilung der Kinder in jene, die aus bildungsnahen und jenen die aus bildungsferneren Familien kommen.

Was jedoch heute zur Debatte steht ist der Schulstandort und dieser sollte möglichst wohnortnahe sein. Nun gehöre ich durchaus zu jenen, die weiß, dass man Kindern auch einiges zumuten kann, zum Beispiel, dass sie eigenständig ihren Schulweg zurücklegen und nicht jeden Kilometer von Mami oder Papi, oder Oma oder Opa mit dem Auto chauffiert werden. Oder das sie ihre Schultasche selber tragen und nicht bis zum Klassenzimmer begleitet werden müssen.

Aber gerade mit dem Anliegen der Kinder und Jugendlichen möglichst selbständig und selbstbestimmt ihren Bildungsweg, also auch ihren Weg in die Bildungseinrichtung beschreiten können, dazu braucht es bewältigbare Schulwege. Der Schulweg ist auf Lebenszeit eine wertvolle Lebenszeit, die die Kinder für sich auch so nutzen müssen.

Insofern werden wir diesem Antrag natürlich zustimmen. Ich möchte noch einmal kurz einen Zusammenhang herstellen zu dem die heutige Sitzung bestimmenden Thema.

Unsere Schulen werden zu groß für schrumpfende Schülerzahlen. Wie glücklich müssen sich doch jene Gemeinden schätzen, die in dieser Zeit Familien aus anderen Ländern bei sich aufnehmen dürfen.

Sie werden genau in diesem Punkt einmal mehr die Erfahrung machen, dass die Aufnahme von neuen Gemeindemitgliedern, von Zuwanderern, von Flüchtlingen und von Asylwerbenden eine sehr große Bereicherung sein kann, mehr noch, mitunter das Überleben der Infrastruktur in der Gemeinde sichern kann.

Gemeinden die also die Schülerinnen- und Schülerzahlen nicht mehr anheben können und deren Schulen von der Schließung bedroht sind, sollten sich darum bemühen schutzsuchenden Familien einen Platz bei ihnen zu geben. Sie geben nicht nur dieser Familie eine Sicherheit dieses neuen Zuhauses, sondern sie sichern auch den Platz ihrer eigenen Kinder in dieser Schule.

Wir stimmen dem Antrag zu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Richter.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch einmal aus einem bestimmten Grund auf die Thematik Asyl zurückzukommen.

Ich komme aus der Großgemeinde Tobaj und das ist ein recht interessantes Beispiel. Tobaj hat ungefähr 1.500 Einwohner und besteht aus sechs Ortsteilen. Ein Ortsteil davon ist Deutsch Tschantschendorf und Deutsch Tschantschendorf-Dorf, das ist wieder ein Unterschied, es gibt Berg und Dorf.

Deutsch Tschantschendorf-Dorf hat 180 bis 190 Einwohner. Und in diesem Ortsteil befindet sich eine Liegenschaft in der sind, da schwankt die Zahl, zwischen 95 und 105 Asylanten, untergebracht. Das meine ich, Frau Kollegin Petrik wäre ein Beispiel für ein Massenquartier. Das heißt, ich sehe das als Verhältnis zwischen Bevölkerung und Asylanten.

Das wäre eine Möglichkeit, eine Definition, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Aber es klappt.)* weil, schon öfter die Rede davon war, wie viel ist ein Massenquartier?

Dann komme ich aber schon zum entsprechenden Tagesordnungspunkt. Das Problem der Schließung von Schulen ist ein, da wird mir jeder zustimmen, ich sage einmal unangenehmes Problem. Da kann ich wieder aus der eigenen Erfahrung sprechen, aus dieser besagten Ortschaft.

In Tobaj waren bis vor einigen Jahren drei Volksschulen untergebracht, die sind dann auf eine Volksschule zusammengelegt worden. Ich bin persönlich der Meinung, ich meine, es kann sich jeder vorstellen, was das für hohe Wellen geschlagen hat und die Diskussionen im Gemeinderat und in der Bevölkerung waren dementsprechend und es hat die Gefahr eines Volksaufstandes und einer Eskalation gegeben.

Das hat sich aber alles beruhigt. Und es hat sich eigentlich alles in Wohlwollen aufgelöst. Ich bin persönlich der Meinung, es ist irgendwo eine Mindestanzahl von Schülern für einen Schulstandort, ich sage einmal, legitim.

Ich habe das bei uns gesehen, eine Volksschule hatte nur mehr aus neun Schülern bestanden, eine aus elf und es war nur eine Frage der Zeit bis sie unter dem Limit gewesen wären. Und ein bisschen im vorauseilenden Gehorsam hat unser Bürgermeister

die Schulen gleich zusammengelegt. Hat natürlich auch eine Prämie vom Land bekommen und so weiter und so fort. *(Abg. Walter Temmel: Guter Bürgermeister.)*

Durch Bestimmungen, jetzt kommen wir zur Neuen Mittelschule, durch Bestimmungen wie das Herabsetzen der Mindestschüleranzahl auf 80, oder durch die Möglichkeit der Errichtung von Expositurklassen ist diese, ich sage einmal ein bisschen harte Regelung abgeschwächt worden und es wurde ein wenig die Schärfe genommen.

Da sage ich einmal, das ist eine Ausnahmeregelung. Die Gruppenbildung soll bedarfsorientiert erfolgen und die größere Schulautonomie soll auch zu einer Beruhigung der Sachlage dienen. Dabei spielen wieder, das ist schon zitiert worden, spielen die Aspekte, Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit eine Rolle. Das ist so, das ist ein wesentliches Kriterium bei der Schließung von Schulstandorten.

Jetzt komme ich da aber trotzdem zu einem interessanten Beispiel und zwar zur Marktgemeinde Neuhaus am Klausenbach. Abgesehen von der Tatsache, dass dort der dortige ehemalige Landtagsabgeordnete und jetzige ÖVP-Bürgermeister Helmut Sampt damals diese Schulschließungsgesetze mitbeschlossen hat, ist er jetzt verzweifelt bemüht, den Schulstandort der Neuen Mittelschule in Neuhaus am Klausenbach zu erhalten. *(Abg. Walter Temmel: Das ist seine Pflicht.)*

Er hat dazu eine Petition dem Land zukommen lassen und ich muss ehrlich sagen, auf Grund der Argumente tendiere ich sogar zu einer Beibehaltung dieser Schule und zwar aus folgenden Gründen:

Das ist die einzige Schule die sehr intensiven Kontakt zu slowenischen Schulen hat und auch zu ungarischen Schulen. Es ist die einzige Naturpark-Mittelschule in diesem Naturpark Raab und es besteht eine große Gefahr, dass bei einer Schließung dieser Schule viele Eltern ihre Kinder in das sechs Kilometer entfernte St. Anna am Aigen schicken, in der Steiermark, denn Jennersdorf wäre 16 oder 18 Kilometer entfernt.

Das heißt, das sind für mich triftige Gründe. Gerade durch die Zusammenarbeit mit ausländischen Schulen und im südlichen Burgenland wäre die Auflösung dieser Neuen Mittelschule für den Ort, für die Region, eine kleine Katastrophe.

Ich weiß nicht, vielleicht könnte man wirklich eine Ausnahmeregelung treffen, das heißt, ich tendiere in dem Fall wirklich dafür noch eine Ausnahme zu treffen. Vielleicht könnte eine Arbeitsgruppe oder Ähnliches die Argumente überprüfen, erhärten oder bestätigen.

Das heißt, man sollte doch hie und da, wenn es ganz gewichtige Gründe gibt, regionale oder infrastrukturelle Gegebenheiten berücksichtigen. Es sollte aber wieder die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, das ist halt einmal ein Prinzip und die Zweckmäßigkeit gegeben sein, möglichst gegeben sein, sage ich.

Grundsätzlich muss ich sagen, diese Thematik ist schwierig und ich glaube, das Problem wird irgendwo immer vor sich hergeschoben und da sollten sich wirklich alle zusammensetzen, der Meinung bin ich auch, und das Problem versuchen einmal grundlegend zu lösen.

Natürlich wäre wichtig, Herr Kollege Kölly hat es erwähnt, dass die Bundesregierung die entsprechenden Mittel auch bereitstellt, dass Schulen im ländlichen Raum erhalten werden können und damit bin ich auch schon am Ende.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Positionen zu diesem Thema, der Schulschließungen im Burgenland sind, glaube ich, weitestgehend bekannt. Es gibt einige wenige Reibungspunkte.

Ich bin froh, dass dank unseres Entschließungsantrages es heute eine klare Willensbildung geben wird im Burgenländischen Landtag, wo gerade die Dinge, die der ÖVP Fraktion auch in der Vergangenheit wichtig waren, aber damals an der Kompromissfindung mit dem ehemaligen Koalitionspartner gescheitert sind, die Frage nämlich einer regionalen geografischen und infrastrukturellen Rücksichtnahme auf den jeweiligen Standort, wo es uns nicht nur darum gegangen ist ein „Ko-Kriterium“ zu haben, nämlich eine Zahl.

Wo all das hingeführt hat, wo alle diese Diskussionen bis hin zu den Gerichtsverhandlungen geführt haben, ist uns allen bekannt. Wir kennen auch die Auswüchse, dass es hier Streitigkeiten gibt, Kollege Richter hat das ja angemerkt. Vom Volksaufstand würde ich noch nicht reden, das ist vielleicht zu hoch gegriffen.

Aber Tatsache ist, dass es viele, viele Emotionen gibt und auch natürlich viele Kommunalpolitiker deren Herzblut auch in dieser Sache gelegen ist, die hier versucht haben gute Lösungen für ihre Gemeinden, für ihre Regionen zu bringen.

Auch uns ist das ein Anliegen und ich darf diesbezüglich unseren Antrag erneut einbringen und darf die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, alle notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zum Erhalt aller derzeit bestehenden NMS-Standorte im Burgenland zu veranlassen, womit auf regionale, geografische und infrastrukturelle Merkmale des betroffenen Standortes Rücksicht genommen wird, sowie die Eigenverantwortung an den einzelnen Schulstandorten zu stärken. Insbesondere soll auf eine gerechtere Verteilung der Ressourcen auf die einzelnen Standorte Bedacht genommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich diesen Abänderungsantrag überreiche, gestatten Sie mir eine generelle Anmerkung. Wir haben heute ein sehr sensibles Thema behandelt, dass uns alle noch in den nächsten acht bis zehn Jahren, glaubt man Experten, beschäftigen wird, nämlich Migrationswellen, Wanderungswellen.

Und wie gehen wir mit Menschen um, die zu uns kommen? Die ÖVP hat heute, Thomas Steiner hat die fünf Bekenntnisse vorgetragen, eine Grundsatzerklärung abgegeben zu diesem Thema. Wir haben aber auch einen Abänderungsantrag eingebracht der wortident war mit den Inhalten der Abgeordneten der Regierungsfraktionen.

Für mich ist es bezeichnend, dass bis auf die Begründung wo wir statt Innenministerin, Bundesregierung geschrieben haben, es keinerlei maßgebliche Veränderung gab in diesem Antrag. Und ich habe zur Kenntnis genommen, dass es Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, der SPÖ und der FPÖ, lediglich darum gegangen ist parteipolitisch hier etwas abzulehnen.

Denn inhaltlich waren wir einer Meinung und wir haben den Weg beschritten, dass wir die Sachpolitik, Georg Rosner hat es heute erwähnt, über die Parteipolitik gestellt haben.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird nicht möglich sein und es ist auch nicht notwendig einen Wettlauf um die besten Fotos zu machen, wer schneller in Nickelsdorf, in Heiligenkreuz seine Runden dreht unter Begleitung der Medien, sondern es wird darum gehen die besseren Ideen umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und ich stehe nicht an, dass ich auch zugebe, dass es gute Ideen gibt von anderen Fraktionen, dass man gemeinsam sich auf eine Einigung zusammenreden kann, Herr Kollege Kölly, um bei Ihrer Diktion zu bleiben.

Und ich kann Ihnen garantieren, dass die ÖVP-Fraktion Kritik und Kontrolle üben wird, aber auch Alternativen aufzeigen wird und zu Kompromissen bereit ist, das brauchen wir nämlich. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abg. Mag. Christian Sagartz, BA übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir vom Abgeordneten Mag. Sagartz, BA soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christian Wolf, MA und Kollegen ist gehörig unterstützt sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung mit einbezogen wird.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe sehr konzentriert meinen Vorrednern zugehört und darf natürlich jetzt auf einige dieser Wortmeldungen eingehen.

Herr Kollege Kölly, die Zahl 90 ist nicht unbegründet, *(Abg. Manfred Kölly: 80.)* der Bund zahlt pro zehn Schüler einen Lehrer und man braucht neun Lehrer in einer Neuen Mittelschule *(Abg. Manfred Kölly: Das habe ich gesagt.)* - jetzt bin ich am Wort, Herr Kollege! *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Manfred Kölly: Genau das habe ich gesagt, genau das.)*

In der Neuen Mittelschule sind neun Lehrer notwendig, um einen vierstufigen Unterrichtsablauf mit getrennter Abfolge gewährleisteten zu können. Punkt eins, die Zahl 90 ist sehr wohl begründet.

Das Zweite, Sie haben gesagt der Direktor, die Direktorin kostet 280 Euro mehr pro Monat, wenn man an jedem Schulstandort einen Direktor hat. Da hat sich ein grober Rechenfehler eingeschlichen bei Ihnen.

Punkt eins, es ist leider noch immer so, dass die Direktoren die mehrere Schulen gemeinsam verwalten, zwar für die Anzahl der Schulstandorte die Direktorenzulage kriegen, aber sie kriegen ein Lehrergehalt.

Das heißt, hättest du vier Direktoren wären es vier Lehrergehälter. Und ich sage das offen und ehrlich, mehr als 280 Euro verdient ein Lehrer sehr wohl. *(Abg. Manfred Kölly: Das weiß ich eh alles. Nicht erzählen Sie mir etwas.)*

Dann sagen Sie, Herr Kollege, die Schülerzahl darf nicht als Kriterium gesehen werden. Da muss ich Ihnen sagen, gehen Sie nach dem Motto vor, um das Geld der anderen ist mir nichts zu teuer, denn dann könnten wir ja das Kindergartengesetz verändern und sagen, jeder Bürgermeister egal wieviel Kinder er im Kindergarten hat, muss eine weitaus viel höhere Zahl an Pädagoginnen und Pädagogen zahlen.

Wer gibt Ihnen das Recht, das ist auch das Steuergeld Ihrer Gemeinde. *(Abg. Manfred Kölly: Wir, wir bezahlen das! Integrationsgruppen zahle ich seit Jahren, die Gemeinde Deutschkreutz.)* Jetzt hast Du mir wieder nicht zugehört. Ich habe gesagt, wir könnten das Gesetz *(Abg. Manfred Kölly: Wir bezahlen das, zum Wohl der Kinder in Deutschkreutz.)* verändern und dann wäre auch eine x-beliebige Zahl, nur soweit zu dem einmal. *(Abg. Manfred Kölly: Das gibt es ja nicht. „Bist du deppert“.)*

Und zu Deiner Frage, die Du mir vorher gestellt hast, das Sinken der Schülerzahlen für ein Jahr, da ist eine Ausnahmeregelung möglich.

Herr Kollege Kölly und dann muss ich noch etwas feststellen. Sie haben heute in den vorhergehenden Diskussionen einmal gesagt, diese Falschheit in der Politik halte ich nicht mehr aus, *(Abg. Manfred Kölly: Ja.)* dann, Ihr denkt politisch und nicht für die Menschen. *(Abg. Manfred Kölly: Ja.)*

Dann die Familie - ich habe mir den Namen nicht gemerkt aus Deutschkreutz, kann sich in Traiskirchen Flüchtlinge aussuchen, die sie haben wollen. Das erinnert mich so an Zustände wie in Amerika vor 100 Jahren, wie man sich irgendwelche Angestellten gekauft hat.

Und jetzt frage ich Sie Herr Kollege: Warum haben Sie uns verschwiegen, dass Sie zu Schulbeginn des heurigen Schuljahres 77 Kinder an der NMS hatten und jetzt plötzlich haben Sie mehr als 80 *(Abg. Manfred Kölly: Weil wir arbeiten, Frau Oberlehrerin! „Bist du deppert.“ Wir arbeiten daran!)* und zufälliger Weise sind es ausschließlich Flüchtlingskinder*. (Abg. Manfred Kölly: Nein! Das stimmt nicht. Falsch!)*

Das heißt, Sie *(Abg. Manfred Kölly: Falsch!)* haben Sie genau, normal hören wir immer, dass das lauter *(Abg. Manfred Kölly: Richtig stellen!)* jugendliche Burschen sind und in Deutschkreutz sind es zufällig Familien mit Kindern. *(Abg. Manfred Kölly: Das sage ich richtig.)* Und der Zufall ist ja wirklich außergewöhnlich, *(Abg. Manfred Kölly: Falsch!)* alle sind in dem Alter, dass *(Abg. Manfred Kölly: Falsch, was Du da daherredest.)* sie die Neue Mittelschule in Deutschkreutz besuchen können und das Sie nicht zusperren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und Sie sagen uns was von Falschheit und Verlogenheit. Bitte überlegen Sie sich das das nächste Mal vorher, Herr Kollege. *(Abg. Manfred Kölly: Na bitte, was hat das damit zu tun? – Unruhe bei der SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Ich melde mich eh zu Wort.)*

Entweder verstehe ich irgendetwas nicht oder Sie, Herr Kollege. *(Abg. Manfred Kölly: Ich melde mich eh zu Wort, Frau Kollegin Oberlehrerin.)* Ich glaube, dass ich das verstehe. Außerdem denke ich mir, dann haben Sie zur Frau Innenministerin einen besonders guten Draht, dass gerade Sie diese Familien bekommen haben und andere haben diese Familien nicht bekommen. *(Abg. Manfred Kölly: Ja! Was ist da falsch daran?)*

Frau Kollegin Petrik, es mag stimmen, *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja unglaublich.)* ich sage die Neue Mittelschule steckt noch in den Kinderschuhen, dass es nach wie vor die Aufteilung in schulausbildungsfernen und -bildungsnahen Schichten gibt, aber durch die Zuweisung von sechs Stunden wo zwei Lehrer in den Hauptgegenständen sind, gibt es ja laut Evaluierungsbericht jetzt die Zahl, 68 Prozent der Neuen Mittelschulschüler erlangen die AHS-Reife.

Wir sind im Burgenland fast zehn Prozent über dem Österreichschnitt und weit über dem Schnitt der ehemaligen Hauptschule. Das heißt, die Kinder die die NMS besuchen sind zwar vielleicht noch immer die Kinder aus Elternhäusern bildungsferner Schichten, aber sie haben weitaus die besseren Chancen und bessere Ausbildung und das ist was für uns zählt.

Vom Kollegen Sagartz bin ich diesmal ganz enttäuscht. *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Manfred Kölly: Das ist ja unglaublich. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Oje.)* Ja, das ist unglaublich, Herr Kölly, einmal muss *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja unglaublich, so enttäuscht.)* ich Ihnen Recht geben.

Zum Thema Bildung, mein Herzensthema, haben Sie eigentlich inhaltlich nicht viel gesagt, aber *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gar nichts.)* Sie haben uns in den letzten Tagen einiges ausgerichtet über die Medien, über schriftliche Anfragen der ÖVP zum Thema Bildung.

Und ganz besonders hat es mich gefreut, ich gebe es ehrlich zu, ich bin „Kronen Zeitung“ Abonnentin, als ich das gestern gelesen habe. Ein unabhängiger Journalist schreibt darüber, dass Sie jetzt bekritteln, dass im Burgenland jetzt ein roter Landeshauptmann an der Spitze des Landesschulrates steht und ein roter Landesschulratspräsident.

Und das *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Frau Kollegin, normal sind Sie ein bisschen angriffiger. – Heiterkeit bei der ÖVP)* – das kommt schon noch, ich habe ja noch Zeit fünf Minuten, Herr Kollege, warten Sie es kommt noch – *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Außer Schadenfreude heute ist da nichts dabei.)* und der Herr Pirsen schreibt ganz genau, in erster Linie greifen Sie deshalb an, weil im Burgenland ein Roter und kein Schwarzer den Landesschulrat anführt. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Überlegen Sie sich, es gibt auch noch Bundesländer die schwarze Landeshauptleute haben, heißt das, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, sechs von neun, Frau Kollegin.)* wenn man politisch engagiert ist, ist man *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sechs von neun.)* dann qualitätsmäßig nicht dazu geeignet Landesschulratspräsident zu werden.

Hoffentlich sagen Sie das auch Ihren Landeshauptleuten in den anderen Bundesländern. Die werden eine große Freude damit haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind Experten nominiert worden. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

So jetzt komme ich zum Antrag, das geht sich noch alles locker aus. *(Abg. Manfred Kölly: Was redest denn so lange herum? Kennst Du Dich nicht aus? Du hast keine Ahnung.)* Beim Pflichtschulgesetz ist, hat schon der Vorredner Kollege Richter gesagt, bei *(Abg. Manfred Kölly: Was redest Du denn so lange herum?)* der Zahl 90, bei der Zahl 80 war die ÖVP immer mit dabei.

Es hat überhaupt keine besonderen Diskussionen gegeben. *(Zwiegespräch der Abg. Manfred Kölly und Mag. Christian Sagartz, BA)* Jetzt da ist wieder eine Gemeinde der ÖVP, müssen wir dieses Thema wieder diskutieren.

Ich frage mich, ob wir wirklich im Landtag sind um eine Anlassgesetzgebung durchzuführen oder nicht? *(Unruhe bei der ÖVP)*

Als Nächstes, wundern tut es mich nicht, dass es nach wie vor Schulen gibt, wo die Zahlen sinken, denn *(Zwischenruf von Abg. Mag. Christian Sagartz, BA – Unruhe bei der ÖVP)* wenn ich alles schlecht rede und schlecht mache.

Also, wenn ich Coca Cola in der Werbung im Fernsehen schlecht mache, trinkt keiner mehr ein Coca Cola und wenn ich über die Neue Mittelschule so rede, wie das die ÖVP in den letzten Jahren getan hat, wundert mich das auch nicht.

Einsparungen sind uns vorgeworfen worden, die wir unterlassen hätten. Es ist Ihnen vielleicht entgangen Bezirksschulratskollegin und Bezirksschulratsinspektoren gibt es seit 1. August 2014 nicht mehr, mittlerweile ist das ein Jahr. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Seit der Landtagswahl sind alle Bildungsagenden in einer Hand und ich finde es auch als einen Affront, dass Sie den Antrag, den Sie eingebracht wortident noch einmal einbringen. Für mich ist das echt ein Fußtritt gegen die Demokratie. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na geh. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Na geh. – Unruhe bei der ÖVP)*

Heißt das, Sie bringen Anträge so lange ein, bis sie so abgestimmt werden, dass es Ihnen passt, weil ich sehe nicht einen anderen Grund dahinter, warum man einen Antrag, der bereits abgelehnt worden ist, noch einmal einbringt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil wir der Meinung sind. Wir können auch Anträge einbringen. – Unruhe bei der ÖVP)*

Herr Kollege Sagartz, Kollegen von der ÖVP, ich denke die Rolle des Zornpinkerls im Trotzwinkerl ist absolut unangebracht. Schnäuzen, Gesicht waschen und endlich produktiv arbeiten, denke ich, wäre weitaus besser. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Maga. Michaela Resetar: Sie verwechseln uns mit einer Klasse, oder wie?)*

Fühlen Sie sich so, Frau Kollegin? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das ist ja unglaublich. – Unruhe bei der ÖVP)*

Das Burgenland ist immer schon für die wohnortnahe Schule eingetreten. Sie wissen, das Bildungsbudget des Burgenlandes beträgt 25 Prozent des Gesamtbudgets, Tirol hat 16 Prozent, Niederösterreich 19 Prozent, das heißt, weitaus weniger, aber wir wissen finanzielle Grenzen sind uns gesetzt.

Kleine Schulen haben oft von den Ressourcen großer Schulen mitprofitiert, weil es eben nicht möglich war für die Anzahl der Kinder kleinerer Schulen genauso viele Lehrer zu bekommen, damit alles abgedeckt war und wir haben vom Land nach wie vor 60 Lehrer die wir selbst bezahlen.

Expositurklassen, *(Abg. Manfred Kölly: Um das geht es nämlich, 60 Lehrer.)* dieses Beispiel gibt es bereits in Lockenhaus und Bernstein seit einem Jahr. Das funktioniert sehr gut.

Ich bin auch der Meinung natürlich, dass die Autonomie, so wie sie in Neuhaus am Klausenbach mit der Naturparkschule ein Grund dafür sein soll, um genau anzuschauen, dass der Erhalt einer Schule wichtig und richtig ist. Es sind die Direktoren verpflichtet, für zwei Jahre im Vorhinein ein Schulentwicklungskonzept mit Bilanz- und Zielvereinbarungen zu erarbeiten. Nach wie vor muss aber die Qualität die höchste Priorität haben.

Uns geht es darum, ein Schulsystem zu haben, das optimale und individuelle Förderung aller Kinder und soziale Chancengerechtigkeit garantiert. Wir wissen, Bildung bringt soziale Sicherheit. Bildung bringt Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Bildung bringt Zukunft.

Wir werden diesem Antrag gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Frau Kollegin Prohaska! Wenn Sie mit meiner persönlichen Meinung nicht einverstanden sind, ist das kein Problem.

Ich schätze Ihre Meinung und auch Ihr Dozententum, das Sie an den Tag legen, sehr. Es ist Ihre Sache, wie Sie Ihre Rede anlegen. Aber eines, Frau Kollegin, möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben. Sie sind Sozialdemokratin, Sie sind Sozialdemokratin und es gab nur eine Zeit, wo man in Parlamenten den Kolleginnen und Kollegen das Wort

verboten hat, verboten hat, Anträge einzubringen, verboten hat, mitzustimmen und wo das Parlament sogar schlussendlich ausgeschaltet wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Na super!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass gerade Sie sich darüber aufregen und hier den Abgeordneten vorschreiben wollen, welche Anträge sie einbringen dürfen, ja oder nein, denken Sie darüber nach - Sie haben das vorher sehr gut formuliert -, welchen Geistessinn und welcher Geisteshaltung Sie hier das Wort reden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Doris Prohaska: Trotzbinkerl und Zornbinkerl! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mit „f“ fängt das Wort an.)*

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es einmal, zur Richtigstellung, Frau Kollegin, ich darf ja gar nicht Kollegin sagen, ich bin ja kein Lehrer, ist gefährlich. *(Abg. Christian Illedits: Als Abgeordneter schon.)*

Wenn Sie zu einer Diskussion mit Flüchtlingen das vermischen, dass ich Falschheit an den Tag lege, dann muss ich das richtigstellen.

In wie weit interessiert Sie das eigentlich, was in Deutschkreutz passiert? Seit wann interessiert Sie das? Sie waren Jahre im Landtag. Das hat Sie nie interessiert. Noch nie! Und jetzt kommen Sie daher und sagen, ich lege Falschheit an den Tag. Und sehr interessant, wahrscheinlich haben Sie es aus Ihrer Fraktion erfahren, wieder von den „Sozialdemokraten“, dass wir vor einem Monat 77 Kinder nur gehabt hätten.

Wenn Sie zugehört hätten, was ich gesagt habe, was passiert ist, dass 15 Kinder innerhalb von einer kurzen Zeit von Oberpullendorf gegangen sind und viele ausländische Kinder, die gerne in Deutschkreutz in die Schule gegangen wären und sich nicht anmelden konnten, weil sie keiner mehr nimmt, weil damals die Diskussion war, wo man kriminalisiert worden ist. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister - aber Du bist ja keine - Du wirst es auch nie als Verantwortung sehen, das ist einmal so. Wir wissen, was das heißt.

Frau Kollegin, zuhören! Herr Rezar, bitte, nicht nachher sagen, ich habe etwas Falsches gesagt. Selbstverständlich hat die Frau Posch als Familie Posch seit zehn Jahren - Frau Kollegin, hören Sie einmal zu -, *(Abg. Ingrid Salamon: Wo sind wir denn! Na hallo!)* wo sind wir denn, das darf doch nicht wahr sein. *(Abg. Robert Hergovich: So können Sie daheim schreien. - Zwiegespräche in den Reihen - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Setzt sich hin, stellt sich hin ans Rednerpult und behauptet was, was nicht in Ordnung ist und nicht richtig ist.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um mehr Ruhe in den Abgeordnetenreihen.

Herr Abgeordneter Kölly, Sie haben ein Recht darauf, dass Ruhe in den Abgeordnetenbänken ist. Sie haben aber kein Recht darauf, dass Ihnen auch jemand zuhört.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Okay. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie hat aber auch kein Recht, das uns verbietet, Anträge zu stellen.)* Ich verstehe

das sowieso nicht mehr. Sie als Pädagogin sollten eigentlich ganz anders handeln. Sie ist Pädagogin.

Auf alle Fälle nochmal zurück zu dieser Diskussion. Es wurde vom Kollegen Hergovich in den Raum gestellt oder wer immer das auch gesagt hat, dass man jetzt Quartiere im Burgenland geschaffen hat, aber die von der Innenministerin oder vom Bund nicht ausgelastet werden. *(Abg. Robert Hergovich: Das habe ich gesagt.)*

Und darauf habe ich geantwortet, es gibt eine Familie Posch, ich sage das auch mit dem Namen, die seit zehn, zwölf Jahren Flüchtlinge oder Asylanten bei uns aufgenommen hat, hervorragende Arbeit leistet, die alle integriert sind und die Möglichkeit haben, wenn sie nach Traiskirchen fahren, mit dem Land gemeinsam das abchecken, wenn Sie checken verstehen, Frau Pädagogin, und in Traiskirchen Familien bekommen, die auch in unseren Rahmen passen, die in unsere Gemeinde passen. Die das Ganze auch so sehen, dass wir Sie integrieren können, und nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt.

Wenn Sie das stört, dass wir 77 Kinder gehabt haben, und jetzt auf einmal die Zahl überschreiten, ihre 80 und Sie mir vormachen, 90 ist eine wichtige Zahl gewesen, weil das ist der Schlüssel von dort und da. Ja, ja, ja, super.

Dann sage ich Ihnen noch einmal. Ich habe nie behauptet, dass wir keine ausländischen Kinder in Deutschkreutz haben wollen. Weder im Kindergarten noch in der Schule, noch wo anders. Wir haben sie schon seit Jahrzehnten bei uns in Deutschkreutz, und ich bin glücklich darüber, weil die ausländischen Kinder können wenigsten grüßen und wahrscheinlich bei Ihnen in der Ortschaft, wo Sie Pädagogin sind, können sie nicht einmal grüßen.

Das ist nämlich das Problem, das Sie haben, Frau Kollegin Prohaska. Und mir vorzuwerfen Falschheit, wer da falsch ist, frage ich mich?

Und wenn ich mir das anschaue, wenn Sie immer sagen, Bildung muss uns was wert sein. Na selbstverständlich und Sie haben das richtig gesagt. 60 zusätzliche Lehrer oder Pädagogen brauchen wir im Burgenland, weil wir das so haben wollen, weil uns das etwas wert sein muss. *(Abg. Klaudia Friedl: Wir haben schon einen Gehörsturz.)* Weil Sie nicht zuhören.

60, Herr Kollege Kovacs, Herr Kollege Kovacs, ich würde Ihnen einmal empfehlen oder würde Ihnen einmal raten, nicht nur immer den Herrn Bürgermeister in Eisenstadt zu kritisieren, sondern miteinander einmal etwas schaffen und nicht sich hinzustellen, mit Ostereiern und Kürbis machen wir und was weiß der Teufel. Ihr seid alle fotogeil.

Aber jetzt kommen wir zum Schluss. Frau Prohaska, 60 Lehrer muss das Land zahlen und um das geht es und um sonst gar nichts bei diesen Sachen. 60 Lehrer muss das Land zahlen und das ist es anscheinend dem Land nicht wert und daher muss man das abdrehen. Genau das ist der Punkt.

Falls Sie es noch nicht kapiert haben, was ich gesagt habe, eine Pädagogin kostet so und so viel und die Direktorin kostet um 270 Euro mehr, mehr kostet sie als eine normale Pädagogin. Das sollten Sie aber wissen, vielleicht werden Sie auch einmal Direktorin. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher über den

vorliegenden Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist zwar schlechter, aber wir sind dafür. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Beim Letzten sind wir eh dagegen.)*

Die Entschließung betreffend Schulstandorte im Burgenland ist somit in der vom Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 7) zum Bodenschutz (Zahl 21 - 7) (Beilage 53)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum 14. und letzten Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 7, zum Bodenschutz, Zahl 21 - 7, Beilage 53.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung zum Bodenschutz in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 9. September 2015, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung zum Bodenschutz unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Ich hoffe, ich kann Eure Aufmerksamkeit nach acht Stunden noch ein bisschen fesseln. Ich finde, das ist ein sehr wichtiges Thema. Den Kollegen im Landtag habe ich es schon gegeben. Kurz noch zu den Fakten.

Unter einem Hektar Fläche leben 15 Tonnen Bodenlebewesen. Das entspricht ungefähr dem Gewicht von 20 Kühen. Umgerechnet ist das eineinhalb Kilogramm pro Quadratmeter. Boden kann man nicht vermehren und ist er einmal zerstört, dauert es Jahrzehnte, um ihn wieder herzustellen. Natürlicher Boden kann Lebensmitteln und Rohstoffe erzeugen, sehr viel Regenwasser aufnehmen, CO_2 binden, organisches Material, zum Beispiel Laub recyceln, Wasser reinigen und, und, und.

Damit ist allerdings Schluss, wenn dieser Boden versiegelt ist. Wird er also zur Straße, zum Parkplatz oder wird ein Haus darauf gebaut, Einkaufszentren darauf errichtet, und zwar Schluss für sehr lange. Böden sind in menschlichen Zeiträumen nämlich nicht erneuerbar.

Der Verlust der Biodiversität soll gestoppt werden. Die Klimaerwärmung soll auf wenige Grade beschränkt werden und wir wollen vermehrt nachwachsende Rohstoffe anbauen. Das sind allgemein gültige Ziele, allerdings ohne fruchtbaren Boden werden hier keines dieser Ziele erreicht, denn Böden erfüllen alle Ihre Funktionen nur, wenn das Bodenleben intakt ist.

Uns geht eben, ich habe diese Zettel eh ausgeteilt, wirklich sehr viel Boden verloren. Österreichweit, aber auch im Burgenland. Was wir brauchen würden, wären klare Grenzen des Siedlungsraumes. Viele Gemeinden haben nach wie vor zum Beispiel kein Ortsentwicklungskonzept.

Wir brauchen weiters eine nach innen orientierte Siedlungsentwicklung, da passiert zwar schon einiges, die Abteilung Raumordnung ist da um einiges kritischer und strenger wie früher.

Wir brauchen ein Flächenrecycling, bevor wo neu gebaut wird, müssen Baubrachen genutzt werden. Wir brauchen ein Ende von eingeschößigen Geschäftslokalen, wie sie vor allem Supermärkte immer wieder errichten. Hier fehlt eine Verpflichtung durch mehrgeschoßigen Bau, Wohnraum zu schaffen, zum Beispiel darüber, oder Büros. In Wien und in Salzburg ist das bereits auf Schiene.

Wir haben beispielsweise in Oberwart mitten im Ortskern einen Spar, rundherum sind mehrgeschößige Häuser, der Spar ist ebenerdig, lauter verlorener Platz, aber Hauptsache am Ortsrand wird weiter zersiedelt.

Weiters brauchen wir eine Änderung der Wohnbauförderung, zum Beispiel geringere Fördersätze für Einfamilienhäuser, höhere für Mehrfamilienhäuser und geringere Förderungen für den Bau auf grüner Wiese, also dort, wo Zersiedelung passiert.

Wir brauchen weiters eine öffentliche Kampagne, um den Wert unserer Böden und die Problematik darum der Bevölkerung bewusst zu machen, und wir brauchen endlich Förderungen für gemeindeübergreifende Kooperationen, zum Beispiel gemeinsame Gewerbeparks, Baureststoffsammelzentren.

Und ein letzter Punkt noch: Die Erschließung weiterer Gebiete mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist entscheidend dafür, welche Form des Wohnens und Wirtschaftens stattfindet. Und somit auch die Art der Bodennutzung. Klar, je mehr Straßen wir brauchen, weil wir zersiedeln, desto mehr Boden verlieren wir. Soweit die Tatsachen.

Liebe Regierung, warum wird unser Antrag nicht ernst genommen? Es gibt heute kaum ExpertInnen, die seriös sind, die diesem Thema nicht ähnliche Brisanz wie die Hagelversicherung, wie teilweise die ÖVP und die GRÜNEN dem Thema zugestehen.

Es gibt positive Ansätze im Burgenland, dass sich der Trend ein bisschen ändert. Der Landesentwicklungsplan ist natürlich eine sehr gute Grundlage, aber da fehlt noch einiges.

Ihr seid selber viel im Burgenland unterwegs, man sieht es eh tagtäglich, die Zersiedelung schreitet voran. Überall wird neu gebaut, immer mehr Industrieruinen sind sichtbar. Teilweise mitten in den Orten, teilweise am Rand.

Abgesehen von der erwähnten Problematik, eine optische Katastrophe mitunter. In Oberwart haben wir mitten im Ort seit Jahren einen leerstehenden riesigen Magnet, ich glaube, der steht jetzt seit sechs Jahren dort. *(Abg. Ilse Benkö: Da sind Sie aber nicht gut informiert. Da geschieht schon etwas.)*

Das ist aber seit sechs Jahren so. Der Lidl hat vis à vis von seinem eigentlichen, ursprünglichen Platz neu gebaut, das ist zwar jetzt auch irgendeine Firma drinnen, aber wir kennen das eh, da wechseln oft dann die Firmen und letztendlich steht das Objekt meistens wieder leer. Man kennt das ja mit den meist wechselnden Nachmietern, habe ich eh schon gesagt.

Wenn ich mir allerdings jetzt den Abänderungsantrag anschaue, dann muss ich sagen, das Thema ist offensichtlich nicht wichtig, ist zumindest Euch nicht wichtig.

Warum wird der Antrag abgelehnt und nicht angenommen? Seid Ihr zu feig, dagegen zu stimmen? Ist Euch das Thema einfach wurscht? Sind Euch die Oppositionsanträge wurscht?

Ich kann es ja noch nachvollziehen, wenn es um irgendwelche unwichtigen Themen geht, Dienstautos von mir aus, aber da geht es um die Zukunft unseres Burgenlandes und einer Verschandelung der Orte, da geht es um Lebensmittelproduktionsflächen, Rohstoffproduktionsflächen, Freizeiträumen.

Es ist mir unverständlich, wieso der Antrag, übrigens jetzt das zweite Mal, vorher hat es ja die SPÖ-ÖVP-Regierung geschafft, den zu vereiteln.

Wir werden dem Antrag natürlich nicht zustimmen, weil er ist - der Kollege Kölly hat das heute schon erwähnt - ein Wischi-Waschi-Antrag, der in Wirklichkeit genau null bringt. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte voranstellen, dass es natürlich Ziel ist, erstens die Versiegelung des Bodens und zweitens auch die Zersiedelung von Gemeinden laut dem Landesentwicklungsprogramm zu minimieren.

Also warum geht es? Fläche lässt sich zwar im engeren Wortsinn nicht verbrauchen, Fläche ist jedoch wie auch der Boden eine Ressource, mit der der Mensch sparsam umgehen muss, um sich seine Lebensgrundlagen zu erhalten.

Das Problem Flächenversiegelung, das die Böden undurchlässig für Niederschläge macht und die natürlichen Bodenfunktionen zerstört, ist den politischen Entscheidungsträgern bestens bekannt, deswegen gibt es auch das Landesentwicklungsprogramm.

Geschätzte Damen und Herren! Der Antrag der GRÜNEN ist allerdings wieder einmal ein Versuch, den Eindruck zu erwecken, dass die Regierung zu wenig für den Schutz der Umwelt tut. Ich möchte diesem Eindruck entgegenwirken.

Natürlich gilt es, Naturflächen zu schützen, auch das Ackerland, was letztlich auch ein Stück Natur und vor allem auch Kulturland darstellt, ist zu schützen.

Ein Drittel der Landesfläche des Burgenlandes stellen Schutzgebiete dar. Flächenmäßig weisen die Natur- und Landschaftsschutzgebiete; Naturparks und Natura

2000-Gebiete die größten Anteile auf. Im österreichischen Bundesländervergleich ist das ein sehr hoher Anteil.

Vom Vorschlag der GRÜNEN, eine Aufklärungskampagne für die Bevölkerung zu starten, halte ich nichts. Was hilft es der Sache, wenn wir irgendwelche Statistiken darüber anfertigen und der Bevölkerung womöglich noch weismachen, sie sollen ihre Wohnhäuser abreißen? Das wäre wahrscheinlich der Zugang der GRÜNEN, damit es zu einer Flächenentsiegelung kommt.

Geschätzte Damen und Herren! Was es braucht, ist ein gemeinsames Handlungsprogramm zwischen Kommunen und dem Land.

Und das Handlungsprogramm heißt ganz klar: Landesentwicklungsprogramm Burgenland 2011. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dagegen habt Ihr gestimmt.)* Das Landesentwicklungsprogramm wurde von den Gemeinden, Interessensverbänden, der Landesverwaltung und der Öffentlichkeit intensiv diskutiert.

Die breite Beteiligung hat eindeutig gezeigt, wie wichtig verbindliche Leitlinien für eine am Gemeinwohl ausgerichtete Entwicklung in diesem Land sind. Als Verordnung gewährleistet das Landentwicklungsprogramm, dass seine Inhalte auf allen Planungsebenen zur Stärkung der Flächennutzungseffizienz berücksichtigt werden.

Und es braucht natürlich eine gemeinsame Anstrengung von Seiten des Landes und der Kommunen zur Flächenrevitalisierung und der Entsiegelung. Durch das Landesentwicklungsprogramm wurden die Entwicklungsinteressen auf allen Planungsebenen berücksichtigt und definiert.

Das heißt, die Grundsätze der regionalen Entwicklung, die standörtlichen nationalen Funktionen und die Zielsetzung der örtlichen Raumplanung. Auf diese Weise wird berücksichtigt, dass die übergeordnete Zielsetzung der Landesentwicklungen auf Gemeindeebene sichergestellt wird.

Natürlich kommt es bei der Raumplanung immer wieder zu Spannungsfeldern, besonders auf der Gemeindeebene. Das örtliche Entwicklungskonzept wäre hier die wesentliche Planungs- und Steuerungsgrundlage zur räumlichen Entwicklung der Gemeinden.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Gemeinden, die über ein örtliches Entwicklungskonzept verfügt haben, eindeutig eine geordnetere, strukturiertere und nachvollziehbarere Entwicklung genommen haben. Diese Bestimmungen und Planungsgrundsätze helfen der Gemeinde nicht nur, ihre Siedlungsgebiete künftig wirtschaftlicher zu betreiben, sondern sichern auch langfristig die Lebensqualität.

In Zukunft geht es natürlich darum, die Erhaltung einer vielfältigen Eigenversorgung mit qualitativ hochwertig regionalen Nahrungsmitteln nachhaltig sicherzustellen.

Hochwertige Produktionsflächen sind zu erhalten und vor der dauerhaften Versiegelung zu bewahren. Dabei soll der Verbindung von Ökonomie und Ökologie großes Augenmerk geschenkt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da sich im Laufe der Zeit allerdings immer wieder räumliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bindungen ändern, wird die Landesregierung aufgefordert, die Umsetzung der im Landesentwicklungsplan definierten Vorgaben zum Bodenschutz laufend zu evaluieren sowie begleitende Maßnahmen in diesem Bereich zu setzen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstem erteile ich das Wort dem Abgeordneten Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich unserer neuen Agrarlandesrätin gratulieren zur Agrarlandesrätin, aber auch dass sie die zweite Pinkatalerin ist, heute ist der Name schon erwähnt worden - nach Landesrat Josef Wiesler - und für die gute Zusammenarbeit und natürlich um die gute Zusammenarbeit ersuchen, hätte es nicht eine Aussage gegeben, „Landwirtschaft und Umwelt sind unvereinbar".

Diese Aussage muss man natürlich allen Bäuerinnen und Bauern erklären und allen, die an der Gestaltung der Umwelt und Landwirtschaft arbeiten.

Meine Meinung ist und das schreibe ich wirklich ins Stammbuch und das trifft wirklich für alle zu und das sollten wir auch beachten, Lebensräume und Umwelt wurden über Jahrhunderte durch landwirtschaftliche Bewirtschaftung gestaltet und geschaffen, sonst hätten wir ganzflächig Wald. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Umwelt braucht Landwirtschaft, zum Beispiel würde die Schachbrettblume in Hagensdorf verkommen, wenn die Wiesen nicht landwirtschaftlich genützt würden.

Viel erneuerbare Energie, was wichtig ist für den Klimaschutz, kommt aus der Land- und Forstwirtschaft und so weiter, man könnte sehr viele Fälle da natürlich anführen. Das möchte ich nicht, meine Vorredner haben es wirklich schon sehr ausführlich ausgeführt.

Bemerkbar ist, nirgendwo wird Landwirtschaft so ökologisch und nachhaltig betrieben wie in Österreich. 85 Prozent der burgenländischen Betriebe nehmen am Umweltprogramm ÖPUL teil, 27 Prozent der Ackerfläche werden bereits biologisch bewirtschaftet. Die burgenländischen Bäuerinnen und Bauern tragen mit ihrer naturnahen Bewirtschaftung also sehr viel zu einer gesunden Umwelt bei.

Und dann wird gesagt, Landwirtschaft und Umwelt ist nicht vereinbar, ich hoffe doch, dass es eine Meinungsänderung diesbezüglich noch geben wird und dass auch in Zukunft die Arbeit der ländlichen Bevölkerung geschätzt wird.

Dass eine der ersten Entscheidungen der rot-blauen Landtagsmehrheit die Streichung der Landwirtschaftsbeiräte nach dem Verhältnis des Landtages gewesen ist, war eine Kompetenzbeschneidung gegenüber der Regierung. Dass sich Abgeordnete selbst in ihren Rechten gegenüber der Regierung einschränken, ist wirklich etwas sonderbar.

Die heimische Landwirtschaft geht seit Jahren einen ökologischen und nachhaltigen Weg, das findet immer wieder auch international Anerkennung. Dies ist auf den Fleiß, Innovationskraft, Kreativität unserer Bäuerinnen und Bauern zurückzuführen und der Schaffung von guten Rahmenbedingungen.

Deshalb fordere ich auch die neue Regierung auf, diesen erfolgreichen Weg in der Landwirtschaft nicht zu gefährden und nachhaltig weiter zu entwickeln.

Wenn in Ihrer Regierungserklärung mehrere Bereiche als Zukunftsthemen angesprochen wurden, dann sollte das auch für den Agrarbereich gelten. Dieser wurde nämlich bewusst oder unbewusst einfach vergessen oder weggelassen. Das zeigt deutlich die Wertschätzung.

Ein Vorteil der neuen Regierung ist wenigstens, dass sich auch die neue Agrarlandesrätin mit Landwirtschaftsthemen beschäftigen muss.

Und jetzt kurz zum Thema Boden: André Heller hat Recht - die Erde ist uns nur geliehen. Es ist unsere verantwortungsvolle Aufgabe, sie an unsere Kinder und Enkelkinder in einem ordentlichen Zustand weiterzugeben.

Wie bereits erwähnt, pro Tag verlieren wir 20 Hektar Ackerfläche, die versiegelt werden, im Burgenland gibt es verschiedene Schätzungen, aber immerhin noch 0,2 Hektar pro Tag.

In den letzten 50 Jahren wurden so 300.000 Hektar Ackerfläche verbaut. Noch deutlicher zeigt es das ökosoziale Forum, täglich werden 31 Fußballfelder für Verkehr, Gebäude, Infrastruktur und Freizeitzwecke in Anspruch genommen.

Österreich ist auch Europameister - ich glaube, der Wolfgang hat es bereits erwähnt - in den Supermarktflächen mit 1,8 m^2 pro Kopf im Jahr 2013. Als Vergleich: Deutschland 1,46, alle anderen europäischen Länder weit darunter.

Noch dramatischer ist es beim jährlichen Verlust von Ackerflächen. In Österreich beträgt dieser 0,5, in Deutschland 0,25, in Tschechien 0,17.

Wenn diese Entwicklung so weiter geht, haben wir in 20 Jahren 165.000 Hektar verbaut, das ist etwa die gesamte Ackerfläche des Burgenlandes. In 166 Jahren ist die ganze Ackerfläche weg, alle Bodenverbauungen, die Gefahren hat bereits der Wolfgang und auch der Wiesler Markus vorhin erwähnt, deshalb möchte ich aus zeitökonomischen Gründen nicht mehr darauf eingehen.

Allein dieses heutige Thema, noch einmal, Landwirtschaft und Umwelt passt nicht zusammen, ist unvereinbar ist total falsch, wenn man an den Boden, an die Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz denkt, denn die gehören zusammen.

Wie wichtig das Thema Boden den Bäuerinnen und Bauern, sowie der bäuerlichen Jugend ist, und die Frau Landesrätin war auch dabei, zeigte auch die Felderbegehung am vergangen Samstag in Großpetersdorf. Von der Landjugend wirklich bestens organisiert, mit fachkundiger Beratung von der Landwirtschaftskammer durch DI Willi Peszt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Thema Boden scheint zwar im Landesentwicklungsplan auf, bis jetzt ist diesbezüglich wenig geschehen. Da es wirklich sehr wichtig und zukunftsorientiert ist, sollte man deshalb auch unter Einbeziehung aller im Landtag vertreten Parteien…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP) *(fortsetzend)*: und der Sozialpartner sowie der Jugend unverzüglich einen Maßnahmenplan zur massiven Senkung der Flächenversiedelung erarbeiten lassen und ab Anfang 2016 umsetzen. Aus diesen Gründen ersuche ich um Zustimmung zu unserem Abänderungsantrag, den ich hiermit einbringe.

Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, meine Wenigkeit und Mag. Christian Wolf, M.A., sowie die Kollegen der zum selbständigen Antrag 21 - 7, welcher wie folgt abgeändert wird.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung aller im Landtag vertreten Parteien und der Sozialpartner unverzüglich einen Maßnahmenplan

zur massiven Senkung der Flächenversiegelung erarbeiten zu lassen und ab Anfang 2016 umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Walter Temmel übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir eben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, wird entsprechend der Geschäftsordnung in die Verhandlungen miteinbezogen.

Als Nächster ist der Abgeordnete Maczek zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben jetzt schon vieles gehört. Der Herr Kollege Temmel hat schon wieder, glaube ich, als Lehrer könnte man sagen, zum zweiten Mal ein bisschen die Thematik verfehlt. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wieso?)* Vor allem im ersten Teil.

Aber wir wissen alle, und könnten allgemein sagen, dass Böden die wichtigste Grundlage für unsere Ernährung sind, und viele essentielle Funktionen erfüllen. Trotz moderatem Bevölkerungswachstum befinden sich Bodenverbrauch und Bodenversiegelung in Österreich nach wie vor auf hohem Niveau. Wir können sagen, dass Bodenverbrauch und Bodenversiegelung europaweit zu den großen umweltpolitischen Herausforderungen zählen.

Nahezu alle Alltagsverrichtungen und wirtschaftlichen Aktivitäten benötigen befestigte Flächen für Straßen und Gebäude, sowie Wirtschaftswachstum und sind europaweit stark miteinander gekoppelt.

Neue nachhaltige Ansätze für Siedlungs- und Gewerbeentwicklung ohne zusätzlichen Bodenverbrauch sind daher erforderlich. Die negativen ökologischen und ökonomischen Effekte, die durch Bodenversiegelungen entstehen, sind zahlreich. Ich darf nur einige aufzählen: Verlust der biologischen Funktionen, Verlust der Produktivität, Gefährdung der biologischen Vielfalt, erhöhtes Hochwasserrisiko, Verlust der Staubbindung und Hitzeeffekte.

Gerade, meine Damen und Herren, das Land Burgenland ist sich sowohl der zentralen Funktion der Böden, als auch der Tendenz zur Flächenversiegelung schon seit vielen Jahren bewusst, weshalb im Jahr 2011 das burgenländische Landesentwicklungsprogramm samt seinem Leitbild „mit der Natur zu neuen Erfolgen“ beschlossen wurde.

Das Burgenländische Raumplanungsgesetz sieht als wesentliches Instrument der überörtlichen Raumplanung die Erstellung eines Entwicklungsprogrammes vor, das die Grundsätze und Ziele für die Entwicklung des Landes festlegt und damit die Grundlage für die Landesplanung darstellt.

Schon 1994 wurde erstmalig ein Entwicklungsprogramm für das gesamte Burgenland erarbeitet. Da sich aber seither die politischen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gravierend geändert haben, war die Erstellung eines neuen Landesentwicklungsprogrammes notwendig. Aufbauend auf dem Leitbild, das die landesweiten Ziele und Grundsätze für eine nachhaltige ökonomische sozial gerechte und ökologische Entwicklung des Burgenlandes bis 2020 aufzeigt, wurde gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus diversen Fachbereichen dieses Landesentwicklungsprogrammes 2011 erstellt.

Das Landesentwicklungsprogramm ist eine verbindliche Verordnung, in der die Grundsätze und Ziele der räumlichen Entwicklung, die standörtlichen und zonalen Festlegungen sowie die Grundsätze der örtlichen Raumplanung festgelegt werden, und

die gewährleisten, dass diese Inhalte auf allen Planungsebenen insbesondere auf der Gemeindeebene berücksichtigt werden.

Wenn die GRÜNEN heute sagen, man soll die Wohnbauförderungen für Häuslbauer kürzen, dann müssen sie einmal die Statistik anschauen. In den letzten Jahren ist der Wohnungsbau, gerade der Wohnungsbau… *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Hat er nicht gesagt!)* doch, der Einfamilienhäuser nicht, ist gerade der Wohnungsbau und der Reihenhausbau stetig gestiegen. Wenn Sie jetzt noch behaupten, man soll die Förderungen für Einfamilienhäuser kürzen, dann ist das schon sehr fragwürdig.

Die wesentlichen Grundsätze der räumlichen Entwicklung des Burgenlandes sind eine flächensparende und nachhaltige Raumnutzung, um bestehende und zukünftige Potentiale in ihrer Vielfalt und Eigenart optimal entwickeln zu können. Die Stärkung der regionalen Identitäten ist eine wichtige Voraussetzung und eine verstärkte internationale Verpflichtung und Kooperation zwischen den Gemeinden verstärkt das Ganze noch.

Wir haben in Österreich leider natürlich, laut Statistik, wie der Herr Kollege sagt, 30 Fußballfelder die versiegelt werden. Praktisch wären wir im Ländervergleich Spitzenreiter. Die Stabstelle für Raumordnung sagt aber, gerade im Burgenland kann das nicht verifiziert werden. Hier gibt es auch keine Statistiken dafür.

Versiegelungen sind im allgemeinen Sprachgebrauch als das mehr oder weniger wasserdichte Verschließen von Teilen der Erdoberflächen definiert und die LAD-Raumordnung wird vor allem mit Umwidmungen konfrontiert, was nicht zwangsweise mit einer Versiegelung zu tun hat. Das ergibt sich aus verschiedenen Umwidmungen von Grünlandflächen und der verschiedenen Widmungskategorien.

Ja, es gibt verschiedene Richtlinien, die schon aufgezeigt worden sind. Insgesamt sind hier die Gemeinden in Zukunft gefordert, sich bei ihren Entwicklungskonzepten an diese Vor- oder Maßnahmen zu halten.

Zusammenfassend lässt sich für das Burgenland festhalten, dass ausreichende Instrumentarien zur Senkung der Flächenversiegelung durch Umwidmungen vorhanden sind. Die Gemeinden müssen noch konsequenter dazu angehalten werden, diese einzuhalten. In den letzten Jahren haben viele Gemeinden hunderte von Quadratmeter rückgewidmet.

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass die Behörde nur mehr grundsätzlich einer Neuwidmung zustimmt, wenn auf der anderen Seite rückgewidmet wird. Voraussetzung ist natürlich, dass Baulandreserven da sind. Das wird auch von den Bürgermeistern dementsprechend eingehalten. Das Thema ist ein sehr brisantes, aber, ich glaube, im Burgenland ist die Lösung durch diesen Landesentwicklungsplan schon gegeben.

Wir werden dementsprechend unserem Abänderungsantrag zustimmen. Ich glaube, dass das Burgenland hier in den letzten Jahren vieles getan hat. Ich glaube, dass die Entwicklung hier sehr positiv verläuft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das freut mich, dass Du dem Abänderungsantrag zustimmst!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Steier.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist von meinem Vorredner betont worden, dass 30 Prozent der Landesfläche unter Naturschutz stehen. Daher die Voraussetzungen vom

Landesentwicklungsplan eindeutig in Richtung auch des Naturschutzes und der Gegebenheiten in ökologischer Nutzung vorhanden sind.

Auf der anderen Seite ist dieses Thema Bodenverbrauch, Ressourcenverbrauch, auf Zukunft betrachtet, aber auch jetzt schon ein ganz, ganz gewichtiges Kapitel der Menschheitsgeschichte. Wenn wir europäische Verhältnisse jetzt runterbrechen auf das Burgenland, dann kann man zwar immer wieder auch die Diskussion führen, dass sich die bewaldete Fläche täglich erhöht, aber auf der anderen Seite, glaube ich, bis zu zehn Fußballfelder täglich im Bodenverbrauch quasi bewirtschaftet werden.

Diese Situation als Ausgangspunkt einer Entwicklungsgeschichte muss man natürlich auch kritisch sehen. Tatsache ist, dass der Bodenverbrauch in unseren kleinräumigen Gemeinden, die wir heute bei der Diskussion um Asylquartiere auch als Bestandteil der Argumentation benutzt haben, dass diese kleinräumigen Gemeinden in der Bewirtschaftung oft an ihre Grenzen stoßen, weil es von Eigentumsverhältnissen her nicht die Verkaufssituation auf Häuser mitten im Ortskern gibt.

Da wird zurückgehalten, da wird spekuliert, und daher ist es auch oft eine absolute Notwendigkeit vom Druck der Bürger her, dass an den Randbereichen etwas passiert, nämlich im Sinne der Raumordnung.

Diese Kapitel sind das eine Problem. Auf der anderen Seite, glaube ich, sollten gerade heute vielschichtig die Ansätze gesetzt werden, dass Dorfkerne widerbelebt werden und dass danach getrachtet wird, hier wieder entsprechenden Wohnraum zu schaffen. Das gelingt auch, wenn man sich darum bemüht.

Hier sind genügend Bürgermeister in diesem Raum und daher kann man auch davon ausgehen, dass diese Verantwortung nicht nur auf Ihren Schultern, aber im Speziellen auch auf den Bürgermeistern und den Gemeinderäten lastet, weil man davon ausgehen kann, wenn sie einer Meinung sind, und diese Möglichkeiten nutzen wollen, dann gelingt das auch.

Auf der anderen Seite, Bodenversiegelung im landwirtschaftlichen Bereich ist ein Problem, das sich nicht aus der Welt schaffen lässt. Aber mit dem Ansteigen von biologischer landwirtschaftlicher Umsetzung gelingt es immer mehr den ursprünglichen Ansatz der Kreislaufwirtschaft wieder zu beleben und gerade kleine Einheiten, die auch auf biologische Bewirtschaftung aus sind, sind nicht nur das Maß der Dinge, sondern sie schaffen auch die Qualität, die der Boden eigentlich für die Ernährung der Menschheit braucht.

Wir müssen uns aber auch vor Augen halten, dass es ohne der normalen "bisher gegebenen landwirtschaftlichen Produktion" nicht gelingen wird auf Sicht gesehen, die Welternährung sicher zu stellen. Daher ist dieser Spagat aber auch sehr wichtig und man sollte nicht mit Verurteilungen auf der einen Seite, gegen das andere Kapitel anstehen. Aber wir sollten uns wirklich vor Augen halten, dass Bodenversiegelung ein Problem darstellt, das wir auch im Sinne des Ressourcenverbrauches für unsere Kinder zu lösen haben.

Wenn es nicht angeht, dass dieses bewusstseinsbildende Kapitel angestellt wird, dann haben wir ein Problem das auf Sicht gesehen dann nicht mehr zu lösen sein wird. Ich bin da zutiefst überzeugt, dass es auch für die Ressourcen die in unseren Böden vorhanden sind, jetzt zum Beispiel nur auf das Wasser bezogen, eine absolut notwendige und absolut sichere Position braucht, um die Wasserressourcen nicht nur zu schonen, sondern, sie auch dementsprechend zu erhalten.

Daher ist alles Bestreben, dass sowohl von der Landwirtschaft als auch von allen anderen Nutzern, aber vor allem von unserer Gesellschaft an den Boden herangetragen wird mit Bedacht zu wählen. Ich freue mich, dass dieser Antrag auch im Einklang mit Versicherungsunternehmungen aber auch anderen Gegebenheiten in unserer Gesellschaft laufend mehr inhaltliche Zustimmung findet und ich bin zutiefst überzeugt, dass das auch notwendig ist.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danker Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Wir finden zu diesem Tagesordnungspunkt einen vom Landtagsabgeordneten Temmel eingebrachten Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vorliegenden Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Frau Berichterstatterin.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Bodenschutz ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlichen gefasst.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 22. Oktober 2015, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 19.00 Uhr im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 21 Uhr 45 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 05. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 22. Oktober 2015

10.04 Uhr - 21.40 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (17. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997);

3. Gesetzentwurf mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird;

4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird;

5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz-Krankenanstalten geändert wird;

6. Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesvertrags-bedienstetengesetz 2013 geändert wird;

7. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird;

8. Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2015);

9. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird;

10. Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird;

11. Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle);

12. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Raumplanungsgesetz geändert wird;

13. Beschlussantrag, mit dem der Gleichbehandlungsbericht 2012 bis 2014 zur Kenntnis genommen wird;

14. 32. und 33. Bericht der Volksanwaltschaft (Beilage 27) an den Burgenländischen Landtag 2013 - 2014;

15. Bericht des Rechnungshofes betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg;

16. Bericht des Rechnungshofes betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen;

17. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einen Schutzschirm für die burgenländischen Vereine;

18. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eine faire Reform des Finanzausgleichs;

19. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rettung der Vereinsfeste;

20. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Kampf gegen Schlepperkriminalität";

21. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen im Burgenland;

22. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Definition des Begriffes Gemeinnützigkeit und Maßnahmen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bei der Durchführung von Vereinsfesten";

23. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Erreichbarkeit der höheren Schulen im Burgenland mit öffentlichen Verkehrsmitteln;

24. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Taxiunternehmen;

25. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Flächenerweiterung und Erhalt der Weintraubensorte „Uhudler“;

26. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung des Gesetzes vom 27. September 2007 über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 343)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 5 des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Errichtung und Finanzierung aus Mitteln der Bgld. Wohnbauförderung von Eigenheimen, Wohnungen und Reihenhäusern in den letzten fünf Jahren unter ihrer Amtszeit als Landeshauptmann und Wohnbaureferent
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 347)
Zusatzfrage: Mag. Kurt M a c z e k (S. 348 u. S. 349), Géza M o l n á r (S. 350), Mag.a Regina P e t r i k (S. 351), Markus U l r a m (S. 351) und Manfred K ö l l y (S. 352)

Anfrage Nr. 6 des Abgeordneten Kilian Brandstätter an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Maßnahmen der Jugendförderung in Zukunft
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 353)
Zusatzfrage: Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 354 u. S. 355), Günter K o v a c s (S. 355), Mag.a Regina P e t r i k (S. 356) und Patrik F a z e k a s (S. 356)

Anfrage Nr. 7 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat Helmut Bieler betreffend weitere Schritte beim Umbau des Kulturzentrums Mattersburg
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut B i e l e r (S. 357)
Zusatzfrage: Günter K o v a c s (S. 358 u. S. 358) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 359)

Anfrage Nr. 8 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrätin Verena Dunst betreffend Konsumentenschutz in Bezug auf Mietrecht - Problematik im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 360)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 361 u. S. 362) und Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 363)

Anfrage Nr. 15 des Abgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Verena Dunst betreffend konkreten Plan zur Rettung des Uhudlers
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 364)
Zusatzfrage: Walter T e m m e l (S. 365 u. S. 366), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 368), Karin S t a m p f e l (S. 369), Manfred K ö l l y (S. 370) und Wolfgang S o d l (S.372)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 66), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (17. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) (Zahl 21 - 49) (Beilage 97);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 374)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 382)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 71), mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 54) (Beilage 98);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 374)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 383)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 80), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 63) (Beilage 99);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 374)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 383)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 81), mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz-Krankenanstalten geändert wird (Zahl 21 - 64) (Beilage 100);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 375)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 383)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 65), mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 - 48) (Beilage 101);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 375)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 384)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 78), mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 61) (Beilage 102);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 375)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 384)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 79), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2015) (Zahl 21 - 62) (Beilage 103);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 376)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 385)

Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 67), mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 50) (Beilage 104);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 376)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 385)

Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 64), mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 47) (Beilage 105);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 377)
Redner: Géza Molnár (S. 377), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 379), Werner Friedl (S. 380)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 385)

Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 63), mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle) (Zahl 21 - 46) (Beilage 106);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 386)
Redner: Manfred Kölly (S. 386), Mag.a Regina Petrik (S. 390), Gerhard Kovasits (S. 391), Mag. Thomas Steiner (S. 392), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 394), Werner Friedl (S. 396), Landeshauptmann Hans Niesl (S. 397), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 399), Wolfgang Spitzmüller (S. 401), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 401), Robert Hergovich (S. 402), Gerhard Kovasits (S. 403), Mag. Thomas Steiner (S. 404)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 405)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 77), mit dem das Burgenländische Raumplanungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 60) (Beilage 107);
Berichterstatter: Mag. Kurt Maczek (S. 405)
Redner: Manfred Kölly (S. 406), Wolfgang Spitzmüller (S. 411), Markus Wiesler (S. 413), Markus Ulram (S. 414), Mag. Kurt Maczek (S. 418), Mag.a Regina Petrik (S. 420) und Gerhard Steier (S. 421)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 425)

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 30), mit dem der Gleichbehandlungsbericht 2012 bis 2014 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 26) (Beilage 108);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 425)

Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 425), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 429), Edith S a c k (S. 430), Gerhard S t e i e r (S. 433) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 434)
Annahme des Beschlussantrages (S. 437)

Bericht des Rechtsausschusses über den 32. und 33. Bericht der Volksanwaltschaft (Beilage 27) an den Burgenländischen Landtag 2013 - 2014 (Zahl 21 - 23) (Beilage 109);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 437)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 438), Géza M o l n á r (S. 440), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 442), Werner F r i e d l (S. 444) und Gerhard S t e i e r (S. 446)
Annahme des 32. und 33. Berichtes der Volksanwaltschaft (S. 447)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 26) betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg (Zahl 21 - 22) (Beilage 110);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 448)
Redner: Géza M o l n á r (S. 448), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 450), Dr. Peter R e z a r (S. 453) und Landesrat Helmut B i e l e r (S. 456)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 458)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 33) betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen (Zahl 21 - 29) (Beilage 111);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 458)
Redner: Dr. Peter R e z a r (S. 458)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 460)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 76) betreffend einen Schutzschirm für die burgenländischen Vereine (Zahl 21 - 59) (Beilage 112);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 460)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 460), Mag.a Regina P e t r i k (S. 462), Mag. Johann R i c h t e r (S. 463), Patrik F a z e k a s (S. 464), Robert H e r g o v i c h (S. 466), Gerhard S t e i e r (S. 469), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 471), Gerhard H u t t e r (S. 473), Mag.a Regina P e t r i k (S. 474) und Robert H e r g o v i c h (S. 475)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 476)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 75) betreffend eine faire Reform des Finanzausgleichs (Zahl 21 - 58) (Beilage 113);

Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 476)
Redner: Manfred Kölly (S. 476), Wolfgang Spitzmüller (S. 481), Gerhard Kovasits (S. 482), Mag. Franz Steindl (S. 483), Robert Hergovich (S. 487), Gerhard Steier (S. 488) und Landesrat Helmut Bieler (S. 490)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 492)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 84) betreffend Rettung der Vereinsfeste (Zahl 21 - 67) (Beilage 114);
Berichterstatter: Dr. Peter Rezar (S. 493)
Redner: Patrik Fazekas (S. 493)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 494)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 28) betreffend „Kampf gegen Schlepperkriminalität“ (Zahl 21 - 24) (Beilage 115);
Berichterstatter: Gerhard Kovasits (S. 494)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 494

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 29) betreffend Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen im Burgenland (Zahl 21 - 25) (Beilage 116);
Berichterstatter: Gerhard Kovasits (S. 495)
Redner: Gerhard Hutter (S. 495), Mag.a Regina Petrik (S. 497), Gerhard Kovasits (S. 501), Ing. Rudolf Strommer (S. 503), Ewald Schnecker (S. 507), Gerhard Hutter (S. 510), Manfred Kölly (S. 510), Mag.a Regina Petrik (S. 515) und Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 516)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 519)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 60) betreffend "Definition des Begriffes Gemeinnützigkeit und Maßnahmen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bei der Durchführung von Vereinsfesten" (Zahl 21 - 43) (Beilage 117);
Berichterstatter: Gerhard Kovasits (S. 519)
Redner: Patrik Fazekas (S. 520)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 520)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 72) betreffend Erreichbarkeit der höheren Schulen im Burgenland mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Zahl 21 - 55) (Beilage 118);

Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 521)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 521), Mag. Johann R i c h t e r (S. 522), Georg R o s n e r (S. 523) und Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 524)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 526)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 73) betreffend Taxiunternehmen (Zahl 21 - 56) (Beilage 119);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 526)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 526), Mag. Johann R i c h t e r (S. 527), Bernhard H i r c z y (S. 528), Mag. Christian D r o b i t s (S. 530) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 532)
Annahme des Entschließungsantrages (S.533)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 31) betreffend Flächenerweiterung und Erhalt der Weintraubensorte „Uhudler“ (Zahl 21 - 27) (Beilage 120);
Berichterstatterin: Karin S t a m p f e l (S. 533)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 533), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 535), Karin S t a m p f e l (S. 535), Walter T e m m e l (S. 536) und Wolfgang S o d l (S. 539)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 542)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 54) betreffend Änderung des Gesetzes vom 27. September 2007 über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland (Zahl 21 - 37) (Beilage 121);
Berichterstatter: Markus W i e s l e r (S. 542)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 542), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 544), Markus W i e s l e r (S. 545), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 547), Ingrid S a l a m o n (S. 549) und Landesrat Helmut B i e l e r (S. 550)
Ablehnung des Entschließungsantrages (S. 550)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 04 Minuten

Präsident Christian Illedits: Guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich e r ö f f n e die 5. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 4. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 5. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 22. Oktober 2015.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Jahresbericht 2014 über die Wirtschaftsförderung des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 88) (Beilage 130);
2. Beschlussantrag, mit dem der Jugendbericht 2013/2014 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 89) (Beilage 131);
3. Gesetzentwurf, mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 geändert wird (Zahl 21 - 90) (Beilage 132);
4. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18 zugestimmt wird (Zahl 21 - 91) (Beilage 133);
5. Beschlussantrag, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2014 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 93) (Beilage 135);

Vom Rechnungshof ist der Bericht

1. betreffend EU-Finanzbericht 2013 (Zahl 21 - 72) (Beilage 89);

eingelangt.

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof sind die Prüfungsberichte

1. betreffend Internes Kontrollsystem in der Abteilung 3 - Finanzen und Buchhaltung im Amt der Bgld. LReg (Zahl 21 - 70) (Beilage 87);
2. betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2013 (Zahl 21 - 79) (Beilage 96);
3. betreffend die Überprüfung der Vollziehung des Bgld. Mindestsicherungsgesetzes aus November 2012 (Zahl 21 - 95) (Beilage 137);

eingelangt.

Weiters ist das

1. Verlangen der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Walter Temmel, Ing. Rudolf Strommer, Georg Rosner, Mag. Franz Steindl, Mag. Michaela Resetar, Markus Ulram,

Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Gerhard Steier, Manfred Kölly, Gerhard Hutter, Mag. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller gemäß § 27 GeOLT auf Beauftragung des Rechnungshofes mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsprüfung betreffend die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der PEW Technik+Service GmbH (Firmennummer FN 118.981 y) im Zeitraum 2010 bis 2015 (Zahl 21 - 80) (Beilage 122);

eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einsatz von Flugdrohnen bei der Vertreibung von Staren (Zahl 21 - 78) (Beilage 95);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Pilotprojekt und Modellvorhaben" Pflegelehre für Österreich" (Zahl 21 - 82) (Beilage 124);
3. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zum Erhalt der Gymnasien (Zahl 21 - 84) (Beilage 126);
4. der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend rascher Unterstützung für die burgenländischen Landwirte (Zahl 21 - 92) (Beilage 134);
5. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping (21 - 96) (Beilage 138);
6. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung zum Verbot der Gatterjagd und der Jagd auf ausgesetzte Zuchttiere (Zahl 21 - 97) (Beilage 139);
7. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes mit dem das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 100) (Beilage 142);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 68) (Beilage 85);
2. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend ältere Arbeitnehmer (Zahl 21 - 69) (Beilage 86);
3. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Grenzkontrollen (Zahl 21 - 71) (Beilage 88);
4. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Neuaufnahmen bzw. Übernahmen von Personal in den Burgenländischen Landesdienst (Zahl 21 - 73) (Beilage 90);
5. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Dienstwägen (Zahl 21 - 74) (Beilage 91);
6. der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Burgenländischer Frauenlauf (Zahl 21 - 75) (Beilage 92);
7. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Park & Ride Anlagen (Zahl 21 - 76) (Beilage 93);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Einkaufszentrum Arena Mattersburg (Zahl 21 - 77) (Beilage 94);

9. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Elternanfragen (Zahl 21 - 81) (Beilage 123);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Frau Landesrätin Mag. Astrid Eisenkopf betreffend Beratungsscheck (Zahl 21 - 86) (Beilage 128);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Kulturzentrum Eisenstadt (Zahl 21 - 87) (Beilage 129);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 32) betreffend Kulturzentrum Mattersburg (Zahl 21 - 83) (Beilage 125);
2. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 33) betreffend Einsatz von Wohnbauförderungsmittel (Zahl 21 - 85) (Beilage 127);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 34) betreffend Lehrlingsausbildung (Zahl 21 - 94) (Beilage 136);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 35) betreffend Burgenländisches Straßengesetz (Zahl 21 - 98) (Beilage 140);
5. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 36) betr. Asyl (Zahl 21 - 99) (Beilage 141);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 88, Beilage 130, weise ich dem Wirtschaftsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 89, Beilage 131, und Zahl 21 - 91, Beilage 133, und den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 - 72, Beilage 89, sowie die selbständigen Anträge Zahl 21 - 84, Beilage 126, Zahl 21 - 96, Beilage 138, und Zahl 21 - 100, Beilage 142, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 90, Beilage 132, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 78, Beilage 95, und Zahl 21 - 97, Beilage 139, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 93, Beilage 135, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Prüfungsberichte des Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 70, Beilage 87, Zahl 21 - 79, Beilage 96, und Zahl 21 - 95, Beilage 137, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 82, Beilage 124, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss

und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 92, Beilage 134, weise ich dem Agrarausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsauschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 68, Beilage 85, Zahl 21 - 77, Beilage 94, und Zahl 21 - 87, Beilage 129, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 69, Beilage 86, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 71, Beilage 88, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 73, Beilage 90, Zahl 21 - 74, Beilage 91, und Zahl 21 - 76, Beilage 93, Zahl 21 - 81, Beilage 123, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 75, Beilage 92, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst, und

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 86, Beilage 128, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortung von schriftlichen Anfragen

Zahl 21 – 83, Beilage 125, Zahl 21 – 85, Beilage 127, Zahl 21 – 94, Beilage 136, Zahl 21 – 98, Beilage 140, und Zahl 21 – 99, Beilage 141, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das von den Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Walter Temmel, Ing. Rudolf Strommer, Georg Rosner, Mag. Franz Steindl, Mag.a Michaela Resetar, Markus Ulram, Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Gerhard Steier, Manfred Kölly, Gerhard Hutter, Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller eingebrachte Verlangen gemäß § 27 GeOLT auf Beauftragung des Rechnungshofes mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsprüfung betreffend die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der PEW Technik+Service GmbH (Firmennummer FN 118.981 y) im Zeitraum 2010 bis 2015 (Zahl 21 – 80) (Beilage 122) wurde gemäß § 27 Abs. 2 iVm. § 36 GeOLT allen Landtagsabgeordneten zugestellt und gemäß § 27 Abs. 3 GeOLT unverzüglich dem Präsidenten des Rechnungshofes, Dr. Moser, weitergeleitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben?

Das ist nicht…*(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Eine Wortmeldung, Herr Präsident!)*

Zur Geschäftsordnung? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, zur Tagesordnung! Ist es hier notwendig oder nach der Verlesung, das weiß ich leider nicht!)*

Lesung gibt es keine. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann bitte ich jetzt um das Wort.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Tagesordnungspunkte 2 - 10 wurden schon von vornherein zusammengefasst, da sie sich alle mit ähnlichen Materien beschäftigen. Im Anschluss ist uns zugegangen, dass auch die Tagesordnungspunkte 17, 19 und 22 zusammengefasst werden sollen.

Ich bitte aber auch den Tagesordnungspunkt 20 - Entschließung „Kampf gegen Schlepperkriminalität“ und den Tagesordnungspunkt 21 - Entschließung „Temporäre Grenzkontrollen“ zusammenzufassen, da ja auch im Ausschuss ein ähnlicher Abänderungsantrag von der Mehrheit der Fraktionen beschlossen wurde und auch der

Berichterstatter ein derartiges Ansinnen stellen wird und damit wortident alles behandelt werden würde.

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte Sie bitten, diesem Vorschlag nachzukommen und die Tagesordnungspunkte 20 und 21 zusammenzufassen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wenn kein Einwand dagegen besteht würde ich vorschlagen, diese Tagesordnungspunkte gemeinsam zu diskutieren und dann getrennt abzustimmen.

1. Punkt: Fragestunde:

Präsident Christian Illedits: Wir gehen nun in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 18 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wohnen zählt zu den wichtigsten Grundbedürfnissen der Menschen. Die Burgenländische Wohnbauförderung ermöglicht leistbaren Wohnraum und ist zugleich wichtiger Motor für die heimische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Im Land der Häuslbauer gewinnt auch der Wohnungsbau sowie der Bau von Reihenhäusern immer mehr an Bedeutung.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, wie viele Eigenheime, Wohnungen und Reihenhäuser wurden in den letzten fünf Jahren unter Ihrer Amtszeit als Landeshauptmann und Wohnbaureferent aus Mitteln der Burgenländischen Wohnbauförderung errichtet?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Herr Präsident! Es hat vor zwei Tagen eine Pressemeldung gegeben, der ORF hat berichtet „Wohnen im Burgenland am günstigsten."

Der ORF bezieht sich darauf, dass im Vergleich zu den anderen Bundesländern die Mieten im Burgenland am günstigsten sind. Laut dem Internetportal ImmobilienScout24 sind die Wohnkosten im Burgenland am niedrigsten, in Tirol und Wien am höchsten. Genau diese Untersuchung unterstreicht natürlich auch die Aussagen von Statistik Austria, nämlich, dass im Burgenland die Mieten am allerniedrigsten sind und dass Wohnen dadurch auch am leistbarsten ist.

Wenn wir uns die Statistik Austria ansehen, dann sehen wir auch, dass die Einkommen der Burgenländerinnen und Burgenländer, nicht nur die im Burgenland arbeiten, sondern die auch in anderen Bundesländer arbeiten, aber den Hauptwohnsitz im Burgenland haben, die zweithöchsten in Österreich sind.

Was natürlich dazu führt, niedrige Mieten und relativ hohe Durchschnittseinkommen, dass das den Menschen zugutekommt, dass das dem Wohlstand der Menschen auch zugutekommt. Durchschnittlich geben die Österreicher 29 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens fürs Wohnen aus, im Burgenland ist dieser Wert deutlich niedriger, hier gehen 14 Prozent des Einkommens fürs Wohnen drauf. Also

insofern ein großer Unterschied zwischen dem Burgenland und den anderen Bundesländern, dass bei uns wohnen deutlich billiger ist.

Warum ist das so? Natürlich spielen viele Faktoren mit, es sind natürlich einerseits auch die Grundstückspreise, es ist andererseits natürlich auch die Wohnbauförderung, die eine sehr gute ist und die Wohnbauförderung, die auch die beste aller Bundesländer ist. Auch das sagt Statistik Austria, auch das ist in entsprechenden Studien nachzulesen.

Wir sehen das auch vor allem in Randgemeinden zu Niederösterreich und auch zur Steiermark, dass wir in jenen Gemeinden, zum Beispiel in Bruckneudorf, aber auch im Südburgenland, in Neustift an der Lafnitz, um nur einige Beispiele zu nennen, einen großen Zuzug auch aus anderen Bundesländern haben, weil die Wohnung oder das Bauen im Burgenland günstiger ist, weil die Wohnbauförderung auch eine deutlich höhere ist. Wir haben vor allen Dingen für Menschen die weniger Geld haben Eigenmittelersatzdarlehen, die nicht alle Bundesländer haben. Wir haben eine Wohnbeihilfe, für all jene, die ein sehr geringes Einkommen haben, sodass sie tatsächlich bei sehr niedrigen Mieten nochmals unterstützt werden, um diese Wohnung sich auch auf Dauer leisten zu können.

Es geht aber auch darum, dass wir betreutes Wohnen unterstützen, Pflegeheime unterstützen, und das kommt wieder allen Gemeinden zugute. Wir haben 2.200 Pflegeplätze im Burgenland. Ein wesentlicher Teil dieser Pflegeplätze wurde auch mit Unterstützung der Wohnbauförderung errichtet.

Da könne man auch davon ausgehen, wenn man eine gute Wohnbauförderung für Pflegeheime hat, dass der Tagsatz geringer ist und dass die Belastung, die ja 50 Prozent der Gemeinden auch angerechnet werden, auch die Gemeinden durch die Wohnbauförderung, durch die Tagsatzgestaltung, auch in entsprechender Form entlastet werden.

Konkret haben wir insgesamt 36.000 Förderverträge mit burgenländischen Familien, mit Einzelpersonen abgeschlossen, 36.000. Alleine in den vergangenen fünf Jahren wurden insgesamt 16.800 Wohneinheiten, Eigenheime und Wohnungen gefördert. Also das sind 8.579 Wohnungen und Reihenhäuser, alleine im Sozialen Wohnbau.

Wenn man wieder den Vergleich mit anderen Bundesländern hernimmt, dann kann man davon ausgehen, dass wir, umgelegt auf die Einwohner, den höchsten Fördersatz und die höchsten Summen für Förderungen im Wohnbau zur Verfügung gestellt haben. Wir haben aber auch bei den Wohnbeihilfen in diesen fünf Jahren 4,9 Millionen Euro an sozial Schwächere ausgegeben. Wir haben für Alternativenergieanlagen 19,2 Millionen Euro ausgegeben und für Photovoltaikanlagen, das wird alles über die Wohnbauförderung finanziert, 805.000 Euro.

Die Wohnbauförderung ist auch ein wichtiger Aspekt bei der Armutsbekämpfung, wo wir die niedrigste Armutsgefährdung aller österreichischen Bundesländer haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das Burgenland ist das sicherste Bundesland österreichweit. Das Land Burgenland investiert rund 21,5 Millionen Euro jährlich in Sicherheit.

Welche Maßnahmen hat das Land in der Vergangenheit gesetzt, um die Sicherheit im privaten Bereich verstärkt zu fördern?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist richtig, dass das Land Burgenland hohe Summen für Sicherheit ausgibt. Für die Landessicherheitszentrale, für die Feuerwehren, für die Rettungsorganisationen, für den Rettungshubschrauber und so weiter. Es sind 21,5 Millionen Euro, aber es geht natürlich auch darum, dass viele Menschen auch den Sicherheitsaspekt bei ihrer Wohnung berücksichtigen wollen, beziehungsweise bei ihrem Eigenheim berücksichtigen wollen.

Auch hier leistet zu sicherem Wohnen die Burgenländische Wohnbauförderung einen großen Beitrag. Wir fördern die Alarmanlagen, wir fördern auch die Videoüberwachung, wir fördern die Sicherheitstüren und das wird auch von der Bevölkerung relativ gut angenommen. Wir sind das einzige Bundesland in Österreich, das nicht nur die Sicherheitstüren im sozialen Wohnbau fördert, sondern wir fördern auch die Sicherheitstüren bei Einfamilienhäusern.

Auch das ist einzigartig in Österreich, dass das Einfamilienhaus nicht nur bei der Neuerrichtung, bei der Sanierung gefördert wird, sondern auch beim Einbau von Sicherheitstüren.

Insgesamt kann der Förderwerber zirka 2.000 Euro, das heißt für Alarmanlage, Videoüberwachung, Sicherheitstüre an Barzuschuss bekommen, wenn er diese Sicherheitseinrichtungen installiert, anschafft. Wir fördern das in entsprechender Art und Weise. Im Budget stehen dafür 550.000 Euro zur Verfügung. Bis dato sind 187.000 Euro ausgeschöpft worden, also von 2010 bis 2014 hat es 3.039 Förderanträge gegeben und die Förderhöhe war 2,4 Millionen Euro. Also wieder ein Millionenbetrag für die Sicherheit in unserem Heimatland Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wir haben bereits gehört, dass die Burgenländische Wohnbauförderung für leistbares Wohnen steht, und wir haben auch gehört, dass das Burgenland die niedrigsten Mietkosten laut Statistik Austria hat.

Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie, um die Mietkosten im Burgenland auch in Zukunft niedrig zu halten?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich denke es ist eine sehr große Herausforderung, leistbares Wohnen auch in Zukunft zu ermöglichen. Wir haben auch bereits einige Projekte gefördert im Bereich des Jungen Wohnens, wo es einen Quadratmeterpreis gibt von fünf Euro pro m^2 an Miete.

Ich denke, das kommt vielen jungen Menschen zugute. Das sind kleine Wohnungen mit zirka 50 m^2, die auch nicht angekauft werden können, die wir sozusagen immer wieder jungen Menschen oder Singles zur Verfügung stellen wollen. Das sind Starterwohnungen - Junges Wohnen. Ich glaube, das ist einmal auch ein wichtiger Schritt, dass die Mietkosten relativ weit unten bleiben. Ein zweiter wichtiger Schritt ist, dass wir auch im Raumplanungsgesetz vorsehen, dass es eine spezielle Widmungsart gibt, nämlich eine Widmungsart für den sozialen Wohnbau. Mit diesem sozialen Wohnbau soll ebenfalls der Quadratmeterpreis der Grundstücke relativ weit unten sein.

Das heißt, dort kann ich nur den sozialen Wohnbau realisieren und umsetzen. Wir werden natürlich auch im Raumplanungsbeirat darauf achten, dass dieser soziale Wohnbau bei Mieten, Flächenplanänderungen auch berücksichtigt wird, weil damit ein Grundstück, das ausschließlich für diesen Zweck gewidmet ist, natürlich billiger sein muss, als wenn ich dort ein Gewerbegebiet oder Einfamilienhäuser oder andere Einrichtungen auch errichten kann.

Also insofern meine ich, ein wichtiger Schritt, das gibt es auch schon in anderen Bundesländern, Zweckwidmung sozialer Wohnbau, niedrige Quadratmeterpreise, das soll wieder den Menschen, den Wohnungsmietern zugutekommen, und damit soll natürlich auch in Zukunft das Burgenland die niedrigsten Mietpreise in Österreich haben. Das ist unser Ziel, das haben wir jetzt, und das soll auch in Zukunft gegeben sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Molnár.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Was würde eine Reduzierung des Darlehenszinssatzes auf einen Prozentpunkt, beziehungsweise was würde eine Nullprozentverzinsung für das Land bedeuten?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist das Ende der sehr guten Wohnbauförderung, wenn wir das machen würden. Warum? Es hat kein anderes Bundesland eine vorzeitige Rückzahlung in Österreich. Es hat ein Bundesland in der Vergangenheit gehabt, das war Niederösterreich, und die haben das auch schon eingestellt.

Warum wäre es das Ende und der Anstieg der Mieten? Unsere sehr niedrigen Mietpreise wären in den nächsten Jahren nicht mehr gegeben. Warum wäre das nicht mehr gegeben? Wenn wir weniger Rückflüsse haben, können wir aktuell weniger bauen. Wenn ich jetzt vorzeitig zurückzahle, dann kommt in Zukunft ein geringerer Betrag herein. Wenn dort ein deutlich niedrigerer Betrag hereinkommt, dann kann ich weniger für das Bauen ausgeben. Das heißt, die Baustoffhändler verkaufen weniger Baumaterialien, die Baufirmen haben weniger Aufträge und die Mieten steigen an. Weil die Mieten richten sich auch nach Angebot und Nachfrage. Weniger Bauen heißt Anstieg der Mieten, da es eine stärkere Nachfrage gibt. Die anderen Bundesländer haben das nicht - aus den gleichen Überlegungen heraus.

Also wenn man die Wohnbauförderung zerstören will, wenn die Bauwirtschaft geschädigt werden soll, wenn der Baustoffhandel und die Burgenländerinnen und Burgenländer geschädigt werden sollen, durch niedrige Anzahl von Wohnungen, dann geht man diesen Weg.

Der verantwortungsvolle Weg ist, zinsengünstige Darlehen zur Verfügung zu stellen, entsprechenden Rückfluss zu haben, durch die Rückflüsse neue Wohnungen zu bauen, das ist der Kreislauf in allen Bundesländern bei der Wohnbauförderung. Diesen verantwortungsvollen Weg für die nächste Generation, nicht nur für die jetzige Generation, müssen wir gehen, sodass auch für die nächsten Generationen durch diesen Kreislauf von Darlehensvergaben und Rückflüssen leistbares Wohnen im Burgenland auch weiter ermöglicht wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann, Sie haben vorher erwähnt, dass eigens Grundstücke nur für den förderbaren Wohnbau gewidmet werden sollen und dass dort, und das lese ich dann auch in einer Aussendung der SPÖ, und Sie haben es vorher auch erwähnt, vor allem Jugendliche und Alleinerzieher, ich hoffe auch Alleinerzieherinnen, hier untergebracht werden könnten.

Mein Interesse ist nun, meine Frage an Sie. Wie soll denn das geprüft werden? Sollen dann die Genossenschaften Nachweise verlangen, dass jemand wirklich Alleinerzieher ist? Wie lange ist man bei der SPÖ ein Jugendlicher und damit bereit, in so eine Wohnung zu kommen? Wie soll das exekutiert werden?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshautmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wenn Sie genau zugehört haben, dann habe ich gesagt, das soll in erster Linie den jungen Menschen zugutekommen. Nämlich wenn sie eine 50 m² Wohnung haben wollen, wenn sie eine Starterwohnung haben sollen, dann sind das sehr, sehr preiswerte Wohnungen mit fünf Euro pro Quadratmeter. Ich habe weiters gesagt, dass das auch Singlewohnungen sind oder AlleinerzieherInnen-Wohnungen sind und alle, die mit diesen 50 m²-Wohnungen zufrieden sind und dort temporär wohnen, haben die Möglichkeit, das kann natürlich auch eine 50-jährige Frau/Mann sein, die aus welchen Gründen auch immer sagt, ich möchte eine kleine Wohnung haben.

Selbstverständlich, wenn sie frei ist, ist sie auch berechtigt, ist sie auch förderwürdig, also insofern steht das jedem frei, der mit einer kleinen Wohnung zufrieden ist. Aber in erster Linie jungen Leuten, die das erste Mal vielleicht von zu Hause ausziehen und sagen, ich möchte selbständig sein und damit eine preiswerte kleine Wohnung haben. In der Regel wird diese Wohnung auf Dauer sowieso zu klein werden. Und insofern werden sie dann ausziehen und sich wahrscheinlich eine größere Wohnung nehmen oder ein Haus bauen, je nachdem was sie wollen. Und bekommen dann natürlich auch die Förderung für das Einfamilienhaus oder wenn sie in eine größere Wohnung ziehen, es steht jedem zur Verfügung, aber in erster Linie jungen Menschen. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag.a Petrik: Das wird nicht geprüft.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Ulram.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wann wurde der Förderungsgrundbetrag der Wohnbauförderung das letzte Mal angehoben beziehungsweise angepasst?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Fördergrundbetrag ist nur ein Teil der Wohnbauförderung. Also das am Fördergrundbetrag aufzuhängen, ist ein bisschen kurz gegriffen. Wir haben viele andere Aspekte als den Grundbetrag. Wir haben den Ökozuschlag, wir haben den Familienzuschlag, wir haben den Kinderzuschlag. Also ist der Grundbetrag nicht unbedingt das einzige Kriterium, das wir bei der Wohnbauförderung haben.

Wenn wir tatsächlich alle diese Fördermöglichkeiten ausnützen, dann gibt es im Burgenland Wohnbauförderungen auch von 60.000 Euro, von 70.000 Euro. Das sind schon ganz beachtliche Beträge. Also insofern kann man nicht die Brücke machen. Wir haben weniger Rückflüsse, weil wir den Zinssatz aussetzen, und auf der anderen Seite

erhöhen wir die Förderungen, weil das dann gar nicht zusammenpasst. Weil woher nehmen wir das Geld? Diese Frage müssen wir beantworten und wenn wir diese Frage beantwortet haben, dann kann man sich in neuen Bereichen über Erhöhungen aussprechen.

Nur das natürlich geht gar nicht, dass ich sage, weniger Rückflüsse, weil wir auf die Zinsen verzichten, aber höhere Förderungen. Dann wir das Land irgendwann auch im Wohnbau an die Wand fahren. Und das ist nicht mein Weg.

15 Jahre führe ich die Wohnbauförderung verantwortungsvoll und 15 Jahre die beste Wohnbauförderung Österreichs. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich bin recht glücklich und froh, dass wir die beste Wohnbauförderung von ganz Österreich haben. Ich weiß nicht, was die anderen machen. Aber für mich ist klar und deutlich, Sie sagen zwei Dinge, die nicht stimmen. Tirol hat jetzt beschlossen, dass man wieder rechtzeitig die Förderungen rückzahlen kann. Im Burgenland wurde es mit der ÖVP noch abgeschafft, muss ich dazusagen, das ist ja für mich eine ganz komische Situation gewesen. Nach der Wahl gleich nochmals einen Beschluss zu fassen, ohne irgendjemanden zu verständigen.

Was mich noch stutzig macht, Sie reden von der Armut im Burgenland, die gibt es nicht, oder Sie sagen, die niedrigste. Etwa 30.000 Menschen im Burgenland sind armutsgefährdet, davon 9.000 Kinder. Nur, dass wir das auch klargestellt haben.

Aber jetzt komme ich grundsätzlich zu einem Punkt, Herr Abgeordneter, der erst die Frage gestellt hat, Herr Maczek, …

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, die Frage bitte.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Ich frage mich, ob die ganzen Anfragen nicht im Klub diskutiert werden sollen und vielleicht die Zeit für etwas anderes zu verwenden, weil es gibt eine schriftliche Anfrage seitens unserer Fraktion hier im Landtag und die hätten sie sich durchlesen können. Genau diese Frage ist beantwortet worden.

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, die Zeit ist abgelaufen. Bitte Ihre Frage.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Meine Frage kommt. Herr Landeshauptmann! Sind Sie auch dafür, dass die Wohnbaumittel im Voranschlag mit 124 Millionen zweckgebunden für Wohnbau werden? Sind Sie dafür?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wieder die Zahlen. Sie verwenden alte Zahlen. In der Europäischen Union ist die Armutsgefährdung 16 Prozent, in Österreich ist die Armutsgefährdung 14 Prozent und im Burgenland ist die Armutsgefährdung sieben Prozent. Das sind die offiziellen Zahlen. Das ist das Erste.

Das Nächste ist. Wenn Tirol die vorzeitige Rückzahlung eingeführt hat, dann muss man auch die Kriterien wissen, unter welchen Kriterien die frühzeitige Rückzahlung eingeführt ist. Sie können auch bei uns in Zukunft frühzeitig rückzahlen, aber ohne Ermäßigung, weil wenn wir ermäßigen, dann kommt ganz einfach weniger Geld rein und

wir verbauen die Zukunft der nächsten Generation, *(Abg. Manfred Kölly: Schaut Euch in Tirol das an!)* die im Burgenland eine Wohnung bleibt. Sie verkaufen dann weniger Baumaterialien, wenn das einbricht. *(Abg. Manfred Kölly: Im Gegenteil.)*

Also insofern, vertrauen Sie mir, *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* dann sind Sie gut beraten. Wenn wir diesen erfolgreichen Weg in der Wohnbauförderung weiter gehen und ich kann Ihnen sagen, ich finde gar niemanden in der gesamten Baubranche, *(Abg. Manfred Kölly: Die Zweckbindungen.)* der nicht begeistert ist über die Wohnbauförderung im Burgenland. Die burgenländische Wirtschaft sagt, das ist wirklich sehr wichtig. Wir sind sehr gut ausgelastet in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Diese gute Wohnbauförderung ist für die Bauwirtschaft sehr wichtig. Sie ist für die nächste Generation der Burgenländerinnen und Burgenländer sehr wichtig. Sie werden sehen, dass wir mit diesem Weg auch für die nächste Generation die Wohnbauförderung absichern. Wir schauen uns an, was die Tiroler machen und was … *(Abg. Manfred Kölly: Die Frage ist nicht beantwortet: Zweckbindung oder nicht?)* Die Zweckbindung sage ich, ich bin dafür, dass Wohnbauförderungsmittel auch zweckgebunden werden. Das ist nicht das Thema. Das wollen wir. Wir geben mehr Geld aus, als wir früher über den Bund an Mittel bekommen haben. Das waren 53 Millionen Euro. 123 haben wir im burgenländischen Budget. Also können wir das ohne weiteres zweckbinden. Das ist überhaupt kein Problem. Man muss nur definieren, ob wir auch Pflegeheime hineinnehmen, ob wir Studentenheime in die Förderung hereinnehmen. Lehrlingsheime reinnehmen. Ob eventuell auch Schulbau reinkommt. Das ist alles zu diskutieren. Das ist überhaupt nicht das Problem.

Aber wichtig ist, dass dieser Kreislauf, Darlehen zu vergeben, Rückflüsse zu haben. Durch diese sinnvolle Vorgangsweise auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte die Wohnbauförderung auch weiter aufrecht bleibt.

Das braucht auch die Bauwirtschaft, das brauchen wir für Arbeitsplätze und das ist ein guter Weg. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann.

Nachdem keine weiteren Zusatzfragen mehr gewünscht sind, kommen wir zum Aufruf der zweiten Anfrage.

Die zweite Anfrage ist vom Landtagsabgeordneten Brandstätter an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet.

Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut der neuen Referatseinteilung der Burgenländischen Landesregierung sind Sie unter anderem auch für den wichtigen Bereich der Jugendförderung zuständig.

Welche Maßnahmen werden Sie in Zukunft für die Jugendlichen setzen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Zunächst möchte ich auch die vielen jungen Menschen heute hier begrüßen, die auf der Zuschauertribüne sitzen. Ich freue mich sehr, dass Ihr heute hier seid. Herzlich willkommen, einen schönen guten Morgen!

Zu Ihrer Frage. Ich möchte in Zukunft eine Jugendpolitik unter dem Motto „Die Zukunft ist jung“ hier im Burgenland machen. Das soll heißen, ich möchte möglichst viele

Jugendliche in meine Arbeit miteinbeziehen. Das soll gehen von Schülerinnen und Schüler über Studenten und Studentinnen bis hin zu Lehrlingen und auch berufstätigen Jugendlichen. Ich werde hier moderne Wege gehen. Ich möchte vor allem hin zu Themen, die die Jugendlichen wirklich interessieren, die ihnen unter den Nägeln brennen und die auch ihre Zukunft beeinflussen.

Das sind aus meiner Sicht Themen wie zum Beispiel junges Wohnen, was auch der Herr Landeshauptmann schon angesprochen hat, Aus- und Weiterbildungsangebote, aber genauso zum Beispiel der Breitbandausbau im gesamten Land.

Dieser moderne Zugang wird auch in einer aktuellen burgenländischen Jugendstudie bestätigt. Diese Jugendstudie hat zum Thema, dass genau diese Themen - eben wohnortnahe Arbeitsplätze, genauso günstige Wohnungen, aber auch bessere Weiterbildungsmöglichkeiten, aber auch ein zielgerichteteres Freizeitprogramm - für die jungen Burgenländerinnen und Burgenländer sehr wichtig sind.

Um diese Wünsche und Interessen auch zielgerichtet treffen zu können, wird auch die Jugendförderung in einigen Bereichen auf neue Beine gestellt werden. Ich möchte hier, wie gesagt, hin zu den Themen, die die Jugendlichen wirklich interessieren und die auch ihre Zukunft beeinflussen können. Es wird im Moment ein Jugendprogramm gemeinsam mit dem Landesjugendreferat erarbeitet. Hier werden verschiedenste Themenschwerpunkte für die nächsten Jahre gesetzt werden.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen, dass ich vor allem Doppelgleisigkeiten in den verschiedensten Bereichen vermeiden möchte. Ich habe auch bereits Gespräche mit meinen Regierungskollegen geführt. Wir werden hier auch gemeinsam an Projekten arbeiten, wenn es thematisch passt, damit wir hier den größtmöglichen Nutzen und das größtmögliche Optimum für die Jugendlichen im Burgenland herausholen können.

Als Landesrätin möchte ich auch alle Möglichkeiten nutzen, um mit den Jugendlichen hier ins Gespräch zu kommen. Um auch zu erfahren, welche Themen für sie wichtig sind. Das mache ich einerseits, indem ich auf viele Veranstaltungen gehe, indem ich bereits viele Gespräche mit Jugendorganisationen und Jugendlichen geführt habe. Außerdem biete ich auch eine Skype-Sprechstunde an, in der mich die Jugendlichen ganz unkompliziert von Nord bis Süd erreichen können, um hier wirklich zu den Themen zu kommen und Anregungen und Wünsche aufnehmen zu können, die für die Jugendlichen wichtig sind.

Natürlich werde ich auch alle Jugendorganisationen im Land in meine Arbeit miteinbeziehen und hier auch Anregungen aufnehmen, offen diskutieren und in meine politische Arbeit miteinbauen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben angesprochen, vermehrt auf die Themenschwerpunkte Bildung und Ausbildung zu setzen. Warum werden Sie das machen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist richtig. Das Aus- und Weiterbildungsprogramm im Burgenland ist einmal sehr breit gefächert. Das geht hin von Neuer Mittelschule über AHS bis hin zu überbetriebliche Lehrwerkstätten. Also ist auch ein sehr großes Lehrangebot hier im Burgenland

vorhanden. Da sehe ich die Schwerpunkte des Landesjugendreferates, vor allem in der Informationsarbeit. Das heißt, Information, verstärkte Information auch den Jugendlichen über das vielfältige Angebot, das es im Burgenland gibt. Dass sie sich informieren können, welche Berufe angeboten werden, sich auch informieren und weiterbilden können, welche Berufe auch für jeden einzelnen in Frage kommen, wo die Interessen liegen.

Vermehrt werde ich auch diese Informationen anbieten, einerseits über das Internet, Social Media, Facebook und auf diesen Plattformen können sich die Jugendlichen hier auch aktiv miteinbringen. Es gibt auch die mobile Jugendinfostelle seitens des Landesjugendreferats, wir waren in den letzten Monaten sowohl auf der Inform, als auch auf der BIBI Messe und am Golser Volksfest vertreten.

Diese mobile Jugendinfostelle bietet Informationen sowohl für Jugendliche, aber auch für Eltern an. Aber Jugend ist natürlich immer eine Querschnittsmaterie und da ist es wichtig, alle Bereiche miteinzubeziehen und mit allen Regierungskollegen auch gut zusammenzuarbeiten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sie haben eine Skype-Sprechstunde für Jugendliche angesprochen und angekündigt.

Wie wird diese Aktion genau aussehen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Da logge ich mich ein.)*

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sie können gerne. Die Skype-Sprechstunde ist für mich ein erstes Zeichen einer neuen Jugendpolitik und eines moderneren Zuganges. Das wird so funktionieren oder funktioniert ja bereits so, dass sich die Jugendlichen über das Internet, also ganz einfach über meine E-Mail-Adresse oder telefonisch bei mir im Büro für diese Skype-Sprechstunde anmelden können. Sie werden dann über Skype direkt von mir angerufen werden.

Diese Skype-Sprechstunden werden natürlich in regelmäßigen Abständen stattfinden, an verschiedenen Tagen und zu verschiedenen Uhrzeiten, damit man hier auch alle Eventualitäten in Betracht ziehen kann, damit sich auch berufstätige Jugendliche melden können.

So wird das ablaufen und so läuft es bereits. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Es wird oftmals von der Politikerverdrossenheit der Jugendlichen gesprochen.

Werden Sie dieses Thema in Ihrer Jugendarbeit aufgreifen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ja, auf alle Fälle werde ich auch das Thema der Politikverdrossenheit der Jugendlichen aufgreifen. Es ist natürlich sehr wichtig, dass die Jugendlichen auch wieder zu einem Interesse an Politik finden, denn wenn das Politikinteresse und die Wahlbeteiligung sinken, dann wird Politik von wenigen für alle gemacht. Das sehe ich als Gefahr für die Demokratie an. Es ist sehr wichtig, hier auch anzusetzen.

Laut der Burgenländischen Jugendstudie, die ich ja auch bereits erwähnt habe, liegt das Burgenland hier leider im Trend, was auch den Bundestrend betrifft. Allerdings ist zu sagen, dass die burgenländischen Jugendlichen eher an Landespolitik interessiert sind, und genau bei diesem Punkt möchte ich ansetzen.

Ich möchte die Jugendlichen wieder für Politik begeistern. Möchte hier auch selbst ein Beispiel sein, weil ich komme ja auch aus Jugendorganisationen und ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwierig es oft ist, sich aktiv in den Politikprozess miteinzubinden. Deshalb auch der Ansatz mit der Skype-Sprechstunde, um mir unkompliziert die Anliegen und Meinungen anzuhören und diese zu erfahren.

Ich glaube, dass das dann ein richtiger und erster Schritt in diese Richtung ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Das, was Sie hier auf die Frage vom Kollegen Brandstätter geantwortet haben, finde ich sehr gut und richtig interessant und ich freue mich auf so eine Jugendpolitik im Land.

Was mich nur ein bisschen stutzig macht, ist an so einer Anfrage, all das wissen wir bereits, das haben Sie ja schon öffentlich gesagt. In verschiedenen Pressekonferenzen, Aussendungen. Ist es möglich, dass der Kollege Brandstätter, wenn er solche Allgemeinfragen hat, bei Ihnen auch persönlich vorsprechen kann, damit wir nicht noch einmal im Landtag dieselbe Zeit uns das Gleiche anhören müssen? *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP - Abg. Mag. Thomas Steiner: Dort kriegt er keinen Termin.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Frau Landtagsabgeordnete! Jeder Landtagsabgeordneter ist wichtig, jede Frage ist wichtig, und deswegen gibt es ja auch die Fragestunde im Landtag. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Fazekas.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In der Vergangenheit wurden über das Landesjugendreferat Schulskikursförderungen angeboten.

Wie gedenken Sie bei diesem konkreten Projekt fortzufahren?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Wie bereits erwähnt, wird auch das Jugendförderprogramm auf neue Beine gestellt. Wir sind gerade dabei, ein Programm zu erarbeiten. Es wird diese Förderungen weiterhin geben. Allerdings plane ich, das nicht nur auf Jugendskikurse zu beschränken, sondern generell auf alle möglichen Aktivitäten der Schulen auszuweiten.

Es wird hier auch angedacht, eine soziale Staffelung einzuführen. Das heißt, ja, es wird diese Förderungen weiter geben, aber in einer anderen Art und Weise. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem keine weiteren Zusatzfragen gewünscht sind, kommen wir zum Aufruf der dritten Anfrage.

Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Bieler gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Jury zur Ausschreibung des Architektenwettbewerbes bezüglich Umbau Kulturzentrum Mattersburg hat sich konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen.

Wie sehen nun die weiteren Schritte aus?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Ich habe die Geschichte des Kulturzentrums Mattersburg schon des Öfteren hier im Landtag erörtert. Daher ist es bekannt. Die jüngere Geschichte ist ebenfalls bekannt. Und da wissen Sie und ich möchte das hier nochmals erwähnen, dass wir einen sehr langen und intensiven Diskussionsprozess mit einer breit aufgestellten Interessensgemeinschaft geführt haben, wo alle Vertreter der Stadt, des Kulturzentrums, des Literaturhauses, Volkshochschule, Kulturabteilung und auch der Plattform in Mattersburg vertreten waren. Gemeinsam wurde ein Positionspapier abgestimmt und erstellt.

Daraufhin wurde die von Ihnen vorhin in der Anfrage erwähnte Jury zum Architektenwettbewerb einberufen. Diese Fachjury soll das gesamte Verfahren begleiten. Diese Jury setzt sich aus je einem Mitglied der Kulturzentren, BELIG, Land, Stadt Mattersburg, Literaturhaus, Volkshochschule und drei unabhängigen Architekten zusammen. Ich habe auch der Plattform angeboten, ein stimmberechtigtes Mitglied hier zu entsenden, was sie aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt haben. Wie auch immer.

Diese Jury hat sich am 26. Juni 2015 konstituiert. Die Objektvorstellung und Vorstellung der Nutzergruppen wurde am 20. Juli 2015 abgehalten. Um den Teilnehmern eine Vorschau auf die Aufgabenstellung in der zweiten Verfahrensstufe und einen besseren Überblick zu geben, fanden vor Ort im Kulturzentrum eine gemeinsame Besichtigung mit Bewerbern, Nutzern und Mitgliedern der Kommission statt.

Ende der Einreichfrist der Teilnahmeanträge war der 28. August 2015, 12.00 Uhr. Da ich nicht Mitglied dieser Jury, dieses Preisgerichtes bin, kenne ich auch nicht die Details und darf sie auch aufgrund der Verschwiegenheitspflicht der Mitglieder nicht kennen.

Aber bekannt ist, dass rund 20 Teilnahmeanträge fristgerecht abgegeben wurden. Diese wurden überprüft. Die technische und rechtliche Verfahrensbetreuung hat einen Vorprüfbericht an die Kommissionssitzung abgegeben. Diese Kommissionssitzung wurde am 8. Oktober 2015 abgehalten und hier wurden die sieben besten Bewerber ausgewählt. Es gab verschiedene Auswahlkriterien bezüglich Referenzen, bezüglich Arbeitsprobe, sodass hier alles nach bestimmten Auswahlkriterien ausgeführt wurde. Die Bekanntgabe der Teilnehmer der zweiten Verfahrensstufe erfolgt voraussichtlich Ende Oktober. Die Anfechtungsfrist läuft dann Anfang November 2015 aus.

Parallel dazu erfolgt die Abstimmung der Unterlagen der zweiten Verfahrensstufe. Das heißt, Endabstimmung des Raum- und Funktionsprogrammes, der Aufgabenstellung des Vertrags- und Leitungsbildes, die Anfang November 2015 an die Teilnehmer in der zweiten Stufe ausgeschickt werden können.

Die zweite Verfahrensstufe soll bis Ende 2015 abgeschlossen sein. Die tatsächliche Vergabe Anfang 2016 erfolgen.

Läuft alles nach Plan, kann ich mir vorstellen, dass mit Ende 2016 der Baubeginn sein kann. Je nachdem wie dann die Fristen eingehalten werden können - Einsprüche könnten kommen - soll spätestens im Frühjahr 2017 der Baubeginn sein. Wir rechnen mit einem Jahr Bauzeit, auch dies hängt dann wieder von der Witterung und von anderen Faktoren ab, damit hier eine exakte Zeitplanung gegeben werden kann, aber ungefähr so, wie ich Ihnen das jetzt gesagt habe. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Verein Kulturzentren Burgenland bespielt ja das ganze Land.

Wie werden diese Angebote der Kulturzentren von den Burgenländerinnen und Burgenländern angenommen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Wir haben die Kulturzentren, die bezeichne ich als eine Plattform der kulturellen Vielfalt im Burgenland, weil hier alles angeboten wird. Von den kulturellen Veranstaltungen her bis zu den gesellschaftlichen Veranstaltungen, Tagungen, Kongresse, Seminare, Vorträge, Hochzeiten, Bälle, Galaempfänge und so weiter.

Wir haben hier universelle, multifunktionale Veranstaltungszentren und Betriebe, die hier sehr gut genutzt sind. Ein bunter Querschnitt über alle Kunstspaten wird hier angeboten und vor allem auch für Kinder, Jugendliche ein attraktives, vielfältiges und auch abwechslungsreiches Angebot, genauso wie für die Erwachsenen. Die fünf Standorte, und das war immer unser Bestreben, bieten leistbare Preise für alle Einkommensschichten. Vom Kabarett, über Theater, Musikkonzerte bis zu Ausstellungen. Und das in allen Regionen.

Wir sind sehr stolz darauf, dass wir im Jahre 2013 2.100 Veranstaltungen hatten, mit rund 220.000 Besuchern. Im Jahre 2014 1.862 Veranstaltungen mit 195.000 Besuchern. Deshalb weniger, weil die rund 50.000, die ansonsten im Kulturzentrum Mattersburg unsere Besucher waren, hier wegfallen bzw. sich auf das Kulturzentrum Eisenstadt und Raiding aufgeteilt haben.

Das Kinder- und Jugendtheater hat 31.888 Besucher gehabt, die ganzjährig hier die Kulturzentren besuchen. Insgesamt mit den Museen, mit den fünf Standorten der Kulturzentren Burgenland und mit dem Sommerfestival haben wir 1.255.000 Besucher im Burgenland, die beweisen und zeigen ganz eindeutig, warum jeder neunte Arbeitsplatz durch die Kultur generiert oder abgesichert werden kann. Hier sind die kleinen Festivals und Kulturinitiativen gar nicht eingenommen.

Das heißt, hier wird eine sehr gute Arbeit geleistet, die aber auch hervorragend von den Menschen im Land angenommen wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das auch umgebaute Kulturzentrum Eisenstadt wurde vor ziemlich genau drei Jahren im November 2012 wieder eröffnet.

Wie werden diese Umbauten angenommen? Welche baulichen Erweiterungen fanden seit 2012 statt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Nach der dritten Spielsaison zeigt sich, dass das Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt nicht nur ein großer Bau für den Verwaltungsbereich, sondern ein wirklicher Erlebnisraum geworden ist. Für die Künstler, die hier neue Ideen finden, neue Möglichkeiten finden, vor allem auch in der Landesgalerie, aber auch für die Besucher, die hier wirklich unvergessliche Veranstaltungen, Konzerte, Theateraufführungen gehabt haben. Design, Akustik, Flair tragen dazu bei, dass es wirklich sehr gut besucht wird.

In der Zwischenzeit sind einige Baumaßnahmen getätigt worden, um die Nutzerqualität und den Komfort im Haus zu erhöhen. Zum Beispiel Verbesserung der Barrierefreiheit, um hier die Forderungen der diversen Institutionen wie z.B. dem ÖZIV nachzukommen. Erweiterung des Liftschachtkopfes im Obergeschoss vier, um hier die Verbesserung des Witterungsschutzes für die Besucher zu gewährleisten.

Einbau einer Lüftungsanlage im Festsaal Obergeschoss drei durch eine mechanische Be- und Entlüftungsanlage. Und vor allem aber auch den Ausbau des sogenannten Edelrohbaus im zweiten Obergeschoss Richtung Osterwiese, der ganz bewusst noch nicht ausgebaut worden ist, weil wir für die Seefestspiele längere Mietverträge in der Stadt hatten, die jetzt ausgelaufen sind, und jetzt hier die Seefestspiele untergebracht sind.

Oder ein Schranken für die Garage, weil bei Vollauslastung es immer wieder dazu kommt, dass Plätze verstellt werden. Und so kann das geregelt werden.

Auch die Bodenbeschichtung in der WC-Anlage wird säurebeständig durchgeführt und erneuert. Ebenso ein Übergang für BesucherInnen vom Aufzug über die Terrasse ins Foyer des zweiten Obergeschosses. Das heißt, dauernd Anpassungen, die notwendig sind, beziehungsweise der Ausbau dieses Edelrohbaues. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die von Ihnen gewählte Vorgangsweise und auch dargestellte weitere Fortführung der Planungen bedarf ja auch Zeit.

Ich stelle daher die konkrete Frage: Zu welchem Zeitpunkt wird das Kulturzentrum Mattersburg wieder in den regulären Spielbetrieb aufgenommen sein?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Ich habe Ihnen den Zeitplan vorhin schon gesagt.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Das stimmt, Sie haben das in einer Anfrage schon getan. Ich möchte nur präzisieren, ob es dabei bleibt.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ)*(fortsetzend)*: Was ich gerade gesagt habe; es bleibt dabei. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, in einer vergangenen Anfrage. Entschuldigung. In der letzten Legislaturperiode.)*

Da habe ich nichts anderes gesagt, wie ich mich erinnern kann. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Plattform bestreitet es nämlich. – Zwiegespräche in den Reihen)*

Präsident Christian Illedits: Gut, keine weiteren Zusatzfragen. Damit kommen wir zum Aufruf der vierten Anfrage.

Sie kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits an Frau Landesrätin Verena Dunst.

Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Immer wieder kann diversen Medien entnommen werden, dass Konsumenten übervorteilt werden und somit monetäre oder andere Schäden erleiden. Speziell in Bezug auf das Mietrecht kommen auf uns Abgeordnete immer wieder Bürger und Bürgerinnen mit Beschwerden beziehungsweise Anfragen zu.

Wie geht man im Burgenland mit dieser Problematik um?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist insofern eine absolut berechtigte Frage, weil wir die Rückmeldungen haben und an unseren Dokumentationen sehen, dass immer mehr Menschen in Bedrängnis kommen, wenn es um Mietverträge geht. Das resultiert aus der Tatsache, dass wir natürlich, Gott sei Dank, auch Zuwanderung haben und viele Menschen auch hier alte Häuser kaufen, mieten und so weiter und hier gibt es viele Problematiken.

Insgesamt möchte ich aber hier und gerade auch deshalb, weil junge Menschen auf der Zuschauergalerie da sind, für Sie alle noch einmal das Angebot des Konsumentenschutzes darlegen:

Sie haben alle, so, wie Sie es in Ihrer Fragestellung implizieren, täglich mit Menschen zu tun und Sie werden sicher oft genug von Konsumentinnen und Konsumenten, die Probleme und Sorgen haben, dazu befragt werden.

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir heute im Burgenland ein sehr groß ausgebautes Dienstleistungsinstrument mit dem Konsumentenschutz, aber auch begleitet durch die Produktsicherheit, durch die Preisbehörde haben, sodass wir Menschen helfen können und sie sozusagen nicht im Regen stehen lassen. Nun aber ganz konkret zu den Mietverträgen: Dazu nur eine Zahl, meine Damen und Herren - aber natürlich auch an Sie - Sie werden überrascht sein, denn alleine bis zum 30.9. haben wir, Herr Abgeordneter, schon über 600 Fragen, was das Mietrecht, was den Kauf, was die Miete, was die Wohnungen oder was die Häuser anbelangt.

Über 600 Fragen! Wir sind auch im Land Burgenland überhaupt die Einzigen als Institution, die über Mietverträge und solche Problematiken dafür da sind. Es gibt sonst keine Institution, die die Möglichkeit hat, hier Menschen unter die Arme zu greifen. Daher ist es umso wichtiger, dass wir hier als Landesregierung diese Dienstleistung bieten können. Das geht natürlich nur mit hochqualifizierten Juristinnen und Juristen.

Wir haben hier eine Juristin und einen Juristen, der halbtägig für den Konsumentenschutz und die Mietsrechtberatung arbeiten kann und die haben wirklich alle Hände voll zu tun. Wir haben vor allem im Mietbereich, das habe ich seit 2005 eingeführt, immer mehr und fast schon mehr als Konsumentenschutzanfragen. Um es gleich vorweg zu nehmen, Sie werden natürlich auch richtigerweise als Abgeordneter wissen wollen: Wo stehen wir überhaupt mit dem Mietrecht und wo stehen wir rechtlich?

Das Mietrecht, meine Damen und Herren, ist ein Bundesgesetz. Hier muss ich allerdings klar sagen, dass ich nicht ganz zufrieden bin und da werde ich jetzt schon Ihre Unterstützung gerne einfordern. Wir haben schon einmal den Burgenländischen Landtag damit befasst, dass Sie uns da unterstützen, die, die die Gesetze auf Bundesebene forcieren sollen.

Zur Zeit haben wir ein Mietrecht, das sich in mehreren Materien befindet und ich wäre sehr froh darüber, für die Menschen froh, wenn wir hier im Mietrecht eine Vereinfachung hätten, denn es ist höchste Zeit, dass man sich das Mietrecht wirklich wieder einmal genau ansieht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich muss aber auch die nächste Ebene erwähnen, denn die möchte ich auch nicht auslassen und deshalb möchte ich sie auch erwähnen, nämlich, die EU. Ich freue mich sehr, dass uns die Europäische Union in ihrer Gesetzgebung sehr unterstützt, auch was die Konsumentenschutzfreundlichkeit anbelangt.

Ich darf jetzt seit vielen Jahren für den Konsumentenschutz zuständig sein und habe ihn damals mit Wohlwollen des Herrn Landeshauptmannes im Land eingebracht, neu eingebracht, denn gab es vorher nicht. Ich muss aber auch sagen, dass gerade die EU sich sehr geändert hat in diesen Jahren seit 2001, nämlich, wirklich zur Seite stehend dem Konsumentenschutz und sehr konsumentenfreundlich. Das hat sich gedreht, das war nicht immer so, aber auch hier hilft uns die Europäische Union, weil die klare Standards, meine Damen und Herren, vorgibt, nämlich, Standards, die dann den Konsumenten, vor allem aber in Mietrechtsfragen immer wieder hilft. Aber, es bleibt vor allem eine Bundesgesetzmaterie und die gehört, aus meiner Sicht, vereinfacht.

Ich muss aber auch dazu sagen, bei all diesen Dingen, dass eines, und da bitte ich auch Sie wieder als Damen und Herren auf den Zuschauerrängen: Für den Konsumentenschutz und besonders in Mietrechtsfragen gilt: Kommen Sie zu uns, zu den Expertinnen und Experten! Wir haben allerdings auch Außensprechtage, aber vorher, und da würde ich Sie bitten, das wirklich immer wieder weiter zu sagen, bevor man Verträge unterschreibt, denn Sie wissen, wenn ein Vertrag unterschrieben ist, wird es sehr schwierig, wenn nicht beide Vertragspartner auflösen wollen, so einen Mietvertrag dann wieder rechtskräftig ad absurdum zu führen. Das ist schwierig!

Daher fragen Sie bitte vorher, denn das ist nie lästig. Wir haben eine Internetplattform, auch für die jungen Menschen. Wir haben Außensprechtage, bitte vorher fragen, bevor man Mietverträge, mit denen man dann überhaupt nicht zufrieden ist, unterschreibt. Das wäre eine Präventivmaßnahme, wo es den Menschen dann damit besser geht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Welche konkreten Schäden beziehungsweise Themenfelder werden seitens der Konsumenten im Mietrechtsbereich geäußert?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Abgeordneter! Wie bereits vorhin schon erwähnt, sind die Anfragen zum Mietrecht in den letzten Jahren wirklich explodiert, aber was sich seit 2005 ziemlich gleich hält sind eigentlich die Anfragen im Inhalt.

Ich habe es vorher ohnehin schon gesagt: Alleine in diesem Jahr - und das waren Tausenden in den letzten Jahren – sind es 616 Anfragen ganz konkret. Ganz konkret, weil

wir das natürlich auch dokumentieren kann ich Ihnen sagen, zu welchen Rechtsmaterien innerhalb des Mietrechts:

Zum Mietvertrag selbst, also allgemein, waren es 208 Menschen, die einfach, Gott sei Dank, schon vorher gefragt haben, bevor sie unterschreiben.

Zu Mängeln, wo dann schon der Mietvertrag unterschrieben wurde und danach Mängel aufgetreten sind, waren es 179. Zur Kündigung, nämlich dann, wenn es überhaupt nicht mehr geht, waren 137 Menschen bei uns, entweder in Eisenstadt oder an den Außensprechtagen und 92 waren allgemeine Fragen. Ich habe vorher schon die EU erwähnt. Hier gibt es viele Fragen, beispielsweise: wer zahlt die kaputte Therme oder wer zahlt, wenn Schäden auftreten?

Da - und um es nicht so lange zu beantworten, weil es eine schwierige Materie ist, ganz klar - brauchen wir die EU. Die EU hat genau in den letzten Jahren solche Erkenntnisse, wie die Therme, die ja ständig dort ist, nicht nur, wenn der Mieter dort ist, muss beispielsweise, das ist, Gott sei Dank, umgedreht worden, jetzt der Vermieter bezahlen und all diese Dinge werden ständig bei uns nachgefragt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In welchem Umfang wird die Mietrechtsberatung auf die jeweiligen einzelnen Bezirke heruntergebrochen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Prinzipiell muss ich einmal sagen, dass ich natürlich Wert darauf gelegt habe - gerade auch als Südburgenländerin - dass alle Teile des Landes mit Informationen versorgt werden können.

Die Informationen sind auf zweierlei Ebenen herunterzuladen – über das Internet oder über die letzte neu novellierte Broschüre, auf die ich Sie nur hinweisen möchte. Das kostet natürlich etwas, das muss man ganz klar sagen, aber Gesetze ändern sich und ich bestehe darauf, weil nicht alle Menschen Internet haben oder das Internet nicht bedienen können, dass wir nach wie vor diese zwei Ebenen als Information zur Verfügung stellen.–

Einerseits sich über die Homepage, über das Internet zu informieren, aber auch immer für Menschen, die das nicht können, über verschiedene Broschüren Informationen bereit zu stellen. Ich freue mich deshalb darüber, wenn Sie das abholen und an die Menschen weitergeben, auch in Form einer Broschüre. Ich habe gerade vorher erwähnt: Als Südburgenländern, aber das gilt natürlich auch für das Mittelburgenland, aber auch für Teile des Nordburgenlandes, ist es immer schwierig, manche Dinge, wie Fragen, die das Mietrecht betreffen, die sind so schwierig zu handhaben sind, telefonisch zu beantworten. Deswegen habe ich mich vor vielen Jahren in Absprache mit dem Landeshauptmann, weil das natürlich auch mehr Kosten mit sich bringt, dazu entschlossen, auch Außensprechtage eingeführt.

In 14-tägigen Abständen gibt es jetzt Außensprechtage. Vom Südburgenland, auf allen Bezirkshauptmannschaften, im Mittelburgenland genauso, und im Nordburgenland für Neusiedl/See haben wir Außensprechtage eingeführt. Dies vor allem auch deshalb, um im persönlichen Gespräch, und Sie wissen wie der Mensch gepolt ist, die Dinge zu klären, denn viele Menschen, besonders ältere Menschen, wollen ein persönliches Gespräch, denn die brauchen das auch. Für die sind diese Sprechtage unentbehrlich und wichtig und ich möchte es auch so weiter beibehalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Frau Landesrätin! Zum Thema Konsumentenschutz folgende Frage: Der Verkauf verlagert sich seit vielen Jahren immer mehr auch ins Internet. Da gibt es natürlich gegenüber dem normalen Verkauf neue Tücken und Betrugsmöglichkeiten.

Da sind jetzt auf der einen Seite rechtliche Rahmenbedingungen wichtig, die nicht so schlecht sind. Aber, wie erreichen wir diese Leute? Wie versuchen Sie die Menschen zu erreichen, um hier Aufklärungsarbeit zu leisten? Dankeschön.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Sehr geehrte Abgeordnete! Natürlich ist es wichtig, und da möchte ich Ihnen absolut recht geben, dass Informieren ganz entscheidend ist. Es ist einige Jahre her, wo ich im Nationalrat noch tätig war. Auch damals haben wir schon gefordert, dass es wichtig wäre, und das ist auch dann umgesetzt worden, zumindest im dem Umfang, dass man Stunden zur Verfügung hat, dass man auch dort schon im Verbraucherschutz wirklich schon die Möglichkeiten hat, diesen Verbraucherschutz an die jungen Menschen heranzubringen.

Je früher ich weiß, dass ich als Konsument eigentlich der bin, der bestimmt, und dass ich aufpassen muss, dass ich in keine Internetfallen und sonstige tappe, desto besser ist es. Je früher eben diese Maßnahmen sind, desto besser ist es! Daher vertraue ich seit vielen Jahren - auch in Kombination mit der Schuldnerberatung - auf Menschen, die in die Schulen gehen, und dort den jungen Menschen - und da gibt es eigentlich vom Kindergarten an viele Projekte - um da bei den Menschen vor Ort zu sein.

Es ist natürlich auch möglich, und da werden die Frau Kollegin Astrid Eisenkopf und ich sehr stark zusammenarbeiten, nicht nur in den Schulen, sondern auch über mobile Möglichkeiten, wie mein Mona-Mobil, das kennen Sie ja, hinauszufahren, um auch vor Ort bei den jungen Menschen zu sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Zweite: natürlich - und wie vorher schon gesprochen - gibt es heute auch viele junge Menschen, Gott sei Dank, wie auf den Zuschauerrängen, denn das ist ein Thema der Zeit. Das ist wieder die Assimilierung gleich zur Schuldnerberatung, weil die Menschen, die in der Schuldnerberatung Hilfestellung suchen, auch immer jünger werden.

Daher zusammengefasst, Herr Abgeordneter: Information, Prävention, Verbraucherbildung sind mehr denn je jetzt wichtig und eine Frage der Zeit. Vielleicht nur noch kurz zur jüngsten Erkenntnis: auch hier hat die EU geschaut, das ist jetzt im Nationalen Parlament in Österreich beschlossen worden, dass man hier, um Internetuser zu schützen, das Rücktrittsrecht verlängert hat.

Da reagiert also die Gesetzgebung sowieso, aber, nochmals: Sie sind herzlich eingeladen, denn da gibt es von Ihnen aus sicherlich jede Möglichkeit, solche Gesetzgebungen durch Anträge über den Landtag zu unterstützen.

ich danke Ihnen schon jetzt im Voraus. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Da keine weitere Zusatzfrage gestellt wird, kommen wir nun zum Aufruf der fünften Anfrage.

Die fünfte Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet.

Ich bitte daher Landtagsabgeordneten Temmel um Verlesung seine Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Am 3. September 2015 haben Sie als zuständige Landesrätin zu einem Runden Tisch zum Thema „Uhudler-Rettung“ eingeladen.

Welchen konkreten Plan verfolgen Sie zur Rettung des Uhudlers? *(Abg. Ewald Schnecker: Rettungsplan!)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Herr Abgeordneter!

Zunächst einmal ist es natürlich ein Thema der letzten Wochen und Monate, vor allem wurde es ein Thema im Landtagswahlkampf, wo es darum ging, für das Südburgenland und für diese Region, einfach den Mehrwert des Uhudlers, und der ist gegeben, in den Vordergrund zu rücken. Das wurde natürlich schon ein großes Thema.

Fakt ist, was bezwecke ich damit und in wie weit wollen Sie auch wissen, wo wir stehen und was zu tun ist? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Erlauben Sie mir Ihnen aber doch einige Hintergrundinformationen zu liefern, damit Sie dem auch folgen können, weil es natürlich so eine eigene regionale Geschichte ist. Ich erlaube mir, Sie darüber zu informieren. Das Ganze findet sich natürlich in Gesetzmäßigkeiten wieder. Was haben wir zu tun, damit Sie meine Schritte, die ich zu setzen habe, auch begleiten können?

Zunächst einmal ganz kurz ein Blick zurück in die Geschichte: 1985 wurde über das Burgenländische Weingesetz der Uhudler verboten. Daran war aber eigentlich nicht der Uhudler schuld, sondern eher der andere Skandal, nämlich, der Glykose-Skandal. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Glykol!)* Entschuldige, ich habe mich versprochen, der Glykolwein-Skandal. Gut dass ich im Umweltbereich jetzt auch noch zuständig bin!

Fakt ist, dass durch den Glykolwein-Skandal damals 1985 das burgenländische Weingesetz geändert wurde und hier ein Verbot für Direktträgersorten hineingenommen wurde. Der Glykolwein-Skandal hat sich, Gott sei Dank, zum Besseren gewendet, denn der burgenländische Wein steht jetzt super da und ist in Österreich und international anerkannt! Der Uhudler hat es leider in dieser Weise nicht geschafft. Wir haben heute im Burgenländischen Weingesetz folgende Sachlage: Wenn Sie sich mit dem nicht ständig sozusagen vertraut machen können - der Uhudler ist im Burgenländischen Weingesetz nicht erwähnt, auch nicht verboten und gar nichts, aber im Burgenländischen Weingesetz steht ganz klar: Weine sind jene, die klassifiziert sind! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Thema und das Problem des Uhudler ist, dass er als Direktträger nicht klassifiziert ist, weil im Burgenländischen Weingesetz ebenso wie auch im österreichischen Weingesetz nur solche Weine enthalten sind, die klassifiziert sind.

Im Laufe der Jahre kam dann eben das Thema auf die dritte Ebene, auf jene Ebene, von der wir jetzt am meisten reden, nämlich, über die EU-Weinmarktordnung. Fakt ist, dass in der EU Marktordnung ganz klar steht, dass Direktträger, besonders einige genannte Sorten, verboten sind. In der EU, nach der EU Marktordnung sind erlaubt,

klassifizierte Edelweine unter dem Motto, die sind einfach klassifiziert und klar zugewiesen, und in der EU-Weinmarktordnung sind auch eben jene Direktträger klar verboten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das, und dort ist die Chance, wo ich auch hin möchte, das was möglich ist, dass in der EU auch ganz klar in der Weinmarktordnung in § 81 steht, dass jene Direktträger, die mit klassischen Sorten zusammen angebaut werden, und das gibt es ja schon immer, dass diese Sorten, wie die Labrusca, erlaubt sind. Auch nach der EU-Weinmarktordnung.

Zusammengefasst: Wir können jetzt auf regionaler Ebene einiges tun. Das habe ich schon geschafft und da bin ich sehr froh drüber. Ich finde es nur schade, dass das vor mir niemand versucht hat. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt doch nicht! Stimmt doch nicht. Wir waren die Ersten, die hier einen Antrag eingebracht haben. Vor einem Jahr!)*

Nein, ich bin schon einen Schritt weiter, Herr Abgeordneter, aber, danke für die Unterstützung. *(Abg. Manfred Kölly: Unglaublich!)* Da geht es weiter, nämlich, schon in den nächsten Schritt. Was habe ich getan? Ich bin hergegangen, weil über den Uhudler und über die Direktträger gibt es überhaupt keine Aufzeichnung und in Wirklichkeit wissen wir nicht, obwohl es schon Rodungsbescheide gibt, was denn überhaupt und welche Direktträgersorten genau wo angebaut worden sind, weil viele Direktträgersorten auch vermischt worden sind - natürlich auch mit Edelweinen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, ich habe in kürzester Zeit, und ich bin seit ungefähr 100 Tagen in diesem Amt, einiges geschafft. Erstens einmal, dass es beispielsweise jetzt, und ich verweise auf oenologische Untersuchungen durch die Bundesanstalt für Weinbau, erlaubte Sorten bis hin zur EU gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich brauche also nichts anderes tun, als die Delaware, wo wir schon draufgekommen sind, dass diese Direktträgersorte mit Edelsorten vermischt sind, denn die sind sogar nach der EU Marktordnung erlaubt. Das werde ich tun. Da werde ich natürlich weitergehen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist aber keine neue Erkenntnis!)*

Das zweite, was ich geschafft habe, und das war ganz wichtig, ist auch, dass es in Zukunft möglich sein wird, dass ich, wenn ich das ins burgenländische Weingesetz aufnehme, die Delaware erlaubt ist, und damit eine Direktträgersorte ohne der EU zu entsprechen, dann auch ausgebaut werden darf.

Ich hätte mich sehr gefreut, wenn das vor mir auch schon welche gemacht hätten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Bis jetzt haben Sie überhaupt keine Lösung geschafft. Das mit der Delaware muss man ganz klipp und klar und deutlich sagen, dass die fast nur zu fünf bis zehn Prozent *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Maximal!)* maximal angepflanzt wurde und dass es eine Weißweinsorte ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na, bitte!)* Das ist keine typische Uhudlersorte.

Ihr Vorgänger als Landesrat, der Weinbaupräsident, der wirkliche Fachmann und Weinkenner, *(Abg. Ilse Benkö: Kenner?)* ein guter Weinbauer, Andreas Liegenfeld, hat mit den Experten des Landwirtschaftsministeriums, die sich wirklich jahrelang mit dem Thema beschäftigt haben, die Obstweinlösung vorgeschlagen.

Nachdem Sie jetzt selbst keine Lösung noch haben *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*, ist meine Frage: Was sagen Sie zur Obstweinlösung

beziehungsweise sind Sie wirklich nur dagegen, weil es von Herrn Landesrat Liegenfeld gekommen ist?

Präsident Christian Illedits: Die Frage, Herr Abgeordneter war: Was sagen Sie zur Obstweinlösung? Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin die Letzte, die das tun muss, weil Sie mich jetzt durch Ihre Frage zwingen, auf einen ehemaligen Landesrat hinzuschlagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das haben Sie verursacht, weil ich es jetzt sagen muss. Ich verstehe mich mit dem Andreas Liegenfeld, ich treffe mich ständig mit ihm, ich spreche mit ihm auch gerne einige Themen ab, aber Sie fordern mich jetzt dazu auf, genau das zu sagen, was ich lieber nicht getan hätte. Leider hat er überhaupt nichts zuwege gebracht. Leider gibt es weder die Studie, *(Abg. Ilse Benkö: Ist so!)* leider hat er auch nicht noch etwas weiter geschaut. Er steht auch dazu. *(Allgemeine Unruhe. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Da haben Sie mit ihm wohl einiges gemeinsam. Sie bringen auch nichts zustande. Sie stehen auch dazu. Ist ok! Das dürfte eine Voraussetzung dafür sein.)*

Sie waren über 70 Jahre mit ihren Agrarlandesräten dafür zuständig. Mich jetzt nach 100 Tagen als Agrarreferentin zu fragen und zu sagen, dass ich noch keine Lösung zustande gebracht hätte, ist wirklich das Beste. Ich gratuliere Ihnen. So entblößen muss man sich einmal. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Also, dass Sie sich nicht lächerlich vorkommen. Ich hätte so eine Frage, wenn ich ein bisschen mitdenken würde, gar nicht gestellt, weil damit sage ich, unsere Agrarlandesräte *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wie bitte?)* bis zu den Agrarministern haben versagt, die haben für das Südburgenland nichts getan. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Völliger Unsinn!)* Sie sagen das noch als Südburgenländer. Na, herzliche Gratulation. Diese Frage ist Ihnen jetzt leider nicht gelungen.

Aber, meine Antwort zum Obstwein ist klar: Lieber Herr Abgeordneter! Wenn Ihre politische Arbeit so ausschaut, dann verstehe ich, warum Sie für das Südburgenland nichts zuwege bringen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Dummheit ist endlos!)* wenn es Ihnen immer nur um das Parteipolitische geht. *(Allgemeine Unruhe. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Wenn der Obstwein eine Lösung wäre, würde ich das gerne unterstützen. Aber, erstens waren Sie selber beim Runden Tisch dabei, denn da haben wir abgestimmt, und alle haben gesagt: Bitteschön erspart uns den Obstwein. *(Abg. Walter Temmel: Nein! Nein! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was hast Du gesagt, Frau Landesrätin? Abgestimmt wird nicht! Was hast Du gesagt?)* Zweitens, den Obstwein wollen Sie wirklich?

Meine Herren von der ÖVP, was ist denn los? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja wie im Kabarett!)*

Warum regt Ihr Euch denn so auf? *(Allgemeine Heiterkeit)* Eigene Versäumnisse kann man nicht einfach durch lautes Schreien zudecken. *(Allgemeine Unruhe - Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Dankeschön Frau Landesrätin! Gibt es eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Den Fachmann Andreas Liegenfeld da wirklich so zu bezeichnen, dass er nichts weitergebracht hat, dass er keine Lösung vorgeschlagen hat, das weise ich wirklich auf das Schärfste zurück. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ihre beiden sogenannten „Runden Tische“, diese Uhudler Tische zur Rettung des Uhudlers, die wirklich keine Lösung bis jetzt gebracht haben, außer sehr viel Selbstbeweihräucherung, und alles was Sie jetzt schon gemacht haben, *(Abg. Edith Sack: Damit Ihr es auch wisst!)* und alles was Sie noch machen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist: Warum - das ist konkret jetzt meine Frage - beauftragen Sie nicht Ihre Abteilung mit den Experten des Landwirtschaftsministeriums, die wirklich jahrelange und jahrzehntelange Erfahrung auf diesem Gebiet haben, dass Sie hier eine gesetzliche Lösung vorschlagen, die wirklich auch rechtlich hält?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Erstens einmal weise ich ganz klar zurück und sage noch einmal klar: Sie haben die Schuld, warum ich da überhaupt über den Kollegen Liegenfeld etwas sagen musste. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nicht schon wieder!)* Das haben Sie selber heraufbeschworen. *(Abg. Walter Temmel: Schuld hat wohl immer der Andere! Das kenne ich, Schuld hat immer der Andere!)* Was Sie nicht schaffen werden, dass ich mit ihm nicht rede, vielleicht reden Sie mit ihm nicht mehr. Ich tue es und kann mit ihm mich jederzeit immer wieder zusammenreden.

Zweitens: Es gibt eine klare Lösung, die ist vorgesehen, denn ich habe in 100 Tagen mehr geschafft, als Sie in sieben Jahrzehnten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Welt steht nicht mehr lange!)* Es gibt eine Lösung mit der Delaware Ich werde weiter forschen lassen. Die Bundesanstalt für Weinbau macht das zusammen mit der FH und vielen anderen.

Drittens: Wir haben auch in der Abteilung hier im Land natürlich Gespräche, wir haben einen Fachexperten. Ich rede auch mit der Landwirtschaftskammer, da ist eine ganz eine tolle Vertreterin der Landwirtschaftskammer, die mit dabei ist.

Viertens: ich rede natürlich auch mit dem Minister Rupprechter, denn ich bin ständig mit ihm in Kontakt und habe auch konkrete Gespräche. Mit dem kann man Gott sei Dank zusammenarbeiten. Weil zum Unterschied von Ihnen geht es dem nicht um Parteipolitik, sondern darum, für das Südburgenland wirklich etwas weiterzubringen.

Es gibt Lösungen. Es gibt auch Gespräche. Ich bedanke mich auch bei denen im Nationalrat, die alle gemeinsam auch einen ganz klaren Auftrag mit einer Anfrage an den Minister Rupprechter erteilt haben. Nämlich, ihn zu ersuchen, für den Uhudler auch auf EU Ebene Lobbying zu betreiben. Das finde ich eine Arbeit, wie es sich gehört.

Nämlich, dass man für eine Region etwas weiterbringt. Ich kann also erstens im Burgenländischen Weingesetz und zweitens auch auf nationaler Ebene etwas tun, denn den Obstwein will keiner. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Ich bin dann absolut dagegen, wenn die WinzerInnen, die den Uhudler produzieren, das nicht wollen. Wenn Sie über die Menschen drüberfahren, ich nicht. Sie waren selber dabei. Die haben gesagt: Das wollen wir nicht!

Zum dritten wissen wir ganz genau, und gestern hat es wieder ein Gespräch mit dem Herrn Minister Rupprechter gegeben, wenn man den Obstwein hineinnimmt, dann ist man ganz sicher nicht auf der richtigen Spur, weil auch die Juristen sagen, der Obstwein wird dann sicherlich auch von der EU aufgehoben, weil der Obstwein trotzdem ein Wein ist, auch wenn Obst davor steht. Er wird dann total billig, und Sie wollen eigentlich, dass

das Südburgenland und die Winzer etwas verdienen, oder? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich will nicht in der Tetra Packung einen Obstwein haben, wo Uhudler ist *(Abg. Ilse Benkö: Ich auch nicht!)* und dann bekommen sie 0,99 Euro dafür. Sie sind ja hoffentlich wirklich für den Süden, und sagen nicht nur, der Obstwein ist ja trotzdem ein Wein.

Die EU-Weinmarktordnung sagt ganz klar: Direktträgersorten, wenn sie nicht vermischt sind, sind verboten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Schade!)* Also, was wollen Sie? Wollen Sie die Winzer wirklich in eine EU Rechtsfalle hineinbringen, dass Sie nichts verdienen und das Gesetz wieder aufgehoben wird? Gott sei Dank sieht das der Herr Minister Rupprechter anders als Sie. *(Abg. Walter Temmel: Das sagen Sie! - Beifall bei der SPÖ und der FPÖ - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Glaubt sie das wirklich, was sie da sagt?)*

Präsident Christian Illedits: Zeitablauf! Dankeschön. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wenn Sie das Thema und die Anfrage ins Lächerliche ziehen möchten, dann ist das Ihre Sache. Wenn Sie das noch unter Applaus Ihrer Kollegen tun, ist das sehr schade. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie haben dort angemerkt, dass Sie mit dem Kollegen Rupprechter in Kontakt sind. Haben Sie auch seine Antwortbefragung der Grünen gelesen? Dann müssten Sie das nämlich hier nicht erzählen, denn dann wäre alles schon erledigt.

Meine Frage lautet: Wenn Sie die Delawara-Traube, Delaware-Traube, entschuldigen Sie, als Lösung anbieten, dann ist Ihnen bewusst, dass es eine ganz kleine Menge ist, und dass es eine Weißweintraube ist. Das verfälscht zu 100 Prozent den derzeitigen Charakter und alles was man allgemein gängig mit Uhudler verbinden würde. Ist Ihnen diese Tatsache bewusst?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Erstens ist ganz klar, dass ich mich freue, wenn hier Anfragen gestellt werden. Ich lasse mir von Ihnen in keiner Weise, und ich will, dass das auch im Protokoll steht, unterstellen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das haben Sie bewiesen! Das brauche ich nicht zu unterstellen!)* als würde ich nicht haben wollen, dass Sie mich etwas fragen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das haben Sie bewiesen.)*

Zweitens gibt es, Gott sei Dank, auch die Grüne Fraktion, die absolut dahinter ist, auch im Nationalrat mit der Abgeordneten Brunner. Das ist absolut richtig. Super. Es ist auch wichtig, dass der Herr Minister Rupprechter jetzt auf EU Ebene schaut, aber das kann er… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Antwort ist diametral dessen, was Sie gesagt haben! Ganz einfach!)*

Warum fragen Sie mich, wenn Sie dann meine Antwort nicht hören wollen? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eine EU-Verordnung! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist generell so! Sie haben in diesem Fall entweder bewusst oder unbewusst die Unwahrheit gesagt.)* Hören Sie einmal zu! Was ist denn los mit Ihnen? Warum sind Sie so nervös? Hören Sie einmal zu! Sie hören meine Antwort nicht. Gut. Sie wollen keine Antwort. Ich spreche mit allen anderen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Natürlich weiß ich, denn ich habe selber Uhudler Weinstöcke, weil ich genau dort auch wohne, wo das passiert, dass die Delaware eine weiße Traube ist. Natürlich weiß ich, dass es wenig ist, aber das ist der Beginn.

Sie haben vorher gesagt, ich soll mehr lesen. Lesen Sie einmal mehr, denn *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben gesagt, dass ist die Lösung, Frau Kollegin! Die Lösung, haben Sie gesagt.)* Sie waren ja auch beim Runden Tisch dabei. Ich habe dort ganz klar gesagt, dass es weitergeht.

Die Lösung kann es nur auf EU Qualitätswein geben. Da wird der Herr Minister Rupprechter und da wird das Land Burgenland etwas tun. Aber, ich warte zum Unterschied von 70 Jahre Agrarlandesräte *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das Problem gibt es doch nicht 70 Jahre.)* nicht auf übermorgen und irgendwann, sondern ich reagiere jetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich werde das Burgenländische Weingesetz novellieren *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn es novelliert wird, dann vom Burgenländischen Landtag und nicht von Ihnen!)* und werde jetzt schon dafür sorgen, dass zumindest manche Teile hineinkommen. Sie haben das leider versäumt. Aber, mir zu unterstellen, das wäre jetzt die Lösung. Na, die Lösung ist es noch lange nicht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das habe ich auch nicht gesagt! Das haben Sie doch vorhin behauptet. Ich wiederhole nur das, was Sie vorhin gesagt haben.)* Aber ich habe schon etwas umgesetzt - zum Unterschied von Ihnen.

Aber schön, dass Sie so laut schreien, das zeugt, dass Sie unsicher sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach, Gott! Das glaube ich!)* Eins zu null für mich, dass ich etwas beim Uhudler weitergebracht habe. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Stampfel.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist einmal etwas Neues. Unsicherheit haben mir die Wenigsten unterstellt.)* Sehr geehrte Frau Landesrat! Die ÖVP Burgenland hat auf ihrer Homepage einen Eintrag vom 11.04.2015, in dem steht, dass sich der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl, der damalige Agrarlandesrat Liegenfeld, die damalige Tourismus Landesrätin Resetar und die EU Parlament Abgeordnete Elisabeth Köstinger besonders für den Erhalt des Uhudlers einsetzen wollen.

Folgendes Zitat stammt vom damaligen Agrarlandesrat Liegenfeld: Klar definiertes Ziel ist es, die notwendigen Rahmenbedingungen für den Erhalt des Uhudlers, dieser südburgenländischen Unverwechselbarkeit, zu schaffen, und maßgeschneiderte Lösungen für das Burgenland zu kreieren. Erste konkrete Schritte wurden mit dem Studienauftrag bereits veranlasst.

Was ist mit dieser Studie passiert?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Um es noch einmal klarzustellen. Das Thema Uhudler hat leider viel zu wenig Menschen die letzten Jahre beschäftigt, sonst hätten wir früher etwas weiterbringen können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das würde ich auch sagen.)* Es hat der Herr Landesrat Liegenfeld vor der Landtagswahl, als das zum großen Landtagswahlkampfthema wurde, für sich und

auch da im Landtag gesagt: Wir brauchen Studien, damit wir noch mehr für den Uhudler tun können.

Als ich dann als Agrarlandesrätin angelobt war, habe ich natürlich schon als erstes gefragt: Tun wir beim Uhudler jetzt wirklich etwas? Schauen wir, dass wir Lösungen zuwege bringen! Und - wo ist die Studie? Leider hat der Herr Landesrat keine Studie beauftragt. Es war keine Beauftragung für eine Studie da. Ich bin insofern nicht unfroh darüber, weil die Studie, die er damals im Landtag vorgestellt hat, drei Teile umfasst hätte.

Der dritte Teil, da hätten wir wirklich nur Geld verbraten, weil es auch eine Gesundheitsstudie war, die wir schon haben. *(Unruhe bei der ÖVP)* Den Uhudler kann heute niemand mehr angreifen wegen gesundheitsschädigender Inhalte. Da sind wir ganz klar weit weg davon. Das brauchen wir nicht.

Was ich jetzt mache sind analogische Studien, wo einfach festgestellt wird, wo sie sind, in welchen er enthalten ist und wie schaut das aus? Also ein Beispiel.

Eine der Lösungen, worüber ich mich total freue ist, dass der Landesverwaltungsgerichtshof aufgrund dessen, das ich jetzt geschafft habe herauszukristallisieren das der Uhudler erlaubt ist, hat der Landesverwaltungsgerichtshof gesagt, wir werden die Rodungen jetzt einmal aufschieben, auch das ist etwas was wir geschafft haben, nämlich dort wo man nicht einmal genau weiß welche Sorten sind genau angepflanzt.

Daher ist es ganz, ganz wichtig auch für die Uhudler-Bauern jetzt einmal zu schauen und Zeit zu haben, ich klassifiziere das ganze jetzt einmal und schaue einmal wie das weitergeht.

Ich muss aber auch dazu sagen, für diese Forschungen und Untersuchungen brauchen wir auch das Weinlaub, das ist jetzt natürlich in einem Zustand, dass es nicht mehr aussagekräftig ist. Im Frühjahr werden diese Studien dann weitergeführt.

Ganz wichtig ist aber auch, dass ich letztendlich schon mit Kommissar Hogan beziehungsweise mit dem Generaldirektor schon im Gespräch bin.

Präsident Christian Illedits: Zeitablauf, Frau Landesrätin!

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): *(fortsetzend)* Es muss eine EU-weite Möglichkeit geben, weil das ist genau der Punkt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geschätzte Frau Landesrätin. Ich denke, dass der Uhudler nicht schon seit gestern und vorgestern da ist, sondern schon seit Jahrzehnten.

Wir haben auf Anraten von südburgenländischen Winzern, die auch den Uhudler tatsächlich herstellen und auch vermarkten, erfolgreich vermarkten, eine Anfrage bekommen, die wir gerne beantwortet hätten und somit einen Antrag in den Landtag eingebracht haben vor einem Jahr. Sie sagen, Sie haben das jetzt alles gemacht. Schön und gut, das ist parteipolitisch gesehen. Vor einer Wahl finde ich das für in Ordnung. Aber, Sie haben auch davon gesprochen, dass der - und bei aller Wertschätzung, Frau Landesrätin - dass Ihr Vorgänger nichts gemacht hat. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Werner Friedl: Hat Sie nicht gesagt. – Abg. Klaudia Friedl: Nein, das hat Sie nicht gesagt. – Abg. Ingrid Salamon: Nein!)*

Jetzt höre ich, dass er trotzdem eine Studie gemacht hat. Also dann hat er doch etwas gemacht, muss ich einmal ehrlich dazu sagen. So etwas zu sagen, das würde ich mir nicht anmaßen, meinen Vorgänger eigentlich zu attestieren, das er nichts getan hat. Das würde ich mir nicht anmaßen.

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, bitte die Frage.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): *(fortsetzend)* Ich denke, dass es entscheidend wird sein, dass wir, und jetzt kommt die Frage, die Einserfrage, ob wir gemeinsam es schaffen können, endlich dieses Thema vom Tisch zu bekommen und das umzusetzen, was wir gemeinsam gefordert haben?

Ich bitte um Ihre Antwort.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erstens habe ich ganz klar festgestellt, die Studie hat es nicht gegeben, die Beauftragung. Aber das ist ja nicht das Thema.

Ich gratuliere Ihnen zu dieser Aussage, das habe ich versucht dem Abgeordneten Temmel, genauso wie den Herrn Klubobmann Sagartz, dass er endlich einmal aufhört den Uhudler, die Menschen haben es sich da unten nicht verdient, ständig parteipolitisch hin und her zu zerren. *(Abg. Walter Temmel: Das macht Ihr immer.)*

Ich bemühe mich jetzt, dass ich etwas weiterbringe, ich habe alle eingeladen. *(Zwischenrufe der Abg. Walter Temmel und der Abg. Maga. Michaela Resetar.)* Die zwei Herren waren auch beim runden Tisch, und *(Abg. Manfred Kölly: Ich war nicht eingeladen.)* ich habe mich sehr gefreut, dass sie endlich verstanden haben, dass man jetzt ein paar kleinere Lösungen schon hat.

Ich danke Ihnen, dass Sie diesen Antrag eingebracht haben und Sie haben genau das Richtige gesagt, da geht es ja letztendlich um Vermarktung. Wir haben im Burgenland 13.000 Hektar ungefähr, Weinbau. Davon haben wir im Südburgenland für die drei Bezirke 500 Hektar. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Je nach dem. – Abg. Manfred Kölly: Ich kenne die Zahlen.)*

Der Uhudler sind 50 Hektar. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zirka.)* Also das ist ja nicht die große Größe, dass das ganze Südburgenland jetzt reich wird, sondern Sie haben es genau richtig gesagt.

Was mir auch ganz wichtig ist, nämlich zu sagen, der Uhudler ist eine Marke. eine Trendmarke. Da kommen Menschen her, die fahren extra deswegen her. Und *(Abg. Manfred Kölly: Das ist das Thema.)* eine dieser Lösungen, die ich auch schon gemacht habe, ist ganz einfach auch diese Vernetzung zwischen Landwirtschaft, zwischen Weinbau, der Uhudler-Produzenten und letztendlich dem Tourismus.

Das wir es hier schaffen dieses Uhudler-Land noch mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Ich habe die Marke "Uhudler-Land" rechtlich in Wort- und Bildmarke schützen lassen. *(Die Landesrätin Verena Dunst zeigt ein Schild mit der Aufschrift „UHUDLER LAND“ – Unruhe bei der ÖVP)* Damit gehen wir natürlich jetzt in den Tourismus, gehen in die Vermarktung.

Das ist wichtig, weil das bringt den Südburgenländerinnen und Südburgenländern Einkommen und Wertschöpfung und das war mir ganz, ganz wichtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war jetzt parteipolitisch nicht populistisch?)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem keine Zusatzfragen mehr gestellt sind… *(Aus den Reihen der SPÖ: Doch!)* Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Sodl.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin. Das erst kürzlich errichtete Uhudler-Kompetenzzentrum in Heiligenbrunn leistet einen wichtigen Beitrag zur Identitätsbildung in der Region. Es trägt wesentlich zum Erhalt und der Förderung der Uhudler-Kultur bei.

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde die frisch und teuer renovierte Außenwand des Kellerstöckls von Unbekannten mit einem Fäkalschimpfwort beschmiert.

Was sagen Sie zur Verunstaltung des neu gegründeten Uhudler-Kompetenzzentrums?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Walter Temmel: Wer da schuld ist? Wer da schuld ist?)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ich bin froh, dass es nicht alle gehört haben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das nächste Taferl!)*

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Hoher Landtag! Fakt ist, dass Sie absolut Recht haben. Ich habe vorher dem Abgeordneten Kölly schon gesagt, da geht es um Vermarktung. Und Sie haben Recht in Ihrer Feststellung, dass es wichtig und richtig ist, hier endlich einmal etwas zu tun für die Region Uhudler-Land. *(Abg. Manfred Kölly: Genau!)* Nämlich insofern, dass wir hier sehr, sehr viel Potential noch haben.

Uhudler als Trendmarke, als Marke wo Menschen, egal aus welchen Ländern herkommen und fragen, wo gibt es den Uhudler, wie schaut der aus und wo kann ich ihn kaufen, sind ganz, ganz wichtig. *(Abg. Manfred Kölly: Schmecken ist auch wichtig!)*

Das was ich als sehr, sehr wichtig empfinde, das man dort noch mehr Wertschöpfung, noch mehr Kaufkraft, in die Region bringt. Da fahren tausende Menschen, viele auch mit Bussen in die Region als wir schaffen können.

Daran möchte ich auch arbeiten als zuständige Agrarlandesrätin, damit wir viel mehr Menschen da, wenn sie kommen, auch servicieren. Ob das mit Produkten aus der Region ist, da ist wirklich noch Luft nach oben, oder ob das Buschenschenken sind und vieles andere mehr und das ist wichtig.

Dazu wollen die Menschen aber immer eine Geschichte haben, nämlich was ist mit dem Uhudler? Das ist ja das Tolle daran, das ja viele sagen, der ist verboten gewesen und so weiter. Das Uhudler-Kompetenzzentrum, und herzlichen Dank an Dich, Helmut Bieler, hat die Möglichkeit, dort ist geschichtlich alles aufgebaut, das Du es gefördert hast. Jetzt haben wir dort ein Uhudler-Zentrum mit Geschichte.

Ich lade Sie alle ein, schauen Sie sich das an. Dass dann am Tag vor der Eröffnung da jemand hergeht und dort etwas draufschreibt, - dieses Wort werde ich hier nicht wiederholen, - das finde ich für unanständig und regionsschädigend, weil das ist ein Witz.

Ich bin überzeugt davon, dass das aber sicherlich nicht parteipolitisch motiviert war. Ich gehe davon aus. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin.

Die Fragestunde ist somit durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, (Beilage 66), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, (17. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) (Zahl 21-49) (Beilage 97)

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, (Beilage 71), mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 54) (Beilage 98)

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, (Beilage 80), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 63) (Beilage 99)

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, (Beilage 81), mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz-Krankenanstalten geändert wird (Zahl 21 - 64) (Beilage 100)

6. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, (Beilage 65), mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 - 48) (Beilage 101)

7. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, (Beilage 78), mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 61) (Beilage 102)

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 79), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2015) (Zahl 21 - 62) (Beilage 103)

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, (Beilage 67), mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 50) (Beilage 104)

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, (Beilage 64), mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 47) (Beilage 105)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren, da der 2. bis 10. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag somit akzeptiert.

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 66, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, 17.

Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997, Zahl 21-49, Beilage 97.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben dem Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (17. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997), in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (17. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997), die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin zum 3. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 71, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, Zahl 21 - 54, Beilage 98, ist ebenfalls Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Dankeschön Frau Berichterstatterin. Ich ersuche nunmehr ebenfalls Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um ihren Bericht zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 80, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, Zahl 21 - 63, Beilage 99.

Bitte Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische

Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 81, mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz-Krankenanstalten geändert wird, Zahl 21 - 64, Beilage 100.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist ebenfalls Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz-Krankenanstalten geändert wird, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz-Krankenanstalten geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Die Berichterstattung zum 6. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 65, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, Zahl 21 - 48, Beilage 101, wird ebenfalls Frau Abgeordnete Doris Prohaska vornehmen.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 78, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, Zahl 21 - 61, Beilage 102.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist ebenfalls Frau Abgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das

Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich ersuche nunmehr Frau Abgeordnete Prohaska um ihren Bericht zum 8. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 79, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird, Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2015, Zahl 21 - 62, Beilage 103.

Bitte Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2015) in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2015), unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Frau Abgeordnete Prohaska ist auch Berichterstatterin zum 9. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 67, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 50, Beilage 104.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 64, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, Zahl 21 - 47, Beilage 105.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident! Meine Damen und Herren, wir haben jetzt ausführlich gehört, worum es unter den Tagesordnungspunkten 2 bis 10 gehen wird. Es geht insgesamt um die Änderung von neuen Gesetzen. Es handelt sich in erster Linie um Änderungen in dienst- und besoldungsrechtlicher Hinsicht, also im Bereich der Landesbeamten, der Landesvertragsbediensteten aber auch der Gemeindebediensteten.

Einerseits geht es eben um den großen Brocken der Besoldungsreform und auch um die jährlichen Gehaltsanpassungen, die landesgesetzlich noch nachzuvollziehen sind. Andererseits geht es um zahlreiche eher unspektakuläre Änderungen und Anpassungen, etwa im Zusammenhang mit der Einführung des Landesverwaltungsgerichtes.

Die Materie ist zugegebener Maßen ziemlich trocken. Zumindest werden wir in dieser Debatte den Unterhaltungswert der Fragestunde zum Thema Uhudler nicht übertreffen können. Von hoher Bedeutung sind die vorliegenden Gesetzesanträge dennoch und allemal.

Wie gesagt, auf den ersten Blick erkennbare große Brocken der die meisten der gegenständlichen Vorlagen betrifft, das ist die in den letzten Jahren so viel und heiß diskutierte Besoldungsreform. Dieser Reform, der heute auf landesgesetzlicher Ebene der Weg bereitet werden soll, gingen Reformversuche und Reformen auf Bundesebene voraus und diesen wiederum langwierige rechtliche Verfahren und Auseinandersetzungen, letztendlich bis zum Europäischen Gerichtshof.

Kurz erklärt worum es geht: Der Entlohnung im öffentlichen Dienst liegt ein System der Vorrückung zugrunde. Vorrückung bedeutet Aufsteigen in eine höhere Gehaltsstufe und mit der Vorrückung, die in der Regel alle zwei Jahre stattfindet, soll es quasi zu einer Abgeltung der zunehmenden Diensterfahrung kommen. Damit man die grundlegenden Berechnungen anstellen, beziehungsweise die anfängliche Einordnung vornehmen kann, muss ein Stichtag festgesetzt werden. Das ist der berühmte Vorrückungsstichtag und der ist eben ein wesentliches Kriterium dafür, wenn es um die Höhe des Anfangsgehaltes geht.

Je früher dieser Tag liegt, desto höher sind Gehalts- beziehungsweise Entlohnungsstufe und desto höher wird letztendlich dann auch die Lebensverdienstsumme sein.

Maßgeblich für den Zeitpunkt dieses Stichtages sind Vordienstzeiten und anrechenbare Zeiten, etwa Schul- und Studienzeiten. Es gibt Zeiten, oder gab bisher Zeiten die voll angerechnet werden, die halb angerechnet werden oder die gar keine Berücksichtigung finden.

Im Jahr 2010 war es dann so, dass in Österreich, nach ebenfalls rechtlichen Bedenken beziehungsweise Verfahren, ein neues Besoldungs- und Vorrückungssystem für Beamte eingeführt wurde. Die Anrechnung von Zeiten vor dem 18. Geburtstag wurde ermöglicht um der Altersdiskriminierung entgegenzuwirken. Das war zumindest das Ziel. Gleichzeitig wurde allerdings der Zeitraum oder die Wartezeit zwischen der Vorrückung von der Gehaltsstufe I in die Gehaltsstufe II von zwei auf fünf Jahre verlängert und zwar für jene, die bereits Zeiten vor dem 18. Geburtstag vorzuweisen hatten.

Ergebnis laut Europäischen Gerichtshof, erst recht wieder Ungleichbehandlung, erst recht wieder Altersdiskriminierung. Jetzt geht es also um eine neuerliche Reparatur und wohl auch um eine Vereinfachung eines eher komplizierten und vielleicht auch nicht mehr ganz zweckmäßigen oder zeitgemäßen Systems.

Der Vorrückungsstichtag wird abgeschafft, es wird ein sogenanntes Besoldungsdienstalter eingeführt. Zeiten der Ausbildung werden nicht mehr gesondert angerechnet, sondern unmittelbar über die Gehaltsansätze abgegolten. Die sogenannten „sonstigen Zeiten“ werden gänzlich unbeachtlich, angerechnet werden nur mehr einschlägige Zeiten. Das bestehende Personal wird ins neue System übergeführt, wobei darauf Bedacht genommen wird, dass niemand einen Nachteil erleidet - Aspekt der Besitzstandswahrung.

Meine Damen und Herren! So trocken und so kompliziert die Materie auch sein mag, dem Dienst- und Besoldungsrecht kommt eine hohe Bedeutung zu und diese Bedeutung wird in den nächsten Jahren sicherlich noch steigen. Es gibt in der öffentlichen Verwaltung und was die Zukunft angeht, große Herausforderungen.

Es gibt verschiedene Wünsche und Begehrlichkeiten. Es gibt etwa den Wunsch, dass es zu einem höheren Austausch zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst kommt. Es ist fraglich, ob die besoldungsrechtlichen Bestimmungen diesem Austausch förderlich sind.

Man hört auch immer wieder und aus verschiedenen Richtungen und nicht nur wenn es um den öffentlichen Dienst geht, den Wunsch nach einer anderen Gestaltung der Verdienstkurven, das heißt höherer Einstieg, flacherer Anstieg.

Das Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst ist allgemein verhältnismäßig hoch. Auch im Burgenland und gerade hier im Burgenland stehen uns in den nächsten Jahren doch größere Pensionierungswellen bevor.Jetzt wird man sich als Land Burgenland gerade angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt und wirtschaftspolitischen Unwegbarkeiten sicherlich keine Sorgen darum machen müssen, ausreichend neues Personal zu finden. Fraglich ist allerdings, ob die qualitativen Anforderungen immer erfüllt werden können.

Der Einstieg in den Landesdienst ist jetzt rein finanziell betrachtet, ich lasse den Aspekt der Arbeitsplatzsicherheit jetzt einmal weg, rein finanziell betrachtet nicht sonderlich attraktiv. Es ist zumindest in den ersten Jahren gerade bei niedrigerer Einstufung im c- oder d-Bereich unmöglich davon eine Familie zu erhalten. Andererseits ist natürlich auch klar, dass es budgetäre Zwänge gibt.

Die Personalkosten machen im Burgenland, wie in jedem Unternehmen, in jeder Organisationsstruktur natürlich einen Gutteil der Ausgaben aus, aber diese Koalition und

diese Landesregierung ist sich dieser Problemstellung bewusst. Das Thema Verwaltung und Verwaltungsreform nimmt einen großen Platz im Arbeitsübereinkommen ein.

Wir haben es gestern auch bei der Startveranstaltung zur Verwaltungsreform gehört, man wird sich auch dem Thema Besoldungsrecht annehmen. Das ist festes Ziel dieser Koalition und wie es im Koalitionsübereinkommen auch steht.

Man wird sich vor allem über die von mir schon aufgeworfene Frage Gedanken machen, wie man das Besoldungsrecht eben reformiert und zu höheren Einstiegen und flacheren Anstiegen kommt.

Wir sehen im Bereich der Ärztegehälter was passiert, wenn nicht ganz so optimal gesteuert wird oder wenn man die Entwicklungen ein wenig verschläft. Kräfte wandern woanders hin ab, neue Kräfte sind schwieriger zu bekommen, zumindest gibt es Auswirkungen auf das Niveau der Bewerber weil man ja im Wettbewerb mit anderen steht.

In diesem Sinne kann man die Einigung die die KRAGES mit den Spitalsärzten getroffen hat nur begrüßen. Diese Einigung wird heute im Rahmen der Änderung des Landesvertragsbedienstetengesetzes zum Beschluss erhoben werden.

Wir werden den Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 2 bis 11 zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde sagen der Kollege Molnár hat eigentlich alle Facetten dieser Tagesordnungspunkte beleuchtet. Die Schaffung von diskriminierungsfreien Ausdrucksweisen im Landesrecht kommt noch hinzu. Ich glaube, dass hier auch Beseitigungen jeglicher Art und Weise von Diskriminierungsausdrücken erforderlich waren.

Interessant ist diesbezüglich natürlich das Zusammenwürfeln von verschiedensten Gesetzesmaterien die wir hier haben. Allesamt zielen sie aber auf eines ab, nämlich Dinge klar zu stellen, auch zu verbessern und zu korrigieren, die zuletzt bei der Landesverwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2012 vergessen wurden oder nicht eingearbeitet wurden. Ich glaube, dass man sagen kann und ich möchte etwas aufgreifen was bereits Thema war, die Austauschbarkeit von der Privatwirtschaft und der Verwaltung wäre für beide Seiten ein riesiger Vorteil. Auf der derzeitigen Besoldungsgrundlage ist das eher schwer möglich.

Wir wissen, dass es auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, Stichwort Lehrerbesoldung, Probleme gibt. Wir haben für wenige die aus dem öffentlichen Bereich in die Privatwirtschaft wechseln möchten, aber vor allem im Bildungsbereich wo es um technische Berufe geht, die Chance ergreifen wollen, in den Lehrdienst zu gehen, wenige Möglichkeiten hier etwas zu tun.

Ich glaube, dass wäre vielleicht in einem weiteren Antrag und in weiterer Folge ein Thema, das auch die Personalvertretung aufgreifen müsste und sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion wird diesen Gesetzen ihre Zustimmung erteilen.

Ich bin gezwungen durch die Aussagen der Frau Landesrätin Dunst hier eines zu Protokoll zu geben. Zunächst einmal möchte ich feststellen, es liegt natürlich schon daran, wie das Regierungsmitglied dem die Frage die gestellt wurde, antwortet.

Wenn man zu einem Kabarettstil kommt und darauf abzielt hier Unordnung zu verbreiten oder auch Falschinformationen zu geben, dann endet eben wie vom Kollegen Molnár zitiert „das in Kabarett humorvollen Ausführungen“. Tatsache ist, mir ist schon viel unterstellt worden, in diesem Hohen Haus, wahrscheinlich auch anderen Kollegen, aber Unsicherheit war noch nicht dabei. Das ist eine Premiere.

Ich darf aber eines sagen, ich glaube die Frau Landesrätin Dunst ist besonders unsicher. Sie hat nämlich mit keinem Wort erwähnt, was die von ihr beauftragten Rechtsberater beim ersten runden Tisch zum Thema Uhudler in die Menge geworfen haben und dort vorgeschlagen haben, wie man die Sache lösen könnte.

Ich war nicht so polemisch und habe das heute hier gefragt, wie ihre Meinung dazu ist, Hoher Landtag, Wenn Sie, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, ein Gesetz beschließen sollen, ja, das wurde vorgeschlagen, das in keinerlei Weise rechtskonform ist.

Dann hätten wir ja alle hoffen müssen, dass weder - unser eigener Verfassungsdienst hätte hoffentlich als erster Alarm geschrien, - der Bund oder auch die Europäische Union gesagt hätte, na dieses Gesetz wird aber nicht funktionieren, wenn es der Marktordnung der Europäischen Union widerspricht, aber auch dem Bundesweingesetz. Das hätte man alles hier noch zum Besten geben können.

Ich glaube, dass es hier eine sachliche Lösung braucht. Der Kollege Temmel hat drei sehr konkrete Fragen gestellt und die Frau Landesrätin hat sich damit begnügt, ein 1:0 zu verkünden und mit Landesrat Bieler einzuklatschen.

Wenn das die Antwort der Regierungsbank auf eine Frage eines Abgeordneten ist, dann „Gute Nacht“. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Werner Friedl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ)**:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte kurze Zusammenfassung der übermittelten Gesetzesvorlagen und was geändert wird und was beschlossen werden soll bringen. Ich fange mit dem Landesvertragsbedienstetengesetz an.

Ab 1.3.2015 hat es eine 1,77 prozentige Erhöhung gegeben, die das Land mit 1,3 Millionen Euro, das Budget, belastet.

Dann, eine diskriminierungsfreie Ausdrucksweise, so lautet es unter anderem und statt „Karenzurlaub für Behinderte“ – „Karenzurlaub für Menschen mit Behinderung“ im § 54. Babymonat anstatt Papamonat - Rechtsanspruch auf unbezahlten Karenurlaub auf die Dauer von bis zu vier Wochen auch für Personen einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft, die sich Zeit für ein Baby nehmen, sowie Adoptionen eines Kindes das nicht älter ist als zwei Jahre.

Spitalsärzte Gehaltserhöhungen, Erhöhungen der Ärztegehälter, Einführung einer Ärztezulage und Erhöhung der bisherigen Zulage der Ärzte, Oberärzte. Ausverhandelt wurde das Ganze durch die KRAGES. Gehälter sind zu erhöhen um konkurrenzfähig zu bleiben, da andere Länder wie zum Beispiel Steiermark, Niederösterreich höhere Gehälter zahlen.

Das Krankenanstaltenarbeitsgesetz wurde geändert, dadurch können Ärzte weniger Dienste, weniger lange Dienste, machen und haben daher Gehaltseinbußen. In Kraft tritt es ab 1.10.2015, die Gehälter werden mit Sondervertrag aber schon ab 1.7.2015 ausbezahlt. Kosten für das Jahr 2015 - 2,7 Millionen Euro, in den Folgejahren je Jahr 5,4 Millionen Euro.

Ein wichtiges Thema ist auch die Besoldungsreform. Umsetzung des EuGH-Urteils Schmitzer 2014. In diesem Urteil sieht der Europäische Gerichtshof, die derzeitige Anrechnungsregime als altersdiskriminierend und mit der Gleichbehandlungsrichtlinie der Europäischen Union nicht vereinbar. Es soll eine gemeinschafts-, rechtskonforme und kostneutrale Neuregelung für Vordienstzeitenanrechnungen, wie es bereits im Bund erfolgt, gemacht werden.

Überleitung des bisherigen Personals unter Berücksichtigung des Aspektes der Besitzstandswahrung. Das Anrechnungsregime wird neu geregelt. Unter anderen werden Zeiten der Ausbildung anrechnungsneutral, das heißt diese werden nicht mehr gesondert angerechnet, die bisher angerechneten sonstigen Zeiten werden unbeachtlich, die erforderliche Ausbildung wird nun unmittelbar über die Gehaltsansätze abgegolten und nicht mehr auf die Dienstzeit angerechnet.

Erforderliche Ausbildungen werden nunmehr unmittelbar über die Gehaltsansätze abgegolten und nicht mehr auf die Dienstzeit angerechnet. Angerechnet werden nur mehr einschlägige Zeiten bis zu zehn Jahre. Es gibt keinen Vorrückungsstichtag mehr, sondern ein Besoldungsdienstalter. Wie bereits gesagt werden künftig einschlägige Zeiten bis zehn Jahre voll angerechnet, wenn nicht einschlägige, dann gibt es gar keine Anrechnung Bisher wurden elf Jahre zur Hälfte von sonstigen Zeiten angerechnet. In Kraft treten wird das ganze Gesetz mit 1.11.2015.

Das Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz. Besoldungsreform wie im Landesvertragsbedienstetengesetz, Gehaltserhöhung dasselbe im März 2015 und dann haben wir noch drinnen, Zitatsanpassung im Reisegebührenrecht. Dann haben wir das Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz, Besoldungsreform wie im Landesvertragsbedienstetengesetz, diskriminierungsunfreie Ausdrucksweise so lautet es nun statt Karenzurlaub für Behinderte, Karenzurlaub für Menschen mit Behinderung, Babymonat anstatt Papamonat und was auch wichtig ist, Löschungen, Streichungen, Unkenntlichmachungen und Belehrungen nach drei Jahren.

Dann haben wir das Landesbeamten-Pensionsgesetz, Besoldungsreform wie im Landesvertragsbedienstetengesetz, die diskriminierungsfreie Ausdrucksweise Behinderung statt Gebrechen, Nominierung eine nach dem ASVG enthaltenen zusätzlichen Beitragsgrundlage bei Inanspruchnahme von Pflegeteilzeit beziehungsweise Bezug von aliquotem Pflegekarenzgeld.

Anpassung der Bestimmungen Toleranzgrenze beim Studium für weiteren Anspruch auf Waisenpensionen an die Bestimmungen des Familienlastenausgleichsgesetzes, maximal ein Jahr über die Ausbildungszeit. Das Personalzuweisungsgesetz-KRAGES. Im Gesetz ist ein Instanzenzug gegen Bescheide des Geschäftsführers an die Landesregierung vorgesehen. Mit Einführung des Landesverwaltungsgerichtes gibt es jedoch keinen Instanzenzug mehr, daher ist diese Regelung zu streichen.

Das Landesverwaltungsgerichtsgesetz, Gehaltserhöhung wie bei den Beamten und Landesvertragsbediensteten März 2015, Besoldungsreform dasselbe. Das Gemeindebedienstetengesetz 2014 da ist auch die Gehaltserhöhung ab März 2015,

Kosten für die Gemeinden rund zwei Millionen Euro. Besoldungsreform wie im Landesvertragsbedienstetengesetz. Babymonat statt Papamonat.

Dienstrecht für Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen wird nun direkt im Gemeindebedienstetengesetz geregelt. Das Kindergarten- und Horte-Dienstrechtsgesetz wird aufgehoben. Bisher wurden Verweistechniken angewendet. Laut Verfassungsgerichtshof sind aufgrund der Verweisen Gesetze für Bürger kaum lesbar, widerspricht dem rechtsstaatlichen Prinzip durch Vollkodifizierung weiterer Schritte zur bürgernahen Landesrechtsordnung.

Gemeindebedienstetengesetz 1971: Besoldungsreform wie im Landesvertragsbedienstetengesetz, Aufhebung einer Bestimmung bezüglich Voraussetzung der Bestellung zum Gemeindeamtmann, mit 2015 gibt es keine Pragmatisierung mehr, Übergangsbestimmungen betreffend Kostentragungsregelung für Beamte der Dienstklasse VII, die schon vor dem 1.1.2015, vor Inkrafttreten des Gemeindebedienstetengesetzes 2014, in dieser Dienstklasse waren.

Dann haben wir noch das Gemeindesanitätsgesetz aus dem Jahr 1971. Mit Einführung der Landesverwaltungsgerichte gibt es keine Oberkommissionen mehr, es wurde übersehen, dass im § 36 eine Regelung beziehungsweise Oberkommission enthalten ist. Diese ist aus Gründen der Rechtssicherheit zu streichen. Klarstellung, dass das Nebengebührenzulagerecht im Pensionsrecht der Gemeinden, Kreisärzte nicht anzuwenden ist. Anmerkung: Es ist jetzt im LBBG und nicht mehr im eigenen Gesetz geregelt, welches auch für Kreisärzte gilt.

Ich möchte mich bei der Mag. Edelbauer, beim Herrn Hofrat Klug, den Mitarbeitern und natürlich auch bei der KRAGES recht herzlich bedanken für die Gestaltung dieser Gesetze. Meine Fraktion wird zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die neun Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 2. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 66, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (17. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997), Zahl 21 - 49, Beilage 97.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (17. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesbeamtendienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, 17. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamtendienstrechtsgesetz 1997, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den 3. Punkt der Tagesordnung, nämlich den Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 71, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, Zahl 2194, Beilage 98.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es erfolgt die Abstimmung über den 4. Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 80, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, Zahl 2163, Beilage 99.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf das mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den 5. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 81, mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz-Krankenanstalten geändert wird, Zahl 2164, Beilage 100 abstimmen. -

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz Krankenanstalten geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Personalzuweisungsgesetz-Krankenanstalt geändert wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Der 6. Punkt der Tagesordnung, über den wir jetzt abstimmen, ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 65, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, Zahl 2148, Beilage 101.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 78, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, Zahl 2161, Beilage 102.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den 8. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 79, mit dem das Burgenländische Landesbeamten Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird, Landesbeamten Besoldungsnovelle 2015, Zahl 2162, Beilage 103.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesbeamten Besoldungsrechtsgesetz 2001, Landesbeamten Besoldungsnovelle 2015, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird, Landesbeamtenbesoldungsnovelle 2015, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es erfolgt die Abstimmung über den 9. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 67, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, Zahl 2150, Beilage 104.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es erfolgt die Abstimmung über den 10. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 64, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, Zahl 2147, Beilage 105.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung. Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, ist somit in dritte Lesung einstimmig angenommen.

11. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 63), mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle) (Zahl 21 – 46) (Beilage 106)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen nun zum 11. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 63, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), Zahl 21 - 46, Beilage 106.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7.10.2015, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich habe mehrere Wortmeldungen. Als Erstes erteile ich dem Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur heutigen Landtagssitzung kann ich nur eines dazu sagen, die Fragestunde war wieder eine Farce, insofern, dass man sich gegenseitig Schuldzuweisungen getan hat und dementsprechend denke ich auch, man sollte im Hohen Haus mit gewissen Wörtern oder mit Aussagen vorsichtig sein.

Auch ich nehme mich oft zurück und muss mich zurücknehmen, das sollte auch für mich ein Beispiel sein. Heute wurde wieder aufgezeigt, dass es so nicht sein soll.

Ich möchte aber auf die Fragestunde insgesamt eingehen. Fragestunde ist legitim, ist demokratisch legitimiert. Soll so sein, muss so sein, aber es kann so nicht sein, dass die Präsidiale festlegt, welche Fragen als erster gereiht werden. Da sind meistens Fragen, wie wir heute gehört haben, immer wieder von den Parteien an die Regierungsmitglieder von der eigenen Partei gestellt und das ist eine interessante Situation.

Ich denke, dass in den Klubs diskutiert werden muss und soll. Warum stellt man dann Fragen, die schon längst abgehandelt wurden? Warum stellt man dann Fragen, die auch schon schriftlich abgefragt wurden, beziehungsweise auch beantwortet wurden? Heute hat man ja typisch gesehen mit dieser Wohnbauförderungsaktion, die sich hier abgespielt hat, wie gut und schön im Burgenland die Wohnbauförderung ist. Na selbstverständlich, dann geht der Herr Landeshauptmann her und sagt, da werden mehr Baustoffe verkauft und Du bist ja Baustoffhändler, na selbstverständlich. Wir sollten aber lieber schauen, dass die Baustoffe nicht aus dem Ausland hereinkommen und dass die Arbeitskräfte dementsprechend auch im Burgenland bleiben.

Ich habe ihm dann erklärt oder wollte es ihm dann auch bei der Fragestunde sagen, aber die ist ja viel zu kurz, dass bei Ausschreibungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch vielleicht nachgedacht werden sollte, wenn wir in Pinkafeld bauen, Herr Abgeordneter Kollege, und dann die Steiermark mit den besten Preisen hereinkommt.

Dann frage ich mich, da hat ein Burgenländer überhaupt keine Möglichkeit hier mitzutun, preislicher Seite, ob wir nicht bei der Ausschreibung vielleicht das eine oder andere auch einmal überdenken sollten. *(Abg. Mag. Kurt Maczek: Welches Objekt?)*

Die BELIG, da war der Herr Trimmel dort bei der Anbotseröffnung und der Herr Wild, vielleicht fragt Ihr sie, da habt Ihr einen besseren Zugang, weil ich darf dort nicht fragen, aber Ihr als Regierungspartei habt den Zugang, wie sich das eigentlich abspielt.

Das sind immerhin Preise um 900.000 Euro. Das heißt, es sind etliche Arbeitsplätze die hier dann die burgenländische Firmen oder die Burgenländer nicht bekommen und daher müssen 58.000 Personen noch immer auspendeln, aber das berührt anscheinend niemanden in diesem Land.

Das ist das Traurige. Dann stellt sich der Herr Landeshauptmann hin und erzählt wie gut und wie schön das Ganze rennt und wir werden das gläserne Land und die gläserne Partei und mit der FPÖ schaffen wir das alles.

Dann wird diskutiert „100 Tage Regierungspartei SPÖ-FPÖ“, ja 100 Jahre hat einer gesagt, auch gut, soll so sein. Nur de facto sollte man nach 100 Tagen gar noch nicht nachdenken was man geleistet hat. Der ÖVP muss auch in das Stammbuch schreiben, sie sollten auch nicht nach 100 Tagen über andere herziehen, weil ich glaube, man sollte selber vor der eigenen Tür einmal kehren.

Ich denke, da sind auch Fehler passiert, aber dass gar nichts Positives ist, kann man so in diesem Land nicht sagen, das muss man auch klar sagen. Es kann jetzt nicht ein Hickhack zwischen ÖVP und SPÖ werden und ich denke, da sollten wir eigentlich den gemeinsamen Weg suchen.

Wenn ich mir dann den Herrn Landesrat Bieler anhöre, Kulturzentrum diese Anfrage an den eigenen Landesrat und der stellt sich hin und sagt, naja man hat eigentlich nicht alles behindertengerecht gemacht und man hat eigentlich dort und der Boden ist nicht in Ordnung, entschuldige und da muss jetzt schon wieder umgebaut werden, nach zwei Jahren? Ich frage, wie schaut überhaupt die Auslastung in diesem Kulturzentrum aus? Was kostet dem Land das Kulturzentrum Eisenstadt?

Ich frage mich, wie hoch war die Kostenschätzung, beziehungsweise die Anbote und wie hoch ist jetzt die Endabrechnung ohne diesen Zusatz den wir jetzt erst machen müssen? Das heißt, dort war eine klare Fehlkonstruktion, dort war ein klares Versagen auch bei der Überprüfung der Behörde. Das sage ich klipp und klar! Denn wenn jetzt festgestellt wird, dass das nicht behindertengerecht ausgeführt wurde, na Grüß Gott Schüssel Kompott, wenn wir in den Gemeinden so arbeiten würden, na dann wäre es sehr lustig.

Schaut Euch an das Feuerwehrhaus in Deutschkreutz: Ausschreibung 1,8 Millionen Euro Kostenschätzung 1,8 Millionen Euro, abgerechnet 1,799 Millionen Euro, so arbeiten wir. So nächstes Vinatrium: Vier Millionen Euro Kostenschätzung, Ausschreibung vier Millionen Euro und einen guten Wein haben wir dort, Vinothek, Ihr könnt runterkommen, guten Blaufränkisch, aber auch den Uhudler werden wir auch in unsere Vinothek aufnehmen, das ist mir erst eingefallen. *(Beifall von Landesrätin Verena Dunst)* Ich denke, dass das auch ein guter Zug ist, dass wir uns gegenseitig austauschen, auch der Norden sollte den Uhudler verkaufen, wie er im Süden erzeugt wird, ein tolles Produkt. Warum nicht?

Wir sollten miteinander einen Weg finden, dass wir schauen, dass wir nicht die Neidfrage immer in den Vordergrund stellen. Ich denke, dass wir die Uhudlerdiskussion endlich einmal gemeinsam lösen sollten, endlich Schluss machen sollten zum Wohle der Uhudlerproduzenten, egal wie jetzt diese Rebsorte heißt, so oder so. Völlig egal.

Wir haben als Abgeordneten die Aufgabe, das Bestmögliche für dieses Land zu tun, aber kommen wir jetzt speziell zu dem, was der Herr Landeshauptmann immer wieder sagt.

Wir haben 124 Millionen Euro für die Wohnbauförderung im Voranschlag. 78 Millionen werden de facto ausgegeben. Wo bleibt der Rest, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Die Antwort ist er mir schuldig geblieben, aber da könnte man, wenn man in die Tiefe geht, noch einiges sagen. Wenn ich hergehe…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wenn Sie jetzt bitte zum Thema kommen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Herr Präsident, gerne, aber ich habe eh noch die Möglichkeit bei vielen Punkten zu diskutieren.

Wenn wir jetzt dann zu Punkt 11 kommen, Objektivierungsgesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren, da frage ich die FPÖ im Speziellen. Die ja immer aufgezeigt haben mit dieser Geschichten wie Proporz besetzen und hin und her.

Ich weiß nicht, haben Sie sich das genau angeschaut, Herr Kollege Klubobmann Kovasits? Ich erinnere auch die SPÖ daran, bei der letzten Landtagswahl sind wir angetreten bei der SPÖ und haben gesagt, da gehört jetzt aufgeräumt, gläsern alles und gemma. Da wird jetzt endlich einmal was geschehen. Ich weiß schon, nach 100 Tagen oder 105 sind wir jetzt, oder 106 ist ja völlig egal, kann nicht der große Rambazamba passieren, außer beim Schulratspräsidenten, beim Vizepräsidenten, da haben wir gleich aufgeräumt, hinaus mit ihm.

Ich frage mich auch dort, welche Kosten haben wir uns da erspart? Sollten wir nicht, Herr Kollege Hergovich, einmal andenken, Kosten einzusparen? Da würden sich sehr viele Fragen auftun, wo man Kosten einsparen könnte, nicht bei der Bildung. Weil ich glaube, ein bisschen einen Ausgleich braucht man auch dort, dass man auch dementsprechend Leute drinnen sitzen hat, die bei dieser Materie dann schlussendlich auch mitreden können und mitreden sollen.

Burgenland soll transparenter werden, sagt der Herr Landeshauptmann, ja gerne. Wo fängt man an und wo hört man auf?

Sei es im Gemeinderat, sei es in den ganzen Verbänden, sei es auch bei der Energie Burgenland, wo wir federführend sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn ich heute einen Zeitungsartikel lese, was in Tirol ein Vorstandsdirektor verdient, dann frage ich mich, was verdient unser Vorstandsdirektor, oder die beiden?

Das hätte ich gerne gewusst und das interessiert auch die Leute. In den Medien steht, was der in Tirol abcasht. Ich meine das ist ja verrückt, wie soll da ein Normalsterblicher eigentlich seiner Arbeit nachgehen, der vielleicht 1.200 oder 1.100 Euro verdient und der kriegt 28.000 Euro im Monat! Nicht im Jahr, im Monat und noch zusätzlich wahrscheinlich einen Bonus, weil sie so gut gearbeitet haben!

So wie bei uns bei der BEGAS damals. Das ist genau das Interessante, dass wir gerne wissen wollen als Opposition, dass wir auch den Menschen die Augen aufmachen können und sagen was in diesem Land geschieht?

Ist die Frage legitim oder nicht? Stellt sich dann immer der vor, darf ich das überhaupt fragen, oder dürfen wir das nicht fragen? Das ist genau diese Situation, wo wir uns als Opposition, als Kontrollparteien, alle Oppositionsparteien, einbringen werden und schauen werden, hoppla, entspricht das der Realität was die leisten und was sie wirklich bezahlt kriegen? Das sind die Dinge wo ich Transparenz wünsche. Das sind die Dinge.

Nicht nach drei Jahren Rechnungshofberichte wo ich dann lesen muss das Geld ist verschwunden, ist den Bach hinunter gegangen.

Jetzt komme ich zurück auf das Kulturzentrum, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Herr Bieler hat damals gesagt, die Frau Bürgermeisterin ist nicht da, die Kollegin, dass reißen wir weg und wir bauen das neu, ganz einfach, da habt Ihr gar nichts zum Mitreden.

Hoppla, dann hat er die Zügel natürlich zurückgenommen, weil es dann doch einen Aufschrei gegeben hat. Na Gott sei Dank hat die Bevölkerung mitgeredet, haben auch die Fraktionen mitgeredet, hat die Opposition mitgeredet, übrigens auch die FPÖ. Ich bin ja nur neugierig wie sie sich verhalten werden in der nächsten Zeit. Ich glaube, die Werte die die FPÖ in der Opposition gehabt hat und gelebt hat, sind leider wie weggeblasen.

Das fehlt mir. Jetzt busseln sie sich ab, untereinander, vorher waren sie die größten Feinde, aber das soll sein, ich habe ja kein Problem damit und jetzt heben sie brav die Hand und applaudieren, wenn dort der eine oder andere etwas sagt. Ja, ist legitim, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach 100 Tagen? Ich bin neugierig nach drei, vier, fünf Jahren, was dann passiert. Weil dann müssen ja die Werte der FPÖ endlich einmal herauskommen. Ich komme auch von der FPÖ und ich sage, das auch ganz trocken, dass mir gewisse Dinge da absolut nicht gefallen haben und auch noch immer nicht gefallen, weil die Transparenz komplett fehlt und die wird auch in Zukunft fehlen, weil der Alleinherrscher, Herr Landeshauptmann Niessl, wird Euch schon sagen, wo es lang geht.

Der spielt das auf der Geige herunter und er hat ja Recht, weil wenn ich vier Mandate verliere und dann einen Landesrat dazu kriege und eine Partei, die jetzt schön brav sitzt und sagt, naja jetzt müssen wir abwarten, weil nicht. Ich hoffe, dass irgendwann das ausbricht, Eure Ideologie in dieser gesamten Situation, aber auf das warte ich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da kannst Du lange warten!)*

Vielleicht warte ich lange, aber ich bin ja guten Glaubens, dass das auch funktioniert. Ja, diese Gesetzesänderung ist ja für mich ein Rückschritt und nicht ein Fortschritt. Ich kann nicht nach 100 Tagen sagen wir haben das jetzt geleistet und das ist so super und so schön und ich sehe einen Rückschritt darin. Geht was anderes an, geht's die Verbände an, geht's die dort an was sich dort abspielt, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das wäre vielleicht ein Thema, das wir gemeinsam bewältigen müssen.

Ich weiß schon, Ihr müsst Posten besetzen, Obmann, Obmann-Stellvertreter, noch einen Obmann-Stellvertreter, einen Kassier, alle kassieren brav, ist ja super, toll. Nur, wo bleibt die Leistung bei diesen Herrschaften, dass frage ich mich und da haben höhere Politiker schon gefragt, wo ist eigentlich meine Leistung? Haben auch abcasht.

Das gehört geändert und dieses Geld gehört in die Wirtschaft hineingesteckt und es gehört gesagt liebe Freunde, das Geld können wir uns sparen für die Funktionäre, die sollen das freiwillig machen oder gar nicht.

Ist auch völlig egal, denn ein Verband wird auch wirtschaftlich gesehen und soll auch wirtschaftlich geführt werden. Wenn ein Müllverband, ein Umweltdienst Burgenland 95 oder 96 Millionen Euro an Rücklagen und Rückstellungen anhäuft, dann sollte man auch das hinterfragen.

Kann man dieses Geld nicht woanders verwerten? Das liegt irgendwo und ich bin neugierig wie viele Zinsen wir davon kriegen in Zeiten wie diesen.

Auch das gehört angedacht. Ich denke, dass Parteigänger der Parteizentralen der Vergangenheit angehören müssen und ich glaube, das wäre der richtige Schritt Mut zu haben, ein Zeichen zu setzen, jetzt, neue Regierungskonstellation, das zu machen.

Dann sage ich: Hut ab, dann gehe ich auch den Weg gerne mit Euch. Weil wir immer gesagt haben, wir wollen mitarbeiten für dieses Land. Wir wollen auch für die Menschen da sein in diesem Land, aber diesem Antrag, dem können und wollen wir nicht zustimmen, das ist nämlich die tiefste Vergangenheit. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung stammt von der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich darauf hinweisen, angesichts des schütter besetzten Saales, dass man vielleicht in der Geschäftsordnung doch einmal andenken könnte, eine Pause einzulegen während der Sitzung, *(Abg. Manfred Kölly: Die machen jetzt eh eine Pause, die essen eh gerade!)* damit alle Abgeordneten sich zwischendurch kurz auch einmal erholen können, dass man diejenigen, die allen Wortmeldungen gerne aufmerksam zuhören wollen, das Leben hier im Saal nicht noch erschwert. Eine kleine Anmerkung auf Grund der gegebenen Praxis.

Nun zur Sache, es geht um das Objektivierungsgesetz, es wird hier etwas, das unter dem Namen Objektivierungsgesetz zur Abstimmung kommt, eigentlich endobjektiviert.

Es wird eine weitere Ausnahme eingeführt, Herr Kollege Hergovich, ich lese gleich vor aus dem offiziellen Text von der Antragsbegründung zur Gesetzesänderung. Es ist so, dass bislang, ich lese es hier vor, weil dann können Sie mir nicht unterstellen, ich hätte wieder irgendetwas nicht richtig gelesen.

Nach der geltenden Rechtslage ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Neuaufnahme einer, oder eines Bediensteten in den Landesdienst nur nach vorangegangener Ausschreibung und nach Durchführung eines Eignungsprüfungsverfahrens zulässig. Nun soll zu einigen Ausnahmen eine weitere Ausnahme hinzukommen. Hier darf ich auch schon einmal hinterfragen, ist es der Sinn eines Objektivierungsgesetzes, wenn wir nach und nach immer mehr Ausnahmen hinzufügen?

Welche Ausnahme kommt hier hinzu? Wenn eine Person ein Verwaltungspraktikum absolviert, braucht es dafür keine Ausschreibung, weil es nicht um einen Dienstposten geht, sondern um einen Praktikumsplatz. Das heißt, es muss zwar bekanntgegeben werden, aber es muss keinerlei Ausschreibung und keinerlei Prozess einer objektiven Auslese hier gemacht werden.

Das heißt, hier kommt eine Person, auf welchem Weg auch immer, aber auf jeden Fall nicht über eine Ausschreibung auf einen Praktikumsplatz und nun sollen wir hier beschließen, dass, wenn eine Person sechs Monate lang auf so einem Praktikumsplatz war, sie in eine reguläre Dienststelle übernommen werden kann.

(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt nicht! – Abg. Werner Friedl: Das stimmt nicht! - Abg. Robert Hergovich: Das stimmt eben nicht! Bitte ordentlich lesen! Der Objektivierungsverband bleibt weiterhin aufrecht! Man muss gescheit lesen! Das ist ja nicht so schwer!)

Ich lese weiter vor. Für Verwaltungspraktikantinnen oder Verwaltungspraktikanten, die sich eine bestimmte Zeit in einem Verwaltungspraktikum befunden haben, sich in der Praxis einschlägige Kenntnisse und Erfahrungen angeeignet haben und das Eingehen eines Dienstverhältnisses mit dem Land Burgenland anstreben, soll von der Ausschreibungspflicht Abstand genommen werden. Die Außenaufnahme in ein Dienstverhältnis mit dem Land Burgenland kann jedoch nur nach positiver Durchführung eines Eignungsfeststellungsverfahrens nach dem Objektivierungsgesetz erfolgen. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)*

Herr Kollege Hergovich, bitte lassen Sie mich ausreden, unterbrechen Sie mich nicht immer. Sie wollen mich … *(Abg. Robert Hergovich: Sie haben etwas Falsches gesagt.)* nein, ich sage nichts Falsches, ich lese genau das vor, was hier steht. Das heißt, das Eignungsfeststellungsverfahren wird weiterhin abgehalten, aber die Ausschreibung, das Ausschreibungsverfahren muss nicht durchgeführt werden. Hier steht eindeutig in dieser Unterlage, die nicht ich formuliert habe, dass die Ausschreibungspflicht entfällt. Ich habe es genau gelesen und ich habe es genau zitiert. *(Abg. Robert Hergovich: Gesagt haben Sie etwas anderes.)*

Wenn wir hier eine weitere Ausnahme einführen, dass zur letztlichen Erlangung eines Dienstpostens eine Person keinerlei Ausschreibungsverfahren mehr durchgehen muss - Ausschreibungsverfahren, ich habe zitiert aus der Unterlage -, dann ist das aus unserer Sicht ein weiterer Schritt der Öffnung für Freunderlwirtschaft, des Besetzens von Praktikumsplätzen durch eigene Leute, die sich nicht eines Ausschreibungsprozesses unterwerfen mussten, um sie dann später weiterzureichen ohne jegliche weitere Ausschreibung.

Dem können wir nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur eine kurze Anmerkung zum Kollegen Kölly. Es gibt eine große österreichische Versicherung, die als Slogan „Ihre Sorgen möchten wir haben“ hat. *(Heiterkeit in den Reihen der FPÖ und SPÖ - Abg. Manfred Kölly: Gott sei Dank sorge ich mich um unser Burgenland. Du anscheinend nicht! Entschuldigung: Sie! Bist du narrisch.)*

So sehe ich das auch und auch Ihren Antrag, dass das Fragerecht nur der Opposition zustehen sollte. 2010 haben Sie bis jetzt drei Anfragen gestellt. *(Abg. Manfred Kölly: Du passt nicht auf! Lies das Protokoll! Bei jeder Sitzung.)* Also da sollten Sie vielleicht an Ihrer eigenen Aktivität arbeiten, bevor Sie anderen irgendetwas unterstellen, weil nur Qua-qua-Machen zu wenig ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Bist du deppert)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben schon im Regierungsübereinkommen festgehalten, dass wir längst überfällige Novellierungen durchführen werden, damit sie modern und effizient geregelt werden. Gleichzeitig geht es natürlich auch darum, enorme Kosten einzusparen. Interessant ist hier, dass die Opposition, wenn es ums Sparen geht, immer dann zu schreien beginnt. Mit der Novellierung des Objektivierungsgesetzes wird das grundsätzliche Modell des Objektivierungsverfahrens ja nicht geändert. Hier geht es rein darum, den Objektivierungsprozess effizienter zu gestalten. Die Auswahl und Ausbildung der Mitarbeiter ist für die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung wesentlich. Das

Personalentwicklungssystem muss modernisiert werden. Jeder, der nur annähernd etwas von Personalmanagement versteht, wird hier einsichtig sein, dass es wirtschaftlich nur von Vorteil sein kann, dass zum Beispiel ein Praktikant, der sich schon gut im Unternehmen integriert hat und mit den Arbeitsprozessen und -abläufen vertraut ist, bei Bedarf direkt übernommen werden kann, ohne dass eine Ausschreibung notwendig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Szenario haben wir in jeder Gemeinde heute. Der Bürgermeister kann bis zu sechs Monate aufnehmen, der Gemeindevorstand kann weitere sechs Monate aufnehmen. Was für die Gemeinden gut ist, soll für das Land nicht gut sein, das versteht ja kein Mensch.

Dieser Ablauf soll aber nur eine Ausnahme darstellen. Das heißt nicht, dass jeder, der ein Praktikum absolviert, automatisch übernommen wird. Hier geht es nicht um Freunderlwirtschaft, wie es manche Oppositionsparteien bezeichnen, sondern hier geht es um Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ) *(fortsetzend)*: Eine Ausschreibung und der ganze Prozess, der dahinter steckt, kostet Zeit und Geld. Wenn aber dringender Bedarf besteht, also eine Stelle schnell zu besetzen ist, dann soll die Möglichkeit bestehen, schnell reagieren zu können. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Das gibt es schon lange.)* Durch diese Novellierung wird dies möglich sein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein!)* Der Eignungstest muss ja trotzdem absolviert werden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch. Seit 2008.)* daher verstehe ich die Aufregung und die Sorge nicht, dass hier unqualifizierte Personen zu Jobs gelangen sollen, für die sie nicht geeignet sind. Der Eignungstest ist ja für jeden gleich und wenn er sich für die Stelle eignet, warum soll ihm hier der Weg verwehrt bleiben.

Dies ist nicht gerade förderlich für die Motivation. Das wird ihnen auch jeder Personalexperte bestätigen. Das Gegenteil ist der Fall, die Motivation nimmt zu. Bei der Kritik der Grünen stelle ich mir die Frage, ob sie hier nicht die Praktikanten im öffentlichen Dienst diskriminieren. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist jetzt ein Scherz gewesen, oder?)* Sollen sie nicht die Möglichkeit haben, übernommen zu werden? Und das, obwohl sie in ihrem Praktikum alles gegeben haben, fleißig waren und auch sehr gute Leistungen erbracht haben. Vielleicht sollten sich die Grünen die Definition beziehungsweise den Sinn des Praktikums noch einmal ansehen und durch den Kopf gehen lassen.

Wir freuen uns jedenfalls, dass motivierten Praktikanten die Möglichkeit geboten wird, dass sie bei Bedarf übernommen werden können. Vor allem, wenn sie sich über den Praktikumszeitraum bewährt haben, fleißig waren und sich angestrengt haben und somit einen wesentlichen Teil zur effektiven Arbeit in der Verwaltung beigetragen haben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gesetz, das heute vorliegt, trägt, glaube ich, den falschen Titel. Gesetz, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird, das müsste eigentlich heißen, Gesetz, mit dem das Objektivierungsgesetz beendet wird. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist schon wieder falsch.)*

Denn heute, meine Damen und Herren, *(Abg. Robert Hergovich: Wieder falsch.)* werden die letzten Reste … *(Ein Problem mit der Mikrofonhöhe wird seitens der Landtagsdirektion behoben.)* Danke, jetzt passt es.

Jedenfalls werden heute die letzten Reste einer ansatzweise objektiven Personalaufnahme im Burgenland zu Grabe getragen. Dieser heutige Tag reiht sich ja nahtlos in diese Pleiten-, Pech- und Pannenpolitik dieser rot-blauen Einheitspartei ein. *(Zwiegespräche in den Reihen)* Ein Begräbnis erster Klasse, könnte man sagen, für das Objektivierungsgesetz.

Es ist ja nicht überraschend, dass die SPÖ keine Skrupel hat, dieses Objektivierungsgesetz ganz einfach zu pervertieren. Ein Gesetz, das wirklich erstritten worden ist, wo lange darum gerungen worden ist, und was, glaube ich, den Menschen damals ein bisschen Luft zum Atmen gegeben hat und wo die Menschen ein bisschen Vertrauen zur Politik gewonnen haben. Das ist mit dem heutigen Tag, meine Damen und Herren, vorbei.

Wenn man sich die Kommentare ansieht, wenn ich sage, Pleiten-, Pech- und Pannenpolitik einer rot-blauen Einheitspartei, dann ist ja nicht das etwas, was ich sage, oder nicht nur ich sage, oder viele Menschen im Burgenland sagen, sondern das kommt ja von der allerhöchsten SPÖ-Spitze. Der Herr Klubobmann Schieder hat gemeint, jede Regierungsbeteiligung der Blauen bringe schlechte Ergebnisse. Heute haben wir so ein schlechtes Ergebnis.

Dieser Unfähigkeitsbefund kommt von höchster Spitze der SPÖ. *(Abg. Robert Hergovich: Wer sagt das? Wer hat das gesagt?)* Meine Damen und Herren! Wirklich überraschend ist aber, was wirklich überraschend ist, dass die FPÖ hier von einer einstigen, zumindest vorgetäuschten Kernkompetenz abrückt. Vorbei ist es mit dem Kampf gegen Freunderlwirtschaft, *(Abg. Robert Hergovich: Wir sind ja nicht in der Stadt Eisenstadt.)* vorbei ist es mit dem Kampf gegen Privilegien und gegen Proporz.

Heute setzen Sie von der FPÖ den ersten offiziellen Schritt, und zwar erkennbaren, für jeden erkennbaren Schritt zu einer neuen FPÖ. Zu einer FPÖ, die sich ganz einfach dabei wohlfühlt, wenn die rote Allmacht bestimmt und wenn ein paar Essensreste vom wohlgedeckten Tisch der SPÖ auf die FPÖ fallen. Die FPÖ ist wirklich zu einem traurigen Anhängsel geworden, zu einem traurigen Anhängsel roter Macht, eine traurige Gestalt, die hier übergeblieben ist, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP – Landesrätin Verena Dunst: Oberösterreich!)*

Was Sie heute tun, insbesondere von der FPÖ, was Sie heute tun, das ist in Wahrheit Verrat an Ihren Wählern, Verrat an Ihren Funktionären. Sie haben es sich ganz einfach gemütlich gemacht in der Westentasche des großen roten Bruders. *(Zwiegespräche in den Reihen)* Und vom Beginn an in dieser rot-blauen Einheitspartei hat es nur eines gegeben: Proporz wieder einführen, den wir abgeschafft haben, ob es jetzt in den Beratungsgremien, in den Beiräten, wo immer das auch ist. Jetzt geht es halt auch darum, in den Personalfragen viel Rot und ein bisschen Blau zu erzielen.

Jedes Jahr, meine Damen und Herren, wird hier im Landtag der Objektivierungsbericht diskutiert und wir von der ÖVP haben jedes Jahr gesagt, und ganz deutlich gesagt, dass wir die Gesetzesänderungen aus 2008 und 2009 damals nicht mitgetragen haben und auch immer dagegen waren. Das waren Gesetzesänderungen, die das Objektivierungsgesetz an sich schon durchlöchert haben, heute wird halt der Endpunkt gesetzt und heute macht die FPÖ hier mit, bei einem Todesstoß gegen dieses Objektivierungsgesetz.

Wissen Sie noch, Herr Klubobmann Kovasits, wissen Sie noch, was Sie gesagt haben beim Objektivierungsbericht 2011? Wissen Sie das noch? Ich werde ihnen ein bisschen helfen, dass Sie sich ein bisschen wieder erinnern können. Ich zitiere jetzt den Herrn Klubobmann, er hat gemeint: Im Burgenland gibt es bei Personalaufnahmen schlichtweg keine Objektivierung. In der letzten Legislaturperiode, in der die SPÖ die absolute Mehrheit hatte, wurde das Objektivierungsgesetz zweimal novelliert. Und zwar in den Jahren 2008 und 2009. In den Jahren 2008 und 2009 haben zwei folgenschwere Anschläge auf das Objektivierungsgesetz stattgefunden. - Anschläge, die Sie gerade verteidigt haben. -Seither ist das Gesetz endgültig wertlos - haben Sie gesagt -, die SPÖ hat unkontrollierbaren Postenschacher im Land Tür und Tor geöffnet, keine Ausschreibungen, keine Eignungstests, keine Kontrolle.

Sie haben damals von zwei Anschlägen geredet und heute führen Sie gemeinsam mit diesen damaligen Tätern den Todesstoß durch. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Aber es war ja nicht nur der Kollege Klubobmann Kovasits, der sich so geäußert hat, die jetzige Dritte Landtagspräsidentin der SPÖ, damals FPÖ-Abgeordnete, hat sich auch zum Objektivierungsgesetz geäußert. Sie hat vor einem Jahr, ziemlich genau vor einem Jahr, hier gemeint: Spätestens die letzten zwei Novellen, nämlich aus dem Jahr 2008 und 2009, haben in Wirklichkeit dieses Gesetz zu einem reinen „Postenschachergesetz“ gemacht.

Und dann hat sie noch interessanterweise am Schluss gemeint: Wir stehen, und das gebe ich zu bedenken, jetzt unmittelbar vor einer großen formalen Reform, nämlich der Landesverfassung. Entscheidend wird allerdings sein, wie sich in Wahrheit die Realverfassung in den kommenden Jahren entwickeln wird.

Das wissen wir heute, wie sich diese Realverfassung entwickelt hat. Eine rot-blaue Einheitspartei, eine rot-blaue Politik nach dem Motto „Tricksen, täuschen und tarnen“.

Dass wir diesem Gesetz natürlich nicht zustimmen können, ist selbstverständlich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Selbstverständlich muss ich darauf antworte, um hier ein bisschen Sachlichkeit in die Diskussion zu bringen. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)* Sogar das Wort „Sachlichkeit“ erweckt schon die Gemüter. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aus Ihrem Munde schon.)* Anscheinend ja.

Zu dem Vorwurf zum Beispiel seitens der ÖVP, die FPÖ habe null Kompetenz, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Korrekt!)* zumindest der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter habe null Kompetenz, möchte ich eines hinzufügen. Und da bitte ich Euch, dass Ihr Euch bei der Feuerwehr entschuldigt, denn es ist beschämend, jetzt die Feuerwehr wegzulegen, die Feuerwehr beiseite zu legen. Denn Ihr wart zuständig für die Feuerwehr, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Es sind doch die Mittel gebunden. Haben Sie doch keine Entscheidungsgewalt.)* für das Rote Kreuz, das heißt, jetzt plötzlich sei die Feuerwehr nichts mehr wert, weil Ihr in der Opposition seid, also das ist wirklich beschämend, muss man sagen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Und auch davon zu sprechen, dass der Tschürtz jetzt mit einem Chauffeur herumfährt *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist es nicht so?)* und vielleicht ein Büro hat. Na ja, was war denn die letzten 15 Jahre? Wer ist in den letzten 15 Jahren mit einem Chauffeur gefahren?

Das sind lauter solche Aussagen, die, glaube ich, nicht zielführend sind. Und, ich glaube auch, liebe ÖVP, dass Ihr dadurch auch weiter sinken werdet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Werden wir sehen.)* Ihr werdet dadurch weiter sinken, das gebe ich Euch schriftlich. Und ich sage Euch auch, dass die Menschen das wissen.

Ich bin auch viel unterwegs (Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wir auch!) und auch wenn man jetzt prügelt - ja, Ihr auch - ja, und die ÖVP ist eh super und klass und toll und es ist Wahnsinn, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hast schon recht! Endlich eine richtige Aussage.)* wie Ihr gut seid, ja eh genau, genau. Aber beschämend ist trotzdem, dass Ihr die Feuerwehr verleugnet und sagt, die Feuerwehr ist null, denn die Kompetenzen, die der Tschürtz mit der Feuerwehr hat, das ist ab jetzt null. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Wer sagt denn das? Das sagt doch keiner.)* Das ist genau das Problem, das Ihr habt.

Daher glaube ich auch, dass man die Sache wirklich nüchtern angehen sollte. Und diese neue Verwaltungsreform im Land, dieser gläserne Konzern trägt dazu bei, dass es keine Doppelbesetzungen gibt, wo die ÖVP ja immer nur auf Posten und auf Geld aus war. Immer nur auf Posten und Geld! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da redet der Richtige.)* Das zeigt sich auch, wenn der Herr Abgeordnete Steindl sagt, na ja, null Kompetenz. Was hätte er leicht gerne? Der ist nur aus auf Geld, Macht, Posten, nur auf das.

Ich sage Euch eines: Es geht nicht nur um Geld. Es geht nicht nur um Posten. Es geht darum, dass man für das Land etwas weiterbringt. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das tut weh, oder?) D*ieser gläserne Konzern, der kommt, der ist wirklich erstmalig und einmalig und es wird auch in der Bevölkerung anerkannt werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist der Hintergrund von dem Gesetz? Was hat es mit dem gläsernen Konzern zu tun, wenn ich die Ausschreibungen abschaffe? – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Mag. Franz Steindl: Themaverfehlung! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Das sage ich Euch! Vielleicht jetzt noch nicht. Es gibt verschiedene Programme, die noch kommen werden. Sie haben vorher etwas anderes gesagt. Okay, ich gehe gerade auf das ein, was Sie vorher gesagt haben.

Ich glaube nicht Themenverfehlung. Warum soll das eine Themenverfehlung sein, wenn ich darauf eingehe, wenn Sie sagen, es gibt nur eine rot-blaue Einheitspartei und da geht nichts weiter, und, und, und. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldige! Was hat das mit dem zu tun, dass ich die Ausschreibungen abschaffe? Jetzt bringt Ihr das Gesetz ganz um. So ist es. Man muss die Wahrheit sagen. – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Mag. Thomas Steiner: Man muss die Wahrheit auch sagen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, was der Herr Kovasits und die Frau Benkö vor zwei Jahren zu diesem Thema gesagt haben. Und heute macht Ihr das Gegenteil. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Auch im Bereich der Objektivierung wird es so sein, dass zukünftig nicht überall laute Schwarze sind, und eines kann ich Euch auch garantieren, ich habe jetzt nicht verstanden, bitte nochmal, ich habe es wirklich nicht verstanden.

Also die ÖVP möchte, dass ich das sage, was die ÖVP mir befiehlt? *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nein!)* Ist das ungefähr so richtig? Auch nicht, in Ordnung, gut.

Dann kommen wir nochmals zurück zur Postenschacherei, zur Objektivierung und zu allem, was es da so schön gibt. Ich frage mich, wo die ÖVP vor 15 Jahren war? Faktum ist, und wir werden das in dieser neuen Regierung nicht machen, dass wir jeden Schwarzen jetzt austauschen, sondern wenn ein ÖVP-Mann gut ist und ein guter Manager ist, dann hat er auch das Recht, dort zu arbeiten. Und wenn Sie es auch nicht glauben, … *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ihr habt die Beiräte alle schon ausgetauscht.)*

Das ist ein Koalitionsübereinkommen, wo man Arbeit leisten muss. Beim Beirat, Herr Abgeordneter Steindl, bekommt man kein Geld. Ich weiß schon, dass Sie gerne immer Geld sehen, Posten sehen, Brieftaschen sehen. Da kriegt man kein Geld bei einem Beirat.

Das ist genau das Problem der ÖVP. Die fahren durchs Land und sagen, Posten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht unser Problem.)* und das brauchen wir und Geld brauchen wir. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist Euer Problem.)* Das wird es in der neuen Regierung nicht geben.

Das gibt es nicht in der neuen Regierung. Hier geht es um Effizienz, hier geht es um Schnelle, hier geht es darum, dass man wirklich wirtschaftlich das Land neu aufstellt und Herr MMag. Petschnig kann Ihnen gerne einen Unterricht geben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der ist eh in Ordnung.)* wenn Sie einmal Zeit haben. Er schult Sie einmal ein, 20 Minuten, dass Sie einmal ein bisschen … *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Ah, der ist eh gut, na dann wird eine Lehrstunde für Sie beim Herrn MMag. Petschnig vielleicht notwendig sein. Das, glaube ich, ist wahrscheinlich sehr notwendig.

Faktum ist, dieser neue gläserne Konzern ist im Werden. Die Verwaltungsreform ist im Werden. Das heißt, das geht ja nicht von heute auf morgen. Auch die ganze Objektivierungssituation ist ebenfalls so ausgerichtet, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dass Ausschreibungen abgeschafft werden.)* dass es anders ist als vorher. Faktum ist, und dann komme ich eh schon zum Schluss, weil ich sehe gerade, das bringt ja alles gar nichts. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt.)* Denn auch wenn man versucht, sachlich zu argumentieren … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist korrekt.)*

Ich könnte Ihnen Beispiele aufzählen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bitte!)* wo es Euch wirklich nur um Posten geht, um Postenschacher, in den letzten 15 Jahren, es geht nur um Posten und Chauffeur, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Vergangenheit kann man nicht mehr ändern, die Zukunft schon.)* so, wie der Abgeordnete Steindl gesagt hat, und einen Chauffeur, und Büro.

Es geht uns nicht um das, uns geht es um die Sache, uns geht es um die Arbeit, uns geht es um das Land Burgenland und deren Bevölkerung und nicht um so eine Schaumschlägerei wie die ÖVP macht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Werner Friedl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir das jetzt angehört. Eines kann ich Euch sagen: Ihr habt alle einen Eid abgeschlossen, dass Ihr für die Burgenländerinnen und Burgenländer arbeitet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau!)*

In den letzten 15 Jahren, unter der Leitung von Landeshauptmann Hans Niessl, sind wir vom Schlusslicht, vom Armenhaus, der Schulschande, an die Spitze der Bundesländer gekommen. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Rede von der Zukunft!)*

Ich rede von der Zukunft. Und jetzt rede ich vom Objektivierungsgesetz. Und das lese ich nicht vor, weil Ihr es anscheinend ohnehin gelesen habt. Zu Ihnen möchte ich sagen, wenn Sie hineingehen und zu den Medien sagen, eine Freunderlwirtschaft, dann muss ich schon das Ganze hinterfragen und muss sagen, wie das funktioniert.

Weil der Bund schon im 80-er Jahr dieses Prinzip verwendet hat. Es ist nämlich so, dass das Land Burgenland jetzt versucht hat, Praktikantinnen und Praktikanten aufzunehmen. Dass es den Damen und Herren eine Chance gegeben hat, dass sie sich profilieren können. Dass sie ausgebildet werden fürs zukünftige Leben.

Ich werde das jetzt so erklären. Wenn ein Praktikant sechs oder zwölf Monate gut arbeitet, im Team integriert ist, und der Leiter dann nach einem halben Jahr oder nach einem Jahr feststellt, der ist geeignet, der hat einen Charakter, der passt dort hinein, dann wird er - no na - sagen, ich schiebe den ab, wenn die Möglichkeit besteht, dass er dann auf einen freien Dienstposten kommt.

Ist kein Dienstposten vorhanden, dann muss er eh ausscheiden. Ist aber ein Dienstposten vorhanden, weil jetzt hat er nur ein Ausbildungsverhältnis, wo es keine Ausschreibung geben muss.

Ist aber ein Dienstposten vorhanden, dann hat er sich genauso dem Objektivierungsgesetz zu stellen. *(Beifall bei der SPÖ)* Das muss ich jetzt hinterfragen, warum Sie dagegen sind, Herr Bürgermeister? Jetzt frage ich Sie, wie machen Sie das in der Gemeinde, wenn Sie einen ausgezeichneten Praktikanten haben, der sechs Monate arbeitet? Den schieben Sie weg? *(Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Manfred Kölly: Den schreibe ich aus und wenn er eh so gut ist, wird er genommen.)*

Also da muss ich das Ganze, und Sie muss ich auch hinterfragen, wie Sie zu unseren jungen Damen und zu unseren jungen Herren stehen? Weil das, was Ihr von Euch gegeben habt, das ist gegenüber unseren Damen und Herren, unseren jungen Verwaltungspraktikanten, nicht in Ordnung.

Meine Fraktion wird zustimmen, weil dieses Objektivierungsgesetz in Ordnung ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist eine sehr wichtige und herausfordernde Aufgabe der Landespolitik, Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die für junge Menschen Beschäftigung bringen.

Ich denke, dass das Land Burgenland aktuell auch in den letzten Monaten und auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, dass junge Menschen Beschäftigung bekommen.

Ich darf auch aktuell mitteilen, dass wir im Burgenland 1.100 Jugendliche in den Lehrwerkstätten, in den Behindertenwerkstätten und auch auf Lehrplätzen beim Land Burgenland und auch bei landesnahen Unternehmen haben. 1.100, die keine Beschäftigung hätten, würde die öffentliche Hand hier nicht entsprechend *(Abg. Manfred Kölly: Das hat aber mit diesem Antrag nichts zu tun, oder? – Abg. Edith Sack: Sehr wohl! – Zwiegespräche zwischen der Abg. Edith Sack und dem Abg. Manfred Kölly)* - ich komme schon dazu, das ist ja nur die Einleitung, Herr Kollege.

Wir haben auch im Sommer 320 Ferialpraktikanten beim Land Burgenland und bei landesnahen Unternehmen gehabt. Ich komme schon zum Thema, werden Sie nicht unruhig, Frau Kollegin.

Ich möchte ja nur einmal darauf hinweisen, weil Sie das ja offensichtlich auch nicht, Sie ja auch nicht wissen können, dass wir 1.100 ausbilden, dass wir 390 Ferialpraktikanten beim Land und landesnahen Unternehmen haben und dass es 542 Verwaltungspraktikanten gibt - beim Land und landesnahen Unternehmen.

Ich habe mir das auch jetzt herausschreiben lassen, weil ich das in dieser Form auch nicht gewusst habe. Ich denke, es ist für den Landtag nicht unwesentlich zu wissen, dass vom Land Burgenland und landesnahen Unternehmen 2.032 junge Menschen, temporär zumindest, beschäftigt waren und hier eine Chance gehabt haben, zu arbeiten.

Jetzt zum eigentlichen Thema, dem Objektivierungsgesetz. Wenn man unser Objektivierungsgesetz mit Ihrem vergleicht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben gar kein Objektivierungsgesetz. Wie soll ein Gemeinderat ein Gesetz beschließen?)* das Sie praktizieren, weil Sie gar nichts haben, das ist ja noch ganz ärger. Dann halte ich das überhaupt für komplett unglaubwürdig, da etwas zu kritisieren, was ich selber nicht habe. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber das ist natürlich wieder typisch. Kritisieren kann der, der es besser macht und nicht schlechter macht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir machen es auch besser.)* Ja, am St. Nimmerleinstag. Was Sie versprechen, haben Sie selten gehalten, nur so nebenbei gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da haben Sie keine Ahnung.)*

Also insofern bleiben wir einmal bei dem, was man macht. Sie sehen nur das bei den anderen und selber machen Sie sehr wenig, das muss ich Ihnen auch sagen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das werden wir sehen.)*

Der nächste Punkt ist, warum wird das Objektivierungsgesetz … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Tricksen, tarnen, das ist das, was Sie machen.)* 2.032 ist tarnen? Das werden wir diesen jungen Leuten mitteilen, die wir die Chance gegeben haben, 2.000 jungen Menschen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Davon habe ich nicht gesprochen. Dass Ihr das Objektivierungsgesetz umbringt, davon habe ich gesprochen.)* die hier beschäftigt waren und ausgebildet worden sind. Sie haben sehr, sehr wenig gemacht bis nichts. Nehmen Sie das zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das glauben Sie.)*

Der nächste Punkt ist, dass natürlich diese jungen Menschen, die hier arbeiten, zum Land stehen und eine hervorragende Arbeit machen und uns in vielen Situationen auch extrem geholfen haben.

Wir haben - ein Beispiel nur, und ich könnte viele aufzählen - den Anstieg von Strafen von 40.000 auf 100.000 in einer BH. Dramatischer Anstieg durch Neuaufstellen von Radarstationen. Der Bund kassiert das Geld, wir müssen es administrieren. Kurzfristig wurden Praktikanten eingestellt, die das hervorragend in wenigen Wochen gemacht haben und dazu beigetragen haben, dass wir unsere Aufgabe auch erfüllen konnten.

Das ist in vielen Bereichen so, wo jemand im Krankenstand ist, wo es mehrere Krankenstände gibt und wo kurzfristig Ferialpraktikanten beziehungsweise Praktikanten einspringen; die sehr gut arbeiten. Wo täglich auch feststellbar ist, wie viele Akten diese gearbeitet haben. Dann kommen Sie daher und sagen, die dürfen eigentlich beim Land, obwohl sie über die Objektivierungskommission gehen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es geht um die Ausschreibung.)* die werden objektiviert, wo der Vorsitzende ein unabhängiger Richter ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es geht um die Ausschreibung.)*

Um was es Ihnen geht, wissen wir eh. Nämlich nur immer dagegen zu sein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gegen dieses Gesetz bin ich wirklich.)*

Also es geht darum, dass diese selbstverständlich zur Objektivierungskommission gehen, wo der Vorsitzende ein Richter ist, wo sie selbstverständlich das Objektivierungsverfahren machen müssen. Sie haben den einen Vorteil, das stimmt und dazu stehe ich auch, und das ist fürs Land ein Vorteil: nämlich dort zu arbeiten, wo man dringenden Bedarf hat, dort eine sehr gute Arbeit zu machen; und dann die Möglichkeit, über die Objektivierung ins Land zu kommen.

Das ist im Bund genauso, das ist in anderen Bundesländern genauso und das ist jetzt bei uns im Burgenland auch so. Da ist überhaupt kein Unterschied zwischen der Bundesvorgangsweise, der einzelnen Bundesländer, und so wird es auch das Burgenland machen und das ist auch der richtige Weg. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen auch sagen, das haben wir natürlich überlegt. Weil diese jungen Leute zu einem wesentlichen Teil wirklich sehr fleißig, tüchtig, engagiert sind und sich mit dem Land identifizieren.

Und was ist vor einer Objektivierung? Was gibt es Besseres, als diese jungen Leute kennenzulernen, ob sie ins Team passen, ob sie das wollen? Und dass sie dort auch eine entsprechende Leistung bringen.

Wenn man im Nachhinein dann sagt, ja, du gehst über das Objektivierungsverfahren, wo der Richter ein Vorsitzender ist, dann ist das objektiv. Denn ich nehme nicht an, dass es viele Bereiche gibt. Wir haben schon gehört, wo es sie nicht gibt, wo eine unabhängige Objektivierungskommission mit einem Vorsitz eines unabhängigen Richters diese Reihungen dann in entsprechender Form festlegt.

Also insofern eine Vorgangsweise, die bundeskonform ist, die die anderen Bundesländer haben und die jetzt auch das Burgenland hat, und genau in die Richtung geht, dass wir jungen Burgenländerinnen und Burgenländern einen Arbeitsplatz im eigenen Land, in der Landesverwaltung, auch bieten wollen.

Dazu stehen wir und das machen wir auch. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Auf das Gesagte, glaube ich, muss man doch ein wenig Bezug nehmen. Ich möchte aber vorweg etwas Grundsätzliches sagen. Ich bin zehn Jahre Mitglied des Landtages, ich bin immer in der Nähe der FPÖ-Abgeordneten Tschürtz und Benkö gesessen, ich habe mich oft und sehr gut unterhalten und wir waren in vielen Belangen oft einer Meinung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Unter anderem waren wir einer Meinung, wenn es darum gegangen ist, dass die Regierungsbank zu uns Abgeordneten einen belehrenden Stil eingenommen hat, dass das nicht in Ordnung ist und dass alle Kritik, die man anbringen muss und will, auch gehört werden darf. Man muss sich nicht sofort auf die Position zurückziehen, dass etwas Majestätsbeleidigung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt eine klare Aussage eines Mandatars von uns. Der hat gesagt, dass der Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, wenige, null Kompetenzen hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben alle

ein EDV-Gerät. Holen Sie sich aus dem Intranet die Referatseinteilung, lesen Sie nach, wie die Verhältnisse der Kompetenzen aufgeteilt sind und geben Sie sich dann hier ein ganz ein objektives Bild. Machen Sie sich selbst ein Urteil. Tatsache ist, dass bewusst oder unbewusst eine absolute Machtstellung der SPÖ ausgebaut wurde. Das wurde heute schon mehrfach betont. Trotz Wahlverluste gibt es ein Regierungsmitglied mehr, trotz dem Verlust von vier Mitgliedern hier im Hohen Haus für die SPÖ-Fraktion ein Vielfaches mehr an Kompetenzen und an Macht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der nächste Punkt ist, dass dieses Gesetz, das heute hier beschlossen werden sollte, mit Mehrheit von Ihnen mitgetragen wird, schon einmal zur Debatte stand. Das war schon 2014 ein Thema. Es war in internen Gesprächen zwischen SPÖ und ÖVP ein Thema. Die ÖVP hat das damals abgelehnt und der Kollege Steiner hat die Beweggründe dazu erläutert. Tatsache ist, dass im Jahr 2008 und 2009 die Objektivierung, die hart erkämpft wurde, ausgehöhlt wurde und zwar mit dem Beschluss einer einzigen Partei.

Es ist legitim hier die Wortmeldungen der FPÖ-Kollegen zu wiederholen. Das, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, war die Intention, einfach aufzuzeigen, dass Ihr noch vor wenigen Monaten, vor wenigen Jahren ganz anders gesprochen habt, mit uns auf einer Linie wart und heute ein derartiges Gesetz mitbeschließt.

Das ist legitim, dass es die Menschen hier im Land erfahren, dass bei jener Partei, die für Kontrolle und Chancengleichheit eingetreten ist, ein Meinungswechsel erfolgt ist, denn es geht nicht darum, dass man irgendjemandem etwas wegnimmt, sondern es geht darum, dass jeder die gleiche Chance im Landesdienst hat. Das ist durch diese Gesetzgebung nicht mehr möglich, dank der Unterstützung einer FPÖ, die noch vor Monaten ganz anders gesprochen hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf den gläsernen Konzern möchte ich auch noch eingehen. Tatsache ist, dass seit 100 Tagen und auch schon davor immer wieder davon die Rede war, dass es Kompetenzüberschneidungen gibt, dass es Doppelgleisigkeiten gibt und dass man die abschaffen muss. Meine Damen und Herren! Ich widerspreche fundamental den von Landeshauptmann Niessl getätigten Aussagen, dass die ÖVP gegen alles ist. Denken Sie an die vorherigen Beschlüsse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor wenigen Minuten haben wir einen Abstimmungsmarathon hinter uns gebracht, einen einstimmigen Abstimmungsmarathon. Wie glaubwürdig kann da diese Aussage eines Landeshauptmannes, der 15 Jahre hier mit uns einen Weg gegangen ist, der jetzt mit anderen Partnern einen Weg geht, wie verschlossen, wie blind auf vielen Augen kann man sein, wenn man das ignoriert? *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Ich sage eines ganz offen. Natürlich hat es Auswirkungen, wenn es neue Regierungs- und Koalitionspartner gibt, auch in Oberösterreich, aber warum muss ich um Gottes Willen als ÖVP-Abgeordneter aus dem Burgenland mit voller Begeisterung und Euphorie sagen, in Oberösterreich wird das schon funktionieren? Das werde ich auch nicht sagen. Ich bin sehr skeptisch, aber ein großer Unterschied herrscht, Herr Kollege, ein großer Unterschied. *(Abg. Ilse Benkö: Der Proporz!)*

Danke Frau Kollegin Benkö, Sie sind wie immer eine gute Stichwortgeberin für mich. In Oberösterreich gibt es eine Proporzregierung, wo die zweitstärkste Partei die FPÖ ist, die mit drei Regierungsmitgliedern, egal wie, Teil dieser Koalition sein wird. Sie wird dort mitbestimmen, sie wird dort Kompetenzen haben, egal ob sie eingebunden wird durch Vertrag, durch Handschlag oder was auch immer. Tatsache ist, dass dort eine Koalition nur auf Basis des Proporzes passiert. Hier, meine Damen und Herren, haben

zwei Partner freiwillig, ohne Druck gesagt, sehr schnell übrigens gesagt, wir halten zusammen, wir bewegen etwas. Deshalb möchte ich nur eines erinnern. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Demokratie!)*

Ich bin ganz bei Ihnen, Herr Landesrat, das ist Demokratie und es hat niemand von uns in Abrede gestellt, dass diese Landesregierung auf der Basis unserer Verfassung gewählt ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber eines, meine Damen und Herren, ist damit Geschichte, und das möchte ich jetzt betonen, denn Tatsache ist, dass man für Aussagen seiner Regierungskollegen, seiner Abgeordnetenkollegen aus einer anderen Fraktion, mit der man in eine Koalition eingetreten ist, auch mitverantwortlich ist. Sie tragen jetzt die Verantwortung. Sie tragen auch mit dem heutigen Beschluss die Verantwortung, dass die Objektivierung in unserem Land weiter ausgehöhlt wurde und die Chancengerechtigkeit von jungen Menschen im Landesdienst nicht mehr existiert. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein letztes ganz konkretes Wort zum Herrn Landeshauptmann. Herr Landeshauptmann! Sie machen das seit 10 Jahren, seit ich das mitverfolgen kann, sehr galant. Wenn die Opposition oder eine andere Partei kritisiert, dass politische Entscheidungsträger Fehler machen, dann wälzen Sie das Ganze auf die Mitarbeiter ab, auf die Verantwortungsträger in den Abteilungen, in allen vorgelagerten Stellen. Niemand, keiner der Oppositionsredner, keiner der Regierungsredner hat mit einem Wort davon gesprochen, dass irgendein Mitarbeiter, ob jung oder alt, sich nicht mit voller Begeisterung für unser Land einsetzt. Aber dass die Chancengleichheit heute vielen genommen wird, die das auch machen möchten, davon ist die Rede und von sonst nichts anderem. *(Beifall bei der ÖVP - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Ich möchte gleich da einhaken, wo der Kollege aufgehört hat. Genau um das geht es mir auch. Es ging hier überhaupt nicht um irgendeine inhaltliche Qualifizierung von Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen, Praktikanten, Praktikantinnen. Das haben Sie, glaube ich, richtig verstanden, aber natürlich nicht richtig verstehen wollen. Wenn ich schon Praktikant an einer Stelle war, dann habe ich ja bei einer etwaigen Ausschreibung sowieso schon einen Riesenvorteil.

Also warum wehrt man sich hier vor einer Ausschreibung? Ich verstehe es nicht! Warum soll jemand, der vielleicht woanders auch ein gutes Praktikum gemacht hat, das für diesen Job passen würde, nicht die Möglichkeit haben, sich hier auch zu bewerben? Ich möchte das bitte wirklich hier festhalten, denn ich glaube, dass ich hier auch für alle sprechen kann.

Niemand wird irgendeiner Person, die sich in ihrem Job engagiert und die sich bemüht und es gut macht, eine Qualifikation oder sonst irgendwas abzusprechen. Es klang aber sehr stark danach, Herr Landeshauptmann, so, wie Sie das gesagt haben. Danke. *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz: Ich muss mich nochmal zu Wort melden, denn diese Untergriffe der ÖVP sind natürlich nicht in Ordnung. *(Abg. Mag.*

Michaela Resetar: Sei nicht so wehleidig!) Sie sagen, es gibt ein Ressort mit Null Kompetenz. *(Abg. Doris Prohaska: Zuerst austeilen und dann sagen, man soll nicht so wehleidig sein.)* Der Großteil dieser Kompetenz war vorher in ÖVP-Hand! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein kleiner Teil dessen, was in ÖVP-Hand war.)*

Vielleicht sollte man das ein wenig weitblickender betrachten. Uns geht es nicht wie der ÖVP um Geld, um Macht und um Posten, sondern uns geht es um die Gemeinsamkeit, um das Land und um die Neuausrichtung des Landes Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wir schon bei der Objektivierung sind, dann ist es definitiv so, dass es beispielsweise in der Stadtgemeinde Eisenstadt ja überhaupt keine Objektivierung gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch!)* Der Objektor ist dort sozusagen der Bürgermeister Steiner, der festlegt, wer wie was wann. Das ist genau diese Doppelzüngigkeit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich werde Dir gleich sagen, wie es läuft.)* Die Zunge, die aus Euch spricht, ist deshalb auch nicht in Ordnung, weil Ihr in den letzten 15 Jahren alles mitbestimmt habt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist jetzt besser?)* Ihr habt das Objektivierungsgesetz auch bei der letzten Periode mitgetragen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir, als ÖVP, haben nicht zugestimmt. Wir nicht! Das stimmt nicht!)* Natürlich! Ja, 2009, aber 2013 habt Ihr mitgestimmt. Faktum ist natürlich, und das darf man wirklich nie vergessen: Dass man in der ÖVP natürlich jetzt bestürzt ist, dass verstehe ich ja, das mag ich durchaus verstehen, denn jetzt ist man in Opposition, aber da kann ja ich nichts dafür, da kann ja niemand etwas dafür, sondern der Wählerwille war eindeutig und der Wähler hat gewählt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, das glaube ich! – Abg. Manfred Kölly: Eindeutig war er aber nicht!)*

Das ist nun einmal so und nicht irgendjemand in der ÖVP bestimmt, wer zukünftig im Land Burgenland mit irgendeinem Wähler reden darf oder nicht reden darf. Faktum ist, und da komme ich ohnehin schon zum Schluss, dass durch die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei es jetzt möglich ist, gemeinsame strukturelle Änderungen durchzuführen, es möglich ist, einen gläsernen Konzern zu machen, es möglich ist, eine Verwaltungsreform zu machen, es möglich ist, wirklich nach Leistung jemanden mit Leistung in eine Position zu setzen, und nicht so, wie es vorher war, bei der ÖVP, die immer gesagt hat, da brauche ich einen Posten, da brauche ich einen Posten, egal ob der etwas können hat, oder nicht. Das wollen wir nicht. Bei uns geht es nach Leistung. Wenn einer bei der ÖVP als Manager gut ist, dann soll er auch bleiben. *(Beifall bei der FPÖ und der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Sagartz hat aufgerufen, einen sehr sachlichen Blick darauf zu werfen und ich glaube, dieser sachliche Blick ist auch notwendig.

Wenn man jetzt davon spricht, wer hat ein Regierungsmandat mehr oder weniger oder wie auch immer, dann kann man das wirklich sehr sachlich beurteilen. Die Sachbilanz sieht so aus, dass die SPÖ ein Plus von eins, die FPÖ ein Plus von zwei und die ÖVP ein Minus von drei zu verzeichnen hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das erklärt natürlich auch den jetzigen Gemütszustand und so kann man auch alle Aussagen deuten. Aber, was mich schon ein wenig beeindruckt ist, wenn hier plötzlich der Kollege Steiner oder der Kollege Sagartz hinaus gehen und sagen, das ist ein Wahnsinn, was die FPÖ da macht.

Da bin ich schon ein wenig beeindruckt, weil die FPÖ ist ja eigentlich jemand, mit dem sie in der jüngsten Vergangenheit nie ein Problem gehabt haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Haben wir auch jetzt nicht.)* Warum Sie jetzt versuchen, die FPÖ hier schlechtzureden, das kann ich mir nicht erklären. Ich erinnere an Schüssel, ich erinnere an Pühringer. Warum man jetzt ein Problem mit der FPÖ hat, kann ich objektiv nicht nachvollziehen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe kein Problem! Der Faymann und der Schieder haben mit Euch ein Problem.)*

Aber, ich verstehe, dass sich die ÖVP zur Fundamentalopposition zurückgezogen hat. *(Allgemeine Unruhe)* Ich verstehe es nicht, aber ich nehme es zur Kenntnis. Jede Woche einen anderen Pseudoskandal zu erfinden, wird Ihnen auch nicht helfen. Ich habe gehört, dass es morgen wieder eine Pressekonferenz zu einem Pseudoskandal gibt, wie alle Wochen am Freitag, denn das dürfte sich so eingebürgert haben. Aber, glauben Sie mir, die Burgenländerinnen und Burgenländer folgen Ihnen ja nicht mehr, die können ja das nicht mehr hören. *(Ein Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten: Ein Minus von sechs Prozent!)*

Herr Kollege Steiner, der Herr Kollege Sagartz hat von Chancengleichheit gesprochen. Ich erinnere mich, als Sie die Magistratsdirektion bestellt haben. Ich erinnere mich, wie Sie den ehemaligen Bürgermeister von Müllendorf, ÖVP-Bürgermeister, zum Leiter des Bauhofes erklärt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eine gute Wahl!)*

Ich erinnere mich, wie Sie vor ganz kurzer Zeit, einen den ich sehr schätze, einen Kollegen mit Trausdorfer Wurzeln, in die Stadt übernommen haben und der jetzt in der Stadt beschäftigt ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Beantworten Sie mir nur einer Frage: Hat es hier ein Objektivierungsverfahren gegeben? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich sage es Ihnen gleich!)* Ja oder Nein? Das ist relativ klar beantwortet, denn eines ist klar, ein Objektivierungsverfahren wird es im Land Burgenland weiterhin geben - um jeden Preis. Daran können Sie sich ein Beispiel nehmen, da können Sie beweisen, ob Sie das, was Sie hier sagen, auch in der Stadt leben. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wenn Sie sich daher stellen und uns vorhalten, was wir vor fünf Jahren gesagt haben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Vor einem Jahr! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Vor einem Jahr! Vor wenigen Monaten, nicht vor fünf Jahren. Ein paar Monate ist es her.)*

Das Objektivierungsgesetz von 2011 haben Sie zitiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 2014!)* Jedenfalls sage ich Ihnen eines. Sie haben gemeinsam mit der SPÖ die Gemeindeordnung beschlossen. Dort steht ganz genau das Gleiche, was wir heute da beschließen sollen. Das, was für die Gemeinden gut und richtig gewesen sein sollte, weil Sie davon betroffen sind, das soll jetzt fürs Land schlecht sein? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo steht denn das? In der Gemeindeordnung? Das stimmt doch nicht!)* Das versteht kein Mensch. *(Abg. Manfred Kölly: Wo steht das? Wo? Wo in der Gemeindeordnung steht das, Herr Klubobmann? Zeig mir, wo das steht! Zeig es mir.)*

Der Bürgermeister kann Personal aufnehmen bis zu sechs Monate und der Vorstand bis zu einem Jahr, das sollten Sie als Bürgermeister wissen. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Klaudia Friedl: Das stimmt.)*

Jedenfalls ist das Prinzip das Gleiche und wir beschließen heute da eine Kleinigkeit. Das Gesetz wird nicht einmal verändert, sondern es wird nur dieser Passus mit hinein genommen. Also wo soll Ihr Problem liegen? *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Kollege Klubobmann Kovasits! Das steht nicht in der Gemeindeordnung!

Schauen Sie sich doch das Gemeinde-Bedienstetengesetz an, denn dort stehen nämlich die Vorschriften, wie die Gemeinden bei der Aufnahme von Personal vorzugehen haben. Ich weiß nicht, ob Sie da mitgestimmt haben. Wir haben jedenfalls mitgestimmt, denn dort ist die Ausschreibungspflicht erstmals für die Gemeinden auch festgelegt worden. Mit einer Ausnahme, nämlich, im Falle von einem dringenden Personalbedarf, so, wie es im Land auch schon lange üblich ist, ist es hier auch möglich, ohne Ausschreiben aufzunehmen. *(Abg. Géza Molnár: In Eisenstadt ist immer alles dringend! – Allgemeine Heiterkeit)* Das ist falsch. *(Abg. Manfred Kölly: Wenn Ihr wo einen Bürgermeister hättet, dann würdet es Ihr doch genauso machen.)* Das ist nicht richtig. Das ist falsch. Das ist die, also, wenn ich es… Entschuldigung, das ist einfach nicht richtig. Das ist falsch. Schauen Sie sich die Aufnahmen an, die sind alle ausgeschrieben, mit ganz wenigen Ausnahmen, im Kindergartenbereich, wo einfach ein Mangel an KindergärtnerInnen gegeben ist.

Jetzt erklären Sie mir einmal, wie das möglich wäre, dass in der Stadt Eisenstadt vor kurzem erst die Gattin eines FPÖ-Funktionärs aufgenommen wurde? Oder die Tochter eines grünen Funktionärs, wenn wir nicht objektiv vorgehen würden und wenn wir nicht darauf schauen würden, wie die Qualifikationen sind?

So schaut es nämlich aus. Das ist der Unterschied. Das ist der Unterschied. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das können Sie sich anschauen, Herr Kollege Kovacs. Der Prüfungsausschuss soll das prüfen. Er soll sich die Personalaufnahmen anschauen und soll einmal schauen, wer da in der letzten Zeit aufgenommen worden ist. Kümmert Euch einmal um Sachen, die wirklich sinnvoll sind, dann könnt Ihr Euch herausstellen und könnt einmal die Wahrheit sagen.

Herr Kollege Hergovich! Bei der Magistratsdirektorin gab es ein unglaublich intensives Objektivierungsverfahren, das ist richtig. Informieren Sie sich beim zweiten Vizebürgermeister, der wird Ihnen das bestätigen. Der Herr Molnár ist da. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Ilse Benkö: Der Molnár bestätigt das nicht!)*

Das war ein objektives Verfahren, wo eine Firma, eine externe Firma die Beurteilung vorgenommen hat. Da können Sie lachen, was Sie wollen. Weil sich da herzustellen und sagen, na ja, die Praktikanten sind sechs Monate da und da braucht man ja keine Ausschreibung. Da macht man ja ohnehin ein Objektivierungsverfahren. Das ist nämlich zu hinterfragen, weil wir alle wissen, wie dann das Objektivierungsverfahren abläuft. Das ist nämlich die Wahrheit. So schaut es aus. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die nächste Geschichte, weil Sie ja auf den Kollegen mit Trausdorfer Wurzeln eingegangen sind. Das ist richtig, das war ohne Ausschreibung. Das war deshalb ohne Ausschreibung, weil der bei mir im Büro arbeitet. Da bin ich ja einer Meinung. Das steht ja immer schon im Objektivierungsgesetz, dass Mitarbeiter in politischen Büros ohne

Ausschreibung aufgenommen werden können und ehrlich gesagt, wenn ich in meinem Büro jemanden aufnehme, dann werde ich keine Ausschreibung machen, weil dann suche ich mir jemanden aus, mit den Worten des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters zu reden, zu dem ich Vertrauen habe und den ich haben möchte. So einfach ist die Welt. *(Abg. Manfred Kölly: Wieso?)*

Da können Sie sich da herausstellen, nochmals die Unwahrheit sagen, aber es ist nicht so. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Eisenstadt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen jetzt keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Thomas Steiner: Wir können es gerne ändern.)*

Wir kommen zur Abstimmung. *(Abg. Thomas Steiner: Entschuldigung! – Abg. Ilse Benkö: Warum drohst Du? Das klang ja wie eine Drohung. - Abg. Thomas Steiner: Das war doch keine Drohung.)* Bitte um Ruhe.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Thomas Steiner: Gratuliere!)*

Der Gesetzentwurf, mit dem das Objektivierungsgesetz geändert wird (7. Novelle), ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

12. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 77), mit dem das Burgenländische Raumplanungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 60) (Beilage 107)

Präsident Christian Illedits: Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 77, mit dem das Burgenländische Raumplanungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 60, Beilage 107.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Mag. Kurt Maczek.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Kurt Maczek: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Raumplanungsgesetz geändert wird, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsgemäße Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA bringt dieser einen Abänderungsantrag ein.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde zunächst der vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich abgelehnt und anschließend der vom Landtagsabgeordneten Mag. Maczek gestellte Antrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Raumplanungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Raumplanungsgesetz, das wir heute hier diskutieren wollen, ist ein sehr wichtiges Thema. Im Vorfeld ist allerdings schon klar, dass das die Regierungsparteien sowieso auch bestimmen und beschließen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, bevor ich auf dieses Thema eingehe, das im Übrigen ein sehr wichtiges Thema für das Burgenland ist, möchte ich doch noch auf einen Kollegen, nämlich den Herrn Kovasits, auf ein paar Dinge eingehen.

Herr Kollege Kovasits! Ich verstehe Sie, na selbstverständlich, denn auch ich musste das in meiner ganzen Karriere durchmachen, dass man den Kopf einziehen muss, wenn eben dort oben im Bund auf einmal ganz anders gehandelt wird, wie ich es als Mensch eigentlich verstehen kann. Oder, die Personen, das war damals Schwarz-Blau, wenn Sie sich erinnern können.

Aber, ich habe trotzdem immer meinen Standpunkt vertreten und daher werde ich ihn auch in Zukunft so vertreten. Ich stehe zu dem, was ich selbst erlebe, was mir etwas wert ist. Diese Werte sollte man nicht über Bord werfen, Herr Kollege Kovasits. Wenn Sie sich herstellen und sagen, ich mache nur „qua, qua“ und bei der Fragestunde habe ich nie eine Frage gestellt, dann sollten Sie sich einmal die Mühe machen, oder lassen Sie es sich von Ihrer Sekretärin oder von irgendjemand heraussuchen, dass ich bei jeder Fragestunde mindestens dreimal eine Frage stelle, die wichtiger ist, als Eure Abfragung von den Regierungsmitgliedern.

Ich glaube, das ist der wichtige Faktor. Nicht das, was Sie erzählen. Außerdem muss die FPÖ einmal lernen, Regierungsverantwortung zu tragen. Ich weiß schon, ich habe ohnehin gesagt, gleich am Anfang der Periode habe ich gesagt, lassen wir ihnen Zeit, sie werden es schon lernen. Aber, sich dann herzustellen, und zu sagen, der Kölly hat keine Ahnung und der macht nur „qua qua“, da muss Euch schon eines klipp und klar sein: Ich bin seit drei Perioden Bürgermeister, ohne Mehrheit, ohne absolute Mehrheit, Herr Kollege Kovasits. Die FPÖ hat keinen einzigen Bürgermeister, keinen einzigen Vizebürgermeister. Die FPÖ trägt in keiner Gemeinde Verantwortung. Ihr tut so, als ob Ihr jetzt die großen Erfinder wärt.

Heute wurde nicht einmal strapaziert, dass wir in der Vergangenheit ja oft die gleiche Meinung getragen und auch dementsprechend zur Abstimmung gebracht haben. Da haben wir auch keine Chance gegen Rot und Schwarz gehabt. Ich will die Schwarzen

gar nicht loben. Die haben auch müssen, weil eben gewisse Voraussetzungen gegeben waren. Ihr müsst das jetzt zum Trutz machen. Macht es eine Zeit lang und dann werdet Ihr draufkommen. Der Herr Landeshauptmann, das muss ich ehrlich sagen, hat viel Fingerspitzengefühl, denn der weiß, wie man mit den Partnern umgeht. Der weiß, was sich tut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann ist es logisch, denn der wird jetzt ein Jahr lang auf der Geige spielen und wird der FPÖ immer die Schuld geben. Logisch. Nach einem Jahr werdet Ihr die Schuldigen sein, weil er sich abputzt. Beim Tourismus hat er gesagt, das war die Ex-Landesrätin, *(Abg. Werner Friedl: Das stimmt!)* die hat das alles verbrochen, obwohl er der Präsident war.

So geht das dann auch weiter, wenn man das herunterbricht, Frau Kollegin Benkö. Wie oft haben wir zwei gesagt, um Gottes Willen, was geschieht denn da in diesem Haus? Jetzt macht Ihr den gleichen Fehler. Bleibt bei Euren Werten. Bleibt bei Euren Werten und seht zu, dass Ihr das auch dementsprechend umsetzen könnt, was eigentlich Eure eigenen Interessen waren.

Wenn ich mir dann vor Augen führe: SPÖ und FPÖ schwören sich auf gläsernes Burgenland ein. Rot-Blau verspricht das Ende der Doppelbesetzung. PEW Funken fliegen! Ist da keine Doppelbesetzung gewesen? Das weiß ich nicht.

Zwei rote waren, sehr gut. Die Opposition beauftragt den Rechnungshof mit der PEW-Prüfung. Selbstverständlich müssen wir das machen, denn wir wollen den Finger ja dort drauf halten. Oder, bis Jahresende soll der Konzern Burgenland stehen. Da steht der Hans-Peter Rucker als Favorit für diesen Top-Job. Der ist in der ersten Runde dabei und dann ist der aber auch in der PEW auch dabei. Dann frage ich mich, wie kriegt Ihr denn da die Kurve?

Oder der Verkauf der Therme Lutzmannsburg? Ich hätte sie gekauft, muss ich Euch ehrlich sagen. Wenn da nicht die Medien groß aufschreien und wir sofort reagiert hätten, wäre die Therme „verscherbelt“ und nach fünf Jahren, weiß ich nicht, was passiert wäre.

Oder wäre es wirklich ein toller Partner gewesen, der das gut gemacht hätte? Nur wir, in der Opposition, haben nichts davon gewusst, denn das ist unter der Hand gegangen. Jetzt kann ich sagen, die ÖVP hat es gewusst. Aber, warum bekommt das nicht eine Oppositionspartei, damit auch die mitreden kann? Dürfen wir hier nicht mitreden, wenn es um ein Leitprojekt in einem Bezirk geht, in einem kleinen Bezirk, der für mich sehr wichtig ist? Weil ja dort vieles in letzter Zeit passiert ist. Millionen Euro wurden hineingesteckt. 100 Millionen Euro hat man insgesamt in die Therme Lutzmannsburg gesteckt. Schön, gut, wir haben alle davon profitiert. Dann hat man umgebaut, wieder einmal, weil man es nicht verkaufen konnte, weil man es an irgendeinen Iren oder weiß der Teufel von wo der her gekommen ist, verkaufen wollte. Das haben wir auch, Gott sei Dank, noch einbremsen können, dass das passiert.

Da war der Herr Landeshauptmann auch so klug, und hat gesagt, retour, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt haben wir das gleiche Thema. Dann kauft man ein Hotel, ein abgewracktes Hotel, das im Konkurs war, um 3,2 Millionen Euro, das jetzt da unten als Ruine dasteht. Der baut auf der gegenüberliegenden Seite wieder ein Hotel hin.

Oder, der „Silent Dome“. Wie lange fordern wir denn das schon? Sie, Herr Kollege Kovasits, haben das auch gefordert, mit mir, mit vielen Trompeten und Posaunen sind wir da hereingekommen und haben gesagt, dass da etwas gemacht werden muss.

Jetzt denken Sie anscheinend anders. Ich muss dazu sagen, der neue Landesrat Petschnig war bei mir in Deutschkreutz und hat gesagt, ich soll ihn unterstützen. Na, gerne unterstütze ich so etwas. Na, selbstverständlich. Nur dann haben wir uns einen Termin ausgemacht, dass wir uns irgendwann einmal treffen, im Land, um das neue Tourismusgesetz zu diskutieren. Bis dato habe ich keinen Termin mehr bekommen.

Was ich bekommen habe, ist eine Begutachtung. Das heißt, es gibt wieder keine Gespräche. Das sind genau die gleichen Fehler, die vorher gemacht wurden. Jetzt seid mir bitte nicht böse, wenn das Eure Politik ist. Da dürft Ihr Euch nicht wundern. Das wisst Ihr ja auch, dass Ihr Eure eigenen „Watschen“ einmal bekommt, solange das nicht ins Rennen kommt, und Ihr große Probleme habt. Der Herr Landeshauptmann macht das hervorragend. Ich kann ihm nur dazu gratulieren, wie er das macht.

Wenn wir in die Regierungsverantwortung gekommen wären, da sage ich eines, da muss ich die Grünen auch ein bisschen in die Verantwortung nehmen, weil sie gleich nach der Wahl gesagt haben, mit denen tun wir nicht. Dann wären andere Möglichkeiten bestanden, und nicht sagen, der Wähler hat das entschieden. Ja, der Wähler hat entschieden, aber nicht für diese Regierungskonstellation.

Der hat entschieden, dass in diesem Land etwas geändert werden soll. Es gibt eine Diskussion mehr über die ganze Geschichte, aber das ist eben so passiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt sitzen wir da und wollen alle miteinander hoffentlich das Beste für das Land. Man darf nicht vergessen, Eure Werte, die Ihr einmal gehabt habt, die Ihr so hoch gehalten habt. Ich bin auch stolz darauf gewesen, dass ist gar keine Diskussion. Ich bin auch dafür gewesen. Jetzt auf einmal das alles über Bord werfen? Das finde ich nicht für in Ordnung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der FPÖ! Wenn sich der Herr Landeshauptmann herstellt und sagt, mein Gott, auf der BH brauchen wir jetzt immer mehr junge Leute, weil ja die Strafen auf einmal so hoch geworden sind. Na, wer hat denn die Gesetze beschossen, da oben, dass man überall gestraft wird, dass der Staat endlich zu einem Geld kommt? Er soll nicht sagen, wir bekommen nichts davon, sondern die Gemeinden bekommen sehr wohl etwas davon, wenn wir gestraft werden. Nicht nur das muss man auch dazu sagen. Vielleicht sollte er sich wirklich einmal gescheit informieren, oder seine Mitarbeiter ihm das auch sagen.

Ich denke, wenn der Herr Steiner sagt, er wird sich da seine Leute in der Gemeinde doch selber aussuchen können, dann muss ich ihm sagen, dass ich mir das in der Gemeinde nicht aussuchen kann. Ich hätte gerne das gehabt, aber das geht leider nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Vielleicht solltet Ihr da auch einmal nachdenken. Ich kann mir nicht einmal den Amtmann aussuchen.

Weil der wird ausgeschrieben und wird parteipolitisch, ich sage das noch einmal, parteipolitisch bestimmt. Weil ich keine Mehrheit im Gemeinderat habe. Was tut man dem Kölly an? Man setzt ihm irgendeinen hin. Das kann es ja nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da gehört vieles geändert, da solltet Ihr einmal nachdenken und da haben wir ja gemeinsam schon etwas erarbeitet, dass das geändert gehört.

Oder, in den ganzen Müllverbänden und in den ganzen Verbänden. Drei Geschäftsführer brauchen wir beim Burgenländischen Müllverband und Umweltdienst. Wisst Ihr warum? Da könnt Ihr Euch genau erinnern warum. Weil man auf einmal drauf gekommen ist, dass zwei rote Geschäftsführer dort gewesen wären, hat man schnell schauen müssen, dass man noch einen anderen unterbringt.

Oder, bei der Energie Burgenland. Gerade habe ich es beim ersten Statement gesagt: Was kriegen die denn für Gelder? Vergleichen wir das einmal mit Normalsterblichen, die tagtäglich um vier Uhr in der Früh aufstehen müssen, und um 20.30 Uhr mit dem Zug heimkommen, mit den Pendlern, was die verdienen? 1.600 Euro? Das sind die Dinge, die uns eigentlich unter den Fingernägeln brennen müssen, Herr Kollege Kovasits. Das sind die Dinge, die haben Euch auch immer interessiert. Dieses Thema war für Euch wichtig.

Dass der Herr Landeshauptmann natürlich das jetzt ausnutzt, ist ja gar keine Diskussion. Da stehe ich auch dazu, recht hat er. Denn er hat eines erkannt, das muss man auch dazu sagen.

Eines hat er erkannt, es gibt nur diese eine Konstellation mehr, weil anscheinend mit der ÖVP das nicht mehr gegangen ist. Die Grünen abgesagt haben und somit ist die Konstellation eine andere geworden. Sei es wie es sei, aber bitte bleibt bei Euren Werten.

Jetzt komme ich aber zum Burgenländischen Raumplanungsgesetz. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch hier stellt man sich hin als Sozialdemokraten oder als ÖVP. Ich glaube, die werden ja auch anders denken und werden anders abstimmen, als dieser Antrag lautet. Weil ich der Überzeugung bin, dass die Verfahren natürlich so rasch als möglich abgehandelt werden müssen, gar keine Diskussion. Dafür sind wir ja hoffentlich alle miteinander.

Aber, es kann nicht so sein, denn, ich meine, man sagt immer kleinstrukturiertes Burgenland, wie wunderbar, das müssen wir unterstützen. Seit 15 Jahren bin ich im Landtag. Ich kann Euch sagen, was wir immer geredet haben. Kleinstrukturiert, super, passt alles, wunderbar.

Jetzt bringt man einen Antrag ein, dass man die Flächen erweitern soll. Dass man auf 1.000 m² gehen soll. Zum Beispiel in Deutschkreutz habe ich so einen Fall gehabt, den „SPAR“ im Ort, da habe ich gebetet, dass wir den im Ort erhalten, weil draußen ein anderer Konzern bauen wollte.

Na Gott sei Dank ist es uns gelungen, der darf dort nur 700 oder 600 m² hinbauen und der andere soll 1.000 m² draußen dort hinbauen dürfen? Dafür könnt Ihr ja nicht alle sein, oder doch? Seid mir bitte nicht böse, wenn Ihr dafür seid, dann tut es mir leid, dann muss ich wirklich durchs Land ziehen und Euch wirklich fragen, was das Ganze soll?

Da können wir eins machen, Frau Kollegin Salamon, ich bin schon bei Ihnen wenn Sie sagen… *(Abg. Ingrid Salamon: Ich habe gar nichts gesagt, jetzt.)* Sie deuten, in der Stadt lasse ich mir das noch einreden, aber jetzt stellen Sie sich das vor in einer kleinen Ortschaft. In einer kleinen Ortschaft, dort ist es möglich, dass man mit 1.000 m² einen Markt hinbaut, drinnen haben wir drei Greißler noch oder ein Wirtshaus.

Aber wir gehen dann nicht mehr in die Ortschaft hinein, sondern fahren gleich dort hinaus und wahrscheinlich noch mit einem von der Gemeinde gesponserten Taxi, oder irgend so etwas in dieser Richtung.

Da frage ich mich, ist das Sinn der Sache? Macht das wirklich Sinn? Und das verstehe ich nicht ganz. Wenn ich mir das anschaue, dass das Burgenland die höchste Dichte an Handelsflächen pro Einwohner hat, das wissen wir ja hoffentlich alle, und es sind weitere Projekte, die jetzt hier noch ausgebaut werden sollen, dann wird diese Geschichte noch dichter, nehme ich einmal an.

Die durchschnittliche Kaufkraft im Burgenland lag im Jahr 2014 bei 19.613 Euro pro Kopf. So und jetzt kommt es. So viel steht einem jeden Einwohner pro Konsum und Miete

und Lebenserhaltungskosten zur Verfügung. Das ist eine Steigerung von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Im Österreichvergleich lag das Burgenland aber unter dem Bundesdurchschnitt von 20.369 Euro. Na logisch, die Burgenländer verdienen ja auch wesentlich weniger, das ist ja klar. Und die Leute, die einkaufen in die SCS oder nach Parndorf fahren, die fahren, die hält man auch nicht auf, auch wenn man ihnen 1.000 oder 1.500 m² hinstellt, aber wir haben die Fläche versiegelt.

Wir haben in den Ortschaften und ich kann Euch ein gutes Beispiel jetzt sagen, mein Sohn baut in Deutschkreutz, im Ort. Gott sei Dank habe ich ihn überreden können und nicht draußen irgendwo, dass wir wieder eine Fläche widmen. Wisst Ihr was er macht? Das alte Haus wegschieben - 13.000 Euro, Burgenland Energie - 1.700 Euro, weil er den Kasten herausnehmen und versetzen muss, Entsorgungskosten noch etliches dort dazu, und dergleichen mehr und er hat nur Probleme und Schwierigkeiten.

Die sollte man unterstützen, dort sollte man sagen im Ort, Ortskern bauen. Wir machen das in Deutschkreutz, wir unterstützen den Ortskern. Der hier baut, kriegt leider Gottes viel zu wenig, sage ich einmal, 2.800 Euro bekommt er eine Unterstützung dazu. Ich bewundere diese Leute, die das wirklich machen. Daher wird meine Bewegung in Zukunft auch sein, dass man in der Gemeinde noch mehr das fördert und unterstützt und das sollte eigentlich auch Eure Intention sein, auch im Land.

Wo man die unterstützt, damit man nicht alles draußen hat, das kostet der Gemeinde viel, viel Geld, ein Riesenaufwand, Infrastruktur et cetera und dergleichen mehr. Das ist genau das, wo ich mich frage, warum bringt man so einen Antrag dann ein? Von welchen Günstlingen erwartet Ihr Euch etwas? Was erwartet Ihr Euch damit, dass ich so großflächig dort bauen kann? Jetzt sage ich Euch ein Beispiel, Stoob-Süd geht hinunter! Eine Geisterstadt! In fünf Jahren gibt es viele solche Hallen, die leer stehen werden. Oder die Technologiezentren, gebt dort hinein die Firmen, gebt hinein den „BILLA“, den „Rewe“, gebt hinein was Ihr wollt.

Das sind Flächen, die leider Gottes nicht genützt werden. Da sollte man umdenken, ob man doch nicht etwas unternehmen kann und vielleicht dort oder da ein Architektenteam eine Ausschreibung machen lassen kann. Vielleicht wäre das eine sinnvolle Sache.

Ich glaube auch, dass man klipp und klar sagen muss, es kann nicht so sein, dass man nur denkt, Ausweitung, Ausweitung, Ausweitung, sondern es muss sich ja auch dementsprechend tragen.

Und Ihr werdet ja nicht glauben, wenn ich 58.000 Pendler habe im Land, die tagtäglich auspendeln müssen, dass die neugierig sind außerhalb der Ortschaft zu fahren, oder fußläufig nicht erreichbar zu sein.

Daher wird mein Bestreben sein, oder unser Bestreben, seitens des Bündnis Liste Burgenland, im Ortskern die Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen, im Ortskern zu schauen, dass wir Nahversorger haben, im Ortskern auch zu schauen, dass man von A nach B dementsprechend kommt, mit einem dementsprechenden Bus, und das ist der Gemeindebus.

Wir fahren die älteren Leute hin, dass die mobil sind, aber nicht damit wir draußen eine Fläche erweitern und dergleichen mehr und versiegeln noch diese ganze Geschichte.

Weil da wissen wir ganz genau und ich habe tagtäglich zu tun mit der Versiegelung, insofern, wenn wir eine gewerbebehördliche Verhandlung haben draußen, ein

Rückhaltebecken, ein Revisionsbecken, Retentionsbecken hin und hundertmal her, ja warum? Weil das Wasser nicht mehr weg kann. Da sollte man sich schon schön langsam Gedanken machen. Und wenn Ihr glaubt, dass das der richtige Weg ist, dass man alles erweitert und vergrößert, dann geht wirklich in Eure Dörfer, schaut Euch das endlich an. Macht die Augen auf, schaut in welche Richtung Ihr gehen wollt und da spreche ich im Speziellen die FPÖ an.

Ihr müsst einmal den Mut haben zu sagen, nein, da gehen wir nicht mit, weil das war unsere Intention schon seit 10 Jahren, oder 15 Jahren, das haben wir immer auch so gehalten und das werden wir immer so halten und stimmt einmal nicht mit bei so einem Antrag. Das würde mich wirklich sehr freuen.

Aber vielleicht gibt es einen Antrag, dass man das aufteilen kann, vielleicht ist das eine Möglichkeit, dass Ihr dann mitkommen könnt, oder mitbestimmen könnt, dass das nicht mehr passieren kann.

In diesem Sinne werden wir, wenn das getrennt wird, bei einer Abstimmung natürlich dem einen oder anderen sehr wohl zustimmen können, aber sicherlich nicht, dass man jetzt auf 1.000 m² geht und dergleichen mehr.

Also ich glaube, da sollte man sich wirklich Gedanken machen. Danke. *(Beifall bei der LBL, GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ja nicht das erste Mal, beim letzten Mal und auch nicht beim vorletzten Mal, schon oft über das Problem des Flächenfraßes, möchte ich es jetzt schon nennen, hier gesprochen und ich weiß, dass im direkten Gespräch viele mir zustimmen, Ihr seid alle, so wie wir, viel im Land unterwegs.

Man sieht ja, was in den Ortschaften passiert. Dann ist es mir aber schon ein Rätsel, warum es zu solchen Gesetzesänderungen kommen kann, die einfach nicht weit genug gehen.

Ich möchte jene, die es gestern nicht gesehen haben, die ORF-Sendung, „kein schöner Land?“, aus der Serie „Menschen und Mächte“ ans Herz legen. Untertitel: Die Zerstörung Österreichs durch Zersiedelung, Flächenverbrauch, mangelnde Raumplanung und fehlende Baukultur. Da wurde ganz genau aufgezeigt, wo die Probleme liegen und da waren sich die Experten und Expertinnen einmal mehr ziemlich einig, würde ich sagen.

Trotzdem geht man her und beschließt, nehme ich einmal an, heute wieder eine Gesetzesnovelle, die die Probleme nicht bei der Wurzel packt. Beispiel zur Änderung bei den Einkaufsflächen und Einkaufsstandorten.

Während viele Klein- und Kleinstbetriebe vor allem in den Ortszentren tagtäglich um das Überleben kämpfen, Ihr kennt das eh, und aus vielen Orten sogar verschwinden, werden immer mehr Einkaufszentren, Fachmarktzentren aus dem Boden gestampft.

Wir haben das im Burgenland ja am laufenden Band. Der Großteil auf grüner Wiese, no na, da, wo früher Acker oder Wiesen waren, oder noch weiter außerhalb.

Anbindungen an Fußradwege, oder gar an ein öffentliches Verkehrsnetz - weit gefehlt. Wenn es ein Glück gibt, macht das Einkaufszentrum noch einen Shuttlebus, damit man noch mehr Leute aus dem Ortszentrum herausholen kann.

Die Folgen kennen wir alle, habe ich auch hier oft dargelegt. Arbeits- und Einkaufswege werden immer länger. Der Flächenverbrauch eben steigt und in den gewachsenen Ortskernen geht die Kaufkraft verloren und natürlich damit auch die Arbeitsplätze, die Attraktivität des Ortes, letztendlich vor allem, wenn die Publikumsmagneten, also große Firmen auch hinaus wandern.

Letztendlich haben wir die Probleme, die wir heute in unseren Ortszentren vor allem in den Bezirkshauptstädten haben, die wir jetzt haben und die sind hausgemacht. Da sind wir, beziehungsweise Sie, mit den unzulänglichen Gesetzen einfach dafür verantwortlich.

Eine Möglichkeit wäre, abgesehen davon, dass wir einfach überhaupt keine Genehmigungen außerhalb mehr erteilen für Fachmarktzentren und Shoppingmalls, vor allem eine verpflichtende Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Das wäre schon eine Möglichkeit, hier eine Verbesserung zu schaffen. Ergänzend zu der vorliegenden Novelle möchte ich noch darauf hinweisen, dass auch, wenn es im Landesentwicklungsprogramm sehr schön steht, es fehlen trotzdem Maßnahmen, um Baulandreserven, Baulandmobilisierung anzugehen und dem Bodenverbrauch zu senken.

Örtliche Entwicklungskonzepte - eigentlich eine Aufgabe für jede Gemeinde - fehlen in den meisten Gemeinden. Oberschützen ist gerade jetzt dabei, das endlich zu machen. Auch das wären ganz wesentliche Punkte, um zu sagen, was passiert eigentlich? Wo will ich hin mit meiner Gemeinde in den nächsten Jahren? Wo will ich Grund noch erschließen? Wo schaue ich, dass ich mich eher zurückhalte? Was mache ich mit meinem Ortskern?

Was außerdem fehlt, ist der wirklich zerstörerisch wirkende Wettbewerb zwischen den Gemeinden, oder zwischen den Bezirken inzwischen. Da braucht es verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, eventuell sogar finanziellen Ausgleich.

Ich habe das eh schon oft erwähnt, man braucht sich nur Oberwart anschauen. Da wurden auf der einen Seite in Unterwart riesengroße Fachmarktzentren und alles gebaut, dann hat Oberwart auf der anderen Seite begonnen, das Einkaufszentrum „EO“ zu bauen und das ist einfach ein Wettbewerb, der zerfleischend ist und der die Orte umbringt.

Einziger positiver Punkt, den ich hier anbringen muss, ist, es ist inzwischen Gott sei Dank, dank dem Land und vor allem der Abteilung Raumplanung, nicht mehr so leicht wie früher für Gemeinden, dass sie einfach machen, was sie wollen.

Dass es Gemeinden gibt, wie zum Beispiel auch Oberwart, die riesige Reserven haben von umgewidmeten Land und trotzdem neu widmen, das hört sich jetzt Gott sei Dank langsam auf. Aber das wird nicht genügen diesen Monsterflächenfraß, dieses Monster zu bändigen. Einmal mehr wird verabsäumt, in wirklich zukunftsweisende Maßnahmen einzubringen und zu beschließen. Die Folge der Zersiedlung und des Bodenverbrauchs werden vor allem teuer, das hat mein Kollege Kölly auch ganz deutlich gemacht.

Es ist so, wie beim Klimawandel zu befürchten, dass wir in 10, 20 oder mehr Jahren sagen werden und auch unsere Nachkommen und Nachfolger, warum haben wir das nicht rechtzeitig erkannt und sind nicht rechtzeitig hier dagegen vorgegangen?

Ein Wort vielleicht noch zu dem Passus, dass Boden, nein, Bauland gesichert werden soll für förderbaren Wohnbau. Da ist leider hineingerutscht „die Gemeinnützigkeit“, das heißt, es gilt nur für ganz wenige Gesellschaften, die wir im Burgenland haben.

Und wenn sich einige zusammentun und einfach auf privater Basis, so wie das auch vorkommt, immer mehr das Bauen wollen, für die gilt das nicht. Das sehe ich wirklich für problematisch. So wird es einfach der ESG und der OSG vorbehalten, hier diese Räume zu nutzen.

Das ist nicht in unserem Sinne. Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zur Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist der Herr Kollege Kölly jetzt nicht da. Die Gesetzesänderung entspricht im Wesentlichen, ich betone, im Wesentlichen dem Entwurf, der schon vor der Wahl verhandelt und in Begutachtung war, also von einer Packelei kann da nicht unbedingt die Rede sein.

Ich möchte nun zum Gesetz selber kommen. Da sich im Laufe der Zeit immer wieder räumliche und gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingungen ändern, müssen auch natürlich die Gesetze dementsprechend angepasst und geändert werden.

Für die Politik ist es immer eine Herausforderung, zukünftige, demokratische Entwicklungen im Wirtschaftsbereich, im Wohnbereich und auch im Sinne der Verwaltungsvereinfachung zu erkennen und auch zu ändern.

Da der Kern des Raumplanungsgesetzes aus dem Jahr 1969 stammt, soll heute eine notwendige Novellierung vorgenommen werden. Die Änderung soll der Bevölkerung, den Wirtschaftstreibenden und nicht zuletzt der Verwaltungseffizienz dienen.

Ziel ist es, das Raumplanungsgesetz dahingehend zu ändern, um folgende Herausforderungen lösen und entsprechend anpassen zu können. Also, was fließt alles in die Novelle ein?

Die Umsetzung der Empfehlung des Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes, leistbares Wohnen, Beschleunigungsmaßnahmen im Rahmen des Verfahrens zur Änderung von Flächenwidmungsplänen.

Die Verfahrensvereinfachung für Einkaufszentren bis 1.000 m² Verkaufsfläche und die Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments.

Was bedeuten diese Punkte im Konkreten? Förderbarer Wohnbau, sprich leistbares Wohnen - hier handelt es sich um eine neue Baulandkategorie, wo nur Reihenhäuser und Gruppenwohnbauten von gemeinnützigen Einrichtungen, sprich gemeinnützige Genossenschaften errichtet werden dürfen.

Hintergrund dieser eigenen Kategorie ist, dass auch gemeinnützige Wohnbauträger auf Grund von Immobilienspekulanten beim Erwerb von Grundstücken mit hohen Preisen konfrontiert sind. Diese hohen Kosten gemeinsam mit den Errichtungskosten schlagen sich natürlich auf die Höhe der Mieten nieder. Mit der neuen Widmungskategorie hat die Gemeinde die Möglichkeit, die Nutzung von Bauland zu beschränken und damit sie, beziehungsweise der Wohnbauträger, die Immobilie zu einem nicht spekulativen Preis erwerben kann, beziehungsweise das Bauland selbst nicht mehr spekulativ hortet, sondern mobilisiert wird.

So können mittelbar die Errichtungskosten eines gemeinnützigen Wohnbaus und somit der daraus resultierenden Mieten niedrig gehalten werden.

Um Beschleunigungsmaßnahmen im Rahmen des Verfahrens zur Änderung von Flächenwidmungsplänen erzielen zu können, braucht es eine Verwaltungseffizienz. Der Entwurf des Flächenwidmungsplanes soll in Zukunft nur mehr sechs Wochen aufliegen. Die Verwaltungsbeschleunigung zielt darauf ab, alle Probleme schon während der öffentlichen Auflage abzuklären.

Ein wesentlicher Punkt zur Verfahrensbeschleunigung ist mit Sicherheit die Qualität der Unterlagen seitens der Gemeinde, die der Aufsichtsbehörde zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Verfahrensvereinfachung beziehungsweise Entfall der Obergrenze, für Einkaufszentren bis 1.000 m^2 geht es um Folgendes:

Grundsätzlich sind Einkaufszentren nur in den vom Gesetz vorgeschriebenen Orten, sprich Landeshauptstadt, Bezirksvororten oder Orte über 2.000 Einwohner und Einkaufsorte vorgesehen. Das heißt, die Anhebung der Verkaufsflächenobergrenze würde schlagend für zirka ein Drittel der burgenländischen Gemeinden.

Die bisherige Verwaltungspraxis hat gezeigt, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Verkaufsfläche von 500 m^2 nicht ausreichend war und die Lebensmittelgeschäfte in der Regel auf Verkaufsflächen zwischen 650 und 800 m^2 erweitert wurden.

Eine Überschreitung der Verkaufsflächen war mit einer entsprechenden Begründung auch bisher möglich. Anhand der Überschreitungen und der Anfragen, die Verkaufsflächen auf 1.000 m^2 auszuweiten, sieht man, dass dieser Schritt notwendig ist, damit Unternehmen konkurrenzfähig bleiben können.

Ich darf dazu erwähnen, dass die Intention der Bestimmung nicht sein soll, den Kleinen zu schaden, sondern den bereits vorhandenen Lebensmittelgeschäften innerhalb der Ortschaften, beziehungsweise im unmittelbaren Anschluss daran, die Möglichkeit zu geben, relativ unkompliziert konkurrenzfähig zu sein beziehungsweise zu bleiben.

Abschließend bin ich überzeugt, dass durch diese Novelle des Raumplanungsgesetzes der Bevölkerung, den Wirtschaftstreibenden, dem Servicegedanken in der Verwaltung gedient ist, deshalb gibt es von unserer Seite die Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Zunächst ist anscheinend eine Umwandlung von Grünland auf eine höhere Widmung, wo der Quadratmeterpreis wesentlich erhöht wird, anscheinend von den Regierungskollegen nicht von hoher Bedeutung, weil der eingebrachte Antrag anscheinend eh mit Mehrheit beschlossen wird.

Ich glaube, dass es sehr wohl wesentliche Einschnitte dazu gibt. Wenn ich mir heute die Debatte schon anhöre über die Wohnbauförderung, wo es anscheinend nicht möglich ist, einerseits wie gesagt, dass die Zweckbindung kein Problem sein soll.

Bei 124 Millionen Euro im Budget, beziehungsweise im Rechnungsabschluss 2014 mit 122 Millionen Euro veranschlagt, - der Herr Kollege Kölly spricht von 78 Millionen Euro, die effektiv in der Wohnbauförderung eingebracht werden, - da muss man feststellen bei einer Zweckbindung, dass noch immer Luft nach oben gegeben ist.

Und ich glaube schon, dass man dementsprechend, und ich denke über die letzten zehn Jahre ist keine Evaluierung, keine Anpassung, keine Erhöhung des Förderungsgrundbetrages geschehen, keine Evaluierung, keine Anpassung des Kinderförderungssteigerungsbetrages passiert, und dann redet man von sozialem Wohnbau, wo wir heute eine eigene Widmung einziehen wollen.

Wo es wieder den Gemeinden mitunter erschwert wird, wo wieder eine Barriere eingezogen wird, wo ich nur einschlägige Bauten bauen kann.

Und jetzt sitzen ja nicht nur Bürgermeister in der Opposition, sondern auch in der Regierungspartei, zumindest seitens der SPÖ, - die FPÖ hat ja dieses Problem nicht.

Aber da muss man sagen, wie kann man als Bürgermeister rechtfertigen in einer Gemeinde, dass ich eine einschlägige Widmung hernehme, wo nur sozialer Wohnbau, der Herr Landeshauptmann hat gesagt „förderbarer Wohnbau“ im Sinne eines Genossenschaftsbaues, mit einem Anhängsel der Reihenhäuser bauen kann.

Jetzt haben wir eigentlich bis dato, glaube ich, gute Erfahrungen in der Gemeinde gehabt, dass man sich mit jeder Genossenschaft noch einig geworden ist, ob das eine OSG, eine NE oder wie sie alle heißen, damit man mit einem Bauland-Wohngebiet oder mit einem Bauland-Dorfgebiet oder andere Widmungen, auch in weiterer Folge bei den Gebäuden mit der Quadratmeterbegrenzung in Industrie- und Bauland-Mischgebieten und so weiter genauso gut ausgekommen ist.

Ich muss schon dazu bemerken, und das sehe ich nicht nur als Abgeordneter, sondern auch als dementsprechend betroffener Bürgermeister, dass es schon in der Vergangenheit durch die Einschränkungen des Landesentwicklungsprogrammes schon wesentliche Einschnitte in die Autonomie gegeben hat.

Natürlich sind viele Flächen in der Vergangenheit der letzten 20 und 30 Jahre gewidmet worden, die heute im Privatbesitz sind und schwer einfach zu verwerten sind und die Gemeinde keinen Zugriff hat. Aber dennoch sollte man viel mehr nachdenken und nicht heute mit einem Federstrich eine zusätzliche Kategorie schaffen, sondern viel mehr darüber nachdenken, ob man nicht im Landesentwicklungsprogramm 2011 eine Kategorie einziehen kann, eine Bestimmung einziehen kann.

Wenn eine Gemeinde heute die Möglichkeit hat, ein Grundstück oder mehrere Grundstücke zu kaufen, wo die Finanzierung gesichert ist, wo gesicherte Aufschließung ist, wo mit gewissen Maßstäben herangezogen werden kann, wie zum Beispiel der Bauzwang, mit Gemeinderatsbeschlüssen, wie sie durchgeführt werden, ist es heute nicht möglich, obwohl das eine Entwicklung und Weiterentwicklung in der Gemeinde geben werden würde.

Da muss man sagen, und dort ist es so, dass man eigentlich in der Praxis viel mehr nachdenken sollte, statt dass man eine zusätzliche Widmungskategorie einzieht, von der ich nie wieder wegkomme, wahrscheinlich. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Und dass man natürlich auch vorantreibt, mit wahrscheinlich relativ großen Flächen, weil die Genossenschaften natürlich großes Interesse haben, mit relativ großen Flächen an den Ortsrändern diese Ansiedelung in diesem Bereich auch zu forcieren.

Der zweite Punkt ist die Änderung im Quadratmeterbereich. Zu diesem Thema, da muss man auch sagen, eigentlich widerspricht das der Intention der Frau Landesrätin Dunst, wo sie als Zuständige in der Dorferneuerung sagt, der Ortskern und die Dorfstruktur muss erhalten werden, wird sogar gefördert.

Der Landeshauptmann Niessl als zuständiger Wohnbauförderungsreferent sagt, es gibt einen Ortskernzuschlag, wenn ich im Ortskern baue über die Wohnbauförderung. Mit diesen Genehmigungen, mit diesen versuchten Änderungen, die heute hoffentlich in dieser Form nicht beschlossen werden, geht man eigentlich einen anderen Weg und die Bemühungen der Dorferneuerung und der Belebung des Ortskernes wird eigentlich verfehlt, weil wir eigentlich alles an den Rand drängen, weil wir dort die Quadratmeter schaffen, im Industrie- und im Gewerbebereich, und nicht die Ortskerne stärken.

Nun komme ich zu einem weiteren Punkt, der ist heute schon mehrmals angesprochen worden, der Raumplanungsbeirat. Eigentlich ist es schon ein- oder zweimal gesagt worden, ist es eigentlich negiert worden, so na ja, macht ja nix, eigentlich war das Wegrationalisieren mit einem Federstrich im Gesetz der Regierungsparteien, der rot-blauen Regierung, dass wir, die hier im Landtag vertretenen Parteien aus diesem Gremium entfernen, die größte Säuberungsaktion in diesem Gremium passiert ist, und das kann man eigentlich so nicht hinnehmen.

Da reden wir von Objektivierung in anderen Bereichen. Da reden wir von Beurteilung und Kontrollen, und eigentlich wird in diesen Bereichen all jenes, das heute schon von der Regierungsbank gekommen ist, mit einem Strich wegrationalisiert. Interessiert keinen mehr, brauchen wir nicht mehr, nur mehr die Regierungsparteien. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und darum kann es in einem Abänderungsantrag nur dahingehend sein, dass wir bei diesen beiden wesentlichen Regelungen nicht mitstimmen können, beziehungsweise einen Abänderungsantrag in dieser Form noch einbringen werden. Aber es ist sehr wohl auch zu begrüßen, und das darf man nicht hintanstellen, dass die Verfahrensbeschleunigungen durch den Umlaufbeschluss, durch manche andere Instrumente, durch die sechs-Wochen-Frist bei den Gutachten und so weiter, natürlich auch zu begrüßen ist.

Daher darf ich einen Abänderungsantrag im Namen unserer Fraktion einbringen, wo ein wesentlicher Teil auch dem Antrag der Regierungspartei entspricht, wo es um die Regelung seitens der EU, beziehungsweise um die gefährlichen Stoffe geht und wo es um die Vereinfachung und Verbesserung und Beschleunigung im Sinne des Raumplanungsbeirates geht.

Ich darf diesen Antrag einbringen und somit verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Das Burgenländische Raumplanungsgesetz, LGBl. Nr. 18/1969, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 38/2015 wird wie folgt geändert:

1. Der Titel lautet:

   „Gesetz über die Raumplanung im Burgenland, (Burgenländisches Raumplanungsgesetz – Bgld RPG)“

2. § 4 Abs. 2 letzter Satz lautet:

   „Vier weitere Mitglieder sind auf Vorschlag der im Landtag vertretenen politischen Parteien nach deren Stärkeverhältnis im Landtag zu bestellen.“

3. Der bisherige Text des § 6 erhält hier Absatzbezeichnung „(1)“ und folgender Absatz 2 wird angefüllt.

   „(2) Sofern in Angelegenheiten des Abs. 1 lit. b die Änderung des Flächenwidmungsplanes vom Gemeinderat mit mindestens zwei Drittel der

Stimmen beschlossen wurde, eine Erklärung im Sinne des § 18 Abs. 2b vorliegt und keine wesentliche Veränderung der Ortsstruktur bewirkt wird, kann die Änderung des Flächenwidmungsplanes den Mitgliedern des Raumplanungsbeirates vom Vorsitzenden auch auf schriftlichem Weg zur Kenntnis gebracht werden.

Binnen zwei Wochen ab Zustellung kann jedes Mitglied des Raumplanungsbeirates beim Vorsitzenden die Behandlung des konkreten Verfahrens in einer Sitzung gem. § 5 Abs. 1 verlangen. Wenn dies nicht verlangt wird, gilt die Änderung des Flächenwidmungsplanes vom Beirat als zur Genehmigung empfohlen."

4. Dem § 12 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

   „Bei der Bedachtnahme auf Maßnahmen des Landes sind insbesondere die sich aus § 1 ergebenden überörtlichen Interessen zu berücksichtigen."

5. In § 13 Abs. 5 wird die Wortfolge „96/82/EG zur Beherrschung der Gefahren in schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen, ABl. Nr. L 010 vom 14.01.1997 S. 13, in der Fassung der Richtlinie 2003/105/EG, ABl. Nr. L 345 von der 31.12.2003 S. 97" durch die Wortfolge „2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle von gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung, der Richtlinie 96/82/EG des Rates, L 197 vom 27.7.2012 S. 1" ersetzt.

6. In § 14 Abs. 3 lit. d wird die Wortfolge „96/92/EG in der Fassung der Richtlinie 2003/105/EG, ABl. Nr. L 345 vom 31.12.2003 S. 97" durch die Wortfolge „2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates, ABl. Nr. L 197 vom 27.07.2012 S. 1" ersetzt.

7. In § 18 Abs. 2 wird im ersten Wort das Wort „acht" durch das Wort „sechs" ersetzt.

8. Nach § 18 Abs. 2 werden folgende Abs. 2a und 2b eingefügt:

   „(2a) Die im Rahmen des Verfahrens befassten Amtssachverständigen haben ihre Gutachten binnen sechs Wochen abzugeben.

   (2b) Die im Rahmen des Verfahrens befassten Amtssachverständigen haben ihre Gutachten spätestens bis zum Ende der Auflagefrist abzugeben, wenn

   1. die Kundmachung samt der in Abs. 2 genannten Unterlagen spätestens am 1. Tag der Auflage dem Amt der Burgenländischen Landesregierung übermittelt wird und

   2. eine Erklärung von einem gewerberechtlich oder nach dem Ziviltechnikergesetz 1993 Befugten des einschlägigen Fachbereiches angeschlossen ist, in der dieser mit seiner Unterschrift bestätigt, dass folgende Kriterium, welche zu einer Versagung der Genehmigung des Flächenwidmungsplanes gemäß Abs. 7 führen können, sorgfältig und ordnungsgemäß überprüft wurden:

   a) Vorliegen von Widersprüchen zu den Bestimmungen dieses Gesetzes, dem Landesraumordnungsplanes oder dem Entwicklungsprogramm,

   b) Verletzung von überörtlichen Interessen, insbesondere solche des Umweltschutzes und des Schutzes der Landschafts- und Ortsbildes,

c) Verhinderung oder Beeinträchtigung einer im überörtlichen Interesse liegenden Entwicklung der Gemeinde oder ihrer Nachbargemeinde“.

9. § 18 Abs. 4 lautet:

„(4) Der Flächenwidmungsplan ist vom Gemeinderat zu erlassen, wobei der Gemeinderatsbeschluss frühestens nach Ablauf von zwei Wochen, gerechnet ab dem ersten Tag nach Ablauf der Kundmachungsfrist gefasst werden darf. Die während der öffentlichen Auflage vorliegenden Änderungen sind in die Beratungen einzubeziehen.“

10. Im § 28 Abs. 2 wird die Wortfolge „des § 79 des Burgenländischen Gemeindeordnung LGBl. Nr. 37/1965 in der jeweiligen geltenden Fassung“ durch die Wortfolge „der §§ 86 ff Bgld. Gemeindeordnung 2003“ ersetzt.

11. Im Einleitungssatz zu § 28a wird das Wort „Gemeinschaften“ die Wortfolge „beziehungsweise Union“ eingefügt und Z 1 lautet:

„1. Richtlinie 2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates, ABl. Nr. L197 vom 27.7.2012, S 1;“

12. Die Überschrift zu § 29 lautet:

„Inkrafttreten, Außerkrafttreten“

13. § 29 Abs. 3 entfällt.

Aus den vorhin genannten Gründen zum Landesentwicklungsprogramm in Verbindung mit dem Raumplanungsgesetz empfehlen wir, diesen Dingen nachzukommen und bitten um Ihre Zustimmung. Danke. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Markus Ulram übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Steiner, Mag. Sagartz, BA, Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Kurt Maczek.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Das Burgenländische Raumplanungsgesetz wurde vom Landtag in seiner Stammfassung schon im Jahr 1969 beschlossen. In den siebziger Jahren haben sich die burgenländischen Gemeinden nach und nach ihre Flächenwidmungspläne auf Basis der Bestimmungen des Raumplanungsgesetzes erlassen.

Mittlerweile liegt die 18. Novelle dieses für das Burgenland so wichtigen Gesetzes auf dem Tisch. Die letzte Novelle gab es 2013. Wir sehen also, eine ständige Änderung und Anpassung, dass ja auch in der Raumplanung sehr wichtig ist und auch für die Gemeinden eine enorme Wichtigkeit hat.

Das Burgenland hat sich seit vielen Jahren gewaltig verändert. Die Leistungsbilanz des Landes, der Gemeinden und vor allem der Burgenländerinnen und Burgenländer kann sich sehen lassen. Aber auch im Bereich der Raumplanung nimmt das Burgenland in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle ein. Das Burgenland hat als eines der ersten Bundesländer den flächendeckenden digitalen Flächenwidmungsplan eingeführt.

Der WWF, World Wild Fund of Nature, beurteilt die Windkraftrahmenkonzepte, die mit breiter Einbindung aller betroffenen Stellen und der NGOs erstellt werden, als

österreichweites Best-Practice-Beispiel. Das im Jahr 2011 erarbeitete Landesentwicklungsprogramm erfüllt höchste Ansprüche hinsichtlich der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen unseres Landes.

Unter dem Motto „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ wird die Vorreiterrolle bei der Nutzung erneuerbarer Energie ausgebaut, der Tourismus weiterentwickelt und innovative Zukunftstechnologien angesiedelt. Wichtige Ziele sind die Wertschöpfung in unseren Gemeinden zu steigern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die hohe Lebensqualität für die Burgenländerinnen und Burgenländer sicherzustellen.

Die Novelle, meine Damen und Herren, die wir heute beschließen, wurde im Jahr 2014 erarbeitet. Einen wichtigen Schwerpunkt stellten und stellen die Anregungen der Gemeindevertretungen hinsichtlich Beschleunigung und Vereinfachung des Flächenwidmungsplanänderungsverfahrens dar. Die diesbezüglichen Inhalte wurden im Zuge vieler Arbeitssitzungen mit den Gemeindevertretern abgestimmt und erstellt.

Wir haben schon gehört, im Wesentlichen kommt es in dieser Novelle zu vier Änderungen. Einig ist man sich bei den Beschleunigungsmaßnahmen im Rahmen des Verfahrens zur Änderung der Flächenwidmungspläne. Da sind natürlich alle Bürgermeister froh darüber und es wird noch in dieser Hinsicht vieles zu tun sein, viel zu tun geben, dass man mehr Qualität hat, schnellere Verfahren schafft.

Aber auch die Ausbildung der Planer ist in diesem Zusammenhang zu sehen und auch hier muss dementsprechend mehr Qualität her. Das kann ich als Bürgermeister bestätigen. Der Zankapfel ist das neue überörtliche Ziel und die neue Baulandkategorie zum Thema leistbares Wohnen. Leistbares Wohnen als überörtliches Ziel, Baulandkategorie Baugebiete für förderbaren Wohnbau. Wir haben heute schon vieles dazu gehört.

Die ÖVP bezeichnet diese Widmungskategorie als sinnlos. Die Wirtschaftskammer meinte dazu, die Annahme, dass leistbares Wohnen nur mit gefördertem Wohnbau einhergehe, ist nicht nachvollziehbar und so weiter.

Aber sie schwächelt - meiner Meinung nach - ganz gewaltig, indem sie sagt, nachdem die ÖROK-Studie, die hier zugrunde liegt und auf die diese Novelle auch ausgerichtet ist, die Burgenländische Wirtschaftskammer kennt diese Studie nicht. Festzuhalten ist, dass die Österreichische Wirtschaftskammer selbst an dieser ÖROK-Studie mitgearbeitet hat und die Empfehlungen mitträgt und die Novelle hält sich ganz genau an die Empfehlung dieser Studie. Die Einschränkung auf gemeinnützige Einrichtungen sehen wir als SPÖ als sachlich gerechtfertigt.

Die Widmungskategorie ist ein wichtiger Beitrag zur Senkung der Wohnkosten. Wir haben heute schon viel über die Wohnbauförderung, die beste Wohnbauförderung des Burgenlandes, in ganz Österreich, gehört.

Es trägt dazu bei, günstige Grundstückspreise zu erzielen, Projekte der gemeinnützigen Einrichtungen sicherzustellen. Der gemeinnützige Wohnbau ist das Rückgrat für leistbares Wohnen in unserem Heimatland und nur so wird sichergestellt, dass das Burgenland weiterhin die niedrigsten Wohnkosten österreichweit aufweist. Der Herr Landeshauptmann hat heute schon erwähnt, laut Statistik Austria haben wir die niedrigsten Wohnkosten und ich glaube, da können wir alle darauf stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein zweiter Zankapfel in dieser Novelle ist die Vereinfachung im Verfahren zur Genehmigung von Einkaufszentren. Die Berücksichtigung der Einwohnerzahl von Gemeinden nicht mehr nach der letzten Volkszählung, sondern nach dem jährlichen

aktuellen Stand zu messen, ist auch eine Prämisse in dieser Novelle. Ja und die Anhebung der zulässigen Verkaufsflächen, Obergrenze generell auf 1.000 m^2 für Lebensmittelmärkte.

Ich glaube, das ist schon sehr sinnvoll. Auch der Entfall doppelter Genehmigungstatbestände. Als Bürgermeister kann ich hier schon bestätigen, da geht es ja primär nur um größere Gemeinden. Wenn ich heute denke an den Hofer-Markt und Lidl-Markt in meiner Gemeinde, das sind Zugpferde in unserer Gemeinde. Wenn ich in Pinkafeld eine Umfrage mache, 90 Prozent der Bevölkerung stimmen mir zu, dass diese hier sich angesiedelt haben, dass sie sich erweitert haben, dass sie konkurrenzfähig sind, dass sie auch Backstuben gemacht haben.

Da kommen Leute aus der benachbarten Steiermark, aus dem benachbarten Niederösterreich, aus der Buckligen Welt, sonst würden sie nach Oberwart fahren und die beleben auch die Innenstadt. So schaut die Realität aus. Ja, allgemein kann man sagen, dass auch die Umsetzung der EU-Richtlinie 2012/18 eigentlich nur eine Anpassung diverser Umsetzungshinweise ist und keine inhaltlichen Änderungen beinhaltet. Ich darf an dieser Stelle heute auch erwähnen, dass die Einbringung der Novelle - und heute ist das schon angeklungen - schon in der letzten Legislaturperiode am Widerstand des ÖVP-Klubs gescheitert ist.

Dieses Gesetz wurde damals vor der Landtagswahl 2015 von der ÖVP blockiert. Die ÖVP hing hier ganz eindeutig am Gängelband der Wirtschaftskammer. Aus diesem Beispiel lassen sich aber auch aus der Vergangenheit andere, viele andere, Beispiele ableiten. Unter der rot-schwarzen Regierung in der vergangenen Epoche war vieles nicht möglich, wurde vieles blockiert. Die ÖVP war zeitweise ein Bremser.

In diesen Tagen, meine Damen und Herren, wurde die rot-blaue Regierung 100 Tage alt. Es gab viele negative Meinungen seitens der ÖVP. Diese Partnerschaft auf Augenhöhe, meine Damen und Herren, hat sich als sehr konstruktiv und zielorientiert herausgestellt. Es ist noch keine Regierung mit so viel Schwung, mit so einer großen Arbeitsintensität in die neue Legislaturperiode gestartet. Unser gemeinsames Ziel, nämlich moderner, effizienter, bürgernäher zu werden, das ist in diesen 100 Tagen auch gelebt worden. Die Burgenländerinnen und Burgenländer können sich auf uns verlassen.

Insgesamt kann man sagen, dass gerade diese Novelle, wie in den vorangegangenen Novellen, die neuen Gegebenheiten in unserer schnelllebigen Zeit berücksichtigt, Verfahren werden schneller und einfacher, gleichzeitig dienen solche Novellen auch einem effektiven Bürokratieabbau. Abschließend darf ich sagen, dass mit dieser von Landeshauptmann Hans Niessl vorbereiteten Gesetzesinitiative die Raumplanung im Burgenland als Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Wertschöpfung weitergeschärft wird.

Außerdem werden dadurch wichtige Impulse zum leistbaren Wohnen angeregt. Eine Win-win-Situation für die Menschen in unserem Land und für die Wirtschaft. Wir werden dieser Novelle zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Nun mal möchte ich mich an den Kollegen Wiesler wenden und Ihre Wortmeldung kurz weiterdenken. Sie haben gesagt, nun es hat sich halt so entwickelt, es gibt so viele

Einkaufszentren, die würden mehr Fläche brauchen, also müssen wir jetzt ein Gesetz schaffen, damit die auch mehr Fläche haben.

Meine Auffassung und mein Zugang zur Politik sind, dass Politik eben steuern kann. Unsere Aufgabe bei dem Beschluss von Gesetzen ist, genau hier steuernd einzutreten und nicht zu sagen, leider, wir kommen halt immer weiter mit den Wirtschaftsbetrieben auf die grüne Wiese und in die Wälder hinaus. Wir sagen nein, es soll nicht so sein. Es soll gesteuert werden, dass nicht in die Breite gebaut wird, sondern dass dort, wo bereits Fläche versiegelt ist, diese genutzt wird und nicht neue Fläche versiegelt wird. Wir haben nicht nur im Südburgenland die Ruinen stehen, wir sollten eher Gesetze schaffen, dass diese Ruinen abgebaut und auf dieser Fläche neu gebaut wird, als dass neu versiegelt wird. Darum geht es. Auch wenn Sie sagen, wir wollen ja nicht den Kleinen schaden.

Dann prüfen Sie bitte Ihre eigenen Entscheidungen daraufhin, ob Sie es tun. Denn de facto tun Sie es mit Ihren Entscheidungen. Wenn Sie es nicht wollen, dann müssen Sie andere Entscheidungen treffen.

Worum geht es? Noch einmal bei der Frage, was ist Bauland und was ist nicht Bauland? Aus ökologischer Sicht und aus raumplanerischer Sicht kann man eigentlich nur sagen, ein Grundstück ist baulandgeeignet oder es ist eben nicht baulandgeeignet. Wenn man zu der Auffassung kommt, etwas ist nicht als Bauland geeignet, ist es eine ziemlich schräge Sache, zu sagen, naja aber kommt darauf an, wer dorthin baut. Weil wenn ein bestimmter Bauträger dort tätig ist, dann wäre es vielleicht doch geeignet, dort etwas hinzubauen. Dieser Zweischneidigkeit wollen wir nicht zustimmen. Was wichtig ist, leistbares Wohnen – ja, muss gefördert werden, aber bitte leistbares Wohnen in den Ortskernen.

Wir brauchen die Regelungen und wir brauchen kreative und innovative Lösungen, dass leistbares Wohnen für die Jungen, nicht irgendwo in der Peripherie draußen ist, wo sie dann irgendwo herumsitzen und die Schwierigkeit haben, in den Ortskern hereinzukommen, wenn sie kein Auto haben, sondern dass leistbares Wohnen in erster Linie einmal in den Ortskernen, dort wo bereits der Platz vorhanden ist, gefördert wird.

Was uns wichtig ist, dass wir diese Gesetzesänderungsvorschläge, die hier zusammengefasst sind, differenziert betrachten können. Deswegen haben wir einen Antrag eingebracht zur getrennten Abstimmung. Achtung, jetzt aufpassen, Kolleginnen und Kollegen, damit nicht wieder etwas schiefgeht. Auf getrennte Abstimmung einzelner Paragraphen - ich hoffe, es wird dann von der Sitzungsleitung her jeweils deutlich gemacht, worüber gerade abgestimmt wird, damit wir nicht wieder zu unterschiedlichen Interpretationen kommen und Sie genügend Möglichkeiten haben, in den Klubs noch darüber nachzudenken, wo wollen Sie zustimmen, wo wollen Sie dagegen sein.

Jetzt kam ein Abänderungsantrag der ÖVP. Auch bei diesem Abänderungsantrag stelle ich einen Antrag auf getrennte Abstimmung, nämlich die gesonderte Abstimmung des Punktes 2 § 4 Abs. 2, wo es um den Beirat geht. Auch hier hat man die Chance, sich noch einmal extra zu äußern. Also bitte gut aufpassen, worüber abgestimmt wird. Danke schön!

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Wir werden Ihren Rat beherzigen.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren ein Thema, das für unser Land quasi wegentscheidend auch für die Zukunft ist

und abgesehen davon, welche Schwierigkeiten, welche Widmungssituation wir bis dato vorfinden, wird alles, was jetzt gefällt wird - auf die Zukunft bezogen - einen ganz wichtigen Stellenwert haben.

Die Raumordnung ist ein ordnungspolitisches Instrument, und daher gilt es, was die Gemeinden anlangt, auf der einen Seite wichtige Kriterien für die Expansion, für die Entwicklung dieser lokalen Gegebenheiten abzustimmen auf Landesebene. Diese Abstimmung bedeutet auch, die Gegebenheit einzugreifen, wenn die Wünsche der Gemeinden nicht dem entsprechen, was eigentlich durch den Landesentwicklungsplan oder durch andere ordnungspolitische Gegebenheiten möglich ist.

Diese Situation sollte als wichtiges Merkmal auch immer bedacht werden, und daher ist es von absoluter Notwendigkeit, hier strikteste Maßnahmen zu setzen, um nicht einem Wildwuchs entsprechend Raum und Tor zu öffnen. Wir haben in der Landesentwicklungssituation in der Festlegung nicht nur „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“, sondern wir haben auch Festlegungen, wo es zentrale Entwicklungsgegebenheiten für Gewerbe und Industrie gibt.

Oft ist es so, dass daneben halt Wünsche auftauchen, warum soll jetzt eine Gemeinde davon ausgeschlossen sein, auch ein Industrie- und Gewerbegebiet zu erschließen? Hier entsprechend zu wirken, ist nicht Gemeindeaufgabe, sondern landespolitische Ordnungsmaßnahme, und daher gilt es, hier abzuwägen, welche Gegebenheit ist für die regionale Entwicklung von Bedeutung, wo soll etwas angesiedelt werden, wie soll dort etwas angesiedelt werden.

Es macht einen gravierenden Unterschied nicht nur in Zeiten, wo die finanziellen Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, festzuhalten, es gibt aufgeschlossene, voll entwickelte Gewerbe- und Industriebereiche und es gibt Gebiete, die als Grünland ausgewiesen sind. Ich habe noch keinen ansiedlungswilligen Betriebsinhaber gesehen, der jetzt auf irgendeinen Standort gegangen ist, wenn sich auf diesem Standort quasi Gebäude befunden haben. Er will auf die grüne Wiese, quasi auf diese Greenfield-Investition setzen, weil sie kostengünstiger ist.

Auf der anderen Seite ist sie aber ein Ressourcenverbrauch, der im Endeffekt für alles, was sich in Zukunft abspielen wird, von eminenter Bedeutung ist. Ich gehe davon aus, dass eine wichtige Tatsache auch im Widerspruch besteht, dass wir Flächenwidmungen durchgeführt haben, volle Aufschließungsmaßnahmen von Kanal, Gas, Strom, Wasser und anderen Gegebenheiten, die Folge waren, und anschließend dann dieser hochwertige Grund in der Widmung und in der Aufschließung für Solarparks genutzt wurde.

Das ist der totale Wahnsinn, wenn Fläche, die wir auf Gebäudeteilen und woanders immer zur Verfügung hätten, ohne dass wir Bodenressourcen verbrauchen müssen, wenn Fläche in dieser Hinsicht verbaut und quasi einem Zweck zugeführt wird, der in anderer Form viel stärker zum Ausdruck gebracht werden könnte. Tatsache ist, dass Flächenwidmung den Widerspruch zwischen an den Ortsrändern bezogener Erweiterungsmaßnahme zu der im Orts- oder Stadtkern gegebenen Festhaltung zu schließen hat.

Diesen Widerspruch zu schließen, ist aber eine Aufgabe, die oft nicht sehr einfach ist. Nehmen wir ein Beispiel, wo es schon heute die Diskussion um Wohnbaugenossenschaften gegeben hat. Es gibt Gemeinden, auch im Nordburgenland, speziell im Nordburgenland, wo rigorose Flächenwidmungen in der Vergangenheit passiert sind, wo eine Wohnbauträgersituation gar nicht ansuchen muss, um neue Flächen zur Verfügung zu bekommen, weil sich über Jahrzehnte Möglichkeiten bieten,

hier sogenannten Wohnbau zu vollziehen. Dann kommt es zu der Neuansiedlung oder Neuerrichtung von Wohnbauten an der Peripherie, genauso wie bei Industriegebieten, und das ist eigentlich nicht nur der Todesstoß für den Ortskern oder für den Stadtkern, sondern es ist eine Entwicklung, die auch für die gesellschaftliche Situation einer Gemeinde, einer Stadt, eine ungeheure Herausforderung darstellt.

Ich gehe davon aus, dass wir bei dieser Flächenwidmung nicht nur im ordnungspolitischen Sinne wichtige Maßnahmen für die Zukunft zu setzen haben, sondern auch zu berücksichtigen haben, wie es sich in der Förderung bei Klein- und Mittelbetrieben verhält, wer zu seiner Situation, wo wir jetzt darauf Bedacht nehmen, dass Einkaufsmärkte bis zu 1.000 m^2 Nutzfläche verbauen dürfen.

Mir ist schon bewusst, dass jede Einkaufssituation heute auf ein Flächenmaß bestimmt ist und speziell die großen Lebensmittelmärkte sind darauf aus, diese Fläche auch zu bekommen, auf der anderen Seite, wenn man hier nachgibt, muss man sich bewusst sein, dass man oft in starker Konkurrenz zu Gewerbebetrieben im Ortskern oder auch in der Stadt aufstellt.

Dieses sogenannte Diskussionspotential sollten wir nie außer Acht lassen, wenn es sich dann ursächlich vor Wahlen entfaltet, dass quasi der Stadtkern mit seinen Gewerbebetrieben versus den am Ortsrand oder am Stadtrand gegebenen neuen Perspektiven rebelliert. Diesen Schulterschluss zu fassen, ist eine Aufgabenstellung, die auch heute nicht vollzogen wird. Wir haben im sozialen Wohnbau nicht nur die Situation zu schaffen, dass wir sogenannten billigeren Grund zur Verfügung stellen müssen.

Auf der anderen Seite sollte uns aber auch auf die Diskussion, die vorneweg zum Beispiel bei der Wohnbauförderung gefallen und diskutiert wurde, immer vor Augen geführt werden, dass ein Ansteigen der sogenannten Anträge und Auszahlungen auf Wohnbauhilfen nicht nur eine Alarmsituation hervorruft, sondern sie sollten Bewegung und Motivation sein, den wirklichen sozialen Wohnbau zu fördern und so zu fördern, dass er auch leistbar wird und leistbar bleibt.

Weil auf der anderen Seite die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht durch entsprechende Notwendigkeiten in der Lohnerhöhung oder wie immer auch umgesetzt werden.

Daher gehe ich davon aus, dass diese Novelle zur Raumordnung ein Aspekt jetzt in der Herausnahme - es soll administrativ, verwaltungsvereinfachend wirken, es soll von 800 auf 1.000 m^2 Nutzfläche bei Genussmärkten erhöht werden, nur ein erster Schritt ist, wo die Hauptverantwortung auch in Zukunft darin bestehen wird, ein Raumordnungsgesetz zu setzen und zu schließen, das in der Wertigkeit sich bewusst wird, was eigentlich Grundstücksflächen für die Zukunft, was Bodenflächen für die Zukunft, in der Verantwortung für die Menschheit, auch im kleinräumigen Bereich, im regionalen Bereich, bedeuten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. *(Allgemeine Unruhe)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ersuche Sie um Ruhe im Saal. Wir gehen nun in das Abstimmungsverfahren.

Vom Landtagsabgeordneten Ulram wurde ein Abänderungsantrag eingebracht. Zu diesem Abänderungsantrag wurde von der Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik ein Antrag auf gesonderte Abstimmung der Ziffer 2 eingebracht.

Ich lasse daher zuerst über die Ziffer 2 des vom Landtagsabgeordneten Ulram eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die der Ziffer 2 des Abänderungsantrages zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den vom Landtagsabgeordneten Ulram eingebrachten Abänderungsantrag ohne die Ziffer 2 abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters, also zur Regierungsvorlage.

Auch zu diesem Antrag liegt seitens der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik ein Antrag auf gesonderte Abstimmung einzelner Ziffern vor.

Sie verlangt, dass über die Ziffer 2, § 1 Abs. 2, die Ziffer 7, § 14 Abs. 3, die Ziffer 9, § 14, Abs. 3 lit.i, die Ziffer 11, § 14 d Abs. 4, lit.d und die Ziffer 12, § 14 d, Abs. 4, lit.e, gesondert abgestimmt wird.

Ich lasse nun über die Ziffer 2 des Antrages des Herrn Berichterstatters, dies ist die Regierungsvorlage, abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Ziffer 2 ist somit mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über die Ziffer 7 des Antrages des Herrn Berichterstatters, dies ist die Regierungsvorlage, abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Ziffer 7 ist somit mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über die Ziffer 9 des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Ziffer 9 ist somit mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über die Ziffer 11 des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Ziffer 11 ist somit mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über die Ziffer 12 des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Ziffer 12 ist somit mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters, mit Ausnahme der Ziffern 2, 7, 9, 11 und 12 - die ja bereits beschlossen sind - abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Raumplanungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgehensweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf so, wie soeben auch in zweiter Lesung, auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Herr Präsident, der gesamte Vorgang?)* Ja.

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Raumplanungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

13. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 30), mit dem der Gleichbehandlungsbericht 2012 bis 2014 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 26) (Beilage 108)

Präsident Christian Illedits: Berichterstatterin zum 13. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 30, mit dem der Gleichbehandlungsbericht 2012 bis 2014 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 26, Beilage 108, ist Frau Abgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Gleichbehandlungsbericht 2012 bis 2014 zur Kenntnis genommen wird, in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Gleichbehandlungsbericht 2012 bis 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke. Ich erteile der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erste Rednerin das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Es ist schön, dass gerade beim Bericht des Gleichbehandlungsberichtes hier die Präsidentin den Vorsitz führt. Sehr geehrte Damen und Herren! Auch draußen in den Büros an den Bildschirmen. Wir kommen zu einem Thema, das uns immer wieder und permanent beschäftigt und beschäftigen wird. So lange, bis es eine echte Gleichbehandlung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft gibt. Das ist zurzeit noch nicht der Fall.

Dieser Gleichbehandlungsbericht zeigt uns einiges auf, wo das Land schon gute Schritte gemacht hat, aber auch, wo es noch große Schwächen gibt. Ich möchte hier kurz zitieren aus der Einleitung. Die Gleichbehandlung hat in der Unternehmenskultur des Landes Burgenland eine durchwegs positive Entwicklung genommen.

Die spürbare Akzeptanz und das Selbstverständnis, mit dem dieses Thema in Diskussionen aufgenommen und einbezogen wird, zeugen von einer fortgeschrittenen Bewusstseinsbildung. Das freut mich, es sind auch einige Bereiche ausgenommen, zum Beispiel der Text der Bundeshymne oder so, da haben wir in der Bewusstseinsbildung noch ein bisschen fortzuschreiten.

Weiters steht hier: Die Gründe für die Unterrepräsentanz von weiblichen Führungskräften liegen zum einen in den Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und andererseits auch in männerdominierten Spielregeln beim Aufstieg. Was hier schon deutlich wird, ist der große Fettnapf in der Diskussion um Gleichstellung und Gleichbehandlung, denn immer wenn wir sofort bei dem Gedanken - warum können Frauen nicht so gut beruflich aufsteigen und Karriere machen wie Männer - an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf denken, dann hat das schon was, aber es werden wieder die Männer ausgenommen.

Unser Thema muss sein, das kommt dann weiter im Gleichbehandlungsbericht eh vor, aber wir sehen so die Fettnäpfe schon in der Einleitung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, für Mütter und Väter, möglich sein muss. Nur dann werden wir wirklich auch in der Diskussion und in der Bewusstseinsbildung große Schritte weiter machen. In der Einleitung ist auch über die Wichtigkeit der Initiative im Bereich Gender Mainstreaming und Gender Budgeting die Rede. Ich würde mich freuen, wenn wir das auch in den Landesfinanzen und hier im Budget einmal deutlich dargelegt bekommen. Im Sinne des Gender Budgeting, welche Budgetmaßnahmen hier in erster Linie eher Männern und welche eher Frauen zugutekommen.

Ich möchte einige Punkte herausnehmen. Gender Mainstreaming. Ich zitiere wieder: „Gender Mainstreaming ist ein politisches Konzept, dessen Zweck es ist, die Integration der geschlechterbezogenen Sichtweise in alle gesellschaftliche und politischen Bereiche zu erreichen. Die konsequente Anwendung des Konzeptes erleichtert die Definition von Gleichstellungszielen und die Überprüfung der Annäherung an diese."

Nun, wir können schon einige Fortschritte im Sinne des Gender Mainstreamings in unsere Gesellschaft auch zum Teil in der Politik ausmachen. Wenn ich mir aber zum Beispiel die Entwicklung des Personalstandes, wenn ich es jetzt so nennen darf, hier im Landtag anschaue, dann ist das nicht sehr erfreulich.

Der Frauenanteil ist zurückgegangen. Das heißt, hier gibt es noch keine durch alle Parteien hindurchgehenden Anliegen, eine echte Gleichstellung und Gleichbehandlung und vor allem die gleiche Vertretung von Frauen und Männern in ihren Reihen zu begehen. Dass gerade die FPÖ jene Partei ist, die nach den Grünen den höchsten prozentuellen Frauenanteil hat, ist vielleicht ein pikantes Detail am Rande hier in unserem Landtag.

Ein weiterer Punkt in dem Gleichbehandlungsbericht spricht das Frauenfördergebot an. Das ist natürlich eine heikle Sache. Keine Frage. Weil es wird immer dort, wo eine bestimmte Bevölkerungsgruppe mehr gefördert wird als eine andere, die andere Bevölkerungsgruppe sagt, das ist aber unfair, uns wird etwas weggenommen.

So ist es nun einmal bei Umverteilung, wenn etwas falsch verteilt ist. In diesem Fall im Gleichbehandlungsbericht wird aufgezeigt, wo Zuständigkeiten, wo Rechte, wo Zugang zur Öffentlichkeit in verschiedenen Bereichen mehr bei den Männern als bei den Frauen liegt. So lange hier etwas ungleich verteilt wird, muss auch hier umverteilt werden.

Umverteilung heißt immer, wer zu viel hat, wird nachher ein bisschen weniger haben, damit die, die zu wenig haben, nachher mehr haben. Nur so kommt es zu einem Ausgleich.

Deswegen ist es schon verständlich, wenn sich Männer immer wieder beschweren, dass sie jetzt benachteiligt werden. Das ist eine sehr schlimme Erfahrung. Diese Erfahrung machen Frauen seit Jahrhunderten.

Aber so viel Geduld müssen die Männer dann bitte auch habe. Wenn es zu einer echten Gleichbehandlung gekommen ist, werden wir all diese Extraprogramme nicht mehr brauchen. Wir können zum Beispiel diese Ungleichstellung auch im Sinne der Bewusstseinsbildung, wo wir gerade stehen, auch in der Länge der Wortmeldung in diesem Landtag überprüfen.

Wir könnten schauen, wie viele Minuten pro Sitzung haben Männer in Wortmeldungen und wie viele Minuten pro Sitzung haben Frauen in Wortmeldungen. Wie kommen mehr Männer und mehr Frauen zu Wort? Natürlich, es ist nicht schwer bei viel mehr Männern in einem Landtag haben die auch hier mehr Rederecht, aber es ist auch das, was nach außen hin wirkt.

Wir haben heute am Vormittag die Jugendlichen an den Plätzen auf der Galerie begrüßt. Das sind alles Eindrücke, die diese mitbekommen. Und es ist nun einmal auch in unserer Gesellschaft so, dass junge Mädchen gerade im Burgenland wesentlich mehr Männer in gehobenen Positionen sehen, in der Politik sehen, in der Wirtschaft, an Führungspositionen sehen, als sie Frauen sehen.

Da gibt es dann doch noch einiges zu tun, weil nur, wenn ich Identifikationsobjekte sehe, habe ich auch den richtigen Antrieb, mich dort hin zu bewegen. Da gibt es noch einiges zu tun. Das ist auch in dem Bericht sehr deutlich geworden. Wir haben in den Landesbetrieben schon einen ganz guten Ausgleich zwischen Frauen und Männern, außer in den Führungspositionen. Hier haben wir einen eklatanten Überhang an Männern.

Es ist auch ein bisschen verräterisch, wenn in dieser Tabelle, wo das alles schön im Gleichbehandlungsbericht aufgelistet wird, hier nur mehr männliche Formulierungen zu finden sind. Da gibt es nur mehr den Abteilungsvorstand, den Abteilungsvorstand-Stellvertreter, den Hauptreferatsleiter et cetera. Den Bezirkshauptmann, in der Liste gibt es nur das, obwohl es gibt dann offensichtlich eine Bezirkshauptfrau. *(Abg. Manfred Kölly: Zwei.)* Es geht um das, was im Bericht war. 2012. Ich beziehe mich jetzt nur auf den Bericht. Ich kann mich nicht auf etwas anderes beziehen.

Besondere Funktionen, Landesamtsdirektor, Landes-Rechnungshofdirektor, Landesdirektor, Landesdirektor-Stellvertreter und so weiter und so weiter, nur Männer im Jahr 2012. Also wir sehen, wir haben schon noch einiges zu tun.

Ich will Sie nicht allzu lange aufhalten, aber zwei Sachen sind mir noch sehr wichtig. Im Gleichbehandlungsbericht geht es auch um gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Hier haben wir in unserer Gesellschaft so ein großes Problem, weil Arbeiten, die tendenziell mehr von Frauen vollzogen werden, sind auch tendenziell schlechter bewertet.

Es wird in unserer Gesellschaft eine Arbeitsstunde zum Beispiel im Sozialbereich schlechter bewertet als eine Arbeitsstunde am Bau. Ich habe das letztes Jahr selbst erlebt. Heute vor einem Jahr war ich noch Bauarbeiterin. Ich habe dort genau doppelt so viel verdient wie in der Landwirtschaft oder an der Nähmaschine.

Hier gibt es einfach eine unterschiedliche gesellschaftliche Bewertung und erst wenn wir in unserer Gesellschaft so weit sind, dass unterschiedliche Tätigkeiten auch

ähnlich entlohnt werden, weil es nicht sein kann, dass eine Stunde elektrische Leitung verlegen wertvoller ist als eine Stunde zu nähen oder eine Stunde die Ernte einzubringen. Erst dann werden wir zu einer echten Gleichbehandlung von Frauen und Männern kommen.

Fragen der sexuellen Belästigung gerade in der Öffentlichkeit sind leider auch bei uns noch weitgehend tabuisiert. Meiner Beobachtung nach und auch meiner Erfahrung nach wird es Frauen sehr schwer gemacht, deutlich zeigen zu dürfen, wenn ihnen zu nahe getreten wird. Frauen werden leicht als prüde und kalt abgetan, wenn sie hier deutlich machen, ich will selbst bestimmen, von wem ich wann, wo und wie berührt werde. Da haben wir noch viel zu tun.

Nun möchte ich Sie einladen, die Frage der Sprache noch selber einmal ein bisschen mitzuerleben und wie wichtig es ist, wie wir sprechen. Man macht sich sehr leicht lustig in manchen Communitys über den Wunsch nach gegenderter Sprache. Worum geht es in der gegenderten Sprache? Es geht darum, dass Männer und Frauen in gleicher Weise abgebildet werden. Dass Frauen nicht weniger genannt werden als Männer.

Das ist deswegen wichtig, weil immer wenn wir reden, haben wir Bilder im Kopf. Mit jedem Wort, das wir aussprechen, erzeugen wir Bilder. Ich finde es sehr schlimm, dass die neu beschlossene Landesverfassung genau wieder in diese Kerbe hineinschlägt und ausschließlich männliche Formulierungen anbietet und am Schluss wird darauf hingewiesen, dass sich die Frauen natürlich mitgemeint fühlen dürfen.

Wie sich das anhört, möchte ich Ihnen an ein paar ganz kleinen Beispielen zeigen in unserer Landesregierung. Ich habe anlässlich des Internationalen Frauentages 2015 den gesamten Text der Burgenländischen Landesverfassung in ausschließlich weiblicher Form geschrieben.

Also: Das ist ein Text in nicht gegenderter Sprache, damit es auch für jene lesbar ist, die sich mit den gegenderten Schreibweisen beim Lesen so schwer tun. Ich habe es auch in gültiger Rechtschreibung verfasst. Alle in weiblicher Form formulierten Funktionen, Ämter und Mandate gelten sinngemäß auch für Männer. Männer sind also bei allen weiblichen Bezeichnungen mitgemeint.

Ich habe für die Fraktionen das alles ausgedruckt. Ihr könnt das noch zu Hause durchgehen und meditieren. Jetzt bitte ich wieder auch die, die in den Büros an den Bildschirmen sitzen, kurz ihre Arbeit nieder zu legen und einfach zu lauschen, die Augen zu schließen und zu schauen, welche Bilder entstehen im Kopf.

Artikel 53 der Landesverfassung, Wahl der Mitglieder der Landesregierung. Die Landesregierung wird vom Landtag nach der Wahl der Präsidentinnen für die Dauer der Gesetzgebungsperiode des Landtages gewählt.

Absatz 3: Die Landeshauptfrau, die Landeshauptfrau-Stellvertreterin und die übrigen Mitglieder der Landesregierung werden vom Landtag in einem Wahlgang gewählt.

Die Wahl erfolgt aufgrund eines Wahlvorschlages, der so viele Personen zu enthalten hat, wie die Landesregierung Mitglieder hat und hievon eine Person als Kandidatin für das Amt der Landeshauptfrau und eine Person als Kandidatin für das Amt der Landeshauptfrau-Stellvertreterin bezeichnen muss.

Oder Artikel 55, Ziffer 4: Sind die Landeshauptfrau und die Landeshauptfrau-Stellvertreterin gleichzeitig verhindert und dauert deren Verhinderung voraussichtlich länger als drei Monate, so hat die Präsidentin des Landtages ein Mitglied der

Landesregierung mit der Vertretung zu betrauen. Die Vertretung endet mit dem Wegfall der Verhinderung.

Ich weiß, manchen Männern wird das bald zu viel, aber für die, die heute zuhören hier sitzen, die sich das antun, wird es vielleicht nicht gar so schlimm sein, aber eines mute ich noch zu. Artikel 65, Aufgaben der Landeshauptfrau: Die Landeshauptfrau vertritt das Land, sie führt den Vorsitz in der Landesregierung und ist Vorständin des Amtes der Landesregierung.

Die Landeshauptfrau unterfertigt die im Namen des Landes auszustellenden Urkunden von besonderer Wichtigkeit. Sie sind mit dem Landessiegel zu versehen und von zwei weiteren Mitgliedern der Landesregierung mitzufertigen. Noch zum Abschluss ein Absatz aus Artikel 73, Landesamtsdirektorin.

Die Leitung des inneren Dienstes des Amtes der Landesregierung obliegt unter der unmittelbaren Aufsicht der Landeshauptfrau (Landeshauptfrau-Stellvertreterin) der Landesamtsdirektorin.

Ich wünsche noch viel Vergnügen beim weiteren Lesen des gesamten Textes. Danke schön! *(Abg. Maga. Regina Petrik übergibt jeder Fraktion eine Fassung. – Beifall bei den GRÜNEN, Beifall von Abg. Klaudia Friedl und aus den Reihen der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel. *(Abg. Gerhard Kovasits: Zurückgezogen!)* Entschuldigung!

Ich erteile somit Frau Landtagsabgeordneter Mag.a Michaela Resetar das Wort.

Ich bitte um Ihre Wortmeldung Frau Landtagsabgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Gleichbehandlungsbericht 2012/2014 vor. Dass ein Mann Verfasser und für den Inhalt verantwortlich ist, ist in Wahrheit auch entlarvend für mache Aussagen.

Da werden Gründe für die Unterrepräsentanz von weiblichen Führungskräften angegeben, auf das ist auch meine Kollegin Mag.a Petrik schon eingegangen, wie zum Beispiel die Schwierigkeit von Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Na ja, einfachere Ausreden als diese gibt es wohl nicht. Die zweite Begründung muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Gründe für die Unterrepräsentanz von weiblichen Führungskräften sind männerdominierende Spielregeln beim Aufstieg.

Wir werden den Gleichbehandlungsbericht zur Kenntnis nehmen, aber dass Frauenförderung im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Männerbild zu sehen ist, wie im Bericht zu lesen ist, kann ich so nicht nachvollziehen. Wir Frauen sollten in allen Berufssparten und nicht nur bei Führungspositionen die gleichen Chancen haben.

Ich möchte deshalb festhalten, dass ja nicht einmal die neue Landesrätin den Schein wahrt, Frauen eine Chance zu geben. Sie stellen ein Gemeindepaket vor und auf diesem Foto ist das schön ersichtlich. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar zeigt ein Foto)*

Da sind nur Männer als Experten zu sehen, als ob es im Burgenland keine engagierten Architektinnen gebe, keine Rechtsanwältinnen, keine Versicherungsmaklerinnen. Ja, es gibt sogar Steuerberaterinnen bei uns im Burgenland, und diese ganze Crew besteht wieder nur aus Männern. Ich würde fast sagen, es ist Freunderlwirtschaft in Reinkultur.

Bei der Vorstellung des Gemeindepakets wurde großmündig verkündet, dass das Erstgespräch kostenlos ist. Werte Frau Landesrätin, ich weiß nicht, ob Sie einmal in der Privatwirtschaft tätig waren, aber egal wo man ein Erstgespräch macht, sei es bei einem Rechtsanwalt, sei es bei einem Steuerberater, jedes Erstgespräch ist kostenlos.

Kommen wir zurück zum Gleichbehandlungsbericht. Ich möchte dazu etwas ergänzen. Es gibt keine einzige Frau in landesnahen Betrieben in der Chefetage. Nicht in der Burgenland Energie, nicht in der BELIG, nicht in der WiBuG und auch nicht im RMB. Das Gleichbehandlungsrecht und die Tätigkeit der Gleichbehandlungskommission sollen die Wahrnehmung der Rechtsansprüche der Frauen sicherstellen. Ich würde mir wünschen, dass diese Kommission von einer Frau als Vorsitzende geführt wird und nicht wie jetzt von einem Mann geleitet wird.

Die aktive Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung der Männer ist mit legistischen Mitteln schwer fassbar. Umso mehr ist an einer Lösung dieser gesellschaftspolitischen Herausforderung zu arbeiten, so im Bericht.

Wir sind von einer Gleichstellung von Mann und Frau im öffentlichen Bereich und vor allem in den Chefetagen noch weit entfernt.

Aber meine Fraktion wird natürlich den Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Ich bitte um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die ersten 17 Seiten dieses Gleichbehandlungsberichtes sind eigentlich ein Überblick über die Entwicklung des Gleichbehandlungsrechts und über die rechtlichen Grundlagen. Im zweiten, das ist der größere Teil, da geht es dann um das Frauenförderprogramm des Landes.

Ich möchte jetzt mit dem Positiven anfangen. Im burgenländischen Landesdienst sind fast 65 Prozent der Bediensteten weiblich und zwar in der Landesverwaltung, bei den LandeslehrerInnen und bei den Krankenanstalten. Bei den Führungspositionen gibt es zwar Verbesserungen, aber natürlich je höher die Position, umso weniger Frauen findet man dort.

Die Gründe, die die Frau Abgeordnete Resetar gesagt hat, für die Unterrepräsentanz liegen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf genannt, natürlich.

Wir wissen, dass noch immer 70 Prozent der Familienarbeit den Frauen zufällt. Da gebe ich der Frau Kollegin Petrik sehr Recht und wir arbeiten auch schon sehr lange daran und machen auch sehr viel Bewusstseinsbildung, dass die Männer mit uns halbe-halbe machen müssen, wenn wir gleich viele Stunden im Job sind wie die Männer, dann muss es selbstverständlich werden, dass die Männer auch den halben Teil bei der Familienarbeit, bei der Kinderbetreuung übernehmen.

Da machen wir schon sehr viel Bewusstseinsbildung, aber nur, es nützt nichts, wir hatten ja jahrelang eine sehr konservative ÖVP-Politik im Bund und da ist natürlich nichts weitergegangen. Die nächste Sache: Der Frauenanteil, das habe ich vorhin schon gesagt, ist wirklich in allen Verwendungsgruppen gestiegen, außer bei den besonderen Funktionen, das sind eben der Landesamtsdirektor, Landesamtsdirektor-Stellvertreter, Landes-Rechnungshofdirektor und so weiter, also die sogenannten Machtpositionen, das

sind sieben an der Zahl, sind nur mit Männern besetzt. In diesen Positionen gibt es wenige Frauen, aber unser Herr Landeshauptmann hat, wo es möglich war, bereits wichtige Führungspositionen mit Frauen nachbesetzt und das ist in diesem Bericht auch nachzulesen. Es wird in diesem Bericht - und darauf habe ich auch achtgegeben - untermauert, dass dieser Weg auch fortgesetzt werden soll.

Im öffentlichen Dienst wird auch darauf geschaut, dass Frauen und Männer auf Grund rechtlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen, nicht so - das wurde heute auch schon angesprochen - ist das in der Privatwirtschaft.

Das Gleichbehandlungsgesetz gibt es aber in der Privatwirtschaft auch schon seit 1975, aber wie wir wissen, Papier ist geduldig. Ich schaue natürlich auch sehr gerne über den Tellerrand in andere Staaten, in andere Länder, und vor zehn Jahren zum Beispiel hatten Unternehmer in Norwegen Befürchtungen, dass die Wirtschaft zusammenbrechen und Arbeitsplätze verloren gehen würden, weil damals eine Quotenregelung in Norwegen eingeführt wurde, wonach der Anteil der Frauen in den Führungspositionen per Gesetz massiv erhöht werden musste.

Heute wissen wir, dass diese Befürchtungen völlig aus der Luft gegriffen waren. Norwegen weist eine Topfrauenquote von 40 Prozent auf und das Gegenteil ist eigentlich der Fall, die Wirtschaft hat davon nachweislich profitiert. Österreich hinkt hier leider hinterher, gerade einmal beschämende 5,6 Prozent der Posten in Führungsetagen der Top 200 Unternehmen sind mit Frauen besetzt.

Auch bei den AufsichtsrätInnen liegt Österreich mit 12,9 Prozent unter dem EU-Durchschnitt von 17 Prozent. An diesem Ungleichgewicht muss sich dringend etwas ändern. Dass Frauen, egal in welchem Job sie sind, den Männern um nichts nachstehen, ist ja unbestritten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Quotenregelungen also wie in Norwegen, aber auch in Spanien, Frankreich und Italien waren sehr erfolgreich, auch in Deutschland wird diese Regelung 2016 beschlossen und da ist es natürlich notwendig, dass das auch in Österreich beschlossen wird, diskutiert ist genug geworden.

Frauen sind so gut ausgebildet wie nie zuvor und daher, denke ich, kann die Wirtschaft auf die Frauen an der Spitze, an die Fähigkeiten der Frauen gar nicht mehr verzichten. Laut einer EU-Studie wird gesagt, dass das Bruttoinlandsprodukt eines Landes um 15 bis 45 Prozent steigen würde, wenn Frauen und Männer am Arbeitsmarkt die gleichen Chancen hätten. Daher sollte sich die Wirtschaft dem nicht mehr verschließen, ist meine Meinung.

Gleichberechtigung - was für ein schönes Wort, aber eben nur ein Wort, denn auch wenn viele Männer meinen - und das höre ich in den Diskussionen immer wieder heraus -, die Frauenförderung habe überhandgenommen, ist es eben immer noch nicht so.

Dass weibliche Arbeitszeit nicht annähernd so entlohnt wird wie männliche, das hat die Frau Kollegin Petrik vorhin auch so ausgeführt. In Österreich klafft die Lohnschere weit auseinander. Frauen verdienen immer noch um über 23 Prozent weniger als Männer und unterboten werden wir eigentlich von Estland. Frauen sind heute so gut ausgebildet wie noch nie, das habe ich schon gesagt, nur am Bankkonto macht sich das noch immer nicht bemerkbar. Im Burgenland beträgt der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern 21,8 Prozent, das ist etwas niedriger als in Gesamtösterreich.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das fordern wir Frauen schon seit über 100 Jahren und ist heute aber noch genauso aktuell wie damals. Es hat sich zwar schon einiges

bewegt, doch es ist noch wirklich sehr, sehr viel zu tun. Die Berufswahl ist dabei ein sehr wesentlicher Faktor, um die Chancen von Frauen zu verbessern. Männer wählen weitaus seltener als Frauen Berufe in Bereichen wie der Pflege und im Sozialbereich. Diese Berufe sind schlechter bezahlt. Daher ist es auch wichtig, dass Mädchen und Frauen umfassend informiert werden, damit sie sich ein gutes Bild von Verdienstmöglichkeiten und von der Fülle an Ausbildungs- und Berufswegen machen können.

Gute Chancen bieten technische und naturwissenschaftliche Berufe und in diesem Bereich hat unsere Frau Landesrätin Verena Dunst bereits viel Bewusstseinsbildung und Maßnahmen gesetzt, um das Interesse der Mädchen eben für diese technischen Berufe zu wecken. Schon bei der Berufswahl muss den Mädchen klar sein, dass die Entscheidung Auswirkungen für ihr gesamtes Leben bis hin zur Pension haben kann. Ich bin überzeugt davon, wenn es uns gelingt, den Frauenanteil in technischen und frauenuntypischen Berufen zu erhöhen, kommen wir unserem Ziel, die Lohnungleichheit zu beheben, deutlich näher.

Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, dass die typischen Frauenberufe endlich einer neuen Bewertung unterzogen werden und die Gehälter in diesen Feldern steigen. Darüber hinaus müssen wir noch an vielen Schrauben drehen, um die Einkommensgerechtigkeit zu erhöhen.

Dazu zählt die Transparenz bei den Gehältern, es zählen dazu verpflichtende Aktionspläne auf Basis der Einkommensberichte, denn es nützt nichts, wenn die Einkommensberichte in den Betrieben zwar erstellt werden, so dass man diese Lohnunterschiede eben sieht, aber wenn das ohne Folgen bleibt, nützt das gar nichts. Die Quote in der Privatwirtschaft, das habe ich eingangs erwähnt, wie es zum Beispiel in Norwegen der Fall ist, muss umgesetzt werden.

Damit Familie und Beruf vereinbar sind, braucht es auch eine gute flächendeckende und bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Im Burgenland, das wissen wir ja, liegen wir bei der Kinderbetreuung im Spitzenfeld, mit dem Erfolg, dass die Frauenbeschäftigung im Burgenland mit 49.000 unselbständig Erwerbstätigen so hoch ist wie nie zuvor. Beim Thema Vereinbarkeit, das haben wir auch vorhin angesprochen, brauchen wir die Väter. Wir müssen daher auch die Väter unterstützen, in Karenz gehen zu können, und ich sehe den „Papamonat“ im öffentlichen Dienst als Einstieg für die Väterkarenz. Dieser muss aber auch in der Privatwirtschaft ermöglicht werden.

Das einkommensabhängige Kindergeld haben wir schon eingeführt, auch das ist ein Anreiz, dass Väter mehr in Karenz gehen, denn sie bekommen 80 Prozent ihres Gehalts und haben daher keine hohen Einkommenseinbußen.

Für die Frauen gebe es durch diese Väterkarenz eine Diskriminierung weniger, weil Unternehmen nicht mehr sicher sein können, ob der Mann oder die Frau in Karenz gehen und somit als Arbeitskraft wegfallen. Und das, meine Damen und Herren, wäre wirklich ein wichtiger und richtiger Schritt in Richtung Gleichstellung.

Geschätzte Damen und Herren, eine moderne, wettbewerbsfähige und sozial orientierte Gesellschaft wird sich das auf Dauer nicht leisten können, als faire Aufteilung der Erwerbsarbeit und eine faire Aufteilung der Familienarbeit auf beide Geschlechter.

Ich möchte abschließend dem Herrn Mag. Zinggl und seinem Team zu diesem Gleichbehandlungsbericht gratulieren. In der Gleichbehandlung könnten viel mehr Männer arbeiten, damit sie eben gleich diese Unterschiede vor Ort sehen können.

Also da habe ich null Probleme, Frau Kollegin Resetar. Ich darf zu diesem Gleichbehandlungsbericht gratulieren, ich bedanke mich bei Mag. Zinggl und allen, die sich für Gleichbehandlung in unserem Land stark machen, sehr herzlich.

Meine Fraktion stimmt dem Bericht zu. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Ich freue mich und bitte höflich um Ihre Wortmeldung Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals Frau Präsidentin. Ich möchte das Frauenprinzip jetzt nicht durchbrechen, aber es ist mir ein Anliegen, zu diesem Thema auch einige Worte zu verlieren. Speziell deswegen, weil die Rolle und das Bild der Frau in der Gesellschaft viel stärker und auch qualifizierter betont gehören als es bisher der Fall war. Dem gehören dann auch Taten gefolgt, die dieses Bild auch entsprechend in unserer Gesellschaft verankern.

Dieser Gleichbehandlungsbericht hat in seiner Ausführung bezogen auf den 31.12.2012 einen Frauenanteil im Amt der Burgenländischen Landesregierung und in den Nebenbereichen von 43,1 Prozent. Im gesamten Landesdienst, also Verwaltung, Landeslehrer, Krankenanstalten. Ein Jahr zuvor betrug der Frauenanteil weniger. Im Vergleich hierzu betrug der Frauenanteil des Bundes insgesamt 40,6 Prozent, der Frauenanteil insgesamt österreichweit auf die Erwerbstätigen betrug 47,6 Prozent.

Das wurde auch schon von meinen Vorrednerinnen betont, dass diese Unterrepräsentanz von weiblichen Führungskräften, aber auch allgemein in der Berücksichtigung in unserem gesellschaftlichen Bild, Probleme bereitet, die hauptsächlich darauf zurückzuführen sind, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben ist, auf der anderen Seite sehr männerdominierte Spielregeln beim Aufstieg quasi die Frauenentwicklung beeinträchtigen.

Es wurde auch schon vorher hingewiesen, dass dieser Bericht den Teilbeschäftigungsanteil im Jahr 2012 im Amt der Burgenländischen Landesregierung bei Männern mit 3,2 Prozent ausweist, bei Frauen hingegen 33,2 Prozent, diesen Teilbeschäftigungsanteil auch im Sinne der Kindergenese in Anspruch nehmen.

Das heißt, hier haben wir österreichweit auch eine Entwicklungssituation noch immer, dass Frauen diese Möglichkeit der Teilbeschäftigung stärker in Anspruch nehmen und nutzen, weil es sich quasi im Frauenbild oder im gesellschaftlichen Bild so etabliert hat. Einkommensunterschiede sind festgehalten worden, wurden auch schon definiert. Daher ist in der Grundlage dieser Bericht, dem ich auch meine Zustimmung im Sinne der Kenntnisnahme geben werde, dieser Bericht augenscheinlich ein Wegweiser, auf den wir uns nicht nur reduzieren sollten, den wir nicht nur berücksichtigen sollten, sondern wo es darum geht, die Zukunft weiblicher zu gestalten.

Das möchte ich auch damit untermauern, dass es im Grunde genommen mehrere Landesverwaltungen und Ministerien gibt, die sogenannte Sprachleitfäden in die Welt gesetzt haben, auf die bezogen, Texte und Inhalte immer wieder auf Gendergerechtigkeit, auf Mainstreaming auch zu prüfen sind.

Tatsache ist, dass dieses Gender Mainstreaming, wie wir auch in der Diskussion jetzt an den Gesichtern der Partizipierenden, der Teilhabenden, verfolgen konnten, ein schwieriges Thema ist, aber auch eines, das hinkünftig auch an gewissen Maßstäben oder nach Maßstäben gemessen wird, wo es auch dann zum Scheitern verurteilt ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weiters ist auch Tatsache, dass es, zum Beispiel, in der Vorwoche die Herausgabe einer Gendersprachrichtlinie des Verteidigungsministeriums gegeben hat, wo, unter anderem, empfohlen wird, das Wort „Soldaten“ zu neutralisieren, indem man von Militärpersonen spricht. Wörter wie „Mannschaft“ oder „Mannstärke“ stehen ebenso auf dem Index, so quasi sind nicht zu benützen, genauso wie Pronomen jeder, jemand oder man.

Auch das Wort Ausländer sollte vermieden werden. Stattdessen wird empfohlen, Personen mit Migrationshintergrund festzuhalten. Die Sprachleitlinie ist quasi ein Ausweis dessen, wo sich seit rund 15 Jahren österreichweit die Mainstreaminggruppen treffen und versuchen, hier bahnbrechend gewisse Durchbrüche zu erzielen.

Ich möchte auf den Sprachleitfaden der Stadtgemeinde Wien verweisen, der mit einem sehr besonderen Ausdruck festhält, wie es sich darum verhalten sollte, Männer- und Frauensprache zu verwenden. Hier wird dezidiert davon gesprochen, man sollte das „Titanic Prinzip“ anwenden. Das bedeutet, die weilbliche Form wird zuerst genannt, also Lehrerinnen und anschließend erst Lehrer.

Auch unpersönliche Fürwörter, wie jemand, jeder oder keiner seien nicht neutral, sondern würden Hinweise auf das Geschlecht oder die handelnden Personen geben. Statt jeder legt wert darauf, einen guten Platz zu bekommen, sollte es heißen: Alle legen wert darauf, einen guten Platz zu bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne das jetzt in der Gesamtheit noch weiter zu strapazieren, ist festzuhalten, und da haben meine Vorrednerinnen darauf schon mehr als Rücksicht genommen, dass wir alle gefordert sind, die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft viel stärker zu betonen und sie nicht darauf zu reduzieren, was althergebrachte Formen anlangt. Wir sollten uns bewusst sein, dass der gesellschaftliche Überhang der Frauen in unserer Gesellschaft schon so dominant ist, dass sie auch demnächst an die Macht kommen werden und das ist auch gut so. Danke vielmals. *(Beifall der weiblichen Abgeordneten)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landtagsabgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet von der Regierungsbank hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zunächst einmal hat die Solidarität aller Parteien einfach gut getan. Ich bin überzeugt, dass es nur ein Zufall ist, dass sich jetzt vor allem Frauen, aber, Gott sei Dank, auch ein Mann zu diesem Thema gemeldet haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich weiß, dass in jedem Klub die Männer hinter den Aussagen der Frauen stehen. Dafür bedanke ich mich. Weil da geht es nicht um etwas, was man nach wie vor belächelt, sondern was Tatsache ist. Das gibt es schon sehr lange in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dass Männer und Frauen gleichbehandelt und gleichberechtigt sind.

Darüber ist sich, da bin ich ganz sicher, der Hohe Landtag auch einig, dass das heute nicht das Thema ist, weil es selbstverständlich ist, normal ist und nicht mehr zu diskutieren ist. Heute geht es aber um den Gleichbehandlungsbericht.

Die Frau Abgeordnete Petrik hat ganz klar gesagt, und ich kann ihr zu diesen Aussagen nur gratulieren, dass einiges noch zu tun, aber einiges auch erreicht ist. Ja,

dazu stehe ich. Es gibt dazu Instrumentarien seitens der EU, das wissen Sie. Gerade die Europäische Union geht in Gleichberechtigten-, in Frauenförderprogrammen und auch in eigenen EU-Programmen, was mit EU-Geldern kombiniert ist, etwas, was uns sehr gut tut, mit gutem Beispiel voran, das überall einzubringen und gesetzlich zu beschleunigen, damit auf Nationalstaatsebene auch gewisse Anpassungen dann an das EU-Recht notwendig sind. Ich bedanke mich da wirklich. Da macht die EU etwas, was den Frauen sehr gut tut, nämlich, wirklich auf Gleichbehandlung und Gleichberechtigung zu schauen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Frau Abgeordnete Petrik hat vorher auch ganz klar das Thema Gender Budgeting angesprochen. Wir werden in einigen wenigen Tagen ja auch über das Budget in diesem Hohen Haus debattieren. Gender Budgeting ist verpflichtend durch die EU vorgegeben, ist vorgegeben durch den Nationalstaat, durch die parlamentarischen Beschlüsse.

Da gibt es auch ein Programm, wie das Budget, und da bin ich mir mit dem Kollegen Landesrat Bieler sehr einig, dass hier auch klar gesehen wird, wie das Geld auf Männer und Frauen wirkt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist unter Stix passiert.)* Er ist gerade jetzt richtig zu diesem Thema in den Sitzungssaal gekommen. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit - Riesenapplaus bitte. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die hat sie aber abgerichtet. - Beifall bei der SPÖ)* Bei uns funktioniert das noch.

Zum Zweiten: Es hat dann die Frau Kollegin Resetar auch absolut recht, wenn sie bei diesem Thema davon spricht, dass es daher, Frau Abgeordnete Petrik, Frau Abgeordnete Sack, ja kein Wunder ist, dass sich manchmal Frau nicht für die höchsten Führungspositionen bewerben. Nicht, weil sie es nicht können, im Gegenteil, sondern weil sie es deshalb nicht können, weil Vereinbarkeit ein Thema ist. Das ist ein Thema. Die Frau Abgeordnete Sack hat klar darauf hingewiesen.

Mein Damen und Herren! Das möge jetzt bitte bei den Anwesenden keineswegs nur irgendwo als Anschuldigung bei Ihnen ankommen, oder als Vorwurf. Aber, Fakt ist es: Es ist im Burgenland, wie in Österreich, noch nicht so weit, dass die Vereinbarkeit wirklich gegeben ist. Wenn Sie nicht als Männer zu Hause Partnerinnen hätten, die das unterstützen, könnten Sie diese Arbeit als Landtagsabgeordneter nicht tun.

Das gilt für uns Frauen genauso. Wenn das aber nicht überall funktioniert, weil es auch andere Parameter gibt, dann ist es kein Wunder, dass sich viele Frauen überlegen und sagen, in Ordnung, ich kann das nicht. Beide können nicht eine Karriere anstreben, beide können nicht Tag und Nacht unterwegs sein und sich dann auch noch den Kinderwunsch erfüllen. Partnerschaft ist etwas, was in Norwegen, die Frau Kollegin Sack hat es bereits erwähnt, besser funktioniert, auch in anderen Staaten. Bei uns ist es einfach so, dass es noch immer nicht geteilt ist.

Damit ist meistens die Frau diejenige, die sagt, in Ordnung, beide geht nicht, Kinder ja, aber dann bin ich eben diejenige, die einen Meter zurücksteigt. Führungspositionen, meine Damen und Herren, bedingen, und das wissen Sie ebenso wie ich, weil wir in Führungspositionen sind, dass man sehr viel arbeitet und da ist natürlich diese Vereinbarkeit eben ein Thema.

Was ich nicht goutieren kann, Frau Abgeordnete Resetar, ist Ihr Vorwurf an meine Regierungskollegin. Ich bin stolz darauf, dass jetzt der Gemeindeabteilung eine wirklich großartige und sehr gut ausgebildete, kompetente Frau vorsteht, die jetzt darauf schaut, dass in der Gemeindeabteilung das getan wird, was notwendig ist.

Nämlich, auf der einen Seite nicht als Verurteilerin der Gemeinden, sondern viel mehr als Begleiterin, als Förderin zu stehen. Das, was sie vorgestellt hat, habe ich super gefunden. Das ist eine neue und innovative Ausrichtung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Was ich mir, meine Damen und Herren, besonders aber wünschen würde, weil das wieder Aktualität hat. Ich habe mir heute erlaubt, das schon auch weiterzugeben. Männer und Frauen sollten gemeinsam in Landtagen sitzen. Ich würde mir nur einen höheren Anteil wünschen. Wir gehen davon aus, genauso wie die Grünen, die wirklich diese 50 Prozent geschafft haben. Wir bemühen uns seitens der Sozialdemokratie, aber ich würde mir wünschen, und das ist kein Vorwurf an die Frauen der Parteien, im Gegenteil. Aber eine höhere Frauenquote im Landtag würde nicht schaden. Zum Zweiten, was ich mir wünschen würde und da schaue ich nach Oberösterreich.

Es kann nicht sein, wenn ich das lese, dass man sich jetzt überlegt, wer die Frauenagenden und alles andere übernehmen wird, wenn da jetzt nur lauter Männer in der Regierung sitzen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Diese Situation hatten wir auch schon einmal im Burgenland. Ich sage nur Rezar.)* Da habe ich ein klares Veto einzulegen. Das kann es nicht sein. Aber, ich bin ja überzeugt, Sie alle werden ja auch das beäugen und werden mit mir einer Meinung sein. Eine Landesregierung nur mit Herren finde ich absolut verwerflich. Das kann es nicht sein. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zuletzt hat gut getan, dass sich der Herr Kollege Steier als Mann auch gemeldet hat. Da möchte ich nur ganz kurz sagen, Frau Abgeordnete Petrik, und da bin ich nur in diesem kleinen Punkt mit Ihnen nicht einig: Wenn Sie sagen, es wäre nicht schlecht, wenn der Gleichbehandlungsvorsitzende der Kommission eine Frau wäre, dann muss ich dazu sagen, dass ich da gar nicht ganz unschuldig war, dass das der Herr Mag. Zinggl macht, weil ich glaube, dass es gut ist, wenn der Vorsitzende der Gleichbehandlungskommission ein Mann ist.

Es ist nämlich gut, dass sich Männer auch zu diesem Thema melden und sich einbringen, weil es einfach Authentizität hat, wenn nicht nur die Frauen zu Frauenthemen reden, sondern auch, dass sich Männer einbringen. Aber, herzlichen Dank. Ich darf nur nochmal darauf verweisen, was tue ich. Ich meine, ich kann mir nicht nur erlauben, sozusagen Ihre Arbeit hier irgendwie zu bereden, sondern ich habe natürlich als Frauenlandesrätin auch die Pflicht, Ihnen auch eine klare Position auf den Tisch zu legen.

Der Abgeordnete Steier hat das vorher gesagt - Teilzeit ist leider ein Thema, was besonders Frauen betrifft. Wir haben darüber geredet. Er hat auch den Sprachleitfaden zitiert. Ich bin absolut dafür, ich bin nicht die Frau Landesrat und die Kollegin auch nicht. Ich bin auch nicht, wenn ich dort beim Bundesheer Frauen sehe, der Herr Hauptmann, denn das geht nicht, weil das dann die Frau Hauptmann ist. Es tut mir leid, aber über so etwas brauchen wir auch nicht zu diskutieren, weil das ja selbstverständlich ist, oder? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, ich denke, darüber brauchen wir nicht reden. Daher ist all die Diskussion über die gendergerechte Sprache etwas, wo man uns Frauen dann immer abstoppt. Gott sei Dank gibt es aber auch Männer, die uns da unterstützen, wie der Gerhard Steier beispielsweise. *(Beifall des Abgeordneten Gerhard Steier.)* Weil, Fakt ist es, meine Damen und Herren, man stoppt uns da immer ab und sagt: „Na ihr Frauen seid ja ein bisschen wahnsinnig. Habt ihr nichts anderes zu tun? Es gibt eine große Arbeitslosigkeit. Es gibt viele Themen, die es zu besprechen gibt. Ihr kommt daher mit einer gegenderten Sprache."

Meine Damen und Herren! Das ist ein Totschlagargument. Beides hat ihre Berechtigung. Wir kümmern uns sowohl um das Thema Arbeitslosigkeit, als auch um das

andere. Aber, dann immer zu sagen: Hey, seid ihr wo angerannt? Habt ihr nichts anderes zu tun? Das tut man nicht. Daher wollen wir uns von dem auch nicht aufhalten lassen. Ich höre solche Argumente gar nicht mehr, weil sie wirklich Totschlagargumente sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was habe ich in der nächsten Zeit vor? Ich schicke Ihnen das auch immer zu. Ich verweise jetzt nur auf verschiedene Studien. Die Arbeiterkammer hat vor kurzem eine sehr gute Studie herausgebracht. Auch andere Studien gibt es, deren wir uns bedienen, denn Forschungsergebnisse zeigen ja, warum manche Verhaltensweisen so sind, wie sie sind.

Ich darf nur die Damen Abgeordneten aus allen politischen Fraktionen noch einmal an unseren Termin am 7.12 erinnern. Ich freue mich sehr, dass wir ein Netzwerk gebildet haben. Da haben wir genau das Thema. Ich freue mich schon auf Diskussionen mit Ihnen und auf eine gemeinsame frauensolidarische Vorgangsweise. Da geht es nämlich, und dazu lade ich sie herzlich ein, um eine gendersensible Sprache. Wir Frauen leben Solidarität, wir werden auch etwas gemeinsam weiterbringen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Landesrätin. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gleichbehandlungsbericht 2012 - 2014 wird somit einstimmig zur Kenntnis angenommen.

14. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den 32. und 33. Bericht der Volksanwaltschaft (Beilage 27) an den Burgenländischen Landtag 2013 – 2014 (Zahl 21 - 23) (Beilage 109)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 14. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den 32. und 33. Bericht der Volksanwaltschaft, Beilage 27, an den Burgenländischen Landtag 2013 - 2014, Zahl 21 - 23, Beilage 109.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den 32. und 33. Bericht der Volksanwaltschaft an den Burgenländischen Landtag 2013 - 2014 in seiner 3. Sitzung, am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den 32. und 33. Bericht der Volksanwaltschaft an den Burgenländischen Landtag 2013 - 2014 zur Kenntnis zu nehmen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der 32. und 33. Bericht der Volksanwaltschaft an den Burgenländischen Landtag 2013 - 2014 werden zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Ich erteile der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erste Rednerin das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auf ein paar ausgewählte Punkte aus dem Bericht der Volksanwaltschaft über den Berichtszeitraum 2013 - 2014 hinweisen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Interessant ist, dass es sich bei der Tätigkeit der Volksanwaltschaft schon zu Beginn immer wieder um die Frage dreht, wer eigentlich wofür zuständig ist? Es ist nicht nur immer ein Stolperstein bis man dort hinkommt, ob die Volksanwaltschaft für eine Beschwerde tatsächlich zuständig ist, sondern es geht auch in vielen Beschwerden genau darum, dass Menschen nicht wissen, wer wofür zuständig ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Gute Unterhaltung! *(Abg. Géza Molnár: Danke!)* Es geht auch in vielen Beschwerden darum, dass Menschen nicht wissen, wer wofür zuständig ist beziehungsweise sich viele Behörden nicht zuständig fühlen. Ich bin in letzter Zeit sehr viel auch mit Einzelfällen befasst.

Beispielsweise im Südburgenland, wo ein sowohl für die Pädagogik, die Heilpädagogik, als auch für den Tourismus sehr wichtiger Betrieb, ein kleiner Erlebnisbauernhof, damit zu kämpfen hat, dass das Grundstück überflutet wird, weil Abwässer nicht ordentlich abgeleitet werden und wenn dann endlich irgendwo nach zwei Jahren ein Rohr gelegt wird und dieses undicht ist, ist wieder ein Jahr lang niemand zuständig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In der Zwischenzeit saufen dort die Tiere ab und das ist eine ganz tragische Entwicklung, wenn zwischen Behörden, zwischen zuständigen Instanzen, die Menschen immer hin und her geschickt werden. Auch das ist etwas, was in diesem Bericht der Volksanwaltschaft immer wieder erwähnt wird.

Insgesamt wird hier von 345 Beschwerden berichtet, wobei auch auffallend ist, dass ein großer Teil sich damit beschäftigt, dass Informationen für die Bürgerinnen und Bürger fehlen. Das ist, denke ich, ein Bereich, der relativ leicht zu beheben ist, nämlich, die Frage, welche Information geben wir vor allem auch in welcher Form und in welcher Sprache heraus? Meiner Erfahrung nach, gibt es sehr viele Broschüren, gibt es Unmengen Seiten auf Internetplattformen nachzulesen, aber die Lesbarkeit im Sinne der Formulierung ist für viele Bürgerinnen und Bürger nicht gegeben. Ich halte es für einen wichtigen Hinweis, auch aus diesem Bericht der Volksanwaltschaft, dass Informationen offensichtlich nicht immer so ankommen, wie wir das glauben, weil wirklich viel informiert wird in schriftlicher Form, sondern dass wir über all unsere Informationsbroschüren noch einmal Expertinnen und Experten drüber gehen lassen sollten, die auch auf Verständlichkeit für das normale Volk hier die Texte prüfen.

Wir kennen das wahrscheinlich aus eigener Erfahrung und wir gehören noch dazu zu jenen, die mit solchen Texten vertraut sind. Auffallend sind für mich jene Bereiche, wo die Beschwerden besonders stark im Ansteigen sind.

Wir haben das im Fall der Mindestsicherung beziehungsweise der Jugendwohlfahrt, wo im Vergleich zum vorigen Berichtszeitraum die Beschwerdezahl von 50 auf 70 gestiegen ist. Gerade was die Mindestsicherung anbelangt, ist das hier ein ganz großer Bereich, den wir uns behördlich noch einmal anschauen müssen.

Es ist erst jüngst auch der Bericht des Landes-Rechnungshofes erschienen, der feststellt, dass trotz früherer Urgenzen und Hinweise, was sich im Bereich der Mindestsicherung hier im Burgenland ändern muss, sehr wenig geschehen ist. Hier sind

verschiedene Bezirkshauptmannschaften und einzelne Beamtinnen und Beamten höchst unterschiedlich unterwegs und das führt auch zu dieser hohen Anzahl an Beschwerden.

Auch in Gemeindeangelegenheiten hat sich die Beschwerdezahl von 25 auf 50 verdoppelt. Nun, da nehme ich nicht an, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister alle viel böser geworden sind, sondern ich denke, man traut sich mittlerweile mehr auch innerhalb der kleinen Kommunität einer Gemeinde sich auf die Beine zu stellen und zu sagen: Hallo, ich fühle mich hier ungerecht behandelt.

Darauf führe ich diesen Anstieg zurück. Auch im Gesundheitswesen gibt es einen ordentlichen Anstieg von fast 100 Prozent. Aber nicht immer sieht die Volksanwaltschaft einen Grund, dieser Sache nachzugehen. Für mich sind diese hohen Beschwerdefälle ein Zeichen dafür, dass es einen steigenden Unmut in der Bevölkerung gibt, den wir ernst nehmen sollten. Es gibt auch einige ausführliche Ausführungen zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und zu der Unterbringung in der Grundversorgung für Asylwerbende.

Dazu werde ich mich jetzt an dieser Stelle nicht näher auslassen, weil dieser Bericht die Jahre 2013 und 2014 behandelt. Wie wir alle wissen, hat sich gerade im Jahr 2015 sehr viel ereignet und es haben sich hier noch einmal die Wertigkeiten verschoben, aber auch in der Bearbeitung hat sich einiges verschoben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte mich heute damit im Rahmen des Volksanwaltschaftsberichtes nicht länger beschäftigen, sehr wohl aber, dass wir sehen und damit schließe ich an den vorherigen Tagesordnungspunkt an, dass geschlechtsneutrale Postenausschreibungen auch auf Gemeindeebene noch nicht selbstverständlich sind.

Die Volksanwaltschaft hat hier einen Fall aus dem Jänner 2014 aus der Marktgemeinde Großhöflein, wo die Ausschreibung einer Gemeindesekretärin, eines Gemeindearbeiters und einer Kindergartenhelferin sehr klar bereits in der Ausschreibung zum Ausdruck bringt, ob sich hier Männer oder Frauen bewerben dürfen. Ich denke mir, dass die Marktgemeinde Großhöflein hoffentlich daraus lernen und das nächste Mal etwas sensibler in der Ausschreibung sein wird. Es könnte sich ja auch ein Kindergartenhelfer oder eine Gemeindearbeiterin oder auch ein Gemeindesekretär bewerben wollen.

Auffallend ist für mich auch auf Seite 42 des Berichtes der Hinweis auf einige Urgenzen auf der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung, wo die Volksanwaltschaft kritisiert, dass hier einige Verzögerungen in betriebsanlagenrechtlichen Verfahren immer wieder mitgezogen werden.

Es werden schriftliche Urgenzen eingebracht und erst dann werden die angeforderten Stellungnahmen durch das Amt der Burgenländischen Landesregierung bereitgestellt. Es zeigt sich hier also, dass auch die Volksanwaltschaft es nicht so leicht hat, immer an jene Informationen und Stellungnahmen heranzukommen, die ihr zustehen.

Nett finde ich auch eine Zwischenüberschrift 3.3.2 „Obrigkeitstaatliche statt serviceorientierte Sichtweise“.

Die Volksanwaltschaft stellt also schon in ihrem Bericht fest, dass es auch in burgenländischen Behörden immer wieder festzustellen ist, dass das Service nicht an erster Stelle steht, sondern dass man Menschen schon durchaus um ihr Recht rennen lassen möchte. Das erschwert einiges und sorgt aus verständlichen Gründen auch durchaus für Unmut.

Hier ist ein Fall genannt, wo eine Frau um ein Gewerbe ansucht und das Magistrat Eisenstadt und die Landesregierung immer wieder neue Argumente und abgeänderte Argumente vorführen, warum das nicht möglich ist und diese Frau damit im Kreis geschickt wird. Nun, es sei dahingestellt, ich kann das nicht beurteilen, was daran sachlich an der Entscheidung richtig war, aber jemanden vor immer neue Argumente zu stellen und nachher zu sagen, wir beschäftigen uns nicht länger mit dir, weil du hältst uns in unseren Alltagstätigkeiten nur auf, so wurde das nämlich der Volksanwaltschaft gegenüber seitens der Behörden argumentiert, diesen Ansatz halte ich dann doch für entwicklungsfähig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ebenso auffallend ist im Zusammenhang mit Natur und Umweltschutz, dass es im Bezirk Güssing 16 Jahre lang gebraucht hat, dass eine gesetzeswidrige Abfallablagerung endlich beseitigt wurde. Da ging es nämlich nicht um wenig, sondern da ging es um 10,76 Tonnen Restmüll, um 1,69 Tonnen Reifen, um 99 kg Werkstättenabfälle, um Öl-Wasser-Gemische, um Autowracks und um 4 LKW-Wracks und so fort. Also, wenn das nicht auffällt, dann frage ich mich, wohin man geschaut hat.

Auch hier hat die Volksanwaltschaft bekrittelt, dass hier über mehrere Jahre hinweg mehrmals urgiert werden musste, bis hier endlich dieser Missstand beseitigt wurde und ich hoffe sehr, dass die Bezirkshauptmannschaft Güssing daraus gelernt hat und in weiterer Folge genauer und schneller kontrolliert.

Hier wird auch das Lob ausgesprochen und das möchte ich durchaus auch weitergeben, dass die Bezirkshauptmannschaft Güssing hier öfter nachschaut. Ich hoffe, sie hört damit nicht auf.

Ein ganz großes Kapitel - und ich möchte es eben nicht unbenannt lassen - findet sich hier in den Beschwerden im Bereich des Sozialrechtes. Es sind noch viele Behördenwege, aber auch Arztpraxen, nicht barrierefrei.

Ich erinnere daran, dass mit 1.1.2016 die zehnjährige Übergangsfrist endet, wo Behörden die Möglichkeit haben, alle Zugänge barrierefrei zu gestalten. Auch bei den Arztpraxen sind hier noch große Schwierigkeiten. Ich weiß schon, das ist oft nicht leicht, das ist mit Kosten verbunden, aber im öffentlichen Bereich darf uns das kein Problem sein.

Auch im Gesundheitsbereich müssen wir schauen, jenen Ärzten und Ärztinnen, die hier wirklich Schwierigkeiten haben, noch einmal zuerst auf die Finger zu schauen und wenn nötig, auch unter die Arme zu greifen, damit Patient und Patientin wirklich die Wahlfreiheit haben, wohin sie sich in ärztliche Behandlung begeben können.

Ebenso gibt es einige Hinweise, dass die Hospiz- und Palliativversorgung für Kinder und Jugendliche im Burgenland noch weiter ausbaufähig ist. Ich hoffe sehr, dass wir diesen Bericht in der Sozialabteilung einmal systematisch durchgehen können und dass wir dann hier auch einen Bericht darüber bekommen, was sich verändert hat und wo große weitere Schritte gemacht werden.

Wir werden dem Bericht der Volksanwaltschaft natürlich zustimmen. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsident! *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Frau Präsidentin!)* Meine Damen und Herren! *(Zwiegespräche in den Reihen der*

Abgeordneten) Die Frau Kollegin Petrik hat schon einiges vorweggenommen. Es geht um den Bericht der Volksanwaltschaft, über die Kontrolltätigkeit im Bereich der Verwaltung des Landes und der Gemeinden, diesmal über die Jahre 2013 und 2014. Die Bedeutung der Volksanwaltschaft ist unbestritten, das in sie gesetzte Vertrauen der Bürger ist hoch und ist im Steigen begriffen. Das absolut zu Recht und auch für uns als Landtag ist, denke ich, die Volksanwaltschaft ein unverzichtbares Hilfsorgan.

Im Berichtszeitraum wurden, was das Burgenland angeht, 379 Beschwerden erledigt, in 130 Fällen erkannte die Volksanwaltschaft keine Zuständigkeit. Das liegt oft auch daran, dass Verfahren noch nicht abgeschlossen sind. In 56 Fällen wurde ein Missstand geortet und in 193 Beschwerdefällen konnte kein Missstand in der Verwaltung festgestellt werden.

Insgesamt ist, weder was die Missstandsquote, noch was die Gesamtzahl der Beschwerden angeht, eine dramatische Änderung im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum über die Jahre 2011 und 2012 erkennbar. Die Kollegin hat bereits erwähnt, dass ein wesentlicher Anstieg der Beschwerdefälle in den Bereichen Gemeindeangelegenheiten, Jugendwohlfahrt und Mindestsicherung zu verzeichnen ist.

Die meisten Beschwerdefälle gibt es auf konstantem Niveau in den Bereichen Raumordnung, Wohn- und Siedlungswesen, Baurecht und so fort.

Wenn man sich die von der Volksanwaltschaft selbst ausgewählten Beispielfälle für Beschwerden im Bericht ansieht - die Kollegin ist ja auf einige eingegangen, dann gibt es da Dinge, die im Vergleich zu anderen Fällen eher weniger tragisch sind, aber es gibt eben auch Fälle, wo natürlich sich die Verantwortlichen, gleich welcher Ebene, ihre Gedanken machen sollten. Das betrifft uns natürlich auch als Landesgesetzgeber.

Ein Missstand, der sich in mehreren Beispielfällen findet, ist die Dauer der behördlichen Verfahren.

Generell ist das Problem der Verfahrensdauer sicherlich nicht den Bediensteten anzulasten, auch wenn es im Einzelfall Ausnahmen geben mag, sondern vor allem den Umständen und die Verfahrensdauer. Das ist ja durchaus etwas, was von der Problematik her nicht nur den Bereich der Landesverwaltung betrifft, sondern beispielsweise auch die Justiz.

Die Aufgaben für die Mitarbeiter in der Verwaltung werden mehr, sie werden komplexer, die Bürger werden mündiger und auch wehrhafter, was ich jetzt nicht als Kritik verstanden haben möchte, und die vorhandenen personellen Ressourcen sind, gemessen an den Aufgaben, sicherlich da oder dort oder sogar oftmals zu knapp bemessen.

Wenn Sie sich das Arbeitsübereinkommen dieser Koalition angesehen haben, dann wissen Sie, dass sich diese Landesregierung und diese Koalition aus SPÖ und den Freiheitlichen diesen Problemstellungen sehr wohl bewusst ist und dass diese Koalition und diese Landesregierung auch fest entschlossen sind, diese Problemstellungen zu behandeln.

Ich habe heute zu Mittag bereits erwähnt, dass gestern die Auftaktveranstaltung zur Verwaltungsreform stattgefunden hat. Es werden viele der Problemstellungen, die ich jetzt gerade hier festgestellt habe, im Rahmen dieser Reform ein Thema sein. Auch Dinge, die die Frau Kollegin vorhin erwähnt hat, wo man bereits auch erste Maßnahmen gesetzt hat.

Man hat ganz oben begonnen, denn infolge der Abschaffung des Proporzes und der freien Koalitionsbildung war es ja jetzt möglich, eine klare Ressortaufteilung an der Spitze der Landesverwaltung zu treffen.

Es wird mit der Verwaltungsreform insgesamt eine neue Strategie für das Burgenland geben, wobei die Zielsetzung eben in einem neuen Modell zur effizienten Verwaltung besteht. Ein wesentlicher Bestandteil wird aus unserer Sicht auch die Schaffung einer Landesombudsstelle sein. Das ist eine langjährige freiheitliche Forderung.

Diese Forderung einer Landesombudsstelle soll einerseits den Bürgern als Anlaufstelle dienen und andererseits dem Land ein wertvoller Ratgeber sein, wenn es um die Weiterentwicklung der Verwaltung geht.

Abschließend noch kurz zum Wunsch oder zum Anliegen der Volksanwaltschaft nach einem Rederecht hier im Landtag.

Die Volksanwaltschaft ist unser Hilfsorgan. Bei einem anderen Hilfsorgan, nämlich dem Landes-Rechnungshof, ist es nicht unüblich, dass dessen Vertreter zu uns Abgeordneten spricht. Meistens im Zuge der Erörterung von Prüfberichten im zuständigen Ausschuss. Aber der Direktor des Landes-Rechnungshofes hat auch tatsächlich ein verbrieftes Rederecht im Landtag. Zwar beschränkt, aber immerhin. Nämlich dann, wenn es um das Budget geht und die den Rechnungshof betreffenden Kapitel. So systemfremd wäre also ein Rederecht für die Volksanwaltschaft im Landtag auch wieder nicht.

Wir stehen dem Wunsch nach diesem Rederecht gesprächsbereit gegenüber - zumindest was ein Rederecht im Ausschuss angeht. Da halte ich es mit Präsident Illedits, wo es, wie er meinte, eine ernsthafte Diskussion darüber geben sollte.

Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielleich darf ich gleich antworten, auf das von Géza Molnár vorgeschlagene und mitdiskutierte Rederecht für die Volksanwälte.

Hier muss man, glaube ich, sehr genau unterscheiden, aber auch ganz genau festhalten, auf der einen Seite gibt es wenige Rechte, die so fundamental sind für uns Abgeordnete, wie das Fragerecht und das Rederecht.

Einerseits in der Vollziehung und in der Kontrolle dieser Vollziehung ist das natürlich ein wesentlicher Einschnitt, wenn jemand, der nicht parlamentarisch legitimiert, der nicht gewählt wurde vom Volk, hier ein Rederecht bekommt. Im Ausschuss kann ich mir das sehr gut vorstellen.

Darüber sollte man diskutieren, das ist ja gleichlautend in vielen Bereichen wie beim Rechnungshof, aber im Landtag, glaube ich, sind wir da noch etwas weiter weg in der Diskussion. Ich möchte das eher restriktiv auslegen. Aber hier, glaube ich, ist es an der Zeit, sich ernsthaft darüber Gedanken zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht umfasst 345 Beschwerden von Burgenländern an die Volksanwaltschaft, ein Anstieg des Beschwerdeaufkommens in Höhe von neun Prozent gegenüber den Jahren 2011 und 2012, das ist ein beachtlicher Anstieg. In 56 Fällen gab es Feststellungen von Missständen in der Verwaltung, das sind immerhin 14,8 Prozent.

Wenn Sie mich fragen, sind bis zu einem gewissen Grad nicht nur drei Volksanwälte unterwegs, sondern viele, viele Volksanwälte im Land unterwegs, denn wir

als gewählte Parlamentarier, als Abgeordnete zum Landtag, als Bundesräte, Nationalräte oder Abgeordnete zum Europäischen Parlament sollten ja nicht minder in der Lage sein, wenn wir angesprochen werden auf Missstände in der Verwaltung, auf Probleme, die Menschen haben, hier als Art Volksanwalt tätig zu sein.

Ich kenne ganz konkret die Idee der FPÖ, nur als Schlagwort, eines Landesombudsmannes, einer Landesvolksanwaltschaft nur als Schlagwort. Ich bin gespannt, wie man das ausgestalten möchte, welche Rechte, Ressourcen und Möglichkeiten man hier einer derartigen Person zugestehen möchte, aber auch wie diese Person bestellt werden soll.

Wir wissen ja, dass es auch auf parlamentarischer Ebene immer wieder schwierig ist und es einen langen Diskussionsprozess gegeben hat, wie man diese drei Volksanwälte bestellt. Ich bin gespannt, wie das hier aus Sicht der FPÖ passieren wird? Wie hier der Vorschlag lauten wird?

Stichwort Verwaltungsreform, ich hätte mir das gerne auch angesehen am 21. Oktober, am gestrigen Tag. Ich war dann bei einem anderen Termin und bin Gott sei Dank nicht dort hingegangen und habe abgesagt, denn der Livestream hat nicht funktioniert, der ja die Veranstaltung live übertragen hätte sollen, in alle Einrichtungen des Landes.

Tatsache ist, dass von dem angesprochenen gläsernen Konzern, Einsparungen in Verwaltungsreformen, ich zumindest, und es kann sich jetzt jeder bei der eigenen Nase nehmen, in den letzten 15 Jahren, wo ich das politisch beobachten kann, mir wenige Dinge einfallen, die unter dem Stichwort „Verwaltungsreform“ passiert wären.

Tatsache ist, dass aber in jedem Regierungsübereinkommen, nicht nur im Burgenland auch auf nationaler Ebene und auch in vielen anderen Bundesländern, ich traue mir eine Wette abschließen, ich glaube auch, in dem heute zumindest vorgestellten blau-schwarzen-Regierungsübereinkommen in Oberösterreich wird das Wort „Verwaltungsreform“ vorkommen.

Tatsache ist, all das mit Leben zu erfüllen. Den Blauen kann ich hier keinen Vorwurf machen, sie haben zum ersten Mal die Möglichkeit, hier im Land etwas auszuverhandeln, hier etwas zu präsentieren.

Vieles ist in der Vergangenheit mir, und da möchte ich auch Selbstkritik üben, nicht in Erinnerung, wo wir fundamental Dinge ändern konnten. Das lag vor allem daran, dass es berechtigte Interessen gab, dass Personalvertreter immer gut eingebunden waren, dass viele natürlich auch darauf beharrt haben, dass Strukturen, die im Land über Jahrzehnte gewachsen sind, im Fall der Proporzregierung über 70 Jahre, auch erhalten bleiben.

Und ich glaube, wir können mit Spannung darauf warten, ob all diese Schlagworte, die ich vorher genannt habe, der Landesvolksanwalt oder der Landesombudsmann oder das Wort Verwaltungsreform auch mit Leben erfüllt werden.

Eines möchte ich hier schon erwähnen, wenn schon gesagt wurde, dass der Proporz abgeschafft wurde, muss man im gleichen Atemzug erwähnen, dass auch ein rot-blauer Regierungsproporz wieder eingeschalten wurde und in Gesetzesform gebracht wurde. Erinnert Euch an die Abstimmung, die wir hatten, über die Ausschüsse und Beiräte. Auf der einen Seite, den Proporz abzuschaffen und dann zum einen, man vollzieht einiges nur nach und gleichzeitig die Rechte des Landtages zu beschneiden, und die der Regierung zu erhöhen.

Und das noch im Verhältniswahlrecht, also im Proporz, das ist schon eine Meisterleistung, aber die hat ja, wie wir alle wissen, auch ein Nachspiel und ich bin gespannt, wie der Verfassungsgerichtshof das entscheiden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesen allgemeinen und doch auch speziellen Ausführungen zum 32. und 33. Bericht der Volksanwaltschaft an den Burgenländischen Landtag darf ich für meine Fraktion versichern, dass wir diesem Bericht zustimmen werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Werner Friedl.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten um seine Wortmeldung.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Seit 1977 prüft die Volksanwaltschaft im Auftrag der Bundesverfassung eigenständig, unabhängig die tägliche Arbeit der Verwaltungsstellen in Österreich.

Sie geht Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nach, prüft die Gesetzmäßigkeit von behördlichen Entscheidungen, deckt Missstände auf und übt so eine öffentliche Kontrolle im Dienste von Rechtsstaat und Demokratie aus. Das Burgenland hat durch seine Landesverfassung die Volksanwaltschaft dazu berufen, die Verwaltung des Landes und der Gemeinden zu kontrollieren und den gesetzgebenden Körperschaften alle zwei Jahre einen Überblick über die Prüfungstätigkeit zu geben.

Die Mitglieder der Volksanwaltschaft kontrollieren darüber hinaus alle Behörden, Ämter und Dienststellen im Burgenland, die mit dem Vollzug der Bundesgesetze beauftragt sind.

Der nun vorliegende Bericht an den Burgenländischen Landtag beinhaltet die Eckpunkte der Prüfungstätigkeit der Volksanwaltschaft im Land Burgenland im Zeitraum vom 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2014. Dieser Bericht hat zwei Schwerpunkte. Er gibt ein detailliertes Bild von der Arbeit der Volksanwaltschaft im Berichtszeitraum 2013 bis 2014, wie ich gesagt habe, und er zeigt, wie die Volksanwaltschaft begonnen hat, ihre neue Rolle als Menschenrechtshaus der Republik zu übernehmen.

Die Volksanwaltschaft ist seit 1. Juli 2012 auch für präventive Kontrolle zuständig. Sie hat alle Einrichtungen zu überprüfen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung Gefahr laufen, gegenüber Misshandlungen und menschlicher Behandlung und freiheitsentziehender Maßnahmen wehrlos zu sein.

Die neuen Aufgaben fügen sich zwar in die bisherigen Agenden der Volksanwaltschaft ein, sie erweitern das Aufgabenspektrum jedoch erheblich und machen eine Neuausrichtung der Volksanwaltschaft erforderlich.

Der erste Teil des Berichtes ist der präventive und der zweite Teil der nachprüfenden Kontrolle gewidmet. Das neue Kapitel drei stellt die bisherige Arbeit im Bereich der präventiven Kontrolle dar und informiert über die durchgeführten Prüfungen. Der Erfolg der Volksanwaltschaft lässt sich unter anderem daran messen, wie hoch ihre Akzeptanz in der Bevölkerung ist. Die Zahlen belegen deutlich, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger an die Volksanwaltschaft wenden, wenn sie sich von der Verwaltung nicht fair behandelt fühlen.

Eine maßgebliche Rolle spielt dabei, dass die Volksanwaltschaft sehr einfach und formlos kontaktiert werden kann. Die Bürgerinnen und Bürger können die

Volksanwaltschaft entweder persönlich, telefonisch oder schriftlich völlig unkompliziert erreichen.

Die Bilanz der Jahr 2013 und 2014 zeigt folgendes Bild: 2.316 Menschen schrieben an die Volksanwaltschaft, 6.237 Schriftstücke umfasst die ganze Korrespondenz, 700 Briefe und E-Mails umfasst die gesamte Korrespondenz mit den Behörden.

Traditionell sehr beliebt sind die Sprechtage der Mitglieder in allen Bundesländern, bei denen Betroffene die Möglichkeit haben, ihr Anliegen direkt mit der Volksanwältin oder dem Volksanwalt zu besprechen. Im Berichtszeitraum nutzen die Bürgerinnen und Bürger insgesamt 31 Sprechtage mit 174 persönlichen Gesprächen.

Immer stärker wird die Volksanwaltschaft im Internet als Anlaufstelle genutzt. Steigende Besucherzahlen zeigen deutlich, dass der Web-Auftritt der Volksanwaltschaft gut angenommen und als informativ empfunden wird. 2013 wurde rund 200.000-mal die Web-Seite der Volksanwaltschaft aufgerufen.

Ich möchte nun kurz die Bilanz der erledigten Beschwerden über die burgenländische Landes- und Gemeindeverwaltung 2013, 2014 vorlegen. Prüfungsverfahren ohne Missstandsfeststellung - abgeschlossen 193, Prüfungsverfahren mit Missstandsfeststellungen - abgeschlossen 56, Volksanwaltschaft nicht zuständig - 130.

Erledigte Beschwerden - 379. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg aber von 24,3 Prozent. Das bedeutet, dass 14,8 Prozent aller erledigten Beschwerden berechtigt waren. Die Volksanwaltschaft informiert die Betroffenen innerhalb einer Frist von 79 Tagen. Die häufigsten Beschwerden betrafen im Zeitraum 2013 bis 2014 wieder den Bereich der Raumordnung, Baurecht mit 103 Beschwerden.

In folgenden Bereichen kam es zu einem Anstieg im Vergleich zu 2011 und 2012: Bei der Mindestsicherung, bei der Jugendwohlfahrt, bei Gemeindeangelegenheiten, Landesfinanzen, Landes- und Gemeindeabgaben, Landes- und Gemeindestraßen.

Geringer geworden ist hingegen das Beschwerdeaufkommen in den Bereichen Staatsbürgerschaft, Wählerevidenz, Straßenpolizei, Land- und Forstwirtschaft, Jagd- und Fischereirecht, Schul- und Erziehungswesen, Sport- und Kulturangelegenheiten, Dienst- und Besoldungsrecht der Landeslehrer.

Mit Juli 2012 wurden die Kompetenzen der Volksanwaltschaft maßgeblich erweitert. Die Volksanwaltschaft hat nunmehr auch den verfassungsgesetzlichen Auftrag, die Einhaltung von Menschenrechten zu schützen und zu fördern.

Gemeinsam mit Expertenkommissionen überprüft sie rund 4.000 öffentliche und private Einrichtungen und Programme für Menschen mit Behinderung um Ausbeutung, Gewalt und Missstände hintanzuhalten.

Die Volksanwaltschaft, die von ihr eingesetzte Kommission, beobachtet und überprüft auch die Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt durch die Exekutive, insbesondere bei Abschiebungen und Demonstrationen.

Die Burgenländische Landesregierung dankt an dieser Stelle der Volksanwaltschaft, die aus drei Mitgliedern besteht und sechs Jahre bestellt sind, Frau Dr. Gertrude Brinek, Herrn Dr. Günther Kräuter, Herrn Dr. Peter Fichtebbauer, und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihr wertvolles Engagement bei einer fachlichen wie menschlichen herausfordernden Aufgabe und für die gute Zusammenarbeit mit allen Bediensteten von Behörden und sonstigen Verwaltungseinrichtungen im Land.

Meine Fraktion wird diesem Bericht zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Steier.

Ich bitte um Ihren Beitrag, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren einen Bericht, der in seiner Möglichkeit der Wegweisung für viele, nicht nur beachtlich von der Aufbausituation ist, sondern wo wir auch vieles davon profitierend, nicht nur zur Kenntnis nehmen sollten, sondern es auch umsetzen sollten.

Ich möchte einen Aspekt vorneweg ansprechen, der von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon qualifiziert wurde, nämlich unter anderem die Petitionssituation, die von Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürgern der Volksanwaltschaft angetragen wird.

Speziell das Baurecht ist eine ganz heikle Materie, wo wir unter anderem in der Verantwortung immer stärker erleben, dass jeder Bauwerber sich in der Konfrontation, nicht nur von nachbarschaftlicher Seite her, sondern auch von anderer Seite, damit auseinandersetzen muss, dass gewisse Vorbehalte, Ressentiments, auf der anderen Seite auch rein sachlich begründet Diskussionspunkte an die Baubehörde herangetragen werden. Dass in der Regel eine Bauverhandlung heute nicht mehr zwischen dem Bauwerber und der Nachbarschaft ausgetragen wird, sondern dass zumindest zwei Rechtsanwälte in Begleitung schon diese Diskussion mitbestimmen beziehungsweise führen.

Dass es hier immer stärker einen Diskussionsprozess gibt, ist auf der einen Seite jetzt möglicherweise einer Mündigkeit geschuldet.

Auf der anderen Seite haben wir durch eine versicherungstechnische Maßnahme, nämlich durch Rechtsschutz Versicherungsformen, es immer stärker damit zu tun, dass sich der Bürger nicht nur als mündig erweist, sondern er versucht auch, seinen Weg zu gehen und das mit einer Bestimmtheit auch anzutragen.

Und wenn es dann in der Ausführung nicht zu den gewünschten Resultaten beziehungsweise auch rechtmäßigen Resultaten kommt, tritt in der Regel dann die Volksanwaltschaft auf den Plan.

Was sich ja auch durch die Beliebtheit der Sendereihe mit Peter Resetarits ausweist, wo in verschiedensten Formen auf Problemstellungen, die im Alltag die Bürgerinnen und Bürger betreffen, eingegangen wird und wo praktische Beispiele auch nachweisen, wo es hier Probleme gibt.

Ein weiterer Teil der Berichterstattung und der ist mir ein Herzensanliegen - dieser beiden Volksanwaltschaftsberichte - ist die Kennzeichnung der Situation der Hospiz und Palliativversorgung.

Hier haben wir im Burgenland einen großen Nachholbedarf und eine in der Gesamtheit noch nicht als wie immer geartete Situation in positiver Hinsicht zu bezeichnen, obwohl der letzte Schritt, der Herr Landesrat für Soziales sitzt neben mir, ich glaube in dieser Woche, eine Wegweisung zumindest einmal auf den Plan gebracht hat.

Gemeinsam mit der Frau Landesrätin Dunst wurde hier die Problemstellung zumindest auf die Krebshilfe bezogen, einmal angesprochen. Tatsache ist, dass wir im Burgenland nachhinken und wir in Bezug auf die Kinderbetreuung, die Jugendlichenbetreuung im Palliativbereich eigentlich nicht weit fortgeschritten sind. Ich will es einmal vorsichtig formulieren. In der grundsätzlichen Charakterisierung seitens der

Volksanwaltschaft geht man davon aus, dass Jugendliche, junge Erwachsene und speziell Kinder in ihrem Krankheitsverlauf zu Hause eine besondere Betreuung und eine Obacht brauchen und dass auch Erwachsene, die jetzt mit diesen Kindern in Familien umzugehen haben, diese Hospiz- und Palliativversorgung mehr denn notwendig haben.

Tatsache ist, dass die Erhebung ergeben hat, dass es Palliativteams für die Betreuung zu Hause braucht, Kinderhospizteams mit ehrenamtlichen Hospizbegleiterinnen und Hospizbegleitern, stationäre Kinderhospize und pädiatrische Palliativbetten an den Kinder- und Jugendlichen-Abteilungen in Akutkrankenanstalten.

Bezogen auf diese Punkte muss man für das Burgenland festhalten, dass wir in keinem dieser Punkte mit am Wort sind, dass wir in keinem dieser Punkte eine grundsätzliche Hospiz- und Palliativversorgungsdarstellung haben und dass die Darstellung daher auch festzuhalten, in kritischer Hinsicht zu beleuchten war.

Vor allem, und das möchte ich an dieser Stelle klar und deutlich hervorstreichen, vor allem im Kinder- und Jugendbereich gibt es nicht nur im Burgenland, sondern auch dazu hinaus in anderen Bundesländern einen enormen Nachholbedarf, weshalb gerade hier für sterbenskranke Kinder und Jugendliche eine besondere Wertschätzung mit dieser Einrichtung von Palliativ- und Hospizeinrichtungen mit bezogen stattfinden sollte.

Das heißt, jedes Kind muss unabhängig von der Geldbörse der Eltern, aber auch unabhängig vom Wohnort, jene Unterstützung bekommen, die es in einer so schwierigen Situation braucht.

Die Kinder und ihre Familien benötigen meiner Ansicht nach aber auch, im Speziellen in der Ausdrucksform der Volksanwaltschaft, eine geregelte Möglichkeit dieser Palliativversorgung und zwar auf höchstem Niveau. Um dies Ganze bewältigen zu können, ist daher ein professionelles Schmerz- und Symptommanagement notwendig. Wir brauchen darüber hinaus eine Garantie der bestmöglichen Ausbildung aller Personen im medizinischen, aber auch im pflegenden Bereich und das nicht nur in den Palliativstationen.

Wir brauchen auch für die Angehörigen eine psychologische Betreuung, denn ich kann mir vorstellen, dass es für die Eltern dieser Kinder mit Sicherheit eine ganz, ganz schwierige Situation ist, damit auch im Umgang das zu bewältigen.

Das ist auch Grund genug, dass es in dieser so heiklen Frage nicht an den finanziellen Mitteln scheitern darf. Der Bund, aber auch die Länder, und hier weise ich das für das Burgenland auch nach, gemeinsam mit den Sozialversicherungsträgern sind daher aufgerufen, an einer Lösung zu arbeiten.

Diesen Ausdruck, der sollte nicht nur schubladisiert in diesem Volksanwaltschaftsbericht stehen, sondern der sollte Aufruf sein, für die Burgenländische Landesregierung hier die entsprechenden Schritte einzuleiten.

Ich darf für mich festhalten, dass ich diesem Volksanwaltschaftsbericht auch meine Kenntnisnahme zuspreche. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der 32. und 33. Bericht der Volksanwaltschaft an den Burgenländischen Landtag 2013 - 2014 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

15. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 26) betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg (Zahl 21 - 22) (Beilage 110)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 15. Punktes der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 26, betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg, Zahl 21 - 22, Beilage 110.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Berichterstatter. Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin Benkö! Meine Damen und Herren! Im Bericht unter Punkt 15 befasst sich der Rechnungshof ausführlich mit dem Thema Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden sowie mit dem Thema Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg.

Im Bericht unter Punkt 16 geht es dann, neben den Landeslehrerpensionen im zweiten Teil, im ersten Teil auch ausführlich um die Konsolidierungsmaßnahmen in den Ländern, diesmal in einer Gesamtschau aller Bundesländer.

Ich nehme dies zum Anlass beide Berichte in einem Debattenbeitrag abzuhandeln. Beide Berichte sind sehr umfangreich und hochinteressant zu lesen, die Hauptaussagen lassen sich aber trotz des Umfanges verhältnismäßig rasch zusammenfassen.

Zunächst lässt sich sowohl zu den Haftungsobergrenzen als auch zum Thema Konsolidierungsmaßnahmen feststellen, dass sich das Burgenland mehr oder weniger in allen Bereichen im Mittelfeld der Bundesländer bewegt oder befindet.

Was etwa die Schuldensituation angeht, gibt es Bundesländer, die in einer weitaus schlechteren Situation sind wie Kärnten oder auch die Steiermark. Dafür sieht es in

Oberösterreich oder auch im Westen etwas besser aus. Zu beiden Themen lassen sich deckungsgleiche Feststellungen, Kritikpunkte und Forderungen formulieren und der Rechnungshof tut das auch. Weder was die Haftungsobergrenzen angeht, noch was die budgetäre Situation der Länder insgesamt betrifft, insbesondere im Hinblick auf die Schuldensituation lassen sich allzu aussagekräftige Vergleiche zwischen den Bundesländern machen.

Die Vertreter des Rechnungshofes sprachen im Ausschuss von 17 absolut unterschiedlichen Haftungsobergrenzen und was die Definition des Wortes „Schulden“ angeht oder die Definition, „was sind Schulden?“, überschreitet, glaube ich, die Anzahl der Definitionen auch das Dutzend.

Dass, das zur effektiven Steuerung eher wenig geeignet ist, dass sich damit eher nicht aussagekräftige Vergleiche machen lassen und es überhaupt schwierig ist, Feststellungen über die tatsächliche Situation zum machen, das versteht sich von selbst.

Und da geht es nicht nur um die Frage der Definition, sondern vor allem auch um die jeweilige Darstellung in den Rechnungsabschlüssen.

Dass die Situation so ist wie sie ist, dazu haben wohl alle ihr Scherflein beigetragen. Rechtlicher Rahmen der Prüfung des Rechnungshofes war der österreichische Stabilitätspakt 2012. Der Stabilitätspakt legt die Haftungsobergrenzen weder der Höhe nach fest, noch enthält er methodische Vorgaben für eine einheitliche Ermittlung.

Den Ländern wurde hier erheblicher Gestaltungspielraum eingeräumt, das zeigt sich im Bericht auch deutlich in der Auswirkung. Der Umstand, dass keine Regelung über die Vorgehensweise bei der Überschreitung der Haftungsgrenzen getroffen worden ist, den kann man da schon als fast systematisch logisch bezeichnen.

Was der Rechnungshof als Konsequenz vorschlägt ist weder überraschend und ist auch schnell erklärt, vor allem ist das die Festlegung einer gesamtstaatlichen Haftungsobergrenze mit Haftungsobergrenzen jeweils für Bund, Länder und Gemeinden und andererseits, neben weiteren Maßnahmen, die gesamtstaatliche Vereinheitlichung der Methodik zur Ermittlung dieser Haftungsobergrenzen.

Meine Damen und Herren, wie man das alles rechtlich im Detail regelt ist für mich nicht das vordringliche Problem und ich habe es bereits in der letzten Sitzung anlässlich der Behandlung des Rechnungsabschlusses gesagt und ich begrüße diesbezügliche Schritte der Landesregierung.

Es ist im Resultat kaum hinnehmbar und es ist vor allem dem Bürger nicht zu erklären, warum es unmöglich oder sogar unerwünscht sein soll Bund, Länder und Gemeinden haushaltsrechtlich auf Beine zu stellen, die Transparenz bis in den kleinsten Winkel garantieren und effektive Vergleichbarkeit ermöglichen.

Dagegen etwas zu haben, leuchtet mir auch politisch nicht ein, weil irgendwann früher oder später ohnehin der Tag der Wahrheit kommt, die Politik Farbe bekennen muss und nötigenfalls ohnehin die Folgen die Bevölkerung zu spüren bekommt.

Das ist so, das war so und es wird auch in Zukunft so sein. Sinngemäß gilt das eben nicht nur für die Haftungsobergrenzen, sondern auch für das Thema Schulden.

Ja, zur Verschuldung vielleicht noch ein paar Zahlen. Die Entwicklung der Netto-Neuverschuldung im Burgenland ist hinlänglich bekannt. 12 Millionen Euro im Jahr 2013, drei Millionen Euro im Vorjahr.

Der Rechnungshof spricht hier noch von sechs Millionen Euro, er kannte den Rechnungsabschluss noch nicht. Heuer wird es wohl ohne gehen und ab dem nächsten Jahr sollen Schulden abgebaut werden.

Der Schuldendienst im Rechnungsabschluss, auch dazu gibt es Tabellen und Darstellungen, und es ist für mich doch eine sehr wichtige und aussagekräftige Zahl und da reden wir auch noch gar nicht vom ausgelagerten Bereich, wo es da und dort auch Verbindlichkeiten zu bedienen gibt.

Der Schuldendienst beträgt Jahr für Jahr im Burgenland im Schnitt so um die 130 Millionen Euro Zinsen und Tilgung.

Das Szenario steigender Schulden möchte sich derzeit ohnehin keine Gebietskörperschaft, gleich auf welcher Ebene, vorstellen. Und wir stimmen sicherlich alle darin überein, dass es Situationen geben kann, wo es ohne Netto-Neuverschuldung nicht geht, weil der Preis andererseits dafür zu hoch wäre.

Aber ich denke es geht schon noch auch darum, dass allgemeine Bewusstsein auch dafür zu schärfen, was Schulden im wahrsten Sinne des Wortes kosten. 130 Millionen Euro pro Jahr und wenn es nur die Hälfte wäre, ich glaube der eine oder andere Landesrat könnte, was die Finanzierung gewisser Projekte angeht, sicherlich besser schlafen.

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zu den Landeslehrerpensionen. Meiner Wahrnehmung nach hat sich der Rechnungshof im Ausschuss recht zufrieden über die aktuelle Entwicklung geäußert. Es gibt für den Zeitraum 2008 bis 2013, das war der Prüfzeitraum, durchaus auch Zahlen und Fakten, die nicht allzu berühmt sind.

Nur ein einziger Lehrer erreichte das gesetzliche Pensionsantrittsalter. Mich persönlich würde ja interessieren, wer das war und würde ihn für eine Auszeichnung vorschlagen. 11,4 Prozent der Lehrer, die in diesem Zeitraum in Pension gingen, gingen wegen Dienstunfähigkeit, 85 Prozent mit der Hacklerregelung in Pension.

Bei der Hacklerregelung war es so, dass das Burgenland den höchsten Anteil hatte, bei der Dienstunfähigkeit den niedrigsten.

Was seit dem Jahr 2004 gelungen ist und das wird der Rechnungshof wohl gemeint haben als er sich zufrieden geäußert hat, das ist die Anhebung des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters, nämlich von 56,6 auf 60,3 Jahre, womit das Burgenland im Spitzenfeld liegt.

Dass es bei den Landeslehrern um sehr viel geht, nämlich nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern vor allem was die Schüler und die Qualität des Unterrichtes angeht, das steht außer Streit.

Daher gibt es auch die Empfehlung des Rechnungshofes sich die Krankenstandstage oder die Situation in diesem Zusammenhang anzusehen und entsprechende Maßnahmen zu treffen, was die Landesregierung in ihrer Stellungnahme auch zugesagt hat. Ja, soweit ein paar Zahlen dazu.

Wir nehmen beide Berichte zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A..

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Direktor! Es liegen uns die zwei

Berichte vor. Ich werde in der jetzigen Wortmeldung beide Berichte gleich ansprechen und meine Wortmeldung dazu abgeben, dafür beim nächsten Tagesordnungspunkt verzichten, um ein bisschen mehr Dynamik an den Tag zu legen.

Es geht bei diesen beiden Berichten um drei große wesentliche Punkte. Das sind zum einen die Landeshaftungen, die Landeslehrer und auch Konsolidierungsmaßnahmen im Burgenland.

Im Bereich der Landeshaftungen, und das ist nichts Neues, herrscht Nachholbedarf von Seiten des Landes. Seit der „blauen Hypo“, seit der „roten Bank Burgenland“ wissen wir eigentlich, dass Haftungen schneller zu Schulden des Steuerzahlers werden als wir es möchten, und deswegen ist es umso wichtiger, in diesem Bereich Verbesserungen voranzutreiben.

Die Höhe der Haftungen wird im Landeshaushalt nicht richtig ausgewiesen. Die Nominalwerte der Haftungen finden nicht Eingang. Es werden diese Nominalwerte gewichtet, also zu Risikoklassen zusammengefasst und mit einem Risiko berichtigten Wert hineingeschrieben.

Das heißt, die Nominalwerte werden nicht herangezogen als Haftungssumme, die eigentlich notwendig wäre. Das kritisiert der Rechnungshof, das kritisieren auch viele Experten. Deswegen glaube ich, wird es auch zukünftig hier eine Lösung geben müssen. Aber zu dem Punkt komme ich noch.

Die Haftungen der ausgegliederten Gesellschaften, auch der Gemeinden, die dargestellt werden müssten, fehlen. Das ist ein Kritikpunkt durch den Rechnungshof. Gleichzeitig, und das ist ein Punkt, den ich bereits erwähnt habe, fehlen die Haftungen gegenüber der Bank Burgenland. Im Jahr 2012 waren es 2,4 Milliarden Euro an Haftungen. Den Wert aus dem Jahr 2014/2015 kenne ich leider nicht, was ich gleichzeitig auch kritisieren möchte. Das entspricht somit einer Haftungssumme in Nominalwerten von knapp 3,5 Milliarden Euro bei einem Haushaltsbudget von zirka 1,2 Milliarden. Das heißt, dreimal so viel an Haftungen haben wir, als was wir pro Jahr erwirtschaften. Die auferlegten, die selbst auferlegten Haftungsobergrenzen, die wir haben, erreichen wir auch nur dann, wenn wir die Risikoklassen anwenden.

Das heißt, es fehlt im Burgenland eigentlich eine notwendige Risikovorsorge, vor allem dann, wenn Haftungen in Anspruch genommen werden müssten. Das ist ein großer Kritikpunkt, den das Land angehen sollte.

Zum zweiten großen Punkt, Konsolidierungsmaßnahmen im Burgenland, möchte ich Folgendes anmerken: Das Burgenland hat höhere Schulden als wir in einem Jahr erwirtschaften. Das heißt, wir haben einen höheren Schuldenstand als wir Landesbudget haben. Wir haben dreimal so hohe Haftungen als wir erwirtschaften. In Summe ergibt das schon einen erheblichen negativen Einfluss auf zukünftige Budgets und Rechnungsabschlüsse des Landes.

Wenn wir hören, dass 2015 das erste Jahr sein soll, in dem wir kein Defizit machen, dann bin ich erstens darauf gespannt, und zweitens wird die Herausforderung darin liegen, alle Budgets und Finanzzahlen, die „unter“ dem Landeshaushalt liegen, miteinzubeziehen.

Da meine ich ganz klar die ausgegliederten Gesellschaften, deren Schulden und deren Haftungen. Dementsprechend ist dringend notwendig, auch das Haushaltsgleichgewicht so weit als möglich wieder herzustellen.

Außerdem, das ist ein wesentlicher Punkt, den wir zu diskutieren haben, die Ausgabengruppen im Landeshaushalt in den Bereichen Soziales, Gesundheit, vorschulische Erziehung und die Schulden explodieren. In diesen Bereichen ist es wichtig anzusetzen. Wenn es unbedingt notwendig ist, diese Ausgaben zu tätigen, weil der eigene politische Handlungsbereich immer weniger wird, dann muss man sich in anderen Bereichen sehr wohl überlegen, wo man einspart.

In der Vergangenheit haben die ÖVP-Regierungsmitglieder immer wieder bedacht, das Budget auch einzuhalten, das ihnen selbst auferlegt wurde. Als Volkspartei haben wir immer darauf geachtet, Vereinfachungen heranzutreiben, Entbürokratisierungen oder die Entstaubung des Haushaltes voranzutreiben.

Bei der SPÖ, bei den SPÖ-Ressorts hat das in der Vergangenheit leider nie funktioniert. Man hat immer wieder versucht, das durch Nachtragsbudgets zu glätten. Das geht leider auf Kosten der nächsten Generation, das möchte ich hier kritisieren. Ich hoffe, dass die zukünftigen Regierungsverantwortlichen ihre Budgets, so wie es in einer Gemeinde üblich ist, nicht überschreiten, sondern im Idealfall auch rechtzeitig einhalten und vorausschauend planen.

Der Rechnungshof kritisiert das ebenso und gleichzeitig möchte er auch, dass die Förderungsausgaben konsolidiert werden, dass man beispielsweise die Krankenanstalten, und konkret die KRAGES, versucht zu konsolidieren, Sonderfinanzierungen und Swap-Geschäfte sollten wir unterbinden. Dieser Zins-Swap, der im Budget inkludiert ist, kostet uns im Jahr zirka 15 Millionen Euro. Das ist ein Verlust, den wir die nächsten Jahre bis 2033 haben werden. Gleichzeitig herrscht nicht wirklich eine Transparenz im Landeshaushalt, weil nicht alle Landesbeteiligungen mit den Zahlen, wie sie transparent ausgestaltet gehören, hinterlegt sind.

Ich weiß schon, dass es ein schönes Organigramm gibt, welche Landesbeteiligungen alle im Rechnungsabschluss sind, aber weder das Eigenkapital noch das Ergebnis, noch der Schuldenstand wird ausgewiesen und kumuliert dargestellt.

Da möchte ich darauf hinweisen, dass seit drei Tagen, seit 19.10., die neue Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung veröffentlicht wurde. Das ist ein Fortschritt in der Rechnungslegung der öffentlichen Hand. Dazu kommt, dass die doppelte Buchführung eingeführt wird. In Form einer integrierten Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushaltsführung. Auf gut Deutsch, wir kommen dazu, dass die öffentliche Hand in Form einer Bilanz, einer Gewinn- und Verlustrechnung und auch in Form eines Anlagespiegels sein Vermögen und seine Schulden ausweisen wird.

Das ist eine gute Sache. Natürlich ist es mit Aufwand verbunden für unsere Verwaltung. Aber ich glaube, dass, wenn man diesen ersten Schritt positiv erledigt hat, in Zukunft der Landeshaushalt und auch die Gemeindebudgets wesentlich transparenter dargestellt werden. Das ist auch unser klares Ziel, dass man mehr Transparenz und Ehrlichkeit für den Steuerzahler in unsere Budgets bekommt.

Mit der Umstellung des Landeshaushaltes bis spätestens 2019 bekommen wir dann den von uns geforderten Beteiligungsspiegel so wie er gehört, und den gänzlichen Ausweis von Haftungen, Rückstellungen, zum Beispiel für die Pensionen, die ja bis jetzt auch fehlen, und auch die Schulden des Landes in den Landesabschluss.

Was die Landeslehrerpensionen betrifft, muss man schon sagen, dass das ein großer Punkt ist, der in Zukunft das Budget massiv belasten wird. Immer mehr Landeslehrer… *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler)* Das habe ich ja nicht gesagt. *(Landesrat Helmut Bieler: Grundsätzlich!)*

Grundsätzlich belastet es das Budget. Es ist aber trotzdem Inhalt des Rechnungshofberichtes, deswegen sprechen wir dazu.

Die Personen die in Pension gehen, steigen um 22 Prozent, die Ausgaben um 37. Im Prinzip steigt auch gleichzeitig die Lebenserwartung, was man schon inhaltlich behandeln muss, und das betrifft das Land, nicht finanziell, aber zumindest emotional. Immer mehr Personen freuen sich mehr auf die Pension als auf das Arbeitsleben.

Das führt natürlich dazu, dass man als Land und als Arbeitgeber versuchen sollte, die Personen im Berufsleben zu halten. Fortbildungsmaßnahmen werden durch den Rechnungshof angeregt, dienstrechtliche Maßnahmen und individuelle Angebote zur Prävention von therapeutischen Maßnahmen. All das soll einerseits den Krankenstand verkürzen und andererseits die Motivation steigern, länger im Berufsleben zu bleiben.

Man muss sich vorstellen, dass zurzeit ein Drittel der Personen, die erwerbstätig sind, zwei Drittel in Österreich finanzieren, die nicht im Erwerbsleben stehen.

Das bedeutet, dass das erste Drittel in Ausbildung ist, das dritte Drittel mittlerweile in Pension und nur das mittlere Drittel alle beiden anderen Drittel finanziert.

Das werden wir uns als Staat, als Land, auf lange Sicht nicht leisten können. Um das zu verdeutlichen, gab es 1971 den Durchschnitt in Österreich, als man 17 Jahre in Ausbildung war, dann hat man 45 Jahre gearbeitet und dann war man acht Jahre in Pension.

Nun ist es so, dass man 21 Jahre in Ausbildung ist, nur mehr 38 Jahre arbeitet, aber dafür 22 Jahre in Pension ist. Das soll nicht emotional gewertet werden, denn es ist ein Fakt, den wir als Politik nicht ignorieren dürfen und dem wir uns widmen müssen.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man in all diesen Bereichen Reformen vorantreibt, dass man sich auf die neue VRV vorbereitet, den Landeshaushalt schon jetzt in diese Richtung treibt, um rechtzeitig die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die neue Regierung wird gefordert sein, all das umzusetzen, den Landeshaushalt in Ordnung zu bringen und vor allem Transparenz zu schaffen. Als Volkspartei werden wir der Regierung auf alle Fälle auf die Finger schauen und notwendigerweise auf das Burgenland aufpassen.

Diese beiden Berichte werden wir natürlich zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Peter Rezar.

Bitte um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorredner haben bereits sehr, sehr viel zur inhaltlichen Thematik dieser Rechnungshofüberprüfung gesagt.

Ich glaube, die Kernproblematik, insbesondere wenn man sich den österreichischen Stabilitätspakt vor Augen führt, auf den sich Bund, Länder und Gemeinden geeinigt haben, liegt im Umstand, dass man sich zwar verpflichtet hat zu beschränken, dass man allerdings keine einheitliche Vorgangsweise und sich vor allen Dingen keinen Vergleichbarkeiten unterworfen hat. Hier liegt nun die Krux.

Es gibt insgesamt 17 Haftungsobergrenzen, das spricht für sich. Wenn man sich verinnerlicht, dass zumindest zum Zeitpunkt des Jahres 2012 ein

Haftungsobergrenzenrahmen von 30,6 Milliarden Euro vorgegeben war, und de facto Haftungen von 70,4 Milliarden Euro vorgelegen sind, dann ist das mehr als eine Verdoppelung. Heißt im Umkehrschluss, dass sich die Länder an diese ihre Verpflichtung nicht gehalten haben. Hier wären die Gemeinden zu loben, die sich sehr, sehr vorbildlich an die von den Ländern per Verordnung vorgegebenen Haftungsobergrenzen gehalten haben. 8,4 Milliarden Euro waren vorgegeben. Die Gemeinden haben es auf 6,67 Milliarden Euro geschafft.

Das war auch insgesamt der Ausgangspunkt der Überprüfung des Bundes-Rechnungshofes, der sich zum Ziel gesetzt hat, die bestehenden Haftungsobergrenzen nicht nur zu erheben, sondern auch die Unterschiede aufzuzeigen und vor allen Dingen die Zielsetzungen des österreichischen Stabilitätspaktes zu beurteilen.

Die Problematik, weder Höhenobergrenzen, noch einheitliche methodische Vorgangsweisen. Das Ergebnis ist ernüchternd. 18, insgesamt 18 Rechtsakte wurden gesetzt von Bund, Ländern und Gemeinden, und das ist per se, wie Sie mir sicherlich zustimmen werden, als negativ anzusehen.

Es gibt auch einige Bundesländer, und das ist auch ein schwerwiegendes Manko, die sich lediglich auf die Kerninhalte beschränken in der Darstellung der Haftungen. Wenn ich mir nur die Haftungsobergrenzen für das Jahr 2012 vor Augen führe, für das Burgenland 460 Millionen Euro, und das südlichste Bundesland, Kärnten, 185 Millionen Euro, dann weiß man vor allen Dingen im Konnex mit der Frage des Hypo Alpe Adria-Debakels, wovon wir tatsächlich sprechen, nämlich von knapp 15 Milliarden Euro Haftungen im südlichsten Bundesland.

Bei dieser Darstellung kann jeder wirklich mit freiem Auge erkennen, dass das keine zielführende Systematik sein kann.

Daneben gibt es noch die Spezialproblematik auf die ebenfalls eingegangen wurde, dass die ganzen Ausgliederungen, Auslagerungen in den Ländern zum Teil nicht Berücksichtigung finden. Die Risikogruppen, die die Länder zusammenfassen, stellen ab auf die jeweilige Nähe zum Land.

Was natürlich auch dazu führt, dass das Risiko zwischen 0 und 100 Prozent liegen kann. Auch das gibt Freiräume, die eigentlich für alle Interpretationen durchaus einen Freiraum vorhalten.

Die Empfehlungen sind daher völlig logisch, die der Rechnungshof vorgibt. Wir brauchen eine einheitliche Indikation, sonst macht der Stabilitätspakt wohl keinen Sinn. Eine Transparenz. Man braucht natürlich auch Sanktionsmechanismen im Falle des Überschreitens und ich denke, diesen zahlreichen Empfehlungen, die ich nicht inhaltlich hier alle darstellen will, ist nichts hinzuzufügen.

Ich darf aber trotzdem sagen, dass es ein beachtenswertes Werk des Rechnungshofes ist, der sich hier in 343 Seiten mit dieser Kernproblematik befasst hat.

Wenn Sie mir gestatten, möchte ich auch auf die Follow-Up-Prüfung eingehen. Und zwar beim Vergleich der Bundesländer Burgenland und Vorarlberg. Bevor man sich mit diesem Bericht inhaltlich auseinandersetzt, sollte man in durchaus kritischer Weise die Frage aufwerfen, ob es zulässig ist, nämlich einen rein zahlenmäßigen Vergleich dieser beiden Bundesländer vorzunehmen, weil es hier gravierende Unterschiede gibt, die sich schon aus der historischen Entwicklung ergeben.

Die Bundesländer, hier im Vergleich das Burgenland, 1921 zu Österreich gekommen, Vorarlberg eigentlich ein Kernbundesland der Republik, das Burgenland

damals ohne nachhaltige Infrastruktur. Wir haben hier Aufholprozesse zu leisten, die uns heute noch begleiten, tagtäglich begleiten, wenn ich nur beispielsweise an die Schaffung der notwendigen Verkehrsinfrastruktur denke.

Ich glaube die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg, von denen Vorarlberg nicht betroffen war, während das Bundesland Burgenland hier ja mitten im Kriegsgeschehen gewesen ist, auch in Kombination mit der russischen Besatzungsmacht, die es auch nicht ermöglicht hat, dass das Bundesland Burgenland in den Genuss der Marshallplan-Hilfe gekommen ist, ist mit ein Indikator, der veranlasst, die Vergleichbarkeit hier in Frage zu stellen.

Bis 1989 war unser Bundesland ja an einer toten Grenze gelegen, das kaum Entwicklungsmöglichkeiten zugelassen hat, vor allen Dingen in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Eiserne Vorhang hat hier sicherlich sehr, sehr viel blockiert. Ihm gegenüber das Bundesland Vorarlberg in einer prosperierenden Region mit Nachbarn wie der Schweiz, Deutschland, Liechtenstein, Italien.

Hier konnten viele, viele wirtschaftliche Beziehungen aufgebaut werden, die natürlich auch zu zahlreichen Betriebsansiedlungen geführt haben. Zum infrastrukturellen Aufbau ist hier eigentlich keine Vergleichslage zulässig.

Die Europäische Union hat eigentlich das, was ich gesagt habe, deutlich unterstrichen. Der Ziel 1-Status, den unser Bundesland zugesprochen erhalten hat, ist der schlagende Beweis dafür, dass wir eigentlich über viele Jahrzehnte unter 75 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gelegen sind. Wir mussten hier natürlich auch Kofinanzierungen leisten in nicht unbeträchtlicher Höhe, auch das ist ein Umstand, der eine Vergleichbarkeit sehr schwer macht.

Bank Burgenland-Erbe, nur als Stichwort. Auch hier hat das Bundesland Burgenland aus eigener Kraft dieses Erbe abgearbeitet. Hier könnte man in einem Querverweis sagen, das war nicht immer und bei allen übrigen österreichischen Bundesländern so, weil für die Hypo Alpe Adria die Republik Österreich, also wir alle, die Haftungen übernommen haben.

Die Geographie, ein Umstand der auf den ersten Blick wahrscheinlich nicht geeignet ist hier Vergleiche heranzuziehen, aber wenn man sich eine Versorgungsstruktur zugrunde legt, dann ist die Geographie der beiden Bundesländer derartig unterschiedlich, dass es Teilbereiche gibt, wo natürlich eine effiziente Versorgung im Burgenland wesentlich kostenintensiver erscheint, als im Bundesland Vorarlberg.

Denken Sie beispielsweise an den Bereich der Krankenanstalten. Wir haben ein sehr langgestrecktes Bundesland, müssen hier fünf Krankenanstalten vorhalten. Wenn man hier Leistungsangebote schafft, dann genügt es nicht sie an einem Krankenhaus zu schaffen, weil es nicht versorgungswirksam werden würde. Während man in einem sehr kompakten Bundesland wie Vorarlberg, rein geographisch gesprochen, wahrscheinlich eine Versorgungsleistung einmal vorhalten muss, um sie versorgungswirksam zu machen für das gesamte Bundesland.

Das möchte ich nur hier anmerkend feststellen, um gleich a priori zu sagen, dass die Vergleichbarkeit äußerst schwierig ist.

Was beide Bundesländer sicherlich durchaus betrifft in der Vergleichbarkeit und auch in der Betroffenheit, ist die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, ist die hohe Arbeitslosigkeit, mit der wir konfrontiert werden und dass hier beide Bundesländer natürlich Maßnahmen ergreifen mussten, um hier gegenzusteuern. Das betrifft ja auch alle anderen Bundesländer.

Dennoch werden wir die Empfehlungen des Rechnungshofes hier sehr ernst nehmen und auch Schritt für Schritt umsetzen. Ich glaube, dass unser Heimatland Burgenland auch auf einem diesbezüglich sehr guten Weg ist. Mein Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, dass wir hier sukzessive Schulden abgebaut haben und bereits im kommenden Jahr positiv budgetieren werden und, wie unser Finanzlandesrat bereits erklärt hat, Schuldenrückzahlungen vornehmen können.

Ich glaube, das ist der Weg der Konsolidierung, das ist ein guter Weg. In diesem Sinne wird meine Fraktion diesem Bericht auch die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Helmut Bieler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst einmal danke, ich habe eigentlich noch nie so eine sachliche Abhandlung und Diskussion zu einem Rechnungshofbericht gehört wie heute.

Zweitens. Ich habe die Anregungen des Rechnungshofes aufgenommen und werde im kommenden Budget die Haftungen zum Nominalwert hineinnehmen, auch die Haftungen bezüglich der Bank Burgenland. Das bedeutet, dass wir die Haftungsobergrenze auf 2,6 bis 2,7 Milliarden Euro anheben werden, weil die Haftungen für die Bank Burgenland aktuell 1,6 Milliarden Euro sind, am Ende des Jahres niedriger sind und mit dem Jahre 2017 bis auf ein paar Kleinigkeiten völlig abgereift sind.

Ich möchte aber ganz klar festhalten, dass die Kritik des Rechnungshofes nicht darin gelegen ist, dass wir die Haftungen falsch dargestellt haben, sondern dass sie nicht innerhalb der Länder vergleichbar sind, was ich verstehe und daher nehmen wir diese Anregung auch dankend an und werden das auch tun.

Jede Bank bewertet das Risiko, das sie eingeht bei einem Darlehen, bei einem Kredit, und das haben wir auch getan. Dass die Länder unterschiedliche und die Städte unterschiedliche Zugänge haben, weil es ja in der VRV nicht geregelt war, das ist eine zweite Sache. Wir haben mit dem Herrn Minister diese VRV neu verhandelt - VRV heißt Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung - haben uns darauf geeinigt und er hat dann, wie wir meinen, nicht ganz in zulässiger Art und Weise eine Verordnung herausgegeben, nicht was die Abstimmung betrifft, sondern was die einzelnen Teile der Verordnung betrifft.

Weil er sich nicht nur auf die Form der Verordnung und auf die Form der Rechnungslegung beschränkt hat, sondern auch Inhalte vorgegeben hat, die ihm nach dem Finanzverfassungsgesetz nicht zustehen. Das werden wir uns auch von entsprechenden Experten anschauen lassen und dann möglicherweise dagegen auch berufen, was aber nichts mit der Übereinstimmung der gesamten VRV zu tun hat, sondern nur mit der Tatsache, dass die Länder es nicht zulassen können, dass der Herr Minister in die Bereiche der Länder eingreift, wo er das nicht darf.

Es bedeutet, dass wir diese Haftungen darstellen wollen und da möchte ich auch etwas dazu sagen, weil mir wieder aufgefallen ist, dass teilweise verwechselt wird Haftungen mit Maastrichtschulden, mit Kernhaushaltsschulden. Das eine sind die Haftungen, die wir eingegangen sind, die werden nicht höher, weil wir sie ja im Rechnungsabschluss sowohl im Nominalwert als auch in der gewichteten Form gehabt haben.

Wir haben aktuell nicht mehr als die 50 Prozent der Einnahmen des Landeshaushaltes an Haftungen übernommen. Aus den unterschiedlichsten Gründen. Hauptsächlich deshalb, damit diejenigen, die diese Darlehen aufgenommen haben, durch die Landeshaftung bessere Konditionen bekommen.

Jetzt gibt es einen Anschlag seitens des Herrn Ministers, wo er im neuen Heta-Gesetz die Null-Solva verändern will. Null-Solva heißt, dass es für Länder, Städte, Gemeinden, auch für den Bund beim Aufnehmen von Darlehen nicht notwendig war, dass die Banken das mit Eigenkapital unterlegen. Das will er ändern - bedeutet, dass die Haftungen der Länder nichts mehr wert sind, dass die Haftungen des Bundes offensichtlich sowieso nichts wert sind nach diesem Skandal der hier aufgetreten ist.

Aber auch, dass in der Folge dann die Kosten für die Darlehen für alle Beteiligten steigen werden, die Bonität schlechter wird, das heißt, der Finanz- und Wirtschaftsstandort Österreich schwer geschädigt wird. Das halten wir als Länder für wirklich fahrlässig und nicht in Vereinbarkeit mit der Zuverlässigkeit, die ein Staat sowohl nach außen hin als auch nach innen hin vermitteln soll.

Wir stehen dazu, dass die Maastrichtschulden dargestellt werden, um auch die Vergleichbarkeit innerhalb der Länder zu sehen. Aber es ist nicht zulässig zu sagen, Maastrichtschuldenstand ist gleich Schulden, ist gleich Verbindlichkeiten, sondern da haben wir eben bei den Haftungen diese Risikogruppen und Risikoklassen eingeführt, um zu zeigen, dass dort ein größeres Risiko, dort ein kleineres, und dort gar kein Risiko ist, weil es uns direkt betrifft.

Aus diesem Grund haben wir auch die Gelder, die wir zur Verfügung haben in der BLH, ausschließlich an Töchter des Landes vergeben, weil hier kein zusätzliches Risiko entsteht und dadurch das Geld genauso sicher ist, als wenn es im Land hier behalten wird.

Die Schulden im Kernhaushalt sind sehr wohl geringer. Wenn der Rechnungshof sagt, hier ist ein eklatantes Ansteigen der Schulden zu bemerken, dann muss ich sagen, das haben wir gemeinsam in der Regierung, im Landtag, bewusst beschlossen, um die Wirtschafts- und Finanzkrise besser meistern zu können.

Das wird hoffentlich dem Rechnungshof nicht entgangen sein, daher ist diese Kritik in dieser Form, so wie es formuliert ist, einfach nicht zulässig. Sondern da gehört schon eine Erklärung dazu, warum das so passiert ist.

Ich möchte auch festhalten, dass alle Vorgaben der VRV eingehalten wurden, was die Budgeterstellung, was die Berichterstattung und die Darstellung betrifft. Da haben wir keinerlei Abweichungen und das möchte ich ganz klar und deutlich auch noch dazusagen.

Das heißt aber, wir werden die Anregungen des Rechnungshofes annehmen. Ich werde beim nächsten Budget - was die Haftungen betrifft, diese neue Darstellung mit erhöhten Haftungsobergrenzen, das ist klar, weil wenn man die Bank Burgenland-Haftungen dazuzählt, das möchte ich noch einmal sagen, 2017 völlig abgereift sind, dass wir dann uns nur auf die Haftungen, die wir als Land direkt den Töchtern oder den anderen ausgelagerten Bereichen gewährt haben, dass wir dann diese darstellen so wie sie sind und dann kann man sukzessive die Haftungsobergrenzen auch wieder senken und die Vergleichbarkeit innerhalb der Länder ist gegeben.

Ich danke für die sehr sachliche und fachliche Diskussion und ich hoffe, dass wir die Anregungen des Rechnungshofes aber auch die Anregungen der Diskutanten hier mitverarbeiten können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Auch der Landtag bedankt sich für diesen Bericht beim Landes-Rechnungshof, der ja Organ des Landtages ist.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke. Das ist einstimmig. Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

16. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 33) betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen (Zahl 21 - 29) (Beilage 111)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 16. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 33, betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen, Zahl 21 - 29, Beilage 111.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Der Berichterstatter steht schon in Position. Bitte Herr Abgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Herr Präsident! Hoher Landtag! Uns liegt der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen vor.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich habe eine Wortmeldung. Ich darf dem Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar das Wort erteilen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie nicht lange aufhalten, weil sehr, sehr viel auch inhaltlich zu Fragen der Konsolidierung bereits zum vorhergehenden Debattenbeitrag gemacht worden ist.

Ich glaube, wenn man sich dieser Thematik ernsthaft nähert, sollte man grundsätzlich festhalten, dass es notwendig sein wird, in den kommenden Legislaturperioden strukturelle Maßnahmen zu setzen ohne Einmaleffekte, denn ansonsten wird man wahrscheinlich den sogenannten „grünen Bereich“ nicht erreichen können. Hier sind wir im Burgenland in vielen Bereichen auf einem sehr, sehr guten Weg.

Wenn ich nur daran denke, dass wir mit einem Rückgang der Finanzschulden von 3,3 Prozent-Punkten bereits konsolidierungsmäßig einen wichtigen Schritt gesetzt haben, der natürlich eine inhaltliche Fortsetzung finden muss. In den einzelnen Teilbereichen wird die Frage der Struktur und der Nachhaltigkeit von ganz entscheidender Bedeutung sein. Was bewundernswert ist in diesem Zusammenhang - und das wurde in den letzten Tagen ja auch so festgehalten -, dass es der ehemalige Bundesfinanzminister Dr. Hannes Androsch noch erleben darf, dass die heilige Blutervereinbarung doch noch Platz greift nach 41 Jahren.

Ich habe dem Herrn Landesrat Bieler schon dazu gratuliert. Ich hoffe, dass es gelingt, hier im Rahmen der zu fassenden 15a-Vereinbarung wirklich dort anzuschließen und dass es nicht wieder 41 Jahre dauert, bis das wieder umgesetzt wird, denn sonst wird der von mir Genannte wahrscheinlich nicht in den Genuss kommen, sich freuen zu können.

Was man aufgrund der Gesamtdiskussion heute auch anmerken muss und deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet, wir haben eine schwierige Periode, aus der wir uns noch nicht herausbewegt haben. Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat bedingt, dass sich alle Bundesländer in diesen Jahren von 2008 bis 2013 verschuldet haben.

Das ist überall feststellbar. War auch notwendig, vor allen Dingen im Hinblick auf die Rückdrängung der Arbeitslosigkeit. Dass hier aber der Bund hergegangen ist und den Lehrern dieses Angebot gemacht hat - und ich möchte jetzt nicht gegen diese Berufsgruppe reden, das liegt mir völlig fern -, aber völlig ohne Not hat man hier die Hacklerregelung ermöglicht; ab dem 60. Lebensjahr und zwar ohne Abschläge.

Das hat dazu geführt, dass sich gerade in unserem Bundesland fast 85 Prozent entschieden haben, dieses Angebot anzunehmen, und ich werfe das ja niemanden vor, dass er dieses gute Angebot nicht ausgeschlagen hat.

Der eine wird wahrscheinlich noch gesucht werden müssen. Aber ich denke, da hat sich der Bund nicht sehr viel überlegt, weil es geht immerhin um eine Mehrbelastung bei den Pensionen von zwei Milliarden Euro, ein nicht unbeträchtlicher Betrag. Für unser kleines Bundesland Burgenland gesprochen sind es insgesamt Erhöhungen von 37,6 Prozentpunkten oder 20 Millionen Euro an Mehrbelastungen.

Jetzt hat der Herr Finanzlandesrat schon Recht, das muss uns der Bund bezahlen, aber es ist unser aller Steuergeld und das veranlasst mich zu dieser Kritik.

Ganz abgesehen davon, dass offensichtlich in diesem Bereich, was die Ruhestandsversetzungen anlangt, kein zumindest ausgewogenes Management vorliegt, wenn man sich lange Krankenstände vor Augen führt, immer wiederkehrende Krankheitsbilder sollte man sich auch überlegen, wie man hier vernünftigerweise gegensteuern kann.

Aber das war sicherlich eine Mutwillens Aktion des Bundes, die uns alle, meine sehr geschätzten Damen und Herren, sehr teuer kommen wird.

Wir bekennen uns zu den Feststellungen des Bundes-Rechnungshofes, und daher wird meine Fraktion auch diesbezüglich die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

17.Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 76) betreffend einen Schutzschirm für die burgenländischen Vereine (Zahl 21 - 59) (Beilage 112)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen nun zum 17. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 76, betreffend einen Schutzschirm für die burgenländischen Vereine, Zahl 21 - 59, Beilage 112.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einen Schutzschirm für die burgenländischen Vereine in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einen Schutzschirm für die burgenländischen Vereine die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es besteht eine interne Vereinbarung innerhalb des Landtages unter diesem Tagesordnungspunkt 17 auch den Tagesordnungspunkt 19, Entschließung betreffend Rettung der Vereinsfeste, und den Tagesordnungspunkt 22, Entschließung von Herrn Abgeordneten Kölly betreffend Vereine, mit zu debattieren.

Wir können die Tagesordnung aber nicht verändern, sondern ich ersuche Sie nunmehr, dieser Vereinbarung auch Platz zu geben, und wir werden dann entsprechend der Tagesordnung unter diesen Tagesordnungspunkten die Berichterstattung und die Abstimmung durchführen.

Wir haben Wortmeldungen. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurde schon einige Male heute hier gesprochen von Effizienz, Schnelligkeit, Sinnhaftigkeit und Kompetenz. Aber ich denke mir, zu diesem Tagesordnungspunkt heute fehlen mir alle diese Themen. Wenn ich mir das anschaue, glaube ich, ist das eine Problematik, diese Vereinsgeschichte, die Vereinsfeste, die uns alle betreffen, die sind uns alle bekannt.

Wenn wir keine Veranstaltungen mehr abhalten können, wenn hier Freiwillige nicht mehr die Sicherheit haben, dass sie hier Vereinsfeste in Gemeinden abhalten können,

dann wird das bald auch keine diesbezüglichen Organisationen mehr geben. Und es wird auch die Freiwilligkeit komplett hintangehalten werden.

Der Landtag beschäftigt sich heute mit drei Tagesordnungspunkten zu dieser Thematik. Ich möchte es jetzt schon auch noch erwähnen, drei Tagesordnungspunkte. Ich weiß jetzt nicht, wem das bei der Organisation der Tagesordnung eingefallen ist. *(Abg. Manfred Kölly: Dem Riegler.)*

Aber Tagesordnungspunkt 17, 19 und 22. In Ordnung, jetzt ist das zwar geändert worden und wir haben das auf einen Tagesordnungspunkt zusammengefasst, aber ich frage mich überhaupt, wie man auf die Idee kommt, dass man drei Tagesordnungspunkte macht, dazwischen 18 freilässt, 20, 21 auch frei lässt und dreimal über die gleiche Thematik diskutiert.

Das ist jetzt nicht einmal das einzige Hoppala zu der ganzen Geschichte. Ich möchte doch schon hervorheben, und zwar genau zu diesem Tagesordnungspunkt haben wir, Bündnis Liste Burgenland, am 16. September einen Entschließungsantrag eingebracht. Das muss ich Euch jetzt vorlesen, weil sonst glaubt es ja keiner.

Die SPÖ/FPÖ hat am 22. September einen selbständigen Antrag eingebracht. Die ÖVP hat am 24. September einen selbständigen Antrag eingebracht. Jetzt sind nicht die Grünen, die auch einen eingebracht hätten, nein, die sind nicht da dabei, aber die ÖVP hat am 7. Oktober einen Abänderungseintrag zum SPÖ-Antrag vom 22. September eingebracht.

Die SPÖ/FPÖ hat am 7. Oktober einen Abänderer zum ÖVP-Antrag vom 24. September eingebracht. Die ÖVP hat am 19. Oktober einen Abänderungsantrag zum eigenen vom 24. September eingebracht und die ÖVP hat am 19. Oktober einen Abänderer zum Antrag von der SPÖ und vom 22. September zum eigenen Abänderer eingebracht. Also einen Abänderer vom Abänderer.

Wer sich jetzt noch auskennt, dem gratuliere ich. Das muss ich Euch sagen.

Ich glaube, dass auch kein Vereinsfunktionär für so etwas wirklich ein Verständnis hat. Wir diskutieren hier in diesen drei Tagesordnungspunkten um eine Thematik, wo ich glaube, dass wir alle auf der gleichen Seite vom Seil stehen.

Wir ziehen hier alle in die gleiche Richtung. Dass man im Vorfeld, dass wir im Vorfeld uns das wirklich so aufbereiten, das ist eigentlich lächerlich. Da lacht uns jeder draußen aus. Wenn das einer sagt, bis wir da zu einem Beschluss kommen und sieben, acht Anträge haben und es geht eh ums Gleiche, das kauft uns draußen keiner ab. Das sage ich Euch! *(Abg. Robert Hergovich: Was sagt Ihr dazu?)*

Ich komme eh dazu. Für mich ist es eigentlich jetzt dann vollkommen egal, zu welchem Antrag ich hier zustimme. Weil ob es der Antrag ist oder der Antrag, die gehen im Inhaltlichen genau ums Gleiche. Das sind ja nur Beistrich- und Punktunterschiede. Also es geht doch hier um die Rettung der Vereinsfeste und auch um die Unterstützung der Freiwilligen draußen. Damit man die nicht kriminalisiert. Damit man die nicht in eine Ecke stellt.

Ich weiß schon, dass wir das hier natürlich auf Landesebene nicht lösen können. Aber genau hier geht es jetzt darum, dass eben die Damen und Herren, dass wir einen Beschluss fassen, das Weiterleiten auf die nächste Ebene und dass genau Eure Kolleginnen und Kollegen, die auf der nächsten Ebene im Nationalrat sitzen, dann dort auch wirklich aktiv werden und etwas machen, damit man hier relativ rasch zu einer

Lösung kommt. Denn sonst kann ich Euch eines sagen, wird es bald ein Riesenproblem im Burgenland geben, alles was Vereinsfeste betrifft.

Wir werden auf jeden Fall dem Antrag zustimmen, egal was für einer kommt. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Generalzustimmung, Herr Abgeordneter.

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob Sie unsere Presseaussendung gelesen haben oder ob das jetzt Zufall ist, dass Sie ins selbe Horn stoßen. Ich möchte mich jetzt weniger beschweren, wie das alles gelaufen ist. Ich finde nur die Sache, wie wir hier eben über die Vereinsfeste und eine Lösung für ein Problem diskutieren, wäre eigentlich Ausgangspunkt einer weiteren Überlegung, nämlich wie können wir hier in diesem Landtag bei einem gemeinsamen Anliegen wirklich zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

Ich halte es für durchaus möglich, dass wir bei so einer Sache die Allparteiengespräche suchen, um gemeinsam zu einer Lösung zu kommen und gemeinsam einen Antrag zu stellen und uns dann auch in der Folge viel Hin- und Hermailerei und Schriftverkehr und Tüfteleien an Abänderungs- und Abänderungsabänderungsanträgen zu ersparen.

Das ist vielleicht sinnvoll bei Inhalten, wo wir tatsächlich in sehr unterschiedlichen Richtungen gehen und uns deswegen voneinander abgrenzen müssen. Das ist politisch auch sinnvoll, wenn man sich einmal voneinander abgrenzt. Aber in dem Fall scheint es mir auch, wie dem Kollegen Hutter, eher ein Wettlauf zu sein um den abstimmungswürdigsten Antrag und doch auch ein bisschen ein Konkurrenzdenken.

Nun könnte man natürlich sagen, ja, ihr GRÜNEN redet immer. Warum seid ihr nicht selber gekommen? Wundert mich fast, dass der Kollege Hergovich jetzt diesbezüglich nicht aufspringt. Täten wir eh gerne, nur muss man auch sagen, wir haben zwar das beste Wahlergebnis, das die GRÜNEN jemals hatten, aber Ihr habt uns halt vor einem Jahr den Klubstatus auch dafür weggenommen.

Wir haben gar nicht die Möglichkeit, uns in jedem Detailbereich derartig ausführlich und intensiv hineinzuarbeiten, die personellen Kapazitäten fehlen. Wir sind zu zweit und haben keine Angestellten, das wissen Sie alle. Das heißt, ich bitte in solchen Fällen dann doch um Nachsicht und würde mich freuen, wenn in Zukunft auch an uns herangetreten wird und wir eingeladen werden.

Wenn wir zu solchen Allparteiengesprächen eingeladen werden, werden wir die Einladung sicher annehmen. Ich hoffe sehr, dass wir eben bei nächster Gelegenheit hier zu einem gemeinsamen Beschluss kommen.

Ich möchte nur auf eine Sache schon hinweisen. Es wird mit dem Begriff der Gemeinnützigkeit sehr leichtfertig umgegangen. Es ist in einem der verschiedensten Anträge, ich weiß jetzt gar nicht mehr, welche Form ich zitiere, aber es ist auf jeden Fall eine, der Hinweis darauf, man möge bitte den Begriff der Gemeinnützigkeit sozusagen den Vereinen und der Realität der Vereine mehr anpassen.

Das halte ich für eine unsaubere Lösung. Es ist schon sehr wohl überlegt, was mit diesem Begriff definiert ist und wann ein Verein ein gemeinnützig Tätiger ist und es kann

nicht jede beliebige Vereinstätigkeit, weil es irgendwie eh für viele Leute nett ist, als gemeinnützig definiert werden.

Ich fände es zum Beispiel höchst problematisch zu sagen, eine parteipolitische Jugendorganisation, die Feste feiert, ist deswegen gemeinnützig, weil das ist ja für alle Jugendliche nett. Also das wäre für mich doch - und mir ist es genauso erklärt worden - eine sehr oberflächliche Sichtweise.

Ich möchte schon auch, dass wird diesen Begriff der Gemeinnützigkeit nicht im Landtag definieren, sondern der ganz woanders definiert wird, in seiner Sinnhaftigkeit ernst nehmen und genau darauf schauen, wo fällt ein Verein noch hinein und wo eben nicht.

Das andere ist: Wie können die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei einem Vereinsfest rechtlich und versicherungstechnisch so abgesichert sein, dass man nicht ins Kriminal kommt und dass auch niemandem etwas passiert?

Ich bitte Sie, diese beiden verschiedenen Stränge der Diskussion auch auseinanderzuhalten, weil wir sonst das Kind mit dem Bade ausschütten und das auch schade darum wäre.

Welchem Antrag wir zustimmen, werden wir dann sehen, welcher wann zur Abstimmung kommt. Ich bin darauf schon sehr neugierig. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter.

Sie sind am Wort Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht zu Beginn zwei konkrete Beispiele nennen oder kurz erwähnen, um die Problematik der Sache darzustellen.

In meiner Heimatgemeinde gibt es einen Sportverein, Fußballverein, der alljährlich ein großes Zeltfest veranstaltet. Das ist immer das erste Fest nach der - ich sage einmal - Winterpause. Hat immer großen Erfolg und der Erlös dieses Festes wird normalerweise für die Verpflichtung von zwei bis drei ungarischen Spielern verwendet, um in der letzten Klasse, das ist die zweite Klasse B-Süd, vom achten auf den sechsten oder fünften Tabellenrang vorzukommen. Das stelle ich einmal in den Raum.

Das zweite Beispiel in derselben Gemeinde, die Feuerwehr eines Ortsteiles veranstaltet jährlich ein einziges Fest. Das ist ein Waldfest. Das ist immer im Juli. Und da war jetzt eine Überprüfung des Festgeländes, und es wurde bei der Veranstaltungsstätte festgestellt, es muss ein behindertengerechter Zugang sein, Klos und - man höre und staune - diese Ausschankhütten, die es da gibt, die mussten verstärkt werden, aufgrund der berechneten Schneelast. Ja, die Optik ist natürlich schlecht und es ist ein bisschen ungut - wie gesagt, diese Veranstaltung findet immer im Juli statt - und die Begründung mit der Schneelast ist natürlich ein bisschen absurd.

Ich glaube, alle werden jetzt verstehen, dass beides nicht ganz in Ordnung ist. Ich nenne es einmal so. Obwohl ich annehme, dass die meisten von Ihnen Bescheid wissen über die prinzipielle Sachlage, möchte ich das ganz kurz zusammenfassen. Wenn jemand eine gewerbsmäßige gastgewerbliche Tätigkeit ausführt, dann muss er normalerweise bei der Bezirksverwaltungsbehörde um ein Gastgewerbe ansuchen. Ausnahmen sind: Körperschaften des öffentlichen Rechts, gemeinnützige - weil das gerade gefallen ist - Vereine, mildtätige und kirchliche Vereine.

Die Wirte Vereinigung, die berühmte, beziehungsweise der Fachverband des Gastgewerbes in der Wirtschaftskammer, die kritisieren jetzt folgende Dinge:

Erstens sagen sie, es muss fairer Wettbewerb herrschen. Das heißt, die Vereine müssen ihre Gemeinnützigkeit quasi beweisen und es reicht nicht, wenn in den Statuten zum Beispiel der Begriff „gemeinnütziger Verein“ steht.

Das Nächste ist, sie sagen, auch die Vereine müssen sozialversicherungsrechtliche, gewerberechtliche, baurechtliche Vorschriften, Maßnahmen einhalten, damit ein fairer Wettbewerb - wie gesagt - gegeben ist.

Die Vereine selbst halten dem entgegen, dass sie auf Gemeinschaft pochen, auf Freiwilligkeit, dass sie ehrenamtlich ihre Tätigkeit ausführen und mit der gesetzlichen Lage quasi überfordert sind.

Jetzt komme ich wieder zurück auf mein erstes Beispiel mit dem Fußballverein. Die Funktionäre sagen schön langsam, für mich ist das zu kompliziert, zu schwierig. Außerdem bin ich nicht bereit, mich da auf irgendwas einzulassen. Es könnte sein, ich muss mit meinem Vermögen haften. Ich könnte zur Verantwortung gezogen werden und legt sein Amt zurück.

Dann hilft es auch nichts, wenn ich 20 Spieler habe, wenn ich keine Funktionäre habe, keinen Vorstand, wie jeder weiß, gibt es auch keinen Verein mehr.

Das soll eigentlich verhindert werden, denn die Vereine stehen wirklich für Gemeinschaft. Sie stehen für einen wesentlichen sozialen Faktor in der Gemeinde. Eine Lösung - ich sage es ganz ehrlich - wird nicht so einfach sein.

Ich sehe vielleicht drei Punkte, die wichtig wären. Entgegen der Aussage vorher von der Kollegin Petrik glaube ich schon, dass die Gemeinnützigkeit genau definiert werden sollte. Das ist natürlich schwierig. Das ist schwierig, das sehe ich ein, aber es müsste dieser Punkt geklärt sein - gesetzlich.

Das Zweite ist, dass man die Gesetze und Regelungen vereinfacht, dass sie auch für den einfachen Normalbürger verständlich, überschaubar sind und schließlich finde ich noch den dritten Punkt, der in unserem Abänderungsantrag steht, die Installierung einer Info-Hotline für recht vernünftig, wo sich jeder Verein kurzfristig erkundigen kann, nachfragen kann. Was ist notwendig? Was darf ich? Was darf ich nicht?

Aber ich bin der Meinung, dass es sicher nicht so einfach ist, wie es auf den ersten Blick aussieht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Was tun wir jetzt? Du hast nicht gesagt, was wir tun sollen. Was wir machen sollen, die Lösung!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung stammt vom Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Gemeinschaft, für die Politik, für die Kirche, für die Bildung, für die Familie, für die Kultur, für die Umwelt, für den Sport, für die Zukunft, für uns alle, meine geschätzten Damen und Herren, betätigen sich unzählige Menschen in unserem Land. Sie betätigen sich ehrenamtlich, freiwillig und unentgeltlich. Und es ist für mich ein irrsinnig großer Ausdruck einer gelebten Solidarität. Unser Gemeinwesen lebt davon, dass es Menschen gibt, die an der Gestaltung unseres Gemeinwohls mitwirken.

Gerade dieses ehrenamtliche Engagement hat bei uns im Burgenland eine lange und vor allem eine großartige Tradition. Egal ob jung oder alt, egal ob Schüler, Lehrling

oder Student. Bei uns wird generationenübergreifend in Vereinen angepackt und gearbeitet. Vereine sind eine Schule fürs Leben. Der Zusammenhalt ist es, der unsere Vereine im Burgenland stark macht und auszeichnet. Landauf, landab bilden Vereine eine starke Säule in unserer Gesellschaft und gehören schlicht und einfach zur burgenländischen Identität. Sie sind Lebensadern in der Dorfgemeinschaft. Sie sind Lebensadern in der Dorfkultur.

Als ÖVP-Jugendsprecher möchte ich schon betonen, Frau Kollegin Petrik, dass insbesondere junge Menschen in Jugendorganisationen, egal ob politisch oder nicht politisch, Rückhalt finden und ein Gemeinschaftsgefühl erleben. Ich glaube, dass gerade das eine wichtige Erfahrung für die persönliche Entwicklung eines jungen Menschen ist.

Bei all dieser positiven Betrachtungsweise stelle ich nun ganz bewusst die Frage, wie unser Burgenland eigentlich ohne dem Ehrenamt aussehen würde? Gäbe es diese zwischenmenschliche Wärme, die wir erleben? Gäbe es das große gesellschaftliche Angebot? Und würde die ehrenamtliche Hilfe in Notsituationen funktionieren?

Ich persönlich glaube nicht, denn unsere Gesellschaft wäre in der Tat um einiges ärmer, wenn es kein Ehrenamt gäbe. Unser Gemeinwesen wäre nicht denkbar, wären es nicht die vielen Menschen, die aus freiem Entschluss bereit sind, sich in den Vereinen zu engagieren.

Wenn man sich nun die Ereignisse und die Entwicklungen der vergangenen Wochen und Monate rund um unsere Vereine ansieht, dann kann ich nur mit Schrecken und Angst festhalten, das Vereins-, das Jugend- und Kulturleben droht auszusterben, droht abgeschafft zu werden.

Wir sind am besten Weg dorthin, unsere Identität aufzugeben und unser Land arm werden zu lassen. Wir sind am besten Weg dorthin, den Menschen die Lust wegzunehmen, sich freiwillig zu engagieren, Verantwortung für unsere Gesellschaft zu übernehmen. Das ist meiner Meinung nach ein riesengroßer Fehler. Der Grund dafür - es wurde schon thematisiert - sind Anzeigen. Anzeigen, die jene treffen, die ihren Beitrag an die Gesellschaft zurückgeben wollen. Als Folgewirkung dieser Situation droht - wie ich schon erwähnt habe - eine sinkende Bereitschaft, in Vereinen Verantwortung zu übernehmen.

Es droht uns ein Vereinssterben mit einer gravierenden Auswirkung für unsere Gesellschaft und das obwohl gerade dieses Vereinsleben ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft ist.

Meine geschätzten Damen und Herren, es kann nicht sein, dass das ländliche Leben gesellschaftlich und wirtschaftlich beschädigt wird sowie Freiwillige kriminalisiert werden. Es muss möglich sein, dass ein Dorfverein Aktivitäten auf unbürokratische Weise abhält und ein rechtlicher Korridor geschaffen wird, der mit Maß und Ziel Aktivitäten innerhalb von Vereinen ermöglicht.

Es muss möglich sein, eine gemeinsame Lösung von Vereinen und der Wirtschaft zu erreichen. Eine Lösung, um langfristig sowohl die Existenz von Wirtshäusern, als auch das Bestehen von Vereinen zu gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es muss genauso möglich sein, meine geschätzten Damen und Herren, jene schwarzen Schafe, die unter dem Deckmantel des Vereinswesens nach großen Profiten gieren, in die Verantwortung zu bringen. Denn ich möchte nicht, dass irgendwann die Gemeinschaft eine untergeordnete Rolle bei uns spielt und dass ehrenamtlich Engagierte ständig gegen den Strom ankämpfen müssen.

Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, sich ehrenamtlich in den verschiedensten Lebensbereichen zu engagieren, ist im Burgenland außerordentlich groß. Unzählige Menschen setzen sich für die Gemeinschaft ein, und gerade deswegen erwarte ich mir von dieser rot-blauen Landesregierung, endlich ernsthafte Bemühungen zu zeigen, um diese Situation zu entschärfen. Wenn sie weiterhin ihre Rolle dahin sehen, als Trittbrettfahrer zu dienen, dann wird unser Land arm ausschauen - wie ich vorher schon erwähnt habe - und sie werden es verantworten müssen.

Denn bis dato hat man das Gefühl, dass Sie, meine geschätzten Damen und Herren auf der Regierungsbank, keine Ahnung haben, worum es bei dieser Diskussion wirklich geht. *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Gerade jetzt braucht es eine Position der Vernunft, keine Polemik, kein Verschieben der Verantwortung, sondern wirkliche Bemühungen in Richtung einer anständigen, fachlichen und einer sachlichen Lösung im Sinne unserer Vereine, im Sinne unserer burgenländischen Identität. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es gilt, die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Bestand von unseren Wirtshäusern, aber auch die Existenz der Vereine zu sichern. Aufgrund der schwammigen Schuldzuweisung der SPÖ und der FPÖ in Richtung der Wirtschaftsvertretung, werden wir dem Hauptantrag nicht zustimmen und einen Abänderungsantrag einbringen.

Ich darf nun zum gegenständlichen Antrag einen Abänderungsantrag einbringen: „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dahingehend einzusetzen, dass die rechtlichen Bestimmungen für Vereine und die Durchführung von Vereinsveranstaltungen und Vereinsfesten übersichtlicher gestaltet werden und der rechtliche Rahmen folglich besser überschaubar und administrierbar ist.“ *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Patrik Fazekas übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, er wird daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen.

Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Vereine im Burgenland stehen enorm unter Druck. Eine Anzeigeflut ist über unsere burgenländischen Vereine hereingebrochen.

Viele Vereinsfeste werden und wurden auch schon in jüngster Vergangenheit abgesagt. Vereinsfunktionäre haben Angst vor Strafen, oder auch vor deutlich hohen Nachzahlungen, die drohen und zum Teil auch schon eingefordert wurden, sodass das Vereinsleben wirklich gefährdet ist.

Der Auslöser ist bekannt, wir alle kennen ihn. Es ist ein Verein - Bündnis der Gastronomie Austria -, der hier mit Anzeigen, vor allem im Burgenland, aber auch in Teilen Niederösterreichs und Teilen der Steiermark agiert. Im restlichen Österreich ist dieses Problem in dieser Art nicht signifikant.

Die Rechtslage ist undurchsichtig, das sehe ich ein wenig anders wie die Kollegin Petrik. Die Rechtslage ist undurchsichtig und für unsere Vereine jedenfalls unpraktikabel. Ich habe in der letzten Zeit mit sehr vielen Juristen über diese Thematik gesprochen und fast alle Juristen hatten hier die gleiche Meinung. Die Fülle an Vorschriften ist kaum mehr

durchschaubar. Da frage ich mich, wie das Vereinsobmänner handhaben sollen? Wie sollen sich unsere Vereinsobleute hier auskennen?

Klar ist, wer den Vereinen schadet, der schadet auch der Gesellschaft und vor allem dem ländlichen Raum, den wir hier im Burgenland vorfinden. Ein ländlicher Raum ohne Vereine, das dürfen wir uns überhaupt nicht ausmalen.

Vielleicht einige Zahlen dazu, weil man immer so abstrakt von der Vereinstätigkeit spricht. Im Burgenland sind rund 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländer in Vereinen tätig. Sie sind in rund 5.000 Vereinen registriert. Das Angebot reicht von Sozial-, Sicherheits-, Jugendbereichen und das alles wäre nicht möglich, wenn wir unsere Vereine nicht hätten.

Wir können auch wirtschaftlich auf unsere Vereine nicht verzichten und auch hier habe ich wieder einige interessante Zahlen, denn laut dem Freiwilligenbericht des Sozialministeriums leisten 3,3 Millionen Freiwillige in Österreich 15,5 Millionen Arbeitsstunden pro Woche mit einem Wert von 134,2 Millionen Euro.

Bricht man das auf das Burgenland herunter, so kann man feststellen, dass die fast 100.000 Freiwilligen mehr als 420 Wochenstunden mit einem Wert von 3,6 Millionen Euro leisten. Rechnet man das auf ein Jahr auf, so ist das ein Wirtschaftszweig von zwei Millionen Euro, den hier die Vereine im Burgenland beitragen. Ein Wirtschaftsmotor der Sonderklasse also, was hier unsere burgenländischen Vereine leisten, auch ein volkswirtschaftlich großer Beitrag. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ohne das Vereinsleben würde vieles in unserem Land fehlen beziehungsweise müsste auch der Steuerzahler einspringen. Beispielsweise unsere Freiwilligen Feuerwehren, wenn diese die Feste nicht mehr durchführen können, so wird die Gemeinde, also wieder die öffentliche Hand, einspringen müssen. Ich glaube, das wollen wir alle nicht in diesem Ausmaß.

Vereine dürfen also nicht - und ich betone „nicht“ - mit gewinnorientierten Betrieben gleichgestellt werden, auf das legen wir ganz besonders Wert. Sie arbeiten unentgeltlich, sie arbeiten ehrenamtlich und nicht in ihre eigene Tasche, sondern für den Gemeinzweck und sind nicht auf privaten Gewinn orientiert. Das ist der wesentliche Unterschied und da differenziert der Herr Finanzminister nicht.

Die Durchführung von Festen ist oft die einzige Möglichkeit, mit der Vereine ihre Aktivitäten finanzieren können und ich sage ganz klar, wer das behindert, der schneidet den Vereinen die Luft zum Leben ab.

Das muss uns allen bewusst sein, was das für Auswirkungen im Burgenland haben könnte. Es schadet auch der Wirtschaft, es schadet den Zulieferbetrieben, es schadet letztendlich auch der Gastronomie.

Ich möchte da etwas klarstellen: Da wird oft in Zeitungsartikeln und in Sonntagsansprachen von der harten Konkurrenz der Vereine zu Gastgewerbebetrieben gesprochen.

Ich habe mit vielen Dorfwirten gesprochen, die sehen das völlig differenziert, die sehen das völlig anders. Denn die sagen, zu mir ins Gasthaus kommen im Wesentlichen die Vereine, die die Weihnachtsfeiern, andere Feiern bei mir abhalten. Zu mir kommen jene, die auch in den Vereinen tätig sind, nach der Sitzung ins Lokal und sind da und konsumieren.

Dieses Märchen, dass Vereine die Wirte gefährden, das halte ich für unangebracht. Die Wirte brauchen die Vereine und die Vereine brauchen auch die Wirte, beispielsweise

um auch ihre Sitzungen und Weihnachtsfeiern und andere Festivitäten, Ehrungen und dergleichen abzuhalten.

Vordergründig schaut es so aus, als wären sich alle Parteien hier einig. Wenn wir die Überschrift lesen, dann werden alle Parteien hier sagen, ja, das sehen wir auch so, das können wir unterschreiben. Aber der Teufel liegt, wie so oft, im Detail.

Dazu habe ich heute auch schon die eine oder andere Wortmeldung gehört, denn ich habe schon den Eindruck, dass die ÖVP ein Schattenboxen mit sich selber führt. Denn die Anzeigenflut wird immer mit großem Applaus des ÖVP-Wirtschaftsbundes begleitet. Jetzt weiß ich schon, jetzt stellt sich die JVP her und sagt, ein Wahnsinn ist das mit unseren Vereinen, wir werden als JVP auch angezeigt. Ja, in Ordnung, dann setzt euch in der ÖVP zusammen, werdet euch einig, der Wirtschaftsbund mit den anderen Bünden, und dann, glaube ich, kann man da schon ordentlich darüber reden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber, nicht nur der Wirtschaftsbund hat sich hier deklariert, sondern auch die Wirtschaftskammer hat sich geoutet.

Ich habe diesen Artikel mit, von diesem Montag, *(Der Abgeordnete Robert Hergovich hält einen Zeitungsartikel in Händen.)* und da gibt es ja bekanntlich auch Berührungspunkte mit der ÖVP und da wird auch hier im Kurier vom Spartenobmann relativ klar formuliert, dass er sich eine Verschärfung der Rechtslage zu Lasten der Vereine wünscht. Das wird hier gefordert. Der JVP-Vorsitzende von Niederösterreich - ich kann Ihnen das gerne weiter dann geben - sagt, da hat er auch Verständnis und da sollte man auch daran arbeiten.

Das heißt, wenn man sich jetzt hier her stellt und sagt, diese rot-blaue Regierung sollte die Thematik angehen, dann frage ich mich, was sagt eigentlich die Familie der ÖVP dazu, denn sie haben eines verkannt, denn das sind alles Bundesmaterien und da gibt es einen, der zuständig ist und das ist der Finanzminister, der das noch mit Erlässen erschwert.

Meine Damen! Meine Herren! Überschriften sind bald da, da kann man bald zustimmen, der Teufel liegt im Detail und da differenzieren wir uns deutlich. *(Beifall bei der SPÖ)* Welche Auswirkung diese Anzeigeflut hat, das werden wir wahrscheinlich erst im nächsten Jahr sehen, nämlich, welches Ausmaß hier an einem Vereinssterben droht.

Dann gibt es wahrscheinlich keine Martini-Veranstaltung mehr, keine Adventveranstaltung oder Ostern oder ich möchte gar nicht vom Sommer sprechen, von den vielen Vereinsfesten, die hier im Burgenland durchgeführt werden.

Das hat auch Auswirkungen auf den Tourismus, denn viele Vereine machen tolle Tourismusveranstaltungen. Wenn die das nicht mehr tun, fehlen Angebote, und was das bedeutet, wissen wir - weniger Gäste.Das wiederum wirkt sich auf unsere Wirtschaftskraft, auf das Wirtschaftswachstum aus.

Daher lassen Sie uns eine klare Botschaft an den Bund schicken, werfen wir unseren Vereinen auch einen Rettungsring zu, sorgen wir für einen Schulterschluss aller Parteien. Wir haben uns in den letzten Monaten sehr intensiv mit Lösungen beschäftigt. Jetzt habe ich von der ÖVP gehört, Rot-Blau soll da etwas tun, aber was sie eigentlich selber wollen, haben sie nicht definiert.

Wir haben uns mit dieser Problematik sehr intensiv auseinandergesetzt und ich möchte auch einige Ansatzpunkte nennen: Wir wollen erstens, dass ehrenamtliche Vereine nicht wie wirtschaftliche Betriebe behandelt werden, weil sie unentgeltlich und für das Allgemeinwohl tätig und nicht auf den eigenen Profit ausgerichtet sind. Zweitens wollen wir den Status der Gemeinnützigkeit viel klarer und fairer definiert sehen, denn die

derzeitige Definition stammt aus dem Jahre 1962 und seither hat sich vieles in der Struktur verändert.

In diesem Bereich besteht höchste Rechtsunsicherheit für die Vereine und diese Unsicherheit müsste man beseitigen. Wir wollen daher, dass die Gemeinnützigkeit unter dem Motto ganz einfach „was der Gemeinschaft grundsätzlich nützt, das sollte auch gemeinnützig sein!“ - rechtssicher geregelt und großzügiger gefasst wird. Da ist es jetzt vollkommen egal, ob das der Volkstanzverein oder der Kirchenchor ist, der hier aktiv ist und auch kleine Veranstaltungen in allen Gemeinden macht. Wir wollen drittens, dass Vereine, die die Gemeinnützigkeit haben, nicht drei sondern fünf Tage Veranstaltungen machen dürfen. Das ist eine deutliche Ausweitung. Ja, das stimmt!

Denn wenn man hier rigoros kontrollieren würde, dann fällt vom Kirchenchor auch das Adventfenster hinein und so fort und da kommt man ganz schnell in eine Situation, die man wahrscheinlich nicht haben will.

Wir wollen viertens angesichts der komplizierten Rechtslage auch eine Service-Hotline für Vereinsfunktionäre, wo sich Vereinsfunktionäre, die verunsichert sind, hinsetzen können, anrufen können und sich erkundigen können und informieren können.

Der Bund ist zuständig und daher kann nur dieser One-Stop-Shop im Bund eingerichtet werden und alles zusammenfassen. Das ist auch unser Verständnis von Politik, denn wir wollen nicht nur fordern und sagen, dass die da oben etwas machen sollen, sondern wir versuchen auch, konstruktive Lösungen anzubieten. In diesem Sinne werden wir unserem Antrag natürlich gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Diskussion, und das muss man offen bekennen, ist zum Teil an Scheinheiligkeit nicht zu übertreffen.

Alles, was an gesetzlichen Gegebenheiten zum Vereinswesen, zu den Gegebenheiten steuerlicher Ausführungen vorhanden ist, ist ja nicht erst seit gestern vorhanden, sondern hat eine langatmige Geschichte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das, was sich geändert hat, dort, wo die Diskussion jetzt quasi ans Eingemachte geht, weil die Vereinsfunktionäre zu Recht sagen, dass sie das quasi in der Belastung sich nicht gefallen lassen und auch den Schlussstrich unter diese Diskussion setzen wollen, besteht in der Ausführung, weil es eine Organisation gibt, das ist ja auch schon wieder so eine Hilfssituation, nicht direkt anzeigen, sondern eine Konstruktion gewählt, die quasi Anzeigen erstattet, um diesem Sachverhalt, egal welcher Art und Weise, kritisch zu begegnen und was sich in den letzten zwei Jahren zugetragen hat, auch in der Strafsituation auszuführen.

Wir haben bei Vereinstiteln, bei Sportvereinen im Speziellen mittlerweile nicht nur Prüfungen von Gebietskrankenkasse und Finanzamt, sondern inzwischen hat die Gebietskrankenkasse an das Finanzamt abgetreten und das Finanzamt prüft für die Gebietskrankenkasse Vereinssituationen und setzt auch dort die entsprechenden Nachzahlungen an, wobei es hier auch zu Vorkommnissen, wie mir erzählt wird, kommen soll, das quasi die Vorschreibungen zu hoch angesetzt werden, auf der anderen Seite

dann in der Folge ein Kompromissantrag gestellt wird: Wenn du die Hälfte bezahlst, aber gleichzeitig unterschreibst, dass du dagegen nicht kritisch oder rechtlich vorgehst, dann bekommst du nur die Hälfte in der Vorschreibung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da wird also Schindluder betrieben, da wird nach verschiedensten Gegebenheiten agiert - und das quasi auf dem Rücken der Vereinsfunktionäre. Hier, und da stimme ich mit meinen Vorrednern überein, wird mit jenen, die ehrenamtlich, freiwillig und mit der Zurverfügungstellung von Arbeitssituationen für unser Vereinswesen aktiv sind, nicht richtig umgegangen.

Rein sachlich bezogen auf die Gemeinnützigkeit oder auf das, was bisher die Grundlage dieser kritischen Auseinandersetzung ist, gemeinnützig, mildtätig oder kirchlich ausgerichtete Vereine verfolgen steuerbegünstigte Zwecke.

Voraussetzung für die Gemeinnützigkeit von Vereinen ist eine Förderung der Allgemeinheit, denn erst mit dem Erlangen einer Fördersituation gewinnt man auch den Status der Gemeinnützigkeit in der Umsetzung. Eine Förderung der Allgemeinheit ist dann anzunehmen, wenn der Verein das Gemeinwohl auf geistigem, kulturellem, sittlichem oder materiellem Gebiet selbstlos fördert.

Der Verein erfüllt also keinen Eigennutz, sondern er stellt ja seine Situation der Allgemeinheit wieder zur Verfügung und daraus abgeleitet ergeben sich verschiedene Sachen. Ich möchte nur, damit wir dieser Diskussion auch die richtige Bewertung geben, die aktuellen steuerlichen Neuerungen für gemeinnützige Vereine seitens des Finanzministeriums vortragen.

Hier lautet der Einstiegstext folgendermaßen: Freibetrag für begünstigte Zwecke: Der Freibetrag für Begünstigte wurde ab der Veranlagung für das Jahr 2013 durch Bundesgesetz von 7.300 Euro auf 10.000 erhöht - welche Gnade!

Abgrenzung - und jetzt wird es schon wieder gemeingefährlicher - großes und kleines Vereinsfest: Für die Beurteilung, ob ein Vereinsfest einen entbehrlichen Hilfsbetrieb - einen entbehrlichen Hilfsbetrieb (kleines Vereinsfest) oder einen begünstigungsschädlichen Geschäftsbetrieb - begünstigungsschädlichen Geschäftsbetrieb (großes Vereinsfest) darstellt, ist grundsätzlich darauf abzustellen, ob das Fest ausschließlich von den Vereinsmitgliedern getragen wird. Die Zahl der Besucher ist dabei nicht von Belang.

So geht es in der Definition anstandslos weiter. Diese Diskussion zu führen, ist mit Sicherheit nicht einfach. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir alle sind uns - und das haben auch die Wortmeldungen bewiesen - darin einig, dass das Vereinswesen eine Grundlage unserer Gesellschaft bildet und jeder Freiwillige, der seine Zeit - auch gegen die Familie - für einen Verein opfert, gehört entsprechend unterstützt und gehört mit allem, was uns zur Verfügung steht, auch begünstigt.

Dass er es nicht im Eigennutzsinne tut, sondern für die Allgemeinheit, drückt sich auch in der Begriffsdiskussion auf Mildtätigkeit oder Gemeinnützigkeit aus.

Wir sollten aber auch zur Kenntnis nehmen, dass wir mit einer Antragsstellung auf den Bund die Veränderung nicht direkt herbeiführen können. Wir sollten uns aber auch bewusst werden, dass wir in dieser Sache die Vereinsfunktionäre, angefangen von den Obmännern bis zu den Kassieren, nicht durch irgendwelche Schulungen unterstützend hilfreich begünstigen können, sondern wir sollten ihnen eine Rechtsgrundlage schaffen, auf die bezogen sie dann ihre gesamte Darstellung auch aufbauen können.

Alles, was Begünstigungen anlangt, ist in finanzieller Hinsicht nur vorgeschoben, denn die Wertigkeit dessen, was das Vereinswesen anbelangt, erklärt sich augenscheinlich nicht nur für mich, sondern für uns alle und für die Burgenländerinnen und Burgenländer darin, dass die Menschen dieses Opfer, diese Freude, diesen Enthusiasmus, diese Empathie dafür aufbringen, für den anderen etwas leisten zu wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das sollten wir auch durch rechtliche Rahmenbedingungen, die der Bund zu erlassen hat, klar und deutlich sicherstellen. Zum zweiten möchte ich nur noch den Hinweis geben, dass es einen Unterschied zwischen dem gibt, was jetzt steuertechnisch der Fall ist, zu dem, was das Veranstaltungsgesetz, das wir hier beschlossen haben, ausmacht. Bei diesem Veranstaltungsgesetz gibt es seit Jahren die Differenzierung, dass sie quasi innerhalb der Bezirkshauptmannschaften unterschiedlich auf das Burgenland gehandhabt wird. Dem gehört Einhalt geboten.

Hier gehört eine klare Grundlage und Richtlinie für alle Bezirkshauptmannschaften in der Umsetzung auch gegeben, damit es zu keinen unterschiedlichen Behandlungen kommt. Auf der anderen Seite gewisse Auflagen, ob es jetzt die Schneelast ist, wie auch immer, speziell auch nach dem Veranstaltungsgesetz, nach der Widmung auf die Veranstaltungsstätte, die durchaus manchmal mehr als von Nöten sind, weil es sich dort auf Jahre hin auf eine gewisse Art und Weise eingebürgert hat, sich auf diese Richtlinien zu berufen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist aber, dass diese Auflagen erfüllbar sein müssen, dass sie nicht überborden. Das ist das Gleiche jetzt in der Darstellung. Wir sind hier gefordert. Diese Forderung, die gilt allgemein in der einen Perspektive bezogen auf den Bund, andererseits aber auch auf das Burgenland, auf uns als Gesetzgeber, damit die Vereinskultur im Burgenland nicht ausstirbt, was in der Regel, und das hat ja auch niemand geglaubt, die letzten drei Jahre bewiesen wurde, weil sich einige Sportvereine - vor allem Fußballvereine - nicht nur vom aktuellen Spielbetrieb zurückgezogen haben, quasi mit der Auflage, sie warten auf bessere Zeiten, sondern sie setzen auch dort an, dass sie sich als Verantwortliche für eine in der Freiwilligkeit und in der Funktion für die anderen nicht kriminalisieren lassen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN und der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Ich bitte um Ihre Wortmeldung, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist ein sehr emotionales. Die Volkspartei ist die einzige Kraft, die einerseits das Sprachrohr der Vereine ist und auf der anderen Seite das Sprachrohr der Wirtschaft. Deswegen haben wir die Kompetenz, hier die Lösung herbeizuführen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Wolfgang Sodl: Also, auf das wäre ich jetzt nicht gekommen! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Auch wenn es die SPÖ nicht wahrhaben will.

Liebe KollegInnen! Die Gleichstellung von Vereinen und Unternehmern, das wollen wir nicht. Das ist klar. Darüber brauchen wir gar nicht diskutieren und die Wertigkeit der ehrenamtlichen Arbeit braucht man uns als ÖVP und als JVP überhaupt nicht vorwerfen.

Die Junge ÖVP im Burgenland investiert gemeinsam mit vielen anderen Vereinen so viele tatkräftige Stunden, dass unsere Dorfkultur und unser Dorfleben erhalten bleibt.

Gleichzeitig ist die Diskussion über die Gemeinnützigkeit sehr zwiespältig. Das ist eine fachliche Diskussion und in diesem Haus wohl keine politische, weil sich, glaube ich, keiner so intensiv mit dieser Thematik beschäftigt hat, um sachlich diskutieren zu können.

Herr Kollege Hergovich! Ich möchte nur sagen, dass beispielsweise der Volkstanz sehr wohl unter die Gemeinnützigkeit fällt, oder beispielsweise der erwähnte Kirchenchor ohnehin unter die kirchliche Tätigkeit fällt.

Also sind diese beiden Vereinszwecke ohnehin schon gemeinnützig.

Betreffend der Hotline und der Vereinsbetreuung möchte ich sagen, dass das seit mittlerweile einem halben Jahr unser Anliegen ist. Wir versuchen mit der Plattform „Rettet das Vereinsfest“, mit unserer Arbeitsgruppe, mit Experten, in Richtung einer gemeinsamen Lösung vorzugehen.

Wir sind schon große Schritte gegangen. Das ist ein großer Vorteil. Man muss wissen, oder jene, die sich damit beschäftigt haben wissen es: Die Steuergesetze gibt es seit über 30 Jahren - „Wo kein Kläger, da kein Richter“ war bisher die Praxis.

Jetzt haben wir einen Richter und jetzt müssen wir uns darauf konzentrieren, dass wir das Gesetz dahingehend ändern und auch die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Vereinsveranstaltungen wieder ohne gröbere Probleme stattfinden können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, klar ist auch, und das hat der Herr Kollege Steier mir vorweggenommen, dass das Veranstaltungsgesetz Landessache ist. Wenn man an diesen Schrauben drehen möchte, dann könnten das die Regierungsparteien mit ihrer Mehrheit im Landtag schon längst umsetzen. Also nur so viel zu „groß reden und nichts umsetzen“. *(Abg. Manfred Kölly: Nur so eine Frage. Wer ist denn von Euch da dabei? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir als ÖVP haben in den letzten zwei Wochen 150 Funktionäre, Vereinsobleute und Mitglieder, dahingehend aufgeklärt, wie es zurzeit das Gesetz vorsieht und wir haben auf Bundesebene in der Wirtschaftskammer, mit dem Wirtschaftsbund, schon harte Gespräche geführt. Wir sind auf einem Weg zu einer Lösung. Natürlich ist es eine Parteilösung in der ÖVP. Da werden wir dann den Koalitionspartner brauchen. Bis jetzt frage ich mich aber schon, wo die SPÖ auf Bundesebene Initiativen ergriffen hat?

Ihr stellt Euch her und redet groß, dass Ihr die Vereine retten werdet. Außer eine allgemeine Entschließung zu fassen, ist bis jetzt nicht viel passiert. Man muss fachlich und sachlich bleiben. In der Schiene „Gemeinnützigkeit der Vereine“ ist im Prinzip im Gesetz alles definiert.

Wobei ich bei der Mehrheit dieses Hauses wahrscheinlich bin, dass wir diese gesetzlichen Bestimmungen dahingehend vereinfachen müssen, dass ein normaler Vereinsobmann das Gesetz lesen und einfach anwenden kann.

Es gibt aber in der Gemeinnützigkeitsschiene trotzdem die große Frage der Mitunternehmerschaft. Das heißt, wenn ein Wirt gemeinsam mit einem Verein etwas veranstaltet, ist es per Gesetz zurzeit so, dass es automatisch ein großes Vereinsfest wird, und der Verein voll steuerpflichtig wäre.

All das wollen wir nicht. Dementsprechend müssen wir den Erlass des BMF adaptieren lassen. Das ist eine Diskussion, die wir gerade führen, und das steht auf der Agenda ganz oben.

Auf der anderen Seite geht es um Themen bei der nicht gemeinnützigen Schiene. Da muss zurzeit jeder Verein, jede politische Partei, sobald sie einen Euro Gewinn macht, dafür 25 Prozent Steuer zahlen. So steht es zurzeit im Gesetz. Da gibt es keine Ausnahmen.

In diese Kerbe wollen wir auch schlagen, damit jene Vereine, die nicht automatisch gemeinnützig sind, zumindest eine Begünstigung bekommen. Da stehen Freigrenzen für Gewinne im Raum und die Umsatzsteuer zahlt man erst ab 30.000 Euro netto.

Das heißt, wir sind dabei, hier eine Lösung zu finden, und reden nicht nur groß, so wie es SPÖ und FPÖ machen. Ich glaube, die FPÖ weiß gar nicht, wen sie da vertritt. *(Abg. Doris Prohaska: Sondern? Sondern, was ist das jetzt? Na geh, bitte!)* Wir erarbeiten Lösungen und sind kurz davor, etwas durchzusetzen. Auf Bundesebene werden wir dann die Unterstützung der SPÖ brauchen. *(Abg. Doris Prohaska: Ihr schmettert Euch doch nur selber an! So ein Blödsinn!)* Ich bin gespannt, ob die SPÖ dann dabei ist, eine entsprechende Lösung für unsere Vereine herbeizuführen.

Aber, ein Aspekt beispielsweise, der noch nicht erwähnt worden ist, betrifft die Tatsache, dass wir uns sehr wohl intensiv damit beschäftigen, ist, dass Vereinsmitglieder Geldwertevorteile von dem Verein wieder zurückbekommen können. So, wie es im Steuerrecht zurzeit geregelt ist.

Es geht darum, wenn eine Weihnachtsfeier vom Verein veranstaltet wird, dürfte das zurzeit nicht gratis und unversteuert dem Vereinsmitglied zur Verfügung gestellt werden. Das ist also ein wesentlicher Punkt, den ich den anderen Kollegen mitgebe. Das ist ein Punkt, den wir mitdiskutieren müssen.

In diesem Sinne, hört bitte damit auf, zu sagen, dass die ÖVP sich selbst anzeigt, weil das ist ja das Größte, was man sich nur vorstellen kann. *(Abg. Robert Hergovich: Das habe ich auch nicht gesagt, aber wenn du es jetzt so in den Raum stellst, wird es schon stimmen.)* Uns geht es darum, dass wir Lösungen finden. Als ÖVP, als JVP sind wir mit dem Wirtschaftsbund auf dem besten Weg dazu, uns für die Vereine stark zu machen und zu einer Lösung zu kommen, dass endlich wieder die Vereinsveranstaltungen rechtens durchgeführt werden können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gerhard Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Hat doch schon geredet.)*

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Ja, stimmt. Frau Präsidentin! Hohes Haus! Es ist eine emotionale Geschichte. Deswegen muss ich nochmal etwas sagen. Sehr geehrter Herr Kollege von der ÖVP! Ich bitte Sie, das nicht persönlich zu nehmen, aber wenn sich die Wirtschaftspartei ÖVP immer als Wirtschaftspartei herstellt und keinen einzigen Selbständigen hat, dann finde ich das schon etwas komisch. Das muss ich schon dazu sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wie kommst Du auf so etwas?)*

Ich kann dazu nur sagen: Ich bin Geschäftsführer eines Installationsunternehmens und ich bin auch Geschäftsführer eines Lokales. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo?)* Dieses Lokal betreiben wir in der Gemeinde Bad Sauerbrunn seit 12 Jahren. Eines kann ich Euch schon sagen: Dass die Wirte sterben, geht auf keinen Fall auf eine Vereinstätigkeit zurück.

Das Wirtesterben hat vielleicht damit zu tun, dass man eine Registrierkassenpflicht für so kleine „Pimperl-Wirte“ einführt, dass man eine Allergen Verordnung macht und alle

damit ärgert, und dass man vielleicht eine Raucher Thematik hat, wo die nicht wissen, sollen sie ein Raucher werden, sollen sie ein Nichtraucher werden oder eine Hälfte hier und eine Hälfte da. Das sind die Probleme die für die Wirte, aber nicht für die Vereine anstehen.

Da bin ich voll beim Klubobmann der SPÖ. Der hat das schon richtig gesagt. Die Wirte und die Vereine, das ist schon eine stimmige Geschichte. Natürlich ist das jetzt nicht eine hundertprozentige Sache, denn es wird schon Ausnahmen geben, das ist keine Frage. Aber Ihr könnt davon ausgehen, dass die überwältigende Mehrheit von den Wirten froh ist, dass es in den Ortschaften Vereine gibt, weil die da draußen die Motoren sind. Da tut sich etwas. Da bewegt sich etwas. Er hat das auch richtig gesagt. *(Beifall bei der LBL und SPÖ)*

Eines muss ich auch noch dazu sagen. Da bin ich auch bei ihm. Wenn es hier dann zu einer Lösung kommt, und da bin ich beim Kollegen Steier, dann muss es eine ganz klare und einfache Regelung geben. Das muss so sein, dass das auch ein jeder normale Mensch versteht, der keine juristische Ausbildung hat. Dass er weiß, wann er etwas tun darf, und wann er nichts tun darf.

Weil wenn ich ihn damit schon verunsichere, nach dem Motto, bin ich jetzt da gesetzeskonform, oder nicht, darf ich das noch oder darf ich das nicht, dann können wir das gleich vergessen. Es greift niemand mehr an.

Wenn heute ein Funktionär einmal bei einem Verein, zum Beispiel, weil das Thema der Sportverein war, das Amt zurücklegt, dann könnt ihr das vergessen, denn die kommen nicht mehr. Dann ist allerding die Nachwuchsarbeit auch weg. Da gibt es keine Nachwuchsarbeit mehr.

Dann können wir am Sportplatz Wohnungen bauen. So schaut es nämlich aus.

Diese Geschichten müssen auch für Vereine klar sein. Ich sehe das jetzt auch bei uns, für kulturelle Vereine. Wenn ein kultureller Verein etwas macht, muss das für die auch klar sein. Daher noch einmal meine Aufforderung an all diese Stellen, die es in der Hand haben schleunigst etwas zu unternehmen.

Danke. *(Abg. Manfred Kölly: Bravo! - Beifall bei der LBL und der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für die Ausführungen. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Liebe KollegInnen! Es ist manchmal zum Verzweifeln. Ich bitte, ob aktuelle oder ehemalige Koalitionspartner, von einem Hinhaureflex einmal abzusehen. Das haben wir ja auch bei mehreren Anträgen. Da geht es im Antrag im konkreten Text um ganz gute Sachen, da könnte man sich schon einigen, aber in der ganzen Erklärung vorher geht es immer darum, dass möglichst ein roter Antrag auf schwarze hinhaut und ein schwarzer Antrag auf rote oder auf blaue oder quer durch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben hier festgestellt, dass es uns allen darum geht, dass die Vereine im Burgenland gut arbeiten können. Wir haben festgestellt, dass es beim Veranstaltungsgesetz und bei dessen Anwendung einen Bedarf gibt, etwas nachzujustieren. Wir haben viele gemeinsame Anliegen und wir bringen es nicht auf den Punkt, weil im Vorspann immer irgendein Streit vom Zaun gebrochen wird und aus einem angeblichen Schulterschluss wird eine Rempelei wieder. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist denn jetzt der Lösungsvorschlag?)*

Ich habe jetzt keine Lösung parat. Ich würde Euch bitten, ich würde die Kollegen und Kolleginnen, die diesbezüglich heute Anträge und Abänderungsanträge eingebracht haben bitten, ihre Anträge zurückzuziehen. Nächste Woche starten wir dann genau zu diesem Thema eine All-Parteien-Runde und verhandeln ein gutes gemeinsames Paket aus, bei dem wir darauf verzichten, die eigenen Vereine als besonders toll und alle anderen Beteiligten in dieser Sache, ob auf Landes- oder auf Bundesebene, als indiskutabel hinzustellen.

Das ist mein Vorschlag. Danke.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Robert Hergovich.

Bitter Herr Klubobmann.

Ich bitte um Ihre Ausführungen Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Geschätzte KollegInnen! Wir hatten heute schon einmal die Situation, dass die Frau Kollegin Dunst gesagt hat, Sie hätte das Thema nicht angesprochen, wenn der Kollege Temmel das nicht gemacht hätte. *(Abg. Walter Temmel: Immer die anderen haben Schuld! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch ich hätte mich jetzt nicht zu Wort gemeldet, hätte sich der Kollege Wolf nicht zu Wort gemeldet und hätte gesagt: Ein Wahnsinn, jetzt seid ihr zuständig, ihr seid ohnehin schon 100 Tage im Amt und habt es immer noch nicht gelöst.

Herr Kollege Wolf! Sie können versichert sein: Wir arbeiten schon an einer Lösung, und das schon seit einigen Tagen. Wir werden diese Lösung auch in einigen Tagen präsentieren. Aber, lassen Sie mich trotzdem noch ein Wort dazusagen.

Sie sagen: Rot - Blau muss das jetzt regeln. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Habe ich nicht gesagt.)* Gut. Die ÖVP war 21 Jahre lang für dieses Gesetz zuständig, welches Sie gerade kritisieren. 21 Jahre, von 1994 bis zum Mai letzten Jahres.

21 Jahre. Nicht 100 Tage. 21 Jahre. Wissen Sie was Sie in diesen 21 Jahren gemacht haben? Sie haben keine Diskriminierung von Pferden aus anderen EU Staaten bei Pferdeveranstaltungen geändert. Gratuliere! Dann haben Sie die Abschaffung der Gendarmerie dort geändert, die Volljährigkeit von 19 auf 18 definiert und die Euro Umstellung. Gratuliere! Das war bei dem Gesetz die Leistung in den letzten 21 Jahren, welches Sie vorher definiert haben.

Wenn Sie von ÖVP Lösungen sprechen und die ÖVP Lösungen so ausschauen, wie in den letzten 21 Jahren, dann ist bei dem Problem, was Sie uns vorwerfen, nämlich in einigen Tagen eine Lösung zu finden, dann alles Gute.

Auch diese Täter - Opfer Rollenumkehr, die Sie hier versuchen, wird Ihnen nicht gelingen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nehmt Euch selber bei der Nase! - Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein vom Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas vorliegenden Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren

Landtagsabgeordnete, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Die Entschließung betreffend einen Schutzschirm für die burgenländischen Vereine ist somit mehrheitlich angenommen.

18. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 75) betreffend eine faire Reform des Finanzausgleichs (Zahl 21 - 58) (Beilage 113)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 18. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 75, betreffend eine faire Reform des Finanzausgleichs, Zahl 21-58, Beilage 113.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke. Frau Präsidentin! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eine faire Reform des Finanzausgleichs, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eine faire Reform des Finanzausgleichs die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tohuwabohu, Herr Kollege Kovasits wie Du gemeint hast heute Vormittag, dass ich nur „Quatsch“ rede, ist ja sehr interessant, was sich hier auftut.

Allein bei dem letzten Punkt und auch noch bei dem Punkt, den wir noch zur Abstimmung bringen müssen, übrigens sehr lustig, - dreimal die gleiche Situation, dreimal Abänderungsanträge. Was heißt dreimal?

Ich möchte ja noch einmal darauf hinweisen, ich brauche normal keine Zettel, wenn ich da rede, das sage ich Euch auch. Aber es ist schon interessant und der Kollege Hutter hat das einmal schon erwähnt und ich will das noch einmal verfestigen:

Am 16.9. gab es einen Antrag seitens des Bündnis Liste Burgenland, Manfred Kölly und Gerhard Hutter zu dieser Thematik. So, am 22.9. sind der Robert Hergovich und der Gerhard Kovasits drauf gekommen, da müssen wir auch etwas machen, interessant.

Am 24.9. kommt die ÖVP endlich aus dem Schlaf heraus und macht auch einen Antrag. Am 7. Oktober kommt ein Abänderungsantrag von den Herrn Kollegen Hergovich und Kovasits und am 7. Oktober fällt der ÖVP dann gleichzeitig ein, weil sie den gelesen haben, auch einen Abänderungsantrag einzubringen. Am 19. Oktober bringt wieder die ÖVP zu ihrem Antrag einen Abänderungsantrag ein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch.)* Naja das steht da, entschuldige. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war eine Information.)*

Eine Information war das nur, höre ich gerade. Das ist ja interessant, es steht zwar Abänderungsantrag drauf, ist aber nur eine Information. Faktum, heute ist er eingebracht worden mit dem gleichen Wortlaut. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, heute.)*

Seid mir bitte nicht böse, genau das sind die Dinge, die ich eigentlich in diesem Hohen Haus vermisse. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was denn?)*

Warum geht man dann nicht her und sagt, jetzt gibt es da einen Antrag vom Bündnis Liste Burgenland, der scheint mir gar nicht so zuwider, weil draußen brennt schon der Hut bei den ganzen Vereinen. Wir haben da schon die größten Probleme.

Und jetzt frage ich Sie schon von der ÖVP: Ihr seid 15 Jahre gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann gesessen. Einmal hat er die Absolute gehabt, aber sonst habt Ihr überall zugestimmt und habt gewusst was auf uns zukommt.

Die Wirtschaftskammer ist auch nicht ganz untätig da dabei, das sage ich Euch auch gleich, dass da passiert, was wir jetzt diskutieren müssen. Denn eines ist klar, nicht einmal habe ich mit der Wirtschaftskammer Sträuße ausgefochten wegen dem. Und ich frage mich, welches Ziel verfolgen die eigentlich? Was wollen sie denn?

Sie vertreten anscheinend die Wirte, sagen sie. Dann sollten sie sich umhören in den Gemeinden oder sollen zu den Wirtschaftstreibenden hingehen und sollen ihnen einmal erklären um was es geht.

Weil wenn wir, und ich sage ein Beispiel, das Oktoberfest ausrichten mit einem Verein, und haben 3.500 Gäste, das sind dann nicht nur Deutschkreutzer, die kommen von der ganzen Gegend, die kommen von Niederösterreich, sogar von Salzburg und Oberösterreich kommen die Leute her, weil es ein tolles Fest ist.

Die sollen natürlich und müssen Vorschriften einhalten, das ist ja gar keine Diskussion, genauso wie ein Wirt. Aber eines ist klar, der Wirt wird es nicht mehr schaffen, mit diesem Personal das er zur Verfügung hat, das kostet ihm ja eine Lawine, das umzusetzen. Erstens einmal bekommt er gar nicht das Personal, da muss er lauter Ungarn heraufholen, wenn schon, wenn er es bekommt. Und zweitens, glaube ich, tut er sich das nicht mehr an, weil er solche Auflagen bekommt und solche Probleme bekommt, dass es nicht mehr möglich ist, das abzuhalten.

Jetzt müsste doch der Wirt gemeinsam mit dem Verein eine Möglichkeit finden, auch hier ein klares Bekenntnis abzulegen, dass man gemeinsam eine Lösung findet, um diese „Festeln“ abzuführen.

Warum tut man das nicht? Das ist nämlich genau eine lustige Geschichte. Warum macht man das nicht? Warum ist die Wirtschaftskammer nicht bereit, die so hoch dotierte Leute dort sitzen hat… *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Zu welchem Punkt redest Du?*

Ich komme dann schon zu dem Punkt. *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Ach so.)* Aber, Frau Abgeordnete, ich komme zu dem Punkt, weil wir noch einen Punkt zur Abstimmung bringen müssen und dort, glaube ich, brauche ich dann nicht mehr reden, *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Okay.)* daher melde ich mich auch.

Darf ich das machen? Ich meine das ist ja legitim. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Wir haben nur gefragt.)* Entschuldige, das ist ja legitim. Ich wollte nur nochmals für einige Zuhörer zeigen, die eigentlich auch sehr wissbegierig sind *(Unruhe bei der ÖVP)* und auch einmal hören sollen, was sich da abspielt in dem Hohen Haus, wie man eigentlich mit solchen Anträgen oder beziehungsweise Vorstellungen umgeht.

Aber machen Sie sich keinen Kopf, Frau Abgeordnete Resetar, Ihr seid lang genug drin gesessen. Und wenn ich mir das anhöre, dass das Veranstaltungsgesetz auch im Land zu ändern wäre und dort die Schraube zu drehen, was ich auch dementsprechend unterstützen werde und gesagt habe, dann ist das sehr wichtig, dass wir auch den ersten Schritt setzen.

Und dann einen Fuß um den anderen aufbereiten und vorbereiten und auch dem Bund das dementsprechend klarzulegen, oder auch dem Herrn Leitl, oder wie sie alle heißen in der Wirtschaftskammer, die so großspurig immer daherreden.

Sie sollen sich hinausstellen und sollen das machen. *(Abg. Gerhard Steier: Das hängt mit dem Finanzausgleich zusammen.)* Bitte Herr Kollege? *(Abg. Gerhard Steier: Das hängt mit dem Finanzausgleich zusammen.)* Ja, hängt natürlich das mit dem Finanzausgleich zusammen. Ist ja logisch. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten.)*

Frau Petrik, Sie lachen, führen Sie eine Gemeinde? Dann wissen Sie, dass es dort Einnahmen gibt bei Vereinsfesten. Das hängt auch damit zusammen, dass eine Gemeinde auch Einnahmen braucht und auch Vereinsfeste - die zahlen ja auch etwas. Das sollten Sie aber wissen.

Aber wenn Sie wollen komme ich auch zu diesem Punkt einmal - faire Reform des Finanzausgleiches. *(Abg. Maga. Regina Petrik: Danke.)* Und es ist ja sehr interessant.

Wenn sich dann der Herr Landesrat Bieler herstellt und sagt, er wird jetzt verhandeln und er wird es dem Finanzminister schon sagen, was los ist.

Wie viele Jahre fordert die Liste Burgenland schon ein, dass einmal irgendwann einmal klar gestellt wird, mit diesem Finanzausgleich oder dass ein Bürger gleich viel Wert ist im Burgenland wie in Wien oder wie in anderen Bundesländern. Wie oft sage ich das?

Anträge haben wir eingebracht. Diese Anträge wurden irgendwo – ich weiß nicht wo die gelandet sind, entweder da im Haus schubladiert oder „gschreddert“, oder im Bund oben. Ich habe noch nichts zurückbekommen, wo Ihr, na selbstverständlich als SPÖ und ÖVP einen Abänderungsantrag eingebracht habt. Das ist ja legitim und logisch. Ich verstehe das schon. Aber wo ist die Antwort vom Bund?

Ach so, da gibt es inzwischen 100 andere Finanzminister und andere Minister und Bundesentscheidungsträger, und wir kriegen nichts zurück. Warum bemühen wir uns, dass wir immer diese Anträge an den Bund richten und auch im Land, aber nichts dafür tun. Weil das ist eine Landessache, was wir vorher gesprochen haben, mit den Vereinsfesten. Zu diesem Finanzausgleich muss ich nur eines dazu sagen, wer sind die Betroffenen? Die Bevölkerung und die Gemeinden, meine sehr geehrten Damen und

Herren, weil wenn ich weniger Ertragsanteile bekomme, wird das für die Gemeinden ein großes Problem werden. Glaubt mir das.

Ich weiß nicht wer Verantwortung trägt in den Gemeinden, die FPÖ nicht, die haben keinen Bürgermeister und keinen Vizebürgermeister. Wir tragen das, aber mit Bestimmtheit für die Bevölkerung, diese Verantwortung und wie sollen wir damit umgehen, wenn die Soziallasten in einer Gemeinde immer höher werden?

Da sage ich noch einmal das Beispiel: Vor 14 Jahren bin ich Bürgermeister geworden in einer 78 Prozent SPÖ Gemeinde und jetzt haben wir es umgedreht. Das ist ja auch kein Problem.

De facto ist aber, dass es immer schwieriger wird und das wissen wir auch in den Gemeinden. Mir fehlt ja derzeit auch der Herr Trummer da und der Herr Radakovits, die ja eigentlich die Gemeinden vertreten sollen, wie sie dazu stehen, zu diesem Finanzausgleich?

Denn eines ist schon gewiss, und eines ist auch klar und die Kollegin Salamon gibt mir da Recht, das weiß ich, dass es nicht einfacher wird. Und wenn wir die Soziallasten damals von 80.000 Euro, damals waren es noch in Schilling umgerechnet 80.000 Euro, jetzt werden 830.000 Euro vom Land abgezogen. Bei einem Budget von fünf Millionen Euro ist das schon eine Stange Geld, sage ich einmal Herr Kollege, das will ich schon einmal feststellen.

Und ich glaube, eines auch sagen zu können, die Aufgaben werden in den Gemeinden nicht weniger, sondern die werden immer mehr.

Und wenn ich mir anschaue, auch wir haben in den Gemeinden das Durchgriffsrecht jetzt vom Bund aufgezogen gekriegt. Wenn wir auch hier Belastungen aufgebrannt kriegen, von wem bekommen wir dann die Unterstützung? Wer bezahlt das?

Das habe ich heute noch nicht gehört, was auf uns dann zukommen wird. Gibt es im Budget Geld für die Gemeinden, die dann diese Flüchtlinge aufnehmen oder die Asylanten dann schlussendlich beherbergen werden? Das wäre ja meine Frage.

Daher braucht es eine vernünftige Finanzausgleichsache. Und da ist der Herr Finanzlandesrat natürlich gefordert, aber natürlich auch der Landeshauptmann. Aber schlussendlich sind wir alle miteinander gefordert. Denn wir sitzen im Hohen Haus und sollten dementsprechend auch einen Druck inszenieren können, auf den Bund, wo noch immer eine ÖVP-SPÖ-Regierung sitzt. Da darf ich mich nicht ausreden, weil der Finanzminister ein ÖVPler ist oder der andere ein SPÖler ist, uninteressant. Wir wollen für das Land das Bestmögliche herausholen.

Es kann nicht so sein, dass in Wien der Herr Häupl sich das einfach gerichtet hat, muss ich ehrlich sagen, weil, er fast das Dreifache bekommt wie wir im Burgenland, dann verstehe ich das nicht. Dann verstehe ich auch eines, das verstehe ich schon, dass die Burgenländer nach Wien ziehen, sich dort eine Wohnung nehmen, Hauptwohnsitz melden oder melden müssen, das wissen wir ja alle miteinander, wie das geht, Parkpickerl, Wohnung.

Ja, dann verlieren wir aber im Burgenland auch massiv an Ertragsanteilen und auch an Ausgleichen. Das muss man einmal gesagt haben. Ich weiß nicht, warum da keiner nachdenkt und sagt, ja Freunde, da muss einfach etwas geschehen. Mit dieser Finanzausgleichsache sich herzustellen und sagen, wir werden das Bestmögliche herausholen und wir wissen inzwischen, dass wir 23 Millionen Euro sowieso schon einmal weniger bekommen, von den Einnahmen her.

Dann muss ich mich fragen, wenn wir immer Gesetze beschließen, die wieder auf die Gemeinde drücken und zwar bei den Straßen - sogar Landesstraßen müssen wir schon erhalten. Die werden uns einmal gemacht und wenn ein Kanalgitter kaputt ist, muss ich das zahlen, wenn ich Parkbuchten mache, muss ich das zahlen, obwohl es eine Landesstraße ist.

Wenn ich Streifen machen lasse, einen Gehsteig, irgendetwas, muss ich das alles bezahlen. Auch das habt Ihr so beschlossen, ich sage Euch das noch einmal, in der SPÖ-ÖVP-Geschichte ist das einmal so beschlossen worden. Das ist keine Frage.

Auch hier haben wir einen Antrag eingebracht, auch das zu ändern. Es geht so weit, dass das Mähen, die Güterwegabteilung oder wer das mäht, die ASFiNAG, ist mir wurscht, bei der Ortstafel aufhört. Wenn es zwei Meter weiter geht, mähen sie dann nicht mehr, dann muss ich dort jemand hinschicken.

Leute, in was für einem Land leben wir? Gibt es da keine Möglichkeit, dass wir das ändern? Ich denke, dass sich die Bürger und die Menschen in diesem Land einfach mehr Fairness erwarten dürfen. Das geht anscheinend ohne finanzielle Mittel sicher nicht.

Denn, wenn eine Gemeinde ausgehöhlt ist, der ein Motor der Wirtschaft war, und wirklich nicht nur Verwalter, sondern auch Gestalter war, werden wir es in nächster Zeit schwierig haben. Uns haben sie die KG's gestrichen, die Vorsteuerabzugsberechtigung ist weg, da wurde viel investiert. Das dürfen wir nicht vergessen, was sich da getan hat.

Wir können keine Straßen mehr dementsprechend machen, weil vor 15 Jahren oder 20 Jahren hat ein Kilometer Straße eine Million Schilling gekostet, jetzt kostet sie eine Million Euro. Ich meine, das ist schon eine Steigerung, das muss man sich einmal vorstellen. Wie soll das eine Gemeinde noch wirklich schaffen? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sind wir noch bei den Vereinen?)*

Wir sind nicht mehr bei den Vereinen, wenn Sie mir zugehört haben, Herr ehemaliger Klubobmann, dann hätten Sie ein bisschen mitgedacht - Sie sind leider auch kein Bürgermeister, wo Sie wissen, - wie schwierig es ist, jedes Jahr einen Voranschlag zu machen und einen Rechenabschluss dementsprechend, der auch das aussagt, wie geht es einer Gemeinde und was tut sich und wie wird da gewirtschaftet?

Mich wundert nur, dass gerade die ÖVP, die ja lange Zeit das Ressort geführt hat, Gemeinden und auch Wirtschaft, das muss ich jetzt ehrlich sagen, nicht an solche Dinge gedacht hat, oder vielleicht gedacht hat, aber leider Gottes überall nicht zugestimmt hat, das darf man nicht vergessen. Jetzt setzt sich die junge ÖVP her und tut so, wie wenn da nichts gewesen wäre. Das werden sie nicht leicht wegkriegen. Tut mir leid, aber das sind ja nicht immer schlechte Sachen gewesen, es waren auch sehr gute Sachen, das muss man auch dazu sagen. Und daher braucht es eine faire Lösung.

Hier muss sich unsere Landesspitze dafür einsetzen, dass dieser faire Finanzausgleich tatsächlich passiert und nicht herumlavieren, wie immer. Na ja wir haben eh einen Bestverhandler und nachher komme ich darauf, dass das ganz anders ist, so wie zum Beispiel bei der Energie.

Ich meine, wenn ich mir das anschaue, sind wir das Schlusslicht. Wir haben zwar viele Windräder, das ist schon in Ordnung, aber ansonsten sind wir Schlusslicht geworden. Und da höre ich immer vom Herrn Landeshauptmann wie gut und schön wir sind bei der Energiewende.

Was haben wir noch? Irgendetwas stimmt ja da nicht, oder? Ich kann mich ja nicht nur dort aufhängen, nur auf die Windräder, ich muss halt die andere Seite genauso sehen.

Daher glaube ich, noch einmal, vollste Unterstützung, wenn Bedarf ist auch hier mitzuverhandeln. Warum nicht? Ist ja nichts dabei, wenn auch andere Fraktionen endlich einmal erfahren können, wie laufen solche Verhandlungen ab? Wir wissen das als Bürgermeister oft wenn wir mit anderen verhandeln.

Vielleicht kann man uns irgendwann einmal sagen, fährt mit, horcht euch das an, dann braucht man sich keine Ausreden mehr einfallen lassen, sondern soll dann sagen, ja das ist uns gelungen und das ist positiv.

Ich hoffe, dass ein positives Ergebnis herauskommt. Danke. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Herr Abgeordneter, bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön. Frau Präsidentin! Lieber Manfred, wir sind nicht immer einer Meinung, aber ich hoffe Du hängst Dich nicht auf einem Windrad auf. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, um Gottes Willen.)* Das wäre nicht in meinem Sinne.

Finanzausgleich – *(Abg. Manfred Kölly: Ich lebe einfach so gerne.)* passt. Finanzausgleich - vor zehn Jahren gab es den Österreich-Konvent, das war eigentlich eine Riesenchance mit recht positiven Ansätzen. Leider ist nichts daraus geworden.

Was hat man gemacht? Man hat den Finanzausgleich, den damals aktuellen aus dem Jahre 2007, um sechs Jahre verlängert und dann noch einmal, weil er so toll ist. Das ist das Einzige, was uns einfällt.

Ich tu mir ein bisschen schwer mit solchen Anträgen, zumal es ja eine Partei einbringt, die im Bund genauso an der Regierung ist und wo der Herr Landeshauptmann ja nicht irgendein kleiner SPÖ-Funktionär ist, sondern jemand der – nehme ich doch an - einiges zu sagen hat. Weitergehen tut dennoch nichts.

Das klingt alles ganz toll und es gibt hunderte verschiedene Ansatzpunkte. Zwei möchte ich gerade aufzählen. Länder mit besseren Beschäftigungs- und Wachstumsdaten sollen über den Finanzausgleich honoriert werden.

Das sagen die einen, die anderen sagen wieder, man soll die Altersstruktur doch auch berücksichtigen, weil für Ältere braucht man höhere Mittel, Spitäler, Pflege und ähnliches. Jede Menge gute Ansätze und Empfehlungen auch vom WIFO, aber in Wirklichkeit fehlt der politische Wille hier etwas weiterzubringen.

Das Ganze kann man gleich in einem Aufwaschen mit dem Föderalismus und der Steuerreform eigentlich machen, weil das eine ohne das andere nicht unbedingt sehr viel Sinn hat.

Und in dem Sinne - muss ich ehrlich sagen - tue ich mir mit dem Antrag sehr schwer. Das klingt zwar alles recht gut, aber das ist ein Antrag, der wird wieder irgendwo in einer Rundablage im Bund verschwinden und in Wirklichkeit nicht viel Sinn haben, weil in Wahrheit der politische Wille fehlt.

Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Klubobmann, um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! In dem von uns eingebrachten Antrag - gemeinsam mit der SPÖ - geht es um ein wichtiges Thema, das wir schon öfters angesprochen haben.

Vorweg möchte ich anmerken, dass wir selber wissen, dass unser Antrag gut und sinnvoll ist und die ÖVP ihn nicht wirklich hätte kopieren müssen. Wir sind von alleine draufgekommen. Worum es heute geht? Wir fordern vom ÖVP-Finanzminister endlich eine gerechte Mittelverteilung. Bei den Verhandlungen des Finanzausgleiches muss wirklich berücksichtigt werden, dass sich die Umstände, Rahmenbedingungen, sowie die Aufgabenstellungen geändert haben.

Fakt ist - es kann nicht sein, dass ein Burgenländer weniger wert ist, als ein Vorarlberger zum Beispiel. Die Argumentation, dass die Städte oftmals überörtliche Aufgaben erfüllen müssen, ist längst überholt. Im Gegenteil, die Gemeinden am Land haben sogar größere Aufgaben zu bewältigen. Es sind zum Beispiel längere Straßen notwendig und auch die Versorgungsleitungen sind länger.

Mit unserem Antrag fordern wir einen längst überfälligen gerechten Finanzausgleich. Die Politik muss im Rahmen der Verteilung der Bundesabgaben endlich einen gerechten Finanzausgleich zustande bringen, bei dem nicht kleinere Bundesländer gegenüber größeren benachteiligt werden und der stiefmütterlich behandelte ländliche Raum gestärkt wird.

Denn, wie kann es sein, dass wir in der heutigen Zeit - und wo wir in Österreich mehr als irgendwo anders - die ganze Zeit von Gleichberechtigung, Gleichstellung, Gleichwertigkeit sprechen und dann ist ein Burgenländer weniger wert, als ein Vorarlberger. *(Abg. Manfred Kölly: Oder Wiener.)*

Das muss sich ändern. *(Abg. Manfred Kölly: Der Vorarlberger ist gleich viel wert.)* Jeder Bürger muss der Politik gleich viel wert sein. *(Abg. Manfred Kölly: Vorarlberg ist gleich viel wert.)* Bei einem gerechten Finanzausgleich hätten kleinere Gemeinden im ländlichen Raum mehr Geld für Infrastruktur und Maßnahmen für den Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Der derzeitige ausverhandelte Aufteilungsschlüssel zwischen Bund, Länder und Gemeinden soll als Grundlage beibehalten werden, jedoch fordern wir einen vereinfachten und aufgabenorientierten Finanzausgleich nach aktualisiertem Verteilungsschlüssel.

Im ersten Schritt muss sichergestellt sein, dass jeder Bürger - egal wo er wohnt - gleich viel wert ist und im zweiten Schritt muss endlich eine Ausgaben- und Aufgabenreform umgesetzt werden.

Genauso wichtig ist, dass die Belastungen des Finanzausgleiches nach dem Prinzip "Geld folgt Leistung" abgegolten werden müssen.

Weiters hat der abgestufte Bevölkerungsschlüssel ausgedient. Hier muss ein Mischschlüssel die reine Volkszahl ersetzen. Es muss auch bessere Ausgleichsmaßnahmen für strukturschwache Gemeinden und Abwanderungsgemeinden geben.

Was wir auf jeden Fall ablehnen, ist die vom ÖVP-Finanzminister geplante Gegenfinanzierung der Steuerreform über den Finanzausgleich. Hier soll das Land Burgenland und die Bevölkerung für die Unfähigkeit des ÖVP-Ministers draufzahlen.

Nicht mit uns, meine Damen und Herren! Wir fordern endlich finanzielle Gerechtigkeit für unsere Bevölkerung und das Aus den Benachteiligungen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Ja der Finanzausgleich ist wahrscheinlich eine der schwierigsten Materien, die es in der Politik gibt. Es gibt so Schlüsselkompetenzen, wo man sehr viel Mitsprache hat von allen Ebenen, aber wo man am wenigsten weiterbringt.

Der Gesundheitsbereich ist ein derartiger Bereich, wo alle Bereiche, alle Ebenen hier mitreden und letztendlich aber nicht nur jetzt Bund, Land und die Gemeinden, sondern auch die Interessensvertretungen. Beim Finanzausgleich ist es ebenfalls so.

Und wenn man dann noch bedenkt, dass es beim Finanzausgleich nicht nur um den horizontalen Finanzausgleich geht, sondern auch um den vertikalen Finanzausgleich, also letztendlich nicht nur die Aufteilung zwischen Bund, Länder und Gemeinden, sondern - und das ist der wichtige Punkt - wie verteilen sich die Einnahmen auf die verschiedensten Gemeinden? Dann gibt es hier immer wieder große Diskussionen.

Es ist eine besondere Herausforderung für die Länder, aber auch für die Gemeinden im Burgenland geworden. Warum? Weil das Burgenland ist das kleinste Bundesland und Zweitens haben wir kleine Einheiten.

Die größte Gemeinde ist die Landeshauptstadt mit 14.000 Einwohnern. Die hat einen Sonderstatus und alles andere ist darunter. Die kleinste Gemeinde ist Tschanigraben mit 60 Einwohnern. Da sage ich einmal spaßhalber, wenn es sich der Bürgermeister dort mit der Verwandtschaft nicht verscherzt, kann er ewig Bürgermeister sein. *(Abg. Gerhard Steier: Ewig nicht.)* Das ist die Kleinstruktur des Burgenlandes.

Wenn man sich diese Strukturen anschaut, dann muss man Folgendes feststellen, dass natürlich die kleinen Gemeinden genau so viel, wenn nicht sogar mehr an Aufgaben zu erfüllen haben, als die größeren Gemeinden. Dazu kommt noch, dass zwischen Einnahmen und Ausgaben die Schere immer größer wird.

Ich habe einen Vergleich angestellt: Die Einnahmen der Gemeinden sind zwischen den Jahren 2000 und 2013 um 61 Prozent gestiegen - das sind die Ertragsanteile, aber die Sozialausgaben sind um 161 Prozent gestiegen. Oder anders gesagt, die Einnahmen kommen ins Land und die Länder verteilen das dann an die Gemeinden.

Wenn man jetzt diese Einnahmen 2000 mit 100 Prozent für die Gemeinden anschaut, dann sind letztendlich nach Abzügen 69 Prozent weitergegeben worden. Das hat sich noch verschlechtert, nämlich im Jahr 2013 - andere Zahlen liegen mir nicht vor.

Im Jahr 2013 sind von den 100 Prozent nur mehr 61 Prozent an die Gemeinden weiter gegeben worden. Das zeigt natürlich, dass es hier eine Schieflage gibt. Ich möchte jetzt gar nicht parteipolitisch polemisieren, ich gehe nur rein als Sprecher für die Gemeinden auf diese Situation ein.

Wenn man sich dann die Gemeinden untereinander anschaut, dann ist der sogenannte abgestufte Bevölkerungsschlüssel Schuld, dass größere Gemeinden bevorzugt werden. 86 Prozent der Einnahmen der Gemeinden werden über diesen abgestuften Bevölkerungsschlüssel verteilt.

Das bedeutet, eine Gemeinde mit mehr als 50.000 Einwohnern - weit und breit keine Gemeinde im Burgenland - hat einen Faktor, der mit den Einwohnern multipliziert wird, von 2,33, Einwohner mal 2,33.

Gemeinden unter 10.000 Einwohner - also außer Eisenstadt das gesamte Burgenland, 170 Gemeinden - werden mit einem Faktor pro Einwohner multipliziert von 1,61 und da liegt schon die tiefe Ungerechtigkeit.

Das heißt, wir müssen darauf abzielen, dass dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel komplett wegkommt. Das, was wir erreicht haben ist, dass dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel abgeflacht wurde, aber nicht zur Gänze wegkommt.

Da muss ich Ihnen schon ganz offen und deutlich sagen, da geht es mir um das Gleichheitsprinzip in Österreich, jeder Einwohner muss dem Staat gleich viel wert sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das ist jetzt nicht ein Anliegen einer Partei, sondern das muss das Anliegen aller Abgeordneten hier sein, dass wir diesen abgestuften Bevölkerungsschlüssel endlich einmal wegbekommen, denn er ist historisch einzementiert.

Der erste Finanzausgleich war 1920, dann hat man Fortschreibungen gemacht. Nach dem zweiten Weltkrieg hat man gesagt, okay man muss die Infrastruktur in Wien und in den größeren Städten ausbauen, U-Bahn, Straßennetze und so weiter.

Nur die sind schon längst abgeschlossen. Die sind längst abgeschlossen und trotzdem haben die größeren Städte nach wie vor durch diesen abgestuften Bevölkerungsschlüssel einen Mehrwert. Ich möchte noch weiter gehen.

Wenn man sich anschaut, dass zum Beispiel Wien - Sie können Vorarlberg hernehmen, Sie können auch Tirol hernehmen, je nachdem wie Sie jetzt politisch motiviert sind. Die SPÖ nimmt Vorarlberg her, ich weiß nicht warum, weil man vielleicht Vorarlberg vergleichen kann. Ich nehme Wien her, dann sieht man das noch viel ärger.

Es ist nicht einzusehen, dass zum Beispiel durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel Wien weitaus mehr bekommt. Wenn man - Wien ist ja Gemeinde und Bundesland - wenn man beides zusammenzählt, dann bekommt Wien um 24 Prozent pro Einwohner mehr, als das Burgenland.

Beim Land - Herr Finanzreferent, Sie wissen das - zählt ja der abgestufte Bevölkerungsschlüssel nicht, sondern da gibt es eine Fixzuteilung und dann gibt es noch eine Stufenzuteilung. Das sind ja die Bundesländer annähernd gleich.

Ich habe mir das angeschaut, 2014 – oja, und zwar das Burgenland bekommt da pro Einwohner 1.740 Euro, naja und Vorarlberg - wenn Sie das schon nehmen wollen - 1.843. Also so stark ist die Differenz nicht.

Die Differenz ist am stärksten bei den Gemeinden. Wenn ich jetzt Wien als Gemeinde hernehme und die Gemeinden, die 171 Gemeinden des Burgenlandes vergleiche - Wien pro Einwohner, damit man da einen Schlüssel hat, dann bitte, dann kommt man auf eine Maßzahl, die unwahrscheinlich ist. Ich zeige Ihnen die. *(Der Abg. Mag. Franz Steindl zeigt ein Organigramm.)*

Die bekommt Wien 1.376 Euro pro Einwohner - Zahlen 2014 - und das Burgenland 830 pro Einwohner. Noch einmal es geht nicht darum, dass ich jetzt parteipolitisch rede, sondern mir geht es um das Burgenland. Mir geht es vor allem um die Gemeinden. Daher, glaube ich, ist es wichtig, dass wir an einem Strang ziehen. Das ist wichtig, dass wir ein Signal setzen.

Herr Abgeordneter Spitzmüller, das ist schon klar, wenn ich nach Ihren Maßstäben gehe, ich habe Ihre Wortmeldung genau verfolgt, dann müssten wir jede Landtagssitzung nach einer Stunde beenden. Denn da geht es in dieser einen Stunde um Landesgesetze. Und all das was wir diskutieren, auch heute diskutiert haben, betrifft zu mindestens 80 bis 90 Prozent Bundes- oder EU-Materie. Also wenn ich nach Ihren Maßstäben gehe, dürften wir gar nicht mehr sprechen. Mir geht es darum, dass wir etwas weiterbringen, dass wir für die Gemeinden des Burgenlandes kämpfen.

Da sehe ich nach wie vor viele Ungerechtigkeiten. Ich sage Ihnen nochmal, es geht mir nicht um Parteipolitik, aber wenn ich mir Wien anschaue, dann kriegen die neben dem Finanzausgleich, neben den Ertragsanteilen, zusätzlich für den U-Bahn-Bau jährlich 109 Millionen Euro. Die haben auf Grund des Bundessonderwohnbaugesetzes weitere Einnahmequellen. Sie bekommen Sondermittel für den Nahverkehr, das bedeutet, die haben eine Sonderstellung.

Die ist ebenfalls historisch gewachsen und daher meine ich, wir sollten endlich einmal wirklich auf diesen Gleichheitsgrundsatz den Finanzausgleich aufbauen. Wenn ich mir dann anschaue, dass die Parkpickerl-Regelung sehr viele Burgenländer betrifft, die ihren Hauptwohnsitz nach Wien melden müssen, und damit zählen sie nicht bei der Zuteilung der Ertragsanteile, dann ist das eine weitere tiefere Ungerechtigkeit, die auf jeden Fall beseitigt werden muss.

Das bedeutet, dass ich mir erwarte, dass es keine parteipolitische Auseinandersetzung mehr gibt, sondern dass das Burgenland an einem Strang zieht. *(Beifall bei der ÖVP)* Das würde ich mir erwarten bei einer Zusammenarbeit. Dann gehe ich noch weiter. Der „graue Finanzausgleich“. Das heißt Gesetze, Konjunkturpakete, wir haben sie ja alle erlebt, wir haben sie alle diskutiert hier, die gehen vor allem auf Kosten der Gemeinden, Steuerreform, genauso.

Wissen Sie was die Mindereinnahmen pro Jahr bereits für die Gemeinden sind? Was schätzen Sie? 500 Millionen Euro pro Jahr, nur durch den grauen Finanzausgleich. Ich glaube es ist wichtig, dass wir auch hier Überlegungen anstellen, wie wir Schutzmechanismen einbauen können.

Ja, und dann noch ein Punkt. Nämlich, ich habe vor einem Jahr eine Studie von Prof. Fritz Schneider vorgestellt. Das ist ein Ökonom aus Linz, der hat eine Studie gemacht, wo er den derzeitigen Finanzausgleich den Steuereinnahmen gegenübergestellt hat, wenn zum Beispiel die Steuern, die im Burgenland anfallen, auch dem Burgenland zugerechnet werden würden. Wissen Sie, was das bedeutet?

Da gibt es jetzt einmal eine sanfte Variante, weil ja nach diesem komischen Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz die Finanzämter gewisse Zuständigkeiten haben. Zum Beispiel die Körperschaftssteuern, die Umsatzsteuern werden von ganz anderen Finanzämtern eingehoben, als vom burgenländischen.

Oder Gebühren, Mineralölsteuer zum Beispiel oder die Tabaksteuer, werden nicht zugerechnet dort wo man tankt, sondern sie werden dort zugerechnet, wo der Sitz der Großbetriebe ist. Da gibt es eine Verzerrung. Wenn man jetzt gewisse Dinge entzerrt, dann würde es bedeuten, dass die Gemeinden um 158 Millionen Euro pro Jahr weniger bekommen, und jetzt gehe ich noch weiter.

Die haben noch in dieser Studie herausgearbeitet, wenn man wirklich das, was an Wertschöpfung im Burgenland ist, versteuert , wenn das im Burgenland bleiben würde, wissen Sie was das bedeuten würde? Wir haben jetzt über den Finanzausgleich über eine Milliarde Einnahmen. Land, Gemeinden, über eine Milliarde! Wenn man jetzt die Steuern

zuteilen würde, dann wären das 2 Milliarden 417 Millionen. Das heißt, wir würden um 1,4 Milliarden Euro mehr an Einnahmen bekommen, die uns zustehen, weil sie da anfallen. Da meine ich, da ist es Zeit, dass wir hier wirklich an einem Strang ziehen und daher der Abänderungsantrag. Ich sage Ihnen warum der Abänderungsantrag. Weil wir im Ausschuss der SPÖ und dem FPÖ-Antrag zugestimmt haben, aber der geht mir zu wenig weit, da geht es darum, da steht nichts drinnen, dass der abgestufte Bevölkerungsschlüssel weg muss, da sind andere Dinge nicht drinnen.

Da hat der Herr Trummer, da kann ich mich erinnern, er ist der Präsident des Gemeindevertreterverbandes, gefordert, auch hier gesprochen, dass es zusätzlich einen Ausgleichsfonds geben soll in der Höhe von 500 Millionen Euro für strukturschwache Gemeinden. Steht auch nichts drinnen. Ich würde Sie bitten - sehen wir heute das nicht als parteipolitische Diskussion, nochmals, sondern es geht um das Bestmöglichste für das Burgenland.

Daher haben wir einen Abänderungsantrag eingebracht. Ich darf die Beschlussformel vorlesen. Dieser Abänderungsantrag geht weiter, als der, der im Ausschuss von uns allen beschlossen wurde. Ich würde Sie bitten, dass wir uns den genau anschauen, dass er nicht einfach, weil die Opposition ihn einbringt, jetzt abgelehnt wird. Jetzt haben Sie die Möglichkeit, dass Sie mit uns gemeinsam im Burgenland einen burgenländischen Schulterschluss erreichen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung wie folgt einzusetzen:

- Punkt 1: Aufhebung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels für Länder und Gemeinden, in dem Fall nur für Gemeinden.
- Punkt 2: Aufgabenorientierter Finanzausgleich.
- Nächster Punkt: Berücksichtigung der Altersstruktur der Einwohner bei der Zuteilung der Finanzmittel.
- Berücksichtigung der Siedlungsfläche, weil die Fläche sehr ausgabenintensive Aufgaben beeinflusst.
- Berücksichtigung der Nebenwohnsitze bei der Finanzmittel-Zuteilung, da sind wir gleich mit der SPÖ.
- Einheitlicher Aufteilungsschlüssel über alle gemeinschaftlichen Bundesabgaben.
- Schaffung tragfähiger Verkehrsverbindungen im ländlichen Raum.
- Schaffung eines Ausgleichsfonds in der Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr für strukturschwache Gemeinden, weil die derzeitigen Ausgleichsmechanismen nicht ausreichend sind.
- Einrichtung wirksamer Schutzmechanismen gegen den sogenannten „grauen Finanzausgleich“.

Ich würde Sie bitten, dass wir wirklich über den Tellerrand schauen, dass wir die parteipolitische Brille heute bei der Beschlussfassung abnehmen und dass Sie unserem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Mag. Franz Steindl übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Der mir eben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird entsprechend der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages in die Verhandlungen miteinbezogen.

Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Ich werde keine parteipolitische Rede halten, werde nicht über Parkpickerl sprechen, werde auch nicht schreien oder laut werden, sondern möchte mich sehr sachlich mit dem Thema Finanzausgleich auseinandersetzen.

Der ist sehr, sehr wichtig für uns, trotzdem können wir nicht zufrieden sein, weil der Finanzausgleich - auch laut Experten, undurchsichtig, veraltet und vor allem unfair ist. Es wird die Frage gestellt, warum die Sozialdemokratie immer den Vergleich mit Vorarlberg und nicht mit Wien anstellt. Wir könnten es mit anderen Bundesländern ebenso machen, er wäre immer unfair, auch bei Wien.

Warum Vorarlberg? Weil Vorarlberg ähnlich strukturiert ist, auch vergleichbar mit den Einwohnern. Wenn wir das insgesamt berechnen, also auch mit Gemeindeanteilen, dann werden wir festhalten, dass Vorarlberg um 420 Euro pro Kopf mehr bekommt, als das Burgenland.

Das ist unfair, denn der Burgenländer muss genau so viel wert sein, wie der Vorarlberger oder die restlichen Österreicherinnen und Österreicher. Daher der Vergleich zu Vorarlberg.

Der Grund dafür ist, weil größere Gemeinden bevorzugt werden, wurde zuvor auch schon angesprochen, weil es einen Aufteilungsschlüssel gibt der durchaus veraltet ist und weil der Finanzausgleich viele Dinge nicht berücksichtigt, wie beispielsweise Streusiedlungen und dergleichen. Er ignoriert auch die Abwanderungsgebiete und er ignoriert insbesondere den wirtschaftlichen Aufholprozess der letzten 20 Jahre, den das Burgenland gehabt hat.

Im Vergleich zu Vorarlberg, glaube ich, kann man auch feststellen, dass die Gemeinden stark benachteiligt sind. Das geht natürlich zu Lasten der Gemeindebudgets und der ländlichen Entwicklung. Dies bedeutet natürlich weniger Kinderbetreuung, Straßenbau, Dorfleben und vieles mehr, wovon unsere Gemeinden natürlich leben.

Ich gebe dem Kollegen Steindl schon Recht, es ist wirklich unfair, dass dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel vorhanden ist. Aber wenn wir wirklich das ernst meinen, indem wir sagen, jeder Österreicher muss gleich viel wert sein, dann gibt es natürlich auch keine Zehntausender-Regelung mehr und dann wäre der Purbacher genau so viel wert wie der Eisenstädter. Das muss uns schon klar sein. Ich sage es nur der Form halber dazu. Wenn da Einigkeit besteht, dann ist das ohnehin sehr, sehr gut.

Ja, und das Land Burgenland nimmt aber, weil das vorher auch schon abgesprochen worden ist, den Gemeinden dagegen sehr viele Kosten ab, denn auch hier kann man wieder Vergleiche mit anderen Bundesländern machen. Der Vergleich beispielsweise mit Oberösterreich, also einer oberösterreichischen Gemeinde.

Da wird man feststellen, dass eine oberösterreichische Gemeinde im Schnitt zwar 184 Euro pro Einwohner mehr bekommt, also mehr wie eine burgenländische Gemeinde, aber wenn man die Umlagenbelastung für die burgenländische Gemeinde ansieht, dann

ist es so, dass sie um 266 Euro pro Kopf weniger berappen müssen. Das heißt, hier profitieren natürlich die burgenländischen Gemeinden.

Das heißt, sie zahlen weniger für Sozialhilfe, Krankenanstalten und Landesumlage, das ist gut so. Das Land nimmt den Gemeinden hier Last von den Schultern. Deutlich mehr als andere Bundesländer, das wollen wir auch weiterhin tun, weil es wichtig für unsere Gemeinden ist.

Das Land, und darüber haben wir heute noch nicht gesprochen, trägt auch einen ordentlichen Beitrag zur Steuerreform bei, nämlich 23 Millionen Euro. Ich sage das deswegen, weil der Finanzminister angedeutet hat - ich zitiere den Herrn Finanzminister: 2017 kommt ein völlig neuer Finanzausgleich, der auch zur Budgetkonsolidierung beitragen wird.

Er meint nicht unseres, er meint natürlich seines. Was das für die Länder bedeutet, können wir uns alle ausmalen. Das heißt, wir müssen sehr, sehr Acht geben, wie wir den haben wollen. Wir wollen einen fairen, transparenten und vor allem entrümpelten Finanzausgleich. Da wollen wir im ersten Verteilungsschritt haben, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Österreich gleich viel wert sind, egal wo sie zur Welt kommen. Am Boden- oder am Neusiedler See, das muss gleichgültig sein. Alle müssen gleich viel wert sein.

Im zweiten Verteilungsschritt soll Geld Leistung folgen und da kann man durchaus sagen, okay, die Landeshauptstadt erfüllt gewisse Tätigkeiten und da gibt es gewisse Einrichtungen, das muss auch mehr wert sein, also Geld folgt Leistung sozusagen und wenn das auch die Bundeshauptstadt betrifft, dann soll das auch so sein. Aber grundsätzlich sollte man immer den Grundsatz haben, Geld folgt Leistung im zweiten Verteilungsschritt. Also jene belohnen, wie auch unser Heimatland Burgenland, das hier auch Verantwortung übernimmt.

Wir brauchen einen Schulterschluss und daher ersuche ich, auch unserem Antrag zuzustimmen, weil diese Verhandlungen nicht einfach werden. Auch unter den Bundesländern nicht einfach werden. Es geht um unser Heimatland, es geht um unsere Gemeinden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Abgeordneter Gerhard Steier hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Thema Finanzausgleich ist jetzt nicht für die kommenden zwei Jahre in der Auseinandersetzung bestimmt worden, dass es gelöst werden muss, sondern dieses Thema existiert seit der Begründung der zweiten Republik und hat in ihren Bestandteilen so viele positive Inputs bekommen, dass sie ungelöst wieder ausgespuckt wurden auf der anderen Seite.

Es ist jedem im föderalen Sinne klar, jedem Bundeslandvertreter, es ist jeder Gemeinde klar und es ist jedem Bundesverantwortlichen klar, dass jede dieser Interessens- und Gebietskörperschaften eigentlich vom Kuchen mehr haben möchte.

Und diesen Spagat, diese Auseinandersetzung in den einzelnen Gebietskörperschaften quasi auf den Bund bezogen auszuführen, funktioniert leider nicht nach dem Wunschprinzip, sondern hier stehen, und das müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, sehr realpolitische, machtpolitische Verhältnisse entgegen.

Diese Vorstellung, die jetzt zum Beispiel das Bundesland Wien in anderer Form dem Finanzausgleich gegenüber hat, werden auch durch unsere besonderen

Eigentümlichkeiten, durch unsere besondere burgenländische Situation, durch unseren besonderen burgenländischen Geist, in keiner Form die Wiener davon abrücken lassen, dass sie für ihre Leistungen, die sie veranschlagen, weniger Geld haben wollen.

Daher ist, wie es vorher ausgedrückt wurde, die Auseinandersetzung um den Finanzausgleich nicht nur sehr spannend, sondern eine Aufgabenstellung, die sehr viel Haltung und auf der anderen Seite auch sehr viel Kampfkraft bedeutet. Denn nur so wird es gelingen möglicherweise, die schon angekündigte Verkürzung der Budgetmittel für die Bundesländer und für die Gemeinden irgendwie hintanzuhalten.

Uns allen muss klar sein, und ist auch inzwischen glaube ich klar geworden, dass die Gesamtheit der Finanzmittel in ihrer Verteilung nicht größer wird. Weil wir, und das ist ja auch ein mittlerweile anerkanntes Prinzip, im gesamtbundesstaatlichen Bereich in der sogenannten Hereinholung von Finanzmitteln mittlerweile ein Niveau erreicht haben, das in der Belastung des einzelnen Bürgers fast nicht mehr überbietbar ist.

Tatsache ist, dass durch die Steuerreform, die jetzt auch im kommenden Jahr quasi in die Wirklichkeit gesetzt wird, mit Sicherheit auch weniger Finanzmittel im Gesamtbereich zur Verfügung stehen, dass es mit den Ankündigungen von Bundesseite her, auch zusätzliche steuertechnische Begünstigungen für Betriebe aber auch für den Einzelnen zu setzen, der Steuerkuchen auch nicht wachsen wird.

Das heißt, auf der anderen Seite die Verpflichtung, die jetzt schon jeder Verantwortliche auf sich nimmt, die Finanzausgleichsverhandlungen nicht nur mit dem nötigen Respekt, sondern auch mit der, wie ich vorher ausgedrückt habe, notwendigen Kampfkraft auszuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Unterschied, der in den Finanzausgleichsverhandlungen vom letzten Mal mir noch im Bewusstsein ist, hat sich ja - der Kollege Steindl hat es ausgedrückt - mit der Abflachung des sogenannten abgestuften Bevölkerungsschlüssels ergeben.

Was war aber das Resultat der Städte und der größeren Einheiten? Sie haben eine Sonderration von 100 Millionen Euro, glaube ich, zur Verfügung gestellt bekommen, um quasi ihre abgestuften und damit eingeschränkten Finanzmittel auszugleichen, auf der anderen Seite vom Finanzminister dieses Zugeständnis eingefahren.

Das heißt, man sieht dieses kommunizierende Gefäß wird nicht in dem Sinne ausgeglichen durch andere Maßnahmen. Hier wird es - und da sind wir uns einig, da wird keiner eine andere Meinung aufnehmen - hier wird die Gleichwertigkeit jedes Österreichers, jeder Österreicherin betont. Ist auch selbstverständlich.

Auf der anderen Seite die sogenannten aufgabenorientierten Maßstäbe oder die im Sinne von leistungsbezogenen Maßstäben eingezogenen Forderungen differenzieren sich auf Seiten des Städtebundes, auf Seiten des Gemeindebundes und auf Seiten der Bundesländer versus dem Bund.

Tatsache ist auf der anderen Seite, dass diese Gemeindezuteilungen immer die Schwächsten in der Ausführung waren und auch, oder hoffentlich, nicht bleiben werden, denn dieses letzte Glied in der Kette der Gebietskörperschaften hat es mit Sicherheit nicht einfacher etwas zugeteilt zu bekommen, als eben eine andere Gebietskörperschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Finanzausgleich in der Forderung nach einer Gleichstellung aller Bürger auf jeden Fall, auch eine Gleichstellung im Sinne der Aufgabenverantwortlichkeit. Ich hoffe nur, dass wir auch den Atem haben bis zum Schluss

die Interessen dann auch wirklich einmal umzusetzen, denn es wird wahrscheinlich auch der kommende Finanzausgleich nicht alle Wünsche erfüllen.

Aber wenn wir es schaffen sollten, im Zusammenhang mit dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel einen nächsten Schritt im Sinne der Abflachung zu erreichen, dann will ich nicht die Latte jetzt sehr kurz hängen, aber ich bin der festen Überzeugung, dass es wahrscheinlicher Weise leider nicht zu mehr reichen wird.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die notwendige Abstufung im Sinne des jetzt gegebenen abgestuften Bevölkerungsschlüssels ähnlich greifen sollte, und dass jedes Bundesland und jeder Gemeindebürger, jeder Landesbürger, jede Landesbürgerin, den gleichen Stellenwert in dieser Republik haben sollte.

Denn nur so ist auch gelebter Föderalismus umzusetzen und nicht jetzt an irgendetwas aufzuhängen, das quasi den Einen bevorteilt und den Anderen benachteiligt. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt von Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jede der Finanzreferententagungen der letzten zwei Jahre hat sich mit dem kommenden Finanzausgleich oder mit der Verlängerung vorher beschäftigt. Vor allem aber auch das es eine Unterscheidung geben muss zwischen Finanzausgleich und Gesundheits- und Pflegesicherung und wie das finanziert wird.

Ein weiteres Thema das heute kurz angeschnitten wurde ist auch die Problematik des „grauen Finanzausgleiches“ der mittlerweile eine Größe von rund eineinhalb Prozent bekommen hat. Das sind fast oder knapp eine Milliarde Euro, die zu Ungunsten der Länder, Städte und Gemeinden laufen, welche der Bund aufgrund von 15a-Vereinbarungen an den Rahmenbedingungen hier eine Ungleichheit geschaffen hat, sodass wir jetzt schon nicht mehr beim Schlüssel 67-21-12 sind, sondern für die Länder das schon unter 20 Prozent ist.

Das heißt, zuerst muss man diese Problematik einmal diskutieren und schauen, wie der Bund dazu steht und dann muss man bei diesen kommenden Finanzausgleichsverhandlungen die Verhandlungen dahingehend führen, wie hoch die Prozentsätze sind.

Wenn der Herr Finanzminister ankündigt, dass er sein Budget über den Finanzausgleich finanzieren will, konsolidieren will, dann verstehe ich das schon, weil die Verschuldung des Bundes mittlerweile 92 Prozent des BIP beträgt. 92 Prozent der Gesamtschulden hat der Bund gemacht! Hat mehr Schulden gemacht! Die Länder und die Gemeinden haben ihre Schulden abgebaut.

Daher ist es klar, dass er das will. Es ist nur die Frage ob wir das zulassen. Wir heißt Länder, Städte und Gemeinden. Da sind wir solidarisch. Vor allem müssen wir aber unterscheiden zwischen dem vertikalen Finanzausgleich, wo eben diese Prozentsätze verhandelt werden, plus die Gesundheits- und Krankenanstaltenfinanzierung und die horizontale Verteilung.

Da sind die Länder untereinander natürlich im Streit wie das getan wird. Da geht es vor allem auch über die Krankenanstaltenfinanzierung, die Vorwegabzüge, die Gastpatientenregelungen, die natürlich enorme Kosten ausmachen. Da muss man, aber das ist dem Finanzminister völlig egal. Da muss man zwischen den Ländern verhandeln.

Genau das Gleiche - was den abgestuften Bevölkerungsschlüssel betrifft,- ist bei den horizontalen Aufteilungen der Städte und Gemeinden der Fall. Das ist ausschließlich Aufgabe der Städte und Gemeinden untereinander. Wir sind solidarisch. Haben das beim letzten Finanzausgleich, der abgeschlossen wurde gezeigt, dass die Länder auf Mittel verzichtet haben, damit hier eine gerechtere Verteilung passiert.

Wir im Land sind sogar noch einen Schritt weiter gegangen. Das heißt, wir haben Transferleistungen im Land von einem Schlüssel, der weit weg vom österreichischen Durchschnitt liegt, nämlich 74 Prozent der Transferleistungen bezahlt das Land und die restlichen 26 Prozent die Gemeinden.

Wenn der Herr Abgeordnete Steindl sagt, er als Vertreter oder Interessensvertreter der Gemeinden bejammert, dass die Sozialleistungen sich so gesteigert haben, dann muss man fairerweise dazusagen - das haben Sie leider nicht getan - dass das Gleiche auch für die Länder gilt.

Weil ein Schlüssel von 50:50, vorher 60:40 Gemeinden/Land, jetzt 50:50 gleich aufgeteilt wird. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ja, ist ja trotzdem nicht so schlecht!)* Ja, aber die Steigerung ist da, aber genauso für das Land.

Wenn man das nicht dazu sagt, erweckt es den Anschein, als ob sich das Land mehr Geld einbehalten würde als ihm zusteht. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das habe ich nicht gesagt!)* Was nicht der Fall ist. Ganz im Gegenteil. Das Land Burgenland unterstützt die Gemeinden durch diesen Schlüssel 74:26. In Oberösterreich, in Vorarlberg, ist dieser Schlüssel 55:45. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt 45 Prozent der Transferleistungen zahlen die Gemeinden. Dort wird nämlich nicht so wie im Burgenland nicht einmal zehn Prozent der Gemeinden für die Krankenanstaltenfinanzierung genommen, sondern dort wird es aufgeteilt. 50:50. Bei uns ist das ganz anders. Der österreichische Durchschnitt ist 61 Prozent zu 39 Prozent. Also 61 Prozent alle Länder die die Transferleistungen innerhalb des Landes bezahlen und 39 Prozent die Gemeinden.

Wir tragen mit diesem hohen Schlüssel dazu bei, dass die benachteiligten Gemeinden im Burgenland zusätzlich vom Land unterstützt werden. Dazu stehen wir. Aber man darf nicht vergessen dazu zu sagen, dass bei den Sozialleistungen das Land die gleichen Belastungen trägt wie die Gemeinden. Das wäre unfair, wenn man das weglassen würde.

Wir setzen uns natürlich ein für eine Neuaufteilung und für eine neue Regelung des Finanzausgleiches. Ich habe mich in den Länderkonferenzen dafür eingesetzt und es wurde auch eine Reformgruppe konstituiert, die sich mit der Aufgabenkritik, Abgabenautonomie, Krankenanstaltenfinanzierung, interkommunale Zusammenarbeit, Pflegehaftungsobergrenzen, Aufgabenorientierung, das ist das Entscheidende, auf Basis nicht nur der Volkszahl, sondern auch der Größe eines Landes, beschäftigt, was beim Burgenland eine wesentliche Rolle spielt, die Altersstruktur, die Anzahl der Gemeinden, die Anzahl der Ortsteile, werden berücksichtigt.

Weil nur dadurch eine gerechtere Betrachtungsweise zustande kommt und wir dadurch bessere Argumente in der horizontalen Aufteilung der Länder bekommen. Wir haben natürlich schlechte Karten was die Gastpatientenregelung betrifft, weil wenn der Spitz auf Kopf abgerechnet wird, von Wien und von Niederösterreich, na dann kostet uns das eine sehr, sehr große Stange Geld, die wahrscheinlich höher ist, als wir durch diese Vorwegabzüge verlieren.

Das heißt, es ist eine diffizile Angelegenheit, wie der Finanzausgleich einerseits zustande kommen wird. Ob es uns gelingen wird, gemeinsam Länder, Städte und Gemeinden den Angriff auf die Finanzen in Österreich des Bundes abzuwehren, weil der Druck innerhalb des Bundes sehr, sehr hoch ist.

Es wird den Ländern immer vorgeworfen, dass sie nicht effektiv arbeiten. Wir haben den Beweis, dass wir effektiv arbeiten. Wir haben Schulden abgebaut. Der Bund hat das nicht getan. Jetzt sollten wir noch auf Kosten des Bundes die Gelder freigeben. Freiwillig wird das sicher nicht passieren.

Daher sind sich die Länder einig und ich denke auch die Städte und Gemeinden, dass wir hier einen Schulterschluss bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen durchführen werden.

Auf eine gemeinsame gute Zusammenarbeit in den nächsten eineinhalb Jahren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Da keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt uns ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Die Entschließung betreffend eine faire Reform des Finanzausgleichs ist somit mehrheitlich gefasst.

19. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrick Fazekas, Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 84) betreffend Rettung der Vereinsfeste (Zahl 21 - 67) (Beilage 114)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Berichterstatter zum 19. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrick Fazekas, Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 84, betreffend Rettung der Vereinsfeste, Zahl 21 - 67, Beilage 114, ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christoph Wolf, M.A..

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Er ist nicht da!)* Der Herr Berichterstatter ist nicht da. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bei mir steht Sagartz! – Abg. Doris Prohaska: Das geht nicht! – Abg. Christian Illedits: Das geht nicht! – Abg. Manfred Kölly: Wo ist er denn? – Abg. Doris Prohaska: Dann müssen wir die Sitzung unterbrechen! – Abg. Manfred Kölly: Dann muss der Präsident Bericht erstatten!)* Nein, so ist es nicht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Vorsitzende des Ausschusses!)* Der

Vorsitzende des Ausschusses ist nicht hier. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hier steht er!)*

Der Landesrat a.D. Dr. Peter Rezar als Vorsitzender des Ausschusses, nachdem der Herr Berichterstatter nicht da ist, darf ich bitten, zum 19. Tagesordnungspunkt den Bericht zu erstatten. *(Abg. Christian Illedits: Jetzt haben wir Glück gehabt!)*

Berichterstatter Dr. Peter Rezar: Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf den Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 84) betreffend Rettung der Vereinsfeste (Zahl 21 - 67) (Beilage 114) vorbringen.

Der Rechtsausschuss hat in diesem selbständigen Antrag der Abgeordneten, die bereits genannt wurden, betreffend Rettung der Vereinsfeste, in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Nachdem der Herr Berichterstatter nicht im Saal ist, bin ich als Vorsitzender mit dieser Aufgabe betraut worden, diesen Bericht dem Hohen Haus zur Kenntnis zu bringen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska bringt diese einen Abänderungsantrag ein.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rettung der Vereinsfeste unter Einbeziehung der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt ist ja vereinbarungsgemäß schon zum Tagesordnungspunkt 17 geführt worden. Es liegt mir eine Wortmeldung vom Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas vor, der auch zu diesem Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag einbringen möchte und wir dann zur Abstimmung kommen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich darf nun zum gegenständlichen Antrag einen Abänderungsantrag einbringen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dahingehend einzusetzen, dass die rechtlichen Bestimmungen für Vereine und die Durchführung von Vereinsveranstaltungen und Vereinsfesten übersichtlicher gestaltet werden und der rechtliche Rahmen folglich besser überschaubar und administrierbar ist.“ *(Abg. Patrik Fazekas übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Der mit soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu diesem Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Es liegt zu diesem Tagesordnungspunkt nunmehr ein Abänderungsantrag vom Abgeordneten Fazekas vor. Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend einen Schutzschirm für die burgenländischen Vereine ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

20. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 28) betreffend „Kampf gegen Schlepperkriminalität“ (Zahl 21 - 24) (Beilage 115)

21. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 29) betreffend Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen im Burgenland (Zahl 21 - 25) (Beilage 116)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 20. und der 21. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 20. und 21. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, - das wurde schon zum Eingang der Tagesordnung so fixiert -, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 20. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 28, betreffend „Kampf gegen Schlepperkriminalität“, Zahl 21 - 24, Beilage 115.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Gerhard Kovasits: Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Kampf gegen Schlepperkriminalität“ in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Kampf gegen Schlepperkriminalität“, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Berichterstatter zum 21. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 29, betreffend Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen im Burgenland, Zahl 21 - 25, Beilage 116, ist ebenfalls Herr Abgeordneter Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Gerhard Kovasits: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen im Burgenland in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Anschließend erfolgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA, Spitzmüller und Hergovich.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen, unter Einbezug der von mir beantragen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Wir haben nun die beiden Berichte gehört.

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner darf ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort erteilen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde meine zwei Berichte in dieser Thematik auch gleich zusammenfassen und zwar hat das Bündnis Liste Burgenland am 12. August einen Antrag „Kampf gegen Schlepperkriminalität“ abgegeben. Der Kampf gegen die Schlepperkriminalität war, ist und wird auch in Zukunft ein wichtiges Thema im Burgenland sein.

Es ist mir unverständlich, dass solche dringenden Anträge wie dieser, erst zwei Monate später im Ausschuss behandelt werden, und es zeigt sich in den Ausschüssen dasselbe Spiel, Anträge des Bündnis Liste Burgenland werden von der rot-blauen

Regierungspartei, aber auch von der ÖVP einfach abgeändert und dann mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschlossen. Die Regierungsparteien schmücken sich mit fremden Federn und verkaufen Oppositionsanträge als eigene.

Das ist demokratiepolitisch natürlich bedenklich. Einerseits ist es ärgerlich, dass dieses Spiel immer wieder gespielt wird, auf der anderen Seite zeigt sich aber, dass man auf die Arbeit des Bündnis Liste Burgenland stolz sein kann, weil in vielen Bereichen wir die Ideenbringer hier für die Regierungsparteien sind.

Vielleicht schaffen wir es aber in Zukunft, dass wir vielleicht in der einen oder anderen Thematik dann einen Drei- oder Vier-Parteien-Antrag einmal zusammenbringen werden?

Offene Grenzen zu unseren Nachbarn haben zweifelsfrei den kleinen Vorteil, keinerlei Wartezeiten an den Grenzen in Kauf nehmen zu müssen, aber auch den evidenten Nachteil, dass Kriminelle an den Grenzen nicht mehr angehalten werden können.Organisierte Kriminalität, Schlepperunwesen sowie Kriminalitätstourismus haben seit der Grenzöffnung massiv zugenommen und plagen die Österreicherinnen und Österreicher immer mehr.

Dazu kommt, dass offene Grenzen zu einem enormen Asylstrom Richtung Österreich führen, obwohl unser Land durch das Dublin-II-Abkommen von sicheren Drittstaaten umgeben ist und eigentlich kein einziger Asylwerber über den Landweg nach Österreich kommen dürfte.

Schlepper sind gnadenlose Ausbeuter, die den Menschen unter Vorspielung falscher Tatsachen ihre letzten Habseligkeiten abnehmen und sie dann oft völlig ungeschützt und desorientiert aussetzen.

Mit Jänner wurde die Sonderkommission Schlepperei Nord in der Landespolizeidirektion Niederösterreich, Sitz in Traiskirchen, und die Sonderkommission Schlepperei Süd in der Landespolizeidirektion Burgenland, mit Sitz in Eisenstadt, eingerichtet.

Ziel ist es, international agierende Schleppernetzwerke durch gemeinsame, internationale, strategische und operative Steuerung von großen Ermittlungsverfahren nachhaltig auszuschalten und eine deutliche Reduzierung der Schlepperaktivität nach und durch Österreich zu bewirken.

Die Sonderkommission Schlepperei Süd ist schwerpunktmäßig verantwortlich für die Bekämpfung der Schleppernetzwerke in der Balkanregion, in Südosteuropa, in Kleinasien, Pakistan, Afghanistan, Syrien und dergleichen. Wir fordern daher eine finanzielle und personelle Mittelerhöhung für den Kampf gegen die Schlepperbekämpfung sowie von der EU einen Kostenbeitrag zur Schlepperbekämpfung.

Am 12. August hat das Bündnis Liste Burgenland auch einen Antrag für die Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen im Burgenland abgegeben. Europa ist derzeit mit einer enormen Flüchtlings- und Migrantenwelle konfrontiert. Mehrere parallel stattfindende Konflikte haben eine große Zahl an Menschen zur Flucht aus ihren Heimatstaaten gezwungen. Österreich muss seiner Verantwortung für den Schutz von verfolgten Minderheiten nachkommen und Vertriebenen Asyl gewähren. Ich glaube, das gelingt uns momentan auch sehr gut.

Die Anzahl der Flüchtlinge in Europa braucht jedoch eine gerechte und solidarische Verteilung innerhalb der Mitgliedsstaaten. Die Umsetzung der geltenden Dublin-III-

Verordnung, wonach das Land der ersten Einreise für die jeweiligen Flüchtlinge zuständig ist, erweist sich als ineffektiv.

Mehrere Mitgliedsstaaten der EU halten sie nicht ein und sind dafür mitverantwortlich, dass immer mehr Flüchtlinge nach Österreich und somit auch ins Burgenland gelangen. Die Überwachung der Außengrenzen der Europäischen Union weist Lücken auf, weswegen europäische Maßnahmen zu deren Verbesserung gesetzt werden sollen.

Aus diesen Gründen ist auch die temporäre Wiedereinführung von Grenzkontrollen an Österreichs Grenzen, besonders an der Außengrenze zu Ungarn und der Slowakei, dringend geboten.

Das Bündnis Liste Burgenland fordert daher die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass alle notwendigen Vorkehrungen zur Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen an den Staatsgrenzen des Burgenlandes getroffen werden, solange die Situation so ist, wie sie ist. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt von der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben über dieses Thema schon in der letzten Landtagssitzung ausführlich diskutiert, und ich möchte nicht einfach wieder alles wiederholen, was damals gesprochen wurde. Ich möchte nur auf das eine oder andere in der Debatte schon hinweisen, weil es einfach um korrekte Darstellung geht.

Wir wissen, dass die Schlepperkriminalität dadurch ihren fröhlichen Urstand feiert, weil es den Flüchtenden nicht möglich ist, auf legalem Weg nach Österreich zu kommen, auf legalem Weg in die Europäische Union zu kommen.

Das heißt, diejenigen - Kollege Hutter hat es selber so genannt -, die aus verständlichen und nachvollziehbaren Gründen flüchten müssen - haben Sie sogar gesagt -, ihr Land verlassen müssen, haben gar keine andere Möglichkeit, als illegal in die Europäische Union einzureisen und geben oft ihr ganzes Vermögen aus, es Schleppern in die Tasche zu stecken und dann irgendwie arm und ausgenommen hier herzukommen. Wie dann mit ihnen umgegangen wird, darüber sind wir unterschiedlicher Meinung.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wenn wir wirklich und ernsthaft die Ursachen für die Schlepperkriminalität bekämpfen wollen, dann müssen wir uns natürlich auf europäischer und UNO-Ebene dafür einsetzen, dass Verhältnisse vor Ort anders sind, aber wir müssen legale Wege durch Europa ermöglichen, nur dann nehmen wir den Schleppern ihr Handwerk weg.

Was hier der Vorschlag von der Liste Burgenland ist, das ist eine Symptombekämpfung, die halte ich nicht für tauglich und auch nicht für langfristig wirklich wirksam. Ebenso habe ich auch das letzte Mal ausführlicher, als ich es heute tun werde, auf die Unsinnigkeit dieses Ressourcen-in-verstärkte-Grenzkontrollen-Hineinstecken erläutert. Die Flüchtlinge suchen sich ihren Weg nach Österreich, weil sie sind verzweifelt und sie kommen.

Die letzten Nächte war es halt in Spielfeld so, eine Kollegin hat mir gerade vorhin eine SMS geschrieben, seit 20 Stunden ist sie dort permanent im Einsatz, in Nickelsdorf

ist es halt jetzt weniger, aber es ist jetzt nicht so, dass die Not und die Fluchtbewegung dadurch geringer wird, indem man an einem Punkt etwas zustöpselt.

Es kann auch nicht unser Ansinnen als Burgenländerinnen und Burgenländer sein, zu sagen, wurscht, wo sie reinkommen, nur nicht bei uns, wir haben die Grenzen dicht.

Der Herr Landeshauptmann ist immer sehr glücklich, wenn er sagen kann, dass im Burgenland die meisten Menschen aufgenommen wurden, bevor sie weitergezogen sind, na no na - wenn halt die Grenze zwischen Ungarn und Österreich im Burgenland liegt, kommen die meisten Menschen natürlich über das Burgenland durch, das ist keine Leistung des Burgenlandes, aber es ist eine große Leistung, wie wir mit diesen Menschen umgegangen sind, zum Großteil.

Das, was in dem Abänderungsantrag hier vorkommt, ist zu einem Teil eine sinnvolle Maßnahme, wenn es um Überlegungen auf EU-Ebene geht, aber dort, wo es wirklich um uns selber geht, wo wir selber etwas machen können, dort sind die Vorschläge, die hier gemacht werden, zum Teil derartig widersinnig, dass wir diesem Antrag natürlich so nicht zustimmen können.

Wir machen diesmal etwas, was wir sonst überhaupt nicht tun, wir bringen auch hier wieder einen Abänderungsantrag ein, der zugegebenermaßen mit dem ursprünglichen Antrag und dem Anliegen des ursprünglichen Antrages wenig zu tun hat, aus einer einzigen Notsituation.

Es ist hier eine dringliche Angelegenheit, wir nehmen wahr und ich habe erst vorgestern wieder Berichte bekommen, dass Menschen im Burgenland in die Obdachlosigkeit geschickt werden, dass vieles nicht klappt in der Unterbringung, in der Quartierbereitstellung. Gerade vorhin ist eine Mail reingekommen, ich gebe sie Ihnen gerne weiter, Herr Landesrat, wo drei Leute mir schildern, wie sie ihre Häuser und Wohnungen anbieten und keine Antwort oder keine Leute zugeordnet bekommen. Hier gibt es einen großen Missstand, der unverzüglich auf Bundes- und Landesebene geändert gehört.

Das ist eine dringliche Angelegenheit, aber Sie wissen, wir können keinen dringlichen Antrag einbringen, weil wir keinen Klubstatus haben. Das heißt, wir nehmen jetzt einmal dieses Mittel des Abänderungsantrages, den ich jetzt vorlesen werde.

Ausgangspunkt der Sache ist eben, dass sich in den letzten Wochen im Burgenland die Fälle mehren, in denen Asylsuchende, die bereits registriert sind und zum Asylverfahren zugelassen sind, von Behörden in die Obdachlosigkeit geschickt werden. Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl lässt Informationszettel verteilen, in denen Asylwerbende darauf hingewiesen werden, dass ihnen kein Betreuungsplatz zugewiesen wird.

Es wurde uns zwischenzeitlich von der Polizei zugesagt, dass diese Zettel nicht mehr ausgeteilt werden - sie sind vorgestern im Südburgenland wieder aufgetaucht.

Darüber hinaus - also es ist nicht nur so, dass die Menschen weggeschickt werden, es wird ihnen bescheinigt, mit einem ausschließlich in deutscher Sprache verfassten Zettel, ihr habt jetzt kein Quartier, wir haben keinen Platz für euch, aber ihr müsst euch in der Nähe von Traiskirchen aufhalten, damit ihr dann abrufbereit seid.

Diese Vorgangsweise widerspricht dem gesetzlich garantierten Anspruch der Asylwerbenden auf Unterkunft und Verpflegung. Hier macht die öffentliche Hand Asylwerbende neuerlich zu Obdachlosen, und sie verwehrt die in der Grundversorgung zustehende Zuweisung einer Sozialversicherungsnummer und damit auch die

medizinische Versorgung. Wer weiß, wie schlimm Zahnschmerzen sind und wie teuer ein Zahnarztbesuch ist, weiß, dass das wirklich unüberwindliche Hürden sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Zustand unverzüglich beendet wird, und wir denken, es ist auch möglich, wenn es eine enge Kooperation gibt, eine gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Behörden und Hilfsorganisationen und wenn es den entsprechenden politischen Willen gibt.

Daher stellen wir folgenden Abänderungsantrag, und ich hoffe dann auf gehörige Unterstützung von anderer Seite, weil auch für den Abänderungsantrag…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ist das jetzt die Beschlussformel, die Sie verlesen?

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): *(fortsetzend)*: Ja! Es ist mir schon klar, dass wir dazu auch mehr als zwei Unterzeichnende brauchen.

Die unterfertigen Abgeordneten stellen daher folgenden Abänderungsantrag - alle Fraktionen haben ihn schon vor mehreren Stunden von mir zugestellt bekommen, also Ihr könntet die Information von Euren Klubobleuten schon haben:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Bundesministerium für Inneres und dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel,

die Ausgabe von Informationszetteln, die den Asylwerbenden ihre Obdachlosigkeit bescheinigen, unverzüglich zu beenden;

nach der ersten Registrierung die Asylwerbenden in Erstversorgungsquartiere zuzuweisen;

eine zügige Überstellung in die Grundversorgung zu ermöglichen und

die beschlossenen Tagsätze zur Unterkunft, Verpflegung und Betreuung ohne weitere Verzögerung zur Gänze auszuzahlen.

Weiters wird die Landesregierung aufgefordert,

die Abteilung für Grundversorgung bis zur Aufarbeitung aller anstehenden Quartierangebote personell aufzustocken,

dem (neuen) zuständigen Personal eine Einweisung in den effizienten und verantwortungsvollen Umgang mit der aktuellen Situation zukommen zu lassen und

bereits im Verfahren zur Zulassung zur Grundversorgung die enge Kooperation mit den dafür kompetenten Hilfsorganisationen zu suchen.“

Ich hoffe auf weitere Unterstützung. Danke schön! *(Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag und möchte auch einen weiteren, gleichlautenden Abänderungsantrag überreichen.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Frau Kollegin möchte auch zum Tagesordnungspunkt 21 einen Abänderungsantrag einbringen.

Er ist zwar gleichlautend, aber entsprechend der Geschäftsordnung bitte ich ihn nochmals zu verlesen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Zu dem gleichlautenden Abänderungsantrag stellen wir einen weiteren gleichlautenden Abänderungsantrag.

„Der Landtag wolle beschließen:“ – ich lese ganz schnell, denn Sie kennen den Text schon –

„Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Bundesministerium für Inneres und dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel,

die Ausgabe von Informationszetteln, die den Asylwerbenden ihre Obdachlosigkeit bescheinigen, unverzüglich zu beenden;

nach der ersten Registrierung die Asylwerbenden in Erstversorgungsquartiere zuzuweisen;

eine zügige Überstellung in die Grundversorgung zu ermöglichen und

die beschlossenen Tagsätze zur Unterkunft, Verpflegung und Betreuung ohne weitere Verzögerung zur Gänze auszuzahlen.

Weiters wird die Landesregierung aufgefordert,

die Abteilung für Grundversorgung bis zur Aufarbeitung aller anstehenden Quartierangebote personell aufzustocken,

dem (neuen) zuständigen Personal eine Einweisung in den effizienten und verantwortungsvollen Umgang mit der aktuellen Situation zukommen zu lassen und

bereits im Verfahren zur Zulassung zur Grundversorgung die enge Kooperation mit den dafür kompetenten Hilfsorganisationen zu suchen.“

Ich danke auch für die jetzige Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt dem Präsidenten die Abänderungsanträge.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete.

Frau Abgeordnete, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie wirklich zwei gleichlautende - beide sind zum Tagesordnungspunkt 20 - Abänderungsanträge übergeben haben.

Ich bitte Sie, das zu korrigieren, ansonsten kann ich das nicht derart annehmen. Bitte sehr. Sie müssen statt „21 - 24“ „21 - 25“ daraus machen, dann kann ich das so tun. *(Abg. Mag.a Regina Petrik nimmt die entsprechende Korrektur am Abänderungsantrag - direkt vor dem Präsidenten - vor.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe zu beiden Tagesordnungspunkten von der Frau Abgeordneten Petrik einen Abänderungsantrag erhalten. Beide Anträge sind nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs.3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag für den Tagesordnungspunkt 20, Zahl 21 - 24, unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – *(OAR Ing. Manfred Riegler: Die GRÜNEN sollten auch aufstehen. – Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Desgleichen für den Tagesordnungspunkt 21. Es wurde mir ein Abänderungsantrag von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik überreicht, Zahl 21 – 25, ein Abänderungsantrag, der nicht gehörig unterstützt ist.

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich kurz noch auf den Kollegen Kölly zu sprechen kommen, der mir das nicht glaubt, mit seinem „Blabla“. Ich habe mich beim Herrn Landesrat Petschnig erkundigt. Er hat sehr wohl mit Euch einen Termin gehabt und der Kollege Hutter war dort. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, Du verwechselst das.)*

Wenn Ihr zwei nicht miteinander kommuniziert, könnt Ihr das nicht … *(Abg. Manfred Kölly: Zur Berichtigung! Das stimmt so nicht. Tut mir leid, Du kennst Dich wirklich nicht aus. Ich muss Dich berichtigen, tut mir leid. – Abg. Mag.a Michaela Resetar: Schön sprechen!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der Abgeordnete Gerhard Kovasits ist am Wort, und Sie werden entsprechend der Geschäftsordnung zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort erteilt bekommen.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ) *(fortsetzend)*: Zur Kollegin Petrik muss ich noch kurz sagen: Bei der letzten Sitzung haben Sie uns gescholten, weil wir einen Abänderungsantrag eingebracht haben, der Ihrer Meinung nach nichts mit dem Originalantrag zu tun gehabt hat. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe gerade deklariert, warum ich es getan habe.)* Ja - nur damit Sie es beim nächsten Mal nicht vergessen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sinnerfassend verstehen.)*

Nun zum vorliegenden Antrag. Wie wir prophezeit haben, war der erste Flüchtlingsansturm dieses Jahr nur der Anfang. Jetzt geht es erneut los. Zuerst muss ich gleich einmal sagen, dass ich die ganze Sache mit einem lachenden und einem weinenden Auge betrachte.

Lachend - da wir schon immer auf die Gefahren hingewiesen haben und gegen die Abschaffung der Grenzkontrollen waren. Wir wurden ausgelacht und immer als Schwarzmaler hingestellt. Doch wir hatten Recht und das müssen auch alle Parteien zugeben.

Das weinende Auge begründet sich in der Tatsache, dass der erste Ansturm zwar dank des unermüdlichen Einsatzes der Polizei, des Bundesheeres und der Hilfsorganisationen noch bewältigt werden konnte, jedoch die Probleme und Sorgen damit erst begonnen haben.

Wir haben diesbezüglich auch gleich reagiert und einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der genau diese Punkte abdeckt, die Sie, lieber Kollege Kölly, in den beiden Anträgen anführen.

Auf der einen Seite sehen wir eine unfähige Bundesregierung, die es nicht schafft, Herr über das Problem zu werden und glaubt, mit einem Durchgriffsrecht, mit dem die komplette Bevölkerung entmündigt wird, alles lösen zu können.

Auf der anderen Seite eine überforderte EU, in der eine Frau willkürlich Äußerungen tätigt, ohne über die Folgen nachzudenken und somit die Lage noch mehr verschlechtert, als sie schon ist.

Auch wenn es im Burgenland derzeit verhältnismäßig ruhig ist, so sagt ein Blick in die Steiermark, dass die Ruhe nicht von Dauer sein wird. In einer APA-Meldung von heute steht, dass das Bundeheer in der Steiermark um 600 Soldaten aufgestockt wird. Was aber nur am Rande erwähnt wird, ist, dass diese Kompanie aus dem Burgenland abgezogen wurde.

Ein Loch wird gestopft und das andere reißt wieder auf. Hier kann von effektiver Arbeit keine Rede sein. Hier kann man nur von Unfähigkeit sprechen. Hier wird wieder einmal zu spät gehandelt und nicht nachgedacht.

Wie wird denn die Lage aussehen, wenn bei uns der nächste Flüchtlingsstrom hereinstürmt? Darüber wird kein Gedanke verschwendet. Man handelt dann halt wieder ohne Ziel und komplett hilflos und wundert sich dann, warum die Lage so schwer in Griff zu bekommen ist. Das ist doch eine Frechheit der Polizei, dem Bundesheer und allen Hilfsorganisationen gegenüber, die sich Tag und Nacht abstrampeln, um die Fehler der Bundesregierung auszumerzen.

Wir haben gefordert, dass der Assistenzeinsatz und auch die Grenzkontrollen aufrecht zu erhalten sind, bis sich die Lage nachhaltig – und ich betone – nachhaltig stabilisiert hat. Von einer stabilisierten Lage ist aber noch lange keine Rede - im Gegenteil.

Was macht die EU? Sie bleibt weiterhin untätig und sieht zu, wie Europa destabilisiert wird. Durch die Untätigkeit zerstreiten sich die Mitgliedsstaaten, anstatt gemeinsam nach einer Lösung zu streben. Was macht unsere Vertretung in Brüssel - unser lieber Herr Bundeskanzler? Genau! Wie immer bleibt er untätig. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP und LBL)*

Wir waren bisher am meisten von der Flüchtlingsproblematik betroffen und haben bewiesen, dass wir als kleinstes Bundesland über große Kräfte, ein großes Herz, sowie perfektes Krisenmanagement verfügen. Jedoch werden wir von der Bundesregierung nicht gehört, nicht ernst genommen und einfach im Stich gelassen.

Ebenfalls haben wir gefordert, dass wir dauerhaft um mindestens 100 Polizisten mehr im Burgenland bekommen. Diese Forderung wurde auch nicht erhört. Die Schlepperkriminalität steigt und unsere Polizisten sind überfordert.

Durch den Mangel an Polizisten wird zum Beispiel im Südburgenland, am Grenzposten in Rechnitz, nur stundenweise kontrolliert. Also hier muss man sich die Frage stellen, was das für einen Sinn haben soll? Jeder, der nur annähernd eine Ahnung hat - und ich hoffe doch, dass unsere liebe Innenministerin ein bisschen Ahnung von ihrem Ressort hat -, weiß, dass jeder organisierte Schlepper ein Fahrzeug vorausschickt und so diese Kontrolle abhaken kann und sowie die Polizei weg ist, fahren sie erst über die Grenzen.

Ebenfalls an diesem Grenzposten, der zugesperrt wurde, haben unsere Polizisten nicht einmal eine Möglichkeit, aufs Klo zu gehen, noch sich irgendwo hinein zu stellen, wenn es regnet oder kalt ist.

Unsere Bundesregierung macht sich Sorgen um die Flüchtlinge, die sich bei niedrigen Temperaturen in einer langen Schlage anstellen und im Kalten warten müssen, bis alle Formalitäten geklärt sind, aber keiner macht sich Gedanken um die Polizisten.

Wir haben gefordert, dass eine bedarfsgerechte Infrastruktur wiederhergestellt werden muss. Doch auch hier ignoriert uns die Bundesebene zum Leid der Menschen, die hier für unsere Sicherheit sorgen. Das ist ein Armutszeugnis der Sonderklasse.

Wir fordern mit unserem Antrag, dass uns die Bundesregierung endlich hört und unsere Forderungen endlich erfüllt, um so die Sicherheit der burgenländischen Bevölkerung gewährleisten zu können. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Präsident Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte das alles, was heute von vielen schon gesagt und vieles richtig ist, nicht wiederholen.

Tatsache ist, dass sich der Burgenländische Landtag mit dieser Thematik, mit dieser Problematik schon mehrmals auseinandergesetzt hat und wir wissen auch, dass wir nur ganz wenig zur Lösung dieser Problematik hier im Burgenland beitragen können. Alles, was wir tun können, tun wir, indem wir humanitäre Hilfe ganz einfach leisten. Und wir wissen auch, dass dort, wo das Problem entsteht, eingeschritten werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem Jahr 2011 - und wir waren Zeugen, wir haben im Fernsehen mitverfolgen können, wie über dem arabischen Frühling, „Arab Spring“, menschenrechtsverletzende Regimes weggebombt wurden, aber ohne politische Programme für danach plötzlich die Bevölkerung sich selbst alleine überlassen war. Einzig in Tunesien scheint es geglückt, dass dort demokratische Strukturen installiert wurden.

In allen anderen Staaten, die sogenannten MENA-Staaten nennt man das, „Middle East and North Africa,“ dürfte das nicht gelungen sein und die Zahl der gescheiterten Staaten „failed states“ wird mehr. Ob das Syrien ist, ob das Sudan ist, Eritrea, Libyen, wir kennen sie alle.

Ein menschenverachtendes anderes System hat sich etabliert, die IS - der Islamische Staat. Der IS, der Islamische Staat, hat einen Gottesstaat ausgerufen, der abseits von Menschenrechten wieder ein anderes Regime installiert hat. Die Folge ist, dass allein in Syrien mit mehr als 200.000 Toten plötzlich an die vier Millionen Flüchtlinge da sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt versetzen wir uns in diese Situation, dass seit 2011 manche Flüchtlinge in Lagern außerhalb Syriens leben, das sind schon drei bis vier Jahre ohne Perspektive. Ohne Perspektive, dass die Kinder eine Schulbildung haben können, ohne Perspektive je aus diesem Lager herauszukommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann dürfen wir uns hier in Europa, dann dürfen sich die Staaten in Europa, dann darf sich Europa, die Europäische Union nicht wundern, wenn diese Menschen zu marschieren beginnen, denn die haben nichts zu verlieren.

Das Signal, das hier aus Deutschland gesandt wurde, durch Österreich durch, in Richtung Deutschland im Sommer -wir haben es ja alle mitverfolgt - hat ganz einfach zu einer Massenbewegung geführt. Durch das Burgenland durch, der Bürgermeister aus Nickelsdorf sitzt jetzt da, waren es 200.000 bis 300.000 Menschen.

Eine großartige Leistung im humanitären Bereich, die hier erbracht wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das verdient unseren Respekt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Alle politischen Verantwortungsträger auf allen Ebenen, nur weil der Bürgermeister Zapfl aus Nickelsdorf eben da sitzt, darf ich ihn erwähnen. Aber auch die Feuerwehren, das Rote Kreuz, die Landespolizeidirektion, die Polizisten, Ehrenamtliche, Freiwillige.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier hat Österreich, hier hat das Burgenland, humanitär in einem humanitären Ausnahmezustand geholfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In dieser Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es natürlich zu politischen Diskussionen gekommen. Thomas Steiner war der Erste, der zur Unterstützung der zivilen Behörden Asyl auf Zeit und der den Assistenzeinsatz des Bundesheeres gefordert hat.

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Assistenzeinsatz, als es notwendig war, wir haben die Diskussion Asyl auf Zeit. Ich freue mich, dass auf Bundesebene das, was hier im Burgenland seinen Ausgang genommen hat, Asyl auf Zeit, nunmehr so scheint es, mehrheitsfähig sein könnte. Johanna Mikl-Leitner, die zuständige Innenministerin, hat mit dem Koalitionspartner, der SPÖ, hier die entsprechenden Papiere ausgetauscht. Ich freue mich, dass das funktionieren wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was die Frau Kollegin Petrik sagt, ist richtig. Du kannst heute legal in der Europäischen Union keinen Asylantrag stellen. Es muss uns klar sein, nach der Genfer Menschenrechtskonvention, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das Asylrecht ein Menschenrecht ist. Daher haben wir auch die Verpflichtung, sicherzustellen, dass jene, die Asyl brauchen, auch um Asyl ansuchen können, weil außerhalb der EU in Griechenland und auf Lesbos jetzt die ersten derartigen Einrichtungen, diese Hot Spots, geschaffen wurden.

Wir müssen auch alles tun und die Europäische Union wird das tun, dass es in Italien und in Griechenland diese entsprechenden Lager, diese entsprechenden Einrichtungen geben wird, wo Asylanträge sofort gestellt werden. Aber, bis es so weit ist, werden wir wohl, wenn nicht in Nickelsdorf, ich glaube es ist jetzt der Flüchtlingsstrom gegen nahezu null gegangen, weil eben die äußeren Bedingungen rundherum so sind, wie sie sind, dann kommt eben der Flüchtlingsstrom über Spielfeld.

Aber, zu glauben, dass es weniger wird, dass wird es wohl nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es wird viel an Zeit kosten, an Engagement kosten, an Geld kosten für die Europäische Union, aber auch für jeden Nationalstaat, dass wir dort, wo das Problem entsteht, die entsprechenden Einrichtungen schaffen.

Es wird wohl irgendwann so weit kommen, dass auch militärisch vor Ort interveniert werden muss, damit Menschen, die dort außerhalb ihres Landes in Lagern leben, wieder Chancen und Perspektiven sehen, um in ihr Heimatland zurückkehren zu können, ohne einen Asylweg in Richtung Europa auf sich nehmen zu müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Kollege Hutter! Ich möchte nicht oberlehrerhaft sein, überhaupt nicht, aber Sie haben es im Antrag nämlich auch so stehen: Menschenschmuggler unter Vorspiegelung falscher Tatsachen. Das ist etwas anderes. Das sind Menschenhändler. Menschenhändler bewegen Menschen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen dazu, mit sanftem Druck oder wie auch immer, in ein Land zu reisen. In der Regel sind es Frauen, die dann zur Prostitution gezwungen werden.

Menschenschmuggler sind diejenigen, die Schlepper sind, die de facto Dienstleister für Menschen sind, die von A nach B kommen wollen. International rechtlich gesehen sind Schlepper, Schmuggler und Menschenhändler, strafrechtlich zu verfolgen, aber die Menschen, die geschleppt werden, die geschmuggelt werden und die gehandelt werden, sind laut der internationalen Rechtsprechung die Opfer. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist logisch.)*

Das sind Menschen, die zwar eine Verwaltungsübertretung begehen, weil sie illegal eine Grenze übertreten. Das ist es aber auch, wenn Sie auf der Autobahn 150 statt 130 fahren. Rein rechtlich ist das also - *(Abg. Manfred Kölly: Da ist aber schon ein Unterschied!)* ja, aber es ist ein Verwaltungsdelikt und kein strafrechtliches Delikt. Darauf wollte ich hinaus. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, aber ein Unterschied.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier müssen wir auch in unserer Sprachregelung ein bisschen korrekter werden. Es sind nicht alles Verbrecher, es sind aber auch nicht alle in einem Internat lebende, die immer ganz brav sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber, es wird wohl hier in Österreich auch nicht so der Fall sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir einen äußerst engagierten Außenminister haben, der mit einer stillen Diplomatie einiges bewegt. Wenn Sie heute die „Presse“ lesen, ich weiß nicht, wer sie schon gesehen hat, *(Der Abgeordnete Ing. Rudolf Strommer hält die „Presse“ in Händen.)* dann werden sie feststellen, dass Österreich Schauplatz einer internationalen Konferenz sein wird, wo der amerikanische Außenminister, John Kerry, wo der russische Außenminister, Sergei Lawrow, der Außenminister von Saudi Arabien, der von der Türkei, im Hotel Imperial in Wien tagen werden.

Wenn es uns gelingt, hier in einem Klima, in einem neutralen Österreich, die Chance zu bekommen, *(Abg. Ewald Schnecker: Das hat aber damit wenig zu tun.)* dazu beizutragen, dass ein Befrieden eines Konfliktes in einer sehr weit entfernten Region stattfindet und dadurch Flüchtlingsströme eingedämmt werden können, dann haben wir auch unseren starken Beitrag geleistet.

Die hohe Beauftragte der Europäischen Union, Federica Mogherini, bemüht sich, auch dabei zu sein. Ich möchte damit nur unterstreichen, wie hochrangig diese Delegation ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird wohl ohne ein UNO-Mandat nicht gehen, dort entsprechend eine Koalition der Willigen zu formen, die auch dort militärisch eingreift. Das, was derzeit sozusagen die Sowjetunion, deren Nachfolger Russland macht, indem sie einen Ersatzstaat derzeit stützt, ist eigentlich kontraproduktiv. Ich hoffe, dass das in diesem Zusammenhang auch gelöst werden kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir vor Ort haben auch einiges zu tun. Wenn ich heute in den Medien lese, oder war es gestern, das weiß ich nicht, dass wir im Burgenland unsere Quote nach wie vor nicht erfüllen, dass es nicht ein Nord-Süd-Gefälle auch nicht ein Süd-Nord-Gefälle, sondern ein Nord-Mitte-Gefälle und ein Süd-Mitte-Gefälle gibt, dass im Süden Flüchtlinge aufgenommen werden, dass im Norden Flüchtlinge aufgenommen werden.

Im Mittelburgenland, so lese ich in den Medien, tut sich relativ wenig. Möglicherweise kann man hier ein bisschen mit den entsprechenden Organisationen, die dem zuständigen Regierungsmitglied zur Verfügung stehen, auch schauen, dass dort in

allen Landesteilen so, wie in Eisenstadt jetzt 170 im ehemaligen Betriebsgebäude eines Bauhofes, der umgebaut wurde, aufgenommen wurden, somit auch, und das wollen wir alle, die Zeltlager in Eisenstadt, meine sehr geehrten Damen und Herren, geleert werden.

Natürlich werden die Zelte vorerst stehen bleiben, weil niemand weiß, ob wieder ein Flüchtlingsstrom kommt. Aber, wenn im Winter Zeltstädte, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht gebraucht werden, dann haben wir schon einen wichtigen Beitrag geleistet, nämlich einen Beitrag, den wir selbst auch tun können, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Österreichische Volkspartei hat sich sehr genau mit dieser Problematik beschäftigt. Ich lese Ihnen nur, keine Angst nicht die Broschüre, nur die acht Punkte vor, die sich die Bundespartei vorgenommen hat, in ihre politische Arbeit einfließen zu lassen:

- mit dem Koalitionspartner zu verhandeln;
- Solidarität mit notleidenden;
- ein klares Nein zu Asylmissbrauch; - Ich glaube, da sind wir uns einig, meine sehr geehrten Damen und Herren.
- Mit voller Härte gegen die Schleppermafia; - Das ist auch Teil eines Antrages, der heute hier zur Debatte steht.
- Ursachenbekämpfung;
- Konfliktlösung vor Ort;
- sichtbare EU-Außenpolitik;
- internationaler Einsatz gegen Terror.

Ich habe mich bemüht, es hier in der mir zur Verfügung stehenden kurzen Zeit ein bisschen zu skizzieren. Sicherheit und Hilfe vor Ort. Schutzzonen, Auffangzentren und humanitäre Hilfe in den Ursprungsgebieten, damit Menschen nicht darauf angewiesen sind, dass sie geschleppt in die EU kommen, sondern schon relativ sicher im ersten Kontakt zur Europäischen Union auch einen Asylantrag legal stellen zu können.

Verstärkter Schutz der EU-Außengrenzen muss sein, Grenzen sind zu sichern, faire Verteilung innerhalb der EU, was eine Entlastung für Österreich wäre. Sie wissen, es hat eine lange Debatte gegeben, dass 140.000 Flüchtlinge gerecht auf 28 EU-Staaten aufgeteilt werden können.

Die sogenannten Visegrad-Staaten, nämlich Ungarn, die Slowakei, Tschechien, ich glaube auch Polen und Bulgarien, waren dagegen. Schlussendlich ist hier erstmals das Mehrheitsprinzip innerhalb der Europäischen Union angewandt worden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Eine faire Verteilung innerhalb Österreichs, eine Verteilungsgerechtigkeit um menschenwürdige Unterbringung. Wenn wir uns alle dazu bemühen, glaube ich, werden diese ein-, eineinhalb Prozent maximal, wie ich glaube, doch auch zu schaffen sein.

Erinnern wir uns, was eine Generation vor uns geschafft hat, nämlich Menschen, die aus Ungarn ins Burgenland gekommen sind, 200.000 damals, allein über die Brücke von Andau 70.000, zu versorgen. Dann sollte auch das zu schaffen sein.

Deutsch und Bildung als Schlüssel zur Integration, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der letzte Punkt, den sich die Österreichische Volkspartei auf Bundesebene als politische Zielsetzung gegeben hat.

Auch die ÖVP Burgenland, meine sehr geehrten Damen und Herren, war hier nicht untätig. Im Gegenteil, denn wir haben uns unser Wertesystem klar zurechtgelegt. Für Menschen, die auch bei uns bleiben wollen, ist klar: Diese fünf Bekenntnisse zu einer österreichischen Leitkultur müssen jene, die hier bleiben wollen, denen auch ein Aufenthaltstitel zuerkannt wird, ganz einfach akzeptieren.*(Abg. Manfred Kölly: Eben.)* Ich sage Ihnen wieder nur die Überschriften. Sie können es nachlesen:

- Bekenntnis zur Demokratie und zum Gewaltmonopol des Staates, nicht einer religiösen Schrift;
- Bekenntnis zur Gleichberechtigung der Frau; - für uns eine Selbstverständlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.
- Der dritte Punkt: Bekenntnis zur Bildungspflicht; - damit auch jene, die Kinder haben, hier in die Schule gehen und hier vom österreichischen Schulsystem ihre Lehren für das Leben mitnehmen können,
- Bekenntnis zur Trennung von Kirche und Staat; - wir haben das immer gelebt; jene die zu uns kommen und hierbleiben wollen müssen das akzeptieren, und
- ein Bekenntnis zum Leistungsprinzip.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns an diese halbwegs noch auszuformenden - Regeln sage ich nicht, sondern Punkte, die uns sehr wichtig sind, halten, dann werden wir im Stande sein, auch ein Zusammenleben für jene in Frieden und Freiheit zu organisieren, die Schutz und Hilfe in unserem Staat brauchen.

Ich darf auch dazu sagen, dass wir den Abänderungsantrag, den die Kollegin von den Grünen gestellt hat, gerne unterstützen werden. Unsere Position namens der Österreichischen Volkspartei habe ich somit klar skizziert. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität hat natürlich auch etwas mit Kontrolle, Exekutive, Polizei zu tun. Ich gehe da schon mit vielen meiner Vorredner konform. Wir können nicht alles lösen.

Das große Problem der Bewegungen, der Flüchtlingsbewegungen können wir nicht lösen. Wir können aber viel im humanitären Bereich beitragen - und das tun wir. Aber, die Meldung des heutigen Tages und der Herr Präsident Strommer hat eine Tageszeitung hergezeigt und in den Onlinemedien kursiert diese Meldung bereits. „Die Frau Bundesminister fordert 2.000 Polizisten zusätzlich.“ - Da sage ich ganz klar, es geschehen dann doch noch Zeichen und Wunder und herzlich willkommen in der Wirklichkeit Frau Bundesminister. Anders kann ich das nicht kommentieren.

Seit Jahren fordert unser Herr Landeshauptmann und die Polizeigewerkschaft mehr Personal. Die Frau Bundesminister hat das als Panikmache und Schwachsinn, und das ist ein Zitat, das ist nachlesbar, sie hat Schwachsinn gesagt, abgetan. Die Problematik wurde über Jahre negiert, nicht anerkannt. Beides sind grundlegende Fehler.

Eine verfehlte Personalpolitik über Jahre. Die Frau Ministerin hat tausende Kolleginnen und Kollegen körperlich und seelisch überbelastet. Das sieht man jetzt. Der Schaden ist angerichtet, aber natürlich wollen und werden wir die Forderung der Frau

Bundesminister unterstützen und wir begrüßen das auch, mehr Personal bei der Polizei zu bekommen und einzusetzen.

Zum Flüchtlingseinsatz im Burgenland ein paar Eckdaten, weil es ein Großeinsatz war, der doch seinesgleichen sucht. Jetzt ist er für das erste einmal vorbei, was noch kommt, wissen wir nicht. In Nickelsdorf wurden 280.000 Menschen, das sind die Zahlen der Polizeidirektion, weil es auch zählbar war, nämlich, die Menschen, die mit Bussen weggebracht worden sind, versorgt, medizinisch, mit Essen, mit Trinken, ohne Tumulte.

Herr Bürgermeister! Wir haben großen Respekt vor der Leistung der Gemeinde Nickelsdorf und auch ein einsatztaktischer und ordnungsdienstlicher Ablauf, der reibungslos funktioniert hat. *(Beifall bei der SPÖ)*

Auch unser Landespolizeidirektor und unsere Kolleginnen und Kollegen im Burgenland, wenn ich Gespräche führe, die sind stolz auf ihn. Er hat das in hervorragender Art und Weise gelöst und in der Gesamtheit organsiert - auch für die anderen Einsatzorganisationen.

Frau Kollegin Petrik! Wenn Sie sagen, das ist keine Leistung, dann erklärt sich das von selbst. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das habe ich nicht gesagt!)* Sie können es dann ja nachlesen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das habe ich nicht gesagt. Bitte Berichtigung!)*

Viel Lob hat die Polizei und die Einsatzorganisation und die Hilfskräfte und die Privaten auch international erhalten. Das wissen wir von den Öffentlichkeitsarbeitern der Polizei, denn die waren eben mit diesen Medienleuten - auch aus dem Ausland - in Kontakt und wurden gelobt. Vor allem die Arbeit der Polizei und die Menschlichkeit, die hier gezeigt wurde.

Es wurden auch Vergleiche mit den Exekutivkräften anderer Länder angestellt, wo die Humanität doch manchmal auf der Strecke geblieben ist. Das Burgenland hat in diesen Situationen tatsächlich ein menschliches Gesicht, das typisch menschliche Gesicht unseres Heimatlandes Burgenland gezeigt.

Ich denke, auch darauf können wir sehr stolz sein. Der Einsatz bekommt einen noch höheren Stellenwert, wenn man sich derzeit die Situationen am Grenzübergang Spielfeld ansieht. Es ist dort sicherlich schwierig genug und die Arbeit der Polizei und der Einsatzkräfte ist sehr hoch zu bewerten.

Mir geht es jetzt darum, mich zu bedanken. Es war ein positiver Einsatz, es hat viele Bereiche betroffen. Die Helfer der Blaulichtorganisationen haben unser Heimatland Burgenland im hohen Maße ausgezeichnet. Die Polizei, das Rote Kreuz, die Feuerwehr im Hintergrund – unterstützend für das Rote Kreuz. Herzlichen Dank dafür. Ebenso dem Österreichischen Bundesheer, dem Arbeiter Samariterbund, der Caritas, der Diakonie, den Österreichischen Bundesbahnen.

Da gibt es auch ein Beispiel dazu, die Westbahn, - Sie werden das sicher gelesen haben - und vor allem auch die hervorragende Arbeit und das Engagement der vielen Burgenländerinnen und Burgenländer, die tagtäglich in Nickelsdorf und in Heiligenkreuz gestanden sind und die Menschen mit Essen, mit Decken, mit Bekleidung, mit Trinken und Sonstigem, was ebenso mit medizinischer Versorgung betreut haben, versorgt haben.

Wir können da immer nur mit großen Respekt und das immer wieder und wirklich im vollen Bewusstsein ein herzliches Dankeschön sagen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Auch das wurde angesprochen: Es ist für unser geeintes Europa, welches die Binnengrenzen für Ziele, die durchaus in

Ordnung sind, vielleicht aufgegeben, aber vergessen hat, die Außengrenzen entsprechend zu sichern.

Italien und Griechenland wurden lange Zeit allein gelassen. Wir brauchen Schutzzonen, auch das wurde bereits angesprochen, um Syrien. Wir brauchen mehr Geld, denn wenn die Verhältnisse immer schlechter werden, das ist schon richtig, warum sollen die Menschen dann dort bleiben?

Wenn es nichts mehr zu essen gibt und die Gefahr besteht, in den Lagern zu verhungern, dann werden sie irgendwann losgehen, denn auf was sollen sie dort warten? Wir brauchen eben die entsprechenden Mittel, damit dort die Lebensbedingungen an den Außengrenzen in einem entsprechenden Maß gegeben sind.

Der Herr Außenminister Kurz wurde angesprochen. Ich denke, dass er mit diesem Außenministertreffen Lawrow und Kerry relativ wenig zu tun, aber Sie können das deuten wie Sie wollen. In der heutigen Ausgabe einer Tageszeitung sagt er auch, dass er sich gegen die finanzielle Unterstützung der Türkei bei der Unterbringung von Flüchtlingen ausspricht.

Jetzt kennen wir uns nicht mehr aus. Er bezeichnet das sogar als scheinheilig und doppelbödig und steht auch im Widerspruch, denke ich, mit Ihrer Parteilinie, aber das können Sie dann eben selber erklären.

Zurück zum Personal, was die Frau Innenministerin hier möchte, denn es gebe hier schon einen raschen Lösungsansatz. Es gibt genug getestete Menschen, die die Aufnahmeprüfung für die Polizei bereits hinter sich haben.

Es wird immer ein Kontingent getestet und die Erstgereihten kommen dann in den Polizeidienst. Wenn man das also wirklich möchte und wenn die Frau Bundesminister das ernst meint, dann kann man diese getesteten Frauen und Männer sofort, oder relativ bald in den Polizeidienst holen. Ich denke, hier wäre der 1. Jänner 2016 ein gutes Datum.

Das wäre auch eine spätere Übernahme, vielleicht auch mit einer Ausbildung für den Grenzdienst so, wie wir das schon hatten. Damit sind sie dann schneller im Dienst und könnten zu einer späteren Zeit dann die Übernahme und die reguläre Ausbildung für den regulären Polizeidienst nachmachen.

Noch ein paar Worte zur allgemeinen Situation. In den Flüchtlingslagern in der Türkei haben wir derzeit, die Nachrichtendienste sind unterwegs und von denen stammen die Zahlen, über zwei Millionen Menschen, in Jordanien 300.000 bis 400.000. Zuerst sind die Reichen gekommen, auch das wissen wir, dass ist bekannt. Jetzt kommt die Mittelschicht aus diesen Lagern und aus diesen Ländern, denn die ganz Armen können sich das noch immer nicht wirklich leisten.

Es ist vieles in Bewegung. Wenn wir jetzt mit dem nicht zu Rande kommen, was passiert dann, wenn es noch schlimmer kommt? Das ist ja nicht ausgeschlossen und auch der Klimawandel wird ein Thema werden.

Wenn wir hier weiterdenken könnte eine neue Flüchtlingswelle auf uns zurollen. Ich möchte da jetzt nicht zu weit ausschweifen, aber wenn der Meeresspiegel steigt, und das sagen ja die Klimaforscher, und wiederum eine Flüchtlingswelle auslösen wird, was machen wir dann?

Wir haben hier schon einige Aufgaben zu lösen. Unsere Lösungsansätze für die Abhandlung dieses Flüchtlingseinsatzes sind klar. Wir brauchen mehr Personal, aber das scheint ja jetzt zu kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir hoffen das. Wir brauchen ein Krisenmanagement, das diesen Namen auch verdient. Wir wollen den vollen Einsatz der Frau Bundesministerin, wenn es um die Errichtung von Hotspots an den Außengrenzen geht, damit auch eine Registrierung möglich ist.

Wir brauchen natürlich eine faire Aufteilungsquote innerhalb der EU. Ich mache die EU nicht schlecht, denn die Europäische Union sind wir alle. Das ist ein beispielloses Friedensprojekt. Aber, wir werden zu einer fairen Aufteilungsquote kommen müssen.

Das Burgenland hat in diesem Zusammenhang sehr viel geleistet. Gemeinsam können wir die Krise auch bewältigen. Davon bin ich überzeugt. Wir werden dem Antrag des Berichterstatters natürlich unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Kurz eine Klarstellung, Herr Kovasits! Nur damit Du nicht glaubst, wir reden nicht miteinander. Ja, es stimmt, ich hatte einen Termin mit dem Herrn Landesrat Petschnig und wir hatten auch ein sehr konstruktives Gespräch, das muss ich auch dazusagen.

Nur, bei diesem Termin, wo der Bürgermeister Ernst Karner aus Bad Tatzmannsdorf und meine Wenigkeit aus Bad Sauerbrunn dabei waren, da ist es um das Heilmittel- und Kurortegesetz und nicht um das Natur- und das Tourismusgesetz gegangen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das hat doch damit überhaupt nichts zu tun! Absolut nicht. Dafür ist der Darabos zuständig. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dringlichkeitsantrag, wenn ich mich erinnern kann der SPÖ, denn von der FPÖ war kein Dringlichkeitsantrag, weil das höchst notwendig, aber nicht dringlich ist, sondern was wir hier provoziert haben war ganz klar und deutlich schon seit Monaten zu erkennen.

Wenn heute ein Bürgermeisterkollege aus Nickelsdorf hier sitzt, der sich wirklich bemüht hat, dann frage ich mich, welche Unterstützung hat er eigentlich vom Land bekommen? Welche Unterstützung hat er eigentlich von anderer Seite bekommen?

Nicht nur hinfahren und sagen, machen wir ein Foto klick, klick, danke und auf Wiedersehen, *(Unruhe bei den SPÖ-Abgeordneten)* sondern auch mithelfen. Fühlt Ihr Euch angesprochen? *(Abg. Werner Friedl: Na sicher! Wenn Du so einen Blödsinn daherredest.)* Ich weiß nicht, wer fühlt sich angesprochen? *(Abg. Werner Friedl: So ein Schwachsinn, was Du da redest. Eine total falsche Darstellung.)*

Wer fühlt sich hier angesprochen, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das ist sehr interessant, denn man stellt etwas in den Raum und man springt schon auf, aber ihre Kollegen, Herr Klubobmann, glaube ich, sind da in dieser Sache ein bisschen nervös.

Aber Herr Klubobmann Kovasits, wenn Sie sagen, „quatsch, quatsch“, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* dann richten Sie Ihrem Herrn

Landesrat aus, dass wir einen Termin vereinbart gehabt haben. Einen Termin mit allen Fraktionen, der schriftlich vereinbart war.

Er wurde dann anscheinend gecancelt, oder überhaupt auf die Seite geschoben, weil ja eine Order wahrscheinlich von höherer Stelle gekommen ist, wie von einem Landesrat.

Wenn der Herr Petschnig dann zu Ihnen sagt, dass ich gar nicht zu diesem Termin gekommen bin, dann ist das falsch. Ich war zufällig heute bei ihm im Büro, wo wir vorher gesprochen haben und das wir uns einbringen werden.

Positiv einbringen werden, aber auch bei mir in Deutschkreuz mit seiner Sekretärin, gar nicht so unhübsch, muss ich sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* War ja sehr interessant zu diskutieren mit diesen Herrschaften und er hat auch um Unterstützung gebeten.

Na selbstverständlich bekommt er von mir und von der Liste Burgenland eine Unterstützung. Warum nicht? Aber, dann Ihnen zu sagen, dass stimmt so nicht, dann muss mich einer ehrlich fragen, wie es hier zwischen dem Klub und einer Regierungsfraktion tatsächlich steht?

Versteht Ihr Euch nicht? Oder tauscht Ihr einfach Eure Meinungen nicht mehr aus? Das ist dann zu kritisieren und das ärgert mich eigentlich so viel. Jetzt weiß ich eigentlich einmal wie das geht. Das ist die Regierung und das sind wir, die Abgeordneten, aber die haben ohnehin nichts zum Schwätzen, denn wir entscheiden dann sowieso was wir wollen.

Aber, wenn ich mir das so anschaue, wie wir den Medien derzeit entnehmen können, dann hält diese dramatische Flüchtlingssituation, das haben wir heute schon des Öfteren gehört, massiv an. Viele Tausende warten in Auffanglagern, Millionen habe ich gerade mitverfolgt. Wann kommen die? Welche Vorbereitung, welche Aufarbeitungsarbeit müssen wir im Vorfeld leisten?

Da wird wieder einmal die Frau Innenministerin strapaziert. Die ist schuld an allem, das ist ja gar keine Diskussion. Ich sage immer, können wir das nicht wirklich vernünftig und gemeinsam lösen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Ein Zwischenruf der Abgeordneten Doris Prohaska.)* Ich muss eines klar sagen: Machen wir keine gegenseitigen Schuldzuweisungen, sondern schauen wir wirklich, dass wir eine Lösung finden, denn diese große Lösung fehlt mir, leider Gottes.

Ich muss das ganz offen und ehrlich sagen. Ohne den Einsatz der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, was heute ohnehin schon andiskutiert wurde, und der Polizisten und auch der Feuerwehren und anderer Freiwilliger, die sich wirklich in den Dienst und zur Verfügung gestellt und das wirklich bravourös gemacht haben, wäre das nicht so reibungslos abgelaufen.

Aber nur, was wäre passiert, wenn die Frau Merkel gesagt hätte, stopp, einmal draußen bleiben. Was hätten wir dann gemacht? Auch auf das müssen wir vorbereitet sein und dann müssen wir sehr wohl, Land, Bund, EU, endlich einmal zusammenfinden und zusammenhalten.

Ich sage, und da bin ich bei Ihnen, Herr Kollege Kovasits, dass der Bund, die Bundesregierung versagt hat. Da bin ich total bei Ihnen, das ist richtig. Weil wir schon lange gewusst haben, was auf uns zukommt. Lange Zeit haben wir nichts getan. Wir waren untätig.

Als wir dann schlussendlich zum Kampf gegen die Schlepperkriminalität wieder einen Antrag eingebracht haben, ist dann wieder einmal die SPÖ aufgesprungen und hat gesagt, ändern wir den Antrag ab, das ist ja auch kein Problem, das soll so sein.

Ich habe auch kein Problem damit, wenn das so passiert. Das gleiche gilt bei den Grenzkontrollen. Da hat der damalige Klubobmann Tschürtz, jetzt Landeshauptmann-Stellvertreter, das immer gefordert. Auch wir stehen dazu. Da gibt es gar keine Diskussion, denn auch wir stehen zu diesen Möglichkeiten und zu dieser Situation, nur, wie diese Grenzkontrolle gehandhabt wird, das ist die andere Frage.

Wenn ich vorige Woche in Sopron war, wo die Verkehrswege wieder diskutiert wurden und wir kleine Grenzübergänge fordern und auch ausbauen wollen, dann frage ich mich, wie diese Grenzkontrolle dann passieren soll?

Das sind immer diese Dinge, die mich stutzig machen und wo ich mich frage, wie das alles funktionieren soll? Gehen wir nicht alle im Landtag her und diskutieren da irgendwas und wissen eigentlich gar nicht wie die Realität ausschaut?

Jetzt sage ich Euch ein Beispiel. Ich habe einen Kontakt mit einem Schlepper bekommen. Das ist sehr interessant. Wisst Ihr wo? Der sitzt im Häfen in Eisenstadt. Der sitzt tatsächlich im Häfen in Eisenstadt und jetzt haltet Euch an: Dieser Herr - *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hört einmal zu, falls es Euch interessiert! Dieser Herr stellt einen Asylantrag. Dem Asylantrag muss stattgegeben werden. Der wird vom Eisenstädter Justizgebäude abgeholt, wird zum Bundesamtsgebäude hinuntergeführt, dort muss die Polizei eine Aufnahme machen mit den Herrschaften und wieder die Daten aufnehmen.

Jetzt frage ich mich, wo leben wir? Was kostet das? Was für ein Zeitaufwand und dergleichen? Einen Schlepper! *(Abg. Klaudia Friedl: Er ist trotzdem ein Mensch!)* Einen Schlepper! Erkundigt Euch einmal ganz genau bei Eurem, jetzt sage ich einmal, gratuliert Eurem Polizeipräsidenten, oder Direktor, was für eine Leistung er erbringt. *(Abg. Ewald Schnecker: Er bekommt aber kein Asyl.)*

Aber, macht Euch einmal schlau, was er dazu sagt, zu dieser Situation, oder in weiterer Folge mit einem Flüchtling, mit dem ich Kontakt bekommen habe, weil ich mich dafür interessiere! Was geschieht da, mit diesen Schleppereien und dergleichen mehr?

Beim ersten Mal, wie er zu uns kommen wollte, hat er einmal einem Schlepper 8.000 Euro bezahlt. Die Flucht ist misslungen. Beim zweiten Mal hat er 14.000 Euro bezahlt. Da ist es dann gelungen. Jetzt sitzt er in Deutschland draußen und ist glücklich und froh. Jetzt frage ich mich, von wo nimmt denn der das Geld her?

Seien Sie mir bitte nicht böse. *(Abg. Robert Hergovich: Jetzt frage ich mich: Woher weißt du das? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Weil ich, Herr Kollege, und das ist genau der Punkt und weil mich das interessiert und weil wir Anträge einbringen, die, gegenüber Euren Anträgen, sachlich fundamentiert sind.

Ihr ändert diesen Antrag ab, aber das ist ja völlig egal, sei es wie es sei, ich habe da kein Problem mit der ganzen Situation. Jetzt frage ich mich: Wie sinnvoll sind unsere Anträge, wenn Ihr in dieser Richtung eigentlich nur immer etwas abändert und einfach gar nicht nachdenkt, was passiert.

Aber, auch wir machen uns Gedanken und haben auch einen Abänderungsantrag jetzt bereit, den ich zu dieser Thematik gerne vorlesen würde:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten,

- um eine finanzielle und personelle Mittelerhöhung für den Kampf gegen Schlepperbekämpfung sicherzustellen, insbesonders für die Sonderkommission „Schlepperei Süd“ in der Landespolizeidirektion Burgenland mit Sitz in Eisenstadt;
- von der EU einen dementsprechenden Kostenbeitrag pro Jahr zur Schlepperbekämpfung zu erwirken;
- den Assistenzeinsatz und die Grenzkontrollen aufrecht zu halten bis sich die Lage nachhaltig stabilisiert hat;
- Schaffung beziehungsweise Sicherstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur für die jederzeitige Durchführung von Grenzkontrollen;
- zusätzlich mindestens 100 Polizisten dauerhaft für das Burgenland abzustellen und weitere Ausbildungslehrgänge vor Ort einzurichten;
- unter dem Titel Durchgriffsrecht keine Massenlager in den Gemeinden zu installieren und nicht vom burgenländische Weg der kleinen Einheiten abzuweichen;
- winterfeste Sammelstellen und Notquartiere bundesweit einheitlich in der Unterbringungsquote einzurechnen;
- angekündigte legistische Vorhaben betreffend Asyl auf Zeit rasch umzusetzen;
- wirksam staatliche Maßnahmen zur raschen Integration von Flüchtlingen zu realisieren;
- die rasche Rückführung von Wirtschaftsflüchtlingen sicherzustellen;
- sowie auf EU-Ebene nachdrücklich einzufordern:
    - ein EU-Durchgriffsrecht zur gerechten Verteilung der Flüchtlinge in allen Mitgliedsstaaten
    - die wirksame Sicherung der Außengrenzen
    - die rasche Einrichtung von Hotspots und Sicherheitszonen
    - die Unterstützung von der Krisenregion benachbarter Länder zur Sicherstellung einer menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen in der Region.

Ich darf das überreichen. *(Der Abg. Manfred Kölly übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, zu welchem Tagesordnungspunkt ist dieser Abänderungsantrag?

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL)**:** *(fortsetzend)* Das ist der Schlepper, zum Schlepperwesen. Das sollte man aber sehr wohl heraushören.

Wenn ich vorher darüber diskutiere, Herr Präsident, dann ist das zu sehen.

Präsident Christian Illedits: Herr Kollege! Bei Ihrem ganzen Diskussionsbeitrag war so vieles zu verhören und zu vernehmen.

Abgeordneter Manfred Kölly *(fortsetzend)* (LBL): Ja, weil wir zwei Punkte gleichzeitig diskutieren.

Präsident Christian Illedits: Und deshalb ist es notwendig, dass Sie sagen, das ist unter Tagesordnungspunkt 20, Zahl 21 - 24. Ist das richtig?

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): *(fortsetzend)* Tagesordnungspunkt 20, 21. Dankeschön. *(Abg. Doris Prohaska: 20, 21 gibt es nicht.)*

Lies das durch, dann weißt Du es. *(Abg. Doris Prohaska: Das gibt es nicht 20, 21.)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, wollen Sie auch zum zweiten Tagesordnungspunkt 21 einen Abänderungsantrag einbringen? *(Abg. Manfred Kölly: Ja den bringen wir ein. – Der Abg. Manfred Kölly holt den Abänderungsantrag von seinem Platz. – Abg. Manfred Kölly: Ich muss noch unterschreiben. – Unruhe bei der SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Wo liegt da das Problem? – Abg. Doris Prohaska: Wehe wir hätten das so gemacht. – Abg. Manfred Kölly: Nein, das macht ja nichts. – Abg. Mag. Sagartz, BA: Du musst es eh noch einmal vorlesen.)*

Präsident Christian Illedits: So, Herr Abgeordneter, wenn Sie auch zum zweiten Tagesordnungspunkt 21 einen Abänderungsantrag einbringen wollen, dann müssen Sie wieder die Beschlussformel verlesen.

Ich bitte darum.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten,

- dass alle notwendigen Vorkehrungen zur Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen an der Staatsgrenze des Burgenlandes getroffen werden
- den Assistenzeinsatz und die Grenzkontrollen aufrecht zu erhalten bis sich die Lage nachhaltig stabilisiert hat
- Schaffung beziehungsweise Sicherstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur für die jederzeit durchgeführten Grenzkontrollen
- zusätzlich mindestens 100 Polizisten dauerhaft für das Burgenland abzustellen und weitere Ausbildungslehrgänge vor Ort einzurichten
- unter dem Titel „Durchgriffsrecht“ keine Massenlager in den Gemeinden zu installieren und nicht vom burgenländische Weg der kleinen Einheiten abzuweichen
- winterfeste Sammelstellen und Notquartiere bundesweit einheitlich in der Unterbringungsquote einzurechnen
- angekündigte legistische Vorhaben betreffend Asyl auf Zeit rasch umzusetzen
- wirksame staatliche Maßnahmen zur raschen Integration von Flüchtlinge zu realisieren
- die rasche Rückführung von Wirtschaftsflüchtlingen sicherzustellen
- sowie die auf EU-Ebene nachdrücklich einzufordern

  konkrete Maßnahmen zur Erfüllung der Dublin 3 Verordnung zu setzen

  - ein EU-Durchgriffsrecht zur gerechten Verteilung der Flüchtlinge in allen Mitgliedsstaaten

- die wirksame Sicherung der Außengrenzen
- die rasche Einrichtung von Hotspots und Sicherheitszonen
- die Unterstützung von den Krisenregion benachbarten Ländern zur Sicherstellung einer menschenwürden Unterbringung von Flüchtlingen in der Region.

Ich darf das übergeben. *(Der Abg. Manfred Kölly übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Danke, Herr Abgeordneter.

Die mir soeben überreichten Abänderungsanträge sind nicht gehörig unterstützt.

Wir kommen nun zum ersten Abänderungsantrag zu Tagesordnungspunkt 20 und ich stelle daher gemäß § 61, Abs. 3, GeOLT die Unterstützungsfrage.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung nicht erfahren, sodass er in die Verhandlung nicht miteinbezogen wird.

Zum Tagesordnungspunkt 21 wurde ebenfalls ein Abänderungsantrag vom Abgeordneten Kölly eingebracht der nicht gehörig unterstützt ist.

Ich stelle daher gemäß § 61, Abs. 3, GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Auch dieser Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung nicht erfahren, sodass er in die Verhandlung nicht miteinbezogen wird.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Maga. Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Regina Petrik (GRÜNE): Ich möchte nur etwas richtig stellen was möglicherweise vorhin missverständlich rübergekommen ist:

Ich schätze sehr die Leistung aller die beteiligt waren in der Betreuung der Durchreisenden und der Flüchtlinge und der Asylwerbenden an den Grenzstationen, auch an anderen Orten wo Menschen aufgenommen worden sind im Burgenland, sei es in Oberwart, in Wiesen, wo auch immer die großen Erstaufnahmestellen waren.

Ich war selber auch in Nickelsdorf. Wir haben uns dort getroffen. Ich war ohne Fotograf dort. Ich war auch eine Nacht lang dort und habe unzählige Semmeln geschmiert, das ist jetzt wurscht. Also, ich weiß das schon, was dort geleistet wurde.

Wogegen ich mich vorhin ausgesprochen habe ist, dass wir in dieser Frage auch ein Konkurrenzspiel machen, wer der Beste in Österreich ist. Und aus der Tatsache, dass halt über die burgenländische Grenze besonders viele Menschen gekommen sind abzuleiten, wir sind die Besten in Österreich, weil wir am meisten Durchreisende gehabt haben, halte ich für kontraproduktiv.

In der Debatte sollten wir immer darauf schauen, möglichst gemeinsam hier eine Lösung zu finden und in dem Sinne bitte ich auch die Abgeordneten der Regierungsparteien sich doch noch einmal zu überlegen unseren Abänderungsantrag zu unterstützen.

Weil er nicht ein Allgemeinplatz ist und Aufforderungen an irgendjemand anderen beinhaltet, worauf wir keinen weiteren Einfluss haben, sondern im Hier und Jetzt sehr konkrete Schritte vorschlägt, wie wir bereits in den nächsten Tagen etwas verändern können und damit auch unserem Landesrat sozusagen einen sehr konkreten Auftrag mit auf den Weg geben, von dem ich annehme, dass er ihn sogar gerne annimmt.

Deswegen bitte ich hier noch einmal kurz inne zu halten. Vielleicht sich im Klub zu besprechen ob es nicht doch möglich ist, diese sehr konkreten, ohne jegliche Polemik formulierten Anliegen auch im Vorfeld, also auch in der Einleitung und der Begründung Verzicht auf jegliche Polemik gegen eine andere Partei, das hier zu unterstützen. *(Beifall beim Abg. Ing. Rudolf Strommer)*

Es waren jetzt zwar nicht lauter deutsche Sätze, ich bin schon müde, aber der Inhalt ist, glaube ich, rübergekommen. Dankeschön*. (Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In aller Kürze: Ich möchte bei der Kollegin Petrik anschließen, da sich das Thema aus meiner Sicht nicht zu parteipolitischer Polemik eignet. Es ist zwar auch nicht wirklich passiert, aber ich möchte schon dazusagen, dass die beiden Anträge - und deswegen habe ich mich jetzt erst zum Abschluss zu Wort gemeldet - nicht an das Land gerichtet sind, sondern an den Bund.

Sowohl was die Kriminalitätsfrage betrifft, als auch was die Frage insgesamt der Flüchtlingssituation und der Grenzkontrollen betrifft. Aber, und das wurde auch von der ÖVP angesprochen, auf das möchte ich dann noch kurz eingehen. Ich möchte nur sieben Punkte herausgreifen.

Der erste Punkt - kein politisches Kleingeld, wenn möglich.

Zweiter Punkt - die Diskussion was das Burgenland geleistet hat, sollte man nicht zu gering schätzen. 280.000 Menschen - es wurde angesprochen, sind über die burgenländische Grenze nach Österreich gekommen.

Wir haben in der Steiermark jetzt in kurzer Zeit eine Eskalation, fast schon eine Chaossituation, die es im Burgenland nicht gegeben hat und das ist schon auch darauf zurückzuführen, dass die logistische und strategische Arbeit im Burgenland auch von der Polizei, vor allem aber auch vom Roten Kreuz im Burgenland hervorragend waren. Und das waren 90 Prozent Burgenländerinnen und Burgenländer die diese Arbeit geleistet haben und man kann ihnen nicht genug danken.

Der dritte Punkt - der Bürgermeister von Nickelsdorf sitzt hier, ich war im Gegensatz zu vielen Kolleginnen und Kollegen aus dem Hohen Haus schätzungsweise zehn Mal in Nickelsdorf. Ich habe mir die Situation angeschaut. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich auch und ich habe kein einziges Foto gemacht.)*

Ich habe auch kein Foto gemacht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Kein einziges Foto.)* Es ist kein Vorwurf, sondern es ist Tatsache gewesen. Ich habe auch in der Gemeinde Nickelsdorf selbst Situationen erlebt, die auch von der Gemeinde nicht so einfach zu händeln waren.

Bei aller Wertschätzung und bei aller Humanität, die auch der Bürgermeister und seine Mitstreiter dort an den Tag gelegt haben, aber das war dann schon eine sehr

schwierige Situation und eine Herausforderung für die Gemeinde. Dies ist aus meiner Sicht aber sehr gut gelöst worden.

Und es ist nicht einfach, Herr Präsident Strommer, weil Sie das angesprochen haben, es ist nicht so einfach, das man sozusagen, da nicht mit den Wölfen mit heult, sondern auch sozusagen dagegenhält wenn es um humanitäre Anliegen geht.

Der vierte Punkt - die Frau Kollegin Petrik hat es angesprochen, wir haben die Mitarbeiter in meinem Ressort verdoppelt. Es ist vielleicht noch der eine oder andere Mitarbeiter notwendig, um die Situation was die Quartiersuche betrifft zu verbessern. Aber wir haben schon politisch darauf reagiert und immerhin eine Verdoppelung der Mitarbeiter herbeigeführt.

Die Frage die von der FPÖ aufgeworfen wurde, überforderte EU? Ja, allerdings muss man da, glaube ich, auch das Bild schärfen. Ich sehe hier einige Staaten wie Deutschland, wie Österreich, die hier sehr beherzt und engagiert vorgehen.

Ich sehe Probleme bei Staaten und das tut mir persönlich und auch politisch weh, die ehemaligen Staaten des kommunistischen Regimes in Europa waren, die hier wenig Bereitschaft zeigen, hier auch solidarisch zu wirken und da würde ich nicht sagen die gesamte EU ist überfordert, sondern Teile der EU sind überfordert.

Und es ist uns allen klar, das weiß jeder von uns, dass die Aussage der deutschen Bundeskanzlerin Merkl dazu geführt hat, dass dieser Flüchtlingsstrom sich in Europa dynamisiert hat und natürlich eine besondere Herausforderung auch für Österreich dargestellt hat.

Der nächste Punkt den ich kurz ansprechen wollte, zu Abschluss kommend, ist die Quotenfrage. Es ist nicht ganz einfach diese Quote zu erfüllen. Herr Bürgermeister Steiner, Sie werden jetzt überrascht sein, ein Lob jetzt an Eisenstadt.

Es war nicht Ihre Idee die Firma, die private Firma hier auch nicht zu überreden sondern dazu zu bewegen das zu machen, das waren andere, auch in diesem Haus vertretene Personen die das bewerkstelligt haben. Aber es ist einfach auch wichtig, dass die Gemeinde Eisenstadt hier mittut. Und wenn wir diese Quartiere dort auch belegen können, dann werden wir die Quote auch wieder zu 100 Prozent erfüllen können.

Das Problem ist - und das wissen wir alle - durch den Zustrom der Flüchtlinge ist es eine Sisyphusarbeit. Mit jedem Tag wird der Flüchtlingsstrom größer und mit jedem Tag, obwohl die meisten, 95 Prozent, nach Deutschland weiterreisen wollen, gibt es auch in Österreich vermehrte Asylanträge. Und jeder vermehrte Asylantrag in Österreich bedingt auch eine vermehrte Quartiersuche im Burgenland.

Und das ist eine Arbeit die herausfordernd ist, aber die wir auch gemeinsam schaffen werden. Und wenn es solche Lösungen, wie hier jetzt in Eisenstadt gibt, dann bin ich sicher, dass wir diese Quote auf Dauer erfüllen werden.

Wir sind noch weit unter den Zahlen - ich weiß dass das nicht sehr populär ist was ich jetzt sage - aber unter den Zahlen die wir uns selbst vorgenommen haben, haben wir derzeit ungefähr 1.800 Flüchtlinge in Quartieren im Burgenland, wenn man die ein-Prozent-Hürde heranziehen würde, wären das 2.800.

Was ich sehr selbstkritisch sage, es sind derzeit 59 Gemeinden, die zu dieser Quotenerfüllung beitragen. Das heißt ein Drittel der burgenländischen Gemeinden, umgekehrt gesagt zwei Drittel haben keinen Asylwerber in ihrer Gemeinde. Ich sage es jetzt noch einmal, weil, ich wurde auch in Interviews gefragt, auch in meiner

Heimatgemeinde, wenn es bei 350 Einwohnern ein, zwei Familien gäbe, würde ich kein Problem sehen. Es muss halt Quartiergeber geben, die auch dem entsprechen.

Wir versuchen vom Land - da bin ich schon beim Ende weil, das würde jetzt den Rahmen sprengen - auch mit den Rahmenbedingungen den Quartiergebern entgegen zu kommen. Wir versuchen auch die bürokratischen Hürden die es da und dort gegeben hat zu überwinden.

Letzter Punkt, auf das bin ich schon stolz, es wurde auch kurz in einem Nebensatz angesprochen, wir sind jenes Bundesland das prozentuell die meisten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge beherbergt. Wir haben hier 127 an der Zahl. Das ist ganz wichtig. Das sind Menschen, die ohne Eltern hier nach Österreich gekommen sind und hier um Asyl angesucht haben und das ist sicher eine der sensibelsten Gruppen in diesem Bereich.

Insgesamt wenn man das ganze Bild abrundet glaube ich, dass wir den Herausforderungen, was das Burgenland betrifft, gerecht werden.

Ich maße mir jetzt an auch zu sagen, dass diese beiden Anträge, die hier so in der Form wie sie jetzt abgestimmt werden sollen, auch einer guten Intention entsprechen, allerdings Aufforderungen an die Bundesregierung sind, hier ihrer Anforderung auch nachzukommen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir daher zur gesonderten Abstimmung über die beiden Tageordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 20. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 28, betreffend „Kampf gegen Schlepperkriminalität“, Zahl 21 - 24, Beilage 115.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein von der Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den von der Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Maßnahmen für eine faire und solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Es folgt nun die Abstimmung über den 21. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 29, betreffend Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen im Burgenland, Zahl 21 - 25, Beilage 116.

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein von der Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den von der Abgeordneten Mag.a Petrik eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Maßnahmen für eine faire und solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

22. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 60) betreffend „Definition des Begriffes Gemeinnützigkeit und Maßnahmen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bei der Durchführung von Vereinsfesten“, (Zahl 21 - 43) (Beilage 117)

Präsident Christian Illedits: Der 22. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 60, betreffend „Definition des Begriffes Gemeinnützigkeit und Maßnahmen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bei der Durchführung von Vereinsfesten“, Zahl 21 - 43, Beilage 117.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Gerhard Kovasits: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Definition des Begriffes Gemeinnützigkeit und Maßnahmen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bei der Durchführung von Vereinsfesten“, in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde zunächst der vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich abgelehnt und anschließend der von mir gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Definition des Begriffes Gemeinnützigkeit und Maßnahmen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bei der Durchführung von Vereinsfesten“, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: *(die den Vorsitz übernommen hat.)* Danke Herr Klubobmann. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zum gegenständlichen Antrag einen Abänderungsantrag einbringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dahingehend einzusetzen, dass die rechtlichen Bestimmungen für Vereine und die Durchführung von Vereinsveranstaltungen und Vereinsfesten übersichtlicher gestaltet werden und der rechtliche Rahmen folglich besser überschaubar und administrierbar ist.

Ich darf den Antrag hiermit überreichen. *(Der Abg. Patrik Fazekas übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachten Antrag abstimmen und ersuche jede Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend einen Schutzschirm für die Burgenländischen Vereine ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

23. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Maga. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, (Beilage 72), betreffend Erreichbarkeit der höheren Schulen im Burgenland mit öffentlichen Verkehrsmitteln, (Zahl 21 - 55) (Beilage 118)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen nun zur Behandlung des 23. Punktes der Tagesordnung. Das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Maga. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 72, betreffend Erreichbarkeit der höheren Schulen im Burgenland mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Zahl 21 - 55, Beilage 118.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Maga. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Erreichbarkeit der höheren Schulen im Burgenland mit öffentlichen Verkehrsmitteln, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Maga. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Erreichbarkeit der höheren Schulen im Burgenland mit öffentlichen Verkehrsmitteln, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dass die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln vor allem im Süd- und Mittelburgenland sehr lückenhaft und schwierig ist, ist ja nichts Neues. Wenn aber jetzt nicht einmal mit den Schulbussen mehr die Schüler und Schülerinnen nach Hause kommen, ist das schon eine andere Dimension.

Konkret ein Beispiel: Ein Zug der um 6.48 Uhr in der Früh von Deutschkreutz wegfährt, ermöglicht eine unkomplizierte, zeitlich gesehene zielsichere Verbindung, um rechtzeitig im Unterricht zu erscheinen. Nun soll mit der Fahrplanänderung im Dezember dieses Jahres der Zug elf Minuten später geführt werden, was es verunmöglicht, dass die Schülerinnen und Schüler rechtzeitig zu Unterrichtsbeginn in ihren Klassenzimmern sind.

Sie müssten eine frühere Verbindung nehmen, die obendrein ein Umsteigen in Sopron notwendig macht. Der Schulweg wird damit nicht nur deutlich verlängert und verkompliziert, sondern auch unsicherer, da auf allfällige Zugsverspätungen keine Rücksicht genommen wird und vor allem für HTL-Schülerinnen und Schüler durch das Mittragen von umfangreichen Lernmaterialien ein häufiges Umsteigen besonders beschwerlich macht.

Da es aus dem mittleren Burgenland keine schülerinnentauglichen öffentlichen Verkehrsverbindungen zu den Höheren Schulen in Pinkafeld gibt, ist dieses wertvolle Bildungsangebot für viele burgenländische Jugendliche nicht nutzbar.

Oft ist es auch so, dass im umgekehrten Fall beim Nachhause fahren viele Schülerinnen und Schüler vom Unterricht ein paar Minuten früher entlassen werden müssen, damit sie laufend rechtzeitig ihren Bus nach Hause erwischen.

Noch schlimmer ist es teilweise bei Höheren Schulen, die bis 17.00 oder 18.00 Uhr Unterricht haben. Da gehen die Busse dann zwar in den naheliegenden größeren Ort, aber nicht mehr in die Ortsteile. Meine Töchter können ein Lied davon singen, der Bus fährt dann halt bis Oberschützen von Oberwart kommend, was ja nicht wirklich eine große Distanz ist, das sind zehn Kilometer in etwa, aber nach Willersdorf fährt er dann nicht mehr. Das heißt, das Elterntaxi, so die Eltern schon zuhause sind, ist gefordert, oder sie

müssen oft eine Stunde warten, um dann irgendwie heimzukommen. Das kann es ja wirklich nicht sein.

Hier ist es notwendig, wirklich sowohl auf der einen Seite die Schulunterrichtszeiten an die Busverbindungen anzupassen, als auch umgekehrt.

Wir haben deswegen einen recht umfangreichen Antrag eingebracht, der - wie sollte es anders sein, von den Regierungsparteien abgeändert wurde in einen lapidaren Satz:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in ihrem Einflussbereich auf eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen aller Fahrgastgruppen hinzuwirken.

Das klingt sehr schön und nett, aber ist natürlich bei weitem nicht das, was wir fordern. Wir werden deshalb bei der Abstimmung den Saal verlassen, weil das in keinster Weise dem entspricht, was wir uns vorstellen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf Grund der vorgerückten Stunde und auf Grund der Tatsache, dass das nicht so ein weltbewegendes Thema ist, bei diesem Tagesordnungspunkt, möchte ich mich kurz fassen und nur einige Dinge feststellen.

Es ist eine Tatsache, dass es zu Änderungen im Fahrplan kommt, vor allem von der ÖBB, das geht zurück auf die Vollinbetriebnahme des Wiener Hauptbahnhofes und auf die Einrichtung eines ITF, das ist ein integrierter Taktfahrplan. Wie gesagt, dadurch ergeben sich umfangreiche Änderungen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass meiner Meinung nach nicht alle Interessensgruppen, alle Fahrgastgruppen, bevorzugt werden können, gleichermaßen berücksichtigt werden können. Mein Mitleid hält sich - ich sage es ehrlich, - ein bisschen in Grenzen, wenn *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wenn man keine Schüler hat glaube ich das gerne.)* die Schüler Wiener Neustadt nicht erreichen, aus dem einfachen Grund, weil Wiener Neustadt eben nicht im Burgenland liegt.

Hellhörig werde ich bei Pinkafeld, da das meine ehemalige Schule war, - es tut mir leid, dass die Verbindung sehr schlecht ist nach Pinkafeld vom Mittleren Burgenland, - aber unsere Schule gibt es seit den sechziger Jahren und ich bin der Meinung, dass alle Schüler, die diese Schule besuchen wollen, es bis heute geschafft haben in irgendeiner Form, und auch erfolgreich maturiert haben.

Wieweit das Land die Möglichkeit hat auf eine ausgewogene Berücksichtigung verschiedenster Fahrgastinteressen einzuwirken, entzieht sich meiner Kenntnis, aber meiner Meinung nach bleibt wirklich nur die Schlussfolgerung, dass die Landesregierung ihren Einflussbereich, ihren möglichen, geltend machen kann, damit die Interessen der Fahrgastgruppen recht ausgewogen berücksichtigt werden.

Aber wie gesagt ich kann mich erinnern, als ich noch Lehrer war, diese Problematik wurde in erster Linie zwischen den Schulen und den Unternehmen ausgehandelt. Ob das heute nicht mehr möglich ist, weiß ich nicht. Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Richter! Es ist sicher keine weltbewegende Sache, was wir da jetzt abhandeln, aber die Jugendlichen - glaube ich - werden Dir recht dankbar sein, wenn man das so lapidar herunterspielt.

Denn es ist - glaube ich - sehr wichtig, wenn Jugendliche von der Schule pünktlich nach Hause kommen. Es geht hier um die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, um die Sicherheit der Schüler im Burgenland. Ich glaube, das kann man da nicht so abtun.

Denn mehr als 34.000 Burgenländerinnen und Burgenländer besuchen eine Schule, eine Universität, oder Fachhochschule und - ich zitiere aus der Gesamtverkehrsstrategie des Burgenlandes von 2014. Da haben wir drinnen:

Die Ankunfts- und Abfahrtszeiten in den regionalen öffentlichen Verkehrsknoten, welche meist in den Bezirksvororten liegen, sollen ein Umsteigen mit kurzen Wegen und Umsteigezeiten ermöglichen. Das Rückgrat des Systems sind schnelle Bahn- und Busverbindungen zwischen den Knoten. Unzufriedenheit besteht bei fehlenden Anschlüssen, langen Wartezeiten und vor allem dann, wenn Busse und Bahn unpünktlich, überfüllt und schmutzig sind. Eine effizientere Organisation des öffentlichen Verkehrs war ein Grundpfeiler der burgenländischen Verkehrspolitik der letzten Jahre.

Steht in der burgenländischen Verkehrsstrategie 2014. Also ich glaube, da haben wir noch einiges vor uns und noch einiges zu tun. Ich will jetzt nicht näher darauf eingehen, der Abgeordnete Spitzmüller hat das sehr konkretisiert. Und zwar betrifft das zirka 150 Schüler, die statt um 7.50 Uhr um 6.00 Uhr zum Zug gehen müssen und so natürlich eine Stunde früher aufstehen müssen.

Es betrifft auch diese Schüler, wo auch die Frau Direktorin, der HTL das bekrittelt, dass das extrem unangenehm für diese Schüler ist. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die ÖBB - ohne Rücksprache mit Eltern, Lehrervertretern und Schülern, Betroffene - den Plan einfach ändert.

Generell ist der öffentliche Verkehr gerade für Jugendliche das Fortbewegungsmittel Nummer 1. In der heutigen Fragestunde an die Frau Landesrätin haben wir ja viele Dinge besprochen, die die Frau Landesrätin auch für die Jugend verbessern will. Ich möchte nur erinnern, es hat geheißen, Ausbildung verbessern, Breitband, Bildung, verschiedenste Projekte, Fragestunden.

Ich habe aber nicht vernommen, dass sich die Frau Landesrätin auch diesbezüglich einsetzen wird, was den öffentlichen Verkehr betrifft. Aber sie hat ja angekündigt, sie wird über Skype mit den Jugendlichen sozusagen kommunizieren. Ich bin überzeugt, dass hier einige Anfragen an die Frau Landesrätin diesbezüglich kommen werden.

Da es aus dem mittleren Burgenland keine schülerinnen- und schülertaugliche öffentliche Verkehrsverbindungen zu den Höheren Schulen in Oberwart und Pinkafeld gibt, ist schon angesprochen worden, ist dieses wertvolle Bildungsangebot im Burgenland für viele burgenländische Jugendliche nicht nutzbar.

An diesem Beispiel zeigt sich, wie sehr gute Bildungschancen, vor allem in ländlichen Regionen, durch gute und ausreichende Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedingt sind.

Ich habe den Rahmenplan der ÖBB mitgenommen, er ist ziemlich jung - und zwar vom 14.10.2015, also vorige Woche – und passt nämlich sehr gut zu diesem Thema - der ÖBB-Rahmenplan, Investition und Instandhaltung 2016 bis 2021 wurde veröffentlicht.

In diesem Rahmenplan geht es um Investitionen in dieser Zeit und zwar von zirka 15 Milliarden Euro, das sind 15.000 Millionen Euro, nur in den Jahren 2016 bis 2021. Wenn man die Jahre 2014 und 2015 dazu nimmt, reden wir hier von zirka 48, 49 Milliarden Euro, die die österreichische Bundesbahn hier in Österreich investiert.

Ich muss schon sagen - ich habe es mir nicht vorstellen können - für das Burgenland sind in diesem Zeitraum zirka 20 Millionen Euro vorgesehen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das geht!)*

20 Millionen Euro gegenüber 48.000 Millionen! Eine Milliarde sind 1.000 Millionen. Also mich hat das schon ein bisschen erschreckt, das muss ich ganz offen sagen. Das Burgenland als Land der Pendlerinnen, Pendler, Schülerinnen und Schüler muss einen Fokus auf effiziente, sichere, leistbare und komfortable Verbindungen, öffentliche Verbindungen, in den Ballungsräumen setzen.

Das ist nicht von mir ein Zitat, sondern das Zitat steht in der Verkehrsstrategie 2014, in der burgenländischen Verkehrsstrategie. Ich glaube, es ist höchst an der Zeit, dass auch dieses Haus in diese Richtung arbeitet und dementsprechend auch die Schritte setzt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte auch bezüglich dieses Antrages sagen, dass wir den Antrag der GRÜNEN sehr wohl unterstützt hätten, aus diesem Grund, weil er sehr konkret war. Es heißt hier: Verhandlungen mit der ÖBB aufnehmen, um sich auch das Umsteigen hier in Ungarn in Zukunft zu ersparen. Es wird auch gewährleistet, dass Bahn- und Busverbindungen auch noch am späteren Nachmittag sozusagen bestehen bleiben. Darum hätten wir diesen Antrag unterstützt.

Dem Abänderungsantrag der SPÖ stimmen wir nicht zu! Sie haben meine Ausführungen von der Gesamtverkehrsstrategie vernommen. Ich glaube, wenn man das umsetzt, dann braucht man nicht so einen - für mich – Wischi-Waschi-Abänderungsantrag. Dann braucht man den nicht stellen und auch wir werden dem nicht zustimmen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir dem Antrag entnehmen können, wird es zu umfangreichen Änderungen im neuen Fahrplan der ÖBB kommen. Diese ergeben sich, wie Herr Kollege Richter gesagt hat, aufgrund des neuen Hauptbahnhofes in Wien, der jetzt in Vollbetrieb geht. Es kommt erstmals ein integrierter Taktfahrplan beim neuen ÖBB-Fahrplan zur Anwendung.

Was bedeutet das? Das heißt, dass die Fahrpläne aufeinander abgestimmt werden, wodurch sich die Wartezeit beim Umsteigen verringern wird. Es wird raschere Verbindungen in alle Richtungen geben, mit einem Knotenkonzept für rasche Umstiege, mit fixen Anschlüssen zu fixen Zeiten und damit wird die Fahrzeit für die Pendlerinnen und Pendler kürzer.

Außerdem kommt es mit den einheitlichen Taktmustern zur leichteren Merkbarkeit des Fahrplanes. Zusätzlich wird es im neuen Plan mehrere neue Haltestellen geben. Das sind große Errungenschaften für den Großteil der Fahrgäste.

Trotz der vielen Vorteile für die meisten Öffi-Nutzer gibt es für bestimmte Gruppen von Fahrgästen auch zeitliche Nachteile. Aber anstatt an einer Lösung zu arbeiten, haben es sich ÖVP und GRÜNE zur Aufgabe gemacht, diese Personengruppen gegenseitig auszuspielen. Ein völlig falscher Zugang - meiner Meinung nach. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wen spielen wir aus?)*

Pendler gegen Schüler, Schüler gegen Lehrlinge. Wenn Sie gescheit recherchiert hätten, worum es hier geht, dann wüssten Sie, wo das hinführen soll. Ich bin der Meinung, wir brauchen eine ausgewogene Berücksichtigung aller Interessen. Pendlerinnen und Pendler, Lehrlinge, Studentinnen und Studenten und Schülerinnen und Schüler haben alle das Recht, rechtzeitig an dem Zielort anzukommen.

Um das zu bewerkstelligen, ist die Landesregierung in ihrem Einflussbereich gefordert, auf eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen aller Personengruppen zu sorgen. Wenn ich an die Gesamtverkehrsstrategie denke, komme ich zum Entschluss, dass das bereits gelebt wurde.

Alle Burgenländerinnen und Burgenländer wurden eingeladen, sich bei der Gesamtverkehrsstrategie einzubringen. Es haben über 10.000 Haushalte bei der Umfrage teilgenommen und es haben über 500 Burgenländerinnen und Burgenländer die Möglichkeit genutzt, mit den Experten direkt zu diskutieren.

Damit wurde die Gesamtverkehrsstrategie zum größten Bürgerbeteiligungsprojekt des Burgenlandes. Von den Schülerinnen und Schülern, über die Lehrlinge, Studentinnen und Studentin bis zu den Pendlerinnen und Pendlern, alle Personengruppen hatten die Möglichkeit, sich einzubringen.

Genauso sollen in Zukunft alle Anregungen und Herausforderungen, die durch den neuen ÖBB-Fahrplan entstehen, auch Platz in der Gesamtverkehrsstrategie finden. Mit diesem Bürgerbeteiligungsmodell wurde und wird Mobilität für alle Burgenländerinnen und Burgenländer nachhaltig innovativ und sicher.

Doch eines ist mir als junger Abgeordneter ganz wichtig und das wurde heute noch nicht thematisiert. Mobilität muss auch leistbar sein, insbesondere für Jugendliche. In diesem Bereich hat das Burgenland viel aufzuweisen.

Einerseits das Top-Jugendticket, mit dem Lehrlinge und Schülerinnen und Schüler um 60 Euro alle Strecken im Verkehrsverbund Ost-Region benutzen können. *(Abg. Walter Temmel: Nicht im Südburgenland!)*

Oder wenn ich an das Semesterticket denke, wo wir für Studentinnen und Studenten die Netzkarte mit 50 Prozent fördern. Wo zusätzlich viele burgenländische Gemeinden die anderen 50 Prozent fördern. Das alles ist nicht selbstverständlich. Denn in anderen Bundesländern würden sich Jugendliche das nur wünschen.

Das sind Meilensteine der Burgenländischen Landesregierung im Bereich der leistbaren Mobilität für Jugendliche. Jetzt wäre es an der Zeit, dieses Angebot zu erweitern.

Der Bund hat in seinem Koalitionsabkommen festgeschrieben: Ein Top-Jugendticket für alle unter 26 Jahren soll kommen. Bisher hat sich nichts getan! Hier ist die Familienministerin am Zug, damit die Interessen der Jugendlichen nicht weiter auf der Strecke liegen bleiben.

Also abschließend, wir brauchen eine ausgewogene Berücksichtigung aller Interessen und kein Ausspielen von verschiedenen Personengruppen, von den Pendlerinnen und Pendler über die Studenten, die Schülerinnen und Schüler und die

Lehrlinge. Die Frau Ministerin Karmasin ist endlich aufgefordert, das Top-Jugendticket umzusetzen, denn es steht im Koalitionspapier! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Optimierungen beim Fahrplanwechsel des Bahnverkehrs ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

24. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 73) betreffend Taxiunternehmen (Zahl 21 - 56) (Beilage 119)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 24. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 73, betreffend Taxiunternehmen, Zahl 21 - 56, Beilage 119.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Taxiunternehmen, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Taxiunternehmen, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Maga Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, wir sind noch einmal bei einem Detailpunkt in der Flüchtlingsfrage. Warum stellen wir diesen Antrag? Ich bringe auch einen Abänderungsantrag ein zum Entschließungsantrag, der sich aber nur ganz geringfügig vom ursprünglichen Antrag unterscheidet und ich erkläre auch gleich warum.

Wir haben hier die Situation gehabt, dass sich wirklich viele Taxiunternehmen und einzelne Taxifahrer, Taxifahrerinnen, sehr gut untereinander koordiniert haben und hier wirklich große Leistung vollbracht haben. Das soll auch positiv erwähnt und unterstützt sein.

Aber es gibt einzelne schwarze Schafe. Es gibt Einzelne, die in betrügerischer Weise von Flüchtlingen weit überhöhte Fahrpreise eingenommen haben. Der Abänderungsantrag bezieht sich nur auf den Austausch zweier Begriffe, weil mich ein Herr von der Taxiinnung angerufen hat und gesagt hat, bitte das sind nicht Taxiunternehmen, die betrügerisch gehandelt haben, sondern einzelne Taxifahrer und das haben wir hier im Einleitungstext ausgetauscht, der Antragstext ist der gleiche.

Worum geht es uns dabei? Es ist natürlich eine Detailfrage. Aber es ist uns wichtig, dass die Landesregierung hier ein Zeichen setzt und ganz deutlich sagt, wir wollen mit Betrügern keine Geschäfte abschließen und schon gar nicht mit Betrügern, die das auf Kosten der Ärmsten machen und auf Kosten von Menschen, die ihnen ausgeliefert sind.

Deswegen stellen wir diesen Antrag. Es ist wie gesagt in diesem Fall eine Detailfrage, aber wir halten es für wichtig, dass die Landesregierung auch in diesen Detailfragen ganz klare Zeichen setzt und daher bitte ich Sie um Unterstützung.

Die Beschlussformel. Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit Taxifahrern und Transportunternehmen, die nachweislich von Flüchtlingen auf ihrem Weg über überhöhte Transportpreise verrechnet haben, keinerlei Geschäftsbeziehungen zu pflegen. Zur Feststellung, welche Personen beziehungsweise Unternehmen betroffen sind, ist die Zusammenarbeit mit der Taxiinnung und der entsprechenden Fachgruppe in der Wirtschaftskammer zu suchen. *(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung nicht erfahren, sodass er in die Verhandlung nicht mit einbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon richtig, wir sind jetzt wieder beim Lieblingsthema der grünen Fraktion. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Betrug, Option!)* Das ist die Flüchtlingsfrage und schön langsam kriege ich Mitleid, ich hoffe Sie können noch schlafen.

Aber vielleicht finden Sie doch ein paar Überlegungen und denken einmal eventuell an Burgenländerinnen und Burgenländer, die auch in Not sind und die vielleicht nicht so viele Vergünstigungen bekommen, das möchte ich nur voranschicken.

Es ist richtig, dass einige Taxifahrer überhöhte Preise verlangt haben. Mich fasziniert, dass die auch bezahlt werden konnten von Asylanten, oder Flüchtlingen besser gesagt. Das hat sich aber eingependelt. Das war angeblich nur ein paar Tage so und es hat sich ein, nach der Meinung vieler Zuständiger, angemessener Preis von 170 Euro eingependelt von Nickelsdorf nach Wien.

Was auch in Ordnung war und es wurde quasi ein recht koordinierter Transport nach Wien aufrechterhalten.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Petrik, für Sie gibt es, glaube ich, wirklich nur das Flüchtlingsthema. Sie stellen in dem Zusammenhang wirklich sehr fundamentale Anträge wie diesen vorliegenden. Ich möchte Ihnen sagen, verstehen Sie das jetzt bitte nicht falsch, Ihnen fehlen zwei, ich sage einmal, ganz wesentliche Dinge. Das ist, meiner Meinung nach, bitte nicht falsch verstehen, ein bisschen ein gesunder Menschenverstand und ein Blick für die Realität.

Dass das Volk und die Menschen und vor allem die Wähler das auch richtig sehen, hat sich bei der Wahl in Wien bewahrheitet, wo Ihre Kollegin Vassilakou, oder die GRÜNEN in Wien, an Prozentpunkten und auch an Mandaten verloren haben und trotz vollmundigem Versprechen, dass sie zurücktreten wird in diesem Fall, ist es natürlich nicht, eingetreten.

Aber wie käme man dazu den Wählerwillen auch noch zu berücksichtigen? Kommt ja nicht in Frage. Sie meinten irgendwo, Kollegin Petrik, ich habe das irgendwo gelesen. Kritik übte Petrik an der rot-blauen Regierungsarbeit. Im Hinblick auf die FPÖ sei das Ergebnis „zum Teil erschütternd“.

Ich möchte Ihnen sagen, machen Sie sich keine Sorgen, machen Sie sich keine Sorgen um die Freiheitliche Partei, machen Sie ordentliche Oppositionspolitik!

Verschonen Sie uns bitte, meiner Meinung nach, mit so unnötigen Anträgen wie dem vorliegenden. Sie fangen schon bald an wie der Kollege Kölly, obwohl ich bis jetzt zwischen Ihnen beiden keine besondere Affinität feststellen konnte.

Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet Landtagsabgeordneter Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Funktion darf ich hier das erste Mal stehen. Das Bild ist mir noch aus dem Jugendlandtag vertraut.

Nichtdestotrotz sind es die Gedanken die einem begleiten, wenn man hier nach Eisenstadt fährt, oder wenn man wieder zurückfährt. Es sind Gedanken, die mir durch den Kopf gehen, wenn man die Zeit im Auto nützt.

So sind es heute Gedanken die mich sehr nachdenklich machen, wenn hier Wortmeldungen von Kolleginnen und Kollegen kommen wo gesagt wird, dass uns Wiener Neustadt, wo Jugendliche eine Ausbildung bekommen sollten, nicht interessiert. Das kommt von einem HTL-Lehrer, was mich doch sehr nachdenklich macht und da müsste gerade die SPÖ eigentlich viel, viel lauter aufschreien. Denn Bildung ist doch ein wichtiges Gut und das sollten wir doch in den Vordergrund rücken.

Ein weiterer Punkt der mir durch den Kopf geht ist, wir wurden alle angelobt und haben einen Eid geschworen für das Burgenland zu arbeiten. Wir sitzen jetzt hier. Die Reihen lichten sich, es ist spät und dennoch denke ich mir, hätten es sich die Abgeordneten verdient, dass mehr Personen hier neben mir sitzen. *(Abg. Günter Kovacs: Wo ist der Kollege Wolf? Der ist schon drei Stunden weg! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Die ganze Regierung ist ja auch fort!)* Wenn hier einer fehlt, fehlen hier gerade sieben.

Geschätzte Damen und Herren, ich sehe es dennoch als Auftrag, ausgestattet mit vielen positiven Wortmeldungen aus dem Süden, gerade den Landessüden zu vertreten und nichtsdestotrotz, stehe ich voll und ganz dahinter, für das ganze Burgenland einzutreten, egal wo Stimmen und Aufträge herkommen.

Egal ob es aus meiner Heimat Jennersdorf ist, ob es aus dem Nordburgenland, aus Gattendorf, aus Deutschkreutz oder sonst wo ist. Es gibt Bürgermeister, mit denen kann man sachlich über die Parteigrenzen hinweg kommunizieren, das schätze ich, so sollen wir hier gemeinsam arbeiten.

Geschätzte Damen und Herren, es ist eine Frage der Kultur und so darf ich einen Satz verlieren, der mich dennoch stolz macht, - leider Gottes ist er nicht im Raum - ich möchte meinem Kollegen aus dem Bezirk Jennersdorf, dem Ewald Schnecker, auch ein Danke aussprechen, da wir doch auf Bezirksebene fair und auf Augenhöhe zusammenarbeiten und ich finde das ist der Zugang den alle hier haben sollten.

Um zu diesem Antrag zurückzukommen. Es wurde von der grünen Fraktion bereits erwähnt, dass einige Wörter in dem ursprünglichen Antrag nicht richtig gewählt worden sind und es gab einen Versuch dies heute abzuändern. Nichtsdestotrotz darf ich das nochmal auf den Punkt zurückbringen.

Uns geht es darum, dass wir festhalten wollen, dass die Taxiunternehmungen im Burgenland hervorragende Arbeit leisten. Wir wollen festhalten, dass es nicht selbstverständlich ist, dass es unzählige Gemeinden gibt, wo Jugendtaxis angeboten werden, wo Seniorentaxis angeboten werden, wo wir die Partnerschaft mit der Wirtschaft pflegen.

Es gibt natürlich auch den Punkt, wo das Thema Flüchtlingstransporte genannt wird. Es gibt hier Wortmeldungen, dass es hier zu Verfehlungen gekommen sein soll und so darf ich hier im Namen der Taxiinnung das nochmals festhalten, dass das Wort Unternehmungen aus dem Burgenland nicht verwendet werden soll, sondern das es durchaus passiert sein kann, dass von den 120, 140 Taxifahrern, die Großteils auch aus Wien gekommen sind, oder anderen Bundesländern, dass wir, wenn dort eine Verfehlung vorhanden sein sollte, diese gerne nachkontrollieren möchten, dass wir diese aufzeigen möchten.

Natürlich brauchen wir dazu eine Grundlage. Im Idealfall ein Dokument, eine Rechnung oder auch Zeugen. Erst dann ist sachliche Arbeit möglich. Ich möchte die Taxiunternehmer hervorheben, da es für uns wichtig ist für zukünftige Projekte. Ich spreche hier gezielt Mikro-ÖV-Projekte an, mit ihnen zu kooperieren und zusammenzuarbeiten. Ich sehe hier sehr, sehr viel Potential.

Geschätzte Damen und Herren, auch wir haben einen Abänderungsantrag vorbereitet, dieser ist den Fraktionen ergangen.

Ich erspare es mir diesen Abänderungsantrag vorzulesen und ich hoffe doch, dass auch dieser Abänderungsantrag, der sachlich dem entspricht der schon vorliegt. Ich verlese die Beschlussformel.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Verein Mobiles Burgenland in Zusammenarbeit mit der burgenländischen Verkehrswirtschaft hinsichtlich der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung im Burgenland und die heimischen Personenbeförderungsunternehmen im Hinblick auf den hohen Transportbedarf von Flüchtlingen zu unterstützen.

Danke. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Bernhard Hirczy übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Es geht um den Transport von Flüchtlingen, schutzsuchenden Flüchtlingen, die in Massen, es waren 280.000, ins Burgenland gekommen sind.

Der Antrag der Abgeordneten Mag.a Petrik und Wolfgang Spitzmüller bezieht sich auf die Thematik, dass diese Personengruppen mit Taxiunternehmen befördert worden sind, die überhöhte Preise verlangt haben und dadurch die Not dieser Personengruppen ausgehöhlt hätten.

Dieser Antrag geht aber ins Leere, deshalb musste ein Abänderungsantrag erfolgen. Warum? Sie haben in Ihrem Antrag das Begehren gestellt, die Landesregierung möge mit diesen Taxiunternehmen, die überhöhte Preise nachweislich verlangen, keine Geschäftsbeziehungen pflegen.

Sie haben in diesen Antrag auch hineingeschrieben, die Landesregierung solle in Verbindung mit einem Gespräch mit der zuständigen Innung feststellen, was konkret im Burgenland passiert.

Da unterscheiden wir uns stark. Sie basieren auf Ihren Daten auf einem Zustand, der in einem Presseinterview von einem Innungsmeister in Wien namens Gökhan Keskin resultiert.

Wir beziehen uns auf eine Information, die von der hiesigen Innung genannt von Herrn Bernhard Dillhof und auch dem Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil resultiert. Wir gehen davon aus, wie heute schon erwähnt, dass im Burgenland wirklich mit Herz, Hirn, aber auch mit fleißigen Händen, diese schutzsuchenden Flüchtlinge in der Form weitertransportiert worden sind, wie es notwendig und zweckmäßig war.

Das erfolgte einerseits mit Bussen, mit der heute angesprochenen Bahn, aber auch mit den Taxiunternehmungen. Es war notwendig, dass die Landespolizei aber auch die Wirtschaftskammer mit der Innung im Burgenland Kontakt aufgenommen hat und gesagt hat, damit der fließende Flüchtlingsstrom gewährleistet werden kann, brauchen wir nicht nur die hiesigen Taxiunternehmungen, sondern auch diejenigen, die aus Niederösterreich und Wien heranzuziehen sind.

Das war das Ergebnis, dass kein Stillstand entstanden ist und das war das Ergebnis, warum wir nicht nur national, sondern international bewundert werden. Wenn wir heute Meldungen hören, dass in Slowenien teilweise auch Probleme entstehen diese Flüchtlingsmassen entsprechend weiterzuleiten, müssen wir sagen, dass wir stolz sein dürfen auf all diejenigen, denen das gelungen ist. Heute waren einige schon, die mit Dankesworten behaftet waren.

Das bedeutet, ich glaube und ich weiß nach Rücksprache mit der Innung, aber auch mit dem Landespolizeidirektor, dass die Taxiunternehmungen bis auf die ersten zwei, drei Tage oder bis sich das eingespielt hat, ab diesen zwei, drei Tagen war es so,

dass ein koordinierter, ein professioneller Transport gewährleistet wurde und dieser Transport wurde von fachkundigen Taxilenkern gewährleistet.

Das heißt, nach diesen zwei, drei Tagen gab es einen gemischten Preis von durchschnittlich 170 Euro und es gibt keine personifizierten und auch keine konkreten Darstellungen im Land Burgenland, wo Taxiunternehmer für diese überhöhten Preise in Verantwortung gezogen worden wären. Ihre Darstellungen beziehen sich rein auf einen Artikel in der Presse, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein!)* wo dieser Gökhan Keskin, Fachinnungsmeister, zitiert wird. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Berichte von Leuten aus dem Burgenland.)*

Er steht zumindest in Eurem Antrag auch personifiziert drinnen, deshalb ist mir der Name auch bekannt, und ich muss auch sagen, also dieser Antrag, den Sie gestellt haben, Frau Mag.a Petrik, diesen Antrag, den Sie gestellt haben, hätten Sie eigentlich auch im Rathaus stellen können, weil dort die richtigen Ansprechpartner gewesen wären.

Hier im Burgenland, in diesem Landtag, ist der Antrag in der Form sicherlich falsch und themenverfehlend. Wir haben deshalb unseren Antrag so formuliert, dass der Landtag danach trachten soll, wirklich auch diese koordinierte Vorgangsweise im Rahmen der Flüchtlingsthematik zu gewährleisten. Ich glaube, dem ist bislang zur Gänze entsprochen worden.

Es gibt klare Erkenntnisse bislang, dass diese 170 Euro ein angemessener ortsüblicher Preis sind, und das ist auch akkordiert mit den Taxiunternehmen burgenlandweit. Es ist auch gewährleistet worden, dass die eigenen Taxiunternehmungen, die eigenen Personenkraftwagen nicht durch den Rost fallen, sondern bevorzugt die Transporte durchführen können. Es ist auch gewährleistet worden in weiterer Folge, dass die Aufsicht seitens der Fachinnung im Burgenland durchgeführt wird.

Es war auch eine Fernsehsendung, wo ein Innungsmitglied aus dem nördlichen Burgenland, aus Neusiedl, darauf aufmerksam gemacht hat, dass das super funktioniert und die Aufsicht im Burgenland durchgeführt wird. Das heißt, es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass irgendeine Bestimmung oder irgendein Vorgang wäre, der nicht funktioniert hätte.

Wenn ich auf Ihren Antrag zurückkomme, Sie verlangen, dass das Land Burgenland mit jenen, die nachweislich überhöhte Preise verlangen, keine Geschäftsbeziehungen pflegen soll. Geschäftsbeziehungen mit Taxiunternehmen macht kein Land Burgenland, auch kein Land Wien, das machen schon die Innungen und diejenigen Vertragspartner, die dort diese Geschäfte abwickeln.

Ich glaube deshalb, so wie der Mag. Richter vorher zutreffend erwähnt hat, ist dieser Antrag in der Form bei aller Wertschätzung für Sie nicht zutreffend und total themenverfehlend. Deshalb glaube ich auch, dass unser Antrag in dieser Form auch dem Rechnung trägt, was wir eigentlich sagen wollten.

Zum Abänderungsantrag, den der Kollege Hirczy heute vorgetragen hat. Sie haben Ihre erste Rede heute gehabt. Ich denke mir, da sind wir uns einig, dass die Personentransportunternehmen, also die Taxiunternehmen im Burgenland, gute Arbeit machen. Mir ist auch der Verein Mobiles Burgenland bekannt.

Ich weiß natürlich auch, dass Interesse besteht, der Verbesserung der Mobilität Rechnung zu tragen, und ich weiß auch natürlich, dass der Hintergrund die Projekttragung für Jugendtaxi und auch 60+Taxi ist.

Was nicht richtig wäre - und ich unterstelle Ihnen das nicht, vor allem weil es die erste Rede ist -, dass vielleicht dieser Antrag dazu dienen soll, um Unterstützung für diesen Verein zu Lasten der Flüchtlingsthematik zu erhalten.

Ich denke mir, es gibt gute Gründe, diesen Verein in gewissen Einzelfällen auch positiv zu sehen, aber ich denke mir aber auch, dass das ein verpöntes Motiv wäre, heute und hier bei der Thematik Flüchtlinge diese Unterstützung für den Verein Mobiles Burgenland einzufordern.

In dem Sinne würde ich Sie bitten, unserem Antrag, der wirklich darauf abzielt, dass nachhaltig auch im Burgenland diese professionelle und koordinierte Vorgangsweise in dem Bereich erfolgt, und dass darauf geachtet wird, und die Aufsicht darüber erfolgt, dass dem Rechnung getragen wird.

Ich ersuche Sie alle zusammen um die verfassungsmäßige Zustimmung zu diesem Antrag und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dass es hier um die Frage des Umgangs mit Betrügern geht, ist eh klar geworden, nur weil das vorher offensichtlich nicht durchgekommen ist, wir haben etliche Hinweise aus dem Burgenland auch erhalten.

Aber sei es drum, wie es ist, wie auch der Kölly manchmal sagt, Herr Kollege Drobits, Sie haben uns hier so freundlich gebeten, natürlich können wir dem Satz zustimmen, der jetzt dort steht. Er geht halt auf was ganz anderes, als das, was das ursprüngliche Anliegen war, aber er ist kein völlig dummer Satz, natürlich kann man dem zustimmen.

Wenn Sie schon so nett bitten, werden wir das halt tun, weil mit unserem Anliegen wir ohnehin nicht durchkommen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Ich bitte um Aufmerksamkeit, danke.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein vom Landtagsabgeordneten Hirczy eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher, - Herr Klubobmann Sagartz, ich bitte auch um Ihre Aufmerksamkeit, danke.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Hirczy eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Transport von Flüchtlingen in Taxis ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

25. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 31) betreffend Flächenerweiterung und Erhalt der Weintraubensorte „Uhudler“ (Zahl 21 - 27) (Beilage 120)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Berichterstatterin zum 25. Tagesordnungspunkt, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 31, betreffend Flächenerweiterung und Erhalt der Weintraubensorte „Uhudler“, Zahl 21 - 27, Beilage 120, ist Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Flächenerweiterung und Erhalt der Weintraubensorte „Uhudler“ in ihrer 1. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Flächenerweiterung und Erhalt der Weintraubensorte „Uhudler“, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Die bewegte Geschichte des Uhudlers hat den besonderen Ruf des Weines als regionales und traditionelles Nischenprodukt begünstigt. Heute ist der Uhudler ein wesentliches Element regionaler Sortenspezialität mit einer Fläche von zirka 50 Hektar im Südburgenland.

Ich habe mit dem Wirten Mirth gesprochen, der sagt zwar 65 Hektar, aber okay, ob 50 Hektar oder 65 Hektar, im Prinzip sind das in der Gesamtanbaufläche des Weines in ganz Österreich Peanuts.

Er hat mir auch in diesem Gespräch gesagt, dass er mit einem italienischen Kollegen im Weinbau zu tun gehabt hat und dieser baut allein, nur der eine Weinbauer alleine baut 400 Hektar Selbstträger in Italien an. Also da sieht man die Größe, die Dimension, um die es sich hier handelt.

Die Anfänge des Uhudlers reichen bis in das Jahr 1860 zurück. Wirtschaftlich hat der Uhudler in den letzten Jahren für die Region deutlich an Bedeutung gewonnen.

Diesen breitenwirksamen Bestandteil des Marketings in einer ansonsten teilweise strukturschwächeren ländlichen Region, gilt es für die Zukunft zu erhalten und auszubauen.

Weinbau bedarf langfristiger Planung und Plansicherheit für den Winzer, da auf Grund der hohen Anfangskosten von Neupflanzungen der zumindest dreijährigen Phase der Ertragslosigkeit von Reben und der 35- bis 50-jährigen Ertragsdauer von Weingärten andernfalls unsichere Sorten nicht mehr ausgepflanzt werden.

Für die Uhudler-Grundtrauben Noah, Isabella, Othello, Ripatella, Clinton und Delaware ist angesichts der 2030 endenden EU-Genehmigungen die Sicherheit nicht mehr gegeben, sodass ein Auspflanzungsstopp und damit eine Überalterung beziehungsweise ein langsames Sterben der Weingärten droht.

Die Zukunft eines wichtigen regionaltypischen Elementes des Südburgenlandes ist damit bedroht. Der Uhudler ist ein Werbeträger für die Region und muss wie andere regionale Sorten erhalten bleiben.

Die Entscheidung über den Sortenanbau darf aber nicht von einer Bürokratie in über 1.000 Kilometer Entfernung getroffen werden. Die Zuständigkeit in Fragen der Zulassung von Rebsorten darf nicht an die Europäische Union delegiert werden. Die burgenländischen Volksvertreter sind verpflichtet, Schäden für die heimischen Bauern, für das Überleben regionaltypischer Produkte und damit für einen Teil der heimischen Identität durch diese Zentralisierung und ihre realitätsfremden bürokratischen Entscheidungen zu verhindern.

Das Bündnis Liste Burgenland hat bereits im Februar 2015 auf die Problematik hingewiesen und auch in einem Entschließungsantrag die Landesregierung aufgefordert, unter Zuhilfenahme von Fachleuten des Weinbaues, der Wirtschaft und des Tourismus, Mittel und Möglichkeiten zu erarbeiten, den Uhudler-Wein für das Südburgenland über das Jahr 2030 hinaus zu erhalten und dies auch gesetzlich entsprechend zu sichern.

Wenn ich jetzt vielleicht noch kurz zum Kollegen Strommer zurückkomme, der heute gesagt hat, er will ja nicht den Oberlehrer spielen, aber ich habe hier mit der Wortwahl Vorspiegelung falscher Tatsachen vielleicht danebengegriffen in der einen Thematik unter Tagesordnungspunkt 17, da muss ich sagen, meine Herrschaften, ich glaube, das ist das Problem der ÖVP zurzeit. Und zwar, dass man sich in Wortklauberei verzettelt und nicht merkt, dass einen die Leute draußen nicht mehr verstehen.

Wenn ich an den Vormittag zurückdenke, und sie ist jetzt Gott sei Dank gekommen, weil sie holt sich ihr Lob von mir ab, wenn ich jetzt an den Vormittag denke, an eine sehr emotionale Diskussion auch, was den Uhudler betrifft. Da muss ich ganz ehrlich sagen, wenn ich ein Außenstehender bin und im Südburgenland zu Hause bin und ich höre unsere Landesrätin Dunst über den Uhudler sprechen - und ich kenne auch den Herrn Liegenfeld -, dann weiß ich nicht, wo ich mehr Kompetenz dahinter setzen kann.

Weil ich sagen muss, mit der Emotionalität traue ich ihr ehrlich gesagt mehr zu, als die ÖVP bis jetzt in der Richtung geschafft hat. Tut mir leid. *(Beifall bei der LBL und der SPÖ)*

Das Bündnis Liste Burgenland wird daher auch dem Abänderungsantrag zustimmen. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Ich mache es kurz. Wir haben heute in der Fragestunde ohnehin schon recht lange dazu gesprochen.

Ich verstehe ehrlich gesagt Euren Antrag nicht ganz. Es haben sich, glaube ich, alle Parteien lang und breit für den Uhudler schon ausgesprochen und für die Rettung. Jeder war der Erste, die Erste, das wissen wir eh auch schon lange, also den Sinn hinter dem Antrag verstehe ich nicht ganz.

Das Problem ist vakant, das wissen wir auch. Es wird sicher nicht eine Lösung alleine ausreichen, um die beiden Probleme, die auch teilweise nicht sehr viel miteinander zu tun haben, langfristig zu lösen. Im Moment liegt der Part ganz eindeutig bei Ihnen, Frau Landesrätin.

Ich habe auch den Eindruck, dass da zumindest sehr viel Bemühung dahinter ist, auch wenn der Bund in der letzten Anfragebeantwortung ein bisschen etwas anderes gesagt hat, aber ich vertraue darauf, dass es ein gutes Zusammenspiel Bund - Land gibt.

Ein bisschen Zeit haben wir jetzt auch gewonnen, da die Rodungsbescheide aufgeschoben worden sind. Ein bisschen skeptisch bin ich, was die Sorte Delaware angeht, weil das eben eine weiße Sorte ist, wurde heute eh auch schon gesagt, und meiner Meinung nach wirklich nur einen sehr untergeordneten Beitrag hier bringen kann.

Wissen muss man auch noch, ich war vor kurzem erst unten und habe mir das angeschaut, diese Weinanlagen sind total durchmischt. Da ist eine Sorte neben der anderen, also ich kann mir das auch nicht ganz vorstellen, wie man da Weingärten roden will. Die eine Sorte muss man stehen lassen, die andere nicht. Ich bin schon gespannt, wie das dann in der Praxis ausschaut.

Wir werden diesem Antrag jetzt zustimmen, aber wirklichen Sinn sehe ich, wie gesagt, nicht darin. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wie wir heute in der Fragestunde schon bemerkt haben, ist die Uhudler-Thematik ein heißes Thema. Ich komme zwar aus dem Nordburgenland, der größten Weinbaugemeinde Österreichs, Gols, und mir ist trotzdem bewusst, wie wichtig der Uhudler für das Burgenland ist.

Der Uhudler ist eine Marke und in seinem Dasein einzigartig und ein Unikat, das geschützt werden muss. Ich möchte mich hier auch gleich bei unserer Agrarlandesrätin bedanken, dass sie sich in dieser kurzen Zeit so intensiv eingesetzt hat und in nur 100 Tagen schon eine Lösung gefunden hat oder jedenfalls in der Zielgeraden ist.

Wie wir schon gehört und wieder einmal bestätigt bekommen haben, ist die ÖVP eine Partei, die nur von leeren Floskeln lebt. Die Leistung und Erfolge blieben aber immer aus. Das Zitat „außer Spesen nichts gewesen“ passt hier ganz gut.

Der ehemalige Agrarlandesrat der ÖVP wird gelobt, obwohl er nichts getan hat, um den Uhudler zu retten. Im Gegenteil, er hat die betroffenen Weinbauern die ganze Zeit mit einer Studie vertröstet, die er nicht einmal in Auftrag gegeben hat.

Also hier kann ich nur eigentlich nichts mehr dazu sage und es ist auch wohl nicht notwendig. Die Lösung wollte er als Nordburgenländer, der anscheinend keinen Bezug

zum Uhudler hat - oder nicht viel - und nur Weiß- und Rotwein vertreibt, wohl anscheinend auch nicht finden. Wo es nichts zu verdienen gibt und was einem nicht direkt oder einen Parteifreund betrifft, das wird gleich einmal auf die Seite geschoben.

Ich, und das sage ich aus tiefster Überzeugung, bin der Meinung, dass es wichtig ist, den Uhudler zu schützen und sich für ihn einzusetzen. Das Burgenland ist nicht nur für seine guten Weiß- und Rotweine bekannt, sondern auch für den Uhudler, der ein Alleinstellungsmerkmal darstellt.

Ich finde es auch bemerkenswert, dass sich der Landwirtschaftsminister Rupprechter hier von unserer Landesrätin überzeugen hat lassen und sich für den Erhalt des Uhudlers einsetzt. Es gibt anscheinend doch noch ein paar wenige in der ÖVP, die wirklich im Sinne des Volkes und nicht nur im Sinne der eigenen Brieftasche arbeiten.

Der Uhudler ist für den Tourismus sehr wichtig und leistet auch einen großen Beitrag, wenn man sich den Kulturbereich ansieht. Das erste Uhudler-Kompetenzzentrum wurde eröffnet und die Bildmarke „Uhudler Land“ wurde markenrechtlich geschützt.

Dies ist zwar nicht die Lösung der Uhudler-Problematik, aber genau hier kann man sehen, wie wichtig der rot-blauen Landesregierung der Uhudler ist. Hier sieht man, dass es auch innerhalb von 100 Tagen möglich ist, etwas zu leisten, was andere in den letzten Regierungsperioden nicht zusammengebracht haben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Nachdem das hier meine erste Rede ist, möchte ich zum Schluss ein paar private Worte sagen und zwar möchte ich ein Danke sagen allen, die mich auf meinem Weg hierher unterstützt und begleitet haben. Als Erstes meiner Mama, der ich das leider nicht mehr persönlich sagen kann, meiner Tochter, die mich sehr oft entbehren musste, meiner übrigen Familie und meinem politischen Begleitern. Hier möchte ich ganz besonders unseren Klubobmann Gerhard Kovasits hervorheben.

Danke auch an die Damen und Herren des Hohen Hauses, an die Mitarbeiter in der Landesregierung, vor allem in der Landtagsdirektion, von welchen ich überwiegend freundlich und hilfsbereit aufgenommen wurde.

Jetzt etwas Negatives. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Kleinere zwischenmenschliche Barrieren, wie zum Beispiel das Wort „Bollwerk“ oder die gekränkten Egos von Teilen der Oppositionsparteien, sind, beziehungsweise werden hoffentlich bald Vergangenheit sein, damit wir wie bisher in den letzten 105 Tagen gemeinsam und mit voller Kraft für unser schönes Heimatland Burgenland und seine Bewohner arbeiten können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hutter! Emotion und gesetzliche Lösungen sind wirklich zwei Paar Schuhe, und wenn Sie heute hier sagen, ich hoffe, das schreibt niemand nach, dass Sie unseren ehemaligen Landesrat Andreas Liegenfeld, Weinbaupräsident, die Kompetenz im Weinbereich absprechen, das ist wirklich ein starkes Stück. *(Abg. Doris Prohaska: Das hat niemand gesagt. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herbstzeit ist die Zeit der Ernte und die Zeit des Dankens und die Kollegin Stampfel hat ihrer Familie gedankt. Ich möchte mich da wirklich insbesondere für die qualitativ

hochwertigen Lebensmittel, die für die ganze Gesellschaft fleißige Bäuerinnen und Bauern tagtäglich liefern, recht herzlich bedanken.

Erfreulich ist natürlich auch, dass ihre Leistungen mit einem sehr guten Weinjahrgang 2015 aufgrund der guten Traubenqualität belohnt werden. *(Abg. Manfred Kölly: Der wird gut, das weiß ich.)* Der wird im ganzen Burgenland gut. Richtig. *(Abg. Manfred Kölly: Auch der Uhudler.)*

Wir sind uns sicher alle einig, dass die Erhaltung und Weiterentwicklung des Uhudlers dem Südburgenland wichtige Impulse gibt und Wertschöpfung schafft. Wie bereits vorher erwähnt, möchte ich jetzt nicht weiter ausholen, der Uhudler hat für das gesamte Südburgenland, speziell für die Anbaugemeinden in den Bezirken Jennersdorf und Güssing, eine zunehmende wirtschaftliche und touristische Bedeutung.

Was wünschen sich eigentlich die Uhudler-Winzer und -Winzerinnen für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit? Der Uhudler soll auch nach dem 31.12.2030 erhalten bleiben. Deshalb muss eine Neuauspflanzung sichergestellt werden. Alle nach dem 28. Mai 2003, das war die Kundmachung der Weinbauverordnung, im Weinbauflur ausgepflanzten Uhudler-Weingärten sollen amnestiert und die Rodungsbescheide zurückgezogen werden.

Es soll die Neuauspflanzung sowie Wiederbepflanzung von Direktträgerreben in Weinbaufluren wieder möglich sein. Es sollen auch die derzeit ausdrücklich verbotenen Rebsorten wie Noah, Othello, Isabella und so weiter wieder ausgepflanzt werden dürfen. Die Produktion von Uhudler soll wirklich nur beschränkt in den Bezirken Güssing und Jennersdorf möglich sein.

Um keine Überproduktion zu bekommen, soll die Ausweitung auf 50 Hektar beschränkt werden. Das heißt, maximal insgesamt 100 Hektar mit den bereits vorhandenen 50 Hektar. Für Neuauspflanzungen soll es Pflanzrechte aus der nationalen Zuteilung geben, das wird eh der Fall sein, anders darf man nicht auspflanzen.

Die Marke Uhudler soll so geschützt werden, dass sichergestellt ist, dass nur der in den Bezirken Güssing und Jennersdorf produzierte Direktträgerwein als Uhudler verkauft werden darf.

Eine Möglichkeit dafür wäre die geschützte Ursprungsbezeichnung, das heißt, dass die Erzeugung, Verarbeitung und Herstellung eines Produktes in einem bestimmten geographischen Gebiet nach einem anerkannten und festgelegten Verfahren erfolgt, zum Beispiel wie beim Steirischen Kernöl oder der Wachauer Marille, geschützte geographische Angabe, wo die Erzeugung, Verarbeitung oder Herstellung in einem bestimmten Herkunftsgebiet stattfindet.

Danke auch heute den Verantwortlichen die eine rechtlich einwandfreie Lösung der Uhudler-Problematik zugesagt haben, vor der Landtagwahl wurden ja mehrere Möglichkeiten zur Rettung des Uhudlers vorgelegt.

Rund um die Idee des Weltkulturerbes ist es sehr still geworden. Was ist hier eigentlich der letzte Stand? Uhudler-Weltkulturerbe, die Obstweinlösung - schon mehrmals angesprochen, wird von Ihnen, Frau Landesrätin, abgelehnt. Es würde mich und wahrscheinlich alle, die sich mit dieser Materie enger beschäftigt haben, interessieren, warum eigentlich? Den Vorgänger möchte ich jetzt nicht mehr erwähnen, meine Vermutung haben Sie gehört, der Frieden ist mir sehr wichtig. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)*

Gerade dieser Vorschlag wird auch von namhaften Experten des Ministeriums, die jahrelange Erfahrungen in diesem Bereich mitbringen, mit der Änderung des Weingesetzes empfohlen. Sie, Frau Landesrätin, zitieren gerne unseren Lebensminister Andrä Rupprechter, dass Sie mit ihm in vielem konform gehen beziehungsweise konform sind.

Die südburgenländische Nationalratsabgeordnete Christiane Brunner und KollegInnen haben folgende Fragen an den von uns beiden und sehr vielen hier - was ich herausgehört habe - sehr geschätzten Bundesminister Rupprechter gerichtet und folgende Antworten am 9. Oktober 2015, also noch sehr aktuell, erhalten.

Ich zitiere hier wirklich nur auszugsweise die ersten drei Punkte, aber Sie können gerne die ganze Beantwortung haben. Ich stelle sie gerne zur Verfügung. *(Landesrätin Verena Dunst: Ich habe sie auch mit.)* Aha. Na das ist sehr schön.

„Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie, um die Erhaltung des Uhudlers im Burgenland sicherzustellen? Bei mehreren Lösungsmöglichkeiten stellen Sie bitte die Vor- und Nachteile der jeweiligen Variante gegenüber."

Und jetzt nur die Lösungsmöglichkeiten. Es gibt vorher eine lange Einleitung. „Änderung der EU-Rechtslage. Dies wäre aufgrund des Initiativrechts der Europäischen Kommission ein langwieriges Verfahren mit ungewissem Ausgang. Der Ausschluss der Direktträger in der Verordnung EG 1308/2013 erfolgte auf Druck der großen Anbauländer. Eine Änderung scheint aufgrund der Interessenlage zahlreicher anderer Mitgliedstaaten de facto nicht umsetzbar.

Eingliederung der fraglichen Sorten in die möglichen Ausgangsprodukte für Obstwein bei gleichzeitiger Anwendung aller übrigen Rechtsvorschriften für Traubenwein. Obstwein unterliegt anders als der Traubenwein zum größten Teil der nationalen Gesetzgebung und bleibt vom Gemeinschaftsrecht unberührt.

Für das Bundesministerium Land-, Forst-, Umwelt- und Wasserwirtschaft ist die gemeinsam vom Land Burgenland und von der burgenländischen Weinwirtschaft initiierte Obstweinlösung eine sehr rasch und unkompliziert umzusetzende Maßnahme zur dauerhaften Sicherstellung der Uhudler-Produktion.

Weintrauben sind derzeit nicht Obst im Sinne des Obstweinkapitels im Weingesetz aus Keltertrauben, die nicht der Art Vitis vinifera angehören, oder aus einer Keuzung der Art Vitis vinifera mit anderen Arten der Gattung Vitis stammen, also aus Uhudler-Trauben, soll in Zukunft Obstwein erzeugt werden dürfen.

Mit einem derzeit in Vorbereitung befindlichen Entwurf einer Novelle zum Weingesetz soll dementsprechend eine Auspflanzung von Direktträger-Rebsorten zur Erzeugung von Obstwein ermöglicht werden, jedoch mit denselben Beschränkungen, die auch für Traubenwein gelten.

Das betrifft nicht nur die Landesvorschriften über Weinbaufluren, sondern auch zum Beispiel önologische Verfahren, Vorschriften über Kellerbuch oder Transportscheine sowie das neue Genehmigungssystem für Rebpflanzungen.

Die Novelle zum Weingesetz soll weiters vorsehen, dass auch die landesgesetzlichen Bestimmungen sinngemäß anzuwenden sind. Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten könnten die Länder Vorschriften für den Obstwein Uhudler treffen."

Das Ganze, das andere verkürze ich jetzt wirklich, weil ich weiß, es dauert Ihnen allen zu lange. „Aber der Schutz des Begriffes „Uhudler" ist auszuführen, dass derzeit lediglich eine Wortbildmarke ins Markenschutzregister eingetragen ist. Das bedeutet, dass

der Begriff „Uhudler“ auch in anderen Regionen verwendet werden könnte, sofern eine Irreführung im Hinblick auf eine eingetragene Wortbildmarke besteht.“

Zur Frage zwei. Die ist wesentlich kürzer. „Werden Sie einem Vorschlag zur dauerhaften Absicherung des Uhudlers vorlegen? Es ist vorgesehen, die oben dargestellte Obstweinlösung im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zu einer Weingesetznovelle zur Diskussion zu stellen. Das Begutachtungsverfahren wird nach Abschluss der dazu nötigen Vorarbeiten eingeleitet.

Müssen aufgrund Ihres Vorschlages EU-Regularien geändert werden? Nein. Für die Umsetzung der Obstweinlösung ist eine Änderung des Unionsrechtes nicht erforderlich. Eine solche wäre auch, wie bereits ausgeführt, nur äußerst schwer zu erreichen.“

Zu dieser raschen, kurzfristigen Obstweinlösung, wie vom Ministerium beantwortet, kann ich mir auch zusätzlich eine langfristige Änderung auf EU-Ebene vorstellen. Das geht wirklich nur langfristig. Wir wissen alle ganz genau, vor Ende der nächsten Periode wird dort wenig geschehen.

Frau Landesrätin, Ihre sogenannten Runden Tische tragen zwar sehr viel zur Selbstdarstellung und Selbstbeweihräucherung Ihrer Person bei *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)*, das haben Sie heute in der Fragestunde bewiesen, 1:0 für Dunst. 1:0 für Eigenlob. Aber Sie schaffen dadurch keine rechtlichen Lösungen, die wir aufgrund der Wichtigkeit - und das ist wirklich wichtig, das betrifft wirklich die südburgenländischen Bauern - und in Hinblick auf die anonymen Anzeigen so dringend brauchen und von Ihnen erwarten, anstatt Lösungen zu blockieren.

Nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung als zuständige Landesrätin wahr und erwähnen Sie nicht immer die Vergangenheit, denn da können Sie im Vergleich zu all Ihren Vorgängern nur verlieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Schaffen Sie endlich eine rechtliche Lösung in dieser Uhudlerproblematik zum Wohle unserer Winzerinnen und Winzer. Allen, die sich jahrein, jahraus bemühen, gute und qualitätsvolle Produkte, wie zum Beispiel den Uhudler, zu erzeugen und den Konsumentinnen und Konsumenten, die mit dem Kauf dieser hervorragenden, regionalen Lebensmittel die ganze Region unterstützen, sowie allen, die zu einer guten Lösung für den Uhudler beitragen, sage ich meinen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vielleicht mit einem Zitat beginnen. In vino veritas - im Wein liegt die Wahrheit. *(Beifall bei der SPÖ und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Der Verfasser dieses Satzes ist Alkaios von Lesbos. Der römische Historiker Tacitus beschrieb, wie Germanen bei Ratssitzungen immer Wein tranken, weil sie glaubten, niemand könnte effektiv lügen, wenn er betrunken ist. Vielleicht doch sehr passend zu diesem Tagesordnungspunkt und zum Thema Uhudler. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben bei der letzten Landtagssitzung der vergangenen Legislaturperiode, am 26. März, dieses Thema Uhudler bereits besprochen. Natürlich motiviert vielleicht durch die doch bevorstehende Landtagswahl haben alle Redner, wie auch heute, sehr positiv

gesprochen. Alle haben gesagt, der Uhudler gehört gerettet und wir stehen alle hinter dem Uhudler. Es hat sich natürlich seit der Landtagssitzung am 26. März und heute doch einiges geändert, zwar die Zuständigkeiten, die Ressortzuständigkeiten.

Wir wissen, dass in der letzten Legislaturperiode das Landwirtschaftsressort hier im Landtag Herr Landesrat Liegenfeld innehatte.

Wie wir heute ja in der Fragestunde gehört haben, was aus seiner Studie geworden ist, darf ich doch vielleicht auch aus dem Protokoll dieser Landtagssitzung zitieren. Der damalige Abgeordnete Jany hat gesagt: „Daher ist der Weg, den der Herr Landesrat Liegenfeld mit der prompten Beauftragung der Uhudler-Studie eingeschlagen hat, ein absolut begrüßenswerter und zeigt von professionellem und absolut engagiertem Handeln. Herr Landesrat!

Sie haben das einzig Richtige getan und ich darf ihnen für diesen Schritt und für die Übernahme der Vorreiterrolle meinen herzlichen Dank aussprechen, auch im Namen der Winzer der Uhudlerflächen.“ *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Antrag, der im März gestellt wurde, kam von der Liste *(Abg. Manfred Kölly: Von welcher Liste?)* und der Kollege Kölly von der Liste Burgenland hat ja gesagt, dass eigentlich er sich um den Uhudler gekümmert hat.

Ich möchte Ihnen nur folgendes sagen, Herr Kollege Kölly: Ich habe im November 2009 im Ausschuss im Bundesrat und in der Plenarsitzung zum Tagesordnungspunkt Weingesetz den Herrn Landwirtschaftsminister gebeten, er möge sich *(Abg. Manfred Kölly: Wer war denn der Minister?)* ich komme schon dazu - bitte um die Problematik und um die Thematik des Uhudlers annehmen. In der Plenarsitzung habe ich den Herrn Minister gebeten, dass rechtzeitig eine positive Lösung für den Uhudler auf EU-Ebene anzustreben ist.

Der Herr Bundesminister hat auf meine Bitte nicht reagiert. *(Abg. Werner Friedl: Das denke ich mir! – Allgemeine Heiterkeit)* Er hat mich im Prinzip ignoriert. Das Thema und die Problematik des Uhudlers und der Winzerinnen und der Winzer hat er in dieser Form genauso ignoriert und hat sie alleine gelassen.

Sie wissen, wir wissen, dass der damalige Minister aus dem Burgenland kam, nämlich, der Herr Bundesminister Nikolaus Berlakovich. Seine Amtszeit als Bundesminister dauerte vom 2.12 2008 bis zum 16.12. 2013 ganze fünf Jahre, sprich er war 1.839 Tage im Amt als Bundesminister. Bevor er Minister wurde, war er ja Landesrat im Burgenland, nämlich von Mai 2005 bis Dezember 2008, sprich 575 Tage.

Wie wir jetzt alle wissen, ist der Herr Nationalrat, ehemaliger Minister und ehemaliger Landesrat seit 29.10.2013, also zirka zwei Jahre, sprich 717 Tage in seinem Amt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man also diese Zeiten als Minister, Landesrat und Nationalrat zusammenzählt, so kommen wir auf eine Summe von *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Über 3.000 Tage!)* 3.131 - sehr gut - Tage. Wenn wir jetzt die Amtszeit des Vorgängers von der Frau Landesrätin Dunst, sprich die des Herrn Andreas Liegenfeld zusammenzählen in seiner Funktion vom 11. Mai 2011 bis Juni 2015 mit 1.460 Tagen, so frage ich mich jetzt wirklich, Herr Kollege Temmel:

Wenn Sie unsere Frau Landesrätin kritisieren, wo sie 105 Tage dieses Ressort als Landesrätin innehat und wenn wir jetzt von 3.131 Tagen sprechen und alle erzählen mir, was Ihr alles gemacht habt, dann könnte man das auch als jahrelange Untätigkeit bezeichnen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Von 2000 bis*

2015. Das sind 15 Jahre und sind rund 5.353 Stunden. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Ich möchte trotzdem noch aus dem Protokoll der Landtagssitzung vom Herrn Landesrat Liegenfeld zitieren. Ich glaube, man muss hier die historische Entwicklung und zukünftige Entwicklungen für den Uhudler trennen. Wir brauchen diese Studie im Übrigen. Wir hatten schon einmal eine Studie, damit wir überhaupt diese Zulassung für 2030 bekommen.

Wir werden eine Studie machen. Die ist im Auftrag an der Wein Burgenland ergangen, wo die Universität für Bodenkultur, das Bundesamt für Weinbau und die HBLA in Klosterneuburg beauftragt werden, in verschiedensten Weisen hier diese Möglichkeit, unbeschränkt diesen Anbau des Uhudlers zu gewährleisten.

105 Tage im Amt und dafür verantwortlich, auch als Agrarlandesrätin. Ich war bei zwei runden Tischen dabei, wo die Frau Landesrätin Dunst die betroffenen Winzerinnen, die Winzer, die Fachexperten, aber auch die Juristen dazu eingeladen hat, hier eine Lösung zu finden.

Es freut mich auch, dass der Kollege Temmel und auch der Herr Klubobmann der ÖVP dabei waren. *(Abg. Manfred Kölly: Die haben wohl eine Einladung bekommen. – Abg. Walter Temmel: alle müssen zusammenhalten.)* Beim ersten Stammtisch wurde auch darüber gesprochen - vor allem, und das ist das Wichtige, nicht nur für die Winzerinnen und Winzer - sondern mit den Winzerinnen und mit den Winzern hier eine Lösung zu finden. Hier wurde auch ganz eindeutig darüber gesprochen, dass die Winzerinnen und Winzer in dieser Form nicht den Apfelwein, den Obstwein, Entschuldigung, den Obstwein, haben wollen.

Hier wurde auch seitens der Experten, der Juristen, ein Weg gefunden. In der zweiten Runde, wo wir wiederrum beieinander waren, waren Sie, Herr Temmel, leider verhindert und auch der Herr Klubobmann war höchstwahrscheinlich nicht mehr dabei. Ich frage mich wirklich, warum, denn es sind diese Diskussion und diese Themen auf keiner parteipolitischen Ebene behandelt worden.

Alle, die dort waren, waren eigentlich mit dieser Vorgangsweise sehr zufrieden. Darum verstehe ich heute in keiner Weise Ihre Kritik an der Frau Landesrätin. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn gerade die Kollegin, der Kollege Hutter und die Frau Kollegin Stampfl hier dieses Engagement und die Arbeitsweise der Frau Landesrätin in dieser Form sehr positiv hervorheben und sie eigentlich mit ihrer Kritik eigentlich ganz alleine und im Eck stehen bleiben, so glaube ich doch, dass sie mit dieser Aufgabe - und vor allem mit dieser Arbeitsweise, die sie hier mit viel Engagement macht, auf einem sehr guten Weg ist.

Ich möchte mich bei Dir, liebe Frau Landesrätin, für diese Arbeit, für diesen Einsatz für die Winzerinnen und Winzer, für die Südburgenländerinnen und -burgenländer recht herzlich bedanken.

Wir lassen uns dieses Stück südburgenländische Identität in dieser Form auch nicht nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Erhaltung des Uhudler ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung einstimmig gefasst.

26. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 54) betreffend Änderung des Gesetzes vom 27. September 2007 über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland (Zahl 21 - 37) (Beilage 121)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 26. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 54, betreffend Änderung des Gesetzes vom 27. September 2007 über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland, Zahl 21 - 37, Beilage 121.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Markus Wiesler: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung des Gesetzes vom 27. September 2007 über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, den gegenständlichen Entschließungsantrag dem Landtag zuzuleiten und ihn abzulehnen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle seinem Bericht, wonach der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung des Gesetzes vom 27. September 2007 über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland abgelehnt wird, zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Uhudler ist schon ein wichtiges Thema. Da gibt es gar keine Diskussion. Ich glaube, dass wir heute einmal mehr erfahren haben, wie wichtig der Uhudler schon seit langer Zeit ist, vom Bundesrat bis hin zu allen Landwirtschaftsministern, wie sie alle nur geheißen haben.

Sehr interessant ist es auch das einmal zu hören, ich habe übrigens mitgeschrieben. Ich frage mich, was Ihr im Bundesrat alles gemacht habt, da oben? Nur mitgeschrieben oder Zahlen geschrieben? Egal, wie auch immer. Daher glaube ich, dass der Bundesrat natürlich nicht seine Berechtigung hat, weil wenn ich nur Zahlen aufschreibe, dann ist das zu wenig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Macht ja nichts. Ich habe heute wieder einmal gelernt, dass das auch etwas für sich bringt. Aber, ich denke, dass die Frau Landesrätin in Zukunft, und das, glaube ich, haben wir vereinbart, Frau Landesrätin Dunst, auch uns als Fraktion in diesem Landtag zu runden Tischen und zu Diskussionen einladen wird. Ich finde das für wichtig und auch richtig in dieser Sache.

Wenn wir heute über den Uhudler gesprochen haben, dann finde ich es noch wichtiger, auch über das Wasser zu diskutieren. Wir haben in der letzten Periode, oder schon länger, immer wieder das Wasser in den Mund genommen und immer wieder diskutiert, weil es wichtig ist, Frau Kollegin, dass das Wasser auch getrunken wird, aber auch der Uhudler, das muss man schon dazu sagen, aber auch mit Maß und Ziel. Den Uhudler und das Wasser kann man doch immer trinken, das muss man schon dazu sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, wenn wir seitens des Bündnis Liste Burgenland, der Gerhard Hutter und meine Wenigkeit, einen Antrag eingebracht haben, wo es eigentlich um den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geht, und wir wissen, dass das Wasser lebensnotwendig ist, dann muss ich hervorheben, dass auch der Nördliche Wasserleitungsverband, der in Eisenstadt seinen Sitz hat, hervorragende Arbeit leistet.

Ich sitze auch im Vorstand des Wasserleitungsverbandes Mittleres Burgenland, wo wir, denke ich, auch wirklich eine hervorragende Arbeit leisten.

Wir haben gemeinsam einen Weg geschaffen, dass wir auch mit Ungarn eine Versorgungsleitung zustande gebracht haben, natürlich mit EU-Förderungen, natürlich mit viel Know-how und natürlich auch mit Diskussionen mit den Ungarn. Wie Ihr wisst, ist das alles nicht so einfach.

Aber auch im mittleren Bezirk, beim Mittleren Wasserleitungsverband gibt es keine Anschlusspflicht und genau um das geht es. Warum gibt es das im Nördlichen Wasserleitungsverband? Warum ist das tatsächlich so?

Ich könnte nur ein paar Zahlen nennen. 90 Prozent der Bevölkerung hängen an einem öffentlichen Versorger oder einer Wassergenossenschaften, aber mehr als 900.000 Österreicher trinken Wasser aus ihrer eigenen Quelle. Das sind immerhin 10 Prozent aller Haushalte. Die Zahl der privaten Hausbrunnen und Hausquellen im EU-Vergleich ist relativ hoch, aber nach Bundesländern betrachtet äußerst unterschiedlich.

So hat in Oberösterreich jeder fünfte Haushalt eine Einzelwasserversorgung, während es in Kärnten und Tirol weniger als 10 Prozent sind. Es gibt wieder einen Trend zurück zum eigenen Brunnen und zur eigenen Trinkwasserversorgung beziehungsweise Einzelwasserversorgung.

Das eigene Wasser gibt ein Gefühl der Unabhängigkeit. Wenn ich ein Mensch bin, der sagt, warum soll ich nicht mein eigenes Wasser haben, das ich ständig untersuchen lasse, wenn dazu die Möglichkeit besteht? Es ist wichtig, dass es untersucht wird, denn es müssen ja auch die großen Brunnen des Wasserleitungsverband Nord- oder Mittel- oder Südburgenland untersucht werden.

Ich verstehe die Zeit. Vor zig Jahren hat es mit den Nitraten im Nordburgenland große Probleme gegeben. Das ist, Gott sei Dank, anders geworden. Jetzt frage ich mich, warum sollte derjenige, der wirklich einen Brunnen hat, der den seit Jahrzehnten untersuchen lässt, nicht dort sein Wasser entnehmen dürfen? Er nimmt es sowieso, aber es muss eine Anschlusspflicht erfüllen und alles was mit Pflicht zu tun hat, da sträubt es sich bei mir. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sei es die Zwangsmitgliedschaft in der Kammer, egal in welcher Kammer, überall, wo Zwang herrscht, bin ich dagegen. Wenn wir immer wieder reden, dass das Burgenland fein und klein ist und wirklich alle, so sage ich, Umweltmöglichkeiten erfüllt, weil wir auch dahinter sind, und die Frau Landesrat Dunst hat das lange über gehabt, dann denke ich, dass auch dort eine dementsprechende Arbeit geleistet wurde.

Wir sind auch gemeinsam gegen Atomenergie aufgetreten. Das muss man auch noch festhalten, weil es wichtig ist. Ich denke, man sollte auch nochmals nachdenken und nicht nur einen Antrag ablehnen, weil es einfach so ist, weil man den einfach nicht beschließen darf.

Warum nicht, frage ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages? Ich sage ganz klar: Das Bündnis Liste Burgenland fordert die Landesregierung auf, eine Novelle des Gesetzes vom 27. September 2007 über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland zu beschließen.

§ 20 Absatz 1a, eine Anschlusspflicht besteht auch nicht, wenn aufgrund eines Antrages eine allen gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Wasserversorgungsanlage errichtet, die außer Nutzwasser auch Trinkwasser in einer zu menschlichen Genuss vollkommenen geeigneten Beschaffenheit und in hinreichender Menge zur Verfügung steht.

§ 21 Absatz 1 a, Anträge über die Ausnahme der Anschlusspflicht sind durch Bescheid des Landes gegenüber den Anschlusspflichtigen festzustellen.

Warum wehrt man sich da dagegen? Ich glaube nicht einmal der Wasserleitungsverband wehrt sich dagegen, das zu ändern. Im Landtag ist das gar nicht lange andiskutiert worden, der wurde einfach abgelehnt. Jetzt frage ich Sie: Warum wird der abgelehnt? Mit welcher Begründung?

Aber, ich bin ja heute neugierig, denn für die Redner muss das ja doch ein wichtiger Punkt sein, da sich alle Fraktionen zu Wort gemeldet haben. Wichtig ist es, dass man versucht, in einem kleinen Land, wie dem Burgenland, doch einheitliche Spielregeln zu bekommen, sei es Anschlusspflicht, ja oder nein.

Daher denke ich, warum man so einen Antrag ablehnt, oder doch nicht vielleicht abändert, nämlich, was ja schon jetzt gang und gebe ist, denn man ändert ja Anträge minütlich, stündlich, egal wie auch immer ab.

Ich bin jetzt gespannt, was meine nachkommenden Redner dazu sagen und warum man den wirklich ablehnt. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin! Guten Abend inzwischen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die Beweggründe Eures Antrages auf der einen Seite, auf der anderen Seite verstehe ich auch diese Anschlusspflicht, die es zumindest beim Wasserleitungsverband Nord gibt.

Ich darf da vielleicht aus der Chronik des Wasserleitungsverbandes zitieren: Nach Kriegsende 1945 war die Situation der Wasserversorgung in den burgenländischen Gemeinden äußerst prekär. Nur etwas mehr als sechs Prozent aller Haushalte waren an einer öffentlichen Wasserversorgung angeschlossen. Damit zusammenhängend traten in

den folgenden Jahren Seuchen wie Typhus, Diphterie und andere Krankheiten mit epidemischem Charakter auf.

Es war also dringender Handlungsbedarf gegeben. Klar, diese Gefahr ist heute nicht mehr gegeben, nicht mehr so groß und ich verstehe auch, dass man hier Eigeninitiativen fördern soll. Ich bin da sehr dafür, wenn es da eine eigene Stromproduktion, zum Beispiel bei Photovoltaik, gibt. *(Abg. Manfred Kölly: Genau!)* Beim Wasser ist das eine bisschen eine heiklere Geschichte. Wir haben bei mir daheim selber eine kleine Wassergenossenschaft mit 22 Anschlüssen. Ich weiß allerdings, was das für eine Verantwortung für die Ehrenamtlichen ist, das immer sauber zu halten, top zu halten und keine Gefahr für diejenigen, die das Wasser trinken, einzugehen. Deswegen bin ich, das muss ich ehrlich sagen, da eher auf der sicheren Seite.

Wenn Du, lieber Manfred, sagst, das Wasser gehört kontrolliert, dann ist das klar, nur gibt es für die Einzelanschlüsse keine Verpflichtung einer Kontrolle. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sagt das?)*

Die kostet übrigens einiges. Für Genossenschaften gibt es das sehr wohl. Das kostet denen auch einiges. Deswegen muss ich gestehen werden wir hier gegen diesen Antrag stimmen, weil wir hier keine Notwendigkeit sehen, dass man das ändert.

Die meisten vertrauen ja auch sehr auf diese Wasserleitungsverbände, die es hier im Burgenland zu Hauf gibt. Die ganze Geschichte ist ja gar nicht so billig, wenn man sich einen eigenen Wasseranschluss machen lassen will. Hier bin ich lieber auf der sicheren Seite, auch wenn ich die Beweggründe schon verstehen kann.

Vielen Dank, das war es schon. *(Beifall bei den Grünen)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zur Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Lebensmittel Nummer Eins ist mit Sicherheit das Trinkwasser. Die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung ist eine wichtige Basis für die Lebensqualität und das Wohlbefinden der burgenländischen Bevölkerung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Gemeinsames Ziel kann es deshalb nur sein, das ausgezeichnete Trinkwasser auch für zukünftige Generationen zu erhalten. Die Versorgung mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser, in stets ausreichender Menge, ist die unerlässliche Voraussetzung für eine gesunde Bevölkerung und die Basis für die Entwicklung von Gemeinden, landwirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Betrieben.

In der Trinkwasserverordnung steht: Wasser muss geeignet sein, ohne Gefährdung der menschlichen Gesundheit getrunken oder verwendet zu werden.

Häufigkeit und Umfang der Kontrollen werden genau vorgeschrieben. Beim Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland werden pro Jahr zirka 1.400 Trinkwasserproben entnommen und untersucht.

Ich bezweifle, dass bei einem eigenen Brunnen diese Kontrollkonsequenz durchgezogen werden würde. Eine Wasseruntersuchung umfasst die physikalische Untersuchung, die Temperatur, die Farbe, die Trübung und den Geruch.

Die chemische Untersuchung umfasst die Feststellung der Inhaltsstoffe und PH-Werte. Die bakteriologische Untersuchung macht die Feststellung, ob Keime im Wasser

enthalten sind. Folge dessen wird zum Unterschied bei Hausbrunnen nur einwandfreies Trinkwasser verwendet und auch an die Haushalte abgegeben.

Brunnenbesitzer sind für die Wasserqualität selbst verantwortlich. Die Untersuchung des Brunnenwassers würde zu den regelmäßigen Aufgaben eines Brunnenbesitzers dazu gehören. Kontrollen können Schwankungen bezüglich Wasserqualität des Brunnens feststellen.

Gerade mögliche Keime und Bakterien können sich schnell vermehren und das Wasser belasten. Hier reicht bereits ein Regenhochwasser oder andere wetterabhängige Faktoren, aber auch Einträge von Bakterien. Tiere, wie Mäuse, Frösche, oder andere Lebewesen, können die Wasserqualität negativ beeinflussen.

Es können auch Schadstoffe von eigener landwirtschaftlicher oder gewerblicher Nutzung, sprich Pflanzenschutzmittel ohne Reinigungsmittel durch den Boden in das Brunnenwasser gelangen.

Oft ist im Wasser auch Nitrit enthalten, denn Nitrosamine gehört nach der heutigen Erkenntnis zu den stärksten Krebserregern überhaupt. Es ist besonders gefährlich für Säuglinge, da sie an Blausucht erkranken können. Bei Extremfall führt das zum Tod des Säuglings durch innere Erstickung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf auch eine Pressesendung des Wasserverbandes zitieren wo es heißt, aufgrund von vor allem im Osten Österreichs immer stärker auftretenden Grundwasserbelastungen ist es notwendig, die Öffentlichkeit einerseits von der unkontrollierten Verwendung von eigenen Wasserversorgungsanlagen, zum Beispiel Hausbrunnen, zu warnen, andererseits aber auch zu informieren, dass die öffentliche Wasserversorgung die beste Sicherheit ist.

Das wäre zunächst einmal der gesundheitliche Aspekt, warum wir einer Novelle eben nicht zuzustimmen.

Nunmehr zu der gesetzlichen Grundlage. Damals galt es die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die entsprechenden Organe zu bilden und vor allem die Finanzierung dieses Großprojektes zu sichern. Dazu braucht es natürlich Mitglieder - auch für spätere notwendige Erhaltungsmaßnahmen.

Die zentrale Bestimmung auf einer landesgesetzlichen Grundlage war die Anschlusspflicht aller Grundstücke mit Bauten beziehungsweise Betrieben, sowie die Verpflichtung zum Wasserbezug für Trink- und Nutzwasser. Ohne diese Bestimmung, welche auf einem Solidaritätsprinzip aufgebaut ist, wäre die Aufrechterhaltung der Versorgung in wirtschaftlicher und funktionaler Hinsicht nicht möglich.

Das Ganze nennt sich Solidaritätsprinzip, Herr Kollege Kölly! Das Solidaritätsprinzip versteht jeder verschieden. Solidarität war noch nie Ihre Stärke in einer Gemeinschaft. Deswegen, glaube ich, dass Sie es nicht ganz verstehen.

Das ist der zweite Grund, dass wir der Novelle nicht zustimmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zu den wichtigsten Aufgaben der Zukunft gehört daher der Ausbau, aber vor allem die Erhaltung der Wasserleitung auf höchsten, technischen Standards. Das Wasser soll vor allem für alle leistbar sichergestellt werden. Dies werden wir nur in einer gemeinsamen Solidaritätsgemeinschaft schaffen können, die Wasserverband Nördliches Burgenland heißt.

Aber jeder nimmt seine politische Verantwortung anders wahr, Herr Kollege. Sie nehmen Ihre Verantwortung allerdings nur aus einem selbstgewählten eigenen Ideal, also eine nur einer individuell gültigen Norm war.

Sie müssen aber wissen, dass Verantwortung nur Sinn macht, wenn man die Mitwelt miteinbezieht, nicht nur sich selbst. *(Abg. Manfred Kölly: Bravo! - Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zur Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich den Antrag vom Kollegen Kölly richtig verstehe, dann geht es ja um den Vorschlag, mehr Unabhängigkeit zu schaffen und eine Wahlfreiheit einzuführen. Diesem Vorschlag kann man natürlich etwas abgewinnen.

Wenn ich den Antrag richtig verstehe, vom Kollegen Kölly, dann geht es ja um den Vorschlag mehr Unabhängigkeit zu schaffen und eine Wahlfreiheit einzuführen.

Diesem Vorschlag kann man natürlich etwas abgewinnen, wenn es in vielen Lebensbereichen dafür wichtig ist, dass man, und die ÖVP bezieht sich ja gerade auch in Bildungsfragen auf dem Terminus Wahlfreiheit, also da wären wir schon, glaube ich für eine Gesetzänderung zu haben gewesen.

Allerdings ist, glaube ich, gerade das Thema Wasser nicht geeignet. Die Anschlusspflicht besteht aus den eben genannten Gründen. Der Kollege zuvor, aber auch der Kollege Spitzmüller hat das ja sehr eindeutig hier festgelegt, diese Notwendigkeit einer Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen sehen wir nicht, diesen Bedarf kenne ich nicht.

Ich bin der Auffassung, wenn das jemand haben möchte, dann wäre der Ruf von Betroffenen viel lauter, ich kenne dieses Thema aber nur aus Ihrem Antrag. Das Solidaritätsprinzip, ja natürlich, dass es eine Anschlusspflicht gibt, hat historische Gründe.

Aber ich glaube, die muss man weniger in die Ziehung nehmen, als die Tatsache dass einer individuellen Hausbrunnenanlage es wohl nicht so anheim sein wird, dass ständig kontrolliert wird, dass hier auf den Sicherheitsgedanken und auf die Wasserqualität derart Bedacht genommen werden kann, wenn das ein Privater macht, so wie das der Verband macht, der ja mit seiner Infrastruktur und mit seiner Erfahrung hier das ganz anders regeln und managen kann.

Deshalb ist in diesem Fall beim Thema Wasser unsere Linie klar. Hier sind wir weniger für Wahlfreiheit, weniger für Unabhängigkeit, aber dafür für das erwähnte Solidaritätsprinzip und die Anschlusspflicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum letzten Tagesordnungspunkt erlauben Sie mir auch eine grundlegende Anmerkung zu machen. Es gab heute eine Vielzahl von Abänderungsanträgen und das wurde in der einen oder anderen Wortmeldung auch negativ gebracht.

Solange es so ist und ich glaube Sie werden mir dann zustimmen, dass Sie mit mir einer Meinung sind, dass es jedem Abgeordneten frei sein muss, etwas zu unterstützen, etwas einzubringen, einen Gedanken auf zu werfen und nicht darauf warten zu müssen,

dass andere ihn dabei unterstützen, solange werden wir natürlich eine Vielzahl von Materien und Landtagsinitiativen haben.

Tatsache ist aber, das muss ich heute auch selbst kritisch eingestehen, es *(Abg. Ewald Schnecker: Macht eh nichts.)* dass es immer unübersichtlicher geworden ist und ich glaube, dass wir auch in der Präsidiale vielleicht das eine oder andere Wort darüber verlieren sollten, das betrifft auch die Unterstützungserklärung, das möchte ich deutlich sagen.

Die ÖVP ist jederzeit bereit Anträge zu unterstützen, auch wenn sie nicht unseren Grundintentionen entsprechen um hier behandelt zu werden.

Nur so wie das heute geschehen ist, um etwas, um nicht zusagen, völlig unvorbereitet und dann auch mit der Aufforderung mitzulesen und mitzuschreiben, ich bitte um Verständnis, die hier nicht mit unserer Unterstützung rechnen durften, das ist eine Vorgangsweise die glaube ich, nicht passend ist.

Eines möchte ich noch anmerken, es ist auch heute sehr oft darüber gesprochen worden, dass jetzt neue Kräfte etwas zusammenbringen, was andere nicht zusammengebracht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man Grundwerte hat, wenn man Ideen hat die man überzeugt in die Arbeit bringt, dann wird es Diskussionen geben und dann wird man nicht mit immer mit allem einverstanden sein.

Tatsache ist, dass die letzten vier, fünf Landtagssitzungen und Besprechungen und Ausschusssitzungen sehr viele Dinge abgearbeitet haben, die im Vorfeld auch schon Thema der letzten Legislaturperiode waren, nur mit dem einen Unterschied, dass die Regierungsfraktion ÖVP in der letzten Legislaturperiode all diesen Dingen kritisch gegenüber gestanden ist und sie deshalb nicht nachvollziehbar, hier im Landtag, beschlossen wurden.

Wenn das jetzt anders ist, dann hat das nichts mit weiterbringen zu tun, dann hat das mit einer Konstellation zu tun. Aber Sie werden auch die Verantwortung für alle Ihre Beschlüsse tragen müssen, denn es gab ja Gründe und Beweggründe warum die ÖVP dem nicht zugestimmt hat.

Und eines möchte ich Ihnen sagen und das ist heute schon belächelt worden, aber dazu stehe ich und das glaube ich, können wir alle unterschreiben: Die Vergangenheit kann man nicht ändern. Gerhard Kovasits hat heute das noch ein wenig belächelt, ich glaube, wenn man genau darüber nachdenkt ist das ein „Faktum“ - um die Frau Landesrätin zu zitieren.

Tatsache ist, die Vergangenheit können wir nicht ändern, die Zukunft können wir gemeinsam gestalten *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Fakt ist.)* - und Fakt, gut - und dann sieht man, dann habe ich eben heute nicht mehr so konzentriert zuhören können, Ihren äußerst ausführlichen Bemerkungen zu verschiedensten Themen.

Ich darf für unsere Fraktion festhalten, wir werden den Antrag des Berichterstatters zustimmen und sind gegen die Intention der LBL. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete, für Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr verehrte Präsidentin! Werte Kollegen hier im Landtag! Lieber Herr Kollege Kölly, wenn Sie sagen, Sie haben den Antrag

eingebracht und der ist nicht abgeändert worden und Sie wollen jetzt die Erklärung, dann glaube ich *(Abg. Manfred Kölly: Alles klar.)* haben Sie von meinen zwei Vorrednern schon sehr viele Erklärungen bekommen.

Bei diesem Antrag konnte man nichts abändern, weil es nachlässig für die Nachwelt wäre, hier etwas, was gut läuft, was gut ist für das Nordburgenland jetzt nicht nur um die Bevölkerung mit qualitativen und mit guten Wasser zu versorgen, auch weil es wichtig ist für die Wirtschaft, das wir den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland haben und viele Firmen haben natürlich auch, oder brauchen natürlich auch dieses Wasser. *(Abg. Manfred Kölly: Warum gibt es das im Mittelburgenland nicht, oder in den anderen Bezirken?)*

Das wissen wir, ja. *(Abg. Manfred Kölly: Sie sitzen im Vorstand.)* Ich kann Ihnen das von uns hier sagen, Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland und Sie haben jetzt hier wirklich schon viele Argumente gehört. Sie haben heute einen Satz gesagt der positiv war und der kommt nicht oft vor, aber ich will Ihnen den vorlesen.

Sie haben heute gesagt: Das Beste für das Land. Jetzt nehme ich an, das Beste für das Land Burgenland und für die Bevölkerung dieses Landes *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* und daher muss ich Ihnen sagen, dass dieser Antrag ganz einfach abzulehnen ist, weil wir ein qualitativ hochwertiges Wasser haben. Das soll auch für unsere Nachkommen so sein.

Erlauben Sie mir kurz, das wäre genauso wenn ich sage, jetzt sage, jetzt war ich zehn Jahre nicht im Krankenhaus, also warum soll ich Sozialversicherung zahlen? *(Abg. Manfred Kölly: Warum schütten Sie dann die Brunnen zu?)* Ich bin so kurzsichtig und denke, ich kann mir das selber dann irgendwie bezahlen und genauso kurzsichtig ist dieser Antrag.

Und was ich noch viel weniger verstehe ist der Herr Kollege Hutter, der aus einer Tourismusgemeinde kommt, dass man das so unterstützen kann. Ich glaube, dass das unüberlegt ist, dass es unverantwortlich ist und diesem Antrag kann man nicht stattgeben.

Es ist unsere Verantwortung, so wie wir jetzt hier sitzen im Landtag, für unsere Generation, aber auch für die nachkommende Generation dieses Gut und die Daseinsvorsorge des Wassers zu lassen. *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly.)*

Ich rede das, was ich glaube das richtig ist und es würde Dir gut tun, wenn Du ein bisschen zuhörst.

Dazu möchte ich noch einen Satz erwähnen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es hat ja eigentlich, eigentlich wurde die Anschlusspflicht schon 2013 sowohl vom Verfassungs- als auch vom Verwaltungsgerichtshof in einem Verfahren bestätigt.

Also daher kann ich mich meinen Vorrednern im Prinzip nur anschließen und das meine ich jetzt nicht polemisch, das meine ich ganz ernst. Erstens einmal diese Daseinsvorsorge so zu lassen, wie sie ist, weil es wichtig ist für unser Land und für die Bevölkerung und daher ist dieser Antrag abzulehnen. *(Abg. Manfred Kölly: Passt schon.)*

Ja, wenn Dir irgendwas nicht passt, musst Du auch damit leben. *(Abg. Manfred Kölly: Passt schon. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herr Abgeordneter Kölly! *(Zwiegespräche der Abgeordneten der SPÖ und der LBL. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass der überaus größte Teil sehr behutsam mit dem wichtigsten Lebensmittel das wir haben, nämlich mit dem Wasser umgeht.

Es wäre ein absoluter Fehler diese… *(Abg. Manfred Kölly: Ist er zuständig?)* – neu! *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Nicht aufgepasst.)* Sie haben nicht aufgepasst!

Es wäre ein absoluter Fehler und daher bin ich froh, dass fast alle das so sehen und diesen Antrag ablehnen, weil aus rein populistischen Gründen das Wasser, die Qualität des Wassers, die Versorgung im ganzen Land aufs Spiel zu setzen einfach fahrlässig wäre. *(Abg. Manfred Kölly: Wieso setzen wir da etwas aufs Spiel?)*

Das wäre das Ende nicht nur des Wasserverbandes, nicht nur im nördlichen Burgenland, sondern *(Abg. Manfred Kölly: Aha um das geht es. Da besetzen wir Proporz.)* im gesamten Land. Wir sind dafür verantwortlich, *(Abg. Manfred Kölly: Genau um das geht es.)* dass die Menschen in unserem Land ein qualitativ hochstehendes, reines Trinkwasser haben, das ist momentan der Fall.

Daher danke ich dafür, dass sich die Abgeordneten in so großer Zahl und so eindeutig für dieses Trinkwasser im Burgenland einsetzen. Das kann ich nur unterstützen. *(Abg. Manfred Kölly: Solidarisch ist wichtig. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Änderung des Gesetzes vom 27. September 2007 über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings aufmerksam machen, dass die nächste Sitzung des Landtages, für Donnerstag, den 19. November 2015, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet in 20 Minuten im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 21 Uhr 40 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 06. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 19. November 2015

10.05 Uhr - 20.24 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde

2. Gesetzentwurf, mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 geändert wird

3. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes mit dem das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz geändert wird

4. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18 zugestimmt wird

5. Beschlussantrag, mit dem der Jahresbericht 2014 über die Wirtschaftsförderung des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird

6. Beschlussantrag, mit dem der Jugendbericht 2013/2014 zur Kenntnis genommen wird

7. Beschlussantrag, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2014 zur Kenntnis genommen wird

8. Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2013

9. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Internes Kontrollsystem in der Abteilung 3 - Finanzen und Buchhaltung im Amt der Bgld. LReg

10. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2013

11. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Vollziehung des Bgld. Mindestsicherungsgesetzes aus November 2012

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend rascher Unterstützung für die burgenländischen Landwirte

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 558)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 17 des Abgeordneten Patrik Fazekas an Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf betreffend Energiestrategie Burgenland 2020
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.[a] Astrid E i s e n k o p f (S. 562)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s (S. 563 u. S. 564), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 564), Gerhard S t e i e r (S. 565), Ingrid S a l a m o n (S. 565) und Bernhard H i r c z y (S. 566)

Anfrage Nr. 21 der Abgeordneten Mag.[a] Regina Petrik an Landesrat Helmut Bieler betreffend Kaserne Oberwart und Kaserne Pinkafeld
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut B i e l e r (S. 566)
Zusatzfrage: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 567)

Anfrage Nr. 18 des Abgeordneten Markus Ulram an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Unterbringung von Flüchtlingen im Burgenland in kleinen Einheiten
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 568)
Zusatzfrage: Markus U l r a m (S. 569 u. S. 570), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 570), Mag. Christian D r o b i t s (S. 571) und Manfred K ö l l y (S. 571)

Anfrage Nr. 22 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Maßnahmen des Landes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 572)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 573)

Anfrage Nr. 19 des Abgeordneten Partrik Fazekas an Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf betreffend Aufgaben der neu gewählten Bezirksjugendreferenten
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.[a] Astrid E i s e n k o p f (S. 574)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s (S. 575 u. S. 575)

Anfrage Nr. 23 der Abgeordneten Klaudia Friedl an Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf betreffend Unterstützung von Gemeinden bei immer vielfältigeren und komplexeren Aufgaben
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 576)
Zusatzfrage: Klaudia F r i e d l (S. 576 u. S. 577), Werner F r i e d l (S. 577) und Manfred K ö l l y (S. 578)

Anfrage Nr. 20 des Abgeordneten Georg Rosner an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend den aktuellen Planungsstand zum Neubau des Krankenhauses Oberwart
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 579)
Zusatzfrage: Georg R o s n e r (S. 579 u. S. 580), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 580), Manfred K ö l l y (S. 581) und Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 581)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 132), mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 geändert wird (Zahl 21 - 90) (Beilage 156);
Berichterstatter: Werner S o d l (S. 582)
Redner: Karin S t a m p f e l (S. 583), Walter T e m m e l (S. 583), Wolfgang S o d l (S. 585), Landesrätin Verena D u n s t (S. 586) und Gerhard S t e i e r (S. 589)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 591)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 142), mit dem das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 100) (Beilage 157);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 591)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 591), Gerhard K o v a s i t s (S. 596), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 596), Mag. Christian D r o b i t s (S. 601), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 604), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 606), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 607), Manfred K ö l l y (S. 609), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 611) und Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 613)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 614)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 133), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18 zugestimmt wird (Zahl 21 - 91) (Beilage 158);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 615)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 615), Géza M o l n á r (S. 615), Mag.[a] Michaela R e s e t a r (S. 617), Edith S a c k (S. 619), Gerhard S t e i e r (S. 621) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 622)
Annahme des Beschlussantrages (S. 624)

Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 130), mit dem der Jahresbericht 2014 über die Wirtschaftsförderung des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 88) (Beilage 159);
Berichterstatter: Geza Molnár (S. 625)
Redner: Manfred Kölly (S. 625), Wolfgang Spitzmüller (S. 633), Mag. Johann Richter (S. 635), Mag. Thomas Steiner (S. 637), Mag. Christian Drobits (S. 639), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 640) und Landeshauptmann Hans Niessl (S. 642)
Annahme des Beschlussantrages (S. 646)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 131), mit dem der Jugendbericht 2013/2014 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 89) (Beilage 160);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 646)
Redner: Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf (S. 646), Mag.[a] Regina Petrik (S. 648), Markus Wiesler (S. 651), Patrik Fazekas (S. 655), Kilian Brandstätter (S. 657), Gerhard Steier (S. 660), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 662), Mag.[a] Regina Petrik (S. 663)
Annahme des Beschlussantrages (S. 664)

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 135), mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2014 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 93) (Beilage 161);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 664)
Redner: Mag.[a] Regina Petrik (S. 664), Werner Friedl (S. 666), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 667) und Robert Hergovich (S. 669)
Annahme des Beschlussantrages (S. 669)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 89) betreffend EU-Finanzbericht 2013 (Zahl 21 - 72) (Beilage 162);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 669)
Redner: Gerhard Kovasits (S. 669), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 671), Dr. Peter Rezar (S. 673) und Robert Hergovich (S. 675)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 677)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 87) betreffend Internes Kontrollsystem in der Abteilung 3 - Finanzen und Buchhaltung im Amt der Bgld. LReg (Zahl 21 - 70) (Beilage 163);
Berichterstatter: Markus Ulram (S. 677)
Redner: Manfred Kölly (S. 678), Wolfgang Spitzmüller (S. 682), Géza Molnár (S. 683), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 685), Dr. Peter Rezar (S. 687) und Landesrat Helmut Bieler (S. 689)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 690)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 96) betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2013 (Zahl 21 - 79) (Beilage 164);
Berichterstatter: Géza Molnár (S. 691)
Redner: Gerhard Hutter (S. 691), Wolfgang Spitzmüller (S. 693), Mag. Johann Richter (S. 694), Mag. Thomas Steiner (S. 695), Christian Illedits (S. 696) und Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 701)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 702)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 137) betreffend die Überprüfung der Vollziehung des Bgld. Mindestsicherungsgesetzes aus November 2012 (Zahl 21 - 95) (Beilage 165);
Berichterstatter: Wolfgang Spitzmüller (S. 703)
Redner: Mag.[a] Regina Petrik (S. 703), Markus Wiesler (S. 705), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 707). Mag. Christian Drobits (S. 709) und Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 711)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 712)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 138) betreffend mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping (Zahl 21 - 96) (Beilage 166);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 712)
Redner: Gerhard Hutter (S. 713), Markus Wiesler (S. 714), Bernhard Hirczy (S. 715), Robert Hergovich (S. 716), Gerhard Steier (S. 720) und Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 721)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 723)

Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 134) betreffend rascher Unterstützung für die burgenländischen Landwirte (Zahl 21 - 92) (Beilage 167);
Berichterstatter: Georg Rosner (S. 724)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 724), Karin Stampfel (S. 725), Mag.[a] Michaela Resetar (S. 725), Wolfgang Sodl (S. 729) und Landesrätin Verena Dunst (S. 731)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 732)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 558)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 05 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen! Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen und e r ö f f n e die 6. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die amtliche Verhandlungsschrift der 5. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus! Im Vorfeld dieser Sitzung fand vor unserem Landhaus eine feierliche Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer von Krieg und Faschismus im Burgenland statt. Die Geschichte, rund um den Zweiten Weltkrieg, die Abscheulichkeit des Holocausts und all das erlebte Leid, möchte ich an dieser Stelle nicht wiederholen.

Wir alle wissen, dass sich zwischen 1938 und 1945 schlicht Menschenverachtendes ereignete. Es ereignete sich ein skrupelloser Völkermord, der nun eine traurige Parallele im 21. Jahrhundert gefunden hat.

Die Brutalität des ideologischen Mordens, das am Freitag Paris und die Welt erschüttert hat, mahnt uns davor einfach zuzusehen, wenn die Geschichte sich wiederholt - wenn auch anders ausgerichtet. Denn, aktuell werden bewusst religiöse Motive propagiert, um sich streng diskriminierend, auf Kosten der Leben gesamter Bevölkerungsgruppen, Territorien, Macht und Einfluss zu sichern.

Religiöser Hass und Fanatismus hat - wie gesagt - bereits in der Vergangenheit verheerende Auswirkungen gezeigt.

Der 13. November 2015 ist als schwarzer Tag in die Weltgeschichte eingegangen. Vor genau sechs Tagen, an einem Freitag dem 13., ereigneten sich im Herzen Europas insgesamt sechs Mordattentate.

- Attentate, die mindestens 132 Menschen töteten, viele weitere schwer verletzten und unzählige hoch Traumatisierte und eine erschütterte Nation zurücklassen.
- Attentate, die von radikalen, machtgierigen Terroristen, deren erklärtes Ziel es ist, die westlichen Werte zu erschüttern, bewusst eingesetzt wurden, um unser Europa zu destabilisieren.

Zusammenfassen kann man die Attentate als ein Exempel, das an den europäischen Werten statuiert wurde und die individuelle Freiheit der Europäerinnen und Europäer massiv angriff.

Ich möchte Ihnen eine Erklärung weitergeben, die ich vor wenigen Tagen gemeinsam mit den Präsidenten der übrigen österreichischen Landtage eigentlich zum Thema Asyl abgegeben habe:

Die Landtagspräsidentenkonferenz verurteilt auf das aller Schärfste die feigen und hinterhältigen Mordanschläge in Europa, im Zuge derer vollkommen unschuldige und unbeteiligte Menschen zu Opfern wurden und drückt den Angehörigen der Opfer und der gesamten französischen Nation ihr allertiefstes Mitgefühl in diesen schweren Stunden aus.

In diesem Zusammenhang ist die Landtagspräsidentenkonferenz der festen Überzeugung, dass alle Österreicherinnen und Österreicher so wie in der Vergangenheit geschlossen und vereint bereit sowie fest dazu entschlossen sind, die Not und das Elend von Flüchtenden, die ihre Heimat wegen des dort herrschenden Krieges verlassen mussten, zu lindern und ihnen beizustehen.

Die Flüchtlinge werden auch durch die jüngsten Terrorakte ihr menschliches Gesicht nicht verlieren. Daher sind wir aufgerufen, nicht alle Muslime als Terroristen zu diskriminieren und zu kriminalisieren. Wir dürfen keinen Generalverdacht verhängen.

Das heißt aber nicht, dass wir die Augen verschließen dürfen, denn der Terror kennt keine Staatsgrenzen. Die Konsequenzen dieser Akte haben eine enorme Tragweite.

Frankreich hat bei den EU-Partnern offiziell militärischen Beistand angefordert. Es ist nun das kollektive Ziel der internationalen Staatengemeinschaft die richtigen Maßnahmen zu setzen. Es muss mit allen adäquaten und rechtsstaatlichen Mitteln gegen diese brutalen Terrororganisationen und Terroristen vorgegangen werden.

Die Solidaritätsklausel konkretisiert die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, einander mitunter im Falle eines terroristischen Angriffes zu unterstützen, wobei wir unsere Mittel selbst wählen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind dazu verpflichtet, ihren Bürgerinnen und Bürgern Schutz zu gewähren. Die Staatengemeinschaft darf aber nicht kämpfen, um eine Schlacht zu gewinnen, sondern sie muss kämpfen, um den Frieden zu sichern und aufrecht zu erhalten. Nur so kann gewährleistet bleiben, dass das weltgrößte Friedensprojekt Europa nicht befristet ist, sondern dauerhaften Bestand hat.

Nur so können wir verhindern, dass die uns nachfolgenden Generationen in vielen Jahren ein weiteres tragisches Datum in ihren Geschichtsbüchern wiederfinden.

Wir alle sind dazu angehalten, unsere Beiträge dazu zu leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie nun darum bitten, sich für eine Trauerminute in Gedenken an die Opfer der Attentate in Paris und ihrer Hinterbliebenen von Ihren Sitzen zu erheben. *(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Ich danke Ihnen. *(Alle Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Mitteilung des Einlaufes

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter und Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 6. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 19. November 2015.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 21 - 126) (Beilage 180);
2. Beschlussantrag über den Nachtragsvoranschlag 2015 (Zahl 21 - 131) (Beilage 185);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 - Bgld. TG 2014 geändert wird (Zahl 21 - 132) (Beilage 186);

Vom Rechnungshof ist der Bericht

1. betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich „ÖISS“-Datensysteme Gesellschaft m.b.H. (Zahl 21 - 128) (Beilage 182);

eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einmaliger Zuschuss bei der Anschaffung von Registrierkassen“ (Zahl 21 - 118) (Beilage 172);
2. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend finanzieller Beitrag des Landes zur Erhaltung der Hallenbäder (Zahl 21 - 121) (Beilage 175);
3. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Integrationsmaßnahmen im Burgenland (Zahl 21 - 123) (Beilage 177);
4. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht (Zahl 21 - 127) (Beilage 181);
5. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Transparenzdatenbank (Zahl 21 - 129) (Beilage 183);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bahnstrecke Oberwart-Friedberg (Zahl 21 - 106) (Beilage 148);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Eingliederungshilfen (Zahl 21 - 112) (Beilage 154);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.[a] Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend KURIER-Beilage (Zahl 21 - 113) (Beilage 155);
4. der Landtagsabgeordneten Mag. Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Aufnahme von AsylwerberInnen in die Grundversorgung (Zahl 21 - 117) (Beilage 171);
5. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend die Bahnstrecke Oberloisdorf-Deutschkreutz (Zahl 21 - 122) (Beilage 176);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 40) betreffend Schulzusammenlegungen (Zahl 21 - 101) (Beilage 143);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 38) betreffend Umfahrung Schützen (Zahl 21 - 102) (Beilage 144);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 39) betreffend Baumschnitt (Zahl 21 - 103) (Beilage 145);
4. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Nobert Darabos (Zahl 21 - 41) betreffend Unterwassertherapie (Zahl 21 - 104) (Beilage 146);
5. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert

Darabos (Zahl 21 - 42) betreffend Rehazentren für Kinder (Zahl 21 - 105) (Beilage 147);

6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 44) betreffend Eingliederungshilfen (Zahl 21 - 107) (Beilage 149);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 45) betreffend Landesstraße Pöttsching (Zahl 21 - 108) (Beilage 150);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 51) betreffend Bildungssprecher Richter - Asyl (Zahl 21 - 109) (Beilage 151);
9. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 53) betreffend Presseinformation Petschnig (Zahl 21 - 110) (Beilage 152);
10. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 52) betreffend Schreiben Petschnig (Zahl 21 - 111) (Beilage 153);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 68) betreffend Rechnungsabschluss (Zahl 21 - 114) (Beilage 168);
12. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 69) betreffend ältere Arbeitnehmer (Zahl 21 - 115) (Beilage 169);
13. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 71) betreffend Grenzkontrollen (Zahl 21 - 116) (Beilage 170);
14. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 73) betreffend Neuaufnahmen bzw. Übernahmen von Personal in den Burgenländischen Landesdienst (Zahl 21 - 119) (Beilage 173);
15. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 74) betreffend Dienstwägen (Zahl 21 - 120) (Beilage 174);
16. der Landtagsabgeordneten Mag.[a] Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 75) betreffend Burgenländischer Frauenlauf (Zahl 21 - 124) (Beilage 178);
17. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 76) betreffend Park & Ride Anlagen (Zahl 21 - 125) (Beilage 179);
18. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Bieler (Zahl 21 - 77) betreffend Einkaufszentrum Arena Mattersburg(Zahl 21 - 130) (Beilage 184);

eingelangt.

Ebenso ist die Petition

1. von den NEOS betreffend „Rettungsring für Burgenlands Hallenbäder“ (E 2);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 126, Beilage 180 und Zahl 21 - 132, Beilage 186 und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 121, Beilage 175 und Zahl 21 - 127, Beilage 181 weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 131, Beilage 185 weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den Bericht des Rechnungshofes Zahl 21 128, Beilage 182 und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 129 Beilage 183 weise ich dem Rechtsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 118, Beilage 172 weise ich dem Wirtschaftsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 123, Beilage 167 weise ich dem Rechtsausschuss und Sozialausschuss und

die Petition E 2 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen, Zahl 21 - 106, Beilage 148, Zahl 21 - 113, Beilage 155 und Zahl 21 - 122, Beilage 176 habe ich an Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftlichen Anfragen, Zahl 21 - 112, Beilage 154 und Zahl 21 - 117, Beilage 171 habe an Landesrat Mag. Norbert Darabos zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 101, Beilage 143, Zahl 21 - 102, Beilage 144, Zahl 21 - 103, Beilage 145, Zahl 21 - 104, Beilage 146, Zahl 21 - 105, Beilage 147, Zahl 21 - 107, Beilage 149, Zahl 21 - 108, Beilage 150, Zahl 21 - 109, Beilage 151, Zahl 21 - 110, Beilage 152, Zahl 21 - 111, Beilage 153, Zahl 21 - 114, Beilage 168, Zahl 21 - 115, Beilage 169, Zahl 21 - 116, Beilage 170, Zahl 21 - 119, Beilage 173, Zahl 21 - 120, Beilage 174, Zahl 21 - 124, Beilage 178, Zahl 12 - 125, Beilage 179 und Zahl 21 - 130, Beilage 184 habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seitens der Landesamtsdirektion-Verfassungsdienst wurde mir mitgeteilt, dass hinsichtlich der gemäß § 4 Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz erstatteten Meldungen der Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung darauf hingewiesen wird, dass keine der seitens der Mitglieder der Landesregierung gemeldeten Tätigkeiten in leitenden Stellungen von Unternehmungen unter § 4 Abs. 1 Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz zu subsumieren waren. Daher ist auch keine Befassung des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 22 Minuten - mit dem Aufruf der ersten Anfrage.

Die erste Anfrage gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut Energiestrategie Burgenland 2020 wird die regionale Energieautonomie wesentlich davon abhängen, inwieweit Speicherungs- und Umwandlungstechnologien sowie Energielogistik entwickelt, implementiert und angewendet werden.

Welche konkreten Projekte und Konzepte können Sie fördern, um die Entwicklung von Technologien zur Umwandlung von Energieträgern in besser speicherbare und transportierbare Formen zu ermöglichen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ganz grundsätzlich hat das Burgenland als ländliche Region die besten Voraussetzungen und vor allem spezielle Begünstigungen für Windkraft und es sind entsprechende Ressourcen für die Nutzung von erneuerbaren und vor allem für die Produktion von erneuerbaren Energien vorhanden.

Das passiert einerseits mittels Windkraft. Mit der Windkraft können wir mittlerweile mehr als 100 Prozent unseres Strombedarfs abdecken und mittels Solarenergie. Also auch auf den Dächern des Burgenlandes ist noch genug Potential vorhanden.

Genauso gibt es weitere Ressourcen im Bereich der heimischen Biomasse, sowohl aus unseren Wäldern, als auch durch landwirtschaftliche Biomasse. Das heißt, grundsätzlich sind im Burgenland mehr als genug Ressourcen vorhanden, um den gesamten Energiebedarf des Burgenlandes aus alternativen Energieformen abdecken zu können.

Es gibt nun verschiedene Möglichkeiten, die das Burgenland hat, um Produktion, Umwandlung, aber auch die Speicherung von Energie zu fördern und damit voranzutreiben.

Bei den Produktionstechnologien passiert die Förderung vor allem an Hand von innovativen Einzelprojekten. Da gibt es auch sehr viele EU-Projektförderungen. Was den Bereich des Sonnenstroms beispielsweise betrifft, werden Photovoltaikanlagen langfristig zum Standard werden. Auf öffentlichen Gebäuden, Bürogebäuden sind aber noch Ausbauraten zu erwarten.

Der Windstrom, da geht es jetzt in nächster Zeit eher um das Repowering, also der Ausbau ist grundsätzlich beendet. Repowering steht hier am Programm.

Genauso bei Hackschnitzel, Pellets, Biogas, das sind die Produktionstechnologien, die wir eben fördern, aber vor allem an Hand von innovativen Einzelprojekten.

Bei den Umwandlungstechnologien gibt es hier vor allem zwei große Punkte, und zwar einerseits die Umwandlung von Strom in Wärme. Hier ist es speziell Sonnenstrom, der natürlich eher tagsüber anfällt und dann in verschiedenen Formen gespeichert werden muss. Das passiert entweder mittels Pufferspeichern oder direkt in den Bauteilen.

Eine zweite Umwandlungstechnologie, die seitens des Landes gefördert wird, ist die Umwandlung von Strom in Gas oder in Wasserstoff. Strom wird hier in Methangas umgewandelt. Das ist in Österreich so, dass diese Speichersysteme bis zu drei Monate auf Vorrat speichern können.

Die Umwandlung von Strom in Wasserstoff, das wird derzeit noch erprobt, befindet sich also im Teststadium. Wasserstofftechnologie oder die Weiterentwicklung von

Wasserstofftechnologie, da wird es abzuwarten sein, wie sich das auch in der Mobilität durchsetzen wird.

Es gibt natürlich auch weitere Umwandlungstechnologien, die seitens des Landes gefördert werden, das ist einerseits Biomasse in Biogas, aber auch Biomasse in Treibstoff oder Biomasse in Pellets. Das sind alles Technologien, die noch in der Entwicklung stehen, und hier fördern wir natürlich die Entwicklung von Einzelprojekten.

Und genauso sieht es bei den Speichertechnologien aus. Die einzige Massenförderung, die im Moment hier seitens des Landes angeboten wird, ist die Batteriespeicherung, dann als elektrischer Speicher, vor allem in Kombination mit Photovoltaikanlagen.

Die werden seitens der Energieagentur bereits gefördert. Hier muss man aber natürlich sehr flexibel auf die Gegebenheiten des Marktes auch reagieren.

Eine zweite Speichertechnologie, die gefördert wird, sind Wärmespeicher und auch die Phasenumwandlung wird gefördert. Aber wie gesagt, das sind oft sehr viele EU-Gelder dabei.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass sich vor allem die Umwandlungs- und Speichertechnologien noch im Versuchsstadium befinden und die werden in entsprechenden Forschungsprojekten auch in Kooperation mit der FH Burgenland gefördert. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Neben Ihrer besonderen Expertise, dass man nicht mit nassem Holz heizen soll, wird Ihnen sicherlich bewusst sein, dass laut dem WWF Bundesländer-Energiewendeindex das Burgenland abgeschlagen auf dem neunten und damit letzten Platz liegt.

Was werden Sie unternehmen, damit das Burgenland hier nicht Schlusslicht bleibt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zu diesem Thema, zu dieser WWF Energiestudie möchte ich Folgendes sagen:

Vor einigen Wochen, also kurz nach Veröffentlichung dieser Studie, hat es bereits ein Gespräch gegeben mit allen Verantwortlichen im Energiebereich des Landes, aber genauso mit dem WWF und auch mit der Firma, die diese Studie letztendlich durchgeführt hat, in Beauftragung des WWF.

Grundsätzlich muss man dazu sagen, dass sowohl der WWF, als auch diese beauftragte Firma, die übrigens eine Einzelperson ist, sich mit der Energiepolitik der Länder seit etwa einem halben Jahr beschäftigt, also seit diese Studie in Auftrag gegeben worden ist. Sonst haben sie sich bisher ausschließlich mit der Energiepolitik des Bundes beschäftigt.

Zu Jahresbeginn wurden also hier die ersten Ideen erst umgesetzt und das große Problem, sage ich jetzt einmal, bei dieser Studie war, das erstens einmal die Bewertung, wir sind hier in der erneuerbaren Energie, hier sind wir fast, ich glaube, auf Platz zwei. Wo wir auf den letzten Plätzen laut dieser Studie sind, ist die Gebäudesanierung und die Politik.

Auf unsere Nachfrage, wie das denn zustande gekommen ist, hat sowohl der WWF, als auch diese externe Firma, die beauftragt wurde, geantwortet, dass sie sich vor

allem hier an sehr allgemeinen Statistiken orientiert haben. Sie haben keine regionalen Gegebenheiten berücksichtigt, sie haben teilweise nur budgetäre Mittel analysiert.

Im Bereich der Wohnbauförderung zum Beispiel oder Wohnraumsanierung ist zum Beispiel im Burgenland diese Sanierung nicht budgetiert, weil die Wohnbauten noch nicht alt genug sind, damit überhaupt hier Sanierungsmaßnahmen notwendig wären.

Im Großen und Ganzen konnte uns weder der WWF, noch diese externe Firma nach Ende des Gespräches, das ungefähr drei Stunden gedauert hat, konkrete Verbesserungspotentiale für das Burgenland liefern, weil alle Kritikpunkte seitens unserer Experten widerlegt werden konnten.

Der WWF und die externe Firma hat sich im Grunde genommen darauf berufen, dass weder die budgetären Mittel, noch die Zeit in der Studie genügend zur Verfügung gestanden wären, um sich hier mit den Ländern im Einzelnen zu befassen und die Länder auch zu fragen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Auch im Burgenland wird mit dem verpflichtenden Einbau und Umstieg auf sogenannte Smart Meter statt der bisherigen Stromzähler begonnen.

Wie beurteilen Sie datenschutzrechtliche Bedenken hinsichtlich dieser neuen Technologien?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, dass sich die Energie Burgenland als Vorreiterbetrieb mehr als eindeutig und mehr als eingehend mit diesen datenschutzrechtlichen Bedingungen beschäftigen wird und alle notwendigen Vorkehrungen treffen wird, um den Datenschutz hier zu wahren. Ich glaube nicht, dass hier irgendwelche Befürchtungen seitens der Verbraucher gegeben sein werden, dass mit ihren Daten nicht korrekt umgegangen wird. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Frau Landesrätin, ich kann mir nicht vorstellen, dass der WWF seine eigene Studie dermaßen schlecht geredet hat, gesprochen hat, aber bitte.

Meine Frage ist: Wir wissen, dass wir beim Klimaschutz hinten nach sind, österreichweit und natürlich auch im Burgenland. Gerade was den öffentlichen Verkehr betrifft, glaube ich, müssen wir gerade im Süden sehr viel mehr machen. Wir haben zwar eine Klimaschutzbeauftragte im Land, aber die ist lediglich für Vernetzungen zuständig.

Können Sie sich vorstellen, da in Zukunft wirklich Klimaschutzbeauftragte einzusetzen, die konkret für das Land Vorschläge erarbeiten und mit den zuständigen Stellen konkret am Klimaschutz arbeiten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter, erstens gibt es konkrete Klimaschutzziele und auch konkrete Abhandlungen zu diesem Thema seitens des Landes.

Es wird auch in naher Zukunft die neue IG-L-Maßnahmenverordnung zu diesem Thema erlassen werden, wo weitere Klimaschutzziele definiert werden und das verschärft wird. Mittels der Verwaltungsreform wird sowieso einiges umgestellt. Ich glaube, da ist noch einiges an Potential vorhanden, was wir in den nächsten Jahren angehen können. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Steier. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Sehr geehrte Frau Landesrätin! Vor kurzem wurde von der Arbeiterkammer moniert, dass die Ausgaben für die Ökostromförderung laut einem bis 23. November aufliegenden Verordnungsentwurf pro Durchschnittshaushalt, das heißt bei 3.500 Kilowattstunden Verbrauch von heuer 103 Euro auf nächstes Jahr 120 Euro steigen werden.

Wie stehen Sie als politisch Verantwortliche dazu?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kenne diese Zahlen nicht. Die muss ich mir im Detail anschauen und dann kann ich Ihnen gerne meine Antwort zukommen lassen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Salamon. Bitte schön.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wie eng sind für Sie die Themenbereiche erneuerbare Energie und Umweltschutz verbunden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Themenbereiche Umweltschutz und Energie sind natürlich sehr eng miteinander verbunden.

Ich sehe den Begriff Umweltschutz vor allem als übergeordneten Begriff der unseren ganzen Lebensraum betrifft, in dem wir uns bewegen. Deswegen halte ich es auch für sehr gut, dass die Bereiche Energie und Umweltschutz jetzt in einem Ressort vereint sind. Damit kann man natürlich auch entsprechende Synergieeffekte nutzen und hier wichtige weitere Schritte im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes, vor allem gesamtheitlich, treffen.

Wir werden hier in den nächsten Jahren neue Akzente setzen, auch was die Förderung von Gebäudesanierungen betrifft, bei der Effizienz in der Mobilität, aber auch neue Energiesparpotentiale feststellen. Ich glaube, all das sind wichtige Bereiche, die natürlich auch im Sinne des Umweltschutzes sind. Seit 1999 wurden um die 28.000 Alternativenergieanlagen seitens des Landes gefördert. Allein das hat schon eine CO_2-Ersparnis von rund 300 Millionen Tonnen gebracht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Hirczy. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Erneuerbare Energien, insbesondere Wind- und Solarenergie haben den Nachteil, dass sie unter Umständen nicht dann genau zur Verfügung stehen, wenn sie auch tatsächlich vom Stromkonsumenten benötigt werden.

Wie stellen Sie die Versorgungssicherheit mittels Notfallplänen im Burgenland trotzdem zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Natürlich ist es richtig, dass diese erneuerbaren Energien vor allem zu bestimmten Tageszeiten erhöht zur Verfügung stehen. Aber genau aus diesem Grund werden wir in den nächsten Jahren auch verstärkt in die Weiterentwicklung von Speichertechnologien, die hier in diesem Zusammenhang die Schlüsselposition einnehmen, investieren und diese auch weiter fördern und dann sollte es zu keinen Engpässen mehr in diesem Bereich kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem keine weiteren Zusatzfragen mehr gestellt sind, kommen wir zum Aufruf der dritten Anfrage.

Die dritte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Bieler gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Juli 2014 rühmte sich die Landesregierung ja dafür, durch den Kauf der Kaserne in Oberwart und die finanzielle Unterstützung des Kaufes der Kaserne Pinkafeld eine mögliche Unterbringung von Asylwerbenden in diesen Gebäuden verhindert zu haben.

Wie hoch genau beziffern sich die Ausgaben des Landes für den Miterwerb der Kaserne in Oberwart sowie für die finanziellen Zuwendungen für die Stadtgemeinde Pinkafeld zum Zwecke des Teilankaufs der Kaserne in Pinkafeld und wie bewerten Sie diese Maßnahme aus heutiger Sicht, wo durchreisende Flüchtlinge in Zelten untergebracht werden mussten, *(Abg. Doris Prohaska: Das ist jetzt schon die dritte Frage!)* weil die Kasernen nicht zur Verfügung standen?

Präsident Christian Illedits: Eine Frage Frau Abgeordnete, bitte. Ach so, das ist ja die vorgelesene. Entschuldigung. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Einmal mache ich etwas richtig!)*

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Formulierung der Anfrage fordert natürlich eine Klarstellung. Ich habe mich nie gerühmt, Unterkünfte für Asylwerber verhindert zu haben und ich kenne auch keinen, der das getan hat seitens der Landesregierung, ganz im Gegenteil. Der zuständige Landesrat Norbert Darabos hat immer dafür gesorgt und ist der Garant dafür, dass Asylwerber auch ordentlich im Burgenland untergebracht werden.

Wogegen ich mich immer gewendet habe ist, dass die Frau Innenministerin und auch andere, aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen Großquartiere fordern. Ich bin der festen Überzeugung, dass kleine Einheiten, sowohl was die Akzeptanz, also auch die Integration betrifft, wesentlich sinnvollere Lösungen sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Weder in Oberwart, noch in Pinkafeld musste ein Asylwerber oder ein durchreisender Flüchtling in Zelten untergebracht werden. Niemand, niemand und ich weiß aus Nickelsdorf, dass die durchreisenden Flüchtlinge sehr, sehr misstrauisch waren und auf den Vorschlag in Oberwart, in festen Notquartieren untergebracht zu werden, sehr, sehr negativ darauf reagiert haben, weil sie möglichst schnell nach Deutschland, Skandinavien, Holland gebracht werden wollen und sie nicht geglaubt haben, wenn sie

über den Umweg Oberwart, oder Pinkafeld, oder egal wohin gebracht werden, dass sie dann überhaupt weitertransportiert werden.

Das war eine ganz andere Situation und dass, was die Hilfsorganisationen in Nickelsdorf, in Oberwart in der Messehalle geleistet haben, das war großartig und ist unterstützenswert.

Zum Ankauf der Sporck-Kaserne Oberwart. Hier hat die OSG im Juli 2014 um 910.000 Euro das Kasernengelände gekauft. Ich habe dann im heurigen Jahr noch Gespräche geführt, ob man das überhaupt nützen könnte für Asylwerber. Es hat keine Heizung gegeben, das Wasser war nicht in Ordnung, also es wäre gar nicht möglich gewesen.

Die BELIG hat dann um 585.000 Euro Grund auf diesem Gelände erworben, weil es Verhandlungen mit der Polizeidirektion Burgenland gibt, die dieses Gelände für Polizeiinspektionen, für Ausbildung nutzen wollen.

Es gibt momentan Verhandlungen dazu, wie das genau geregelt werden soll, aber diese Fläche, die die BELIG angekauft hat, wird zur Gänze an die Polizeidienststellen verpachtet oder vermietet werden, das wird sich jetzt noch herausstellen.

Die Gemeinde Oberwart ist im ersten Quartal 2015 von ihrem Interesse ebenfalls anzukaufen zurückgetreten, hat aber gleichzeitig gesagt, dass die Bedarfszuweisungen, die vom Land gekommen sind, in der Höhe von 100.000 Euro 1:1 für die Infrastrukturmaßnahmen, Kanal, Wasser und Straße verwendet werden.

In Pinkafeld war das gesamte Grundstück der Turba-Kaserne 1,93 Millionen wert. Ein Privater hat 990.000 Euro dafür bezahlt, also dort den Grund erworben, die OSG 685.000 Euro, die Stadtgemeinde Pinkafeld 254.000 Euro. Die OSG hat mit der Eisenstädter Siedlungsgenossenschaft interne Abkommen, dass sie dort gemeinsam Wohnungen erzielen wollen.

Seitens des Landes sind an die Gemeinde Pinkafeld 50.000 Euro an Bedarfszuweisungen für den Bau des Feuerwehrhauses auf einem unbebauten Bereich der Kaserne überwiesen worden. Das heißt, weder das Land, noch die BELIG waren in Pinkafeld am Kauf der Kaserne beteiligt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landesrat, es ist Ihnen aber schon bekannt, dass in Eisenstadt sehr wohl lange Zeit sehr viele Menschen in Zelten untergebracht waren, also das es woanders im Burgenland das Problem sehr wohl gab.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Es ist mir bewusst, ich wollte nur auf die Diskrepanz Ihrer Anfrage hinweisen, dass weder in Oberwart, noch in Pinkafeld irgendjemand in Zelten untergebracht wurde.

Dass es in Eisenstadt nicht funktioniert hat, das können Sie mir nicht vorwerfen, ich bin nicht in Eisenstadt zuständig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Manfred Kölly: War das jetzt eine Frage oder was war das? – Allgemeine Unruhe – Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Frage wurde beantwortet, danke!)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte die Frage, Frau Abgeordnete. Die Frage war demzufolge, ob es dem Herrn Landesrat bewusst war, nehme ich an, oder war das keine Frage? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Frage wurde beantwortet, danke!)*

Eine weitere Zusatzfrage, Frau Abgeordnete? Gibt es sonst noch Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zum Aufruf der vierten Anfrage. Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Ulram an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet.

Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Ulram um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Laut Landeshauptmann Niessl sollen Flüchtlinge im Burgenland in kleinen Einheiten untergebracht werden, wobei zehn Flüchtlinge pro 1.000 Einwohner der Richtwert sei. Sie sind als ressortzuständiges Regierungsmitglied für die Umsetzung verantwortlich.

Wie viele burgenländische Gemeinden erfüllen diese Vorgaben konkret?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage ist berechtigt, es impliziert, dass wir kleine Einheiten schaffen wollen, das haben wir auch im Regierungsprogramm so festgeschrieben. Das halte ich auch für den richtigen Weg, weil damit auch die Akzeptanz in den Gemeinden und in der Bevölkerung erreicht wird.

Ich bin täglich unterwegs im Burgenland und sehe, das schließt an die vorherige Frage etwas an, dass Einheiten beispielsweise in Bruckneudorf, wie es geplant war, mit 400 Flüchtlingen nicht akzeptiert werden und auch von uns politisch nicht akzeptiert werden, kleinere Einheiten sehr wohl akzeptiert werden, auch in Gemeinden mit 300, 400 Einwohnern akzeptiert werden. Ich möchte Ihnen nur vorweg auch sagen, dass die Situation nicht einfacher wird. Es wäre gelogen, wenn wir sagen würden, das ist jetzt eine einfache Situation, das ist eine Sisyphusarbeit für uns.

Wir haben eine 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, die lautet: Das Burgenland: 3,38 Prozent Quartiere schaffen auf Grund unserer Bevölkerungsanzahl im Österreichvergleich. Es gibt derzeit nur ein Bundesland, das die Quote erfüllt, das ist Wien mit 120 Prozent, auch mit einigen interessanten Projekten, die in Wien durchgeführt werden.

Nicht einmal Niederösterreich erreicht momentan die 100-Prozent-Quote, weil ich in Niederösterreich erwarten würde, dass sie erfüllt wird, weil ja in Niederösterreich auch Traiskirchen eingerechnet wird mit knapp 3.500 Flüchtlingen. Aber die erreichen sie auch nicht, also man sieht, dass es ganz schwierig ist.

Warum ist es schwierig? Wir haben seit dem 15. Juli dieses Jahres von 43.000 Asylwerbern, die in Österreich um Asyl angesucht haben, eine Steigerung auf mittlerweile über 70.000 erfahren müssen und wir rechnen damit, dass wir auf über 90.000 bis zum Jahresende kommen. Das heißt für das Burgenland, dass wir in den letzten Monaten, seit dem 15. Juli, zusätzlich 600 Quartiere schaffen mussten. Wir haben diese Zahl grundsätzlich erreicht, aber noch einmal, der Stein wird nach oben geschoben und rollt wieder hinunter, weil täglich neue Quartiere, für uns nicht nur Anfragen, sondern eigentlich unsere Bereitschaft, diesem 15a-Vertrag nachzukommen, auch erfüllt werden muss.

Aber auf Ihre Frage konkret zurückkommend, derzeit erfüllen 26 von 171 Gemeinden im Burgenland die Quote über ein Prozent. Es ist so, dass wir insgesamt im Burgenland 70 Gemeinden von 171 haben, also 35 Prozent, die hier Quartiere zur Verfügung stellen. Da gibt es eben Gemeinden, die die Quote übererfüllen, es gibt

Gemeinden, wie beispielsweise Unterfrauenhaid, aus meinem Heimatbezirk, die fast zehn Prozent Quote haben, im Vergleich zu 650 Einwohnern, über 60 Flüchtlingswerber.

Es gibt Bernstein mit über 102 Flüchtlingswerbern. Die Topgemeinde bei den Flüchtlingen ist Rechnitz mit derzeit 109 Flüchtlingswerbern, aber die Verteilung ist noch ausbaufähig. Aber auf Ihre Frage zurückkommend, derzeit erfüllen 21 von 171 Gemeinden die Ein-Prozent-Quote. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Zuerst haben Sie gesagt, 26, jetzt waren es 21, jetzt weiß ich nicht, welche Zahl genau. Stimmt jedenfalls. Zu der Zusatzfrage. In Ihrer Beantwortung mit der Zahl 21 - 99 zu meiner schriftlichen Anfrage mit der Zahl 21 - 36 haben Sie die Frage, mit welchen Gemeinden Sie hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen konkret in Kontakt waren, nicht beantwortet. Ich frage Sie daher nochmals.

Mit welchen Gemeinden haben Sie als zuständiger Landesrat diesbezüglich Gespräche oder Verhandlungen geführt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wir führen mit allen Gemeinden Gespräche, wir haben ja auch eine Wohnraumbörse eingerichtet, von Landesseite, über www.burgenland.at. Jeder kann sich hier auch bewerben. Unser politisches Credo ist allerdings, dass wir auch eine politische Zustimmung der Gemeinde brauchen und das halte ich auch für wichtig.

Wenn wir keine Akzeptanz haben, dann wird das Problem sozusagen nicht nur auf die lange Bank geschoben, sondern wird auch nicht von der Bevölkerung akzeptiert. Ich führe mit allen Bürgermeistern, die hier Quartiere anbieten, Gespräche. Auf der anderen Seite kenne ich auch sehr viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die dem ganzen skeptisch gegenüber stehen. Das gilt für alle Parteien, *(Abg. Manfred Kölly: Der Kölly aber nicht!)* möchte ich gleich in diesem - Deutschkreutz, der Bürgermeister in Deutschkreutz nicht, ja, aber da ist es um eine andere Sache gegangen, möchte ich auch noch dazu sagen.

Da ist es um Quartiere der Erstaufnahme gegangen. Aber egal. Das ist jetzt nicht das Thema.

Wir führen Gespräche, wir kämpfen um jedes Quartier. Aber ich erlebe auch, dass es sehr viele Gemeinden gibt, die sich diese Akzeptanz hier auch nicht schaffen wollen. Wir haben erstmals im Burgenland auch das Durchgriffsrecht des Bundes jetzt zur Anwendung bringen müssen. Potzneusiedl. Eine Gemeinde mit 654 Einwohnern, wo 80 Plätze demnächst auch freigegeben werden.

Wir haben in Eisenstadt jetzt einige Plätze geschaffen, allerdings nicht auf Initiative des Bürgermeisters, sondern auf Initiative auch des Klubobmanns in diesem Haus, von der SPÖ nämlich, und wir haben es geschafft, dass wir dort auch diese Akzeptanz geschaffen haben. Da bin ich dem Bürgermeister auch dankbar, dass er dann sozusagen auch die pragmatischen und bürokratischen Maßnahmen umgesetzt hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Also, dass mit allen Bürgermeistern gesprochen worden ist, kann ich einmal einschlägig zurückweisen. In meinem nächsten Umfeld kenne ich keinen, mit dem schon gesprochen worden ist.

Aber als zweite Zusatzfrage dazu auch zu meiner anderen schriftlichen Anfrage. Dazu haben Sie sich entschlagen und daher frage ich Sie ganz konkret noch einmal. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ihr Koalitionspartner konkret, der Herr Landesrat Petschnig, hat in der Vergangenheit auch schriftlich klar ausgedrückt, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in kleinen Einheiten im Burgenland nicht ausgebaut werden soll.

Wie stehen Sie als zuständiger Landesrat zu dieser Aussage des Koalitionspartners?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat. *(Abg. Manfred Kölly: Da war er noch nicht Koalitionspartner!)*

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich habe es Ihnen auch schriftlich mitgeteilt, wie ich dazu stehe. Ich stehe zu dem, was im Regierungsübereinkommen festgelegt wurde und das heißt, dass wir diese kleinen Quartiere im Burgenland schaffen. Auf welche Aussage Sie sich hier beziehen, das ist für mich irrelevant. Ich habe hier meinen Job zu machen, wir kämpfen täglich um neue Quartiere.

Eine ganz schwierige Aufgabe, weil es die Akzeptanz auch bei der Bevölkerung zu finden gilt, und ich stehe dazu, dass wir diese Quote auch erfüllen. Wir kämpfen täglich darum und sind mittlerweile wieder im Mittelfeld in Österreich. Es gibt, wie gesagt, nur ein Bundesland, das die Quote zu 100 Prozent erfüllt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Strommer.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben soeben gesagt, dass das Durchgriffsrecht des Bundes im Burgenland einmal angewendet werden musste. Es musste deshalb angewendet werden, weil zu wenig kleine Quartiere anscheinend vorhanden sind. Im Umkehrschluss heißt das, wenn die Landesregierung untätig, nicht im Stande ist, die Quote zu erfüllen, dann kommt das Durchgriffsrecht des Bundes zum Tragen. Liege ich da richtig?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Da liegen Sie nicht richtig, sondern es geht darum, dass die Gemeinden ihre Quoten erfüllen müssten. Auf Grundlage dieser Quoten… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das Land nicht?)* Nein, es geht um die Gemeinden. Sie müssen das Gesetz ganz genau lesen! Im Übrigen möchte ich Ihnen auch sagen, dass das Gesetz so ausformuliert wurde, wo es ja auch Bedenken seitens des Landes gegeben hat, dass man erst Gemeinden ab 2.000 Einwohnern damit sozusagen befasst und dass der Bund seine Quartiere auf Bundesgebieten auch praktisch etablieren kann. So.

Dieses Gesetz ist aber anders formuliert worden. Nicht vom Burgenländischen Landtag und nicht von der Burgenländischen Landesregierung, sondern vom Nationalrat. Dieses Gesetz lautet jetzt so: Vornehmlich über 2.000 Gemeinden erst einmal im Burgenland durchbrochen, denn 654 Einwohner, glaube ich, wenn ich richtig die Zahl im Kopf habe, sind nicht 2.000.

Und trotzdem ist es in Potzneusiedl etabliert worden, auch mit durchaus der Zustimmung des Bürgermeisters dort. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist ja gar keine*

Frage mehr! Wenn das Land die Quote erfüllt hätte, wäre das nicht passiert! – Abg. Klaudia Friedl: Das stimmt nicht! – Abg. Walter Temmel: Na sicher, genau so ist es!)

Nein. Herr Präsident. Jetzt muss ich Ihnen schon sagen. Ich sage es jetzt noch einmal. Zum dritten Mal. Das Burgenland ist hier in einem Verein mit neun Bundesländern und nur Wien hat die Quote zu 100 Prozent erfüllt.

Aber wenn man über 1,5 Prozent Flüchtlinge aufnimmt, dann kann man in dieser Gemeinde kein Quartier von Seiten des Bundes errichten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche aktuellen konkreten Zahlen und Fakten zur Anzahl der Asylwerber und -berechtigten im Hinblick auf Unterbringung liegen derzeit im Burgenland vor?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich habe es kurz schon angesprochen. Es sind jetzt 71 von 171 Gemeinden hier auch bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Es gibt hier einige „Topgemeinden“, weil es auch keine einfache Situation ist. Ich habe täglich damit zu tun, dass es auch da und dort Probleme gibt, das wissen wir alle.

Die Gemeinde, die die meisten Flüchtlinge in absoluten Zahlen aufnimmt, ist Rechnitz mit 109, dann kommt Bernstein mit 102, Eisenstadt mit 318, allerdings aufgrund der Bundesquartiere, die hier geschaffen worden sind. In Prozenten ist Unterfrauenhaid die Gemeinde, die die meisten Flüchtlinge im Burgenland untergebracht hat mit 9,14 Prozent im Vergleich zum Bevölkerungsanteil.

An zweiter Stelle liegt Stinatz mit 7,35 Prozent mit 98 Asylwerbern, dann Tobaj mit 104 Asylwerbern mit 7,25 Prozent und Klingenbach mit 80 Asylwerbern mit 6,75 Prozent. Ich würde mir wünschen, sage ich offen, dass es hier auch noch eine Verbreiterung in den Gemeinden gäbe. Dass wir von den 71 Gemeinden auf einen höheren Anteil kommen, noch einmal gesagt, weil die Akzeptanz ist dann da, wenn es kleine Einheiten gibt, wenn die Gemeinden bis zu 1.000 Einwohnern zehn bis 15 Flüchtlinge aufnehmen, so wie es auch in der Anfrage jetzt formuliert wurde.

Auch der Herr Landeshauptmann hat gesagt, dass wir diese ein Prozent auch stemmen können. Derzeit sind es ungefähr 2.000 Flüchtlinge, die im Burgenland betreut werden in der Grundversorgung. Ein Prozent würde heißen 2.800 bis 2.900 Flüchtlinge. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter Kölly stellt die nächste Zusatzfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich weiß, Sie sind ständig unterwegs, landauf, landab, wegen Quartiersuche. Ich habe mich angeboten, Sie zu unterstützen, in der Vergangenheit, auch in der Zukunft. Deutschkreutz ist gescheitert an der eigenen Sozialdemokratie. Es ist halt so.

Aber eine Frage: In Lutzmannsburg gibt es jemanden, der gerne Quartiere zur Verfügung stellen möchte. Warum werden die nicht angenommen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist die gleiche Geschichte wie in Deutschkreutz. Wenn es keine Akzeptanz in der Gemeinde gibt, dann schaffen wir auch keine Quartiere. *(Abg. Manfred Kölly: Das Durchgriffsrecht kannst Du machen, dann*

brauchst Du die Gemeinde nicht fragen!) Lutzmannsburg hat eine spezielle Situation aus meiner Sicht. Lutzmannsburg ist eine Thermengemeinde.

Lutzmannsburg erfüllt die Quote der Flüchtlinge. Sie haben so viele Flüchtlinge, dass sie über ein Prozent der Quote liegen und insofern ist das zu akzeptieren, was von den Gemeindeverantwortlichen auch sozusagen uns gegenüber argumentiert wurde. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Es gibt nun keine Zusatzfrage mehr. Somit kommen wir zum Aufruf der fünften Anfrage.

Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Maßnahmen ergreift das Land Burgenland zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das Thema der Arbeitslosigkeit ist aus meiner Sicht das wichtigste politische Thema insgesamt. Wir können uns nicht abkoppeln von der österreichweiten Entwicklung. Wir versuchen, sehr viele Maßnahmen zu setzen.

Es geht da vor allem auch darum, den Jugendlichen hier auch eine Perspektive zu bieten, denn man sieht ja, wenn man Länder hernimmt wie Spanien beispielsweise oder Griechenland, wenn über 50 Prozent Arbeitslosigkeit da ist, dass vor allem im Jugendbereich die Perspektive für die jungen Menschen fehlt. Wenn diese Perspektive fehlt, dann ist man auch bereit, das demokratische System in Frage zu stellen, weil man sozusagen für sich selbst keine Perspektive sieht.

Mit unseren Mitteln, die wir im Burgenland haben, versuchen wir einige Maßnahmen hier auch umzusetzen. Ich werde nur einige kurz exemplarisch ansprechen. Die sogenannten BAK-Maßnahmen nach dem Berufsausbildungsgesetz binden uns finanziell, aber es bringt etwas, mit zehn Millionen Euro.

Davon kommen ungefähr die Hälfte 4,5 Millionen Euro aus dem Landesanteil, der Rest aus dem Bund. Wir haben Maßnahmen im Bereich der Lehrlingsförderung vorgesehen. Lehrlinge, Absolventen von berufsbildenden mittleren Schulen und allgemein bildenden höheren Schulen, die einen Lehrberuf ergreifen, werden im Rahmen der Lehrlingsförderung des Landes unterstützt.

Wir haben dies im heurigen Jahr mit 1.834 Förderfällen abgewickelt, was auch ein Fördervolumen von 1,5 Millionen Euro bedient, was für das Burgenland keine kleine finanzielle Aufwendung ist.

Lehre mit Matura. Wir haben im Rahmen des Projektes „Lehre mit Matura“ Personen gefördert, die einen Lehrabschluss, eben mit zusätzlicher Möglichkeit die Matura zu absolvieren, gemacht haben. Auch das ist eine ganz wichtige Maßnahme zur Durchlässigkeit der Bildungssysteme. Es waren 145 Lehrlinge in diesem Projekt involviert. Die Kosten für dieses Projekt betragen auch 815.000 Euro.

Wir haben eine Lehrlingsstiftung ins Leben gerufen. Wir haben Qualifikationsförderungsmaßnahmen ins Leben gerufen. Hier wurden im Jahr 2014 alleine 800 Menschen mit einem Gesamtbetrag ebenfalls von 500.000 Euro unterstützt. Wir haben Arbeitsstiftungen auch in ganz schwierigen Zeiten, wo es Betriebe im Burgenland

auch gegeben hat, die aus welchen Gründen auch immer abgewandert sind, hier unterstützt.

In der Pendlersache haben wir den Fahrtkostenzuschuss. Auch das ist eine Maßnahme, die dazu führt, dass Menschen, die nicht aus der Arbeit herauskommen, mit 825.000 Euro gefördert. Wir haben versucht, auch zielgerichtete Qualifizierungsmaßnahmen zu setzen, um nur ein Beispiel zu nennen: Kurse für 100 HeimhelferInnen in allen Bezirken.

Ein Bereich, der erstens zukunftssicher ist beziehungsweise auch die Bedürfnisse, die wir gesellschaftspolitisch, nicht parteipolitisch abzudecken haben, auch verinnerlicht hat.

Wir haben Beschäftigungsmaßnahmen beispielsweise im Bereich 50+ gesetzt, gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann, der das auch über seine Bedarfszuweisungen mitfinanziert. Dieses gesamt Konzept hat dazu geführt, dass wir im nationalen Vergleich besser da stehen als andere Bundesländer.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht noch Aufgaben vor uns hätten und dass ich zufrieden bin mit der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Da gibt es auch einige Gründe, die den heutige Rahmen wahrscheinlich sprengen würden, wo man am Arbeitsmarkt noch einigermaßen besser da stehen könnte, als es derzeit aussieht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Viele Unternehmungen, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, beklagen Lohn- und Sozialdumping in ganz Österreich, aber insbesondere auch im Burgenland.

Wie beurteilen Sie insgesamt die Situation am Arbeitsmarkt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es ist keine einfach Situation. Wir haben derzeit einen Anteil von ausländischen Arbeitnehmern von ungefähr 20 Prozent. Das bedingt auch ein gewisses Ausmaß an Lohndumping, weil - wie ich aus vielen Gesprächen auch mit bekommen habe - hier versucht wird, auch auf österreichische Arbeitnehmer, burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Druck auszuüben.

Aber mit den Maßnahmen, die wir setzen, versuchen wir auch dagegen zu wirken, auch in den Landesbetrieben dafür zu sorgen, dass Burgenländerinnen und Burgenländer zum Zug kommen. Das hat jetzt nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, sondern ganz im Gegenteil, indem wir versuchen, unsere Menschen in Beschäftigung zu bringen.

Insgesamt ist hier noch viel Arbeit vor uns, aber grundsätzlich beurteile ich die Situation am burgenländischen Arbeitsmarkt besser als in Restösterreich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat.

Das keine weitere Zusatzfrage gewünscht ist, kommen wir zum Aufruf der sechsten Anfrage.

Die sechste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet.

Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung seiner Anfrage.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die Gemeindejugendreferenten des Burgenlandes haben ihre Bezirksjugendvertretung gewählt. Die Bezirksjugendreferenten waren bisher immer als Vertreter ihres politischen Bezirkes im Jugendbeirat vertreten. In der dritten Landtagssitzung wurde mit Stimmen der SPÖ und FPÖ das Burgenländische Jugendförderungsgesetz dahin geändert, dass die Bezirksjugendreferenten aus dem Landesjugendbeirat entfernt wurden.

Welche konkreten Aufgaben sehen Sie für die neu gewählten Bezirksjugendreferenten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mein großes Ziel ist es, dass ich gemeinsam mit den Jugendlichen des Landes an neuen Konzepten und Ideen in der Jugendpolitik arbeiten werde. Dabei möchte ich auf ein Dreisäulenmodell setzen, nämlich einerseits auf den Jugendbeirat, der für mich die politische Landesebene symbolisiert, auf der anderen Seite das Landesjugendforum, in dem die wichtigsten Jugendorganisationen des Landes vertreten sind, und ich werde auch an den Sitzungen teilnehmen, so es gewünscht ist. Ich war bereits bei der letzten Sitzung dabei. Wenn dort Themen diskutiert werden, die auch meine Arbeit betreffen, bin ich gerne bereit, dort auch mitzuarbeiten und mitzutun und das gemeinsam mit den Jugendlichen zu erarbeiten.

Der dritte Punkt, das sind die von Ihnen angesprochenen Bezirksjugendreferenten, aber auch die Gemeindejugendreferenten, die für mich vor allem die Gemeindeebene symbolisieren und andere Ziele oft haben als die Jugendlichen auf Landesebene oder die Jugendorganisationen.

Das ist zwar ein neuer Zugang, aber ich glaube, dass das eine bessere Lösung ist, als ein übervoller Beirat, in dem ein Frontalvortrag herrscht, kein Austausch stattfindet und so gemeinsame Ziele mit den Bezirksjugendreferenten oder überhaupt mit den Jugendlichen erarbeitet werden können.

Was die Bezirksjugendreferenten konkret betrifft, das sind ja auch alle Gemeindejugendreferenten und die meisten von ihnen sind auch in den Gemeinderäten vertreten, sind für mich damit Ansprechpartner und Bindeglied für Jugendliche und Vereine, auch auf kommunaler Ebene und in den Gemeinderat hinein.

Es geht mir darum, diese Bezirksjugendreferenten aktiv in die Arbeit mit einzubinden. Ich werde ihnen aber auch die Möglichkeit geben, ihre zukünftigen Aufgaben selbst mitzugestalten und mit zu definieren. Ich sehe die Aufgaben hier vor allem einerseits im Relaunch der Jugendarbeit, dass sie dort mitarbeiten, aber auch in Projekte, in kommunale Projekte mit einbezogen werden. Hier sind sie wichtige Multiplikatoren in der Jugendarbeit.

Sie sollen sich hier sinnvoll im Bezirk, aber auch auf Gemeindeebene einbringen, aber auch vor allem auch untereinander vernetzen. Es sind bereits erste Gespräche mit den Bezirksjugendreferenten vereinbart, es wird hier Treffen in naher Zukunft geben. Es sind auch schon die ersten Termine vereinbart und dort wird es um Jugendprojekte gehen, die vor allem auf den Gemeindebereich zugeschnitten sein werden und auch auf die Bezirke. Hier werden Erfahrungen ausgetauscht, dass man auch voneinander lernen kann.

Wie die genauen Details, Ziele und Vorhaben aussehen werden, das möchte ich gemeinsam mit dem Bezirksjugendreferenten erarbeiten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin.

Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzte Frau Landesrätin! Schließen Sie Manipulationen im Vorfeld und auch bei der Durchführung der Bezirksjugendreferentenwahlen aus?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich verstehe nicht, warum Sie das überhaupt unterstellen. *(Beifall bei der SPÖ – Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Frage! – Abg. Ingrid Salamon: Wenn ich es nicht unterstelle, kann ich es nicht fragen.)*

Ja, natürlich schließe ich das aus. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wird dankenswerterweise alles protokolliert. – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Robert Hergovich: Hast Du Angst leicht? Ein schlechtes Gewissen?)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Das war eine Frage an die Frau Landesrätin, die sie mir jetzt beantwortet hat.

Frau Landesrätin, Sie haben vorher erwähnt, dass die Bezirksjugendreferenten ihre Aufgaben selbst mitgestalten sollen. Dazu sind finanzielle Mittel notwendig.

Können Sie sich vorstellen, dass konkrete Vorhaben mit finanziellen Mittel ausgestattet werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Erstens einmal geht es nicht immer nur darum, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, man kann bestimmte Projekte auch ohne finanzielle Mittel auf die Beine stellen und gemeinsam erarbeiten, und selbstverständlich wird man das mit finanziellen Mittel unterstützen können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Keine weiteren Zusatzfragen. Damit kommen wir zum Aufruf der siebenten Anfrage. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Klare Antwort haben wir gehabt.)*

Geht es? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jawohl!)*

Die siebente Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Klaudia Friedl an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet.

Frau Abgeordnete, ich bitte Sie daher um Verlesung Ihrer Anfrage. Bitte schön.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie sind unter anderem auch für die Gemeinden zuständig. Die Aufgaben in den Gemeinden werden immer vielfältiger und komplexer. - Das werden die Kollegen an meiner Seite sicherlich bestätigen. - Wie unterstützen Sie die Gemeinden dabei, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben es schon erwähnt. Die Aufgaben der Gemeinden werden immer vielfältiger und komplexer und hier sehe ich als große Aufgabe seitens der Gemeindeabteilung als kompetente Anlaufstelle und Serviceeinrichtung auch den

Gemeinden als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Dies vor allem dadurch, dass die Gemeinden optimale Unterstützung in ihren täglichen Aufgaben bekommen und vor allem dadurch, dass Fehler, die im Vorhinein schon vermieden werden können, schon gestoppt werden und nicht erst schlagend werden, wenn schon sehr viel Zeit und vor allem auch oft sehr viele finanziellen Mittel dafür aufgebraucht worden sind.

Um die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei ihren Aufgaben hier tatkräftig unterstützen zu können, werden hier vor allem seit November auch Sprechtage in den Bezirken angeboten. Diese Sprechtage finden zu verschiedenen Themen mit den Experten der Gemeindeabteilung statt. Die letzten Sprechtage beispielsweise wurden zum Thema Budgeterstellung abgehalten. Sie waren sehr gut besucht. Zusätzlich habe ich auch das Gemeindepaket präsentiert, über alle Bezirke verteilt und in Zukunft wird es auch regelmäßig eine Gemeindezeitung mit aktuellen Informationen für die Gemeinden geben.

Diese Maßnahmen werden natürlich laufend den Wünschen und Bedürfnissen der Gemeinden angepasst, um hier zielgerecht die Bedürfnisse erfüllen zu können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sie haben erwähnt, dass Sie jetzt im Land schon diese Bezirkssprechtage durchgeführt haben.

Wie waren die Rückmeldungen von den Gemeinden oder was ist quasi auf den Tisch gekommen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Rückmeldungen der Gemeinden waren durchwegs positiv. Wie gesagt, es haben bereits zwei Bezirkssprechtage stattgefunden. Thema waren allgemeine Budgetangelegenheiten, Erstellung des Voranschlages und Rechnungsabschlusses und die Haushaltsdatenlieferung. Wie gesagt, es waren Experten und Expertinnen der Gemeindeabteilung, die dafür auch in der Abteilung zuständig sind, vor Ort anwesend. Das war für die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter sehr wichtig. Einerseits, dass sie da auch wirklich die Gesichter zu den Telefonaten, die oft geführt werden, auch kennenlernen konnten, damit vor allem auch erste Kontaktschwierigkeiten vermieden werden.

Insgesamt haben 25 Gemeinden von diesen zwei Sprechtagen Gebrauch gemacht. Aber der Zulauf war so groß, dass mittlerweile auch separate Termine ausgemacht worden sind. Der nächste Sprechtag wird dann am 1. Dezember stattfinden.

Bei diesem Sprechtag wird das Thema die Bildung des Standesamtsverbands sein. Auch hier gibt es bereits sehr viele Anmeldungen.

Die Erstellung des Rechnungsabschlusses wird dann das Thema für den Beginn des nächsten Jahres sein, und das werden wir sowohl im Süden, als auch im Norden wieder anbieten. Die Themen der Sprechtage richten sich eben, wie schon vorhin auch erwähnt, vor allem nach den Bedürfnissen und nach den Wünschen der Gemeinden, um sie hier optimal unterstützen zu können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Frau Landesrätin! Die Buchhaltung in den Gemeinden, aber auch die Buchhaltung des Landes, wird von der Kameralistik in die sogenannte Doppik umgestellt werden.

Wie weit ist der Stand der Umsetzung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ja, die Gemeinden werden in den nächsten Jahren mit dem großen Thema der Umstellung auf die Doppik befasst sein. Sie haben derzeit noch eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung. Für die Umsetzung dieses Projektes ist bereits eine Arbeitsgruppe schon seit längerem im Land eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe besteht aus Experten des Landes, aus Experten der Gemeindeabteilung. Aber es sind auch Amtmänner dabei, die hier maßgeblich beteiligt sind.

Die Einführung der Doppik wird die Haushaltsführung der Gemeinden um ein Vielfaches moderner, aber auch transparenter gestalten. In dieser Arbeitsgruppe wird derzeit gerade an einem Zeitplan gearbeitet, wie diese Umsetzung zeitlich auch am sinnvollsten stattfinden soll und vor allem auch, bis wann welche Vorhaben abgeschlossen sein müssen.

Das heißt, es wird hier alles für die Umstellung vorbereitet. Es wird hier aber auch eine Vielzahl von Schulungen für die Gemeindebediensteten natürlich auch geben, damit sie optimal auf diese Umstellung vorbereitet sind.

Worauf auch in diesem Zeitplan Wert gelegt wird, ist, wann diese Schulungen stattfinden. Denn natürlich ist es eher sinnvoll, dass die Schulungen möglichst zeitnah zu der Umstellung stattfinden, um hier das bestmögliche Ergebnis natürlich zu erreichen, und auch am Inhalt des Schulungsprogrammes wird bereits gearbeitet. Im nächsten Jahr ist für die Gemeinde eine Infoveranstaltung geplant, in der über diese ganzen Neuerungen berichtet und auch schon der Zeitplan präsentiert wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Friedl.

Bitte schön.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben Sprechtage, Bezirkssprechtage abgehalten und jetzt meine Frage: Sie haben auch im Oktober bei mehreren Veranstaltungen von Nord bis Süd den Gemeinden ein Gemeindepaket vorgestellt.

Wie wird das von den Gemeinden angenommen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Gemeindepaket ist gemeinsam mit Experten des Gemeindevertreterverbandes, des Gemeindebundes, des Städtebundes, den Expertinnen und Experten der Gemeindeabteilung und auch externen Experten erarbeitet worden, um hier die Gemeinden bei ihren immer komplexer und vielfältiger werdenden Aufgaben optimal unterstützen zu können.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, um für die Gemeinden hier ein gutes Angebot zu schaffen und auch einen Expertenpool geschaffen zu haben, an den man sich wenden kann, wenn man spezielle Anliegen hat. Da geht es teilweise um rechtliche, um

steuerrechtliche Angelegenheiten, aber auch, wenn man architektonische Fragen hat, genauso im Bauverfahren.

In vier Veranstaltungen von Frauenkirchen über Mattersburg und Bad Tatzmannsdorf bis hin zu Neustift bei Güssing haben diese Veranstaltungen zum Gemeindepaket stattgefunden. Bei diesen Veranstaltungen waren mehr als 200 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter anwesend und 120 Gemeinden haben an dieser Veranstaltung teilgenommen.

Also man sieht, der Zulauf war ein sehr großer und auch das Interesse war ein sehr großes. Die Leistungen der Experten aus diesem Expertenpool, die dort auch vorgestellt worden sind, wo unter anderem auch die Akademie Burgenland dabei war und natürlich auch die ExpertInnen der Gemeindeabteilung, die sind nicht als Gesamtpaket zu sehen, sondern jeder Gemeinde steht es frei, aus diesem Expertenpool und auch aus diesen Leistungen frei auszuwählen, je nach Bedarf. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird vom Herrn Abgeordneten Kölly gestellt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ein guter Weg, ein guter Zug von Ihnen, Sprechtage auch weiterhin einzurichten und zu betreiben. Deutschkreutz war auch mit dabei. Das Feedback war hervorragend, muss ich dazusagen, aber es gibt noch viele offene Fragen.

Sie haben richtig gesagt, das ist ein komplexer Teil, aber die Gemeinde besteht nicht nur aus Bürokratieaufwand, sondern auch aus wirtschaftlichen Faktoren.

Wann haben Sie vor, die Gemeindeordnung neu zu überdenken?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das wird das nächste Projekt sein, mit dem ich mich befassen werde. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Jetzt gibt es keine Zusatzfragen mehr.

Damit kommen wir zum Aufruf der achten Anfrage. Die achte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Rosner an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet.

Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Rosner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Krankenhaus Oberwart ist seit Jahren eine Großbaustelle in der medizinischen Versorgung. Nach Investitionen in Millionenhöhe für die Planung der Altbausanierung beziehungsweise einzelne Sanierungsmaßnahmen wurde im Jahr 2014 der Neubau des Krankenhauses beschlossen.

Wie ist der aktuelle Planungsstand zum Neubau des Krankenhauses Oberwart?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich muss Ihnen widersprechen, das Krankenhaus Oberwart ist keine Großbaustelle.

Das Krankenhaus Oberwart ist eines von zwei Schwerpunktspitälern im Burgenland. Neben jenem in Eisenstadt bei den Barmherzigen Brüdern und neben drei weiteren Krankenanstalten, die wir sukzessive zu Spezialstandorten ausbauen.

Tatsächlich ist es so, dass mit den Stimmen der ehemaligen Regierung im Jahr 2014, und zwei Mitglieder Ihrer Fraktion sitzen jetzt im Landtag, beschlossen wurde, einen Neubau durchzuführen und auch ein klares Konzept erarbeitet wurde, nämlich, dass wir bis zum Jahr 2021 ein neues Krankenhaus in Oberwart nicht nur errichten werden, sondern dann auch die Eröffnung, wenn Sie noch Bürgermeister sind, auch mit Ihnen durchführen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Das war jetzt aber nicht zynisch gemeint, sondern jedenfalls ist es so, dass wir diesen Neubau geplant haben, der Planungsstand ist Folgender, das ist auf Ihre Frage kommend, dass wir derzeit in einem Verfahren sind, wo es darum geht, den Generalplaner zu bestellen.

Dieser Generalplaner wird am 23. November in eine engere Auswahl kommen, also das ist nächster Montag, dann wenn wir den Generalplaner bestellt haben. Der endgültige Abschluss dieses Verfahrens wird sich ungefähr bis zum Ende dieses Jahres hinziehen. Und am Beginn des nächsten Jahres wird dann dieser Generalplaner auch bestellt werden. Wenn der Generalunternehmer bestellt wird, dann können wir auch dieses größte Vorhaben im Burgenland, nicht nur gesundheitspolitisch und insgesamt, was die Infrastruktur betrifft, auch in Angriff nehmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat.

Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Es ist unbestritten eine politische Großbaustelle, und ich hoffe, Sie sind noch Landesrat 2021. Ich werde mich bemühen, dass ich Bürgermeister bin.

Meine Zusatzfrage lautet: Wie begegnen Sie konkret dem Ärztemangel in den burgenländischen Krankenhäusern?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich sehe keinen Ärztemangel. Wir haben in den letzten Tagen 29 neue Ärzte im Burgenland bestellt. Das heißt, wir haben in vielen Krankenhäusern, unter anderem auch in Oberpullendorf, zwei neue Primarärzte bestellt, wir haben Ausschreibungen in Ihrem Bereich, also im Krankenhaus Oberwart, für drei Primarärzte, wir haben sehr viele Bewerber.

Also 29 neue Ärzte, da würde ich nicht vom Ärztemangel sprechen, sondern meinen, dass wir jetzt auch das Problem angehen und angegangen sind, und es auch schaffen, dass wir alle fünf Krankenhäuser von der ärztlichen Betreuung so ausstatten, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer Vertrauen in die Krankenhäuser bekommen und auch bisher gehabt haben, aber jetzt noch zusätzlich bekommen können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat.

Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Herr Landesrat, zurückkommend auf das Krankenhaus Oberwart. Sie kennen die Verkehrssituation im jetzigen Krankenhaus. Über die Dornburggasse, Schulgasse und die Informstraße. Jetzt schon eine Herausforderung.

Wie sehen Sie die Verkehrssituation, wenn das neue Krankenhaus errichtet wird in Anbetracht dessen, dass die B63 Umfahrung unmittelbar in der Nähe des neuen Krankenhauses liegt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Erstens bin ich nicht zuständig, aber das ist jetzt nicht der Punkt, sondern ich glaube, dass es doch einmal auch in Ihrem Sinne sein muss, ein neues Krankenhaus zu errichten und dass wir gemeinsam diese Lösung auch finden werden.

Wir haben, ich möchte jetzt nicht so sehr ins Detail gehen, aber auch Verhandlungen mit der Gemeinde, was das Parkdeck betrifft und so weiter, also wir werden eine Lösung finden, die dann auch die Anrainer zufriedenstellt.

Aber klar ist, und ich glaube, da sind wir doch einer Meinung, ich weiß es jetzt nicht genau, aber dass wir das neue Krankenhaus relativ ortsnah zum alten Krankenhaus errichten werden, und dass wir dann gemeinsam auch eine Verkehrslösung finden müssen, die auch Landesstraßen einbezieht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Zugegeben, es gibt eine lange politische Diskussion zum Neubau des Krankenhauses Oberwart. Es gab auch Vorplanungen in Höhe von rund acht Millionen Euro.

Zu wieviel Prozent, ich möchte jetzt absichtlich nicht in die politische Auseinandersetzung bei diesen Vorplanungen gehen, aber zu wieviel Prozent konnten diese Vorplanungen im Wert von acht Millionen Euro in das jetzige Projekt überhaupt integriert werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist eine schwierige Frage. Berechtigte Frage, aber schwierig zu beantworten. Das kann ich jetzt im Stegreif nicht machen und würde ich auch nicht machen, weil ja alles protokolliert wird. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)*

Ich sage Ihnen nur, dass sehr viele dieser Millionen, die hier in die Planung geflossen sind, die allerdings - noch einmal, das möchte ich betonen - im Einvernehmen zwischen der damaligen SPÖ und ÖVP-Regierung erfolgt sind*. (Abg. Ing. Rudolf Strommer: Da gab es einen Verantwortlichen.)* Auch jetzt noch einmal bis zum Jahr 2021 auch in den jetzigen Betrieb des Krankenhauses einfließen werden.

Ich sage das auch ganz offen, wir wollen das Krankenhaus Oberwart in der jetzigen Form auch bis zum Jahr 2021 beibehalten. Das heißt, dort gibt es auch noch Adaptierungsmaßnahmen, die notwendig sind, um den Patientinnen und Patienten auch die Versorgung zu gewähren, die sie verdienen, und insofern wird ein Großteil auch dieser Millionen in diesen Altbau fließen und einiges in den Neubau. Aber bitte nageln Sie mich jetzt nicht fest, wie viele Millionen das waren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das heißt, 2021 kann ich dann wieder fragen?)*

Ich kann es Ihnen auch schriftlich geben, irgendwann einmal, aber es ist nicht ganz einfach zu beantworten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Frage kommt vom Herrn Abgeordneten Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich war immer der Meinung, von Verteidigung verstehen Sie sehr viel, aber jetzt vom Sozialen auch. Daher freut es mich, dass wir es jetzt wirklich geschafft haben, 29 Ärzte ins Burgenland zu holen, was ja nicht einfach ist, wie wir über die Medien gehört haben, weil sonst bekommen wir ja keine Reaktionen von Ihnen, das würde ich mir auch gerne wünschen, dass die Opposition eingebunden wird.

Daher meine Frage: Hat die vorige Regierung beziehungsweise Ihr Vorgänger versagt, oder hat das System ausgehöhlt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es steht jedem Abgeordneten zu, so eine Frage zu stellen, aber ich halte sie nicht für besonders angebracht.

Nein, ganz im Gegenteil. Das burgenländische Spitalswesen ist gut ausgebaut, aber wir haben jetzt auch aufgrund der neuen gesetzlichen Lage, mit dem neuen Ärztegesetz, - wo die Ärzte, sage ich jetzt auch in dem Kreis, nicht schlecht gefahren sind, bisschen salopp formuliert - eine neue Situation.

Wir müssen auf die 48-Stunden-Betreuung zurückgehen. Wir haben es aber geschafft, beispielsweise in Ihrem Heimatbezirk, neun neue Ärzte zu gewinnen, *(Abg. Manfred Kölly: Gratuliere!)* davon zwei Primarärzte, ein Primararzt, eine Primarärztin.

Ich höre, ich bin ja auch sehr viel unterwegs, Sie haben das auch angesprochen, danke, dass die Menschen jetzt zufrieden sind, und das ist ein permanenter Prozess. Der hat jetzt weder mit den Vorgängern zu tun, sondern das müssen wir politisch, gesundheitspolitisch auch abhandeln.

Wie Sie auch aus den Gesundheitsparametern, die auch Ihnen bekannt sind, sehen, sind die Menschen mit der Versorgung in den Krankenhäusern im Burgenland auch in der Vergangenheit zufrieden gewesen, *(Abg. Manfred Kölly: Nein, waren sie nicht zufrieden.)* und wir werden in der Zukunft dafür sorgen, dass diese Zufriedenheit auch beibehalten wird.

Wenn wir die Möglichkeit haben, und das möchte ich jetzt schon dazusagen, SpitzenmedizinerInnen ins Burgenland zu bringen, wo ich täglich Irritationen aus dem beispielsweise Wr. Neustädter Bereich telefonisch bekomme, wieso habt ihr uns die guten Leute jetzt abgeworben, *(Abg. Manfred Kölly: Bist gut unterwegs. Passt eh.)* dann ist das sozusagen eine Wertschätzung und Belobigung unserer Arbeit in diesem Bereich. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Landesrat, ich weiß schon, Sie sind dafür jetzt nicht zur Verantwortung zu ziehen, aber halten Sie nicht den Platz des Krankenhauses für den falschen?

Meinen Infos nach soll ein Logistikzentrum jetzt auch noch dazukommen. Wir haben eine immense Verkehrsbelastung allein schon durch die neue Situation mit dem Einkaufszentrum. Da muss jetzt der Kreisverkehr erweitert werden. Wir haben auf der anderen Seite riesige Gewerbe- und freie Gebiete geschaffen, um Oberwart herum.

Wäre der Standort dort nicht noch einmal zu hinterfragen beziehungsweise eine Verkehrslösung zu überlegen, die die Bevölkerung nicht dermaßen beansprucht?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Aus meiner Sicht ändert sich nicht viel zu der Belastung, die derzeit herrscht. Jetzt habe ich auch keine Kritik gehört.

Ja, wir werden eine Verkehrslösung schaffen müssen.

Nein, wir werden den Standort nicht mehr verändern, denn das ist ja auch politisches Kalkül von einigen, ich will nicht sagen von denen, die hier im Raum sind, zu sagen, das kommt eh nie. Es kommt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich garantiere, 2021 wird dieses Krankenhaus an diesem Standort eröffnet werden, weil auch in den Vorgesprächen das mit der Gemeinde und auch so besprochen wurde, und es aus meiner Sicht der beste Standort ist, um hier ein Krankenhaus, das ist ja nicht ganz im Zentrum, sondern es ist ja außerhalb, peripher in der Gemeinde, auch kommen wird.

Und ehrlich gesagt, das muss ich als Politiker auch garantieren, dass man einen Weg, den man einschlägt, dann auch einhält.

Und das wollen wir machen. Und deswegen, noch einmal. Die Garantie, dass das 2021 eröffnet wird, mit dem klaren Fahrplan und da komme ich auf die erste Frage zurück, Generalplaner bis jetzt Anfang des nächsten Jahres, Generalunternehmer, Baumaschinen, Bau. 2021 Eröffnung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem niemand mehr zu Wort gemeldet ist, ist die Fragestunde durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 132), mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 geändert wird (Zahl 21 - 90) (Beilage 156)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 132, mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 geändert wird, Zahl 21 - 90, Beilage 156.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 geändert wird, in ihrer 2. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Als Erste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! In dieser uns vorliegenden Novelle geht es grundsätzlich um die Verbesserung der Ausbildungsqualität im land- und forstwirtschaftlichen Bereich. Qualität ist wichtig. Und wir garantieren durch diese Novelle einen qualitativen Anstieg und somit mehr Chancen für diejenigen, die sich entscheiden, einen Beruf im land- und forstwirtschaftlichen Bereich zu erlernen.

Hervorheben möchte ich die Anpassungen im Bereich der integrativen Ausbildung sowie die Ermöglichung von Ausbildungsverbünden. Besonders die Regelung von Schwerpunkten in der Lehre sowie die Teilnahme an internationalen Ausbildungsprogrammen sind wichtig und kommen den jungen Menschen nur zugute.

Somit ermöglicht man ihnen ein noch breiteres Spektrum an Berufsmöglichkeiten, was heutzutage immer wichtiger wird, denn Vielfalt bringt auch mehr Möglichkeiten.

Es wird auch ein Vertrauensrat in den Ausbildungseinrichtungen eingerichtet. Wir wissen, dass das auch ein sehr wichtiger Punkt ist. Jeder, der sich entscheidet, in diesem Bereich eine Ausbildung zu machen, soll auch eine Möglichkeit haben, bei allfälligen Missständen eine Ansprechperson zu haben, die auch in der Lage ist, diese Missstände zu beseitigen, beziehungsweise welche die Möglichkeit hat, zu reagieren und somit auch hier die Qualität der Ausbildung wieder gesteigert wird.

Somit werden wir dieser Novelle unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Dass das Agrarressort sehr spannend ist und die Diskussionen auch sehr emotional geführt werden, haben wir letztes Mal bei der Uhudlerproblematik gesehen. Ausnahmsweise muss ich dem Landeshauptmann einmal Recht geben, der im ORF Interview vor zwei Tagen gemeint hat, dass Politik Probleme lösen muss.

Deshalb auch meine Bitte an Sie, an die zuständige Landesrätin Verena Dunst, in ihrem Verantwortungsbereich dafür zu sorgen, dass es endlich zu einer gangbaren rechtssicheren Lösung kommt. Das haben sich die Uhudlerwinzerinnen und -winzer wirklich verdient und ist sicher für alle ohne Polemik nachvollziehbar. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich glaube, total unnötig ist auch, und es ist wirklich ein Skandal für die Demokratie, wenn in einem Zusammenhang bei der letzten Pressekonferenz zu diesem Thema Folgendes gesagt wird. Ich zitiere aus der APA-Meldung vom 12.11.2015, wo gesagt wird: „Sollten die Uhudlerwinzer bei einem Treffen kommende Woche, also da wird morgen die Vollversammlung sein, die Ergebnisse zweier runder Tische für obsolet erklären und sich doch für die Obstweinvariante aussprechen, dann werde sie das akzeptieren," meinte Dunst. Dann weiter unter Anführungszeichen: „Aber wehe denen, die unseren Uhudlerwein umbringen."

Es wird dann trotzdem Rodungen geben. Rodungen sind jetzt schon da. Es wäre klüger gewesen, vorher sich wirklich einer Lösung anzunehmen und weiters: Dann verspreche ich, dann gibt es wirklich schon einen ordentlichen Aufstand."

Ich glaube, solche Drohungen haben wirklich nichts verloren und schaffen keine Lösung, denn es wäre besser, Sie würden sich für eine Lösung aussprechen. Ich glaube, es wäre im Interesse aller und auch in Ihrem eigenen Interesse, dass wir so kleinlich hier hin- und herstreiten müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein nicht zu unterschützendes Thema, vor allem für die Viehwirtschaft, ist das neue Auftreten der Blauzungenkrankheit, die in den Bezirken Neusiedl am See und Jennersdorf festgestellt wurde. Es betrifft natürlich in erster Linie die kleinen und großen Wiederkäuer, also Schafe, Ziegen und Rinder, aber alle Viehhalter haben natürlich zusätzliche Transportauflagen im Umkreis von 150 km Radius zu erfüllen. Das ist wirklich sehr schwer für diese Viehhalterbetriebe.

Aufgrund der gestrigen Impfempfehlung des Gesundheitsministeriums ersuche ich auch hier um eine finanzielle Unterstützung, weil es gerade Viehhaltungsbetriebe aufgrund des geringen Fleisch- und Milchpreises in den letzten Monaten sehr schwer hatten und eine rasche Hilfe die Wertschätzung gegenüber diesem Personenkreis zeigt.

Es ist zu wenig, Frau Landesrätin, in Sonntagsreden zu erwähnen, wie wichtig die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern als Lieferanten für gesunde regionale Lebensmittel ist. Gerade in diesem extremen harten heurigen Jahr mit geringen Preisen brauchen unsere Landwirtinnen und Landwirte auch eine finanzielle Unterstützung als Wertschätzung. Da hilft ein Masterplan, der schon mehrmals angekündigt wurde, wenig. Wie wichtig Ihnen Bäuerinnen und Bauern tatsächlich sind, werden wir im letzten Tagesordnungspunkt betreffend rascher Unterstützung für die burgenländischen Landwirte sehen.

Wie vielfältig und interessant die Land- und Forstwirtschaft ist, zeigt schon allein die Lehrberufsbezeichnungen, die folgende Ausbildung umfasst: Landwirtschaft, ländliche Betriebs- und Haushaltsmanagement, Gartenbau, Feldgemüsebau, Obstbau und Obstverwertung, Weinbau und Kellerwirtschaft, Geflügelwirtschaft, Bienenwirtschaft, Forstwirtschaft, Forstgarten und Forstpflegewirtschaft, ländliche Lagerhaltung sowie die zusätzliche Einführung einer neuen Berufsausbildung in der Biomasseproduktion in der land- und forstwirtschaftlichen Bioenergiegewinnung.

Die Kollegin hat es vorhin schon gesagt, es ist notwendig, auch die Gesetzesänderungen seitens der EU-Richtlinien beziehungsweise des Bundesgesetzblattes 133/2011 und 157/2013 in ein Ausführungsgesetz des Landes zu übernehmen. Einiges wurde schon erwähnt. Ich möchte auch noch ergänzen, dass die Berufsbezeichnung des Lehrberufes ländliche Hauswirtschaft in ganz Österreich vereinheitlicht wird und es gibt auch die kombinierte Ausbildung in einem Lehrberuf und einen Ausbildungszweig. Wichtig ist uns natürlich auch die erfolgreiche Absolvierung einer dreijährigen land- und forstwirtschaftlichen Fachschule, ersetzt die Prüfung zur Facharbeiterin beziehungsweise Facharbeiter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die anderen Dinge möchte ich nicht mehr wiederholen. Insgesamt dienen sie natürlich der Umsetzungen der Verbesserung der Ausbildungsqualität im land- und forstwirtschaftlichen Bereich und kommen so jungen Menschen zu Gute. Seitens der rot-blauen Koalition werden ja viele Initiativen der EU und des Bundes schlechtgeredet. Hier ist wieder ein klarer Beweis, dass in diesen Institutionen in vielen Bereichen sehr zukunftsorientiert gearbeitet wird. Bildung ist das Fundament für Wohlstand,

Chancengerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt in unserem Land und für die Zukunft deshalb sehr wichtig.

Mein Dank gilt hier natürlich besonders allen, die sich immer wieder für die Ausbildung einsetzen, insbesondere die Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Burgenländischen Landwirtschaftskammer und selbstverständlich auch bei den Pädagoginnen und Pädagogen in den beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen des Landes, in Eisenstadt und in Güssing. Nachdem wir in Güssing nächste Woche am 26.11.2015 das 65-jährige Bestandsjubiläum feiern, lade ich sie dazu recht herzlich ein. Unsere Fraktion wird natürlich gerne diesem Änderungsgesetz zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Temmel! Das Thema Uhudler wurde in der letzten Landtagssitzung behandelt und es wurde auch in dieser Form die Vorgangsweise der neuen Frau Landesrätin im Bereich mit dem Umgang des Uhudlers besprochen. Ich habe Ihnen in dieser Form ganz einfach in diesem Hohen Haus gesagt, über welchen Zeitraum das Thema Uhudler besprochen und behandelt wurde und wer hier in dieser langen Zeit die politische Verantwortung hatte.

Die Frau Landesrätin Dunst hat im Bereich des Uhudlers hier zu zwei runden Tischen eingeladen. Fachexperten, Juristen und sämtliche Winzerinnen und Winzer und ich und vor allem auch das Feedback der Betroffenen haben gezeigt, dass sie sehr bemüht ist, hier eine Lösung herbeizuführen. Ich glaube nicht, dass wir in dieser Sache, in der Sache Uhudler, hier polemisch vorgehen sollten.

Ich darf aber nun zum Tagesordnungspunkt kommen. Die Mitgliedschaft Österreich bei der Europäischen Union macht es erforderlich, auch die land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 den Rechtsvorschriften anzupassen. Meine Vorrednerin, Frau Kollegin Stampfel, und auch der Kollege Temmel haben spezifisch für diesen Gesetzpunkt gesprochen und ich möchte mich hier nicht wiederholen.

Wir alle wissen, dass gerade in unserer schnelllebigen Zeit sich in vielen - man könnte eigentlich sagen in allen - Berufsspaten das Berufsbild in einem Berufsleben verändert. Sogar mehrmalig. Sprich, jener Ausbildungsstand, den man mit einer Lehre, mit einer Fachschule, einer höheren Schule, mit Studium oder Hochschulstudium erreicht, ob das im technischen, im wirtschaftlichen Bereich oder in der Dienstleistung ist, verändert sich stetig.

Das heißt, dass in allen Bereichen eine ständige Fort- und Weiterbildung erforderlich ist, um die Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen, um in seinem Berufsleben erfolgreich zu sein.

Voraussetzung ist in der Regel eine entsprechende Ausbildung in weiterer Folge natürlich die Erfahrung und die Fort- und Weiterbildung. Laotse hat gesagt: Lernen ist wie rudern gegen den Strom, hört man damit auf, treibt man zurück. Natürlich ist es auch in der land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung genauso. Wir sind auch - Kollege Temmel hat es angesprochen - auf unsere beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen in unserem Land Burgenland sehr stolz. Die Fachschule in Güssing und die Landwirtschaftliche Fachschule in Eisenstadt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir wissen auch längst, es besuchen nicht nur mehr Kinder von Landwirten diese Schule, denn gefragt sind die Absolventen. Es ist hier nicht wichtig, ob sie dann selber im wirtschaftlichen Betrieb oder auch natürlich hier als Arbeitskraft in weiterer Folge dienen. In Güssing besuchen im heurigen Schuljahr 95 Jugendliche die Fachschule. Sie kommen hier nicht nur aus dem Burgenland, sie kommen aus allen Bundesländern. Sie kommen aus ganz Österreich und sind auf die beiden Fachrichtungen in Güssing, auf die Pferdewirtschaft und auf die Landwirtschaft, aufgeteilt.

Seit 65 Jahren gibt es die Landwirtschaftliche Fachschule in Güssing und erst im Vorjahr wurde diese Fachschule, diese Landwirtschaftliche Fachschule, mit 4,8 Millionen Euro ausgebaut und renoviert. Auf zirka 70 ha wird hier mit Tieren in Güssing gewirtschaftet. Der Großteil biologisch, aber auch die konventionelle Landwirtschaft wird hier gelehrt mit den Fachrichtungen Landwirtschaft, Schwerpunkt biologisch, biologischer Landanbau und die Pferdewirtschaft.

In der Landwirtschaftlichen Fachschule in Eisenstadt werden hier die Fachrichtungen Weinbau und Kellerwirtschaft mit Wein-, Obst- und Gemüsebau ausgebildet. Das ist einzigartig in Österreich. Wir wissen ganz genau, eine zeitgemäße Aus- und Weiterbildung ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Ich möchte hier auch nicht verabsäumen, allen Leitern, Direktoren, den Verantwortlichen mit ihren Pädagoginnen und Pädagogen der beiden Fachschulen, der beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen, hier recht herzlich zu danken.

Aber, nun wieder zurück zur land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung. Die wesentlichen Änderungen sind die Einführung einer neuen Berufsausbildung in der Biomasseproduktion und Bioenergiegewinnung. Die Berufsbezeichnung für Lehr- und Ausbildungsberufe sowie die Erhöhung der Mindeststundenanzahl für den Ausbildungskurs zum Meister. Insgesamt dienen die Umsetzungen der Verbesserung der Ausbildungsqualität im land- und im forstwirtschaftlichen Bereich. Bewiesen ist, je höher die Ausbildung des Landwirtes, desto höher ist auch sein Einkommen und darum geben wir diesem Tagesordnungspunkt gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre positiven Rückmeldungen zu dieser Änderung des Schulgesetzes. Einige von Ihnen haben gesagt: Schule und Weiterbildung, Ausbildung und Qualifizierung darf nicht stehen bleiben.

In diesem Falle ist es eine Adaptierung an das Bundesgesetz. Ich finde, alle diese Punkte, die hier vorgesehen sind, für absolut richtig und zeitgemäß. Das ist in Ordnung. Das ist eine Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Pädagoginnen und Pädagogen, die sich hier neu ausrichten können.

Herzlichen Dank für diese positiven Redemeldungen. Ich glaube, dass auch alle beiden Schultypen, die ja unterschiedlich sind, und auch hier haben Sie schon dazu Bezug genommen, verschiedene Ausrichtungen haben und so fort, wichtig sind.

Ich sage Ihnen ein Beispiel, damit Sie es ein bisschen praktischer haben, was denn da alles geplant ist. Die Bildungsdirektion und die Bildungsreform waren ja in den letzten

Tagen sehr stark auch im Fokus der öffentlichen Diskussion. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wichtig ist immer, dass die Schule vor allem eines bleibt, nämlich, praktisch und vor allem real und jetzt an diese Zeit gebunden.

Wir haben ein unglaubliches Glück insofern, dass wir dort wirklich sehr engagierte Lehrerinnen und Lehrer haben, die es verstehen, sich neu auszurichten.

Ich sage Ihnen zwei Beispiele und genau das wird jetzt durch diese neue Möglichkeit des neuen Berufsausbildungsgesetzes, das für die Landwirtschaftlichen Fachschulen gilt, noch unterstrichen.

Ein Beispiel: Wir haben gerade in der Landwirtschaft in Güssing den Schwerpunkt auf Bio, weil das einfach auch die Zukunft ist neben der bisher herkömmlichen Methode der Landwirtschaft, die wir brauchen, um zu arbeiten, wir müssen aber natürlich auch den biologischen Landbau forcieren.

Deswegen ist es so wichtig, dass Güssing den Schwerpunkt Bio hat. Viele von Ihnen haben in der Berichterstattung auch mitbekommen, dass letzte Woche auch das Gewölbe in der Landesfachschule für Weinbau hier in Eisenstadt eröffnet wurde, wo das Land wieder - in Güssing 4,8 Mio. Euro im Vorjahr, heuer 350.000 Euro in die Hand genommen hat, nur alleine um ganz einfach hier die Attraktivität dieser Schulen zu erhöhen.

Die verdienen das auch, denn ich bin sicher, dass beide Schulen eine Freude haben, wenn wir heute über sie diskutieren und ihnen auch diesen Stellenwert geben. Wir haben im Weinbau genauso auf Bio umgestellt im Standort Eisenstadt und das ist gut und richtig so. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und den GRÜNEN)*

Sehr stolz ist Eisenstadt auch auf die erste Ernte heuer in der Bioweinwirtschaft und sie sind natürlich auch sehr stolz, wenn wir immer wieder auch eines tun und dieses Versprechen nehme ich Ihnen ab, nämlich, wirklich auch gerade diesen zwei Schulen ihren Respekt und die Anerkennung zu geben.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sie sind wie ich in der realen Welt und haben schon auch in den letzten Jahren gemerkt, dass manchmal schon ein bisschen verächtlich auf die Schulen geschaut wird – „Na, die Bauernschulen!“

Ich sage Ihnen ganz klar, wenn wir die Landwirtschaft und alle erzeugenden Betriebe, die im Burgenland tolle regionale Produkte haben, erhalten wollen, dann brauchen wir eine Zukunft.

Dann brauchen wir gut ausgebildete junge Menschen, die entweder einen landwirtschaftlichen oder produzierenden Betrieb übernehmen - und das tun sie ja auch, und sagen, in Ordnung, ich bin ein junger Mensch, ich komme zwar nicht aus dem Betrieb und ich komme nicht mit diesem Background, aber ich sehe in der Produktion von ländlichen Produkten eine Zukunft und ich entscheide mich dafür, dass ich einen Betrieb aufmache, einen Betrieb organisiere.

Dazu braucht es eine gute Qualifizierung und ich bin sehr froh, dass wir hier nicht davor scheuen, diese Schulen auch gut auszustatten.

Das war mir wichtig mit wirklicher Hochachtung und Wertschätzung für beide Schulen. Wir reden heute, und damit höre ich schon auf, von der Durchlässigkeit der Bildung und dieser Notwendigkeit dazu. Wenn Sie mich heute fragen: Was ist denn

beispielsweise ideal, bevor man eine Bodenkulturuniversität abschließt? Dann sage ich, viel Praxis!

Oft wirft man universitären Ausbildungen vor, dass Sie oft wenig Praxis haben. *(Abg. Manfred Kölly: Jeden Job annehmen.)* Ich sage Ihnen, wenn ich mir diese *(Abg. Manfred Kölly: Jeden Job!)* Schulen abschaue - beide - und nachher überlege, eine Universität für Bodenkultur zu machen, hier die Lehre mache, damit ich eine Abschlussprüfung habe, zusätzliche Ausbildungen habe, dann auch die Möglichkeit habe, mit Matura abzuschließen, dann ist das ideal.

Beide Schulen haben nämlich auch Kooperationen - unten in der Landwirtschaftlichen Fachschule kann man in die ECOLE Güssing übersteigen, macht dann eine Matura, hier heroben haben wir mit den beiden HAK-Schulen Neusiedl und Eisenstadt Kooperationen, Übergang zu den HAKs und dann Matura und dann eine Boku zu machen. Diese jungen Menschen können dann wirklich sagen, ich weiß, dass ich auch einen sehr großen praktischen Bezug habe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher dieses Berufsausbildungsgesetz, denn diese Abänderung ist wichtig und richtig. Noch einmal herzlichen Dank für Ihre Zustimmung.

Ich wollte nicht mit dem Uhudler beginnen, weil da der Herr Kollege das genützt hat, anstatt über die Schulen zu sprechen. *(Abg. Manfred Kölly: Sollte man schon reden.)* Ihm war es halt wieder einmal wichtig, nicht über die Schule und die Schüler, sondern vor allem mir wieder einmal eines auszuwischen. *(Abg. Walter Temmel: Nichts Auswischen! Eine Lösung will ich! Eine Lösung will ich hier haben.)*

Herr Temmel! Wenn Sie nicht endlich einmal bemerken, dass Sie sich lächerlich machen, hätten Sie da einmal durch die Reihen geschaut, wie Sie da wieder … *(Abg. Walter Temmel: Eine Lösung muss her, sagt auch der Herr Landeshauptmann. Lösungen!)* anstatt über die Schulen zu reden, die Sie genützt haben, um der Verena Dunst zu sagen, was ich tun soll, was Ihr Minister Rupprechter erledigen muss.

Ich erkläre es Ihnen gerne nochmals, *(Abg. Manfred Kölly: Setzt Euch zwei doch einfach zusammen.)* aber tun Sie mir einen Gefallen - lassen Sie bitte wirklich einmal Menschen an dieser Organisation arbeiten und hören Sie endlich einmal auf, weil jetzt machen Sie sich wirklich schön langsam lächerlich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Walter Temmel: Ich glaube, Sie machen sich lächerlich! Eine Lösung muss her und das schnell!)*

Noch einmal, ich hätte Ihnen gerne gewünscht, dass Sie sich das anschauen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich finde es auch nicht richtig, wenn man zu dem Thema jetzt redet, dass Sie dann mit dem Uhudler anfangen.

Aber, ich sage es gerne noch einmal für alle: Die EU-Marktordnung seit 2003 verbietet den Uhudler als Direktträger, indem man einige Sorten aufzählt, die verboten sind.

Der Herr Minister Rupprechter auf EU-Ebene ist nicht Land und nicht Landtag. Die EU-Ebene ist auf die jeweiligen nationalen Parlamente abgestellt. Das heißt, die nationalen Parlamente. Der Herr zuständige Minister Rupprechter muss auf der EU-Ebene dafür sorgen, dass wir Gespräche mit der EU aufnehmen, damit er als Fachminister und Zuständiger in den Ministerräten, wo er dort auch hinfährt und wo er auch natürlich mit

dem zuständigen Kommissar Hogan reden sollte - er ist dafür zuständig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Er hat mittlerweile mehrere Anfragen bekommen. Er hat alle Parteien im Parlament, dort, wo sie auch hingehören. Weil es die EU-Ebene ist, hat er eines getan, nämlich, ohnehin reagiert und hat gesagt, da gibt es einen Allparteienantrag.

Alle im Nationalrat vorhandenen Parteien haben einen Entschließungsantrag an ihn gerichtet und haben gesagt: Lieber Herr Minister! Wir helfen Ihnen ja, denn wir wollen mit diesem Entschließungsantrag sagen, bitte schauen Sie in Brüssel, damit Sie etwas zuwege bringen.

Was machen Sie? Sie geben mir ständig die Schuld, *(Abg. Walter Temmel: Wir brauchen endlich eine Lösung. Eine Lösung muss her!)* obwohl ich mich bemühe, eine Ebene darunter auch einiges zu schaffen. Sehen Sie endlich einmal diese Ebene, denn eines ist klar, mit Streitereien werden wir das nicht lösen.

Sie sitzen bei den Runden Tischen und stimmen zu, was ich dort sage und am nächsten Tag schreiben Sie dann den Zeitungen andere Dinge. Ich hoffe, Sie verlieren nicht Ihr Gedächtnis. *(Beifall bei der SPÖ – Allgemeine Unruhe – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist aber ein anderer Runder Tisch! Ein kleinerer!)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier. *(Abg. Mag. Christian Sagartz BA: Wir machen nur eine kleine Meinungsumfrage.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich hätte mich jetzt wahrscheinlich nicht zu Wort gemeldet, aber ich muss des Köllys Motto, jetzt für Euch beide, Frau Landesrätin und für Dich, *(Abg. Ilse Benkö. Setzen wir uns zusammen.)* Herr Kollege Temmel, strapazieren:

„Setzt Euch zusammen und redet das einmal miteinander aus!“ Ich glaube, dass der Uhudler es wert ist, hier eine klare Verbindungsebene zu finden und man sich auch dementsprechend austauschen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Bravo! – Beifall des Abgeordneten Manfred Kölly.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die landwirtschaftlichen Fachschulen sind ein Kapitel für sich im Verhältnis auf die Vergangenheit und im Ausblick auf die Zukunft.

Wenn wir den Status Quo vor zehn oder 15 Jahren betrachten, dann hat diese landwirtschaftliche Fachschule im Ausbildungsgang eher eine negative öffentliche Wirksamkeit gehabt. Das heißt, in der Regel war es schlecht besetzt und es war nicht en vogue, sich in diese landwirtschaftliche Fachschule zu begeben, um einen Ausbildungsgang zu starten. Heute ist das grundsätzlich anders.

Mein Vorredner Wolfgang Sodl hat es betont, dass der gesellschaftspolitische Wandel auch daran zu erkennen ist, dass viele Kinder, die an sich überhaupt nichts mit Landwirtschaft vom Elternhaus her geprägt zu tun haben, den Ausbildungsgang in eine landwirtschaftliche Fachschule beschreiten.

Dieser gesellschaftliche Wandel ist auch, wie es die Frau Landesrätin vorher bezeichnet hat, darauf zurückzuführen, dass Bildung sehr wohl nicht nur in der Historie, sondern auch in der Gegenwart und für die Zukunft sehr viel mit praktischer Ausbildung zu

tun haben wird, denn es ist ein wirklicher Forderungsansatz, hier entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Wenn wir uns dieses Gesetz ansehen, wo es heißt, in der Vielfalt der Ausbildungszweige ländliches Betriebs- und Haushaltsmanagement, Gartenbau, Feldgemüsebau, Obstbau und Obstverwertung, Weinbau und Kellerwirtschaft, Molkerei und Käsewirtschaft, Pferdewirtschaft, Fischerei, Geflügel, Bienen, Forstwirtschaft, Forstgarten und Forstpflegewirtschaft, Landwirtschaftliche Lagerhaltung und Biomasseproduktion und Land- und Forstwirtschaftliche Bioenergiegewinnung, dann sieht man anhand dieser Vielfalt, welche Möglichkeiten es in unserer Gesellschaft zu wirken aufgrund dieser Ausbildungssituation möglich ist.

Ich kann davon ausgehen, dass der Schwerpunkt nicht parteipolitisch, quasi doktriniert, für beide Landwirtschaftliche Fachschulen in den letzten beiden Jahren in hohen Investitionssummen gelegen ist und daher auch die Bedeutung, die das Land dieser Ausbildungsschiene zumisst, zugenommen hat.

Das heißt, wir haben ein Wechselspiel. Auf der einen Seite gesellschaftspolitisch, die durchaus sehr hohe Anerkennung von Absolventen der Landwirtschaftlichen Fachschulen, auf der anderen Seite auch die Investitionsaktivität seitens der Landesregierung, um hier ein entsprechendes Rüstzeug vermitteln zu können mit den besten Möglichkeiten aufgrund der vorhandenen Infrastruktur.

Nicht zuletzt ist erst in der vergangenen Woche auch im Bereich der Kellereiwirtschaft in der Landwirtschaftlichen Fachschule Eisenstadt eine Neusituierung oder eine Neukonstruktion der Bestimmung übergeben worden, was durchaus auch sehr viel Sinn macht, weil es in Zusammenhang mit der Schließung der Landwirtschaftlichen Fachschule in Neusiedl jetzt hier in Eisenstadt diesen Schwerpunkt gibt.

Das heißt, wir haben auf der einen Seite eine breit angelegte Diskussion über die Ausbildungsschiene und ich bin davon überzeugt, dass die Zukunft gerade in diesem Segment in der versuchten, jetzt noch in den Versuchsanfängen stehenden Veredelungssituation auf landwirtschaftliche Produkte durch die entsprechende Grundlagenausbildung der Meisterinnen und Meister eine ganz gewichtige Auseinandersetzung bringt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auf der anderen Seite, wenn das Burgenländische Landesmotto heißt „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“, dann ist es mehr als geboten, auch dafür Sorge zu tragen, dass sich in diesem landwirtschaftlichen Bereich auch sehr viel Neues entwickelt.

Wir werden im Burgenland mit Sicherheit auch weiterhin ein Sterben landwirtschaftlicher Betriebe haben, wenn es nicht gelingt, nicht nur durch Ausbildungssituation, sondern durch Veredelungstechniken, die dem landwirtschaftlichen Produktionszweig ein höheres Einkommen gewährleisten, diesen gegebenen Weg zu stoppen.

Daher ist die Situation auch mit dieser Neuregelung der gesetzlichen Zugänge auf die landwirtschaftliche Facharbeiterausbildung nur zu begrüßen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1993 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 142), mit dem das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 100) (Beilage 157)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Wir kommen zur Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 142, mit dem das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 100, Beilage 157.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz geändert wird, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 04. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes mit dem das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich eines hier sagen, wenn ich zu der Änderung dieses Landesbetreuungsgesetzes rede:

Ich habe kein Interesse daran, dass wir hier in ein parteipolitisches Hick-Hack hineinkommen, dass es um Schuldzuweisungen geht, ob jetzt mehr das Innenministerium oder mehr die Landesregierung an irgendetwas Schuld sei.

Mir geht es hier um Menschen und mir geht es hier um eine Problemlösung für etwas, wo tatsächlich ein Problem vorliegt. Nur dieses Gesetz löst es nicht. Wir haben wieder eine Gesetzesänderung, in der es in den meisten Punkten entweder um eine Korrektur geht, weil es nicht mehr aktuell ist, oder um Anpassungen an neue EU-Gesetzeslagen. Ich bin nicht mit allen Punkten im Detail immer einverstanden, aber ich bin nicht pingelig.

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der wirklich tragisch ist. Es wurde ein weiterer Punkt eingeführt, der problematisch ist, und ich möchte das hier so deutlich sagen, weil mein Eindruck ist, man kann das auch beim ersten Darüberlesen gar nicht so erkennen, wenn man nicht in das Fachgebiet eingearbeitet ist.

Dem § 2 wird nämlich folgender Absatz 5 angeführt: „Trotz Hilfs- und Schutzbedürftigkeit besteht kein Anspruch auf Grundversorgung für Fremde, die

1. in einer Betreuungseinrichtung des Bundes oder eines anderes Bundeslandes untergebracht sind,
2. nach Maßgabe der Grundversorgungsvereinbarung von der zuständigen Bundesstelle einem anderen Bundesland als dem Burgenland zur Betreuung zugewiesen wurden,
3. Grundversorgungsleistung im Burgenland beantragen, ohne dass die in der Grundversorgungsvereinbarung dafür zuständige Bundesstelle vorgesehene Zuweisung vorgenommen oder abgewartet wurde.“

Das klingt, wenn man es einfach nur liest und sich mit der Sachlage nicht auskennt, durchaus logisch. Es ist aber höchst problematisch.

Eine kurze Einleitung dazu: Wenn Fremde in einer Betreuungseinrichtung des Bundes oder eines anderen Bundeslandes untergebracht sind, soll jetzt ausdrücklich von der Möglichkeit, diese in die Grundversorgung aufzunehmen, ausgeschlossen werden.

Nun ist es ja so, dass die Grundversorgung bisher zu Beginn zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent vom Land zu bezahlen ist. Was passiert nun, wenn Fremde selbst nach Zulassung zum inhaltlichen Verfahren weiterhin in Betreuungsstellen des Bundes untergebracht sind, weil sie noch keinem Quartier im Land zugewiesen wurde? Das haben wir ja zurzeit sehr häufig, zu diesem Zeitpunkt de jure aber längst in Grundversorgung sein sollten?

Will man sich hier absichern, dass das Land seiner Verpflichtung, Grundversorgung zu leisten, entbunden werden soll? Nun geht das aber noch viel weiter.

Es ist ja so, dass das Innenministerium nicht genug Plätze für die Erstaufnahme von Schutzsuchenden schafft. Es nimmt die meisten gar nicht mehr in Bundesbetreuung und weist sie daher auch nicht zu. Das ist ein Zustand, der ist nicht in Ordnung.

Aber wir brauchen eine Lösung dafür und wir dürfen als Land nicht sagen: „Wir wollen als Land auch keine Lösung dafür beitragen.“ Andere Bundesländer tun das. *(Beifall auf der Galerie und den GRÜNEN)*

Alle anderen Bundesländer, und auch diese Information bekommen wir aus dem Ministerium, namentlich Kärnten, Niederösterreich, Tirol und Wien, haben damit angefangen, die obdachlosen Schutzsuchenden selbst auf Eigeninitiative in

Grundversorgung aufzunehmen, damit diese nicht obdachlos bleiben und weil sonst die vorhandenen Grundversorgungsquartiere leer bleiben würden, da der Bund kaum mehr Schutzsuchende zuweist.

Immer wieder stehen Asylwerbende auf der Straße. Wir erleben das, ich erlebe es persönlich auch in Eisenstadt. Ich habe erst in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wieder zwei Iraker, eine junge Irakerin und ein acht Monate altes Baby bei mir zu Hause im Arbeitszimmer und im Wohnzimmer nächtigen lassen, weil sie sonst auf der Straße gestanden wären.

Es liegt nicht daran, dass es einen Mangel an Quartieren gäbe bei uns. Es liegt am Kapazitätsmangel von den zuständigen Behörden. Diese Menschen hätten nach dem neu im Landesbetreuungsgesetz vorgesehenen § 2 Absatz 5 kein Recht auf jedwede Leistung aus der Grundversorgung, da die zuständige Bundesstelle de facto keine Zuweisung getroffen hat.

Auch wenn es hier in erster Linie einmal um eine massive Nachlässigkeit im Bundesministerium für Inneres geht, und die Betroffenen der Willkür einer Bundesstelle ausgeliefert sind, darf sich das Land durch eine schnelle Gesetzesänderung nicht einfach aus der Verantwortung für diese Menschen stehlen und sich per Gesetz für nicht zuständig erklären. *(Beifall auf der Galerie und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Entschuldigung, Frau Abgeordnete! Ich möchte die Sitzung kurz unterbrechen und möchte mitteilen, dass Beifallskundgebungen von der Galerie untersagt sind.

Bitte Frau Abgeordnete, Sie können fortfahren. Danke.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Danke schön. Es sitzen Leute auf der Galerie die offensichtlich sozusagen genau wissen, wovon ich spreche. Aber wir haben hier unsere Regeln. *(Abg. Doris Prohaska: Das heißt aber nicht, dass wir alle die hier nicht applaudieren, kennen sich nicht aus, oder? Das ist vice versa.)*

Haben Sie mir zu Ende zugehört? Ich habe gesagt, wir haben halt hier unsere Regeln. Ich habe das nicht kritisiert. *(Abg. Doris Prohaska: Sie haben gesagt, Leute die sich auskennen, das heißt, alle, die nicht applaudieren, kennen sich nicht aus.)* Nein, nein, wenn ich gesagt hätte, wir haben hier viele Frauen sitzen. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist vice versa.)* Nein, nein, das ist ein komischer Rückschluss.

Ich spreche jetzt weiter. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist logisch.)* Nein, gut. Schauen Sie auf die Logik, die uns dieses Gesetz jetzt bietet.

Wir haben Quartiere im Burgenland, wir haben Menschen, die bieten Zimmer, die bieten Wohnungen, die bieten Häuser an und werden zunehmend zornig, weil nicht darauf reagiert wird, weil sie die Botschaft erhalten, eure Hilfe wird eh nicht gebraucht.

Mitunter mehr noch, sie bekommen die Botschaft: „Selbst Schuld, wenn ihr Leute, die auf der Straße stehen, einfach aufnehmt. Das hättet ihr ja gar nicht machen dürfen."

Nun erlebe ich schon, dass sowohl bei uns im Land, in der Grundversorgungsstelle, als auch seitens einiger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Büro des Landesrates und von Einzelpersonen immer wieder viel Engagement persönlich an den Tag gelegt wird. Wir haben es erst kürzlich wieder geschafft, dass drei Familien dann doch in Grundversorgung genommen werden können.

Aber es geht nicht an, dass wir heute hier ein Gesetz beschließen, wo wir uns herausnehmen aus der Verantwortung und sagen, nein, das Burgenland hat diesen

Menschen nicht zu helfen, auch wenn sie auf der Straße stehen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das stimmt nicht. - Beifall bei den GRÜNEN - Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das stimmt nicht, das stimmt absolut nicht.)*

Wer diesem Absatz zustimmt, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Die Grundversorgung bleibt doch. Das stimmt ja alles nicht.)* Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, darf ich bitte meine Aussagen zu Ende führen? Danke. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.)* Ja, lesen Sie das Gesetz, das hier vorliegt.

Wer diesem Absatz zustimmt, ermöglicht es in unserem Land, das gesetzlich beschlossen wird, dass wir nicht zuständig sein wollen für Menschen, die auf der Straße stehen, obwohl ihnen Bürgerinnen und Bürger des Landes ein Dach über dem Kopf anbieten.

Damit verbunden ist aber auch die Verwehrung der gesundheitlichen Versorgung. Und es ist nicht nur menschlich grausam, das ist auch kurzsichtig und dumm, weil jede Verschleppung von nötigen Gesundheitsuntersuchungen und medizinischer Versorgung größere Probleme nach sich zieht und damit auch größere finanzielle Belastungen.

Die angestrebte Neuregelung würde also eine erhebliche Verschlechterung für Flüchtlinge bedeuten und zudem von hilfsbereiten und ehrenamtlich tätigen Burgenländerinnen und Burgenländern als Akt des Zynismus der politisch Verantwortlichen empfunden werden. Und in diesem Fall ist dieses Haus hier, der Landtag, dafür politisch verantwortlich.

Es geht mir überhaupt nicht darum, über Quoten zu diskutieren. In der jetzigen Situation finde ich das absolut unpassend nur darauf zu schauen, wer gerade die Quote erfüllt oder nicht. Mir geht es darum, dass wir verantwortungsvoll hier eine Lösung finden, denn es liegt noch viel Anderes im Argen.

Es gibt eine Unterbesetzung, nach wie vor, in der Abteilung für Grundversorgung, bei uns hier im Land in der Abteilung 6. Das führt zu Chaos, das wiederum zu mehr Arbeit führt. Angebotene Quartiere werden nicht geprüft, können nicht betreut werden.

Menschen, die Wohnraum zur Verfügung stellen, werden zurückgewiesen und frustriert. Ich habe massenhaft Mails, Anrufe und SMS, wo mir Menschen von ihren eigenen Geschichten erzählen. Auch diese Wohnraumbörse löst das Problem nicht.

Wer das Problem wirklich lösen will, muss Druck auf das Innenministerium machen und dafür sorgen, dass die Schutzsuchenden unverzüglich in Landesbetreuung übernommen werden können.

Dass sich an der Finanzierungsstruktur im Asylwesen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden etwas ändern muss, weil frühere Vereinbarungen den heutigen Herausforderungen einfach nicht mehr gerecht werden, das liegt auf der Hand. Da hinein muss Energie gesteckt werden, nicht in gegenseitige Schuldzuweisung. *(Beifall beim Abg. Ing. Rudolf Strommer und den GRÜNEN.)*

Wir müssen lösungsorientiert vorgehen. Immer mehr Menschen verstehen das, weil immer mehr Bürgerinnen und Bürgern klar ist, dass es niemals gut ist, wenn Menschen auf der Straße stehen und noch dazu böswilligen Anfeindungen ausgesetzt sind, nach den letzten Attentaten mehr denn je.

Asylwerbende brauchen heute vielfach zusätzlichen Schutz vor denen, die sie für den Terror in Europa verantwortlich machen, für jenen Terror, vor dem sie selbst geflohen sind. Das ist doch grotesk.

Ich habe ganze Listen von Menschen, die im Kreis geschickt werden. Des Datenschutzes wegen kann ich diese natürlich nicht vorlesen. Ich habe Listen von Wohnraumanbieterinnen und -anbietern, die darauf warten, dass ihnen Asylwerbende zugeteilt werden. Der Winter kommt, handeln wir bitte entschlossen und schließen wir diese Menschen nicht aus!

Ich kann noch verstehen, wenn einzelne Abgeordnete sich der Sachlage bislang nicht bewusst waren, man verlässt sich ja auf die Kompetenzen im eigenen Klub.

Ich habe auch mit dem Herrn Klubobmann Hergovich letzte Woche gesprochen und habe versucht, Ihnen das nahe zu legen. Ich habe ein wenig den Eindruck, dass es nicht bis zu den Kolleginnen und Kollegen im gesamten Klub durchgedrungen ist.

Ich bin auch persönlich sehr enttäuscht, muss ich sagen, weil ich wollte hier auch zeigen, da geht es um eine Sache, wo ich nicht öffentlich in Presseaussendungen und Pressekonferenzen mich darüber beschwere, was hier wieder vorgelegt wird, sondern sowohl mit dem Landesrat, mit dem Kollegen von der SPÖ-Fraktion, mit jenen, die hier maßgeblich ihre Stimme ins Zeug legen zu sprechen und zu sagen, schaut Euch das noch einmal an.

Der Kollege Kovacs hat in Eisenstadt eine Flüchtlingsbeauftragte eingesetzt, die mir in diesem Punkt übrigens auch zustimmt. Ich hoffe, Sie hören auf sie, weil, sie ist ja ihre Fachfrau in Eisenstadt.

Ich bringe daher jetzt einen Abänderungsantrag ein und wende mich auch an die Kollegen der FPÖ. Den Kollegen Molnár kenne ich ja mittlerweile auch aus dem Gemeinderat sehr gut.

Ich weiß, Sie stehen politisch ganz wo anderes als ich, aber Sie sind kein Unmensch*. (Zwiegespräche bei der FPÖ und ÖVP)* Und ich nehme an, auch Sie wollen nicht, dass die Menschen auf der Straße stehen und wir uns gesetzlich absichern, dass wir uns nicht mehr um sie kümmern.

Ich bringe daher einen Abänderungsantrag ein, der einfach die Ziffer 4 im vorgelegten Antrag auslässt:

Der Landtag wolle beschließen, die Ziffer 4 wird wie folgt geändert: 4. - Ohne Text. Ich bringe das jetzt ein. *(Die Abg. Mag.a Petrik übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag.)* Das ist nicht ganz der Text, den ich vorher ausgeteilt habe, denn sonst müsste ich ihn jetzt vorlesen.

Bitte handeln Sie, als gewählte Abgeordnete mit Ihrem freien Mandat, aufgrund des nun neuen Wissens, aufgrund Ihres Gewissens, Ihres sozialen Gewissens, Ihres menschenrechtlichen Gewissens.

Wer diesem Gesetz zustimmt, schickt Menschen auf die Straße, verhindert Hilfsleistungen und macht die Mauer gegenüber allen Schutzsuchenden, um die sich keiner mehr kümmern darf. Es wird gesetzlich festgelegt: Das Burgenland will nicht helfen. Mit diesem Gesetz wird das Burgenland das unmenschliche Gesicht Österreichs.

Bitte lassen Sie das nicht zu! *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Kovasits.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Grundsätzlich geht es hier um die Umsetzung einer EU-Richtlinie, die schon im Juli des heurigen Jahres umgesetzt werden hätte müssen und daher werden wir dieser Novelle auch unsere Zustimmung erteilen, auch wenn wir nicht begeistert davon sind. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist aber gut. Die ist gut die Aussage, super!)*

Wir wissen, dass der § 2 für Aufregung gesorgt hat, was ich auch teilweise verstehe. Grundsätzlich ist das, was hier im Absatz 5 angefügt wird, nur Präzisierung der Grundversorgungsvereinbarung.

Was ich aber überhaupt nicht verstehen kann, ist, dass der Bund die Grenzen öffnet und alle einlädt zu kommen, und dann nicht in der Lage ist, entsprechende Quartiere zur Verfügung zu stellen. Hier müssen grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden.

Entweder wir haben Quartiere oder wir können eben keine zusätzlichen Asylwerber aufnehmen. Es kann nicht sein, dass dann teilweise Familien oder alleinreisende Mütter mit Kindern über Nacht auf der Straße stehen, nur weil der Bund strotzt vor Inkompetenz und mit der Situation, die er selbst verursacht hat, überfordert ist. *(Abg. Gerhard Steier: Der Bund ist schuld.)*

Nicht das Land, sondern der Bund nach der Grundversorgungsvereinbarung ist *(Abg. Gerhard Steier: Der Bund ist schuld, ausgezeichnet.)* zuständig und hat hier auch dementsprechend zu handeln. *(Abg. Gerhard Steier: Wir gehören da nicht dazu? – Abg. Manfred Kölly: Das war es! – Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Das geht schneller heute, wie in der Fragestunde.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Dieser Initiativantrag, der eingebracht wurde zum Landesbetreuungsgesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie gestatten schon, dass ich das doch einiger Maßen kommentieren möchten.

Vorher, wie bei jedem Gesetz, ist die Diskussion eine Grundsatzdebatte, wo Spezial- und Generaldebatte in einem durchgeführt werden. Die Frau Landesrätin Dunst ist jetzt nicht da, und wir werden uns als Mandatare dieses Hohen Hauses aber überhaupt von niemandem vorschreiben lassen, worüber wir reden, wie lange wir zu einem Gesetz reden, zu welchem Thema, vor allem dann, wenn es darum geht, dass Spezial- und Generaldebatte unter einem geführt wird.

Und wenn der Abgeordnete Temmel sagt, es ist mir ein Anliegen, in seiner Region, dass das Thema Uhudlerwein auch entsprechend einer Lösung zugeführt wird, dann werden wir ihn auch in dieser Situation unterstützen, egal ob die Frau Oberlehrerin uns da was dazu sagt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Frau Landesrätin Dunst hat sich den Abgeordneten Temmel nicht ausgesucht, wir haben uns die Landesrätin Dunst auch nicht ausgesucht. *(Unruhe bei der SPÖ)* Wir müssen gemeinsam arbeiten und das werden wir auch tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Monaten, - und das Burgenland hat 285.000 Einwohner, - sind durch unser Land sind mehr Menschen durchgezogen, als wir Einwohner haben. 300.000 Menschen, Nickelsdorf, Südburgenland, Heiligenkreuz, - mehr Menschen als wir Einwohner haben. 300.000 Menschen, denen wir menschlich begegnet sind, wie auch immer.

Viele wollen nach Deutschland durch, nach Skandinavien, in die nordischen Länder, aber wir haben sie medizinisch versorgt, wir haben sie sanitär versorgt, wir haben sie mit Essen versorgt, wir haben sie mit Kleidung versorgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da gilt der Dank allen Hilfsorganisationen. Der Polizei, dem Roten Kreuz, den Feuerwehren, der Zivilgesellschaft, alle, die dazu beigetragen haben, dass wir das Problem, und es war ein Problem, und es ist noch nicht vorbei, lösen konnten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Wir wissen schon, eine Einladungspolitik, eine Einladungskultur, eine Willkommenskultur unserer Nachbarn, wie auch immer, hat Menschen in Bewegung gesetzt.

Aber versetzen Sie sich in die Lage dieser Menschen, die aus Kriegsgebieten kommen, die schon drei oder vier Jahre in Lagern leben, für sich selbst und für die eigenen Kinder keine wie immer geartete Perspektive sehen, weil sich auch die Weltgemeinschaft von diesen Verpflichtungen dort etwas zu tun, zurückgezogen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn diese Menschen einen Lichtschein sehen, und diese Einladungskultur war ebenso ein Lichtschein, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn dieser Strohhalm auch entsprechend genommen wird und sich diese Menschen in Bewegung setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nichtsdestotrotz, wir müssen alles tun, um jenen Menschen, die nach wie vor in Lagern leben, es ihnen ermöglichen, vor Ort eine Perspektive zu haben. Und ob wir das wollen oder nicht, es wird uns in unserer aller Interesse nichts anderes übrig bleiben, als das zu tun - A.

Und B - die EU Außengrenzen so zu sichern, dass wir die Reisefreiheit innerhalb Europas, so wie bisher, wieder genießen können. Wenn wir das nicht im Stande sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann wird diese Qualität der Reisefreiheit, die wir bisher genießen konnten, nicht mehr da sein.

Ob uns das gefällt oder nicht, ob eine Diskussion in Spielfeld in Gang gesetzt wurde oder nicht. Zum Schutz jener, die zu uns kommen und hier Hilfe suchen, aber auch zum Schutz jener österreichischen Behörden an der Grenze - Bundesheer, Assistenzeinsatz - die dort Dienst verrichten, zum Schutz jener, brauchen wir dort Einrichtungen, um es jenen die zu uns kommen wollen, auch zu ermöglichen, geordnet über diese Grenze zu kommen.

Jeder, der die Situation in Spielfeld kennt, weiß, dass dort die Autobahn ist, dass dort die Eisenbahn ist und dass dort ein Grenzübergang, ein Bundesstraßengrenzübergang ist, zwei Kilometer Grünland, dann ist die Drau. Jeder, der das dort kennt, wird wissen, dass es baulicher Maßnahmen bedarf und ob ich das Zaun nenne oder stark befestigte wie immer Anlagen, das ist wie ein militärischer Ausdruck, verwende ich nicht so.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was Minister Klug dort vorgelegt hat, de facto einen Trichter zu machen, das wäre eine Situation wie am Bergisel damals, erinnern Sie sich, was damals passiert ist. Wenn dort jemand zu Sturz kommt, der hat keine Chance mehr. Das war alles andere als klug, was der Herr Minister Klug dort vorgelegt hat.

Und ich unterstütze ganz bewusst von dieser Stelle hier, die Bemühungen der Frau Innenministerin, dort jenen, die zu uns kommen wollen, einen sicheren Übertritt und eine sichere Möglichkeit, sich registrieren zu lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch zu ermöglichen. Alles andere wäre verantwortungslos. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte auch in wenigen Worten auf das, was vorige Woche, am Freitag, den 13., in Paris passiert ist, eingehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ja, es war dies ein Anschlag auf uns alle, auf unser aller Gesellschaftssystem. Und die Staatengemeinschaft, ich bin sehr froh, hat in einer noch nie dagewesenen solidarischen Art und Weise das verurteilt, diesen Anschlag auf unser demokratisches Gefüge, auf unsere demokratische Gesellschaft.

Unser Mitgefühl gilt den Menschen in Paris, gilt den Menschen in Frankreich. Es war dies ein Anschlag auf unsere Gesellschaft. Es war dies ein Anschlag auf unser demokratisches System mit dem Ziel der Destabilisierung und hier darf es nur eine Antwort geben.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Burgenländischen Landesbetreuungsgesetz. Die heutige Behandlung dieses Burgenländischen Landesbetreuungsgesetzes im Landtag passt zum Bild dieser schwächsten Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, die wir je hatten. *(Abg. Robert Hergovich: Die schwächste ÖVP haben wir, die schwächste ÖVP.)* Von links links bis zum Bollwerk gegen rechts rechts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 2013, und *(Abg. Robert Hergovich: Wahlergebnisse vergleichen!)* das hat der Vorredner ja gesagt, liegt dieser Auftrag hier. Dieser Auftrag, EU-Richtlinien umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 2013, wo es ganz andere Voraussetzungen in Europa gab. Unter diesen Hospizen hat damals die Europäische Union die Mitgliedsländer aufgefordert, in nationales und in Landesrecht, bestimmte Dinge umzusetzen. Da war von einer Flüchtlingsbewegung mit hunderttausenden Menschen in Europa noch keine Rede.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, statt einer Regierungsvorlage, ich habe mir zuerst gedacht, als diese Diskussion gekommen ist, Herr Landesrat Darabos, zuständiges Regierungsmitglied, ist nicht da, da hab ich mich ja besonnen, ist ja nicht sein Gesetz.

Es ist ein Initiativantrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, anstatt eine Regierungsvorlage zu erarbeiten, ordentliche Parteiverhandlungen mit allen im Landtag vertretenen Parteien zu führen und dann nach Abschluss der Parteienverhandlung, wie

sich das gehört, bei einer ordentlichen Gesetzeswerdung, den Gesetzesvorschlag einer Begutachtung zuzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um sicher zu gehen, dass das Knowhow der Experten hier im Haus mit einfließen kann, um sicher zu gehen, dass das Knowhow der externen Experten, der Interessensvertretungen, der Kammern, der Gemeinden, der Sozialpartnern, Gewerkschaft, wie auch immer, hier einfließt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie von der SPÖ, Sie von der FPÖ, Sie nehmen mit dieser heutigen Vorgangsweise, vielen Mandataren, die Mitgestaltungsmöglichkeit. Sie nehmen den Experten die Möglichkeit, ihr Knowhow einzubringen, weil Sie Begutachtung und Parteienverhandlung, meine sehr geehrten Damen und Herren, dabei überhaupt nicht ins Auge gefasst haben. *(Beifall bei ÖVP)*

Ein „Husch-Pfusch“ Initiativantrag von SPÖ und FPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich ein klares Misstrauen gegen diese Regierung. *(Abg. Walter Temmel: Na schau.)* Weil die Regierung säumig ist, wurde der Landtag, SPÖ und FPÖ, aktiv. Na ein schönes Vertrauen ist das.

Na ist das eine schöne Zusammenarbeit, die Sie sich hier selbst ausgesucht haben, nicht *(Abg. Robert Hergovich: Freut mich, dass Du Dir solche Sorgen machst.)* auf Grund von proporzmäßiger Zusammensetzung, sondern *(Abg. Robert Hergovich: Mach Dir lieber Sorgen um die ÖVP)* das sind Freunde, die sich hier gefunden haben.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Klubobmann von der SPÖ, *(Zwiegespräche bei der FPÖ und ÖVP - Abg. Christian Sargartz, BA: Ihr habt ja keine Ahnung.)* es ist dasselbe Strickmuster wie beim bisherigen Gesetz, das Sie als Sammelgesetz damals eingebracht haben, Sie erinnern sich, wo alle Beiräte so verändert wurden, dass alle ÖVP Vertreter eliminiert wurden.

Genauso ein Initiativantrag von der SPÖ. Mit einer Abstimmungspanne, deswegen ist auch ein Verfahren beim Verfassungsgerichtshof anhängig. Diese von SPÖ und FPÖ an den Tag gelegte Vorgangsweise, war die größte Aktion in der Zweiten Republik, um sich politisch Andersdenkender in den Beiräten zu entledigen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das ist demokratiepolitisch bedenklich. *(Abg. Werner Friedl: Ich sag nur Innenministerin.)* Ja, wenn es gegen Wien geht, da sind sie sich einig, in dieser unseligen Koalition. Da müssen wir fordern, die Hausaufgaben zu machen und die Quoten zu erfüllen.

Na das sollen andere tun, meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Erfüllen dieser Quote, wie wohl die Frau Kollegin Quoten ablehnt. Anders wird es aber nicht gehen, als dass man bestimmte Dinge, die auf Bundesebene und auf Landesebene notwendig sind, auch in bestimmte Bahnen lenkt.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, 2006, als dieses Gesetz, das heute novelliert werden soll, hier im Landtag debattiert wurde, 2006 haben die Grünen bei der Beschlussfassung dieses Gesetzes mitgestimmt, wie wohl eine so ähnliche Argumentation wie heute, so die Aussage der damaligen Klubobfrau Grete Krojer, es ihnen nicht weit genug ging.

Wir haben damals auch eine Diskussion geführt und es gab Abänderungsanträge, ich bin gespannt, wie die FPÖ heute bei der Abstimmung wieder einmal ihre Seele verkauft. Ich habe nämlich genau nachgelesen, mit welchen Argumenten die FPÖ im Jahr 2006 bei der Beschlussfassung ihre Zustimmung verweigert hat.

Ich weiß auch 2006, *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.)* Herr Kollege, lesen Sie einmal nach. Sie, Herr Kollege Tschürtz, waren damals Klubobmann der Freiheitlichen.

Sie haben erklärt, dass Ihnen das viel zu weit gehe. Die FPÖ nicht mitstimmen werde und stattdessen haben Sie gefordert, statt einem Integrationsstaatssekretariat, was damals eine sehr weitsichtige ÖVP-Initiative auf Bundesebene war, sind Sie dafür eingetreten, dass erstens, ein Heimatschutzministerium eingeführt wird. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Sie brauchen es nur nachlesen, und Sie wollten Asylwerber mit elektronischen Fußfesseln ausstatten, das war damals der Redebeitrag des FPÖ-Klub, nicht meiner. *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Werner Friedl: Geh bitte.)* Sie können das jederzeit nachlesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Landtagssitzungsprotokoll ist öffentlich für alle nachlesbar. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die FPÖ das heute alles über Bord wirft und sich koalitionsbrav verhält, dann ist das eine Sache, mit der sich die FPÖ ganz einfach auseinander setzen muss.

Für uns ist die Vorgangsweise mit einem Initiativantrag ohne Begutachtung, mit Ausschaltung des Knowhows der Experten im Haus, mit Ausschaltung des Knowhows der Experten außerhalb des Hauses, eine Vorgangweise, die wir nicht tolerieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Problem, mit diesem Gesetz, sofern etwas gelöst wird, werden Probleme, die 2013 damals aufgetaucht sind, in Angriff genommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat die Kollegin von den GRÜNEN aufgezeigt, worum es heute geht. Es geht darum, dass Menschen bei uns da sind, die aus allen Möglichkeiten der Unterstützung hinausgefallen sind, und die jetzt in Eisenstadt zum Beispiel bei der Dompfarre, in anderen Gemeinden, in anderen Städten bei der Caritas, in anderen wieder bei der Evangelischen Diakonie, schlussendlich bei den Gemeinden landen.

Und die Gemeinden werden das in irgendeiner Art und Weise zu bewältigen haben. Das ist eine Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die dieses Gesetz keine wie immer geartete Antwort gibt.

Wenn heute hier bewusst Obdachlosigkeit von Flüchtlingen produziert wird, dann sollte das auch jenen bewusst sein, die heute diesem Gesetz zustimmen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Denn mit diesem Beschluss will man sich aus der Verantwortung stehlen. Aus einer Verantwortung gegenüber Menschen, die schutzbedürftig, aber ohne jegliche Unterstützung dastehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dazu nur Schutzsuchende, die vom Innenministerium zugewiesen in die Grundversorgung im Burgenland aufnehmen. Okay, und was ist mit jenen, die Vorort diese Unterstützung nicht finden? Hier gibt dieses Gesetz keine Antwort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine Situation, die für einen Landtag nicht zum Beschluss vorgelegt werden sollte und vorgelegt werden kann.

Und wenn heute Früh, und ich weiß nicht, ob Sie es gehört haben, Sie werden es schon gehört haben, der Außenminister Kurz spricht klar davon, dass Menschen, die bei uns ständig leben wollen, ganz einfach die deutsche Sprache lernen müssen, um sich

verständigen, um sich integrieren zu können, sich dazu bekennen müssen, dass sie nach bestimmten Werten, die in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sind, leben können.

So ist das ein zweites Mal, dass sich die ÖVP Burgenland mit dem Parteiobmann Thomas Steiner de facto richtungsweisend innerhalb der ÖVP, ja innerhalb der Bundesregierung, durchgesetzt hat.

Erinnern Sie sich, er war der Erste, der Asyl auf Zeit gefordert hat, wird durchgeführt. Er war es, der vorgelegt hat, gemeinsam mit uns allen erarbeitet, einen Wertekatalog, für Menschen, die ganz einfach bei uns leben wollen, ein Bekenntnis zur Demokratie und zum Gewaltmonopol des Staates ist unumgänglich für uns, diese fünf Punkte, Christian Sagartz und Thomas Steiner haben sie ja präsentiert.

Der zweite Punkt, ein klares Bekenntnis zur Gleichberechtigung der Frau, na selbstverständlich. Ein Bekenntnis zur Bildungspflicht, *(Abg. Doris Prohaska: Seit wann?)* zur Bildungspflicht, *(Abg. Doris Prohaska: Seit wann? Na, gibt's das?)* ein Bekenntnis zur Trennung von Kirche und Staat und ein Bekenntnis zum Leistungsprinzip, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist eine klare Sache, dafür stehen wir und dafür werden wir auch weiterhin arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich sage jetzt nochmals, für uns ist die Vorgangsweise der beiden Landtagsklubs von SPÖ und FPÖ mit diesem heutigen Initiativantrag, de facto ein Misstrauensantrag an die eigene Regierung.

Damit müssen Sie in dieser Links-Rechts-Koalition ganz einfach leben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die demokratiepolitisch bedenkliche Vorgangsweise des Ausschaltens der Begutachtungsphase kann von uns, und sollte auch vom Landtag insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht hingenommen werden.

Mangels der Möglichkeit, Fachexperten um entsprechende Äußerungen zu ersuchen, werden wir ganz einfach aus demokratiepolitischen Überlegungen, diese Vorgangsweise nicht gutheißen.

Wir können deshalb nicht zustimmen, es ist nicht zu verantworten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident für die Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Mitglieder der Landesregierung! Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Bevor ich zu diesem Tagesordnungspunkt, der die Änderung des Landesbetreuungsgesetzes umfasst, auf die Vorredner eingehen möchte, würde ich gerne ein paar Punkte zum Gesetz selbst noch sagen, damit vielleicht nachher meine Wortmeldung plakativer wird.

Das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz vom 18. Mai 2006 regelt die Gewährleistung der vorübergehenden Grundversorgung von Asylwerbern und sonstigen hilfs- und schutzbedürftigen Fremden.

Dieses Landesgesetz umfasst eine Regelwerk von 13 Paragrafen, worin im Wesentlichen in dem vorher angesprochenen Paragraf 2 einerseits die Zielgruppen, im Paragraf 4 die Grundversorgung, im Paragraf 7.7 Sonderbestimmungen für unbegleitet

minderjährige Fremde, im Paragraf 11 einerseits formelle Aspekte und vor allem im Paragraf 12 dann auch die Umsetzungshinweise definiert werden.

Genau bei diesem Paragraf 12 fängt die Diskussion heute an. Der regelt nämlich, dass EU-Richtlinien umgesetzt werden müssen. EU-Richtlinien sind im Gegensatz zu anderen Rechtsinstrumenten der EU, wie Verordnungen, Stellungnahmen und Empfehlungen solche, die einer Umsetzung durch innerstaatliches Recht bedürfen.

Deshalb hat auch unsere Landesregierung nunmehr im Rahmen dieser Umsetzungspflicht gehandelt. Diese EU-Richtlinie 2013/33, die uns vorliegt, sagt, dass die Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, geregelt werden sollen.

Genau das wird in dieser Verordnung, beziehungsweise nunmehr durch die Umsetzung des Gesetzes erfolgen. In § 4, Ziffer 16, kommt nämlich Folgendes zum Tragen, dass nunmehr durch die Umsetzung der Richtlinie besonders schutzbedürftige Personen, wie zum Beispiel Schwangere und auch andere Gruppen, nunmehr umfasst sind, dass sie medizinische und psychologische Behandlung bekommen.

In der bisherigen Diskussion ist das total untergangen, dass eigentlich das ein wesentlicher Aspekt ist, dass das Land Burgenland diese Gruppen nicht benachteiligt, sondern im Sinne der Handlung der Angemessenheit und des Nichtverstoßes gegen das Diskriminierungsverbot hineinnimmt.

Gleichzeitig wurde auch im § 11 a neu geregelt, dass diese Personengruppen endlich auch das Recht haben, eine unentgeltliche Rechtsberatung und Vertretung zu erlangen, wenn sie keine ausreichend finanziellen Mittel haben, wenn sie grundsätzlich, offenkundig eine Chance haben ein Rechtsmittel zu ergreifen, um auch über die Beschwerde zu ihrem Recht zu gelangen und schließlich auch, wenn natürlich auch im Instanzenweg eine Rechtsvertretung notwendig ist.

Das heißt, wir haben nunmehr durch die Umsetzung dieser EU-Richtlinie die, meiner Meinung nach, in diesen zwei Punkten, nämlich dem Schutz der besonderen Gruppen, wie zum Beispiel Schwangere, die nunmehr diese medizinische und psychologische Betreuung erhalten, und schließlich auch im Sinne der Rechtsvertretung und Rechtsberatung die Möglichkeiten, dass nunmehr gegen die Bescheide, die ja bestehen, vorgegangenen werden kann.

Neben dieser Umsetzung der EU-Richtlinie hat die klare Intention im Gesetz gelautet, dass wir Klarstellungen zu den 15a-Vereinbarungen, aber auch hinblicklich der neuen aktuellen Rechtslage bei Verweisen, setzen wollen.

Dabei wurde einerseits auf das Verwaltungsgericht geantwortet, in dem im § 2 das Wort „unanfechtbar“ beigesetzt worden ist, aber vor allem die Bestimmung des § 2, Absatz 5, auch eingesetzt worden ist.

Jetzt bin ich dort, wo die Diskussion vorher gelandet ist. Dieser § 2, Absatz 5, regelt die Ausnahmebestimmungen basierend auf der Grundversorgungsvereinbarung 2004, einer 15a-Vereinbarung. Und diese 15a-Vereinbarung regelt die Kompetenzen. Wenn der nunmehrige Landesrat anwesend ist, weiß er genau die Kompetenzen abzugrenzen. Unsere Kompetenz ist es nicht, für die Grundversorgung dieser in den Ausnahmen geregelten Umstände zu sorgen.

Wir würden nämlich, wenn wir genau diese Regelungen in unser Landesgesetz übernehmen, dafür Sorge tragen, dass diese Bundeskompetenzen übernommen werden

und wir unabhängig von den finanziellen Nachteilen, die wir zu tragen hätten, auch diese finanzielle Sorge tragen müssen.

Das heißt, es gibt zwei Aspekte die mir wichtig sind legistisch auch zu erwähnen. Wir würden einerseits Bundeskompetenzen übernehmen, die wir nach der Vereinbarung nicht übernehmen müssen und wir würden auch die Nachteile finanzieller Art tragen müssen. Deshalb, glaube ich, unabhängig wie die persönlichen Befindlichkeiten zu diesem Thema sind, verantwortlich zu agieren heißt für mich, das Notwendige zu übernehmen.

Wenn ich jetzt auf die Vorredner replizieren möchte, würde ich gerne bei der Frau Mag.a Petrik anfangen. Mir geht es um Fairness, der Stil in diesem Haus ist auch der Umgang miteinander und Fairness ist zu reden, zu diskutieren, Lösungen zu suchen.

Sie haben, genauso wie mit unserem Klubobmann und auch mit Landesrat Darabos, mit mir ein Gespräch geführt und darauf hingewiesen, auf die eine Ausnahme des § 2, Absatz 5, Ziffer 3.

Die anderen Ausnahmen waren für Sie grundsätzlich in Ordnung. Heute habe ich gesehen, dass das Ganze gestrichen worden ist, zumindest in der Aussendung. Ich weiß jetzt nicht, ob nur diese Ziffer 3 fehlt, aber grundsätzlich ist es mir nur ein Anliegen zu wissen und zu sagen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nur diese vier!)* dass Sie gesprochen haben.

Es ist ja korrekt, wenn Sie Ihre Meinung deponieren, nur wenn ich dann vor zirka einer Stunde eine APA-Meldung Ihrer Fraktion sehe. 09:02 Uhr, glaube ich, zu Beginn, wo gerade die Schweigeminute war oder die Minute des Gedenkens an den Terrorbereich Paris. Dann muss ich festhalten, dass in dieser APA-Meldung folgende Überschrift von den GRÜNEN gestanden ist: *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Eine APA-Meldung von der Kollegin im Bund?)*

Die Burgenländische Landesregierung will bewusst die Obdachlosigkeit von Flüchtlingen produzieren. Und dann steht drinnen, das ist eine Meldung, dass Sie diesen Wahnsinn stoppen wollen.

Dann steht drinnen: Dass die Verantwortlichkeit seitens der Burgenländischen Vertreter im Landtag nicht wahrgenommen wird. Ich meine, auch wenn Sie in Ihrer Vorrede vorher gesagt haben, Ihnen geht es nicht um politisches Hickhack, ich meine, dass genau diese Art und Weise der Diskussion nicht würdig ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich würde Sie deshalb auch in diesem Sinne bitten, diese Schlagzeile, die in dieser APA-Meldung ist, zurückzunehmen, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Die ist ja nicht von ihr!)* Ich glaube nämlich, dass das auch gegenüber dem Landeshauptmann und dem Landeshauptmann-Stellvertreter, die auch in dieser Aussendung gerügt worden sind die Menschenrechtskonvention nicht einzuhalten, ich glaube das geht viel zu weit.

Ich bin auch der Meinung, dass unabhängig davon kein besonderes öffentliches Interesse, wenn man sich diese Grundversorgungsvereinbarungen anschaut, daran liegen kann, wenn man Verantwortung übernimmt. Ich glaube eher, dass es eventuell private Interessen sind die dazu führen, dass man sich überlegt Menschen in eine Grundversorgung zu bringen, die grundsätzlich laut Grundversorgungsvereinbarung nicht vorliegen.

Ich glaube deshalb auch, dass man die Kirche im Dorf lassen soll und versuchen soll, im Interesse des Themas Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz, um das geht es uns nämlich, auch eine Lösung in diesem Bereich zu suchen.

Ich bin nochmals abschließend der Meinung, eigentlich geht es um die Umsetzung dieser EU-Richtlinie, die wir toll geschaffen haben. Im Endeffekt geht es Ihnen anscheinend nicht um diese EU-Richtlinie und auch nicht um das Landesbetreuungsgesetz, sondern Ihnen geht es darum, so glaube ich es zumindest, mit dieser Thematik, so habe ich es auch in der Aussendung gelesen, politisches Kleingeld zu erzielen.

Vielleicht noch eines, das Burgenland und ich sind stolz auf die Vorgangsweise des Burgenlandes im Zuge dieser Flüchtlingsthematik. Das Burgenland, unser Burgenland, mein und Ihr Burgenland, hat gezeigt, dass es umgehen kann mit Thematiken wie Flüchtlingen.

Wir waren ein Herzeigebeispiel innerhalb des Bundeslandes, wir waren ein Herzeigebeispiel auch international und wir haben ein menschliches Gesicht gezeigt. Ich bin enttäuscht, wenn ich höre, dass nunmehr bei einer Regelung, die wir eigentlich im Interesse der Grundversorgungsvereinbarung machen, nunmehr dieses menschliche Gesicht verloren gehen soll. Ich glaube, das wäre ein Schaden, den wir als Land Burgenland nicht verdienen und deshalb meine ich, dass Sie diese Aussagen, die Sie getroffen haben zumindest in dieser Meldung, APA-Meldung, zurücknehmen sollten.

Also wir werden diesen Antrag, sicherlich in dieser Form wie er vorliegt, annehmen. *(Abg. Manfred Kölly: Das wäre ja fatal, wenn es jetzt anders wäre!)*

Ich bin aber auch durchaus überzeugt, dass es auch Möglichkeiten im Sinne der Grundversorgungsvereinbarung gäbe, eventuell auch mit dem Bund zu sprechen wie mit dieser Thematik in einer 15a-Vereinbarung umgegangen wird, *(Abg. Manfred Kölly: Das hättet Ihr im Vorfeld besprechen müssen!)* aber im konkreten Fall geht es um das Landesbetreuungsgesetz, einem Landesgesetz, wo wir diese Weichen stellen wollen.

In dem Sinne ersuche ich um Ihre geschätzte Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächste Rednerin hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Kollege Drobits! Ich habe es Ihnen sowohl in unserem persönlichen Telefonat gesagt, als auch heute ganz deutlich, dass es mir um genau diesen vierten Punkt geht.

Dass wir diesem Punkt nicht zustimmen und dass wir dem anderen schon zustimmen können. Ich habe es am Anfang meiner Wortmeldung gesagt, dass es da wohl da oder dort aus unserer Sicht noch etwas zum Nachjustieren gäbe, aber wir sind nicht pingelig, dem stimmen wir zu, nur diesem einen Punkt nicht.

Dass Sie jetzt herausgehen und hier sagen, eigentlich geht es mir um alles und ich will dem nicht zustimmen, das ist eine völlige Verdrehung und kann nur damit zusammenhängen, dass Sie vielleicht kurz nicht konzentriert waren. Ich habe das ganz klar deklariert. Eine Sache stimmt nicht ganz*. (Abg. Mag. Christian Drobits: Es gibt nur drei Punkte, wo ist der vierte Punkt?)*

Der Punkt 4 des Antrages, Ihr Kollege Hergovich hat mit dem Kollegen Kovasits einen Antrag gestellt, in diesem Antrag gibt es einen Punkt 4, wo der § 2 neu geregelt werden soll. *(Abg. Manfred Kölly: Da müsst Ihr miteinander reden!)*

Zumindest ein Hinweis, es gab sehr wohl eine Begutachtungsfrist, einigt Euch, macht vielleicht noch eine Klubbesprechung zwischendurch oder so, es gab sehr wohl eine Begutachtungsfrist. In dieser Begutachtungsfrist wurden Begutachtungen geschickt, aber ich erkenne nicht, dass irgendetwas davon eingearbeitet wurde. Ich frage mich, warum wurde das nicht gesehen? Ich weiß doch, dass NGOs, dass Organisationen genau zu diesem Punkt etwas gesagt haben und gesagt haben: Tut das nicht.

Und darauf hingewiesen haben und fachlich wesentlich besser und ausgefeilter als ich es je könnte, diese Rückmeldung gegeben haben, also die Begutachtung hat ja stattgefunden, nur wurde sie einfach nicht berücksichtigt. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wo?)* Eines ist klar und es dürfte… *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wo hat die stattgefunden, Frau Kollegin?)*

Es gab die Begutachtung, das Landesbetreuungsgesetz wurde… *(Abg. Christian Sagartz, BA: Das ist ein Initiativantrag! Da gibt es keine Begutachtung! Vielleicht hat das jemand bekommen!)* Ja. Also wir haben das. Ein Gutachten geschickt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben es bekommen!)* Also okay. Gut. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist aufklärungsbedürftig! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wart Ihr im Vorfeld eingebunden?)*

Also ich weiß, dass es Rückmeldungen und Gutachten dazu gegeben hat. Entschuldigung. Okay. Es gab eine Möglichkeit, hier Rückmeldungen zu geben und ich weiß, dass *(Abg. Christian Sagartz, BA: Ach so, Du meinst wir sind die Begutachtungsstelle…)* Sie das auch getan haben. Na wie das Gesetz ausgesandt wurde. Entschuldigung. Ich habe mich wahrscheinlich nicht korrekt ausgedrückt. Okay.

Es gab die Möglichkeit Gutachten, es gab die Möglichkeit Rückmeldungen zu bringen und es wurden auch welche gebracht. Weil das Gesetz wurde ja ausgeschickt mit dem Antrag. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wo?)* Kann ja jeder etwas dazu sagen. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Ach so!)*

Also eines ist ganz klar. Da haben Sie mir ja jetzt auch zugestimmt. Da gab es ja auch schon vom Kollegen Kovasits eine diesbezügliche Meldung. Die jetzige Regelung ist nicht zufriedenstellend. Was wir jetzt sagen ist, dass das, was Sie uns hier vorlegen, auch nicht zufriedenstellend ist. Deswegen bitte ich Sie, das noch einmal zu überlegen. Aus grüner Sicht können wir alle anderen Punkten, wo es hier um genau diese Anpassungen geht - und ich bitte Sie sehr, diese Unterstellung dann auch zurückzunehmen, zumindest im persönlichen Gespräch, man muss nicht alles öffentlich deklarieren - beschließen, auch mit den Stimmen der Grünen.

Aber diesen Punkt herauszunehmen, sich noch einmal zusammenzusetzen, dass der Herr Landesrat als politisch Verantwortlicher mit seinen Juristen und Juristinnen und mit Vertretern und Vertreterinnen von NGOs, die alltäglich genau mit diesem Problem zu tun haben, eine juristisch saubere, menschenrechtlich passende und politisch gut verantwortliche Lösung ausarbeitet.

Das ist unser Anliegen und darum bitte ich Sie. Ich glaube, da fällt auch niemandem ein Stein aus der Krone, für diesen Punkt, nämlich: Darf das Land jemanden in Grundversorgung aufnehmen, auch wenn er oder sie die anderen Kriterien jetzt nicht erfüllt? Noch einmal, eine neue Regelung zu finden. Darum bitte ich Sie und daher appelliere ich an Sie, auch an jede Einzelne und jeden Einzelnen, sich das sehr genau zu überlegen.

Zu dem, was Sie vorher angemeldet haben, es geben Kolleginnen und Kollegen, sicher auch Ihre Kollegen und Kolleginnen im Parlament, OTS heraus. Ich sage Ihnen nicht, zu welchem Zeitpunkt das geschehen muss, da ist bei uns jeder frei, kann das einfach machen. Es kann die eine oder die andere Formulierung mal schärfer mal weniger scharf sein. Ich nehme sicher nichts zurück, was eine Kollegin im Bund in einer OTS sagt. Inhaltlich hat sie sicher Recht. Bei uns ist es nicht so. Da darf jeder sagen, was er sich politisch dazu denkt. Da gibt es halt diese Zensuren nicht. Dankeschön. *(Abg. Christian Illedits: Dafür werdet Ihr ja auch abgewählt!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Entschuldigung. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Gestatten Sie mir, dass ich auch zwei, drei Punkte hinzufüge. Ich glaube, der Herr Landesrat hat sich gemeldet. Deshalb habe ich noch ein bisschen gewartet.

Ich glaube, dass man hier zu schnell mit Argumentationen unterwegs ist, Frau Abgeordnete, die ja grundsätzlich nicht richtig sind, nicht so richtig sind. Das heißt, es wird hier niemandem die Grundversorgung entzogen, sondern es geht darum, wo die Grundversorgung stattfindet. Wenn man sich den Paragraph durchliest, dann ist klar erkennbar, glasklar erkennbar, dass es hier darum geht, wer die Grundversorgung übernimmt.

Ob das der Bund übernimmt, oder ob die Grundversorgung das Land übernimmt. Wenn es jetzt eine Vereinbarung gibt, oder wenn es die Vereinbarung gibt, dass jemand in Bundesbetreuung ist und noch nicht zugewiesen wurde, dann sagen wir, oder dann sagt auch das Gesetz, dass das Land, obwohl es noch nicht zugewiesen wurde, ja nicht die Grundversorgungskosten zu übernehmen hat, sondern dann soll der Bund die Grundversorgungskosten übernehmen. Und um mehr geht es ja gar nicht.

Dann gibt es natürlich auch noch die Erstversorgung, wo das Burgenland Weltmeister war. Diese Erstversorgung, die das Burgenland gemacht hat, ist ja nicht nur sensationell, sondern ist ja fast schon gar nicht mehr nachvollziehbar. Das Burgenland hat 290.000 Einwohner und 300.000 Menschen wurden erstversorgt. Das muss man sich einmal vorstellen!

Hier davon zu sprechen, dass der Herr Landeshauptmann Niessl oder meine Wenigkeit Obdachlosigkeit erzeugt, weil hier eine EU-Richtlinie angenommen wird, *(Abg. Mag.a Regina Petrik einen Zettel hochhaltend: Nein, nicht die EU-Richtlinie, das hier!)* also das finde ich wirklich nicht in Ordnung und das stimmt alles so nicht, wie Sie das darbringen. Das stimmt definitiv so nicht! Da können Sie noch einmal ganz genau nachlesen, wenn Sie wollen, lese ich Ihnen den Paragraphen vor.

Faktum ist natürlich, dass es hier rein darum geht, wer die Kosten übernimmt. Da wird niemandem, aber überhaupt irgendwo niemandem das Recht genommen, Essen zu bekommen und natürlich auch die Grundversorgung. Nun zur ÖVP, wenn der Herr Präsident Strommer sagt, das ist die schwächste Landesregierung aller Zeiten, okay, *(Abg. Walter Temmel: Da hat er Recht! – Abg. Mag.a Michaela Resetar: Da hat er Recht!)* das ist Ihre Meinung.

Dann soll Ihre Meinung auch so bleiben. Da habe ich auch kein Problem. Sie haben ja das Recht, Ihre Meinung zu äußern. Aber ich glaube nicht, dass man eine Landesregierung nach vier Monaten, nach fünf Monaten, so beurteilen kann, dass man sagt die schlechteste Landesregierung aller Zeiten. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Die Schwächste!)*

Ich meine okay, die Schwächste, die Schlechteste. Sie können ja das ruhig sagen, ich habe ja kein Problem damit. Aber stellen Sie sich vor, Herr Präsident, stellen Sie sich vor, ich würde jetzt so etwas Ähnliches sagen, im Bezug der Regierungsbeteiligung der ÖVP, als die ÖVP noch im Land war. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Hast eh gesagt!)*

Das würde ich nicht machen. Das mache ich auch nicht. Das tue ich auch nicht, weil ich glaube, dass die ÖVP wirklich teilweise und wirklich oft hervorragende Arbeit geleistet hat. *(Beifall des Abg. Bernhard Hirczy)* Warum soll ich jetzt sagen, nur damit ich polemisch bin, die ÖVP war so schlecht oder ist so schlecht?

Ich bitte darum, und das sieht man zum Beispiel auch an der Geschichte mit der Werteordnung. Als die FPÖ von der Werteordnung gesprochen hat, hat man selbstverständlich gesagt, na das geht ja gar nicht und ein Wahnsinn und wird sind so rechts und was weiß ich was wir alles sind. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Hab ich nie kritisiert!)*

Faktum ist natürlich, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Hab ich nie kritisiert!)* weil Sie angesprochen haben, vom Außenminister Kurz in Bezug auf Werteordnung auf Schulung, weil Sie heute auch so gegen dieses Gesetz auftreten. Ich weiß, dass Sie es wissen, dass der Herr Kollege oder Ihr Kollege Kurz eine zweite Geschichte dabei hat. Nicht nur die Schulung zur Werteordnung, sondern dass auch die Mindestsicherung um die Hälfte reduziert wird, wenn sich die Menschen nicht daran halten. Stellen Sie sich vor, das hätte einmal ein Freiheitlicher gesagt.

Daher sage ich Ihnen, erstens einmal, man kann natürlich schon populistisch sein, und sagen okay, das ist die schwächste Landesregierung aller Zeiten, obwohl wir erst im Einarbeiten sind, das kann man durchaus sagen. Ich würde aber schon bitten darum, dass man erst in zwei, drei Jahren *(Abg. Manfred Kölly: Na servas!)* die Freiheitliche Partei und die Sozialdemokratische Partei nach den Projekten beurteilt, die umgesetzt worden sind.

Da geht es gar nicht, Herr Kollege Kölly, um "Servas" oder nicht "Servas", sondern da geht es darum, dass man, wenn man Projekte macht, die natürlich auch ausgereift sein müssen und dass diese Projekte auch nachhaltig sind. Es bringt uns nichts, wenn wir jetzt innerhalb von drei Tagen irgendein Projekt in die Welt setzen, das dann ja nicht wirklich langfristig gut ist. Daher mein Appell an Euch. Bitte die Arbeit zu betrachten und nicht nur die Polemik der ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Als nächster Redner von der Regierungsbank hat sich zu Wort gemeldet Herr Landesrat Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, ich werde nicht zu lange sein. Ich meine, wir werden jetzt über andere Dinge nicht sprechen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* In Wahrheit geht es ja bei diesem Landesbetreuungsgesetz um drei Punkte. Um die Umsetzung. Es wurde mehrfach angesprochen, eine Richtlinie der Europäischen Union. Zweitens, auch um die Frage der Rechtsberatung für Flüchtlinge, das wurde völlig sozusagen herausgenommen. Und drittens um die Anpassung dieser 15a-Vereinbarung.

Jetzt sage ich zwei Dinge. Wird wahrscheinlich für Aufregung sorgen, aber ich halte das für sehr pharisäerhaft, Herr Präsident Strommer. Sie haben vom Jahr 2013 gesprochen. Wer war denn da in der Regierung? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Der Vorgänger war der Rezar!)* Ja.

Wir haben aufgrund der Richtlinien der Europäischen Union zu handeln gehabt. Die Frist war der 20. Juli, bedroht mit Strafzahlungen. Punkt 1. Punkt 2: Auch eine Frage, wer ist denn zuständig jetzt auf Bundesebene für diese gesamte Frage? Die Frau Innenministerin! Gehört die der Sozialdemokratischen Partei an? *(Abg. Walter Temmel: Hier geht es ums Land!)* Nein. Nein. Es geht nicht um das Land. Das ist genau der Punkt. Den werde ich noch ansprechen.

Ich verstehe die GRÜNEN, dass sie aus politischen Gründen dagegen sind. Die ÖVP verstehe ich überhaupt nicht, dass sie dagegen sind, weil das ist eine Kompetenz im Innenministerium, geregelt über die 15a-Vereinbarung, wo es um eine 60:40 Aufteilung der Finanzen geht. Ich verstehe, ich habe gute und konstruktive Gespräche mit der Frau Petrik geführt, ich verstehe ihre politische Argumentation.

Ich habe aber in der Endphase dieser Verhandlungen beziehungsweise jetzt knapp vor der Landtagssitzung erkannt, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Hat es doch Verhandlungen gegeben?)* wir haben gesprochen, das ist ja auch angesprochen worden, dass es unverantwortlich wäre, *(Allgemeine Unruhe)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte um etwas Aufmerksamkeit, der Herr Landesrat ist am Wort.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ) *(fortsetzend)*: Bundeskompetenzen in Landesverantwortung zu ziehen. Wir werden unsere Aufgabe aufgrund der 15a-Vereinbarung erfüllen. Wir werden schauen, dass wir die Quotenplätze erfüllen, wir werden nicht darüber hinaus die Aufgabe des Bundes übernehmen, schleichend sozusagen Aufgaben des Bundes hier ins Land zu nehmen.

Ich nehme an, auch im föderalistischen Sinne, das ist ja zumindest auf den Fahnen der ÖVP geheftet, dass Sie da auch meiner Meinung sind, dass wir nicht Bundesaufgaben übernehmen sollten. Ich möchte zwei, drei Sachen noch dazusagen. Ich war selbst jetzt in Stockholm vor einigen Tagen privat und das ist nicht vergleichbar mit Situationen in Österreich und im Burgenland. Ich halte das ein bisschen für unappetitlich, Herr Präsident Strommer, wenn Sie den Herrn Minister Klug angreifen, die Trichterlösung.

Es ist ein Unterschied gewesen, dass bei einer Veranstaltung in Innsbruck am Bergisel, wo Menschen zu Tode gekommen sind, mit dieser Situation in Spielfeld zu vergleichen. Ich möchte jetzt abschließend sagen, wurde auch schon vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter angesprochen. 300.000 Menschen sind über das Burgenland gekommen.

Sie haben auch gelobt, zu Recht gelobt, die Polizei gelobt, die NGOs gelobt, vor allem das Rote Kreuz hat dort die meiste Arbeit geleistet und das ist, glaube ich, auch anzuerkennen. Dass man das so vergleicht mit einem sehr tragischen Ereignis, das finde ich nicht okay. Die Diskussion hat, sage ich jetzt auch, zwischen uns zwei gesprochen, auf Bundesebene beiden Parteien geschadet. Die Zaundiskussion, das ist so etwas Lächerliches, das hat man selten gehört, also das sollte man, glaube ich, vergessen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Der letzte Punkt: Integrationsstaatssekretariat bin ich dafür. Also setzen wir uns durch bei der Bundesregierung, dass wir das auch machen. Beim Außenminister ist es nicht so besonders gut aufgehoben, würde ich meinen, aber das ist jetzt. Ja okay. Warum fordert es dann der Herr Präsident in diesem Zusammenhang?

Aber auf die Frage zurückzukommen, es geht jetzt um eine Umsetzung einer EU-Richtlinie, die wir gemeinsam auch umsetzen sollten. Ich würde trotzdem appellieren auch an alle, auch wenn Sie in Opposition sind. Ich verstehe, die Oppositionsrolle ist nicht so

einfach einzunehmen, dass wir auch diese, die aus meiner Sicht gut adaptierte Lösung im Landesbetreuungsgesetz, auch gemeinsam hier im Landtag beschließen sollten, weil es dazu führt, wie gesagt, dass wir auch klare Kompetenzrichtlinien haben.

Das Land soll das leisten, was das Land zu leisten hat und der Bund soll das leisten, was der Bund zu leisten hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin nicht begeistert von diesem Antrag. Sage nicht ich, sagt der Klubobmann der FPÖ. Ich bin nicht begeistert von diesem Antrag, sagt aber nicht dazu warum nicht. Herr Klubobmann, ich hätte mir erwartet von Ihnen, dass Sie Stellung nehmen zu einem Antrag, der im Vorfeld mit allen Fraktionen diskutiert gehört hätte, unbedingt.

Dann hätte es diese Diskussionen bei weitem nicht gegeben, sondern hätten wir sicherlich eine Lösung gefunden, wo wir uns alle wiedergefunden hätten. Eines muss man schon sagen. In diesem Land, diese neue Regierung, ich habe Ihnen Vorschusslorbeeren gegeben. Aber nur wenn sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter herstellt und sagt, erst nach drei Jahren sollen wir beurteilen, hoffentlich gibt es uns alle dann noch, weil wir sind in einer schwierigen Situation.

Wenn ich an Frankreich denke, wenn ich denke was sich wirklich alles abspielt und dann frage ich mich. Es gibt eine Gedenkminute in diesem Land, wer fehlt? Die FPÖ. Bewusst oder unbewusst, meine sehr geehrten Damen und Herren, seitens der FPÖ. Sie war kurzfristig einberufen, diese Gedenkminute, gar keine Diskussion.

Aber wenn ich nicht einmal die Möglichkeit habe eines Klubs, der hochbezahlte Mitarbeiter hat, hochbezahlte Klubobmänner hat, so rasch als möglich zu handeln, die Liste Burgenland hat es geschafft. „Nur“, nicht den Kopf schütteln. Die FPÖ hat andere Probleme. Glaubt mir das. Der Herr Kovasits hat es auf den Punkt gebracht.

Genau das ist der Spagat. Jetzt sitze ich in einer Verantwortung und bin mitgehangen, mitgefangen, und das ist der Punkt.

Ich bin nicht immer der Meinung der GRÜNEN, das wisst Ihr ganz genau, muss sie auch nicht verteidigen. Aber es sollte eine dementsprechende Gesprächsrunde stattfinden, bevor man solche Gesetze verabschiedet. Ich denke, dass es notwendig wäre, auch einmal zu sagen, wie im Gemeinderat, schauen wir uns das noch einmal an, diskutieren wir noch einmal darüber und machen eine Runde, ob das wirklich Sinn macht oder nicht Sinn macht, dass wir nicht das politische Hick-Hack heute spielen brauchen, denn heute kommen wir eh noch zu Punkten, wo ich mich wundere oder die Leute, es ist leider niemand da, der zuhorcht. Aber vielleicht, wenn der Präsident Illedits dann das Fernsehen einschaltet, dann werden sie es mit bekommen, was sich hier abspielt.

Ich glaube aber auch, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bin bei Dir, aber es muss schon eine klare Linie vorgegeben werden. Das fehlt Dir derzeit, die Linie gibt einer vor, und das ist der Landeshauptmann. Soll so sein, aber dann muss ich auch dazu stehen und Ihr tut Euch schwer.

Wenn der Herr Klubobmann hinausgeht und sagt, ich kann eigentlich nicht so wie ich will. Das geht nicht. Das hat immer die ÖVP leider auch zur Kenntnis nehmen müssen, das sage ich jetzt auch mit der Deutlichkeit, denn umso mehr stellt sich jetzt heraus, dass

wir als Liste Burgenland Recht gehabt haben, weil wir immer aufgezeigt und gesagt haben, warum diskutiert man das auch mit der Opposition und da war die FPÖ noch Opposition. Muss man auch klar sagen.

Aber ich komme auf das Thema zurück. Man hat sich dasselbe, Herr Landesrat, Du bist fleißig, gut unterwegs, nur der Herr Landeshauptmann hat Dir einiges abgedreht mit Quartieren. Oberwart, Pinkafeld, die Kaserne haben wir schnell geschaut, dass man in die BELIG hineinbekommt oder die OSG ankauft. Was heißt das auf Deutsch gesagt? Denkt einmal nach, was das geheißen hat.

Oder Deutschkreutz. Hoch und heilig versprochen von der Sozialdemokratie im Vorfeld, ja, wir brauchen das, wir wollen das. Sogar Aussendungen wurden ausgeschickt, dass die Sozialdemokraten dazu stehen. Bei der Abstimmung war es einmal ganz anders.

Dann hat man einen zweiten Anlauf gestartet, Herr Maczek, einen zweiten Anlauf hat man gestartet, auch schon abbesprochen, wie es sich gehört, im Vorfeld alles mit allen Fraktionen diskutiert, was mir leider im Landtag fehlt, wieder daneben gegangen.

Dann frage ich mich, wenn ich nur Fotosession, Fotosession, Fotosession, wie gut und schön wir alles gemacht haben. Ja, die Menschen in diesem Land haben ganz was Tolles vollbracht. Sie haben geholfen, es sind die vielen Freiwilligen, die sich hier eingesetzt haben, die Polizei und das Rote Kreuz und dergleichen mehr.

Aber dann muss man auch klar sagen, liebe Freunde, ein herzliches Dankeschön, nicht nur mit einer Fotosession oder Auszeichnungen am Martinstag, wo in der BVZ 27 Seiten drin sind, jeder einen Orden bekommt, das verstehe ich überhaupt nicht. Aber das soll so sein, macht nichts. Ich sage Dankeschön trotzdem allen, die hier mitgeholfen haben.

Aber wir haben auch eine Zukunft vor uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, und hier finde ich keine Lösung. Die große Lösung fehlt mir noch. Jetzt sich herzustellen und sagen, der Minister ist schuld oder der andere Minister ist schuld, Herr Landesrat Darabos. Du hast ja die besten Beziehungen dort hinauf. Dann hätten wir vielleicht doch den einen oder anderen Gesprächstermin machen sollen, wie können wir das Problem lösen. Das ist ein Problem und es wird zukünftig ein Riesenproblem werden, wo wir alle zusammenhalten müssen, um dieses Problem zu lösen.

Daher noch einmal, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bei aller Wertschätzung. Nach drei Jahren weiß ich nicht, was wir tun und wie wir da stehen. Ich würde sagen, packen wir es an, alle miteinander und kommt auf uns zu, wir kommen auf Euch zu, das ist überhaupt kein Problem.

Auch in den Gemeinden machen wir das und auch in den Gemeinden, Herr Landesrat Darabos, wenn Du sagst, Du hast mit allen Bürgermeistern gesprochen, dann muss ich Dir sagen, das ist leider nicht der Fall, aber Du weißt … *(Zwischenruf von Landesrat Mag. Norbert Darabos)*

Ja, mit mir hast Du am Sportplatz gesprochen. Ist ja in Ordnung, ist ja wurscht wo. Das ist in Ordnung, aber ich habe andere Kollegen gehört, die gesagt haben, warum kommt er nicht zu mir, wir hätten Quartiere anzubieten? Warum kommt er nicht? (*Abg. Christian Illedits: Vielleicht müssen sie es ihm sagen? – Abg. Ingrid Salamon: Das ist lächerlich.)* Ich habe Dir ein paarmal auch gesagt, wo es Möglichkeiten gibt.

In Lutzmannsburg darf man halt keine Flüchtlinge unterbringen, weil das ist eine Tourismusgemeinde. Aber trotzdem hat man jetzt welche untergebracht. Die Antwort war, dass das eine Tourismusgemeinde ist und wir dort keine Flüchtlinge unterbringen dürfen.

Und siehe da, auf der anderen Seite hat man auf einmal Flüchtlinge dort. Dann frage ich mich, ist die vielleicht vom falschen Couleur, die die unterbringen hat wollen, oder wie schaut das aus?

Genau das wollen wir nicht, Parteipolitik bitte raus aus dieser Diskussion. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. *(Abg. Edith Sack: Der Einzige, der da Parteipolitik macht, bist Du.)* Treten wir gemeinsam auch auf, dass wir diese große Lösung anpeilen sollen und müssen, weil ansonsten wird es uns in Zukunft nicht sehr gut gehen.

Die Diskussion werden wir heute noch hören, sei es Finanzierung der ganzen Sache und nicht immer sagen, der Bund soll alles zahlen und im Land, wenn ich heute die Budgetrede wahrscheinlich höre, wie viel wir für die Flüchtlinge einnehmen werden. Schön und gut, nur glaube ich, wer sitzt da in der Regierung, im Bund? Die SPÖ und ÖVP! Und hier im Land ist noch vor kurzem auch SPÖ und ÖVP gesessen, nur war diese Diskussion mit den Flüchtlingen noch nicht so vakant.

Aber jetzt sind Sie in der Landesregierung gefordert, gemeinsam mit uns eine Lösung zu finden. In diesem Sinne, denke ich einmal, sollte man Gesetze, bevor man sie in den Landtag bringt, doch mehrmals diskutieren, weil es Sinn macht, weil der eine oder andere wieder drauf kommt, hoppala, das wäre im Sinne eines Gesetzes, dass man das ändert oder dass man auch eine vernünftige Lösung bekommt.

Das würde ich Euch auf den Weg mitgeben, weil wir haben Anträge en masse in der vorigen Periode eingebracht. Sie wurden alle schubladiert und irgendwann sind sie wieder aufgetaucht, weil da durfte man nicht zustimmen, weil das kommt ja vielleicht von der LBL, vom Kölly. Das sollten wir uns abgewöhnen, wir sollten sagen, wenn man Anträge, gute Ideen hat, macht man das wirklich, schauen wir uns das an, wie kann man das am besten umsetzen.

An den Bund die Anträge hinaufzuschicken, das wissen wir genau, wie das rennt. Aber Ihr hättet die Möglichkeit, auch mit dem Bund Gespräche zu führen, um solche Anträge weiter zu bringen und auch schlussendlich zur Umsetzung zu bringen. Das fehlt mir derzeit, ich hoffe, hier wird es eine Änderung geben.

Ich glaube an die neue Regierung, dass die das jetzt umsetzen wird, aber nicht drei Jahre lang, die Zeit lasse ich Euch sicherlich nicht. Wir werden sicherlich einiges, natürlich auch in der Öffentlichkeit, dementsprechend transportieren, weil es unsere Aufgabe schlussendlich als gewählter Mandatar ist, auch in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen und Klartext zu sprechen und nicht Parteipolitik zu machen. Das brauchen wir nicht.

Daher glaube ich, überlegen wir uns den Antrag noch einmal. Mir wäre es ganz Recht, wenn wir diesen Tagesordnungspunkt herunternehmen, vielleicht bei der nächsten Landtagssitzung draufsetzen könnte, und schlussendlich doch eine Parteirunde noch einmal machen könnte, um das zu klären.

In diesem Sinne wäre ich natürlich für Demokratie, dass man das so machen könnte. Danke schön! *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ich glaube, dazu muss ich mich einfach zu Wort melden, wenn auch nur kurz. Ich verstehe nicht, warum

sich nicht der Kollege Kölly, der Abgeordnete Kölly, nicht auch einmal an die Spielregeln halten kann. *(Abg. Manfred Kölly: Was sind die Spielregeln?)*

Es gibt eine Tagesordnung, wo sich jeder einträgt, und jedes Mal ist es so, dass sich die LBL nicht zur Tagesordnung einträgt, nicht angeführt ist, dass man heute sprechen möchte, und dann kommt halt zum Schluss der Herr Abgeordnete Kölly daher und fängt mit seinen Wiederholungstätigkeiten an. Erzählt alles wieder, was vor drei Jahren war, vor fünf Jahren, was alles passiert ist, was nicht passiert ist. *(Abg. Gerhard Steier: Das Rederecht werden Sie ihm aber auch nicht absprechen. – Abg. Manfred Kölly: So etwas habe ich noch nicht gehört. Ich kann mich zu Wort melden, wann ich will. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das geht zu weit.)* Herr Abgeordneter Steier, mit Ihnen habe ich jetzt nicht gesprochen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich habe geläutet, somit bitte ich um Aufmerksamkeit. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist am Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, fahren Sie fort. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ein Wahnsinn.)*

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ) *(fortsetzend)*: Sie brauchen sich nicht so aufzuregen, Herr Kollege Kölly. *(Abg. Manfred Kölly: Du solltest Dich daran halten, die Gesetze einzuhalten.)*

Faktum ist, dass Sie die Spielregeln nicht einhalten. Das ist einmal. Wir alle halten die Spielregeln ein, aber der Chef der LBL hält sie nicht ein.

Und wenn Sie sagen, die hochbezahlten Jobs wie Klubobmänner, dann sollten Sie bitte in sich gehen, Sie haben nämlich ein superneues Büro bekommen *(Abg. Manfred Kölly: Warst Du schon unten? Hast Du es Dir schon angeschaut?)* und vielleicht denken Sie noch weiter, was Sie alles bekommen haben. Man muss immer aufpassen, was man sagt, Herr Kollege Kölly. Und wenn Sie sagen, nach drei Jahren, wer weiß sind wir nach drei Jahren da, wer weiß, was da alles passiert, dann würde ich auch meinen, dass es auch über das Ziel geschossen ist, denn ich weiß nicht, was Sie da meinen, was alles passieren kann in drei Jahren.

Ich sage Ihnen, zu dem stehe ich, die Bevölkerung wird nach fünf Jahren, nach fünf Jahren entscheiden, hat diese Regierung eine gute Arbeit geleistet oder eine schlechte Arbeit. Nach drei Jahren wird man einmal sehen, kann man vielleicht schon ein Resümee ziehen, aber das ist Faktum und nicht einfach sagen, in drei Jahren oder irgendwo und sich da herstellen und wiederholen und setzen wir uns zusammen. Sie sollten irgendwann einmal das Gesetz auch lesen und vorher schon als Redner auf das Gesetz eingehen. *(Abg. Manfred Kölly: Du solltest es lesen! Ich kann mich wieder zu Wort melden. Nur, dass Du es weißt. Du solltest Dir vielleicht einmal die Geschäftsordnung anschauen!)*

Ich lese Ihnen jetzt eine Passage vor, da steht zum Beispiel unter Abs. 2: In Bezug auf diese Grundversorgung nach Maßgabe der Grundversorgungsvereinbarung von den zuständigen Bundesstellen in einem anderen Bundesland als dem Burgenland zur Betreuung zugewiesen wurden.

Das heißt, wenn Sie in einem anderen Bundesland zur Betreuung zugewiesen werden, dann kann ja nicht das Burgenland die Grundversorgungskosten übernehmen. Sie sollten auch einmal, irgendwann einmal, vielleicht daran gehen, zu einem Gesetz sprechen, zu einem Tagesordnungspunkt sprechen, und nicht zum Schluss dann alles zusammenfassen *(Abg. Manfred Kölly: Weil Du Dich zu Wort gemeldet hast.)* und so den großen Weltmeister spielen. Ich glaube, das ist nicht gut, wie Sie agieren, das ist definitiv

nicht gut, denn man sollte sich wirklich auch an die Spielregeln halten. *(Abg. Manfred Kölly: Ich verstehe das alles nicht. Was soll das?)*

Wenn Sie sagen, der Herr Klubobmann Kovasits hat gesagt, ich bin nicht begeistert, er ist von der gesamten EU nicht begeistert, was insgesamt im Rahmen der EU uns vorgelegt wird. Deshalb hat er gemeint, ich bin nicht begeistert. *(Abg. Manfred Kölly: Das hat er nicht gesagt.)*

Zusätzlich möchte ich auch noch um eines bitten. Ich verstehe jede Wortmeldung, ich verstehe auch, wenn Sie sich zu Wort melden, aber ich bitte doch wirklich, dass man nicht jedes Mal wartet, bis sich alle zu Wort gemeldet haben und dann stelle ich mich ans Rednerpult und wiederhole alles, was alle schon einmal gesagt haben. Ich glaube, dass das nicht fair ist, ich glaube dass es besser wäre, Sie würden sich auch an die Spielregeln des Hohen Hauses halten. *(Beifall bei der FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Was sind die Spielregeln?)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete. *(Abg. Manfred Kölly: Sie darf sich nicht mehr zu Wort melden!)*

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich habe bis zum Schluss noch die Hoffnung, es könnten auch Klubs während einer Diskussion zu neuen Erkenntnissen kommen oder zumindest sagen, wir wollen noch einmal diskutieren und nachdenken. Ich bin eine, die sich durch Diskussionen durchaus auch einmal verändern lässt.

Ich gehe mal davon aus, dass es nicht so sein wird, dass unser Abänderungsantrag angenommen wird. Das ist jetzt ein reiner Erfahrungswert, von dem ich jetzt einmal ausgehe.

Zur Ankündigung, damit es dann klar ist, sollte unser Abänderungsantrag abgelehnt werden und der Antrag der Regierungsparteien in seiner vorliegenden Form zur Abstimmung kommen, dann werde ich den Antrag auf getrennte Abstimmung eines Punktes beantragen, nämlich jener Punkt 4, wo dieser § 2 neu geregelt ist. Es geht um jenen § 2, von dem ich eindringlich gebeten habe, dass er noch einmal diskutiert wird, dass gemeinsam Lösungen erarbeitet werden.

Für den Fall, dass der Abänderungstrag angenommen wird, erübrigt sich das natürlich. *(Abg. Christian Illedits: Das geht nicht; entweder gleich oder gar nicht.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. *(Abg. Christian Illedits: Man muss es verlangen oder nicht.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich brauche jetzt keine Nachhilfe in der Geschäftsordnung zu geben. *(Abg. Christian Illedits: Oh ja!)* Es liegt ein Abänderungsantrag vor. Es ist nicht möglich, einen eventualen weiteren Abänderungsantrag einzubringen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Getrennte Abstimmung!)*

Wenn nunmehr ein Antrag auf getrennte Abstimmung schriftlich eingebracht wird, dann wird die getrennte Abstimmung erfolgen.

Wenn ein Abänderungsantrag eingebracht ist, dann wird der Abänderungsantrag behandelt.

Aber ich kann nicht während des Abstimmungsvorganges einen weiteren Antrag einbringen. Ich glaube, soweit sind wir uns einig. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja!)*

Dann muss ich, um einen gesicherten Abstimmungsvorgang sicherstellen zu können, für fünf Minuten die Landtagssitzung unterbrechen, um die entsprechenden Vorbereitungen treffen können.

Die Landtagssitzung ist für fünf Minuten unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 13 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 24 Minuten wieder aufgenommen.)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Landtagssitzung wieder auf.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, das habe ich vorhin schon festgestellt.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun vorab ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Zu diesem Antrag liegt seitens der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik ein Antrag auf gesonderte Abstimmung der Ziffer 4 vor. Ich lasse nun über die Ziffer 4 des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Ziffer 4 ist somit mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters mit Ausnahme der Ziffer 4, die ja bereits beschlossen ist, abstimmen, und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung. Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbetreuungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 133), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18 zugestimmt wird (Zahl 21 - 91) (Beilage 158)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 133, mit dem der

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18 zugestimmt wird, Zahl 21 - 91, Beilage 158, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18 zugestimmt wird, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. November 2015, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18 wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als Erste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Ich mache es kürzer als vorgesehen. Eigentlich wollte ich auch die Gelegenheit nutzen, hier einiges zur Bildungsreform, gerade auch was den Kindergarten- und Kleinkindpädagogikbereich anbelangt, zu sagen.

Nachdem das Interesse daran nicht sehr groß ist, möchte ich in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen: Natürlich werden wir diesem Antrag zustimmen, aber wir dürfen nicht aufhören, danach zu trachten, dass sowohl das Lohnniveau der KindergartenpädagogInnen im Burgenland, als auch Arbeitsbedingungen, was Gruppengröße und was Zeit mit den Kindern und Vorbereitungszeit beziehungsweise Zeit auch für die Elterngespräche, die auch in dieser 15a Vereinbarung vorkommen, anbelangt, endlich auch an den benachbarten Bundesländern angepasst werden.

Burgenländische KinderpädagogInnen sind hier noch immer benachteiligt. Das sollten wir uns auch ehebaldigst anschauen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung stammt vom Herrn Landtagsabgeordneten Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dieser noch eher jungen Legislaturperiode ist dies bereits die zweite 15a-Vereinbarung zum Themenbereich Kinderbildung und Kinderbetreuung, die wir hier im Landtag zu behandeln haben. Worin liegt nun der Unterschied zwischen diesen beiden Vereinbarungen?

In der Vereinbarung, die im Juli zur Diskussion stand, ging es schwerpunktmäßig oder sogar ausschließlich um die sprachliche Förderung in den institutionellen

Kinderbetreuungseinrichtungen. Um die sprachliche Frühförderung insbesondere jener Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In der Vereinbarung, die wir heute behandeln, geht es ganz generell um die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern, aller Kinder, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund, wie es im Vorblatt und auch in der Vereinbarung selbst so technisch heißt, wobei jene Kinder mit Migrationshintergrund wiederum speziell erwähnt werden.

Es geht um die verstärkte Einbindung von Vierjährigen in den Kindergartenbesuch. Eine Herausforderung, der wir uns angesichts der hiesigen Betreuungsquoten im Burgenland nicht mehr wirklich stellen müssen. Für Fünfjährige ist der Kindergartenbesuch bekanntermaßen seit dem Jahr 2009/2010 kostenlos beziehungsweise ist es so, dass die unmittelbare Beitragslast für die Eltern entfällt oder zumindest vermindert ist. Je nachdem, welches Stundenausmaß.

Seit dem Kindergartenjahr 2010/2011 ist der Kindergartenbesuch zudem verpflichtend. Zu all diesen Maßnahmen leistet der Bund jährliche Zweckzuschüsse in Höhe von 70 Millionen Euro. All das war in einer Bund-Länder-Vereinbarung geregelt, die durch die heute behandelte 15a-Vereinbarung abgelöst werden soll. Das heißt, die Mitfinanzierung durch den Bund wird verlängert und zwar bis zum Ende des Kindergartenjahres 2016/2017.

Die neue Vereinbarung verfolgt sowohl bildungs- als auch integrationspolitische Zielsetzungen. In erster Linie geht es nicht um die Verbesserung der sogenannten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber sie verfolgt auch soziale Zielsetzungen, weil man dort, wo es noch nicht der Fall ist, auch für eine Senkung der Elternbeiträge sorgen möchte, nämlich, im Bereich der Vierjährigen.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, dass wir Freiheitlichen uns jahrelang für den sogenannten Gratiskindergarten eingesetzt haben. Wir wissen, dass Geld keine Kinder macht. Die Einstellung einer Gemeinschaft Kindern und Familien gegenüber ist da viel wichtiger. Wir wissen aber auch, dass Kinder in existenzieller, in finanzieller Hinsicht einen Abstieg bedeuten, dass es Abstriche gibt, die man machen muss und dass diese Perspektive zumindest kein belastbares Motiv für die Gründung einer Familie ist.

Wer eine Familie gründet, wer Kinder in die Welt setzt, der verzichtet auf etwas. Dass wir Nachwuchs brauchen, eigenen Nachwuchs brauchen, ist hoffentlich unumstritten, denn ohne Nachwuchs geht es nicht weiter und unkontrollierte Masseneinwanderung ist da sicherlich keine Alternative.

Was die finanzielle Situation von Familien angeht, hat sich die Lage in den letzten Jahren nicht verbessert. Die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes war zwar ein Meilenstein, aber das alles hilft nicht besonders viel, wenn Betreuungsgeld und auch die Familienbeihilfe über Jahre und Jahrzehnte nicht indexiert werden, also an Wert verlieren.

Der für die Eltern unmittelbar günstigere oder sogar kostenlose Kindergartenbesuch ist da durchaus auch als Ausgleichsmaßnahme zu betrachten und auch deshalb eine absolut berechtigte und zweckmäßige Maßnahme. Es soll nicht so sein, dass Elternteile nur deshalb halbtags arbeiten gehen, damit sie sich die Fahrt zur Arbeit und die Kinderbetreuung leisten können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In diesem Punkt stimmt unser Zugang mit den Zielsetzungen dieser 15a-Vereinbarung vollkommen überein. Es gibt natürlich einen Punkt oder ein Thema, das ist

keine Überraschung, der nicht unseren allerlautesten Beifall bekommt. Das ist die Kindergartenpflicht. Wir werden dieser Vereinbarung selbstverständlich dennoch zustimmen, alleine schon deshalb, weil es sich aufgrund der Betreuungsquoten im Burgenland glücklicherweise um kein Problem von praktischer Bedeutung handelt, aber es geht um grundsätzliches.

Ich habe das bereits im Juli gesagt und weil es mir wichtig ist, werde ich es auch wiederholen.

Es geht um grundsätzliche Fragen. Grundsätzlich geht es den Staat, geht es die Politik, geht es die Parteien nichts an, ob die Mutter meiner Kinder und ich gemeinsam entscheiden, dass unser dreijähriges oder vierjähriges Kind nicht im Kindergarten, sondern selbst von uns zu Hause betreut wird. Das ist unsere Entscheidung als freie und mündige Bürger, das ist Familienautonomie.

Im Übrigen kann es für die Betreuung zu Hause auch gute Gründe geben. Ich möchte hier nicht schwarzmalen, aber diese Gründe werden zumindest mancherorts mehr. Religiöse, weltanschauliche und moralische Erziehung ist im Rahmen der Gesetze Elternsache, und nicht Sache des Staates. Das ist mein Standpunkt.

Ein Beispiel, dass ich aus der BAKIP in Oberwart kenne. Wenn in Kindergärten das Märchen mit dem Christkind aufgelöst wird, weil Pädagogen meinen, man dürfe Kinder nicht mit einer Lüge groß werden lassen, dann nehme ich mein Recht als Vater in Anspruch, diesem Schwachsinn einen Riegel vorzuschieben.

Wenn in Kindergärten gelehrt wird, das multikulti eine Errungenschaft ist und gleichzeitig jene, die das nicht wollen als böse Menschen dargestellt werden, dann will ich das als Vater verhindern können, indem ich mein Kind notfalls auch aus der Betreuung herausnehme.

Wenn in Kindergärten Sexualerziehungsrichtlinien vollzogen werden, die nicht den Gefallen der Eltern finden, dann geht das definitiv zu weit und dann muss man als Elternteil auch das Recht haben, sein Kind vor diesem Spuk zu schützen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Tendenzen der letzten Jahre sind in diesen Bereichen, meines Erachtens, eindeutig erkennbar und wenn sie so weiter gehen, dann werden wir uns in Zukunft sicherlich auch schwerer tun, wenn es um solche Themen geht. Ich hoffe, dass es weiterhin so sein wird, wie auch in dieser 15a-Vereinbarung, dass es auch weiterhin sehr wohl Möglichkeiten gibt, Ausnahmen von der Betreuungspflicht in den Kindergärten zu nehmen. Dieser Vereinbarung stimmen wir aber zu. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte länger darüber reden, weil, tue Gutes und rede auch darüber. Deshalb möchte ich zunächst einmal ganz herzlich danke sagen. Das, was wir in den letzten Jahren alles in Bezug auf die 15a-Vereinbarung gemacht haben. Es wurden unterschiedliche 15a-Vereinbarungen gemacht. Von 2011 bis 2014 ging es um den Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige. Immerhin hat der Bund 432.000 Euro hier zur Verfügung gestellt.

Wobei das Land Burgenland ebenso viele Mittel für die Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt hat. Von 2008 bis 2013 hat der Bund

insgesamt 85 Millionen Euro in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert. Von 2014 bis 2017 stehen 305 Millionen Euro den Ländern zur Verfügung. Das ist das Vierfache. Dafür möchte ich mich ganz herzlich beim Bund bedanken.

Bei den unter Dreijährigen konnte somit die Betreuungsquote von 10,7 im Jahr 2004 auf 30,1 Prozent im Jahr 2013 gesteigert werden. Hier liegt das Burgenland an zweiter Stelle nach Wien und wir können nach wie vor ganz stolz darüber sein, dass die Betreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen immerhin fast 100 Prozent ist. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bedanken, bei allen Gemeinden, die hier hervorragende Arbeit geleistet haben. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Das Burgenland hat viel zu bieten. Es ist kein großes Land, aber ein großartiges Land in vielen Bereichen und vor allem in der Kinderbetreuung. Im Kindergartenjahr 2014/2015 wurden in 67 Kinderkrippen 138 Kindergärten, 55 alterserweiterten Kindergärten und 26 Horten exakt 10.525 Kinder im Burgenland betreut.

Ich sage es immer wieder, Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern sie sind auch unsere Gegenwart. Wir müssen jenen Kindern, die heute im Kindergarten sind, die besten Voraussetzungen geben. Ich stelle mich schützend vor alle Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, denn sie leisten hervorragende Arbeit und ich möchte mich dafür ganz herzlich bedanken. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Ich glaube, in diesem oft stressigen Leben einer PädagogIn hat die PädagogIn schon viel mehr zu leisten, als nur Erziehungsaufgaben. Es geht um Wissensvermittlung, es geht auch um die Vermittlung von Werten. Das nimmt stark an Bedeutung zu. Darüber hinaus haben natürlich unsere Pädagoginnen und unsere Pädagogen vor allem bei der Integration von Flüchtlingskindern neue Aufgaben zu bewältigen. Ich glaube aber und ich bin überzeugt, dass unsere Pädagoginnen und Pädagogen eine unschätzbare Arbeit leisten.

Ein zentraler Punkt bei der 15a-Vereinbarung ist der verpflichtende Besuch einer Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtung bei Vollendung des fünften Lebensjahres. Das war eigentlich für das Burgenland gar nicht so wichtig, denn im Burgenland war ohnehin schon die Betreuung fast bei 99 Prozent und jetzt gehen de facto alle in den Kindergarten. Das Gleiche ist bei den Vierjährigen, denn da sind ja fast alle schon im Kindergarten.

Gerade Kinderbetreuungseinrichtungen leisten einen wertvollen Beitrag, um für die Entwicklung der Kinder zu sorgen. Kinder lernen miteinander, eignen sich soziale Kompetenz an, sie entwickeln die spielerischen Fähigkeiten, vor allem die Sprachfähigkeiten beziehungsweise es werden auch Begabungen und Talente gestärkt.

Das verpflichtende Kindergartenjahr ist eine gute Basis für den darauffolgenden Schulbesuch. Ich möchte aber trotzdem anmerken, dass in manchen Bereichen wir, leider Gottes, noch nicht Nummer 1 sind. Da geht es nämlich auch darum, wie es um die Randzeiten der Kinderbetreuung bestellt ist. Randzeiten, das sind vor allem jene Zeiten, die vielleicht auch schon vor 6.00 Uhr notwendig sind oder nach 18.00 Uhr. Oder diese Randzeiten, die es auch gibt, wenn Eltern in Tourismusbetrieben beschäftigt sind, dann müssen sie einmal am Samstag und Sonntag auch arbeiten, denn auch diese Randzeiten gehören abgedeckt.

Aber, ich glaube, dass die Allgemeinheit, die Kommune, das nicht alleine schaffen kann. Dazu gibt es auch die Möglichkeit, über unterschiedliche Dinge zu betreuen.

Mit dieser Vereinbarung verpflichten sich die Länder zur Entlastung der Familie - zumindest den halbtägigen Besuch von Kinderbildungs- und –betreuungseinrichtungen. Dieses letzte Jahr ist sehr wichtig und da kann man natürlich auch die Eltern unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Teil ist die Sprachförderung für Kinder und zwar Sprachförderung insofern für jene Kinder, die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen. Sprachliche Barrieren sind natürlich ein riesengroßes Hindernis für die Entwicklung und für die Integration von Kindern. Um Kindern die gleichen Chancen zu ermöglichen, ist auch ein bestimmtes Niveau notwendig.

Ich glaube, wenn man im Kindergarten schon feststellen kann, dass Sprachdefizite herrschen, dann können auch die KindergartenpädagogInnen darauf reagieren. Sie können die einzelnen Kinder fördern, aber auch fordern. Das wird für die Kinder vielleicht auch eine Erleichterung in der Schule sein.

Von der frühen sprachlichen Frühförderung profitieren Drei- bis Sechsjährige. In institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen, die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen und vor allem für die Flüchtlingskinder ist mit der Förderung der Deutschkenntnisse so früh wie möglich zu beginnen.

Abschließend möchte ich mich nochmals ganz herzlich für die Aufmerksamkeit bedanken. Ich möchte auch betonen, dass das Geld, das hier eingesetzt wird, für jedes einzelne Kind sehr wichtig ist. Selbstverständlich werden wir diesem Antrag auch zustimmen. Dankeschön! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es ist natürlich immer wieder erfreulich, wenn Gelder vom Bund in unser Land fließen, somit in unsere Gemeinden fließen und weil es hier um die Kinderbetreuung geht, wird dieses Geld zum Wohle unserer Kinder verwendet. Der Bund und die Landeshauptleute haben diese 15a-Vereinbarung, die uns heute vorliegt, verhandelt.

Sie wurde im Nationalrat bereits beschlossen und heute wollen wir sie hier im Landtag beschließen. Diese 15a-Vereinbarung soll folgendes zum Ziel haben:

Ich habe versucht, diese Ziele in vier Punkten zusammenzufassen. Erstens sollen alle Kinder die besten Bildungschancen haben. Die Kinder sollen die besten Startchancen für das spätere Berufsleben bekommen, unabhängig von ihrer Herkunft, unabhängig von der Geldbörse der Eltern. Zweitens sollen die Kinder, bevor sie in die erste Klasse Volksschule kommen, zum Besuch einer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung verpflichtet werden. Dies ist bereits seit 2010 in Kraft. Das soll heute verlängert werden.

Drittens sollen jene Kinder, die mangelnde Deutschkenntnisse haben, vor Beginn der Schulpflicht besonders gefördert werden, damit sie, wenn sie in die Schule kommen, die deutsche Sprache bereits beherrschen. Sprache, das wissen wir, ist der Schlüssel zur Integration. Es gibt aber auch burgenländische Kinder, die eben im Bereich der Sprache Defizite aufweisen. Diese entsprechend zu fördern ist ganz wichtig, weil dann eben der Übergang Kindergarten-Schule ein viel besserer wird.

Viertens soll der kostenlose oder ermäßigte halbtägige Besuch des Kindergartens die Eltern auch weiterhin finanziell entlasten. Die Verlängerung der Kostenbeteiligung des

Bundes mit jährlich 70 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre ist Teil der neuen Vereinbarung mit den Ländern.

Ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr soll es zwar vorerst nicht geben, allerdings wird die Regierung das Angebot ermäßigter Plätze auch für vierjährige Kinder ausweiten. In Beratungsgesprächen mit Pädagoginnen und Pädagogen sollen die Eltern von den Vorteilen eines Besuches der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen überzeugt werden - und zwar schon zwei Jahre vor Schuleintritt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Burgenland waren wir in diesem Bereich bereits Vorreiter, denn seit 2009 gibt es bei uns die Kinderbetreuungsförderung. Im Burgenland ist der Ganztageskindergarten ermäßigt oder eben gratis.

Im Bereich der Kinderbetreuung, das wurde vorhin auch schon angesprochen, wurde im Burgenland in den letzten Jahren wirklich sehr viel erreicht. 98 Prozent der drei- bis fünfjährigen Kinder besuchen unsere Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen. Von den fünfjährigen Kindern besuchen bereits 99,4 Prozent den Kindergarten. Fast alle Kinder unseres Burgenlandes besuchen also unsere Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen.

Hier weist das Burgenland die höchsten Werte im Österreichvergleich auf, denn österreichweit liegt die Betreuungsquote bei 92,3 Prozent. Bei den unter Dreijährigen erreichte das Burgenland im 7-Länder-Vergleich einen Zuwachs von 104,7 Prozent und liegt mit einer Betreuungsquote von 30,9 Prozent an zweiter Stelle und das gleich hinter Wien.

Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der in Kinderkrippen betreuten Kinder von 193 auf 1.094 vermehrt, also das hat sich verfünffacht.

Im vergangenen Kindergartenjahr waren so an die 10.000 Kinder in Krippen, Kindergärten und Horten in Betreuung. Kinderbetreuung ist ein wichtiges Angebot für die Kinder.

Kinderbetreuung ist aber auch ein wichtiges Angebot für die Familien. Klar ist nämlich auch, dass viele Familien auch auf Kinderbetreuungsangebote angewiesen sind, um Familie und Beruf zu vereinbaren, um das eben unter einen Hut bringen zu können.

Das gilt besonders für Alleinerziehende, das gilt besonders für Frauen, die wieder in ihren Beruf einsteigen wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher brauchen Frauen dieses Angebot, um nach der Kinderpause ins Berufsleben einsteigen zu können. Man darf auch nicht vergessen, dass der Kündigungsschutz im Arbeitsleben nur zwei Jahre gilt.

Es ist daher sehr wichtig, dass wir das Kinderbetreuungsangebot weiterhin optimieren. Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Gemeinden, weil es ihnen gelungen ist, gemeinsam mit dem Land und dem Bund die Kinderbetreuungseinrichtungen auszubauen, Betreuungszeiten auszudehnen, ein Mittagessen anzubieten und vieles mehr. Ein herzliches Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Mit dieser 15-a-Vereinbarung verpflichten sich auch die Länder, wenn die Bundeszuschüsse nicht für eingangs genannte Zwecke benötigt werden, die Gelder für Qualifizierungsmaßnahmen oder für Qualitätssicherungsmaßnahmen in den Kinderbetreuungseinrichtungen zu verwenden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kennen alle das Sprichwort, was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Ich weiß, heute wird in der Arbeitswelt ein lebenslanges Lernen verlangt. Das ist natürlich richtig, das ist auch sehr wichtig. Wir wissen aber auch, dass man beim Lernen auf bereits in der Kindheit, in der Jugend, erlerntes Wissen aufbaut. Daher macht dieses Sprichwort, über das natürlich immer wieder diskutiert wird, auch heute durchaus noch Sinn.

Auch deshalb, weil ja nicht nur Wissen, sondern auch Verhaltensweisen und Motivation erlernt werden müssen. Fähigkeiten und Werte, die in der Kindheit nicht erlernt wurden, sind zu einem späteren Zeitpunkt im Leben nicht mehr oder nur mit sehr viel Mühe zu erwerben.

In diesem Sinne stimmt meine Fraktion der vorliegenden 15a-Vereinbarung natürlich zu. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Ich bitte den Landtagsabgeordneten Gerhard Steier zum Rednerpult. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir diskutieren einen Tagesordnungspunkt, der, wie Géza Molnár schon ausgeführt hat, eingangs dieser Legislaturperiode schon eine 15a-Vereinbarung gehabt hat und jetzt in der Ausweitung eigentlich für burgenländische Verhältnisse vieles miteinschließt, was bei uns schon lange Gegebenheiten sind. Wir sind im Bereich der Kinderbetreuung österreichweit Vorreiter, was auch alle anderen Vorredner jetzt schon betont haben.

Tatsache ist, dass diese Qualität unserer Kinderbetreuung, wie wir jetzt die letzten zwei Tage gehört haben, auch im Bildungsreformbereich in vielerlei oder in vielen neuen Punkten Eingang gefunden hat, auf die sich die Regierung anscheinend verständigt hat.

Tatsache ist, dass wir im Bereich dieser Kinderbetreuung jetzt auf eine 15a-Vereinbarung reflektieren, die die Einführung der halbtägig kostenlosen verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen festhält.

2011 und 2013 wurden die Vereinbarungen jeweils um zwei Jahre verlängert. Mit dieser Vereinbarung, gemäß Art. 15a B-VG wurden die Länder verpflichtet, einen kostenlosen halbtägigen Besuch von institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen im Ausmaß von 20 Wochenstunden für das letzte Jahr vor Schulpflicht ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 sicherzustellen und spätestens ab 2010 die halbtägige Besuchspflicht im Ausmaß von mindestens 16-20 Stunden an mindestens vier Tagen pro Woche einzuführen.

Als Beitrag daraus resultierten in der Vergangenheit 2009, 2010, 2014, 2015 jeweils 70 Millionen Euro, die vom Bund zur Verfügung gestellt wurden und die für diese Zwecke - bezogen auf Kinderbetreuung - investiert wurden.

Diese Vereinbarung soll nun durch den gegenständlichen 15a-Vertrag, der für die Kindergartenjahre 2015/16, 2016/17 und 2017/18 gelten soll, abgelöst werden.

Die Vereinbarung sieht vor, dass das verpflichtende Kindergartenjahr im letzten Jahr vor der Schulpflicht weitergeführt wird.

Darüber hinaus sollen ab dem Kindergartenjahr 2016/17 Anreize für einen verstärkten Kindergartenbesuch im letzten Jahr vor der Schulpflicht gesetzt werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit ist für alle fünfjährigen Kinder, unabhängig, wie es die Kollegin Sack festgehalten hat, von der Bildungsbiografie der Eltern und der Einkommenssituation der Eltern beziehungsweise anderer sozialer Einflussfaktoren auch in den kommenden drei Jahren gewährleistet, dass sie das letzte Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt besuchen können.

Für die vierjährigen Kinder wird der halbtägige Besuch kostenlos oder zu ermäßigten bzw. sozial gestaffelten Tarifen angeboten.

Vierjährige Kinder werden durch folgende Maßnahmen verstärkt in die elementare Bildung einbezogen:

1) Verpflichtende Gespräche von geeigneten Fachpersonen mit Eltern, deren Kinder im letzten Jahr vor der Schulpflicht nicht für den Kindergarten angemeldet sind.
2) Empfehlung zum Kindergartenbesuch im vorletzten Jahr der Schulpflicht.
3) Beitragsfreier Besuch von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen im vorletzten Jahr der Schulpflicht beziehungsweise Besuch zu ermäßigten oder sozial gestaffelten Tarifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Kindergartenjahren 2015/2018 stellt der Bund, wie gesagt, diese 70 Millionen Euro zur Verfügung. 2016 findet erstmals eine interne Überprüfung statt. Bund und Länder verpflichten sich darüber hinaus ab 2016/17 eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Rahmenbedingungen für das zweite kostenlose verpflichtende Kindergartenjahr einzusetzen.

Festzuhalten ist, und das ist in den Diskussionen auch schon gefallen, dass der Kindergarten und jetzt verstärkt auch durch die Aufmerksamkeit aller Kommissionen und Einrichtungen, die sich damit beschäftigen, zur Bildungseinrichtung Nummer eins werden soll, was sinnvoll ist, was aber gleichzeitig auch erfordert, dass das Zusammenspiel aller, die hier aktiv tätig sind, inklusive der Gemeinden, des Landes und des Bundes eine Einheit bilden.

Diese Einheit, in der Umsetzung auf die bildungspolitischen Aufgaben, auf sprachliche und inhaltliche Gegebenheiten, ist eine Herausforderung, der wir uns stellen sollten. Ich glaube, dass diese 15a-Vereinbarung eine gute Grundlage ist, der ich auch meine Zustimmung geben werde.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Zunächst einmal freue ich mich sehr, dass diese 15a-Vereinbarung so jetzt durchgeführt werden kann, wie wir sie heute, Hoher Landtag, zu beschließen haben.

Ich freue mich sehr, wenn ich von allen im Landtag vertretenen Parteien höre, dass alle zu dieser 15a-Vereinbarung, vor allem aber zur Kinderbetreuung, stehen. Ich denke, da haben wir einen richtigen Beschluss gefasst, nämlich, gerade auch in den letzten Jahren schon diese 15a-Vereinbarungen, wo es immer um die Unterstützung der Kinder,

aber auch der Familien gegangen ist, zu unterstützen und seitens des Burgenlandes sehr zu forcieren.

Ich gebe Ihnen Recht, dass Sie alle, unisono erklärt haben, wie wichtig der Kindergarten, die Betreuung ist, aber auch vor allem, dass wir alle im Landtag vertretenen Parteien uns einig sind, dass der Kindergarten ein Bildungsgarten ist.

Ich denke, dass alle sich auch darüber einig sind, dass der Kindergarten vor allem auch einen Teil großer Chancengleichheit bietet und dass alle Kinder zumindest ein Mindestmaß haben, dass sie, egal aus welcher Familie, aus welchem Hintergrund, aus welcher Problemstellung auch immer, durch die Kinderbetreuung im Kindergarten hier die Chance haben, echt aufzuholen, nachzuholen und gemeinsam im sozialen Umfeld zu lernen und betreut und gefördert zu werden.

Lassen Sie mich aber auch anschließen an Ihre Aussagen, wo Sie gesagt haben, ja, da arbeiten auch tolle Pädagoginnen und Pädagogen beziehungsweise auch HelferInnen. Sie dürfen nicht vergessen, dass das auch eine Frage des Arbeitsplatzes ist. Weit über 900 KindergartenpädagogInnen, aber auch 500 HelferInnen arbeiten hier vor Ort, haben einen Arbeitsplatz. Also 1.400 Arbeitsplätze, die wir über diese Kinderbetreuung auch schaffen können im Land.

Ich sage aber auch ganz klar, dass es für mich einen Riesenzusammenhang gibt zwischen Arbeitsplätzen, die wir schaffen, aber auch arbeitsmarktpolitisch, weil wenn wir keine Kindergärten - und wir sind ja so stolz darauf, und zu Recht so stolz darauf, dass wir das alles schaffen und an erster beziehungsweise zweiter Stelle Österreichs stehen, obwohl wir so viele, aber auch sehr kleine Gemeinden haben - das ist auch arbeitsmarktpolitisch wichtig.

Könnten sich die Frauen oder Männer, Väter oder Mütter nicht auf diese Kinderbetreuung verlassen, wo die Kinder auch gebildet und gefördert werden, dann hätten sie auch keine Chance, dass sie ihre Arbeitsplätze hätten.

Ich sehe also vor allem die Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen - aber auch natürlich im Kinderkrippenalter - als arbeitsmarktpolitische Maßnahme.

Ich möchte Sie auch bitten, das auch in diesem Kontext zu sehen, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Voraussetzung ist, damit man einen Beruf hat. Meine Damen und Herren! Damit schaffen wir auch die Voraussetzungen der Armutsbekämpfung. Gott sei Dank wohnen wir in einem sozialen Land, denn wer kein Einkommen hat, fällt natürlich automatisch in einem sozialen Staat, wo es ja hier auch Möglichkeiten gibt, jene Menschen zu unterstützen.

Aber, die Voraussetzung dafür, Armut zu begegnen, ist immer Beschäftigung und Einkommen zu haben. Also, Sie sehen hier, der Kreislauf der Kinderbetreuung lässt sich hier wirklich sehr weit ziehen und wir sind alle stolz auf unser Land.

Ich möchte aber auch noch einen Punkt hervorheben, den teilweise auch die Vorredner und Vorrednerinnen ja schon hervorgehoben haben: Kinderbetreuung, meine Damen und Herren, ist aber immer auch eine Frage der Leistbarkeit.

Da komme ich wieder auf den Punkt zurück, wo wir darüber gesprochen haben, dass dies auch die Chancengleichheit für junge Menschen fordert, nämlich, egal wie groß die Geldbörse ihrer Eltern ist.

Ich bin sehr stolz und Sie als Hoher Landtag werden ja letztendlich über das Budget entscheiden, dass wir seit 2009 sehr viel Gelder in die Hand nehmen, damit Kinderbetreuung so funktioniert, nämlich leistbar, wie es jetzt ist.

Ich bin davon überzeugt, dass Ihnen das gar nicht bewusst ist, wie viel Geld wir eigentlich mit Ihrem Beschluss im Landtag zum Budget dafür ausgeben.

Von 2009 bis zum 17.11.2015, meine Damen und Herren, haben wir für die Eltern, damit sie sich den Kindergarten leisten können, 26 Millionen Euro ausgegeben. Sie werden das kaum in anderen Bundesländern, bis auf Wien, finden.

Ich unterstütze natürlich gerade auch wenn es um den Schuleingang geht, das ja jetzt nicht unmittelbar damit zu tun hat, aber für Sie ein Überblick, wieviel Geld das ist: 1,6 Millionen Euro seit 2009.

Kinderbonus: Gerade für die Chancengleichheit für jene Familien, die wenig Einkommen haben, haben wir seit 2009 insgesamt 3,3 Millionen Euro ausbezahlt.

Oder, wenn Menschen, Gott sei Dank, sich für Kinder entscheiden und dann in schwierigen Situationen sind, weil es mehr als ein vielleicht Erwartetes ist, sind es 170.000 Euro und so könnte ich das fortsetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Allein beispielsweise für Autozuschüsse wenn man mehr Kinder hat - 46.000 Euro und so weiter und so fort. Also ein Hoch dem Landtag der sich für das Budget entscheidet und damit auch sagt, ja Kinderbetreuung ist wichtig und ja wir tun da gerne mit.

Ich möchte mich natürlich auch bei Ihnen bedanken, vor allem bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch bei allen die Verantwortung in den Gemeinden tragen. Sie haben Recht, ich weiß es, wir zahlen viel vom Land und Sie nehmen viele Euros in die Hand auch seitens der Gemeinden damit Kinderbetreuung eben leistbar ist und die große Chance und Gleichheit herstellt.

Ich danke Ihnen dafür, natürlich auch ein herzliches Dankeschön an den Bund. Eine der wirklich schlimmen Stunden war, als wir 2000/2001 plötzlich vor dem standen, Sie als Gemeinden auch, dass die Kindergartenmilliarde, die bis dahin ging, dann einfach unter der besonderen Führung im Jahr 2000 und so weiter, diese Kindergartenmilliarde abgeschafft war.

Es hat Ihnen und uns als Land natürlich sehr, sehr stark geschadet. Jetzt hat sich die jetzige Bundesregierung schon vor Jahren dazu entschlossen da weiter zu tun.

Herzlichen Dank natürlich an die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, an die Kindergartenhelferinnen und -helfer, herzlichen Dank, eine tolle pädagogische Arbeit, auf die wir auch schauen müssen und die uns wichtig ist.

In diesem Sinne nochmals Danke an Sie, weil wir hier einen gemeinsamen Beschluss schaffen für eine gute Zeit und eine gute Zukunft für unsere Kinder. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a Bundesverfassung über die halbtägig, kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18 wird gemäß Artikel 81 Absatz 2 L-VG einstimmig zugestimmt.

5. Punkt: Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 130), mit dem der Jahresbericht 2014 über die Wirtschaftsförderung des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 88) (Beilage 159)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 130, mit dem der Jahresbericht 2014 über die Wirtschaftsförderung des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 88, Beilage 159.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Molnar.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke. Herr Präsident! Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Jahresbericht 2014 über die Wirtschaftsförderung des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 1. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 04. November 2015, beraten.

Man hat mich zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Jahresbericht 2014 über die Wirtschaftsförderung des Landes Burgenland wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Die erste Wortmeldung ist vom Herrn Abgeordneten Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Werte Frau Präsidentin! Gerade Schichtwechsel. Werte Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte doch ein paar Worte noch verlieren zum Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, wenn er sich herstellt und glaubt, er kann Abgeordneten sagen wovon sie reden, die ja selbständig, Gott sei Dank, noch arbeiten dürfen, und selbständig denken dürfen und selbständig auch dementsprechend das Wort erheben dürfen und auch in der Geschäftsordnung sehr wohl das festgehalten ist, wann man sich zu Wort melden darf und auch nicht.

Er sollte in die Vergangenheit schauen, wie er dort hinten gesessen ist und hat einige Wortspenden von sich gegeben. Ich verstehe schon. Und wir sind ja doch schon sehr lange Bürgermeister, sehr viele da. Wenn man Verantwortung trägt, schaut die Welt ein bisschen anders aus. Das sollte man zur Kenntnis nehmen.

Ich gebe ihm das mit, einen Ratschlag, ich schreibe es ihm in das Stammbuch hinein, dass er das endlich einmal kapiert, um was es hier im Hohen Landtag geht. Hier geht es um die Bevölkerung in diesem Land und nicht um politisches Hickhack.

Und wenn er eben erzählt, ich nehme immer die Reden vergangener Zeiten, na das kann schon passieren. Warum? Weil jetzt stellt sich genau heraus, dass wir Recht gehabt haben. Wo wir den Finger darauf gelegt haben, dass dort einiges nicht so gelaufen ist, wie es laufen sollte.

Wenn wir heute einen Wirtschaftsförderungsbericht zu diskutieren haben, dann muss mir schon einiges klar sein, auch wir haben in der Vergangenheit immer wieder aufgezeigt, dass man nicht fehlerlos ist, auch nicht in der Landesregierung. Dass man nicht fehlerlos ist auch in den Gemeinden. Aber dann gibt es immer Gespräche und nicht ein Drüberfahren.

Das würden wir uns auch wünschen für die Zukunft, für die neue Regierung, die nach außen hin Einigkeit präsentiert, nur fehlt mir vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz eigentlich ein bisschen ein Gespür.

Er sollte sich einmal zeigen in der Öffentlichkeit. Nicht nur mit dem Dienstauto, mit einem BMW mit einem großen, mit Chauffeur durch die Gegend fahren, wie er beim ORF gesagt hat, wow ist das schön, ist ja unglaublich, sondern Arbeit leisten in diesem Land und für dieses Land.

Und da bin ich beim Herrn Landeshauptmann, der macht das, muss ich sagen, Hut ab, der macht das. Die anderen verstecken sich ein bisschen noch, aber vielleicht wird es noch.

Aber nicht, da warte ich drei Jahre darauf, wie er gesagt hat, drei Jahre soll ich warten, ob dann irgendetwas herauskommt oder nicht. Na das wäre was, wenn wir in der Gemeinde oder in einer privaten Firma drei Jahre warten sollen, ob da jetzt etwas passiert oder ob das gut anrennt oder nicht.

Seid mir bitte nicht böse und dann sagen, in fünf Jahren wird uns der Wähler schon sagen, ja, ja, ist schon gut. Das wird uns der Wähler schon sagen, das ist schon richtig.

Aber ich denke, auch hier sollte man wirklich einmal in sich gehen und einmal nachdenken wie man in der Vergangenheit agiert hat, wie man Opposition eigentlich betrieben hat und mit welchen Aussagen. Vielleicht ist auch der falsche Mann am richtigen oder falschen Platz.

Ich weiß gar nicht was ich sagen soll, da sitzen ja zwei von den Herrschaften. Vielleicht sollte ein Tausch stattfinden, - ich weiß es ja nicht, - weil der Herr Landesrat sehr zurückhaltend ist und sehr sachlich auch ist. Das möchte ich jetzt einmal vorausschicken.

Aber wenn ich heute zum Wirtschaftsförderungsbericht doch einiges sagen darf, über den Wirtschaftsförderungsbericht 2014, den wir diskutieren und dementsprechend auch zur Kenntnis nehmen sollen, müssen oder wollen. Das ist jetzt die andere Situation, denn es ist ja alles schon Vergangenheit. Das ist ja schon alles passiert.

Ich möchte doch am Anfang auch noch dazu sagen, das sind Regierungsbeschlüsse, die meisten, was da passieren, oder in ausgelagerten Gesellschaften, die hier die neue Regierung jetzt angehen wird und sagt 170 ausgelagerte oder 171 ausgelagerte Betriebe, wo wir immer aufgezeigt haben, hallo da sollten wir etwas machen. Jetzt anscheinend geschieht es. Da kann man ja nur gratulieren dazu.

Aber die Vorgangsweise wie man wieder Geschäftsführer bestellt oder anderswertig das ganze abhandelt, mit dem kann ich nicht einverstanden sein. Aber das ist halt eben so. Auch hier werden wir uns dementsprechend auch informieren wie das ganze abläuft.

Und wenn ich mir anschaue, wenn immer gesprochen wird, Arbeitsplätze schaffen, ja der Herr Landeshauptmann, man hat über 100.000 Arbeitsplätze geschaffen, da bin ich bei Ihnen. Gratuliere dazu, aber man vergisst, das war 2014. Und wenn ich mir heuer die Prognosen anschaue wie es ausschaut, ist es verheerend. Das heißt, wir müssten dringendst gegensteuern, dringendst etwas tun.

Und wenn ich mir die Prognosen anschaue für das Jahr 2015 bei einer Konjunkturprognose von 0,7 Prozent, dann wird es mir Bange um unsere Landsleute, die wahrscheinlich ständig auspendeln müssen.

Und wenn ich höre, dass in Jennersdorf die Arbeitslosenzahlen 26 Prozent sind, dann tut es mir weh. Das heißt, hier sind wir gefordert, alle hier im Landtag Sitzenden und auch dementsprechend Mitarbeitenden etwas zu tun.

Und ich glaube auch, es ist ja nicht nur eine Landessache, sondern auch eine Bundessache. Aber wenn ich mir dort anschaue, wer sitzt dort in der Regierung? Dort sitzt auch Rot und Schwarz wie in den letzten Jahren. Wenn wir heute 2014 zur Kenntnis nehmen sollen, dann hat man doch dort in gewissen Bereichen sehr wohl etwas getan. Das muss man auch dazu sagen.

Aber wenn wir aufgezeigt haben was dann alles passiert, wo man im Nachhinein von Rechnungshofberichten, die wir heute noch diskutieren werden, immer wieder erfährt was in die Hosen gegangen ist, und was danebengegangen ist, dann muss ich mir schon Gedanken machen.

Und ich kann mich nicht herstellen und sagen, als Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich soll nicht immer von der Vergangenheit reden, sondern ich muss sogar davon reden, weil wir ständig gesagt haben, passt auf dort und dort muss man aufpassen.

Oder wenn der Herr damalige Landeshauptmann-Stellvertreter und der Herr Landeshauptmann, der jetzige, auch von der WiBAG sich verabschiedet haben, vom Aufsichtsrat. Da machen wir uns schon auch Gedanken warum? Was ist dort passiert? Warum ist das passiert? Warum geht man dort hinaus?

Oder wenn man Bestellungen weiterhin noch betreibt, ich sage einmal in der Energie Burgenland, wo man einem Herrn die ganze Macht gibt. Oder viele der Dinge die es gibt in den Verbänden, et cetera, et cetera. Auch das sollten wir einmal angreifen.

Auch das sind dementsprechende Arbeitsplätze die auch, wie in den Gemeinden, mit Arbeitsplätzen etwas zu tun haben und mit Wirtschaft etwas zu tun haben. Auch dort gehören dementsprechende Personen hingestellt die von der Wirtschaft nicht nur Reden, sondern auch umsetzen können.

Und ich sage das bewusst weil, wenn ich mir anschaue in den ganzen Reihen der SPÖ, FPÖ, GRÜNE, egal wie auch immer, keine einzigen da sind, die selbständig sind und Wirtschaft betreiben, dass man sagen kann, wir wissen wovon wir reden.

Gerhard Hutter und meine Wenigkeit sind selbständig und wissen auch wie man Wirtschaft auch macht. *(Beifall beim Abg. Gerhard Steier.)*

Und jetzt sage ich Euch etwas. Das Nächste was mir ganz besonders grausig heraufstößt ist, wenn ich immer höre, die Politik schafft Arbeitsplätze, oder die Gewerkschaft schafft Arbeitsplätze.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, es hat noch kein Politiker einen Arbeitsplatz geschaffen. Ich weiß nicht wer Angestellte hat bei Euch da herinnen? Ich

weiß, dass die Arbeiterkammer keine Arbeitsplätze schafft, ich weiß, dass die Gewerkschaft keine Arbeitsplätze schafft, sondern die Wirtschaft schafft es.

Und da sollten wir auch einen Schulterschluss zusammenbekommen in schwierigen Zeiten, die man in Zukunft heben muss. Und da glaube ich, wäre es wichtig, dass man auch das angeht. Und da bin ich eigentlich mit Vorschusslorbeeren an die neue Regierung herangegangen, und habe ihr noch gesagt, schauen wir uns das einmal an, versuchen wir es.

Herr Landesrat für Wirtschaft und Tourismus, ich war begeistert, wie Du mich eingeladen hast zu einem Gespräch. Ich war begeistert, wie Du gesagt hast, packen wir es an. Nach zwei Wochen war die Begeisterung weg, weil, dann hat der Termin nicht mehr gehalten. Und dann höre ich vom Herrn Klubobmann Kovasits ich soll nicht so daherreden, weil, das stimmt alles gar nicht.

Herr Klubobmann Kovasits, Ihr solltet eigentlich mehr in den Klubs diskutieren und untereinander. Ich war beim Herrn Landesrat und habe mich sehr wohl erkundigt was wir gemeinsam machen können, sei es das Tourismusgesetz, aber sei es auch in der Wirtschaft. Denn die Wirtschaft ist einer der wichtigsten Faktoren.

Das habe ich heute schon gehört von der Frau Landesrätin Dunst, die sehr emsig ist. Die sich wirklich mit geballter Kraft hinstellt und sagt, packen wir es an, tun wir etwas. Ich bin dafür, sie hat jederzeit meine Unterstützung.

Aber wenn ich, Herr Landesrat, dann höre von Ihnen, ja das ist halt nicht so gegangen. Dann muss ich schon sagen, dann kommt das Tourismusgesetz in Begutachtung, in einer kurzen Zeit und jetzt höre ich, das wird sowieso beschlossen, ohne dass vielleicht unsere Idee da miteinfließen kann und darf. Dann weiß ich nicht, ob Sie am richtigen Platz sind.

Weil, dann glaube ich sollten wir das noch einmal überdenken. Und wenn der Herr Landeshauptmann, und das weiß ich, dass er ein starker Mann ist, und das braucht man auch wenn man Landeshauptmann ist, gar keine Diskussion, aber es muss zulässig sein, so ein Tourismusgesetz, das wir vor einem Jahr beschlossen haben, jetzt auf einmal wieder aufmacht und dann wieder in eine andere Richtung beschließt, weil ein anderer Regierungspartner da ist, dann sollte man sich Gedanken machen.

Nein, ich sage das so bewusst, weil es auch wichtig ist, dass die Leute draußen erkennen, man will gemeinsam den Weg gehen. Und wenn ich immer denke an die Arbeitsplätze 100.000 und mehr hätte man geschaffen und dann höre ich, dass 58.000 Personen auspendeln müssen. 58.000 Burgenländerinnen und Burgenländer müssen tagtäglich auspendeln!

Wir sind am Weg, aber dass wir mit öffentlichen Verkehrsmitteln vielleicht etwas schaffen. Ich freue mich schon, wenn das im Südburgenland endlich einmal umgesetzt wird mit dem Schienenausbau und –verkehr, wieder einmal aufflackert. Ich freue mich, wenn die S7 endlich einmal umgesetzt wird, denn das bedeutet Arbeitsplätze, das bedeutet Lebensadern.

Dort sollte man sich verstärkt einbringen und da bin ich bei Ihnen, Herr Landeshauptmann, gar keine Diskussion. Und da bedarf es auch unserer Unterstützung. Und ich verstehe auch die GRÜNEN wenn sie sagen, brauchen wir nicht so viele Straßen. Ist mir klar, aber die Wirtschaft ist ein ganz ein wichtiger Faktor. Wenn wir keine Arbeitsplätze haben, dann ist das Sozialgefüge in diesem Land natürlich auch eine Katastrophe.

Frau Petrik, fahren Sie runter nach Jennersdorf, 26 Prozent Arbeitslose, wie es dort zugeht, was sich die Leute für Gedanken machen. Reden Sie einmal mit denen, dann werden Sie sehen, wir brauchen Schiene, wir brauchen aber auch Straße. Ohne den wird es nicht gehen.

Das heißt, wir müssen uns hier finden und wir müssen schauen, dass wir das gleiche Ziel im Auge haben. Aber das wir denken, dass wir insgesamt im Burgenland 9.000 Arbeitslose haben, die wirklich ringen nach Arbeit, und wenn ich mich zum AMS wende und die sagen, na ja es wird nicht besser werden, es wird schlechter werden.

Und Gott sei Dank ist das Wetter noch sehr gut, dass am Bau gearbeitet werden kann, denn stellen wir uns vor es hätte schon zu schneien begonnen oder es hätte geregnet oder es hätte nicht mehr gepasst das Wetter, dann wären wir schon weit drüber. Und das sind Gedanken, die ich mir mache und ich hoffe auch Ihr Euch macht.

Und wenn ich von der Wirtschaft rede, dann rede ich auch von den Gemeinden. Es ist leider gar kein Gemeindevertreter herinnen, weder bei der SPÖ noch von der ÖVP, es sind… *(Abg. Ingrid Salamon: Na, na, na. – Abg. Werner Friedl: Moment einmal.)* Na wer? Wer ist vom Gemeindevertreterverband?

Wo ist Euer Abgeordneter, der einmal war, der Trummer und alle? Wo sind sie den alle? Ich höre nur von denen, dass sie verhandelt haben. *(Unruhe bei der SPÖ)* Warten Sie ein bisschen. Ich höre nur, dass die verhandelt haben, der Herr Trummer und der Radakovits, über die Energiepreise. *(Abg. Klaudia Friedl: Der Herr Kollege Friedl ist Stellvertreter, nur zur Ihrer Information.)* Das ist schon sehr interessant.

Dann stellt man sich hin und sagt, jetzt kann man den Gemeinde 20 Prozent nachlassen. Nachdem einige Gemeinden ausgeschert sind und sich Preise eingeholt haben.

Und jetzt frage ich Sie, Herr Landeshauptmann, warum gehen Sie jetzt auf einmal her und können 20 Prozent über Nacht nachlassen? Wenn ich ein Gespräch geführt habe mit Herrn Gerbavsits, ich sage das gleich mit dieser Deutlichkeit, dann geht es auf einmal über Nacht.

Da brauche ich aber keine Gemeindevertreterverbände oder den Bund dazu, sondern ich habe noch immer um 20 Prozent einen besseren Preis. Auch ich gehöre zu einer Gemeinde die ausgeschert ist und nicht drei, sondern es sind schon mehr Gemeinden, dann frage ich Sie als Kolleginnen und Kollegen, als Bürgermeister, ist das wirtschaftlich, sachlich vertretbar, wenn Sie nicht ausschreiben, wenn Sie nicht den Bestbieter nehmen?

Das frage ich mich und nicht kommt daher mit Arbeitsplätzen. Schaut Euch die Pyramide an, in der Energie Burgenland, welche Geschäftsführer und welche Prokuristen als es dort gibt. Und 20 Prozent von heute auf morgen nachlassen, und vorher ist die Diskussion gewesen, lasst was nach. Die waren bei mir und ich sagte, lasst was nach, dann können wir über alles diskutieren, aber dann soll es ausgeschrieben werden und das habe ich mir angeschaut. So.

Ist das die Politik in diesem Lande? Ich weiß schon, dass es Arbeitsplätze sind, bei der Energie Burgenland, damals BEGAS, und damals BEWAG. Und da ist noch immer nichts abgeschlossen.

Den Simandl gibt es noch immer irgendwo. Ich weiß nicht wo der herum geht, da hört man nichts. Es gibt auch bei der BEWAG noch offene Verfahren. Was geschieht da?

Ich höre nichts! Und das sind die Dinge, die die Bevölkerung sehr wohl wissen will und auch wissen sollte.

Und ich denke einmal, wenn man die Haftungsfrage des Landes sich anschaut, das was ich ja auch immer trommle, dann heißt es, es ist eh im Rechnungsabschluss drinnen gewesen. Bis heute ist mir der Herr Finanzreferent noch immer schuldig, wieviel tatsächlich dort drinnen ist, im Rechnungsabschluss von den Ausgelagerten.

Er hat gesagt, alle sind drinnen. Ich sage Euch, dass nicht alle drinnen gewesen sind, schwarz auf weiß. Er hat mir gesagt, er gibt mir eine Antwort. Bis dato habe ich keine Antwort und daher glaube ich, auch dort müssen wir noch einmal nachjustieren. Und da bittet die FPÖ, die jahrelang darauf gepocht hat, Transparentheit. Transparenz ist wichtig gewesen, Kontrolle ist für sie wichtig gewesen.

Da freut es mich, Herr Landesrat Petschnig, wenn ich erfahre in ein paar Wochen, dass da oder dort nachjustiert muss werden, so wie bei dem Tourismusgesetz, da bin ich d`accord. Dann freut es mich, wenn ich weiß, halt der Kölly hat da Recht. Warum nicht, warum kann der Kölly einmal nicht Recht haben, oder die Liste Burgenland? Warum nicht? Fällt uns ja keine Perle aus der Krone. Soll so sein.

Und bei den Haftungen ist es detto. Und wenn ich mir anschaue, die Haftungen des Landes mit Stichtag 31.12.2014. Es bestehen zum Einen Landeshaftungen nach der WiföG, die zum Stichtag einen Darlehensstand von 23,3 Millionen Euro ausweisen, für eine Haftung des Landes Burgenland. Des weiteren bestehen Landeshaftungen außerhalb der WiföG deren Höhe sich derzeit auf rund 477 Millionen Euro, Stichtag 31.12.2014 beläuft, hinunter fallen.

Und an anderen die Haftungen des Landes für die Burgenländische Landesholding, für die BELIG, für die WiBAG Infrastruktur GmbH, für den Wirtschaftsparkt Burgenland Nord, Kittsee, Parndorf, Erwerbs- und Schließ GmbH, für die Liegenschaftsverwertung, Aufschließungs GmbH, für die Fußballakademie in Mattersburg, das war heute ein Thema, die Fragestunde haben sie dann umgedreht, da kann man auch nichts machen.

Dann weiters für die Burgenländische Pflegeheimbetriebs GmbH, für die KRAGES, Wirtschaftsservice Burgenland, Burgenländische Risikokapitalbeteiligung AG, für die Bad Tatzmanndorf, Thermal- und Freizeitzentrum GmbH, et cetera., das heißt, das geht so weiter.

Der Gesamtstand der Haftungen zum 31.12.2014 beträgt somit für das Land Burgenland rund 500 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich weiß, das tut keinem weh. Das interessiert auch keinen, oder? Hoffentlich werden sie nicht schlagend. Hoffentlich wird nicht dort oder da eine großes Jammern kommen.

Denn mit unserem Wirtschaftspark ist alles wunderbar. Das ist für mich mit einem gemischten Gefühl zu betrachten. Einerseits haben die Wirtschaftsparks, wie zum Beispiel Parndorf, einen sehr großen Zuspruch, andererseits wurde im Jahr 2014 im Wirtschaftsparkt Kittsee keine einzige Fläche verkauft. Da sollte man auch einmal nachdenken.

Auch beim Wirtschaftsparkt Neusiedl am See ist nur ein Drittel der Gesamtfläche verkauft. Da bin ich bei den GRÜNEN. Da hat man alles umgewidmet und jetzt - was geschieht dort weiter? Widmen wir es zurück, oder was tut man? Das ist die Frage.

Oder, Wirtschaftspark Heiligenkreuz-Szentgotthard, durch den Bau der S7 wäre es wichtig, wie man die Entwicklung einschätzt. Was tut sich dort? Bis dato haben sich das

Lyocell-Werk, die Firma Lenzing, ein Sägewerk, das Lager eines Reifenhändlers, ein Biomassekraftwerk angesiedelt.

Und das haben auch immer die Blauen, die FPÖ, hat das auch immer aufgezeigt. Und daher erwarte ich mir, noch einmal, dass man dort, Herr Wirtschaftslandesrat, einmal anpackt, und sagt, was kann man dort daraus machen? Aber auch in die Fraktionen hineingeht, und sagt, habt ihr Vorstellungen oder Ideen? Das wäre einmal ein Ansatz.

Dann haben wir, das ist ja das Lustige eigentlich, in der Stadtgemeinde Szentgotthard haben wir 300.000 m2 einfach ohne Gewinn, ohne irgendwas, zurückgegeben, unter Anführungszeichen, „verkauft“. Das heißt, uns hat das einen Haufen Geld gekostet. Da hat sich keiner alterniert, außer wir haben einmal aufgezeigt. Lass ihn reden, es ist eh Wurst, wir beschließen, aus Ende.

Und wenn ich mir heute die Frau Landesrätin Dunst angehört habe, über die Kinderbetreuung. Frau Landesrätin - danke - aber - danke, dass Du auch gesagt hast, dass die Gemeinden vieles dazu beitragen. Heute habe ich Gott sei Dank nicht gehört, dass es Gratiskindergärten gibt, die gibt es nicht. Es gibt einen Zuschuss vom Lande, das wissen wir alle, wie wir da drinnen sitzen.

Ich bin froh darüber, dass es einen Zuschuss gibt vom Land, aber auf der anderen Seite müssen den Rest die Gemeinden abdecken. Und jetzt sage ich noch etwas dazu, nicht nur die Gemeinden abdecken insofern, dass man halt ältere Arbeitnehmerinnen und Pädagoginnen und Pädagogen dort drinnen hat, Pädagogen ist übertrieben, weil viele Pädagogen gibt es eh nicht in den Kindergärten. Da muss man einmal nachdenken.

Die Gemeinde Deutschkreutz zahlt alleine für den Kindergarten 312.000 Euro dazu. Und da sage ich eines dazu, das ist wichtig und richtig, zu dem stehe ich auch, aber auf der anderen Seite kommt dann das Land daher, macht einen Beschluss und Sozialleistungen werden wieder abgezogen. Abgezogen von den Ertragseinteilen, die wir bekommen, oder vom Land die Gelder. Dann frage ich mich, da kann ich mich schon herstellen, und die Regierung beschließt einfach etwas, und die Gemeinden sollen zahlen.

Nur ein kleines Beispiel. Es gibt einen Rettungsschilling, den Rot-Kreuz-Schilling, Ihr werdet das alle wissen. Der Rot-Kreuz-Schilling hat es einmal geheißen, pro Person und Nase, Einwohner, einen Schilling.

Meine Damen und Herren, wer Bürgermeisterin oder Bürgermeister ist, soll einmal hineinschauen, was wir derzeit zahlen pro Einwohner. Na – ich höre? 9,20 Euro, 9 Euro und 20 Cent werden uns abgezogen. Und da sollte man einmal nachdenken.

Der Soziallandesrat ist nicht da, das ist ein Wahnsinn, was da passiert. Die Gemeinden werden ausgehöhlt, ausgehungert. Früher waren die Gemeinden der Wirtschaftsmotor auch schlussendlich die viele Aufträge vergeben haben. Das können wir.

Herr Landesrat Bieler, ich verstehe Sie schon, ich weiß schon, nur Du kannst es nicht mehr hören, aber das sind die Tatsachen. Und bei der nächsten Regierungskonstellation wirst Du vielleicht nicht mehr dabei sein und ich werde es noch immer trommeln. Und vielleicht wird es dann einmal umgesetzt, die ganze Geschichte. *(Abg. Ewald Schnecker: Vielleicht ist es auch umgekehrt.)*

Das muss man jetzt auch einmal klar sagen, weil, die Ablöse steht eh vor der Tür, ist ja kein Problem. Aber dann können wir uns zusammensetzen in Bernstein und können über etwas anderes diskutieren, über den Ausbau der B50 oder dergleichen mehr, weil mir das da steht.

Das heißt, man macht eine Infrastruktur mit dem Spital Oberwart und macht sich aber keine Gedanken über die Infrastruktur dort. Die B50 gehört ausgebaut meiner Meinung nach. Dann habe ich gesagt, macht endlich einmal etwas, hat es geheißen, das kostet 1,2 Millionen Euro, das ist uns viel zu teuer. Na gut, Verkehrssicherheit ist uninteressant und solche Dinge gehen halt weiter.

Und ich glaube, wenn man auch über die Nächtigungen redet, und Herr Landeshauptmann, Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, gar keine Diskussion, wir reden immer von drei Millionen Nächtigungen, dass wir diese erreichen. Schön, das Ziel höre ich jetzt schon seit fünf Jahren, in der Größenordnung. - Man hat es nicht geschafft.

Und jetzt sage ich Ihnen, wir werden es weiterhin nicht schaffen, auch mit dem neuen Tourismusgesetz nicht, sondern Gott sei Dank hat es eine Studie jetzt gegeben, die gesagt hat, auch die Tagesgäste sind sehr wichtig, nicht nur die Übernächtigungsgäste. Weil die lassen mehr Geld da im Land wie der Übernächtigungsgast.

Aber wir brauchen beide. Glaubt mir das. Aber dann kann ich nicht ein neues Tourismusgesetz machen, und sagen 50.000 brauche ich Übernächtigungen, ansonsten die kleine, das geht nicht, einmal waren es 20, einmal waren es 50, einmal waren es sogar 100, jetzt sind wir bei 50. Und ich sage ich noch etwas. Die drei Millionen werden wir auch nicht erreichen.

Weil da sitzt ein Bürgermeister von einem Kurort, von Bad Sauerbrunn, der hat ein paar, der hat schon 100 oder 150 Übernächtigungen, das sind Kurgäste, und die sind eigentlich, das zahlen auch alles wir, und nicht als Gast, der sein Geld da lässt.

Oder Bad Tatzmannsdorf, Ihr wisst ganz genau, was sich dort abspielt. Das heißt, insgesamt werden wir 2,5 Millionen Übernächtigungen schaffen. Also 500.000 werden wir jetzt noch schaffen, na das schaue ich mir gerne an.

Ich bin aber gerne bereit, dass wir das gemeinsam tragen, aber nicht immer sagen drei Millionen, das schaffen wir nicht. Und daher glaube ich, man sollte immer bei der Wahrheit bleiben.

Bei der Wahrheit, dass uns in nächster Zeit eine riesen Herausforderung vor der Tür steht. Eine riesen Herausforderung bei der Arbeitsplatzsituation. Ist die höchste seit der zweiten Republik, die wir derzeit haben. Wir müssen das schaffen, dass wir das ändern können.

Wir müssen schauen, dass der öffentliche Verkehr ausgebaut wird. Wir müssen schauen, dass wir im Burgenland auch Geld verdienen können, was wir auch hier im Burgenland ausgeben können.

Und die meisten Arbeitsplätze, die wir geschaffen haben, lieber Herr Landeshauptmann, das wissen Sie ganz genau, und auch die FPÖ, die FPÖ hat immer darauf gesagt, die Arbeitsplätze, die geschaffen wurden, sind alle an Ausländer gegangen. Ich will das nur wieder in Erinnerung bringen.

Das ist so, das steht auch in diesem Bericht und das könnt Ihr Euch einmal durchlesen, wie viele Arbeitsplätze geschaffen wurden, und wer von den Burgenländern einen Job bekommen hat, in dieser Richtung.

Auch hier gibt es Anstrengung, da bin ich dabei, und der Herr Landeshauptmann betreibt das mit Akribie, das weiß ich, aber auch hier sollten die anderen Regierungsmitglieder, und jetzt sage ich auch, einmal auch der Finanzlandesrat einmal

nachdenken, weil sonst haben wir bald kein Geld mehr zum Ausgeben, und dann brauchen wir keinen Finanzlandesrat mehr.

Dann sollten wir jetzt einmal schauen, dass die Wirtschaft angekurbelt wird, und nicht über die Wirtschaft herziehen, und sagen, die tun nichts, die nehmen keine Lehrlinge auf, die machen das und das. Warum nehmen die keine Lehrlinge auf? Das werden wir vielleicht heute noch hören.

Weil ich denke, dass das auch nicht so einfach ist, als Selbstständiger Lehrlinge aufzunehmen, wenn der etliche Monate gar nicht mehr im Betrieb ist und dergleichen mehr. Aber das ist eine andere Seite wieder. Für mich ist es entscheidend, dass die Wirtschaft floriert.

Wenn die Wirtschaft floriert ist das Sozialgefüge im Land in Ordnung. Wenn die Wirtschaft floriert gibt es Arbeitsplätze und somit kann man auch dementsprechend diese Ausfallsgeschichten die wir gehabt haben, Haftungen, abdecken, wenn es passieren sollte.

Aber auch, und das ist wichtig, weil wir heute über Flüchtlinge diskutiert haben, das schaue ich mir gerne an, Herr Landesrat Bieler, wieviel decken wir ab?

Wieviel Geld kostet uns das? Ich weiß, dass das viel Geld kostet. Ich weiß, dass das nicht ohne wird. Wir müssen dazu stehen. Aber ich will nicht eines, wenn wir sagen, wir stimmen beim Budget nicht zu, dann sind wir eigentlich da herinnen unnötig. Das war einmal die Antwort oder die Aussage. Das tut mir schon weh.

Weil eines muss ich schon dazu sagen, wenn ich bei ein paar Punkten, und das war heute so ein Diskussionspunkt, da könnte ich mir schon vorstellen, dass wir bei ein paar Punkten mitstimmen, oder da werden wir mitstimmen, als Bündnis Liste Burgenland, aber bei einigen nicht. Und das ist für mich ein ganz wichtiger Faktor.

Ich werde Ihre Abteilung in Anspruch nehmen, oder wir werden sie in Anspruch nehmen in den nächsten Tagen, wenn wir dürfen, um das Budget uns aufzugliedern, uns zu erklären, weil vielleicht wissen wir dann ja mehr.

Aber diesen Wirtschaftsbericht werden wir zu Kenntnis nehmen und ich hoffe, dass er im nächsten Jahr, oder in drei Jahren, wie der Herr Tschürtz gesagt hat, wesentlich besser ausschaut. Danke! *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Zuschauerrängen! Schön, dass zumindest das Schlusswort von Dir, Manfred, zum Thema Wirtschaftsförderungsbericht war. *(Abg. Manfred Kölly: Was ist eine Wirtschaft?)* Eh, da gehört viel dazu - keine Frage.

Ich werde mich ein bisschen kürzer halten, weil ich es mir ein bisschen enger halte. Auch diesmal ist ein wesentlicher Punkt, Du hast es auch schon angesprochen, die Wirtschaftsparks.

Die Wirtschaftsparks sind natürlich auf der einen Seite ein Sammelsurium an immer mehr Einkaufsflächen. Die Frage ist, wieviel Kaufkraft werden wir im Burgenland in der Zukunft noch schaffen können, oder möglich machen, damit wir alle die Geschäfte langfristig erhalten, brauchen?

Und die Frage, wir sollten uns langsam die Frage stellen, oder eher schneller als langsam, ob wir nicht langsam wieder die Ortszentren in den Fokus nehmen sollen? Ich habe das hier eh schon oft gesagt, wir müssen einfach hier eine Trendumkehr einleiten, die Ortszentren nicht weiter schädigen.

In Ungarn hat man, da läuft zwar vieles falsch, aber offensichtlich hat man da die Zeit besser, also die Problematik besser erkannt. Da gibt es jetzt eine relativ hohe Steuer auf brachliegende Grundflächen, steht eh auch in dem Wirtschaftsbericht drinnen. Natürlich ist es nicht okay, wenn die das so von heute auf morgen massiv erhöhen, aber die Grundidee, dass ich auf brachliegende Flächen Steuern einhebe, ist natürlich zu begrüßen.

Ein paar Punkte aus dem Bericht: Interessant ist zum Beispiel die Top-Tourismusförderung 2007 bis 2013, da hat sich sehr wenig getan. Es gibt ganze zwei Förderungen. Einmal sind es 345 Euro und eine Restrukturierungsförderung von 92.000 Euro. Ich meine, das sind alles Zahlen die man da drinnen findet, eigentlich kann man damit nur etwas anfangen, wenn man nachfragt. Die 345.000 Euro sind ein Teil vom Burgenland und dann haben viele andere in Bundesländern mitgezahlt, so kommt es zu solchen sonderbaren Zahlen, wo die Fördersumme 70.000 Euro ausmacht und die Förderung dann 345.000 Euro gut, sei so.

Interessant finde ich den Punkt, dass hier sehr stark darauf eingegangen wird, dass sich der Trend der Förderungen sehr stark in den Klein- und Kleinstbetriebsbereich angesiedelt hat. Das heißt, immer mehr Klein- und Kleinstbetriebe suchen um Förderungen an.

Es wird hier auch erklärt, dass diese Tendenz auch ein Indiz dafür ist, dass die Investitionsflaute nach wie vor andauert und eben gerade Kleinst- und Kleinbetriebe bessere, konstantere und krisensichere Betriebe sind. Auch weil sie sehr regional agieren und natürlich jetzt nicht so dem internationalen Markt ausgeliefert sind.

Interessant wäre halt dann auch wie es bei den EPU ausschaut, die sind hier nur angeführt, Kleinstbetriebe, die weniger als zehn Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben.

Ich weiß von einigen Einzelunternehmer und Einzelunternehmerinnen, dass es für die sehr schwer ist, in diese Förderschiene hinein zu kommen, das bedarf doch einiges an Wissen, Zeit, Förderanträge zu stellen. Manche haben mir auch gesagt, sie sind nicht unbedingt sehr gern gesehen bei den Förderstellen, weil es halt sehr aufwendig ist und dann relativ geringe Beträge hier ausgezahlt werden. Hier würde ich mir wünschen, dass wir mehr Augenmerk auch noch in dieser Richtung legen.

Als Programmschwerpunkt im EFRE-Programm werden unter anderem Investitionen zur Verringerung der CO_2 Investitionen genannt, leider findet sich dazu nichts Konkretes. Ähnliches gilt zum Beispiel, sehr positiv erwähnt im Masterplan, bei der Wirtschaftspark-Gesellschaft Parndorf Neusiedler See ist ganz vorne die Anbindung an den öffentlichen Verkehr und die Nutzung der Alternativenergien erwähnt.

Ich habe das, glaube ich, auch schon letztes Jahr erwähnt, gerade die Wirtschaftsparks haben riesige Flächen, Dachflächen nämlich, wo es eigentlich ideal wäre, wenn wir Photovoltaik draufgeben. Leider ist hier auch nicht wirklich zu entnehmen, was da konkret passiert, was geplant ist, was schon passiert ist, aber da sollte man natürlich ein wesentliches Auge darauf merken.

Vor allem deswegen, weil ja wir bei den Photovoltaikanlagen oft das Problem haben, dass, wenn ich das am Privathaus habe, genau dann kaum wer zu Hause ist, wenn die meiste Leistung da ist. Bei den Firmen ist das ganz anders. Wir haben in

Oberschützen ein Schleifmittelwerk die Schleifbänder herstellen, die werden ab dem Frühjahr eine Photovoltaikanlage draufhaben.

Die haben riesige Maschinen die viel Strom brauchen, da macht das natürlich ganz viel Sinn, ansonsten schließe ich mit denselben Worten wie mein Kollege. Wir werden dem Bericht der Wirtschaftsförderung 2014 zustimmen und hoffen natürlich, dass in den erwähnten Punkten mehr getan wird. Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde versuchen, diesen Wirtschaftsbericht 2014, ich sage einmal relativ objektiv zu beleuchten und nicht irgendwelche - er ist leider nicht da - irgendwelche Floskeln und Plattitüden zu verbreiten wie der Kollege Kölly, der sich natürlich überall auskennt, er ist ja der Beste überhaupt, er ist der Bürgermeister, er ist Energieexperte, er ist Wirtschaftsexperte, der beste Pädagoge ist er sowieso. Also ich würde schon langsam vorschlagen wir ersparen uns die Regierungsbank, setzen den Kölly da her, vielleicht könnten wir ihn klonen, ja und dann werden wir sehen was rauskommt.

Ich stehe nicht an in diesem Wirtschaftsbericht, ich möchte niemanden loben oder kritisieren, ich möchte nur ein paar Dinge herausstreichen. Ich stehe nicht an, die positiven Dinge, die da drinnen stehen, zu betonen. Tatsache und Fakt ist offensichtlich, dass Burgenland hat mit 1,2 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 hinter Vorarlberg den zweiten Platz eingenommen. Im Vergleich dazu, Österreich hatte ein Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent.

Bei der Industrie war das Burgenland sowieso Spitzenreiter. Im zweiten Halbjahr hat es natürlich Unsicherheiten gegeben auf Grund der Russland-Ukraine-Krise. Ein guter Tourismussommer hat das aber wieder relativ ausgeglichen. Was die Unternehmer anbelangt ist eine Tatsache, dass es 1.077 neue Unternehmensgründungen in diesem Jahr gegeben hat. Das heißt, mit insgesamt 17.321 Unternehmen im Burgenland war das ein Rekord.

In diesem Zusammenhang haben auch die Insolvenzen abgenommen und zwar von 197 auf 186, das heißt, elf Insolvenzen weniger. Ein ganz wesentlicher Bereich sind die Beschäftigten. Ein Arbeitsmarkt mit 98.565 Beschäftigten ist im Burgenland Rekord, wobei das auch wieder nach Vorarlberg die zweitgrößte Steigerung im Bundesgebiet ist.

Im Zusammenhang damit steht natürlich auch die Arbeitslosenzahl und da muss man leider zugeben, dass 9.600 Arbeitslose einen Negativrekord bedeuten, was wegen des starken Anstiegs des Angebots an Arbeitsplätzen irgendwo erklärt wird. Davon ein Drittel sind über 50 und das ist doch bedenklich, aber die Aktion 50+ soll dem ja entgegenwirken.

Ich möchte auch kurz die Haftungen erwähnen. Tatsache ist, Herr Kollege Kölly hat es erwähnt, dass das Land mit 500 Millionen Euro haftet. Ob das viel oder wenig ist, kann ich eigentlich in diesem Sinn nicht beurteilen. Tatsache ist, dass mit 31.12.2013 522 Millionen Euro an Haftungen angestanden sind. Das heißt, doch eine Verringerung um 22 Millionen Euro.

Es gäbe dann verschiedenste Dinge zu beleuchten. Ich möchte aber auf einen Aspekt hinweisen, der mir aufgefallen ist. Als Südburgenländer steht mir das zu und ich

möchte ein bisschen, dass doch bestehende Nord-, Südgefälle in Augenschein nehmen. *(Abg. Walter Temmel: Du traust Dir was!)*

Tatsache ist, dass die Wirtschaftsförderung, die Anträge im industriell-gewerblichen Bereich, im Güssinger Bezirk um 52 Prozent abgenommen haben.

Ein weiterer Aspekt hinsichtlich der Beteiligungen, hinsichtlich der Privatisierungsaufträge. Konkret die Privatisierung der Gesellschaften im Norden entwickelt sich recht gut, im Süden geht das sehr schleppend und ein kleines Indiz, das Technologiezentrum in Güssing ist nur zu 85 Prozent ausgelastet, die anderen fast alle an die 100 Prozent. Das ist nur ein kleiner Indikator, aber es ist doch ein Indikator und Tatsache ist auch, das ist bekannt, dass das Südburgenland nicht so attraktiv ist für Unternehmensgründungen.

Das liegt an der Tatsache, dass es an Infrastruktur, an Autobahnanbindungen, an Bahnverbindungen, Breitbandinternet, an wesentlichen Dingen, an denen Unternehmer interessiert sind, fehlt. Ich glaube doch, dass in der Zukunft in dem Bereich angesetzt gehört.

Tatsache ist auch, dass das Burgenland als Übergangsregion in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 rund 750 Millionen Euro, das heißt, gesamt von EU, Bund und Land zur Verfügung hat. Zusätzlich gibt es von EFRE, also dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, beziehungsweise dem ESF, dem Europäischen Sozialfonds, 72,3 Millionen plus 30,6 Millionen Euro an nationalen Mitteln.

Das sind gesamt 102,9 Millionen Euro zusätzlich. Ich glaube, das ist eine gute Voraussetzung für weitere Maßnahmen in der Zukunft. Ich möchte zum Abschluss noch ein, zwei Dinge erwähnen. Aus eigener Erfahrung: Ein Unternehmer aus Güssing, den ich sehr gut kenne, hat zu Beginn des Jahres um eine Wirtschaftsförderung angesucht. Es war eine Investition von 400.000 Euro geplant. Er hat dann Auflagen hinsichtlich Brandschutz und einiger anderer Maßnahmen bekommen und das Projekt hat sich auf einen Kostenaufwand von 600.000 Euro erhöht.

Er hat aber nur für 400.000 Euro angesucht, wollte dann für die erhöhten Kosten ansuchen, hat aber unverschuldeter Weise einen Stichtag versäumt und kommt jetzt nur in den Genuss der Förderung von 400.000 Euro.

Also, da meine ich, sollte doch die Abwicklung effizienter, schneller und unbürokratisch erfolgen. Wie gesagt, ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung. Das Zweite ist, ich glaube, oder es ist eine Tatsache, dass die Wirtschaftsförderung ein wesentlicher Aspekt der Gebarung des Landes ist Und, meiner Meinung nach, auch als Vehikel verwendet werden müsste, regulierend auf die Beschäftigtenzahl, auf die Beschäftigten einzuwirken. Dass ich eben sage, Jugendarbeit gehört gefördert, 50+ und so weiter.

Und als Letztes bin ich der Meinung, wie gesagt, an einigen Beispielen habe ich das angeführt, dass der Süden in Zukunft verstärkt unterstützt werden müsste. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für die Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Dankeschön. Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, es liegt der Bericht über die Wirtschaftsförderung des Landes im Jahr 2014 vor.

Ein Bericht, der ja jedes Jahr in den Landtag kommt und das ist auch gut so, weil man ein bisschen zurückschauen kann, wiewohl es natürlich immer wichtiger ist nach vorne zu schauen und neue Initiativen auch zu setzen. Aber es ist auch gut, wenn man sich die Initiativen und die Fördermaßnahme, die das Land insbesondere über die WiBAG, jetzt WiBuG, durchgeführt hat, dass man sich das auch immer wieder ins Bewusstsein ruft.

Von den Zahlen her ist ja schon vieles gesagt worden, von den Vorrednern darauf hingewiesen worden, dass es eine ganze Anzahl von unterschiedlichsten Fördermaßnahmen gibt, Förderaktionen gibt. Auch Haftungsübernahmen, die ja auch ein wichtiges Instrument in der Wirtschaftsförderung sind, und oft ja fast noch effizienter wirken als direkte Finanzförderungen.

Aber man kann wahrscheinlich gar nie so viel Geld zur Verfügung stellen wie man möchte. Deswegen glaube ich auch, dass nicht nur Förderungen und nicht nur Geld entscheidend sind für eine positive wirtschaftliche Entwicklung, sondern das vieles dazugehört. Auch da ist schon darauf eingegangen worden, auch von meinen Vorrednern, weil es auch viele andere Punkte gibt die notwendig sind, um diesen Boden auch für eine gute wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Denn der Grund für eine gute Entwicklung, die hat es ja in den vergangenen Jahren durchaus gegeben im Burgenland und da gibt es ja auch viele Indikatoren dafür, der Grund für diese positiven Entwicklungen liegt eben nicht nur im Geld und nicht nur an diesen flankierenden, unterstützenden Maßnahmen die es gibt und es liegt nicht nur daran, dass man irgendwelche Statistiken präsentieren kann, es liegt nicht nur daran, dass man ja immer wieder behauptet eine Partei, ein Politiker, sei dafür positiv verantwortlich, dass sich alles so gut entwickelt, sondern es gibt vieles darüber hinaus.

Ich glaube, der wichtigste Grund für eine gute Entwicklung in der Wirtschaft ist der Unternehmergeist von Frauen und Männern, die ihr privates Risiko auf sich nehmen, die eine Idee haben, die diese Idee auch verwirklichen wollen und die dann auch umsetzen.

Unternehmerinnen und Unternehmern ist am besten geholfen, meine ich, wenn man ihnen keine Hürden in den Weg legt, sondern wenn man möglichst viel Bürokratie entfernt und ihnen auch die Freiheit zum Wirtschaften gibt.

Denn, und das ist auch schon gesagt worden, aber es stimmt und deshalb möchte ich es auch wiederholen: Nur die Wirtschaft und sonst niemand schafft Arbeitsplätze und nur die Wirtschaft ist auch in der Lage für Wirtschaftswachstum zu sorgen.

Meine Damen und Herren! Natürlich sind finanzielle Förderungen immer auch ein wichtiges Thema auch natürlich für die einzelnen Unternehmer. Und das ist ja schön und gut, wenn es bei einem Projekt auch Unterstützung von dritter Seite sozusagen gibt. Wenn man sich den Bericht anschaut, dann wird man unschwer erkennen, dass in der Vergangenheit, vor allem wenn man auf die letzten Jahre zurückschaut, über den Bericht hinaus, vor allem der Ziel 1-Status bis zur Phasing Out-Phase, eben hauptverantwortlich für den Großteil der Fördermittel war und es eigentlich vor allem die Aufgabe damals der WiBAG jetzt der WiBuG und des Landes ist, diese Mittel auch entsprechend zu verteilen und auf einzelne Förderaktionen aufzuteilen. Aber, wie gesagt, eine gute Entwicklung hängt auch von anderen Faktoren ab.

Ein generell unternehmerfreundliches Klima zum Beispiel ist, glaube ich, eine ganz, ganz wichtige Voraussetzung. Auch die Digitalisierung, das ist ja schon angesprochen worden. Ich denke, dass der Wunsch nach einer ordentlichen, guten Breitbandinfrastruktur ja kein Wunsch nach Luxus ist, sondern das ist eine unabdingbare Notwendigkeit, vor allem wenn man auf die kleinstrukturierten Gemeinden bei uns schaut, dass die auch in Zukunft entsprechend wettbewerbsfähig sein können.

Oder auch die Infrastruktur. Das ist vor allem im Südburgenland ein wesentliches Thema. Das muss man ganz offen sagen. Da ist der Norden natürlich aufgrund seiner geographischen Lage ganz einfach natürlich bevorzugt. Da wird es notwendig sein, dass man im Südburgenland ganz besonders große Anstrengungen unternimmt, Stichwort S7, aber auch viele andere Infrastrukturprojekte, die anstehen.

Natürlich ist eine gute Bildung notwendig, auch die Wirtschaft lebt natürlich von den Menschen, lebt auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und die müssen zielorientiert und zielgerichtet selbstverständlich ausgebildet sein, damit die Wirtschaft auch die notwendigen Arbeitskräfte hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich werden wir diesen Bericht, der heute vorliegt, zur Kenntnis nehmen, auch im Wissen, dass die kommenden Berichte in den nächsten Jahren wahrscheinlich ähnlich gestaltet sein werden. Das unterscheidet sich ja nicht so wesentlich. Wo es sich unterscheidet, und das ist auch schon gesagt worden, sind natürlich die Arbeitslosenzahlen, das ist ein großes Thema.

Wenn wir jetzt den Bericht lesen, knapp 10.000 Arbeitslose, und wahrscheinlich werden es in den nächsten ein, zwei Jahren noch mehr werden, dann ist das eine riesen Herausforderung, der wir uns alle zu stellen haben. Ich denke mir, dass die Regierung, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist jetzt nicht da, aber er hat gemeint gegenüber dem Kollegen Kölly, ja jetzt lasst uns Zeit und wir werden schon schauen in ein paar Jahren.

Ich glaube, dass diese Zeit gerade in dieser Frage nicht gegeben ist. Ich hoffe doch sehr, dass hier Initiativen kommen, die sich auch positiv nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Arbeitsmarkt auswirken. Ich hoffe, dass es nicht so weiter geht, wie die ersten Monate begonnen haben, nämlich wo der Schwerpunkt dieser Regierung nicht bei so wichtigen Fragen für die Menschen gelegen ist, sondern wo der Schwerpunkt der Regierungsarbeit in Gesetzesänderungen gelegen ist, um Beiräte zu verändern, um ein Tourismusgesetz zu verändern, das nicht einmal noch richtig in Kraft getreten ist, um andere Vorkehrungen zu treffen, um die politische und parteipolitische Einflussmöglichkeit zu stärken.

Das ist, glaube ich, nicht der Weg, den sich die Burgenländer von uns erwarten und daher hoffe ich, dass gerade in dieser existenziellen und wichtigen Frage für die Menschen hier eine gute Politik im Sinne der Menschen gemacht wird und dass auch die Wirtschaftsförderungen entsprechend gestaltet werden, dass in allen Landesteilen, und das ist mir auch ganz besonders wichtig, auch im Süden, eine gute Zukunft für die Menschen möglich ist. In dem Sinn werden wir diesen Bericht natürlich zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann an der Spitze der Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Nun wir haben jetzt bereits viel über den Wirtschaftsbericht oder den Wirtschaftsförderungsbericht 2014 gehört. Wesentlich ist, dieser Bericht ist gemäß § 9 des Landeswirtschaftsförderungsgesetzes alljährlich zu erstatten und dem Landtag zur Kenntnisnahme zu überbringen.

In dem Bericht wird strukturell zwischen Haftungen, Beteiligungen, Wirtschaftsförderung, aber auch dem regionalen Beschäftigungspakt unterschieden. Ich möchte vorerst, bevor ich auf ein paar Indikatoren eingehe, den Berichterstattern danken, weil, meiner Meinung nach, dieser Bericht einerseits gut strukturiert, andererseits aber inhaltlich sehr wertvoll ist.

Hinblicklich der Fakten, die heute schon dargestellt worden sind, möchte ich nur erwähnen, dass im Berichtsjahr 2014 augenscheinlich das Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent ist. Wenn man sich Vorarlberg anschaut mit 2,5 Prozent hatte das Burgenland bereits das zweithöchste Wirtschaftswachstum im Bericht 2014. Österreichweiter Schnitt, wurde bereits gesagt, 0,3 Prozent.

Das ist ein Indikator, der sehr wohl für das Wirtschaftsjahr heranzuziehen ist. Ein weiterer Indikator ist natürlich das Beschäftigungsplus, aber gleichzeitig auch natürlich die hohe Arbeitslosigkeit, die man nicht verleugnen darf, die mit 8,9 Prozent relativ hoch war. Erwähnt wurde auch bereits die Förderperiode 2014 bis 2020, die als Übergangsregion dargestellt wurde, wo 750 Millionen Euro zusätzlich Fördervolumen lukriert werden können.

Ein Punkt noch, weil er auch bereits vom Vorredner Mag. Richter erwähnt worden ist, hinblicklich der Unternehmensgründungen gab es in diesem Berichtsjahr interessanterweise ein Rekordjahr, weil mit rund 17.000 Unternehmensgründungen der höchste Wert da war und gleichzeitig war auch in diesem Jahr der geringste Wert an Gesamtinsolvenzen zu verzeichnen. Also diese Fakten sprechen inhaltlich einmal für die Situation. Jetzt generell zu den Haftungen.

Von den Haftungen ist angesprochen worden, dass sich gegenüber dem Berichtsjahr 2013 eine Minderung um 22 Millionen Euro ergeben hat. Das ist natürlich ein positiver Aspekt, der bereits erwähnt worden ist. Was mir aber wichtig ist auch zu erwähnen, weil es auch in den letzten Landtagen angesprochen worden ist, dass ab 2014 eine detaillierte Auflistung der Haftungen erfolgt ist, das auch von Landesrat Bieler bereits angesprochen wurde, und auch Haftungsobergrenzen im Nachtragsvoranschlag 2015 und wahrscheinlich auch im Jahr 2016 eingeführt worden sind.

Was für mich wichtig ist, um Transparenz aufzuzeigen. Hinblicklich der Wirtschaftsförderung sind zwei Aspekte, die, glaube ich, erwähnenswert sind. Das eine ist hinblicklich der Betriebsansiedelung. Ich habe dem Bericht entnommen, dass es ein neues Vermarktungskonzept gegeben hat mit der Firma St. Stephen‘s und wo bereits erste effiziente Maßnahmen vorgenommen worden sind. Genau diese Vermarktung der Standorte wird wichtig sein, damit zukünftig auch die frei verfügbaren Flächen in den Wirtschaftsparks zusätzlich weiter verkauft werden können.

Ich bin auch der Meinung, dass der Aspekt, der von Mag. Richter hinblicklich des Südburgenlandes angesprochen worden ist, durchaus richtig ist, aber der Zusammenhang muss erwähnt werden. Ich glaube nicht, dass die Fördermittel für das Südburgenland

weniger sind, sondern ich glaube einfach, dass die Investitions- und Wirtschaftsfreudigkeit im Südburgenland zurückgegangen ist.

Für mich ist das einzige wahre Argument, was dahintersteckt, die fehlende Infrastruktur, die dazu geführt hat, dass das Südburgenland nur mehr 27,63 Prozent der Fördermittelt erhält und damit einen Rückgang gegenüber dem Berichtsjahr 2013 von 30 Prozent hatte.

Ich glaube aber, dass der Weg von Landeshauptmann Hans Niessl in diesem Bereich der richtige ist, dass er versucht, die Infrastruktur über die S7 aber auch über die Bahn Friedberg-Oberwart oder den Ausbau auch von weiteren Verbindungen, um wirklich auch Standorte lukrativ zu machen, um in weiterer Folge auch wiederrum eine erweiterte und eine größere Investitions- und Betriebsansiedelung im Südburgenland zu erreichen.

Ein wesentlicher Aspekt, der heute bisher bei meinen Vorrednern noch untergegangen ist, ist die Innovationsoffensive 2020. Ich habe mit Freude gelesen, dass bereits 2014 die Aktionsrichtlinien geschaffen worden sind, um die Entwicklung neuer Ideen, aber auch die Umsetzung innovativer Projekte zu fördern. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Weg gemeinsam auch mit CO_2 minimierenden Maßnahmen, die parallel dazu durchgeführt worden sind.

Abschließend möchte ich hinblicklich des Beschäftigungspaktes, der auch im Bericht angeführt ist, erwähnen, dass dieser nunmehr nicht mehr bei der nunmehrigen WiBUG sondern beim RMB angesiedelt ist. Ich betone das deshalb, weil die nachhaltigen Projekte genau dieses territorialen Beschäftigungspaktes wichtig sein werden, um für die Wirtschaft qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Nun zusammengefasst ist der Bericht ein positiver, weil ein Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent verzeichnet werden konnte. Ich glaube auch, dass mit der Übergangsregion und der Schaffung von einem Fördervolumen von 750 Millionen Euro die Basis gelegt worden ist, mit guten Strategiemaßnahmen der Vermarktung auch zukünftig in den nächsten Wirtschaftsjahren positive Berichte zu erzielen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Möchte vielleicht damit beginnen, dass ich mich bei den Bediensteten des Hohen Hauses bedanken möchte, dass ich diesmal ein etwas anderes Mikrofon bekommen habe, dass mir eine etwas ergonomischere Haltung ermöglicht. Zum zweiten, zum Bericht selbst, möchte ich mich bedanken, bei allen, die daran mitgewirkt haben, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wirtschaft Burgenland GmbH und natürlich, es wurde ja in den Vorreden schon erwähnt, bei den Unternehmerinnen und Unternehmern im Land, die trotz eines Umfeldes, das nicht immer unternehmerfreundlich ist und das sicherlich besser sein könnte und da sind alle Gebietskörperschaften an der Nase zu nehmen, das private Risiko nicht gescheut haben und sich eben in dieses Wagnis eingelassen haben.

Dafür mein verbindlichster Dank. Diese Landesregierung hat auf jeden Fall den Anspruch hier entsprechend zu wirken, dass das Unternehmersein in Zukunft erleichtert wird, zumindest natürlich in dem Rahmen, was die Landesregierung selbst bewirken kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich ersuche um Kenntnisnahme meines Standpunktes, dass ich zum Wirtschaftsförderungsbericht des Jahres 2014 gar nicht näher ins Detail gehen möchte, weil es mir irgendwie nicht am Platz erscheint, einen Zeitraum weder positiv noch negativ zu kritisieren, der sozusagen nicht in meine Verantwortung, auch nicht in die Verantwortung meiner Partei fällt.

Ich lade den Herrn Abgeordneten Mag. Steindl ein, das zu tun und zu dem Bericht dann entsprechend Stellung zu nehmen.

Zwei Punkte noch. Zu meinen Vorrednern. Zum einen hat der Abgeordnete Spitzmüller gemeint, sagen wir so, da kommt immer ein gewisser Gegensatz heraus, Wirtschaftspark versus Ortskerne. Ich glaube, dass man so zugespitzt nicht formulieren sollte, weil zum einen wenn Sie die Wirtschaftsparks besuchen, dort relativ viele produzierende Betriebe angesiedelt sind, ich glaube nicht, dass man diese in den Ortszentren haben möchte. Also ich interpretiere das jetzt einmal so.

Da geht es also dann um die entsprechenden Handelseinrichtungen, um die Handelsbetriebe, vor allem natürlich in Parndorf, aber auch an anderen Standorten in Kittsee. Ich glaube aber, dass hier nicht die Konkurrenz besteht, fahre ich nach Parndorf oder fahre ich in ein Ortszentrum, sondern es besteht die Konkurrenzfrage fahre ich nach Parndorf oder fahre ich, weiß ich nicht, nach Wien in die SCS oder nach Wiener Neustadt oder natürlich die Pentand dazu nach Seiersberg bei Graz oder wohin auch immer.

Hier ist es mir als Landesrat für das Burgenland natürlich lieber, die Leute kommen ins Burgenland als wandern mit ihrer Kaufkraft in benachbarte Regionen ab.

Dann noch zur, ja wie soll man es sagen, ausschweifenden Wortmeldung des Kollegen oder des Abgeordneten Kölly, der hier einiges kritisiert. Also zum einen zum Thema Tourismusgesetz möchte ich mich heute nicht verbreitern, weil es heute erst eingelaufen ist, es wird in den Ausschüssen ohnehin diskutiert, das wird bei der nächsten Sitzung einer Beschlussfassung zugeführt.

Im Rahmen der nächsten Landtagssitzung diskutiert, also ich möchte da nicht weiter mich verbreitern, nur momentan hat er gesagt, er kritisiert es einmal und fünf Minuten später zu sagen, er wäre der Chor. Also für den Zuhörer ist das etwas verwirrend, vielleicht kann man diese Position bis zur nächsten Sitzung ein wenig nachschärfen. Dann ist es so, dass Kritik geübt wird, am Plan, Zitat aus der Austria Presse Agentur, am Plan der SPÖ/FPÖ Landesregierung, 170 landesnahe beziehungsweise ausgelagerte Betriebe in einem Konzern zusammenzufassen.

Es ist ein bisschen schwierig, weil wenn man nämlich eine Maßnahme ablehnt, dann unterstützt man denklogisch das Gegenteil. Das heißt, wenn man also die nicht zusammenfassen würde, werden das 170 eigenständige Betriebe ohne jede Koordination, ohne jede Steuerung, ohne jede Führung. Ich glaube nicht, dass der Abgeordnete Kölly - Zitat sagt: Er wüsste wie man Wirtschaft betreibt - dass er das so meint. Also ich würde auch hier ersuchen, die Position ein wenig nachzuschärfen.

Dann wird kritisiert, der Vorgang der Geschäftsführerbestellung bei der Burgenländischen Landesholding. Er möchte nicht, dass dem ein starker Mann vorstehe. Also ich glaube in den meisten Betrieben ist es so, dass es einen Chef gibt, es gibt natürlich Aktiengesellschaften, wo es mehrere gibt, schon vom Aktiengesetz her.

Aber üblicherweise ist es ein sehr kleiner Personenkreis oder gar eine Person, die entscheiden muss, das ist auch in der Landesholding so. Natürlich ist der Geschäftsführer der Landesholding dem Eigentümer, dem Aufsichtsrat, verantwortlich und agiert nicht irgendwo im luftleeren Raum. Also da sollte man nicht näher darauf eingehen.

Zur Bestellung selbst, das wird wahrscheinlich auch der Aufsichtsratsvorsitzende der Holding, sprich der Herr Landeshauptmann, noch näher ausführen. Diese wurde an einen fremden Dritten, einem Personalberater, ausgelagert, wurde dann professionell abgewickelt und der Bestgereihte wurde genommen. Ich wüsste nicht, wie man das viel anders oder viel besser gestalten sollte.

Dann noch zum Thema Arbeitslosigkeit. Das ist natürlich richtig, insbesondere hat die FPÖ immer kritisiert, dass einerseits zwar die Beschäftigung steigt, das ist sehr erfreulich, aber natürlich auch die Arbeitslosigkeit bei den Inländerinnen und Inländern steigt, das ist überhaupt nicht erfreulich, und da hat natürlich die Zuwanderung beziehungsweise das Einpendeln von Arbeitskräften von jenseits unserer Ostgrenzen ein gerütteltes Maß an Ursache daran.

Diesbezüglich gibt es aber den Tagesordnungspunkt 12, bei dem es um Maßnahmen geht, wie man das eindämmt. Ich bin jetzt schon gespannt, wie sich der Herr Abgeordnete Kölly bei diesem Punkt äußern, insbesondere bei seinem Stimmverhalten verhalten wird.

Zuletzt noch, weil der Herr Landeshauptmann und ich die Ehre gehabt haben, eine Studie vor kurzem in der St. Martins Therme zum Thema Tourismus zu präsentieren, die der Herr Abgeordnete Kölly wahrscheinlich auch gemeint hat, als er von einer Studie sprach, die ihm zur Kenntnis gebracht worden ist, mit den drei Millionen Nächtigungen.

Wir haben immer gesagt, dass die Wertschöpfung das Wichtige ist. Natürlich sind wir froh, wenn es mehr Nächtigungen gibt. Wir können die Nächtigungen aber zum Beispiel auch so erhöhen, indem wir jetzt beispielsweise das Nova Rock-Festival noch 20-mal abhalten. Dann hätten wir wahrscheinlich fünf Millionen Nächtigungen, nur die Wertschöpfung ist halt nicht da.

Also ich glaube, hier gilt es entsprechend nachzuschärfen. Und diese Studie, wenn man sie lesen würde, oder die ungefähr 12-seitige Power Point-Präsentation darüber lesen würde, dann würde man sehen, dass natürlich die Wertschöpfung bei den Nächtigungsgästen mit Abstand die höchste ist, vor allem im Burgenland verbleibt, und daher natürlich dort der Fokus dieser Landesregierung zu liegen hat.

Der Tagestourismus, das ist richtig, das ist in Ordnung, hängt natürlich ganz wesentlich am bereits angesprochenen Outlet Center in Parndorf mit seinen rund fünf Millionen Besuchern ab. Die wollen wir natürlich nicht missen. Das Ziel muss natürlich sein, aus diesen Besuchern, aus diesen Tagestouristen, Nächtigungstouristen zu machen, womit wir wieder beim vorigen Thema wären.

Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zunächst glaube ich, dass diese Debatte über den Wirtschaftsbericht doch im Wesentlichen - es wurde schon auf die Ausnahmen hingewiesen - durchgeführt wurde.

Ich glaube, dass wir nicht drei Jahre warten, bis wir beurteilt werden, sondern ich glaube, dass diese Regierung weiß, dass sie täglich gefordert ist und dass wir täglich und das oft sieben Tage in der Woche versuchen, für das Land zu arbeiten und ich verstehe auch, dass nicht jeder sagt … *(Abg. Mag. Franz Steindl: Gilt nur für den Tschürtz.)*

Dass wir versuchen und das ist, glaube ich auch, das Bestreben der Abgeordneten, dass wir hier auch in entsprechender Form eigentlich verpflichtet sind, für das Land da zu sein und für die Menschen da zu sein.

Vielleicht nur einige Anmerkungen zu den Rednern, was diese ausgelagerten Gesellschaften betrifft. Auch hier bemühen wir uns, die beste Lösung fürs Burgenland zu treffen. Ich glaube - und da können Sie mit vielen Wirtschaftsexperten des Landes auch reden -, dass es sinnvoll ist, notwendig ist, dass diese 170 Vereine, Beteiligungen, Gesellschaften, in eine Gesellschaft, in die Landesholding, zusammengeschlossen werden.

Die Landesholding ist ja auch nichts Neues. Die gibt es. Die hat man in erster Linie errichtet, damit man auch steuerliche Vorteile lukrieren kann und das Land hat davon auch in einem relativ hohen Ausmaß in den vergangenen Jahren profitiert.

Wir setzen jetzt sozusagen auch den nächsten Schritt, und der nächste Schritt lautet, dass wir die Landesholding operativ stellen, dass wir jene Gesellschaften, die noch nicht in dieser Holding sind, auch hineinnehmen, dass wir auch auf die Steuer achten müssen. Wie können wir auch im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer die Konstruktion so machen, dass es auch in Zukunft möglich ist, möglichst effizient diese Betriebe zu führen, dass wir die Support-Leistungen bündeln, dass hier eine schlanke Struktur, aber eine sehr effiziente Struktur entsteht?

Dass wir dort im Rahmen eines Assessment-Centers auch die entsprechenden Ausschreibungen gemacht haben und aus meiner Sicht einen sehr verantwortungsbewussten, kompetenten Geschäftsführer gefunden haben, glaube ich, ist einmal eine gute Voraussetzung, um auch hier einen möglichst guten Start hinzulegen und sozusagen mit Beginn des 1.1.2016 zu starten und schon bis zum Sommer hin und natürlich auch im nächsten Jahr zu dokumentieren, welche Einsparungen es durch diese Maßnahmen gegeben hat.

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir die Transparenz gegeben haben, dass wir auf den Steuervorteil achten, dass wir auf die Effizienz achten und immer wieder auch berichten - und das kann ja leicht durch Anfragen passieren -, wie hoch auch der Einsparungseffekt durch diese Konstruktion ist. Also Transparenz, Einsparnis und zeitgemäße Strukturen für 170 Beteiligungen und Vereine.

Und wenn man sagt, nur die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, auch das muss man ein bisschen hinterfragen. Natürlich sollen wir Rahmenbedingungen schaffen, machen das auch, aber immerhin werden in der Landesholding 4.500 Beschäftigte sozusagen drinnen sein. Es wird eine Bilanzsumme von 2,4 Milliarden Euro in etwa geben und ein Teil dieser 4.500 Beschäftigten ist auch im privatwirtschaftlichen Bereich tätig, weil der Tourismus nicht nur die Konkurrenz im Burgenland hat, nicht nur in Österreich hat, sondern die Tourismusbetriebe und Kurbetriebe, die dort drinnen sind, die sind im weltweiten Wettbewerb und das muss man sagen.

Deswegen ist es auch wichtig, dass wir diese modernen Strukturen haben. Und wenn wir sagen, ein Kurbetrieb ist vielleicht nicht im Wettbewerb oder es kommen eh die Leute hin. Ich glaube, dazu erübrigt sich jeder Kommentar, weil sie müssen die beste Qualität liefern, ob das jetzt in Bad Sauerbrunn ist, ob das in Bad Tatzmannsdorf ist, wenn du nicht die Qualität dort lieferst und wenn du nicht mit anderen zumindest auf Augenhöhe bist oder besser bist, und wir sind in diesen Betrieben eher den anderen Kurbetrieben voraus, weil es dort gute Leute gibt, die fleißig arbeiten, die gute Ideen haben. Das ist eigentlich der Erfolg, dass wir zum Beispiel in Sauerbrunn doppelt so viele Mitarbeiter in

den letzten Jahren haben als das vielleicht vor zehn Jahren der Fall war. Das Gleiche gilt auch für Bad Tatzmannsdorf.

Wir brauchen nicht sagen, das ist eh alles selbstverständlich. In dem Bereich ist nichts selbstverständlich, weil man muss täglich über den Tellerrand schauen und täglich schauen, wie man die beste Qualität für die Gäste, die dort sind, für die Patientinnen und Patienten, die nach einer - sage ich einmal - Krebserkrankung Rehabilitation dort machen, das ist schon eine große Herausforderung.

Ich muss sagen, ich bin sehr froh darüber, dass gerade auch diese Kurbetriebe mit Zusammenarbeit der Landesregierung, mit Zusammenarbeit der Gemeinden, diese ausgezeichnete Qualität aufweisen. Allein in diesen zwei Kurbetrieben sind zirka 650 Menschen beschäftigt, die wirklich einen guten Job machen. Wir können auch als Landtag und als Regierung stolz sein, dass das so gut funktioniert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Nur eine kleine Korrektur, es geht nicht um viel. Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Jennersdorf, ich habe mir die Zahlen heraussuchen lassen, danke dafür, dass das so rasch geht, sozusagen der Faktencheck. Wir haben im Jennersdorfer Bezirk 6.996 Beschäftigte, 539 Arbeitslose, also die Arbeitslosigkeit ist nicht 26 Prozent, sondern 7,2 Prozent. Also ich bitte das auch für … *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Ein bisschen ein Unterschied.)* Das ist ein kleiner Unterschied, eine kleine Korrektur bei den Arbeitslosenzahlen, möchte ich auch hier anführen.

Was natürlich auch sehr positiv ist, ist die Gründung von Unternehmen. Also Klein- und Mittelbetriebe im Burgenland haben offensichtlich einen guten Boden, haben gute Rahmenbedingungen, weil es im Jahr 2014 1.077 Betriebsgründungen gegeben hat, dann ist das einmal eine sehr gute Zahl. Wir haben 17.321 Unternehmen im Burgenland, das ist natürlich im vergangenen Jahr ein sehr guter Wert, Rekordwert. Wir haben 1993 7.888 Betriebe im Burgenland gehabt, also eine sehr gute Entwicklung, die es gegeben hat.

Auch zum Wirtschaftswachstum. Wir haben im Burgenland auch nicht 0,7 oder 0,8 Prozent im heurigen Jahr, wir werden im heurigen Jahr wieder deutlich über dem Österreichdurchschnitt liegen, genauso wie im Jahr 2014, 0,3 Prozent war es im Jahr 2014 in Österreich und im Burgenland haben wir 1,2 Prozent gehabt. Wir werden heuer 1,3 Prozent haben und wieder die Nummer zwei in Österreich sein, nämlich diesmal nicht hinter Vorarlberg, sondern hinter Oberösterreich, hinter dem Industrieland Nummer eins werden wir im Burgenland mit dem Wirtschaftswachstum sein. Also auch hier eine positive Entwicklung 14, und es zeichnet sich diese positive Entwicklung auch im Jahr 2015 ab. Wir haben Rekordbeschäftigung, auch das ist im Monat Juli erstmalig, 105.000 Beschäftigte im Land. Das hat es im Burgenland überhaupt noch nie gegeben.

Natürlich haben wir auch ein Ziel, wir sagen, jedes Jahr 1.000 neue Arbeitsplätze, und wir hoffen doch, dass wir bis zum Jahr 2020 ein bisschen mehr schaffen, dass wir dann bei 110.000 Beschäftigten im Burgenland liegen. Das ist in Wahrheit das Ziel, das wir gemeinsam anstreben, wofür wir arbeiten, wofür wir auch die Wirtschaftsförderung natürlich nützen werden, gute Voraussetzungen zu haben, wo Arbeitsplätze entstehen.

Es ist selbstverständlich, dass es uns ein Anliegen ist, dass Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung kommen. Es gibt auch schon gute Entwicklungen in dem einen oder anderen Bereich. Vor allem landesnahe Unternehmen, die jetzt wieder verstärkt Lehrlinge ausbilden, ganz, ganz wichtig, die verstärkt Burgenländerinnen und Burgenländer auch beschäftigen.

Wenn wir den Trend so fortsetzen können, dann glaube ich, sind wir auch auf einem guten Weg.

Nächster Punkt ist: Wie schaut es in unmittelbarer Zukunft aus? Wir haben gestern gemeinsam mit dem Wirtschaftslandesrat auch diese Breitbandinitiative präsentiert. Wir waren gemeinsam in Illmitz. Auch da geht etwas weiter.

Wir waren im vergangenen Jahr Dezember 2014 das erste Bundesland, das mit den Providern einen Pakt für das Breitbandinternet geschlossen hat. Die ersten in Österreich. Das wirkt sich positiv aus, weil wir jetzt beim Ausbau auch die Ersten sein werden. Es wird schon im Dezember eine Ausschreibung geben, sodass ins Burgenland wieder vier Millionen Euro für den Breitbandausbau fließen. Wir haben ein neues System auch im Burgenland, das hier eingesetzt wurde, probeweise wurde das vorgeführt für die Gemeinde Illmitz, das V+ Breitbandinternet, bei dem die Leistung im Kupfernetz praktisch verdreifacht wird. Also das geht Richtung 100 Mbit/s und ist wirklich ein ganz schnelles Internet, sodass wir diese weißen Flecken, die wir natürlich, und da bin ich auch beim Kollegen, im Mittel- und Südburgenland verstärkt haben, aber auch im Seewinkel, dass wir diese schließen können und dass dieses Breitbandinternet vom Schüler bis zum Pensionisten, der Wirtschaft, allen zur Verfügung steht.

Das ist, glaube ich, eine wesentliche Voraussetzung, dass sich der Wirtschaftsstandort Burgenland weiter positiv entwickeln kann. Es ist auch Faktum, dass ein Viertel des Wirtschaftswachstums um 40 Prozent der Produktivitätssteigerung auf Informations- und Kommunikationstechnologie zurückzuführen ist. Hier sieht man den Stellenwert eines leistungsfähigen Internets, einer leistungsfähigen Kommunikationseinrichtung. Hier ist auch ein Blick in die Zukunft gerichtet.

Ich denke, dass in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation, wir sind seit dem Jahr 2008 doch seit fast sieben Jahren in einer sehr angespannten wirtschaftlichen Situation, sich das Burgenland deutlich über dem österreichischen Durchschnitt entwickeln konnte, beim Wirtschaftswachstum, auch im Bereich der Beschäftigung, aber wir können sicherlich nicht zufrieden sein, solange die Arbeitslosigkeit ansteigt. Wir brauchen Wachstum, Beschäftigung und Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Solange die Arbeitslosigkeit steigt, kann man nicht zufrieden sein.

Wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten bemühen, dass es hier gute Voraussetzungen gibt. Ich kann Ihnen sagen, es wird im nächsten Jahr sehr viel Positives im Burgenland erreicht, nicht unbedingt nach Ihrem Geschmack, ich meine jetzt die GRÜNEN, aber es werden viele neue Arbeitsplätze auch entstehen, und es werden sich manche Zentren auch sehr positiv entwickeln. Gemeinsam, muss man auch sagen, in der Regierung ist uns auch bewusst, dass es schwierig ist - zum Beispiel, was der Kollege angesprochen hat - Betriebsansiedlungen im Süden zu machen. Ich darf nur ein Beispiel nennen. Der Gewerbegrund im Norden wird aktuell mit 100 Euro pro Quadratmeter verkauft. Im Süden wird der Gewerbegrund mit 25 bis 30 Euro pro Quadratmeter von der WiBuG verkauft.

Wir haben hier deutliche Unterschiede, aber wissen auch, dass du einem Betrieb nicht vorschreiben kannst, du musst in den Norden gehen, du musst in die Mitte gehen oder du musst in den Süden gehen. Wir brauchen nicht nur das leistungsfähige Internet, wir brauchen Hochleistungsstraßenverbindungen, also die S7, wer immer das doch einige Male gesagt hat, wir stehen dahinter.

Wir wissen aber auch, dass wir nicht die Ursache sind, dass sie nicht gebaut ist. Die Ursache, dass die S7 noch nicht voll im Bau ist, das hat andere Gründe, die wir leider nicht beeinflussen können. Wenn es nach uns geht, wäre sie wahrscheinlich schon fast ganz fertig. Wir bemühen uns und stehen auch geschlossen dahinter, dass diese Straße gebaut wird.

Wir stehen dahinter, dass das Internet ausgebaut wird. Hand in Hand mit einer guten wirtschaftlichen Entwicklung ist natürlich auch das Bildungssystem, wo wir jetzt nicht mehr über die Bildung reden, darüber wurde schon gesprochen. Diesbezüglich wird es noch viele Themen geben, und unser Anspruch ist, mit dem besten Bildungssystem in Österreich auch die Grundlage zu schaffen, dass wir mit unseren tüchtigen MitarbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen den Aufstieg und die weitere positive Entwicklung des Burgenlandes erfolgreich fortsetzen.

Das ist unser Ziel, auch bis zum Jahr 2020. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann. Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Jahresbericht 2014 über die Wirtschaftsförderung des Landes Burgenland wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 131), mit dem der Jugendbericht 2013/2014 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 89) (Beilage 160)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung über den 6. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 131, mit dem der Jugendbericht 2013/2014 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 89, Beilage 160, wird Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete. *(Abg. Doris Prohaska ist nicht anwesend - Zwiegespräche in den Reihen - Abg. Doris Prohaska betritt den Landtagssaal)*

Frau Abgeordnete, ich bitte um Ihren Bericht. Danke. *(Abg. Doris Prohaska: Entschuldigung.)*

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den Beschlussantrag, mit dem der Jugendbericht 2013/2014 zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. November 2015, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Jugendbericht 2013/2014 wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke, Frau Abgeordnete, für Ihren Bericht. Ich erteile der Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf als erste Rednerin das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zu Beginn möchte ich kurz eine Stellungnahme zum Jugendbericht 2013/2014 abgeben und den Landtag darüber informieren, dass bei der Erstellung des Jugendberichts ein Fehler passiert ist. Und zwar handelt es sich um einen Kommunikationsfehler, der im Jahr 2013 begründet ist und der bereits im Frühjahr, als

dieser Bericht geschrieben wurde, dort passiert ist. Aber ich möchte auch ganz klar betonen, wo Menschen arbeiten, da passieren eben hin und wieder Fehler.

Der Fehler ist weder gravierend, noch hat er irgendwelche Auswirkungen. Im Konkreten haben drei Jugendorganisationen die Förderrichtlinien des Landesjugendforums, die sich das Landesjugendforum in seiner Geschäftsordnung selbst auferlegt hat, nicht oder zu spät erfüllt. Und das betrifft, wie gesagt, das Jahr 2013. Damit wurde, formal korrekt, keine Basisförderung an eben diese drei Jugendorganisationen im Jahr 2013 ausbezahlt. Hier sind sich auch die betreffenden Jugendorganisationen einig, dass das im Landesjugendforum korrekt und formal korrekt abgelaufen ist. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein!)*

Wichtig ist aber dabei zu erwähnen, dass die Gesamtsumme, die auch im Jugendbericht steht, nämlich die 88.000 Euro, an Förderungen für die Jugendorganisationen ausbezahlt wurden.

Das heißt, die 88.000 Euro wurden in Summe zur Auszahlung gebracht, sie haben sich nur anders verteilt, als es in der Spalte 2013 angeführt ist, nämlich auf jene restlichen 20 Jugendorganisationen, die die Förderrichtlinien eingehalten haben.

Der Ordnung halber wird Ihnen die Seite mit den korrigierten Zahlen natürlich zur Verfügung gestellt werden.

Aber jetzt möchte ich noch etwas auf die Themen eingehen, die die Jugendlichen im Burgenland wirklich interessieren. Und zwar ist das wichtig, dass man die Jugendpolitik als Querschnittsmaterie sieht, nämlich, dass hier alle Regierungsmitglieder zusammenarbeiten, dort, wo es thematisch passt, über die Bereiche und Ressorts hinweg, um hier das Bestmögliche und den größtmöglichen Nutzen für unsere Jugendlichen im Burgenland herauszuholen.

Laut einer aktuellen Jugendstudie, die im Jahr 2015 erstellt wurde, die auch im Jugendbericht behandelt wird, decken die Verbesserungsvorschläge der jungen Burgenländerinnen und Burgenländer ein sehr breites Spektrum ab. Da geht es von Sozial- und Arbeitsmarktfragen, aber auch hin zur Bildungspolitik.

Es ist ganz wichtig für die zukünftige Jugendarbeit. Denn es gibt nicht „die“ Jugendlichen im Burgenland, sondern es gibt hier sehr viele verschiedene Gruppen, die berücksichtigt werden müssen. Denn die Jugendlichen ab 19 beispielsweise haben ganz andere Vorstellungen und Interessen als etwa die 14-Jährigen.

Ab 19, 20 drehen sich die für die Jugend relevanten Themen vor allem um leistbares Wohnen, um Arbeitsplätze, vor allem wohnortnahe Arbeitsplätze und auch um Weiterbildung und vor allem auch um Information in diesem Bereich.

Die 14-Jährigen hingegen beschäftigen sich vermehrt mit der richtigen Berufsauswahl und mit Freizeitthemen.

38 Prozent der burgenländischen Jugendlichen wollen auch mehr Jugendinformation bekommen. Es wird eine weitere wichtige Aufgabe seitens des Landesjugendreferats in den nächsten Jahren sein. Sie wollen hier Informationen um den Arbeitsmarkt, aber auch was soziale Angelegenheiten betrifft. Wir wollen hier die Jugendlichen verstärkt informieren, natürlich auch im Internet und auch auf sozialen Plattformen.

Der Jugendbericht ist aber nicht nur ein Bericht des Landesjugendreferats, sondern es waren alle Jugendorganisationen, die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer, das

Arbeitsmarktservice, der Kinder- und Jugendanwalt, eingebunden und haben in dem Bericht ihre Aktivitäten der Jahre 2013 und 2014 zusammengefasst.

An dieser Stelle möchte ich mich sowohl bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesjugendreferats, aber auch bei allen anderen beteiligten Organisationen bedanken und einen herzlichen Dank auch dafür, dass sie so viele Jugendakzente im Land gesetzt haben und hier von den einzelnen Institutionen gekommen sind.

Gemeinsam werden wir im Burgenland moderne Wege gehen, und ich freue mich bereits auf die gemeinsame Jugendarbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Landesrätin. Von den Abgeordneten zu Wort gemeldet ist Frau Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ich wollte eigentlich bezüglich dieses Jugendberichtes in Ihre Richtung gar nichts sagen, weil Sie ja tatsächlich für diese Jahre noch nicht zuständig waren, und deswegen auch nicht verantwortlich sind, aber wie Sie mit den falschen Zahlen jetzt umgegangen sind, das hat mich doch einigermaßen irritiert.

Ich möchte, weil ich mich in der Sache auskenne und weil ich das damals auch mitvollzogen habe, kurz sagen, worum es eigentlich geht. In diesem Bericht sind bei der Abrechnung, bei der Auszahlung der Basisförderung von 2013, falsche Zahlen drinnen. Warum?

Im Jahr 2012 haben die Jugendorganisationen ihre Rechenschaftsberichte erstellt und dann gelegt. Die Landjugend und die Jungen Grünen haben ihren Rechenschaftsbericht 2012 nicht geschäftsordnungskonform übermittelt.

Bei den Jungen Grünen weiß ich noch ganz genau, wie das damals war. Ich war Geschäftsführerin. Es wurde persönlich die schriftliche Form des Berichtes fristgerecht übermittelt, und nur per Mail kam es ein paar Tage später. Bei der Landjugend kann ich mich jetzt nicht dafür verbürgen, wie der genaue Zeitablauf war, auf jeden Fall war der Rechenschaftsbericht 2012 nicht ordnungsgemäß übermittelt, und das betraf auch noch eine dritte Jugendorganisation, die im Landesjugendforum ist.

In der Geschäftsordnung des Landesjugendforums steht, dass beides erforderlich sei. Also hat der damalige Vorsitzende, Erwin Giefing, SJ, den Antrag gestellt, *(Abg. Kilian Brandstätter: Nicht korrekt!)* Martin, Entschuldigung, *(Abg. Kilian Brandstätter: Auch nicht korrekt! Der Martin Giefing war nicht der Vorsitzende, es war der Erwin Giefing, ÖVP, JVP.)* Dankeschön für die Korrektur, Danke. *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Der Kollege Kovacs ist immer ganz böse mit mir, wenn ein kleiner Fehler passiert, aber wenn ich auch einmal so viele Klubangestellte habe wie Sie, dann passiert mir das nimmer so. Gut.

Also, ich möchte jetzt vorlesen, was damals der Antrag des Herrn Giefing war: Michael Hamedl wird ermächtigt, einen Basisförderungsschlüssel ohne die Landjugend, die Jungen Grünen und die IGSWG für 2013 zu berechnen. Die AKS wird noch geklärt. - Sie war bei der Sitzung gar nicht anwesend, aber mit dieser klärt man es noch extra.

Von 20 Stimmberechtigten haben 18 zugestimmt, die Gegenstimmen kamen natürlich von den Jungen Grünen und der Landjugend. Also von Einigkeit kann man hier

nicht reden. Was ist passiert? *(Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf: Steht sogar öffentlich in der Zeitung.)*

Dann ist es aber falsch! Oh, alles was in der Zeitung steht, stimmt? Es ist falsch! Im Protokoll ist es nachzulesen. Im Protokoll ist es ganz genau so nachzulesen. 18 haben zugestimmt. Es kamen zwei Gegenstimmen.

Was war damals das Erschütternde? Das Erschütternde damals war, dass eine Jugendorganisation einen Rechenschaftsbericht legt und ein Detail der Geschäftsordnung tatsächlich, das stimmt, nicht ganz gemäß übermittelt hat, nämlich den elektronischen Teil. Lesen konnte man es rechtzeitig.

Das Erschütternde war, dass es sofort zu einer Entsolidarisierung unter Jugendorganisationen kam, dass es nicht darum ging, bis zu welcher Frist kann man noch etwas nachschieben oder nachreichen, sondern die beiden großen Jugendorganisationen haben sich die Hände gerieben und haben gesagt, super, dann teilen wir einfach das Gleiche ohne die drei Kleineren auf, bleibt für uns ein bisschen mehr übrig.

Es heißt im Übrigen auch in der Geschäftsordnung des Landesjugendforums, dass der Vorschlag zur Aufteilung der Basisförderung möglichst gerecht sein soll. Gerecht ist das nicht!

Die wichtigste Aufgabe der Jugendorganisationen sollte sein, sich gut untereinander zu vernetzen und miteinander zu arbeiten, wo sie gemeinsame Anliegen haben und jedem das eigene Arbeitsfeld möglich zu machen und nicht jede erste Gelegenheit zu nutzen, dem anderen Hackln ins Kreuz zu hauen. - Aber offensichtlich gehört das für manche Jugendorganisationen dazu.

Noch einmal: Bei der AKS wurde nichts gestrichen, *(Abg. Kilian Brandstätter: Das ist auch nicht richtig.)* weil das hat man ja anders geklärt.

Ein kleiner Formfehler? Nein, meinem Eindruck nach ist es nicht nur ein kleiner Formfehler, sondern … *(Abg. Werner Friedl: Das sind alles Formfehler. – Abg. Robert Hergovich: Was sagen Sie für falsche Sachen heute?)*

Nein, Moment, wir sagen keine falschen Sachen. Ich sage Dir was, Herr Kollege Hergovich, *(Abg. Robert Hergovich: Passt eh.)* wir haben hier Zahlen drinnen, die sind falsch. Die sind nachweislich falsch. Ich kann es ganz eindeutig sagen, die Jungen Grünen haben 2013 keinen Cent überwiesen bekommen. Das ist für diese … *(Abg. Doris Prohaska: Das hat die Landesrätin eh gesagt. Das hat sie auch gesagt.)*

Ja, und ich habe die Korrektur nicht bekommen. Was ich hier sage, ist richtig, nämlich, das, was hier steht, stimmt nicht. *(Abg. Edith Sack: Das hat sie eingangs gesagt. – Zwiegespräche in den Reihen – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Lasst Ihr mich bitte ausreden! Herr Vorsitzender, ich bitte darum, dass ich ausreden darf. Danke.

Lasst mich den Satz zu Ende sprechen: Das Korrekturblatt wurde uns nicht vorgelegt. Ich weiß nicht, was in dem Korrekturblatt drinnen steht. Mein Vertrauen ist ein bisschen erschüttert. Aber mein Eindruck ist, … *(Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf: Ich habe gesagt, das wird zugestellt werden.)*

Natürlich haben Sie gesagt, es wird ihnen zugestellt werden, aber es liegt nicht vor. Ich werde aufgefordert, einer Tabelle von Zahlen zuzustimmen, die mir noch nicht einmal vorliegt, während die eigentliche Tabelle, die mir vorliegt, offensichtlich falsch ist. Das ist das eine.

Das andere ist, dass ich es erschütternd finde, dass Sie dann sagen, „und jetzt kommen wir zu Themen, die die Jugendlichen wirklich interessieren“. Ich kann Ihnen etwas sagen: Die Jugendlichen, die Veranstaltungen bei kleinen Jugendorganisationen machen, für die ist das genauso wichtig wie für ihre großen Organisationen der großen Parteien.

Das finde ich herabwürdigend allen anderen Kleinen gegenüber, wenn Sie sagen, das ist nicht so wichtig wie andere Themen. Die mussten selber über die Runden kommen, die haben auch keine Angestellten, die machen sich alles ehrenamtlich selber.

Interessant ist aber auch, wer denn da aller von dem Geld profitiert, das in diesen Jugendtopf hineinkommt? Was aus diesem Fördertopf der für Jugendliche ist und das was wirklich interessant ist und interessiert, da hineinkommt und wer bekommt denn etwas da heraus?

Nun da schauen wir uns an, wohin fließen denn so die Gelder? Zum Beispiel in ein Altenwohn- und Pflegeheim. Ich glaube dieses Altenwohn- und Pflegeheim braucht Geld, keine Frage, aber aus dem Jugendtopf 1.000 Euro? Biomasseheizwerkeverband-Burgenland diverse Aktivitäten - möglicherweise hat da auch ein Jugendlicher vorbeigeschaut.

Die Gemeinde Donnerskirchen hat eine Gastherme angekauft 2013 von Jugendförderungsgeldern. Ich hoffe den Jugendlichen ist dort recht warm. *(Abg. Doris Prohaska: Wer war denn damals Jugendreferent? – Unruhe bei der SPÖ)*

Einzelpersonen – ja ich zitiere aus dem Jugendbericht. Was ich sage - ich sage ja nur, ich finde es interessant. *(Abg. Edith Sack: Da müssen Sie den Franz Steindl fragen. – Unruhe bei der SPÖ)*

Liebe Kolleginnen in der ersten Reihe der SPÖ, ich spreche überhaupt nicht über Euch und über Eure Landesrätin, ich spreche über Zahlen. Verteidigt doch nicht dauernd irgendetwas, was ich noch gar nicht angegriffen habe. *(Abg. Doris Prohaska: Sie wissen, dass das eine parlamentarische Diskussion ist. – Unruhe bei der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Bitte hört mir einfach einmal zu! *(Abg. Doris Prohaska: Also, das ist jetzt ein Witz. – Unruhe bei der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Leute, Ihr redet alle dazwischen.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich ersuche keine Zwischenreden zu führen und die Abgeordnete Petrik, die am Wort ist, ausreden zu lassen. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Bravo! – Beifall bei der ÖVP und GRÜNE)*

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Also für die Frau Kollegin Prohaska ist es ein Witz, wenn ich zitiere - aus einem Bericht, aber gut. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist eine Unterstellung.)*

Ich sehe hier, es werden mehrere Einzelpersonen, Künstler und Künstlerinnen, die weit über 30 Jahre alt sind, gefördert, zum Teil auch für Konzerte von Freundinnen und Freunden. Wie viel für die JVP Burgenland extra immer noch als Sonderförderung da heraus schaut, das sind noch einmal eigene hohe Zahlen.

Aber auch die Krippenfreunde Südburgenland dürften sehr viele Jugendliche bei sich vereinen oder der österreichische Kameradschaftsbund. Das ist sicher etwas, wo viele Jugendliche etwas aus diesem Fördertopf haben oder Verschönerungsvereine.

Die Bankerlsitzer Rudersdorf dürften sich sehr verjüngt haben in den letzten Jahren - ebenso wie die Eisenstädter Schützengesellschaft, die ordentlich aus diesem Fördertopf etwas bekommen hat. Der Herr Hirczy weiß selber wie viel er für seine EU-Veranstaltungen in Jennersdorf bekommen hat.

Das Komitee Mariahilferkreuz - ich bin ja für die Errichtung eines Kreuzweges - ich bin ja selber durchaus auch katholisch sozialisiert, aber die Errichtung von Kreuzwegen war nicht einmal vor 30 Jahren der irre Renner in der Jugendarbeit.

Auch die Landespolizeidirektion Burgenland dürfte den Ankauf einer Pauke besonders den Jugendlichen gewidmet haben. Ortschronik-Projekte, Verschönerungs-Plattformen und ein Schmankerl am Schluss: 4.100 Euro für den ÖVP LehrerInnenverein. Das interessiert die Jugendlichen sicher auch sehr.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit wahrnehmen, hier eine Bemerkung zur Abhaltung des Jugendlandtages aus der Perspektive von Jugendlichen, die mir das erzählt haben, wiedergeben. Ich übermittle jetzt hier einfach Meinung und Haltung von Jugendlichen.

Der Jugendlandtag wurde auch einmal ausgesetzt und es wird immer wieder diskutiert. Und ich hoffe, er wird auch weiter entwickelt werden, jetzt mit Ihnen Frau Landesrätin. Was wir in den letzten Jahren hier erlebt haben, das war ein Einlernen der, wie wir auch hier sehen, zum Teil recht unwürdigen Spielregeln der Altvorderen in den Parteien.

Das soll der Jugendlandtag aus meiner Sicht nicht sein. Er sollte ein Feld bieten, wo Jugendliche in ihrer ureigensten Art und Weise ihren Zugang zur Politik hier miteinander diskutieren und sich nicht einzwängen lassen müssen in Rituale, die der Demokratie nicht besonders dienlich sind.

Meine Vorstellung - also ich jetzt - das haben mir nicht die Jugendlichen gesagt, meine Vorstellung ist es, dass ein Jugendlandtag so gestaltet ist, dass die Jugendlichen selber zeigen, wie sie es abhalten wollen und wir auf den Rängen sitzen, auf den Galerien, und davon lernen und nicht umgekehrt. *(Abg. Gerhard Steier: Ein bisschen breiter.)*

Aber das ist vielleicht noch Zukunftsmusik. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Jugendbericht 2013/2014 ist eine Aufgliederung der Tätigkeiten und der erforderlichen Maßnahmen der außerschulischen Jugendarbeit und legt Rechenschaft über die Arbeit des Landesjugendreferates ab.

Eigenverantwortung, Eigeninitiative, Einbindung und Mitbestimmung sind die Ziele, an der sich die Arbeit mit und für die Jugend orientieren soll. Das Landesjugendreferat hat in den Jahren 2013 und 2014 dahingehend wieder zahlreiche Aktivitäten gesetzt und Förderungen vergeben, um Jugendliche in verschiedenen Bereichen zu unterstützen.

Wichtig ist, dass das Ziel aller Fraktionen das gleiche ist, nämlich die Jugend auf die, auf sie zukommenden Verantwortungen vorzubereiten. Es soll und darf dabei nicht vergessen werden, dass die Vorbereitung, der Grundstein, aber schon im Elternhaus beginnen muss.

Gerade in diesem Altersabschnitt, wo der Jugendliche ohnedies eine schwierige Phase durchlebt, bedarf es auch einer massiven und einsichtsvollen Unterstützung durch das Elternhaus und daran anschließend, beziehungsweise gleichzeitig, auch durch die Gesellschaft.

Wozu ist hiebei die Politik aufgerufen? Sie übernimmt eine wichtige Funktion und eine wichtige Verantwortung. Finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen ist wichtig, jedoch nur ein Teil der geforderten Maßnahmen der Jugend und für die Jugend.

Um weitere Fortschritte im Bereich der Jugend zu erzielen, ist die Einbindung wie wir schon gehört haben, der Schulen, der verschiedenen Jugendverbände, die Wirtschaftskammer, das AMS, die Arbeiterkammer und selbst jede Meinung jedes einzelnen Jugendlichen in einem hohen Maße weiter so gefordert wie bis jetzt.

Zur Umsetzung dieser Ziele, nämlich der Jugend eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen, ist es erforderlich, die richtigen Maßnahmen zu setzen. Der umfangreiche Jugendbericht zeigt die große Bandbreite, was Jugendarbeit im Burgenland bedeutet.

Viel wird neben Beteiligungsprojekten und Wettbewerben vor allem auch für Beschäftigungs-, Information- und Präventionsmaßnahmen und Projekten getan. Neben den Berichten und Aktivitäten des Landesjugendreferates finden sich im Jugendbericht auch die Tätigkeitsberichte der Mitglieder des Landesjugendforums und eine Aufstellung der Förderungen.

Auch die Wirtschaftskammer Burgenland, das AMS und die Arbeiterkammer und die Kinder- und Jugendanwaltschaft haben die Möglichkeit im Bericht über ihre Aktivitäten und Projekte in der Vergangenheit zu berichten.

Sehr geehrte Damen und Herren, Bildung, Beschäftigung, Freizeit und soziale Netzwerke sind die Themen die Burgenlands Jugendliche in den vergangenen zwei Jahren sehr beschäftigt haben.

Im Bereich Jugend, Freizeit und Trends möchte ich folgendes festhalten: Jugendliche zeigen eine hohe Freizeitorientierung. Ausgewogenheit von beruflicher Tätigkeit und Freizeit, wie auch attraktive Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, sind jungen Menschen generell ein Anliegen und werden im Zusammenhang mit Lebensqualität deutlich höher bewertet als von Erwachsenen.

Interessant ist hierbei, dass sechs von zehn Jugendlichen im Alter von 16 bis 19 Jahren angeben, lieber die Freizeit mit den Freunden zu verbringen, als im Familienumfeld.

Es zeigt sich dabei, dass sich immer mehr Jugendliche schon im jungen Alter von den Eltern abnabeln und erste Schritte in Richtung Selbständigkeit machen. Eng verbunden mit der Freizeit ist mit Sicherheit auch der Sport.

Sport beziehungsweise Bewegung ist gesund, deshalb sollten wir Wert darauf legen, so viele Kinder und Jugendliche wie möglich zum berühmten Breitensport zu bewegen.

Erstens wegen der Nachwuchsarbeit für sämtliche Vereine und vielleicht übernimmt in späterer Folge jemand eine Funktion und zweitens hat Sport auch einen wirtschaftlichen Aspekt im Gesundheitsbereich. Außerdem gilt, ein gesunder Geist in einem gesunden Körper.

Im Bereich der Jugendkultur stimmt mich ein wenig traurig, dass die breite Mehrheit der Jugendlichen zu den Angeboten des etablierten Kulturbetriebs Distanz hält. Trotz Veränderung im Bereich der Kulturarbeit wurde kein gesteigertes Interesse für Museen, Theater und für die Oper verzeichnet. Es ist schade, weil hier Kultur und Traditionen einmal automatisch verloren gehen werden.

Die Jugendstudie Burgenland zeigt einen Panoramablick auf die Interessen, Lebensperspektiven und Werte der burgenländischen Jugend. Beides zeigt sich im letzten Jahrzehnt weitgehend stabil. Die Rahmenbedingungen um eigene Lebensträume, Hoffnungen und Wünsche zu verwirklichen, haben sich aber verändert.

Gute Freunde, sicherer Arbeitsplatz, eine gute Beziehung zu Eltern, Abwechslung, Abenteuer, Freizeit, Ausbildung und Weiterbildung und viel Freizeit, ist die Rangliste der Grundpfeiler für ein glückliches und erfülltes Leben der Jugendlichen.

Die Freizeit hat im letzten Jahrzehnt für die Jugendlichen an Bedeutung sehr gewonnen. Bei den Sorgen und Ängsten der Jugendlichen stehen im Vordergrund persönliche Schicksalsschläge wie Krankheiten, Unfälle, Tod von Familienangehörigen oder lebenswichtige Fragen wie zum Beispiel, keine Arbeit zu finden, aber auch Krieg steht weit vorne, was gar nicht so abwegig ist in der momentanen Situation und dass sich der Lebensstandard in Österreich einmal verschlechtern könnte.

Die Wünsche an die Landespolitik ist eine nachvollziehbare Querschnittsmaterie, haben wir auch schon gehört. Günstige Wohnungen - in der letzten Landtagssitzung wurde ein Punkt schon beschlossen, leistbares Wohnen - schon ein richtiger Schritt dahingehend, gefolgt von besseren Verkehrsanbindungen und Arbeitsplätzen in der nahen Wohnumgebung.

Das Europabild und die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft hat sich auch etwas verändert. Zwei Jahrzehnte nach dem EU-Beitritt Österreichs hält nur eine knappe Mehrheit von 54 Prozent der jungen Burgenländer die EU-Mitgliedschaft für die richtige Entscheidung.

Mit Europa verbinden die burgenländische Jugend vor allem eine Wirtschaftsmacht, wie auch eine international relevante politische Einflussgröße. Dies sollte uns ein Denkanstoß sein, im Zusammenhang was in den letzten Jahren, Monaten und Tagen mit, in und um Europa passiert ist.

Weiters sollte uns zu denken geben, dass nur 10 Prozent der jungen Burgenländer politisch sehr und 25 Prozent eher politisch interessiert sind. Hierbei müssen wir uns alle selber bei der Nase nehmen.

Die Arbeitsmarktentwicklung laut AMS im Bereich Jugendarbeitsmarkt hat sich in den letzten beiden Jahren nicht zuletzt aufgrund der schwächeren Konjunktur etwas angespannt. Jugendarbeitslosigkeit wird auch in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema bleiben.

Trotz der teilweisen Erfolge bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind die Eintrittsbarrieren am Arbeitsmarkt nach wie vor hoch. Gründe dafür sind unter anderem das höhere Arbeitskräfteangebot, nicht zuletzt aufgrund von Zuwanderung und das Einpendeln von Arbeitern von den Nachbarländern, die laufende Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters und vieles mehr.

Weil die Berufs- und Arbeitswelt immer in Bewegung ist, ist es eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft, unsere Politik, Jugendlichen eine sinnvolle Perspektive zu geben.

Fragen zu Berufs-, Aus- und Weiterbildung zum Arbeitsmarkt und zu Jobchancen sind daher für junge Menschen am Beginn des Berufslebens immer mehr von zentraler Bedeutung, deshalb ist es wichtig, dass es weiterhin regelmäßig in Berufsschulen Informations- und Beratungsstunden für Lehrlinge gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn hier verschiedene Parteien den Jugendbericht mit unterschiedlichen Ideologien diskutieren und nach Lösungen suchen, so ist das wohl klar und verständlich, dass es auch zu verschiedenen Meinungen kommt.

Ziel sollte es aber trotzdem im Sinne der Jugendlichen sein, einen gemeinsamen Nenner zu finden und die bestmögliche Schnittstelle. Daher sollte man den Blick von außen mit dem Blick nach innen verbinden können, dann könnte man ein spannendes Ergebnis erreichen.

Es gilt daher die Themenstellung und die Sicht der Jugendlichen mit jener der Erwachsenen abzugleichen. Dann würde vielleicht der Brückenschlag von der Welt der jungen Menschen in die Welt der Erwachsenen gelingen.

Viele Probleme der Jugend sind gesamtgesellschaftlicher Natur, an denen man politisch ansetzen muss. Deshalb sollte man den Jugendlichen nicht nur zuhören, sondern man sollte auch hören, was ihre Anliegen und Sorgen sind.

Gerade deshalb sollten wir die Anliegen und Sorgen der Jugendlichen ernst nehmen, Probleme von morgen könnte man heute schon korrigieren. Die Probleme der jungen Burgenländer sind uns alle bestens bekannt, angefangen von der Jugendarbeitslosigkeit, von der Pendlerproblematik, günstiges Wohnen und Arbeitsplätze in der nahen Wohnumgebung.

Was uns aber vor allem zu denken geben sollte ist, dass viele Jugendliche laut der Jugendstudie Burgenland bereits existenzielle Sorgen haben und Angst haben keine Arbeit zu finden, Angst haben vor Krieg und vor Einsamkeit.

Es ist daher kein Zufall, dass bei den Grundpfeilern des Lebens eine eigene Familie und Kinder zu haben, erst weiter hinten steht.

Beschäftigung, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Grundlage für Existenz und Wohlstand, für eine eigene Familie. Deshalb ist die Förderung von Beschäftigung eine absolute Notwendigkeit.

Nicht nur die Schaffung, sondern auch die Sicherung von Arbeitsplätzen ist für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmern besonders schwer. Mit dem Bonus-Malus-System soll es auch gelingen, Impulse am Arbeitsmarkt zu setzen, damit Unternehmen Lehrlinge ausbilden und auch beschäftigen.

Auch das Land Burgenland bietet jährlich 1.100 Jugendlichen die Möglichkeit, im öffentlichen und im landesnahen Bereich eine Lehre zu absolvieren und sich damit fachlich zu qualifizieren. Besonders die Lehrwerkstätten sind hier ein wichtiges Instrument, um arbeitslosen Jugendlichen durch Qualifikation den Weg in die Beschäftigung zu ermöglichen.

Kurz möchte ich noch anführen, weil es diese Problemfelder gibt und sie nicht wegzuleugnen sind, Jugend und Schulden, Jugend und Drogen, Jugend und Alkohol. Ich möchte hier nicht den Teufel an die Wand malen, die Probleme hat es schon immer gegeben, leider werden die Jugendlichen bei diesen Problemfeldern immer jünger.

Hier sollte vermehrt weiterhin auf Prävention gesetzt werden. Ich bin mir schon bewusst, dass die finanziellen Mittel im Landesjugendreferat begrenzt sind, dennoch möchte ich festhalten, dass es sehr gut investiertes Geld ist.

Abschließend möchte ich allen Jugendorganisationen danken, die sich auf ehrenamtlicher Basis für die Jugendlichen einbringen in diesem Land. Natürlich möchte ich auch dem zuständigen Jugendreferat samt Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihre geleistete Arbeit aussprechen.

Gerade bei der Jugend sollte man die Politik nicht zu eng sehen, deshalb möchte ich mich auf beim vorigen Landesjugendreferenten Mag. Franz Steindl für seine geleistete Arbeit bedanken. *(Abg. Walter Temmel: Bravo! – Beifall bei der ÖVP)*

Die Zukunft ist jung - unter diesem Motto hat sich die neue Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf vorgestellt. Wir haben heute schon ihre Vorhaben vernommen, ich möchte von dieser Stelle aus ihr alles Gute wünschen für ihre zukünftige Arbeit im Bereich der Jugend.

Wir nehmen den Jugendbericht selbstverständlich zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geschätzter Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zwei Anmerkungen, bevor ich zum Jugendbericht starte.

Frau Kollegin Petrik, zum ersten Vorwurf, dass es bei der Ausschüttung der Basisförderung zu Ungereimtheiten gekommen ist: Ich darf zurückerinnern, dass im ersten Jahr, wo die Geschäftsordnung, die gemeinsam mit dem Landesjugendforum erarbeitet wurde, auch definiert war, wann und wie Fördermittel aus der Basisförderung heraus, an die Jugendorganisationen ausgezahlt werden.

Im ersten Jahr, wo diese Geschäftsordnung Wirkung hatte, haben drei Organisationen die Frist, die gemeinsam verhandelt wurde, verabsäumt. Man war damals kulant, hat darüber hinweggesehen und trotzdem an alle Organisationen die Förderung zur Auszahlung gebracht.

Das Jahr darauf hat es wiederum Probleme mit fristgerechten Abgaben der Berichte gegeben. Und ich sage ganz klar: Gerecht ist, wenn man fristgerecht abgibt. Alle anderen Jugendorganisationen haben es geschafft, sich *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Schließlich waren sie ja da.)* an Spielregeln zu halten, die Jungen Grünen haben das nicht geschafft. Deswegen, was für andere gilt, sollte auch für die Jungen Grünen gelten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und nun zum zweiten Vorwurf in Bezug auf die Ausschüttungen von Fördermitteln an Vereine, die keinen Jugendbezug haben. Man hat damals eine Diskussion rund um die Transparenz der Förderungen geführt, wo entschieden wurde, in diesem Jugendbericht die Vereinsförderungen und die Jugendförderungen extra auszuweisen.

Zwei Drittel dieser Förderungen, die in diesem Jugendbericht enthalten sind, sind Vereinsförderungen und ein Drittel sind Jugendförderungen.

Ich darf Sie bitten, sich in Zukunft vielleicht im Vorhinein zu informieren, dann hätten Sie gewusst, wie diese Zahlen entstanden sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wer sich mit diesem Jugendbericht befasst hat, der erkennt sehr schnell, dass in der Vergangenheit viel im Bereich der Jugendpolitik und im Bereich der Jugendarbeit im Burgenland gemacht wurde.

Dieser Bericht zeigt ganz klar, dass das Landesjugendreferat mit dem damals zuständigen Regierungsmitglied auf dem richtigen Weg war, auf einem erfolgreichen Weg war und viele Akzente im Bereich der Jugendarbeit gesetzt hat.

Egal ob Aktivitäten im Bereich der Freizeit, Aktivitäten im Bereich der Kunst und Kultur, Möglichkeiten zur Partizipation, Beschäftigungsmaßnahmen, internationale Projekte, Freiwilligentätigkeit, alle Projekte haben dazu beigetragen, dass unser Land für die junge Generation attraktiver gemacht wurde.

Und entscheidend für diese Erfolge im Bereich der Jugendarbeit war einerseits das Landesjugendreferat, welches die unzähligen Projekte umgesetzt hat, aber auch Gremien wie das Landesjugendforum und der Landesjugendbeirat, die dazu beigetragen haben, dass es im Burgenland eine Jugendpolitik gab, die von jungen Menschen für junge Menschen gemacht wurde.

Parteiübergreifend, ohne Scheuklappen, hat man sich für die junge Generation in unserem Land stark gemacht und ich habe doch diesen Jugendbericht als klaren Auftrag auch für die rot-blaue Regierung gesehen, diesen Weg, diesen Erfolgsweg, fortzusetzen.

Doch dieser Weg wurde meiner Meinung nach verlassen, denn bereits kurz nach der Angelobung dieser rot-blauen Regierung hat die zuständige Jugendreferentin sehr eindrucksvoll zur Schau gestellt, wie sie ihren neuen Job versteht.

Sie hat angekündigt, künftig "rote" Politik machen zu wollen und diese Drohung, die schon damals nichts Gutes zu erwarten ließ, wurde mittlerweile zur bitteren Realität.

Denn ich darf zurückerinnern, wir haben es heute in der Fragestunde schon thematisiert, dass in der 3. Landtagssitzung, von der Abstimmungspanne überschatteten Landtagssitzung, unter anderem auch die Besetzung des Landesjugendbeirates geändert wurde.

Die Funktion der Bezirksjugendreferenten blieb zwar bestehen, sie wurden allerdings aus dem Jugendbeirat geworfen, ebenfalls auch die fünf Mitglieder aus dem Landesjugendforum. Was bei dieser Aktion aber nicht bedacht wurde, scheinbar ein Schönheitsfehler, dass die Bezirksjugendreferenten laut Gesetz einige Wochen später neu gewählt werden haben müssen.

Und das war dann auch Ende Oktober der Fall. Die Bezirksjugendreferenten, haben aber jetzt nach ihrer Wahl nirgends die Möglichkeit, sich für die Anliegen der Jugendlichen im Burgenland einzusetzen. Das Ergebnis lautet, wir haben auf der einen Seite junge motivierte Bezirksjugendreferenten, jene können ihre Funktion aber nicht ausüben.

Geschätzte Frau Landesrätin, wenn dass das Ergebnis Ihrer "roten" Politik ist, dann darf ich Ihnen am heutigen Tag sehr herzlich dazu gratulieren, dass Sie relativ schnell Ihre Ankündigung zur Umsetzung gebracht haben. Ich möchte aber gleichzeitig festhalten, dass Ihre "rote" Politik ein sehr eigenartiges Demokratieverständnis mit sich bringt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn es kann meiner Meinung nach nicht sein, dass man einerseits eine Jugendvertretung in den Bezirken wählen lässt, aber ihnen gleichzeitig das Recht auf Mitsprache entzieht und damit Machtspiele auf dem Rücken der Jugend führt. Das ist Marke "rote" Politik, gegen die ich vehement verwehre.

Geschätzte Frau Landesrätin, es braucht meiner Meinung nach weder "rote" Politik, es braucht weder "blaue" Politik in Bezug auf die Jugendarbeit im Burgenland, es braucht eine Sachpolitik und konstruktive Jugendarbeit, denn das hat sich die junge Generation in unserem Lande verdient. *(Abg. Werner Friedl: Ja, schwarze. – Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Robert Hergovich: Redest Du Dir das selber ein? Das kannst Du der ÖVP erzählen.)*

Meine geschätzten Damen und Herren, politische Entscheidungen beeinflussen sowohl meine Generation und auch den Alltag der nächsten Generation. Es muss sichergestellt werden, dass junge Menschen heute das bekommen, was sie morgen benötigen. Und es braucht dazu bestmögliche Unterstützung, damit junge Menschen später alle Chancen haben, in unserem Land erfolgreich sein zu können.

Und ich persönlich habe eine Vision von einem Burgenland, in dem die junge Generation Perspektiven hat. Eine Vision vom Burgenland der Chancen, einem Land voller Entfaltungsmöglichkeiten, wo sich auch junge Menschen trauen, etwas aus ihren eigenen Ideen, Gedanken und Visionen zu schaffen.

Ich habe eine Vision von einem Burgenland, wo die Gründung einer Familie nicht vom Geldbörsl abhängt, ein Burgenland, das nachhaltig mit Geldern umgeht und generationengerecht handelt. Ein Burgenland das umdenkt, damit der jungen Generation langfristig Zukunftschancen garantiert werden.

Und wenn ich nun zu meiner Linken blicke, dann fehlt mir persönlich das Vertrauen, dass diese rot-blaue Regierung eine Vision hat, die vor allem der nächsten Generation Perspektiven und Chancen ermöglicht. *(Abg. Doris Prohaska: Na geh.)*

Denn sie baut nicht auf eine Politik nach klaren und festen Überzeugungen. Den Beweis dafür liefern mir zwei Tatsachen. *(Abg. Robert Hergovich: Glaubst Du das selber, was Du da sagst? – Unruhe bei der SPÖ)* Zum einen die bisherige monatelange Pleiten-, Pech- und Pannenserie, die präsentiert wurde und zum anderen das Zustandekommen dieser rot-blauen Regierung.

Ich erinnere mich zurück an den 3. Juli *(Abg. Robert Hergovich: Da haben sie Dir was vorgeschrieben.)* wo man die „Verlobung“ dieser Regierung präsentiert hat und zwei Tage später dann die Hochzeitsglocken geläutet haben und diese Koalition unter dem Trauzeugen H.C. Strache besiegelt war.

Jeder, meine geschätzten Damen und Herren, der mir erklären möchte, das man binnen 48 Stunden ein Regierungsübereinkommen schnüren kann, ist sich seiner Verantwortung gegenüber dem Land, seiner Verantwortung gegenüber den Menschen und vor allem seiner Verantwortung gegenüber der nächsten Generation nicht bewusst. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und umso wichtiger ist es, dass es Kräfte im Land gibt, die auf dieses Burgenland aufpassen, die der nächsten Generation eine Perspektive geben wollen mit einer Politik für die nächste Generation, mit einer Politik mit ehrlichen Anliegen und mit dem Willen etwas zu bewegen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke für diesen Redebeitrag. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordneter Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Werter Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Es liegt der Jugendbericht 2013/14 vor, den ich näher beleuchten möchte.

Aber zuerst das Wichtigste hier, ich möchte mich bedanken bei allen Expertinnen und Experten, die zur Erstellung dieses Berichtes konstruktive Arbeit geleistet haben. Ich möchte mich bedanken bei den Bediensteten des Landesjugendreferates, bei den Jugendvereinen und bei den Jugendorganisationen die immer tatkräftig die burgenländische Jugend unterstützen.

Und bei dem Kinder- und Jugendanwalt der ebenso einen Bericht über seine Tätigkeiten eingereicht hat und auch beim Institut für Jugendkulturforschung für die spannenden Analysen der Burgenländischen Jugendstudie 2015 – ein herzliches Dankeschön dafür. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und GRÜNE)*

Ich möchte natürlich eines, wichtiges für die burgenländische Jugend hervorstreichen, im Zeitraum des Berichtes, nämlich im Jahr 2014 fand auch das „Jahr der Jugend“ statt. Da hat die Burgenländische Landesregierung das “Jahr der Jugend“ ausgerufen und hierfür für die tollen Aktivitäten und Projekte die gesetzt wurden, ein großes Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich habe mir den vorliegenden Jugendbericht genau durchgeschaut und vor allem die Jugendstudie angesehen, die ganz spannend ist. Ganz interessant war auf die Frage was Jugendliche antworten, wenn man sie fragt, was besonders wichtig für sie ist. Da kam die Antwort Familie, Freunde, genügend Freizeit, eine solide Ausbildung, später einmal ein guter Job, der als sichere Existenzgrundlage und ein Garant für einen akzeptablen Lebensstandard dient.

Also die burgenländische Jugend, wie wir es schon vorher von der Landesrätin gehört haben, sieht die Jugendpolitik als Querschnittsmaterie. Ob das jetzt Wohnbau- oder Verkehrspolitik, oder Arbeitsmarktpolitik, alles betrifft natürlich auch die Jugendlichen.

Deshalb beziehen sich auch ihre Verbesserungsvorschläge für die Landespolitik auf Sozialarbeitsmarkt-, Bildungs- und Infrastrukturfragen. Und da sind die wichtigsten Anliegen der Jugend im Burgenland: 77 Prozent der Jugendlichen, also mehr drei von vier Personen wünschen sich mehr günstigen Wohnraum. 72 Prozent, also wieder fast drei von vier Personen im Burgenland, möchten bessere öffentliche Verkehrseinrichtungen.

Und 69 Prozent sagen, also mehr als zwei Drittel, wollen mehr Freizeitangebote für Jugendliche. Und genau das zeigt, dass das Land Burgenland hier am richtigen Weg ist.

Die Anliegen der burgenländischen Jugend werden ernst genommen, und es werden wichtige Initiativen wie die folgende umgesetzt. Mit der Initiative „Junges Wohnen im Burgenland“ werden flächendeckend Starterwohnungen mit einer Miete von fünf Euro pro Quadratmeter für junge Menschen geschaffen, um sie beim Selbständig werden zu unterstützen, um den eigenen vier Wänden näher zu kommen.

Im Bereich der Mobilität gibt es das Top-Jugendticket und die Semesterticketförderung für die Studentinnen und Studenten. Damit wird die Mobilität für Jugendliche leistbarer im Burgenland.

Im Bereich der Freizeitangebote wurden etliche Workshops auch angeboten für die burgenländischen Jugendlichen. Und mit diesen Maßnahmen und vielen weiteren Unterstützungen setzt das Burgenland wichtige Akzente in der Jugendpolitik.

Ich möchte einen weiteren persönlichen Favorit näher beleuchten, einen weiteren Eckpunkt, nämlich ein oft unterschätzter aber sehr wesentlicher Bestandteil der Jugendpolitik sind Sport- und Bewegungsangebote.

Und diese Studie hat auch gezeigt, dass die burgenländischen Jugendlichen, sofern Infrastruktur und persönliche Zeitressourcen vorhanden sind, an Sport auch großen Gefallen finden, attraktiv sind hier vor allem die Team- und Trendsportarten.

Jeder dritte Burgenländer und Burgenländerin geht regelmäßig schwimmen, Fußball spielen, laufen oder macht Kraftsport. Und so kommt es, dass auf kommunaler Ebene, zeigt die Jugendstudie, folgendes als äußerst wichtig bezeichnet wird: Nämlich 42 Prozent sagen, dass mehr Sporteinrichtungen auf kommunaler Ebene geschaffen werden müssen. Und dieses Anliegen muss ernst genommen werden.

Das freut mich ganz herzlichst darüber zu reden, weil wir diese Woche in meiner Heimatgemeinde Gols den Fitnesspark für die Jugendlichen fertigstellen werden. Gemeinsam mit dem Bürgermeister, mit einem Fitnessexperten, nämlich mit dem Bernhard Beidl und einer Arbeitsgruppe aus Jugendlichen haben wir diesen Work-Out-Park geplant und jetzt auch umgesetzt.

Es ist ein perfektes Zusammenspiel gewesen aus Experten, Betroffenen und der Behörde. Wir brauchen mehr solche Fitnessparks in den Gemeinden, das wollen die Jugendlichen.

Und jetzt möchte ich abschließend noch Stellung nehmen zu diesem Fehler im Bericht. Ich meine die Scheinheiligkeit, die ist nicht zu überbieten. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das stimmt.)* Es ist ein Wahnsinn.

Wir haben es von der ÖVP immer wieder gehört, heute auch wieder, Pleiten, Pech und Pannen. *(Abg. Walter Temmel: Jawohl!)* In allen möglichen Formen hat es die ÖVP protzig, und vor allem auch voller Schadensfreude zelebriert. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Und jetzt, Herr Kollege Steiner, jetzt sind sie da die Geister, die Sie gerufen haben. Jetzt sehen Sie, dass auch bei Ihrer Pleiten, Pech und Pannen-ÖVP ebenso auch Fehler passieren können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer hat den Bericht eingebracht. – Abg. Mag.a. Michaela Resetar: Welche Fehler? – Abg. Walter Temmel: Welche Fehler? Wer hat Fehler gemacht jetzt? - Abg. Ewald Schnecker: Wer ist für den Bericht verantwortlich? – Allgemeine Unruhe)*

Und zu *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik.)* Ihnen, zur Frau Kollegin Petrik: Ich habe nicht gesagt, dass Sie verantwortlich für den Bericht sind. *(Allgemeine Unruhe)* Entschuldigung, jetzt bin ich am Wort. Sie können sich dann auch zu Wort melden.

So jetzt zur Frau Kollegin Petrik: Ich war damals SJ-Landesvorsitzender im Jahr 2012, das heißt, ich weiß ganz genau wovon ich rede. Und das Erste ist, die AKS ist nicht gestrichen worden, das haben Sie gesagt vorher. Das ist nicht korrekt! Die AKS hat genauso nicht das Geld bekommen, genau für denselben Fall. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Dann stimmt das auch nicht.)*

So, dann das Nächste ist für die Frist - nachbringen, haben Sie gesagt. Es hat eine Frist gegeben, Sie haben es gesagt. Man muss diesen Bericht postalisch und per Email einbringen. Ich meine, da ist nicht viel verlangt. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Geh bitte.)*

Der dritte Punkt, Sie haben gesagt… *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Aber deswegen?)* Nein warten Sie, der dritte Punkt, Stichwort Martin Giefing. Martin Giefing war nicht Vorsitzender vom Landesjugendforum. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe Martin Giefing gesagt und Sie haben mich dann aufgeklärt.)* Sie haben Martin Giefing gesagt, das stimmt nicht, Erwin Giefing war der Landesjugendforumsvorsitzende.

Sie haben gesagt zwei Jugendorganisationen waren dagegen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja.)* Das ist nicht korrekt, es waren alle dagegen, außer die Betroffenen, sonst hätten sie ja die Förderung bekommen, ganz logisch. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Na hätten sie doch das im Beschluss sagen sollen.)*

Also ich muss sagen, so zu recherchieren und da so aufzusagen, ist für mich eine große Schande für das Hohe Haus *(Unruhe bei der ÖVP)* und ich würde Sie, also ich finde… *(Unruhe bei der ÖVP und bei den GRÜNEN)* Nein, ich finde diverse Dinge spielen da zusammen, die nicht korrekt sind *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Nur, weil wir einen Namen falsch gesagt haben?)*

Ich war da dabei als eigene Person. Sie haben sich vorher darüber aufgeregt, dass permanent reingeschrien wird, jetzt machen Sie genau dasselbe. *(Beifall bei der SPÖ)*

Also wir werden uns da nicht so kleinlich geben und nicht so schadenfroh, wir werden diesen Jugendbericht zur Kenntnis nehmen. Es sind wesentliche Bestandteile drinnen, wie die Jugendstudie, eine wichtige, die Tätigkeitsberichte der Jugendorganisationen und Jugendvereine.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben jetzt ein gewisses Techtelmechtel, bezogen auf Auszahlung von Förderungen, die in der Klarstellung, Kollege Fazekas hat das getan, Vereinsförderung versus Jugendförderung gesetzt haben.

Und dies ist glaube ich, der entscheidende Punkt gewesen in der Darstellung der sogenannten Förderungsnehmer, wo es von der Biomasse bis zum Bankerlverein und von den Pensionisten bis zu gewissen anderen komischen Fördersituationen und der Jugend eine Auflistung gegeben hat.

Aber unter dem Aspekt der Klarstellung, dass es sich hier um Vereinsförderungen handelt, ist das auch aufgeklärt worden. Alle anderen sogenannten Anwürfe, die im Sinne von Förderungsauszahlung und nicht gegebener Förderung passiert sind, die sollte man eigentlich auf den Punkt verweisen, das es damals halt nicht möglich war, weil es nicht, wie ich jetzt entnehmen durfte aus der Diskussion, eben eine zeitgerechte Eingabe des Förderungswunsches gegeben hat.

Tatsache ist, dass die Jugend unser Hauptproblemfeld sein sollte. Im gesellschaftlichen Rahmen für die Entwicklung auf Zukunft und alles was der burgenländische Jugendbericht enthält ist erst vor kurzem, das möchte ich deswegen auch einbringen, weil es äußerst interessant ist, auch im Vergleich mit dem europäischen Jugendbericht, in der Veröffentlichung gestanden.

Er ist erst vor wenigen Wochen erschienen und hat unter anderem festgehalten, auch wenn in Europa die Rate der jungen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen zwischen 15 und 29 Jahren von 33,8 Prozent auf 37,9 gewachsen ist, haben sich für viele andere jungen Menschen in Europa die Auswirkungen der ökonomischen Krise noch verschärft.

8,7 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren sind arbeitslos, 13,7 Millionen junge Menschen sind gar nicht in Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung. Und fast 27 Millionen junge Menschen sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Diese jungen Menschen tendieren, und das wissen wir leider durch die letzten Ereignisse mehr als zu Recht, tendieren dazu weniger an sozialen Aktivitäten zu partizipieren, weniger von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und haben weniger Vertrauen in die staatlichen Institutionen.

Maßnahmen gegen Marginalisierung und Radikalisierung und Gewaltbereitschaft, sowie der Integration junger Menschen in die Gesellschaft hätten hohe Priorität, stellt dieser Europäische Jugendbericht fest. Wenn wir uns das quasi vor Augen führen, dann haben wir diese Grundlage aller Diskussion um Jugend schon vor Augen.

Die soziale Unterschiedlichkeit, diese Disparität auf soziale Gegebenheiten, durchgängig durch alle europäischen Mitgliedstaaten, in manchen bis zu 60 bis 70 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, ist quasi ein Trauma. Ein Trauma für jeden Verantwortlichen der auf die gesellschaftliche Entwicklung dieser Europäischen Gemeinschaft auf die nächsten 20 bis 30 Jahre etwas festhalten möchte.

Und wenn hier nicht entsprechende Maßnahmen gesetzt werden, im Einklang über die Europäische Union, dann haben wir durch Radikalisierung, die angesprochen wird, mit Sicherheit nicht die besten Voraussetzungen um Demokratie auf einem hohen Niveau auch weiterhin, die Demokratie zu gewährleisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildung als Aspekt - dem zu begegnen ist mit Sicherheit auch unter der Prämisse festzuhalten, dass Europa mit verschiedenen Maßnahmen, sei es das Erasmus-Projekt oder andere gerade der Jugend gewisse Perspektiven eröffnet, die wir nicht vernachlässigen sollten.

Sondern wo die Chance darin besteht, dass sich Jugendliche zusammentun unter dem Aspekt dieser gemeinsamen Europäisierung, und dass sie im gemeinsamen Studieren, im gemeinsamen Austausch, die Möglichkeiten festhalten und festlegen, die sich quasi auf ein vereintes Europa in Zukunft gewährleisten sollten.

Zum anderen möchte ich einen Aspekt in diese Diskussion einwerfen, der augenscheinlich, speziell in der Bundesrepublik Deutschland die letzten zwei Jahre und jetzt vermehrt eigentlich in Diskussion steht, das ist das Problem der sogenannten Praktiker.

Die Generation Praktikum, die jetzt definitiv als gesellschaftliches Phänomen angesprochen wird, hat in ihrer Gegebenheit keine Zukunftsperspektiven. Die meisten, ob es jetzt Industriebetriebe oder auch andere Betriebssituationen sind, fordern von jungen Menschen, die jetzt ihr Studium schon abgeschlossen haben, oder auch im Vorfeld, dass sie quasi eine praktische Ausbildung auch mitmachen sollen.

Nur die Aspekte, die diese Generation Praktikum mittlerweile angenommen hat, zielen in die Richtung, dass nichts bezahlt wird, dass sie quasi ohne soziale Gegebenheiten, ohne Aussicht auf eine Anstellung, quasi von einem Praktikum zum anderen fortgesetzt, weitergeleitet werden, und damit eigentlich ein Problem im Sinne dessen was die Zukunft bringen wird auf ihre Pensionsleistung mit Sicherheit bekommen.

Noch schwieriger und noch schwerwiegender zielt in dieser Gesellschaft die Auseinandersetzung, dass unsere, oder gerade diese Zukunftsgeneration ein riesen Problem mit ihrem Auskommen hat, das aber auch Gegenfinanzierungen, die wir noch in unserer Generation hatten über die Vertragskomposition, die nicht festgehalten wird, über

Eltern und Großeltern ein Auskommen gesichert hat, auch wenn quasi selbst nichts erwirtschaftet werden konnte.

Das heißt, wir haben es mit einem gesellschaftlichen Phänomen zu tun, das im Grunde genommen nicht damit irgendwie vom Tisch gewischt werden kann, dass man sagt, es gibt Förderaspekte die jugendliches Zusammentreffen, einen jugendlichen gemeinsamen Ziel entgegensteuern lassen.

Wir müssen davon ausgehen, dass gesellschaftlich Jugend nicht nur die Zukunft gestalten wird, sondern dass gerade dort, wo Jugend am Werk ist, auch die Aspekte, die Rahmenbedingungen, stimmig sein müssen.

Wenn uns das in politischer Verantwortung nicht gelingt, und zwar über das kleine Land Burgenland hinaus, dann haben wir ein Riesenproblem gesehen auf diese gesamteuropäische Entwicklung und wir sollten uns nicht abschließen, in diesem, in unserem Bundesland und meinen, wir könnten gewissen Sachen quasi alleine lösen.

Hier im Sinne der Jugendentwicklung und der Jugendarbeit ist gemeinsames Handeln da, man sollte an Vorbildern sich orientieren. Und man sieht auch, dass Aspekte in der Darstellung der Entwicklung von Jugendlichen nicht beschränkt ist auf das Burgenland, nicht beschränkt sind auf Österreich, sondern Gesamteuropäisch schon in der Diskussion steht.

Daher empfehle ich quasi auch zur Verantwortung in diese Berichterstattung auf den europäischen Jugendbericht Einschau zu nehmen und von dort abgeleitet auch gewisse Sachen in die burgenländische Jugendarbeit einfließen zu lassen.

Danke. *(Beifall bei der LBL und GRÜNE)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf eine Besonderheit, hier heute eingehen, die, ich glaube, es doch wert ist eine Minute hier auf den Jugendbericht innezuhalten.

Das Landesjugendforum ist eine ganz besondere Institution, kein Verein, sondern ein freiwilliger Zusammenschluss von allen im Land, die jungen Menschen, aktive und tätige Vereine und Institutionen.

Und dieses Landesjugendforum hat noch eine Besonderheit. Das Jugendforum hat das Recht eingeräumt bekommen vom politischen Referenten, begonnen bei Gerhard Jellaschitz, fortgesetzt von Mag. Franz Steindl, das ist einer der ganz, ganz wenigen Beiräte und Ausschüsse unseres Landes, die die Möglichkeit haben, ein fixes Budget selbst aufzuteilen. *(Beifall bei der Abg. Mag.a Michaela Resetar.)*

Und das hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, über Jahrzehnte funktioniert. Und das haben sich die Jugendorganisationen immer untereinander ausgemacht.

Und, sehr geehrte Frau Landesrätin, ich gehe davon aus, und es wird auch im Sinne aller Beteiligten sein, dass von diesem Usus, von dieser Praxis, nicht abgewichen wird, dass man es vielleicht zusammenbringt hier auch die Fördergelder zu sichern für die Zukunft.

Und ich glaube, dass sich alle diese Jugendorganisationen und diese Zusammenarbeit einen ganz großen Applaus verdient haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der Ordnung halber möchte ich eine Wortmeldung, die glaube ich, über das Ziel hinaus geschossen ist, ein wenig ins rechte Licht rücken. Zumindest das Wording; Herr Kollege Brandstätter, haben Sie ja Eins zu Eins gut übernommen. Da möchte ich mich dafür bedanken, da sieht man ja, steter Tropfen höhlt den Stein.

Vielleicht waren Sie bei der Wortmeldung von Landesrätin Eisenkopf nicht herinnen, aber Sie hat ja gleich zu Beginn ihrer Wortmeldung gesagt, es ist 2013 offensichtlich ein Fehler passiert, ein Fehler wo eine Aufteilung, einer Summe falsch in eine Tabelle eingetragen wurde, aber ansonsten ist nichts passiert.

Und das ist eine Information die diesen viele Seiten umfassenden Jugendbericht weder ärmer noch reicher macht, es ist schlichtweg eine kleine Korrektur, wo bewusst sicherlich kein Fehler oder irgendeine Täuschung passiert ist, sondern schlichtweg ein kleiner Fehler.

Das kann man weder dem einen noch dem anderen zurechnen. Ich glaube, die Wortmeldung die Sie da der Kollegin Petrik in den Mund gelegt haben ist ein wenig überzogen. Tatsache bleibt, die Gesamtsumme die vergeben wurde, entspricht dem Rechnungsabschluss und Budget, die Jugendorganisationen hatten die Möglichkeit sich alles frei einzuteilen.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte parteiübergreifend und jenseits der politischen Verantwortung des jeweiligen Referenten auch so erhalten bleiben, dafür hoffe ich zumindest auf die Unterstützung aller hier im Landtag vertretenen Parteien garantieren zu können.

Danke*. (Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Eine kleine Klarstellung, damit das auch im Protokoll drinnen steht. Abgesehen davon, natürlich kann ich mich auch einmal versprechen, oder einen Fehler machen, Herr Kollege Kovacs.

Das kommt vor, wenn man viel arbeitet. Ich bitte, dass Sie mir das auch verzeihen, dass *(Abg. Günter Kovacs: Okay)* so etwas hin und wieder vorkommen kann, auch wenn Ihnen so etwas nicht passiert.

Ich bin mit dem Kollegen Brandstätter jetzt übereingekommen, dort wo er mich korrigiert hat, ich hätte ein Protokoll falsch zitiert, hat er ein anderes Protokoll gemeint als ich. Ich habe zitiert jenes… *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Robert Hergovich: Na dann passt es eh.)* Nein, es ist mir nur wichtig, dass nicht das letzte, was im Protokoll steht ist, ich hätte etwas Falsches gesagt und das will ich nicht.

Ich habe zitiert: Michael Hamedl wird ermächtigt, einen Basisförderungsschlüssel ohne die Landjugend, die Jungen Grünen und die IGSWG für 2013 zu berechnen. Die AKS wird noch geklärt und jener Antrag wurde von 20 Stimmberechtigten mit 18 Ja und zwei Gegenstimmen angenommen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Dankeschön. Also man sieht, beim Reden kommen die Leute zusammen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die den Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Jugendbericht 2013/2014 wird somit mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 135) mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2014 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 93) (Beilage 161)

Präsident Christian Illedits: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 135, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2014 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 93, Beilage 161.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Herr Präsident! Der Rechtsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend die Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2014 zur Kenntnis genommen wird, in seiner 4. Sitzung am Mittwoch, den 4. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile als erster Rednerin Frau Abgeordneter Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und auch auf den Rängen! *(Abg. Doris Prohaska: Wir reden nicht dazwischen.)* Zunächst einmal, es ist gut, dass wir dieses Objektivierungsgesetz haben.

Die Umsetzung darf allerdings da und dort hinterfragt werden; warum, das zeigt einerseits der Vergleich zwischen den Aufwendungen für die Jahre 2013 und 2014 und andererseits ein Blick auf Personalentscheidungen, die sich um das Ergebnis des objektivierten Auswahlverfahrens dann letztlich doch immer wiedermal keineswegs kümmern.

Werfen wir zunächst einen Blick auf einige Zahlen aus dem vorliegenden Bericht. Da gab es für 2014 55 Neuaufnahmen, die im Zuge der Vollziehung des Objektivierungsgesetzes entstandenen Kosten sind wie folgt angegeben:

Es wurden 182.164,71 Euro im Rahmen des Objektivierungsgesetzes und dessen Vollziehung aufgewendet. Der größte Teil, das verwundert jetzt nicht so sehr, sind die Kosten des Management- und Personalberatungsunternehmen. Die Beurteilungskommission hat natürlich auch einige Sitzungsgelder bekommen.

Sehr groß ist auch der Posten in der Abteilung 1, weil natürlich dort auch der Personalaufwand abgerechnet werden muss. Und auch interessant im Jahr 2014 sind besonders hohe Inseratkosten.

Die erste Frage die sich mir aufdrängt ist, ist wo wurden diese Inserate geschalten, die so eine beträchtliche Ausgabe darstellen und wie hat dieses Management und Personalberatungsunternehmen gearbeitet? Stutzig geworden bin ich an dem Punkt wo ich die Zahlen mit dem Jahr 2013 verglichen habe.

2013 gibt es nämlich Aufwendungen im Rahmen der Umsetzung, der Vollziehung des Objektivierungsgesetzes von 71.157,69 Euro. Damals hat das Management- und Personalunternehmen 29.809,20 Euro daran verdient.

Nun könnte man meinen, naja es hat halt im Jahr 2014 um so viel mehr Aufnahmen gegeben als im Jahr 2013, das stimmt nicht ganz. Ich sagte schon 2014 gab es 55 Neuaufnahmen, 2013 waren es 49.

Wenn wir das jetzt umrechnen, dann hat jede Aufnahme im Jahr 2013 1.452,20 Euro an Aufwendungen gebraucht und im Jahr 2014 3.321,09 Euro. Das heißt, hier wurde mehr als doppelt so viel pro Aufnahme in den Dienst, laut Objektivierungsgesetz ausgegeben. Auch die Inseratenschaltungen haben weit mehr als das doppelte in Anspruch genommen im Vergleich zum Jahr 2013.

Der große Sprung liegt also beim Aufwand für die Personalberatungsfirma, oder umgekehrt 2013 verdiente diese Personalberatungsfirma pro Aufnahme 608,35 Euro, 2014 waren es schon 2.330,27 Euro. Wie ist diese Kostenexplosion zu erklären?

Nun, es kann schon sein, dass im Jahr 2014 anders gestaltete Posten besetzt wurden, die andere Objektivierungsverfahren nötig gemacht haben, aber dieser eklatant große Sprung ist schon sehr auffällig.

Es ist uns natürlich noch in Erinnerung, dass im Jahr 2014 noch schnell einige wichtige Posten nicht besetzt aber zumindest die Nachfolge ausgewählt wurde, damit man vor dem Wahljahr 2015 alle seine Schäfchen ins Trockene bringen konnte und sich dann damit nicht mehr herumschlagen muss.

Aber man fragt sich schon auch, lohnt sich all der Aufwand, wenn letztlich der Landeshauptmann jeden nach Objektivierungsverfahren erstellten Postenpersonalvorschlag mit seiner Unterschrift auf den Kopf stellen kann? Da wird nämlich immer gehörig geschummelt.

Natürlich gibt es Vorschläge, Reihungen die dann vorgelegt werden, das ist das objektivierte Verfahren. Aber was dann entschieden wird, steht manchmal auf einer anderen Medaille.

Wir hatten gerade im letzten Jahr eine sehr umstrittene neue Besetzung. Man kann aus den Medienberichten sehr klar erkennen, worum es sich da handelt. Da gab es zwei sowohl von der SPÖ als auch von der ÖVP Erstgenannte, Erstgereihte. Damals hat sogar der Grüne Vertreter zugestimmt, er hat gesagt, ja, das sind kompetente Menschen, geworden ist es dann ein anderer.

Ja, wir werden sehen, wie es in der Zukunft weitergeht. Es gab dann noch etliche Aufnahmen, die gar nicht nach dem Objektivierungsgesetz abgelaufen sind, weil es nämlich unter „dringenden Personalbedarf“ fiel. Das betrifft gleich 18 Neuaufnahmen.

18 Neuaufnahmen, „dringender Personalbedarf“, ganz plötzlich brauchen wir das, das war nicht zu erwarten, nach der Landtagswahl wurden es dann eh weniger.

Meine Erkenntnis aus der Befassung mit der Materie - viel Geld für Objektivierung auszugeben ist noch kein Garant dafür, dass die Postbesetzung auch wirklich objektiviert ist. Es gibt noch viel zu tun in dem Land, wenn es uns um Transparenz und um ein Ende der Freunderlwirtschaft ernst ist. Mir ist es das.

Dankeschön für die Aufmerksamkeit der Anwesenden im Saal. *(Beifall bei den GRÜNEN und von Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sagartz.

Der ist jetzt nicht da, dann ist als Nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Friedl Werner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Laut § 14 des Gesetzes mit dem Bestimmungen über die Aufnahme von Bediensteten in den Landesdienst und in die Besetzung bestimmter leitender Funktionen getroffen werden, Objektivierungsgesetz, LGBL.Nr. 56/1988 in der Fassung LGBl.Nr. 32/2009 hat die Landesregierung dem Landtag jährlich über die auf Grund dieses Gesetz unter Befassung der Objektivierungskommission getätigten Erstaufnahmen zu berichten.

Insgesamt ist die Objektivierungskommission im Berichtszeitraum elfmal zusammengetreten. Es wird darauf hingewiesen, dass die Tätigkeit der Objektivierungskommission, beziehungsweise der vorgelagerten Beurteilungseinrichtungen und die Aufnahme der Bediensteten nur teilweise im selben Berichtsjahr stattfinden.

Besonders die gegen Ende des Jahres getroffenen Beurteilungen führen erst im Folgejahr zu entsprechenden Aufnahmen von Bediensteten. In diesem Bericht sind Erstaufnahmen nicht berücksichtigt die Kraft Gesetzes vom Geltungsbereich des Objektivierungsgesetzes ausgenommen sind. Das sind, folgende Bedienstetengruppen:

1. Lehrerinnen und Lehrer an allgemein und berufsbildenden Pflichtschulen,
2. Lehrerinnen und Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen.
3. Teilbeschäftigte im Ausmaß von weniger als einem Drittel der für eine Vollbeschäftigung vorgeschriebenen Wochendienstleistung.
4. Lehrlinge
5. Aufnahme in politische Büros

In diesem Berichtszeitraum wurden insgesamt 55 Bedienstete in den Landesdienst aufgenommen. Diese 55 Aufnahmen verteilen sich nach Aufnahmeart wie folgt:

37 Bedienstete wurden unter Beteiligung einer entsprechend der Aufnahmeempfehlung der Objektivierungskommission aufgenommen. In einem Fall wurde seitens der Landesregierung von der Aufnahmeempfehlung der Objektivierungskommission abgewichen.

17 Bedienstete wurden gemäß § 1 Absatz 2, Ziffer 2 des Objektivierungsgesetzes übernommen.

121 Bewerberinnen und Bewerber für Verwendungsgruppe a wurden von einem Management- und Personalberatungsunternehmen im Jahr 2014 getestet und 79

Bewerberinnen und Bewerber der Verwendungsgruppe b bis d einem Testverfahren unterzogen.

Die, die beim Beurteilungstest am besten abgeschnitten hatten und einen guten Notendurchschnitt des Abschlusszeugnisses vorweisen konnten wurden auch schon in den Jahren zuvor einem Eignungsgespräch unterzogen. Hiermit konnten wertvolle zusätzliche Informationen für eine Aufnahme entscheidend gesammelt werden.

Ausschließlich an Eignungsgesprächen unterzogen werden Bedienstete der Verwendungsgruppe e und p, Assistenzkindergartenpädagoginnen und -pädagogen, sowie Lehrkräfte des Josef-Haydn-Konservatorium.

Und Frau Petrik, jetzt hören Sie mir genau zu, in allen Fällen waren sowohl die Vertretung der betroffenen Organisationseinheiten, also auch die zuständigen Personalvertreter in die Vorbereitungen und Aufnahmeempfehlungen der Objektivierungskommission maßgeblich eingebunden.

Und wenn Sie sagen, da sehen Sie irgendwo Lücken, dann muss ich das bedauern, das weise ich strikt zurück. Und jetzt kommt noch ein Satz:

Im Berichtsjahr hat die Landesregierung keine Bestellung und Weiterbestellung von leitende Funktionsträgerinnen und -träger vorgenommen.

Ein wesentlicher Punkt ist auch die Vollziehung des Objektivierungsgesetzes. Dafür sind im Berichtsjahr 2014 182.165 Euro aufgewendet worden. Diese Kosten resultieren aus: Management- und Personalberatungsunternehmen 128.741,52, die Beurteilungskommission 780 Euro, die Objektivierungskommission, also Sitzungsgelder, 1.611 Euro, Abteilung 1 (in Form des auftretenden Personalaufwandes brutto, inklusive Dienstgeberbeiträge) 32.705,71 Euro, Inserate 18.326,48 Euro - das sind die 182.164,71 Euro.

Wenn man sich diese Zahl vor Augen führt, da gebe ich Ihnen Recht, dann ist das nämlich viel Geld. Bemerkt man aber, dass damit ein ausgezeichnetes System zur Erstellung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen wurde, so ist das gut investiertes Geld.

Deshalb, werte Kolleginnen und Kollegen, wird meine Fraktion diesem Objektvierungsgesetz die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So und jetzt erteile ich das Wort dem Abgeordneten Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Vorteil als einer der Letzten das Wort zu ergreifen ist, dass man auf vieles Gesagte nicht mehr explizit eingehen muss.

Tatsache ist, dass das System, das auf dem Objektivierungsgesetz beruht, auch sehr kostspielig ist, Kollege Friedl hat die Zahlen ja explizit genannt. Im Jahr 2014 Gesamtkosten von 182.164,71 Euro, ist doch eine größere Summe, die man sich die Objektivierung kosten lässt.

Um nicht weiter ins Detail zu gehen, in diesem Bericht muss man dann umso mehr die Vorkommnisse der letzten und vergangener Landtagsitzungen Revue passieren lassen.

Geschätzte Damen und Herren! Dort wurde einmal mehr das Objektivierungsgesetz ausgehöhlt. Dieses Objektivierungsgesetz war ein politisches Anliegen einer Vorgängergeneration von Politikern, die hier in diesem Hohen Haus tätig

waren, explizit auch Mandatare der ÖVP. Ich möchte hier noch einmal festhalten, dass durch diesen rot-blauen Beschluss das Objektivierungsgesetz de facto aufgehoben wurde.

Es ist, aus meiner Sicht, unverantwortlich und gleichzeitig gegen alle Chancengleichheit, insbesondere für junge Menschen, wenn wir hier zuschauen müssen. Natürlich steht es der Mehrheit frei, das so zu sehen und so zu beschließen. Aber wenn wir hier zuschauen müssen, wie die Chancengleichheit bei der Ausschreibung, bei der Möglichkeit objektiv beurteilt zu werden, und bei der Stellenbesetzung im Landesdienst mit Füßen getreten wird.

Geschätzte Damen und Herren! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz hat das heute noch einmal erwähnt. Er hat gesagt, das ist eine Folge des Proporzes, der abgeschafft wurde. Ich möchte deshalb für mich persönlich und für meine Fraktion noch einmal in Erinnerung rufen: Proporz bedeutet, die Verhältnismäßigkeit an Macht und wie zuvor das Verhältnis der Landtagsabgeordneten ausschlaggebend war für die Besetzung der Regierungspositionen, so ist jetzt in vielen Bereichen der Proporz in der Regierung, verantwortlich für die Zusammensetzung in Ausschüssen und in Beiräten.

Wenn man also davon spricht, dass der Proporz abgeschafft wurde, dann ist das richtig, wenn man das Verhältnis von Abgeordneten auf Regierung meint. Der Proporz wurde aber eingeführt, bei all diesen Institutionen und Gesetzen, wo ausschlaggebend ist, wer in welchem Stärkeverhältnis in der Regierung sitzt.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich noch einmal betonen, jawohl, die ÖVP war für die Abschaffung des Proporzes und es ist weder rechtlich noch sachlich richtig, dass hier Institutionen und Beiräte nicht nach dem Stärkeverhältnis im Landtag, sondern nach dem in der Regierung bestellt werden.

Das ist rot-blauer Proporz, diesen lehnen wir entschieden ab. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Heute Morgen gab es einen Artikel in der Österreich Online-Ausgabe, der Neuen Züricher Zeitung. Er titelt: „Die Sargnägel des Parlamentarismus“. Redakteur Moritz Moser leitet seinen Artikel ein:

Die Dreistigkeit mit der parlamentarische Rechte in Österreich missachtet werden, nimmt zu. Der Nationalrat und die Landtage lassen sich mit dürftigen Informationen abspeisen, die Abgeordnetenbänke werden intellektuell ausgehungert. Die Konsequenz ist ein komatöser Parlamentarismus.

Geschätzte Damen und Herren! Dieser Artikel hat mich heute doch nachdenklich gestimmt. Wenn wir nämlich die Einheit beschwören und heute Vormittag der Landtagspräsident und der Landesrat für Soziales hier zu Protokoll geben, dass gerade diese Einheit und das einheitliche Auftreten aller politischen Kräfte gegen Terror notwendig ist, dann wird es auch notwendig sein, dass der Respekt hier gegenüber den Mandataren aber auch der Regierung steigt.

Geschätzte Damen und Herren, die Anfragebeantwortung in der vergangenen Sitzung, die Anfragebeantwortungen, die in schriftlicher Form ergangen sind, und auch die Fragestunde heute am Vormittag, machen mich diesbezüglich sehr nachdenklich.

Meine Fraktion nimmt diesen Bericht gerne an. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter, Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke. Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf es sehr kurz und schmerzlos und vor allem emotionslos machen, auch wenn es der Kollege Sagartz weiterhin behauptet, es wird trotzdem nicht richtiger.

Richtig ist, das Objektivierungsverfahren bleibt natürlich weiterhin aufrecht, nur für das Protokoll und zu Klarstellung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Auch wenn es nicht stimmt!)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahme, Bestellung und Weiterbestellungen im Jahr 2014 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 89) betreffend EU-Finanzbericht 2013 (Zahl 21 - 72) (Beilage 162)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 8. Punktes der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 89, betreffend EU-Finanzbericht 2013, Zahl 21 - 72, Beilage 162.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Hergovich.

Bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2013 in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2013 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile als erstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Kovasits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie wir alle wissen, hat Österreich längst die Milliardengrenze bezüglich des Nettobeitrages zum gemeinsamen Haushalt der EU geknackt. Österreich steht an 9. Stelle der Nettozahler.

Jährlich wird uns dieser Bericht vorgelegt mit dem Ziel, die Transparenz bei den Gesamtzahlen der EU bei der Einordnung Österreichs im EU-Haushalt für die Perioden 2007 bis 2013 und folgende sowie bei der Verwendung der EU-Mittel in Österreich zu erhöhen.

Tatsache ist, wenn wir uns die Zahlen und die Rückflüsse ansehen, sehen wir hier aus unserer Sicht wieder nur Erschreckendes. Die Zahlungen Österreichs an die EU steigen seit 2009 kontinuierlich und die Rückflüsse sinken. 2013 stieg die Höhe der EU-Zahlungen um 9,9 Prozent auf insgesamt 3,22 Milliarden Euro. Gründe dafür waren vor allem die Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens und die zweimalige Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds.

Hier muss ich aber natürlich erwähnen, dass wir als betroffener Staat von diesem Fonds natürlich profitiert haben, da wir ja leider von schweren Unwettern heimgesucht wurden und hier Mittel aus diesem Fonds verwendet wurden, um den Betroffenen zu helfen, ihr Heim wieder aufzubauen.

Was mich aber erschreckt, ist der Vergleich der Beitragsgrundlagen der zwei Gebietskörperschaften Länder und Gemeinden. Vergleicht man die Beiträge des Jahres 2013 mit denen des Jahres 2007, so erhöhten sich die Beiträge der Länder um fast 45 Prozent, die der Gemeinden um fast 19 Prozent.

Natürlich muss ich sagen, dass wir durch verschiedene Programme der EU profitieren, wie zum Beispiel durch die beiden Strukturfonds EFRE und ESF, jedoch müssen wir das Ganze auch mit einem kritischen Auge betrachten.

Die EU hat natürlich auch ihre guten Seiten, jedoch darf man nicht vergessen, dass es hier auch eine schlechte Seite gibt. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit den Flüchtlingsströmen und die Unfähigkeit zu handeln, und das Problem endlich auf EU-Ebene zu lösen. Denn nur die EU gesamt, kann das Problem lösen.

Wir geben uns auf Landesebene zwar Mühe, jedoch können wir nur begrenzt handeln und das haben wir auch in der Vergangenheit bewiesen.

Hier möchte ich noch einmal auf die Wortmeldung von der Kollegin Mag.a Petrik zurückkommen. Ich finde es eine Zumutung, dass Sie sich herausstellen und sagen, wenn wir das Landesbetreuungsgesetz so beschließen, wie wir es eingebracht haben, dann hat das Burgenland das unmenschlichste Gesicht von Österreich.

Das ist eine Beleidigung unserer burgenländischen Bevölkerung sowie der freiwilligen Helfer und der Blaulichtorganisationen, die sich bemüht haben, das Problem zu lösen, da der Bund und die EU nicht fähig waren zu handeln und zu helfen.

Das einzige unmenschliche Gesicht haben Sie, wenn Sie so eine Aussage tätigen, nur weil wir geltendes Recht, also die Grundversorgungsvereinbarung, noch einmal im Landesgesetz präzisieren und so wie es sich gehört, auch umsetzen. Denn wir halten uns an Gesetze, dazu sind sie ja schließlich auch da.

Zurück zum EU-Finanzbericht. Der vorliegende Bericht kritisiert vor allem die zu wenig vorhandene Transparenz und Klarheit der Aufgaben und Verantwortungszugehörigkeit. Es fehle an Transparenz der Entscheidungsprozesse.

Genauso hat auch der Bundesrat kritisiert, dass die nationalen Parlamente mehr an der EU-Rechtssetzung eingebunden werden müssen. Damals, also voriges Jahr, wurde sogar ein Entschließungsantrag diesbezüglich eingebracht, sowie auch eine Mitteilung an die Kommission ist erfolgt, die auch angenommen wurde.

Sie drängten wiederum zur Verbesserung der Mitwirkungsrechte nationaler Parlamente und mehr Transparenz. Der Rechnungshof bringt in diesem Bericht zum Ausdruck, wie sehr er hinter dieser Forderung steht.

Genau hinter dieser Forderung stehen wir auch. Mehr Einbindung nationaler Parlamente und so mehr Mitspracherecht. So können wir selber mitwirken und entscheiden, was mit unserem Geld passiert und wie es eingesetzt wird. Diese fehlende Transparenz fordern wir auch ein.

Wir, die neue Landesregierung, setzen die Transparenz in unserem Bundesland um, also wird es die EU auch schaffen. Jeder wundert sich immer über das Misstrauen gegenüber der EU, nur mit Transparenz kann diesem Misstrauen entgegen gewirkt werden.

Wir werden diesem Bericht natürlich unsere Zustimmung erteilen und hoffen, dass die Kritik des Rechnungshofes in diesem Bericht auch wirklich ernst genommen und umgesetzt wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Damen und Herren! Zum Finanzbericht ist noch zusätzlich zu meinem Vorredner zu sagen, dass nicht nur die Transparenz kritisiert wird, sondern gleichzeitig die Ausnutzung der finanziellen Mittel, die nicht zur Gänze ausgeschöpft wurden. Bei dem ELER-Projekt wurden knapp 90 Prozent ausgeschöpft, beim EFRE 52 und beim ESF 85 Prozent.

Das ist leider viel Geld, das liegengeblieben ist und das ist schade. Aber wenn man sich das Burgenland ansieht, so haben wir in diesem Zeitraum vor allem ein prosperierendes Burgenland gehabt, in den Bereichen, wo wir die EU-Förderung bekommen haben.

Es wurden viele Projekte umgesetzt. Wenn man durch das Land fährt, sieht man zahlreiche Projekte, die für die Gemeinden, für die Bevölkerung, für unsere Vereine, für die Unternehmen, aber auch für die Organisationen, die im Land tätig sind, geschaffen wurden und dadurch ist auch das Burgenland groß geworden.

Wenn man alle Summen zusammenrechnet, dann sind wir weit bei 100 Millionen Euro, die die EU für uns, für das Burgenland, bereitgestellt hat. Das sind Mittel, die wir sonst nicht bekommen hätten und die wir zukünftig in dieser Intensität leider nicht bekommen werden. Denn in den nächsten vier Jahren, steht uns bei weitem nicht derartig viel an Geld zur Verfügung.

Wir müssen aber diese Töpfe ausschöpfen so gut es geht mit Projekten, die auch sinnvoll und nachhaltig sind. Der ESI-Fonds konzentriert sich auf 11 Themenbereiche, die für das Burgenland enorm wichtig sind. Wenn ich daran denke, dass die KMU's und die Beschäftigung forciert werden, die Mobilität, der nachhaltige Verkehr, die Bildung, aber auch die bessere öffentliche Verwaltung. Diese Themenbereiche, die sind uns natürlich auch wichtig und hier müssen wir das Geld auch abholen.

Ein wesentlicher Punkt, der in diesem Bericht noch vorkommt, den ich hervorheben möchte, ist eine Europäische Bankenunion, um auch die Transparenz des Bankensektors zu steigern und die Staatsschulden von den Bankschulden zu entkoppeln. Ich glaube, das ist nicht nur für das Burgenland, sondern auch für Österreich ein Thema, das es anzugehen gilt.

Die Bankenunion stützt sich dabei auf drei Säulen, auf den Aufsichtsmechanismus, auf den Abwicklungsmechanismus und auf das Einlagensicherungssystem. Diese drei Punkte werden für das Burgenland wesentlich sein. Wenn ich daran denke, dass wir als

Burgenland noch immer für die Bank Burgenland eine Haftung von über zwei Milliarden Euro haben, dann wird die Bankenunion noch immer ein sehr, sehr wichtiges Thema sein.

Diesen Bericht werden wir zur Kenntnis nehmen.

Aber bevor ich mit meiner Wortmeldung fertig bin, komme ich noch zu anderen Punkten, wie es heute schon oft der Fall war. Es geht mir jetzt um die Vereinsfeste.

Meine geschätzten Damen und Herren! Schwarz informiert, Rot kopiert! Das ist das neue Motto der SPÖ. Die SPÖ ist vorige Woche aufgewacht, ist auf unseren Zug aufgesprungen und hat nun auch die Informationen aus der Bevölkerung bekommen, dass das Thema wichtig ist.

Seit einem Jahr oder darüber hinweg sind wir als ÖVP unterwegs und versuchen den Erhalt unserer gelebten Dorfkultur zu forcieren und zu retten. Wir wollen unsere Vereine in den Mittelpunkt stellen, unsere Kultur- und Vereinsfeste vor Ort nicht nur schützen, sondern auch darauf achten, dass diese gelebte Dorfkultur, der Zusammenhalt in der Gesellschaft, weiter bestehen kann, denn schlussendlich sind wir die starke Alternative im Burgenland.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, wir haben eine Arbeitsgruppe mit Experten gegründet, die aufgezeigt haben, in welche Richtung der Weg einer Lösung gehen kann, der nicht nur populistisch ist, wie es die SPÖ jetzt scheinbar gemacht hat.

Wir haben auch Informationsabende veranstaltet, wo weitere Aspekte an uns herangetragen wurden und, das ist das Entscheidende, es laufen konstruktive Gespräche in der Wirtschaftskammer, mit dem Wirtschaftsbund und auch im Finanzministerium.

Diese Dinge sind für uns nicht derart öffentlichkeitswirksam wie es die SPÖ vielleicht vorlebt, sondern uns geht es darum, eine gemeinsame Lösung zu finden und die in den Mittelpunkt zu stellen und dann natürlich für die Vereine das Beste herauszuholen.

Gleichzeitig, und hier möchte ich jetzt eine heutige APA-Meldung zitieren, komme ich auch schon zum nächsten Punkt, zu den Registrierkassen: „Es mutet mehr als seltsam an, wenn SPÖ und FPÖ, die sich selbst als Arbeiterparteien bezeichnen, jetzt plötzlich einer Forderung der Wirtschaftstreibenden aufnehmen“, so Tusch von der ViDa-Gewerkschaft. „Zudem müsse Hergovich von der SPÖ und seinem freiheitlichen Kollegen Kovasits bekannt sein, dass 900 Millionen Euro der Gegenfinanzierung der Steuerform an den Registrierkassen hängen“.

Ein weiteres Zitat: „Die Behauptung der beiden Politiker im Burgenland, die beschlossene Registrierkassenpflicht sei überhastet und nicht ordentlich organisiert gewesen, könne nur ein Faschingsscherz sein“, kommentiert Tusch.

Zuletzt stand auch heute noch in der APA: „Sauer stößt Tusch die Behauptung von Kovasits auf, dass gemeinnütze Vereine nicht von der Registrierkassenpflicht ausgenommen seien“. Das stimmt einfach nicht.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass die beiden Herren mit unqualifizierten und uninformierten Aussagen an die Öffentlichkeit gegangen sind. Warum bleibt ein Rätsel. Offenbar steckt hier purer Aktionismus dahinter.

Geschätzte Damen und Herren! Diese Zitate kommen aus der ureigenen SPÖ-Fabrik, nämlich der Gewerkschaft. Dieser Gewerkschaft gehören ja viele dieser SPÖ im Landtag vertretenen Abgeordneten an. Viele sind aus dieser Schule gekommen.

Die rote Gewerkschaft war jene, die in der Steuerreformdiskussion massiv die Registrierkassenpflicht hineinreklamiert hat, weil wenn es nach der ÖVP gegangen wäre,

gebe es diese Registrierkassenpflicht überhaupt nicht und wir hätten mit dem überhaupt nichts anfangen können. *(Allgemeine Unruhe)*

Deswegen, sich jetzt als SPÖ hinzustellen, wir wollen eigentlich die Registrierkassenpflicht nicht, ist ein bisschen scheinheilig, wenn nicht sogar heuchlerisch.

Geschätzte Damen und Herren! Die Aussetzung der Registrierkassenpflicht, diese Forderung können wir nur unterstützen, weil wir sie nie in der Diskussion gehabt haben wollen und gleichzeitig kommt dazu, dass wir sofort die Grenzen, die Freigrenzen, im Umsatz und im Barumsatz verdreifachen würden. Wenn es nach unserer Sicht der Dinge ginge, wäre das das unternehmerfreundlichste überhaupt.

Jetzt als SPÖ und FPÖ zu sagen, ja wir sind die Schutzpatrone der Wirtschafter, das ist ein bisschen scheinheilig und das können wir so nicht akzeptieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hinzu kommt dann noch, dass diese Woche der Finanzminister bereits einen Erlass herausgegeben hat vom Finanzministerium. Dieser Erlass beinhaltet ganz klar, dass ausgenommen von der Registrierkassenpflicht folgende Dinge sind:

- Die gesellschaftlichen Veranstaltungen von begünstigten Körperschaften, zu Deutsch - Feuerwehren,
- außerdem gemeinnützige Vereine, wenn sie unentbehrliche Hilfsbetriebe haben, auf gut deutsch - Sportveranstaltungen, oder wenn sie entbehrliche Hilfsbetriebe haben.

Das heißt, alle kleinen Vereinsfeste sind laut diesem Erlass befreit und das zeigt, dass die ÖVP sehr wohl dahinter ist. Dieser Erlass kam nur deshalb, weil wir als ÖVP, weil wir als Wirtschaftsbund und als Wirtschaftskammer gesagt haben, diese Befreiungen müssen kommen.

Auf gut Deutsch und zusammengefasst, wenn wir die Vereinsfeste retten, auch wenn es andere gerne machen würden, wir haben auf Facebook eine Initiative mit 6.500 Unterstützern. Wir haben eine Online-Petition mit knapp 5.000 Unterschriften und wir haben mittlerweile auch eine Parteiinitiative, die das Ergebnis bringt, dass wir hoffentlich auch das Gesetz ändern.

Geschätzte Damen und Herren! Vor allem die der SPÖ. Wenn es dann darauf ankommt, im Parlament eine Gesetzesänderung nächstes Jahr herbei zu führen, dann hoffe ich auch darauf, dass hier die SPÖ dabei sein wird und nicht die Gewerkschafter dann groß aufschreien, dass das nicht sein darf, wie es heute in der APA gestanden ist.

Das ist unser Weg, weg von roter Polemik und blauem Zuschauen. Wir gehen unseren Weg, hart aber herzlich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es wurde bereits viel ausgeführt im Hinblick auf die Zielvorgaben dieses EU-Finanzberichtes. Ich glaube auch, dass es außer Zweifel steht, dass es notwendig und richtig ist, laufend darüber zu berichten, wie sich hier vor allen Dingen die transparenten Zahlen zeigen.

Meine Vorredner haben zum Teil schon darauf hingewiesen, dass für Österreich als sogenannter Nettozahler die Schere etwas auseinandergeht. Wir sind mittlerweile in einer Position, wo wir knapp eine Milliarde Euro mehr einzahlen als das noch im Jahr 2007 der Fall gewesen ist.

Dazu kommt in wirtschaftlich sehr, sehr schwierigen Zeiten dass vor allen Dingen der Anteil der Länderfinanzierung und vor allem auch der Anteil der Gemeindefinanzierung eklatant gestiegen ist, was natürlich für die genannten Gebietskörperschaften nicht ganz einfach zu sein scheint.

Im Burgenland haben wir zum Unterschied zum übrigen Österreich eine doch bessere Ausnützung der zur Verfügung stehenden Mittel. Ich weise extra darauf hin, dass wir bei den Rückflüssen in den sogenannten Strukturfonds in EFRE, im ESF die Nummer zwei in Österreich gewesen sind. Beim ESF waren wir sogar als Bundesland die Nummer eins, was die Ausnützung und die Rückflüsse dieser Mittel anlangt.

Bedauerlich sind die ins Auge gefassten Kürzungen in den Bereichen EFRE - 21,1 Prozent für die kommende Periode, ESF -15,7 Prozent, ELER - 2,2 Prozent. Das wird sich nachhaltig negativ natürlich für die einzelnen Bereiche auswirken. Insgesamt werden uns zur Position davon 47 Millionen Euro als Bundesland fehlen. Das ist schmerzlich, weil wir damit die notwenigen Aufholprozesse weniger positiv begleiten werden können.

Es wurde auch Stellung bezogen zur Kernproblematik der Europäisch Union. Etwas was in der jüngeren Vergangenheit wahrscheinlich aus dem Bewusstsein verdrängt worden ist, ist sicherlich der Umstand, dass aus dem Stabilitätsmechanismus die Länder Irland beispielsweise, Portugal, Mittel in Anspruch genommen haben.

Die sind ausgelaufen, die never ending story Griechenland ist in der jüngeren Vergangenheit doch etwas zurückgedrängt worden aus dem Bewusstsein vor allen Dingen durch die Riesenproblematik der Völkerwanderung. Hier zeigt sich, aus meiner Sicht, die Europäische Union von einem Gesicht, dass uns eigentlich fremd sein müsste. Ein Staatenbund der Egoisten, wo offensichtlich nur getrachtet wird, die Vorteile in den Mittelpunkt zu rücken.

Wenn es Probleme gibt, verabschiedet man sich sukzessive von einer doch gewünschten, von einer wie ich glaube notwenigen Solidarität. So werden wir sicherlich die Kernfragen der Zukunft nicht bewältigen können.

Griechenland, um es noch einmal zu sagen, insgesamt knapp 142 Milliarden Euro. Das ist fast das Gesamtjahresbudget der Einnahmen der Europäischen Union. Das ist ein Problem, wie wir wissen, seit vielen, vielen Jahren, ist derzeit ungelöst.

Notwendig sind zwei wesentliche Neuerungen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, die Europäische Bankenunion ist ein wichtiges Instrumentarium, um einen Kernbereich noch transparenter zu gestalten.

Das Bankenwesen insgesamt hat ja vor allen Dingen mit diversen Geschäften dazu geführt, dass es diese internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, von der wir seit vielen Jahren negativ, nachhaltig negativ betroffen sind.

Was ich hier bekritteln möchte ist der Umstand, dass dieser Schritt zwar richtig ist, aber sehr, sehr langsam kommt. Es ist auffällig in den Gremien der Europäischen Union, dass hier sehr, sehr langsam reagiert wird und wir hier sehr, sehr viel Zeit verlieren.

Es ist auch eine Investitionsoffensive geplant die angekündigt ist in einer Größenordnung von 315 Milliarden Euro. Wäre ganz wichtig, dass diese Mittel möglichst rasch zur Investition gelangen, um ein Ziel zu erreichen, nämlich Wirtschaftswachstum,

Wirtschaftsaufschwung und damit Hand in Hand gehend auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes.

Es wurden in diesem Bericht auch die einzelnen Fehlerstrukturen entsprechend beleuchtet. Große Fehlerquoten zeigen sich insbesondere in der Einbeziehung nicht förderfähiger Kosten, in der Kostenaufstellung, Projektetätigkeiten oder Begünstigte, die nicht förderfähig sind und vieles andere mehr. 2.920 Vorgänge wurden geprüft. Das ist sehr, sehr viel, aber bei 1.320 gab es Fehler, immerhin bei 48 Prozent, also fast die Hälfte der Projekte war fehlerhaft.

Wenn Sie mir eine persönliche Bemerkung gestatten: So notwendig, so wichtig diese Berichte, diese Überprüfungen sind, dann scheint mir die Europäische Union, und hier meine ich vor allen Dingen die Bürokratie, sehr, sehr überbordend in ihrer Ausgestaltung, sehr, sehr aufgebläht, auch behaftet mit einer Detailverliebtheit.

Hier kann ich durchwegs ein Beispiel bringen. Wenn es gelingt, etwa in Form einer Arbeitsstiftung Menschen in Beschäftigung zu bringen und diese Arbeitsstiftung wird finanziert vom Europäischen Sozialfonds, dann fällt den Prüfern nichts anderes ein, als im Detail zu prüfen, ob die Arbeitsstiftlinge auch tatsächlich jeden Tag anwesend gewesen sind. Wenn die Anwesenheitslisten nicht korrekt sind, dann wird ganz einfach die Finanzierung eines wichtigen ESF-Projektes in Frage gestellt.

Es interessiert die Bürokratie in Brüssel wenig, dass diese Arbeitsstiftung ungemein erfolgreich gewesen ist. 70 Prozent der Stiftlinge konnten nachhaltig in Beschäftigung gebracht werden. Ein Jahr nach erfolgter Vermittlung waren die noch immer in Beschäftigung, aber es waren nicht tagtäglich die persönlichen Anwesenheitslisten unterfertigt.

Wenn ich jetzt zynisch wäre, was ich nicht bin, könnte vielleicht einem Oberbürokraten in Brüssel auch einfallen, dass, wenn die Anwesenheitslisten unterfertigt sind, dass sie nicht notariell beglaubigt sind. Auch das wäre eine mögliche Fehlerquelle.

So soll es, glaube ich, nicht sein und das ist auch ein Ansatzpunkt meiner Kritik. Also stelle ich auch die Frage, ob die Kosten dieser Bürokratie, dieser Überprüfungen auch in Relation zum Nutzen stehen. Erst wenn man das in eine vernünftige Relation bringen kann, dann ist die Institution mit der notwenigen Bürokratie in einer Minimalausfertigung durchaus gerechtfertigt.

Dennoch wird meine Fraktion in der Überzeugung, dass derartige Überprüfungen notwendig sind, dass sie auch richtig sind, weil es nichts gibt, was nicht verbesserungsfähig ist, diesem Bericht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass wir auch das Thema der Registrierkassen und der Vereinsfeste und die damit verbundenen Anzeigen, worunter unsere Vereine wirklich deutlich leiden, auch heute thematisieren.

Dazu darf ich natürlich auch Stellung nehmen. Es freut mich natürlich sehr, und es ist löblich, dass sich der Kollege Wolf Sorgen macht, wie das Verhältnis zwischen der VIDA und der SPÖ oder meiner Person aussieht. Das ist löblich, aber das haben wir schon am Nachmittag geklärt.

Aber viel besser wäre, Herr Kollege Wolf, Sie machen sich nicht Sorgen um uns, sondern es wäre viel besser, Sie machen sich Sorgen, wie es bei Ihnen weitergeht. Nämlich, wie der Wirtschaftsbund weiter agiert, wie es mit den Anzeigen weitergeht. Sie zerreißt es ja. Die JVP rennt in die eine Richtung, der Wirtschaftsbund rennt in die andere Richtung. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das stimmt doch nicht!)*

Dieses Problem in der Partei haben Sie, also reden Sie das nicht den anderen ein, sorgen Sie dafür, dass Sie das in der eigenen Partei klären.

Herr Kollege Wolf, ich bin wirklich entzückt, dass Sie einen Arbeitskreis gegründet haben. Das ist löblich. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Danke.)* Wissen Sie, was mir da einfällt? Wenn ich nicht mehr weiter weiß, Sie wissen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wie in Draßburg.)* dann bilde ich einen Arbeitskreis. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich habe Arbeitsgruppe gesagt. Darauf findest Du keinen Reim.)*

Wissen Sie was? Was mich interessieren würde, was für ein Ergebnis hat es denn bei dem Arbeitskreis gegeben. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das haben wir Dir das letzte Mal schon gesagt. Musst Du genau lesen!)* Da hat man noch nie etwas gehört. Wissen Sie, warum man da noch nie etwas gehört hat? Weil Sie sich nichts sagen trauen, weil sofort der Wirtschaftsbund kommt und sagt, das kommt so nicht in Frage.

Also, Schmähparaden, um mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Das ist natürlich legitim, ist auch in Ordnung, das können Sie gerne machen, ist ja kein Problem, davon haben aber unsere Vereine leider nichts.

Wir gehen einen anderen Weg. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Genau!)* Wir haben nämlich wirklich mit dem Mag. Rebernik einen absoluten Vereinsexperten beauftragt, auch eine Expertise einzuholen, wo wir Lösungsansätze hier machen können. Weil Sie wissen ja, wer sozusagen schuld ist, natürlich dieser Verein, Gastronomie Österreich, der anzeigt. Aber die stützen sich natürlich auch auf eine Verordnung. Und diese Verordnung, da werden Sie sich jetzt wundern, ist wieder Ihr Parteifreund.

Also wieder ein Problem, das Sie irgendwie nicht loskriegen. Macht nichts. Wir haben, die Sozialdemokratie und die FPÖ, einen Antrag formuliert, der ist auch eingelaufen, mit konkreten Lösungsansätzen. Da sagen wir genau, was wir wollen, damit wäre auch unseren Vereinen sehr geholfen.

Da können Sie dann auch schauen, ob Sie dann zustimmen oder nicht. Die Kollegen aus Niederösterreich haben einen ähnlichen Zugang wie wir, ich meine jetzt die ÖVP, nicht die Sozialdemokratie, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das haben Sie ja kopiert. Das ist ja abgeschrieben.)* die werden auch zustimmen, aber die ÖVP hat einen ähnlichen Zugang wie wir Sozialdemokraten und die Freiheitlichen.

Aber auch in Oberösterreich haben sie heute diese Geschichte schon beschlossen, also sind wir einmal gespannt, wie sich die ÖVP Burgenland verhält.

Aber wissen Sie, was mich besonders freut. Ich habe Ihnen vorher nämlich wirklich sehr gut zugehört. Ich hoffe nur eines, Herr Kollege Wolf, dass Sie keinen Verein beraten. Ich habe nämlich wirklich gut zugehört, was Sie sagen. Sie haben gesagt, es gibt diese Woche einen Erlass vom Finanzminister. Das ist auch schon wieder falsch, weil, der Erlass ist vorige Woche gekommen, am 13. 11., um konkret zu sein.

Zweitens haben Sie gesagt, kleine Vereinsfeste sind eh ausgenommen. Das ost auch nur halb richtig, denn das bezieht sich ausschließlich, wenn sie nicht mehr als 48 Stunden einen Ausschank führen. Also hoffentlich, hoffentlich beraten Sie keinen Verein.

Das Nächste ist, und … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich eh gesagt. Das kleine Vereinsfest beinhaltet das. Da musst Du genau lesen!)* Genau! Und das bezieht sich auf 48 Stunden. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ja, genau! Ja, eben! Ich habe gesagt, das kleine Vereinsfest beinhaltet diese Punkte.)*

Lesen Sie genau, dann werden Sie es sehen! Ich hoffe, Sie kommunizieren so nicht nach außen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Du kennst Dich leider nicht aus, das ist das Problem.)*

Dritte Geschichte ist, Sie haben drei Sachen gesagt, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Nein, Du kennst Dich nicht aus.)* Herr Kollege Wolf, drei Sachen, zwei waren schon falsch. Jetzt komme ich aufs Dritte. Dann haben Sie gesagt, die Sportvereine sind auch ausgenommen.

Wenn Sie das so den Sportvereinen sagen, … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Die Sportveranstaltungen habe ich gesagt.)* Ja, ja, genau … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Du kennst Dich nicht aus.)* Wenn Sie das den Sportvereinen so sagen, dann gute Nacht.

Weil wenn Sie genau lesen, werden Sie feststellen, dass ausschließlich in der Halbzeit der Ausschank ausgenommen ist und nur kalte Speisen, also nicht mal die Leberkässemmel ist dabei. Also wenn Sie mit dem als Lösung auftreten, dann gratuliere ich Ihnen. Die Vereine werden diesen Weg sicher nicht mitgehen.

Ich lade Sie ein, in der nächsten Landtagssitzung unserem Antrag mitzustimmen, von dem hätten die Vereine auch etwas. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2013 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

9. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 87) betreffend Internes Kontrollsystem in der Abteilung 3 - Finanzen und Buchhaltung im Amt der Bgld. LReg (Zahl 21 - 70) (Beilage 163)

Präsident Christian Illedits: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 87, betreffend Internes Kontrollsystem in der Abteilung 3 - Finanzen und Buchhaltung im Amt der Bgld. LReg, Zahl 21 - 70, Beilage 163.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Internes Kontrollsystem in der Abteilung 3 - Finanzen und Buchhaltung im Amt der Bgld. LReg in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 4. November 2015, beraten.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Internes Kontrollsystem in der Abteilung 3 - Finanzen und Buchhaltung im Amt der Bgld. LReg zur Kenntnis nehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt zu drei Rechnungshofberichten kommen, denke ich, dass alle in diesem Land schön langsam munter werden.

Munter werden in diesem Land insofern, weil hier wieder akribisch aufbereitet wurde ein Bericht oder drei Berichte, die einmal mehr aufzeigen, dass wir als Bündnis Liste Burgenland schon in den Jahren davor und jetzt als Liste Burgenland aufgezeigt haben, dass hier einiges nicht so läuft, wie immer dargestellt wird.

Genau dies sind diese Punkte, die dann immer kritisiert werden, wenn sich ein Redner der Bündnis Liste Burgenland herausstellt und noch einmal Klartext spricht. Klartext insofern, weil wir am richtigen Weg waren, weil wir uns jetzt bestätigt fühlen, durch den Rechnungshof, der wirklich hervorragende Arbeit leistet.

Ich muss mich nicht extra bedanken, so wie alle anderen, danke Herr Direktor mit deinem Team, sondern das ist für mich ein ganz ein wichtiger Bericht, den wir brauchen, der aber auch Unterstützung braucht. Der finanziell ausgestattet werden soll, Personalausstattung mehr haben soll, weil er immer mehr Aufgaben erfüllen muss, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese drei Berichte zeigen eines ganz klar, auch die Regierung in den vergangenen Jahren war nicht fehlerfrei. Sie haben sehr viel bewegt. *(Zwischenruf aus den Reihen: Wer ist schon fehlerfrei?)* Niemand, nobody is perfect, aber eines muss man sagen, diese Berichte zeigen ganz etwas Enormes auf.

Jedes Mal, Herr Landesrat, Finanzlandesrat Bieler, wenn ich dann da stehe und Ihnen das vorhalte, sagen Sie, alles zum Vergessen.

Nach Jahren sagen wir dann, Hoppala. Schwarz auf weiß liegt es da. Oder jetzt, rot auf blau liegt es da, weil in Zukunft, denke ich, wenn sich da nicht bald etwas ändert, wird es so weitergehen, und das brauchen wir in diesem Land nicht, weil es in diesem Land nicht besser wird, weil wir immer mehr Arbeitslose haben.

Wenn der Herr Landeshauptmann sagt, es sind nur sechs oder sieben Prozent, dann muss ich ihn korrigieren, dann soll er sich das anschauen vom AMS, in Jennersdorf, beziehungsweise auch im Bezirk Güssing. Übrigens hat das AMS gesagt, 804 Arbeitslose gibt es im Bezirk Güssing, im Bezirk Oberwart 2.116. Das heißt, ständig steigend. Im Bezirk Neusiedl 12 Prozent, Eisenstadt 9,3 Prozent, Oberpullendorf 7,9 Prozent, Bezirk Mattersburg 6,3 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sollte uns zu denken geben. Daher war immer für uns klar, dass wir hier einen Weg beschreiten wollen, der auch für die Menschen in diesem Burgenland dementsprechend auch vertretbar ist. Sich nicht nur bei Sonntagsreden hinstellen, was wir alles geleistet haben, dort mit einem Scheck mit 5.000,

da mit einem Scheck mit 2.000 Euro und sagen, wie toll sich das Ganze eigentlich im Burgenland tut.

Ich denke einmal, dass der Landes-Rechnungshof die Kontrollmechanismen der Abteilung für Finanzen und Buchhaltung im Amt der Burgenländischen Landesregierung so untersucht hat, dass das wirklich Hand und Fuß hat. Er hat eines aufgezeigt, dass hier ein internes Kontrollsystem nicht einmal irgendwo möglich war oder das sollte jetzt installiert werden. Sagt er klipp und klar.

Was passiert? Wir sagen, endlich einmal die ganze Sache umsetzen, ernst zu nehmen. Wenn ich mir dann anschaue, was in der Zukunft passiert, wie es da weitergeht, ich bin schon gespannt, Herr Landesrat von Finanzen, auf den Voranschlag.

Der ist jetzt gegangen, er muss sich vorbereiten, auf seine Stunde vorlesen. Das können wir uns alles ersparen, glaubt mir das. Wir müssen uns selber damit auseinandersetzen, selber damit eigentlich sich als Person, weil wir sind ja einzeln herinnen, wir sind ja nicht als Parteien herinnen, manche schon, weil die haben einen Klubzwang. Wir Gott sei Dank nicht, weil wir sind ein Verein, wir haben die Möglichkeit, sich klar auszudrücken, wenn es nicht so passt.

Das müsst Ihr Euch einmal merken. Da steht es auch eindeutig herinnen, was da passiert ist. Dafür sagen wir, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Das trifft eindeutig auch für diesen Bericht zu.

Neben den unzureichenden rechtlichen Grundlagen enthielt die Landeshaushaltsordnung und die Geschäftsordnung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung keine umfassende Regelung über ein internes Kontrollsystem.

Die Kerninstrumente eines IKS wie Stellenbeschreibung und Organisationshandbücher waren unvollständig, gar nicht oder nur in unzureichender Form vorhanden. Es lagen keine Sollabläufe vor, wodurch eine Kontrolle nicht möglich ist und die Sicherheit der Abläufe nicht gewährleistet werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da werde ich jetzt auf die FPÖ setzen, dass das in Zukunft anders ist. Ich kann mich genau noch an die Worte eines Herrn Vorsitzenden des Kontrollausschusses oder Prüfungsausschusses Tschürtz, seines Zeichens jetzt Landeshauptmann-Stellvertreter, erinnern. Ich bin schon neugierig, wie sich das dann entwickeln wird. Denn jetzt ist die Möglichkeit, jetzt wurde es aufgezeigt, dass einiges nicht gepasst hat.

Es hat auch der neue Obmann der ÖVP klipp und klar gesagt, endlich sind wir entfesselt, endlich können wir uns frei bewegen, in Raiding. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entfesselt hat …)* Entfesselt hat wer anderes gesagt, aber so ähnlich ist es gekommen, und daher, glaube ich, seid Ihr am richtigen Weg. Ihr seid am richtigen Weg. Herr Landesrat, ja, ja … *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Das macht ja nichts. Das ist, entschuldige, das ist ja nicht, das ist ja Euer Mann gewesen, der Lenin, oder ist das unserer gewesen, ich weiß nicht.

Herr Landesrat, das solltest Du schon wissen, weil Du bist ja ein Sozial, ein Sozialist oder Sozialdemokrat, ich weiß nicht, wie es jetzt heißt, kein Kommunist, aber auch in diese Richtung. Alle die sich einsetzen, alle die sich für die Menschen einsetzen, finde ich für gut und wichtig.

Aber kommen wir weiter. Ebenso war das Grundprinzip der Funktionstrennung sowie das Vier-Augen-Prinzip zum Beispiel bei Darlehensgeschäften, Haftungsgeschäften

für das Land in der Abteilungsleitung nicht gegeben. Herr Landesrat für die Finanzen, ich weiß nicht, wurscht alles, war egal.

Es kann nicht sein, dass die Abteilung 3 bei Finanzgeschäften sowohl eine anweisende, als auch buchende und damit prüfende Funktion hat.

Das heißt, wir überprüfen uns selber. Wir weisen an, überprüfen uns selber. In den Gemeinden ist das nicht möglich, da im Land können wir alles machen, das ist völlig egal.

Auch fehlende genaue Aufgabenzuteilung und Arbeitsabläufe sind undurchsichtig. Genau solche Verfehlungen haben unter anderem auch zu einem Finanzskandal in Salzburg geführt, und da höre ich immer, das passiert im Burgenland überhaupt nicht.

Ich will gar nicht wissen, was noch in dem Keller schlummert, wo der Rechnungshof wahrscheinlich in der nächsten Zeit einiges ans Tageslicht bringen wird. Ich denke nur an WiBAG, an andere ausgelagerten Gesellschaften, was sich da abgespielt hat, was uns das alles gekostet hat, und warum der Herr Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter fluchtartig den Aufsichtsrat verlassen haben. Das werden wir einmal im Detail diskutieren. Da kommen wir noch dazu.

Daher glaube ich, man muss sehr vorsichtig sein und das bedarf auch, und das war auch wichtig, das hat die FPÖ immer gesagt, einer Kontrollpartei beziehungsweise einer Opposition, die sich das anschaut. Aber leider immer nur nach zwei, drei Jahren zu spät, oder nach einem Jahr.

Das heißt, daher fordern wir ständig, und das Gesetz kann man auch ändern, weil jetzt sagt Ihr, das ist ein Gesetz, das kann man nicht ändern. Das kann man sehr wohl ändern, begleitende Maßnahmen.

Spital Oberwart, da Fordere ich sofort ein, dass man dort begleitende Maßnahmen macht, Herr Landesrat. Du wirst nichts dagegen haben, denke ich, weil da tust Du Dich leichter, da musst Du Dich nachher nicht ärgern, wenn irgendwelche Zahlen auftauchen, die halt nicht so sind, wie Du sie Dir vorgestellt hast. Das ist in der Vergangenheit leider passiert, das muss man schon dazusagen.

Daher, diese Fehlerminimierungen würden zu mehr Sicherheit und Effizienz der Verwaltungshandlung führen. Warum, was habe ich dagegen, wenn ich da begleitend dabei bin? Jede Oppositionsfraktion hier im Landtag soll jemanden stellen, und der soll sich auch darum kümmern.

Dann tut sich der Zuständige oder das zuständige Regierungsmitglied leichter und sagt, das war eh okay. Du warst ja eh dabei. Dann hast du keine Ausrede mehr. Das ist genau so, wie die FPÖ immer gesagt hat, ja, das und jenes in den Gemeinden. Nur, die haben keine Verantwortung in den Gemeinden gehabt.

Die haben weder einen Bürgermeister, noch einen Vizebürgermeister gestellt, das ist das Interessante.

Jetzt sitzen sie halt in einer Verantwortung, da tun sie sich noch ein bisschen schwer, aber ich gebe ihnen noch drei Jahre - Entschuldigung -, der Herr Landeshauptmann hat es richtig gesagt, jeden Tag werdet Ihr gefordert.

Na Gott sei Dank, und wir werden jeden Tag drauf bleiben, dass wir Euch auch dementsprechend … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das gilt nur für den Tschürtz.)* Bitte? Na, den Tschürtz muss ich noch fragen, ob ich überhaupt reden darf, aber der soll die Geschäftsordnung einmal in sich aufnehmen und einmal anschauen, die ist ja sehr interessant, dass von der Regierungsbank jemand einen Abgeordneten, der tatsächlich

gewählt wurde, die Regierungsmitglieder sind ja hingesetzt worden, wir sind ja gewählt worden, der Herr Tschürtz ist auch gewählt worden mit seiner Partei natürlich als Spitzenkandidat.

Aber eines muss klar sein, maßregeln braucht er keinen Abgeordneten, und das muss ich schon dazusagen. Das kann es auch nicht sein, und ich werde mich auch dagegen verwehren, dass solche Äußerungen noch einmal passieren.

Ich sage einmal, wenn der Landes-Rechnungshof solche Empfehlungen abgibt und dann auch Stellungnahmen vom Land kommen, die sehr vage sind und immer wieder irgendwo rundumschrieben werden, kann es das auch nicht sein.

Daher ist es wichtig, dass es eine Liste Bündnis Burgenland gibt, dass man der rot-blauen Regierungskonstellation derzeit massiv auf die Finger schauen wird, gemeinsam mit der Opposition, mit den anderen Fraktionen, einfach einen Weg beschreiten wird, dass man ständig auch mit dem Rechnungshof Kontakt pflegt, auch bei Dingen, die noch nicht in Prüfung sind, vielleicht dort oder auf der anderen Seite, so wie wir es verlangt haben, wie die FPÖ noch war, vielleicht Einsicht nehmen kann. Und das werden wir machen, das werden wir auch nutzen, auch schon in Vorgängen, die derzeit ablaufen.

Ich denke nur Umfahrung Schützen, da sagt der Herr Landesrat, die hat nicht mehr gekostet, aber ich schaue mir das gerne an, am Ende des Tages, was das gekostet hat. Das ist so, wie die Elektrifizierung Eisenstadt-Neusiedl, da haben wir auch fest blechen können, weiß auch keiner, wie viele Millionen wir dort bezahlt haben, auch das werden wir hinterfragen.

Ich glaube, das ist unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es auch, den Rechnungshof so weit zu unterstützen, dass er die Ressourcen bekommt, dass wir da drauf bleiben.

Und Herr Landesrat, Sie werden ja sicherlich einige finanzielle Gustostückerl für den Rechnungshof haben, weil es ist wichtig, dass der dementsprechend ausgestattet wird, das haben Sie immer wieder gesagt, den brauchen wir, das ist ganz gut. Und daher glauben wir, dass das auch Sinn macht, wenn Sie den mit Personal, beziehungsweise finanziellen Mitteln ausstatten.

Ich denke einmal aber die FPÖ, das wird ein wichtiger Punkt werden in den nächsten Wochen, Monaten, wie sie sich zu gewissen Projekten verhalten werden. Wie sie sich verhalten werden, wenn es heißt, Verkauf der Therme Lutzmannsburg, wenn es heißt, gewisse Dinge aufzuzeigen, wo man nicht unbedingt im Vorfeld einer Meinung war, sondern jetzt vielleicht doch eine Meinung kundtun dürfen.

Und ich glaube auch, dass es entscheidend wird sein, dass man auch Fehler, die man selber macht, auch dazu stehen soll - es ist kein Problem. Auch ich mache Fehler in der Gemeinde, natürlich, und ich bin froh, dass mich wer aufmerksam macht, und dann werden wir das gemeinsam umsetzen.

Daher sind diese drei Rechnungshofberichte sehr wertvoll. Aber noch einmal: Für uns wäre es wirklich zweckmäßig, Herr Landesrat, Du machst das immer so, *(Abg. Manfred Kölly ahmt eine Bewegung von Landesrat Helmut Bieler nach)* Dich sollte einmal wer filmen, wenn das jetzt übertragen wird, Du machst es immer nur so. *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Ich glaube, man sollte einmal schauen, dass man wirklich die Finanzen in diesem Land in den Griff bekommt und auch Projekte und auch schauen, dass man Arbeitsplätze schafft und nicht einfach immer nur so machen, was da geredet wird, das zählt nicht.

Ich muss schon eines dazu sagen, Herr Landesrat, die Art und Weise gefällt mir einfach nicht, wie Sie über alle drüberfahren.

Wir sind gewählte Mandatare in diesem Land, von der Bevölkerung, *(Landesrat Helmut Bieler: Kein Mensch …)* Du machst das immer so, *(Abg. Manfred Kölly ahmt neuerlich eine Bewegung von Landesrat Helmut Bieler nach)* mir fällt das schon auf, und ich brauche das nicht und ich will das nicht, muss ich klar dazu sagen.

Ich hätte halt gern einmal, wenn ich Fragen an Sie gestellt habe, auch bei der letzten Sitzung oder vorletzten, dass Sie mir diese beantworten. Sie sind sie mir noch immer schuldig.

Sie erzählen immer, die ausgelagerten Gesellschaften waren im Rechnungsabschluss drinnen, ich sage Ihnen, dass nicht einmal die Hälfte drinnen war, weil dann wäre die WiBAG drinnen gewesen und andere Dinge drinnen. Sie sind nicht drinnen! Das sage ich Ihnen!

Dann geben Sie mir das bitte schriftlich, dass das alles drinnen war. Das müssen Sie mir zeigen! Bis heute haben Sie es nicht zustande gebracht und Sie werden es in Zukunft nicht können, außer die FPÖ als damalige Kontrollpartei wird Sie darauf aufmerksam machen.

Ich hoffe, dass die FPÖ ihre Werte nicht verlässt, sondern wirklich dort drauf bleibt, um sachlich zu diskutieren. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Gut, dass es den Landes-Rechnungshof gibt, muss man sagen, auch wenn wir meistens keine Freude mit den Berichten haben.

Ich gebe zu, ich habe bisher vom internen Kontrollsystem noch nicht sehr viel gewusst. Inzwischen aber, nach der Durchsicht dieses Berichtes, habe ich doch ein bisschen eine Ahnung davon.

Die Forderungen des Rechnungshofes klingen sehr plausibel und ich finde, dass wir raschest auch die wesentliche Forderung, nämlich ein internes Kontrollsystem grundsätzlich in der Landesverwaltung zu installieren, dringendst aufnehmen und umsetzen sollten.

Wenn ich das System richtig verstanden habe, hätte bei einem funktionierenden IKS der Landes-Rechnungshof zukünftig weniger zu nörgeln, aber das wäre dann nur ein angenehmer Nebeneffekt.

In Wirklichkeit geht es darum, dass in den Abteilungen zum Beispiel oder in der Abteilung jetzt konkret, grundsätzlich die Fehlerquelle zum Beispiel wesentlich geringer ist.

Dank mehr Transparenz, wie es heißt im Bericht, sind effizientere Abläufe möglich, Fehler können vermieden werden, eventueller Missbrauch und Betrug von vornherein erschwert werden.

Vier-Augen-Prinzip, Kontrollautomatik, Funktionstrennung, minimale Zugangsberechtigungen sind ein paar Schlagworte, die aber weit darüber hinausgehen

und wohl bei Befolgung dieser wesentlichen Punkte den Rechnungshofbericht etwas positiver oder wesentlich positiver ausfallen lassen hätten können.

Prävention, die zwar Zeit kostet, keine Frage, allerdings langfristig sicher Zeit, Geld und auch Nerven spart.

Der Rechnungshof schreibt im Bericht: „Mehr Transparenz schafft Sicherheit. transparente Prozesse, Ziele, Risiken und Kontrollen sind für Leitung und Mitarbeiter besser nachvollziehbar und verständlicher. Arbeitsabläufe und Organisationsmittel werden so ständig verbessert. Kontrollen werden auf wesentliche Risiken ausgerichtet. Auch die Einschulung neuer und wechselnder Mitarbeiter wird erleichtert."

Bereits im Ausschuss hat der Landeshofdirektor Mihalits zu Recht, ein wie ich meine, Plädoyer für dieses IKS gehalten. Wohl nicht ganz uneigennützig, würden Rechnungshofberichte oder Prüfungen mit funktionierenden internen Kontrollsystemen wohl in Zukunft wesentlich einfacher, effizienter gestaltet werden können.

Auch wenn negative Rechnungshofberichte für uns Opposition natürlich ein gefundenes Fressen sind, wären wir natürlich wesentlich glücklicher, wenn wir etwas positivere Berichte hätten, beispielsweise sei hier der Burgenländische Müllverband erwähnt.

Ich möchte deshalb noch einmal meine Eingangsforderung, grundsätzlich die Forderung vom Landes-Rechnungshof aufzunehmen und in der Landesverwaltung grundsätzlich IKS wesentlich mehr einzusetzen und eigentlich verpflichtend vorzunehmen, wiederholen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht des Landes-Rechnungshofes böte Stoff für einen ziemlich langen Debattenbeitrag. Auf der einen Seite lassen sich die Ergebnisse der Prüfung in Wirklichkeit, auch wenn es ein bisschen zynisch ist, in einem Satz zusammenfassen.

Der Landes-Rechnungshof hat mit dem internen Kontrollsystem in der Abteilung 3 etwas geprüft, das es in dieser Form gar nicht gibt. Der Rechnungshof selbst formuliert das ganz nüchtern so, Zitat: „Angesichts der Feststellungen im vorliegenden Bericht erachtete der BLRH die strukturierte Einführung eines IKS im Amt der Landesregierung für notwendig."

Der Direktor des Landes-Rechnungshofes hat im zuständigen Ausschuss von einer vermeintlich unspektakulären Prüfung gesprochen, wie er das genau gemeint hat, weiß ich nicht, ich habe dabei jedenfalls an die vielen Unsinnigkeiten gedacht, die in den Verwaltungswissenschaften in regelmäßigen Abständen erfunden, dann beworben und dann teuer und mühsam eingeführt werden, um letztendlich nach ein paar Jahren Praxis wieder im Mistkübel zu verschwinden.

Das interne Kontrollsystem gehört ganz bestimmt nicht zu diesen Unsinnigkeiten.

Der Hinweis des Landes-Rechnungshofdirektors, wonach das Funktionieren einer Finanzabteilung von höchster Bedeutung für das Funktionieren der Verwaltung sei, lässt erahnen, für wie groß der Aufholbedarf erachtet wird, mitunter auch in Bezug auf die bisher an den Tag gelegte Einstellung.

Details kann man sich angesichts dieses Zeugnisses, glaube ich, ersparen, aber wenn es um so Dinge geht, wie Vier-Augen-Prinzip, wie Funktionstrennung, wie Zeichnungsberechtigungen, und so weiter und so fort, dann sind das genau die Zutaten, die wir aus so vielen sündteuren Finanzskandalen in Österreich kennen, gleich auf welcher Ebene und gleich unter welcher politischen Verantwortung.

Ich weiß, dass dieser Rechnungshofbericht an den Verantwortlichen nicht spurlos vorübergegangen ist und ich weiß auch, dass dieser Bericht uns, die wir auch in Verantwortung stehen, alles andere als egal ist, nämlich in dem Sinne, dass man sich des Handlungsbedarfes bewusst ist, schon aus Eigeninteresse.

Ein internes Kontrollsystem ist ein wesentliches Instrument zur Steuerung, zur begleitenden Kontrolle, zur Transparenz, zur internen Transparenz. Wenn es um begleitende Kontrolle geht, Herr Kollege Kölly, ich möchte in dem Zusammenhang schon eines klarstellen: der Landes-Rechnungshof, weil das auch immer wieder Forderungen sind, ist sicherlich das falsche Instrument zur begleitenden Kontrolle.

Der Landes-Rechnungshof muss sich seine Unschuld bewahren, wenn Sie so möchten. Wenn der Landes-Rechnungshof bei Großprojekten begleitend kontrolliert, dann wird er mehr oder minder auch zum Teil von Entscheidungen, und dann kann er im Nachhinein nicht hergehen und Bewertungen, Urteil und Empfehlungen abgeben, ohne dass man das dann kritisch sieht.

Wesentlich ist, dass man etwas ändert, schleunigst und sauber. Der Landes-Rechnungshof soll sich bei der Follow-up-Prüfung, die in diesem Fall sicherlich folgen wird, über ein internes Kontrollsystem in der Abteilung 3 freuen können, über ein gutes IKS in der Abteilung 3.

Es geht um Verantwortung und manche herinnen haben doch einen recht eigenartigen Zugang zur Verantwortung.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Die Berichte des Rechnungshofes in Wien und die Berichte des Landes-Rechnungshofes, die in letzter Zeit eingelangt sind und die in nächster Zeit noch einlangen werden, beleuchten allesamt auch Ihre Verantwortung.

Es ist ja nett, wenn die ÖVP in den Medien gestern sich auch angesichts dieses Berichtes nachdenklich gibt, aber das Nachdenken oder die Nachdenklichkeit sollte in erster Linie nicht den Missständen an sich gelten, sondern vielmehr sollte die Nachdenklichkeit der eigenen Verantwortung gelten, die Sie auch in diesem Fall bestenfalls unzureichend wahrgenommen haben.

Es ist ja auch der folgende Bericht über die Förderungs- oder Marketingmaßnahmen im Tourismus nicht besonders ruhmreich, und es betrifft Sie in dem Fall zumindest teilweise auch direkt.

Also die Latte für die schlechteste Landesregierung aller Zeiten haben Sie recht hoch gelegt und Sie können davon ausgehen, dass wir diese Latte nicht überspringen werden.

Diese Landesregierung ist gut unterwegs, das wissen Sie, deshalb sind Sie ja auch so nervös. Wenn sie nämlich nicht gut unterwegs wäre, dann müssten Sie sich ja freuen, weil, das würde Ihnen ja helfen im Hinblick auf die nächste Wahl.

Wenn Sie von Stillstand und von der schlechtesten Regierung aller Zeiten reden, dann ist das sicherlich noch eine gewisse Enttäuschung, dass man halt jetzt nicht mehr auf der Regierungsbank sitzt. Man hält das wahrscheinlich nach wie vor für einen göttlichen Irrtum.

Man nimmt nicht zur Kenntnis, dass es halt von Wahl zu Wahl immer mehr eine auf den Deckel gibt und dass das Resultat jetzt eben ist, dass Sie auf der Oppositionsbank sitzen.

Es sind auch Baustellen der ÖVP, Kindesweglegung hilft dem Land nicht weiter. Besser wäre, meine Damen und Herren von der ÖVP, ein Offenbarungseid darüber, was in Ihrer Zeit noch so alles verbockt worden ist. Das würde uns helfen.

Berichte wie der vorliegende tun ja im Endeffekt nur eines, sie bringen uns weiter. In diesem Sinne vielen Dank an die Herrschaften vom Landes-Rechnungshof für die Prüfung.

Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Der vorliegende Bericht ist ein sehr technischer, und wenn man mit einem internen Kontrollsystem eigentlich noch nie vorher zu tun hatte, dann ist es wohl ein bisschen schwierig, all diese Vokabeln oder die Prozesse zu verstehen. Es braucht Zeit, um sich in diese Thematik einzulesen.

Wenn man sich ein internes Kontrollsystem anschaut, dann ist es sehr systematisch gestaltet. Es betrifft organisatorische Regeln, aber auch notwendige Kontrollen in einer Organisation und im Fall des Landes Burgenland, um Schäden abzuwehren - um es kurz zusammenzufassen.

Es geht darum, dass eigene Personen, die im Unternehmen arbeiten, in der Organisation, aber auch böswillige Dritte nicht Schaden anrichten. Genau solche Schäden sind beispielsweise in Salzburg, im Salzburger Finanzskandal, passiert.

Das heißt, ein internes Kontrollsystem ist kein Unsinn oder nicht irgendeine Erfindung, vielmehr ist ein internes Kontrollsystem die Basis vieler großer Organisationen. Es ist quasi die Grundlage einer heutigen Organisationsform, und die Basis für unsere Wirtschaft.

Im Prinzip wäre es ohne den internen Kontrollsystem, ohne der EDV-gestützten Kontrollen heutzutage nicht mehr möglich, verlässlich ein Finanzsystem in einer Organisation durchzuführen. Da geht es um Transparenz. Das heißt, wie sollen Prozesse und Konzepte etabliert sein, um sie später auch kontrollieren zu können? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da geht es um das Vier-Augen-Prinzip. Das heißt, dass eine Person etwas macht und eine zweite Person das kontrolliert. Nicht, wie der Herr Landesrat oftmals ein Vier-Augen-Prinzip definiert, wenn 12 Personen darüberschauen, dann würde das ohnehin in Ordnung gehen, denn es steckt mehr dahinter. Substanziell geht es darum, dass zwei verschiedene Personen, die nicht gemeinsam unter derselben Abhängigkeit, also denselben Chef haben, kontrollieren.

Diese Kontrolle fußt gleichzeitig in der Funktionstrennung, das heißt, Vollziehende und Verwaltende müssen explizit getrennt sein. Da hat es auch vor kurzem ein Schreiben an die Gemeinden gegeben, in dem das den Bürgermeistern zum Teil vorgeworfen wurde, dass diese Funktionstrennung nicht durchgeführt wird.

Ich weiß es aus meiner Gemeinde, wo man seit Monaten diese Funktionstrennung massiv ändern möchte, auch wenn es einer großen Umstellung bedarf.

Ein vierter Punkt dieses internen Kontrollsystems beinhaltet die Mindestinformation, dass Mitarbeiter nur jene Informationen bekommen, die sie auch für ihre Arbeit brauchen und nicht mehr. Das hat sehr viel mit der EDV und der IT-Sicherheit zu tun.

Jetzt komme ich zu den Feststellungen vom Bericht. Er ist eigentlich ein zerschmetternder und vernichtender Bericht für das IKS des Landes, das in der Form nicht vorhanden ist. Vor allem in der geprüften Abteilung 3.

Es gibt keine gesetzlichen Verpflichtungen zur Einführung eines IKS, was schon einmal der erste Punkt ist, wo wir das Gesetz so schnell als möglich ändern sollten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweitens gibt es keine Soll-Prozesse. Das heißt, man weiß nicht, wenn man als neuer Mitarbeiter im Landhaus beginnt, was man eigentlich machen müsste. Folge dessen ist es auch nicht möglich, das, was der Mitarbeiter macht, zu kontrollieren.

Weiters gibt es zwar ein SAP-System, aber in diesem SAP-System gibt es keine Berechtigungskonzepte. Das heißt, Mitarbeiter von anderen Stellen können theoretisch unbemerkt Informationen einsehen über Dinge, die sie eigentlich gar nicht sehen dürfen. Das führte uns natürlich auch zur Antragsprüfung an den Landesrechnungshof, die EDV-Abteilung des Landes zu prüfen.

Denn es gibt keine Dokumentation von irgendwelchen Änderungen im SAP-System, geschweige denn die Schulung der Mitarbeiter für diese Software der Buchhaltung. Die Funktionstrennung und das Vier-Augen-Prinzip sind im Gebarungsvollzug nicht vorhanden, das haben wir heute schon ein paar Mal gehört und diese Feststellung ist eigentlich sehr bedenklich.

Gerade die Abteilung 3 wird hier angesprochen. Ich glaube, dass durch diesen Bericht das Bewusstsein in der Abteilung geschaffen wurde, Verbesserungen herbeizuführen und sich Experten zu bedienen, um dieses Problem zu lösen.

Zusammenfassend kann man sagen, und das muss man auch kritisch sehen, aber nicht nur kritisch, sondern als Anlass zur Verbesserung nehmen, dass es keine Nachprüfung in der Gebarung bei der Landesbuchhaltung gegeben hat und dass es ein hohes Risiko im Vollzug, in der Überweisung, aber auch im gesamten Kontrollsystem gibt und dass auch die Wirksamkeit der Kontrolle nicht vorhanden ist.

Dementsprechend sind die Ergebnisse für uns sehr bedenklich. Es herrschen Kontrolllücken und hier müssen wir ansetzen. Ich habe es schon kurz eingangs erwähnt. Bei Unternehmen, bei Banken, bei Vereinen zieht man, wenn man so einen Bericht vorgelegt bekommt, eigentlich die Reißleine. Es werden nicht nur Köpfe getauscht, es werden massive Maßnahmen und Einschnitte eingeleitet. Zurzeit schaut man leider nur zu und hofft, dass der nächste Bericht weit weg ist.

Im Prinzip, und ich spreche die FPÖ an, hoffe ich, dass wir als Opposition da gemeinsam mit dem Rechnungshof die Kontrollfunktion übernehmen, dass wir Gesetze ändern, dass wir Experten heranziehen, um dieses Problem zu lösen, weil am Schluss und am Ende des Tages darf das Burgenland nicht Salzburg werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deswegen braucht es ein anständiges, verlässliches und auch professionelles Vier-Augen-Prinzip, die Funktionstrennung und auch Ist-Prozesse, die von der Abteilung durchgeführt werden. Das führt zusammengefasst in der Hoffnung, wenn es gut geht, zu

Transparenz, zu Effizienz und auch zu Effektivität für die Menschen und für die Steuerzahler. Das ist natürlich unser Ansinnen.

Deswegen richte ich ein großes Lob an den Landes-Rechnungshof und seine Mitarbeitern, die diesen Bericht verfasst haben, die in mühevoller und langer Arbeit diesen Bericht geschrieben und im Vorfeld geprüft haben.

Als Volkspartei werden wir uns auf alle Fälle an unsere Rolle als Oppositionspartei gerecht werden. Wir werden der rot-blauen Regierung auf die Finger schauen und der Landes-Rechnungshof liefert ja allen guten Grund dazu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein internes Kontrollsystem ist eine Notwendigkeit unserer Zeit. Ich glaube, dem kann man sich sicherlich ohne Wenn und Aber anschließen.

Wenn man sich mit dem vorliegenden Bericht des burgenländischen Landes-Rechnungshofes intensiv auseinandersetzt und rein die grundsätzlichen Feststellungen betrachtet, so könnte man dem falschen Eindruck unterliegen, dass es hier nicht klare, dass es hier nicht zum Teil sehr strenge Regelungen gibt, die vorhanden sind, wenn auch nicht in der rein formal vom Landes-Rechnungshof vorgesehenen und vorgegeben Form.

Das heißt, es gibt natürlich de facto strenge Kontrollregeln, das gab es in der Vergangenheit und hätte es sie nicht gegeben, wer sicherlich schon einiges im Negativen passiert. Da das nicht der Fall ist, können wir durchaus, wenn man sich näher mit den einzelnen Bezugspunkten auseinandersetzt, davon ausgehen, dass es hier Regularien gegeben hat, die verhindert haben, dass in der Finanzverwaltung des Landes Fehlentwicklungen geschehen sind.

Das heißt, zunächst einmal ein klares Bekenntnis, die grundsätzliche Zielsetzung eines internen Kontrollsystems wird nicht nur ausdrücklich begrüßt, sondern ist und muss dynamischer Teil der Landesfinanzverwaltung in ihrer Gesamtheit sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man die einzelnen Feststellungen näher betrachtet, so fällt auf, dass im Hinblick auf die Neufassung der Geschäftsordnung des Amtes der Landesregierung derzeit eine generelle Neuordnung, eine Neustrukturierung Platz greift, die durchaus in der Lage ist, auf die Anregungen des burgenländischen Landesrechnungshofes Bezug zu nehmen. Das heißt, die Empfehlungen werden hier einfließen.

Die Erstellung eines Organisationshandbuches samt regelmäßiger Evaluierung ist auf der einen Seite sehr zeitintensiv und bindet viele Personalressourcen. Dennoch werden die Anregungen des Landes-Rechnungshofes aufgegriffen und in vereinfachter Form auch umgesetzt werden.

Mit der angestrebten oder angeregten Stellenbeschreibung wurde schon längst begonnen, obwohl es hier schon klare Mechanismen gegeben hat. Es hat bisher schon immer schriftliche, ganz konkrete, Aufgabenzuteilungen an jeden einzelnen Mitarbeiter gegeben. Es ist also absolut nicht so, dass ein Mitarbeiter kommt und nicht weiß, was er zu tun hat, ganz im Gegenteil.

Für einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin in der Kategorie a, Akademiker, gibt es eineinhalb Seiten an klaren Vorgaben im Hinblick auf den Tätigkeitsumfang. Das setzt sich natürlich bei den Mitarbeitern der Kategorie b und c fort, wo es klare Aufgabenstellungen, wo es klare Dienstvorschriften, wo es Dienstanweisungen zu Tätigkeitsbereichen gibt, wo auch zum Teil spezielle Sonderaufgabenstellungen formuliert sind, die der Mitarbeiterin, die dem Mitarbeiter auch jeweils schriftlich mitgeteilt worden sind, sodass - rein formal - das bereits umgesetzt ist. Es wird aber sicherlich auch in der vom Rechnungshof vorgeschlagenen Form erfolgen.

Zu den Vollmachts- und Befugniserteilungen ist anzumerken, dass der Abteilungsvorstand die Geschäfte seiner Abteilung grundsätzlich selbständig führt. Das ergibt sich aus dem § 6 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Amtes der Landesregierung. Nach dem Absatz 1 der zitierten Gesetzesstelle gibt es eine Regelung, dass der Abteilungsvorstand im Falle seiner Verhinderung natürlich vom jeweils zugeteilten Stellvertreter vertreten wird, wobei das eine rein organisatorische Vertretungsbefugnis ist, weil ja zunächst die jeweiligen Mitglieder der Landesregierung die entsprechenden Vertretungsvollmachten erteilen können, so dass sich die Vertretung des stellvertretenden Abteilungsvorstandes ausschließlich für den Fall der Verhinderung des Abteilungsvorstandes in organisatorischen Angelegenheiten ergibt.

Im Übrigen definiert § 9 der Geschäftsordnung des Amtes die Genehmigung von Geschäftsstücken und die ist ebenfalls den Mitgliedern der Landesregierung zunächst vorbehalten. Die Abteilungsvorstände können nach Absatz 2 der zitierten Gesetzesbestimmung diese Befugnis einzelnen autorisierten Sachbearbeitern weiterleiten, wobei auch hier die Schriftform notwendig ist.

Das ist auch Gepflogenheit der Abteilung 3, das ist normaler Geschäftsbetrieb, der auch den großen Vorteil hat, dass es zu raschen Geschäftsabhandlungen kommt, dass es hier nicht zu einem Rückstau in der Verwaltung kommt, was sicherlich ein nicht gewünschter Nebeneffekt gewesen wäre. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine Prozessanalyse, eine Prozessoptimierung ist ebenfalls in Umsetzung und es darf darauf hingewiesen werden, dass die Erstellung und die regelmäßige Evaluierung ebenso zeitintensiv sein werden und auch das entsprechende Personal erforderlich macht.

Zur Ablauf- und Aufbauorganisation gibt es bereits eine eigene Organisations- und Managementrevision, welche weiterhin wahrgenommen werden wird.

Zu den Empfehlungen im Bereich IT, was interne und externe IT-Dienstleister anlangt, die dann Vorgaben, Anforderungen, Anpassungen und so weiter vornehmen werden, dass diese künftighin genau dokumentiert werden, womit eigentlich die Empfehlung des burgenländischen Landes-Rechnungshofes bereits umgesetzt wird. Ebenso wird der Berechtigungsbereich samt Dokumentation neu geregelt werden.

Ich komme jetzt zu einem Kernbereich der angesprochen worden ist, nämlich, die strikte Einhaltung des Grundprinzips der Funktionstrennung sowie die Einhaltung des sogenannten Vier-Augen-Prinzips. Ein elementarer Bereich der im Rahmen seiner Einhaltung ungemein wichtig ist.

Ich glaube, der ist so wichtig, dass in den speziellen Bereichen, was Rücklagen, was Haftungen und so weiter angeht, die Zahlungsanweisungen und die Weisungen an das Hauptreferat Buchhaltung durchwegs vom politischen Referenten vorgenommen werden, und nicht vom Abteilungsvorstand unterfertigt werden. Dadurch ist nicht nur das

Prinzip der Funktionstrennung, sondern auch das Vier-Augen-Prinzip im Grunde genommen gewährleistet.

Mir ist diese Feststellung sehr wichtig, weil in der Debatte da oder dort der Eindruck entstanden ist, dass dem nicht so ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich denke, dass gerade dieser Bericht des burgenländischen Rechnungshofes ein sehr essentieller, ein sehr wichtiger Bericht ist, mit seinen Kernanregungen, auch mit den entsprechenden insgesamt 25 Empfehlungen, die diesem Bericht zu Grunde liegen.

Ich denke, man darf sich heute auch namens des Burgenländischen Landtages für die Arbeit des Landes-Rechnungshofes beim Herrn Direktor Mag. Andreas Mihalits mit seinem gesamten Team sehr herzlich bedanken.

Ich möchte es aber nicht verabsäumen, mich auch bei der Abteilung 3, beim Abteilungsvorstand wHR Dr. Engelbert Rauchbauer mit seiner Mannschaft für das großartige Engagement in der Vergangenheit bedanken, für die großartige Führung dieser so wichtigen Abteilung. Ich denke, das ist auch für unser Heimatland von besonderer Wichtigkeit.

Wir brauchen top Strukturen in der Finanzverwaltung für eine positive Weiterentwicklung unseres Heimatlandes, denn das ist ganz einfach unverzichtbar. Die Anregungen des Landes-Rechnungshofes sind natürlich auch für den Burgenländischen Landtag ein ganz wichtiger Gradmesser

im Hinblick einer ständigen Verbesserung und Prozessoptimierung. Daher brauchen wir ein strenges; um nicht zu sagen das strengste Kontrollsystem wie es gegenwärtig umgesetzt wird, um alle Finanzgeschäfte entsprechend zu optimieren.

Das geschieht in Permanenz auch in der Abteilung 3, wofür ich mich nochmals abschließend bedanken darf.

In diesem Sinne wird meine Fraktion diesem vorliegenden Prüfbericht sehr gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als erstes möchte ich feststellen, dass es in ganz Österreich kein normiertes internes Kontrollsystem für Finanzabteilungen gibt, wodurch es möglich ist hier Vergleiche anzustellen.

Was in Salzburg passiert ist, ist nicht deshalb passiert, weil es dort kein IKS gegeben hat, sondern weil es einen Systemfehler gab. Dort wurde ganz bewusst spekuliert. Dort gab es Landtagsbeschlüsse, dort hat der ÖVP-Finanzlandesrat vor vielen Jahren damit begonnen und die SPÖ-Landesräte damit fortgesetzt.

Da gab es Geldflüsse aus diesen Spekulationen in das Budget, die bei den Budgets beschlossen wurden. Das heißt, dass, was in Salzburg passiert ist, kann bei uns gar nicht passieren, weil wir nicht spekulieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgesehen davon gibt es bei uns ein sehr strenges Kontrollsystem und es gibt vor allem auch keine Kontrolllücken. Wir haben nicht nur das Vier-Augen-Prinzip für die Finanzgeschäfte, wir haben, ich habe es immer wieder betont, ein 24-Augen-Prinzip - und

wenn man den Rechnungshof dazu nimmt, noch viel mehr Augen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Finanzabteilung hat externe Beratungen, den Veranlagungsbeirat mit dem Univ. Prof. Dr. Dockner und mit Finanzexperten aus ganz Österreich.

Wir haben die Landesregierung, wo es nur einstimmige Beschlüsse gegeben hat. Wir haben regelmäßige Quartalsberichte an die Landesregierung und wir haben, wie gesagt, einen Burgenländischen Landes-Rechnungshof.

Auch ich möchte zu einigen Punkten exemplarisch Stellung nehmen, auch wenn es der Peter Rezar schon gesagt hat.

Aus meiner Sicht ist eine Aufgabenzuteilung umfassender und ebenso sinnvoll wie eine Stellenbeschreibung. Wir haben aber diese Stellenbeschreibung mit denselben Inhalten natürlich schon begonnen, weil wir die Anregung des Landes-Rechnungshofes ernst nehmen.

Auch nehmen wir ernst und haben das immer ernst genommen, was die Funktionstrennung und das Vier-Augen-Prinzip betrifft. Auch da bin ich mit dem Peter Rezar einer Meinung.

Daher gibt es für die Finanzabteilung und die Buchhaltung zwei verschiedene politisch Zuständige. Vorher war es der Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl und ich und jetzt die Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf und ich.

Damit ist gewährleistet, dass es eine Funktionstrennung zwischen Abteilungsvorstand und den jeweiligen ausführenden und buchenden Abteilungen gibt und gleichzeitig auch die Informationen an die politisch Verantwortlichen da ist.

Dasselbe gilt bei den Rücklagen und Haftungen, wo die Zahlungsanweisungen auch ausschließlich von mir unterschrieben werden. Das heißt, ebenfalls eine Funktionstrennung und daher ein Vier-Augen-Prinzip.

Das heißt, wir haben hier ein sehr strenges Kontrollsystem. Ich möchte abschließend aber wirklich sagen, dass ich diesen Rechnungshofbericht nicht nur zur Kenntnis nehme, sondern auch jede einzelne Anregung aufnehme. Wir werden das sehr intensiv diskutieren und umsetzen.

Daher bin ich dankbar für jede dieser Anregungen, weil jedes System verbesserbar ist. Gerade bei den Finanzen ist das sehr wichtig. Dass in der letzten Zeit nichts passiert ist, ist deshalb auch kein Zufall, weil eben ein gutes Kontrollsystem da ist, weil wir gut gearbeitet haben und weil wir das auch herzeigen können.

Daher mein Dank ebenfalls an die Abteilung 3, an den Herrn Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer, genauso wie an den Rechnungshof, der hier eine sehr gute Arbeit geleistet hat.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Beschlussantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Internes Kontrollsystem in der Abteilung 3 - Finanzen und Buchhaltung im Amt der Burgenländischen Landesregierung wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 96) betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2013 (Zahl 21-79) (Beilage 164)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Berichterstatter zum 10. Tagesordnungspunkt, dem Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 96, betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2013,Zahl 21 - 79, Beilage 164 ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2013 in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 4. November 2015, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits, MBA sowie die Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes Mag. Sauer, LL.M. Ing. DI (FH) Racz und OAR Schlaffer an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits, MBA gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Anschließend meldete sich Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. zu Wort. Die dabei gestellten Fragen wurden von Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits, MBA beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2013 zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter ist als erster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Nachdem mir mein Kollege, der Manfred Kölly zu allen anderen Tagesordnungspunkten den Christbaum schon abgeräumt hat, habe ich zu diesem Tagesordnungspunkt schon noch ein paar Sachen zu sagen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: So ist er! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist eine trockene Geschichte, denn der Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in

den Jahren 2008 bis 2013 ist sowie alle Prüfberichte des Landes-Rechnungshofes akribisch, genau und umfassend genau aufgearbeitet.

An dieser Stelle darf ich mich auch rechtherzlich beim Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits und bei seinem Team für diese Arbeit, die geleistet wurde, hier bedanken.

Jetzt aber zum Rechnungsprüfbericht: Das wenig Positive, was diesem Bericht zu entnehmen ist, war, dass es keine Prüfungsbehinderungen gegeben hat und dass die Zusammenarbeit mit den geprüften Stellen durchgängig gut war.

Der veröffentlichte Prüfbericht, bei dem die Vergabe von rund 32 Millionen Euro für Förderungen im Tourismusmarketing in den Jahren 2008 bis 2013 genau unter die Lupe genommen wurde, zeigt aber ein ernüchterndes Ergebnis. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wurde undurchsichtig, unkontrolliert und ineffizient gehandelt. Es gab keine einheitlichen Gesamtstrategien, keine konkrete Förderzielsetzungen und auch keine Förderdatenbank. Die Prüfer lassen kaum ein gutes Haar an den Fördermaßnahmen.

32 Millionen Euro wurden in den fünf Jahren vergeben. Rund die Hälfte davon, genau gesagt 16,7 Millionen Euro, an den Landesverband Burgenland Tourismus. Eine Prüfung der widmungsgemäßen Verwendung und Wirksamkeit der Landeszuschüsse führte das Land Burgenland aber nicht durch.

Ob das Geld also korrekt verwendet und damit auch ein volkswirtschaftlicher Nutzen erreicht wurde, scheint das Land nicht weiter interessiert zu haben. Das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass mit Fördervergabe und Überprüfung zumindest fünf Landesdienststellen befasst waren, aber ein einheitliches Vorgehen der Förderstellen weder ersichtlich noch möglich war.

Eine zentrale Stelle zur Koordinierung, Steuerung und Überwachung von touristischen Marketingmaßnahmen haben ebenso gefehlt. Auch Förderziele sind nicht konkret formuliert worden.

Das Bündnis Liste Burgenland begrüßt den Bericht und sieht sich nachträglich im Verdacht bestätigt, dass es unter einer rot-schwarzen Regierung eine ineffiziente Doppelgleisigkeit gegeben hat.

Ich möchte schon betonen, dass nicht nur Landeshauptmann Hans Niessl als langjähriger Präsident, sondern auch die damals noch zuständige Frau Mag.a Michaela Resetar als Tourismuslandesrätin für diese kreuz und quer Herumförderungen verantwortlich war.

Im Rechnungshof sitzen Experten und unabhängige Prüfer. Der Landes-Rechnungshof prüft jährlich in den verschiedensten Bereichen und kommt zu vernichtenden Prüfergebnissen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das zeigt auch der Prüfbericht betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2013. Das Bündnis Liste Burgenland fordert mehr Kompetenzen, mehr Personal, sowie ausreichend Budgetmittel für den Rechnungshof, um einerseits schneller prüfen zu können, die Initiativprüfung von Amtswegen und andererseits die Kontrolltätigkeit zu verstärken, denn jährlich werden hunderte Millionen an Steuergeldern verschleudert.

Erst die Unabhängigkeit der externen öffentlichen Finanzkontrolle, sprich der Rechnungshof, garantiert gemeinsam mit personeller und methodischer Professionalität

eine ausgewogene, verlässliche und objektive Berichterstattung über die Prüfungsfeststellungen.

Wir vom Bündnis Liste Burgenland setzen uns weiter dafür ein, dass Kontrollausschuss und Landes-Rechnungshof begleitend prüfen dürfen. Auch sollten die Budgetmittel für den Landes-Rechnungshof vom Bund kommen, damit der Rechnungshof nicht am Gängelband der Landesregierung hängt.

Ein dementsprechender Antrag wurde dem Burgenländischen Landtag bereits zugeleitet.

Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Beim nächsten Rechnungshofbericht ist bezeichnender Weise natürlich auch wieder hier das interne Kontrollsystem genannt, welches offensichtlich nicht ausreichend, oder gar nicht vorhanden war, sonst hätte dieses relativ katastrophale Ergebnis nicht sein können.

Wesentliche Punkte sind: Sieben verschiedene Stellen haben gefördert, wobei es zwischen den Stellen wenig bis gar keinen Austausch über die Förderungen und darüber hinaus auch keine zentrale Koordinierung dazu gab. Ein relatives Durcheinander gab es auch aufgrund der Darstellung von verschiedenen Grundlagen, Zahlen und Daten. Doppelte Buchhaltung im Jahresabschluss, Kameralistik im Budget auf der anderen Seite Jahresvoranschläge, Marketingbudgets und Jahresabschlüsse, die eben komplett unterschiedlich strukturiert waren und daher ein Jahresvergleich eigentlich gar nicht möglich ist.

Der Landes-Rechnungshof vermerkt insbesondere die intransparente Darstellung im Voranschlag auch im Rechnungsabschluss des Landes und die unterschiedlichen Bewirtschafter von 2008 bis 2013.

Ein „Zuckerstückerl“ unter Anführungszeichen ist die Kontrolle durch die Abteilung 3 - Finanzen und Buchhaltung, wo der Leiter des Referats zugleich Rechnungsprüfer war und als Referatsleiter der Dienst- und Fachvorgesetzter der Gebarungsprüfung des Landes und damit weisungs- und leistungsbefugt war. Der Burgenländische Landes-Rechnungshof sah darin, no na, eine Unvereinbarkeit und eine Befangenheit. Tatsache ist, auch in diesem Prüfbericht steht das, dass die Aufsicht des Landes, weil der Herr Landesrat Bieler zuerst gesagt hat, es wird ohnehin so viel geprüft und es gibt ein 24 Augen und ähnliches, mehr oder weniger versagt hat beziehungsweise zu wenig geprüft wurde und dadurch diese Mängel, die in einer Unzahl gegeben sind, nicht erkannt wurden.

Insgesamt werden 40 Empfehlungen genannt. Auch hier ist wohl dringendst ein effizientes internes Kontrollsystem raschest notwendig. Ein Detail am Rande, auch wenn das bereits in anderen Landtagssitzungen besprochen wurde: Bei diesen 18.000 Euro für die Landesveranstaltung Geburtstagsfest Serafin, einer Geburtstagsfeier als touristische Marketingmaßnahme, brauchen wir uns nicht wundern, wenn Otto und Resi Normalverbraucherin immer mehr das Gefühl bekommen, die oben richten es sich ohnehin und der Politikfrust immer größer wird.

Auch hier wieder natürlich ein Dank an den Rechnungshof. Ich bin gespannt dann auf die Follow-up Prüfungen, sowohl hier, als auch vorher und wieviel Prozent dann erledigt sein werden.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihren Redebeitrag. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Johann Richter.

Bitte sehr Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte mich auch gleich vielleicht im Vorhinein bedanken, denn der Rechnungshofbericht ist äußerst umfangreich und da war sicher viel Arbeit dahinter. Rein die Tatsache, dass von den Jahren 2008 bis 2013 geprüft wurde, und es ging um eine Summe von 32 Millionen Euro, sagt bereits sehr viel aus. Schon in den ersten Sätzen stehen zwei Dinge, die ich erwähnen möchte.

Es waren sieben unterschiedliche Einheiten befasst, das wurde bereits erwähnt. Es gab keine Förderdatenbank und für die unterschiedlichen Stellen gab es keine einheitliche Gesamtstrategie. Das lässt schon einmal, wenn man diese Dinge liest, nichts Gutes erwarten und ist schon recht vielsagend. Ich möchte vielleicht nur einige Dinge herausgreifen, und zwar die für mich - es wurde schon vieles gesagt, aber die mir aufgefallen sind und recht vielsagend sind, im Zusammenhang mit dem Landesverband Burgenland Tourismus LBT.

Der Rechnungshof wies darauf hin, dass der LBT für die Werbung der Regionen im Überprüfungszeitraum rund 7,8 Millionen Euro budgetierte und rund 6,6 Millionen Euro verausgabte. Ist ja kein Problem. Im Zusammenhang mit Prüfung und Kontrolle des LBT wurden nach Auffassung des Rechnungshofes grundlegende IKS-Prinzipien, also interne Kontrollsystem-Prinzipien, wie Funktionstrennung, Vier-Augen-Prinzip nicht eingehalten und er stellte die Wirksamkeit des Aufsichts- und Kontrollsystems des LBT in den Jahren von 2008 bis 2013 grundsätzlich in Frage. Also das gibt mir auch zu denken. Dann ein Beispiel vielleicht noch. Er bemängelt die Unvollständigkeit von Projektanträgen, Förderverträgen und Laufzetteln. So führten acht Förderverträge, die dem Fördervertrag zu Grunde liegenden Regierungsbeschlüsse nicht an. Dann geht es seitenweise nur so dahin, der Rechnungshof vermerkt kritisch, er bemängelt, er weist darauf hin, er hinterfragt, das geht so 20 Punkte ungefähr, er kritisiert.

Stichwort RMB, also Regionalmanagement Burgenland. Der Rechnungshof bemängelte, dass es im Rahmen der FLC aufgrund von Verstößen gegen EU-rechtliche und nationale Bestimmungen zu Kostenkürzungen kam. Was auch bereits erwähnt wurde, und mir sehr aufgefallen ist, die Unvereinbarkeit eines RMB-Mitarbeiters mit der Funktion des Obmannes eines Antragstellers. Wie da die genaueren Umstände waren, weiß ich leider nicht.

Eine Bemerkung noch zur WiBAG. Der Rechnungshof beanstandete, dass die WiBAG keine Evaluierung der Wirksamkeit beziehungsweise Nachhaltigkeit der ausbezahlten Landesmittel vornahm. Meines Wissens war für dieses Ressort Tourismus die schwarze Reichshälfte zuständig. Also in dem Bericht da kann man nicht mehr von Pleiten, Pech und Pannen sprechen, wie das die ÖVP gerne im Zusammenhang mit der neuen Regierung immer behauptet, sondern es ist erschütternd, es ist wirklich erschütternd, was man da liest.

Ich verstehe jetzt, dass man Ihnen, meine sehr verehrte Dame und Herren Kollegen von der ÖVP, ich verstehe jetzt, dass man Ihnen jegliche politische

Verantwortung entzogen hat, denn das ist wahrscheinlich nur ein Beispiel, von schwarzer politischer Unfähigkeit, was die Regierungsbeteiligung anbelangt.

Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer*(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja zum Rechnungshofbericht selbst ist ja schon vieles gesagt worden, inhaltlich, auch ein Danke an den Rechnungshof für die sehr detaillierte Aufstellung und Überprüfung. Es ist immer gut, Strukturen zu überprüfen. Vieles von dem was an Kritik und an Empfehlungen abgegeben wurde ist natürlich nachvollziehbar. Es ist gut Strukturen zu überprüfen und daraus auch Konsequenzen zu ziehen und Veränderungen umzusetzen, damit man ganz einfach besser wird.

Aber niemand wird wohl, bei aller Kritik die durchaus angebracht ist, verkennen können, dass auch viel Positives passiert ist in den letzten Jahren, eineinhalb Jahrzehnten, zwei Jahrzehnten, dass sich in vielen Gemeinden und Regionen vieles zum Guten gewendet hat, wenn es um den Tourismus geht. Wer sich, Herr Kollege Richter und Herr Landesrat Petschnig, von Ihnen habe ich das ja auch im Vorfeld gelesen, darauf zurückzieht, und Verantwortung abschiebt und meint, ja es hat eine Landesrätin Michaela Resetar gegeben, und (Abg. Mag.a Michaela Resetar: Gott sei Dank!) die ist für alles verantwortlich gewesen, dann ist das eigentlich ein Armutszeugnis für einen gestandenen Politiker, der meiner Meinung nach auch den Mumm haben muss, auch ein bisschen selbstkritisch zu sein.

Denn eines wird ja bewusst vergessen, es hat immer zwei Präsidenten gegeben, es war immer auch der Landeshauptmann mit dabei. Im Prüfungszeitraum 2008 bis 2013, da hat es eine sehr lange Zeit gegeben, wo überhaupt nur der Landeshauptmann zuständig war, gemeinsam mit dem Herrn Finanzreferenten als Vize-Präsident. Für die Zeit vom 11. Mai 2007 bis 26. Oktober 2010 war ausschließlich der Landeshauptmann zuständig und verantwortlich. Also das fällt ja genau in diesen Prüfungszeitraum hinein.

Herr Kollege Richter, Sie *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nicht gut recherchiert.)* sollten sich das genauer anschauen, wer da wann zuständig war. Für den Herrn Kollege Sodl habe ich mir das in Tagen ausgerechnet, weil er so gerne darüber spricht, wer wie viele Tage verantwortlich war und das waren 1.263 Tage Alleinverantwortung des Landeshauptmannes, davon 871 Tage im Prüfungszeitraum. Aber man kann ja dazu stehen wie man will, die Aufgabe der Politik ist es, meine ich, nicht mit Brachialgewalten Strukturen zu zerstören. Die Antwort, das erst im Dezember 2014 in Kraft getretene Tourismusgesetz wieder zu ändern, das ist denke ich, die falsche Antwort.

Jetzt kann schon sein, dass auch das geltende Gesetz da oder dort adaptiert werden kann und wo es vielleicht sinnvoll ist, aber ich denke, die Grundausrichtung dieses Gesetzes, das erst im Dezember vorigen Jahres in Kraft getreten ist, ist schon in Ordnung und richtig. Es ist jedenfalls besser ungefähr das Richtige zu tun, als präzise das Falsche und mit Ihrem neuen Gesetz, das Sie vorgelegt haben, machen Sie präzise das Falsche. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der Entwurf nämlich zu diesem neuen Tourismusgesetz, der dient nicht dem Tourismus, sondern dient der politischen Einflussnahme. Mit diesem Gesetz werden kleine Einheiten weiter beschnitten, Gemeinden geschwächt. Und mit diesem Gesetz werden die Zahler, nämlich die Wirtschaft ausgebootet. Ich denke mir - wenn schon das

Land alles bestimmen möchte und soll, dann soll es auch alles zahlen, dann sollte man sich auch überlegen, die Tourismusförderungsbeiträge für die Wirtschaft abzuschaffen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zur grundsätzlichen Vorgangsweise, was diesen neuen Entwurf des Tourismusgesetzes betrifft, möchte ich den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz zitieren, der es zwar, wie er es heute schon gesagt hat, nicht gerne hat, wenn man ihn zitiert, aber es ist ja noch nicht so lange her. Also vor einem Jahr hat er gemeint, zum damaligen Beschluss des Tourismusgesetzes: auf jeden Fall werden wir diesem Tourismusgesetz auch schon deshalb nicht unsere Zustimmung geben, weil es zum Einen nicht wirklich ausreichend mit der Opposition verhandelt wurde.

Also die Partei mit Klubstatus, die einzige Partei im Burgenländischen Landtag in der Opposition mit Klubstatus wurde nicht berücksichtigt, nicht eingebunden. Wenn ich das Zitat auf heute umlege, dann gilt das nach wie vor und daher werden wir uns mit diesem neuen Tourismusgesetz sehr intensiv auseinander setzen, aber so wie es jetzt eingebracht wird, ist es ein Gesetz, das in die falsche Richtung geht, das nicht gut für das Land und die Menschen ist, das nicht gut für den Tourismus ist.

Meine Damen und Herren, aus dem Rechnungshofbericht der vorliegt, sollten richtige und andere Konsequenzen gezogen werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Präsidenten Christian Illedits.

Bitte um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Prüfungsbericht ist die eine Seite, die ich heute beleuchten möchte, die andere Seite ist, und darauf muss ich jetzt kurz eingehen, weil Kollege Steiner zum eingelaufenen Tourismusgesetz etwas gesagt hat. Die Dritte ist aber die wichtigste für mich, da geht es nämlich ursprünglich um den Tourismus im Burgenland und um die Marketingmaßnahmen, die einer Überprüfung unterworfen wurden.

Jetzt kann man diskutieren, wer war wann wie regierungszuständig? Es war die Zeit des Proporzes *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist richtig.)* und da hat man eben genau nach dem Proporz… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber da war kein Proporz, da war die Absolute, da war die SPÖ allein zuständig.)*

Der Proporz war vorher auch, auch unter der Absoluten war Proporz, na das müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, ja aber zuständig war die SPÖ, der Herr Landeshauptmann mit dem Finanzreferenten. So schaut es aus.)* Wir haben ja immer, gestatten Sie mir diese politische Meinung jetzt, immer gewusst, dass wir die hauptsächliche Arbeit zu erledigen haben, dessen waren wir uns immer bewusst, und das haben wir ja auch gemacht. *(Heiterkeit bei der ÖVP – Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber offenbar dann schlecht, offenbar schlecht.)*

Das ist natürlich jetzt klarerweise auch Ausfluss dessen, dass man sagt, wir werden auch natürlich, so wie Sie es gesagt haben, hauptsächlich überprüft. Immer der arbeitet wird überprüft. Aber ich kann mich erinnern, dass es eine große Diskussion um die Vorsitzführung auch bei dem letzten Tourismusgesetz gegeben hat, wer wird wirklich dann Präsidentin oder Präsident des Burgenland Tourismus? Das war auch eine Frage dann in der Koalitionsdiskussion. Aber das ist heute Geschichte und Vergangenheit.

Wichtig ist, dass wir uns darüber unterhalten, worum geht es bei der Überprüfung von Marketingmaßnahmen, sprich worum geht es bei Marketingmaßnahmen?

Marketingmaßnahmen sind alle ziel- und wettbewerbsorientierten Maßnahmen, um Kundenpotentiale auszuschöpfen. Darum geht es schlussendlich bei dieser Kernaufgabe des Burgenland Tourismus. Die hat er gehabt, die hat er bis jetzt noch immer. Und deshalb gestatten Sie mir auch einige Eckdaten, damit man sagt, was war denn alles gut? Und ich denke, dass, heute hatten wir schon gehört am Vormittag und dann am frühen Nachmittag die Diskussion, dass wir eine Benchmark gesetzt haben mit Nächtigungszahlen und die werden wir anscheinend eh nicht erreichen.

So unter dem Motto, man darf sich keine Ziele setzen, weil wenn man sie nicht erreicht, dann ist es besser, man setzt sich keine. Also wieder eine ganz klar falsche Ausrichtung, die der Abgeordnete Kölly heute hier uns zu hören gegeben hat. Deshalb muss man schon sagen, was war der Output von Marketingmaßnahmen und da sage ich jetzt ganz klar - die zuständig waren und es war die Landesrätin Resetar und es war der Landeshauptmann - dass es eine erfolgreiche Arbeit war, die zweifelsohne mit den Tourismusbetrieben, mit den Verantwortlichen, die kleinen Touristika draußen, die Gastgewerbebetriebe, die sind es ja auch schlussendlich die, die Arbeit leisten.

Hier werden Rahmenbedingungen geschaffen und hier werden Projekte inszeniert. Das ist ja auch Kern dieser Prüfungen, dass es vieles an Projekten gegeben hat, wo eben diese viele Zuständigkeiten zweifelsohne, weil wir auch eine Geschichte dahinter liegend haben, nämlich, dass wir Ziel-1 waren, dass wir dann Phasing-Out waren, und diese Gelder haben wir uns herangezogen, damit wir nicht alles aus der eigenen Tasche zahlen müssen.

Damit kommt es ja auch zu so vielen Schnittstellen, die bestimmt nicht optimal sind, aber man muss sagen, sie haben allemal auch mitgeholfen, dass wir diese Förderkulisse ausnutzen konnten, um eben diese touristischen Ziele und diese Strategien schon umzusetzen. Deshalb ist es nicht hier, glaube ich an der Zeit oder am Platz, jemandem irgend eine Schuld zu geben, wer irgendwann an der Spitze verantwortlich war, im Prüfzeitraum, sondern eigentlich müsste man sagen, alles was jetzt vom Rechnungshof aufgezeigt wird, ist zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen, ist in Ordnung. Die Arbeit die geleistet wurde war, behaupte ich, keine schlechte, sondern eine gute.

Der Landesverband Burgenland bringt nämlich - und das muss man auch sagen - nicht direkt Produkte zum Endkunden, er vertreibt auch keine Übernachtungen, keine Thermeneintritte oder Sonstiges, er ist eine Art Marketingagentur. Er muss schauen, dass das Burgenland im Land, in Österreich, aber auch über die Landesgrenzen hinweg bekannt gemacht wird und er muss Emotionen kreieren. Er muss Emotionen kreieren, die jene Menschen, die eben in diesen Zielmärkten leben, Europa, ganze Welt, damit diese eben die Menschen in das Burgenland einladen, dass die ihnen eben Gusto machen, ins Burgenland zu kommen.

Der Burgenland Tourismus greift bei strategischer Maßnahmensetzung in die Entwicklung von Angebotspaletten ein, damit eben das Land den verkauften Emotionen dann auch gerecht wird. Diese Maßnahmen - wo sind die messbar, die sind messbar in Statistiken. Zwei sind für uns wichtig. Die landesweite Statistik über Ankünfte, die zweite über Übernachtungen und dann die Tourismusintensität, auch eine Benchmark.

Wenn ich das Jahr nach diesem Prüfzeitraum, nämlich nach 2013 hernehmen, dann war das das Jahr 2014 und hier hatten wir eine Steigerung, nach allen diesen Jahren von 2,1 Prozent zu verzeichnen. Das heißt, in der Conclusio kann man sagen, die strategischen Maßnahmen dürften nicht so schlecht gewesen sein und die Überlegungen, sonst hätten wir das Plus nicht erreichen können. Wenn wir jetzt das Jahr 2015 hernehmen, vom Jänner bis zum September haben wir auch in den Ankünften und

Übernächtigungen ein leichtes Plus von 0,4 Prozent, das nur zum Abgeordneten Kölly, weil er sagt, wir entwickeln uns nicht positiv weiter.

Die letzte Benchmark ist die Tourismusintensität. Hier gibt es Kennzahlen und der Wert des Burgenlandes lag in diesem Berichtsjahren bei neun und der EU-Durchschnitt ist bei sechs, das heißt, wir lagen bei weitem über dem EU-Durchschnitt. Bei Tourismusintensität haben wir aber natürlich noch Nachholbedarf wenn wir uns mit Tourismushochburgen, speziell mit dem Westen von Österreich, eben vergleichen.

Was sagt uns das? Diese Indikatoren sagen uns, dass der Weg richtig ist, dass es ein guter Weg ist, aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Das heißt, Potenziale nach oben sind noch zu heben. International haben wir uns auch zu messen und was uns beschäftigt sind die Aufenthaltsdauern. Die gehen nämlich ein bisschen zurück. Wir haben 3,5 an Übernächtigungen und zuletzt 2014 nur mehr drei. Das heißt, dort müssen wir weiter daran arbeiten, dass die Verbleibedauer und die Übernächtigungsdauer länger werden.

Wir wissen aber, dass sich immer mehr Menschen kurzfristig entscheiden wo sie hin auf Urlaub fahren und ihre Destination wird eben sehr kurzfristig gewählt. Das ist immer mehr zu vermerken, auch wenn man mit den Touristikern, mit den Hotelbetreibern spricht, und dass es in der Kategorie etwas aufzuholen gibt. Vier-, Fünfstern-Kategorien sind hervorragend gebucht, im unteren Bereich Ein-, Zweistern, dort haben wir seit längerem Probleme. Auch dort wird anzusetzen sein, dass man eben diese rückläufigen Nächtigungszahlen in diesem Bereich eben vom Minus in ein Plus verändert.

Das Wichtigste beim Tourismus, das ist heute schon gefallen, ist die Wertschöpfung. Wertschöpfung die im Land bleibt. Die Menschen kommen zu uns, weil wir eine hervorragende Topographie haben, Natur erleben, sportlich kann man sich betätigen, Wein, Kulinarik, Wellness und Gesundheit. Die Menschen lassen dann hier das Geld im Burgenland und davon profitieren nicht nur die Menschen die im Tourismus arbeiten, sondern ganze Regionen.

Einige Zahlen noch abschließend: Die Bruttowertschöpfung bei den Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben betrug 2012 nämlich hier 381 Millionen Euro. Das sind 5,9 Prozent an der Gesamtwertschöpfung des Burgenlandes. Der Tourismus ist auch ein wichtiger Arbeitsmarktfaktor. Rund 6.000 unselbständig Beschäftigte waren im Bereich Gastgewerbe, Beherbergungsbetriebe, beschäftigt. Also auch das ist etwas was man nicht unterschätzen darf, nicht vernachlässigen darf.

Eines ist klar, der Tourismus ist der beständigste Wirtschaftsfaktor, der ist nicht verrückbar. Der bleibt da, man muss ihn nur unterstützen. Das ist nicht eine Firma, heute wandere ich von A nach B, der bleibt hier. Deshalb müssen wir wirklich ganz stark dorthin, glaube ich auch mit allen möglichen das wir zur Verfügung haben, auch mit Förderungen helfen, unterstützen und investieren.

Zum Tourismusgesetz, Herr Kollege Steiner, ich kann dem jetzt nicht so viel abgewinnen, was Sie gesagt haben. Verschlechterungen kann ich nicht nachvollziehen. Verwunderung von Ihrer Seite, weil man auch jetzt ein beschlossenes Gesetz vielleicht jetzt schon wieder verändert, dann darf ich in Erinnerung rufen, ich war ja als Klubobmann, der Herr Kollege Strommer auch, von der ersten Stunde bis zur letzten, nämlich bis zur Beschlussfassung fast immer dabei, es war ein Kompromiss.

Die kleinen Einheiten, wenn Sie die meinen die ich meine, 20.000 auf 50.000 das war ein Kompromiss, wissen wir, ganz klar. Jetzt müssen wir diesen Kompromiss nicht mehr eingehen, deshalb, es war unser Wunsch immer schon die 50.000 Nächtigungen zu nehmen. Ist so.

Alle die dabei waren werden es bestätigen, aber es war nicht der einzige. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Jetzt zeigst Du Dein wahres Gesicht.)* Bitte? *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Jetzt zeigen Sie Ihr wahres Gesicht.)*

Die Wahrheit, ich zeige mein wahres Gesicht immer, aber die Wahrheit darf man sagen ist auch nachzulesen in allen Protokollen. Wer irgendetwas anderes behauptet gerne, aber es ist so. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es hat ja niemand etwas Gegenteiliges behauptet.)* Das sind kleine Einheiten sondern es war ein Kompromiss der jetzt nicht mehr notwendig ist und das ist realpolitisch einfach so zu erwähnen.

Die Umwandlung in eine GmbH auch das wurde diskutiert damals. Wir haben damals nicht befunden, wir machen es. Ich habe die Protokolle nachgelesen. Es hat gar keinen, wieso nicht und wieso ja, gegeben. Wir haben es nicht gemacht. Es war einfach nicht genug Entscheidungsfindungen die für ein ja waren und jetzt wird es eben so gemacht.

Also ich sehe da überhaupt nicht irgendwas. Wichtig ist, dass die Zielsetzung gleich bleibt. Das Geld aus dem Tourismus in den Tourismus, das ist nach wie vor die Devise die gleich bleibt. Also ich denke, dass doch auch, was wir damals beschlossen haben, weiterhin Bestand hat und es auch die Zielausrichtung weiterhin bleiben wird. Mehr möchte ich zum Tourismusgesetz nicht sagen.

Noch zu den Berichten, die relevanten Eckpunkte des Berichtes. 30 Abschnitte wurden behandelt. Es wird hier kritisiert strategische Überlegungen, Maßnahmen, dass die nicht gebündelt sind, dass es hier besser organisiert von statten gehen soll. Das stimmt, wird man sicher verbessern können. Strategien der Vergangenheit waren jetzt messbar, vielleicht nicht immer richtig, messbar sind in gewissen Benchmarks und Indikatoren, Nächtigungen, Erfolge et cetera.

Aber eines kann man messen, auch das wurde hier oft kritisiert im Hohen Haus im Laufe der letzten Jahre. Ich war nicht immer dabei in diesen 18 Jahren. Vor 18 Jahre wurde vom damaligen Landesrat Kaplan ein Strategiepapier, ein Sponsoring abgeschlossen, worauf viele oder fast alle heute noch stolz sind, nämlich das mit der Österreichischen Fußball-Nationalmannschaft. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wurde von den Blauen kritisiert.)*

Es wurde oft hier kritisiert, brauchen wir das, brauchen wir das nicht? In letzter Zeit habe ich das nicht mehr so gehört. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Jetzt gewinnen wir. – Heiterkeit bei der ÖVP – Abg. Mag.a Michaela Resetar: Verloren, das letzte Mal.)* Also man sieht auch strategische Maßnahmen, die damals getroffen wurden, sind heute noch intakt und jetzt muss man sagen, Gott sei Dank. Also auch Strategien die lange anhalten, man muss nur eine gewisse Ausdauer haben, manche werden erst später sehr, sehr positiv schlagend. Also jetzt ist das Burgenland Europaweit präsent. Es gibt glaube ich, keine Marke und ich werde in ganz Europa angesprochen wie es das gibt.

Die Deutschen sagen mir das immer, dass eine Region Premiumsponsor der Nationalmannschaft sein darf, das würde in anderen Ländern niemals genehmigt und niemals gehen. Also wir können froh sein, dass diese Entscheidung nicht nur getroffen wurde, sondern immer wieder auch dann in die Verlängerung gegangen ist. Der Bericht, einzelne strategische Maßnahmen werden sicher neu konzipiert werden müssen. Eine Strategie die hier erwähnt wurde, die summa summarum fehlt, das Konzept steht bereits, Strategiepapiere werden evaluiert und bilden die Basis des weiteren Vorgehens.

Sobald eben die gemeinsame Tourismusstrategie beschlossen ist, ist sie verbindlich für alle im Tourismus tätigen Organisationen. Also hier wird auch schon daran gearbeitet diesen Empfehlungen des Rechnungshofes zu entsprechen. Ebenso den Marketingplan, der jährliche Marketingplan künftig noch mehr anhand von konkreten und klaren Formulierungen, Zielen und Aufgaben. Ich denke auch das soll dann einen Niederschlag finden. Ich denke, das soll nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern auch eine Umsetzung finden.

Diese verschiedenen Einheiten, die mit Förderungen befasst sind, auch das denke ich kann man besser organisieren und koordinieren. Und Steuerung und Überwachung von touristischen Marketingmaßnahmen, das ist auch eine Maßnahme, die denke ich nach Beschlussfassung des neuen Gesetzes dann in Angriff genommen wird. Auch Bezuschussungen von fünf Landesdienststellen, auch das denke ich kann man erklären, weil es eben auch eine Entwicklung mit sich genommen hat.

Die Wirtschaftlichkeitsprüfung wurde kritisiert, dass es hier bei den Gebarungsprüfungen primär auf Ordnungsmäßigkeit an Anhaltung des Jahresvoranschlags ausgerichtet ist, Wirtschaftlichkeitsprüfungen nahm das Land Burgenland nicht vor.

Hier muss erwähnt werden, dass natürlich auch Abstimmungen eben stattgefunden haben mit dem RMB und mit koordinierenden Sitzungen. Aufgabe ist hier die Verhinderung von Doppelförderung, deshalb muss es diese Prüfungen auch von dieser Seite hergeben und dass es das Vieraugen-Prinzip gegeben hat, das wurde eigentlich auch dann erklärt. Im Regelfall waren die Gebarungsprüfungen des Burgenland Tourismus von zwei Prüfungsorganen des Referates vorgenommen worden. Aber die Stellungnahmen zeigen, aber auch natürlich diese 30 aufgezeigten nicht optimalen Umsetzungen, dass es Kritikpunkte gibt, die nachvollziehbar sind, die verbesserungswürdig sind, die man sich natürlich zu Herzen nehmen muss.

Ich möchte deshalb, und das ist wichtig zu erwähnen, den hohen Stellenwert des Rechnungshofes als Korrektiv, aber auch als Kontrollorgan eben betonen. Nur wenn wir Problemfelder aufzeigen, ernst nehmen, dann können wir besser werden und zu Lösungen führen.

Deshalb ein herzliches Dankeschön an den Herrn Direktor des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Mag. Mihalits und seinem gesamten Team. Obwohl die Berichte, ist ja in der Natur der Sache, einiges zu beanstanden haben, möchte ich mich trotzdem für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen beim Burgenland Tourismus und bei allen befassten Einheiten, wie sie hier bezeichnet wurden, bedanken.

Sie haben nach bestem Wissen und Gewissen, glaube ich, im Sinne des Tourismus des Burgenlandes für die Menschen im Burgenland, für die Tourismuswirtschaft gearbeitet und bei denen möchte ich mich schlussendlich noch einmal bedanken. Die Tourismuswirtschaft ist es, die dem Burgenland Tourismus nicht nur stützt sondern ihn auch hält.

Ich denke wir können in der Zukunft auch weitere Erfolge im Tourismus sicherlich gemeinsam verbuchen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Präsident. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich im Prinzip auf eine ähnliche Position zurückziehen wie zu Tagesordnungspunkt 5, weil es auch diesmal wieder eine gewisse Ambivalenz birgt. Zum einen, einen Bericht vorliegen zu haben, über einen Zeitraum in dem weder ich noch meine Partei in irgendeiner Form verantwortlich dafür sein kann oder gewesen ist und zum anderen natürlich als damaliger Klubdirektor der oppositionellen FPÖ, ja einer der Mitauftraggeber, natürlich war es der Klubobmann als Person, aber der Mitauftraggeber dieses Berichts zu sein.

Ich glaube, es steht heute nicht zur Debatte dass ich hier von der Regierungsbank irgendwie darüber politisch mich äußere. Wichtig für mich ist, dass daraus natürlich gelernt wird und daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden. Ich glaube das ist auch der Sinn und Zweck von Rechnungshofberichten und da sehe ich die Zukunft, ehrlich gesagt, nicht so schwarz wie Sie, Herr Abgeordneter Steiner.

Zum einen wenn Sie das Tourismusgesetz ansprechen, ohne da zu sehr in die Materie einzusteigen, weil erstens einmal müssen wir ja noch die Beschlussfassung abwarten, zweitens haben wir ja noch die Gelegenheit in ungefähr einem Monat dazu, allein durch die Umwandlung in eine GmbH werden gefühlt die Hälfte der beanstandeten Punkte eliminiert.

Zum Beispiel die entsprechende falsche Verbuchung was die Zuschüsse betrifft, die entsprechende zumindest fragwürdige Verbuchung und Behandlung was die Rückstellung betrifft. Wo man entweder steuerlich, je nachdem ob gemeinnützig oder nicht gemeinnützig oder mit den Wirtschaftsprüfern auf die eine oder andere Weise Probleme bekommt, wenn man es nicht entsprechend argumentieren kann.

Die entsprechend unterschiedlichen Vorgangsweisen bei der Buchhaltung, bei der Bilanzierung auch bei der Planungsrechnung, da ist natürlich bei einer GmbH eine wesentlich erhöhte Verantwortlichkeit des Geschäftsführers gegeben, wenn man es mit der derzeitigen Position des Tourismusdirektors, einer Körperschaft öffentlichen Rechts vergleicht. Also ich glaube, das geht genau in die richtige Richtung und daher ist das auch mit Sicherheit nicht präzise das Falsche, wie Sie es gesagt haben. Immerhin hüpfen wir hier einer Entwicklung nach, die sieben andere Bundesländer, in der Masse ÖVP-regiert, bereits vorangeschritten sind.

Darunter auch so - wie sagt man so schön – „erzschwarze“ Länder wie Vorarlberg oder Tirol, von denen man auch in touristischer Hinsicht sicher einiges lernen kann. Das wollen wir auch und einer dieser Punkte ist zum Beispiel die Umwandlung in eine GmbH. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber nicht mit dem Hintergrund.)* Naja so unterschiedlich ist es dann auch wieder nicht.

Also die Umwandlung in die GmbH aufgrund der verbesserten Führungs- und Steuerungsmöglichkeiten ist definitiv ein Punkt. Das werden Sie dort in den Gesetzen beziehungsweise in den Erläuterungen auch finden und das haben wir natürlich sehr gerne übernommen. Wenn Sie sagen, die Zahler werden ausgebotet, im Hinblick auf die Tourismusförderungsbeiträge, so muss ich diesen Ball schon zurück spielen. Es war ja auch Ihre Partei die das beschlossen hat zu erhöhen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, aber da hat die Wirtschaft mitreden dürfen.)*

Faktum ist, dass Sie heute das Gegenteil sagen, also mir zu mindestens. Sie wollen es nicht. Offensichtlich haben Sie zu ihnen das damals gesagt, Sie wollen das schon. Also das Wirtschaftstreibende freiwillig Steuern zahlen, wäre mit jetzt neu aber bitte. Auf jeden Fall wurde durch dieses Gesetz die Zahl der Abgabenpflichtigen hinsichtlich der Tourismusförderungsbeiträge von 11 auf 17.000 erhöht, ohne natürlich die

entsprechenden Strukturen zu schaffen, dass diese Abgaben auch eingebracht werden können.

Daher sind die Kolleginnen und Kollegen in der Abteilung, das sind, glaube ich, drei an der Zahl, mit 2,1 Vollbeschäftigungsequivalenten, wenn ich das im Kopf habe, natürlich heillos überfordert. Also da wurde ein heilloses Chaos angerichtet, was natürlich weder im Sinne des Landes noch des Tourismus noch der UnternehmerInnen sein kann. Also, wer von der Wirtschaft da mitgeredet hat, ist, glaube ich, ein anderer Punkt, über den wir dann noch separat in einem Monat sprechen sollten.

Dass niemand eingebunden wurde stimmt so auch nicht. Es ist zwar richtig, dass die Zeit eine Rolle spielt. Tourismus ist eine sehr schnelllebige Branche, eine GmbH soll natürlich auch mit dem 1. Jänner starten können. Zumindest war das unsere Intension.

Wir haben aber versucht, sozusagen na ja ein wenig artifiziell aber doch, die Einbindung zu bewerkstelligen, indem wir den Begutachtungsentwurf der Regierungsvorlage an alle im Landtag vertretenen Parteien geschickt haben mit der Einladung, sich eben dazu zu äußern. Von der Liste Burgenland ist dankenswerter Weise etwas gekommen, von Ihnen und von den GRÜNEN leider nicht.

Ich kann mich nicht erinnern, wir waren lange genug in Opposition, aber ich kann mich nicht erinnern, und ich weiß nicht, der Kollege Spitzmüller damals ja auch, ob wir jemals eine Regierungsvorlage zugespielt bekommen oder zugeschickt bekommen haben. Ich kann mich nicht erinnern, ja zugespielt ist etwas anderes, zugeschickt, auf jeden Fall zur Stellungnahme zugeschickt bekommen haben. Das war, glaube ich, nicht der Fall. Daher zu diesem Weg, also bitte auch als das sehen, was es ist, nämlich als Einladung zum Mitreden.

Dass ein Gesetz jetzt noch einmal novelliert werden soll nach einem Jahr, kann es wohl auch nicht sein. Sonst dürfte man ja die Steuerreform, oder die Steuerreformgesetze, die mittlerweile ja schon bald in halbjährlichen Rhythmen verändert werden, also vom ASVG und so weiter ganz abgesehen, ja gar nicht einmal in Erwägung ziehen.

Also ich glaube, dass wir nicht präzise das Falsche machen, sondern dass wir präzise die richtigen Schlussfolgerungen aus diesem Bericht des Rechnungshofes ziehen, für den ich mich natürlich auch in aller Form bedanken möchte. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Förderung touristischer Marketingmaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2013 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

11. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 137) betreffend die Überprüfung der Vollziehung des Bgld. Mindestsicherungsgesetzes aus November 2012 (Zahl 21 - 95) (Beilage 165)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Behandlung des 11. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen

Landes-Rechnungshofes, Beilage 137, betreffend die Überprüfung der Vollziehung des Bgld. Mindestsicherungsgesetzes aus November 2012, Zahl 21 - 95, Beilage 165.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Wolfgang Spitzmüller: Danke Herr Präsident. Uns liegt der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 137) betreffend die Überprüfung der Vollziehung des Bgld. Mindestsicherungsgesetzes aus November 2012 (Zahl 21 - 95) (Beilage 165) vor.

Ich ersuche um Einstieg in die Debatte und Abstimmung.

Danke schön.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Die erste Wortmeldung ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort. Bitte um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben wieder einen Bericht des Landes-Rechnungshofes vorliegen. Auch von meiner Seite daher ein Dank an die wertvolle Arbeit des Rechnungshofes hier im Burgenland.

Diesmal geht es um eine Follow-Up-Prüfung zur Mindestsicherung und zur Umsetzung im Land. Nun. Die Kritik des Landes-Rechnungshofes aus dem Jahr 2012 wurde, das muss man leider feststellen, weitgehend nicht ernst genommen. Während bei anderen Follow-Up-Prüfungen etwa 75 Prozent der Empfehlungen umgesetzt werden, so sind die Erfahrungswerte, konnte der Landes-Rechnungshof hier nur eine einzige zur Gänze umgesetzte Maßnahme in seinem Follow-Up-Bericht feststellen.

Der neueste Bericht zeigt auch, und das ist sozusagen inhaltlich - finde ich - ein sehr schlimmer Punkt, immer noch sind Antragstellerinnen und Antragsteller vom guten Willen der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter abhängig, denn es gibt kein einheitliches Vorgehen im Land.

Was sind die einzelnen Auffälligkeiten in diesem Follow-Up-Bericht zur Behandlung der Mindestsicherung im Burgenland? Zum einen, es gibt einen notorischen Personalmangel. Das führt nicht nur zu Fehlern in der Arbeit, zu Wartezeiten, das führt zu Burnout und in der Folge zu weiterem Personalmangel. Das fiel mir schon letztes Jahr auf, als ich meine Jobtour machte und in der Jugendwohlfahrt tätig war. Da gab es ja in den Jugendwohlfahrtsbehörden auch schon sehr klare Hinweise, dass das Personal dort viel zu knapp besetzt ist. Es gibt nicht nur einen Personalmangel der fortgesetzt wird, es gab sogar Kürzungen.

Wir haben hier in dem Bericht eine Gegenüberstellung von Bediensteten Stichtag 22.5.2012, da war die Summe, ich möchte jetzt gar nicht in die Details gehen, die Summe im Burgenland 35, während am 31.12.2014 nur mehr 30 Bedienstete tätig waren. Während also die Anforderungen steigen, werden Dienstposten gekürzt. Es existieren auch keine Personalpläne, so sagt uns der Landes-Rechnungshof und es gibt keine Evaluation der personellen Situation auf den Bezirkshauptmannschaften.

Es ist aber ganz klar, es braucht mehr Planstellen in den Bezirkshauptmannschaften und vor allem standardisierte Verfahren. Denn es gibt auch keine Untersuchungen für Ursachen für den Sozialhilfeempfang und für den steigenden

Sozialhilfeempfang. Es gibt keine einheitlichen Regelungen quer durchs Land über Abläufe, jede Bezirkshauptmannschaft arbeitet nach eigenem Gutdünken.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass Unterlagen nicht so ausgehändigt wurden, wie es der Rechnungshof gewünscht hatte. Da wird auf eine Evaluierung des Bundesministeriums hingewiesen, aber die entsprechenden Unterlagen, was denn in dieser Evaluierung drinnen stünde, die werden nicht vorgelegt.

Es fehlen klare Anweisungen und Erlässe für den Vollzug. Das betrifft sowohl den Kompetenzbereich der Abteilung 6 als auch die Bezirkshauptmannschaften. Ein Beispiel dafür ist die Behandlung des Freibetrages. Die Landesregierung nahm folgendermaßen Stellung.

„Hinsichtlich des im § 14 Abs. 5 Bgld. Mindestsicherungsgesetz vorgesehenen Freibetrages wurde anlässlich einer auf die Prüfung durch den Rechnungshof im Jahre 2012 durchgeführten Dienstbesprechung Bezug genommen und ausdrücklich auf die Verpflichtung der Behörden, einen derartigen Freibetrag zu gewähren, hingewiesen. In diesem Zusammenhang wurde jedoch seitens der zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Bezirksverwaltungsbehörden die mangelnde Mitarbeit der Mindestsicherungsbezieherinnen und Mindestsicherungsbezieher thematisiert. Für die Gewährung des Freibetrages ist jedenfalls die Bekanntgabe des erwirtschafteten Einkommens durch die betroffene Person erforderlich, so heißt es in der Stellungnahme der Landesregierung.“

Der Landes-Rechnungshof hält dazu fest, dass die Freibetragsregelung gemäß § 7 Abs. 7 des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes eine Muss-Bestimmung darstellt, über deren Anwendung im Rahmen der Vollziehung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes die geprüfte Stelle keine spezifischen Nachweise vorlegen konnte. Das heißt, auch die Begründung der vorgebrachten fehlenden Mitwirkung der Bezieher und Bezieherinnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung im Verfahren konnte der Burgenländische Landes-Rechnungshof nicht nachvollziehen.

Ich unterstütze das sehr, dass der Burgenländische Landes-Rechnungshof hier seine Kritik und seine Empfehlung aufrechterhält. Was wir hier sehen, ist auch die Haltung gegenüber vielen Antragstellerinnen und Antragsteller. Es kann nicht angehen, dass es hier um Bittstellungen geht, sondern hier kommen Menschen, die einen Anspruch haben auf Leistung der Behörden, auf Leistung der Öffentlichen Hand.

Und das, obwohl es Zuwachsraten der Antragstellerinnen und Antragsteller im Bereich von 13 Prozent gibt und wir uns damit auch in Zukunft auseinandersetzen müssen, wie wir mit diesem Bedarf umgehen. Aber die Leistungen in den Bezirken sind sehr unterschiedlich. Was auffällt, es ist zwar nicht verwunderlich, aber durch diesen Bericht auch noch einmal belegt: Armut wandert in die Städte. Das wissen wir auch, deswegen gibt es auch wenig Obdachlosigkeit in kleinen Gemeinden, sondern mehr in größeren, weil die natürlich in die nächstgrößere Gemeinde abwandern. Das wird man in allen Bezirksvororten stärker merken. Das merkt man ganz besonders stark auch in Oberwart und in Eisenstadt.

Das heißt, auch im Burgenland steigt die Armut. Immer mehr Menschen sind auf die Mindestsicherung angewiesen. Umso erschütternder ist es, dass im Regierungsprogramm unserer Landesregierung das Wort Armut ja nicht einmal vorkommt. Aber Armutsbekämpfung darf doch kein Lippenbekenntnis vor laufender Kamera sein, sondern muss sich in konkreten Maßnahmen zeigen!

Meiner Meinung nach ist die Bekämpfung von Armut eine Hauptaufgabe der Politik. Aber unsere rot-blaue Landesregierung sorgt sich mehr um die Grenzsicherung als um die Existenzsicherung der Burgenländerinnen und Burgenländer. Wer aber sozialen Frieden haben will, der muss Armut bekämpfen, nicht die Armen.

Häufig werden Hilfsbedürftige selbst ausgegrenzt, anstatt das System, das Armut erzeugt, zu verändern. Und es ist tatsächlich so, dass sich Antragstellerinnen und Antragsteller an den Sozialämtern häufig gedemütigt fühlen. Wer Anspruch auf Sozialleistungen hat, darf niemals durch das Verhalten von Behörden oder Beamtinnen und Beamten dafür herablassend behandelt werden. Genau solche Berichte gibt es aber. Sei es, dass Beratungen am Gang durchgeführt werden auf einer Behörde, ohne jegliche Intimsphäre oder durch Gespräche zwischen Tür und Angel und so weiter und so weiter.

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist eine wichtige und notwendige Absicherung für die Ärmsten. Für die, die sich selbst nicht mehr existenzsichernd erhalten können. Sie ist wichtig und federt das Schlimmste ab. Sie soll zumindest die Existenz sichern. Umso wichtiger ist es, dass wir sehr ernst nehmen, was der Landes-Rechnungshof hier empfiehlt, denn es ist der richtige Weg, dass sich Menschen nicht mehr klein und erniedrigt fühlen müssen.

Wir dürfen dabei nie vergessen, bei der Auszahlung der bedarfsorientierten Mindestsicherheit geht es nicht um einen Gnadenakt von Behörden, sondern um eingelöste Ansprüche von Bürgerinnen und Bürger. Unser großes Ziel muss es natürlich sein, dass wir auf eine Gesellschaft hin arbeiten, in der es keine Armut mehr gibt. Dem Bericht stimmen wir natürlich zu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster ist der Landtagsabgeordnete Markus Wiesler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist mit Sicherheit ein wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung, ob es allerdings das richtige Instrument dafür ist, und in dieser Form, ist sehr fraglich.

Das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz bildet jedenfalls die gesetzliche Grundlage dafür, dass sozial schwache Personen Unterstützung finden können. Es dient der verstärkten Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausschließung oder sozialer Notlagen, sowie zur Förderung einer Eingliederung oder Wiedereingliederung von Personen in das Arbeits- und somit in das Erwerbsleben.

Die Wichtigkeit der Hilfestellung für in Not Geratene steht wohl außer Zweifel. Was die Erfassung der Personenkreise anbelangt, möchte ich nicht näher darauf eingehen, sondern nur festhalten, dass dadurch erst die Probleme bei der Vollziehung der bedarfsorientierten Mindestsicherung entstehen. Der Landes-Rechnungshof hat jetzt zum zweiten Mal die Vollziehung des Mindestsicherungsgesetzes geprüft und übt dahingehend starke Kritik. Bei der ersten Überprüfung 2012 wurden 13 Empfehlungen ausgesprochen, davon ist lediglich eine Empfehlung vollständig und vier sind teilweise umgesetzt worden. Die Erfüllungsquote beträgt somit 39 Prozent. Diese Quote kann natürlich nicht zufriedenstellend sein.

Wenn man aber die ganzen Empfehlungen des Rechnungshofes liest und dazu die Stellungnahme seitens der Landesregierung ist eine Vollziehung, mit der alle zufrieden sein können, wo einheitlich gearbeitet werden kann, fast unmöglich. Der Bericht, so glaube ich, wird auch den Mitarbeitern in den zuständigen Abteilungen und

Bezirkshauptmannschaften sauer aufstoßen, denn es kommt so rüber, als machen sie ihre Arbeit nicht ordentlich oder nicht gut genug. Ich gehe aber davon aus, dass das nicht die Absicht war.

Möchte aber trotzdem eine Lanze für die Mitarbeiter brechen, ich bin überzeugt davon, dass sie ihre Arbeit hervorragend machen, nur ist diese Materie so komplex und schwierig zu handhaben, das sieht man anhand der Zahl der Verständigungsvermerke im Prüfbericht, dass eine landesweite akkordierte Vorgangsweise bei der Vollziehung unmöglich ist. Das zeigt auch die Tatsache, durch das bestehende Ungleichgewicht zum Beispiel bei den Verdienstmöglichkeiten, Wohnungs- und Lebenserhaltungskosten, zwischen dem nördlichen Teil und dem südlichen Teil des Landes. Hier kommt es zu individuellen Problematiken der Bezieher. Außerdem gab es einen Rückgang beim Personal für den Vollzug, wobei die Empfängerzahl stieg.

Ich bin dennoch für die Zukunft sehr positiv gestimmt, dass die Vollziehung dahingehend geändert wird, dass sie vielleicht ein einheitliches Vorgehen vorgeben wird können und dadurch auch mehr System in die ganze Abwicklung gebracht wird. Was ich aber nicht glaube, dass es durch die Empfehlung des Landes-Rechnungshofes gelingen wird, diesen Empfehlungen können wir nichts so recht abgewinnen.

Außerdem sind diese Empfehlungen gar nicht so leicht zu realisieren. Zum Beispiel bei der Vermögensprüfung, Überprüfung von Grundbesitz, Abfragen von Bankdaten, bei der Sicherstellung, hier gehört abgeklärt, ob es sich wirtschaftlich überhaupt auszahlt, privatrechtliche Leistungen, Freibetrag, und so weiter.

Deshalb wird auch die Umsetzungsquote so gering sein, weil dies nicht alles leicht zu realisieren ist. Eine Ungleichbehandlung, egal wo, soll es eben nicht geben, hört man immer wieder. Aber es gibt sie eben. Für die Österreicher besonders beim Bezug der Mindestsicherung.

Verantwortungslos, großzügig gegenüber Nichtösterreichern, streng bei den Inländern. Denn beispielsweise muss der inländische Langzeitbezieher sein Vermögen, seine Wohnung verwerten, bevor er die Mindestsicherung bekommt. Bei den Nichtösterreichern kann man eine Vermögensprüfung gar nicht durchführen. Deshalb bin ich überzeugt, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung eine Totalreform benötigt. Die Zugangsbestimmungen gehören viel klarer definiert und wirksame Kontrollen eingeführt, um auch einen Missbrauch vermeiden zu können. Was beim ganzen Prüfbericht aber mehr erschüttert, ist nicht so sehr, dass die Vollziehung einwandfrei geklappt hat, sondern der enorme Anstieg der Bezieher.

Das sind die Probleme, um die wir uns Sorgen machen sollten. Die Anzahl der Mindestsicherungsbezieher stieg von 2012 bis 2014 um 13 Prozent auf 3.735 Menschen im Burgenland. Das heißt, 3.735 Menschen reicht das Einkommen nicht aus, um den Lebensunterhalt für sich und ihren Familien zu sichern und andererseits auch die Vermögensverhältnisse des Haushaltes stehen dem nicht entgegen. Hier gilt es, durch verschiedene Maßnahmen entgegenzusteuern, damit die betroffenen Menschen wieder in den Arbeitsprozess integriert werden können.

Dazu wurden schon etliche Maßnahmen gesetzt, Projekte für Berufsorientierungsgespräche, Ein- beziehungsweise Wiedereingliederungsmaßnahmen, Integrationsmaßnahmen durch Höherqualifizierung und Sprachausbildung auch für Jugendliche und Frauen, sowie Maßnahmen für schwer vermittelbare Arbeitslose.

Ich glaube, dass auch folgende Maßnahmen, wie das Beschäftigungspaket, mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping, das haben wir heute noch auf

der Tagesordnung, das Bonus-System für ältere Arbeitnehmer 50+, auch die Initiative "wir bauen burgenländisch", das Bestbieterprinzip, dazu beitragen werden, Menschen wieder in den Arbeitsprozess eingliedern zu können oder im Arbeitsprozess halten zu können.

Wir glauben, dass die Maßnahmen sehr wichtig sind und sein werden, um die Zahl der Mindestsicherungsbezieher zu senken. Menschen, die Mindestsicherungsbezieher sind und wieder arbeitsfähig wären, aber nicht arbeitswillig sind, kann auch keine Dauerlösung sein. Eine nachlässige Vollziehung im Sinne der Kontrolle durch Personalmangel begünstigt Missbrauch und Sozialbetrug und macht die Mindestsicherung zu einer Hängematte im Sozialtourismus. Das wollen wir nicht haben.

Hier sollten die Maschen der Hängematte größer gemacht werden. Abschließend, es sollte eine Totalreform der Mindestsicherung hergestellt werden, nicht nur für die Empfänger, sondern auch für die Vollzieher. Den Prüfbericht nehmen wir selbstverständlich zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist vom Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt sehr intensiv zugehört, wenn man sich nach dem Kollegen Wiesler die Worte in Erinnerung ruft, die die Kollegin Petrik von sich gegeben hat, ja, so diametral anders kann man das Thema sehen und trotzdem muss ich bei einem dem Kollegen Wiesler schon Recht geben, der Anstieg der Bezieher und der Anstieg, der uns noch erwarten wird, bedingt durch die Tatsache, dass sehr viele Schutzsuchende und Flüchtlinge gar keine andere Wahl bekommen werden, als in die Mindestsicherung zu gehen, ist eine Herausforderung für uns alle.

Vor allem für all Jene, die argumentativ dann dagegenhalten müssen, warum jemand geringfügig arbeiten soll, warum jemand sich vielleicht in ein unangenehmes Arbeitsverhältnis begeben soll, gegenüber der Situation zu sagen, ich bleibe dem fern, ich werde mich mit der Mindestsicherung durchschlagen.

Es gibt für mich selbst erschreckende Nachrichten von Jugendbetreuern, die erzählt haben, dass es durchaus eine ganze Generation gibt, wo junge Menschen gezielt besser informiert sind, mittlerweile über soziale Absicherungsmaßnahmen, wie sie wann zu Sozialleistungen kommen, als wie sie zum Beispiel zum nächsten Bildungsabschluss kommen. Es gibt diese Extremfälle, sie werden leider mehr. Wir müssen hier auch als politisch Verantwortliche dem entgegensehen, dass wir hier noch mehr Diskrepanz bekommen in unserer Gesellschaft, denn wir müssen solidarisch sein, nicht nur mit Jenen, die Hilfe brauchen, wir müssen auch solidarisch sein mit Jenen, die in das System einzahlen. Denn ich glaube ja nicht, dass dieses System dadurch kollabieren wird, dass immer mehr Leute Leistungen beziehen, sondern dass der Widerstand und die Flucht derer, die Leistungen einzahlen müssen in das System, höher werden wird.

Diese Diskrepanz merken wir und für mich ist es ein Paradebeispiel, wenn wir darüber reden, eine gemeinsame Schule der 10 bis 14-Jährigen zu schaffen, dann ist das für mich nicht nur eine bildungspolitische Frage, sondern auch eine finanzielle. Eine gemeinsame Schule der 10 bis 14-Jährigen bedeutet nämlich im Umkehrschluss, dass alle Jene, die es sich leisten können, eine Privatschule wählen werden für ihre Kinder, so wie ja jetzt schon der Anstieg der Schüler in den Privatschulen enorm ist.

Genau diese Entwicklung, dass unser gesellschaftlicher Zusammenhalt geschwächt wird, dass die Schere zwischen arm und reich größer wird, der müssen wir

gemeinsam entgegentreten und dazu ist die Mindestsicherung in der derzeitigen Form zumindest aus Sicht der Österreichischen Volkspartei keine adäquate Lösung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auf den Inhalt des Follow-Up-Berichtes wurde bereits Bezug genommen. Wenn man exakt ist, eine Umsetzungsquote von sieben Prozent für einen Follow-Up-Bericht des Rechnungshofes, ist eigentlich mehr als beschämend. Die Anzahl der Bezieher steigt um 13 Prozent im Vergleichszeitraum, der Anstieg der Kosten gar um 35 Prozent und gleichzeitig verringert sich das dafür eingesetzte Personal um 17 Prozent - drei Zahlen, die meines Erachtens dazu führen, dieses System noch mehr in Frage zu stellen.

240.000 Bezieherinnen und Bezieher österreichweit der bedarfsorientierten Mindestsicherung bei einem Prozentsatz von rund 40 Prozent, wo man denkt, dass diese Bezieherinnen und Bezieher als arbeitsfähig einzustufen sind, sind eine riesige Verantwortung, aber gleichzeitig eine riesige Belastung für unsere Budgets auf allen Ebenen. Ich möchte daher erinnern, die ÖVP, namentlich der ÖAAB innerhalb der Volkspartei, hat bundesweit hier einen Vorstoß gemacht, um hier einige Akzente einzubringen, die man ändern könnte.

Beispielsweise eine schrittweise Umstellung von Sachleistungen und Direktzahlungen gegenüber den Geldverhältnissen, Entschuldigung Geldleistungen, im Verhältnis 50:50. Nach einem Jahr die Reduktion der Geldleistungen um 25 Prozent, eben nur für jene Menschen mehr, die sich voll für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen wollen. Eines, das gefällt mir besonders gut, ich denke, positive Anreize sind immer besser als strafen, ich würde, bevor ich daran denke Leistungen zu kürzen, einen Wiedereinsteigerbonus einführen.

Einen finanziellen Anreiz für Jene, die nach längerer Zeit in der Mindestsicherung wieder in ein Arbeitsverhältnis wechseln können, müssen oder zumindest gewillt sind, dieses Arbeitsverhältnis anzustreben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mindestsicherung ist ein Modell, das nicht ausgerichtet war auf die derzeitige Situation und ich erinnere an die heutige Debatte um das Landesbetreuungsgesetz. Wir vollziehen eine EU-Richtlinie, zumindest die Regierungsparteien haben das ja mit ihren Stimmen vollzogen, die aus dem Jahr 2013 stammt. Einem Jahr, wo niemand erahnen konnte, dass wir uns bei den Asylanträgen, die Österreich erwarten wird, der 100.000 Personen-Marke nähern in einem Jahr.

Was das für unser Sozialsystem und die Mindestsicherung bedeutet, ist auf der Hand. Das bedeutet eine massive Überlastung des Systems und ich bin bei Sebastian Kurz, der zumindest für Jene, die sich nicht an unserem Wertekanon, die sich nicht an unsere Kultur anpassen wollen oder eben hier zumindest die Sprache erlernen, dass jene Personen mit Kürzungen rechnen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sage ich nicht weil ich glaube, dass ich irgendjemandem etwas nicht vergönne, ganz im Gegenteil. Ich befürchte nur, dass die Solidarität Jener, die in das System einzahlen, geringer werden wird.

Ich sehe mich als Vertreter einer Partei, die Eigentum schützen möchte, die Leistung schützen möchte, doch hier aufgefordert, aktiv zu werden. Ich möchte dieses Modell der ÖVP zur Abänderung der bedarfsorientierten Mindestsicherung unterstützen und ich möchte auch Sie bitten, abseits parteipolitischer Einstellungen darüber nachzudenken, ob dieses System für das Jahr 2016 uns überhaupt noch einen Schritt weiterbringen wird. Denn mit einem ist nicht zu rechnen, dass die große Finanzierungswunderlücke aufgeht und dort alles Geld hineinströmt und wir die Möglichkeit haben, alles zu finanzieren. Zweitens ist nicht damit zu rechnen, dass von

heute auf morgen sich die Situation mit den Flüchtlingsströmen innerhalb Europas ändern wird.

Deshalb nehmen wir diesen Bericht zur Kenntnis, sehr nachdenklich, aber auch mit klaren Vorstellungen, wie wir hier in der Mindestsicherung Änderungen herbeiführen möchten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Herr Mag. Christian Drobits ist als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landes-Rechnungshofdirektor mit seinem Team! Werte Damen und Herren! Nun, die Vorredner haben bereits die Kenntnisnahme des Berichtes des Landes-Rechnungshofes hinblicklich der Mindestsicherung grundsätzlich bejaht.

Dieser Mindestsicherungsbericht oder dieser Landes-Rechnungshofbericht ist, meiner Meinung nach, in vielen Bereichen nicht zu beschönigen. Der Landes-Rechnungshof macht in seiner Funktion folgendes, dass er Empfehlungen abgibt und berät, welche Nutzung von Potentialen und welche Verbesserungsmöglichkeiten bestehen.

Genau das hat der Landes-Rechnungshof im Follow-Up-Bericht zum Bericht aus dem Jahr 2012 gemacht. Der Landes-Rechnungshof sagt eindeutig, dass aber auch diese bedarfsorientierte Mindestsicherung mit den dynamischen Entwicklungen in der Mindestsicherung zusammenhängen. Welche Entwicklungen das sind, wurde von den Rednern bereits erwähnt.

Wir haben eine Steigerung von 13 Prozent seit 2012 an BMS-Beziehern, was gesamt eine Summe von 3.700 ausmacht. Wir haben auch eine große Steigerung der Ausgaben, die mittlerweile innerhalb von drei Jahren 35 Prozent ausmacht und wir haben auch grundsätzlich die Thematik, dass dieser Akt oder ein Mindestsicherungsakt sehr intensiv und komplex ist und daher ein Referent mehrfach mit der Bearbeitung dieses Aktes betraut ist.

Wir sprechen daher bei der Mindestsicherung und bei der Abwicklung jedes einzelnen Mindestsicherungsaktes von einer ganz schwierigen Materie, wobei es auch um Kunden geht, die durchaus auf Grund der Armutsgefährdung oder vielleicht an der Schwelle der Arbeitsgefährdung stehend, in dieser schwierigen Situation einen respektvollen Umgang brauchen und oft auch viel Zeit brauchen.

Das heißt, die Bearbeitung dieser Akte und die dynamische Entwicklung des Umfanges der Quantität dieser Akte bedeutet natürlich, dass man diesen Bericht auch von diesem Gesichtspunkt sehen muss. Das wurde auch vom Landes-Rechnungshof klar und eindeutig belegt, indem gesagt worden ist, er soll einfach Verbesserungspotentiale aufzeigen und nicht die mangelhaften Defizite in der Vollziehung oder auch in der Organisation grundsätzlich vorherstellen.

Nun welche Empfehlungen waren es konkret? Für mich ist einmal ein Punkt, der heute nicht angesprochen worden ist, ganz wichtig: Die 15-a-Vereinbarung sieht vor, dass in diesem Bereich auch Übereinkommen mit dem AMS Burgenland zu treffen sind. Diese Übereinkommen wurden nur teilweise umgesetzt und zwar derart, in dem eine Clearing-Stelle, aber auch eine Anerkennung von gegenseitigen Gutachten erreicht wurde. Jedoch wurde nicht erreicht, was versucht worden ist, ein Übereinkommen über die Steigerung der Arbeitsfähigkeit und auch die Steigerung und Fortsetzung der Erreichung von

Arbeitsfähigkeit und in weiterer Folge von Beschäftigung von arbeitssuchenden Mindestsicherungsbeziehern.

Das ist genau die Thematik, die wir auch in der Statistik Austria 2014 sehen; diese die belegt, dass im Burgenland insgesamt die Dauer eines AMS-Beziehers 9,8 Monate betragen hat und wir damit einen sehr hohen Wert einnehmen. Wahrscheinlich den höchsten.

Das heißt, es wird eine der Schlussfolgerungen sein, dass auch dieses Übereinkommens nochmals mit dem AMS Burgenland eventuell in Hinblick auf die Thematik der Arbeitsfähigkeit und auch der Erreichung einer Arbeitsplatzsituation eine Vereinbarung getroffen werden möge.

Ein zweiter Punkt, der nicht beschönigt werden darf, ist natürlich die Situation hinsichtlich des Personals. Die Situation der Ausbildung des Personals. Es gibt bis jetzt kein vorliegendes Konzept, inwieweit eine kurzfristige, mittelfristige oder langfristige Ausbildung der Mitarbeiter erfolgen soll. Es liegt auch keine Konzeption vor, welche Personalpläne kommen sollen.

Daraus resultierend ist für mich ein wichtiges Problem, das auch Mag.a Petrik angesprochen hat, dass natürlich eine Kostenwahrheit sehr schwer zu erzielen ist. Es ist ein Ziel, diese Empfehlung des Landes-Rechnungshofes, Kostenwahrheit zu erreichen. Es ist auch ein weiteres Ziel aufgrund der Empfehlung, dass ein Produktkatalog erstellt wird. Ein Produktkatalog gewährleistet, dass im Endeffekt alle Bezirkshauptmannschaften und deren Mitarbeiter, die betraut sind mit der Erledigung dieser Agenda, eine Möglichkeit haben, eine Richtlinie zu haben, wo dann wirklich von Nord bis Süd die Akte gleichsam abgewickelt werden können. Ein Leitfaden für die Beratung quasi, der dazu führt, dass natürlich dann auch der Umgang mit diesen Kunden erleichtert wird. Es soll auch ein Schutzzweck für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sein, die mit dieser Materie betraut sind.

Vielleicht noch abschließend von den Empfehlungen her. Mir ist es auch wichtig zu erwähnen, dass ich glaube, dass mittlerweile auch einige Handlungen gesetzt worden sind. Der Herr Landeshauptmann, der da ist, sagt immer, das Zauberwort ist „tun“. Drei Buchstaben. Und es wurde bereits getan. Es wurde mittlerweile auch aufgrund der Entwicklungen im Bedarfsmindestsicherungsbereich bereits organisatorisch eine Änderung eingefügt, indem nunmehr in der Abteilung 6 einerseits von der Organisation her eine Änderung getroffen wurde, andererseits auch ein neues Referat Sozialleistungen mit diesem Wort eingeführt worden ist.

Was ganz wichtig ist und was momentan schon angestrebt wird, ist über den Tellerrand zu schauen und mit den anderen Bundesländern Vergleiche und Richtlinien zu setzen, damit auch dort geschaut wird, inwieweit wir uns verbessern können.

Zusammengefasst, glaube ich, dass dieser Rechnungshofbericht viele Verbesserungspotentiale aufzeigt. Die Schlussfolgerung muss sein, diesem Verbesserungspotential gegenüber offen zu sein und bei einer nächsten Überprüfung nicht nur 39 Prozent, sondern vielleicht üblicherweise 80 bis 100 Prozent umsetzen zu können. Ich bin auch überzeugt, dass diese Mindestsicherung einen wesentlichen arbeitsmarktpolitischen Sinn hat, nämlich ein Frühwarnsystem für Armutsgefährdung. Es ist für mich die beste Armutsgefährdungsschwelle, die man erkennen kann, und mit dieser Armutsgefährdungsschwelle, glaube ich, liegen wir richtig, wenn wir zukünftig das Thema Armutsgefährdung behandeln.

Wir haben im Burgenland Gott sei Dank den niedrigsten Wert mit rund 11,7 Prozent. Der Durchschnitt liegt bei 14,1 Prozent. Aber ich glaube, genau bei diesen Themen, die Mindestsicherung, und bei diesem Thema, wenn es um Kostenwahrheit und Ausgaben geht, sollte man schauen, dass man immer wieder in der Prävention in diesem Bereich vorne ist.

Darum glaube ich, dass dieser Bericht auch für die Zukunft und für zukünftige Aktivitäten in diesem Haus wichtig sein wird. Ich bedanke mich auch für die akribische Arbeit und wünsche, dass auch diese Vorhaben, die wir uns alle stellen, gelingen mögen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Bevor ich zu diesen fünf Punkten komme, nur ganz kurz zum Kollegen Sagartz. Wir müssen, glaube ich, vorsichtig sein, auch in der Wortwahl und in der Schärfe unserer Abgrenzung und Schärfe. Sie haben gesprochen von Mindestsicherung mit Asylwerbern. Mindestsicherung kann nur der bekommen, wer Asyl bekommen hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Asylberechtigte.)* Das ist wichtig. Weil das in der Diskussion vermischt wird. Das werfe ich Ihnen jetzt nicht vor, sondern es ist in der Diskussion so. Ich bin ja auch sehr viel, wie Sie, im Burgenland unterwegs und die Menschen glauben da und dort, dass ein Asylwerber schon automatisch ein Recht auf Mindestsicherung hat, das hat er nicht, sondern er hat das Recht erst, wenn er Asylstatus bekommen hat.

Das ist natürlich eine politische Diskussion, da bin ich völlig bei Ihnen, weil natürlich ein österreichischer Staatsbürger, der beispielsweise Grund oder Haus hat, schwieriger zu dieser Mindestsicherung kommt, als ein Asylwerber, der Asyl bekommen hat und nichts hat und damit auch zu dieser Mindestsicherung kommt. Dass das eine politische Diskussion ist, die alle Parteien betrifft, ist klar. Ich wollte das nur klarstellen.

Die fünf Punkte. Erstens, es handelt sich hier um einen Bericht, ein Follow-up Bericht. Es wurde angesprochen vom Kollegen Drobits 2012, geprüft 2015, also eine Zeit, die schon lange zurückliegt. Das ist nicht zu beschönigen, das sind sehr viele Punkte, die nicht erfüllt worden sind, auch das wurde vom Kollegen Drobits angesprochen. Ich kann nur sagen, dass wir die Empfehlungen, die noch nicht erfüllt worden sind, erfüllen werden.

Der dritte Punkt ist, wir haben auch aus diesem Grund unter anderem die Abteilung 6 neu aufgestellt. Wir sind dabei, hier in Zukunft effizienter arbeiten zu wollen und damit dafür zu sorgen, dass auch solche Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes rascher umgesetzt werden können, denn es kann nicht sein, dass Empfehlungen, in der Zahl 13 Empfehlungen, nur zu 100 Prozent in einer umgesetzt worden sind, und der Rest maximal zu 50 Prozent.

Vierter Punkt: Ich möchte von dieser Stelle heute auch sagen, ich bin der Meinung, und das ist auch in diesem Rechnungshofbericht eingearbeitet, dass es wichtig wäre, dass wir ein einheitliches System, was die Mindestsicherung betrifft, im Burgenland schaffen können. Es kann nicht sein, dass in Oberpullendorf, in Eisenstadt und in Jennersdorf, unterschiedliche Kriterien gelten. Das ist eine politische Aufgabe, das kann man nicht den Beamten sozusagen dann „anhängen“, sondern es muss politische

Vorgaben geben, um hier eine einheitliche Auszahlung und Darstellung der Mindestsicherung im Burgenland zu schaffen.

Der fünfte Punkt ist, dass wir tatsächlich ein Plus von 13 Prozent in diesem Bereich haben. Das zeigt auch, dass die Mindestsicherung ein politischer Wille ist, und damit möchte ich den Kreis zu Ihnen, Herr Klubobmann, schließen, dass der politische Wille da war und zwar nicht vom Land her, sondern vom Bund her, diese Mindestsicherung auch … *(Abg. Mag. Christian Sagartz: Auch nicht gesagt, wer verantwortlich war.)* Na ja, Sie haben aber gesagt, dass Sie sich - ÖVP Burgenland - von dieser Mindestsicherung einigermaßen distanzieren. Das halte ich für den falschen Weg.

Ich halte es für wichtig und richtig, dass diese Mindestsicherung auch da ist. Dass es da und dort Verwerfungen gibt, die sind hier zu beachten und die muss man auch politisch bewerten, aber grundsätzlich ist das Modell, hier Menschen nicht in die Armutsfalle tappen zu lassen, richtig.

Aber zum Rechnungshofbericht: Wir werden diese Empfehlungen, noch einmal gesagt, zu 100 Prozent umsetzen. Das Wichtigste aus meiner Sicht ist, dass es eine einheitliche Vorgangsweise im ganzen Burgenland geben soll. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat für Ihre Ausführungen. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Follow-Up Prüfung betreffend die Überprüfung der Vollziehung des Bgld. Mindestsicherungsgesetzes aus November 2012 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

12. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 138) betreffend mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping (Zahl 21 - 96) (Beilage 166)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 138, betreffend mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping, Zahl 21 - 96, Beilage 166.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. November 2015, beraten.

Der Rechtausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als einer der wenigen Unternehmer, die hier im Landtag sitzen, möchte ich speziell darauf verweisen, dass mir dieser Tagesordnungspunkt besonders wichtig ist und dass ich es für besonders notwendig halte, dass er hier auch diskutiert wird.

Billige Arbeitskräfte, Scheinselbständig, Lohn- und Sozialdumping sind Begriffe, die seit der Arbeitsmarktförderung immer wieder zu hören sind. In den vergangenen vier Jahren gab es österreichweit rund 1.500 Strafverfahren wegen Sozialbetrugs. Aus dem Burgenland sind einige Dutzend Verdachtsfälle und Anzeigen bekannt. Auch bei der Arbeiterkammer Burgenland häufen sich die Anfragen. Billigarbeitskräfte aus Osteuropa verstärken den Druck auf einheimische Arbeitnehmer, obwohl dies natürlich laut EU-Richtlinie nicht zulässig ist.

Wie aus den Medien zu entnehmen ist, gibt es Fälle, wo ausländische Arbeitnehmer auf den Baustellen schlafen und am nächsten Tag wieder arbeiten, rund um die Uhr tätig sind. Am Wochenende arbeiten. 50, 60, 70 Stunden arbeiten. Die Hauptgründe dafür sind Angst vor Jobverlust und Geldmangel. Immer wieder stellen Unternehmer Mitarbeiter unter dubiosen Bedingungen ein, besonders im Gastgewerbe, im Handel und vor allem in der Bauwirtschaft. Bauarbeiter werden nur als geringfügig beschäftigt angemeldet. Oft müssen auch die ausländischen Mitarbeiter einen Teil ihres Geldes, die Differenz zwischen dem Einkommen in Österreich und dem Einkommen im Heimatland, dem Unternehmer als Barzahlung rückerstatten.

Ebenso bieten Firmen aus dem benachbarten Ausland im Bau- und Baunebengewerbe Leistungen zu einem Bruchteil dessen an, was heimische Unternehmer vergleichsweise verlangen müssen.

Als Unternehmer weiß ich, dass zahlreiche Firmen aus dem benachbarten Ausland sogenannte Drückerkolonnen als quasi selbständig Beschäftigte, um Lohnnebenkosten zu sparen, einsetzen.

Burgenländische Unternehmen werden durch solche Konkurrenzangebote in mehrfacher Hinsicht geschädigt. Sie verlieren Aufträge und damit Umsatz, was in weiterer Folge ein Verlust von Arbeitsplätzen nach sich zieht.

Sollten keine dringend notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping gesetzt werden, sehe ich den Wirtschaftsstandort Burgenland massiv gefährdet. Die Einnahmen der öffentlichen Hand in Form von Kommunalsteuern und Einkommenssteuern werden weiter sinken. Unternehmer müssen gestärkt werden. Ihnen dürfen nicht weiter immer wieder Prügel vor die Füße geworfen werden. Wir Unternehmer schaffen Arbeitsplätze. Die Politik kann lediglich die Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze schaffen.

Aber hier hat die SPÖ-ÖVP-Regierung in den letzten Jahren eher wenig zustande gebracht. Auch Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping im Burgenland wurden bereits in der vergangenen Legislaturperiode, genauer gesagt, am 26. Jänner 2012 versprochen. Passiert ist bis dato nicht wirklich viel.

Ich wünsche mir, dass die jetzige SPÖ-FPÖ-Regierung sich für eine Stärkung der burgenländischen Unternehmer und für sofortige Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping im Burgenland bei ihren Kollegen in Wien, sprich bei der Bundesregierung, einsetzt.

Landeshauptmann Hans Niessl und sein Team sollen beweisen, dass sie einen guten Draht zum Bundeskanzler und zu den zuständigen Ministern haben, um die geforderten Akutmaßnahmen umsetzen zu können. Ich sehe hier aber auch die ÖVP gefordert, sich bei ihren Kolleginnen und Kollegen der Bundesregierung einzusetzen, um die burgenländischen Unternehmer zu schützen, um dem Lohn- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben.

Die Bundesgeschäftsführerin der GRÜNEN, Frau Mag. Glawischnig, hat in einem Interview in der „Zeit im Bild 2“ einmal gesagt, das ist noch gar nicht so lange her, die KMUs in Österreich werden zirka einmal in 30 Jahren von der Finanz und von der Krankenkasse überprüft.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Ihnen ein Beispiel aus der Praxis nennen, an meiner eigenen Firma, Firma Hutter und Stifter. Ich bin seit 28 Jahren selbständig, und ich bin seit dem Jahr 2002 Bürgermeister der Gemeinde Bad Sauerbrunn. Seit diesem Jahr, seit 2002, werde ich jedes Jahr vom Finanzamt, von der Krankenkasse geprüft, bis zum Jahr 2012 lückenlos.

Fällt es jetzt dem Finanzamt ein, dass sie mich auch noch 2013 und 2014 überprüfen, dann habe ich das Duzend voll. Ich würde mir dieses Engagement vom Finanzamt und von der Krankenkasse natürlich auch bei diesen diversen Ostfirmen wünschen. Dazu müssen wir natürlich die Finanzpolizei dementsprechend auch stärken und sie auch mit einem dementsprechenden Auftrag versehen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Grenzregion Burgenland ist geprägt von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten. Im Burgenland sind zirka 116.000 Arbeitnehmer beschäftigt, in Westungarn zirka 460.000 und die Lohndifferenz ist enorm hoch. Automatisch birgt das Gefahren für den heimischen Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt wird immer grenzloser. Allein aus Westungarn pendeln täglich zirka 16.000 ungarische Arbeitnehmer zu unseren Arbeitsplätzen ins Burgenland ein. Unser Burgenland ist vor der Liberalisierung des Arbeitsmarktes besonders betroffen.

Die Folge davon ist erhöhter Druck auf dem burgenländischen Arbeitsmarkt durch Lohndumping und Verdrängungswettbewerb. Das Sozial- und Lohndumpinggesetz wurde vor vier Jahren eingeführt, um einen fairen Wirtschaftswettbewerb zu gewährleisten.

Auf das Gesetz selber möchte ich nicht eingehen, außer anmerken, dass es mehrmals verbessert und verschärft wurde. Österreich hat somit jetzt das strengste Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping aller EU-Staaten, jedoch ist die Wirtschaft im

Burgenland mit einem besonders massiven und starken Verdrängungswettbewerb konfrontiert.

Jetzt sind natürlich stärkere Kontrollen gefordert, denn die strengsten Gesetze würden nichts nützen, wenn die Kontrollen mangelhaft sind. Deshalb muss verstärkt mit allen rechtlichen Möglichkeiten gegen Lohn- und Sozialdumping vorgegangen werden. Dazu benötigt man aber unbedingt die Aufstockung von mehr Finanzpolizei. Derzeit gibt es für das gesamte Burgenland und den niederösterreichischen Bezirk Bruck an der Leitha zu wenig Personal bei der Finanzpolizei.

Aufgrund dieser geringen Anzahl können sie ihre Aufgaben unmöglich im vollen Umfang erfüllen. Hier kann man unmöglich kontrollieren, ob 116.000 Beschäftigte korrekt entlohnt werden.

Gerade vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und der Öffnung des Arbeitsmarktes auch für bulgarische und rumänische Staatsbürger sind verstärkte Kontrollen natürlich das Gebot der Stunde. Finanzminister Schelling ist aufgerufen, die Anzahl der Finanzpolizisten deutlich zu erhöhen, damit effektive Kontrollen tatsächlich stattfinden können.

Nur mit mehr Finanzpolizei sind Kontrollen auch am Abend und am Wochenende möglich. Organisierte Schwarzarbeit kennt keine geregelten Arbeitszeiten, unlauter Wettbewerb schadet Unternehmen, die korrekt arbeiten. Im Burgenland steigt zwar weiterhin die Beschäftigung, aber auch die Arbeitslosigkeit. Ein dramatischer Grund dafür ist das Einpendeln der Arbeiter aus dem Ausland.

Im Burgenland gibt es den höchsten Anteil von Einpendlern an unselbständig Beschäftigten, nämlich zirka 16,5 Prozent. In den anderen Bundesländern liegt der Wert bei unter fünf Prozent. Umso dringender ist es von Seiten des Bundes, Unterstützung zu erfahren und hier im Burgenland die Finanzpolizei aufzustocken. Sozialbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern muss mit aller Härte kontrolliert werden.

Mit dem Gesetz gibt es ein effektives Instrument, um faire Bedingungen für alle Betriebe und alle Arbeitnehmer zu schaffen. Deshalb gilt, Finanzminister Schelling sollte hier nicht weiter säumig sein, sondern dem am meisten betroffenen Bundesland, nämlich dem Burgenland, mehr Hilfe in Form der Aufstockung der Finanzpolizei zukommen zu lassen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme selber aus einem Tischlereibetrieb, aus einem Familienbetrieb, und wenn heute das Thema Schutz vor Lohn- und Sozialdumping ist, so kann man nur klar festhalten: Ziel ist es, faire Bedingungen für alle Betriebe in Österreich beziehungsweise im Burgenland zu schaffen und schwarze Schafe einfach zu strafen.

Dies kommt den seriösen, heimischen Wirtschaftsbetrieben zu gute. Die ÖVP unterstützt Unternehmer, welche Arbeitsplätze im Burgenland schaffen. Aufrichtige Unternehmer gehören geschützt. Im konkreten Fall, in diesem vorliegenden Antrag ist zu entnehmen, dass hier wieder einmal ein Antrag einer rot-blauen Regierung vorliegt, die wieder nur populistisch motiviert ist. Im Kern dieses Antrages ist eine positive Forderung von 50 zusätzlichen Finanzpolizeibeamten. Die Forderung ist ein schöner Wunsch ans

Christkind, nur ob die Regierung selber daran glaubt, das wissen wir alle miteinander nicht.

50 zusätzliche Finanzpolizeibeamten sind mit hohen Kosten verbunden und ob diese Kosten hier wiederum hereingespielt werden, das können wir auch nicht belegen. Es gibt dazu ein Zitat aus der „BVZ“ vom Mai 2015, wo der damalige Landesrat Rezar gesagt hat: 566 Unternehmen wurden rechtsgültige Bescheide ausgestellt, 31 davon im Burgenland, 50 Prozent davon sind Betriebe aus dem Bereich Bau- und Gastronomie. 18 Finanzpolizisten waren dafür zuständig. 50 Prozent von 31. Der Antrag, der vorliegt, geht uns aber als ÖVP zu wenig weit. Wir wollen die Schaffung vernünftiger rechtlicher Rahmenbedingungen, um die Verwaltungsstrafen auch im Ausland exekutieren zu können.

Wir fordern eine bessere Vernetzung der Behörden untereinander. Wir wollen verstärkte Schwerpunktaktionen, auch am Wochenende und an den Feiertagen, und das kann natürlich auch mit dem bestehenden Personal gemacht werden.

Wir als ÖVP sagen abschließend, wir sind gegen eine Generalverdächtigung von burgenländischen Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir wollen hier unsere Betriebe schützen, und wir verurteilen hier klar die Vorgehensweise dieser SPÖ-Regierung und der blauen Helfershelfer. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst die gute Nachricht des Tages, das Burgenland verzeichnet Rekordbeschäftigung und das das sechste Mal in Folge.

Noch nie in der Geschichte unseres Heimatlandes waren so viele unselbständige Beschäftigte zu verzeichnen wie heuer, und das ist die gute Nachricht, denn im Juli, da ist die Beschäftigungszahl immer am größten, konnten wir 104.784 Beschäftigte im Burgenland verzeichnen. Das ist auch wichtig für die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, dass gleichzeitig auch die Arbeitslosigkeit ansteigt. Früher hat man gesagt, so wurde zumindest in den Lehrbüchern unterrichtet, wenn die Arbeitsplätze steigen, dann sinkt die Arbeitslosigkeit.

Eigentlich müsste man die Lehrbücher umschreiben, das ist nicht mehr der Fall, und das sieht man auch. Das Burgenland hat natürlich auch viel dazu beigetragen. Jeder fünfte Euro wird beispielsweise in Investitionsmaßnahmen und Investitionsoffensive eingesetzt, auch Arbeitsmarktmaßnahmen haben dazu beigetragen, dass wir diese Situation vorfinden. Der Grund ist aber, dass wir ein Land sind mit einer besonderen Lage und das es ein großes Arbeitskräftepotential gibt. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, wir leben an der Wohlstandskante, an der Wohlstandskante von osteuropäischen Ländern, und daher ist natürlich für osteuropäische Länder der Blick in das Burgenland sehr interessant.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass rund um uns eine Million Menschen leben, die deutlich weniger verdienen, als wenn sie im Burgenland arbeiten würden. Wenn man jetzt bedenkt, dass man eine halbe Stunde mit dem Auto fährt und dann im Burgenland arbeiten kann, dann ist es klar - und wir würden das wahrscheinlich genauso machen -,

dass viele sagen, ich setze mich ins Auto und nimm in Kauf, dass ich eine halbe Stunde fahre, wenn ich deutlich mehr verdiene.

Ich möchte ein Beispiel nennen: Das durchschnittliche Bruttoeinkommen im Burgenland belauft sich auf 1.400,05 Euro, Statistik Austria, sage nicht ich, sondern Statistik Austria. Vergleicht man das durchschnittliche Einkommen beispielsweise in Ungarn, so wird man feststellen, dass sie 480 Euro verdienen, und somit verstehe ich jeden, der eine halbe Stunde fährt, wenn er sein Einkommen verdreifachen kann, dass er das auch in Anspruch nimmt.

Es gibt aber auch Österreicher, die in Ungarn arbeiten, das sind 105 Personen nach Statistik Austria, umgekehrt verhält sich dieses Verhältnis etwas anders, nämlich 37.793 Ungarn pendeln nach Österreich ein und gehen hier einer Beschäftigung offiziell nach.

Auch im Burgenland ist es so, die größte Gruppe sind auch die Ungarn mit 12.890, die Tendenz steigt Jahr für Jahr an, und das kann man auch deutlich sehen. Kein anderes Bundesland ist derart mit EinpendlerInnen, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus dem Ausland betroffen wie das Burgenland und das möchte ich auch anhand einer Grafik zeigen. *(Der Abgeordnete zeigt eine Grafik)*

Denn da sagt man immer so salopp. Sie sehen, der rotgoldene Balken, das ist das Burgenland. Wir verzeichnen 16,62 Prozent an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus dem Ausland in das Burgenland pendeln und hier Beschäftigung finden.

Vergleichen wir aber die anderen Bundesländer, dann wird man feststellen, dass es eine völlig andere Kultur bei den Unternehmungen gibt, nämlich auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland zu setzen. Denn die Zweiten sind Niederösterreich beziehungsweise Salzburg, die nur 4,8 Prozent an Pendlerinnen und Pendler aus dem Ausland in ihrem eigenen Bundesland verzeichnen.

Das bedeutet, die Bereitschaft der burgenländischen Wirtschaft, eine Arbeitnehmerin/einen Arbeitnehmer aus dem Ausland zu beschäftigen, ist deutlich ausgeprägter als in anderen Bundesländern. Daher mein Appell auch an die heimische Wirtschaft, auf die Qualität der Burgenländerinnen und Burgenländer zu setzen. Die arbeiten hart, die arbeiten gerne, man muss ihnen eine Chance geben, da werden sie diese Chance auch wahrnehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Heute wurde schon einige Male gesagt: Die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, die Wirtschaft stellt die Leute ein. Da gebe ich recht, schön wäre nur, wenn die Wirtschaft dann auch schaut, wen sie einstellt. Ob sie in der Umgebung einen Burgenländer, eine Burgenländerin gibt, die gut qualifiziert ist, die gerne arbeitet und hier zugreift, oder ob man es sich einfach macht, schauen wir einmal, was es sonst noch gibt und eine Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer beispielsweise aus Ungarn einsetzt.

Ich möchte nicht missverstanden werden, wir brauchen auch viele der Kolleginnen und Kollegen aus dem benachbarten Ausland. Ich sage aber auch gleichzeitig dazu, dass die Statistik nicht lügt und es zwischen dem Burgenland und den anderen Bundesländern hier einen deutlichen Unterschied gibt und da kann man nicht sagen, die Burgenländer sind unqualifizierter wie die Niederösterreicher oder Steirer. Dieses Argument lasse ich nicht gelten. Daher der Appell an die heimische Wirtschaft, auf Burgenländerinnen und Burgenländer zu setzen. Wir wollen ja auch, dass sie Dienstleistungen von heimischen Betrieben kaufen, dass sie Produkte kaufen, und daher brauchen sie auch Einkommen, damit die Wertschöpfung auch im Burgenland bleibt.

Geschätzte Damen und Herren! Aber der Druck ist natürlich am Arbeitsmarkt relativ groß und es betrifft nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch die heimischen Unternehmungen, insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe, die hier wirklich unter Druck kommen, weil Preis-, Lohn- und Sozialdumping in der Praxis gelebt wird.

Ich habe erst in der Vorwoche mit einem Unternehmer gesprochen, der einen mittelständischen Betrieb mit 15 Mitarbeitern hat, der mir gesagt hat, wenn er am Freitag von der Baustelle wegfährt und am Montag kommt, dann glaubt er immer, die Heinzelmännchen waren da, weil dann wurde dort gearbeitet. Das deutet natürlich darauf hin, dass hier eine andere Firma am Wochenende arbeitet, die man sonst nicht sieht, eigenartig, und genau deswegen brauchen wir Kontrollen.

Denn, wenn wir uns anschauen und der Kollege von der ÖVP sagt, wir kommen schon aus mit den Leuten, die wir haben, dann darf ich vielleicht sagen, wie viele Leute wir haben. Herr Kollege Hirczy, hören Sie zu!

In Oberwart gibt es fünf, die für das ganze südliche Burgenland zuständig sind und im Bezirk Oberpullendorf mitarbeiten müssen. Fünf Personen. Im Bezirk Eisenstadt sind neun stationiert, die die Bezirke Mattersburg bis Neusiedl und zusätzlich den Bezirk Bruck an der Leitha versorgen müssen.

Also insgesamt 14 Personen, die hier bei der Finanzpolizei tätig sind. Jetzt könnte man sagen, naja das ist, stimmt schon, wirklich nicht viel, aber 14 müssen sich noch ausgehen. Nein, weil diese 14 Personen nicht nur Lohn- und Sozialdumping kontrollieren müssen, sie sind auch zuständig für die Kontrollen der NOVA, also Flüchtlinge, die keine Nova zahlen, und sie sind auch für die Kontrollen des kleinen Glückspiels zuständig.

Was noch hinzu kommt ist, wenn man das beispielsweise mit der Polizei vergleicht: Sie fahren auf der Schnellstraße zu schnell, die Polizei erwischt Sie mit dem Radargerät, dann wird das an die jeweilige Bezirksverwaltungsbehörde weiter geleitet und die sorgt dafür, dass dann die Strafen eingehoben werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei der Finanzpolizei ist das nicht so. Die kontrollieren im Bau- und Baunebengewerbe auf der Baustelle, sind dann auch für die Administration zuständig und müssen auch die anderen Tätigkeiten verrichten. Das nimmt ihnen niemand ab. Daher ist das unglaublich, was hier diese 14 Personen eigentlich leisten müssen.

Meine Damen und Herren! Ich sage, dass diese 14 Personen eigentlich nur am Papier bestehen, denn seit einigen Wochen sind die Kolleginnen und Kollegen der Finanzpolizei nicht mehr da und kontrollieren, sondern sie wurden zur Bewältigung der Flüchtlingskrise abgezogen, zur Registrierung. Das heißt, es finden faktisch keine Kontrollen im Burgenland statt - und das seit mehreren Wochen. Da braucht sich keiner wundern, dass plötzlich die Unternehmer sagen, ich komme am Freitag, von der Baustelle fahre ich dann wieder weg, komme am Montag wieder hin und vieles ist da plötzlich geschehen.

Diese Situation, die wir jetzt vorfinden, ist schon eine sehr dramatische, aber wenn ich mir anschaue, was da auf die Kolleginnen und Kollegen der Finanzpolizei hinzukommt, weil der Finanzminister, der dafür zuständig ist, nicht mehr Personal schafft, sondern noch ganz andere Ideen hat, dann wird es kritisch. Denn dazu muss man wissen, dass mit 1. Jänner 2016 die Kolleginnen und Kollegen der Finanzpolizei nicht nur für das Burgenland, nicht nur für den Bezirk Bruck an der Leitha zuständig sind, sondern auch für den Flughafen.

Wenn man weiß, dass mit 1.1.2017 der Bezirk Wien-Umgebung aufgelöst wird und diese Fläche zum Bezirk Bruck an der Leitha hinzukommt, dann weiß man auch, dass der Aufgabenbereich deutlich höher wird. Ich glaube verdoppelt, ja sogar verdreifacht wird, möchte ich sagen, denn der Flughafen alleine würde schon 14 Kollegen brauchen, um ordentlich zu kontrollieren. Das heißt, es ist 5 vor 12 wenn wir nicht dafür sorgen, dass es endlich mehr Finanzpolizistinnen und Polizisten gibt, die hier Kontrollen durchführen, die auch unterstützt werden, dass gestraft werden kann, dann wird die heimische Wirtschaft deutlich Schaden erleiden und damit auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Um das geht es und um nichts anderes. Ich sage auch, wenn man mit den Kolleginnen und Kollegen der Finanzpolizei spricht, dann schildern die, dass sie an ihren Grenzen angelangt sind. Da geht nicht mehr. Da kann man nicht einmal sagen, ja, ihr kontrolliert noch mehr und so weiter. Daher brauchen wir mehr Finanzpolizisten.

Ich sage ganz offen, wer kein Personal zur Verfügung stellt, der duldet, dass es keine Kontrollen gibt. Wenn es keine Kontrollen gibt, der duldet, dass es Lohn- und Sozialdumping im Burgenland gibt, der duldet, dass unlauterer Wettbewerb im Burgenland besteht und jene Unternehmungen, die ordentlich ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlen, die Kollektivverträge einhalten, die die Steuern und Abgaben entrichten unter die Räder kommen. Weil andere, die man nicht kontrolliert, mit einem anderen Preis hineinfahren und das schafft die heimische Wirtschaft nicht. Das ist doch völlig klar, und daher brauchen wir mehr Finanzpolizei.

Denn die Finanzpolizei muss vor allem nach 16 Uhr und auch am Wochenende kontrollieren. Denn Schwarzarbeit hat keine geregelte Arbeitszeit von 08.00 bis 16.00 Uhr. Ganz im Gegenteil, die findet nach 16.00 Uhr und insbesondere am Wochenende statt.

Daher sage ich auch, Kollege Hirczy, wer soll das zahlen? Das refinanziert sich ja, denn ich verstehe nicht, warum der Finanzminister verzichtet, dass mehr Geld in die Kassen kommt. Wenn die Finanzpolizei kontrollieren würde, würden auch Strafen eingehoben werden, und damit wieder Geld in die Kassen kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nur einen kleinen Sidestep - weil wir das heute schon besprochen haben: Ich habe überhaupt kein Verständnis, warum man das duldet, dort die Strafen nicht einhebt, damit Gelder sozusagen am Finanzminister vorbeigehen. Auf der anderen Seite versucht man hier Vereine, die sich wirklich ehrenamtlich bemühen, zu rupfen und hier mit einer Registrierkasse noch zu belasten. Das verstehe ich wirklich nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren! Es geht hier nicht um Parteipolitik, es geht um unsere heimische Wirtschaft, es geht um die Klein- und Mittelbetriebe, es geht um unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Daher möchte ich den Appell an alle im Landtag vertretenen Parteien stellen, diesmal zu sagen: Ja, da geht es jetzt wirklich nicht um Parteipolitik, sondern um unsere Firmen. Da geht es um unsere Leute. Daher sollten wir es zusammen bringen, einen Schulterschluss machen, und die Bundesregierung in die Pflicht nehmen.

Auch SPÖ-Vertreter sind in dieser Bundesregierung, aber trotzdem ist es wichtig, dass man ihnen das ausrichtet, und der Bundesregierung sagt, dass wir mehr Finanzpolizei benötigen. Wir brauchen 50, wenn wir wissen wofür sie alles zuständig sind, was sie alles machen müssen, und dass der Bereich auch deutlich ausgewertet wird. Darum ersuche ich Sie.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gerhard Steier.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Diese Diskussion ist sehr wichtig, denn die Diskussion hat eine hohe Bedeutung. Wir dürfen aber eines bei dem Gesamtthema nicht vernachlässigen beziehungsweise außer Acht lassen: Wir sollten diese immer wieder mitschwingende Kriminalisierung des heimischen Unternehmertums und allem, was damit in Verknüpfung steht, quasi Vorschub leisten. Hier ist wirklich mit Bedacht zu handeln beziehungsweise auch die Wortwahl zu setzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte von vornherein auf den Punkt quasi auch eingehen, dass es eine Art von Selbstfinanzierungsgegebenheit über den Einsatz der Finanzpolizei gibt. Wenn man sich vor Augen führt, dass in der Statistik seit 2008 bis zum 3. Quartal 2014, also über die letzten sieben Jahre, ein Gesamtvolumen von 67.936.969,02 Euro von der Finanzpolizei Österreichweit quasi eingefordert werden kann, dann weiß man auch, dass damit im Zusammenhang eigentlich viele Möglichkeiten - auch der Strafe - geboten sind, dass damit auch vieles, was quasi falsch läuft, entsprechend bestraft worden ist.

Tatsache ist, dass wir bei der Finanzpolizei im Grunde genommen auf Schwarzarbeit, Sozialbetrug, illegales Glückspiel oder unerlaubtes Tätigwerden von ausländischen Firmen in Österreich, aber insbesondere auch alle anderen Finanzstrafdelikte, wie zum Beispiel, Hinterziehung von Umsatzsteuer, Lohnabgaben und Abgabenhinterziehung nach § 33, Abs. 1 Finanzstrafgesetz festhalten müssen. Für das Burgenland darf ich in diesem Zusammenhang aufzeigen, dass folgende Tatbestände von 2008 bis zum 3. Quartal 2014 über die finanzpolizeilichen Erhebungen stattgefunden haben. Anzeigen nach dem ASVG hat es 1.066 gegeben, AMS-Leistungsbezieher wurden 181 bestraft, nach AVRAG wurden 536 Anzeigen gesetzt und nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz gab es im Burgenland auf diesen Zeitraum von sieben Jahren 639 Anzeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Burgenland ist beängstigend. Wir nähern uns oder sind bereits bei 9.000 Personen die arbeitslos sind. Das ist eine Entwicklung, die, glaube ich, wirklich zu bedenken ist.

Auf der anderen Seite haben wir entsprechend dem Beitritt zur Europäischen Union mit dem Übergangszeitraum auf ein paar Jahre jetzt die Situation, dass wir die freie Niederlassungssituation haben und auch die Arbeitsstättengenehmigung frei umzusetzen ist. Diese Probleme, die damit erwachsen, waren eigentlich jedem, der sich mit dieser Situation beschäftigt, von vornherein bewusst, nur hat etwas überhandgenommen, was jetzt auch kritisch anzumerken ist. Es hat auch in burgenländischen Unternehmungen die Tendenz eingesetzt, dass speziell ältere Arbeitnehmer gegen billigere beziehungsweise ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer getauscht werden.

Diese Tendenz ist nicht von der Hand zu weisen und sie ist mehr als zu kritisieren, sie ist auch abzulehnen. Im Grunde genommen geht es hier um das Prinzip, dass ich nicht Qualität kaufe, sondern ich kaufe billigere Arbeitskraft und damit quasi Konkurrenzfähigkeit, wie man meint, mit diesem Sachverhalt umgehen zu können. Ich gehe davon aus, dass wir im Burgenland sehr wohl auch Beschäftigte haben könnten, wenn wir nur im Vertrauen darauf, dass sie diese Arbeit auch leisten wollen, entsprechend darauf setzen. Was ich in dem Zusammenhang aber anmerken möchte, und dies kritisch, weil es auch vorher so dargestellt wurde, als wäre die Finanzpolizei die letzten Wochen nicht aktiv.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Eisenstadt, innerhalb der letzten vier Wochen auf zwei Baustellen von Unternehmungen in der Regel so um die 15 Beschäftigten, waren drei Kontrollen, jeweils von der Finanzpolizei.

Ich meine, das sind Sachen, der Kollege Hutter hat das dargestellt, wo man sich dann schon fragen muss, wieweit das Ganze führen soll, wenn es dann im Zusammenhang auch mit Finanzamtsprüfung beziehungsweise mit der Gebietskrankenkassen-Prüfung führt. Deswegen warne ich davor, hier alles über einen Kamm zu scheren und quasi allgemein festzuhalten, alles was sich im Unternehmensbereich tut, wäre eigentlich kriminell beziehungsweise würde manchen kriminellen Aktionen Vorschub leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag bezogen auf eine höhere Dotierung der Finanzpolizei im Burgenland ist aber prinzipiell eine gute Sache, weil es in die Richtung, glaube ich, notwendig ist, auch entsprechend Personal im Vorrat zu haben.

Auf der anderen Seite möchte ich in dem Zusammenhang auf einen, für mich eigentlich sehr komischen Punkt hinweisen. Komisch in der Darstellung auf ein österreichisches Unternehmen, zwar nicht mehr zu 100 Prozent, aber im Prinzip weist es nach, dass manches, was wir uns in politischer Hinsicht, positiver Art vornehmen, konterkariert wird durch eine Handlung, die absolut nicht nachvollziehbar ist.

Die Österreichische Post AG hat jetzt vorige Woche angekündigt, sie will quasi 50+ Beamte mit einem goldenen Handshake bis zu 55 Monatsgehälter, glaube ich, freisetzen und abfertigen, um sie quasi los zu werden. Wenn man die Tendenz hier zu wenig Personal mit einer hohen Erfolgsquote und Aussichten auf Strafen hat, auf der anderen Seite beamtete Beschäftigte bei der Republik Österreich, dann verstehe ich nicht, warum dieser Widerspruch nicht einfach zu lösen ist, dass diese Beschäftigten quasi bei der Finanzpolizei, zum Beispiel, unterzubringen sind und damit eine einfache Lösung auf ein sehr heikles Problem geboten ist.

Ich bitte darum auch Rücksicht zu nehmen, und dem Herrn Bundesminister für Finanzen diese Situation, die ihn in der Postsituation nicht positiv stimmt, entsprechend unterzulegen beziehungsweise vorzulegen, um hier eine Lösung herbeizuführen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier auch meinen Erfahrungsschatz auch dahingehend einzubringen, dass ich, wie manche von Ihnen vielleicht wissen werden, im Zivilberuf Finanzbeamter bin, wenngleich zwischenzeitlich aufgrund der Funktion natürlich dienstfrei gestellt, aber es ist mir schon ein Anliegen hier, sozusagen auch diese Perspektive in die Diskussion einzubringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn hier viel von fairem Wettbewerb und von Chancengleichheit die Rede und die Sprache ist, dann ist es genau das, was die Kolleginnen und Kollegen im Bundesministerium für Finanzen jeden Tag aufs Neue sicherstellen und herbeiführen. Denn der Kampf gegen, nicht nur Lohn- und Sozialdumping, sondern auch gegen Schwarzunternehmertum, gegen Steuerhinterziehung, oder all die Facetten, denen wir tagtäglich begegnen, ist zumindest in meiner subjektiven Gefühlslage noch viel mehr eine

Sisyphusarbeit, als wir es heute schon beim Kollegen Darabos gesagt haben, weil es nämlich tagtäglich immer wieder aufs Neue hinausläuft und tagtäglich von Neuem beginnt.

In diesem Sinne wundert mich sehr die Wortmeldung vom Abgeordneten Hirczy, die ich für sehr deplatziert finde, und zwar aus mehreren Gründen. Zum einen empfehle ich, dass Sie mit Ihren Kollegen, Freunden von der Wirtschaftskammer, Kontakt aufnehmen. Da waren in den letzten Tagen einige bei mir und zwar nicht von der Basis, sondern von der Spitze, die nahezu flehentlich um mehr Kontrollen, um mehr Finanzbeamte und um mehr Gegenmaßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb gebeten haben. Also genau das Gegenteil von dem, was Sie heute gesagt haben.

Ich kann Ihnen Beschlüsse und Aussendungen und ähnliches Material von der Gewerkschaft GÖD vorlegen. Wie Sie wissen, ist das keine Vorfeldorganisation der FPÖ, die genau das unterstützt, was hier in diesem Antrag steht und sogar noch viel weitergeht. Also, in dem Sinn ist mir nicht ganz klar, wovon Sie hier gesprochen haben.

Zum Beispiel, wenn Sie von einem Wunsch an das Christkind reden. Das mag so sein. Verantwortlich dafür ist in letzter Konsequenz immer eine Person, die logiert in Wien 1, Himmelpfortgasse 8, das ist der Herr Doktor Hans Jörg. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bei Personalangelegenheiten ist er der falsche Adressat! - Abg. Walter Temmel: Wunsch an das Christkind.)*Na ja, der Bundesminister für Finanzen hat natürlich auch die ministeriale Personalhoheit, nicht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es gibt aber auch einen Beamtenminister, einen Beamtenstaatssekretär. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Also. Schon. Ja.

Insofern wundert mich das, weil nämlich sein Amtsvorgänger, Herr Kollege Sagartz, Sie werden ihn kennen, das ist der Doktor Spindelegger, er war einmal Ihr ÖVP Obmann, im Jahr 2013, vor der Nationalratswahl, 500 neue Finanzpolizisten versprochen hat, auf die wir natürlich bis heute warten. Also, insofern, wer da heiße Luft gebiert, sei jetzt einmal dahingestellt. Zu den Kosten. Ich würde Ihnen eine Seite vom Bundes-Rechnungshof empfehlen, da werden immer wieder Berichte veröffentlicht. Aus dem heurigen Sommer, wenn ich mich recht erinnere, ist einer, wo das klipp und klar dargestellt wird. Wobei, man muss natürlich sagen, bei den Finanzbeamten gibt es auch unterschiedliche Dienstklassen und so weiter, da gibt es akademische Kräfte, da gibt es Hilfskräfte, da gibt es Prüfer, da gibt es Kräfte im Innendienst und so weiter und so fort.

Aber, im Schnitt, über alle drüber bringt ein Finanzbeamter drei Millionen Euro Mehraufkommen im Jahr. Ich kenne keinen einzigen Finanzbeamten, mich selbst eingeschlossen, der drei Millionen Euro im Jahr verdient.

Wer einmal einen elementaren Einführungskurs in Volkswirtschaftslehre, in Mikroökonomik gehört hat, dieses Marshallsche Kreuz, wo man eine Ertrags- und eine Kostenkurve hat, dann sollte man sich jenen Punkt annähern, wo die beiden sich kreuzen und von dem sind wir sehr weit entfernt. Das sollte ein Finanzminister eigentlich wissen.

Sie reden hier von Verfahrensrecht, da gebe ich Ihnen recht. Wir brauchen nicht nur mehr Beamte, wir brauchen auch mehr Durchgriffsmöglichkeiten für die Beamten, denn davon ist überhaupt nichts zu sehen. Sie haben von einer Vernetzung der Finanzbehörden gesprochen. Da wird natürlich redlich daran gearbeitet.

Ich stelle mir aber schon die Frage, wer sitzt den im ecofin-Rat und kann das verändern? Das ist ja wieder nur der Finanzminister beziehungsweise ist natürlich auch der Wirtschaftsminister, der aber ebenfalls der ÖVP entstammt. Ich kann Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung schildern, ich hatte einen Fall, ich möchte da jetzt natürlich keinen Namen nennen, da brauchten wir eine Information, die war zwei A4 Seiten stark

aus Irland, also nicht aus irgendeinem Dritte-Welt-Land, sondern aus Irland, ein EU Partner, das hat 24 Monate gedauert.

Da gibt es ja Verjährungsfristen und da gibt es ja natürlich andere Probleme. Also so viel zur internationalen Vernetzung, und da reden wir jetzt nicht von Pakistan oder China oder sonst irgendwelchen Staaten.

Sie haben gesagt, natürlich können die Finanzbeamten mehr arbeiten oder effizienter eingesetzt werden, da bin ich ganz beim Kollegen Hergovich. Schwarzarbeit und Schwarzunternehmer haben es nun einmal so an sich, dass sie nicht von 9 to 5, wie man so schön sagt, also von 8 bis 16 oder 9 bis 17 Uhr arbeiten, sondern genau zu jenen Tages- und Nachtzeiten, an denen man sie eben nicht vermutet. Das ist vor allem an den Wochenenden und das ist vor allem an Feiertagen und das ist vor allem nachts. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Finanzpolizisten beziehungsweise Finanzbeamte müssen auch noch exekutieren, was ja jetzt auch wieder in aller Munde ist, und auch heute wieder zum Thema gemacht wurde, und zwar, nicht nur das mit den Vereinen, sondern auch das mit den Registrierkassen. Da hat der Kollege Wolf vorher gesagt, wenn es nach unserer Sicht der Dinge ginge. Das ist ein Zitat. Ich möchte wissen wer oder was hier unsere Sicht ist? Ich nehme an, Sie meinen die ÖVP, oder die ÖVP Burgenland oder so. Mir ist das nicht ganz klar. Sagen wir so: Die Registrierkasse ist im § 131b der Bundesabgabenordnung in der Fassung Steuerreformgesetz 2015/2016 normiert.

Sie wurde eingebracht und beschlossen als Regierungsvorlage. Verantwortlich dafür ist der Bundesminister für Finanzen, der Doktor Schelling. Himmelpfortgasse 8, Wien, 1. Bezirk.

Wenn es zu einer Gesetzesänderung kommt, ein weiteres Zitat, kann ich Sie nur an dieselbe Adresse verweisen, denn das jetzt irgendwie einer Landesregierung oder sonst wem in die Schuhe schieben zu wollen, finde ich nicht für integer. Der Grund, den haben Sie allerdings auch genannt. Der Grund wird der sein, es gibt ja eine Steuerreform, mit der wir alle beglückt werden. Da werden wir noch sehen, was da sozusagen für den einzelnen, wenn man alles hineinberechnet, tatsächlich bringen wird. Da sind 900 Millionen Euro querfinanzierbar, also sprich Gegenfinanzierung einberechnet und daher bin ich insofern schon beim Kollegen Hirczy, das wird der Wunsch ans Christkind bleiben, *(Abg. Bernhard Hirczy: Genau!)* in Unkenntnis dessen, was wir vorher gesagt haben, dass nämlich ein Finanzbeamter wesentlich mehr bringt.

Der Antrag ist natürlich vollkommen richtig. Insbesondere von dem Punkt aus gesehen, an dem der Amtsvorgänger Doktor Spindelegger schon vor zwei Jahren war und in dem Sinn kann ich nur ersuchen, dass alle hier im Hohen Haus diesem Antrag auch ihre Unterstützung angedeihen lassen. *(Beifall bei der FPÖ und der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat für Ihre Ausführungen. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping ist somit mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Mag. Michaela

Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 134) betreffend rascher Unterstützung für die burgenländischen Landwirte (Zahl 21 - 92) (Beilage 167)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 13. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung; Beilage 134, betreffend rascher Unterstützung für die burgenländischen Landwirte, Zahl 21 - 92,Beilage 167.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Georg Rosner: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Agrarausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend rascher Unterstützung für die burgenländischen Landwirte in ihrer 1. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Sodl bringt dieser einen Abänderungsantrag ein.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Sodl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Agrarausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend rascher Unterstützung für die burgenländischen Landwirte, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Sodl beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Vielen Dank Frau Präsidentin! Ah, wo fange ich an? Ich verstehe den Antrag ehrlich gesagt nicht. Weder den ursprünglichen und den abgeänderten Antrag natürlich schon gar nicht, weil der ist praktisch ohnehin wieder ein „wischi waschi-Antrag“, wie wir es gewohnt sind.

Natürlich haben wir langfristig ein Problem mit dem Klimawandel, nicht nur in der Landwirtschaft, aber insbesondere in der Landwirtschaft.

Aber, es gibt ja eine ausgezeichnete Erfindung für die Landwirtschaft, die Versicherung gegen Hagel, Dürre, Überschwemmungen und ähnliche Ernteausfälle. Damit ist eigentlich seit vielen Jahrzehnten vielen Betrieben sehr geholfen, weil sie eben

hier eine gescheite Versicherung haben, und nicht bei Ernteausfällen komplett blank dastehen.

So wie ich unsere Arbeit hier verstehe geht es eher darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alles reibungslos passieren kann, aber auch um im Vorfeld schon gegenzusteuern. Ganz ehrlich, da hat das Land seine Hausaufgaben nicht gemacht und der Bund übrigens auch nicht. Österreich ist statt Vorbild und Vorreiter nur noch Schlusslicht, und zwar was den Klimaschutz angeht und zwar international, nicht nur in Europa. Maßnahmen gegen den Klimawandel werden einfach zu stark vernachlässigt.

Ein weltweites Netzwerk von mehr als 900 Umweltorganisationen aus über 100 Ländern vergibt seit Jahren einen wenig rühmlichen Preis, den des Fossils des Tages für die größten Blockierer und Verhinderer in den Verhandlungen des Klimaschutzes.

Neben Australien, Belgien, Irland, Island, Griechenland wurde im letzten Jahr diese zweifelhafte Ehre auch Österreich zuteil.

Wir haben heute schon über die WWF Ranking bezüglich des Bundesländer-Vergleichs gesprochen. Auch wenn das die Frau Landesrätin etwas anders sieht, so sind die Bundesländer ja doch miteinander verglichen worden, und da schneiden wir einfach schlecht ab, trotz unserer tollen Windenergie.

Wir sollten das Geld in Prävention stecken und nicht in Schadensausgleich. Dies sollte langfristig mehr bringen, ist langfristig intelligenter und günstiger. Auch die Landwirtschaft selbst könnte wesentliche CO_2 Emissionen reduzieren, könnte CO_2 sparsamer arbeiten. Der Biolandbau zeigt auch hier, wie das geht.

Verwenden wir das Geld lieber in langfristige sinnvolle Maßnahmen, wie, zum Beispiel, Kreislauforientierte Bodenbewirtschaftung mit legominosen Anbau für Humusaufbau und CO_2 Speicherung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wir so weitermachen wie jetzt, werden wir uns die Reparaturzahlungen ohnehin nicht leisten können. Der österreichische Klimaschutzbericht sagt ganz klar, wenn wir jetzt in den Klimaschutz investieren, ersparen wir uns langfristig die Kosten für die Auswirkungen der Klimaveränderungen. Ich glaube, dass es wichtig ist, hier weiterzumachen. Auch die WHO, nein Entschuldigung, die Weltbank kommen jetzt ganz aktuell zu dem Schluss, dass der Klimawandel auch die Flüchtlingsbewegung wieder anheizen wird.

Das heißt, wir haben viele Gründe, den Klimawandel wirklich ernst zu nehmen und etwas zu tun. Wir sollten schleunigst damit beginnen.

Wir werden daher den Antrag ablehnen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Landtagsabgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Mir als Agrarsprecherin liegt die Unterstützung der burgenländischen Landwirte natürlich sehr am Herzen. Es ist klar, dass sich unsere Landwirte permanent den Herausforderungen stellen müssen.

Es ist oft, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, nicht einfach. Unsere Landesregierung ist sich dessen bewusst und ist natürlich auch bemüht, Lösungen auszuarbeiten, damit wir sicherstellen können, dass die Existenz der Bauern in unserem Land nicht gefährdet ist.

Egal ob Holz, Fleisch, Milch oder sonstige Produkte, die wir ihnen verdanken, sie stehen oft vor Problemen, bei denen sie auch die Unterstützung vom Land brauchen. Ich bin mir sicher, dass unsere Landesrätin das natürlich genau so sieht. Sie hat schon zu Beginn der Gesetzgebungsperiode einen Masterplan mit dem Titel „Land und Leben“ angekündigt. Dieser soll mit Experten ausgearbeitet werden und somit können wir uns sicher sein, dass hier ein fundiertes Konzept mit Lösungen präsentiert wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie schon oft angeführt, aber ich wiederhole mich natürlich gerne noch einmal, so ein Masterplan entsteht nicht an einem Tag. Aber andere haben es in 15 Jahren nicht geschafft zu handeln, und wir bemühen uns, dass wir so rasch wie möglich Lösungen finden. Hier dürfte der ÖVP anscheinend beim Vorbeifahren an einem Bauernhof eingefallen sein, dass man ja die Landwirte vertritt und hier einen Antrag einbringen könnte. Nur damit man sagen kann, man hat etwas gemacht. Das ist aber leider zu wenig. Das haben auch die Wähler so gesehen und richtig erkannt.

Der Landesrat der vergangenen Periode hätte schon längst handeln können. Aber dass dieser nicht gerade jemand war, der seinen Worten auch Taten folgen ließ, wissen wir ja bereits. Das hat der Herr Landesrat Petschnig gerade in einem anderen Zusammenhang genauso gebracht.

Ernteeinbußen aufgrund von Dürreschäden, zum Beispiel, gab es ja nicht erst seit der Angelobung der rot-blauen Regierung, sondern die hat es davor auch schon gegeben. *(Abg. Walter Temmel: Nicht so wie heuer.)*

Wir sind froh, dass wir mit unserer neuen Agrar-Landesrätin jemand haben, der sich wirklich aktiv um die Bauern kümmert und endlich handelt. Lieber Kollege Temmel, wir werden auch das Uhudler Problem lösen. *(Abg. Walter Temmel: Danke!)* Wir werden ein Problem lösen, das ihre Partei immer belächelt hat und nicht ernst genommen hat. Lösungen sind unser Ziel und nicht schwarze Versprechungen, die genau so bitter sind, wie Ernteausfälle nach einer Dürre für unsere Bauern.

Die rot-blaue Landesregierung kümmert sich auch um die Bauern und nimmt ihre Anliegen ernst. Andere Parteien waren halt immer nur für eine Freunderl- und Blockadewirtschaft. Wir arbeiten für unser Land und für unsere Leute. Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete für Ihren Redebeitrag. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Michaela Resetar.

Bitte Frau Landtagsabgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich möchte zunächst auf ein paar Wortmeldungen eingehen. Leider Gottes ist der Herr Klubobmann Hergovich jetzt zurzeit nicht da. Er hat gesagt, wenn die Beschäftigung steigt, dann sinkt die Arbeitslosigkeit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, mit Verlaub, ich habe Betriebswirtschaft studiert. Ich habe das in keinem Lehrbuch gelesen, denn es ist so, wenn das Wirtschaftswachstum steigt, dann sinkt normalerweise die Arbeitslosigkeit, das ist Tatsache. Die zweite Sache, weil heute schon ein bisschen über den Tourismus gesprochen wurde. Ich habe 2004 bis 2015 Verantwortung für den Tourismus getragen. Tatsache ist, dass jedes Jahr positive Nächtigungszahlen verzeichnet wurden.

Das ist natürlich nicht das Verdienst von mir alleine, aber ich habe die Rahmenbedingungen so gesetzt, dass sich die Unternehmer bestmöglich entwickeln konnten und ich freue mich darüber, dass es in diesen Jahren einen enormen Aufschwung im Tourismus gegeben hat. *(Beifall bei der ÖVP)* Jetzt wird alles mutwillig zerschlagen. Die Pleiten-, Pech- und Pannenserie geht natürlich weiter. Ich kann Ihnen ein Beispiel dazu sagen: der Herr Landeshauptmann wahrt ja nicht einmal den Schein, er hat keine einzige Sitzung, keine einzige Vorstandssitzung im Burgenlandtourismus einberufen. Dort sitzen wirklich ganz fleißige Unternehmerinnen und Unternehmer. Er hat also keine Sitzung einberufen und sein Erfüllungsgehilfe Baier darf weiterwurschteln bis zum Sankt Nimmerleinstag. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Mag. Richter, Sie haben falsch recherchiert, denn genau in der Zeit, in der der Landes-Rechnungshof überprüft hat, war der Herr Landeshauptmann der geschäftsführende Präsident und mein Ex-Kollege Landesrat Bieler Präsident.

Genau zu dieser Zeit ist vieles schief gelaufen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kommen wir jetzt zu jenem Punkt, der mir ein besonderes Anliegen ist und zwar schon deshalb, weil ich natürlich bedingt durch die Landwirtschaft zu Hause hautnah miterlebt habe, was sich so alles abspielt. Ich bin noch mehr sensibler geworden gegenüber den Bäuerinnen und Bauern, und möchte dafür Danke sagen, dass ich anstelle unseres Agrarsprechers, der natürlich sehr eng mit mir zusammenarbeitet ober bzw. ich mit ihm in Bezug auf die Agraragenda. Unsere Landwirte haben sehr große Sorgen, denn es hat sich in den letzten Jahren sehr viel aufgestaut.

Angefangen mit den niedrigen Preisen im Vorjahr - ich darf nur in Erinnerung rufen, dass die EU-Sanktionen gegen Russland große negative Auswirkungen in allen Sparten der Landwirtschaft gebracht haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich nur an die Viehwirtschaft denke, gibt es sowohl bei der Fleischproduktion, als auch bei der Milchproduktion große Einbußen. Der Milchpreis sank in den letzten Monaten unter den Entstehungskosten netto von unter 30 Cent pro Liter. Damit sind die Kosten einer hochqualitativen Milchproduktion mit GVO-Freiheit in der Fütterung nicht gedeckt.

Ein großer Teil der Ernte ist durch die Dürre im heurigen Jahr zunichte gemacht worden, noch bevor sie eingebracht werden konnte. Tatsache ist, dass durch die Krise infolge des russischen Einfuhrverbotes für EU-Lebensmittel das Bauerneinkommen 2014 das dritte Jahr in Folge rückläufig war.

Von 2012 bis 2014 hatten die Bauern ein Minuseinkommen von 19 Prozent gesamt. Nach derzeitigen Prognosen wird das Jahr 2015 ebenfalls mit einem Minus abgeschlossen werden. Das ist eine dramatische Entwicklung, für die unsere fleißigen Bäuerinnen und Bauern landauf, landab keine Schuld tragen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich bin überzeugt, dass sich alle im Landtag befindlichen Mandatare zu einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft im Burgenland bekennen, aber mit Worten ist es allein nicht getan. Um bäuerliche Familienbetriebe zu erhalten, muss man in solchen Notsituationen - und das ist eine Notsituation, in der sich unsere Landwirtschaft befindet – handeln, denn nur wer rasch handelt, der handelt doppelt.

Unter Handeln verstehe ich, dass man nicht nur das mit Worten wiedergibt, sondern auch Taten setzt und zwar mit finanzieller Unterstützung. Die ÖVP - und nur die ÖVP - war und ist immer für die bäuerlichen Betriebe da und dafür möchte ich ganz herzlich Danke sagen, dass wir so ein Engagement an den Tag legen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb freut es mich, dass natürlich auch der Bauernbund 100 Prozent hinter unserer Initiative steht. Im Gegensatz zu anderen Parteien, wenn ich nur daran denke an die Belastungen der SPÖ allein über die Steuerreform, hätten die Bauern wieder einiges aufgebürdet, nämlich: Erhöhung der Grunderwerbsteuer wollten sie, sie wollten die Einführung der Erbschaftssteuer, der Schenkungssteuern, Steuern, Steuern, Steuern, all das, was unsere Bauern besonders betroffen hätte. Oder, die ÖVP-Ausgleichszulagen bis zur Hälfte kürzen. Wissen Sie eigentlich, was das bedeutet hätte, wenn diese Ausgleichzulagen zur Hälfte gekürzt worden wären? Es wären noch mehr Bauern zu Grunde gegangen. Oder, die Grünen: Die Grünen haben es ja eingangs erwähnt, dass alle Bauern und Bäuerinnen Biobauern werden sollen. Deshalb soll es noch strengere Kontrollen, noch mehr Auflagen geben. Nein!

Das lehnen wir seitens der ÖVP rigoros ab! *(Beifall bei der ÖVP)*

Tatsache ist, dass das landwirtschaftliche Einkommen derzeit das niedrigste aller Berufsgruppen Österreichs ist. Herr Landesrat Bieler! Sie werden wahrscheinlich bei zwei oder drei Gehältern so viel haben, wie ein Bauer ein ganzes Jahr verdient. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Doris Prohaska: Transparenzdatenbank.)*

2014 liegt das Einkommen laut Grünem Bericht im Burgenland unter 20.000 Euro, wobei unsere Bauern 42 Prozent an Sozialversicherungsbeiträgen zahlen mussten. *(Allgemeine Unruhe)*

Wenn man einen Teil dieser Sozialversicherungsbeiträge der bäuerlichen Bevölkerung als Soforthilfe in diesen schwierigen Zeiten zurückzahlt, wäre damit jeder Familie geholfen und man würde ein Zeichen setzen, dass man für die Bäuerinnen und Bauern da ist. Der eine oder andere wird sich vielleicht die Frage stellen, warum Katastrophe und das in Verbindung mit der Sozialversicherung? So, und jetzt kläre ich Sie auf, liebe Frau Abgeordnete Prohaska, weil Sie sagen, Datenbank und so fort. *(Abg. Doris Prohaska: Steht doch da!)* Ja, Sie kennen sich zu wenig aus. *(Abg. Doris Prohaska: Lesen kann ich!)*

Deshalb sage ich Ihnen, Sozialversicherungsbeiträge zahlen alle bäuerlichen Betriebe ein. Egal ob sie in den letzten Jahren vom Preisverfall der Weltmarktpreise, von den Dürreschäden betroffen waren und von der Auswirkung der Sanktionen. Vor allem die kleinen Betriebe würden über diesen Weg, den wir jetzt gehen, pro Hektar mehr zurückbekommen, als die großen. Weil die großen sind bei einem bestimmten Zeitpunkt gedeckelt und die kleinen betrifft das besonders. *(Abg. Doris Prohaska: Dann könnten sie doch etwas hergeben.)*

Weil sie auch in der Sozialversicherung anteilsmäßig pro Hektar mehr einzahlen. Deshalb ist dieser Antrag mit Sicherheit ein ganz wichtiger und richtiger und ich hoffe, dass Sie noch zur Vernunft kommen und am Ende des Tages auch mitbeschließen. *(Beifall bei der ÖVP)* Wir brauchen nämlich einen Weg, über den wir alle bäuerlichen Betriebe erreichen, um ihnen mit dieser finanziellen Unterstützung im Katastrophenjahr unter die Arme zu greifen.

Beim zweiten Punkt geht es der ÖVP ebenfalls darum, die Situation unseren Bäuerinnen und Bauern zu verbessern. Es geht darum, dass das Land 25 Prozent der Prämie für das gesamte Jahr 2016 für Ernteausfallversicherung übernimmt. Man muss wissen, dass im Rahmen der Dürreversicherung durch verschiedene Varianten extreme Ertragsausfälle abgegolten werden. Um nur einige Beispiele zu nennen: so darf der Ertrag bei Weizen beim konventionellen Bauern nicht 3 Tonnen und im Biobereich nicht 2,2 Tonnen übersteigen, damit man von der Versicherung eine Entschädigung bekommt.

Solche Erträge bedeuten für jeden Bauern, ob Bio oder konventionell, eine Katastrophe. Leider gab es heuer sehr viele solcher Ernten mit diesen Erträgen. Das bedeutet für jeden Einzelnen einen massiven Schaden. Deshalb ist es auch sehr wichtig, dass dieser Antrag unterstützt wird.

Ich bin der Meinung, dass es in Zukunft eine Dürreversicherung für alle Betriebe geben soll, damit die Einkommen der landwirtschaftlichen Bauern gewiss konstant gehalten werden können. Dazu muss natürlich auch die Politik ihren Beitrag leisten, denn diese Versicherung muss auch leistbar sein und es soll auch das bäuerliche Einkommen stabil gehalten werden. Denn Naturkatastrophen, wie Dürre, das können wir nicht verhindern und wir können es auch leider nicht vorhersehen. Aber, wir können durch eine Versicherung gewisse Schäden abdecken. Darum haben wir auch diesen Antrag eingebracht, mit dem Gedanken, nur wer rasch hilft, hilft doppelt.

Ich möchte schon im Voraus Danke sagen, dass Sie eventuell auch den Abänderungsantrag unterstützen. Ein Antrag zum Wohle der Bäuerinnen und Bauern, zum Wohle unserer landwirtschaftlichen Betriebe, zur Absicherung vor allem der klein strukturierten Landwirtschaft und vor allem auch zum Wohle der gesamten ländlichen Region unseres Heimatlandes. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf nun die Beschlussformel vorlesen für den Abänderungsantrag:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für burgenländische Landwirte ein Unterstützungspaket zu schnüren, das folgende Maßnahmen beinhaltet:

das Land Burgenland übernimmt 25 Prozent der Sozialversicherung der Landwirte für das 4. Quartal im Jahr 2015 *(Abg. Doris Prohaska: Bist du gescheit! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

das Land Burgenland übernimmt 25 Prozent der Prämie für das gesamte Jahr 2016 für einen Ernteausfall, die die Landwirte bereits haben oder die noch im Jahr 2015 oder im Jahr 2016 abgeschlossen wird.

Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der ÖVP – Die Abgeordnete überreicht der Landtagspräsidentin den Abänderungsantrag.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Der mir so eben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, so dass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf vor allem die Frau Dipl. Ing. Tamara Hettlinger begrüßen, die neue Bauernbunddirektorin und ihr für ihre neue Aufgabe alles Gute wünschen. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt nutzen, unseren Landwirten sehr herzlich für ihren Arbeitseinsatz zu danken, allen, die entweder haupterwerblich oder in Nebenerwerb tätig sind, die in der Biolandwirtschaft oder in der konventionellen Landwirtschaft tätig sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist eine große Herausforderung Tag und Nacht gemeinsam mit der Natur zu arbeiten, bei jeder Witterung draußen zu sein und auch am Markt zu bestehen. Ein

herzliches Dankeschön auch gerade dafür, dass gesunde Lebens- und Nahrungsmittel nicht nur für die Konsumenten in Österreich, sondern auch für den Export produziert werden und gesichert sind. Der Biolandbau ist das Aushängeschild der Landwirtschaft in Österreich, da sind wir Europameister.

Wir sind aber auch gefordert, nicht still zu stehen, sondern die Biolandwirtschaft auch weiter zu entwickeln. Positiv weiter zu entwickeln, denn eines ist klar, ein Stillstand bedeutet Rückschritt. Gerade im Bereich der Biolandwirtschaft muss die Unterstützung für unsere Bauern auch verstärkt werden. Ich möchte erwähnen, dass die kleinbäuerlichen familiären Strukturen das Rückgrat der Landwirtschaft in Österreich darstellen. Gerade dort gilt es, verstärkt und nachhaltig zu investieren. Die gerechtere Verteilung der Fördermittel darf sich nicht auf Quantität niederschlagen, sie muss sich in dieser Form ganz einfach auf die Qualität niederschlagen.

Ich darf auf den ursprünglichen Antrag der ÖVP und jetzt wiederum auf den Abänderungsantrag der ÖVP zurückkommen. Sie fordern darin, erstens das Land Burgenland übernimmt 25 Prozent der Sozialversicherung der Landwirte für das 4. Quartal im Jahr 2015, das Burgenland übernimmt 25 Prozent der Prämien für 2016 für eine Ernteausfallversicherung, die die Landwirte bereits haben oder die noch im Jahre 2015 oder im Jahre 2016 abgeschlossen wird.

Ich frage Sie, geschätzte Abgeordnete der ÖVP, Frau Kollegin Resetar, haben Sie diese Forderung in Ihrem Antrag oder nehmen Sie diese Forderung in Ihrem Antrag wirklich ernst? *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Sehr ernst!)*

Diese Forderung ist außer einem netten Geldgeschenk auf Kosten der Steuerzahler sicherlich nicht durchdacht. Ich möchte hier nur auf einige Punkte aufgrund der fortgeschrittenen Zeit eingehen und diese kommentieren: die Hitze und die teilweise Dürre haben unbestritten zu Ernteausfällen im heurigen Jahr, zu Einkommensbußen in Teilbereichen der Landwirtschaft geführt. *(Abg. Walter Temmel: Mehr als Hundert!)*

In anderen Bereichen hat das Wetter hingegen für sensationelle Ergebnisse gesorgt, wie etwa beim Wein. Im Bereich Getreide gab es kaum Einbußen, weil der Großteil der Ernte zu Beginn der Hitzewelle bereits eingebracht war. Die Forderung nach einer generellen Übernahme der Sozialversicherungskosten für alle Landwirte wäre also auch eine Subvention für jene, zum Beispiel die Winzer, die sich über einen Jahrhundertwein freuen dürfen. Auch eine Subvention all derjenigen, die überhaupt keine Ernteausfälle hatten, oder deren Ausfälle durch eine Versicherung gedeckt wurden. Was das Jahr 2016 betrifft, arbeitet die Hagelversicherung gerade an einem deutlich ausgeweiteten Versicherungspaket, um den geänderten Klimabedingungen Rechnung zu tragen.

Der Milchpreisverfall ist ein Ergebnis, das Sie auch angesprochen haben, des Aufhebens der Milchquoten der jahrelang bekannten bestehenden Überproduktion und des Fehlens intelligenter landwirtschaftlicher Produkte in diesem Bereich. Es ist völlig unrealistisch, dauerhaft eine Milchüberproduktion zu subventionieren. Die Zukunft kann für die burgenländischen Betriebe nur darin liegen, in den Veredelungsprozess zu investieren. Das heißt, Käse, Joghurt und ähnliche Produkte, um damit eine höhere Wertschätzung zu erzielen.

Ähnlich ist die Situation bei Schweinen, aber auch in anderen Massenproduktionen. Der burgenländische Weg kann nur in Richtung Qualitätssteigerung, Nahversorgung und regionale Wertschöpfungsketten zu fairen Preisen gehen. Alles andere ist illusorisch. Diese Forderungen zeigen daher erneut, wie unsachlich die Argumentation der ÖVP ist oder aber wie wenig die ÖVP eigentlich von der Landwirtschaft versteht. Bäuerinnen und Bauern sind keine Almosenempfänger, wie das die ÖVP seit Jahren darstellt, sondern

Menschen, die es verdienen, mit ihren großartigen Produkten ernst genommen zu werden, um hier auch faire Preise zu erzielen.

Ich möchte es gerade als Bürgermeister nicht verabsäumen, die Wichtigkeit, die unsere Landwirte in unseren Gemeinden im Bereich der Landschaftspflege leisten, hervorzuheben. Ich bin überzeugt, dass durch den Ressortwechsel unserer Landesrätin Verena Dunst viele diese Bedingungen im Bereich der Landwirtschaft verbessert und damit die Landwirte und Menschen im Land nachhaltig auch unterstützt werden.

Für eine bessere Zukunft unserer Landwirte. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! In aller Kürze. Fakt ist, damit Sie eine Übersicht haben. Was tun wir für unsere burgenländischen Bauern und Bäuerinnen? Was tun wir für die produzierenden Unternehmer im Burgenland, die großartige Regionalität produzieren können?

Ich habe Ihnen sehr gut zugehört. Ich möchte das nicht kommentieren, weil ich weiß, dass Sie alle und viele andere auch im Hause schon auf das Budget warten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wird sicherlich noch Gelegenheit geben, auf diesen großartigen Antrag einzugehen. Ich möchte Sie darüber nur informieren, was wir in denn tatsächlich tun. Was passiert mit den Landesmitteln im ordentlichen Haushalt? 2015 war der Vorschlag und der wird 2016 fortgeführt werden, wenn Sie dem Budget zustimmen seitens des Hauses, nämlich 9,3 Millionen Euro aus dem ordentlichen Haushalt für die Unterstützung der burgenländischen Landwirtschaft. Einige Fakten und Daten daraus.

Die Landwirtschaftskammer 2,2 Millionen Euro, die ist in erster Linie natürlich vor allem Service- und Anlaufstelle für die Menschen aus der Landwirtschaft und so weiter. Viele Projekte die sie unterstützen, vor allem aber Anträge, ob es Mehrfachanträge sind, und so weiter. Damit die Bauern und Bäuerinnen gut unterstützt werden können, sind das also 2,2 Millionen Euro.

Für das Weinmarketing, das ist vorher schon gesagt worden, wir sind alle sehr stolz auf unsere Winzerinnen und Winzer damit sie national und international ihre gute Weine, ihre hervorragenden Weine vermarkten können, zahlen wir an die Weinmarketing Austria, meine Damen und Herren, über eine Million Euro. Wir zahlen natürlich auch gerne für Regionalmaßnahmen, wo ich Vereine und Verbände unterstütze. Um den größten zu nennen, beispielsweise den Verein für Rinderwahn, ja viele andere Vereine *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Rinderzuchtverband)* und Verbände auch schon da 100.000 Euro als ein Beispiel. *(Abg. Walter Temmel: Rinderzuchtverband!)*

Zusätzlich, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen gerne sagen, dass ja der Herr Abgeordnete Jany in dieser Funktion bei mir war. Ich sage Ihnen nicht, was er über die Zeit vorher gesagt hat und wie froh er ist, dass das jetzt funktioniert, wenn wir seinen Verein, wo er großartige Arbeit leistet, weiterhin mit 100.000 Euro unterstützen.

Die Hagelversicherung ist heute schon ein Thema gewesen. Auch zur Hagelversicherung Klartext: Wir zahlen in etwa drei Millionen Euro an Hagelversicherung. 3,1 Millionen Euro sind budgetiert. Davon haben wir im Jahr 2014, je nachdem, wie die Menschen ihre Versicherung auch brauchen, wie sehr sie ansuchen oder nicht, oder je nach Schadensfall natürlich in erster Linie, aber drei Millionen Euro waren vorgesehen.

2,3 Millionen Euro wurden für Hagel- und Frostversicherung hier abgeholt. 50 Prozent dieser Versicherungsleistungen zahlt der Versicherte selbst, 25 zahlt der Bund und 25 Prozent zahlen wir vom Land für jeden einzelnen der solche Schäden hat. Natürlich gibt es Verhandlungen, und das ist ja auch in ihren Gesprächen gekommen, ob man hier noch ausweiten möchte.

Auf Bundesebene gibt es Verhandlungen seitens der Hagelversicherung selbst und hier wird mit den Bundesländern geredet. Aber, ich bin ja überzeugt, dass ich das sicherlich noch alles hören werde. Gerne werden wir das natürlich unterstützen. Es hat bereits Gespräche mit dem Finanzlandesrat gegeben. Bei ihm möchte ich mich gerade bevor er dann in seine Budgetrede einschreitet, herzlich bedanken, denn da, meine Damen und Herren, außer dem ordentlichen Landesbudget von über neun Millionen Euro, wo ich ihnen die großen Positionen bis hin zur Hagelversicherung gesagt habe, geht es letztendlich um 445 Millionen Euro. Wenn Sie sich damit beschäftigt haben, dann kann ich Ihnen sagen, dass sich nicht sehr viel verändert hat. Diese vielen Positionen sind 445 Millionen Euro wert. Davon zahlt der Bund dann über die AMA 290 Millionen Euro an ÖPUL, an Ausgleichszahlungen und so weiter aus.

Danke Helmut, danke dem Budgetlandtag, wo Sie dann wieder mitbeschließen werden, nämlich, dass es möglich ist. 72 Millionen Euro nehmen wir vom Land in die Hand, damit wir 445 Millionen Euro und davon 290 Millionen Euro an ÖPUL auszahlen können. Wir können stolz darauf sein, dass wir genau die Bäuerinnen und Bauern und alle produzierenden Landwirte nicht im Stich lassen. Sie haben gesehen, es sind Millionen von Förderungen, die wir auslösen und Millionen die wir vom Land vergeben. *(Abg. Walter Temmel: Zusätzlich? Zusätzlich nicht!)* Danke, dass Sie alle zur Landwirtschaft im Burgenland stehen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin für Ihre Ausführungen.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den von Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. *(Abg. Walter Temmel: Leider!)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters, und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Unterstützung der burgenländischen Landwirte ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Die nächste Sitzung des Landtages, und zwar ist das die Erklärung des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016, findet heute, Donnerstag, 19. November 2015 um 20 Uhr 45 Minuten statt. Die Einladungen hiezu sind bereits ergangen.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 20 Uhr 24 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 07. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 19. November 2015

20.46 Uhr - 21.22 Uhr

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 735)

Landesregierung
Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut B i e l e r (S. 735)

Beginn der Sitzung: 20 Uhr 46 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 7. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. entschuldigt.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 7. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 19. November 2015.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016 (Zahl 21 - 133) (Beilage 187);
2. Beschlussantrag über die Kenntnisnahme des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 (Zahl 21 - 134) (Beilage 188).

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisung werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Absatz 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016

Präsident Christian Illedits: Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Werte Mitglieder der Landesregierung! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen heute meinen 16. Landesvoranschlag für das Burgenland vorlegen. – Er ist die konsequente Weiterentwicklung der erfolgreichen Finanzpolitik der letzten Jahre. Ein verlässlicher Garant, der das Land auch weiterhin auf ein festes Finanzfundament stellt.

Das Budget 2016 ist weit mehr als die zufällige Aneinanderreihung von Zahlen und Ziffern. Es ist ein Spiegel der Zeit, ein sozialer Gradmesser. Es ist für die Menschen dieses Landes da.

Die burgenländischen Haushaltspläne waren jedes Jahr aufs Neue Impulsgeber, die unser Land durch konsequente Arbeit und gezielte Maßnahmen zum Wachstumssieger, Investitions- und Konsolidierungvorreiter gemacht haben. Die Vermögens- und Finanzkraft des Landes wird mit Bestnoten bewertet.

Nicht weil wir das sagen, sondern weil uns das eine der strengsten Ratingagenturen Standard & Poor´s, im burgenländischen Ratingbericht vom 6. November 2015 bestätigt: Die Analysten von Standard & Poor´s zeichnen das Burgenland wieder kurzfristig mit der bestmöglichen Bewertung A 1 + aus, langfristig mit AA. Der Ratingausblick ist stabil. Dieses Ergebnis dokumentiert solide und verantwortungsvolle Finanzpolitik.

„Positiv sehen wir die starke Wirtschaft des Landes Burgenland, seinen niedrigen Schuldenstand (inklusive Pensionsverbindlichkeiten), niedrige Eventualverbindlichkeiten und ein starkes Finanzmanagement“, heißt es im Bericht von Standard & Poor´s.

Der Vermögens- und Finanzkraft des Landes wird in Kenntnis aller Verbindlichkeiten - auch der Tochtergesellschaften - dieses sehr gute Zeugnis ausgestellt. Das zählt in der Realwirtschaft!

Herr Präsident! Hohes Haus! Nach 16 Budgets haben wir als Team Erfahrung und Routine. Aber: Kein Budget davor war so sehr von den Veränderungen der Zeit, der Dynamik der Entwicklung in den verschiedensten Bereichen geprägt, wie dieses.

In den letzten Wochen und Monaten hat das Burgenland als Drehscheibe der Asylthematik und Tor der Hoffnung für flüchtende Menschen Geschichte geschrieben. Es heißt: In der Krise beweist sich der Charakter.

Wir Burgenländerinnen und Burgenländer haben Charakter bewiesen.

Vielen ist nach wie vor nicht bewusst, dass in unserem Land fast Übermenschliches geleistet wurde. Von den Hilfskräften, der Exekutive, der Bevölkerung und von Polizeidirektor Hans Peter Doskozil mit seinen hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie wir diese Ausnahmesituation ohne seinen unermüdlichen Einsatz, seine Professionalität, die nötige Konsequenz und vor allem sein besonderes Gespür, bewältigt hätten. Die vorbildliche und unermüdliche Arbeit der Hilfsorganisationen und freiwilligen Helferinnen und Helfer hat verhindert, dass Chaos - wie wir es jetzt leider in Spielfeld sehen - entstanden ist.

Rund 300.000 flüchtende Menschen sind seit Anfang September über die ungarische Grenze zu uns gekommen, die meisten haben das Land passiert und sind weiter gereist. Einige sind geblieben. Wir sind - so gut es geht - vorbereitet und haben die nötigen Vorkehrungen im Budget 2016 getroffen.

Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck formulierte es sehr treffend: „Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich. (…) Wir werden den Zustrom von Flüchtlingen nicht verringern können - es sei denn, wir erhöhen unsere gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung von Flüchtlingen in den Krisenregionen sowie vor allem zur Bekämpfung der Fluchtursachen.“

Tatsache ist: Es gibt keine burgenländische, auch keine nationale Lösung der Flüchtlingskrise.

Der fürchterliche Terroranschlag der IS-Milizen in Paris hat ganz klar aufgezeigt, wie Terror funktioniert und was damit bezweckt werden soll. Angst, Unsicherheit, Destabilisation und Entsolidarisierung von unseren humanistischen, westlichen Werten.

Bei all den Diskussionen, die diese Anschläge hervorrufen, dürfen wir aber nicht vergessen, dass Millionen von Menschen wegen dieser Mordmilizen der IS ihre Heimat verlassen und nach Europa flüchten.

Wir alle müssen uns hier und jetzt der Aufgabe und den Herausforderungen der Integration stellen. Bei allem Verständnis für die Notsituation muss auch eine Integrationsleistung der Flüchtlinge eingefordert werden. Toleranz für Intoleranz darf es bei uns nicht geben.

Unsere Werte wie Demokratie, Freiheit, Gleichstellung der Frau, Trennung von Kirche und Staat, Religionsfreiheit oder Solidarität stehen nicht zur Disposition.

In all den politischen Krisen rund um Österreich hat man sich auf uns verlassen können, nach der Ungarnkrise 1956, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989, nach dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Aber wenn die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten des Friedenssicherheitsprojektes Europa versagt, dann fühlen wir uns verlassen - wegen der Trägheit der Prozesse und der Ideenlosigkeit.

Wir stemmen unseren Teil, auch im vergleichsweise kleinen burgenländischen Budget, halten uns an Maastricht-Vorgaben, berechnen unsere Gesamtschulden nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und befolgen europäische Gesetzgebungsmaßnahmen.

Aber Europa kann nicht nur einseitig fordern, es ist auch ein gemeinsames Geben notwendig! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Hang zum Zentralismus in der EU, aber auch im Bund nimmt immer mehr zu. Die Probleme im Kleinen werden ignoriert, bis sie so groß sind, dass man sie kaum bewältigen kann. Das haben wir im Bankenwesen gesehen, genauso wie jetzt in der Asylfrage. Leichter und erfolgreicher ist es, Probleme zu lösen so lange sie klein sind. Das ist ein Prinzip des Föderalismus.

Kleine Einheiten arbeiten effizient und sind flexibler.

Der Föderalismus darf nicht in Frage gestellt werden, auch wenn es dazu immer mehr Tendenzen und Strömungen gibt, denn Föderalismus ist - mit starken Regionen und festen Bindungen zu den Bewohnern - die Antwort auf die Forderung nach bürgernaher Politik mit und für die Menschen.

Man braucht sich nur die Kosten anzusehen: Zentralistisch verwaltete Staaten in Europa brauchen mehr Geld für die Verwaltung als föderalistisch organisierte. Während die eher zentralistisch regierten Länder Dänemark und Frankreich 30 Euro beziehungsweise 22 Euro pro Einwohner für die Verwaltung aufwenden, liegt die sehr föderalistisch vorgehende Schweiz hingegen bei 11 Euro pro Einwohner. Österreich liegt genau in der Mitte bei etwa 16 bis 18 Euro Verwaltungsaufwand pro Bürger. Das zeigt klar: Zentralismus ist teurer, dazu unbeweglicher und weniger bürgernah. Trotzdem gibt es seitens des Bundes derzeit ganz klar einen kräftigen Ruck in Richtung Zentralismus.

Besonders Finanzminister Hans Jörg Schelling ist offenbar kein Freund des föderalen Gedankens. Regelmäßige Versuche von Alleingängen enden in harten Auseinandersetzungen mit den Finanzreferenten der Länder.

Bei der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) - die mehr Vergleichbarkeit der Finanzen der Länder bringen soll - wird versucht, seitens des Bundes massiv in Länderkompetenzen einzugreifen. Trotz inhaltlicher Einigkeit soll den Ländern im Rahmen einer, wie ich meine, nicht notwendigen Verordnung das Mitspracherecht entzogen werden.

Als Konsequenz seitens der Länder wurde bei der Landes-Finanzreferentenkonferenz in Bad Schallerbach in Oberösterreich der Beschluss einer gemeinsamen 15a Vereinbarung innerhalb der Länder zur VRV gefasst - bis 2020 wird

das Rechnungswesen der Länder umgestellt und damit transparenter und vergleichbarer gemacht.

Bei der HETA, der Hypo Abbaugesellschaft, bringt Minister Schelling den Finanzmarkt Österreich durch falsche Maßnahmen nachhaltig in Gefahr. Er trifft Entscheidungen mit Auswirkungen auf Bund und Länder - ohne mit einem der Landeshauptleute oder Finanzreferenten zu sprechen! Das hat es in der zweiten Republik noch nie gegeben und ist absolut inakzeptabel!

Durch einige Gesetzesänderungen (Generalvergleich mit dem Freistaat Bayern, Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, Finanzmarktstabilitätsgesetz, ABBAG [AbbaubeteiligungsAG]- Gesetz) werden sich die Ratings von Bund, Ländern, Städten und Banken verschlechtern und Finanzierungen dadurch teurer. Bankenexperten sprechen von einer Verteuerung um 90 Basispunkte.

Der jährliche Zinsaufwand von Ländern und Gemeinden würde sich dadurch um rund 300 Mio. Euro erhöhen. Das können wir als Ländervertreter nicht akzeptieren und haben gemeinsam den Konsultationsmechanismus ausgelöst. Morgen findet eine außerordentliche Finanzreferentenkonferenz mit Minister Schelling statt, bei der diese Thematik diskutiert wird.

Schwierige Vorzeichen gibt es auch für den Start der politischen Verhandlungen zum neuen Finanzausgleichsgesetz (FAG). Finanzminister Schelling will den Versuch starten, auf Kosten der Länder und Gemeinden das Bundesbudget zu sanieren.

Der Finanzminister hat es bereits öffentlich angekündigt und wieder einmal versucht, das Ergebnis der FAG Verhandlungen einseitig vorwegzunehmen: „2017 kommt ein völlig neuer Finanzausgleich, der auch zur Budgetkonsolidierung (des Bundes) beitragen wird.“ (Profil, 7. September 2015)

Eine klare Ansage angesichts der Verteilung der Schuldenlast des Gesamtstaates: Laut Statistik Austria betragen die Gesamtschulden des Staates 280 Mrd. Euro.

- 91,8 Prozent (rund 257 Mrd. Euro) entfallen davon auf den Bund. Der Schuldenstand ist im Vergleich zum Vorjahr, wegen der falschen Entscheidung rund um die HETA, weiter gestiegen.

- Nur 4,8 Prozent (rund 13,5 Mrd. Euro) tragen die Länder, 3,4 Prozent (9,5 Mrd. Euro) die Gemeinden und Sozialversicherungsträger. Länder und Gemeinden haben ihre Schulden verringert.

Die Verschuldung des Burgenlandes, bezogen auf das Bruttoregionalprodukt (BRP), liegt im Kernhaushalt bei weniger als 4 Prozent. Auch inklusive öffentlicher Einheiten nach ESVG sind es nur rund 14 Prozent.

Das zeigt: Kleine Einheiten sind effizient und wirtschaften erfolgreich. Schuldenmacher ist der Bund.

Eine weitere Lastenverschiebung auf Kosten der Länder darf es nicht geben. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und wie vom Bund gefordert konsolidiert. Nun fordern wir im Gegenzug einen fairen Finanzausgleich und keine „Bestrafung“. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Hohes Haus! Der Finanzausgleich ist einer der wichtigsten Eckpfeiler für die Erstellung des Landesbudgets, deshalb werde ich die FAG Verhandlungen als Finanzreferent für das Burgenland, gemeinsam mit allen Ländervertretern, mit der nötigen Konsequenz führen.

Die Ertragsanteile aus dem FAG sind nach wie vor die wichtigste Einnahmenkomponente des Landes. Im Jahr 2016 wird bei geschätzten Ertragsanteilen in der Höhe von 510,1 Mio. Euro eine Ausgabendeckung von 44,5 Prozent erreicht.

Aber seit Jahren halten die tatsächlich eingelangten Ertragsanteile nicht, was die vom Finanzministerium übermittelten Berechnungen versprechen – trotz vorsichtiger, sehr konservativer Budgetierung. Im derzeitigen Budgetvollzug sind wir mit prognostizierten Mindereinnahmen von über 7 Millionen Euro konfrontiert. Die Ertragsanteile für 2017 sind wegen des neuen Finanzausgleiches nicht abschätzbar, deshalb wurde für 2016 ein Jahres- und kein Doppelbudget erstellt. Wir sind aber übereingekommen, dass ich die nächsten Landesvoranschläge wieder als Doppelbudget vorlege, das getrennt für 2017 und 2018 im Hohen Landtag diskutiert und beschlossen wird.

Seitens der Länder wurden bereits bei der Einigung zur FAG Verlängerung bis Ende 2016 in Form eines Positionspapieres wesentliche Punkte paktiert, die bei den Verhandlungen mit dem Bund außer Diskussion stehen müssen:

1. Der Schlüssel zwischen Bund, Länder und Gemeinden im Verhältnis von rund 67 Prozent : 22 Prozent : 11 Prozent darf nicht zu Ungunsten der Länder verändert werden, beziehungsweise soll durch Beseitigung des grauen Finanzausgleiches wiederhergestellt werden.
2. Finanzausgleich, Krankenanstalten- und Pflegefinanzierung bilden eine Einheit.
3. Der Pflegefonds soll bis mindestens 2020 verlängert und der demographischen Entwicklung angepasst werden.

Bisher ist das Burgenland als ländliches Gebiet im horizontalen Finanzausgleich benachteiligt. Im Burgenland wird pro Einwohner weniger abgegolten, als im Westen oder in den Städten. Das ist nicht nur unlogisch, sondern auch unfair.

Im direkten Vergleich des Burgenlandes mit Vorarlberg zeigt sich: Eine Burgenländerin, ein Burgenländer ist dem „FAG“ pro Kopf um 420 Euro weniger wert, als eine Vorarlbergerin oder ein Vorarlberger.

Im Vergleich zu den oberösterreichischen Gemeinden erhalten die burgenländischen Gemeinden 184 Euro pro Einwohner weniger über den FAG.

Das Land Burgenland kompensiert durch niedrige Transferleistungen, - das sind Abgaben für gemeinsame Aufgabengebiete - die Belastungen der Gemeinden: Die burgenländischen Gemeinden zahlen 266 Euro pro Kopf weniger an das Land als beispielsweise in Oberösterreich.

Eine Studie des Zentrums für Verwaltungsforschung KDZ zeigt: Für ganz Österreich ergibt sich eine Verteilung der Pro-Kopf-Ausgaben auf Länder und Gemeinden von 61:39. Dieses Verhältnis beträgt im Burgenland 74:26!

Das heißt, im Burgenland finanziert das Land die gemeinsamen Aufgaben - zum Beispiel im Bereich der Sozialhilfe, Krankenanstalten, Kindergärten oder des öffentlichen Verkehrs - zu 74 Prozent, während die Gemeinden lediglich 26 Prozent dazu beitragen müssen. In Oberösterreich beziehungsweise Vorarlberg beträgt dieses Verhältnis 55:45.

Wir tragen mit diesem hohen Schlüssel bewusst dazu bei, dass die benachteiligten Gemeinden im Burgenland zusätzlich vom Land unterstützt werden.

Das Land Burgenland ist ein starker Partner der Gemeinden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Nach intensiv und konstruktiv geführten Beratungen und Verhandlungen der Regierungsmitglieder ist der Voranschlag 2016 eine starke und kraftvolle finanzielle Grundlage, um die großen Herausforderungen der Gegenwart zu meistern und die Anforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Die positiven burgenländischen Wirtschaftsdaten sind die Früchte eines enormen Kraftaktes und der gemeinsamen Anstrengung innerhalb des Landes, denn die Wirtschaftsprognosen sind nach wie vor alles andere als rosig. Die konjunkturelle Entwicklung in Österreich verläuft sehr schleppend.

Rasend optimistisch waren die Wirtschaftsforscher schon bisher nicht: Das WIFO rechnete zuletzt für 2016 mit einem Wachstum von 1,4 Prozent, das IHS mit 1,6 Prozent.

Jüngste Parameter deuten allerdings eher darauf hin, dass diese Schätzungen zu optimistisch sind. Mittelfristig lautet die Prognose: „Mäßiges Wirtschaftswachstum mit hoher Arbeitslosigkeit." Das wirtschaftliche Wachstum in Österreich ist deutlich schwächer als in Deutschland und liegt unter dem Durchschnitt der Euro-Länder.

Die schwache Konjunktur spiegelt sich auch am Arbeitsmarkt wider. Österreich wies lange Zeit die geringste Arbeitslosenrate aller Länder des Euro-Raumes auf. Dieser Spitzenplatz ist leider verlorengegangen. Die Arbeitslosenquote wird heuer (nach EU-Definition) auf 5,3 Prozent steigen und 2016 trotz einer höheren Wachstumsrate auf diesem Niveau bleiben. Allerdings nimmt auch die Beschäftigung trotz der Konjunkturschwäche zu. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wird heuer um 0,5 Prozent und nächstes Jahr um 0,7 Prozent zunehmen. Die Beschäftigung erreicht damit Höchststände.

Das Burgenland hat andererseits gemeinsam mit Oberösterreich und Salzburg Wirtschaftszuwächse über dem Österreich-Durchschnitt, heißt es in einer Konjunkturanalyse der Bank Austria. Österreichweit wird in dieser Analyse für das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 ein Plus von 0,9 Prozent erwartet. Im Burgenland gehen die Ökonomen von einem Zuwachs von mehr als einem Prozent aus.

Herr Präsident! Hohes Haus! In einer Zeit, in der sich Wirtschaftsprognosen ebenso schnell verändern wie Wetterberichte, müssen wir auch in der Budgeterstellung flexibel, beweglich und fortschrittlich sein. Fortschritt bedeutet, einen Schritt weiter zu gehen. Denn - viele Schlüssel der Vergangenheit passen nicht mehr auf die Schlösser der Zukunft.

Für den weiteren Aufwärtstrend des Burgenlandes werden wir seitens der Regierung Bewährtes fortführen, aber gleichzeitig Mut zur Reform zeigen – und mit einem starken und kraftvollen Budget 2016 gemeinsam neue Wege für eine erfolgreiche Zukunft beschreiten.

Das Budget wurde in diesem nach wie vor fragilen wirtschaftlichen Umfeld erstellt und von strengen europäischen und nationalen Haushaltsregeln beeinflusst. Ab dem Jahr 2016 darf es keine Überschreitung des Haushaltsergebnisses nach ESVG (dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) geben.

Um diese Vorgabe erfüllen zu können und für die nächsten Jahre Vorsorge zu treffen, werden von der Burgenländischen Landesregierung folgende Ziele verfolgt:

- Stabile Finanzen,
- ein ausgeglichener Haushalt sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt,
- die Erfüllung der Kriterien des Österreichischen Stabilitätspaktes (ÖStP) 2012,

- ein kontinuierlicher Schuldenabbau ab dem Jahr 2016.

Mit dem eingeschlagenen Weg werden die an das burgenländische Budget gestellten Anforderungen nicht nur erfüllt, sondern zu einem Top-Ergebnis führen.

- 2016 streben wir im Kernhaushalt einen Maastricht-Überschuss von 35,6 Millionen Euro an.
- Im Gesamthaushalt - inklusive aller ausgegliederten Einheiten - ist ein Maastricht-Überschuss von rund 34,9 Millionen Euro geplant.

Die mittelfristige Finanzplanung zeigt ebenso deutlich, dass die Maastricht-Ziele (ESVG-Saldo zumindest Null) auch für die Jahre 2016 bis 2020 eingehalten werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Besonders geprägt war die Budgeterstellung 2016 von der Steuerreform 2015/2016, die am 1. Jänner 2016 in Kraft treten wird. Diese Steuerreform mit einem Volumen von insgesamt 5,4 Milliarden Euro bringt für 6,4 Millionen Österreicherinnen und Österreicher die größte Steuerentlastung der Zweiten Republik und zielt auf die Attraktivierung des Standortes Österreich ab.

Was heißt das für den Einzelnen? Bei einem Bruttoverdienst von 2.100 Euro monatlich sollen 900 Euro jährlich mehr in der Brieftasche bleiben. Die erhöhte Kaufkraft und die steigenden Arbeitsanreize durch Senkung des Steuerkeils sollen Wachstum und Beschäftigung stärken. Gleichzeitig führt die Steuerreform jedoch für die Länder zu einem Einbruch der Ertragsanteile - wir finanzieren die Steuerreform mit.

Das Burgenland erhält 2016 weniger Ertragsanteile in Höhe von rund 23 Millionen Euro. Um diese Mindereinnahmen zu kompensieren, wurde der bisher eingeschlagene Pfad von Einsparungs- und Reformmaßnahmen 2016 noch konsequenter fortgesetzt. Unantastbare „heiße Eisen“ gibt es nicht. Mit kühlem Kopf wird Mut zur Reform gezeigt. Ist das einfach? Nein. Finden wir trotzdem neue Wege wie es im Titel der Budgetrede steht? Ja! Die neue Regierung nutzt die Chance, Altlasten über Bord zu werfen und neue Strukturen zu schaffen.

Meine Regierungskolleginnen und Regierungskollegen und ich haben uns im Übereinkommen 2015 bis 2020 zu einer transparenten, effizienten und modernen öffentlichen Verwaltung bekannt. Die Landesverwaltung wird evaluiert und hinsichtlich möglicher Synergieeffekte hinterfragt.

Durch Abgrenzungen zwischen strategischen und operativen Bereichen werden Doppelgleisigkeiten abgestellt und Organisationseinheiten sinnvoll zusammengefasst. Zentrale Dienste (sogenannte „Shared Services“) werden effizient konzentriert, um Transparenz und Steuerungsfähigkeit zu stärken. Diese Maßnahmen zeigen bereits deutlich ihre ausgabendämpfende Wirkung beziehungsweise ziehen langfristige Einsparungseffekte nach sich.

Sämtliche Beteiligungen des Landes werden hinsichtlich ihrer Effektivität und Effizienz hinterfragt. Sofern zweckmäßig, werden Beteiligungen aufgegeben oder zusammengelegt. Die strategische Leitgesellschaft wird die Burgenländische Landesholding GmbH (kurz BLh), die zu 100 Prozent im Landeseigentum steht. Sie wird rund 170 Landesbeteiligungen in einem gläsernen Konzern vereinen.

Sie sehen, die Burgenländische Landesregierung zeigt Mut zu Reformen, mit einem klaren Bekenntnis zu politischen Verantwortlichkeiten und zeitgemäßer, konzentrierter Ressortverteilung. Dementsprechend werden in einem ersten Schritt

folgende gesetzliche Maßnahmen auf ihre Reformierbarkeit untersucht beziehungsweise bereits reformiert, so etwa

- das Raumplanungsgesetz;
- der Landschaftsschutz/Naturschutz;
- die Gemeindeordnung;
- das Tourismusgesetz;
- das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz.

Es sind derzeit rund 30 neue Gesetze in Diskussion, Vorbereitung oder Umsetzung – das sind so viele in so kurzer Zeit wie nie zuvor. Weitere Reformprojekte aus der umfangreichen Agenda der Regierungsmitglieder sind zum Beispiel:

- der Abbau der Bürokratie;
- die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping;
- die Förderung von angewandter Forschung und Innovation;
- die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Burgenland;
- die Schaffung eines Bildungsressorts im Amt der Burgenländischen Landesregierung.

2,8 Milliarden Euro werden bis zum Jahr 2020 im Rahmen des von der Regierung vereinbarten „Zukunftspakets Burgenland“ durch die öffentliche Hand investiert.

Ein wichtiger Teil davon sind die EU-Förderungen in der Gesamthöhe von 750 Millionen Euro, die bis zum Jahre 2020 in das Burgenland fließen werden. Die EU-Förderprogramme bilden jene Instrumente, die Wachstum und Beschäftigung im Burgenland nachhaltig forcieren.

Ein großes Projekt der nächsten Jahre wird auch die Haushaltsreform mit der Einführung der wirkungsorientierten Budgetierung nach doppischen Grundsätzen sein. Das Budget wird dadurch zu einem integrierten Steuerungselement, das sowohl Ressourcen als auch die damit finanzierten Wirkungen und Maßnahmen umfasst. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben die Zeichen der Zeit richtig gedeutet – waren und sind offen für Veränderungen - und haben Jahre früher als andere Länder mit einem sinnvollen Sparkurs den nötigen Spielraum für stabilisierende Investitionen geschaffen.

Trotz einer halben Milliarde Folgekosten aus dem Bank Burgenland-Erbe und 450 Millionen Euro Kosten für die Kofinanzierung von EU-Förderungen hat das Burgenland seine Schulden von 2001 bis 2015 von mehr als 355 Millionen Euro auf 278 Millionen Euro reduziert. Das obwohl von 2010 bis 2014 bewusst eine Neuverschuldung eingegangen wurde, um die Wirtschaftskrise abzufedern.

Ab 2015 gibt es im Burgenland keine Neuverschuldung. Mit dem Budget 2016 beginnt der Schuldenabbau. Die Schuldenquote des Burgenlands sinkt. Von 25 Prozent 2015 auf 24 Prozent 2016 und so wird es weiter gehen.

Wir haben erfolgreich konsolidiert und 125 Millionen Euro ausgabenseitig eingespart. Die Schuldenbremse - vom Bund vorgegeben -, wurde ein Jahr früher als gefordert, umgesetzt – dadurch konnte die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben

wieder geschlossen werden. Dieses Geld schaffte den notwendigen Spielraum, um gezielt in das Wachstum des Burgenlandes investieren zu können.

Die Investitionsquote liegt nun bei 20,3 Prozent - im Österreichvergleich ein Spitzenplatz. 232,6 Millionen Euro werden für Investitionen beziehungsweise für investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet. Diese Millionen sind Impulsgeber für Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Infrastruktur, Arbeitsmarkt- und Wohnbaumaßnahmen. Das sind um 13,1 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Nicht umsonst bezeichnen Experten in ihrer Bundesländeranalyse unser Land folgendermaßen: „Allen Widrigkeiten zum Trotz ist der Standort Burgenland vom wirtschaftlichen Nachzügler zur ‚Sonnenseite Österreichs' erblüht". Das Burgenland war 2012 und 2013 zweimal in Folge Wirtschaftswachstumssieger im Österreichvergleich, 2014 zweiter hinter Vorarlberg.

Die Konsolidierung ist seit Jahren unser ständiger Begleiter bei der Budgeterstellung – aber nicht auf Kosten der sozialen Sicherheit der Burgenländerinnen und Burgenländer. Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu sozialer Budgetpolitik.

Zwei Drittel aller Ausgaben 2016 entfallen auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales beziehungsweise Wohnbauförderung und kommen somit direkt den Menschen im Lande zugute. Als Beispiel: 250 Millionen Euro werden in die Bildung der Burgenländerinnen und Burgenländer investiert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ab dem Jahr 2016 wird, wie prognostiziert, sukzessive mit dem Schuldenabbau begonnen. Der Stand der direkten budgetrelevanten Schulden des Landes wird im Jahr 2016 um 2 Millionen Euro reduziert und 276 Millionen Euro betragen.

Der Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 sieht eine Gesamtreduzierung der direkten Finanzschulden des Landes auf 280 Millionen Euro vor. Der Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 sieht eine Gesamtreduzierung der direkten Finanzschulden des Landes auf 268 Millionen Euro vor.

Die erforderlichen Kreditfinanzierungen erfolgen ausschließlich beim Bund, abgewickelt von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) und bei der Bgld. Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG (BVOG).

Der Maastricht-Schuldenstand des Gesamthaushaltes inkl. selbsttragender ausgegliederter Einheiten wird im Jahre 2016 rund 1,048 Milliarden Euro betragen. Im Schuldenstand der Folgejahre wurde bereits der Neu- und Ausbau des Krankenhauses Oberwart berücksichtigt.

Eine Neuerung gibt es im Budget 2016 bei der Darstellung der Haftungsobergrenze. Aufgrund der Anregungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes sowie des Bundes-Rechnungshofes hat das Land Burgenland sowohl im Nachtragsvoranschlag 2015 als auch im Landesvoranschlag 2016 anstatt der Gewichtung der Haftungen nun eine absolute Höchstgrenze festgelegt: Die Höhe aller Haftungen – unabhängig von der Bezeichnung des Rechtsverhältnisses (Bürgschaft, Garantie etc.) – darf nun einen Höchstbetrag von 2,7 Milliarden Euro nicht übersteigen. Die bis 2017 abreifenden Haftungen für die Bank Burgenland, (1,2 Milliarden Euro Ende 2015) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber der Kommunalkredit Austria AG und der Wohnbau Burgenland GmbH sind in dieser Summe enthalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Erstellung des Landesvoranschlages 2016 wurden neue Wege von einer Regierung beschritten, die sich als soziale Reformpartnerschaft versteht. „Sparen um jeden Preis“ ist nicht unser Ziel. Jeder/jede meiner RegierungskollegInnen geht mit dem Investitionsvolumen seines/ihres Globalbudgets eigenverantwortlich und mit Bedacht um. Einsparungsmaßnahmen sind gut durchdacht, Investitionen werden gezielt nach Schwerpunkten gesetzt.

Der 2011 eingeschlagene Sparkurs wurde noch konsequenter fortgesetzt. Jedes Regierungsmitglied musste in seinem/ihren Globalbudget Einsparungen in Höhe von 2,6 Prozent, berechnet vom Rechnungsabschlusswert des Vorjahres, erzielen. Die Kreditsperre wurde bei Ermessensausgaben von 12 Prozent auf 15 Prozent angehoben.

Gleichzeitig war es notwendig, alle Aufgaben kritisch zu hinterfragen und notwendige Reformen einzuleiten oder umzusetzen. Weiters müssen neue Einnahmenmöglichkeiten ausgelotet werden, um bereits jetzt Vorsorge für das Budget 2017 zu treffen.

Hohes Haus! „Budgeterstellungs-Zeit“ ist immer mit besonderen Belastungen und Stress verbunden. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen abschließend aufrichtige Worte des Dankes zu sagen: An alle, die Ideen, Kompetenz, konzeptionelle Anstrengung eingebracht und harte Detailarbeit geleistet haben.

Budgetpolitik ist kein Einzelkampf sondern Teamarbeit! Ich danke den Mitgliedern der Landesregierung, mit Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz an der Spitze, für die disziplinierte Zusammenarbeit bei der Erstellung des Landesbudgets 2016. Es war keine einfache Aufgabe. Das gesamte Regierungsteam hatte große Herausforderungen zu bewältigen und dabei viel Verantwortungsbewusstsein gezeigt. Ich danke Euch!

Ebenso herzlich bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung, allen voran bei Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer sowie bei Mag.a Monika Stiglitz, bei OAR Uschi Fercsak, bei Hans Halwax und dem gesamten Team für die hervorragende Arbeit und die vielen investierten Nacht- und Wochenendstunden. Es ist keine Selbstverständlichkeit ein Team wie Euch zu haben. Liebe Monika - ich wünsche Dir viel Erfolg für Deine neue Aufgabe!

Ich danke auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses, die an der Gestaltung dieses Landesvoranschlages in den einzelnen Abteilungen mitgewirkt haben. Ein besonderes Dankeschön für die Unterstützung an mein Büroteam. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Im Besonderen möchte ich mich bei meiner Büroleiterin Isabell Strobl bedanken, weil sie meine mitunter abstrakten Vorgaben immer wieder verständlich und treffend zu Papier bringen kann und neue Ideen und Sichtweisen einbringt. Danke Isabell. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landesvoranschlag für das Jahr 2016 und der Finanzplan für die nächsten fünf Jahre liegen Ihnen vor. Sie haben die Möglichkeit, die Regierungsvorlagen ausführlich zu studieren.

Der ordentliche Landesvoranschlag 2016 ist inklusive einer Schuldentilgung in der Höhe von 2 Millionen Euro ausgeglichen. Einnahmen in Höhe von 1.145.268.200 Euro stehen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüber.

Die Einnahmen und Ausgaben im Landesvoranschlag 2016 haben sich gegenüber dem Landesvoranschlag 2015 um 43,1 Mio. Euro erhöht.

Die größten Einnahmensteigerungen liegen in den Bereichen Unterricht, Soziales, Gesundheit und Finanzwirtschaft. Die größten Ausgabensteigerungen in den Bereichen Unterricht, Soziales und Gesundheit können teilweise durch analog einhergehende Einnahmensteigerungen sowie durch Einsparungen im Verwaltungsbereich und durch eine restriktive Ausgabenpolitik bei den Ermessensausgaben ausgeglichen werden.

Der außerordentliche Landesvoranschlag 2016 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 24.600.000 Euro zur Kofinanzierung der EU-Förderkulisse vor. Die Fondsgebarung ist im Landesvoranschlag 2016 mit 3.658.000 Euro ausgeglichen.

Hohes Haus! Das Budget 2016 ist der interne Stabilitätspakt für das Burgenland. In konkreten Zahlen dargestellte Politik, mit neuen Wegen in eine erfolgreiche Zukunft.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich ersuche Sie, dem Budget 2016 und dem Finanzplan 2016-2020 Ihre Zustimmung zu geben. Ich danke Ihnen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten. Die Regierungsvorlagen Zahl 21-133, Beilage 187 und Zahl 21-134, Beilage 188, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden.

Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, und zwar der Budgetlandtag, für den 9. und 10. Dezember 2015 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 21.40 bei mir im Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 21 Uhr 22 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 08. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Mittwoch, 09. Dezember 2015 und Donnerstag, 10. Dezember 2015

10.05 Uhr - 17.00 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde
2. Beschlussantrag über den Nachtragsvoranschlag 2015
3. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016
4. Beschlussantrag über die Kenntnisnahme des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020
5. Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird
6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 - Bgld. TG 2014 geändert wird
7. Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich "ÖISS"-Datensysteme Gesellschaft m.b.H.
8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht
9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Einmaliger Zuschuss bei der Anschaffung von Registrierkassen"
10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Integrationsmaßnahmen im Burgenland
11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Transparenzdatenbank

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zum Erhalt der Gymnasien

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend finanzieller Beitrag des Landes zur Erhaltung der Hallenbäder

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 756)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 24 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Erfahrungen des Landes Burgenland mit der „Länder-Bund Initiative Erwachsenenbildung“

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 758)

Zusatzfragen: Doris P r o h a s k a (S. 759 u. S. 760)

Anfrage Nr. 25 des Abgeordneten Wolfgang Sodl an Landesrätin Verena Dunst betreffend Problemstellungen für das Burgenland im Zusammenhang mit dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 761)

Zusatzfragen: Wolfgang S o d l (S. 762 u. S. 763), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 763), Mag. Christian D r o b i t s (S. 764) und Walter T e m m e l (S. 765)

Anfrage Nr. 26 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Projekte des Landes im Bereich der Gesundheitsprävention

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 766)

Zusatzfragen: Günter K o v a c s (S. 766 u. S. 767) und Georg R o s n e r (S. 767)

Anfrage Nr. 27 der Abgeordneten Ingrid Salamon an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Sicherstellung der hohen Qualität und Wertschätzung des Naturschutzes im Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 768)

Zusatzfragen: Ingrid S a l a m o n (S. 769 u. S. 769), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 770) und Walter T e m m e l (S. 770)

Anfrage Nr. 28 des Abgeordneten Mag. Johann Richter an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Verkehrssicherheit

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 771)

Zusatzfragen: Mag. Johann R i c h t e r (S. 772 u. S. 772), Mag.a Regina P e t r i k (S. 773) und Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 773)

Anfrage Nr. 30 des Abgeordneten Wolfgang Sodl an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs für Pendlerinnen und Pendler

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 774)

Zusatzfragen: Wolfgang S o d l (S. 776 u. S. 777), Bernhard H i r c z y (S. 778) und Manfred K ö l l y (S. 778)

Verhandlungen

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 185) über den Nachtragsvoranschlag 2015 (Zahl 21 - 131) (Beilage 195);

Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 780)

Redner: Manfred K ö l l y (S. 780), Géza M o l n á r (S. 785), Mag. Christoph W o l f, M.A., (S. 787), Robert H e r g o v i c h (S. 789) und Landesrat Helmut B i e l e r (S. 791)

Annahme des Beschlussantrages (S. 792)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 187) über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016 (Zahl 21 - 133) (Beilage 196);

Generalberichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 793)

Generaldebatte:

Redner: Gerhard S t e i e r (S. 794), Manfred K ö l l y (S. 797), Mag.a Regina P e t r i k (S. 810), Gerhard K o v a s i t s (S. 818), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 821) und Robert H e r g o v i c h (S. 832)

Spezialdebatte:

I. Teil: Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, und Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Generalberichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 840)

Redner: Manfred K ö l l y (S. 840), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 843), Géza M o l n á r (S. 845), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 848), Dr. Peter R e z a r (S. 850), Werner F r i e d l (S. 852), Mag. Franz S t e i n d l (S. 854), Klaudia F r i e d l (S. 857), Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 860), Markus W i e s l e r (S. 861), Mag. Kurt M a c z e k (S. 864), Gerhard K o v a s i t s (S. 867), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 868), Ewald S c h n e c k e r (S. 871), Gerhard S t e i e r (S. 874), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 876) und Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 878)

Annahme der Gruppen 0 und 1 (S. 881)

II. Teil: Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, und Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus

Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 881)

Redner: Gerhard Hutter (S. 881), Mag.a Regina Petrik (S. 884), Mag. Johann Richter (S. 887), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 889), Doris Prohaska (S. 892), Géza Molnár (S. 895), Mag. Michaela Resetar (S. 897), Edith Sack (S. 899), Markus Wiesler (S. 902), Patrik Fazekas (S. 904), Kilian Brandstätter (S. 905), Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 908), Markus Wiesler (S. 909), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 911), Robert Hergovich (S. 914), Gerhard Steier (S. 916), Wolfgang Spitzmüller (S. 919), Patrik Fazekas (S. 920), Christian Illedits (S. 921), Klaudia Friedl (S. 924), Markus Ulram (S. 927), Robert Hergovich (S. 929), Mag. Franz Steindl (S. 931) und Günter Kovacs (S. 934), Landesrat Helmut Bieler (S. 936)

Annahme der Gruppen 2 und 3 (S. 938)

III. Teil: Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, und Gruppe 5, Gesundheit

Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 939)

Redner: Manfred Kölly (S. 939), Mag.a Regina Petrik (S. 942), Markus Wiesler (S. 944), Bernhard Hirczy (S. 947), Mag. Christian Drobits (S. 949), Wolfgang Spitzmüller (S. 951), Markus Wiesler (S. 954), Wolfgang Sodl (S. 955), Bernhard Hirczy (S. 957), Robert Hergovich (S. 959), Ilse Benkö (S. 960), Mag. Christian Drobits (S. 961), Mag. Michaela Resetar (S. 963), Edith Sack (S. 965), Géza Molnár (S. 968), Markus Ulram (S. 970), Mag. Kurt Maczek (S. 973), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 975), Markus Ulram (S. 978), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 978), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 979), Karin Stampfel (S. 980), Walter Temmel (S. 981), Ingrid Salamon (S. 983), Landesrat Helmut Bieler (S. 986), Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 987), Günter Kovacs (S. 988), Mag.a Regina Petrik (S. 990), Landesrätin Verena Dunst (S. 990), Georg Rosner (S. 994), Günter Kovacs (S 997), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 999), Gerhard Steier (S. 1002), Manfred Kölly (S. 1004), und Mag. Christian Sagartz, BA (S. 1007)

Annahme der Gruppen 4 und 5 (S. 1008)

IV. Teil: Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1009)

Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 1009), Mag. Johann Richter (S. 1011), Manfred Kölly (S. 1012), Georg Rosner (S. 1013), Ewald Schnecker (S. 1015), Ingrid Salamon (S. 1018), Manfred Kölly (S. 1021), Landesrat Helmut Bieler (S. 1024)

Annahme der Gruppe 6 (S. 1028)

V. Teil: Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, Gruppe 8, Dienstleistungen, und Gruppe 9, Finanzwirtschaft

Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1028)

Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 1028), Karin Stampfel (S. 1030), Walter Temmel (S. 1031), Wolfgang Sodl (S. 1034 u. 1036), Landesrätin Verena Dunst (S. 1038), Mag. Johann Richter (S. 1041), Christian Illedits (S. 1042), Mag. Thomas Steiner (S. 1045), Mag. Christian Drobits (S. 1046), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 1049), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 1053), Géza Molnar (S. 1056), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 1058), Robert Hergovich (S. 1060), Mag.a Regina Petrik (S. 1062), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 1065), Ilse Benkö (S. 1066), Mag. Thomas Steiner (S. 1068), Christian Illedits (S. 1070), Manfred Kölly (S. 1072) und Landesrat Helmut Bieler (S. 1075)

Annahme der Gruppen 7, 8 und 9 (S. 1079)

Annahme des ordentlichen Landesvoranschlages für das Jahr 2016 (S. 1079)

VI. Teil: Außerordentlicher Landesvoranschlag für das Jahr 2016

Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1079)

Annahme des außerordentlichen Landesvoranschlages für das Jahr 2016 (S. 1080)

VII., VIII. und IX. Teil: Stellenplan des Landes, der Sondervoranschläge der Fonds und des Stellenplanes der Landeslehrer

Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1080)

Annahme des Stellenplanes des Landes, der Sondervoranschläge der Fonds und des Stellenplanes der Landeslehrer (S. 1081)

Durchführungsbeschluss

Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1081)

Annahme des Durchführungsbeschlusses (S. 1081)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 188) über die Kenntnisnahme des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 (Zahl 21 - 134) (Beilage 197);

Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1082)

Annahme des Beschlussantrages (S. 1083)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 180), mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 21 - 126) (Beilage 198);

Berichterstatterin: Klaudia F r i e d l (S. 1083)

Redner: Mag. Franz S t e i n d l (S. 1083)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1084)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 186), mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 - Bgld. TG 2014 geändert wird (Zahl 21 - 132) (Beilage 199);

Berichterstatter: Gerhard K o v a s i t s (S. 1085)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1085)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 182) betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich "ÖISS"-Datensysteme Gesellschaft m.b.H. (Zahl 21 - 128) (Beilage 200);

Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 1085)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1086)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 181) betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht (Zahl 21 - 127) (Beilage 201);

Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 1086)

Redner: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1086)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1088)

Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 172) betreffend "Einmaliger Zuschuss bei der Anschaffung von Registrierkassen" (Zahl 21 - 118) (Beilage 202);

Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 1088)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1089)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 177) betreffend Integrationsmaßnahmen im Burgenland (Zahl 21 - 123) (Beilage 203);

Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1089)

Rednerin: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1090)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1091)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 183) betreffend Einführung einer Transparenzdatenbank (Zahl 21 - 129) (Beilage 204);

Berichterstatter: Gerhard K o v a s i t s (S. 1091)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1091)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 126) zum Erhalt der Gymnasien (Zahl 21 - 84) (Beilage 205);

Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1092)

Rednerin: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1092)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1093)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 175) betreffend finanzieller Beitrag des Landes zur Erhaltung der Hallenbäder (Zahl 21 - 121) (Beilage 206);

Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 1093)

Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1093)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1094)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 756)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 05 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen. Ich darf sie alle recht herzlich zur 8. Sitzung des Burgenländischen Landtages willkommen heißen. Ich begrüße auch die Zuhörer und Zuseher an den beiden Rängen und hier die Polizeischüler recht herzlich willkommen und auch die Schülerinnen und Schüler der Neuen Mittelschule Markt Allhau mit ihren Pädagoginnen und Pädagogen.

Ich e r ö f f n e die 8. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtlichen Verhandlungsschriften der 6. und 7. Sitzung sind geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie sind unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 8. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Mittwoch, dem 9. Dezember 2015.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird (Zahl 21 - 144) (Beilage 210);
2. Gesetzentwurf über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland (Burgenländisches EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetz - Bgld. EU-BA-G) (Zahl 21 - 145) (Beilage 211);
3. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 146) (Beilage 212);
4. Beschlussantrag, mit dem der „Sozialbericht 2013/2014 des Landes Burgenland“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 147) (Beilage 213);
5. Beschlussantrag, mit dem der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2014 (Der Grüne Bericht 2014) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 148) (Beilage 214);

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit (Zahl 21 - 138) (Beilage 192);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Strukturen anpassen - Minderheitenrechte stärken - Transparenz erhöhen; Politische Institutionen im Staat reformieren! (Zahl 21 - 140) (Beilage 194);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend Alkoholverbot während der Landtagssitzung (Zahl 21 - 149) (Beilage 215);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Sportanlagen der Fußballakademie Burgenland (Zahl 21-135) (Beilage 189);

2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Kinderbetreuung (Zahl 21 - 136) (Beilage 190);
3. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend die Qualitätssicherung des Trinkwassers (Zahl 21 - 137) (Beilage 191);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Volksschule Draßburg - Eingliederungshilfe (Zahl 21 - 142) (Beilage 208);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 81) betreffend Elternanfragen (Zahl 21 - 139) (Beilage 193);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 86) betreffend Beratungsscheck (Zahl 21 - 141) (Beilage 207);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 87) betreffend Kulturzentrum Eisenstadt (Zahl 21 - 143) (Beilage 209);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 144, Beilage 210, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 145, Beilage 211, und Zahl 21 - 146, Beilage 212, weise ich dem Rechtsausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 147, Beilage 213, weise ich dem Rechtsausschuss und Sozialausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 148, Beilage 214, weise ich dem Agrarausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 138, Beilage 192, Zahl 21 - 140, Beilage 194, und Zahl 21 - 149, Beilage 215, weise ich dem Rechtsausschuss

zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 135, Beilage 189, und Zahl 21 - 136, Beilage 190, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 137, Beilage 191, habe ich der Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 142, Beilage 208, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 139, Beilage 193, Zahl 21 - 141, Beilage 207, Zahl 21 - 143, Beilage 209, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wir gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 12 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um Verlesung ihrer Anfrage. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Mit der neuen Legislaturperiode sind Sie nun auch zuständiges Regierungsmitglied für den allgemeinen Erwachsenenbildungsbereich.

Wie sind die Erfahrungen des Landes Burgenland mit der „Länder-Bund Initiative Erwachsenenbildung“ - dem gemeinsamen Förderprogramm zu den Bereichen Basisbildung und Nachholen von Bildungsabschlüssen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben in den vergangen Jahren immer wieder über das Bildungssystem im Burgenland diskutiert. Wir haben das Kindergartengesetz verändert. Wir haben gute Strukturen im Bereich der Volksschulen und der Neuen Mittelschulen geschaffen.

Ich denke, dass gerade auch die Erwachsenenbildung einen hohen Stellenwert hat und zu diesem Bildungssystem, zu diesem sehr guten Bildungssystem, im Burgenland wichtige Beiträge leistet. Ich möchte nur ganz kurz die Eckdaten erwähnen.

Wir haben in unserem gesamten Bildungssystem im Burgenland, und dazu zählt natürlich auch der Kindergarten als erste Bildungseinrichtung, die höchste Kinderbetreuungsquote aller österreichischen Bundesländer. Durch gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Land ist es hier gelungen, von allen österreichischen Bundesländern die höchste Kinderbetreuungsquote zu schaffen.

Wir haben die niedrigsten und kleinsten Zahlen im Bereich der Volksschulen von allen österreichischen Bundesländern. Das machen wir deswegen, weil die wohnortnahe Volksschule für uns einen wichtigen Stellenwert hat. Wir wollen nicht Volksschulkinder zu Pendlern machen. Wir haben die höchste Maturantenquote aller österreichischen Bundesländer. Auch das hat sich in den letzten Jahren sehr, sehr gut entwickelt.

Bildung heißt auch, dass wir jungen Menschen eine Zukunftsperspektive geben, die keinen Lehrplatz gefunden haben. Wir haben in überbetrieblichen Einrichtungen, Lehrwerkstätten, über 1.000 junge Menschen die dort ausgebildet werden, die dort eine Lehre machen, oder die nach dem einen oder anderen Jahr bereits in die Realwirtschaft überstellt werden.

Also insofern sind wir hier gut unterwegs. Und auch die Bildungsreform, die vor kurzem beschlossen wurde, zeigt, dass wir viele Punkte, die beschlossen wurden, im Burgenland bereits umgesetzt haben.

Viele Punkte die beschlossen wurden, haben wir im Burgenland bereits umgesetzt, nämlich dass wir die Verwaltung konzentriert haben, das gibt es schon im Burgenland, andere Bundesländer werden nachziehen, dass wir ein Objektivierungsverfahren haben, das weit über den Beschluss des Nationalrates hinausgeht, nämlich dass bei wirklich wichtigen Funktionen auch Assessment Center beigezogen werden und hier eine entsprechende Empfehlung abgeben und wir haben natürlich auch unseren Kindergarten

als erste Bildungseinrichtung positioniert und dass hier die Schulautonomie und die Elementarpädagogik einen noch größeren Stellenwert bekommen, das unterstützen wir.

Zurückkommend zu der Erwachsenenbildung und konkret zur Initiative Erwachsenenbildung: Hier gibt es eine Bund-Länder Vereinbarung, eine sogenannte 15a-Vereinbarung, die bis 2017 verlängert wurde. Im Zeitraum von 2015 bis 2017 stehen insgesamt 1,2 Millionen Euro zur Verfügung. Der Landesanteil beträgt 630.000 Euro.

Was wollen wir mit dieser Initiative Erwachsenenbildung erreichen? Wir wollen einerseits einen kostenlosen Zugang zu Basisbildungsangeboten und zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses erreichen. Es gibt immer wieder junge Menschen die, aus welchen Gründen auch immer, eine Krise haben, die zum Beispiel den Schulbesuch abbrechen, die keinen Schulabschluss haben und genau mit dieser Initiative wollen wir sozusagen eine zweite Chance auch ermöglichen.

Wir haben sogar Beispiele, dass nicht nur Basiswissen, sondern in weiterer Folge der Pflichtschulabschluss gemacht wird und anschließend auch eine HTL besucht wurde. Auch hier gibt es viele positive Beispiele.

Diese zweite Bildungschance ist aus meiner Sicht sehr, sehr notwendig. Weil aus meiner Sicht Herkunft kein Schicksal sein kann. Es soll niemand sozial benachteiligt werden, weil er eben soziale Defizite in der Familie oder wo auch immer hat, oder ganz einfach eine Krise hat. Wir wollen die Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit durch diese Erwachsenenbildungseinrichtungen auch erhöhen und wollen das im Burgenland auch leben.

Jeder soll auch eine zweite Chance haben. Wenn man einmal ein Problem hat, dann heißt das nicht, dass man in Zukunft immer wieder Probleme hat. Diese zweite Chance wird auch sehr intensiv genützt.

Abschließend, ich bin sehr froh darüber, dass es einen Evaluierungsbericht des Institutes für Arbeitsmarktbetreuung und Arbeitsmarktforschung gibt. Aktuell Dezember 2014, der uns im Burgenland bescheinigt, dass die Volkshochschule die akkreditiert ist, gute Erfolge aufweisen kann, nämlich, dass die eingesetzten Förderungen eine noch größere Wirkung gezeigt haben, als vorgegeben wurde. Das ist eine effiziente Arbeit. Die Zahl der erfolgreichen Absolventen ist weit höher, als die Vorgabe auch des Bundes ist.

Da möchte ich mich bei allen die im Bereich der Erwachsenenbildung, vor allem im Bereich der Volkshochschule tätig sind, dafür bedanken, dass sie eine sehr gute Arbeit leisten und dieser Evaluierungsbericht ein sehr, sehr positiver ist und die Ziele deutlich überschritten wurden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Maßnahmen werden im Burgenland für eine regionale Bildungsarbeit gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitt Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es gibt von Seiten des Landes drei, vier sehr wichtige Vorgaben. Das erste ist natürlich immer die Qualität der Ausbildung. Die muss eine möglichst gute sein. Das zweite ist, dass wir in allen Bildungsbereichen auch auf wohnortnahe Einrichtungen setzen und das soll auch bei der Erwachsenenbildung der Fall sein.

Da kann ich sagen, dass wir von Zurndorf im Norden bis Jennersdorf im Süden in allen Bezirken derartige Bildungseinrichtungen haben, dass auch hier der kurze Weg zur Bildungseinrichtung gegeben ist.

Der zweite oder dritte Punkt ist, dass die Bildungsangebote leistbar und finanzierbar sein müssen. Wir wollen keine finanzielle Barriere aufbauen, und sagen, weil du noch nicht den Abschluss hast, jetzt bezahle dafür. Was auch oft gar nicht möglich wäre, weil Menschen ohne Ausbildung auch kein oder nur ein sehr geringes Einkommen haben.

Der vierte Punkt ist, dass wir ein gutes Zusammenspiel zwischen den Gemeinden, zwischen dem Land, zwischen dem Bund und den Erwachseneneinrichtungen weiter pflegen müssen, um die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, dass diese Erwachsenenbildung auch flächendeckend in Zukunft im Burgenland eingesetzt werden kann.

Ich darf auch Goethe zitieren, der gesagt hat: "Wo wir uns bilden, da ist unser Heimatland". In unserem Heimatland Burgenland wollen wir auch im Bereich der Erwachsenenbildung das beste Bildungssystem haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie ist gewährleistet, dass die Burgenländische Erwachsenenbildung im Basisbildungsbereich am wissenschaftlich aktuellsten Stand ist und bleibt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! 2014 hat die Landeshauptleutekonferenz hier im Burgenland, in Schlaining, unter meinem Vorsitz beschlossen, dass es ein Grundrecht auf Bildung geben muss, dass es regionale Angebote geben muss, dass es Lifelong-Learning-Strategien geben muss. Das wird demnächst auch präsentiert.

Dieses lebensbegleitende und lebenslange Lernen, das wollen wir auch in Form eines guten Konzeptes präsentieren. Dass wir auf einem guten Weg sind, hat auch der Evaluierungsbericht gezeigt, über den ich gesprochen habe, die Akkreditierung. Denn alleine eine Akkreditierung im Bereich der Fortbildung und Ausbildung ist natürlich auch ein Qualitätszeichen und den Weg müssen wir weitergehen. Dass wir diese Akkreditierung dort, wo es sie gibt, natürlich aufrechterhalten müssen. Wenn es Zertifizierungen in Zukunft gibt, dann soll das natürlich auch geschehen, weil das alles Kriterien, für eine entsprechende Qualität sind.

Es gibt regelmäßig Zusammenkünfte über die BuKEB, das ist die Vereinigung aller Erwachsenenbildungseinrichtungen, wo immer wieder mit Wissenschaftlern aus Österreich oder auch aus Deutschland und mit internationalen Wissenschaftlern, die in dem Bereich anerkannt sind, Zusammenkünfte organisiert werden im Burgenland, um über verschiedene Themen zu sprechen. Es hat diese Zusammenkunft auch im Dezember wieder im Burgenland stattgefunden, wo ein Jugendforscher, Mag. Heinzlmaier, anwesend war.

Das Thema der Experten war: Integration durch Bildung. Denn die Sprache zu erlernen und einen Hauptschulabschluss nachzuholen, ist für alle Menschen die im Burgenland leben wichtig. Diese Zusammenkunft hat es gegeben und wird auch in Zukunft weiter stattfinden.

Die Vernetzung zwischen den Erwachsenenbildungseinrichtungen gibt es ebenfalls. Die wissenschaftlichen Zusammenkünfte, der Gedankenaustausch, ist ebenfalls an der Tagesordnung und genau den Weg, Zertifizierung, Akkreditierungen, Vernetzungen, Zusammenkünfte mit Wissenschaftlern, nicht nur burgenlandweit sondern natürlich österreichweit und international einen großen Stellenwert haben, sollen die Standards dort weiter anheben und sind damit die besten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für Menschen, die ein Basiswissen erwerben wollen, die den Hauptschulabschluss nachholen wollen, und das in hoher Qualität auch machen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Keine. Dann kommen wir zum Aufruf der zweiten Anfrage.

Die zweite Anfrage ist vom Abgeordneten Sodl an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Sodl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Welche Problemstellungen für das Burgenland sehen Sie als Agrarlandesrätin im Zusammenhang mit dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Zuhörerinnen und Zuhörer! TTIP ein viel diskutiertes Thema, und das seit vielen Monaten, wo wir natürlich als Europa, auch als Burgenland, sehr aufpassen müssen, dass da nicht Dinge geschehen, die wir nicht wollen.

Sie alle haben sicherlich das zum Teil auch verfolgen können, dass ja die Europäische Union zurzeit eben über weitreichende Freihandelsabkommen mit Amerika, aber auch mit Kanada unter dem Stichwort CETA passiert. All diese Ergebnisse wurden ja verhandelt. Sehr lange ist darüber gesprochen worden, dass hinter verschlossenen Türen etwas verhandelt wird, was uns allen dann letztendlich buchstäblich auf den Kopf fallen kann, was unsere Gesundheit und vieles andere anbelangt.

Durch diese große Kritik vieler ist es jetzt mittlerweile so, dass dieser Verhandlungsverlauf zumindest dokumentiert wird und öffentlicher ist. Die Kritikpunkte an dieser Verhandlungsbasis oder am Abkommen sind ja sehr vielschichtig. Ich möchte mich vor allem als zuständige Agrarlandesrätin, aber auch für Konsumentenschutz zuständig, einmal auf das konzentrieren bei Ihrer Anfrage.

Zunächst einmal, wenn wir vergleichen die Qualitätsstandards im Agrarbereich, in der Landwirtschaft, zwischen dem was wir in Österreich haben, wo wir stolz sind darauf, weil es hier Auflagen gibt, die uns als Menschen, die täglich hoffentlich auch vor allem gesund essen, schützen.

In Amerika schaut das anders aus. In Amerika zum Unterschied von uns: Gentechnisch manipulierte Waren, vor allem aus der Landwirtschaft, sind ja bei uns verboten. Da gibt es ja einen Bundesregierungs- und Nationalratsbeschluss, zum Unterschied von Amerika. Dort wird mit Gentechnik behandelten Waren, auch mit Lebensmitteln gearbeitet, dort werden noch Hormone zur Aufzucht von Tieren nach wie vor verwendet.

Da möchte ich aufmerksam machen, dass wir aufpassen müssen, denn Sie können sich vorstellen was das bedeutet. Nicht nur für die Gesundheitsgefährdung, sondern vor allem was unsere kleine Landwirtschaft anbelangt.

Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Sie dürfen nicht vergessen, unsere Schwerpunkte in der Landwirtschaft im Burgenland sind ganz andere, als in Amerika. Da reden wir nicht von einigen, beispielsweise Schweinen, die gezüchtet werden, sondern von Großkonzernen, wo dort gezüchtet wird, oder beispielsweise der Milchpreis. Viele Landwirte, und wir brauchen Milch zum täglichen Leben, haben im Burgenland und in Österreich aufgehört zu produzieren, weil der Milchpreis international verhandelt wird und schlecht ist.

Jetzt reden wir wieder von Amerika, wo auch diese Milch durchaus behandelt sein kann, aber vor allem dort reden wir von einer unglaublich großen Zahl von Milchproduzenten. Zusammengefasst heißt das, dass hier gerade im Agrarbereich für mich TTIP, wenn man da nicht sehr, sehr aufpasst, wirklich wir unter die Räder kommen und dann das Burgenland noch weniger Landwirte haben wird, weil sie dieser Konkurrenz nie standhalten können, wo es um Millionen Hektar Weizen geht, wo es um Millionen Hektoliter Milch geht, aber vor allem um Fleischprodukte geht und um gesundheitsgefährdende Lebensmittel geht, die keiner von uns will.

Ich bin auch sehr froh darüber, dass sich hier der Hohe Landtag bereits im Oktober 2014 in einer Petition, in einer Beschlussempfehlung, an die Bundesregierung mit der klaren Auftragslage gewandt hat, dass sich vor allem der Agrarminister Rupprechter darum kümmern soll, aber auch die gesamte Bundesregierung, dass hier nichts passiert, was wir im Burgenland nicht wollen und was für uns Menschen schlecht ist, wenn wir mit Lebensmitteln konfrontiert werden, die uns schaden.

Zum Zweiten darf ich alle einladen, heute haben wir ja viele ZuschauerInnen, Zuhörerinnen und Zuhörer, dass Sie auch hier die Petition unterschreiben. Es gibt eine Petition, wo sich vor allem auch Bauern Österreichs an die EU wenden und auch an die Bundesregierung, diese Petition gegen TTIP, wenn hier nicht klare Standpunkte und Beschlussempfehlungen gelten, hier nicht TTIP zuzustimmen. Da würde ich Sie herzlich ersuchen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Besteht nach Ihrem derzeitigen Wissensstand über TTIP-Verhandlungen die Gefahr, dass die strengen EU-Herkunftsbezeichnungen durch TTIP verwässert, und dadurch die Konsumenten in ihren Entscheidungen, insbesondere beim Kauf von Fleisch, getäuscht werden können? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja, nein!)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mit Ihrer Fragestellung liegen Sie absolut richtig, insofern, dass das natürlich gerade beim Thema Fleisch ein sehr, sehr sensibles ist.

Wie schaut es in Österreich aus? Wir haben das Vorsorgeprinzip. Das bedeutet, bevor bei uns Lebensmittel, vor allem aber auch in der Fleischproduktion, auf den Markt kommen, muss hier Vorsorge getragen werden, dass diese Lebensmittel, dass das Fleisch vorher gut untersucht wird und dass man schaut, dass da nicht gesundheitsgefährdende Stoffe sind. Ich habe vorher schon erwähnt, dass in Amerika das anders ist.

Das heißt, in Amerika - wissen wir - ist hormonbehandeltes Fleisch auf dem Markt. Vor allem aber in Amerika gibt es prinzipiell kein Vorsorgeprinzip, sondern ein Nachsorgeprinzip. Das bedeutet, wenn was schlecht ist, der Konsument kommt darauf, der, der die Lebensmittel beispielsweise isst, kommt darauf, dass das

gesundheitsschädigend ist, dann kann er klagen. Aber dann sind diese Lebensmittel, dieses Fleisch, schon auf dem Markt.

Wir versuchen natürlich auch immer wieder zu schauen, wie weit ist der Prozess, damit wir uns auch einschalten können. Zunächst einmal wissen Sie ja, Gott sei Dank, dass die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, dass der Verhandlungsprozess, weil viele - nämlich auch Verbraucher und Unternehmensverbände und Gewerkschaften - eingeschaltet sind, dass es hier nicht soweit kommt, dass das passiert.

Einfache Ursprungsregeln müssen passen. Wir müssen als Europäer, als Österreicher, als Burgenländer sicher sein, dass der Ursprung, die Ursprungsbezeichnung, wenn man einkaufen geht, nämlich von dort ist diese Fleischware her, dass das auch bestehen bleibt.

Dann muss es natürlich auch immer wieder dazu reichen, dass hier solche Regeln sind, dass wir wegkommen von der Quantität, nämlich nicht viel zu erzeugen, sondern bei der Qualität bleiben, weniger erzeugen. Deswegen muss auch der Konsument, der, der die Lebensmittel isst, muss sicher sein, dass das stimmt, was drauf steht und all diese Dinge werden hoffentlich auch unter dem Kapitel geographische Angaben, drauf sein. Herzlichen Dank für die Anfrage. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sodl.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Frau Landesrätin, wird das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP eine Öffnung der Märkte für hormonbehandeltes Rindfleisch aus den USA bewirken?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Prinzipiell, wie ich schon vorher auch allgemein beim Fleisch Stellung genommen habe, ist vor allem der Import von amerikanischem Rindfleisch in Europa, in Österreich, natürlich ein sehr großer. Das bedeutet, all die Steaks, die wir dann aus Amerika beziehen, muss vorher - im Moment, so ist es und ich hoffe, es bleibt so, über die TTIP-Verhandlungen - natürlich hier angesucht werden, ob dieses Fleisch bei uns auch importiert wird.

Sehr wichtig ist hier natürlich die Lebensmittelsicherheit und es gibt eine europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit und all diese Dinge sind uns wichtig, dass bei TTIP dafür auch noch gesorgt wird. Zurzeit gibt es beispielsweise für ganz Europa 58 Ja seitens der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, dass man hier Fleisch und andere Lebensmittel importiert.

Das ist aber sehr wichtig und in diesem Zusammenhang ist es letztendlich und dann kann ich vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten nur aufrufen, immer drauf schauen, was man kauft und die Ursprungsbezeichnung, auf die müssen wir uns verlassen können, und das wird natürlich gerade auch bei Rindfleisch ein sehr wichtiger Bestandteil der Verhandlungen sein. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Frau Landesrätin, es wird in der Diskussion immer so hingestellt, dass uns Amerika TTIP aufdrängen will. In Wirklichkeit ist es ja auch umgekehrt. Europa versucht zum Beispiel, die öffentliche Beschaffung, die in Amerika die regionale Wirtschaft bevorzugt,

aufzubrechen und bietet im Gegenzug an, den Schutz der Agrarmärkte bei uns eher zu öffnen.

Bei den Grünen im Europäischen Landtag kann ich sicher sein, dass die durchgehend gegen TTIP-Maßnahmen stimmen. Beim Schiedsgericht - zum Beispiel bei der Abstimmung der umstrittenen privaten Schiedsgerichte - war das bisher nicht so.

Wie gut sind Sie in Kontakt mit den europäischen Abgeordneten und wie können Sie sicher gehen, dass zukünftig hier garantiert österreichische Abgeordnete gegen TTIP stimmen werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Erstens, Herr Abgeordneter, freue ich mich, dass auch hier die Grünen mit allen anderen, weil es ist eine Frage natürlich auch der Wertigkeit und der Stärke, wie man in der Europäischen Kommission, vor allem im Europäischen Parlament vertreten ist und hier wird es sehr wichtig sein, dass vor allem auch alle anderen Kräfte an einem Strang ziehen.

Ja, zum Zweiten, Sie haben Recht, dass natürlich nicht nur einseitig TTIP zu sehen ist, sondern ein ganz klares Bekenntnis. Das kann auch für Österreich, für Europa, aber durchaus auch für Innovative - und wir haben derer genug, innovative Erzeuger, Dienstleister und so weiter - aus dem Burgenland eine Chance sein, weil ja die Zollfreiheit damit gewährleistet ist.

Ich möchte TTIP nicht nur schlechtreden, sondern klar sagen, dass es für TTIP außer im Agrar-, wo ich wirklich große Befürchtungen habe und im Lebensmittelbereich, dass man dort sehr aufpassen muss, aber TTIP, wie gesagt, kann auch ein Thema sein, wo Europa, wo Österreich oder das Burgenland durchaus profitiert.

Nur eines ist auch ganz klar und das muss man auch ehrlich kommunizieren: Wenn die Verhandlungen, so, wie sie jetzt sind, nämlich, dass wir kaum Informationen haben, sondern uns nur diese Informationen, worauf sie darauf hinweisen, uns immer wieder sozusagen scheibchenweise über EU-Abgeordnete holen müssen, so ist das nicht ideal.

Ich kann noch einmal sagen, nicht prinzipiell nein zu TTIP, aber auf alle Fälle Vorsicht, das kann nicht sein, dass wir mit unserer Agrarwirtschaft, dass wir mit der Landwirtschaft, mit TTIP unter die Räder kommen, das können wir nicht brauchen, dann ist die Lebensmittelsicherheit, aber vor allem die Qualität nicht mehr gewährleistet. Meine Aufgabe ist es, vor allem auf die Landwirte im Burgenland zu schauen und auf alle regionalen Erzeugnisse. Das wird eine große Herausforderung. Ich freue mich, wenn Sie hier Ihre Unterstützung zusagen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wie können Verbraucher von TTIP selbst profitieren?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Abgeordneter! Das, was in Europa, aber vor allem auch in Österreich sehr wichtig ist und Sie arbeiten ja als Jurist vor allem auch für Konsumentinnen und Konsumenten ist, dass wir hohe Prinzipien in der Verbrauchergesetzgebung haben. Das bedeutet, unsere Richtlinien und unsere Auflagen zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten sind sehr hoch. Auf diese müssen wir natürlich auch Wert legen und auch achten. Das, was uns Europa immer wieder hilft, und

da muss natürlich auch dementsprechend Rücksicht genommen werden, dass Verbraucher auch zu ihrem Recht kommen.

Der Verbraucherschutz in Europa selbst hat ein sehr hohes Level. Anders natürlich in Amerika, aber auch in Kanada. Ich habe vorher schon hingewiesen, bei uns gibt es das Vorsorgeprinzip, dass man vorher schaut, damit der Konsument und die Konsumentin nicht unter die Räder gerät, muss man in Amerika, aber auch in Kanada mit dem Nachsorgeprinzip einmal beweisen, dass man hier über den Tisch gezogen wird, weil man Dinge beispielsweise von der Wirtschaft offeriert bekommt, die für den Konsumenten nicht gut sind.

Das heißt, als Verbraucher kann man, wenn es so weit kommt, schauen wir einmal, wie lange die Verhandlungen noch brauchen, kann man sicher profitieren, weil wir natürlich auch amerikanische Produkte, aber auch aus Kanada, die bei uns jetzt schon importiert werden, dann zollfrei erwerben kann und der Verbraucher letztendlich hoffentlich auch merkt, dass diese Preise dann billiger sind. Es gibt durchaus für den Verbraucher, wenn der hohe Level beim Verbraucherschutz gehalten wird, auch Vorteile. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird vom Herrn Abgeordneten Temmel gestellt. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wir sind uns sicher alle einig, die hohen Umwelt- und Lebensmittelstandards müssen eingehalten werden, wie bereits mehrmals erwähnt, und das ist uns auch wichtig und soll in Zukunft sichergestellt werden.

Wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, sind Sie dann dafür oder dagegen, dass dieses TTIP-Abkommen abgeschlossen wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Zum Unterschied von Herrn Landwirtschaftsminister Rupprechter, der noch immer ja und nein sagt und das in einem Satz, habe ich eine ganz klare Aussage. *(Abg. Walter Temmel: Da sind wir aber gespannt.)* Ich würde mir von ihm diese klare Aussage auch wünschen, ich habe mit ihm darüber auch schon gesprochen.

Wenn die Umweltstandards, und ich rede hier aber vor allem von Agrar und seiner Zuständigkeit als Agrarminister, wenn er diese ernst nimmt, dann muss er wirklich aufpassen, dass die Agrarwirtschaft, dass die Landwirtschaft, nicht unter die Räder gerät. Daher eine klare Antwort von mir zum Unterschied von ihm, zurzeit, was ich selber weiß als zuständiges Regierungsmitglied für Agrar im Burgenland, habe ich Sorge, dass die Landwirtschaft im Burgenland unter die Räder gerät. Daher unter diesen Informationen, die ich habe, kann ich als Agrarlandesrätin nur nein sagen zu TTIP. Erst dann, wenn wirklich diese Sicherheitsvorkehrungen, die ich vorher beschrieben habe, stimmen. Für mich im Moment Agrar - nein. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war die Frage vom Herrn Kollegen.)* Für mich ein klares Nein! Ich hoffe, Sie werden ja den dementsprechenden Entschließungsantrag kennen, den die ÖVP am 23.4.2014 mitgestimmt hat, dort ist das genau drinnen, wenn diese Auflagen stimmen ja, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Vorhin haben Sie ja ganz anders geredet.)* jetzt, zurzeit nein. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben ja anders geredet.)*

Präsident Christian Illedits: Es gibt keine Zusatzfragen mehr.

Damit kommen wir zum Aufruf der dritten Anfrage.

Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Projekte betreibt und unterstützt das Land im Bereich der Gesundheitsprävention?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Meine Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Mitglieder der Landesregierung! Wir haben sehr viele Projekte in der Pipeline und wir haben auch sehr viele Projekte schon in Realisierung. Es ist so - ich möchte der Debatte nicht vorgreifen -, dass wir in den nächsten zwei Tagen auch über das Budget diskutieren werden, da wird auch klar werden, dass ein Viertel des Budgets im Bereich Soziales und Gesundheit beheimatet ist und wenn man alle Maßnahmen zusammenrechnet über die Hälfte.

Zu Ihrer Frage konkret: Ich möchte einige Projekte herausgreifen. Das eine Projekt und das ist sehr breit gefächert im Gesundheits- und Sozialbereich, ist das Projekt gesunde Kindergärten im Burgenland, das wir implementiert haben. Die Dickdarmvorsorge, die im Bezirk Oberpullendorf in den 80er-Jahren begonnen hat. Das „Netzwerk Kind Burgenland“, ein Projekt im Rahmen der frühen Hilfen. Leben mit Diabetes im Burgenland, was die Diabetesbetreuung, einer sehr schleichenden Krankheit und auch im Burgenland sehr verbreiteten Krankheit betrifft. „G'scheit essen“, ein sehr saloppes Wort, aber ganz wichtig im Burgenland. Und wir haben derzeit in Planung eine Zahnstatuserhebung bei 6-Jährigen.

Man sieht, wie gesagt, dass das in einem sehr weiten Bereich auch beheimatet ist, dass wir im Burgenland hier in der Gesundheitsprävention aus meiner Sicht auch österreichweit Vorreiter sind, und diese Projekte werden wir mit voller Kraft auch in Zukunft vorantreiben. Einige sind in Planung, die anderen schon implementiert. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben das Netzwerk Kind gerade angesprochen.

Können Sie das Projekt erläutern? Welche Ziele sollen damit erreicht werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist ein sehr kreatives, innovatives Projekt und auch ein sehr engagiertes Projekt. Diese frühen Hilfen zielen darauf ab, allen Kindern und Eltern Gesundheit im weitesten Sinne zu ermöglichen. Frühe Hilfen helfen vor allem Familien mit höheren Belastungen, auch sozialen Belastungen, die oft sozusagen im Schatten der Gesellschaft stehen. Wir haben hier zwei regionale Projekte geplant und setzen sie jetzt auch um. Unter dem Titel „Netzwerk Kind Burgenland“ ab Herbst 2015 ist vorgesehen, also jetzt schon, das Netzwerk Nord in den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt-Umgebung, Mattersburg und Oberpullendorf zu etablieren und die Umsetzung im Netzwerk Süd, diese startet in den Bezirken Oberwart, Güssing und Jennersdorf ab Sommer 2016.

Was heißt das konkret? Konkret heißt das, dass am Beginn steht ein Erstkontakt der Familien. Da geht es um die Abklärung der familiären und persönlichen Situation der

Menschen. Belastungen, die im familiären Bereich auch zu konstatieren sind. Der Kontakt zu den Familien bleibt dann aufrecht und ist aktiv. Er wird bedarfsgerecht auch ausgebaut und die Frequenz - und das ist auch ganz wichtig - und Gestaltung dieses Projektes hängt vom Wunsch der Familien ab.

Neben der Betreuung durch die Einrichtungen des Landes und Sozialversicherungsträger werden auch die Angebote aus dem Netzwerk vermittelt. Ich möchte nur kurz dazu sagen, wer die Projektträger sind: Das ist das Land Burgenland und die Burgenländische Gebietskrankenkasse, *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* und ich habe dem strengen Wunsch des Herrn Präsidenten zu folgen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie viele Mittel stehen pro Jahr in der Gesundheitsförderungsstrategie im Burgenland zur Verfügung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Aus meiner Sicht ein sehr hoher Anteil, wenn man sich das Landesbudget anschaut, ungefähr 510.000 Euro, und das ist für das burgenländische Landesbudget ein sehr hoher Anteil und zeigt auch, dass es politisch gewünscht wird, nicht parteipolitisch, sondern insgesamt politisch im Burgenland gewünscht wird, dass man sich dieser Aufgabe annimmt und diesen Bereich auch aktiv betreut. 510.000 Euro derzeit pro Jahr. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Rosner.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie möchte das Burgenland zukünftig Jungmediziner für die überfüllten Kliniken und unbesetzten Hausarztpraxen anwerben, wenn die Aufwandsentschädigung für das klinisch praktische Jahr, das sind monatlich 650 Euro pro Student, durch den burgenländischen Gesundheitsfonds ab 1.1.2016 nicht mehr weiter zur Verfügung gestellt wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, dass die 650 Euro nicht ein Hinderungsgrund sind, hier im Burgenland auch tätig zu werden. Wir haben es in den letzten Monaten geschafft, 29 neue Ärzte für das Burgenland zu gewinnen. Wir haben ein Ärztegesetz geschaffen, das auch ermöglicht, dass bei geringerer Arbeitsbelastung, geringeren Arbeitszeiten, ein Plus von 30 Prozent auch an Gehalt da ist. Und ich sehe so eigentlich kein Problem, dass wir auch Ärzte in das Burgenland bringen. Die Praxis zeigt uns, dass es in den letzten Monaten gelungen ist, auch mehr Ärzte ins Burgenland zu bringen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es gibt keine weitere Zusatzfrage. Damit kommen wir zum Aufruf der vierten Anfrage.

Die vierte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet.

Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon um Verlesung ihrer Anfrage. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Aktuell stehen im Burgenland über 34 Prozent der Landesfläche unter Naturschutz.

Welche Schwerpunkte setzen Sie, um diese hohe Qualität und Wertschätzung des Naturschutzes im Burgenland auch zukünftig sicherzustellen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Lassen Sie mich vielleicht kurz darlegen, wie sich diese 34 Prozent der geschützten Fläche im Burgenland zusammensetzen.

Aktuell gibt es im Burgenland 14 Natura 2000-Gebiete, sechs Naturparke, einen Nationalpark und 35 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von rund 136.000 Hektar. Diese Flächen müssen natürlich entsprechend bewirtschaftet und gepflegt werden, wobei es nötig ist, dass man möglichst an einem Strang zieht.

Zu diesem Zweck habe ich auch in den letzten Wochen und Monaten bereits sehr viele Gespräche mit verschiedensten Organisationen, mit Naturschutzorganisationen, geführt, sei es jetzt beispielsweise dem Naturschutzbund Burgenland, dem Verein Berta, aber auch mit vielen NGOs, wie BirdLife oder WWF.

Diese Gespräche waren sehr aufschlussreich, einerseits natürlich um mich in die Materie einzuarbeiten, aber auf der anderen Seite natürlich auch, um herauszufinden, wo hier die Herausforderungen der Zukunft liegen.

Deswegen werden die Schwerpunkte in den nächsten Jahren in meiner Arbeit folgendermaßen aussehen. Ich denke, aufgrund des hohen Umsetzungsstandes an bereits geschützten Flächen im Burgenland ist eher ein geringer Handlungsbedarf in einer Ausweitung der Naturschutzflächen gegeben. Viel wichtiger ist es, diese Flächen in Zukunft nachhaltig schützen zu können. Genau zu diesem Zweck wird einer der Schwerpunkte bei der Fortführung der Schutzgebietsbetreuung liegen. Es ist hier nämlich ganz wichtig, diese Schutzgebiete professionell und vor Ort richtig zu betreuen und die hohe Qualität und den hohen Standard dieser Schutzgebiete - auch in Hinblick auf die Artenvielfalt - aufrecht erhalten zu können.

Ein nächster großer Schwerpunkt meiner Arbeit in den nächsten Jahren im Naturschutzbereich wird die Bewusstseinsbildung sein - sowohl im Kinderbereich, im Jugendbereich, aber auch in der Erwachsenenbildung. Hier wird auch in der neuen EU-Förderperiode ein sehr großer Teil der zur Verfügung stehenden Mittel, das sind pro Jahr zirka 1,1 Millionen Euro, für Projekte im Bereich der Bewusstseinsbildung zur Verfügung gestellt werden.

Auch in diesem Zusammenhang wird ein weiterer wichtiger Schwerpunkt die Forcierung der naturschutzfachlichen Pflegeberatung für die Gemeinden sein. Denn ebenfalls im Zuge dieser EU-Förderperiode werden hier einige Projekte möglich sein, die sich ganz speziell mit Beratungsangebot zur Pflege und der heimischen Natur für Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger beziehen. Hier möchte ich auch die Umweltgemeinderäte einbeziehen, denn es ist ganz wichtig, auch die amtlichen und nichtamtlichen Naturschutzorgane und - wie gesagt - auch schon die Umweltgemeinderäte in die Arbeit mit einzubeziehen, denn ein Umweltschutz und ein Naturschutz, wie er im Burgenland auf höchster Qualität passiert, kann nur dann zielführend weitergeführt werden, wenn man wirklich möglichst alle Betroffenen miteinbindet und möglichst alle in ein Boot holt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Der Fischotter beziehungsweise der Biber führen in einzelnen Regionen des Landes sehr häufig zu Konflikten und Problemen zwischen Mensch und Tier.

Was wird hier von Ihnen unternommen, um diesem Problem entgegenzuwirken?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Der Biber und der Fischotter sind vor allem in den Anhängen zwei und vier der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU vorhanden und zählen ganzjährig zu den geschonten Arten, auch seitens des Jagdgesetzes oder des Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes. So sind beide Arten, der Biber und der Fischotter, unter strengem Schutz und können nicht ganz einfach mutwillig abgeschossen werden. Aufgrund dessen muss auch immer das stets gelindeste Mittel zur Entschärfung dieser Konflikte angewendet werden.

Vielleicht kurz zum Biber. Der Biber ist natürlich auf der einen Seite ein wertvoller Lebensraumgestalter, aber natürlich bin ich mir der Probleme bewusst, die in manchen Orten herrschen, die natürlich zu Konflikten führen und die Biber natürlich auch Schäden verursachen.

Deswegen ist es mir auch wichtig, zielführende Lösungen für alle Beteiligten anzubieten. Einerseits zwar mit dem größtmöglichen Nutzen für die Betroffenen, aber auch mit dem kleinstmöglichen Eingriff für die Biber. Zu diesem Zweck hat das Land Burgenland auch schon in Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur ein Bibermanagement eingerichtet. Es gibt das Bibertelefon und die sind wirklich mit der Bearbeitung dieser Konfliktfälle beschäftigt.

Das Problem der Biber oder die Konflikte der Biber werden vor allem in drei Schritten behandelt. Nämlich als erstes stehen immer die Prävention und die Aufklärung. Als zweiter Schritt erst dann die Eingriffe in den Lebensraum und erst als drittes, letztes Mittel, wirklich der Eingriff in die Population.

Ich habe auch vor kurzem einen Infofolder zum Thema Biber herausgegeben. Diese liegen auf den Gemeinden auf, und die Informationen stehen auch jederzeit im Internet zur Verfügung.

Der Fischotter ist auch einer der Konfliktarten im Burgenland. Er ist auch nach EU-Recht geschützt und damit vom Abschuss ausgenommen. Es gibt den Fischotter-Ombudsmann, der Beratung der Betroffenen durchführt. Das ist der Dr. Andreas Kranz. Er führt rechtliche Rahmenberatungen aus, aber auch die effektive Absicherungen von Teichen. Ich glaube, es ist hier in beiden Fällen vor allem wichtig, faire und objektive Möglichkeiten zu finden, wie man mit diesen Mensch-Tier-Konflikten umgehen soll. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Das Burgenländische Arten- und Lebensraumschutzprogramm schützt, pflegt und fördert seit Jahren seltene Tierarten.

Welche Vorhaben werden hier für die Zukunft geplant?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Erhaltung von gefährdeten Tierarten wird natürlich auch in den nächsten Jahren von

hoher Bedeutung sein. Ziel ist es natürlich, eine möglichst hohe Artenvielfalt im Burgenland sicherzustellen, zu gewährleisten und fortzuführen.

Zukünftig sind einige Artenschutzprojekte vor allem für zehn Tierarten geplant oder bereits in Umsetzung. Das sind einerseits die Fischotter, wie schon erwähnt. Aber es geht über Fledermäuse, Ziesel, Großtrappe, Zwergohreule und noch einige mehr.

Weiters wird auch das Pflegemanagement der Naturschutzgebiete Burgenland weitergeführt. Hier geht es um Organisation und Beauftragung von Pflegemaßnahmen in sämtlichen Naturschutzgebieten. Genauso wird das Biotopschutzprogramm fortgeführt. Es gibt die Fischotter-Ombudsstelle.

Vielleicht kurz zu einem Projekt, das gerade in Bezug auf die Fischotter gestartet wurde. Es gibt ein aktuelles Problem der Fischotterbestände in der Lafnitz, eigentlich einen Rückgang der Fischbestände. Zu diesem Zweck werden nun einige der Fischotter entnommen - lebend wohlgemerkt. Denn es gibt hier konkrete Anfragen seitens der Niederlande, die wieder eine Ansiedelung dieser Fischotter forcieren wollen. Und dann wird überprüft werden, ob die Abnahme der Fischotter auch wirklich mit dem Fischsterben zu tun hat. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Frau Landesrätin! Naturschutzgesetze sind nur dann auch exekutierbar, wenn man natürlich genug Leute hat, die das auch überprüfen. Wir haben konkret ein Problem bei den amtlichen Naturschutzorganen, wir haben kurz schon darüber gesprochen. Sie haben gesagt, es wird eine Verbesserung geben.

Konkret ist zum Beispiel gerade jetzt Oberwart, Güssing und Jennersdorf von einem Einzigen betreut. Das ist realistisch nicht zu schaffen.

Können Sie für 2016 schon eine konkrete Verbesserung nennen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir sind uns natürlich dieser Problematik bewusst. Wir werden auch im Zuge der Verwaltungsreform, dafür werde ich mich einsetzen, dass hier wirklich eine ausreichende Anzahl an amtlichen Naturschutzorganen zur Verfügung steht, denn es ist mir ein sehr großes Anliegen, dass der Naturschutz im Burgenland wirklich auf guten Beinen steht.

Genau in diesem Zusammenhang werden wir auch verschiedene Schulungsmaßnahmen anbieten, um überhaupt auch das Ansehen der Naturschutzorgane und die Ausbildung der Naturschutzorgane weiter voranzutreiben.

Es wird auf jeden Fall auch im Zuge der Verwaltungsreform berücksichtigt werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Temmel. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In vielen Bereichen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie Erhaltung der diversen Tier- und Pflanzenarten wissen wir, dass es in den letzten Jahrzehnten eine sehr gute, gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft gegeben hat.

Ihre Regierungskollegin Dunst vertritt die Auffassung, dass Landwirtschaft und Umweltschutz nicht zusammenpassen. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diesbezüglich muss ich Sie ein bisschen korrigieren. Ich glaube, die Aussage meiner Kollegin Landesrätin Dunst war eher darauf bezogen, dass die Ressorts Umweltschutz und Landwirtschaft nicht in einer Hand liegen sollten. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Das ist ja dasselbe. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau deshalb gibt es ja jetzt angeblich eine Verwaltungsreform, weil man zusammenlegen kann, oder? – Beifall bei der SPÖ)*

Nein, das stimmt nicht. Das ist nicht wahr.

Nein, weil genau das ist jetzt der neue, weil genau das ist jetzt der große neue Wurf, dass der Bereich Umwelt und Naturschutz erstmals in einer Hand liegen und alle Zuständigkeiten hier gebündelt sind.

Genauso sehe ich es als sehr positiv, dass Landwirtschaft und Naturschutz bei zwei verschiedenen Landesräten angesiedelt sind, weil ich glaube, dass man dadurch viel besser klare Regelungen schaffen kann.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Zusammenarbeit zwischen der Landesrätin Dunst im Agrarbereich und zwischen dem Naturschutz eine sehr gute ist. Wir stimmen uns regelmäßig ab, und das werden wir auch in Zukunft so fortführen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem keine weitere Zusatzfrage gewünscht ist, kommen wir zur fünften Anfrage. Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Richter an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Richter um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Förderung der Verkehrssicherheit fällt ja in Ihre Kompetenz.

Wie beurteilen Sie grundsätzlich die vielerorts aufgestellte Forderung, dass in Bussen des Kraftfahrlinienverkehrs die Anzahl der unter 14-jährigen Passagiere der Anzahl der Sitzplätze angepasst werden soll, wie dies schon für den Gelegenheitsverkehr gilt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bundessache.)* Bitte? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bundessache.)*

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In den Morgenstunden sind alle verfügbaren Fahrzeuge und Busse im Burgenland unterwegs, um die Schüler rechtzeitig zur Schule zu bringen. Einzelne Busse sind bis auf den letzten Platz überfüllt. Und leider Gottes ist es halt so, dass sehr viele Kinder stehend sozusagen in die Schule transportiert werden.

Dieses Thema gibt es schon einige Jahre und dieses Thema ist aus meiner Sicht ein Thema, das auch die Länder betrifft und nicht nur die Bundesregierung. Deshalb ist die Frage sehr richtig und in Ordnung und auch notwendig. Denn es kann nicht sein, dass heute ein Bus mit 50 Sitzplätzen 70 Personen befördert, wobei 20 Kleinkinder sind, die vielleicht unter sechs Jahren sind, das muss man sich wirklich vorstellen, wenn hier ein

Verkehrsunfall passiert, was sich da in diesem Bus abspielt. Daher ist es gut, das auch anzusprechen.

Ich selbst würde als Buschauffeur jeden Tag Angst haben, dass irgendetwas passiert. Ich würde wahrscheinlich nicht sehr gerne jeden Tag mit dem Bus unterwegs sein. Dieser Zustand ist definitiv unzumutbar.

Hier braucht es dringend einer Regelung. Absolut eine Regelung. Deshalb sind auch alle Bundesländer gefordert, hier gemeinsam mit Anträgen und Resolutionen so vorzugehen, dass die Bundesregierung auch tätig wird.

Es hat auch schon einen Antrag der Freiheitlichen Partei im Verkehrsausschuss im Bund gegeben. Leider Gottes ist dieser Antrag noch liegen geblieben, liegt immer noch und wird von der Bundesregierung nicht weiter behandelt. Aber die Frage ist wichtig und in Ordnung.

Ich glaube, wir sollten uns dieser Thematik verstärkt annehmen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Eigentlich ist die erste Zusatzfrage bereits beantwortet. Ich lese sie aber trotzdem vor. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Die Abänderung des Paragraphen liegt in der Kompetenz des Bundes. Gibt es Ihrem Informationsstand nach auf Bundesebene dazu Initiativen? Offensichtlich sehr wohl. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Gibt es dazu Initiativen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Gut, Herr Abgeordneter, Sie haben das zwar gesagt, aber die Frage wurde so im Detail noch nicht beantwortet. Ihre Frage ist vollkommen gerechtfertigt und in Ordnung. Es ist nämlich so, dass im § 106 des Kraftfahrzeuggesetzes, im KFG, festgelegt ist, und das ist eigentlich der Wahnsinn, dass Kinder unter 16 Jahre nicht gewertet und drei Kinder unter 14 Jahre für zwei Personen gewertet werden.

Das heißt, dass ist ein Missstand, der wirklich endlich einmal geklärt werden sollte. Ich bin auch der Meinung, und das sollten wir alle wissen, dass es bei einem Verkehrsunfall hier eine dramatische Situation gegeben hat.

Deshalb ist Ihre Frage richtig. Das heißt, dass Kraftfahrzeuggesetz gehört geändert! Das ist Bundessache und deshalb gibt es heute auch diese Anfrage. Ich glaube, auch wenn das jemand noch so lächerlich sieht, so ist das aus meiner Sicht eine ganz dringliche und wichtige Anfrage. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Die ÖVP Burgenland betreibt zu diesem Anliegen eine Online-Petition. Wie beurteilen Sie diese Initiative beziehungsweise halten Sie diese für zielführend?

Präsident Christian Illedits: Die Frage lautet? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Halten Sie dies für zielführend?)* Passt also. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ah so. Er weiß also schon die Zusatzfrage! – Heiterkeit bei einigen Abgeordneten.)*

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Frau Abgeordnete, ich habe Sie gehört! Warum haben Sie die Frage nicht gehört? Ich habe Sie gehört. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ihr redet wohl nicht miteinander, oder? – Abg. Doris Prohaska: Ist das für Sie ein Problem? Ist das jetzt für Euch ein Problem? – Allgemeine Unruhe.)*

Bitte, ich weiß nicht, wie das bei der ÖVP immer zugeht, aber ich habe kein Problem damit wie das in der ÖVP ist, aber nein, es ist in Ordnung. Die Petition der ÖVP ist vollkommen in Ordnung und ist auch in Ordnung. Seit vielen Jahren gibt es die Initiative auch seitens der Burgenländischen SPÖ, seit der Burgenländischen ÖVP, seit der LBL, das ist vollkommen in Ordnung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Petition ist auch richtig, aber leider Gottes ist dieses Thema schon seit drei, vier, fünf Jahren immer wieder auf der Tagesordnung und daher gehört dieses Thema auch behandelt.

Was ich für schade finde ist, dass die ÖVP eine Petition sozusagen zum Unterschreiben bringt und dann in der Bundesregierung und im Verkehrsausschuss gegen den Antrag stimmt, dass das geregelt wird. Das halte ich für wirklich nicht gut, aber so ist nun einmal die ÖVP, das kann man eigentlich nicht ändern. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich hoffe, dass Sie mir jetzt nicht nur bestätigen, dass meine Frage gestellt werden darf, sondern dass diese auch beantwortet wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie haben nämlich noch nichts gesagt, denn Sie sagen immer es muss Maßnahmen geben. Sie als zuständiges Regierungsmitglied: Welche Maßnahmen muss es auch Ihrer Sicht geben, nachdem die Anzahl der Schüler nicht den fixen angepasst werden kann? Es wird nicht weniger Schülerinnen und Schüler geben. Wie sollen mehr Sitzplätze geschaffen werden? *(Abg. Ilse Benkö: Der Bund! Der Bund ist zuständig!)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Danke Frau Abgeordnete für die Anregung. Ich werde mir eine Lösung überlegen, aber dann, Vorsicht, liebe ÖVP, nicht immer gleich lachen. Vorsicht, ich werde mir eine Lösung überlegen. Aber dann, wenn die nächste Nationalratswahl stattgefunden hat, ist die Freiheitliche Partei die Nummer eins, wir sind in der Bundesregierung und dann werden wir das ändern. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneten Mag. Wolf, M.A.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wir wissen nun, dass es einen breiten Schulterschluss zwischen allen Parteien gibt, um dieses Problem zu lösen.

Auf Bundesebene haben wir die Lösung noch nicht, wir treten dafür ein, dass man in der Zwischenzeit seitens des Landes Geld in die Hand nimmt, um Busse zu finanzieren, damit mehr Busse auf den Straßen im Burgenland sind.

Wie stehen Sie zu dieser Idee?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, danke für diese Anregung. Diese Idee finde ich für nicht schlecht, aber diese Idee kann man natürlich erst dann zur Umsetzung bringen, wenn das KFG geändert wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es bringt ja nichts, wenn eine bundesgesetzliche Regelung nicht stattgefunden hat, und man irgendeine Husch-Pfusch-Partie macht. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Als Zwischenlösung gedacht!)*

Gescheiter ist es, es gehört gesetzlich geregelt, nach dem Kraftverkehrsgesetz, denn es kann ja nicht immer nur irgendetwas passieren, sondern wenn, dann muss es eine gescheite Arbeit geben und das ist damit nicht der Fall. Leider Gottes, denn das ist ja eine Bundesgesetzgebung. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Also keine Zwischenlösung! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Da es keine Zusatzfragen mehr gibt, kommen wir somit zum Aufruf der sechsten Anfrage.

Die sechste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Wolfgang Sodl an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl gerichtet. Ich bitte daher den Herrn Landtagsabgeordneten um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Dankeschön Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Bereits in den letzten Jahren wurden in allen Teilen des Burgenlandes Verbesserungsmaßnahmen sowohl im Straßenverkehr, als auch im öffentlichen Verkehr umgesetzt. Welche konkreten Maßnahmen werden derzeit im Burgenland im Bereich des öffentlichen Verkehrs für Pendlerinnen und Pendler gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, im Burgenland hat es in den vergangenen 15 Jahren gerade im Bereich des öffentlichen Verkehrs einen großen Paradigmenwechsel gegeben. Einen Paradigmenwechsel, dass das Land in vielen Bereichen mitgezahlt hat, um die Infrastruktur auszubauen.

Wir haben im Jahr 2000, als ich Landeshauptmann geworden bin, für den öffentlichen Verkehr ein Budget von zirka fünf Millionen Euro gehabt. Wir haben mittlerweile ein Budget im heurigen Jahr von 16 Millionen Euro und die Tendenz in diesem Bereich ist weiter steigend. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf auch hinzufügen, dass wir in diesem Jahr und in den Folgejahren überhaupt das größte Infrastrukturpaket in der Geschichte des Landes, sowohl für den öffentlichen Verkehr, also auch für den Ausbau der Straßen investieren werden.

Das Land Burgenland einerseits, aber natürlich auch der Bund, dort, wo er zuständig ist. Wir können, zum Beispiel, beim Straßenbau ja auch nicht sagen, dass der Bund die Straße nicht macht und das Land die Kosten übernimmt. Der Bund macht nicht die Busverbindungen in Orten und das Land übernimmt das. 20 Millionen geben wir da den Gemeinden, damit sie auch mehr investieren können.

Das ist eine Politik, die ja nicht erfolgreich sein kann, sondern, wir haben mit dem Bund gut verhandelt, so dass wichtige Schienenprojekte und auch Straßenprojekte in die Umsetzung kommen.

Ich darf hier dazu sagen, dass wir 30 Millionen Euro für die Landstraßen, 32 Millionen Euro für Bundesstraßen und 60 Millionen Euro für den öffentlichen Verkehr in diesem Jahr und auch im kommenden Jahr ausgeben oder im Burgenland investiert werden. Bei Land und Bund sind die Zuständigkeiten klar getrennt, weil der Finanzausgleich die Zuständigkeiten regelt. Diese Zuständigkeit regelt, welche Gelder wir dafür bekommen. Wir nehmen diese Verantwortung auch sehr ernst.

Was wird mit diesen 16 Millionen Euro im Wesentlichen für den öffentlichen Verkehr, zum Beispiel, getan? Wir zahlen mit, wenn die Infrastruktur ausgebaut wird. Wenn die Park & Ride Anlagen oder die Bahnhöfe ausgebaut werden, dann zahlt teilweise der Bund, teilweise das Land. Wenn wir Elektrifizierungen durchführen, dann zahlt einen Teil das Land.

Erstmalig, denn das hat es überhaupt noch nie in der Geschichte gegeben, dass eben das Land auch bei Infrastruktur mitzahlen muss. Wir zahlen auch mit beim Zugsmaterial. Es wird wahrscheinlich mit Ende des nächsten Jahres erstmalig im Burgenland der Railjet fahren, einer der modernsten Züge die es überhaupt in Österreich gibt. Insofern gibt es auch in diesem Bereich viele Investitionen, die wir tätigen. Im Gegensatz zu Ihnen kümmern uns wir um die Anliegen der Pendlerinnen und Pendler und werden auch erreichen, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Oberwart!)* dass der Railjet dort Halt macht, wo das möglich ist. Da sind wir auch auf einem guten Weg. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und Abg. Ing. Rudolf Strommer)*

Was natürlich ganz wesentlich ist, dass ist die Zufriedenheit. *(Abg. Manfred Kölly: So zufrieden sind sie aber nicht!)* Ich bin sehr froh, dass die Arbeiterkammer jährlich Umfragen macht und das die Zufriedenheit der Pendlerinnen und Pendler mit der Pünktlichkeit deutlich gestiegen ist. *(Abg. Manfred Kölly: Gestiegen ist, aber nicht zufrieden. Nicht zufrieden!)* Wir sind auf einem guten Weg. *(Abg. Manfred Kölly: Ist okay! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weil für mich ist ja wichtig, dass wenn wir schon Geld investieren, dass sich hier einiges in die richtige Richtung entwickelt. Noch etwas: Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Pamhagen und Neusiedl am See ist die Zahl der Fahrgäste um 58 Prozent gestiegen.

Über 700.000 Fahrgäste, ein Plus von 58 Prozent. Das rechtfertigt diese Investitionen. Wir haben auf der Strecke Wulkaprodersdorf - Eisenstadt - Neusiedl am See eine Verdoppelung, also ein Plus von 100 Prozent.

Auch diese Entwicklung ist also eine sehr positive. Das rechtfertigt die hohen Steuermittel, die wir hier einsetzen. Es bewegt sich also vieles in die richtige Richtung, es ist vieles getan worden und vieles ist noch zu tun, aber das Geld ist, glaube ich, gut investiert. Wir werden heute auch im Burgenländischen Landtag oder morgen über den öffentlichen Verkehr diskutieren. Das Nächste wird sein, dass wir also im Burgenland die Taktknoten noch weiter umsetzen. Das ist ein Schweizer Modell, wo Busse und Eisenbahnlinien gut aufeinander abgestimmt sind. Die Umsetzung der Taktknoten verbessert auch die nationale und internationale Erreichbarkeit.

Das wertet das Burgenland auf, denn wir haben sowohl für die Pendlerinnen und Pendler, als auch für die Wirtschaft Impulse gesetzt. Wenn ich, zum Beispiel, auch im

südlichen Burgenland den Gütertransport in Oberwart hernehme, wo wir mit intensiven Verhandlungen erreicht haben, dass das auch weiter durchgeführt wird.

Es gibt viele Aktivitäten, aber der öffentliche Verkehr im Burgenland mit den vielen kleinen Einheiten ist natürlich eine ganz große Herausforderung, weil kein anderes Bundesland so viele kleine Einheiten hat, wie das Burgenland.

Die Zufriedenheit steigt. Die Fahrgastzahlen steigen auch beim G 1-Bus im Südburgenland, denn auch dort haben wir eine deutliche Steigerung des G1 - Busses, der die beste Busverbindung Ostösterreichs ist, wo wir 2,4 Millionen Euro für den G1-Bus jährlich zur Verfügung stellen, wo wir die Fahrkarten der Pendlerinnen und Pendler mit fünf oder sechs Millionen Euro stützen. Insofern sind das viele Aktivitäten und wir haben noch vieles vor. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Herr Landeshauptmann Zeitablauf! Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Landeshauptmann! Was wurde im Burgenland getan, um den Ausbau und die Attraktivierung der burgenländischen Bahnhöfe voranzutreiben?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben im Augenblick, im Jahr 2015, die größte Bahnhofsoffensive in der Geschichte erreicht. Dabei geht es nicht nur darum, schöne Bahnhöfe zu haben, da geht es um Barrierefreiheit, um eine behindertengerechte Zugänglichkeit. Diese Offensiven in den Bahnhöfen waren auch deswegen notwendig, um die Bahnhöfe behindertengerecht zu gestalten, um auch die Bahnsteige behindertengerecht zu gestalten, um - auch für Behinderte - Aufzüge zu installieren.

Das ist sowohl beim Bahnhof in Neusiedl am See, beim Bahnhof in Bruckneudorf, beim Bahnhof in Mattersburg, als auch beim Bahnhof in Wulkaprodersdorf der Fall. In Summe werden bei dieser Bahnhofsoffensive 50 Millionen Euro investiert.

Mehr Sicherheit für die Fahrgäste, eine behindertengerechte Zugänglichkeit und natürlich auch mehr Komfort, weil dort auch die neuen, modernen Züge verkehren und das Einsteigen nicht mehr über Barrieren und Hürden verläuft, sondern auch auf einer Ebene mit dem Bahnsteig erfolgt. Die Investitionen bei den Bahnhöfen sind ganz wichtig und sind die größten Investitionen in den letzten Jahrzehnten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

So etwas hat es im Burgenland noch nie gegeben. Größtenteils wurden sie auch vom Bund finanziert und umgesetzt. Viele Gespräche, viele Verhandlungen sind vorausgegangen. Ich darf auch dazu sagen, dass wir im Burgenland derzeit 54 Park & Ride Anlagen mit insgesamt 4.000 Stellplätzen haben.

Das geht natürlich weiter, weil bei diesen Park & Ride Anlagen in vielen Bereichen das Land Burgenland mit dabei ist, wo wir große Teile auch mitfinanzieren und das kann sich - umgelegt auf die Einwohner - auch sehen lassen.

54 Anlagen mit 4.000 Stellplätzen! Dort, wo Bedarf ist, werden wir aktiv. Im Augenblick in Mattersburg, wo wieder die Park & Ride Anlage vergrößert wird, weil die Notwendigkeit gegeben ist. Die letzte Anlage, die wir eröffnet haben, war in Pinkafeld, die auch sehr gut angenommen wird.

Wo ein Bedarf besteht, gibt es den öffentlichen Verkehr. Dass wir nicht jedem Einzelnen seine individuelle Bus- oder Bahnverbindung zur Verfügung stellen können, da bitte ich um Verständnis, aber, wo es notwendig ist, machen wir das. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Herr Landeshauptmann, Zeitablauf! Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Dankeschön. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Maßnahmen gibt es speziell für die Pendlerinnen und Pendler aus dem Südburgenland?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dass natürlich der öffentliche Verkehr im Südburgenland, der im Mittel- und Südburgenland, eine noch größere Herausforderung ist, als der im Norden, ist, glaube ich, auch klar, weil es deutlich mehr Ortsteile und kleine Einheiten gibt.

Wir haben gerade auch eine sehr intensive Informationstour teilweise schon hinter uns gebracht. Wir klären die Gemeinden auf, welche Möglichkeiten es gibt, auch den Mikroverkehr in den Gemeinden zu forcieren und weiter auszubauen.

Wenn also beispielsweise eine Gemeinde, und da gibt es ja schon etliche, die das in vorbildlicher Art und Weise tun, ihren Gemeindebus implementiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ob das nun mehrere Gemeinden machen, oder nur eine Gemeinde umsetzt, ist von den jeweiligen Gegebenheiten abhängig, aber es gibt dafür eine recht gute Landesförderung.

Es gibt jetzt auch mehr Interessenten, wo die Gemeinden sagen, wir entwickeln ein Konzept, das wir auch von Seiten des Landes fördern, das sich vielleicht drei, vier Gemeinden zusammenschließen, um hier ein gemeinsames Konzept zu erstellen. Die Konzepterstellung wird gefördert, aber auch die Umsetzung des Konzeptes wird gefördert.

Ich denke, dass das auch ein wichtiger Impuls für das mittlere und südliche Burgenland ist. Aber, es gibt auch im Norden Gemeindebusse, die wir unterstützen, aber kleine Einheiten machen hier individuelle Lösungen auch notwendig. Der G1-Bus, das habe ich schon gesagt, der die Strecke Jennersdorf - Güssing - Oberwart - Pinkafeld - Wien fährt, da ist man so flott unterwegs, dass man vielleicht um zehn, fünfzehn Minuten länger braucht, als wenn man mit dem Privat-PKW fährt, wenn man alle Vorschriften auch einhält.

Mit bestem Komfort, mit Internetanschluss, mit Liegesitzen. Da arbeiten wir weiter daran, dass diese Buslinie die beste Buslinie Ostösterreichs ist. Da hat es eine Auszeichnung gegeben, nicht vom Land Burgenland, sondern vom Verkehrsverbund Ostregion, die für die Ostregion zuständig sind, und das unterstützen wir. Dort ist auch Niederösterreich und auch Wien dabei.

Wir haben dort nur zwölf Prozent und die anderen haben 88 Prozent, um auch den Stellenwert und die Qualität dieses Busses auch in den Vordergrund zu stellen.

2,4 Millionen Euro und da könnte ich noch die zahlreichen Gespräche mit den Ungarn anführen, wo wir intensiv arbeiten, dass Szombathely - Oberwart ausgebaut wird, elektrifiziert wird, Jennersdorf - St. Gotthard, Sopron – Mattersburg. Da sind wir bis jetzt

gut unterwegs. Aber, wir sind auch auf unsere Partner in Ungarn angewiesen, denn nur dann können diese grenzüberschreitenden Projekte realisiert werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Herr Landeshauptmann, Zeitablauf! Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Hirczy.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Vieles wurde schon gesagt, aber es gibt noch viele weitere Anliegen der Pendlerinnen und Pendler aus dem Landessüden.

Sie kennen sicher die Problematik mit dem Parkplatz in Ollersdorf. Der Bürgermeister war mehrfach in den Medien. Wann werden Sie hier aktiv, um endlich Abhilfe zu schaffen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist gut, wenn er in den Medien ist, aber besser ist, wenn er sich mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: E-Mail Kontakt! Mittels E-Mail! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* denn wenn er das nicht tut und über die Medien über uns kommuniziert, dann ist er bei der falschen Adresse. Sagen Sie ihm die Adresse von der Landesregierung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wir sind auf dem richtigen Weg, sagen Sie immer wieder und ich denke, da kann ich Sie unterstützen. Nur es gibt immer wieder ein paar offene Fragen.

Vor kurzem habe ich eine Pendlerveranstaltung in Deutschkreutz abgehalten, wo Ihre Pendlervertretung leider gefehlt hat. Aber, es sind ja keine Wahlen und da stellt man sich nicht auf den Bahnhof hin, vor den Wahlen stellt man sich hin. Es war sehr interessant, dass viele Pendler den neuen Fahrplan eigentlich kritisch hinterfragt und auch kritisiert haben.

Nicht nur Pendler, sondern auch Schüler. Das Land bezahlt sehr viel Geld zum VOR, zu der ganzen Situation. Gott sei Dank waren ÖBB-Vertreter und VOR-Vertreter, aber auch Vertreter des Landes dabei.

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter! Bitte Ihre Frage!

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Der Herr Landeshauptmann hat auch ein bisschen überzogen, jetzt darf ich das auch ein bisschen tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter! Stellen Sie die Frage, sonst verfällt Sie Ihnen!

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Der Landeshauptmann, aber vielleicht…

Präsident Christian Illedits: Sie verfällt Ihnen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Ist ja auch möglich. Der Fahrplanwechsel wurde leider Gottes nicht so angekündigt, wie es erfolgen sollte. Wie stehen Sie dazu, dass der Fahrplanwechsel, der wirklich ein wichtiger Punkt für die

Pendler und Schüler ist, ein halbes Jahr vorher in der Öffentlichkeit gestellt wird und diskutiert wird? Stehen Sie dazu?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist immer gut, wenn man große Unterstützung hat, damit sich das Land weiter in die richtige Richtung entwickelt. Insofern finde ich es also grundsätzlich für positiv, weil jeder Politiker ja eigentlich das Ziel haben sollte, für das Land zu arbeiten. Da sind wir uns also einig. *(Abg. Manfred Kölly: Genau!)*

Der nächste Punkt ist, und ich habe es teilweise schon angedeutet, dass dieser Taktknoten eine sehr große Umstellung ist, dass dieser Taktknoten auch nach Schweizer Vorbild, die den besten öffentlichen Verkehr Europas haben, auch abgestimmt wurde. Wir gehen jeder Anregung nach.

Wir haben natürlich genau wie Sie auch E-Mails bekommen, auf die wir reagieren.

Jede einzelne Anregung, jedes einzelne E-Mail wird natürlich in entsprechender Form von uns behandelt. Auch mit dem Verkehrsverbund Ostregion wurde Kontakt aufgenommen, die ja für die Planung, für die Ausschreibung und so weiter der Dienstleistungen verantwortlich sind. *(Abg. Manfred Kölly: Zuständig!)* Wofür wir auch bezahlen und wo wir sagen, was wir haben wollen.

Wie gesagt, das geht so weit, dass wir mit Firmen in Wien in Kontakt sind, mit Betriebsräten und mit den Direktoren, teilweise Arbeitszeiten anders zu gestalten, damit es hier für die Pendler leichter ist, aufgrund des Taktknotenfahrplanes, damit sie eben keine Probleme in der Früh oder beim Heimfahren haben, dass auch da sogar in diese Richtung gearbeitet wird.

Nicht nur was die Fahrplangestaltung anbelangt, sondern wir reden auch mit den Firmen, wir geben den Pendlern die Möglichkeit, in Wien, in den Wipark-Garagen kostengünstig zu parken. Wir bemühen uns, dass wir nicht nur selbst gestalten können *(Abg. Manfred Kölly: Über ein Feedback oder über die Medien ausgerichtet?)* - nein ich bin nicht der Bürgermeister von Ollersdorf, wir machen das natürlich auch individuell, dass wir die Pendler in entsprechender Form auch verständigen und versuchen, auch hier einen Konsens zu finden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass das nicht überall möglich ist, ist bedauerlich, aber wir arbeiten noch immer intensiv daran. Die gesamte Verkehrskoordination ist im Augenblick damit beschäftigt, dieses Taktknotensystem auch in entsprechender Form durch Hinweise zu adaptieren, zu verändern soweit das möglich ist.

Wir bemühen uns! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Herr Landeshauptmann, Zeitablauf! Nachdem keine weiteren Zusatzfragen mehr gewünscht sind, ist die Fragestunde durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 185) über den Nachtragsvoranschlag 2015 (Zahl 21 – 131) (Beilage 195)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 185, über den Nachtragsvoranschlag 2015, Zahl 21 - 131, Beilage 195.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Ich bitte um einen Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer auf den Zuhörertribünen! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, über den Nachtragsvoranschlag 2015, in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Gemäß § 41 Abs. 2 GeOLT wurde beschlossen, Frau OAR Ursula Fercsak, Abteilung 3, die von Landesrat Bieler den Beratungen beigezogen wurde, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Anschließend erfolgte eine Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Dem Nachtragsvoranschlag 2015 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Zuhörerinnen und werte Zuhörer! Wichtige Tage stehen vor uns, einen Voranschlag zu erstellen, einen Voranschlag zu beschließen, aber auch ein Nachtragsvoranschlag liegt uns heute zur Debatte vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich kann nur eines dazu sagen: Wie schon angekündigt, gibt es hier doch einige Punkte, die man als Opposition, und das ist unsere Verpflichtung, auch aufzeigen muss und kann.

Uns liegt heute der Nachtragsvoranschlag 2015 vor, der im ordentlichen Haushalt eine Ausgabeseite von 1.134.677 Euro aufweist. Das ist ein Plus von 32,5 Millionen Euro gegenüber dem beschlossenen Landesvoranschlag. Allgemein ist dazu zu betonen, dass die Landesregierung, genauso wie die Bundesregierung, kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat.

Unserer Meinung nach sind Millionen von Euro nicht effizient genug investiert worden. Das sieht man besonders im Bereich der Wirtschaft, wo wir ja das Phänomen haben, mit fast zehn Prozent Arbeitslosigkeit dazustehen. Wir haben die höchste Arbeitslosenquote der zweiten Republik im Burgenland. Wir sollten uns Gedanken machen, wie das tatsächlich weiter geht.

Aber, wir haben heute noch die Möglichkeit, im Voranschlag einiges anzusprechen und zu diskutieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch bei der hohen Beschäftigungsquote wird mit geschönten Zahlen operiert. Der Herr Landeshauptmann stellt sich hin und sagt immer, „Wir haben 105.000 Leute in Beschäftigung gebracht." Ja, das stimmt.

Wenn man sich aber die Arbeitslosenquote vor Augen führt und wer diese 105.000 Arbeitsplätze eigentlich besetzt, dann muss man sich auch die Zahl der Teilzeitkräfte anschauen, die zwischen 700 und 900 Euro im Monat verdienen. Das verstehe ich dann nicht ganz, wenn man auf der anderen Seite so viele Arbeitslose hat.

Wie die FPÖ immer angekündigt hat und immer aufgezeigt hat, wurden Arbeitsplätze geschaffen, aber für wen hat man diese Arbeitsplätze geschaffen? Für ausländische Arbeitskräfte. Ich bin neugierig, wie die FPÖ jetzt dazu steht, ob sie das mit diesen Möglichkeiten, die sie jetzt haben, auch ändern wird?

Auf das freue ich mich, weil es ein wichtiger Punkt ist, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Da bin ich bei Dir, wenn Du da sagst und wenn wir einen gemeinsamen Weg finden, wo wir auch unterstützend dabei sein können. Wo wir auch einiges dazu beitragen können.

Es wird von unserer Seite wieder einen Antrag in diese Richtung geben. Ich weiß schon, der wird wieder einmal abgeändert, wie ein jeder Antrag, den wir einbringen. Aber, was soll‘s, wenn das Richtige für die Menschen in diesem Land herauskommt, dann soll es auch unsere Unterstützung finden, wenn er auch abgeändert wird.

Aber meistens, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird er abgeändert, dass man nicht mehr erkennt, was dieser Antrag eigentlich sein soll. Es wird aber ein dementsprechender Antrag kommen, wo wir die Möglichkeit haben, aufzuzeigen, wo wir so viele Arbeitslose und etliche Personen in Schulungen haben.

Auch in der Landwirtschaft ist das so, wo ich tagtäglich durch das Land gehe und fahre und lauter ungarische Fahrzeuge in den Weingärten sehe, die jetzt den Rebschnitt machen.

Können das unsere Leute nicht, die das auch früher gemacht haben und jetzt arbeitslos sind? Da müssten wir uns etwas einfallen lassen und nicht eine Mindestsicherung von einer Höhe von 830 Euro zu bezahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das sollte man auch andenken. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, vielleicht gibt es diesen Ansatz im Budget und vielleicht gibt es auch in dieser Richtung auch eine dementsprechende Idee. Ich glaube, wenn man sich das anschaut, dann sieht man, dass hinter jedem Arbeitslosen ein Schicksal steht. Das muss man schon klar sagen und das sollte man auch bedenken, wenn man Arbeitslosigkeit hat, denn dann trägt man das in die Familie und in der Familie ist dann der soziale Frieden natürlich gestört.

Wenn ich mir nur den Landessüden anschaue, dann diskutiert man zwar immer vor der Wahl, dass man ohnehin sehr viel für den Süden macht, aber im Süden haben wir ständig hohe Arbeitslosenzahlen. Auch dort sollte man, vielleicht Herr Landesrat Bieler, auch mehr in das Südburgenland, Sie sind ja angeblich ein Südburgenländer, dort dementsprechend auch einmal wirklich etwas entscheiden und auch dementsprechend eine Infrastruktur machen.

Ich habe einige Male eingebracht, dass man die B50 endlich einmal ausbaut, von Oberpullendorf nach Oberwart, denn Oberwart wird ja eine zentrale Stadt, wo sich viel tun wird.

Die B50 ist noch immer verkehrssicherheitstechnisch sehr gefährlich. Speziell bei diesem Wetter, wo viel Nebel und die Witterung eigentlich sehr zu wünschen übrig lässt, wo wir nicht einmal eine Überholspur haben und dergleichen mehr. Aber, ich bin immer guter Hoffnung, dass wir hier etwas umsetzen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich komme nun aber auch zu diesen Einnahmenerhöhungen im Nachtragsvoranschlag. Die wesentlichen Einnahmenerhöhungen im ordentlichen Nachtragsvoranschlag entfallen auf die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, mit 5,5 Millionen Euro. Die Gruppe 5, Gesundheit, mit vier Millionen Euro sowie auf die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, mit 21,8 Millionen Euro.

Da bin ich dann schon darüber überrascht, wenn man immer diskutiert. Wo sind die Gemeindevertreter, werte Kolleginnen und Kollegen, als Bürgermeister?

Die Sozialausgaben sind für die Gemeinden ständig gestiegen. Ich lese ein paar Zahlen vor. Der Beitrag nach dem Sozialhilfegesetz ist für die Gemeinden um 159,80 Prozent gestiegen. Mir fehlt der Aufschrei der Gemeinden. Der Beitrag nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz ist um 90,59 Prozent gestiegen. Jetzt sage ich Ihnen auch seit wann, nämlich, von 2009 bis 2015.

Der Rot-Kreuz-Schilling, den ich immer zitiere, der hat früher pro Einwohner einen Schilling betragen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir befinden uns derzeit bei 9,20 Euro. Es wird ständig in der Regierung beschlossen und die Gemeinde muss zuschauen. Es wird ihnen von den Beiträgen abgezogen.

Das muss man so zur Kenntnis nehmen. Wenn wir heute wahrscheinlich ein Budget beschließen werden, wo wir auch Teile mittragen können, dann habe ich gar kein Problem damit, aber in diesem Bereich sollte man umdenken.

Denn die Gemeinden werden ausgehöhlt, die haben keine Möglichkeit mehr zu gestalten, sie können nur mehr verwalten. Wenn das so weiter geht, in dieser Prozentzahl, dann sollte man sich wirklich Gedanken machen.

Ich verstehe schon, dass man das Rote Kreuz oder den Samariterbund unterstützen muss, aber irgendwann sollte man auch hinterfragen, was dort tatsächlich mit diesem Geld passiert. Wenn ich mir das anschaue, dann ist das eine gute Frage. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Natürlich brauchen wir Rettungsfahrzeuge, natürlich brauchen wir Einsätze. Aber wie soll eine Gemeinde diese Sozialgesetze noch umsetzen können? Wie sollen sie sich bewegen, die Gemeinden? Und so geht es eigentlich ständig weiter, immer nur Erhöhungen, immer Erhöhungen für die Gemeinden.

Und jetzt sage ich Euch etwas, werte Kolleginnen und Kollegen, wir beschließen heute ein Budget oder morgen ein Budget und dann sind wir eigentlich entlassen von der Verantwortung. Denn all das, was wir beschließen, diese 1,1 Milliarden Euro setzt die Regierung alleine um, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die beschließen und wir dürfen zuschauen. Wir dürfen nur die Hand heben und danke sagen, außer es sind Bundesgesetze, 15a-Vereinbarungen und dergleichen mehr.

Wenn wir heute das Thema bei der Fragestunde gehabt haben, wer bezahlt? Wenn heute von der ÖVP-Seite die Frage gestellt wurde, wer bezahlt das man vielleicht dort oder da einen Bus anschafft? Dann wird immer auf den Bund verwiesen. Können wir nicht wirklich Geld in die Hand nehmen, damit für unsere Jugendlichen und für unsere

Schülerinnen und Schüler die Sicherheit gegeben ist? Auch hier hätte man die Möglichkeit, das zu tun.

Aber erfreulich ist und da bin ich beim Herrn Landesrat Darabos, er hat es gezeigt, dass es geht und man vieles machen kann und Ärzte, Primarärzte hierher gebracht. Ich weiß nicht was sein Vorgänger gemacht hat. Der hat das ausgehöhlt. Von wo sie her sind, ist mir egal. Wir haben sie in unserem Bereich in den Spitälern und im Gesundheitsbereich sind sie da.

Er versucht auch die Zahnprophylaxe, die 80.000 Euro gekostet hätte, die wurde in den vorigen Budgets einfach gar nicht mit hinein genommen. 80.000 Euro für Prophylaxe, für Vorsorge, da muss ich ihn loben, wieder einmal.

Herr Landesrat, ich weiß, das tut Dir vielleicht in den eigenen Reihen nicht gut, wenn ich Dich lobe, aber *(Allgemeine Heiterkeit)* Du tust wenigstens etwas, Du bemühst Dich.

Das ist ja bei den Flüchtlingen nichts anderes. Da werden wir uns auch noch wundern, in welche Richtung das geht, der Versuch kleine Unterbringungsmöglichkeiten zu suchen.

Nur Draßburg hat einmal wieder gezeigt, die Sozialdemokratie, wie weit die Sozialdemokratie eigentlich ist in diesem Lande. Oder in Deutschkreutz, die Sozialdemokratie, abgesprochen und dann dagegen gestimmt. Und so geht es weiter, aber er bemüht sich.

Herr Landesrat, ich kann Dir einen Tipp geben. In Kobersdorf gibt es derzeit freie Wohnungen. Mit dem Kollegen Bürgermeister aus Kobersdorf in Verbindung setzen! Er hat mir gesagt, es hat sich noch niemand gemeldet. Bitte macht das, das wäre natürlich auch eine gute Sache.

Und ich glaube, wenn man sich solche Dinge anschaut und heute oder morgen das Budget beschlossen werden soll, dann sollte man sich auch Gedanken darüber machen, wer bezahlt das alles, mit diesen Flüchtlingssituationen? Nur eine Summe hineinnehmen ist okay, aber dann immer wieder Nachtragsvoranschläge zu haben.

Und dann, ja das ist das Interessante, es ist ja wirklich sehr interessant, man sagt, man löst wieder die Rücklagen auf. Ist ja wurscht, man hat Rücklagen geschaffen. Wie beim Wasserleitungsverband in Oberpullendorf, vom mittleren Bezirk, da geben wir 150.000 Euro auf Rücklage und hinten auf der zweiten Seite lösen wir es gleich wieder auf.

Sehr interessante Konstellation, nur damit man ein Budget ausgeglichen zusammenbringt. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rudolf Strommer.)* Das ist eine andere Situation, zu dem kommen wir noch, Herr Kollege Strommer. Aber ich glaube, dass man auch hier einiges einmal ins richtige Lot bringen sollte.

Aber da seid Ihr ja nicht ganz unschuldig, Herr Strommer, die ÖVP ist ja da immer mit drinnen, proporzbesetzt, noch immer in den Verbänden.

Oder, im Müllverband sagt man, man erhöht schon seit Jahren nicht mehr die Gebühren. Na bei fast 100 Millionen Euro Rücklagen und Rückstellungen wäre das eine große Frechheit, muss ich auch dazu sagen. Aber da heben alle brav die Hand und wenn ich nachher hinausgehe, sagen sie, du hast ja eh Recht gehabt, aber *(Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt ja nicht.)* was sollen wir machen, das ist halt die Fraktion. Und das gehört auch noch bereinigt in dieser Sache.

Ich komme aber weiter zu diesem Rechnungsabschluss, nicht Rechnungsabschluss, sondern ich glaube, dass es wichtig ist, den Nachtragshaushalt auch klar und deutlich hervorzuheben. Was hier passiert und welche Möglichkeiten es gibt, und das soll ja die Bevölkerung auch wissen.

Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung: Ich glaube auch hier, wesentliche zusätzliche Ausgabenposten sind die Leistung für Personen in Heimen und Anstalten von drei Millionen Euro, wobei das Land im Nachtragshaushalt dazu anführt, dass diese Mehrkosten teilweise durch die Rückersätze und Beitragsleistungen der Gemeinden Einnahmenseitig gedeckt werden sollen.

Na das ist genau das, was ich vorher gesagt habe, liebe Bürgermeister-, Bürgermeisterinnenkollegen. Da steht das eindeutig drinnen - der Gemeinden Einnahmenseitig gedeckt werden sollen. Na super. Einfach ausgedrückt heißt das, dass die Gemeinden immer höhere Sozialleistungsabgaben an das Land zu zahlen haben. Beispiel - gerade gesagt.

Ich verstehe schon die FPÖ, die haben noch nie eine Verantwortung gehabt als Bürgermeister oder Vizebürgermeister bei einem Budget. Das ist mir schon klar, jetzt haben sie Verantwortung und ich hoffe sie tragen auch diese Verantwortung. Weil ich guter Hoffnung bin, dass sich etwas bewegt. Und dazu stehe ich.

Gruppe 5, die Gesundheit: Die Mehrausgaben in dieser Gruppe sind vor allem der Beitrag des Landes zum Rettungsdienst mit 125.000 Euro. Einen Sonderzuschuss beim Krankenhaus Eisenstadt, KRAGES, in der Höhe von 6,1 Millionen Euro.

Hier ist zu beachten, dass für das Krankenhaus Eisenstadt bereits 5,4 Millionen Euro in den ordentlichen Voranschlag 2015 laufen. Somit würden 2015 insgesamt 11,5 Millionen Euro in das Krankenhaus Eisenstadt fließen. Soll so sein, aber das muss man im Vorfeld ja schon wissen. Das ist ja, - mehr als die Hälfte zahle ich jetzt wieder im Nachtragsvoranschlag dazu. Weiß das keiner im Vorfeld, das das passieren kann, gut?

Gruppe 9, Finanzwirtschaft: Bei der Gruppe 9 ist anzumerken, dass die erhöhten Einnahmen aus der Entnahme von Rücklagen stammen. Was ich vorher erwähnt habe. Rücklagen lösen wir wieder auf, ist ja kein Problem, dann kann man ruhig einen ausgeglichenen Haushalt machen.

Was für mich noch interessant ist, diese Aussagen oder was da drinnen steht, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Es wäre politisch heftig zu hinterfragen, was genau die Regierung unter der Entnahme „nicht aufteilbarer Rücklagen“ in der Höhe von zirka 22 Millionen Euro versteht. Vielleicht erklärt uns das irgendwann einmal wer. Ich hoffe, dass das erklärt wird.

Ich denke, hier gäbe es noch sehr viele Fragen, aber wir haben heute und morgen noch die Gelegenheit das zu diskutieren im neuen Budget. Denn das neue Budget ist genauso vorgeschrieben wie das alte gewesen ist. Es haben sich keine großen Änderungen ergeben.

Aber diesem Nachtragsvoranschlag werden wir sicher nicht zustimmen. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Molnar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kölly! Der Nachtragsvoranschlag ist weder, was die nackten Zahlen angeht, noch inhaltlich sonderlich spektakulär.

Es gibt im Detail natürlich interessante Entwicklungen und teilweise auch Entwicklungen die Anlass zur Sorge geben.

Insgesamt ist die Steigerung der Einnahmen und Ausgaben mehr als überschaubar. In etwa drei Prozent des Volumens des Voranschlages Einnahmenseitig, gibt es in sechs Gruppen keine oder nur geringfügige Änderungen.

Mehr als zwei Drittel der Mehreinnahmen entfallen auf die Gruppe 9, also auf den Bereich Finanzwirtschaft. Das ist bei einem Nachtragsvoranschlag auch völlig normal.

Der Rest der Mehreinnahmen findet sich in den Gruppen 4 und 5, der Großteil. Auch das ist keine Überraschung.

Ausgabenseitig sieht das Bild sehr, sehr gut aus. In vier Gruppen gibt es keine Überschreitungen, beziehungsweise wird sogar weniger ausgegeben werden als veranschlagt.

Die größten Steigerungen finden sich in den Gruppen 9, 4 und 5, wobei die Steigerungen alle im Schnitt liegen, mit Ausnahme der Gruppe 9, die ja Spezialitäten aufweist.

Und das Volumen des außerordentlichen Nachtragsvoranschlages resultiert aus Verschiebungen in der Gruppe 7 und Einnahmenseitig ebenfalls aus der Gruppe 9.

Was sind die größten Brocken? Die Gruppe 0 ist mit etwas mehr als 182 Millionen Euro Ausgaben die Gruppe mit den viertmeisten Ausgaben. Die Ausgaben werden heuer unterm Strich um fünf Millionen Euro höher liegen, als veranschlagt.

Woran misst man einen Nachtragsvoranschlag grundsätzlich? An sich einmal an den Überschreitungen. Und dann natürlich am Hintergrund dieser Überschreitungen um zu sehen, ob das zu rechtfertigen ist oder ob da vielleicht etwas im Argen liegt.

In der Gruppe 0 ist das definitiv nicht der Fall. Vier Millionen dieser fünf Millionen Euro sind im Nachtragsvoranschlag für Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen. Das heißt konkret für die Umsetzung der Gesamtverkehrsstrategie, konkret Infrastrukturvorhaben im Bahnbereich, speziell was die Schleife Eisenstadt angeht.

Niederschlag in der Gruppe 0 finden dann auch noch Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Landesverwaltung. Etwa die Einführung eines elektronischen Dienstreisemanagements, die Modernisierung der Bezirkshauptmannschaften, die Zentralisierung des Beschaffungswesens und die Aufnahmen von Berufspraktikanten.

In vielen dieser Fälle, - Sie können es in den Erläuterungen nachlesen, - werden Empfehlungen des Rechnungshofes in Wien und des Landes-Rechnungshofes umgesetzt. Und es ist auch klar, dass viele Maßnahmen, die zur Weiterentwicklung der Landesverwaltung führen, zuerst einmal sozusagen eine Anschubfinanzierung brauchen, bevor sie zu Einsparungen führen können.

Die Gruppe 0 hat unterm Strich im heurigen Jahr im Wesentlichen das gehalten, was man mit dem Voranschlag versprochen hatte. Trotz der Landtagswahl vom 31. Mai, Ausnahme ist vielleicht der Pressedienst.

In den Gruppen 2 und 3 stechen Förderungsbeiträge und Gesellschafterzuschüsse ins Auge. Auch das ist alles erklärbar und in den Erläuterungen entsprechend begründet, wenn es um die Fachhochschule Burgenland GmbH. geht, um den

Gesellschafterzuschuss für die FTI Burgenland GmbH, Forschung, Technologie und Innovation.

In der Gruppe 3 eben ein Förderungsbeitrag im Zusammenhang mit der Burg Güssing 300.000 Euro und ein Zuschuss zur KSB, Kultur-Service Burgenland GmbH.

Erwähnt wurde bereits, dass der Sonderzuschuss an das Krankenhaus Eisenstadt, der in der Gruppe 5 Ausgabenseitig den Bärenanteil ausmacht. Aber auch da steckt kein Verbrechen dahinter oder keine schlechte Kalkulation, das sind die Folgekosten der Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie und der Anpassung des Gehaltschemas bei den Spitalsärzten.

Und in der Gruppe 9, Finanzwirtschaft fallen Bürgschaftsleistungen auf, da ist es so, dass heuer bisher zwei Landeshaftungen in Anspruch genommen werden mussten. Auch das weiß man natürlich im Vorhinein nicht und das ist daher im Wege des Nachtragsvoranschlages zu erledigen.

Eine der Haftungen, das ist der größere Teil, betrifft die WiBuG, vormals WiBAG, die eine harte Patronatserklärung des Landes in Anspruch nehmen musste, um negatives Eigenkapital abzubauen.

Der Gutteil der Mehreinnahmen in der Gruppe 9 macht die Entnahme aus Rücklagen aus. Auch daran gibt es, glaube ich, nichts was man aussetzen kann. Weil Rücklagen baut man für den Fall auf, damit man sie hat, wenn man sie braucht. Das ist in diesem Fall gegeben.

Mindereinnahmen gibt es bei den Ertragsanteilen und zwar um rund sieben Millionen Euro, was kein gutes Zeichen ist, aber wofür das Land nichts kann.

Abschließend zu Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, weil es sich mit fast 307 Millionen Euro Ausgaben, eben um die Gruppe mit den höchsten Ausgaben handelt und auch um jene Gruppe, in der die Steigerung der Ausgaben mit über 22 Prozent oder knapp 7,2 Millionen Euro am Größten ist, wenn man jetzt von den Spezialitäten der Gruppe 9, Finanzwirtschaft absieht.

Es sind im Nachtragsvoranschlag, der Kollege Kölly hat es teilweise schon erwähnt, vor allem drei Bereiche, die uns besonders zu schaffen machen in der Gruppe 4. Es ist die Mindestsicherung, Mehrausgaben von 34 Prozent, es ist der Bereich der Pflege- und Betreuung, speziell die Unterbringung in Heimen und Anstalten.

Da beträgt die Steigerung zwar nur 4,6 Prozent, aber das sind immerhin drei Millionen Euro, weil die Gesamtkosten in diesem Bereich ja schon sehr, sehr hoch sind. Ähnliches gilt für die Förderung der 24-Stunden-Betreuung und natürlich die Flüchtlingshilfe, Mehrausgaben von über 65 Prozent.

Diese Steigerungen innerhalb eines Haushaltsjahres sind schon ein Alarmsignal. Die Kosten schießen in diesen Bereichen durch die Decke. Wir wissen alle, wie schmal der budgetäre Pfad ist. Wir wissen aber auch, welche Anstrengungen es braucht, um im kommenden Jahr auch nur zwei Millionen Euro Schulden abzubauen.

Und ebenso gut wissen wir, dass selbst die beste Verwaltungsreform nicht das bringen kann, was im Sozialbereich Jahr für Jahr an Kostensteigerungen auf uns, auf das Land und natürlich auch auf die Gemeinden zukommt. Und da spielen die Entwicklungen der letzten Monate natürlich eine Rolle.

Diese Koalition hat sich ganz bewusst zur Grundversorgungsvereinbarung bekannt. Aber, meine Damen und Herren, die Grundversorgungsvereinbarung wurde schon auch

unter der Annahme abgeschlossen, dass sich der Bund an geltendes Recht hält und die Einreise kontrolliert, die Flüchtlingskonvention vollzieht und auf der Einhaltung von Unionsrecht beharrt.

Wir können uns budgetpolitisch noch so anstrengen, wir werden den Spagat zwischen solider Haushaltsführung und Aufrechterhaltung des Sozialstaates bei schrankenloser Migration nicht schaffen.

Es ist jetzt nur ein Nachtragsvoranschlag, es sind die ersten Zahlen, die jetzt hereinkommen und die steigen. Wir sehen im Voranschlag wie die Steigerungen nächstes Jahr aussehen werden, da gibt es dann auch Verdoppelungen. Das ist, was uns auf Dauer schwer zu schaffen machen wird.

Die Möglichkeiten von Landesregierung und Landtag sind beschränkt, was diese generelle Problematik angeht, das ist keine Frage. Aber wir werden dennoch gut beraten sein, uns landesgesetzliche Möglichkeiten zu überlegen, um die Schieflage, die in diesem Bereich mehr und mehr Platz greift zu bekämpfen, speziell auch bei der Mindestsicherung.

Zusammengefasst zum Nachtragsvoranschlag: Das Ergebnis der laufenden Gebarung wird positiv sein, das Maastricht-Ergebnis wird positiv sein. Der Nachtragsvoranschlag entspricht im Wesentlichen den Zielsetzungen des Voranschlages 2015 *(Abg. Manfred Kölly: Da habt Ihr nicht zugestimmt.)* und dort wo es Mehrausgaben gibt, gibt *(Abg. Manfred Kölly: Da habt Ihr nicht zugestimmt.)* es auch gute Begründungen dafür.

Wir werden diesem Nachtragsvoranschlag zustimmen. *(Abg. Manfred Kölly: Da bleibt Euch nichts anderes übrig. - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Damen und Herren! Zu den Zahlen haben wir nun sehr viel gehört. Als Volkspartei haben wir heuer ein halbes Jahr Verantwortung in dieser Regierung getragen, dazu stehen wir und für diese Zeit der ÖVP-Regierungsverantwortung erteilen wir natürlich unsere Zustimmung.

Was wir aber nicht können ist, das Desaster und die Untätigkeit von Rot-Blau seit sechs Monaten zu rechtfertigen, weil mit der überhasteten Regierungsbildung ging die Pleitenserie seit Juni leider los. Mit einem einzigen Ziel: Es geht Rot-Blau nicht um das Wohl der Menschen, sondern rein um den Machterhalt.

Diese rot-blaue Regierung wird als schwächste Regierung, die das Land je gesehen hat, in die Geschichte eingehen. *(Abg. Gezar Molnar: Das geht nicht. Das ward Ihr.)*

Und begonnen hat es damit, dass der größte Wahlverlierer, die SPÖ, sich trotz der Verluste von sechs Prozent und der Verluste von minus vier Mandaten, einen Versorgungsposten auf der Regierungsbank zugeschanzt hat, ja quasi erschlichen hat.

Der glücklose Darabos musste ja natürlich versorgt werden. *(Abg. Manfred Kölly: Der ist schon in Ordnung.)* Als Bollwerk ist er wieder auferstanden *(Abg. Manfred Kölly: Nein, nein, nein, der ist schon in Ordnung.)* und damit kaufte man sich die Zustimmung von Kanzler Faymann zu Rot-Blau im Burgenland.

Das muss man hier auch sagen und gleichzeitig hat der Herr Landeshauptmann alle Macht auf sich selbst konzentriert und eine Statistenregierung gebildet.

Liebe FPÖ! In Euren Kernkompetenzen habt Ihr selbst leider keine Entscheidungsgewalt, weder im Bereich der Sicherheit, noch im Wirtschaftsbereich, geschweige denn im Tourismusbereich. Denn überall zieht schlussendlich der Landeshauptmann die Fäden.

Ihr habt in den letzten sechs Monaten leider all Eure Ideologien, aber auch all Eure Grundsätze über Bord geworfen. Rote haben einen Blauen gewählt und von der Sozialdemokratie ist im ganzen Land leider nichts mehr zu sehen. Herzliche Gratulation zu dieser Doppelgleisigkeit und zu dieser Scheinheiligkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Die letzten sechs Monate waren ein Trauerspiel in vielen Akten. Die rot-blauen Pleiten und Pannenserien haben im Juni begonnen und seither braucht es uns als starke Alternative im Burgenland.

Und, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich komme zu den vier Akten die beispielhaft dafür sind, wie diese Regierung arbeitet. Der erste Akt beginnt damit, dass Rot-Blau den von uns abgeschafften Proporz wieder eingeführt hat. Denn seither herrscht der rot-blaue Regierungsproporz und das ist ein Rückschritt sondergleichen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der zweite Akt, geschätzte Damen und Herren, betrifft den Bereich Asyl. Seit Bestehen der 15a-Vereinbarung hat das Burgenland die Quote so gut wie nie erfüllt. Seit Juni, und seit der Verantwortlichkeit von Landeshauptmann Niessl und Landesrat Darabos, geht es nur mehr bergab. Aktuell fehlen 300 Unterbringungsplätze.

Seit Juni herrscht in diesem Bereich Untätigkeit und, geschätzte Damen und Herren, das Land hat die Verpflichtung, die Quote zu erfüllen. Anstatt sich aber als Land um die Quartiere zu kümmern, protestiert die Regierung lieber gegen sich selbst. Rot-Blau demonstriert gegen die Verantwortlichkeiten, die sie sich selbst auferlegt haben und gleichzeitig versucht man auch zu zivilem Ungehorsam aufzurufen. Das ist einer Demokratie sicher nicht würdig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Der dritte Akt betrifft das Objektivierungsgesetz. Rot-Blau hat die Verpflichtung zur Ausschreibung von Dienstposten im Land wiederum durchlöchert. Nun ist es so, dass der Landeshauptmann anstellen kann, wie er möchte, ohne großartige Ausschreibung. Und am besten wäre, man schickt eine Bewerbung inklusive Parteibuch mit, um auch sicherlich im Landesdienst aufgenommen zu werden.

Damit nimmt man den jungen Menschen wieder ein Stück Chancengleichheit im Land und das offenbar ausschließlich dazu, um den rot-blauen Proporz leichter zu machen. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Noch vor der Wahl - und das weiß die Kollegin Benkö - hat sie ein solches „Postenschachergesetz“ verurteilt und dagegen gewettert und siehe da, nun haben die Blauen auch mitgestimmt.

Geschätzte Damen und Herren! Nun auch zum vierten und vorerst nicht letzten Akt. Der rot-blaue Proporz geht weiter, ganz unter dem Motto: Wirtschaft raus, Parteipolitik rein. Hier geht es um das Tourismusgesetz, das ja heute scheinbar beschlossen wird.

Dieser Säuberungsantrag, muss man schon sagen, schanzt dem Landeshauptmann noch mehr Macht zu. Gleichzeitig werden die gewählten Wirtschaftsvertreter aus dem Gremium hinausgeekelt, obwohl sie eigentlich für den

Tourismus die Gelder aufstellen, und gleichzeitig kann der Herr Landeshauptmann wiederum Geld und Posten verteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Leider auf Kosten der Menschen, auf Kosten der Gemeinden und auch auf Kosten der Wirtschaft. Und leider, fügt sich die rot-blaue Mehrheit im Landtag, es herrscht hier stiller Gehorsam im rot-blauen Regiment. Diese Regierung, die mittlerweile eine Einheitspartei ist, agiert offenbar nur noch nach dem Motto: Tricksen, täuschen und tarnen.

Umso mehr braucht es uns, die Volkspartei Burgenland, als starke Alternative. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Und als Volkspartei unterstützen wir natürlich nicht die ersten Monate dieser roten Allmacht mit blauer Duldung, mit blauen Steigbügelhaltern, denn das Land hat diese Regierung ja nicht verdient.

Wir sind nicht für diese Postenschacher und diesen Machtmissbrauch in den ersten sechs Monaten zu haben und deswegen werden wird diesem Nachtragsvoranschlag auch nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen von einem Rundumschlag, mit Gott und der Welt und sonstigen Peinlichkeiten *(Unruhe bei der ÖVP)* wieder zurück zum eigentlichen Tagesordnungspunkt, nämlich zum Nachtragsvoranschlag.

Ich glaube es wäre sinnvoller, Sie *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Geschützte Werkstätte, Arbeiterkammer.)* hätten sich mit dem Nachtragsvoranschlag auseinandergesetzt, dann könnten wir auch wirklich sachlich diskutieren, weil das können nicht einmal mehr die eigenen Herren, was Sie im Moment formulieren. Aber das soll so sein. Ob Sie erfolgreich damit sein werden, das werden wir ja noch sehen.

Der Nachtragsvoranschlag, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist natürlich ein Konvolut an Zahlen, Daten und Fakten, der aber im Wesentlichen eines zeigt, er zeigt die solide Finanzsituation unseres Heimatlandes Burgenland. Und der Nachtragsvoranschlag ist immer dann notwendig, wenn außerplanmäßig Einnahmen oder Ausgaben erfolgen und das ist passiert.

Nämlich im ordentlichen Haushalt 32,5 Millionen Euro gegenüber einem Landesvoranschlag und im außerordentlichen 2,66 Millionen gegenüber dem Landesvoranschlag. Wichtig dabei ist, es gibt keine neuen Schulden. Da sieht man schon, wie diese neue Regierung auch arbeitet.

Das Schulden machen ist vorbei. Es gibt keine neuen Schulden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Mehr Einnahmen bedeuten natürlich mehr Projekte für die Unterstützung von wichtigen Projekten. Zum Beispiel auch viele Investitionsprojekte für die Wirtschaft, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nicht umsonst haben wir das sechste Mal in Folge Rekordbeschäftigung im Burgenland zu verzeichnen. Das ist natürlich das Ergebnis einer soliden guten Finanzwirtschaft.

Kollege Molnar hat sich sehr ausführlich mit den einzelnen Positionen auseinandergesetzt. Vielleicht nur einige kleine Ergänzungen zu den Unterschieden im Landesvoranschlag.

Also die großen Brocken bei den Einnahmen Soziales und Rücksätze von 4,74 Millionen Euro, Zuschüsse des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuung von 2,9 Millionen und auch aus Rücklagen von 22,6 Millionen Euro Einnahmen gegenüber den Ertragsanteilen, wurden ebenfalls schon angesprochen. Ich glaube, da kann ich mich mit den Details, muss ich mich hier nicht weiter aufhalten.

Wichtig ist, dass es insgesamt sehr positiv läuft. Wir sparen klug um Mittel für Investitionen zur Verfügung zu haben, viel früher übrigens als der Bund oder andere Bundesländer. Wir waren die Ersten, die damit begonnen haben.

Wir haben dieses im Jahr 2010 schon begonnene Vorsorgeprojekt für gesunde Finanzen im Burgenland umzusetzen. Wir haben damals schon die Schuldenbremse gezogen und hätten wir das nicht gemacht, dann hätten wir immerhin um 125 Millionen Euro mehr Ausgaben. Da möchte man sich gar nicht ausmalen, was das bedeuten würde.

Also, positiv gesehen sind wir bei der Investitionsquote im Spitzenfeld aller Bundesländer. Wir wollen natürlich auch die neuen Vergaberichtlinien dafür nutzen, dass die Wirtschaft auch im Burgenland bleibt und heimische Betriebe davon profitieren. Da sind wir auch auf einem guten Weg.

Also, sparen wo es sinnvoll ist und investieren wo es notwendig ist und da glaube ich, sind wir gut unterwegs. Ich möchte mich beim Finanzlandesrat bedanken und bei der Abteilung, die das wirklich hervorragend gemacht haben.

Eigentlich habe ich es wirklich schade gefunden, wie der Kollege Wolf hier aufgetreten ist. Denn das ist wirklich eine andere ÖVP, als die, die man auch gewohnt war im Burgenland.

Das ist wirklich sehr schade wenn man sich beschränkt auf Fundamentalopposition und Rundumschläge hier macht. Das finde ich wirklich schade, denn er hat gesagt für die sechs Monate würden sie Verantwortung übernehmen, für die zweiten sechs Monate nicht.

Aber warum hat er eigentlich nicht gesagt, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Habe ich gesagt.)* außer einen Rundumschlag und das ist eigentlich wirklich schade. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das hat er gesagt.)* Aber das dürfte auch mit dem Chaos in der Volkspartei zu tun haben.

Und dieses Chaos war ja erst wieder vor kurzem sichtbar beim Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland. Das war eine ganz interessante Geschichte. Da möchte ich mich eine Minute noch aufhalten.

Da war es so, dass bei der Verbandsversammlung nicht einmal die Delegierten der ÖVP mit Vollzahl angereist sind, sondern nur eine Teilgruppe hier an dieser Verbandssitzung teilgenommen hat. Und das war ganz interessant weil, da gehen einige Delegierte her und stimmen dem Antrag der Sozialdemokratie zu.

Im Vorstand sind sich auch alle einig. Dann geht der Obmann hinaus und meldet sich zu Wort und sagt, nein, wir können dem nicht zustimmen, weil die Erhöhung mit 4,88 Prozent, die ist zu wenig, wir müssen mehr tun. Wir müssen mehr erhöhen, weil die Leitungen gehören modifiziert und so weiter und so fort.

Und ganz interessant ist es, wenn sich dann der Kollege Sagartz zu Wort meldet und sagt, ein Wahnsinn, wir können ja da nicht mit weil, dann werden die Gebühren erhöht. Also, die eigene ÖVP folgt ihnen nicht mehr. Jetzt weiß ich aber auch warum, wenn man sich dem Kollegen Wolf seine Wortmeldungen anhört.

Es tragen ja nicht einmal mehr die eigenen Kollegen mit, vor allem nicht die Pragmatiker, die in den Gemeinden tätig sind. Die Bürgermeister, die wissen ja was in der Regel und in der Praxis geschieht. Da verstehe ich natürlich das Chaos.

Ich kann für meine Fraktion sagen, wir werden diesem Nachtragsvoranschlag sehr, sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine jungen Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Rängen!

Es war eine sehr interessante Diskussion zum Nachtragsvoranschlag, geprägt von Sachkenntnis, aber auch von viel Unkenntnis.

Ein Nachtragsvoranschlag beziehungsweise Nachträge sind in allen Bereichen notwendig, hier sogar gesetzlich vorgeschrieben. Und wenn dann hier lamentiert wird, dass man so etwas nicht wissen könne und das ein Zeichen von Unkenntnis oder Schwäche ist, dann muss man sagen, da fehlt jegliches Verständnis für Budgetsituation, für gesetzlichen Vorgaben und so weiter.

Wenn man weiß, dass die Sozialbereiche steigen, man auch weiß, dass Land und Gemeinden zu gleichen Teilen hier mitfinanzieren müssen weil es sich ja um gesetzliche Vorgaben, um Anträge handelt, die in wirtschaftlich schlechten Zeiten immer höher sind und mehr hereinkommen als in anderen Zeiten und dann zufällig vergisst zu sagen, dass das Land mitfinanziert und nur darüber jammert, dass die Gemeinden ausgehungert werden, dann ist es einfach völlige Unkenntnis oder eine bewusste Unwahrheit die hier gesagt wird.

Wir haben Steigerungen in diesem Bereich von 4,7 Millionen Euro, die zu 50 Prozent vom Land und 50 Prozent von den Gemeinden finanziert werden. Zuschuss für den Ausbau der Kinderbetreuung 2,9 Millionen Euro, die wir zuschießen zu dem was vom Bund kommt und vorher nicht da war.

Und einen Satz noch einmal zur Klärung was Rücklagen betrifft. Man bildet Rücklagen in Zeiten wo es möglich ist, damit man es dann, wenn man es braucht, wenn zusätzliche Ausgaben da sind, sie auch einsetzt und verwendet. Das ist ein Zeichen eines vorsichtigen Kaufmannes oder einer umsichtigen Budgetpolitik. Wenn man das kritisiert, kennt man sich wirklich in dem Bereich nicht aus. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Leider muss man sagen, dass die Prognose für die Einnahmesituation, was die Ertragsanteile betrifft, schlechter geworden ist. Das heißt, gegenüber der ursprünglichen Prognose wo wir budgetiert haben, hat zwischenzeitlich das Ministerium eine neue Prognose erstellt, die um mehr als sieben Millionen Euro geringer ist. Das muss man natürlich auch hier berücksichtigen, bei den Ausgaben ebenso.

Und etwas was überhaupt nicht abzuschätzen war wie das ausgeht, sind die Gehaltsverhandlungen mit den Ärzten, die sich ja mit über sechs Millionen Euro zusätzlich zu Buche schlagen. Es wird kritisiert, dass keine Ärzte ins Land kommen. *(Abg. Manfred Kölly: Die sind eh da.)* Dann wird neu verhandelt, es gibt mehr und bessere Gehälter für die Ärzte, jetzt kommen sie wieder.

Da wird kritisiert, warum vorher nicht? Na klar, weil sie zu wenig bezahlt bekommen haben. Das wissen wir schon. Aber das kostet alles sehr viel Geld. Und wenn man das nicht im Nachtrag mit Rücklagen bedecken kann, na dann schaut es sehr, sehr schlecht aus. *(Abg. Manfred Kölly: Hast aber schon gewusst, da hat es ein Jahr lang schon Verhandlungen gegeben.)*

Oder etwas was wichtig ist, nämlich für Forschung und Entwicklung. Da hat sich gezeigt, dass wir zusätzlich 700.000 Euro benötigen.

Insgesamt aber muss man sagen und festhalten - und das haben die Meisten eigentlich auch so gesehen - dass es sich hier um einen sehr soliden Kurs handelt in der burgenländischen Finanzpolitik, dass dieser Nachtragsvoranschlag genau auf dieser Basis fundiert und dass wir zeigen, einerseits ist die Schuldenbremse gezogen, andererseits sinnvolle Investitionen, aber auch die Möglichkeiten bei unvermuteten Steigerungen hier die Bedeckung zu haben.

Das heißt, dieser Nachtragsvoranschlag ist die Basis für die nächsten Jahre. Wir werden sehen wie dann der Rechnungsabschluss sein wird. Wir werden aber vor allem dann sehen, und das wird heute noch ein Thema sein, wie die neuen Finanzausgleichsverhandlungen ausgehen werden.

Aber egal wie er ausgeht, wir haben durch diesen Nachtragsvoranschlag, durch das Budget, das heute und morgen diskutiert wird, für 2016 eine sehr gute Basis. Und da können wir stolz darauf sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2015 wird somit mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren, mir ist der Vorschlag zugegangen, zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 13 keine Redner zu nominieren, jedoch in der General- beziehungsweise Spezialdebatte über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016, das ist der 3. Punkt der Tagesordnung, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* Ja.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ich denke, dass da sehr wichtige Punkte dabei sind, wie Tourismusgesetz und dergleichen mehr, dass man das gesondert behandeln sollte und auch eigens diskutiert werden sollte.

Präsident Christian Illedits: So, das heißt, der Vorschlag…

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Entschuldigung Herr Präsident, ich hätte gerne gewusst, ob nach wie vor eine Wortmeldung unter jedem Tagesordnungspunkt möglich ist?

Präsident Christian Illedits: Ja. Stimmt. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist obsolet – Der Vorschlag ist obsolet! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber der Vorschlag steht im Raum! – Abg. Ilse Benkö: Er kann sich ja melden!)* Es ist morgen natürlich dann, wenn alle Tagesordnungspunkte zur Abstimmung gelangen... *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorschlag war, dass wir - so wie in der Vergangenheit auch immer - alle Tagesordnungspunkte, die zusätzlich… *(Abg.*

Manfred Kölly: Neue Regierung, neue Möglichkeiten!) Herr Abgeordneter, alle gemeinsam diskutieren in der General- und Spezialdebatte. Das ist die bis jetzt geübte Vorgehensweise und das ist der Vorschlag. *(Abg. Manfred Kölly: Mein Wunsch wäre gesondert zu diskutieren!)*

Ist das ein Wunsch oder ein Antrag? Also kein Antrag. Gut, dann wird dieser Vorschlag zur Kenntnis genommen und angenommen.

Außerdem schlage ich vor, dass gem. § 67 GeOLT die Redezeit der Redner in der Generaldebatte zum Tagesordnungspunkt 3 auf 45 Minuten und die Redezeit in der Spezialdebatte auf 10 Minuten zu beschränken ist.

Ich lasse nun über diesen Vorschlag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was wird abgestimmt? – Allgemeine Heiterkeit)* Über die Redezeitbeschränkung von 45 Minuten und 10 Minuten. Noch einmal! *(Allgemeine Unruhe)* Bitte um Ruhe.

So nochmals, der Vorschlag von mir ist, dass gem. § 67 GeOLT die Redezeit der Redner in der Generaldebatte zum Tagesordnungspunkt 3 auf 45 Minuten und die Redezeit in der Spezialdebatte auf 10 Minuten zu beschränken ist.

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, der möge das tun, indem er sich von den Plätzen erhebt. - Dieser Vorschlag ist somit mehrheitlich angenommen.

3. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 187) über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016 (Zahl 21 - 133) (Beilage 196)

Präsident Christian Illedits: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 187, über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016, Zahl 21 - 133, Beilage 196.

Generalberichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016 in seiner 03. Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Gemäß § 41 Abs. 2 GeOLT wurde beschlossen, Frau OAR Ursula Fercsak, Abteilung 3, die von Landesrat Bieler den Beratungen beigezogen wurde, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Ich wurde zum Generalberichterstatter gewählt.

Die zur Beschlussfassung vorliegende Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag 2016 sieht einen ordentlichen Voranschlag und einen außerordentlichen Voranschlag vor.

Die Regierungsvorlage sieht im ordentlichen Landesvoranschlag 2016 Einnahmen in der Höhe von 1.145.268.200 EURO und Ausgaben in der Höhe 1.145.268.200 EURO vor. Es ergibt sich demnach ein ausgeglichener ordentlicher Haushalt.

Im außerordentlichen Voranschlag sieht die Regierungsvorlage für das Jahr 2016 Einnahmen in der Höhe von 24.600.000 EURO und Ausgaben von 24.600.000 EURO vor. Es ergibt sich somit auch ein ausgeglichener außerordentlicher Haushalt.

Der Landesvoranschlag der Fonds sieht Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je 3.658.000 EURO vor und ist somit auch ausgeglichen.

Der Gesamtabgang des Landesvoranschlages für das Jahr 2016 beträgt demnach 0 EURO.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 25. November 2015 die Vorlage der Landesregierung über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016 beraten und beschlossen, dem Hohen Haus die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage zu empfehlen.

Ich bitte nun die Damen und Herren des Hohen Hauses die Generaldebatte zu eröffnen.

Generaldebatte

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Berichterstatter. Wir gehen somit in die Generaldebatte ein. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident Strommer. Hohes Haus! Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beginnen jetzt mit der zweitägigen Diskussion über das Budget 2016, das vor drei Wochen von Landesrat Helmut Bieler dem Landtag vorgelegt wurde. Dabei handelt es sich um die reinste Annahme. Um die Vorstellung von Zahlen, die, wenn die Prognosen verschiedener Institutionen zutreffen, einen Vollzug ermöglichen sollen.

Dabei ist festzuhalten, ganz im Gegensatz zur offiziellen Berichterstattung - die nach der Präsentation erfolgt ist - dieses Budget ist ein reiner Konjunktiv. Der zuständige Landesrat selbst beziffert und erklärt die ausbleibenden Steuern seitens des Bundes mit 23 Millionen Euro. Gleichzeitig stellt er fest, dass damit das Land, die mit 1.1.2016 in Kraft tretende Steuerreform mitfinanzieren muss. No na, würde ich sagen. Und dass wegen der aktuellen Neuverhandlung des Finanzausgleiches darauf Bedacht genommen wurde, ausschließlich für das Jahr 2016 ein Budget zu erstellen, denn die Unsicherheitsfaktoren wären viel zu hoch.

So gesehen kann ich zum Ausgangspunkt meiner Rede zurückkehren und nochmals betonen, dieses 2016er Budget ist voller Unsicherheiten, voller Annahmen, voller Risiken. Es enthält aber auch gleichzeitig besondere Härten und Gemeinheiten, wie zum Beispiel die Senkung des Heizkostenzuschusses von 150 auf 140 Euro. Das wird wahrscheinlich mit der Senkung der Energiepreise argumentiert werden. Aber bei steigenden Lebenshaltungskosten, ist dieser Einschnitt bei den Bedürftigsten in unserer Gesellschaft mehr als zynisch und daher strikt abzulehnen.

Bevor ich zu Details des Landesbudgets komme, lassen Sie mich auf die allgemeinen Grundlagen und Umstände der Budgeterstellung, die Rahmenbedingungen im größeren Umfeld, kommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in Zeiten großer Herausforderungen und Umbrüche. Seit dem Herbst 2008 sind Krisen unsere ständigen Begleiter: Immobilienkrise, Lehman-Pleite, Finanz- und Bankenkrise, Staatsschuldenkrise, Eurokrise.

Mit den Folgen von Rettungsorgien, die danach erfolgen und jetzt die Flüchtlingskrise. Was macht Österreich, die föderal organisierte Republik? Man bemüht sich mit gegenseitiger Abwehr und „Wadlbeißerei“ zum Beispiel eine Steuerreform zu verabschieden.

Sie tritt mit Jahreswechsel in Kraft. Soll wichtige Konjunkturen und Wachstumsimpulse liefern. Soll konsolidieren und die Österreicherinnen und Österreicher, zirka 6,4 Millionen Steuerzahler, spürbar entlasten. Das heißt mit 1. Jänner 2016 direkt in die Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger fließen. Es soll ein richtiger Verteilungseffekt eintreten, denn 91 Prozent des Entlastungsvolumens kommt jenen Einkommensgruppen zugute, die unter 4.500 Euro verdienen. Das sind die Kleinst-, die Klein- und Mittelverdiener dieses Landes.

Weiters erwähnenswert ist die Negativsteuer für Pensionistinnen und Pensionisten, die mit ihrer Pension unter 11.000 Euro Gesamteinkommen im Jahr liegen. Das ist auch - meiner Ansicht nach - sehr gut so.

Es ist daher, nochmals gesagt, mehr als unverständlich, dass man im Burgenland seitens der Landesregierung meint, man müsse diese Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger mitfinanzieren. Bei der Gegenfinanzierung dieser Steuerreform - und das sehen viele Expertinnen und Experten sehr, sehr kritisch - sollen Betrugsbekämpfung, Wachstum, Steigerung der Kaufkraft, vermögensbezogene Einnahmen- und Verwaltungseinsparungen helfen.

Ausgangspunkt ist die Annahme eines BIP-Wachstums von 1,4 Prozent gegenüber 0,7 für 2015. Die Wachstumsimpulse sollen durch Investitionen wie 300 Millionen Euro für den Breitbandausbau, 200 Millionen Euro für Wirtschaftsförderung im Bereich der Forschungsprämie, die Anhebung des Hochwasserschutzes von 19 Millionen auf 32 Millionen Euro, durch KMU-Unterstützung, durch 50 Millionen Euro für den geförderten Wohnbau und ein Arbeitsmarktpaket von 350 Millionen Euro gesetzt werden.

Auch die stufenweise Senkung der Lohnnebenkosten leider - und da werden Sie mir hoffentlich, geschätzte Kolleginnen und Kollegen zustimmen, zu Lasten des Familienausgleichsfonds von einer Milliarde Euro - soll bis 2018 konjunkturbelebend und gleichzeitig beschäftigungsfördernd wirken.

Wie sieht es mit der größten heimischen Herausforderung, meine geschätzten Damen und Herren, dem Arbeitsmarkt aus? Wir stehen - trotz steigender Beschäftigung - vor der höchsten Arbeitslosenrate der letzten Jahre. Im Gegensatz dazu vermeldet die Bundesrepublik Deutschland aktuell die geringste Arbeitslosigkeit seit 1991.

In Österreich sind die Arbeitslosenzahlen dagegen im November um 5,6 Prozent gestiegen - auf den Höchststand von 430.107 Personen. Knapp 71.000 davon sind in Schulung begriffen. Nach nationaler Definition kletterte damit die Arbeitslosenquote, trotz hoher Beschäftigung, von 3,52 Millionen Menschen binnen Jahresfrist von 8,6 auf 9,2 Prozent.

In allen wichtigen Branchen gibt es mehr Arbeitslose, vom Handel über Tourismus bis zur Bauwirtschaft. Alarmierend, mehr als alarmierend ist auch, dass mehr als ein Drittel der 430.000 Arbeitslosen vom November seit über einem Jahr keinen Job haben, was einer Verdreifachung der Langzeitarbeitslosigkeit entspricht. Und wie ist die Lage bei uns im Burgenland? Im sogenannten Jahr der Beschäftigung 2015 ist die Zahl der Arbeitslosen mit 9.740 Personen und 1.900 Schulungsteilnehmern, zusammengezählt 11.671 Menschen, die beschäftigungslos sind, so hoch wie nie zuvor.

Dabei ist die Summer der länger als ein Jahr Arbeitslosen von 910 Personen auf 1.491 gestiegen. 1.099 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren sind arbeitslos. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Zusammenhang kann für unsere Gesellschaft der wahre Befund ausgegeben werden.

Es gibt mehr als reale Probleme, die mit Ängsten und Sorgen verbunden sind. Sorgen um den Arbeitsplatz, um die Wohnung, die Lebenshaltungskosten, um die Pensionen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lage - und das können wir einmütig festhalten - ist nicht gut. Durch die gegebenen Flüchtlingsströme ist sie nicht besser geworden.

Die EU-Kommission erwartet heuer über eine Million Flüchtlinge. Wer gestern die Zeitungen, beziehungsweise den Rundfunkt mitgehört und gesehen hat, wird festhalten, allein in der Bundesrepublik Deutschland sind jetzt schon eine Million Flüchtlinge angekommen. 2016 erwartet die EU-Kommission mehr als 1,5 Millionen Menschen und 2017 sollen mehr als 500.000 Menschen kommen.

Und nur, weil ich Deutschland schon vorher angeführt habe, die Bundesrepublik hatte schon im Vorjahr - im Gegensatz zu Österreich - und erwartet auch für heuer - im Gegensatz zu Österreich - einen Budgetüberschuss von bis zu neun Milliarden Euro.

Österreich hingegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, macht seit Jahren Schulden, gibt mehr aus, als an Einnahmen zu erzielen ist und das alles bei der höchsten Abgabenquote und Steuerbelastung in der zweiten Republik. Mit der Hypo Alpe Adria hat sich die gesagte Situation noch verschärft.

Nachdem die Belastungen steigen, die Problemstellungen zum Beispiel im Bildungsbereich - es werden Jahresmieten des Bundes bei der BIG, die feststehen, einfach gar nicht mehr budgetiert, ausgeklammert werden, empfinden viele BürgerInnen unsere Lage im Zusammenhang mit den weltpolitischen Zerwürfnissen und Kriegshandlungen als existenzbedrohend, ja als gefährlich und das, meiner Ansicht nach, mehr als zurecht.

Bei all diesen Unwägbarkeiten, Abhängigkeiten und Sicherheitsbedenken bei uns im Burgenland, von den besten Voraussetzungen zu sprechen, kann man nur als zynisch bezeichnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland finanziert sich zu 100 Prozent durch Kredite, die über die ÖBFA aufgenommen und abgewickelt werden. Im Wissen um diese Abhängigkeit dem Bund auszurichten, dass man es, gelinde gesagt, bei uns im Burgenland viel besser kann als in Wien, zeugt meiner Ansicht nach davon, dass man entweder die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat oder sie nicht sehen will. *(Beifall bei der LBL und ÖVP)*

Wenn uns zum Beispiel der Bund den ÖBFA-Zugang verschließt, sind wir zahlungsunfähig und damit im Zusammenhang kann sich auch jeder ausmalen, was das für die Finanzausgleichsverhandlungen bedeutet. Wir sind keine Insel der Seligen im Burgenland, die Landesregierung meint sogar, angesagter Separatismus, zumindest was heiße Luft anlangt, oder der Aufruf zum zivilen Ungehorsam würden unsere Position verbessern. Das Gegenteil ist der Fall!

Der Konfrontationskurs von Niessl, Bieler und Co schwächt nicht nur, sondern er steuert uns als rot-blaue Ansage in die Isolation. *(Beifall bei der ÖVP, den GRÜNEN und der LBL)* Wir im Burgenland kriegen von dieser Regierung täglich stärker und lauter den Anspruch, wir sind besser und gescheiter als die anderen vermittelt, aber die Reaktionen von Bund und Ländern, setzen uns zurück, weisen uns ab.

Wie das im föderalen System auf Dauer gut gehen soll, bedenkt scheinbar niemand. Es wäre mehr als angebracht, sich mit den Verantwortlichen auszusprechen und für das Land, die Bevölkerung des Burgenlandes, ein gemeinsames Handeln an den Tag zu legen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese rot-blaue Regierung hat sich frei nach dem olympischen Gedanken "schneller, höher, stärker" das Motto "transparent, effizient, modern" zugeschrieben und vollzieht nun in aller Konsequenz pure Parteipolitik. Mit dem Schlagwort "keine Proporzverwaltung" werden im Amt der Burgenländischen Landesregierung Beamte abgesetzt und ausgetauscht, beziehungsweise umgefärbt. Dieses Prinzip wird auch in Gesellschaften und ausgelagerten Bereichen angewendet, aber in der Regel dient diese Praxis nur dem Verschleiern und dem Abschieben von Verantwortung. Zu diesem Budget, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, dem Landtag beziehungsweise allen BurgenländerInnen im Sinne der vielbeschworenen Offenheit, sollten Sie nun die folgenden Fragen beantworten:

1) Erklären Sie den BurgenländerInnen die wahren Gründe und Grundlagen der WiBAG-neu, des sogenannten Konzern Burgenlands?

   Sagen Sie getreu Ihrem Transparenzversprechen, dass eine Steuernachzahlung und Bilanzprobleme die wahren Gründe der Umorganisation bilden, und zwar im zweistelligen Millionenbereich!

2) Erklären Sie den BurgenländerInnen die wirkliche Höhe des Sponsorings der österreichischen Fußballnationalmannschaft bezogen auf die letzten zehn Jahre!

3) Bekennen Sie die wahren Ausgaben, Förderungen und jährlichen Zuschüsse zur Burgenländischen Fußballakademie!

4) Erklären Sie die wahren Kosten für den gesamten Fuhrpark der Bediensteten in den ausgelagerten Landesgesellschaften!

5) Erläutern Sie den BurgenländerInnen die Gründe für den mehr als einjährigen Zahlungsrückstand bei den zugesagten Wohnbauförderungsmitteln an die Burgenländischen Wohnbaugenossenschaften!

6) Erklären Sie den Satz auf Seite 11 Ihrer gelben Budgetbroschüre "Der Schuldenstand" - ich zitiere - "des Gesamthaushaltes, inklusive selbsttragender, ausgegliederter Einheiten wird im Jahr 2016 rund 1,48 Milliarden Euro betragen. Im Schuldenstand der Folgejahre wurde bereits der Neu- und Ausbau des Krankenhauses Oberwart berücksichtigt".

Dieser Satz klingt in meinen Ohren so, wie es vor kurzem der jetzt abwesende Landesrat Norbert Darabos ausgedrückt hat - er - ich zitiere, garantiere, nachdem er schon die Kaserne Güssing geplant hat, heuer im Jahr 2015 für das Jahr 2021 das fertiggestellte Krankenhaus Oberwart mit der festgeschriebenen Bausumme von 158,5 Millionen Euro - Gratulation!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne die Antworten auf diese Fragen ist dieses Budget in Analogie zum Druckfehler auf der ersten Seite Ihrer gelben Broschüre kein Gradmesser, sondern wahrlich eine Gratwanderung und ist damit einhellig abzulehnen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP, den GRÜNEN und der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordnetem Kölly. Ich erteile ihm das Wort und ich freue mich, dass ich den Direktor des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes auf der Zuschauergalerie begrüßen darf. Herr Magister herzlich willkommen.

Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meinem Vorredner ist fast nichts hinzuzufügen. Er hat

Punkte aufgezeigt, und er weiß wovon er spricht. Er war jahrelang auch Bürgermeister und hat gespürt was es heißt, immer wieder von einer Regierung dementsprechend, ja weg vom Tisch, du hast nichts mehr zum Reden, du tu einfach, was dir, mir, euch oder so gibt. Da fehlt mir der Aufschrei seitens der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ich sage noch einmal, ich habe das schon vorher erwähnt, es ist verrückt:

Man übernimmt Verantwortung in einer Gemeinde als Bürgermeister, als Vizebürgermeister, als Gemeindevorstand, als Gemeinderäte und kriegt dann immer wieder Zahlen vorgesetzt, wohlwissend, dass wir das nicht mehr lange ertragen können. Wir können nicht mehr gestalten, wir müssen nur mehr verwalten, soweit es möglich ist. Und da steht der Herr Landesrat Bieler auf und ein paar Andere und sagen aus Unwissenheit irgendwelche Zahlen. Herr Landesrat, nehmen Sie das zurück!

Die warnen davor, die weisen darauf hin, dass dort oder da - und ich hoffe, das ist einem jeden zulässig, hier im Hohen Landtag zu sagen, wo Problematiken auftauchen, so wie es der Kollege Steier getan hat. Zum Budget, aber ich sage noch einmal, auch zu Ihrer Wortmeldung: Ich weiß schon, dass ein Nachtragsvoranschlag gesetzlich vorgeschrieben ist.

Aber es wäre anders möglich, wenn man verdoppelt im Spital Eisenstadt. Das ist ja nicht wenig Geld, das sollte man schon im Vorfeld ausdiskutiert haben oder auch sich zusammengesetzt haben mit den zuständigen Verantwortlichen dort, dass das nicht so ausufert. In vielen Bereichen ist das so!

Heute hat mein Vorredner auch die WiBAG angesprochen, die man jetzt einfach umtauft. Man tauft sie ganz einfach um, machen wir eine WiBuG daraus. Man vertschüsst sich als Aufsichtsratsvorsitzende und lässt das Schiff einfach am offenen Meer dahin sausen.

Dann wird der Herr Kast abgewählt, noch abgewählt oder ich weiß gar nicht, wie es da zugeht oder nach Hause geschickt und es gibt wahrscheinlich Neubesetzungen. Wenn das so stimmt, dass es hier in zweistelliger Millionenhöhe Nachzahlungen gibt, Steuernachzahlungen - wer trägt da die Verantwortung Herr Landeshauptmann? Wir in der Opposition sicherlich nicht!

Herr Landesrat Bieler, wir haben jedes Mal - auch die FPÖ - die ja derzeit nicht anwesend ist, immer darauf hingewiesen, dass dort oder da einiges nicht im richtigen Lot ist und eine Schieflage gegeben ist. Sei es in der WiBAG, durch „Thermengschichteln“ wie Lutzmannsburg, et cetera. Ich frage mich, warum sagt man nicht wirklich die Wahrheit? Warum sagt man, das ist danebengegangen, was soll man machen. Ein jeder kann ja auch nicht alles hundertprozentig erfüllen.

Aber sich hinzustellen und nur zu sagen, wie schön und gut das Land dasteht, und wir dann - genau das hat mein Vorredner gesagt - vom Bund eine auf die Rübe kriegen, ja weil wir hundertprozentige dementsprechende Kredite haben, wo wir das Land finanzieren.

Machen wir uns Gedanken. Wie soll es tatsächlich weitergehen in diesem Land? Wie schaut das Land in fünf Jahren, in zehn Jahren aus? Arbeitslosigkeit, na die höchste der 2. Republik! Der Unmut der Bevölkerung ist zu erkennen. Gehen Sie hinaus in die Gemeinden, gehen Sie hinaus in die Bevölkerung, dann werden Sie auch dementsprechende Rückmeldungen bekommen.

Wenn wir heute diskutieren, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, alleine ein 7-er BMW ist zu wenig mit zwei Chauffeuren. Ich muss Ihnen schon eines sagen, gehen Sie hinaus, packen Sie es an, wo wirklich Not am Mann ist

oder Not am Menschen ist, weil genau dieses Budget wieder einmal aufzeigt, dass viele Dinge nicht im richtigen Lot sind.

Frau Kollegin Sack, ich verstehe Sie schon, Sie müssen die Hand heben, ist ja logisch, weil wenn ich mir den Vertrag anschaue, was da zwischen SPÖ und FPÖ passiert ist, wo der Doskozil 2010 das alles vorgeschrieben hat und es ist einfach unterschrieben worden, das haben wir schwarz auf weiß, werte Journalisten. Ich gebe Euch das!

Es macht sich keiner Gedanken darüber, außer der Herr Landeshauptmann, der ist wirklich fleißig, gut unterwegs. Die Frau Landesrätin Dunst auch, gibt es gar keine Diskussion. Aber immer über den Uhudler noch einmal sechs Debatten führen, ich hoffe, dass das jetzt aus der Welt geschaffen ist.

Dass das endlich einmal klar ist und wir müssen nicht immer glauben, dass wir dort politisch punkten können. Die nächsten Wahlen sind erst 2017 in den Gemeinden und dann bin ich gespannt, ob wir noch einen Kandidaten finden, der sich hinstellt als Bürgermeister oder Verantwortlicher einer Gemeinde, wenn das wirklich so weitergeht.

Wir wissen das, wir stehen vor einer großen Herausforderung, nicht nur die EU, die ja jahrelang unser Flüchtlingsproblem verschlafen hat. Das haben wir gewusst. Auch der Bund hat seine Fehler, an der Spitze der Herr Faymann. Da gratuliere ich dem Herrn Landeshauptmann, dass er den Mut hat, aufzustehen und zu sagen, das lassen wir uns nicht mehr gefallen. Denkt ein bisschen um, auch in der Sozialdemokratie.

Das sind die Dinge, die wir schon immer gefordert haben und immer auf den Punkt gebracht haben. Wenn der Herr Kollege Kovasits sich hinstellt und sagt, Ungehorsam, dann muss ich mich schon fragen, Herr Landeshauptmann, Sie haben das ja eh richtig gesagt: Sie stehen nicht hinter dem oder ich weiß nicht, ob der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter dahintersteht, dass man halt mit solchen Aktionen jetzt auffahren muss in diesem Land. Warum hat man nicht die Quote inzwischen erfüllen können?

Das ist ja das Nächste! Ich habe heute schon gesagt, es gibt in Kobersdorf Unterkünfte, ist ja auch ein sozialdemokratischer Bürgermeister, der mir das zuträgt, ist ja sehr interessant, muss ich dazusagen. Er hat Quartiere, warum nutzen wir die nicht?

Warum nutzen wir sie nicht in Draßburg, zu sagen von der Sozialdemokratie, na das war einmal? Kann man das nicht umbauen und muss man es nicht umbauen?

Früher seid Ihr ja auch alle hingegangen, und jetzt auf einmal, warum sollen da jetzt nicht die Flüchtlinge hingehen? Was soll das Ganze? Solche Dinge brennen unter den Fingernägeln der Menschen. Wenn ich mir anschaue ein Budget - und das muss ich schon dazusagen - dann ist es für mich genau dass, was ich vorher gesagt habe:

Warum diskutiert man eigentlich in einer Debatte die Tagesordnungspunkte 4 bis 13 zusammen, weil für mich das wichtige Punkte sind? Ich habe zwar den Antrag jetzt nicht gestellt, aber es wäre nötig gewesen, dass man diese Punkte diskutiert. Weil so viel Zeit muss sein, wir kriegen dafür ein gutes Geld als Abgeordnete, weil wie wir das Budget beschlossen haben, dürfen wir eh nicht mehr mitreden, außer ein paar Gesetze vom Bund beschließen, 15a-Vereinbarungen und dergleichen mehr.

Aber sonst entscheidet das die Regierung alleine. Daher wäre es sinnvoll gewesen, und wenn ich ein paar Stunden länger dableibe, ich habe kein Problem damit. Ich denke, diese Verantwortung müssen wir nehmen. Wenn ich mir in diesem Budget anschaue, wo wir den Rechnungshof sicherlich jetzt aufgewertet haben, personell aufgewertet haben, hat er aber dementsprechend viel Arbeit dazubekommen. Ist ja gar keine Diskussion!

Der macht es hervorragend und sehr penibel. Aber - und das sage ich auch mit dieser Deutlichkeit - nach einem Jahr, nach zwei Jahren, ist das alles leider Gottes schon längst erledigt und dann sagt man, wir werden uns bessern. Wir haben als Opposition, und speziell das Bündnis Liste Burgenland, hat immer schon darauf hingewiesen auf Punkte, wo wir sagen, da stimmt etwas nicht, das sollten wir anders machen, ändern.

Das ist das Interessante, dass der Herr Landesrat Bieler, eh egal sagt er, wir beschließen das und nachher haben sie eh nichts mehr zum Reden im Landtag. Das kann es aber nicht sein und dafür gebe ich mich auch nicht her. Ich sage das auch gleich mit dieser Deutlichkeit, denn wir sind nicht die Hampelmänner des Landes Burgenland, sondern der Menschen hier, wo wir uns wirklich bemühen für die Menschen etwas zu tun.

Ich glaube, dass es entscheidend wird sein, dass wir auch ein Tourismusgesetz diskutieren, separat diskutieren, weil wenn ein Tourismusgesetz vor einem Jahr gut genug war, was halt auch über die Bühne gegangen ist, wo wir einmal haben dabei sein dürfen, aber es ist so, und jetzt gibt es eine Änderung. Diese Änderung war ja sehr interessant in dieser Situation. Da gibt es einen neuen Landesrat, der für Wirtschaft und Tourismus zuständig ist – er war bei mir in Deutschkreutz, ist ja in Ordnung, ich finde das für sehr wichtig und gut.

Ja, er steht zu dem, dass man dort diese Punkte oder andere Punkte einarbeiten kann. Es wurde ein Termin ausgemacht, den der Herr Klubobmann Kovasits anscheinend verschwitzt hat, aber tut mir leid. Dieser wurde dann gecancelt und dann überhaupt weg.

Dann hat es geheißen, eine Stellungnahme für das neue Tourismusgesetz abzugeben. Das haben wir als Bündnis Liste Burgenland getan. Nur es ist nicht einmal ein Punkt eingearbeitet worden und das ist genau der Punkt. Man bemüht sich, bringt etwas ein und es wird gar nicht mehr darüber diskutiert, sondern es wird heute mitbeschlossen. In einem Aufwischen beschließen wir das alles mit. Ist ja wirklich eine gute und schöne Sache, dass man das so macht, in einem Aufwischen machen wir es mit.

Wir haben damals die Kritik, und das muss man auch dazu sagen, zu diesem Tourismusgesetz. Die Kritik liegt einfach in völlig intransparenten Übergangsgestaltungen von einer Landestourismusorganisation in eine Kapitalgesellschaft. Wie schaut das aus? Macht Euch einmal Gedanken, wie das überhaupt ausschaut! Es heißt, die Kontrolle ist wahrscheinlich irgendwann einmal genau dort, wo der Rechnungshof irgendwann aufzeigen wird, nach zwei, drei Jahren, hoppala, da ist schon wieder etwas schiefgelaufen.

Der zweite wesentliche Kritikpunkt ist die weitere Entmachtung der Gemeinden. Werte Bürgermeisterinnen, werte Bürgermeister, Verantwortliche, das heißt, sehr viele Freiwillige haben in Tourismusverbänden mitgearbeitet, haben sich eingebracht, haben wirklich etwas bewegt. Diese werden sicherlich in dieser Art und Weise nicht mehr mittun.

Dann hat man die Zahlen von 100.000, 50.000, 20.000 Übernächtigungen - alles niedergeschrieben gewesen - hat man gesagt, nein. Schön und gut! Jetzt ist man wieder 50.000 ohne lange zu fragen und heute wird es ja hoffentlich auch dementsprechende Antworten geben, warum sind wir wieder auf 50.000 hinaufgegangen.

Ich weiß schon, man will alles zentralisieren. Und der Herr Landeshauptmann stellt sich immer hin, „kleinstrukturiertes Land“. Schön, dass wir das haben. Wenn wir sagen, aber Zusammenlegung Gericht oder BH, da schreit man Feuer. Das wäre vielleicht gefordert. Und da hat jetzt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter die große Chance, der das immer gefordert hat und der immer in der Richtung war, auch die Frau Präsidentin

immer in der Richtung agiert hat. Auf das bin ich jetzt wirklich neugierig. Meine Unterstützung habt Ihr dafür. Tut es, setzt es durch!

Der Landeshauptmann wird auch nicht überall nein sagen können. Der wird Euch auch einmal etwas geben müssen. Das sage ich auch gleich mit dieser Deutlichkeit. Ich glaube, solche Dinge müssen wir schon ins Auge fassen, weil das politische Vertrauen draußen in der Bevölkerung einfach schwindet.

Ich glaube, dass das beim Tourismus entscheidend wird sein, dass man nicht nur die Übernächtigungszahlen nimmt, sondern die tatsächlich in einer Gemeinde ihr gutes Geld dort lassen, Umsätze machen, und es ist ja erst vor kurzem eine Studie rausgekommen. Die machen mehr Umsatz wie Übernächtigungskosten. Aber wir reden immer von drei Millionen Übernächtigungen. Wir wissen ganz genau, dass Bad Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf alleine 600 oder 700 Übernächtigungen haben. Das sind keine Touristen, das sind Kurgäste, die über unser Sozialsystem logischerweise etwas bezahlt kriegen. Also man sollte von dem reden - 2,5 okay - wie können wir uns steigern? Oder, das ist so eine Ankündigung immer, das gefällt mir immer. Und die Medien nehmen das auf und schreiben es gleich.

Wie beim Gratiskindergarten. Eine Zeit lang hat es nur geheißen, wir haben Gratiskindergarten. Das haben sie Gott sei Dank jetzt schon, ich höre das mit Wohlwollen, dass es einen Zuschuss für die Eltern gibt. Genau das sind die Dinge, die wir eigentlich immer klar und deutlich ausgesagt haben. Aber es ist kein Problem. Man kann ja gescheiter werden. Man kann sagen, wir machen einen Zuschuss für die Kindergärten oder für die Eltern. Ist ja kein Problem. *(Abg. Edith Sack: Wir haben eine Kindergartenförderung und teilweise haben die Gemeinden einen Gratiskindergarten. Er kapiert es nicht.)*

Aber was interessant ist, Frau Kollegin Sack, was interessant ist, man haut jetzt auf den schwarzen Bürgermeister von Eisenstadt hin, der soll schauen, wie er da herauskommt. Und da sitzen jetzt die gerade, die Vertreter einer anderen Partei, die da zustimmen, wohlwissend, dass das nicht passt. Dort stimmen sie nicht zu und machen einen großen „Krawai“ in Budgets. Das sind die Dinge, die ich nicht ganz verstehe.

Ich weiß schon, mitgehangen, mitgefangen, das ist ja gar keine Diskussion. Ich habe das auch Jahre miterleben müssen. Das ist einmal so. Aber ich würde das eher so sehen, wenn man solche Aufgaben hat, und als Bürgermeister hat, dann hat man auch, und das sage ich jetzt auch mit Deutlichkeit, die Möglichkeit, mit den anderen Fraktionen das zu diskutieren und schlussendlich auch - und das muss ich auch dazu sagen - zu beschließen.

Ich bin recht dankbar, dass die Finanzabteilung wirklich bei uns war, in unseren Räumlichkeiten. Wir haben ja keinen Klub. Das ist ja das Nächste, wo ich dann hinkommen werde. Wir haben Räumlichkeiten geschaffen. Und da habe ich eingeladen. Ich möchte ein herzliches Dankeschön sagen, dass das auch funktioniert hat, dass wir dort mit dem zuständigen Personal oder Mitarbeitern auch diskutieren haben können. Das finde ich für in Ordnung. Das sollten vielleicht andere auch in der Zukunft wieder machen.

Aber wir haben ja keinen Klub - und das ist ja das Nächste in der ganzen Situation. Wir haben uns teilweise die Möbel selber bezahlen müssen, weil es zehn Wochen gedauert hat, bis wir überhaupt einen Schreibtisch oder irgendetwas anderes kriegen hätten sollen. *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Zufrieden warst Du wieder einmal nicht.)* Das ist bitte nicht Standard. Weil die anderen Herrschaften richten sich alles neu ein und machen alles neu auf Belieben, da fragt keiner, was das kostet. Aber sei es wie es sei. Wir haben das Beste daraus gemacht.

Aber ich komme jetzt auch zu den Klubsituationen, und ich möchte jetzt eines zitieren, und das ist das Schöne an der ganzen Geschichte. Der Herr Tschürtz hat gesagt: „Als Vertreter der einzigen Partei mit Klubstatus und sozusagen als Oppositionsführer würde ich glauben, dass das wirklich notwendig ist, dass ich das auch anspreche. Wir werden es nicht verhindern können. Wenn sich SPÖ und ÖVP geeinigt haben, dass der Klubstatus auf drei erhöht wird, werden wir das nicht mehr verhindern können." So wiederholt er sich, „weil sonst hätten sie das nicht in einer Nacht- und Nebelaktion gemacht. Aber man muss sich einmal vorstellen, was da passiert. Auch wenn der Kollege Manfred Kölly gesagt hat, dem Tschürtz war das eigentlich eh wurscht. Das ist nicht so.

Es ist tatsächlich so, dass ich immer gesagt habe, es ist wichtig, dass die Klubstärke bei zwei bleibt, damit auch die Opposition die Möglichkeit hat, Kraft zu haben. Denn jetzt stellen wir uns einmal vor, durch die große Parteilandschaft, es kommen mehr Parteien in den Landtag und es gibt jetzt dann vielleicht zwei, drei Parteien, die nur zwei Abgeordnete haben, dann hat eine Partei ohne Klubstatus nicht einmal die Möglichkeit, einen Antrag, eine Rechnungshofprüfung zu beantragen. Eine Partei ohne Klubstatus hat nicht die Möglichkeit, eine Aktuelle Stunde einzubringen, einen Dringlichkeitsantrag. Sie hat keine Möglichkeit eines Büros mit Experten, und so weiter und so fort. Das heißt, da passiert natürlich schon einiges. Einfach zu sagen, na ja, der bekommt dann ohnehin ein Zimmer und vielleicht einen Bildschirm.

Das ist meines Erachtens nicht in Ordnung. Aber ich gehe einmal davon aus, dass wir das nicht mehr abwenden können." Und jetzt kommt es: „Bei uns wird es das nicht geben. Wenn wir irgendwann einmal vielleicht wirklich Regierungsverantwortung haben, dann wird die Opposition bei wichtigen Gesetzen immer bis zum Schluss eingebunden und auch die Möglichkeit gegeben wie bei Klubstärke."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was soll ich mir dabei denken? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So schnell geht es.)* Wenn wir jetzt versuchen, den Klubstatus wieder auf zwei herunterzubringen, und Ihr wisst, diese Verfassungsmöglichkeit gibt es ja. Wir müssen einige Punkte sammeln, da hat der Herr Landeshauptmann vollkommen Recht. Aber es muss irgendwann jetzt passieren, nicht wie der Herr Kovasits in seiner was weiß ich Euphorie damals gesagt hat, nein, nein, das machen wir erst Ende der Periode, weil das ist nicht möglich.

Lieber Herr Klubobmann, lieber Herr Kollege, es ist schon traurig, es ist schon sehr traurig, dass es dazu kommt, dass jetzt eine langjährige Oppositionspartei Verantwortung übernommen hat. Freut mich, ich habe ja auch gesagt, ich habe kein Problem. Wir haben ja auch beim Landeshauptmann zugestimmt. Selbstverständlich, weil wir Hoffnung haben, dass sich etwas ändert in diesem Land. Und wir sehen ja, es muss sich etwas ändern. Die höchsten Arbeitslosenzahlen, die Sozialgeschichten werden immer höher, die Armut wird immer höher, und dergleichen mehr. In der Wirtschaft geht es nicht mehr so weiter.

Das sind die Dinge, die uns seitens des Bündnis Liste Burgenland sehr wohl sauer aufstoßen lassen und nicht immer bei Sonntagsreden immer alles so schön darstellen. Und als Bürgermeister immer Bittsteller zu sein, und das wissen Sie, Frau Kollegin oder werte Kollegen, immer nur Bittsteller in einer Regierung oder bei den zuständigen Regierungsmitgliedern zu sein, das brauchen wir nicht. Denn wir leisten gute Arbeit in den Gemeinden. Wir leisten für unsere Menschen auch Qualitätsarbeit. Und wir müssen uns sehr viel anhören.

Wir müssen aber auch, und das muss ich auch dazu sagen, auch Gesetze, die der Bund beschließt, den Mut haben, auch vielleicht dort oder da zu ändern. Ihr habt die

Möglichkeit - Ihr sitzt im Bund in der Regierung und Ihr sitzt im Land in der Regierung -, einiges zu ändern.

Daher glaube ich, dass man Möglichkeiten sehen muss und vorhanden sind, dass man das auch umsetzen kann.

Ich glaube, das sind die Dinge, die man wirklich noch einmal hinterfragen sollte und sich vielleicht der eine oder andere seitens der Freiheitlichen Partei doch noch zurückerinnern kann, was in der Oppositionsrolle dann eigentlich immer wieder aufgezeigt und gefragt wurde. Jetzt küsst man sich, busselt man sich ab. Jetzt ist alles happy, vorher hat man halt ein bisschen eine andere Auseinandersetzung - soll so sein. Ich habe hier kein Problem damit.

Aber eines muss klar sein, es geht um die Menschen in diesem Land und die sind mir verdammt wichtig. Ich glaube, das ist auch der Sinn der Sache, dass wir ein Budget beschließen können, wo auch für die Menschen das Richtige getan wird.

Wenn die Vereine immer andiskutiert werden, und es soll ja heute alles in summa summarum diskutiert werden, und wir einen Antrag mit Registrierkassen und Vereinsunterstützungen einbringen, dann ist das sehr interessant. Wir haben zwei Wochen vorher, bevor die SPÖ draufgekommen ist, einen Antrag mit der Registrierkassensituation eingebracht. Ich weiß, der Bund hat das beschlossen. Ich weiß, dass die SPÖ mitgestimmt hat, die Abgeordneten im Bund, … *(Abg. Edith Sack: Leider!)* Leider, Dankeschön, leider haben sie mitgestimmt. Und dann macht man im Burgenland - hoppla, weil das Bündnis Liste Burgenland eine Idee gehabt hat, dass man da etwas ändern sollte - muss man natürlich sofort was machen.

Ich glaube, dass es vernünftiger gewesen wäre, dass man schon im Vorfeld mit unseren Kollegen, mit den Sozialdemokraten - Euren Kollegen - dort oben ein dementsprechendes Gespräch führen hätte sollen. Das hat man ja gewusst. Das ist nichts anderes, wie die eh gewusst haben, dass man so viele - ja, jetzt sage ich mal so - Flüchtlinge bekommen wird. Genauso habt Ihr das gewusst, dass das kommen wird. Das ist nicht vom heiteren Himmel herunter. Da gibt es auch dementsprechende Begutachtungszeiten oder -fristen. Bekommt Ihr die nicht ins Land her? Das verstehe ich alles nicht. Wir bekommen es nicht, wir bekommen nicht einmal eine vernünftige Mailadresse im Land. Das sind die Dinge, die uns eigentlich stören.

Zur Registrierkassenpflicht. Das hat für mich eine wichtige Bedeutung. Das sage ich auch gleich mit der Deutlichkeit. Denn wir haben gesagt, wenn schon das Gesetz im Bund nicht mehr zu ändern ist, dann hat man die Verantwortung in einem Land, unseren Wirten, unseren Kleinbetrieben auch die Möglichkeit zu geben, wenn sie schon die Kassen anschaffen müssen - und bis 2017 vielleicht wieder ein anderes Gesetz kommt -, die Kassen vorfinanzieren müssen, dass man diese unterstützt.

Ich sage auch warum. Weil es wichtig ist, dass man sie unterstützt. Aber auch der Landeshauptmann ist der Meinung, man soll das unterstützen. Herr Kollege Hergovich, nur zum Nachdenken, ich zitiere: „Damit Dorfwirte nicht aussterben, soll es künftig Förderungen geben, wünscht sich Landeshauptmann Hans Niessl. Damit sollen zum Beispiel Registrierkassen mitfinanziert werden."

Genau das haben wir eingebracht. Genau diesen Antrag haben wir eingebracht. Was glauben Sie, was mit diesem Antrag passiert ist? Abgeändert und man hat einen eigenen jetzt eingebracht! Es macht nichts. Es ist kein Problem. Aber warum stellt man sich dann in die Medien hinaus und macht das und auf der anderen Seite macht man es wieder anders?

Da muss ich dazu stehen, dann ist es ja kein Problem. Und das Land weiß ja, dass das alles eine finanzielle Sache ist, ist ja logisch. Wir reden beim Budget nur um finanzielle Dinge. Das ist ganz logisch. Ob ich für Kinderprophylaxe 80.000 Euro habe oder nicht habe, weiß ich schon, aber 80.000 Euro bei 1,1 Milliarde dürfte nicht einmal Klicks machen. Da muss ich das durchziehen.

Daher glaube ich, man sollte sich immer solche Aussagen noch einmal zu Gemüte führen und klarlegen, Herr Landeshauptmann, stehen Sie dazu, dass das Land etwas dazuzahlt, ja oder nein? Das ist auch eine Frage von mir.

Ich glaube, das sollte klar und deutlich herauskommen. Nicht wieder bei der Fragestunde - heute haben wir sechs Fragen gehabt. Da fragt der Rote seinen Landesrat sechsmal, immer das Gleiche. Ist schon in Ordnung. Jetzt sagt der eine, der Kölly hat sich noch nicht eingebracht. Ich frage sehr wohl, Herr Kollege Kovasits, oft und vielleicht wichtige Dinge, wie Du da vorlest, und Namen und die zweite Frage, so wie wir es heute gehört haben, vom Herrn Kollegen, der - ist schon beantwortet die Frage - stellt er nochmal die Frage. Da sieht man typisch, dass das nicht das Ziel erreicht hat, was wir wollen. Das muss man auch einmal klar dazu sagen. *(Abg. Gerhard Kovasits: Du stellst gleich gar keine.)*

Ich brauche keine Fragen, ich mache es schriftlich, dann habe ich es wenigstens in der Hand, weil sonst streitet Ihr es eh wieder ab. Außer das Protokoll. Genau, Herr Kollege, Sie haben eigentlich noch nie in der Vorzeit, Herr Kollege Kovasits, noch nie eine Frage gestellt gehabt, noch nie. Ich will Ihnen das nur klar sagen. *(Abg. Edith Sack: Das sind Unterstellungen.)* Egal. Schau, ich glaube, die Fragestunde ist dafür da, dass man wirklich etwas in Erfahrung bringt und nicht vorher alles von den Klubsekretären vorgeschrieben bekommt und jede Frage schon im Vorhinein weiß.

Soll so sein. Daher gibt es schriftliche Anfragen. Das weiß der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter sehr wohl, denn er hat ja lange auch mit mir das so praktiziert. Ich sage auch ganz offen und ehrlich. Also nicht jetzt anders denken und reden, es ist so. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Nur kritisieren.)* Ich kritisiere nichts, ich stelle fest. Ich stelle fest, dass das so ist.

Aber der Landesvoranschlag - der Herr Landesrat Bieler wird wieder sagen, keine Ahnung von der ganzen Geschichte, aber der Herr Kollege, mein Vorredner, der Steier Gerhard, hat es ihm sehr wohl gesagt, da hat er mit dem Kopf geschüttelt.

Ich denke, dass dem nicht mehr viel hinbeizufügen ist oder zuzufügen ist. Wenn ich den Landesvoranschlag mit 1.145.268.200 Euro an ordentlichen Einnahmen anschaue.

Des Weiteren 25 Millionen Euro im Bereich der außerordentlichen Einnahmen. Im Vergleich zur Rechnung 2014 ergibt sich daher bei den außerordentlichen Einnahmen ein Minus von nahezu 18 Millionen Euro. Rechnungsabschluss 2014 rund 43 Millionen Euro an außerordentlichen Einnahmen.

Allgemein ist festzustellen, dass gegenüber dem Rechnungsabschluss 2014 im Voranschlag 2016 sinkende Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben zu verzeichnen sind. Insgesamt werden voraussichtlich im Jahr 2016 um 55 Millionen Euro weniger Einnahmen erzielt als im Vorjahr. Alles klar?

Insgesamt erhebt sich der Eindruck, dass der Voranschlag 2016 nahezu vollständig ident ist mit dem Voranschlag 2015. Es gibt so gut wie keine deutlichen Ausreißer, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ich habe mir gedacht, Ihr bringt Euch mehr in der Sache ein und sagt, dort müssen wir mehr machen, da müssen wir mehr machen, Herr Landesrat von Wirtschaft und Tourismus.

Da hätte ich mir schon ein bisschen etwas erwartet, dass Ihr sagt, ich weiß schon, das sind Einnahmen, das sind Ausgaben. Und wenn ich höre Rücklagen sind dann zu schaffen, wenn man es kann und sind dann auszugeben, wenn man sie braucht, na super, die Aussage ist ein Traum, muss ich ehrlich sagen. Aber wie lange können wir noch Rücklagen auflösen, wie lange haben wir noch Rücklagen? Haben Sie sich das schon einmal angeschaut? Was haben wir für Rücklagen überhaupt? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Beim Müllverband.)*

Ja, eh, brauche ich nicht. Herr Kollege Tschürtz oder Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, auch dort geht der Proporz genauso weiter wie früher, wo Du immer aufgeschrien hast. In den Verbänden. Nur ein kleines Zeichen. Abwasserverband Mittleres Burgenland, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Ich habe keinen Bürgermeister.)* Na ja, aber Ihr sitzt ja auch in Verbänden drinnen, wo Ihr dann auch immer mitstimmt, in der jetzigen Situation, früher habt Ihr ja eh immer dagegen gestimmt.

Es ist eines klar, wenn ich 150.000 Euro als Rücklagen auf der einen Seite habe und 150.000 auf der zweiten Seite hinten wieder auflöse, dann frage ich mich, was ist denn das für ein Voranschlag?

Oder Rechenabschlüsse. Die sind sehr interessant. Wenn ich mir anschaue den Müllverband, das anscheinend interessiert Euch gar nicht, aber das sind Gemeindeverbände, die wirklich im nächsten Jahr 100.000 Millionen an Rücklagen und Rückstellungen haben. Gut, wenn man es braucht, dann soll es so sein, aber ich glaube, das Land braucht es eh und die Gemeinden brauchen es eh und die Bevölkerung braucht es eh. 100.000 Millionen im nächsten Jahr, will ich dazu sagen, und genau das sind die Dinge, wo ich mich oft frage, warum sagt niemand etwas dazu?

Wissen Sie, was für Werbungskosten wir haben, Frau Kollegin Sack, im Müllverband? Sagen Sie es mir! Sagen Sie mir Punkt Werbungskosten, Ausgaben, im Müllverband! *(Abg. Edith Sack: Du wirst es uns eh gleich sagen.)* Das ist genau das, die Hand heben, nicht einmal reinschauen, was im Rechnungsabschluss rauskommt und dergleichen mehr. *(Abg. Edith Sack: Das sind Unterstellungen, das lassen wir nicht zu.)*

Das ist so, nein, das stimmt so. *(Abg. Edith Sack: Weil wir sind ja so froh, dass wir den gescheiten Kölly hier herinnen haben, der alles weiß.)* Na nur, dass wir es wissen, 247.000 Euro gibt man nur für Werbung aus beim Müllverband. Braucht der Müllverband solche Werbung machen? *(Abg. Edith Sack: Sicher!)* Aha, ist eh klar, dort sind wir dabei, dort müssen wir dabei … *(Abg. Ilse Benkö: Mülltrennen ist wichtig. Kinder müssen schon lernen, Müll zu trennen.)*

Das ist schon klar, aber das sind die Dinge, und da kann jetzt die neue Regierung den Hebel ansetzen und sagen, *(Abg. Edith Sack: Warum rühren Sie sich da drinnen nicht.)* Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, auch dort werden wir uns bemühen, dass wir das machen. *(Abg. Edith Sack: Was Sie für einen Blödsinn zusammenreden.)*

Oder Frau Kollegin, Frau Kollegin Sack, *(Abg. Edith Sack: Jetzt lässt er uns auch nicht mehr rausgehen. Das ist ja ganz schön.)* ganz klar, warte ein bisschen, im Land passiert das Gleiche. Repräsentationskosten. Was haben wir im Budget drinnen, jedes Jahr? Kann mir das wer sagen, keiner kann sich erinnern. *(Abg. Ilse Benkö: Es ist ja keine Fragestunde.)*

Oh ja, es ist auch eine Fragestunde insofern, weil ich glaube, ich will eine Antwort vom Herrn zuständigen Landesrat haben. Wir haben ständig an die 450.000 Euro so in der Größenordnung drinnen. Und Rechnungsabschluss jedes Mal an 600.000 bis 700.000

Euro. Dazu sagt keiner etwas, das geht schon seit 2014 so, schaut Euch das bitte einmal an. Interessiert Euch das überhaupt? Nein!

Bei den Repräsentationskosten sagen wir klipp und klar, und da werden wir auch den Antrag einbringen, dass das klar ist, dass man schlussendlich auch bei den Repräsentationskosten die Hälfte herunterstreichen kann. Das muss für unser Land genügen. In Zeiten wie diesen, wo wir so viele Arbeitslose haben, wo so viel Armut herrscht, wo es so viele Probleme in diesem Land gibt, sich viele Baustellen auftun, *(Abg. Edith Sack: Schaust Du Dir Deine Repräsentationskosten in der Gemeinde auch an? – Abg. Ilse Benkö: Verzichte gleich auf Deine Gage?)* muss man einfach klar sagen, man verzichtet, dann sollen halt die Herrschaften in der Regierung auf gewisse Dinge verzichten. Und die Ehrungen. *(Abg. Edith Sack: Lasst mich hinausgehen.)* Ist in Ordnung, nur die Kosten sollte man sich halt anschauen.

Bitte, es ist ja interessant bei Euch, speziell bei der Sozialdemokratie. Wenn ein Bürgermeister ein Namenslisten-Bürgermeister ist, wo die Sozialdemokraten dort in Opposition sind, genau die Punkte dort aufzeigen und sagen Bürgermeister, die müssen wir runterstreichen, habe ich gesagt, na dann streichen wir sie runter, ich habe kein Problem damit, weil ich immer meine Kosten einhalte. Das ist nämlich der Punkt, ob ich sie einhalte oder nicht. Ich kann einen Voranschlag machen und sagen, ich habe soundsoviel im Budget drinnen und mit dem muss ich auskommen. Und da sollte bei der Regierung das Gleiche passieren. Nicht seit Jahren Repräsentationskosten von 450.000 immer fast schon auf 700.000 sind.

Wo leben wir denn, das ist ja auch ein bisschen ein Geld, oder? Es wären viele froh, wenn man diese Differenz für unsere Menschen in diesem Land verwenden könnte.

Aber ich glaube auch, dass man mit der Transparenz einiges bewerkstelligen sollte und das wisst Ihr ganz genau. Und da möchte ich ihn auch zitieren den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter derzeit und damals Oppositionsführer in den vergangenen 15 Jahren, oder in dieser Größenordnung. Er sagt zum Budget: „Das Budget hat insgesamt natürlich eine Negativschlagseite, das ist und das ist schon einige Male erwähnt worden. Die Situation, dass die Beteiligungen nicht ersichtlich sind, das ist natürlich auch das Problem, das wir aber heute auch mitdiskutieren. Das heißt im Rahmen der doppelten Buchhaltung würden natürlich auch diese Vermögenswerte ersichtlich sein. Es würde auch die Gegenüberstellung sein mit Einnahmen und Ausgaben, auch mit den ausgegliederten Gesellschaften," siehe da. „Wenn es zu einer Landtagswahl kommt, wo die Freiheitliche Partei zulegt, nächstes Jahr, wo wir vielleicht sogar Regierungsverantwortung übernehmen können, dann werden wir für Transparenz sorgen." *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Kommt!)*

Kommt! Wir haben einen Antrag eingebracht, Transparenzdatenbank, was ist passiert mit diesem Antrag, Herr Kollege Tschürtz? Was ist denn mit diesem Antrag passiert, ich weiß nicht, ob Sie es wissen, ob Euch das überhaupt interessiert. Was ist mit dem passiert?

Das ist halt genau der Punkt, wo ich mich frage, wenn ich dann von einer Opposition in einen verantwortungsvollen Posten wechsle, dann muss ich auch umdenken und muss oft dazu mich selber bei der Nase nehmen und sagen, okay, wir sind dabei, mit dem Herrn Landeshauptmann oder mit der Regierung, weil der Landtag hat nach dem Budgetbeschluss ohnehin nichts mehr zu sagen, dass in der Regierung auch dort Änderungen aufgenommen werden.

Das hätte ich gerne jetzt dann das Jahr erlebt, es wird nicht alles gelingen, in dieser Richtung, das ist mir schon bewusst, aber der Ansatz muss da sein. Und genau das ist es,

und daher ist es immer schön und gut, wenn man sich hinsetzt und sagt, ich stimme jetzt da mit. Dem Rechnungsabschluss habe ich schon müssen zustimmen, ich muss dem Nachtragsvoranschlag zustimmen, weil jetzt sitze ich in einer anderen Position. Zu sagen, da sind viele Fehler passiert und dergleichen mehr, und dann sagen, ja, jetzt bleibt mir nichts anderes über, weil ich will jetzt in die Zukunft schauen, ich bin in einer anderen Perspektive, aber das kann ich nicht mehr mittragen, was in der Vergangenheit war, das sollte mal eine ehrliche und offene Diskussion sein. Und diese fehlt mir in diesem Hohen Haus. Das fehlt mir ganz einfach!

Immer nur zu sagen, … *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wir erstellen das Budget gemeinsam.)*

Du hast gemeinsam das Budget erstellt? Die Herrschaften da oben haben ein halbes Jahr daran gearbeitet, ich will Euch das nur sagen. Ein halbes Jahr wird am Budget gearbeitet, ein halbes Jahr wird an einem Budget im Land gearbeitet. Ist verständlich, ist auch dort zu unterstützen, Herr Landeshauptmann, *(Abg. Ilse Benkö: Das ist in der Gemeinde nicht anders, oder?)* die brauchen auch mehr Unterstützung vom Personal her. Die brauchen vom Personal mehr Unterstützung. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist in der Gemeinde auch so, oder?)* In der Gemeinde brauche ich kein halbes Jahr, hallo. *(Abg. Ilse Benkö: Nein! – Abg. Edith Sack: Du erstellst auch mit ihnen.)*

Ich sitze mit allen und wir machen unser Budget. Ich bin neugierig, ob Du da ein paar Punkte, die ich hier aufzählen werde, ob Du weißt, was Du da mitbeschließt. Genau das sind die Dinge, wo ich mich frage, ist jetzt alles schön und gut, ich sitze jetzt in einer verantwortungsvollen Position, habe aber vor einem halben Jahr oder vor einem dreiviertel Jahr noch ganz anders geredet. Die Zitate sagen das sowieso aus. Genau das ist der Punkt. Wo wir sagen, ein Voranschlag ist ja nicht unbedingt das Wichtigste, sondern ich brauche ein Instrument, wo ich sage, diese Einnahmen kann ich mir vorstellen, die Ausgaben kann ich damit dann decken. Das ist logisch, das hat auch mein Vorredner gesagt, der dementsprechend das richtig auf den Punkt gebracht hat. *(Abg. Ilse Benkö: Aber vor einem Jahr hat er es auch noch nicht auf den Punkt gebracht.)* Und das sollte man anmerken.

Wenn Du mir zugehört hast, *(Abg. Ilse Benkö: Nicht Du! Dein Vorredner!)* habe ich das klar und deutlich gesagt, und daher glaube ich, dass man ein paar Punkte eigentlich für sehr gutheißen kann, weil es kann ja nicht alles in diesem Budget schlecht sein, das muss man auch klar dazu sagen.

Aber nur ich gebe immer zu bedenken, die Gemeinden werden immer mehr durch die Sozialleistungen ausgehöhlt, welche auf uns zukommen werden. Darüber sollte man sich Gedanken machen.

Die höchsten Arbeitslosenzahlen seit der Zweiten Republik, auf wirtschaftlicher Seite sollte man schauen, welche Möglichkeiten gibt es, auch das Südburgenland mit dementsprechenden Arbeitsplätzen auszustatten, sonst wandern sie alle ab und wir werden immer weniger.

Pendler, das ist eine sehr interessante Geschichte, haben wir heute schon diskutiert, 58.000 Pendler, tagtäglich auf einen anderen Arbeitsplatz, in andere Länder. Das kann es ja nicht sein. Dort müssen wir entgegensteuern und müssen schauen, dass wir einiges auch bewegen können.

Ich glaube, wenn man sich einige Budgetposten anschaut, Herr Landesrat Bieler, nicht immer beleidigt sein, sondern sagen, ja, das werden wir uns anschauen, vielleicht

können wir dort oder da noch etwas nachschärfen, vielleicht können wir dort oder da noch etwas ändern.

Das ist mir wirklich ein Anliegen, dass ich sage, im Verkehrsspektrum im Südburgenland, dass man dort den Hebel ansetzt, dass man was tut. Aber auch in anderen Bereichen.

Bin beim Herrn Landeshauptmann. Es ist ja einiges passiert, wir sind am richtigen Weg, hat er gesagt, aber es ist noch bei Weitem nicht das, was sich eigentlich das Burgenland verdient und die Menschen, welche wirklich mit Händen ringen, um einen Arbeitsplatz zu erhalten. Beziehungsweise auch bei der Zielpunkt-Pleite hat man jetzt gesehen, was sich eigentlich tut. Da hat mir eigentlich auch gefehlt, die klare Unterstützung eines Sozialfonds in der Regierung. Da hätten wir sofort müssen aufschreien und hätten sagen müssen, ja, wir haben die Möglichkeit, müssen wir eben umschichten, müssen wir halt schauen, dass man andere Themen vielleicht dann weglässt oder andere Möglichkeiten weglässt, aber denen muss geholfen werden.

Ich glaube, das ist unsere Aufgabe im Landtag, aber auch in der Regierung, auch das so zu sehen. Wir können im Landtag nur darauf hinweisen, mehr nicht, und wenn dies die Regierung beschließt, dann ist das so, dann ist das durch.

Daher denke ich, dass wir seitens Bündnis Liste Burgenland auch zur Verwaltungsreform ein paar Dinge sagen dürfen, müssen.

Verwaltungsreform ganz groß angekündigt. Verwaltungsreform spart soundsoviele Millionen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden von zwei Millionen Einsparungspotential in diesem Budget. Ich sage Euch, wo man es einsparen hätte können. Verzichten wir auf eine Lohnrunde, auf eine Erhöhung im Landtag, machen wir das ganz einfach so, wie es die Kärntner gemacht haben. Wir haben zwar keine Hypo-Alpe-Adria, aber die Bank-Burgenland haben wir noch immer am Hals hängen, dort haben wir noch immer die Haftung, machen wir eines, sparen wir in der Politik, sparen wir dort, wo es möglich ist.

Ich denke, wenn heute mit den Energieträgern gesprochen wurde, wenn man vielleicht einen Heizkostenzuschuss auch dementsprechend herunterfährt, da bin ich bei der ÖVP. Warum macht man das eigentlich in einem schwierigen Jahr oder in schwierigen Zeiten, denen wir entgegengehen? Eine Herausforderung? Im Gegenteil, man sollte sich dort Gedanken machen, ob man das nicht erhöht.

Sondern wir haben immer, und ich kann mich auf die Diskussionen vor 15 Jahren erinnern, der Herr Gradwohl ist da noch gesessen und hat von 40 Euro immer gesagt, erhöhen wir das, erhöhen wir. Jetzt haben wir uns irgendwo eingependelt, und wir als Gemeinde geben extra noch dementsprechend einen Heizkostenzuschuss dazu, der aber sehr wichtig ist. Wenn ich mir dann das Foto anschaue, es gibt nur sieben statt zehn Abteilungen, man spart 500.000 Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir seit Beginn der Periode klar gesagt hätten, wir sparen zwei Landesräte und vielleicht sechs Abgeordnete und dergleichen mehr, dann hätte wir uns 20 Millionen Euro in einer Periode erspart. *(Abg. Ilse Benkö: Mit Dir wäre das gegangen? – Zwiegespräche in den Reihen)* Das wäre wirklich interessant gewesen, nur die ÖVP darf da nicht mitreden, weil die waren ja diejenigen, die das nicht wollten. Ich sage jetzt das auch mit der Deutlichkeit.

Die FPÖ hat sehr wohl gesagt, ja, das ist möglich, nur die Realität ist eine andere. Wenn wir in der Regierung wären gewesen, hätten wir gesagt, wir verzichten gerne auf zwei Landesräte und auf einen 7er BMW mit etlichen Chauffeure. Das ist schon klar. Also

20 Millionen wären eine Möglichkeit gewesen, hier Einsparungspotential zu haben. Das wissen Sie alle ganz genau, speziell die neuen Regierungsverantwortlichen.

Ich muss dazu sagen, wenn man den Landesschulratspräsident hernimmt, der kostet auch zirka 130.000 Euro so nebenbei gesehen, darf auch einen Dienstwagen anfordern und dergleichen mehr. Also auch dort hätten wir Möglichkeiten gesehen, so wie in anderen Bundesländern. In anderen Bundesländern wird das so praktiziert und so gelebt. Genau das sind die Dinge, wo wir sagen, Möglichkeiten wären genug, um Einsparungspotential zu sehen.

Wir helfen natürlich gerne mit, wo es geht, aber nach dem Budgetbeschluss, wo Ihr alle wieder mitstimmen werdet, weil es ja vertraglich festgehalten ist, Ihr könnt gar nicht anders, und dann wird es heißen, na der Kölly, lasst ihn wieder reden, ist eh egal, wir beschließen das sowieso, das ist eh schon fix unter der „Tuchent“, die ganze Geschichte, und dann schauen wir beim Rechnungsabschluss.

Genau das ist der Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir werden genau dort hinkommen, wo man am Rechnungsabschluss feststellen wird, dass wieder einiges nicht so gelaufen ist, wie es sich gehört. Dann gibt es einen Rechnungshofbericht wieder nach zwei Jahren, dann heißt es, na ja, wir werden uns bessern, wir werden uns bessern.

Daher braucht es eine gute Opposition, braucht es uns, dass wir dort die Finger drauflegen. Wo es möglich ist, etwas umzusetzen, da werden wir uns bemühen. Wir werden aber klipp und klar sagen, lasst uns einfach mitarbeiten, fragt uns ganz einfach, und nicht sagen, ja, eh gut, wir machen ein Tourismusgesetz, wir machen einen Termin, und der wird dann gecancelt oder gar nicht mehr eingehalten. Das finde ich nicht für in Ordnung, das sollte in Zukunft besser werden oder anders werden.

Der Herr Landeshauptmann hat das eh richtig getroffen und gesagt. Wir sind am richtigen Weg, nur man sollte jetzt endlich einmal schauen, wo der richtige Weg und wo das Ziel ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was habe ich für ein Ziel im Auge und wie gehe ich den Weg, dass wir aus dieser Situation, die ja keine einfache ist, sogar in diesem Land und nicht nur in diesem Land sondern österreichweit und in der EU ein schwieriges Unterfangen wird sein. Wie gehe ich mit den Flüchtlingen weiterhin um? Was kann ich dort bewegen? Was kostet es?

Ich sehe den Ansatz da im Budget, das ist wahrscheinlich nur ein Peanuts was uns das noch kosten wird. Ist es überhaupt klar, was der Bund dazu zahlt? Sind eigentlich schon diese Kosten ausgezahlt worden, die die Freiwilligen alles geleistet haben, denen man ein großes Dankeschön sagen muss, dass das auch so funktioniert hat?

Wir dürfen uns hier nicht abkapseln. Das heißt, wenn die, die da sind, wenn die wirklich jede Hilfe benötigen, dann werden wir sie auch unterstützen. Ich für meine Person habe das bereits gemacht. Es ist mir leider nicht so gelungen, trotzdem haben wir 30 Flüchtlinge in Deutschkreutz untergebracht und da geht es mir nicht um die Diskussion wie in Draßburg oder in anderen Ortschaften.

Man muss daran arbeiten, man muss schauen, dass man das Beste macht und ich bin guter Hoffnung, Herr Landesrat Darabos, dass wir das auch gemeinsam schaffen. In Kobersdorf wirst Du, denke ich, schon angerufen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Noch nicht - dann bitte anrufen, denn dort ist die Möglichkeit gegeben. Schauen wir dass wir diese Quote einhalten können. Aber, schauen wir auch, dass wir seitens der EU

die Möglichkeit haben, einiges dort zu bewegen, wie es sich gehört und was wir ohnehin schon fordern. Ich schlage die Zeitungen auf und jeder fordert immer das Gleiche. Nur, es geschieht nichts. Das müssen wir einmal machen.

Daher, glaube ich, werden wir heute noch einiges über das Budget hören und ich bin guter Hoffnung, dass dort oder da auch unsere Worte, aber auch unsere Vorschläge aufgenommen, auch diskutiert werden sollen und vielleicht umgesetzt werden. Es fällt ja keinem eine Perle aus der Krone, wenn man sagt, der Kölly hat ja doch nicht so einen schlechten Vorschlag gehabt, setzen wir ihn halt einfach um. In dieser Richtung gibt es, glaube ich, eine großartige Diskussion. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Mag.a Regina Petrik wird für die Grünen die Generaldebatte bestreiten.

Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank und auf den Abgeordnetenstühlen! Liebe Gäste auf der Galerie!

Ein Vorwort: Weil der Herr Kollege Steier die Steuerreform angesprochen hat, möchte ich doch nur noch darauf hinweisen, wo hier nach dieser oft gerühmten Steuerreform die großen Gewinner sitzen, denn während nach der rot-schwarzen Steuerreform eine Sekretärin mit 23 Jahren ein Plus von 370 Euro im Jahr auf dem Konto aufzuweisen hat, hat etwa unser Landeshauptmann mit seinem Einkommen ein Plus von 2.157 Euro aufzuweisen. Eine grüne Steuerreform hätte ein bisschen anders ausgeschaut.

Aber gut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Jetzt zum Budget. Insgesamt schaut das Budget ja ganz gut aus. Es gibt keine Neuverschuldung. *(Abg. Robert Hergovich: Was haben Sie für eine Steuerersparnis? - Abg. Edith Sack: Das würden wir jetzt gerne wissen. – Abg. Doris Prohaska: Das ist eine Vogel-Strauß-Politik! - Abg. Edith Sack: Lehnen Sie die Steuerreform ab, wenn Sie dann mehr bekommen? – Abg. Robert Hergovich: Nur weil es unangenehm ist, darf man nicht fragen?)*

Ich rede jetzt zum Budget, nachdem alles andere schon gut durchgerechnet wurde. Insgesamt schaut es ja ganz gut aus das Budget, Herr Landesrat. Es gibt keine Neuverschuldung, es gibt einen Schuldenabbau, es wird auch großes Augenmerk auf Bildung und Soziales gelegt. Das ist tatsächlich ein Schritt in eine gute Richtung und schaut auch auf den ersten Blick so aus.

Wie oft wurde schon das Zitat ausgesprochen „Ein Budget ist in Zahlen gegossene Politik“. Schauen wir uns also einige Facetten dieser Politik näher an. Zum einen fällt mir auf, dass es immer wieder an der Umsetzung fehlt von dem, was in Pressekonferenzen, bei Veranstaltungen, auf Veranstaltungsbühnen angekündigt wird.

Ich werde später noch einmal näher darauf zurückkommen, denn bei der Verwaltungsreform sehen wir das in den Zahlen ganz genau. Insgesamt, und das ist meine größte Kritik, ist dieser Landesvoranschlag aber leider, das muss man feststellen, ein Transparenzrückschritt. Wurde beim Rechnungsabschluss 2014 ein erster zaghafter Schritt in Richtung Darstellung der Beteiligungen des Landes gemacht, so finden wir hier ein Fortschreiben der Diskretion über das, was sich in den Betrieben mit Landesbeteiligung abspielt.

Ein nettes vom Landes-Rechnungshof erstelltes Organigramm, das man einmal einem Rechnungsabschluss beigelegt hat, erfüllt nicht das Gebot der Transparenz für die nächsten Jahre.

Ich hatte doch ernsthaft gedacht, die Darstellung und Offenlegung würde eine Fortschreibung im Landesvoranschlag finden. Das tut es leider nicht. Ich bin enttäuscht. Vielleicht wollten Sie das ja ohnehin, Herr Landesrat. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist nicht möglich!)* Es dürfte irgendetwas dazwischen gekommen sein oder es ist Ihnen nicht möglich. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist nicht möglich.)* Gut. Wie auch immer. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da fehlt etwas im Landesvoranschlag und es ist ein beträchtlicher Teil dessen, wo Steuergelder zum Einsatz kommen. Wir haben keinen Einblick darin, was sich hier abspielt. Mangelhafte Transparenz orte ich auch beim Thema Schulden und Darlehen. Es gibt eine Schuldenliste, aber keine transparente Darlehensliste. Nun dürfte es sich bei den aufgelisteten Darlehen wohl um Wohnbauförderungsdarlehen handeln. Das ist aber in der Übersicht nicht ausgewiesen.

Wenn man die Unterlagen genauer durchforstet, muss geradezu ein Bauboom erwartet werden. Dabei dürften - das ist jetzt meine Vermutung, weil so transparent es da nicht ist - Genossenschaften endfällige Darlehen bekommen. Das ist nicht klar ersichtlich - also intransparent. Im Finanzplan, in der Beilage 5, finden wir eine ganze Seite Darlehenszusammenfassungen. Es gibt aber keinen Hinweis darauf, an wen diese Darlehen gehen und so drängt sich die Frage auf, ob es sich hier weniger um echte Darlehen, als vielleicht um verdeckte Zuschüsse handelt, etwa an eigene Holdings.

Diese Vermutung wird dadurch bekräftigt, da nicht auszumachen ist, wann wohin die Rückzahlung einiger Darlehen ergeht. Oder sollte es sich etwa doch um eine Verlustabdeckung von eigenen Gesellschaften handeln? Das ist nicht so klar erkennbar. Also intransparent. *(Landesrat Helmut Bieler: Das stimmt doch nicht!)*

Was leider auch fehlt ist ein Anlageverzeichnis. Das ist zwar nicht Pflicht, also werfe ich hier niemandem irgendein gesetzeswidriges Versäumnis vor, aber es wäre sehr wichtig im Sinne einer fundierten und langfristigen Finanzplanung, denn nur unter Bedachtnahme des Anlageverzeichnisses kann gewissenhaft eingeschätzt werden, welche laufenden Kosten, zum Beispiel, in der Haltung der Straßen, die in so einem Verzeichnis alle aufgelistet sind oder der Immobilien des Landes in Zukunft werden.

Das Land verunmöglicht hier das Rechnen der Nachhaltigkeit. Wenn das Budget in Zahlen gegossene Politik ist, dann ist die Politik unserer Landesregierung in einigen Feldern ziemlich intransparent. Kollege Steier hat schon auf einiges hingewiesen. Die Devise, keine Neuverschuldung, scheint erfolgreich umgesetzt zu sein, aber auf der anderen Seite ist bei genauem Hinschauen der Rücklagenstand nicht erkennbar. Es schaut so aus, als wäre der Rücklagestand in den Folgejahren nahezu bei null. Das beruhigt mich jetzt gar nicht, wenn ich an die Zukunft denke.

Ein weiterer intransparenter Bereich, er wurde heute auch schon angesprochen, sind die Beitragszahlungen der Gemeinden in den Sozialtopf. Waren hier im Jahr 2005 insgesamt 19.546.000 Euro veranschlagt, so sind es 2016 schon 25.432.900 Euro. Alle hier im Raum, die Gemeinderäte sind, vor allem die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, werden das ja am eigenen Budget spüren. In Eisenstadt haben wir in diesem Budgetposten einen eklatanten Anstieg der Ausgaben der Gemeinde.

Völlig unklar ist, wie es zu der Berechnung dieser Beitragsleistungen kommt. Ich habe mich erkundigt. Ich habe versucht, es herauszufinden. Es konnte mir niemand so

klar sagen. Völlig unklar ist, in welche Sozialleistungen diese Mittel hineinfließen. Zumindest ist es aus dem Landesvoranschlag nicht erkennbar.

Transparent darf sich dieses Budget also nicht nennen. Auch wenn wir jetzt einen Blick auf die angekündigte Verwaltungsreform machen. Eine Reform ist in diesem Budget nicht sichtbar. Wenn wir uns den Finanzplan ansehen, dann wird für die nächsten Jahre der Betrag für das Personal, die Personalkosten, einfach fortgeschrieben. Wir haben eine laufende Steigerung der Kosten. Es würde sich nichts ändern. Was ist es jetzt? Wir haben eine Ankündigung! Ich lasse mir noch einreden, dass sich das nicht gleich im nächsten Jahr abbilden lässt, aber bis zum Jahr 2017, 2018, 2019 müsste doch irgendeine Änderung erkennbar sein. Im Finanzplan ist es das nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich komme zu einem anderen Bereich. Damit das mit dem Genderbudgeting, das ja auch wichtig und ein Gebot ist, gut ausschaut, gibt es hier eine Summe für ein Gendermainstreaming-Kompetenzzentrum in Höhe von 13.000 Euro. Auch nicht schlecht, aber außerhalb des Landesvoranschlages ist von diesem Kompetenzzentrum nicht sehr viel zu merken.

Wenn man danach sucht, kommt man in das Frauenbüro der Landesamtsdirektion und wenn man sich dann kundig macht, auf welche Seite unter diesem Titel Kompetenzzentrum für Gendermainstreaming verlinkt wird, dann gelangt man auf die Neuigkeitenseite der Landesregierung.

Welch ein Hohn, muss ich hier sagen - auch als Frauenpolitikerin. Offenbar gibt es um diese 13.000 Euro, die ja auch schon für das Jahr 2015 budgetiert waren, nicht viel zu berichten. Alles, was unter Frauenförderung fällt, einfach auch als Gendermainstreaming zu bezeichnen, wäre eine völlige Verkennung dessen, wozu diese Einrichtung des Kompetenzzentrums im Jahr 2005 unter Mitarbeit der Burgenländischen Forschungsgesellschaft entwickelt wurde. Jetzt ist die Kollegin der FPÖ leider nicht da. Wenn sie das Kompetenzzentrum gefunden hat, würde ich auch raten, da einmal vorbei zu schauen. Es wäre wegen der Gender-Kompetenz.

Zeigen Sie uns bitte, dass Sie auch in diesem Punkt integrationswillig sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein weiterer Punkt sind die Repräsentationskosten. Ich erinnere an den Rechnungsabschluss 2014. Da wurde offenbar, dass die Spanne zwischen Voranschlag und tatsächlicher Rechnung der Repräsentationskosten unserer Regierungsbüros beträchtlich sein kann. Aus veranschlagten 330.000 Euro wurden Ausgaben von 597.000 Euro. *(Landesrat Helmut Bieler: So kann man das nicht sehen.)* Jetzt könnten wir natürlich positiv anmerken, dass man daraus gelernt hat und gleich im Voranschlag eine hohe Summe für Repräsentationen angesetzt hat. Hier sind für das Jahr 2016 insgesamt 400.000 Euro vorgesehen.

Es scheint also realistischer, wenngleich das Vertrauen in diese Summe mit zunehmendem Blick auf die Repräsentationsfreude mancher Regierungsmitglieder deutlich abnimmt. *(Abg. Manfred Kölly: 600.000 Euro haben wir ausgegeben. 600.000 Euro! – Beifall bei den GRÜNEN)*

Als Grüne kann ich derart horrende Summen der Eigendarstellung allerdings nicht gut finden. Statt dass man sich vornimmt, das vorgegebene Maß an Ausgaben einzuhalten, setzt man einfach die Summe in die Höhe. Bescheidenheit schaut anders aus. Aber gut, ich gehe wohl zu weit. Als bescheiden hat sich die Landesregierung ja selbst nicht bezeichnet.

Auch bei den Reisekosten gedenkt man im kommenden Jahr noch einmal etwas draufzusetzen und erhöht die Mittel für die Regierungsmitglieder und ihrer Reisetätigkeit. In einem anderen Bereich offenbaren sich völlig falsche Einschätzungen von politischen Entscheidungen früherer Jahre. Wenn man sich etwa an die großspurigen Ankündigungen über Einkünfte durch die Legalisierung des kleines Glücksspiels erinnert und das mit den jetzigen Zahlen im Landesvoranschlag vergleicht, dann merkt man, dass da vieles nicht zusammen passt.

Der damalige SPÖ-Klubobmann Illedits versprach, dass man die Einnahmen zu 100 Prozent in den Sozialbereich fließen lassen würde. Also, mit der Aufnahme des kleinen Glücksspiels in das Veranstaltungsgesetz per 1.1.2012 nahm die Landesregierung damals in Kauf, dass es zwar mehr Spielsüchtige im Burgenland geben würde. Der Zusammenhang zwischen mehr Zugang zu Spielautomaten und mehr Spielsucht ist in der Fachwelt belegt und das konnte man auch damals schon wissen. Dieses Risiko, dass hier mehr Spielsüchtige wären, nahm man in Kauf dafür, dass das Land mehr Einnahmen bekäme.

Der damalige SPÖ-Klubobmann sagte, dass das zu 100 Prozent ins Sozialbudget fließen kann und dort könne man das ja auch gleich in die Beratung fließen lassen. Wir nehmen also in Kauf, dass es mehr Süchtige gibt, dafür gibt es auch mehr Geld, diese Süchtigen zu beraten. Das ist nicht nur eine völlig verfehlte Politik was die Eindämmung von Spielsucht betrifft, auch die Einschätzung über die Einnahmen waren völlig verfehlt. Das zeigt sich ganz deutlich am vorliegenden Landesvoranschlag 2016.

Wurden nämlich 2014 unter dem Punkt Erlös aus dem Glücksspielwesen noch knappe 140.000 Euro verzeichnet, was den Anschein erweckte, als ginge die Rechnung „mehr Spielsüchtige dafür auch mehr Geld“ beim Finanzlandesrat auf, so zeigt sich 2015 offensichtlich ein ganz anderes Bild. Zwar erwartete man im Voranschlag noch 2.000.000 Euro Einnahmen, aber die dürften nicht geflossen sein. Anders ist es nicht erklärbar, dass für 2016 sage und schreibe 100 Euro an Einnahmen aus dem Glücksspielwesen erwartet werden. Da sind nicht viele Therapiestunden enthalten. Aber, es zeigt sich noch ein weiteres: Öffentliche Zusagen der SPÖ sind nicht sehr viel wert, denn es ist nirgendwo ersichtlich, dass diese Einnahmen in das Sozialbudget fließen würden.

Mehr noch, denn im Jahr 2015 war sogar vorgesehen, dass eine Million Euro von den budgetierten zwei Millionen Euro als Zuschüsse an Gemeinden ergehen sollten. Keine Rede mehr vom Sozialbudget. Dort findet man das auch nicht als Einnahme. Weder 100 Prozent noch 50 Prozent noch irgendetwas. An welcher Stelle des Budgets der Rest der Einnahmen versickert ist, lässt sich schon gar nicht erkennen.

Das Budgetieren mit dem Glücksspielwesen ist offensichtlich seinerseits ein Glücksspiel. Das finde ich ziemlich unseriös wenn es um ein Landesbudget geht und den transparenten Einsatz von Steuergeldern.

Ich komme nun zu einem weiteren Bereich: Beiträge an die im Landtag vertreten politischen Parteien. Für das kommende Jahr sieht der Landesvoranschlag für Beiträge für die im Landtag vertretenen Parteien die Summe von 2.835.900 Euro vor.

Das ist für mich insofern interessant, als es exakt um 100.200 Euro mehr ist, als für das Jahr 2015.

Da fragt man sich, wieso wird denn jetzt mehr Geld ausgegeben, statt vielleicht weniger? Nun, dann kann das Geld ja nur in die Klubs fließen. Ich kann da natürlich nicht gut mitreden, weil, und das hat der Kollege Kölly heute auch schon ausgeführt, SPÖ und

ÖVP ja dafür gesorgt haben, dass die Grünen - trotz bestem Wahlergebnis - weniger Mittel bereit gestellt bekommen, als noch in den Jahren 2000 bis 2010.

Damals hatte man noch mit zwei Mandataren, Klubstatus. Das haben sie sich in ihren rot-schwarzen Proporzzeiten noch ganz gut ausgepackelt. Drehen wir den kleineren Parteien einfach das Geld ab, dann werden sie uns nicht so lästig. Haben sie sich gedacht.

Das ist für uns ärgerlich, aber beantwortet noch nicht die Frage, nach den zusätzlichen 100.200 Euro, die im Jahr 2016 an Parteien ergehen. Nun haben sie es ja so gedreht, dass zwar die kleineren Parteien gar nichts bekommen. Eine größere Partei aber einen finanziellen Ausgleich erhält, falls sie nicht in der Regierung sein sollte.

So hat die ÖVP bei weniger Abgeordneten noch ein paar Schäfchen ins Trockene gerettet. Das kostet aber den Steuerzahlern einiges. Das könnten die zusätzlichen 100.000 plus der Differenz aus dem Rückgang der Wahl, der Differenz sein, mit dem Vergleich der letzten Jahre. Das haben sie großartig gemacht mit der Geschäftsordnungsänderung, denn die Kleinen bekommen weniger, die Großen bekommen mehr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was für ein politisches Programm!

Ich frage mich insgesamt: Kann ich den Zahlen denn vertrauen? Ich muss gestehen: Natürlich war es mir nicht möglich, den Voranschlag in all seinen Bereichen und Facetten detailliert durchzuarbeiten, zumal ich ja auch kein Personal dafür in einem möglichen Klub habe.

Daher schaue ich sozusagen stichprobenartig auf einige konkrete Zahlen. Was finde ich da auf der Seite C 13: Die in der letzten Landtagssitzung diskutierten Kosten für die Vollziehung des Objektivierungsgesetzes. Stand in der uns im Bericht vorgelegten Version, die Zahl 2.391 Euro, so steht in den vorliegenden Zahlenwert an genau dieser Stelle die Ausgabe von 2.301 Euro. 90 Euro Differenz sind natürlich nicht viel bei Gesamtausgaben von 1.145.300.000 Euro, aber wenn schon diese eine Zahl falsch ist, was soll mich dazu bringen, dem vorliegenden Zahlenwerk insgesamt mein gesamtes Vertrauen zu schenken?

Ich komme nun zu einem großen Posten, der heute im Sozialbereich auch schon angesprochen wurde, nämlich, die Grundversorgung. Hier ist realistisch eingeschätzt worden, dass wir im Land natürlich um einiges mehr an Ausgaben zu veranschlagen haben, als noch in den letzten Jahren.

Ich möchte aber vorweg auch zu dem Thema insgesamt etwas sagen, weil es politisch von höchster Bedeutung ist. Hier wurde im vorliegenden Voranschlag Bedacht genommen, dass wir größere Ausgaben haben, also zeigt sich die Ernsthaftigkeit mit dem Thema schon. Es zeigt sich aber auch in der Kommunikation über das Thema Asyl und Fluchtbewegungen, wie die Landesregierung und die Regierungsparteien dieses Thema hier abhandeln.

Wir haben ja keine Flüchtlingskrise, wir haben eine Krise der europäischen Flüchtlingspolitik. Wir sollten alle genau aufpassen, dass wir nicht durch unsere Kommunikation eine gesellschaftliche Krise daraus machen. Leider sind wir schon am traurigen Weg dorthin.

Hier werden Menschen disqualifiziert, manchmal allein aufgrund ihrer Herkunft und sprachlich auch zum Teil gedemütigt. Hier taucht immer wieder der Begriff Wirtschaftsflüchtling auf, ohne zu deklarieren, wer denn damit gemeint sei und wer nicht

damit gemeint sei. Es geht einfach darum, ein neues Feindbild zu schaffen, und eine neue Gruppe zu konstruieren, gegen die man sein könnte. Hier wird seitens unserer Landesregierung den Regierungsparteien gerne von Massenquartieren gesprochen, ohne zu deklarieren, ab welcher Größenordnung etwas als Masse definiert ist.

Wir sind als Grüne durchaus - und das haben wir immer unterstützt und auch gesagt - für die kleinen Einheiten. Manchmal ist es nötig, zwischendurch größere Quartiere zu besetzen, weil nicht alles sofort besetzbar ist. Massenquartiere sind immer abzulehnen. Aber was ist denn eine Masse? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da zeigt es sich, dass es in vielen Fällen keineswegs um eine Problemlösung, sondern vielmehr um Eskalation auf den Rücken der Ärmsten geht. Ein kleines Beispiel. Vom „kleinen Massenquartier in Kleinhöflein“, schreibt die FPÖ auf ihrer Facebook-Seite. Bitte, was ist denn ein kleines Massenquartier?

Meinen Sie die 14 Jugendlichen, die dort untergebracht werden? Zwölf- bis Vierzehnjährige? In einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft von SOS-Kinderdorf, ein kleines Massenquartier mit 14 Jugendlichen?

Wenn das der größte Vorwurf an die Grünen ist, und das kommt auch in einer Presseaussendung der FPÖ heraus, dass wir für eine personelle Aufstockung im Grundversorgungsbüro der Abteilung 6 sind, dann müssen Sie wohl irgendwelche Behauptungen aus der Luft greifen. Das ist schon ein bisschen armselig, aber bitte.

Wie gesagt, für die Grundversorgung sind die nötigen kräftig ansteigenden Ausgaben sauber budgetiert. Hier geht es aber nicht um eine Ermessensausgabe des Landes, sondern hier geht es um einen Anspruch von Menschen, der ihnen auch zusteht. Da gehen sich sicher auch noch einige AnwärterInnen aus, die sehnlichst zurzeit darauf warten, in die Grundversorgung aufgenommen zu werden.

Menschen, die jetzt privat versorgt werden. Menschen, die jetzt in Unterkünften sind, oder in Privathäusern und Wohnungen, wo sie von denen sozusagen durchgefüttert und versorgt werden, die sie gerade aufgenommen haben.

Ich bitte Sie inständig, Herr Landesrat, sich mit mir im Anschluss auch noch diese Liste durchzuschauen. Auf dieser Liste sind sogar mehr Frauen, als Männer. Auch um hier einem Vorurteil, dass nur Männer kommen würden, und die Frauen irgendwo auf der Strecke blieben.

Ich würde Sie bitten, diese Liste nochmals durchzugehen, ob Sie nicht als Landesrat, aus Eigeninitiative, hier sagen, wir sind auch humanitär tätig. Es hat nicht jeder von vornherein automatisch einen Anspruch, dafür haben die Regierungsparteien mit ihrem Antrag letztes Mal ja gesorgt.

Aber ich nehme hier Leute auch noch in die Grundversorgung auf, weil sie im Winter ein gesichertes Dach über dem Kopf haben sollen. Ich würde das dann gerne mit Ihnen durchschauen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Viele Menschen in unserem Land, und das wurde auch schon oft erwähnt, sind aus Eigeninitiative und mit einem persönlich hohem Engagement in der Hilfe für die Flüchtlinge und für die Asylwerbenden tätig. Es ist richtig, dass ihnen immer wieder öffentlich und in persönlichen Gesprächen auch gedankt wird.

Diese wollen durchaus persönlich bedankt werden. Ich bezweifle aber stark, dass die meisten unter ihnen großartige pompöse Festivitäten mit Urkundenübergaben haben wollen. Das könnte nämlich passieren, wenn die Regierungsparteien ihren Antrag

durchbringen, dass all denen, die hier mitgeholfen haben, in den letzten Monaten, die freiwillig tätig sind, und es jetzt auch noch sind, eine Urkunde überreicht wird.

Das ist im Grunde genommen noch nichts Schlimmes. Also ich finde das schon gut, dass da irgendetwas auch bedankt wird. Es ist nur bei einigen, ich habe mich da ein bisschen umgehört, in Gesprächen und auch öffentlich, die große Sorge gekommen: Werden wir da jetzt zu einem großen Fest eingeladen, wo es eine Bühne für den Herrn Landeshauptmann gibt, der sich dann damit preisen kann, uns Urkunden übergeben zu haben? *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Das ist doch gar nicht wahr!)*

Ich möchte nur zwei Reaktionen vorlesen. Eine Frau, die fast tagtäglich seit Wochen tätig ist: „Ich würde mir statt der Urkunden ehrliche Unterstützung wünschen. Eine Anlaufstelle für die Probleme, die wir auch jetzt noch zu bewältigen haben und statt dem Tamtam für diese Verleihung eine saftige Spende an die Organisationen, die immer noch die Aufgaben der Landesregierung und des Bundes übernehmen, und die Menschen vor der Obdachlosigkeit bewahren und sie freiwillig versorgen.“ Zitatende.

Ein weiteres Zitat. „Meine persönliche Meinung ist, dass Danksagungen schon wichtig sind. Einmal danke zu sagen, an die vielen Helfer, ohne die es nicht gegangen wäre. Urkunden? Was soll man damit anfangen? Staubfänger, denn das Geld, welches diese Aktion wieder kosten würde, kann man auch anderswo sinnvoller einsetzen.“

Mit diesem Anliegen verbindet sich aber noch ein weiteres Problem. Ich weiß nicht, ob sie sich das in den Regierungsparteien überlegt haben, denn die Frage für mich, oder auch für etliche, die hier betroffen wären, ist: Wie kommen sie denn zu den Listen der zu Ehrenden? Wonach qualifizieren sie jemanden als Freiwillige oder Freiwilliger, der jetzt geehrt und bedankt werden soll oder nicht?

War man eine Stunde tätig, einen Tag, eine Nacht, drei Monate? Hat man Kleider sortiert, Essen ausgegeben oder einfach jemanden zum Arzt begleitet? Ab wann gilt für sie jemand als Freiwilliger als Freiwillige, der oder die zu bedanken wäre?

Eine weitere Frage stellt sich auch noch: Wie kommen sie überhaupt zu den Daten dieser Menschen? Haben denn die Freiwilligen irgendwo eine Liste ausgefüllt und damit unterschrieben, wir wollen, dass die Daten an die Landesregierung weitergegeben wird? Das ist mir nicht bekannt. Also dort, wo ich geholfen habe, habe ich mich nirgendwo registrieren lassen. Aber, auch wenn ich, zum Beispiel, beim Roten Kreuz etwas unterschrieben hätte, ja, das sind datenschutzrechtliche Sorgen. *(Abg. Robert Hergovich: Ihre Sorgen möchte ich haben! Ihre Sorgen möchte ich haben!)*

Diese Sorgen haben Menschen. Das ist nicht Ihre Sorge, aber das ist die Sorge einiger. Ich bin das gefragt worden. *(Abg. Wolfgang Sodl: Echt unfassbar!)*

Woher wissen die denn bitte, wo ich wann geholfen habe? Ich habe mich nirgendwo registrieren lassen. Klären Sie bitte sehr klar, welche Personen sie ehren und wie sie zu diesen Daten kommen. *(Abg. Robert Hergovich: Sie widersprechen sich innerhalb von fünf Minuten zweimal. - Landesrat Mag. Norbert Darabos: Sie plädieren daher für keine Anerkennung. Also für keine Anerkennung.)*

Nein, ich plädiere dafür, dass man sich genau überlegt, erstens wie die Anerkennung vonstattengeht. Ich habe das hier klar gesagt, denn ich habe klar gesagt, es ist gut, wenn man sich bedankt. Ich habe auch klar gesagt, Urkunden zu übergeben ist noch nichts Schlechtes. Ich übermittle hier aber auch die Sorgen vieler derer, die betroffen sind.

Das sage ich Ihnen hier weiter. Ich bitte Sie, das auch sehr wohl zu bedenken. Was sie nicht wollen, die Betroffenen, vielleicht einige, das kann schon sein, aber sehr viele eben nicht, und ich habe viel Kontakt, ist eine große Veranstaltung, wo auf einer großen Bühne der Herr Landeshauptmann die Urkunden übergibt. Man möchte gerne ehrlichen Dank und man möchte, dass Geld ausgegeben wird, dort wo es die Leute genau in der freiwilligen Flüchtlingshilfe brauchen.

Nun aber wieder zurück zu den Ausgaben in der Grundversorgung. Dass an dieser Stelle ausgegebene Geld ist ja keineswegs einfach nur eine Ausgabe. Es bringt ja auch - volkswirtschaftlich gesehen – Verteilungseffekte. Das dürfen wir nicht zu wenig beachten. Jeder Euro, den Flüchtlinge bekommen, oder der in die Betreuung von Flüchtlingen fließt, wird ja wieder im Land ausgegeben.

Rund zwölf Prozent fließen gleich einmal in Form von Umsatzsteuer an den Staat zurück, der Rest geht in den Handel, der davon wieder Gehälter zahlt, entsprechende Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuern abführt, und dann ist da noch ein bisschen Gewinn für weitere Investitionen enthalten.

Um eine diesbezügliche Einschätzung wollte ich in einer mündlichen Anfrage beim Landesrat für Wirtschaft nachfragen, wie er das sieht, aber diese Frage wurde nicht zugelassen. Nun bekam ich die Mitteilung aus seinem Büro, ich darf in sein Büro kommen, und mir das erzählen lassen. Also, wenn er das einschätzen kann, hoffe ich, dass er das dann auch öffentlich einmal kundtut, den volkswirtschaftlichen Nutzen aus der jetzigen Situation. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich will nichts schön reden. Ich möchte aber nur sagen, jede Ausgabe hat auch Folgen für die Volkswirtschaft. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Wir werden auch sehen, dass allein durch die Betreuung von Asylwerbenden in Quartieren viele Arbeitsplätze im Burgenland geschaffen wurden, die es vorher nicht gab. Das ist auch nicht unwesentlich. Das heißt, nur minimale Teile dessen, was wir hier in die Integration und in die Grundversorgung investieren, verlassen den volkswirtschaftlichen Kreislauf.

So gesehen kann ich sagen, dass Grundversorgungsausgaben natürlich nicht im Ermessen liegen, denn es sind Ausgaben, die aus einem gesetzlichen Anspruch entstehen, aber es sind auch sinnvolle Investitionen in eine Zukunft.

Abschließend möchte ich noch einen Hinweis geben, das jetzt von diesem Thema wieder zurück zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Steuergeld führt. Ein Beispiel für unsere Zaunbauer in der Landesregierung, die aber gerade nicht hier sind. In Spielfeld wird ein Zaun aufgestellt. Der kostet eine Menge Geld. Das Skurrile: Es kommt über Slowenien nur mehr eine kleine Anzahl an Schutzsuchenden über die Grenze.

Es wird ja jetzt niemand ernsthaft behaupten, der Zaunbau hätte sich schon bis Mazedonien durchgesprochen, und daher würden die Flüchtlinge so eingeschüchtert sein, dass sie lieber dort verhungern, als zu versuchen, geordnet über eine Grenze nach Österreich zu gelangen.

So können wir sehr wohl abwägen, wo Steuergelder unsinnig ausgegeben werden, und wo sie sinnvoll eingesetzt werden.

Nun wieder zurück zum Landesbudget. Ein Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Den Zahlenerguss dieser Politik können wir als Grüne nicht unterstützen, denn er stimmt in einigen Bereichen nicht mit dem überein, was öffentlich gesagt wurde.

Es fehlt uns ein großer Teil an Transparenz. Daher werden wir dem auch nicht zustimmen können. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Gestatten Sie mir ein paar Anmerkungen zu den lustigen Äußerungen, die da teilweise von Seiten der ÖVP gekommen sind, zu machen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was glauben Sie, wie glaubwürdig Ihre Aussagen sein können, wenn Sie von blauen Steigbügelhaltern reden? Nur ein schwarzer Steigbügelhalter ist ein guter Steigbügelhalter, oder wie? *(Heiterkeit bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Wahrscheinlich. – Abg. Walter Temmel: Seid Ihr es oder nicht?)*

Und zum „zivilen Ungehorsam“, Herr Kollege. Wenn jemand so massiv in unsere Lebensqualität eingreift, wie das passiert ist in Bruckneudorf, wo man 400 Asylanten in Containern in einer Kaserne unterbringt das Sperrgebiet ist, wo die Bevölkerung das Sperrgebiet nicht betreten darf, aber 400 oder 450 Asylanten, wo man nicht weiß woher die sind, wer sie sind und *(Abg. Walter Temmel: Das sind Menschen!)* was sie im Gepäck haben.

Die *(Abg. Walter Temmel: Menschen!)* setzt man mitten in ein Sperrgebiet hinein. Also wenn *(Abg. Walter Temmel: Menschen sind das. – Unruhe bei der ÖVP)* das einen Sinn ergibt, dann erklären Sie ihn mir bitte. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Erklären Sie mir den „zivilen Ungehorsam“. Erklären Sie mir das einmal, Sie sind Abgeordneter.)*

Der „zivile Ungehorsam“ ist das letzte Mittel, das *(Abg. Mag. Franz Steindl: Da sind Gesetze da. Erklären Sie mir das, bitte!)* man hat und das werden wir immer wieder anwenden, wenn wir sonst keine Möglichkeit mehr haben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist aber eine gefährliche Drohung, eine gefährliche Drohung. – Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist eine große Drohung.)*

Kann schon sein. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Wie lässt sich das vereinbaren damit dass Sie Abgeordneter sind? – Abg. Patrik Fazekas: Sie sind auf die Verfassung vereidigt. – Abg. Mag. Franz Steindl: So ist es! Sie sind auf die Verfassung vereidigt. Das ist ja ein Skandal! Ein Skandal ist das, was Sie da sagen. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist eine sehr schwierige Aussage. Vom Rednerpult, da kann man alles ungestraft sagen, okay.)* Genau, so wie Sie. *(Heiterkeit bei der FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben dieses Jahr einiges bewältigt. Wir sind vor Herausforderungen gestanden, wo wir oft selbst nicht gewusst haben wie wir diese bewältigen sollen. Doch wir haben es geschafft.

Wir sind ein Land der kleinen Einheiten, jedoch haben wir bewiesen wie stark diese kleinen Einheiten sind. Wir haben die Flüchtlingsströme gut hinter uns gebracht, jedoch muss ich hier gleich einmal ansetzen. Hätte man uns früher zugehört und unsere Forderungen ernst genommen, wären wir gar nicht erst in diese missliche Lage gekommen.

Obwohl die derzeitige Situation nicht lustig ist, muss ich doch den einen oder anderen Lacher von mir geben. Vor allem wenn ich jetzt höre, dass unsere Innenministerin fordert, dass die EU-Außengrenze geschützt werden muss und schon dort

unterschieden werden muss ob Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtling. Na; nona, wo denn? *(Abg. Walter Temmel: Das war schon immer.)*

Auch der liebe Herr Außenminister Kurz ist nun auf FPÖ-Linie. Das freut mich sehr. Ich freue mich sehr, dass die ÖVP nun endlich munter geworden ist und endlich die Forderungen der FPÖ übernimmt, wenngleich es auch traurig ist, dass es jetzt definitiv schon zu spät ist. Man hätte früher agieren müssen, doch unsere Bundesregierung hat geschlafen.

Man kann nicht die Binnengrenzen auflösen bevor man die Außengrenzen geschützt hat. Das weiß jeder, der ein bisschen eine Ahnung von Sicherheit hat.

Peter Pilz, den möchte ich ebenfalls anführen, laut seiner Aussage sei er radikaler als die Freiheitlichen. Ich zitiere: "Ich bin da radikaler als die Freiheitlichen, ich will so wenige Flüchtlinge wie möglich. Ich stehe nicht mit einer Kerze an der Südgrenze und freue mich über jeden der kommt." *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das ist aus dem Zusammenhang gerissen, aber macht nichts.)* Naja, aber gesagt hat er es, oder?

Er betont noch einmal, dass wir nicht alle aufnehmen können. Es freut mich, dass auch er eingesehen hat, dass unsere jahrelangen Forderungen kein Blödsinn sind, sondern die Wahrheit und der einzig mögliche Weg um die Krise bewältigen zu können.

Wir haben es von Anfang an gesagt, aber leider wollte man auf uns nicht hören, zum Leid der österreichischen und burgenländischen Bevölkerung. Im Burgenland haben wir schon maßgeblich dazu beigetragen die Krise halbwegs erträglich zu managen.

Ich darf mich da ausdrücklich bei dem zuständigen Landesrat Darabos bedanken, der hier großen Einsatz bewiesen hat. Ebenso danke ich den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern die bis an ihre Leistungsgrenze gegangen sind.

Doch die richtig großen Probleme kommen erst noch. Durch die täglich zunehmenden Flüchtlingsströme ist es so gut wie nicht möglich die Quote zu erfüllen. Hier kommt dann der Bund und möchte 400 traumatisierte Flüchtlinge in Containern auf einem Truppenübungsplatz, auf dem täglich geschossen wird, unterbringen und zwar mit Gewalt, nämlich mit dem Durchgriffsrecht.

Das ist Irrsinn, meine Damen und Herren, das ist die reine Folter für diese traumatisierten Menschen, weil dieser Truppenübungsplatz nach wie vor in Betrieb ist und dort den ganzen Tag über geschossen wird. Das ist einfach nicht zumutbar. So eine Vorgangsweise hilft niemand.

Den Flüchtlingen hilft das nichts, bei der Bevölkerung ruft man nur noch mehr Misstrauen hervor und die Integration wird hier so gut wie nicht stattfinden. Von Effektivität und Nachhaltigkeit keine Spur.

Und, sehr geehrter Herr Kollege Strommer, den Inhalt meiner Pressekonferenz als „nicht regierungswürdig“ hinzustellen weise ich zurück! Wie ich schon gesagt habe, jeder der in unsere Lebensqualität so massiv eingreift, der muss damit rechnen, dass wir uns auch massiv dagegen wehren. *(Abg. Markus Ulram: „Ziviler Ungehorsam“.)*

Sie waren doch auch einer derjenigen, der bei der Demonstration in der ersten Reihe mit voller Begeisterung geklatscht hat. Doch bei Ihnen ist das alles nur Schein, wie alles andere in Ihrer Partei. *(Abg. Mag. Franz Steindl: „Ziviler Ungehorsam“, das ist stark, das ist sehr stark.)*

Der Bevölkerung Anteilnahme und Unterstützung vorzugaukeln und sie dann in Stich zu lassen, das ist typisch ÖVP. Fakt ist, die Bundesregierung, sowie die EU haben versagt und uns in Stich gelassen und den Schaden muss die Bevölkerung davon tragen.

Heute reden wir über einen ganz wichtigen Punkt, wir diskutieren das Budget. Die rot-blaue Regierung baut Schulden ab, aber nicht auf Kosten der Bevölkerung, wie es die ÖVP fälschlicherweise immer behauptet. Durch uns ist es nun endlich möglich eine Verwaltungsreform durchzuführen um Kosten zu sparen.

Durch die Abschaffung des Proporzes können nun endlich unnötige Versorgungsposten eingespart werden. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ihr habt den Regierungsproporz wieder eingeführt.)* Hier wird angesetzt. Die Verwaltung soll effektiv und kosteneffizient gestaltet werden. Der Schuldenabbau wird erreicht durch Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung.

Sehr geehrte Damen und Herren, die ÖVP hat auf Kosten der Bevölkerung Freunderlwirtschaft betrieben und das muss hier auch einmal gesagt werden. Wir sind gegen Freunderlwirtschaft und für kosteneffizientes Arbeiten, damit mehr Geld für die Burgenländerinnen und Burgenländer bleibt.

Die Einnahmen sowie Ausgaben sind für das Jahr 2016 mit jeweils rund 1,1 Milliarden Euro veranschlagt, gleich wie im letzten Jahr, wobei die Ausgaben um zwei Millionen Euro geringer sind als die Einnahmen.

Eine große Herausforderung als kleinstes Bundesland ist die vom ÖVP-Finanzminister initiierte Finanzreform. Wir verlieren in Folge dieser von der ÖVP gesteuerten Finanzreform 23 Millionen Euro an Ertragsanteilen vom Bund. Dennoch schaffen wir es unsere Schulden weiter abzubauen.

Die geforderten Bedingungen der ÖVP sind ja sowieso zum Lachen. Diese Vorschläge würden eine Neuverschuldung von 20 Millionen Euro bedeuten. Diese Partei nennt sich Wirtschaftspartei? Aber anscheinend ist hier nicht viel Ahnung von Wirtschaft vorhanden. Hier kann wohl eher nur von Misswirtschaft die Rede sein. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das glaubst Du ja selber nicht, was Du gerade da herunterliest.)*

Klar ist, dass die Gemeinden natürlich auch ihren Anteil zur Finanzierung beitragen müssen. Im Burgenland ist das ein Wert von 26 Prozent. Das ist bundesweit der niedrigste Beitrag. Die restlichen 74 Prozent werden vom Land übernommen.

Hier von schlechter Politik der Landesregierung zu sprechen ist wirklich Irrsinn. Das sollte man dann wohl eher den Landesregierungen anderer Bundesländern, wo die ÖVP beteiligt ist, vorwerfen und nicht uns.

Unsere Ausgaben für nächstes Jahr belaufen sich auf 1,145.000.000 Euro. Zwei Drittel dieser Ausgaben sind für Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung vorgesehen. Wer hier davon spricht, dass wir nicht für die Bevölkerung regieren, der hat wohl geschlafen und sich das Budget nicht angeschaut.

Wir setzen unser Regierungsprogramm um und so schaffen wir es mehr für die Burgenländer und Burgenländerinnen herauszuschlagen.

Der Voranschlag ist unserer Meinung nach in Ordnung und wir werden ihm unsere Zustimmung erteilen, zumal die Konsolidierung fortgesetzt wird und wir so wieder mehr Spielraum für Arbeitsmarkt und andere Steuerungsmaßnahmen erhalten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Landtagsabgeordnete Mag. Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein wenig für mich schwierig auf so vieles, was jetzt gesagt wurde ad hoc reagieren zu müssen, denn ein wenig dreht es einem schon den Magen um.

Und Kollege Kovasits, bei aller persönlicher Wertschätzung, es gibt einen ganz großen Unterschied, glaube ich, zwischen an einer Demonstration teilzunehmen, und gegen Dinge Protest zu erheben, ob das lautstark passiert oder ob das in Hintergrundgesprächen passiert, ob man sich hier mit dem zuständigen Minister auf etwas einigt oder nicht.

Aber eines hat den Bogen bei weitem überspannt und zwar den verfassungsmäßig gewährleisteten Bogen, den wir gerade als Abgeordnete hier dieses Hohen Hauses immer verteidigen müssen. Was bedeutet es zivilen Ungehorsam zu leisten?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die persönliche Betroffenheit vor Ort und das es Menschen gibt die auf die Straße gehen, das hat nichts mit zivilem Ungehorsam zu tun, das ist Protest.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass ein gewählter Mandatar, mit Rückendeckung seiner Partei, mit Rückendeckung seiner Regierungskollegen, die hier das noch deutlich unterstrichen haben, zivilen Ungehorsam einfordert bei der Bevölkerung, das heißt, das bewusste Auflehnen gegen Gesetze.

Gegen die Behörde, gegen gesetzmäßig eingesetzte Vertreter einer Behörde sich aufzulehnen, ja mit Gewalt notwendigerweise das zu tun. Sie können gerne nachlesen was es bedeutet.

Ziviler Ungehorsam ist sehr klar definiert. Das ist eines Mandatars dieses Hauses unwürdig! *(Beifall bei der ÖVP, den GRÜNEN und beim Abg. Gerhard Steier.)*

Und ich fordere Sie auf, Herr Kollege, ich fordere Sie auf, wenn Sie sich Ernst nehmen und Ihre Worte sich noch einmal überlegen, entschuldigen Sie sich nicht bei uns, entschuldigen Sie sich bei der Bevölkerung, dass Sie zu derartiger Entgleisung sich hinreißen haben lassen. Ziviler Ungehorsam und die Aufforderung dazu, ist mit dem Amt eines Mandatars nicht vereinbar. *(Beifall bei der ÖVP, den GRÜNEN und beim Abg. Gerhard Steier.)*

Offensichtlich ist die Audienz beendet. *(Einige Abgeordnete der SPÖ und FPÖ und Landeshauptmann Hans Niessl kommen in den Landtagssaal.)* Der Herr Landeshauptmann ist wieder bei uns.

Ich habe nämlich gehört, dass der eigentliche Regierungschef heute im Landhaus ist. Selten lässt er sich blicken, aber doch. Wir wissen ja alle, der eigentliche Regierungschef sitzt in Wien und heißt HC Strache. Wahrscheinlich hat es eine Befehlsausgabe gegeben, aber sie hat nicht lange gedauert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der heutigen Fragestunde ist für mich… *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ)* Ja das tut sehr weh, das glaube ich schon, wenn man sich überlegt wer da der Chef ist im Haus - das tut dann natürlich weh. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute in der Fragestunde gab es ein wichtiges Thema. Ganz konkret und sachlich gefragt, wie sieht es aus mit der Park & Ride-Anlage in Ollersdorf? Herr Kollege Hirczy hat erwähnt, dass es hierzu eine Diskussion gegeben hat und dass diese bereits in den Medien stattgefunden hat.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, schön, dass Sie heute dieser Debatte beiwohnen und ich Ihnen vorlesen darf, nun alle sämtliche Emailkorrespondenz zwischen der Gemeinde Ollersdorf und dem Amt der Burgenländischen Landesregierung, dem Sie ja bekanntlich vorstehen.

Wir beginnen: Am 20. März 2014 um 8.52 Uhr, das erste E-Mail des Herrn Bürgermeisters Bernd Strobl an Peter Zinggl, Abteilung 6, Amt der Burgenländischen Landesregierung, zuständig für diese Angelegenheit.

Es folgt am 30.6.2014 um17.52 Uhr das nächste E-Mail, dann schon an den Herrn Baudirektor Wolfgang Heckenast, abgesendet vom Herrn Bürgermeister Bernd Strobl. Ja, es hat sich eben lange nichts getan, deswegen hat der Bürgermeister dann am 20. März 2014 und am 27. März 2014 jeweils um die Mittagszeit erneut dem Herrn Baudirektor, einmal an die Adresse post.Abteilung8 und einmal dem Herrn Wolfgang Heckenast direkt, sowie dann erneut dem Herrn Peter Zinggl geschrieben. Immer derselbe Inhalt, aber natürlich nicht medial vorgebracht, sondern bei der zuständigen Stelle. *(Zwischenruf von Landesrat Norbert Darabos.)*

Herr Landesrat, ich bin gleich bei Ihnen, aber jetzt muss ich mich konzentrieren. Ich muss mich konzentrieren, der Herr Landeshauptmann hat eine Frage gestellt, in den Raum gestellt, dass wir uns hier nicht um die Anliegen der Menschen kümmern, sondern nur um unsere Medienberichterstattung. Ich darf diesen Irrtum aufklären und weiter fortfahren.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, am 3.7.2014, 13.35 Uhr erging dann das Email an den Wolfgang Heckenast, dem Peter Zinggl und dem Hannes Klein, da hat der Herr Bürgermeister schon dreimal probiert bei unterschiedlichen Persönlichkeiten vorstellig zu werden.

Das Ganze hat er auch am 30. Juni 2014 probiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ganze geht weiter bis zum 2. September 2014 um 11:59 Uhr, Email ergangen an Erwin Pausz. Also der Herr Bürgermeister hat sich da sehr genau erkundigt und hat alle nur denkbaren Schritte ergriffen. Warum tut er das? Möchte er jemand ärgern? Möchte er sich abputzen?

Ich könnte jetzt noch die Emails vom April vorlesen, aber viel wichtiger, viel wichtiger, Herr Landeshauptmann ist, - einen Moment ich habe es gleich, es sind wirklich viele Emails, - da gibt es, ich lese vor, ich kann es nicht auswendig: Der Mikro-ÖV, die Implementierungsunterstützung für das Südburgenland, ein Dokument, das im Auftrag des Landes Burgenland im Juni 2015 erstellt wurde.

Und genau auf das hat sich der Herr Bürgermeister bezogen, denn da steht drinnen, das hat er ja zur Information bekommen, ergeht an die Gemeinden Hackerberg, Litzelsdorf, Oberdorf, Olbendorf, Ollersdorf, Stinatz und Wörterberg.

Und da findet sich auf einer folgenden Seite: "Insgesamt gibt es im Gebiet rund 2.500 Arbeitspendler, zirka ein Viertel davon arbeiten in Wien. Die Pendlerinnen und Pendler nach Wien nutzen die Park & Ride Parkplatzanlage in Ollersdorf". Warum ist das jetzt relevant? Weil in allen Emails die dann offiziell zurückgekommen sind an das

Gemeindeamt Ollersdorf drinnen steht, es gibt keinen Bedarf und niemand hat das erhoben.

Das Land Burgenland gibt den Auftrag, stellt fest, und wenn es parteipolitisch dann nicht ins Konzept passt, dann wird das gestrichen. Und genau das wollte der Bürgermeister aufzeigen, genau das hat Bernhard Hirczy heute hinterfragt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber ich werde das wieder in bewährter Form in einer sehr ausführlichen Anfrage tun, an den Herrn Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmann wird in seiner bewährten Art und Weise antworten. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Da können Sie sicher sein.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt uns ein Konvolut vor, ein Budget, ein Voranschlag, der bedeutet, das ist unser Plan, das ist unser Vorhaben. Heute hat es schon ein Kollege ausgedrückt, das ist alles im Konjunktiv. *(Der Landeshauptmann Hans Niessl verlässt den Landtagssaal.)*

Ich wäre noch nicht fertig, Herr Landeshauptmann, einmal brauche ich Sie noch bitte zur Erklärung, da wäre noch ein Part zu erledigen. *(Landesrat Norbert Darabos: Der Landeshauptmann ist noch nicht am Wort.)* Ah ja stimmt, danke Herr Landesrat. Sie sind da bestens informiert, jetzt bin ja ich am Wort, genau.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns gut vorbereitet auf das, eineinhalb Tage sind wir in Klausur gegangen. Wir haben auch den Herrn Hofrat Rauchbauer eingeladen, der dankenswerter Weise gekommen ist und die Grundzüge des Budgets erklärt hat. Ich halte es für unabdingbar für jeden Mandatar, überhaupt für all jene, die neu in dieses Amt gekommen sind, dass sie sich grundlegend darüber informieren.

Und da bin ich ganz im Gegensatz zum Kollegen Kölly nicht seiner Meinung, er hat nämlich angemerkt, wir geben heute unsere Zustimmung oder Ablehnung zum Budget und dann hat es sich. Das stimmt in keinsterlei Weise, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn wir, der Landtag, alle 36 Mandatarinnen und Mandatare haben das Recht und die Pflicht, diese Regierung zu kontrollieren.

Das war immer so und das wird hoffentlich auch immer so sein, das jeder Mandatar sich dieser Tatsache bewusst ist. Und deshalb gab es auch diese Vorbereitungen mit der Unterstützung des Herrn Hofrat Rauchbauer.

Eine ganz konkrete Frage haben wir ihm gestellt, einmal in einem Vorgespräch, einmal kurz bei der Klausur und dann noch einmal mündlich. Wir hätten gerne gewusst, wie teilt sich der Kuchen, der heute beschlossen werden soll, dieses Budget, auf die einzelnen Regierungsmitglieder auf?

Jetzt könnte man sagen, eigentlich ja, wir könnten das ja selber nachrechnen, wäre ja nicht das Schlimmste, Taschenrechner, einige Stunden Arbeit, wir wollen ja genau sein und niemanden etwas vorwerfen, aber das hat der Hofrat auch auf Knopfdruck.

Er durfte uns das leider nicht geben und ich sehe ein, dass das im Zuge des Dienstweges offensichtlich verboten wurde. Ich finde es nur schade. Aber es ist auch recht einfach sich zu merken. Ich bin kein Mann der großen Zahlen, Mathematik war niemals meine Stärke, aber ich habe es mir auch so gut gemerkt: Sieben, zwei, eins.

70 Prozent des gesamten Budgets sind am Ende des Tages, wenn man alle Formalitäten erledigt einem Regierungsmitglied zuzuordnen, Sie dürfen raten wem? 20 Prozent, Herr Landesrat Bieler ist der Finanzreferent, der hat ein bisschen auf sich

geschaut, hat auch wichtige Themen wie die Finanzwirtschaft dabei, das ist in seinem Ressort, bleiben zehn Prozent für alle übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn sich dann jemand, wie der Kollege Kovasits herstellt und sagt, die ÖVP sagt zu Unrecht, dass es hier eine Alleinregierung der Sozialdemokraten gibt und ob sie jetzt das Wort Steigbügelhalter nennen, Machtbeschaffer, Regierungskollege, was auch immer.

Aber Sie schaffen die Mehrheit in diesem Land für eine Regierung, wo 70 Prozent des gesamten Budgets von einer Person, nämlich dem Landeshauptmann, dirigiert werden. Da braucht er niemand sonst zu fragen. Und das hat es noch nie in diesem Land gegeben. Deswegen ist der Vorwurf, dass das die schwächste Landesregierung ist, 100prozentig richtig und noch zum Verstärken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich zu den ersten Gruppen einiges Grundsätzliches sagen. Natürlich geht es in der öffentlichen Verwaltung um wichtige Aufgaben und ich möchte das betonen. Die ÖVP Burgenland bekennt sich zu einer strukturierten Verwaltung, zu einer wohnortnahen Verwaltung.

Wir glauben, dass die im Burgenland beschäftigten Mitarbeiter im Landesdienst hervorragendes leisten. Und dieses Grundvertrauen lassen wir uns auch nicht erschüttern, wenn man jetzt das Eine oder Andere schlecht redet und von einer Verwaltungsreform spricht, die endlich einmal aufräumt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was passiert, wenn man aus zehn Abteilungsvorständen, aus zehn Abteilungen, sieben macht? Niemand der diese Funktion, diese Leitungsfunktion verliert, verschwindet aus dem Landesdienst. Das heißt, es gibt keine aktuelle und keine sofortige Einsparung.

Tatsache ist, es gibt nur mehr Vertrauensleute der rot-blauen Regierung an Schalthebeln. Das ist es, was man in Wirklichkeit haben möchte. Man möchte Zugriff haben und man möchte versuchen unliebsame Kolleginnen und Kollegen auf die Seite zu stellen. Und warum braucht man das?

Natürlich ist es nicht so einfach, wenn man in ehemals von der ÖVP dominierten Regierungsbereichen jetzt tätig ist. Aber ich kann eines Ihnen versichern, dieser Generalvorwurf der damit auch laut geworden ist, das es irgendjemand gibt, der hier blockiert, oder das irgendjemand in diesem Land nicht ordentlich seine Arbeit erledigt und das man deshalb durchgreifen muss - und das wird ja immer so unterschwellig betont, dass hier Vertrauensleute eingesetzt werden müssen, - der ist unhaltbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und ich sage es noch einmal auch hier im Landtag. Wir werden jedem Mitarbeiter, jeder Mitarbeiterin die notwendige Rechtsberatung zukommen lassen. Wer sich gemoppt fühlt, wer sich zu Unrecht behandelt fühlt, der wird im ÖVP-Klub bei seinen Mandataren immer Gehör und Unterstützung finden, das garantiere ich Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach eingehender Beratung hat die ÖVP Burgenland drei Grundbedingungen zu diesem Budget gestellt in Form von Wünschen. Das macht bei einer Budgetsumme, die heute ja schon x-fach betont wurde, was schätzen Sie? Fünf Prozent, drei Prozent, zehn Prozent? Wie vermessen darf man als Opposition sein?

1,7 Prozent möchten wir an diesem Budgetkuchen ändern. Das heißt 98,3 Prozent würden wir mittragen. Und glauben Sie, das fällt uns nicht leicht, denn in verschiedenen Bereichen sind Dinge dabei, die dem einen oder anderen Mandatar missfallen. Aber in der

Politik zu arbeiten ist eine Frage des Kompromisses und deshalb hätten wir bei der Einhaltung von diesen drei Änderungswünschen dem Budget, dem Voranschlag 2016 unsere Zustimmung erteilt.

Und wenn jetzt von Neuverschuldung geredet wird, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte blättern Sie ein wenig weiter. Ich weiß, die ersten Seiten sind am Interessantesten, aber weiter hinten kommen wir dann zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Ja siehe da, wir schaffen ein ausgeglichenes Budget, 14,5 Millionen Euro werden aus einer Rücklage aufgelöst. Nur so ist es möglich, dieses Budget zusammen zu bringen.

Wir hätten uns locker gemeinsam überlegen können, wo müssen wir 20 Millionen Euro einsparen, um die von uns vorgeschlagenen drei Änderungswünsche durchzusetzen. Das liegt wirklich nur an parteipolitischer Blockade.

Da sind Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, die fundamentale Regierung, wenn Sie wollen, die auf keinen Wunsch, auf keine Änderungsrichtlinien, auf keine Kritik reagieren möchte. Einfach nur, weil man schnell drüberfahren will. Da können Sie nicht damit rechnen, dass wir einfach zur Tagesordnung übergehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele von uns haben sich gefragt, und wurden gefragt und da gibt es ja viele Gerüchte und viele Mythen, die erzählt werden, warum gibt es eigentlich im Burgenland eine rot-blaue Landesregierung?

Jetzt habe ich eine interessante Post bekommen, Sie wahrscheinlich auch. Die FPÖ hat unter dem Stichwort „Burgenländische Nachrichten“ etwas versendet und wie immer ist der Herr Landesrat Petschnig einer der auskunftsfreudigsten Landesräte.

Da steht in seinem Interview zu der Frage: Was hat Niessl eigentlich dazu bewogen, sich mit der FPÖ in eine Koalition zu begeben?. Antwort des Herrn Landesrates: "Das ist eine gute Frage, über die wir nur mutmaßen können".

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat der Herr Landesrat nicht drei Tage, das hat er nicht drei Tage nach der Regierungsangelobung gesagt, dass ist sein Befund nach Monaten der Zusammenarbeit, da ist es einem Mitglied der Burgenländischen Landesregierung nicht möglich zu sagen, weshalb die Basis dieser Koalition gefunden wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo braucht es da noch jemanden, außer einem kundigen Leser, der sich hier ein Urteil bildet? *(Beifall bei der ÖVP)*

Übrigens auch spannend, wenn ich schon bei den Zitaten bin heute. Heute habe ich das Radio angemacht, was kommt da heraus? Der Herr Kollege Hergovich sagt, das Budget ist so gestaltet, dass das Burgenland nicht Neusiedl oder Eisenstadt werden darf. Ich habe mir nur eine Zahl angesehen in Eisenstadt, weil, wir alle sind daran interessiert, dass die Arbeitsmarktsituation sich maßgeblich bessert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Eisenstadt gibt es 14.000 Einwohner rund, *(Abg. Gerhard Kovacs: 16.000.)* 16.000 Arbeitsplätze. *(Abg. Geza Molnar: Wie viele in der Privatwirtschaft?)* 16.000 Arbeitsplätze, Herr Kollege, wenn wir so jetzt diesen Maßstab ändern, sind ja auch Sie berufen, wenn Sie der Verwaltungsreform dann Ihre Zustimmung erteilen, uns des Besseren zu belehren wie das alles funktioniert. Da bin ich sehr gespannt.

Wir alle wissen, dass es diese Arbeitsplätze gibt. Wir alle freuen uns über mehr Beschäftigung. Wir loben uns auch über die vielen Lehrlingsplätze die das Land geschaffen hat, also dementsprechend ist dieser Vergleich, glaube ich, völlig an den Haaren herbeigezogen. Ich weiß schon, was da probiert wird. Man versucht halt mit aller

Gewalt sich hier einzuigeln und abzulenken von den eigentlichen Problemen dieses Landes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Rot-blau spart lieber bei den Mitarbeitern als an sich selbst. Der Kollege Kölly hat das heute schon so berechnet. Also ich glaube, ich möchte Dir nicht ins Wort fallen, wenn ich jetzt garantiere, die Einsparungen beim Landtag, die Du auch angemerkt hast, wären gar nicht notwendig.

Hätte man auf zwei Regierungsmitglieder verzichtet, was ja aufgrund der veränderten Situation in der Verfassung möglich ist und hätte man alles dazu gerechnet, was dazu notwendig ist, von der Dienstwagenflotte bis zu den Mitarbeitern, dann wären wir unseren 20 Millionen, die die ÖVP angeblich Neuverschuldung machen möchte, schon sehr nahe gekommen und hätten genügend Spielraum für die eine oder andere Anpassung der wir heute entgegen ziehen.

Wir alle kennen den Grund. Der Kollege Wolf hat heute das schon eingehend betont. Eines hat er nicht hinzugefügt, das möchte ich noch tun. Wir wünschen uns auch, dass bei dieser Verwaltungsreform, egal, wann sie kommt, wie sie kommt und unter welchen Vorzeichen, es vielleicht möglich sein sollte den Landes-Rechnungshof einzubinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen um die Bedeutung des Rechnungshofes. Er kann zwar nicht begleitend prüfen, das wissen wir, aber aufgrund der vielen Berichte die da sind, hätte man sicherlich auf seine Expertise Rücksicht nehmen können.

Ich bin mir sicher, Andreas Mihalits und seine Kolleginnen und Kollegen stehen zur Verfügung. Ich kann nur bitten, versuchen wir dieses Know-how, versuchen wir diese Inputs vom Landes-Rechnungshof auch in Frage dieser geplanten Verwaltungsreform einzubinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was können wir als Burgenländischer Landtag tun? Heute ist die Generalprobe für die Videoübertragung im Haus. Die ÖVP-Fraktion, ich, durfte das gemeinsam mit dem zweiten Landtagspräsidenten und dem Kollegen Wolf tun, Anregungen einbringen.

Wir haben sechs konkrete Punkte die keinerlei gesetzlicher Änderungen im Land bedürfen, eingebracht. Es geht nur darum, dass wir versuchen, auf den derzeit bestehenden Rechtsverhältnissen eine Verbesserung, ein Mehr an Transparenz im Landtag einzubringen. Was möchten wir?

Wir möchten, dass es im Internet dargestellt wird, wie weit eine Gesetzesinitiative gediegen ist. Das geht am Beispiel des österreichischen Parlaments auf sehr einfache und transparente Art und Weise. Wir glauben, dass es auch notwendig sein wird, die Videoaufnahmen in ein Archiv zu geben.

Wir alle wissen, dass berufstätige Menschen um diese Uhrzeit keine Möglichkeit haben, einen Debattenbeitrag zu verfolgen. Ich glaube, es würde sich lohnen, wenn wir auch diese Archivierung zumindest für einen bestimmten Zeitraum in Angriff nehmen.

Ich glaube, dass es höchst an der Zeit ist, so wie in anderen Bundesländern auch, Stellungnahmen aus den Begutachtungsverfahren zu veröffentlichen. Das Land Oberösterreich geht hier mit gutem Beispiel voran. Das sieht übrigens auch überhaupt kein Problem darin, auch Ausschussberatungen online zu stellen.

Ich glaube auch, dass es Wesentlich ist, das Abstimmungsverhalten online zu veröffentlichen. Spontan gefragt, wer bei welchem Gesetzesbeschluss einstimmig,

mehrheitlich, wofür gestimmt hat, ist nicht einmal uns möglich, da wir ja selber im Abstimmungsvorgang hoffentlich nichts Besseres zu tun haben als nur rückwärts zu schauen, wer noch mit uns mitstimmt oder vorwärts.

Deswegen, glaube ich, wäre es auch für uns als Mandatare notwendig, dieses Abstimmungsverhalten klar offen darzustellen. Inhalte einfach und verständlich zusammenzufassen. Da gibt es eine Initiative auf Bundesebene, wo Gesetzestexte und juristische Formulierungen in einer sehr einfachen und für viele Menschen verständlichen Art und Weise formuliert werden sollen. Hier sollten wir uns anhängen und bei der Parlamentsdirektion vorstellig werden. Eine Kleinigkeit wäre es, bei den Landtagsprotokollen, die ja bereits online sind, eine erweiterte Suchfunktion zu integrieren.

Das ist eine einfache Einstellung bei den PDF-Dokumenten. Aber wenn ich zum Beispiel wissen möchte, was der Kollege Géza Molnár oder Manfred Kölly gestern oder bei einer anderen Sitzung gesagt haben, dann ist mir das sehr, sehr schwer möglich. Warum das gerade bei uns ist, das ist eine ganz einfache Einstellung bei PDF-Dateien, das ist mir unerklärlich. Ich glaube, da haben wir Handlungsbedarf. Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall der Abg. Mag.a Regina Petrik)* Dankeschön. Frau Kollegin, ich hoffe auf Ihre Unterstützung.

Tatsache ist, dass wir in vielen Bereichen sehen, dass parlamentarische Kontrollsysteme intensiv notwendig sind. Das gilt auch für das Budget. Noch einmal, ich sehe das ganz anders als Manfred Kölly. Vielleicht hat er es auch anders gemeint, aber hier hat er es zumindest so gesagt. Meine heutige Zustimmung oder Ablehnung zum gesamten Budgetkonvolut bedeutet nicht, dass ich nicht jeden Tag versuchen werde, auf das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufzupassen.

Ob dies in Anfragen passiert, ob das in einer Art und Weise des parlamentarischen Initiativwerdens passiert, aber auch im Aufzeigen öffentlicher Natur, durch Pressekonferenzen und anderen. Diese Kontrollpartnerschaft, die wir den Burgenländerinnen und Burgenländern versprochen haben, werden wir einlösen. Das ist ein Mindestmaß dessen, was man sich als Mandatar schuldig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verzeihen Sie mir den Ausdruck, nach zehn Jahren Tätigkeit im Burgenländischen Landtag ist mein elftes Jahr ein sehr spannendes geworden. Ich weiß nicht wie es Ihnen geht. Im direkten Kontakt mit Menschen sehe ich extreme Zukunftssorgen. Solche Sorgen, die wir zumindest in den letzten zehn Jahren nicht so intensiv erlebt haben.

Ich glaube, dass das sehr, sehr schwierig ist in geeigneter Art und Weise darauf zu reagieren. Ich tue mich oft selbst schwer, weil ich mir denke, die Menschen haben ein Grundvertrauen in die Politik. Das merkt man, sonst würden sie uns diese Sorgen und Anliegen nicht sagen. Aber beim Thema Asyl und beim Thema Europa, das ja ebenfalls im Budget einen wichtigen Beitrag und wichtigen Eingang gefunden hat, haben wir derzeit Handlungsbedarf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe das Gefühl das Motto, insbesondere von Vertretern der Bundesregierung, lautet derzeit: Ducken und Schweigen. Andere begeben sich in Vorlage, wie zum Beispiel unser Außenminister Sebastian Kurz. Dass man gerade diese Personen und diese Minister dann noch als Problem darstellt, weil sie offen aufzeigen wo es Schwächen gibt in unserem System, das wird mir unerklärlich bleiben. Insbesondere habe ich mir immer gedacht, dass es gerade die FPÖ ist, die ja die eine oder andere Forderung hier gestellt hat.

Wenn dann die Bundesregierung auf etwas Bezug nimmt oder reagiert, dann kommt auch nichts dabei raus. Ganz komisch ist aber die Situation, denn die FPÖ kann sich das leisten auf die Bundesregierung hinzuschlagen. Aber wenn es eine große Schlagzeile in Boulevardblättern wert ist, dass der Landeshauptmann als SPÖ-Parteivorsitzender im Burgenland seinem Kanzler ausrichtet, dass eigentlich die gesamte Regierung untätig ist und nichts zusammenbringt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das spricht nur eines und Kollege Steier hat es heute schon vorweggenommen, das spricht ja nur die Situation an, die wir derzeit erleben.

Auf der einen Seite gibt es offensichtlich einen Block in der Sozialdemokratie, der sich eindeutig positioniert hat, egal wie man das jetzt nimmt. Seit der Wien-Wahl fühlt sich dieser Block noch gestärkt und auf der anderen Seite gibt es unseren Landeshauptmann. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden es nicht schaffen ohne der Unterstützung des Bundes.

Wir werden es auch nicht schaffen ohne die Unterstützung der Europäischen Union. Aber eines können Sie sich sicher sein, durch Zurufe aus gesicherter Position heraus, durch Belehrungen und durch die Isolationspolitik, die hier vorangetrieben wird, werden wir das nicht schaffen. Im Gegenteil, wir werden die Position des Burgenlandes schwächen und werden noch mehr Probleme anziehen und noch vor größeren Herausforderungen stehen, als wenn wir es zumindest zusammenbringen würden, hier im Land einen Schulterschluss zu zeigen.

Es gibt eine Regierung auf Bundesebene, die hat Vertreter von Parteien inne, es gibt eine Landesregierung, es gibt eine Opposition. Aber im Glauben daran, dass man die Asylproblematik, die Herausforderung der nächsten Zeit nur gemeinsam lösen kann, wird es doch einen gemeinsamen Nenner geben. Ich sehe ihn bei Landeshauptmann Niessl nicht vertreten. Im Gegenteil, er spaltet uns mehr denn je und das schadet unserem Land. *(Beifall bei der ÖVP, den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier)*

Was aber auch unserem Land schadet, das ist eine Politik, die Menschen weismachen möchte, sie sind herzlich willkommen ohne Wenn und Aber. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt so etwas wie eine österreichische Leitkultur. Es gibt etwas wie einen Konsens, auf den wir uns alle verständigt haben. Das müssen wir nicht aufschreiben, das müssen wir nicht bekennen.

Es geht schlichtweg darum, dass wir wissen, es gibt gewisse Dinge, die gehen in unserer Gesellschaft und gewisse Dinge gehen nicht. Die Österreichische Volkspartei im Burgenland hat sich fünf Bekenntnisse herausgearbeitet und möchte von jedem der bei uns leben möchte, ob auf kurze Zeit oder langfristig, ein klares Bekenntnis zu diesem Wertekonsens. Es geht um ein Bekenntnis zur Demokratie und zum Gewaltmonopol des Staates.

Es geht um ein Bekenntnis zur Gleichberechtigung der Frau und es geht um ein Bekenntnis zur Bildungspflicht. Wir bekennen uns zur Trennung von Kirche und Staat, erwarten das aber auch von allen Bürgerinnen und Bürgern. Es geht um ein Bekenntnis zum Leistungsprinzip. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur unter Einhaltung dieser Werte und Grundsätze ist ein friedliches Zusammenleben und eine gelungene Integration in unserem Land möglich.

Wer sich jedoch gegen diese Bekenntnisse stellt, kann nicht Teil unserer Gesellschaft sein und verliert alle Ansprüche auf Sozialleistungen, so wie das bereits von Bundesebene her in Planung ist. Ich glaube es ich höchst notwendig, diese vorgeschlagenen Verschärfungen im Asylrecht aber auch die Schärfung beim Familiennachzug umzusetzen. Die ÖVP war mit Asyl auf Zeit ihrer Zeit ein wenig voraus.

Wir haben uns hier bemüht, das auf Bundesebene aber auch auf Landesebene zu thematisieren und voranzutreiben.

Jetzt ist es offensichtlich für alle klar, wir müssen Asyl auf Zeit, einen begrenzten Schutz mit der Option auf Verlängerung gewähren, ansonsten haben wir, wie schon viele andere Länder, große Probleme. Halten wir zusammen, ziehen wir an einem Strang bei diesem Thema. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unter den Budgetgruppen 2 bis 5 ist auch die Bildung ein wichtiges Thema. Ich möchte auch dieses Thema kurz streifen. Für mich ist klar, dass es im Bildungsbereich immer und da gehe ich jetzt zurück in die 1920er Jahre unserer Republik, ein Dauerstreitthema gegeben hat. Es war immer ein Kampf um Macht zwischen den Ländern und der Bundesregierung.

Dieses Thema hat sich nicht verändert. Ich möchte nur sagen, wenn man jetzt eine Bildungsreform verkaufen will, wo es durchaus positive Ansätze gibt, aber sicherlich viele, die die ÖVP nicht mitträgt und schon gar nicht die ÖVP im Burgenland. Ich bin nämlich gespannt, wie das dann in der Praxis sein wird. Weil nach dem Regierungsbeschluss auf Bundesebene müssen ja auch Taten folgen und auf das bin ich gespannt, was dann übrig bleibt aus diesem Konzept.

Tatsache ist, dass es an der Spitze der Bildungskette im Burgenland drei parteipolitische Köpfe gibt. Einen politischen Landesschulratspräsidenten in der Person des Landeshauptmannes, einen amtsführenden Landesschulratspräsidenten und eine Landesschulratsdirektorin.

Wenn man jetzt glaubt, dass die Bildungsreform diesen Fortschritt bringt, dann sind ja beide Herren obsolet und nur mehr die vom Bund dann zu bestellenden Einvernehmen mit dem Landeshauptmann zu beauftragen, die Landesschulratsdirektorin oder dann Bildungsdirektorin über. Gratuliere ich übrigens der Frau Mag. Steiner zu diesem Erfolg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Etwas schamlos war aber die Reaktion insbesondere der Kollegen der Freiheitlichen Partei, als wir gefordert haben neben der politischen Funktion des Vizepräsidenten des Landesschulrates auch die politische Funktion des Präsidenten, des amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates abzuschaffen. Im Übrigen der Kollege Kölly hätte da schon wieder einen kleinen Beitrag für die von ihm genannte Summe, die es ja angeblich braucht um die ÖVP-Forderungen umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird auch viel mehr Geld auch seitens des Landes brauchen und das vermisse ich im Schulbereich, aber auch in anderen Bereichen, um Integration in der Schule voranzutreiben. Ich glaube wir sind uns einig und da bin ich mir sicher, dass der Herr Landesrat Darabos das auch unterstützen wird, umso früher wir beginnen Menschen die zu uns kommen zu integrieren und so früh wie möglich wir versuchen, in kindlicher Art und Weise ihnen Werte, Sprache aber auch Regeln, Spielregeln, in unserem Land beizubringen, umso erfolgreicher werden wir sein.

Ich hoffe hier, dass das Land viele maßgeschneiderte Modelle entwickeln wird, auch mit eigenem Geld und mit gutem Beispiel vorangehen wird. Wir werden hier nicht warten können und warten dürfen bis die Bundesregierung aktiv wird. Wir sollten hier im Land eigene Gelder aufstellen und hier etwas tun, davon bin ich überzeugt, das ist ein Muss. Hier müssen wir weiter am Ball bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Spannend wird für mich eine Abstimmung. Ich wusste mich bei vielen Dingen mit Ilse Benkö auf einer Linie, aber am Allerwichtigsten war, glaube ich, unsere gemeinsame Linie in Schulfragen. Da hat sie mir

immer vorgeworfen, ich musste mich verrenken für das eine oder andere Mal bei einer Abstimmung.

Ich bin gespannt, wie wir das jetzt meistern werden, wenn wir für die Beibehaltung des Gymnasiums in seiner Langform sind. Ich weiß hier ganz genau, die freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen auf meiner Seite, wie sie sich diesmal verrenken werden müssen, um vielleicht einen Kompromiss mit den Sozialdemokraten eingehen zu können. Auf das bin ich gespannt.

Für die ÖVP ist klar, die Neue Mittelschule ist da, mit all ihren Konsequenzen, Vorteilen und Nachteilen, aber das Gymnasium muss bleiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 2021 muss eine magische Zahl sein. Herr Landesrat Darabos hofft bis dahin die Einweihung, die Segnung des neuen Krankenhauses Oberwart, vornehmen zu können. Er spekuliert damit schon, wer Bürgermeister von Oberwart sein könnte. Ich glaube, da ist die Spekulation recht unangebracht.

Tatsache ist, dass es gerade im Gesundheitsbereich große Herausforderungen gibt. Wir alle wissen, dass unsere Gesellschaft älter wird. Auch im Burgenland haben wir dieser Herausforderung wenig entgegenzubringen, weil es noch keine Konzepte gibt. Bisher sehe ich, außer im Bereich der Pflege, keinerlei Überlegungen. Ich glaube, das ist eines der Zukunftsthemen, die sich unser Land stellen muss. Wie gehen wir mit jenen Menschen um die älter werden? Wie schaffen wir es sie in Arbeitsprozesse zu binden?

Wie schaffen wir es, dass sie, auch wenn sie in Pension gegangen sind, sich gesellschaftlich so engagieren, dass sie einen wichtigen Beitrag für uns leisten können? Das ist eine wirkliche Herausforderung die weit über das Gesundheitssystem hinausgeht. Hier sehe ich in dieser Regierung und in diesem Budget keinerlei Möglichkeiten, keinerlei Unterstützungsmöglichkeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich sagt jeder Landeshauptmann über die Wohnbauförderung seines Landes sie sei die Beste. Ja, hoffentlich weiß jeder der Landesverantwortlichen, welche Schwerpunkte er setzen muss. Das wäre ja jetzt frivol einen der neuen Herren vorzuwerfen, das nicht zu wissen. Also dementsprechend lasse ich das gelten.

Auch für das Burgenland hat der Herr Landeshauptmann mit sich selbst festgehalten, wir haben die beste Wohnbauförderung. Nichtsdestotrotz erlauben wir uns einige Anmerkungen zu machen und gemeinsam mit dem Kollegen Ulram, der unser Wohnbausprecher in der ÖVP-Fraktion ist, habe ich einige Punkte der Öffentlichkeit präsentiert. Auf einen möchte ich besonders hinweisen und einer ist es, der uns auch im Budget immer wieder zeigt, dass hier gespart wird.

Die Erhöhung des Förderungsgrundbetrages von 40.000 Euro auf 60.000 Euro und die Erhöhung des Kindersteigerungsbetrages von 11.000 Euro auf 16.500 Euro würde unser Land nicht in ein finanzielles Debakel führen, würde aber den Häuslbauerinnen und Häuslbauern, den jungen Familien, stark unter die Arme greifen. Hier hat das Land seit Jahrzehnten nicht nachgebessert. Hier ist es an der Zeit, Druck zu machen. Das sollte sich auch in diesem Budget niederschlagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch einige Worte zum Tourismusgesetz. Salopp gesagt, wer zahlt schafft an. Eigenartig, das Land bezahlt aber nicht, sondern es will nur anschaffen. Und zwar über die Köpfe hinweg jener, die Beiträge einzahlen. Wie macht man das?

Man geht einfach her und ändert die Strukturen des Burgenland Tourismus. Man versucht sich durch eine GmbH-Lösung direkten Zugriff auf die Geschäftsführung zu verschaffen und verkauft das Ganze dann vielleicht noch als einen Teil der Verwaltungsreform.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus meiner Sicht ist das Tourismusgesetz, von dem die Freiheitlichen noch vor kurzem ganz anders gesprochen haben, es wurde ja heute schon aus dem Protokoll vom Mittwoch, dem 24. September 2014, aus der vergangenen Gesetzgebungsperiode zitiert.

Ich möchte das noch einmal wiederholen, weil ich glaube, das ist etwas, was der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter noch einmal hören sollte. In seinem Debattenbeitrag zum damaligen Änderungsvorschlag beim Tourismusgesetz sagt er Folgendes, ich zitiere: Gut, zum Tourismusgesetz vielleicht noch, beim Tourismusgesetz passiert genau das Ähnliche, man hat die Opposition nicht eingebunden, in die Verhandlungen überhaupt nicht, da hat es jetzt plötzlich eine letzte Verhandlungsrunde gegeben, wo wir einfach vor die Tatsachen gestellt wurden.

Noch einmal die FPÖ mit Klubstatus, eine Partei die mit Klubstärke im Landtag vertreten ist, nicht einmal einzubinden, nicht einmal zu fragen, uns ist das „wurscht“, ob es diese Partei gibt oder ob es diesen Klubstatus gibt, das ist einfach nicht okay.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter heute denselben Vorwurf machen. Wir waren ebenfalls in die Arbeiten zu diesem Tourismusgesetz nicht eingebunden, ganz klar, es mussten ja wie alle Dinge die vorher in der letzten Legislaturperiode mit der ÖVP-Unterstützung nicht gegangen sind, jetzt durchgepeitscht werden.

Ich finde es sehr, sehr schade, dass hier einmal mehr über die betroffenen Wirtschaftstreibenden und Tourismusfachleute hinweggegangen wird. Man möchte hier einfach absolute Macht, absolutes Durchgreifen, aber das hat ja offensichtlich seinen Hintergrund und das hat ja auch seinen Stil. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie können sich sicher sein, die Österreichische Volkspartei wird diesem Gesetz und dieser „Drüberfahrer-Manier“ niemals ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe es auf den Punkt. Die ÖVP möchte drei Änderungen, die wir auch bei den jeweiligen Budgetgruppen als Abänderungsanträge einbringen werden. Wir möchten die Zweckwidmung der Landesumlage, und damit ein 18 Millionen-Investitionspaket für unsere Gemeinden schnüren.

Wir möchten den Heizkostenzuschuss auf 200 Euro erhöhen und wir stellen mit einer gewissen Überraschung fest, dass es gerade unter Freiheitlicher Regierungsbeteiligung, Kollege Kölly hat einen Antrag nach dem anderen in der letzten Landtagsperiode gestellt, und der ist auch von den Freiheitlichen unterstützt worden, gerade jetzt möglich ist, dass dieser Heizkostenzuschuss gesenkt wird. Das ist mir unerklärlich, dass man gerade bei den sozial Schwächeren kürzt, das ist der falsche Weg. Aber bitte, meine Damen und Herren, Sie müssen ja wissen, wen Sie hier mit diesem Budgetvorschlag unterstützen.

Weiters haben wir ein ganz konkretes Anliegen. Es geht um eine Ernteausfallsunterstützung für unsere Landwirte. Es wird hier an einem Versicherungsmodell gearbeitet. Da sollte das Land Burgenland bereits jetzt Vorkehrungen treffen und hier unsere Landwirte unterstützen.

Denn wer sich zu einer kleinstrukturierten Landwirtschaft bekennt, der kann nur dort ansetzen, dass wir jenen unter die Arme greifen, die sich eben nicht über eine gewisse Betriebsgröße helfen können, sondern gerade die kleinstrukturierte Landwirtschaft braucht hier die Unterstützung der öffentlichen Hand am dringendsten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf für meine Fraktion festhalten: Wir haben uns intensiv mit dem Budget beschäftigt. Wir bringen drei Abänderungsanträge ein, die 1,7 Prozent des Budgetumfanges betreffen. Ich wiederhole: 1,7 Prozent, bleiben 98,3 übrig, die wir als Kompromiss mittragen wollen, die wir aus Interesse und aus Verantwortungsgefühl heraus gegenüber den Menschen in diesem Land mittragen.

Dementsprechend werden wir bei all jenen Budgetgruppen, wo wir keinen Abänderungsantrag einbringen, unsere Zustimmung erteilen und ich darf Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der rot-blauen Mehrheitsfraktion ersuchen, nehmen Sie uns ernst, nehmen Sie uns beim Wort, geben Sie uns Ihre Unterstützung für die Abänderungsanträge und sorgen wir für ein Mehr für sozial Schwächere, eine Absicherung unserer Landwirte und ein 18 Millionen-Investitionspaket für unsere Gemeinden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist das 16. Budget des Finanzlandesrates Helmut Bieler, es ist das erste Budget der neuen Regierungskonstellation. Es ist mir wichtig, gleich zu Beginn eines festzuhalten. Es ist ein Budget, das sozial ausgewogen ist, es ist aber kein Budget des Proporzes, sondern ein Reformbudget.

Das Budget 2016 hat viele Ziele. Drei davon möchte ich gleich zu Beginn nennen. Erstens, 1.000 Arbeitsplätze im Jahr 2016 zu schaffen. Wir wollen hier ordentlich den Arbeitsmarkt ankurbeln, jeder fünfte Euro dieses Budgets geht in die Wirtschaft und in Arbeitsplätze.

Zweitens, 45 Prozent des Gesamtbudgets, immerhin 509 Millionen Euro sind für den Sozialbereich vorgesehen. Wir haben die beste Armutsbekämpfung in Österreich im Burgenland, und diesen Weg werden wir auch weitergehen. Drittens, Schuldenabbau ist angesagt. Mit diesem Budget tragen wir auch Rechnung, zwei Millionen Schuldenabbau sind hier vorgesehen, wir tragen Verantwortung für die nächste Generation, meine Damen, meine Herren.

Dieses Budget sieht 1,1 Milliarden Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich vor, wichtig ist, dass hier die zwei Millionen Schuldentilgung auch vorgesehen werden. Ich möchte trotzdem einige Punkte herausstreichen, weil es einfach ist, zu kritisieren, und die positiven Dinge lässt man dann gerne weg. Ich möchte nur sagen, dass 6,6 Millionen Euro mehr für Unterricht, Erziehung und Sport in diesem Budget vorgesehen sind.

Es sind 10,1 Millionen Euro mehr für Soziales und Wohnbauförderung vorgesehen. Auch wenn das vorher kritisiert wurde, davon hat keiner gesprochen, dass wir zehn Millionen Euro mehr für Soziales und Wohnbauförderung hier vorsehen. Neun Millionen Euro mehr für den Gesundheitsbereich. Das muss uns einmal wer nachmachen. Diese Summen mehr zur Verfügung zu stellen, als im Vorjahr.

Die Investitions- und Wirtschaftsrate, der Wachstum, der Wirtschaftswachstum, ist uns ganz, ganz besonders wichtig, denn 232,6 Millionen Euro dokumentieren das. Auch

hier wieder ein Mehr von 13,1 Millionen Euro mehr für Investition und für investitionsfördernde Maßnahmen. Ich habe schon zuvor gesagt, jeder fünfte Euro konkret 20,31 Prozent, für Arbeitsplätze und für Wirtschaftswachstum.

Diese Investitionsquote schafft kein anderes Bundesland, außer das Burgenland. Dieses Budget und diese Budgetpolitik ist in wachstums- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen aufgebaut. Gleichzeitig zwei Millionen Euro Schuldenabbau, das ist auch, und das muss man hier auch sagen, wir ernten jetzt die Früchte, die wir damals im Jahr 2010 begonnen haben, der Konsolidierungskurs, den wir damals eingeschlagen haben, jetzt werden die Früchte auch geerntet.

Also einerseits Ja zu Einsparungen, effizienter Verwaltung, diesen Weg müssen wir auch weitergehen, und andererseits Nein zum Kaputtsparen, das wollen wir nicht. Stattdessen, solide finanzielle Basis, intelligente Finanzwirtschaft, um auch in Zukunft investieren zu können. Darum geht es. Nicht kaputtsparen, sondern sorgfältig investieren, wo es Sinn macht.

Wichtig ist auch, dass die Budgets deckungsfähig sind. Das bedeutet, dass die nötige Flexibilität vorhanden ist und hier rasch und unbürokratisch jedes Regierungsmitglied reagieren kann. Ich glaube, auch das hat sich in den letzten Jahren bewährt, und dieses Budget sieht das ebenso vor.

Das Herzstück ist natürlich der Arbeitsmarkt, ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und auch die Zunahme an Beschäftigten. Wir sind Gott sei Dank in der glücklichen Lage, eine steigende Beschäftigungszahl vorzufinden. Wir sehen aber gleichzeitig auch einer steigenden Arbeitslosigkeit entgegen.

Daher ist es ganz, ganz wichtig, dass wir uns hier nicht zurücklehnen, sondern ordentlich investieren. Das Ziel ist klar, 1.000 neue Jobs im Jahr 2016 netto im Burgenland. Die Trendwende in der Arbeitslosigkeit, die wollen wir ebenfalls anstreben. Dabei setzen wir einerseits auf Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping, wir brauchen effektive Kontrollen, die werden wir auch einfordern bei der Finanzpolizei, beim Finanzminister.

Wir brauchen diese Kontrollen zum Schutz der heimischen Unternehmungen vor unlauterem Wettbewerb. Da brauchen wir auch die Unterstützung des Finanzministers. Das hätte auch einen burgenländischen Schulterschluss benötigt, von dem heute der Kollege Sagartz gesprochen hat. Aber diesen Schulterschluss, den haben wir leider vermisst bei der letzten Landtagsitzung als es darum ging, hier mehr Finanzpolizei, effektivere Kontrollen im Burgenland vorzufinden.

Das tut mir schon weh, es ist nämlich nur eine einzige Partei gewesen, die diesen Beschluss nicht mittragen wollte, und das war die ÖVP. Also dem Ruf der Fundamentalopposition, dem werden Sie gerecht, da lassen Sie nichts aus. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: War das der einzige Beschluss?)* Ich finde das wirklich sehr, sehr schade. Wir brauchen auch das Bestbieterprinzip, Herr Kollege Sagartz, auch da haben Sie die Zustimmung verweigert, nicht nur bei der Finanzpolizei, sondern auch da.

Andererseits sorgen wir mit Geld für die Betriebsansiedelung, Infrastrukturausbau, Aus- und Weiterbildung auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und das ganz gezielt und punktgenau, nicht mit der Gießkanne, sondern ganz gezielt und punktgenau für jene, die es wirklich benötigen. Geld fließt aber auch in Bildung, Wirtschaft, Tourismus, Infrastruktur, Wohnbauförderung und den Arbeitsmarkt. Wichtige Dinge, die auch hier im Budget berücksichtigt werden.

Vor allem ist es wichtig zu sagen, dass 22 Millionen Euro an Wirtschaftsförderungen vorgesehen sind. Da bin ich schon neugierig, Herr Kollege Sagartz, wie Sie das argumentieren bei den Betrieben in der Wirtschaft, dass Sie gegen diese Förderung von 22 Millionen Euro stimmen wollen.

Da bin ich schon neugierig, wie Sie das auch ÖVP-Sympathisanten erklären wollen, dass Sie hier keine Zustimmung zu 22 Millionen Euro Wirtschaftsförderung erteilen wollen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich nehme Anleihe beim Kollegen Tschürtz, der hat das im letzten…)*

Die Investitionspolitik zeigt jedenfalls Erfolge und das sieht man. Sechsmal in Folge können wir im Burgenland eine Rekordbeschäftigung verzeichnen, zuletzt natürlich im Juli 2015 mit 104.784 unselbständig Beschäftigten im Burgenland. Ich glaube, wir sind auf dem guten Weg.

Jetzt müssen wir natürlich auch schauen, dass die Arbeitslosigkeit deutlich sinkt. Aber was mir besonders wichtig ist, dass auch zunehmend heimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von diesen neuen Jobs profitieren. Das war im Vorjahr und vor zwei Jahren ganz anders.

Jetzt partizipieren Burgenländerinnen und Burgenländer wieder von neuen Jobs und das ist auch ganz, ganz wichtig, weil wir natürlich auf die Burgenländerinnen und Burgenländer setzen, die toll ausgebildet sind, die hoch motiviert sind. Daher wollen wir natürlich, dass sie auch in Beschäftigung kommen.

Besonders wichtig ist ebenfalls, dass wir in die nächste EU-Förderperiode gut starten. Insgesamt sind hier 750 Millionen Euro vorgesehen. Im aktuellen Budget sind auch 24,6 Millionen Euro zu Kofinanzierung reserviert. Das ist natürlich auch ein Teil des Zukunftspaketes, in dessen Rahmen bis 2020 insgesamt 2,8 Milliarden Euro durch die öffentliche Hand investiert werden.

Wir fördern weiter die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und setzen uns dafür ein, dass auch die Burgenländerinnen und Burgenländer hier zum Zug kommen. Aber wir wollen auch direkt an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern. Das tun wir mit 3,65 Millionen Euro in der Arbeitnehmerförderung, auch für Qualifizierungsmaßnahmen.

Hinzu kommen auch 700.000 Euro, die im Rahmen des Fonds für Arbeit und Wirtschaft vorgesehen sind, und auch da wurde heute nicht darüber gesprochen. Das sind gesamt um 100.000 Euro mehr, als im Vorjahr, also ein wichtiger Beitrag für die Burgenländerinnen und Burgenländer, damit sie auch eine Chance am Arbeitsmarkt haben.

Wir bekennen uns also zu einem guten Mix. Intelligent sparen und mehr in Wachstum und in Beschäftigung zu investieren. Die ÖVP geht hier leider einen anderen Weg. Nämlich, die Zustimmung an Mehrausgaben zu binden, rund 20 Millionen Euro, also ich spreche nicht von einigen Euro, sondern rund 20 Millionen Euro, das muss man schon einmal hinterfragen.

Denn zu sagen ja, ja, wir brauchen jenes, und das brauchen wir auch noch, aber nicht gleichzeitig nachzudenken, wie man so etwas gegenfinanziert, das, glaube ich, zeigt, dass es hier der ÖVP um eine Schmähparade geht und man nur ein Argument sucht, um das Nein zu argumentieren. Denn ich frage die Kollegen der ÖVP, wo wollen Sie denn das Geld hernehmen? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Vom Landesschulrat, von der Regierung!)*

Von der Wirtschaftsförderung - 22 Millionen… *(Abg. Walter Temmel: Von den Regierungsmitgliedern!)* Herr Kollege Wolf, den Kindergärten? Da sind 24 Millionen Euro vorgesehen, würde sich auch fast ausgehen. Oder vielleicht bei der Hauskrankenpflege? Hier sind 15 Millionen Euro vorgesehen, ich weiß nicht, wo Sie diese Dinge hernehmen wollen. Hier müssten Sie schon auch Gegenfinanzierungsmaßnahmen vorschlagen.

Wichtig ist, dass 45 Prozent des gesamten Budgets für Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung vorgesehen sind. Wir im Burgenland haben die niedrigste Armutsgefährdung in ganz Österreich. 7,1 Prozent! Der österreichische Durchschnitt liegt bei 14,4 Prozent. 14,1 Prozent, Verzeihung. Also halb so viel wie der österreichische Durchschnitt, darauf können wir stolz sein! Wir werden mit diesem Budget diese soziale Balance auch weiter gewährleisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Kollege Wolf, das wird die Neuverschuldung von 18 Millionen Euro nicht, den Ball nehmen wir natürlich nicht auf, denn ich habe schon zuvor gesagt, das Land darf nicht Neusiedl oder Eisenstadt werden, wo man alle Hände voll zu tun hat, um die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Wir gehen den Weg der ordentlichen Finanzierung, und das wollen wir auch in Zukunft machen.

Aber, wie gesagt, ich denke es ist ohnehin eine Schmähparade und Sie suchen nur ein Argument, warum Sie dem nicht zustimmen. Heute hat mich eines wirklich amüsiert. Da geht der Kollege Sagartz, schade, dass er nicht im Raum ist, geht der Kollege Sagartz hinaus und wirft so kritisch der FPÖ vor, na ja, 70:30 ist die Verwendung der Mitteln. Ich bin ja nicht der, der die FPÖ verteidigen muss, aber ich musste schon schmunzeln, denn mir sind die Zahlen noch etwa in Erinnerung, die die letzte Regierungskoalition gehabt hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Herr Kollege, hören Sie mir gut zu. Da wäre die ÖVP froh gewesen, wenn sie 30 Prozent der Budgetmittel zu verzeichnen hätte. Damals - und das habe ich so wage in Erinnerung - stand es 90:10. 90 Prozent der Budgetmitteln für die Sozialdemokratie und 10 für die Volkspartei. Dann müssten Sie sagen, was die Freiheitlichen gemacht haben, Respekt, das haben wir nicht zusammengebracht.

Aber es geht uns ja nicht um ein Aufwägen der Budgetmittel, sondern um eine gemeinsame Arbeit. Ich verstehe schon, dass Sie mit dem nichts anfangen können. Das ist aber der Weg der neuen Regierung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Diese neue politische Handschrift ist auch sichtbar. Kein Proporzbudget, sondern ein Reformbudget. Das habe ich schon gesagt. Eine soziale Reformpartnerschaft mit dem Grundprinzip „Sparen durch Reformen, um Spielräume für Investitionen zu schaffen“.

Das ist möglich, weil wir Strukturen in der Verwaltung, in Regierung und in den Landesgesellschaften effizienter gestalten. Ich möchte auch einige Beispiele dazu nennen.

Erstens: Doppelbesetzungen werden abgebaut. Nicht wie damals im Proporz, ein Roter, ein Schwarzer. Gibt es nicht. Ich weiß, das tut Ihnen schon weh. Das tut Ihnen schon weh. Es geht um Qualität und das ist schon praktiziert worden, *(Abg. Manfred Kölly: Verbände!)* beispielsweise beim Landesschulrat-Vizepräsident, der schon abgeschafft wurde. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Warum habt Ihr den Präsidenten nicht gleich abgeschafft? Hättet Ihr gleich 500.000 sparen können.)*

Mittelfristige Ersparung 625.000 Euro, Herr Kollege. Herr Kollege Wolf, dass ist der Weg. Nicht mehr ausgeben. Einsparen dort, wo es notwendig ist, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ja, den Präsidenten!)* und zwar 625.000 Euro, und das ist durchaus beachtlich.

Und weitere Doppelbesetzungen werden ebenfalls abgeschafft. Warten Sie auf das Jahr 2016! Sie werden noch schauen, was hier noch weitergeht.

Die neue Landesholding, also der gläserne Konzern im Burgenland, ist auf Schiene. Die Verwaltungsreform ist gestartet. Keine Doppelgleisigkeiten mehr. Auch hier mittelfristig eine Einsparung von 500.000 Euro. Insgesamt in einer Legislaturperiode 2,5 Millionen. Das ist der Weg. Einsparen und nicht neu verschulden, dafür steht diese Regierung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und auch die Kompetenzverteilung der Landesregierung ist effizienter, ist besser. Früher waren beispielsweise vier Regierungsmitglieder für die Bildung zuständig. Heute ist es eines. Das ist Effektivität. Das ist ordentlich regiert. Dazu müssten normalerweise auch die Oppositionsparteien durchaus Sympathien hier entwickeln.

Der Landeshauptmann hat vor kurzem die Reform der Landesverwaltung präsentiert. Sieben statt zehn Abteilungen, vier statt acht Stabsstellen. Ich glaube, das ist die neue Politik. Nicht das, was man früher gemacht hat, immer weiterschreiben, sondern überprüfen, was ist notwendig. Ich glaube, dieser Weg wird sich auch in vielen Jahren bezahlt machen.

Das ist eine Verwaltungsreform - das muss man auch sagen - wie es die letzten 20 Jahre nicht gegeben hat, und darauf können wir durchaus auch stolz sein.

Aber insgesamt ist diese Regierung vom Arbeitspensum gut unterwegs. 30 Gesetze sind in Umsetzung oder in Vorbereitung, Naturschutzgesetz, Raumplanungsgesetz, Tourismusgesetz, Veranstaltungsgesetz.

Wir wollen hier Bürokratie abbauen. Aber der Finanzminister muss auch seine Hausübungen machen, nämlich beispielsweise das Gewerbe- und das Steuerrecht so verändern, dass es vereinsfreundlicher wird, damit unsere Vereine auch hier eine bessere Situation im Burgenland vorfinden.

Das neue Budget ist in Zahlen gegossene Politik und Ausdruck auch der neuen Landesregierung, schneller, besser und effizienter zu arbeiten. Dieses Budget spiegelt dieses Motto auch wirklich wider.

Ein flexibles Budget ist auch notwendig, weil sich die Situation sehr rasch ändern kann. Das haben wir zuletzt beim Thema Asyl gesehen und da muss man schon sagen, dass das Burgenland, auch wenn das die Kollegin Petrik gerne kritisiert, wirklich das menschliche Gesicht Österreichs war und einzigartig geholfen hat.

300.000 Menschen in wenigen Wochen, die in das Burgenland gekommen sind, nach Österreich gekommen sind, zum Teil natürlich auch weitergereist nach Deutschland sind, aber die hier in Nickelsdorf erstversorgt wurden, mit Getränken, mit Decken, mit Essen, teilweise mit medizinischer Versorgung in unseren Spitälern versorgt wurden. Das ist das menschliche Gesicht Österreichs!

Das ist das Burgenland und darauf können wir wirklich stolz sein. Ich danke den Einsatzkräften, der Polizei, den Rettungsorganisationen, den Gemeinden, die auch mitgeholfen haben, viele Freiwillige, die sich hier auch im Dienste des guten Zwecks gestellt haben.

Ich finde das sehr gut, und daher halte ich auch ein Dankeschön, das wir auch amtlich an alle entsenden, die hier mitgeholfen haben, für wichtig. Da geht es nicht um Daten. Ich weiß nicht, welche Probleme Sie damit haben, da geht es darum, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das ist ein Gesetz. Datenschutz!)* wenn jemand sagt, ich will so eine Urkunde, dann kann er sich an das Land wenden. Das Land wird ihnen eine Urkunde

zukommen lassen, wo oben steht, ich habe geholfen. Auf diese Leistung kann man nicht nur stolz sein, sondern das kann sich auch bei der einen oder anderen Bewerbung gut machen, wenn in den Bewerbungsunterlagen beispielsweise eine Urkunde ist, die dokumentiert, dass man bei der Flüchtlingssituation mitgeholfen hat. Vor allem im Sozialbereich eine gute Möglichkeit.

Ich weiß nicht, was Sie hier schlechtsehen. Offensichtlich geht es immer nur darum, überall etwas Schlechtes zu finden. Eine tolle Geste für alle, die hier mitgearbeitet haben. Dazu stehen wir! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Da wurde aber nicht nur erstversorgt, sondern - das muss man auch sagen - innerhalb von fünf Wochen 900 Plätze in unseren Gemeinden geschaffen. Das ist auch eine tolle Leistung und da möchte ich mich auch bedanken und auch bei den Bürgermeistern bedanken, die hier wirklich die Ärmeln aufkrempeln und hier wirklich für Menschlichkeit sorgen.

Ich weiß auch, dass das völlig differenziert diskutiert wird. Auch in vielen Gemeinden. Das ist klar. Da haben wir auch noch einiges zu tun und auch Überzeugungsarbeit zu leisten.

Wir wollen aber den Weg der kleinen Einheiten gehen, weil damit die Akzeptanz gegeben ist und damit auch die Integration möglich ist. Leider geht die Frau Innenministerin der ÖVP einen anderen Weg. Ich verstehe nicht, warum man sagt, das Burgenland ist immer so schlecht und versucht das Burgenland schlechtzureden, wenn das eigentlich die Grundkompetenz der Innenministerin ist, die hier völlig versagt. *(Abg. Manfred Kölly: Ich würde die Innenministerin gerne einladen; sie soll hier Rede und Antwort stehen.)*

Ich verstehe das nicht und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass irgendjemand in diesem Hohen Haus mittragen kann, dass man Bruckneudorf eine 15-prozentige Quote zumutet. Umgelegt auf Wien wären das 200 Asylwerberinnen und Asylwerber, die plötzlich in Wien wären. *(Zwischenrufe aus den Reihen der Abgeordneten und von der Regierungsbank: 200.000!)* Entschuldigung, 200.000. Ich danke für die Korrektur. 200.000. Das kann man keiner Gemeinde zumuten. Da ist Integration nicht möglich. Da ist keine Akzeptanz möglich.

Wir müssen den Weg der kleinen Einheiten gehen. Den Weg der Integration, der Weg der Akzeptanz. Das ist auch der Weg, den Amnesty International auch vorgibt. Wir wollen uns hier an Amnesty International anlehnen, die von einem bis zu 1,5 Prozent spricht, aber nicht wie 15 Prozent. Das ist das Gegenteil.

Ich habe auch den Eindruck, die Innenministerin geht hier vor wie ein Elefant im Porzellanladen und zerstört nämlich das, was in Bruckneudorf getan worden ist. Selbständig Einrichtungen zu sorgen, für Integration zu sorgen, für Deutschkurse zu sorgen und dann geht man her - über Nacht - und droht 80 Container aufzustellen.

Auch hier im Budget, Kollegin Petrik, ist eine Aufstockung der Mittel von sechs auf 9,8 Millionen geplant. Kollegin Petrik, ich bin schon neugierig, wie Sie das Ihren Wählern erklären wollen, dass Sie diesem Budget nicht zustimmen wollen.

Ich bin schon neugierig, wie Sie argumentieren, dass Sie kein Geld für die Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung stellen wollen und hier auch dagegen gestimmt haben. Ich bin schon neugierig, wie Sie das machen wollen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Hätten Sie mir zugehört, dann wüssten Sie das alles!)* Das können Sie dann beweisen.

Und Bruckneudorf, das hätte ich jetzt bald vergessen, Bruckneudorf erfüllt auch im Moment die Quote. Jetzt bin ich neugierig, was die Frau Innenministerin tut, weil jetzt muss sie auch Fingerspitzengefühl beweisen. Weil wenn die Frau Innenministerin nun hergeht und sagt, okay, obwohl eine Gemeinde die Quote erfüllt, greife ich durch und stelle 80 Container mit 450 Asylwerbern auf.

Ja, was sendet sie dann für ein Zeichen an all jene Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in ganz Österreich aus, die sich bemühen, kleine Einheiten zu schaffen? Ja, die werden sich zurücknehmen, die werden sagen, ich werde doch nicht von mir aus kleine Einheiten schaffen, wenn das ohnehin alles nichts wert ist und die Innenministerin trotzdem kommt und große Container aufstellt, *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat dem Durchgriffsrecht zugestimmt? Ihr habt Abgeordnete im Nationalrat. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Edith Sack: Wir nicht.)* die die Menschen überfordern.

Das ist der schlechte Weg und hier ist Fingerspitzengefühl der Frau Innenministerin gefordert.

Wir wollen jedenfalls den Weg der kleinen Einheiten mit der Akzeptanz der Bevölkerung gehen. Das ist unser Ziel, meine Damen, meine Herren! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Mit diesem Budget arbeiten wir aber auch gut mit unseren Gemeinden im Burgenland zusammen. Das haben wir auch in der Vergangenheit getan und das wollen wir auch mit diesem Budget fortführen.

Bei der Finanzierung der gemeinsamen Aufgaben, die das Land und die Gemeinden zu machen haben, sind wir Musterschüler in ganz Österreich. Denn der Schlüssel liegt 74 Landesanteil, 26 Gemeindeanteil. Wir sind ein starker Partner der burgenländischen Gemeinden. Wir unterstützen sie viel mehr als andere Bundesländer.

Das ist unser Weg und diesen Weg gehen wir auch mit diesem Budget 2016. An dieser Stelle möchte ich schon sagen, wenn das von der ÖVP heute kritisiert wird, ja, ist eh nett. Aber dann würde ich mich freuen, wenn sie mit den ÖVP-geführten Ländern sprechen, die beispielsweise wie Oberösterreich oder Vorarlberg eine Quote von 55 zu 45 vorsehen. Ich erinnere: Das Burgenland 74:26. Das ist eine Politik, die Hand in Hand mit Gemeindepolitik geht und die wollen wir auch weiterführen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Die ÖVP-Forderung nach einer Zweckwidmung der Landesumlage würde eher bedeuten, dass sie nur mehr ein Drittel von dem erhalten, was sie bis jetzt haben. Hat da schon einmal wer nachgedacht?

Das Dreifache finanzieren wir von dem, was Sie da hier vorschlagen. Das werden wir nicht zulassen. Wir werden nicht zwei Drittel der Gelder einschränken, nur weil Sie diese 18 Millionen zweckbinden wollen. Wir passen auf unsere Gemeinden auf. Das lassen wir nicht zu. Wir sind ein starker Partner unserer Gemeinden und das wird auch das Budget 2016 zeigen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Finanzlandesrat hat zu Recht schon in mehreren Pressemeldungen hingewiesen, dass der Finanzausgleich ein unbekannter Faktor im Finanzplan bis zum Jahr 2020 ist. Denn wenn man so manche Aussage des Herrn Finanzministers Glauben schenken kann oder muss, dann könnte dem Burgenland schon etwas drohen, nämlich, dass die Gegenfinanzierung der Steuerreform auf dem Rücken des Finanzausgleichs geleistet wird. Das wollen wir nicht.

Wir sind jetzt schon benachteiligt. Niemand kann nachvollziehen, warum ein Vorarlberger um 420 Euro mehr wert sein soll als ein Burgenländer. Das werden wir auch nicht akzeptieren. Für uns muss jeder Österreicher, jede Österreicherin gleich viel wert sein, egal ob er am Neusiedler See oder am Bodensee wohnt. Das ist die Forderung, die wir hier an den Finanzminister richten.

Denn man muss das schon sagen, die Schuldenquote des Bundes beträgt 91 Prozent. 91 Prozent, 4,8 Prozent die Länder und 3,4 Prozent die Gemeinden. Also ich kann mir schon vorstellen, was der Herr Finanzminister mit dem neuen Finanzausgleich vorhat, aber hier müssen wir natürlich auch schauen, dass das Burgenland gut weg kommt und nicht noch die Zeche zahlt.

Wir bekennen uns natürlich zur Steuerreform. Das Burgenland trägt auch 23 Millionen im nächsten Budget dazu bei. Wir bekennen uns dazu, aber auf dem Rücken des Landes kann sozusagen die Schuldenquote von 91 Prozent nicht gutgemacht werden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zusammenfassend, wir schauen mit diesem Budget, dass die soziale Balance des Burgenlandes weiter gewährleistet ist. Das Herzstück ist die Ankurbelung des Arbeitsmarktes mit 1.000 Arbeitsplätzen netto pro Jahr, die wir im Jahr 2016 schaffen wollen und den Schuldenabbau, den wir jetzt schon einläuten mit zwei Millionen Euro mit dem kommenden Jahr.

Auch wenn ich jetzt für Überraschung sorge, aber ich habe sogar Verständnis für die Opposition, dass sie dem kritisch gegenüber steht. Dass sie das ihren Wählern auch erklären muss. Da habe ich viel Verständnis. Aber in Sachfragen nicht zu sagen, ja, eigentlich hat sich das Budget nicht verändert, dass irgendwelche Dinge passieren, die sich negativ für Burgenländerinnen und Burgenländer auswirken, sondern zu sagen, eigentlich könnte man das mittragen, das wäre ein guter Weg gewesen.

Aber offensichtlich müssen Sie auch dagegen sein, um es irgendwie in den eigenen Reihen zu erklären. Da habe ich sogar Verständnis. Aber warum dann beispielsweise auch das Land, das Land Burgenland diskreditiert wird, dafür habe ich kein Verständnis. Ich habe auch kein Verständnis, wenn man persönlich hier auf Personen im Hohen Landtag oder in der Regierung losgeht. Auch hier habe ich kein Verständnis.

Ich hätte mir eine Sachdiskussion hier erwartet. Ich erwarte mir sie immer noch bis morgen Abend.

Wir sind auf jeden Fall stolz auf dieses Budget. Wir sind stolz auf unser Land und wir werden diesem Budget gerne unsere Zustimmung erklären. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Ich lasse nun darüber abstimmen, ob das Hohe Haus in die Spezialdebatte eingehen will und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die sich dafür aussprechen, sich von den Sitzen zu erheben. -

Ich stelle die Annahme fest.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit schlage ich vor, die Beratung des Voranschlages in neun Teile vorzunehmen, und zwar:

Im I. Teil die Voranschlagsgruppen 0 und 1,

im II. Teil die Voranschlagsgruppen 2 und 3,

im III. Teil die Voranschlagsgruppen 4 und 5,

im IV. Teil die Voranschlagsgruppe 6,

im V. Teil die Voranschlagsgruppen 7, 8 und 9,

im VI. Teil den außerordentlichen Voranschlag,

im VII. Teil den Stellenplan des Landes,

im VIII. Teil die Sondervoranschläge der Fonds und

im IX. Teil den Stellenplan der Landeslehrer.

Gleichzeitig schlage ich aus zeitökonomischen Gründen vor, in die Diskussion über die einzelnen Voranschlagsgruppen des ordentlichen Landesvoranschlages auch den außerordentlichen Landesvoranschlag, den Stellenplan des Landes, die Sondervoranschläge der Fonds und den Stellenplan der Landeslehrer miteinzubeziehen.

Die Abstimmung erfolgt gesondert für jede einzelne Voranschlagsgruppe. -

Eine gegenteilige Meinung liegt nicht vor.

Das Hohe Haus ist mit meinem Vorschlag einverstanden. Wir werden daher in dieser Weise verfahren.

I. Teil

Gruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, und

Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Beratung des I. Teiles des Voranschlages.

Er umfasst die Gruppen

0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, und

1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag des ordentlichen Haushaltes für das Jahr 2016 sieht in der Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, Einnahmen in der Höhe von Euro 12.150.700 Euro und Ausgaben in der Höhe von 182.373.800 Euro vor.

In der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, sind Einnahmen in der Höhe von 500 Euro und Ausgaben von 6.126.300 Euro veranschlagt.

Im Auftrag des Finanzausschusses beantrage ich die unveränderte Annahme der Gruppen 0 und 1.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 0 und 1 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als ersten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht ein paar Worte noch zu meinen Vorrednern. Ich denke, dass es schon entscheidend wird sein, dass man nicht nur die negativen Seiten

eines Budgets sieht, oder auch nur alle anderen schlechtmacht und vielleicht die Ministerin ist schuld, oder der Herr Bundeskanzler könnte auch einmal schuld sein.

Denn eines muss klar sein, immer der Chef ist der, der den Kopf hinhalten muss und der entscheidet. Daher wundert mich immer, dass die Diskussion entsteht, die Frau Innenministerin ist jetzt für das Chaos zuständig.

Wenn ich Chef in einer Gemeinde bin, gebe ich Ziele vor, stecke das klar ab und versuche es, auch gemeinsam umzusetzen. Egal welcher Couleur man angehört, sollte man versuchen, das Bestmögliche mit der Bevölkerung für die Bevölkerung zu tun. Wenn ich mir den Herrn Hergovich anhöre, er war ja auch in der vorigen Periode lange Zeit Klubobmann-Stellvertreter, oder so ähnlich, da wurde seitens der SPÖ und ÖVP, wenn wir irgendwelche Punkte aufgegriffen haben, die wir dann schlussendlich dann auch diskutiert haben, auch die FPÖ damals, jetzt Regierungsverantwortung, da hat es auch geheißen, lass sie reden. Wir beschließen das sowieso mit unserer Mehrheit.

Das ist eigentlich nicht mein Zugang als Oppositionspolitiker, aber auch als Verantwortlicher in Gemeinden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn sich der Herr Kollege Hergovich herstellt und sagt, er passt auf die Gemeinden auf.

Er soll Verantwortung als Bürgermeister übernehmen, er soll sich anschauen, wie die Budgets in den Gemeinden ausschauen und welchen Spielraum die Gemeinden noch haben, um wirklich zu gestalten.

Ich kann mich nur wiederholen, auch das wäre vielleicht einmal eine Möglichkeit, dass man sich das genauer anschaut. Wenn immer mehr Soziallasten auf die Bevölkerung und auf die Gemeinde niederprasseln, seitens der Landesregierung, die das beschließt. Nicht der Landtag beschließt das. Der Landtag beschließt einen Voranschlag, der so dehnbar ist.

Wenn die ÖVP heute drei Punkte eingebracht hat, dann muss man dazu sagen, warum nicht. Denken wir nach! Vielleicht können wir das Eine oder Andere auch irgendwann einmal umsetzen und nicht nur sagen, wir sind gegen das oder jenes, sondern einfach sagen, schauen wir uns das in Ruhe einmal an. Ist es möglich?

Auch wir müssen uns in den Gemeinden oft viele Dinge während einer Periode anschauen und sagen, dort werden wir das Geld nicht ausgeben, aber da werden wir es brauchen und das werden wir auch so gestalten. Das machen wir in unseren Gemeinden - Gerhard Hutter und Manfred Kölly in Deutschkreutz. Vielleicht in anderen Gemeinden auch, Herr Kollege Hergovich. Das muss man schon einmal klar sagen. Und das wollen wir auch.

Du hast vielleicht ein richtiges Wort gesagt und das gefällt mir, also alle Bürgermeister nimmst Du jetzt hinein in die Geschichte, dass da etwas passiert ist mit den Flüchtlingen und dergleichen mehr. Na selbstverständlich. Wir stehen ja dazu. Wir haben nicht das Problem wie in Draßburg, wo eine SPÖ drüberfährt. Wo ein SPÖ-Bürgermeister sich hinstellt und irgendwas verlangt und Ihr nicht wisst, soll man zur Sitzung gehen oder nicht, weil ich traue mich nicht entscheiden. Das sind Dinge, die ich in einer Sozialdemokratie nicht verstehe.

Das soziale Gewissen, Herr Hergovich, Sie sind ja auch verantwortlich, wo ich sage in den Verbänden. Du stellst Dich hin und sagst, der Proporz wird abgeschafft, das werden wir alles wegbringen.

In den Verbänden ist das noch immer so und ich darf nur ein Beispiel jetzt aus dem Abwasserverband Mittleres Burgenland bringen, wo den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen

die Sozialleistungen hätten gekürzt werden sollen. Oder ein Betriebsrat, der nach wirklich jahrelanger Tätigkeit im Abwasserverband seinen Ruhestand antritt und dann kommt es zur Diskussion, ob der wirklich Anspruch auf eine dementsprechende Abgeltung hat, die ihm automatisch, vor 25 Jahren hat er es bekommen und jetzt nach 37 Jahren soll er sie nicht wieder bekommen. Wo im Gesetz das gedeckt ist. Kommt ein sozialdemokratischer Bürgermeister und seines Zeichens Obmann des Abwasserverbandes daher und bezweifelt das, will diesem Menschen das nicht auszahlen. Dass man sogar die Gewerkschaft gebraucht hat und dergleichen mehr.

Herr Kollege Hergovich, das sind sozialdemokratische Gedanken, wo ich mich frage, wie leben wir wirklich. Nicht nur reden davon, sondern auch leben müssen wir das Ganze.

Da habe ich das Wort ergriffen und habe gesagt, ich verstehe die Sozialdemokratie nicht mehr, denn das ist gesetzlich geregelt. Wenn ich nach 25 Dienstjahren ein Jubiläumsgeld bekomme, dann habe ich das nachher auch zu bekommen. Das ist ja das Interessante, der war sogar Betriebsratsobmann seitens der SPÖ und der Gewerkschaft für die Leute in diesem Verband unterwegs.

Der Herr Bürgermeister, seines Zeichens Sozialdemokrat, aber auch Bundesrat - und das ist das Interessante an der ganzen Geschichte, an der sozialistischen Bewegung - da ist es ihnen egal. Oder weil die Belegschaft beim Abwasserverband eine Weihnachtsfeier machen wollte, was dem Herrn Obmann nicht gepasst hat, weil er gleichzeitig in der Gemeinde die Weihnachtsfeier gehabt hat, ist er hergegangen und hat ihnen 5.000 Euro gestrichen. Wollte er. Na Gott sei Dank haben wir uns dann auf die Beine gestellt und haben gesagt, so kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das sind die Dinge, die mir so aufstoßen, Herr Klubobmann Hergovich, weil dann solltet Ihr Euch in Euren eigenen Reihen einmal umschauen, was dort passiert. Das muss man auch klipp und klar einmal sagen. Dort ist Arbeit genug für Sie.

Wenn Sie sich hinstellen und erzählen, 1.000 Arbeitsplätze hat man geschaffen. *(Abg. Robert Hergovich: 2.000!)* Ja, warum hat man denn dann 10.000 Arbeitslose in diesem Land? Wir schaffen jedes Jahr 1.000 Arbeitsplätze, *(Abg. Robert Hergovich: Im 16er, habe ich gesagt.)* hat es geheißen. Ich kann mich noch genau erinnern, 1.000 Arbeitsplätze schaffen wir jedes Jahr. Also bitte, ich passe auf und höre zu.

Genau das sind die Dinge. Aber 10.000 Arbeitslose haben wir, Herr Kollege. Habt Ihr Euch schon auf den Weg gemacht und habt Ihr Euch das angeschaut, was das heißt? Das sind immer die Aussagen, Sie stellen sich hin, kritisieren die ÖVP, kritisieren die und jene, die wirklich nachdenken und sagen, wie kann man das ändern, wie kann man das anders machen. Weil die Zeiten werden nicht besser und das wissen Sie ganz genau.

Oder wenn wir - und da werden wir einen Antrag einbringen - die Krankenkassen und Sozialversicherungsanstalten einmal zu hinterleuchten und vielleicht zusammenzulegen. Da ist auch vieles möglich. Das wissen Sie auch ganz genau.

Wer sitzt denn in der Bundesregierung? SPÖ und ÖVP! Dann frage ich mich, warum man sich immer gegenseitig den Schwarzen Peter zuschiebt, oder den roten Teufel - ich weiß ja nicht, wie ich das jetzt bezeichnen soll. Faktum ist, dort oben habt Ihr die Macht. Und in der EU draußen detto. Da sitzt Ihr draußen mit Euren Möglichkeiten. Nur anscheinend passiert viel zu wenig.

Wenn ich mir die Pensionen anschaue, Herr Kollege Hergovich, 900.000 bekommen in Österreich weniger als 858 Euro im Monat. Habt Ihr Euch das schon einmal

angeschaut? Oder 251.746 Pensionen bei maximal 143 Euro. Man höre. 143 Euro. Wie soll damit jemand überleben können? Wie soll der einen Standard erhalten können?

Habt Ihr Euch das schon einmal Gedanken gemacht, wie das weitergehen soll? Aber wir haben noch immer die Pensionen von die bis zu 30.000 und 37.000 Euro im Monat. Im Monat! Und der bekommt 143 Euro. Da reden wir von der Mindestsicherung. Wer will denn arbeiten gehen, wenn ich 830 Euro bekomme? Anscheinend niemand mehr. Und das sind die Problematiken, die ich gerne aufzeigen will, die wir diskutieren sollen.

Ihr könnt Euch den Schlüssel anschauen, wie sich das Ganze abspielt. Das wisst Ihr hoffentlich auch. Ihr werdet auch diese Ausdrücke oder diesen Ausdruck haben. Wir haben uns den halt ausgedruckt, und schaut Euch das einmal an.

Genau das ist das Problem. Brutto bekommen die so viel Geld ausbezahlt. Brutto. Das heißt netto, da müssen sie vielleicht noch ein bisschen was bezahlen, außer die Mindesteinkommen. Das ist das Tödliche in diesem Land. Denken wir ein bisschen nach!

Oder Ihr sagt, 1.000 Arbeitsplätze schaffen. Ja, Teilzeitarbeitsplätze, oder was schaffen wir damit? Wenn ich mir die Technologiezentren und dergleichen mehr anschaue.

Oder Heizkostenzuschuss, Herr Kollege Hergovich. Wie der Herr Landesrat Rezar noch war, haben wir diesen erhöht. Jetzt kürzt man einmal wieder. Ich sage Euch nur eines, das brauchen wir weder kürzen, noch etwas anderes. Wenn die Energie Burgenland endlich vernünftige Preise bei Strom oder Energie machen würde, könnten wir uns das alles sparen.

Ich sage Euch warum. Ich sage Euch auch warum. Ich zeige Euch ein paar Anbote, wo Ihr Euch wundern werdet, oder kümmert Ihr Euch gar nicht um die Gemeinde, was sich dort abspielt. 4,89 Cent pro KW bietet die Energie Burgenland an. Dann gibt es eine Diskussion. Dann lassen wir uns in der Gemeinde einen Preisvergleich einholen 4,40 Euro. Garantiert für die Gemeinden, 4,40 Euro. Bei Gas 3,20 Euro.

Darf ich Euch etwas zeigen, wie gewisse Gemeinden einkaufen, wo sich keiner den Namen sagen traut, wer die wirklich sind. Wie man sie einkauft und wie man tut. Auch ich bin privat woanders hingegangen, weil ich mir bei einem normalen Haushalt 700 Euro erspare.

Ich habe gelesen, dass der Oberwarter-Bürgermeister auch in diese Richtung denkt und auch vielleicht dementsprechend einmal ein Energieanbot einholt und dann werden wir sehen, wie das Ganze weitergeht, aber wir haben ja heute noch genug Gelegenheit, das weiter zu diskutieren. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte als Erstes in der Gruppe auf den Landes-Rechnungshof zu sprechen kommen. So sehr mein Vorgänger die Art und Weise der Bestellung des Rechnungshofdirektors damals kritisiert hat, so sehr sind wir heute über die Entwicklung und die Leitung des Landes-Rechnungshofes mehr als zufrieden. Das Team rund um den Direktor liefert mit den Berichten wichtige Anhaltspunkte für Optimierungen, Verbesserungen, Einsparungen.

Damit die Arbeit auch langfristig Sinn macht, wurden die - unserer Meinung nach auch sehr wichtigen - Follow-up-Prüfungen verbessert. Wie man auch am Beispiel, leider am negativen Beispiel, der Vollziehung der Mindestsicherung gesehen hat, mehr als notwendig.

Im Jahr 2014 wurden vom Rechnungshof fünf Prüfberichte veröffentlicht und mit insgesamt 101 Feststellungen und 77 Empfehlungen abgegeben. Gott sei Dank wurde der Mehraufwand, den der Rechnungshof in Zukunft hat, auch aufgrund der Ausweitung auf die Gemeinden, der Prüfmöglichkeiten für die Gemeinden, von 2014 mit 676.000 Euro für 2016 mit 1,03 Millionen Euro veranschlagt. Eine begrüßenswerte Entwicklung, die lange notwendig war.

Ebenso begrüßenswert ist natürlich auch die Entwicklung, dass der Rechnungshof nicht nur Berichte macht, sondern diese auch umgesetzt werden. Im vergangenen, also im Vorjahr, 2014, wurden immerhin 80 Prozent der Empfehlungen umgesetzt.

Ich bin gespannt, wie das dann für heuer aussehen wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun aber zur Verwaltung: Interessanterweise wurde viel von der Verwaltungsreform und von Einsparungen gesprochen. Ich habe mir auch die Finanzentwicklung bis 2020 angesehen. Zu sehen ist da nicht wirklich etwas davon. Aber vielleicht kommt das ja noch. Einstweilen muss ich sagen, ist für viele, die in diesem Haus arbeiten, die Ankündigung der Einsparung eher eine gefährliche Drohung.

In Wahrheit geht es auch hier einmal mehr darum, dass die SPÖ ihren ehemaligen Partner, die ÖVP, loswerden will. Das ist wohl das Hauptziel. Ich glaube schon, dass da auch Geld eingespart werden kann. Die Frage ist nur, um welchen Preis? Wir haben bereits jetzt praktisch keine Abteilung im Land, die nicht personell äußerst knapp besetzt ist. Wir haben bereits jetzt Abteilungen und deren Mitarbeiter, wie man auch wieder am Beispiel Mindestsicherung in den Bezirkshauptmannschaften sieht, die völlig überlastet sind, die letztlich in Burnout landen.

Gleichzeitig haben dieselben Abteilungen aber immer mehr Aufgabenbereiche. Das wird sich langfristig nicht ausgehen.

Die Leidtragenden werden, neben den Landesbeschäftigten, jene sein, für die sie arbeiten, nämlich die Menschen in diesem Land. Weil natürlich wenn ich – bleiben wir wieder beim Beispiel Mindestsicherung - zu wenig Personal habe, dann dauert natürlich auch der Antrag für die Mindestsicherung länger.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich, auch das wurde ohnehin auch schon erwähnt, ein neues Hauptreferat Sicherheit für den wieder einmal nicht anwesenden Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, dessen Aufgabenbereiche eigentlich sehr viel beim Bund liegen.

Aber auch da muss man natürlich auch dem kleinen Regierungspartner etwas zugestehen. Auch wenn es unpopulär klingen mag, wir brauchen eine gut ausgebildete und ausreichend besetzte Verwaltung. Die Herausforderungen werden immer größer und benötigen eine starke Verwaltung, die nicht dem Sparstift zum Opfer fallen darf.

Übrigens ist das beim Rechnungshof, Gott sei Dank, anders, aber bei den Abteilungen ist es leider nicht so. Was ich wichtig fände, wäre einmal eine bisschen eine andere Verwaltungsreform. Ein kleines Beispiel wurde heute vom Herrn Kölly schon kurz angesprochen: Die Beiträge zum Kindergarten. Ein völlig unnötiger Verwaltungsaufwand, wo zuerst die Eltern der Kinder den Kindergartenbeitrag zahlen und sie dann ansuchen

müssen. *(Abg. Gerhard Steier: Das geht nicht anders! Das geht nicht.)* Ja dann muss man es ändern!

Wieso soll das nicht anders gehen? Dann sollen das wenigstens die Gemeinden für die Eltern machen. So ist es ein Aufwand für die Verwaltung, ist es ein Aufwand für die Eltern und für die Gemeinde, für die Kindergärten. Da gehört einmal etwas geändert als eines von vielen Beispielen. Es gibt noch viele andere Beispiele.

Was auch ein Riesenproblem ist, ist nach wie vor, dass zwar viele Menschen sozialhilfeberechtigt wären, aber aufgrund von Nichtkenntnis, von teilweise vielleicht auch falsch verstandener Scham, weil man ja für den Heizkostenzuschuss auf die Gemeinde pilgern muss, wo dann vielleicht die Nachbarin als Mitarbeiterin sitzt, wo man den Heizkostenzuschuss beantragen muss.

Ich finde hier gehört einmal eine wesentliche Änderung herbeigebracht. Es würde die Verwaltung vereinfachen und würde es vor allem den Leuten, die bedürftig sind, beziehungsweise denen das zusteht, wesentlich einfacher werden.

Ein Wort noch zum Kollegen Hergovich. Mir ist schon klar, dass Sie nicht verstehen, dass wir nicht zustimmen. *(Abg. Robert Hergovich: Selbstverständlich!)* Das habe ich ohnehin so verstanden, nur, selbst wenn wir jetzt das ganze Budget in einzelne Gruppen aufteilen, sind die Gruppen dermaßen groß. Klar, in der Gruppe sind Sachen enthalten, die der Rechnungshof geprüft hat, wo ich sehr gut zustimmen kann.

Aber, dann sind viele Teile, da kann ich leider nicht zustimmen, weil ich mit dem nicht einverstanden bin. *(Abg. Robert Hergovich: Ein bisschen schwanger gibt es halt nicht.)* Ich kann nicht in Bausch und Bogen zustimmen. Da muss ich eben leider komplett nein stimmen. *(Abg. Robert Hergovich: Entweder schwanger oder nicht schwanger!)* Das mag schon sein, dann bin ich lieber nicht schwanger. Dankeschön.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Géza Molnár.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident. Ich rede entgegen der Unterlage zur Gruppe 0 gesamt. Meine Damen und Herren! Wenn Einsparungen verlangt oder auch versprochen werden, dann geht es in den allermeisten Fällen um jene Bereiche, die wir in der Gruppe 0 finden, dann geht es um die Politik. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Party!)*

Wir haben es heute schon in der Debatte gehört. Dann geht es eben um die Verwaltung. Über Einsparungen im Bildungsbereich, im Sozialbereich. Im Gesundheitsbereich spricht niemand gerne, zumindest nicht öffentlich, wenngleich sie dort genauso geschehen, ja geschehen müssen, auch wenn sie dort oft ertragreicher sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei Politik und bei Verwaltung ist man oft der Meinung, dass Einsparungen ohnehin niemanden wehtun oder zumindest nicht dem Falschen. Ein Ansatz, der nicht ganz zu Ende gedacht ist. Ich spreche mich jetzt nicht gegen Einsparungen in Politik und Verwaltung aus, im Gegenteil. Aber ich glaube schon, dass man die Relationen hier ein wenig zurechtrücken und die Auswirkungen schon noch beim Namen nennen muss. Der Herr Kollege Spitzmüller hat das vor mir ja auch schon getan.

Die Gesamtausgaben in der Gruppe 0 werden sich im Jahr 2016 auf rund 182,4 Millionen Euro belaufen, was in etwa der Höhe der Ausgaben im laufenden Jahr

entspricht, wenn ich jetzt den Nachtragsvoranschlag hernehme. An sich ist das schon ein durchaus ambitioniertes Ziel.

Der Landtag mit Landtagsdirektion, Landes-Rechnungshof wird im kommenden Jahr Kosten in Höhe von 10,3 Millionen Euro verursachen, die Landesregierung knapp 3,8 Millionen Euro, das Amt der Landesregierung 100 Millionen Euro, die sieben Bezirkshauptmannschaften rund 22,4 Millionen Euro, das Landes-Verwaltungsgericht etwa 1,5 Millionen Euro. Ein großer Teil sind da noch die Pensionen in Höhe von rund 38 Millionen Euro, ohne die Landeslehrer.

Vielleicht noch ein Schritt ins Detail, um auch auf diese Debatte mit der Verwaltungsreform noch einzugehen. Das Amt der Landesregierung verursacht uns, ich habe es gesagt, im Jahr Kosten in Höhe von rund 100 Millionen Euro. Davon entfallen 51 Millionen auf Leistungen für das Personal und über 18 Millionen Euro auf die Instandhaltung, Miete, den Betrieb und die Verwaltung der Landesimmobilien, in denen das Personal seine Arbeit tut. Auch Kleinvieh macht Mist.

Das darf man nie vergessen und selbstverständlich ist jede einzelne Ausgabe in jedem Bereich zu hinterfragen. Aber die wirklich großen Potentiale in finanzieller Hinsicht ließen sich natürlich nur beim Personal erheben, nicht bei den Pensionen, denn die gibt es schon. Da kann man nichts mehr ändern und auch nicht bei den Immobilien, wobei natürlich vereinzelte Ausnahmen nicht ausgeschlossen sind.

Die neue Landesregierung wird in einem ersten Schritt oder in einem der ersten Schritte die Anzahl der Abteilungen im Amt der Landesregierung um drei und die Anzahl der Stabsstellen um die Hälfte reduzieren. Es wird mittelfristig Einsparungen von, ich sage es jetzt ein bisschen provokant, gerade einmal 500.000 Euro pro Jahr bringen, wenn man eben weniger Abteilungsvorstände und Stabstellenleiter zahlen wird müssen. *(Abg. Gerhard Steier: In der Zukunft! In der Zukunft!)*

Das als Kahlschlag zu bezeichnen, wie es die ÖVP bezeichnet, das ist doch etwas befremdlich. Jene ÖVP, die in den letzten 15 Jahren in diesem Bereich überhaupt keinen Finger gerührt hat, und auch jetzt keine brauchbaren Vorschläge macht.

Der Auftritt heute beim Nachtragsvoranschlag vom geschätzten Kollegen Wolf, der war ja mehr oder weniger schon skurril. Es ist mit keinem Wort auf den Nachtragsvoranschlag eingegangen worden. Man hat genau gemerkt, worum es ihnen in dem Fall gegangen ist, nämlich nur darum, Stunk zu machen.

Keine inhaltliche Befassung, nur lautes Wehklagen über die eigene Situation. Sie wollen eben nicht zur Kenntnis nehmen, dass sie am 31. Mai 2015 abgewählt worden sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es ist ja geradezu putzig, wie sie sich über die Kompetenzaufteilung hier in der Landesregierung und über die Aufteilung der Budgetmittel Sorgen machen. Aber, das zeigt auch, wie sie ticken.

Weil wir, die 20 da im Saal, und die Sieben da auf der Regierungsbank, sind eine Mannschaft. Das ist das, was sie anscheinend nie verinnerlicht haben und höchstwahrscheinlich auch nicht gewohnt sind. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Sie sind es nicht gewohnt, denn wir sind eine Mannschaft und daher diskutieren wir solche Dinge auch gar nicht. Wir werden als Mannschaft gemeinsam Erfolge feiern. Es wird dann und wann vielleicht auch Dinge geben, die nicht funktionieren, aber das ist das, was uns von ihnen unterscheidet. Wir sind eine Mannschaft. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Reiner Zweckoptimismus!)*

Es braucht eine Verwaltungsreform. Wir werden dieses Projekt vorantreiben. Wir wissen, dass eine Verwaltungsreform - trotz aller Schwierigkeiten - budgetär behilflich sein wird. Wir wissen aber auch, dass es zur Budgetkonsolidierung und zum Schuldenabbau mehr brauchen wird, als nur eine Reform der Verwaltung. Wenn ein Bürger ein Amtsgebäude betritt, dann erwartet er eine freundliche Behandlung, er erwartet eine kompetente Bearbeitung und eine rasche Bearbeitung, verständlicherweise und vollkommen zu Recht.

Die wahre Herausforderung einer Verwaltungsreform auf unserer Ebene liegt darin, dass man bei unverändertem Personalstand, oder vielleicht sogar mit etwas weniger Personal, mehr Aufgaben und immer kompliziertere Aufgaben in einer kürzeren Zeit erledigt, und zwar zur Zufriedenheit der Beteiligten.

Wir brauchen daher eine Aufgabenkritik, wir brauchen die Regulierung, wir brauchen dort, wo es sie noch nicht gibt, die entsprechende technische Unterstützung. Wir brauchen bestens geschultes Personal und wir brauchen bei Neuaufnahmen das beste Personal, das wir bekommen können, was uns letztendlich wieder einmal zu einem für Einsteiger relativ unattraktiven Gehaltsschema führt.

Alle diese Aufgaben nicht abzuarbeiten, einfach auf natürliche Abgänge zu setzen, die nicht nachbesetzt werden, das wird uns nicht weiterbringen. Im Gegenteil, das wissen wir. Deswegen ist diesen Reformbestrebungen im Übereinkommen zwischen SPÖ und FPÖ auch ein entsprechender Platz eingeräumt.

Vielleicht noch ein Wort zur Forderung der ÖVP, die Kollege Sagartz heute wieder erneuert hat, nämlich, nach Einbindung des Landesrechnungshofes in die Verwaltungsreform. Der Landes-Rechnungshof leistet mit seinen Empfehlungen laufend wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung der Landesverwaltung. Die Berichte liegen allesamt vor. Die Empfehlungen werden auch laufend umgesetzt.

Ich verweise noch einmal auf die Erläuterungen zum Nachtragsvoranschlag, wo sich einiges findet, wo man sehr schnell zur Umsetzung gegangen ist. Die Einbindung in ein konkretes Projekt, ich habe es schon in der letzten Sitzung zu einem anderen Beispiel gesagt, das gerade erarbeitet und Schritt für Schritt umgesetzt wird, würde den Landes-Rechnungshof am Ende in eine Situation bringen, die wir uns alle und die wir vor allem ihm nicht wünschen.

Der Landes-Rechnungshof ist nur dann unabhängig und kann unabhängig prüfen, wenn er im Nachhinein prüft und wenn er vor allem nicht Teil jener Entscheidungen ist, die seiner Zuständigkeit als Rechnungskontrollbehörde unterliegen.

Ein Wort noch zum Rechnungshof selbst. Es wurde bereits auf die personelle Ausstattung Bezug genommen. Der Landtag hat in den letzten Jahren den Bedarf, wie er vom Landes-Rechnungshof geäußert wurde, immer entsprechend berücksichtigt. Beim Budgetvollzug ist der Landes-Rechnungshof immer in den jeweiligen Tätigkeitsberichten absolut vorbildlich. Da nehmen wir uns auch ein Vorbild, da nimmt sich auch die Landesregierung ein Vorbild.

Wir sind mit der Gruppe 0 des Voranschlages einverstanden. Sollten die budgetierten Ausgaben gerade im Bereich der Zentralverwaltung wirklich ausreichen, dann wäre das schon ein ansehnlicher Erfolg, weil nicht einmal eine Indexierung vorgesehen ist.

Wir werden in diesem Fall jedenfalls unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar ist der Nächste, der zu Wort gemeldet ist. Pardon, Herr Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. ist der Nächste.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Herr Kollege! Sie sind ohnehin gleich dran. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Eingangs möchte ich mich als Obmann des Rechnungshofausschusses für die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Landes-Rechnungshof bedanken. Ich möchte ihn loben und vor allem auch die Mitarbeiter, die sehr professionell, unabhängig und fachlich korrekt arbeiten.

Es herrscht auch bestes Einvernehmen, nicht nur mit den Mitgliedern des Ausschusses, sondern auch mit dem Landes-Rechnungshofdirektor Andreas Mihalits.

Daher gebührt ihm, seinen Mitarbeitern und seinem Team ein großes Dankeschön für die vorbildliche Arbeit. Der Landes-Rechnungshof ist ein Organ des Burgenländischen Landtages. Damit sind die Prüfungsgegenstände klar definiert auf die Tätigkeiten oder auch Untätigkeiten der Landesregierung.

Ich glaube, dass es notwendig ist, dass der Landes-Rechnungshof im Zuge von derartig großen Reformen beratend dabei sein muss. Ich glaube nicht, dass hier etwas dagegen spricht, weil auch neben diesen Reformen viel Prüfungsbedarf herrschen wird.

Der Rechnungshof prüft im Burgenland zurzeit ein Volumen und künftig ein noch größeres von 2,2 Milliarden Euro. Damit liegt der Rechnungshof klar an der Spitze der Leistungsfähigkeit im Vergleich zu seinen Mitarbeitern. Der Fokus liegt hier auf der Rechtmäßigkeit, auf der Wirtschaftlichkeit, auf der Zweckmäßigkeit und auf der Sparsamkeit. Das sind messbare Grundsätze, die für uns als Landtag maßgebend sein müssen.

Ganz im Sinne der Gewaltenteilung braucht es aber auch eine klare Trennung von Landtag und Regierung. Wir möchten daher die tatsächliche Entkopplung des Landes-Rechnungshofes von der Regierung, sei es beispielsweise bei der EDV, aber auch beim Personal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sollten hier auch die Personalhoheit des Landes-Rechnungshofes einfordern, um unabhängig agieren zu können. Gratulieren darf ich aber auch, dass unser ÖVP-Vorschlag ins Budget eingeflossen ist, denn nunmehr werden die Mittel für den Landes-Rechnungshof zukünftig um 200.000 Euro besser ausfallen. Damit können mehr Mitarbeiter die Macht dieser rot-blauen Regierung kontrollieren. Ein Danke dafür natürlich im Namen des Rechnungshofes. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dass der Landes-Rechnungshof großartige Arbeit leistet, möchte ich hier nochmals betonen. Es gibt regelmäßig gravierende Feststellungen in den Prüfberichten, die veröffentlicht wurden. Damit kann man sich ständige Verbesserungspotentiale vor Augen führen, um unser Land nach vorne zu bringen. Er zeigt Verbesserungen auf, dort wo Effektivität notwendig ist, also was getan wird, und auch im Bereich der Effizienz, also wie es getan wird.

Er zeigt aber auch Missstände auf und auch den Machtmissbrauch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Leider werden die Feststellungen nicht immer wohlwollend zur Kenntnis genommen. Das ist auch klar, weil scheinbar möchte

man den Glanz dieser rot-blauen Regierung nicht abbröckeln lassen, nicht zulassen, dass dieser hier angekratzt wird.

Es gibt genügend Beispiele, wo der Landes-Rechnungshof in der Vergangenheit viele Verbesserungspotentiale aufgezeigt hat, beispielsweise beim Rechnungsabschluss, der nicht transparent und teilweise auch nicht aussagekräftig ist, wenn es darum geht, dass vollständige Ausweise der Beteiligungen, der Haftungen oder auch der Kredite nicht ausgewiesen sind.

Weiters liegt eine sehr niedrige Umsetzungsquote im Follow-up Prüfbericht der Mindestsicherung beziehungsweise der Auszahlung der Mindestsicherung vor. Ein erst vor kurzem veröffentlichter Prüfbericht zeigt, dass hinsichtlich des internen Kontrollsystems, wie wir schon diskutiert haben, im Land leider kein Vier-Augen-Prinzip und auch kein Trennungsprinzip vorliegt. Hier muss man Alarm schlagen.

Denn ich glaube, dass zumindest die Beamten sehr wohl wissen, dass massives Verbesserungspotential herrscht. Es ist notwendig, dass man die notwendigen Schritte setzt. Ich hoffe, dass die politische Ebene dies bereits erkannt hat. Der Landes-Rechnungshof zeigt aber auch auf, wo Sparpotentiale herrschen, beispielsweise bei den Dienstwägen. Hier wird von Blau oft kritisiert, dass es diese Dienstwägen gibt, nun hat man aber schon einen neuen Dienstwagen selbst bestellt.

Beispielsweise hätte man auch in der Regierungsbildung sparen können, indem man auf zwei Landesräte verzichtet hätte. Gleichzeitig hätte man beim Landesschulrat sparen können.

Wir als ÖVP haben einen Antrag eingebracht, bei dem nicht nur der Vizepräsident, sondern auch gleich der Landesschulratspräsident abgeschafft werden hätte können. Gleichzeitig weist der Landes-Rechnungshof auch darauf hin, dass es spekulative Zinsgeschäfte gibt, die über die letzten fünf Jahre zu einem Verlust von sage und schreibe 21 Millionen Euro geführt haben.

Alles zusammen ergäbe schon den Finanzierungsbedarf für unsere ÖVP-Ideen, die wir präsentiert haben, die nicht einmal zwei Prozent des Landesbudgets ausgemacht hätten.

Herr Kollege Hergovich! Mit all diesen Themen zeigen wir konkret auf, wo man sparen hätte können und damit wäre unser Paket für die Gemeinden, für die sozial Schwächeren und für die Landwirte mehr als finanziert gewesen. Deswegen stehen wir als ÖVP für Transparenz und hoffen, dass die Regierung ihrem Versprechen nachkommt, Transparenz und Durchsichtigkeit in die rot-blaue Politik zu bringen.

Noch einmal, wenn wir hier Vorschläge vorbringen als die starke Alternative, dann ist klar, dass wir unsere Vorschläge finanziert wissen, aber leider scheitert es daran, dass Rot-Blau ausschließliche ihre Macht festigen möchte.

Bezüglich Transparenz möchte ich auf den Antrag des Kollegen Kölly eingehen, der die Transparenzdatenbank einfordert. Hier stehen wir hinter diesem Antrag, weil es bereits 2013 die Idee der ÖVP war, die Transparenzdatenbank österreichweit einzuführen. Hier hat es einen Kompromiss mit der SPÖ gegeben, aber leider blockiert die SPÖ noch immer, sonst wäre diese Transparenzdatenbank bereits auf allen Ebenen umgesetzt.

Wir möchten hier staatliche Förderungen und Transferzahlungen überblicken, es birgt viele Vorteile, wenn man diese Transparenzdatenbank einführt. Zum einen geht es um ein effizienteres Förderwesen, um die Verbesserung der Treffgenauigkeit von

Förderungen, um die Vermeidung von Mehrfachförderungen, aber auch um die Missbrauchsbekämpfung und vor allem geht es um Verwaltungsvereinfachungen.

Wir glauben, dass dadurch nicht nur mehr Transparenz in die Finanzen kommen würde, sondern auch in die Politik. Deswegen unterstützen wir den Antrag der LBL, weil es eigentlich eine ÖVP-Idee ist.

Hier braucht es mehr Tempo! Also, liebe SPÖ, ich hoffe, dass Ihr Euren Ministern unter die Arme greifen könnt, damit diese Transparenzdatenbank schneller umgesetzt wird.

Ein weiterer Punkt, der noch auf unserer Tagesordnung steht, ist der Rechnungshofbericht des Bundes zur Ski-WM und zur ÖISS. Hier lag die Zuständigkeit beim glücklosen Minister Darabos, aber in diesem Fall hatte er Glück, weil wir bei dieser WM einen Slalom-Weltmeister und auch den Mannschaftswettbewerb gewonnen haben.

Für das Burgenland bedeutet dieser Bericht, dass wir 4.500 Euro zugeschossen haben und da dieser Betrag überschaubar ist, werden wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Uns ist es wichtig, gemeinsam mit dem Landes-Rechnungshof der neuen rot-blauen Regierung anständig auf die Finger zu schauen, weil Rot-Blau diese Kontrolle einfach braucht.

Wir stimmen daher einzeln der Gruppe 0 zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter Wolf. Aber nun, Dr. Peter Rezar, sind Sie am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es wäre natürlich verlockend gewesen, synchron zu sprechen, das hätte sicherlich eine Herausforderung für die Damen und Herren des Hohen Hauses bedeutet! Das war aber scherzhaft gemeint, Herr Präsident.

Zum Kapitel Rechnungshof haben die Vorredner bereits viele Anmerkungen gemacht. Ich kann viel von dem Gesagten nur unterstreichen. Ich denke, der Landes-Rechnungshof ist ein unverzichtbares Organ des Landtages. Er muss deshalb ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Das Land und seine Institutionen haben durch den Landes-Rechnungshof nachhaltig profitiert und ich darf mich ebenso beim anwesenden Direktor Mag. Andreas Mihalits und seiner Mannschaft sehr herzlich für das gewaltige Engagement und seine Leistungen bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich darf mich heute insbesondere mit dem vorliegenden Bericht des Bundes-Rechnungshofes zur Stiftung des Österreichischen Institutes für Schul- und Sportstättenbau einschließlich ÖSS Datensysteme GmbH. auseinandersetzen und hier einige Anmerkungen dazu machen. Diese gemeinsame Stiftung des Bundes und der Länder geht davon aus, dass Qualitätsstandards für den Schul- und Sportstättenbau in Österreich Verwendung finden.

Ziel ist die Erstellung von allgemeinen Richtlinien und Empfehlungen sowie die Beratung im Schul- und Sportstättenbau, wobei die Finanzierung aus Zuschüssen des Bundes und der Länder erfolgt. Mit fünf Außenstellen bearbeiten sieben Mitarbeiter in der Zentrale und fünf Außenstellenmitarbeiter dieses Institut.

Die Organe sind das Kuratorium, der Fachrat, die Geschäftsführung und die Finanzkontrolleure. In diesem Bericht wurde eine ganze Fülle von namhaften Mängeln festgestellt. Beispielsweise war das Kuratorium in Bezugsangelegenheiten, also etwa bei Gehaltserhöhungen oder bei den Prämiengewährungen nicht eingebunden, obwohl das in den Satzungsunterlagen expressis verbis vorgesehen ist.

Zur Geschäftsführung ist anzumerken, dass der Vertrag nicht den Bundesschablonenverordnungen entsprochen hat, denn die Bezugserhöhung erfolgte ohne Beschluss. Die Geschäftsführerin, so könnte man hier fast den Eindruck gewinnen, hat sich die Bezugserhöhung selbst genehmigt.

Bei den Außenstellen war die rechtliche Stellung nicht ganz klar. Der Fachrat, der ja eigentlich die Geschäftsführung unterstützen sollte, war mangelhaft eingebunden, insbesondere bei der Erstellung der Richtlinien und Empfehlungen.

Darüber hinaus hat ein Mitglied 2010 von zehn Sitzungen fünf geschwänzt und 2013 insgesamt sieben Sitzungen von elf. Die Anwesenheit war also nicht sehr erfreulich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Finanzkontrolleure waren nur stichprobenartig tätig. Generell muss man hier anmerken, dass man beim Institut hier wirkliche Strategien vermisst. Die Ziele waren ebenso nicht vorgegeben und die Leistungen enthalten überhaupt keine Angaben im Hinblick auf die Kosten. Es gibt keine Preiskalkulation, keine Transparenz über den Mitteleinsatz, es gibt keine bundesweite Verpflichtung zur Einhaltung der Richtlinien und der Empfehlungen.

Das hätte man schon erwarten müssen, denn wenn hier dieses Institut arbeitet, dann sollte das schon eine entsprechende Qualität, eine verpflichtende Qualität mit Standards aufweisen. Das gilt für die gesamten Gutachten. Hier gibt es keine entsprechenden Standards und sie sind zum Teil auch sehr unpräzise formuliert.

Hier fehlt ebenso die Qualität und das hat natürlich auch zum Inhalt, dass es hier ganz massive Empfehlungen, nämlich 33 an der Zahl, gibt. Das ist ungewöhnlich für die relative Kleinheit dieses Institutes. Im Grunde genommen finanziert der Bund 81, die Länder 19 Prozent, unser Bundesland 4.851 Euro.

Im Jahr 1994 erfolgte überdies die Gründung einer eigenen GmbH ohne strategische Vorgaben, ohne entsprechende Ziele. Hier wurde von Seiten der Geschäftsführung auch eine Nebenbeschäftigung gewährt. 23 Prozent der GmbH-Überschüsse wurden an die Mutter zurückgeführt.

Auch hier gibt es massive Probleme, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Nach diesem eher niederschmetternden Bericht nimmt es nicht Wunder, dass es diese große Anzahl von Empfehlungen gegeben hat. Der einzige Trost aus burgenländischer Sicht ist hier sicherlich der Umstand, dass wir wie gesagt, nur einen kleinen Beitrag in der Größenordnung von 4.851 Euro geleistet haben.

Die Frage, die sich dennoch erhebt ist, warum zahlen wir diesen Mitgliedsbeitrag bei einer derart mäßigen Gutachtertätigkeit, welche im Übrigen auch keine bundeseinheitliche Gültigkeit hat? Ein Ausscheiden des Landes aus dem ÖISS würde nicht nur Geld sparen, sondern darüber hinaus auch den Rechnungshof entbinden, derartige Überprüfungen vorzunehmen und uns darüber hinaus Diskussionen in diesem Zusammenhang hier im Hohen Landtag.

Ich darf für meine Fraktion anmerken, dass wir diesen Bericht dennoch zur Kenntnis nehmen und ich darf dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof die volle

Unterstützung und das volle Vertrauen meiner Fraktion aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist der Landtagsabgeordnete Werner Friedl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hier im Burgenland haben die Zeichen der Zeit richtig gedeutet und Jahre früher, schneller, besser und effizienter als andere Länder mit einem sinnvollen Sparkurs den nötigen Spielraum für stabilisierende Investitionen geschaffen.

Ich denke, wir alle wissen, dass sich die Rahmenbedingungen, die Aufgaben und die Schwerpunkte für die Politik und die Verwaltung aufgrund des gesellschaftlichen Wandels der geöffneten Märkte, der neuen Technologien permanent verändern.

Das heißt, die öffentliche Hand muss sich auf diese neuen Herausforderungen einstellen. Ausgewogene Konsolidierung und offensive Investitionen müssen daher auch in Zukunft Hand in Hand gehen. Es ist wichtig zu konsultieren, ohne die Wirtschaft abzuwürgen oder Arbeitsplätze zu gefährden, sowie verträgliche Strukturmaßnahmen zu setzen ohne einzelne Gruppen in den Ruin zu treiben.

Mit dem Budget 2016 wolle man neue Wege beschreiten, aber auch konsequent die Einsparungsstrategie fortsetzen, so Landesrat Helmut Bieler, der gemeinsam mit seinem Team das Budget 2016 auf die Beine gestellt hat.

Die Landesregierung bekennt sich zu stabilen Finanzen, einem ausgeglichenen Haushalt, die Erfüllung der Kriterien des österreichischen Stabilitätspaktes und einem kontinuierlichen Schuldenabbau ab 2016.

Wichtige Punkte im Budget sind die Aufrechterhaltung der besten Wohnbauförderung aller Bundesländer, die Schaffung von 1.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen jährlich zur Absicherung des Topniveaus am Arbeitsmarkt, die finanzielle Abdeckung im Bereich Gesundheit und Soziales mit dem besonderen Augenmerk auf die demografische Entwicklung zur Sicherung der wohnnahen Versorgung, sowie die Ausrichtung auf zukunftsorientierte Bildungsstandards.

Ebenso die Modernisierung des Haushaltswesens durch die Einführung der wirkungsorientierten Haushaltsführung auf Basis der Doppik und die damit eingehenden Haushaltsreform für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* durch die Einführung der wirkungsorientierten Haushaltsführung auf Basis der Doppik und die damit verbundene Haushaltsreform für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit, Internationalisierung, Steigerung der Exporte, Investition in Wissen und Gesellschaften.

250 Millionen Euro werden für die Bildungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Effizienzsteigerung durch eine umfassende Landesverwaltung und Neustrukturierung des „Konzern Burgenland“.

Im Personalbereich wurden seit 2008 177 Planposten eingespart, rund 44 Prozent der Gesamtausgaben fließen in den Sozialbereich und kommen direkt den Menschen im Burgenland zu Gute.

Durch die Investitionsquote von 2,3 fließt jeder fünfte Euro direkt in die Wirtschaft des Landes. Dadurch wird die regionale Wertschöpfung gesteigert, Arbeitsplätze

geschaffen und bestehenden Arbeitsplätze abgesichert. Die Umsetzung der Maßnahmen zielt auf langfristige Einsparungseffekte ab, zum Teil durch Nutzung der Synergien im Verwaltungsbereich.

Ich möchte im Speziellen die Einsparungen im Bereich des Landesschulrates erwähnen. Seit dem Jahr 2010 wurden vom Landesschulrat für Burgenland insgesamt 80 zugewiesene Verwaltungsplanstellen und 19 volle Planstellen eingespart. Dies entspricht einem Prozentsatz von zirka 22 Prozent.

Weiters wurden im Schulaufsichtsbereich drei Pflichtschulinspektoren-Planstellen eingespart. Auch wurden vier Fachinspektion-Planstellen sowie eine Landesschulinspektoren-Planstelle nicht mehr nachbesetzt. Das entspricht einem Einsparungsvolumen von zirka 35 Prozent im Schulaufsichtsbereich des Burgenlandes.

Weiters wurden im Burgenland aus Effizienzgründen die Verwaltung der Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer von der Landesregierung an den Landesschulrat übertragen.

Im Juli wurde per Gesetz das Amt des Vize-Präsidenten des Landesschulrates abgeschafft.

Im Zuge der Bildungsverwaltungsreform wurde mit Nationalratsbeschluss vom Juni 2013 eine von drei Behördenebenen eingespart. Bundesweit fallen 98 Bezirksschulratsbehörden inklusive der Schulratskollegien weg. Mit Wirksamkeit vom 1. August 2014 wurden auch die Bezirksschulräte der Behörde aufgelöst.

Das Kollegium des Landesschulrat für Burgenland hat am 28. April 2014 folgende Bildungsregionen und Außenstellen des Burgenlandes beschlossen - im Burgenland wurde zwei Bildungsregionen geschaffen:

Die Bildungsregion Nord, das sind die Bezirke Neusiedl, Eisenstadt und Mattersburg und die Bildungsregion Süd, das sind die Bezirke Oberpullendorf, Oberwart, Güssing und Jennersdorf. Es gibt folgende Außenstelle des Landesschulrates, das ist Neusiedl, Oberwart und Güssing.

Im Burgenland wird die Anzahl von neun Behörden in den einzelnen Bezirken und den Freistädten Eisenstadt und Rust auf die Anzahl von vier Standorten in den Bildungsregionen reduziert.

Im Burgenland steht das Kind im Mittelpunkt unseres Schulwesens, daher wird die Schule auch für die leider oft sehr schwer traumatisierten Flüchtlingskinder und Jugendlichen einen geschützten Raum mit geregeltem Tagesablauf bieten. Alle in Österreich lebenden Kinder haben das Recht und die Pflicht die Schule zu besuchen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und GRÜNE)*

Von Seiten des Landesschulrates wurden folgende Betreuungs- und Unterstützungsmaßnahmen für Flüchtlingskinder angeboten:

- Installierung im Landesschulrat einer Expertisengruppe um auf die aktuellen Herausforderungen rasch reagieren zu können;
- Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus Syrien und Afghanistan,
- Schulpsychologen,
- Beratungslehrerinnen und -lehrer,
- Sprachförderkurse,

- Aufbau einer Stützungsstruktur für Schulen und Vernetzung der regionalen schulischen und außerschulischen Unterstützungssysteme,
- Materialien und Unterstützungsangebote im Bereich sprachlicher Bildung,
- Unterstützung von Lehrkräften durch gezielte Fortbildung an den pädagogischen Hochschulen.

Es ist unsere Aufgabe und unsere Verantwortung, bürgerfreundliche Arbeit zu verrichten und vorbildhaft im Sinne der Bevölkerung zu agieren, denn der Staat und die Länder müssen die Probleme der Bevölkerung lösen und nicht umgekehrt.

Ich möchte mich beim Herrn Landeshauptmann bedanken, 15 Jahre hat er mit seinem Team das Burgenland vom Ziel 1-Gebiet, „Armenhaus“ von Österreich, an die Spitze geführt. Dazu herzlichen Dank.

Ich möchte mich auch beim Herrn Landesrat Helmut Bieler gemeinsam mit seinem Team recht herzlich für das Budget bedanken. Ich möchte mich weiter bei den Gemeindebediensteten, bei den Bezirkshauptmannschaften und beim Land recht, recht herzlich bedanken und auch ein Dankeschön an die Angestellten meines Klubs. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter für Ihren Redebeitrag. Die nächste Wortmeldung ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich auf das Kapitel Gemeinde eingehe, möchte ich doch schon auf ein Thema noch eingehen, dass auch die Generaldebatte beherrscht hat, nämlich der Sager von Herrn Kovasits.

Ich habe nämlich auf der Homepage der FPÖ hier eine Aussendung gefunden, die möchte ich auch der SPÖ nicht vorenthalten, damit sie sehen, wie ihr Regierungspartner hier denkt.

Da zitiere ich: "Klar ist aber, so fährt Kovasits fort, dass Verteidigungsminister Klug seine Aufgabe nicht wahr nimmt, ob aus intellektuellem Defizit, faktischem Unvermögen oder bloßer Ignoranz, ist hierbei unwichtig. Ich fordere Herrn Klug auf, der offenbar vergessen hat, dass er auf die Österreichische Bundesverfassung angelobt wurde - sagt der Herr Kovasits - sofort zurückzutreten."

Und dann geht es weiter: "Wenn also alle Stricke reißen, dann wird es nur noch die Möglichkeit des zivilen Ungehorsams geben."

Herr Abgeordneter, Sie sind Klubobmann, Sie stehen einer Partei vor, die Regierungsverantwortung in diesem Lande trägt. Und wenn von einem Abgeordneten der Gesetze beschließt, derartige Aussagen, unqualifizierte Aussagen, kommen, dann frage ich Sie, ob Sie in diesem Haus noch etwas als Mandatar verloren haben?

Entweder Sie entschuldigen sich oder Sie treten ganz einfach zurück im Sinne des Burgenlandes! *(Beifall bei der ÖVP, GRÜNE und des Abg. Gerhard Steier.)*

Ich möchte schon noch eines sagen, wenn man sich die letzten Monate anschaut, dann ist das wirklich eine schwache Regierung, wenn man sich anschaut, wie die FPÖ sich hier eingebracht hat. Ich habe mir das ganz genau angesehen.

Der Herr Tschürtz, der von Grenzkontrollen gesprochen hat im Südburgenland - Null Kompetenz. Herr Tschürtz, der angekündigt hat eine Verfassungsklage beim Durchgriffsrecht, da sagt dann der Landeshauptmann Niessl, sein Regierungskollege: Man darf keine Schmäh-Befragungen durchführen.

Oder, wenn er Ende August wieder eine Verkehrssicherheitskontrolle anordnet und der Polizeidirektor Doskozil meint, wir lassen uns für Grenzkontrollen nicht missbrauchen. Ja das ist eigentlich die SPÖ-FPÖ Regierung.

Und wenn dann der Herr Tschürtz - und jetzt wird es nämlich wirklich interessant - wenn nämlich der Herr Tschürtz einen sofortigen Zahlungsstopp Österreichs an die EU fordert, wissen Sie was das bedeutet? Das hätte zur Folge, dass wir mit unseren Förderprogrammen für die nächsten Jahre, wo uns 750 Millionen Euro erwarten, nicht starten könnten. Das wäre ein herber Verlust für das Burgenland, für viele wertvolle Projekte.

Das ist der Regierungspartner der SPÖ, das muss man wirklich deutlich sagen. Also diese Regierung hat die letzten fünf bis sechs Monate total versagt. Sie ist wirklich die schwächste Regierung seit 1945! *(Beifall bei der ÖVP)*

Jetzt komme ich zu dem was ich zu sagen habe. Was hat die SPÖ mit der FPÖ gemacht? *(Abg. Mag. Johann Richter: Sagen Sie das dem Wähler.)* Sie haben gesagt, naja der Proporz muss weg, aber dafür ist der Regierungsproporz eingeführt worden.

Burgenländisches Familienförderungsgesetz, die Abgeordneten raus, - es sind nur mehr Mitglieder nach dem Stärkeverhältnis in der Regierung vertreten. Oder, wenn ich nur daran erinnere, Landwirtschaftsförderungsgesetz, Musikschulförderungsgesetz, - da sind die Abgeordneten komplett eliminiert worden.

Oder Raumplanungsgesetz, Rettungsgesetz, Sozialhilfegesetz. Was Sie gemacht haben war, dass Sie eigentlich den Proporz wieder eingeführt haben auf Ihre Art, nämlich auf Regierungsart und so sehen Sie, so sehen Sie die Arbeit in diesem Lande.

Wenn man sich das Budget anschaut, dann merkt man, dass dieses Budget eine Fortführung von bloßen Zahlen ist. Alleine wenn man sich im Gemeindebereich anschaut, dass es hier keine klaren gesetzlichen Regelungen gibt, Verantwortlich für die Gemeinden, wo es wirklich geheißen hat, Verwaltungsreform, Zusammenführung.

Jetzt gibt es einheitliche Ressorts. Ich habe noch ein Gemeinderessort gehabt, das wird jetzt komplett verwässert. Der Herr Niessl ist zuständig für die Bedarfszuweisungen, die Gemeindeaufsicht hat die Frau Eisenkopf, die Feuerwehr hat der Herr Tschürtz, die Dorferneuerung die Frau Dunst.

Also wo ist da von Verwaltungsreform, von Transparenz, noch eine Rede? Also das ist alles, aber keine Verwaltungsreform im Sinne von mehr Transparenz im Burgenland, liebe Freunde. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier.)*

Und zu den Belastungen, weil ich nur zehn Minuten Zeit habe. Ja die Gemeinden werden alleine 2016 gerade im Bereich der Sozialhilfe vermehrt, um 30 Prozent, mehr belastet. Früher haben sie 19,5 Millionen Euro gezahlt, jetzt zahlen sie 25,4. Es sitzen viele Bürgermeister, Vizebürgermeister, Bürgermeisterinnen herinnen – ich weiß nicht, ob man sich das gefallen lassen muss?

Landesumlage, das ist eine Diskussion die führe ich mit dem Herrn Landesrat Bieler schon seit 15 Jahren. Ich habe ihm das immer wieder gesagt, es geht darum, dass wir dieses Geld, diese Landesumlage, die gibt es ja nicht in allen Bundesländern, aber dass wir dieses Geld, das wir von den Gemeinden einheben, und das sind immerhin 18

Millionen Euro, das man den Gemeinden das wieder in Form von Wirtschaftsförderungen zurück erstattet, dass wir das zweckbinden, dass wir versuchen den Gemeinden zu helfen.

Ich kann mich erinnern, wir haben das gemacht, zweimal auf meine Anregung. Erstens einmal, da bin ich belächelt worden als man gesagt hat, wir wollen die BEWAG mit der BEGAS fusionieren. Da bin ich belächelt worden. Wir haben es dann gemacht und die Gemeinden haben 100 Millionen Euro bekommen.

Und, Herr Kollege Bieler, Sie werden sich erinnern können, es war mein Vorschlag als wir gesagt haben, geben wir den Gemeinden auch Geld, wo sie strukturschwach sind. Versuchen wir, ich glaube zwei Mal, 1,7 Millionen Euro ihnen zur Verfügung zu stellen. Und damals haben die Gemeinden auch investieren können und damit haben wir Wertschöpfung im Burgenland geschaffen.

Und zum Finanzausgleich, zum Finanzausgleich bitte reden wir nicht herum. Das Burgenland wird vertreten durch den Landeshauptmann und den Finanzreferenten. Die sind 15 Jahre in der Regierung. Bitte was ist geschehen bis jetzt für das Burgenland – Null!

Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel ist ein bisschen abgeflacht worden, mehr nicht. Wenn ich alleine nur daran denke was Wien bekommt. Die bekommen mehr Wohnbauförderung, sie bekommen 109 Millionen Euro jährlich Zuschuss für den U-Bahn-Bau. Wo gibt es U-Bahn-Bau?

Sie bekommen zusätzlich Mitteln für Wohnbauförderung und sie haben die Parkpickerl-Regelung eingeführt, wo sie eigentlich den Gemeinden die Hauptwohnsitze wegnehmen. Und das wird noch beworben im Radio mit dem Zuwandererfonds, den ich gar nicht mehr hören kann.

Und jedes Mal wenn im Radio der Zuwandererfonds beworben wird, gibt es immer mehr Burgenländerinnen und Burgenländer die ihren Hauptwohnsitz in Wien melden müssen und damit entgehen den Gemeinden wertvolle Steuern. Ich sage, das ist eine Ungerechtigkeit und daher muss den Gemeinden dementsprechend auch unter die Arme gegriffen werden.

Den Gemeinden des Burgenlandes muss deswegen geholfen werden, weil sie ein wichtiger Wirtschaftsmotor der Regionalwirtschaft im Burgenland gewesen sind und auch in Zukunft sein werden. Und daher fordern wir einen fairen Finanzausgleich, weg mit dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel! *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Eines noch, weil ich nicht mehr viel Zeit habe. Ich habe mir auch die Anfragebeantwortung von der Frau Landesrätin Eisenkopf angesehen.

Also Frau Landesrätin, Sie stellen ein Gemeindepaket vor, ein bisserl etwas verstehe ich davon, weil ich 15 Jahre Gemeindereferent war und dann bewerben Sie dieses Paket mit 3.000 Euro. Es ist schön, dass Sie dieses Geld hinausgegeben haben, aber was haben die Gemeinden davon? Ich habe Sie gefragt: Wer zahlt eigentlich das Erstgespräch mit den Beratern? Sie schreiben mir, ja das ist sowieso kostenlos. No na, derartige Gespräche mit Fachexperten, Frau Landesrätin, sind immer beim Erstgespräch kostenlos.

Da habe ich mir gedacht, na gut, wahrscheinlich sind irgendwelche Höchstgrenzen verhandelt worden, damit eine Gemeinde, wenn sie einen Expertenpool in Anspruch nimmt, nicht mehr zahlen muss.

Sie schreiben mir: Auf Grund der Komplexität, - ich zitiere - Individualität und Vielfalt der von den Experten angebotenen Leistungen, können Entgelte nur zwischen der jeweiligen Gemeinde und den in Anspruch genommenen Experten, je nach zu erbringender Leistung, festgelegt werden.

Dazu brauche ich aber keine Gemeindeabteilung, dazu brauche ich auch nicht Sie, als Landesrätin, das können die 171 Gemeinden des Burgenlandes weitaus besser. Das ist enttäuschend. Von diesem Gemeindepaket hätte ich mir weitaus mehr erwünscht. Ich hätte mir auch mehr Akzente im Budget 2016 für die burgenländischen Gemeinden erwünscht.

Daher sagen wir ja, zu all diesen Dingen für die Gemeinden, aber das ist ein schwaches Budget. Und wenn diese drei Punkte, die wir gefordert haben, in der Generaldebatte nicht umgesetzt werden, dann wird es auch keine Zustimmung seitens der ÖVP geben.

Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl ist als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Interessant mit welchen Emotionen Budgets von Kolleginnen und Kollegen überbracht werden können. Ich werde mich dem nicht anschließen.

Ich möchte das sehr, sehr sachlich betrachten, weil gerade Geld etwas ist, worüber mehr Sachlichkeit zählen sollte, weil, dann kommt man, so glaube ich, zu den besseren Ergebnissen.

Das vorliegende Budget 2016 ist, so wie mir scheint, eine kräftige, finanzielle Grundlage zur Umsetzung der großen Herausforderungen der Gegenwart die wir alle kennen und wissen worum es geht, aber auch im Hinblick auf die Herausforderungen, die wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten bewältigen müssen.

Unsere Budgetpolitik zielt seit Jahren auf Wachstum und Beschäftigung, denn nur das garantiert die soziale Stabilität in unserem Land. Darauf sind wir stolz und diese Stabilität haben wir. Das Budget richtet sich nach den Bedürfnissen der Menschen, der Burgenländerinnen und Burgenländern.

Denn zwei Drittel aller Ausgaben gehen direkt an unsere Menschen im Bereich der Bildung, Gesundheit, Soziales und dem Wohnbau. Und die Ausrichtung auf eine Konsolidierung unseres Budgets, nämlich wachstumsorientiert, aber doch zu konsolidieren ist ein zukunftsorientierter Weg der uns ans Ziel bringen wird.

Wir haben ja schon vorher vom Kollegen gehört, 2017 beginnt schon der Abbau unserer Schulden, das ist etwas was in den anderen Bundesländern noch weit, weit entfernt ist.

Zur Bewältigung all dieser Herausforderungen ist es natürlich notwendig gemeinsam zu kommunizieren, mehr Transparenz in die Gemeinden, aber auch in das Land hinein zu bringen und zusammen gestärkt in die Achse Gemeinde - Land, aber auch in die Achse Gemeinde - Bewohner zu intensivieren. Denn der Weg in unserer sehr vernetzten Gesellschaft geht eindeutig in eine nachhaltige Servicierung unserer Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger.

Sehr geehrte Damen und Herren, um ein optimales Bürgerservice auf kommunaler Ebene anbieten zu können, und darum geht es letztendlich auch, ist es notwendig noch effizienter miteinander zu kooperieren und natürlich auch dabei Kosten, Einsparungspotentiale zu nützen.

Daher wird die Unterstützung und das Angebot der Gemeinden, seitens des Landes, und die Frau Landesrätin hat sie auch schon präsentiert, und seitens der Gemeindeabteilung, in Zukunft natürlich auch noch viel umfangreicher werden. Mag man kritisieren wie man möchte, diese Potentiale und diese Angebote gibt es erst jetzt.

Herr Kollege, Sie hätten in Ihrer Periode die Zeit gehabt und die Möglichkeit gehabt derartiges zu installieren, es ist aber nicht passiert, wie wir alle wissen.

Dieser Prozess wurde bereits initiiert im vergangenen November, da gab es bereits die Möglichkeiten in den jeweiligen Bezirken mit den Gemeindebediensteten, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vor Ort, also wohnortnah, unkompliziert, Beratung und Problemlösungsvorschläge zu erhalten.

Das Angebot ist wie berichtet, sehr, sehr gut angenommen worden und ich bin mir sicher auch in Zukunft ein Weg in die richtige Richtung. Dinge die wir jetzt noch andenken und die im kommenden Jahr zur Serviceorientierung noch kommen werden sind Gemeindezeitungen, die erscheinen werden und viele weitere Maßnahmen noch mehr.

Eine weitere Maßnahme ist natürlich die Einführung genau dieses Gemeindepaketes, Herr Kollege, das Sie gerade so wunderbar kritisiert haben. *(Abg. Ingrid Salamon: Er ist kein Bürgermeister, ihm kann es eh wurscht sein.)* Ich denke schon, dass es eine kostengünstigere Variante gibt, wenn sich Gemeinden zusammenschließen, wenn Gemeinden auf einen Pool von Fachleuten und Expertinnen und Experten zurückgreifen können, die maßgeschneiderte Dinge anbieten können.

Wenn es um Großprojekte geht, wenn es bei Vergabeverfahren um Dinge geht die nicht jede einzelne Gemeinde sich selber richten muss, sondern bereits die Experten quasi alles in petto haben, dabei können für die Gemeinden die Kosten sicherlich sehr niedrig gehalten werden.

Ja, wie gut unsere Gemeinden dastehen und was sie leisten, das hinterfragen wir jährlich über das Österreichische Gemeindemagazin, nämlich die Experten des KDZ, des Zentrums für Verwaltungsforschung. Die betreiben jedes Jahr eine Analyse der Finanzen und der Bonität aller unserer Gemeinden und Städte in Österreich.

Ich darf berichten, dass im Burgenland im Jahr 2015, ebenso wie im Vorjahr, 20 Prozent unserer Gemeinden im ersten Zehntel Österreich platziert sind. An vorderster Front und ganz besonders erfreulich, mit Platz sieben die südburgenländische Gemeinde Bildein. Und mit Klingenbach, Badersdorf, Loipersdorf, Kitzladen und Jabing haben wir noch vier weitere Gemeinden die unter den Top 25 Gemeinden österreichweit liegen.

Ich darf den Genannten sehr herzlich gratulieren. *(Abg. Walter Temmel: Dankeschön.)* Sie haben gut gearbeitet und das ist etwas worauf wir sehr stolz sein können. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und GRÜNE)*

Damit aber viele Gemeinden in Zukunft derartiges leisten können und die uns übertragenen Aufgaben als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erfüllen können, müssen wir natürlich trachten und da bin ich natürlich schon bei Ihnen, dass eine grundlegende Reform des Finanzausgleiches stattfinden muss.

Denn die Ertragsanteile, und das wissen Sie alle aus dem Finanzausgleich, sind nach wie vor die wichtigste Einnahmenkomponente des Landes. Und die Länder haben ja

bereits schon in vielen Diskussionen ein Positionspapier paktiert mit den wichtigsten Verhandlungspunkten, dass bei den Verhandlungen mit dem Bund und natürlich mit dem zuständigen Minister außer Diskussion stehen muss.

Der Aufteilungsschlüssel zwischen Bund, Länder und Gemeinden, derzeit im Verhältnis von 67, 22 und 11 Prozent darf natürlich nicht zu Ungunsten des Bundes verändert werden.

Der Finanzausgleich und die Krankenanstalten- und Pflegefinanzierung müssen nach wie vor eine Einheit bilden. Der Pflegefonds, wie er jetzt ist, sollte bis 2020 verlängert werden, einzig mit der Maßgabe, dass dem demografischen Entwicklungen Rechnung getragen werden muss.

Und es kann nicht sein, dass der Herr Finanzminister, und mein Herr Kollege hat es auch schon vorher gesagt, dass der Herr Finanzminister sich auf Kosten der Gemeinden und der Länder seine Schulden kofinanzieren kann, also das wird sicherlich nicht möglich sein.

Der bereits genannte abgestufte Bevölkerungsschlüssel, hat sich natürlich in seiner ursprünglichen Zielsetzung schon längst überholt und ist auch gegenwärtig nicht mehr tragbar und ist zukünftig ganz bestimmt der falsche Weg.

Die strukturellen Nachteile und die negativen Folgen der Abwanderungen müssen aufgefangen werden, dass ist das Thema der Stunde. Das wäre viel besser, wenn wir da einen Strukturfonds gründen könnten oder schaffen könnten, der diese negativen Gegebenheiten für die einzelnen Gemeinden ausgleichen könnte.

Ja, dass die Gemeinden und jeder einzelne Bürger weniger wert ist, dass kann natürlich überhaupt nicht sein, dass eine Burgenländerin und ein Burgenländer um 420 Euro im Vergleich zu Vorarlberg oder zu 184 im Vergleich zu Oberösterreich weniger wert ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren, das ist eigentlich lachhaft.

Wir schreiben das Jahr 2015, da müssen wir ganz konsequent dagegen arbeiten, dass es in Zukunft nicht mehr so sein wird, und das Land seine Aufgaben sehr wohl übernimmt.

Dass das Land unsere Gemeinden unterstützt und nicht im Stich lässt, wie es den Anschein, Ihren Ausführungen nach, hat, darf ich Ihnen dahingehend erläutern, weil Sie als zuständiger Referent, oder als Regierungsmitglied der vergangenen Periode sehr wohl wissen, dass die Verteilung der Pro-Kopf-Ausgaben im Österreichverhältnis 61 zu 39 Prozent ist, wir im Burgenland aber ein Verhältnis von 74 zu 26 haben.

Was bedeutet, dass in den Bereichen Sozialhilfe, Krankenanstalten, Kindergärten und öffentlicher Verkehr das Land 74 Prozent der Kosten übernimmt und die Gemeinden 26 Prozent. In Oberösterreich, und der Herr Kollege Hergovich hat es auch schon vorher erwähnt, sind das 55 zu 45.

Das bedeutet, dass das Land unsere Gemeinden mit diesem hohen Schlüssel natürlich sehr, sehr stark unterstützt. Daher müssen wir schauen, dass erste Schritte getan werden dem entgegenzuwirken und zwar, dass alle Einwohner, egal wo sie in Österreich hauptgemeldet sind, gleich viel wert sind.

In einem zweiten Schritt müssen gerechte Kriterien für die Verteilung der Ertragsanteile gefunden werden und die Erfordernisse für diese strukturschwachen Gemeinden und Abwanderungsgemeinden, die vor allem den Rand des Burgenlandes betreffen, besonders berücksichtigt werden.

Am Ende möchte ich mich aber im Positiven bei all den Gemeinden, Bürgerinnen und Bürgern, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Funktionären und allen zivilen Menschen bedanken, die seit dem vergangenen Sommer Großartiges geleistet haben, für die tausenden von hilfesuchenden Menschen die unser Land durchreist haben, oder die in unser Land gekommen sind.

Ein Dank all Jenen, die bereits Unterkünfte für diese heimatlosen Menschen geschaffen haben und versuchen sie mit sehr viel Umsicht und mit sehr viel humanitären Verständnis in unserem Alltag zu integrieren. Ich bitte all Jene die noch überlegen, es diesen Vorbildern gleichzutun.

Gemeinsam können wir diese Herausforderungen allemal bewältigen. Wir sind ein reiches Land, das haben wir schon oft bewiesen und wir sind gute Menschen, das haben wir auch schon bewiesen. Auch wenn das von manchen in diesem Land belächelt wird.

Ich bedanke mich stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Abteilung bei der Frau Mag. Philipp und bei der Frau Mag. Novosell und natürlich bei unserer neuen Landesrätin, Frau Mag. Astrid Eisenkopf.

Meine Fraktion wird dem vorliegenden Budget natürlich die Zustimmung erteilen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und GRÜNE)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Regierung schaltet sich in die Budgetdebatte ein. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Frau Landesrätin, Ihre zehn Minuten beginnen jetzt.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Aufgaben der Gemeinden die werden immer vielfältiger und komplexer, und um die Gemeinden bei diesen großen Herausforderungen der Zukunft maßgeblich unterstützen zu können, ist es ein großes Ziel der Gemeindeabteilung und mein Ziel, die Gemeinden optimal zu unterstützen bei diesen Aufgaben, vor allem die Gemeindeabteilung verstärkt als Informations- und als Servicestelle auszuarbeiten und zu positionieren.

Die Dienstleistungen zum Wohle unserer Gemeinde die sollen dabei im Vordergrund stehen. Und sei es jetzt das Gemeindepaket das von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und auch von den Gemeindebediensteten äußerst gut angenommen worden ist, oder auch die Sprechtage, die seit November mit den Expertinnen und Experten der Gemeindeabteilung angeboten werden.

Die Frau Abgeordnete Friedl hat es vorhin schon erwähnt, das waren nur die ersten Bausteine in diesem ganzen Servicepaket. Ab dem nächsten Jahr werden wir zusätzlich auch eine regelmäßig erscheinende Gemeindezeitung anbieten, mit aktuellsten Informationen und genauso ist eine Erlassdatenbank für die Gemeinden in Planung.

Und all diese Maßnahmen werden laufend den Wünschen und Bedürfnissen der Gemeinden angepasst und das ist es was hier im Vordergrund steht. Wir werden hier also die komplexen Herausforderungen der Zukunft gemeinsam gehen und die Gemeinden dabei tatkräftig unterstützen.

Das Thema Landesumlage ist jetzt schon mehr als ausreichend diskutiert worden, ich glaube mit dem Verhältnis das vorhin schon erwähnt worden ist, nämlich das bei dem Verhältnis der gemeinsamen Ausgaben die das Land mitfinanziert, 74 Prozent das Land trägt und 26 Prozent die Gemeinden.

Ich glaube das zeigt sehr eindrucksvoll, dass das Land Burgenland ein sehr starker Partner für die Gemeinden ist und das werden wir auch in Zukunft sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Der Landtagsabgeordneter Wiesler ist zu Wort gemeldet.

Sie sind am Wort, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube sagen zu dürfen, dass der Budgetbeschluss wohl der wichtigste Beschluss im Laufe eines Jahres ist.

Der Budgetbeschluss ist die Grundlage und der Spiegel der politischen Arbeit für das kommende Jahr und in den Erläuterungen findet man den politischen Willen den sich die Regierung für das nächste Jahr und für die weiteren Jahre vorgenommen hat.

Gesellschaftlicher Wandel, eine schnelllebige Zeit, neue Technologien verändern immer wieder rasant die Rahmenbedingungen und Aufgaben und Schwerpunkte für die Politik auf Landes- und Gemeindeebene. Unter diesen Herausforderungen ist es ein sehr gutes Budget welches von Reformen, Effizienz und Effektivität geprägt ist.

Strukturmaßnahmen sind wichtig und notwendig und eben nur mit der FPÖ jetzt möglich. Es stehen natürlich Herausforderungen an, keine Frage, aber die FPÖ hat den Mut sie gemeinsam mit der SPÖ zu beschreiten, für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Die Herausforderungen bringen auch Chancen mit sich, den künftigen Generationen die Zukunft sicherzustellen. Ich denke, dass dies ein Budget ist, wo eindeutig klar zum Ausdruck kommt was wir wollen, nämlich nicht um jeden Preis sparen, aber mit Bedacht.

Ein wesentlicher Gradmesser für die Erstellung des Budgets ist natürlich der Finanzausgleich, denn die Ertragsanteile sind die wichtigste Einnahmequelle des Landes und in weiterer Folge auch für die Gemeinden.

Den Schlüssel haben wir schon gehört, zwischen Bund, Länder und Gemeinden im Verhältnis 67 zu 22 zu 11 Prozent darf nicht zu Ungunsten der Länder verändert werden. Bis jetzt ist ja das Burgenland als ländliches Gebiet im horizontalen Finanzausgleich benachteiligt.

Im Vergleich zu den oberösterreichischen Gemeinden erhalten die burgenländischen Gemeinden um 184 Euro pro Einwohner weniger. Im Gegenzug, haben wir auch schon gehört, kompensiert das Land durch niedrige Transferleistungen und Belastungen die Gemeinden. Somit müssten die Gemeinden nur 26 Prozent für die gemeinsamen Aufwendungen vom Land und Gemeinden finanzieren. Das Land Burgenland übernimmt somit 74 Prozent. Somit werden benachteiligte Gemeinden im Burgenland zusätzlich vom Land unterstützt.

Ein großes Problem und nie enden wollend, ist natürlich die Hauptwohnsitz- und Nebenwohnsitzsituation. Hier ist natürlich das Burgenland mit ihren Gemeinden massiv im Nachteil. Die Herzens- beziehungsweise die Lebensgemeinde eines Nebenwohnsitzers, aus welchen Gründen auch immer, wenn ich das so sagen darf, sieht vom Finanzausgleich nichts, muss aber die Infrastruktur aufrechterhalten.

Der Gemeinde fehlt natürlich das Geld und muss natürlich auch dadurch die Gemeindeabgaben erhöhen, die natürlich der Pendler selbst wieder bezahlen darf. Somit

ist der Pendler doppelt oder dreifach bestraft, in Wien zum Beispiel eine Wohnung zu erhalten, in seiner Heimatgemeinde vielleicht ein Wohnhaus zu erhalten und gleichzeitig höhere Abgaben in seiner Heimatgemeinde zu zahlen.

Ich sehe die Gemeinden aber nicht nur als Lebensraum, sondern auch als einen wichtigen Motor für die Wirtschaft, als einen wichtigen Verwaltungsdienstleister und einen wichtigen Arbeitgeber im ganzen Land.

Manche Aufgabenfelder haben sich im Lauf der Zeit verschoben. Früher ging es hauptsächlich um eine funktionierende Infrastruktur, die Versorgung mit Wasser, die Entsorgung von Abwasser, den Ausbau der Wege- und Straßennetze, oder den Bau der Pflichtschulen und Kindergärten.

Heute geht es um die Softfacts wie Kinderbetreuung, Pflege der älteren Bürgerinnen und Bürger, Ausbau der Serviceleistungen, funktionierender Nahverkehr, Ausbildungschancen für Kinder und Jugendliche, attraktive und leistbare Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten.

Die Gemeinde von heute ist nicht nur Behörde, sondern Servicestelle für alles und jeden. Ohne diese Strukturen, die auch das Wesen des gesellschaftlichen Lebens sind, würde das Land nicht so sehr in seiner Vielfalt pulsieren.

Leider werden die freien Finanzspitzen in den Gemeinden aus verschiedenen Gründen immer geringer. Die Gemeinden sind in der Regel jene Ebene, die am besten wirtschaftet, aber um den Gemeinden wieder nötigen Investitionsspielraum zu verschaffen, wird man um einige Kooperationsfelder nicht herum kommen.

In der Stadtgemeinde Neusiedl, da hat es anscheinend immer eine freie Finanzspitze gegeben. Die freie Finanzspitze wurde zu einem unfassbaren Schuldenberg vorangetrieben. Ich erwähne es deswegen, weil ich zu dem Antrag der GRÜNEN komme.

Ich darf zunächst laut ORF zitieren: "Die Abberufung des Geschäftsführers der Freizeitbetriebe GmbH erfolgte bereits. Ein Interimistischer übernahm das Ruder". In diesem Zusammenhang wird auch die Trennung des Amtes des Gemeindekassiers vom EZB-Geschäftsführer verlangt. Bisher hatte eine Person beide Funktionen inne.

Weiters werden ein internes Kontrollsystem für die Freizeitbetriebe und eine Neuausschreibung der steuerlichen Vertretung durch eine unabhängige externe Kanzlei gefordert. Zuletzt beriet die Kanzlei des Bürgermeisters die Freizeitbetriebe.

Die Liste der Mängel bei den Freizeitbetrieben ist umfangreich und reicht von ungeklärten Zahlungen eines ehemaligen Geschäftsführers, so wurde eine Rechnung über Bodenverlegung in einem Privathaus gefunden, bis hin zum Fehlen einer ordnungsgemäßen Buchführung und zur Nichteinhaltung des Vier-Augen-Prinzips.

Also, wenn ich das lese und höre, muss ich mich fragen, ob es noch geht, wenn man dann den Antrag der GRÜNEN liest. Wozu soll man solche Dinge noch belobigen und extra unterstützen? Das ist für mich fahrlässig.

Die GRÜNEN sollten wissen, die Förderung seitens des Landes basiert bei Errichtung, Sanierung und Änderung von Sportstätten auf Grundlage des burgenländischen Sportförderungsgesetzes. Alles andere wäre und ist Wunschdenken.

Beim Antrag der GRÜNEN steht gleich finanzieller Beitrag des Landes zur Erhaltung der Hallenbäder, beziehungsweise für die Erhaltung der Hallenbäder soll die Landesregierung Verantwortung übernehmen.

Also wenn das Schule machen würde, wenn sich eine Gemeinde oder ein Verein seine Einrichtung, sprich Infrastruktur, die er errichtet hat, nicht leisten kann, oder Schulden angehäuft hat und das Land muss dauernd mit finanziellen Mittel einspringen, dann ist das die verkehrte Ansage und es ist sowieso alles zu spät. Das würde heißen, macht Schulden, das Land wird es schon richten.

Sie können da nicht hergehen und sagen, der eine bekommt etwas und der andere nicht. Aber wo bleibt da die Verantwortung zum Gemeinwohl? Da brauchen wir dann über eine soziale Wohlfahrt und ähnliches nicht mehr sprechen. Deshalb sollten wir schon Vorbildwirkung im Landtag haben, dass man mit Geld nicht so umgeht wie die Stadtgemeinde Neusiedl, sprich ÖVP Bürgermeister Lentsch.

Diese Vorbildwirkung sollte auch auf die Gesellschaft und Jugend wirken. Wenn ich mir etwas nicht leisten kann, muss ich es nicht haben, oder eben darauf verzichten. Die Verantwortlichen für den Schuldenberg sollten das Hallenbad selber finanzieren, nicht wieder die Allgemeinheit. Diese werden auch verantwortlich sein, sollte das Hallenbad geschlossen werden müssen, und nicht das Land Burgenland.

Dort können sich dann alle begeisterten Benützer des Hallenbades bedanken gehen, sollte das Hallenbad einmal zu sein. Das sind nämlich die wahren Totengräber. Jetzt will man der Landesregierung den „schwarzen Peter“ zuschieben. Den kann sich aber natürlich die ÖVP in Neusiedl behalten.

Alles in allem, wer anschafft muss zahlen! *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rudolf Strommer.)* Die Stadtgemeinde Neusiedl hat sich den Luxus, das Hallenbad, angeschafft, infolgedessen muss die Stadtgemeinde auch dafür geradestehen.

Zu den GRÜNEN möchte ich noch sagen, so könnte man kein Budget erstellen. Eines muss klar sein, hin und wieder muss man auch einen dürren oder morschen Ast oder Baum wegschneiden, auch wenn man ein GRÜNER ist.

Ich darf noch kurz auf die Raumplanung und Raumordnung Bezug nehmen. Es ist dies ein ganz wichtiges Instrument zum Ausgleich zwischen Umwelt, Menschen, Wirtschaft, Behörde und dem muss man nachkommen können. Die Wünsche der Bürger, oder diesen Ausgleich zu finden, ist nicht immer leicht.

Ich bin überzeugt davon, dass von Seiten des Landes alles unternommen wird, damit die Verfahren einerseits beschleunigt und andererseits so abgewickelt werden, dass auch die Fachleute sagen, ja, das ist in Ordnung.

Man muss allerdings festhalten, dass zur Beschleunigung der Verfahren die Verbesserung der Qualität der Unterlagen eine sehr große Rolle spielt. Hier sollten sich manche Gemeinden die Ortsplaner besser zur Brust nehmen. Oft verzögert die Qualität der Unterlagen ein Verfahren.

Um dem Servicegedanken der Verwaltung gerecht zu werden, ist vom Landtag eine zusätzliche Beschleunigung von Verfahren auf Ebene der örtlichen Raumplanung beschlossen worden. Es wurde die Möglichkeit geschaffen, den Raumplanungsbeirat neben den regelmäßig stattfindenden Sitzungen auch schriftlich, ohne persönliches Zusammentreffen, zu befassen.

Damit sollen insbesondere solche Verfahren beschleunigt werden, welche von den Voraussetzungen her zwar in den Tatbestand des § 18a fallen, aber welche nach erfolgter Prüfung trotzdem als unproblematisch eingestuft sind. Außerdem wurde die achtwöchige Frist innerhalb der der Entwurf des geänderten Flächenwidmungsplanes in der Gemeinde aufliegt, auf sechs Wochen verkürzt.

Also wir sehen, auch bei der Raumordnung wird auf Effizienz gesetzt. Ich glaube, die Verfahren einerseits für die Gemeinden und auch für die Bürger schneller und einfacher abgewickelt werden können, gibt es zufriedene Gewinner auf beiden Seiten.

Wir werden dem Budget zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Maczek.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich auf das Thema Raumordnung eingehe, möchte ich schon zum Herrn Kollegen Steindl kommen.

Sie stellen sich da her bei einer Budgetdebatte, verunglimpfen und beschädigen Kollegen und sagen sogar zu einem Kollegen, er soll zurücktreten. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Franz Steindl)* Sie behaupten auch, dass eine Regierung, die seit 200 Tagen steht, die schwächste Regierung seit 1945 ist. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Hören Sie mir zu! *(Zwiegespräche zwischen den Abg. Geza Molnar und Mag. Franz Steindl)* Nein, Sie stellen sich da her und sagen, dass nach 200 Tagen diese - der hört mir nicht zu - diese Regierung die Schwächste ist – *(Allgemeine Unruhe – die Präsidentin gibt das Glockenzeichen – Abg. Mag. Franz Steindl: Und Ihr lasst Euch das gefallen?)* ich will Ihnen ja etwas persönlich sagen. *(Allgemeine Unruhe)*

Herr Kollege Steindl!

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich habe geläutet, also bin ich am Wort.

Ich bitte den Redner Maczek fortzufahren.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ) *(fortsetzend)*: Ja, Sie stellen sich da her und sagen, dass es seit 200 Tagen die schwächste Regierung seit 1945 gibt. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das stimmt ja auch!)* Dann sage ich, seit 1945 hat es auch noch nie einen Landeshauptmann-Stellvertreter gegeben, der abgewählt worden ist und dann sein Ausgedinge im Landtag sucht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

So, die Raumordnung, meine Damen und Herren, ist ein wichtiger Faktor *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* des Landesentwicklungsprogrammes. Die Grundsätze der räumlichen Entwicklung sind die Basis für Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zur Entwicklung eines Landes. Sie sind als Vorgaben für die öffentlichen Planungsträger zu berücksichtigen.

Sie sollen sicherstellen, dass die Teilräume des Landes mit ihren besonderen Stärken zur Gesamtentwicklung des Landes beitragen, zusammen arbeiten und solidarische Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit eines Landes übernehmen.

Im Landesentwicklungsplan 2011 wurde dafür die interkommunale Kooperation bei der Betriebsgebietsentwicklung, sowie die Kooperationen zwischen Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft verankert. Dieser Landesentwicklungsplan ist eine wichtige Grundlage für die Raumplanung, die in den letzten Jahren dem steten Wandel unseres Landes stets gerecht worden ist.

Es hat schon zum ersten Mal eine Stammfassung gegeben des Raumplanungsgesetztes, das war 1969. In den 70er Jahren haben die burgenländischen Gemeinden nach und nach ihre Flächenwidmungspläne auf Basis der Bestimmungen des

Raumplanungsgesetzes erlassen. Mittlerweile liegt die 18. Novelle für das Burgenland auf dem Tisch.

Das Burgenland hat sich seit damals von Grund auf geändert. Die Leistungsbilanz des Landes, der Gemeinden, und vor allem der Burgenländerinnen und Burgenländer kann sich sehen lassen. Im Bereich der Raumplanung nimmt das Burgenland in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle ein.

Im Wesentlichen sind in der Gesetzesnovelle 2015 folgende inhaltliche Änderungen des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes vorgenommen worden: Das sind die Beschleunigungsmaßnahmen im Rahmen des Verfahrens zur Änderung von Flächenwidmungsplänen. Hier geht es um die Vereinfachung der Einbeziehung des Raumplanungsbeirates durch die Möglichkeit von Umlaufbeschlüssen außerhalb der in der Regel quartalsmäßig stattfindenden Sitzungen. Es geht dabei um die Verkürzung der Auflagefrist der Gemeinden von acht auf sechs Wochen.

Neu ist auch das überörtliche Ziel, eine neue Baulandkategorie zum Thema leistbares Wohnen. Diese neue Baulandkategorie "Baugebiete für förderbaren Wohnbau" ist wichtig für die Errichtung von förderbaren Gruppenwohnbauten und Reihenhäusern gemeinnütziger Einrichtungen im Sinne des Burgenländischen Wohnbauförderungsgesetzes.

Der dritte wesentliche Punkt der Änderungen ist die Vereinfachung im Verfahren zur Genehmigung von Einkaufszentren.

Die Novelle des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes, mit welcher die neue Baulandkategorie "Baugebiete für förderbaren Wohnbau" eingeführt wurde, machte auch eine Anpassung der Planzeichenverordnung für digitale Flächenwidmungspläne unumgänglich. Nur indem ein eigenes Planzeichen für eben diese Baulandkategorie vorgesehen wird, ist es den Gemeinden als örtlich und sachlich zuständigen Behörden für die Erlassung beziehungsweise Änderung von Flächenwidmungsplänen möglich, diese neue Baulandkategorie auch im Flächenwidmungsplan einzutragen.

Gleichzeitig wurde es aufgrund von aktuellen Entwicklungen in Zusammenhang mit Photovoltaikanlagen auf Freiflächen notwendig, entsprechende Regelungen, die die widmungskonforme Errichtung solcher Anlagen außerhalb des Baulandes sicherstellen, vorzusehen.

Auch in Hinblick auf die Widmung Bauland - Sondergebiet zeigt sich, dass mit den in der bisherigen Fassung der Planzeichenverordnung für digitale Flächenwidmungspläne 2008 vorgesehenen Zusätze nicht das Auslangen gefunden wird. Eine entsprechende Adaptierung dieser Zusätze nach dem aktuellen Bedarf war daher vorzunehmen.

Aktuell läuft dieses Begutachtungsverfahren und die Novelle soll Anfang 2016 beschlossen werden.

Im Bereich der Grundlagenforschung, zum Beispiel Wirtschaftsanalyse Ostregion ist folgendes festzuhalten: Die Planungsgemeinschaft Ost befasste sich in den vergangenen Jahren im Auftrag der Landeshauptleute mit Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion. Dabei wurden in einem ersten Schritt Strategien für den planerischen Umgang mit dem Bevölkerungswachstum, der dynamischen Stadtregion im Umland der Bundeshauptstadt entwickelt.

Ergänzend zu diesem Wachstumsraum wurden mit dem Projekt Stadtregion peripher auch die angrenzenden Regionen in Niederösterreich und Burgenland

untersucht, denen auf Basis der Bevölkerungsprognosen eine weniger dynamische Entwicklung vorausgesagt wird.

Im Hinblick auf diese Zielsetzung erfolgt die Bearbeitung in drei Modulen, das sind allgemeine wirtschaftsrelevante Trends, Datenanalyse und empirische Befunde und Hauptergebnisse, Schlussfolgerungen, Empfehlungen.

Mit Ende August 2015 wurde der Berichtsentwurf der ersten beiden Module vorgelegt. Eine weitere interessante Analyse ist das Monitoring der Siedlungsentwicklung in der Stadtentwicklung plus. Hier geht es um eine Strukturanalyse für einen stadtregionalen Verflechtungsraum Wien, Niederösterreich, Burgenland.

Die zentrale Frage dabei war, ob das für 2030 prognostizierte Wachstum und von zusätzlich gut 400.000 Menschen in der Bundeshauptstadt und in der Stadtregion nachhaltig bewältigbar ist?

Dann ein Aspekt, überörtliche und sektorale Raumordnung. Hier geht es um Windparks im Nordburgenland. Die Burgenländische Landesregierung hat schon im Juni 2006 beschlossen, dass bis 2013 der gesamte Strombedarf des Burgenlands aus erneuerbarer Energie produziert werden soll.

Heute nimmt das Burgenland eine Vorreiterrolle in den Bereichen erneuerbare Energie und Umweltschutz ein. Die Grundlagen für diesen raschen Ausbau wurden schon früh über sogenannte regionale Rahmenkonzepte für Windkraftanlagen festgelegt.

Auf diese Art erfolgte eine mit unterschiedlichen Nutzungsansprüchen abgestimmte Ausweisung von Eignungs- und Ausschlusszonen für Windkraftanlagen. Das Ergebnis ist fortan Entscheidungsgrundlage für Behörde, Gemeinden und mögliche Windparkbetreiber. Weitere Rahmenkonzepte aus den Jahren 2008 und 2010 haben diese Gebiete erweitert. In Form von laufenden Repowering-Maßnahmen wird ein steter Fortschritt dieser Entwicklung forciert.

In der örtlichen Raumplanung wurde ein Leitfaden für die Tierhaltung erarbeitet - das sei nur nebenbei erwähnt. Es gibt auch seit dem Jahr 2015 das Prüfbuch zur Flächenwidmungsplanänderung nach § 19 des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes. Man hat schlussendlich einen Mindeststandard für die im Umwidmungsverfahren dem Amt der Burgenländischen Landesregierung vorzulegenden Unterlagen definiert.

Im Burgenland gibt es auch einmalig allgemein gültige methodische Grundlagen zur planerischen Handhabung und zum behördlichen Vollzug des Raumplanungsgesetzes. Zur fachlichen Abstimmung mit den Ortsplanern hat es im November den ersten burgenländischen Planertag gegeben.

Parallel dazu wurden in Kooperation mit der Akademie Burgenland Schulungen für Gemeindebedienstete in Bezug auf Flächenwidmungsverfahren angeboten. Ähnliche Veranstaltungen werden auch im Jahr 2016 stattfinden.

Das Portal des Geographischen Informationssystems - GIS - ist auch ganz, ganz wichtig und - weil die Zeit schon aus ist - darf ich abschließend sagen, die Raumplanung im Burgenland wird als Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Wertschöpfung stetig geschärft.

Außerdem werden wichtige Impulse gesetzt, um leistbares Wohnen weiter anzukurbeln. Eine Win-Win-Situation schlussendlich für die Bürger und für die Wirtschaft. Ich darf heute auch die Gelegenheit nützen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Raumplanung recht herzlich zu bedanken.

Sie sind bestrebt, die Raumplanung des Burgenlandes stets weiter zu entwickeln und den modernen Anforderungen unserer Zeit anzupassen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Kovasits.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Danke, Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es geht in der nächsten Gruppe um Sicherheit und Feuerwehren. Für mich ist das kein Widerspruch.

Sicherheit ist ein wichtiges Thema. In der Maslowschen Bedürfnispyramide finden Sie in der zweiten Stufe der Hierarchie den Punkt Sicherheitsbedürfnisse gleich nach den Grund- und Existenzbedürfnissen, wie die Nahrungsaufnahme zum Beispiel. Darunter versteht man die Sicherheit, den Schutz, die Stabilität, die Geborgenheit, Freiheit von Angst, das Verlangen nach Strukturen, Ordnungen, Grenzen, Regeln und Gesetzen.

Dieses Verlangen nach Sicherheit hat vor allem in diesem Jahr immer mehr zugenommen. Im Schatten der Flüchtlingskrise hat man vergessen, sich auf die Sicherheit der eigenen Bevölkerung zu konzentrieren. Unsere Polizisten wurden dazu genötigt, gegen Gesetze zu verstoßen und Flüchtlinge an die Grenze zu Deutschland zu schleppen.

Wie wir auch schon in unserem Regierungsübereinkommen betont haben, wir sind das sicherste Bundesland und möchten es auch bleiben. Durch die Öffnung der Grenzen ist es noch wichtiger geworden, die innere Sicherheit im Land im Auge zu haben. Wir haben im Übereinkommen auch die Eckpfeiler beschrieben an denen wir bereits arbeiten und die wir nach und nach umsetzen werden.

Die Sicherheitsvereinbarung mit dem BMI, zum Beispiel. Zweck dieser Vereinbarung ist eine gezielte Zusammenarbeit, um insbesondere im infrastrukturellen Bereich die Sicherheit und den effektiven Polizeieinsatz zu verbessern und so das subjektive Sicherheitsempfinden der Burgenländerinnen und Burgenländer zu steigern.

Ein anderes Beispiel ist die Katastrophenhilfe. Überall dort wo unsere Blaulichtorganisationen nicht mehr ausreichen, muss das Heer fit für einen jederzeitigen raschen Assistenzeinsatz sein. Das Österreichische Bundesheer muss effizienten Schutz und rasche Hilfe bei Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Muren oder Schneeverwehungen leisten können.

Daher fordern wir die Sicherstellung der Einsatzfähigkeit, mehr Geld für die Einsatzbereitschaft des Österreichischen Bundesheeres. Das sind nur zwei Beispiele, wie wir in der neuen Regierung für mehr Sicherheit sorgen werden.

Wir sind die Partei, die für Sicherheit steht und das werden wir auch beweisen. Um die Erfolgsgeschichte des Landes Burgenland fortzusetzen, verpflichtet sich die neue Regierung auch zu einem Zukunftspaket, das Zukunftspaket Burgenland. Ein wichtiger Teil dieses Zukunftspaketes sind die EU-Förderungen in der Gesamthöhe von 750 Millionen Euro, die bis zum Jahr 2020 in Burgenland fließen werden.

Auch die Feuerwehren sind ein wichtiger Sicherheitsaspekt. Obwohl fast ausschließlich von Freiwilligen geleistet, sind sie ein Garant dafür, dass wir alle ruhig schlafen können, weil wir wissen, da ist Tag und Nacht jemand da, falls wir Hilfe brauchen. Das ist für mich unbezahlbarer Dienst an der Allgemeinheit und verdient daher unser aller Unterstützung.

Ich sage daher an dieser Stelle ausdrücklich Danke an alle freiwilligen Helfer, im Speziellen hier an die 17.000 Feuerwehrfrauen und –männer, die für uns jederzeit da sind.

Wir werden diesem Budget unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland hat rund 250.000 Einwohner. Heute wurde schon gesagt, mehr Menschen als wir Einwohner haben, nämlich 300.000 sind durch unser Land heuer im Sommer durchgezogen bis hin in den Herbst. Die meisten wollten nur durchziehen und Richtung Deutschland kommen.

Wir haben das schon einige Male hier im Landtag diskutiert. Eine falsche Einschätzung der Situation durch die Regierungschefs Merkl und Faymann, in Verbindung mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten unter den Flüchtlingen mit Apps, Videos und Handys, hat ganz einfach eine Völkerwanderung ungeahnten Ausmaßes in Gang gesetzt.

An dieser Stelle gilt es danke zu sagen. Danke an alle die geholfen haben, die das alles möglich gemacht haben zu managen, diesen Menschen humanitär zu begegnen, sie sanitär, medizinisch zu versorgen, mit Essen, mit Kleidern, vielen herzlichen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit heutigem Tag - ich habe es in der Zeitung gelesen, Sie wahrscheinlich auch – gibt es rund eine Millionen Menschen in Deutschland, rund 90.000 Flüchtlinge in Österreich. Das ist der derzeitige Stand und das ist nicht das Ende. Wenn nichts verändert wird, beginnt diese Bewegung im Frühjahr aufs Neue.

Von diesen 90.000 wird wohl rund die Hälfte oder etwas weniger in Österreich bleiben, werden nicht alle unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen, weshalb ganz einfach Repatriierungen folgen werden. Sie wissen, die Genfer Konvention ist eine Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Sie wurde im Juli 1951 unterzeichnet und ist in Österreich Rechtsbestandteil seit 1955.

Seit diesem Zeitpunkt bildet dieses Dokument, das durch das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von März 67 ergänzt wurde, und auch als Magna Carta des Flüchtlingsschutzes bezeichnet wird, gemeinsam mit der im Verfassungsrang stehenden Europäischen Konvention für Menschenrechte, eine richtungsweisende und zentrale Rechtsgrundlage in Asylfragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier steht ganz klipp und klar, dass Personen, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung, eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung haben, den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen können, von diesem Asylrecht Gebrauch machen können.

Das heißt im Umkehrschluss: Krieg im Heimatland allein ist zu wenig. Die persönliche Betroffenheit, Bedrohung, muss nachgewiesen werden. Nur weil in Syrien Krieg ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es nicht automatisch Asylanspruch. Tatsache ist, dass die Schweiz innerhalb von 48 Stunden im Stande ist zu

entscheiden, schutzbedürftig ja/nein. In anderen Ländern und auch bei uns dauert das viel zu lange.

Klare Forderung: Die Verfahren müssen rasch abgehandelt werden, möglichst an der EU-Außengrenze. Denn, meine Damen und Herren, wir wollen weiterhin die Reisefreiheit innerhalb Europas, innerhalb des Schengenraumes genießen können.

Daher ist es unabdingbar, EU-Grenzen und Schengen-Außengrenzen zu sichern, den Ländern Griechenland und Italien beizustehen mit Polizei, mit aufgewerteter Frontex, mit robusterem, mit stärkerem Mandat. Dann und nur dann, können wir die innereuropäische Reisefreiheit weiterhin genießen. Wenn dies nicht der Fall ist, müssen alle Staaten wieder zur eigenen Grenzsicherung zurückkehren.

Wir wollen das nicht, daher klare Ansage: Starke Kontrolle der EU-Außengrenze. Jene Menschen, meine Damen und Herren, denen Asylstatus beziehungsweise subsidiär schutzbedürftig zuerkannt wurde, müssen in kleinen Gruppen, sozial verträglich in den Gemeinden untergebracht und integriert werden. Für das Burgenland sind das rund 2.450 Personen.

Wir haben aber derzeit nur für rund 2.150 Personen Quartiere. Die 15a-Vereinbarung hat das Land mit dem Bund abgeschlossen. Daher ist auch das Land in der Ziehung, denn gelingt es nicht die Quote zu erfüllen, greift das Durchgriffsrecht des Bundes.

Sie, Herr Landesrat Darabos, Sie haben hier im Landtag in der Fragestunde in einer der letzten Landtagssitzungen behauptet, Sie hätten mit allen Bürgermeistern wegen Quartiermöglichkeiten geredet. Kann nicht stimmen. Viele meiner Bürgermeister sagen, dass mit ihnen nicht geredet wurde.

Und dass 450 Personen, Herr Kovasits da stimme ich mit Ihnen überein, für Bruckneudorf sehr viel sind, vis-à-vis vom Kindergarten, das wissen wir. Ja, ich war bei dieser Demonstration dort. Es hat diese Demonstration in einer geordneten Art und Weise stattgefunden. Der Bürgermeister hat geordnet diese Probleme und Ängste der Bevölkerung dort thematisiert. Ich bin froh, dass ich auch dort war.

Bruckneudorf erfüllt nunmehr die Quote, das Land aber nicht. Sollten nun Container nach Bruckneudorf kommen, so liegt die politische Verantwortung ausschließlich beim Land. Das Land hat eine 15a-Vereinbarung mit dem Bund - nicht die Gemeinden. Wenn der Bundesminister Klug am Truppenübungsplatz die Flächen zur Verfügung stellt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sagen Sie mir einen Grund, warum der Bund dieses Angebot nicht annehmen soll?

Meine Damen und Herren! Herr Landesrat! Ihr Mitarbeiter oder Büroleiter Newertal war bei all diesen Besprechungen dabei, das zeigen die Anwesenheitslisten bei den Besprechungen. Das ist Ihre politische Verantwortung. Herr Landesrat, das ist die politische Verantwortung dieser rot-blauen Landesregierung, der schwächsten Landesregierung, die dieses Land je hatte und die politisch gesehen, bedenklichsten Beitrag haben.

Der Klubobmann der FPÖ, der Herr Gerhard Kovasits, ich bin sehr froh, dass der FPÖ-Parteiobmann jetzt auch gekommen ist. Strache hat seine Befehlsausgabe erledigt. Man hat ihn auch durch das Haus geführt, habe ich gehört. Man hat ihm auch die Landeshauptleute gezeigt. Der erste Landeshauptmann war ein gewisser Herr Davy, Landeshauptmann Niessl ist der 18., ich glaube der 12. war es, der Einzige der ermordet wurde, der Landeshauptmann Sylvester. Ich hoffe, man hat ihm auch diesen Landeshauptmann gezeigt. *(Abg. Klaudia Friedl: Das ist ein Wahnsinn!)*

Aber, meine Damen und Herren, der Klubobmann einer Regierungspartei ruft zum zivilen Ungehorsam auf, ungeheuerlich. Ziviler Ungehorsam ist ein außerparlamentarisches Mittel für Gruppen, die in keinem Parlament vertreten sind, wobei hier, so wie im Völkerrecht, die Trennlinie, wo endet der Freiheitskämpfer wo beginnt eigentlich der Terrorist, immer schwer zu ziehen sein wird.

Eine demokratische Partei, meine sehr geehrten Damen und Herren, handelt nach Gesetzen oder ändert diese Gesetze demokratisch, aber ruft nicht zum Gesetzesbruch auf. Dass daraufhin Rücktrittsaufforderungen kommen, war in einer funktionierenden Demokratie wohl klar.

Und, Herr Kovasits, distanzieren Sie sich noch in dieser Landtagssitzung von solchen Aufforderungen! *(Abg. Géza Molnár: Distanzieren Sie sich von der Innenministerin!)*

Meine Damen und Herren! Politische Verantwortung geht über das, was man tut, hinaus. Auch für das, was man unterlässt, ist man politisch verantwortlich. Der FPÖ-Landesparteiobmann Tschürtz und der Landeshauptmann haben es unterlassen, den Herrn Klubobmann Kovasits zur Räson zu rufen. Diese politische Verantwortung liegt bei Ihnen auf der Regierungsbank und dieses Zulassen, meine sehr geehrten Damen und Herren, entbindet nicht von der politischen Verantwortung.

Wir können diese Probleme, die derzeit wir alle zu meistern haben, nicht alleine lösen, es geht nur in einer Europäischen Union gemeinsam.

Meine Damen und Herren! 1995 ist Österreich dieser Europäischen Union beigetreten, nach einer Volksabstimmung. Zwei Drittel aller Österreicher haben Ja gesagt, drei Viertel der Burgenländer haben zugestimmt. Wir haben diese Chancen genützt. Ja, das Burgenland hat seit 1995 diese Chancen genützt. Im Übrigen war das schon fünf Jahre bevor ein Landeshauptmann Niessl zum Landeshauptmann gewählt wurde. Ich sage es nur dazu.

Zweimal Ziel 1, einmal Phasing-Out, einmal Region in Transition, also Übergangsregion, besonderer Förderungsstatus für das Burgenland, seit wir Mitglied dieser Europäischen Union sind, ein besonderer Vorteil gegenüber allen anderen acht Bundesländern. Trotzdem überwiegt eine Skepsis in unserem Land und man hat, wenn man in Gasthäusern oder beim Einkaufen mit den Leuten redet, das Gefühl, die Menschen sagen, ja, die in Brüssel richten es sich, und wir haben eigentlich nichts davon.

Ich glaube, dass wir auch aufgefordert sind, diese Leistungen, die wir erbringen konnten, weil wir Mitglied der Europäischen Union sind, als eine Art Transmissionsriemen mit den Menschen zu kommunizieren. Dem Landtag wird ständig berichtet, wir bekommen alle Berichte, es ist diese Europäische Union die größte friedenssichernde Aktion, die je gestartet wurde.

Ich möchte auch den Redebeitrag nützen, um mich bei den Freiwilligen Feuerwehren zu bedanken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, rund 17.000 Freiwillige Feuerwehrmänner und -frauen sind für unser aller Sicherheit verantwortlich, in allen 171 Gemeinden, wenn Leib und Leben oder Hab und Gut in Gefahr ist. 100.000 Einsatzstunden werden pro Jahr in der Regel geleistet.

Dieser Gedanke des Helfens ist auch generationsübergreifend durch die Feuerwehrjugend auf die nächste Generation übergegangen. Es ist nicht nur das Hochwasser 2009 gewesen, es sind tagtäglich auch die kleinen Einsätze, die uns das Gefühl der Sicherheit in den Gemeinden geben, dass, wenn Hilfe gebraucht wird, Menschen da sind, die uns helfen.

Gemeinsam mit der Landessicherheitszentrale, mit dem Roten Kreuz, mit der Rettung, sind die Freiwilligen Feuerwehren insgesamt mit minimalen Alarmierungszeiten, mit minimalen Ausrückungszeiten, in maximal zehn Minuten am Einsatzort, ob Feuerwehr, ob Rettung, ob Arzt, je nachdem was gebraucht wird.

Unsere Aufgabe ist es, beste Ausbildung und bestes Gerät zur Verfügung zu stellen. Für das Feuerschutzwesen sind 2,5 Millionen Euro vorgesehen, für die Sanierung der Feuerwehrschule rund 175.000 Euro, ein kleiner Teil für das, was tatsächlich notwendig ist, aber man kann damit zumindest einmal beginnen. Rund drei Millionen werden es insgesamt sein, bis die Sanierung abgeschlossen ist. Wir haben insgesamt ein Gebäude aus den 70er Jahren, das natürlich einen Sanierungsbedarf hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden diesem Budgetkapitel unsere Zustimmung erteilen. Wir werden diesem Budgetkapitel der Gruppe 0 und Gruppe 1 deshalb die Zustimmung erteilen, weil wir unsere Zustimmung zum Gesamtbudget nur an drei kleinen Positionen festgemacht haben.

Nämlich Erstens, ein Investitionspaket für die Gemeinden.

Zweitens, den Heizkostenzuschuss nicht zu reduzieren, sondern zu erhöhen.

Und Drittens, eine landwirtschaftliche Ernteausfallsversicherung für die Landwirtschaft vorzusehen.

Nachdem das ein kleiner Beitrag und in diesen beiden Budgetkapiteln nicht enthalten ist, stimmen wir 0 und 1 gerne zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Gruppe 1, Thema Sicherheit. Die Sicherheit ist den Burgenländerinnen und Burgenländern wichtig und darum ist die Sicherheit auch uns wichtig und wir beschäftigen uns damit.

Wir sind, das haben wir schon oft gesagt, Sicherheitsdienstleister für die gesamte Republik Österreich in vielen Bereichen. Als Burgenland haben wir seit 2013 eine Sicherheitsstrategie, nach der wir im Wesentlichen vorgehen wollen und wo sich unser Sicherheitsgefüge auch widerspiegelt und definiert ist.

Einige Dinge jetzt, was die Polizei betrifft, keine spezielle Materie für das Budget, das weiß ich, wie auch das Bundesheer keine spezielle Materie, wie es vorher angesprochen wurde, für das burgenländische Landesbudget ist, weil es aus Bundesmitteln bestritten wird.

Über die Flüchtlingssituation konnte ich hier von dieser Stelle aus schon mehrfach reden, und es ist auch heute schon sehr viel dazu gesagt worden. Nur einige wenige kurze Sätze. Seit 4. September mehr als die Einwohnerzahl des Burgenlandes sind fremde Menschen über unser Bundesland durch- und weitergereist.

Es hat im Wesentlichen alles gut funktioniert, die Menschen wurden versorgt und es wurde ihnen geholfen. Vom Bundesministerium für Inneres hätten wir uns in manchen Bereichen mehr Hilfe erwartet, aber wie auch immer. Es ist allen, die daran mitgewirkt haben, dass das so klaglos über die Bühne gegangen ist, sehr respektvoll ein Dankeschön zu sagen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zur Sicherheit insgesamt: Die Kriminalstatistik, auch immer wesentlich, wird jetzt seit einigen Jahren nur mehr einmal jährlich veröffentlicht. Wir hatten von 2013 auf 2014 einen Rückgang der Delikte von 8,3 Prozent. Für 2015 gibt es natürlich noch keine Zahlen, aber wir gehen davon aus, dass zumindest die Einbruchzahlen - bei den Schlepperzahlen wird es vielleicht anders ausschauen, - aber dass zumindest die Einbruchzahlen doch deutlich wieder sinken werden. Die hervorragende Arbeit der Kolleginnen und Kollegen unter dem Chef, dem Hans Peter Doskozil, trägt hier Früchte.

Ein wesentlicher Bereich auch und eine sehr innovative Idee, die Funkstreifenwagen sind mit Defibrillatoren ausgestattet, nicht alle, aber die meisten Sektorwägen, die halt rund um die Uhr fahren. Derzeit haben wir im Burgenland zirka 50 Streifenwagen damit ausgestattet, im Endausbau werden es 60 sein.

Ich denke, das ist auch wichtig. 60 Defibrillatoren für Menschen, die es brauchen, wo es wirklich um jede Sekunde geht und wo es auf Geschwindigkeit ankommt, zusätzlich im Burgenland vorhanden, eine sehr innovative Idee mit der Anschaffung. Über einen Verein haben das Firmen über Sponsoring zur Verfügung gestellt und hier werden derzeit die Kolleginnen und Kollegen geschult, damit die Rettungskette noch besser als bisher - funktioniert jetzt schon gut, - aber noch besser funktioniert.

Wie schaut es personell aus? Nachdem uns Schüssel und Strasser im personellen Bereich runtergewirtschaftet haben, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Einen Grinser hat es Dir gekostet.)* wird es 2016 wieder neue Aufnahmen geben. Wieder neue Aufnahmen für den Polizeidienst im Burgenland, Burgenländerinnen und Burgenländer für die burgenländische Polizei geben.

Jetzt komme ich zu einem Thema, das die Polizei sowie auch die Feuerwehr betrifft. Also wird es eine Landesbudgetsache BOS-Digitalfunk. Die Einführung dieses Digitalfunks steht in manchen Bereichen unmittelbar bevor. Im Bereich der Polizei wird bereits ein Probebetrieb gefahren. Das funktioniert tadellos, ausgezeichnet, der alte Funk ist zwar noch in Betrieb, kein Mensch schaltet den alten Funk mehr ein, weil der neue, eben der Digitalfunk, so gut funktioniert.

Der Ausbau der Sendeanlagen schreitet zügig voran. Für das Jahr 2016 sind 1,6 Millionen Euro budgetiert. Das ist wichtig zu wissen, aus dem Budget, das wollen wir, das ist uns das wert. Nachdem im Jahr 2015, das ist auch wichtig zu wissen, sechs Millionen Euro dafür ausgegeben worden sind, insgesamt für BOS-Funk und Landessicherheitszentrale.

Ausbaustand Anfang November war - also wir werden 60 Sender im Vollausbau haben, 28 Sender in Betrieb, drei Sender sind zusätzlich baulich fertig, noch nicht in Betrieb, aber vielleicht doch, weil die Zahlen sind eben von Anfang November. 15 Sender sind in Bau und 14 Sender sind in Planung.

Die Feuerwehren wurden angesprochen, eine Erhöhung des Feuerwehrbudgets wichtig und richtig. Nachdem es im letzten Jahr auch eine Erhöhung gegeben hat, um 100.000 Euro, von 2,2 Millionen Euro, die damals lange Zeit nicht verändert worden waren, gibt es heuer eine Erhöhung von 2,3 auf 2,5 Millionen Euro, also um 200.000 Euro.

Für die Landesfeuerwehrschule, das wurde schon angesprochen, das ist neu, sind 175.000 Euro budgetiert, um hier die ersten Sanierungsmaßnahmen durchführen zu können. Da es sich hier um die größte Nächstenhilfe-Organisation des Landes mit 17.000 Mitgliedern handelt, 1.200 davon sind weiblich, das wissen Sie alle, mehr als 1.500 Jugendliche in unseren 319 Ortsfeuerwehren und sieben Betriebsfeuerwehren organisiert.

110.000 Einsatzstunden waren es im Vorjahr, 7.500 Einsätze, 1.400 davon Brandgeschehen und die anderen 6.000 zirka - alles Zirkazahlen - technische Einsätze, die immer wieder bravourös von unseren Einsatzkräften absolviert und gemeistert werden, soweit das eben geht.

Manchmal stoßen auch die Rettungskräfte an ihre Grenzen, so geschehen zum Beispiel, eine sehr unerfreuliche Geschichte, wo ich als Einsatzleiter dabei sein musste, sage ich, in Dobersdorf. Verkehrsunfall mit Todesfolge am Samstagabend um halb zehn.

Unsere Feuerwehrmitglieder bilden sich auch weiter, darum sind auch diese 175.000 für die Feuerwehrschule als positiv zu bewerten. In 196 Lehrgängen an der Landesfeuerwehrschule haben 4.500 Feuerwehrmitglieder, Männer und Frauen, teilgenommen, alles ehrenamtlich. Dass wir das Ehrenamt stärken und unterstützen wollen, auch da, denke ich, gibt es niemanden hier herinnen, der das nicht möchte. Dem Antrag der Regierungsparteien auf eine sogenannte Auszeichnung aller Freiwilligen, die hier beim Flüchtlingseinsatz geholfen haben, kann man nur zustimmen.

Was bringt das Jahr 2016 für die Feuerwehren? Ein neues Stationierungskonzept ist in Ausarbeitung. Es soll so aussehen: Derzeit werden die Feuerwehren ausrüstungsmäßig, jede Feuerwehr als Einheit betrachtet. In Zukunft soll die Gemeinde als Einheit betrachtet werden. Es werden sich vor allem in Gemeinden mit Ortsteilen einige Änderungen ergeben. Es werden die Risiken erhoben, definiert, und dann wird festgelegt, mit welchem Gerät, ich in welcher Zeit vor Ort sein möchte. Das ist dann der politische Wille, der daran zum Ausdruck gebracht werden soll.

Das steht auch ganz im Einklang mit der Sicherheitspolizze, wo wir das grundsätzliche Versprechen abgeben, innerhalb von zehn bis 15 Minuten am Einsatzort zu sein. Eine Sicherheitspolizze, die der Herr Landeshauptmann immer wieder allen Burgenländerinnen und Burgenländern anbietet, wo in kurzer Zeit die Hilfeleistung möglich ist.

Ziel des Ganzen ist die Qualität der Einsatzbereitschaft so hoch wie bisher zu halten und dafür zu sorgen, dass das Ganze auch in Zukunft finanzierbar bleibt. Das ist das Ziel dieser neuen Ausrüstungsverordnung.

Rettungsdienst, Notarzthubschrauber, Ärztebereitschaft, ich habe es zusammengefasst. Hubschrauberstationierung, die Vorhaltung kostet natürlich eine Menge Geld, aber bringt viel, wenn es auf jede Sekunde ankommt. Von 813.000 Euro im Vorjahr auf eine Summe von 1,013 Millionen Euro erhöht. Die Ärztebereitschaft hat auch ein Plus von 20.000 Euro im Budget zu verzeichnen.

Die Rettungskette, meine Damen und Herren, ist in unserem Heimatland Burgenland außerordentlich gut ausgebildet. Von der Alarmierung, wenn jemand Hilfe braucht, bis hin zum Eintreffen der Einsatzkräfte, bis hin zum Transport, wo eben der Verletzte oder der Hilfesuchende hin muss, wird schnellstmöglich gearbeitet. Insofern wichtig, wenn es dann wirklich darauf ankommt, wenn jemand einen Herzinfarkt oder einen Schlaganfall oder sonst etwas Ernstes erleidet.

Geschätzte Damen und Herren! Die Uhr vor mir blinkt. Die Politik soll Dinge tun, die den Menschen nützen. Der Nutzen ist hier aus diesem Teilbereich und insgesamt aus dem Budget deutlich abzulesen, wenn man sich darauf einlässt, es fair zu betrachten. Das rege ich an.

Wir stimmen dem Budget natürlich zu. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte um Ihren Redebeitrag Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Budgetkapitel 0 und 1 in der Diskussion haben vieles aufgezeigt, wo man einhelliger Meinung sein kann, weil die wichtigste Voraussetzung für ein friedvolles Zusammenleben immer noch im Bereich der Sicherheit zu suchen ist.

In der Verwaltung, in den einzelnen Gebietskörperschaften, kann man der Meinung sein, dass mit dem Beitritt zur Europäischen Union vielleicht zu viele dieser Gebietskörperschaften vorhanden wären. Tatsache ist aber, dass speziell unsere Aufteilung, die die Betonung auf den Gemeinden eigentlich hat, von absoluter Wertigkeit ist.

Wenn man Verwaltungsaufwand - und er ist auch in den Budgetinhalten heuer dargestellt -, wenn man den Verwaltungsaufwand in Dänemark hernimmt mit zirka 30 Euro pro Kopf und Person, davon abgeleitet den Verwaltungsaufwand in Österreich mit zirka 17 Euro pro Kopf und Person festhält und dann den Schweizer Verwaltungsaufwand mit zirka elf Euro pro Person kennzeichnet, dann kann man der Meinung sein, wir haben hier viel Potential, Einsparungspotential, das noch zu nutzen wäre.

Tatsache ist, dass in den letzten Jahren vermehrt von der Gebietskörperschaft Bund und von der Gebietskörperschaft Land an die Gemeinden vieles weitergereicht wurde und damit der Verwaltungsaufwand, speziell auch was die personelle Ausstattung in den Gemeinden anlangt, erhöht werden musste.

Dieses Prinzip des Weiterreichens von Verantwortung, von Umsetzen von Inhalten hat sich inzwischen sehr stark durchgesetzt und ist fast schon zu einem Prinzip geworden. Nur was dann in der Folge nicht passiert ist, ist die finanzielle Dotierung dieses Umsetzprozesses. Hier sind die Gemeinden mit Sicherheit diejenigen, die am wenigsten finanzielle Abgeltung dafür bekommen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Budget wird - und das ist mehrmals von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern betont worden - von einem Aufteilungsschlüssel im Burgenland von 74 zu 26, sprich 74 Prozent Landesmittel und 26 Prozent Gemeindeanteil gesprochen. Tatsache ist, dass hier auch Vergleiche dann mit anderen Bundesländern angesetzt werden.

Wirklichkeit ist, dass in anderen Bundesländern gewisse Grundlagen, die im Burgenland Gültigkeit haben, nicht mehr Gegebenheit sind. Daher wäre es notwendig, bei einem Vergleich und auf die Quote bezogen, auch das miteinzubeziehen, wo in Wirklichkeit dieser Aufteilungsschlüssel dann auch veränderbar ist beziehungsweise verändert werden muss.

Ich gehe davon aus, dass wir heute auch oder morgen, heute in der Diskussion, in der Beschlussfassung die neue Landesumlage morgen haben werden. Man kann alles breit diskutieren, man kann der Meinung sein, sie sollte nicht eingehoben werden. Ich bin der Meinung, dass sie eigentlich wegfallen sollte - in der Ausführung auf die Zuständigkeiten, die ich vorher erwähnt habe, die den Gemeinden auferlegt wurde.

Es ist heute auch die Situation auf Gemeindeautonomie bezogen, auf Feuerwehr, Kindergärten und Schulen gefallen, wobei ich den Einwand bei Kindergärten geführt habe, weil es um die sogenannte kostenfreie Kindergartenbesuchsgeschichte gegangen ist.

Die Kindergärten brauchen, sprich die Gemeinden, brauchen die Zuteilung oder die Einnahmen seitens der Eltern, weil sie sonst quasi diese Steuerberechtigung oder die Vorsteuerabzugsberechtigung als marktbestimmter Betrieb verlieren. Daher ist das technisch eine zwar verwortakelte Geschichte, aber in Wirklichkeit ist es eine Notwendigkeit, um den Status in den Kindergärten aufrecht zu erhalten.

Worauf ich heute aber auch zu sprechen komme, was in den letzten drei Jahren seitens der Bundesregierung abgeschafft wurde, ist dieser sogenannte Vorsteuerabzug. Erinnern Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gemeinden hatten die Vorsteuerabzugsberechtigung beim Bau von Feuerwehrhäusern, sie hatten sie bei den Schulen und sie hatten sie auch bei anderen Einrichtungen. Dann ist man wieder draufgekommen, dass man das abschaffen wird. Was man auch getan hat.

In Wirklichkeit lagern wir im öffentlichen Bereich und das verstehe ich bis heute nicht, warum dass der Fall ist, im öffentlichen Bereich untereinander in den Gebietskörperschaften die Mehrwertsteuer. Das kann im Grunde genommen so nicht sein und bringt auch eigentlich nur eine Umschichtung, die im Grunde genommen. immer in Diskussion steht, wo es notwendig wäre, wirklich einmal einen entsprechenden nutzbringenden Kahlschlag für die Gemeinden zu setzen.

In Wirklichkeit sind auch die Feuerwehren zu Hauf angesprochen worden. Wir alle sind der Meinung und davon können wir auch geschlossen ausgehen, dass alles, was Freiwilligenamt betrifft, eine Grundlage, eine Existenzgrundlage unserer Gesellschaft ist. Das zieht sich von verschiedensten Vereinsagenden bis eben zu den Ehrenamtlichen im Bereich des Feuerwehrwesens hin.

Wenn der Kollege Strommer vorher davon gesprochen hat, dass Generationen übergreifend hier der Geist und die Einsatzfreude vermittelt wird, dann kann man das mit Sicherheit auf das Feuerwehrwesen ohne Einschnitte und ohne irgendwelche Vorbehalte setzen. Hier wird vom Landesfeuerwehrkommando beginnend bis zu den einzelnen Feuerwehren in den 171 Gemeinden - und wir wissen, dass es mehr Feuerwehren gibt, weil es auch in den Ortsteilen eigenständige Feuerwehren gibt -, hier wird wirklich vorbildlichst und im Sinne einer Gesellschaft, im Sinne der Zivilgesellschaft, Aufgabenvermittlung betrieben, die, wie es auch der Kollege Schnecker gesagt hat, nicht nur den Gedanken des Miteinanders trägt, sondern hier wird für unsere Gesellschaft eine wertvolle Leistung vollbracht.

Es ist mit Sicherheit an keinem finanziellen Mittel zu viel des Guten, wenn gerade hier investiert wird. Wobei ich nicht verhehlen möchte, dass es im Feuerwehrbereich, unter den einzelnen Feuerwehren auch ein sogenanntes Lizitationsprinzip inzwischen gibt, das quasi, ich möchte das größere Feuerwehrauto haben, was ich nicht sinnvoll finde, und daher gehört hier von Landesseite oder vom Landesfeuerwehrverband eindeutig auch Stellung bezogen, dass dieses Lizitationsprinzip nicht durchgreifend der Fall ist.

Wer ist dann wieder der Leidtragende bei dem Ganzen? Im Grunde genommen die öffentliche Hand, die das quasi auch zu stützen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die burgenländische Landesentwicklung ist mit Sicherheit über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union mit 95 damit konfrontiert gewesen, dass wir vieles aufzuholen im Stande waren, was uns vorher wahrscheinlich niemand zugetraut hat. Wir selber oft auch nicht.

In Wirklichkeit geht es darum, dass diese Gelder auch sinnvoll eingesetzt werden und auch in Zukunft eingesetzt werden sollen. Ich gehe heute davon aus, dass diese

Entwicklungsschübe, die mit dem Beitritt zur Europäischen Union gerade im regionalen Bereich für unser Land Gegebenheit waren, von absolutem Vorteil waren und sind.

Daher gehe ich auch davon aus, dass diese Budgetkapitel 0 und 1 meine Zustimmung erfahren werden. Danke.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Werter Herr Landeshauptmann! Werte Abgeordnete! Zum Thema Sicherheit kann man eigentlich sehr viel sagen. Grundsätzlich ist es so, dass das Thema Sicherheit alle bewegt. Nicht nur landesweit, sondern auch bundesweit.

Ich glaube auch, dass erkennbar ist, dass man im Bereich der Feuerwehren, - der Landesfeuerwehrkommandant ist auch heute anwesend, - sehr viel unternimmt, um diese Feuerwehr so zu unterstützen, wie es auch der Feuerwehr zugutekommen soll.

Wir haben erstmalig von 2,3 Milliarden Euro auf 2,5, als 2 Millionen 500.000 Euro aufgestockt, weil das wichtig ist. Zusätzlich haben wir sogar gesagt, wir brauchen auch einen Umbau, wir müssen auch einen Umbau finanzieren und da haben wir auch noch ein Budget über 175.000 Euro vorgesehen. Das war bisher noch nie der Fall.

Ich glaube, dass wir auf gutem Weg sind und die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr total okay ist. Ich glaube auch, und das war schon richtig vom Herrn Abgeordneten Steier angesprochen, dass man natürlich schon Bedacht nehmen muss, in Bezug wer bekommt das größere Auto, wer bekommt das kleinere Auto und wo bekommen wir Autos und wo bekommen wir kein Auto?

Ich glaube auch, dass dieses neue Konzept, dieses neue Prinzip, wonach man festlegt, in welcher Ortschaft ist welches Auto ausreichend, in welcher Ortschaft ist es … *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das gibt es jetzt schon, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.)* Das gibt es jetzt schon, okay, dann können wir das zurücknehmen, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist überhaupt nichts Neues!)* was der Herr Landesfeuerwehrkommandant entworfen hat, dann ist das unnötig, was er gemacht hat. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Es gibt die Einstufung. Lesen Sie sich das durch!)*

Okay. Gut. Dann ist das neue Konzept einfach nicht wichtig, soll so sein. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nein, es ist schon wichtig. Das gibt es alles schon, was Sie hier erzählen.)* Ich halte mich, okay, es ist doch wichtig. Hier gibt es alles schon, ist okay.

Ich möchte der ÖVP ein Kompliment machen, Ihr habt das wirklich vorher gut gemacht. Ihr habt es wirklich sehr gut gemacht, Ihr habt mit der Feuerwehr super zusammengearbeitet. Ich möchte Euch wirklich ein Kompliment machen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ehemaliger, Sie haben das wirklich sehr gut gemacht.

Trotzdem gibt es jetzt neue Möglichkeiten, neue Initiativen, die, ich glaube, man auch beurteilen sollte, ohne gleich irgendwo irgendwie emotional zu werden. Ich bin auch der Überzeugung, dass erstmalig die Zuwendung von 2,3 auf 2,5 Millionen Euro sehr positiv ist, das muss man auch so sehen. Bis jetzt war das jahrelang immer das Gleiche. Jetzt plötzlich wird es um 200.000 Euro erhöht, das ist nicht wenig, plus 175.000 Euro für den Umbau, also das ist nicht wenig.

Das kann man jetzt schlechtreden, ist auch kein Problem, ist eh wurscht, interessiert eh keinen, kann man auch machen. Faktum ist, ich stehe dazu, und ich glaube, dass es auch notwendig ist. Alles andere, was in der Feuerwehr zukünftig passiert, obliegt natürlich der inneren Organisation gemeinsam mit dem Land und da kann man noch darüber reden.

Faktum ist auch, dass der Bereich Sicherheit aus meiner Sicht im Burgenland sehr gut organisiert ist. Es wird zukünftig ein neues Hauptreferat Sicherheit geben, wo man sich wirklich verstärkt um die Probleme und um die Anliegen der Sicherheit annimmt. Ich glaube, das ist auch wichtig. Wo natürlich sehr viel dazukommt.

Wenn man sich das ganze Vereinswesen anschaut, wo die Feuerwehr schon mit einer Veranstaltung Probleme gehabt hat. Es freut mich auch, dass der Sascha Krikler heute da ist, der sich wirklich mit aller Kraft dafür einsetzt, dass hier Fairness geboten ist, und das ist auch ganz wichtig.

Oder wenn man auch … *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ist das statt der Landessicherheitszentrale?)* Bitte, was ist statt der Landessicherheitszentrale? *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ist das Hauptreferat anstatt der Landessicherheitszentrale?)* Nein, nein, absolut nicht. Warum sollte es auch so sein? *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist so. Keiner weiß, was das eigentlich ist.)* Nein, nein! Jeder kann sich natürlich denken, was er will. Nein, ist es nicht, Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Keiner kann sich vorstellen, was sie da machen in diesem Hauptreferat.)* Was stelle ich dar? *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nein, niemand kann sich vorstellen, was sie da machen in diesem Hauptreferat.)*

Jeder hat das Recht, seine Gedanken laufen zu lassen, jeder hat das Recht, irgendwie zu denken, was er glaubt.

Faktum ist natürlich, wir werden auch im Bereich des Roten Kreuzes wirklich wesentliche Initiativen setzen. Wir haben sogar das Budget für den Rettungshubschrauber erhöht. Wir wissen alle und damit man das auch irgendwie bestätigt. Warum sind die Kosten im Bereich des Rettungshubschraubers gestiegen? *(Abg. Manfred Kölly: Auf Kosten der Gemeinden.)*

Weil es so vorgesehen ist, dass ein Rettungshubschrauber zwei Motoren braucht, früher hat man einen Motor gehabt. Wenn der ausgefallen ist, ist der Rettungshubschrauber auch abgestürzt. Jetzt brauchen wir zwei Motoren, also einen Ersatzmotor falls irgendetwas passiert. Deshalb kostet natürlich das auch mehr. Deshalb sind 180.000 Euro mehr budgetiert. Das ist aber logisch, ich finde das total okay.

Der Bereich Sicherheit wird insgesamt einen hohen Stellenwert aus meiner Sicht bekommen, wenn man erkennt, dass im Bereich des Referates oder Hauptreferates Sicherheit plötzlich alles gebündelt wird. Ich glaube, das ist auch ein richtiger Schritt zwischen dem Herrn Landeshauptmann und mir, dass man wirklich alles konzentriert und bündelt und sagt, du hast diesen Zuständigkeitsbereich, du hast diesen Zuständigkeitsbereich.

Und ich bin guter Dinge, dass wir auch alle negativen Gedanken, die kommen, die verstehe ich auch, ausräumen können. Jeder sagt, naja, eh blöd und das geht auch nicht und das geht sowieso nicht. Ich glaube, dass man trotzdem erkennen wird, dass die Stilrichtung, dass die insgesamte Ausrichtung der Politik gut ist. Ich glaube auch, dass man versucht, auch wirklich zielorientiert zu handeln und nicht nur parteipolitisch oder klientelpolitisch.

Daher bin ich davon überzeugt, dass wir zukünftig wirklich sehr viel auch im Bereich der Sicherheit weiterbringen werden. Ich möchte auch sagen, ich bin irgendwie sehr angetan, dass der Koalitionspartner auch im Bereich Sicherheit, das es noch nie gegeben hat, noch nie gegeben hat, das muss man auch sagen, Sicherheit war noch nie so hoch bewertet, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Haben Sie das mit dem Strache besprochen?)* dass es erstmalig ein Hauptreferat gibt.

Ja, man kann es auch negativ sehen, ist okay. Als Opposition darf man das auch. Aber erstmalig gibt es ein Hauptreferat Sicherheit, das hat es noch nie gegeben, wo man den Wert der Sicherheit hervorhebt.

Daher glaube ich auch, dass unser Weg der richtige Weg ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ)**:** Frau Präsidentin! Hohes Haus! Vielleicht nur ganz kurz und im Telegrammstil. Das neue Budget, das Budget 2016, sieht vor, dass es auch in Zukunft, so wie in der Vergangenheit, die wohnortnahe Feuerwehr gibt. Das ist einmal für uns sehr wichtig, dass man immer wieder hinterfragen muss und gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrkommando sagt, wo sind die Schwerpunkte zu setzen?

Ich glaube, das ist immer ein permanenter Prozess, und diesem Prozess stellen wir uns auch. Aber wichtig ist uns, dass die wohnortnahe Feuerwehr auch in Zukunft gegeben ist, weil, das heißt kurze Wege um Leben zu retten, denn die Feuerwehr ist innerhalb von nur neun Minuten, das sagt uns die Sicherheitszentrale, nach Alarmierung am Einsatzort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, das ist das Entscheidende, denn wer rasch hilft, hilft doppelt. Es kostet den Gemeinden viel Geld, das muss man dazu sagen, das kostet auch dem Land entsprechendes Geld. Aber, das ist ganz einfach ein Zeichen und es ist uns wichtig, dass Sicherheit für die Menschen, für das Burgenland, für die Politik und, ich glaube, für viele Burgenländerinnen und Burgenländer einen großen Stellenwert hat.

Ich bin froh, dass wir hier mit den Gemeinden gut kooperieren, dass wir auch mit dem Feuerwehrkommando gut kooperieren und wir hier in der Vergangenheit, das sage ich auch dazu, wichtige und gute Weichenstellungen vorgenommen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das Ziel ist, dass wir das auch in Zukunft tun. *(Abg. Manfred Kölly: In der Vergangenheit auch schon.)* In der Vergangenheit haben wir das gemacht *(Abg. Manfred Kölly: Selbstverständlich!)* und diesen Weg wollen wir 2016 mit zusätzlichen finanziellen Mittel auch weiter gehen. Das unterstütze ich voll und ganz und das werden wir auch machen.

Der nächste Punkt ist das Hauptreferat Sicherheit. Auch das soll ein Signal sein. Das muss natürlich noch ein bisschen zusammenwachsen, weil es da natürlich Leute gibt, die beschäftigt sind. Wir wollen ja niemanden entlassen. Aber dieses Hauptreferat Sicherheit wird in Zukunft die Zentrale für die Sicherheit im Burgenland sein. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Herr Landeshauptmann! Was macht das Hauptreferat Sicherheit?)*

Das sage ich jetzt gleich. Ich habe es ja bereits angesprochen. Das Hauptreferat Sicherheit wird auch in Zukunft in alle Sicherheitsfragen, die Sicherheitszentrale, den Katastrophenschutz und den gesamten Sicherheitsbereich federführend im Land

betreuen. Da gibt es eben in Zukunft Pensionierungen, aber auch Personen, die mehr Kompetenzen bekommen, dann gibt es aber auch Pensionierungen in der Sicherheitszentrale. Das ist dann diejenige Stelle, die die Sicherheitszentrale und den Katastrophenschutz mitmacht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Warum sage ich das? Wenn es eine Katastrophe im Land gibt, dann brauchen wir auch vom Land Profis. Zu mindestens einen, ich sage jetzt „Doskozil“. Wir brauchen auch im Land einen unter Anführungszeichen, nicht „den Doskozil“, sondern „einen Doskozil“, der diese Kompetenz und diese Fähigkeiten hat, Katastrophen zu managen und der der Vertreter des Landes ist.

Der Landesamtsdirektor hat das jetzt in den verschiedensten Bereichen gemacht, aber das ist nicht seine ursprüngliche Aufgabe. Auch die Bezirkshauptleute, wir haben teilweise auch die Bezirkshauptmannschaften verstärken müssen, wenn es in Sicherheitsfragen Probleme gegeben hat. Da habe ich gesehen, dass es Defizite gibt und diese Defizite muss man eben mit einem Hauptreferat Sicherheit ausgleichen. *(Abg. Manfred Kölly: Das haben wir vorher auch geglaubt.)*

Wenn ich von anderen Bezirken jemand in den Bezirk A schicken muss, weil es dort ein Problem gibt, dann habe ich den Eindruck, dass das nicht so 100-prozentig funktioniert hat. *(Abg. Manfred Kölly: Wer ist der Chef von der Partie?)* Ein Hauptreferat mit klarer Verantwortlichkeit und Kompetenzen zu schaffen kann nur positiv für die Sicherheit sein. *(Abg. Manfred Kölly: Wer ist Chef? - Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das wird ausgeschrieben.)*

Ich möchte aber auch bei dieser Gelegenheit diese Einsatzorganisationen, das Rote Kreuz ist angesprochen worden, die Feuerwehr ist angesprochen worden, aber auch der Polizei und den freiwilligen Helfern danken, denn da hat es in den letzten Monaten und in den letzten Wochen wirklich ein mustergültiges Miteinander gegeben.

Wenn nicht nur die Assistenzleistung des Bundesheeres in Nickelsdorf und in Heiligenkreuz gegeben war, dann war auch die Feuerwehr teilweise im Einsatz, die Tee gekocht haben, die mitgeholfen haben. Das ist auch nicht ihre ursprüngliche Aufgabe, aber das ist ganz einfach ein Zeichen der Solidarität und der Menschlichkeit. Gemeinsam mit diesen Einsatzorganisationen im Burgenland, mit dieser Kameradschaft - auch zwischen den Einsatzorganisationen - haben wir wirklich etwas Großartiges geleistet.

1956 hat eine burgenländische Gemeinde Weltgeschichte geschrieben, nämlich Andau mit der „Brücke von Andau“, wo über 100.000 Flüchtlinge gekommen sind. 1989 Fall des Eisernen Vorhanges. Da hat St. Margarethen Weltgeschichte geschrieben und 2015 hat Nickelsdorf Weltgeschichte geschrieben.

Dank dieser hervorragenden Einsatzorganisationen und der zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfer. Ich denke, da müssen wir sehr dankbar sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der zweite Punkt ist die Raumordnung. Auch hier einige Sätze dazu, auch hier vielleicht das Highlight. Es ist keinem Land in Österreich und überhaupt keinem Land und keiner Region in Europa gelungen, in relativ kurzer Zeit stromautonom zu werden. Das ist ein Verdienst der Raumplanung. Das ist auch ein Verdienst der Gemeinden.

Ich muss wieder darauf hinweisen, dass es durch eine gute Zusammenarbeit - auch mit den NGOs, mit WWF, mit Birdlife, in Verbindung mit den Gemeinden und unserer Raumplanung - uns innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, intelligente Konzepte umzusetzen und die Windkraft auszubauen. Heute erzeugen wir zirka 140, 150 Prozent unseres gesamten Strombedarfes im Burgenland selbst durch erneuerbare Energie, durch

Strom aus Windkraft, durch Strom aus Photovoltaik, durch Strom aus Biomasse. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich kann dazu nur sagen, dass diese Raumplanung immer anspruchsvoller wird. Die Grundpreise steigen und wir wollen hier eine saubere transparente Raumplanung haben. Wir müssen auch darauf hinweisen, dass das eine oder andere Mal die notwendigen Unterlagen nicht vollständig sind oder nicht die Qualität haben, die gefordert werden.

Auch hier gibt es eine intensive Kommunikation mit den Gemeinden, wo wir auf die Kriterien hinweisen. Wir wollen einheitliche Kriterien von Kittsee bis Kalch. Die Raumplanung muss eine gewisse Qualität haben. Die muss es bei uns im Haus haben, aber auch natürlich von den externen Planern. Der Umweltanwalt, der Naturschutz, der Umweltschutz und viele Organisationen reden mit.

Absolutes Highlight, und das wird sicherlich auch in die Geschichte des Burgenlandes eingehen, dass wir die erste Region in Europa waren, die eben stromautonom wurde und heute diese 150 Prozent des Strombedarfes auch selbst umsetzen.

Also insofern auch ein guter Weg in der Raumplanung. Ich darf abschließend noch rasch zwei Themen ansprechen. Das ist die Verwaltungsreform, die schon einige Male hier angesprochen und diskutiert wurde. Ich darf Heinemann zitieren, der gesagt hat: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte."

Also insofern hat es die letzte Verwaltungsreform vor 20 Jahren gegeben. Es ist höchste Zeit, dass wir verändern. Vor 20 Jahren hatten wir im Burgenland 75.000 Beschäftigte, heute haben wir 100.000 Beschäftigte im Land. Alleine an dieser Zahl sieht man, welche Veränderungen es gegeben hat. Wir werden eine schlanke und effiziente Verwaltung haben.

Wir werden unseren „Konzern Burgenland" ganz einfach. Ich habe bis jetzt mit keinem Wirtschaftsexperten gesprochen, der nicht der Meinung war, dass man 170 Beteiligungen strukturieren muss, also bitte ich im Bekanntenkreis mit jenen zu sprechen. Wir haben eine Bilanzsumme in diesem Konzern von 2,4 Milliarden Euro und 4.500 Beschäftigten.

Nur damit man sieht, welches Volumen hier vorhanden ist und dass es da Synergien gibt. Dass man hier eine gemeinsame Buchhaltung, eine gemeinsame Beschaffung, eine gemeinsame Kostenrechnung, die Rechtsgutachten, die Rechtsabteilung, die Supportleistungen, aber auch das Beschaffungswesen gemeinsam machen kann und dass das Synergien ergibt, ist glaube ich, auch nachvollziehbar und klar.

Ich bin auch froh darüber, dass wir mit dem Magister Rucker einen wirklich engagierten überzeugten Burgenländer gefunden haben, der von allen Seiten durch seine Kompetenz geschätzt und anerkannt wird und wo wir davon ausgehen, dass wir mit ihm und einem schlanken Team diese Strukturen auch bei den 150 Beteiligungen, den 20 Vereine und so weiter in entsprechender Form aufstellen können.

Der von der Privatwirtschaft kommt, der ein Finanzexperte, ein Wirtschaftsexperte ist. Wir werden auch darüber berichten, und da wird es sicherlich auch die entsprechenden Anfragen dazu geben, was wir tatsächlich durch diese Maßnahmen auch eingespart, an Synergien gehoben und an Effizienz gewonnen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Insofern sind diese Verwaltungsreform, diese Strukturreformen und auf der anderen Seite diese Neugestaltung unserer 150 Landesbeteiligungen also auch ein Schwerpunkt des Koalitionsübereinkommens. Wenn wir das schaffen, dann sage ich Ihnen, dass das Burgenland, so, wie ich es schon am Beginn der heutigen Sitzung gesagt habe, auf einem sehr guten und richtigen Weg ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Ausführungen. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 0 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 0 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es erfolgt nun die Abstimmung über die Gruppe 1.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 1 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 1 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

II. Teil

Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, und

Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Beratung des II. Teiles des Voranschlages. Er umfasst die Gruppen 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, und 3, Kunst, Kultur und Kultus.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Im Entwurf der Landesregierung zum ordentlichen Haushalt sind in der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, Einnahmen in der Höhe von 211.520.000 Euro und Ausgaben in der Höhe von 258.235.600 Euro vorgesehen.

In der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, sind Einnahmen in der Höhe von 2.112.800 Euro und Ausgaben in der Höhe von 22.869.400 Euro vorgesehen.

Namens des Finanzausschusses empfehle ich die Gruppen 2 und 3 unverändert anzunehmen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 2 und 3 unverändert anzunehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Generalberichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren auf den Galerien! Vorab darf ich mich einmal bei der Finanzabteilung unter der Leitung von Doktor Engelbert Rauchbauer und bei seiner Mitarbeiterin, bei Frau Fercsak, recht

herzlich bedanken, denn wir haben sie gebeten, auch uns, dem Bündnis Liste Burgenland, eine Information von höchster Stelle zu geben.

Dem wurde unkompliziert nachgekommen. Wir konnten alle uns wichtigen Fragen stellen. Diese wurden auch dementsprechend alle beantwortet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Insofern sehe ich die Kritik von vorher, seitens der ÖVP, nicht ganz gerechtfertigt, denn es ist eigentlich alles beantwortet worden, was wir auch wissen wollten.

Wir reden jetzt aber über die Gruppe 2 im Budget. Ich möchte nicht jede Zahl im Budget jetzt zerlegen, denn ich nehme an, jeder hat sich den Voranschlag genauestens angesehen und ihn studiert. Nachdem ich die Papiere alle auf dem Tisch habe, verzichte ich hier natürlich auf die einzelnen Themen, auf die einzelnen Zahlen einzugehen und möchte mich um das Allgemeine kümmern.

Der Weg ist der richtige, das Ziel ist noch weit entfernt. Was sind die Fakten, meine Damen und Herren? Die Gesamtausgaben 2015 sind 251 Millionen Euro gewesen, für 2016 sind 258 Millionen Euro budgetiert. Das sind sieben Millionen mehr als im Vorjahr. Schauen wir uns im Detail den Rechnungshof-Bericht an. Das ist ein Spiegel der Strukturen. Es gibt einen Rechnungshofbericht, der noch immer aktuell ist und daraus werde ich nur zwei Sätze vorlesen.

„Bei einer umfassenden Reform der österreichischen Schulverwaltung wären die Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung bezüglich der Pflichtschulen in einer Hand zu konzentrieren. Weiters wären bei einer Reform die Fragen der Schulerhaltung sowie der Koordinierung der Bundes- und Pflichtschulen lösungsorientiert einzubringen."

Die Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung bezüglich der Pflichtschulen in eine Hand zu konzentrieren, das war die Empfehlung des Rechnungshofes. Wir haben im Unterrichtsbereich nämlich das Problem, dass wir einen Kompetenzwirrwarr haben. Wir haben auf einer Seite den Lehrerwirrwarr, wo keiner zuständig ist, wir haben den Direktorenwirrwarr, wir haben die Hardware.

Einmal ist die Gemeinde zuständig, einmal ist das Land zuständig, einmal ist der Bund zuständig. Der eine weiß vom anderen mitunter nichts und so weiter. Also hier haben wir massive Probleme.

Wir brauchen - gerade im Unterrichtsbereich - Mittel für Investitionen, damit wir Lebensräume statt Lernanstalten gestalten können. Wir brauchen Autonomie für unsere Schulen, damit diese Schulen auch konkurrenzfähig sind. Damit sie vor Ort selbst gestalten können, nach einer klaren Strategie und einem klaren Plan. Wir müssen im Prinzip die Zukunft gestalten, statt verwalten. *(Beifall bei der LBL)*

Wir brauchen Kreativwerkstätten. Wir müssen das Denken zulassen, das Kreuz- und Querdenken müssen wir zulassen. Wir müssen das aber auch in den Schulen fördern. Das ist ein ganz wesentlicher Faktor, diese Kreativität in den Schulen zu fördern und nicht stur in eine Richtung zu gehen, weil das eben immer schon im Lehrbuch gestanden ist und wir das immer schon so gemacht haben.

Entdecken, Freude am Lernen, Fantasie, das ist - glaube ich - gerade das, was wir in diesem Bereich tun sollten. Geld allein macht keine Schule. Im OECD-Schnitt liegen wir pro Kopf über dem Schnitt. Das heißt, wir geben 10.000 Euro pro Kopf und Nase aus, aber nur einen Euro, den wir in Österreich in die Bildung stecken. Von diesem einen Euro kommen nur 50 Prozent bei den Schülern an. 50 Cent gehen in die Strukturen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da haben wir ein Riesenproblem. Wir sollten deswegen darüber nachdenken, ob wir in Zukunft nicht auch wirklich ans Eingemachte gehen und nicht mehr nur oberflächlich über Strukturen, egal ob in der Schule, im Sozialbereich oder im Gesundheitsbereich, reden sollten.

Wir haben - zusammengefasst noch einmal - ein wirkliches Kompetenz-Wirrwarr. Gehen wir vom Bund aus. Wir haben Landesschulräte, Bildungsregionen, Bezirksschulräte, Gemeinden, die Hardware, die Verbände, die unterschiedlichen Personalzuständigkeiten, die Betreiberzuständigkeiten und so weiter.

Wir haben einen Präsidenten des Landesschulrates und einen Amtsführenden Landesschulratspräsidenten. Es gibt Doppel-, Dreifach- und Vierfachgleisigkeiten. Bis man heute eine Direktorin, oder einen Direktor in einer kleinen Volksschule bestellen kann, braucht man mitunter 27 bis 37 Unterschriften. Das kann es nicht sein.

Wir haben Lehrwerkstätten, in die eine Menge Geld hineingebuttert wird. Immer weniger Unternehmer sind allerdings bereit, Lehrlinge auszubilden. Ich würde hier einiges empfehlen. Ich habe diesbezüglich mit dem Berufsschuldirektor von Mattersburg, dem Herrn Julius Steiner, geredet.

Ich denke doch, dass dieser der Sozialdemokratie zugehörig ist und er diesbezüglich wirklich sehr innovative Ideen, was dieses Konzept der Schule und der Lehre betrifft, hat. Wir haben ein Ausgabenproblem. Es helfen uns die besten Einnahmen, die besten Steuererhöhungen nichts, wenn wir nicht an den Strukturen arbeiten.

Meine Damen und Herren! Es geht nicht mehr anders. Da werden wir auch in unserem Hohen Haus darüber nachdenken und sagen müssen, wie verändern wir das? Denn jede Pflichtausgabe ist veränderbar. Wodurch ist sie denn eine Pflicht geworden? Dadurch, dass wir das hier im Landtag, oder im Bund, ganz egal wo auch immer, oder im Nationalrat beschlossen haben. Ganz egal in welchem Bereich und wer dazu auch zuständig war. Vollkommen parteifrei und parteiübergreifend.

Wir brauchen keine parteipolitische Diskussion. Wir müssen eine Burgenlanddiskussion für die Burgenländerinnen und Burgenländer, nicht für die Parteipolitik machen. Nicht der ist einmal schuld und einmal ist der schuld. Wir müssen mit dem aufhören, denn die Menschen fühlen sich nicht mehr wirklich verstanden und ernst genommen. Ich denke, um die Qualität zu erhalten und zu steigern, müssen wir das tun.

Da sollten wir wirklich eine Lanze dafür brechen und zwar deshalb, damit die Mittel für Investitionen frei werden. Die Politik hat zu gestalten und nicht zu verwalten. Dann wird die Politik in Zukunft auch wieder ernst genommen und geschätzt werden. Wir im Landtag können das ändern. Wir können das, wenn wir das wollen. Es geht nicht, das gibt es nicht. Für alles gibt es eine Lösung.

Deswegen noch einmal mein Appell: Wir werden hier ans Eingemachte gehen müssen und wir werden anfangen müssen, zu gestalten. 2016 sollte für mich und für uns alle das Jahr des Gestaltens werden. Das Burgenland sollte ein bürokratiefreies Musterland werden. Ein Musterland, wo die Menschen aus Wien, aus Niederösterreich, aus der Steiermark sagen: Schaut, im Burgenland geht das sehr wohl.

Wir müssen auch die heißen Kartoffeln angreifen. Es darf kein Denkverbot geben. Quer analysieren, klare Prozesse nachvollziehen, um zu sagen, in Ordnung, wer macht was, warum und zu welchem Preis? Was für ein Produkt möchte ich, dass am Ende herauskommt? Wir müssen darüber reden, ob wir eine Regelungswut haben wollen, oder eine Freiheit für die Menschen. Ich glaube, dass die Menschen draußen viel gescheiter sind, als so manche hier drinnen glauben.

Dass sie besser wissen, wie sie ihren Lebensraum gestalten können und Verantwortung auch übernehmen wollen und können. Wir müssen Investitionen auch wieder zulassen.

Meine Damen und Herren! Gerade im Bildungs- und Unterrichtswissenschaftsbereich müssen wir das zulassen. Das schafft Arbeitsplätze. Wir brauchen aber auch klare Verantwortlichkeiten. Ganz klare Verantwortlichkeiten, damit wir in diesem Bereich wieder Luft zum Atmen haben. Der Weg ist schon der richtige, das Ziel ist aber noch weit entfernt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Beim Marathon sind wir jetzt am Anfang und wir müssen fleißig trainieren und schauen, dass wir gemeinsam gut ins Ziel kommen. Ich betone noch einmal – gemeinsam! Wir müssen, damit wir das Ziel erreichen, jetzt etwas tun. Alles, was wir heute tun, oder nicht tun, was wir morgen tun, oder nicht tun, das ist das Ergebnis von übermorgen.

Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben es sich verdient, dass wir gemeinsam für ein besseres Burgenland arbeiten. Ich denke, wir sollten die Zukunft auch gemeinsam gestalten, denn die Bildung ist die Versicherung in die Zukunft. Die Bildung ist das was übrig bleibt, wenn kein Cent mehr da ist. Bevor diese weg ist, sollten wir etwas tun.

Zur Gruppe 3 Kunst; Kultur und Kultus möchte ich noch bemerken, dass Millionen von Euro an Förderungen mitunter ein bisschen im Gießkannenprinzip verteilt werden. Festspiele eine Million Euro, Kulturzentren 2,7 Millionen Euro, Liszt Zentrum Raiding 192.000 Euro. Für die Betriebskosten, für den Spielbetrieb und so weiter.

Ein abschließender Satz: Ich möchte betonen, dass die Kunst und die Kultur für das Burgenland und die einzelnen Regionen selbstverständlich sehr wichtig ist, ich gebe aber zu bedenken, ob es sinnvoll ist, die Veranstaltungen mit Zuschüssen im sechsstelligen Eurobereich zu fördern.

Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen - auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Rängen. Ich möchte meine jetzige Wortmeldung mit einem Zitat von Malala Yousafzai, die Kinderrechtsaktivistin aus Pakistan und Nobelpreisträgerin, beginnen die gesagt hat: Wenn ihr den Krieg beenden wollt, sendet Bücher, statt Waffen, sendet Stifte statt Panzer, sendet Lehrer statt Soldaten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich nehme an, wir werden alle dem zustimmen und wir wissen, dass hier noch sehr viel zu tun ist. Aber, es zeigt, dass die Frage der Bildung weltweit eine ganz zentrale ist. Und wenn wir uns über Flüchtlinge, wenn wir uns über Armut, wenn wir uns über schlechte Verteilung in dieser Welt unterhalten - wo auch immer wir Analysen anstreben - so kommen wir immer wieder zu dem Punkt, dass eine gute Bildung und Investition in Bildung der beste Garant für sozialen Frieden ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte - und der Herr Kollege Hergovich wird mir hoffentlich jetzt zuhören - ausdrücklich betonen, dass ich es begrüße, dass die Ausgaben im Bildungsbereich in

diesem Budget deutlich steigen, dass hier investiert wird. Dennoch darf ich mir als Abgeordnete einer anderen Partei, als die der Regierungsparteien, die Freiheit nehmen, hier meine persönlichen Anmerkungen und auch die Anmerkungen unserer Partei anzubringen, denn manches könnte in eine andere Richtung gehen.

Ich nehme hier das Thema der Kindergärten heraus. Die SPÖ sprach im Wahlkampf immer vom Bildungsgarten, aber die Rahmenbedingungen, die jetzt die Pädagoginnen und Pädagogen in den Kindergärten im Burgenland vorfinden, machen es diesen denkbar schwer, ihrem Bildungsauftrag nachzukommen. Das ist kein Schlechtreden von mir, denn ich schätze die Leistungen der Kolleginnen und wenigen Kollegen im Kindergarten sehr.

Ich stehe schon aus beruflichen Gründen dieser Institution sehr nahe und ich kenne die Arbeit von innen sehr gut; in Bad Sauerbrunn sogar intensiv von innen, weil ich dort mitgearbeitet habe. Die Kolleginnen beklagen sich und sagen, wir können das, was von uns zunehmend erwartet wird, nicht mehr erfüllen, weil die Rahmenbedingungen dafür nicht passen.

Es geht also darum, hier nicht nur im Kindergartenwesen auf die Quantität hinzuweisen, nämlich, dass wir einen hohen Deckungsgrad haben, dass hier viele Kinder schon im Vorschulalter die Institutionen besuchen, dass es hier die höchste Beteiligung in ganz Österreich gibt, das stimmt. Es geht aber auch darum, dass wir die Qualität ermöglichen. Das kann natürlich nicht den Gemeinden alleine überlassen werden.

Das ist schon klar. Kollege Kölly ist gerade nicht da, sonst würde er wieder aufspringen und sagen, die GRÜNEN haben keinen Bürgermeister. *(Abg. Manfred Kölly: Ich bin eh da!)* Wo bist du? Da bist du. Bist noch da.

Das ist natürlich nicht etwas, was man einfach den Gemeinden umhängen kann. Ich sehe schon auch, dass dieses Budget die Bildungsaufgaben des Landes durchaus ernst nimmt, aber wünschenswert wäre ein deutlicherer Schritt in Richtung Investition in Bildung und in Richtung Investitionen in höhere Qualität in den Kindergärten, in den Kinderbetreuungseinrichtungen, in den Bildungseinrichtungen für die Jüngsten.

Da geht es um die Verkleinerung der Gruppen, um die Aufstockung des Fachpersonals, um mehr Zeit für Elterngespräche. Wir brauchen in den Kinderkrippen eine Gruppenreduzierung auf zehn Kinder und in Kindergärten auf höchstens 20 Kinder, denn nur dann kann gewährleistet werden, dass hier wirklich individuell auf die Bedürfnisse der Kinder gut eingegangen werden kann. Da werden mir die Kolleginnen sicher zustimmen, die in dem Bereich auch viel Erfahrung haben.

Es ist wichtig, dass für jedes Integrationskind die Gruppengroße noch einmal reduziert wird. Auch für die Kinder unter drei Jahren in den Familiengruppen muss die Gruppengröße reduziert werden. Sie brauchen mehr Zuwendung und mehr Zeit der Pädagoginnen. Wenn wir uns in den Häusern umhören, ist es eine große Belastung, wenn die Gruppen so groß sind.

Wir brauchen in den Kindergartengruppen ab dem elften Kind eine zweite Fachkraft. Wir brauchen die Möglichkeit, für die Kindergartenleiterinnen und -leiter - im Burgenland haben wir nur Leiterinnen - eine Reduzierung der eigenen Kinderbetreuungszeit, damit sie mehr Zeit für ihre Leitungsaufgabe und mehr Zeit für Elterngespräche haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir brauchen eine bedarfsgerechte Bewilligung von Sonderkindergartenpädagoginnenstunden. Das fällt dann natürlich in die andere Abteilung, es gehört aber zum Kindergarten dazu. Es braucht die Qualitätssicherung

durch Beratung und Supervision für Pädagoginnen und Helferinnen. Wir brauchen sonderpädagogische betreute Kleinstgruppen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, die temporär in besonders kleinen Gruppen aufgehoben werden.

Wir brauchen aber auch die Förderung von Privatinitiativen mit innovativen pädagogischen Konzepten, weil sie bringen gesellschaftlich viel ein und auch das muss honoriert werden. Das gilt auch für den Schulbereich. Wir brauchen die Ermöglichung innovativer Betreuungskonzepte an den Betreuungsrandzeiten.

Hier sind die Gemeinden sehr oft überfordert, weil wenige Kinder dann noch sehr lange Zeit betreut werden sollen. Da kann es sicher noch kreativere Lösungen geben, die über den engen Rahmen der jetzigen Institution hinausgehen.

Wir brauchen einen Ausbau der Ferienbetreuung. Das kostet natürlich alles Geld, das ist mir schon klar. Aber, ich erinnere noch einmal an dieser Stelle an die Botschaft vom Malala Yousafzai: Gebt das Geld nicht für Waffen aus - oder für Zäune - sondern für Bildungseinrichtungen und für Pädagoginnen und Pädagogen.

Es ist überhaupt an der Zeit, dass wir Bildung neu denken und neu gestalten. Was vor 100 Jahren gut war, wurde in der Bildungswissenschaft als reformbedürftig eingestuft. Ich finde das sehr schade, dass gerade jetzt von der ÖVP die Bildungsexperten und -expertinnen - falls Ihr da welche habt - nicht im Raum sind.

Unser System passt einfach nicht mehr zu den heutigen Gegebenheiten. Wir brauchen ein Bildungssystem, dass das höchstmögliche Bildungsniveau für alle vorsieht. Nicht nur für einige. Nicht nur für jene, die aus bildungsnahen Familien kommen. Es ist nämlich noch immer so, das ist nicht meine persönliche Meinung, wir kennen das aus den Untersuchungen und Studien, dass in Österreich Bildung vererbt wird.

Auch die Wirtschaft beklagt, dass unser aktuelles Bildungssystem nicht die gebotene Leistung erbringen kann. Daher macht sich ja auch gerade die Industriellenvereinigung dafür stark, dass unser Bildungssystem ordentlich reformiert wird, umfassend reformiert wird und nicht nur in einzelnen Detailpunkten.

Für eine echte Bildungsreform, die Kindern und Jugendlichen gerecht wird und ihnen größtmögliche Bildungschancen eröffnet, müssen wir uns einsetzen. Dafür, und nicht für eine Verwaltungsreform, die zum Ziel hat, das Kräftemessen zwischen Bund und Ländern in Balance zu halten.

Wir brauchen Bildungsstätten, die Orte der Reflexion und der kreativen Entfaltung sind. Da treffen wir uns mit dem Kollegen von der LBL. Wir brauchen Bildungsstätten, die kritisches Denken fördern, die Zeit für Entwicklung geben und die sich nicht an der ökonomischen Verwertbarkeit orientieren.

Wir brauchen Bildungsstätten, die für alle offen stehen, in denen Vielfalt als Bereicherung verstanden wird und in denen niemand Angst vor dem Anderssein haben muss.

Und wir brauchen - und das ist nun wirklich an der Zeit - mehr Bildungsgerechtigkeit in Österreich und nicht das Einzementieren von überholten Systemen der Trennung mit zehn Jahren, wie es jetzt die ÖVP noch einmal fordert; nämlich der Antrag auf das Einzementieren der Form des Gymnasiums, wie wir es in den letzten 100 Jahren haben, das zielt auch ab auf das Einzementieren der bestehenden Bildungsverhältnisse.

Es ist nun einmal so, dass Kinder aus bildungsfernen Familien es viel schwerer haben. Kinder, deren Eltern es sich nicht leisten können, sie mit Nachhilfestunden durch

das System durchzufütten und durchzujagen, dass diese Kinder weniger Chancen haben in Österreich.

Und es ist auch mittlerweile klar, dass man Kinder im Alter von zehn Jahren nicht einfach auseinanderdividieren kann in solche, die universal besser begabt sind und andere, die universal weniger begabt sind.

Ich kenne das selber als Mutter. Mein Jüngster war mathematisch hochbegabt, in Deutsch war er weniger begabt und hatte es sehr schwer. Nun welchem Schultyp sollte man ihn denn zuordnen? Hier werden dann nämlich Kinder nach unten nivelliert, weil an ihren Schwächen angesetzt wird in unserem System und nicht an ihren Stärken.

Moderne Pädagoginnen und Pädagogen und Didaktiker wissen längst, dass es Unterrichtsformen gibt, wie innerhalb eines Klassenverbandes differenziert unterrichtet werden kann, sodass Begabtere und weniger Begabte adäquat gefordert und gefördert werden können. Ihre Parteikollegen in Westösterreich sind da schon weiter.

Und ein Hinweis jetzt, weil unser Herr Landeshauptmann immer sagt, wir haben im Burgenland das beste Bildungssystem in Österreich, dem kann ich nicht zustimmen. Das hat sich nämlich Vorarlberg vorgenommen, dort hat nämlich die schwarz-grüne Landesregierung beschlossen, dass sie eine Modellregion für die gemeinsame Schule bilden.

Kindergarten als Bildungseinrichtung, eine echte Schulreform, und das flächendeckend, das wäre es, wofür wir uns stark machen müssen. Das kommt leider in diesem Budget und in dem was damit vorgesehen ist, so nicht zum Ausdruck.

Wir schulden es aber unseren Kindern und: bleiben wir es ihnen nicht schuldig! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Zum Bereich Bildung: Ich glaube, wir sind uns alle einig in diesem Raum, dass Bildung etwas ganz Wesentliches ist. Für mich sowieso, ich sage einmal, ich traue mich das sagen, das Wichtigste überhaupt, von dem alles andere ausgeht.

Ich kann mich natürlich sehr wohl erinnern, wie die jetzige Frau Landtagspräsidentin Benkö noch als Bildungssprecherin der Opposition damals vehement gegen die Bildungspolitik von Rot und Schwarz gewettert hat und das auch begründet hat. Und ich gestehe zu, ich bin eigentlich auch ein Vertreter der klassischen Gymnasialausbildung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber lassen Sie mich zuerst einmal versuchen, einen Bogen zu spannen von der Vergangenheit bis jetzt. Worum geht es bei der Bildung? Wenn man zurückdenkt, es geht immer um die drei Fragen, was, wer und wie? Was - ist schnell beantwortet. Früher, ich sage einmal die älteren Semester, sollten sich zurückerinnern, es wurde im Prinzip schwerpunktmäßig lesen, rechnen, schreiben und ein Grundwissen von der Welt vermittelt.

Interessanterweise habe ich in der neuen Bildungsreform gelesen, dass auch in Zukunft gerade diese Kompetenzen wieder verstärkt in Augenschein genommen werden sollen. Also da wird sich im Prinzip nicht viel ändern.

Die zweite Frage ist wer? Und ich glaube, jeder von uns kann sich erinnern, es hat Lehrer gegeben, die sehr viel Geduld gehabt haben. Es hat Lehrerinnen und Lehrer gegeben, die sehr streng waren, die Verständnis hatten, die ganze Palette an Persönlichkeiten. Was heutzutage von Pädagoginnen und Pädagogen und Lehrerinnen und Lehrern verlangt wird, zu dem komme ich ein bisschen später.

Und schließlich die letzte Frage, die wahrscheinlich die Entscheidenste ist. Wie wurde Wissen vermittelt, wie wurde unterrichtet? Wie fand Bildung statt? In meiner Jugendzeit war das ganz einfach, in erster Linie gab es den Frontalunterricht. Was heute auf diesem Gebiet verlangt wird und was heute los ist, zu dem komme ich auch später.

Ich bin interessanterweise wirklich zufällig auf eine Rede gestoßen von einem gewissen Dr. Reitzle, der vor längeren Jahren schon eine Rede gehalten hat zum Thema "Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit". Und ich möchte da zwei, drei wesentliche Sätze daraus zitieren, und zwar hat er zum Beispiel gesagt:

"Die Zukunft verlangt Phantasie und Kreativität statt Hierarchie." oder "Der wichtigste Inhalt von Führung ist nicht mehr die Vergabe von Aufgaben und ihre Kontrolle, also die klassische Machtausübung, sondern die Organisation selbstgesteuerter Prozesse."

Oder "Neues Denken hin zu mehr Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit muss intensiv von allen Seiten und nach allen Seiten kommuniziert und vor allem vorgelebt werden. Im Zentrum steht der Mensch". Statt Hierarchie wird der Geist, die Phantasie, die Kreativität und die Leistungsbereitschaft jedes Einzelnen gefordert, mobilisiert und eingesetzt."

Jetzt könnte man natürlich erwarten, dass das ein großartiger Pädagoge war, dem ist nicht so. Das war der Aufsichtsratsvorsitzende des BMW-Werkes in München. Und der hat sich Gedanken gemacht über die Zukunft und wie mit Arbeitern in seinem Betrieb umgegangen werden soll.

Und wenn man das jetzt auf die Schule umlegt, das ist eigentlich kein Problem, dann kommen folgende Schwerpunkte heraus:

Forciert soll werden freies Arbeiten, arbeiten in Projekten, Selbstorganisation, offene Kommunikation in der Klassenversammlung, ganzheitliches Lernen, freie Texte schreiben, forschen und experimentieren, tasten und versuchen, Musik, Tanz, Bewegung, freier Ausdruck, Training des Geistes und der Wahrnehmung, Arbeit in Stationen, Ateliers und Werkstätten, und eben Selbststeuerungsprozesse anstatt Fibelprogrammen und gleichschrittiges Lernen.

Ich stehe nicht an festzustellen, dass ich auch in meinem Alter noch lernfähig bin und sage folgendes: Mit dem, was ich hier zitiert habe, kann ich mich natürlich anfreunden. Und wenn es zum Beispiel auch eine Gesamtschule schafft, so wie meine Vorrednerin schon gesagt hat, dass wirklich jeder einzelne Schüler entsprechend seiner Fähigkeiten optimal gefördert wird, optimal unterstützt wird, dann hat das etwas für sich.

Aber das größere Problem für mich ist, entsprechende Pädagoginnen und Pädagogen mit entsprechender Ausbildung zu haben. Denn ich finde, das ist ein wahnsinnig schwieriges Unterfangen, heutzutage aus verschiedensten Gründen Schülerinnen und Schüler verschiedenster Talente zu unterrichten.

Ich sage einmal, bei diesem Beruf kann man wirklich sagen, dass das eine Berufung ist. Überlegen Sie einmal, wie soll man messen, ob jemand ein guter Lehrer ist? Das ist schwierig. Der kann alle Ausbildungsstationen mit summa cum laude

abgeschlossen haben und ist eigentlich dann den Schülerinnen und Schülern, Kindern, gegenüber relativ hilflos, sage ich einmal.

Es ist schwierig das zu messen und da spielt Talent eine Rolle, da spielt soziale Kompetenz eine Rolle, da spielt natürlich auch eine wirklich gute Ausbildung eine Rolle.

Und ich sage, wenn all diese Dinge in Ordnung sind, dazukommen, dann könnte ich mich sogar mit einer Gesamtschule, wo *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Im Liegen umgefallen.)* das alles wirklich optimal verwendet wird, anfreunden. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist wirklich unglaublich.)*

Trotzdem glaube ich, dass eine… *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wendehals, Wendehals! - Abg. Mag. Michaela Resetar: Im Liegen umgefallen.)* Natürlich setze ich mich dem Verdacht aus, dass ich nur weil wir jetzt in der Regierung sind, diesem Punkt zustimme. Aber ich sage noch einmal, ich stehe nicht an für mich persönlich, wenn diese optimalen Voraussetzungen geschaffen sind, dem *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist wirklich unglaublich.)* etwas abgewinnen zu können.

Außerdem sage ich dazu, warum sollte nicht ein vielschichtiges Angebot an Schulformen vorhanden *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist ein Wahnsinn.)* sein oder angeboten werden können? Ob die neue Bildungsreform all diesen Anforderungen gerecht wird, sei dahingestellt und möchte ich eigentlich im Prinzip bezweifeln, denn es wurde ja wieder nur gestritten um die Kompetenzen, um die Zuständigkeiten und darum wer zahlt.

Inhaltliche Dinge, da sage ich ehrlich, ich weiß noch nicht, wie es mit der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen steht, wie es konkret um Lehrinhalte, um Methodik, um Didaktik, um pädagogische Prinzipien geht, das entzieht sich noch meiner Kenntnis. Aber wir wollen hoffen, dass da wirklich etwas Vernünftiges rauskommt.

Der richtige Weg ist jedenfalls, von unserer Seite die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Und es ist auf jeden Fall richtig, dass die Summe des Voranschlages in unserem Budget Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft von 251 auf 258 Millionen Euro erhöht wurde, wobei ganz wesentlich die vorschulische Erziehung in den Kindergärten von 22 auf 24 Millionen Euro erhöht wurde.

Ganz nebenbei freut es mich als Abgeordnetem eines südlichen Bezirkes ganz besonders, dass für die Landesberufsschule Pinkafeld zwei Millionen Euro für Betriebsausstattung bereitgestellt werden.

Wir werden diesem Punkt Bildung unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Herr Mag. Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine Wortmeldung aus der vergangenen Debatte möchte ich hier aufgreifen.

Kollege Molnar, ich habe ein bisschen schmunzeln müssen, weil Sie gesagt haben, der Unterschied zu der vorangehenden Regierung ist, dass es jetzt eine Mannschaft gibt, die gemeinsam etwas tun will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der letzten Legislaturperiode den Proporz abgeschafft. Wenn es eine einzige Erneuerung gibt, die unabdingbar war in

all diesen Dingen, dann dass es zuvor eine Regierung gab, die einfach zusammengesetzt war auf Grund des Stärkeverhältnisses der Landtagsparteien.

Jetzt gibt es eine Regierung, die sich aufeinander verlassen muss, weil sie sich gegenseitig die Mehrheit für hoffentlich gemeinsame Projekte sichert.

Und Sie werden mir erlauben und Sie müssen sich diesen Vorwurf gefallen lassen, dass es nach den ersten Monaten bei allen Gesetzesbeschlüssen, die wir gesehen haben, eine ganz, eine klare, Linie gibt, nämlich jene Linie, dass es eine Fraktion gibt, die alle jene Dinge durchpeitscht, die in der Vergangenheit nicht möglich waren, und eine Fraktion, die einen nach dem anderen Grundsatz zu Grabe trägt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ilse Benkö hat in der Vergangenheit hier Brandreden gehalten zum Thema Bildung. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja, Thema Gymnasium.)* Sie hat mich und die Kollegin Prohaska gegeißelt. *(Zweigespräche bei der FPÖ)* Sie hat gesagt, wir seien die Totengräber unseres Bildungssystems, weil wir nicht am Gymnasium, weil wir nicht an der Hauptschule festhalten. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ja.)*

Und Sie dürfen es uns nicht nachtragen, aber natürlich ist die Verwunderung groß, wenn Sie sozusagen aus unserer Sicht, im Liegen noch einmal umgefallen sind. Denn was bedeutet es, wenn jetzt die Freiheitliche Partei des Burgenlandes laut darüber nachdenkt, mit der Gesamtschule zu sympathisieren? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das haben wir nicht gemacht.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wie das in anderen Bundesländern ist? *(Abg. Geza Molnar: Ein klares Bekenntnis, oder?)* Ein klares Bekenntnis ist ja ausgesprochen worden, dass unter bestimmten Voraussetzungen, übrigens so ähnlich wie das Bekenntnis der Kollegin Dunst heute zu TTIP, dass unter bestimmten Voraussetzungen die Gesamtschule kommt.

Und wir können gerne die Debattenbeiträge der Vergangenheit nachlesen, da ging es um keinerlei Millimeter Spielraum für eine Gesamtschule und die Zustimmung der FPÖ.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir halten fest, und das ist eines der Kernelemente unserer Politik. Dieses differenzierte Schulsystem, wo auch das Gymnasium einen fixen und wichtigen Stellenwert hat, ist offensichtlich nur mehr einer einzigen Landtagspartei wirklich etwas wert, nämlich der ÖVP.

Und wir werden für dieses Gymnasium weiter kämpfen. *(Beifall bei der ÖVP – Zwiegespräche bei der FPÖ und ÖVP - Abg. Mag. Franz Steindl zu Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Vor einem halben Jahr habt Ihr noch anders geredet.)*

Was hat die sogenannte Mannschaft bisher im Bereich der Schulverwaltung gemacht? Erster Beschluss war, dass wir miterleben durften, dass der Präsident des Landesschulrates Bestand hat und der Vizepräsident aus parteipolitischen Gründen eliminiert wird*. (Abg. Mag. Franz Steindl: Ein Wahnsinn.)*

Genauso passiert es jetzt, weitere Beschlüsse im Landesschulratskollegium sollen folgen. Ganz interessant - ich bin gespannt, wie sich die Vertreter der Freiheitlichen Partei im Kollegium verhalten werden.

Wenn es aus meiner Sicht Reformbedarf gibt, dann sicherlich nicht nur in den Bereichen, wo die Bildungsreform der Bundesregierung ansetzt. Ich sage das deutlich für die Volkspartei Burgenland - wir sind mit vielen Punkten dieser Bildungsreform, wie sie jetzt auf Bundesebene beschlossen wurde, nicht einverstanden.

Mag sein, dass es den einen oder positiven Angelpunkt gibt, beispielsweise die Digitalisierung, wo man Geld in die Hand nimmt und in die Schulen investieren möchte. Das höre ich gerne, bin nur gespannt, wie das umgesetzt wird.

Auf der anderen Seite ist noch ein Punkt zu erwähnen im Bereich Eigenverantwortung. Wenn man den Schulstandort stärkt und die Verantwortlichen an den Schulen vor Ort mit mehr Kompetenzen ausstattet, dann sind wir natürlich hier auf der Seite der Schulpartner, nämlich der Lehrerinnen und Lehrer, der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Eltern. Hier sind wir zur Stelle und hier können wir dieser Bildungsreform etwas abgewinnen.

Im Bereich der Gymnasien haben wir einen eigenen Antrag eingebracht. Ich bin gespannt, - leider Gottes musste ich feststellen, dass es schon relativ klar ist, wer diesem Antrag zustimmen wird. Es tut mir aufrichtig leid, weil ich dachte, das ist einer der wenigen Kernpunkte, wo es eine klare Übereinstimmung zwischen der Freiheitlichen Fraktion und der Österreichischen Volkspartei gibt. Soll so sein.

Einer der größten Voraussetzungen, dass unser Bildungssystem auch in Zukunft schlagkräftig bleibt, ist aus meiner Sicht ein offener Umgang mit allen Schulpartnern. Die ÖVP unterstützt hier eine eingerichtete Schulombudsfrau. Ich möchte auch hier Themen, Anliegen und Anregungen aufgreifen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, hier eine Ombudsfrau einzurichten, an die sich alle Betroffenen wenden können.

Für mich ist allerdings ein wenig befremdlich gewesen die Aussagen im Bereich, wie soll man Flüchtlingskinder im Bereich der Schulen unterbringen? Ich habe das sehr interessant gefunden, dass auf einmal der Vorschlag im Raum stand, dass man die Schülerinnen und Schüler die aus Flüchtlingsfamilien kommen in eigenen Klassen unterrichten sollte, aus Sicht der Volkspartei ist das der falsche Weg.

Integration gelingt dann, wenn es in kleinen Einheiten passiert. Diese Diskussion kennen wir, das kann doch auch nur für die Schule gelten und nicht nur im Bereich der Unterbringung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das Konzept von Fachschulen und Handelsschulen muss neu überdacht werden. Für mich ist es eine Frage der Bedeutung für diese Einrichtungen, inwieweit man sie zukunftsfähig halten kann. In der Praxis sehe ich Schwierigkeiten, auch bei der Jobsuche von Absolventeninnen und Absolventen. Hier sollte man rechtzeitig einlenken. Auch hier hat die Bildungsreform keinerlei Inputs geliefert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein wichtiges Thema ebenfalls aus der vergangenen Gesetzgebungsperiode, war die Zusammenlegung von Schulleiterpositionen. Ich bin noch immer davon überzeugt, dass ein derartiges Zusammenlegen Sinn machen kann, dann wenn man die Betroffenen einbindet. Das ist nicht der Fall gewesen.

Dann, wenn man klar auf den Tisch legt, welche Einsparungsmöglichkeiten es gibt - und das hat der Landeshauptmann Niessl ebenfalls nicht gemacht - und vor allem dann, wenn man auch bereit ist, diese Maßnahmen zu evaluieren. Auch das ist nicht passiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unserem Grundsatz folgend einen Vertrauensvorschuss zu geben und nur dort in den Budgetgruppen nicht mitzustimmen, wo wir Abänderungsanträge einbringen, wird meine Fraktion diesen Bereichen mit all ihren Initiativen, aber auch mit ihren Mängeln ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich mir so meine Vorredner anhöre, dann denke ich mir, das nächste Mal brauche ich mir gar keine Rede mehr vorbereiten, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ist eh gescheiter.)* weil für die zehn Minuten brauche ich schon… *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ist eh gescheiter.)*

Sie werden sich noch wundern ob es gescheit ist, oder nicht, Herr Kollege Steindl!

Herr Kollege Hutter, Sie sprechen vom Lehrer-Wirrwarr, keiner weiß, wer zuständig ist, Autonomie gibt es nicht. Ich weiß nicht, aber ich nehme an, Sie haben eine Schule in Ihrer Gemeinde. Ich würde Sie im Namen der Kollegen dort einladen, diese Schule einmal zu besuchen, vielleicht waren Sie schon lange nicht dort. Kreativität, offenes Lernen, Flexibilität, innere Differenzierung - das ist an der Tagesordnung.

Und wenn Sie sagen, es ist Zeit, dass etwas getan wird, Sie wissen ganz genau, das Burgenland war das Land der Bildungsschande. Jetzt sind wir das Bildungsland Nummer eins innerhalb der österreichischen Bundesländer. Ich möchte nicht wiederholen, was heute bereits gefallen ist, mit höchster Maturantenquote, bester Kinderbetreuung, und, und, und.

Also ich denke, wir haben hier unsere Hausarbeiten sehr, sehr gut erledigt und bei Leiterbestellungen haben wir ein neues Auswahlverfahren, das vor zwei Jahren erst geändert wurde, wo auch die ÖVP mit eingebunden war.

Es gibt die Bildungsstandards; Lesen-Screening, Känguru-Tests, also es ist sehr, sehr viel in diesem Bereich passiert. Ich möchte Ihnen ja gar keinen Vorwurf machen, dass Sie nicht wissen, was auf politscher Ebene passiert ist, Sie sind ja neu hier im Landtag. Aber der Kollege Kölly, der sich immer zusammensetzen will mit irgendjemandem, der hätte Sie darüber ja schon informieren können.

Zur Frau Kollegin Petrik - wenn ich ein Budget vorgelegt habe und ich sage zuerst, es ist schön, dass es mehr Geld gibt und dann suche ich aber überall die negativen Sachen heraus, dann tut mir das im Bereich der Bildung sehr, sehr weh. *(Abg.a Mag. Regina Petrik: Habe ich nicht getan.)*

Das haben Sie getan, im Bereich der Bildung. Sie haben auch gesprochen von den Qualitätssteigerungen im Kindergarten, zum Beispiel. Sie wissen, die 25-er Größe gilt nicht bei den Familiengruppen, denn Kinder die noch nicht drei Jahre alt sind, die zählen nicht als ein vollständiges Kindergartenkind.

Und vielleicht haben Sie sich die Ergebnisse der Bildungsreform im Bereich Elementarpädagogik angeschaut, da ist der Bildungskompass angedacht, gemeinsame Fortbildung mit Volksschullehrerinnen und -lehrer, Schnittstellenproblematik zur Entschärfung des verpflichtenden Kindergartenjahres.

Und eines, das hat mir schon auch wehgetan - die Industrieellenvereinigung denkt fortschrittlich, das stimmt - aber wissen Sie auch, dass die Industrieellenvereinigung gefordert hat, die Bildung zu privatisieren und der staatlichen Leitung zu entziehen? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Was habe ich?)*

Das hat die Industrieellenvereinigung - Sie haben nur gesagt, wie gut diese Ideen sind. Aber wenn ich dann bis zum Schluss lese und höre, dass Bildung privatisiert werden

muss, das heißt, dass wir uns fürchten müssen - *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das unterstellen Sie mir jetzt aber nicht als GRÜNE, dass ich das unterstütze.)*

Ich habe Sie gefragt, ob Sie das bis zum Schluss gelesen haben, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja, ja.)* dass Sie das wissen, das haben Sie nicht erwähnt. Also da sind wir, von der Sozialdemokratie, ganz anderer Meinung.

Die Bildung ist kein Privileg, Bildung ist ein Menschenrecht und das was als allerletztes privatisiert werden darf, ist die Bildung und dazu stehen wir Sozialdemokraten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Kollege Richter hat es nicht notwendig, dass ich ihm helfe oder ihn unterstütze, aber es hat mich gefreut, dass der Kollege von der FPÖ wirklich offen ist für Neues und neuen Ideen bereit ist eine Chance zu geben.

Und der Kollege Sagartz hat ja gesagt, die Frau Kollegin Benkö hat uns da immer so quasi durch den Wind gejagt, wenn es um die Bildungspolitik gegangen ist. Aber eines muss ich ihr zugestehen, bei einem gemeinsamen Frühstück am Budgetlandtag, am 2. Tag des Budgetlandtages vor einigen Jahren bin ich mit der Kollegin Benkö an ein und demselben Tisch gesessen und das Frühstücksgespräch ging um die gemeinsame Schule.

Sie hat sich damals schon interessiert und nachgefragt, wie soll das ausschauen, wie kann das funktionieren? Mich hat noch nie jemand von der ÖVP gefragt, ich habe 26 Jahre unterrichtet, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Warum sollten wir Sie fragen?)* wie das ausschauen sollte und wie das auch jetzt schon funktioniert. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Warum sollten wir Sie fragen?)*

Ich kann nicht über irgendetwas reden, wo ich mich nicht genau informiere. Und ich gestehe das jetzt den Freiheitlichen zu, sie haben sich wirklich bis ins Detail informiert und da kann man auch eine dementsprechende Äußerung abgeben und sagen, man kann später gescheiter werden.

Ja, zur Bildung, es ist ja heute bereits erwähnt worden, zeige mir deine Eltern und ich zeige dir deine Bildung. 69 Prozent der Volksschülerinnen und -schüler kommen aus einem Elternhaus mit Maturaabschluss, 32 Prozent der Schülerinnen und Schüler, deren Eltern maximal einen Lehrabschluss aufweisen, gehen aber nur in die Unterstufe. Das heißt, es ist nach wie vor davon abhängig, wie hoch oder wie gut die Ausbildung der Eltern ist.

Wir im Burgenland haben unsere Aufgaben gemacht, wir haben bereits sehr, sehr viel Geld in der Verwaltung eingespart, denn das Geld soll im Klassenzimmer ankommen und nicht in der Verwaltung. Mit zirka 23 Prozent des Gesamtbudgets ist die Bildung die zweitgrößte Budgetpost in diesem Budget.

Besonders wichtig ist natürlich, wir sind dafür verantwortlich, dass die Pflichtschullehrerinnen und -lehrer bezahlt werden. Es gibt im Burgenland Dienstposten für 2.165 Pflichtschullehrerinnen und -lehrer, wovon wir 99,09 Dienstposten aus eigener Tasche bezahlen.

Das heißt, das bekommen wir vom Bund nicht erstattet, das sind diese Lehrerdienstposten, die wir zur Aufrechterhaltung der wohnortnahen Schulen unserer kleinen Volksschulen brauchen. Und das ist es uns im Land wert. Unsere Kleinen sind es uns wert, Geld in die Hand zu nehmen.

Bei der Diskussion um die Abschaffung des Vizepräsidenten hat uns die ÖVP immer wieder erklärt, das wirkt sich finanziell überhaupt nicht aus. Im Budget habe ich

festgestellt, hat es sich ausgewirkt, es ist doch um einiges weniger bei den Bezügen für die Präsidenten des Landesschulrates.

Wir haben momentan das größte Schulbauinvestitionsprojekt des Landes mit 111 Millionen Euro, wobei einige Schulen schon vor einigen Jahren umgebaut hätten werden können, wo es allerdings daran gescheitert ist, der Bund hat das Geld zur Verfügung gestellt, aber zum Beispiel die Landeshauptstadt Eisenstadt wollte nicht die Haftung übernehmen und das hat sich über drei Jahre hingezogen, bis das Land bereit war, die Haftung zu übernehmen.

Jetzt kann die HTL Eisenstadt umgebaut werden, es wird die Landesberufsschule Pinkafeld umgebaut, die Landwirtschaftlichen Fachschulen werden in Zukunft umgebaut.

Ich habe mir wirklich einige Punkte herausgesucht, wo ich glaube, gäbe es nicht von öffentlicher Hand diese Unterstützung, wäre das für einige Familien sicher nicht einfach.

Es gibt die einzige Berufsschule für Elektriker in Oberwart. Die Schülerinnen und Schüler, die nicht täglich hin pendeln können, schlafen im Internat oder wohnen im Internat in Pinkafeld, essen aber in Oberwart zu Mittag. Das heißt, sie müssen eigentlich in Pinkafeld, weil damit nicht alles abgedeckt wird, mehr bezahlen, auch diesen zusätzlichen Kostenbeitrag übernimmt das Land.

Weiters ist das Land auch sehr daran interessiert, Lehrlinge in Berufsschulen in andere Länder zu schicken, um einen Austausch zu machen. Wir müssen auch einen Schulbeitrag - das ist neu - bezahlen, wenn Schülerinnen und Schüler aus dem Burgenland eine landwirtschaftliche Fachschule in einem anderen Bundesland besuchen. *(Abg. Walter Temmel: Umgekehrt genauso.)*

Und natürlich umgekehrt genauso, wenn Schülerinnen und Schüler aus anderen Bundesländern kommen, bekommen wir das Geld.

Etwas was ganz neu ist - Schülerinnen und Schüler die eine Ausbildung absolviert haben, aber keinen Arbeitsplatz haben, haben jetzt die Möglichkeit als Verwaltungspraktikantinnen und -praktikaten im Landesdienst zu arbeiten. Und auch dazu ist ein Ausbildungsbeitrag im Budget vorgesehen, was für viele, viele junge Menschen wirklich neue Perspektiven eröffnet.

Es ist auch Geld vorgesehen für die Bundessommerspiele der Berufsschülerinnen und -schüler, die sind nur alle neun Jahre im Burgenland, weil sie immer wechseln im Rad mit den anderen Bundesländern.

Ja, der Förderbeitrag für Wintersportwochen an Schulen - wir wissen alle, wir mussten leider das Haus Altenmarkt verkaufen und damals zuständig - heute Landtagsabgeordneter Steindl hat die Rücklagen nach dem Gießkannenprinzip an die Schülerinnen und Schüler verteilt.

Wer als erster auf Skikurs gefahren ist, hat Geld bekommen, wer erst im März gefahren ist, dann war das Geld weg, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist aufgestockt geworden. Das wissen Sie gar nicht.)* und man hat nichts mehr bekommen.

Im Gespräch mit - das haben Sie zugegeben, das kann man im Protokoll nachlesen. Die Frau Landesrätin Eisenkopf ist jetzt zuständig und wird das sozial gestaffelt verteilen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Aufgestockt haben wir. Das wissen Sie gar nicht.)*

Zum Erhalt der Gymnasien zeigt sich, wie weitreichend der Bildungsbegriff in der ÖVP geht, die elitäre Schicht erhalten, andere ausgrenzen. In 47 Staaten gibt es die gemeinsame Schule, warum sollte es in Österreich nicht auch funktionieren?

Wir stehen weiterhin dazu und das Budget gibt uns die Basis dazu, auch in Zukunft für die Bildung fortschrittlich und modern zu denken, für die Jugend in unserem Land. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Geza Molnar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Ergänzung zur Bildungsdebatte.

Ich meine, vielleicht haben es die Kollegen der ÖVP in ihrer Überheblichkeit und oberlehrerhaften Art übersehen, den Zusatz im Abänderungsantrag, den wir zu ihrem Gymnasialantrag eingebracht haben. Da steht nämlich drinnen, dass es gegen der Willen der betroffenen Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler zu keiner Konvertierung der Schulform kommen wird.

Und das steht nicht drinnen, weil die FPÖ für die Gesamtschule und gegen das Gymnasium ist, aber das ist Ihnen, wie gesagt, wahrscheinlich entfallen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das hat Ihr Kollege eh schon gesagt.)* Ja, aber das ist Ihnen anscheinend entfallen weil, wie Sie das sagen, ist das einfach nicht richtig. Und gleich auch noch zu einer Aussage von Ihnen von vorhin:

Wenn ein Bürger dieses Landes, mag er Klubobmann sein oder auch nicht, im vorliegenden Fall zu zivilem Ungehorsam aufruft, dann mag man davon halten, was man möchte, es ist auf jeden Fall nicht illegitim*. (Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist illegitim, da muss ich schon protestieren.)*

Immerhin ist er Anlass für diese ganze Entwicklung und ist die Grundlage für den Protest, der momentan auch in Bruckneudorf stattfindet. Ein beispielloser Akt, ein Akt der auf Initiative der ÖVP passiert ist. Das Durchgriffsrecht ist verfassungsrechtlich!

Es ist vor allem auch demokratiepolitisch höchst bedenklich, und wenn Sie schon jemanden zum Rücktritt auffordern, dann fangen Sie bitte bei Ihrer Innenministerin an, nicht der Kollege Kovasits hat den Bogen der Verfassung, oder wie Sie das vorher formuliert haben, verlassen. Es ist die Innenministerin und es ist die Bundesregierung, das Grenzregime wurde aufgegeben.

Es gibt keine Personenkontrollen, es gibt keine erkennungsdienstlichen Kontrollen. Der Staat betätigt sich als Schlepper. Das Volk merkt ja das, die Bürger spüren ja das. Warum bekommen Sie heute bei einem Waffenhändler keine Auskunft wie lange überhaupt die Lieferzeit für ein Schrotgewehr oder für eine Handfeuerwaffe ist? Weil sich diese Bundesregierung und insbesondere Ihre Innenministerin nicht mehr auf den Bogen der Verfassung bewegen. *(Beifall bei der FPÖ)*

In diesem Fall ist es vollkommen legitim, wenn man hier als Bürger auch einmal in eine Situation gerät, oder als Klubobmann, wo einem die Hutschnur reißt und wo man das alles nicht mehr einsieht. Ich nehme Ihnen, ich nehme vor allem dem Kollegen Strommer, ich nehme ihm diese Art der staatsrechtlichen Grundsatztreue ab.

Das ist authentisch, aber wir sind nicht mehr in der Situation, wo sich wesentliche, wesentliche *(Abg. Walter Temmel: Was jetzt?)* Mitglieder dieser Bundesregierung,

wesentliche Politiker dieses Landes, eben diesen Grundsätzen besinnen, sondern wir sind in einer ganz anderen Situation und das ist was, was Sie vollkommen verkennen. *(Abg. Walter Temmel: Was ist das jetzt?)*

Meine Damen und Herren! Zur Kinderbetreuung im Burgenland. Wir haben uns in der letzten Landtagssitzung schon des Öfteren über das Thema unterhalten können. Anlässlich zweier 15a- Vereinbarungen, die außerfamiliäre Betreuung, die außerfamiliäre Kinderbetreuung im Burgenland ist qualitativ fraglos hoch. Die Betreuungsquote in allen Altersklassen ist praktisch nicht mehr zu steigern. Was zeigt, dass Nachfrage und Zufriedenheit mit dem Angebot gleichermaßen groß sind.

Für die vorschulische Erziehung beziehungsweise für die Kindergärten sind in der Gruppe 2 des Voranschlages rund 24 Millionen Euro vorgesehen. Der Gutteil davon, nämlich 22,5 Millionen Euro entfällt auf Beiträge zum Personalaufwand der Kindergärten. Für Beiträge zum Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen sind in der Gruppe 3 rund 1,4 Millionen Euro vorgesehen, 218.000 Euro kommen dann noch aus der Gruppe 9 dazu, Bedarfszuweisungen.

Weitere Ausgaben finden sich in der Gruppe 0. 380.000 Euro für die Fortbildung von Kindergartenpädagogen und vor allem noch in der Gruppe 4 die 4,3 Millionen Euro für die Kinderbetreuungsförderung, also für das was wir als Gratiskindergarten bezeichnen. Einnahmen finden sich in der Gruppe 2 in eher bescheidener Höhe von 206.000 Euro in der Gruppe 5 und dann in der Gruppe 9 4,3 Millionen Euro an Zuschüssen des Bundes, resultierend aus den erwähnten 15a-Vereinbarungen.

Kinderbetreuung und Familienpolitik, das sind zwei Themen die unmittelbar miteinander zusammenhängen und die sich nicht trennen lassen. Ich greife daher auch schon auf die Gruppe 4 vor. Für familienpolitische Maßnahmen sind in der Gruppe 4 insgesamt 5,8 Millionen Euro an Ausgaben im Jahr 2016 vorgesehen. Da sind aber die 4,3 Millionen für den sogenannten Gratiskindergarten bereits inkludiert.

Weitere größere Brocken sind ansonsten noch der Kinderbonus, 500.000 Euro, die Schulstarthilfe 260.000 Euro und die Ausgaben für Frauenangelegenheiten in ähnlicher Höhe.

Meine Damen und Herren! Familienlandesrätin Dunst hat erst am Montag eine flexiblere Gestaltung der Kinderbetreuung als Ziel ausgegeben. Nicht zuletzt um die vielzitierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zwar eine gängige Formulierung, aber doch auch irreführend, weil das Wort Vereinbarkeit doch auch impliziert, dass Familie und Beruf vereinbar sein könnten und zwar ohne dass es Abstriche gibt bei einem der beiden.

Wer sich intensiv um seine Familie kümmert, das wissen wir alle, der wird beruflich zurückstecken müssen und auch umgekehrt. Wer sich dem beruflichen Fortkommen widmen, der wird - kann ich auch aus eigener leidvoller Erfahrung berichten - zwangsläufig seinen familiären Pflichten nicht in gebotenem Ausmaß nachkommen können. Das familienpolitische Ziel in Bezug auf die Kinderbetreuung muss daher lauten, das anzubieten, was unbedingt gebraucht wird. Aber auch darauf zu reagieren, was von vielen Eltern gewollt wird.

Wenn Frau Landesrätin Dunst von 10.000 Alleinerziehern im Burgenland spricht, dann ist klar, dass diese Alleinerzieher auf außerfamiliäre Betreuung in einem sehr hohen Ausmaß und unbedingt angewiesen sind, alleine schon aus existenziellen Gründen. Die Landesrätin liegt vollkommen richtig, wenn sie in diesem Zusammenhang die 12 Wochen Ferienzeit, die Vorschulkinder haben, als Problem benennt, das man lösen muss.

Auf der anderen Seite muss es aber auch darum gehen, was viele Eltern wollen, aber aus verschiedenen Gründen eben nicht können. Viele Paare entscheiden sich dafür, dass ein Elternteil einige Zeit zu Hause bleibt. Unter den fünf Bezugsvarianten des Kinderbetreuungsgeldes ist die längste Variante nämlich die, wo einer zweieinhalb Jahre zu Hause bleibt, die mit großem Abstand beliebteste.

Es ist andererseits aber auch jene Variante, die bei jeder Debatte über eine Reform des Kinderbetreuungsgeldes, als allererstes unter Beschuss gerät und in Frage gestellt wird. Begründet wird das vor allem mit der Problematik des Wiedereinstiegs in den Beruf und den pensionsversicherungsrechtlichen Konsequenzen nach einer längeren familiären Auszeit.

Diese Begründungen sind allesamt nicht falsch. Sie sind sogar richtig, aber die Reaktion auf diese Problemstellungen könnte ja auch eine andere sein. In dem man eben anfängt beim Kündigungsschutz anzusetzen und den verlängert. Man könnte bei der Anrechnung von Pensionszeiten nachbessern, vor allem wenn mehrere Kinder im Spiel sind. Man könnte auch Maßnahmen treffen, die zu einem Ausgleich bei der Pensionshöhe führen.

Für uns Freiheitliche ist es wesentlich, dass man bei der Familienpolitik und insbesondere auch bei der Kinderbetreuung in einem möglichst hohen Ausmaß die Familienautonomie hoch hält, Familienautonomie in einem möglichst hohem Ausmaß ermöglicht.

Für uns ist wesentlich, dass man unabhängig von den eigenen Präferenzen als Partei oder als Regierung den Familien doch auch ihren Willen lässt, den Familien die Möglichkeit gibt, ihr Lebensmodell, das sie bevorzugen, zu verwirklichen. Der Staat soll im Ergebnis das anbieten, was unbedingt erforderlich ist. Er soll aber auch darauf reagieren, was viele Familien wollen.

Diese Koalition hat sich familienpolitisch hohe Ziele gesetzt. Die Kinderbetreuung soll auf hohem Niveau weiter betrieben und ausgebaut werden. Es soll aber auch Verbesserungen für jene geben, die sich für die innerfamiliäre Betreuung entscheiden. Die Einführung eines Kinderbetreuungschecks für die ersten sechs Monate nach Ende der Karenz ist im Übereinkommen zwischen SPÖ und FPÖ vorgesehen.

Wir haben in diesem Bereich einiges vor und wir werden morgen beziehungsweise heute den entsprechenden Kapiteln im Budget zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Mag. Michaela Resetar hat sich zu Wort gemeldet.

Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort. Bitte sehr.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Für den Bereich Kinderbetreuung stehen im Budget 24 Millionen Euro zur Verfügung, dazu kommen noch Bundesmittel.

Ich bin sehr froh und dankbar darüber, dass unterschiedliche 15a-Vereinbarungen mit dem Bund geschlossen wurden, um zum einen die unter Dreijährigen zu fördern, aber darüber hinaus natürlich auch im Bereich des Pflichtschulwesens, also in der schulischen Tagesbetreuung, Geld zur Verfügung zu stellen.

Dafür möchte ich danke sagen der Familienministerin Karmasin, für die hervorragende Zusammenarbeit und vor allem für die Gelder, die zur Verfügung gestellt wurden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Diese Bundesmittel, da geht es um Qualität der institutionellen Kinderbetreuung, aber da geht es auch natürlich darum, vor allem bei den unter Dreijährigen, die Kinderbetreuung auszubauen. Auch das Angebot des kostenlosen und ermäßigten halbtägigen Besuchs von Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen, dieses letzte Kindergartenjahr, Vorschulpflicht, ist natürlich eine ganz wichtige Unterstützung für die Eltern.

Was auch besonders wichtig ist, ist in der 15a-Vereinbarung die sprachliche Frühförderung. Da geht es aber nicht nur um die Frühförderung für Integrationskinder, sondern selbstverständlich auch für jene, die Sprachdefizite haben. Verstärkt wird natürlich auch das Geld jetzt in Zukunft für Flüchtlingskinder eingesetzt. Es geht auch um sprachliche Kompetenz, das ist ein bedeutender Faktor, um den Kindern die gleichen Chancen zu ermöglichen.

Das wir so ein gutes Kinderbildungs- und betreuungssystem haben, das verdanken wir mit Sicherheit der guten Zusammenarbeit mit Land und den einzelnen Gemeinden. Aber vorweg ist mit Sicherheit allen 171 Gemeinden, allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Danke zu sagen, dass wir im Burgenland die Nummer 1 bei den Drei- bis Sechsjährigen sind und die Nummer 2 bei den unter Dreijährigen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb bin ich auch sehr froh und dankbar darüber, dass der erfolgreiche Weg auch weitergeführt wird. Wir haben im Jahr 2014/15 67 Kinderkrippen, 138 Kindergärten, 55 alterserweiterte Kindergärten und 26 Horte. Insgesamt werden 10.525 Kinder betreut. Es geht auch darum, dass unterschiedliche Maßnahmen gesetzt werden, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bei der Integration der Flüchtlingskinder, möchte ich auch betonen, dass es natürlich auch den Pädagoginnen und Pädagogen sehr wichtig ist, dass die Kinder ein nötiges Rüstzeug bekommen und sie entsprechend ausgebildet werden, nämlich in der intensiven und frühen Sprachförderung, dass es auch wichtig war, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr, nämlich für jene die es benötigen und dass wir eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen für alle Pädagoginnen und Pädagogen, für die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, zur Bewältigung der neuen Herausforderungen fordern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ÖVP trägt die Handschrift bei der Bildungsreform. Ich wollte mich eigentlich zu diesem Thema nicht melden, *(Abg. Doris Prohaska: Heißt das, Ihr seid damit einverstanden?)* aber weil ich natürlich selbst auch eine betroffene Mutter bin und weil sehr viel diskutiert wurde. Ich darf nur festhalten, dass die FPÖ für mich im Liegen umgefallen ist. Die Abgeordnete und Präsidentin Benkö hat immer gesagt, das Gymnasium muss bleiben.

Der Herr Richter, mein Kollege, hat gemeint, ich kann mich auch mit einer Gesamtschule anfreunden. *(Abg. Doris Prohaska: Betonieren und ruinieren, das ist die ÖVP!)* Also ich weiß es nicht wirklich, da weiß die rechte Hand nicht, was die linke Hand möchte. Deshalb ist es mir sehr wichtig auch festzuhalten, die ÖVP-Handschrift bei der Bildungsreform. *(Abg. Doris Prohaska: Warum ist der Kollege Sagartz dann nicht zufrieden mit Bildungsreform, wenn es die eigene Handschrift ist?)*

Es geht um die Aufwertung der Kindergärten. Es geht um ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für alle Kinder. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Unsere Sachen haben wir durchgebracht! – Abg. Doris Prohaska: Du hast gesagt, mit dem meisten bist Du nicht einverstanden! Jetzt sagt sie, dass ist Eure Handschrift! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Unsere Sachen haben wir durchgebracht!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Am Wort ist die Frau Abgeordnete.

Bitte fahren Sie fort, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Ich darf nochmal wiederholen. Die ÖVP-Handschrift bei der Bildungsreform auf Bundesebene, es geht um die Aufwertung der Kindergärten, um ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für alle Kinder, um Deutsch vor Schuleintritt und Sprachförderung für alle Kinder, harmonischer Übergang vom Kindergarten in die Volksschulen, der Fokus auf Grundkompetenz Lesen, Schreiben und Rechnen, mehr Freiheit und Eigenverantwortung durch die Schulautonomie.

Dezidiert steht auch drinnen, das Gymnasium muss bleiben, Modellregionen werden möglich sein. Dafür wird sich auch die ÖVP-Burgenland vehement in Zukunft einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn es geht darum, und da werden Sie mir sicher Recht geben, dass die Schwachen gefördert und die Starken gefordert werden müssen und das passiert nur dann, wenn wir auch ein differenziertes System haben.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir auch in Zukunft mittragen. Es ist nur schade darum und es ist auch bezeichnend für die FPÖ, dass sie - wie gesagt - im Liegen umgefallen ist und wir als ÖVP sind die einzigen, die für das Gymnasium sind.

Dankeschön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Frau Abgeordnete Edith Sack, Sie sind am Wort, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

Bitte sehr Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte auch zum Thema Kinderbetreuung Stellung nehmen. Im Budget, das haben wir heute schon einige Male gehört, stehen für die Kinderbetreuung 28,4 Millionen Euro zur Verfügung.

Der größte Teil wird für Personalkosten aufgewendet, für Baukostenzuschuss und für Kindergarten- und Kinderkrippenförderung. Wobei diese Förderung, das sind 4,3 Millionen Euro, direkt an die Eltern vom Land ausbezahlt werden. Dazu gibt es noch die Bundesförderung, die heute auch einige Male angesprochen wurde, über eine 15a-Vereinbarung, die vom Land natürlich weiterhin kofinanziert wird und wir in den letzten Landtagssitzungen diese beschlossen haben.

Ziel unserer Investitionen ist natürlich in erster Linie, dass unsere Kinder die besten Bildungsmöglichkeiten bekommen. Aber auch, dass die Familie Beruf und Familie besser vereinbaren können und die Eltern finanziell unterstützt werden. Die Zuständigkeiten für die Kinderbetreuung liegen hauptsächlich bei den Gemeinden, liegen hauptsächlich beim Land.

Frau Abgeordnete Resetar, über Sie kann ich mich immer wieder nur wundern. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie ist jetzt nicht da!)* Schade, sie wird mich schon irgendwo hören und wenn nicht, kann sie es ja nachlesen, wenn es sie interessiert.

Auf der einen Seite stellt sie sich hier her und sagt, sie wird sich durchsetzen, dass im Bund etwas in der Bildung vorwärts geht, dass die Kinderbildungs- und betreuungsgeschichten forciert werden.

Auf der anderen Seite habe ich eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gelesen, wo sie betreffend der Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen Fragen hat und so viele Fragen hat. Unser Landeshauptmann ist seit sechs Monaten zuständig für Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen.

Ich bin mir sicher, dass er ihre Fragen natürlich beantworten wird. Das ist ganz bestimmt sicher, wenn es in seinem Zuständigkeitsbereich liegt, weil es sind auch viele Fragen drinnen, die gar nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.

Die Frau Landtagsabgeordnete Resetar war 12 Jahre oder sogar darüber, zuständig für Kinderbildung und -betreuung. *(Abg. Walter Temmel: Sie weiß das!)* Sie war Bildungslandesrätin, wie sie sich immer sehr gerne selbst nannte, und sie war für Kinderbildung zuständig und hat jetzt so viele Fragen, die sie Erstens, selbst hätte beantworten können, wenn sie gearbeitet hätte und die sie Zweitens, innerhalb dieser 12 Jahre umsetzen hätte können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das bestätigt wieder das, was die Leute draußen bemerkt haben, dass wir herinnen auch wissen, dass sich die Frau Landesrätin, oder jetzt Abgeordnete Resetar, immer auf uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verlassen hat, dass wir ihre Arbeit verrichten. Nur in einer Sache war sie spitze - und schade, dass sie jetzt nicht da ist - beim Präsentieren der Arbeit von uns Sozialdemokratinnen und uns Sozialdemokraten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir von der SPÖ haben bereits vor vielen Jahren die Agenden von der Frau Landtagsabgeordneten, damals Landesrätin, Resetar in dem Bereich Kinderbildung und -betreuung übernommen. Wir haben 2008 ein neues Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz geschaffen. Wir haben 2009 den Gratiskindergarten eingeführt.

Der Gratiskindergarten, - der Kölly ist jetzt auch nicht da, - der in vielen, vielen Gemeinden wirklich gratis angeboten wird, die nichts bezahlen. Ich weiß jetzt nicht wie es in Deutschkreutz ist, und das möchte ich gerne einmal von ihm hören. Also nachher werde ich ihn bestimmt interviewen, damit ich weiß, wieviel Geld er von den Eltern für den Kindergarten verlangt. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung ist bei uns im Burgenland in den letzten Jahren wirklich sehr, sehr viel passiert.

Bei den drei- bis sechsjährigen Kindern, das ist heute schon angesprochen worden, erfüllen wir das Barcelona-Ziel zu 100 Prozent. Wir haben hier eine Betreuungsquote von 100 Prozent und liegen im Spitzenfeld der österreichischen Bundesländer. Was mich besonders freut ist die Tatsache, dass sich auch bei der Betreuung der unter Dreijährigen, sehr, sehr viel getan hat.

Hier haben wir das Barcelona-Ziel noch nicht erreicht, aber fast. Barcelona-Ziel wäre 33 Prozent, wir sind bei 30,9 Prozent und österreichweit an zweiter Stelle. Ich habe natürlich auch einige Daten und Fakten, die die Entwicklung in diesem Bereich darstellen, mitgebracht. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der in den Krippen betreuten Kinder verfünffacht.

Im Jahr 2000 wurden 193 Kinder in Kinderkrippen betreut, heute werden 1.094 Kinder in Kinderkrippen betreut. Im vergangenen Kindergartenjahr waren insgesamt 9.078 Kinder in Kinderkrippen, in Kindergärten und in Horten in Betreuung. Diese Entwicklung erhöht natürlich die Wahlfreiheit der Eltern, denn nur wenn Betreuungsplätze vorhanden sind, ist auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich.

Ein ganz wichtiger Schritt waren auch die gemeindeübergreifenden Formen in der Kinderbetreuung. An dieser Stelle möchte ich mich sehr gerne bei unserer Frau Landesrätin Verena Dunst und bei unserem jetzigen Landtagspräsidenten, damals

Klubobmann Christian Illedits bedanken, die diese Initiative damals ins Leben gerufen haben.

Sie haben durch diese Initiative erreicht, dass vor allem jene Gemeinden, die keine Krippe aus eigener Kraft eröffnen können, auch ein gutes bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot anbieten können, weil Kinder aus ihrer Gemeinde eben in Nachbargemeinden Betreuungsplätze in Anspruch nehmen können.

Ich bin auch sehr froh darüber, dass es die Tageseltern gibt, die das bestehende Kinderbetreuungsangebot ergänzen können, die die Randzeiten, die Restzeiten und eventuell auch Samstags- und Sonntags-Betreuung übernehmen können, wenn die Eltern und vor allem auch unsere Alleinerziehende, von denen es im Burgenland 10.000 oder über 10.000 gibt, berufstätig sind.

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist mehr als ein Bekenntnis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil für diese Vereinbarkeit. Wir Sozialdemokratinnen, wir Sozialdemokraten, haben schon sehr lange für die Betreuungssicherheit der Kinder gearbeitet. Ein weiterer wichtiger Schritt in diesem Bereich ist die Ferienbetreuung für berufstätige Eltern.

Vor allem wieder für unsere Alleinerziehenden, stellt die Betreuung ihrer Kinder in den Ferien ein wirklich großes Problem dar, denn es stehen fünf Wochen Urlaub der Eltern 12 Wochen Schulferien gegenüber. Die Frau Landesrätin Verena Dunst hat darauf geschaut, dass die Ferienbetreuungsaktionen gefördert werden und die finanzielle Belastung der Eltern auch in Grenzen gehalten wird. Daher werden Mittel für Gemeinden oder Vereine für diese Betreuung zur Verfügung gestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kinderbetreuung ist ein wichtiges Angebot für die Kinder, aber sie ist auch ein wichtiges Angebot für die Eltern. Viele Familien, viele Frauen, Alleinerziehende, sind auf die Betreuungsangebote angewiesen, wenn sie ihrem Beruf nachgehen möchten oder müssen. Genauso brauchen Frauen dieses Angebot, damit sie nach der Kinderpause wieder in ihr Berufsleben einsteigen können.

Die Gelder, die in die Kinderbetreuung investiert werden, sind mit Sicherheit sehr gut angelegt. 28,3 Millionen Euro werden für die Kinderbetreuung vom Land in die Hand genommen, um ein flächendeckendes, ein qualitätsvolles und für Eltern leistbares Kinderbetreuungsangebot zu schaffen.

Ich kann mich gar nicht genug bedanken, daher möchte ich mich genau an dieser Stelle wieder bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, bei den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern bedanken, die wirklich sehr viel Geld investieren. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und den GRÜNEN)*

Die mit den Eltern an einem Strang ziehen und die für eine bedarfsgerechte und qualitätsvolle und zum Großteil auch kostenlose Kinderbetreuung sorgen. Auf der einen Seite gibt es die Infrastruktur, die die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Verfügung stellen und den größten Teil für eine funktionierende Betreuung leisten.

Auf der anderen Seite sind es unsere Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, sehr wichtig in unseren Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen. Sie leisten hervorragende und wertvolle Arbeit und sind dafür verantwortlich, dass die Qualität sich weiterentwickelt hat. Ein großes Dankeschön für diese ausgezeichnete Arbeit an unsere Pädagoginnen und Pädagogen. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und den GRÜNEN)*

Abschließend, ich bin sehr froh darüber, dass der gesamte Bildungsbereich nun in einer Hand liegt, nämlich in der Hand unseres Herrn Landeshauptmannes. Damit ist gesichert, dass diese Gelder gut eingesetzt werden, nämlich zum Wohl unserer Kinder.

Wir stimmen diesem Kapitel zu. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete für Ihren Redebeitrag. Das Wort hat der Abgeordnete Wiesler. Sie sind zu Wort gemeldet.

Bitte sehr Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Jugend allgemein beinhaltet sehr viel. Jugendbeschäftigung, Jugendschutz, Jugendwohlfahrt, Jugendarbeitslosigkeit um einige Beispiele zu nennen.

Hierzu ist das Jugendbudget das Fundament, um Jugendarbeit im Burgenland leisten zu können, auch attraktiver gestalten zu können. Für jeden Bereich ist im Budget etwas enthalten. Denn zu einem wesentlichen Budget gehört, dass ausreichend Mittel im Bereich der Jugend zur Verfügung gestellt wird für Ausbildung und Beschäftigungsmaßnahmen.

Wir müssen die jungen Menschen in der persönlichen Weiterentwicklung und Weiterbildung vehement unterstützen. Gerade die Ausbildung junger Menschen ist unser Potential, unser Kapital in der Zukunft. Eine fundierte Ausbildung, nicht nur im schulischen Bereich, das heißt lauter Maturanten und Studierende, sondern auch fachmännisch ausgebildete Jugendliche in einem Lehrberuf oder die Lehre mit Matura sind von großer Bedeutung, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Es gibt nichts Schlimmeres für junge Menschen, aber auch für unsere gesamte Gesellschaft, wenn diese keine Chance bekommen, sich im Berufsleben zu beweisen und auch bestehen zu können. Bei der letzten Jugendbeiratssitzung haben wir auch über die NEETs gesprochen, das sind Jugendliche die sich weder in einer Ausbildung noch in einer Beschäftigung oder in einem Arbeitsverhältnis oder Qualifizierung befinden. Hier ist unbedingter Handlungsbedarf gegeben.

Ein weiteres Problem ist natürlich, dass es zu wenige Lehrstellen gibt. Die zuständige Frau Landesrätin hat sich beide Bereiche notiert und ich bin überzeugt, dass sie dahingehend etwas unternehmen wird. Abgestimmt auf diese Zielgruppen werden realistische Möglichkeiten in Bezug auf Lebens- und Berufsperspektiven entwickelt und Entscheidungsgrundlagen für die berufliche Integration erarbeitet.

Das Landesjugendreferat plant auch für das kommende Jahr wieder zahlreiche Aktivitäten, um Jugendliche in verschiedensten Bereichen zu unterstützen. Viel wird neben den Beteiligungsprojekten, auch Wettbewerben, vor allem Beschäftigungs-, Informations- und Präventionsprojekten getan.

Ganz wichtig ist, eine rechtzeitige Berufsorientierung, mehr Praxisteil oder pädagogische Arbeit, die auf die praktische Arbeit hinweist. Die Jugend muss rechtzeitig informiert werden, welche Wege es gibt. Berufsentscheidung ist Lebensentscheidung. Ein Jugendlicher muss ganz klar sehen, welche Ausbildungschancen es gibt, wie weit die Ausbildungschancen führen und natürlich wie auch das entsprechende Einkommen dazu ist.

Auch muss die Jugend auf die auf sie zukommende Verantwortung vorbereitet werden. Dazu braucht es unsere aller Anstrengung. Finanzielle Mittel zur Verfügung zu

stellen ist wichtig, jedoch nur ein Teil der geforderten Maßnahmen der Jugend und für die Jugend.

Um weitere Schritte im Bereich der Jugend zu erzielen, ist die Einbindung der Schulen, der verschiedenen Jugendverbände, die Wirtschaftskammer, das AMS, die Arbeiterkammer und selbst jede einzelne Meinung des Jugendlichen in einem hohen Ausmaß gefordert.

Zur Umsetzung dieser Ziele, nämlich der Jugend eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen ist es erforderlich, die richtigen Maßnahmen zu setzen. Bildung, Beschäftigung, Freizeit und soziale Netzwerke sind die bekannten Themen, die Burgenlands Jugendliche auch in Zukunft weiterhin sehr beschäftigen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein weiterer Aspekt ist, Jugendliche zeigen eine hohe Freizeitorientierung. Ausgewogenheit von beruflicher Tätigkeit, wie auch attraktive Möglichkeit der Freizeitgestaltung, sind Jugendlichen wichtig und werden im Zusammenhang mit Lebensqualität sehr hoch bewertet.

Mit genügend Freizeitmöglichkeiten und Sportangeboten soll natürlich der Jugend etwas geboten werden, um auch lieber im Burgenland zu bleiben. Jugendliche zurück ins Burgenland zu holen, ist eine Herkulesarbeit, möchte ich sagen. Denn die Probleme der jungen Burgenländer sind uns allen bestens bekannt, angefangen von der hohen Jugendarbeitslosigkeit, von der Pendlerproblematik, günstiges Wohnen, Arbeitsplätze in der nahen Wohnumgebung und so weiter.

Die Arbeitsplatzentwicklung laut AMS, im Bereich des Jugendarbeitsmarktes hat sich in den letzten beiden Jahren nicht zuletzt auf Grund der schwachen Konjunktur etwas angespannt. Jugendarbeitslosigkeit wird auch in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema bleiben. Gründe dafür sind unter anderem das überhöhte Arbeitskräfteangebot, nicht zuletzt auch auf Grund der Zuwanderung, das Einpendeln von Arbeitern von den Nachbarländern und die laufende Erhöhung des gesetzlichen Pensionsalters.

Weil die Berufs- und Arbeitswelt immer in Bewegung ist, ist es eine zentrale Aufgabe unserer Gesellschaft, unserer Politik, Jugendlichen eine sinnvolle Perspektive zu geben. Mit dem Bonussystem soll es gelingen, Impulse am Arbeitsmarkt zu setzen, damit Unternehmen Lehrlinge ausbilden und auch beschäftigen.

Auch das Land Burgenland bietet jährlich 1.100 Jugendlichen die Möglichkeit, im öffentlichen und im landesnahen Bereich eine Lehre zu absolvieren und sich damit fachlich zu qualifizieren.

Besonders die Lehrwerkstätten sind hier ein wichtiges Instrument, um arbeitslosen Jugendlichen durch Qualifikation den Weg in die Beschäftigung zu ermöglichen. Ich bin mir schon bewusst, dass die finanziellen Mittel auch im Landesjugendreferat begrenzt sind, dennoch möchte ich hier festhalten, dass hier jeder Euro sehr gut investiertes Geld ist.

Wir werden dem Budget zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Fazekas.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Jugend ist die Zukunft! Generationengerechte Politik im Sinne der nächsten Generation! Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen!

Jene und weitere Schlagsätze sind vermutlich von den meisten in diesem Raum schon einmal verwendet worden. Uns allen ist die nächste Generation ein Anliegen. Oftmals hört man, welch hohen Stellenwert Generationengerechtigkeit für die Politik hat. Keine Budgetdebatte, egal auf welcher Ebene, vergeht, ohne das Ziel einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Man könnte manchmal das Gefühl bekommen, dass die Politik all ihre Entscheidungen mit Weitblick und im Interesse der nächsten Generation trifft. Die Realität, meine geschätzten Damen und Herren, sieht in den meisten Fällen oft anders aus. Das Angebot an Themen am politischen Markt ist vor allem auf die breite Masse zugespitzt. Da haben Themen wie Generationengerechtigkeit oder nachhaltiger Umgang mit Ressourcen, meist wenig bis gar keinen Platz, denn es ist nicht attraktiv, Themen zu besetzen, die für die breite Masse an Wählerinnen und Wählern unbequeme Konsequenzen haben könnte.

Jugendliche hingegen werden oft inhaltlosen Phrasen vorgesetzt, denn gerade die Jugend ist in der politischen Auseinandersetzung unterrepräsentiert und die nächste Generation ist gar nicht repräsentiert.

Wenn ich den Begriff Generationengerechtigkeit erwähnt habe, dann erlauben Sie mir am heutigen Tag, am Tag, wo sich ein Expertenkreis ganz klar dafür ausgesprochen hat, eine Pensionsautomatik einzuführen, eine Anmerkung.

Der Generationenvertrag ist in seiner jetzigen Form nur eines, er ist Generationen unverträglich. Er benachteiligt die junge Generation, denn die Pensionsvorsorge im Alter ist nicht sichergestellt. Und wenn der Sozialminister Hundstorfer von sicheren Pensionen spricht, dann meint er maximal seine eigene.

Die Alten haben die Macht über die Zukunft der Jugendlichen, ohne zu erkennen, was ein Nichthandeln in einigen Jahrzehnten für die Jugendlichen bedeuten wird. Diese Herangehensweise, meine geschätzten Damen und Herren, bezeichne ich als jugendverdrossene Politik, gegen die ich mich vehement wehre.

Meine geschätzten Damen und Herren! Es sind vor allem die kleinen Dinge im unmittelbaren Umfeld, die die jungen Menschen in unserem Land bewegen. Gerade in Hinblick auf die hohe Abwanderung von jungen Menschen aus dem Burgenland müssen Maßnahmen getroffen werden, um Anreize zu schaffen, hier zu bleiben, aber vor allem in weiterer Folge junge Menschen dazu zu bringen, dass sie wieder in unser Land zurückkehren.

Es geht darum, schnell und einfach und günstig von A nach B zu kommen und das für Studenten, das für Lehrlinge, das für Schüler. Umso wichtiger ist es - und das möchte ich an diesem Tag betonen -, dass es zu einer Einführung eines einheitlichen Tickets für Jugendliche in unserem Land kommt, ohne Scheuklappen, ohne Verschiebung von Verantwortung, was in dieser Sache nichts verloren hat, denn gerade das hilft den Jugendlichen in unserem Land nicht.

Gleichzeitig, meine geschätzten Damen und Herren, geht es aber darum, leistbar in unserem Land wohnen zu können. Die erste eigene Wohnung ist der wichtigste Schritt in die Unabhängigkeit von jungen Menschen.

Nach Beendigung der Ausbildung wollen sich viele eine eigene Bleibe schaffen, finden jedoch oft kein passendes Angebot oder keine Möglichkeit, dies zu finanzieren. Deswegen braucht es klare Rahmenbedingungen, damit junge Menschen im Burgenland leben können.

Ein wesentlicher Trend, der vor allem die junge Generation betrifft, den das Burgenland nicht als Zaungast betrachten darf, ist die Entwicklung rund um die Digitalisierung. Die Politik darf hier nicht rückständig bleiben und die Chancen dieser Entwicklung nicht verschlafen, denn viele Gesellschaftsbereiche sind aufgrund der Digitalisierung im ständigen Wandel.

Die Art und Weise, wie wir in Zukunft lernen werden, wie wir in Zukunft arbeiten werden, wie wir uns fortbewegen werden, wird sich rasant verändern. Die heutigen Berufsfelder werden sich durch die technologischen Fortschritte verschieben und umso notwendiger sehe ich es, die notwendigen Maßnahmen im Sinne der nächsten Generation in diesem Bereich zu setzen und Jugendliche schlussendlich auf die Chancen und auf die Herausforderungen dieser Entwicklung vorzubereiten.

Besonders nachdenklich stimmt mich die Tatsache, dass die Förderung für Wintersportschulwochen um fünfzig Prozent reduziert werden soll. Gerade jene Förderung war es, die speziell Familien entlastet hat, die vielen Kindern eine erlebnisreiche Schikurswoche ermöglichte. Dabei wurden zehn Euro pro Schüler und Nächtigung seitens des burgenländischen Landesjugendreferates zur Verfügung gestellt.

Dieses Geld hatte nicht nur aus touristischer Sicht eine Bedeutung, sondern vielmehr aus pädagogischer Sicht, denn Bewegung und Sport sind wichtige Bestandteile der Persönlichkeitsbildung. Bei der Förderung von Bewegung und Sport von Jugendlichen zu reduzieren, gleichzeitig aber die Kosten für Werbemaßnahmen des Jugendreferates um 245 Prozent zu erhöhen, ist ein schweres Foul.

Geschätzte Frau Landesrätin! Dieser Schritt zeigt einmal mehr, dass Scheinsozialismus innerhalb der SPÖ zur Marke geworden ist. Ich möchte Ihnen einen Satz mitgeben, der Ihnen ins Stammbuch geschrieben sein soll:

„Nicht nur sozial denken, sondern auch sozial handeln!“ *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist vom Herrn Abgeordneten Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter Brandstätter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich möchte kurz zu meinem Vorredner anschließen. Ich sehe das ein bisschen anders.

Ich bin nicht dafür, dass man Jung gegen Alt ausspielt oder Alt gegen Jung ausspielt *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*, sondern ich glaube, dass Jung und Alt gemeinsam Lösungen erarbeiten müssen.

Wie die burgenländische Jugendstudie 2015 zeigt, wünschen sich junge Menschen vor allem eines, das man Jungendpolitik als Querschnittsmaterie sieht. Sie wünschen sich Maßnahmen, die sie im Alltagsvollzug, aber auch natürlich in der weiteren Lebensplanung unterstützen - und zwar mit Blick auf die eigene persönliche Zukunft in der Region.

Diese Verbesserungsvorschläge, für die die jungen Menschen eintreten, decken ein enormes Spektrum ab. Von Sozial- und Arbeitsmarktfragen bis zur Bildungs- und Infrastrukturpolitik. Dieser Landesvoranschlag 2016 unterstützt sie dabei.

Dazu möchte ich eine Gratulation an Finanzlandesrat Helmut Bieler und auch an die anderen Regierungsmitglieder aussprechen, denen es gelungen ist, trotz schwieriger Zeiten ein ausgeglichenes Budget und ein Budget für die Jugend zu schnüren, welches wirklich wichtige Förderungsmaßnahmen für unsere Jugend im Bereich von Ausbildung, im Bereich der Freizeit, aber auch im Bereich der Kultur und vieles mehr beinhaltet.

Was wir hier den burgenländischen Jugendlichen und den kommenden Generationen mit auf den Weg geben, wird einst das Kapital für den Fortbestand unserer funktionierenden Strukturen sein. Ich denke dabei an die großartige Ausbildung „Lehre mit Matura“, an die höchste Maturantenquote. An die Fachhochschulstudiengänge im Landesnorden und im Landessüden.

Aber ich denke auch dabei an die Semesterticketförderung, bei der das Land Burgenland die Studentinnen und Studenten unterstützt, indem die Netzkarte gefördert wird, oder natürlich an das Top-Jugendticket, wo Lehrlinge und Schülerinnen und Schüler - bis 24 Jahre alt - alle Öffis in Wien, Niederösterreich und im Burgenland nutzen können. Wo ich mir von der Familienministerin Karmasin - lieber Herr Kollege Fazekas, Ihre Parteikollegin - erwarten würde, dass es endlich einmal die Ausweitung auf alle Jugendlichen unter 26 Jahren für alle Linien in Österreich gibt.

Oder an die Lehrlingsförderung, die natürlich auch ein wesentlicher Bestandteil der Jugendförderung ist. Das Land Burgenland mit Landeshauptmann Hans Niessl bietet damit den Jugendlichen eine gute Basis zur Entfaltung persönlicher Interessen sowie den Start in das Berufsleben.

Als Jugendsprecher ist es mir ein besonderes Herzensanliegen, dass wir unsere Jugend durch Schaffung von jährlichen zusätzlichen Arbeitsplätzen, die auch im Regierungsübereinkommen drinnen stehen, im Land halten und nicht nach einer erfolgreichen Ausbildung an Großstädte wie Wien oder Graz verlieren.

Auch für den Bereich Jugendschutz, aber auch für Auslandssemester und EU-Austauschprojekte sind in diesem Budget wieder ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung.

Natürlich ganz wichtig, weil wir heute Funktionäre von Jugendorganisationen schon hier gehabt haben, es gibt auch wieder eine tolle Basisförderung für die burgenländischen Jugendorganisationen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich gleich bei allen Funktionären, die das ganze Jahr über großartige ehrenamtliche Leistungen erbringen, bedanken. Ob es jetzt die Feuerwehrjugend, die Gewerkschaftsjugend, Kinderfreunde oder diverse andere, die im Landesjugendforum sind, sie vollbringen mit ihren Veranstaltungen, Seminaren, Ausflügen, sozialen Aktivitäten wertvolle und unersetzliche Arbeit für unser Heimatland Burgenland.

Ebenso geht ein großes Dankeschön an Landesrätin Eisenkopf und dem Landesjugendreferat mit all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Danke für Ihren Einsatz, Ihr leistet alle unglaubliche Jugendarbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Da wir heute zum Punkt Budget und Jugend sprechen, möchte ich noch über eine innovative und demokratisierte Form der Budgeterstellung sprechen. Jugendlichen wird nämlich oft, Ihr werdet es schon alle einmal gehört haben, nachgesagt, dass sie entweder politikfaul oder politikverdrossen sind.

Für mich gibt es diese nicht wirklich. Es ist vielmehr, dass sich manche Jugendliche nicht gehört fühlen. Deshalb bedarf es auch hier neuer partizipativer Möglichkeiten. Es bedarf neuer Mitmachmöglichkeiten, wo sich Jugendliche einbringen können.

Eine dieser Mitmachmöglichkeiten ist die Idee nach einem Jugendbudget samt Jugendkongress, die nicht nur eine Vorstellung ist - diese Idee -, sondern bereits in die Realität umgesetzt wurde. In den Gemeinden Gols, Steinbrunn und Pöttsching wird den Jugendlichen ein eigenes Jugendbudget zugesprochen, über welches sie dann selbst verfügen können. Dies geschieht dann in einem Jugendkongress, der in regelmäßigen Abständen veranstaltet wird.

Die Nachfrage der Jugendlichen ist - gegen jeglicher Meinung, sie seien politikfaul oder politikverdrossen - groß. Sie bringen ihre eigenen Ideen ein, wie ihre Gemeinde aussehen soll und haben großes Interesse daran, wie es weitergeht. Es ist einfach. Jugendliche möchten einfach mitentscheiden. Das geht natürlich ganz einfach mit dem Konzept nach einem Jugendbudget und Jugendkongress.

Deshalb lade ich alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, alle Gemeindefunktionäre hier im Hohen Haus ein, gemeinsam dieses Konzept in die Realität umzusetzen, und ich stehe natürlich dafür gerne zur Verfügung.

Abschließend noch etwas zum Antrag der GRÜNEN betreffend die Erhaltung der Hallenbäder. Hallenbäder sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft und tragen einen wichtigen Teil zur Förderung der Gesundheit und Sport im Burgenland bei.

Je mehr ich über das nachdenke, wie ich das empfinde, desto mehr ist es für mich unverantwortungslos, wie der Bürgermeister Kurt Lentsch mit dieser tollen und vor allem wertvollen Einrichtung für die Gesellschaft umgeht. Es ist eine Unverschämtheit. Obwohl das Hallenbad Neusiedl das größte und am besten ausgelastete Hallenbad im Burgenland ist, ist dennoch seine Existenz bedroht.

Warum? Es wurden hier die ausgelagerten Freizeitbetriebe dazu benutzt, Geld willkürlich hin und her zu jonglieren. Jener Bürgermeister Lentsch, der als Steuerberater auch für die maroden Finanzen der Gemeinde verantwortlich zeichnet. Darüber hinaus hat die Stadtgemeinde Neusiedl aufgrund ihrer prekären finanziellen Situation zusätzliche finanzielle Mittel in Form von Bedarfszuweisungen wie keine andere Gemeinde des Burgenlands erhalten.

Das Land Burgenland hat in den letzten Jahren über eine Million Euro als Bedarfszuweisungen ins Budget der Stadtgemeinde beigesteuert. Noch immer werden die Gelder nicht für das Hallenbad verwendet, sondern man stopft irgendwo anders Löcher im Budget. Das Land Burgenland soll dann für diese Pleiten und die untragbaren Zustände der Gemeindefinanzen vom Bürgermeister Lentsch geradestehen. Ich meine, das kann es ja wohl nicht sein. *(Abg. Walter Temmel: Du redest zur Jugend, nicht vom Lentsch.)*

Naja, wir haben eingangs gehört, dass die Geschäftsordnung sagt, dass man zu den Anträgen auch reden soll. *(Abg. Walter Temmel: Gerne!)* Also.

Uns ist die Wichtigkeit des Bades für die Region bewusst. Wir wollen das Hallenbad erhalten und dessen Fortführung bei entsprechenden Rahmenbedingungen auch unterstützen. Um das Hallenbad zu retten, was unser erklärtes Ziel ist, bedarf es eines Finanzierungs- und Sanierungskonzepts und vor allem eines muss passieren, die Gemeinde Neusiedl muss ihren Hausaufgaben nachgehen.

Es muss klare Strukturen und Kostentransparenz bei Freizeitbetrieben und Hallenbad geben, um sicherzugehen, dass Gelder, die fürs Bad bestimmt sind, auch tatsächlich ankommen.

Danke und wir werden natürlich den Budgetjugendteil unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet, hat sich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Im Bereich der Jugendarbeit werden wir 2016 einerseits auf Bewährtes, aber auf der anderen Seite auch auf sehr viele Neues setzen. Denn gemeinsam mit dem Team des Landesjugendreferates, aber auch mit den Jugendlichen des Burgenlandes werden wir Projekte gemeinsam mit den Jugendlichen für die Jugendlichen erarbeiten.

Neu ist beispielsweise, dass es kein fixes Jahresprogramm für das Jahr 2016 geben wird und zwar deswegen nicht, weil wir hier möglichst flexibel auf die Wünsche und Anregungen der Jugendlichen eingehen wollen und hier nicht gebunden sein wollen und damit rasch auf die Ideen reflektieren können.

Einige Fixpunkte im Jahr 2016, die Anfang des Jahres stattfinden werden, sind einerseits die Jungmusikerehrungen, aber auch die burgenländische Schiwoche in Altenmarkt. Genauso sind einige Integrationsprojekte, aber auch Sportprojekte im Freizeitbereich in Planung.

Ein ganz besonderer Schwerpunkt, der mir persönlich sehr wichtig ist, wird im Jahr 2016 - wir haben es vorhin auch schon vom Abgeordneten Wiesler gehört - auf der verstärkten Information bei Bildung und Ausbildung liegen. Denn sowohl über Social Media werden wir das anbieten, als natürlich auch über das Internet und genauso aber auch über die mobile Jugendinfo.

Es werden hier Ausbildungsangebote, die im Land Burgenland Gott sei Dank sehr zahlreich zur Verfügung stehen, in einer übersichtlichen Form aufbereitet werden, damit sich die Jugendlichen auf einen Blick ganz einfach durch alle Möglichkeiten, die es im Land gibt, durchklicken können und so eine optimale Entscheidung für ihre berufliche Zukunft treffen können.

Genauso werden wir das auch bei den zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten in diesem Bereich machen. Sei es jetzt für Schülerinnen und Schüler, für Lehrlinge, aber auch für Studentinnen und Studenten. Die Informationen werden hier also seitens des Landesjugendreferates gesammelt werden, gebündelt und zentral und vor allem in übersichtlicher Form den Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem ist es mir ein sehr wichtiges Anliegen, das Interesse der Jugendlichen auch in der Politik wieder zu wecken. Die Jugendlichen haben oft das Gefühl, dass sie sich nicht richtig in die Politik einbringen können und nicht aktiv beteiligen können. Genau hier möchte ich ansetzen und diese Hürde für die Jugendlichen nehmen. Denn es geht hier um ihre Zukunft und nichts ist wichtiger, als dass sie selbstbestimmt mitreden können und mitbestimmen können und hier gemeinsam Politik machen können.

Ansetzen möchte ich hier gemeinsam mit dem Bezirksjugendreferenten vor allem im Gemeindebereich, denn dieser Bereich ist der Bereich, der für die Jugendlichen am greifbarsten ist und wo sie direkt vor Ort das erste Mal Kontakt mit der Politik aufnehmen können und ihnen so auch einen Einstieg in die Landespolitik ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ist es natürlich sehr wichtig, mit den jungen Menschen in einem ständigen Dialog zu stehen. Nur so können wir vieles bewegen und unserer Jugend eine gesicherte Zukunft ermöglichen.

Vielleicht noch ein paar Worte zu der Förderung der Schisportwochen oder der Wintersportwochen. Die Frau Abgeordnete Prohaska hat es vorhin ohnehin schon erwähnt. Diese finanziellen Mittel stammten aus einer Rücklagenauflösung, aus dem Verkauf des burgenländischen Landesjugendheims in Aktenmarkt. Das heißt, es ist eine Rücklage, die nicht mehr zur Verfügung stand, und noch dazu war es eine budgetierte Rücklage, die das Budget zwei Jahre lang künstlich erhöht hat.

Aber um diese Förderung auch in Zukunft auch in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen und eben sehr wohl auf die sozial bedürftigeren Familien einzugehen, werden hier seitens des Landesjugendreferates gerade Förderrichtlinien erarbeitet, die eben nicht eine Massenförderung, wie es bis jetzt der Fall war, zum Inhalt haben, sondern ganz gezielt auf die sozial schwächeren Familien abgestellt ist und hier auch eine erhöhte Förderung und nicht nur für Wintersportwochen, sondern für alle Schisportwochen zur Verfügung stehen wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Das Wort hat der Herr Landtagsabgeordneter Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Bewegung und Sport für die gesamte Bevölkerung zu ermöglichen, ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Ziel ist es, die Bevölkerung und insbesondere Kinder und Jugendliche zu Bewegung und zu Sport zu begeistern.

Dazu braucht es natürlich verschiedene Faktoren, die Schulen, die Vereine mit ihren Funktionären, Fachverbände, die Dachverbände und auch die Politik, die die Rahmenbedingungen schafft beziehungsweise Fördermittel zur Verfügung stellt.

Entsprechend der Bedeutung des Sportes im Burgenland ist die Botschaft des Budgets 2016 klar und eindeutig. Der Sport erhält auch weiterhin eine verlässliche finanzielle Förderung. Damit soll bekundet werden, welchen hohen Stellenwert der Sport im Burgenland hat und dass die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht wird.

Die Förderung des Sportes soll auch gesellschaftlichen politischen Zielen dienen. In Zeiten einer immer älter werdenden Gesellschaft ist die Gesundheitserhaltung der Bevölkerung durch sportliche Aktivität von großer Wichtigkeit und von Bedeutung. Der Sport verbindet die Gesellschaft in verschiedenen Vereinsformen. Es werden wichtige Sozialkomponenten vermittelt wie Gemeinschaftsgefühl und Teamorientierung, Respekt und Fair Play, Umgang mit Sieg und Niederlage, Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft und Fortbestand der Vereine durch Nachwuchsarbeit.

Der Sport steht auch für Integration. Hier könnte man noch viele Dinge aufzählen. Der Sport im Burgenland ist auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Verbunden mit dem Tourismus trägt der Sport vermehrt zur Wertschöpfung bei.

Diese Verknüpfung zwischen Sport, Gesellschaft, Wirtschaftsfaktor und Wertschöpfung ist im Burgenland wie eine Symphonie, möchte ich sagen. Das Sportangebot ist im Burgenland sehr breitgefächert und vielfältig.

Vom Freizeitsport bis hin zum Breitensport und vom Breitensport bis hin zum Spitzensport. All das hat seinen Platz und ergänzt sich gegenseitig großartig. Ohne Freizeitsport keinen Breitensport und ohne Breitensport keinen Spitzensport.

Jeder denkt sehr schnell, wenn man über den burgenländischen Sport redet, an Fußball, sprich den SV Mattersburg, Bundesligist, oder an Basketball, den österreichischen Meister, den Güssing Knights. Doch das Burgenland hat wie immer mehr zu bieten, auch im Bereich und in der Vielfalt des Sportes, was mit der Sportförderung unterstützt wird.

Rudern, Tennis, Schifahren, Snowboarden, Surfen, Segeln, Schach, Bogenschießen, Kickboxen, Billard und vieles mehr. Ich möchte dazu die drei Dachverbände in den Vordergrund rücken, die sich besonders um diese Vielfalt der Sportarten, aber besonders um die Sportler kümmern. Ohne diese Verbände würde der Breitensport nicht so funktionieren.

Dass die Sportförderung im Burgenland funktioniert, zeigen die vielen Medaillen und Titel, die die Sportler in jüngst vergangener Zeit erobert haben. Und Erfolge sind ein wichtiger Gradmesser. Diese Erfolge wären allerdings ohne professionelles Umfeld nicht möglich. Dennoch versucht die Sportförderung die Rahmenbedingungen des Sportes immer wieder zu verbessern.

Ich glaube, es ist wesentlich und wichtig, den Aufbau und die Weiterentwicklung, professionelle Verbandstrukturen in manchen Sportarten weiter zu fördern und zu unterstützen, die Ausbildung hoch qualifizierter Trainer sowie Übungsleiter weiter zu forcieren, Förderungen und Unterstützung des Vereinssports weiterhin aufrecht zu erhalten, die Sportstätteninfrastruktur weiter zu verbessern, mehr Bewusstsein zu schaffen, Bewegung bringt der Gesundheit etwas.

Auch die Bereitstellung von sportspezifischen Angeboten für Sport und vereinsferne Menschen scheint mir wesentlich und wichtig. Nicht zu vergessen sind natürlich - und man sollte sich mit dem gleichen Augenmerk um sie kümmern - auch im Bereich des Sportes für Menschen mit Körper-, Geistes- und Sinnesbehinderung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte kurz auf den Rechnungshofbericht „Alpine Schi WM 2013“ kommen, um in der Sportlersprache zu bleiben, ich möchte nicht alles aufzählen, das hat der Kollege Dr. Rezar schon gemacht. Es hat hier sehr viele Fouls gegeben. Ich erspare mir die ganze Aufzählung. Ich möchte nur festhalten, dass es vom Landes-Rechnungshof her 94 Empfehlungen gegeben hat.

Ich meine, das ist sehr viel und eigentlich ein Graus, wenn ich so sagen darf, wenn man liest, wie man mit Millionen der öffentlichen Hand umgeht, wo Korruption vielleicht - ich betone vielleicht - ihre Blüten treibt und auf der anderen Seite, wie man mit kleinen Vereinen und ihren freiwilligen Funktionären umgeht, die Freizeit opfern und jeden Cent hart erarbeiten müssen, um ihren Verein, der ihnen am Herzen liegt, am Leben zu erhalten.

Hier treffen zwei Welten aufeinander. Bei den einen vermutet man, sie sind kriminell und kontrolliert, bei den anderen ist es vielleicht offensichtlich, dass Geld woanders verwendet wird, wo es nicht hingehört und es passiert nichts.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte wieder zum Budget zurückkommen. Ich möchte mich abschließend bei allen ehrenamtlichen Funktionären bedanken, die die Vereine aufrechterhalten, und auch bei den nötigen Sponsoren, damit die Sportler ihren Sport ausüben können. Geld ist zwar wichtig im Sport, aber nicht alles, denn im

Wesentlichen sollte die Leistung der Sportler im Vordergrund stehen, ob im Einzel- oder Mannschaftssport.

Ich darf von hieraus den Sportlern alles Gute für das kommende neue Sportjahr 2016 wünschen.

Wir werden dem Budget zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die Herausforderungen - und das kann von uns wohl jeder sehr gut nachvollziehen - im Alltag steigen und zum Ausgleich setzen gottseidank immer mehr Menschen auf Bewegung und Sport.

Wesentliche Voraussetzungen dafür sind ein gutes Zeitmanagement und gut ausgestattete Sportanlagen, denn sportliche Einrichtungen fördern nicht nur das Gemeinschaftsgefühl, sondern sind bedeutende gesundheits- und auch gesellschaftspolitische Faktoren.

Ein gesunder Lebensstil mit ausreichender Bewegung steigert die Lebensqualität, macht leistungsfähiger, widerstandsfähiger und vor allem auch ausgeglichener und als Abgeordneter weiß man davon ja wohl ein Lied zu singen.

Zum Sportbudget selbst kann man für das Budget 2016 feststellen, dass es weder eine Erhöhung, noch eine Reduktion oder Kürzung des Budgets für den Sport gibt. Damit stehen wieder 2,1 Millionen Euro für den Hobbysport, für den Breiten-, aber auch für den Spitzensport zur Verfügung.

Zusätzlich stellt das Budget 2016 1,1 Millionen Euro für die Fußballakademie zur Verfügung. Grundsätzlich führt das natürlich zu einer sehr hohen Gewichtung von Fußball, aber ich hoffe auch, dass damit viele Burgenländer, die in der Sport- und Fußballakademie groß werden, irgendwann einmal die Gelegenheit haben, bei der zukünftigen bevorstehenden Europameisterschaft oder bei kommenden Europameisterschaften mitzuspielen und zum Zug kommen zu können.

Ich verstehe aber bis heute nicht - und das ist auch ein Kritikpunkt -, warum andere Sportvereine, warum andere Sportler nicht die Sportanlagen in dieser Sportakademie nutzen können. Zumal sie ja doch zum Großteil der Zeit leer stehen und andere Vereine könnten in dieser Sportakademie, in dieser Fußballakademie, die Felder sehr gut nutzen und in ihrer Umgebung brauchen.

Weil die Sportstätten im Burgenland ein wesentlicher Faktor für das Ausüben des Sports und der vielen Sportarten, die wir im Burgenland haben sind, ist es uns auch wichtig, das Angebot an Sportstätten im Burgenland gemeindeübergreifend zu vernetzen und vor allem auch bekannter zu machen.

Der Ruf nach einem sogenannten Sportstättenatlas hallt schon seit Jahren bei den Vereinen, aber das Land blieb bisher leider untätig. Daher wurden wir selbst aktiv. Gemeinsam mit den Sportvereinen, mit den Gemeinden haben wir nun den ersten Sportstättenatlas im Burgenland initiiert und publiziert.

Das druckfrische Werk gibt es nun in bunt gestalteten Seiten. Man sieht darauf den Überblick über die vorhandenen burgenländischen Sportstätten. Man sieht die Vielfalt des Sports, und gleichzeitig soll er auch zu sportlicher Aktivität motivieren.

Ich weiß, dass dieser Sportstättenatlas nicht zu hundert Prozent vollständig ist. Aber es ist für uns ein erster Anlass und ein erster Anstoß, damit das Land hier endlich aktiv wird und auch von Seiten des Landes ein Sportstättenatlas publiziert wird, um auch wirklich einen endgültigen und finalen Sportstättenatlas zu haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Gleichzeitig ist für uns dieser Sportstättenatlas eben nicht nur eine flächendeckende und sinnvolle Sportstättenerfassung, sondern es soll auch als Grundlage dienen, eine Sportstättenstrategie zu entwickeln.

In welche Sportstätten, in welche Regionen sollen wir langfristig investieren? Wo braucht es noch mehr Förderbedarf? Wo sollten wir ein wenig zurückstecken? Das ist ein Anliegen, das wir seit Jahren vertreten und seit ich nun Sportsprecher bin, ist das für uns ein großes Thema. Ich glaube, es wird keinem ein Zacken aus der Krone fallen, wenn man diesen Sportstättenatlas auch von Seiten des Landes parteiübergreifend umsetzen würde.

Bei überregionalen Sportstätten kommen wir auch gleich zum Thema. Wir wissen alle, dass für einzelne Gemeinden und einzelne Städte eine Sportstättenanlage, die überregional für die Vereine, für junge Menschen, für Schulen, aber auch für andere Menschen Bedeutung hat, nicht finanzierbar ist, wenn nur eine Gemeinde diese Last zu tragen hat.

Deswegen wollen wir, so wie es bei Viva Sportzentrum passiert oder auch bei der Fußballakademie, dass diese überregionalen Sportstätten durch das Land massiv unterstützt werden, nicht nur in der Errichtung, sondern auch im regelmäßigen Betrieb.

Da ist das Hallenbad in Neusiedl am See jetzt ein neuerlicher Anlass gewesen, um diese Forderung zu wiederholen, denn wenn das Land hier als Sportland nicht unterstützt und nicht unter die Arme greift, wird es auf lange Sicht keine überregionalen Sportstätten wie beispielsweise das Hallenbad geben. (*Abg. Ewald Schnecker: So viel Blödsinn!)*

Jeder, der in einer Gemeinde aktiv ist, weiß, dass weder ein Hallenbad, noch eine andere große Sportstätte, allein zu finanzieren sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Geschätzte Damen und Herren! Jetzt komme ich auch schon zum Punkt, der in einem späteren Tagesordnungspunkt diskutiert wird, nämlich zu den Vereinsfesten. Außer Streit steht wohl, und das bekräftige ich wiederum, die vielen Ehrenamtlichen, ohne die es weder Kultur, Brauchtum, noch Nachwuchsarbeit im Burgenland gäbe, sie bilden die Säule unserer Gesellschaft und unserer Gemeinden.

Hinter diesen Menschen stehen wir auf alle Fälle als Volkspartei. Die Lösung der schwierigen Situation, die wir in allen Medien nun verfolgen können, kann nur eine gemeinsame von Vereinen und Wirtschaft sein, um langfristig vor allem das Bestehen von Wirtshäusern in unseren Gemeinden, aber auch die Existenz von Vereinen in unseren Ortschaften zu gewährleisten.

Wir haben vor mittlerweile Jahren begonnen, hier eine Lösung herbeizuführen. Vor zwei Jahren begann die Anzeigenflut, die mittlerweile auch bei den Punschständen kein Ende nimmt. Wir stellen hier eine praxisnahe, eine sachliche Lösung in den Vordergrund. (*Abg. Ewald Schnecker: Auch auf meiner Seite!)*

Wir wollen, dass die Besteuerung dieser Vereinstätigkeiten adaptiert wird, dass diese große Hürde bei der Umsetzung der Vereinstätigkeiten geändert wird.

Ich glaube, auch wenn hier die SPÖ auf unseren Zug aufgesprungen ist, dass es eine breite Übereinstimmung in diesem Haus gibt, dass es einen Schulterschluss braucht,

um dieses Problem zu lösen anstatt nur unsere Aktivitäten zu kopieren. Uns ist es wichtig, eine sachliche Lösung herbeizuführen, damit dieses Problem gelöst wird.

Es gibt keinen einzigen produktiven oder brauchbaren Vorschlag von Rot-Blau, den ich bis jetzt vernommen hätte. Einzig und allein der Entschließungsantrag der ÖVP Niederösterreich wurde kopiert und uns hier im Landtag vorgelegt. Diesem Antrag können wir teilweise zustimmen, aber gleichzeitig geht unser Abänderungsantrag noch einen Schritt weiter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Denn unsere Lösungen finden nun in diesem Abänderungsantrag Eingang. Dieser Abänderungsantrag wurde auch allen Fraktionen zugesandt und somit kann ich die Verlesung erst bei der Abstimmung vornehmen. Unsere Forderungen zusammengefasst sind fünf wesentliche Punkte:

Zum einen geht es uns darum, dass man klarstellt, wer den Gewinn zu tragen hat, wer die Gewerbeberechtigung haben muss und wie man Kooperationen zwischen Vereinen und Wirten organisieren kann, wenn diese gemeinsam ein Fest veranstalten.

Ein zweiter Punkt besteht darin, dass wir die Befreiung der Vereinsmitglieder von der Sozialversicherung haben möchten und gleichzeitig die Einführung eines sogenannten Dienstleistungsschecks für die Mitarbeiter des Gastwirten haben möchten.

Ein dritter Punkt, der von uns bereits öfters artikuliert wurde: Wir wollen, dass für die Vereinsmitglieder Weihnachtsfeiern oder auch Ausflüge legalisiert werden.

Wir wollen weiters auch, weil das Finanzamt im Vorfeld den Vereinen nicht per Bescheid sagt, ob sie gemeinnützig sind oder nicht, für nicht gemeinnützige Vereine einen Gewinnfreibetrag von 5.000 Euro pro Jahr haben, um auch hier im Vorfeld schon Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Gleichzeitig als fünften Punkt wollen wir, dass weder die Vereine, noch die Wirten eine Registrierkassa bei ihren Vereinsfesten brauchen, um auch dieses Thema hier abzufangen, auch wenn es nicht im direkten Zusammenhang mit den Vereinen steht.

Zuletzt, und das muss man hier schon klar sagen, haben wir das Übel der Registrierkassen nur ausschließlich und deswegen, weil die rote Gewerkschaft das massiv gefordert hat und auch die rote Gewerkschaft dies in die Verhandlungen mit eingebracht hat. Andernfalls hätten wir diese Probleme nicht.

Herr Landesrat Darabos! Es war die Idee der roten Gewerkschaft, es war leider ein Kompromiss, den wir eingehen haben müssen, um die Steuerreform überhaupt zu ermöglichen. Gott sei Dank hat aber der Herr Bundesminister Schelling eingegriffen und auch in seinem Wirkungsbereich Befreiungen per Erlass veröffentlicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das sind einmal erste Erfolge für die ÖVP, wo wir gesagt haben, wir unterstützen die Vereine. Damit sind die Umsätze im Freien, also die Kalte-Hände-Regelung, im Erlass inkludiert. Gleichzeitig werden auch „kleine Vereinsfeste“ und Feuerwehrfeste befreit.

Außerdem gibt es noch einen Bundeszuschuss für die Registrierkassen von 200 Euro pro Stück.

Wir unterstützen hier auch den Antrag vom Abgeordneten Kölly, der hier von Landesseite die Registrierkassen unterstützen möchte. Hier sind wir auf Deiner Seite und würden diesen Antrag auch unterstützen, wenn nicht schon ein Abänderungsantrag vorliegen würde.

Zusammengefasst können wir sagen, dass wir als Volkspartei hinter den Vereinen stehen, hinter den kleinen Unternehmen, aber auch hinter den Menschen, die sich freiwillig und ehrenamtlich für diese Vereine engagieren. Als starke Alternative zeigen wir Lösungen auf und arbeiten in dieser Sache hart weiter. Kommenden Freitag gibt es wieder einen Termin und ich bin mir sicher, dass wird bald eine Lösung präsentieren können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir bringen unseren Abänderungsantrag zu den Vereinen ein. Gleichzeitig stimmen wir aber gegen den Abänderungsantrag von Rot-Blau, weil der uns nicht weit genug geht.

Bezüglich des Antrages vom Abgeordneten Kölly liegt ja ein Abänderungsantrag von Rot-Blau vor. Diesem Abänderungsantrag werden wir nicht zustimmen, aber sehr wohl hätten wir Deinem Antrag zugestimmt. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Weil er wohl Rot-Blau ist.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Ich werde jetzt zum Sportbereich reden, weil ja im Anschluss daran gleich die Vereinsproblematik ohnehin auf der Tagesordnung steht. Daher werde ich mich ausschließlich auf den Sportbereich konzentrieren.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit Hingabe, mit Einsatz aber wahrscheinlich auch mit harter Arbeit erbringen unsere heimischen Sportlerinnen und Sportler, aber auch die Funktionärinnen und Funktionäre, die man in diesem Zusammenhang nicht vergessen darf, großartige Leistungen für unser Sportland Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sport hat im Burgenland einen besonderen Stellenwert. Er trägt sehr viel zur Lebensqualität im Land, aber auch in den Gemeinden bei. Sport verbindet und stärkt die Gemeinschaft. Fairness, Teamgeist, Einsatzbereitschaft und dergleichen mehr werden gelebt und ich meine, das ist gut so.

Der burgenländische Sport hatte in den letzten Jahren sehr große Erfolge zu verzeichnen. Große Erfolge der Sportlerinnen und Sportler. Die Bilanz ist durchaus beeindruckend. Ein wahrer Medaillenregen ist hier in das Burgenland gekommen. Die Athletinnen und Athleten haben bei nationalen, aber auch bei internationalen Wettbewerben 541 Medaillen erringen können. Das ist eine durchaus beeindruckende Bilanz, die unsere Sportlerinnen und Sportler legen.

Große Erfolge, das möchte ich schon betonen, haben Mannschaften und Einzelsportler erbracht, die ich vor den Vorhang heben will. Es sind dies die Mannschaft der Güssing Nights, die zum zweiten Mal, und das ist wirklich beeindruckend, in Folge den Meistertitel ins Burgenland geholt haben. Es ist auch natürlich der SV Mattersburg, der den Wiederaufstieg in die Bundesliga geschafft hat, jedenfalls erwähnenswert. Es sind natürlich auch Julia Dujmovits, die mit WM Silber am Kreischberg überzeugen konnte, oder auch Michael Stocker, der den Grasschigesamtweltcup gewinnen konnte.

Ich glaube, das ist wirklich eine beeindruckende Zahl an wirklich tollen Erfolgen, wo wir stolz sein können.

Wir haben auch einen hervorragenden Ruf in der Sportwelt, nicht nur national sondern auch international. Aber, ich glaube, auch der Weg, den wir im Burgenland

beschreiten, nämlich auf der einen Seite den Spitzensport und auf der anderen Seite den Breitensport zu fördern, ist der richtige.

Da bin ich auch den Gemeinden dankbar, weil auch Gemeinden hier sehr Vieles leisten, ihre Turnsäle öffnen, ihre Sportanlagen öffnen, Kurse fördern, im Bereich des "Gesunden Dorfes" viele Sportmöglichkeiten anbieten. Das ist nicht selbstverständlich. Das freut mich, da bedanke ich mich auch bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich war in den letzten Tagen in elf Gemeinden unterwegs und da ist mir eines besonders aufgefallen. In jeder Gemeinde, in der ich war, habe ich Sportler gesehen, die entweder laufen waren, die mit den Smoveys spazieren gegangen sind und sich sportlich betätigen konnten. Also, ich glaube, das ist wirklich beeindruckend und das kommt auch an.

Insgesamt fördern wir mit diesem Budget für Sport und außerschulische Leibeserziehungen 2,15 Millionen Euro. Davon auch 146.000 für Vereine, für den Spielbetrieb und für Förderungsbeiträge. Ich glaube, das ist durchaus ein sehr wichtiger Beitrag zum Sportland Burgenland.

Aber auch den Sportvereinen muss man gratulieren. Die drei Trägerorganisationen leisten hier großartige Arbeit. Ich möchte da nur einige Zahlen nennen, weil sie wirklich beeindruckend sind. Es gibt im Burgenland insgesamt 170 Fußballvereine. Da spielen 17.300 Spielerinnen und Spieler in 168 Kampfmannschaften, und 160 Reservemannschaften.

Was mir besonders wichtig ist: Auch 365 Nachwuchsmannschaften mit rund 45.000 Mitglieder sind in diesen Vereinen tätig. Im Vergleich dazu gibt es 140 Tennisvereine im Burgenland mit 4.500 Spielerinnen und Spielern mit über 700 Mannschaften. Das ist wirklich eine beeindruckende Zahl, denn 15.000 Mitglieder sind hier zu verzeichnen.

Wir haben aber auch Vorzeigesporteinrichtungen. Natürlich sei hier die Fußballakademie, das Landessportzentrum Viva, die BSSM Oberschützen, die Golf-HAK in Stegersbach oder die Leichtathletikanlage in Pinkafeld genannt.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei allen Sportlerinnen und Sportlern, aber auch bei den Funktionärinnen und Funktionären, den Eltern und vielen freiwilligen Helfern bedanken. Das freut mich wirklich sehr, denn bei uns ist im Sport einiges los. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Kollege Steindl ist, glaube ich, gerade in den Saal gekommen, oder wieder gegangen, macht nichts. Ich möchte trotzdem die Gelegenheit verwenden, um zu sagen, dass ich schon einigermaßen verwundert war über den heutigen Auftritt des Herrn ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreters Steindl und jetzigen Abgeordneten Steindl. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Er sagt das ist die schwächste Regierung. Das ist legitim, denn man kann natürlich alles sagen. Wer das schon beurteilen kann, der ist meiner Meinung nach ein Zauberer, aber was jedenfalls sicher ist, nämlich abzulesen, wie es ist, dass wir die schwächste ÖVP vorfinden, *(Abg. Walter Temmel: Die stärkste SPÖ?)* die immerhin er angeführt hat. Nachzulesen bei den Wahlergebnissen, nachzulesen auch bei der Anzahl der Abgeordneten im Landtag. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ihr habt sechs Prozent verloren, oder? Wieviel habt Ihr verloren?)*

Was man also wirklich messen kann, ist die Stärke der ÖVP. Wir stellen fest, das ist die schwächste, wir sind aber nicht die schwächste, ihr seid die schwächste ÖVP seit

1945. Nur zur Erinnerung, falls es irgendwie untergegangen ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber, ich werde jetzt trotzdem den Versuch machen, um sozusagen den ehemaligen Landeshautmann-Stellvertreter Steindl und jetzigen Abgeordneten Steindl doch nicht in ein schlechtes Licht sozusagen kommen zu lassen.

Schauen Sie, man kann bei gewissen Debatten, bei gewissen Dingen, unterschiedlicher Meinung sein, denn das ist in einer Demokratie gut und wichtig so. Ich halte das für legitim und gut. Aber, diese Tonalität, die wir heute hier vernommen haben, bei einem Landeshauptmann-Stellvertreter, der immerhin 15 Jahre dieses Amt innehatte, hat mich wirklich überrascht. Ich muss sagen, da hat er den Bogen wirklich ein bisschen überspannt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich hätte mir nicht gedacht, dass er sich auf diese Ebene begibt, denn ich hätte den Herrn Landesgeschäftsführer nach vor geschickt oder den Jungabgeordneten, der diese Rolle einnehmen kann, aber ich muss sagen, einen ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreter, der 15 Jahre Verantwortung getragen hat, das hätte ich ihm nicht zugetraut. Da hätte ich den Landesgeschäftsführer nach vorne geschickt. Der kann diese Arbeit gerne übernehmen.

Außerdem halte ich diese Diskussion insbesondere für entbehrlich. Mir ist es ja völlig egal, wie das da ausgelegt wird. Aber da könnte ja irgendwer auf die Idee kommen und könnte recherchieren und könnte sich vielleicht erinnern, dass der Landeshauptmann-Stellvertreter ja auch Parteiobmann war. Parteiobmann jener Partei, deren Gemeinderäte damals im Nazikeller gesessen sind.

Damals hat keiner zum Rücktritt aufgefordert oder sonst etwas, oder den Bürgermeister von Antau, den möchte ich gar nicht hier jetzt beschreiben. Also, ich glaube, da hat er wirklich über das Ziel geschossen. Er sollte sich besinnen, dass er auch eine andere Funktion einmal innehatte.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Steier.

Bitte um Ihre Wortmeldung Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir schlagen in diesem Kapitel nunmehr den Bereich der Volksgruppen auf und es fällt mir schwer, jetzt quasi einfach den Übergang zu setzen. Speziell wenn ich an das heurige Jahr im Zusammenhang mit 20 Jahre Roma in Oberwart denke.

Nämlich auf das Attentat, das heuer quasi im Gedenksinne begangen wurde und wo man abgeleitet, jetzt auch in den verschiedenen Wortmeldungen einfach offen aussprechen sollte, auf der anderen Seite aber auch darüber nachdenken sollte, was man gesagt hat und wie man es sagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 70 Jahre nach Kriegsende und 60 Jahre nach dem Staatsvertrag sind die burgenländisch autochthonen Volksgruppen voll anerkannt. Das heißt, wir haben einen rechtmäßigen Status, dem ich als Angehöriger einer Volksgruppe durchaus das Positive abgewinnen kann.

Auf der anderen Seite, und das ist das, was die Gegenwart und die Zukunft zum Ausdruck bringt, haben wir es mit einer schwindenden quasi einer vergänglichen Volksgruppensituation zu tun, was die Sprachkompetenz und die Ausführung von

Personen, Familien, aber auch von der Gesellschaft in der Umsetzung auf die Volksgruppensprachen betrifft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Obwohl es gelungen ist, und das ist nicht hoch genug anzurechnen, quasi im Jahr 2014 25 Jahre „Dobar dan hrvati“ im Volksgruppensendebereich des ORF Burgenlandes zu verankern und zu feiern, gleichzeitig auch 25 Jahre 2014 „Dan koroska“ als auch autonome Volksgruppensendung, die unter anderem auch im ORF Burgenland redigiert wird, umzusetzen und es heuer-2015 25 Jahre Gedenksituation in der Entstehung auf „Adj'Isten magyarok“, also die ungarische Volksgruppensendung gibt, wo ich auch gleichzeitig betonen möchte, dass der ORF Burgenland in seiner gesamten Wertigkeit einen wichtigen, wenn nicht den wichtigsten Aspekt in der sogenannten Volksgruppendarstellung hat und diese Autonomie auch quasi über diesen Anspruch begründen kann, ist es äußerst schwierig, darauf einzugehen, welche Sprachkompetenz wir in der Gesellschaft noch haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt zwar immer stärker, auch von junger Seite her, das Bekenntnis zur Volksgruppe, es immer stärker auch den Anspruch gibt, ich will es lernen, auf der anderen Seite sind die gegebenen Sprachkompetenzvermittlungsmöglichkeiten im Kindergarten und in der Volksschule, wo man angemeldet ist und sich abmelden muss, was ein burgenländisches Phänomen in der Volksgruppenstatussituation ist, nicht ausreichend.

Wir haben ein riesen Problem in den Gemeinden, in den zweisprachigen Gemeinden, entsprechend Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen mit der ausgebildeten oder der erworbenen Sprachkompetenz zur Anstellung zu bringen, weil sie nicht vorhanden sind.

Das ist eine Situation, die jetzt nicht kurzfristig entstanden ist, sondern die sich schon langatmig bewegt. Das heißt, wir haben hier, rein von der pädagogischen Sprachvermittlungsseite, in der ersten Aufnahmesituation in unserem Kindergarten ein riesiges Problem.

Tatsache ist, dass in den Familien - speziell dort, wo jetzt quasi ein Deutschsprachiger eine Kroatischsprachige ehelicht oder auch umgekehrt oder mit ungarisch oder mit Roma im Zusammenhang immer stärker das Prinzip der Einsprachigkeit und das ist die deutsche Sprache. Diesen Zugang als solches, den kann man dann über den Kindergarten und Volksschulsituation nicht mehr ausgleichen.

Auf der anderen Seite, und das ist ja gerade in Zeiten der sogenannten notwendigen und weil sogenannt angesprochenen Integration, haben wir bei allem, was die Volksgruppen anlangt, zwar einen Status mittlerweile in der Anerkennung, auf der anderen Seite ist die Zuweisung von auch verankerten Staatsmitteln, sprich Förderungen, seit Jahren nicht nur gleichbleibend, sondern eher sinkend.

Weil im Zusammenhang mit der Verrechnung, mit der Abrechnung dieser Volksgruppenförderungen immer strengere Maßstäbe angesetzt werden, immer kürzere Abschnitte zur Erbringung der sogenannten Leistungen veranschlagt werden und davon abgeleitet, ist das größte Problem, das wir haben, quasi auch die Ausschöpfung dieser Mittel.

Ich kenne einzelne Vereine, die laufend damit quasi „belästigt“ werden, die damit konfrontiert werden, dass sie Volksgruppenförderungen nicht zur Gänze in Anspruch nehmen können, weil es ihnen nachträglich gestrichen wird, werden ihnen die Zugänge gestrichen und sie müssen zurückzahlen.

Dieses Prinzip wird seit längerer Zeit kritisch angemerkt, denn es ist ein riesen Problem in der Umsetzung von freien Gegebenheiten, die die Volksgruppen fördern sollen. Tatsache ist, wir haben im Burgenland im heurigen Jahr eine Steigerung des sogenannten Volksgruppenförderungsanspruches. Aber, warum haben wir das? Auf Grund von zwei Projekten, die speziell eine Fördersituation in der Umsetzung hatten. Das eine ist 750 Jahre, glaube ich, wenn ich richtig bin, Parndorf.

In Parndorf hat es ein Projekt gegeben, das mit dem ehemaligen Abgeordneten Josko Vlasich auch in Einklang zu bringen war, wo man im Rahmen einer 750 Jahr-Feier und einer in Parndorf auch gegebenen Volksgruppensituation plötzlich eine Volksgruppenförderung in ungeahnter Höhe auf ein Projekt bezogen umgesetzt hat.

Eine zweite Volksgruppensituation, in der Förderung, die. meiner Ansicht nach, besprechenswert ist, aber die wirklich eine Grundlage hat, war ebenfalls mit dem ehemaligen Grün-Mandatar Vlasich im Zusammenhang, nämlich, mit seiner Schulaktivität in Oberpullendorf, wobei dieses Radio in der Vermittlung, in der Umsetzung wirklich eine qualifizierte, volksgruppengegebene Tatsache ist. Dieses Beispiel ist auch anerkennenswert und in der Regel zu goutieren.

Tatsache ist, wir leben in einem vereinten Europa, das sich über die Sprachenvielfalt auch eine Identität gibt, die nicht in irgendeiner Form abzuweisen ist, die wir auch nicht wegkriegen. Bei den 28 Mitgliedstaaten haben wir inzwischen eine Sprachenvielfalt, die ihresgleichen in anderen Gegenden oder Regionen suchen kann und wir sollten mit allem, was uns zur Verfügung steht, in unserem Bundesland, in unserer Region darauf stolz sein, dass wir diese vier Volksgruppen auch in der Umsetzung haben, die bei uns leben und die zu der burgenländischen Identitätssituation ihren Beitrag leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ortstafeln, die im Jahr 2000 aufgestellt wurden, also auch schon 15 Jahre stehen, haben in ihrer Entwicklungsgeschichte, die man mit der Aufstellung, ich will jetzt nicht auf die gesamte Diskussion im Vorfeld eingehen, durchaus jetzt ihre Anerkennung gefunden.

Außer der einen Ortstafel in Unterwart, die immer wieder Flügel bekommt. Aber, Tatsache ist, diese gesamte volksgruppenidentitätsstiftende Form ist eine Gewährleistung, die mittlerweile anerkannt und durch ist.

Auf der anderen Seite ist der Status des Volksgruppen nach dem Volksgruppengesetz 1976 klar und deutlich in Schutz und in der Förderung im österreichischen Staatsvertrag und nachträglich definiert.

Das heißt, alles was sich im Bereich der einzelnen Volksgruppen abspielt und wo es eigentlich den großen Mangel auch zu bekritteln gibt, ist, dass wir auf der einen Seite nicht nur stolz darauf sein sollten, dass wir diese Sprachkompetenz haben, dass wir auch die Identität, die die Volksgruppen auszeichnen, leben können, sondern wir sollten auch darauf Bedacht nehmen, dass wir sie in die Zukunft transportieren.

Daher ist, glaube ich, in diesem Haus auch der Anspruch an alle gerichtet, notwendig, setzen wir alles dafür ein, die Identität und die Gegebenheiten unserer Volksgruppen nicht nur zu schützen, sondern zu fördern.

Herzlichen Dank! *(Beifall bei den GRÜNEN und LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke sehr vielmals. Nach der Rede meines Kollegen ist nicht mehr allzu viel hinzuzufügen, zumindest zum Thema Volksgruppen. Ich denke mit Ausnahme mancher FPÖ-Abgeordneten sind wir uns hier alle klar und einstimmig einig, dass die Volksgruppen ein ganz wesentlicher Teil unseres Burgenlandes sind.

Ich kann mir das Burgenland ohne Burgenland-Roma, ohne Burgenland-Ungarn und Burgenland-Kroaten eigentlich nicht mehr vorstellen. Ich bin leider nicht Teil einer Volksgruppe, aber ich finde es immer wieder spannend, wenn ich unterwegs bin und neben mir plötzlich kroatisch gesprochen wird.

Ich war am Samstag beim Roma-Fest im OHO, wo doch wieder langsam ein bisschen die Sprache der Roma gelebt und gefördert wird, auch mit Hilfe der Musik, wo ein siebenjähriges Dirndl auf der Bühne gestanden ist und fünf Lieder in romanesc gesungen hat. Das war wirklich sehr beeindruckend.

Der Kollege hat es ja ohnehin schon gesagt: Der Alltag ist leider eigentlich nur mehr bei den Kroaten, die ihre eigene Sprache im Alltag verwenden, aber bei den Ungarn und bei den Roma hört man das so gut wie nie. Ich hoffe, dass sich das in den nächsten Jahren verbessert, auch wenn die Chance dafür sehr klein ist.

Gerade deswegen finde ich es auch schade, wenn die Grundförderung der Volksgruppen gleich bleibt, denn die Kosten für die Vereine steigen ja auch. Nachdem alle Kosten nach oben gehen, wäre es schön gewesen, hier diesen doch relativ geringen Betrag etwas aufzustocken.

Auch wenn viele Volksgruppen die Möglichkeit haben und auch die Chance ergreifen, außerhalb des Bundeslandes Förderungen zu holen - es gibt ja im Europäischen Sozialfonds einige Töpfe. Gerade für kleine Vereine ist es aber sehr schwer, diese Förderungen auszulösen, weil die Auflagen sehr streng sind, weil die Einreichung sehr schwierig ist und weil die Zwischenfinanzierung schwierig ist. Ich brauche das, glaube ich, hier an dieser Stelle ohnehin nicht erwähnen, dass das keine einfache Sache ist.

Vielleicht ist es wichtig noch dazu zu sagen; Nachdem sich eigentlich jedes Jahr unser Leben - und vor allem auch die Arbeitswelt - immer mehr internationalisiert, ist es einfach auch ein großer Schatz, wenn Menschen zweisprachig aufwachsen. Sie haben es später eindeutig leichter in ihrem Bereich einen Job zu finden, wenn man zweisprachig aufwächst. Soweit zum Volksgruppenjahr.

Bei der Gelegenheit, wenn heute schon so viel gedankt wird, möchte ich all jenen, die sich bei den Volksgruppen engagieren oder dafür Sorge tragen, dass die Volksgruppen weiterleben, die in ihren Vereinen und ihrer Sprache zuständig sind und sich bemühen, danken.

Bei der Gelegenheit möchte ich nun aber auch auf den Bereich Kunst und Kultur zu sprechen kommen. Ganz konkret nun aber zu einer spannenden Geschichte im Budget. Da ist nämlich ein Budgetposten zu finden, der sich „Kulturzentrum Mattersburg, Zuschuss für Betriebskosten und Spielbetrieb“ nennt. Für das Jahr 2016 sind dafür sage und schreibe 232.400 Euro, das ist das höchste Budget aller Kulturzentren im Burgenland, vorgesehen. Zusätzlich kommen dann noch 10.000,00 für die Instandhaltung dazu.

Das ist deswegen interessant, weil man damit rechnen muss, dass dieses Kulturzentrum im Sommer abgerissen wird. Wir haben bei der letzten Landtagssitzung vom zuständigen Landesrat gehört, dass frühestens im Herbst oder im Herbst schon mit dem Baubeginn gerechnet werden kann.

Jetzt ist die Frage: Was geschieht mit diesem Geld? Es ist schon klar, dass der Spielbetrieb im Eisenstädter Kulturzentrum stattfindet, aber da werde ich nicht die gleiche Summe brauchen, wie in Eisenstadt oder in Oberschützen für den Betrieb und den Spielbetrieb.

Instandhaltungskosten von 10.000 Euro sind bei einem Haus, das abgerissen wird, auch eine spannende Geschichte. Es wäre ganz interessant zu wissen, was da wirklich gemacht wird? Ist da einfach ein Fehler passiert? Was passiert jetzt mit dem Geld, wenn wir dieses Budget so beschließen oder besser gesagt, wenn ihr das Budget so beschließt? Das sind ja immerhin 250.000 Euro! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei der Gelegenheit möchte ich auch noch einmal grundsätzlich meiner und nicht nur meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, dass dieses Kulturzentrum überhaupt abgerissen und neu gebaut wird. Das Haus ist nicht so schlecht beieinander, wie viele andere Häuser in unserem schönen Land. Manche Schulen sind wesentlich schlechter beieinander.

Man hätte mit relativ wenig Geld die Auflagen, die die Bezirkshauptmannschaft zu Recht vorgeschrieben hat, erfüllen können. Man hätte sich viel Zeit und Geld erspart und die Mattersburger und Mattersburgerinnen müssten jetzt nicht jahrelang nach Eisenstadt pilgern, um Kulturveranstaltungen zu besuchen.

Kurze Replik noch, auch wenn er jetzt nicht da ist, auf den Kollegen Kovasits. Er hat es natürlich nicht lassen können, unseren Kollegen Peter Pilz zu zitieren. Ja, im Presseinterview hat er gesagt, ich will so wenige Flüchtlinge wie möglich. Nur hat er nachher auch gesagt, dass er so wenige Flüchtlinge will, weil er die Flüchtlingsgründe beseitigen will und das ein Problem eben ist.

Er sagt auch in dem Interview, dass das World Food Programm der UNO nicht ausreichend dotiert wird und auch, dass Österreich da nicht gscheit einzahlt und dadurch die Lager, die Flüchtlingslager in der Türkei und im Libanon, einfach für die Menschen dort mehr oder weniger nicht mehr lebenswert sind, weil sie zu wenig Nahrung kriegen, keine Perspektiven haben und dadurch zur Flucht genötigt werden, mehr oder weniger.

Also bitte, wenn man schon jemanden zitiert, dann voll und richtig. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Fazekas.

Ich bitte um Ihre Ausführungen Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann dem vorher Gesagten, in Bezug auf die Volksgruppen meine vollste Zustimmung geben. Es ist mir aber als Volksgruppensprecher trotzdem ein großes Anliegen, meine Position zu dieser Materie zu skizzieren.

Im Burgenland gibt es drei anerkannte Volksgruppen: Burgenland-Kroaten, Burgenland-Ungarn und die Burgenland-Roma. Jede dieser Volksgruppen hat ihre eigene Geschichte, ihre eigene Kultur und ihre eigene Sprache, gemeinsam aber bilden sie unsere burgenländische Identität und machen die Vielfalt unseres Landes aus.

Diese Vielfalt zeichnet unser Bundesland aus und macht und reich. Ich persönlich bin dreisprachig groß geworden und weiß, welch unbezahlbar großen Wert die vielfältigen sprachlichen und kulturellen Kenntnisse für mich haben, die ich als junger Mensch

mitbekommen durfte und in der heutigen globalisierten Welt für mich von großer Bedeutung sind.

Deshalb ist es mir wichtig, dass diese Besonderheit unseres Bundeslandes nicht nur erhalten bleibt, sondern viel mehr stärker verankert wird, aber vor allem alles dazu beigetragen wird, dass sich auch die nächste Generation mit dieser Vielfalt identifizieren kann und diese Tradition weiter lebt, beziehungsweise auch weiter gegeben wird.

Denn anderenfalls sehe ich die Gefahr, dass unsere Identität verschwindet und ausstirbt. Ich persönlich merke, dass immer mehr junge Menschen den Zugang zur jeweiligen Volksgruppensprache verlieren. Daraus resultiert ein Verlust unserer wertvollen Sprachschätze, aber auch unserer wertvollen kulturellen Schätze.

Es lässt sich der Trend erkennen, dass immer weniger Kinder die Volksgruppensprache aus dem Elternhaus mitbekommen. Gleichzeitig steigt aber, wie Kollege Steier schon vorher erwähnt hat, die Bereitschaft die Tradition und die Brauchtümer der einzelnen Volksgruppen in der Öffentlichkeit zur Schau zu stellen.

Der einstige normale Volksgruppengebrauch reduziert sich nunmehr zu einer Freizeitaktivität. Gerade das zeigt mir, dass das Bekenntnis zur jeweiligen Volksgruppe vorhanden ist. Der Kern des Problems aber in der Sprachenvermittlung liegt.

Und dieser Entwicklung müssen wir künftig entgegen wirken. Das wird uns aber nur dann gelingen, wenn die Sprachenvermittlung stärker in die Schule verlagert wird, denn wir wissen dass immer mehr Eltern, denen die Muttersprachenvermittlung nicht gelingt, hoffen, dass die Schule diese Aufgabe übernehmen kann.

Gerade hier sehe ich einen großen Handlungsbedarf. Es braucht zeitgemäße Möglichkeiten, um Jugendlichen die Volksgruppensprache näher zu bringen, aber auch ein Angebot die Sprache im Alltag erlebbar und spürbar zu machen.

Ein erfreulicher Punkt, der heute in dieser Sache bekannt geworden wurde ist,, dass der Ministerrat grünes Licht in Bezug auf die Verwaltungsformulare gegeben hat. Diese werden nach 60 Jahren künftig auch in den Sprachen der Volksgruppen erhältlich sein. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Ich möchte betonen, dass die Mehrsprachigkeit die wir bei uns vorfinden, ist nicht nur eine große Bereicherung für unser Burgenland. Die Sprachenvielfalt bietet gerade in einem gemeinsamen Europa viele Vorteile im bildungsmäßigen Bereich, aber auch im beruflichen Bereich für die junge Generation. Und gerade deswegen gilt es unsere burgenländische Identität zu wahren und sie zu leben.

Deswegen sage ich ganz klar, jeder Euro der in diesem Bereich investiert wird, ist nicht nur eine Investition zur Erhaltung unserer burgenländischen Identität, sondern viel mehr ein Gewinn für jeden, der dadurch in diesem gemeinsamen Europa profitieren kann. *(Beifall bei der ÖVP und GRÜNE)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerhard Baumgartner hat eine Publikation durchgeführt über die Sprachgruppen und über die Mehrsprachigkeit im Burgenland, die ich vor einiger Zeit gelesen habe, die hat er mit folgendem Satz eingeleitet:

"Das auffallendste Merkmal der österreichischen Minderheitenpolitik ist der unterschiedliche Umgang der verschiedenen Bundesländer und des Bundes mit Minderheiten." Und hier hat er das Burgenland als das Bundesland mit dem positivsten Beispiel der Toleranz beim Umgang mit den Volksgruppen angeführt.

Weiters und das ist mir wichtig zu erwähnen weil wir ja wissen wollen, wo rührt es her, sagt er, dass die Wurzeln dieses Phänomens in den abweichenden politischen Rahmenbedingungen innerhalb der Monarchie liegt, die die Minderheitenorganisationen und den Umgang mit diesen prägten. - Damit wäre ich jetzt beim Startpunkt meiner Ausführungen angelangt.

Ich denke das Burgenland ist als Paradebeispiel einer Grenzregion zu sehen, ein kleines Land mit vielen Nachbarn. Die übrigen österreichischen Bundesländer haben ja maximal zwei Nachbarn aufzuweisen und deswegen, und auch auf Grund der Geschichte des Burgenlandes, Sie wissen ja dass wir erst seit 1921 bei Österreich sind und vorher Teil Ungarns waren, ist Diversität hierzulande kein Fremdwort.

Wir waren gefordert anderen unter die Arme zu greifen, aber andere taten das auch bei uns und somit sind wir wirklich als Burgenland ein Positivexempel für das friedliche Zusammenleben verschiedener Volksgruppen.

Und Ausdruck dessen sind Bezeichnungen die man früher, und als Mitglied einer Volksgruppe, einer Minderheit im Burgenland, kann ich wirklich behaupten, dass sich das zum Positiven entwickelt hat, wenn ich den Ausdruck des Wortes, nämlich jener der „Burgenland-Kroaten“, nehme. Dieser Begriff wird absolut wertfrei verwendet und ist über die Landesgrenzen hinaus etabliert. Früher einmal war das einigermaßen anders.

Seit Jahrhunderten waren und sind hier vier Sprachgruppen angesiedelt und es ist selbstverständlich, dass jede Volksgruppe ihre Sprache sprechen und ihre Kultur leben kann und sie trägt - meine Vorredner haben das erwähnt - natürlich ganz wesentlich zur Identität des Burgenlandes bei.

Wir wissen aber auch, und auch auf dies wurde hingewiesen, dass natürlich tatsächlich immer weniger Menschen, auch im autochthonen Bereich, tatsächlich die Volksgruppensprache sprechen können und diese erlernen.

Laut Volkszählung 2001 haben wir 87,4 Prozent der deutschen Bevölkerung zuzuordnend und nur 5,9 Prozent, als Beispiel, Burgenland-Kroatisch. Und wir wissen ja, dass bei Abfragen immer das Bekenntnis zur Volksgruppe abgefragt wird und eigentlich nicht die Sprachkenntnis per se.

Wichtig ist aber auch zu erwähnen, deshalb möchte ich mich auch bei den Mitgliedern des Volksgruppenbeirates bedanken, wie schwierig es auch ist mit Projekten, deren Finanzierung und Abrechnung umzugehen.

Weil sie doch tatsächlich nicht sehr stark in den Vordergrund treten als Personen, aber doch sehr viel für die Volksgruppen erreichen beziehungsweise versuchen zu erreichen. Und da ist es auch 1993 dann gelungen, eben auch die Volksgruppe der Roma anzuerkennen.

Erwähnt wurde auch, dass der ORF doch wesentliche positive Beiträge liefert mit dem Volksgruppenradio und Volksgruppenfernsehen. Also ich denke, dass das auch sehr wichtige unterstützende Maßnahmen für die Volksgruppe selbst, aber auch für viele andere, die nicht Mitglieder dieser Volksgruppen sind, geworden sind. Medienangebote aber auch Schulunterricht in kroatischer, ungarischer Sprache spiegeln den Stellenwert der kulturellen Vielfalt im Burgenland wieder.

Wenn man sich Oberwart als Beispielsstadt anschaut, wenn ich sie so bezeichnen darf, mit vier Volksgruppen ist Oberwart beispielhaft für vieles, auch wenn wir uns mit Schrecken an diese wahnsinnigen Attentate zurück erinnern müssen. Es geht um den Erhalt und um die Stärkung der Volksgruppensprache und deshalb gibt es auch natürlich im Staatsvertrag abgesichert, gesetzliche Rahmenbedingungen.

Das ist wichtig, weil es auch im Burgenländischen Minderheitenschulgesetz geschaffen und geregelt wurde und eben auch der Unterricht auch im autochthonen Bereich in Kroatisch, Ungarisch durchgeführt wird, speziell natürlich in den Pflichtgegenständen.

Wenn man sich die Schülerzahl, die in zwei Sprachen unterrichtet werden, ansieht, dann ist es doch eine erkleckliche Anzahl an jungen Menschen. Im Schuljahr 2015/16 waren dies 4.368 burgenländische Schülerinnen und Schüler, die kroatisch oder ungarisch eben als ihre Muttersprache oder Volksgruppensprache hatten, in den Volksschulen.

In den Kindergärten, wo es eben am wichtigsten ist, wirklich dort zu beginnen, die Möglichkeit zu offerieren, haben wir 30 Kindergärten mit Kroatisch-Deutsch und vier Kindergärten mit Ungarisch-Deutsch und insgesamt sind dort 1.400 Kinder in diesen Kindergärten.

Was die Bedingungen für den zweisprachigen Unterricht, aber auch natürlich jetzt die Kindergarteninstitution, betreffend jetzt im Sinne des Verbesserungspotenzials betrifft, kann man natürlich sagen, dass es immer wieder ein Anliegen von uns war, dass auch diese Gemeinden, speziell die Infrastruktur betreffend, noch eine bessere Unterstützung erhalten könnten.

Weil ja die Infrastruktur weitaus größer ist, weil ja durch die kleineren Klassen, die Schüleranzahl in den Klassen, mehr Infrastruktur notwendig ist. Also hier gibt es seit längerem die notwendigen, geforderten Adaptierungen bei der Finanzierung, das von uns und von vielen anderen, auch von den Volksgruppenvertreterinnen und -vertretern, gefordert wird.

Wir sehen, dass das Miteinander im Burgenland problemlos funktioniert. Ich freue mich aber, dass im nächsten Jahr das „Jahr der kulturellen Vielfalt 2016“ stattfinden wird. Spezifische Maßnahmen wird es da geben.

Mitunter geht es um kulturelle Ausdrucksformen und die Verbindung von mehreren Kunst- und Kulturbereichen, aber auch soll hier auf aktuelle gesellschaftliche und politische Probleme wie zum Beispiel Migration, Fremdenfeindlichkeit, sowie auf die Gegenwart und Zukunft der autochthonen Volksgruppen eingegangen werden.

Abschließend, hat der Kollege Fazekas schon erwähnt, auch das begrüße ich sehr, dass es jetzt eben die Verwaltungsformulare in drei autochthonen Volksgruppensprachen nämlich Kroatisch, Slowenisch und Ungarisch, gibt. Bisher musste übersetzt werden, also das Verlangen gestellt werden auf Übersetzung.

Abschließend darf ich aber noch die Relevanz einer respektvollen Volksgruppenpolitik betonen. Es ist nicht selbstverständlich, wenn man glaubt alles bleibt so wie es ist. Man muss immer drauf trachten, dass eben auch die Volksgruppenpolitik sich nicht verändert, im Gegenteil, sie sollte noch verstärkt werden.

Und Sprache und Kulturen die hier im Burgenland heimisch sind, tragen wesentlich nicht nur zur Identität des Landes bei, sondern sie fördern sehr stark und unterstützen den Umgang mit Respekt und Toleranz.

Aber um auch einen Ausblick über die Grenzen zu machen, nicht nur im Burgenland, sondern im gesamteuropäischen Raum, müssen wir der Herausforderung begegnen, die Anerkennung der Minderheiten weiter zu forcieren und Rassismus bis zum Verschwinden abzubauen.

Wir werden sehr gerne diesem Kapitel unsere Unterstützung geben. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und GRÜNE)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Friedl.

Bitte um Ihre Wortmeldung.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Einen kurzen Rückblick auf die Dorferneuerungsperiode 2007 - 2013 um den Faden zu spannen, oder die Brücke zu bilden und dann einen Fokus auf die kommende, beziehungsweise laufende Periode 2014 – 2020, das möchte ich Ihnen kurz bieten.

Wie gesagt, in der abgelaufenen Periode ist es dazu gekommen, dass LEADER in die ländliche Entwicklung integriert wurde. Mit dieser neuen LEADER-Methode in dieser ländlichen Entwicklung haben wir 500 Millionen Euro an öffentlichen Mittel zur Budgetierung gehabt, ein Vielfaches mehr, ein Vierfaches mehr als in der Vorperiode. Damit konnte natürlich viel, viel mehr gearbeitet und umgesetzt werden.

Eine Detailinformation am Rande, mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung, nämlich rund 52 Prozent lebt in LEADER-Regionen. Das ist - glaube ich - sehr interessant und davon macht das wiederum 88 Prozent der Bundesfläche Österreichs aus.

Vor mehr als einem Vierteljahrhundert, als LEADER, oder die Dorferneuerung gestartet wurden, hatte man ganz andere Vorstellungen davon, als das, was es jetzt ist. Es ging eigentlich einzig und allein darum, Plätze, Häuser und Straßenzüge zu attraktiveren, das hat sich aber rasch geändert.

Und genau dann, als der Dorferneuerungsplan durch eine vernetzte Verplanung angeboten wurde und letztendlich im Jahr 2007 die umfassende Dorferneuerung ins Leben gerufen wurde, ist die Dorferneuerung eigentlich wirklich "explodiert".

Damit wurde natürlich auch die Bürgerbeteiligung auf eine viel, viel breitere Basis gestellt und die Marke Dorferneuerung war viel mehr Menschen und Bürgerinnen und Bürgern bekannt als zuvor. Seit 2007 haben insgesamt 141 Gemeinden diesen Weg beschritten und davon haben wiederum 115 Gemeinden die umfassende Dorferneuerung durchgeführt.

Aufbauend auf diesem Prozess und aus dem daraus hervorgegangenen Leitbild wurden seit 2008 insgesamt 427 Förderungsprojekte sehr erfolgreich umgesetzt.

Ziel vieler dieser Projekte war es natürlich und sie wurden vom "bottom-up" wie man so schön auf Neudeutsch sagt, von unten hinauf von den Menschen bis zur Projektierung getragen, das war natürlich die Steigerung der Lebensqualität in unseren Dörfern.

Gleichzeitig geht es aber auch um die Entwicklung unseres Lebensraumes im Sinne von Erhalt und Ausbau dessen, was wir an Ressourcen haben und natürlich in weiterer Folge auf Nachhaltigkeit bauen und um Innovation.

In der Förderperiode 2007 - 2013 standen 9,8 Millionen Euro für die Dorferneuerung zur Verfügung. Nach Abrechnung aller Projekte konnten wir 9.351.444 Euro, das sind 95,2 Prozent dieses Fördervolumens ausschöpfen. Eine ganz tolle und beachtliche Quote, wie mir scheint.

Hinuntergebrochen jetzt auf das Land Nord-, Mittel- und Südburgenland entsteht dabei folgendes Bild: Der Norden hat 97,5 Prozent ausgelöst, die Mitte 96,99 Prozent und last but not least der Süden mit 91,88 Prozent.

Die Leitbilder, die in den Prozessen mit unseren Menschen erarbeitet wurden, sind natürlich ein Spiegel unserer ländlichen Gesellschaft und daher natürlich aus und daraus resultierend die Wünsche und Bedürfnisse, die fokussiert sind auf Kinder, Jugend und Familie, auf die ältere Generation, auf Soziales, auf Chancengleichheit, aber auch auf Mobilität, auf Bildung und Integration und letztendlich natürlich auch Freizeitgestaltung.

Einen großen Teil dieser 9,3 Millionen Euro können wir - wenn wir landauf und landab fahren, bewundern. In 73, oder auf 73 wunderbaren Dorfplätzen, 27 Kinderspielplätzen, in 26 sehr gut besuchten Kommunikationszentren, auf 84 LED-Straßennetzen, 22 Photovoltaikanlagen in Jugend- und Sportstätten, Museen, aber auch in unseren Kirchen und auf unseren Friedhöfen. Soweit so gut.

Wir haben die Fördergelder der letzten Periode sehr großzügig ausgeschöpft, aber wie geht es jetzt weiter in der laufenden Periode, die bis 2020 reichen wird? Welche Zielsetzung der Dorferneuerung, aber auch der Dorfentwicklung haben wir uns gestellt?

Zwei wachsende Trends in unserer Gesellschaft, die meiner Meinung nach von bedeutender Wichtigkeit sein werden, sind einerseits der unverminderte Zuzug in die Städte und die persönliche Mobilität, ob sie jetzt freiwillig, oder unfreiwillig ist. Und die Folgen daraus kennen wir natürlich, die Schrumpfung von unseren dezentralen Ortschaften und letztendlich die Abwanderung.

Daher liegen die Schwerpunkte 2014 - 2020 genau da, nämlich in der Schaffung von leistbaren Wohnen für Singles und Familien, der Schaffung von Jobs zur Einkommenssicherung, der Sicherung von unseren Sozialräumen diversester Art, auch zur Erhaltung der Dorfgemeinschaft, sowie natürlich ein ganz wichtiges Thema, den Erhalt der Eigenständigkeit im Alter.

Wir wollen die Eigenart des Dorfes schärfen, um seinen spezifischen Lebensraum zu gewährleisten und gegen die Abwanderung entgegenwirken. Die Absicherung der wirtschaftlichen Existenz der Einzelnen und des Einzelnen ermöglicht dies natürlich und daher soll mit innovativen Projekten auch da gegengesteuert werden.

Die Gleichstellung von Mann und Frau habe ich bereits erwähnt und natürlich die Schaffung von Projekten, die nachhaltig wirken. Also keine Verschwendung von Fördermittel, die nur kurzfristige Ergebnisse bringen, sondern die Nachhaltigkeit ist nach wie vor ein großer Schwerpunkt.

Ja, in jeder Periode gibt es auch besondere Förderschwerpunkte, die eben in Prozenten anders behandelt werden. Dazu gehören Dorferneuerungsleitbilder und -pläne, dann Jugend und Dorf ist ein ganz ein großes und zentrales Thema. Wie ich vorher schon gesagt habe Mobilität und Verkehr, Infrastruktur.

Auch ganz wichtig, gemeindeübergreifende Zusammenarbeit, also regionale Zusammenarbeit zwischen Gemeinden ab zwei bis hin zu offener Grenze. Und - ganz ein wichtiger Fokus, der auch mir besonders wichtig ist - Projekte im Bereich der sozialen Dorferneuerung.

Die Altersstruktur des Landes kennen wir und auch unsere demografische Entwicklung, daher hat das Land Burgenland per se auch noch speziell einen speziellen Förderschwerpunkt für uns, uns selber, auferlegt. Das betrifft Kinderbetreuungsprojekte, mobile Dienste, Hol-, Bring- und Servicedienste, interaktive soziale Unterstützungsleistung und - ganz wichtig auch - Kriseninterventionswohnungen.

Vielleicht ein ganz kurzes Beispiel, weil ich jetzt sehr schnell gesprochen habe und noch ein bisschen Zeit ist und mein Kollege zurückgezogen hat – dankenswerterweise, - um ein Sozialprojekt zu sehen, das aber auch sehr nachhaltig ist und sehr gut ankommt.

Ich erzähle es deshalb, weil ich eine der Gemeinden davon bin und daher genau weiß, was passiert ist. Das Projekt nennt sich NachbarschaftsHILFE PLUS aus dem Mittelburgenland.

Sechs Gemeinden haben sich im Jahr 2014 zusammengeschlossen und einen Verein gegründet, mit der Absicht und dem Hintergrund, dass Freiwillige unseren älteren Menschen bei der Bewältigung ihres täglichen Alltagslebens unentgeltlich helfen.

Bei dieser Unterstützung handelt es sich um ganz, ganz einfache Dinge wie Hol- und Bringdienste im Sinne von Einkaufsfahrten, zum Arzt bringen, zur Apotheke, aber auch Spazieren gehen, Karten spielen, miteinander singen, basteln, in die Kirche mitgenommen zu werden oder auch, wenn ich krank bin einmal, den Schnee von meiner Haustür schaufeln zu lassen.

Mittlerweile sind wir auf acht Gemeinden angewachsen. Zwei weitere Gemeinden haben für 2016 schon einen Eintritt in unseren Verein angekündigt. Das ist nur reine Formsache.

Und dieses Beispiel, dieses nachhaltige Beispiel, dass sehr, sehr gut von den älteren Menschen angenommen wurde, hat sich auch schon über unsere Bezirksgrenzen hinaus herumgesprochen. Ich habe gehört, dass im Süden auch schon angedacht wird, Derartiges zu installieren. Ich darf das den Kolleginnen und Kollegen zum weiter Hineintragen und zum Umsetzen empfehlen.

Neben diesem sozialen Beispiel gibt es natürlich eine Fülle von wunderbaren Projekten, die umgesetzt wurden und auch noch umzusetzen sind. Jede LEADER-Gruppe hat eine wunderbare Broschüre. Ich bitte Sie, diese nachzulesen. Es ist unglaublich, welche Kreativität und Vielfalt wir in der vergangenen Periode umsetzen konnten. Das zeigt, wie interessant es in unserem Land ist.

Mein Dank gilt am Schluss meiner Ausführung all jenen, die seit vielen Jahren an dieser positiven Entwicklung durch diese EU-Förderungen mitgearbeitet haben, alle Gruppierungen von den Menschen, die im Dorferneuerungsprozess integriert waren, bis hin zu den LEADER-Gruppen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Land, die letztendlich das okay geben müssen, nachdem sie alles geprüft haben, damit alles umgesetzt wird.

Und natürlich unserer Landesrätin Verena Dunst, der treibende Motor seit Jahrzehnten, dass auch kein einziger, oder ganz wenige Euros nur wieder nach Brüssel zurückgeschickt werden mussten und ich bin mir sicher und ich weiß ganz genau, dass das auch 2020 so sein wird, dass wir schauen, damit so viel Geld im Land bleibt, wie nur möglich.

Ich bedanke mich für Ihr Zuhören. Gute Nacht! *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und GRÜNE)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

Ich bitte um Ihren Beitrag Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Beim Bereich Vereine sind wir uns im Großen und Ganzen einmal vom Grundsatz her einig, dass das Vereinsleben ein unverzichtbarer Teil des österreichischen Gesellschaftslebens und die Grundlage unserer Dorfgemeinschaft ist.

Die aktuelle Gesetzeslage beschädigt das ländliche Leben gesellschaftlich, sowie wirtschaftlich und kriminalisiert Freiwillige. Aber bei Vereinen geht es nicht nur um Festivitäten, sondern auch - unter anderem - um Infrastruktur und da muss ich schon zurückkommen auf die beiden Wortmeldungen, zunächst einmal vom Kollegen Wiesler.

Das was Sie zu den Hallenbädern vorher gesagt haben ist gut gelesen, aber falsch verstanden. Der Antrag der GRÜNEN, den wir auch gerne unterstützen, geht in eine ganz andere Richtung, sondern dass man nicht nur eine Gemeinde irgendwo entlastet, von einer finanziellen Schieflage. Abgesehen - momentan ist sie nicht da, eine Bürgermeisterkollegin - ist nicht viel weiter weg, wenn man sich den Schuldenstand anschaut, beziehungsweise die Finanzstatistik 2014 am 165. Platz mit der Stadtgemeinde, das muss man schon dazu sagen, damit man eigentlich für eine ganze Region eine Infrastruktur halten kann.

Und da bin ich schon bei den Aussagen von dem Kollegen Brandstätter. Da bin ich schon sehr verwundert. Er ist Bezirksmandatar des Bezirkes Neusiedl am See, das man da eigentlich nur auf eine Gemeinde, beziehungsweise auf einen Bürgermeister hinpeitscht, nur mit einer - wie wenn das ganze Budget am Hallenbad teilweise hängen würde und der Steuerberatung und so weiter, das finde ich eigentlich überhaupt nicht richtig.

Und ich will es gar nicht so überspitzt formulieren, wie Sie vorher. Ich kann genauso sagen, dass das eine Sauerei ist, weil wenn ich denke, Gols hat genauso eine Hauptschule. Und wo fahren die Kinder hin schwimmen lernen? Wo lernt man das? Und das geht noch viel weiter, sondern man muss es zunächst einmal sanieren.

Zum Zweiten muss man es natürlich erhalten und dieser Antrag geht genau in diese Richtung, wo man auch die Betriebskosten unterstützen muss.

Der Herr Kollege Maczek hat sich heute noch nicht gerührt, weil mit 450.000 Euro Abgang im Jahr, da wird er auch nicht gerade eine Freude haben, mit seinem Budget.

Und so geht es eigentlich allen drei Hallenbädern, Eisenstadt genauso. Der Kollege Kovacs wird das bestätigen können, dass es nicht billig ist. Aber Tatsache ist, dass man es sich natürlich sehr wohl überlegen muss, wie man mit dieser Causa umgeht.

Und ich bin schon dafür und ich werde mich auch dafür einsetzen und ich glaube die Vertretung auch von Gols, die bereits bei zwei runden Tischen zugegen war, hat das nicht sehr ablehnend gesehen.

Und auch wenn noch andere Kollegen, wie zum Beispiel der Kollege Kovasits da auch irgendwo in eine andere Richtung marschiert. Wo die Stadtgemeinde Bruck an der Leitha bekundet hat, sie ist nicht Teil des Burgenlandes, aber angrenzender Bezirk, als Schulstadt, dass sie dabei mitwirken wollen, auch sich finanziell beteiligen wollen, dass sie sich das auch vorstellen können, dann bin ich da schon sehr überrascht über solche Wortmeldungen.

Noch dazu gehen dort, wenn wir schon bei den Vereinen sind, 15 Vereine in das Hallenbad. Es gehen dort sämtliche Tourismuseinrichtungen, bei Schlechtwetter vor allem, ins Hallenbad und natürlich die Schulen.

Und wenn man auf der sachlichen Ebene sich das genauer anschaut, dann muss man das sehr wohl betrachten, dass 30 Schulen über das ganze Jahr den Schwimmunterricht in Neusiedl am See im Hallenbad machen. Das 28 Unterrichtsstunden des Gymnasiums dort verbracht werden und das Schwimmen ein Bestandteil des Lehrplanes ist und eine geeignete Sportstätte natürlich dafür notwendig ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und wenn 600 Schulkinder insgesamt ins Hallenbad in der Woche gehen, dann darf man natürlich - und da bin ich schon in der sachlichen Diskussion - da können wir uns schon einiges vorstellen, und auch den Bund nicht außer Acht lassen.

Da muss man auch im Unterrichtsministerium einmal nachschauen, ob nicht auch Möglichkeiten des Ministeriums da sind für die Unterstützung, weil wenn das Gymnasium dort nicht mehr ihren Lehrplan vollziehen kann, mit diesen 28 Wochenstunden im Unterricht, dann wird man halt irgendwo einen Turnsaal, oder auch zwei dazu bauen müssen. Wo sind die Grundstücke dafür? Wer finanziert das dann?

Und da muss man nachher schon die Kirche im Dorf lassen und sagen, ob es uns nicht lieber ist, dass wir ein Hallenbad Generalsanieren und das damit in der Region halten und das über die Bezirksgrenzen hinaus halten. Dafür würde ich schon sagen, dass man sich gemeinsam einsetzen soll und nicht nur einfach auf eine Gemeinde hindreschen, beziehungsweise auf den Bürgermeister hindreschen will. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und zum Entschließungsantrag: Der Entschließungsantrag ist - glaube ich - sehr klar formuliert dazu, dass es eigentlich darum geht, dass wir nicht nur Neusiedl am See, sondern genauso Eisenstadt und Pinkafeld, genauso bei den betrieblichen Kosten unter die Arme greifen, diesen Gemeinden, weil es ja für die gesamte Region eigentlich dient.

Und da - glaube ich - sind wir gut beraten, wenn wir das in diese Richtung weiter verfolgen. Wobei ich budgetär mich schon verwundere, wenn im Hallenbad unter der Budgetpost „Hallenbäder“ im Vorjahr 340.000 Euro budgetiert waren und heuer sind es überhaupt nur mehr 300.000 Euro.

Ich hoffe aber, dass in der Zeile danach bei den touristischen Einrichtungen, Maßnahmen, welche erhöht wurden zwischen Rechnungsabschluss und Budget des heurigen Jahres von 68.000 auf 200.000 Euro, dass vielleicht der Herr Tourismuslandesrat etwas beisteuern kann auch in diesem Bereich. *(Abg. Werner Friedl: Dann muss er ansuchen auch!)*

Natürlich, aber es muss auch ein Gehör finden, denn bis jetzt hat man das ja mehr oder weniger boykottiert. *(Zwischenruf des Abg. Werner Friedl)* Das braucht man ja nur aus den örtlichen Diskussionen herausfiltern.

Aber zu den Vereinen insgesamt, glaube ich, wo wir uns insgesamt einig sind, ist dass das Vereinsleben die Grundlage eines jeden Dorflebens ist. So muss es einfach Ziel sein, und es muss irgendwo in einer vereinfachten Art und Weise machbar sein, dass Vereine ihre Feste abhalten können, natürlich in Zusammenarbeit mit den Wirten und dass diese Zusammenarbeit in weiterer Folge auch im Mittelpunkt steht.

Zum Budget selbst, 2015 hat der Herr Landeshauptmann in der Budgetpost 2 610.000 Euro gehabt, Rechnungsabschluss 2014 noch mit 530.000 Euro. Im Vergleich

zum Budget 2016 haben wir ein Plus von 67 Prozent. Das ist ja grundsätzlich positiv, wenn es dorthin kommt, wo es auch hinkommen soll, nämlich zu den Vereinen vor Ort, zu den Vereinsmitgliedern und zu den Funktionären, die das dann dementsprechend in den Vereinen auch verwalten.

Eines muss ich halt auch aufgreifen, und das kann ich mir nicht verkneifen. Die FPÖ ist Steigbügelhalter in dieser Regierung, ist auch mit Vereinspost bedacht worden. 15 Prozent von dem was der Herr Landeshauptmann hat, das ist ein bisschen mehr vom Gesamtbudget aber trotzdem, ein bisschen etwas kann man auch bewegen.

Ich gehe davon aus, dass natürlich beide Regierungsverantwortlichen dementsprechend die Gelder dorthin platzieren, wo sie auch dementsprechend hingehören. Da bin ich schon eigentlich bei meinem letzten Punkt zu diesem Thema, wo sie auch hingehören.

Was schon förderlich wäre, und das haben, glaube ich, auch schon Mehrere angesprochen, es wird immer von Transparenz gesprochen. Bei den Beteiligungen und so weiter wird gesprochen vom gläsernen Konzern, da bin ich schon gespannt.

Aber warum macht man nicht auch bei den Vereinsförderungen eine Auflistung, wer welche Vereinsförderung bekommt? Das kann man ja genauso transparent gestalten. Dann gibt es vielleicht auch weniger Diskussionen. Man kann vielleicht auch dort und da einiges Geld locker machen, damit man vielleicht auch Hallenbäder unterstützen kann. Da bin ich überzeugt davon, dass das möglich ist.

Klare Richtlinien für Vereinsförderungen gemeinsam mit einer Veröffentlichung, mit einer Transparentheit. Wenn man das an den Tag legt ist das, glaube ich, mehr wie nur in Ordnung und das trägt eigentlich auch für die Arbeit im Landtag bei. Das wäre auch ein Wunsch meinerseits.

Von der Vereinspost selber her gilt es abschließend zu sagen, wenn es dorthin kommt, wo es hinkommen soll, dann kann man ja dazu nichts einwenden. Auch wenn es kräftig erhöht worden ist, aber es soll ja auch unseren Vereinen, Funktionären und Mitgliedern dienen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Ich glaube zum Hallenbad Neusiedl brauche ich nicht viel dazu sagen, das wurde heute schon sehr heftig diskutiert und ich glaube, das wird auch Gegenstand weiterer Beratungen hier im Hohen Haus sein. Vielleicht nur eine kleine Korrektur.

Pinkafeld hat natürlich keinen Abgang von 450.000 Euro, sondern deutlich geringer, 350.000 Euro und Eisenstadt hat es deutlich höher mit 700.000 Euro. Aber okay, kein Problem, wir werden natürlich dieses Thema wahrscheinlich noch öfters hier im Hohen Haus behandeln.

Insgesamt zu den Vereinen freut es mich, dass ich feststellen kann, dass rund 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländer in 4.900 Vereinen ehrenamtlich, unentgeltlich engagiert sind, das ist eine beeindruckende Zahl. Also statistisch, jeder dritte Burgenländer ist in einem Verein tätig. Das zeichnet uns Burgenländer auch aus.

Das Problem ist, dass unsere Vereine im Moment stark unter Druck kommen, mit einer beispielsweisen Anzeigewelle, die es noch nie gegeben hat und unsere Vereine hier schwer darunter leiden und es schon zu vielen Absagen gekommen ist.

Das ist ein Verein, der hier die Anzeigen vornimmt, er heißt "Verein der Gastronomie Österreich", der hier nicht zimperlich umgeht mit Vereinen, sondern hier leider ordentlich anzeigt. Nicht nur Vereine, sondern auch Rettungsorganisationen, auch die Freiwilligen Feuerwehren.

Das über die Medien bekannte und kommunizierte Beispiel ist Hornstein, wo die Freiwillige Feuerwehr hier, glaube ich, rund 32.000 Euro schon berappen musste, hier die Gemeinde eingesprungen ist, dankenswerterweise, aber trotzdem das Problem sichtbar wird. Ja, ich bin wirklich für jede Unterstützung dankbar, egal von welcher Partei, Organisation oder Verein, die hier über Parteigrenzen hinweg an dem gleichen Ziel arbeitet, nämlich eine vereinsfreundliche Regelung zu bekommen.

Ich freue mich auch über die überparteiliche Initiative von „Rettet das Vereinsfest“. Der junge Mann war ja heute auch anwesend. Ich glaube diese überparteiliche Initiative ist auch gut, weil sich viele Vereine hier auch anschließen und sich damit identifizieren können.

Ich glaube, trotzdem muss man sagen, dass die ÖVP es nicht ganz einfach hat mit dieser Materie, weil da gibt es die JVP und auch der Herr Wolf kommuniziert immer er ist sehr vereinsfreundlich ausgerichtet. Aber wenn man dann ins Detail geht dann merkt man, dass es in der ÖVP doch nicht so einfach ist zu diskutieren, insbesondere wenn man dann auch mit dem Wirtschaftsbund diskutiert, der das auch medial auch durchaus klar formuliert.

Was ich eigentlich sehr bedauere, weil ja die regionale Wirtschaft darunter leidet. Da sind ja insbesondere die Bäcker, die Fleischer, die Getränkehändler, die schon mit deutlichen Einbußen rechnen müssen, weil es zu vielen Absagen gekommen ist. Daher verstehe ich den Applaus des ÖVP-Wirtschaftsbundes hier wirklich nicht. Ich glaube wir sollten hier gemeinsam an einer vereinsfreundlichen Lösung arbeiten.

Leider ist es so, dass der Finanzminister diese Dinge mit Verordnungen verschärft. Der Kollege Wolf hat auch eine Verordnung zuvor angesprochen, da hat er gesagt, das ist der große Wurf. Diese Verordnung umfasst 62 Seiten und keine einzige Verbesserung, im Gegenteil, meiner Meinung nach, eine deutliche Verschlechterung für Vereine. Das Problem wird leider nicht angepackt.

Ich freue mich aber schon, wenn am Donnerstag der Herr Wolf die Ergebnisse präsentiert. Denn wenn er eine vereinsfreundliche Lösung zusammenbringt, dann werde ich ihm auch gratulieren, das verspreche ich hoch und heilig. Leider, mir fehlt der Glaube. Ich höre zwar die Botschaft, aber schauen wir, was wirklich rauskommt.

Unsere Punkte sind klar. Wir wollen ein vereinsfreundliches Klima schaffen, wir wollen die Gesetze und die Rechtslagen für die Vereine vereinfachen, klare Regelungen, einheitliche Fristen und deckeln.

Dieser Erlass, der jetzt wieder vom Finanzminister gekommen ist, ist das Gegenteil. Wieder eine zusätzliche Frist von 48 Stunden, wieder andere Regelungen, also auch wirklich weltfremde Zugänge, mit unterschiedlichsten Auslegungen bei Sportkantinen und dergleichen. Na ja, schauen wir einmal, was am Donnerstag herauskommt. Kollege Wolf hat ja versprochen, es kommt zu einer Lösung.

Wir wollen die Gemeinnützigkeit breiter ausgelegt bekommen. Die Gemeinnützigkeit ist im Jahre 1962 definiert worden, seither hat sich das Vereinsleben deutlich verändert, die Gemeinnützigkeit nicht. Im internationalen Vergleich ist Österreich hier hinkend. Da kann man sich durchaus ein Beispiel an Schweiz, Deutschland, Schweden nehmen, die die Gemeinnützigkeit deutlich größer auslegen. Wir meinen, alle Vereine welche für den Gemeinnutz auch was tun in der Gemeinde, die sollen auch die Gemeinnützigkeit erhalten.

Wir wollen eine Anhebung der Steuerfreibeträge für Körperschafts- und Umsatzsteuer - notwendig für unsere Vereine. Wir wollen den steuerbegünstigten Verkauf von Speisen und Getränken nicht 48 Stunden, beziehungsweise drei Tage, sondern auf fünf Tage ausgeweitet sehen.

Wir wollen interne Vereinsaktivitäten schützen und wir wollen vor allem eine zentrale Informationsstelle für Vereine, wo sich Vereinsobmänner hinwenden können und sich dort über ihren eigenen Verein auch informieren können. Die sind nämlich jetzt deutlich verunsichert.

Wo wir aber, glaube ich, einen gemeinsamen Schulterschluss zusammenbringen können, ist das Veranstaltungsgesetz, das im Wesentlichen auf drei Dinge abzielt:

- Erstens, Ausnahmen wie Körperschaften öffentlichen Rechts oder Rettungsorganisationen.
- Zweitens bis zu 500 Personen. Eine Veranstaltung bis zu 500 Personen und dann
- Veranstaltungen, die über 500 Personen geplant sind.

Ja, der Kollege Wolf hat gemeint die Registrierkasse ist gekommen, weil die Gewerkschaftsbewegung da gedrängt hat, das ist falsch. Da muss man schon die Wahrheit sagen. Die Registrierkasse ist gekommen, weil es ein Kompromiss war, keine Millionärssteuer einzuführen. Deshalb ist die Registrierkasse gekommen.

Dass der Finanzminister diese Registrierkasse jetzt verschärft durch Verordnungen, da kann halt auch wirklich niemand etwas dafür. Aber ich glaube eine Kindesweglegung ist auch hier nicht angebracht. Wir sollten hier an einer gemeinsamen Lösung arbeiten.

Für uns sind die Vereine wichtig, wir wollen sie weiterhin unterstützen und das tragen wir auch mit dem Budget 2016 mit.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Die Budgetgruppe Kunst, Kultur und Kultus beinhaltet ein Budget von zirka 23 Millionen Euro. Ich habe mir das Budget genau angesehen, es ist eine Fortschreibung der letzten Jahre ohne besondere Höhepunkte.

Wenn man sich die 23 Millionen Euro anschaut, fast drei Millionen Haydn-Konservatorium, die Musikschulen sieben Millionen, zwei Millionen die Museen, Kulturzentren 2,5 Millionen, obwohl sie ausgegliedert sind. KSB bekommt immer mehr, also Kulturservice Burgenland, also in Summe sind über 20 Millionen Euro gebunden.

Da bleibt nicht sehr viel für die burgenländischen Künstlerinnen und Künstler und das beweist auch der Kulturbericht, der vor kurzem veröffentlicht wurde. Es sind einige Dinge, die mir aufgefallen sind und sie zeigen, dass dieses Budget eine Fundgrube der Intransparenz des Budgets im Kulturbereich ist. Das Eine einmal, Herr Landesrat Bieler. Sie brauchen da jetzt nicht auf das linke Auge zeigen, sondern erklären Sie mir lieber, wie das zustande kommt, dass zum Beispiel Sie auf einmal Ermessensausgaben, die Sie jahrelang als Ermessensausgaben gehabt haben, auf einmal zu Pflichtausgaben erklären.

Ich weiß den Grund: Sie sind der Finanzreferent und gleichzeitig der Kulturreferent. Wenn Sie die Ermessensausgaben zu Pflichtausgaben machen, da gibt es keine genaue Definition, dann ersparen Sie sich… *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler)* Ja, ich komme schon dazu, ich komme schon auf das, dann ersparen Sie sich 15 Prozent Kreditsperre.

Ich weiß nicht, ob das Ihr Koalitionspartner, die Freiheitliche Partei, weiß, weil dort penibel geschaut wird, dass man ja nicht mehr ausgibt. Wenn es Ermessensausgaben gibt, wie der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz ein Vereinsbudget hat, dann wird das gleich auf 15 Prozent gekürzt, bei Ihnen, sehr schlau gemacht, haben Sie von Ermessensausgaben in Pflichtausgaben gewisse Dinge umgewandelt.

Das Beispiel sind die Kulturzentren. Ich sage Ihnen gleich ein Beispiel. Da waren früher der Zuschuss zu den Betriebskosten Ermessensausgaben, jetzt auf einmal, weil Sie nicht mehr zurechtkommen mit dem, weil Sie immer mehr zuschießen müssen in Richtung Kulturzentren, auch hoch interessant, wenn man sich die Entwicklung anschaut, werden Sie auf einmal zu Pflichtausgaben.

Sie haben einen Trick schon vorher angewandt. Als wir in der Regierung waren, sind Sie hergegangen und haben einen Nachtragsvoranschlag eingebracht. Zuerst einen Regierungsakt, wo Sie hineingeschrieben haben, ich brauche die Kreditsperre, damit ich auskomme, und das soll im Nachhinein durch den Nachtragsvoranschlag sanktioniert werden. Jetzt kommen Sie nicht mehr durch, jetzt machen Sie die Ermessensausgaben zu Pflichtausgaben.

Nächster Punkt, Interessant die Zuordnung. Sachausgaben für Landesmuseen werden auf einmal als Pflichtausgaben in der Höhe von 421.000 Euro, auch eine Erhöhung um 58.000 Euro, dem Landeshauptmann zugeordnet. Ich habe in den Erläuterungen geschaut, man findet dort keine Erläuterung. Hoch interessant, Kulturbereich, wo Sie so viel von Trennung und klar und Transparenz reden, hat auf einmal der Landeshauptmann Niessl auch bei Ihnen das Sagen. Oder, hoch interessant, zum Beispiel Instandhaltungskosten. Obwohl die Kulturzentren ausgegliedert sind, gibt es auf einmal Instandhaltungskosten, verdeckte Subventionen. Soviel zur Transparenz.

Dann habe ich nachgefragt, Sie haben im Budget unter Kulturzentrum Jennersdorf 50.000 Euro Mietkosten. Budgetwahrheit, Mietkosten? Ich habe in der Gemeinde Jennersdorf angerufen, wann die Miete angekommen ist. Die haben nie eine Miete bekommen, aber Mietkosten heißt das. Soviel zur Budgetwahrheit.

Oder, interessant ist, wie Sie zum Beispiel Politik machen. Die Burgspiele Güssing kriegen seit Jahren keine Subvention von Ihnen, *(Landesrat Helmut Bieler: Immer!)* nein, seit Jahren. Nein, schauen Sie, sagen Sie nicht die Unwahrheit! Das stimmt nicht, was Sie da sagen, die Hilde Koller hat damit begonnen, dann hat sich das Ganze abgespalten und seither bekommt die Hilde Koller keine Subventionen. *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler)* Also Sie missbrauchen die Kulturpolitik für parteipolitische Zwecke!

Ich weiß von vielen Künstlerinnen und Künstlern die bei Ihnen ansuchen, die kriegen nicht einmal ein Antwortschreiben. Ich möchte nur wissen, wenn Sie den Kulturbericht schon haben, wäre auch interessant. Der Jugendbericht wird im Landtag diskutiert, es wird der Sportbericht im Landtag diskutiert. Hoch interessant. Der Kulturbericht, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird im Landtag nicht diskutiert. Hochinteressant!

Ich möchte gerne wissen, wenn man sich die Berichte anschaut, wie viel eigentlich an Subventionen gestellt wurden und wie viele genehmigt und abgelehnt wurden und aus welchen Motiven heraus? Wissen Sie, sogar diese Hochglanzbroschüre, Kulturbericht, die fetten Sie auf mit den Förderungen der Vereine durch den Landeshauptmann und den Landeshauptmann-Stellvertreter. Die hätten im Kulturbericht gar nichts verloren. Aber nachdem Sie den Bericht verschönern wollen, brauchen Sie auch die Förderungen seitens des Landeshauptmannes und des Landeshauptmann-Stellvertreters. *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler)* Das ist zum Beispiel auch zu diskutieren.

Jetzt schauen wir uns einmal an, wie die Förderung ausschaut. *(Abg. Doris Prohaska: Na so wie beim Jugendbericht! So wie bei der Jugendförderung!)* Ich habe auch versucht, warten Sie, hören Sie mir zu! Ich höre Ihnen dann auch zu, in Ordnung.

Ich habe dann versucht prozentuell zu vergleichen mit anderen Bundesländern. Wie schauen da die Förderungen in gewissen Sparten aus? Nun, Förderung der Musik: Zwei Prozent des Kulturbudgets. Vorarlberg vier Prozent, Kärnten sieben Prozent, Salzburg sogar bei 24 Prozent. Literatur 0,5 Prozent des Budgets. Der größte Posten dort drinnen ist neben dem Literaturhaus Mattersburg ein Posten mit 10.000 Euro Werbung in einer Wochenzeitung. Das nennen Sie Kulturförderung?

Jetzt frage ich, gibt es keine Literaten im Burgenland? Ich bin mit sehr vielen zusammen die sagen, wir bekommen keine einzige Förderung. Wir haben schon so oft angesucht, Frau Prohaska. *(Landesrat Helmut Bieler: Wer?)* Wissen Sie das? *(Landesrat Helmut Bieler: Wer?)* Das ist vielleicht neu. Ich kann Ihnen sogar die Namen sagen, wenn Sie wollen. Wenn ich mir zum Beispiel den P.E.N.-Club anschaue, er kriegt von Ihnen 2.000 Euro. Das war es. Die größte Vereinigung bekommt 2.000 Euro. Das ist er Ihnen wert. Oder darstellende Kunst: 0,7 Prozent, Vorarlberg zehn Prozent, Salzburg 13 Prozent.

Dann noch etwas, und das ist hoch interessant, mir gehen die zehn Minuten aus. Ich müsste noch viel mehr sagen, nämlich die schriftliche Anfrage spricht Bände, die Beantwortung. Sie bauen ein Kulturzentrum. Die Fassade des Kulturzentrums hat mehr gekostet als das gegenüberliegende ÖVP-Haus insgesamt, der Neubau. Nur die Fassade. So, jetzt sind Sie mit dem Budget nicht zurechtgekommen und jetzt versuchen Sie zu tricksen und jetzt werden auf einmal Instandhaltungsarbeiten geleistet. Da muss auf einmal eine Lüftungsanlage im Festsaal installiert werden. Das hat man vorher nicht gewusst? Weil man hat ja wahrscheinlich ohne Generalunternehmer, ohne Architekten gebaut. Jetzt weiß man, jetzt braucht man nach zwei, drei Jahren eine Lüftungsanlage.

Arbeiten im Orchestergraben - und jetzt kommt das Beste - Bodenbeschichtung in den WC-Anlagen. Hat man das vorher nicht gewusst, Herr Landesrat? Also das heißt, Sie haben Ihre Arbeit nicht gemacht. Wenn man sich dann anschaut den Personalstand in den Kulturzentren. Sie haben immer versprochen, da wird es Einsparungen geben, Synergien geben.

Wissen Sie, wie sich der erhöht hat in den letzten fünf Jahren? Von acht Mitarbeitern auf 15 Mitarbeiten verdoppelt. Jetzt komme ich zu meinem Spezialthema. Dazu bräuchte ich mindestens eine halbe Stunde, dass ich das ausführe - KSB.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist aufklärungsbedürftig, Herr Landesrat! Die KSB ist gegründet worden, Kulturservice Burgenland, um Einsparungen zu treffen. Da haben Sie noch in der Fragestunde vom 26. März 2015 gesagt, es gäbe Einsparungen in der Höhe von 500.000 pro Jahr. Ich habe mir das genau angeschaut. Sie haben jährlich die Zuschusskosten erhöht, nicht eingespart. Erhöht! Was machen Sie eigentlich als Kulturreferent? Sie sind der Bauten Landesrat, für Straßenbauten zuständig, der Finanzlandesrat und nebenbei Kulturlandesrat. Das ist ein Problem im Burgenland und daher wird es immer wieder diese Diskussionen geben.

Es ist höchste Zeit, dass sich hier zum Beispiel auch eine Institution wie der Rechnungshof das Gesamte anschaut, dass wir das endlich einmal, wenn wir schon nicht den Kulturbericht diskutieren dürfen, aber dass man den dann im Landtag behandeln, denn da gibt es sehr viele Dinge, die meiner Meinung nach, aufklärungsbedürftig sind.

Schauen Sie sich diesen Kulturbericht an. Es ist eine wirklich vorzügliche Lektüre, wenn man die Missstände herausfinden möchte. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Günter Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Ich darf ganz kurz replizieren. Herr Abgeordneter Steindl, Herr Mag. Steindl! Das Kulturzentrum zu kritisieren. Vor wenigen Jahren, ich kann mich noch gut erinnern wie die Eröffnung war und Ihr eigener Parteiobmann Herr Steiner, der heute nicht da ist, der jede Veranstaltung heuer im Rahmen „90 Jahre Eisenstadt“ da gefeiert hat.

Also diese Widersprüche, dieses Haus zu verdammen, dieses Haus schlecht zu reden, sind einfach nicht in Ordnung! *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Ich weiß seit Beginn an, dass Sie dieses Haus schlecht geredet haben. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist nicht schlecht geredet - Beifall bei der SPÖ)* Das ist Fakt. Nichts übrig haben für Künstler. Also diese Aussage auch gleich zu Beginn naja, ich habe da einiges in der Rede noch vorbereitet. Gleich vorweg, die gute Nachricht für unsere Künstler und natürlich für alle Kulturschaffenden des Landes: Das Burgenland bleibt ein verlässlicher Partner.

Das Landesbudget 2016 sichert weiterhin die kulturelle Vielfalt des Landes. Mit 22,9 Millionen Euro wird es auch im nächsten Jahr möglich sein, die breite Palette am kulturellen Leben des Burgenlandes durch Förderungen und institutioneller Organisation zu gewährleisten.

Wenn wir über Investitionen in diesem Bereich reden, dann muss uns auch bewusst sein, welche Bedeutung Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft, für unsere Burgenländer hat. Es muss uns bewusst sein, dass die Kultur als Wirtschaftsfaktor und identitätsstiftendes Merkmal unseres Landes eine sehr, sehr wichtige Rolle spielt. Wir müssen Kunst und Kultur als unverzichtbares Fundament unserer Gesellschaft verstehen. Als wichtigen Eckpfeiler zur Sicherung unserer Lebensgrundlage und Demokratie. Aus aktuellem Anlass darf man auch nicht vergessen, welche Rolle Kunst, Kultur und auch kulturelle Bildung für die Integration spielen kann.

Warum betone ich das? Dieser Bereich für unsere Gesellschaft? Weil es immer wieder Tendenzen gibt, er ist jetzt nicht da, aber der Abgeordnete Kölly, der sich diese Aspekte anhören sollte, bevor Sie einen Kahlschlag im Kulturbereich auch zeitweise fordern. Meine Damen und Herren! *(Abg. Manfred Kölly: Ich komme gleich dazu!)* Wenn wir über das reichhaltige Kulturleben unseres Heimatlandes Burgenland sprechen, *(Abg. Manfred Kölly: Das schaut nicht gut aus, Herr Landesrat, da kommt noch einiges!)* darf natürlich auch eine Rückschau auf den Festivalsommer nicht fehlen.

Auch heuer verwandelte sich das Burgenland zu einer riesengroßen Bühne, zur Kulisse und einer kulturellen Vielfalt, die sich auf der Seebühne, in Burgen und Schlössern oder an außergewöhnlich historischen Orten entfalteten.

Der Herr Mag. Steindl hat vorher von einer parteipolitischen Aktion gesprochen, parteipolitisch wird hier gearbeitet. 562.000 Besucher haben heuer das Burgenland besucht. Bei kulturellen Veranstaltungen. Besonders erfreulich, da kann man wirklich nur gratulieren, 127.000 Besucher in Mörbisch.

Also rund um den Straußklassiker „Eine Nacht in Venedig“, eine Erfolgsstory schlechthin. Man kann eigentlich - und da möchte ich einer Künstlerin gratulieren - Dagmar Schellenberger, die dritte Saison und die Kurve geht so nach oben, herzliche Gratulation der Intendantin von Mörbisch. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ja, das ist ein unverzichtbarer Teil dieser kulturellen Visitenkarte unseres Landes. Da sind natürlich auch die Museen dabei. Die Palette reicht vom Land Burgenland betrauten Museen über private Sammlungen bis hin zu den zahlreichen Dorf- und Freilichtmuseen. Insgesamt sind es 77 Museen, die man im Burgenland besuchen kann und Sie werden erfreulicherweise immer mehr. Erst heuer wurde wieder ein Museum eröffnet, in Badersdorf das Hochzeitsmuseum. Unsere Museen brauchen sich nicht zu verstec“, wo das Burgenland heuer bereits zum 15. Mal teilgenommen hat.

Auch hier eine Zahl, Herr Mag. Steindl, eine halbe Million Museumsbesucher pro Jahr im Burgenland zeigt auch, dass die Museen maßgeblich zur touristischen Entwicklung des Landes beitragen und ein unverzichtbarer Träger der burgenländischen Identität sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Ihnen nur raten, sich selbst von der vielfältigen und vor allem qualitätsvollen Museen Landschaft zu überzeugen. *(Abg. Manfred Kölly: Das Kulturzentrum Eisenstadt!)* Ein leichter zugänglicher Überblick findet sich auf der Homepage der KSB, der Kulturservice Burgenland, die ja heute schon kritisiert wurde. Man sollte ein bisschen positiver denken. Die bereits mehrmals angesprochene Vielfalt des kulturellen Geschehens wird vor allem von den zahlreichen kleinen und vor allem alternativen Kulturinitiativen und Projekten getragen, die vom Land gefördert werden und die sich auch im Landesbudget wiederfinden.

Lassen Sie mich dabei einige wichtige Schwerpunkte herausgreifen. Förderung von junger innovativer Kunst zum Beispiel. Die Initiative Zooming-Culture, die heuer bereits ihre achte Saison erlebt. Diese Plattform für zeitgemäße Jugendarbeit hat sich nicht nur bewährt, sondern hat sich mittlerweile als Fixpunkt in der burgenländischen Jugendkultur etabliert.

Auch heuer bot Zooming-Culture wieder ein breit gefächertes Programm, mit dem die Kreativität junger Menschen gefördert wird. Die Palette reicht von einem Fotowettbewerb unter dem Motto „Fremd sein“, über drei jeweils ausverkaufte young & free musical festivals bis hin zu vielen, vielen Workshops. Darüber hinaus bieten Zooming-Culture Literaturförderungen, diverse Stipendien, sowie Förderungen für wissenschaftliche Arbeiten im Kulturbereich. Ich möchte Dir, Herr Kulturlandesrat Helmut Bieler, für diese Unterstützung der jungen Kreativen im Land auch herzlich danken. *(Abg. Manfred Kölly: Bravo! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Lassen Sie mich aber noch kurz in die Zukunft blicken. Was bringt uns das Kulturjahr 2016? Wie in den vergangenen Jahren wieder ein Schwerpunktthema, auf das wir uns bereits jetzt freuen dürfen. 2016 wird das Jahr der Vielfalt. Präsident Illedits hat es vorher schon angesprochen. Ein Begriff, der nicht zufällig oft gefallen ist.

Vielfalt steht im Burgenland für das Miteinander von zeitgenössischer Kunst, kultureller Ausdrucksformen der Gegenwart, sowie die Verbindung von mehreren Kunst- und Kulturbereichen. Vielfalt steht aber auch für den reichen Schatz an Sprachen, Volkskulturen und Religionen, die einander im Burgenland bereichern.

All diese Aspekte sollen im Konzept für das Jahr der Vielfalt einfließen. Heuer wurde erstmals im Bereich der Jahresschwerpunkte die Abgabe dieses Konzepts auch öffentlich ausgeschrieben.

Wir dürfen klarerweise wieder gespannt sein, wer aus diesem Wettbewerb der besten, kreativsten und schrägsten Ideen als Sieger hervorgeht. Meine Damen und Herren! Wir dürfen stolz sein auf das kulturelle Geschehen im Burgenland, das von den großen Festivals genauso bestimmt wird, wie von den regionalen und lokalen Initiativen, den Künstlerinnen und Künstlern in den diversen Spaten der Architektur, den Bildungseinrichtungen und den Volksgruppen und natürlich dem großen und wichtigen Bereich der Volkskultur mit den Musikkapellen, Volkstanzgruppen, wie gesagt Amateurtheatergruppen und den vielen, vielen Chören.

Ich möchte abschließend Dir, Herr Kulturlandesrat Helmut Bieler, für das ausgewogene Kulturbudget danken, das die besten Rahmenbedingungen für die Kunstschaffenden des Landes schafft und weiterhin das Burgenland als Kulturland festigt. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie jedes Jahr bei der Budgetdebatte ist der Kulturbereich natürlich ein oft umstrittener, manchmal sachlich, manchmal weniger sachlich diskutierter Bereich. Zu einen der Vorredner möchte ich eigentlich gar nicht replizieren, weil es ein schlechtes Beispiel einer Frustrede war, die man so nicht nachvollziehen kann. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Die Wahrheit hat er gesagt! – Abg. Mag. Franz Steindl: So schlecht war der Kovacs nicht!)* Das Kulturbudget, das Ihnen vorliegt, ist ein wesentlicher Faktor für die Aufrechterhaltung und Ermöglichung des Kulturschaffens im Burgenland.

Um solche Rahmenbedingungen weiter aufrechtzuerhalten, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, um so die Möglichkeit für Künstlerinnen und Künstler, das vorhin vom Abgeordneten Kovacs beschriebene künstlerische Schaffen und die Vielfalt im Land zu bewahren. Dazu gehört es, dass man durch Initiativen und Angebote es schafft, weniger interessierte Menschen dennoch zur Kultur zu bringen und gleichzeitig auch zu ermöglichen, dass sie diese Kultur annehmen können, indem man leistbare Angebote schafft.

Indem man Förderungen gibt, und das tun wir. Ich weiß, dass ein großer Teil des Budgets für Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich verwendet wird. Stimmt. Dazu stehen wir auch. Das sind unter anderem die vielen Musikschulen, die im Kulturbereich, in der Nachwuchsförderung tätig sind. Das ist das Konservatorium, das sind die Kulturzentren mit den nötigen Personalkosten, das ist auch die vorhin die erwähnte KSB dabei, die natürlich, ganz klar, immer mehr an Budget gebraucht hat, weil sie immer mehr an Aufgaben von den Museen, aus der Abteilung 7, übernommen hat. Das waren genau die Aufgabe und der Sinn der Sache.

Das jetzt im Nachhinein zu kritisieren, ist etwas billig und widerspricht eigentlich der Intention, weil wenn wir so wie in anderen Bundesländern damals eine Kulturholding

gemacht hätten, hätte das ein Vielfaches an Verwaltungsaufwand verschlungen und nicht diese Effizienz gebracht.

Was auch entscheidend ist, dass der Zusammenhang zwischen Kultur und Wirtschaft immer stärker geworden ist. Die Herausforderungen haben zugenommen und das Anforderungsprofil für viele Veranstalter, was die Besucher betrifft, was die Kulturangebote und die Freizeitindustrie betrifft, ist immer stärker geworden. Auch die Mitbewerber in Österreich und im Ausland haben zugenommen.

Das heißt, wir haben neue Rahmenbedingungen; bedingt durch die Wirtschaftskrise weniger Besucherzahlen. Das heißt, die Finanzierung all dieser größeren und manchmal auch kleineren Veranstaltungen hat sich enorm verschlechtert.

Da muss man Lösungen finden, die wir momentan noch nicht überall in der entsprechenden Form haben. Daher ist es entscheidend, dass man hier versucht, neue Wege zu gehen beziehungsweise sich den Möglichkeiten zu nähern, die es da gibt. Das heißt, einerseits, die Seefestspiele Mörbisch haben 16 Jahre keinerlei Förderung gebraucht, weil auf Grund der Größe, auf Grund der Auslastung, der Qualität der Produktion, die Gelder geflossen sind. Jetzt, wo überall weniger Zuschauer sind, muss man auch hier schauen, wie man den Abgang decken kann. Da haben wir leider seitens des Bundes keinerlei Unterstützung.

Salzburg, Bregenz bekommen Millionen zusätzlich. Ein Haus der Geschichte wird in Wien um über 100 Millionen Euro gebaut, aber im Burgenland bekommen wir bis jetzt keinerlei Unterstützung, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Wer ist zuständig?)* und das ist aus meiner Sicht sehr schlecht. Das heißt, wir werden mit dem Bundeskanzler Faymann - und der Herr Landeshauptmann und ich haben das auch schon ins Auge gefasst - reden müssen, wie man da einen Zugang bekommt.

Ich möchte schon einige Dinge zum Kulturbericht, zu den Kulturbeiräten sagen. Es hat von mir noch keine Ablehnung zu irgendeinem Förderansuchen gegeben, weil in jedem Bereich Kulturbeiräte da sind, die Fachkompetenz haben, die aus den Bereichen kommen und die sagen, das ist förderwürdig, das ist nicht förderwürdig. Das ist auch nachvollziehbar, es gibt dazu Protokolle. Es wird genau dokumentiert, warum ist man dafür, dass es das gibt, in welchem Bereich ist es notwendig und wo passt die Qualität nicht und es braucht auch keine Förderung zu geben.

Dieser Kulturbericht, den Sie angeschnitten haben, ist ein umfassender Bericht, nicht zu meiner Selbstbeweihräucherung, sondern es steht drinnen, wem die Budgetposten zugeordnet sind und nicht, weil ich das aufblähen möchte, sondern weil das eben ein umfassender Bericht ist, der in der Öffentlichkeit präsentiert ist, der den Landtagsabgeordneten und allen anderen zugeht.

Dass es nicht diskutiert wird, das war noch nie, es hat noch keine Extradiskussion, außer im Budgetlandtag, zu diesem Bericht und zu dem Bereich Förderungen im Kulturbericht gegeben. Daher sind diese Vorwürfe, die gekommen sind, etwas fadenscheinig. All diese Änderungen, Aufhebungen von Kreditsperren, die der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter immer geäußert hat, waren entweder falsch oder nachvollziehbar. Es hat noch nie Aufhebungen der Kreditsperre gegeben, bei den freien Vergaben, wenn nicht ein Vertrag oder eben Personalkosten dahinterstehen. Es kommt niemand auf die Idee, bei den Kosten der Beamten, der Vertragsbediensteten zu urgieren, da sollten 15 Prozent Kreditsperre eingehoben werden. Das würde heißen, 15 Prozent Menschen zu entlassen. Wir haben gesagt, das tun wir nicht.

Das Gleiche gilt natürlich für die Kulturzentren. Wir haben die Personalkosten durch Aufnahmen des Vereins der Kulturzentren vom Land in den Verein übertragen. Daher ist es ganz klar, dass für solche Kosten, für vertragliche Verpflichtungen, die Kreditsperre aufgehoben werden muss. Geht gar nicht anders. Wie in allen anderen Bereichen auch. Wie in allen anderen Bereichen auch. Das ist nachvollziehbar.

Genauso wie nachvollziehbar ist, dass die BELIG das Kulturzentrum in Eisenstadt gebaut hat, jetzt Miete verlangen muss, die über den Verein Kulturzentren Burgenland abgewickelt wird. Ganz klar, sonst verlieren die Kulturzentren die Finanzvorteile - möchte ich sagen, die es gibt. Das kann man sich nicht leisten, weil aufgrund der Vorschreibungen des Finanzamtes dies eben notwendig ist. Dann vorzuwerfen, dass da Steigerungen sind, ist einfach falsch, weil es Durchläufer sind. Ganz schlicht und ergreifend! Mit jeder Anfrage kann man das beweisen. Genauso, was die Kosten bei dem Kulturzentrum in Eisenstadt betrifft.

Wir haben die Aufgabe, mit den Kulturfördermöglichkeiten im Burgenland die Vielfalt der Kultur aufrecht zu erhalten und darauf zu schauen, gerade in einem Europa, das immer wieder Globalisierung fordert, dass hier die Regionen verstärkt werden. Wenn sich nicht jeder und jede in der Region wiederfinden kann, im Kulturbegriff wiederfinden kann, wird die Identität, der Bezug zur Europäischen Union verloren gehen. Daher haben wir, um dieses Alte und Neue miteinander zu verbinden, um aufzuzeigen, was alles an kultureller Vielfalt da ist, 2016 das Jahr der kulturellen Vielfalt, wo in unterschiedlichsten Veranstaltungen auf diese Vielfalt im Land hingewiesen wird.

Das Ziel, eine ausgewogene Balance zwischen der Förderung von kultureller Tradition und Innovation, aber auch die Pflege des kulturellen Erbes, dazu gehört unsere Identität, und die Ermöglichung neuer Entwicklungen. Das und vieles andere sind das Ziel und die Aufgabe des Kulturbudgets 2016.

Ich bin überzeugt davon, wer sich damit beschäftigt und wer die Intentionen nachvollziehen will, wird dem Budget auch zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat.

Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 2 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 2 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Gruppe 3.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 3 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 3 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

III. Teil

Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Gruppe 5: Gesundheit

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Beratung des III. Teiles des Voranschlages.

Er umfasst die Gruppen 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, und 5, Gesundheit.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Christina Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Regierungsvorlage sieht für die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, Einnahmen in der Höhe von 183.722.400 Euro und Ausgaben in der Höhe von 309.767.600 Euro im ordentlichen Haushalt vor.

Die Gruppe 5, Gesundheit, sieht im ordentlichen Haushalt Einnahmen in der Höhe von 103.539.400 Euro und Ausgaben in der Höhe von 199.500.900 Euro vor.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich daher, die Einnahmen und Ausgaben der Gruppe 4 sowie die Einnahmen und Ausgaben der Gruppe 5 unverändert anzunehmen.

Ich stelle den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 4 und 5 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann, leicht haben Sie es auch nicht. *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Ja, mit solchen Abgeordneten wie mit Dir.)*

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist sowieso nicht da, weiß ich nicht, wo er ist, das ist überhaupt das Interessante an der ganzen Situation. Der Herr Landesrat, der für Finanzen zuständig ist, … *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wenn es leicht wäre, würden es andere auch machen. – Heiterkeit bei der SPÖ)* Genau. Aber Sie haben es sicher nicht leicht, Herr Landeshauptmann.

Wenn ich mir anschaue, die ÖVP stimmt zwar mit, auch jetzt, bei dieser Budgetpost. Warum auch? Ist ganz logisch. Sie haben ja viele Jahre das mitgetragen und haben es in gutem Gewissen mitgetragen. Das muss man auch dazu sagen. Aber eines ist schon immer wieder klar. Jedes Mal, wenn ich ans Rednerpult gehe, merke ich immer mehr die Nervosität in den Bänken der Abgeordneten. *(Heiterkeit bei der SPÖ)* Jetzt könnt Ihr lachen, was Ihr wollt. Nur eines ist klar, Frau Kollegin Salamon, wir werden auch noch draufkommen, um was es geht. Denn habt Euch angeschaut - tricksen, täuschen, tarnen, verschleiern, genau das ist das Motto eines Herrn Landesrat Bieler, eines Finanzlandesrates, aber auch gleichzeitig Kulturlandesrat.

Ich frage mich, wisst Ihr überhaupt, was da passiert? Jetzt haben wir gehört, dass Güssing nie eine Miete gesehen hat. Oder Jennersdorf nie eine Miete gesehen hat. Was passiert denn da? Dann ist ja strafrechtlich nachvollziehbar das Ganze zu kontrollieren. Weil das kann es ja nicht sein, dass ich es im Budget habe, in einem Rechenabschluss habe und dann nicht bezahle, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das gehört am Punkt gebracht und nicht immer dann lachen und sagen, ist ja eh nichts passiert. Schaut es Euch einmal genau an!

Wenn der Herr Abgeordnete Steindl davon spricht, dass einiges geändert wurde. Der weiß, wovon er spricht, denn er hat auch damals alles mitgetragen, mittragen müssen, so wie es jetzt die FPÖ machen muss. Machen muss unter der Prämisse

selbstverständlich, um einen 7er BMW zu fahren, Chauffeure zu haben und dergleichen mehr.

Ansonsten haben Sie leider Gottes auch das Budget nicht ganz genau angeschaut. Das muss ich Euch auch gleich klar sagen. *(Abg. Gerhard Kovasits: Die Alternative wärst Du gewesen.)* Denn viele Dinge, die hier Transparenz erfordern, hättet Ihr aufzeigen müssen. So wie in den Gemeinden, Herr Kollege Kovacs, wenn Du Dich herausstellt, wie gut ein Kulturzentrum läuft und wie viel Gäste wir haben. Habt Ihr Euch das Kulturzentrum in Eisenstadt angeschaut? Geht einmal hin! Da musst Du von ganz oben herunter gehen, um eine Toilette zu besuchen. Oder umgekehrt. Dann kommt man drauf, der Bodenbelag passt nicht, Fenster können wir nicht putzen, und dergleichen mehr. Jetzt brauchen wir Investitionen.

Aber ich komme jetzt zu einem anderen Thema und komme zum Punkt 4 und 5. Auch im Sozialbereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es vieles zu tun. Ich beneide nicht den Herrn Landesrat Darabos, muss ich dazu sagen. Ich kann ihn nur dabei unterstützen, denn eines ist klar, die Gesundheit und Soziales ist das wichtigste Gut, das wir haben. Wir müssen gemeinsam versuchen, eine Lösung zu finden. Dass man Lösungen anbietet, Lösungen diskutiert und schlussendlich nicht immer parteipolitisch das Ganze sehen. Denn ich glaube auch, der Herr Friedl als Bürgermeister hat oft ganz gute Einfälle und Ideen und dergleichen mehr. *(Abg. Werner Friedl: Danke!)* Auch diese sollte man diskutieren. Aber nicht rein parteipolitisch denken.

Wenn ich denke, dass wir heute über Pendler diskutieren, über den Arbeitsmarkt diskutieren in dieser Gruppe 4 und 5. Dann ist es schon entscheidend - im Sozialbereich, wo viel Geld und in der Gesundheit viel Geld natürlich notwendig ist. Und da beneide ich auch nicht den Herrn Landesrat Darabos. Aber er hat eines gezeigt, er hat den Willen gezeigt, dass man auch was umsetzen kann.

Der Vorgänger, der Herr Landesrat Rezar, im Übrigen, der sitzt auch noch im Landtag, weil vorher vom Herrn Bürgermeister gesagt ist worden, der Herr Steindl sitzt als Landeshauptmann-Stellvertreterlein noch im Landtag hier, der Herr Sipötz übrigens, ist auch als Landeshauptmann sogar noch als Abgeordneter hier gesessen. Vielleicht solltest Du Dich erinnern, das ist dein Genosse gewesen. Nur zur Klarstellung einmal in dieser Sache. Oder andere noch mehr. Der Herr Rezar sitzt auch noch hier. Nur, dass wir das auch einmal klargestellt haben. Ich denke, es ist jedem seine persönliche Sache, was er macht. Das, lieber Herr Maczek, das sollte man sich auch überlegen, bevor man solche Aussagen trifft.

Wenn man über den Arbeitsmarkt diskutiert, dann muss man auch klar sagen, man redet über 105.000 Beschäftigte. Das habe ich heute schon erwähnt. Ist schön und gut, dass wir sie haben. Jedes Jahr wollen wir 1.000 Arbeitsplätze schaffen, auch schön und gut. Gott sei Dank. Aber nur, dass wir 10.000 Arbeitslose haben, das übersieht man schön langsam. Es fehlt mir im Budget der richtige Ansatz, sodass ich dort dementsprechend auch mit den entsprechenden Mitteln auch unterstützen kann.

Die Gesundheit, habe ich schon vorher erwähnt, ist für uns ein ganz wichtiges Thema. Auch das Bündnis Liste Burgenland wird sich wahrscheinlich zum Gesundheitsthema sehr positiv auch bei der Abstimmung verhalten. Das sage ich auch gleich klipp und klar, weil ich denke, das ist ganz wichtig, viele finanzielle Mittel sind da drinnen, es ist was passiert, gegenüber dem Vorgänger hat er viel auf die Beine gestellt. Wie es weiter geht, werden wir sehen.

Wenn wir eine Standortgarantie für Spitäler abgeben, in Ordnung, aber dann sollte man sich aber auch etwas überleben, wie es tatsächlich weiter geht und ob es finanzierbar ist.

Wenn wir heute gesprochen haben, wieviel Gemeinden, die den meisten Druck in diesem Bereich aushalten müssen, da muss man auch einmal nachdenken, ist es überhaupt noch möglich, dass die Gemeinden das schultern können. Darüber denkt keiner nach. Das ist Euch anscheinend völlig egal. *(Abg. Edith Sack: Wir denken immer nach.)*

Wenn ich denke, auch Gesundheit hat etwas mit dem Arbeitsplatz zu tun, ich sage Euch das auch gleich, weil wenn ich keine Arbeit habe, gibt es große Probleme, sozialer Friede ist weg, Gesundheit gibt es dann dementsprechend auch nicht mehr, weil dann hat man halt immer wieder Probleme, diese kommen unweigerlich. Daher müssen wir uns in Zukunft wirklich Gedanken machen. Wenn ich nur denke, dass der Herr Landesrat Bieler immer nur so macht, zu allem amen, weil er ohnehin weiß, dass er die Zustimmung von allen bekommt, weil das so ausgemacht ist.

Daher frage ich die FPÖ: Solche Punkte, wie jetzt bei der Kultur aufgezeigt wurden, das hättet Ihr Euch in der vorigen Periode nie gefallen lassen, da hättet Ihr Feuer geschrien. Da hättet Ihr gesagt, liebe Freunde, dass lassen wir uns nicht gefallen. Dieser Sache müssen wir nachgehen.

Ich wünsche mir vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter und seinem Kompagnon, dem Wirtschafts- und Tourismuslandesrat, dass sie dieser Sache nachgehen und uns vielleicht berichten, ob das tatsächlich stimmt oder nicht stimmt. Wenn das nicht stimmen sollte oder wenn es stimmen sollte, dass Jennersdorf 50.000 Euro im Budget hat und im Rechnungsabschluss drinnen hat und nicht überwiesen bekommen hat schon seit Jahren, … *(Abg. Gerhard Kovasits: Das hat doch niemand gesagt, dass sie im Rechnungsabschluss drinnen sind.)* Herr Kollege, schauen Sie sich einmal ein Budget überhaupt an.

Das ist genau der Punkt, wo ich sage, tricksen, tarnen, täuschen und intransparent. Genau das ist der Punkt und das gehört endlich einmal aufgezeigt und den Leuten, der Bevölkerung draußen gesagt. Ich weiß, zu späterer Stunde hört uns keiner mehr zu, vor einer halben Stunde war nicht einmal wer auf der Regierungsbank, interessiert, ja, auch gar keinen, wenn auch die eigenen Leute reden, sie wissen eh, ist egal, wir kriegen sowieso die Zustimmung. Das ist genau das, was wir nicht brauchen. Oder Pendler. Wir sprechen immer von Pendlern, und das hat die FPÖ auch immer getan. Es müssen immer mehr Leute auspendeln. Warum? Wir sollten einmal nachdenken, warum wir immer mehr Auspendler haben. Vielleicht fehlen uns Arbeitsplätze, vielleicht fehlen uns dementsprechende Investitionen, mit denen man Firmen herbekommt. Ich weiß, Cola-Werk und das Gleiche wird jetzt immer wieder aufgezählt und dergleichen mehr. Aber warum müssen 58.000 Menschen auspendeln? Hat man sich darüber schon einmal Gedanken gemacht? Wie können wir diese zurückholen?

Der Herr Landeshauptmann hat gute Ansätze, muss ich dazu sagen. Er hat wirklich Gedanken gehabt, schon vor 15 Jahren hat er gesagt, wir müssen eine Pendlerrückholaktion machen. Die FPÖ hat gesagt, ja, müssen wir, das ist ein Witz, was da passiert. 30.000 haben wir gehabt, jetzt haben wir 58.000. Wo ist denn der Gedanke hingekommen, Herr Landeshauptmann, dass man das einmal versuchen wird?

Machen wir es, probieren wir es, und ich glaube, es wird uns der eine oder andere Pendler dankbar sein, wenn er wieder zu Hause oder vor Ort einen Arbeitsplatz findet, wenn die Wirtschaft wieder angekurbelt wird, weil derzeit schaut es in der Wirtschaft nicht

sehr erfreulich aus. Das wissen wir. Wenn das Wetter nicht mitgespielt hätte, wäre am Bau alles erledigt, dann hätten wir eine Arbeitslosenzahl, dass uns nur so „beideln“ würde.

Daher müssen wir jetzt schon Vorsorge tragen, jetzt nachdenken, wie wird das im Jahr 2016 gehen. Wenn man sich den Arbeitsmarkt wirklich anschaut, dann gibt es tatsächlich das Nord-Süd-Gefälle schon länger und jetzt noch immer mehr. Da hilft uns nichts. Die Uhudler-Diskussion gehört dazu, das ist wichtig, ob das ein Obstwein ist oder was anderes ist. Es muss etwas auch im Südburgenland für den Arbeitsmarkt passieren.

Herr Kollege Kovasits, ich denke, Burgenland ist eine Einheit und da sollte man auch versuchen, gemeinsam als Politiker, die gewählten Mandatare, auch zu schauen, dass wir auch das für das Südburgenland machen.

Eines zum Schluss. Herr Landesrat Darabos, Aufwandsentschädigungen für KPJ-StudentInnen. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Darf ich noch einen Satz sagen?

Präsident Christian Illedits: Zwei auch noch.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Zwei auch noch. Es gibt ein Schreiben, an Sie gerichtet, und das wissen Sie, das kennen Sie. Wie stehen Sie zu dem Schreiben? Vielleicht geben Sie mir dann eine Antwort, ob Sie das unterstützen werden, ja oder nein, dass das im Endeffekt eine Förderung wird. *(Abg. Manfred Kölly übergibt dieses Schreiben Landesrat Mag. Norbert Darabos. - Landesrat Mag. Norbert Darabos: Das ist die Ärztekammer. - Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Als Nächste zur Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich fallen mir zu allen möglichen Wortmeldungen der letzten zwei Stunden einige Antworten ein, aber ich möchte mich jetzt wirklich auf das Thema Soziales beschränken. Das Budget hat tatsächlich einen ganz großen Teil, wobei ich gerne noch einmal unterscheide zwischen Sozialausgaben und dem großen Brocken der Wohnbauförderung im engeren Sinn, damit wir sozusagen auch die Relationen haben.

Mir ist etwas ganz Grundsätzliches wichtig. Die derzeitigen Strukturen des österreichischen Sozialsystems entsprechen noch immer den Vorstellungen der 1950er Jahre, zielen auf den Erhalt damals verbreiteter Gesellschaftsideale ab und bauen noch weitgehend auf völlig Überholtem auf. Die Lebensrealitäten haben sich aber verändert, die Strukturen weitgehend nicht. Durch die Finger schauen etwa Menschen in neuen Erwerbsformen, wie etwa kurzzeitiger Projektarbeit in prekären Jobs, oder Ein-Personen-Unternehmen, ich sage hier nicht, da hat sich noch nie jemand Gedanken darüber gemacht, denkt endlich einmal dran. Ich weiß schon, immer wieder machen sich viele Menschen Gedanken darüber. Aber im System fallen sie noch immer leichter durch.

Ebenso Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher oder Menschen, die als Angehörige von Pflegebedürftigen ihr eigenes Leben völlig umkrempeln oder sich beruflich wie sozial neu orientieren müssen oder wollen. Das soziale Absicherungssystem bietet kaum Schutz in Phasen der beruflichen, der persönlichen Neuorientierung oder in individuellen Krisen. Sozialpolitik hat die Aufgabe, Gleichberechtigung und Gleichstellung in allen Bereichen zu unterstützen. Sie hat die Aufgabe, Spielraum für individuelle Entfaltung zu ermöglichen.

Die Vielfalt in unserer Gesellschaft und die unterschiedlichen Lebensentwürfe zu respektieren und zu unterstützen, ist wesentliche Grundlage solidarischer Politik. Die staatliche Verantwortung, die den Anspruch der BürgerInnen auf ein funktionsfähiges soziales Netz gewährleistet, ist von zentraler Bedeutung und darf nicht, Frau Kollegin Prohaska, nur damit Sie jetzt bitte hören, wenn ich das ausdrücklich sage, nicht durch Privatisierungstendenzen, da sind wir uns, glaube ich, einig, schleichend unterminiert werden. Es geht um öffentliche Dienstleistungen, die möglichst lebensnah und einfach zugänglich sind.

Der Anspruch der BürgerInnen - und das ~~ist~~ müsste die neue Sichtweise sein - der Anspruch der BürgerInnen an den Staat ist kein Akt des Bittstellens und Hilfegesuchs, der durch häufig komplizierte, undurchsichtige Sozialbürokratie erschwert wird, sondern ein Recht. Das muss auch auf unseren Sozialämtern, auf unseren Bezirkshauptmannschaften erlebt werden. Das ist doch der Kerngedanke für eine moderne Sozialpolitik, denke ich. Gnadenakte sollten der Vergangenheit angehören. Moderne Sozialpolitik richtet sich gegen bevormundende, paternalistische Versorgungsansätze und versteht Sozialpolitik als Mittel zur Selbstermächtigung. Insofern ist sie eine Querschnittsmaterie, die nahezu alle Lebensbereiche betrifft, Wohnen, Kinderbetreuung, Pflege, Mobilität, Bildung.

Aufgabe von Sozialpolitik ist es, den Menschen ihre Ängste zu nehmen, indem sie ihre Ängste wahrnimmt und nicht neue schürt, zum Beispiel dadurch, dass sozial Schwächeren gedroht wird, ihnen wird jetzt noch etwas weggenommen, weil noch Schwächere daherkommen.

Es ist aber auch wichtig, dass diese Art von Sozialpolitik ausreichend mit Personal ausgestattet ist. Ich erinnere an dieser Stelle noch einmal an den Bericht des Landes-Rechnungshofes, als es um die bedarfsorientierte Mindestsicherung ging. Da wurde ganz deutlich, dass in den Bezirkshauptmannschaften das Personal nicht ausreichend ist, dass dort zusätzlich Burnout und Krankenstände die Personalknappheit noch einmal verschärfen.

Gute Politik braucht ausreichend Personal und ausreichendes Fachpersonal. Dass gerade der Heizkostenzuschuss dann in so einem Budget gekürzt wird, schmerzt uns natürlich auch, wir haben es bloß heute noch nicht erwähnt. Obwohl in der Grundversorgung ein guter Budgetposten angesetzt wurde, ich habe es heute auch schon positiv erwähnt, fällt trotzdem auf, dass viele kleine Quartiere, kleine Einheiten nicht ausreichend besetzt werden können, weil die Ansuchen nicht bearbeitet werden. Das ist doch tragisch. Ich habe eine ganze Liste von Mails und Anrufen von Leuten, die sagen, ich habe mein Quartier zur Verfügung gestellt, aber ich komme einfach nicht dran, bei mir rührt sich niemand oder mir wird niemand zugewiesen. Da gibt es schon noch einiges zu tun.

Im Bereich Gesundheit und Pflege fällt mir auf, dass es hier eine deutliche Verschiebung gibt, nämlich eine Verschiebung von ambulanter Hilfe hin zur Finanzierung stationärer Unterbringung. Ob das im Sinne einer modernen Gesundheitspolitik ist, wage ich allerdings zu bezweifeln. Bürgerinnen- und bürgernahe Gesundheitsversorgung muss weg von der Zentralisierung hin zu Strukturen vor Ort. Statt riesige Brocken in eine teure Spitalsstruktur zu stecken, und Spitäler sind nun einmal sehr teuer, brauchen wir gerade in den ländlichen Regionen die Förderung von Gruppenpraxen, in denen eine Rundum-Versorgung möglich ist. Der weite und beschwerliche Weg in ein Spital sollte wirklich nur mehr ausschließlich für jene medizinischen Tätigkeiten nötig sein, die nicht in einer Arztpraxis vor Ort beziehungsweise in einer regionalen Ambulanz erbracht werden ~~kann~~ können.

Dann wird es auch zumutbar sein, dass man hin und wieder einmal den weiten Weg auf sich nehmen muss. Es ist ja nicht so, dass man jede Woche ins Spital fahren muss. Oder, dass sich die Rettung die weiten Wege ersparen kann, die sie oft unnötig quer durchs Burgenland fährt. Was hier unnötig transportiert wird, erzeugt Kosten und Mühen und sollte auch einmal evaluiert werden.

Ich möchte nun wieder ein Stück weiter gehen. Aus dem Schulbereich wird mir berichtet, dass es im Bereich der Eingliederungsmaßnahmen schon viele Zurückweisungen von Ansuchen gab, und das zeigt sich nun da auch im Budget. Dieser Bereich wird nämlich um 100.000 Euro gegenüber dem Jahr 2015 gekürzt. Dass das spürbar ist, wird mir aus unterschiedlichen Bereichen rückgemeldet. Das heißt aber, dass an Integrationsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen eingespart wird. Das halte ich für kurzsichtig, denn jeder schlecht integrierte Jugendliche verursacht später höhere Kosten.

Schließlich möchte auch ich hier noch einmal sagen, ich habe es auch schon früher mehrmals angemerkt, unsere Pflegekräfte arbeiten am Limit. Der Stundenschlüssel ist im Burgenland der schlechteste in ganz Österreich. Oft bezeichnen Pflegekräfte ihre eigene Arbeit - bitte, das sind nicht meine Worte, sondern das sind die Worte der Pflegekräfte - mit Fließbandarbeit. Sie schreiben: „Wir können nicht mehr anders."

Man solle sich doch bitte einmal eine Woche dorthin legen und das selber erleben, wie es ist, wie man da versorgt werden kann bei dem Schlüssel an Arbeitskraft, der jetzt ausgerechnet ist. Der Lohn ist dafür auch nicht angemessen.

Das kann nicht Ziel in der Pflege sein. Hier muss noch nachgebessert werden. Im Sinne der zu Pflegenden, im Sinne derer Angehöriger und im Sinne der vielen Menschen, die mit hohem persönlichen Engagement den Pflegeberuf ausüben.

Soziale Leistungen sind kein Almosen, sondern der Kitt, der eine verantwortungsbewusste Gesellschaft zusammenhält. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wirtschaftskrise, Aufflammen kultureller Konflikte, die Zunahme an Flüchtlingen und wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, all diese Herausforderung gibt es derzeit zu bewältigen. Wir erleben momentan die unsichersten Zeiten seit vielen Jahren oder sogar Jahrzehnten. Instabilität und Zukunftsängste begleiten viele Menschen in ihrem Alltag. Einfache Lösungen für so komplexe Probleme gibt es nicht mehr.

Der Staat, das Land wird auch in Zukunft die wichtigen Aufgaben des Gemeinwohls ausüben müssen. Ein wichtiger Bereich davon wird natürlich der Gesundheitsbereich und im Sozialbereich vor allem die Pflege sein. Zwei Drittel aller Ausgaben 2016 entfallen auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung und kommen somit direkt den Menschen im Burgenland zugute.

Anhand dieser Tatsache sieht man, dass das Land seine soziale Verantwortung sehr ernst nimmt und wahrnimmt. Es gibt in diesem Bereich die größten Ausgabensteigerungen, können aber teilweise durch analog einhergehende Einnahmesteigerungen sowie durch Einsparungen im Verwaltungsbereich, durch die Verwaltungsreform, durch Ermessensausgaben ausgeglichen werden.

Somit beinhalten naturgemäß die Gruppen 4 und 5 die größten Ausgaben im Rahmen des Budgets. Zusammen rund 44 Prozent aller Ausgaben resultieren aus diesen beiden Gruppen. Das Burgenland hat eine engagierte und aktive Gesundheits- und Sozialpolitik. Der Ausbau des quantitativen und qualitativen medizinisch Leistungs- und Betreuungs- sowie des Präventionsangebotes soll eben noch weiter verbessert werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Neben der Qualitätssicherung, der Abstimmung und Vernetzung stehen auch die Sicherung der Finanzierung des Leistungsangebotes und der Bestandssicherung für die fünf burgenländischen Krankenanstalten im Vordergrund. Somit haben die Bürger eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt. Hierzu soll es Schwerpunktsetzungen geben, um alle fünf Standorte sinnvoll und in guter Qualität weiter betreiben zu können.

Das medizinische Angebot soll weiter ausgebaut werden. Weiters ist der Ausbau des tagesklinischen Bereiches absolut notwendig, um die Wartezeiten für die Patienten zu reduzieren.

Ebenfalls sollen die wohnortnahen Pflegeheime abgesichert werden, da die räumliche Nähe zur Familie und die daraus resultierenden Besuche ein wesentlicher Faktor für das Wohlbefinden der Pflegebedürftigen darstellt.

Im Bereich der 24-Stunden-Betreuung ist sicher noch ein Aufholbedarf gegeben. Es sollen die Agenturen mittels Zertifizierung geprüft und mit einem Landesgütesiegel ausgezeichnet werden. Die Betreuer und Bertreuerinnen müssen eine Art Ausbildung absolvieren, denn nur eine reine Anwesenheit bei den Pflegebedürftigen und am Ende des Monats das Geld kassieren, ist, glaube ich, zu wenig. Hier braucht es mehr Qualität an Leistung. Hier beklagen sich die Anverwandten sehr wohl und man muss hier nichts schönreden. Kriterien müssen mit der Sozialabteilung des Landes und dem Patientenanwalt erarbeitet werden. Im Burgenland zeigt die Inanspruchnahme der 24-Stunden-Betreuung eine sehr stark steigende Tendenz. Ein wesentlicher Faktor ist die Nichteinführung des Pflegeregresses.

Ich bin der Meinung, etwas Erspartes und Erwirtschaftetes sollte nicht durch eine Pflegebedürftigkeit angefasst werden dürfen. Es sollten dadurch keine sozialen Härtefälle entstehen. Hier sollte weiterhin in die Prävention investiert werden, damit älteren Menschen möglichst lange zu Haus bleiben können. Zudem sollten, so glaube ich, pflegebedürftige Angehörige pensionsrechtlich abgesichert werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der demographische Wandel ist eine bedeutende Herausforderung in unserer Gesellschaft. Smart homes, selbstbestimmtes Wohnen, im Alter soll betreutes Wohnen für ältere Menschen vereinfachen. Forschung und intelligente Technologien ermöglichen Sicherheit, Komfort, soziale Integration, Gesundheit und Mobilität im häuslichen Alltag. Den älteren Menschen soll eine verbesserte Lebensqualität ermöglicht werden. Ziel ist die Schaffung eines gesunden und gesundheitsfördernden Lebensraumes für alle Burgenländerinnen und Burgenländer.

Dazu sind die notwendigen gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zu setzen. Für die Gesundheitsvorsorge und für die Gesundheitsförderung genauso, wie für eine leistbare qualitativ und hochwertige Versorgung in den Krankenhäusern, in den Pflegeeinrichtungen und in den Bereichen von mobilen Diensten.

Im Budgetansatz für Gesundheit und Pflege sind somit finanzielle Bedeckungen für die Krankenanstaltenfinanzierung und für die stationäre Betreuung in Pflegeeinrichtungen die größten Budgetposten. Für die mobile Hauskrankenpflege, für die alternativen

Vorsorgeangebote sowie für deren Koordination, Planung und Beratung stehen Finanzmittel zu Verfügung. Auch entsprechende Mittel für den Pflegefonds.

Fördermittel sind für Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderungsmaßnahmen ebenso vorhanden. Der Grundstein für die Versorgung der burgenländischen Bevölkerung mit Kranken- und Pflegeleistungen bildet das dafür notwendige hochwertig ausgebildete Personal in den Gesundheitsberufen. Ein weiterer Punkt sind die Maßnahmen und Tätigkeiten der Lebensmittelaufsichtsorgane, die Maßnahmeverfahren nach dem Lebensmittelschutz-, Sicherheits- und Verbraucherschutzgesetz. Die Zulassungsverfahren für Betriebe fallen genauso in den Gesundheitsbereich und sind zu finanzieren.

Durch die Tätigkeiten im Veterinärbereich soll der Bevölkerung und der Tierwelt ein Höchstmaß an Schutz vor einer mit der Tierhaltung oder mit tierischen Produkten in Zusammenhang stehenden Gefährdung der Gesundheit geboten werden. Insgesamt glaube ich, dass die finanzielle Abdeckung des Gesundheits- und Sozialbereiches mit besonderem Augenmerk auf die demographische Entwicklung zur Sicherstellung wohnortnaher Versorgung erfolgen muss. Im Sozialbereich umfassen die Ausgaben für Maßnahmen allgemeiner Sozialhilfe und bedarfsorientierter Mindestsicherung, Maßnahmen der Behindertenhilfe, die Grundversorgung für Asylwerber, Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, die Wohnbeihilfe beziehungsweise den Bereich Arbeit und Qualifizierung.

Ein wesentlicher Teil liegt auch im Bereich der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung. Leistungen der beruflichen Eingliederung durch betriebliche Arbeit, Leistungen der beruflichen Eingliederung durch psychisch beeinträchtigte Personen, sowie Zuschüsse für integrative Betriebe sollen weiter unterstützt werden. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung und die Grundversorgung machen aus den bekannten Umständen einen gewaltigen Mehraufwand im Budget aus.

Wir sind der Meinung, Hilfe muss nicht immer viel kosten, sondern Hilfeleistung sollte von manchen Hilfesuchenden auch anders honoriert werden, außer mit der Erwartung auf Geldleistungen. Auch das schafft sehr viel Unmut in der Bevölkerung und die Politik sollte darauf reagieren. Zur bedarfsorientierten Mindestsicherung habe ich schon beim Bericht des Rechnungshofes bei der letzten Landtagssitzung erwähnt, dass es mit Sicherheit ein wichtiges Instrument zur Armutsbekämpfung ist. Ob es allerdings das richtige Instrument ist und vor allem in dieser Form dafür, ist fraglich und schafft eben Unmut in der Bevölkerung. Unmut schafft es bei jenen, die einer geregelten Arbeit nachgehen und fast nicht mehr verdienen und jenen die schlicht einfach gar nicht arbeiten wollen, die es natürlich auch gibt.

Hier entsteht eine Schieflage! Hier stimmen die Wertschätzung und die Wertigkeit nicht. Ich glaube, dass unser Burgenland finanziell sehr viel in den Bereichen Gesundheit und Soziales leistet, aber wie lange wir das noch in diesem Ausmaß in Zukunft bewerkstelligen können, ist fraglich und hängt natürlich von den verschiedensten Faktoren ab. Ich bin aber auch überzeugt davon: Wenn nicht so viele Menschen im Sozialbereich freiwillig tätig wären, könnten wir unseren Sozialstaat, unseren Wohlfahrtsstaat in dieser Art und Weise nicht aufrechterhalten.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei diesen Menschen bedanken. Die Herausforderungen für diese Bereiche werden in Zukunft sicher nicht weniger werden, aber um diese sicherstellen zu können, müssen wir klare Sparpotentiale ausschöpfen. Die bisherigen und weiteren Strukturmaßnahmen waren allesamt eigentlich dahingehend notwendig und wichtig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Gemeinschaft, Respekt und Verantwortung müssen gelebt werden, dann werden wir die Zukunft des Gesundheits- und Sozialbereiches auch gemeinsam meistern können.

Wir werden dem Budget zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes hat sich der Landtagsabgeordnete Bernhard Hirczy zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema Soziales ist die Frage festzuhalten: Wie sozial ist das Land wirklich? Kurz zusammengefasst, die Sozialausgaben steigen, die Gemeinden werden in die Pflicht genommen, der Spielraum wird immer enger. Ich denke hier an Gemeindebeiträge für Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt und vieles mehr. Sie alle kennen die Zahlen.

Die Gemeinden sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor und dieser Motor darf nicht ins Stocken geraten. Als Gemeindemandatar kann ich das nur bestätigen. Die Gemeinden des Burgenlandes leisten einen enormen Beitrag und ich darf mich bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern deshalb herzlich bedanken, auch wenn sie jetzt wieder ungewollt zum Handkuss kommen.

Es gibt im Sozialbereich viele positive Aspekte, aber leider auch negative. Ein Positivbeispiel ist sicher das Programm „Arbeitnehmer 50plus“ - ins Leben gerufen von unserem Franz Steindl. Ich hoffe, dieses Programm wird fortgesetzt. Ich erinnere daran, dass viele Menschen dadurch eine Chance erhalten, wieder einen Sinn gefunden, eine Arbeit bekommen und wieder eine Motivation haben.

Sie haben einen wichtigen Beitrag in ihrer Gemeinde geleistet und sie haben das Gefühl bekommen, gebraucht zu werden. Natürlich haben auch die Gemeinden profitiert. Ich warne davor, dieses erfolgreiche Programm nicht fortzusetzen, denn dann nimmt man vielen Menschen die nötige Perspektive. Das 50plus Programm ist eine echte Chance für den Wiedereinstieg.

Viele Menschen sind heute noch in einer Beschäftigung in einer Gemeinde. Ich komme daher zum Stichwort „Arbeitslose“. Das AMS hat die Zahlen bekanntgegeben. Mehr Arbeitslose im Burgenland, und das trotz einer höheren Beschäftigung, mehr Langzeitarbeitslose, mehr Arbeitslose in der Zielgruppe 50plus.

Meine Damen und Herren! Ich finde in diesem Budget, leider Gottes, wenig oder keine Innovation. Ich finde hier keine Projekte, die hier Abhilfe schaffen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich finde eine Regierung, wo die SPÖ beteiligt ist, sollte hier eine deutlichere Handschrift tragen.

Ein weiterer Punkt, der mir am Herzen liegt, und mein Kollege Markus Ulram wird noch darauf eingehen, ist der Heizkostenzuschuss. Der Heizkostenzuschuss ist ein Zuschuss, der von vielen Menschen herbeigesehnt wird. Ich denke hier immer an die Stunden im Gemeindeamt, wenn Menschen kommen und diesen beantragen. Für viele ist er fast lebensnotwendig und sie können es kaum erwarten, bis dieser ausbezahlt wird. Viele Menschen sind davon wirklich betroffen. Hier zeigt die Rot-Blaue Regierung ihre soziale Kälte. Eine soziale Kälte, diesen bedürftigen Menschen diesen Heizkostenzuschuss zu kürzen. Viele Gemeinden stocken diesen sogar auf, in der Regierung geht man aber einen anderen Weg. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hier sparen wir bei den Ärmsten der Ärmsten im Land. Wir als ÖVP nehmen die Anliegen der Menschen im Burgenland ernst, wir schenken ihnen Gehör und wir fordern daher eine Erhöhung des Heizkostenzuschusses. Das sind wir den Burgenländerinnen und Burgenländern schuldig!

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ein positives Maastricht-Ergebnis ist eine Sache, aber dass in diesem Budget Menschen auf der Strecke bleiben und Gemeinden in die Pflicht genommen werden, das ist für uns nicht akzeptabel. Der FPÖ-Klubobmann Gerhard Kovasits hat heute im ORF als Stellungnahme zum Thema Budget abgegeben, dass das Land dadurch einen finanziellen Spielraum für notwendige Investitionen bekommt.

Das mag richtig sein, nur, dann nützen wir diesen Spielraum und ich fordere daher ein, dass wir intelligent und vor allem sozial ausgewogen umschichten und für die Menschen hier ein besseres Ergebnis herausarbeiten können. Ein weiteres Thema, das ich anschneiden möchte, ist die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Auch hier fordern wir eine Reform. Die ÖVP bekennt sich zur bedarfsorientierten Mindestsicherung als notwendiges soziales Netz für Menschen, die unabhängig von der Ursache die Unterstützung der Solidargemeinschaft zur Existenzsicherung brauchen.

Ziel der Mindestsicherung bei der Einführung war es, zur Armutsvermeidung beizutragen und als Sprungbrett für Arbeit und Beschäftigung zu wirken. Am Beispiel Wien sieht man die Probleme am deutlichsten. Hier leben die meisten Mindestsicherungsbezieher. Zwei Drittel aller Ausgaben, also 427 Millionen Euro, entfielen 2014 auf Wien. Über 140.000 Personen waren 2014 in Wien in Mindestsicherung, das sind mehr als 55 Prozent aller Mindestsicherungsbezieher.

Ein Fallbeispiel aus Wien zeigt es eindeutig: Ein Ehepaar erhält 1.241,74 Euro Mindestsicherung, das sind 620,87 Euro pro Person. Dazu kommen für drei Kinder je 223,51 Euro, das sind 670,53 Euro. Somit erhält diese Familie 1.912,97 Euro monatlich an Mindestsicherung. Um auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die täglich zur Arbeit gehen und im Haushaltseinkommen mit deutlich weniger Geld auskommen müssen, das zu verdeutlichen, fordern wir eine Reform. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zusätzlich verschärft wird die Situation durch Asylberechtigte. Schätzungen zufolge sind es knapp 40.000, die uns hier belasten werden. Davon fallen mehr als 90 Prozent zumindest für ein Jahr in die Mindestsicherung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik ist es, zu hinterfragen, ob dieses System der Mindestsicherung effizient funktioniert und ob es in der jetzigen Höhe auch leistbar ist. Wir wollen mehr Anreize für den Wiedereinstieg, wir wollen Gerechtigkeit für die Steuerzahler und vor allem, wir wollen die Kontrolle, um den Missbrauch zu verschärfen.

Wir sehen daher den Bedarf für kreative und, wenn notwendig, auch mutige Schritte, um Beschäftigung zu erleichtern und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Maßnahmen, die, unserer Meinung nach, helfen könnten, sind vor allem die Umstellung auf Sachleistungen, Direktzahlungen für Essen, Wohnen, Energie oder Weiterbildung sowie ein ausgewogenen Verhältnis von 50:50 bei Sach- und Geldleistungen.

Weiters zu überlegen wäre es, die Geldleistungen nach einem Jahr um 25 Prozent zu reduzieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf noch einmal festhalten: Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist dringend zu reformieren, um Beschäftigung zu erleichtern, um Arbeitslosigkeit zu

bekämpfen. Mein Kollege Fazekas hat einen Satz gesagt und den darf ich noch einmal gerne wiederholen. Nicht nur sozial denken, vielmehr sozial handeln. Das sind wir den Menschen im Burgenland schuldig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christian Drobits.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren auf der Zusehertribühne. Nun, das Budget 2016 ist der soziale Gradmesser. Zwei Drittel aller Ausgaben im Budget 2016 fließen in die Bereiche Soziales, Gesundheit, Wohnbauförderung und auch Bildung. Sie fließen direkt den Menschen zu, die sie benötigen. Darum ist dieses Budget 2016 das Budget für unsere Menschen im Lande.

Unsere soziale Reformpartnerschaft zeigt sich bereits darin, dass wir einerseits die wohnortnahen Pflegeheime absichern und andererseits die Beibehaltung des Wegfalles des Pflegeregresses weiterhin durchführen. Dies wurde übrigens vor Kurzem in einer aktuellen Studie der WU dokumentiert und untermauert, worin gesagt worden ist, dass der gesellschaftliche Mehrwert bei 1 Euro Einsatz, 2,9 Euro beträgt. Das bedeutet, die Einrichtung von stationären Pflegeheimen führt dazu, dass in der Gesellschaft 1 Euro zu 3 Euro wird, und dadurch ein Mehrwert für die Gesellschaft da ist.

Wir haben im Burgenland bei Weitem die niedrigste Armutsgefährdung. Diese liegt derzeit bei 7,1 Prozent, österreichweit ist der Schnitt 14,4, EU-weit 16,6 Prozent. Diese niedrige Armutsgefährdungsschwelle ist darin begründet, dass wir sehr hohe soziale Investitionen tätigen, und das zeigt sich auch im diesjährigen Budget.

Gerade vor Kurzem hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in einem Rechtsinstrument, nämlich in einer Stellungnahme, klargelegt, dass gerade diese Vorgangsweise der Sozialinvestitionen dazu führt, dass Armutsgefährdung hintangehalten werden kann, neben den positiven Effekten, wie zusätzliche Beschäftigung, aber in weiterer Folge auch zusätzliche Mittel für öffentliche Haushalte.

Nun, bei den Vorrednern habe ich eigentlich mehrere Interpretationen des Begriffes sozial erfahren. Sozial heißt für mich dazugehörend und der Gemeinschaft dienend. Das bedeutet, die Sozialpolitik des Burgenlandes muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft nicht ausgegrenzt und integriert werden. Im Mittelpunkt dieser Sozialpolitik, die wir haben, steht eindeutig der Mensch, der die Hilfe benötigt, aber auch der Mensch, der die Hilfe leistet. Dazu stehen wir!

In der Haushaltsrechnung des Budgets 2016 werden die Sozialleistungen in der Gruppe 4 und der sozialen Wohlfahrt in 37 Finanzpositionen dargelegt. Der größte Ausgabenbereich ist zweifelsohne der Bereich der Pflege und der stationären Einrichtungen mit rund 70 Millionen Euro. Wie bereits vorher dargelegt zeigt auch die Studie, dass diese Investitionen durchaus einen gesellschaftlichen Mehrwert haben.

Aber vor allem diese krisensicheren Beschäftigungsmöglichkeiten wie, zum Beispiel, die Arbeitsplätze, die dadurch geschaffen werden, zeigen vielfach oder sprechen dafür, dass wir in diesem Bereich gut aufgehoben sind, weil die Ausgaben getätigt werden. Die Erhöhung in diesem Budgetposten resultiert einerseits aus den zu erwartenden Steigerungen in den Tagessätze-Bereichen, aber vor allem, und das ist ganz wichtig, in der Anpassung der Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf Basis des BAGS-Kollektivvertrages. Mir ist ganz wichtig, dass in diesem Bereich motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, so es wie auch Mag. Petrik vorher erwähnt hat, die

natürlich im Pflegebereich höchst anstrengende Arbeiten verrichten und ganz wichtige Arbeiten für die Gesellschaft verrichten müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In diesem Zusammenhang fällt mir auch die Position im Sozialbudget auf, dass es auch eine Schuleinrichtung gibt, nämlich die Schule für soziale Betreuung in Pinkafeld, wo die Ausbildung von diversen Fachkräften, wie Altenbetreuer und Behindertenbetreuer, aber auch Pflegehelfer gewährleistet wird, und wo auch das Land Burgenland im Budget jährliche Budgetleistungen vorsieht.

Ein Wehrmutstropfen ist in diesem Fall aber vielleicht trotzdem zu erwähnen: Vor einigen Jahren hatte das AMS im Sinne eines Fachkräftestipendiums große Unterstützung auch für diejenigen geleistet, die diese schulische Ausbildung erst später durchführen wollten. Wie mir zu Ohren gekommen ist, ist einerseits dieses Fachkräftestipendium eingeschränkt worden, andererseits nicht mehr verlängert worden. Das heißt, gerade deshalb ist unsere Ausgabe in diesem Bereich, die wir im Budget 2016 vorgesehen haben, wichtig.

Auch die Hauskrankenpflege und Kurzzeitpflege wird im diesjährigen Budget gehörig unterstützt und dotiert. Wobei, man muss auch feststellen, dass in den letzten Jahren die Hauskrankenpflege und auch deren Mitarbeiter zurückgegangen sind. Wahrscheinlich liegt der Grund darin, wie bereits heute mehrmals angeführt, dass die 24-Stunden-Personenbetreuung merklich zugenommen hat. Im April 2014 wurden im Burgenland 2.200 Personen betreut. Bei einem Fördersatz von 40 Prozent zahlt das Land, 60 Prozent der Bund, hieße das, dass drei Millionen Euro seitens des Landes Burgenland zu bezahlen sind. Sieben Millionen Euro beträgt der gesamte Förderwert.

Ein Satz, der mir dazu einfällt: Wichtig wird für uns alle sein, dass Arbeit und Wertschöpfung im Land bleibt. Deshalb ist gerade diese Position der 24-Stunden-Betreuung auch im Hinblick auf das Zurückweichen der Hauskrankenpflege zukünftig genau anzusehen. Gerade der Sozialbericht 2013 - 2014, der in der nächsten Landtagssitzung im Jänner von uns beschlussmäßig befasst wird, wird diese Diskussion zulassen müssen.

Auch die Einrichtungen für die behinderten Menschen im Sinne einer geschützten Arbeitsstätte, aber auch im Sinne von Beschäftigungstherapien werden weiterhin im Budget gewährleistet. Auch die Beihilfe in besonderen Lebenslagen ist weiterhin gegeben. Dabei sind mir Projekte, wie die Demenzbetreuung, aber auch familienpolitische Maßnahmen wichtig, weil sie direkt auch denjenigen Menschen zufließt, die sie benötigen. Der vorher angesprochene Heizkostenzuschuss ist weiterhin mit über einer Million Euro dotiert. Es gibt Bundesländer, wo darüber diskutiert wird, ob da überhaupt ein Heizkostenzuschuss eingeführt wird. Es ist aber richtig, dass marginal eine Verringerung vorliegt. Diese Verringerung ist im Bereich zum letzten Budget mit, glaube ich, mit 70.000 Euro veranschlagt. Die Verringerung dürfte aufgrund einer Berechnungsgrundlage vorliegen, die darin liegt, dass die Heizkosten eventuell günstiger sind. Ich meine aber doch, dass dieser Budgetposten nochmals angesehen werden sollte. Ich glaube aber, dass der Heizkostenzuschuss niemals wegfallen sollte, so wie es in anderen Bundesländern momentan überhaupt diskutiert wird.

Zweifelsohne muss aber die bedarfsorientierte Mindestsicherung erwähnt werden. In der letzten Landtagssitzung hatte ich dazu die Möglichkeit, den Landes-Rechnungshofbericht zu erläutern und dabei gab es mangels Erfüllung der Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes nicht viel zu beschönigen. Deshalb hat auch der zuständige Landesrat reagiert und die Dotierung der bedarfsorientierten Mindestsicherung im Sinne

einer Anhebung auf 8,5 Millionen Euro so präliminiert, dass die zu erwartenden Mehraufwendungen abgedeckt werden können.

Ganz wichtig ist, und das ist heute in den bisherigen Reden untergegangen, der Psychosoziale Dienst, der, meiner Meinung nach, im Burgenland sehr gut unterstützt und gefördert wird. Mit derzeit 850.000 Euro liegt eine hohe Dotierung vor. Gerade in Zeiten, wo die psychischen Erkrankungen nachweislich steigen, vor allem auch im Kinder- und Jugendbereich, wird es wichtig sein, dass das Land Burgenland im Sozialbereich tätig ist. Ich glaube auch, dass diese Dotierung oder Finanzsubventionierung ganz wichtig ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein wesentlicher Mosaikstein des Sozialbudgets ist die Erfüllung der Arbeitnehmerförderung oder des Arbeitnehmerförderungsgesetzes. Dazu zählt die Qualifikationsförderung genauso, wie die Lehrlingsförderung, der Wohnkostenzuschuss, aber auch der Fahrtkostenzuschuss. Im Kalenderjahr 2015 waren es insgesamt 5.700 Anträge, wobei rund 3 Millionen Euro budgetiert wurden. Auch für dieses Jahr wurde diese Subvention zugesagt.

Nun, abschließend: Die Integration und Grundversorgung von Asylwerbern und sonstigen Fremden wurde auch in einem Antrag behandelt. Es ist, glaube ich, ganz wichtig, dass es eine umfassende Integration gibt. Zu dieser umfassenden Integration kann man sagen, dass mit größter Wahrscheinlichkeit das frühe Erlernen der deutschen Sprache der Schlüssel für die Bildung sein wird.

Vor allem auch das Erlernen der demokratischen Werte, auch im Sinne einer politischen Bildung, und eventuell eines Lehrfaches Ethik wird dazu beitragen. Deshalb glaube ich auch, dass unter dem Motto Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz auch die Integration möglich sein muss.

Resümierend kann gesagt werden, dass durch dieses Sozialbudget dem sozialen Rechtsstaat - laut Landesverfassung - jedenfalls Rechnung getragen wird. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet, ist Herr Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Ich hoffe, noch etwas Aufmerksamkeit von Euch erhaschen zu können. Ich greife jetzt etwas vor im Budget, nämlich, an das Ende, zu den Themen Naturschutz, Umweltschutz und letztendlich auch Klimaschutz. Ganz aktuell, während wir hier sprechen, findet in Paris schon bereits die eher wichtige Phase, heute und morgen statt, wo es eigentlich darum geht, eine Entscheidung zu treffen und vor allem verbindliche Ziele zu erreichen.

Es gibt einen ersten Entwurf, der aber leider den Flug- und Schiffsverkehr draußen lässt und eine Überprüfung der Emissionsziele erst 2023 vorsieht. Das ist, wie mir meine Kollegin gerade mitgeteilt hat, viel zu spät, um da wirklich etwas weiterzubringen. Die gute Nachricht ist: Im Geheimen hat sich ein Bündnis aus 100 armen und reichen Staaten weltweit gegründet, wo auch der Großteil der EU-Staaten, die USA und andere große Länder dabei sind, die auf ein starkes rechtliches Abkommen drängen. Wer noch fehlt ist leider China, Südafrika, Brasilien und Indien. Man hofft jetzt, bis morgen die mit ins Boot zu holen.

Warum ist das so wichtig? Der Klimawandel ist kein Zukunftsthema mehr, denn wir sind mitten im Klimawandel. Es gibt zwar immer noch, auch hier sei wieder die FPÖ erwähnt, einige Zweifler, aber, ich glaube, sonst ist in den Parteien niemand mehr, der den menschengemachten Klimawandel anzweifelt.

Ich möchte gar keine Berichte jetzt strapazieren, vom WWF oder ähnlichen Organisationen, denn Tatsache ist, wir machen nach wie vor zu wenig. Österreich, das einmal doch auf relativ gutem Posten war, was den Klimaschutz, den Naturschutz und Umweltschutz, den Biolandbau betroffen hat, verliert zunehmend. Ein jüngster veröffentlichter Bericht der EU-Umweltagentur, also keines Vereines, stellt fest, dass Österreich sein 2020 CO2-Ziel verfehlen wird. Die Europäische Union hat ihre Emissionen um 23 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt, Österreich hat im gleichen Zeitraum seinen CO2-Ausstoß um 1,2 Prozent gesteigert.

Von 28 Mitgliedsländern erreichen nur vier ihre Klimaziele nicht. Eines davon sind leider wir. Natürlich trägt auch das Burgenland hier einen wesentlichen Beitrag. Auch wenn wir auf der einen Seite sehr positive Beiträge liefern, wie die Windenergie beziehungsweise die erneuerbare Energie, haben wir leider immer noch viele Bereiche, wo wir hinterher hinken. Um kurz zum Budget zu kommen: Es ist schön zu sehen, dass im Budget 1,2 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen im öffentlichen Verkehr vorgesehen sind. Das betrifft vor allem

Zum Budget zu kommen. Es ist schön zu sehen, dass im Budget 1,2 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr vorgesehen sind. Das betrifft vor allem die Mattersburger-Linie, die Schleife Ebenfurth, die Elektrifizierung der Jennersdorfer-Linie, sowie die Bahntrasse Friedberg-Oberwart-Szombathely.

Das ist gut und wichtig, wenn wir aber gleichzeitig weitere Verkehrserreger laufend produzieren, Beispiel Einkaufszentren, der Wahnsinn in Parndorf, Fachmarktzentren schaffen, Straßen bauen, S7, dann konterkarieren wir diese positiven Effekte, die wir mit der Windenergie und der Photovoltaik erlangen, gleich wieder. Dadurch werden wir, wenn wir so weitermachen, genau dort bleiben, wo wir jetzt sind, nämlich viel zu weit hinten. Österreich muss im Klimaschutz Vorreiter werden, wieder! Wir haben die Ressourcen, wir haben das Know-how und wir haben die Technologien und dadurch auch die Firmen. Wir müssen sie nur sinnvoll nutzen.

Wir brauchen neben einer ökologischen Steuerreform gezielte Klimamaßnahmen in Bereichen, vor allem im Verkehr, in der Industrie, in der Gebäudesanierung und in der Landwirtschaft und in der Abfallwirtschaft. Wir brauchen ein - Beispiel 375 Euro Öffi-Ticket in allen Bundesländern, nach dem Vorbild Wien und Vorarlberg. Wir brauchen eine Nahverkehrsoffensive, einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in den Ballungszentren, - das trifft jetzt auf das Burgenland ein bisschen weniger zu - und ein Ausdehnen der LKW-Maut.

Wir brauchen eine Sanierungsoffensive, die vom Bund jetzt sogar leider reduziert wurde. Wir brauchen, ganz im Gegenteil, hier eine Verstärkung, thermische Sanierung, die Sanierung des Gebäudebestandes, gekoppelt mit der Umstellung auf erneuerbare Energie. Wir sind bei den Neubauten sehr gut unterwegs, bei den Altbauten hinken wir sehr stark hinterher.

Wir brauchen ein „Raus aus dem Ölprogramm“. Leider konterkariert da gerade die Wirtschaft mit den Förderungen der Ölheizung nach wie vor die positiven Programme, die hier auf anderer Seite vom Burgenland und von ganz Österreich gesetzt werden. Das ist eigentlich eine Bankrott-Erklärung.

Ganz im Gegenteil brauchen wir nämlich weiter auch den Ökostrom-Ausbau, der auf Atomstrom-Importe verzichtet, so wie es das Burgenland auch schon macht und auch die fossile Stromerzeugung beendet. Wir brauchen aufkommensneutrale, ökologisch soziale Steuerreform. Mit der Einführung einer aufkommensneutralen Steuerreform wird der klimaschädliche Verbrauch von fossilen Energien eingedämmt und die Arbeit dadurch billiger, im Austausch sozusagen.

Wir brauchen aber auch eine klimafreundliche Ernährungswende. Es geht nicht darum, den Menschen zu Vegetariern oder Veganern zu machen, wir müssen nur den Anteil des Fleisches reduzieren. Fleisch braucht, benötigt für die Produktion einen vielfach höheren Energieeinsatz und dadurch produziert es natürlich um vielfach mehr an Methan, CO2 und anderen klimaschädlichen Stoffen. Hier müssen Programme, die schon in der Schule greifen, eingesetzt werden, die einfach den vegetarischen Anteil heben und den Fleischanteil senken. Es kann ja ruhig ein Fleisch am Teller sein, nur das Verhältnis Fleisch - Beilagen - Gemüse sollte ein anderes sein.

Wir brauchen gerade in der Landwirtschaft 100 Prozent Bio, in allen Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen. Das wäre auch ein Signal für die Menschen, die sich dort ernähren, also als Beispiel vorangehen!

Wir brauchen Klimaschutz durch Bildung. In Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten bis zur Mittelschule, sollen Unterrichtsschwerpunkte zum Energiethema und zum Klimathema gesetzt werden. Wir müssen uns auch, da der Klimawandel nicht mehr umkehrbar ist, nur mehr abzufedern ist, damit auseinandersetzen, wie können wir die Auswirkungen dieses Klimawandels abfedern.

Im Hochwasserschutz passiert da schon einiges, da werden wir aber noch mehr tun müssen. Wir müssen schauen, wie wir den Boden anders bewirtschaften können, sodass wir das CO2 im Boden behalten. Wir müssen schauen, dass wir vor allem in der Landwirtschaft, wo sehr viel CO2 produziert wird, durch eine andere Wirtschaftsweise CO2 einsparen können und so die Landwirtschaft eigentlich zu einem Klimaspeicher machen.

Der österreichische Klimabericht spricht nicht um sonst von einem nötigen Paradigmenwechsel und ich glaube, und ich bin mir sicher, dass das vielen leider noch nicht bewusst ist, dass wir, wenn wir jetzt nichts machen, später viel mehr Geld brauchen, viel mehr Aufwand benötigen, um die Auswirkungen des Klimawandels einigermaßen einzudämmen. Jetzt haben wir noch die Chance, die, im optimistischen Fall, die drei Grad Erwärmung einigermaßen zu halten, aber dann müssen wir da hier wirklich mehr machen. Im Budget findet sich da leider viel zu wenig dazu. Im Regierungsabkommen ist das Wort „Klimaschutz“ ein einziges Mal erwähnt, ohne konkrete Maßnahmen.

Wir brauchen auch im Land eine Person, die sich wirklich mit dem Klimawandel beschäftigt. Im Moment gibt es zwar jemanden in der Landesamtsdirektion, aber die ist nur bezüglich Ländervernetzung und Vernetzung im Bund beschäftigt und kümmert sich nicht wirklich jetzt um Maßnahmen, die man im Burgenland machen kann.

Es ist mindestens 1 vor 12, wenn nicht schon später! Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Nunmehr zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Den Letzten beißt bekanntlich der Hund, und das sind zumeist in unserer Gesellschaft, leider Gottes immer öfters die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zuletzt eben gesehen undgehört bei der Zielpunkt-Pleite. Ich bin aber überzeugt, dass hier für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch vor Weihnachten noch eine annehmbare Lösung gefunden werden wird.

Durch das Thema Flüchtlingskrise sind meines Erachtens auch andere wichtige Themen und entscheidende Themen in den Hintergrund gerückt, nämlich, wie geht es unseren einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und unseren Pendlerinnen und Pendlern?

Ich denke, auf diese sollten wir nicht vergessen und wir sollten sie auch nicht vernachlässigen. Denn auch für diese gilt aus ihrer Sicht, die Erhaltung ihrer Lebensqualität gepaart mit sozialer Sicherheit, sowie Gerechtigkeit zwischen den Generationen am Arbeitsmarkt. Im Budget ist eine Vielzahl von impulsgebenden Maßnahmen vorgesehen, darunter sind Investitionen in die burgenländische Infrastruktur, in die Bildung, in Forschung, in den Wirtschaftsstandort, in den Arbeits-, Tourismus- und Lebensraum Burgenland als Gesamtes vorgesehen.

Der Kollege Kölly hat vorher die Pendler-Rückholaktion angesprochen. Der Landeshauptmann, - ist jetzt nicht da, - also ich glaube, probieren geht über studieren! Er hat es probiert, manche studieren und reden nur darüber und er hat zumindest Aktionen dahingehend gesetzt. Um den Wirtschaftsstandort Burgenland zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wird mit dem Zukunftspaket Burgenland eine Investition von rund 2,8 Milliarden Euro getätigt werden.

Vom Wohnbau über den Siedlungswasserbau, den Hochwasserschutz und Bau im Krankenhausbereich, bis hin zu wichtigen Verkehrsprojekten, ermöglicht das Budget viele größere und noch mehr kleinere und mittlere Projekte, die allen Burgenländerinnen und Burgenländern zu Gute kommen, sowie der heimischen Wirtschaft.

Diese Investitionen zielen alle darauf ab, burgenländische Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Es sollen Anreize für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Burgenland geschaffen werden, gleichzeitig auch Anreize für die Ausbildung junger Menschen.

Bei den Investitionen, die das Land Burgenland tätigt, erfolgt bereits das Bestbieterprinzip. Dieses Prinzip soll regionale Arbeitsplätze fördern und sichern. Durch verstärkte Information soll das Bestbieterprinzip etabliert werden.

Wir haben bereits im Landtag darüber diskutiert, dass die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping als Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung und der Sicherung der burgenländischen Arbeitsplätze zu sehen ist.

Die aktive Bekämpfung des Lohn- und Sozialdumpings muss dazu führen, dass Unternehmungen, die arbeits- und sozialrechtlichen Mindeststandards missachten, effektiv zur Verantwortung gezogen werden. Ein großes Problem stellt natürlich das hohe Arbeitskräfteüberangebot dar, nicht zuletzt auf Grund von Zuwanderung und eben das Einpendeln von Arbeiterinnen und Arbeitern von den Nachbarländern.

Beschäftigung ist die Grundlage für Existenz und Wohlstand, deshalb ist die Förderung von Beschäftigung eine absolute Notwendigkeit. Nicht nur die Schaffung, sondern auch die Sicherung von Arbeitsplätzen ist für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders schwer.

Die Arbeitnehmerförderung im Burgenland kann sich sehen lassen, angefangen von der Förderung der Lehrwerkstätten, der Lehrlingsheimen, Internaten und Ausbildungsstätten bis hin zu Zuschüssen wie den Fahrtkostenzuschuss, den Lehrlingsförderungszuschuss, den Wohnkostenzuschuss für die Lehrlinge und Qualifikationsförderungszuschüsse.

Der öffentliche Verkehr ist natürlich für die Pendlerinnen und Pendler ein wichtiges Anliegen, vor allem sind sie es, die eine Verbesserungen brauchen und die eine Unterstützung brauchen, die auch weiterhin finanzielle Erleichterungen benötigen. Ich hoffe nicht, dass die Pendlerinnen und Pendler, welche das meistens schon jahrzehntelang in Kauf nehmen müssen, dass sie ihre Familie während der Woche nicht sehen, auch zum Teil ihre Freunde. Sie sind eh schon doppelt bestraft mit der Erhaltung einerseits einer Wohnung und einem Haus in der Heimatgemeinde, und werden noch zusätzlich in Kauf nehmen müssen, dass sie als Arbeitskräfte durch den Zuzug ausgetauscht werden.

Ich hoffe nicht, dass hier ein schleichender Prozess stattfinden wird. Die Konkurrenz am Arbeitsmarkt wird natürlich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer dichter und momentan ist die Zeit sehr unsicher. Üppige Eurogeschenke für gewisse Eurostaaten tun ihr Übriges in letzter Zeit dazu bei.

Ich hoffe nicht, dass die Zeche die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dafür bezahlen müssen. Deshalb müssen wir danach trachten, nur alles erdenklich Mögliche zu tun, um Auswirkungen von wirtschaftlichen Schwankungen, denen wir allemal unterworfen sind, abzufedern, vorausschauend zu agieren und hier den burgenländischen Arbeitsmarkt für die Menschen weiterhin aufrecht zu erhalten, das ist mir ein besonderes Anliegen.

Wir werden dem Budget zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren! Viele der Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen, die auf kommunaler Ebene eine Funktion ausüben, ob das als Gemeinderätin, als Gemeinderat, Vorstand, Vizebürgermeisterin oder Vizebürgermeister oder Bürgermeisterin oder Bürgermeister ist, erstellen gerade in unseren Gemeinden und Kommunen den Voranschlag für das Jahr 2016.

Wir alle wissen, dass der Voranschlag, das Budget, die finanzielle und die wirtschaftliche Basis und Grundlage auch für unsere Gemeinden ist. Die heutige und die morgige Budgetsitzung ist eine wichtige Sitzung, das ist eine enorm wichtige Sitzung für unser Land, für unsere Gemeinden und für die Menschen in unserem Land.

Das Budget ist richtungsweisend für die Zukunft in unserem Land. Es steht unter dem Titel und Slogan „Neue Wege für unsere Zukunft!“ Die politische Handschrift der neuen Koalition in diesem Haushalt ist hier auch deutlich erkennbar. Sparen durch Strukturreform und gleichzeitig in Wachstum, in Arbeit, in Bildung und in soziale Sicherheit zu investieren.

Ich komme aus einer Gemeinde, aus einer Region, aus einem Bezirk mit einem großen Pendleranteil. Ich selbst war auch jahrelang Wien-Pendler. Als Obmann des Burgenländischen Pendlerforums, ist es mir sehr wichtig, und allen die hier in diesem

Verein ehrenamtlich mitarbeiten, Mitglieder und Vertreter sind, dass in jedem Bezirk auch Funktionäre Bezirkspendler-Sprecherinnen und -Sprecher sind, die auf die Bedürfnisse, auf die Anliegen und auch auf die Probleme unserer Pendlerinnen und Pendler in den Bezirken und in den Regionen eingehen können.

Ich möchte aber auch diese Rede zum Anlass nehmen, um mich bei allen Funktionärinnen und Funktionären, die hier ehrenamtlich und unentgeltlich im Pendlerforum mitarbeiten, sehr herzlich bei ihnen zu bedanken. Persönliche Gespräche, Telefonate, Emails, täglich Kontakt mit Pendlerinnen und Pendlern zu haben und hier auf ihre Bedürfnisse, auf ihre Fragen eingehen zu dürfen, ist auch eine große Herausforderung.

Wir haben heute in der Fragestunde schon gehört und viele der Funktionärinnen und Funktionäre der AK waren heute schon unterwegs und haben Pendleraktionstage gemacht, wo sie die neuen Fahrpläne ausgeteilt haben, da am kommenden Sonntag, diese neuen Fahrpläne, in Kraft treten. Abfahrtszeiten verschieben sich und durch den Vollbetrieb des Wiener Hauptbahnhofes gibt es auch Änderungen.

Wir alle wissen, wo Licht ist, ist auch Schatten. Das heißt, es gibt Fahrgäste, es gibt Pendlerinnen und Pendler, die durch den Fahrplanwechsel Vorteile haben, aber es gibt auch Pendlerinnen und Pendler die durch den Fahrplan, durch die Veränderung des Fahrplanes auch Nachteile haben.

Ich möchte zu der Verkehrsstrategie, die auf Initiative unseres Herrn Landeshauptmannes im vergangenen Jahr initiiert wurde, da möchte ich doch einige Worte verlieren. Es war das größte Bürgerbeteiligungsprojekt, dass jemals in unserem Land Burgenland stattgefunden hat. Hier wurden Befragungen und Infoveranstaltungen in jedem Bezirk abgehalten. Die Nutzergruppen waren im besonderen Maße Pendlerinnen und Pendler, Schülerinnen und Schüler, Studenten, die Wohnbevölkerung vor Ort, die Touristen und die Wirtschaft.

Es war wichtig und die Gesamtverkehrsstrategie ist vor allem wichtig, damit immer wiederum laufende Bedarfserhebungen adaptiert werden. Im heurigen Frühjahr fand auch auf Initiative unseres Herrn Landeshauptmannes eine Pendleroffensive statt. In jedem Bezirk wurde eine Veranstaltung organisiert und das Pendlerforum hat diese Initiative auch unterstützt und begleitet, weil es uns, dem Pendlerforum, sehr wichtig ist, die Interessen, die Anliegen und die Sorgen der Pendlerinnen und der Pendler zu kennen und vor allem auch darauf reagieren zu können.

Geschätzte Damen und Herren, das Land Burgenland hat seine Mittel für den öffentlichen Verkehr auf 17,5 Millionen Euro im Jahr 2016 angehoben. Im Jahr 2000 wurden dafür fünf Millionen Euro aufgewendet. Seit 2000 hat sich das Budget für den öffentlichen Verkehr mehr als verdreifacht. Jährlich werden fünf Millionen Euro für Verbundtarife bezahlt, damit werden die Ticketpreise im öffentlichen Verkehr bis zu 50 Prozent von Seiten des Landes gestützt. Das heißt, die Fahrkarten würden für die Pendlerinnen und für die Pendler, für die Fahrgäste, bis zu dem doppelten an Fahrpreis kosten.

Ich möchte hier auch noch auf einige wichtige Punkte eingehen wie das Topjugendticket, dass im Jahr 2012/2013 eingeführt wurde für Schülerinnen und Schüler und Lehrlinge bis zu 26 Jahren. Seither kann gewählt werden zwischen dem Top-Jugendticket um die 60 Euro, das heißt eine Netzkarte für den gesamten VOR-Bereich inklusive Wien, oder auch wie bisher dem Jugendticket wo die Schülerfreifahrt zwischen dem Wohnsitz und der Schule um 19,60 Euro zu erhalten ist.

Das Top-Jugendticket wurde mit dem Mobilitätspreis 2013 ausgezeichnet. Derzeit nutzen insgesamt 17.400 Schülerinnen und Schüler, und Lehrlinge das Top-Jugendticket des Landes. Budgetierte Zusatzkosten für das Top-Jugendticket betragen zirka 380.000Euro jährlich.

Ich begrüße auch die Verlängerung der Garagenaktion in Wien. Bedarfsgerecht werden hier jenen Pendlerinnen und Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, trotz des Ausbau des öffentlichen Verkehrs, hier Garagenaktionen zu Toppreisen 46,80 beziehungsweise 468,00 Euro im Jahr zu günstigsten Konditionen für die Pendlerinnen und Pendler angeboten.

Neuerrichtungen und Ausbau der Park & Ride-Anlagen für die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler und der Ausbau der Bahnhöfe, ich darf hier nur erwähnen, über 48 Bahn- und sechs Bus Park & Ride Anlagen mit insgesamt 3.534 Stellplätzen werden hier zur Verfügung gestellt.

Mit dem Ziel möglichst viele Autopendler in das öffentliche Verkehrsnetz einzubinden wird das Stellenplatzangebot ständig erweitert. Die Auslastungszahlen zeigen, dass die burgenländische Pendlerinnen und Pendler dieses Angebot auch sehr gut annehmen. Insgesamt wendet das Land Burgenland durchschnittlich 300.000 Euro pro Jahr für die Erhaltung und den Ausbau der Park & Ride Anlagen auf. 2016 werden hier Ausgaben in der Höhe von 320.000 Euro erzielt. *(Abg. Walter Temmel: Ist Ollersdorf dabei?)*

Ollersdorf ist nicht dabei. Ich gehe gerne auf Ollersdorf ein, Herr Kollege Sie wissen aber ganz genau, außer ein Foto, dass Sie dort gemacht haben, kenne ich die Problematik von einer ganz anderen Seite. Es ist eine reine Polemik die Sie hier machen. Wenn Sie wollen, können wir uns gerne diese Situation oder diese Problematik vor Ort anschauen. Dort sind Parkplätze vorhanden, sehr viele entlang des Sportplatzes, die in keiner Weise genützt werden. Ich glaube, das ist nichts anderes wie eine Polemik, die Sie hier über die Presse ausrichten möchten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Herr Kollege, das Land hat eine Studie in Auftrag gegeben. Da kann man sicher nicht von Polemik sprechen.)*

In den letzten Jahren sind der Ausbau und die Errichtung von leistungsfähigen Anlagen im Bahnhof Mattersburg, in Bruckneudorf, in Deutschkreutz und in Neusiedl am See mit einem Gesamtinvestitionsaufwand von insgesamt 40 Millionen Euro bis zum Jahr 2016 mit den Finanzierungsbeiträgen des Landes in dieser Form angedacht.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich möchte mich im Namen der Pendlerinnen und Pendler beim Finanzlandesrat und beim Herrn Landeshauptmann für das Budget, das für die Pendlerinnen und Pendler zur Verfügung gestellt wird, recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordneter Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die Bereiche Pendler und Arbeitsmarkt zusammenfassen und ich denke, es braucht hier Maßnahmen, Infrastruktur und Chancen.

Das Burgenland ist das Land der Pendlerinnen und Pendler und viel mehr wünsche ich mir, dass wir irgendwann sagen können, das Burgenland wird oder ist das Land der Arbeitsplätze. Vieles wurde heute schon gesagt, ich darf daher nur die Eckdaten

nochmals anschneiden. Wir fordern dezidiert Verbesserungen, Rahmenbedingungen für Pendlerinnen und Pendler, im Klartext - bessere Infrastrukturen. Ich denke hier an das leidige und ewige Thema Verbesserung der Straßen, zum Beispiel die S7, der Spatenstich ist erfolgt, alles Weitere ist in weite Ferne gerückt. Ich denke hier an den Ausbau und die Attraktivierung der Bahnverbindungen, ich sage nur die Schlagworte Oberwart, Jennersdorf, Friedberg, Heiligenkreuz. Es geht um eine Vereinfachung des Pendlerrechners. Hier könnte man unterschiedliche Gesichtspunkte vorantreiben, natürlich auch auf Bundesebene und es geht auch um die Verbesserung der Park & Ride Anlagen.

Mein Vorredner ist darauf eingegangen, es gibt leidige Beispiele wie auch Ollersdorf, natürlich. Aber gemeinsam könnte man doch einiges bewegen und wie schon vorhin erwähnt, es geht immer im Sinne der Pendlerinnen und Pendler.

Mein Wunsch ist es, dass die Pendlerinnen und Pendler ihren Lebensmittelpunkt im Burgenland belassen, dass sie hier Familien gründen, damit sie ihre Freizeit hier verbringen, dass sie für Vereine tätig sind, dass sie die Feuerwehren unterstützen. Und mein Wunsch ist es, das die, die hart arbeiten nicht auf der Strecke bleiben dürfen. Beim Thema Arbeitsmarkt, - ich will mich nicht wiederholen, - die AMS-Daten sind bekannt, steigernde Arbeitslosenzahlen, immer mehr Langzeitarbeitslose, Arbeitslose in der Zielgruppe 50plus, eine Arbeitnehmerpolitik im Land und dennoch steigen die Arbeitslosenzahlen.

Ich weiß, Firmenpleiten wie Zielpunkt und Co sind schwere Schicksalsschläge und ich weiß auch, dass bei einer Zielpunktpleite die Landesregierung nichts dafür kann, nichts desto trotz die Forderung man soll Klein- und Mittelbetriebe unterstützen. Ich sehe die Chancen in unserem schönen Land Burgenland darin, dass wir in den kleinen Strukturen in den Gemeinden Arbeitsplätze sichern, Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Jeder kleine Betrieb, jedes kleine Geschäft, jeder Nahversorger aber auch jeder Betrieb der Lehrlinge ausbildet ist eine Chance und meiner Meinung nach wesentlich krisensicherer. Ich fordere hier auch, dass die Eltern vielmehr als Vorbilder dienen und die Kinder nicht immer in die große Stadt nach Wien oder Graz schicken, um dort vielleicht etwas Besseres zu lernen oder werden, aber doch traditionelle Berufe in der Heimat zu erlernen.

Man muss auch Chancen nützen. Ich denke hier an den Businesspark Heiligenkreuz. Landeshauptmann Stix hat hier Pionierarbeit geleistet. Zurzeit gibt es leider Gottes einen Art Winterschlaf in diesem Businesspark. Da könnte man einiges bewegen. Derzeit wird dort neben dem Leitbetrieb Lenzing, der Vorbildcharakter für den Bezirk Jennersdorf und die Region hat, leider Gottes nur ein Gemüsebauer aktiv der auf hochqualifizierten Flächen, leider Gottes, nur Gemüse anbaut. *(Abg. Ewald Schnecker: 15 Jahre Wirtschaftsreferent Steindl.)*

Ich darf die Regierungsverantwortlichen im Burgenland in die Pflicht nehmen. Die rot-blaue Landesregierung soll konkrete Pläne auf den Tisch legen und aufzeigen wie sie die Arbeitslosigkeit im Burgenland verringert.

Das sind wir den Menschen im Burgenland schuldig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Klubobmann Robert Hergovich ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident! Das Thema Arbeitsmarkt wurde sehr ausführlich schon in der Generaldebatte behandelt. Daher darf ich mich wirklich auf die wesentlichen Dinge beschränken.

Ein gutes Budget ist natürlich die Basis für eine ordentliche Arbeitsmarktpolitik. Eine Arbeitsmarktpolitik, die die Wirtschaft und die Beschäftigung in den Vordergrund stellen. Das tut dieses Budget mit jeden fünften Euro der hier in die Wirtschaftsförderung für Arbeitsplätze investiert wird. Konkret in Zahlen sind es 232,6 Millionen Euro, um 13,1 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr, also ein kräftiger Impuls den wir hier im Jahr 2016 aussenden.

Wir waren im Jahr 2013 Wachstumssieger, wir waren Vizemeister im Jahr 2014, und voraussichtlich im Jahr 2015, werden wir ebenfalls den zweiten Platz aller österreichischen Bundesländer erreichen, was das Wirtschaftswachstum anbelangt. Es wurde heute schon gesagt, wir haben Rekordbeschäftigung zu verzeichnen, das sechste Mal in Folge. Das ist positiv mit 104.784 Beschäftigten im Burgenland. Wir wollen uns aber nicht zurücklehnen, denn die Arbeitslosigkeit steigt ebenfalls und solange die Arbeitslosigkeit steigt, müssen wir auch ordentlich investieren und dort sparen wo es sinnvoll ist.

Wir wollen aber auch direkt fördern, beispielsweise mit 1,5 Millionen Euro an Lehrlingsförderungszuschüssen, 600.000 Euro für Qualifikationsförderung, Maßnahmen beispielsweise in Summe 3,65 Millionen Euro für die Arbeitnehmerförderung. Die Anstrengungen zeigen auch Wirkung, es profitieren seit dem Vorjahr auch Burgenländerinnen und Burgenländer von den neuen Jobs, das ist gut und wichtig so.

Ich möchte das Thema schon ein wenig behandeln, weil es in der Generaldebatte zu kurz gekommen ist. Das Burgenland liegt an der Wohlstandskante, das durchschnittliche Nettoeinkommen lag im Burgenland im Jahr 2014 bei 1.405 Euro. In Ungarn beispielsweise ist das durchschnittliche Nettoeinkommen 480 Euro. Daher verstehe ich, wenn Menschen eine halbe Stunde Autofahrt auf sich nehmen, das würden wir wahrscheinlich auch tun, wenn man das Dreifache dabei verdient.

Eine Million Menschen wohnen 30 Minuten rund um das Burgenland mit deutlich geringerem Einkommen, daher ist es klar, dass sie auch diese 30 Minuten gerne in Kauf nehmen. Das zeigt auch Wirkung. Alleine im Burgenland waren im Jahr 2013 16.160 Einpendlerinnen und Einpendler aus dem Ausland beschäftigt, davon 12.890 aus Ungarn. Das zeigt eigentlich nur, dass ein hohes Potential an Arbeitskräften im Burgenland vorhanden ist und die natürlich auch bei uns arbeiten.

Das Burgenland hat aber mit Abstand den höchsten Anteil an Einpendlerinnen und Einpendler aus dem Ausland, nämlich 16,6 Prozent gemessen an den unselbständigen Beschäftigten. Kein anderes Bundesland hat solche Werte aufzuweisen. Die zweithöchsten Bundesländer haben nicht einmal fünf Prozent, wir im Vergleich dazu 16,6 Prozent, also eine völlig andere Situation.

Daher mein Appell an die heimische Wirtschaft, auf Burgenländerinnen und Burgenländer zu setzen, die sind gut ausgebildet, hoch motiviert, die wollen das auch tun.

Es wird der Politik immer der Vorwurf gemacht, sie stellen keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Das stimmt, das ist so, daher muss man den Appell an die heimische Wirtschaft natürlich richten.

Ein Sidestep, Kollege Kölly hat sich medial beschwert, dass er gerne eine Anwesenheitsplicht im Burgenländischen Landtag hätte. Wenn man heute die Zeiten

berücksichtigt, wo der Kollege Kölly im Landtagssitzungssaal war, dann wird man feststellen, dass das ein sehr geringes Ausmaß war.

Ich glaube, der Kollege Steiner war sogar mehr im Landtagssitzungssaal, der sich ja krankheitsweise entschuldigt hat, wie der Kollege Kölly, der fit ist und irgendwo im Haus herumrennt. So viel zu dem, wie er es wirklich ernst nimmt in unserem Hohen Haus. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die Frau Landtagsabgeordnete Präsidentin Ilse Benkö ist zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich melde mich heute zu zwei langjährigen Steckenpferden von mir zu Wort, Schuldnerberatung und Konsumentenschutz. Mir ist natürlich bewusst, dass beide Bereiche im Voranschlag keine besonders große Rolle spielen, aber ich sage Ihnen, die Bedeutung beider Bereiche ist nach wie vor leider Gottes eher im Zunehmen denn im Abnehmen begriffen.

Zu verdanken ist das den Rahmenbedingungen, die wir derzeit vorfinden und leider Gottes auch in nächster Zeit vorfinden werden. In Österreich - und das wissen Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen - sind mehr Menschen als je zuvor von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie alle wissen, die Wirtschaft stagniert. Wir haben seit Jahren Reallohnverluste hinzunehmen. Andererseits, muss ich Ihnen sagen, war Schulden machen noch nie so billig wie heute und war Vermögensbildung aufgrund der Lage auf dem Kapitalmarkt noch nie so schwierig wie heute.

Nach wie vor ist zu beobachten, dass die Schuldner und Schuldnerinnen leider Gottes immer jünger werden. Dass gerade jungen Menschen das Gefühl fehlt was leistbar ist und was nicht und was Schulden, vor allem Klein- und Konsumkredite, für Folgen haben können. Sie wissen, meine geschätzten Damen und Herren, dass ich mich jahrelang dafür eingesetzt habe genau dort, nämlich bei jüngeren Menschen und schon im Kindergartenalter mit spielerischem Vorzeigen und natürlich ist auch in Schulen anzusetzen.

Jahrelang habe ich vorgeschlagen und natürlich auch beantragt, Sie alle können sich noch erinnern, die Älteren hier im Hohen Haus, den Finanzführerschein im Burgenland einzuführen. Ich bin nun sehr froh und glücklich darüber, dass die zuständige Kollegin, Landesrätin Dunst, das verwirklicht hat, dass es heuer im Mai nach vielen, vielen Jahren endlich es so weit war, dass die ersten 85 Schüler des Gymnasiums Oberschützen und des Theresianums in Eisenstadt den Kurs zum Finanzführerschein in einem sehr guten Pilotversuch erfolgreich absolviert haben.

Auf dem Programm standen Einnahmen-, Ausgabenrechnung, Jugendkonten, Gehaltskonto, Bürgschaften, Autofinanzierung, Schulden - und das Wichtigste - und deren Folgen. Der Pilotversuch war, nach allem was ich persönlich gehört habe, sehr erfolgreich und man kann, und ich habe schon sehr oft gesagt, man kann nicht oft genug auf die Beispiele Vorarlberg und Oberösterreich verweisen, wo derartige Projekte es ja seit vielen, vielen Jahren gibt.

Wo derartige Projekte seit vielen, vielen Jahren laufen und wo bereits tausende Schüler verschiedenster Altersgruppen entsprechende Kurse erfolgreich absolviert haben. Es mag für viele die es schon gehört haben abgedroschen klingen, aber man muss wirklich gerade bei den jungen Menschen ansetzen. Wer dort heute präventive Arbeit leistet, der vermeidet großes Unglück und letztendlich auch Kosten in der Zukunft.

Gerade im Finanzführerschein finden wir Konsumentenschutz und Schuldnerberatung. Die finden da jedenfalls zueinander und daher noch einmal ein herzliches Dankeschön an die zuständige Landesrätin Verena Dunst. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)* Meine geschätzten Damen und Herren! Noch eine Anmerkung zu der immer wieder laut werdenden Forderung nach einem leichteren Zugang zum Privatkonkurs vom Schuldenregulierungsverfahren.

Einerseits ist diese Forderung für mich persönlich, Herr Kollege Kölly ich gehe davon aus für Sie auch, absolut verständlich. Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist es für viele Bürger natürlich schwierig und sie verlieren jegliche Perspektive nachdem sie kein Einkommen haben und da verstehe ich es, dass man zum privaten Schuldenregulierungsverfahren drängt.

Andererseits, und das möchte ich auch hier nicht unerwähnt lassen, bin ich der Meinung, dass man das nicht zu sehr lockern darf, weil jedem Schuldner steht natürlich auch ein Gläubiger gegenüber. Man darf dabei nicht vergessen, dass auch der Gläubiger zu seinem Recht kommen muss. Aber, wie gesagt, ich bin dankbar und wir können uns all diese Diskussionen sparen, wenn wir den Jugendlichen in den Schulen, und ich wiederhole mich noch einmal, schon im Kindergarten auf spielerische Art und Weise, wenn wir sie so weit bringen können, dass sie mit Geld umgehen können.

Das wissen wir. Das ist klar. Aber dass sie auch verstehen was Schulden bedeuten und dass sie nie den falschen Weg einschlagen, dann brauchen wir uns über diese Dinge nicht mehr zu unterhalten. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Präsidentin. Der Abgeordnete Mag. Christian Drobits ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Auch mein Themenbereich betrifft den Konsumentenschutz und die Schuldnerberatung. In weiterer Folge auch ältere Generationen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Anknüpfend an die Frau Landtagspräsidentin möchte auch ich im Bereich Konsumentenschutz einerseits der zuständigen Landesrätin mit Ihrem Team gratulieren, weil wirklich im letzten Jahr 1.820 Beratungen in Konsumentenschutzfragen durchgeführt worden sind.

Interessanterweise sind die meisten dieser Beratungen in telefonischer Form gelöst worden. Bloß 16 bis 18 Prozent waren bei persönlichen Vorsprachen. Dabei muss erwähnt werden, dass die Konsumentenberatung des Landes Burgenland sehr wohnortnahe ist. Es wurden die Sprechtage eingeführt, die sowohl im Südburgenland als auch im Norden durchgeführt worden sind und dabei ergab sich, dass sich genau bei diesen Konsumentenberatungen Hauptschwerpunkte herauskristallisierten.

Einer dieser Hauptschwerpunkte war die Mietrechtsberatung. Diese machte 27 Prozent aller Beratungen aus und daraus erkennt man, dass gerade in Zeiten wie diesen es wichtig ist, dass hilfesuchende und schutzsuchende Menschen sich gerade bei Fragen zu Wohnungen oder im Hinblick zu Fragen auch bei Eigentumsankäufen sich in Mietrechtsfragen melden dürfen.

Weitere typische Anknüpfungspunkte im Konsumentenschutzbereich waren die Geschäftsbeziehungen im Sinne von Kaufverträgen, Schenkungsverträgen, aber auch anderen Rechtsgeschäften. Natürlich ist ein Thema, das man nicht verschweigen soll, die Beratungstätigkeit inkludiert keine Vertretungstätigkeit.

Die Beratungstätigkeit ist deshalb auch in diesem Jahr wiederum mit dem gleichen Ansatz im Budget dotiert und in Folge einer sehr guten Kooperation einerseits mit der Arbeiterkammer, dem Konsumentenschutz, die für die AK zugehörigen Mitglieder zuständig ist und andererseits auch mit dem VKI können aber viele Bereiche abgedeckt werden.

Nun, ich glaube, dass die Konsumentenberatung sicherlich ein wichtiger Bereich ist. Ich glaube aber auch, dass die Ausrichtung in eine andere Richtung gehen muss und auch wird und zwar im Bereich des Verbraucherschutzes. Es wird wichtig sein, den Verbraucherschutz auszubauen und auch Verbraucherempfehlungen durchzuführen. Meiner Meinung nach sollte man, so wie es die Landtagspräsidentin auch dargelegt hat, bereits in den kleinsten Kinderjahren anfangen. Ich glaube das Zauberwort wird die Verbraucherbildung werden oder vielleicht auch in Verquickung mit Elternbildung. In diesem Alter, teilweise auch im Kindergartenalter, spätestens im Volksschulalter, glaube ich, wäre es wichtig, eine Bewusstseinsbildung für Konsumenten zu entwickeln.

Für zukünftige Konsumenten. Dahingehend sollte auch die Ausrichtung des Konsumentenschutzes des Landes erfolgen. Die ersten Ansätze sind schon angedacht. Ich bin auch zuversichtlich, dass die zuständige Landesrätin mit ihrem Team das durchführen wird. Ganz wichtig sind auch die EU-Bestimmungen im Verbraucherschutz nicht zu negieren. Es gibt wesentliche EU-Verbraucherschutzrichtlinien, die umgesetzt werden müssen. Es gibt auch immer wieder neue Entscheidungen und Judikatur in diesem Bereich. Ich glaube, da darf man sich nicht verschließen und man soll in diesem Bereich auch diese annehmen.

Ganz wertvoll betrachte ich selbst auch die Preisauszeichnungskontrollen, die jährlich durchgeführt werden. Zuletzt ist es mir zumindest aus den Medien erkennbar geworden beim Christbaumkauf oder beim Schmuckhandel oder bei Teppichkäufen. Es ist, glaube ich, nicht unwichtig für Konsumenten auch das zu erkennen, inwieweit diese Preisauszeichnung stimmt, und auch die Kontrollen durchgeführt werden.

Zur Schuldnerberatung. Da bin ich selbst ein gebranntes Kinde, weil ich in den letzten zehn, 15 Jahren auch im Insolvenzbereich tätig war und ich musste mit Bedauern feststellen, dass die Privatkonkurse oder Schuldenregulierungsverfahren, wie bereits vorher erwähnt, stark gestiegen sind.

Im Gegensatz dazu, sind Insolvenzen, zumindest im Burgenland, rückgegangen. Wenn wir welche haben, dann sind es Großinsolvenzen. Aber die Menge der Privatkonkurse nimmt in den Bezirksgerichten zu. Ich glaube, dass die Konsumschulden im 21. Jahrhundert nicht atypisch sind. Ich glaube auch, dass vielfach auch junge Personen zwischen 15 und 24 Jahren bereits in Schuldenfallen tappen und deshalb ist es wichtig, dass wir als Land Burgenland für eine staatlich anerkannte Schuldnerberatung sorgen.

Es ist ganz wichtig, dass es diese im Land Burgenland gibt. Wenn dies nicht der Fall wäre, würden eventuell unseriöse Firmen diese Marktnische übernehmen und ich glaube, dass dann die Qualität in der Form nicht mehr gesichert werden kann. Zu den Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Heute ist bereits vom Herrn Landeshauptmann angesprochen worden, Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr. Es ist, glaube ich, auch wichtig zu erwähnen, dass behinderte Personen die Möglichkeit haben, einerseits im öffentlichen Verkehr teilzunehmen, andererseits auch die Möglichkeit haben, am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Barrierefreiheit ist ja auch im ärztlichen Bereich verankert, wo allen der Zugang oder der öffentliche Zugang gewährleistet werden muss. Dazu muss ich nur vermerken,

dass wir auch im Budget vorgesorgt haben. Auch der KOBV, der Kriegsopferverband, hat diesbezüglich eine Dotierung erhalten und mit dem ÖZIV, also anerkannten Zivilschutzeinrichtung für Behinderte, gibt es auch eine Kooperation.

Vor kurzem wurde einerseits dem Land Burgenland das Gütesiegel verliehen. Andererseits wurde auch dem ÖZIV das Landeswappen verliehen oder die Anwendung des Landeswappens ermöglicht. Ich glaube auch, dass im Bereich der älteren Generation einiges gemacht wird. Im Budget ist verankert die Seniorenförderung. Aber vor allem auch das Bonus-Malus-System, das angesprochen worden ist. Es ist natürlich eine Einrichtung die wichtig sein wird, um Menschen ab einem gewissen Alter in Beschäftigung halten zu können.

Letztendlich eine wichtige Einrichtung, die mir auch zu diesem Themenbereich einfällt, sind die Arbeitsstiftungen, wo auch das Land Burgenland stark dahinter ist. Gerade bei der Insolvenz Triumph wurden Arbeitsstiftungen eingerichtet. Diese Arbeitsstiftungen haben zumindest diesen Frauen, die von heute auf morgen vor vollendete Tatsachen gestellt worden sind, die Möglichkeit gegeben, wiederum Fuß zu fassen.

Bedauerlicherweise wurden bei dem letzten Konkurs, oder bei der letzten Insolvenz Zielpunkt, keine Vorsorgeleistungen getroffen. Es wurden keine Gespräche geführt, um eventuell einen Sozialplan oder Arbeitsstiftungen durchführen zu können. Resümierend kann ich sagen, in diesem Bereich Konsumentenschutz, Konsumentenberatung, Verbraucherschutz aber auch Schuldnerberatung, wurden wiederum budgetäre Vorsorgerichtungen gewährleistet. Ich bin überzeugt, dass die Ausrichtung sicher in die richtige Richtung gehen wird.

Ich bin überzeugt, dass die richtige Richtung nur Verbraucherschutz und Verbraucherbildung sein kann. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die Frau Mag. Michaela Resetar ist als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Budget für Frauen- und Familienfragen beträgt wie im Vorjahr 5,7 Millionen Euro und beinhaltet natürlich sehr viele begrüßenswerte Maßnahmen. Angefangen vom Kinderbonus, Geburtsunterstützungen, Schulstartgeld bis zur Kinderbetreuungsförderung. Für Frauenangelegenheiten ist das Budget mit Euro 263.000 eher klein gehalten.

Dabei sind gerade in diesen Bereichen viele Maßnahmen notwendig, um die Situation für Frauen im Burgenland zu verbessern. Dazu braucht es Information und Sensibilisierung für die Wichtigkeit dieses Bereichs. Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz auf die schriftliche Anfrage, die ich gestellt habe, eingehen. Sie wurde mir am 17. November übermittelt und es gab da einige Fragen, wie zum Beispiel, wie hoch belaufen sich die Kosten des Landes für diese Veranstaltung? Geschätzte Kosten: 15.000 Euro. Ich habe weiters gefragt, wie teilen sich die Kosten des Landes auf die Bereiche Marketing, Organisation und Infrastruktur auf? Die Antwort war, keine Aufteilung möglich. Also, bin ich wieder in der Privatwirtschaft gelandet.

Aber wenn ich unseren Betrieb so führen würde, dass ich im Mai eine Veranstaltung habe, rein zufällig vor der Landtagswahl, und im November noch immer nicht weiß, für was die einzelnen Budgetmittel sind, dann frage ich mich, wie mit

Steuergelder umgegangen wird. Immerhin haben wir erfahren, dass 2013 dieser Frauenlauf 29.558,47 Euro *(Abg. Walter Temmel: Na, servas!)* ausgemacht hat und 2014 32.329,98 Euro.

Das mag zwar in Euro nicht viel klingen. Ich habe es mir aber umgerechnet, weil der Herr Finanzlandesrat ja immer vom echten Geld spricht. Das sind beinahe eine Million Schilling, die für diese zwei Veranstaltungen ausgegeben wurden! Da hätte man schon einiges anders machen können. Ich begrüße, dass sehr viele Teilnehmer waren, aber so viel Steuergeld rauszuhauen. Ich möchte gerne wissen, ob es eine gleiche Veranstaltung gibt, die von Privaten durchgeführt wurde und wo es auch so viel Steuergeld gegeben hat. Also das ist schon sehr zu hinterfragen. Dieses Geld hätte man mit Sicherheit besser für die Frauen investieren können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb sind auch weit wichtiger - aus meiner Sicht - wirksam politische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen. Leider Gottes ist die Einkommenssituation für Frauen im Vergleich zu Männern im Schnitt nach wie vor schlechter. Der Einkommensbericht 2014 des Rechnungshofes: Frauen verdienen nach wie vor in allen Beschäftigungsgruppen deutlich weniger als Männer. 2013 betrug das mittlere Einkommen der Frauen, ohne Lehrlinge, 61 Prozent des mittleren Männereinkommens. Der Einkommensnachteil im öffentlichen Bereich: Bei BeamtInnen verdienen Frauen 95 Prozent, bei Vertragsbediensteten 77 Prozent des mittleren Männereinkommens.

Ja, der fällt wesentlich schwächer aus, als in der Privatwirtschaft. Weibliche Angestellte verdienen 51 Prozent, weibliche Arbeiterinnen 43 Prozent des mittleren Männereinkommens. Ein Teil der Einkommensdifferenzen zwischen den Geschlechtern lässt sich auf Teilzeitarbeit zurückführen. Aber auch wenn nur ganzjährig Vollzeitbeschäftigte verglichen werden, beträgt der Median der Fraueneinkommen nur 82 Prozent des mittleren Männereinkommens.

Da haben wir einiges zu tun. Es sind hauptsächlich die Frauen, die aufgrund der Kinderbetreuung, oder wegen der Pflege von Familienangehörigen, nur Teilzeitjobs ausüben können. Das bringt natürlich sehr viele Nachteile mit sich, so wie in der beruflichen Möglichkeit der Weiterentwicklung, aber natürlich auch in pensionsrechtlicher Sicht. Laut AK Burgenland arbeiten nur 6,3 Prozent der Männer in Teilzeitjobs. Dem gegenüber stehen 46 Prozent der Frauen, die teilzeitbeschäftigt sind. Woran wir daher arbeiten müssen, ist die bessere Absicherung der Frauen. Einige Vorschläge dazu - und da schließe ich auch die Bundesregierung nicht aus. Die Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten als Gehaltsvorrückung.

Die Anrechnung von Elternkarenzen als Vordienstzeiten in allen Kollektivverträgen. Oder auch die Anrechnung von vier Jahren für Pensionen, auch wenn sich die Geburtstermine überschneiden. Der Frauenanteil in Spitzenpositionen - habe ich schon einmal erwähnt - ist verschwindend gering. Auch im Landesdienst ist da noch einiges zu tun. *(Abg. Manfred Kölly: Im ÖVP-Klub!)*

Der Anteil der Frauen an bestimmten - im ÖVP-Klub mit Sicherheit auch. Der Anteil der Frauen an bestimmten Leitungsfunktionen liegt bei lediglich 30,4 Prozent, obwohl der Anteil der weiblichen Landesbediensteten bei fast 65 Prozent liegt.

Laut einer aktuellen Studie ist nur für 24 Prozent der Österreicherinnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut gelöst. Hier braucht es natürlich flexible Arbeitszeitmodelle und auch Wiedereinstiegsmodelle für Arbeitnehmerinnen. Weitere unabdingbare Maßnahmen sind - wie bereits erwähnt - die Ausweitung der Randzeiten

der Kinderbetreuung, angepasst an die berufliche Situation der Eltern, aber auch eine bessere Vereinbarkeit bei der Pflege von Angehörigen. Da bedarf es Lösungen.

Ein trauriges Kapitel ist mit Sicherheit auch die Gewalt an Frauen. Jede fünfte Österreicherin muss körperliche oder auch sexuelle Gewalt erfahren. Was auch nachhaltige Auswirkungen hat. 46 Prozent leiden nach Übergriffen an Angstzuständen, 38 Prozent an Schlafstörungen, 21 Prozent an Depressionen und 19 Prozent an Panikattacken. Das Burgenland war das letzte Bundesland, indem ein Frauenhaus errichtet wurde. Aber ich bin sehr froh, dass es jetzt eines gibt.

Wirkungsvolle Frauenpolitik muss in allen Politikfeldern verankert sein. Von der Wirtschaft über die Bildung bis hin zur Familienpolitik. Eine nur auf sich selbst bezogene Frauenpolitik kann auf die neuen Herausforderungen keine Antwort geben. Der katholische Familienverband bringt es auf den Punkt. Ich darf von der Homepage zitieren: Das linke Lager reduziert Familienpolitik auf Frauenpolitik.

Das rechte Lager auf Mütter und Hausfrauenpolitik. Dabei ist das Hauptproblem vieler potentieller Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Familienpolitik muss Rahmenbedingungen schaffen, damit Familien die Kinder, die sie haben wollen, frei von wirtschaftlichen und sozialen Zwängen auch bekommen können.

Eltern müssen tatsächlich die freie Entscheidung haben, wie sie Haushaltsführung, Kindererziehung, außerhäuslichen Erwerb untereinander aufteilen, ohne sofort als Rabenmütter oder als Hausmütterchen abgestempelt zu werden. Die Politik ist gefordert, ein familienfreundliches Klima in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu unterstützen. Dieses Budget wird jedenfalls einem familien- und frauenfreundlichen Klima nicht ganz gerecht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Familie ist und bleibt eine wichtige Zukunftsfrage. Daher war es uns auch immer sehr wichtig, dass wir Rahmenbedingungen für unsere Familien, für die Frauen schaffen. 5.770.100 Euro investiert das Land in die familienfördernden Maßnahmen. Im Vorjahr waren es 5,6 Millionen Euro. Es gibt verschieden Formen der Familienförderung.

Sie reichen vom Kinderbonus, wofür 500.000 Euro vorgesehen sind, über die Förderung der Mehrlingsgeburten, Familienauto, Familienpass, Schulstartgeld - 100 Euro für jedes Kind, wenn es in die Schule kommt.

Der größte Teil im Familienbudget sind die 4,3 Millionen Euro, die zur Kinderbetreuungsförderung aufgewendet werden. Hier erhalten alle Eltern, unabhängig vom Familieneinkommen, 45 Euro für den Besuch des Kindergartens und 60 bis 90 Euro für den Besuch der Kinderkrippe. Dieses Geld wird den Eltern vom Land zurückerstattet.

Familienfördernde Maßnahmen aber sind im Besonderen auch die Gelder für Bildung, für Wohnbauförderung, Schuldnerberatung, Soziales, Gesundheitsausgaben, Jugendwohlfahrt und vieles mehr. 509 Millionen Euro werden in diese Maßnahmen investiert. Das sind Ausgaben des Landes, die auch den Familien, den Menschen unseres Landes zugutekommen. Zirka 233 Millionen Euro, 13 Millionen mehr als im Vorjahr, werden direkt in Arbeitsmarkt, Wirtschaft und in die Infrastruktur unseres Landes

investiert. Dadurch haben wir auch die Möglichkeit, jedes Jahr 1.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen und auch diese kommen unserer Bevölkerung zugute.

Nicht zufällig hat unser Land die niedrigste Armutsgefährdung in Österreich. Wichtig für Familien, die Beruf und Kinder vereinbaren wollen, sind vor allem die Kinderbetreuungseinrichtungen. Das haben wir heute bereits besprochen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voran zu treiben, muss auch in Richtung Bewusstseinsbildung verstärkt gearbeitet werden, um die Väterbeteiligung an der Kindererziehung weiter zu erhöhen. Es wurde mit dem Papa-Monat ein wichtiger Schritt im öffentlichen Dienst gesetzt. Dieser sollte jetzt auch im öffentlichen Dienst angenommen und eingeführt werden.

Kinderbetreuungsgeld in fünf wählbaren Varianten. Recht auf Elternteilzeit, Papa-Monat im öffentlichen Dienst, Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, Ausbau der Ganztagsschulen. Das ist wirklich sehr viel, was in den letzten Jahren hier getan worden ist. Vereinbarkeit aber ist und bleibt ein wichtiges Thema. Für das haben wir uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit unserer Landesrätin Verena Dunst immer stark gemacht. Herzlichen Dank dafür, liebe Frau Landesrätin. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nun auch einige Sätze zum Frauenbudget sagen. Im Budget für Frauenangelegenheiten stehen 263.100 Euro zur Verfügung. Das ist ein kleines Budget. Aber ich muss sagen, dass unsere Frau Landesrätin Verena Dunst sehr viel Geld über diverse ESF-Projekte lukriert. 30 Projekte wurden zur Förderung von Frauenbeschäftigung umgesetzt und dafür gebührt unserer Frau Landesrätin Verena Dunst wirklich sehr viel Dank und Anerkennung. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und der LBL)*

Ein großer Teil des Budgets wird für die Förderung von Frauen in Notsituationen aufgewendet. Gewaltschutzeinrichtungen leisten für betroffene Frauen und Kinder sehr wichtige Arbeit. Wir haben im Burgenland ein flächendeckendes Netz mit dem Frauenhaus, Sozialhaus, mit unseren Frauenberatungsstellen, die in jedem Bezirk installiert sind. Mit Notwohnungen, Helpline und vieles mehr.

Das alles sind Schutzeinrichtungen für Frauen, die aus Gewaltsituationen flüchten müssen. Dort finden sie mit ihren Kindern Hilfe. Es stehen auch 30.000 Euro für juristische Beratungen für Frauen zur Verfügung. Die Erstberatung kann von den Frauen kostenlos in Anspruch genommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen und um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, ist natürlich Voraussetzung, dass jede Frau von ihrer Arbeit leben kann. Bei den Rahmenbedingungen, gerade bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, haben wir in letzter Zeit sehr viel erreicht. Für viele Frauen aber folgt nach der Geburt eines Kindes nicht nur eine Unterbrechung des Jobs, sondern es folgt anschließend auch eine geringfügige Beschäftigung, oder eben eine Teilzeitbeschäftigung, die Frauen aus verschieden Gründen meistens aus Betreuungspflichten annehmen.

Beinahe jede zweite Frau arbeitet Teilzeit und es ist mir sehr wichtig, dass wir die Frauen auf die Gefahren dieser Teilzeitbeschäftigung aufmerksam machen. Wer teilzeitbeschäftigt ist, bekommt weniger Einkommen und in Folge natürlich auch weniger Pension. Aber nicht alle Frauen, die Teilzeit arbeiten, wollen das auch. Von einem Viertel der teilzeitbeschäftigten Frauen wissen wir sehr wohl, dass sie gerne mehr Stunden und vor allem auch Vollzeit arbeiten möchten.

Wir SPÖ-Frauen, an der Spitze mit unserer Frau Landesrätin, *(Beifall der Abg. Werner Friedl und Günter Kovacs)* setzen uns schon seit langem - ich freue mich, dass Du Dich so freust - wir SPÖ Frauen, wir setzen uns schon sehr lange dafür ein, dass die Teilzeitbeschäftigten in den Firmen, in den Betrieben, ein Informationsrecht bekommen und ich freue mich daher sehr, über den Beschluss im Ministerrat.

Plant ein Unternehmen eine Stelle mit höherem Arbeitszeitausmaß auszuschreiben, so hat das Unternehmen vorher die Teilzeitbeschäftigte zu informieren und diese Stelle anzubieten, dass diese Frauen eben auch innerhalb des Unternehmens auf Vollzeit, oder auf mehr Stunden aufstocken können. Teilzeit kann natürlich in manchen Lebenssituationen zum Vorteil sein. Die Frauen brauchen aber die Chance, selbst wählen zu können. Sie sollen wählen, ob sie teilzeitbeschäftigt sein möchten, oder ob sie Vollzeit arbeiten gehen möchten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Derzeit bieten viele Unternehmen eben nur Teilzeitstellen an. Wir wollen auch, dass sich endlich die Lohnschere zwischen Frauen und Männern schließt, denn bei bezahlter Arbeit haben die Männer nach wie vor die Nase vorn.

nur Teilzeitstellen an. Wir wollen auch, dass sich endlich auch die Lohnschere zwischen Frauen und Männern schließt, denn bei bezahlter Arbeit haben die Männer nach wie vor die Nase vorn. Frauen verdienen immer noch ein Drittel *(Abg. Manfred Kölly: Das höre ich aber schon 20 Jahre.)* - ja, es ist noch so - verdienen immer noch … *(Abg. Manfred Kölly: Was ist geschehen? Das verstehe ich nicht.)* Gerade haben wir Dir gesagt, was für Lösungen … *(Abg. Manfred Kölly: Es ist nichts geschehen.)* Herr Kölly, wir haben gerade gesagt, welche Lösungen es gibt. *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe mich für das eingesetzt. Es ist aber nichts geschehen. Siehst Du eh.)* Du hast Dich in Wirklichkeit für gar noch nichts eingesetzt.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Bitte um Ruhe. Am Wort ist die Frau Abgeordnete.

Bitte fahren Sie fort. Ich bitte noch um ein bisschen Aufmerksamkeit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) *(fortsetzend)*: Gleich ist Schluss, dann kannst Du wieder rausgehen. Dieses beschlossene Informationsrecht für Teilzeitbeschäftigte ist wirklich ein ganz wichtiger Schritt in diese Richtung, und ich hoffe, dass dieses Recht, das wurde jetzt im Ministerrat beschlossen, dass es jetzt so schnell wie möglich auch im Nationalrat beschlossen wird.

Unsere Frau Landesrätin Verena Dunst hat viele Initiativen ergriffen, die Frauenchancen auf Qualifizierung und auf neue Arbeitsplatzsituation bringen kann. Sie hat mit vielen Projekten versucht, Frauen und Mädchen zu unterstützen, damit sie im Beruf Fuß fassen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden uns natürlich weiterhin bemühen - mit den vorhandenen Budgetmitteln -, eine bedarfsgerechte Politik im Burgenland zu machen, die darauf abzielt, Frauen und Familien auf allen Ebenen zu begleiten und ihnen allen gute und faire Chancen zu bieten.

Wir stimmen dem Budget zu. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Es ist nunmehr 22. Uhr 32 Minuten.

In Abstimmung mit den Klubobleuten unterbreche ich nun die Sitzung, die morgen, Donnerstag, den 10. Dezember 2015, um 9 Uhr, mit der Fortsetzung der Beratung des III. Teils des Voranschlages wieder aufgenommen wird.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 22 Uhr 32 Minuten unterbrochen und am Donnerstag, dem 10. Dezember 2015, um 9 Uhr 03 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir nehmen die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich erteile als erstem Redner am heutigen Tag Herrn Abgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Guten Morgen, meine Damen und Herren Kollegen! Wir sind in der Gruppe 4. Es geht jetzt um die Wohnbauförderung. Von den nackten Zahlen her findet sich zumindest auf Seiten der Ausgaben keine wesentliche Änderung. Es findet weitgehend eine Fortschreibung der Zahlen des laufenden Jahres statt. Rund 125 Millionen Euro werden 2016 in die Wohnbauförderung fließen. Also mehr als zehn Prozent der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes.

Die Wohnbauförderung im Burgenland ist gut. Sie ist sehr gut. Sie kann sich messen lassen mit allen anderen Bundesländern. Die Wohnbauförderung ist ein wesentlicher sozialer Faktor. Sie ermöglicht vielen Leuten, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen, und sie ist nicht zuletzt ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Die Wohnbauförderung ist gut. Ich werde mich daher in meinem Beitrag auf zwei Aspekte beschränken, die in den letzten Monaten Anlass zu Diskussion gaben und wohl auch heute und in den nächsten Wochen noch Anlass zu Diskussion bieten werden. Ich beziehe mich dabei nicht zuletzt auf einen Antrag der Kollegen vom Bündnis Liste Burgenland.

Die damals noch rot-schwarze Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 3. Juni beschlossen, die Möglichkeit der Gewährung eines Nachlasses bei der vorzeitigen Rückzahlung eines Wohnbauförderungsdarlehens auszusetzen. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen war, meine Damen und Herren Kollegen, aber bei uns sind in den ersten Wochen die Telefone heiß gelaufen. Es hat viele Anrufe gegeben.

Doch empörte Reaktionen vieler Darlehensnehmer, die eine baldige vorzeitige Rückzahlung unter Gewährung eines Nachlasses geplant hatten. Die meisten waren im Übrigen der Annahme, dass das die erste Amtshandlung der rot-blauen Regierung gewesen wäre. Ich sage ganz offen, ich kann den Regierungsbeschluss vom 3. Juni nachvollziehen.

Ich verstehe aber auch die Verärgerung vieler Darlehensnehmer, und ich meine jetzt gar nicht die Verärgerung darüber, dass man um einen Nachlass umgefallen ist, das ist ja allgemein verständlich, dass man sich darüber ärgert. Ich meine vielmehr das Unverständnis darüber, dass dieser Beschluss quasi ohne Vorwarnung getroffen und schlecht bis gar nicht kommuniziert wurde.

Man hätte auch sagen können, wir machen damit jetzt Schluss, aber Anträge können noch bis Hausnummer erster August, erster September eingebracht werden. In der Sache selbst ist der Beschluss - wie gesagt - nachvollziehbar. Budgetäre Zwänge sind eben budgetäre Zwänge, auch wenn es uns nicht gefällt, und in erster Linie tragen wir

Verantwortung dafür, dass das System der Wohnbauförderung weiterhin funktioniert, dass der Kreislauf der Wohnbauförderung nicht ins Stocken gerät.

Aus diesem Grund ist der Nachlass bis auf Weiteres Geschichte, wobei man schon auch darauf hinweisen muss, dass eine vorzeitige Darlehenstilgung ja auch weiterhin möglich ist und nach wie vor, aufgrund der Lage auf dem Kapitalmarkt durchaus ein Geschäft sein kann. Auf dem Tisch liegt ebenso die Forderung nach einer Nullverzinsung bei laufenden beziehungsweise bei neuen Darlehen. Es gilt hier aber dasselbe. Wir müssen primär das Augenmerk darauf legen, dass der Kreislauf der Wohnbauförderung weiterhin funktioniert und nicht ins Stocken gerät.

So lange die Zinssätze des Landes unter jenen am Bankenmarkt liegen, kann man den sozialen Charakter der Wohnbauförderung jedenfalls nicht in Abrede stellen. Es gilt - wie gesagt - für beide Bereiche - Nachlass und auch Zinssätze -, dass wir hier natürlich auch budgetären Zwängen unterliegen und dass es nicht daran scheitert, dass wir das nicht tun wollten.

Meine Damen und Herren! Im Übereinkommen zwischen SPÖ und FPÖ und auch im Antrag der Kollegen vom Bündnis Liste Burgenland widmen wir uns einer weiteren Problemstellung. Es ist hinlänglich so, dass die Grundstückspreise vor allem im Nordburgenland, in den Ballungsräumen, seit Jahren sehr stark ansteigen, weil die Nachfrage aufgrund des Zuzuges speziell im Nordburgenland steigt und weil es allgemein so ist, dass aufgrund der Lage auf den Finanzmärkten die Leute, die das Geld haben, eher in Immobilien gehen. Das führt natürlich dazu, dass die Preise steigen. Es steigen ja auch die Baukosten. Nicht zuletzt aufgrund immer neuer Normen, die es gibt, und auch im Zusammenhang mit ökologischen Vorgaben. Es steigen dann im Ergebnis eben die Mietpreise. Es steigt aber auch der Eigenmittelanteil, den viele eben nicht auf der hohen Kante liegen haben und daher fremdfinanzieren müssen.

Von den anvisierten fünf Euro Miete pro Quadratmeter sind wir in vielen Fällen weit weg. Manches Mal sogar sehr weit weg. Wenn man die Eigenmittel fremdfinanzieren muss - und ich beziehe das jetzt in meine Rechnung ein, da es aus Sicht des Förderungswerbers ja auch so ist -, dann liegt man oft auch gleich beim Doppelten dieses Betrages oder darüber.

Das führt in manchen Fällen schon auch dazu, dass sich Leute geförderte Immobilien trotz Wohnbauförderung nicht mehr einfach so leisten können. Es gibt hier sicherlich auch Extrembeispiele. Denn wenn Wohnungen gerade - ich beziehe mich hier auf Eisenstadt - oder Reihenhäuser ausfinanziert 300.000, 350.000 oder 400.000 Euro kosten, dann stellt sich schon die Frage, ob das in dieser Form noch Sinn macht und ob die Wohnbauförderung in allen Fällen auch immer noch bei jenen ankommt, die sie am dringendsten brauchen.

Bestimmte Entwicklungen können wir als Landesgesetzgeber nicht beeinflussen, gerade was die Lage auf den Finanzmärkten angeht und auch was die Entwicklung der Grundstückspreise angeht. Aber wir sollten uns und wir werden uns darüber Gedanken machen, wie wir den Kostendruck, der auf den Bauträgern lastet, dämpfen können.

Das ist wohl die Herausforderung der nächsten Jahre, dass wir nicht nur genügend Wohnraum zur Verfügung stellen, sondern auch leistbaren Wohnraum vor allem für jene, die es am dringendsten notwendig haben.

Trotz aller Herausforderungen und mancher Unzulänglichkeit, die es sicher auch geben mag, die burgenländische Wohnbauförderung ist gut. Sie kann sich messen lassen. Sie ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor.

Wir werden der entsprechenden Budgetgruppe unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordnete Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Einen schönen guten Morgen! Die Wohnbauförderung ist, wie wir wissen, ein essentieller Teil davon, wenn man sich heute ein Eigenheim schaffen möchte oder ein Haus kauft oder einfach ein Haus revitalisiert beziehungsweise saniert. Für viele ist es natürlich unabdingbar, diese Wohnbauförderung in Anspruch nehmen zu müssen beziehungsweise auch zu wollen.

Ich glaube, dass es ein wichtiger und richtiger Bestandteil ist, dass auch das Land Burgenland in diesem Bereich über die Jahre hinweg und wie der Kollege Molnár gesagt hat, kann man es sich anschauen. Es ist zwar nicht die beste Wohnbauförderung, aber sicher eine gute Wohnbauförderung mit im Budget dotierten 124 Millionen Euro.

Tatsache ist aber, dass natürlich im Laufe des Haushaltsjahres nicht alle Mittel in diesem Bereich ausgeschöpft werden beziehungsweise, weil ja manche Parameter in den Jahren eingezogen worden sind, die durchaus zu überdenken sind. So hätte ich auch dazu fünf konkrete Lösungsvorschläge, weil ich der Meinung bin, dass die Wohnbauförderung in manchen Bereichen auch neu ausgerichtet und dem heutigen Stand auch angepasst werden muss. Für viele ist es eigentlich heute schon so, die heute ein Haus bauen und ihre eigenen vier Wände schaffen wollen, dass die Wohnbauförderung aufgrund der bürokratischen, aber vor allem aufgrund der energetischen Auflagen schon relativ schwierig geworden ist.

Die Energiekennzahlen werden zunehmend immer angeschraubt, und somit wird es für den Wohnbauförderungswerber immer schwieriger, diese Wohnbauförderungskriterien aufgrund des Gesamt-U-Wertes zu erfüllen. Wenn man das Landesbudget anschaut mit 124 Millionen Euro, so muss man feststellen, dass - und das ist in den letzten Sitzungen schon mehrmals gefallen - gerade 70 Millionen Euro an Wohnbauförderungsmittel ausbezahlt werden.

Ich glaube, wenn es schon im Budget so ist, dass über die Ertragsanteile im Gesamten vom Bund die Mittel einfließen und seit 2008 nicht mehr verifizierbar ist, wie viele Mittel aus der Wohnbauförderung kommen, dann sollte man zumindest die budgetär vorgesehenen Mittel im eigenen Haushalt zweckbinden, und somit könnte man schon einiges weiter erreichen, wie zum Beispiel auch die Wiedereinführung der vorzeitigen Rückzahlung.

Auch wenn es noch nicht allzu lange her ist, wo diese abgeschafft worden ist, aber ich glaube, dass die Möglichkeit für einen jeden gegeben sein muss, die vorzeitige Schuldenfreiheit bei gleichzeitiger *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt aber schon zugestimmt. Nur dass wir es auch alle wissen.)* eventueller Ersparung vorgenommen werden kann.

Ein weiterer Punkt ist die Zinssenkung auf bestehende Verträge. Das Einfrieren kann man durchaus als Erfolg darstellen, wobei es aus meiner Sicht nicht wirklich ein großer Erfolg ist, weil man am freien Markt mit mittlerer Bonität den gleichen Zinssatz erreichen kann. Bei neuen Verträgen kann man durchaus, glaube ich, so wie in Tirol, der Herr Landeshauptmann Platter, auf eine Nullverzinsung gehen. So würde man ebenfalls einen jeden Häuslbauer - und wie wir vorher gehört haben - in diesem relativ angespannten Feld der Finanzierung eines Hauses wesentlich unter die Arme greifen.

Ein weiterer Punkt ist die Einführung eines zweiten Energieausweises bei Abschluss des Baues. Für mich nicht ganz nachvollziehbar. Wenn man heute einen Plan einreicht und einen Energieausweis dazu beilegen muss, dann ist das soweit auch okay, damit man auch den Nachweis erbringt, die Energiekennzahl mit den dementsprechenden Materialien, die man verwendet, zu erreichen. Tatsache ist aber, wenn ich fertig bin, noch einmal 300 bis 600 Euro in die Hand nehmen muss, um wieder einen Nachweis zu erbringen. Vorher oder bis dato war es eigentlich so, dass ein jeder durch seinen eigenen Professionisten, den er beauftragt hat, den Nachweis erbracht hat, mit Bestätigung der Firmen, dass die Energiekennzahl durch die vorgeschriebene Verwertung der Materialien eingehalten wird.

Ein weiterer Punkt und Herr Kollege Molnár, wenn Sie sagen, dass es immer schwieriger geworden ist und die Finanzierung immer schwieriger wird und auch die Privatdarlehen dazu beitragen müssen, neben der Wohnbauförderung, um sich die vier Wände zu schaffen, dann mögen Sie Recht haben. Aber darum ist es ja umso wichtiger und ich glaube, das wäre auch mit der Zweckbindung im eigenen Budget der 124 Millionen möglich, damit man den Förderungsgrundbetrag von 40.000 auf 60.000 erhöht. Wie kommt man auf so eine Zahl? Ganz einfach. Weil zumindest seit der Euro-Einführung dieser Beitrag oder dieser Förderungsgrundbetrag mit keinem Cent angepasst oder erhöht worden ist.

Das Gleiche zieht sich eigentlich beim Kindersteigerungsbetrag fort, wo wir immer stolz darauf sind, dass wir ein Familienbundesland sind, ein Familienland, und dann hat man dort ja eigentlich auch nicht das Ansehnen, eine Anpassung an den heutigen Stand durchzuführen.

Da könnte man genauso den Kindersteigerungsbetrag von 11.000 auf 16.500 Euro pro Kind erhöhen. Somit könnte man die ganze Wohnbauförderung attraktiveren. Man könnte viel mehr den Menschen helfen, die ihre eigenen vier Wände schaffen, ob Neubau, Sanierung oder Ankauf.

Ich glaube, das könnte man noch weiter fortführen mit der Ortskernförderung. Wir haben gestern das Thema Dorferneuerung gehabt, wo die Ortskernförderungen für gewisse Bereiche vorgesehen sind, aber im Hausbaubereich steht man genauso auf dem gleichen Stand wie vor Jahren, ohne Anpassung, und da könnte man sich schon weitaus mehr Engagement vorstellen, wie die 50 Euro am Quadratmeter gedeckelt mit 10.000 Euro. Soviel zur Wohnbauförderung.

Dieses Kapitel, das wir heute diskutieren, beinhaltet auch den Heizkostenzuschuss, über den gestern schon einiges gesprochen worden ist. Man muss schon eines feststellen, dass ja eigentlich, wie auch bei den Forderungen der Wohnbauförderung beim Regierungspartner, wie auch beim Heizkostenzuschuss die letzten Monate und Jahre alle Grundsätze eigentlich über Bord geworfen worden sind.

Bei der SPÖ muss man feststellen, dass schon in den letzten Jahren alle Grundsätze eigentlich schon verlassen worden sind. Bis zum heutigen Tag. Und seit die FPÖ in der Regierung ist, in diesen 200 Tagen, eigentlich auch zur Gänze stattgefunden hat. Weil die Forderung in der Wohnbauförderung könnte man sofort umsetzen und beim Heizkostenzuschuss eine lapidare Änderung nach unten zu machen, finde ich eigentlich nicht als richtiges Zeichen, wo die Energiekosten beziehungsweise die Lebenserhaltungskosten wesentlich gestiegen sind und dass man da eine Senkung durchführt, ist auf keinem Fall nachvollziehbar.

So zeichnet sich natürlich wieder das Bild, nicht nur von Pleiten und Pech, sondern ich glaube, dass das einfach irgendwo eine Panne war, dass man den hinuntergesetzt hat

und darum kann nur eigentlich die Forderung sein, dass man in Zeiten wie diesen, diesen Heizkostenzuschuss auf 200 Euro erhöht. Zu diesem Budgetpunkt werden wir auch einen Abänderungsantrag einbringen.

Ein weiterer Punkt und damit sind wir schon bei einem sozialen Kälteklima hier auch im Landtag. Zum einen wird der Heizkostenzuschuss gesenkt, zum anderen wird in der Wohnbauförderung die Erhöhung, die Anpassung nicht durchgeführt. Und zum Dritten wird mit den Stimmen der SPÖ, und da muss ich zu der gestrigen Aussage vom Herrn Klubobmann Hergovich eine Korrektur anbringen, wird durch die Stimmen der SPÖ im Wasserleitungsverband mit einem Federstrich die Wasserleitungsgebühr gleich einmal erhöht. *(Abg. Manfred Kölly: Habt Ihr nicht mitgestimmt? – Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich – Zwiegespräche in den Reihen)* Und nur, und wenn Sie gestern gesagt haben, unter Anwesenheit, wenn 24 Personen registriert worden sind, beim Eingang und 18 aber nur stimmberechtigt anwesend waren, so kann man nicht sagen, dass nicht alle mitgestimmt haben - nur zu einer Feststellung. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Robert Hergovich: Wir können nichts dafür, wenn Ihr nicht wisst, was Eure Leute machen.)*

Dass man sich die Zahlen auch vor Augen hält. Wenn der Wasserleitungsverband 12,3 Millionen Kubikmeter im Jahr an Wasser verkauft, an den Endverbraucher, und das mit der Erhöhung von sechs Cent aufrechnet, dann sind wir bei einer Summe von gerade mal 738.000 Euro. *(Abg. Robert Hergovich: Eure Leute wollten ja mehr erhöhen. Sie wollten ja mehr erhöhen. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das passt schon. Lass es ihm doch mal erklären!)* 738.000 Euro! Ich habe das damals schon, meine Aussage, in der Vollversammlung war die Gleiche, die ich heute sage, dazu wird aufgerechnet ein Verwaltungsaufwand zum Rechnungsabschluss 2014 von einem Plus von 244.000 Euro *(Abg. Robert Hergovich: Sie haben dort die Zahlen vertauscht.)* und einem Betriebsaufwand von 516.000 Euro. Wenn ich diese zwei Zahlen nur in Betriebsaufwand und Verwaltungsaufwand zusammenrechne, dann bin ich eigentlich bei einer Summe von rund 760.000 Euro. Eigentlich mehr als Sie dort hin und her verschachtelt haben, als die Gebührenerhöhung eigentlich das ganze Jahr hineinspielt. So schaut nämlich die Realität aus. *(Beifall bei der ÖVP)*

Diese Pannenserie kann man eigentlich in dieser Art und Weise nur fortführen. Ich finde es halt nur schade, dass man diese Dinge so vehement auch vorantreibt. Der Wohnbauförderungsbeirat ist ausgehöhlt worden, das größte politische Säuberungsprojekt, *(Abg. Doris Prohaska: Säuberungsprojekt? Das ist ein Ordnungsruf. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* das überhaupt in den letzten Jahren stattgefunden hat, war eigentlich nur mit der Regierungsproporz vorhanden ist.

Die Wohnbauförderung wird nicht angepasst und die soziale Kälte im Bereich des Heizkostenzuschuss wie auch beim Wasserleitungsverband hat man seitens der Sozialdemokratie gesehen.

Ich hoffe, dass in diesem Bereich eigentlich diese Politik nicht weitergeführt wird, sondern dass man sich auch wieder auf das besinnt, dass wir Menschen auch helfen können. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Abänderungsantrag! Er muss noch diese Zeile vorlesen.)*

Der Abänderungsantrag, der vorher angekündigt worden ist: „Der Entwurf des Landesvoranschlags für das Jahr 2016 wird im ordentlichen Voranschlag in der Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung) dahingehend geändert, dass nachstehende Voranschlagsstelle wie folgt geändert wird: 1/419025/7670 Heizkostenzuschuss 1.400.000,00“ *(Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag - Beifall bei der ÖVP - Abg. Doris Prohaska: Geben Sie in Ihrer Gemeinde auch einen*

Heizkostenzuschuss dazu? Bei uns gibt es einen. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überrechte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Kurt Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der Herr Kollege Ulram hat heute wiederum das Spiegelbild dessen geliefert, was die ÖVP den ganzen Tag gestern geliefert hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Kollege! Vor einem Jahr hat Ihr damaliger Wohnbausprecher Gradwohl in seiner Budgetrede die Wohnbauförderung des Burgenlandes wie in einem Lobgesang hochgejubelt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat die FPÖ vor einem Jahr gesagt? – Zwiegespräche zwischen Landeshauptmann Hans Niessl und Abg. Mag. Thomas Steiner)* Er sprach - und das können Sie nachlesen - vom Herzstück dieser Wohnbauförderung in Europa. Und Sie sagen heute, es sei nicht die beste Wohnbauförderung und die Wohnbauförderung ist auch geprägt von sozialer Kälte. All Ihre Argumente bezüglich Nullverzinsung, Fördergrundbetrag und so weiter, wenn Sie in der letzten Landtagsitzung besser aufgepasst hätten, in der Fragestunde ist der Herr Landeshauptmann auf all diese Dinge eingegangen und würde Ihnen damit den Wind aus den Segeln nehmen.

Ich darf nur zwei, drei Beispiele sagen. Zur Nullverzinsung - die burgenländischen Wohnbaudarlehen sind auch derzeit sehr niedrig und damit günstig verzinst, sodass die Darlehensnehmer dieses Kapital für Zinsen weit unter der Inflationsrate erhalten. Das bedeutet, dass das Land beim Rückflusskapital verglichen mit der Inflationsrate ohnehin an Kaufkraft verliert. Eine komplette Nullverzinsung kann in der derzeit ohnehin angespannten Budgetsituation nicht befürwortet werden und würde die Nachhaltigkeit der besten Wohnbauförderung Österreichs dementsprechend gefährden.

Zum Fördergrundbetrag oder zu Ihrer Anregung Erhöhung. Der Fördergrundbetrag, meine Damen und Herren, ist nur ein Teil der Wohnbauförderung. Also das auf einem Fördergrundbetrag aufzuhängen, ist ein bisschen kurz gegriffen. Wir haben viele andere Aspekte hier im Grundbetrag, wie zum Beispiel den Ökozuschlag. Wir haben den Familienzuschlag, den Kinderzuschlag, also ist der Grundbetrag nicht unbedingt das einzige Kriterium, und wenn tatsächlich alle Fördermöglichkeiten ausgenützt werden, dann kann die Wohnbauförderung auf 60.000, 70.000 Euro hinaufschnellen.

Das sind Argumente, die Sie gebracht haben, die eigentlich nicht halten.

Meine Damen und Herren! Die ÖVP, und das muss ich Ihnen schon vorhalten, hat sich in ihren Debattenreden bisher durch gekränkte Eitelkeit ausgezeichnet. Sie reden alles schlecht. Sie verbreiten Unwahrheiten und machen eine Schmähparade nach der anderen. Als ehemaliger Auswahltormann maße ich mir schon an, beurteilen zu können, was eine Schmähparade ist *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*.

Wenn heute der Kollege Richter da stehen würde, dann würde er auch noch zum Abgeordneten Kölly sagen, der Kölly kommt gerne ans Rednerpult und wird sagen, ich behaupte mehr zu wissen über Schmähparaden als der Maczek. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Kölly: Ich habe lange Fußball gespielt, Kurtl.)*

Meine Damen und Herren! Das ist meiner Meinung nach symbolhaft, das Spiegelbild dieser Budgetlandtagssitzung, wo sich so mancher ÖVP-Abgeordneter Aussagen herausnimmt, die eines Budgetlandtages nicht würdig sind. Man scheut auch nicht davor zurück, die Hemmschwelle zu überschreiten, um Regierungsmitglieder anzupatzen, wie dies gestern in der Debatte um das Kulturbudget geschehen ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

Nun zur Wohnbauförderung kommend. Die burgenländische Wohnbauförderung ist seit Jahren die beste Wohnbauförderung Österreichs. Wohnen als primäres Grundbedürfnis muss für alle leistbar sein. Das Land Burgenland stellte in dem Jahr 2015 125 Millionen Euro an Wohnbaumitteln zur Verfügung. Leistbares Wohnen ist mehr denn je das Gebot der Stunde. Trotz Konjunktureinbrüche werden leistbare Wohnungen und Eigenheime in genügender Anzahl und auf einem sozial ausgewogenen Niveau mittels der Wohnbauförderung für die Burgenländerinnen und Burgenländer sichergestellt.

Die Burgenländische Wohnbauförderung ist das wichtigste Förderinstrument der burgenländischen Familien, und daher ist auch gerechtfertigt, dass für das kommende Jahr 124 Millionen Euro für die burgenländische Wohnbauförderung zur Verfügung stehen. Zu dieser Wohnbauförderung zählt auch die Wohnbeihilfe für all jene, die ein sehr geringes Einkommen haben, sodass sie tatsächlich bei sehr niedrigen Mieten nochmals unterstützt werden, um sich eine Wohnung auch auf Dauer leisten zu können. Das Budget sieht für diese Wohnbeihilfen für das Jahr 2016 600.000 Euro vor.

Niedrige Mieten und relativ hohe Durchschnittseinkommen, das kommt den Menschen im Burgenland zugute, aber auch dem Wohlstand der Menschen. Durchschnittlich geben die Österreicher 29 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens fürs Wohnen aus. Im Burgenland liegt dieser Wert mit 14 Prozent deutlich niedriger. Das ist natürlich nicht nur auf die niedrigen Grundstückspreise einerseits zurückzuführen, auch andererseits auf die beste Wohnbauförderung Österreichs.

Konkret hat das Burgenland insgesamt rund 36 Förderverträge mit burgenländischen Familien beziehungsweise Einzelpersonen. In den vergangenen fünf Jahren wurden insgesamt rund 16.800 Wohneinheiten, Eigenheime und Wohnungen gefördert. Das sind schon Zahlen, die für sich sprechen.

Dazu kommen Wohnbeihilfen in der Höhe von 4,9 Millionen Euro, das sind insgesamt 3.495 bewilligte Anträge, Förderungen von Alternativenergieanlagen in der Höhe von 19,2 Millionen Euro und Förderungen von Photovoltaikanlagen in der Höhe von 805.000 Euro. Durch die Einführung einer Sonderförderaktion der sogenannten Kombidarlehen im mehrgeschossigen Wohnbau wird von Seiten des Landes ein zusätzlicher Impuls gestartet, was eine zusätzliche Wohnbautätigkeit ermöglicht.

Seit 2014 besteht im Burgenland die Möglichkeit, im mehrgeschossigen Wohnbau anstelle eines Direktdarlehens ein sogenanntes Kombidarlehen zu erhalten. Kombidarlehen heißt, 40 Prozent der möglichen Fördersumme wird als Direktdarlehen an die gemeinnützigen Bauträger vergeben, 60 Prozent als rückzahlbarer Annuitätszuschuss zu einem Bankdarlehen.

Durch diese Maßnahmen, meine Damen und Herren, des Landes wurde im vergangenen Jahr eine zusätzliche Förderung von 534 Wohneinheiten gewährleistet und natürlich das Bauvolumen dadurch noch weiter gesteigert.

Abgesehen vom gesamtwirtschaftlichen Impuls, der damit gesetzt wird, ist diese Wohnbauoffensive, die noch bis Ende des Jahres läuft, auch eine wesentliche Grundlage zur Stützung unseres Arbeitsmarktes. Etwa 1.500 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft

können damit geschaffen beziehungsweise gehalten werden und ein Bauvolumen von zirka 120 Millionen Euro wird dadurch ausgelöst. Der Burgenländischen Wohnbauförderung ist auch die Sicherheit wichtig. Das Land unterstützt die Burgenländerinnen und Burgenländer über die Wohnbauförderung bei der Installierung von Alarmanlagen und Sicherheitstüren. Das heißt, sicheres Wohnen ist ein wichtiges Anliegen.

Deshalb stellt das Land Burgenland für die burgenländischen Haushalte seit 2008 einen nicht rückzahlbaren Zuschuss zur Verfügung. Das Land fördert die Errichtung einer Alarmanlage mit und ohne Videoüberwachung, die Nachrüstung einer Videoüberwachung bei bestehender Alarmanlage und den Einbau einer Sicherheitstür bei Wohnungen. Neu ist, dass seit April 2015 der Einbau einer Sicherheitstür nicht nur bei Wohnungen, sondern auch bei Eigenheimen und Reihenhäusern gefördert wird.

Ein wichtiger Aspekt der Burgenländischen Wohnbauförderung ist auch, „Wir bauen burgenländisch“. Mehr Burgenländerinnen und Burgenländer werden dadurch in Beschäftigung gebracht. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mehr Lehrplätze und bessere Qualifikationschancen, dass müssen die ganz großen Ziele unseres Landes sein. Dies wollen wir auch durch die Initiative „Wir bauen burgenländisch“ erreichen.

Es sind bereits 90 Prozent der Bauaufträge der Gemeinnützigen Bauvereinigungen im Burgenland durch burgenländische Unternehmen vergeben und das sichert letztendlich auch den Wohlstand unseres Heimatlandes.

Das auf dem Kapitalmarkt herrschende niedrige Zinsniveau an die Mieter sowie an Häuslbauer weiterzugeben, ist auch eine große Forderung gewesen und daher gibt es die Niedrigzinsgarantie. Auch die Widmungskategorie Baugebiet für förderbaren Wohnbau ist ein wichtiger Ansatzpunkt zur Dämpfung der Kostenentwicklung bei den Grundstückspreisen. Die Sanierungsoffensive "Junges Wohnen", all das sind Meilensteine in der Wohnbauförderung unseres Landes. Die Wohnbauförderung ist eine sehr kundenorientierte Förderung für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer.

Ich darf heute die Gelegenheit nützen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Referates Wohnbauförderung für die sehr professionelle Arbeit bedanken und wir werden natürlich dem Budget zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Beginnen wir mit dem Positiven. Zum Negativen von der Gemeinde Halbturn und Eisenstadt komme ich noch. Burgenland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Steht in der Verfassung!)* Das ist der erste Satz in der Landesverfassung und das leben wir auch durch das Budget. Nämlich, dass wir ein sozialer Rechtsstaat sind, weil zirka 45 Prozent dieser 1,1 Milliarden Euro tatsächlich in den Gesundheits- und Sozialbereich gehen.

Die Berechnung des Sozialbudgets wird österreichweit gleich gemacht, dass die soziale Wohnbauförderung hier einen wichtigen Stellenwert hat, immerhin mit 125 Millionen Euro, glaube ich, ist auch statistisch nachweisbar.

Das macht jedes Bundesland so. 45 Prozent des gesamten Budgets in den Sozialbereich, glaube ich, das ist schon eine große Kraftanstrengung und führt auch dazu, und auch die Wohnbauförderung trägt dazu bei, dass wir mit Abstand die niedrigste

Armutsgefährdung in Österreich haben. Es wurde gestern bereits gesagt, sieben Prozent, 7,1 Prozent… *(Abg. Manfred Kölly: So viel?)* Natürlich - wir arbeiten auch daran, dass es weiter herunter geht.

Österreich ist 14 Prozent, also jene Bundesländer, die oft über den Sozialbereich reden, machen weniger als das Burgenland, deutlich weniger, weil sonst wäre nicht in der EU die Armutsgefährdung 16 Prozent, in Österreich 14 Prozent und im Burgenland sieben Prozent. Durch unsere Maßnahmen, auf die ich eingehen werde, tragen wir dazu bei, dass wir die niedrigste Armutsgefährdung haben - natürlich zu hoch - klar, aber doch wesentlich unter dem österreichischen Durchschnitt liegen.

Beispiele dafür, warum die Wohnbauförderung ein wichtiges soziales Instrument ist. Wir haben bis jetzt 34 Altenwohn- und Pflegeheime gefördert. Also diese 34 Altenwohn- und Pflegeheime hätten mit großer Wahrscheinlichkeit nicht errichtet werden können, oder teilweise nicht errichtet werden können, gäbe es die Wohnbauförderung nicht. Immerhin 39,7 Millionen Euro sind in diese Altenwohn- und Pflegeheime geflossen, um das zu realisieren und umsetzen zu können.

Junge Menschen, auch hier eine vorbildliche Initiative, ausgehend, muss ich auch dazusagen, von der OSG, Junges Wohnen, teilweise mit fünf Euro in fast allen Landesteilen des Burgenlandes umgesetzt. Junge Menschen, die für ihren Start auch kein Bargeld für die Wohnung brauchen, sondern eben diese fünf Euro an Miete zu bezahlen haben, auch ein ganz wichtiger Impuls, auch ein sozialer Schwerpunkt, weil sich diese jungen Menschen eben Wohnen leisten können und darum geht es.

Was können wir tun, damit man sich auch in Zukunft das Wohnen leisten kann? Wir haben aus anderen Bundesländern, die von der ÖVP regiert werden, Menschen die hierher ziehen, weil sie sich in diesen Bundesländern das Wohnen nicht leisten können.

Wir haben eine Community im Südburgenland von über 100 Tirolern die hauptsächlich da sind, weil das Wohnen dort so teuer ist, dass sie ins Burgenland ziehen, weil sie hier mit ihrer Pension leben können, was sie teilweise in Tirol nicht können. *(Abg. Manfred Kölly: In Wien ist es aber auch nicht billig, oder?)* Wenn man das ländliche Gebiet mit Großstädten vergleicht, das fällt in die Kategorie was der Herr Kollege Maczek gesagt hat. *(Beifall der Abg. Edith Sack)*

Das Nächste sind die Eigenmittelersatzdarlehen. Das heißt, wenn jemand kein Geld hat, dann gibt es auch dafür Eigenmittelersatzdarlehen. Auch das ist ein sozialer Beitrag. Von 2010 bis 2014 haben wir 2,7 Millionen Euro an Eigenmittelersatzdarlehen ausbezahlt, damit die Menschen eben für die Wohnung die Anzahlung leisten können.

Wir haben die Wohnbeihilfe. All Jene, die die Miete nicht bezahlen können, die ein sehr geringes Einkommen haben, kriegen eine Wohnbeihilfe. 2016 sind 600.000 Euro im Budget vorgesehen. Also auch eine soziale Maßnahme, ob Eigenmittelersatzdarlehen, ob Wohnbeihilfe, also all das fällt in den sozialen Bereich.

Wir fördern barrierefreies Bauen und wir wollen auch mit der Raumplanung Rahmenbedingungen schaffen, dass eben auch der soziale Wohnbau den Namen verdient, weil vor allen Dingen, die Preise setzen sich auch auf Grund der Grundstückspreise zusammen und die Widmung sozialer Wohnbau soll auch die Grundstückspreise im Rahmen halten.

Das wurde auch kurz vom Kollegen Maczek angesprochen. Auch die Sicherheit ist uns sehr wichtig. Deshalb werden auch Alarmanlagen gefördert, Videoüberwachung gefördert, sichere Eingangstüren gefördert.

Auch dafür gibt es 550.000 Euro. Unsere Initiative „Bau auf Burgenland“, die auch manchmal belächelt wurde, hat sich immer mehr durchgesetzt. Die Siedlungsgenossenschaften erteilen Aufträge von zirka 100 Millionen, manchmal sogar darüber, und nachweislich, auch mit den Subunternehmen, werden 90 Prozent, jetzt werden wir vielleicht die eine oder andere Ausnahme haben, aber wir versuchen das klar auch zu dokumentieren. 90 Prozent gehen an burgenländische Firmen.

Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig in diesen schwierigen Zeiten, Aufträge von 100 Millionen Euro aller Siedlungsgenossenschaften 90 Prozent an burgenländische Firmen. Auch was das Material anbelangt, das Baumaterial, auch was die Arbeitsleistungen anbelangt, ganz unter dem Motto: „Arbeit und Geld sollen und müssen im eigenen Land bleiben“. Ich denke, das ist ein ganz wichtiges Motto, auch in schwierigen Zeiten für die Konjunktur, für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Der soziale Aspekt und die Arbeitsplatzsicherung, das sind für mich die zwei wichtigen Schwerpunkte und genau das setzen wir mit dem Budget 2016 um, wichtige Impulse zur Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze im Land zu schaffen! Vor allem im Baubereich, durch die Burgenländische Wohnbauförderung. Ich denke, die dürfen wir uns nicht schlecht reden lassen und zu Halbturn komme ich gleich! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Jetzt abschließend zu den Ausführungen des Abgeordneten. Also das ist ja eine, naja, ich halte mich heute zurück. *(Abg. Manfred Kölly: Wieso? Heraus damit!)* Ich sage nur eines, wir sind im Augenblick bei zusätzlichen Kosten für das Land Burgenland von mindestens 30, 40 Millionen Euro.

Wir lassen ganz einfach die Zinsen weg. Das sind elf Millionen Euro weniger. Das heißt, die Siedlungsgenossenschaften kriegen 33 Millionen, Zinsen fallen weg, kriegen sie noch 22 Millionen Euro, bauen nicht 600 Wohnungen, sondern 400.

Die Frage, wollen wir das in diesen Zeiten? Oder man macht mehr Schulden, dann muss man es auch sagen. Aber nur so zu tun, wir lassen das weg und da nehmen wir etwas dazu, das ist eine verantwortungslose Politik der nächsten Generation gegenüber und die Jugend kann sich bei Ihnen bedanken!

Wenn dieser Weg gegangen wird, dann sage ich, das ist ein Weg, wie das Burgenland an die Wand gefahren wird, wie die Wohnungen teurer werden und wie die Jugend keine Zukunft hat, leistbares Wohnen im Burgenland zu erreichen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn ich jetzt zu Halbturn komme, dann frage ich mich, was sind die Sozialleistungen, die Sie in Halbturn machen? Wissen Sie, was Sie gemacht haben? Eine Baugenehmigung erteilt auf einem Weg, wo es gar keine Widmung gegeben hat, wo ich ein halbes Jahr schauen habe müssen, wie wir das in der Raumplanung sanieren. Weil Sie den Fehler dort gemacht haben und nicht einmal in der Lage sind, ordentliche Baubewilligungen zu erteilen! *(Abg. Markus Ulram: Dafür habt Ihr mich bei der Staatsanwaltschaft angezeigt! Das Verfahren wurde aber eingestellt!)*

Sind Sie froh, dass ich das saniert habe, weil Sie sonst vor dem Staatsanwalt gestanden wären, nur das wir uns auskennen, so schleißig sind Sie in der Gemeinde. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Das Nächste ist Eisenstadt, da ist ja der soziale Wohnbau von der Realität so weit entfernt, wie in überhaupt keiner anderen Gemeinde. Die teuersten Mieten aller Gemeinden im Burgenland gibt es in Eisenstadt.

Da frage ich mich, was hat die Raumplanung in der Vergangenheit gemacht, um billige Bauplätze zur Verfügung zu stellen? Wir fördern hier die teuersten Bauplätze, die

teuersten Bauten und die Leute können sich in Zukunft das Wohnen da auch nicht leisten, wenn das so weiter geht.

Also insofern sollte die ÖVP schauen, dass man ordentliche Baugenehmigungen erteilt, dass man gute Grundstückspreise hat, dass man in Eisenstadt eine ordentliche Raumplanung hat, dann wird die Wohnbauförderung auch eine soziale sein, weil von sozial ist Eisenstadt und Halbturn weit entfernt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

So, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei allen, die diesem Budget auch zustimmen werden. 125 Millionen Euro für die Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft. Die Burgenländer können sich das Wohnen leisten. Wir haben die niedrigsten Mieten im Schnitt, mit Ausnahme Eisenstadt und auch Neusiedl. Sonst haben wir die niedrigsten Mieten! Wir haben die beste Wohnbauförderung! Wir sichern Arbeitsplätze und es werden auch weiterhin aus ÖVP-Bundesländern Leute hierher kommen, die sich das Wohnen auch leisten können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: … soweit haben wir es noch nicht gebracht!)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, zur tatsächlichen Berichtigung. Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass in der tatsächlichen Berichtigung mit der Wiedergabe der zu berichtigenden Behauptung zu beginnen ist und dieser Behauptung der berichtigte Sachverhalt gegenüberzustellen ist, das heißt im Wortlaut.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Dass ein Staatsanwaltsverfahren durch eine falsche Baugenehmigung auf einem Weg gemacht worden ist, das muss man sofort berichtigen. Tatsache ist, dass aufgrund… *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das hat ja keiner gesagt! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gerade haben Sie es gesagt!)* Sie haben gesagt, ich habe eine Baugenehmigung erlassen auf einem Weg, der nicht als Bauland gewidmet ist. *Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, das haben Sie gerade gesagt! – Abg. Manfred Kölly: Ja, das hat er gesagt!)*

Ja, genau, und das ist von der Landesamtsdirektion bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Ist auch aufgrund der Aktenlage dann eingestellt worden, weil der Fehler 2007 bei der Übertragung vom analogen auf den digitalen Flächenwidmungsplan passiert ist und eigentlich schon weiter noch zurückgeht, damals schon unter Bürgermeister Salzl. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so ist das!)*

Bei mir war eigentlich nur mehr die Berichtigung dahingehend, dass eigentlich die Staatsanwaltschaft das eingestellt hat. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wer hat die Baugenehmigung erteilt?)*

Die Staatsanwaltschaft hat klar festgestellt, *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wer hat die Baugenehmigung erteilt?)* dass es kein Gesetzesbruch ist und infolgedessen ist auch das Verfahren eingestellt worden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aha! – Beifall bei der ÖVP – Allgemeine Unruhe)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Jetzt melde ich mich nochmals zu Wort, weil das nämlich die größte Frechheit ist, was Sie jetzt sagen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Herr Präsident!)*

Ich sage Ihnen wie es wirklich war. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hat er schon das Wort erteilt?)* Sie haben die Baugenehmigung erteilt, weil es einen Fehler gegeben hat!

Dann hätten Sie aufgrund des Fehlers sehen müssen, *(Allgemeine Unruhe – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* dass dort ein Weg ist und dass dort keine Baugenehmigung zu erteilen ist. Genau das haben Sie getan und dann stellen Sie sich her und reden über die Wohnbauförderung, wenn Sie eine falsche Baugenehmigung erteilt haben. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Manfred Kölly: Herr Präsident, gibt es Spielregeln oder gibt es keine Spielregeln? Er muss aber auch fragen, er kann nicht aufspringen! Wer ist der Vorsitzende? – Allgemeine Unruhe)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Allgemeine Unruhe)* Bitte um Ruhe! Zum einen, Herr Abgeordneter Ulram. Die tatsächliche Berichtigung bezieht sich nur auf den tatsächlichen, Ihrer Meinung nach, falschen Ausdruck. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hat er eh gesagt!)* Gut. Das war mehr, das war erweitert. Ich habe das zugelassen.

Zum anderen, ein Regierungsmitglied kann sich jederzeit zu Wort melden. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Mag. Thomas Steiner: Hat der Präsident den Vorsitz oder der Herr Landeshauptmann? – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Wenn ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort erteile, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hast Du ja nicht gemacht! Er hat sich nicht gemeldet und Du hast es ihm nicht erteilt! So ist das!)* dann hat er das Wort und gut, so, jetzt bitte um Ruhe. *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber trotzdem muss der Präsident ihm das Wort erteilen! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Ich habe geläutet, meine Damen und Herren, bitte um Ruhe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass ganz klar ein Regime im Landtag herrscht. Nämlich der… *(Abg. Doris Prohaska: Na super! Ihr regt Euch über manche Wörter im Landtag auf und verwendet sie selbst!)* Gut, dann werde ich das korrigieren, dass es eine ganz klare… Bin ich jetzt am Wort oder nicht, Frau Kollegin Prohaska? Ich habe gesagt, es herrscht ein ganz bestimmtes… *(Abg. Robert Hergovich: Du schreist die ganze Zeit raus und jetzt regst Du Dich auf! – Abg. Doris Prohaska: Warum regst Du Dich jetzt so auf?)* Gut, ich habe kein Wort gesagt. *(Allgemeine Unruhe)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP) *(fortsetzend)*: Ja, und ich wollte anmerken, dass es für mich unerträglich ist, dass wenn der Präsident mit der Glocke läutet, wenn der Präsident nicht das Wort erteilt, trotzdem Aufruhr herrscht und zweitens der Herr Landeshauptmann sich bitte genauso an die Spielregeln, an die Geschäftsordnung, die wir uns alle gegeben haben, zu halten hat.

Ich bitte und ich möchte darauf hinweisen, dass das im Protokoll vermerkt wird, dass diese Vorgangsweise nicht mit der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages im Einklang steht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: So, ein letztes Wort dazu, wenn ich feststelle, dass ich dem Landeshauptmann das Wort erteilt habe, dann ist das so, Herr Klubobmann. In Ordnung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir können das eh im Protokoll nachlesen!)*

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Hohes Haus!

Ich darf meine Themenbeiträge zu dieser Gruppe in einem Redebeitrag zusammenfassen. Nachdem unsere Lebenserwartung von Jahr zu Jahr steigt, wird auch das Thema rund um die Senioren, insbesondere im Bereich der Pflege, immer wichtiger und umfangreicher und bringt jedoch auch für unsere Gesellschaft neue Herausforderungen mit sich. *(Allgemeine Unruhe)* Ich weiß nicht, ich bin so erzogen worden, dass man, wenn wer redet, eigentlich ruhig ist und nicht immer Zwischenrufe macht.

Im Burgenländischen Seniorengesetz sind schon jetzt eine Vielzahl von allgemeinen und besonderen Förderungen vorgesehen. Im Budget ist dafür ein jährlich zu valorisierender Betrag bereitgestellt. Ich freue mich sehr, dass sich unser dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer auch auf Bundesebene im Pflegebereich und in diesem Zusammenhang auch sehr für Senioren einsetzt.

Weiters wurde bereits ein Landesseniorenbeirat eingerichtet, der unsere Senioren unterstützt und beratend zur Seite steht. Deshalb ist es wichtig, dass hier auch im Budget Vorsorge getroffen wird, dass diese wachsenden Herausforderungen auch in der Zukunft bewältigbar sind. Gestern und heute wurde uns von Seiten der ÖVP soziale Kälte vorgeworfen. Ich möchte dazu nur kurz auf die Pläne vom Herrn Finanzminister Schelling betreffend Pensionssicherungsreform hinweisen. Denn mit den geplanten, damit einhergehenden Maßnahmen, nähert sich die uns vorgeworfene angebliche soziale Kälte dem Gefrierpunkt.

Ein weiterer Punkt in dieser Gruppe ist Natur, Landschaftsschutz, Umwelt. Das Burgenland nimmt im Bereich Umwelt- und Naturschutz seit Jahren eine Vorreiterrolle in Österreich ein. Mehr als ein Drittel unserer Landesfläche sind bereits geschützt. Dies ist nur möglich, weil auch die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Grundbesitzern, Landwirtschaft, Naturschutz und der Landesverwaltung bestens organisiert ist und auch sehr gut funktioniert.

Daraus resultiert auch die große biologische Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten. Die bestens flächendeckend vorhandene Abfallwirtschaft und Abwasserentsorgung trägt ebenfalls ihren Teil dazu bei. Müllverband und UDB leisten hier Grandioses. Weiters tragen auch der Ausbau und die Förderung erneuerbarer Energie dazu bei, unsere Natur und die Umwelt zu schützen. Auch hier nimmt das Burgenland österreichweit eine Vorreiterrolle ein.

Um diesen hohen Level halten, beziehungsweise noch ausbauen zu können, werden wir uns sicher noch einigen Herausforderungen stellen müssen. Dem wird auch in diesem uns vorliegenden Budget Rechnung getragen. Ein weiteres Thema in dieser Gruppe ist der Tierschutz, der mir besonders am Herzen liegt. Es wurde hier auch im Burgenland schon sehr viel getan. Ein Vorzeigeprojekt in Sachen Tierschutz ist hier das Tierheim Sonnenhof. Auf diesem Gebiet gibt es jedoch auch für die Zukunft noch viel zu tun. Vor allem auch bei den vielen privaten Tierheimen. Hier möchte ich besonders das Tierheim in Parndorf hervorheben, welches als Gnadenhof, Wildtierstation und unter Anführungszeichen „normales Tierheim“ geführt wird, erwähnen. Dafür wird es auch in Zukunft immer wieder Unterstützung von Seiten des Landes brauchen.

Ein weiteres Thema, das mir sehr wichtig ist, sind die Streunerkatzen. Ich habe hier persönlich schon großes Tierleid gesehen, wo Tiere halb verhungert, von Parasiten, Krankheiten, befallen dahinvegetieren und elendig zu Grund gehen. Hier wurde bereits durch die jährlichen den Gemeinden zur Verfügung gestellten Kastrationsgutscheine geleistet, dieses Tierleid zu lindern. Es bedarf jedoch hier dringend weiterer Maßnahmen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Demnächst wird es unter anderem dazu einen Termin mit dem Büro der Frau Landesrätin Dunst geben, um hier gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Ein weiterer mir sehr wichtiger Schritt ist das Herantreten der Bundesregierung betreffend einer Änderung des Tierschutzgesetzes in verschiedenen Punkten. Ein wichtiger Punkt ist, dass die Tiere hier endlich im Gesetz nicht mehr als Sache angesehen werden. Ein weiteres sehr wichtiges und aktuelles Thema ist die Gatterjagd. Ich freue mich, dass von Seiten der Frau Landesrätin Dunst für nächstes Jahr eine Änderung des Jagdgesetzes geplant ist und das Thema Gatterjagd darin sicher ihren Niederschlag finden wird.

Vor allem in die Richtung, dass hier nicht einmal der Ansatz von Tierquälerei möglich ist. Sei es durch strengere Kontrollen, Erhöhung des Strafrahmens bei Verstößen oder überhaupt diese Gatterjagd, welche mit Jagd, wo es auch um Hegen und Pflegen geht, absolut nichts zu tun hat, zu verbieten. Dies wäre auch zu überlegen. In Anlehnung an einige Bundesländer in Österreich, welche die Gatterjagd bereits verboten haben.

Auch bei vielen unter Anführungszeichen „echten Jägern“ stößt diese Art des Jagens auf wenig bis gar kein Verständnis. Es gibt also hier noch sehr viel zu tun und deshalb ist es wichtig, dass diesen Herausforderungen auch im Budget entsprechend Rechnung getragen wird.

Ich möchte zum Abschluss dem Herrn Landesrat Bieler, allen Damen und Herren Abteilungsvorständen und Mitarbeitern, welche in den vorhergenannten Gruppen hervorragende Arbeit geleistet haben, herzlich danken und hoffe auch für die Zukunft auf eine gute Zusammenarbeit. Meine Fraktion wird dieser Budgetgruppe ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Walter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Unser Klubobmann Christian Sagartz hat es zwar schon erwähnt. Die Anfragebeantwortung vom Herrn Landeshauptmann gegenüber unserem Kollegen Bernhard Hirczy betreffend der Park&Ride-Anlage in Ollersdorf, war wirklich ungeheuerlich.

Da antwortet ein Regierungsmitglied auf eine klare Frage, dass der Bürgermeister von Ollersdorf die Adresse des Landes nicht weiß, beziehungsweise nicht findet. So, Herr Landeshauptmann, geht man mit den Sorgen der südburgenländischen Pendlerinnen und Pendler und der Mandatare wirklich nicht um. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wissen Sie, worum es geht? Ich zweifle daran, dass Sie wissen, worum es geht!)*

Ich weiß, die Parkplatzsituation, wir haben uns das vor Ort angesehen. Ich weiß es ganz genau. *(Landesrat Helmut Bieler: …. beim Gemeindeamt!)* Nicht beim Gemeindeamt unmittelbar, sondern weiter weg. Ja, aber es parken dort jeden Tag 25 bis 30 *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ja!)* und es gibt auch die Verkehrsstrategie, wo es genau heißt, dass Park&Ride-Anlagen notwendig sind.

Herr Präsident, ich erwarte auch diesbezüglich, dass die Anfragebeantwortungen wirklich so erledigt werden, wie es sich für einen Parlamentarismus gehört. Nach Rückfrage beim Bürgermeister stellte sich heraus, dass dieser Fall seit März 2014 sehr wohl an die zuständigen Landesdienststellen gemeldet wurde. *(Abg. Ilse Benkö: Umwelt und Naturschutz!)*

Wir haben zwar keine Antwort vom Landeshauptmann erhalten, aber vom betroffenen Bürgermeister Bernd Strobl. Er meinte, dass er sehr wohl die Adresse des Amtes der Landesregierung wisse, aber der Herr Landeshauptmann wahrscheinlich nicht weiß, was Gemeindebürgerinnen und -bürger sowie Pendlerinnen und Pendler im Südburgenland interessiert.

Ansonsten hätte er die für Landesverhältnisse kleine Park&Ride-Anlage längst fertigstellen lassen. Oder liegt es an der falschen Blutgruppe des Bürgermeisters, laut Bürgermeister? *(Abg. Ingrid Salamon: Bist Du wahsinnig!)*

Kollege Molnár, ich muss Ihnen wirklich dankbar sein für Ihre Bestätigung *(Abg. Doris Prohaska: Also wenn das übertragen wird!)* der SPÖ/FPÖ-Einheitspartei in der Sie meinten, wir sind eine Mannschaft mit 20 Personen und sieben Regierungsmitgliedern. Hie und da fehlt es am gemeinsamen Applaus. Was er vergessen hat zu sagen, eventuell das nächste Mal erwähnen wird, mit einem unumschränkten Herrscher, der 70 Prozent der finanziellen Mittel verteilt. *(Abg. Ilse Benkö: Hast Du ein Problem damit?)*

Dem Finanzreferenten bleiben aber noch 20 Prozent und der Rest fällt auf die anderen fünf Mitglieder der Regierung. Auch hier keine Transparenz, weil uns die notwendigen Unterlagen vorenthalten wurden. Landtagsabgeordneten Informationen nicht zur Verfügung zu stellen, sind ein klares Eingeständnis der Kleinkariertheit dieser Regierung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dass Natur- und Umweltschutz im Burgenland einen hohen Stellenwert haben, zeigt sich an den jährlichen Budgetzahlen, die zum Großteil aus den Vorjahren übernommen wurden. So sind im Voranschlag 2016 für Natur- und Nationalparke fast 2,8 Millionen Euro, Natur- und Landschaftsschutz 643.000 Euro, für die Reinhaltung der Gewässer inklusive der Abfallwirtschaft zirka 500.000 Euro, um nur ein paar Kennzahlen zu nennen.

Es widerspiegelt sich die Bedeutung von Umwelt, Natur und Landschaft in der Tatsache, dass über 30 Prozent der Landesfläche unter besonderem Schutz gestellt sind. Ein Nationalpark, Naturparke, Natura 2000-Gebiete und Landschaftsschutzgebiete. Das heißt, das Burgenland nimmt im Bereich der Natur, des Natur- und Umweltschutzes, heute eine Vorreiterrolle österreichweit ein und das schon seit vielen Jahren.

Das ist vorbildhaft und dazu gratuliere und danke ich den bis jetzt verantwortlichen Landesräten mit allen Kolleginnen und Kollegen die dazu beigetragen haben. *(Beifall bei der ÖVP)* Denn, und das kann man nicht oft genug sagen, die Rahmenbedingungen, gesetzlichen Vorgaben, wurden von den zuständigen Abteilungen vorbildhaft erledigt.

Ich kann nur hoffen, dass es auch auf Grund der mutwilligen Zerschlagung der diversen Abteilungen durch den Personalreferenten auch in Zukunft so bleibt und wünsche Ihnen, Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf, dass Sie sich in Sachfragen gegenüber Machtspielen und Machtgier nicht nur zum Wohle der Natur, sondern auch der Jugend gegenüber, unseres Landes durchsetzen werden.

Es ist sehr erfreulich, dass wir bei Natura 2000 die Nummer eins bundesweit sind. Umfangreiche Maßnahmen in enger Zusammenarbeit zwischen Grundbesitzern,

Landwirtschaft, Naturschutz, Wasserbau, Gemeinden und Land tragen wesentlich zur Erhaltung einer intakten Umwelt bei.

Ich mache auch in diesem Zusammenhang nochmal aufmerksam, dass Landwirtschaft und Naturschutz im Burgenland immer starke Partner waren und Umwelt und Landwirtschaft zusammen gehören. *(Abg. Wolfgang Sodl: Auch Park & Ride-Anlagen.)*

Ich erinnere wiederrum an die Aussage von Landesrätin Dunst, dass Umwelt und Landwirtschaft nicht zusammenpassen. Dass diese Bereiche Umweltschutz und Landwirtschaft getrennt wurden, halte ich nicht für zukunftsorientiert. Es geht letztlich darum Bewirtschaftung auf der einen Seite, und Schutz auf der anderen Seite zu vereinbaren. Was in der Vergangenheit sehr gut gelungen ist.

Gemeinsame Partnerschaft zwischen Umwelt, Naturschutz mit der Landwirtschaft hat eine lange Tradition und gerade im Burgenland hat sich das sehr gut bewährt. Aber nicht nur die Landwirtschaft ist ein Partner zum Naturschutz sondern auch die zahlreichen, diversen Angebote sind auch eine wertvolle Grundlage für den Tourismus. Natur wieder bewusst erleben und begreifen - lautet das Motto in den sechs Naturparken.

Fast jeder von uns hat einen eigenen Naturpark vor der Haustüre. In den 42 Naturparkgemeinden der sechs Naturparke gab es im Vorjahr zirka 400.000 Nächtigungen und im Nationalpark Neusiedlersee Seewinkel jährlich rund 700.000 Besucherinnen und Besucher.

Die Tourismusstrategie setzt daher auf die Natur und den Ökotourismus zwischen den Tourismussäulen, Wellness, Gesundheit, Sport, Kulturgenuss und Wein Kulinarik. Final zu 60 Prozent aller unserer Nächtigungsgäste sind das Naturerlebnis und die intakte Landschaft ein Grund um im Burgenland Urlaub zu machen.

Diese Naturerlebnisangebote bringen nicht nur Wertschöpfung in die Gemeinden, sondern die Naturparke übernehmen auch einen Bildungsauftrag. Immer mehr Schulen bekennen sich als Naturparkschulen. Ziel muss es auch sein in Zukunft die erfolgreiche Entwicklung der Naturparke abzusichern und die Naturparkerlebnisse sollen den Trend der Gäste nach Regionalität und intakter Natur entgegen kommen.

Umweltschutz bedeutet im weiteren Sinn auch Menschenschutz. Es soll sichergestellt werden, dass auch die nächsten Generationen in einer gesunden Umwelt leben können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Rednerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich darf auch die Jugend jetzt auf der Tribüne begrüßen. Bevor ich zu Natur und Abfallwirtschaft im Burgenland spreche möchte ich wirklich nur ganz kurz auf meinen Vorredner eingehen.

Ich glaube es ist nicht einmal eine Stunde, seit diese Landtagssitzung begonnen hat und es war gestern für mich manches Mal bei der Wortwahl sehr schmerzend. Und auch schon in dieser Stunde, muss ich ganz ehrlich sagen, sind Wörter gefallen, wo ich die ÖVP ersuchen würde darüber nachzudenken, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Welche?)* ob dass die richtigen Wörter sind. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Welche? Welche Worte? – Abg. Mag. Michaela Resetar: Welche Worte sind gefallen?)*

Moment, gleich meine Herren und Damen. Es ist so, dass Sie beim gestrigen Tag sehr kritisch natürlich manche Dinge betrachtet haben, Rücktritte gefordert haben, aber Sie vergessen, dass auch Sie beobachtet werden, dass man auch sieht wie Sie reagieren, wie Sie oft durch Ihr Verhalten manches in das Lächerliche zu ziehen, da glaube ich, dass das dem Hohen Haus, den Wählerinnen und Wählern und den Burgenländerinnen und Burgenländern, wirklich nicht zuzumuten ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich verstehe schon dass wir alle Politiker sind, dass wir natürlich kritikfähig sein müssen, das ist überhaupt keine Frage, aber es muss natürlich schon den richtigen Ton treffen. Eine Wahl ist geschlagen und die Wählerinnen und Wähler haben anscheinend nicht verstanden, dass Sie alles besser wissen, dass Sie nur das Gute für Land und Leute wollen.

Die Wahl ist so ausgegangen, wie sie ausgegangen ist und irgendwann müssen auch Sie akzeptieren, dass Sie in der Opposition sind. Das berechtigt Sie aber nicht mit gewissen Worten hier in diesem Hohen Haus herumzuschmeißen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das Wort, dass der Herr Kollege Ulram heute genannt hat, nämlich „Säuberungsprojekt“, das mit Säuberung ist mir auch schon gestern ein paar Mal aufgefallen. Ich bin davon überzeugt, dass Sie wissen was Sie da sagen. Ob das richtig ist, das stelle ich in Frage und Sie setzen diese Wortwahl bewusst ein.

Ich würde Sie wirklich ersuchen, emotionsfrei darüber nachzudenken wie der Rest des Tages abläuft und vielleicht sollte man diese Wörter, die jetzt schon gefallen sind, ganz einfach auch überdenken, dass man sie zurücknimmt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – Abg. Mag. Michaela Resetar: Wie den zivilen Ungehorsam, den kann man auch zurücknehmen. – Abg. Mag. Franz Steindl: Stimmt! Wie den zivilen Ungehorsam.)*

Sie können sich dann gerne nach mir zu Wort melden und können Ihre Meinung sagen, ich habe das von mir getan und jetzt bin ich am Wort und würde jetzt gerne zum Thema für das Budget kommen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abfallwirtschaft im Burgenland ist sehr stark verbunden mit dem Burgenländischen Müllverband und mit dem Umweltdienst Burgenland. Der Verband ist bemüht die Kooperationen mit den Gemeinden, sprich das Gemeindepaket ständig auszubauen.

Im Endausbau sollen die Abfallsammelstellen der Gemeinden vom Burgenländischen Müllverband betrieben und die Finanzierung der Abfallentsorgung über den Mülltarif erfolgen. Schon jetzt gibt es sehr viele Gemeinden, die die Abfallsammelstelle vom Burgenländischen Müllverband betreiben lassen.

Wie gesagt, der Müllverband hat sehr viel Geld in die Hand genommen um diesen Gemeindepaket zu schnüren. Es wurde bereits 2011 das Modell mit der teilweisen Rückerstattung ins Leben gerufen. 2012 wurde die Stoffgruppe Sperrmüll und Altholz dazu genommen und Alteisen.

2013 erfolgte eine Weiterentwicklung auf Stoffgruppen Baum, Strauch und Grünschnitt. Für 2014 wurde in der Verbandsversammlung ein weiterer Ausbau der Kooperationen beschlossen und damit ein Unterstützungsvolumen von mehr als einer Million bereitgestellt. Für das Jahr 2016 sind weitere Verbesserungen und eine Ausweitung der Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen, ob es die Zielsetzung bleibt, weiterhin die abfallwirtschaftliche und ökologische Lenkung der Abfallströme.

Weitere Herausforderungen in der Abfallwirtschaft sind die vielen Lebensmittel in der Müllentsorgung. Nach wie vor landen zu viele genießbare Lebensmittel in den

Müllsammelgefäßen. Diese Infokampagne wird dieses Jahr zum Thema werden und der Müllverband wird versuchen dass für die nächsten Jahre zu verbessern.

Ein weiterer Schwerpunkt für 2016 ist die Wiederverwertbarkeit von Gebrauchsgegenständen. Um wiederverwertbare Gebrauchsgegenstände in den Verwendungskreislauf zurückzuführen, arbeitet der Burgenländische Müllverband mit dem burgenländischen Sozialbetrieben zusammen.

Wiederverwertbare Gebrauchsgegenstände sollen nicht im Abfallstrom untergehen, sondern herausgefiltert und für eine zweite Nutzung gewonnen werden. Dadurch werden Ressourcen geschont, die Müllberge verkleinert und nicht zuletzt wird der Umweltgedanke gefördert.

Wesentliche Teile der Idee ist auch, dass durch die Sammlung, die Sortierung, die Überprüfung und den Verkauf der Waren Arbeitsplätze in sozialen Einrichtungen geschaffen werden. So bekommen Menschen die bereits lange Zeit keine Arbeit haben, die Chance hier zu lernen und zu arbeiten. Ja dann gehen wir weiter, diese Dinge die hier gesammelt werden, können in Boxen gesammelt werden. Bei den Sozialprojekten werden Hausrat, Sport, Freizeitartikel, kleine Elektrogeräte, Bücher und Kleidung gesammelt.

In den ausgewiesenen Sammelstellen können die befüllten Boxen abgegeben werden, dort werden sie sortiert, aufbereitet und dann zu einem leistbaren Preis wiederverkauft. Erklärtes Ziel des Projektes ist die Wiederverwertung.

Der Burgenländische Müllverwand lies 2015 eine Erhebung durchführen, um die Akzeptanz und die Zufriedenheit der Bevölkerung in abfallwirtschaftlichen Belangen zu erheben. Die Untersuchung brachte einen für den BMV erfreuliches Ergebnis.

Das Umweltbewusstsein ist nach wie vor sehr ausgeprägt, der Wissensstand in abfallwirtschaftlichen Fragen sehr hoch und die angebotenen Dienstleistungen in der kommunalen Abfallwirtschaft werden ausreichend angenommen. Diese Befragung hat ergeben, dass 98 Prozent Müll trennen, 94 Prozent kennen die Abfallsammelstelle ihrer Gemeinde und 72 Prozent sind mit den Abfuhrterminen zufrieden. Ich glaube, wir können auf unsere Abfallwirtschaft im Land Burgenland stolz sein.

Ich möchte mich bedanken beim Burgenländischen Müllverband, beim Umweltdienst Burgenland und natürlich auch bei der Beamtenschaft des Landes, weil sie setzen das um, was in den Verbandsversammlungen vorgegeben wird. Sie haben den Weitblick wie diese Abfallwirtschaft auch in Zukunft sein kann. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf jetzt zur Natur und zum Landschaftsschutz kommen. Zu Beginn meiner Ausführungen darf ich einen kurzen Rückblick auf den heurigen Sommer, beziehungsweise auf das Sommerozon ziehen.

Es kam ihm Jahr 2015 zu keiner Überschreitung der Alarmschwelle und nur geringe Überschreitungen bei der Informationsschwelle. Im heurigen Sommer bestand zu keiner Zeit eine ernsthafte gesundheitliche Ozongefahr. Dennoch dürfen wir uns hier nicht zurücklehnen, wir müssen weiter auf unsere Luft achten. Wichtig dabei ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im Rahmen des gemeinsamen grenzüberschreitenden EU Projektes, regionales Luftgütemonitoring, werden seit dem Jahr 2013 auch Luftqualitätsmessungen in der Grenzregion in Westungarischen Szentgotthárd durchgeführt.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist wichtig weil das Burgenland in seiner Schadstoffbelastung stark von Immissionen aus dem benachbarten Südosten

betroffen ist. Aus dem Burgenland selbst kommen rund 20 bis 40 Prozent der gemessenen Schadstoffe. Auch Feinstaub ist ein Thema. Feinstaub belastet unsere Luft und unsere Lunge. In den letzten Jahren kam es vermehrt zu Überschreitungen der Feinstaubmesswerte im Burgenland, dies war aber sehr häufig wetterbedingt der Fall.

Nach dem österreichischen Immissionsschutzgesetzt darf an höchstens 25 Tagen im Jahr ein Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Feinstaub erreicht werden. Im Jahr 2010 beziehungsweise 2011 wurden die Grenzwerte überschritten. Aus diesem Grund ist eine Statuserhebung notwendig geworden. Ja, es tut mir leid, nachdem meine Zeit nicht mehr ausreicht, möchte ich jetzt wirklich noch einmal kurz zusammenfassen, dass im Bereich Umwelt das Burgenland sehr viel in den letzten Jahren getan hat, und dass wir natürlich auch gegen die Atomkraftwerke unserer Nachbarn sind und wir hier wirklich auf dem richtigen Weg sind.

Ich möchte mich wirklich bei der Frau Landesrätin dafür recht herzlich bedanken, wir haben noch ein Stück des Weges vor uns, aber ich bin davon überzeugt, dass wir das auch schaffen werden und wir werden hier zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank ist der Landesrat Helmut Bieler gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ja neu diese Agenden Abfallwirtschaft übernommen und festgestellt, dass sowohl im BMV als auch im UDB hervorragende Arbeit geleistet wird. Was das Wichtigste ist, dass sich die Burgenländerinnen und Burgenländer darauf verlassen können,, dass der Müll ordnungsgemäß und nach dem Stand der Technik entsorgt und entsprechend behandelt wird.

Das ist nicht selbstverständlich und daher Dank an UDB, Dank an BMV und die Verantwortlichen dort. Was entscheidend ist und auch wichtig, dass es ihnen gelungen ist, gemeinsam mit den Schulen, das Bewusstsein im Burgenland so zu schärfen das wir in Österreich an zweiter Stelle bei der pro Kopf Sammelmenge sind. 142 Kilogramm Papier, Glas, Leichtverpackung, beziehungsweise Metall, wird im Burgenland gesammelt und das ist hervorragend. Daher Dank an die Schulen, an die Kolleginnen und Kollegen, die hier wirklich sehr gute Arbeit leisten. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Dazu gehört aber auch das Zusammenspiel mit der Abteilung 9. Ich habe mich intensiv in den letzten Monaten mit der Abteilung auseinandergesetzt, weil es auch für mich neu war, und weil ich diese Materie in der Form nicht gekannt habe.

Ich habe festgestellt, dass dort sehr gute Spezialisten da sind, die imstande sind, ihr Wissen mit den Praktikern des Müllverbandes und des UDB zu verbinden und hier einen sehr gute Synergieeffekt zu bekommen, dass die Abfallwirtschaft im Burgenland einen besonders und besonders positiven Stellenwert hat.

Was in der Abteilung 9 auch da ist und was zur Abfallwirtschaft dazugehört, ist einerseits die Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt, was die Altstandorte beziehungsweise Verdachtsflächen betrifft, weil hier immer wieder nicht nur Diskussionen, sondern vor allem auch verschiedene Funde auftauchen, wie zum Beispiel in letzter Zeit bei der Deponie Ziegelofen, wo hohe Methangaskonzentrationen aufgetreten sind und die Abteilung 9 hier qualitativ hervorragende Arbeit geleistet hat.

Auch inhaltlich sich dann mit dem Magistrat Eisenstadt in Verbindung gesetzt hat, ihnen diese Informationen gegeben hat, und für Informationsveranstaltungen zur Verfügung gestanden sind. Wie dann das Magistrat weitere Schritte umgesetzt hat, kann ich in der Form nicht sagen, weil ich da nicht informiert war, aber die Voraussetzungen und die Hinweise an das Magistrat, beziehungsweise an die Bevölkerung sind hier sehr gut gewesen.

Das ist entscheidend, weil Vorsorge getroffen wurde, und weil sich hier wieder einmal gezeigt hat, dass hier die zweite Erhebungsphase unbedingt notwendig ist, weil dadurch auch möglich gemacht wird, dass weniger Verdachtsflächen, das heißt, weniger Altstandorte dann festgestellt werden können. Bis auf den Bezirk Oberwart, wo das bereits passiert ist, sind noch einige Fälle in der zweiten Erhebungsphase durchzuführen.

Das heißt, wir haben im Burgenland eine hervorragende Abfallwirtschaft, die mit Spezialisten bestückt ist, die genau wissen was sie tun, und daher auch im Interesse der Bevölkerung diese Arbeit leisten. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ebenfalls von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist die Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Frau Landesrätin, ich erteile Ihnen das Wort.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben jetzt in den vergangenen Tagen schon einiges über die wichtigsten Maßnahmen, die in den nächsten Jahren im Natur- und Umweltschutz im Burgenland anstehen werden, gehört. Sei es jetzt von der Fortsetzung der intensiven Schutzgebietsbetreuung hin zum Erhalt und dem Schutz gefährdeter Arten.

Aber ein ganz wichtiger Punkt, der mich in den nächsten Jahren beschäftigen wird, und wo ich meinen Schwerpunkt legen werde, ist vor allem die Bewusstseinsbildung im Natur- und Umweltschutzbereich.

Das kann einerseits beispielsweise durch Projekte passieren, in denen vor allem an Schulen und öffentlichen Einrichtungen die Forcierung von Photovoltaikanlagen passiert, damit verbunden mit einer Anbringung von Monitoren, die zu einer Visualisierung der Energiegewinnung und gleichzeitig auch einer CO_2 Einsparung beitragen. Aber auch durch die naturschutzfachliche Beratung für Gemeinden, die wir in der nächsten Zeit besser ausbauen werden, das ist ganz wichtig, um das Thema Natur- und Umweltschutz direkt Vorort zu den Leuten zu bringen und hier verstärkt Aufklärungsarbeit zu betreiben.

Aber auch in den gesetzlichen Bereichen sind wir nicht untätig. Ich möchte hier die Novelle des Naturschutzgesetzes erwähnen, die in der heutigen Landtagssitzung auch einläuft. Dieses Naturschutzgesetz bürgt für Lebensqualität und vor allem für einen nachhaltigen Landschaftsschutz im Burgenland.

Genauso ist die Novelle des Immissionsgesetzes Luft gerade in Ausarbeitung. Dieses Gesetz hat vor allem zum Kerninhalt ein Fahrverbot für LKW ab einer bestimmten Zulassungsfrist. Man wird hier auch maßgeblich zur CO_2 Einsparungen beitragen können. Nicht unerwähnt möchte ich an dieser Stelle auch den Neubau der Biologischen Station in Illmitz lassen, denn durch diesen modernen Bau ist eine hochqualitative und nachhaltige Wasseranalytik für unser See- und Trinkwasser möglich.

Das war eine, damit eine sehr wichtige Investition in die Daseinsvorsorge im Burgenland und trägt auch maßgeblich zur Stärkung des Forschungsstandortes Burgenland bei.

Zusammengefasst sind wir also im Naturschutzbereich hier sehr breit und mit viel Know-how aufgestellt und alle Beteiligten leisten hier hervorragende Arbeit.

Und an dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich auch sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der betreffenden Abteilungen bedanken. Sei es jetzt bei der Luftgüte oder des Naturschutzes, aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Biologischen Station, des Nationalparks, der Naturparke und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesumweltanwaltschaft. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Wir setzen hier also sehr viele Maßnahmen im Bereich der Bewusstseinsbildung, der Information und Aufklärungsarbeit um und tragen auch gleichzeitig dazu bei, dass die einzigartige Arten- und Lebensvielfalt, und auch die Landschaftsvielfalt im Burgenland gewährleistet bleiben.

Genauso kommen wir unseren gesetzlichen Verpflichtungen mit sehr großer Sorgfalt nach. Ganz wichtig ist mir abschließend zu erwähnen, das worauf es im Umwelt- und Naturschutz wirklich ankommt, ist möglichst viele Interessensgruppen miteinzubinden, unter anderem auch natürlich die Landwirtschaft, um hier eine möglichst breite Akzeptanz seitens der Bevölkerung für den Natur- und Umweltschutz im Burgenland zu erlangen.

Denn nur so kann Nachhaltigkeit gewährleistet sein und das ist der Weg, den wir gehen werden*. (Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Der Landtagsabgeordnete Günter Kovacs hat sich zu Wort gemeldet.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum Thema Tierschutz komme, einige Anmerkungen noch zum Herrn Abgeordneten Ulram, der vorher war.

Die ÖVP hat ja das Budget auf drei Anfragen, beziehungsweise Forderungen gestellt. Der Heizkostenzuschuss war dabei. Der Heizkostenzuschuss, und vielleicht wird das ja den Herrn Bürgermeister Steiner auch ein bisschen überraschen, ist in Eisenstadt nicht erhöht worden. Wir haben zwischen 75 und 150 Euro anzubieten in Eisenstadt, und ich *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 160!)* habe am Montag, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 160!)* diesen Montag, im Sozialausschuss einen Antrag gestellt, um eine Erhöhung auf 200 Euro zu fordern. Also was die ÖVP fordert… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn es das Land erhöht hätte, hätte ich das auch gemacht.)*

Ich habe mir gedacht, jetzt gehe ich einmal rein und sage, kriegen wir auch 200 Euro für unsere Menschen in Eisenstadt, für die Bedürftigen in Eisenstadt? *(Zwischenruf von Abg. Mag. Thomas Steiner.)*

Was glauben Sie, Herr Abgeordneter Ulram, wer das abgelehnt hat? Die ÖVP hat das abgelehnt, im *(Abg. Doris Prohaska: Na geh. Stell dir vor.)* Ausschuss abgelehnt, und hat gesagt: Warum sollen wir erhöhen? Und hinter vorgehaltener Hand ist sogar gesagt worden: Wir wissen ja gar nicht, warum der Herr Bürgermeister das überhaupt gemacht hat, warum er diese Forderung aufgestellt hat.

Bemerkenswert dabei ist noch, dass wir budgetiert hatten, voriges Jahr 33.000 Euro für den Heizkostenzuschuss und lediglich 23.000 Euro gebraucht haben. Also 10.000 Euro hätten wir den Ärmsten, den Armen in Eisenstadt noch geben können. Das war nicht der Fall. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Marke: ÖVP, Bürgermeister Eisenstadt *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 160 Euro!)* Also, das ist halt die ÖVP.

Das eine spricht man, das andere macht man. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 160 Euro! – Abg. Doris Prohaska: Schämt Ihr Euch nicht? – Abg. Mag. Thomas Steiner: 160 Euro ist mehr als 140. – Abg. Doris Prohaska: Ich würde mich schämen.)*

Ganz kurz auch noch zur Frau Petrik, Frau Abgeordneten Petrik, wenn ich die Gelegenheit schon habe, möchte ich das auch nicht unerwähnt lassen. Vor wenigen Wochen hatten wir eine Gemeinderatsitzung in Eisenstadt, wo es darum ging, kleine Einheiten von mir einzufordern. Wo ich gesagt habe, wir brauchen kleine Einheiten in Eisenstadt für Asylwerbende, wo die GRÜNEN ja wirklich aufbrausend waren, hinausgestürmt sind, wie ich das nur sagen kann. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Geh bitte.)* Wir haben ja jetzt eine riesengroße Einheit mit 170 Plätzen. Das ist in Ordnung. Und lediglich gesagt, aber der Sinneswandel gefällt mir, gestern war er schon da. Also, kleine Einheiten brauchen wir für unser Burgenland.

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Tierschutz. Ein Bereich der im Burgenland ausgezeichnet funktioniert, und das liegt vor allem am vorbildhaft geführten Tierschutzhaus Sonnenhof.

Die untergebrachten Tiere erfahren dort die bestmögliche Pflege, ärztliche Betreuung und eine artgerechte Haltung. Und vom ersten Jänner 2015 bis zum 30.11.2015 wurden 663 Tiere betreut. Und in diesem Zeitraum wurden 573 Tiere aufgenommen und 552 abgegeben.

Die durchschnittliche Verweildauer beträgt bei den Hunden nur 32 Tage. Und warum erwähne ich diese Zahl? Weil sie im Vergleich zu anderen österreichischen Institutionen ein hervorragender Wert ist. Vor allem wenn man bedenkt, dass die Tiere erstmals versorgt werden, auf Krankheiten untersucht und medizinisch betreut werden müssen. Außerdem muss geprüft werden, ob ein mögliches neues Zuhause für die Tiere auch passt.

Die mustergültige und innovative Arbeit des Sonnenhofs zeigt sich unter anderem auch an der Kooperation, etwa mit der veterinärmedizinischen Universität Wien oder mit Tierschutz qualifizierten Hundetrainerinnen und Hundetrainern. Auch im Bereich der Hygiene, des Krankheits- und Seuchenmanagement zeigt das Tierschutzhaus Vorbildwirkung. Damit ist aber das Tätigkeitsfeld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sonnenhofs noch keineswegs erschöpft. Aber ein nicht unwesentlicher Teil der Arbeit zielt auf nachhaltigen Tierschutz ab.

Durch diese Information und Beratungen wird der richtige Umgang mit den Tieren vermittelt, sowie das Verantwortungsbewusstsein und Mitgefühl der Menschen gegenüber Tieren gefördert.

Zusammenfassend darf ich sagen, dass sich der Sonnenhof hier auch in Eisenstadt als Vorzeigebetrieb im Spitzenfeld der österreichischen Tierschutzlandschaft positioniert hat. Ich darf mich natürlich beim Geschäftsführer Mag. Wolfgang Böck und seinem engagierten Team recht herzlich bedanken für die geleistete Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Danken möchte ich aber natürlich auch unserer Landesrätin Verena Dunst, die mit zahlreichen Initiativen das Bewusstsein für den Tierschutz in unserem Heimatland Burgenland stärkt.

Hervorheben möchte ich den burgenländischen Tierschutzpreis, der erstmals vergeben wird. Ziel ist es, Privatpersonen und Vereine vor den Vorhang zu holen, um Ihr Engagement, das sehr oft im Verborgenen liegt, zu würdigen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Landesbudget 2016 sind 50.000 Euro zur Förderung bestehender Tierschutzaktivitäten, Einrichtungen, so wie die Stützung einzelner Maßnahmen von Tierschutzvereinen für allgemeine Tierschutzmaßnahmen, für die Versorgung herrenloser Tiere, sowie für die Vergabe des Tierschutzpreises im Rahmen eines gesamtburgenländischen Tierschutzkonzeptes vorgesehen. Erstmals ist auch ein Budget in der Höhe von 50.000 Euro für die Förderung von Maßnahmen, welche durch innovative Haltungsformen über die gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen hinausgehen wird.

Die SPÖ wird natürlich diesem Themenbereich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik gemeldet.

Ich darf darauf hinweisen, eine tatsächliche Berichtigung hat mit der Wiedergabe der zu berichtigenden Behauptung zu dienen, hat dieser Behauptung den berichtigenden Sachverhalt gegenüberzustellen.

Sie sind am Wort, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön, Herr Präsident! Herr Kollege Kovacs, Sie haben hier behauptet, ich hätte in einer Gemeinderatssitzung in Eisenstadt mich dagegen ausgesprochen, dass in Eisenstadt kleine Quartiere geschaffen werden. Das ist falsch!

Sie haben unter dem Punkt Allfälliges zu Flüchtlingen und Quartieren in Eisenstadt gesprochen und haben sich dazu in einer Weise geäußert, die wir bislang nur von Angehörigen der FPÖ gewohnt waren. *(Abg. Günter Kovacs: Wieso?)* Diese Art darüber zu sprechen, diese Diktion, die Sie dort angewandt haben, gegen die haben wir uns verwehrt.

Bitte das richtigzustellen. *(Abg. Geza Molnar: Wir haben gar nichts gesagt. – Abg. Thomas Steiner: Völlig überraschend. – Heiterkeit bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächste hat sich von der Regierungsbank die Frau Landesrätin Verena Dunst zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst zum Tierschutz kurz Stellung nehmen und erlaube mir dann, nachdem ich Ihnen gestern entgegenkommen wollte zu später Stunde, mich zu all Wortmeldungen, die auch zu diesem Budgetkapitel gehören, dann auch noch zu melden und das eine oder andere klarzustellen.

Zunächst einmal zum Tierschutz, weil es gerade jetzt prioritär behandelt wurde. Zunächst einmal, Tierschutz kann es nie genug geben! Ich bedanke mich bei beiden Rednern. Ich finde es schade, dass sich von den anderen Parteien niemand gemeldet hat. Aber ich kann sagen, mein absolutes Wollen ist im Tierschutz und auf den Tierschutz im Burgenland wirklich zu achten.

Ich freue mich, dass junge Menschen gerade hier sind. Und ich glaube, ich rede ihnen aus der Seele. Wenn heute, auch die Frau Abgeordnete Stampfel hat das vorher gesagt, das Thema Jagdgatter angesprochen *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Gatterjagd.) wird.*

Meine Damen und Herren, irgendwer von der ÖVP hat heute gesagt, ungefähr 200 Tage sind wir am Amt. Jahrzehnte hat die ÖVP hier bei der Jagdgatter Dinge *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gatterjagd.)* zugelassen, wo *(Abg. Walter Temmel: Gatterjagd.)* ich geglaubt habe, das gibt es nicht. Ich habe mir das im Gesetz, im Jagdgesetz angeschaut. Ich habe mir das einmal bringen lassen, genau durchgearbeitet, es gab keine Bestimmung, außer jener der Größe.

Ich habe mir dann die Bezirkshauptmannschaften geholt und habe mit denen, die dort auf der Bezirkshauptmannschaft arbeiten in diesem Bereich, ich habe gesagt, was, wie geht es euch? Was tut ihr? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Es gibt ein Jagdgesetz.)*

Auch in die Richtung der GRÜNEN gesprochen. Ich weiß, dass Ihr da an meiner Seite seid. Es gibt nichts! Es gibt nichts, Sie haben einfach Ihr Klientel befriedet und haben nichts reingeschrieben die letzten Jahrzehnte, das es irgendwie etwas zum Tierschutz oder zur Tiergerechtigkeit gibt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Es gibt ein Jagdgesetz, da steht die Gatterjagd drinnen.)*

Alles ist erlaubt. Es gibt, gar nichts gibt es, keine Kontrollen, gar nichts gibt es. Außer die Größe. Das ist zu wenig. Das geht nicht. 98 Prozent der Jäger und, wie gesagt, diese jungen Menschen da oben geben dem, was da passiert, nämlich wirklich ein reines Abknallen, sicher nicht Recht. Da müssen wir etwas ändern.

Da haben Sie darauf geschaut. Höchste Zeit, dass man mit den Freiheitlichen das einmal tun kann, zum Wohl der Tiere. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, GRÜNE und des Abg. Gerhard Steier. – Abg. Mag. Franz Steindl: So ist das nicht.)*

Zum zweiten, natürlich haben Sie, hast Du Recht, Herr Abgeordneter Kovacs. Ich habe extra geschaut, dass wir jetzt 50.000 Euro zusätzlich im Tierschutz für innovative Maßnahmen zur Verfügung haben werden. Das ist wichtig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben einen ganz einen, so wie Du gesagt hast, toll geführten Sonnenhof. Ich bedanke mich bei der Frau Abteilungsvorständin beziehungsweise in dieser Funktion als ehrenamtliche Vorsitzende des Tierschutzhauses. Da sind andere Bundesländer, die sich bei uns anstellen und das anschauen. Aber, wir müssen auch immer im Fokus haben, was Gnadenhöfe, was Verwahrungsverträge und so weiter anbelangt, wenn es notwendig ist.

Zurzeit finden wir ein absolutes Auslangen. Wir haben ja beide jetzt mehrfach gemeinsam den Sonnenhof auch begleitet beziehungsweise mehrfach mit ihnen gesprochen und auch besucht. Aber, es ist wichtig, dass es genug Geld für den Tierschutz gibt, weil, noch einmal: Tiere haben jeden Tag verdient, dass man sie tiergerecht und artgerecht hält und auch darauf schaut, denn es geht nicht, dass man sich bei Tieren schadlos hält und nicht auf eine artgerechte Haltung achtet.

Ich habe zum zweiten natürlich auch versucht, hier Menschen, die viel Engagement, viel Herzblut in den Tierschutz legen, vor den Vorhang zu bitten. Deswegen gab es die erste Ausschreibung des ersten Tierschutzpreises, wo es um Ehrenamt und so weiter geht.

Da gibt es im Burgenland sehr viele Menschen, meine Damen und Herren, denen das wirklich wichtig und eine Herzensangelegenheit ist. Ich möchte diesen Budgetlandtag auch gleich zum Anlass nehmen, um mich auch bei diesen Menschen zu bedanken, die denen helfen, die sich nicht wehren können, und das sind die Tiere. Daher herzlichen Dank auch an jene Menschen.

Ich möchte mich aber auch bei der Abteilung, der Abteilungsvorstand Dipl. Ing. Cadilek ist hier, herzlich bedanken. Genauso geht mein Dank an den Herrn Veterinärdirektor Dr. Fink. Herzlichen Dank für Ihr Engagement im Referat. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie haben, Frau Abgeordnete, auch die zusätzliche Katzenkastration und die möglichen Mittel angesprochen. Ich bedanke mich bei den Gemeinden, die da ein wichtiger Partner sind, weil es wichtig ist, dass man auf herrenlose Tiere schaut, dass sich die nicht ins Unendliche vermehren. Danke an die Gemeinden, denn das ist nicht selbstverständlich. Auch was die Verwahrungsverträge anbelangt. Daher an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ein herzliches Dankeschön. Gestern am Abend wollte ich mich nicht mehr so spät zu Wort melden, aber bevor wir jetzt zum letzten Thema dieser Gruppe kommen, möchte ich noch zu den gestrigen mir zugeordneten Budgetkapiteln kurz äußern und mich erstens bedanken, was die Dorferneuerung und das Engagement der Gemeinden anbelangt, denn es sind ja unglaublich viele Gemeinden, die sich hier beteiligt haben.

Unglaublich viele Gemeinden, die diesen guten Weg der Dorferneuerung begleitet haben, zum Wohle der Bevölkerung in ihren Dörfern. Herzlichen Dank dafür. Da wird viel getan. Mit dem Abgeordneten Kölly habe ich beispielsweise, dem ich übrigens auch gratuliere, der hat gerade ein tolles Projekt mit dem Dorfbus gemacht. Da komme ich einmal, und dann schauen wir uns das an.

Das wird in vielen Gemeinden gemacht, dass man einfach den kleinen öffentlichen Nahverkehr im Dorf oder zur nächsten Stadt, der Landeshauptmann macht das ja in erster Linie, aber ich darf das über die Dorferneuerung begleiten, denn das sind gute Projekte. Ich gratuliere Ihnen allen, die da mittun. Ich habe mich gewundert, dass Sie das nicht gestern kritisiert haben. Sie hätten Recht, denn da versuche ich nämlich wirklich das Landesbudget hintanzuhalten.

Das ist nicht sehr viel, dass Sie da lesen. Aber, genauso wie in der letzten Förderperiode sind es mehr als ungefähr 10 Millionen Euro, die ich da ausgeben habe können. An EU-Fördermitteln haben wir 99,2 Prozent abgerechnet, das wissen wir jetzt. Also, ich habe da wirklich an EU-Förderungen nichts liegen lassen. Wir kofinanzieren das mit 25 Prozent, das ist keine Frage.

Herzlichen Dank, ich kann Sie nur dazu einladen, in der nächsten Förderperiode weiterhin mit dabei zu sein. Bis 2020 haben wir nämlich noch viel vor. Mit Ihnen gemeinsam erarbeite ich das gerade als ein Teil des Masterplanes. Am Freitag beginnen wir in Güssing, und da ist auch die Dorferneuerung als ein Thema dabei.

Das zweite. Frau Abgeordnete, beziehungsweise frühere Regierungskollegin: Meine zwei Mitarbeiter, die Referatsleiterin des Frauenreferates und meine Mitarbeiterin, die Frau Mag.a Kaiser sitzen da oben und die haben gesagt: Ja, schau einmal Frau Landesrätin, die Frau Abgeordnete beziehungsweise Deine frühere Regierungskollegin hat eine schriftliche Anfrage zum Frauenlauf gestartet.

Nachdem ich dich liebe Kollegin sehr gut kenne, habe ich gesagt: Oje, ich fürchte, die fragt da nur, weil sie irgendwo wieder etwas sucht, dass sie mich anpatzen kann.

(Abg. Walter Temmel: Oje!) Heute haben Ihnen das mehrfachmeine Vorredner und meine Vorrednerinnen schon gesagt, nur um das geht es Ihnen. Sie haben sich gestern da hergestellt, und haben gesagt: Ein Wahnsinn, der Frauenlauf ist so teuer und was kostet der? *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nein, Nein! Es geht hier nur um die Tatsache, dass Sie hier Steuergelder verwenden. Hier werden Steuergelder verwendet! – Abg. Ilse Benkö: Was hast Du denn, all die Jahre, verwendet?)*

Meine Mitarbeiterinnen haben leider seit gestern auch die Kenntnis, Ihnen geht es überhaupt nicht um die Frauen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Steuergelder werden hier verwendet!)* Es ist Ihnen egal, wie es den Frauen in diesem Land geht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist Ihnen völlig egal, aber es geht Ihnen darum, die Dunst, die schaut auf die Frauen, die bringt etwas zuwege, die müssen wir ein bisschen anpatzen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Steuergelder!)* Um das ist es Ihnen gegangen. Aber, danke für Ihre Ehrlichkeit, denn mit dem haben Sie sich wieder super geoutet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber, sehr geehrte Frau Landesrätin außer Dienst, liebe Regierungskollegin außer Dienst, Frau Abgeordnete, Sie müssen bitte besser lesen. Das, was Sie mir da unterstellen, nach 15 Jahren Frauenarbeit, dass ich irgendeinen Euro ausgeben würde, der nicht gerechtfertigt ist, ist einmal ein Hohn. Dagegen verwehre ich mich. *(Allgemeine Unruhe)* Das lasse ich mir einfach nicht bieten. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Sie haben meine Frage nicht beantwortet! So schaut es doch aus. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Herr Landeshauptmann! Was sagst Du dazu, Herr Landeshauptmann!)* Sie haben für die Frauen im Burgenland null getan, und stellen mich dann daher, als wenn ich Geld für die Frauen verschwenden würde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zurück an den Start. Sie haben nämlich nur nicht genau gelesen, Frau Abgeordnete. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Sie haben meine Frage nicht beantwortet! - Abg. Mag. Franz Steindl: Frauenlauf! Das ist doch nur eine Schmähparade!)*Melden Sie sich zu Wort Herr Abgeordneter Steindl, denn ich würde mich freuen, wenn Sie zum Thema Frauen auch einmal etwas sagen würden. Das sind auch Menschen in dieser Welt.

Frau Abgeordnete, Sie haben nur einen wesentlichen Fehler gemacht, und ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung, Sie können jederzeit, und das habe ich damals während der Regierung - Ihrer Regierungsarbeit so gehalten, auch jetzt. Meine Mitarbeiter, egal in welchem Referat, stehen Ihnen zur Verfügung. Nur, Fakt ist, Sie haben falsch gelesen. 15.000 Euro hat das Ganze gekostet, alles andere waren Sponsorgelder und so weiter. Ich setze die Arbeit für Frauen und das Geld, das dazu notwendig ist, ganz bewusst ein. Der Frauenlauf hat dem Frauenreferat 15.000 Euro gekostet. Wenn ich damit Frauen helfe, damit sie mehr auf ihre Gesundheit schauen, damit es ihnen gut geht, Worklifebalance, das ist mir wichtig für burgenländische Frauen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Schmähparade!)*

Die hackeln viel, die sollen auch ein bisschen auf sich schauen. Aber, herzlichen Dank, wenigstens habe ich das wieder einmal sagen können, was Sache ist. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Eine Schmähparade ist das!)* Nämlich, genau diese Schmähparade der ÖVP.

Reden, anpatzen, aber nichts tun für die Menschen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Schmähparade! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie haben gestern über die Kinderbetreuung auch wesentliche Teile in Ihren Reden gesagt. Dazu kann ich nur sagen: Ja, ich gratuliere, wir sind gut unterwegs. Da bin ich sehr froh. Danke Herr Abgeordneter Drobits und auch allen Rednern, die sich zu den Themen Konsumentenschutz und Schuldnerberatung, beispielsweise die Frau Präsidentin, gemeldet haben.

Verbraucherbildung ist wichtig, damit wir junge Menschen vor Schulden bewahren, die ihnen oft nicht einmal einen Start in ein Erwachsenenleben, in der Normalität, erlauben. Daher mache ich da viel in Richtung Verbraucherbildung, denn das ist die Zukunft. Ich darf das unseren jungen Zuhörerinnen und Zuhörern schon anbieten. Es gibt gute Broschüren! Passen Sie auf sich auf!

In diesem Sinne herzlichen Dank für alle Wortmeldungen zu meinen mich betreffenden Budgetzuständigkeiten in diesem Kapitel. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Georg Rosner.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer! Bei meinem Debattenbeitrag geht es um die Gruppe 5, Gesundheit. Aber, bevor ich da beginne, möchte ich kurz auf den Herrn Abgeordneten Kovacs eingehen.

Ich glaube, dieses Budget 2016, dieses Landesbudget, ist umfangreich genug, und die Diskussionen dauern ja schon zwei Jahre. Also, ich glaube, wenn man da jedes Gemeindebudget hier auch noch diskutieren würde, dann werden wir wahrscheinlich zwei Tage verlängern müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich steige jetzt ein zu meinem Thema, den Gesundheitsbereich. Wir haben in Gesundheitsbereich Ausgaben von 199 Millionen Euro. Das sind 17,36 Prozent der Gesamtausgaben des Voranschlages 2016. Damit liegen wir in etwa um 9 Millionen Euro über dem Voranschlag 2015 und rund 3 Millionen Euro unter dem Rechnungsabschlusswert des Jahres 2014. Die größten Veränderungen habe ich unter dem Ansatz 5608 finden können, und zwar ist das der Gesundheitsfonds.

Das betrifft den Zuschuss für die Kranken- und Pflegeanstalten. Hier sind 70.498.700 Euro im Voranschlag präliminiert. Das ist sind um 13.475.000 mehr, als es im Voranschlag 2015 waren. Begründet wird das, dass ab dem Jahr 2016 hier auch die Ärztegehälter enthalten sind. Die Ziele der Gesundheitspolitik haben sich in den letzten Jahren gravierend verändert. Es ist wichtig, dass wir immer mehr weg von der kurativen, der heilenden Medizin, hin zur Vorsorgemedizin kommen. Es ist daher auch von großer Bedeutung, die Bevölkerung und auch die Ärztinnen und Ärzte in unseren Gemeinden in diesen Bewusstseinsprozess miteinzubinden.

Eine regelmäßig durchgeführte Vorsorgeuntersuchung ist eine der Säulen einer gesunden Lebensführung. Die Früherkennung verbreiteter Zivilisationskrankheiten ist das dezidierte Ziel der Vorsorgeuntersuchung. Unter Gruppe 5, Gesundheit, muss man auch das Krankenhaus Oberwart ansprechen. Im Budget 2016 sind dazu keine Zahlen ersichtlich. Ich möchte aber dennoch aufgrund der Wichtigkeit darauf eingehen.

2014 wurde der Neubau des Schwerpunktkrankenhauses beschlossen. Konkrete Informationen über Baubeginn, Fertigstellung und Kosten blieben lange Zeit aus. Jetzt hat der Herr Landesrat Darabos gesagt, dass die Eröffnung des Krankenhauses im Jahr 2021 stattfinden wird. Wir rechnen mit Kosten in der Höhe von rund 158 Millionen Euro. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich, für meinen Teil, hoffe natürlich, dass der Plan und die Umsetzung diesmal auch übereinstimmen, aber auch die Kosten nicht weiter explodieren. Zu hinterfragen gilt natürlich auch, inwieweit bereits Investitionen im alten Krankenhaus sowie angekaufte Geräte zukünftig genützt werden können.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Verkehrsanbindung für das neue Krankenhaus bis jetzt nicht geregelt ist, obwohl die Umfahrungsstraße, die B63a, in unmittelbarer Nähe des Standortes liegt. Die umliegenden Straßen, das kann ich als Bürgermeister sagen, die Dornburggasse und die Schulgasse, sind schon jetzt schwer überlastet und für ein noch höheres Verkehrsaufkommen kaum geeignet. *(Abg. Ingrid Salamon: Ist das jetzt ein Gemeinde- oder ein Landesthema?)*

Das betrifft aber schon das Landeskrankenhaus. Es ist also kein Gemeindekrankenhaus, Frau Abgeordnete. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Der Parkplatz betrifft natürlich auch das Landeskrankenhaus. *(Abg. Ilse Benkö: Da gibt es doch ein Parkkonzept!)*

Nein, das ist der Parkplatz vom Landeskrankenhaus. Gut, dazu kommt die Parksituation. Das ist weder in der Bauphase, noch im späteren Betrieb geregelt. Auch die Bewohner im Nahbereiche des Krankenhauses sind hier schon großen Herausforderungen ausgesetzt, wobei dann natürlich sämtliche Straßen im umliegenden Bereich heillos überlastet sind. Ich meine also, dass hier unbedingt ein Verkehrskonzept erstellt werden müsste. Es hat diesbezüglich schon Gespräche gegeben, das gebe ich auch zu. Es hat Gespräche mit der Krages und mit der Belig gegeben.

Als Bürgermeister der Stadt, das muss ich auch sagen, bin ich natürlich gerne bereit, mich mit den Verantwortlichen an einen Tisch zu setzen, um gemeinsam, ich betone gemeinsam, die besten Lösungen für das Krankenhaus und auch für die Stadt Oberwart zu finden.

Es ist auch nicht geklärt, was mit dem bestehenden Krankenhaus nach dem beschlossenen Neubau geschieht. Ich hoffe es gibt auch Pläne. Ich kenne keine. Aber, ich glaube, da wird es auch dementsprechende Pläne geben, denn es kann nicht das Ziel von Oberwart und dem Land Burgenland sein, dass wir hier dieses Gebäude, meiner Meinung nach, sehr intakte Gebäude, verwahrlosen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend zum Thema Krankenhaus Oberwart. Zugegeben meine ich, es ist schwierig, im öffentlichen Gesundheitsbereich Einsparungen zu erzielen. Daher ist es für die Bevölkerung absolut unverständlich, dass hier im Krankenhaus Oberwart bereits 8 Millionen Euro für nun nicht umsetzbare Pläne und Teilsanierungen in den Sand gesetzt wurden.

Ein weiterer wichtiger Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Absicherung der gesundheitlichen Grundversorgung. Hausärzte nehmen im Rahmen der Gesundheitsvorsorge und Betreuung eine immer wichtigere Rolle ein. Aufgrund der gegebenen Altersstruktur wird sowohl im Spitals-, wie auch im niedergelassenen Bereich in den nächsten zehn Jahren der Großteil im Burgenland in Pension gehen.

Bereits im Jahr 2014 hat die Burgenländische Ärztekammer vor einem Ärztemangel gewarnt. Vor allem im Bereich der Hausärzte beziehungsweise Kassenärzte wird es bis zum Jahr 2025 einen erheblichen Engpass geben. Im Burgenland haben bei insgesamt 459 niedergelassenen Ärzten 240 einen Kassenvertrag. 219 sind Wahlärzte.

Ein großes Problem ist die Nachbesetzung der Kassenarztplätze. Die Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen sind zu unattraktiv geworden und daher hat sich diese Situation so entwickelt. Patienten weichen daher aufgrund der langen

Wartezeiten zu Wahlärzten aus. Die weichen aus und Wahlärzte dürfen ihren Tarif frei wählen. Das ist natürlich sehr attraktiv.

Es geht deshalb um die Frage, wie die Versorgung außerhalb der Spitäler in Zukunft organisiert sein soll? Die medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte muss ausgebaut und ausgeweitet werden. Durch die langwierigen Gehaltsverhandlungen mit den Spitalsärzten sind viele Fachkräfte in umliegende Bundesländer mit besseren Bedingungen abgewandert.

Dadurch kam es, unter anderem, zu langen Wartezeiten bei Operationsterminen in den Spitälern. In Zeiten eines eklatanten Ärztemangels muss man in den Wettbewerb um die besten Kräfte eintreten und den Ärzten marktkonforme Bedingungen bieten, aber da hat der Herr Landesrat auch schon bei der Fragestunde erklärt, dass hier Schritte in die richtige Richtung gesetzt wurden und dafür bin ich auch als Gesundheitssprecher sehr dankbar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weiters muss ich auch schon erwähnen, dass ich das nicht verstehen kann, denn es haben ja alle Abgeordneten gestern eine Information erhalten, dass die Aufwandsentschädigung für Medizinstudenten im klinischen praktischen Jahr hier gestrichen werden soll. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Im Burgenland wird das klinisch-praktische Jahr ab Jänner nicht mehr entlohnt, heißt es. Ich habe es in dem ganzen Gesundheitsfonds-Block natürlich nicht gefunden, weil es schwer ist, da jetzt irgendetwas heraus zu suchen. Im Burgenland soll das, wie gesagt, gestrichen werden. Meiner Meinung nach ist das schon ein Rückschritt und kein Fortschritt.

So werden wir die Probleme im medizinischen Bereich wohl nicht lösen können! Wie möchte das Burgenland in Zukunft Jungmediziner für die überfüllten Kliniken und unbesetzten Hausarztpraxen anwerben, wenn das klinisch-praktische Jahr als erstes Kennenlernen der burgenländischen Kliniken aufgrund der unattraktiven Rahmenbedingungen für Studenten zukünftig nicht mehr in Frage kommen würde?

Der Ärztemangel könnte sich durch das endgültige Vertreiben der letzten Medizinstudenten in Zukunft weiter verschlimmern. Ich hoffe, das Land Burgenland wird das hintanhalten und das Anwerben von jungen Medizinern und zukünftigen Ärzten im Spitalbereich, wie auch im niedergelassenen Hausarzt- und Facharztpraxenbereich weiter forcieren und hier diese überschaubaren Investitionen auch weiterhin tätigen.

Nun noch kurz zum Krages-Geschäftsbericht 2014. Da hat der Herr Mag. Schnedl ja im Bericht ganz deutlich gesagt, dass das Ergebnis einer umfassenden Evaluierung zeige, dass die für die Krages erhofften Synergien und Einsparungspotentiale nicht eingetreten sind und die Qualität der Leistungsempfehlung nicht den Werten entsprochen hat.

Ehrliche Worte - finde ich. Man muss nicht immer alles schönreden, ich will auch nichts krankjammern. Nur eines möchte ich schon noch erwähnen: In diesem Bericht steht auf Seite 25 – 7.2. - kaufmännischer Bericht: Bilanz zum 31.12.2014: Unter aktive Forderungen und sonstiger Vermögensgegenstände sind unter Forderungen gegenüber dem Land Burgenland 83.465.099 Euro angeführt. Diese Summe habe ich auch im Landesbudget nicht gefunden.

Ich hoffe, dass das Anlass genug ist, um auch die ganze Thematik bezüglich des Rechnungswesens zu überdenken, denn wenn man irgendwo Aktiva hat, sollte man auch im Landesbudget das unter Passiva finden. *(Landesrat Helmut Bieler: Wir haben keine Bilanz!)* Wir haben noch keine, aber das geht in diese Richtung.

Abschließend möchte ich festhalten, dass wir keine fundamentale Opposition sind und dieser Gruppe unsere Zustimmung erteilen werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Günter Kovacs.

Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Hohes Haus! Lassen Sie mich, bevor ich auf einige Aspekte des Gesundheitsbereiches eingehe, ein Zitat vorlesen, das den Zugang einer im Landtag vertretenen Partei zur medizinischen Versorgung der Burgenländerinnen und Burgenländer brutalst verdeutlicht: Beginn des Zitats: „Wir werden ganz klar sagen, was Sache ist! Zum Beispiel bin ich strikt gegen fünf Spitäler im Land, denn je eines in Oberwart und Eisenstadt müssen reichen. Für die dann leerstehenden Gebäude in Güssing und Oberpullendorf hätte ich schon eine Idee, die ich zur gegebenen Zeit präsentieren werde.“ Ende des Zitats!

Meine Damen und Herren! Dieses entlarvende Statement stammt von einer ÖVP-Politikerin, die bis vor kurzem noch Regierungsverantwortung getragen hat. Gott sei Dank gab es einen Wechsel auf der Regierungsbank, damit die Burgenländerinnen und Burgenländern von diesem Kahlschlag im Spitalswesen verschont bleiben. Sehr geehrte Frau Abgeordnete Resetar! Sie wissen schon, dass ich Sie meine! *(Allgemeine Unruhe - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Haben wir es jetzt?)*

Lassen Sie mich ganz klar sagen: Die SPÖ steht für eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit einer Standortgarantie für alle fünf Krankenanstalten und einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Ihr Motto lautet offensichtlich: „Lange Wege, kurzes Leben.“ Die SPÖ hingegen, mit Norbert Darabos als zuständiges Regierungsmitglied für den Gesundheitsbereich, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also! Puh! Ingrid, hast Du das jetzt eh gehört? Nein? Das hast also nicht gehört?)* wird auch in Zukunft die soziale Verantwortung für die Burgenländerinnen und Burgenländer wahrnehmen, denn unser Motto lautet natürlich: „Kurze Wege, langes Leben!“*(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nach der Tierschutzaussage, jetzt das auch noch!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land Burgenland hat in den vergangenen Jahren viel Geld investiert und damit einen wesentlichen Beitrag für die Standortgarantie geleistet. Dieser erfolgreiche Weg wird mit dem Budget 2016 auch fortgesetzt. Die Standortgarantie ist die eine Zielsetzung, mehr Effektivität und Effizienz zum Wohle der Bevölkerung ist die andere.

Deshalb wurde auch frühzeitig damit begonnen, mit einem Strategieprozess innerhalb der burgenländischen Krankenanstalten eine bedarfsgerechte und leicht zugängliche Gesundheitsversorgung auf hohem Qualitätsniveau auch für die nächsten Jahre zu gewährleisten. Anstatt Spitäler zu schließen, wie sich es sich manche von der ÖVP so wünschen, wird die intensive Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Krankenhäusern genauso weiterentwickelt, wie der Ausbau von interdisziplinären Abteilungen und spitalsübergreifenden Verbünden.

Während die gesamte medizinische Leistungspalette rund um die Uhr künftig auf die Standorte Oberwart und Eisenstadt fokussiert ist, werden die Krankenhäuser in Kittsee, Oberpullendorf und Güssing zu hochspezialisierten Zentren aufgerüstet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aktuell möchte ich das Krankenhaus Oberpullendorf erwähnen, das sein Leistungsspektrum auf die Bereiche Darmkrebsvorsorge und Schilddrüse und den damit im Zusammenhang stehenden operativen Bereich konzentrieren wird. Außerdem wird die Tagesklinik Augen zu einem Fachschwerpunkt aufgewertet, sowie ein Institut für Nuklearmedizin etabliert.

Um die Infrastruktur auf Topniveau zu halten, werden im nächsten Jahr nochmals 4 Millionen Euro in den Generalumbau des Zentral-OP-Bereiches investiert und was mich besonders freut ist, dass vakante Primate mit absoluten Spitzenmedizinern besetzt werden. Als Vizebürgermeister der Freistadt Eisenstadt will ich außerdem auf das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in der Landeshauptstadt hinweisen. Im Zuge der Sanierung wurde das Leistungsspektrum, unter anderem, mit einer Abteilung für Neurologie, einer interdisziplinären Tagesklinik und einer Palliativstation erweitert. Letztere wurde erst vor wenigen Wochen auch in Betrieb genommen.

Meine Damen und Herren! Ein wichtiger Bereich ist natürlich auch die Gesundheitsprävention. Dass die Burgenländerinnen und Burgenländer eine sehr positive Einstellung zur Prävention haben und das Burgenland im Bundesländervergleich bei den Vorsorgeuntersuchungen einen Spitzenplatz einnimmt, liegt an den zahlreichen Projekten und natürlich auch an den Maßnahmen, die den Bürgern auch angeboten werden.

Beispielhaft möchte ich die Darmkrebsvorsorge nennen. In den vergangenen Jahren hat sich das Projekt „Burgenland gegen Dickdarmkrebs“ dank dem Engagement der Ärzte und der Burgenländischen Krebshilfe zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Obwohl das Burgenland bei der Teilnehmerrate nicht nur in Österreich, sondern europaweit eine Vorreiterrolle einnimmt, lautet das Ziel, noch mehr Personen im Burgenland dazu zu bewegen, den Vorsorgetest in Anspruch zu nehmen.

Im Frühstadium liegen die Heilungschancen bei 95 Prozent und deshalb wird das Land Burgenland auch weiter in diese Dickdarmkrebsvorsorge investieren. 2016 sind es rund 400.000 Euro.

Lassen Sie mich auf ein weiteres Projekt im Bereich der Gesundheitsvorsorge noch hinweisen, das sich an die Jüngsten richtet. Bereits 2012 bis 2014 wurde das Ernährungsprojekt „Gesunde Kindergärten im Burgenland“ durchgeführt. Aufgrund des großen Erfolges wurde die Finanzierung der Verlängerung des Projektes bis 2019 bereits beschlossen. Dies ist eines von vielen Beispielen für nachhaltige und vorausschauende Gesundheitspolitik, die sich in vielen Posten des Budgets wiederfindet, wie etwa das kostenfreie Impfprogramm für Kinder bis zum 15.Lebensjahr, die Tuberkulosevorsorge oder die Investitionen in die moderne Medizintechnik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass das Burgenland im Bereich der Gesundheitspolitik die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt hat, zeigt sich, unter anderem, an der überdurchschnittlichen Steigerung der Lebenserwartung der Burgenländerinnen und Burgenländer. Darauf können wir auch stolz sein!

Stolz können wir auch darauf sein, wie unser Gesundheitswesen von den Burgenländerinnen und Burgenländern bewertet wird. Bei einer Umfrage sagen rund 85%, dass sie mit der Gesundheitsversorgung sehr zufrieden sind. Eine klare Mehrheit hat Vertrauen in die Krankenhäuser und spricht in hohem Maße dieser hohen Behandlungsqualität auch zu.

Das ist ein Verdienst der Gesundheitspolitik des Landes, aber natürlich auch ein Verdienst der Mitarbeiter in den Krankenanstalten, der am Land tätigen Ärzte und des

engagierten Pflegepersonales. Dafür möchte ich mich auch recht herzlich bedanken! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Abschließend, meine Damen und Herren: Das Landesbudget 2016 sichert die Fortsetzung dieses erfolgreichen Weges im Gesundheitsbereich und dient als Grundlage für eine Weiterentwicklung und einem Weiterausbau zum Wohle der Burgenländerinnen und Burgenländer. Die Sozialdemokraten werden natürlich diesem Kapitel die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landesrat Mag. Norbert Darabos hat sich von der Regierungsbank zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Meiste wurde schon gesagt. Ich darf mich für die konstruktive Diskussion in diesem Bereich bedanken. Es ist, aus meiner Sicht, eines der zentralsten Kapitel, nicht nur des Budgets für das Jahr 2016, sondern natürlich auch insgesamt sozial-, gesellschafts- und gesundheitspolitisch.

Ich möchte anmerken, dass wir in meinem Bereich, den ich zu verwalten habe, 269 Millionen Euro bei einem Landesbudget von 1,1 Milliarden Euro hier zur Verfügung haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, ein Viertel des Budgets geht direkt in den Sozial- und Gesundheitsbereich. Darüber hinausgehend gibt es noch einige andere Maßnahmen, die im weitesten Sinne als sozialpolitische Maßnahme zu werten sind. Das heißt, insgesamt die Hälfte des Landesbudgets in einem ganz wichtigen Bereich.

Das ist auch wichtig und richtig so, denn das ist jener Bereich, der die Menschen am meisten betrifft und wo wir auch diese Mittel gut einsetzen müssen, aus meiner Sicht, auch gut eingesetzt haben und auch in Zukunft gut einsetzen werden.

Der erste Punkt, den ich kurz ansprechen wollte, ist der Bereich der Krankenanstalten. Im Regierungsprogramm ist festgelegt, dass alle fünf Krankenanstalten erhalten werden sollen - mit den zwei Schwerpunktkrankenhäusern in Oberwart und in Eisenstadt, eines in der Krages-Verantwortung, eines bei den Barmherzigen Brüdern.

Darüber hinaus mit den drei weiteren Krankenhäusern in Kittsee, Güssing und Oberpullendorf, wo wir Schwerpunktbildungen schon ausgearbeitet haben, sie in Zukunft noch verfeinern werden und damit auch garantieren, was im Regierungsübereinkommen auch festgelegt ist, nämlich dass alle fünf Krankenhäuser erhalten bleiben sollen, weil es für die regionale Versorgung einfach ganz wichtig ist unter dem Motto „kurze Wege, langes Leben“.

Mein Vorgänger hat das schon so propagiert und das ist auch sozusagen die weitere Leitschnur für die nächsten Jahre. Ich möchte ganz speziell, weil es der Kollege Rosner angesprochen hat, auf das Krankenhaus Oberwart zu sprechen kommen. Sie können - wir haben das hier im Hohen Haus schon einmal diskutiert - davon ausgehen, dass im Jahr 2021 ein neues Krankenhaus in Oberwart fertig gestellt wird. Wir werden auch darauf schauen, das ist natürlich auch eine politische Eigenversicherung, dass die Kosten im Rahmen bleiben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da stellt sich jetzt die Frage. Welcher Rahmen?)*

Die Kosten, die wir gemeinsam, nämlich SPÖ und ÖVP damals gemeinsam festgelegt habe, müssen immer sozusagen kontrolliert werden, da bin ich schon bei ihnen. Wir werden auch schauen, dass wir diese Kosten auch in diesem Ausmaß, wie wir sie

gemeinsam - ich war damals gar nicht dabei, muss ich ganz offen sagen - im Jahr 2014 auch in einem Regierungsbeschluss festgelegt haben, auch einhalten können. Da geht es um die Richtschnur, um eine gewisse Kostenanzahl pro Bett, das sind 500.000 Euro.

Man kann das ja ganz offen sagen. Wir sind derzeit in der Endphase der Bewertung, was den Generalplaner betrifft und dann wird es einen Generalunternehmer geben. Wenn der Generalunternehmer bestellt ist, dann geht es auch um die Umsetzung dieses Programmes. Da bin ich schon bei Ihnen, denn wir haben noch einiges zu besprechen, was die Parksituation und die Verkehrssituation betrifft.

Aber, ich glaube, das haben Sie auch nicht gemacht. Aber ich sage es nur. Das eignet sich nicht, politisches Kleingeld zu wechseln, sondern es geht darum, im Südburgenland eine optimale medizinische Versorgung zu gewährleisten, und das werden wir auch schaffen.

Wir haben im Burgenland 43 Heime, die im Pflegebereich beheimatet sind, und wir haben auch gemeinsam, damals noch in der alten Regierung, festgelegt, dass Ausbau vor Neubau geht. Wir werden auch in diesem Bereich, wo der Bedarf immer stärker wird - das wissen Sie alle, die Menschen werden älter -, dafür sorgen, dass auch genügend Plätze geschaffen werden können.

Ich möchte heute auch sagen, Herr Bürgermeister Steiner, dass wir auch mit Ihrer Hilfe in Eisenstadt ein Behindertenheim bauen werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das freut mich sehr.)* Auch das beruht auf einer damaligen Zusage des Landesrates Rezar, und das werden wir auch umsetzen. Das möchte ich dezidiert im Landtag auch festhalten, weil die Gerüchteküche brodelt, wie immer in allen Bereichen, und wir werden das … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht von mir.)* - nicht von Ihnen, das stimmt - wir werden das auch umsetzen.

Wir haben darüber hinaus die 24-Stunden-Betreuung, wir haben die mobile Hauskrankenpflege. Das heißt, es ist aus meiner Sicht ein relativ schlüssiges und umfassendes Konzept, das wir im Bereich der Gesundheitsversorgung haben. Wir beobachten natürlich auch sehr genau, und das ist auch budgetär festgehalten, dass wir im Bereich der Alten-, Wohn- und Pflegeheime auch neue Tagsatzmodelle zum Leben bringen möchten, weil ich der Meinung bin, dass für diejenigen, die im Pflegebereich tätig sind, auch eine gewisse Sicherheit gegeben sein muss. Dass man versuchen muss, diesen Bereich nicht nur zu evaluieren, sondern auch insofern zu optimieren, indem man die Kategorien für die Menschen festsetzt, die dann in den Genuss dieser Tagsätze auch kommen sollen.

Einen Punkt möchte ich kurz herausgreifen, den Heizkostenzuschuss. Wir haben gemeinsam auch mit der ÖVP immer diesen Heizkostenzuschuss bei 140 Euro gehabt. Wir haben ihn einmal auf 150 Euro erhöht, weil die Kosten im Ölpreis höher geworden sind. Wenn man das jetzt herunterrechnen würde, dann würde das heißen, dass es eine Erhöhung gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Der Ölpreis war 100 Euro, jetzt ist er 65 Euro. Also ist der Zuschuss mit 140 Euro höher als mit 150 Euro. Aber wir können gerne darüber reden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist echt ein Kunststück, das so zu argumentieren.)* Nein, das ist kein Kunststück, das ist einfach ein Rechenbeispiel, das auch so nachzuvollziehen ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das heißt, dann sind die 160 in Eisenstadt eigentlich 200.)*

Aber grundsätzlich stehen wir zu diesem Heizkostenzuschuss. Ich weiß nicht, was in Eisenstadt sozusagen zusätzlich beschlossen wird. Ich freue mich über jede zusätzliche Beschlussfassung in Eisenstadt, aber grundsätzlich wird dieser Heizkostenzuschuss auch

von den Menschen, die ihn beantragen, - und wir haben 6.900 an der Zahl, die ihn beantragen - auch so akzeptiert.

Der nächste Punkt, den ich ganz kurz ansprechen möchte, ohne zu lang zu werden, ist der Arbeitsmarkt. Das ist keine einfache Situation. Wir haben die höchste Zahl von Beschäftigten im Burgenland. Allerdings auch eine hohe Anzahl von Arbeitslosen. Wir haben einen Ausländerbeschäftigungsanteil ungefähr von 20 Prozent. Wir versuchen, was wir vom Land her machen können, auch zu tun. Ich verhehle nicht, dass ich in den letzten Monaten bemerke, dass beispielsweise das AMS versucht, Leistungen zurückzuführen und dafür das Land nicht verantwortlich zu machen, aber jedenfalls dazu zu bewegen, hier mehr zu zahlen.

Das müssen wir uns genau anschauen. Aber es gibt einige Maßnahmen, die auch zum Greifen kommen sollen. Wie beispielsweise das Programm 50plus, um dann dafür zu sorgen, dass wir vor allem bei jenen Beschäftigten, die älter als 50 Jahre sind und die es ganz schwer haben, wieder in den Arbeitsprozess herein zu finden, geordnete und geeignete Pakete zu schaffen.

Ein besonderer Bereich, den ich zum Schluss ansprechen möchte, ist der Bereich Asyl. Und ich möchte, Herr Kollege Strommer, Sie sind hier, Sie haben mich jetzt einmal gelobt, ich hoffe, ich darf das einmal sagen, bei einer Veranstaltung - *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Noch zu wenig, ich habe das gestern vergessen, ich hole das gerne nach.)* zu wenig, danke - Lob kann man gar nicht genug vertragen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie sind das einzige Regierungsmitglied, das die Vorgangsweise … - Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber das ist gefährlich.)*

Ja, ich bin jetzt gestern von der FPÖ gelobt worden, vom Herrn Kollegen Kölly, das ist jetzt eh schon unheimlich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das kann gefährlich werden. - Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte trotzdem auf die gestrige, nachdem die Sitzung auf zwei Tage aufgeteilt ist, und ich möchte jetzt nicht irgendwie provozieren, aber ich muss ein paar Punkte schon herausstreichen, die Sie gestern im Rahmen der Sicherheitsdebatte angesprochen haben, nämlich was den Asylbereich betrifft. Sie haben von einer falschen Einschätzung von Faymann gesprochen. Man sollte doch auch dazu sagen, dass die Frau Innenministerin Mikl-Leitner für diesen Bereich zuständig ist und dass wir hier auch mit Merkl eine Vorgangsweise gewählt haben, die damals, aufgrund der Situation, so zu wählen war.

Wir haben 300.000 Menschen übers Burgenland gebracht, bei 280.000 bis 290.000 Einwohner, die wir haben. Das haben Sie auch gestern gelobt. Das nehme ich auch so zur Kenntnis. Ich möchte noch dazu sagen, dass das im Burgenland auch besser geklappt hat als in der Steiermark. Viel besser! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da kann die Regierung nichts dafür.)* Da kann man keine geographischen Gegebenheiten hernehmen und auch keine Zäune irgendwie vorschieben und so weiter.

Der zweite Punkt ist die Kommunikation mit den Bürgermeistern. Möglicherweise habe ich geredet, aber ich habe mit jedem Bürgermeister kommuniziert, das wissen Sie. Das können Sie auch an der Tatsache ablesen, dass mir der Bürgermeister von Ollersdorf in einem etwas unflätigen Brief zurückgeschrieben hat. Aber egal. Das wollte ich nur sagen.

Bruckneudorf haben wir auch schon besprochen. Jetzt bin ich schon zu lange. Ich glaube, dass es einfach wichtig ist, ich glaube da haben wir auch gemeinsam eine Vorgangsweise im gesamten Landtag, wo es darum geht, kleine Einheiten zu schaffen

und nicht 450 Einwohner auf einem Truppenübungsplatz zu stationieren, wo traumatisierte Flüchtlinge möglicherweise auch mit Waffen konfrontiert werden.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen wollte, ist die Ziel 1-Förderung, die Sie angesprochen haben. Das haben wir damals auch gemeinsam beschlossen, dass nämlich das Burgenland davon auch profitiert hat.

Den letzten Punkt, ein politischer Punkt mit dem Landeshauptmann Sylvester erspare ich mir hier, weil es dann wahrscheinlich einen kleinen Eklat gibt. Ich wollte eigentlich nur dazu sagen, dass natürlich er ein Opfer war, aber auch ein Täter, und das muss auch einmal im Landtag gesagt werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Insgesamt möchte ich sagen, damit bin ich am Ende, dass eine Steigerung von 19,1 Millionen Euro in diesem Bereich auch gewürdigt werden kann. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wo war er Täter?)* Er war Landeshauptmann eines Regimes, eines diktatorischen Regimes und hat Sozialdemokraten beispielsweise in Haftlager verlagert.

Aber das ist jetzt sozusagen, das habe ich nur gesagt, weil das gestern kurz vom Präsidenten Strommer gekommen ist.

Wichtig ist jetzt das Sozialbudget. 19,1 Millionen Euro plus. Sollte auch vom gesamten Landtag gewürdigt werden, im wichtigsten Bereich, aus meiner Sicht, des Landesbudgets. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Ich bitte um Ihre Wortmeldung Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben die Diskussion zweier Budgetkapitel, die in ihrer Breite, was die Budgetkapitelinhalte anlangt, weit gefächert ist. Das den Diskussionsinhalt, den wir jetzt seit gestern auf heute bezogen kennzeichnen können betrifft, ist, dass es scheinbar wirklich eine gewisse Gültigkeit hat, was in der Formel zusammengefasst wurde. Die Wahrheit ist die Tochter der Zeit.

Man kann vieles, was sich hier quasi in Diskussionsbeispielen abzeichnet und festhalten lässt, in den Vorhaltungen einer Partei der anderen gegenüber gewisse Aussparungen kennzeichnen, gewisse Übertreibungen kennzeichnen. In Wirklichkeit ist aber die Diskussion durchaus gesittet verlaufen.

Was nicht in Ordnung ist und das sollten Sie mit mir gemeinsam als Mandatare dieses Hohen Hauses eindeutig festhalten, dass es nicht sein kann, dass Geschäftsordnungsgegebenheiten, die festgelegt sind, quasi gebrochen werden.

Das ist die Grundlage demokratischen Handelns und das sollte nicht in dem Haus stattfinden, weil es beispielgebend für das Land ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einleitend auf dieses Kapitel mit einem Buch, das von einem gewissen Tarek Leitner stammt, den Sie alle kennen werden und der in diesem Buch festhält: „Unser Bewusstsein wird nicht zuletzt durch unsere Lebensumgebung geformt. Zeige mir, wie du baust und ich sage dir, wer du bist, schrieb schon Christian Morgenstern. Die gebaute Umgebung wirkt auf unseren Charakter. Es darf uns daher nicht gleichgültig sein, wie es um uns herum aussieht."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das als Gesamtrahmen einer Diskussion im Burgenländischen Landtag ist, glaube ich, als Leitmotiv sehr wichtig zu nehmen. Wir

diskutieren eine Vielfalt, haben aber im Grunde genommen das Gesamte nicht im Blickfeld. Und dieses Gesamte des ländlichen Raumes ist natürlich im Unterschied zur Stadt zu kennzeichnen, zum urbanen Bereich.

Wir haben aber Budgetkapiteln wie Landschaftsschutz, Tierschutz. Wir haben Gegebenheiten der Natur im Umweltbereich mit allen Konfrontationen, die wir momentan auch mit der aktuellen in Paris stattfindenden CO_2-Konferenz, Klimakonferenz, haben. Wir sollten das Ganze nicht außer Diskussion nehmen, sondern immer darauf achten, dass es eine Entwicklung gibt, die das Gesamte auch berücksichtigen sollte.

Wenn dieses Land im Grunde genommen von Gemeindeinteressen oder von Personen, die in Gemeinden ihre Lebenszusammenhänge im gesellschaftlichen Bereich haben, dann gibt es übergeordnet das Land und dazu ist auch die Regierung in ihrer Ordnungsfunktion grundsätzlich bestellt worden. Es kann nicht sein, dass partikulare Interessen, die im Widerspruch zu vielem stehen, quasi sanktioniert werden - im Sinne der Landesaufgabe, in Bezug auf die Raumordnung. Hier muss eingeschritten werden und muss mit Bedacht auch gesagt werden, für das Ganze ist das schädlich und daher stimmen wir dem nicht zu.

Ich habe schon in diesem Landtag darüber gesprochen, was es heißt, dass jede Gemeinde ihr Industrie- und Gewerbegebiet haben soll. Das kann im Grunde genommen nur zu Lasten der Natur, der Umwelt gehen. Wir sollten uns im Zusammenhang mit allen Gegebenheiten, sei es zum Beispiel die Abfallwirtschaft, wo wirklich schon mit Richtigkeit ausgedrückt wurde. Die burgenländische Abfallwirtschaft ist die einzige österreichweit, die kommunal organisiert ist und darauf können wir wirklich stolz sein.

Wir sollten aber darauf Bedacht nehmen, dass das, was quasi jetzt im Sinne des Abfallwirtschaftsgesetztes im Bund aufgelöst wurde, nämlich das Monopol der ARA, der Abfallentsorgungswirtschaft, die auch der Landesrat Bieler angesprochen hat, dass diese Auflösung in der EU-Formel im Sinne des Konkurrenzverhaltens nachhaltig auch in Bezug auf die kommunale Entsorgungswirtschaft im Burgenland wirken wird und dass die eingeschalteten privaten Entsorger dort ihr Gesamtproblem damit auch haben werden.

Es geht nicht, dass wir im Grunde genommen auf ein Monopol aufbauen, aber auf der anderen Seite sollte auch mit wirklicher Bedachtnahme Rücksicht genommen auf die einzelnen Gegebenheiten werden und diese sollten dann auch entsprechend Gültigkeit haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf der anderen Seite ist zuletzt von Herrn Landesrat Darabos Gesundheit angesprochen worden. Nicht nur jetzt im Umfang des Budgetentwurfes, was die Summe der Leistungen anlangt, sondern in der gesellschaftlichen Relevanz für unser Land. Gesundheitspolitik - und hier komme ich zum Ausgangspunkt meiner Rede zurück - sollte aber nie an Landesgrenzen enden. Sie sollte Bedacht darauf nehmen, das in Unmittelbarkeit um unser Land herum auch Krankenhäuser und Krankenanstalten Gegebenheiten sind und das im Einklang wird vom Burgenland zum Teil genutzt, sei es jetzt Kittsee, Hainburg. Sei es aber auch in Oberpullendorf, im Eisenstädter Bereich, Oberwarter Bereich, auch das Krankenhaus Wiener Neustadt, was die Onkologie anlangt.

Tatsache ist, dass diese länderübergreifenden, inhaltsbezogenen, gesundheitspolitischen Maßnahmen verstärkt werden sollten, denn das gesamte österreichische Gesundheitssystem wird sich nicht in partikularen Interessen, sei es jetzt länderspezifisch, ergehen können.

Es wird im Grunde genommen durch die Innovationen, die die gesamte Gesundheitssituation über die letzten Jahrzehnte erlebt hat und zukünftig noch gesteigert erleben wird, als zum Teil unfinanzierbar erweisen. Darauf Bedacht zu nehmen, das quasi auch auszudrücken, ist im Sinne des gesamtheitlichen Schauens, glaube ich, von absoluter Notwendigkeit, und das sollten wir auch tun.

Zurückzukommen auf das Bauen. Bauen ist eine Situation, die wir im Burgenland eigentlich schon seit dem Bestand unseres Bundeslandes in der bundespolitischen Gesamteinheit als eine der Besonderheiten kennzeichnet. Dass wir neun Bauordnungen auf gesamtösterreichisch haben, sehe ich positiv auf das Gestehungsgeschehen im Burgenland, denn unsere Bausituation war bis vor einiger Zeit eine total andere.

Das, was wir jetzt bauen, ist geschuldet einer Situation, die ich auch schon angesprochen habe, nämlich der Energieeffizienz und anderen Kategorien, die in energetischem Bereich auch gelagert sind. Die Wirklichkeit ist aber, dass das burgenländische Profil, was das Bauen anlangt, total verloren gegangen ist. Ich glaube nicht, dass das auf sich gesehen und auf die Zukunft bezogen, etwas darstellt, wo der Uniformiertheit quasi das Wort geredet werden soll. Es soll diese Eigenständigkeit, dieses Profil auch erhalten werden, in der Vielfalt der europäischen Situation liegt auch eigentlich die Bedeutung, und darauf sollten wir Rücksicht nehmen. Herzlichen Dank, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Tage Budgetdebatte, wohlwissend, dass das sowieso fix, dass das alles beschlossen wird. Und heute Vormittag die Emotionen hochgekommen sind, und da bin ich bei meinem Vorredner, es kann nicht sein, dass die Opposition immer nur hingestellt wird, wenn nicht genau auf die Sekunde die Redezeit eingehalten wird, wird man abgedreht. Bei anderen Herrschaften kann man weit darüber reden und das Nächste ist, dass der Herr Landeshauptmann machen kann was er will. Herr Präsident sagt dann klipp und klar, ich entscheide und ich habe gesagt, das ist so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir leben noch immer in einer Demokratie, und ich hoffe, wir leben auch weiter in einer Demokratie. Ich verstehe alle Emotionen hier in diesem Hohen Haus, auch wenn man von der Regierungsbank in die Opposition geht. Ein schwieriger Spagat.

Ich verstehe aber nicht eine FPÖ, die von der Oppositionsbank in eine Regierungsverantwortung geht, und immer gegen ein Budget gestimmt hat, und wir schreiben heute nur ein Budget fort und werden das so beschließen. Dann frage ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, welcher Wandel ist da passiert? Ich verstehe, Sie haben nie Verantwortung in einer Gemeinde getragen, weder als Bürgermeister noch als Vizebürgermeister, *(Abg. Wolfgang Sodl: Wie oft hast Du schon die Verantwortung getragen?)* Herr Kollege, ich würde mich sehr ruhig verhalten, weil ich denke, dass wir heute die Möglichkeit haben, auch der Bevölkerung einmal klarzulegen, und genau zu dem Kapitel komme ich heute noch. *(Abg. Doris Prohaska: Da ist jetzt aber kein Zusammenhang gewesen.)*

Auch was die Gemeinde betrifft, und ich habe nie irgendwann einmal in der Vergangenheit gehört, dass irgendjemand gesagt hat, die Gemeinden werden immer mehr unter Druck kommen, wir müssen was machen.

Ich kann mich an Zeiten erinnern, wie ich hier gestanden bin, wo die ÖVP noch Regierungsverantwortung getragen hat, genauso gesagt hat, was soll das Ganze, wir müssen schauen, dass wir ein Budget zustande bringen. Und wenn ich heute gehört habe, es gibt ein angespanntes Budget seitens der FPÖ-Redner, na ja, dann weiß ich schon, dass dort und da einiges nicht funktionieren kann.

Wenn wir heute von einem Heizkostenzuschuss sprechen, von 140 Euro, von 170 Euro, dann sage ich eines klipp und klar: Geht zu unseren Energieverkäufern, -händler, egal was er ist, oder Erzeuger, der Energie Burgenland, und vergleichen Sie die Preise mit anderen Anbietern! Dann brauchen wir nicht über 140 Euro, über 200 Euro sprechen, denn ich habe den Schritt getan, privat, aber auch für die Gemeinde. In der Gemeinde 25.000 Euro Ersparnis. Ich glaube, dass ist Demokratie genug und auch Verantwortung eines Bürgermeisters, wo es heißt, wirtschaftlich, sparsam zu arbeiten. Auch im privaten Bereich: 700 Euro in einem Haushalt.

Jetzt sage ich Euch klipp und klar, wir reden über einen Heizkostenzuschuss, das kann kein Thema sein. Ich verstehe schon, viele Leute, die darauf angewiesen sind. Auch wir in der Gemeinde erhöhen immer das. Aber ich glaube, dort sollte man den Hebel ansetzen.

Ich frage mich, wo das Geld von der Energie Burgenland hinkommt. Ich finde das nicht im Budget drinnen. Welche positiven Zahlen schreiben sie? Das hätte ich mir gerne angeschaut. Außer dass sie Sponsoring machen und dergleichen mehr, und dann zu mir kommen und sagen, schließe mit uns einen Zwei-Jahres-Vertrag oder noch länger ab, dann frage ich mich, dann gibt es Sponsorgelder für den Sportverein - 500 Euro, dort 200 Euro -, das ist nicht mein Zugang, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Überlegen Sie sich, ob es überhaupt gesetzlich zulässig ist, ob Bürgermeister Verträge unterschreiben, ohne einen Gemeinderatsbeschluss. Darauf will ich auch noch hinweisen. Aber ich komme jetzt zu den - glaube ich - ganz wichtigen Punkten. Herr Landesrat Darabos hat es angesprochen. 269 Millionen ist viel Geld, aber die Gesundheit muss uns das wert sein. Das ist das höchste Gut, was wir haben. Es gibt hier dementsprechend auch schon von meiner Seite Anregungen beziehungsweise auch dementsprechende Kritik.

Ich hoffe, der Herr Landesrat Darabos, nach 200 Tagen, glaube ich, hat er sehr vieles auf die Beine gebracht, es soll nicht wieder ein großes Lob sein, sondern eine Feststellung sein. Das ist eine Feststellung. Sie haben etwas zu Stande gebracht, was Ihr Vorgänger leider Gottes anscheinend nicht wollte oder nicht konnte. Ich will ihm ja nicht nachreden, dass er nicht wollte. Er konnte in gewissen Bereichen nicht, und das ist die Problematik.

Der Herr Landesrat Darabos hat wieder Ärzte ins Land gebracht, auch grenzüberschreitend, auch mit Neustadt zusammenarbeiten, oder wie der Vorredner gesagt hat, aber auch mit Kittsee und auch mit Hainburg. Ich denke, dass es auch sehr wichtig ist, das anzudiskutieren. Wenn wir heute um 19,1 Millionen mehr im Budget haben, dann ist es auch sein Verdienst, denke ich, denn er hat sich für sein Ressort auch stark gemacht und hat sich eingesetzt. Aber eines, Herr Landesrat, muss ich Ihnen schon sagen: Wer trägt einen Großteil dazu bei? Die Gemeinden! Ich habe das im Vorfeld gestern schon angekündigt. Aber das ist bei den Kolleginnen und Kollegen Bürgermeister anscheinend vorbeigegangen.

Das kann es nicht sein. Wir können diese Last in den Gemeinden nicht mehr schultern. Wir müssen nachdenken, wie wir das ändern können. Ich glaube auch, dass wir uns als Gemeinde dementsprechend einbringen müssen, aber auch als zuständiges Landesregierungsmitglied, der für Soziales und Gesundheit zuständig ist, welche Lösungsansätze können wir finden, denn sonst explodiert uns das Ganze. Wenn ich mir anschaue, 2009 bis 2016 jetzt, zwischen 57 und 67 Prozent Steigerungen für die Gemeinden, das abgezogen bekommen und das ist genau das Thema, welches ich anscheinend in den Gemeinden nur, wenn man draußen diskutiert, dann sagen die Bürgermeister, das ist ein Wahnsinn, können wir nicht ertragen. Hier wird über die ganze Situation einfach so darüber gegangen.

Ich denke, das Gesundheitswesen, und das sage ich jetzt schon, wir werden dem Kapitel 5 unsere Zustimmung erteilen, weil es wichtig ist, dass wir auch hier ein Zeichen setzen, weil wir glauben, in die richtige Richtung zu gehen, so wie der Herr Landeshauptmann gesagt hat, wir sind am richtigen Weg.

Daher glaube ich, dass es auch sinnvoll ist, auch hier klar und deutlich ein Signal zu setzen, um mitzuarbeiten für die Menschen in diesem Land, weil sie sich das verdient haben.

Eines muss man auch klar sagen. Spital Oberwart. Thema schon Jahre. Okay, soll so sein. Was fordern wir seitens Bündnis Liste Burgenland? Begleitende Kontrolle! Ich weiß schon, der Rechnungshof darf nicht begleitende Kontrolle machen. Das ist ein Bundesgesetz. Aber wir könnten uns die Möglichkeit wirklich bei der Nase nehmen und sagen, von jeder Fraktion soll einer mit dabei sein und soll mitreden können, mitbestimmen können, aber auch schlussendlich die Kontrolle ausführen. Was vergibt man sich dabei? Na gar nichts. Im Gegenteil, Herr Landesrat, Sie haben dann die Möglichkeit und können sagen, ihr wart eh alle mit dabei. Machen wir das, packen wir das an! Das ist ein riesengroßes Projekt, welches wir wahrscheinlich 50 Jahre nicht mehr haben werden oder 100 Jahre nicht mehr haben werden. Machen wir daraus eine vernünftige Lösung! Und da brauchen wir nicht reden über Parkplätze und dergleichen mehr. Sondern ein Gesamtkonzept erstellen, wo wir uns alle einbringen, und dann können wir uns alle eigentlich dort wiederfinden, dass man sagt, wir haben eine Kontrollfunktion ausgeübt. Das wäre wichtig.

Ich erinnere an die FPÖ. Die Frau Präsidentin, die immer gesagt hat, eine Katastrophe da unten, was sich da abspielt. Herr Landesrat Rezar, das habe ich noch immer in meinen Ohren, das ist ja ein Wahnsinn, sieben Millionen sind schon wieder ausgegeben worden für irgendwelche, ja, was gar nicht vorhanden war und dergleichen mehr. Daher noch einmal: Alle gemeinsam, eine begleitende Kontrolle!

Ich möchte aber auch klar und deutlich zu anderen Punkten etwas dazusagen. Wohnbauförderung wird immer so hochgepriesen. Die Beste und die Schönste überhaupt in ganz Österreich und europaweit. Ja! Auch die ÖVP hat immer mit Herrn Gradwohl, der hat ja darüber Loblieder und Lobeshymnen gesungen, soll so sein. Nur wir sagen klipp und klar seitens Bündnis Liste Burgenland, bitte eine Zweckbindung der Mittel. Dann können wir mehr schaffen, mehr Arbeitsplätze schaffen, mehr Firmen, die hier arbeiten können, und vielleicht auch die Pendlersituation anders gestalten, was der Herr Landeshauptmann immer anspricht.

Von 30.000 vor 15 Jahren sind wir auf 58.000 und er hat immer die Rückholaktion gehabt. Ich kann mich gut erinnern, neu in der FPÖ noch, ja super, und jetzt seid Ihr leider auf der anderen Seite oder Gott sei Dank, ich weiß nicht. 200 Tage sind nicht viel. Ich gebe Euch noch eine Chance, 200 Tage, und dann schauen wir uns das weiter an.

Aber nicht jetzt die Werte über Bord schmeißen, sondern tatsächlich auch dazu stehen. Dass ich sage, ja, das war damals unsere Meinung und wir stehen dazu und können gewisse Dinge auch jetzt ändern. So wie der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gesagt hat. Wir brauchen Grenzzäune, wir machen das alles. Wo ist denn das alles?

Es sind immer mehr Einbrüche da wie je zuvor, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Ihr Sicherheitsgefühl hätte ich gerne, weil Sie versprochen haben, dass man in den Ortschaften einmal was tut. Ich freue mich darauf, dass Du mich einmal besuchst und dass man vielleicht dieses Thema anspricht.

Wir werden aber trotzdem der Gesundheit, und das ist uns ganz wichtig, unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seinen Redebeitrag. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Die Kollegin Salomon hat einen sehr moralisierenden Einstieg in ihre Rede gewählt, auf den ich replizieren möchte und muss. Kurz nach Ihrem Redebeitrag, und ich werde auch die Personen beim Namen nennen, im Gegensatz zu Ihnen, hat sich der Herr Kollege Kovacs zu Wort gemeldet, er hat übergeleitet von 170 Asylwerbern in der Unterbringung, in einem Quartier in Eisenstadt, hat sofort den Übergang geschafft zum Sonnenhof Tierschutzhaus. Das war auch meines Erachtens völlig deplatziert. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ – Abg. Robert Hergovich: Lasst ihn reden!)*

Ich möchte Ihnen auch sagen, dass es völlig deplatziert ist, der Kollegin Resetar zu unterstellen, dass sie irgendjemandem ein kurzes Leben wünscht, das ist für mich letztklassig gewesen. Das möchte ich hier deutlich betonen.

Jetzt zu den politischen Aussagen. Politische „Säuberung“ ist ein hartes Wort, da bin ich ganz bei Ihnen. Aber ich war mit Ihnen hier anwesend, wie der Herr Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter bei der Angelobung ganz deutlich gesagt haben, Kooperation, Zusammenarbeit, Ideen und Vorschläge aller Oppositionsparteien ernst nehmen.

Der erste Beschluss des Burgenländischen Landtages mit rot-blauer Mehrheit war, dass aus Ausschüssen und Beiräten die Mitglieder des Landtages durch Vertrauensleute aus den Regierungsparteien ersetzt werden. Wenn Sie das jetzt gegenüberstellen, binnen einem Monat, was da passiert ist, dann können Sie mir bitte auch zugestehen, *(Abg. Klaudia Friedl: Das rechtfertigt nicht dieses Wort, das Sie erwähnt haben.)* dass ich eine sehr harte Kritik an dem äußern werden. Wenn man das nämlich uns nicht zugesteht, dann verstehe ich nicht, warum es möglich ist, dass der Herr Kollege Molnár gestern die Aussage vom Kollegen Kovasits verteidigt. Wenn es auf der einen Seite also möglich ist, hart ins Gericht zu gehen und eine Diktion zu wählen, die natürlich moralisierend ist, aber auch provokant, dann bitte ich um Gerechtigkeit, dann bitte ich aber auch um faire Spielregel für alle Fraktionen hier im Landtag. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte nicht mehr auf die Zwischenrufe der Kollegin Sack und der Kollegin Prohaska als Manfred Kölly am Wort war, eingehen, *(Abg. Doris Prohaska: Was habe ich gesagt?)* es ist eh sofort zurückgezogen worden und ein wenig klargestellt worden. *(Abg. Doris Prohaska: Was?)*

Ich möchte meine Wortmeldung zum Thema das Wort „Regime“ klarstellen, dass hier gar keine falschen Vermutungen aufkommen. Ich glaube, ich bin unverdächtig, dass ich hier falsche Vorstellungen haben, deswegen sage ich Ihnen, was das für mich bedeutet.

Das bedeutet für mich, dass es hier eine Ordnung gibt und das habe ich damit gemeint und nicht mehr und nicht weniger. Wenn Sie das Wort per se schlecht finden, es ist eben ein Wort unseres Sprachgebrauches. Eines möchte ich noch festhalten, Kollegin Salomon, ich hätte mir Ihre Unterstützung gewünscht *(Abg. Doris Prohaska: Brief ans Christkind.)* In der Vergangenheit haben Sie sich hergestellt und haben uns gesagt, wie wir uns verhalten sollen.

Als ein Mitglied, als ein sozialdemokratisches Mitglied dieser Landesregierung in der vergangenen Gesetzgebungsperiode mich schäbig genannt hat, das ist dem einzigen Mandatar zu Teil geworden, in dem ganzen Hohen Haus, der heute noch hier ist. Haben Sie da das Wort ergriffen? Nein! Also bitte, wenn wir mit dem gleichen Maß messen, dann für alle Parteien, dann tun Sie das bitte auch in den eigenen Reihen und überlegen wir uns gemeinsam, da bin ich ganz beim Kollegen Steier, was wir dem Hohen Haus an Anstand und Würde schuldig sind. Aber dann bitte erst vor der eigenen Haustüre kehren, dann bei den anderen die Fehler suchen! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann für Ihre Ausführungen. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zu Abstimmung.

Es liegt zu dieser Gruppe ein vom Landtagsabgeordneten Ulram eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.- *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Fast! – Abg. Doris Prohaska: Ihr habt es gestern auch nicht gewusst und wir haben zweimal abstimmen müssen! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Oberlehrerin!)*

Danke, das ist die Minderheit. *(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Ich ersuche höflich um Ruhe, wir sind im Abstimmungsvorgang und ich ersuche höflich um Aufmerksamkeit. Danke.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 4 in der vorliegenden Fassung, wie vom Generalberichterstatter beantragt, ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 4 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Gruppe 5.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 5 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 5 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

IV. Teil

Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Beratung des IV. Teiles des Voranschlages, er umfasst die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter um Ihren Bericht.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Für die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, sind in der Regierungsvorlage Einnahmen in der Höhe von 4.659.900 EURO und Ausgaben in der Höhe von 52.168.300 EURO vorgesehen.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme der Gruppe 6 empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppe 6 unverändert anzunehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Generalberichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Rede.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Liebe Gäste auf den Zuschauerrängen! Es freut mich, dass auch die Schulklasse wieder da ist!

Zwei Repliken, Kollege Kovacs ist leider gerade nicht da. Zum Thema Tierschutz, es ist schön, wenn Ihr das Tierschutzhaus im Norden so löblich erwähnt. Er wohnt in Eisenstadt und kennt den Zustand im Süden offenbar nicht. Ich möchte darauf hinweisen, dass vor vielen Jahren, auch wenn es schon einige Zeit her ist, einmal geplant war, im Süden und im Norden ein Tierschutzhaus zu errichten. Jetzt haben wir im Norden eins, davon haben wir im Süden reichlich wenig.

Die Frau Landesrätin Dunst hat das erwähnt, da lastet die Tierschutzarbeit in erster Linie auf vielen freiwilligen Ehrenamtlichen die hoffentlich, zumindest entnehme ich das den positiven Worten der Landesrätin, in Zukunft ein bisschen besser unterstützt werden.

Der erste Schritt dahin ist der Tierschutzpreis für das Ehrenamt, der, hoffe ich, nicht nur heuer vergeben wird, sondern zukünftig jährlich. Soweit noch kurz zum Tierschutz. Zweite Geschichte, ich verstehe schon, dass es irgendwie ein bisschen einen Rosenkrieg gibt. Da gab es früher einmal eine Verbindung zwischen Rot und Schwarz. Sie waren in einer Koalition, die gibt es jetzt nicht mehr.

Ich möchte Euch nur ersuchen, Euch ein bisschen klar zu machen was für ein Bild dieses Hickhack auf junge Leute, die da oben sitzen, macht. Wir haben teilweise sehr konstruktive, sehr gute sachliche Diskussionen und die werden gerade heute und gestern, meiner Ansicht nach, zu offen und zu scharf und zu heftig von diesem Hickhack unterbrochen. Ich glaube, es ist in unser aller Interesse, wenn wir hier ein bisschen mehr auf sachliche Kritik zurückkommen und diesen Rosenkrieg langsam beenden. *(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Edith Sack)*

Nun zum eigentlichen Thema, es geht in der Gruppe 6 um Infrastruktur, Verkehr und Straßenbau. Ich möchte hier ganz wesentlich auf eine Bevölkerungsgruppe hinweisen, die laut dem VCÖ in den nächsten 20 Jahren ganz maßgeblich steigen wird. Und zwar ist das die Bevölkerungsgruppe der über 74-Jährigen. Das Burgenland ist hier neben Kärnten Spitzenreiter. Wir können davon ausgehen, dass im Jahr 2030 die Zahl der über 74-Jährigen auf 34 Prozent steigen wird. Das heißt, wir haben Menschen,

zunehmend immer mehr im Land, die ganz andere Herausforderungen an den öffentlichen Verkehr, an die Infrastruktur stellen, wie Menschen die jünger sind.

Jede achte Person ist im Jahr 2030 also über 75 Jahre alt. Gleichzeitig sinkt die Zahl der unter 65-Jährigen um ungefähr 10.000. Jede vierte Person wird dann über 65 Jahre sein. Was heißt das jetzt für die Infrastruktur? Was heißt das für den öffentlichen Raum? Wichtig sind Fußwege. Das Gehen zum Beispiel mit einem Rollator braucht eine gewisse Gehsteigbreite, braucht genauso wie für Kinderwägen abgeschrägte Gehsteigkanten, um die Fahrbahn zu überschreiten. Alte oder ältere Menschen brauchen zunehmend mehr den öffentlichen Verkehr. Wir haben heute schon das Problem, dass sich viele Menschen zu Recht nicht mehr trauen, selbst mit dem Auto zu fahren.

Leider sind viele dazu gezwungen und tun es, obwohl sie eigentlich nicht mehr wirklich verkehrstauglich mit dem Auto sind, weil sie einfach auf das Auto, gerade im Südburgenland festgenagelt und angewiesen sind. Gestern konnte ich nach der langen Landtagssitzung noch einen Teil des Beitrags „Wir sind Auto“ im ORF sehen, den kann ich sehr ans Herz legen, den über die TV-Thek nachzuschauen.

Da war das ganz stark ein Thema, dass natürlich in den früheren Jahren die Struktur des öffentlichen Raumes sehr auf das Auto ausgelegt worden ist. Jetzt sehen wir zunehmend welche Probleme wir vor allem jetzt nicht nur älteren Menschen, sondern auch jungen Menschen die vielleicht noch keinen Führerschein haben, noch kein Auto haben, welche Probleme wir damit den Menschen in den Weg legen.

Diese Menschen sind öffentlich fast nicht mehr mobil. Wir haben auch gleichzeitig das Problem, dass in den Gemeinden viel weniger Infrastruktur da ist. Die Nahversorger verschwinden, die Banken ziehen sich aus den kleineren Gemeinden zurück. Das heißt, die Wege zur Bank, Arzt, Ämtern werden tendenziell weiter. Damit schaffen wir eine Abhängigkeit, ja sogar zum Zweit- und Drittauto, die wir jetzt langsam beenden sollten, wo wir umdenken sollen. Es gibt erste Ansätze, das ist sehr positiv. Trotzdem wird noch viel zu stark auf das Auto, die Straße und den Individualverkehr gesetzt.

Die GRÜNEN betonen immer, wie wichtig der ökologische und klimarelevante Vorteil des öffentlichen Verkehrs ist. Genauso wichtig sind aber die sozialen Aspekte. Wie gesagt, gerade im Südburgenland, vor allem in der schulfreien Zeit, ist es ein riesen Problem.

Der Sommer, Juli, August will ich gar nicht reden. Es reicht, wenn ein, zwei Tage schulfrei sind. Ich habe das Beispiel schon oft gebracht. Der Bus, der hier von Eisenstadt in den Süden hinunter fährt, fährt unter der Woche wenn Schule ist, der späteste um 18.10 Uhr. Das ist viel zu früh. Wenn schulfrei ist, fährt der späteste um 16.20 Uhr. Das ist nicht so getimt, dass es für Otto und Resi NormalverbraucherIn, so sage ich jetzt einmal, tauglich ist.

Hier gehört sich das ganze Konzept einmal genau angeschaut. Busse erweitert, Busse verbessert und ein besseres, öffentliches Verkehrssystem geschaffen, vor allem im Süden. Im Nordburgenland haben wir teilweise einen sehr guten Busverkehr, wo es sogar Haltestellen gibt, wo angeschrieben steht, wann der nächste Bus wohin kommt. Davon können wir im Südburgenland nur träumen, ähnlich wie beim Tierschutz.

Auch wenn das immer wieder abgestritten wird, es gibt leider ein gewisses Nord-Südgefälle. Natürlich ist im Süden vieles schwieriger, weil es noch mehr zersiedelt ist. Geschichtlich bedingt, keine Frage, aber trotzdem müssen wir hier Gelder in die Hand nehmen und vor allem uns das genau anschauen, wie wir das in Zukunft schaffen werden,

älteren Menschen, aber auch jungen Menschen Mobilität zu ermöglichen abseits vom Fahrzeug der Eltern, Familienmitgliedern, Nachbarn und ähnlichen.

Ich glaube, das wird eine ganz große Herausforderung neben dem Bereich der Pflege und Altenbetreuung, dass wir hier eine Möglichkeit schaffen mobil zu sein, fernab vom Autoverkehr. Auch wenn ich und viele andere die neue Elektromobilität hier als eine Möglichkeit sehe ökologischer unterwegs zu sein, wir dürfen nicht den Fehler machen den Verbrennungsmotor durch den Elektromotor nur zu ersetzen und am Verkehrssystem nichts zu ändern.

Das schafft zwar einige Probleme, kleinere im Natur-, Umwelt- und Klimaschutzbereich, aber die erwähnten Probleme für ältere Menschen und auch für jüngere und auch für Menschen, die sich zum Beispiel kein Zweit-, Drittauto leisten können, bleiben dieselben. Ich glaube, dass das eine ganz große Herausforderung sein wird fernab, was heißt fernab, ganz knapp neben dem Klimawandel. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Jugend auf den Zuhörertribünen! Die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr ist kein, vom finanziellen her, so umfangreiches Thema.

Ich möchte die nackten Zahlen kurz überfliegen. Es hat leichte Rückläufigkeiten gegeben was die Summen anbelangt. Im Straßenbau von 49 auf 45 Millionen, Baudirektion von 25 auf 24 reduziert, allgemeiner Wasserbau von 4,4 auf 3,5, Schutzwasserbau ist gleich geblieben.

In Summe ist quasi von 56,8 auf 52,1 Millionen Euro reduziert worden, was höchstwahrscheinlich, meiner Meinung nach, auf abgeschlossene Projekte zurückzuführen ist und so weiter. Lassen Sie mich einige Bemerkungen zum Verkehr ganz allgemein machen. Verkehr ist etwas, ist ein Bereich von dem jeder quasi betroffen ist, egal welche Altersgruppe, egal welche Berufsgruppe, das ist etwas ganz Wesentliches, ob Unternehmer, ob Arbeitnehmer, ob Schüler.

Verkehr ist ein wesentlicher Bereich, die andere Seite ist, dass es oft schwierig ist, die Infrastruktur zu managen, bereitzustellen. Das könnte an Planungsproblemen liegen, an Kosten sogar, dass etwas nicht durchführbar ist und daher gewisse Projekte nicht durchführbar sind und in der Bevölkerung irgendwo der Eindruck entsteht, da geschieht zu wenig.

Das Prinzip sollte sein und ist natürlich Straßen zu bauen, wo möglich und wo notwendig. Tatsache ist auf jeden Fall, dass es kein Zufall ist, dass sich Firmen an Punkten ansiedeln wie zum Beispiel in Kemeten oder in Grafenschachen. Das ist offensichtlich, dass der einzige Grund dafür eine möglichst nahe Autobahnanbindung besteht.

Damit komme ich schon zum Bereich südliches Burgenland, wo natürlich, der Vorredner hat es schon erwähnt, schwierige Voraussetzungen sind. Wenn ich an den Bezirk Güssing denke, da ist weit und breit keine, aus verschiedensten Gründen, keine Autobahnanbindung zu finden. Es freut mich aber, dass, das haben wir schon gestern gehört, auch vom Herrn Landeshauptmann gewisse Dinge geplant sind, die in Angriff

genommen werden, etwa, dass die Bahn Jennersdorf Gotthard elektrifiziert werden soll. Die S7 soll in Angriff genommen werden. Ich hoffe das sehr.

Die Bahntrasse Oberwart-Szombathely als grenzüberschreitendes Projekt ist geplant und das dauert natürlich seine Zeit. Das verstehe ich, weil es eben ein grenzüberschreitendes Projekt ist und Verhandlungen mit Ungarn notwendig sind. Dann komme ich zu einem Punkt, dass es im Burgenland fast, ich hoffe ich täusche mich nicht und habe das richtig in Erinnerung, fast 4.000 Kilometer Güterwege gibt. Ein Güterwegenetz von 4.000 Kilometer!

Damit komme ich als Beispiel zu meiner Heimatgemeinde Tobaj. Tobaj besteht aus sechs Ortsteilen, wir haben sechs Feuerwehren, wir haben sechs Friedhöfe, ein bisschen viel sechs im Ort, ich meine natürlich sechs Mal, um nicht missverstanden zu werden. Es wurde im Vorjahr die Ortsdurchfahrt Tobaj total neu gestaltet. Heuer sind wir mit der Ortsdurchfahrt Deutsch-Tschantschendorf fertig geworden.

Die Gemeinde Tobaj hat, wenn man den Neusiedler See flächenmäßig nicht dazu zählt, den drittgrößten Hotter des Landes und wir haben nicht einmal 1.500 Einwohner. Dass das natürlich schwierig ist für die gesamte Infrastruktur ist verständlich. Ich verstehe dann oft unseren Bürgermeister, der mit der Situation leicht überfordert ist. Er ist zwar auch ein, ich sage einmal, so ein Zampano und Alleskönner wie der Kollege Kölly, der leider nicht hier ist.

Auch unser Bürgermeister kennt alles, kann alles, weiß alles, es ist sensationell. *(Abg. Walter Temmel: Das ist bei Bürgermeister so!)* Ich schaffe das leider nicht. Ich schaffe das leider nicht und mich frisst der Neid, ehrlich gesagt, dass ich nicht so ein Wunderwuzi bin. Aber was ich damit sagen will, es sollte doch in diesem Bereich Überlegungen geben, dass Bedarfszuweisungen zum Beispiel doch auch bedarfsgerecht verteilt und vergeben werden.

Übrigens jetzt fällt mir etwas ein, apropos Kölly. Schade, dass er nicht hier ist. Ich hoffe, er hört mich aus der Ferne. Weil heute schon vom Sport die Rede war und vom Fußball, möchte ich das Hohe Haus mit einem Vorfall konfrontieren, der sich ereignet hat und zwar hat es im Herbst ein Fußballspiel gegeben, Deutschkreutz gegen Eberau. Da ist leider im Zuge dieses Spieles etwas passiert. Es haben sich zwei Spieler verletzt. Das Spiel war, ich glaube, 20 Minuten unterbrochen.

Es hat sich ein Abgeordneter, angeblich aus Deutschkreutz, bemüßigt gefühlt auf den Platz zu laufen und lautstark einige Dinge zu äußern, die ich hier leider nicht wiederholen kann. So auf die Art, euch haben wir gerade noch gebraucht, wäret ihr doch im Süden geblieben ihr Mörder, glaube ich, ist gefallen und Ähnliches. Ich habe das von einem Spieler erfahren.

Es kann sich jeder seinen Reim darauf machen, was er davon hält. Ich glaube, dass solche Aussagen, so ein Verhalten, ich sage einmal einen gewissen geistigen Horizont zeigt und ich würde vorschlagen, dass das vom Abgeordneten Kölly *(Abg. Manfred Kölly: Ich werde das richtigstellen!)* verlangte Alkoholverbot für ihn ausdrücklich auch auf den Sportplatz ausgeweitet werden soll. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Zur tatsächlichen Berichtigung, beziehungsweise zur Richtigstellung, hat der Herr Abgeordnete gesagt, meldet er sich zu Wort. Bitte, Herr Abgeordneter Kölly. *(Abg. Klaudia Friedl: Beim falschen Mikrofon! – Abg. Edith Sack: Du kannst von dem auch reden!)*

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege, Herr Abgeordneter Kollege! Vom Fußball hast Du anscheinend keine Ahnung. Ich möchte

nur eines klar und richtig stellen. Diese Worte sind nie gefallen. Wenn Sie wirklich diesen Kollegen oder diesen Spieler zu mir schicken und Sie dabei sind, dann werden wir das auch so richtigstellen. *(Abg. Mag. Johann Richter: Gerne!) Zum* Alkoholverbot. Was vergibt man sich, wenn man in einem Landtag keinen Alkohol trinkt während der Arbeit? *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist keine Richtigstellung!)*

Danach kann man ein gutes Glas Wein trinken aus dem Blaufränkischland und ein gutes Bier, habe ich nichts dagegen. Aber jetzt muss ich das klarstellen und richtigstellen, dass diese Worte nie gefallen sind.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Bürgermeister um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Werte Zuhörer auf den Rängen! Ich möchte auch die Mitarbeiter und Abteilungsleiter des Wasserbaus und Straßenbaus begrüßen und mich für ihre Tätigkeit recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Eine gute Verkehrsinfrastruktur wird als zentraler wirtschaftlicher Standortfaktor angesehen. In schlecht erreichbaren Regionen führt der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu relativ klaren positiven Effekten. Es ist vielleicht ein bisschen weit hergeholt, aber ich möchte das Beispiel anführen. Und zwar am Beispiel von Irland sieht man was möglich ist. Dort wurde die finanzielle Unterstützung durch die EU effizient eingesetzt und in eine moderne Infrastruktur und Verkehrsnetze investiert.

Heute genießen die Menschen in Irland erheblich verbesserte Verkehrsnetze, eine saubere Umwelt, wachsende Wirtschaftsleistung sowie verbesserte und billigere Mobilität innerhalb der EU. Der Herr Richter hat es auch angesprochen. Wir haben mit EU-Geldern in die grüne Wiese Wirtschaftsparks errichtet und kämpfen heute und seit Jahren damit, dass diese an die entsprechenden Verkehrssysteme und Verkehrsnetze angeschlossen werden. Siehe am Beispiel S7.

Daran sieht man auch, Verkehrspolitik zählt zu den wichtigsten Politikfeldern insgesamt. Ohne Mobilität ist effizientes Wirtschaften nicht möglich. Ein funktionierendes Verkehrssystem ist für eine Volkswirtschaft, die wettbewerbsfähig sein will, völlig unverzichtbar und eine unabdingbare Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Die Erhaltung und der bedarfsgerechte Ausbau von Verkehrswegen ist daher weiterhin Daueraufgabe der Verkehrspolitik. Verkehrsinfrastruktur kann oft aus verschiedenen Gründen, entweder aus Kostengründen oder aus Planungsgründen, kurzfristig und manchmal auch mittelfristig nicht umgesetzt werden. Daher sollte man, meiner Meinung nach, auch mit leeren Ankündigungen, Versprechen, vorsichtig sein. Ich will aber auch erwähnen, dass es unzählige Versprechen zum Ausbau der Bahn im Südburgenland in den vergangenen Jahren gegeben hat.

Große Versprechen zum Bahnausbau im Landessüden fanden schon immer verstärkt auch vor den Landtagswahlen statt. Ich muss das hier sagen, schon 2002 war die Rede von der Realisierung der grenzüberschreitenden Bahnverbindung. Heute haben wir 2015. Ich gebe schon zu, das ist alles sehr komplex und ist auch mit sehr viel Kosten verbunden.

Aber ich glaube, man muss schon sehr sensibel mit solchen Ankündigungen umgehen. 2009 war die Rede von der baldigen Wiederaufnahme der Personenzüge bis Großpetersdorf. Die Züge fahren bis heute nicht, mittlerweile fahren nicht einmal mehr

Güterzüge. Ich verstehe schon die Bevölkerung, die dann irgendwann auch den Glauben an die Verkehrspolitik verliert, wenn man sieht, wie lange sich solche Projekte hinziehen.

Es ist eine Art der Politik die manche Menschen und viele Menschen nicht nachvollziehen können. Daher sind Ausbau, Verkehr und Infrastruktur gerade im Südburgenland ganz wesentliche Themen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Es geht ganz einfach darum, Straße und Schiene unter einen Hut zu bringen.

Ich begrüße auch die Initiative im Bereich der Bahnhofsrestaurierungen und behindertengerecht machen von Neusiedl, Bruckneudorf, Mattersburg und Wulkaprodersdorf. Der Herr Landeshauptmann hat das angesprochen, 50 Millionen Euro wurden hier investiert. Ist zu begrüßen, aber ich würde es auch sehr begrüßen, wenn auch im Süden ähnliche Investitionen, was die Bahn betrifft, auch möglich wären. Viele Projekte warten auf die Umsetzung, S7 wurde schon angesprochen, Schleife Eisenstadt, Schleife Ebenfurth und Ausbau Pottendorf.

Dann Direktanbindung des Nordburgenlandes an den Flughafen Wien, Elektrifizierung der Linie Sopron-Mattersburg-Wiener Neustadt, Elektrifizierung der Linie Jennersdorf-St. Gotthard, die berühmte Projektgrenzbahn. Verkehrspolitisches Ziel des Landes muss es daher sein, Mobilität dauerhaft zu erhalten, um nachhaltig zu gestalten.

Ja, laut Regierungsprogramm der SPÖ/FPÖ-Regierung soll auf Basis der Gesamtverkehrsstrategie die Verkehrsinfrastruktur im Burgenland weiter ausgebaut und das Angebot im öffentlichen Verkehr bedarfsgerecht weiter entwickelt werden, muss ich sagen, ist grundsätzlich auch zu begrüßen.

Es sollen auch bestehende und künftige Verkehrsangebote in regionalen Zentren besser aufeinander abgestimmt werden, Bus-Bahn, Bus-Bus. Ich verstehe schon, auch die Taktknotenabstimmung ist gestern, glaube ich, angesprochen worden. Nur Fakt ist, dass aber leider durch Fahrplanänderungen der ÖBB viele burgenländische Schüler, und ich glaube hier oben sitzen einige, vor großen Problemen stehen.

Unsere Kinder verdienen die beste Voraussetzung, um ihren oft stressigen Schulalltag gut zu meistern. Das beginnt bereits bei einer guten Verkehrsanbindung, um die Bildungsstätten zeitgerecht und ohne große Hürden erreichen zu können. Ja, 99 Prozent der burgenländischen Bevölkerung können den nächsten Bezirksvorort mit dem Pkw innerhalb von 30 Minuten erreichen, auch dank der zentralen Lage unserer Bezirksvororte.

Im öffentlichen Verkehr schaut das ein bisschen anders aus und zwar haben derzeit nur leider 60 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer diese Möglichkeit. Für ihre Wege stehen der Bevölkerung, ist auch schon angesprochen worden vom Kollegen Spitzmüller, 181.700 im Burgenland angemeldete Pkw zur Verfügung. Bei einer Gesamtbevölkerung von 287.000 Personen entspricht dies, laut Statistik Austria, der höchsten Motorisierungsrate Österreichs.

Das heißt, bei uns im Burgenland kommen 632 Pkw auf 1.000 Burgenländerinnen und Burgenländer. Ja, da darf man sich nicht wundern, wenn man oft wo Parkplatzprobleme hat. Dies sollte uns schon zu denken geben. Denn in der Verbesserung und Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs haben wir, glaube ich, akuten Handlungsbedarf. Das Land muss sich hier sehr bestimmt gegenüber dem Bund positionieren und nicht nur Forderungen aufstellen, sondern auch die Umsetzung durch den Bund sollte erreicht werden.

Insbesondere hinsichtlich der generell stiefmütterlichen Behandlung des Burgenlandes bei der Verteilung der Investitionen im Straßen- und vor allem im

Schienenbereich. Vor wenigen Wochen hat das Infrastrukturministerium den ÖBB-Rahmenplan 2016 - 2021 vorgestellt. Darin werden für die kommenden Jahre Investitionen von fast 50 Milliarden Euro in ganz Österreich aufgelistet und davon lediglich 22 Millionen Euro für Projekte im Burgenland.

Ich glaube, da ist auch Handlungsbedarf gegeben, um hier auch Bundesgelder für unser Land lukrieren zu können. Das bedeutet auch, dass es nicht einmal zweitausendstel der Gesamtsumme pro Kopf wären. Das sind weniger als 75 Euro und für alle anderen Österreicher fast 6.000 Euro.

Ich will vielleicht noch kurz eingehen und zwar auch in der Gruppe 0, Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung, sind Kosten von 720.000 Euro an den Verkehrsverbund Ost-Region drinnen. Das ist ein Gesellschafterzuschuss und 4.275.000 sind drinnen an Grund- und Finanzierungsverträgen für die Verkehrsverbund Ost-Region, Zahlungen aufgrund vertraglicher Verpflichtungen. Ich möchte auch hier das Hohe Haus informieren. Es hat mich etwas irritiert und zwar der Artikel im Standard vom 1. Dezember 2015. Ich weiß nicht wer ihn gelesen hat. “Kartellverstöße, Razzien bei ÖBB und Verkehrsverbünden, Finanzflüsse suspekt“. Hintergrund der Vorort-Recherche: Der EU-Kommission sind die Finanzflüsse zwischen öffentlicher Hand, ÖBB und den im Einflussbereich der Bundesländer stehenden Verkehrsverbünde suspekt.

Ja, sie vermissen Transparenz, auch bei der Preisgestaltung, und wittern mögliche illegale Beihilfen. Ja, werden wir uns vielleicht weiter anschauen und verfolgen. Trotzdem wird meine Fraktion dieser Gruppe und zwar der Gruppe 6, Verkehr, ihre Zustimmung erteilen und, wie gesagt, ich bedanke mich bei den zuständigen Beamten für die wirklich vorbildliche Arbeit. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wird meine Fraktion wird dieser Gruppe, und zwar der Gruppe 6 Verkehr, ihre Zustimmung erteilen und wie gesagt, ich bedanke mich bei den zuständigen Beamten für die wirklich vorbildliche Arbeit.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Werte Besucherinnen und Besucher! Kollege Richter hat es angesprochen, er hat einen direkten Zusammenhang zwischen der Anbindung an das hochrangige Straßennetz und der Entwicklung von Wirtschaft und Wirtschaftswachstum hergestellt. Dem können wir nur zustimmen.

Kollege Rosner, danke für die über weite Strecken bis auf die letzte Unterstellung, oder angedeutete Unterstellung, *(Abg. Georg Rosner: Zeitungsbericht.)* weitestgehend fairer und sachlicher Debattenbeitrag.

Geschätzte Damen und Herren, Landesstraßenbau - Bauprogramm 2016. Verkehrspolitik ist nicht nur Landesstraßenbau und eben das Bauprogramm, sondern viel mehr aber doch ein wichtiger Bestandteil. Im Budget sind eingearbeitet fast 30 Millionen Euro, ein wesentlicher Teil 29,5 Millionen Euro ganz genau.

Davon entfallen auf Neubauprojekte 11,5 Millionen Euro, das sind die derzeit im Bau befindliche B61a, Kreisverkehr Oberwart und Siegendorf, der Umbau bei der Arena Mattersburg, die Thermenumfahrung Lutzmannsburg und die Businesszone Parndorf, Neusiedl am See.

Weitere 18 Millionen Euro stehen für die Erhaltung des Landesstraßennetzes zur Verfügung und ich betone das und ich bedanke mich auch bei allen Verantwortlichen.

Im Burgenland verfallen und verrotten keine Straßen und keine Brücken, sondern im Burgenland wird darauf geschaut, dass das alles in Stand gehalten wird und sich in gutem Zustand befindet und damit ein sicherer Verkehrsweg für die Burgenländerinnen und Burgenländer und überhaupt für alle Benützer eben möglich ist.

Die Landesstraßenprojekte im Einzelnen, ein kurzer Überblick, wo wird gebaut: Ein besonderes Augenmerk wird von der zuständigen Abteilung auch immer auf die Ausgewogenheit zwischen den Regionen gelegt. Es werden voraussichtlich 30 Projekte im Norden umgesetzt, im Mittelburgenland und zirka 35 Projekte werden im Südburgenland umgesetzt werden.

Die Großprojekte sind, wie schon angesprochen, die Verlängerung der B61a Pullendorferstraße. Das Land baut, der Bund finanziert ein Volumen von 37 Millionen Euro, was hier zur Verfügung gestellt wird und man kann auch noch zusätzlich sagen, dass hier eine Kooperation mit Ungarn besteht.

Es ist ein EU-Projekt, es wird eingereicht oder ist eingereicht für das letzte Teilstück Rattersdorf eben bis zur Grenze. Die Planungen wurde vergeben und ein Vorprojekt wird derzeit erstellt und mit den ungarischen Partnern in Zukunft dann abgestimmt. Es ist derzeit das größte Projekt, welches im Burgenland umsetzt wird.

Einige Sätze zur A4 Ostautobahn. Da braucht man nicht viel dazu zu sagen, natürlich in vielerlei Hinsicht sehr, sehr wichtig für den Seewinkel. Hier geht es neben einer sicheren und schnellen Anbindung für die Pendlerinnen und Pendler an das öffentliche Verkehrsnetz, und zum Beispiel über die Park & Ride-Anlagen, über die schon heute so viel gesprochen worden ist, und um eine Verbindung Richtung Wien.

Die Anbindung der Gewerbegebiete, touristische Zentren wie zum Beispiel Neusiedler See oder die St. Martins Therme und Lodge, denn die dort ansässigen Betriebe schaffen im Endeffekt auch die direkten Arbeitsplätze im Burgenland.

Der Ausbau und die Sanierung der A4 werden nach derzeitigem Plan 2023 abgeschlossen sein und die Gesamtkosten werden sich nach derzeitiger Schätzung bei 345 Millionen Euro belaufen.

Frau Präsidentin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Es wird aber seitens der Baudirektion nicht nur der Ausbau der A4 betrachtet, sehr wichtig ist auch die Entwicklung der angrenzenden Landesstraßen, natürlich wie zum Beispiel die Infrastruktur rund um das Businessgebiet, Gewerbegebiet Parndorf, Neusiedl am See.

Hier werden insgesamt sieben Millionen Euro investiert werden, zumindest ist das im Landesvoranschlag so vorgesehen, auch für die Anschlussstellen und angrenzenden Landesstraßen im Bereich Weiden, Gols, Mönchhof, die in sehr guter Zusammenarbeit, und auch das ist wichtig, mit der ASFiNAG saniert werden.

Die B61a im Anschluss an die S31 im Mittelburgenland hat eine ähnliche Aufgabe für die Pendlerinnen und Pendler und für die Wirtschaft zu erfüllen. Diese Straßen, bei dieser Straßenverbindung geht es zusätzlich noch um eine Entlastung vom Durchzugsverkehr und das betrifft die Ortschaften.

Das ist auch wichtig, die Gemeinden Steinberg, Unterpullendorf, Oberloisdorf und Mannersdorf, insgesamt sind mit dieser Entlastung 8.000 Einwohner betroffen. Hier wird es zu wesentlichen Reduktionen beim Lärm und beim Feinstaub bei den jetzigen Ortsdurchfahrten kommen, was zu begrüßen ist.

Aktuell der Baufortschritt bei der B61a, es sind sämtliche Leitungsverlegungen im Gange, Gas, Wasser, Abwasser, Licht, Strom, beziehungsweise abgeschlossen. Alle neuen Brückenobjekte, die auf diesem Teilstück vorgesehen sind, sind bereits im Bau und teilweise auch schon für den Baustellenverkehr freigegeben.

Derzeit werden die Entwässerungsarbeiten, Dammschüttungen durchgeführt, die auch sehr, sehr gut voranschreiten.

Zur S7, eine unendliche Geschichte, auch hier steht über alldem die Sicherheit, die Entwicklung von Arbeitsplätzen, Wirtschaft und Lebensqualität. Die S7 ist seit 15 Jahren, und Insider wissen, dass das Projekt schon viel länger schon besprochen wird, aber seit 15 Jahren in direkter Planung ist.

Derzeit gibt es einen UVP-Bescheid, der UVP-Bescheid ist beeinsprucht. Das Bundesverwaltungsgericht hat dem Einspruch allerdings keine aufschiebende Wirkung zuerkennt, was uns zuversichtlich stimmt. Allerdings ist nicht abzusehen, bis wann hier eine Entscheidung getroffen werden wird.

Die politischen Entscheidungen, geschätzte Damen und Herren, sind getroffen, ein eindeutigeres Bekenntnis zum Bau der S7, seitens der im Burgenland Verantwortung tragenden Parteien, die sind alle gegeben.

Und auch heute wurde angesprochen, das Burgenland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Ich beziehe mich jetzt auf das Wort Rechtsstaat, so ist es nun einmal im Rechtsstaat, wenn es ein Prozedere gibt und ein Verfahren gibt, dann kann man im Wesentlichen nicht die Politik verantwortlich machen dafür, dass es jetzt nicht gebaut wird.

Wenn sich da noch jemand einen Spaß draus macht oder sich persönlich profilieren möchte und die Behörden und Verantwortlichen mit Einsprüchen bombardiert, dann spricht das auch für sich. Aber noch einmal, die politischen Entscheidungen sind getroffen, das eindeutige Bekenntnis zum Bau der S7 ist mehrfach gegeben.

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Einige Worte noch zum öffentlichen Verkehr. Die Grundlage für den öffentlichen Verkehr ist die Gesamtverkehrsstrategie, welche sich das Burgenland im Jahr 2014 gegeben hat.

In dieser sind die übergeordneten Rahmen für all das vorgegeben, damit ist eine langfristige, mittelfristige, langfristige Entwicklung des regionalen Verkehrs möglich, und über all dem steht immer die Entlastung für die Pendlerinnen und Pendler. Kollege Wolfgang Sodl hat das gestern sehr umfangreich angesprochen.

Die Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Burgenland, die Sicherheit - hier ist überhaupt im Bereich der Sicherheit konsequente Arbeit immer erforderlich, in Bereichen der Prävention, Erziehung, Bewusstseinsbildung und natürlich Verbesserungen der Infrastruktur. Das führt uns dann auch wieder zu dem vorher angesprochen Thema, dem Schutz der Umwelt.

Zusätzlich müssen und sollen alle Maßnahmen, die hier getroffen werden, auch im Einklang mit dem Leitbild des Landes stehen. Im Landesvoranschlag sind für diese Maßnahmen, für den öffentlichen Verkehr im Burgenland, 17,5 Millionen Euro, auch ein beträchtlicher Betrag, eingearbeitet.

Aus der Vergangenheit wissen wir, dass wir sehr gute Projekte auf den Weg gebracht haben. So wurde zum Beispiel 2013 die Buslinie G1 Oberwart - Wien als beste Verkehrslinie im VOR ausgezeichnet. 1.000 Fahrgäste fahren pro Tag in eine Richtung.

Das heißt, die fahren alle auch wieder zurück. 700 davon haben eine Wochen-, Monats- oder Jahreskarte. Auch das spricht dafür und für die Qualität dieser Buslinie.

Weiteres Highlight, Top-Jugendticket, hat auch eine Auszeichnung erhalten, nämlich den Mobilitätspreis 2013. 17.400 Schülerinnen und Schüler und Lehrlinge nutzen das Top-Jugendticket des Landes. Hier sieht der Landesvoranschlag 380.000 Euro vor.

Abschließend, die Zeit läuft ab, es blinkt. Ich bedanke mich sehr herzlich, beziehungsweiße vorher noch einen Sidestep zu den GRÜNEN auf Bundesebene, hier hat gestern offenbar die Präsentation eines neuen Punkteplanes gegen den Klimawandel in Graz stattgefunden. Dagegen wurde gestern kein Widerstand mehr gegen die S7 geäußert.

Und wenn ich die Aussagen des Peter Pilz in der Flüchtlingssituation hernehme, dann scheint es, dass die GRÜNEN auf Bundesebene vernünftiger werden. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Na geh, jetzt habe ich es eh gestern erklärt.)* Vielleicht können Sie sich hier im Burgenland, ein klein wenig ein Beispiel nehmen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich habe es gestern ausführlich erklärt.)*

Ich darf noch ein Dankeschön sagen an den Herrn Landesrat Helmut Bieler, der politisch für all das verantwortlich ist, gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann und an sein Team und vor allem an den Herrn Baudirektor Wolfgang Heckenast, herzlichen Dank.

Wir stimmen dem Landesvoranschlag zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zur Wasserwirtschaft des Burgenlandes etwas sage, möchte ich nur einen Satz zum Herrn Kollegen Sagatz sagen.

Ich habe mich nicht ausgesprochen gegen Kritik, ich habe mich nie ausgesprochen, dass man jemandem vorgibt, was er sagen kann oder nicht. Mich stößt es nur mit den Wörtern, die vorher gefallen sind. Das sind ganz einfach die Wörter „Regime“ und „Säuberungsprojekt“.

Und das war mein Anliegen und das ist es noch immer. Und das ist mit nichts vergleichbar, mit dem, was Sie vorher hier am Rednerpult verglichen haben, womit man vielleicht diese zwei Wörter vergleichen kann oder entschuldigen kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun darf ich zur Wasserwirtschaft, Abwasser und Trinkwasser meine Gedanken hier einbringen. Ich bin der Meinung, dass Wasser das wichtigste Gut ist, das Lebensmittel Nummer eins. Wir haben die Verantwortung für zukünftige Generationen, unser Wasser zu schützen und zu wahren.

In den letzten 60 Jahren, und das ist dieses Jahr bei den Reden schon ein paar Mal gekommen, wurde unter enormer Anstrengung und dem Einsatz beachtlicher finanzieller Mittel ein Versorgungsnetz aufgebaut. Im heurigen Sommer war für die Wasserwirtschaft eine große Bewährungsprobe. Heuer gab es über 40 Tage, an denen die Höchsttemperaturen von 30 Grad überschritten wurden.

An solchen Tagen müssen mehr als die doppelte Durchschnittsmenge von den Wasserversorgern in die Haushalte gebracht werden, das sind 60.000 Kubikmeter pro

Tag. Wenn man sich das vorstellt, ist das schon eine hervorragende Leistung und die Aufgabe wurde von den Wasserversorgern hervorragend gemeistert.

Wir alle in unseren Haushalten haben das natürlich nicht gemerkt, für uns ist das selbstverständlich, dass wir zur Wasserleitung gehen und hier Trinkwasser mit hoher Qualität bekommen. Ein herzliches Dankeschön an alle Wasserverbände. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich habe es schon erwähnt, die Leitungen sind in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren ausgebaut worden. Trotz Wartung und Reparaturen der Leitungen sind sie natürlich in die Jahre gekommen und haben ein Alter erreicht, wo Sanierungen notwendig sind.

Und hier komme ich zur Vollversammlung des Wasserleitungsverbandes Nördliches Burgenland. Einige Kollegen waren bei dieser Vollversammlung anwesend, sie war am 3. Dezember. Da muss ich sagen, ist es so, dass im Prinzip bei dieser Vollversammlung eine Erhöhung, das haben wir auch schon gehört diese zwei Tage, um 4,88 Prozent beschlossen worden ist, mit allen Stimmen, die dort vertretbaren waren, außer der ÖVP.

Mich hat am nächsten Tag, weil ich selbst anwesend war, eigentlich verwundert, dass die ÖVP am nächsten Tag in der Zeitung bekrittelt hat, dass wir diese Erhöhung des Trinkwassers für das nördliche Burgenland beschlossen haben.

Und ich muss sagen, es ist für mich eigentlich so, dass sich wieder einmal zeigt, dass hier eine Linie vorgegeben worden ist, gegen alles zu sein, was bis jetzt gut gelaufen ist. Und auch diese Vorgabe der ÖVP geht soweit, dass anscheinend denjenigen Bürgermeistern oder Vertretern vorgegeben wird, was sie dort tun sollen oder nicht.

Ich bin schon sehr lange Bürgermeisterin und immer bei der Vollversammlung und es ist immer so lange darüber gesprochen worden, bis es einen einstimmigen Beschluss der Wassergebühr gegeben hat. Diesmal war es so, dass dort zwar bei der Vollversammlung gesagt worden ist, man stimmt deshalb nicht mit, weil die Erhöhung zu wenig ist.

Am nächsten Tag mache ich die Zeitung auf und dort wurde bekrittelt, dass diese Erhöhung in Wahrheit ein Wahnsinn ist und wie die Burgenländerinnen und Burgenländer belastet werden.

Also ich glaube, man sollte, erstens einmal, wenn man so etwas vorgibt, sich zumindest bei irgendeinem Vertreter der eigenen Fraktion erkundigen, wie die Versammlung gelaufen ist und sollte dann erst Presseaussendungen herausgeben. Weil ich schon davon überzeugt bin, dass es ganz wichtig ist, dass wir die Wasserverbände haben, dass sie gute Arbeit machen und dass man dieses Kleingeld, das man da politisch machen will, wirklich hintanstellen sollte.

Das gelingt bei allen Verbänden, die sehr weit weg von Eisenstadt sind, aber, wenn es hier im nördlichen Burgenland ist, dann greift man anscheinend hart durch. Dann muss man dagegen stimmen, weil, in allen anderen Verbänden hat es natürlich Erhöhungen gegeben, aufgrund der genannten Maßnahmen.

So wie bei uns, beim Wasserleitungsverband Burgenland, dort hat es nach wie vor Einstimmigkeit gegeben. Nur bei uns nicht und ich würde meinen, dass das natürlich nicht die richtige Politik ist.

Dann sind noch sehr viele Dinge jetzt eigentlich bekrittelt worden, aber ich will das gar nicht anführen, weil es nicht wirklich so besprochen worden ist, wie es hier dargestellt wird.

Der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland investiert 2016 15,6 Millionen Euro. Es befindet sich natürlich ein Teil davon im Budget. Ein Teil wird über die Sanierung oder die Leitung nach Sopron gemacht. Das wissen wir alle und das ist wichtig.

Also, deshalb glaube ich, ist es auch wichtig, dass man heute auch hier sagt, dass nicht nur der Verband dafür sorgen muss, damit es diese Qualität des Trinkwassers gibt, sondern es sind auch andere Rahmenbedingungen notwendig. Und hier spreche ich an das vielzitierte Problem, Landwirtschaft Schongebiet, um unser Grundwasser zu schonen. *(Abg. Manfred Kölly: Neudörfl.)*

Also, da muss ich ganz einfach sagen, es geht um Lichtenwörth, es geht um Neudörfl, es geht von Neudörfl bis Neufeld. Da muss ich natürlich sagen, spielt man auch doppelgleisig.

Weil, wenn es jetzt eine Anfrage gibt, die die ÖVP stellt, wo die Frau Landesrätin Eisenkopf gefragt wird, wie es um die Qualität des Trinkwassers steht, wo es, glaube ich, 15, 18 oder 20 Punkte gibt, wo auch gefragt wird, das Problem Lichtenwörth.

Ja, liebe Kollegen der ÖVP, Sie hätten sich diesen langen Brief sparen können. Sie hätten die eigenen Leute fragen sollen, die sehr lange schon dafür zuständig waren. Es ist dort nichts weitergegangen, solange Ihre Leute zuständig waren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und Sie werden sehen, dass unsere zwei Landesrätinnen, die sich des Problems annehmen, weil es ihnen wichtig ist, dass die Qualität des Lebensmittel Nummer eins bleibt.

Es gibt jetzt schon Gespräche, es gibt jetzt Gespräche mit dem Landesrat aus Niederösterreich, wo Ihre Landesrätin und Ihr Landesrat das nie geschafft haben, sich mit denen zu unterhalten. Es wird Lösungsansätze geben.

Und *(Abg. Walter Temmel: Das glaube ich weniger.)* hier sieht man wieder, wenn man sich einer Problematik annimmt, dann ist es auch wichtig, über das Burgenland hinaus mit Kollegen zu sprechen.

Und ich bin froh, dass es diese Regierungsumbildung gegeben hat, weil damit auch das Trinkwasser und das leidliche Problem in Lichtenwörth und mit der Landwirtschaft, letztendlich doch angefangen wird zu diskutieren, ernsthaft zu diskutieren und dass es vielleicht zu einer Lösung kommen wird.

Da möchte ich mich bei beiden Landesrätinnen sehr herzlich bedanken, und auch beim Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland, und wenn hier Kosten bekrittelt werden, dann ist das Budget in einer Hinsicht auch erhöht worden, weil die Rechtsberatung auch teuer ist.

Und weil die Probleme, die Sie geschoben haben, wie Sie in der ÖVP-Regierung waren und diese nicht erledigt haben, jetzt ganz einfach gemacht werden müssen. Da braucht man ganz einfach eine Rechtsberatung. Man braucht Politikerinnen, die sich einsetzen und das wird jetzt passieren. Ein herzliches Dankeschön.

Und, liebe Kollegen der ÖVP, bevor Sie wieder so lächerliche Anfragen machen und Ihre Aufgabe nicht machen, sollten Sie das zuerst bei Ihnen tun, und *(Abg. Walter Temmel: Was soll das jetzt?)* dann können Sie die Kritik bei anderen finden.

Ich bin davon überzeugt, dass alles, was mit Abwasserwirtschaft zu tun hat, ob es jetzt Trinkwasser oder Entsorgung ist, dass das bei uns im Burgenland sehr gut läuft. Ich darf mich bei allen Verbänden sehr herzlich bedanken.

Ich möchte aber noch eines loswerden, es gibt Veränderungen bei den Fördermitteln vom Bund. Ich weiß nicht, liebe Bürgermeisterkollegen, ob Sie sich das angeschaut haben. Ich bin davon überzeugt, dass diese Veränderung der Förderungskulisse, so wie es sich darstellt, für uns im Burgenland nicht von Vorteil sein kann.

Es gibt verschiedene Kriterien wie es berechnet wird, wie man eine Förderung bekommt. Auch das sollten wir uns noch einmal ansehen und vielleicht auch einige Dinge versuchen hier zu verändern.

Ansonsten ein Dankeschön an alle, die hier mitwirken, auch an die Beamtenschaft des Landes, und wir werden dem Kapitel zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn heute ein Abgeordnetenkollege sich herstellt und sagt, es ist so viel „Sechs in Tobaj“, Feuerwehrhäuser, Friedhöfe und dergleichen mehr, und (Abg. Ilse Benkö: Was?) wir dann über den Verkehr sprechen, dann frage ich mich, wie ist Tobaj tatsächlich verkehrsmäßig angebunden? *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ)* Das ist auch eine Frage, die mich interessiert.

Und wenn es dort einen Bürgermeister gibt, der nicht zur Fraktion der FPÖ gehört oder der SPÖ gehört und hervorragende Arbeit leistet, dann kann man ihm nur gratulieren. Denn Sie haben keinen Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin! Sie stellen keinen Vizebürgermeister oder eine Vizebürgermeisterin, werte Abgeordnete der FPÖ oder Regierungsmitglieder. Das muss auch einmal gesagt werden.

Ich bin schon ein bisschen betroffen, wenn man als Funktionär, und das bin ich eines Sportvereines, sich nicht auf einem Sportplatz dementsprechend emotionell, wenn dort wirklich so grob und faul gespielt wird, auch äußern soll und darf. Dort geht es immerhin um Gesundheit.

Aber noch einmal, ich bitte diesen Herrn, diesen Fußballer, oder wer er auch immer war, zu uns, und dass wir das auch klären wollen.

Aber, kommen wir zur Gruppe 6, Infrastruktur, Verkehr, Straßenbau, Güterwege, Wasserwirtschaft. Frau Kollegin Salamon, *(Abg. Ingrid Salamon: Bitte.)* Sie haben meine vollste Unterstützung. *(Abg. Ingrid Salamon: Danke.)* Das wissen Sie, seit ich im Landtag bin. Das Wasser ist wirklich eines der höchsten Güter, das man haben kann.

Und auf das muss man Obacht geben. Und ich glaube, da sind wir einen gemeinsamen Weg in der Vergangenheit gegangen und werden es auch in Zukunft. Auch die ÖVP, was ich mich erinnern kann, hat sich hier immer wieder eingebracht. Auch der Vorgänger, der Herr Landesrat Liegenfeld hat sich dafür eingesetzt. Ich möchte nur darauf hinweisen.

Aber, Sie wissen doch, wer sitzt in der Bundesregierung? Auch die könnten einmal, irgendwann einmal, tätig werden. Das muss man auch einmal klar gesagt haben.

Ich möchte aber auch zur Wasserwirtschaft auch das Hochwasser ansprechen, die Rückhaltebecken, auch das gehört dazu. Und Gott sei Dank, auch das wurde berücksichtigt im Budget, und da bin ich recht dankbar. Das funktioniert. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, hier wird gemeinsam, miteinander gearbeitet, und das funktioniert.

Natürlich könnte das Geld für die Gemeinden immer schneller kommen und fließen, das muss man einmal klar gesagt haben, es dauert immer. Die Gemeinden müssen das alles vorfinanzieren.

Und wenn ich bei den Gemeinden bin, muss ich schon eines dazu sagen. Der Herr Mödlhammer hat heute in einem Zeitungsartikel sehr wohl eines aufgezeigt, es wird für die Gemeinden ganz schlimm werden. Es kommt ganz dick für die Gemeinden.

Und der Herr Mödlhammer ist nicht irgendwer, sondern er ist der Präsident aller Gemeinden und Vertreter aller Gemeinden. Und daher sollten wir ja auch vorsichtig sein, wie man mit diesen Situationen umgeht.

Ich komme aber zum Güterweg. Genau die Güterwege sind ein hervorragendes Beispiel, wie man eigentlich das lebt, was man sagt. Güterwegeabteilung, hier ist alles ganz korrekt. Alles wird vorher eingereicht, abgerechnet, auch das funktioniert hervorragend.

Herzlichen Dank an die Güterwegeabteilung, herzlichen Dank an die Wasserwirtschaft, weil das einfach gut funktioniert.

Und das kann doch nicht sein, wenn etwas nicht funktioniert, dass man nicht auch kritische Worte finden darf, und man wird immer gleich wieder, von der Regierungsseite, nur von den Abgeordneten, weil der Herr Landeshauptmann weiß eh wie es geht. Der macht das eh sehr gescheit, der macht das hervorragend.

Ihr solltet Euch ein bisschen ein Beispiel nehmen, wie man *(Abg. Werner Friedl: Du auch.)* eigentlich das dementsprechend unter die Leute bringt, weil, das ist ein erfolgreicher Weg ist. Das ist ein erfolgreicher Weg, das hat er bei den Flüchtlingen gezeigt.

Das zeigt er auch, und da bin ich überzeugt davon, jetzt beim Verkehr, im Südburgenland. Dass wir das wieder schaffen, dass man vieles auf die Schiene bringt und dass man das umsetzen kann.

Daher glaube ich auch, und ich sage das jetzt schon, wir werden diesem Kapitel auch zustimmen. Herr Landesrat Bieler, Sie sind ein bisschen überrascht jetzt, gell*? (Allgemeine Heiterkeit)*

Aber eine Forderung kann ich nicht ganz mit Ihnen teilen. Weil, die B50, die hätte ich schon gerne, wegen der Verkehrssicherheit, damit die endlich einmal ausgebaut wird, und dieses Geld werden wir auch noch aufstellen, glauben Sie mir das.

Gemeinsam einen Weg zu gehen, gemeinsam zu versuchen und nicht nur über die B61a zu sprechen, wie der Kollege Schnecker. Und erzählt mir bei der B61a, wer zahlt denn dort die B61a? Da solltet Ihr Euch einmal zurückerinnern. Das zahlt die ASFiNAG, und das ist der Bund immerhin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Daher meine Frage, Herr Landesrat, aber das können wir uns unter vier Augen einmal ausmachen, was für Geld verwende ich dort dann vom Budget, von diesen 30 Millionen Euro? Was geschieht dort mit dem Geld? Das hätte ich gerne gewusst.

Weil wenn der Bund 37 Millionen Euro dort hineinbuttert, warum, frage ich mich? Das ist mir sowieso ein Rätsel. Da haben Sie gut verhandelt, Herr Landesrat, da kann ich nur gratulieren dazu. *(Zwischenruf der Abg. Klaudia Friedl.)*

Wegen der Frau Bürgermeister, natürlich aus Steinberg, haben wir das natürlich gemacht. Das ist ja keine Frage. Ich kann Dir nur gratulieren. Da bin ich auch damit einverstanden. Wenn der Bund das zahlt, ist das aber trotzdem Steuergeld. Nur damit man das auch weiß.

Aber wenn wir weiterhin vom Straßenbau sprechen, das wissen wir alle genau, - an die Kollegin und den Kollegen von den GRÜNEN, - überall wo Straßen sind und Schienen sind, ist Leben. Und das sollte man beides berücksichtigen.

Nicht nur immer sagen, schon wieder wird eine Straße gebaut, um Gottes Willen. Schaut Euch an, diese Ortschaften, die an der Straßenseite liegen oder einen dementsprechenden Schienenverkehr haben, da boomt es, da tut sich etwas. Und die sollten wir unterstützen. Nicht nur immer einseitig alles sehen. Das würde ich Sie schon bitten, dass auch das einmal zur Kenntnis genommen wird.

Ich bin aber auch jetzt beim Herrn Präsidenten, der jetzt am Pult sitzt und die Führung übernommen hat, und der sagt, in einem Zeitungsartikel: Gutes Zeugnis für neuen ÖBB-Fahrplan! Pendler gewinnen einen Tag pro Monat! *(Abg. Ingrid Salamon: Bezirk Mattersburg ist das.)*

Na ja, warte einmal! Ist er nur für den Mattersburger Bezirk zuständig, oder ist er Präsident oder Politiker für das ganze Land? Dann hätte er zu einer Pendlerveranstaltung kommen sollen nach Deutschkreutz, wo niemand, Herr Sodl, niemand es der Mühe wert gefunden hat, dorthin zu kommen.

Wo wir gewusst haben, wo seitens des Landes ein toller Vertreter war, von der ÖBB, ein ganz hervorragender Mensch, der sich auskennt in dieser Sache und auch vom VOR waren Leute dort. *(Abg. Wolfgang Sodl: Du hast uns nicht eingeladen.)* Nur die Parteien haben gefehlt. *(Abg. Wolfgang Sodl: Warum hast Du uns nicht eingeladen?)*

Warum? Waren ja keine Wahlen, dass man etwas verteilen kann auf den Bahnsteigen. Und die Arbeiterkammer hat gefehlt. *(Abg. Wolfgang Sodl: Du machst uns immer den Vorwurf, Du bist nicht eingeladen. Warum hast Du uns nicht eingeladen?)*

Herr Kollege, ich verstehe schon, ich verstehe das schon, das ist schon in Ordnung. Ich habe ja kein Problem damit. *(Abg. Wolfgang Sodl: Warum hast Du uns nicht eingeladen?)* Wir haben das gemeistert.

Aber nur eines ist klar, dieser Fahrplan hätte ein halbes Jahr vorher mit den Pendlerinnen und Pendlern, mit den Schülerinnen- und Schülervertretern besprochen gehört.

Liebe Jugend, genau das ist der Punkt. *(Abg. Wolfgang Sodl: Du warst ja eh dabei.)* Man hat es vergessen. *(Abg. Wolfgang Sodl: Du warst eh dabei.)*

Herr Sodl, nur eine kurze Bemerkung zu Ihnen. Sie haben gesagt, Sie waren Pendler, was weiß ich wie lange, und jetzt gibt es so viele freiwillige Mitarbeiter dort, die mitarbeiten in Ihrem Klub, hat da keiner Zeit gehabt, dass er hinkommt nach Deutschkreutz? *(Abg. Wolfgang Sodl: Hast Du irgendjemanden eingeladen?)* Tut mir leid, aber es ist so.

Aber zurück, zurück zu dieser Sache. Ich zitiere: Ein mehr als positives Zeugnis stellt SPÖ-Mandatar Christian Illedits dem neuen Fahrplan der ÖBB aus. Die Pendler im

Bezirk Mattersburg seien die absoluten Gewinner der Umstellung - super. Durch die Vollanbindung an den Wiener Hauptbahnhof sei die Zeitersparnis für die Pendler enorm. In Betrieb geht der Fahrplan am Sonntag.

Ein halbes Jahr hat keiner etwas getan, und dann stellt man sich heraus und dann sagt, auch der Vertreter der ÖBB und auch der Vertreter des Landes, und der Herr Landeshauptmann bemüht sich ja wirklich in diese Richtung, weil er weiß, dass wir viel Geld hineinstecken. Ihr habt versagt, nicht der Herr Landeshauptmann, nicht die ÖBB. Ihr hättet etwas machen müssen.

Und dann herzugehen und nur für die Pendlerinnen und Pendler aus dem Mattersburger Bezirk was zu machen. Ich bin Sprecher für das Südburgenland, für das Mittelburgenland, für Nordburgenland. Entschuldige, aber nicht sich herstellen, ich bin Pendlersprecher. Das sind Sie nicht! Glaubt mir das einmal. Das sollte sich auch ändern, in dieser Situation.

Daher glaube ich, man sollte Rede und Antwort stehen gegenüber den Pendlerinnen und Pendlern und den Schülerinnen und Schülern, die jetzt mehr Zeit aufwenden müssen und weit früher aufstehen müssen, um den Anschlusszug oder -bus, egal wie man es bezeichnet, zu ihrem Arbeitsplatz zu finden. Da sollte man sich Gedanken machen.

Aber ich bin guter Meinung, dass man das, Herr Landeshauptmann, auch beim nächsten Mal rechtzeitig bespricht, wenn ein Fahrbahnwechsel kommt. Ich habe für alles Verständnis. Nur, da gehören diese Leute, die betroffen sind, und immerhin 600 Personen aus Deutschkreutz fahren tagtäglich weg, 160 Abstellplätze, miteinbezogen.

Und ich bin in Kontakt mit dem Herrn Landeshauptmann, dass man dort jetzt eine Möglichkeit findet, den Bahnhof zeitgemäß auszubauen, um dementsprechend auch die Möglichkeit zu bieten. Und alles, was er versprochen hat, hat er bis jetzt bei mir gehalten, das muss ich schon dazu sagen, und dafür glaube ich, dass wir diesem Kapitel auch zustimmen werden, weil es einfach wichtig ist.

Aber Herr Präsident, bitte, Politik für das ganze Land betreiben und nicht nur für einen Bezirk. Danke schön! *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Schülerinnen und Schüler! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Abteilung 8, 9 und 4b! Wir haben sinnvollerweise alle Ressorts der Regierungsmitglieder verändert und zusammengefasst. Auf diese Art und Weise habe ich jetzt zur Baudirektion alle Bauagenden dazu bekommen. Das heißt, auch Güterwege, Güterwege - die 4b Abteilung, dann Wasserbau beziehungsweise all diese Bereiche, wie hier Agrar- und Forsttechnik, Hydrographischer Dienst, Schutzwasserbausiedlung, Siedlungswasserbau.

Unsere große Herausforderung wird sein, hier im Zuge der hervorragend vorbereiteten Reform durch den designierten Landesamtsdirektor Mag. Ronald Reiter eine Baudirektion zu formen, die all diese Bereiche beinhaltet und die vor allem funktioniert. Die Voraussetzungen sind gut.

Ich habe die Abteilungen jetzt neu kennengelernt und ich muss sagen, und ich sage das noch einmal, zu meiner vorherigen Wortmeldung dazu, da gibt es hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sehr gut organisiert sind und die auch

bereit sind, im Dienste des Landes und im Dienste der Menschen hier zusammenzuarbeiten und ihre Fähigkeiten einzubringen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und LBL)*

Das ist ein ganz wichtiger Bereich, weil all diese Bereiche auch unter dem Sicherheitsaspekt zu sehen sind. Das Sicherheitsgefühl, das wir im Burgenland entwickelt haben, ist im Straßenbau, aus Verkehrssicherheit, im Güterwegebau in ähnlicher Form, vor allem aber Schutzwasserbauten in ganz hervorragender Weise passiert, zu sehen.

All das, was die Menschen hier brauchen in Notsituationen, was sie täglich brauchen, um von zu Hause zum Arbeitsplatz zu kommen und wieder zurück zu kommen, was hier im Straßenbereich, im Baubereich, im Schutzwasserbereich, aber auch in der Trinkwasserversorgung, das vorhin schon angeschnitten wurde, notwendig ist, all das läuft hier zusammen und hat daher einen ganz besonders hohen Stellenwert.

Die Gemeinden wissen das und arbeiten sehr viel zusammen, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilungen, mit uns, investieren aber auch sehr viel Geld in die Maßnahmen, speziell was Schutzwasserbau und Trinkwasserversorgung und -entsorgung betrifft.

Das heißt, eine große Abteilung mit sehr vielen Herausforderungen in der nächsten Zeit. Ich bin überzeugt davon, dass wir das auch im Rahmen dieser Baudirektion, die hier neu gestaltet werden soll, schaffen werden.

Es sind heute einige hervorragende Debattenbeiträge abgeliefert worden, in einer Form, wie wir sie schon lange nicht gehabt haben, nämlich sachlich, inhaltlich fundiert und auch argumentiert.

Was für mich bedeutet, dass einerseits die Wichtigkeit dieser Bereiche erkannt wurde, andererseits aber auch die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter akzeptiert wird und anerkannt wird.

Hydrographischer Dienst, Schutzwasserbausiedlung, Siedlungswasserbau.

Unsere große Herausforderung wird sein, hier im Zuge der hervorragend vorbereiteten Reform durch den designierten Landesamtsdirektor Mag. Ronald Reiter, eine Baudirektion zu formen, die all diese Bereiche beinhaltet und vor allem funktioniert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Voraussetzungen sind gut. Ich habe die Abteilungen jetzt neu kennen gelernt und ich muss sagen, und ich sage das noch einmal, zu meiner vorherigen Wortmeldung dazu, da gibt es hervorragende Mitarbeiter, die sehr gut organisiert sind, und die auch bereit sind, im Dienste des Landes und im Dienste der Menschen hier zusammen zu arbeiten und ihre Fähigkeiten einzubringen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das ist ein ganz wichtiger Bereich, weil all diese Bereiche auch unter dem Thema Sicherheitsaspekt zu sehen sind. Das Sicherheitsgefühl, das wir im Burgenland entwickelt haben, ist im Straßenbau, aus Verkehrssicherheit, im Güterwegebau, in ähnlicher Form, vor allem aber Schutzwasserbauten in ganz hervorragender Weise passiert, zu sehen.

All das, was die Menschen hier in Notsituationen brauchen, was sie täglich brauchen, um von zu Hause zum Arbeitsplatz zu kommen, und wieder zurück zu kommen. Was hier im Straßenbereich, im Baubereich im Schutzwasserbereich aber auch in der Trinkwasserversorgung, das vorhin schon angeschnitten wurde, notwendig ist, all das läuft hier zusammen und hat daher einen ganz besonders hohen Stellenwert.

Die Gemeinden wissen das. Arbeiten da sehr viel mit den Mitarbeitern der Abteilungen, aber auch mit uns zusammen, investieren aber auch sehr viel Geld in die Maßnahmen, speziell hinsichtlich Schutzwasserbau und Trinkwasserversorgung und -entsorgung.

Das heißt, eine große Abteilung mit sehr vielen Herausforderungen der nächsten Zeit und ich bin überzeugt davon, dass wir das auch im Rahmen dieser Baudirektion, die hier neu gestaltet werden soll und auch gestaltet werden muss, möchte ich dazu sagen, passieren wird. Es sind einige hervorragende Debattenbeiträge abgeliefert worden, heute, in einer Form, wie wir sie schon lange nicht gehabt haben, nämlich sachlich, inhaltlich fundiert und auch argumentiert.

Das bedeutet für mich, dass einerseits die Wichtigkeit dieser Bereich erkannt wurde, andererseits aber auch die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter akzeptiert und anerkannt wird. Das ist eine sehr gute Basis für den Landtag, auch die entsprechenden Budgetmittel zu beschließen. Ich denke, dieses Kapitel wird in großer Mehrheit beschlossen werden. Ich habe ja, wie es bei Sportlern oft der Fall ist, antizipiert, dass sie mitstimmen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist eine sehr gute Basis für den Landtag, auch die entsprechenden Budgetmittel zu beschließen. Ich denke, dieses Kapitel wird in großer Mehrheit beschlossen werden. Ich habe ja, wie es bei Sportlern oft der Fall ist, antizipiert, dass sie mitstimmen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nachdem ich den Bericht gestern meiner Mitarbeiterin gehört habe. Daher war ich nicht sehr überrascht, dass wir hier eine große Zustimmung haben werden.

Im Straßenbereich haben wir die Zahlen gehört. Auch bei der B61a sind wir im Zeitplan. Wir haben eine sehr gute Kooperation mit den ungarischen Nachbarn. Das heißt, wir haben ein grenzüberschreitendes Projekt, wo wir dann das letzte Stück bis zur Grenze und über die Grenze hinaus dann auch umsetzen können.

Im heurigen Jahr sind dafür 7,9 Millionen Euro von den 29,5 Millionen Euro vorgesehen, die wir dankenswerter Weise bereits schon überwiesen bekommen haben. Wir sind hier die Umsetzer für den Bund beziehungsweise für die ASFiNAG, die sich, nur so nebenbei bemerkt, 40 Millionen Euro durch diese Vorgangsweise erspart hat. *(Abg. Manfred Kölly: Aber kassiert auch!)* Vor allem viel Ärger, viel Zeit, viele Einsprüche, weil wir bewiesen haben, dass wir in kürzerer Zeit und schneller, vor allem von der Umsetzung her, was die Bauphase betrifft, diese Projekte auch bauen können.

Das ist ein sehr guter Fortschritt. Auch bei der S7, wie es der Abgeordnete Schnecker richtig gesagt hat, sind wir einen guten Schritt weiter. Weil erstens die Besetzung der UVP-Behörde eine neue ist, die auch entscheidet, und trotz Einspruchs der Bundesgerichtshof, nein Bundesverwaltungsgericht, so heißt es genau, jetzt entscheiden wird.

Wie der Sachverständige dann in welcher Zeit fertig ist, wird sich herausstellen, aber wenn das soweit ist, muss ja in einer bestimmten vorgegebenen Frist dann das Bundesverwaltungsgericht entscheiden.

Für die Ostphase sind wir in der Erstellung des UVP-Bescheides, was bis März, April erwartet wird. Möglicherweise gibt es dann wieder Einsprüche, wieder das Bundesverwaltungsgericht, aber da sind wir dann schon schneller dran, weil diese Sachverständigengutachten dann schon vorliegen und nur analog verwendet werden müssen.

Jetzt haben wir wirklich wegen der nichtaufschiebenden Wirkung des Einspruches und der Tatsache, dass bereits die Rodungen im Westbereich vollzogen werden, das heißt, der Baubeginn de facto schon da ist, dass wir tatsächlich für den Süden des Landes, für die Attraktivierung des Standortes, für die Arbeitsplätze, für den Zugang zur Region einen neuen Impuls bekommen werden.

Wir haben viele Projekte in Umsetzung. 70 Straßenbauprojekte, die sehr bewusst aufgeteilt sind. 30 im Norden und im Mittleren Burgenland und 35 im Südburgenland. Größere, kleinere, zwei große Kreisverkehre, einen in Oberwart, einen in Siegendorf, die dann jetzt umgesetzt werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Tangente zu diesem Kreisverkehr in Oberwart haben wir schon fast fertig. In Siegendorf hat es wegen der Grundablösen, die hier für das zukünftige Einkaufszentrum hier notwendig sind, eine Verzögerung gegeben. Aber auch da wird es eine Lösung geben, weil wir mit dem Bau und mit einer kurzfristigen Verbesserung der Verkehrssituation hier mithelfen wollen.

Auch viele andere Bereiche, die heute schon genannt wurden, fallen da hinein. Ich möchte auf einen besonderen Aspekt, der heute noch nicht zur Debatte gekommen ist, hinweisen, nämlich auf den Hydrographischen Dienst in der Abteilung 9. Weil hier genauso Sicherheitsaufgaben wahrgenommen werden, wie in den anderen Bereichen und zwar um eine zeitnahe Information zur Vorbereitung auf Hochwasser, auf plötzliche Regenfälle oder wie man damit umgeht.

Wir haben einen Rekordniederschlag im heurigen Jahr, im vorigen Jahr gehabt, wo in Podersdorf in fünf Stunden 168 Millimeter Niederschlag gefallen sind. Das heißt, 168 Liter Wasser am Quadratmeter. Das ist etwas, was kein Boden aushält, und kein Boden eigentlich so ohne weiteres verarbeiten kann.

Daher ist es notwendig, dass wir über die Grundwassermessstellen, die übrigens mit GPS ausgestattet sind, eine Grundwasserstandsinformation bekommen, die dann in das Wasserportal Burgenland eingespeist werden kann, um hier die aktuellen Daten zur Verfügung zu haben. Diese werden dann, wie zum Beispiel in einem Hochwasserprognosemodell, wie es in der Kooperation mit Ungarn der Fall ist, pro Raaber, Szombathely, Györ und Steiermark und dem Burgenland, eine zeitnahe Erfassung und vor allem eine Berechnung für ein Modell da ist, wie man damit umgeht, wenn dieser Fall eintritt.

Das ist für die Alarmierung der Blaulichtorganisationen, aber auch für die Vorgangsweise in den Bezirken Oberpullendorf, Oberwart, Güssing und Jennersdorf entscheidend.

Das heißt, ich möchte mich wirklich für die großartige Arbeit in der Straßenbauabteilung, in der Güterwegeabteilung und in der Wasserbauabteilung bedanken. Mich gleichzeitig aber auch bei den Abgeordneten dafür bedanken, dass dieses Budgetkapitel mit so großer Mehrheit verabschiedet wird. Das heißt, die Akzeptanz im Land ist sehr groß.

Das macht mich froh und vor allem optimistisch, dass wir diese Baudirektion, die wir uns vorstellen, dann in der Umsetzung auch so erhalten werden, dass sie funktioniert und für das Land, für die Menschen des Landes arbeiten können. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 6 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 6 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

V. Teil

Gruppe 7: Wirtschaftsförderung

Gruppe 8: Dienstleistungen

Gruppe 9: Finanzwirtschaft

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Beratung des V. Teiles des Voranschlages. Er umfasst die Gruppen 7, Wirtschaftsförderung, 8, Dienstleistungen, und 9, Finanzwirtschaft.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Einnahmen in der Höhe von 11.600 Euro und Ausgaben in der Höhe von 21.930.700 Euro sieht die Regierungsvorlage im ordentlichen Haushalt für die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, vor.

Für die Gruppe 8, Dienstleistungen des ordentlichen Haushaltes sind Einnahmen in der Höhe von 703.800 Euro und Ausgaben in der Höhe von 1.219.600 Euro vorgesehen.

Für die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, sind im ordentlichen Haushalt Einnahmen in der Höhe von 626.847.100 Euro und Ausgaben in der Höhe von 91.076.000 Euro veranschlagt.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, der Gruppe 8, Dienstleistungen, und der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, die unveränderte Annahme zu erteilen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 7, 8 und 9 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Regierungsbank! Geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen auf den Rängen!

Ich möchte, da ich offensichtlich auch der Einzige im Landtag bin, noch einmal zum Thema Agrarwesen im Klimawandel sprechen, weil gerade der Agrarbereich im Klimawandel ein besonders wesentlicher ist. Er ist auf der einen Seite ein ganz großer Produzent von Treibhausgasen und damit Treiber des Klimawandels, und auf der anderen Seite wird er beziehungsweise ist er eigentlich schon auch ein ganz starker Geschädigter des Klimawandels. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Landwirtschaft trägt maßgeblich zur Emission klimaschädlicher Gase bei. Dafür verantwortlich sind vor allem Methanemissionen aus der Tierhaltung. Das Ausbringen von Wirtschaftsdünger, Gülle, Festmist sowie Lachgasemissionen aus landwirtschaftlich genützten Böden als Folge der Stickstoffdüngung, egal ob mineralisch oder organisch.

Weniger Treibhausgase entstehen bei der biologischen Bewirtschaftung. Leider wird gerade hier eingespart. Laut dem Budget waren 2015 für die Beratung im Biolandbau 110.000 Euro budgetiert, 2016 finde ich gerade einmal 100 Euro dafür.

Gerade das Burgenland wird im niederschlagsarmen Osten und Südosten Österreichs zunehmend an Trockenheit und Hitze leiden. Das durchschnittliche Ertragspotential wird dadurch langfristig verringert, die Ausfallsrisiken erhöht. Auch mit einem Anstieg der Schädlinge und Krankheiten im Bereich Pflanzenbau ist durch das wärmere Klima, vor allem auch durch den wärmeren oder sehr oft wärmeren Winter zu rechnen.

Ähnliches gilt übrigens in der Forstwirtschaft, also in der Waldwirtschaft. Die gute Nachricht, wie ich es oben schon erwähnt habe: Gerade im Landwirtschaftsbereich kann beziehungsweise könnte man besonders gut gegensteuern. Boden- und Erosionsschutz, Humusaufbau, bodenschonende Bewirtschaftungsformen, zum Beispiel Pfluglos, Wasserrückhaltestrategien, Verbesserung von Bewässerungsinfrastrukturentechnik, Monitoring und Vorhersage, Systeme für wetterbedingte Risiken, aber auch Züchtungen, stressresistenter Sorten werden, zum Beispiel, im österreichischen Klimabericht als eine Möglichkeit genannt oder als viele Möglichkeiten.

Teilweise hat man damit schon begonnen, aber wir werden mehr tun müssen - und das schneller. Denn so, wie die ÖVP nach jedem Ernteausfall nach Entschädigungen ruft, wird sich das finanziell nicht ausgehen. Besser ist es außerdem, dieses Geld dafür zu verwenden, es im Vorfeld einzusetzen. Auf der einen Seite Klimaschutz zu betreiben und auf der anderen Seite in Maßnahmen, die den vermeidbaren Klimawandel, Entschuldigung, den nicht vermeidbaren Klimawandel abfedern.

Ansonsten ist für uns von den Grünen natürlich ganz klar, dass der Biolandbau das Leitbild der Landwirtschaft sein muss und auch die Ernährungssouveränität. Ernährungssouveränität bedeutet, dass man weitestgehend die Lebensmittel dort produziert, wo sie dann auch konsumiert werden und sich jedes Land mehr oder weniger selbst ernähren kann.

Das bedeutet einerseits den von allen propagierten regionalen Einkauf, aber andererseits auch einen weniger starken Fokus auf den Export, denn das wird oft in der Diskussion vergessen. Wir wollen zwar, dass wir hier einkaufen, wir wollen aber auch unsere Produkte nach Fernost oder sonst wohin verkaufen und so den Export heben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber weitreisende Nahrungsmittel haben nicht nur wenn sie nach Österreich kommen einen großen ökologischen Fußabdruck, sondern auch umgekehrt, wenn sie weit exportiert werden. Wenn, zum Beispiel jetzt zu viel Milch am Markt ist oder zu viel Schweinefleisch produziert wird, ist es einfach - eigentlich muss man sagen, ist es irre, wenn diese Produkte dann nach China oder Afrika verkauft werden - und das passiert!

Wir haben, wie Ihr wisst, zurzeit den Russland-Boykott, was viele Produkte im Lebensmittelbereich betrifft und Ausgleichsländer, wo die Landwirtschaft Österreichs Produkte jetzt hinliefert. Vor allem im Schweinebereich, also beim Schweinefleisch, sind Südkorea und Japan die Abnehmer. Das heißt, unser Schweinefleisch wird nach Südkorea und Japan exportiert, um dort gegessen werden zu können.

Exportorientierung fördert Massentierhaltung, extensive Bewirtschaftung der Felder und Ausbeutung der Böden, weil hier auch zu einem sehr günstigen Preis produziert werden muss, weil man natürlich am Weltmarkt andere Preise lukrieren kann, als hier am regionalen Markt.

Auf der anderen Seite muss man auch sagen, wenn man sich den Grünen Bericht anschaut, dass das Einkommen der Bauern und Bäuerinnen praktisch jedes Jahr kleiner wird. Immer mehr Betriebe müssen eigentlich in die Massenproduktion gehen, weil sie für ihr einzelnes Produkt kaum mehr einen deckenden Preis lukrieren können.

Das heißt natürlich, wenn ich jetzt ein Ei zu einem sehr geringen Preis verkaufen muss, dann muss ich schauen, damit ich möglichst viel verkaufe, damit ich einigermaßen mein Einkommen sichern kann.

Das ist, glaube ich, nicht die Art und Weise, wie wir uns die Landwirtschaft vorstellen und das macht es eigentlich unmöglich, die vielzitierten Familien, die kleinstrukturierten landwirtschaftlichen Betriebe, die wir, Gott sei Dank, im Burgenland noch haben, zu erhalten.

Hier müssen wir wirklich auch den Konsumenten und Konsumentinnen immer stärker vor Augen führen, dass man auf der einen Seite nicht gegen Intensivtierhaltung, zum Beispiel, sein kann und auf der anderen Seite dann beim Diskonter zur Billigware greift. Das widerspricht sich natürlich!

Es wird für die Landwirtschaft, was heißt es wird, es ist eigentlich schon für die Landwirtschaft aus den beiden genannten Gründen, also auf der einen Seite starke Belastung durch den Klimawandel, aber auch immer schwächer werdende Deckung ihrer Lebensgrundlage durch das Einkommen aus der Landwirtschaft sehr schwer werden. Wir sind hier gefordert, die Rahmenbedingungen zu ändern, zu optimieren, damit langfristig die Landwirtschaft, so, wie wir sie jetzt zum Teil haben und wie wir sie uns wünschen, auch weiterhin betreiben können.

Ich möchte das hier noch einmal sagen: Wir müssen dem Klimawandel mehr Gewicht geben und wir müssen den Klimawandel ernst nehmen. Wir befinden uns mittendrinnen und wir können nicht so weitertun, wie wir es jetzt tun. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte nun auf die Bereiche Weinbau, Agrarpolitik und ländliche Entwicklung näher eingehen. Als Golserin weiß ich, wie wichtig der Weinbau für das Burgenland ist. Nicht nur für den Tourismus, sondern auch für die Wirtschaft. Im Nordburgenland und im Mittelburgenland sind dies vor allem die Weiß- und Rotweine und im Südburgenland neben den gängigen Weinsorten auch der Uhudler, der weltweit ein Unikat darstellt und einzigartig ist.

Dass im Weinbau seit dem Weinskandal ein enormer Aufschwung betreffend Qualität und weltweite Vermarktung unserer höchst prämierten Weine stattgefunden hat, ist rund um die Erdkugel bekannt. Nicht nur national gesehen steigt der Vertrieb, sondern auch international, was sich aus den hohen Exportzahlen ablesen lässt. Darauf sind wir stolz!

Wir sind zwar nicht das Land mit hoher Quantität, aber dafür das Land mit hoher Qualität. Auch heuer gibt es - trotz der extremen Trockenheit im Sommer - wieder eine vorzügliche Qualität bei den burgenländischen Weinen. Der Wichtigkeit des Weinbaues im Burgenland sind wir uns bewusst. Daher kann man auch hier dem Budget entnehmen, dass dementsprechend Schwerpunkte gesetzt wurden.

Nun aber zum Thema Agrarpolitik. Ich freue mich hier schon sehr auf den von unserer Agrarlandesrätin ausgearbeiteten Masterplan. Dieser ist wichtig, um die Agrarpolitik im Burgenland endlich in die richtige Richtung lenken zu können. Anstatt, wie in den letzten Gesetzgebungsperioden, ziellos und wenig zukunftsorientiert zu handeln, wird mit diesem Plan eruiert, was die verschiedenen Bereiche wollen, was ihre Ziele sind, wie die EU-Förderungen auszurichten sind und wo wir im Jahr 2020 stehen wollen.

Im Bereich Agrarpolitik möchte ich auch ansprechen, dass es wünschens- und auch unterstützungswert ist, dass die Kleinstrukturiertheit erhalten bleibt und nicht, wie es sich teilweise abzeichnet, Großbetriebe die Überhand gewinnen. Vor allem im Hinblick auf die Landschaftspflege wäre dies zu überdenken und ganz besonders zu berücksichtigen.

Weiters müssen Anreize auch für junge Betriebsübernehmer geschaffen werden. Immer mehr junge Leute scheuen sich, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen. Unter anderem ist es vor allem die überbordende Bürokratie, mit der die mittleren und kleineren Betriebe zu kämpfen haben. Von den teilweise absurden Vorschriften und Richtlinien aus Brüssel ganz zu schweigen! Ich spreche hier nur die Krümmung der Gurken an! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher wird es in Zukunft hier auch notwendig sein, seitens des Landes größtmögliche Unterstützung sicherzustellen, was mit dem uns vorliegendem Budget auch getan wird. Ich möchte noch kurz auf ein Interview im „Kurier“ eingehen:

Der Herr Landwirtschaftskammerpräsident Franz Stefan Hauzinger hat vor kurzem darin gesagt, dass der Landwirt heutzutage ein Manager ist. Er betonte genauso, wie ich es heute noch einmal tun möchte, wie wichtig es ist, mit der Politik zusammenzuarbeiten und sich auf respektvoller Ebene zu begegnen, damit man auch gemeinsam etwas für die Bauern erreichen kann. Hier möchte ich die Kollegen der ÖVP anhalten, sich ein Beispiel an ihrem Kollegen aus der Landwirtschaftskammer zu nehmen, denn nur zusammen ist man stark.

Tatsache ist, dass der Strukturwandel noch nicht abgeschlossen ist, aber was definitiv nicht sein soll, dass wir am Schluss Strukturen haben wie in anderen europäischen Ländern, mit lediglich großen Einheiten.

Das Ziel muss sein, dass wir eine flächendeckende Landwirtschaft aufrechterhalten können, die von bäuerlichen Kleinfamilien getragen wird. Ich bin mir sicher, dass wir das gemeinsam mit unserer Agrarlandesrätin genau schaffen werden. Danke! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Kollegen im Landesdienst, ob jetzt im Forstbereich, Güterwegbereich oder in der Agrarabteilung! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich muss mich beim Kollegen Richter und beim Kollegen Kölly bedanken. Sie sind beide zwar jetzt nicht hier, aber sie haben den Bürgermeisterkollegen aus Tobaj, Manfred Kertelics, sehr gelobt. Ich werde es wirklich gerne weiter ausrichten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Burgenland ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern, trotz seiner kleinen Landesfläche, von seiner regionalen Wertschöpfung her das viertgrößte Agrarland in Österreich, denn nach Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark kommt

schon das Burgenland. Warum? Weil wir eine sehr breit aufgestellte Landwirtschaft mit sehr vielen Sonderkulturen haben, die auch zu dieser Wertschöpfung beitragen.

Kollegin Stampfel! Die Landwirtschaft im Burgenland steht sehr gut da. Das ist auch ein wesentliches Zeichen der guten Arbeit der Vorgänger und nicht nur immer negativ, wie wenn die Landwirtschaft erst jetzt seit 200 Tagen erfunden worden wäre.

Das zentrale Programm der Agrarpolitik ist sicherlich das EU-Programm für die ländliche Entwicklung und hier ist es besonders unserem ehemaligen Bundesminister Niki Berlakovich zu verdanken, der dieses EU-Programm für Österreich ausgehandelt hat. Alle anderen vergleichbaren EU-Länder haben wesentlich verloren. Bei diesem GAP-Programm, bei diesen GAP-Förderungen hat nur Österreich hier wirklich sehr gut verhandelt. Das ist ihm zu verdanken. Die Bäuerinnen und Bauern können sich immer wieder auf die ÖVP und auf den Bauernbund verlassen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sehen wir uns dagegen die Pech-, Pleiten- und Pannenpolitik Ihrer Einheitspartei, der SPÖ und FPÖ an. Ich zitiere den Kollegen Molnár: Keine Erwähnung der Landwirtschaft im Koalitionsübereinkommen zeigt schon deutlich die Wertschätzung „der Arbeit unserer fleißigen Bäuerinnen und Bauern“.

Undemokratischer Regierungsproporz gegenüber dem Landtag durch Eliminierung - ich hoffe, die richtige Wortwahl zu treffen - der ÖVP-Abgeordneten im Landwirtschaftsbeirat, die Herausgabe des Grünen Berichtes wird um ein halbes Jahr verzögert im Unterschied zum Bund. Da haben wir schon lange den Grünen Bericht seitens des Bundes. Beim Land haben wir ihn vor wenigen Tagen erhalten und dann die dilettantische Vorgangsweise und Hinauszögern einer Lösung bei der Uhudlerproblematik zum Leidwesen der Uhudlerwinzerinnen und Winzer. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das muss man ganz klar sagen! Gerade im heurigen harten Jahr für die Landwirtschaft, wegen geringer Preise, wir haben es vom Kollegen Spitzmüller gehört, und der Dürre, hätte man sich eine Unterstützung von der zuständigen Landesrätin erwartet. Der diesbezügliche Antrag, wie in anderen Bundesländern, weil wir immer andere Bundesländer zitieren - ein Viertel der Sozialversicherungsbeiträge für das 4. Quartal 2015 sowie eine Ernteausfallversicherung, wo das Land 25 Prozent der Prämie, wie bei der Hagelversicherung übernimmt, wurde mit Ihrer Mehrheit abgelehnt.

Es gibt jedoch ein Mehr an Selbstdarstellung bei sogenannten „Runden Tischen“ und es werden neuerdings, das ist auch eine Neueinführung Grußbotschaften von der Frau Landesrätin bei verschiedenen Veranstaltungen verlesen. Ich finde es auch schade, dass eine schöne alte Tradition, Frau Landesrätin, nicht mehr gepflogen wird, denn gerade von einer Südburgenländerin hätten wir erwartet, dass Sie uns alle, wie so üblich, beim Budgetlandtag in Ihr Büro einlädt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das war eine schöne Tradition aller Ihrer Vorgänger. Ich hoffe, es wird in Zukunft wieder passieren.

Zu einer guten Entwicklung des ländlichen Raumes gehört auch eine gute Breitbandinternetversorgung, schnelle Erreichbarkeit durch Straßenverbindungen inklusive eines gut ausgebauten Güterwegnetzes und eine Anbindung an öffentlichen Verkehrsmitteln.

In der Vergangenheit wurde es schmerzlich durch SPÖ-Zuständigkeiten besonders im Burgenland, der Kollege Spitzmüller hat es bereits erwähnt und auch der Kollege Richter, verabsäumt, die Infrastruktur derart zu verbessern, dass der Rückstand zu anderen Landesteilen vermindert wird! Ganz im Gegenteil.

Zentrale Infrastruktureinrichtungen, wie die Bahnlinie Rechnitz-Oberwart-Friedberg, wurde eingestellt und es ist wirklich nur dem Druck von Pro-Bahn zu verdanken, dass der Güterwegverkehr jetzt zwischen Oberwart und Friedberg wieder aufgenommen wurde.

Der öffentliche Personennahverkehr - da können wir nichts schönreden - abseits der G1-Linie wurde auf ein Minimum reduziert oder ganz aufgegeben, was vor allem für Frauen wesentliche Nachteile beim Berufseinstieg mit sich bringt, weil man oft ein zweites oder drittes Auto anschaffen muss.

Es darf keine Selbstverständlichkeit werden, dass südburgenländische Gemeinden für weniger Angebot eines Mikro-ÖV dazuzahlen müssen und andere Regionen, wo es mehr Verkehrsangebote gibt, alles zur Gänze von Bund und Land bezahlt erhalten.

Diese Ungerechtigkeit muss endlich beseitigt werden. Die Landwirtschaft befindet sich laufend in einem Umbruch, in einer Veränderung, die Arbeit wird sicherlich nicht leichter. Vieles wurde schon erwähnt. Ich will es nicht wiederholen.

Aber die Bäuerinnen und Bauern machen ihre Arbeit mit viel Fleiß und viel Herz. Es gibt die vielfältigsten Produktionssparten, von der Tierhaltung, Ackerbau, Sonderkulturen im Burgenland, vor allem der Wein, das Obst, der Gemüsebau bis hin zu Bio natürlich und auch konventionell wirtschaftende Betriebe.

Sie versorgen Konsumentinnen und Konsumenten Tag für Tag mit gesunden Lebensmitteln und dafür gilt unser Dank allen fleißigen Bäuerinnen und Bauern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Österreich, so heißt es, ist der Feinkostladen Europas. Das dokumentieren wir auch mit dem AMA-Gütesiegel. Es soll so bleiben. Der Landesrat Liegenfeld, was schon angesprochen wurde, hat die Regionalität als Marke Burgenland damals gemeinsam mit der gesamten Regierung, mit den Sozialpartnern konzipiert.

Das soll auch weitergeführt werden. Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen für burgenländische Lebensmittel quasi sensibilisiert werden, sodass sie diese einkaufen.

Der Weg der erneuerbaren Energie, vom Kollegen Spitzmüller bereits erwähnt, soll auch weitergeführt werden. Und hier ist nicht die Landwirtschaft das Problem. Das große Problem ist der Verkehr. Die Landwirtschaft hat sicher in den letzten Jahren und Jahrzehnten, ich kann da wirklich sehr viele Beispiele von Biomasseanlagen und so weiter sagen, die Landwirtschaft hat hier wirklich wertvolle Arbeit geleistet. Und auch jetzt die Photovoltaikanlagen, die an diesen alten Scheunen, Stallgebäuden und so weiter angebracht werden, tragen wesentlich dazu bei, dass es weniger CO_2-Ausstoß gibt.

Das große Problem ist der Verkehr. Und da kommen wir wenig weiter.

Gesamtgesehen natürlich ein schwieriges Jahr in der gesamten Agrarwirtschaft, nicht nur wegen der Trockenheit, sondern auch, wurde auch schon erwähnt, Russland-Embargo macht den Bewirtschaftern wirklich sehr zu schaffen.

Umso mehr bedanke ich mich bei allen, die sich immer wieder für die Landwirtschaft einsetzen und für die gute Zusammenarbeit.

Bei der Landwirtschaftskammer, besonders auch bei meinen Kollegen, egal jetzt in der Forstabteilung oder in der 4b, Manfred Cadilek ist jetzt nicht hier, stellvertretend ihm natürlich gebührt ein herzliches Danke. Das ist mir auch sehr wichtig, weil Danksagen gehört zu einer gut geführten Landwirtschaft dazu. Herzlichen Dank noch einmal! *(Beifall bei der ÖVP)*

Damit unsere Bäuerinnen und Bauern weiterhin Produkte mit bester Qualität und einem wichtigen Beitrag zu Kultur- und Landschaftspflege leisten können, ist es wichtig, die Wetterrisiken mit der Ernteversicherung zu reduzieren, und deshalb bringe ich auch einen Abänderungsantrag ein: „Der Entwurf des Landesvoranschlages für das Jahr 2016 wird im ordentlichen Voranschlag in der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, dahingehend geändert, dass nachstehende Voranschlagsstelle neu aufgenommen wird, Förderung Ernteausfallversicherung mit zwei Millionen."

Wenn Ihnen die Landwirtschaft wirklich so wichtig ist, wie Sie in den verschiedensten Anlässen und Grußbotschaften immer wieder behaupten, so bitte und ersuche ich Sie, auch diesem Antrag zuzustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zum Abschluss noch eine schöne Geste, weil wir oft über diesen Uhudler gestritten haben. *(Abgeordneter Walter Temmel zeigt eine Flasche Uhudler)* Es ist nur ein Muster. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Alkoholverbot!)* Ich weiß, wir werden ihn hier nicht austrinken. Dazu habe ich nur eine Flasche mitgebracht.

Aber „Uhudler" steht ganz groß drauf und hier die gesetzliche Bezeichnung, wie es in Zukunft aussehen könnte und mit dem Wunsch, Frau Landesrätin, wirklich sehr schnell, rasch eine Lösung mit den Fachexperten auf Bundes- und Landesebene herbeizuholen.

In diesem Sinne wünsche ich uns auch, dass wir nächstes Jahr eingeladen werden. Wenn nicht, einige Flaschen Uhudler stelle ich zur Verfügung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Herr Abgeordneter, geben Sie mir jetzt den Abänderungsantrag oder den Uhudler, oder beides? *(Heiterkeit und Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Du kriegst den Uhudler nicht. - Abgeordneter Walter Temmel übergibt der Agrarlandesrätin den Uhudler und dem Präsidenten den Abänderungsantrag - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zuerst die Geste, dann die Arbeit. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Präsident hätte auch eine Flasche wollen.)* Danke schön! Die Hoffnung war kurz da. Aber der Süden hält zusammen.

Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte doch auf die Wortmeldung und die Kritik vom Herrn Kollegen Kölly eingehen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der ist eh nicht da.)* Nachdem er Anträge einbringt, dass es keinen Alkoholkonsum hier während der Landtagssitzungen gibt, das ist für mich und für uns eine Selbstverständlichkeit.

Der Herr Kollege Kölly kritisiert sehr oft Regierungsmitglieder, Landeshauptmann, Landeshauptmann-Stellvertreter und Abgeordnete, dass sie nicht hier an der Sitzung teilnehmen. Es wäre mir lieber gewesen, er wäre selbst da, aber er wird ja dann im Protokoll nachlesen können.

Auf die Kritik und Beleidigung des burgenländischen Pendlerforums möchte ich gerne eingehen. Ich lasse das nicht so im Raum stehen, weil hier sämtliche Mitglieder des burgenländischen Pendlerforums ehrenamtlich, unentgeltlich und engagiert sich für unsere Pendlerinnen und Pendler im Land einsetzen.

Ich lasse auch nicht die Kritik an Herrn Präsidenten Illedits stehen. Denn er hat in seiner politischen Arbeit viel, unheimlich viel für die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler erreicht und über die Bezirksgrenze hinaus. Das möchte ich in dieser Form nur festhalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und zur Kritik, dass bei einer Gemeindeveranstaltung in Deutschkreutz kein Mitglied des burgenländischen Pendlerforums dabei war, da möchte ich widersprechen und klarstellen. Es war sehr wohl der Bundesrat Lampel dort anwesend. Aber ich möchte dazu sagen, dass es hier keine Einladung an das burgenländische Pendlerforum gegeben hat oder außerhalb des Bezirkes. Ich möchte aber festhalten: Am 22. April hat der Herr Landeshauptmann den Bezirk Oberpullendorf in Weppersdorf zu der Pendleroffensive eingeladen.

Hier waren alle, alle aus dem Bezirk Oberpullendorf anwesend und meines Wissens gehört Deutschkreutz ja auch dazu. Der Herr Bürgermeister und Abgeordnete Kölly war nicht dabei.

Ich möchte aber jetzt darauf hinweisen und zu dem Budgetpunkt sprechen. Ich möchte den heutigen Rednerbeitrag dafür nutzen, den Landwirten, vor allem die es noch gibt, sehr herzlich für ihren Arbeitseinsatz und ihre Leistungen zu danken. Denn das Bauernsterben ist auch im Burgenland in den letzten Jahren unvermindert weitergegangen.

Alleine im Burgenland haben innerhalb von zehn Jahren fast 3.000 Betriebe, sprich rund ein Viertel, aufgegeben. Dieser geförderte Strukturwandel muss endlich gebremst werden. Jene Bauern, jene Kleinbauern, die das Rückgrat unserer Landwirtschaft im Burgenland ausmachen, werden seit Jahrzehnten von der Agrarindustrie verdrängt.

Für mich sind unsere Bauern, unsere Kleinbauern, mehr als nur Landwirte. Sie sorgen für die Landschaftspflege in unseren Gemeinden und tragen zur Dorfkultur entscheidend bei. Es ist für mich ein Hohn, wenn der Landwirtschaftsminister Rupprechter sagt, Bauern müssen sich mehr auf ihre Rolle als Unternehmer besinnen. Ich sage ganz klar nein.

Sie sind mehr als Unternehmer. Sie sind auch Kulturträger und Umweltdienstleister. Ich fordere hier die Kollegen der ÖVP, Herr Kollege Temmel, auf, sich von dieser bauernfeindlichen Politik zu distanzieren und sich für eine Kurskorrektur einzusetzen, denn die ÖVP-Landesräte haben auch im Burgenland in der Vergangenheit im gleichen Gleichschritt jahrzehntelang dem Bauernsterben zugeschaut.

Gerade deswegen bin ich über den neuen Weg und das Engagement, den unsere neue Agrarlandesrätin Verena Dunst in der Landwirtschaft geht, überzeugt und kann das nur zur Gänze unterstützen. Ich sehe in keiner Weise diese Kritik, Kollege Temmel, wenn wir sagen, eine Regierungszeit von 200 Tagen. Landesräte im Burgenland seit 1945 gehören und gehörten der ÖVP an. *(Abg. Walter Temmel: Wir stehen auch gut da.)* Und jetzt das zu vergleichen in 200 Tagen, was andere über ein halbes Jahrhundert nicht gemacht haben, ist, glaube ich, nicht fair. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Kollege Temmel! Es gibt einen Antrag. Es gibt einen Abänderungsantrag. Jetzt bringen Sie den gleichen Antrag wiederum ein. Ein Antrag, ich habe mit Landwirten gesprochen, die finden diesen Antrag nicht gut. Die finden diesen Antrag nicht gut. Sie machen eine Förderung mit öffentlichen Geldern und streuen einfach und gießen über das Beet. *(Abg. Walter Temmel: Ausfallversicherung.)*

Sie gießen dort drüber und sagen grundsätzlich, Sie wissen, natürlich hat es im vergangenen Jahr aufgrund der Dürre Schäden gegeben. Aber es hat … *(Abg. Walter*

Temmel: Diese sollen versichert werden.) - darf ich jetzt das sagen, was ich will oder muss ich das sagen, was Sie gerne hätten?

Es hat aber in dieser Form ganz einfach und wir wissen es gerade in der Weinwirtschaft hat es einen Jahrhundertwein, eine Ernte, gegeben und auch in anderen Belangen hat es sehr gute Erträge gegeben.

Wir sind schon dafür und die Frau Landesrätin wird auch darauf eingehen, dass hier die Landwirte unterstützt werden. Aber doch nicht eine Förderung mehr oder weniger mit der Gießkanne darüber zu streuen, unabhängig davon, ob hier Landwirte, ob hier Winzer von Dürreschäden betroffen sind oder ob es hier Jahrhunderternten gegeben hat.

Geschätzte Damen und Herren! Es ist nämlich nichts anderes außer ein nettes Geldgeschenk auf Kosten der Steuerzahler.

Wir wissen, dass der Biolandbau das Aushängeschild der Landwirtschaft ist. Da sind wir im Burgenland aber auch in Österreich Europameister. Und gerade deswegen müssen wir der Biolandwirtschaft hier mehr Unterstützung gewähren. Gerade dort gilt es, verstärkt und nachhaltig auch zu investieren. Die gerechte Verteilung der Fördermittel darf sich nicht auf die Quantität niederschlagen, sondern sie muss vordergründig natürlich auf die Qualität gehen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte auch einige Worte zur Weinwirtschaft verlieren und zu unserem Land Burgenland kommen. Der burgenländische Wein hat sich zu einem Markenzeichen für unser Land entwickelt. Das Weinland Burgenland ist europaweit, ja sogar weltweit bekannt. Mit ihrer hervorragenden Qualität und Vermarktung, gerade deswegen darf ich hier allen Winzern und Winzerinnen gratulieren und gleichzeitig für ihre hervorragende Arbeit recht herzlich danken.

732.700 Hektoliter bedeuten ein überdurchschnittliches Ernteergebnis. Zuwächse beim Weiß- genauso wie auch beim Rotwein in höchster Qualität sind das Ergebnis der heurigen Ernte. Wir erwarten einen Top-Jahrgang. Ein Winzer oder einige Winzer sprechen sogar vom Jahrhundertwein.

Geschätzte Damen und Herren! Gesamt gesehen werden wir im Bereich der Agrarpolitik in der ländlichen Entwicklung und im Weinbau diesem Budgetkapital unsere Zustimmung erteilen - unter dem Motto „Neue Wege für eine erfolgreiche Zukunft im Burgenland“. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter.

Nachdem die Frau Abgeordnete Karin Stampfel ihren Redebeitrag zurückgezogen hat, sind Sie der Nächste, der wieder zu Wort gemeldet ist, und ich darf Ihnen wieder das Wort erteilen.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke schön Herr Präsident! Das Thema Energie, auf das wir mit Stolz in unserem Land blicken können, ich glaube, es war der richtige Weg, der richtig politische Weg, auf den wir alle stolz sein können.

Wenn wir die Uhr der Zeit zurückdrehen, 1997, war die BEWAG ein reiner Stromhändler. Das Burgenland hat im Prinzip eigentlich keine Energie erzeugt.

Die Frage von nachhaltigen Lösungen zur Energiefrage beschäftigt nicht nur das Burgenland und auch nicht nur Österreich, sondern einen großen Teil der Welt. Die unweigerlich zur Neige gehenden fossilen und atomaren Ressourcen und der damit verbundenen Herausforderungen, ja Gefahren, die sich laut vielfachen Expertenaussagen

von starken Einbußen in der Lebensqualität bis hin zu Hunger, Not und Kriegen erstrecken können, haben viele Menschen aus allen Teilen der Welt dazu veranlasst, sich mit der Frage einer nachhaltigen Lösung zu Energieverbrauch und Energieproduktion zu beschäftigen.

Das Burgenland steht daher mit dem langfristigen Ziel, vollständig energieautark zu werden, sicherlich nicht alleine da, obwohl ich der Meinung bin, dass das Burgenland in einzelnen Bereichen durchaus eine Vorreiterrolle hier nicht nur national oder europaweit, sondern weltweit hier eine Vorreiterrolle eingenommen hat.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben neue Rekorde in unserem Land, was die Stromproduktion betrifft. Im September 2015 stieg die Stromerzeugung im Burgenland auf ein Rekordhoch an. Insgesamt wurden 288.752 Megastunden erzeugt, das entspricht 213 Prozent der im Land verbrauchten Strommenge im Monat. Im Jahresdurchschnitt liegt die erzeugte Menge bereits bei 150 Prozent. Der Anteil der Energie Burgenland Windkraftanlagen an dem Rekordergebnis vom September liegt bei 128.000 Megawattstunden. Die Energie Burgenland ist mit ihrer Tochter Energie Burgenland Windkraft Vorreiter bei der Erzeugung von Windstrom und der größte Windstrom-Produzent in Österreich. Von 1997 bis September 2015 wurde bereits eine Terawattstunde sauberen Strom aus Windkraft produziert.

Für mich stellt sich aber nicht nur die Frage, wie erzeugen wir jetzt, wie erzeugen wir zukünftig Strom und Energie, sondern, es stellt sich auch für mich die Frage, wie gehen wir mit Energie um. Ich glaube, dass wir hier im Land Burgenland auch dafür gesorgt haben und sorgen, dass wir mit Energie sehr sorgsam umgehen.

Ein wichtiges Thema im Bereich der Energie ist für mich auch die voraussehende Investition für eine niedrige Ausfallsrate im Bereich des Stromnetzes. Im Burgenland haben wir 19 Umspannwerke, 2.700 Trafostationen, und mehr als 9.500 Kilometer Stromleitungen garantieren hier, dass rund um die Uhr rund 160.000 Kunden mit Strom versorgt werden. Investitionen sorgen dafür, dass die hohe Versorgungsqualität erhalten bleibt und die Netze zukunftsfit werden.

Das burgenländische Netz ist eines der versorgungssichersten europaweit. Die Verfügbarkeit liegt bei 99,99 Prozent. Das heißt, die störungsbedingte Ausfallszeit lag im Burgenland im Jahre 2013 durchschnittlich bei 23 Minuten. Im Vergleich dazu, im Schnitt beträgt die Dauer von Stromausfällen auf Grund von Störungen in Österreich im Jahr 2013 um zehn Minuten länger, sprich 33 Minuten.

Wenn wir uns hier auf europäischer Sicht mit Ländern vergleichen, so lassen wir hier Italien, Frankreich, Großbritannien und Schweden, was die Versorgungssicherheit betrifft, hinter uns. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)* Danke schön!

Vor allem die Einspeisung der großen Mengen an Windstrom, die im Land erzeugt werden, erwies sich auch als große Herausforderung. Rund 100 Millionen Euro wurden beziehungsweise werden investiert, um die Kapazitäten des heimischen Netzes entsprechend zu erhöhen. Dazu kommen 31 Millionen Euro, die jährlich routinemäßig in Instandhaltung, in Erneuerung und Verstärkung des Stromnetzes investiert werden.

Ich glaube, dass wir uns im Bereich der Energie auf einen sehr guten Weg befinden, und ich danke hier allen, die politische Verantwortung tragen, die aber hier in der Netz Burgenland, in der Energie Burgenland, die ihre Arbeit tagtäglich machen, zum Wohle unserer Menschen im Burgenland. Danke und wir stimmen natürlich diesem Budgetposten zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Von der Regierungsbank hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich darf mich kurz zu Wort melden, um auch mich zu bedanken, für die vielen Wortmeldungen zum Thema Agrar, das ich für durchaus sehr, sehr, sehr wichtig halte und auch Ihre Botschaften dazu mitgenommen habe und ernst nehme.

Herr Abgeordneter Spitzmüller! Zunächst einmal haben Sie über die Biolandwirtschaft gesprochen. Die Wichtigkeit der ökologischen Wirtschaft, der Biolandwirtschaft, ich gebe Ihnen absolut Recht. Wir sind am Ende des Jahres des Bodenschutzes. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, aufpassen, das ist nicht für ewig und man muss an der Qualität weiterarbeiten. Da bin ich bei Ihnen.

Sie haben unter anderem den österreichischen Klimaschutzbericht, der ja vor einigen Tagen herausgekommen ist, auch mit in Ihre Debatte genommen. Der natürlich ein klares reales Bild zeigt. Darüber brauchen wir auch nicht reden. Da gibt es nichts Schönzureden.

Sie haben auch darüber geredet, dass die Landwirtschaft so kontra natürlich zur Umwelt steht. Fakt ist es, und gestern, Sie erinnern sich vielleicht an eine Wortmeldung vom Abgeordneten Temmel beziehungsweise einer Antwort meiner Regierungskollegin. Ich möchte das noch einmal untermauern und damit bin ich eher bei Ihnen, ich stehe dazu, dass es zwischen der Landwirtschaft und der Umwelt eine gute Zusammenarbeit, aber natürlich auch Kompromisse geben muss. Deswegen war ich auch von Anfang an, und da können Sie gerne in meinen - ich glaube, Sie werden was anderes zu tun haben - aber in meinen parlamentarischen Reden 1994, 1995, als ich unter anderem auch im Landwirtschaftsausschuss des Parlamentes mitgearbeitet habe, war eines der ersten Wortmeldungen.

Ich halte das für eine klassische Unvereinbarkeit. Ich bin Agrarlandesrätin mit allem Wenn und Aber, das ist keine Frage. Und daher finde ich diese Trennung, und ich freue mich sehr, wir werden beide sicherlich den einen oder anderen Kompromiss zu erarbeiten haben, dass es zu dieser Trennung gekommen ist. Ich habe damals schon darauf hingewiesen, ich möchte ganz klar sagen, dass ich das auch auf Bundesregierungsebene nicht für optimal halte, weil es soll jeder für seine Zuständigkeit das Optimale herausholen. Aber niemals das passiert, was immer wieder passiert. Entweder ist die Landwirtschaft vorne, andere Dinge vorne, Energiegewinnung vorne, und so weiter und hinten die Umwelt oder umgekehrt. Das geht nicht. Da gilt es eine gemeinsame Arbeit, aber bitte. *(Beifall bei der SPÖ)*

Daher - wir haben genug zu tun, und ich gebe Ihnen absolut Recht, wenn Sie sagen, Biolandwirtschaft - noch einmal - ist wichtig, ich sage Ihnen gleich dazu, dass sich das auch immer wiederfindet, im ELER-Programm, in der erhöhten Förderung der Biolandwirtschaft, da haben Sie Recht, aber ich kann nur sagen, die konventionelle Landwirtschaft ist auch wichtig.

Sie haben auch von Ernährungssicherheit gesprochen. Gerade deswegen brauchen wir sie auch, und ich bin nicht als Agrarlandesrätin dafür zu haben, diese beiden auszuspielen, sondern ich bin dafür zu haben, und da unterscheiden sich wahrscheinlich unsere Meinungen, dass man beides gemeinsam im Fokus haben muss.

Im Burgenland passt das ja auch, weil der Biolandbau im Burgenland eine sehr schöne Größe hat, natürlich noch ausbaufähig ist, aber, wie gesagt, gemeinsam mit der konventionellen Landwirtschaft brauchen beide beides.

Vielleicht noch ein Thema. Sie haben den Grünen Bericht angesprochen. Ja, Sie haben leider Recht. Es stimmt, dass jedes Mal im Grünen Bericht auffällt, dass die Menschen, die im Burgenland, Gott sei Dank, noch Landwirtschaft betreiben, egal in welcher Form, leider immer weniger Einkommen erzielen. Vor allem die Kleinstrukturierten und die Mittelstrukturierten. Da haben Sie Recht.

Das ist genau das große Problem, aber ich sage nicht Problem, ich sehe es als Herausforderung, nämlich wirklich auf die Qualität zu setzen und zu schauen, auch mit zusätzlichen Programmen wie Green Care und, und, und, ich möchte das nicht in die Länge ziehen, wird noch andere Gelegenheiten außer dem Budgetlandtag geben.

Aber da müssen wir natürlich etwas tun. Warum? Weil es genau passiert, dass es dann immer weniger Landwirte gibt, vor allem je kleiner sie sind, natürlich eher dann aufhören, da gilt es entgegenzuwirken. Da bin ich bei Ihnen.

Sie haben aber gesagt, und da unterscheide ich mich von Ihnen wesentlich - naja, wir haben noch genug kleinstrukturierte Landwirtschaft - nein! Herr Abgeordneter Spitzmüller, wir haben zu wenig. Wir haben zu wenig. Das hat sich leider in den letzten Jahren so gezeigt, dass man da viel zu wenig an regionalen Gegenmaßnahmen gestartet hätte und daher muss ich feststellen, wenn ich heute kleinstrukturierte Betriebe, die ich dringend bräuchte, für einige Möglichkeiten an Zusatzverdiensten, dann finde ich wenige, aber ich hoffe, und damit möchte ich schon zum Nächsten kommen, ich hoffe, dass diese neuen Möglichkeiten, nämlich auch für jemanden, der neu jetzt sich für die Landwirtschaft oder produzierenden Betrieb entscheidet, durch die hohe Gründungsförderung, hoffentlich entscheidet, weil die gibt es. Es gibt schöne Investitionspakete über das ELER-Programm für Menschen, die neu mit einer Landwirtschaft beginnen.

Die Frau Abgeordnete Stampfel hat gesagt, klar, toll, auf die Grußworte, die heute ja schon von wo anders kommuniziert worden sind, die jetzt für den Günter Kovacs als Weinsprecher der SPÖ über den Kollegen Sodl verlesen wurden, sagen klar, Gott sei Dank, tolles Jahr, guter Wein. Passt alles. Qualität passt. Und so weiter. Ich freue mich sehr.

Das brauchen wir. Wir sind stolz auf den burgenländischen Wein. Exportzahlen und auch steigende Verkaufszahlen zeigen das.

Ich bin auch sehr froh, dass der Kollege Temmel - und damit komme ich zu seinen Wortmeldungen - sagt, die Bauern stehen gut da. Ich bitte Sie nur, Herr Kollege, in Ihrem Interesse, nicht in meinem, mir kann das so und so recht sein, aber Sie jammern in einer Landtagssitzung darüber, und da haben Sie Recht, dass die Milchpreise und der Weizenpreis schlecht ist, und auf der anderen Seite sagen Sie heute, die Bauern stehen gut da.

Nein! Nein! Es geht ihnen nicht gut. Vielleicht einigen wenigen. *(Abg. Walter Temmel: Dieses Jahr!)* Aber dann bitte, wie gesagt, nur in Ihrem Interesse, Sie können nicht einmal so sagen und einmal so sagen, da passt was nicht zusammen. *(Abg. Walter Sodl in Richtung Abg. Walter Temmel: Und dann willst Du die Versicherung haben. - Abg. Walter Temmel: Ja, dafür!)*

Herr Abgeordneter Temmel! Walter, ich bin nicht dafür zu haben, dass ich da was schönrede, nur weil es dazu passt, und das nächste Mal ist wieder alles schlecht. Das

geht nicht! Der Landwirtschaft, zum Teil vor allem den Kleineren, geht es nicht gut. Und das zeigt der Grüne Bericht.

Das ist das Nächste. Der Grüne Bericht ist nicht deswegen, weil es die rote Landesrätin gibt für Agrar später, sondern, weil ich zu meiner Abteilung stehe, die mich gebeten und gesagt hat, wir schaffen das nicht, der Mitarbeiter, bitte können wir das verlängern und dann haben wir auch eine Datensicherheit.

Um es klarzustellen, nicht ich habe den Grünen Bericht zurückgehalten, sondern es ist gescheit so, dass wir ihn jetzt herausgeben. Das war der Wunsch der Abteilung, weil wir so eine Sicherheit der Fakten- und Datenlage haben, und nicht ein halbes Jahr später, wo wir dann zu wenig Zeit haben. Also ich muss das gleich sagen, ich bedanke mich auch beim Kollegen, der das unglaublich gut macht, das ist der Herr Dipl.Ing. Wutschitz, herzlichen Dank. Der legt immer Daten- und Faktenlagen am Tisch und Gott sei Dank hat er mehr Zeit dazu und dazu stehe ich, und das war ich, die das verlängert hat, ich hätte mir gewünscht, dass das andere auch schon später herausgegeben hätten, weil dann wäre alles drinnen.

Ich wollte es nur klarstellen. Weil ich bin zurzeit, gut es regnet da nicht herein, aber wenn, dann hätte ich wahrscheinlich die Schuld. *(Heiterkeit bei der Abg. Ilse Benkö)* Ein bisschen Humor braucht der Landtag auch.

Zum Uhudler - herzlichen Dank für den Uhudler. *(Abg. Ilse Benkö: Ist er gut?)* Alkoholverbot, Frau Präsidentin, geht nicht. Aber er wird sicher gut sein, weil der Uhudler prinzipiell gut ist. Auch da ohne Emotionen. Die Landtagsabgeordneten haben heute auch noch andere Themen zu diskutieren.

Aber noch einmal zur Klarstellung, weil Sie immer wieder sagen, tun Sie was. Ich möchte es noch einmal klarstellen, aber ich bin sicher, dass es eh schon alle im Landtag verstanden haben, weil wir, Gott sei Dank, über den Uhudler oft diskutieren und mittlerweile schon der gesamte Landtag fast bei jeder Sitzung mit dem Uhudler konfrontiert ist.

Nur, Fakt ist, es gibt in Österreich zwei Ebenen: Das ist die Ebene der Bundesregierung und des Nationalrates und dann gibt es die EU ganz oben und dann gibt es uns in der Landesregierung als die nächste Ebene.

Der Herr Minister Rupprechter hat die Zuständigkeit, für den Uhudler etwas zu tun. Er muss mit der EU verhandeln, denn er hat auch einen Sechsparteienantrag. Alle Parteien im Nationalrat, das habe ich für gut empfunden, haben sich an ihn mit der großen Bitte und einem Sechsparteienantrag gewandt, er möge bitte in Brüssel, dort, wo es auch hingehört und nicht da in den Landtag, etwas tun, damit die EU-Marktordnung sich ändert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, es gehört der Job dem Herrn Minister Rupprechter und nicht der Verena Dunst, aber, ich hätte mir auch gewünscht, dass er ihn so macht, wie es der Antrag war, nämlich, dass er wirklich schaut, dass er auf EU-Marktebene diese verbotenen Uhudlersorten herausbringt. *(Abg. Walter Temmel: Langfristig! Langfristig!)*

Das hat er nicht getan, aber ich bin überzeugt, er wird es noch einmal probieren. Er hat ja auch noch einige Tage im Amt, hoffentlich sicher mehr als ich, wenn sie mich immer mit meinen 200 Tagen zitieren. Aber, Fakt ist, es ist sein Job. Ich möchte das nochmals festhalten.

Zum Zweiten: Mein Job ist es, den habe ich getan, ich wollte nicht tatenlos zuschauen, sondern wollte einmal etwas tun. Ich hoffe nur für Sie, ich habe es Ihnen

schon gesagt, ich stehe dazu, dass ich jetzt den Obstwein, wo sie nochmals eine Abstimmung herbeigeführt haben, *(Abg. Walter Temmel: Ich nicht! Ich nicht, sondern der Uhudler-Verein.)* vorher für den Uhudler ohne Obstwein, jetzt sagen Sie Obstwein. *(Abg. Walter Temmel: Der Uhudler-Verein.)* Ich bin eine Südburgenländerin, die zu ihren Worten steht. Es wird auf Bundesebene zu einem Entschluss kommen, weil ich es übernommen habe, mit den SPÖ-Abgeordneten im Parlament zu reden, weil ohne denen gibt es keinen Obstwein, weil Rupprechter allein kann das nicht tun. *(Abg. Walter Temmel: Na, gut!)*

Ich stehe zu meinen Worten, aber es ist trotzdem die falsche Lösung. Ich habe eine andere Lösung, weil der Uhudler nicht zum Obstsaftl degradiert wird, sondern so bleibt wie er ist, ein toller Wein und der gehört auch dazu als Uhudler. Aber, macht nichts. Es ist ein erster Schritt, zwar ein falscher Schritt, aber ich mache da mit.

Zum Letzten: Ich kann nur den Kollegen Sodl unterstützen. Bitte hören Sie sich um! Da ist keine Rede davon, dass irgendein Bauer eine Sozialversicherung haben will, der braucht eine Hagelausfallsversicherung. Das werden wir im nächsten Jahr tun, aber österreichweit.

Recht herzlichen Dank, bei den Abteilungen mit dem Abteilungsvorstand Haslehner und mit dem Abteilungsvorstand Cadilek an der Spitze für die gute Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank, alles Gute. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter ist zu Wort gemeldet.

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie zum Rednerpult.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Punkt Wirtschaftsförderung beziehungsweise Tourismus möchte ich sprechen, aber erlauben Sie mir bitte, vorher etwas zu klären.

Ich habe bei der letzten Landtagssitzung den Bericht des Rechnungshofes hinsichtlich der Tourismusförderungen der Jahre 2008 bis 2013 präsentiert und habe dort logischerweise die Versäumnisse der damaligen Landesrätin Mag.a Resetar zugeordnet, sie hat das abgestritten und hat gesagt, zuständig war der Herr Landeshauptmann.

Ich habe mich ein bisschen umgehört und ich kann ihr nur sagen, sie hat vor einem Jahr, hier in diesem Haus, zu Beginn ihrer Rede wörtlich gesagt, ich zitiere: „Ich trage zehn Jahre Verantwortung, die politische Verantwortung für den Tourismus und natürlich hat es immer Aufs und Abs gegeben und so weiter und so fort.“ *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Soviel nur zur politischen Verantwortung in diesem Ressort und zur Rechtfertigung meiner Kritik an ihr, die ja eigentlich eine Kritik des Rechnungshofes ist.

Jetzt zum Voranschlag. Mit 6,94 Millionen Euro gegenüber 6,98 im Vorjahr sind die Förderungen des Fremdenverkehrs und die touristischen Maßnahmen quasi fast gleich geblieben.

Tatsache ist, dass das Burgenland heute in der österreichischen Tourismuslandschaft einen fixen Platz hat, dass das Burgenland mit den fünf bekannten Hauptthemen, wie Natur, Kultur, Wein und Kulinarik, Sport, Kur, Therme und Wellness vertreten ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist wichtig, dass hinsichtlich verschiedener Strategien Maßnahmen gesetzt werden und dass die Bekanntheit des Burgenlandes gesteigert wird. Dazu sind Marketingstrategien notwendig.

Damit das Burgenland als Ausflugsland einen fixen Platz findet, damit sich das Mittel- und Südburgenland entsprechend profiliert, müssen Themen, Produkte und Märkte, vor allem Leitprodukte, entwickelt werden. Da ist das vorher erwähnte Produkt, der Uhudler, natürlich prädestiniert.

Am Wochenende war ich, unter anderem auch die Frau Landesrätin Verena Dunst, auch der Kollege Temmel war dabei, in Großpetersdorf beim Genusswirt des Jahres Österreichs.

Das ist ein gewisser Karl-Heinz Jung, der in Großpetersdorf ein Lokal führt. Mit dem habe ich einige Sätze gewechselt und der hat etwas Interessantes gesagt, und zwar: Er hat lange in Südtirol, in Italien gearbeitet und dort ist es überall eine Selbstverständlichkeit, dass regionale und bodenständige Produkte von der Bevölkerung bevorzugt werden. Ich glaube, das wäre ein ganz wichtiger Ansatz, quasi eine Bewusstseinsänderung der Bevölkerung zu erreichen, dass sie vor allem auf heimische, regionale, bodenständige Produkte zurückgreift.

Das ist natürlich nicht einfach, denn der Kostenfaktor ist in der Bevölkerung oft ein wesentlicher Faktor. Aber, ich glaube, hier müsste man verstärkt ansetzen. Ich glaube auch, dass das neue Tourismusgesetz wesentlich dazu beitragen wird, da es, meiner Meinung nach, inhaltlich in Ordnung ist.

Da geht es uns sicher in keinster Weise, wie uns vorgeworfen wurde, um den parteipolitischen Einfluss, sondern es geht uns dabei wirklich nur um die Sache.

Dass der Süden mehr gefördert werden sollte aus verschiedensten Gründen, aus wirklich handfesten Gründen, ist schon öfter erwähnt worden. Ich muss leider noch einmal auf den Kollegen Kölly zurückkommen. Ich verspreche aber, dass das das letzte Mal ist, denn, meiner Meinung nach, verdient er nicht so viel Aufmerksamkeit. Aber, sich hierher zu stellen, vor allem vor der Wahl, das ist ja auch interessant, und für den Süden großmächtig sich einzusetzen und Werbung zu machen, dann aber das wahre Gesicht zu zeigen, was ja das Beispiel am Sportplatz zeigt, was er wirklich vom Süden hält und dazu bringe ich ihm als Beweis die ganze Mannschaft, wenn er will.

Das ist reine, ich sage einmal, Bigotterie, falls er das Wort nicht versteht, was ich mir nicht vorstellen kann, denn er weiß alles und kann alles, dann kann er sich bei den hier anwesenden Pädagogen, Lehrern, Lehrerinnen erkundigen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn jemand, das möchte ich hier auch dezidiert und wirklich überzeugt sagen, etwas für den Süden erreicht, dann ist das auf Grund ihres Engagements, dann ist das auf Grund ihrer Initiativen und ihres Einsatzes die Frau Landesrätin Verena Dunst und sonst niemand. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Christian Illedits.

Herr Präsident, bitte zum Rednerpult. *(Ein Zwischenruf: Ich habe es schon gegoogelt! - Allgemeine Heiterkeit)*

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich müsste ich gar nicht mehr so viel sagen, der Herr Kollege Richter hat ja eine Lanze für den Tourismus, für viele Aktivitäten, gebrochen.

Den Hinweis auf die Kritikfähigkeit, die zweifelsohne auch damit verbunden sein muss, in der Vergangenheit zurückzublicken, um eben die Fehler anzunehmen und somit

auch bessere Rahmenbedingungen für die Zukunft schaffen zu wollen, das gilt nicht nur für den Tourismus, sondern natürlich auch allgemein für viele andere Bereiche, die uns hier in diesen zwei Tagen zu beschäftigen haben.

Der letzte Rechnungshofbericht, das ist, glaube ich, ein guter Ansatz, weil er auch eine gute Basis ist, um eben diesen heranzuziehen, um daraus auch die richtige Schlüsse und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

Ich möchte mich, bei allem, was im Tourismus passiert ist, bei denen bedanken, die hauptverantwortlich dafür sind. Das sind die Betriebe, das sind die Touristiker, das sind die Menschen, die unmittelbar oder mittelbar für den Tourismus und im Tourismus und die schlussendlich ein ganz wichtiges Standbein auch in wirtschaftlicher Hinsicht hier, nämlich in der Beständigkeit, schaffen und dies permanent.

Viele andere Betriebe, und wir erleben es leider tagtäglich, werden insolvent. Das passiert auch Tourismusbetrieben, aber die Wertschöpfung bleibt hauptsächlich natürlich hier im Lande, weil eine Absiedelung definitiv nicht möglich ist. Das heißt, die großen Chancen, die der Tourismus mit sich auch die Wertschöpfung betreffend, und um die geht es schlussendlich, mit sich bringt, ist eigentlich eine sehr wichtige. Deshalb müssen unsere Intentionen auch mit neuen, geänderten Rahmenbedingungen genau in diese Richtung gehen.

Wenn wir mit knapp einer Million Gästen im Jahr 2014 einen Rekordwert hatten, dann konnten wir diesen im Jahr darauf nicht mehr erreichen. Auch das ist Fakt. Wenn man eine positivere Zahl, einen Durchschnittswert im zehn Jahresvergleich, dann hatten wir natürlich von 2004 bis 2014 enorme Steigerungen zu verzeichnen. Dort ginge es jedes Jahr bergauf. Auch in der Statistik. 41 Prozent waren es schlussendlich im Durchschnitt und wir waren - österreichweit gemessen - jährlich Tourismussieger.

Dieser Output der gesetzlichen Maßnahmen spricht also dafür, wenn ich jetzt diesen Rechnungshofbericht nochmals zitieren darf, dass die Kundenpotentiale ausgeschöpft wurden und werden. Das heißt, das war gut gemacht, was hier passiert ist, wenn man sich genau die Situation ansieht. Auch da ist in den letzten Jahren doch enorm stark entgegengewirkt worden. Was ist oft schuld? Das Wetter.

Wenn das Wetter, zum Beispiel, zu Pfingsten schlecht ist, dann ist es für den burgenländischen Tourismus enorm mit Einbußen verbunden. Deshalb war es wichtig, auch zusätzliche Angebote, die eben Wetterunabhängigkeit garantieren, zu schaffen. Das ist zuletzt mit dem erfolgreichsten Thermenprojekt, nämlich der St. Martins Therme & Lodge gelungen, wobei ich aber allen anderen auch ein hervorragendes Zeugnis ausstellen darf.

Äußere Faktoren sind aber innere, die wir zweifelsohne zu verbessern haben, weil eigentlich ein Trend zur Qualität zu bemerken ist.

Das heißt, wir haben im Vier-, Fünf-Sterne-Qualitätssegment im Angebot permanent gute Auslastungszahlen, Nächtigungszahlen zu verzeichnen, denn unsere Probleme sind eigentlich im unteren Segment angesiedelt, im Einen-, Zwei-Sterne-Privatzimmerbereich, könnte man es salopp formulieren. Was müssen wir in Zukunft tun? Ich will es vielleicht wieder flapsig sagen: Wir brauchen mehr Betten, wir brauchen bessere Betten.

Das heißt, das geht in die Richtung, dass man natürlich auch in diesem Bereich, in der Ein-, Zwei-Sterne-Kategorie, eine bessere Qualität haben muss - auch wenn es kostengünstiger sein soll und auch muss, weil wir natürlich auch für die kleine Brieftasche Angebote haben müssen, hier investieren müssen. Da müssen wir uns gemeinsam auch

Gedanken darüber machen - im Speziellen natürlich die für den Tourismus Verantwortlichen, nämlich, im Burgenland Tourismus und die tun es ja tagtäglich.

Große Potentiale haben wir zweifellos im Gesundheitstourismus und aber auch, wenn ich Eisenstadt hernehme, sicherlich auch im Städtetourismus. Ich glaube, dieses Angebot muss auch aufgewertet werden.

Ich habe die Wertschöpfung eben erwähnt, denn das ist der eigentliche Grund. Die Gründe, weshalb die Menschen zu uns kommen, sind die Natur, die sportlichen Angebote, der Wein und die Kulinarik, Wellness und Gesundheit. Die Bruttowertschöpfung, die die Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe erwirtschaftet haben, lag bei 381 Millionen Euro.

Also, sehr viel, wenn man das so rund mit sechs Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung im Burgenland mit 6,2 Milliarden Euro in Relation zieht. Die Beschäftigten von 6.000 sind auch eine Zahl, die nicht zu vernachlässigen ist. Im Gegenteil, ich glaube, wir müssen eher immer mehr daran trachten, dass wir auch mehr Burgenländerinnen und Burgenländer im Bereich des Tourismus in Beschäftigung bringen, obwohl wir natürlich wissen, dass die Attraktivität, wenn man am Wochenende nächtens arbeiten muss, nicht immer gegeben ist.

Es ist aber ein beständiger Job, den man hier zweifelsohne quasi vor der Haustür angeboten bekommt. Deshalb auch die großen Initiativen, die auch im Bereich der Lehrlingsausbildung in der Gastronomie und im Tourismus Früchte tragen. Ein moderner Tourismusverband und ein exzellentes Destinationsmanagement sind in der Zukunft die Erfolgsfaktoren für unsere Regionen.

Deshalb stehe ich auch dazu, dass wir zwar erst vor kurzem ein Tourismusgesetz verabschiedet haben und hier getreu dem Motto „Das Geld aus dem Tourismus in den Tourismus“ hier beschlossen haben, dass wir jetzt aber auch noch nachjustieren und hier eine Umstrukturierung vornehmen, nämlich, die Umstrukturierung in Richtung Änderung in eine GmbH.

Ich habe das schon einmal betont, denn das war auch vor der Beschlussfassung in der Gestehung des jetzig gültigen Tourismusgesetzes in Diskussion. Wir haben es dann aber nicht gemacht. Es war eigentlich eine Pattstellung, machen wir es oder machen wir es nicht. Die Entscheidung ist damals nicht für eine GmbH getroffen worden. Ich denke, es spricht aber jetzt überhaupt nichts dagegen, das eben zu tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man jetzt eben auch die BLh ins Leben gerufen hat, die Burgenländische Landesholding, dann liegt es eigentlich auf der Hand, hier auch eine Umwandlung in eine GmbH eben mit in das Tourismusgesetz zu implementieren. Das bietet Vorteile durch Synergien. Geld, das auf einer Seite gespart werden kann, wird auf der anderen Seite eben investiert. Dort wo es nötig ist. Nötig ist es zweifelsohne im Marketing und dort kann man mit einem gezielten, ausgeweiteten und guten Marketing eben die Nächtigungszahlen erhöhen. Dass man auch - und das war auch damals ein Kompromiss - die Kategorie 20.000 jetzt auf 50.000 verändert, hat sich auch in der Diskussion jetzt zum neuen Tourismusgesetz ergeben.

Die Gespräche mit den Betroffenen haben auch für mich eigentlich sehr wenig Negatives hören lassen. Alle Tourismusverantwortlichen sind sich ihrer Aufgabe bewusst, denn sie machen es nicht nur mit Hirn, sondern auch mit Herz und mit sehr viel Leidenschaft. Angesichts dieser Entwicklungen ist es, denke ich, wichtig, auch hier

nachzujustieren und hier heute ein neues Gesetz zu beschließen, weil wir eben schlussendlich wissen, dass das Segment des Tourismus ein sehr dynamisches ist.

Einiges hat sich schon getan und einiges wird sich noch tun. Der Tourismus ist ein konstanter Faktor der Wertschöpfung für die Burgenländerinnen und Burgenländer. Deshalb werden wir auch der Novelle zum Tourismusgesetz und auch diesem Kapitel sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Rudolf Strommer: Danke Herr Präsident. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind bei den Kapiteln Wirtschaft und Tourismuspolitik angelangt. Zwei durchaus wichtige Themen für das Burgenland und für die Menschen im Burgenland. Zunächst einmal eine gute Nachricht. Gestern hat die Österreichische Nationalbank ihre Prognose veröffentlicht.

Diese geht davon aus, dass es in den Jahren 2015 und 2016 zu einem relativ guten Wirtschaftswachstum kommen wird. Heuer 0,7 Prozent, 2016 1,9 Prozent und 2017 1,8 Prozent. Das ist bedingt durch verschiedene Faktoren, unter anderem das Inkrafttreten der Steuerreform, aber auch durch die zusätzlichen Ausgaben, die für die Flüchtlinge und Asylwerber notwendig sind und auch die Wohnbauinitiative der Bundesregierung. Das bedeutet also, dass Österreichs Wirtschaft in etwa der Größenordnung wachsen wird, wie es der Euro-Raum auch tun wird.

Die schlechte Nachricht ist, dass die Arbeitslosenquote nicht nur 2015 steigen wird, sondern auch 2016 und 2017, obwohl es, wie gesagt, eine höhere Wirtschaftsleistung geben wird. Das liegt daran, wie wir alle wissen, dass die Arbeitslosigkeit erst etwa bei 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum zu sinken beginnt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine schlechte Nachricht gibt uns auch das Landesbudget 2016. Im Budget 2016 des Landes sind keine zusätzlichen Maßnahmen vorgesehen, die unsere Wirtschaft unterstützen und damit Arbeitsplätze sichern und schaffen. Das ist eigentlich schade, denn wenn man sich das Kapitel wirtschaftspolitische Maßnahmen ansieht, dann wird von 4,6 Millionen auf 4,2 Millionen Euro recht deutlich gekürzt.

Beim Fremdenverkehr eine leichte Kürzung von 6,985 auf 6,945 Millionen Euro. Jetzt wird es schon da und dort Gründe geben, warum es hier zu weniger Budgetausgaben kommt, aber ein gutes Signal ist das jedenfalls nicht. Ein gutes Signal wäre es dagegen, für ein unternehmerfreundliches Klima im Land zu sorgen, Hürden aus dem Weg zu schaffen, nicht neue Vorschriften und Behinderungen zu erfinden, sondern Bürokratie abbauen und nicht durch neue Machtstrukturen eine neue Bürokratie aufbauen.

Ein gutes Signal wäre es, dass man versucht, das Burgenland zu einem Land der Arbeitsplätze zu machen und nicht durch kleingeistigen Nationalismus die Entwicklung zurückzudrehen versucht. Arbeit zu haben, meine Damen und Herren, ist ja nicht nur eine Frage der Existenz, sondern das ist auch eine Frage der Menschenwürde.

Arbeit schafft nur die Wirtschaft sonst niemand schafft Arbeit und da ganz besonders die kleinen und mittleren Unternehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die sind es auch, die eine nachhaltige Entwicklung garantieren. Sie sind es, die den größten Teil des Steueraufkommens erwirtschaften und sie sind es auch, die eine

ganz starke lokale Verankerung haben und die eine hohe Verantwortung für ihre Mitarbeiter aufweisen. Es hat sich immer gezeigt, dass gerade die kleinen und mittleren Betriebe auch in besonders schwierigen Zeiten für Stabilität sorgen und deshalb müssen gerade die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt werden.

Ich verstehe nicht, dass es hier eine reflexartige Ablehnung gibt, wenn die ÖVP ein Investitionspaket für die Kommunen vorschlägt, eine Zweckwidmung der Landesumlage, denn die hätte sowohl der Wirtschaft, aber auch den Arbeitnehmern stark genützt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was ist dann die Reaktion der rot-blauen Mehrheit hier im Haus? Das Tourismusgesetz, das erst vor wenigen Monaten in Kraft gesetzt wurde, wird wieder geändert. Warum wird es geändert? Es wird geändert, um die Gemeinden zu schwächen, um kleine Einheiten zu ruinieren und die Wirtschaft als Zahler auszubooten, nach dem Motto „Wirtschaft raus und Parteipolitik rein“. Das ist etwas, was wir nicht mittragen können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das wird vor dem Hintergrund gemacht, dass die Entwicklung, sowohl im Tourismus als auch in der Wirtschaft, nicht besonders rosig ist. Das Burgenland ist das einzige Bundesland im Jahr 2015 mit einer negativen Nächtigungsentwicklung von Jänner bis Oktober. *(Abg. Günter Kovacs: Auch in Eisenstadt.)* Ja, Eisenstadt auch, leider, ja, *(Abg. Günter Kovacs: 20 Prozent minus!)* aber auch das Burgenland insgesamt.

Da muss man sich schon Gedanken machen. Da muss man schon überlegen, warum das so ist. Oder die Nächtigungssteigerungen in den Gemeinden, die an Österreichs Badeseen liegen. Die fielen eigentlich in den Monaten Juli und August sehr gut aus, insgesamt gesehen, plus 5,8 Prozent. Aber von diesem überdurchschnittlichen Ergebnis konnten nicht alle gleichermaßen profitieren.

Die Seengemeinden im Salzkammergut hatten eine Steigerung von 13,3 Prozent. Die Gemeinden, die an den Bodensee angrenzen, 10,9 Prozent. Hingegen verzeichneten die Gemeinden am Neusiedler See eine Steigerung von 0,1 Prozent. Das ist unterdurchschnittlich und damit konnten gerade unsere Gemeinden rund um den Neusiedler See nur sehr bedingt von diesem heißen Sommer profitieren. Weil gerade gesagt worden ist, dass es immer auch wetterabhängig ist, was ja auch stimmt.

Dann ist die Antwort, wir ändern das Tourismusgesetz ohne tourismuspolitische Ziele zu haben und wir sagen dann auch noch: Naja, wenn die Nächtigungszahlen nicht so hinhauen, man muss ja auch die Leute mitzählen im Tourismus, die irgendwo in Einkaufszentren einkaufen gehen. Das ist nicht die Politik, meine Damen und Herren, die nachvollziehbar ist. Das, meine Damen und Herren, ist eine im Grunde wirtschaftsfeindliche und damit arbeitsfeindliche Politik, die wir in dieser Form sicherlich nicht mittragen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke, Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Magister im Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Nun zum Bereich der Wirtschaftspolitik. Wie es bereits auch Mag. Steiner angesprochen hatte, möchte ich grundsätzlich einmal auf die Budgetrede unseres Finanzlandesrates eingehen, der mitgeteilt hat, dass das Budget 2016 grundsätzlich auch als Impulsgeber für Arbeit und Wirtschaft zu sehen ist. Das können zwei Faktoren belegen.

Der eine Faktor ist eindeutig, das ist die Investitionsquote von 20,3 Prozent, die österreichweit im Spitzenfeld liegt und die uns dadurch auch Stabilität und Bestärkung des Wirtschaftswachstums im Land Burgenland bescheren wird. Der zweite Faktor, der auch unumstritten ist, ist der Schuldenabbau, der erstmalig im Budget mit zwei Millionen Euro verankert worden ist.

Die Impulsziele, die laut Budget vorhanden sind, sind eindeutig in der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Burgenland, auch in der Betriebsansiedelung und vor allem auch in der Schaffung von Arbeitsplätzen gelegen. Weitere Impulse sind in der Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen, aber auch sehr wohl im Breitbandinternetausbau zu finden.

Welche Mittel stehen zur Verfügung? Die Mittel, die der Landesrat im Budget verankert hat, sind eindeutig im Bereich der investitions- und wirtschaftsfördernden Maßnahmen verankert, die einen enormen Betrag ausmachen und auch im Bereich der EU-Fördermittel, die kofinanziert werden - und da sind immerhin 24,6 Millionen Euro veranschlagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein dritter Bereich, der vielleicht nicht so auffällt, ist der Fonds für Arbeit und Wirtschaft, der mit 700.000 Euro veranschlagt worden ist. Nun, ich glaube, das Herzstück des Budgets im Wirtschaftsbereich ist da immer die Frage: Inwieweit gibt es Fairness im Wirtschaft- und Arbeitsmarktbereich? Meiner Meinung nach geht es um drei Faktoren. Einerseits um die Verhinderung des unlauteren Wettbewerbs, zweitens um die Bekämpfung des Lohn- und Sozialdumpings und drittens um die Bekämpfung des Sozialbetrugs.

Wenn ich von einem unlauteren Wettbewerb spreche, dann meine ich, dass jene Unternehmungen, die sich an die Spielregeln halten, auch geschützt werden sollen. Auch jene Arbeitnehmer, die aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, vor allem österreichische Arbeitnehmer, müssen geschützt werden. Um das zu verwirklichen, braucht es Möglichkeiten und Mittel.

Mich hat verwundert, weil Sie das vorher angesprochen haben, Herr Mag. Steiner, dass Sie das unternehmerische Klima als sehr kühl empfinden. Mich hat gewundert, dass Sie bei der letzten Landtagssitzung einem Antrag nicht mitgefolgt sind, wo die Erhöhung der Kontrolle, der Finanzkontrolle oder -kontrolleure begehrt worden ist .Ich glaube nämlich, dass genau diese Finanzkontrolle eine der wenigen Möglichkeiten ist, um zukünftig diesen Sozialbetrug und das Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Dass Sie bei diesem Antrag nicht mitgestimmt haben, ist für mich unerklärlich. Es mag ein Irrtum gewesen sein, das ist vielleicht eine entschuldbare Fehlleistung, aber sicherlich nicht bewusst, weil Sie genau gegen die Unternehmensinteressen gehen.

Ich war vor kurzem bei zwei Fachgruppentagungen der Wirtschaftskammer. Einerseits im Transport- und andererseits im Baubereich. Gleichzeitig habe ich auch die Gewerkschaftsvertretungen der gleichen Branchen besucht. Bei beiden habe ich festgestellt, dass sowohl die Wirtschaftskammer, aber auch die Arbeitnehmervertretungen, die Gewerkschaften, sagen: Bitte unternehmt doch etwas, dass im Endeffekt die Arbeitsplätze im Burgenland bleiben und etwas, dass die Finanzkontrollen zunehmen.

Bei einer dieser Veranstaltungen war der oberste Finanzkontrolleur Österreichs dabei. Der hat mitgeteilt, dass es eine äußerst geringe Entdeckungswahrscheinlichkeit gibt, weil nämlich die personelle Ausstattung der Finanzkontrolle dermaßen schlecht ist, dass sie wirklich keine Chance haben, dieses Lohn- und Sozialdumping hintanzuhalten.

Er hat auch mitgeteilt, dass die Finanzkontrolle erschwert wird durch den Umstand, dass die Vorlagen und Vorgaben der Überprüfung der NOVA, aber auch des Glückspielgesetzes immer mehr zunehmen.

Deshalb glaube ich, dass es eigentlich Sinn und Zweck der Übung wäre, um die Unternehmungen zu schützen, die sich wirklich an die Spielregeln halten und auch die Arbeitnehmerinnen und -nehmer, die österreichischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer, aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, wenn man genau diese Finanzkontrolle stärkt und diese Maßnahmen einsetzt.

Ich glaube auch, dass es ganz wichtig sein wird, im Wirtschaftsbereich und zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums, das Bestbieterprinzip anzudenken. Ich glaube, der Weg vom Billigstbieterprinzip zum Bestbieterprinzip ist eigentlich gangbar oder gehbar, weil es keinen Grund mehr gibt zu sagen, dass auch soziale Kriterien bei der Vergabe von Ausschreibungen durchgeführt werden.

Zum Beispiel gibt es beim Verkehrsbund Ost bereits eine Ausschreibung, wo ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, oder die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, berücksichtigt wurde, aber auch die Ausbildung und Beschäftigung von Lehrlingen inkludiert worden ist, wenn es um Ausschreibung geht.

Ich glaube auch, dass es wesentlich sein wird, die Förderrichtlinien, so wie es auch der MMag. Petschnig angekündigt hat, mit sozialen Kriterien zu versehen. Es wird wichtig sein, auch wenn es um Förderungen geht, um Wirtschaftsförderungen geht, auch zu schauen, dass soziale Kriterien bei der Förderkommission berücksichtigt werden.

Nun möchte ich noch replizieren auf die Wirtschaftsförderung, auf den Wirtschaftsförderungsbericht 2014, weil der dort nämlich auch einiges für das Budget aussagt. Das Thema Haftungen wird darin inkludiert.

Haftungen, wie wir heute auch gehört haben, vom Finanzlandesrat gesagt, dass wir eine Haftungsobergrenze nunmehr im Budget inkludiert haben. Das ist ganz wichtig. Bisher gab es nur eine Gewichtung von Haftungen und keine absolute Höchstgrenze. Und damit wurde genau der Anregung, dem Wunsch des Landes-Rechnungshofes und auch des Bundes-Rechnungshofes gefolgt.

Zu den Wirtschaftsförderungen selbst, ganz wichtig ist, glaube ich, zu erwähnen, dass es ein neues Vermarktungskonzept gibt mit der Agentur St. Stephen‘s. Diese Vermarktung bedeutet, dass nunmehr die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen durch entsprechende Betriebsansiedelung und Standortmarketing erreicht werden soll.

Und heute hat Mag. Richter - der jetzt nicht da ist - bereits angesprochen, dass gerade im Südburgenland, sprich jetzt im Park Heiligenkreuz, die Betriebsansiedelung rückläufig ist. Es ist im Wirtschaftsförderungsbericht erkennbar, dass eine Reduzierung um 30 Prozent vorliegt.

Nur diese Reduzierung liegt nicht daran, am Willen die Förderung durchzuführen, es liegt rein daran, dass die Infrastruktur dermaßen schlecht ist, dass einfach die Standortnachfrage auch dermaßen läuft.

Nun weitere Maßnahmen, die mir persönlich sehr wichtig sind, um Wirtschaftsförderung und auch die Wirtschaftspolitik des Landes darzustellen, ist zum Beispiel auch, dass wir im Budget auch vorgesorgt haben, dass es CO_2 minimierende Maßnahmen geben wird, aber auch dass es eine Innovationsoffensive bis 2020 geben wird.

Und diese Innovationsoffensive bis 2020 sagt, dass gerade bei der Entwicklung innovativer Ideen und bei der Umsetzung innovativer Projekte zukünftig neue Aktionen gesetzt werden sollen.

Abschließend noch zum Antrag betreffend Transparenz des „Konzern Burgenland“. Zu diesem Antrag muss gesagt werden, dass nunmehr die 170 Beteiligungen in einem „Konzern Burgenland“ zusammengefasst werden.

Das Ziel und der Hintergrund ist einerseits die Steigerung der Kundenorientierung, anderseits die Optimierung des Personal- und Beschaffungswesens, im Sinne von Synergieeffekten, aber schließlich auch die Verschlankung der Strukturen.

Und ich glaube, mit der Implementierung dieses „Konzern Burgenland“ ist es auch möglich, eine umfassende Transparenz, so wie es auch im Koalitionsübereinkommen drinnen steht, zu erreichen. Ich bin auch überzeugt davon, dass mit einem jährlichen Bericht über die Einsparungen und die Umsetzungsmaßnahmen gewährleistet werden kann, dass genau diese Synergieeffekte entstehen.

Vielleicht sollte man, so wie auch Mag. Kölly oder wie Herr Kölly angeregt hat, die Förderdatenbank irgendwann überlegen. Ich glaube, mit der Einführung der Doppik ist das eventuelle ein Thema, momentan ist mit dem jährlichen Bericht im Hinblick der Transparenz Vorsorge geleistet.

Abschließend, wir haben im Burgenland ein Wirtschaftswachstum, das prognostiziert ist, über dem österreichweiten Schnitt und ich glaube, dass mit den Investitionen durchaus Wirtschaftspolitik gemacht wird, damit Arbeitsplätze geschafft werden können. Danke*. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landtagsabgeordneter. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren im Hohen Haus und auf der Regierungsbank! Ich muss meine Ausführungen heute mit einer Rechtfertigung beginnen und zwar meiner Stimme betreffend, ich laboriere nach wie vor an einer Erkältungserkrankung, die sich auf die Stimmbänder schlägt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Gute Besserung.)*

Ich hoffe, man kann mich aber trotzdem entsprechend im Plenum hier vernehmen. Ich werde mich zumindest bemühen und meine Ausführungen dementsprechend, um die Stimme ein wenig zu schonen, auf bestimmte Kernbereiche dieses Ressorts konzentrieren.

Zum einen, ein Kernstück ist natürlich das Tourismusgesetz. Das wurde ja schon in der vorigen Sitzung, aber auch heute schon mehrfach angesprochen, es wurde vielfach, sozusagen durch den Kakao gezogen, und irgendwie punziert, als wäre das Ziel, nur den Gemeinden zu schaden und so weiter.

Als ob sich irgendwer hier in dem Landesratsbüro zusammensetzt und überlegt, wie man den Gemeinden schaden könnte. Das ist natürlich alles falsch.

Ausgangspunkt ist folgender, wenn man sich die Zahlen ansieht, dann bewegt sich das Burgenland seit dem Jahr 2008, also seit immerhin sieben Jahren, zwischen 2,8 und 2,9 Millionen Nächtigungen, das heißt wir stagnieren.

Ein bisschen geht es auf, ein bisschen geht es ab, das ist aber eher wetterabhängig. Es gibt Jahre mit gutem Wirtschaftswachstum, denken Sie an 2011, es gibt Jahre mit schlechtem oder sogar negativem Wirtschaftswachstum, einen Wirtschaftsschrumpf, denken Sie an 2009. Das alles tut dem Tourismus und den Nächtigungszahlen relativ wenig Abbruch. Der Grund wird also eher witterungsbedingt sein.

Und eine zweite Zahl noch, das touristische Herz ist, oder das touristische Herz des Burgenlandes ist, also wenn man hier von allfälligen Nord-Süd-Diskussionen absieht, auch in der Außenwahrnehmung nach wie vor der Neusiedler See.

Die Region Neusiedler See hat im Jahr 2014 1.430.000 Nächtigungen produziert und es gab da ein Jahr da hatte sie 1.438.000 Nächtigungen, meine Damen und Herren. Das war das Jahr 1981.

Das war jenes Jahr, an dem Jimmy Carter an Ronald Reagan die Präsidentschaft in den USA übergeben hat, zum Beispiel. Also das ist schon sehr, sehr lange her. Sie sehen, seit 34 Jahren sind wir in unserem touristischen Herzstück einer starren Nation unterworfen.

Und das ist die Ausgangsposition, von der man als Tourismuslandesrat, und natürlich auch als Landesregierung, handeln muss. Offensichtlich kommen wir mit den alten Wegen nicht mehr weiter. Und die Idee war da natürlich, sich von anderen Ländern und von anderen Regionen das abzuschauen, was dort gut läuft.

Wie der Herr Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter immer wieder sagen, man muss das Rad ja nicht immer wieder neu erfinden, man kann ja natürlich von touristisch und wirtschaftlich besser entwickelten Regionen lernen.

Ein Eckpunkt ist die Umwandlung in die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, als Spitzengesellschaft im Tourismus. Eine GmbH in dieser Form haben sechs Bundesländer in Österreich, das sind Niederösterreich, die Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg - mehrheitlich ÖVP-regiert.

Ein zweiter Schwerpunkt ist es, dass man eben kleine Tourismusverbände zusammenführt. Wir haben die Grenze von 20.000 auf 50.000 minimal invasiv erhöht.

Eine ähnliche Grenze hat zum Beispiel Kärnten, die haben zwölf Millionen Nächtigungen, also ungefähr das Vierfache vom Burgenland. Die Grenze für die Nächtigungsgrenze für die Etablierung eines Tourismusverbandes liegt bei 500.000 Nächtigungen.

Wir haben zum Beispiel in Tirol 44,3 Millionen Nächtigungen und die haben 34 Tourismusverbände. Die wurden ohne Nächtigungsgrenze von der Landesregierung per Oktroi von 254 zusammengestutzt auf 34. Da wurden keine Gemeinden gefragt. Da sind wir dann tatsächlich dort, wo man sozusagen drüberfährt.

Wir haben in Vorarlberg sechs Regionen und keine darunterliegenden Verbände. Wir haben in Salzburg sieben Regionen, da gibt es dann zwar Unterstrukturen, aber im Prinzip ist ja die Region ist gleich Tourismusverband, das Entscheidende.

Und wir haben das Beispiel Südtirol, mit dem wir uns ja auch immer wieder vergleichen, da gab es ja auch eine Reise von der Landesrätin Dunst und vom Direktor Baier vor einigen Wochen nach Südtirol, um die dortigen Verhältnisse einmal vor Ort zu sehen. Die haben rund 33 Millionen Nächtigungen und elf Verbände und legen die jetzt auf vier bis fünf zusammen, weil die Verbände zu klein sind.

Also nur damit wir wissen, mit welchen Konkurrenten wir uns im Außenauftritt, in der Wahrnehmung, in den Ballungsräumen, ob in Wien, in Graz, in München oder wo auch immer, messen müssen und dort müssen wir bestehen.

Und dieser Weg geht nur indem wir stärker werden, indem wir die Verbände konzentrieren, indem wir sie professionalisieren, indem wir die Verbände auflösen, von denen 90 Prozent und mehr des Budgets in die Personalkosten fließt, aber nicht in das Marketing, nicht in die Strategieentwicklung und nicht in den Außenauftritt.

Ich glaube und wir glauben, dass das der richtige Weg ist, um diese Grenzen, die ich vorher aufgezählt habe, zum einen die knapp unter drei Millionen Nächtigungen im Burgenland und zum Zweiten die knapp unter 1,5 Millionen in der Region Neusiedler See, aber natürlich auch im Südburgenland und im Mittelburgenland, endlich weiter anheben zu können.

Natürlich muss investiert werden, es muss die Zimmerqualität verbessert werden. Das sind alles Begleitmaßnahmen, die mit den knapp sieben Millionen Euro, die hier vorgesehen sind, ja auch finanziert werden und auch entsprechend gefördert werden. Aber wichtig sind die Rahmenbedingungen.

Auch der Abgeordnete Steiner sprach vorher von einem unternehmerfreundlichen Klima. Ich glaube, dass das ein sehr, sehr guter Weg ist, um genau dieses Klima herbeizuführen.

Lassen Sie mich dann diesen Punkt noch abschließen, mit einem wirklich zutiefst empfundenen Dank, nicht nur jenen Personen gegenüber, nämlich den Unternehmerinnen und Unternehmern, die tagtäglich sozusagen an der Front stehen und mit dem Gast direkt arbeiten, sondern auch mit denjenigen, die hier im Haus beziehungsweise in den ausgegliederten Gesellschaften an diesem Gesetz wirklich Tag und Nacht gearbeitet haben.

Da sind die Kolleginnen und Kollegen vom Burgenland Tourismus direkt dabei unter uns, das sind die Kolleginnen und Kollegen von der Abteilung 5, der Herr Mayerhofer ist hier unter uns, - danke für die Anwesenheit und danke für die Mitarbeit - und natürlich auch die Damen und Herren in der Wirtschaft Burgenland und RMB, die natürlich auch sehr stark in die Förderung von touristischen Projekten einbezogen sind.

Und einen letzten Punkt noch, weil es gestern geheißen hat, in einem Punkt muss ich auch den Kollegen auch replizieren. Ich habe mir die Gemeinde Deutschkreutz, die Sie hier ja immer sozusagen als leuchtendes Beispiel darstellen, einmal näher angesehen, jetzt nur in touristischer Hinsicht, weil von Ihnen die Forderung gekommen ist, den Tagestourismus stärker zu forcieren.

Das ist eine Forderung, die per se ja nicht schlecht ist, das ist sicherlich überlegenswert. Es ist nur schwierig, das irgendwie darzustellen, da müssten wir wieder um teures Geld Studien in Auftrag geben.

Wie sollen wir Doppelerfassungen… *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt ja nicht, die Studien haben wir, die braucht man nicht in Auftrag geben.*) Die haben wir eben nicht, aber gut. *(Abg. Manfred Kölly: Das kannst Du jederzeit haben von mir, die Studien.)*

Das wollen wir auf jeden … *(Abg. Manfred Kölly: Die Studien haben wir. Die kannst Du jederzeit haben von mir.)* Es ist auf jeden Fall schwierig und deswegen wurde *(Abg. Manfred Kölly: Was ist da schwierig?)* davon Abstand genommen.

Zu Deutschkreutz selbst, weil ich glaube, dass das sehr stark in der Gemeinde fußt, dieses Ansinnen. Laut der Homepage des Tourismusbüros Marktgemeinde Deutschkreutz

verfügt Ihre Gemeinde über 190. *(Abg. Manfred Kölly: Da hast Du wieder schlecht recherchiert, aber okay.)*

Gut, dann ist die Homepage wahrscheinlich alt oder was auch immer, 190 Betten. *(Abg. Manfred Kölly: Okay, auf der Homepage.)* Also die Homepage ist alt. *(Abg. Manfred Kölly: Die Homepage, Ihr solltet einmal hinfahren und solltet Euch das anschauen und nicht die Homepage. - Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)*

Gut, gut. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist leider Euer Problem, das Ihr habt, die Homepage, ja, das ist ja wirklich interessant.)* Sollte die Homepage alt sein, dann ist das, dann sind die Zahlen natürlich falsch. *(Abg. Manfred Kölly: Herr Landesrat.)*

Das ist *(Abg. Manfred Kölly: Hallo, Herr Landesrat.)* aber natürlich ein interessantes Beispiel, was auch krankt am burgenländischen Tourismus, nämlich dass die Angebote nicht buchbar sind. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt ja nicht. Ich buch Dir gleich ein Zimmer, wenn Du das willst. – Heiterkeit bei der SPÖ)* Dass man sie von außen elektronisch überhaupt *(Abg. Manfred Kölly: Ich buch Dir sofort ein Zimmer in Deutschkreutz.)* nicht einmal sieht. *(Abg. Manfred Kölly: Ich buch Dir sofort ein Zimmer. Aber für Dich, für Deine Länge werden wir kein Bett haben, wahrscheinlich. - Allgemeine Heiterkeit)*

Hier werden 190 Betten ausgezeichnet, die nicht stimmen. *(Abg. Manfred Kölly: Weißt Du was, wir sollten da zusammenarbeiten. - Abg. Ingrid Salamon: Dürfen wir das bitte fertig hören?)* Also entweder stimmt es oder es stimmt nicht, wenn es stimmt, sind die Zahlen falsch.

Wie viele Betten sind es denn dann? *(Abg. Doris Prohaska: Er weiß es nicht. - Abg. Ingrid Salamon: Er weiß es nicht. - Abg. Manfred Kölly: Ich weiß es sehr wohl. Aber recherchieren wir vernünftig.)* Sie wissen es nicht, gut. *(Abg. Ingrid Salamon: Herr Präsident, bitte.)*

Dann gut, also nachdem Sie es nicht besser wissen, muss ich mich *(Abg. Manfred Kölly: Ich weiß es schon.)* auf der Homepage … *(Abg. Manfred Kölly: Ich weiß es schon. Ich weiß es.)* Jetzt wissen Sie es doch? Sie haben gerade gesagt, Sie wissen es nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist nicht meine Aufgabe.)*

Gut, also ich muss mich jetzt auf eine schriftliche Quelle verlassen. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist nicht meine Aufgabe, zum Tourismus etwas zu sagen. - Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Ich muss mich auf eine in irgendeiner Form dokumentierte Quelle verlassen und diese Quelle ist die Homepage des Tourismusbüros der Marktgemeinde Deutschkreutz.

Dort steht drauf, 190 Betten stehen zur Verfügung, stimmt, stimmt nicht, stimmt, stimmt nicht, das war jetzt ungefähr der Weg, den wir gehabt haben, *(Abg. Manfred Kölly: Was willst Du damit sagen?)* 190 Betten. *(Abg. Edith Sack zum Abg. Manfred Kölly: Das wird Dir jetzt der Herr Landesrat sagen, Deines kennen wir eh.)*

190 Betten würden in Vollauslastung jährlich 68.400 Übernächtigungen mit sich bringen, dann hätten Sie überhaupt kein Problem mit einem eigenen Ortsverband. *(Abg. Manfred Kölly: Mache ich eh einen eigenen, da brauchst Du Dich überhaupt nicht kümmern darum.)*

Das Problem ist, dass die … *(Abg. Werner Friedl zum Abg. Manfred Kölly: Bitte sei einmal ruhig.)* Das Problem ist, dass die … *(Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Das Problem ist, dass die Nächtigungsentwicklung in Deutschkreutz

nicht bei 68.400 steht, sondern von 10.500 im Jahr 2010 auf 8.500 über 2014 um 18,5 Prozent gefallen ist. *(Abg. Manfred Kölly: Da stimmt etwas nicht.)*

Das ist das Problem, es entspricht einer Jahresauslastung von 12,5 Prozent. Jeder der da herinnen ein bisschen eine Ahnung von Betriebswirtschaft hat, wird sagen, dass irgendetwas an der Zahl tatsächlich nicht stimmen kann und zwar das mit den 12,5 Prozent. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist schon unser Problem und nicht Dein Problem, oder? Das ist schon der Gemeinde ihr Problem.)*

Das ist tatsächlich ein Problem des Bürgermeisters und da möchte ich wirklich einmal ersuchen, sich in der eigenen Gemeinde einmal vor der eigenen Tür zu kehren, bevor Sie uns hier Deutschkreutz immer als Leuchtturm für das ganze Burgenland präsentieren wollen, dass es aber nicht ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Weil, wenn das nämlich nicht geschieht, werden wir es wahrscheinlich auch vom Land aus machen müssen, aber das werden wir uns dann in der Landesregierung überlegen müssen. Gut. *(Abg. Manfred Kölly: Ich freue mich schon, in einem Jahr, wie dann die Zahlen ausschauen bei Ihnen.)*

Natürlich wird man sehen, es ist ein Versuch. Das neue Gesetz ist ein Versuch. *(Abg. Manfred Kölly: Ein Versuch?)* Wir haben uns an den Besten orientiert. Tirol, Südtirol, Kärnten, auch andere Bundesländer wie Vorarlberg, mit dem wir uns ja immer wieder gerne nicht nur matchen, sondern auch vergleichen, haben wir als best practice Beispiele herangezogen.

Ich bin der Meinung, die Landesregierung ist der Meinung, dass dieses Tourismusgesetz ein idealer Boden ist, damit die Touristiker vorort wieder entsprechend aktiv werden können. Die Stimmung ist gut, der Rücklauf war gut, nicht nur aus den Gemeinden, die sozusagen unserer Couleur entsprechen, sondern auch aus anderen.

Und damit bin ich sehr, sehr optimistisch, dass diese Budgetpositionen im Bereich Wirtschaft und Tourismus ihren Zweck erfüllen werden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Landesrat Helmut Bieler hat in seiner Budgetrede gesagt, in der Krise beweist sich der Charakter.

Wir sind seit dem Jahr 2008 nicht nur im Burgenland, in Österreich, sondern auch international in einer Finanz- und Wirtschaftskrise und wir können als relativ kleines Burgenland sagen, dass die Menschen dieses Landes, Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Charakter bewiesen haben.

Wir haben in diesen Jahren der Krise, vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2015, im Schnitt das höchste Wirtschaftswachstum der österreichischen Bundesländer gehabt. Wir sind einige Male absolut am ersten Platz gelegen und auch in diesem Jahr werden wir wieder eine Top-Platzierung im Bereich des Wirtschaftswachstums einnehmen.

Es wurde schon gesagt, dass Österreich ein Wirtschaftswachstum von zirka 0,8 Prozent in diesem Jahr haben wird. Wir werden in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von zirka 1,3 Prozent haben. Also doch einiges über dem österreichischen Durchschnitt.

Wir haben auch in diesen Jahren der Krise eine deutliche Zunahme an Arbeitskräften gehabt. Es sind alleine in den vergangenen 15 Jahren im Burgenland zirka

20.000 Arbeitsplätze neu entstanden und noch aktuell gibt es Rekordbeschäftigung im Burgenland.

Leider auch mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Und mit dieser Situation sind wir natürlich nicht zufrieden, denn steigende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ein Steigen der Arbeitslosigkeit, das hat es auch in der Vergangenheit in der Wirtschaftspolitik noch nicht in dieser Form gegeben.

Das ist für uns eine komplett neue Situation und natürlich, und dazu stehen wir auch, müssen wir alles unternehmen, damit wir weiterhin neue Arbeitsplätze schaffen, damit die Arbeitslosigkeit zurückgeht.

Auch im Tourismus ist es so, dass wir in den Sommermonaten, nämlich von Mai bis Oktober, einen Zuwachs gehabt haben. Es gibt vielleicht die eine oder andere Gemeinde, die einen Rückgang gehabt hat, aber im Burgenland hatten wir bei den Ankünften ein Plus von 0,6 Prozent und bei den Nächtigungen von 0,7 Prozent.

Und was besonders wichtig ist im Tourismus ist die Wertschöpfung. Die Wertschöpfung wird erstmalig in der Geschichte des Burgenlandes in diesem Jahr zirka eine Milliarde Euro betragen.

Also das ist wirklich eine tolle Entwicklung, weil schlussendlich die Wertschöpfung zum Wohlstand beiträgt, nämlich in welchem Ausmaß ein Land, eine Region, vom Tourismus profitiert.

Wenn wir davon ausgehen, dass der Export des Burgenlandes zirka zwei Milliarden Euro ausmachen wird und der Tourismus eben eine Milliarde, dann sieht man, welch großen Stellenwert der Tourismus im Burgenland für die Wirtschaft hat.

Man muss auch dazu sagen, dass der Tourismus und auch die Gastronomie eine der schwierigsten Branchen ist, weil der Burgenland Tourismus im europaweiten, wenn nicht im weltweiten Wettbewerb steht.

Wenn Sie heute in einem guten Vier oder Fünf-Sternhotel im Burgenland zwei, drei Tage, vier Tage Urlaub machen, dann können Sie mit dem gleichen Betrag auch in ein anderes Land fliegen, das zum Beispiel am Meer gelegen ist. Aber die Leute bleiben bei uns, sie kommen zu uns, weil das Preis-Leistungsverhältnis ein sehr, sehr gutes ist.

Man muss schon sagen, die Menschen, die im Tourismus arbeiten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die Geschäftsführer und Eigentümer, die leisten hier Großartiges.

Wir haben in der Vergangenheit, und wollen durch diese Maßnahmen, mit dem neuen Tourismusgesetz, auch in Zukunft sehr gute Rahmenbedingungen und Voraussetzungen geschaffen, damit die Nächtigungszahlen steigen, dass die Wertschöpfung im Land bleibt und dass natürlich auch unsere Leute Beschäftigung im eigenen Land haben.

Es gibt ganz, ganz tolle Touristiker im Burgenland, die dieses Land vorangebracht haben und sicher mit den besseren Rahmenbedingungen noch stärker voranbringen.

Ich bin der Tourismuswirtschaft, Gastronomie, auch sehr dankbar, dass hier so gute Arbeit geleistet wird und dass immer wieder auch Arbeitsplätze entstehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte aber im Wirtschaftsbereich, und es wurde schon vom zuständigen Landesrat viel über den Tourismus gesagt, auch hinweisen, dass natürlich nicht die Wirtschaft ausgeschaltet ist.

Das möchte ich noch unterstreichen und betonen, denn es wird einen Beirat geben, wo ausschließlich oder in einem großen Ausmaß, die Wirtschaft vertreten sein wird, nämlich die besten Touristiker des Burgenlandes.

Und das ist es, dass wir mit unserem Tourismusverband oder der Tourismus GmbH mit dem Direktor Mario Baier und mit den besten Wirtschafts- und Touristikern des Burgenlandes diesen Tourismus steuern wollen, dass wir rasch erkennen, wohin geht der internationale Trend?

Ich habe erst vor wenigen Tagen über eine Stunde mit einem Touristiker, mit einem der führenden Touristiker gesprochen, der drei Wochen in Kalifornien war, um sich die Entwicklung und die neuen Trends vorort anzusehen.

Jetzt weiß ich schon, dass man nicht alles aus Amerika ins Burgenland übertragen kann, aber dass man über den Tellerrand schauen muss, und schauen muss, wohin geht die Reise. Was wollen die Leute? Wo sind die Trends?

Und da wo es geht auch herunterbricht nach Europa, nach Österreich und ins Burgenland. Ich glaube, das ist sehr, sehr wichtig. Also, insofern auch kein Ausschalten, sondern ein Mitnehmen. Auf die Ideen eingehen, auf die nationalen und internationalen Trends auch rasch reagieren zu können, das ist unser Ziel. Das ist eine Vorgangsweise, die sicher erfolgsversprechend ist und dazu beiträgt, dass die Wertschöpfung, die Nächtigungen, die Arbeitsplätze, um die geht es in einem großen Ausmaß, auch gesteigert werden können.

Ich möchte mich aber auch abschließend mit einem weiteren Bereich der Wirtschaft beschäftigen, auf den wir ebenfalls noch mehr Wert legen müssen, das ist der Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation. Und das ist der neue Weg des Burgenlandes im 21. Jahrhundert.

So wie wir den Tourismus fit machen, mit unseren Rahmenbedingungen für das 21. Jahrhundert, so müssen wir auch zur wissensbasierten Wirtschaft kommen. Das Burgenland ist hier sehr, sehr gut aufgestellt mit unseren HTL‘s, mit unseren Fachhochschulen, mit der höchsten Maturantenquote.

Mit den besten Facharbeiterinnen und Facharbeitern, die wir im Burgenland haben, und wo wir im Land auch über 1.000 Jugendliche ausbilden zu Facharbeiterinnen und Facharbeitern, ihnen die Möglichkeit geben, Facharbeiterin oder Facharbeiter zu werden. Hier müssen wir dieses Potential und diese Ressourcen auch nützen. Auch hier sind wir auf einem guten Weg.

Wir sind das Schlusslicht bei Forschung, Entwicklung und Innovation, mit einer Forschungsquote von 0,6 Prozent gewesen, und wir haben hier schon einiges zusammengebracht. Es gibt tolle Betriebe, die sich im Burgenland angesiedelt haben, deswegen, weil es die Fachhochschule gibt.

Weil es die HTL gibt, die im Bereich der Forschung, Entwicklung, Innovation investieren, die aber auch hier unsere Forschungsquote angehoben haben. Die wir fördern, die wir unterstützen. Weil die Zukunft der Wirtschaft liegt nicht in den verlängerten Werkbänken, sondern im Bereich der innovativen Tätigkeiten.

So konnten wir in den letzten Jahren unsere Forschungsquote immerhin auf 0,9 Prozent steigern. Wie gesagt, das ist natürlich noch nicht, bei Weitem noch nicht, zufriedenstellend, aber wir haben von allen Bundesländern, von niedrigem Niveau, das muss man natürlich auch immer wieder berücksichtigen, die höchsten Zuwachsraten im Bereich der Forschung, Entwicklung und Innovation.

Und da werden wir auch in Zukunft gute Beratungen durchführen und versuchen, diesen Weg in Richtung wissensbasierte Wirtschaft auch zu gehen.

Wenn ich sage, wir haben zwei Milliarden Export, dann kann man nur exportieren, wenn man besser ist. Der Export ist nur steigerbar, wenn wir in Forschung, Entwicklung und Innovation investieren, in angewandte Forschung. Damit nicht nur hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen, sondern dass auf der anderen Seite die entwickelten Produkte auch produziert werden und dass dort auch Facharbeiterinnen und Facharbeiter einen Arbeitsplatz haben.

Musterbeispiel im Südburgenland die Firma Lumitec, wo jahrelang das Land auch Forschungsgelder zur Verfügung gestellt hat, und wo auf der anderen Seite die Produkte auch produziert werden, nämlich die neue Beleuchtungstechnik, die LED-Technologie und auf diese Weise wurde auch das Technologiezentrum in Jennersdorf immer wieder ausgebaut.

Damit bin ich bei der Internationalisierung. Wir brauchen das im Tourismus. Mit dem neuen Tourismusgesetz soll das auch passieren, dass weniger Geld in die Verwaltung geht, mehr Geld ins Marketing geht, professionell auf den internationalen Messen auch aufgetreten wird. Werbung für das Burgenland gemacht wird und dass unsere Wirtschaft auch im Export weiter zulegt.

Das schafft Arbeitsplätze, das trägt zum Wohlstand im Land bei und das ist der neue Weg, nämlich in Richtung wissensbasierte Wirtschaft für das Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht langsam ins Finale. Wir gelangen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft.

Ein Blick in diese Gruppe ist immer sehr aufschlussreich beziehungsweise lässt ein Blick in diese Gruppe, in die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, erkennen, woher die Einnahmen des Landes hauptsächlich stammen beziehungsweise wie abhängig oder unabhängig ein Land bei der Gestaltung seiner Einnahmen ist.

Fast 55 Prozent der ordentlichen Einnahmen finden sich in der Gruppe 9, wobei wiederum über 80 Prozent dieser Einnahmen aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben resultieren.

Die Entwicklung der Ertragsanteile ist immer und für alle Beteiligten eine spannende Sache, nicht zuletzt auch für die Gemeinden. Für das kommende Jahr sind etwa 510 Millionen Euro an Einnahmen durch Ertragsanteile vorgesehen. Das sind um etwa 3,7 Millionen Euro weniger als im Voranschlag 2015. Aber umgekehrt auch um 3,4 Millionen Euro mehr als im Nachtragsvoranschlag, den wir gestern behandelt haben.

Neben den Ertragsanteilen gibt es auf der Einnahmenseite noch viele weitere Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes. Außerdem Entnahmen aus Rücklagen, Wertpapiererträge, Haftungsprovisionen, aber auch die Gemeindeumlage in Höhe von 18,6 Millionen Euro findet sich hier wieder.

Die Gemeindeumlage, die der Herr Bürgermeister Steiner ungerne zahlt, was man aber auch versteht, wenn man einen Blick ins Budget der Landeshauptstadt wirft und sich die Entwicklung der letzten Jahre dort ansieht.

In Eisenstadt wird das Gegenmodell der Volkspartei am lebenden Objekt versucht und praktiziert. Und wir wissen daher, warum es gut ist, dass *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die beste Lebensqualität in ganz Österreich, das ist das Ergebnis.)* Sie hier im Land in Opposition sitzen, auf Kosten der Zukunft und der Jugend.

Sie haben so ziemlich alles verscherbelt, was nicht niet- und nagelfest war und haben es trotzdem geschafft, Jahr für Jahr neue Schulden aufzubauen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch.)*

Oder wenn wir in den Bereich Leasing- und Bestandsverträge gehen, damit es nicht als Schulden auftaucht, machen wir halt einen Bestandsvertrag. Jährliches Volumen - 1,7 Millionen Euro für alle Verträge. Also, wir sind so gesehen umgerechnet bei einem Schuldenstand in Eisenstadt, der noch nie so hoch war und der das Budget bei Weitem übertrifft.

Die ausschließlichen Landesabgaben machen gerade einmal rund neun Millionen Euro aus. Zwei Drittel davon, mehr als ein Drittel davon entfällt auf den Kulturförderungsbeitrag.

Ausgabenseitig reden wir in der Gruppe 9 über rund 91 Millionen Euro. Was sind hier die größten Brocken? Über 27,2 Millionen Euro gehen als allgemeine Bedarfszuweisungen an die Gemeinden.

24,6 Millionen Euro werden in den außerordentlichen Haushalt zugeführt. Hier geht es um die Phasing Out Periode und das Übergangsprogramm 2014 bis 2020.

Ausgaben aus Zinstauschverträgen machen 9,6 Millionen Euro aus. Zinsen und Spesen rund sieben Millionen Euro. Und zwei Millionen Euro gehen in die Tilgung, also in den unmittelbaren Schuldenabbau. Dazu kommen dann noch Zuschüsse in den ausgelagerten Bereich.

Die Gruppe 9 ist jedenfalls jene Gruppe, wo das Notwendigste passiert, um einen ordnungsgemäßen und den Buchstaben des Gesetzes entsprechenden Voranschlag zustande zu bringen. Und die Gruppe 9 führt uns auch unweigerlich zum Rechnungsquerschnitt.

Das Ergebnis der laufenden Gebarung wird im nächsten Jahr positiv sein. Das Maastricht-Ergebnis wird nächstes Jahr positiv sein und Schulden werden 2016 erstmals seit Jahren abgebaut werden.

Weil das gestern auch Thema war von Seiten der GRÜNEN. Über die Beteiligungen des Landes erhalten wir in der Gruppe 9 und insgesamt im Voranschlag nur bedingt Auskunft. In erster Linie dort, wo es um Zuschüsse an diverse Gesellschaften geht. 2016 sind rund zwei Millionen Euro als Investitionszuschuss für die Businesspark Heiligenkreuz GmbH.

Da geht es um Annuitätendienst. Ebenso bei der WiBAG, bei einem der beiden Zuschüsse. Die Zuschüsse sind insgesamt 2,1 Millionen Euro und dann findet sich noch ein Zuschuss in der Höhe von rund 1,1 Millionen Euro an die Fußballakademie.

Die Gebarung der Beteiligungen fällt ansonsten wohl oder übel nicht in die Zuständigkeit beziehungsweise unter die Budgethoheit des Landtages. Die gebotene Transparenz oder die verlangte Transparenz ist auf anderem Weg herzustellen. Die doppelte Buchhaltung wird hier für Besserung sorgen. Für Besserung wird aber auch die Neustrukturierung im Bereich der Beteiligungen sorgen. Kollege Drobits hat das vorhin schon ausgeführt.

Wir werden der Gruppe 9 zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Die Kameralistik, wie soeben erwähnt, ist ein veraltetes System, das zu wenig Transparenz in der Rechnungslegung mit sich bringt. Die öffentlichen Haushalte und das Landesbudget sind leider nicht vollständig, so wie wir uns das gerne wünschen, und damit nicht transparent und bergen gleichzeitig hohes Fehler- und Risikopotential.

Ich darf mit den Haftungen beginnen. Die Haftungen stellen grundsätzlich ein potentielles Risiko dar, wie man auch in Salzburg sehen konnte. Sie verdienen deshalb berechtigterweise eine hohe Aufmerksamkeit und ein überlegtes Vorgehen. Die Haftungen der Bank Burgenland waren in der Vergangenheit nicht Teil des Rechnungswesens des Landes.

Ich habe gehört, dass nun die Anmerkungen vom Landes-Rechnungshof miteinfließen werden. Zukünftig werden auch die Haftungen der Bank Burgenland in Höhe von knapp zwei Milliarden Euro aufgenommen.

Wenn der Stand mittlerweile niedriger ist, dann hoffe ich das natürlich, aber als Abgeordnete können wir diesen Aspekt nicht nachvollziehen. Ebenso sollten zukünftig die Haftungen nicht mit den gewichteten Risikogruppen ausgewiesen werden, weil damit schafft man natürlich einen verminderten Risikohaftungsbestand, wie man ihn eben braucht. Deswegen glauben wir, dass es wichtiger ist, Nominalwerte der Haftungen darzustellen, um die Höhe der Haftungen richtig auszuweisen.

Grundsätzlich muss man somit davon ausgehen, dass wir als Land Burgenland Haftungen in Summe von knapp drei Milliarden Euro haben, und das bei einem Landesbudget von knapp 1,2 Milliarden Euro. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Gleichzeitig birgt das Landesrechenwerk ein großes Risiko im Bereich der Zinstauschgeschäfte. Sogenannte Swaps, bei denen im Land keine Grundgeschäfte zugrunde liegen. Demnach haben wir in den letzten Jahren bereits 20 Millionen Euro Verlust gemacht.

Das ist eine Summe, die wir uns genau anschauen müssen, um zukünftig nicht weitere Verluste daraus verkraften zu müssen. Leider laufen diese Verträge bekanntlich bis 2033 und ich hoffe, dass wir hier noch rechtzeitig gegensteuern können.

Grundsätzlich brauchen wir mehr Ehrlichkeit zu uns selbst in den Landesfinanzen. Mehr Transparenz, aber auch eine ständige Weiterentwicklung im Rechenwerk. Bei den Eventualverbindlichkeiten braucht es ein einheitliches, aber die Gebietskörperschaften übergreifendes Risikomanagement, damit sonstige Eventualverbindlichkeiten Ausweis im Rechenabschluss finden, beispielsweise Leasingverbindlichkeiten oder andere Sonderfinanzierungen, die in der jetzigen VRV keinen Niederschlag finden.

Es gibt leider auch kein Verzeichnis über etwaige größere offene Posten von Sammelkonten. Gleichzeitig, und das ist sehr bedenklich, sind von den Beteiligungen nicht alle in der Art ausgewiesen, wie wir es gerne hätten und wie es auch die Transparenz einfordern würde.

Vergleicht man es mit einer Privatwirtschaft, so wäre es notwendig, alle Beteiligungen mit dem Beteiligungsansatz, mit dem Eigenkapital und mit den jährlichen Jahresüberschüssen oder Jahresfehlbeträgen klar ersichtlich und transparent

miteinfließen zu lassen. Das würde zu mehr Transparenz führen. Das ist auch der Weg, den wir gehen wollen und nicht nur wie derzeit im Landesrechnungsabschluss ein Organigramm hineinzunehmen, wo man die Namen der Beteiligungen aufgelistet sieht, aber man nichts daraus erkennen kann.

Das Bedenkliche im Landesbudget, und das sagen wir schon sehr lange, ist die Schuldenentwicklung. Ich weiß schon, dass jetzt niedergeschrieben wird, dass wir nächstes Jahr einen Schuldenstand von zwei Millionen Euro weniger haben werden. Aber das ist auch nur rechnerisch möglich und ich befürchte, nicht substantiell. Vor allem, weil man das nur dadurch erzielt, indem man Rücklagen auflöst.

Die Rücklagen, die wir auflösen, gehen auf Kosten der nächsten Generation. Ich weiß, dass man Rücklagen dann aufbaut, wenn man das Geld hat. Aber ich glaube, dass man substantiell wesentlich mehr einsparen könnte, anstatt Rücklagen in der Höhe von 24 Millionen Euro aufzulösen.

Gleichzeitig, und das ist ein weiterer Kritikpunkt, gibt es die Schuldenstände unserer Beteiligungen nicht. Jetzt weisen wir einen Schuldenstand von zirka 276 oder 270 Millionen Euro aus. Aber gleichzeitig fehlt der Ausweis der Schulden der ausgegliederten Beteiligungen.

Somit hätten wir als Land in Summe einen Schuldenstand von knapp 1,5 Milliarden Euro. Das heißt, wir haben weit mehr Schulden, als wir einmal im Jahr einnehmen. Das sollte uns zu denken geben.

Jetzt müssen wir, und mein Vorredner hat es kurz erwähnt, mit Mindereinnahmen in den nächsten Jahren rechnen. Gleichzeitig müssen wir aber auch mit enormen Kostensteigerungen rechnen. Das sieht man nicht nur im Budget, sondern auch in der Entwicklung der letzten fünf Jahre. So kann man klar erkennen, dass die vorschulische Erziehung um 70 Prozent steigt.

Die Schulverwaltung und die Landeslehrer um 35 Prozent. Der öffentliche Personenverkehr um zirka 37 Prozent. Oder beispielsweise die Krankenanstalten um 60 Prozent. In all diesen Bereichen kämpfen wir natürlich mit Steigerungen, die wir in irgendeiner Weise kompensieren müssen.

Irgendwann wird der Punkt gekommen sein, wo wir keine Rücklagen mehr haben und wo man das Budget nicht entlasten kann. Das ist eine Herausforderung, die wir langfristig meistern müssen. Die rot-blaue Einheitspartei wird wohl daran gemessen werden, ob sie das in den nächsten Jahren schafft.

Grundsätzlich ist noch anzumerken, dass mit der VRV nicht nur eine bessere Kontrolleinheit einhergehen wird, sondern auch gleichzeitig eine doppelte Buchführung zu mehr Transparenz führen wird. Leider wird dieses System erst 2019 eingeführt. Aber ich hoffe, dass die Vorarbeiten bereits jetzt laufen, um auch das Transparenzprinzip und die Ehrlichkeit für den Steuerzahler in das Landesbudget zu bringen.

Geschätzte Damen und Herren! Vom frischen Wind auf der Regierungsbank ist in diesem Budget leider nichts zu spüren. Vieles von diesen Budgetposten unterstützen wir natürlich, weil es wichtige Ausgaben sind. Wir haben das damit vermittelt, indem wir bei Einzelgruppen mitgestimmt haben. Aber gleichzeitig haben wir drei konkrete Bedingungen gestellt, wenn diese eingeflossen wären, hätten wir dem Gesamtbudget zugestimmt.

Zum einen geht es um die Abschaffung der Landesumlage, deren Zweckwidmung. Zweitens geht es um die Erhöhung des Heizkostenzuschusses und drittens um die Ernteausfälle der Landwirte.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn diese Forderungen erfüllt worden wären, hätten wir zugestimmt. Das sind 1,7 Prozent des Budgets. Diese 1,7 Prozent hätte man anderwertig einsparen können, beispielsweise im Bereich des Landesschulrates oder auch in der Zahl der Regierungsmitglieder.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Ich darf zusammengefasst noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung sehr herzlich Dankeschön sagen für die tatkräftige Arbeit und auch für das Erläutern im Zuge unserer Klubklausur.

Als Volkspartei werden wir diesen Teil der roten Allmacht leider nicht unterstützen, denn wir stehen für mehr Transparenz und für die Menschen im Land. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich habe den Ausführungen vom Kollegen Wolf sehr gut zugehört und habe mir eigentlich gedacht, all seine Ausführungen waren eigentlich ein Plädoyer genau für eine Verwaltungsreform und für eine neue Konzernstruktur, genauso wie wir es machen. Weil genau das wird ja eigentlich umgesetzt.

War doch ein wenig irritiert, indem er die Schulden sozusagen ein wenig kritisiert oder heftiger kritisiert. Und gleichzeitig aber die ÖVP ihre Zustimmung für eine Neuverschuldung abhängig macht. Aber gut, die Orientierungslosigkeit dürfte noch vorhanden sein. Ich denke, die wird sich auch in den nächsten Monaten doch legen.

Insgesamt ist zu sagen, dass wir im Jahr 2010 eine sehr kluge Entscheidung getroffen haben. Denn damals haben wir festgelegt, einen neuen Finanzkurs zu folgen und haben, meiner Meinung nach, wirklich eine kluge Entscheidung getroffen, denn die Auswirkungen zeigen sich heute. Demnach hätten wir um 125 Millionen Euro mehr Ausgaben als damals prognostiziert, und daher war die Entscheidung goldrichtig.

Das heißt, einnahmenseitig Einsparungen von 125 Millionen Euro. Ausgabenseitig einzusparen ist durchaus beeindruckend und zeigt, dass der hohen Verantwortung der kommenden nächsten Generation hier Rechnung getragen wird. Richtig bemerkt vom Kollegen Wolf ist, dass wir erstmalig Schulden abbauen, nämlich zwei Millionen Euro.

Ich glaube, das zeigt auch, dass es eine Finanzpolitik ist, die nicht auf dem Rücken der nächsten Generation, sondern in hoher Verantwortung der nächsten Generation gegenüber gemacht wird.

Europaweit und auch in den Bundesländern in Österreich wird oft diskutiert, was ist die richtige Finanzpolitik? Geht es hier um Sparen? Geht es um Investieren? Wie kommt man am besten aus der Krise hinaus? Ich glaube, dass das Burgenland in den letzten Jahren einen sehr guten Weg gegangen ist. Nämlich antizyklisch zu investieren, in einer Krise mehr Geld in die Hand zu nehmen, um dieses Geld zu investieren, in die heimische Wirtschaft, um Arbeitsplätze abzusichern.

Ja, um sogar Arbeitsplätze zu schaffen, immerhin 2.000 im heurigen Jahr 2015, eine beeindruckende Zahl, in einer wirtschaftlich schwierigen Situation.

Jetzt muss man aber auch wieder den Zyklus verändern, nämlich nicht nur keine neuen Schulden mehr zu machen, sondern im kommenden Jahr auch Schulden

zurückzuzahlen. Und dem tragen wir Rechnung. Ich glaube, das ist auch gut so. Das heißt, wir diskutieren nicht, welche Form des Sparens oder des Investierens ist richtig, sondern wir gehen beide Wege. Nämlich dort zu sparen, wo es sinnvoll ist und dort zu investieren, wo es notwendig ist. Ich glaube, das zeigt auch dieses Budget 2016 und den Finanzspielraum auch gut auf.

Vielleicht einige kleine Zahlen: 232,6 Millionen Euro sind im Jahr 2016 für Zukunftsinvestitionen vorgesehen. Eine Quote von 20,31 Prozent des Gesamtbudgets, davon 133,7 Millionen Euro für Soziales, Wohnbauförderung und Gesundheit. Also wirklich Investitionen, wo die Wirtschaft, wo die heimische Wirtschaft profitiert und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Nutzen davon haben.

20,4 Millionen Euro sind für die Verwaltung vorgesehen. Wir sind hier sehr sparsam unterwegs. Ich glaube, eine gut organisierte und strukturierte Verwaltung muss auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet sein. 13,9 Millionen Euro für die Sicherheit, in den Unterricht und in den Sport, die hier in wichtige Bereiche fließen. 6,9 Millionen Euro für die Kultur, 28,3 Millionen Euro für Straßen- und Wasserbau. 29,4 Millionen Euro für die Wirtschaftsförderung und für die Finanzwirtschaft.

Wichtig ist festzuhalten, dass 45 Prozent der Gesamtausgaben in den Sozialbereich gehen. Das zeigt auch die soziale Balance dieses Budgets und zeigt auch, dass wir zu Recht die niedrigste Armutsgefährdung in ganz Österreich haben. Bin auch sehr dankbar, dass dieses Budget auch eine gewisse Flexibilität zulässt. Das ist deswegen der Fall, weil die Deckungsfähigkeit gegeben ist. Denn dass man rasch und schnell auf Dinge reagieren muss, das hat die jüngste Vergangenheit bewiesen und das trägt diesem Budget auch Rechnung.

Die Landeshaftungen dürfen ebenfalls, da gibt es eine Obergrenze von 2,7 Milliarden Euro, nicht überschritten werden und das finde ich gut. Wichtig ist, dass sich das Burgenland freiwillig „raten“ lässt. Diese Ratings wurden bis jetzt noch nicht angesprochen. Sie sind aber wichtig, weil es auch eine Art Zeugnis ist.

Standard & Poor‘s hat uns übrigens auch wieder ein Ratingzeugnis ausgestellt. Wir haben aktuell kurzfristig das bestmöglichste Rating mit A1+ und sogar den langfristigen Ausblick, die ausgezeichnete Note vorweist, mit dem AA. Ich glaube, das zeigt auch von einem unabhängigen Institut, dass wir im Finanzbereich gut aufgestellt sind. Dass wir keine Angst vor der Zukunft haben brauchen und wir hier in eine gute Zukunft gehen.

Es wurde im Rahmen der Budgetdebatte oft versucht, politisches Kleingeld zu wechseln, ist ja auch legitim. Dazu dient ja die eine oder andere Debatte. Man ist sicher unterschiedlicher Meinung bei dem einen oder anderen Thema. Ob jetzt das die schwächste Regierung aller Zeiten ist, kann man nicht beurteilen, meiner Meinung nach. Man kann es nach fünf Jahren beurteilen.

Da wird der Wähler das beurteilen und nicht einzelne Abgeordnete. Was man jedenfalls beurteilen kann, ist, wie Wahlergebnisse ausgeschaut haben, nachzulesen Burgenland Landtagswahlen, unter Wahlen, kann man das downloaden und da sieht man, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Minus sechs Prozent für die SPÖ, minus vier Mandate! – Abg. Doris Prohaska: Trotzdem seid Ihr beleidigt!)* dass die ÖVP die schwächste ÖVP seit 1945 ist. Da lege ich schon Wert, das ist messbar, kann man nachlesen.

Also da würde ich schon die Kirche im Dorf lassen. Wenn man solche Behauptungen aufstellt, müsste man selber einmal schauen, was wirklich die Wählerinnen und der Wähler entschieden haben. Dass das Chaos bei der ÖVP vorhanden ist, dafür habe ich auch Verständnis, eine neue Rolle ist gegeben.

Da muss man sich natürlich zurechtfinden in dieser neuen Rolle. Ich bin überzeugt, das wird auch irgendwann gelingen, aber im Moment, glaube ich, hat man alle Hände voll zu tun.

Das zeigt sich am Beispiel Wasserleitungsverband, wo ÖVP-Delegierte der Anpassung von 4,88 Prozent zustimmen, auf der anderen Seite dann der Obmann-Stellvertreter hinausgeht und sagt, er kann dem nicht zustimmen, weil man eine höhere Erhöhung braucht und da wird heute diskutiert, dass die Ausgaben doch viel zu hoch sind. Also da rennt jeder in eine andere Richtung in der ÖVP. Da haben Sie alle Hände voll zu tun, wieder alle auf eine gleiche Schiene zu bringen. Aber Sie werden das schaffen, da bin ich überzeugt.

Trotzdem war es sehr bemerkenswert, als heute der Kollege Ulram und ich glaube der Kollege Steiner formuliert haben, dass unsoziale Dinge gemacht werden würden und dass die Anpassungen von Beiträgen zu hoch wären und dergleichen. Wenn man dann ein wenig recherchiert und drauf kommt, dass es in der Gemeinde Halbturn erst vor kurzem eine Diskussion im Gemeinderat gegeben hat, wo die SPÖ-Fraktion eine Forderung, eine, meiner Meinung nach, soziale Forderung formuliert hat, nämlich einen Heizkostenzuschuss in der Gemeinde einzuführen, wie es viele Gemeinden tun, da bin ich auch den Gemeinden sehr dankbar, dass hier die Menschen unterstützt werden.

Ja, was glauben Sie, was mit dieser Forderung gemacht wurde? Ich sage es Ihnen, die ÖVP hat gesagt, wir brauchen das nicht, der administrative Aufwand sei zu hoch, man könne daher diesen Heizkostenzuschuss in der Gemeinde nicht fördern. Das sind genau die, die sich heute herstellen und sagen, Heizkostenzuschuss, die soziale Kälte kehrt ein.

Ich bin neugierig, wenn ich das nächste Mal durch Halbturn fahre, ob es mir kalt wird oder ob es auch schön warm wird. Also schauen wir, da sollten wir schon die Kirche im Dorf lassen und bei der Realität bleiben.

Kollege Steiner hat die Anpassung auch erhöht, ich habe die Gemeinderatssitzung der Stadt Eisenstadt gesehen. Ich war sehr beeindruckt, welche Anpassungen Sie hier vornehmen. Anpassungen bis zu 20 Prozent Erhöhungen beispielsweise, unglaublich. Ich bin schon neugierig, wie Sie das argumentieren, wenn Sie hier von Anpassungen sprechen, die zu hoch seien. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Beim Heizkostenzuschuss da stimmt es! Da haben wir um 20 Prozent erhöht! Da hast Du Recht!)*

Wir werden jedenfalls diesem Budgetposten zustimmen, so wie wir auch dem kompletten Budget natürlich gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte um Ihre Ausführungen. *(Zwiegespräch zwischen dem Abg. Robert Hergovich und dem Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin.

Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die neuen auf den Besucherrängen!

Schade, dass der Herr Landesrat Petschnig jetzt nicht da ist, ich wollte ihm einen Hinweis geben. Er hat gesagt, 1981 gab es das letzte Tourismushoch im Burgenland. Das war jenes Jahr, wo aufgrund der Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen 120.000 Polenflüchtlinge in Österreich waren. Ich weiß nicht, ob es einen Zusammenhang gibt.

Einen weiteren Hinweis noch: Es gibt in Kärnten eine Gemeinde, Krumpendorf am Wörthersee, wo es anfangs große Aufregung gab, weil sehr viele Asylwerber dort untergebracht wurden. Dort hat ein beherzter Gemeinderat, er ist zufällig ein GRÜNER und auch im Nationalrat, Initiativen in die Wege geleitet, gemeinsame Aktivitäten gestartet, vieles im Ortsleben und im Dorfleben erneuert und dort ist auch die Zahl der Nächtigungen gestiegen.

Also was zeigt es uns? Bei vielen Themen in der Politik kommt es nicht nur darauf an, was man tut, es kommt auch darauf an, wie man es kommuniziert. Da haben wir hier bei uns im Land und im Landtag sehr unterschiedliche Zugänge zu manchen Themen.

Nun aber zum Budget: Wie kann es zu einem Budget kommen? Es gibt verschiedene Möglichkeiten, es können sich die Verantwortlichen zurückziehen und ihr Zahlenwerk gestalten und danach die Abgeordneten damit konfrontieren. Es ist aber auch möglich, schon vorher Meinungen einzuholen oder zu Gesprächen einzuladen.

Das ist zum Beispiel etwas, was ich auch in Eisenstadt erlebe. Obwohl dort auch eine absolute Stadtregierung ist, werden wir immer wieder eingeladen zur Budgeterstellung, wo uns auch gesagt wird, wir können unsere Vorstellungen einbringen. Als GRÜNE nehmen wir das dort wahr. Es gibt also unterschiedliche Wege. Aber gut!

Was dann erwartet wird, sagt der Kollege Hergovich immer wieder - es soll einen Schulterschluss geben. Was in meinen Beobachtungen der letzten Monate jetzt schon sehr deutlich wird, dieser Schulterschluss wird immer dann erwartet, wenn es einen Vorschlag der Regierungsparteien gibt, wo dann alle anderen einfach mitgehen sollen. Nichts verändern, nichts weiterverhandeln, nichts einbringen, keinen Kompromiss aushandeln, sondern einfach mitgehen, dann soll es einen Schulterschluss geben.

Bei anderen Vorschlägen, zum Beispiel bei Anträgen von den GRÜNEN, die durchaus später in anderer Weise umgesetzt werden, gibt es davor keinen Schulterschluss.

Das ist vielleicht auch noch entwicklungsfähig bei uns. Was mir auch aufgefallen ist, abgesehen davon, dass zwei Tage wieder einmal genutzt wurden, jedes Stichwort zum gegenseitigen Hickhack zu verwenden, das nervt irgendwann einmal. Dass es sehr schnell eine Aufregung mitunter sogar eine Gekränktheit gibt, wenn deutlich wird, dass da und dort die GRÜNEN wo nicht mitgehen können und einem Budget nicht zustimmen, auch wenn vieles in diesem Budget gut und richtig ist. Aber es gibt aber auch Punkte, die uns nicht gut gefallen. Ich habe das eigentlich sehr ausführlich erläutert, in vielen Bereichen fehlt uns die Transparenz.

Das glaube ich dann schon den Regierungsparteien, dass sie ihnen nicht so fehlt, weil sie vielleicht mehr Einblick haben. Aber ich kann nur sagen, dort, wo wir den Einblick haben in dieses Budget, fehlt es uns in einigen Teilen an Transparenz und es sind dann auch einfach Fehler drinnen da und dort. Solange die nicht bereinigt sind, haben wir dann einfach Schwierigkeiten.

Was von uns nicht erwartet werden darf, ist blindes Vertrauen wir stimmen einfach einmal zu und dann wird es schon gut gehen. Also hier gibt es einiges, mit dem wir einfach quer durchs Budget nicht mitkönnen und auf einiges möchte ich jetzt noch zusammenfassend eingehen.

Die Verwaltungsreform ist angekündigt, aber im Finanzplan nicht abgebildet. Da ist es schwer, sich etwas vorzustellen, wie sich das budgetär wirklich entwickelt. Es gibt aber noch eine andere Möglichkeit von so kleinen Reformen im Alltag. Es wurde schon oft gesprochen auf der einen Seite davon, dass man Personal abbauen muss, auf der

anderen Seite, dass die Beamtinnen und Beamten ja doch auch schon reichlich ausgelastet sind. Man könnte zum Beispiel die Beamten und Beamtinnen im Land ausschließlich für das arbeiten lassen, wofür sie auch bezahlt werden und nicht zum Beispiel für Leistungen für eine Partei.

Weil, das wissen wir auch, dass immer wieder Angestellte, die nicht Angestellte einer Partei sind, Arbeitsleistungen zum Beispiel für eine Regierungspartei erbringen. Ich erinnere an die Diskussionen zur Klubbildung und zur Klubunterstützung im Zuge der Änderung der Geschäftsordnung, wo gerade damit argumentiert wurde, wenn eine Partei nicht mehr in der Regierung ist, hat sie ja weniger Zugang zu Personal und braucht deswegen mehr Personal im eigenen Klub.

Das war damals die Argumentation der ÖVP und damit ein Hinweis darauf, dass sehr wohl Beamte und Beamtinnen auch für Parteien, so sie in der Regierung sind, die eine oder andere Arbeitsleistung vollbringen. Das war damals das Argument!

Ja, wir wissen auch von da und dort, dass Wortmeldungen woanders geschrieben werden - und nicht in der Freizeit - als in den Fraktionsbüros. Gut. Bildung!

Zum Thema Bildung - war für mich im Laufe der Debatte sehr spannend, dass es hier offensichtlich auch in den unterschiedlichen Parteien Entwicklungen gibt.

Ich war sehr erfreut von der Kollegin Resetar zu hören, dass sie das zweite Kindergartenjahr für alle befürwortet. Sie hat nicht - ich habe genau zugehört - im Zusatz gesagt, „für alle die es brauchen“. Das heißt, sie nimmt wahrscheinlich, so wie wir GRÜNEN an, für zwölf Stunden in der Woche können es alle Kinder gut brauchen. Freut mich sehr, diese Entwicklung!

Mich freut die Entwicklung bei der FPÖ, wenn der Kollege Richter uns gestern gesagt hat in Bezug auf die gemeinsame Schule könnten wir vielleicht doch einmal darüber nachdenken, da ist Bewegung drinnen und das zeigt für mich, dass wir Chancen haben. Dieser große Wurf einer Bewegung ist im Bildungsbudget für mich nicht in der inneren Reform absehbar, wenngleich ich das sehr befürworte, dass hier höhere Budgetmittel eingesetzt wurden. Wir müssen noch ein bisschen weiter diskutieren in der Ausgewogenheit zwischen Qualität und Quantität.

Nicht überall dort, wo wir eine höhere Quantität haben, haben wir automatisch auch eine höhere Qualität. Weil ich aber weiß - ich war ja selber viele Jahre im pädagogischen Bereich tätig und bin im ganzen Land herumgekommen -, dass wir wirklich eine große Anzahl an sehr begabten und engagierten Pädagogen und Pädagoginnen haben, möchte ich mich an dieser Stelle auch sehr herzlich bei all jenen Frauen und Männern bedanken, die in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen und in der Schule tätig sind.

Herzlichen Dank an alle Pädagogen und Pädagoginnen in diesem Land! *(Beifall bei den GRÜNEN – Landeshauptmann Hans Niessl: Wo waren Sie pädagogisch tätig?)* Hast Du das nicht gehört? PädagogInnen in allen Bildungseinrichtungen. Schulen sind Bildungseinrichtungen! Bitte? *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wo haben Sie unterrichtet?)* Ich? Ich war in der Beratung tätig und in der Erwachsenenbildung, das ist auch pädagogisch. Aber das müssten Sie wissen, Sie haben sicher schon genug über mich herausgefunden.

Pädagogische Beratung in Kindergärten - kann ich Ihnen einmal erzählen, was das für eine pädagogische Arbeit ist, das ist aus der Praxis. Das erzähle ich Ihnen dann wann anders.

So, wir kommen zu einem weiteren großen Bereich. Es geht im Asylwesen darum, dass wir auf der einen Seite, und ich möchte ganz bewusst heute - wir haben heute den Internationalen Tag der Menschenrechte - darauf hinweisen, dass ein Bereich der Asylarbeit und der Umsetzung des Asylrechtes sich finanziell niederschlägt. Hier haben wir im Landesbudget für die Grundversorgung einen guten Teil eingesetzt.

Was noch wenig beachtet wird, sind all die Kosten, die auch dadurch entstehen, dass Wohnraum beschafft wird, dass Wohnraum verwaltet werden muss, dass Personal verwaltet werden muss und hier fehlt es an Strukturen, hier fehlt es an Personal.

Ich kann es nur wiederholen, hier werden Probleme auf einer zweiten Ebene geschaffen, dadurch dass wir keine ordentliche Abwicklung haben. Hier kann man sich natürlich schon auch überlegen, ob man einiges auslagert. Es gibt ein ganz großartiges Projekt der Diakonie, das auch in Niederösterreich vom Land bezahlt wird, wo diese Wohnraumbeschaffung dem Verein übertragen wird, die das höchst qualitativ machen. Im Moment zahlt es im Burgenland der ORF.

Der Klimaschutz ist uns zu wenig ambitioniert in diesem Budget abgebildet.

Das wurde auch schon mehrmals erwähnt. Weil hier alles schon zum Blinken beginnt, muss ich mich kürzer fassen. Wir müssen in zukünftigen Budgets mehr darauf achten, dass tatsächlich CO_2-Ausstoß verringert werden kann.

Weil die Glocke schon geläutet hat, möchte ich aber abschließend darauf hinweisen, wie gesagt, wir haben heute den Internationalen Tag der Menschenrechte, bei allen unterschiedlichen Einschätzungen, welche politischen Lösungen wir für die aktuellen Probleme haben, möchte ich uns daran erinnern, was wir beschlossen haben, was wir alle in vielen Ländern dieser Welt unterschrieben haben, nämlich die ganz klare Deklaration in den Menschenrechten:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit, heute würden wir sagen der Geschwisterlichkeit, begegnen.

In dem Sinn hoffe ich, dass wir das auch weiterhin tun. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Klaudia Friedl)*

Präsidentin Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstem erteile ich von der Regierungsbank Herrn Landesrat Petschnig das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Ich möchte nur sozusagen eine kurze Berichtigung zu dem eben Gesagten hier vorstellen und zwar, sehr geehrte Frau Abgeordnete.

Als Vertreterin einer Partei, die derart hohe moralische Standards zu leben vorschützt und ich sage bewusst „vorschützt“, weil Sie fordern es immer von Dritten ein, leben es selbst aber nicht. Auch wenn man jetzt da hinten in private Diskurse verwickelt ist, erwarte ich mir, dass Sie zumindest ein Zitat so wiedergeben, wie es tatsächlich gesagt wurde.

Ich habe nicht gesagt, dass das Jahr 1981 das letzte touristische Highlight sozusagen im Burgenland war. Ich habe gesagt, dass in der Region Neusiedler See seit dem Jahr 1981 keine Zuwächse mehr im Schnitt zu beobachten sind, das ist bitte etwas ganz anderes.

Ich erwarte mir, dass Sie das in Zukunft auch so wiedergeben, wie ich es gesagt habe und zum Zweiten: Ich bin, ehrlich gesagt, ein bisschen etwas konsterniert über die Aussage, was das Jahr 1981 beziehungsweise die Marke von 1,438 Millionen Nächtigungen mit Polen zu tun haben soll. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sie waren nicht herinnen!)*

Flüchtlinge, na das ist weder witzig noch sonst irgendetwas. Flüchtlinge zahlen keine Ortstaxe, ich weiß nicht, ob Sie das einfordern wollen oder was das soll. Ich weise das zurück. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Humor haben Sie keinen!)* Ihren wahrscheinlich nicht! *(Allgemeine Heiterkeit)*

Ich finde es ehrlich gesagt auch gar nicht witzig, auf jeden Fall, das ist zurückzuweisen und genauso wenig, wie wir jetzt von den Syrern Orstaxe verlangen, haben wir damals von den Polen Ortstaxe verlangt. Hören Sie zu und geben Sie das dann wieder, was hier gesagt wurde. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsidentin Christian Illedits : Danke Herr Landesrat. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ilse Benkö.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich fasse die letzten zwei Sitzungstage der Freiheitlichen zusammen und treffe dazu drei Feststellungen.

Die erste Feststellung, wir müssen uns - so glaube ich - alle eingestehen, dass die Art und Weise wie wir die Budgetrede gestalten und ich möchte sagen, dass Sie mich nicht missverstehen, das ist keine inhaltliche Kritik an den Wortmeldungen. Dass diese Art und Weise für die Öffentlichkeit - und das haben Sie auch selber mitverfolgt - nur bedingt attraktiv ist, zumal es schön war, dass vormittags hin und wieder Schulkassen eine Stunde da waren, ansonsten waren die Tribünen relativ leer. Die Galerie war wirklich auf Strecken leer. Die Plätze der Journalisten, ich bin erfreut, heute ist noch jemand da, die waren auch über weite Strecken verwaist.

Ich glaube, schon sagen zu dürfen, dass das Budget die Königsdisziplin des Landtages ist, und ich gehe davon aus und ich bin davon überzeugt, dass uns allen etwas daran liegt, dieser Budgetdebatte auch einen zeitlich dementsprechenden Rahmen zu verschaffen. Nicht zuletzt im Lichte des Umstandes, dass die Debatte - und das wissen Sie ja alle - im kommenden Jahr erstmals via Internet übertragen werden wird.

Da rege ich an, dass sich alle Kolleginnen und Kollegen auch Gedanken darüber machen über den Aufbau, über die Abwicklung und insgesamt vielleicht auch über die Gestaltung der kommenden Budgetlandtage.

Meine zweite Feststellung, die ich für mich getroffen habe, ist, die Debatte selbst ist eigentlich unterm Strich - alle, die mich kennen, wissen, dass ich auch immer sehr bestimmt in meiner Wortmeldung war, - und deshalb möchte ich sagen, dass die Debatte unterm Strich recht diszipliniert verlaufen ist, wobei ich auch immer der Meinung bin, etwas Feuer darf ja … *(Der Abg. Mag. Christian Sagartz, BA und der Abg. Robert Hergovich führen stehend, hinter der letzten Reihe der Abgeordneten ein Gespräch)*

Wenn die zwei Klubobmänner nicht interessiert sind, dann könnt Ihr bitte draußen bleiben, aber ich glaube, dass das vielleicht nicht unwesentlich ist. Ihr könnt Euch draußen unterhalten. Das wäre sehr nett. Danke.

Ich glaube sagen zu dürfen, dass die Debatte unterm Strich recht diszipliniert verlaufen ist und ein wenig Feuer auch nicht fehlen soll. Davon lebt ja letztendlich auch

der Parlamentarismus und das ist genauso typisch wie es jetzt sich abspielt für die ÖVP. Sie predigen Wasser, trinken aber heimlich Wein. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Sie verlangen Disziplin, fordern das von allen anderen ein, sind aber nicht bereit, das selber zu leben. Speziell Sie, Herr Abgeordneter Steindl, von Ihnen bin ich menschlich mehr als enttäuscht. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Sie sagen das? Sie sagen das gerade? Das ist schon ein starkes Stück.)*

Nichtsdestotrotz. Ja, ich sage Ihnen etwas, sehr geschätzter Herr Kollege Steindl. Nichtsdestotrotz sollten wir die Werte Moral, Disziplin, Respekt, Wertschätzung nicht nur hochheben, sondern wir sollten diese auch leben und nicht nur hier im Hohen Haus als Vorbild, sondern wir sollten das auch im Alltag in unserem täglichen Leben leben, Herr Kollege Steindl.

Mir ist bei der Opposition auch aufgefallen, dass es da und dort doch einige Fragen gibt, wo es Bedarf vielleicht an Auskünften und auf Aufklärung gegeben hat, wobei man natürlich zwischen den Oppositionsparteien unterscheiden muss. Zwischen jenen der ÖVP, die schon die letzten 15 Jahre in der Regierungsverantwortung waren und jetzt eben in Opposition sind. Die tun sich natürlich mit gewissen Dingen leichter, zumal sie auch einen gewissen Erfahrungsvorsprung im Budget bei jenen Positionen haben, wo das Budget eigentlich nur fortgeschrieben worden ist.

Ich glaube jedenfalls, dass man vielleicht wieder einmal daran erinnern sollte, dass man auch speziell für die jungen Kolleginnen und Kollegen, dass man auch im zuständigen Ausschuss, dass jeder Abgeordnete die Möglichkeit hat, offene Fragen zu richten und auch Informationen von den Mitgliedern der Landesregierung einzufordern. Er wird diese auch bekommen und ich glaube, dass das dem gesamten Landtag auch sehr gut tun würde.

Als Präsidentin, der ich den Abgeordneten unter Wahrung ihrer Rechte verpflichtet bin, nehme ich auch gerne die mehrfach geäußerte Kritik am Umstand mit, dass es in Bezug der Landesbeteiligungen, das ist von der Kollegin der Grünen auch gekommen, in denen sich ja faktisch auch ein Gutteil der Landesgebarung abspielt, dass es da zu wenig Einblick gibt.

Aber wir alle wissen und speziell die Kollegen der ÖVP wissen das, dass dies aus parlamentarischer Sicht ein Missstand ist, aber leider dem auch rechtliche Vorgaben zugrunde liegen, das wissen die Kollegen der ÖVP nur allzu gut, an denen wir ja nichts ändern können.

Ich verspreche und ich werde mich jedenfalls nach besten Kräften dafür einsetzen, dass der Landtag jene Informationen erhält, die er seiner Meinung nach benötigt.

Dritte und letzte Feststellung. Der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2016 kann sich auf alle Fälle sehen lassen. Erstmals ist keine Neuverschuldung vorgesehen. Erstmals, seit Jahren, kommt es zum Abbau von Schulden. Das ist die zentrale Botschaft dieses Voranschlages und dieser rot-blauen Koalition.

Ich möchte es nicht verabsäumen zu sagen, dass die Rahmenbedingungen keineswegs die günstigsten sind, das wissen Sie alle. Die Wirtschaft lahmt. Die Arbeitslosigkeit ist höher denn je. Die sogenannte Steuerreform, liebe Kolleginnen und Kollegen, reißt natürlich Löcher in den Landeshaushalt und nicht zuletzt auch, Herr Kollege Kölly, in die Gemeindehaushalte. Da haben Sie vollkommen Recht.

Mit der illegalen Migration stehen wir natürlich auch vor Schwierigkeiten in budgetärer Hinsicht und letztendlich auch vor einer gewaltigen Herausforderung. Die Aufgaben für die Flüchtlingshilfe gehen durch die Decke. In weiterer Folge wird auch - und

das wissen Sie auch - bei der Mindestsicherung, bei der es schon ohne Unterlass steigende Ausgaben gibt, dies der Fall sein.

Der Landesvoranschlag, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt jedenfalls, dass diese neue Landesregierung die Prioritäten vollkommen richtig setzt, dass sie in Wahrheit vor keiner Herausforderung zurückschreckt, dass diese Koalition auch in der Lage ist, ohne zwischenmenschliche Auseinandersetzungen einen gemeinsamen Weg zu finden, einen gemeinsamen Weg für unser gutes, wunderschönes Burgenland und dass diese Koalition auch gemeinsam etwas weiterbringt.

Wir Freiheitliche werden dem Voranschlag natürlich in allen Punkten unsere Zustimmung geben. Rot-Blau steht für Schuldenabbau. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich darf Ihnen von dieser Stelle ein besinnliches Weihnachtsfest, alles Gute wünschen. Halten Sie Einkehr.

Ich wünsche auch der ÖVP, lehnen Sie sich zurück, halten Sie Einkehr, alles Gute und danke noch einmal für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Präsidentin. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Budget 2016 und die Debatte zu diesem Budget kann man mit einem Satz zusammenfassen oder eigentlich mit zwei Worten: Chance verpasst.

Es ist Ihr erstes Budget als rot-blaue Regierungsmannschaft, wie es Kollege Molnár heute gesagt hat, wo ja eine Zusammensetzung nach freien Stücken gewählt wurde, ohne am Regierungsproporz gebunden zu sein.

Sie hätten mit diesem Budget die Gelegenheit gehabt, einen klaren Schnitt zu machen. Sie hätten mit diesem Budget die Möglichkeit gehabt, neue Wege zu gehen. Sie hätten mit diesem Budget die Möglichkeit und die Chance gehabt, in die Handlungsfähigkeit und in die Grundaufgaben des Landes zu investieren.

Diese Gelegenheiten haben Sie nicht genutzt. Diese Chance haben Sie verpasst.

Wir als stärkste Oppositionspartei, als starke Alternative im Burgenland, hätten dennoch unsere Zustimmung zu diesem innovationsfreien Budget gegeben. Auch um unseren guten Willen zu zeigen. Wenn Sie in einigen kleinen Teilbereichen auch auf uns zugekommen wären.

Wenn dann der Herr Kollege Klubobmann Hergovich meint, diese Vorschläge seien Ausdruck von Fundamentalopposition, dann sage ich, lächerlich. Es ist wirklich lächerlich und kleinlich angesichts der Budgetdimension und angesichts der Auswirkungen, die unsere Vorschläge gehabt hätten.

In Wahrheit gehen Sie mit dieser Ablehnung interessanterweise selbst in Opposition. Nämlich in Opposition gegen die Gemeinden, in Opposition gegen die Wirtschaft, in Opposition gegen die Arbeitnehmer, in Opposition gegen nachhaltige Landwirtschaft und in Opposition gegen sozial Schwache, Stichwort Heizkostenzuschuss. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und da frage ich mich schon, ob Sie nur so tun oder ob Sie wirklich stolz darauf sind. Das nur vorweg, weil der Kollege Klubobmann Hergovich immer wieder gebetsmühlenartig behauptet, wir würden keine konstruktiven Vorschläge machen.

Ich meine, nehmen Sie mir das jetzt nicht persönlich und verstehen Sie es nicht falsch, aber Sie kommen mir wirklich vor wie eine Maschine, wo man Knöpfe bedienen kann. Da gibt es einen Knopf, auf dem steht drauf „pfui ÖVP“, dann gibt es einen Knopf, auf dem steht drauf „pfui FPÖ, pfui Grüne“, je nachdem wie halt gerade die Zeit ist. Aber es muss doch auch einen Knopf geben, den man drücken kann, der die SPÖ betrifft. Wo man dann selbst über sich nachdenken kann.

Ich kann Ihnen sagen, ein bisschen Selbstkritik würde auch Ihnen nicht schaden. Bei Ihnen hat man wirklich den Eindruck, die SPÖ ist unfehlbar und alles, was die SPÖ sagt, *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Da redet der Richtige.)* ist richtig, und es gibt keine anderen Weisheiten auf dieser Welt. Diese Selbstkritik, das meine ich wirklich so, würde Ihnen nicht schaden.

Und dann sucht man Ausreden, um Vorschläge abschmettern zu können. Man sagt, das würde zu einer unverantwortbaren und unglaublichen Neuverschuldung führen. Nein, das stimmt ja nicht. Nein, das stimmt ja nicht, weil auch jetzt ist das Budget nur deshalb ausgeglichen, weil eine Rücklage mit ein bisschen über 14 Millionen Euro aufgelöst wurde.

Man hätte auch für unsere Vorschläge auf die Rücklage zugreifen können oder man hätte in anderen Bereichen auch einsparen können.

Aber ich verstehe es, es ist schwierig. Das stimmt. Das gestehe ich Ihnen zu, es ist schwierig, auf Vorschläge anderer Parteien einzugehen oder sie auch anzunehmen, *(Abg. Edith Sack: Sie müssen es wissen.)* wenn man selbst der Meinung ist, dass man unfehlbar ist.

Aber auf der anderen Seite, was hätten Sie dadurch gewinnen können? Eine unglaubliche Investitionsoffensive, 18 Millionen Euro, die sich vervielfachen würden, die der Wirtschaft helfen würden, die Arbeitsplätze schaffen und sichern würden. Gerade jetzt, wo wir Monat für Monat mit steigenden Arbeitslosenzahlen konfrontiert sind. Gerade jetzt, wo es im Winter zum Beispiel für die Bauwirtschaft ohnehin sehr schwierig ist, gerade jetzt, wo es insgesamt für die Wirtschaft schwierig ist.

Nehmen Sie unseren Vorschlag vielleicht doch noch auf! Wenn nicht heute vielleicht in einigen Monaten, Wochen. Dann haben Sie vielleicht die Chance, Ihr Versprechen, das Sie ja gegeben haben, jedes Jahr netto 1.000 zusätzliche, neue Arbeitsplätze zu schaffen, dann hätten Sie die Chance, dieses Versprechen vielleicht einzulösen.

Ich bin auch sicher, irgendwann werden Sie draufkommen, dass Sie auf Dauer nicht von Überschriften, Phrasen und heißer Luft leben können. Sie werden irgendwann einmal Initiativen setzen müssen, wenn Sie sich für die Wirtschaft und für die Arbeitsplätze im Burgenland einsetzen wollen oder wenn Sie das auch nur weiter vorgeben wollen.

Sie werden sich sicherlich mühen, das darstellen zu können. Machen Sie es sich doch leichter, nehmen Sie unsere Vorschläge an und ich bin Ihnen auch gar nicht böse, wenn Sie sich dann mit fremden Federn schmücken. Mir geht es nämlich um die Sache. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Ingrid Salamon: Überheblich!)*

Gleiches gilt auch für die Unterstützung zur Einführung einer Ernteausfallsversicherung. Wenn Ihnen die nachhaltige Landwirtschaft, die regionale Landwirtschaft am Herzen liegt, dann denken Sie wenigstens darüber nach und überlegen Sie sich das noch einmal.

Der dritte Punkt, das ist überhaupt das größte Rätsel, dieses Budget ist ein Mysterium fast. Sie kürzen den Heizkostenzuschuss von 150 auf 140 Euro und das versteht überhaupt niemand. Das ist nicht nachvollziehbar. Entweder ist Ihnen das wirklich passiert oder Sie machen das bewusst. Wie kommen Sie eigentlich auf diese absurde Idee? Das ist wirklich eigenartig und nicht nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren! Die rot-blaue Regierungsmehrheit hat mit diesem Budget eine Chance verpasst. Die Chance zu zeigen, dass diese Regierung nicht nur zur parteipolitischen Machtausübung und nicht nur zur Befriedigung persönlicher Befindlichkeiten gebildet wurde, sondern dass man, vielleicht wenn auch nur ansatzweise, Verantwortung für die Menschen im Land übernimmt.

Diese Chance haben Sie vertan. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, auf das Burgenland aufzupassen. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, als starke Alternative in den Wettstreit der Ideen mit der schwächsten Landesregierung, die es je gegeben hat, einzutreten.

Wir werden das tun mit großem Engagement und wir werden das tun nicht mit Wut im Bauch, sondern so, wie es vor kurzem ein deutscher Politiker gesagt hat, mit Mut im Bauch. Mit Mut im Sinne der Menschen, mit Mut im Sinne des Burgenlandes. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Ende einer zweitägigen Diskussion zusammenfassend wäre man schon geneigt, auf vieles, was gesagt wurde, - auch jetzt vor kurzem von meinem Vorredner - zu replizieren, das Ganze nochmal in eine Diskussion zu bringen, aber ich denke, dass dieses Jahr 2015 doch von einigen Marksteinen geprägt war und ist, und deshalb, denke ich, kommen schon einige Dinge sehr klar zum Ausdruck.

Zum einen natürlich, dass es eine neue politische Konstellation in diesem Jahr gibt. Wir wissen alle, dass wir zu Beginn dieses Jahres mit der Verfassungsreform das Demokratiepaket beschlossen haben, der Proporz wurde abgeschafft und die Rechte der Opposition wurden gestärkt.

Gegen Mitte des Jahres - der zweite Markstein - haben die Burgenländerinnen und Burgenländer ihre Stimme abgegeben und nach fundierter Entscheidungsfindung kolierten SPÖ und FPÖ. Die ÖVP, die Liste Burgenland und die Grünen stellen die neue Opposition.

Nun am Ende dieses sehr ereignisreichen Jahres 2015 stimmen wir über die Budgetmittelverteilung für das kommende Jahr 2016 ab.

Wenn ich diese drei Marksteine des politischen Geschehens näher beleuchte, dann denke ich, dass wir gemeinsam in diesem Jahr viele Etappen bewegt haben und nun am Beginn einer neuen politischen Zeitrechnung stehen, einer Zeitrechnung ohne Proporz, einer Zeitrechnung, die neue Rollen mit sich bringt.

Auch ich habe mit der konstituierenden Sitzung des Landtages im Juli den Platz des Klubobmannes gegen den des Landtagspräsidenten eingetauscht. Und auch ich - und

das gestehen Sie mir zu, und das gestehe ich jedem anderen zu -, denke ich, bei allen Wortmeldungen und bei aller Emotion, die immer und ich bin jetzt doch schon einige Jahre hier im Landtag und habe viele Budgetdebatten schon verfolgt, muss zugestanden sein, dass man Kritik üben, aber auch Kritik annehmen darf und soll.

Zu meiner Vorsitzführung, Sie können getrost und versichert sein, dass ich die Geschäftsordnung des Landtages immer im Auge habe, diese immer sehr genau einhalten werden, aber Sie können auch versichert sein, dass ich nicht päpstlicher als der Papst bin und dass Kleinlichkeit nicht zu meinen Attributen zählt.

Das ist eine Umstellung, mit der auch ich umgehe und dies sicher mit bestem Wissen und Gewissen.

Mit der größten Umstellung sehen sich jedoch die ÖVP und die FPÖ konfrontiert. Eine traditionelle Regierungspartei und eine traditionelle Oppositionspartei sind nun mit neuen Aufgaben konfrontiert. Nun stellt sich die Frage, wer hat seine neue Rolle schneller, besser gelernt.

Diese Frage möchte ich nicht beantworten. Ich denke, das überlasse ich jedem Einzelnen und Ihnen, aber ich möchte betonen, dass eine zielorientierte Kooperation und offene Kommunikationsbereitschaft dem Kollektiv des gesamten Landes mehr dient als reine Opposition. Mit dem Kollektiv des gesamten Landes meine ich die Verwaltung, die Gesamtheit der burgenländischen Organisationen und Institutionen und ganz wesentlich die Menschen, die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Opposition möchte ich eher als demokratiepolitisches Korrektiv denn als kategorisierenden Pol begreifen, aber, wie sagt schon das Sprichwort richtig: Der Standort bestimmt den Standpunkt.

Nach diesem kurzen Zeitraffer sind wir nun beim Budgetlandtag, der heutigen Landtagssitzung angelangt. Über 16 Jahre Erfahrung verfügt Finanzreferent Landesrat Helmut Bieler bereits, was die Erstellung des Landesbudgets betrifft, und beschreibt jenes für das Jahr 2016 als festes Finanzfundament für die Menschen dieses Landes. Dass dieser Formulierung Glaube geschenkt werden kann, dafür stehen die Erfolge der letzten Jahre, insbesondere aus 2015, denn ab diesem Jahr gibt es keine Neuverschuldung und mit 2016 beginnt der Schuldenabbau.

Die Zahlen des ordentlichen Landesvoranschlages wurden schon von Vorrednern benannt. Ich halte aber den Kern des Voranschlages für wichtig, nämlich dass wir die Schuldentilgung in der Höhe von zwei Millionen Euro eben auch hier jetzt starten.

Es ist nämlich unsere Verantwortung, meine sehr verehrten Damen und Herren, gegenüber den uns nachfolgenden Generationen, langfristig und nicht kurzfristig zu haushalten.

In aller Kürze ein Resümee zu ziehen. Zwei Drittel der Ausgaben 2016 entfallen auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales, Wohnbauförderung, 250 Millionen Euro werden in die Bildung investiert, rund 233 Millionen Euro werden für Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Wohnbaumaßnahmen aufgebracht. Ich bin davon überzeugt, dass vor allem die hohe Investition in Bildung den richtigen Weg in eine erfolgreiche Zukunft markiert.

Deshalb möchte ich mich recht herzlich bedanken, beim Herrn Landeshauptmann, Landeshauptmann-Stellvertreter, den Mitgliedern der Landesregierung, aber im Speziellen bei Landesrat Bieler, seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, im Speziellen denen der Finanzabteilung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir haben in diesen zwei Tagen zahlreiche Zukunftsvisionen, Ansätze von allen im Landtag vertretenen Parteien, Abgeordneten gehört.

Mit Abschluss des parlamentarischen Jahres 2015 geht es daran, diese zu filtern und umzusetzen, sei es nun den Tourismus betreffend, die Infrastruktur des Gesundheitswesens oder der Wasserwirtschaft.

In wenigen Minuten erfolgt die wohl richtungsweisende Beschlussfassung des heurigen Jahres, nämlich jene über das Budget. Hier galt es mit Bedacht abzuwägen, wo es sinnvoll und notwendig ist zu sparen und wo es sinnvoll und notwendig ist zu investieren. Ich finde das ist großartig gelungen.

Und zwar immer im Hinblick auf die Zukunft. Das heißt, im Hinblick auf die Arbeitsplätze der Burgenländerinnen und Burgenländer, auf künftige Wirtschaftsimpulse und Bildungsmöglichkeiten, die medizinische, die soziale Versorgung im kommenden Jahr und im Hinblick auf alles weitere, das die Burgenländerinnen und Burgenländer von uns erwarten dürfen.

Ich bitte darum, dies bei der Abstimmung zum vorliegenden Voranschlag im Auge zu behalten.

Ich möchte mit einen Zitat von Albert Einstein schließen, der sagte: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“ Auch aus diesem Grund werden wir sehr gerne diesem Landesvoranschlag unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Nach zweitägiger Diskussion, bei der ein jeder Abgeordneter oder Abgeordnete die Möglichkeit gehabt hat, hier mitzudiskutieren, zum Reden zu kommen und schlussendlich auch die Meinung persönlich hier am Rednerpult kundzutun. Ich betone persönlich und nicht parteipolitisch. Das hat mir ein bisschen gefehlt, das sage ich jetzt auch gleich als Ansatz, denn viele denken anders als sie schlussendlich dann handeln.

Ich sage eines, wenn wir heute dieses Budget verabschieden, dann ist es eine Vorausschau mit Einnahmen und Ausgaben wie in den Gemeinden genau das Gleiche, nur einige Dinge können wir halt als Bündnis Liste Burgenland nicht ganz nachvollziehen.

Ich denke halt, in der Vergangenheit war es Rot und Schwarz, die das Budget beschlossen haben, und jetzt ist es Rot und Blau. Trotzdem trägt die Handschrift natürlich der roten Fraktion hier eindeutig die Größe dieses Budgets und es soll so sein, denn ich denke, es ist ein Budget das fortgeschrieben wurde.

Ich sehe keine großen Ausreißer, wo sich die FPÖ hier eingebracht hätte oder ganz große Dinge in die Welt setzen will. Zukunftsperspektiven in die Welt setzen, sondern sie sind einfach Handlanger der SPÖ geworden.

Ich sage das mit dieser Deutlichkeit, weil ich genau weiß, wenn man so lange in einer Opposition sitzt und danach ein klares Umdenken braucht, dann ist es schwierig und ich verstehe es. Ich habe keine Probleme damit, nur darf man nicht wehleidig werden und das ist heute schon vom Kollegen Präsident Illedits gefallen, man muss auch in der Politik

einstecken können, aber auch austeilen dürfen, und das fehlt mir bei vielen und das ist halt nicht einfach.

Ich verstehe, nach 200 Tagen ist es sehr schwierig und daher, ich war immer der festen Überzeugung, dass man auch hier in der Zukunft ein Miteinander finden kann und nicht parteipolitisch immer agieren muss.

Wenn wir heute das verabschieden und wo wir der Regierung eigentlich 1,1 Milliarden und darüber in die Hand geben und wir im Landtag nur mehr zu gewissen Dingen Ja und Amen sagen dürfen, beziehungsweise unsere Äußerungen kundtun können, dürfen, müssen und wir genau wissen, dass das sowieso in der Regierung alles abgesegnet wird und schlussendlich sie mit diesem beschlossenen Budget eigentlich das bestmöglich machen sollten - und ich betone, machen sollten - und da hat es doch einige Diskussionen in den zwei Tagen gegeben, die mich sehr stutzig gemacht haben.

Aber auch zukunftsweisend einige Dinge doch seitens Bündnis Liste Burgenland miteingebracht haben. Ich würde mir in Zukunft wünschen, dass vielleicht doch Anträge auch von einer Opposition, aber auch von regierungsbankmäßiger Situation oft hinterfragt und diskutiert werden sollten und nicht gleich abgeändert, schubladiert oder vielleicht belächelt werden.

Ich glaube, das wäre wichtig, weil die Zukunft schaut nicht sehr rosig aus, nicht nur im Land Burgenland, im Bund, aber auch in der EU. Das wissen wir ganz genau und das sind die Diskussionen immer wieder, ich sage einmal, sehr sachlich in den zwei Tagen gewesen.

Soll so sein, aber es gehört auch und das hat ja heute der Herr Präsident auch erwähnt, man muss auch Emotionen in einem Landtag spüren dürfen, ansonsten wären wir ja nur Statisten hier herinnen. Das brauchen wir nicht, denn wir sind gewählte Mandatare, die für diese Menschen in diesem wunderschönen Land auch Verantwortung zeigen müssen und auch Verantwortung tragen müssen, so wie wir Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister in den Gemeinden ganz einfach auch Verantwortung tragen.

Ich denke, diesbezüglich muss die Gemeinde auch sehr vorsichtig jetzt in der nächsten Zeit budgetieren, und es stehen ja die Budgets in den Gemeinden an. Ich bin sehr überrascht, wenn dann überall Diskussionen entstehen, die sich dann herauskristallisieren, es kommt dann auch vom Land noch eines drauf im Sozialbereich, wo wir nicht wissen, ob das tatsächlich hält, was hier auch in der Regierung immer wieder beschlossen worden ist und wird. Darüber sollte man sich Gedanken machen.

Wenn wir 14 Millionen an Rücklagen auflösen und in diesen zwei Tagen diskutiert ist geworden, naja, dafür haben wir ja Rücklagen und in guten Zeiten spart man Rücklagen an und löst in Zeiten, wo es noch schlechter wird, dann die Rücklagen auf, und wir befinden uns in einer Zeit, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Die sind nicht da.)* die sind nicht da, höre ich gerade, und das sind immer die Situationen, tricksen, tarnen, täuschen, unter diesem Motto.

Ich glaube, dann sollte man ehrlich miteinander umgehen, auch im Hohen Landtag und auch über Parteigrenzen hinweg. Seitens des Bündnis Liste Burgenland habe ich immer gesagt, es gibt viel Einsparungspotential in diesem Land, dann könnte man auf der anderen Seite den Menschen weit mehr unterstützen, das passiert, es ist ja nicht so, dass nichts passiert ist in diesem Land, auch in der Vergangenheit, denn ich kann mich noch genau erinnern, Frau Kollegin Sack, wie es immer geheißen hat, das ist jetzt das Budget, das Wunder-Budget. Das ist so toll und super - auch mit der ÖVP. Jetzt auf einmal war

das Budget mit der ÖVP nicht in Ordnung und da gibt es jetzt die großen Diskussionen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das verstehe ich nicht, denn eines muss klar sein: Es gibt so viele Einnahmen und es gibt so viele Ausgaben und wie bewege ich die innerhalb der Möglichkeiten, die uns gegeben werden. Das hat die ÖVP damals getan und, denke ich, auch die SPÖ getan. Trotzdem sind doch dort und da Fragen aufgetaucht, warum das so passiert ist.

Sei es auch in den ausgelagerten Bereichen. Wenn der Herr Landesrat Bieler immer wieder sagt, es steht ohnehin im Budget, wie viele ausgelagerte Vereine oder wie man es auch immer nennt, Beteiligungen es gibt, dann stimmt das schon, aber in Zahlen gegossen finde ich kein Werk dort. Das ist es auch, wo wir in Zukunft darauf schauen werden, denn da sind wir auf einem guten Weg, sagt der Herr Landeshauptmann immer. Herr Landeshauptmann, wir sind am richtigen Weg.

Wir bündeln das, legen das zusammen und machen einen großen Chef darüber und der wird uns dann erklären, wie das dann alles wunderbar laufen wird. Ich bin gespannt, ich lasse mich gerne überzeugen, eines Besseren belehren, das soll so sein.

Ich glaube aber, der Opposition steht es nicht nur zu, kritisch Punkte zu hinterfragen, sondern auch immer wieder darauf hinzuweisen, dass dort oder da es nicht so funktioniert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das zeigt sich auch im Gesundheitsbereich, wo sich in den letzten 200 Tagen vieles getan hat. Daher haben wir auch unsere Zustimmung gegeben. Oder, beim Straßenbau, wo wir die Hoffnung haben, die Hoffnung stirbt zuletzt, wo ich denke, dass wir auch die B50 ausbauen können. Na, sagt der Herr Landesrat, das kostet halt so viel. Naja, wir geben so viel Geld aus, wo wir in der Verwaltung vieles sparen könnten und das wären immerhin 20 Millionen Euro in einer Periode, die wir für andere Dinge verwenden könnten.

Die große Verwaltungsreform, die seitens der neuen SPÖ-FPÖ-Regierung angekündigt wurde, die lasse ich mir auf der Zunge zergehen. Die schaue ich mir beim Rechenabschluss dann an und dann werde ich Sie fragen, werte Kolleginnen und Kollegen, wie man dazu steht, wenn dem dann nicht so ist, wie es tatsächlich immer wieder bei Sonntagsreden dargestellt wird.

Eines noch, und von dem kann ich nicht ablassen, denn die Gemeinden sind in der Vergangenheit ein ganz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor gewesen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Das soll so sein, denn nur für Verwaltungstätigkeiten werde ich nicht mehr zu haben sein und viele andere auch nicht mehr. Sie werden sich wundern, dann können sich irgendwelche Personen hinstellen, die politisch von der ganzen Situation wahrscheinlich nicht sehr begeistert sind, aber, es wird sich schon wer finden.

Aber, dass man dann gestalten kann und dass man für die Wirtschaft was tut, für die Arbeitsplätze in diesem Land etwas macht, das wird einfach nicht mehr vorhanden sein. Daher ist die Zukunft eine wichtige Sache, Vergangenheit soll so sein. Ich weiß, ich verstehe das, von einer Regierungsbank in die Opposition ist kein einfacher Spagat, aber ich habe es heute ohnehin schon erlebt, auch bei der FPÖ, von einer so langen Oppositionsrolle, denn ich habe dort auch mitgelebt und ich weiß, was das heißt.

Das kann nicht einfach sein. Die haben ihnen die Chance gegeben, sich tatsächlich hier einzuarbeiten, hier die Möglichkeit zu suchen. Nur diese Art und Weise, Herr Landesrat, eine Gemeinde wie Deutschkreutz schlecht zu machen, wo der Tourismus immerhin 8.000 oder 10.000 Übernachtungen zu verbuchen hat und Sie sich angeboten haben, Sie zu mir gekommen sind, was ich sehr begrüßt habe und dann nichts mehr

weitergebracht haben, da müssen Sie auch das klar zur Kenntnis nehmen, dass dies nicht mein Zugang ist.

Sie müssen auch noch viel lernen und ich gebe Ihnen die Zeit. Das ist ja kein Problem, denn Sie haben in einer Gemeinde noch kein Budget erstellt. Sie haben in einer Gemeinde noch keine Verantwortung getragen und das sollte Ihnen bewusst sein.

Daher glaube ich diesem Budget. Deshalb haben wir in gewissen Punkten zugestimmt, aber dem ganzen Budget werden wir nicht zustimmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist von der Regierungsbank Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen auf den Rängen. Vorweg, wir haben allen Parteien angeboten, Informationen über das Budget beziehungsweise über die Erläuterungen zu erhalten. Einige haben das angenommen. Gerade diejenigen, die am lautesten gerufen haben, dass es keine Transparenz im Budget gibt, haben das nicht angenommen, nämlich die Grünen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Also, wir haben keine Einladung bekommen.)*

Wir zwei haben geredet, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Es gab keine Einladung!)* Herr Abgeordneter, hier haben Sie mich gefragt, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Es war kein Angebot da!)* ob es möglich ist, dass wir Budgeterklärungen machen. Ich habe gesagt selbstverständlich. Sie waren da, sind neben mir gestanden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Gut. Also nur um das festzuhalten. Diejenigen, die am lautesten geschrien haben, haben dieses Angebot nicht angenommen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nochmals: Es war kein Angebot da.)* die anderen schon.

Außerdem ist es notwendig, wenn man dieses Budget liest, dass man eine Zusammenschau mit dem Rechnungsabschluss macht, weil dann einiges verständlicher wird. Es können nicht alle Dinge, die prognostiziert sind, in einem Budget schon enthalten sein, sondern erst wenn der Rechnungsabschluss da ist.

Nämlich, alle Haftungen, alle Beteiligungen und daher muss man sich beide anschauen. Aber, das wird man ja von einem mündigen Abgeordneten erwarten können, dass er das auch tut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum Budget. Einerseits ist es uns gelungen, und ich werde es dann auch nachweisen, dass wir neue Wege beschreiten, andererseits ist dieses Budget ein verlässlicher Partner für die Menschen dieses Landes. Die Menschen im Land wissen, dass sie sich auf allen Ebenen auf uns verlassen können.

Dass wir realitätsnahe Politik machen, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet. Warum sage ich das? Weil wir keine Neuverschuldung im Jahr 2016 haben werden, wie schon 2015 und auch einen Schuldenabbau. Das heißt, die Schuldenquote wird von 15 auf 14 Prozent sinken. Die Investitionsquote ist auf 20,3 Prozent und 233 Millionen Euro gestiegen. Das heißt, Herr Klubobmann Steiner, ah Herr Parteiobmann Steiner, wir haben um 13 Millionen Euro mehr für Investitionen in diesem Budget zur Verfügung. Das ist nur um 5 Millionen weniger, als Sie fordern. Das haben Sie nicht bedacht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, wir schauen auf die Wirtschaft. Genau das, was Sie gefordert haben, machen wir in diesem Budget. Wie man es umsetzt und wie die Wirtschaft das dann verwendet, das kann ich dann nicht mehr beeinflussen, aber die Rahmenbedingungen sind im Budget dafür gesetzt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Welche?)*

Zu den neuen Wegen. Man kann natürlich sagen, die Zahlen sind ähnlich wie das letzte Mal, aber die Voraussetzungen und die Möglichkeiten sind doch ganz andere. Neue Kompetenzverteilungen, neue Umsetzungsmöglichkeiten für jedes Regierungsmitglied sind da. Das heißt, wir haben die Globalbudgets verfeinert und die Deckungsfähigkeit auf alle Aufgabenbereiche ausgedehnt.

Das heißt, jedes Regierungsmitglied hat die Möglichkeit, seine Schwerpunkte, seine Ziele, seine Einsparungen, eigenverantwortlich umzusetzen. Das hat es in dieser verfeinerten Form noch nie gegeben. Das heißt, viele neue Möglichkeiten und neue Wege.

Das heißt, die Strukturen, und da bin ich dem designierten Landesamtsdirektor Ronny Reiter sehr dankbar, dass er das in dieser großartigen Qualität vorgelegt hat, wie man die Abteilungen, die Zusammenführungen der Abteilungen, die neuen Aufgabenbereiche sinnvoll gestalten kann.

Es ist kein Proporzbudget, sondern es ist ein Reformbudget und das zeigt es, wenn man es sich genauer anschaut. Nicht nur die Zahlen, weil wenn es nach den Zahlen ginge, müsste die ÖVP zustimmen, weil da hat sich im Prinzip nicht sehr viel geändert. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sehr wohl!)* Außer die Einflussnahmen seitens des Bundes oder seitens der fehlenden Einnahmen.

Aber, wir haben den Regierungsmitgliedern Möglichkeiten gegeben - sowohl bei den Kompetenzen als auch bei den internen Möglichkeiten.

Was die Ausgaben betrifft, haben Sie gesagt, dass wir die sozial Schwachen nicht unterstützen. Wir haben zwei Drittel des Budgets für Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung und fast ein Viertel des Budgets davon für Bildung präliminiert. Das kommt allen zu Gute, da kann man nicht sagen, dass das kein sozial starkes Budget ist.

Die Investitionsquote, die ich vorher schon genannt habe, ist für die Wirtschaft. Das kann man nicht wegleugnen, denn das ist da. Die Wirtschaft muss das natürlich auch nutzen. Etwas, wo ich glaube, dass Sie mit Ihrer Forderung völlig auf dem Holzweg sind, sind die Gemeinden, weil das Land ein wirklich starker Partner der Kommunen ist.

Ich kann das auch beweisen. Nicht nur, und ich wiederhole mich da gerne, dass wir eine Transferquote von 74 Prozent Land zu 26 Prozent Gemeinden haben und andere mit 55 oder 60 Prozent, wie Niederösterreich, um 10 Prozent niedriger sind, als wir, gibt es auch noch ein paar Dinge.

Bei der Krankenanstaltenfinanzierung im Burgenland 10 Prozent, in Vorarlberg 40 Prozent, in Niederösterreich 50 Prozent und da sprechen wir von einem Abgang von 80 Millionen Euro. Also das wären 40 Millionen für die Gemeinden. Oder, bei der Musikschulförderung im Burgenland zahlen die Gemeinden 20 Prozent dazu, in Tirol 45 Prozent, in Oberösterreich 45 Prozent. Oder, eine 50-prozentige Sozialförderung. Es wird immer wieder gesagt, man hungert die Gemeinden sozial aus. Stimmt nicht, genau die gleiche Belastung trifft das Land.

Ich möchte es nur festhalten. Oder, es gibt keine Beitragsleistungen für den Öffentlichen Verkehr. In anderen Ländern gibt es das. Es gibt keine Zuwendungen der Gemeinden für die Kofinanzierung der EU-Projekte, obwohl die Gemeinden die

Hauptnutznießer sind, Gott sei Dank, weil die Kommunalsteuer, weil die Arbeitsplätze, dann dort sind. Beim Schulbau wird eine Million Euro dazu geschossen. Bei den ganztägigen Schulformen 2,9 Millionen Euro, Kindergärten, Kinderkrippen, Tagesheimstätten 21 Millionen Euro und so geht es weiter.

Das heißt, wir sind nachweislich ein starker Partner der Gemeinden und das kann man in diesem Budget nachlesen beziehungsweise in den Erläuterungen oder wenn man sich die entsprechenden Zahlen genauer ansieht. Was bei der Budgeterstellung wirklich schwierig war, war die Einnahmensituation, die sich uns gezeigt hat. Prognostizierte 23 Millionen Euro weniger Einnahmen, heißt, unser Anteil war ganz klar, denn wir stehen auch zur Steuerreform.

Dann kommt noch dazu, das muss man auch sagen, der Schuldenabbau von 2 Millionen Euro. Wenn man jetzt andere Komponenten noch dazu gebe, wären es noch viel mehr. Aber, ich mache es gar nicht, sondern wir hatten 25 Millionen Euro in einer sehr angespannten Situation einzusparen.

Wenn man jetzt die Forderungen der ÖVP hernehme, kämen noch einmal 18, 19, 20 Millionen Euro - je nachdem wie man das rechnet - dazu. Das wären 45 Millionen Euro. Das ist nicht verantwortbar, das ist auch nicht darstellbar und daher muss ich Ihnen leider sagen, dass das nicht realitätsnah ist, sondern das ist eben eine Forderung, was Ihnen als Opposition zusteht, das weiß ich schon. Sie können da nicht anders, aber, Sie wissen auch, dass man das nicht umsetzen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weil wir schon für die Gemeinden so viel tun und weil wir von den äußeren Rahmenbedingungen her das gar nicht mache könnten. Daher eine Bedingung, wo Sie wissen, dann brauchen Sie diesem Budget nicht zustimmen.

Sie könnten es aber guten Gewissens tun, weil Sie in anderen Sätzen gesagt haben, dass es nur eine Fortschreibung des Budgets ist und das haben wir ja immerhin viele Jahre mit Ihnen gemeinsam gemacht.

Daher meine Aufforderung, ich weiß, dass das nichts hilft, aber trotzdem meine Aufforderung dem Budget zuzustimmen. Wie ich es auch an die Liste Burgenland getan habe, aber offensichtlich ohne Erfolg. *(Abg. Manfred Kölly. Da reden wir noch!)*

Gut, naja, setzen wir uns zusammen. Aber, das müssten wir vor dem Beschluss machen, und nicht nachher. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was den Schuldenstand betrifft, haben wir ebenfalls eine sehr stabile Situation. Nämlich 276 Millionen Euro an direkten Schulden im Kernhaushalt und 1,48 Milliarden Euro von selbstragenden ausgegliederten Einheiten, die da dabei sind.

Da muss man dazu sagen, dass das nicht die Schulden des Landes sind, sondern die Schulden der Beteiligungen, die auch dafür aufkommen. Natürlich, weil sie im Eigentum des Landes sind, haftet das Land dafür und steht auch dafür zu diesen Beteiligungen. Das hat man gemacht, noch einmal wiederholend, um die Vergleichbarkeit der Länder hier vorzunehmen.

In Kenntnis all dieser Zahlen, die heute diskutiert wurden, die im Rechnungsabschluss stehen, hat Standard & Poor‘s uns das beste Rating gegeben, das möglich war, nämlich, wie das des Bundes A-1+, langfristig AA, mit stabilem Ausblick.

Darauf können wir stolz sein, weil das nicht selbstverständlich ist und das ist in der Realwirtschaft das Entscheidende. Was da hier diskutiert wird, ist interessant, aber nicht entscheidend, sondern entscheidend ist, wie sich dieses Budget, wie sich die stabile

Finanzpolitik in der äußeren Bewertung auswirkt. Das steht im Ratingbericht von Standard & Poor‘s.

Eines möchte ich noch zum Finanzplan sagen, den wir ja für fünf Jahre immer wieder erstellen müssen. Das ist gesetzlich vorgeschrieben.

Dieses Mal wissen wir genau, dass sich der Finanzplan nach einem Jahr wahrscheinlich sehr ändern wird, weil wir noch nicht einschätzen können, wie die Auswirkungen des Finanzausgleichs tatsächlich zustande kommen und in welcher Form der Finanzausgleich und die Verhandlungen hier ausgehen werden, weil wir erst am Beginn dieser Verhandlungen stehen.

Eines muss ich dazu sagen: Als Land kann ich nicht wesentlich mitbeeinflussen, wie die Gemeinden im horizontalen Verteilungsbereich ihre Verhandlungen führen und ihre Aufteilungen machen. Ob die Burgenländerinnen und Burgenländer gegenüber den Vorarlbergern oder den Steirern jetzt mehr bekommen, da bin ich als Landesfinanzreferent nicht eingebunden. Das machen die Städte und Gemeinden horizontal untereinander genauso aus, wie im horizontalen Bereich die Länder das untereinander ausmachen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das muss man nur dazu sagen, weil offensichtlich manchmal probiert wird, hier etwas anders darzustellen und Verantwortlichkeiten zu verschieben. Ich möchte mich wirklich recht herzlich für die Diskussionen, für die nicht nur interessanten, sondern auch in den meisten Fällen korrekten Diskussionen zum Budget bedanken, denn es hat sich gezeigt, dass die Debattenredner ihre Bereiche wirklich durchgelesen haben und sie auch verstanden haben.

Manchmal anders interpretieren, das weiß ich schon, das ist immer zulässig, aber, entscheidend wird dann sein, und das sage ich immer wieder, auch wenn es dann nicht angenommen wird, wie der Rechnungsabschluss vor uns liegt, denn das sind dann die Zahlen, die tatsächlich im vergangenen Jahr dann umgesetzt und ausgegeben wurden.

Daher recht herzlichen Dank für die sachliche Diskussion. Ich hoffe, dass sich vielleicht noch der eine oder andere zur Zustimmung entschließen wird. Recht herzlichen Dank und alles Gute im nächsten Jahr! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung. Es liegt zu dieser Gruppe ein vom Landtagsabgeordneten Walter Temmel eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 7 in der vorliegenden Fassung - wie vom Generalberichterstatter beantragt - ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 7 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Gruppe 8.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 8 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 8 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gruppe 9.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 9 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 9 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den ordentlichen Landesvoranschlag als Ganzes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem ordentlichen Landesvoranschlag für das Jahr 2016 als Ganzes zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der ordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2016 ist somit mehrheitlich angenommen.

VI. Teil

Außerordentlicher Voranschlag

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Beratung des VI. Teiles des Voranschlages. Er umfasst den außerordentlichen Landesvoranschlag für das Jahr 2016.

Das Wort hat Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Für die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, sind Einnahmen in der Höhe von 8.100 Euro und Ausgaben von 24.600.000 Euro vorgesehen.

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, sieht im außerordentlichen Haushalt Einnahmen von 24.591.900 Euro vor.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, und der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, die unveränderte Annahme zu erteilen.

Ich stelle den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 7 und 9 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke. Da bekanntlich zum außerordentlichen Landesvoranschlag schon im Rahmen der bisherigen Beratungen Stellung genommen wurde, ist zu diesem Beratungsteil niemand zu Wort gemeldet.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem außerordentlichen Landesvoranschlag *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* für das Jahr 2016 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der außerordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2016 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag als Ganzes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag für das Jahr 2016 als Ganzes zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. -

Der ordentliche und außerordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2016 ist somit mehrheitlich angenommen.

VII. Teil

Stellenplan des Landes

VIII. Teil

Sondervoranschläge der Fonds

IX. Teil

Stellenplan der Landeslehrer

Präsident Christian Illedits: Da zum VII., VIII., und IX. Beratungsteil des Landesvoranschlages, dem Stellenplan des Landes, den Sondervoranschlägen der Fonds und dem Stellenplan der Landeslehrer keine Wortmeldungen vorliegen, schlage ich eine gemeinsame Berichterstattung und eine gesonderte Abstimmung über diese Beratungsteile vor.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Ich bitte nun den Herrn Generalberichterstatter Abgeordneten Mag. Christian Drobits um seinen Bericht zum VII., VIII. und IX. Teil des Landesvoranschlages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident! Der Stellenplan des Landes für das Verwaltungsjahr 2016 liegt dem Hohen Haus vor und ist den Damen und Herren Abgeordneten bekannt.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme des Stellenplanes des Landes für das Verwaltungsjahr 2016 empfehlen.

Ich stelle den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Stellenplan des Landes für das Verwaltungsjahr 2016 unverändert anzunehmen.

Ich komme gleich zu den Fonds.

Die Voranschläge der Fonds sehen Einnahmen und Ausgaben von je 3.658.000 Euro vor. Die Fonds sind ausgeglichen veranschlagt. Die Voranschläge der Fonds liegen dem Hohen Haus vor und sind den Damen und Herren Abgeordneten bekannt.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme der Voranschläge der Fonds empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Voranschläge der Fonds unverändert anzunehmen.

Nun zum Stellenplan der Landeslehrer. Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Stellenplan der Landeslehrer für das Verwaltungsjahr 2016 mit der Zahl der Planstellen der Verwendungsgruppen beziehungsweise Entlohnungsgruppen ist dem Hohen Haus ebenfalls bekannt.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme des Stellenplanes der Landeslehrer empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Stellenplan der Landeslehrer für das Schuljahr 2015/2016 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Generalberichterstatter. Ich lasse vorerst über den Stellenplan des Landes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Stellenplan des Landes in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Stellenplan des Landes ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Abgeordneten, die den Sondervoranschlägen der Fonds in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. -

Die Sondervoranschläge der Fonds sind somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den Stellenplan der Landeslehrer abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Stellenplan der Landeslehrer in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Stellenplan der Landeslehrer ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Durchführungsbeschluss

Präsident Christian Illedits: Der Herr Generalberichterstatter hat nunmehr das Wort zum Durchführungsbeschluss.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Da alle Gruppen der Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016 unverändert angenommen wurden, ergibt sich auch für den Durchführungsbeschluss keine Änderung oder Ergänzung.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich den Durchführungsbeschluss zum Landesvoranschlag für das Jahr 2016 unverändert anzunehmen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Durchführungsbeschluss zum Landesvoranschlag für das Jahr 2016 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Generalberichterstatter. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Durchführungsbeschluss.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Durchführungsbeschluss in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Durchführungsbeschluss zum Landesvoranschlag für das Jahr 2016 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 188) über die Kenntnisnahme des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 (Zahl 21 - 134) (Beilage 197)

Präsident Christian Illedits: Zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 13 liegen keine Wortmeldungen vor, da bereits in der Debatte über den Landesvoranschlag für das Jahr 2016 hiezu Stellung genommen wurde.

Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 188, über die Kenntnisnahme des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020, Zahl 21 - 134, Beilage 197, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Ich bitte um einen Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gemäß Art. 39 des Landes-Verfassungsgesetzes vom 14. September 1981 über die Verfassung des Burgenlands hat die Landesregierung anlässlich der Vorlage des ersten Budgets ihrer Funktionsperiode dem Landtag einen Finanzplan über die Grundlagen der Veranschlagungen für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre vorzulegen.

Der Finanzplan hat insbesondere zu enthalten:

1. Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben im Zeitraum der nächsten fünf Jahre, gegliedert nach Jahresbeträgen und Ausgabenberichten;
2. die Bedeckungsmaßnahmen, die hierfür in Aussicht genommen werden;
3. die Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung;
4. die dazu erforderlichen Erläuterungen.

Der Finanzreferent legt nunmehr anlässlich der Beschlussfassung des Landesvoranschlages 2016 den Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 vor.

Die Ausführungen hinsichtlich der Ausgangslage (Punkt II.), der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung (Punkt III.), der Prämissen für den Finanzplan (Punkt IV.) und der Ergebnisse des mittelfristigen Finanzplanes 2016 bis 2020 sind den Damen und Herren bekannt, sodass ich auf die Verlesung der Ausführungen Abstand nehmen möchte.

Der Finanzausschuss hat die Regierungsvorlage über die Zustimmung des Finanzplanes für die Jahre 2016 bis 2020 in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Gemäß § 41 Abs. 2 GeOLT wurde beschlossen, Frau OAR Ursula Fercsak, Abteilung 3, die von Landesrat Helmut Bieler den Beratungen beigezogen wurde, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Finanz-, Budget und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Dem Finanzplan für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 wird zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Wortmeldungen liegen keine vor, der Berichterstatter hat daher das Schlusswort. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dem Finanzplan für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 wird somit mehrheitlich zugestimmt

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 180), mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 21 – 126) (Beilage 198)

Präsident Christian Illedits: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 180, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, Zahl 21 - 134, Beilage 198.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Klaudia Friedl: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich stelle im Namen meiner Fraktion einen Abänderungsantrag. Der Landtag wolle beschließen: Gesetz, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird.

Der Landtag hat beschlossen:

Das Landesumlagegesetz, LGBl. Nr. 73/1993, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 4/2015 wird wie folgt geändert:

1. § 2 lautet:

„§ 2

(1) Die Höhe der Landesumlage wird für das Jahr 2016 mit 7,6 Prozent der ungekürzten rechnungsmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit Ausnahme der Werbeabgabe und des Ausgleichs für die Abschaffung der Selbstträgerschaft festgesetzt.“

(2) Die jährlichen Mittel gemäß Abs. 1 sind zweckgebunden für Investitionen in kommunale Infrastrukturmaßnahmen zu verwenden.

2. Dem § 5 wird folgender Abs. 10 angefügt:

„(10) § 2 in der Fassung der Novelle LGBl. Nr. xxxx/xxxx tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.“

(Der Abgeordnete Mag. Franz Steindl übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Es liegt keine Wortmeldung vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Steindl eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 186), mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 - Bgld. TG 2014 geändert wird (Zahl 21 - 132) (Beilage 199)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 6. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 186, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 - Bgld. TG 2014 geändert wird, Zahl 21 - 132, Beilage 199.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kovasits.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Gerhard Kovasits: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das burgenländische Tourismusgesetz 2014 - Bgld. TG 2014 geändert wird, in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag von mir ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 - Bgld. TG 2014 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 - Bgld. TG 2014 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 - Bgld. TG 2014 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 182) betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich "ÖISS"-Datensysteme Gesellschaft m.b.H. (Zahl 21 - 128) (Beilage 200)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 7. Punktes der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 182, betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich "ÖISS"-Datensysteme Gesellschaft m.b.H., Zahl 21 - 128, Beilage 200.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich "ÖISS"-Datensysteme Gesellschaft m.b.H. in seiner 5. Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich "ÖISS"-Datensysteme Gesellschaft m.b.H. wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin.

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich "ÖISS"-Datensysteme Gesellschaft m.b.H., wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 181) betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht (Zahl 21 - 127) (Beilage 201)

Präsident Christian Illedits: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 181, betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht, Zahl 21 - 127, Beilage 201.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Wolf, M.A.

Bitte schön Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Wir bringen einen Abänderungsantrag zum selbständigen Antrag 21 - 127 ein. Er erging an alle Fraktionen und ich darf somit nur mehr die Beschlussformel vorlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- die derzeit vorliegenden Regelungen betreffend Registrierkassenpflicht und Belegerteilungspflicht so lange ausgesetzt werden, bis neue Lösungen gefunden werden, die sicherstellen, dass Vereine sowie KMUs keinen

ungebührlichen finanziellen und bürokratischen Belastungen ausgesetzt werden,

- bei der im Rahmen der Steuerreform vorgesehenen Verpflichtung zur Verwendung eines elektronischen Aufzeichnungssystems iSd § 131b BAO die Umsatzfreigrenze auf

  Euro 30.000,-- erhöht wird, dabei ist die Höhe der Barumsätze nicht maßgebend,

- gesetzliche Bestimmungen eingeführt werden, die ein Kooperationsmodell bei Veranstaltungen von Vereinen mit Wirten betreffend der Aufteilung des Gewinnes zwischen Gastwirt und Verein vorsehen,

- für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von Vereinen und Körperschaften öffentlichen Rechts im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art keine Verpflichtung zur Verwendung eines elektronischen Aufzeichnungssystems iSd § 131b BAO besteht,

- die Übernahme des gesamten oder eines wesentlichen Teils der Verpflegung durch einen Wirten oder einen Caterer für das Vorliegen eines „kleinen Vereinsfestes“ gemäß Erlass des BMF vom 27. 3. 2013, VereinsR Rz 306, nicht schädlich ist,

- bei einer vorliegenden „Mitunternehmerschaft“ von Gastronomiebetrieb und Verein im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung die unentgeltliche und freiwillige Mitarbeit von Vereinsmitgliedern keine Sozialversicherungspflicht (bei Gastwirt und Verein) auslöst,

- der derzeitige Freibetrag für begünstigte Zwecke gemäß § 23 Abs. 1 von Euro 10.000,-- auf Euro 11.000,-- pro Jahr erhöht wird,

- die Gewährung von geldwerten Vorteilen für Vereinsmitglieder in Höhe der vollen Sätze gemäß § 3 Z 14 EStG nicht begünstigungsschädlich ist und vereinsrechtlich anerkannt wird,

- nicht begünstigten Vereinen für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe und Körperschaften öffentlichen Rechts, im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art, die nicht dem § 5 Z 6 KStG zuzuordnen sind (nicht begünstigte Körperschaften öffentlichen Rechts), bei der Ermittlung des Jahresgewinns ein Betrag in Höhe von Euro 5.500,-- als Freibetrag zusteht (in Anlehnung an das EStG gemäß Tarifbesteuerung) und der zusätzliche

  Gewinn bis Euro 11.000,-- dem halben Körperschaftssteuer-Satz (12,5 Prozent) unterliegt,

- bei der Berechnung des Gewinns eines Vereines aus allen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben eine Ausgabenpauschale in Höhe von 20 Prozent der Einnahmen für die freiwillige Mitarbeit von Vereinsmitgliedern geltend gemacht werden kann, - und letztlich,

- gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Einführung von Dienstleistungsschecks zur Abrechnung und Versicherung von kurzfristig Beschäftigten („Mini-Jobs“) ermöglichen.

(Der Abgeordnete Mag. Christoph Wolf; M.A., übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Absatz 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Wolf eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht ist somit mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 172) betreffend „Einmaliger Zuschuss bei der Anschaffung von Registrierkassen“ (Zahl 21 - 118) (Beilage 202)

Präsident Christian Illedits: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 172, betreffend „Einmaliger Zuschuss bei der Anschaffung von Registrierkassen“, Zahl 21 - 118, Beilage 202.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den vom Präsidenten benannten Antrag in ihrer 2. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Ich stellte einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einmaliger Zuschuss bei der Anschaffung von Registrierkassen“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 177) betreffend Integrationsmaßnahmen im Burgenland (Zahl 21 - 123) (Beilage 203)

Präsident Christian Illedits: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 177, betreffend Integrationsmaßnahmen im Burgenland, Zahl 21 - 123, Beilage 203.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA**.**

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Integrationsmaßnahmen im Burgenland in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Integrationsmaßnahmen im Burgenland unter Einbeziehung der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf einen Abänderungsantrag unter diesem Tagesordnungspunkt einbringen, der Kollegen Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen mit der folgenden Beschlussformel:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten in ihrem Wirkungsbereich auszuschöpfen, um Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge im Burgenland von Beginn an zu ermöglichen.

Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

1. intensive und frühe Sprachförderung;
2. ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für jene Kinder, die es benötigen;

3. Verbesserung der Rahmenbedingungen und zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen für alle Pädagoginnen und Pädagogen, insbesondere Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen, zur Bewältigung der neuen Herausforderungen;
4. Förderung der Arbeitsmarktintegration durch eine durchgängige Qualifikations-Feststellung aller Asylberechtigten;
5. Förderung von Unterstützungsmaßnahmen vor Ort in den Gemeinden für Asylberechtigte, sowie Förderung von Unterstützungsmaßnahmen für Gemeinden bei der Durchführung von Integrationsmaßnahmen.

(Der Abgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Wortmeldungen *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja!)* liegen keine vor. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Oja!)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Abgeordnete Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich möchte darauf hinweisen, dass es hier im Antrag der ÖVP nicht nur um eine allgemeine Aufforderung geht, irgendeine Haltung zu zeigen, sondern, dass hier konkrete Maßnahmen gefordert werden.

Auch wenn wir nicht im Detail mit jeder einzelnen Maßnahme 100-prozentig bis zum Beistrich übereinstimmen, unterstützen wir das sehr, dass hier nicht allgemeine Aufforderungen kommen, sondern konkrete Maßnahmen gefordert werden, weil nur das bringt wirklich ein Handeln und eine Veränderung.

Und deswegen würde ich sehr bitten, diesem Antrag auch zuzustimmen und sich zu überlegen, was es auch nach außen hin für ein Bild gibt, wenn man sagt, nein, konkrete Maßnahmen wollen wir nicht beschließen, weil sie jetzt von einer anderen Partei kommen, aber wir wollen allgemein einen Appell richten, dass irgendetwas allgemein zum Guten geschieht.

Das sind zwei völlig unterschiedliche Signale, die da gesendet werden und ich hoffe sehr, dass wir uns hier vielleicht zu einem Schulterschluss zusammenfinden können, dass wir sagen, es geht sehr wohl darum nicht nur Haltung zu beschreiben auf einem Papier, sondern Handlungen auch einzufordern und umzusetzen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete.

Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Die Entschließung betreffend Integration ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 183) betreffend Einführung einer Transparenzdatenbank (Zahl 21 - 129) (Beilage 204)

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun den Herrn Landtagsabgeordneten Kovasits zu seinem Bericht zum 11. Punkt der Tagesordnung. Es ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 183, betreffend Einführung einer Transparenzdatenbank, Zahl 21-129, Beilage 204.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Gerhard Kovasits: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Transparenzdatenbank in seiner 5. Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Transparenzdatenbank unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kovasits beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Transparenz im „Konzern Burgenland“ ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 126) zum Erhalt der Gymnasien (Zahl 21 - 84) (Beilage 205)

Präsident Christian Illedits: Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 126) zum Erhalt der Gymnasien (Zahl 21 - 84) (Beilage 205).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zum Erhalt der Gymnasien in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zum Erhalt der Gymnasien unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich darf einen Abänderungsantrag meiner Fraktion einbringen. Da er allen bekannt ist, darf ich die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für den Erhalt der Gymnasien einzutreten, um ein differenziertes Schulsystem zu garantieren, das den unterschiedlichen Talenten und Interessen der Kinder gerecht wird und die Wahlfreiheit der Eltern und Schüler gewahrt bleibt. *(Der Abgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung mit einbezogen wird.

Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Auch hier ein kleiner Hinweis zum Abänderungsantrag, nicht den zweiten Abänderungsantrag, sondern den Abänderungsantrag der Regierungsparteien, den wir unterstützen, obwohl ein Punkt drinnen steht, der de facto nicht ganz den Tatsachen entspricht.

Es gibt keine faktische Modellregion ohne Unterstufengymnasium, weil die gemeinsame Schule ist etwas ganz anderes, als das, was jetzt in der Neuen Mittelschule im Südburgenland gemacht wird.

Aber auch wenn wir manchen Details nicht ganz zustimmen können, wie sie ja formuliert sind, werden wir hier dann mitgehen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete.

Nachdem jetzt keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA, eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren

Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatter zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Bildungsreform ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 175) betreffend finanzieller Beitrag des Landes zur Erhaltung der Hallenbäder (Zahl 21 - 121) (Beilage 206)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 13. und letzten Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 175, betreffend finanzieller Beitrag des Landes zur Erhaltung der Hallenbäder, Zahl 21 - 121, Beilage 206.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend finanzieller Beitrag des Landes zur Erhaltung der Hallenbäder in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Antrag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend finanzieller Beitrag des Landes zur Erhaltung der Hallenbäder unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, dass in der Debatte unser Antrag ein bisschen zu einem „Neusiedl-Bashing“ ausgeartet ist. Um das ist es uns natürlich nicht gegangen.

Uns geht es konkret um die drei Hallenbäder, die es im Burgenland gibt, die - wie schon erwähnt - weit über die Gemeindegrenzen hinaus genutzt und geliebt werden.

Wir bringen deshalb einen Abänderungsantrag ein, der da lauten wolle:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für die Erhaltung der Hallenbäder im Burgenland Verantwortung zu übernehmen und den Betreibergemeinden einen garantierten jährlichen Betriebskostenzuschuss zuzusprechen.

Der Betriebskostenzuschuss hat die Nutzung durch Einwohnerinnen und Einwohner und Gäste sowie die Nutzung der Bäder durch Schulen aller Gemeinden in dem jeweiligen Einzugsgebiet der Betreibergemeinden aufgrund konkreter erhobener Zahlen zu berücksichtigen.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass ja im Budget der Kostenpunkt um 40.000 Euro gekürzt wurde und wir das nicht gut finden.

Außerdem sind wir dafür, dass man sich einmal konkret anschaut, wie viel Energie brauchen die einzelnen Hallenbäder und eventuell gemeinsam mit der Fachhochschule in Pinkafeld hier einen Energieoptimierungsplan vorlegt, sodass hier vielleicht Kosten eingespart werden können.

Danke. *(Der Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Die Beschlussfassung, war das alles? Gut.

Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten - sind das zwei Unterschriften zusammengeschrieben? *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ja! - Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt dieser eben gestellte Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Spitzmüller eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dies ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Frei- und Hallenbäder im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt. Bevor ich die Sitzung schließe, gestatten Sie mir noch einige Worte an Sie zu richten.

Nur noch wenige Wochen trennen uns vom bevorstehenden Jahreswechsel. Diese Zeit vor Weihnachten, diese sogenannte besinnliche Zeit des Jahres ist aber eine Zeit,

wie wir heute gesehen und gehört haben, auch eine Zeit von Bilanzen und Budgets, aber auch eine Zeit, die Dankesworte unabdingbar macht.

Seit Mitte des Jahres darf ich nun Präsident dieses Hohen Hauses sein. Ich möchte mich recht herzlich und aufrichtig für das Vertrauen bedanken, das Sie mir in dieser Funktion entgegengebracht haben.

Bedanken möchte ich mich aber außerdem für den Arbeitseifer, der während der Sitzungen im Plenum und vorbereitend in den einzelnen Büros an den Tag gelegt wird.

Emotionale Diskussionen, wie heute Vormittag geschehen, sie sind zwar oft für manche aufreibend, zeigen aber deutlich, dass persönliches Engagement mit dem Sie, werte Damen und Herren Abgeordnete, für die Belange der Burgenländerinnen und Burgenländer einstehen.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei den Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung, an der Spitze beim Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Dankesworte gelten auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtages und des Landtagsklubs und nicht zu vergessen den Beamtinnen und Beamten der Polizeidirektion, die sich hier um unsere Sicherheit kümmern.

Ich darf Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und viel Gesundheit und einen guten Start in das neue Jahr 2016 wünschen.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, am Donnerstag, dem 28. Jänner 2016, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 17.00 Uhr statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 17 Uhr 00 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der 09. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 28. Jänner 2016

10.03 Uhr - 19.55 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird;

3. Gesetzentwurf über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland (Burgenländisches EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetz - Bgld. EU-BA-G);

4. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung zur Kenntnis genommen wird;

5. Beschlussantrag, mit dem der „Sozialbericht 2013/2014 des Landes Burgenland“ zur Kenntnis genommen wird;

6. Beschlussantrag, mit dem der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2014 (Der Grüne Bericht 2014) zur Kenntnis genommen wird;

7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit;

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend eine Änderung des Gesetzes vom 10. November 2004 über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2005 -Bgld. WFG 2005);

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung der Vignettenpflicht für Fahrzeughalter mit Wechselkennzeichen;

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend Alkoholverbot während der Landtagssitzung;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1103)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 29 der Abgeordneten Karin Stampfel an Landesrätin Verena Dunst betreffend Gatterjagd
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 1107)
Zusatzfrage: Karin S t a m p f e l (S. 1108 u. S. 1109), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1109), Walter T e m m e l (S. 1110), Wolfgang S o d l (S. 1111) und Manfred K ö l l y (S. 1111)

Anfrage Nr. 33 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Klubobmann Gerhard Kovasits bezüglich Aufruf zu „zivilem Ungehorsam“
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 1112)
Zusatzfrage: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1113 u. S 1114) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 1115)

Anfrage Nr. 37 des Abgeordneten Werner Friedl an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Umsetzung der umfangreichen Vorhaben bezüglich Verwaltungsreform
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 1116)
Zusatzfrage: Werner F r i e d l (S. 1117 u. S. 1118) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1119)

Anfrage Nr. 31 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Hasspostings in sozialen Medien und Verhetzungen von Schutzsuchenden durch Falschinformationen
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 1120)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1120 u. S. 1121) und Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1122)

Anfrage Nr. 34 des Abgeordneten Patrik Fazekas an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend finanzielle Unterstützung der Wintersportwochen an Schulen
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 1122)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s (S. 1123 u. S. 1123), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 1124), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1124) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 1125)

Anfrage Nr. 38 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend aktuellen Stand bezüglich der Unterbringung von Asylwerbern im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1125)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 1127), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1127) und Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1128)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 210), mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird (Zahl 21 - 144) (Beilage 238);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 1129)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1130), Karin S t a m p f e l (S. 1131), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 1132), Ingrid S a l a m o n (S. 1134), Gerhard S t e i e r (S. 1135), Manfred K ö l l y (S. 1138) und Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 1139)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1141)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 211) über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland (Burgenländisches EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetz - Bgld. EU-BA-G) (Zahl 21 - 145) (Beilage 239);
Berichterstatter: Gerhard K o v a s i t s (S. 1141)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1141), Markus W i e s l e r (S. 1143), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1144) und Mag. Christian D r o b i t s (S. 1145)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1148)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 212), mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 146) (Beilage 240);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 1148)
Redner: Géza M o l n á r (S. 1148), Mag. Christoph W o l f , M.A. (S. 1149), Robert H e r g o v i c h (S. 1151), Gerhard S t e i e r (S. 1152) und Landesrat Helmut B i e l e r (S. 1154)
Annahme des Beschlussantrages (S. 1157)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 213), mit dem der „Sozialbericht 2013/2014 des Landes Burgenland“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 147) (Beilage 241);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1157)
Redner: Manfred Kölly (S. 1158), Mag.a Regina Petrik (S. 1162), Markus Wiesler (S. 1167), Bernhard Hirczy (S. 1170), Mag. Christian Drobits (S. 1173), Gerhard Steier (S. 1176) und Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 1179)
Annahme des Beschlussantrages (S. 1180)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die rasche Umsetzung der im Rahmen des Asylgipfels vom 20. Jänner 2016 vereinbarten Maßnahmen (Zahl 21 - 180) (Beilage 255)
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christian Sagartz, BA (S. 1180)
Redner: Manfred Kölly (S. 1186), Mag.a Regina Petrik (S. 1189), Gerhard Kovasits (S. 1194), Mag. Thomas Steiner (S. 1196), Robert Hergovich (S. 1198), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 1203), Ing. Rudolf Strommer (S. 1207), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 1210) und Gerhard Hutter (S. 1212)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 1213)

Bericht des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 214), mit dem der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2014 (Der Grüne Bericht 2014) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 148) (Beilage 242);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 1213)
Redner: Gerhard Hutter (S. 1213), Wolfgang Spitzmüller (S. 1214), Karin Stampfel (S. 1217), Walter Temmel (S. 1219) und Wolfgang Sodl (S. 1221), Gerhard Steier (S. 1223) und Landesrätin Verena Dunst (S. 1226)
Annahme des Beschlussantrages (S. 1229)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 192) betreffend die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit (Zahl 21 - 138) (Beilage 243);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1229)
Redner: Gerhard Hutter (S. 1230), Mag.a Regina Petrik (S. 1231), Gerhard Kovasits (S. 1233), Patrik Fazekas (S. 1233), Mag. Christian Drobits (S. 1236), Gerhard Steier (S. 1237) und Landeshauptmann Hans Niessl (S. 1239)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1241)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 35) betreffend eine Änderung des Gesetzes vom 10. November 2004 über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2005 - Bgld. WFG 2005) (Zahl 21 - 31) (Beilage 244);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 1242)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1242), Géza M o l n á r (S. 1252), Markus U l r a m (S. 1254), Mag. Kurt M a c z e k (S. 1256) und Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 1260)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1264)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 9) betreffend Änderung der Vignettenpflicht für Fahrzeughalter mit Wechselkennzeichen (Zahl 21 - 9) (Beilage 245);
Berichterstatter: Gerhard K o v a s i t s (S. 1264)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1265), Mag. Johann R i c h t e r (S. 1267), Georg R o s n e r (S. 1268) und Ewald S c h n e c k e r (S. 1270)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1272)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter (Beilage 215) betreffend Alkoholverbot während der Landtagssitzung (Zahl 21 - 149) (Beilage 246);
Berichterstatter: Gerhard K o v a s i t s (S. 1272)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1272 und S. 1275) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 1275)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1275)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1103)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Hohes Haus!

Bevor ich die 9. Sitzung der XXI. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages eröffne, erlaube ich es mir, einen Hinweis an Sie zu richten.

Die heutige Sitzung ist eine besondere. Es ist die erste Sitzung im Jahr 2016 und es ist die erste ordentliche Sitzung mit einem erweiterten Zuseherkreis. Per Online-Übertragung kommt die Sitzung direkt auf die Bildschirme der Bürgerinnen und Bürger und kann mit jedem Laptop, Computer, iPad oder Smartphone in Echtzeit verfolgt werden.

Deshalb darf ich heute an dieser Stelle auch all jene begrüßen, die in diesem Moment online zusehen – allen voran die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Dieser Schritt stellt eine wichtige demokratiepolitische Entscheidung dar, nämlich jene zur Öffnung des Landtages für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Eine Öffnung, die nicht nur einen diskriminierungsfreien Zugang zu jenen legistischen Prozessen bedeutet, die sämtliche Burgenländerinnen und Burgenländer in ihrer alltäglichen Lebenswelt tangieren; sondern eine Öffnung, die ich darüber hinaus als logische Konsequenz jener Kultur erachte, welcher sich der Landtag verpflichtet sieht.

Es ist dies eine politische Kultur der Transparenz und Bürgernähe. Im Sinne dieser Kultur erfordert der Informationstransfer zwischen dem Landesparlament und der Zivilgesellschaft im 21. Jahrhundert unbedingt eine Berücksichtigung elektronischer Kommunikationskanäle.

Im Bundesvergleich erfolgt die Implementierung des Live-Streams im Burgenland relativ spät und schließt die letzte verbleibende Lücke bezüglich der Übertragung von Landtagssitzungen in Österreich.

Im Landtagssitzungssaal wurden insgesamt drei bewegliche, ferngesteuerte und hochauflösende Kameras installiert. Immer wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren am Wort sind, werden Ihr Name sowie Ihre fraktionelle Zugehörigkeit in Form eines Inserts eingeblendet.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete und Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, erhalten durch die Live-Übertragungen eine größere, reichweitenstärkere Plattform für die Anliegen, die Sie stellvertretend für die Bevölkerung hier im Hohen Haus vorbringen. Darüber hinaus erlangen Sie hierdurch die Möglichkeit, die Menschen aus erster Hand zu informieren.

Relativiert wird diese Neuerung für Sie in Ihrer Rolle als Abgeordnete durch die Tatsache, dass die Sitzungen des Burgenländischen Landtages traditionell ohnedies öffentlich zugänglich sind. Die Öffentlichkeit ist uns deshalb nicht fremd.

Diesen Exkurs schließen und die Sitzung einleiten möchte ich mit den Worten eines deutschen Schriftstellers und Enthüllung-Journalisten der erst unlängst formulierte: „Öffentlichkeit ist der Sauerstoff der Demokratie.“ (Günter Wallraff, 2007 in der Kölner Rundschau)

In diesem demokratischen Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und e r ö f f n e die 9. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 8. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Fazekas um Verlesung des Einlaufes. Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 09. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 28. Jänner 2016.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem das "Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE" zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 162) (Beilage 228);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Jagdgesetz 2004 geändert wird (Zahl 21 - 171) (Beilage 237);

Vom Rechnungshof ist der Bericht

1. betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2014, Internationales (Zahl 21 - 160) (Beilage 226);

eingelangt.

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die rasche Umsetzung der im Rahmen des Asylgipfels vom 20. Jänner 2016 vereinbarten Maßnahmen (Zahl 21 - 180) (Beilage 255) eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Reduzierung der Ausgaben bei Verwaltung und Repräsentation sowie Ehrungen und Auszeichnungen der Landesregierung" (Zahl 21 - 150) (Beilage 216);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Nulllohnrunde für Politiker - Änderung des Bezügegesetzes 1997" (Zahl 21 - 151) (Beilage 217);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Streichung des Kleinen Glücksspiels aus dem Veranstaltungsgesetz (Zahl 21 - 167) (Beilage 233);
4. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen im Burgenland (Zahl 21 - 169) (Beilage 235);
5. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend der Verwendung von regionalen Produkten in Landeseinrichtungen bzw. landesnahen Betrieben (Zahl 21 - 173) (Beilage 248);
6. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der bgld. Feuerwehren (Zahl 21- 174) (Beilage 249);
7. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Kinder- und

Jugendhilfereferates (Zahl 21 - 176) (Beilage 251);

8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, dass alle künftigen im Landtag getroffenen Beschlüsse auf ihre Klimarelevanz hin überprüft werden müssen und durch die Wirkung der beschlossenen Gesetze und Verordnungen erzeugte zusätzliche Treibhausgasemissionen ausgewiesen werden müssen (Zahl 21 - 178) (Beilage 253);
9. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmenpaket zur Einhaltung des Abfallwirtschaftsgesetz (Zahl 21 - 179) (Beilage 254);
10. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 183) (Beilage 258);
11. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Zusammenführung aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung (Zahl 21 - 184) (Beilage 259);
12. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Verschärfungen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung angesichts der gegenwärtigen Zuwanderungsströme nach Österreich“ (Zahl 21 - 185) (Beilage 260);
13. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen" (Zahl 21 - 186) (Beilage 261);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Unklarheiten im Kulturbudget (Zahl 21 - 153) (Beilage 219);
2. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Wohnbauförderung (Zahl 21 - 154) (Beilage 220);
3. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Gesundheitsbereich (Zahl 21 - 155) (Beilage 221);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Kurierinserat (Zahl 21 - 158) (Beilage 224);
5. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Asylchaos auf Kosten der Steuerzahler im Burgenland (Zahl 21 - 168) (Beilage 234);
6. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Ärzte im Burgenland (Zahl 21 - 170) (Beilage 236);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bedarfszuweisungen (Zahl 21 - 172) (Beilage 247);
8. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Ehrenzeichen (Zahl 21 - 181) (Beilage 256);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 106) betreffend Bahnstrecke Oberwart-Friedberg (Zahl 21 - 152) (Beilage 218);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 112) betreffend Eingliederungshilfen (Zahl 21 - 156) (Beilage 222);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 113) betreffend KURIER-Beilage (Zahl 21 - 157) (Beilage 223);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 117) betreffend Aufnahme von AsylwerberInnen in die Grundversorgung (Zahl 21 - 159) (Beilage 225);
5. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 122) betreffend die Bahnstrecke Oberloisdorf-Deutschkreutz (Zahl 21 - 161) (Beilage 227);
6. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 137) betreffend die Qualitätssicherung des Trinkwassers (Zahl 21 - 163) (Beilage 229);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 135) betreffend Sportanlagen der Fußballakademie Burgenland (Zahl 21 - 164) (Beilage 230);
8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 136) betreffend Kinderbetreuung (Zahl 21 - 165) (Beilage 231);
9. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 142) betreffend Volksschule Draßburg - Eingliederungshilfe (Zahl 21 - 166) (Beilage 232);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 153) betreffend Unklarheiten im Kulturbudget (Zahl 21 - 175) (Beilage 250);
11. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 154) betreffend Wohnbauförderung (Zahl 21 - 177) (Beilage 252);
12. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 155) betreffend Gesundheitsbereich (Zahl 21 - 182) (Beilage 257);

eingelangt.

Ebenso sind die Petitionen

1. von den NEOS betreffend Krankenhaus Oberwart (E 3);
2. der WKO Burgenland betreffend Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz Umsetzung (E 4);
3. der WKO Burgenland betreffend Einführung einer Winterbauoffensive (E5);
4. der Marktgemeinde Bernstein auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 6);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 – 162, Beilage 228, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,

die Regierungsvorlage Zahl 21 – 171, Beilage 237, weise ich dem Rechtsausschuss und Agrarausschuss,

den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 – 160, Beilage 226, und die selbständigen Anträge Zahl 21 – 178, Beilage 253, und Zahl 21 – 179, Beilage 254, Zahl 21 – 184, Beilage 259, und Zahl 21 – 186, Beilage 261, weise ich dem Rechtsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 – 150, Beilage 216, Zahl 21 – 151, Beilage 217, Zahl 21 – 167, Beilage 233, Zahl 21 – 169, Beilage 235, Zahl 21 – 173, Beilage 248, Zahl 21 – 174, Beilage 249, Zahl 21 – 176, Beilage 251, Zahl 21 – 183, Beilage 258, und Zahl 21 – 185, Beilage 260, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss

und die Petition E 3 bis E 6 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 153, Beilage 219, habe ich an Landesrat Helmut Bieler,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 154, Beilage 220, Zahl 21 – 158, Beilage 224, und Zahl 21 – 172, Beilage 247, und Zahl 21 – 181, Beilage 256, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 155, Beilage 221, Zahl 21 – 168, Beilage 234, und Zahl 21 – 170, Beilage 236, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos

zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 152, Beilage 218, Zahl 21 – 156, Beilage 222, Zahl 21 – 157, Beilage 223, Zahl 21 – 159, Beilage 225, Zahl 21-162 Beilage 227, Zahl 21-163 Beilage 229, Zahl 21-164 Beilage 230, Zahl 21 – 165, Beilage 231, Zahl 21 – 166, Beilage 232, Zahl 21 – 175, Beilage 250, Zahl 21 – 177, Beilage 252, und Zahl 21 – 182, Beilage 257, habe ich den Fragestellern und Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die rasche Umsetzung der im Rahmen des Asylgipfels vom 20. Jänner 2016 vereinbarten Maßnahmen, Zahl 21 – 180, Beilage 255, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10.00 Uhr 20 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke. Sehr geehrte Frau Landesrätin! In den letzten Wochen wird viel zur umstrittenen Gatterjagd diskutiert.

Wie stehen Sie als zuständige Landesrätin zur Gatterjagd?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Zunächst einmal glaube ich doch von uns allen ein Kompliment aussprechen zu dürfen an den Landtagspräsidenten für diese Initiative - erste Fragestunde mit Übertragung Live-Zusehen, wenn der Landtag tagt. Herzliche Gratulation! Ein wichtiger Schritt demokratiepolitisch, wie das vorher schon gesagt wurde.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zu Ihrer Frage. Zunächst einmal möchte ich mich hier ganz klar distanzieren davon, was hier über Jahrzehnte versäumt worden ist. Ich bin in diesem halben Jahr oft konfrontiert worden mit Aussagen zum Jagdgatter, mit Anfragen und auch mit vielen aktionistischen Darstellungen.

Ich muss sagen, als ich mir das angeschaut habe war ich schockiert. Denn Fakt ist, dass hier auf dem Rücken von Tieren Gesetze in den letzten Jahrzehnten bestanden haben. Auf dem Rücken der Tiere!

Was habe ich getan, um Ihre Frage konkret zu beantworten? Ich habe mir natürlich einmal angeschaut wie viele Jagdgatter wir haben. Das heißt, die bezirksweise aktuelle Erhebung. Ich muss dazu sagen, dass wir aber auch hier zu unterscheiden haben zwischen Jagdgatter, Zucht- und Schaugatter.

Ich habe sofort eine Arbeitsgruppe aus Experten gebildet, zu all diesen Branchen. Da geht es ja um Wildtiere, da geht es ja aber auch um ein neues Jagdgesetz, das sowieso längst überfällig ist. Aber da geht es auch um Tierwohl, um Tierhaltung und da geht es letztendlich auch um Ethik.

Ich habe Besprechungen mit den unterschiedlichsten Gruppierungen abgehalten, beispielsweise mit dem Geschäftsführer des Ökologischen Jagdverbandes, des Jagdvereines Österreich, genauso mit dem Verband der Wildtierhalter Burgenland, mit dem Jagdverband selber, aber auch drei Besprechungen mit DDr. Balluch vom Verein gegen Tierfabriken und vielen anderen.

Ich habe mir auch die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Bezirkshauptmannschaften sofort geholt und wollte von ihnen wissen, wie die Erfahrungen sind? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es und welche Überprüfungen? Wie oft wird kontrolliert? Was wird kontrolliert? Wie? Wer macht diese Kontrollen? Ich muss Ihnen klar sagen, es war wirklich schockierend, weil es nichts gibt.

Es gibt praktisch keine gesetzliche Regelung was die Jagdgatter und das Jagen von Tieren in Umzäunungen anbelangt, keine Kontrollmöglichkeiten, mangelnde Überwachungen und keine Aufzeichnungen. Das sind wirklich, und das sage ich jetzt mit Absicht überspitzt, Zustände wie im „alten Rom“.

Keine Kontrollen, kein Überblick, kein Wissen über den tatsächlichen Bestand, das kann nicht sein! Ich verstehe, dass hier wirklich die Volksseele kocht. Das hätte man längst von der Zuständigkeit her anders machen müssen.

Ich jammere nicht, das ist einfach so. Ich werde natürlich jetzt die rechtlichen und möglichen Schritte im Rahmen des neuen Jagdgesetzes zu setzen haben.

Ich muss ganz klar sagen, ich will schon distanziert die Jagd, die Möglichkeit damit auch touristisch die Möglichkeit, dass gute Fleisch zu vermarkten, nicht schlecht machen. Ich will auch nicht die Jäger in einer Weise verdammen, da geht es wirklich nur darum, jene die überhaupt nicht auf wildgerechte, auf artgerechte, auf tiergerechte Jagd schauen, mit denen gehört das Gespräch gesucht und die gehören klar von den Jägern, denen es um viel etwas anderes geht, distanziert.

Was mir ganz, ganz wichtig ist, dass natürlich die Gesetze eingehalten werden, dazu braucht es Rahmenbedingungen, neue Rahmenbedingungen. Es braucht das Tierwohl, das im Vordergrund stehen muss. Es geht letztendlich auch um wildtiererhaltende Betriebe. Die sind auch sehr wichtig für Arbeitsplätze und für Wertschöpfung im Lande.

Das was ich vom neuen Jagdgesetz schon vornehmen möchte, ist natürlich, ich habe das bereits seit meinem Amtsantritt angekündigt, dass das mit Bedacht angegangen werden muss und das Jagdgesetz heuer 2016 hier in den Landtag kommt.

Das kann ich versprechen, dafür setze ich mich ein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Wie ist der aktuelle Stand bezüglich der Novelle des Jagdgesetzes?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Bei der Novelle des Jagdgesetzes sind mir zwei wichtige Dinge von Anfang an klar gewesen. Erstens: Es muss eine breite Beteiligung geben. Die Dinge dürfen nicht so lange aufgeschoben werden, weil wir lange genug auf diese dringend notwendige Reform des Jagdgesetzes schon gewartet haben und viele Jäger aber auch Landwirte und so weiter hier auf eine Novellierung warten.

Was ich aber tun möchte ist, dass ich das wirklich aus einem neuen Blickwinkel beleuchten mag, nämlich wirklich wo sind wir 2016 dann mit einem neuen Jagdgesetz? Aber wie schaut die Jagd und die Ausbringung bis 2020 und darüber hinaus aus?

Es wird also nicht sozusagen schnell und machen wir, sondern wirklich mit Bedacht und alle Menschen umfassen, die mit der Jagd zu tun haben oder im peripheren Umfeld sind. Es geht um eine zeitgemäße Jagd, um eine zeitgemäße Entwicklung, die in dieses Jagdgesetz einfließen muss. Es muss auch wirklich den neuen entsprechenden Rahmenbedingen Stand halten, nämlich wirklich von der Jagd, der traditionellen Jagd, zu einem nachhaltigen Wildtiermanagement, das immer wieder auch von vielen Gruppen gefordert ist.

Es geht auch um einen adäquaten Wald-Wild-Ausgleich und vieles andere mehr. Aber es geht vor allem auch um Aufklärungsarbeit, es geht um Bürokratieabbau, es geht um Vereinfachung. All das ist natürlich ein ganz klarer Zeitrahmen. Ich habe das bereits bekannt gegeben und habe die erste Stellungnahme schon von vielen eingefordert. Mit Mitte Februar ist der Start. Der Start war schon im Jänner mit der Stellungnahme einfordern und bis zum Juni sollte das Jagdgesetz dann breit diskutiert, hier in den Landtag kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Das Problem Gatterjagd besteht ja schon immer.

Wieso stand eine Novelle des Jagdgesetzes bis jetzt nie zur Diskussion?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das frage ich mich auch, weil das längst überfällig gewesen wäre. Weil ja auch diese Zustände schon lange herrschen und das Jagdgesetz ist nicht neu. Beispielsweise im Jagdgesetz von 1970 gab es überhaupt keine Regelungen betreffend Bewilligung von Jagdgehegen.

Damals war höchstens die Rede von Tiergärten im Gesetz. Mit dem Jagdgesetz 1988 wurde erstmals geregelt, dass Wildgehege nur mit Bewilligung der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft angelegt werden dürfen. Damit war aber nie der Betrieb eines Jagdgatterbetriebes bewilligungspflichtig, sondern immer nur das Einrichten.

Das neueste Jagdgesetz stammt aus dem Jahr 2004. Dort findet sich auch nichts Neues, außer einer Übergangsbestimmung betreffend kleinerer Gehege. Bedeutet, dass im Burgenland zumindest seit 2004 sichergestellt ist, dass für neu zu bewilligende Jagdgatter, dieses 300 Hektar groß sein muss.

Ich muss Ihnen aber auch sagen, Gott sei Dank kann ich Ihnen das auch mitteilen, dass seit 2004 niemand mehr um ein neues Jagdgatter angesucht hat, und dass es auch in den letzten zehn, elf Jahren, mittlerweile im zwölften Jahr, keine neuen Bewilligungen gegeben hat.

Fakt ist, das gehört geändert! Ich werde es 2016 angehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Frage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Frau Landesrätin! Neben der Gatterjagd ist in letzter Zeit auch die Jagd auf gezüchtete Tiere in Misskredit gekommen. Es werden einfach in erster Linie Vögel, Rebhühner, Fasane, Enten in Volieren aufgezogen und werden dann im Wald oder auf Wiesen ausgesetzt, um sie danach abzuknallen.

Wie sehen Sie hier die Problematik und sehen Sie auch hier die Möglichkeit, dem einen Riegel vorzuschieben? Danke schön!

Präsident Christian Illedits: Die zweite Frage ist die Frage? Sie haben zwei Fragen gestellt.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Wie sehen Sie diese Situation? Danke.

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ganz klar, beide Fragen hängen zusammen. Ich kann sie auch mit einem klaren Ja, hier ist Handlungsbedarf beantworten.

Es ist nicht einzusehen, dass man, ob das jetzt Fasanerien sind oder auch andere oft zu kleine Gehege, die aber nicht in vollem Ausmaß zu überprüfen sind, dass man diese Tiere dann als Wildtiere sozusagen freigibt und einige Wochen später wird auf sie geschossen.

Die Tiere brauchen, wenn sie nicht in der Freiheit groß werden, eine bestimmte Anzahl - da kann man natürlich jetzt, und es gibt viele, die das erforscht haben, auf Literatur zurückgreifen -, eine bestimmte Zeit, damit sie überhaupt lernen, wie man in der freien Wildbahn lebt, um seine eigenen Kräfte zu lernen. Wie weit kann man fliegen? Wie weit kann man sich entfernen? Wie weit kann man sich überhaupt dann auch selbst ernähren und so weiter und so fort.

Die jetzt im Gesetz verankerte, für mich viel zu kurze Auswilderungszeit wird sich im neuen Jagdgesetz nicht finden, Artgerecht, Tiergerecht. Und es kann wirklich keinen Spaß machen, auf solche Tiere zu schießen, die nicht einmal wissen, dass sie in der freien Wildbahn sind.

Ja, ich werde das ändern! *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie sind jetzt schon jahrelang als Landesrätin tätig, geben immer wieder Ihren Vorgängern die Schuld an Versäumtem und jetzt meine konkrete Frage:

Was werden Sie bei den bereits jahrelang bestehenden Gatterjagden tun? Werden Sie diese jetzt konkret verbieten? Wie lautet Ihre Antwort?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Abgeordneter, ich bin sicher, dass Sie sich, bevor Sie diese Frage gestellt haben, auch informiert haben. Fakt ist, dass bezüglich der gesetzlichen Rahmenbedingungen der Jagdgatter zwei Dinge zu beachten sind.

Erstens, es muss natürlich klar sein, dass sie nicht nur bewilligt werden in der Errichtung, so wie es jetzt im Gesetz steht und sonst nichts mehr, sondern zum Zweiten, dass sie natürlich dementsprechend auch begleitet werden.

Ganz wichtig ist natürlich ein Wildtiermanagement zu führen, wo es heißt, ich stelle mir das in Zukunft so vor, dass wir genau schauen können, welches Wild ist drinnen und wann wird welches Wild zugeführt?

Herr Abgeordneter, ich glaube, wir können im ganzen Burgenland niemanden finden, der bejaht, dass man wenige Stunden vor einer Gatterjagd hergeht und von irgendwo dann Tiere herbringt, sie hineinschiebt sozusagen beim Gatter und dann fünf Minuten später die Jäger darauf schießen. Das wollen wir nicht, dazu stehe ich auch!

Das, was natürlich im neuen Jagdgesetz bezüglich der Jagdgatter auch drinnen sein muss, dass man hier dementsprechend auch diese Treibjagden bekanntgeben muss und auch wenn hier Tiere zugeführt werden. Aber dann muss man auch wissen, was ist überhaupt drinnen und wo steht denn überhaupt, Herr Abgeordneter, dass ich für Treibjagden überhaupt Tiere zuführen darf, weil die ja ausschließlich nur für die Treibjagd dienen? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Frage war, ob ein Verbot bestehen soll? Ja oder Nein?)*

Das lehne ich ab, dagegen bin ich! Ich werde das jetzt ändern, wie gut, dass ich zuständig bin. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben schon mehrfach über die Kontrollen und über Verbesserungen im Sinne des Tierwohls in diesem umfriedeten Eigenjagdgebieten gesprochen.

Wie stellen Sie sich das in der Praxis vor?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Manfred Kölly: Sie wird Jägerin, ganz einfach.)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Abgeordneter, Fakt ist, dass ich natürlich hier mit vielen, die mit der Jagd zu tun haben, Gespräche geführt habe, mit Sachverständigen Gespräche geführt habe und mir schon ein Bild gemacht habe, was sich in Zukunft ändern muss.

Beispielsweise gibt es zurzeit keine Bücher, wo der Tierbestand überhaupt irgendwo drinnen stehen könnte. Das heißt, Gehegebücher ist einmal das Erste, wo Zu- und Abgänge, die im Gatter sicherlich möglich sind, dass man diese hier aufzeichnet.

Ich habe vorher schon zum Herrn Abgeordneten Temmel gesagt, es ist nicht einzusehen, dass man für Treibjagden extra von irgendwo Tiere herholt. Warum muss man überhaupt Tiere, wenn man es nicht zur Blutauffrischung macht, neu zusetzen? Auch das wird ein Thema sein. Einsetzen von Wild nur zur Blutauffrischung oder nach Seuchen, nach verschiedenen Krankheiten, die natürlich auch dort und da vorkommen.

Die Bezirkshauptmannschaften und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ich hergeholt habe, ich habe vorher ja schon darüber berichtet, sagen auch klar, wir haben jetzt keine Handhabe. Aber diese Handhabe werden sie durch gesetzliche Rahmenbedingungen auch brauchen, damit sie hier wirklich aktuelle Gehegebücher, Anzeigepflicht und so weiter, dass es hier auch Sanktionen gibt.

Was mir auch wichtig ist, ist die Schonzeit. Ich habe es vorher schon zum Herrn Abgeordneten gesagt, es muss eine klare Schonzeit geben, nämlich zwischen der Zeit der Auswilderung und des Jagdbeginnes. Auch hier habe ich klare Vorstellungen, nach vielen hunderten Gesprächen mit Jägerinnen und Jäger, die Heger sind und nicht Schießer.

Es muss natürlich auch ein jagd- und wildtierfachliches Gutachten zu Jagdgattern geben, gerade hier, das ist sicherlich ein wichtiger Fakt. Das heißt, diese Gesetzesänderung, ich habe es vorher schon gesagt, erste Gesprächsrunden laufen bereits, ich freue mich schon auf diese Herausforderung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Frage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Geschätzte Frau Landesrätin! Ein neues Jagdgesetz soll kommen, da bin ich recht froh darüber. Ich habe vor 20 Jahren bei dem letzten Gesetz mitgearbeitet und Sie sind immerhin auch schon 15 Jahre in der Landesregierung.

Sie haben erst 15 Jahre gefeiert und jetzt denke ich, dass die Landesregierung gemeinsam arbeitet und jetzt bin ich froh, dass Sie jetzt die zuständige Landesrätin sind, ansonsten wäre ja vielleicht gar kein neues Jagdgesetz gekommen.

Jetzt meine Frage: Wenn Sie nicht Landesrätin geworden wären für dieses Ressort, hätten Sie dann ein neues Jagdgesetz beantragt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch das habe ich vorhin ganz klar gesagt, was die Frage vom Abgeordneten Temmel anbelangt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist etwas ganz anderes.)* Ich bin sehr froh, Herr Abgeordneter, dass sich heute auch das Bewusstsein, wenn es um das Tierwohl und um die Jagd geht, verändert hat.

Menschen sind sehr sensibel, wenn es um Tierwohl geht und das hat sich in den letzten Jahren natürlich gesteigert. Sie sind, wie ich in dieser Welt und sehen, dass es hier immer mehr Menschen gibt, die darauf schauen, was passiert mit dem Tier? Wird es artgerecht, wird es wildgerecht gehalten? Was ist mit Schonzeiten? Wann und wie werden Tiere auf Jagden - vorher und nachher -, wie wird mit den Tieren, die man erlegt, dann auch umgegangen?

All das hat eine große Sensibilität erhalten, da haben sich sicher früher viele Menschen für dieses Thema überhaupt nicht interessiert. Ich bin aber sehr froh darüber, weil das ein Gesetz werden soll, das die Menschen wollen, das die Jäger wollen, die Landwirte wollen. Aber auch natürlich - wie ich vorher schon gesagt habe - müssen wir aufpassen, das sind Arbeitsplätze und da sind auch vor allem Menschen, die deswegen auch als Touristen zu uns kommen.

Es braucht nur neue Rahmenbedingungen und dafür ist es gut, dass ich das jetzt mache, aber nochmals, mit den Menschen gemeinsam, die auch ganz klar sagen, *(Abg. Manfred Kölly: Auch mit den Fraktionen im Landtag?)* manche Bedingungen gehen so nicht.

Und Sie haben mich vorher gefragt, warum ich das vorher nicht gemacht habe, 15 Jahre? A - da war ich nicht zuständig und B - noch einmal, wir sind Gott sei Dank in einer Welt, wo wir auch auf die Bevölkerung hören und wo die Bevölkerung klar sagt, bitte handeln und das tue ich gerne. *(Abg. Manfred Kölly: Bravo! – Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herr Abgeordneten Ing. Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Ing. Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Der Klubobmann Ihrer Partei im Landtag, Gerhard Kovasits, hat bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen am Gelände des Truppenübungsplatzes in Bruckneudorf wörtlich zu „zivilem Ungehorsam“ aufgefordert - somit bewusst dazu, Gesetze zu missachten und zu brechen.

Wie beurteilen Sie als Landeshauptmann-Stellvertreter - insbesondere als das für örtliche Sicherheitspolizei und das Landes-Polizeistrafgesetz zuständiges Regierungsmitglied - diesen Aufruf zum Gesetzesbruch eines in den Burgenländischen Landtag gewählten Mandatars?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Der zivile Ungehorsam, da befindet sich der Herr Klubobmann Gerhard Kovasits im Kreis von Mahatma Gandhi oder Martin Luther King, denn dort wurde zu gewaltfreiem Zivilgehorsam aufgerufen. Wir alle wissen und können natürlich auch

nachvollziehen, dass hier keine Gewalt im Spiel war, sondern dass das ein gewaltfreier Widerstand war.

Sogar Bertold Brecht - also der war nicht wirklich irgendwo in ein rechtes Lager zuzuordnen, sondern das war ein Erzkommunist - hat gesagt, „wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“. Das heißt, dieser zivile Ungehorsam hat nicht die innere Intention gehabt, zu Gewalt aufzurufen, sondern eigentlich Unrecht weg zu haben.

Denn, wenn Sie bedenken, dass in Bruckneudorf das Durchgriffsrecht zur Anwendung gekommen wäre und Gott sei Dank durch die Proteste, durch die langen Proteste das verhindert wurde, dann würde ich sagen, sind wir froh, dass Gerhard Kovasits hier zu diesen Protesten aufgerufen hat.

Und wenn wir schon bei Unrecht sind, die Einzigen, die wirklich hier mit Unrecht behaftet sind, ist die Bundesregierung, allen voran Frau Innenministerin Mikl-Leitner. Sie hat 100.000 illegale Migranten ohne jegliche Registrierung ins Land gelassen, das ist definitiv Unrecht und nicht *(Abg. Manfred Kölly: Der Bundeskanzler, oder? Soweit ich weiß. Damit wir das auch wissen.)*, gemeinsam mit dem Bundeskanzler, gemeinsam mit der Bundeskanzlerin Merkel und genau das ist nämlich das Problem.

Das heißt, dort ist das Problem und Gesetzesbrüche hat es ohne Ende gegeben. Dublin wurde ja nie aufgehoben und trotzdem hat man sich seitens der Bundesregierung nicht an Gesetze gehalten und die Bürger müssen sich halt auf einen Rechtsstaat verlassen können und die Bürger haben sich nicht auf einen Rechtsstaat verlassen können, allen voran, Ihre Innenministerin Mikl-Leitner.

Wenn Sie einmal versuchen nachzudenken und sich das bewusst zu machen, wenn man bedenkt, dass hier Tausende Illegale im Land unterwegs waren, die nicht registriert wurden. Das heißt, wenn es jetzt zu irgendeinem Gewaltverbrechen gekommen wäre, hätte man gar nicht ermitteln können, wer der Täter ist, weil die Täter ja gar nicht da waren, weil sie alle illegal waren, das muss man sich einmal vorstellen.

Das ist Unrecht und nicht der Aufruf zu Protest, sondern das war Unrecht. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Der damalige burgenländische Polizeidirektor wurde dann mit einer Ministerfunktion belohnt, weil er alle willkommen geheißen hat. *(Abg. Werner Friedl: Entschuldige!)*

Aber in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ vom 4. Juli des Vorjahres antworten Sie auf den Hinweis, dass eine Schaffung von Arbeitsplätzen nur für Burgenländer, wie Sie im Wahlkampf gefordert haben, dem EU-Recht widersprechen könnte mit dem Satz: „Dann soll mich jemand von den Herren aus der EU ins Gefängnis stecken“, wissend, dass Ziel 1-Förderung zweimal, einmal Phasing-Out, einmal Übergangsregion dieser Europäische Union, von der Sie auch austreten wollen, dafür verantwortlich ist, dass wir das alles investieren konnten.

Zuvor haben Sie sich also von der Aufforderung Ihres Klubobmannes zum Rechtsausbruch nicht distanziert, ja indirekt sogar gutgeheißen, wie ich das so mithöre. In einem Zeitungsinterview sind Sie auf diesen Bruch noch recht stolz.

Ist das das Bild, das Sie als Landeshauptmann-Stellvertreter und als für Sicherheit und Ordnung im Land zuständiges Regierungsmitglied von einem funktionierenden Rechtsstaat vermitteln wollen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, zum einen muss man natürlich differenzieren, wenn es um burgenländische Arbeitsplätze geht, dann glaube ich, hat das Burgenland schon die Pflicht dafür zu sorgen, dass burgenländische Arbeitsplätze im Burgenland bleiben, egal mit welcher Ausrichtung, egal mit welchen Mitteln.

Und wenn wir dafür sorgen, dass die burgenländische Wirtschaft im Burgenland forciert wird, dass heimische Arbeitsplätze forciert werden und uns deshalb die EU verurteilen möchte, na dann habe ich gesagt, dann lasse ich mich gerne einsperren. Das heißt, das muss man natürlich wirklich differenzieren.

Zum Bereich der Sicherheit noch einmal, also ich glaube, dass der zivile Ungehorsam ein wichtiges Instrument auch in der Vergangenheit war. Man muss sich vorstellen, der zivile Ungehorsam kommt zum Beispiel aus Amerika, wo man sich aufgelehnt und gesagt hat, wir zahlen keine Steuern, wenn diese Sklaverei nicht aufhört. Das war zum Beispiel auch ein Akt des zivilen Ungehorsams.

Ich glaube und bin überzeugt davon, dass Erstens einmal, der Gerhard Kovasits das so gemeint hat wie es ist, gewaltfrei und zu Protesten, und diese Proteste haben im Endeffekt gemeinsam mit Unterstützung auch mit einigen Bürgermeistern, auch mit dem Herrn Landeshauptmann, auch mit dem Bürgermeister Werner Friedl, Bürgermeister Gerhard Zapfl, haben dazu geführt, dass dieses Unrecht in Bruckneudorf nicht passiert ist. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage Herr Abgeordneter? – Bitte.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! In einem online veröffentlichen Video von einer Lesung in Ihrem Büro schlägt jemand aus dem Publikum vor, die Seite 88 vorzulesen, da dies eine Glückszahl sei. Ich weiß nicht, ob sich nicht die Staatsanwaltschaft damit befassen sollte.

Diese Szene wurde vom breiten Lachen Ihrerseits begleitet. Allgemein bekannt ist ja, dass die Zahl 88 ein Symbol für den Hitlergruß ist, aber wahrscheinlich ist das wieder ein Zufall.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie tragen Regierungsverantwortung, warum haben Sie sich nicht sofort von dieser unglaublichen Entgleisung distanziert und den Mann zurechtgewiesen, sondern einfach nur gelacht und nichts getan. Haben Sie ein Problem mit dem Rechtsstaat? *(Abg. Géza Molnár: Wo ist der Zusammenhang mit der Hauptfrage?)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Abgeordneter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Erstens einmal gibt es da keinen Zusammenhang mit der ursprünglichen Anfrage, das hat mit dem nichts zu tun.

Zum Zweiten, ich erkläre das gerne, ich erkläre das wirklich gerne. Also ich distanziere mich mit allen möglichen Mitteln, die ich zur Verfügung habe, von jeder Art der Gewalt, von jedem Rechtsextremismus und vor allem Linksextremismus, also wirklich.

Was da damals, was hier war, das kann ich auch natürlich schildern. Also wichtig ist, da hat einer, derjenige, der das Buch präsentiert hat, hat das deshalb gemacht, weil der Stefan Hahnenkamp, ein GRÜNER, verstorben ist und wir im Freiheitlichen Büro für den Stefan Hahnenkamp gesammelt haben, Spenden gesammelt haben, und wie gesagt,

das ist ein GRÜNER. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat aber mit den GRÜNEN nichts zu tun.)*

Das heißt, da kann man überhaupt nichts irgendwie herausfiltern. Da hat einer, der hat gesagt, der Vlasich Roland, welche Seite soll ich aufschlagen? Damit ich einen Spruch vorlese, hat der gesagt Seite 88. Die Seite 88 ist eine der wenigen Seiten, wo kein Spruch drinnen ist, sondern da war nur ein Bild. Deshalb hat der gesagt, okay, dann nehme ich 89 und dann habe ich gelacht, weil dort kein Spruch war. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein! – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das stimmt ja nicht. – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Dann hat der Nächste gesagt, die Seite 116, da habe ich auch gelacht. Ich weiß nicht, warum ich dort gelacht habe. Faktum ist, ich habe kein Wort dazu gesagt, ich habe in der Ansprache überhaupt nichts erwähnt, sondern ich habe einfach gelächelt. Das hat 20 Minuten gedauert.

Aber ich möchte jetzt nicht populistisch werden, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Sachlich!)* sondern ich würde da gerne auch natürlich ÖVP-Sprüche und Sprüche seitens des ÖVP-Klubs hier präsentieren, aber so etwas tue ich nicht.

Das heißt, ich distanziere mich mit jedem Körperteil von allem Rechtsextremismus und von allem Linksextremismus. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich muss doch nochmal einhaken. Zum einen finde ich es wirklich erschütternd, wenn Sie in dem Zusammenhang hier irgendeinen Hinweis geben auf einen GRÜNEN, verstorbenen Gemeinderat. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun!

Und hier überhaupt gedanklich etwas kleinreden zu wollen, das in Ihrem Büro vorgefallen ist, weil der Ausgangspunkt die Präsentation eines Buches war, die der Familie des verstorbenen Gemeinderates dann auch zugutekommen sollte, halte ich wirklich für unlauter.

Worauf ich dann noch eingehen wollte, bei zivilem Ungehorsam geht es um bewusst gesetzte Gesetzesübertretungen der Zivilgesellschaft. Im Übrigen nicht von politischen Abgeordneten. Das dazu und es ist mir die Frage vom Kollegen Strommer nicht reichlich beantwortet. Es gehört zur bewussten Gesetzesübertretung auch ein öffentliches Bekenntnis zu nationalsozialistischem Gedankengut. Ich habe mir dieses Video sehr genau angeschaut, das, was Sie jetzt hier geschildert haben, stimmt nicht mit den Tatsachen überein.

Präsident Christian Illedits: Bitte die Frage, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)***:** Die Zahl 88 wurde genannt, Sie haben genau als Reaktion darauf herzhaft gelacht.

Deswegen frage ich: Was daran ist für Sie so vergnüglich?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ich weiß nicht, warum Sie sich jetzt distanzieren, von dem verstorbenen Hahnenkamp. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das heißt nicht, sich zu distanzieren.)* Faktum ist, diese Veranstaltung wurde extra

für ihn gemacht. Was kann ich dafür? Ich habe mich selbstverständlich bereit erklärt und diese Veranstaltung wurde durchgeführt.

Wenn Sie jetzt irgendetwas interpretieren wollen und irgendetwas ins rechte Eck stellen wollen, ich sage Ihnen ganz einfach, ich distanziere mich von jeglicher Art der Gewalt, von jeglicher Art des Rechtsextremismus oder Linksextremismus. Ich distanziere mich aber auch von grünen Steinewerfern, die bei Demonstrationen immer unterwegs sind. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist eine Frechheit! Wo war ein grüner Steinewerfer? – Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Friedl an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Friedl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Burgenländische Landesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm umfangreiche Vorhaben für eine Verwaltungsreform festgelegt.

Welche Maßnahmen wurden bisher getroffen, um diese Projekte vollständig umsetzen zu können?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich möchte einleitend feststellen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl hier im Amt, in den Bezirkshauptmannschaften und an unseren Schulen eine sehr gute Arbeit leisten. Und dass unsere Mitarbeiter in einem großen Ausmaß bereit sind, aktiv mitzuarbeiten, um einen Reformprozess im Land einzuleiten, der notwendig ist, weil sich vieles in der Wirtschaft, in der Verwaltung, verändert hat und wo wir mittendrinnen sind, dass dieser Veränderungsprozess unter Einbindung der Mitarbeiter durchgeführt, umgesetzt wird und schlussendlich auch den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen soll.

Wir brauchen eine Verwaltung fit für das 21. Jahrhundert. Und dass im 21. Jahrhundert die Verwaltung anders aussieht als im 20. Jahrhundert, ich glaube, das ist jedem klar.

Es hat Gustav Heinemann gesagt: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“ Das ist einer unserer Leitsprüche, den wir bei diesem Reformvorhaben in den Vordergrund stellen. Eigentlich das größte Reformvorhaben in den letzten Jahrzehnten.

Wir haben in der Regierung auch erstmalig klare Kompetenzen und wir wollen diese klaren Kompetenzen auch auf die Verwaltung übertragen. Klare Kompetenzen heißt natürlich, rasche Entscheidungen. Rascher, schneller, effizienter, bürgernäher - das dürfen nicht nur Schlagworte sein, sondern das wollen wir auch leben.

Wir wollen damit natürlich im Rahmen des Möglichen auch einen Bürokratieabbau erreichen. 85 bis 90 Prozent der Gesetze sind Bundesgesetze, die wir im Land administrieren müssen, in einem großen Ausmaß, im Rahmen der Mittelbaren Bundesverwaltung.

Aber wir können hier Bündelungen vornehmen, wir können hier versuchen, dass wir einzelne Verfahren durch einen One-Stop-Shop, also durch Konzentration der Verfahren auch in entsprechender Form rascher durchführen. Wir brauchen dazu natürlich

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wir haben schon gemeinsam ein Konzept entwickelt.

Das ist sozusagen das Organigramm unserer Verwaltung aktuell oder im 20. Jahrhundert gewesen, das wir mitgenommen haben, ins 21. Und so schlank schaut die Verwaltung im Konzept aus, das wir anstreben. Wir wollen hier ganz einfach die Abteilungen reduzieren, Stabsstellen reduzieren, zusammenführen, und damit diese Verwaltungsreform in entsprechender Form mit Leben erfüllen.

Wir haben von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch 200 Vorschläge bekommen, ganz beachtlich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind bereit, mitzutun. 200 Reformvorschläge, die wir gemeinsam mit ihnen diskutieren, die wir auch mit unserer externen Firma diskutieren, die diese Reformschritte auch schon in Vorarlberg, in Kärnten, in der Steiermark und in anderen Bundesländern umgesetzt hat.

Ich muss sagen, es sind wirklich sehr positive Rückmeldungen auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Also wir haben hier sehr wichtige Schritte gesetzt und wir wollen sozusagen mit dieser Verwaltungsreform zeigen, dass wir die Bürgernähe, die Kompetenz auch steigern können.

Wenn man die letzten Jahre anschaut, was sich im Burgenland verändert hat, bei Betriebsansiedlungen, auch im Bereich des Asyls, da muss die Verwaltung kurzfristig reagieren, da gehört Flexibilität dazu. Wir haben unter anderem alleine im Asylbereich um vier Personen kurzfristig auch schon vor Monaten aufgestockt und haben dort versucht, entsprechend zu reagieren und entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, damit wir auch hier ein entsprechendes Tempo haben.

Wir haben auch bei unseren Betriebsanlagengenehmigungen das Tempo erhöhen können. Da werden Arbeitsplätze rascher geschaffen, da gibt es Arbeit für die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Also viele Schritte, die bereits gesetzt wurden, unter Einbindung der Personalvertretung, unter Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 200 Vorschläge, die von den Mitarbeitern selbst gekommen sind, die wir ernst nehmen und wo wir versuchen, diese Vorschläge auch in entsprechender Form umzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

†Präsident Christian Illedits|: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

†Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ)|: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Wie profitieren die Burgenländerinnen und Burgenländer von dieser Reform?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Eine Verwaltungsreform ist nicht Selbstzweck, dass wir im Land sagen, wir haben bessere Strukturen und der Bürger spürt nichts davon, sondern genau darum geht es. Was können wir für die Wirtschaft, für die Burgenländerinnen und Burgenländer, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tun, damit das Tempo und die Qualität erhöht werden und Synergien genützt werden?

Es geht darum, dass das hart verdiente Geld und Steuergeld der Burgenländerinnen und Burgenländer sehr effizient auch eingesetzt wird. Und ich darf Ihnen ein Beispiel nennen.

Wir haben in der Bezirkshauptmannschaft in Neusiedl am See bis zum Jahr 2012 jedes Jahr zirka 100 Betriebsanlagengenehmigungen gehabt. Das war so ziemlich gleich, jedes Jahr 100. Wir haben dann im Jahr 2014 210 Betriebsanlagengenehmigungen gehabt, also mehr als eine Verdoppelung, und im Jahr 2015 320 Betriebsanlagengenehmigungen. Also innerhalb von drei Jahren von 100 auf 320. Um das in relativ kurzer Zeit zu erledigen, braucht man natürlich wieder andere Strukturen in den Bezirkshauptmannschaften.

Wir haben zum Beispiel seit meinem Dienstantritt, also das sind nicht ganz 15 Jahre, es sind 14 Jahre, eine Frequenz zum Beispiel in der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl gehabt, von 210.000 Kundenkontakten oder von 70.000 Reisepässen, 6.500 Personalausweisen.

Also da wird ein toller Job gemacht, in unseren Bezirkshauptmannschaften, hier im Amt. Und da braucht man eben immer wieder neue Strukturen, um hier diese zusätzlichen Aufgaben auch in entsprechender Form bewältigen zu können. Und da bringen sich vor allem auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Bezirkshauptleute, die auch dabei sind, sehr gut ein, um teilweise diese Verdreifachung der Arbeitsleistung auch in entsprechender Form bewältigen zu können, dort, wo es notwendig ist, Mitarbeiter aufzustocken, dort, wo es möglich ist, auch entsprechend zu reduzieren.

Dieser Umstrukturierungsprozess ist voll im Gange und ich bin sehr optimistisch, dass wir schon bis Ende dieses Jahres diese neuen Strukturen umgesetzt haben und hier mit veränderten Bedingungen - Verwaltung im 21. Jahrhundert - auch gute Dienstleistungen für die Burgenländerinnen und Burgenländer erbringen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben schon erwähnt, dass 200 Vorschläge eingebracht wurden.

Wie werden die Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Prozess eingebunden und wie sollen sie auf diese neue Herausforderung vorbereitet werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ich bin sehr froh, dass der designierte Landesamtsdirektor Mag. Reiter hier vom Beginn an darauf geachtet hat, die Regierung natürlich zu informieren, die Regierung miteinzubinden, auch die Interessierten von den Klubs zu informieren und auch ebenfalls einzubinden. Es finden wöchentlich Mitarbeitergespräche, Strategiebesprechungen statt, nämlich das Kernteam trifft sich wöchentlich, um hier die entsprechenden Besprechungen durchzuführen.

Es wurden alle Abteilungs- und Stabsstellenleiter sowie die Bezirkshauptleute zur Einbringung von Maßnahmenvorschlägen mit Veränderungspotential auch eingeladen. Es wurde schon gesagt, es sind 200 Vorschläge gekommen.

Wir haben einen Wettbewerb auch unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemacht, bezüglich Logo, bezüglich Motto. Und es hat eine Auftaktveranstaltung im Kulturzentrum gegeben, wo ebenfalls mittels Livestream diese Veranstaltung übertragen wurde, sodass jeder Mitarbeiter im Haus über Livestream dabei sein konnte und diese Informationen auch von Experten aus anderen Bundesländern, auch von unserer Firma, die uns betreut, durch den Landesamtsdirektor, durch mein Statement, diesen Reformprozess auch in entsprechender Form einzuleiten, zu beginnen.

Wir haben die Personalvertretung auch im Programmsteuerungsbeirat mit dabei. Es gibt einen Newsletter an die Bediensteten, und es wird auch schon demnächst eine Ausbildung für Führungskräfte geben.

Durch diese Veränderungen gib es natürlich eine größere Mitarbeiterzahl in den Abteilungen und die Herausforderung ist nicht die fachliche Kompetenz, denn die ist in einem großen Ausmaß gegeben, sondern das heißt auch in entsprechender Form eine Abteilung zu führen, Führungsqualitäten, Führungsausbildung zu haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch hier legt das Land Burgenland großen Wert darauf, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut geschult, gut vorbereitet, gut ausgebildet werden.

Bei einer anderen Anfrage werden wir vielleicht auch über den Erfolg der Akademie Burgenland berichten, wie stark die nicht nur von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch von den Gemeinden in Anspruch genommen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das ist eine schöne Geschichte zum Zuhören. Tatsache bleibt schlanker, effizienter und schneller war diese Landesregierung bei einer einzigen Sache, denn da hat sie den Landtag beauftragt offensichtlich alle Gremien, alle Institutionen und Beiräte von politisch Andersdenkenden zu säubern und einfach die Leute dort zu entfernen. *(Allgemeine Unruhe)*

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich frage Sie,… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Bin ich nun dran, oder bin ich nicht dran? *(Abg. Ilse Benkö: Zwischenrufe sind aber schon erlaubt!)*

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Bleibt das, das Motto auch für diese Verwaltungsreform, politisch Andersdenkende aus Funktionen und Gremien zu entfernen?

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter! Ich bitte Sie, Ihre Wortwahl in Ihrer Fragestellung in so einem Zusammenhang doch ein wenig zu überdenken, *(Abg. Ingrid Salamon: Das glaube ich auch!)* denn zu sagen, von politisch Andersdenkende zu säubern, ist, denke ich, nicht die richtige Wortwahl. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sie haben in meinen Ausführungen gehört, Herr Abgeordneter, dass wir 200 Vorschläge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bekommen haben und dass wir für gute, konstruktive Vorschläge sehr offen sind. Von Ihnen habe ich im letzten dreiviertel Jahr überhaupt keinen Vorschlag gehört, außer Kritik. Wo sollen wir Sie also einbinden, wenn Sie Fundamentalpposition machen? *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Anlassbezogen!)*

Präsident Christian Illedits: Da Niemand mehr zu Wort gemeldet, kommen wir zum Aufruf der vierten Anfrage. Die vierte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte um Ruhe! Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um die Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! In Ihren Kompetenzbereich in der Landesregierung fällt die Verantwortung für die Sicherheit des Landes. Diese ist nur dann gewährleistet, wenn Zusammenleben und Kommunikation in gegenseitigem Respekt im Sinne eines sozialen Friedens gestaltet werden.

In letzter Zeit mehren sich Hasspostings in sozialen Medien und Verhetzung von Schutzsuchenden durch Falschinformationen stehen auf der Tagesordnung öffentlicher Auseinandersetzung.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, was werden Sie in ihrem Kompetenzbereich unternehmen, um im Burgenland unverzüglich gegen Falschmeldungen über Schutzsuchende und Menschenrechtsaktivistinnen vorzugehen und damit dem Entstehen von Unruhen und Konflikten in unseren Gemeinden entgegenzuwirken?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Vielleicht sei kurz vorher noch etwas festzuhalten: Ich finde es seitens der ÖVP nicht gut, wenn man sagt, und jetzt lacht der Tschürtz schon wieder. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich finde das wirklich nicht gut, aber wenn Ihr das so sagt, dann soll das Eure Politik sein.

Frau Abgeordnete! In meinem Kompetenzbereich ist es bis dato zu keinen Falschmeldungen oder zu keinen Hasspostings gekommen. Ich habe das noch nicht gesehen oder es ist mir noch nicht zugegangen. Man muss natürlich zwischen Falschmeldungen und zwischen strafrechtlich relevanten Postings unterscheiden.

Solche strafrechtlich relevanten Postings sind natürlich von der Gerichtbarkeit zu verfolgen. Das ist glasklar. Natürlich sind diese auch abzulehnen, zutiefst abzulehnen, denn solche Hasspostings haben natürlich nichts verloren. Es ist aber natürlich auch schon so, dass im Zuge der neugestaltenden Medienwelt jeder Zugang zu einem dieser neuen Medien hat.

Da gibt es natürlich Falschmeldungen, da gibt es auch Postings, weil im Zusammenhang mit so manchen Bewegungen natürlich auch von den Medien viel verschwiegen wird. Da tut sich natürlich einiges.

Es ist, wie bereits gesagt, jedes Hassposting schärfstens abzulehnen. Zum Bespiel auch diejenigen Postings, die zu Gewalt beim Akademikerball aufrufen. Ich weiß nicht, von welcher Seite die alle kommen. Es ist natürlich genau so abzulehnen und es sind natürlich auch Postings abzulehnen, wo man den Norbert Hofer mit dem Krüppellied verbindet, weil er einen Unfall gehabt hat und querschnittsgelähmt ist.

Das ist natürlich auch schärfstens abzulehnen. Ich wünsche mir auch, dass Sie so etwas auch ablehnen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Haben wir getan!)*

Ich glaube auch, dass es richtig ist, was Sie ansprechen. Wenn also irgendwann einmal in meinem Kompetenzbereich ein strafrechtlich relevantes Hassposting auftaucht, werde ich das selbstverständlich der Justiz oder auch der Polizei melden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Zum einen sind Sie nicht ganz vollständig Informiert, weil, bezüglich der Aussage zu Herrn Hofer habe ich mich sehr wohl deutlich geäußert. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben das auch registriert.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sind Sie mit mir einer Meinung, dass das öffentliche Verbreiten von Falschinformationen zu Unfrieden führt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Es freut mich auch, dass Sie das von Norbert Hofer verurteilt haben, denn ich bin auch der Meinung, dass man natürlich auch alle Postings - in jede Richtung - auch immer bewerten muss. Ein Posting, zum Beispiel, das da mit der Aussage Migranten hinein, Freiheitliche heraus gekommen ist, könnte auch als Hassposting gewertet werden, aber da gibt es eben auch keine strafrechtliche Relevanz.

Ich finde das nicht in Ordnung. Daher ist jedes Posting, das irgendwo in die Persönlichkeit eines jeden eingreift oder Hass schürt selbstverständlich abzulehnen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sie haben hier durch den Hinweis auf grüne Steinewerfer öffentlich im Livestream in einer öffentlichen Sitzung eine Falschinformation gegeben. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass jemals ein GRÜNER oder eine GRÜNE bei einer Demonstration einen Stein geworfen hätte.

Wenn Sie auf Spielfeld anspielen, dann gab es dort nicht seitens der GRÜNEN den Gewaltausbruch. Im Gegenteil, es gab eine große Distanzierung. Meine Frage an Sie:

Worauf berufen sich diese Äußerungen, die Sie gerade vorhin hier getan haben, auf welche Informationen oder Belege und warum verbreiten Sie das hier?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Da gibt es ja einige Demos, wo GRÜNE vom ORF begleitet wurden. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ein Nachweis! Scheinwerfer! Steine werfen!) Da* gibt es einige Demos, wo in diesem Zusammenhang natürlich Steine geworfen wurden. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Steinewerfer! Ein Nachweis!)*

Aber, egal wie auch immer. Ich verstehe das ohnehin schon. Da hat, zum Beispiel, Ihr Vorgänger Josko Vlasich gesagt, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Steine werfen! Ein Nachweis!)* dass eine gesunde Watschen für jeden Freiheitlichen angebracht wäre und *(Abg. Ilse Benkö: Der Joschka Fischer hat Steine geworfen!)* Joschka Fischer mit Steinen geworfen hat.

Da gibt es schon einige, die man natürlich auch verifizieren kann. Ich wollte das nur in dem Zusammenhang sagen, dass ich mich von jeder Gewalt distanziere - ob das jetzt die rechte oder die linke Gewalt ist. Das möchte ich damit zum Ausdruck bringen. Ich glaube, wir sind in einem Zeitalter, wo man auch verbal gut argumentieren kann, denn man braucht nicht immer demonstrieren und mit aller Gewalt gegen irgendetwas vorgehen.

Genauso ist es auf die Hasspostings gerichtet. Jedes Hassposting, das Hass schürt, ist abzulehnen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Es gibt also keinen Nachweis! - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Präsident Strommer.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben sich soeben von allen Hasspostings distanziert.

Letzte Chance: Distanzieren Sie sich auch vom Aufruf den der Kollege FPÖ Klubobmann getätigt hat? Sie haben heute hier, jetzt letztmals, die Möglichkeit, sich von solchen Aufrufen zum Gesetzesbruch zu distanzieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die Frage ist klar?

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Diese Frage habe ich heute schon einige Male beantwortet. Selbstverständlich distanziere ich mich nicht von meinem Kollegen, Klubobmann Gerhard Kovasits. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zum Aufruf der fünften Anfrage. Die fünfte Anfrage ist von Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas an Frau Landesrätin Mag. Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben in der Vergangenheit angekündigt, auch weiterhin Wintersportwochen an Schulen finanziell unterstützen zu wollen. Aus dem Landesvoranschlag 2016 geht jedoch hervor, dass Sie dafür zukünftig nur noch 100.000 Euro statt bisher 200.000 Euro vorsehen.

Wie können Sie daher bei dieser Halbierung sicherstellen, dass Wintersportwochen auch künftig noch im ausreichenden Maßstab gefördert werden können?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist sichergestellt, dass jenen Schülerinnen und Schülern, die eine Förderung brauchen, auch eine Förderung zur Verfügung gestellt werden wird. Die Förderungen werden neu aufgestellt, sie werden sozial gestaffelt und sie werden sogar ausgeweitet.

Ab jetzt werden nämlich nicht nur Skischulwochen, sondern allgemein mehrtägige Projektveranstaltungen, also zum Beispiel auch Sommersportwochen, vom Landesjugendreferat gefördert werden. Dabei wird auf die bereits bestehende Förderung des Hauptreferates Jugendbildung, Schul- und Kindergartenbetreuungswesen mit Mitteln des Landesjugendreferates aufgestockt.

Wichtig ist mir dabei, dass die Gewährung einer Förderung vom Familieneinkommen abhängig ist. Beispielsweise erhält damit eine Schülerin oder ein Schüler einer Unterstufe NMS nach sozialen Staffelungen demnächst eine Maximalförderung von bis zu 135 Euro. Bisher waren es 45 Euro. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Damit unterstützt das Land auch im aktuellen Schuljahr einkommensschwächere Familien mit bis zu 40 Prozent der Kosten eines Schulskikurses. Anträge können gerne

beim Hauptreferat Jugendbildung, Schul- und Kinderbetreuungswesen der Burgenländischen Landesregierung eingereicht werden.

Vielleicht noch ergänzend: Das Geld aus den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 stammte aus dem Verkauf des Burgenländischen Landesjugendheims, also jeweils zur Hälfte seiner Rücklage, die damit auch aufgebraucht war. Das heißt, das Geld ist nicht mehr zur Verfügung gestanden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgesehen davon halte ich von Massenförderungen sowieso nicht viel, denn ich sehe nicht ein, warum bis jetzt das Kind eines Top Managers beispielsweise einen Förderzuschuss vom Land Burgenland für einen Schulskikurs bekommen hat, *(Abg. Doris Prohaska: Genau!)* ein Kind aus einer einkommensschwächeren Familie aber keine Förderung für eine Sommersportwoche. *(Abg. Walter Temmel: Familienbeihilfe!)* Mein Ansatz ist hier ein sozialer. *(Abg. Doris Prohaska: Genau! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzte Frau Landesrätin!

Wie sieht diese soziale Staffelung, die Sie gerade erwähnt haben, im Detail aus? *(Abg. Robert Hergovich: Das hat Sie doch gerade gesagt. Zuhören!)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich erkläre es gerne noch einmal. Die neue Staffelung wird vom Familieneinkommen gemäß den Förderrichtlinien abhängig sein. *(Abg. Walter Temmel: Wie? - Mag. Thomas Steiner: Die Frage war: Wie?)*

Beispielsweise wird für Alleinlebende das Familiennettoeinkommen von 18.900 Euro herangezogen werden, für Personen in Partnerschaften ein Familiennettoeinkommen von 25.200 Euro und für jedes weitere unterhaltsberechtigte Kind im gemeinsamen und getrennten Haushalt zusätzlich 6.300 Euro. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Doris Prohaska: Bravo!)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Herzlichen Dank für die konkrete Auflistung. In der gestrigen Ausgabe der „bvz“ sprechen Sie davon, dass die bestehenden Förderungen aus dem Mitteln des Landesjugendreferates aufgestockt werden. Die Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache.

Was meinen Sie damit konkret? *(Abg. Robert Hergovich: Das hat sie auch schon gesagt. Das ist echt ein Wahnsinn! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! *(Abg. Robert Hergovich: Christian, das sind wohl die vorgeschriebenen Zusatzfragen!)* Ich erkläre es gerne auch noch einmal. Diejenigen Zahlen, die Sie aus dem Budget zitieren, diese Förderung war eine budgetierte Rücklage aus dem Verkauf des Landesjugendheims in Altenmarkt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja. Warum kommt es dann hier zu einer Ausweitung? Wie geht es dann?)*

Es ist nun eine soziale Staffelung eingeführt *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ah so. Die Ausweitung auf die Personen, aber nicht auf das Budget.)* und damit werden

diejenigen gefördert, die es wirklich brauchen, und nicht eine Massenförderung ausgeschüttet, für diejenigen, die es nicht brauchen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist wohl sozialistisch und nicht sozial! Das ist die Wahrheit.)*

Präsident Christian Illedits: Ich bitte um Ruhe! Die nächste Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Brandstätter, bitteschön. *(Abg. Doris Prohaska: Sehr dünnhäutig! Wirklich sehr dünnhäutig.)*

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Am 27. Februar wird es in Eisenstadt einen Zukunftsworkshop für Jugendliche geben.

Was ist das Ziel dieser Veranstaltung?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Ich möchte in Zukunft in der Jugendarbeit vor allem gemeinsame Wege gehen und gemeinsam mit den Jugendlichen die Zukunft der Jugendpolitik im Land Burgenland gestalten.

Wissenschaftlich begleitet wird dieser Prozess dabei das ganze Jahr über vom Institut für Jugendkulturforschung. Dieser Zukunftsworkshop, der am 27. Februar in Eisenstadt stattfinden wird, ist Teil dieses Prozesses. Dieser ganztägige Zukunftsworkshop wird zuerst einmal mit einem Fachvortrag über zukünftige Entwicklungen in der Jugendarbeit starten.

Nach dieser Präsentation werden wird dieses Thema mit den Workshop Teilnehmern diskutiert. Danach werden in Kleingruppen Zukunftsszenarien von den Workshop Teilnehmern erarbeitet und im Plenum im Hinblick auf die Konsequenzen für eine zukunftsfähige Jugendpolitik und Jugendarbeit vorgestellt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Eingeladen zu diesem Jugendworkshop sind die Mitglieder des Landesjugendforums, des Jugendbeirates und die Bezirksjugendreferenten. Das gesamte Projekt ist über eine Laufzeit von einem Jahr geplant. Durch das Ineinandergreifen der einzelnen Projektschritte ist damit ein kontinuierliches Miteinbeziehen der Jugendlichen gewährleistet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In Ihrer jungen Amtszeit haben Sie sofort die Politikwerkstatt abgeschafft, die ja doch ein sehr erfolgreiches Projekt war. Bei jeder Landtagssitzung konnten beinahe 20 junge Menschen miterleben, wie Politik funktioniert.

Warum sind Sie gegen diese Mitsprachemöglichkeiten von jungen Menschen und vor allem auch gegen die Demokratievermittlung an junge Menschen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe hier erste Gespräche auch schon mit dem Herrn Landtagspräsidenten geführt. Natürlich sind wir nicht gegen eine Öffnung des Landtages. Ganz im Gegenteil. Es ist uns sehr wichtig, dass vor allem auch Jugendliche im Burgenland hier aktiv miteingebunden werden und sehen, wie hier die Politik im Land passiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deswegen werden wir gemeinsam ein Projekt starten, das genau das zum Ziel haben wird, und damit den Landtag auch entsprechend den Jugendlichen öffnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ich finde diese Initiative der neuen Jugendpolitik und der Einbindung der Jugendorganisationen und der Jugendlichen vor Ort sehr gut und gratuliere Ihnen dazu.

Meine Frage an Sie ist: An welche Jugendorganisationen erging bis jetzt eine Einladung dafür?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe es vorher schon gesagt. Zu diesem Jugendworkshop sind alle Mitglieder des Landesjugendforums, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wer wurde schon eingeladen?)* alle Mitglieder des Jugendbeirates und alle Bezirksjugendreferenten und deren Stellvertreter eingeladen. Das Mail ist bereits vorige Woche hinausgegangen.

Es sind bereits die ersten Anmeldungen da. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dann können die Adressen nicht stimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zum Aufruf der sechsten Anfrage. Die sechste Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Mag. Drobits an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits zum Verlesen seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wie ist der aktuelle Stand betreffend der Unterbringung von Asylwerbern im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie sprechen wahrscheinlich das derzeit brennendste Problem, nicht nur des Burgenlandes, sondern der Republik Österreich an. Die Frage des Asyls und die Frage der Flüchtlingspolitik insgesamt in Österreich.

Im Burgenland arbeiten wir hart daran, in der Grundversorgung es zu schaffen, damit wir die Quote erfüllen. Wir sind nicht so weit, wie wir gerne wären. Punkt eins.

Punkt zwei, wir haben, der jetzige Verteidigungsminister war Landespolizeidirektor, nach den Jahren 1956, 1968, in den 1990erJahren, mit der Jugoslawienkrise und auch wie die DDR Bewegung über Ungarn nach Österreich gekommen ist, Menschlichkeit bewiesen, sodass das Burgenland hier Vorreiter ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, zur konkreten Frage kommend: Wir haben insgesamt im Jahr 2015 über 1.300 neue Plätze in der Grundversorgung im Asylbereich und seit meinem Amtsantritt über 1.000 neue Plätze im Burgenland geschaffen.

Ich möchte vielleicht auch dazu sagen, dass wir im Burgenland, im Gegensatz zum restlichen Österreich, eine viel stärkere Quote haben, was afghanische Asylwerber betrifft,

syrische Asylwerber, die aus dem Kriegsgebiet gekommen sind. An zweiter Stelle kommt dann der Irak und Somalia.

Insgesamt hat das Burgenland auch 182 unbegleitete Minderjährige. Damit sind wir neben Niederösterreich, aber die haben es nur durch Traiskirchen geschafft, jenes Bundesland, das die stärkste Quote bei den unbegleiteten Minderjährigen aufweisen kann. Insgesamt sind 71 Gemeinden von 171 bereit gewesen, Flüchtlingswerber aufzunehmen.

Es ist so, dass wir zirka zehn neue Quartiere jeden Tag prüfen. Ja, prüfen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 86 Prozent.)* das habe ich ja gesagt. Über 1.300 Quartiere sind geschaffen worden. Wenn ich jetzt beispielsweise Eisenstadt hernehme, dann hat die Stadtgemeinde Eisenstadt zwar den höchsten Anteil insgesamt, aber das größte Quartier, das geschaffen wurde, wurde durch den Robert Hergovich und mich in Eisenstadt geschaffen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das glaubt Dir doch niemand! Niemand glaubt Dir das. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Da hat es allerdings keine Mitarbeit von Eisenstadt gegeben, um sozusagen Ihrem Zwischenruf einmal zuvorzukommen.

Wir haben seit Jahresbeginn in den letzten Wochen 200 neue Plätze geschaffen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Ausrede… Eisenstadt.)* 200 neue Plätze sind geschaffen worden.

Präsident Christian Illedits: Herr Klubobmann Sagartz, bitte! Sie führen ständig Zwiegespräche und stellen immer Fragen. Aber, Sie haben nachher die Möglichkeit, sich mit einer Frage an den Herrn Landesrat zu wenden.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ) *(fortsetzend)*: Wir haben auch insgesamt im Jahr 2016 im Budget vorgesorgt, dass wir die Grundversorgung für Fremde, so heißt das im Budgetansatz, und das ist ja von diesem Hohen Haus beschlossen worden, von sechs Millionen auf knapp zehn Millionen Euro erhöht wurde.

Wir haben mit der Homepage „Wohnraumspende“ auf www.burgenland.at dafür gesorgt, dass hier auch sozusagen ein zusätzlicher Anreiz gegeben ist, hier auch Flüchtlinge im Burgenland unterzubringen.

Aber, ich sage ganz offen, ich stehe dazu, dass wir kleine Einheiten schaffen wollen, denn wir brauchen die Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir hätten diese kleinen Einheiten nicht schaffen müssen, denn wir hätten die Quote auch gleich *(Abg. Manfred Kölly: Bruckneudorf!)* mit Bruckneudorf erfüllen können. Ich weiß nicht, ob das in Ihrem Sinne gewesen wäre, wenn wir dort 450 Flüchtlingswerber aufgenommen hätten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Insofern halte ich auch diesen Weg der kleinen Schritte für den richtigen Weg. Wir haben, was auch vom Landeshauptmann schon angesprochen worden ist, auch im Referat in der Abteilung 6 aufgestockt. Derzeit sind sechs Mitarbeiter dort mit dieser Frage beschäftigt.

Wir haben auch strategisch dafür gesorgt, dass in den Bezirkshauptmannschaften sieben Mitarbeiter, also pro Bezirk einer oder eine für die Frage der Quartierbesichtigungen und damit auch für die Quartierauswahl zuständig sind.

Aus meiner Sicht sind wir also auf einem guten Weg. Übrigens haben wir jetzt 40 neue Quartiere auch in dieser Woche noch neu geschaffen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Landesrat!

Wie verteilen sich die Asylwerber auf die einzelnen Gemeinden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Abgeordneter! Ich habe es kurz angesprochen. Wir haben die Hälfte aller Gemeinden, die sich bereit erklärt haben, Asylwerber aufzunehmen. Es gibt Gemeinden, die das ganz stark erfüllen. Ich kann auch die Gemeinden nennen. Es ist so, dass von den Prozentzahlen am stärksten Unterfrauenhaid im Bezirk Oberpullendorf ist, mit im Verhältnis Bevölkerung zu Flüchtlingswerbern 9,78 Prozent aufweist, und dort übrigens auch keine Probleme da sind.

Dann kommt als zweitstärkste Gemeinde, nämlich Wörterberg. Die drittstärkste Gemeine ist Stinatz mit 8,25 Prozent. Deutsch Tschantschendorf weist mit Tobaj gemeinsam 7,25 Prozent auf und Bernstein verzeichnet 5,36 Prozent.

In absoluten Zahlen: Eisenstadt mit 255 Flüchtlingswerbern, mit einer Quote von 1,8 Prozent, dann Bernstein mit 117 Asylwerbern und Rechnitz mit 108, Stinatz mit 110, und Tobaj mit 104.

Ich verhehle nicht, dass es da und dort auch Probleme gibt, das sollte man auch nicht weg reden. Beispielsweise haben wir in Rechnitz mit unbegleiteten Minderjährigen einige Probleme gehabt. Man kann diese Problematik ja auch nicht lösen, indem man wegschaut, sondern man muss hinschauen. Wir versuchen auch, das Bestmögliche zu tun, damit die Akzeptanz in der Bevölkerung auch gewährleistet ist.

Ich halte noch einmal fest, dass die Frage der kleinen Einheiten, aus meiner Sicht, der richtige Weg ist, auch wenn es mühsamer ist, und wenn es gar nicht so einfach ist, diese kleinen Einheiten zu schaffen, aber das ist, aus meiner Sicht, auch der Weg für eine politische Akzeptanz.

Wir sind ja, egal welche Partei, ob grün, rot, blau oder schwarz, zumindest meine ich das, dazu aufgerufen, auch die Akzeptanz der Bevölkerung zu eruieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Manfred Kölly: Mich vergisst er immer, obwohl ich eigentlich das Meiste mache.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich denke, mir es ist auch wichtig, diejenigen Gemeinden, die hier bereits aktiv sind, positiv zu erwähnen.

Ist es für Sie vorstellbar, dass es auf der Homepage des Landes auch eine Karte gibt, wo eingezeichnet ist, in welchen Gemeinden bereits Asylwerbende aufgenommen und wo Quartiere geschaffen wurden?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat. Die Frage war, ob es möglich ist, eine Auflistung auf der Homepage des Landes zu implementieren? *(Abg. Manfred Kölly: Sicher. - Abg. Mag.a Regina Petrik: Positiv.)*

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Natürlich! Ja! Ich habe aber auch von einigen Gemeinden auch negative Rückmeldungen bekommen. Politisch motiviert, aber das ist auch legitim. Ollersdorf beispielsweise, so unter dem Motto, wir machen nichts, weil der Landeshauptmann gesagt hat, wir müssen hier auch restriktiv vorgehen.

Ich würde mir hier also auch wünschen, dass die Gemeinden sozusagen noch offensiver in diesem Bereich agieren. Ich verhehle auch nicht, dass die Akzeptanz nicht in allen Gemeinden gegeben ist.

Ich wünsche mir, das habe ich ja in diesem Brief an alle Gemeinden auch klar gemacht, dass es von den 171 Gemeinden noch mehr Gemeinden gibt, die auch Flüchtlinge aufnehmen, damit das, was jetzt kritisiert wurde, so in Nebensätzen und Zwischenrufen, nämlich, dass wir auch die Quote dann erfüllen können, tatsächlich auch erfüllen können, wenn nämlich noch mehr Gemeinden auch bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Präsident Strommer.

Abgeordneter Rudolf Strommer(ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Gegensatz zu Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz haben Sie sich vom Aufruf zum zivilen Ungehorsam klar distanziert. Sie haben das auch in einem ORF Interview öffentlich gesagt. Sie erinnern sich, es war das Szenario in Bruckneudorf. Ich habe Ihnen das auch sehr anerkennend gesagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr geehrter Herr Landesrat! Die FPÖ Niederösterreich hat gestern eine Ausgangssperre für Asylwerber gefordert. Auch Ihr Regierungskollege Tschürtz hat dies bereits im Juli gefordert.

Tragen Sie diesen Weg Ihres Koalitionspartners mit? Was sagen Sie zu solchen Vorschlägen Ihres Koalitionspartners?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es gibt klare rechtliche Normen, was Asylwerber machen dürfen, und was sie nicht dürfen. Ich bin der Meinung, wir sollten diese rechtlichen Normen einhalten. Ich glaube, dass das im gesetzlichen Rahmen jetzt so ist, dass das auch passt und mehr habe ich dazu nicht zu sagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf beendet.

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 210), mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird (Zahl 21 - 144) (Beilage 238)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 210, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, Zahl 21 - 144, Beilage 238.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, in ihrer 1. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Jänner 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Wolfgang Abgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte KollegInnen! Liebe Gäste hier im Hohen Haus! Zunächst möchte ich die Gelegenheit ergreifen, auch besonders die Gäste des Livestreams, da es dieses Mal erstmals möglich ist, über Smartphones, Computer und ähnliches zuzusehen, herzlich begrüßen.

Eine lange Forderung der GRÜNEN ist damit erstmals erfüllt. Wenn das Burgenland hier auch als letztes Bundesland diese Möglichkeit realisiert hat, so ist es nun doch auch hier möglich, Politik live zu erleben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun aber zum Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz. Dieses Gesetz dient der Pflege und dem Schutz der Landschaft, wie es schön heißt. Im Besonderen geht es um den Schutz von Vielfalt, Eigenart und Schönheit, um den Erholungswert, um ungestörte Wirkungsgefüge des Lebenshaushaltes und natürlich um die Erhaltung der Lebensräume der Tiere und Pflanzen des Burgenlandes.

Nun gibt es aktuell eine notwendige Überarbeitung beziehungsweise Anpassung dieses Gesetzes mit vielen positiven Punkten, die wir auch begrüßen. Leider hat die ganze Novelle allerdings einen wesentlichen Schönheitsfehler, und das ist der Punkt der Naturschutzorgane.

Die amtlichen Naturschutzorgane wurden - entgegen der gesetzlichen Vorgabe - leider bereits in den letzten Jahren nach und nach reduziert. Konkret haben wir im Südburgenland einen einzigen für drei Bezirke.

Nun soll anstatt diesen Mangel zu beheben, das Gesetz dahingehend geändert werden, nämlich dass man das praktisch festschreiben kann. Zukünftig soll nur - so heißt es dann - eine entsprechende Anzahl von Naturschutzorganen hauptamtlich zur Verfügung stehen, wo bisher, im Bereich jeder Bezirkshauptmannschaft, zumindest ein Naturschutzorgan nötig war.

Abgesehen davon, dass dieser Wortlaut praktisch jede Möglichkeit offen lässt, man weiß nicht, wer in der nächsten Regierung sitzt, ist aus der Praxis heraus an eine

Reduzierung dieser Naturschutzorgane nicht zu denken. Die Aufgaben werden immer mehr, die Tätigkeitsbereiche größer und auch die Sensibilität der Bevölkerung, was den Naturschutz angeht, wird größer.

Das heißt, wir bräuchten eigentlich mehr Naturschutzorgane und nicht weniger. Was nutzt ein gutes Gesetz, wenn dann niemand da ist, der es ausreichend überwacht und vollzieht?

Das Burgenland braucht den Naturschutz, ja nicht nur um des Naturschutz Willens. Das ist ja kein grünes Hirngespinst, es geht ja im Wesentlichen auch darum, den Menschen die zu uns kommen, sei es als neu Zugezogene, sei es als ganz massiv auch für den Tourismus, eine adäquate Naturlandschaft zu bieten.

Unsere Naturlandschaft ist ein Grundpfeiler unseres Landes und daher braucht es auch eine starke Stimme dafür und zwar direkt vor Ort in den Bezirken und zwar in allen sieben Bezirken. Das Burgenland ist, was den Naturschutz betrifft, bei aller nötigen Kritik in den letzten Jahren, doch einen guten Weg gegangen. Wir sollten diesen auf keinen Fall verlassen.

Hier geht es ja um keine großen Summen. Wir haben mit dem Naturschutzbund Burgenland und den ehrenamtlichen Naturschutzorganen eine gute freiwillige Basis, die aber ganz wesentlich in ihrer Arbeit darauf angewiesen sind, auch Ansprechpersonen zu haben und zwar nicht nur im Land, sondern auch in den Bezirken.

Die geplante Änderung im Gesetz würde den Naturschutz massiv zurückwerfen und ist so nicht hinzunehmen. Belassen wir den § 61 so wie er ist, er hat sich in der Vergangenheit als gut erwiesen und nützlich.

Wir werden daher einen Abänderungsantrag dazu einbringen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Manfred Kölly: Jetzt musst Du den Abänderungsantrag einbringen. – Der Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller holt den Abänderungsantrag von seinem Platz und gibt ihn dem Präsidenten.)*

Präsident Christian Illedits: Nein, das muss auch verlesen werden. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ach so verlesen, danke.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Der Abänderungsantrag lautet:

Die Regierungsvorlage betreffend ein Gesetz mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz -NG1990 geändert wird (Zahl 21 – 144) wird wie folgt geändert:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Ziffer 55 wird wie folgt geändert:

„§ 61 Abs. 2 lautet:

(2) Die Landesregierung hat Sorge zu tragen, dass zur Erfüllung der Aufgaben nach Abs. 1 eine entsprechende Anzahl von Naturschutzorganen, im Bereich einer jeden Bezirkshauptmannschaft zumindest ein Naturschutzorgan, hauptamtlich zur Verfügung steht.“ *(Beifall bei den GRÜNEN - Der Abg. Wolfgang Spitzmüller übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der Abänderungsantrag, der mir soeben überreicht wurde, ist nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag hat die nötige Unterstützung erfahren, sodass er in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich mich gleich bei unserer zuständigen Landesrätin für diese Novelle und die gute Zusammenarbeit zugunsten der Natur bedanken.

Jahrelang hat man versucht, dieses Gesetz zu novellieren und es endlich zeitgemäß zu gestalten, doch es wurde immer wieder verhindert. Die ÖVP Naturschutzlandesräte haben es nicht zustande gebracht endlich zu handeln. Sie kamen, sahen und gingen wieder. Das war alles, was sie getan haben.

Die rot-blaue Landesregierung spricht nicht nur, sondern wir handeln auch. Wir machen Politik für die Burgenländer und Burgenländerinnen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der rote Teil, ja.)* Diese Novelle war längst überfällig und nun ist sie durch Rot-Blau endlich da.

Lebensqualität und nachhaltiger Landschaftsschutz, darum geht es in dieser Novelle. Jeder, der sich der Bedeutung dieser zwei Worte bewusst ist, muss hier zustimmen. Die wichtigsten Punkte möchte ich hervorheben.

Die Rahmenbedingungen für den Schotterabbau werden neu geregelt und der Wildwuchs bei Werbung auf den Windrädern wird verhindert. Rechts- und Aufgabensicherheit sind wichtig, damit die Vollziehung reibungslos und ohne Probleme ablaufen kann.

Die Vollziehung der Landschaftsschutzabgabe zum Beispiel, hat in den letzten Jahren immer wieder Probleme aufgezeigt. Dieser Probleme wurden mit dieser Novelle behoben.

Noch ein großes Problem, das wir hier vorfinden sind Kraterlandschaften, wie auf der Parndorfer Platte, sie zieren unser Landschaftsbild. Man weiß selber nicht mehr, ob man schon am Mond ist oder noch im Burgenland? Mit dieser Novelle wird sichergestellt, dass solche Kraterlandschaften erst gar nicht mehr entstehen.

Bereits vor der Projekteinreichung für einen Schotterabbau muss der Antragsteller schon ein Endgestaltungskonzept vorlegen. So und nur so kann sichergestellt werden, dass die Natur geschützt wird und Landschaftspflege auch wirklich betrieben wird.

So bleiben die Gruben nicht offen und es darf ausschließlich nur mit Bodenaushubmaterial befüllt werden und nicht mit Reifen und sonstigen naturschädigenden Materialien.

Ein weiterer Punkt der Novelle ist die Erhöhung der Landschaftsschutzabgabe von 22 auf 24 Cent. Jahrelang - um genau zu sagen - seit 12 Jahren wurde es verabsäumt, diesen Betrag endlich anzupassen. Wenn jetzt jemand laut schreit und sich wegen zwei Cent aufregt, dann muss ich sagen, dass ich das nicht verstehe. Durch die Inflation ist eine Steigerung des Preisniveaus ganz natürlich.

Die Wirtschaft kann nur funktionieren, wenn alle damit verbundenen Faktoren auch angepasst werden. Daher ist es auch hier endlich notwendig geworden, den Preis zeitgemäß anzupassen.

Der Wildwuchs der Windräder ist mir auch noch ein wichtiger Punkt, den ich ansprechen möchte. *(Zweigespräche der Abg. Gerhard Steier und Abg. Mag. Thomas Steiner.)*

Herr Kollege! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bitte!)* Ich bin am Wort. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja eh, ich habe Sie auch nicht abgehalten davon, reden Sie.)*

Vor den Wahlen haben wir immer Felder gesehen, die vollgepflastert waren mit Strohballen. Ob das naturschutzgemäß ist, der Natur aufgrund von Wahlzwecken zu schaden, stelle ich in Frage. Auch die Windräder wurden immer wieder zu Werbezwecken missbraucht. Das war sicher nicht der ursprüngliche Zweck der Windräder.

Die ÖVP war immer für eine Erleichterung in diesem Bereich. Der einzige Vorteil wäre gewesen, dass man nicht nach Disney-World fliegen muss, denn das hätten wir dann bei uns vorgefunden. Das wäre aber schon der einzige Vorteil gewesen.

Ab jetzt gibt es ein restriktives Bewilligungsverfahren, das auch notwendig ist, um den Wildwuchs von Werbeflächen auf Kosten der Natur zu verhindern. Die Natur dürfte den vorigen Landesräten nicht so wichtig gewesen sein, denn Werbung stand mehr im Vordergrund als der Naturschutz und die Landschaftspflege. *(Abg. Walter Temmel: Das stimmt nicht!)*

Wir gehen einen anderen Weg. Wir wollen unsere Natur schützen und einen grünen Weg einschlagen. Jeder, der sich für den Schutz unserer Natur ausspricht und dem auch wichtig ist, dass unsere Nachkommen noch unsere schöne Natur bestaunen können, muss diesem Gesetz zustimmen.

Uns sind genau diese Punkte wichtig und daher werden wir dieser Novelle auch unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Steiner.

Bitte Herr Bürgermeister.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz ist natürlich eine wichtige Grundlage dafür, dass das Burgenland im Naturschutz sehr weit vorne ist.

Es hat natürlich ganz stark damit zu tun, dass in der Vergangenheit sehr, sehr gute Mitglieder der Landesregierung hier vorhanden waren, die sehr viel Wert darauf gelegt haben, dass im Burgenland im Naturschutz viel weitergeht.

Die vorliegende Novelle ist in vielen Punkten auch okay, das ist ja unbestritten. Es gibt ja immer wieder einen Anpassungsbedarf, vor allem auch bedingt durch die Vorgaben der Europäischen Union, aber auch aus anderen Gründen.

Auch die Umstellung der Vorschreibung und der Einbringung der Landschaftsschutzabgabe, der sogenannten Schotterabgabe, die kann man durchaus nachvollziehen, auch wenn natürlich die Erhöhung etwas höher ist als diese zwei Cent, weil ja die Berechnungsgrundlage geändert wird. Aber trotzdem ist das natürlich eine Sache, der man nähertreten könnte.

Der Kollege Molnar sieht das normalerweise anders. Ich bin neugierig, wie er sich heute dazu verhält.

Aber wofür wir als ÖVP Burgenland nicht zu haben sind, ist wenn zusätzliche Hürden eingebaut werden, dass Bewilligungsverfahren geschaffen werden, die nicht notwendig sind.

Es ist kurz darauf eingegangen worden, es geht um die Frage der Werbung außerhalb von Ortschaften. Und da ist es ja so, dass 2008 der Verfassungsgerichtshof diese komplette Einschränkung aufgehoben hat, als verfassungswidrig erkannt hat. Seit 2008 - heute haben wir 2016, also acht Jahre lang hat das offenbar gut funktioniert.

Mir ist jetzt nicht bekannt, dass irgendwie die Welt untergegangen wäre und niemand kann eigentlich wirklich erklären, warum man jetzt eine zusätzliche, eine neue Bewilligungspflicht einführen möchte, mit zusätzlichen Beamten, mit Sachverständigen, mit Kosten für die Unternehmerinnen und Unternehmer.

Das ist ganz einfach nicht nachvollziehbar, zumal ja der größte Teil dieser Frage durch die Straßenverkehrsordnung geregelt ist.

Meine Damen und Herren! Ich glaube überhaupt, dass es notwendig ist, dass wir bei den Gesetzen darauf achten, dass auch ein bisschen Mut zur Lücke geschaffen wird und man den Beamten, den Verwaltungsorganen, mehr Freiheit gibt. So wie es insgesamt notwendig ist, dass man einen anderen Weg einschlägt.

Das was die rot-blaue Landesregierung macht und das ist nur ein kleines Beispiel heute, ist mehr Bürokratie aufzubauen, ist Parallelstrukturen aufzubauen, ob das jetzt in der Verwaltungsreform ist. Ich meine, das was der Landeshauptmann heute gesagt hat, das war ja eine nette Geschichte, da fragt man sich nur, ist ihm das gerade eingefallen, oder schreibt er schon länger daran? Ich weiß es nicht, jedenfalls ist es sehr unglaubwürdig, was hier gesagt wird.

Aber auch zum Beispiel die Burgenländische Landesholding, ein Moloch der hier geschaffen wird. Und der jetzige Geschäftsführer macht ein Interview und kann selber nicht erklären, wofür er eigentlich da ist. Also alles ein Aufbauen von Bürokratie, von mehr Verwaltung, von mehr Einschränkung für die Menschen und das finden wir nicht in Ordnung.

Wir glauben, dass es einen anderen Weg geben muss, einen Weg mit mehr Freiheit, mit weniger Bürokratie, das Land auch unternehmerfreundlicher zu machen und ein Weg der Transparenz wäre angebracht.

Schon jetzt hat ja die rot-blaue Landesregierung eines geschafft, sie hat den nicht besonders rühmlichen dritten Platz von unten - was die Arbeitslosigkeit betrifft – eingenommen, nur Wien und Kärnten ist er noch schlechter.

Interessanterweise, die drei rot regierten Bundesländer haben die mit Abstand schlechtesten Arbeitsmarktzahlen. Ich glaube, das allein könnte schon Motivation genug sein, dass man einen anderen, einen richtigen Weg einschlägt. *(Abg. Doris Prohaska: Einen Schwarzen, ha, ha, ha. – Abg. Edith Sack: Bis 2015 habt Ihr die Möglichkeit gehabt.)*

Wir werden diesem Gesetz natürlich nicht zustimmen, daher auch nicht dem Abänderungsantrag. Aber wir haben den Abänderungsantrag natürlich unterstützt, damit er in die Verhandlung aufgenommen werden kann.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt wirklich sehr aufmerksam meinen Vorrednern zugehört und möchte einmal zu Beginn meiner Rede schon festhalten, dass diese Novelle wirklich etwas sehr Wichtiges ist.

Naturschutz, Landschaftsschutz ist für das Land Burgenland wichtig. Ich glaube, das haben wir bewiesen, wenn wir durch das Land fahren, dass das ein wichtiger Faktor ist und in diesem Sinne wird die jetzige Landesregierung und wird die SPÖ Burgenland auch darauf achten, dass das so bleibt.

Warum sage ich das? Ich bin davon überzeugt, im Tourismus, dass sehr viele Besucher ins Burgenland kommen, weil es wichtig ist, wo mache ich meinen Urlaub, wie fühle ich mich wohl, wie schaut die Landschaft aus und wo ist die Nachhaltigkeit?

Und Herr Kollege Steiner, wenn Sie die Wörter in den Mund nehmen, sich überhaupt trauen, Bürokratie schneller, flotter irgendetwas zu machen, dann darf ich Sie nur erinnern, dass fünf Jahre mit der ÖVP in der letzten Legislaturperiode dieses Gesetz verhandelt wurde.

Und jetzt frage ich mich natürlich schon, jetzt wo Sie in Opposition gehen, sich verabschiedet haben für Land und Leute zu arbeiten, hier uns etwas vorzuhalten - na Entschuldigung, das ist, glaube ich, nicht angepasst.

Und wir haben mit dieser Landesregierung, so wie hier unsere Landesrätinnen und Landesräte sitzen, ein rasches Gesetz ausgearbeitet, das sehr zukunftsorientiert ist und Sie sollten sich überlegen, was Sie hier vorne sagen. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner.)* Es hört Sie das ganze Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ja, und dann möchte ich natürlich auch zum Herrn Kollegen Spitzmüller sagen, dass ich das jetzt nicht ganz verstehe, weil wenn Sie sagen, dass jetzt dieser Punkt drinnen steht - entsprechende Anzahl der Naturschutzorgane soll passieren - warum schließen Sie daraus, dass es jetzt weniger werden, wenn hier das Wort steht "entsprechende Anzahl"?

Also ich bin davon überzeugt, dass gerade in diesem Bereich - Natur- und Landschaftsschutz - das Burgenland eine hervorragende Arbeit macht. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ja, habe ich gesagt.)* Ja, haben Sie auch gesagt und ich bin auch davon überzeugt, dass wir diesen Weg auch in Zukunft nicht verlassen werden, weil uns sehr bewusst und wichtig ist, dass wir hier eine Arbeit machen, die für Generationen wichtig sein wird.

Und daher verstehe ich nicht ganz, dass Sie da dieses Gesetz nicht mittragen können. Das ist jetzt nur, was mir so einfällt, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Warum sollten wird das ändern?)* weil es für mich unmöglich ist, das nachzuvollziehen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Warum wird der Punkt dann geändert?)*

Für mich ist es wirklich so, dass die Lebensqualität und der Landschaftsschutz sehr wichtig sind und ich glaube, dass dieses Gesetz, dieser Novelle wirklich die Abgabensicherheit gibt und auch eine Rechtsverbesserung ist.

Und natürlich auch für die Gemeinden, die bis jetzt keine Handhabe gehabt haben, im Sinne des Naturschutzes, wenn es neue Schottergruben gibt, irgendwie etwas machen

haben können. Daher bin ich davon überzeugt, dass das eine wichtige, eine gute Novellierung, eine Novelle ist.

Ich möchte mich wirklich bedanken bei unserer Frau Landesrätin, beim Team das mitgearbeitet hat, es war gut vorbereitet, es ist gedacht worden an die Zukunft, an die Generationen für unser Land, das sehr wichtig ist. Also, dafür ein herzliches Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Warum dieses Gesetz jetzt verändert wurde, haben meine Vorredner schon gesagt, also dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Eines, was ich noch hervorheben will - und das liegt mir auch am Herzen - ist dieses Argument, das von der ÖVP gekommen ist, mit der Werbung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So wie ich Bürgermeisterin der schönen Stadt Mattersburg bin, sind sehr viele Kommunalpolitiker hier im Landtag vertreten und Sie werden wahrscheinlich auch mit Ihrer Bevölkerung darüber diskutieren, dass sich die Bevölkerung oft belästigt fühlt, wo überall Werbung gemacht wird. Das ist überhaupt keine Frage.

Und ich muss sagen, wir in Mattersburg halten das so, dass auch in Wahlzeiten, und das tun wir schon lange, und das ist ein Beschluss aller Fraktionen in meinem Gemeinderat, eigentlich keine Wahlwerbung auf öffentlichem Gut gemacht wird.

Ich glaube, dass alle Mattersburgerinnen und Mattersburger gut informiert sind, wenn sie wählen. Und ich bin auch davon überzeugt, dass meine Bevölkerung das für gut hält und wir werden auch dabei bleiben. Warum mache ich diesen Vergleich? Weil ich davon überzeugt bin, dass auch Werbung, wenn man nicht genau darauf achtet, störend sein kein.

Jetzt nicht störend für meinen Konkurrenten, wenn ich auch eine Firma habe, sondern störend für ein Landschaftsbild, störend für den Tourismus und es ist nicht überall notwendig, ohne sich das genau anzusehen, Werbung zu machen. Und daher finde ich gerade diesen Punkt sehr wichtig in dieser Gesetzesänderung, weil dieser Punkt auch für uns, für die Natur, für die Bevölkerung und für den Tourismus gut ist.

Ich kann es nicht verstehen, dass es Fraktionen gibt, die hier alle im Landtag sitzen, wo sie doch alle für das Land, für die Leute, für die wirtschaftliche Seite, natürlich auch Verantwortung tragen, dass man sich einer Verbesserung, in jeglicher Hinsicht - und es ist eine Verbesserung – verwehrt. Also, das verstehe ich nicht. Aber ich muss es ja auch nicht verstehen, ich spreche ja nur für meine Fraktion.

Wir werden dieser Veränderung des Gesetzes natürlich gerne zustimmen, weil sie für die Zukunft und für die nächsten Generationen ganz wichtig ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beschließen heute ein Gesetz, das glaube ich, jedem von uns ein Herzensanliegen ist, im Speziellen, wenn man das Bekenntnis zum Leben abgibt. Und Mensch sein auf dieser Erde ist auch getragen von einem globalen grundsätzlichen Naturlandschaftsschutz und vom Bekenntnis auch zu Grund und Boden.

Diese Voraussetzungen in unserer Lebenssituation und Lebensgestaltung sind von unabdingbarem Ansatz und Charakter und deswegen ist auch jede Art von Steigerung gesetzlicher Maßnahmen hier von Nöten, auf der anderen Seite auch die Zustimmung zu geben.

Wir haben in den einzelnen Redebeiträgen, die dieses Gesetz in so einer Werdung jetzt kommentiert haben, gehört, dass ein wirklich triftiger Grund die Vermehrung beziehungsweise die große Gestaltung von Schotterabbauflächen, die dann verglichen wurden auch mit Kraterlandschaften, der Fall war.

Hier gibt es widerstrebende und unterschiedliche Zugänge von der Ausgestaltung dieser Schotterabbausituation und auf der einen Seite die Wirtschaftskammer, auf der anderen Seite der Konsument wird hier, wie wir es schon einmal hatten bei der Getränkesteuer, irgendwie ins Bockshorn gejagt.

Tatsache ist dies, dass diese Landschaftsschutzabgabe von den Schotterproduzenten an den Kunden weitergegeben wird und daher diese Abgabensituation nicht etwas ist, was jetzt vom Betreiber aufzubringen ist, sondern der Konsument zahlt diese Abgabe genauso, wie es auch bei der Getränkesteuer der Fall war, die dann nachträglich abgeschafft wurde, weil sie quasi eine Belastung dargestellt hat.

Alles was Abgabensituation ist - und da sind wir uns wahrscheinlich einig - bedeutet grundsätzlich eine Belastung. Nur muss man auch dann in der Verteilung dieser Abgaben Rücksicht darauf nehmen, dass durch diese gesetzliche Änderung jetzt ein Verteilungsschlüssel, der bisher mit 50:50 auf Land und Gemeinden gegeben war, verändert wird auf 60:40 und das grundsätzlich wegen administrativer Aufgaben, die nunmehr von Landesseite getragen werden.

In Wirklichkeit wird man den Schotterabbau - und das war ja immer der Diskussionspunkt - nur dann bemessen können, wenn man sich der heutigen Gegebenheiten über GPS und andere Gegebenheiten quasi benutzt, dass man sie zur Hand nimmt und damit die Abbausituation quasi qualifizieren kann.

Über den einzelnen LKW-Transport wird diese Manipulationsgegebenheit nicht abgeschafft werden. Das heißt, es braucht hier den Einsatz, der unter anderem von AMA-Seite her auf die Landwirtschaft schon seit Jahren genutzt wird und einwandfrei genutzt wird und zwar auf den Quadratmeter genau.

Daher ist es auch mehr als zeitgemäß, oder wäre es zeitgemäß, hier entsprechend einzuschreiten und die Möglichkeiten, die die moderne digitale Nutzung ergibt, auch umzusetzen. Dann braucht man sich auch nicht darüber Sorgen zu machen, wer jetzt in der Aufteilung bevorteilt wird, ob es jetzt das Land ist oder die Gemeinde.

Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass alles, was den Naturlandschaftsschutz anlangt, auch eine raumordnungstechnische Situation ist. Und raumordnungstechnische Maßnahmen zu setzen bedeutet auch, mit Bedacht darauf Rücksicht zu nehmen, was vorher von meinen Vorrednern auch im Sinne der Nachhaltigkeit qualifiziert wurde.

Diese landschaftliche raumordnungstechnische Möglichkeit in der Umsetzung bedeutet, nicht überall und gleichzeitig Schotterabbauflächen zum Beispiel umzusetzen, sondern sie mit Bedacht zu wählen, um sie dann auch rechtzeitig wieder schließen zu können und die Möglichkeiten zu nutzen.

Wovon ich überhaupt nichts halte, und hier finde ich mich mit Sicherheit mit vielen Burgenländerinnen und Burgenländern gemein, ist die Situation, dass aufgelassene

Schotterflächen dann in der Nutzung so überführt werden, dass sie raumordnungstechnisch für den Wohnbau genutzt werden.

Wir haben in der Nähe, im Neusiedlerbereich eine Schottergrube, die jetzt zur normalen Erweiterung im Sinne des Gemeindehotters oder der Gemeindegegebenheiten wie es in Parndorf zum Beispiel der Fall ist, und hier werden Wohnungen hingestellt, die genauso meiner Ansicht nach, dort nicht Platz haben, die im Grunde genommen im bebauten Siedlungsgebiet stattfinden sollten.

Das heißt, dass was den Natur- und Landschaftsschutz anlangt, auch in der gesetzlichen Umsetzung, gehört hier klar und deutlich geregelt, im Sinne der Flächenwidmung und der Raumordnung, damit hier Fehlentwicklungen hintangehalten werden.

Und inzwischen ist das Bekenntnis aller auch hier im Landtag vertretenen Parteien so weit, dass sich alle dazu äußern, alle dazu eigentlich das Wort ergreifen, aber die Wirklichkeit hinkt dann diese Umsetzung noch einigermaßen nach.

Was das Burgenland im Speziellen, aber auch alle anderen Bundesländer im Bereich des Landschaft- und Naturschutzes auszeichnet war und ist die Installierung des Umweltanwaltes.

Diese Installierung einer Person, im Sinne der Gegebenheiten der Konzentration des Aufgabenfeldes in der Verantwortung, hat dem Burgenland vieles gebracht und war auch in der Umsetzung von einer wirklich unabdingbaren Notwendigkeit, weil damit auch die Personifizierung der Landschaftlichen- und Naturschutz-Gegebenheiten der Fall war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es dann um das Personal in der Ansprache gegangen ist, dass zu wenig Naturschutzwarte vorhanden wären, dann muss man eigentlich die letzten Jahre sich vor Augen halten, dass nämlich nicht nur in diesem Bereich gespart wurde, sondern unter anderem jetzt, in vergleichbarer Ebene, auch im forstwirtschaftlichen Bereich.

Es hat in der Vergangenheit in jedem Bezirk einen Förster gegeben, das haben wir auch die längste Zeit nicht mehr. Das heißt, diese Kumulation in der personellen Ausstattung auf gewisse Einrichtungen des Landes hat in den letzten Jahren schon Personal gekostet.

Hier wurde seitens der Regierung schon entsprechend eingeschränkt operiert und das wird auch in Zukunft der Fall sein, wenn ich diesen Passus in der gesetzlichen Ausführung entsprechend, meiner Ansicht nach, interpretiere.

Tatsache ist, dass uns allen dieser Naturschutz - Landschaftsschutz - eine absolut dringliche Notwendigkeit sein sollte. Und daher ist es nur begrüßenswert, dass hier auch eine gesetzliche Regelung, im Zusammenhang mit dieser speziell der Schotterabgabe der Fall war, die langatmig gedauert hat, wo sich viele Leute einzubringen versucht haben, um eine Lösung herbeizuführen.

Ich glaube, dass auch im Zusammenhang mit dem erwähnten Passus der sogenannten Werbemöglichkeiten hier sehr eingeschränkt operiert werden sollte. Was mich aber grundsätzlich, Frau Abgeordnete, unterscheidet, ist für eine Wahlsituation, das sollte in einem demokratisch gegebenen Umfeld der Fall sein, und da sollte auch die Legitimation für das Aufstellen von Werbeständern gewährleistet sein. *(Zwischenruf der Abg. Ingrid Salamon)*

Dieser Novelle stimme ich natürlich zu. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland besitzt, Gott sei Dank, noch eine wunderbare Landschaft. Natur- und Landschaftspflege, wenn wir dieses Gesetz heute diskutieren, dann ist es mir schon sehr wichtig auch als Bürgermeister, einiges dazu zu bemerken.

Denn ich glaube sehr wohl, und da bin ich bei meiner Kollegin Salamon, auch bei den Werbeständern ist es nicht notwendig, bei Wahlen, aber auch anders immer wieder nur mit Werbungen zuplakatiert zu werden. Und ich denke, auch hier können wir einen Ansatz fassen und vielleicht bei der nächsten Möglichkeit, einen Antrag einbringen, dass überhaupt Plakatverbot in diesem Land einmal passieren soll.

Weil ich denke, vor Gemeinderatswahlen, vor Landtagswahlen sollte man doch schlussendlich auch die Gesichter und diese Leute kennen, die sich ja im Vorfeld schon profilieren können. Ich glaube, das wäre eben ein Ansatz, um nachzudenken, ob wir nicht in diese Richtung gehen können.

Wir wissen schon, das Burgenland und speziell das Südburgenland, wo die Landschaft noch ein ganz wichtiger Faktor ist, aber auch im ganzen Land, wo Tourismus, wo die Gäste herkommen, eben wegen dieser schönen Landschaft, eben wegen diesen Leuten im Burgenland, die sehr gastfreundlich sind, aber auch unsere Landwirte und die Bauern, die schlussendlich auch die Pflege dementsprechend machen und betreuen - und das darf man schlussendlich auch nicht vergessen.

Und ich denke auch, dass der Umweltanwalt, als der installiert wurde, ein sehr positives Zeichen war und auch noch ist. Und ich glaube, was mir aber ein bisschen sauer aufstößt, ist eines, dass man sich einbringen kann bei Gesetzen, dass man diskutieren darf, aber schlussendlich auch, wenn ein Umweltanwalt sich einbringt, dass das in keinem Satz erwähnt wird oder dementsprechend sich wiederfindet in einem Gesetz.

Daher bin ich überzeugt davon, man soll in Zukunft auch viel mehr alle Fraktionen die im Landtag vertreten sind, dementsprechend mit einbinden, aber auch, und das ist mir auch ein wichtiger Faktor, auch die Gemeindevertreterverbände, den Gemeindevertreterbund, aber auch andere Institutionen.

Es gibt ja auch noch andere und zwar die Liste Burgenland, die ein Gemeindevertreterforum hat, das hier miteinzubringen, weil es entscheidend ist, dass in Gemeinden auch das klar gestellt wird und Landschaftspflege und dergleichen mit dem Bürgermeister beziehungsweise mit dem Gemeinderat auch diskutieren muss.

Natürlich gehört für uns auch die Raumplanung dazu, selbstverständlich. Ich finde das für ganz wichtig. Wir haben vor einiger Zeit die Diskussion gehabt, auf der grünen Wiese Erweiterungen vorzunehmen, es wurde ein Antrag eingebracht.

Ich möchte nur das Beispiel Hofer in Stoob-Süd noch einmal ins Gedächtnis rufen. Wo wir einfach Erweiterungen beschlossen haben, die ich nicht für richtig gefunden habe. Denn wir haben das große Problem in den Ortskernen, in den Ortschaften, wo wir jetzt wieder ein neues Gesetz vom Bund aufgebrummt bekommen haben, dass wir in den Ortskernen wahrscheinlich nichts mehr so schnell bauen können.

Für Abfallwirtschaft und dergleichen mehr gibt es neue Gesetze und die drücken natürlich auf die Abgaben. Das wird alles natürlich auf den Endverbraucher,

beziehungsweise auf die Bevölkerung umgelegt. Auch hier ein großes Nachdenken. Wie sollen wir noch billige Wohnungen bauen, im Ortskern wenn die Aufschläge immer höher werden, das Wegreißen der Gebäude immer höher wird und dergleichen mehr?

Ich glaube, auch hier sollten wir uns noch einmal zusammensetzen, noch einmal nachdenken, wie wir die Lösung in einem Ortskern, beziehungsweise mit dieser Umweltsache umgehen wollen, in Gemeinden, aber auch im Land.

Daher ist es sicherlich ein Anliegen seitens des Bündnis Liste Burgenland sich immer wieder neu zu formieren, immer wieder neue Strukturen anzudenken und immer wieder, und das hat ja heute der Herr Landeshauptmann schon gesagt, man darf nicht stehen bleiben, man muss immer in Bewegung bleiben. Ich glaube auch das sollten wir machen und nicht Jahre vergehen lassen.

Und dann kommt man irgendwo drauf, so wie heute die Frau Landesrätin Dunst gesagt hat, wenn sie damals schon Landesrätin gewesen wäre, hätte das Jagdgesetz vielleicht ganz anders ausgeschaut. Daher sollte man ständig dahinter sein, auch bei den Gesetzen neu sich zu informieren, neu zu überdenken, dann werden wir auf einem guten Weg sein.

Aber man darf sich diesen neuen Gesetzen nicht verschließen, sondern man muss sie auch dementsprechend angehen und umsetzen. Daher wird die Bündnis Liste Burgenland diesem Antrag zustimmen.

Im Übrigen gratuliere ich dem Hofer Norbert zu seiner Kandidatur, obwohl wir wissen, dass das Bündnis Liste Burgenland gegen einen Bundespräsident allgemein ist, und auch für die Abschaffung eines Bundesrates ist, aber trotzdem einem Burgenländer kann man nur gratulieren dazu, dass er sich bereit erklärt hier mitzutun.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Abgeordnete! Hohes Haus! Gleich zu Beginn möchte ich festhalten, dass diese Gesetzesnovelle zum Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz längst überfällig und notwendig war. Und vor allem sehr wichtig ist, vor allem im Sinne eines nachhaltigen Naturschutzes in unserem Burgenland.

Diese Novelle begleitet mich jetzt schon seit meinem Amtsantritt im Sommer sehr intensiv. Ich habe in den letzten Monaten sehr viele Gespräche mit zahlreichen Beteiligten geführt, seien es jetzt Experten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitgebervertreterinnen und -vertreter, aber natürlich auch NGOs, die mich in dieser Gesetzesmaterie auch unterstützt haben.

Aber eines stand dabei immer im Vordergrund und zwar das gemeinsame Erarbeiten dieses Gesetzesentwurfes. Ich glaube behaupten zu können, dass sich diese intensiven Verhandlungen ausgezahlt haben. Denn dieses Gesetz ist ein sehr, sehr wichtiger Beitrag, wie wir auch jetzt schon von den Vorrednern gehört haben, und bürgt für mehr Lebensqualität und einem nachhaltigen Landschaftsschutz im Burgenland.

Auf die Änderungen des Gesetzes ist schon mehrfach eingegangen worden. Vielleicht noch ergänzend möchte ich festhalten, es geht nicht nur um die Neugestaltung

der Landschaftsschutzabgabe, sondern mit diesem Gesetz wird auch einem überbordendem Öffnen von Schottergruben vorgebeugt. Zusätzlich dazu besteht auch damit jetzt die Verpflichtung dieser Schottergrubenbesitzer, dass bereits bei Einreichung der Schottergruben auch schon ein Endgestaltungskonzept vorgelegt werden muss, wie mit der Schottergrube verfahren werden muss.

Vielleicht noch kurz zu den Werbeeinrichtungen. Ja, wir haben das von einem Anzeigeverfahren auf ein Bewilligungsverfahren geändert. Das unter dem Hintergrund natürlich, dass man diesen unkontrollierten Wildwuchs an Werbeeinrichtungen damit eindämmen möchte. Aber auch hier ist Augenmaß vorgenommen worden, denn es gibt eine Reihe von Ausnahmetatbeständen. Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass diese Novelle verstärkte Steuerungs- und Eingriffsmöglichkeiten im Sinne eines nachhaltigen Natur- und Landschaftsschutzes im Burgenland zum Inhalt hat.

Diese Novelle erfüllt somit ihren Zweck und ihren Sinn. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal recht herzlich bei allen Beteiligten bedanken, die zum Entstehen dieses Gesetzes beigetragen haben. Das heißt, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der entsprechenden Abteilung, Dr. Weikovics ist heute auch anwesend.

Herzlichen Dank bei den Mitarbeitern im Büro, bei den Landtagsklubs, aber auch bei den Abgeordneten die mitgewirkt haben. Aber auch beim Regierungspartner für die immer konstruktive Zusammenarbeit, denn hier ist es allen Beteiligten immer um die Sache gegangen und nie um persönliche Befindlichkeiten. Und das alles im Sinne eines nachhaltigen Umweltschutzes im Burgenland, und auch im Sinne unserer zukünftigen Generationen.

Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt nun ein Abänderungsantrag, eingebracht vom Landtagsabgeordneten Spitzmüller vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Spitzmüller eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf, so wie von der Frau Berichterstatterin beantragt, zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantrag ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

3. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 211) über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland (Burgenländisches EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetz - Bgld. EU-BA-G) (Zahl 21 - 145) (Beilage 239)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 211, über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland (Burgenländisches EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetz - Bgld. EU-BA-G), Zahl 21 - 145, Beilage 239.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Landtagsabgeordnete Kovasits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Gerhard Kovasits: Danke Herr Präsident. Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland, in ihrer 6. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Jänner 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vorliegende Gesetzentwurf unter Einbindung des von mir gestellten Abänderungsantrages einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und auch draußen an den Live-Stream-Endgeräten! Worum geht es in der Berufsanerkennungsrichtlinie? Die Europäische Union regelt seit vielen Jahren die Anerkennung von Berufsqualifikationen innerhalb der EU, um dadurch die Mobilität innerhalb des Binnenmarktes zu fördern.

Die zentrale Grundlage hierfür ist eine Richtlinie aus dem Jahr 2005, die 2013 in die Berufsanerkennungsrichtlinie geändert wurde. Diese Änderungen müssen bis Jänner 2016 in nationales Recht umgesetzt werden. Wir tun das hiermit und schaffen gerade noch die richtige Frist.

Die Neuerungen betreffen Erstens, eine leichtere Handhabung der Verfahren für die Betroffenen, etwa die Einführung eines europäischen Berufsausweises, die Transparenz und Informationen über Verfahren, das Recht auf partielle Anerkennung und anderes. Zweitens, soll die Kooperation der Behörden der Mitgliedstaaten erleichtert werden.

Die Rechtslage bleibt jedoch auch in der neuen Richtlinie recht unübersichtlich und in Österreich weitgehend zersplittert. In dieser Frage erscheint es mir nicht zweckmäßig, den föderalistischen Strukturen zu frönen. Hier sollte es eine gemeinsame Richtlinie auf nationaler Ebene geben, die dann überall die gleiche Gültigkeit hat. Wir haben aber nicht nur EU-Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die hier einem Erwerb nachgehen wollen und müssen.

Das ist auch schon seit längerer Zeit ein Thema und ich zitiere jetzt aus einem Pressetext, nicht aus einem eigenen, aus dem Jahr 2012. Zitat: "Viele Menschen mit Migrationshintergrund haben in ihren Herkunftsländern Ausbildungen und Qualifikationen erworben, werden aber oft nicht ausbildungsadäquat beschäftigt und entlohnt, weil sie ihre Qualifikation in Österreich nicht anerkennen haben lassen.

Die berufliche Anerkennung ist zwar ein bürokratischer Aufwand, aber auch eine wichtige Voraussetzung für eine ausbildungs- und leistungsgerechte Teilnahme am Erwerbsleben und trägt so zu mehr Chancengleichheit am Arbeitsmarkt bei. Die Zahlen bestätigen, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund in Beschäftigungsverhältnissen stehen, die nicht ihren Qualifikationen entsprechen."

Das war ein Zitat aus einer Pressekonferenz vom 29. März 2012 vom damaligen Sozialminister Hundstorfer und Außenminister Kurz, die diese damals sogar noch gemeinsam gegeben haben. Es wurde weiterhin deklariert, dass eine in Auftrag gegebene Studie aufzeigt, dass ein Drittel der im Ausland geborenen österreichischen Staatsbürger unterhalb ihres Qualifikationsniveaus eingesetzt werden.

Seither sind fast vier Jahre vergangen. Auch heute ist es so, dass der Großteil der Migrantinnen und Migranten in Österreich über vielfältige mitgebrachte Qualifikationen verfügen, dennoch fühlen sich deutlich mehr Migrantinnen und Migranten unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt als Österreichinnen und Österreicher. Hier haben wir noch einiges aufzuholen. Es soll ja ermöglicht werden, dass möglichst viele Menschen durch eigene Erwerbstätigkeit ihre Existenz sichern können.

Wichtig ist auch die Hereinnahme der Lehrberufe und die Überlegungen der Anerkennung von Vorkenntnissen, die diesbezüglich in einem anderen Land erworben wurden. Gerade junge Zugewanderte oder Asylwerbende kommen häufig mit konkreten Berufs- und Ausbildungserfahrungen, die in Österreich von hohem Wert sind. Deren Kenntnisse und Fertigkeiten werden bei uns gebraucht.

Hier würde es noch einige Bemühungen geben müssen, diese Vorkenntnisse in österreichische Ausbildungswege zu integrieren. Es geht also auch um die Anerkennung von non-formalen und informellen Kompetenzen für einen Berufsabschluss.

Dieser Anpassung werden wir natürlich zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes ist der Landtagsabgeordnete Wiesler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer im Ausland arbeiten will muss sich fragen, ob die Qualifikation, die er in seinem Heimatland erworben hat, auch dem EU-Staat gleichwertig anerkannt wird in dem er tätig sein will.

Durch die EU-Berufsanerkennungsrichtlinie wurde ein einheitlicher Rahmen geschaffen, in dem die Voraussetzung und die Anerkennung von Berufsqualifikationen in den einzelnen EU-Ländern einheitlich festgelegt wurden.

Das Recht der Unionsbürger sich überall in der EU niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen, ist ein gemeinschaftliches Grundprinzip wie die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Regelungen über die einzelstaatlichen beruflichen Qualifikationen können jedoch zu Beeinträchtigungen dieser Grundfreiheiten führen.

Solche Hindernisse werden durch die gegenseitige Anerkennung der beruflichen Qualifikation und Bildungsnachweisen zwischen den Mitgliedstaaten somit geregelt und garantiert. Im Allgemeinen unterliegt die Berufsanerkennungsrichtlinie naturgemäß einer ständigen Weiterentwicklung.

Genau deshalb, weil die Richtlinie einer ständigen Weiterentwicklung unterliegt, ist nach einer zweijährigen Verhandlung zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission im Jänner 2014 die reformierte EU-Berufsanerkennungsrichtlinie in Kraft getreten und ist eben bis Jänner 2016 in nationales Recht umzusetzen.

Die Berufsanerkennungsänderungsrichtlinie betrifft sowohl Bereiche die in den Kompetenzbereich des Bundes, als auch solche, die in die Zuständigkeit der Länder fallen, unter anderem die Berufs- und Dienstrechtsgesetze. Im Zuständigkeitsbereich des Landes soll an der materienspezifischen Umsetzung im Bereich des Berufsrechtes grundsätzlich festgehalten werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Richtlinie, die in die Länderzuständigkeit fällt, insbesondere die Verwaltungszusammenarbeit, der Vorwarnmechanismus, die Erweiterung der Informationspflichten und der Möglichkeit zur elektronischen Verfahrensabwicklung über den einheitlichen Ansprechpartner umgesetzt werden.

Wichtig erscheint mir dabei der Vorwarnmechanismus. Der Vorwarnmechanismus verpflichtet die zuständigen Behörden eines EU-Mitgliedsstaates dazu, die zuständigen Behörden aller EU-Mitgliedsstaaten über einen Berufsangehörigen zu unterrichten, denen die Ausführung ihrer beruflichen Tätigkeiten hinsichtlich landesgesetzlich geregelter Berufe von Behörden oder Gerichten ganz, teilweise oder vorübergehend untersagt worden ist.

Darüber hinaus greift der Vorwarnmechanismus auch, wenn gefälschte Berufsqualifikationsnachweise verwendet wurden. Dies gehört auch zu den Informationspflichten.

Weitere Informationspflicht ist ein Verzeichnis aller reglementierten Berufe, ein Verzeichnis aller Berufe für die es einen europäischen Berufsausweis gibt, ein Verzeichnis aller reglementierten Ausbildungsgänge oder Angaben über das Einlegen von Rechtsbehelfen und so weiter.

Neu ist auch durch die reformierte Richtlinie die Einführung des europäischen Berufsausweises. Dieser wird die Freizügigkeit von Berufstätigen in der EU im Rahmen der modernisierten Richtlinie über Berufsqualifikationen erleichtern. Es soll in Zukunft das behördeninterne Anerkennungsverfahren vereinfachen und bürgertransparenter gestalten.

Momentan trifft dieses Anerkennungsverfahren für fünf Berufe zu, der allgemeinen Krankenpflege, der Apotheker, des Physiotherapeuten, des Immobilienmaklers und des Bergführers.

Im Landesbereich ist kein landesgesetzlich geregelter Beruf davon betroffen, weshalb entsprechende Umsetzungsbestimmungen hier vorerst nicht erforderlich sind. Hintergrund der EU überhaupt, wie viele wissen, war die Einführung der Berufsanerkennungsrichtlinie beziehungsweise die Anerkennung von Berufsqualifikationen, damals ein Beitrag zur Flexibilität der Arbeitsmärkte zu leisten, eine weitgehende Liberalisierung von Dienstleistungen herbeizuführen.

Einen stärkeren Automatismus bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen zu fördern, weil man der Meinung war oder ist, angesichts der sinkenden Bevölkerungszahl im arbeitsfähigen Alter in den vielen EU-Ländern, wird die Nachfrage nach qualifizierten Personen voraussichtlich zunehmen.

Es wurde oder wird erwartet, dass die Zahl der unterbesetzten Arbeitsstellen bis 2020 enorm steigt. Dies macht ein schnelles, einfaches und zuverlässiges Verfahren für die Anerkennung qualifizierter Fachkräfte erforderlich. Wenn man auch der jüngsten Vergangenheit Glauben schenken darf, haben wir jetzt genug qualifizierte Personen im europäischen Raum aufgrund der Vorkommnisse.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nur darauf hinweisen, dass europaweit bewährte nationale Berufssysteme dieser EU immer mehr zum Opfer fallen und damit nachhaltiger wirtschaftlicher Schaden zu Ungunsten unserer Bevölkerung angerichtet werden könnte, Betonung liegt auf könnte, immer leichterer Zugang zu unserem Arbeitsmarkt.

Mit der Flüchtlingskrise haben wir ein Arbeitskräfteüberangebot. Wir haben ein tägliches Einpendeln von Arbeitskräften aus den Nachbarländern und ich bin auch der Meinung, es wird Lohn- und Sozialdumping weiter fördern. Hier hoffen wir natürlich auf das Einlenken des Finanzministers, der mehr EU-Befürworter ist als ich, sage ich einmal.

Ich denke, wir sollten unsere Arbeitnehmer in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigen, denn auch für diese gilt aus ihrer Sicht die Erhaltung ihrer Lebensqualität gepaart mit sozialer Sicherheit. Beschäftigung ist die Grundlage für unsere Existenz und für unseren Wohlstand.

Ich möchte hier nicht schwarz malen. Bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt und weil ich ein so hoffnungsvoller Mensch bin hoffe ich, dass es keine Einschnitte in unser Sozialsystem dadurch geben wird. Hoffe ich, dass hier nicht schleichend unsere Arbeitskräfte ausgetauscht werden, hoffe ich, dass, weil hohe Qualitätsstandards, Know-how und vieles mehr nicht verloren gehen wird.

Aus dieser guten Hoffnung heraus, dass vieles leichter, einfacher und besser wird, werden wir dieser Richtlinie zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes erteile ich dem Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Vorredner haben sachlich sehr genau erläutert, worum es in dieser Gesetzesnovelle geht. Es steht mir auch nicht an das zu kommentieren. Ich nehme mir aber die Freiheit heraus, dass ich auf diese sachliche

Thematik nicht eingehe. Insbesondere dadurch, weil der Kollege Wiesler jetzt eine Wortmeldung von mir provoziert hat.

Sie haben davon gesprochen, dass es besonders wichtig ist, dass unsere Arbeitsplätze geschützt bleiben, dass Wirtschaft in unserem Land möglich ist und gut möglich ist. Ich möchte auf das noch einmal eingehen, was vor wenigen Minuten hier beschlossen wurde. Wir haben genau das Gegenteil gemacht. Alle Parteien, und ich kennen das eigentlich aus keiner einzigen Rede eines Abgeordneten, egal welcher Fraktion, sprechen sich dafür aus, dass bürokratische Hürden erhöht werden.

Wir hatten - und das möchte ich hier noch einmal betonen - das möchte ich so im Protokoll des Landtages drinnen stehen haben, wir haben acht Jahre de facto einen rechtsleeren Raum gehabt, wo es keine mir bekannten großen Beschwerden gegeben hat, dass Werbeaufstellungen, dass es in diesem Bereich zu großen Problemen gekommen ist, Bürgerprotest.

Ich kenne keine einzige Anfrage aus der Bevölkerung zu diesem Thema. Trotzdem hat der Burgenländische Landtag hier mehrheitlich beschlossen, dass aus einer Anzeigepflicht ein Bewilligungsverfahren wird. Es geht um 100 Einsatzstunden. Man schätzt, in den Erläuterungen steht 55.000 bis 60.000 Euro Aufwand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man dann sich hinstellt und sagt Wirtschaften muss im Burgenland leichter sein und da darf auch die Europäische Union uns nicht daran hindern. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist zutiefst unglaubwürdig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte anmerken, dass wir im Bereich der Berufsausbildung derzeit ein Zweiklassensystem haben, was insbesondere auch die europäischen Austauschsysteme betrifft. Während es für Studierende großartige Möglichkeiten gibt, sich in anderen EU-Ländern über das Erasmus-Programm Fähigkeiten zu erlernen, gibt es das für Arbeitnehmer sehr beschränkt bis gar nicht und für Lehrlinge noch in beschränkterer Art und Weise.

Ich glaube, wenn man schon darüber spricht, dass wir hier eben jetzt eine EU-Richtlinie, übrigens einige Tage verspätet, 18. Jänner war die Frist, heute beschließen und in nationales Gesetz umwandeln, dann möchte ich das hier betonen, dass in diesem Bereich Aufholbedarf besteht.

Es geht nicht nur um jene Fertigkeiten die man im Ausland erworben hat oder wenn wir als Österreicher in das EU-Ausland gehen und dort versuchen einen Arbeitsplatz zu finden. Es geht auch um die Möglichkeiten, hier für Arbeitnehmer Erfahrungen zu finden, Austauschprogramme zu initiieren. Gerade das wäre eine Möglichkeit Wirtschaft zu erleichtern, denn nur eine starke Wirtschaft macht ein starkes Land. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Im Tagesordnungspunkt 3 liegt uns ein Gesetzentwurf über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland vor. Es geht im konkreten Fall um ein sogenanntes burgenländisches EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetz.

Dies bedeutet, dass eine EU-Richtlinie, nämlich jene aus dem Jahr 2013 mit der Nummer 55, welche bereits 2005 eine Änderung der Richtlinie mit der Nummer 25 zu 36

erwirkt hat, hinblicklich der Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie der Verwaltungszusammenarbeit im Sinne oder mit Hilfe des Binnenmaktinformationssystems umgesetzt werden soll.

Umgesetzt werden soll innerstaatliches Recht. Nun vielleicht bevor ich auf den Inhalt dieser Richtlinie eingehe, vielleicht aus formellen Gründen eine wichtige Mitteilung. An und für sich sind die Rechtsinstrumente der EU vielfältig. Es gibt Richtlinien, Verordnungen, Stellungnahmen und Empfehlungen.

Die Richtlinien sind solche Rechtsinstrumente, die einer zusätzlichen Umsetzung durch innerstaatliches Recht, im konkreten Fall österreichisches Recht, bedarf. Verordnungen werden direkt oder unmittelbar anwendbar. Im konkreten Fall ist die Berufsanerkennung bislang im Zuständigkeitsbereich des Landes gelegen und in diverseren Dienstrechtsgesetzen geregelt.

Durch die konkrete Umsetzung der EU-Richtlinie 2013, Nummer 55, soll erreicht werden, dass im EU-Bereich die Anerkennungsverfahren verbessert und vereinfacht werden. Welche Ziele stecken dahinter? Es geht einerseits um eine Stärkung des Binnenmarktes. Aber vor allem auch um eine Verbesserung der Freizügigkeit der Erwerbstätigkeit im EU-Bereich.

Schließlich spielt auch vor allem der Gedanke der Transparenz innerhalb der EU-Staaten, wenn es um Anerkennung von Berufsqualifikationen geht, eine wesentliche Rolle. Was sind nunmehr die wesentlichen Neuerungen? Was bislang nicht gesagt worden ist, sind wichtige Aspekte. Nämlich erstens, die Verpflichtung zur Anerkennung von Berufspraktika in allen Mitgliedsstaaten.

Das bedeutet, dass sehr wohl alle Pflichtpraktika und Berufspraktika innerhalb der EU anerkannt und angerechnet werden müssen. Zweitens, ein ganz ein wichtiger Punkt, die Berücksichtigung des lebenslangen Lernens bei der Anerkennung der Berufsqualifikation. Auch das wurde bislang nicht betont. Meiner Meinung nach, gerade in heutigen Zeiten, wo lebenslanges Lernen wesentlich sein wird, ein wesentlicher Bereich.

Schließlich, wie bereits erwähnt, die Einführung des sogenannten europäischen elektronischen Berufsausweises. Zu dem komme ich noch, weil dahinter steckend auch neue Details sind, die auch wichtig sind für die landesgesetzliche Regelung.

Unbetont und unbehandelt blieb bisher auch die Möglichkeit der Anerkennung von Teilqualifikationen, die auch durch die EU-Richtlinie gegeben sind, und vor allem auch die Neuregelungen der Bestimmungen über Sprachkenntnisse.

Betont wurden bereits der Vorwarnmechanismus sowie die Schaffung von elektronischen Verfahrensabwicklungen in Verbindung der Weitergabe von Informationen. Nun, bislang wurde bereits der europäische Berufsausweis angeführt. Dieser europäische Berufsausweis gilt leider, oder bedauerlicherweise, mangels Durchführungsrechtsakten in der Europäischen Kommission nur für fünf Berufsbereiche.

Kollege Wiesler hat es bereits angemerkt, vielleicht aber trotzdem ergänzend dazu. Ich glaube persönlich, dass die Erweiterung dieser Berufe sinnvoll und zielführend sein wird. Gerade deshalb ist die Schaffung dieses innerstaatlichen Gesetzes, dieses burgenländischen EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetzes wichtig, weil eine Erweiterung unmittelbar bevorsteht.

Die Berufe wurden bereits angesprochen. Es geht vor allem um die allgemeine Krankenpflege. Ein ganz wesentlicher Bereich auch für das Land Burgenland. Aber es geht auch um Bereiche wie MTT-Berufe, insbesondere zum Beispiel die

Physiotherapeuten und auch Berufe, die im Dienstleistungswesen sehr stark zunehmen, Immobilienmakler zum Beispiel als genannte Gruppe.

Nun, es wäre grundsätzlich auch möglich gewesen, diese EU-Richtlinie durch die bisherigen Dienstrechtsgesetze in innerstaatliches Recht überzuführen. Ich denke mir aber, dass es eine Chance war, durch Erlassung eines eigenen Gesetzes des nunmehr vorliegenden Gesetzentwurfes aus Transparenzgründen diese Regelung durch ein eigenes Gesetz zu schaffen.

Weil nämlich auch die Weiterentwicklung des Berufsanerkennungsrechtes durchaus erfolgen wird und deshalb auch anstrebenswert ist. Ein Aspekt, der auch genannt worden ist, ist die elektronische Verfahrensabwicklung und auch die Weitergabe von Informationspflichten vor allem für die landesgesetzlich reglementierten Berufe. Auch das ist ein Bereich der durch diese Umsetzung der Richtlinie ein zusätzlicher Vorteil sein wird.

Nun zuletzt zum Vorwarnmechanismus, der bereits vom Kollegen Wiesler angesprochen wurde. Hierbei geht es darum, dass die Mitgliedsstaaten nunmehr die gänzliche oder teilweise Untersagung der Berufsausübung erkennen. Das bedeutet, dass diejenigen, die gefälschte Berufsqualifikationen vorlegen wollen, nicht mehr die Möglichkeit haben, dies zu tun.

Das verhindert Betrug. Ich glaube deshalb auch, dass zukünftig durch diese Umsetzung der Richtlinie einerseits auch die Meldung an die Staatsanwaltschaft erfolgen wird und auch die Anerkennungsverfahren bis zur rechtskräftigen Entscheidung ausgesetzt werden. Letztendlich ist mir noch wichtig zu sagen, dass diese Umsetzung der Richtlinie nur einen geringfügigen Mehraufwand aus finanzieller Sicht bewirken wird.

Es wird nur durch die Übertragung der Aufgaben geringfügige finanzielle zusätzliche Belastungen geben und deshalb kann ich festhalten, dass diese Richtlinie obligatorisch ist und deshalb auch in innerstaatliches Recht umgesetzt wurde. Ich glaube, dass durch die eigene transparente und übersichtliche Regelung im Zuge dieses burgenländischen EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetzes durchaus auch der Weiterentwicklung der Berufsanerkennung Rechnung getragen wird.

In diesem Sinne glaube ich, haben wir ein gelungenes Rahmengesetz, welches die Umsetzung der Richtlinie 2013/55 der Europäischen Union geschafft hat.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland (Burgenländisches EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetz - Bgld. EU-BA-G) ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland (Burgenländisches EU-Berufsanerkennungsrahmen-Gesetz - Bgld. EU-BA-G) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 212), mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 146) (Beilage 240)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 212, mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 146, Beilage 240, ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 6. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Jänner 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsauschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Finanzminister kommt mit Vertretern von Ländern und Gemeinden überein, Transparenz in die öffentlichen Finanzen zu bringen und mit einheitlichen Haushaltsregeln die Vergleichbarkeit von Budgetzahlen herzustellen.

Diese Zielsetzung, die sich an sich selbstverständlich anhört, stammt aus dem Juni 1974 und in den über 40 Jahren seither ist es nicht gelungen, diese vermeintlich selbstverständlichen Zielsetzungen mit Leben zu erfüllen.

Der Kampf um einheitliche Haushaltsregelungen ist sicherlich eines der besten Beispiele dafür, was man in Österreich unter Realverfassung zu verstehen hat und was Föderalismus in der tagespolitischen Praxis auch bedeuten kann und nicht im besten Sinne bedeuten kann. Inhaltlich geht es um die Gliederung der Rechnungsabschlüsse und Voranschläge der Gebietskörperschaften. Klar ist, nur vereinheitlichte

Haushaltsregelungen können der vorherrschenden Problemstellung gerecht werden und die vorherrschende Problemstellung lautet:

Erstens: Die Budgets der Gebietskörperschaften sind nur mangelhaft vergleichbar.

Zweitens: Die Ausgliederungen der Gebietskörperschaften sind kaum bis gar nicht erfasst und

Drittens: Die Kameralistik hat zwar ohne Zweifel ihre Vorzüge, ist aber nur bedingt geeignet, Transparenz in die Haushalte zu bringen.

Meine Damen und Herren! Die vorliegende 15a-Vereinbarung ist sicherlich der größte Schritt in den letzten 41 Jahren, seit dem Heiligenbluter Abkommen, der größte Schritt der seither in Richtung Transparenz, Effizienz und Vergleichbarkeit gesetzt wurde. Trotzdem muss man sagen, dass der Weg zu allumfassenden, transparenten und vergleichbaren Haushalten noch lange nicht zu Ende gegangen ist.

Meine Euphorie hält sich auch deshalb in Grenzen, weil ich es als kritischer Staatsbürger schlicht und einfach nicht verstehen kann und auch nicht verstehen will, dass um öffentliche Haushalte überhaupt noch Geheimnisse gemacht werden.

Der Bürger und Steuerzahler hat schlicht und einfach ein Recht darauf, ein Recht auf allumfassende Transparenz und es ist, da wird es Ihnen nicht anders gehen als mir, einem kritischen Bürger auch gar nicht plausibel zu machen, warum um solche Sachen wie Schuldenstand, Haftungen und insgesamt Zahlen aus der Gebarung von Gebietskörperschaften, warum darüber überhaupt noch gestritten werden kann und warum es darüber überhaupt noch Meinungsunterschiede geben kann.

Mir ist bewusst, dass es unterschiedliche Interessenslagen gibt. Mir ist auch bewusst, dass es verschiedene Meinungen gibt, vor allem was auch die gesetzlichen Grundlagen betrifft, etwa die Interpretation des Finanzverfassungsgesetzes und ich sehe, dass man mich nicht missversteht, die Schuld für die bisherige Situation auch gar nicht alleine bei den Bundesländern.

Aber öffentliche Haushalte dürfen einfach keinen Raum für Geheimnisse und Spekulationen bieten, meine Damen und Herren, und ich glaube, das ist eine Zielsetzung, die wir alle gemeinsam verfolgen sollten. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Mit ihrer Harmonisierung der Rechnungslegungsvorschriften ist die vorliegende 15a-Vereinbarung bei aller Kritik in allgemeiner Hinsicht ein sehr großer Fortschritt.

Wir von freiheitlicher Seite hoffen, dass die Umsetzung gelingen wird, dass die weiteren notwendigen Schritte rasch folgen werden und dass es nicht noch weitere 41 Jahre dauern wird, bis wir tatsächlich von allumfassend transparenten und vergleichbaren Haushalten reden können.

Wir nehmen die Vereinbarung zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. ist der Nächste, der zu Wort gemeldet ist.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die neue VRV kommt nun in die Länder ab 2019 und in die Gemeinden 2020, aber zumindest wird nun dieser Kraftakt, der lange angekündigt wurde, auch Realität.

Die Einführung der doppelten Buchhaltung im öffentlichen Rechnungswesen erfolgt somit in Form einer lesbaren Bilanz, einer GuV, einem Anhang und eines Anlagespiegels. Es wird Vermögen gegenüber den Fremdmitteln gestellt, Zu- und Abfluss von Ressourcen werden dargestellt und außerdem geben alle Ein- und Auszahlungen die Liquiditätsperspektive ganz klar wieder.

Mit der Umstellung des Landeshaushaltes bis spätestens 2019, mit Ankündigungen des Herrn Landesrates wird das schon dieses beziehungsweise nächstes Jahr erfolgen. Damit werden - zumindest in der Vorbereitung, falls ich das richtig gehört habe - unsere Kritikpunkte endlich umgesetzt. Ein Beteiligungsspiegel ist dann verpflichtend, es gibt einen Anlagen- und einen Leasingspiegel für die Töchterunternehmen des Landes und damit Transparenz und Übersicht.

Der gänzliche Ausweis aller Haftungen wird dargestellt ohne die Risikoklassen, die wir immer kritisiert haben. Zukünftig müssen Rückstellungen, für zum Beispiel Pensionen, Abfertigungen, aber auch für Prozesse, die das Land führt, dargestellt werden, sowie alle Schulden des Landes werden nun in den Rechnungsabschluss nach der neuen VRV einfließen. Mit dem Ziel - und das ist ganz klar - mehr Transparenz und Ehrlichkeit für die Steuerzahler herbeizuführen.

Es gibt kein Vertuschen mehr, es gibt kein bewusstes Verstecken von Schulden oder Verbindlichkeiten und ich glaube, dass hinsichtlich unserer Zinsgeschäfte dargelegt werden wird, wie viele Schulden wir damit pro Jahr wirklich machen und wie viel Verlust dieser Zinsswap kostet.

Die Auswirkungen sind ganz klar: Mit einer neuen Rechnungslegung schaffen wir als Politik endlich die notwendige Transparenz und liefern auch hinreichend Informationen für die Steuerzahler über die öffentlichen Finanzen. Wir wissen, dass entscheidende Krisen immer im Zusammenhang mit der Fehleinschätzung von Risiken und mit dem Verbergen von relevanten Informationen einhergehen.

Deswegen lügen wir uns zukünftig in diesem Bereich nicht mehr selbst an und beugen auch die Fiskalillusionen vor. Es werden natürlich finanzielle Risiken sofort offengelegt, wie sie im Burgenland im Sozial- oder Gesundheitsbereich bestehen, oder auch unser teurer Zinsswap jährlich zu einem Minus von zirka acht Millionen Euro führt.

Mit der neuen VRV geht auch die Vergleichbarkeit mit privatwirtschaftlichen Jahresabschlüssen einher. Wir schaffen damit eine Vergleichbarkeit zwischen Ländern, zwischen Gemeinden. In der heutigen Zeit ist das „state of the art“, um zur Stärkung der Transparenz der öffentlichen Finanzen zu kommen.

Mit der neuen VRV bringen wir Licht ins dunkle Moloch des Versorgungskonzerns, der mit 1.1.2016 aktiv gegründet ist, der BLh, in der in Wirklichkeit nur ein SPÖ-Sekretär als Prokurist den Wachhund für den Machterhalt spielt und damit eine Parallelstruktur zur Verwaltung aufgebaut wird.

Mit der VRV wird klargelegt, wie viele Schulden sich wirklich in diesem Konzern verbergen werden und ich bin schon darauf gespannt, wie die Reaktionen der Steuerzahler darauf sein werden.

Für die Zukunft erhoffen wir uns natürlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die damit befasst sind, in der Umstellung geschult sind, betreut werden, weil diese Umstellung enorm viele Kosten und auch Aufwand verschlingen wird. Es wird zur Änderung der notwendigen Budgetstruktur kommen: Wohin die Mittel gezahlt werden, wofür sie gebraucht werden und wer sie am Schluss verbraucht?

Bezüglich der Umstellung der Gemeinden ist es aus unserer Sicht enorm wichtig, dass wir zukünftig die Gemeinden unterstützen, die Bürgermeister, die Amtmänner und jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Rathäusern damit beschäftigt sein werden, zu einer doppelten Buchführung zu kommen, weg von der Kameralistik.

Hier braucht es große Unterstützung von Seiten des Landes, von Seiten des Bundes und ich glaube, dass hier mit einem Schulterschluss die notwendigen Hilfeleistungen jetzt schon bereitgestellt werden können.

Zusammenfassend sagen wir, dass die Einführung der doppelten Buchführung dringend schlichtweg notwendig ist, vor allem im Hinblick auf die Transparenz für den Steuerzahler. Damit wird klar nachvollziehbar und öffentlich gemacht, wohin das Steuergeld wandert.

Da wir als Volkspartei der Schutzpatron der Steuerzahler sind, unterstützen wir diese 15a-Vereinbarung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde wieder versuchen, zur Sachlichkeit zurückzukehren und mich wirklich mit der VRV auseinander zu setzen. Ich bin nämlich sehr froh, dass es jetzt einheitliche Budgetregeln gibt, denn das ist gut und wichtig für uns hier im Burgenland. Das ist für unsere Gemeinden wichtig, das ist im Bund wichtig.

Das Budget ist die Grundlage jeder erfolgreichen Politik, egal auf welcher Ebene, ob das der Bund, ob das die Länder oder ob das die Gemeinden sind und ich glaube, wir im Burgenland zeigen vor, dass wir sehr sorgsam mit den Finanzmitteln umgehen und versuchen, dort einzusparen, wo es möglich ist.

Daher gibt es eine Verwaltungsreform, die seinesgleichen in Österreich noch gesucht wird, die wir deshalb machen, dass eben mehr Spielraum zur Verfügung steht ohne Leistungseinbußen. Das ist mir sehr wichtig auch zu erwähnen.

Dazu dient auch der neue Konzern Burgenland, um eben schlanker und übersichtlichere Strukturen zu erhalten, auch das ermöglicht mehr Spielraum für Investitionen, und mehr Investitionen sind sehr wichtig, um die Wirtschaft anzukurbeln, um den Arbeitsmarkt zu stützen.

Jeder fünfte Euro in unserem Budget wird in Investitionen investiert. Das nützt dem Wirtschaftswachstum, das nützt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, insgesamt immerhin 232,6 Millionen Euro, die wir hier in die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen investieren. Wir sind aber auch - und das ist mir besonders wichtig zu erwähnen - ein fairer Partner zu den Gemeinden.

Das waren wir immer und das werden wir auch künftig sein, denn der Verteilungsschlüssel bei den gemeinsamen Aufgaben zwischen Land und den Gemeinden, der ist Österreichspitze, den wir hier im Burgenland verzeichnen dürfen. Denn es ist ein Verteilungsschlüssel zu erkennen von 74 Land zu 26 Prozent der Gemeinden, um jegliche Diskussion, dieses Aufzuschnüren wie es die ÖVP will, würde den Gemeinden wahrscheinlich schaden und das wäre schade, wäre keine gute Idee, dann wären wir wahrscheinlich bei Oberösterreich, im ÖVP geführten Oberösterreich, dass eine Quote von 55 zu 45 Prozent hat.

Das wollen wir unseren Gemeinden natürlich nicht antun. Wir bleiben starker Partner unserer Gemeinden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das Burgenland ist insgesamt bei der Budgetpolitik Vorreiter in Österreich. Wir haben beispielsweise auch die Haftungen im Rechnungsabschluss 2014 schon transparent aufgelistet. Im Budget 2016 gilt auch eine Haftungsobergrenze von 2,7 Milliarden Euro, also wirklich überall eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir werden darüber hinaus keine neuen Schulden machen wie andere, sondern wir werden Schulden abbauen, immerhin zwei Millionen Euro pro Jahr oder in diesem Jahr.

Wir haben aber bereits 2010 unsere Hausaufgaben gemacht und haben damals schon die Ausgaben reduziert. Das wirkt sich auch heuer aus, nämlich mit 120 Millionen Euro weniger Ausgaben und das, glaube ich, ist sehr wichtig, um die Stabilität auch weiterhin zu gewährleisten.

Wir haben uns immer für eine vergleichbare und transparente Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden ausgesprochen. Nun ist es auch soweit, alle Länder sorgen damit für mehr Transparenz, Effizienz und Vergleichbarkeit. Das besteht grundsätzlich aus drei Komponenten, nämlich den Finanzierung-, den Ergebnis- und dem Vermögenshaushalt, außerdem werden damit die gleichen Bestimmungen zur Darstellung der Schulden beziehungsweise der Haftungen auch geregelt. Auch das ist sehr wichtig Wir werden bis spätestens 2019 das im Land auch umsetzen.

Die VRV ermöglicht nun den Vergleich. Den Vergleich brauchen wir nicht scheuen, ganz im Gegenteil, das ist auch gut so. Ich möchte trotzdem noch zwei, drei Worte verlieren, weil hier heute schon oft von Bürokratieabbau gesprochen wurde. Die ÖVP sagt, die Bürokratie muss abgebaut werden, die Verwaltung muss schlanker werden und dergleichen.

Dann habe ich sehr aufmerksam Montag, Dienstag die Klubklausur der ÖVP mitverfolgt. Da gab es eine tolle Idee, nämlich alle Gesetze alle fünf Jahre neu zu beschließen, neu zu diskutieren und dergleichen.

Ich halte das aus zwei Gründen als wirklich keine gute Idee. Nämlich erstens, genau das wäre mehr Bürokratie, das wäre mehr Verwaltungsaufwand, das wären zusätzliche Kosten, das brauchen wir im Burgenland nicht.

Der zweite Grund ist, dass wir Rechtssicherheit wollen, denn die Menschen im Burgenland sollen sich auch … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Du hast die Idee nicht verstanden. Du warst ja gar nicht dabei.)* Nein, nein, ich habe das sehr gut verstanden. Die Menschen sollen sich auch verlassen können, was wir hier beschließen und nicht alle fünf Jahre zittern müssen, was jetzt wieder kommt.

Die Burgenländerinnen und Burgenländer können sich auf uns verlassen. Wir stehen für Verwaltungsabbau, Bürokratieabbau und das werden wir auch die nächsten fünf Jahre in dieser Legislaturperiode weiter machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Landtagsabgeordneter Gerhard Steier hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ein sehr leidiges Thema, auch wie es dargestellt und angeklungen ist, aus Sicht der Länder wird heute mit dieser 15a-Vereinbarung zur gesetzlichen Grundlage. Wobei ich nicht verhehlen möchte, es ist ja noch ein Türchen offen gelassen worden, denn die Länder haben sich vorbehalten, beim Verfassungsgerichtshof gegen

diese Verordnung des Finanzministers und über die gleiche Situation, die sie miteinander beratschlagt haben, nochmals Klage einzureichen, um - wie sie sagen - von Landesfinanzreferentenseite her den Sachverhalt abzuklären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Jahren im Speziellen, aber auch schon in der Vergangenheit, wie ich es eingangs schon gesagt habe, ein sehr leidiges Thema zur Diskussion. Vieles, was öffentliche Gelder anlangt in der Verwaltung, in der Umsetzung, auch auf die sogenannte Buchhaltung hat die verschiedensten Schlupflöcher geöffnet und hat auch immer wieder in findiger Form neue gemacht beziehungsweise erfunden.

Die Situation, die heute zur Diskussion steht, soll eben eine getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage auf Grund dieser 15a-Vereinbarung zukünftig bieten. Ich hoffe es. Ich hoffe es auch für alle Österreicherinnen und Österreicher, für alle Burgenländerinnen und Burgenländer, dass das, was jetzt postuliert wird, zukünftig auch im Zusammenhang mit allen buchhalterischen Aufgaben erfüllt werden kann.

Es ist auch gesagt worden, dass die Eingangssituation zur Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik eine Herausforderung ist. Nicht nur jetzt für den Bund, der ja schon damit sehr weit ist, sondern im Speziellen für die Länder. Aber insbesondere auch für die Gemeinden wird diese Umstellung eine riesengroße Herausforderung sein, weil es ja ein wirklicher Wechsel ist. Ein Paradigmenwechsel, der von der Kameralistik her zur Doppik stattfinden wird.

Diese doppelte Buchführung in Konten, die bilanztechnische Ausführungen haben wird, wird Verschiedenstes in der Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushaltsdarstellung bieten. Allein von den Gegebenheiten für einen Laien bezogen, ist dieser Aufwand schon in Worten sehr groß.

Er soll aber, und das ist ja quasi die Grundtendenz, die allgemeine Vergleichbarkeit der einzelnen Vermögensabschlüsse bilden, erlassen und damit eigentlich das, was der Rechnungshof, das was andere Instanzen in Österreich seit Jahren fordern, gewährleisten, nämlich eine klare Darstellung auf öffentliche Haushalte und damit auch eine klare Darstellung auf öffentliche Schuldenbereiche, die in der Umsetzung seit 1974 darauf warten in der Form, wie es jetzt in dieser Vorlage gegeben ist, geregelt zu werden.

Seit 1974 gibt es nämlich unter dem Stichwort des Heiligenbluter Abkommens die Gegebenheiten, dass man hier versucht, eine Klarstellung herbeizuführen. Es ist nicht zu Unrecht angeführt worden, dass die Realverfassung, die in Österreich gegeben ist, diese Möglichkeiten verhindert hat und es jetzt der neue Finanzminister Hans Jörg Schelling war, der hier den Durchbruch auch zu Wege gebracht hat. Eben mit dem Vorbehalt, dass vor dem Verfassungsgericht so oft getreten werden wird.

Ich möchte aber eines nicht verhehlen, auch in Zusammenhang mit der gegebenen Kameralistik. Diejenigen, die in der Haushaltsführung in den Gemeinden, aber auch in den Ländern bisher mit der gebotenen Sorgfaltspflicht und mit dem entsprechenden Engagement die jetzige Form, die Kameralistik betrieben haben, haben auch ausgewiesener Maßen klare und deutliche Gegebenheiten gehabt.

Nur musste man sie bis dorthin führen, dass man dann auch ausgewiesen hat, die Schulden auch für ausgelagerte Gesellschaften und nicht bei der ersten Diskussion, wo es darum gegangen ist, welche Anteile hat die öffentliche Hand in rechtlicher Hinsicht auf gewisse Institutionen, dann abgeblockt hat und gesagt worden ist, dort kann man leider die Kontrolle und auch die Gesamtdarstellung nicht liefern.

Was mich in dem Zusammenhang jetzt, von der inhaltlichen Seite ist ja alles geboten worden, was mich in dem Zusammenhang aber in der Klarstellung treibt, ist ein Sachverhalt, der das Burgenland in klarster Form betrifft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben am 10. Dezember dieses Jahres den Beschluss eines Nachtragsvoranschlages für 2015 gesetzt. Wir haben auch den Landesvoranschlag für 2016 beschlossen. Diese Gegebenheit ist im Grunde genommen dann auch von den Parteien, unter anderem auch in die Gemeindestuben weitergereicht worden.

Ich möchte einen Sachverhalt, der mir wirklich jetzt im Sinne des, nicht nur der Treue, des Glaubens und der Versicherung von wahrheitsgemäßer Umsetzung und von inhaltlicher transparenter Form ein Anliegen ist, was immer von Regierungsseite her ausgewiesen wird, hier an Hand eines Beispiels, das diesen Vorgang ganz genau und konterkariert darbringt.

Mit einem Schreiben am 10. November ist, obwohl es ja den Nachtragsvoranschlag dann eigentlich erst am 10. Dezember gegeben hat, Folgendes den Gemeinden mitgeteilt worden. Da die endgültigen Kosten für das Jahr 2015 auf den Kindergarten bezogen und hier auf das Personal bezogen, erst mit dem zweiten Teilbetrag 2016 nach Vorlage des Rechnungsabschlusses 2015 abgerechnet werden können, wird bei der Auszahlung des zweiten Teilbetrages 2015 eine Akontozahlung geleistet.

Was aber viel interessanter ist, ist dann der Schlussteil: Da die Ausgaben für die Landesförderung der burgenländischen Kinderbetreuungseinrichtungen im Jahr 2015 dem budgetär veranschlagten Rahmen überschritten haben, kann die Anweisung der Förderbeiträge zweite Rate 2015 und Endabrechnung 2014 für die Kinderkrippe erst mit Inkrafttreten des neuen Budgets, das heißt im Jänner 2016, bezahlt werden und erfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir von korrekter Ausführung von budgetären Inhalten sprechen, dann ist das das Beispiel wie es nicht geht. Wenn ich einen Beschluss fasse, dass im Nachtragsvoranschlag sehr wohl die Möglichkeiten geboten hätte, dann muss das auch enthalten sein und kann nicht im Verweis auf das nächste Jahr und auf das darauffolgende Budget verwiesen werden.

Ich möchte nur für die Gemeinden hier anführen, hier geht es um Beträge auf das Jahr 2014 bezogen, die 2015 nicht zur Auszahlung gelangt sind. Also hier im Sinne von Offenheit und Transparenz ist mehr geboten als nur Schall und Rauch.

Hier müsste klar und deutlich eine andere Sprache herrschen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Landesrat Helmut Bieler hat sich von der Regierungsbank zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat, Sie sind am Wort.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bekenne mich ganz klar zur neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, kurz VRV.

Ich bekenne mich auch ganz klar zur Einführung des 3-Komponentensystems statt einfacher Kameralistik, was die Einführung von Doppik bedeutet. Dieses 3-Komponentensystem betrifft einerseits den Vermögenshaushalt, was gleichzusetzen ist mit einer Bilanz, und natürlich für die Länder und für die Gemeinden eine sehr große Herausforderung sein wird, die Eröffnungsbilanz zu erstellen. Wie man da vorgeht, wie man die Erfahrungswerte in anderen Ländern oder im Bund hernimmt und dann herunterbricht auf die Länder und auf die Gemeinden.

Natürlich wird es hier in Abstimmung mit den Ländern - daher gibt es ja diese 15a-Vereinbarung zwischen den Ländern - passieren und ich denke, dass dadurch die Vergleichbarkeit, und das ist das Entscheidende dieser Vereinbarung, die übrigens fast wortident ist mit der Verordnung des Herrn Bundesministers. Ich werde noch darauf zukommen warum.

Aber ganz gravierende Unterschiede bestehen und in unserer Auffassung daher diese Verordnung auch beim Verfassungsgerichtshof wahrscheinlich von den Ländern angefochten wird. Der zweite Punkt. Ergebnishaushalt, was gleichzusetzen ist mit einer Gewinn- und Verlustrechnung, wo man natürlich sehen kann, was hier alles an Gewinnen, an Verlusten, an Werten da ist, ganz klar.

Den Finanzierungshaushalt, was mit einer normalen Cash-Flow-Rechnung andeutungsweise vergleichbar ist, sodass man sehen kann, wie viel Geld ist tatsächlich da. Wie viel kann verwendet werden.

Was aber ganz entscheidend ist, ist die wirkungsorientierte Budgetierung. Das wird die große Herausforderung sein, diese Umstellung auf jeden einzelnen Voranschlagspunkt, dass man dann darstellen soll und muss, wie, wofür, von wem, in welcher Höhe und warum wird etwas aus dem Haushalt verwendet. Dann natürlich auch die Überprüfung der Ergebnisse, was daraus geworden ist.

Das ist natürlich von der Übersicht her, von der Transparenz her, ein Meilenstein in der Darstellung der Budgets, hat allerdings den Nachteil, dass vom Hohen Landtag dann nur mehr die einzelnen Budgetposten beschlossen werden und alles andere dann seitens der Exekutive umgesetzt werden muss. Die Überprüfung natürlich wieder durch den Landtag. Aber diese Budgets, in dieser Form wie sie jetzt da sind, mit jeder einzelnen Zahl, wird es in Zukunft wahrscheinlich in der Form in ganz Österreich dann nicht mehr geben.

Was bedeutet das? Das heißt, dass wir diese gegenständliche Vereinbarung zwischen den Ländern basierend und auch abgesprochen mit dem Minister in der Verordnung, nur wir waren der Meinung, diese Verordnung ist nicht notwendig, sondern es hätte ganz klar und in einer 15a-Vereinbarung aufgegliedert und daher leicht nachvollziehbar gereicht. Dass, und das ist der Unterschied, die Länder meinen, bis spätestens 2020 umgesetzt werden muss, und der Minister in der Verordnung enthalten hat, bis spätestens 2019 und die Gemeinden bis 2020.

Man kann natürlich trefflich darüber streiten, wir werden es nicht tun, sondern wir werden auch hier eine Vorreiterrolle einnehmen und den früheren Zeitpunkt nehmen. Wir sind in Vorbereitung und schon seit einigen Jahren in Diskussion mit anderen Bundesländern, mit anderen Institutionen, wie man das auch mit dem Bund natürlich, wie man das am besten umsetzen kann.

Diese gegenständliche Vereinbarung haben die Landeshauptleute am 3. November bereits beschlossen. Hier in der Landesregierung wurde es ebenfalls beschlossen, zugeleitet dem Landtag und wird heute diskutiert und beschlossen. Das bedeutet, dass diese Vereinbarung dann auch in Kraft treten kann, basierend oder gleichlautend mit der Verordnung des Herrn Bundesministers.

Was ist allerdings der Unterschied? Das ist ein wesentlicher Unterschied aus Sicht der Bundesländer. Es konnte keine Einigung dafür erzielt werden, welche Bestimmungen unter der Regelung des § 16 Abs. 1 des Finanz-Verfassungsgesetzes fallen und welche nicht.

Das ist für uns ganz entscheidend, weil diese Verordnung seitens des Bundes einseitig verändert werden kann und das können wir nicht akzeptieren. Wenn man gemeinsam, und das wurde heute schon erwähnt, aufgrund des Heiligenbluter Abkommens 1974 vorgegangen wird, dann braucht man keine Verordnung dazu, wo der Bund einseitig verändern kann, sondern man stimmt es miteinander ab und es wird umgesetzt.

Daher waren wir immer der Meinung, eine 15a-Vereinbarung mit dem Bund wäre sinnvoller, ist leider nicht zustande gekommen, weil der Herr Bundesminister hier einen anderen Weg gegangen ist. Daher haben die Länder gesagt, wir machen aber den sinnvollen Weg miteinander. Diese Vereinbarung, 15a-Vereinbarung auf Basis des Beschlusses der Finanzreferenten und der Landeshauptleute soll hier zum Tragen kommen und auch umgesetzt werden.

Wir werden uns auch daran halten und die entsprechenden 3 Komponenten, die ich vorhin erläutert habe, auch vorbereiten und dann umsetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir glauben, auch wenn heute angedeutet wurde, es hätte keine Transparenz geherrscht, dass das mitnichten der Fall ist, sondern, man kann jeden Schuldenstand und jede Beteiligung, und dass ist manchmal das Missverständnis gewesen, vor allem im Rechnungsabschluss nachlesen. Dieses Mal ist es auch im Landesvoranschlag enthalten.

Das heißt, alle Zahlen waren schon bisher da, jetzt wird es nur leichter lesbar. Jetzt wird es vor allem vergleichbar mit den anderen Bundesländern und das steigert natürlich die Transparenz. Aber, diese mystischen Ankündigungen da hätte irgendetwas verborgen werden können, kann man klar widerlegen, weil das einfach in der Form nicht stimmt.

Das Gleiche wird natürlich auch auf Gemeindeebene passieren. Im Burgenland hat die Gemeinde Antau in vorbildlicher Art und Weise bereits hier die Doppik eingeführt. Daher wissen wir, dass es möglich ist, das nicht nur Gemeinden und Städte über 10.000 Einwohner das machen können, sondern auch kleinere Kommunen.

Natürlich ist es ein Aufwand und natürlich ist es notwendig. Das Entscheidende ist aber, dass wir bei all diesen Maßnahmen nicht vergessen, dass die Basis für das Arbeiten im Land das Budget ist. Dass wir ordentlich damit wirtschaften, ordentlich damit umgehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Bund hat es in den letzten Jahren nicht getan, wir haben eine Verschuldung, ich darf noch einmal daran erinnern, von 91,8 Prozent nach BIP. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sitzt denn dort in der Regierung? Wer denn?)* Die Länder vergleichbar 4,8 Prozent und die Gemeinden 3,3 Prozent. Bei Gemeinden und Ländern ist die Tendenz sinkend. Beim Bund ist die Tendenz steigend - vor allem weil der Herr Finanzminister die falsche Entscheidung bei der HETA getroffen hat und dadurch dem Bund Milliarden Euro an neuen Schulden erwachsen sind.

Da hätte es eine bessere Vorgangsweise gegeben, nämlich so, wie es die Länder vorgeschlagen haben und wie die Abwicklung bei der HETA funktioniert hätte. Beim Land Burgenland ist die Verschuldung des Kernhaushaltes nach Bruttoregionalprodukt vier Prozent und inklusive aller öffentlichen Einheiten 13 Prozent.

Das heißt, ein sehr niedriger Wert wenn ich das hier anschaue. Die Herausforderung in den nächsten Jahren wird sein, die Umstellung auf die Doppik, die Umstellung auf dieses drei-Komponentensystem, umzusetzen.

Ich bitte Sie dabei um Unterstützung, um Hinweise, sodass wir das dann auch gemeinsam, spätestens 2019, beschließen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Herr Landesrat, für Ihre Ausführungen.

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 BV-G zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung wird gemäß Art. 81 Abs. 3 LV-G einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 213), mit dem der „Sozialbericht 2013/2014 des Landes Burgenland“ zur Kenntnis genommen wird(Zahl 21 - 147) (Beilage 241)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 213, mit dem der „Sozialbericht 2013/2014 des Landes Burgenland“ zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 – 147, Beilage 241.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Beschlussantrag mit dem der „Sozialbericht 2013/2014 des Landes Burgenland“ zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Jänner 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der „Sozialbericht 2013/2014 des Landes Burgenland“ wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als ersten Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zwar nicht der Schutzpatron der Steuerzahler, so wie es der Herr Kollege Wolf gesagt hat, aber ich denke, wir tragen Verantwortung in diesem Land, wir tragen Verantwortung in den Gemeinden, wir tragen Verantwortung für die Menschen in diesem Land.

Ich denke, die Menschen müssen im Vordergrund stehen und Burgenländerinnen und Burgenländer zuerst und Österreicher zuerst und wenn ich mir dann heute noch eine dringliche anhöre beziehungsweiße diskutieren soll, dann kommen wir schon auf den Punkt, was entscheidend ist in diesem Land oder in diesem schönen Österreich.

Bevor ich in diesen Sozialbericht 2013/2014 eingehe vielleicht doch noch ein paar Worte Herr Landesrat Bieler! Gerne machen wir die Doppik mit ihnen mit, denn es war ja auch unser Wunsch und unser Bestreben, das zu ändern.

Es hat ohnehin sehr viele Jahre gedauert, bis wir dorthin gekommen sind. Ich denke, das ist ein wichtiger Ansatz. Aber man darf eines nicht vergessen, dass die Gemeinden in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren, natürlich einen sehr großen bürokratischen Aufwand tragen müssen.

Auch hier gehört eine Unterstützung des Landes und nicht wie sie es machen, denn da bin ich beim Herr Kollegen Steier, dass dann beim Nachtragsvoranschlag oder vielleicht dann im nächsten Voranschlag die Gelder fließen können. Das kann es nicht sein. Dann an die Gemeinden schreiben, wer die Kolleginnen und Kollegen sind, wo sich niemand zu Wort meldet beziehungsweiße überhaupt niemand dazu alteriert.

Das finde ich eigentlich schon für sehr komisch. Denn eines ist klar, die Gemeinden sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, die Gemeinden müssen auch schauen, dass wir Bildung und deren gleichen auch umsetzten können. Seitens des Landes wird uns im Sozialbereich immer mehr aufgebrummt - und das bei ein paar Punkten, Herr Landesrat. Für die Gemeinden sind enorme Kosten entstanden. Man spricht immer von einem Gratis-Kindergarten und dergleichen, aber dem ist nicht so.

Sie wissen es ganz genau. Sagen Sie ganz einfach es gibt einen Zuschuss seitens des Landes für die Eltern, aber keinen Zuschuss für die Gemeinden für einen Gratis-Kindergarten. *(Landesrat Helmut Bieler: 29 Millionen Euro im Budget!)* Nur ein Beispiel, Deutschkreutz hat im Budget 609.000 Euro für einen Kindergarten. Budget! Dazuzahlen muss die 320.000 Euro die Gemeinde.

Es ist uns das wert, selbstverständlich. Für die Kinder, für unsere Zukunft, jedoch eines muss schon klar gestellt werden, denn in der Regierung wird es beschlossen, Sozialleistungen für die Gemeinden, und das wird nicht ausgezahlt, sondern es wird gleich von den Ertragsanteilen abgezogen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie wissen das sehr wohl, Herr Landesrat, dass das eine einfache Sache ist. Im Landtag beschließen wir ein Budget und nachher sind die Herrn und Frauen Abgeordneten nicht mehr gefragt. Sie entscheiden in der Regierung über 1,1 Milliarden Euro sowieso alleine. Das sind genau die Punkte, die gehörten auch einmal auch besprochen und den Leuten draußen im Lande auch aufgezeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Was mich besonders ärgert ist, dass es immer wieder Schuldzuweisungen an den Bund gibt oder an andere Fraktionen. Ich verstehe das nicht. Wer sitzt denn im Bund als Chef einer Regierung? Ich denke, der Herr Bundeskanzler Faymann und der Chef einer Regierung hat sehr wohl das Recht und auch die Pflicht klar und deutlich zu sagen, wo es lang geht.

Nicht dem Herrn Finanzminister jetzt eine Schuld geben, weil das nicht passt oder vielleicht im Land jemandem anderen die Schuld zu geben. Das ist zu einfach. Ich denke, in einer Gemeinde, wo wir alle bestrebt sind, dass auch die Lebensqualität in Ordnung ist. Das auch deshalb, weil wir heute über Landschaftsschutz und dergleichen mehr diskutiert

haben und es auch dem Land etwas Wert sein muss. Nicht Parteipolitisch zu denken, sondern wirklich für die Menschen in diesem Land da zu sein.

Dann kommen wir immer her und man gibt dem anderen die Schuld, weil dort und da etwas nicht passt. Im Endeffekt sollten wir gemeinsam eine wirklich soziale Lösung finden, denn wir stehen derzeit bei einer Situation, die uns noch sehr viel zum Denken gibt. Asylanten, Flüchtlinge und dergleichen mehr. Aber, auch wenn ich an das Pflegegeld im Sozialbereich denke sollten wir uns schön langsam Gedanken machen und nicht Parteipolitik betreiben.

Wenn ich zum Sozialbericht 2013/2014 komme, dann, denke ich, ist es ein sehr umfangreiches Werk. Ich denke, da ist es unmöglich, dass man heute und hier alle Bereiche behandeln kann, aber ich will ein paar ansprechen. Grundsätzlich, das habe ich schon erwähnt, haben wir in der nächsten Zeit bei den Sozialausgaben eine totale Explosion. Wie können wir das Eindämmen? Wie können wir es schaffen, gemeinsam Lösungen zu finden? Soziales ist sehr wichtig.

Zum Sozialen gehört auch, meiner Meinung nach, die Gesundheit und die Gesundheit ist das wichtigste Gut, das wir haben können und hier müssen wir selbstverständlich danach trachten, dass das auch dementsprechend unterstützt wird, sei es finanziell, aber auch seitens der Personen, der Menschen, die sich hier zu Verfügung stellen.

Wie bin ich sehr dankbar, dass der Herr Landesrat Darabos einen anderen Weg gefunden hat und jetzt in den Spitälern 27 neue Ärzte installiert hat. Es ist ihm gelungen und da bin ich recht froh darüber. Ich verstehe seinen Vorgänger nicht, dass man das aushöhlen hat müssen. Ich denke, hier ist der richtige Weg eingeschlagen worden. Da muss man dazu sagen, den können wir gemeinsam gehen oder auch wir tragen ihn auch mit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, wenn ich denke, dass die Lebenserwartung in unserem Land kontinuierlich und ständig steigt, dann werden viele Personen in der Betreuung und Pflege benötigt. Zählte die Generation 60+ im Jahr 2009 noch 70.681 Personen sind es laut Statistik Austria im Jahr 2015 knapp 79.000 Personen. Auch die Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren wird rasant steigen.

So wird sich die Anzahl der Generationen 85 von 2011 bis 2020 um ein Drittel erhöhen. Laut Bevölkerungsprognose werden im Burgenland über 20.000 Menschen im Alter von 80 und mehr Jahren wohnen. Dadurch wird unser derzeitiges Sozialsystem weiter massiv belastet werden. Das sind genau die Punkte, die ich vorher angezogen und diskutiert haben will.

Welche Perspektiven haben wir uns gesteckt hier im Land? Welche Perspektiven hat sich die Landesregierung gesteckt? Nicht aushöhlen der Gemeinden, nicht nur immer fordern von den Personen, die im Land leben und brav arbeiten und schlussendlich auch in ein System einbezahlt haben. Jetzt haben wir Asylanten. Die bekommen eine Mindestsicherung von fast 930 Euro.

Unsere Leute, die hier in das System einbezahlt haben, bekommen teilweise 400 Euro Pension. Ich verstehe schon, dass sie nicht viel einbezahlt haben. Nur ein Beispiel: Vor kurzem habe ich mit einem Ehepaar die Goldene Hochzeit gefeiert. Die Frau bekommt 400 Euro Pension.

Der Mann natürlich dementsprechend mehr und dann hört man, dass ein Asylant, der in das System nichts einbezahlt hat und nichts dazu beigetragen hat, 930 Euro bekommen soll. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher haben wir, das Bündnis Liste Burgenland einen Antrag eingebracht. Dann werden wir bei der nächsten Ausschusssitzung schauen, wie der behandelt wird. Daher denken wir, wenn eine Familie, die jahrelang und jahrzehntelang in ein System einbezahlt hat, Kinder in die Welt setzt und die groß zieht und auch hier die Kinder dementsprechend auch im Sozialsystem und in dem Gefüge mit dabei sind dann sollten wir umdenken.

Daher glaube ich, dass wir uns große Gedanken machen müssen, wie es in Zukunft weitergeht. Das nächste ist, Herr Landesrat Darabos, ich beneide dich nicht um diesem Job, sondern ich kann dich nur unterstützen, insofern, weil ich der Meinung bin, dass auf uns allgemein noch vieles zukommen wird.

Wobei ich glaube, das einiges im Vorfeld sehr wohl zu lösen ist, jedoch anzudenken ist auch mit Pflegeschulen, Pflegemöglichkeiten, Ausbildungen zu schaffen, die auch in der letzten Zeit immer andiskutiert wurden, aber es ist noch nichts umgesetzt worden. Vielleicht sollten wir das auch einmal ins Kalkül ziehen und wenn ich mir anschaue im Alter zwischen 15 und 17 Jahren wo die allermeisten Jugendlichen ihre Berufsentscheidung treffen oder schon getroffen haben, haben sie keine Pflegeausbildung, Pflegeleere in diesem Land.

Warum tun wir hier nichts dagegen? Da bin ich sehr wohl unterstützend dabei oder wir sind dabei auch hier Schritte, die nächsten Schritte zu machen. Ich will, dass alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen mit dabei sind bei diese Diskussionen, aber auch bei Sitzungen und Gesprächen. Bei Arbeitssitzungen, wo wir das so rasch als möglich angehen können.

Ja, ich denke dabei gibt es ja viele junge Menschen, die über eine soziale Ader verfügen und sich eine Tätigkeit im Berufsfeld vorstellen können. Man muss nur hinausgehen, man braucht nur reden mit den jungen Damen und Herren. Ich glaube, dann brauchen wir nicht so viel Pflegepersonal als ausländische Helferinnen und Pflegerinnen, die hier im Land arbeiten. Die machen ihre Aufgabe sicherlich sehr gut. Nur, das Geld wandert ins Ausland ab und somit könnten wir eigentlich mit diesem Geld Pflegeschulen unterstützen und dergleichen mehr für Jugendliche etwas zu machen.

In der Schweiz gibt es, zum Beispiel, eine Pflegelehre und dort werden derzeit rund 6.000 Jugendliche ausgebildet. Das Land Vorarlberg hat bereits im September 2011 ein Pilotprojekt in Sozial- und Pflegelehre initiiert. Warum ist das nicht im Burgenland möglich? Daher noch einmal unsere Aufforderungen, so rasch als möglich hier zu handeln. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube aber auch, dass die Bundesregierung auch schon vor Monaten angekündigt hat, in dieser Richtung etwas zu betreiben. Auch hier, Herr Soziallandesrat, würde ich dich bitten, im Bund einmal anzuklopfen und sagen: Warum geht da nichts weiter? Warum geschieht da nichts? Nicht einer dem anderen nur die Schuld zuzuschieben sondern zu sagen, wir brauchen das so rasch als möglich.

Ich sage ja noch eines, und wenn ich gestern höre, dass der Wirtschaftskammerpräsident sagt, 2.000 neue Gründungen von Firmen hat es im Burgenland gegeben, und davon 840 Pflegepersonen. Das ist sehr interessant. Das überhört ein jeder. 840 und sogar mehr Anmeldungen von Pflegepersonen vom Ausland.Also, hier sollten wir uns wirklich Gedanken machen. So rasch als möglich sind hier die nächsten Schritte zu setzen. Ich glaube, dann wären wir auf dem richtigen Weg.

Wir müssen uns weiters Gedanken machen, und das ist auch unsere Einstellung, dass wir uns Gedanken machen, mit den Asylanten. Wie können wir in Zukunft damit umgehen? Wenn die zu Ärzten gehen, wenn die in Spitäler gehen, und wo ständig jetzt

schon Rechnungen auftauchen, 850 Rechnungen von Krankenhäusern und Ärzten zur Behandlung von Asylwerbern. Röntgen, Ultraschall, Zahnbehandlungen und so weiter. Wer bezahlt das alles? Wie können wir damit in nächster Zeit umgehen?

Wenn wir öfters in den Medien lesen, dass Ärzte überhaupt keine Asylanten mehr betreuen wollen, dann finde ich das nicht für in Ordnung, ich sage das auch gleich, aber wir brauchen eine Lösung.

Ich glaube noch eines dazu zu sagen, Frau Kollegin von den GRÜNEN: Ich weiß schon von Ihrer Einstellung, nur, wir werden dieses Sozialsystem nicht aufrechterhalten können. Sie sollten einmal in einer Gemeinde Verantwortung übernehmen, dass Sie sehen, wenn Sie ein Budget von fünf Millionen Euro haben, das Sie 880.000 Euro vom Land abgezogen bekommen für Sozialleistungen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aus dem „Säckel“ gezogen.)*

Ja, Kollege Steiner. Hat das aus dem linken Sack, sehr gut. Leider ist es nicht in allen Gemeinden anscheinend so, wie in Eisenstadt und vielleicht in anderen Gemeinden. Ich glaube, das sind wichtige Faktoren. Wie schaut die Zukunft aus, wie schaut nachhaltig hier die Möglichkeit aus?

Oder, wenn ich mir das Budget anschaue, Heizkostenzuschuss für unsere Leute im Burgenland, gekürzt. Man hat es gekürzt. Weil, was steht dort unten, weil wir kein Geld haben, weil die finanziellen Mitteln nicht vorhanden sind.

Auf der anderen Seite kosten uns die Flüchtlinge eine Menge Geld. Ich habe zwar keine Zahlen noch bekommen, aber die hätte ich heute gerne gehört noch, was uns die insgesamt kosten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sind die Kosten eigentlich schon alle bezahlt, die unsere Freiwilligen geleistet haben, das Rote Kreuz und viele anderen mehr? Wo Geld geflossen ist? Das hätte ich auch gerne gewusst. Ich glaube, dass im Burgenland viele an der Armutsgrenze leben. Auch die gehören einmal unterstützt. Genauso unterstützt, wie jeder Asylant, ein jeder der hier hereinkommt.

Aber, eines muss man klar sagen: Wenn ich heute lese, dass Schweden 80.000 zurückweist, Wirtschaftsflüchtlinge, auch hier sollten wir uns Gedanken machen, und nicht eine Grenze einziehen mit 37.500, wo man vor Jahren schon verschlafen und gewusst hat, was auf uns zukommen wird. Diese Obergrenze, was soll das? Das versteht niemand! Glaubt mir das! Schon wir überhaupt nicht.

Aber, man hat halt blauäugig irgendwo in den Medien das angekündigt. Das soll so sein, aber jetzt gibt es einen Streit. Halten wir die 37.500 ein oder was ist, wenn es, in ein paar Monaten, in drei vier Monaten darüber liegt. Was machen wir dann? Dann werden wir wieder irgendeine Ausrede erfinden, was wir machen können.

Ich denke, dass die Burgenländer verdient haben, im Sozialsystem sich wiederzufinden. Sie haben etwas geleistet. Sie haben in ein System einbezahlt, aber es kann nicht so sein, dass dieses System eigentlich in ein zwei Jahren, oder fünf Jahren, nicht mehr möglich ist, dieses Sozialsystem aufrecht zu erhalten.

Daher noch einmal unser Appell seitens Bündnis Liste Burgenland, sich dafür einzusetzen in nächster Zeit oder so rasch als möglich, ein Umdenken herbeizuführen. Wie können wir das alles gemeinsam schaffen? Auch die Gemeinden sind mit dazu einzubeziehen.

Da bin ich wieder bei den GRÜNEN, denn das ist ja sehr interessant. Sie haben weder einen Vizebürgermeister noch einen Bürgermeister. Dann hätte ich mir schon

Gedanken gemacht, welche Verantwortung es in einer Gemeinde gibt, auch im Sozialbereich. Wo wir kämpfen tagtäglich, egal, wie auch immer, aber anscheinend, wenn ich Eure Medienaussendung höre, ist Euch nur wichtig, dass wir die Leute hereinholen.

Das ist schon in Ordnung, ich habe überhaupt kein Problem damit, nur, die gehören registriert, die gehören dementsprechend auch - und da bin ich jetzt wieder bei der Sozialdemokratie, und da bin ich wieder beim Herrn Landesrat Darabos - in kleinen Bereichen untergebracht, dementsprechend auch so rasch als möglich das Verfahren abgehandelt.

Diejenigen, die Wirtschaftsflüchtlinge sind oder die irgendeinem Verbrechen unterliegen oder etwas angestellt haben, sind so rasch als möglich oder sofort zurückzuschicken.

Herr Landesrat Darabos! Das beste Beispiel ist ja jetzt Deutschkreutz, wenn ich es noch einmal erwähnen darf. Wir haben 40 Flüchtlinge, Asylanten untergebracht. Ohne große Aufregung, ohne große Diskussionen. Ich frage mich, wie viele Bürgermeister hat die SPÖ in diesem Land und wie viele hat die ÖVP in diesem Land? Da ist es nicht möglich in kleinen Bereichen Leute unterzubringen?

Ich sage Ihnen nur eines, in Deutschkreutz funktioniert das hervorragend. Hervorragend! Da gibt es eine Familie Posch, die sich massiv dafür verwendet, und auch das wirklich hervorragend über die Bühne bringt. Da bin ich aber recht dankbar dafür. Aber auch in Deutschkreutz hätten wir mehr Möglichkeiten, Leute noch unterzubringen.

Das ist leider an einem Gemeinderatsbeschluss gescheitert, wo die Sozialdemokratie dagegen gestimmt hat. Das tut mir im Herzen weh. Das sage ich Euch auch gleich. Weil wir hätten die Möglichkeit, wir hätten die Chance gehabt, die haben wir nicht genützt.

Daher glaube ich, auch das sollten wir überdenken. Dort oder da Möglichkeiten zu suchen, wo wir gemeinsam den Weg finden sollten, ja müssen, im Sozialbereich weiterhin dahinter zu sein, Bürokratie abbauen, aber auch die finanzielle Situation immer im Auge behalten. Was ganz wichtig ist, ist die Tatsache, unsere Leute in diesem Land auch im Auge zu behalten und zu unterstützen.

Dankeschön. *(Beifall bei der Liste Burgenland und Abg. Gerhard Steier.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe KollegInnen! Herr Kollege Kölly! Eine Fehlinformation, die Sie hier wiederholen, bleibt eine Fehlinformation. *(Abg. Manfred Kölly: Welche denn? Welche?)* Zum Beispiel auch, dass Asylwerbende mehr Sozialleistungen bekämen als Österreicherinnen und Österreicher oder Burgenländerinnen und Burgenländer, *(Abg. Manfred Kölly: Selbstverständlich! Dann kennst Du dich nicht aus!)* das stimmt einfach nicht.

Aber, der große Bereich des Asylwesens kommt ja heute noch einmal durch den Dringlichkeitsantrag der ÖVP zur Sprache. Deswegen werde ich mich jetzt hier nicht näher dazu äußern, sondern werde mich ganz auf den Sozialbericht konzentrieren.

Ein kleiner Hinweis: Leider ist die Beschlussformel, die uns mit dem Sozialbericht übermittelt wurde, ein bisschen falsch, weil da eine falsche Jahreszahl steht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Der Kollege Drobits hat das allerdings bereits bereinigt.

Im Vorwort des Sozialberichts lesen wir: „In diesem Sinne ist die Sozialpolitik des Burgenlandes darauf ausgerichtet, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass alle BurgenländerInnen Unterstützung, Begleitung, Betreuung und Pflege erhalten, wenn sie diese benötigen." Wiewohl im Bericht die Leistungen in der Betreuung von Fremden erläutert werden, wird das hier in der Präambel nicht als Aufgabe von Sozialpolitik im Burgenland formuliert.

Ich hoffe doch, dass das nicht ein Zugeständnis an den neuen Rot-Blau-Sprecher ist: wir sind nur für unsere Leute da und alle anderen als unerwünschte Zusatzaufgaben zu sehen. Oder sollte dieser Einleitungssatz gar ein Statement sein, dass wir alle Menschen, die zur Zeit im Burgenland ihren Wohnsitz haben, so willkommen heißen, dass sie bereits als BurgenländerInnen verstanden werden?

Ich gebe zu, diese Uminterpretation einer Ungenauigkeit im Vorwort geht wohl zu weit, aber es könnte ein diskussionswürdiger Ansatz sein. Es gibt auch noch ein paar andere Ungenauigkeiten, etwa dass der Bericht eigentlich bis 30. September 2015 hätte vorgelegt werden müssen. Aber gut, als Ausgleich zur Verspätung sind dafür noch jüngere Zahlen eingearbeitet. Das soll also nicht so schlimm sein.

Leider wird auch immer nur von Arbeitnehmerförderung gesprochen, wenn das Burgenländische Arbeitnehmerförderungsgesetz Erwähnung findet. Meine Bitte an die VerfasserInnen derartiger Berichte: Lernen sie zu gendern, es wäre jetzt schon an der Zeit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Großen und Ganzen ist aber zu diesem Bericht zu sagen, dass er einen guten Einblick über die Entwicklung des Sozialwesens der letzten Jahre bietet. Dies wurde, das möchte ich ausdrücklich und lobend erwähnen, in einigen Bereichen ausgebaut. Dass das nicht nur für die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen von Vorteil ist, ist auf Seite fünf nachzulesen, wenn dort steht:

„Dabei ist aber zu bedenken, dass es sich bei sozialen Diensten und Einrichtungen auch um Wirtschaftsbetriebe handelt, die Dienstleistungen produzieren und Arbeitsplätze bereitstellen. Arbeitsplätze, die in der Regel sicher sind, weil die Betreuungs- und Pflegebedürftigen Menschen nicht weniger, sondern mehr werden.

Über 3.300 Personen sind in der Pflege und Betreuung älterer und behinderter Menschen, in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Verwaltung und bei sonstigen Sozialen Diensten beschäftigt." Zitat Ende.

Schwierigkeiten gibt es leider in der Besetzung einiger Stellen mit entsprechend ausgebildeten und persönlich geeigneten Fachpersonal, wie es auch im Bericht auf Seite 47 offen gelegt ist.

Die Besetzung von SozialarbeiterInnenstellen durch PsychologInnen kann allerdings nur eine Zwischenlösung sein. Es muss im Stellenplan genau definiert und differenziert werden, welche Qualifikationen für eine Tätigkeit genau erforderlich ist, denn sozialarbeiterische, psychologische, pädagogische Tätigkeiten sind durchaus spezialisiert. Sie können deshalb nicht einfach ohne Zusatzqualifikationen von anderen Verwandten, Berufsgruppen verantwortungsvoll ausgeführt werden.

Darauf, dass es in den letzten Jahren eine eklatante Unterbesetzung in einigen Bezirkshauptmannschaften gab, habe ich bereits an verschiedenen Stellen hingewiesen, Sozialarbeit ist ein sehr fordernder und belastender Beruf. Da darf es nicht durch personelle Unterbesetzungen zu zusätzlichen Belastungen und in der Folge Überlastungen und Burnouts kommen. Es freut mich zu hören, dass dieser Mangel in den nächsten Monaten aufgehoben werden sollte.

Wo ich aus fachlicher Sicht noch einen Mangel sehe, ist die strukturelle Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe im Land. Hier gibt es noch zu viele Unterschiede in der Handhabung quer durch die Bezirke. Im Sinne einer qualitativen Weiterentwicklung brauchen wir in der Landesregierung dringend ein Referat für Kinder- und Jugendhilfe.

Es braucht eine gemeinsame Linie in der Kinder- und Jugendhilfe quer durch alle Bezirkshauptmannschaften. Es kann nicht sein, dass einem Kind, je nachdem in welchem Bezirk es lebt, andere Hilfestellungen in seiner Entwicklung gewährt werden. Da muss jedes Kind gleich viel wert sein.

Es kann aber auch nicht sein, dass es Unklarheiten der Zuständigkeit gibt, weil es keine richtige Ansprechperson gibt. Wir haben als GRÜNE auch einen entsprechenden Antrag eingebracht, der heute im Einlauf bereits erläutert wurde, der dann in der nächsten Landtagssitzung, so hoffe ich doch, zur Abstimmung gebracht wird.

Ich hoffe auch hier auf eine Zustimmung aus den Regierungsfraktionen, weil ich ja annehme, dass uns das auch ein gemeinsames Anliegen sein wird. Ich hoffe nicht, dass der Antrag nur deswegen verunstaltet oder abgelehnt wird, weil er aus der Opposition kommt. Jeden Euro, der hier hineininvestiert wird, erspart sich das Land später in seinem Sozialbudget.

Wie gesagt, dass die Bezirkshauptmannschaften endlich, wie wir schon lange einfordern, wieder voll besetzt werden, ist eine wirklich wichtige Maßnahme. Manchmal wäre eine schnellere Besetzung hilfreich. Objektivierung und zügige Besetzung sind dabei kein Widerspruch.

Mir ist es bewusst, dass es nicht leicht ist, im Burgenland gut ausgebildete SozialarbeiterInnen zu finden. Es gibt ja jetzt auf der Fachhochschule in Eisenstadt einen Lehrgang „Soziale Arbeit“. Das halte ich für sehr wichtig. Wir sollten noch mehr Werbung dafür machen, dass hier BurgenländerInnen diese Lehrgänge besuchen.

Sinnvoll wäre hier eine gezielte Rekrutierung aus dem laufenden Lehrgang, das wir bereits jetzt im Sommersemester als Land Burgenland, als Sozialreferat, dorthin gehen und junge SozialarbeiterInnen motivieren, auch im Land zu bleiben und hier zu arbeiten. Die soziale Arbeit wird immer wichtiger und muss von professionell arbeitenden Fachkräften erledigt werden.

Da die Anforderungen an soziale Arbeit stetig steigen und der Ruf nach sozialer Tätigkeit in Gemeinden und Institutionen immer lauter wird, werden vielerorts ehrenamtliche HelferInnen einbezogen. Das ist in vielen Bereichen durchaus sinnvoll, es darf aber nicht dazu führen, dass fachlich unqualifizierte Ehrenamtliche jene Arbeit aufgebürdet wird, die eigentlich von Fachkräften erledigt werden müsste. Es braucht hier eine wohl überlegte Differenzierung in ehrenamtliche und professionelle Arbeit.

Wenn es um Menschen geht, kann viel verpfuscht werden. Man merkt es nicht so unmittelbar, wie in technischen Belangen, aber die Schäden, die durch unqualifizierte pädagogische psychologische

oder soziale Arbeit erzeugt werden, sind oft besonders schlimm und tiefschürfend. Auf der anderen Seite haben Ehrenamtliche oft Erfahrungen, Fähigkeiten und Empathie einzubringen, die gesellschaftlich von hohem Wert sind. Diese gilt es gezielt und behutsam zugleich einzusetzen. Organisationen, in denen Hauptamtliche und Ehrenamtliche zusammenarbeiten, sind hier vor besondere Herausforderungen gestellt, die sie bewusst reflektiert und konstruktiv meistern müssen. Ich glaube, da haben wir im Burgenland beim manchen Institutionen auch noch Nachholbedarf.

Ein deutlicher Missstand zeigt sich im Bericht in Bezug auf die Fremdunterbringung von Kindern. Etwa ein Drittel der Fremdunterbringungen erfolgt in Einrichtungen anderer Bundesländer - wird hier geschrieben, - weil im Akutfall kein geeigneter Platz im Burgenland gefunden wurde, während in den Einrichtungen im Burgenland zu zwei Drittel Kinder anderer Bundesländer untergebracht sind.

Ich zitiere: „Aus ökonomischen Gründen erweist sich die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus anderen Bundesländern für die Betreiber als vorteilhafter, da dadurch höhere Einnahmen erzielt werden können.

Allerdings liegt diese Entwicklung nicht im Interesse des Landes Burgenland, denn für diese Minderjährigen müssen auch geeignete Schul-, Lehr- und Ausbildungsplätze im Burgenland gefunden werden, was auch mit Mehraufwendungen für das Land verbunden ist.“ Zitatende.

Was hier so formuliert ist, als wollten es sich Betreiber von Jugendwohlfahrtseinrichtungen einfach ökonomisch besser einrichten, macht vielmehr etwas anderes offenbar. Nämlich, andere Bundesländer zahlen einfach mehr als das Burgenland oder anders ausgedrückt, im Burgenland ist ein Kind in der Jugendwohlfahrt weniger wert als anderen Bundesländern, die von ihnen zu betreuenden Kinder. Diese Schieflage sollte auch ehebaldigst beendet werden. Dann sind nämlich Betreiber von Einrichtungen nicht mehr auf die Zuweisungen aus anderen Bundesländern angewiesen, um sich über Wasser zu halten.

Worauf in diesem Zitat auch hingewiesen wird - zu Recht hingewiesen wird - ist die Anforderung für die betreuten Kinder und Jugendlichen auch Ausbildungs- und letztlich auch Arbeitsplätze zur Verfügung zu haben. Es kommt hier vor allem im Südburgenland zu Engpässen.

Wir haben im Südburgenland viele Einrichtungen der Kinder- und Jugendwohlfahrt, wo es um Fremdunterbringung geht. Im Nordburgenland hinken wir da ziemlich nach und es kommt daher auch im Südburgenland zu einem Stau, weil, man muss ja die Jugendlichen dann auch irgendwo unterbringen, und diese Plätze sind dann oft nicht vorhanden.

Es gibt eine zu große Belastung der südlichen Bezirke. Die Ausweitung der Fremdunterbringungsmöglichkeit im Landesnorden muss in den nächsten Jahren angegangen werden.

Nun zum Bereich der Pflege: Die Anforderungen an Pflege werden auch in den nächsten Jahren quantitativ und qualitativ steigen. Die Pflegeplatzbörse ist hier eine gute Hilfe bei der Suche nach einem Platz.

Sie zeigt aber auch, da haben wir Parallelen zum vorigen Thema, dass die Bezirke Jennersdorf und Güssing weitgehend ausgebucht sind, hier braucht es eine Weiterentwicklung und einen Ausbau der Angebote.

Besondere Aufmerksamkeit sollten wir auch den pflegenden Angehörigen schenken, die oft Immenses leisten und die dafür dringend die Unterstützung der öffentlichen Hand brauchen. Hier gibt es bereits gute Ansätze, wie etwa die Möglichkeit zur Tagesbetreuung oder die vorübergehende Pflege, damit Angehörige auch einmal Urlaub machen können oder sich Auszeiten nehmen können.

Vergessen wird leicht darauf, dass es auch Kinder und Jugendliche gibt, die einen Elternteil zu Hause pflegen. Hier braucht es eine besondere Sensibilität und Unterstützung seitens der Bildungsinstitutionen, des medizinischen Personals, der Sozialarbeit und letztlich auch der Nachbarschaft.

Was für ein System eine erfreuliche Einsparung ist, hat für die Betroffenen mitunter verheerende Wirkung und das geht jetzt hier um die Zuordnung in Pflegestufen und die daraus resultierende Möglichkeit einen Platz in einem Pflegeheim zu bekommen. Bei mir häufen sich Klagen, dass Pflegestufen höchstunterschiedlich bewertet werden. Ich war ja selbst einige Zeit in der Pflege tätig und in diesem fraglichen Zeitraum des Berichts habe ich auch persönlich erlebt, wie schlimm es für die Betroffenen und die Angehörigen ist, wenn sie lange Wartezeiten bis zur nächsten Einstufung in Kauf nehmen müssen.

Wir wissen alle, dass Krankheitsverläufe sich nicht nach offiziellen Terminen richten, sondern auch schubweise vorangehen. Es wird der Zustand der zu Pflegenden immer schlimmer, die Hilfe der öffentlichen Hand wird aber nicht erhöht in dem Zeitraum. Dazu kommen immer wieder falsche Einschätzungen über den Ergebniswert mancher Untersuchungen. Angehörige fühlen sich hier oft im Stich gelassen und sind mit dem Pflegealltag zu Hause überfordert.

Es ist einiges weitergegangen, ich habe es schon erwähnt. Die Angebotspalette wurde erweitert, aber das darf nicht zum Stillstand führen. So ist etwa der Pflegebetreuungsschlüssel im Burgenland noch immer weit unter dem Standard anderer Bundesländer.

Ein Pfleger sagte mir einmal und er war nicht der einzige, der es so formulierte: „Ich mache eigentlich nur mehr Fließbandarbeit. Und das in einem Beruf, der sich ganz und gar um Menschen dreht.“ Eine Leiterin einer Pflegeeinrichtung sagte mir: „Die Verantwortlichen, die die Entscheidung treffen, sollten sich einmal eine Woche in ein Pflegebett auf einer Station legen, dann wüssten sie, welche Auswirkungen ihre Entscheidungen haben.“

Ich glaube, das kann durchaus auch als Einladung verstanden werden - Fortbildung der anderen Art. Auf zwei Aspekte möchte ich noch hinweisen, die leicht vergessen werden. Erstes Thema: Auslandsadoption. Wir haben im Burgenland einige Paare, die sich seit Jahren nichts sehnlicher wünschen als ein Kind zu adoptieren und sie warten und warten. Und es gibt Kinder, die sehnlichst darauf warten, dass sie eine Familie bekommen und Eltern, die sich liebevoll um sie kümmern.

Wenn allerdings diese Kinder im Ausland beheimatet sind, sind die Adoptionsverfahren äußerst aufwändig und zum Teil unzumutbar für die Adoptionswerberinnen. Also da geht es um mehrwöchige Aufenthalte im Ausland, damit die Behörde dort überhaupt irgendeine Vorentscheidung trifft.

Daher leite ich hier die dringende Bitte einiger Eltern weiter, dass das Land tätig werden möge und bei der Zusammenarbeit mit Behörden anderer Staaten mehr Unterstützung bietet.

Ein ganz wichtiges Thema, das leicht in den Hintergrund gerät ist ja auch die auch im Burgenland vorhandene Kinderarmut. Da im Regierungsübereinkommen das Wort

Armut nicht einmal erwähnt wird, ist meine Sorge nicht unbegründet, dass auf die Bekämpfung von Armut zu wenig Bedacht genommen wird und vor allem auf die Bewahrung der Kinder und Jugendlichen vor Armut und deren Folgen leicht vergessen wird.

Daher schlage ich vor, dass wir im Landtag einmal eine Tagung zu diesem Thema abhalten, bei der Fachleute und Betroffene zu Wort kommen. Wenn die GRÜNEN, wie es früher bei zwei Abgeordneten ja möglich war, einen Klubstatus hätten, könnten wir eine entsprechende Enquete veranlassen.

Die Möglichkeit haben wir jetzt nicht mehr, die ist uns genommen worden, daher hoffe ich auf die Zusammenarbeit in diesem Hohen Haus. Es geht um ein gutes Leben für alle in unserem Land. Es geht um Selbstermächtigung und die Befähigung auf eigenen Beinen sein Leben selbstbestimmt gestalten zu können.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete, für Ihre Ausführungen. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Österreich mit seinen Bundesländern ist eines der reichsten Länder der Welt und eines der reichsten Länder in Europa.

Trotzdem stehen immer weniger Superreiche oder Reiche immer mehr Menschen gegenüber, die in Bedrängnis geraten und sich fragen müssen, wovon und wie sie überhaupt ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Man stellt sich die Frage: Wie ist so etwas möglich? Man braucht Sozialmärkte, man braucht die Tafeln und vieles mehr, damit sich Arme ernähren können und das in unserem Land.

Verleugnen und vernebeln sind keine Lösung. Vielmehr müssen wir genau hinschauen, wer ist von Armut betroffen und was sind die Ursachen von Armut und welche Auswirkungen haben sie auf die Menschen und auf die Gesellschaft? Ich glaube das Burgenland sieht hier sehr genau hin und ist bemüht, das sieht man anhand des Sozialberichtes. Risiken für Armut gibt es viele, Migrationshintergrund, ein hohes Alter, Jugendarbeitslosigkeit, Menschen mit Behinderung und so weiter. Oder drastisch gesagt, alle, die etwas anders sind oder einfach etwas mehr Zeit für Dinge brauchen, laufen Gefahr aus dem System zu kippen.

Das fängt oft in der Schule an. Kinder, deren Eltern einen geringen sozialen Status genießen, Kinder aus kinderreichen Familien, oder Kinder, die bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, haben auch eher geringere Chancen. Auch hier würde es noch viele Gründe geben. Vielen fehlt es auch an einer ermutigenden Erziehung, einer Unterstützung durch ihre Eltern, wodurch sie einerseits lernen, sich zu behaupten, andererseits lernen Rückschläge wegzustecken ohne gleich zu versagen.

Oft hat es auch mit der Arbeit zu tun. Viele Arbeiten werden schlecht bezahlt, dass die Menschen gerade davon leben können. Oft sind es Menschen, die zwar zum Wohlstand der Gesellschaft beitragen, aber sich von ihrer Arbeit gerade das Nötige leisten können.

Darüber hinaus kann man bei einem Niedrigeinkommen nicht die große Pension erwarten, auch wenn man fleißig gearbeitet und eingezahlt hat. An eine Privatvorsorge ist gar nicht zu denken, somit müssen sie im letzten Lebensabschnitt mit noch weniger Geld

durchkommen. Was macht die Armut mit den Menschen? Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut macht einsam.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Sozialbericht steht die Sozialabteilung des Landes allen Interessierten in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit eine fundierte Gesamtübersicht über das Sozialwesen in unserem Bundesland Burgenland zur Verfügung.

Wie auch in den vergangenen Jahren werden die Daten, Fakten über zwei Jahre dargestellt und jeder kann sich somit ein Bild über die sozialen Leistungen, die das Burgenland erbringt, machen. Man könnte auch sagen, erbringen muss, damit nicht mehr Menschen aus dem System der Gesellschaft kippen.

Der Rückblick über die Entwicklung der sozialpolitischen Instrumente und Maßnahmen gibt somit immer Anlass manche Schwerpunkte genauer zu betrachten, beispielsweise die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die Vorschau auf demokratische Aspekte und den zukünftigen Pflegebedarf oder die Entwicklung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik.

Die Bandbreite des sozialen Angebotes ist im Burgenland sehr vielfältig. Der Bogen spannt sich von der Kinder- und Jugendhilfe, von der Sozialhilfe und Mindestsicherung über die Behindertenhilfe, über das Pflegegeld, ambulante Dienste, der 24-Stunden-Betreuung bis hin zu den sozialen Diensten und Einrichtungen bis hin zur Arbeitnehmerförderung. Die Angebotsstruktur des Sozialbereiches im Burgenland braucht sich somit keinem Vergleich Europaweit zu scheuen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt könnte man darüber diskutieren, ob es gut ist, dass wir so viele Sozialleistungen haben oder eher schlecht, dass ein wohlhabendes Land so viele Sozialleistungen braucht. Ich bin der Meinung dass es gut ist, dass wir diese Sozialleistungen zur Verfügung stellen können. In einem armen Land stellt sich die Frage gar nicht, dort gibt es eben keine.

Nur sollte man nicht die Ursachen dafür aus den Augen verlieren, dann könnten wir vielleicht noch Vieles besser machen oder es würde Vieles besser funktionieren. Aber die Anforderungen steigen aufgrund des demokratischen und ökonomischen Wandels. Gerade in Zeiten des begrenzten Budgets ist es daher ganz besonders wichtig, die richtigen Schwerpunkte im Sozialbereich zu setzen, bedarfsorientiert und zukunftsorientiert zu handeln.

Unser Ziel muss es natürlich sein, nachhaltige Sozialpolitik zu betreiben, die allen Generationen von Jung bis Alt soziale Sicherheit bieten kann. Heute bereits Vorsorge für das Morgen zu treffen, damit wir uns das alles noch leisten können werden. Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung soll natürlich die Armutsgefährdung reduziert und der soziale Zusammenhalt unter der Voraussetzung aktivieren und integrieren deutlich gestärkt werden. Es ist somit ein wichtiges Instrument zur Armutsbekämpfung, ob es das richtige Instrument in dieser Form ist, ist fraglich.

Es trägt in dieser Form zu sozialen Zwistigkeiten in der Gesellschaft zwischen Einheimischen und Fremden bei. So ist zum Beispiel ein verwertbares Vermögen der hilfesuchenden Personen zu berücksichtigen. Oder wer länger als sechs Monate die Mindestsicherung bezieht, bei dem kann eine grundbücherliche Sicherstellung der Ersatzforderung vorgenommen werden.

Diese Unterschiede für unsere Leute wollen wir nicht. Hilfeleistung muss nicht immer unbedingt viel kosten, sondern Hilfeleistung sollte von manchen Hilfesuchenden

auch so honoriert werden, außer mit der Erwartung auf Geldleistungen. Auch das schafft sehr viel Unmut in der Bevölkerung und die Politik sollte darauf reagieren.

Unmut schafft es bei jenen, die einer geregelten Arbeit nachgehen und fast nicht mehr verdienen und jenen, die schlicht und einfach gar nicht arbeiten wollen, die es natürlich auch gibt. Hier entsteht somit früher oder später eine Schieflage beim Sozialsystem.

Natürlich muss man darüber diskutieren, wie die Zukunft hier ausschauen soll. Hier gibt es natürlich verschiedene Ansätze. Wir könnten uns vorstellen, bei Asylwerbern, die nur einen befristeten Asylstatus oder subsidiären Schutz zugesprochen bekommen haben und keine Arbeit haben, die Mindestsicherung zirka um die Hälfte zu kürzen. Restriktive Regelung ist da durchaus angebracht.

Die Leistung für Mehrpersonenhaushalte sollte gedeckelt werden. Es sollte vermehrt Sachleistungen statt Geldleistungen geben und Arbeitsunwilligen sollte die Mindestsicherung um mindestens 25 Prozent gekürzt werden. Und natürlich sollte die Mindestsicherung für Asylberechtigte an Deutschkurse und Wertschulungen gekoppelt sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zu einem anderen Bereich der Pflege: Um die Vorsorgesituation im Bereich der Altenpflege und Altenbetreuung im Burgenland absichern zu können, wurde ein Bedarfs- und Entwicklungsplan erstellt. Dieser bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung der sozialen Dienste.

Die künftigen Herausforderungen werden nicht leichter, da die Gruppe der älteren Menschen im Burgenland immer größer wird. In 25 Jahren leben im Burgenland praktisch gleich viele Kinder und Jugendliche wie heute. Die Zahl der Erwerbstätigen ist um 20.000 Personen gesunken, die Zahl potentieller Pensionisten um 41.000 angestiegen. Demnach wird man mit mehr Einrichtungen und Personal rechnen müssen.

Bevor es aber zu Heimunterbringungen kommt, wird natürlich darauf geachtet, dass die Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden betreut werden. Ebenfalls sollen die wohnortnahen Pflegeheime abgesichert werden, da die räumliche Nähe zur Familie und die daraus resultierenden Besuche einen wesentlichen Faktor für das Wohlbefinden der Pflegebedürftigen darstellt.

Diese Organisation der Betreuung und Pflege einer alternden Gesellschaft stellt nicht bloß einen wesentlichen sozialpolitischen, sondern auch eine raumordnerische Aufgabe dar und bedeutet für das Land der Dörfer, also unser Burgenland, eine große und kostenintensive Herausforderung.

Um die Aufgabensteigerung für das Land und die Gemeinden, die durch die Kostenübernahme der Pflegekosten durch die Sozialhilfe entstehen, zu dämpfen, wurden in der Vergangenheit stationäre Angebote wie Hauskrankenpflege und die 24-Stunden Betreuung ausgeweitet. Grundstein für die die Versorgung der burgenländischen Bevölkerung mit Kranken- und Pflegeleistungen für sämtliche Betreuungen für Menschen mit Behinderung oder im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe, bildet das dafür notwendige und hochwertige ausgebildete Fachpersonal.

Es ist dabei auch zu bedenken, dass es sich bei sozialem Dienst und Einrichtungen auch um Wirtschaftsbetriebe handelt - das haben wir heute schon gehört - die Dienstleistungen produzieren und Arbeitsplätze bereitstellen.

Über 3.300 Personen sind es in der Pflege und Betreuung älterer und behinderter Menschen, in der Kinder- und Jugendhilfe, die in der Verwaltung und bei sonstigen

sozialen Diensten beschäftigt sind. Hierbei sollte man nicht vergessen, rund 90 Prozent Hilfsbedürftige leben zuhause.

Bei rund drei Viertel der hilfs- und betreuungsbedürftigen Personen leisten ausschließlich Angehörige die ganze Betreuungs- und Pflegearbeit. Hier liegt ein großer Unsicherheitsfaktor. Die Bereitschaft des familiären Pflegepotentiales - hier geht es um Bereitschaft moralischer Verpflichtung, sich auf die kräfteraubende Tätigkeit einzulassen.

Ich glaube, diesen Personen gehören 1.000 Rosen gestreut, die sich um eine solche Pflege annehmen. Selbst ein geringfügiger Rückgang der familiären Pflegeleistung hätte enorme Auswirkungen auf die Nachfrage nach Pflegeeinrichtungen oder nach Personal.

Der Staat, das Land, wird somit auch in Zukunft wichtige Aufgaben des Gemeinwohles ausüben müssen. Ein wichtiger Sozialbereich wird die Pflege sein. Anhand des Sozialberichtes und vieler Tatsachen und Bandbreiten sieht man, dass das Land seine soziale Verantwortung sehr ernst nimmt und wahrnimmt.

Es gibt aber mit Sicherheit eine Belastungsgrenze im finanziellen Sinn im Sozialbereich, der auch dadurch schneller zum Tragen kommen wird, wenn der Flüchtlingsstrom nicht mehr zu bewältigen sein wird Es besteht die Gefahr, dass unser Sozialsystem nicht mehr funktioniert und ins Wanken kommt. Wenn einmal im Budget für Soziales vielleicht 51Prozent stehen würde, wird es zu spät sein.

Ich bin aber überzeugt davon, wenn sich nicht so viele Menschen im Sozialbereicht freiwillig betätigen würden, könnten wir unseren Sozialstaat, unseren Wohlfahrtsstaat in dieser Art und Weise sowieso nicht aufrechterhalten.

Gemeinschaft, Respekt und politische Verantwortung, vor allem auch unserer Bevölkerung, müssen gelebt werden, dann werden wir in Zukunft den Gesundheits- und Sozialbereich, auch den Arbeitsmarkt gemeinsam meistern können. Alles in allem sollte man mit unserem mühevoll aufgebauten Sozialsystem behutsam umgehen.

Wer nicht bereit ist, etwas zu leisten, wer einfach das Sozialsystem zum Nachteil aller ausnutzen will, für den muss der soziale Zugang härter und kälter werden. Abschließend danke ich für die Aufbereitung des Sozialberichtes der Abt. 6.

Den Sozialbericht werden wir zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sozialbereich hat das Burgenland in den Jahren der ÖVP-Regierungsbeteiligung eine dynamische Entwicklung genommen. Im Sozialbericht 2013/2014 des Landes Burgenland verdeutlicht sich das.

Im Mittelpunkt stand stets die Hilfe und Unterstützung für all jene Burgenländerinnen und Burgenländer, die von schweren Schicksalsschlägen getroffen wurden oder aus anderen Gründen schutz-, hilfe- oder pflegebedürftig waren. Vieles ist in diesem Bereich gelungen. Durch den Einsatz erheblicher Mittel vom Land und von Gemeinden konnten bestehende Hilfsangebote vergrößert, dringend benötige Forderungen angehoben und neue Unterstützungsstrukturen geschaffen werden.

Besonders erfreulich für mich, als Sozial- und Arbeitnehmersprecher ist es, dass Arbeitsplätze im Sozialbereich in der Regel mehr werden und das nicht nur, weil die Menschen immer älter werden, sondern weil es einfach die Tatsache ist und das sieht man auch an der Alterspyramide.

Wir müssen daher junge Menschen dazu motivieren, auch diese Berufsbilder zu ergreifen, Angebote schaffen und die jungen Menschen ermutigen. Ein bedarfsgerechter Ausbau der Sozialwirtschaft stellt eine Chance für noch mehr Arbeitsplätze in diesem Bereich dar. Dafür treten wir als ÖVP Burgenland ein, dafür treten wir als ÖVP Burgenländer ein. Mehr als 3.300 Personen sind derzeit in Pflege und Betreuung älterer und behinderter Menschen tätig, in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Verwaltung und bei sonstigen sozialen Diensten.

Auch die Zahl der sehr alten Menschen steigt ständig. Viele von ihnen werden Betreuung und Pflege auch langfristig benötigen. Es gibt hier einige Beispiele und ich darf hier ein herzliches Grüß Gott sagen, der Frau Petra Wagner aus Rudersdorf, sie betreibt so ein Heim im Südburgenland und ich finde, dass diese Einrichtung dementsprechend unterstützt gehört. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Passend zur heutigen Tagesordnung ist es mir auch ein Anliegen, das Ehrenamt zum Thema zu machen. Das Ehrenamt hat im Burgenland einen sehr hohen Stellenwert und zwar immer und nicht nur in den jetzigen Flüchtlingszeiten.

Im Jahr 2012 ist die Inanspruchnahme von Hauskrankenpflege und Senioren- und Tagesbetreuung zurück gegangen, aber nicht weil es weniger pflegebedürftige Menschen gab, sondern weil es viele ehrenamtliche und pflegende Angehörige gab, die sich um ihre Angehörigen gekümmert haben.

Pflegende Angehörige sind, wenn man es so möchte, der größte Pflegedienst im Land Burgenland. Von derzeit rund 18.300 Pflegegeldbeziehern werden derzeit mehr als 12.000 Personen von zuhause aus von den Angehörigen versorgt. Still und ohne zu klagen, geben sie eine großen Teil ihres eigenen Lebens dafür auf, es dem pflegebedürftigen Angehörigen, dass es demjenigen gut geht.

Leider oft auch ohne Dank, leider oft auch ohne Dank aus der Familie. Pflegende Angehörige sind daher unsere unsichtbaren Helden und müssen auch in Zukunft bestmöglich unterstützt werden. Das Thema Mindestsicherung: in Zeiten wie diesen dürfen wir uns nicht darauf konzentrieren oder gar darauf ausruhen, was in der Vergangenheit passiert ist. Viel zu große Herausforderungen liegen hier vor uns.

Die aktuelle Flüchtlingsherausforderung erfordert klare Entscheidungen und rasches Handeln. Deshalb ist etwa die bedarfsorientierte Mindestsicherung dringend zu reformieren. Einerseits um unser Sozialsystem langfristig zu stärken, andererseits um Österreichs Attraktivität als Zielland für Flüchtlinge zu verringern.

Für die Volkspartei Burgenland ist daher klar, die Mindestsicherung soll Hilfe zur Selbsthilfe sein. Doch leider werden die Ziele der Mindestsicherung, nämlich Armutsvermeidung und das Schaffen eines Sprungbrettes für die Arbeit oder auch zur Wiederbeschäftigung nicht immer erreicht.

Am eklatantesten ist die Situation derzeit in Wien, wo mehr als 55 Prozent aller Mindestsicherungsbezieher leben. Aber auch hier im Burgenland herrscht akuter Aufholbedarf. Um jenen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern Gerechtigkeit zu vermitteln, die täglich in die Arbeit gehen und oft kaum mehr als die Höhe der Mindestsicherung verdienen, muss das System dringend überarbeitet und reformiert werden.

Wir alle kennen diese Personen, die eben nicht mehr als diese Höhe verdienen. Verschärft wird die Situation durch die hohe Zahl der Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr nach Österreich gekommen sind beziehungsweise in naher Zukunft noch zu uns kommen werden. Wenn wir die Mindestsicherung retten wollen, braucht es ein rasches Gegensteuern.

Die von uns vorgeschlagene Kürzung der Mindestsicherung ist daher eine wichtige und richtige Maßnahme, um Österreichs Attraktivität als Zielland zu verringern. Andere Länder gehen hier mit einigen Beispielen voran. So kann etwa ein Nicht-EU-Bürger in Dänemark erst nach sieben Jahren die Mindestsicherung beantragen, davor bekommt er nur geringfügige Unterstützungen.

Genau in diese Richtung muss es gehen, genau da müssen wir auch in Österreich hinsteuern. Denn die aktuelle Flüchtlingsherausforderung verstärkt die Situation und erfordert klare Entscheidungen und ein rasches Handeln. Ich möchte daher die Forderung der Volkspartei Burgenland konkretisieren und auf den Punkt bringen.

Die Mindestsicherung soll in Österreich für all jene, die kürzer als drei Jahre in unserem Land leben, um die Hälfte gekürzt werden. Zusätzlich soll davon ein Teil als Sachleistung ausbezahlt werden. Wir können uns hier einen Wert von rund 50 Prozent vorstellen. Die Maßnahmen sind notwendig, um das Sozialsystem nicht zu gefährden. Dafür wird sich die Volkspartei auf allen Ebenen einsetzen.

Während die rote Regierung mit blauer Duldung geschlafen hat, haben *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* wir als starke Alternative in den vergangen Wochen und Monaten insgesamt fünf Notwendigkeiten im Asylbereich definiert:

- die Kürzung der Mindestsicherung um die Hälfte,
- eine kapazitätsorientierte Obergrenze,
- die verpflichtende Werte und Deutschkurse als Voraussetzung für Sozialleistungen,
- die Verschärfung beim Familiennachzug und natürlich
- das Bekenntnis zur österreichischen Leitkultur. *(Beifall bei der ÖVP)*

Entsprechend zu begrüßen ist auch der zwei Tage alte Ministerratsbeschluss von Asyl auf Zeit. Die Gesetzesnovelle ist eine notwendige Rückbesinnung auf den Kern des Asylrechtes, nämlich Schutz vor tatsächlicher Verfolgung und es stellt tatsächlich Kriegsflüchtlinge in den Mittelpunkt.

Der Ministerratsbeschluss ist aber noch ein weiterer Grund, der uns erfreulich stimmt. Es ist der Beweis, dass geforderte Maßnahmen der Volkspartei Burgenland vom Bund gehört wurden und ist somit ein positives Vorzeichen und Signal für ein Umdenken im Bereich der Mindestsicherung.

Aber selbstverständlich ist das Thema der Mindestsicherung nicht erst seit der herausfordernden Flüchtlingssituation signifikant. Vielmehr ist die Mindestsicherung eine soziale Hängematte für alle arbeitslosen Menschen in unserem Land und darf nicht zur Faulmatte werden. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist irre. So von armen Menschen zu reden. Das sind arme Menschen!)*

Wir brauchen bessere Spielregeln und klare Richtlinien. Es ist die Aufgabe der Politik, den Menschen zu vermitteln, dass sich Leistung lohnt und es würde etwas falsch laufen in einer leistungsorientierten Gesellschaft, wenn der Arbeitende schlechter gestellt wird, als jener, der die Arbeit scheut. Das darf in unserem Land nicht passieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auch auf Bundesebene hat sich die ÖVP konkrete Maßnahmen bei der Mindestsicherung vorgenommen. Es sind dies ebenso Anreize zum Wiedereinstieg in die Beschäftigung, Umstellung auf Sachleistung und die Reduktion der Geldleistungen, wenn Beschäftigungsangebote nicht angenommen werden.

Bei der Reform der Mindestsicherung geht es also nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen, sondern dafür zu sorgen, dass das hervorragende soziale Netz in Österreich auch weiterhin bestehen kann. Wir sind solidarisch mit jenen, die staatliche Leistung brauchen, aber auch mit jenen, die in das System einzahlen.

Weil bei der Mindestsicherung Brutto gleich Netto ist, scheint es für uns nur fair, einen Deckel von 1.500 Euro einzuziehen. Das sind wir den Steuerzahlern genauso schuldig, wie jenen, die die Hilfe in unserem Sozialsystem benötigen.

Dafür treten wir als ÖVP Burgenland ein! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann an der Spitze der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Nun bevor ich auf den Tagesordnungspunkt Kenntnisnahme des Sozialberichtes 2013/14 eingehe, möchte ich noch auf die Wortwahl des Kollegen Hirczy kurz replizieren.

Meiner Meinung nach heißt sozial dazugehörend und der Gemeinschaft dienend. Es ist zwar richtig, dass das Selbstbewusstsein und auch die Abwicklung der Redeübung oder Leseübung, die Sie vorher abgehalten haben in Ordnung ist, aber die Wortwahl, die Sie getroffen haben, ist meiner Meinung nach sicherlich nicht der Gemeinschaft dienend und auch nicht dazugehörend.

In diesem Sinne möchte ich auf den Sozialbericht einsteigen und dazu erwähnen, dass das Burgenländische Sozialhilfegesetz die Landesregierung verpflichtet, alle zwei Jahre einen Sozialbericht vorzulegen. Der nunmehr 6. Burgenländische Sozialbericht über den Zeitraum 2013 und 2014 dokumentiert in einem Ausmaß von 169 Seiten mit Tabellenanhängen ganz klar und eindeutig, wie den steigenden Anforderungen an das soziale Sicherungssystem des Landes.

Aber gibt auch gleichzeitig eine Rechenschaft über den dafür erforderlichen Einsatz finanzieller Mittel ab. Nun für mich ist die Visitenkarte einer modernen Gesellschaft immer dann gegeben oder vorliegend, wenn den Ärmsten und Schwächsten auch in ihrer Politik, Sozialpolitik, Rechnung getragen wird. Das sind die Kranken, Behinderten und Pflegebedürftigen. Der vorliegende Sozialbericht zeigt meiner Einschätzung ganz klar auf, dass diesen Zielgruppen Rechnung getragen wurde.

Wir waren als Burgenland, Land Burgenland, auch eines der ersten Bundesländer, die in der Landesverfassung den Grundsatz, oder den Grundgedanken, des sozialen Rechtsstaates verankert hatten. Ich glaube schon, dass dieser Sozialbericht der beiden Jahre diesem sozialen Rechtsstaatsgedanken Rechnung trägt.

Wenn vorher bereits bei den Vorrednern auch der Gedanke der Armut gekommen ist, möchte ich in diesem Zusammenhang auch in Hinblick auf den Sozialbericht erwähnen, dass im Mai 2015 eine EU-Erhebung erfolgte, in der das Land Burgenland den niedrigsten Armutsgefährdungswert im Ausmaß von 7,1 Prozent österreichweit

dokumentiert bekam. Der Österreichschnitt war 14,1 Prozent. Die EU hatte einen Schnitt für Armutsgefährdung von 16,6 Prozent.

Deshalb glaube ich sehr wohl, dass das Land Burgenland und die Armutsgefährdungsschwelle, die sich auf diesen Berichtszeitraum bezieht, ein Argument mehr ist, dass der soziale Rechtsstaat gelenkt und weiter betrieben wird.

Heute wurde bereits erwähnt, dass der Sozialbereich auch einen wesentlichen Beitrag für Wirtschaftsbetriebe darstellt. Viele soziale Dienste und Einrichtungen sind Wirtschaftsbetriebe und die produzieren Dienstleistungen, aber gleichzeitig schaffen sie auch Arbeitsplätze. Ich glaube, dass die Sozialwirtschaft ein wesentlicher Beitrag für die Arbeitsmarktsituation, für die Arbeitsplatzsituation sein kann und sein wird.

Weil nämlich die demografische Entwicklung laut Bericht eindeutig aufzeigt, dass sich die betreuungs- und pflegebedürftigen Menschen in den nächsten Jahren weitaus steigern und vermehren werden. Deshalb glaube ich, dass die Sozialwirtschaft gerade in Hinblick auf diese Aussichten eine Chance für neue Arbeitsplätze dar stellen und nicht als Belastung in Hinblick auf die erheblichen finanziellen Mittel, die in diesem Bereich gegeben werden, gesehen wird. Nun zum vorliegenden Bericht möchte ich vier Punkte hervorheben.

Der erste Bereich ist der Altenwohn- und Pflegeheimbereich. Wir haben am Ende des Berichtjahres 44 Pflegeheime, davon sind 2.142 Pflegeplätze vorliegend. Das bedeutet eine Auslastung oder Belegung von 97,4 Prozent. Ich glaube, bereits heute von der Frau Mag.a Petrik erwähnt, dass die Einführung der Pflegeplatzbörse Burgenland, die in der Homepage nachlesbar ist, durchaus dazu beigetragen hat, dass diese fast 100-prozentige Auslastung erfolgt ist.

Ich glaube auch, dass diese Pflegeplatzbörse Burgenland als Projekt nicht umsonst den Innovationspreis 2012 in Österreich erhalten hat. Deshalb glaube ich auch, dass gerade in diesem Bereich vieles erreicht und gemacht wurde. Aber nichtsdestotrotz, auch der Bedarf und Entwicklungsplan 2016/2017 wurde mittlerweile auch vom neuen Landesrat in vielen Bereichen schon umgesetzt. Es wurde nämlich auch geschaut, dass die notwendigen 128 Pflegeheimplätze durch Adaptierung und Erweiterung bestehender Einrichtungen, aber auch durch Schaffung neuer Einrichtungen vorsichtshalber vorbereitet worden ist.

Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir in diesem Bereich vorgesorgt haben und auch bestens gerüstet sind. Dazu möchte ich nochmals eine Studie erwähnen, die mir persönlich wichtig ist, und die auch den Wert der Altenwohn- und Pflegeheime aufzeigt. Diese Studie ist eine Studie, die die Länder Niederösterreich und Steiermark vor kurzem eingeholt haben, und daraus ergibt sich eindeutig, dass jeder investierte Euro im Ergebnis einen gesellschaftlichen Mehrwert von drei Euro ergibt.

Das zeigt mir eindeutig, dass die Wirkungen dieser stationären Einrichtungen auch zukünftig der richtige Weg sind. Ich bin auch überzeugt, dass mit der Erreichung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes die Weichen gestellt sind. Nichtsdestotrotz glaube ich auch, dass dieser Bereich viele Arbeitsplätze von Frauen nach sich zieht, und das ist in Zeiten einer hohen Arbeitslosigkeit, die wir haben, ganz wichtig.

Ich glaube auch, dass der ambulante Bereich künftig stärker beachtet werden muss und deshalb bin ich der Meinung, dass die Bewusstseinsbildung für Tagesbetreuungseinrichtungen, so wie es auch im Bericht steht, und Intensivierung der Hauskrankenpflege wichtig sein wird. Zum zweiten Punkt, die Pflege- und Betreuungsdienste, Hauskrankenpflege im Kapitel 10.

Auch dort ist erkennbar, dass die Hauskrankenpflegeeinrichtungen 420 Personen nach sich ziehen, die eine Beschäftigung finden. Bedauerlicherweise ist aber diese Hauskrankenpflege in den letzten Jahren zurückgegangen. Aber nicht, wie heute erwähnt, wegen der ehrenamtlichen Tätigkeit, die gibt es immer und die ist sehr wichtig, die ist zurückgegangen wegen der sogenannten 24-Stunden-Betreuung.

Diese 24-Stunden-Betreuung hat bezweckt, dass auch in diesen Bereichen Arbeitsplätze anfangs verloren gingen. Die Regierung hat reagiert. Wir haben eine Adaptierung und Erhöhung der Tarife, aber auch eine Ausweitung der Beratungen, der Pflegeberatungen, auf 90 Minuten durchgeführt, und dadurch konnte wieder der Wert von vor zwei, drei Jahren erreicht werden.

Deshalb bin ich auch zuversichtlich, dass die Hauskrankenpflege zukünftig auch steigen wird. Nur trotzdem, weil es auch der Abgeordnete Kölly in seiner Rede erwähnt hat, bin ich der Meinung, dass die Legalisierung der 24-Stunden-Betreuung im Jahr 2006 durchaus in den nächsten Jahren zu beachten sein wird. Warum?

Wir haben momentan laut Bericht 5.511 Gewerbetreibende im Burgenland, die auf selbständiger Basis die 24-Stunden-Personenbetreuung durchführen. Im Vergleich entsprechend der Altersbevölkerung ist dieser Wert enorm, gegenüber allen anderen Bundesländern.

Wenn ich dann schaue, die jeweiligen Staatsangehörigkeiten dieser Gewerbetreibenden, muss ich feststellen laut Bericht, dass 66 Prozent dieser aus Rumänien kommen, 17 Prozent aus Ungarn, sieben Prozent aus der Slowakei und bloß 2,8 Prozent aus Österreich. Da wir die Prämisse, wo auch der Landeshauptmann im Regierungsübereinkommen gesagt hat, haben, Arbeit und Geld muss im Land bleiben, sollte man sich genau auch in diesem Bereich die Wertschöpfung anschauen, die eventuell für unser Land im Sinne auch von Arbeitslosen verloren geht. *(Beifall des Abg. Manfred Kölly)*

Ich bin der Meinung, dass wir gerade im Hinblick darauf, auch aufgrund des Umstandes, dass im Berichtszeitraum drinnen steht, dass bei Ablösen der Personenbetreuer Ruhendmeldungen sind, und diese Ruhendmeldungen bedeuten, dass sozialversicherungsrechtliche Abgaben in dieser Zeit nicht geleistet werden, meiner Meinung dazu führen sollen, dass ich anrege eine Studie in diesem Bereich durchzuführen. Diese Studie könnte bedeuten, dass man sich diese 24-Stunden-Betreuung im Hinblick auf stationäre und auch auf die Hauskrankenpflegeeinrichtungen genauer anschaut.

Ein Punkt zur Mindestsicherung, der auch beleuchtet worden ist. Ich glaube, dass die Mindestsicherung auch im Landes-Rechnungshofbericht im Follow-up-Bericht in den letzten Sitzungen genau erklärt worden ist. Ich bin der Meinung, dass die Landesregierung und der Landesrat Darabos mit der Verwaltungsbehörde am richtigen Weg ist und die richtigen Weichen stellt.

Ich bin auch überzeugt, dass wir im Hinblick auf die weiteren Schritte der Mindestsicherung auch abwarten müssen, was auf Bundesebene passiert, weil das natürlich auch in die Kompetenz des Bundes fällt.

Ein Aspekt, der meiner Meinung nach von vielen heute nicht erwähnt worden ist, ist der Aspekt, dass die psychischen Beeinträchtigungen und Erkrankungen im großen Ausmaß zunehmen. Gott sei Dank ist in unserem Bericht verankert, dass wir den Psychosozialen Dienst Burgenland geschaffen haben, der im Kalenderjahr 2014 mit rund 1,100.000 Euro gefördert wurde.

Ich bin überzeugt, dass gerade darin auch die Schaffung des Zentrums für Kinder- und Jugendpsychotherapie ganz wichtig war. Ich glaube, auch zukünftig wichtige Ergebnisse bringen wird. Daneben ist auch die Demenzbetreuung, die für rund 4.000 Demenzpersonen gegeben ist, ein wichtiger Aspekt. Diese Demenzbetreuung, ein Projekt der Volkshilfe, glaube ich auch, auf Grund der demografischen Entwicklung wird zukünftig auch ganz wichtig werden.

Ich bin überzeugt, dass die psychischen Beeinträchtigungen gerade im Sozialsystem eine entsprechende Gewichtung haben werden. Abschließend der Bereich der Arbeitnehmerförderung. Ich kann nur feststellen, dass wir als Land Burgenland die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht im Stich gelassen haben.

Wenn ich mir die einzelnen Förderungsmaßnahmen, wie Fahrtkostenzuschuss, Lehrlingsförderung oder auch Qualifikationsförderung anschaue und die Anzahl der Antragsteller erkenne, muss ich sagen, es wurde durchaus auch diesen Interessen entsprochen.

Ich glaube auch, dass die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Kapitel 19 aufzeigen, dass das Land Burgenland gerade im Bereich der Arbeitsstiftungen, egal ob es die Firma Triumph, oder die Firma Delphi Packard war, immer wieder an der Seite der Arbeitnehmer gestanden ist.

Ich bin auch überzeugt, dass das Projekt „Lehre mit Matura“, wie es im Berichtszeitraum drinnen steht mit 145 Lehrlingen in diesem Projekt ein Erfolgsereignis ist. Davon haben bereits 76 Lehrlinge das Projekt positiv abgeschlossen und das meine ich auch, ist ein guter Weg und ist eine gute Idee im Sozialstaat.

Abschließend, dieser Sozialbericht als Leistungsbericht, dient zur Evaluierung und ist ein Spiegelbild verantwortungsvoller Sozialpolitik. Damit wird zweifelsohne diesem Grundsatz des sozialen Rechtsstaates, der in der Landesverfassung verankert ist, Rechnung getragen.

Ich glaube, dass dieser Bericht eine gute Entscheidungshilfe für die burgenländische Sozialpolitik darstellt, weshalb ich mich auch bei den Mitarbeitern der Abteilung 6 und seinen zuständigen Regierungsmitgliedern bedanken möchte. Ich stelle daher fest, dass eine Zustimmung oder eine Zustimmung zur Kenntnisnahme des Sozialberichtes jedenfalls von meiner Fraktion erfolgen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zur Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Dieser Sozialbericht, der nun von meinem Vorredner in sehr vielen, wenn nicht fast in allen Schattierungen dargestellt wurde, ist in seiner Gesamtheit ein Bericht, der absolute Zustimmung erfahren darf, und auch muss.

Ich darf auch bei dieser Gelegenheit dem Autor, der Autorin, die an diesem Bericht gearbeitet haben, ein aufrichtiges Dankeschön sagen. Jetzt nicht weil er geschrieben wurde, sondern wie er zusammengestellt wurde und worauf er alles Rücksicht nimmt in der Gesamtdarstellung der sozialen Lage beziehungsweise der Sozialgegebenheiten im Burgenland.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Soziales ist der gewichtigste Anteil des Gesamtbudgets. In der Erfahrung dessen, wie es hier im Rahmen des Sozialberichtes

dargestellt wird, gibt es eine Vielfalt, die in Worten gar nicht zu fassen ist. Begonnen von der Hauskrankenpflege, über Hospiz und Palliativbetreuung, Demenzbetreuung, Seniorentagesbetreuung, betreutes Wohnen, Kurzzeitpflege, Case-Management und viele, viele andere Positionen, sind unter dieser Sozialberichterstattung zu subsumieren und alles was wir hier kennzeichnen ist getragen von einem Wort.

Das liebe Geld hier, ist quasi auf der einen Seite sehr wertvoll und gut angelegt, auf der anderen Seite gibt es laufend den Katzenjammer, wir haben zu wenig davon. Diese Situation mit zu wenig Mitteln dient inzwischen zu verschiedensten Ausführungen, zum Beispiel auch in der Diskussion um die Kürzung der Mindestsicherung.

Das sind alles Bestandteile wo ich mich immer wieder frage, und wahrscheinlich auch alle Burgenländerinnen und Burgenländer, wo hier noch das politische Gewissen ist und wo sich hier etwas niederschlägt, das eigentlich nur als opportun zu bezeichnen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soziale Verantwortung ist mit Sicherheit dort zu sehen, wo auch mein Vorredner begonnen hat, europäische, österreichische und burgenländische Armutsgefährdung zu skizzieren. Auf das Burgenland ist festzuhalten, dass wir mit Sicherheit oder mit ausgewiesener Maßen diese 7,1 Prozent festgehalten bekommen haben. Nur 7,1 Prozent sind 20.000 Menschen.

Diese Zahl 20.000 Menschen in der Armutsgefährdung, das macht mich betroffen, und weniger jetzt die Zahl 7,1. Denn hier sind die Schicksale abzulesen, da ist die Verantwortung zu tragen und darauf ist einzugehen, wenn es darum geht, Menschen zu unterstützen, entsprechend zu fördern und ihnen ein, wie Sie es auch ausgedrückt haben punkto Verfassung, ein geordnetes, geregeltes Leben zu ermöglichen. Hier geht es um Eltern, hier geht es aber hauptsächlich auch um Kinder, die entsprechend gewürdigt und auch entsprechend unterstützt werden müssen.

Tatsache ist, dass wir neben dieser Armutsgefährdung auch 14.000 Personen haben, 14.000 Personen haben, die arbeitslos sind. In der Summe dieser Gesamtsituation in der Betrachtung ist die Lage nicht rosig, im Gegenteil, sie ist in der Form armutsgefährdend und ansteigend. Wir haben auf der anderen Seite auch etwas, das im Grunde genommen jeder von uns sehr wohl im Gesamtblick haben sollte, eine auffällige Steigerung der Wohnbeihilfe.

Nämlich bezogen auf 2013, waren es 475 Anträge, die an das Land gestellt wurden und 2014 ist eine Steigerung auf 590 Anträge festzuhalten. Das heißt, wir haben innerhalb eines Jahres eine Explosion, was die Wohnbeihilfebezieher anlangt, und das sind quasi die gefährdenden Potentiale, wo Menschenschicksale mehr als betroffen sind, wo wir im Grunde genommen, eine Situation haben, die nicht von Vorteil ist. Hier gehört entsprechend eingeschritten, hier gehört nicht gekürzt, hier gehört unterstützt, hier gehört entsprechend gepflegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein Aspekt angesprochen worden, der auch in der Anzahl 44 auf Pflege und Altenheime genannt wurde, mit 2.142 Pflegeplätzen, die es im Burgenland im Aufbau die letzten Jahre gibt, und wo eigentlich mehr als sehr gute Arbeit geleistet wird, um diesen pflegebedürftigen Menschen entsprechend unter die Arme zu greifen.

Wo sich mit Sicherheit keine Burgenländerin und kein Burgenländer aus der Verantwortung zieht und hier die Heimpflege vernachlässigt, sondern das sind pflegebedürftige Menschen, wo die Haussituation einfach nicht mehr ausreicht, weil es auch, und das muss man ja auch zur Kenntnis nehmen, in den letzten Jahren eine Entwicklung gegeben hat, dass nicht mehr der Familienverband in der ursprünglichen

Form gegeben ist, sondern oft durch Zuzüge, durch innere Migration in vielen Gemeinden schon der Nachbar oder eine sehr weitschichtige Verwandte oft einschreiten oder helfen muss, wenn es um Pflege beziehungsweise auch um die Betreuung von Kindern geht.

Tatsache ist auch, dass wir im Burgenland, in der Darstellung in diesem Bericht hochgerechnet, auf die nächsten 25 Jahren festhalten müssen, dass in 25 Jahren praktisch gleich viele Kinder und Jugendliche im Burgenland wie heute leben werden. Dass die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung in 25 Jahren um 20.000 Personen gesunken sein wird, und dass die Zahl der potentiellen Pensionistinnen und Pensionisten um 41.000 Personen angestiegen sein wird.

Das ist die wirkliche Herausforderung, auch mit dem Kalkül, dass wir eine alternde Bevölkerung haben, die im Grunde genommen diese Versorgungsnotwendigkeiten haben wird müssen. Wo es jährlich eine Zunahme des Durchschnittsalters in der Bevölkerung gibt und das sind die Parameter, die es zu diskutieren gilt, wo entsprechende Maßnahmen, ausgerichtet auf die nächsten Jahre, gesetzt werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir auch in der Alterung von einem Bundesland dann in Zukunft überholt werden, das ist für Kärnten programmiert und prognostiziert, ist die Aufgabenstellung mit Sicherheit auf uns bezogen eine, wo entsprechend finanzielle Vorkehrungen getroffen werden müssen.

Wenn in einer Darstellung von einem meiner Vorredner festgehalten wurde, dass es hier einen Bedarf an finanziellen Notwendigkeiten gibt und wo der die europäische österreichische Situation mit dem gesamten Einkommen beziehungsweise mit der Finanzleistung quasi sehr gut da steht, dann wäre es nur von Notwendigkeit hier einzuschreiten, und diesen großen Playern im europäischen Wirtschaftsleben, die Lücken auf die finanztechnischen Transaktionen zu schließen.

Wenn es hier gelänge entsprechend Vorkehrungen zu treffen, Maßnahmen zu setzen, wo die Großkonzerne hier in Europa nicht Schlupflöcher für ihre Finanztransaktionen, sondern die wahren Verhältnisse offen legen müssten, dann wäre auch viel geholfen im Sinne der sozialen Möglichkeiten, die sich für das Budget damit eröffnen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Sozialbericht ist in all seinen Bestandteilen ein wirklich leuchtendes Beispiel, und ich empfehle es auch jedem Laien, der sich Einblick in die burgenländische Sozialsituation verschaffen möchte, hier entsprechend nachzulesen und diesen Sozialbericht zu konsumieren. Er ist mit Sicherheit etwas, das nicht in seiner Breite einzigartig ist.

Er ist aber auch eine Darstellung, wo man festhalten kann, dass in den letzten Jahren sehr gute Arbeit geleistet wurde, dass hier etwas bewegt wurde, das Österreich weit oft als Beispiel dient. Wir können stolz darauf sein, dass manches gelungen ist, wo andere uns jetzt nacheifern, in Wirklichkeit ist diesem Sozialbericht die Zustimmung zu geben. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! In aller Kürze - ich weiß nicht, ob es aufgefallen ist, es ist jedenfalls so gewesen, dass eigentlich alle Fraktionen diesen Bericht positiv zur Kenntnis

nehmen. Mit ganz kleinen Abweichungen der ÖVP, die allerdings damals in der Regierung gesessen ist.

Aber grundsätzlich haben alle Abgeordneten, die hier gesprochen haben, das zum Ausdruck gebracht, was dieser Bericht auch beinhaltet. Nämlich, dass das Burgenland Nummer eins im Sozialbereich ist, dass wir im Burgenland hier aus meiner Sicht über die Jahre hinweg gute Arbeit geleistet haben und dass es kein Zufall ist, dass auch beinahe die Hälfte des Landesbudgets in den Sozialbereich mit dem Gesundheitsbereich gemeinsam läuft.

Sozialbehindertenhilfe, Mindestsicherung, Kinder- und Jugendhilfe, Altenwohn- und Pflegeheime, Seniorenbetreuung, Grundversorgung, Arbeitnehmerförderung, Sozialbetreuung, all diese Punkte sind in diesem Bericht auch zusammengefasst. Ich glaube, dass wir hier einen sehr guten Mix auch haben.

Wenn ich jetzt nur den Gesundheitsbereich herausgreife, eine Standardgarantie für die fünf Krankenhäuser, 44 Pflegeheime im Burgenland mit einer beinahe hundertprozentigen Auslastung und damit auch Gewährleistung, dass Menschen, die Pflege benötigen, auch in Pflegeheime gehen können.

Hauskrankenpflege, 24-Stunden-Betreuung. All das zeigt, dass wir in diesem Bereich bestens aufgestellt sind. Es hat sich auch gezeigt, und das ist auch aus diesem Bericht herauszulesen, dass wir nicht stehen geblieben sind, sondern dass es auch neue Wege gibt und Verbesserungen gibt, wie beispielsweise Betreutes Wohnen Plus, um auch jene hier im Auge zu behalten, die unter Pflegestufe vier sich bewegen, und die mit dem neuen System Betreutes Wohnen Plus hier auch von uns nicht im Stich gelassen werden, sondern auch finanziell und auch von der Kompetenz her betreut werden können.

Es wurde angesprochen, ich brauche fachlich jetzt kaum mehr etwas dazu zu sagen, Herr Kollege Drobits hat das angesprochen, wir haben insgesamt derzeit 18.300 Menschen, die pflegebedürftig sind. Davon werden 12.000, und das sollte man auch noch einmal kurz ansprechen, privat betreut.

Also es ist nicht nur der öffentliche Bereich, der sich um die Menschen kümmert wichtig, sondern auch der private Bereich und das muss man auch ansprechen. Auch die Kurzzeitpflege ist in dem Zeitraum, der heute zu besprechen ist, neu eingeführt worden. Mit 4.000 Pflegetagen auch nicht zu vernachlässigen. Wir haben mit dieser 24-Stunden-Betreuung, die da und dort durchaus auch kritisch gesehen wird, aber doch auch ein zusätzliches Angebot schaffen können hier im Burgenland.

Mit der Hospiz- und Palliativbetreuung, mit der Demenzbetreuung, mit neuen Einrichtungen für behinderte Menschen, wo ein Plus von 13 Millionen Euro auch im Budget ausgewiesen wird, glaube ich, können wir sagen, dass wir tatsächlich jenes Bundesland sind, das die stärkste soziale Kompetenz aufweist. In diesem Sinne darf ich mich bedanken für die Beiträge und, noch einmal gesagt, es hat selten so einhellige Wortmeldungen gegeben.

Das ist ein Bereich, der meinem Vorgänger zufällt, der diesen Zeitraum von 2013 bis 2014 zu verantworten hat. Aber es zeigt, dass wir hier auch von der Regierungsseite, in Zusammensetzung egal ob es jetzt Rot-Schwarz war oder jetzt Rot-Blau ist, diesen Bereich auch einerseits Beachtung zukommen lassen.

Ich hoffe, dass die Wortmeldung des Kollegen Sagartz nur eine rhetorische war. Sie können sicher sein, dass wir in Zukunft auch in diesem Bereich das Augenmerk hinlegen werden. Wenn wir knapp 50 Prozent des Budgets haben, dann zeigt das ja auch, dass die soziale Kompetenz im Burgenland ernst genommen wird.

Wir werden auch die nächsten Berichte in diesem Ausmaß, wie sie jetzt vorgelegt worden sind, auch mit ihnen diskutieren können, und ich bin sicher, es wird die gleiche Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der „Sozialbericht 2013/2014 des Landes Burgenland“ wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die rasche Umsetzung der im Rahmen des Asylgipfels vom 20. Jänner 2016 vereinbarten Maßnahmen

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die rasche Umsetzung der im Rahmen des Asylgipfels vom 20. Jänner 2016 vereinbarten Maßnahmen, Zahl 21 - 180, Beilage 255, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat, und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich sofort in das Thema einsteige, ein einziger Satz zur sozialen Kompetenz.

Sehr geehrter Herr Landesrat Darabos, Sie machen das sehr konziliant, das nimmt Ihnen natürlich niemand weg. Aber Tatsache ist, wer den Heizkostenzuschuss im Land senkt, da glaube ich deutlich zu sehen, wo die soziale Kompetenz angesiedelt ist. Das war einer der ersten Beschlüsse, die Sie mit zu verantworten haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Dringlichkeit des heutigen Antrages zu begründen ist recht simpel. Es gibt wohl kein politisches Thema, zumindest kann ich mich an keines erinnern, dass es derart komplex, national wie global herausfordernd und gleichzeitig alle politischen Ebenen berührend, in der Geschichte der Republik gegeben hat.

Tatsache ist, dass wir seit Monaten mit einer Situation zurechtkommen müssen, wo auf der einen Seite Tausende, manche sprechen von Millionen, sich auf den Weg gemacht haben, um nach Europa zu kommen, um hier Schutz und Hilfe, aber natürlich auch ein wirtschaftlich besseres Leben zu finden.

Wenn Sie mich nach meinen eigenen Wertvorstellungen fragen, die noch vor einem halben Jahr, vor einem Jahr, mich in dieser Debatte geprägt haben, wo ich dachte, diese Position kann man einnehmen, damit in dieser Frage globaler Veränderungen man als österreichischer Staat einen Schritt vorwärts machen kann, so muss ich festhalten, so schnell haben sich politische Positionen noch nie aus meiner Sicht verändert.

Tatsache ist, die Menschen haben Angst. Die Menschen haben Angst vor der Zukunft in unserem Land, weil sie befürchten, dass unsere Republik, der Staat, aber auch das Land Burgenland, die Dimension dieser Entwicklungen nicht beherrschen.

Wenn man sieht, wie sehr beispielsweise unser neuer Verteidigungsminister, Hans Peter Doskozil noch vor wenigen Wochen ein Medienliebling war, weil er die Möglichkeit hatte, in seiner Position klare Worte zu finden, unaufgeregt Dinge zu deponieren, nach oben zu tragen, der Bundesregierung zu empfehlen, anderen politisch Verantwortlichen Ratschläge zu erteilen, so schnell hat sich diese Situation auch für ihn in eine ganz andere Realität verkehrt.

Denn wir sehen, welche Vorschläge am Tisch liegen. Wir haben lange gewartet auf einen Asylgipfel, der dann am 20. Jänner 2016 Realität wurde. Viele von uns, und da rede ich vielleicht für viele Fraktionen, nicht nur für jene beiden, die die Bundesregierung stellen, haben aufgeatmet, dass es einen Schulterschluss gibt innerhalb der Regierungsparteien, innerhalb der Bundesländer, um gemeinsam an die Bevölkerung zu treten und zu sagen, mit diesem Aktionsplan, mit dieser Obergrenze, - die doch einer der wesentlichsten Aussagen dieses Gipfels schlussendlich war -, versuchen wir, die Lage zu stabilisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war ebenfalls Hans Peter Doskozil, der am 21. Jänner, nicht einmal 24 Stunden danach, noch nicht einmal als Minister angelobt, als Erster wieder diese gemeinsame Linie hinterfragt hat.

Ihm folgten dann einige SPÖ-dominierte Bundesländer, Stadträte von Wien beispielsweise, und wiederum einige Tage später stellt der Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien wiederum klar, dass der 20. Jänner und all seine Beschlüsse unumstößlich sind.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer soll hier der Politik trauen? Wir haben ein Glaubwürdigkeitsproblem entwickelt, weil es offensichtlich nicht möglich ist, dass man Standpunkte austauscht, Dinge vereinbart, ohne der jeweils anderen Fraktion nicht zu gönnen, dass sie hier vielleicht eine Idee hat, mit etwas vorgeprescht ist oder etwas verarbeitet hat. Das trifft auf viele Themen zu, aber in diesem sehr essentiellen Problembereich, wo wir alle wissen, dass die Dimensionen ganz anders sind als bei vielen Themen, die heute Tagesordnung waren, trifft es ganz besonders zu.

Ich darf für die Österreichische Volkspartei eindeutig sagen, das Asylrecht, das Menschenrecht ist zu respektieren und steht sicherlich nicht in Frage. Es gibt aber auch ein Recht der Staatsbürger, ein Recht auf Schutz der österreichischen Außengrenzen, ein Recht auf Schutz der Souveränität unseres Staates.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle haben darauf gehofft, dass es zu einem Schulterschluss auf europäischer Ebene kommt. Ja, ich hoffe das noch immer, aber die Realität sagt uns ganz andere Zeichen. Es gibt viele Länder, die Teil dieser Europäischen Union sind, die sich aber von einem gemeinsamen Plan, dieser internationalen Flüchtlingsbewegung entgegenzutreten, verabschiedet haben.

Es scheint geradezu so, als hätte die Europäische Union keine Perspektive, keinen Weitblick, diese Flüchtlingsströme zu kanalisieren und gemeinsam einen Plan zu entwickeln, um unserer Bevölkerung diesseits und jenseits der Grenze zu signalisieren, wir, die politisch Verantwortlichen, und insbesondere jene, die Regierungsverantwortung haben, haben einen Plan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb haben wir uns zum heutigen Dringlichkeitsantrag entschlossen. Ich bin bei vielen meiner Kollegen, die auch in

Zwiegesprächen meinten, es ist ein falsches Thema, man darf mit diesem Thema keine Politik machen, denn es hetzt auf, es mobilisiert linke und rechte Kräfte.

Aber Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können doch als gewählte Mandatare nicht schweigen, nicht heute über Naturschutz reden, nicht heute versuchen, unsere eigene Etikette im Landhaus zu regeln und den Umgang unter den Mandataren zu regeln und dann zu einem essentiellen Thema, wo die Bevölkerung die Sorge hat, wir sehen diese Dimension nicht, zu schweigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden heute die Standpunkte der Volkspartei auf den Tisch legen, und wir geben allen anderen Fraktionen und Mandataren die Möglichkeit, dies auch zu tun, und die Bevölkerung soll sich einen Überblick schaffen können und soll wissen, woran sie ist.

Wer hat welche Ideen? Wer hat welche Vorschläge? Ich bin mir sicher, in vielen Dingen werden wir konform gehen, aber eines ist sicher, bisher war viel zu lang Untätigkeit, egal auf welcher Ebene, hier möchte ich niemanden in Schutz nehmen, aber es ist an der Zeit, Veränderungen anzugehen und die ausgemachten Verpflichtungen zu denen, die sich das Land Burgenland verpflichtet hat, anzugehen und die eigenen Hausaufgaben endlich zu machen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das Budget 2016 hatte die Situation, dass eigentlich im Integrationsbereich genau eine fette Null gestanden ist. Es gibt keine eigenen Initiativen des Landes, im Gegenteil, es fehlt sogar die Motivation für all jene, die sich auf Gemeindeebene versuchen, einen eigenen Weg zu gehen, hier Ideen haben.

Es gibt keine Förderschiene, die mir bekannt wäre, wo das Land hier unterstützend tätig ist. Deshalb fordern wir von der Burgenländischen Landesregierung, alle selbständigen Integrationsmaßnahmen, die Gemeinden und Gebietskörperschaften setzen, Werte und Deutschkurse, hier gibt es ja verschiedenste Initiativen, wo auch Norbert Darabos Teil einer größeren österreichweiten Strategie ist, dass man auch jenen Gemeinden, die hier etwas tun, mit 50 Prozent der Kosten zur Seite steht.

Wenn heute schon betont wurde, dass insgesamt sechs plus sieben Mitarbeiter auf den Bezirkshauptmannschaften jetzt daran arbeiten, dass endlich Tempo in die Quartiersuche für Asylwerber kommt, dann können wir nur festhalten - und das ist eine tagesaktuelle Zahl -, 86,21 Prozent, nur mit 86,21 Prozent erfüllt das Burgenland die Quote, zu der wir uns gemeinsam mit allen anderen Bundesländern verpflichtet haben.

Damit sind wir nicht im Mittelfeld, damit sind wir nicht an der Spitze, damit sind wir das Schlusslicht, und es kann nicht sein, dass der Burgenländische Landtag und die Burgenländische Landesregierung zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht nur heute das Schlusslicht sind in dieser Entwicklung, sondern dass es dem Herrn Landesrat Darabos erst zwei Mal seit seinem Amtsantritt gelungen ist, die Quote überhaupt zu erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da fehlt es an Elan, da muss man mehr Mitarbeiter zuteilen, da muss man mehr Energie in dieses Thema stecken. Offensichtlich gelingt es anderen Bundesländern ebenfalls. Hier braucht es mehr Tempo, hier braucht es ein ganz starkes Tempo, das wir an den Tag legen müssen und insbesondere die zuständige Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auch von allen Kolleginnen und Kollegen einfordern, dass wir dahinterstehen, was die Landeshauptleute und die Bundesregierung beschlossen haben. Ich möchte heute hören, dass die Maßnahmen, die in den Zuständigkeitsbereich des Landes Burgenland fallen und im Rahmen des Asylgipfels vom 20. Jänner beschlossen wurden, endlich umgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass viele Menschen, die heute vielleicht die Möglichkeit haben, uns zuzuhören und viele haben es ja nicht, denn Berufstätige werden sich schwer tun, heute den Livestream zu verfolgen, da darf ich Ihnen nur zur Kenntnis bringen und das habe ich auch mit Kollegen anderer Fraktionen schon besprochen, diese Unglaubwürdigkeit liegt auch daran, dass offensichtlich die Politik immer von der zeitlichen Entwicklung eingeholt wird.

Ich habe zu Beginn darauf hingewiesen, es ist eine Tatsache, dass wir die Standpunkte vor drei Monaten, die Standpunkte vor sechs Monaten bereits zu den Akten legen können. Es gibt heute Positionen, wenn ich heute im Teletext lese, dass sich Schweden - Schweden ist ein sozialdemokratisches Musterland - öffentlich dazu bekennt, 80.000 Asylwerber, deren Antrag nicht bewilligt wurde, abzuschieben, dann bin ich der Auffassung, wir dürfen nicht Zuständigkeiten hin und her schieben, davon haben die Leute genug, den Schmäh kennen sie eh alle, dass wir sagen, da ist die EU zuständig, da ist die Bundesregierung zuständig.

Wir sitzen in Parteigremien, Herr Landeshauptmann, Sie sind angeblich einer, der viel in der SPÖ zu sagen hat, auch wenn Ihnen immer weniger zuhören, *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Bitte! Hallo!)* aber Sie könnten sich sehr wohl dafür einsetzen, dass genau in den Themen, wo Sie glauben, dass Ihre Regierungspartner auf Bundesebene nicht das Tempo haben, das Sie sich wünschen.

Geben Sie dort Gas! Nutzen Sie Ihren Standpunkt in Wien, nutzen Sie Ihre Schlagkraft, das höre ich nicht, ich höre Sie nur in Diskussionen und in Sendung, dass Sie hie und da die ÖVP-Position unterstützen. Das ist löblich, aber überzeugen Sie Ihre Sozialdemokraten in Wien! *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber, wie gesagt, da ist der Stellenwert nicht mehr der alte. Vom großartigen Partner in der Ostregion ist man ja ein wenig weiter in die Ferne gerückt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich zitiere jetzt den GRÜNEN Landesrat Rudi Anschober in Oberösterreich. Er sagt zu den heutigen Diskussionen, wo der Oberösterreichische Landtag exakt eine ähnliche Diskussion gerade führt, über die Verschärfung der Mindestsicherung, über Kürzungen, über Anpassungen, die dazu führen sollen, dass Österreich nicht eines der Topziele dieser Flüchtlingsentwicklung sein kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht hier nicht darum, dass man jemanden etwas nicht vergönnt, es geht um soziale Gerechtigkeit.

Und soziale Gerechtigkeit kann nicht darin liegen, dass all jene, die in das System einzahlen, immer weiter Belastungen tragen und all jene, die vom System profitieren, sich ohne irgendwelche Konsequenzen darauf verlassen können, dass die Allgemeinheit zahlt.

Wenn Sie wollen und wenn Sie das auch noch so sehr kritisieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, da ist die ÖVP der einzige und letzte Schutzpatron des Steuerzahlers. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie haben genau zugehört, als ich gesagt habe, was die Landesregierung machen soll, da waren alle still, da gab es kein Wort, aber wenn die Bundesregierung was machen kann, dann kennen wir uns alle aus, da sind wir Experten, da können wir so viele Empfehlungen nach Wien schicken wie keine andere Partei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Flüchtlingsdebatte braucht es Anstand und Hausverstand. Auch wenn es noch immer mein Glaube ist, dass es eine europäische Lösung geben kann, dann müssen wir danach trachten, dass wir auch alles,

was wir selbst tun können, das Land Burgenland, die Republik Österreich, jetzt an Initiativen setzen.

Ich danke der Österreichischen Volkspartei in Oberösterreich, die sich mit ihrem Regierungspartner der FPÖ - Rufzeichen - zu dem Kurs bekannt hat, den die ÖVP Burgenland drei Tage zuvor der Öffentlichkeit präsentiert hat. Dort ist es eine schwarz-blaue Initiative, die heute diskutiert wird, und mir ist bewusst, dass Rechtsmeinungen entgegenprallen, dass man vielleicht das eine oder andere nicht umsetzen wird können, aber bitte, im Sinne des Interesses unserer Glaubwürdigkeit, diskutieren wir solche Vorschläge.

Wir haben derartig viele Experten in unendlichen Bereichen, die Tagesordnung ist heute voll, aber wir können uns dem zentralen, gesellschaftlichen Thema, das derzeit auf dem Tisch liegt, doch nicht verschließen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass es auch notwendig ist, dass wir uns vor Augen halten, dass bereits jetzt 7.000 Personen in Österreich ohne Unterkunft sind. Asylwerber, die zu uns gekommen sind, ein Teil dieser Hunderttausend aus dem vorigen Jahr, exakt 7.000 sind noch immer ohne Unterkunft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da liegt es doch auf der Hand, da muss ich doch über kapazitätsorientierte Obergrenzen nicht mehr diskutieren, wenn wir in vielen Bereichen bereits merken, dass da nichts weitergeht.

Sehr geehrter Herr Landesrat, ich bin ganz bei Ihnen, wenn Sie betonen, dass es notwendig ist, die Gemeinden mit ins Boot zu holen, aber es ist jetzt sieben Monate her, seit Sie angelobt wurden. Ich kann doch nicht davon reden, heute hat der Herr Landeshauptmann gesagt, „schnell, schlank und effizient“.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ja wer soll uns das glauben, wenn wir noch immer das Schlusslicht bei einem so wesentlichen Thema der Politik sind. 86,21 Prozent, als Schlusslicht möchte ich dann vermitteln und möchte ich der Bevölkerung sagen, wir sind schnell, schlank und effizient?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist Unglaubwürdigkeit bis zum Quadrat. *(Abg. Ingrid Salamon: Zum Klatschen vergessen!)*

Und ich möchte noch etwas anmerken, was mir ein ganz besonderes Anliegen ist. Kollegin Salamon, wahrscheinlich war ich so im Redefluss, dass es gar nicht notwendig ist, aber ich hoffe, Sie sind in vielen Dingen einer Meinung mit mir und dann unterstützen Sie halt mich mit Ihrem Applaus, das wäre ja auch eine Möglichkeit, wenn Sie das schon anmerken können. *(Abg. Ingrid Salamon: Nichts gefunden zum Applaudieren.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines möchte ich besonders betonen. Punkt 5 unserer vorgestellten Notwendigkeiten. Ein Bekenntnis zur österreichischen Leitkultur. Mag sein, dass der eine oder andere sagt, das hat ja eigentlich mit der österreichischen Leitkultur nichts zu tun, was in Frankreich und in Italien passiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe heute den „Kurier“ gelesen und ein Kommentar von Martina Salomon, unter dem Titel „Unterwerfung“. Wie weit dürfen wir Rücksicht nehmen auf jene, die zu uns kommen als Gäste? Ich spreche den iranischen Präsidenten an, der nach Italien und nach Frankreich kam, wo man darauf verzichtet, dass es Wein zum Abendessen gibt und dann das so auslegt, dass man ein Mittagessen aus dem Abendessen macht, weil die französische Regierung es sich nicht nehmen lässt, bei einem Abendessen Wein auszuschenken.

Wir haben es mit italienischen Gastgebern zu tun, die ihre Statuen verhüllen. Ich glaube, das ist eine ganz falsch verstandene Politik.

Wenn ich mich zu einem österreichischen Wertekonsens verpflichte, wenn ich der Auffassung bin, dass unsere Traditionen, unser Bewusstsein etwas wert sind, dann darf niemand, ich bin von Trennung von Kirche und Staat zu 100 Prozent, dann darf niemandem Verpflichtungen aufgelegt werden, die nicht in diesen Wertekanon passen.

Aber wenn es umgekehrt ist, wenn schon Menschen zu uns kommen, die sich in ihren Heimatländern und ich weiß, damit sind ganz wichtige wirtschaftliche Verknüpfungen verbunden, aber die sich in ihren Heimatländern nicht einmal an die Menschenrechte halten und das westliche Europa, ein gemeinsames Europa, unterwirft sich, da kann ich nur bei den Worten von der Frau Salomon bleiben, Martina Salomon, bleiben, dann bin ich der Auffassung, das geht zu weit, hier müsste Europa ein ganz anderes Signal senden.

Ich hoffe, dass der Burgenländische Landtag dieses Bekenntnis zu einer österreichischen Leitkultur eindeutig und ganz deutlich auch in diesem Zusammenhang noch einmal bekennen wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie haben ja angeblich die besten Kontakte, Herr Kollege Darabos, weil Sie sind ja Teil eines Pilotprogrammes. Wenn Sie Unterstützung aus Wien brauchen und dann auch von Sebastian Kurz sollten Sie vielleicht mit dem Herrn Landeshauptmann reden, weil der sagt doch immer, der Außenminister ist für nichts zu gebrauchen und säumig. *(Zwischenruf von Landesrat Mag. Norbert Darabos)*

Offensichtlich sind Sie nicht nur das Bollwerk gegen die FPÖ, sondern auch mittlerweile das Bollwerk gegen den eigenen Landeshauptmann, Sie sitzen ja nicht umsonst ein wenig disloziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein letztes Wort …*(Abg. Doris Prohaska: Die ÖVP ist von der Regierungsbank disloziert. – Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* Ich habe sehr gut aufgepasst, entschuldigen Sie, Kollegin, *(Abg. Robert Hergovich: Da muss ja jeder schon lachen über Dich, wenn Du so redest, bei diesem Thema.)*

Entschuldigung, also ich glaube, dass ich der Ernsthaftigkeit dieses Themas mehr als genügend Aspekte gewidmet habe *(Abg. Robert Hergovich: Nein!)* und Sie können sich sicher sein, dass mit den Zwischenrufen, die bisher von der Regierungsbank gekommen sind, von den Abgeordneten übrigens hört man nicht so viele Zwischenrufe, die fühlen sich offensichtlich nicht so stark von dieser Kritik betroffen. Es ist nämlich auch Tatsache, dass die Regierung säumig ist.

Und ich möchte noch ein letztes Wort verwenden, weil mich einer der Kollegen aus den SPÖ-Reihen angesprochen hat, das ist eigentlich beschämend, wenn man nach sieben Monaten als ÖVP und das schon seit dem ersten Tag behauptet, das ist die schwächste Landesregierung aller Zeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schwäche und Stärke einer Regierung kann man messen. Man kann sie darin messen, wie viel Unterstützung sie im Landesparlament hat. Und diese Regierung unterstützen derzeit zwanzig Mandatare. Manchmal auch zweiundzwanzig. *(Abg. Manfred Kölly: Na geh! – Heiterkeit in den Reihen)*

Tatsache ist, das ist die schwächste Unterstützung seit 1945, damit die schwächste Landesregierung. Eines ist damit aber nicht verbunden, es ist auch die untätigste

Landesregierung und das Beispiel Asyl, das heute die ÖVP auf die Tagesordnung bringt, ist das klassische Beispiel dafür.

Kümmern wir uns nicht um Folklore, kümmern wir uns nicht um Ideen von der Gemeindewache bis zum Sicherheitskonzept, kümmern wir uns um die brennenden Anliegen der österreichischen Bevölkerung und der Burgenländer! *(Beifall bei der ÖVP – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und FPÖ)***Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Abgeordneter. Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Manfred Kölly: Gott sei Dank!)*

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht zum Lachen. Es ist traurig. Es ist sehr traurig *(Abg. Edith Sack: Habe ich gerade gesagt.)* und wenn man spricht, dass das kein Thema sein soll oder ist, dann sage ich, noch trauriger.

Das Thema ist nicht heute und nicht gestern auf die Welt gekommen, sondern das geht schon lange. Wir haben kläglich versagt. In der EU kläglich versagt, im Bund kläglich versagt.

Der Einzige, der sich wirklich Gedanken gemacht und sich geäußert hat, war der Herr Landeshauptmann. Ich darf das jetzt einmal klar und deutlich zum Ausdruck bringen. *(Abg. Edith Sack: Da sagst Du die Wahrheit.)* Ich bin nicht immer seiner Meinung, aber er macht es meiner Meinung sehr gut.

Aber ich bin auch der Meinung vom Herrn Kollegen Sagartz, dass sich der Herr Landeshauptmann eventuell im Bund mehr einbringen sollte und das, was ich einmal vorgeschlagen habe, als Bundeskanzler zu agieren, wäre doch nicht so schlecht. *(Abg. Edith Sack: Nein, dann haben wir ihn los.)* Er könnte ja beides machen, Frau Kollegin Sack.

Aber ich denke, dass dieser Antrag überfällig war. Da wir als Opposition und als Zwei-Mann-Stärke oder Frauen leider keinen Dringlichkeitsantrag einbringen können, bin ich recht glücklich darüber, dass das heute zur Diskussion steht.

Nur ich denke, wenn ich vor einem Jahr das gesagt hätte, was heute der Herr Kollege Sagartz von sich gegeben hat, da wäre die Hölle los gewesen. Wo sind die christlichen Werte in der ÖVP, meine sehr geehrten Damen und Herren? Ja, wo sind genau die Punkte wie sie in der Regierung gesessen sind, um einiges umzusetzen und ich denke, dass der Landeshauptmann mit dem Bündnis Liste Burgenland und mit der FPÖ immer einen Weg vorgeschlagen haben, den man vielleicht im Vorfeld schon diskutieren hätte müssen.

Und ich sage eines: Die FPÖ würde nicht in der Regierung sitzen, wenn das Thema nicht genau das Thema war und da hat die ÖVP leider Gottes, muss ich auch dazu sagen, einiges verschlafen und sie wollten es nicht wahrhaben.

Jetzt stehen wir vor einer Situation, die keine einfache ist. Heute wurden schon beim Sozialbericht einige Punkte aufgezählt. Man hat massive Probleme und geht hinaus in die Bevölkerung und hört hinein in die Bevölkerung und umsonst kommt nicht von der ÖVP jetzt dieser Antrag, weil sie auch mitbekommen, was sich in der Bevölkerung tut.

Die GRÜNEN sollten auch noch ein bisschen mehr hinhören, dann würden sie auch draufkommen.

Burgenländerinnen und Burgenländer zuerst, Österreicher zuerst, ich sage das noch einmal mit dieser Deutlichkeit. Ja für Asylrechte, ja zu Asyl, aber nicht diese Art und Weise, wie man in den letzten Monaten damit umgegangen ist. Durchzug, keiner weiß, wie viele sind in Österreich geblieben, keiner weiß, wo sind jetzt tatsächlich Leute untergetaucht.

Gestern haben wir die Nationalratssitzung noch bis Mitternacht angehört, kann mich nur wundern, wie da diskutiert wird. Für mich eh keine Arbeit, Herr Kollege Steindl, weil ich denke, dass das ein ganz wichtiger Faktor ist, wo wir heute zu einer Diskussion geladen sind, wo wir uns verpflichten, einiges für unsere Leute im Land zu tun, nicht nur einiges, sondern, die sind uns die wichtigsten.

Wenn wir von einem Sozialressort, das uns sehr wichtig ist und das habe ich vorher schon angesprochen, nicht nur Gesundheit, sondern Pflege und dergleichen mehr und Leute immer älter werden im Burgenland und die Armut so hingestellt wird, wie wenn das im Burgenland eh nicht wäre, mit sieben Komma noch was Prozent. Wir werden uns wundern. Es wird rasant steigen.

Daher glaube ich, dass man das auch andiskutieren muss und da bin ich schon bei der ÖVP bei ein paar Punkten, die sie da vorgeschlagen haben.

Nur ich denke, wenn ich das zitieren darf, alle Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Landes so rasch als möglich umzusetzen, die im Rahmen des Asylgipfels am 20. Jänner 2016 vereinbart wurden und da drinnen steht, Kürzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung auf die Hälfte für jene, die kürzer als drei Jahre in Österreich sind.

Seid mir bitte nicht böse, aber Ihr habt das im Antrag drinnen. Hat es diese Diskussion beim Asylgipfel gegeben - ja oder nein? Angefangen hat die Diskussion in Oberösterreich und in der Steiermark ist es weitergegangen und jetzt hat das Bündnis Liste Burgenland zwei Anträge eingebracht, die alle ein bisschen munter gemacht haben, weil wir wirklich schauen müssen auf unsere Leute.

Herr Kollege Sagartz, einen Dringlichkeitsantrag hätten Sie schon vor einem halben Jahr einbringen müssen. Oder wie Ihr in der Regierung noch gesessen seid, hättet Ihr in einbringen müssen, nicht jetzt herkommen, weil wir den einbringen. Und da wette ich, dass dieser wieder abgeändert wird, egal welcher Antrag das ist, der wird wieder abgeändert.

Nur, wir bringen es einmal auf den Punkt. Es hilft nichts abändern, es hilft einfach einmal arbeiten und zuschauen, dass man was gemeinsam umsetzen kann und nicht jetzt noch immer beleidigt sein, weil man nicht in der Regierung sitzt.

Jetzt haben wir halt eine Regierung. Lassen wir sie arbeiten, unterstützen wir sie wo es geht! Wenn wir glauben, dass es nicht in Ordnung ist, klopfen wir ihnen eh auf die Finger, das ist ja kein Problem. Ich sage meine Meinung, ich hoffe, dass es Ihr auch sagt, aber nicht in der Richtung, dass Ihr sagt, Ihr wart eigentlich 15, 20 Jahre in der Regierung. Ihr hättet ja viele Möglichkeiten gehabt, hättet Ihr gehabt.

Ihr habt leider Gottes einiges verabsäumt und ich kann mich gut erinnern, wo die FPÖ aufgestanden ist oder meine Wenigkeit aufgestanden ist, ich war ja nur alleine damals im Landtag. Das ist alles ein „Schmafu“. Jetzt auf einmal höre ich die gleichen Worte, die ich damals gesagt habe oder die FPÖ gesagt hat und jetzt kommt das von der ÖVP-Seite. Das ist das Interessante an der ganzen Situation.

Daher glaube ich, das Thema ist ein wichtiges und muss diskutiert werden. Nur noch einmal, im Land müssen wir uns damit befassen, in den Gemeinden müssen wir uns damit auseinandersetzen.

Daher noch einmal, Herr Landesrat Darabos, ich verstehe es nicht ganz, wenn ich SPÖ-Gemeinden habe und es ist die Mehrheit im Burgenland und wenn ich ÖVP-Gemeinden, die auch nicht unbedingt schwach sind, dann hätte ich schon ein bisschen von Euch erwartet, alle miteinander, dass man sagt, liebe Freunde, da müssen wir zusammenhalten. Wir schaffen nicht einmal neunzig Prozent und wenn wir es schaffen nur mit Bauchweh.

Machen wir was miteinander! Schauen wir, dass wir es ihnen vorzeigen, wie der Landeshauptmann immer sagt, wir sind ein Vorreiterland. Sollten wir dort auch vielleicht die Möglichkeit suchen, das würde ich bitten, ganz einfach. Die Bürgermeister auf einen Tisch herbringen und sagen, welche Möglichkeiten seht ihr, dass wir gemeinsam das lösen können, dass wir wirklich Kriegsflüchtlinge die Möglichkeit geben, die Chance geben, untergebracht zu werden. So untergebracht zu werden wie es ihnen zusteht und gewisse Punkte, wo wir die Anträge eingebracht haben, einfach auch auf den Punkt bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wo haben wir das Problem? Wenn es sich Oberösterreich sagen traut und der GRÜNE Anschober sagen traut und in der Steiermark, die es sich sagen trauen, warum sollen wir es uns nicht sagen trauen, dass man sagt, hoppla, jetzt machen wir das. *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik)*

Frau Kollegin, vergessen Sie es, wir müssen auf unsere Menschen schauen, in unserem Burgenland und nicht auf andere. Weil in fünf, zehn Jahren werden wir schauen was passiert. Da sind wir die Minderheit, da sind wir die Minderheit in diesem Land und wenn Ihr das haben wollt, ich will es nicht haben, das sage ich Euch auch gleich dazu. Ich werde mich dagegen wehren und ich werde auch zu den Menschen rausgehen und mit denen auch reden. Weil ich finde das nicht in Ordnung.

Und wenn die Kirche einfach sagt, eh Türen und Tor geöffnet, dann müssen sie auch einmal nachdenken. Da wird es auch Probleme geben, denn die Religionen und wenn ich höre in Wulkaprodersdorf ist es Tatsache, dass dort schon angesucht wurde und nicht jetzt sagen, man weiß nicht und hin und her, sondern es ist angesucht um eine Moschee oder ein Gebetshaus worden.

Leute, wie weit sind wir eigentlich dann weg von der ganzen Situation, die ich heute und hier skizziere? Nicht mehr weit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Daher glaube ich auch, dass die FPÖ auf ihrem Standpunkt bleiben soll und auch dort weiterarbeiten soll, gemeinsam mit uns allen, miteinander. Und nicht polemisch oder politisch nur zu werden, sondern dass man auf die Menschen in diesem Land schaut. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist zehn nach zwölf, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das Thema, um das sich alle miteinander kümmern müssen. Da hilft uns kein Dringlichkeitsantrag, da hilft uns kein politisches Hickhack, wer schuld ist, ob der Kurz schuld ist oder der Darabos schuld ist oder egal oder der Doskozil sich jetzt geändert hat oder nicht geändert hat, das wissen wir eh alle, wir sind lange genug in dem Job. Wir wissen eh, um was es geht.

Faktum ist, dass man den Mut haben muss, auch das zu sagen, was Ihr in Eurem Antrag hineingeschrieben habt. Vor einem halben Jahr, vor einem Jahr, wenn ich das geschrieben hätte, was wäre mit dem Antrag passiert? Wahrscheinlich hättet Ihr mich

vertrieben, hättet gesagt, der ist nicht normal, tickt der noch richtig oder was ist mit dem? Und jetzt haben wir ihn da liegen, von der ÖVP Seite, und das ist das Interessante.

Herr Landeshauptmann, ich muss Ihnen Recht geben, bleiben wir auf der Linie, weil sonst werden wir massive Probleme bekommen, nicht nur im Burgenland, sondern in Österreich. Daher, Herr Landeshauptmann, setzen Sie sich auch ein im Bund, dass auch dort umgedacht wird, weil wenn ich mir den Herrn Bundeskanzler anschaue, ich weiß nicht, was der für eine Rolle da oben mehr spielt, muss ich ehrlich und offen gestehen, weil dass wir jetzt einen Asylgipfel gemacht haben, das ist nur mehr für mich ein Ablenkungsmanöver, sonst gar nichts, weil die 37.500 oder die Zahl ist ja sehr interessant gewesen. Ich weiß zwar nicht, woher sie das genommen haben und wie wir das schaffen werden, egal wie auch immer.

Ich glaube, wir sollten uns kümmern. Was vertragen wir? Was können wir wirklich in unserem Land schaffen? Ist es möglich, das gemeinsam zu schultern? Oder wir müssen andere Aspekte ins Auge fassen und das will ich nicht hoffen und das will ich auch gar nicht hören.

In diesem Sinne nochmal danke an die ÖVP für diesen Dringlichkeitsantrag, aber ich glaube, da sollen wir wirklich einen Schulterschluss jetzt machen, alle Fraktionen, um eine Lösung herbeizuführen, weil das war jetzt nur, weil im Bund oben wieder die Diskussion entstanden ist. Der Häupl sagt so, der andere sagt so und der andere - egal, völlig egal. Was können wir in diesem Land schultern? Welche Möglichkeiten haben wir?

Und ich sage noch einmal, Wirtschaftsflüchtlinge gehören sofort nach Hause geschickt, sofort, da brauche ich gar nicht darüber diskutieren. Heute ist das Wort - ich habe das vorher schon gesagt - 80.000 in Schweden werden nach Hause geschickt. Da schau her, das soziale Land. Warum ist es dort möglich? Wenn es dort möglich ist, muss es auch bei uns möglich sein.

Daher denke ich, alle diese Punkte, die Ihr da reingeschrieben habt, haben wir schon vor einiger Zeit aufgezählt und den Antrag auch eingebracht. Ich hoffe, dass man bei der nächsten Ausschusssitzung, die sollte eigentlich gar nicht zu einer Ausschusssitzung kommen, sondern einem Schulterschluss und sagen, wir gehen den Weg miteinander, weil ich kenne das schon wieder, dann werden wieder diese Anträge von der Bündnis Liste Burgenland abgelehnt oder abgeändert oder was weiß der Teufel.

Gehen wir den gemeinsamen Weg für unsere Menschen in diesem Land! Dann werden wir auch eine gute Zukunft in diesem Land haben. Danke schön! *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und draußen an den Bildschirmen. Herr Kollege Kölly! Vorweg eine Sache, Sie sagen, wenn schon der GRÜNE Herr Anschober irgendetwas sagt - ich bin sicher, Sie wissen gar nicht, was er gesagt hat, - weil der Herr Kollege Sagartz hat es hier auch nicht verraten, er hat nur gesagt, der Anschober sagt und dann hat er die Kurve irgendwie gekratzt, weil es halt unter den Tisch gefallen ist, um das hier klarzustellen. Bitte ich mag nicht darüber reden, was wer jemanden anderen zuschreibt, sondern was wer gesagt hat und darüber diskutieren wir dann bitte, wenn Sie das wollen.

Nur um das hier richtigzustellen, damit es nicht zu einem falschen Eindruck kommt, es gibt eine OTS vom Landesrat Anschober, der hier, ich zitiere, sagt: „Diese Sache ist viel zu sensibel, als dass es sich für eine populistischen Schnellschuss eigenen würde. Der von VP-FP in Oberösterreich geplante Kahlschlag bei der Mindestsicherung könnte verheerende Auswirkungen haben und Tausende in die Armut führen und die geplante dezentrale Integration massiv gefährden“, und, und, und.

Ich möchte da jetzt Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch nehmen, nur bitte, lesen Sie zuerst etwas, bevor Sie darauf verweisen oder gar so tun, als würden Sie etwas zitieren. *(Abg. Manfred Kölly: Kein Zitat! Hallo! Ich habe nichts zitiert!)* Bleiben wir bitte ernsthaft und sachlich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun zum Dringlichkeitsantrag der Österreichischen Volkspartei. Das Asylrecht als Menschenrecht ist zu respektieren. So lautet der erste Satz dieses Dringlichkeitsantrages. Es hätte schon gereicht, wenn Sie dann den Antrag gestellt hätten, dass alle Maßnahmen der österreichischen und der burgenländischen Asylpolitik diesen Satz ernst nehmen müssen und in konkretes Handeln umzusetzen haben.

Wir stellen in den Diskussionen jetzt fest, dass sogar rechtsstaatliche Asylverfahren in Frage gestellt werden, dass man bereits an der Grenze aussortieren sollte, wen man reinlässt, wen nicht, ohne irgendetwas geprüft zu haben. Dieser Satz hätte es schon verdient, noch einmal eine Unterstützung zu finden.

Genau diesen Aufruf braucht es als Erinnerung in politisch hektischen Zeiten: Das Asylrecht ist als Menschenrecht zu respektieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wird schon mal auf die grundlegendsten Werte unserer Verfassung vergessen und was mich auch persönlich sehr betroffen macht, ist die Tatsache, dass die ÖVP auch ihren eigenen Zugang zu christlichen Grundwerten vergisst.

Bis Sie zu Ihren Maßnahmen kommen, haben Sie den ersten Satz schon wieder vergessen. So wie Sie vergessen haben, was Sie selbst vor wenigen Monaten noch zu diesem Thema gesagt haben.

Was ist der Befund? Die Außenpolitik der Bundesregierung ist gescheitert. Die Europapolitik der Bundesregierung ist jämmerlich. Weder der Außenminister, noch der Bundeskanzler und schon gar nicht die Innenministerin haben es zustande gebracht, dass Regierungschefs und Minister der anderen EU-Mitgliedsstaaten davon zu überzeugen sind, dass nur gemeinsames Handeln in Europa diese Herausforderungen, die wir mit den Fluchtbewegungen jetzt finden, meistern können.

Dieses Scheitern wälzen Sie auf die österreichische Gesellschaft ab und arbeiten einer Spaltung entgegen. Weder auf europäischer Ebene, noch auf österreichischer Ebene und schon gar nicht auf burgenländischer Ebene ist Ihr höchstes Ziel das Zusammenhalten und das gemeinsame Meistern des Problems, das wirklich alle angeht.

Statt ihre eigenen Bürgermeister zu überzeugen, an einer gemeinsamen Lösung mitzuwirken, ist es Ihnen wichtiger, dem Landesrat, weil er halt einer anderen Fraktion angehört, Vorwürfe zu machen, wo es etwa im Bereich der Quartiersuche Mängel gibt. Die gibt es, diese Mängel. Aber es ist wichtig, dass jeder, wenn wir wirklich zusammenarbeiten wollen, in den eigenen Reihen das Größtmögliche erreichen kann.

Es scheint so, als wäre eine gute Lösung weniger wichtig, als das Schimpfen über die politisch Verantwortlichen der anderen Parteien. Das gilt für viele hier, nicht nur für die ÖVP. Es scheint so, als würden Sie, so wie es die FPÖ jahrelang praktiziert und die SPÖ

im Burgenland schon längst zu ihrer Praxis gemacht hat, nun auch die Spaltung der Gesellschaft in Kauf nehmen, wenn es nur dem politischen Gegner schadet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt kriegen wir es.)*

Sie sind zwar nicht mehr in der Landesregierung, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihr kommt auch gleich dran! Wartet nur! Gleich kommt Ihr dran.)* in dieser Hinsicht sitzen Sie aber mit SPÖ und FPÖ in einem Boot und Sie rudern kräftig mit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Sie fordern Wertekurse. Ich halte diesen Ansatz für fragwürdig. Besser fände ich Orientierungskurse für Flüchtlinge, die aufgrund von kompakter Information zu einer intensiven Auseinandersetzung anregen. Wertekurse im Schnellverfahren, so, wie sie jetzt vorgestellt wurden, sind erfahrungsgemäß ziemlich sinnlos, denn Werte eignen sich Menschen nicht über Kurse an, sie können nicht von oben herab gelehrt werden. Werte eignet man sich über konkrete Erfahrungen im Zusammenleben mit Menschen an, die diese Werte auch selbst leben.

Wichtig sind eine Einführung in unser Rechtssystem, Information über unsere Gesetze und die Auseinandersetzung mit den allgemeinen Spielregeln des Zusammenlebens.

Es gibt bereits gute Angebote wie jenes im Haus St. Stephan oder von privaten Initiativen, Region Neusiedler See hilft, Diakonie Flüchtlingsdienst und das katholische Bildungswerk und so fort. Da gibt es bereits gute Ansätze, denn die haben schon mit Orientierungskursen begonnen.

Mit 20 Arbeitseinheiten, wo eine fundierte Auseinandersetzung stattfindet. Jetzt kommt so eine Schmalspurvariante mit 8 Arbeitseinheiten eintägig und dann haben wir alle Werte inhaliert und gelehrt. Das kann ja nicht funktionieren. Setzen wir doch bitte auf die Initiativen, die bereits hier intensive Arbeit leisten und fördern wir diese. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt schon einige ganz ohne Landtagsbeschluss. Ich hoffe, es wird nicht wieder ein neuer Großauftrag erfunden, um diesen einer SPÖ-nahen Organisation, die zwar in anderen Bereichen verdienstvoll arbeitet, aber im Bildungsbereich keinerlei Erfahrung hat, zuzuschanzen, noch dazu vielleicht sogar ohne Ausschreibung.

Aber nun zurück zu den Werten. Ich hoffe doch, dass wir uns darin einig sind, dass es ein hoher Wert in unserer Gesellschaft ist, dass Gesetze eingehalten werden. Sie machen hier Vorschläge, die gegen geltendes Recht verstoßen.

Ich hoffe, der sozialdemokratische Landesrat wird in dieser Frage nicht auch so weit sinken. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Vielleicht sollte er darf schauen, dass die Gesetze geändert werden.)* Diese Maßnahmen, die Sie hier vorschlagen, verstoßen gegen geltendes Recht. Ich werde gleich darauf hinweisen. Grundsätzlich ist nämlich die EU Status Richtlinie entscheidend.

Diese sieht in Artikel 29 zu Sozialhilfeleistungen vor: Die Mitgliedsstaaten tragen dafür Sorge, dass Personen, denen internationaler Schutz zuerkannt worden ist, in dem Mitgliedsstaat, der diesen Schutz gewährt, die notwendige Sozialhilfe wie Staatsangehörige dieses Mitgliedsstaates erhalten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das gilt auch für Österreich!)*

Es geht um Gleichbehandlung. Weder der eine, noch der andere soll nachrangig behandelt werden. Die Verpflichtung der Gleichbehandlung von anerkannten Flüchtlingen

steht also nicht nur in der Genfer Flüchtlingskommission, sondern ist auch unmittelbar im EU Recht verankert.

Ermessensspielraum gibt es bei den subsidiär Schutzberechtigten. Doch dieser ermöglicht nur, und so sehen das auch die Experten im Sozialministerium, auf den Mindest-Sozialhilferichtsatz, wie er auch für StaatsbürgerInnen besteht, zu reduzieren. Es ist wohl möglich, bestimmte freiwillige Sozialleistungen der Sozialhilfe für subsidiär Schutzberechtigte zu sperren. Das ist rechtlich möglich. Aber der Grundbetrag zur Existenzsicherung kann davon nicht betroffen sein.

So gesehen widerspricht Ihre vorgeschlagene Lösung eindeutig EU Recht. Das kommt von einer Partei, die sich gerne als Europa-Partei präsentiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Unseren Werten entspricht es, sich an geltendes Recht zu halten. Das gilt auch für Landeshauptleute, es gilt für InnenministerInnen, das gilt für Soziallandesräte und auch für die burgenländische ÖVP. Vor diesem Hintergrund machen Sie den Vorschlag, wie die schwarz-blaue Landesregierung in Oberösterreich, die Mindestsicherung für Asylwerbende zu halbieren.

Auf die Sozialdemokratie ist da leider auch kein Verlass mehr, wenn es um das richtige Verständnis von Mindestsicherung geht. Hier geht es nämlich um die Ärmsten. Im Übrigen haben bereits die GRÜNEN Soziallandesrätinnen und -räte in Österreich deklariert, dass das für sie nicht in Frage kommt.

Der Herr Kollege Kölly ist jetzt nicht im Saal. Er meint immer, die Grünen müssten endlich einmal Verantwortung tragen. Es gibt grüne Soziallandesrätinnen und -räte, das hat er noch nicht mitbekommen. Die haben ganz klar deklariert: Bei uns wird es das nicht geben.

Worum es bei der Mindestsicherung geht, ist Folgendes: Sie ist, wie ihr Name schon sagt, das Mindeste, das ein Mensch braucht, um seine Existenz zu sichern.

Das zu halbieren erzeugt neue Armut und Obdachlosigkeit. Wollen Sie halbe Existenzen produzieren? Sie leisten damit einer Spaltung in der Gesellschaft Vorschub und erzeugen eine gesellschaftliche Realität, die jegliche Integration unmöglich macht.

Die Höhe der Mindestsicherung ist ja nicht von irgendjemand willkürlich festgelegt, sondern es ist ja wohl überlegt, berechnet worden, was ist das Mindeste, was Menschen in unserer Gesellschaft brauchen, um eigenständig überleben zu können. Das wollen Sie für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe halbieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie sind in einer Frage, in der Sie sowohl im Wahlkampf im Frühjahr 2015, als auch noch im vergangenen Herbst eine klare Menschenrechts orientierte Haltung gezeigt haben, zum Handlanger dieser rot-blauen Landesregierung geworden und der nach rechts rutschenden und vor sich hin streitend schwimmenden Bundesregierung.

Die Kollegen von der LBL rudern kräftig mit. In Ihrem jüngsten Antrag stellt die LBL in der Formulierung ihres Antrages einen Zusammenhang zwischen der Höhe der bedarfsorientierten Mindestsicherung für ÖsterreicherInnen und der gegenwärtigen Flüchtlingssituation her. Das grenzt schon an Aufhetzung von Gesellschaftsgruppen.

Ja, wer sagt denn bitte, dass wenn wir mehr Geld brauchen, weil wir Grundsicherungen hier vollziehen müssen, dass das woanders in Sozialleistungen abgezogen werden soll, während wir jeden Güterweg planieren und niederbetonieren wollen? Das kostet auch eine Menge Geld. Ich stelle hier Ihren grundsätzlichen Zugang in

Frage. Was nicht geht ist, die Armen gegen die Ärmsten auszuspielen. Das ist niemals die Lösung eines Problems. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Vielmehr wundert es mich, dass in der SPÖ nicht auch viele die Frage stellen, ob man Arme gegen die Ärmsten ausspielen darf und ob das denn hier wirklich eine Lösung ist. *(Abg. Robert Hergovich: Es kann Dir niemand mehr folgen!)*

Es braucht einheitliche Standards - und zwar für ganz Österreich. Sie kamen ja auch schon mit dem Vorschlag, und das wurde auch schon jetzt aus den Reihen hier zitiert, einfach Gutscheine auszuteilen, statt Bargeld auszuzahlen. Es ist ziemlich demütigend, wenn jemand, der das Mindeste bekommt, wovon er leben kann, auch noch vorgeschrieben wird, wo er die Güter des alltäglichen Gebrauchs beziehen darf.

Es braucht schon auch ein gewisses Maß an Selbstbestimmung. Wollen Sie statt der Familienbeihilfe auf Ihrem Konto einen Gutschein für H&M oder von einem Penny Markt bekommen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bevormundung und Reglementierung, wo Bezieherinnen und Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung ihre Alltagsbesorgungen erledigen dürfen, sind demütigend. Sie haben das offensichtlich selbst noch nie erlebt.

Mit welchem Recht darf die öffentliche Hand Menschen vorschreiben, wo sie einkaufen gehen dürfen? Auch dieser Vorschlag widerspricht übrigens der europäischen Menschenrechtskonvention, die Sachleistungen nur bei individueller Begründung als gerechtfertigt ansieht. Bitte lesen Sie hier nach.

Verehrte Kollegen von der ÖVP! Sie zeigen mit Ihren Vorschlägen nicht nur, dass Sie sich im Europäischen Recht mangelhaft auskennen, was mich verwirrt, aber es ist nun einmal so, sondern auch, dass Sie von Sozialpolitik und den Menschen, die unmittelbar davon betroffen sind, wenig Ahnung haben.

Jeder und jede, die und der in der unmittelbaren Sozialarbeit Erfahrung hat, weiß das, weiß, dass auch bei Burgenländerinnen und Burgenländer Sachleistungen nur in Einzelfällen sinnvoll sind, etwa wenn Bezieherinnen und Bezieher nachgewiesener Weise nicht imstande sind, ihr Leben zu organisieren. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Sie fordern ein Bekenntnis zur österreichischen Leitkultur. Bitte wo steht denn die geschrieben? Wo wird sie in Österreich kommuniziert oder gar gelehrt? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Vorschläge, die wir letztes Mal gehört haben.)*

In Ihren Wertekursen? Ja, wenn es diese Wertekurse auch für Österreicher gäbe, dann wüssten jetzt vielleicht alle, was diese österreichische Leitkultur auch wirklich ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich sage Ihnen, was die Asylwerbenden in den Kursen erfahren, die zurzeit in Hirm, in Oberpullendorf, in Forchtenstein oder in Neusiedl stattfinden, was die alles dort lernen, alle Achtung, das haben viele Österreicherinnen und Österreicher noch nicht wirklich intus. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo ist da die Diskrepanz zu unserem Antrag?)*

Aber, nehmen wir uns einmal einen kulturellen Wert her. Es ist ein schwammiger Begriff. Sie sprechen von einer österreichischen Leitkultur. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir haben die Bekenntnisse ausformuliert. Wir haben das in unserem Antrag sehr ausführlich dargestellt.)* Das ist einfach ein schwammiger Begriff. Aber, nehmen wir uns einmal einen kulturellen Wert her, für den die ÖVP gerne steht.

Die Familie. Was lernen Schutzsuchende in der Praxis, wenn man Ihren Vorschlägen folgt? Sie lernen, Familie ist doch nicht so wichtig. Denn Sie wollen ja, dass

es Familien zukünftig nahezu unmöglich gemacht wird, nach einer Erschütterung, wie Trennung durch Krieg und Flucht wieder zusammenleben zu können.

Sie wollen ja, dass die Familienzusammenführungen erschwert werden. An welcher Leitkultur genau sollen sich die Flüchtlinge da orientieren?

Herr Kollege Sagartz! Sie haben gesagt, die Menschen haben Angst. Ja! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Viele Menschen haben Angst. Ich habe auch oft Angst, nämlich, die Angst davor, was mit unserer Gesellschaft passiert, wenn sie so auseinanderdividiert wird und verschiedene Bevölkerungsgruppen aufeinander gehetzt werden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von wem?)*

Die große Aufgabe der Politik ist aber nicht, weiterhin Angst zu säen und noch das Feuer zu schüren, sondern die Aufgabe der Politik ist es, Sicherheit zu schaffen. Durch Handlung, durch umsichtige Konzepte und durch das in Bedacht nehmen, dass alle, die in unserem Land leben, ein sicheres Leben haben wollen, und dass keiner gegen den anderen ausgespielt wird.

Ich frage mich, womit ist diese nahezu hysterische Politik im Asylwesen zu erklären? Mit dem Verfall des Wertes der Solidarität? Mit Überforderung angesichts der Auswirkungen von Krieg und Gewalt? Oder geht es einfach wieder nur um Geld?

Die wirklich teuren Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge. Konzerne, die ihre Gewinne verstecken, um sie nicht versteuern zu müssen, sind, zum Beispiel, hier anzuführen. Ich wünschte, Sie würden auf nationaler und internationaler Ebene ebenso viel Energie aufwenden für die Frage der in Milliardenhöhe außer Landes gebrachten Finanzen.

Da sollte die ÖVP ansetzen und da sollte auch unsere rot-blaue Landesregierung ansetzen. Bitte wirken Sie nach oben und treten Sie nicht nach unten. *(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Klaudia Friedl - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr interessant!)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich werde mich heute doch sehr kurz halten, da wir, die rot-blaue Koalition, hier schon längst gehandelt haben und bereits schon voriges Jahr einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Asyl gestellt haben.

In diesem Antrag haben wir damals schon die Bundesregierung aufgefordert, zu handeln. Doch unser Ruf blieb, wie immer, leider ungehört. Wenn ich mir heute die Forderungen der ÖVP vor Augen halte, dann muss ich wirklich danke sagen. Danke, dass auch Ihr endlich aufgewacht seid und unsere Forderungen schön abgeschrieben habt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir, die FPÖ, haben diese Forderungen schon lange gestellt und wurden immer wieder für dumm verkauft. Oft wurden unsere Funktionäre und Mandatare sogar zum Rücktritt aufgefordert. Egal ob es die Grenzkontrollen, die Kameras an den Grenzen, der Assistenzeinsatz oder sonstige Vorschläge, wie Grenzzäune oder Abschiebungen waren, Sie haben immer alles abgelehnt.

Jetzt hat der Bund endlich eingesehen, dass wir Recht hatten und jetzt applaudieren Sie alle brav. Danke für diese Show, die hier immer wieder geliefert wird, aber das ist schon lange nicht mehr lustig, sondern eigentlich zum Weinen.

Wir als FPÖ versuchen immer wieder, unermüdlich aufzuzeigen, welcher Weg der richtige ist, aber leider werden wir nicht gehört. Auf Kosten der Bevölkerung und Steuerzahler hat die Bundesregierung wieder einmal bewiesen, dass sie unfähig und rücktrittsreif ist. Wenn ich mir die Forderungen dieses Antrages durchlese, frage ich mich, wo die ÖVP in den letzten Monaten war?

Ich weiß, Politik ist oft nicht so spannend, wie ein Krimi im Fernsehen, aber das rechtfertigt nicht, dass hier Funktionäre, die viel Geld dafür bekommen, dass Sie Politik für die Bevölkerung machen und zum Wohle der Bevölkerung handeln, die ganze Zeit mit Schlafen verbringen. Der Landtag ist kein Schlafzimmer, liebe ÖVP. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Liebe ÖVP! Da Ihr ja geschlafen habt, bringe ich Euch auf den neuesten Stand. Ihr fordert seitens des Landes mehr Personal? Guten Morgen ÖVP! Das ist längst geschehen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihr provoziert.)* Ihr fordert, dass wir uns bei der Bundesregierung für die Einhaltung der Obergrenze einsetzen? Dafür, dass Ihre Partei in der Bundesregierung sitzt, scheint der Kommunikationsfluss wohl nicht besonders intensiv zu sein. *(Allgemeine Unruhe)*

Vielleicht sollten Sie einmal Zeitung lesen. Die Obergrenze, mit der sich Ihre Partei prahlt, ist als Richtwert niedergeschrieben und zwischen Obergrenze und Richtwert besteht doch ein Unterschied. Vielleicht sollten Sie diese Begriffe einmal googeln. Da hat Ihre Partei wohl etwas verabsäumt und selber leider nicht mitbekommen. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner zu Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: War das jetzt der Standardlacher?)* Die nächste Forderung - Kürzung der Mindestsicherung: Die FPÖ fordert das schon seit dem 22. Juli 2015.

Seit gestern ist diese Kürzung in Oberösterreich bereits umgesetzt. Ich hoffe, das Burgenland wird bald folgen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Und Ihr seid in der Regierung?)* Noch eine Forderung Eures Antrages: Der Bund soll den Familienzuzug von Asylberechtigten verschärfen! Guten Morgen! Das haben wir schon längst gefordert. Rufen Sie doch einmal Ihre Innenministerin an und erinnern Sie sie daran, wofür sie zuständig ist.

Vielleicht handelt sie jetzt dann endlich danach. Wenn Sie schon in Wien anrufen, *(Abg. Walter Temmel: Den Faymann.)* dann fragen Sie auch gleich, wo Euer „Wunderwuzzi“ Kurz hingekommen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Der scheint verschwunden zu sein. Wahrscheinlich schläft dieser genauso gut, wie Ihr, leider. Ich könnte noch stundenlang so weiterreden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann schlafen wir wirklich alle ein!)* aber leider würde das den Rahmen sprengen.

Liebe ÖVP! Wacht endlich auf und macht Politik für die österreichische Bevölkerung! Das seid Ihr Euren Wählern schuldig und dafür bekommt Ihr auch bezahlt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser Rede über das Schlafen sollten wir wieder ein bisschen zur Sache kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Ein Punkt ist ganz klar für uns und das haben wir auch als ersten Satz in unserem Antrag stehen. Dass das Asylrecht ein Menschenrecht ist, das ist richtig, und da stehen wir auch dazu. Das bedeutet aber nicht, dass alle in Österreich Asyl bekommen können.

Das ist, glaube ich, mittlerweile auch klar, vor allem angesichts auch dessen, dass es nicht einmal möglich war, die Menschen, die im vorigen Jahr nach Österreich gekommen sind, unterzubringen. Tausende warten ja noch immer auf eine Unterbringung. Dieses Asyl- und Flüchtlingsthema ist seit vielen Monaten eigentlich der politische Dauerbrenner in Österreich.

Darüber hinaus waren eigentlich fast alle europäischen Staaten und auch Bundesländer und auch Gemeinden mit diesem Thema massiv gefordert, aber vielerorts auch überfordert.

So, wie viele der Meinung sind, bin auch ich der Meinung, dass das Problem wirklich nur gelöst werden kann, wenn es eine europäische Lösung gibt, aber eine europäische Lösung, und das haben, glaube ich, alle mittlerweile auch schon gesehen, ist nicht in Aussicht.

Das ist das Hauptproblem, vor dem wir stehen. Es ist schon richtig, da haben die europäischen Staatenlenker das nicht geschafft, hier einen gemeinsamen Weg zu finden. Das liegt ganz einfach daran, dass nicht alle europäischen Staaten gleich betroffen sind. Da gibt es ein paar, eine Handvoll Staaten, die wirklich massiv überfordert sind, und daher gibt es diese gemeinsame europäische Lösung nicht. Das ist schon richtig.

Ich bin auch der Meinung, dass es hier Solidarität innerhalb der europäischen Länder braucht, eine faire Verteilung der Flüchtlinge, das ist ja keine Frage, aber, es ist ganz einfach bisher nicht möglich gewesen. Daher glaube ich auch, dass dieser Asylgipfel und die Beschlüsse, die dort gefasst worden sind, jetzt auch zum richtigen Zeitpunkt gekommen sind.

Weil andere Staaten das ja auch gemacht haben, nämlich, sich nationale Maßnahmen zu überlegen, wie man jetzt kurzfristig dieses Problem bewältigen kann. Es ist in Wahrheit eine Kapazitätsfrage. Das ist das Problem, das diese Staaten, das auch Österreich hat, und das sieht man ja.

Wenn das Burgenland an gezählten zwei Tagen die Quote erfüllt, dann heißt das, dass entweder nicht genug Unterbringungen vorhanden sind oder dass die Landesregierung nicht genug Elan in die Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten legt.

Herr Landesrat Darabos! Ich muss echt ehrlich sagen, was Sie heute in der Fragestunde gemeint haben, das ist immer so, es wird immer hingehackt, entweder auf den Außenminister Kurz, das ist ohnehin klar, weil das ist ja der Einzige, der in dieser Frage Glaubwürdigkeit hat, weil die Menschen ihm vertrauen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da fühlen Sie sich natürlich bemüßigt, auf den Außenminister hinzuhacken, aber das ist immer auch ein Zeichen dafür, dass er richtig liegt, wenn Sie ihn kritisieren und es ist auch ein Zeichen, dass wir richtig liegen, wenn Sie uns kritisieren, wenn Sie den Klubobmann Sagartz kritisieren, der das eigentlich alles schön auf den Punkt gebracht hat.

Dann, wenn Ihnen gar nichts mehr einfällt, dann sagen Sie, na ja, aber in Eisenstadt, da hat der Robert Hergovich alles gemacht. Ich muss jetzt direkt mit der Caritas reden, ob es möglich ist, das Haus Franziskus in Haus Robert oder Haus Hergovich umzutaufen, mal schauen, was die sagen. Ich wüsste jetzt wirklich nicht, was der Robert Hergovich in dieser Frage geleistet hätte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie gesagt, es ist in der Bevölkerung auch sehr positiv aufgenommen worden, dass die Bundesregierung hier eine gemeinsame Linie gefunden hat. Was schade ist, das ist eben, dass innerhalb weniger Stunden diese Linie von der SPÖ wieder durchlöchert wurde.

Der neue Verteidigungsminister, die Stadträtinnen aus Wien und wer auch immer, und das ist eigentlich das Problem, das wir in Österreich haben, dass die SPÖ in der Bundesregierung völlig unzuverlässig ist. Von einem Extrem zum andere, sozusagen von Niessl bis zu Häupl ist da die ganze Bandbreite abgebildet.

Meine geschätzten Damen und Herren! Der Herr Landesrat Darabos hat vor kurzem bei der Eröffnung einer Unterbringung für unbegleitete Minderjährige in Eisenstadt gemeint, wie schön das ist, dass das funktioniert und dass die Menschen da mithelfen. Dann hat er eine Rede gehalten, wo er auch gemeint hat, man muss vorsichtig sein, was die rechten Hetzer betrifft.

Da haben eigentlich alle entgeistert geschaut und haben sich gedacht, wen meint er eigentlich? Herr Landesrat Darabos! Das würde mich wirklich interessieren, vielleicht können Sie das heute sagen, wen Sie damit meinen. Sie sollten da wirklich sehr sensibel mit dieser Frage umgehen, weil das eine äußerst unglaubwürdige Botschaft ist, die Sie hier gesendet haben.

Sie sind ja das selbsternannte Bollwerk gegen die FPÖ, denn das haben Sie ja zu Ihrem Amtsantritt der Bevölkerung mitgeteilt, was viele auch mit Verwunderung aufgenommen haben. Hören tut man in dieser Frage nichts von Ihnen, ob das jetzt die Geschichte mit dem Lacher ist oder andere Aussagen, da verlassen Sie sich eher auf die Sozialistische Jugend. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke mir, es wäre gut, wenn Sie endlich Ihre Aufgaben ernst nehmen würden, wenn Sie Sorge dafür tragen würden, dass Sie den Vertrag, den Sie ja unterschrieben haben, einhalten, dass die Quote eingehalten wird, dann hätten Sie nämlich kein Problem damit, dass der Bund ein Durchgriffsrecht in Anwendung bringt.

Dann müssten Sie nicht demonstrieren, dann müssten Sie nicht kommentieren, dann hätten Sie viel mehr Zeit noch für Ihre eigentlichen Aufgaben. Ich denke, dass es heute wichtig ist, auch ein klares Signal aus den Landtagen an die Bundesregierung zu senden, dass wir zu dieser Linie stehen, dass wir gemeinsam zu dieser Linie stehen.

Es ist aber auch wichtig, dass diese rot-blaue Regierung im Burgenland nicht mehr als Kommentator auftritt, sondern wirklich als Regierer.

Ich möchte abschließend noch auf die Kollegin Petrik eingehen. Du hast gemeint, wir haben hier Vorschläge gemacht, die gegen das geltende Recht verstoßen würden. Das stimmt ja nicht, sondern wir haben Vorschläge gemacht, die ja dazu führen, dass das Gesetz oder die Gesetze geändert werden.

Ein Beispiel: Du hast gemeint, es wäre nicht möglich, bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung Änderungen herbeizuführen. Unser Vorschlag zielt ja nicht darauf, eine

Gruppe zu benachteiligen, sondern das gilt natürlich für alle. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

So, wie es in Dänemark ist, denn dort gilt ja diese Regelung auch für alle. Der notwendige Aufenthalt gilt sowohl für Österreicher, als auch für Nicht-Österreicher, das ist ja ganz klar. Daher, wenn man über diese Dinge redet, und das steht ja auch im Antrag, da steht ja nichts, dass das nur für Nicht-Österreicher gelten soll, dann muss man sich das auch genau anschauen und da kannst Du Dich schon darauf verlassen, dass wir unsere Vorschläge und unsere Anträge so gestalten, dass wir nicht gegen geltendes Recht verstoßen, sondern dass wir uns konstruktiv einbringen, als starke Alternative im Burgenland.

Das werden wir auch weiter tun. Ich freue mich auf die politische Diskussion, die sicherlich noch die nächsten Wochen, Monate und vielleicht Jahre auch in dieser Frage passieren wird.

Ich plädiere schon dafür, dass wir auf sachlicher Ebene bleiben. Auch wenn man eine andere Position einnimmt, sollte man nicht etwas sagen, was einfach nicht stimmt und nicht im Antrag steht. *(Abg. Edith Sack: Das musst einmal Deinen Kollegen erzählen.)* Daher möchte ich auch Dich ganz besonders dazu einladen, das zu beachten, weil, Du hast uns ja auch sozusagen eingeladen, bei der Sache zu bleiben. Das tun wir natürlich gerne.

In diesem Sinne ersuche ich natürlich alle Abgeordneten, diesem Antrag auch die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter, Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen! Wir diskutieren heute einen Antrag, nämlich einen Dringlichkeitsantrag der ÖVP, der im Wesentlichen eines zeigt: Die Orientierungslosigkeit in der ÖVP Burgenland ist grenzenlos. Weil ansonsten kommt man nicht auf die Idee, einen solchen Dringlichkeitsantrag heute hier einzubringen, zu diskutieren. *(Beifall der Abg. Ilse Benkö)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Denn es ist nur so zu erklären, dass die ÖVP - und ich betone, einen Dringlichkeitsantrag einbringt, der nichts weiter ist, als eine Abschreibübung. Eine Abschreibübung der Ergebnisse des Asylgipfels vom 20. Jänner. *(Abg. Manfred Kölly: Der 1. Punkt ist anders.)* Da wurden die Punkte herausgenommen, abgeschrieben und in einem Dringlichkeitsantrag, das ist ja, das muss man einfach betonen, in einem Dringlichkeitsantrag formuliert hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Übrigens war der Landeshauptmann dort federführend dabei, die Ergebnisse auszuhandeln, die heute vom Kollegen Steiner und Sagartz kritisiert werden, die in Wahrheit abgeschrieben und heute eingebracht worden sind.

Eine Abschreibübung von Beschlüssen des Ministerrats, die bereits am Dienstag beschlossen worden sind, wurde jetzt dringlich von der ÖVP eingebracht. Na ja, dann fragt man sich schon, was ist denn wirklich hier dringlich?

Will die ÖVP den Hohen Landtag hier zu einer Faschingssitzung machen? Ist das wirklich ein schlecht gemeinter Faschingsscherz, der hier geplant ist? Wenn es so ist,

dann ist es sehr, sehr schade. Aber schauen wir uns das ganz konkret an, was die ÖVP „dringlich“ heute will.

Sie will die Festlegung von Obergrenzen bei der Aufnahme von Flüchtlingen einhalten - hoch interessant. Der Bund und die Länder haben nämlich einen Richtwert von 37.500 Personen bereits beschlossen. Für die Umsetzung dieses Richtwertes ist die Frau Innenministerin zuständig, bekannterweise eine Parteifreundin der ÖVP. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Sie wissen das offensichtlich nicht, kein Problem, wir werden Sie heute updaten. Kein Problem. Sie wissen das offensichtlich nicht mehr, sonst würden Sie das heute nicht „dringlich“ hier im Hohen Haus einbringen.

Die ÖVP Burgenland fordert weiters die Mindestsicherung kürzen. Auch da gibt es eine klare Vereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP und den Ländern, vermehrt auf Sach- statt Geldleistungen zu setzen, Kürzungen zum Beispiel bei Verweigerung von Deutschkursen, auch die Kürzung bei befristet Asylberechtigten und dergleichen.

Bei subsidiär Schutzbedürftigen soll nur mehr die Grundversorgung ausbezahlt werden. Übrigens leben wir das auch im Burgenland. Würden Sie wahrscheinlich auch nicht wissen, sonst hätten Sie das heute nicht „dringlich“, „dringlich“ eingebracht.

Die ÖVP fordert weiters Verschärfung beim Familienzuzug von Asylberechtigten. Auch das hat die SPÖ-ÖVP-Bundesregierung bereits beschlossen, wurde im Gesamtpaket, ist Asyl auf Zeit, auch am Dienstag im Ministerrat beschlossen. Das dürften Sie nicht wissen, kein Problem, wir werden Sie heute updaten, sonst hätten Sie diesen Antrag nicht „dringlich“, „dringlich“ eingebracht.

Die ÖVP fordert verpflichtenden Besuch von Deutsch- und Wertekursen für den Bezug von Sozialleistungen, von der Bundesregierung übrigens bereits beschlossen, gestern von Landesrat Darabos und Ihrem ÖVP-Minister Kurz präsentiert.

Ich weiß es schon, Sie wissen das nicht, sonst hätten Sie das nicht „dringlich“ eingebracht. Aber der heutige Landtag kann ja auch eine Information sein für Sie, für die ÖVP, dass das alles eigentlich auf Schiene ist. Die ÖVP fordert weiter ein Bekenntnis zur österreichischen Leitkultur.

Herr Kollege Steiner! Die ÖVP fordert ein Bekenntnis zur österreichischen Leitkultur. Na no na net! Na no na net! Die Verpflichtung der Wertekurse bedeutet ja genau das. Also was Sie da einbringen, viel nachgedacht dürften Sie da nicht haben, aber Hauptsache es ist „dringlich“ eingebracht.

Die ÖVP fordert aber nicht nur vom Bund, sondern auch vom Land, jetzt wird es interessant, das kann ja der Bund nicht beschließen, schauen wir uns das konkret an, finanzielle Förderung für Deutsch- und Wertekurse in Gemeinden.

Da könnte man vielleicht doch ein wenig nachfragen beim Kollegen Kurz, Ihr Parteikollege, denn die Wertekurse im Burgenland wurden gestern auch präsentiert, werden natürlich vom Integrationsfonds finanziert. Es gibt darüber hinaus auch mobile Integrationsberatung, auch das wird angeboten. Ich weiß, Sie wissen das nicht, sonst hätten Sie das nicht „dringlich“ eingebracht. Kein Problem, wir sagen Ihnen das alles heute.

Aber der Kollege Sagartz hat heute gesagt, wir müssen Personal aufstocken. Herr Kollege Sagartz auch kein Problem, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zuteilen!)* ich kann Ihnen mitteilen, seit Sommer sind vier Personen im Land mehr, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die sind alle im Krankenstand.)* die sich genau um diese Dinge kümmern.

Es sind darüber hinaus in allen Bezirksverwaltungsbehörden des Burgenlandes, da gab es eine Aufstockung des Personals, nämlich um eine Person, sieben weitere plus vier Personen im Land. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da ist niemand erreichbar, sind alle krank.)* Also eine deutliche Aufstockung des Personals. Ich weiß, Sie wissen das alles nicht, sonst hätten Sie das heute nicht „dringlich“ eingebracht.

Das nächste Mal rate ich Ihnen, greifen Sie zum Telefonhörer, rufen Sie einfach an, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben wir gemacht. – Abg. Mag. Christian Sagatz, BA: Haben wir ja gemacht, wenn alle krank sind.)* erkundigen Sie sich. Wird ja kein Problem sein, diese Auskunft wird Ihnen sicher nicht vorenthalten. *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war gut jetzt.)*

Ja, all diese Forderungen der ÖVP, die heute dringlich eingebracht wurden, sind alle auf Schiene und ich frage mich wirklich, und das meine ich auch ernst, ich frage mich, ist die ÖVP wirklich so uninformiert, orientierungslos oder benutzt sie dieses Thema wirklich, um politisches Kleingeld zu wechseln? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da redet der Richtige.)*

Und, ja ich war es, ich möchte mich outen, ich war es, der dem Kollegen Sagartz gesagt hat, vor einigen Tagen, dass dieses Thema für politisches Kleingeld nicht geeignet ist. Thematisieren Ja - politisches Kleingeld Nein.

Sie haben diesen Rat offensichtlich nicht angenommen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das fehlte noch.)* sonst würden Sie diese Schmähparaden nicht machen, leider Gottes, wir würden hier einen anderen Weg gehen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag ist wirklich entbehrlich und zeigt nur eines, die schwächste ÖVP in der Geschichte unseres Heimatlandes Burgenland *(Heiterkeit bei der ÖVP – Beifall bei der FPÖ)* hat immer noch nicht verstanden, dass es den Menschen um Lösungen geht und nicht um Polemik und nicht um Schmähparaden.

Und jetzt kann man natürlich sagen, man misst dies in Mandaten, wie der Kollege Sagartz heute. Ich sage Ihnen, Herr Kollege Sagartz, die Menschen draußen messen Politik anders. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir merken es gerade.)* Nämlich, was bringt jemand weiter und das ist der Unterschied. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir merken es gerade.)*

Diese Landesregierung bringt etwas weiter, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau das ist unser Problem. Das glaubt jetzt gerade niemand, weder der Bundes- noch der Landesregierung.)* die arbeitet völlig anders als die letzte. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Aber wer Lösungen sucht, der ist ohnehin an der Adresse der ÖVP schlecht beraten, denn die Volkspartei ignoriert völlig, dass es ihre Minister sind, die genau für diese Problemfelder zuständig sind, nämlich für Asyl, Integration. Das sind ÖVP-Ministerien, die hier grundsätzlich zuständig wären und die hier völlig versagen. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)*

Schauen wir uns konkret die Bilanz dann an, wenn Sie das schon dringlich heute diskutieren wollen. Da gibt es die Innenministerin Mikl-Leitner. Ich weiß schon, Sie reden nicht mehr gerne über sie, aber ich glaube trotzdem, wenn *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Ilse Benkö: Lang gibt es sie eh nicht mehr.)* wir das schon dringlich heute diskutieren, sollten wir zumindest einen kleinen Blick auf ihre Bilanz werfen. *(Abg. Ilse Benkö: Lang wird es sie eh nicht mehr geben.)*

Rasche Rückführung von Asylwerbern mit negativem Bescheid. Wie sieht denn da die Bilanz aus der ÖVP-Innenministerin? Ja, völliges Versagen, kaum eine Rückführung, völlige Planlosigkeit, wir wissen das.

Rasche Asylverfahren - Richtig, völliges Versagen. Schaffung von Asylquartieren in Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden - Richtig, überheblich und Versagen, siehe Beispiel Bruckneudorf.

Dann gibt es den von Ihnen so oft und viel zitierten und gelobten Minister Kurz. Der ist ja bekanntlich Außenminister und auch für die Integration zuständig. Schauen wir uns diese Bilanz an.

Sicherung der EU-Außengrenzen - Nullleistung. Wieder nichts zusammengebracht. Ich frage mich, wer soll es tun, wenn nicht der Außenminister, *(Abg. Walter Temmel: Faymann.)* der Agrarsprecher im Parlament oder wer soll es machen? Natürlich der Außenminister. Hier absolutes Versagen.

Aber gehen wir weiter. Durchsetzung der vereinbarten Hotspots, von dem der Herr Minister ja redet. Ich kenne keine - Richtig, wieder völliges Versagen.

Dann schauen wir uns an, wie sieht die Bilanz aus bei den Rücknahme-Übereinkommen mit den Staaten, *(Zwischenruf von Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)* beispielsweise mit Marokko oder Algerien. Sie brauchen nicht nervös werden, Herr Kollege Sagartz, sagen Sie mir, wie die Bilanz ausschaut *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich war noch nie so ruhig.)* mit dem Rückführeabkommen mit Marokko und Algerien – Richtig, null, wieder völliges Versagen, nichts zusammengebracht.

Aber Integrationskonzepte, außer Überschriften, wieder nichts - Bilanz null. Ich frage mich wirklich - ein Totalausfall als Außenminister und Integrationsminister, eine Chaospolitikerin als Innenministerin, genau den beiden haben wir diese Riesenprobleme im Asylbereich zu verdanken. Das ist die Bilanz, die traurige Bilanz leider. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber Herr Kollege Sagartz, Sie haben heute den Versuch gemacht, das war ja nur ein Versuch, sozusagen den neuen Verteidigungsminister gleich schlecht dastehen zu lassen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, das hat er eh selber gemacht.)* Der Versuch war ja da. Ich kann Ihnen nur sagen, ich bin froh, dass Mag. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das glaube ich.)* Hans Peter Doskozil jetzt Verteidigungsminister ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das glaube ich aufs Wort.)*

Endlich ein Sicherheitsfachmann, der auch davon etwas versteht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ein paar musst Du noch anbringen.)* Es ist der richtige Mann am richtigen Platz zur richtigen Zeit. Das werden wir sehen. Er hat nur ein Problem, den falschen Koalitionspartner. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kann er ja austauschen.)* Das ist das Problem und *(Abg. Ilse Benkö: Der ist austauschbar.)* das wird durchaus eine große Herausforderung. Wir wünschen ihm für diese Aufgabe aber alles erdenklich Gute. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Die heutige Diskussion zeigt aber, dass man bei ganz wichtigen Themen eine ganz klare Linie braucht. Und diese klare Linie hat Landeshauptmann Hans Niessl schon seit Monaten, konkret seit dem Jahr 2014, immer wieder auch medial kundgetan.

Die ÖVP hingegen ist wie ein Slalomfahrer auf der Planai. Zick-Zack, einmal Hipp, einmal Hopp. Jeden Tag eine andere Meinung. Denn Landeshauptmann Niessl hat im Jahr 2014 schon gesagt, was man benötigt, um die Asyl- und die Grenzproblematik zu behandeln. Nämlich mit temporären Grenzkontrollen, mit einem Bundesheer-

Assistenzeinsatz, mit Maßnahmen gegen Schlepperei, mit einer geschützten EU-Außengrenze, mit Sanktionen für Integrationsunwillige, mit einer klaren Trennung von Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen. Im Jahr 2014 eine klare Linie bis zum heutigen Tag.

Wie hat die ÖVP zu diesen Forderungen reagiert? Populistische Panikmache - hat man damals geschrien. Genau zu diesen Forderungen, die heute dringlich eingebracht werden, konkret der Sicherheitssprecher Strommer. Populistische Phrasen - wieder ein Zitat vom heutigen Klubobmann Sagartz, damals Landesgeschäftsführer.

Nein zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen - der damalige Landesparteiobmann Steindl, Zitat. Das sind alles Zitate, nicht irgendwo, alles Zitate. Können Sie gerne googlen und nachlesen.

Die Innenministerin sagt, temporäre Grenzkontrollen widersprechen dem EU-Recht. Der jetzige VP-Obmann Steiner sagt zur Obergrenze: Die Frage ist, wie viele Flüchtlinge noch kommen, aber ich kann ja nicht die Genfer Flüchtlingskonvention außer Kraft setzen. Im „Kurier“ am 6.8.2015. Noch gar nicht so lange her, als *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt heute auch noch.)* er das gefordert und behauptet hat.

Heute *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt heute auch.)* stellen Sie einen Dringlichkeitsantrag mit genau diesen Dingen, wo Sie sich, also es ist unglaublich, Sie widersprechen sich ja wirklich selber. *(Abg. Edith Sack: Genau!)* Es dauert nur ein paar Tage und Sie werden wieder etwas anderes da behaupten. Alles kein Problem, aber es ist schon festzuhalten, Sie haben den letzten Funken der Glaubwürdigkeit verspielt.

Und der Kollege Sagartz hat heute - ich möchte ein Zitat von ihm bringen, er hat heute hier gesagt: Wer soll der Politik noch trauen, wenn man dauernd die Meinung ändert? Das frage ich mich auch, insbesondere, wenn man ÖVP-Anhänger ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war selbstkritisch.)*

Jetzt ist alles Realität, was der Landeshauptmann damals schon gefordert hat, das damals von Ihnen als populistisch dargestellt wurde. Alles Realität und jetzt fordern Sie das in einem dringlichen Antrag. Ich glaube, das ist durchaus erwähnenswert und das müsste man auch den Menschen draußen genauso sagen wie es ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für uns ist aber klar, wir werden unsere Meinung nicht ändern. Wir wollen die Flüchtlingszahlen reduzieren. Wir wollen eine klare Trennung zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen. Wir wollen, dass das Burgenland und Österreich weiter hilfsbereit ist und ein hilfsbereites Land bleibt. Wir wollen aber auch, dass auf die Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung und des Sozialstaats Rücksicht genommen wird.

Daher werden wir einen Abänderungsantrag einbringen, der den Fraktionen auch schon zugegangen ist. Ich darf mich daher wie üblich auf die Beschlussformel konzentrieren.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation im Sinne des Antragbegründers umzusetzen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Abg. Manfred Kölly: Was ist da jetzt? – Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Antragsbegründung wurde vorgelesen, aber im Sinne der Antragsbegründung sollte man abstimmen. – Abg. Manfred Kölly: Danke.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen, ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst eine kurze Replik. Ich glaube, es ist in Österreich und international unbestritten, dass der neue Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil ein absoluter Fachmann im Bereich der Sicherheit ist und so, wie es der Klubobmann Hergovich gesagt hat, der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Von CNN bis über „Spiegel“ in Deutschland haben sie über ihn in den höchsten Tönen berichtet. Man kennt ihn nicht nur in Österreich, sondern international. Seine Reputation ist eine außerordentlich gute und ich denke, dass er diese Herausforderung, vor der er steht, auch herausragend machen wird.

Da haben wir großes Vertrauen und ich bin auch als Landeshauptmann und Burgenländer stolz, dass ein so ein guter Fachmann und Burgenländer an der Spitze eines wichtigen Ressorts steht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dreivierteljahr, die Rückblende und die Protokolle auch aus dem Landtag und die Presseaussendungen lesend. Ich habe damals temporäre Grenzkontrollen gefordert, die Antwort war von der ÖVP: Das darf gar nicht sein, weil in der Europäischen Union durch Schengen keine Grenzkontrollen durchgeführt werden dürfen.

Das war offizielle Meinung der ÖVP - Falsch. *(Abg. Ilse Benkö: Stimmt.)* Wir haben das Jahr der offenen Schengengrenze gehabt und wenn die Schengengrenze nicht kontrolliert wird, sind die nationalen Staaten verpflichtet, die eigenen Grenzen zu kontrollieren.

Und das war ein ganz großer Irrtum, den die ÖVP auch immer wieder transportiert hat, in Presseaussendungen, im Landtag. Und das war ein absolut falscher Weg für Österreich und auch für Europa. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Ich habe gefordert den Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheers.

Na wollen Sie wieder den Eisernen Vorhang? Wieder hauptsächlich von der ÖVP und vom sogenannten Sicherheitssprecher. Niemand will den Eisernen Vorhang, niemand will auf Flüchtlinge schießen. *(Abg. Ilse Benkö: Stimmt.)*

Wir haben 21 Jahre im Burgenland mit großem Erfolg diesen Assistenzeinsatz durchgeführt, ohne dass auf jemand geschossen wurde, sondern da war auch der damalige Minister Darabos zuständig. Er hat für Sicherheit in der Ostregion, vor allen Dingen mit den ausgezeichneten Soldatinnen und Soldaten gesorgt.

Die Menschen haben das zu über 80 Prozent akzeptiert und genau diesen humanen menschlichen Grenzeinsatz und als Präventionsmaßnahme auch ansehend, das werden wir auch in nächster Zeit miterleben. Das wird mit großer Wahrscheinlichkeit der Verteidigungsminister einführen müssen, um diese Vorgaben und dieses Papier, das ausgearbeitet wurde, auch umzusetzen.

Und ich setze nicht in erster Linie auf Kritik, was hier halt sozusagen pflichtgemäß von der Opposition und substanzlos abgeliefert wurde. Er ist verpflichtet mit der

Innenministerin zusammenzuarbeiten, um diese Herausforderung auch zu lösen, denn das wünscht sich die Bevölkerung.

Klare Konzepte, klare Umsetzung und eine Reduktion auch des Flüchtlingszuzuges. Weil 90.000 Flüchtlinge jedes Jahr, das kann Österreich nicht bewältigen, genauso wie Deutschland nicht eine Million Flüchtlinge aufnehmen kann. Es hat Zustimmung in der Bevölkerung von 90 Prozent oder sogar darüber gegeben und genau diese Richtung müssen wir gehen und da ist der Verteidigungsminister, die Innenministerin auch gefordert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und wir stehen schon dazu, dass wir natürlich Kriegsflüchtlingen helfen. Das ist eine Aufgabe der Humanität, das ist ja gar keine Frage. Aber wenn heute Schweden sagt, wir werden 80.000 Flüchtlinge wieder zurückbringen müssen, damit wir Kriegsflüchtlinge in Zukunft aufnehmen können und jene, die kein Asyl haben.

Auch das ist ja rechtsstaatlich vollkommen klar. Wenn ich keinen Asylstatus habe, dann habe ich keine Grundlage, um *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also ist es doch dringend.)* auch im Land sein zu können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Offensichtlich ist es dringend.)*

Also kann man dort das Problem - und das ist das große Problem, dass Schweden 80.000 zurückbringt, Österreich niemanden zurückbringt und der Außenminister - und das habe ich schon *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Auf einmal ist das Thema dringend.)* gesagt, ich habe es anders formuliert - säumig ist, und dort müssen Sie sich einsetzen, damit das auch passiert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na, da sind wir uns dann eh einig.)*

Der nächste Punkt ist, das Papier, das die neun Landeshauptleute, der Städtebund, der Gemeindebund und natürlich auch die Bundesregierung unterzeichnet haben. Wenn Sie sich dieses Papier durchlesen, dann sehen Sie Eins zu Eins das, was ich seit Monaten und seit einem Jahr gesagt habe.

Und ich kann Ihnen auch sagen, dass dieses Papier, federführend und vor allen Dingen im Finale der letzten fünf Stunden, sowohl von der Innenministerin, vom Minister Ostermayer, vom Landeshauptmann Haslauer und von mir verfasst wurde. Das ist dann in kleinen Punkten am letzten Tag noch verändert worden.

Aber 99 Prozent dieses Papieres war in den letzten fünf Stunden dabei und das ist alles das, das wir auch im Koalitionsübereinkommen drinnen haben, was wir Jahre oder zumindest ein Jahr behauptet haben und wo es so viel Kritik gegeben hat, ich sage auch dazu, vereinzelt aus den eigenen Reihen, aber natürlich auch im Landtag von anderen.

Da bin ich schon froh darüber, dass das auch einmal schriftlich fixiert ist und dass sich alle anstrengen müssen, dass dieses Papier auch Eins zu Eins umgesetzt wird. Denn wenn die 37.000 kommen, dann haben wir auch alle Hände voll zu tun, um das in entsprechender Form auch bewältigen zu können.

Aber das ist eine richtige Entscheidung. Ein richtiger Weg in die richtige Richtung. Aber sowohl Bund, Länder und Gemeinden sind gefordert, um das auch umsetzen zu können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und warum ist es wichtig? Ungeregelter und ungezügelter Zuzug ist das Ende des Sozialstaates. Man braucht klare Regeln, nämlich Kriegsflüchtlingen zu helfen, sonst wird der Sozialstaat - und der Staat Österreich ist ein Sozialstaat und das Land Burgenland ist ein sehr soziales Bundesland - auf Dauer das nicht schultern können. Das ist ja absolut

international ganz klar. Denn wie schaffen wir für all die Menschen, die da sind, die entsprechenden Wohnungen?

Wie schaffen wir die entsprechenden Arbeitsplätze? Wie sollen die Menschen am Arbeitsplatz integriert werden, wenn wir selbst 550.000 Arbeitslose in Österreich haben? Also das muss man natürlich alles bedenken, die nächsten Schritte entsprechend setzen, um das auch schaffen zu können. Nur zu sagen, wir schaffen es, ist ein bisschen wenig, sondern da braucht man schon auch ein Konzept, wie man es schafft.

Und ich glaube, dafür brauchen wir diesen realen Zugang, den es jetzt in einem größeren Ausmaß gibt. Aber das ist nach wie vor eine sehr, sehr große Herausforderung, die nächsten Schritte auch umsetzen zu können. Und damit bin ich auch beim Burgenland.

Wir gehen auch hier den richtigen Weg, nämlich in kleinen Einheiten Flüchtlinge unterzubringen. Und das ist eine ganz große Herausforderung, weil es natürlich schwieriger ist, als zu sagen, da kommen 500 Personen nach Bruckneudorf. Da ist nicht nur der Widerstand der Bevölkerung vorprogrammiert, sondern das funktioniert auch untereinander nicht, wenn man da verschiedene Ethnien in einem Ausmaß von 500 Personen unterbringt.

Und genau weil wir in kleinen Einheiten unterbringen, haben wir im Burgenland natürlich Probleme - aber wir haben nicht so große Probleme, die man fast täglich in den Zeitungen liest. Auch das ist die Herausforderung der Integration. Nämlich in kleinen Einheiten unterzubringen, die Toleranzgrenze der Bevölkerung nicht zu überschreiten, sondern die Bevölkerung einzuladen, hier mitzutun, was auch in den kleinen Einheiten natürlich passiert.

Und der Punkt ist natürlich, der springende Punkt der Integration ist das Erlernen der Sprache. Und offensichtlich hat man sich hier nicht gut informiert, denn ich kann sagen, dass wir über die Burgenländischen Volkshochschulen 2014/2015 89 Kurse mit 564 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und 1.900 Unterrichtsstunden mitfinanziert haben.

Also das ist schon eine nicht unbeträchtliche Summe. Wir haben zusätzlich noch einmal 18.000 Euro an Bedarfszuweisungen den Gemeinden gegeben, die das organisiert haben in entsprechender Qualität, auch über die Volkshochschulen. Und wir haben auch im Rahmen der 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Land, Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds, da stellen wir oder haben wir vom Land von 2012 bis 2014 314.000 Euro für Sprachförderungen zur Verfügung gestellt.

Also da wird schon sehr, sehr vieles getan und wir haben auch erreicht, dass das Unterrichtsministerium 25 Millionen Euro, hoffentlich schon in den nächsten Tagen zur Verfügung stellt, damit wir mehr Dienstposten in unseren Pflichtschulen bekommen, um dort auch Kindern und Jugendlichen die deutsche Sprache noch besser beizubringen, zu unterrichten und hier bessere Voraussetzungen auch zu haben.

Also insofern sind wir hier gefordert, gemeinsam Bund, Land und Gemeinden, die Herausforderungen zu bewältigen. Ich bin sehr, sehr froh, dass ich in keinem einzigen Punkt, in keinem Punkt, den ich in dem letzten Jahr gefordert habe, abgewichen bin, trotz Kritik, trotz Kritik im Landtag und auch auf anderen Ebenen, weil das Eins zu Eins nur sinnvoll ist, um die Herausforderung zu bewältigen.

Und als Nächstes sind natürlich auch, wie die Schweden heute gezeigt haben, die Rückführungen. Wer kein Asylrecht hat, dessen Asylansuchen abgelehnt wird, dann muss ja ganz klar sein, dass er wieder in sein Heimatland zurückgebracht wird.

Und der Minister Doskozil hat auch in einer ersten Äußerung seine Hercules-Maschinen möglicherweise angeboten, damit diese Rückführungen nicht scheitern. Die stehen bereit, da muss nun die Innenministerin die Asylwerber, die abgewiesen wurden, hinschicken und natürlich dann die entsprechenden Flugziele auch angeben. Also das sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Und ich sage ja noch eines dazu, was nicht in dem Papier drinnen steht. Bei groben Rechtsverstößen, bei rechtskräftigen Verurteilungen, Vergewaltigungen sind sie wieder zurückzubringen, das sage ich auch noch dazu.

Weil das geht nicht an, dass es Zustände gibt, wie das in Köln der Fall war. Das wollen wir in Österreich nicht haben und da bin ich auch dafür, dass die Gesetze verschärft werden, und bei derartigen Vergehen auch die Asylwerber wieder in ihr Heimatland zurückgebracht werden. Wer verurteilt ist, hat sein Gastrecht verwirkt und muss wieder zurückgebracht werden, das ist auch ganz wichtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube abschließend, wenn wir diese Herausforderungen bewältigen wollen, wenn wir hier die Menschen, die Asyl haben, die aus dem Krieg kommen, auch jetzt und in Zukunft eine entsprechende Möglichkeit der Integration bieten wollen, dann ist absolut richtig, wovon immer geredet wird, nur das kann keiner mehr hören, - wir brauchen die europäische Lösung!

Wir brauchen sie schon, aber bis wir die europäische Lösung haben, müssen wir schon selber etwas tun und müssen selber sagen, jeder Staat muss seine Grenzen schützen. Wenn es die Griechen nicht können, dann müssen wir es in Österreich machen. Das ist ja ganz klar!

Und wir werden in wenigen Monaten sehen, dass wahrscheinlich die Mehrheit der europäischen Länder das macht, was ich vor einem Jahr gefordert habe - nämlich Grenzkontrollen zu machen. Es wird anders nicht machbar sein, wenn die Situation nicht eskalieren soll, wenn die Toleranz der Menschen nicht überschritten wird.

Und ich glaube, das ist für Politik ganz, ganz wichtig - unabhängig davon, welcher Partei man angehört, dass man die Toleranz der Menschen berücksichtigt und auch hier gibt es entsprechende Werte.

Und nur zum Kollegen Kölly abschließend, weil er gesagt hat, woraus sind die 37.000? Das sind 1,5 Prozent der Bevölkerung aufgeteilt auf - ich sage jetzt nur als Berechnungsgrundlage - der Bevölkerung, aufgeteilt auf die nächsten vier Jahre. Und da muss man natürlich auch bei den Plätzen rechnen und das ist eine Voraussetzung und da muss man daran arbeiten, damit es diese Rückführungen gibt.

Denn wenn es keine Rückführungen gibt, dann wird Österreich weiterhin sehr, sehr attraktiv sein. Und wenn ich von manchen Veranstaltungen höre, dass wir anbieten, mit 100.000 Euros Sprachkurse und dann fehlt die Hälfte der Personen bei den Sprachkursen, weil sie plötzlich tagelang nicht auftauchen oder gar nicht mehr auftauchen - auch da muss es Konsequenzen geben. *(Abg. Manfred Kölly: Haben wir.)*

Da muss es natürlich Konsequenzen geben, wenn wer dieses Angebot nicht wahrnimmt, den ersten Schritt der Integration bei der sprachlichen Ausbildung. *(Abg. Manfred Kölly: Ja.)* Ich bin dafür, dass man das weiterhin anbietet, gar keine Frage, aber wer es nicht annimmt, kann nicht die Mindestsicherung kriegen mit über 800 Euro, sondern da muss es natürlich Sanktionen geben.

Es müssen Sachleistungen natürlich verstärkt angeboten werden, das sind wichtige Voraussetzungen. Und ich bin sehr froh darüber, dass wir hier einen gemeinsamen, einen sehr realistischen Zugang zu diesem Problem auch gefunden haben.

Ich bedanke mich bei allen, die sich hier konstruktiv einbringen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Präsident Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es noch einer Erklärung bedurft hätte, warum das heute dringlich ist, so hat sie der Herr Landeshauptmann gerade geliefert, Herr Kollege Hergovich.

Genau deshalb ist es dringlich, weil er ja die Notwendigkeit erkannt hat und nicht nur er, nur alle auf Bundesebene, gerade in Ihrer Partei, haben sie es nicht erkannt, deshalb ist es für uns dringlich und nicht nur für uns, sondern auch für den Herrn Landeshauptmann.

Ich bin sehr froh darüber, dass er das so formuliert hat, wie er das gerade formuliert hat, direkt vor meiner Rede, meine sehr geehrten Damen und Herren. Genau deshalb ist es dringlich und lassen Sie mich das ausführen. *(Abg. Robert Hergovich: Nach dem Regen brauchst Du keinen Schirm.)* Nein, lassen Sie mich das ausführen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt so nicht.)*

Alle Diskussionsredner hier im Burgenländischen Landtag, bis auf eine Ausnahme, haben sich darauf verständigt, dass wir alle sachlich diesen Antrag - und Ihr Abänderungsantrag vom Dringlichkeitsantrag der ÖVP unterscheidet sich ja nur dadurch, dass Sie keine Forderungen an die Burgenländische Landesregierung erheben, alle anderen Dinge sind nahezu wortident. Das heißt, schlussendlich besteht hier im Hohen Haus über weite Strecken ein Konsens, dass es hier Handlungen bedarf.

Und, meine Damen und Herren, viele von Ihnen waren schon in den Vereinigten Staaten von Amerika. Und wenn Sie in die Vereinigten Staaten von Amerika einreisen, dann geben Sie nicht nur Fingerprints, Sie müssen auch viele Fragen beantworten, auch: Waren Sie oder sind Sie Mitglied einer touristischen Organisation? *(Abg. Doris Prohaska: Touristischen? – Heiterkeit bei der SPÖ)* Terroristischen Organisation. Entschuldigen Sie den freudschen Versprecher.

Und die Grenze, zum Beispiel Richtung Mexiko wird sehr stark gesichert. Aber wenn man in Amerika drinnen ist, dann hat man in diesen 52 Staaten eine Reisefreiheit *(Abg. Gerhard Kovasits: Da sind auch die Außengrenzen in Ordnung.),* wie wir das auch in Europa umgesetzt geglaubt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir in diesem Schengenraum die Reisefreiheit, diese neue Qualität der Reisefreiheit aufrechterhalten wollen, dann müssen wir die EU-Außengrenzen, die Schengenaußengrenzen, sichern.

Wenn Griechenland das alleine nicht im Stande ist, *(Allgemeine Unruhe)* lassen Sie mich fertig reden, wenn Griechenland das nicht alleine im Stande ist, dann müssen sich die Griechen auch helfen lassen. Das ist die Diskussion. Diese Diskussion dauert sehr lange. Nachdem das derzeit nicht möglich ist, werden die einzelnen Staaten dazu übergehen müssen, im Interesse der eigenen Sicherheit, an ihren Binnengrenzen entsprechende Maßnahmen vorzusehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahl in der vorigen Woche war 127.500, der Herr Landeshauptmann hat erklärt warum 127.500. 1,5 Prozent der Bevölkerung, aufgeteilt auf die nächsten vier Jahre, glaubt man in Österreich sozialverträglich aufnehmen zu können, ohne dass es zu sozialen Unruhen kommt. Diese Anzahl soll, beginnend mit dem nächsten Jahr, mit 37.500 degressiv, also fallend, bis hin zu 22.000 im letzten Jahr sein.

So hofft man das Problem in irgendeiner Art und Weise, nämlich in den Griff zu bekommen. Warum dieser Antrag heute dringlich ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat gezeigt, dass diese Vereinbarung auf Bundesebene keine 24 Stunden alt war und schon haben sich hohe und höchste Repräsentanten des Koalitionspartners auf Bundesebene dazu geäußert und gesagt, ja das war eigentlich ganz anders.

Leute, die noch nicht in der Regierung waren, Doskozil, schon am nächsten Tag gesagt hat, so wie der Herr Bundeskanzler das gesagt hat, ist es nicht, das wollen wir schon anders. Wissen Sie, genau deshalb ist es dringlich und würde auf Bundesebene, natürlich ist man in den Nuancen anderer Meinung, aber in der Sache ein ähnlicher Konsens herrschen, dann hätte es diesen heutigen Dringlichkeitsantrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht bedurft, das sage ich auch ganz klar.

Meine Damen und Herren! Wie viele Jahre, glauben Sie, könnte in Österreich ein Jahr 2015 verkraftet werden, wo 100.000 Menschen zu uns kommen, sozialverträglich, ohne dass es zu sozialen Unruhen kommt? Meine sehr geehrten Damen und Herren, schauen Sie sich die letzten Jahre an.

Wir haben zu Beginn dieses Jahrtausends eine höhere Zahl an Flüchtlingsbewegungen gehabt, dann ist sie zurückgegangen, 9.000, 10.0000, 12.000 pro Jahr. Im Vorjahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, 33.000, pardon, 2014 33.000, 34.000, wo schon Alarmglocken geläutet haben und im Vorjahr waren es 100.000. Jetzt hat man sich darauf verständigt, man muss, nachdem die Schengenaußengrenze und die EU hier nicht so schnell anscheinend handeln kann, muss man an den nationalen Grenzen Maßnahmen setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt rechnen Sie mit mir noch mit. Wenn in Skandinavien, derzeit beginnend mit Schweden 80.000, haben wir heute schon gehört, und die Medien schreiben ja davon, sollen in ihre Heimatländer zurückgebracht werden. Sie haben noch keinen einzigen zurückgebracht. Das ist das Problem. Das ist nämlich nicht so einfach. Weil hier Rechtsvorschriften auch in den einzelnen Sozialstaaten bestehen, die nicht ganz einfach übergangen werden können.

Meine Damen und Herren, wenn dieser Stau von Norden beginnend über Schweden, über Deutschland, Österreich, dann sind wir das „Sandwichkind“ sozusagen. Daher war es notwendig, dass die Innenministerin und der Außenminister hier, und ich sage das auch klar, innerhalb der ÖVP eine Meinungsbildung herbeigeführt haben, und dann die Österreichische Volkspartei nach langen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner auf Bundesebene in der SPÖ intern diesen Meinungsbildungsprozess beschleunigt, und es schlussendlich zu diesen Zahlen, die der Herr Landeshauptmann, wie ich gesagt habe, fixiert hat.

Die Dringlichkeit, habe ich schon gesagt warum, weil manche innerhalb der SPÖ, vor allem in Wien, eine Frau Wessely, eine Frau Brauner, kennen Sie alle diese Namen, das etwas anders sehen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns nächstes Jahr vornehmen, 37.500 in Österreich aufzunehmen, dann rechnen Sie mit mir mit, dass uns Deutschland derzeit Tag

für Tag 200 zurückstellt. 200 pro Tag mal 365 das sind, ohne Taschenrechner, 73.000, die wir aus Deutschland, wenn das so weitergeht, Tag für Tag 200 zurückbekommen. Da ist aber der Zuzug vom Süden her, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch gar nicht mitbedacht.

Daher war es notwendig auf Bundesebene diese Meinungsbildung herbeizuführen. Daher ist es notwendig auf Bundesebene diesen Kurs beizubehalten. Daher ist dieser dringliche Antrag heute hier im Burgenländischen Landtag wichtig, dass wir diese Linie auch im Burgenländischen Landtag bekräftigen, dass jene, die innerhalb der SPÖ auf Bundesebene hier glauben, herumfuhrwerken zu können, auch wissen, nein, sie müssen sich an das halten, was vereinbart ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zur Sicherheit insgesamt. Ich habe mich schon gewundert. Vorige Woche gab es diese Regierungsklausur, wo das Ergebnis der Regierungsklausur ein Konzept über Sicherheitspartner im Land sein soll. Der Herr Landeshauptmann hat medial den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter unterstützt, damit man auch weiß, worum es geht. Der Herr Landeshautmann-Stellvertreter dürfte es nicht so eilig haben, denn das Konzept, wie man das umsetzt, wird erst im Sommer dann vorliegen. Aber, meine Damen und Herren, auch hier Zahlen, Fakten und Daten.

In Österreich sind laut letzter Kriminalstatistik 530.000 oder 580.000 Delikte angezeigt worden. Was glauben Sie davon wieviel im Burgenland? Unter 10.000, ich sage es nur dazu. Wir haben im Burgenland, Gott sei Dank, und das soll auch so bleiben, obwohl wir nur drei Prozent der Bevölkerung Österreichs haben, sechs Prozent aller Polizisten im Burgenland - danke Frau Innenministerin - aber nur eineinhalb Prozent aller Delikte. Wissen Sie?

Wir sind rein von der Zahl der Delikte, die angezeigt werden, sehr, sehr niedrig. Wir sind aber bei der Aufklärungsquote, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei 62 Prozent. In dieser Bandbreite, nämlich in Wien 28 Prozent, da bewegt sich etwas. Daher müssen wir dieses hohe Maß an Sicherheit, das wir im Burgenland genießen können, auch weiterhin so hoch halten. Es ist aber kein Grund, hier Unsicherheit zu schüren.

Im Übrigen, der Kollege Schnecker hat da eine ganz andere Meinung zu privaten Sicherheitsdiensten, habe ich gestern in der „Kronen Zeitung“ gelesen. Ich will jetzt keinen Zwist innerhalb der Regierungskoalition, das müssen Sie schon selbst ausmachen, aber diese unterschiedlichen Bandbreiten im Zugang zu Sicherheitsstrukturen, die gibt es ganz einfach.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag, den die Österreichische Volkspartei eingebracht hat, ist im Sachlichen de facto von allen hier im Landtag vertretenen Parteien, bis auf eine Ausnahme, als richtig erkannt worden. Der Zugang von manchen ein anderer. Wir bleiben bei unserem Antrag, dass wir die Bundesregierung und die Landesregierung auffordern, in ihren Bereichen auch entsprechend tätig zu werden.

Der von der SPÖ-FPÖ-Koalition eingebrachte Abänderungsantrag zielt nur darauf hin, die Bundesregierung aufzufordern, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch die Landesregierung hat hier Verantwortung! Wir fordern auch die Landesregierung auf! Das, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat, bei den Sozialleistungen, Sie sind Regierung. Sie sind hier in der Verpflichtung tätig zu werden.

Deshalb bleiben wir bei unserem Antrag als Dringlichkeitsantrag. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz.

Bitte schön.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Werte Damen und Herren Abgeordneten! Vielleicht kurz zur Frau Abgeordneten Petrik, die gesagt hat, mit den Kürzungen der Geldleistungen ist es nicht getan. Wie kann man denn einem Asylanten zumuten, dass er nicht einkaufen kann, dass er irgendwo einen Gutschein bekommt und nicht einkaufen kann, wo er möchte?

Also, ich gebe Ihnen mit, Frau Abgeordnete, dass viele Burgenländer froh wären, wenn sie einen Gutschein bekommen würden, einen Lebensmittelgutschein, und dort einkaufen könnten. Nicht alle können beim Merkur einkaufen! *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Statt der Mindestsicherung?)* Also das heißt, es wird auch zumutbar sein, wenn jemand einen Lebensmittelgutschein bekommt, dass er den auch benützt und nicht nur einfach Geldleistungen, soviel zu dem.

Zur heutigen Debatte. Was mich natürlich wundert bei der ÖVP ist, wo man heute spricht, der Präsident Strommer gesprochen hat, dass das eigentlich schon absehbar war, diese Flüchtlingswelle. Ich weiß ja nicht. Warum hat sich dann die ÖVP so gegen Grenzkontrollen gewehrt? So gewehrt gegen das Bundesheer an die Grenze? Mit aller Kraft, mit aller Macht hat man gesagt, das ist alles ein Wahnsinn, wie kann man so etwas sagen?

Das ist ja unmöglich, solche Aussagen zu tätigen. Plötzlich kommt die ÖVP drauf. Soll so sein. Ich bin ja eh froh, wenn es eine Einsichtigkeit gibt. Aber leider Gottes ist es wieder genau so, das Gleiche, wie bei den Sicherheitspartnern, da sagt die ÖVP, versucht das wieder zu verharmlosen und ist eh alles klasse und das ist sowieso alles nichts. Faktum ist natürlich, das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung schaut anders aus.

Genauso wie vorhin in der Begründung gesagt worden ist, die Menschen haben Angst vor der Zukunft, hat die ÖVP gesagt. Wir müssen die Grenzen schützen. Jetzt kommt wieder genau der gleiche Sager. Was brauchen wir eigentlich ein System der Sicherheitspartner, die wissenschaftlich begleitet werden, die Bürgerservice sind, das hat gar nichts zu tun mit einer Ersatzpolizei, sondern eine Bürgerserviceeinrichtung, die es österreichweit noch nicht gibt. *(Abg. Manfred Kölly: So wie in Deutschkreutz!)*

Es wird ein Pilotprojekt geben, das wissenschaftlich begleitet wird. Und jetzt schon zu sagen, naja das brauchen wir eh nicht, weil Burgenland ist das allersicherste Land. Okay. Dann wollen wir Sicherheit halten. Dann wollen wir das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung halten. Das ist wichtig. Nicht immer ablehnen und dann ungefähr zwei Jahre später kommt man drauf, das ist eh alles klasse.

Daher würde ich auch sagen, im Bereich der Diskussion heute, eines, was richtig angesprochen worden ist vom Kollegen Strommer ist, dass man natürlich in einer Diskussion immer wieder vergisst, nicht nur die 37.500 als Obergrenze oder Richtwert, sondern es kommen ja täglich zwischen 200 und 300 aus der BRD zurück. Wenn man das hochrechnet, sind das über 100.000, die einfach nur zurückgeschoben werden.

Deshalb sage ich schon, wir sollten auch an einen Stopp denken. Stopp - aus. Denn eines ist auch klar, das muss man wirklich auch berücksichtigen. Dublin ist noch in Kraft. Nur derjenige, der mit dem Flieger kommt. Haben wir überhaupt die Verpflichtung, den aufzunehmen? Es ist ja auch immer leicht gesagt, wenn man sagt, naja wenn der

nach Österreich kommt und hat den Fuß an der Grenze und dann sagt er Asyl, dann muss man ihn nehmen. Stimmt auch nicht!

Denn irgendwo ist ja der schon einmal in die EU gekommen. Der ist ja nicht hereingekommen und hat gesagt Frohe Weihnachten, oder ich liebe euch alle. Sondern der hat vorher diesen Satz tätigen müssen, sonst wäre er ja gar nicht so weit gekommen. Daher, es ist wirklich an der Zeit, rigoros hier Akzente zu setzen und zu sagen Stopp! Es ist jetzt an der Zeit, die Stopptaste zu drücken. Absolut. *(Beifall bei der FPÖ)*

Jeder, der heute hier ist und jeder, der heute Asylstatuts bekommt, der hat die Berechtigung, den Asylstatus auch zu genießen. Der hat auch die Schutzberechtigung. Aber wir werden wahrscheinlich nicht, höchstens es belehrt mich jemand eines Besseren, 50 oder 20 oder 40 Millionen Menschen nach Österreich bringen können. Das wird uns nicht gelingen.

Wenn wir heute ein Fußballstadion haben, wo 30.000 Personen hineinpassen, werden wir dort nicht 100.000 hineinbringen, das wird sich nicht ausgehen. Da wird irgendetwas schiefgehen. Ich habe heute auch noch mit dem Krisenmanager des Jahres gesprochen. Für mich ist er der Krisenmanager des Jahres, der Bürgermeister Ing. Gerhard Zapfl aus Nickelsdorf, der übrigens Unterstützung, gute Unterstützung auch vom Bürgermeister aus Zurndorf Werner Friedl hat.

Er hat mir heute gesagt, die Partnergemeinde in Bayern, dort gibt es einen CDU-Bürgermeister, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das glaube ich nicht, denn in Bayern gibt es keine CDU!)* dort geht es schon drunter und drüber. CSU-Bürgermeister, entschuldige, also dort sind die Protestbewegungen schon so weit fortgeschritten, dass eigentlich die Bevölkerung schon Angst davor hat.

Die fordern tagtäglich nur mehr den Rücktritt dieser Dame, wir schaffen das. Das heißt, es wird immer ärger und ärger. Ich sage Euch das, so locker wie die ÖVP das macht, aber jetzt sind wir plötzlich draufgekommen, dass das so dringlich ist. Wieso habt Ihr vor zwei Jahren geschlafen?

Ihr wart in einem Winterschlaf, in einem Dauerschlaf. Plötzlich kommt Ihr drauf, dass das alles so dringend und so wichtig ist. Als ich vor der Wahl gesagt habe, wir brauchen eine Höchstgrenze oder wir müssen daran denken, eine Obergrenze einzuführen, na was war denn das österreichweit für ein Geschrei?

Das war ja unglaublich, welche Schimpforgien da auf mich zugekommen sind. Oder das Bundesheer an die Grenze. Oder die Grenzkontrollen. Das war ja unglaublich, welche Welle auf mich zugekommen ist, auch schon als wir in der Regierung waren mit Rot-Blau hat das die Innenministerin erfolgreich verhindert. Da hat man gesagt, nein das geht, das ist eine Unglaublichkeit, das kann man überhaupt nicht machen. Was glaubt denn der?

Man hat das erfolgreich verhindert. Aber drei Monate später hat es anders ausgeschaut. Und das sind die Tatsachen. Daher, um das vielleicht ein bisschen abzuschwächen, ich glaube, das ja wirklich auch, und da bin ich wirklich auch der Hoffnung, dass das so ist. Jetzt durch die Situation, die so jetzt aufgetreten ist, mit dieser enormen Kraft, mit dieser enormen Flüchtlingsbewegung, bin ich überzeugt davon, dass SPÖ, ÖVP und alle wirklich umdenken.

Denn würde es diesen Schub nicht gegeben haben, würden wir wahrscheinlich jetzt noch alle locker und lustig sein und sagen, die schlimmen Freiheitlichen, wie kann man nur so schlimm sein? Ich glaube, dass wir durch Einsichtigkeit und durch das große Problem, Gott sei Dank, Problemlösungen jetzt wirklich direkt diskutiert werden.

Ich hoffe auch, dass es zu einer erfolgreichen Umsetzung kommt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Landtages! Wir haben heute Tagesordnungspunkt 5 gehabt, Bericht es Rechtsausschusses und des Sozialausschusses und da haben wir eine sachliche Diskussion von allen Fraktionen gehört - kleine Ausnahmen seitens der ÖVP -, eine sachliche kompetente Antwort des zuständigen Regierungsmitgliedes Norbert Darabos.

Vielleicht ist es auch passiert, weil wir ja heute auch mit einer neuen Medienpräsenz ausgestattet sind. Was kann es Besseres geben bei diesem Tagesordnungspunkt als einen einstimmigen Beschluss dazu?

Jetzt, dazwischen, dann zum Tagesordnungspunkt 6, der dringliche Antrag zum Asylgipfel. Da schaut es jetzt schon ein bisschen anders aus, wenn man sich das so anschaut. Also, mittlerweile glaube ich ja, dass wir hier im Hohen Landtag und jetzt nehme ich die GRÜNEN einmal aus, ich glaube, dass alle einen ähnlichen Zugang haben zu dieser Thematik. Es wird wahrscheinlich auch nicht allzu oft vorkommen, dass seitens der Liste Burgenland der Landtagsabgeordnete Kölly und Hutter aufstehen und hier den Landeshauptmann verteidigen.

Liebe ÖVP, seid mir bitte jetzt nicht bös‘, aber überdenkt einmal Euren Standpunkt, den Ihr heute habt, den Ihr vor einem halben Jahr gehabt habt und den Ihr vor einem Jahr gehabt … *(Abg. Walter Temmel: Das habe ich heute gesagt! Hast Du es nicht gehört?)* Ich glaube, jeder, der eine Zeitung aufschlägt, der einmal den Fernseher aufdreht, glaube ich, bekommt mit, dass unser Herr Landeshauptmann hier wirklich Kompetenz hat, *(Abg. Manfred Kölly: Was es hat, das hat es!)* was diese Thematik betrifft.

Das ist mittlerweile auch den Parteifreunden der SPÖ in Wien klar und ich glaube, auch ganz Österreich klar, dass hier wirklich vernünftig gearbeitet wird. Das muss man auch offen und ehrlich aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Landtagsabgeordneter Strommer, eines muss ich Ihnen auch sagen, also wenn man jetzt sagt, dass wir drei Prozent der Bevölkerung sind, der burgenländischen Bevölkerung ja, wir haben sechs Prozent der Exekutive hier, dann wird wahrscheinlich auch die Innenministerin Mikl-Leitner mitbekommen haben, dass weniger Kriminalität von der Schweiz und von Lichtenstein reinkommt, als von der östlichen Seite Österreichs. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich glaube, das ist auch klar. Ich glaube aber eines, und das möchte ich auch ganz offen und ehrlich sagen. Ich glaube, dass alle hier im Haus, alle ja, zu 100 Prozent zur Unterstützung von Kriegsflüchtlingen stehen, zu 100 Prozent, glaube ich. Ich glaube, da nimmt sich keiner aus. Aber ich glaube, wir müssen uns ehrlich eingestehen, dass nicht alle, die hier herkommen auch Kriegsflüchtlinge sind.

Wir dürfen uns hier nicht selber anlügen. Wir, hier herinnen alle, wir werden alle nicht revoltieren, auf keinen Fall, das wird es nicht geben. Aber ich sage Euch eines, wenn es kein Umdenken gibt, kein vernünftiges Umdenken, dann werden es unsere Kinder und unsere Enkelkinder machen und daher müssen wir hier vernünftig handeln. Danke. *(Beifall bei der LBL, der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Hergovich eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die rasche Umsetzung der im Rahmen des Asylgipfels vom 20. Jänner 2016 vereinbarten Maßnahmen ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

6. Punkt: Bericht des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 214), mit dem der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2014 (Der Grüne Bericht 2014) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 148) (Beilage 242)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 6. Punktes der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 214, mit dem der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2014 (Der Grüne Bericht 2014) zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 148, Beilage 242.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Landtagsabgeordneter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident. Der Agrarausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2014 (Der Grüne Bericht 2014) zur Kenntnis genommen wird, in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Jänner 2016, beraten.

Der Agrarausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2014 (Der Grüne Bericht 2014) wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der erste Rednerbeitrag kommt vom Landtagsabgeordneten Hutter. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Die soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2014, im Grünen Bericht auf 248 Seiten zusammengefasst. Unser Land beruht zu einem erheblichen Teil auf den Fähigkeiten und den Erzeugnissen der Landwirte unseres Landes.

Jedem sollte bewusst sein, dass auf den Feldern die Lebensmittel angebaut werden, die uns jeden Tag ernähren. Unsere Landwirtschaft ernährt uns mit ausgezeichneten Produkten. Das Burgenland zeichnet sich besonders durch regionale Vielfalt in diesem Bereich aus. Für jeden von uns sind zum Beispiel die Stekovics

Paradeiser, das Seewinkler Gemüse, Wein aus dem Burgenland oder Uhudler und so weiter, ein über Grenzen hinausgehender Begriff. Es ist wichtig, dass sich die Landwirtschaft weiterentwickelt.

Besonderer Bedacht muss auf Regionalität gelegt werden. Die ständig sinkende Zahl der Menschen, die von der Landwirtschaft leben können, gibt uns Anlass zur großen Sorge. Aber auch die sehr niedrigen Preise, die in Folge der Abhängigkeit vom Weltmarkt und von Abnehmerketten für manche zentralen landwirtschaftlichen Erzeugnisse erzielt werden, setzen unsere heimischen Bauern gehörig unter Druck.

Der Produktionswert der Land- und Forstwirtschaft sank im Vorjahresvergleich um 1,7 Prozent. Im Jahresmittel lagen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in Österreich um 4,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Das Burgenland verzeichnete das zweite Jahr in Folge von allen Bundesländern den höchsten prozentuellen Rückgang beim Produktionswert des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs. Die Zahl der Haupterwerbsbetriebe hat sich von 2003 zu 2013 um ein Viertel reduziert. Im Burgenland haben wir mit Ende 2013 1.411 Haupterwerbsbetriebe. Die Gesamtzahl der Betriebe hat sich um 9.000 verringert. 1990 waren es noch mehr als 26.000 Betriebe.

Das zeigt auch eindeutig, dass es mit dem aus dieser Branche zu erzielenden Einkommen für diese Betriebe auf Dauer kein Auskommen gibt.

Ich denke, dass die EU durch ihren Regulierungswahn, Gurkenkrümmung und Ähnliches mehr, ihren Beitrag dazu geleistet hat, aber auch TTIP hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet und unseren Bauern gehörig zugesetzt.

Wir vom Bündnis Liste Burgenland lehnen TTIP, also das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, ab. Wir im Burgenland brauchen und wir wollen regionale Vielfalt und keinen Einheitsbrei. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Mag. Drobits)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Landtagsabgeordnete Spitzmüller ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter Spitzmüller Sie sind am Wort.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön. Ich möchte kurz nochmals zur vorigen Debatte ein paar Zahlen nennen, weil immer, wenn das Thema Flüchtlinge ist, wird einfach wie der Teufel an die Wand gemalt, sage ich einmal. Was oft vergessen wird ist, dass allein in Wien zum Beispiel, seit dem die Flüchtlinge da sind, 7.600 neue Jobs entstanden sind. Nicht nur das Wirtschaftsforschungsinstitut, sondern mehrere Wirtschaftsforscher sagen, dass wir mittelfristig profitieren werden, sowohl was den Konsum angeht, als auch was die Wirtschaft im Ganzen angeht.

Die Wirtschaft wird dadurch angekurbelt werden, also wenn jetzt gejammert wird, dass das Geld fehlt, muss man schon auch sagen, wir haben zum Beispiel im Bereich Erbschaftssteuer über Jahre hinaus viel Geld liegen lassen.

Die Armutsschere geht weiter auseinander, ob mit oder ohne Flüchtlinge und die einzige Idee, die man dann hat, ist, die die jetzt neu kommen die Mindestsicherung - die ja nicht umsonst so heißt, wie die Kollegin schon gesagt hat - noch zu kürzen. Damit werden wir neue Armut, neue Obdachlosigkeit schaffen.

Zum Assistenzeinsatz, den der Herr Landeshauptmann immer so toll lobt, offensichtlich vergisst er nach wie vor auf den Rechnungshofbericht aus dem Jahre 2010. Nur ganz kurz, 29 Millionen Euro hat er gekostet, 19 Aufgriffe sind in dieser Zeit passiert.

70 Strafanzeigen sind daraus hervorgegangen. Nicht einmal die Hälfte der Strafanzeigen hat zu einer Verurteilung geführt.

Der Rechnungshof hat von einer marginalen Wirkung auf die Sicherung des Grenzraums gesprochen und jetzt will er das wieder einführen? *(Zwischenruf des Abg. Werner Friedl)* Da fehlt mir, ehrlich gesagt, jedes Verständnis.

Aber jetzt zum eigentlichen Thema, zum Grünen Bericht. Der Vorredner Kollege Hutter hat schon einige wesentliche Zahlen genannt. Eigentlich ist es ein sehr trauriger Bericht, wenn man sich vor allem die Zahlen anschaut. So sind das eigentlich mit ganz wenigen Ausnahmen vor allem Minuszahlen.

Es geht alles hinunter. Es geht das Einkommen runter, die Anzahl der Bauern im Vollerwerb, aber auch die Nebenerwerbsbeschäftigten. Die Anzahl der Tiere, die Anzahl der Äcker und Felder, die bewirtschaftet werden. 2014 sind eben die Einkommen um 2,4 Prozent gesunken. 2013 waren es sogar 10,4 Prozent. Wenngleich man das ein bisschen differenziert betrachten muss, weil das je nach Betriebsform sehr unterschiedlich ist.

Die Futterbaubetriebe und der Biobereich haben ein Plus gehabt von fünf Prozent. Veredelungsbetriebe haben ein Minus von 7,7 gehabt und ganz schlimm hat es eigentlich die Dauerkulturbetriebe getroffen, die ein Minus von sage und schreibe knapp 40 Prozent gehabt haben. Dauerkulturen können nicht so auf den Markt reagieren wie ein normaler Ackerbaubetrieb, weil sie natürlich an ihre Kulturen gebunden sind und daher das Problem.

Eine schlechte Entwicklung vor allem, weil sie nun bereits eben über viele Jahre oder einige Jahre hinwegläuft und in der Landwirtschaft leider weiter das Motto „dadurch wachsen oder weichen“ eigentlich vorgegeben ist. Der Biobereich war, ich habe es kurz erwähnt, dann ein bisschen besser dran. Leider sind auch da die Zahlen nicht sehr berauschend was jetzt die Menge der Betriebe angeht. Durch den Einstiegsstopp, der bis zum letzten Jahr noch gegolten hat, also der 2014 auch noch war, sind eigentlich kaum neue Betriebe dazugekommen.

Erst, damit greife ich jetzt auf das 2015er Jahr vor, da hat es dann doch nennenswerte Zuwächse gegeben. Nicht nur im Burgenland, sondern österreichweit. Ich glaube, dass wir hier auch darauf schauen müssen, dass wir noch mehr Betriebe in den Biobereich holen, weil das einfach ein Zukunftsbereich sein wird. Bio in Großküchen, in Kindergärten, Schulen und Ähnliches würde diesen Betrieben wesentlich helfen.

Sehr kurz werden im Bericht leider zwei wichtige Bereiche erwähnt, nämlich der Bodenschutz und die Direktvermarktung. Beim Bodenschutz wird lediglich kurz auf die Pflanzung von Windschutzanlagen und Biotopen hingewiesen. Die generelle Problematik, die natürlich den Landwirtschaftsbereich ganz besonders betrifft, zum Beispiel Verlust durch Versiegelung, wird nicht einmal erwähnt. Zahlen dazu gibt es überhaupt keine, obwohl es eigentlich welche gäbe.

Bei der Direktvermarktung gibt es auch keine Zahlen. Über die Entwicklung im Burgenland weiß man überhaupt nichts, steht im Bericht nichts drinnen.

Obwohl auch hier sehr viel passiert. Der Kollege Rosner aus Oberwart ist jetzt leider nicht da. Unter seiner Mithilfe wurde aus dem Bauernmarkt in Oberwart, der ein sehr kleines Dasein fristete, mit einer Handvoll Stammkunden und ich glaube, es waren drei, vier Betriebe. Jetzt ist er ins Zentrum verlegt worden, plötzlich haben wir fünfmal so viele Betriebe, die sich hinstellen, und die Kundinnen-, Kundenanzahl ist eigentlich explodiert.

Obendrein ein wesentlicher Beitrag zur Belebung des Ortszentrums und inzwischen auch ein sozialer Treff. Das wünsche ich mir burgenlandweit. In einigen Orten passiert das eh, aber da könnte man wesentlich mehr machen.

Ansonsten sind noch in dem Bericht wichtige, nein, interessante Zahlen eher, was zum Beispiel Investitionen der Betriebe angeht, die sogar nach dem Alter der Betriebsleiter aufgeschlüsselt sind, entwickeln und in den Tierzahlen.

Einen kurzen Überblick auch zur Ernteversicherung. Bei der Hagelversicherung gingen 2014 insgesamt 1.679 Schadensmeldungen ein. Ich habe mich dann noch um Vergleichszahlen zu den Vorjahren bemüht, die konnte ich von der Hagelversicherung leider nicht bekommen, wäre sicher spannend, sich das anzuschauen.

Aktuell zur Landwirtschaftskammer, die von der Regierung vor kurzem einen forcierten Klimaschutz gefordert hat, was natürlich auf der einen Seite zu begrüßen ist, auf der anderen Seite darf man nicht vergessen, dass die Landwirtschaft nicht nur Opfer, sondern auch Täter ist, was den Klimaschutz angeht. Ich habe das bei der letzten Landtagssitzung im Dezember auch ausführlich erläutert.

Ich hätte mir gewunschen, dass man hier auch Vorschläge macht, wie man im Landwirtschaftsbereich Klima CO_2-Emissionen einsparen kann.

Im österreichischen Sachstandsbericht zum Klimawandel 2014 heißt es auch nicht umsonst, bei gleichbleibender Produktionsmenge liegen die größten Reduktionspotentiale in den Bereichen Wiederkäuerfütterung, Düngungspraktiken, Reduktion der Stickstoffverluste und die Erhöhung der Stickstoffeffizienz. Nachhaltige Strategien zur Reduktion der Treibhausgase in der Landwirtschaft erfordern ressourcenschonende und effiziente Bewirtschaftungskonzepte unter Einbeziehung von ökologischem Landbau, Präzisionslandwirtschaft und Pflanzenzucht und Erhaltung der genetischen Vielfalt. Also da ist einiges zu machen.

Alles in allem werden auch wohl die nächsten Jahre, die nächste Zeit, für die Landwirtschaft keine einfache Zeit. Viele Chancen, aber auch viele Risiken liegen da. Ich bin davon überzeugt, no na, als Grüner, dass hier stärker der Weg biologischer Landbau gegangen werden muss. Umorientierung der Landwirtschaft ist hier notwendig, nicht nur wegen des Klimawandels, sondern auch weil die Konsumentinnen und Konsumenten langsam ein bisschen umdenken, anders einkaufen, weil der Markt andere Produkte, andere Qualitäten erfordert.

Wenn der Kollege Hutter schon das TTIP erwähnt hat, möchte ich auch hier meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, dass nach einer Umfrage, die erst vor kurzem unter den österreichischen Bauern und Bäuerinnen stattgefunden hat, zwei Drittel gegen TTIP sind, die Interessensvertretung allerdings nach wie vor dafür ist.

Das war es, danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete. Die Golser Sicht!

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Vorweg möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die zu diesem Bericht beigetragen haben. Dieser Bericht ist nicht bloß ein Schriftstück, das ad acta gelegt werden kann. Nein, im Gegenteil!

Er dient unter anderem auch als Arbeitsgrundlage, um die Land- und Forstwirtschaft im Burgenland wieder auf den richtigen Weg zu bringen und zu unterstützen. Dieser Grüne Bericht 2015 hilft uns, die größten Herausforderungen im Agrarsektor zu identifizieren und auch Maßnahmen zu ergreifen, um diesen entgegenzuwirken. Er zeigt somit Positives, aber auch Negatives auf.

Bei ungewünschten Entwicklungen ist es daher wichtig, entgegenzusteuern. Die negativen Entwicklungen bestehen aber nicht erst seit der Angelobung der rot-blauen Landesregierung, sie bestanden auch schon die Jahre davor, als noch die ÖVP für dieses Ressort zuständig war. Kritisieren, was man selbst verursacht und in den letzten Jahren verabsäumt hat. Gemeinsam Lösungen zu finden, interessiert die ÖVP bis jetzt nicht und auch anscheinend in Zukunft nicht, leider.

Das ist wirklich sehr schade, denn unsere Bauern hätten in den letzten Jahren etwas Besseres verdient. Diese Einstellung führte dazu, dass wir jetzt hier stehen und davon sprechen müssen, dass unsere Land- und Forstwirte vom Aussterben bedroht sind. Die ÖVP, ihres Zeichens der Vertreter der Bauern, hat es aber leider in den letzten Jahren maßgeblich verabsäumt, etwas zu tun und zu handeln.

Wir brauchen unsere Bauern und wir brauchen unsere Landwirtschaft, wir sind uns der Wichtigkeit bewusst und wir wissen, dass auch unsere Landesrätin voll und ganz zu ihnen steht. Wir sind froh, dass unsere Bauern nun endlich mit mehr Unterstützung rechnen können.

Nun ein paar konkrete Zahlen zum Grünen Bericht 2015. Leider finden wir gleich zu Beginn des Berichtes einen negativen Satz. Der Produktionswert der Land- und Forstwirtschaft 2015 sank um 1,7 Prozent. Das Burgenland verzeichnet das zweite Jahr in Folge von allen Bundesländern den höchsten prozentuellen Rückgang bei diesem Wert. Ausschlaggebend dafür waren die witterungsbedingten Ertragsausfälle im Weinbau. Diese Sparte ist und bleibt eben die wichtigste Produktionssparte der burgenländischen Landwirtschaft.

Dieses Problem gibt es aber nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich. Ganz Österreich hat darunter gelitten. Das Burgenland ist bemüht, hier so gut wie es geht zu helfen und alles Erdenkliche zu tun, um den Land- und Forstwirten zu helfen.

Was ich mich hier aber frage, ist: Wo bleibt die Unterstützung vom Bund? Warum wird der Bund nicht tätig und hilft unseren Bauern? Wo bleibt die ÖVP im Bund als angeblicher Bauernvertreter? *(Abg. Walter Temmel: Sind wir eh.)* Ich bin wirklich enttäuscht und fordere, dass der Bund auch hier endlich tätig wird und nicht regungslos zusieht, wie unsere Bauern und die Land- und Forstwirtschaft zugrunde geht.

Denn dann gibt es keine Eier mehr vom Bauern, sondern nur mehr Eier von der Legebatterie. Und dann gibt es auch kein Fleisch mehr, wo man sicher sein kann, dass die Kuh ein schönes Leben auf der Weide hatte, sondern Fleisch aus Mastbetrieben, das mit Antibiotika vollgeputscht wurde und nachweislich gesundheitsschädigend ist.

Ich bin mir bewusst, dass auch die EU in der Landwirtschaft eine große Rolle spielt. Einerseits werden viele Förderungsmittel zur Verfügung gestellt, durch die viele Krisen bewältigt werden können.

Andererseits muss ich mich auch etwas kritisch zur EU äußern. Durch die vielen Vorgaben aus Brüssel ist es natürlich oft nicht leicht für unsere Landwirte. Hier ein Beispiel nur, die Krümmung der Gurken.

Wichtig ist, logische Politik zu betreiben und das sollte auch die EU beherzigen. Denn nur so kann man langfristige und nachhaltige Politik garantieren. Das hat sich jeder Landwirt, jeder Forstwirt, jeder Burgenländer, jeder Österreicher und jeder Europäer verdient.

Dieser Grüne Bericht zeigt aber nicht nur Negatives, im Gegenteil. Er zeigt auch viele positive Trends auf, die verstärkt gehören. Ich bin mir sicher, dass wir mit unserer Landesrätin auf dem richtigen Weg sind und genau diese positiven Trends auch verstärkt gefördert werden, um unsere Land- und Forstwirtschaft wieder zu stärken.

Wir im Burgenland tun alles, um unsere Land- und Forstwirtschaft aufrecht zu erhalten und zu unterstützen. Jetzt fehlen nur mehr der Bund und die EU. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Ich bitte nun den Herrn Abgeordneten Walter Temmel zum Rednerpult.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vorerst ganz kurz das mit der Krümmung der Gurken, wie es vom Kollegen Hutter und von der Kollegin Stampfel gekommen ist. Das ist eine alte, schöne Mär, was leider immer wieder falsch weitererzählt wird.

Es war eine Vorgabe von Österreich an die Europäische Union, weil man glaubte, mehr Gurken in einen Karton verpacken zu können, wenn sie gerade sind, damit sie für den Konsumenten billiger sind. Das hat Österreich an die EU gefordert und die EU bei der Beitrittsverhandlung, wurde es so gemacht. Nur zu dieser Feststellung.

Bei jeder Einheitspartei, Kollege Molnár ist nicht da, das habe ich ja von ihm, alle, die es noch nicht wissen, bestätigt sich leider immer wieder, dass Sie die schwächste Landesregierung sind, die wir bis jetzt gehabt haben.

Am vergangenen Freitag musste zum Beispiel die Regierungsklausur herhalten, damit der Landeshauptmann-Stellvertreter einmal in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Trotz aller Fakten, dass wir das sicherste Bundesland nicht nur Österreichs, sondern auch fast von ganz Europa sind, werden noch immer Menschen verunsichert, wo kein Grund dazu besteht.

Was hat sich wiederum bestätigt? Sie haben überhaupt kein Konzept. Nichts ist geklärt, die Befugnisse der sogenannten Sicherheitspartner sind nicht bekannt. *(Abg. Werner Friedl: Bei der ÖVP!)* Sind sie bekannt? *(Abg. Werner Friedl: Bei der ÖVP sind sie unbekannt. – Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Bei uns schon.)*

Man will den Ablauf wissenschaftlich begleiten, weiß aber nicht, welche Uni oder Fachhochschule das tun soll und so weiter und so fort. Jede und jeder von uns ist für Sicherheit in unseren Gemeinden, aber ist es wirklich notwendig, einen eigenen Sicherheitskörper mit eigener Uniform zu schaffen?

Kollegen von der SPÖ, ist es wirklich notwendig, einen eigenen Sicherheitskörper mit eigener Uniform zu schaffen? Haben wir nicht mit unseren Polizistinnen und Polizisten bestens ausgebildete Sicherheitsorgane, die ihre Arbeit bestens erledigen. *(Abg. Wolfgang Sodl: Redest Du eh zum Grünen Bericht auch. Der Grüne Sicherheitsbericht.)*

Und genau so ist es im Agrarbereich. Genauso ist es im Agrarbereich. Wir haben hier bestens ausgebildetes Fachpersonal, ob in der Agrarabteilung oder in der

Landwirtschaftskammer oder bei den verschiedensten Verbänden und Vereinen. Und selbstverständlich auch in den landwirtschaftlichen Fachschulen.

Die fleißigen Bäuerinnen und Bauern, die nicht nur für regionale, gesunde und frische Lebensmittel sorgen, sondern auch für eine gepflegte Kulturlandschaft, sie alle leisten hervorragende Arbeit und dafür sei ihnen allen an dieser Stelle unser Dank gesagt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dies wird auch mit dem sehr informativen und ausgezeichnet zusammengestellten Grünen Bericht wirklich bestätigt. Herzlichen Dank auch an alle, die hier mitgewirkt haben, stellvertretend Manfred Cadilek, er sitzt eh oben und der Kollege, lieber Kollege Christian Wutschitz und natürlich auch der Roman Kummer, er ist schon vorher weggegangen.

Mit diesem Bericht sieht man nicht nur deutlich, wie vielfältig die Land- und Forstwirtschaft ist, sondern auch, dass das Wetter und die Rahmenbedingungen natürlich auch eine wesentliche Rolle spielen wie die Einkünfte liegen.

Hier nur auszugsweise aus diesem Bericht, weil, es wurde wirklich schon sehr vieles erwähnt.

Also das landwirtschaftliche Faktoreinkommen war in sechs Bundesländern rückläufig, die stärksten Einbußen im Burgenland und in Niederösterreich. Das Burgenland verzeichnete das zweite Jahr in Folge von allen Bundesländern den höchsten prozentuellen Rückgang beim Produktionswert, vor allem durch die witterungsbedingten Ertragsausfälle im Weinbau von zirka 26 Prozent, welche die wichtigste Produktionssparte im Burgenland darstellt.

Etwas moderater fiel der wertmäßige Rückgang in der tierischen Produktion aus. Zwar nicht bei der Schweinehaltung, hier hatten wir auch minus 23 Prozent, aber im Vergleich des heurigen Jahres war der Milchpreis dort halbwegs höher als im vergangenen Jahr, also im Jahr 2015.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass das Burgenland nicht nur die höchste durchschnittliche Milchanlieferung mit 182.000 Kilogramm hat pro Betrieb im Vergleich zu Österreich mit 97.000, sondern auch die meisten Kühe pro Betrieb. Betriebswirtschaftlich sind wir hier allen Bundesländern wesentlich voraus.

Im Vergleich natürlich mit den anderen EU-Ländern, Überseeländern sind wir immer noch natürlich sehr klein. Bemerkenswert ist auch, wurde auch schon erwähnt, obwohl die Flächen wirklich geringer werden, dass sich im Burgenland flächenstarke Betriebe der biologischen Wirtschaftsweise zuwenden.

So beträgt die durchschnittliche Fläche im Burgenland 51,4 Hektar und österreichweit 25,3 Hektar. Also das Doppelte pro Betrieb. Als Vergleich beträgt die Nutzfläche aller Betriebe nur 19,5, jetzt vielleicht schon etwas mehr, also über 20 Hektar. Also das ist ein wesentlicher Unterschied. Die Biobetriebe sind wesentlich größer als die konventionellen Betriebe.

Noch größer ist der Unterschied des Rinderbestandes von 77 zu 27 Stück und beim Schweinebestand von 56 zu 20 Stück pro Betrieb. Also die Biobetriebe sind hier wesentlich größer, auch im Vergleich natürlich zu den anderen Bundesländern.

Erfreulich ist natürlich auch, dass die Zahl der unselbständig Beschäftigten in den letzten Jahren pro Jahr um 100 Personen zunimmt.

Weil immer wieder die Diskussion, vor allem von SPÖ-Seite Klein-, Mittel- und Großbetriebe ins Spiel gebracht wird, erwarte ich mir hier von Euch wirklich mit Spannung

endlich eine klare Antwort. Was ist ein Klein-, Mittel- und Großbetrieb? Das werden Sie mir sicher irgendwann noch geben.

Für uns als Bauernbund ist jeder Betrieb, auch jene, die in den Jahren, besonders in den letzten Jahren seit EU-Beitritt gewachsen sind oder durch Pachtungen vergrößert wurden, jeder Betrieb ist uns gleich wichtig, wenn er zur Entwicklung des ländlichen Raumes beiträgt. Denn ohne starke Betriebe - keine Arbeitsplätze. Ohne Arbeitsplätze - kein Wohlstand.

Wir als ÖVP sorgen für ein unternehmungsfreundliches Klima, das Hürden aus dem Weg räumt und nicht neue Behinderungen schafft. Wichtig für eine gute Weiterentwicklung sind auch die diversen Verbände und Vereine, Tiergesundheitsdienst natürlich, die BIO Austria vermittelt in mehreren Kursen und Vorträgen auch den Schülerinnen und Schülern der landwirtschaftlichen Fachschulen die Grundkenntnisse der biologischen Wirtschaftsweise.

Eine gute Idee ist natürlich auch der Aktionstag „Schöpfung“, wie jedes Jahr vom Umweltanwalt in Kooperation mit mehreren Partnern und mit der BIO Austria veranstaltet. Nicht zu vergessen, wurde, glaube ich, schon erwähnt, Erwerbskombinationen, ob in der Direktvermarktung, Urlaub am Bauernhof, Energie aus Biomasse, überbetriebliche Zusammenarbeit mit dem Maschinenring oder der noch für viele neue Bereich von Green Care, wo Menschen aufblühen, garantiert ein zusätzliches Einkommen.

Die beiden landwirtschaftlichen Fachschulen in Güssing und Eisenstadt sorgen bestens dafür, dass die Schülerinnen und Schüler auf die selbständige Führung eines Landwirtschaftsbetriebes vorbereitet werden. Wichtig ist uns dabei natürlich auch, dass die Schulen eine Vorbildwirkung in der Verarbeitung der selbstgeernteten beziehungsweise Verwertung der regionalen Produkte haben.

Ganz wichtig - wurde heute eher negativ erwähnt - ist natürlich die Burgenländische Landwirtschaftskammer als Interessensvertretung, diese ist wirklich in vielfältigster Weise ein Garant, dass die ländliche Bevölkerung in diversen Schulungen, Beratung und Veranstaltungen top informiert ist.

Gerade bei uns im Burgenland wissen wir aus eigenem, dass gerade die Landwirtschaftskammer sehr gut vernetzt ist und sie wirklich den Bäuerinnen und Bauern sehr viel hilft.

Interessant vielleicht für die Kolleginnen und Kollegen der FPÖ, dass rund 65 Prozent der Burgenländer Jagdkarteninhaber sind und zirka 29 Prozent aus anderen Bundesländern und der Ausländeranteil fünf Prozent beträgt. Ich hoffe, das ist kein Problem, wenn nicht an die Landesrätin wenden, sie soll das vielleicht mit den Ausländern oder mit den anderen Bundesländern beim neuen Jagdgesetz regeln.

Wie viele, Sie haben es heute wieder erwähnt, auf die EU und auf den Bund wird immer wieder geschimpft, von den fast 130 Millionen des Agrarbudgets 2014 im Burgenland stammen 71 Prozent oder 92 Millionen Euro von der EU. 13,6 Prozent, das sind zirka 18 Millionen kommen vom Bund, also insgesamt 110 Millionen und 15,4 Prozent, zirka 20 Millionen, vom Land. Nur damit Sie hier in dieser Frage auch genau Bescheid wissen, wer etwas macht und wie das funktioniert.

Ansonsten habe ich von Ihnen, besonders Frau Kollegin Stampfel, zur Landwirtschaft wenig gehört. Kein einziger Satz, wie Sie die Lebensmittelsicherheit für das Burgenland in Zukunft sichern wollen, weil wir in immer mehr Bereichen keinen Selbstversorgungsgrad haben. Das heißt, wir sind auf andere Partner in Österreich oder im Ausland angewiesen.

Kein einziger Satz im Regierungsübereinkommen zur Landwirtschaft. Ablehnung unserer beiden Anträge, weil Sie vorher gesagt haben, was hat die ÖVP gemacht, auf Unterstützung der Landwirte wegen des außergewöhnlichen harten Jahres, letztes Jahr. Sie können sich noch erinnern, Anträge, Sozialversicherung, Rückerstattung beziehungsweiße Ernteausfallversicherung zu bezahlen.

Ja, letztklassig ist immer ein sehr schlechter Stil, kommt natürlich in bäuerlichen Kreisen selten vor, dass man seinen Vorgänger oder Übergeber schlechtmacht, schlechtredet, das bestätigt wirklich die Überheblichkeit und das kommt in bäuerlichen Kreisen selten vor. *(Beifall bei der ÖVP)*

Einschüchterungsversuche und Drohungen zum Beispiel gegenüber der Landwirtschaftskammer, werdet ihr in Zukunft auch Geld brauchen, das ist wirklich ein Skandal. Solche Dinge sind ein Skandal, dass man da hergeht und als Landesrätin sagt, naja, wenn ihr euch nicht entsprechend benehmt, bekommt ihr kein Geld.

Keine Zusammenarbeit - wurde heute schon erwähnt - durch undemokratisches Eliminieren der ÖVP-Mitglieder im landwirtschaftlichen Förderungsbeirat, siehe Seite zwei dieses Berichtes.

Zerteilung und Zerschlagung einer vorbildlichen Abteilung 4a, es gibt keine Agrarabteilung mehr, darauf können Sie wirklich stolz sein, Frau Landesrätin. Was andere jahrzehntelang aufgebaut haben, schaffen Sie in kurzer Zeit ab. So schaut Ihre traurige Bilanz aus.

All diese Tatsachen zeigen deutlich Ihre wahre Wertschätzung für den Agrarbereich. *(Abg. Werner Friedl: Falb-Meixner!)*

Es ist bereits ein halbes Jahr vergangen und wir hören nur immer die ziel- und planlose Ankündigungspolitik. Was sich wiederum bestätigt: Überhaupt kein Konzept, alle warten gespannt auf diesen Masterplan. Dieser wird hoffentlich besser umgesetzt als die Verkehrsstrategie, auch viel heiße Luft, da wurde nämlich auf die Wünsche der Bevölkerung überhaupt keine Rücksicht genommen.

Die Bahn in Oberwart wurde nicht ausgebaut, das war der große Wunsch. Nicht einmal die kleine Park & Ride-Anlage in Ollersdorf kann man fertigstellen. *(Abg. Robert Hergovich: Warum sagst Du nichts zum Uhudler.)* Diesen Plan hätten Sie durch Befragen der Mitarbeiter, von Experten, von Praktikern längst erledigen können, es wäre sicher einfacher gewesen, praxisorientierter und vor allem kostengünstiger.

In diesem Sinne noch einmal einen herzlichen Dank an meine lieben Kollegen für die gute Zusammenarbeit und macht es gut, auch in Zukunft. Ich wünsche der burgenländischen Landwirtschaft alles Gute! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter für diesen Redebeitrag. Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Liebe Zuschauer und Zuhörer über Livestream! Wir diskutieren heute den Grünen Bericht für das Berichtsjahr 2014. Ich bedanke mich bei allen, die bei der Erstellung des Grünen Berichtes mitgearbeitet haben, es ist ein informativer, ein guter und ein umfangreicher Bericht, herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt nutzen und unseren Landwirten sehr herzlich für ihren Arbeitseinsatz danken, allen, die im Hauptgewerbe genauso wie im Nebengewerbe tätig sind, in der Biolandwirtschaft oder auch in der konventionellen Landwirtschaft.

Es ist nämlich eine große Herausforderung, Tag und Nacht gemeinsam mit der Natur zu arbeiten. Bei jeder Witterung und vor allem am Markt bestehen zu können.

Dieser Bericht gibt uns den Stand, er gibt uns Fakten, er gibt uns Zahlen für das Jahr 2014. Fakten und Zahlen über die wirtschaftliche genauso wie über die soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Landwirtschaft hat im Vergleich zu anderen Bundesländern im Burgenland eine überdurchschnittliche Bedeutung. Der Agrarbereich ist daher im gesamten Burgenland nach wie vor ein tragender Wirtschaftsbereich. Wenn wir uns die Fakten und die Zahlen in den vielen Bereichen der Land- und Forstwirtschaft ansehen, so müssen wir feststellen, dass sich die Spirale für die Landwirte weiterhin nach unten dreht.

Die ständig sinkenden Zahlen der Menschen, die von der Landwirtschaft leben können, gibt uns Anlass, gibt sicherlich auch Ihnen und mir Anlass zur großen Sorge. Mitschuld sind mitunter die niedrigen Preise in Folge der Abhängigkeit am Weltmarkt.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte Sie hier nicht mit Daten, mit Fakten, Zahlen und Statistiken eindecken; meine Vorredner sind darauf eingegangen. Aber wenn Sie nur den Überblick und die Zusammenfassung des Grünen Berichtes lesen und in weiterer Folge interpretieren, so sehen wir die Entwicklung, die uns Sorge bereitet.

Ich persönlich bevorzuge auch immer wieder mit Betroffenen, mit Landwirten in dieser Form zu sprechen und die Lage und die Situation auch hier zu analysieren.

Wir blicken heute zurück und sprechen und diskutieren den Grünen Bericht 2014. Wir sollten aber nicht jammern, sondern uns Gedanken machen, wie wir die Situation zum Wohle unserer Landwirte und damit auch für unser Land zukünftig verbessern können.

Seit Juli 2015 ist unsere Landesrätin, Frau Verena Dunst, für die Land- und Forstwirtschaft politisch in unserem Land verantwortlich. Sie ist keine, die nur zurückblickt und jammert, sondern eine, die sich seit dem ersten Tag ihrer Regierungsverantwortung auch im Bereich der Landwirtschaft Gedanken macht, wie man die derzeitige Situation zum Positiven verändern kann. Sie ist eine, die mit den Menschen, mit den Landwirten, mit Experten, mit Spezialisten und Verantwortlichen Möglichkeiten sucht, die Situation zum Positiven zu verändern. Sie blickt positiv nach vorne und hat ihre Ziele und ihre Richtung bereits vorgegeben.

Unser Burgenland ist ein Land mit großer landwirtschaftlicher Vielfalt. Das geht von der großen und hohen Qualität in der Getreide-, Obst- und Gemüseproduktion aus und der Bogen spannt sich bis hin zu ausgezeichneten Weinen, dem einzigartigen Uhudler und einer hervorragenden Fleischqualität.

Wir haben in unserem Land positive Grundvoraussetzungen wie das pannonische Klima und einen guten Boden, die zu einer hervorragenden Qualität und auch Einzigartigkeit bei den landwirtschaftlichen Produkten führt.

Sich ausschließlich mit internationalen Dumpingpreisen und Massenproduktion zu messen, macht natürlich keinen Sinn. Die Stärke liegt in unserer burgenländischen Qualität. Darum muss der Fokus ausgerichtet sein auf Qualität - sprich Qualität vor Quantität.

Geschätzte Damen und Herren! Wir wissen, wenn man von Qualität und Regionalität spricht, spielt natürlich Bio eine große Rolle. Der Biolandbau ist ein Aushängeschild unserer Landwirtschaft. Eine große Chance liegt sicher noch in der Verbindung zwischen Landwirtschaft und Tourismus, aber vor allem in der Regionalität.

Sehr geschätzte Frau Landesrätin, wir wünschen Dir, wir wünschen uns, dass unsere Landwirte, unsere Landwirtschaft in unserem Land, dass sich hier Deine Vorstellungen und Vorgaben auch umsetzen lassen, damit noch mehr Menschen unser schönes Land schätzen und lieben lernen.

Wir nehmen seitens der SPÖ-Fraktion natürlich den Grünen Bericht 2014 zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Herr Abgeordneter Gerhard Steier hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte sehr, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Vieles, das jetzt zum Grünen Bericht gesagt wurde, ist zu unterstreichen. Auf der anderen Seite kommt immer wieder auch ein gewisses Kalkül aus der Wortmeldung heraus, wo man gewissen Gruppen, gewissen parteipolitischen Argumenten quasi Folge leistet, um entsprechend dann klar und deutlich herauszustreichen, diese Klientel ist quasi die meinige und das möchte ich auch behalten. Das möchte ich auch an den Abschluss dann meiner Rede stellen, wenn es dann so weit ist.

Meine Damen und Herren! 1990 gab es in Österreich - und das ist das Bezeichnende, worüber wir hier vom Sachverhalt her reden - 281.910 Betriebe, bäuerliche Betriebe. Im Burgenland waren 1990 26.789 bäuerliche Betriebe nicht nur gemeldet, sondern auch in der Umsetzung. 2013 haben wir in Österreich 166.317 Betriebsformen, im Burgenland 9.053. Das heißt, wir haben hier einen Sterbeansatz, der nicht nur ins Auge springt, sondern der rigoros ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Landwirtschaft in der altgeprägten Fassung war nicht nur ein Arbeitgeber, war nicht nur Familienverbund, sondern war eigentlich die Grundlage unserer Gesellschaft, nicht nur in der existenziellen Begründung, nicht nur in der Nahrungsvermittlung, sondern auch in der Umsetzung dessen, was diese burgenländische Bevölkerung und das kann man jetzt zurückverfolgen auf die letzten Jahrzehnte zu leisten im Stande war.

Wenn es im Burgenland einen Rückgang von 26.000 auf 9.000 Betrieben innerhalb eines 25-jährigen Zyklus festzuhalten gilt, dann ist auch dieser gesellschaftliche Kontext, diese gesellschaftliche Größenordnung total auseinandergefallen, dann haben wir auch vieles verloren, was quasi einen ursächlichen Zusammenhang von Boden und Lebenssituation gehabt hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das was heute zählt, ist, dass wir uns auf der einen Seite mehr biologische Landwirtschaft wünschen, auf der anderen Seite ist aber allen klar, dass es ohne konventionelle Landwirtschaft nicht geht, die Nahrungsmittelproduktion sicherzustellen und überhaupt die Bevölkerung zu ernähren.

Wenn wir auf einen Zeitrahmen der nächsten 30 Jahre extrapolieren, dann wird die Weltbevölkerung wachsen, dann wird Europa wachsen, und damit auch in der Auseinandersetzung auch die Bedürfnisse, was Nahrungsmittelherstellung anlangt um etliches größer werden.

Wir haben einen starken Rückgang was die Fische im Meer anlangt. Wir haben einen starken Rückgang im Bereich anderer Produktionszweige. Daher ist es eine Herausforderung, die Sicherstellung landwirtschaftlicher Gegebenheiten zu setzen.

Auf der einen Seite, und hier kommen wir nach Österreich, zurück in Österreich haben wir die letzten Jahre, im Speziellen auch durch die Unterstützung der Europäischen Union zu einer Fördersituation gefunden, die, wenn sie ausläuft, ein riesengroßes Problem hinterlassen wird.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es dann noch einmal einen ganz rigorosen Einbruch in der Anzahl der Betriebssituationen geben wird, und gleichzeitig auch die Schwierigkeit, entsprechend Lebensmittel in bestimmten Größenordnungen herzustellen.

Wir alle sind aber fest davon meiner Ansicht nach überzeugt, dass es gilt, qualitativ hochwertige Lebensmittel zu erzeugen und im Speziellen in der sogenannten Produktionskette beim Landwirt im Burgenland sicherzustellen, dass auch die Veredelung stattfindet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich spreche jetzt schon zum vermehrten Male davon, dass es nicht ausreicht, im konventionellen Sinne, was auch notwendig ist, allein quasi Menge zu erzeugen. Viel wichtiger und quasi auch in der Ausführung dann in der Veredelung was die preisliche Situation und damit die Existenzsicherung betrifft, ist die Veredelung.

Diese Veredelung in der Ausführung ist natürlich arbeitsintensiv. Daher gilt auch hier wieder dem Anspruch Genüge zu tun, dass man entsprechende Möglichkeiten schafft, diese Produkte auch an den Mann, an die Frau zu bringen.

Biologische Produkte haben das einzige Manko in der Nahrungsmittelaufnahme, sie sind oft zu teuer beziehungsweise werden so qualifiziert, was nicht immer wieder stimmt, aber die herkömmliche Meinung gilt noch immer, hier ist quasi ein zu teures Produkt.

Auf der anderen Seite: Was haben die Lebensmittelketten in der sogenannten Etikettierung zuwege gebracht? Sie haben es geschafft, unter „Ja natürlich“ und anderen Produktdarstellungen diese biologische Situation quasi an die Konsumentin, an den Konsumenten heranzutragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die zukunftsorientierte bäuerliche Situation hat schon im Sinne von Industrie 4.0. mit Sicherheit auch bei uns stattgefunden. Unter dem Begriff des sogenannten Smart farming gibt es diese großen industriellen landwirtschaftlichen Betriebe, die in der Ausführung quasi die Digitalisierung vom Traktor beginnend bis in den einzelnen Stall bei den Tieren umzusetzen imstande waren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Größenordnungen von 1.000 oder 1.500 Rindern werden in der Verwaltung nicht mehr über Handaufzeichnung geführt, sondern das ganze System ist digitalisiert. Über das Einpflanzen eines Mikrochips wird hier nicht nur kontrolliert, wie viel Milchabgabe stattfindet, sondern auch Gesundheitszustände in der Umsetzung auf die Rinderzucht finden über den digitalen Bereich statt.

Ein Traktor, der heute in der Auslieferung ist und die modernsten technischen Inhalte hat, wird mit Chip über GPS, über das System quasi, ohne dass noch ein Mann quasi den Traktor führen muss, ohne dass er jetzt handbetrieben wird, quasi ferngesteuert.

Das sind nur einzelne Beispiele einer landwirtschaftlichen Entwicklungssituation, die voranschreitend mit Sicherheit in die Richtung gehen, dass noch weniger Menschen in

der Betriebssituation sein werden, dass noch mehr produziert werden kann, auf der anderen Seite ohne den Einsatz eigentlich derer, die diese Produkte auch auszeichnen, nämlich der Bäuerin und des Bauers.

Der Grüne Bericht enthält, unter anderem, auch viele inhaltliche Bestimmungen zum Wald, zum Weinbau, die meine Vorredner schon betont haben, das ist der größte burgenländische Repräsentant, über unsere Landesgrenzen österreichweit und quasi über den globalen Bereich hinweg darstellt und für uns noch immer so etwas wie der Hauptträger auch touristischer Gegebenheiten ausmacht.

Was aber jetzt im Einklang mit der Natur ein ganz wesentliches Element ist, das noch nicht betont wurde, wir haben es immer wieder in der Diskussion, bei riesengroßen Mastbetrieben, Schweinezuchtbetrieben, zum Beispiel in Lichtenwörth, ist die Situation der großen Einheit im Zusammenhang mit den Gegebenheiten auf die Gülleproduktion.

Das geht dann zu Lasten des Grundwassers. Hier Schutzmaßnahmen entsprechend zu fordern und zu setzen ist das eine. Auf der anderen Seite muss hier klar und deutlich das Bekenntnis abgegeben werden, dass nicht in der Größenordnung 1.000, 2.000, 2.500, wie es bei Schweinen oft der Fall wird, gehandelt und gedacht werden darf, sondern dass kleine Einheiten im natürlichen Bereich nicht nur das bessere Fleisch, sondern auch die richtigen Preise liefern kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Milchquote, einem jahrelang in Diskussion stehenden Begriff, wird sehr breiter Raum zugestanden. Auf der anderen Seite ist es eines der schwierigsten Kapitel, weil inzwischen der Milchpreis Dimensionen unterschritten hat, die kaum glaubhaft sind, wo jetzt der einzelne Produzent sich klar und deutlich vor Augen führen muss, so kann es nicht weitergehen.

Deswegen gibt es wieder die Einschränkung, ich will mich mit dieser Produktion nicht handeln, ich will diese Produktion ablegen, weil ich keinen Verdienst daraus ziehen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist heute auch das Jagdproblem oder die Änderungsansätze angesprochen worden, die auf ein neues Jagdgesetz basieren sollen. Gerade in diesem Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird die Herausforderung des neuen Jagdgesetzes auch sein, besteht für alle, die sich damit befassen, in den letzten Jahren zunehmend die größte Problemstellung im sogenannten Wildschaden.

Hier ist entsprechend eine sehr breite Diskussion schon angesetzt. Nicht nur von Jägerseite. Auf der anderen Seite hat der Landwirt auch hier mit gewissen Einschränkungen auf seine Flächen hinzusetzen.

Daher ist dieses Thema im Bereich der Jagd eigentlich von absoluter Notwendigkeit, dass es einer ordentlichen Regelung zugeführt wird.

In der Replik auf die letzte Diskussion über Landwirtschaft, und heute ein paarmal angeklungen, auch auf die sogenannten Eingaben, wo es heißt, dass im Vorjahr durch Dürreschäden gewisse größere Verluste erzielt worden sind, ist die Dürreversicherung eine Leistung, die die österreichische Hagelversicherung erbringt.

Dort geht es darum, dass genau so ein Landesanteil für den einzelnen Konsumenten, der diese Versicherung in Anspruch nimmt, bewältigt werden soll. Die Frau Landesrätin, soweit mir das bekannt ist, ist hier durchaus auf diesem Weg, eine Lösung herbeizuführen.

Tatsache ist, dass entgegen der in der Diskussion zum Budget stattgefundenen Aussage nicht eine Art von Ausschüttung der Landesmittel über das gesamte Burgenland erfolgt, sondern nur für den, der in der Inanspruchnahme dieser Dürreversicherung eine Leistung quasi erbringt oder erforderlich macht.

Für den gilt dann dieser Landesanteil in der Zuzahlung. Das ist das Gleiche, wie bei der Hagelversicherung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluss zum Grünen Bericht. Ich habe es eingangs erwähnt. Die gesellschaftliche Situation des Landwirtes ist in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Ich glaube, dass wir im gesellschaftlichen Diskurs eines berücksichtigen sollten.

Es wird sich wahrscheinlich auch durch Zureden, durch wie es immer wieder heißt durch Sonntagsreden, die Situation im Erwerbssinne für den Landwirt nicht leicht ändern lassen.

Was aber von Gewichtigkeit in der Bereitschaft der Hofübernahme oder ländlicher Maßnahmen betrifft, ist dass sich die Stellung und die Anerkennung des Landwirtes, des Bauern auch wieder einem zeitgemäßen Ansatz nähern.

Ich glaube kaum, dass es den Bäuerinnen und Bauern dient, wenn wir im politischen Diskurs immer wieder nur darauf einschlagen, den einen oder den anderen quasi an den Pranger zu stellen, oder eine Art von Neid-Debatte zu führen.

Es gilt die Anerkennung herbeizuschaffen, und es gilt nicht darauf hinzuweisen, dass es jetzt quasi auch einen Anteil des Landes gibt, an der Finanzierung oder an der, nicht einen Anteil, sondern die Gesamtfinanzierung der burgenländischen Landwirtschaftskammer. Diese Einrichtung hat durchaus ihre Berechtigung. Genauso wie andere Standesvertretungen es auch in der Umsetzung, in qualifizierter inhaltlicher Bestimmung sind.

Wenn wir es schaffen sollten, dass, von parteipolitischem Hickhack abgesehen, hier eine inhaltliche, eine positive Qualifikation des Landwirtes hervorgestrichen wird, der für den Nutzen von Natur, von Landschaft, von touristischer Bedeutung, aber auch für unser gesellschaftliches Leben von ungeheurem Belang ist, dann kann es auch in Zukunft dort eine Vorwärtsentwicklung und eine Aufwärtsentwicklung geben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich stimme dem Grünen Bericht zu. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist die Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer, natürlich auch an den Geräten zuhause, vor allem aber herzlichen Dank an die Abteilung, die jetzt teilweise schon erwähnt wurde. Ich möchte das für alle zusammenfassen.

Ich bedanke mich bei allen Debattenrednerinnen und -rednern. Es ist mir sehr wichtig, dass Sie sich mit diesem Grünen Bericht auseinandergesetzt haben. Unser absoluter Dank, unser aller Dank seitens der Regierung und des Landtages gehört vor allem der Abteilung. Der Herr Abteilungsvorstand Dipl.Ing. Cadilek ist da. Herzlichen Dank

an Sie, genauso wie an den Herrn, der neben ihm sitzt, ich darf ihn vorstellen, weil es wichtig ist, dass Sie ihn auch kennen, das ist der Herr Dipl.Ing. Wutschitz.

Er schreibt seit Jahren natürlich unter Zuhilfenahme auch anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber vor allem ihm ist es zu verdanken, dass wir diesen Grünen Bericht haben. Herzlichen Dank an Sie. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich habe mich bei Ihnen schon bedankt. Sie gestatten auch, dass ich jetzt heute wirklich den Grünen Bericht dort lasse, wo er ist. Daten, Fakten und Zahlen geben uns in diesem Grünen Bericht die Möglichkeit, dass wir schauen, wie das Jahr 2014 gelaufen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Entschuldigen Sie jetzt, auch jene, die versucht haben, sehr positiv und nicht parteipolitisch zu bleiben, dass ich mich bei Ihnen nicht extra bedanke oder das heraushebe, oder auf Ihre Wortmeldungen zu sehr eingehe, weil das einfach die Zeit nicht erlaubt und vor allem auch heute nicht zur Diskussion steht.

Aber Sie haben alle miteinander Recht, wenn Sie sagen, dass die Situation sicher nicht einfach ist. Umso mehr gehört wirklich die Parteipolitik zurückgedrängt und die gemeinsamen Lösungen in den Vordergrund gerückt.

Zum Zweiten, was ich auch ganz klar sagen muss, ist, wenn man den Grünen Bericht genau studiert hat, und ich bin sicher, die Agrarsprecher aller Parteien haben das getan, das hat man bei ihren Wortmeldungen gemerkt, sehr genau getan, so merken wir, dass es in einer bestimmten Richtung, in bestimmten Branchen und in bestimmten Bereichen sehr gut ausschaut.

Da sind wir nicht schlecht aufgestellt. Ich sage beispielsweise den Wein. Ich sage die Bio-Landwirtschaft. Ich sage einige Bereiche, denn dass beispielsweise der Wein 2014 zurückgegangen ist, da wissen wir auch warum, was aber für 2015 schon überhaupt nicht gilt, weil jetzt schaut es wieder super aus.

Im Grünen Bericht 2015 werden Sie das auch sehen. Ein gutes Jahr für den burgenländischen Wein und auch für die Weinwirtschaft, auf die wir sehr stolz sein können. Denn die bringt, und ich habe zwar jetzt nur einige Folien mitgebracht, ich werde mir aber auch ersparen, Ihnen die noch einmal zu zelebrieren, denn Sie haben den Grünen Bericht ja alle. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, schauen Sie sich an, wenn wir diese Wertschöpfung zum höchsten Prozentsatz haben, ist der Wein natürlich vor allem im positiven schuld daran, dass man in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft, in der Weinwirtschaft, im Obst- und Gemüsebau, vor allem durch die Weinwirtschaft leben und Einkünfte erzielen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe vorher gesagt, wir wollen nicht pessimistisch sein, weil ich damit begonnen habe, dass das nicht einfach wird!

Aber, wir sollten wirklich schauen, wo wir gut unterwegs sind, dass wir dort jenen Menschen, vor allem den Mut geben, an die Landwirtschaft zu glauben, und das ist auch von einem Abgeordneten gekommen. Nämlich, den Mut zu geben, dort in diesen Nischen zu bleiben oder in neue Wege, die jetzt vielleicht nicht einmal noch alle klar am Tisch sind, die Wege mit zu beschreiten, aber nicht zu sagen, ich gehe aus der Landwirtschaft.

Hier sehe ich eine sehr große Chance, in den zwei landwirtschaftlichen Fachschulen, vor allem in den Kooperationen, wo man auch Matura machen kann, wenn man das braucht, wenn man ein eigenes Unternehmen dann gründet, weil es die jungen Menschen sind, die hoffentlich auch daran glauben.

Das ist unsere Sache, auch die des Landtages. Einige von Ihnen haben das auch gesagt, es ist auch eine Frage des Landtages und der ständigen Kommunikation dazu, dass wir Menschen in unserem Land sagen, ja es zahlt sich aus, bleib im Burgenland, schau wo du was verdienen kannst in der Landwirtschaft und all diesen Bereichen, ja und es ist möglich.

Zur EU möchte ich mich auch noch ganz kurz halten - die Gurkenkrümmung ist erklärt worden, ist vielfach erwähnt worden, Fakt ist, dass wir ohne EU diesen Strukturwandel und ohne diese hohen Förderungen - und vergessen Sie nicht ESF und EFRE über 70 Millionen, 445 Millionen Euro aber für den ELER-Bereich.

Das bedeutet, den Strukturwandel können wir eher so schaffen, dass man jetzt manche Parameter der EU nicht zurückdrehen kann und nicht immer einverstanden sind, ist klar, aber das haben wir heute nicht zu diskutieren.

Aber den Strukturwandel in der Landwirtschaft haben wir Gott sei Dank mit EU-Förderungen noch halbwegs geschafft. Ich möchte mich daher wirklich ganz klar dafür aussprechen, dass wir erstens Nischen suchen für jene, die kaum mehr von der Landwirtschaft leben können. Ich habe das schon sicher einmal erwähnt, dass ich auch selber zuschauen haben müssen, wie unsere zu Hause einfach nicht mehr existiert.

Der Großvater hat gelebt davon, Eltern haben nur mehr einen Nebenerwerb und eher mehr reingesteckt als dann herausgekommen ist und letztendlich meine Schwester betreibt das als Hobby. Diesen Strukturwandel sehen wir leider in vielen dieser Bereiche. Das heißt, wir müssen daher alles daran setzen, die bis jetzt noch glauben daran, auch zusätzliche Einkünfte haben, die in Bereichen unterwegs sind, die wirklich nur mehr schlecht verdienen.

Das sind Möglichkeiten, Sie hören es immer wieder, ob es Green-Care ist oder andere Dinge. Wir müssen jene besonders unterstützen, die in Bereichen sind, denen es gut geht und wo es aber um Innovation und um Investition geht.

Da geben ich Ihnen allen Recht, die von Qualität gesprochen haben und ich gebe Ihnen auch Recht, dass wir nicht jammern brauchen, der Konsument ist der, der einkauft und weil wir eine Konsumgesellschaft haben, die Gott sei Dank wirklich Qualität vor Quantität nimmt und vor allem auch mehr auf Regionalität schaut, als je zuvor. Vor zehn Jahren hätten wir das da gar nicht reden brauchen, weil die Zeit dafür nicht reif war.

Jetzt müssen wir den Konsumenten und die Konsumentin mitnehmen, da können wir eine Chance nutzen.

Ich will also zusammengefasst nichts schlecht reden, aber auch nicht gut reden, wo es einfach Probleme gibt. Aber ich sage insgesamt, dass dieser Grüne Bericht wirklich eine sehr gute Datenlage ist, worauf man aufbauen kann, wo man die Dinge hernimmt, vergleicht und schaut, wie geht es dort weiter.

Ich bedanke mich auch bei allen, die an die Landwirtschaft, an die Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei und all diese Branchen glauben und alle, die dazu beigetragen haben, dass Sie da im Grünen Bericht, wenn auch nicht namentlich, aber mit dem, was Sie erwirtschaftet haben, zurechtkommen und vor allem dafür gesorgt haben, dass wir ihn haben.

Zum zweiten: Bei den Landwirtschaftlichen Fachschulen! Zum dritten ist mir aber auch wichtig, neben der Abteilung, vor allem auch der Landwirtschaftskammer zu danken. Ich bedanke mich besonders auch beim Präsident Hautzinger, dem es nicht immer leicht gemacht wird, dass er so arbeiten kann, wie er jetzt arbeitet - nämlich professionell.

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie mitgewirkt haben, an dem, dass heute der Grüne Bericht wirklich zu Recht hier ernsthaft diskutiert und debattiert wurde. Herzlichen Dank an Sie alle! Ich würde einmal gerne mit Ihnen gemeinsam sagen: „Es lebe die Landwirtschaft im Burgenland!“

Wir müssen darauf schauen, es geht um unsere Gesundheit und um die Ernährungssicherheit. Alles Gute Ihnen, Dankeschön für das Mittun! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin für Ihre Ausführungen. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2014 (Der Grüne Bericht 2014) wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 192) betreffend die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit (Zahl 21 - 138) (Beilage 243)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 192, betreffend die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten, Zahl 21 - 138, Beilage 243.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte nun den Herrn Abgeordneten um seinen Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit, in seiner 6. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Jänner 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zu Beginn möchte ich festhalten, dass hier über einen Punkt abgestimmt wird, der bereits im Dezember 2015 über die Bühne gegangen ist. Freiwillige Hilfe und ehrenamtliche Vereinsarbeit ist unersetzlich und gehört dementsprechend gewürdigt.

Es ist in Österreich und ich glaube auch bei uns speziell im Burgenland selbstverständlich, dass sich diese Hilfe über alle politischen und über alle ideologischen Grenzen hinweg setzt. Hier zu versuchen, politisches Kleingeld zu machen, ist nicht notwendig und das wollen auch die Helfer nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Regelmäßig spenden rund 3,5 Millionen Österreicher ihre Zeit und ihre Kräfte, in über 120.000 ehrenamtlichen Vereinen. Der Haupterlös dieser 15.000 Millionen unentgeltlichen Arbeitsstunden kommt oft sozialen Zwecken zugute beziehungsweise wird auch für aktuelle Notfälle eingesetzt.

Es ist ergreifend zu sehen, wie stark die Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft in unserm Land ausgeprägt ist. Allzu oft wird die aufopfernde Unterstützung der Freiwilligen für selbstverständlich hingenommen. In der Vergangenheit konnten wir das bei Katastropheneinsätzen, bei Hochwasser, bei Vermurrungen, bei Sturmschäden und so fort stets beobachten.

Die Freiwillige Feuerwehr steht als erster zur Seite und hilft, weil das Bundesheer leider keine Ressourcen oder keine Ausrüstung dazu hat.

Ich hoffe doch, dass hier vielleicht unser neuer Verteidigungsminister, der Hans-Peter Doskozil, den ich persönlich sehr schätze, vielleicht einiges zum Positiven beitragen kann. Umso wichtiger ist es daher, ihnen regelmäßig auch die Wertschätzung entgegen zu bringen, die sie verdienen. Durch die freiwilligen Helfer wird Österreich und das Burgenland zu einem besseren Ort und dafür sind wir von der Bündnisliste Burgenland genauso dankbar.

Die Arbeit und der Einsatz der Freiwilligen sind eine wesentliche Stütze unseres Sozialstaates. Ich möchte aber nicht nur die Freiwillige Feuerwehr hervorheben, sondern genauso die Freiwilligen bei der Flüchtlingskrise. Die Freiwilligen, die sich 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag bereit erklären, um bei Katastrophen Hilfe zu leisten. Dazu gehören auch die Blaulichtorganisationen genauso, wie die vielen anderen Freiwilligen. Retten, löschen, bergen, schützen ist ein starkes Motto der Feuerwehr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da sich der Tätigkeitsbereich der Feuerwehr immer erweitert und vor allem die Aufgabenbereiche immer umfangreicher werden, muss es gewährleistet sein, dass seitens des Landes sämtliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit unsere Freiwilligen Feuerwehren auch in Zukunft effektiv, aber vor allem sicher ihre freiwillige Tätigkeit zugunsten der burgenländischen Bevölkerung verrichten können.

Nicht nur dass es die Finanz ist, die den Freiwilligen Feuerwehren und natürlich auch anderen Vereinen das Leben schwer und es fast unmöglich macht, ein Fest zu veranstalten und sie mitunter auch kriminalisiert, wobei man hier schon eines auch noch in Betracht ziehen und bedenken muss: Wer gibt der Finanz das eigentlich vor?

Da, glaube ich, muss man die Bundespolitik ein bisschen in die Pflicht und bei der Nase nehmen, weil würde es hier andere Rahmenbedingungen geben, dann hätte die Finanz auch andere Möglichkeiten.

Es müssen die Gemeinden die finanziellen Mittel aufbringen, um die Feuerwehr zu finanzieren und die Ausrüstungen anzuschaffen. Es muss auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen gewährleistet sein, die besten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Freiwilligen Feuerwehren im Tätigkeitsbereich zu erhalten.

Ich fordere daher, sehr geehrte Damen und Herren, insbesondere unseren Landesfeuerwehrreferenten Hans Tschürtz und natürlich die Landesregierung als solches auf, im Bund hier in dieser Sache vorstellig zu werden, damit die Gemeinden zukünftig für die Feuerwehren steuerbefreit sind, denn durch das gesparte Geld der Steuerbefreiung könnte wieder Geld ins Feuerwehr- und ins Rettungswesen investiert werden. Denn das werden wir in Zukunft auch brauchen.

Wer bei der Sicherheit spart, schneidet sich in das eigene Fleisch. Aus diesem Grund haben wir - die Liste Burgenland - einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, damit wir in absehbarer Zeit eine Erleichterung für unsere Freiwilligen erreichen können.

Danke. *(Beifall bei der LBL und Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihren Beitrag. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag. Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Ja, auch mein Beginn geht in dieselbe Richtung, wie die meines Vorredners, weil das schon bekannt ist.

Da beschließen wir im Landtag etwas, das weitgehend im Dezember 2015 bei einer großen Veranstaltung bereits vollzogen wurde. 17.12. Vila Vita in Pamhagen, es wurden über 1.000 Urkunden bereits überreicht, nicht nur an Ehrenamtliche damals, aber doch auch an sehr viele.

Aber, ich nehme einmal an, es wird auch schon andere Ideen geben, wie man mit dem Ergebnis dieses Beschlusses umgeht. Es zeigt nur schon ein wenig auch, wie ernst dieser Landtag genommen wird und das, was hier parlamentarische Arbeit ist, weil Anträge vorzulegen, die eigentlich schon erledigt sind, das ist lächerlich. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt. Bravo! Da hast Du Recht. Wo Du Recht hast, hast Du Recht! – Beifall des Abg. Manfred Kölly)*

Danke. Ehrenamtlichen, auf welcher Ebene auch immer, immer wieder Dank auszusprechen und vor allem echte Anerkennung zu zeigen, Wertschätzung spüren zu lassen, ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit - da sind wir uns alle einig.

Es braucht immer wieder diese Aufmerksamkeit, auch an die vielen Jugendlichen, die ehrenamtliche Arbeit leisten, im eigenen Bereich, aber auch für andere. Für Menschen, die sich hauptberuflich der ehrenamtlichen Arbeit widmen, ebenso, wie für solche, die neben ihrer Berufstätigkeit im kleineren oder größeren Bereich hier auf verschiedenen Ebenen ehrenamtlich tätig sind.

Ich möchte das jetzt gar nicht mehr alles aufzählen, weil das hier ohnehin schon genug zur Sprache gekommen ist. Vielen herzlichen Dank auch von meiner Seite.

Auf der anderen Seite haben wir eine Entwicklung, wo gute ehrenamtliche Arbeit durch eigenartige neuere Ideen, die in den letzten Tagen präsentiert wurden, abgeschöpft werden soll. In den Bereichen, wo es darum geht, nachbarschaftlich ehrenamtlich tätig zu sein, haben wir jetzt einen neuen Vorschlag von Seiten des Landeshauptmann-

Stellvertreters mit dem Landeshauptmann gemeinsam so etwas wie Sicherheitspartner einzuführen.

Diese sollen, ich zitiere jetzt unseren Landeshauptmann-Stellvertreter, „von Kontrollfahrten bis zur Schulwegsicherung tätig sein. Zu ihren Aufgaben sollen auch Serviceleistungen gehören, beispielsweise auch einmal einzukaufen für Menschen, die selber nicht mehr die Möglichkeit dazu haben. Möglich sind auch Urlaubsnachschauhaltungen oder Beobachtungen." Damit wolle man das Sicherheitsgefühl der Menschen erhöhen.

Es geht also nebenbei bemerkt, hier nicht um Fakten, sondern um Gefühle. Die Burgenländerinnen und Burgenländer müssen mit Bauchentscheidungen leben, die mitunter etwas kopflos sind.

Dass das Burgenland das sicherste Bundesland ist, wissen wir, dass die Kriminalitätsrate im Jahr 2015 zurückgegangen ist, wissen wir. Wenn der Sicherheitslandesrat das weiter erzählen würde, dann wäre das für die Hebung des subjektiven Sicherheitsgefühls sicher hilfreicher, als das Spiel mit diesen Ideen zu Sicherheitspartnern.

Es ist jetzt nicht das Thema, aber wir werden uns das noch einmal genauer anschauen, wie hier Steuergelder einfach verschwendet werden, um vielleicht auch noch kleine Bürgerwehren durch die Hintertür einzuführen.

Tatsache ist, wenn ich das jetzt anschaue mit dem Grundanliegen der ehrenamtlichen Arbeit, das hier vorgeschlagen wird, dass irgendwelchen Sicherheitsfirmen, die möglicherweise selber zuerst den Bedarf festgestellt haben, um nachher ein Konzept zu erstellen, für das sie dann auch vom Land den entsprechenden Auftrag bekommen, dass diese Sicherheitsfirmen Tätigkeiten vollziehen, die sehr gut im Rahmen der Gemeinde, zum Teil sogar ehrenamtlich, vollzogen werden können. *(Abg. Manfred Kölly: Machen wir schon.)*

Serviceleistungen sind schön und gut und durchaus Aufgaben der Gemeinden, aber was hat das mit Sicherheit zu tun, ist die Frage? Wollen wir denn den Leuten sagen, bleibt zu Hause, die Welt da draußen ist so unsicher geworden, das Land Burgenland gibt dir Hilfe und Sicherheit?

Ich glaube, es ist hier wichtig, die nachbarschaftliche, die ehrenamtliche Arbeit vor Ort in den Gemeinden zu unterstützen und die Leute zu ermutigen füreinander da zu sein in der Nachbarschaft. Einkaufsfahrten für jene, die sich selbst nicht mehr versorgen können.

Es kann mir später auch einmal so ergehen in ein paar Jahren, dass ich das brauche, aber bitte dann nicht von irgendeiner Sicherheitsfirma, sondern am liebsten von den Menschen in der Nachbarschaft, denen ich helfe, denen ich geholfen habe, und die mir vielleicht in Zukunft helfen oder auch von der eigenen Familie. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Häuser beobachten - bitte es kursiert ja im Netz auch so ein nettes Bild von ein paar Südburgenländerinnen mit Kopftuch, die beim Fenster herausschauen, und drunter steht: Das sind unsere Sicherheitspartner die alles beobachten.

Wir haben doch bitte in unseren Gemeinden wirklich die Möglichkeit aufeinander zu schauen. Die Nachbarin, den Nachbarn zu bitten, schau auf das Haus, während ich weg bin. Schau einmal rüber. Kannst du mir einmal das Licht aufdrehen, oder die Katze

versorgen? Wir brauchen nicht die Beauftragung von irgendwelchen Sicherheitspartnern, die ehrenamtliche Arbeit, die nachbarschaftliche Hilfe geradezu abschaffen wollen.

Dieser Vorschlag, der da gemacht wurde, ist also keineswegs durchdacht, abgesehen davon, dass es so, wie ich es bis jetzt bekommen habe, dass hier die Polizei eingebunden war, die sich ja auskennt. Das müsste alles noch kommen.

Fördern wir lieber die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe statt die Menschen zurückzudrängen in die abgegrenzten, in ihre eigenen vier Wände. Die ehrenamtliche Arbeit ist quer durch das Burgenland natürlich zu unterstützen.

Diesem Antrag werden wir zustimmen, in der Hoffnung, dass ein bisschen mehr daraus gemacht wird, als wir bis jetzt gesehen haben. Danke schön. *(Abg. Manfred Kölly: Wenn sie eine Urkunde bekommen? Die bekommen sie sowieso. – Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier.*)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Klubobmann Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Das Burgenland hat bewiesen und beweist noch immer wozu wir fähig sind. Unser Burgenland „das menschliche Gesicht Österreichs“, diesen Titel haben wir uns verdient.

Das haben wir in der letzten Zeit nicht nur einmal gelesen, und ich bin mir sicher, dass wir das auch in Zukunft öfters lesen werden. Die Polizei, die Feuerwehr, das Bundesheer, die Rettungs- und Hilfsorganisationen, aber auch Privatpersonen haben ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Sie sind oft an ihre Grenzen gestoßen, haben aber trotzdem unermüdlich weiter gearbeitet und so zur Bewältigung der Flüchtlingskrise beigetragen. Dieses unermüdliche Engagement wird zwar immer wieder gelobt, aber es muss auch belohnt werden. *(Abg. Manfred Kölly: Das habt Ihr ja schon gemacht.)*

Diese Urkunde, um die es in unserem Antrag geht, soll ein offizieller Dank an alle ehrenamtlich Beteiligten sein. Dieser Antrag, und vor allem diese Urkunde wurden von den Oppositionsparteien stark kritisiert und ins Lächerliche gezogen. Das finde ich sehr traurig und extrem schade.

Anscheinend sehen sie die Leistung der unzähligen Helfer nicht. Dieser Umstand trifft mich sehr, denn diese Leistung kann doch gar nicht übersehen werden. Wertschätzung ist hier ein wichtiges Stichwort. Natürlich handelt es sich um keine Geld- oder Sachleistung, hier geht es um eine Urkunde, die vor allem bei Bewerbungen als Nachweis angeführt werden kann.

Jeder weiß, dass es heutzutage unabdingbar ist, alles in der Bewerbung angeführte auch nachweisen zu können. Eine ehrenamtliche Tätigkeit spielt bei Bewerbungen außerdem eine immer wichtigere Rolle. Das wird Ihnen auch jeder Personalspezialist sagen.

Dazu ist genau diese Urkunde wichtig, ein Dankeschön und ein Zeichen der Wertschätzung, das auch beruflich von hoher Wichtigkeit sein kann. Ich finde es sehr schade, dass vor allem eine Partei, wie die ÖVP, diese Urkunde ins Lächerliche zieht. Und das obwohl doch gerade ihre Partei maßgeblich an dieser Krise mit schuld ist.

Jetzt Forderungen zu stellen, wo sie selber wissen sollten, dass diese rechtlich nicht umzusetzen sind, und gleichzeitig unsere Urkunde in Lächerliche zu ziehen, ist einfach als traurig einzustufen. Schade um die Stimmen der Wähler, die ihre Hoffnung in die ÖVP gesteckt haben.

Ich möchte mich hiermit nochmals bei allen Beteiligten für ihren unermüdlichen Einsatz bedanken. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Bitte gerne.)* Mit genau diesen Beteiligten die Unglaubliches bewältigt haben, bewältigen wir auch die nächsten Krisen, vor die wir auf Grund der Unfähigkeit der Bundesregierung gestellt werden.

Wir stehen zu unserem Bundesland Burgenland. Wir stehen zu unserer Bevölkerung und wir stehen zu den phänomenalen Leistungen aller Beteiligten und schätzen diese auch sehr. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum vorliegenden Antrag betreffend der Anerkennung und Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeit meine Gedanken vorbringen darf, möchte ich all jenen meinen persönlichen Dank und Wertschätzung aussprechen, die im vergangenen Jahr im Ausnahmezustand, durch ihr ehrenamtliches Handeln sehr viel dazu beigetragen haben, dass der Flüchtlingsstrom bewältigt werden konnte.

Dies war alles andere als selbstverständlich und gerade deswegen gebührt diesem Einsatz ein großer Dank, großer Respekt und vor allem große Wertschätzung. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bravo! – Beifall bei der ÖVP)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Es steht wahrscheinlich für uns alle außer Streit, dass die Menschen in unserem Land immer große Solidarität und große Hilfsbereitschaft unter Beweis stellen und unter Beweis gestellt haben. Das tun sie laufend in den Gemeinden, in den Vereinen und das haben sie, wie ich vorher bereits betont habe, auch in der aktuellen Flüchtlingskrise getan.

Ich glaube wir alle sind uns einig, dass neben der Polizei, neben den Rettungskräften, dem Bundesheer, vor allem diese ehrenamtlich Tätigen Vieles dazu beigetragen haben, dass der Zustrom, der uns im vergangen Jahr erreicht hat, bewältigt werden konnte und die Menschen versorgt und betreut wurden.

Dieser Einsatz, meine geschätzten Damen und Herren, der verdeutlicht mir, dass das Burgenland, unsere Heimat, ohne das Mitwirken unserer Bürgerinnen und Bürger diese Krise nicht bewerkstelligen hätte können und wir auf dieses Engagement nicht verzichten können.

Deswegen gebe ich Ihnen Recht, dieses ehrenamtliche Engagement in unserem Land muss anerkennend gewürdigt und anerkannt werden. Aber ich muss ehrlich gestehen, die Art und Weise, wie man diese Leistungen nun würdigen möchte, signalisieren für mich persönlich mehr Schein als Sein.

Denn irgendwie werde ich das Gefühl nicht los, dass dieser Vorschlag nichts weniger als ein Deckmantel ist, der dem Landeshauptmann eine weitere Bühne zur Selbstinszenierung ermöglicht.

Wenn man an die letzte Ausgabe der Sendung „Im Zentrum“ vergangen Sonntag zurückdenkt, wo der Herr Landeshauptmann behauptet, dass er eine 80 bis 90-prozentige

Zustimmung innerhalb der Bevölkerung genießt, dann habe ich bei diesem heutigen Vorschlag wohl eher den Verdacht, dass diese Aktion, wie wahrscheinlich manch andere in der Vergangenheit und weitere in der Zukunft dazu beitragen sollen, dass damit der interne Beliebtheitswert des Landeshauptmannes, der herbeigeschworen wird, nach oben ragen soll, anstatt, dass man den Vereinen tatsächlich etwas zurückgibt von dem sie wirklich etwas haben.

Denn eine wirkliche Würdigung und Anerkennung die sieht anders aus. *(Abg. Ewald Schnecker: Wie, wie?)* Aus dem Grund betrachte ich es als notwendig, einen Schritt weiter zu gehen, denn die Bandbreite der ehrenamtlichen Tätigkeit im Burgenland umfasst viel mehr Bereiche.

Landauf, landab betätigen sich sehr viele Menschen ehrenamtlich in Vereinen und in Organisationen. Sie sind Lebensadern in den Gemeinden, sie sind eine wesentliche Säule in unserer Gesellschaft. Deswegen ist es für mich notwendig die Rahmenbedingungen für die vielen Ehrenamtlichen zu verbessern.

Eine Möglichkeit sehe ich im Bereich des Sportes und schlage daher vor, die bestehende Sammelhaftpflicht und Sammelunfallversicherung für Ehrenamtliche auch auf Personen zum Zeitpunkt des Ausübens einer Sportart zu erweitern.

Des Weiteren muss man, meiner Meinung nach, eine kostenfreie Rechtsberatung für Ehrenamtliche seitens des Landes schaffen. Denn gerade in Anbetracht der vergangenen Entwicklungen und Geschehnisse um die Vereine, ist dieser Ansatz ein äußerst wichtiger. Es darf nicht passieren, dass die Menschen die Lust verlieren sich freiwillig in unserem Land zu engagieren.

Meine geschätzten Damen und Herren! Es geht um sichtbare Maßnahmen und Handlungen zur Anerkennung und Stärkung des Ehrenamtes in unserer Heimat. Deswegen appelliere ich, drücken wir unseren Stolz, drücken wir unseren Dank für diese unbezahlbare Arbeit, für diese vielen Leistungen in anerkennbarer und würdiger Art und Weise aus.

Ich darf zum gegenständlichen Antrag einen Abänderungsantrag einbringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zur Anerkennung und Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeit im Burgenland umzusetzen:

1. Ausweitung der bestehenden Unfall- und Haftpflichtversicherung für Vereine und ehrenamtliche Tätige auch auf Personen zum Zeitpunkt des Ausübens einer Sportart im Rahmen des Hobby- und Breitensports.
2. Kostenfreie Rechtsberatung für Ehrenamtliche/freiwillig Tätige im Burgenland durch das Land Burgenland, insbesondere im Rahmen der oben genannten Versicherungsfälle.

(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, so dass er gemäß § 21 Absatz 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Hinblicklich der Vorredner zu diesem Tagesordnungspunkt schließe ich mich gerne an und teile meine Anerkennung und Wertschätzung für die herausragende Tätigkeit der vielen Burgenländerinnen und Burgenländer anlässlich der Flüchtlingssituation.

Ich glaube aber, das Burgenland hat bereits in den Jahren 1956 und 1989 bewiesen, dass Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft und enorme Solidarität durchaus geprägt und gelebt wird. Auch im Kalenderjahr 2015 durch die beinahe 300.000 Flüchtlinge war erkennbar, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer zugreifen und zupacken.

Und so wurde zu Recht, wie auch heute bereits zitiert worden ist, das Burgenland eindrucksvoll als das "menschliche Gesicht" Österreichs präsentiert.

Wenn in einem Bundesland von rund 290.000 Einwohnern, 300.000 Flüchtlinge ohne Vorfälle medizinisch versorgt und ausreichend mit Essen, Getränken und Kleidung ausgestattet werden konnten, und auch bei Bedarf eine Schlafmöglichkeit geschaffen wurde, geht man davon aus, dass wirklich eine große Sache gelungen ist.

Viele Menschen haben ihren Teil dazu beigetragen. Es waren einerseits die Polizisten, es waren andererseits die Angehörigen des Bundesheeres, die Mitarbeiter von Rettungs- und Hilfsorganisationen, wie dem Roten Kreuz, aber auch dem Arbeiter-Samariter-Bund und natürlich auch vielen Privatpersonen, die bis zur Grenze ihrer Belastbarkeit, unabhängig von einem Dienstverhältnis, das eventuell der Urlaub beendet wurde, gearbeitet und für die Flüchtlinge da waren.

Auch die Freiwilligen Feuerwehren, wie heute bereits erwähnt, dürfen hiebei nicht vergessen werden. Ohne diesen Einsatz der unermüdlichen vielen Helfer, die ehrenamtlich agiert haben, wäre sicherlich diese große Anzahl von Flüchtlingen in der Form nicht abgewickelt worden.

Ich glaube deshalb auch, dass diese Personengruppe eine wichtige Säule für die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge im Kalenderjahr 2015 war und deshalb ist dieser Lob und der Dank das größte Ausmaß der Wertschätzung das man aussprechen kann. Ich glaube auch deshalb, dass diese Anerkennung, die das Land Burgenland mittels dieser Urkunde weitergegeben hat, zweifelsohne ein Zeichen der Wertschätzung war und ist.

Unabhängig davon, wurden nämlich auch am Asylgipfel am 20. Jänner 2016, sehr wohl diesen unzähligen Freiwilligen der Dank und die Anerkennung ausgesprochen. Unter dem Asylmotto "Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz" wird es auch zukünftig bei der Integration von Flüchtlingen als erster Schritt auf die Kommunikation, als gesellschaftspolitisches Instrument ankommen, wobei die ehrenamtliche Tätigkeit wiederum im Vordergrund stehen wird.

Und umso mehr, weil man weiß, dass man auch bei der Integration von Flüchtlingen, die ehrenamtlichen Kräfte braucht, ist diese Anerkennung und Wertschätzung wichtig. Es muss daher unbedingt auch im Sinne der Integration der Flüchtlinge ein weiterer Ausbau der freiwilligen Strukturen im Bereich der Flüchtlingsintegration aber auch eine Stärkung des Ehrenamtes erfolgen.

Und wenn seitens des Kollegen Fazekas auch diese Thematiken angesprochen worden sind, bin ich der Meinung, dass das Ehrenamt durchaus eine Wichtigkeit hat und zukünftig auch gestärkt werden soll.

Nur die diversen Maßnahmen müssen wohl überlegt werden, weil eine Ausweitung durch kostenlose Rechtsberatung oder eine Ausweitung durch Unfallversicherungen muss wohl überlegt und genau angedacht werden, damit auch die Quantität und auch die Qualität richtig beurteilt werden können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wird ja abgelehnt.)*

Hinblicklich der Integration von anerkannten Flüchtlingen stellt sich für uns zukünftig auch eine wachsende Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sicherung des sozialen Friedens in Österreich dar.

Und aus unserer Sicht ist deshalb, wie heute bereits mehrfach angesprochen, die Unterbringung in kleineren Einheiten die Grundvoraussetzung für eine gute Integration. Kleine Einheiten sind solche wie es auch Amnesty International vorgegeben hat, mit zirka ein bis 1,5 Prozent im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Und überlegenswert wäre vielleicht noch ergänzend dazu, zu den heutigen vielen Mitteilungen zur Integration von Flüchtlingen auch eine Thematik die mir am Herzen liegt. Immer wieder kommt es vor, dass im Straßenverkehr Flüchtlinge mit Fahrrädern fahren und eventuell die Gefahr eines Verkehrsunfalles besteht.

Ich glaube, man sollte sich überlegen ob es ein praktikables Modell gibt, in wie weit eine Haftpflichtversicherung für Asylwerber angedacht wird, um auch als Zeichen der Weiterentwicklung der Integration von Flüchtlingen zu wirken.

Auch die Thematik der Umstellung der Grundversorgung von Geldleistungen auf Sachleistungen ist durchaus eine Idee die angedacht wird und ich bin auch überzeugt, dass durchaus in den nächsten Wochen auch diesbezüglich Schritte gesetzt werden.

Die Verleihung der Urkunde ist damit ein klares Zeichen für die Wertschätzung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Burgenland. All diejenigen, die sich wirklich unermüdlich für die Bewältigung der Flüchtlingssituation eingesetzt haben, sollen daher auch ausgezeichnet werden und sollen durch diese Nominierung auch von den jeweiligen Organisationen vor den Vorhang gebeten werden.

Und ich bin daher sicher, dass dieses aufrichtige Danke des Landes Burgenland ein richtiges und gutes Zeichen auch für die Zukunft war. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landtagsabgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht ob ich die richtigen Worte finden werde, aber ich werde mich bemühen einem Antrag Rechnung zu tragen der in sich etwas trägt, das ich zwar absolut nicht begreifen kann, weil es Erstens ausgeführt und Zweitens glaube ich, dass eine Antragstellung bezogen auf eine Würdigung von einem Ehrenamt nicht in einer Urkunde bestehen kann und darf.

Aber ich habe die Frau Petrik, sie hat sich selbst geoutet, dass sie eigentlich die Schöpferin dieses Antrages ist, weil sie Kritik geübt hat an dieser Umsetzung der Würdigung von ehrenamtlichen Tätigkeiten und Aktivität, und daraufhin scheint man, meiner Interpretation nach, diesen Antrag gefasst zu haben um eben das Ganze in eine formale Situation oder eine Ebene zu schaffen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Was?)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Burgenland, aber insbesondere die Burgenländerin und der Burgenländer sind seit Jahrzehnten, wenn nicht seit Bestehen

unseres Bundeslandes außerordentlich, sind besonders und haben sich und das wurde schon mehrmals jetzt erwähnt, in bestimmten Situationen, in schwierigen Zeiten, dadurch ausgezeichnet, dass sie Menschen ohne Ansehen woher sie gekommen sind, was sie getan und wie immer auch gehandelt haben, geholfen haben.

Dieses besondere Engagement ist, glaube ich, ohne Worte und ohne eine entsprechende Darstellung der Burgenländerin und dem Burgenländer eigen. Diese besondere Kennzeichnung unserer Handlungsbereitschaft ist eigentlich unausgesprochen vorhanden und es gilt daher auch, sie entsprechend hoch zu honorieren.

Auf der anderen Seite ist quasi das Ehrenamt auch das grundsätzliche Bindemittel, das Gefüge einer Dorfgemeinschaft. Das haben wir seit Jahrzehnten, das haben wir in unserer gesamten existentiellen Begründung als einen Gradmesser dessen, wo Dorfgemeinschaft überhaupt existentiell begründet wird.

Diese Nachbarschaftshilfe, auf der anderen Seite dieses gemeinsame Handeln um einen bestimmten Zweck, um eine bestimmte Idee, dieses Zusammenfinden und ohne Einschränkung und ohne Anschauung des anderen, quasi gemeinsam für eine Sache zu streiten und einzutreten.

Das ist es was uns, das Burgenland, besonders auszeichnet und das hat für alle die in diesem Land leben schon immer eine ganz besondere Bedeutung gehabt.

Wenn erwähnt wird, dass bei der Flüchtlingshilfe jetzt Polizei, Bundesheer und Rettung außerordentliche Dienste geleistet haben, dann sind es nebenbei die Trägerinnen und Träger der Zivilgesellschaft gewesen, die sich hier ohne Ansehung, uneingeschränkt und ohne das sie auf irgendetwas reflektiert haben, zur Verfügung gestellt haben.

Sie sind eingetreten, sie sind hingegangen und haben eigentlich alle überrascht, denn wenn ich jetzt richtig das Urteil fälle, dann haben sie als erste die Initiative ergriffen und anschließend wurde erst von anderer Seite entsprechend die Handlung gesetzt.

Das gilt es zu honorieren, das gilt es hervor zu streichen und das war auch die Bedeutung dessen wo man Zivilgesellschaft in einer besonderen Art und Weise wieder kenngelernt hat und wo man auch den Respekt und die Anerkennung diesen handelnden Personen gegenüberbringt.

Tatsache ist, dass ein Vereinsengagement, ein ehrenamtliches Engagement durch gruppendynamische Prozesse die Anerkennung findet. Und ich glaube kaum, dass wir es schaffen werden, durch diese Diskussion die wir jetzt zum Beispiel führen, dieses Ehrenamt noch zu beflügeln, es stärker zu befestigen wenn es darum geht das im Nachweis eine Urkunde der besondere Verdienst sein wird.

Es ist für mich klar, das hätte ich als Bürgermeister, das hätte ich auch als Landeshauptmann mit Sicherheit genauso ausgeführt, dass ich diese Zielsetzung jemanden etwas zu geben, jemand Anerkennung zu zollen, ohne einen Beschluss im Landtag, oder einen Antrag im Landtag herbeizuführen, in der Würdigung gesetzt hätte.

Daher ist es für mich absolut nicht nachvollziehbar, welchen Weg wir hier beschreiten. Auf der anderen Seite warne ich davor, dass wir durch Diskussionen die hier stattfinden, in der Erweiterung das Ehrenamt quasi in verschiedener Hinsicht auch versicherungstechnisch und wie immer auch zu gießen, eine Situation heraufbeschwören die mit Sicherheit nicht von Vorteil sein wird.

Der der ehrenamtlich engagiert, aktiv sich einbringen will, der ist nicht darauf bedacht in einer gewissen Weise eingeschränkt zu werden, sei es auch durch eine für ihn vielleicht günstigere Situation.

Was wir dort zu Wege gebracht haben ist, dass der Gesetzgeber im Bund es geschafft hat auf Vereine bezogen wo Ehrenamt stattfindet, solche Maßnahmen und gesetzliche Ausführungen zu setzen, dass wir mit einem Zurückweichen des Ehrenamtes und der Bereitschaft der Aktivität zu rechnen haben, dass wir mit einer Minderung der Bereitschaft und Einstellung zu kämpfen haben und dass diese gesamte Vereinsstruktur, dieses gesamte ehrenamtliche Aktivsein im Burgenland mittlerweile durch Auflassung von Vereinen, durch quasi wegbringen von Aktivitäten, darunter leidet.

Meine sehr geehrten Damen und Herrn! Ich bin für jede Art von Würdigung bestimmter oder insgesamt von Leistungen, die für die Gesellschaft, für die Gemeinschaft erbracht werden, aber ich bin mit Sicherheit nicht der Überzeugung, dass eine Urkunde dabei helfen kann. *(Beifall bei der ÖVP, GRÜNEN und LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zunächst Erstens, war diese Feier in der Villa Vita mit den Einsatzorganisationen abgesprochen. Es gibt hier eine andere Meinung von manchen, das ist auch in Ordnung, nur die Einsatzorganisationen sehen es anders, weil zu dieser Einladung 500 Menschen, Leute, freiwillig auch gekommen sind.

Es haben sich alle Einsatzorganisationen positiv ausgesprochen, dass es diese Veranstaltung gegeben hat und ich habe sie auf Grund von Anregungen von Einsatzorganisationen gemacht und genau auf Grund von Anregungen diese Urkunde auch verliehen.

Also offensichtlich, haben jene die freiwillig arbeiten andere Meinungen, als die, die hier sind und nicht freiwillig arbeiten, sondern dafür bezahlt werden. Aber so ist es halt in der Politik, dass die Leute die das betrifft andere Meinungen haben, als hier die Wortmeldungen waren.

Ich kann Ihnen nur sagen, es war eine tolle Stimmung in der Villa Vita, 500 Leute waren anwesend und ich habe mit vielen persönlich gesprochen und das ist auch bei den Leuten gut angekommen. Und ich denke, dass das auch ein gutes Zeichen ist und ich habe als Bürgermeister in der Gemeinde Urkunden verliehen, wahrscheinlich hier anwesende Bürgermeister auch, an verdienstvolle freiwillige Gemeindebürger, runde Jubiläum und was auch immer.

Und das war sicher eine Aktion des Dankes, der Wertschätzung und der Anerkennung und so haben es die 500 Leute auch gesehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und wir werden das in Zukunft - wenn ähnliches ist - genauso wieder weiter machen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das Burgenland, und deswegen war es mir auch wichtig, hat 2015 auch wieder Weltgeschichte geschrieben. Es war 1956 als wir Weltgeschichte geschrieben haben. Wir planen eventuell auch mit den Ungarn, ich habe da jetzt mit dem Botschafter auch ein Gespräch geführt, eine grenzüberschreitende gemeinsame Feier anlässlich des Jahres 1956.

Die "Brücke von Andau" ist ebenfalls in die Weltgeschichte eingegangen, als über die Brücke von Andau zigtausende Ungarn nach Österreich gekommen sind denen wir geholfen haben.

Wir haben Weltgeschichte geschrieben 1989, als der "Eiserne Vorhang" gefallen ist, als die Außenminister ihn durchtrennt haben, auch symbolisch durchtrennt haben. Und auch dieses Jahr 2015 war Weltgeschichte, weil 300.000 Flüchtlinge über das Burgenland gekommen sind und wo die Polizei dann 30 Stunden im Einsatz war.

Wo Polizisten 30 Stunden durchgearbeitet haben, um die Situation bewältigen zu können, wo Busfahrer der Polizei 20 Stunden durchgefahren sind und dort dafür gesorgt haben, dass Flüchtlinge transportiert wurden und wo hunderte Freiwillige im Einsatz waren, die ganz einfach durch ihren Idealismus den Menschen geholfen haben.

Und diese 300.000 Menschen hätten wir auch ohne Assistenzleistung des Bundesheeres nicht versorgen können. Und genau auch mit diesen wichtigen Persönlichkeiten und Organisationen, mit den Freiwilligen in einer Halle zu sein, einen Abend miteinander zu verbringen, miteinander zu reden, und das in der beginnenden Adventzeit, das war aus deren Sicht eine sehr gute Veranstaltung.

Und wenn man hier, wie der Abgeordnete von der ÖVP - ich erwarte mir eigentlich eh nichts anderes - mit einer Respektlosigkeit sondergleichen dankt, dann ist mir diese Doppelbödigkeit eigentlich auch schon lange nicht mehr aufgefallen. Auf der einen Seite zu danken und auf der anderen Seite über 500 freiwilligen Helferinnen und Helfer zu sagen, die Urkunde die ihr mit Freude entgegengenommen habt, das ist eigentlich nichts Gescheites.

Das ist eine Respektlosigkeit den freiwilligen Helfern gegenüber. Das haben die sich nicht verdient. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist eine Anmaßung. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau, Anmaßung und Hochmut.)*

Dann auch die Informationen an unsere Freiwilligen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Anmaßung und Hochmut.)* Eine Respektlosigkeit der Extraklasse. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau, Anmaßung und Hochmut, bei 500 Leuten.)* Ja, ja das ist die Respektlosigkeit, das ist der Hochmut. Sie sind der Dauerredner und Zwischenrufer substanzlos bis zum Ende. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA. - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Ich sage es ihm ja nur, einmal muss man es ja sagen, damit sind sie eh für heute erledigt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben mir schon so viel mehr gesagt hier im Landtag!)* Gut. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich weiß, Sie haben schon andere Wörter da verwendet!)*

Die Informationen an unsere Vereine sind bereits erfolgt, denn wir haben Nord-, Mitte- und Süd-Veranstaltungen gehabt, wo hunderte Freiwillige gekommen sind, auch freiwillig gekommen sind, um in entsprechender Form auch informiert zu werden. Also da hat es tolle Informationen gegeben.

Aufgrund der Informationen haben wir auch aufgebaut eine Ausbildung über die Akademie Burgenland, nämlich dass wir für Vereinsfunktionäre eine Spezialausbildung durchführen, um gerade in diesem schwierigen Steuerrecht, Veranstaltungsrecht und so weiter, die entsprechenden Informationen weiterzugeben. Sie können in Österreich schauen, welches Bundesland hier mehr für Freiwillige leistet.

Wir haben informiert, wir machen Ausbildung über die Akademie Burgenland mit Leuten die aus der Praxis kommen, nicht die sitzen und in irgendwelchen Sonntagsreden irgendwelche Ergüsse von sich geben, sondern die tatsächlich kompetente Fachleute sind, die nicht eine Art Bauchredner sind, sondern die wirklich Kompetenz haben *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wann waren Sie das letzte Mal in der Privatwirtschaft?)* und

die jetzt auf alle Fälle mit ihrer Kompetenz auch Funktionäre weiterbilden können und das ist der richtige Weg. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Information, finanzielle Unterstützung, gute Rahmenbedingungen zu haben. Von Zwischenrufen haben die Freiwilligen auch nichts. Das Nächste ist auch unsere Dienstfreistellung, die wir im Land Burgenland haben, auch die ist bemerkenswert. Denn alle Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren bekommen etliche Tage dienstfrei für ihre Ausbildung, für ihre Fortbildung und selbstverständlich auch für ihre Einsätze.

Also ich glaube, das ist ein ganz ein wichtiger Schritt, könnten wir sagen, sollten auch Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft gesetzt werden, dass die auch das macht. Das Burgenland geht mit gutem Beispiel voran. Es sind auch Gemeinden eingeladen, es sind Privatfirmen eingeladen, dass genau für die, die bei den Freiwilligen Feuerwehren, wenn sie im Einsatz sind, auch die entsprechende Dienstfreistellung auch gegen Bezahlung umgesetzt wird.

Also insofern sind wir auf einem guten Weg, Information ist wichtig, das machen wir. Die Urkunde, das ist für uns ein Symbol. Wir überreichen seit Jahrzehnten an verdienstvolle Persönlichkeiten im Burgenland und außerhalb des Landes Urkunden als Zeichen der Wertschätzung, *(Abg. Manfred Kölly: Abzeichen auch!)* ein Abzeichen natürlich auch ja.

Also wir können das nächste Mal - danke für den Vorschlag - an die Freiwilligen nicht nur Urkunden überreichen, sondern auch Burgenlandabzeichen überreichen. Das ist wieder eine Aufwertung und wieder ein Symbol der Wertschätzung und der Anerkennung. Also insofern eine gute Aktion, die weiter fortgesetzt wird.

Für gute Verbesserungsvorschläge bin ich jederzeit offen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit ist somit mehrheitlich gefasst.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 35) betreffend eine Änderung des Gesetzes vom 10. November 2004 über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2005 – Bgld. WFG 2005) (Zahl 21 – 31) (Beilage 244)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 35, betreffend eine Änderung des Gesetzes vom 10. November 2004 über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2005 – Bgld. WFG 2005), Zahl 21 – 31, Beilage 244.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Molnar.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Kölly und Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend eine Änderung des Burgenländischen Wohnbauförderungsgesetzes sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen in ihrer 3. Sitzung und abschließend in ihrer 6. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Jänner 2016, beraten.

Als Berichterstatter stellte ich nach meinem ergänzenden Bericht einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend eine Änderung des Gesetzes vom 10. November 2004 über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht doch zum vorigen Punkt ein paar Worte dazugesagt. Vielleicht bringen wir das nächste Mal einen Dringlichkeitsantrag ein, wenn wir Orden vergeben beziehungsweiße Urkunden vergeben. Vielleicht wäre das im Hohen Haus auch einmal wieder ein dementsprechender Auflauf oder eine dementsprechende Diskussion.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich gebe Ihnen schon Recht, Sie sind nicht nur vor der Wahl präsent, sondern Sie versuchen auch schon die ganze Periode Kontakt herzustellen mit den Leuten, die sich wirklich freiwillig einsetzen. Heute hat der Herr Kollege von der ÖVP richtig gesagt, auch im Zivilen oder der Herr Gerhard Steier, im Zivilbereich ist es ja zu viel Freiwilligkeit und Hilfe gekommen.

Aber wenn ich mir ansehe eine Urkunde, Herr Landeshauptmann, Eisenstadt im Dezember 2015 und danach einen Antrag einbringen, der wie ich meine, nicht einmal im eigenen Klub eine Zustimmung gefunden hätte, aber man hat halt den Klubzwang, dann muss man das so machen und das verstehe ich nicht in diesem Hohen Haus. Dann enthaltet Euch der Stimme oder bleibt zu Hause oder irgendetwas.

Denn ich glaube eines, dass das keine Zustimmung braucht in einem Klub. Das braucht keine Zustimmung in dem Landtag, weil das für mich eine Selbstverständlichkeit ist, dass man ein Dankeschön sagt. Wenn ich mir jetzt drei Landtagssitzungen schon anhöre nur mehr danke, danke, danke und wenn ich dann in die Bevölkerung hinausgehe, von einem Danke haben sie leider nichts. Wir sollten einmal Akzente setzen, wir sollten uns einmal wirklich umschauen.

Heute haben wir einige Punkte schon aufgezählt und speziell von unserer Seite Bündnis Liste Burgenland, was in diesem Land zu machen ist und rasch zu machen ist. Da fordere ich einfach die Landesregierung auf, gemeinsam mit uns im Landtag einfach Lösungen zu erarbeiten und so rasch als möglich auch umzusetzen und kein politisches Hickhack hier unbedingt zu erzeugen.

Herr Landeshauptmann, ich meine ich bin schon bei Ihnen, Sie spielen die erste Geige in diesem Land, weil der Partner nicht einmal ein „Muh“ dazu sagt oder zu irgendetwas mehr sich eigentlich dazu äußert, sei es beim Tourismus, haben wir einen Tourismussprecher Christian Illedits, der das alles in die Medien bringt. Bei der Sicherheit haben wir den Herrn Schnecker, der nur in den Medien unterwegs ist. Liebe Freunde von der FPÖ!

Macht einmal eines, denkt zurück an Eure Werte und geht einmal her und sagt Eure Meinung dazu. Das gehört vielleicht auch einmal gesagt in der Bevölkerung draußen, weil die goutieren dass nicht, wie Ihr Euch verhaltet. Sondern wir wollen für das Land etwas Leisten und arbeiten.

Vor einem halben Jahr habt Ihr noch ganz anders geredet. Ich kann mich genau an das erinnern, wie der Landeshauptmann auf einmal mit Werbetafeln vor der Wahl durch die Gegend gezogen ist und hat sich mit einem von der Feuerwehr hingestellt oder mit einem Polizisten hingestellt oder mit einem vom Roten Kreuz.

Da gab es einen großen Aufschrei. Jetzt ist das alles vergessen. Hauptsache wir fahren einen siebener BMW, zwei Chauffeure haben wir und dann ist schon alles vergessen. Aber sei es wie es sei. Ich oder wir haben auch zugestimmt, dass das weiterhin mit der Urkunde oder auch mit einem Anstecker oder demensprechend auch gewürdigt wird. Ich muss eines dazu sagen, ich verstehe die ÖVP da nicht, weil ich glaube, das hat man in der Vergangenheit genauso gemacht.

Da ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter daneben gestanden und hat auch Urkunden verteilt und wir als Bürgermeister detto. Also abgeschlossen dieser andere Punkt. Aber wenn ich jetzt zu einem wichtigen Punkt komme und wieder einmal vier Anträge eingebracht wurden vom Bündnis Liste Burgenland vier Anträge, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Könnt Ihr Euch dann anschauen!)* einer davon, warte ein bisschen, Herr

Kollege Steiner, einer davon wurde vertagt, weil da müssen wir uns jetzt noch genau erkundigen, wie gehen wir mit dem Antrag um?

Sie wissen ganz genau, wie man mit einem Antrag umgeht, aber den schiebt man einmal auf die lange Bank und dann gibt es weitere drei Anträge die wir heute behandeln und die werden allesamt abgeändert. Habt Ihr keine eigenen Ideen irgendwann einmal und bringt die einmal ein und sagt einmal mein Gott die Idee ist gut was er da eingebracht hat vielleicht könnten wir ihn gemeinsam einbringen.

Vielleicht könnten wir eine Lösung finden. Nein, man ändert den ab. Ich komme heute zu Abänderungsanträgen, die stehen mir schon bis hier her. Weil da wird nichts abgeändert oder wenn etwas abgeändert wird, ist aber nicht einmal das Thema, das was wir eingebracht haben. Versteht Ihr das, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag? Versteht Ihr das noch?

Glaube ich nicht, Herr Kollege Kurt Maczek, komme nämlich zu Dir bei der Wohnbauförderung. Komme dazu. Das ärgert mich einfach. Wir sind im Hohen Haus, wir haben die Verpflichtung, wir haben sogar, und das sage ich auch klipp und klar, dass wir für die Bevölkerung das Bestmögliche herausholen. Wir als Bürgermeister, sparsam, wirtschaftlich, alle Dinge. Das macht Ihr bei Gott nicht und ich sage das noch einmal. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)*

Das muss ich klar und deutlich hier sagen in diesem Hohen Landtag. Weil mir das wirklich schon bis hier her steht. Jedes Mal einen Antrag, den wir einbringen, nicht auf einen zugehen und ein Gespräch suchen, sondern einfach abändern. Wenn ich mir die Abänderungsanträge alle anschaue, schaut sie Euch nochmal an. Ich weiß nicht, ob Ihr sie Euch überhaupt angeschaut habt, wie die abgeändert werden.

Jetzt sage ich Euch noch einen Punkt, zu dem letzten Punkt komme ich mit Alkohol in diesem Hohen Landtag. Ich sage Euch etwas, das Ihr abgeändert habt, den Antrag schaut Euch einmal an, was Ihr abgeändert habt bei diesem Antrag. Ich weiß nicht wer den abändert, der Klubobmann oder wer, ich weiß es nicht wer das macht. Seid mir bitte nicht böse, schade dass es so etwas gibt, was man hier vollbringt. Ich wollte nur ein Signal setzen damit.

Schaut Euch den Antrag an was Ihr gemacht habt. Ihr seid bis jetzt nicht draufgekommen, dass dort vieles gar nicht stimmt. Aber macht ja nichts. Das sind die Dinge, Hauptsache man ändert die Anträge ab. Bringt eigene Anträge ein, damit wir in den nächsten Sitzungen auch Diskussionen haben.

Weil bis jetzt im letzten halben Jahr eigentlich nur seitens der Liste Burgenland Anträge eingebracht wurden und vielleicht da oder dort ein anderer Antrag. Der Kollege Maczek, Wohnbauförderung, Du bist der neue Sprecher der Wohnbauförderung. Dann solltest Du Dich auch einmal auskennen und jetzt sage ich Dir warum. Wir haben im Budget, und das wird der Herr Landesrat Bieler genau wissen, der eine sagt 125 Millionen Euro, der andere sagt 124 Millionen Euro und der andere sagt 123, vorgesehen. Das haben wir bitte schriftlich.

Ein jeder gibt uns eine andere Auskunft. Ich habe ja kein Problem damit. Ich kenne das von den Gemeinden, man macht ein Budget und setzt dort irgendeine Summe und schaut, dass man das ausgeglichen macht, wie der Herr Landesrat Bieler immer sagt. Wir machen ein ausgeglichenes Budget und die Medien hüpfen brav alle auf.

Das geht mir überhaupt auf die Nerven was die Medien da aufführen in letzter Zeit. Ein ausgeglichenes Budget, na nichts anderes als das zu machen. Das mache ich seit ich Bürgermeister bin. Das mache ich eigentlich dort, wo ich Vereinsführung mache. Das

mache ich dort, wo ich Verantwortung trage, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und den Nachtragsvoranschlag, heute hat man es gehört vom Herrn Kollegen Steier wie Ihr umgeht damit.

Ihr schaut Euch das ja nicht einmal an. Das ist ja Euer Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren im Landtag. Ihr schaut Euch das nicht einmal an, weil im Klub sagt man da haben wir zuzustimmen, ist super und den Heizkostenzuschuss tun wir runter, weil sonst geht es sich dort nicht aus. Geht lieber her und kürzt Eure Präsentationskosten, wie wir das gefordert haben. Das könnten wir einmal in Frage stellen.

Von 600.000 auf 900.000 in die Höhe geschnalzt, liebe Freunde von der FPÖ! Da hätte es einen Aufschrei gegeben bei den letzten Voranschlägen. Jetzt ist Euch das wurscht, es ist alles egal, das verstehe ich nicht ganz bei Euch. Schaut ein bisschen über den Tellerrand drüber, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das wäre einmal vernünftiger. Zur Wohnbauförderung, zu dem Antrag.

Dass die Wohnbauförderung ein wichtiges, zentrales, politisches Steuerinstrument ist, ist mir bewusst. Vor zig Jahren war das noch zweckgebunden - ich hoffe, dass das ein jeder noch weiß wie das war - und dann auf einmal hat man das Ganze aufgemacht. Man hat dem Land überlassen, was es mit dem Geld tut. Wir wissen alle ganz genau, dass wir 0,5 Prozent von den Lohnnebenkosten in die staatliche Wohnbauförderung abführen müssen.

Wir bekommen vom Bund das Geld und dann heißt es im Land wir zahlen da viel mehr als das Ganze eigentlich ausmacht vom Bund, ja soll so sein. Nur 78 Millionen werden ausgegeben, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Wohnbauförderung, die immer so hoch gelobt wurde, was immer so gut ist soll so sein. Ich habe ja kein Problem damit.

Nur wer kann sich eine Wohnbauförderung heutzutage überhaupt noch nehmen oder leisten, meine werten Kolleginnen und Kollegen, wer denn? Aber Du wirst es mir sagen, Herr Maczek, Du wirst es mir sagen.

Weil Du bist ja sogar ein Verhinderer von baulichen Maßnahmen, wo Arbeitsplätze geschaffen werden und dergleichen mehr, wenn ich mir heute die Zeitung genau anschaue. Das sind die Dinge, die mich so ärgern, an der ganzen Situation.

Daher gibt es bei uns klare und deutliche Aussagen. Sogar der Herr Landeshauptmann hat vor zirka eineinhalb Jahren bestätigt und hat gesagt, ja er kann sich eine Zweckbindung der Mittel vorstellen. Da hat der Herr Finanzlandesrat aufgeschrien, der war ja gleich total erledigt.

Wie sollte das gehen? Aber der Herr Landeshauptmann war klar dafür. Jetzt schaut die Welt wieder ein bisschen anders aus, weil wir haben ja die beste Wohnbauförderung die es überhaupt gibt in Österreich, *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Weltweit!)* Weltweit sogar, na sehr gut.

Daher frage ich mich wie das weitergehen soll mit dieser Wohnbauförderung, Herr Kollege Maczek. Wenn ich mir anschaue, dass man jetzt neue Gesetze beschließt im Bund, und zwar eine Recycling-Baustoffverordnung, wo man 35 Prozent mehr bezahlen muss, wo man den Ortskern, wo wir immer sagen, erhalten wir den Ortskern, Herr Kollege Maczek, dass wir dort einmal etwas weiterbringen, nicht alles auf die grüne Wiese raufgestellt. Erhöhen wir Recycling um 35 Prozent, muss ich bei jeder Baustelle dazurechnen, wenn ich etwas im Ort wegreiße, muss ich das rechnen.

Wer kann sich das leisten? Ich schlage es wieder um, natürlich auf die Wohnungsmiete, wenn man schon Siedlungsbau macht. Fragt Eure Siedlungsbaufreunde und Kollegen, die werden es Euch eh sagen, nur die zucken zurück, weil sonst kriegen sie vielleicht dort oder da die Förderung wieder nicht. Das ist ja das Nächste, was ich mich frage. Ist das notwendig, dass wir das machen? Das heißt, wir bremsen den sozialen Wohnbau.

Wenn der Herr Landeshauptmann hergeht und sagt, fünf Euro den Quadratmeter müssen wir schaffen, eh gut, freut mich, sehr gut. Wir machen das, wir machen es. Wo wir Wohnungen haben in der Gemeinde, wird das gemacht. Nur, jetzt zeigt mir eine Wohnbausiedlung, welche tatsächlich auf fünf Euro kommt. Die zeigt Ihr mir einmal, eine nur. Dann können wir weiter diskutieren über die ganze Situation.

Daher glaube ich, dass man im Wohnbau auch umdenken muss. Auch dieser Antrag, da hat man ja auch ein bisschen lange gebraucht, dass man gesagt hat, na ja den müssen wir auch hinterfragen, wer eine Stellungnahme dazu gibt und dergleichen mehr. Wozu brauche ich eine Stellungnahme?

Der Herr Landeshauptmann entscheidet was los ist, der ist nämlich Wohnbaureferent. Wenn der anschafft, wer dort Chef oder Chefin ist oder wer dort das Wort hat, das macht er. Das soll so sein, ich habe ja kein Problem damit.

Nur es kann nicht so sein, dass ich nach der Wahl, und das ist das Interessante, meine sehr geehrten Damen und Herren, und haltet Euch an von der ÖVP, nach der Wahl, wo man gewusst hat, dass vielleicht die ÖVP nicht mehr in der Regierung sitzen wird, auf einmal hergeht, und sagt eine Mitteilung, eine vorzeitige Rückzahlung ist nicht mehr möglich.

Ein Beschluss mit SPÖ und ÖVP. Das kann es ja nicht sein! Oder? Seid mir bitte nicht böse. Dann kriege ich einen Abänderungsantrag von der ÖVP, der lautet, dass man das wieder rückgängig machen soll. Also jetzt kenne ich mich schön langsam nimmer aus. Aber ich bin recht froh, dass Sie auf unserer Seite sind. Das war am 3. Juni 2015. Da hat es nach der Wahl eigentlich gar keine Debatte mehr gegeben, warum wir das machen.

Oder, wenn in Tirol die Zinsen auf null herabgesetzt werden, wo der Herr Landeshauptmann behauptet hat, wie ich das gesagt habe, das stimmt alles nicht. Ja, es stimmt. Wo die ÖVP das genauso reinschreibt in ihren Abänderungsantrag, dass das Tirol macht und andere auch noch machen. Warum ist das im Burgenland nicht möglich, wo man den sozialen Wohnbau gar so hervortut? Warum ist es nicht möglich?

Wenn ich einmal hergehe und will ein Passivhaus, eine Passivbauweise haben, und die Leute die wenig Geld haben, und das sind halt im Burgenland sehr viele, weil der Verdienst ein ganz ein anderer ist wie in Wien oder in anderen Bundesländern, dafür müssen ja so viele auspendeln, wir wissen ja eh, Pendlerrückholaktion 30.000, jetzt haben wir 58.000 inzwischen, passiert ist nichts.

Die öffentlichen Verkehrsmittel, was geschieht dort, meine sehr geehrten Damen und Herren? Tagtäglich bekommen wir Meldungen herein, dass die ÖBB, dass die Züge nicht rechtzeitig ankommen, dass das Service eine Katastrophe ist und siehe da, die ÖVP wird jetzt auch einmal munter, als Pendlergeschichte das zu machen. Wir hätten dort schon längst etwas machen müssen.

Einen neuen Fahrplan gibt es, der passt hinten und vorne nicht zusammen. Das Land zahlt noch immer genug Geld dort ein. Na dann machen wir einmal Stopp, so wie es der Herr Landeshauptmann sagt. Na dann machen wir halt einmal Stopp, dann zahlen wir

nichts. Ich bin neugierig, wo sich die ÖBB oder der VOR hinbegibt, ohne Geld, ohne dem Land.

Das sind die Dinge, die wir aufgreifen müssen im Landtag. Das sind die Dinge wo ich hergehe und wir klar und deutlich sagen, eine Nullverzinsung muss für ein Wohnbaudarlehen her. Das ist möglich, das ist sozialer Wohnbau. Oder Zweckbindung beim Wohnbaudarlehen. Das ist möglich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der Herr Finanzreferent mit seiner Doppik jetzt, wo er die Probleme vielleicht sieht, oder nicht, ich sehe kein Problem bei einer Doppik. Das machen wir schon lange in privaten „Gschichteln“. Das sollte man vielleicht auch wissen.

Oder Abbau der viel zu komplexen Muster und Vorschriften im Bereich Wohnbauförderung. Schaut Euch an die Wohnbausachen. Geht einmal auf die Baustellen, schaut Euch an, was sich dort abspielt. Den Baufirmen werden nur Prügel zwischen die Füße geschmissen. Der Arbeitsinspektor kommt gar nicht weg, von der Baustelle. Habe ja kein Problem damit, nur zwei Häuser weiter arbeiten ungarische Arbeiter oder Firmen. Dort schaut er gar nicht hin, weil er keinen Auftrag bekommen hat. Das ist ja das Nächste. Ist ja lustig.

Er sagt, das interessiert mich dort vorne nicht, die zwei Häuser weiter. Ich habe einen Auftrag gehabt, diese Baustelle von dieser Baufirma XY zu überprüfen, wohlwissend, dass der, Gott sei Dank, burgenländische Arbeitskräfte noch angestellt hat. Noch angestellt, weil wie lange wird es dauern, wird man sich das alles nicht mehr leisten können. Lohnnebenkosten und dergleichen mehr.

Da sagt der Herr Landeshauptmann, um fünf Euro müssen wir einen Quadratmeter Wohnungen herstellen - schon interessant. Ich denke, dass viele Punkte die hier aufgezeigt werden und immer nur bei Sonntagsreden - habe ich gerade gehört, so toll dargestellt werden, nicht der Realität entsprechen. Warum gehen wir nicht her und sind ehrlich alle miteinander? Setzen wir uns zusammen, ich komme wieder darauf. Setzen wir uns zusammen und diskutieren das aus.

Denn viele von Euch, und es tut mir leid, wenn ich das sagen muss, haben draußen von der Realität "nicht diese Ahnung", was sich draußen abspielt, oder viele haben sie, und trauen sich es nicht zu sagen.

Wir wissen tagtäglich, wenn Ihr unter die Leute geht, was sich da abspielt. Um vier Uhr in der Früh muss ich aufstehen, dass ich nach Wien auf die Baustelle komme um sieben, der Zug funktioniert nicht, die öffentlichen Verkehrsmittel funktionieren nicht, im Süden rede ich gar nicht, was sich da unten abspielt, eine Katastrophe. Dafür wundert mich ja die FPÖ, die haben ja so gepocht darauf, die Frau Präsidentin, dass wir so schnell wie möglich dort mit der Bahn etwas machen.

Geschehen ist bis dato Null. Ich freue mich schon auf den nächsten Gipfel unten in Oberwart, wo man sich trifft und darüber diskutiert. Warum habt Ihr nichts gemacht? Also eines kann ich Euch schon sagen, wenn ich da in der Regierung gesessen wäre, hätte ich schon längst darauf gedrängt, dass man dort endlich einmal etwas macht. Nur zu sagen, dass der Bus eh so schnell ist und gar so gut ist, das ist mir zu wenig.

Wir brauchen mehr öffentliche Verkehrsmittel, wir brauchen am Wohnbau viel mehr Möglichkeiten und keine Prügel zwischen den Füßen. Wir brauchen diese Null-Verzinsung, wir brauchen eine Zweckbindung und wir brauchen diese Wust an Vorschriften einmal weg. Ich denke, dass man auch für vorzeitige Rückzahlungen Spiel genug hat, wenn man gut wirtschaftet.

Da muss ich Euch schon eines sagen, gut wirtschaften tun viele in ihren Gemeinden, nur leider werden die immer mehr bestraft. Soziales - haben wir heute darüber diskutiert, die können nur mehr verwalten und nicht mehr gestalten. Jetzt sage ich Euch auch warum. Auch bei den Siedlungsgenossenschaften. Die sollen ehrlich antworten. Energiekosten - im Burgenland ist ein Phänomen aufgetaucht, wo sich wir das wirklich zu dem Punkt gemacht haben, wo ich mich frage, wie kann das gehen.

Jetzt haben wir landesweit 170 ausgelagerte Firmen. Dann macht man den Herrn Rucker zum großen Boss. Ich weiß zwar nicht warum, der sagt Geld ist nicht mein einziger Antrieb, dass ich das mache. Super ist das, Geld ist nicht sein einziger Antrieb. Was glaubt Ihr, was er sagt?

Na ja, es gehen nur 60 von den Ausgelagerten, dass man die jetzt umändert. Wo sich der Herr Landeshauptmann Niessl vertschüsst hat und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl vertschüsst hat und der Herr Bubits von der Wirtschaftskammer vertschüsst hat. Warum? Weil dort noch viel Mist drinnen liegt und es gehört ausgemistet. Ich sage Euch das auch gleich mit dieser Deutlichkeit. Warum sind die gegangen?

Weil man gewusst hat, dass dort viele Probleme aufgetaucht sind und jetzt kommt man daher mit der neuen Regierung und sagt, man hat neue Vorschläge. Geld ist nicht mein einziger Antrieb. Dann Aktiengesellschaften werden in GmbHs umgewandelt, um besser durchgreifen zu können, sagt er.

Die Energie Burgenland hat eine Sonderstellung, sie bleibt eine AG. Aber auch in einer AG kann der Eigentümer auf die dortigen Organe Einfluss nehmen. In einer GmbH kann sich die Holding aber nur noch mehr einbringen. Dass jemand ohne Rücksicht auf Eigentümer agieren kann, gibt es in keiner Rechtsform, das wäre ja komisch. Was heißt denn das, meine sehr geehrten Damen und Herren? Denkt einmal ein bisschen nach.

Jetzt komme ich zu den Energiepreisen. Ihr seid unverantwortlich in den Gemeinden. Ich sage das jetzt noch einmal, werte Kolleginnen und Kollegen. Ihr müsstet wirtschaftlich und sparsam denken, auch Energiepreise ausschreiben.

Das wird hier in diesem Land nicht gemacht und ich überlege andere Schritte, ich sage Euch das. Ich überlege andere Schritte, weil das können wir nicht zulassen, dass viel Geld den Bach hinuntergeht, wo die Energie Burgenland sich hinstellt, und sagt, wir haben ganz tolle Preise gemacht.

Im April werden wir uns wundern, da werden sie noch günstiger. Ja, weil wir den Start gemacht haben und gesagt haben, liebe Freunde, mit den Energiepreisen stimmt etwas nicht. Ich sage Euch ein paar Preise, merkt sie Euch.

Strom 3,50, Gas 2,38 von anderen Anbietern, aber auch und jetzt sage ich - Strom nicht Atomstrom, da bin ich überhaupt einer, der genau dorthin schaut, und da weiß die Frau Landesrätin genau Bescheid, und das funktioniert. Die Gemeinde Deutschkreutz erspart sich 12.500 Euro.

Jetzt frage ich mich Frau Salamon, Du hast mich letztens angesprochen, wer die Differenz zahlt, was wir gesagt haben. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* Mit wie viel haben Sie den Strom bezogen oder beziehen ihn noch immer? Sagen Sie mir das, das haben ja nicht einmal Sie ausgestellt, das hat der Aufner Karl ausgestellt. Genau das sind die Dinge, wenn man schriftlich anfragt.

Das sind die Dinge, die ich nicht will. Ich will eine ehrliche und klare Antwort von Ihnen haben. Sie haben für Mattersburg leider nicht sparsam und wirtschaftlich gearbeitet, *(Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt ja nicht! Das ist eine Behauptung, die nicht stimmt!)* ich

sage Ihnen das. Mit dieser Deutlichkeit. Es gibt andere große Städte, die haben das gemacht, wie der Herr Rosner. Der hat das gemacht, und siehe da, es funktioniert.

Oder es haben andere Gemeinden gemacht, siehe da, es funktioniert. Ich werde einen Antrag einbringen, dass auch so etwas ausgeschrieben wird. Aber ich glaube, Frau Landesrätin Eisenkopf, das brauchen wir gar nicht, weil das steht sogar in der Gemeindeordnung, das zu tun. Wirtschaftlich und sparsam zu arbeiten. Das sind die Dinge, die mir sauer aufstoßen. Dann gibt es diesen großen Konzernchef, der noch etwas behauptet.

Wenn ich mir anschaue, dass das Land noch immer die 250 Millionen da irgendwo herumschleppt, aufgenommen hat, auf 30 Jahre, mit einer Verzinsung wo es mir schlecht wird, wo damals FPÖ, Liste Burgenland, aufgeschrien und gesagt haben, liebe Ilse Benkö, wo ist sie, wir sind nicht normal. Ich höre jetzt nichts davon.

Warum geschieht da nichts? Was machen wir damit? Können wir aussteigen, können wir nicht aussteigen? Das sind Gelder, die könnten wir für Wohnbau verwenden. Die könnte man dort hineinstecken, wenn man vernünftig arbeiten würde.

Stellt Euch vor, wir arbeiten so in den Gemeinden, Herr Kollege Maczek, was würdest Du machen dann, wenn Du Zinsen zahlst Länge mal Breite, sieben und acht Prozent? Was würdest Du sagen? Wir zahlen 0,7 Prozent derzeit, oder? Kriegen tun wir zwar auch nichts von den Zinsen, aber egal, wie auch immer. Aber wir zahlen 0,7 Prozent.

Das sind genau die Dinge, die wir offen und ehrlich ansprechen sollten. Nicht weil ich Vizebürgermeister bin, dem Bürgermeister eine auswischen will, weil die Politik immer wichtig ist, sondern der Mensch ist wichtig in diesem Land und die Gemeinden sind wichtig.

Wenn die Gemeinden nicht mehr Luft haben zu wirtschaften, dann wird es ein großes Problem geben, glaubt mir das. Wenn ich nur immer Fehler suche, den Kleinen rauspicken, weil dort vielleicht in Oberwart jetzt irgendein Beistrich nicht geklappt hat, dann mache ich gleich ein Trara daraus. Die Medien, und da gebe ich den Medien sehr viel Schuld, ich sage Euch das noch einmal, merkt Euch das.

Ist ja eh keiner mehr da. Ist ja interessant, nach zwei Uhr Nachmittag sind schon alle fort, ich weiß nicht, was sie jetzt machen. Aber, dann schicken wir halt die einmal hin, die Medien, und die schreiben das, ohne nachzufragen. Das ärgert mich am meisten. Warum braucht man das? Gehen wir her, arbeiten wir für dieses Land und arbeiten wir für eine vernünftige Wohnraumschaffung. Macht das endlich einmal, dann werdet Ihr sehen, dann werdet Ihr noch mehr anerkannt sein.

Aber so ist der Landtag. Heute habe ich gehört, Herr Kollege Hergovich, oder ich weiß nicht, wer es von der ÖVP gesagt hat, der Kollege Sagartz, die Politik ist am Ende angelangt. *(Abg. Walter Temmel: Unglaubwürdig hat er gesagt!)*

Na, was heißt unglaubwürdig? Am Ende angelangt heißt unglaubwürdig. Das sind die Dinge, das lasse ich nicht mehr zu. Weil wir versuchen seitens Bündnis Liste Burgenland, mit guten Anträgen sich dementsprechend einzubringen, und dann wünsche ich mir, dass vielleicht ein guter Antrag auch diskutiert werden soll, und nicht von Haus aus abgeändert wird.

Schaut Euch diese Abänderungen noch einmal an. Bitte schaut Euch das an, liebe Klubobleute, ich weiß nicht, ob Ihr das gesehen habt, aber das ist schon interessant, wenn ich mir das alles anschaue.

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung aller im Landtag vertretenen Parteien, einen Entwurf zur Änderung des Burgenländischen Wohnbaufördergesetzes 2005 auszuarbeiten, der zumindest folgende Punkte beinhaltet, sagt die ÖVP. Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel, Wiedereinführung der vorzeitigen Rückzahlung, weitere Zinssenkung bestehender Verträge auf Null-Verzinsung und dergleichen mehr. Na, haben wir etwas anderes eingebracht? Ich verstehe die Welt nicht mehr. Schaut Euch unseren Antrag an, schaut Euch den Antrag an.

Ich weiß gar nicht, was Ihr eingebracht habt. Oh ja, warte, den habe ich auch noch da, was Ihr eingebracht habt. Das ist überhaupt fatal. Das ist ja das Beste, Ihr schreibt ja überhaupt nur rein, der Landtag soll sich dafür einsetzen beim Bund, dass weiterhin alles so floriert.

Der Landtag soll sich dafür beim Bund einsetzen, damit auch weiterhin alles so floriert. Tadellos. Ich bin recht glücklich darüber, dass das alles so funktioniert. Und dann kommen wir drauf, dass es nicht mehr funktioniert.

Wenn ich mir die Bauwirtschaft anschaue. Sie klagt tagtäglich. Wir haben noch Glück mit dem Wetter. Wenn ich mir anschaue, der Kollege Darabos ist nicht da, in Güssing, Südburgenland ist überhaupt benachteiligt, da gibt es fast gar keine Baustellen. Liebe Frau Landesrätin Dunst, da müssen wir uns zusammensetzen und müssen unten wirklich einmal etwas machen. Nicht nur wegen dem Uhudler, sondern auch wegen Arbeitsplätzen.

Jetzt sage ich Ihnen etwas, was in Güssing bei der Kaserne passiert ist, dort haben wir Beton aus Ungarn bekommen. Stellt Euch das vor! Wo wart Ihr Abgeordneten alle? Von keinem habe ich einen Aufschrei gehört. Niemand hat gesagt, sind wir verrückt?

Jetzt fordern wir burgenländische Arbeitsplätze für Burgenländer, jetzt fordern wir, dass wir alles, die Wertschöpfung, alles im Burgenland lassen. Super ist das. Und dann höre ich, liebe Frau Kollegin Salamon, in Hornstein wird ein Parkplatz gemacht und eine oberösterreichische Firma hat wegen 500 Euro den Zuschlag bekommen. Weil der burgenländische um 500 Euro eigentlich, sage ich einmal, teurer war. Oder teurer nicht, dann höre ich, der Bestbieter, das Bestbieterprinzip ist das Entscheidende.

Na wie schreiben wir das Bestbieterprinzip aus? Wen nehmen wir als Architekten und wen nehmen wir als Ausschreiber? Das würde ich gerne einmal von Euch wissen. Wie soll denn das ausschauen? Kann mir jemand eine Antwort geben?

Wie schaut ein Bestbieterausschreiberprinzip aus? Könnt Ihr mir das erklären? Ich stehe dort. Und gestern haben wir ein Anbot aufgemacht, wo wieder eine burgenländische Firma um 500 Euro teurer war wie eine steirische. Was tun wir jetzt mit dem? Hat der die Möglichkeit mit 500 Euro einzusteigen oder nicht? Wer bestimmt jetzt, was das beste Anbot ist? Oder das Bestbieterprinzip ist? Das hätte ich gerne von Euch gewusst.

Das sind so Dinge, die uns sauer aufstoßen und auch der Bevölkerung. Die Bevölkerung lässt sich nicht mehr hinters Licht führen, sondern sie will tatsächliche Werte sehen. Wisst Ihr warum tatsächliche Werte? Weil die, die gern ein Haus bauen, zur Wohnbauförderung gehen und dann auf einmal vor der Tatsache stehen, dass sie es sich gar nicht leisten können.

Warum boomen die Wohnungen? Weil sie sich kein Einfamilienhaus mehr leisten können. Nicht nur aus familiären Zwecken oder Pendler, weil wenn ich um 4:00 Uhr in der Früh aufstehen muss und um 19:30 Uhr komme ich nach Hause, was habe ich dann von einem Haus? Leisten kann ich es mir auch nicht. Arbeit habe ich auch noch genug. Daher boomt der Wohnungsbau.

Aber wo boomt er? Alles im Norden. Im Süden tut sich nichts. Fragt man die Siedlungsgenossenschaften, wie viele Wohnungen im Süden gebaut werden, fast nichts gegenüber dem Norden. Oder in Mattersburg, Eisenstadt. Das funktioniert sehr gut. Daher glaube ich, man sollte dort auch andere Richtlinien ansetzen. Glaubt mir das.

Habt Ihr schon einmal probiert, eine Wohnbauförderung zu bekommen? Schickt Eure Kinder hin, schaut Euch die Jugend an, die sollen dort hingehen und die sollen Euch Rede und Antwort stehen. Schon sehr interessant, was du dann erfährst.

Ist nicht möglich, ist nicht leistbar. Oder wenn ich die Energiekosten jetzt angeschaut habe bei Wohnungen. Strom, Gas, wenn man schon das hat. Ich hoffe, dass alternative Energie auch oft verwendet wird, dann haben wir einen riesengroßen Unterschied von den Energiepreisen. Aber wie. Nur ich bin auch als Privatperson umgestiegen und erspare mir mit einem Privathaus eben 720 Euro. 720 Euro haben oder nicht, ist ganz schön viel.

Wo der andere einen Heizkostenzuschuss verringert jetzt vom Land bekommt, mit 140 Euro, erspare ich mir 720 Euro. Nur weil ich den Mut gehabt habe zu zeigen, dass ich nicht unbedingt linientreu bin und klubtreu. Gott sei Dank haben wir keinen Klub, weil sonst müsste ich vielleicht klubtreu sein, ist eben so, und auf der anderen Seite heißt es dann immer, na ja die Arbeitsplätze von der Energie Burgenland.

Habt Ihr schon einmal nachgedacht? Habt Ihr Euch schon einmal die Energie Burgenland angeschaut? Wie sie aufgestellt ist, mit wie vielen Geschäftsführern, Prokuristen, und, und, und? Was das kostet? Und habt Ihr schon einmal nachgedacht, 49 Prozent gehört der EVN, nicht dem Land. Aufgepasst! 51 gehören noch uns.

Und in Niederösterreich ist der Strom billiger als im Burgenland. Auch nachweislich. Was hat es da? Da stimmt doch etwas nicht, oder? Wer bestimmt die Preise? Wer bestimmt diese Preise? Wir sind eigentlich mit 51 Prozent die stärkste Partie da drinnen. Und das können wir schon mittragen.

Wenn wir jetzt reden, Armut, soziale Geschichten, haben wir große Probleme. Und wenn man sich einmal mit einem Haushalt zwischen 500 und 300 oder 700 Euro erspart, ist das immer ein Geld. Denke ich schon.

Wenn manche nur eine Pension haben von 400 Euro, wie sollen die das schultern? Wie sollen die das schaffen? Das bewundere ich, und ich wundere mich.

Daher noch einmal diese Forderung von uns. Und ich hoffe, dass ein Umdenken stattfinden wird. Vielleicht stimmt die ÖVP mit, vielleicht stimmt die FPÖ einmal mit, dass die SPÖ allein bleibt auf der Strecke. Auf das wäre ich einmal gespannt. Weil Ihr habt das auch immer gefordert. Die jetzige Dritte Präsidentin, die Ilse Benkö, die hat das immer gefordert. Auch im Wohnbau.

Und da würde ich mir einmal von Euch etwas erwarten, liebe Freunde von der FPÖ. Denkt um, schaut über den Tellerrand drüber, dann werdet Ihr wieder draußen einen anderen Rückhalt haben. Weil derzeit glaube ich, schaut es nicht sehr gut aus, wenn man überall dort mit tut, wo der Herr Landeshauptmann die erste Geige spielt und eine Alleinregierung eigentlich nach außen hin vertritt.

Wir wissen auch, dass viel Einsparungspotential wäre. Von sieben Landesräten auf fünf, wir wissen Landtag, Kürzung, wir brauchen keinen Bundespräsidenten, wir brauchen keinen Bundesrat. Wir haben viele Dinge, die man schlussendlich als Sparmaßnahmen treffen könnte.

Oder Doskozil ist angesprochen worden. Gibt es das Bundesheer tatsächlich noch? Hat der Panzer noch einen Sprit zum Fahren? Dann sagt der Doszkozil, Hercules haben wir noch einen Sprit, sodass wir noch fliegen können? Hätten wir das nicht auf ein Sicherheitsministerium zusammenlegen sollen? Hätten wir uns viel erspart. Das wären Einsparungsmöglichkeiten, dann könnten wir den Wohnbau mehr forcieren, mehr unterstützen und dann hätten viel mehr Leute im Burgenland etwas davon.

Daher noch einmal. Überlegt Euch das nächste Mal mit den Abänderungsanträgen, was Euch da immer einfällt, sondern die Möglichkeit besteht auch bei der ÖVP, dass drei oder vier Punkte komplett gleich sind. Bei der SPÖ ist es überhaupt nur mehr so, dass man sagt, die Regierung soll sich darum kümmern, dass der Bund weiterhin, das so macht, dass es eh passt.

Das ist eine tolle Einstellung, die ich nicht goutieren kann und die werde ich nicht goutieren. Die werde ich nach außen hin vertreten und, liebe FPÖ, strengt Euch an, kommt wieder zurück zu Euren Werten, dann, glaube ich, würde das wieder passen. Danke schön! *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von der Dauer und der Themenvielfalt her war das jetzt schon eine halbe Aktuelle Stunde, die der Herr Kollege Kölly abgehalten hat. Es ist natürlich viel zu tun in allen möglichen Politikbereichen, Herr Kollege Kölly, aber eines nach dem anderen. Sie müssen sich weder um die Koalition, noch um die FPÖ Sorgen machen. *(Abg. Manfred Kölly: Doch!)*

Ich weiß nicht, warum ich ein Problem damit haben sollte, dass der Tourismussprecher des Koalitionspartners das neue Gesetz lobt und damit den blauen Landesrat.

Ich weiß nicht, warum ich ein Problem damit haben sollte, dass der Sicherheitssprecher des Koalitionspartners die Rahmenbedingungen lobt, die im heurigen Jahr unter Hans Tschürtz im Bereich Sicherheit geschaffen wurden.

Ich weiß nicht, warum ich ein Problem damit haben sollte, dass der Landeshauptmann sehr zufrieden mit dem Bereich Wirtschaftspolitik ist und mit unserem Landesrat dort. Also es ist vielleicht ein bisschen ungewöhnlich, dass ein Regierungspartner den anderen lobt, aber das ist eben der neue Stil, von dem man anderen Orts nur redet und wir im Burgenland, wir leben ihn. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Meine Damen und Herren, wir haben uns über die Wohnbauförderung schon in der letzten Landtagssitzung, als es um den Voranschlag für das heurige Haushaltsjahr ging, sehr ausführlich unterhalten. Nicht nur aus Sicht des Budgets, sondern auch schon was den konkreten Antrag der Kollegen Kölly und Hutter angeht, ich meine es stimmt schon. Da muss ich Ihnen Recht geben. Im Grunde genommen sind die Anträge nicht so unähnlich. Weil worum geht es uns? Welche Zielsetzung teilen wir?

Wir wollen natürlich erstens möglichst hohe Mittel für die burgenländische Wohnbauförderung, wir wollen zweitens natürlich möglichst gute Konditionen für die Förderungswerber beziehungsweise -nehmer. Und wir wollen natürlich drittens eine möglichst effektive und effiziente Gestaltung und Vollziehung der gesetzlichen Grundlagen.

Da sind wir uns sicherlich alle einig, das unterschreiben da herinnen alle. 43 Abgeordnete und Regierungsmitglieder. Aber wie immer, wenn es um das Geld geht und die konkreten Forderungen in den Anträgen, die haben mit Geld zu tun, ist die entscheidende Frage, was ist machbar? Und wir haben das, wie gesagt, in der letzten Sitzung besprochen.

Es könnte schlimmer ausschauen, aber viel Handlungsspielraum haben wir im Budget nicht. Selbstverständlich könnte eine Null-Verzinsung für Wohnbaudarlehen beschlossen werden, wahrscheinlich könnte man das tun, wenn man das wollte, auch Negativverzinsung beschließen.

Selbstverständlich könnte man die Möglichkeit einer Darlehensrückzahlung und der Gewährung eines Nachlasses wieder vorsehen, aber andererseits würden wir damit, und das ist der allesentscheidende Punkt, einen Kreislauf ins Stocken bringen, auf den wir dringend angewiesen sind, wenn wir weiterhin ein breit aufgestelltes System der Wohnbauförderung haben wollen.

Nullverzinsung und Nachlassgewährung bedeuten weniger Rückflüsse. Weniger Rückflüsse bedeuten weniger Mittel, die wiederum als Wohnbauförderung gewährt werden können. Weniger Mittel bedeuten letztendlich dann weniger leistbaren Wohnraum.

Das, meine Damen und Herren, kann niemand wollen. *(Abg. Manfred Kölly: 123 Millionen.)* Wir von SPÖ und FPÖ wollen das auch tatsächlich nicht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Die Landesregierung hat, das ist bekannt, eine Niedrigzinsgarantie abgegeben. Wesentlich ist, dass die Konditionen, die das Land gewährt, nach wie vor günstiger sind als die am Bankenmarkt. Das heißt, der soziale Charakter der Wohnbauförderung ist trotz allem nicht in Abrede zu stellen. Die Möglichkeit der vorzeitigen Rückzahlung besteht nach wie vor.

Auch daran sei wieder erinnert, auch wenn mit dem Antrag, mit dem Abänderungsantrag die ÖVP suggeriert, dass diese Nachlassgewährung beziehungsweise, dass diese Rückzahlungsmöglichkeit überhaupt nicht mehr bestünde. Auch jetzt kann ja die vorzeitige Rückzahlung durchaus etwas sein, was sich auszahlt. Eben auf Grund der Lage auf dem Kapitalmarkt. Also so dramatisch wie das dargestellt und mit den Anträgen suggeriert wird, ist die Lage, was die burgenländische Wohnbauförderung angeht, keinesfalls.

Zahlen, Daten, Fakten auch zu dem, was in den Anträgen gefordert wird, gibt es mittlerweile zur Genüge. Stellungnahmen, Herr Kollege Kölly, der Abteilungen war gut, dass wir die eingeholt haben. Die sitzen an der Front, die wissen, was das für Auswirkungen hat. Das sollten wir vorher wissen, bevor wir etwas beschließen.

Ich verweise nicht zuletzt auf die Anfragebeantwortung des Landeshauptmannes an den Kollegen Ulram, glaube ich, die gestern eingelangt ist, wo gerade zum Thema Nachlassgewährung doch einiges herauszulesen ist. Es ist ganz generell klar, dass es in der Wohnbauförderung auch legistisch regelmäßig zu Anpassungen und Änderungen kommen muss, weil sich auch die Umstände und Rahmenbedingungen laufend verändern.

Es ist natürlich auch ganz generell klar und Kollege Kölly hat ja wirklich einige Punkte angesprochen, berechtigterweise, es ist natürlich auch ganz generell klar, dass die Herausforderungen im Bereich Wohnbauförderungen nicht kleiner werden. In diesem Sinne ist auch davon auszugehen, wer von seinem Blick ins Koalitionsübereinkommen, wo es im Übrigen auch zahlreiche Feststellungen zur Wohnbauförderung gibt.

In diesem Sinne ist davon auszugehen, dass sowohl Regierung als auch Regierungskoalition ihrer Verantwortung nachkommen werden und in der laufenden Periode natürlich auch die eine oder andere legistische Adaptierung, Anpassung vornehmen werden.

Bis dahin, meine Damen und Herren, liegt die Wohnbauförderung bei dieser Landesregierung in guten Händen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Tagen war eine Veranstaltung auf der Burg Schlaining, wo es darum gegangen ist, Rückblick wie auch den Ausblick auf die Dorferneuerung zu halten. Dorferneuerung ist wichtig, war in der Vergangenheit wichtig, wird auch in der Zukunft sehr wichtig sein.

Gott sei Dank haben doch viele Gemeinden die Möglichkeit auch genutzt, die finanziellen Mittel aus diesen Töpfen einfach abzuholen, um einfach eine Belebung ihrer Gemeinde bewerkstelligen zu können. Da geht es natürlich auch im Kern darum, dass man Ortskerne beleben kann, und dass sich einfach auch für die Weiterentwicklung einer Gemeinde einiges tut.

Wenn man umgekehrt aber auch sieht, dass man dort einerseits Förderungen erlangen kann und auf der anderen Seite, und da nehme ich natürlich den Bund oder die Bundesregierung nicht aus, eine Recyclingbaustoffen-Verordnung beschlossen wird, die mit 1.1.2016 zu tragen kommt. Wo nicht mehr Recyclingmaterial Recyclingmaterial ist, wo deponiert werden muss, wo Kosten zusätzlich anfallen.

Wo mit 1.1.2017 eine Verdreifachung der Gebühren angedacht wird, dann muss ich sagen, dann können wir wahrscheinlich fördern was wir wollen, wird wahrscheinlich das wieder auf der anderen Seite durch Abbruchmaßnahmen wieder aufgefressen werden.

Da muss man eigentlich nicht nur von Bürokratieabbau und von Kosten und Gebührenbremse reden, sondern auch einfach dort etwas in diese Richtung tun.

Genauso ist, wenn wir den Handwerkerbonus für das Frühjahr 2016 haben, finde ich toll. Könnte natürlich höher sein, und ich glaube, wenn man den auch in Zukunft verdoppeln würde, würde man vielleicht auch gerade in den Wintermonaten weitaus mehr Anreiz für die Firmen beziehungsweise für die Auftraggeber schaffen.

Unter dem Strich muss man dann sagen, zur Wohnbauförderung, ebenfalls eine Forderung zur Schaffung von vier Wänden, wo es, da sind wir uns alle einig, wichtig ist, für alle Häuselbauer, für alle Wohnungswerber, für die Sanierer, für die Käufer von Altbauten. So ist es natürlich unabdingbar oftmals ohne eine Wohnbauförderung, wie heute schon angesprochen worden ist, keine eigenen vier Wände zu schaffen.

Für viele ist es aber, da bin ich wieder bei der Bürokratie und bei Auflagen, die geschaffen worden sind, für viele schon uninteressant geworden, nicht nur wegen dem bürokratischen Aufwand, sondern einfach, weil die energetischen Auflagen schon so hoch geworden sind, wo man sagt, ob ich mir das überhaupt antue, wenn ich vielleicht nur mehr 20.000 oder 25.000 Euro Wohnbauförderung erhalte als Einzelperson.

Oder genauso als Familie, dass ich sage, das ist für mich uninteressant, dass ich sage, das will ich gar nicht mehr in Anspruch nehmen oder ich finanziere das am freien

Markt, wo der Herr Molnár ja davon überzeugt ist, dass der freie Markt teurer ist als die Wohnbauförderung.

Gleichzeitig hat man aber einen zweiten Energieausweis eingeführt. In der Anfragebeantwortung, die gestern eingelangt ist, wird das so begründet, dass nach Einlangen eines Einreichplanes mit dem dementsprechenden Energieausweis der Nachweis noch einmal erbracht werden muss, dass die Ausführung dementsprechend gemacht worden ist.

Widerspricht sich eigentlich, weil wenn ich schon einmal das berechnet habe und in Wahrheit am PC das wieder berechnet wird und nicht einer schaut jetzt, wie die Fassade ist und so weiter, so ist es eigentlich in einer Hand, dass mit dem Schlussüberprüfungsprotokoll eigentlich auch die dementsprechende Ausführung bestätigt wird, dass der Bauwerber seines auch für die Wohnbauförderung die Voraussetzung in diesem Fall gerecht geworden ist.

Das Zweite, dazu habe ich vorher kurz angesprochen, die energetischen Zahlen dazu, also eine weitere Senkung der Energiekennzahl für die Erlangung einer Wohnbauförderung ist eigentlich undenkbar, weil wir jetzt schon so weit unten sind, dass es eigentlich kaum mehr möglich ist, dementsprechend mit den finanziellen Mitteln seine eigenen vier Wände zu bauen.

Da bin ich auch bei der Zinssenkung. Es ist heute schon davon gesprochen worden, ob das leistbar oder nicht leistbar ist.

Ich glaube, das ist auch nichts Neues und da sind wir jetzt auch nicht Vorreiter, auch wenn wir das sofort machen würden. Würde ich zwar vorschlagen, aber wird wahrscheinlich dementsprechend nicht passieren. Eine Zinssenkung bei bestehenden Verträgen, die man zum Beispiel auf ein Prozent senkt und bei Neuverträgen auf null Prozent senken kann, so hat das beispielsweise auch das Land Tirol mit Landeshauptmann Platter sehr wohl vor einiger Zeit schon vorgezeigt, vor einigen Monaten, dass es sehr wohl möglich ist und auch durch finanzielle und budgetäre Maßnahmen finanziert werden kann.

Die Zweckbindung der budgetär vorgesehenen Mittel ist natürlich ein entscheidender und wesentlicher Punkt. Damit bin ich schon bei einem entscheidenden Punkt und einer Forderung dafür, die Förderungsgrundlage, den Betrag davon und den Gründerungssteigerungsbetrag zu erhöhen.

Ein Beispiel liegt eigentlich im Budget schon nahe, zumal in der Anfragebeantwortung zu den 124 Millionen Euro, die im Budget veranschlagt sind, 124 Millionen, knapp 90 Millionen, im Jahr 2014 ausgeschüttet worden sind. Wenn ich das linear weiterführe, dann ist es ein Überschuss im Budget, was eigentlich sein sollte auf dieser Budgetpost, von 34 Millionen Euro.

Gleichzeitig wurden 2014 mit diesen 90 Millionen Euro 3.438 Wohneinheiten gefördert. Wenn ich da jetzt die gerade Summe hernehme, sind das genau 10.000 Euro.

10.000 Euro, die im Durchschnitt den Grundbetrag erhöhen kann oder wo ich eigentlich einem Förderungswerber diese weggenommen habe.

Und wenn ich das jetzt im Negativen sehe, sind das die 10.000 Euro pro Förderungswerber oder pro Wohneinheit, die die Budgetlöcher anscheinend gestopft werden oder anderes verwendet werden, zweckentfremdet werden, nicht für den sozialen oder für den Wohnbau im eigentlichen Sinne gemacht wird und das sind auch die 10.000 Euro, die man eigentlich nach der Budgetpost relativ einfach hernehmen könnte, um das

Budget ausschöpfen zu können, um einfach die Grundbeträge im Kindersteigerungsbetrag, wie auch den Förderungsgrundbetrag um das zu erhöhen.

Das wäre eine kräftige Erhöhung um 25 Prozent beim Grundbetrag und dementsprechend könnte man alle anderen Maßnahmen auch erhöhen und das Budget hätte eigentlich nicht wirklich ein Problem damit.

So darf ich demnach auch einen Abänderungsantrag einbringen, auch wenn manche Punkte gleich sind, Herr Kollege Kölly, trotzdem erweitert, so darf ich auch bitten um die Zustimmung dafür. Der Antrag ist dementsprechend den Fraktionen zugegangen.

Ich darf die Beschlussformel vorlesen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert unter Einbeziehung aller im Landtag vertretenen Parteien, einen Entwurf zur Änderung des Bgld. Wohnbauförderungsgesetzes 2005 auszuarbeiten, der zumindest folgende Punkte umfasst:

Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel;

Wiedereinführung der vorzeitigen Rückzahlung;

weitere Zinssenkung bei bestehenden Verträgen und null Prozent Verzinsung bei Neuverträgen;

keine Rückzahlungssprünge bei laufenden Darlehen;

Abschaffung des zweiten Energieausweises bei Fertigstellung;

eine weitere Senkung der Energiekennzahl für die Erlangung von Wohnbauförderungsmitteln;

Erhöhung des Förderungsgrundbetrages von 40.000 Euro auf 60.000 Euro;

Erhöhung des Kindersteigerungsbetrages von 11.000 Euro auf 16.500 Euro pro Kind.“ Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Der mir so eben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs.3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf kurz auch auf den Kollegen Kölly eingehen.

Kollege Kölly, Sie haben mich sehr oft in Ihrer Rede erwähnt. Mir ist dabei ein Zitat eingefallen als Historiker von Egon Friedell, der seinerzeit gesagt hat … *(Abg. Manfred Kölly: Sag mir, wer das ist.)* Ich sage Dir nur das Zitat über Otto von Bismarck. Er hat gemeint, Napoleon III. sei das rote Tuch vor dem gallischen Stier:

Und der hat dann dem Bismarck beziehungsweise den Preußen und Deutschland den Krieg angesagt aus einem nichtigen Grund, der nichtige Grund war eine Falschinterpretation der Emser Depesche und ich hoffe, Sie sagen auch, wir sind nicht das rot-blaue Tuch vor dem Deutschkreutzer Stier und sagen uns den Krieg an. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* Viele Ihrer Interpretationen sind schon sehr fragwürdig. *(Abg. Manfred Kölly: Nein!)*

Insgesamt kann man sagen, die Opposition eröffnet das politische Jahr 2016 genauso inhaltsleer wie sie das Jahr 2015 beendet hat.

Die Wortmeldungen und Ausführungen sind geprägt von Alibiforderungen und Schmähparaden. Ob Ihrer eigenen politischen Unzulänglichkeit wollen Sie dem Zuhörer nur vermitteln, dass im Burgenland sowieso vieles schlecht sei *(Abg. Manfred Kölly: Nein, im Gegenteil!)* und Sie wollen auch die wirklich beste Wohnbauförderung Österreichs *(Abg. Manfred Kölly: Alles gelogen. Aufpassen!)* schlechtreden.

Um dem entgegenzuhalten, ist ganz einfach - und Statistiken beweisen es ganz einfach -, dass das Burgenland österreichweit das höchste Wirtschaftswachstum hat, *(Abg. Manfred Kölly: Nicht mehr.)* die Kaufkraft der Burgenländerinnen und Burgenländer dementsprechend gestiegen sind. Wir sind Bildungsland Numero eins. Wir sind ein Vorzeigeland bei der erneuerbaren Energie und das Burgenland hat auch die beste Wohnbauförderung. Das kann man statistisch belegen!

Gemessen an der Bevölkerung verfügen wir über das höchste Wohnbauförderungsbudget. Im heurigen Jahr stehen dazu rund 125 Millionen Euro bereit, das sind immerhin elf Prozent des Gesamtbudgets.

Wenn wir einen Bundesländervergleich machen, Herr Kollege Kölly, so stellen wir fest, dass das Wohnbaubudget bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Burgenländer sehr hoch ist, nämlich 435 Euro, damit liegen wir an zweiter Stelle in Österreich. Ins Hinterfeld geraten ist zum Beispiel Kärnten und Niederösterreich mit 259 Euro, also mehr als zwei Drittel, mehr als in Niederösterreich und das sind Zahlen, die sich sehen lassen können. *(Abg. Manfred Kölly: Was gibt wann wirklich aus?)*

Laut Statistik Austria sind im Burgenland die Mieten am allerniedrigsten und das Wohnen dadurch auch am leistbarsten. Durchschnittlich geben die Österreicher 29 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens fürs Wohnen aus. Im Burgenland ist dieser Wert auch deutlich niedriger, hier liegt dieser bei 14 Prozentpunkten.

Landeshauptmann Hans Niessl hat in der Vergangenheit immer wieder Beispiele aus den Randgemeinden zu Niederösterreich und zu der Steiermark erwähnt. Insbesondere Bruckneudorf im Norden und Neustift an der Lafnitz im Süden, die einen großen Zuzug aus anderen Bundesländern haben, und nicht weil es nicht nur schön ist im Burgenland, sondern weil wir hier billig bauen können, weil wir günstige Wohnungen haben und weil es im Burgenland die höchste Wohnbauförderung in Österreich gibt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Es muss natürlich auch bei den ganzen Ausgaben erwähnt werden, dass die burgenländische Wohnbauförderung auch das betreute Wohnen unterstützt und auch ein Teil der insgesamt - wir haben es heute schon gehört - 2.142 Pflegeplätze wurde mit Unterstützung der Wohnbauförderung errichtet und davon, Kollege Kölly, haben auch die burgenländischen Gemeinden dementsprechend profitiert. *(Abg. Manfred Kölly: Wieso?)*

Die Bilanz der burgenländischen Wohnbauförderung ist beachtlich. Immerhin sind es 36.800 Wohnbauverträge, die mit Burgenländerinnen und Burgenländern abgeschlossen wurden, und das ist ein Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro.

Wir haben vor allem auch für die Menschen, die weniger Geld haben, sogenannte Eigenmittelersatzdarlehen, das hat nicht jedes Bundesland. Im Burgenland gibt es auch die sogenannte Wohnbeihilfe für all jene, die ein sehr geringes Einkommen haben.

Leistbares Wohnen wird auch durch die Einführung der Starterwohnungen beziehungsweise durch Junges Wohnen dementsprechend im Burgenland ermöglicht.

Ein weiterer wichtiger Schritt zum leistbaren Wohnen wird auch im Raumplanungsgesetz dementsprechend festgehalten mit einer speziellen Widmungsart für den sozialen Wohnbau. Damit ist auch der Quadratmeterpreis für Grundstücke relativ gering.

Das Land Burgenland ist im Bereich der Sicherheit auch - es ist wichtig, dass auch in der Wohnbauförderung auf Sicherheit bedacht wird - im Sicherheitsbudget sind 21 Millionen und die burgenländische Wohnbauförderung leistet hier auch einen Beitrag für Alarmanlagen, für Videoüberwachung. Wir sind das einzige Bundesland in Österreich, welches nicht nur die Sicherheitstüren im sozialen Wohnbau fördert, sondern auch die Sicherheitstüren bei Einfamilienhäusern.

Gemäß dem Leitbild des Landes „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ setzt die burgenländische Wohnbauförderung seit vielen Jahren auf Ökologisierung beim Wohnbau. Ein wichtiges Anliegen ist auch die Schaffung von Barrierefreiheit, um auch in der Zukunft für alle Lebenslagen gerüstet zu sein.

Die Wohnbauförderung ist auch im Burgenland ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie schafft und sichert Arbeitsplätze im Land und eine Studie belegt, dass jeder Euro an Förderung in etwa das Dreifache an privaten Investitionen auslöst. Das bedeutet für das heurige Jahr mit 125 Millionen Euro Förderungen ein Investitionsvolumen im Ausmaß von rund 377 Millionen Euro. Ich glaube, das ist ein wichtiger Motor für die Wirtschaft, vor allem für die Bauwirtschaft.

Ein wichtiger Aspekt für den Arbeitsbereich, für die Wirtschaft ist auch „ Wir bauen burgenländisch“. So vergeben die vier Genossenschaften im Land rund 90 Prozent ihrer Aufträge im Sinne der Initiative an heimische Betriebe. Damit werden nicht nur Arbeitsplätze im Land gesichert und geschaffen, sondern auch heimische Qualität garantiert. Es wird damit auch einem Lohn- und Sozialdumping vorgebeugt.

Arbeit und Geld bleiben somit im eigenen Land. Die burgenländische Wirtschaft wird auch in diesem Jahr durch die Sonderförderaktion „Burgenländischer Handwerkerbonus“ dementsprechend angekurbelt. Es werden Arbeitsleistungen, die zwischen dem 1.1.2016 und dem 31.3.2016 erbracht werden, gefördert. Die maximale Förderhöhe ist 5.000 Euro.

Ich darf dem Kollegen Ulram sagen, Sie kritisieren hier den Handwerkerbonus, wollen ihn sogar verdoppeln, ich glaube, 5.000 Euro ist eine recht schöne Summe. Richten Sie Ihrem Herrn Finanzminister aus, dass er diese Sache im Bund gestrichen hat, im Bund waren es übrigens nur 600 Euro.

Ich darf nun auch kurz auf einige von den Oppositionsparteien geforderten Punkte eingehen und zu diesen Forderungen muss jedoch gesagt werden, dass sie im Großen und Ganzen den erfolgreichen Weg der burgenländischen Wohnbauförderung, der besten Wohnbauförderung Österreichs, gefährden würden. Daher halte ich, wie schon eingangs erwähnt, diese Forderung für Alibiforderungen, die zu einer Verschlechterung der Situation führen würden.

Ganz kurz zur Zweckbindung bei Wohnbaudarlehen wäre Folgendes zu sagen: Bis zum Jahr 2008 hat das Burgenland jährlich rund 51,2 Millionen Euro an Bundesmittel zweckgebunden für die Wohnbauförderung erhalten. Das vom Land zur Verfügung gestellte Förderungsbudget war damals schon doppelt so hoch, als der vom Bund dafür vorgesehene Betrag. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Seit der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes wird nunmehr der Bundesanteil an der Wohnbauförderung über die Bedarfszuweisungen ausbezahlt und ist somit in den

Ertragsanteilen enthalten. Es ist daher nicht mehr möglich exakt zu definieren, wie viel der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich für den Wohnbau vorhanden sind.

Jegliche genannte Zahl ist nur eine Annahme und nicht belegbar. Belegbar, meine Damen und Herren ist, dass das Land im Jahr 2016 wiederum mehr als 125 Millionen Euro für den Wohnbau zur Verfügung stellt und daran soll sich auch zukünftig nichts ändern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Wie kommst Du auf den Betrag von 125 Millionen Euro im Wohnbau? Wie?)*

Das Ziel muss sein, leistbares Wohnen auch künftig zu garantieren, Herr Kollege. Zur Niedrigzinsgarantie wäre folgendes zu sagen: Aufgrund des historisch tiefen Zinsniveaus hat das Burgenland schon frühzeitig darauf reagiert. In der Sitzung vom 27.1.2016 wurde beschlossen, dass in den Jahren 2015 bis 2017 die Niedrigzinsgarantie von 1,5 Prozentpunkten für jene zugesicherten Wohnbaudarlehn zu gewähren sind, die in diesem Zeitraum in die dritte Zinsperiode fallen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dadurch verlängert sich zum einen nur die durchschnittliche Laufzeit der zugesicherten Darlehen um rund ein Jahr. Dem Land entsteht dadurch aber kein Verlust und das ist wichtig, dass dem Land dadurch kein Verlust entsteht und das man weiterhin dementsprechend fördern kann.

Alle anderen Spekulationen, und das wurde schon erwähnt, wie, zum Beispiel, eine null Verzinsung oder eine Zinssenkung der bestehenden Verträge würde das Ende unserer sehr guten Wohnbauförderung bedeuten. Das heißt, wenn wir weniger Rückflüsse haben, können wir aktuell auch weniger bauen, die Baustoffhändler verkaufen weniger Materialien, die Baufirmen haben weniger Aufträge und die Mieten steigen an.

Wer diesen Weg gehen will, der soll ihn gehen, aber man zerstört damit die beste Wohnbauförderung Österreichs, schädigt damit die Bauwirtschaft und den Baustoffhandel und schädigt ganz eindeutig die Burgenländerinnen und Burgenländer und gefährdet damit viele Arbeitsplätze. *(Abg. Manfred Kölly: Der glaubt das wirklich. Er redet so einen Unsinn.)*

Der verantwortungsvolle Weg ist, zinsengünstige Darlehen zur Verfügung zu stellen, entsprechende Rückflüsse zu haben *(Abg. Manfred Kölly: Für das Budget.)* und durch diese Rückflüsse neue Wohnungen zu bauen. Von diesem Kreislauf hat man heute schon gesprochen.

Der Herr Landeshauptmann hat das auch in vergangenen Landtagssitzungen erwähnt, denn dieser Kreislauf ist letztendlich in allen Bundesländern das Erfolgsrezept einer seriösen Wohnbauförderung. Durch diesen Kreislauf von Darlehensvergaben und Rückflüssen ermöglichen wir auch zukünftigen Generationen ein leistbares Wohnen im Burgenland.

Wer es nicht verstehen will noch einmal ganz einfach, das ist ein Geben und Nehmen. Ein Geben auf sehr hohem Niveau, das sehr facettenreich ist, das zeitgemäß ist und ein Nehmen, das sind eben die Zinsen, die aber sozial verträglich sind. Dieses Rad muss man beibehalten.

Insgesamt muss man sagen, dass die burgenländische Wohnbauförderung, Landeshauptmann Hans Niessl ist in den letzten 15 Jahren dafür verantwortlich gewesen, eine der besten in ganz Österreich ist, denn sie ist sozial und ökologisch ausgewogen, sie sichert aber auch zukünftigen Generationen leistbares Wohnen in hoher Lebensqualität.

Wir werden deshalb unserem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist von der Regierungsbank der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurde auch heute viel über die Wohnbauförderung gesprochen. Ich darf auch in diesem Bereich die Fakten jetzt sprechen lassen, weil durch diese Fakten viele der Wortmeldungen oder zumindest einige der Wortmeldungen sehr relativiert werden.

Konkret der Vergleich des Burgenlandes mit den anderen Bundesländern und das ist das Entscheidende, nämlich, welches und wieviel Geld kommt bei den Menschen an, denn das ist ja das Wichtigste. Man kann wieder sehr viel reden, wie in anderen Bereichen auch, nur ist Substanz etwas anderes. Neubau eines Eigenheims, ein Ehepaar, zwei Kinder unter 16 Jahren.

Also, eine Familie baut ein Eigenheim, zwei Kinder unter 16 Jahren. Jahreseinkommen 23.000 Euro und jetzt vergleichen wir. Diese Familie bekommt im Burgenland 74.000 Euro Wohnbauförderung, in Niederösterreich 49.300 und in Kärnten 58.070. *(Abg. Manfred Kölly: Kärnten zahlt so viel?)*

Das ist also unsere Wohnbauförderung, die wir auch mit anderen Bundesländern noch vergleichen können. *(Abg. Manfred Kölly: Tirol?)* Wir können das gerne das nächste Mal nachholen. *(Abg. Manfred Kölly: Das nächste Mal, also?)*

Ich habe die Zahlen jetzt nicht da, aber es kommt das nächste Mal dazu, aber wir werden uns auch nicht hinter Tirol verstecken. Das kommt bei der nächsten Anfragebeantwortung dann noch dazu. Dann kommt zu diesen Bundesländern auch Tirol dazu. 74.000 Euro im Burgenland, Niederösterreich, das Nachbarbundesland, 49.300 Euro, Kärnten 58.070 Euro. Ich werde mir mit Freude auch Tirol heraussuchen.

Das Nächste sind die Zinssätze. Die Laufzeiten waren damals 32 Jahre und vor 27 Jahren hat der Zinssatz, wenn man sich einen Kredit genommen hat, sieben, acht und neun Prozent betragen. Bei uns hat das Wohnbaudarlehn damals ein Prozent betragen.

Das ist dann auf 1,25 Prozent gestiegen. Dann wäre es auf 2,5 Prozent gestiegen und dann haben wir gesagt, wir lassen es bei 1,5 Prozent, weil wir damit noch immer einen sehr günstigen Zinssatz haben.

Warum? Weil, zum Beispiel, das Bauspardarlehen 2,1 Prozent Zinsen beträgt. Oder banküblich, wenn man sich ein Bankdarlehen auf 20 Jahre nimmt, dann ist bei 40.000 Euro 2,6 Prozent in etwa der Zinssatz. *(Abg. Manfred Kölly: Falsch!)* 2,1 Prozent der Zinssatz, gut *(Abg. Manfred Kölly: 1,7 Prozent bekomme ich sofort.)*. Insofern sind wir noch immer besser als die Bankdarlehen, weil wir 1,5 Prozent haben. *(Abg. Manfred Kölly: Was ist das für ein sozialer Wohnbau?)*

Wenn Sie uns das also auch bringen, dann muss man sagen, gut, dann können Sie die Vermittlertätigkeit neben ihrem Beruf auch für die Bankdarlehen machen. *(Abg. Manfred Kölly: Das nennt sich sozialer Wohnbau? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Insofern sind wir deutlich billiger als die Bauspardarlehen, wir sind billiger als die Bankdarlehen und wir geben vor allen Dingen 74.000 Euro und die anderen Bundesländer geben deutlich weniger. Wenn wir jetzt sagen, wir lassen nochmal die Zinsen weg, 20 Millionen Euro kommen im Jahr noch durch die Annuitäten herein und da sind rund zehn Millionen Euro in Summe von den 36.000 Darlehen, die wir ausständig haben, zehn Millionen Zinsen dabei.

Jetzt kann man natürlich sagen, lassen wir die zehn Millionen weg. Wir sind großzügig, lassen wir die Darlehen auch gleich weg. Ja, dann schenken wir das Geld eben her und wir gehen mit dem Bauchladen durch das Land. Was ist die Folge? 30 Millionen Euro bekommen die Genossenschaften minus zehn Millionen Euro, bedeutet, dass sie nur mehr 20 Millionen bekommen. Wir bauen also um ein Drittel weniger Wohnungen im Burgenland.

Die Frage ist, ob wir das wollen. Will der Landtag wirklich, dass wir auf zehn Millionen verzichten und um ein Drittel weniger Wohnungen im Burgenland bauen? Das sind die unmittelbaren Auswirkungen, weil, woher sollen wir das Geld nehmen? Wir haben in der Vergangenheit 54 Millionen Euro für die Wohnbauförderung bekommen, 125 Millionen Euro haben wir jetzt schon.

Nehmt vom Budget noch einmal zehn dazu und macht eben jedes Jahr zehn Millionen Euro Schulden dazu. Da habe ich ohnehin schon die Auflistung, was da alles schon an zusätzlichen Ausgaben und an Verschuldung des Landes gefordert wurde. Nur, Geld ist keine unbegrenzte Größe, denn man muss sagen, woher nimmt man es?

Vorschläge? Ich habe heute keinen einzigen Vorschlag gehört. Ich habe heute viele Vorschläge gehört, wie man mehr Geld ausgibt, kein einziger war dabei wo man sagt, wo nehmen wir das Geld her? *(Abg. Manfred Kölly: Einsparungen! Einsparungen! – Abg. Doris Prohaska: Wo?)*

Ja, na konkret? *(Abg. Manfred Kölly: 20 Millionen Euro, alleine bei der Landesregierung in einer Periode. Zwei Landesräte weniger, bedeutet 20 Millionen Euro weniger.)* Jetzt müssen Sie auch dazu sagen, den Landtag verkleinern, denn dann ist Ihr Kollege nicht mehr dabei. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sagt denn das? Wer denn? Da gibt es dann von Euch weniger! Das ist der Unterschied! Ich habe damit kein Problem!)*

Das Problem ist, wenn wir zehn Millionen weniger haben, dann bauen wir um ein Drittel weniger Wohnungen und das ist nicht im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer. Das verteuert die Mieten, denn wir haben im Burgenland, laut Statistik Austria, die niedrigsten Mieten aller österreichischen Bundesländer, weil wir die beste Wohnbauförderung aller österreichischen Bundesländer haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Von diesem Weg weiche ich nicht gerne ab, weil ich habe verantwortungsvoll 15 Jahre die Wohnbauförderung betreut, Impulse gesetzt und wir haben alle Beschlüsse im Wohnbauförderungsbeirat in der Vergangenheit mit der ÖVP und auch in der Gegenwart mit der FPÖ einstimmig beschlossen. Das ist der Beweis, dass es eine verantwortungsvolle Vorgangsweise ist, damit wir für die nächsten Generationen die Wohnbauförderung absichern.

Wenn wir jetzt das Geld herschenken, wie das manche vielleicht wollen, dann wird die nächste Generation das Problem haben, dass es diese Form der ausgezeichneten Wohnbauförderung nicht mehr gibt und das ist für eine verantwortungsvolle Politik kein gangbarer Weg.

Aber ich bin froh, dass in der Vergangenheit dieser verantwortungsvolle Weg gegangen wurde und dass in der Gegenwart auch durch den neuen Regierungspartner dieser verantwortungsvolle Weg weitergegangen wird, weil, damit sichern wir die burgenländische Wohnbauförderung für die nächste Generation ab und das ist für mich die erste Priorität. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn er sagt, wo ist das Geld noch hingekommen, außer in den Wohnbau, dann haben wir natürlich viele Bereiche, wo das Burgenland fördert. Sie werden kein anderes

Bundesland finden, das erneuerbare Energie in diesem Umfang fördert, wie das Burgenland. Auch im Einfamilienhausbau.

Wir haben auch bis zum 31. März eine Aktion laufen, wo jede Gemeinde bis zu 20 Kilowatt Peak auf das Gemeindehaus oder auf ein Gemeindegebäude installieren kann und für diese 20 Kilowatt Peak gibt es 15.000 Euro Cash.

Sie werden kein Bundesland finden, wo eine derartige Aktion realisiert und umgesetzt wird. 40 Gemeinden haben das bereits in Anspruch genommen und wir haben fast täglich weiter Nachfragen, denn das ist eine sehr gute Aktion.

Wir fördern die Wärmepumpen, wir fördern den Fernheizwerkanschluss, wir fördern die Kraftwärmekupplung, wir fördern die Speicherungen, wir fördern die Photovoltaik Anlagen. Das geht natürlich alles von der Wohnbauförderung weg. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben den Handwerkerbonus und da bin ich sehr froh, dass der angesprochen wurde. Der Herr Wirtschaftsminister hat den österreichischen Handwerkerbonus ins Leben gerufen. Er wurde gelobt - eine sehr gute Aktion. Ich glaube auch, dass sie gut ist, nur gibt es ganz gravierende Unterschiede. Der Wirtschafts- und der Finanzminister geben für den österreichischen Handwerkerbonus Cash maximal 600 Euro und es ist eine gute Aktion.

Wir im Burgenland haben den Burgenländischen Handwerkerbonus und es gibt nicht 600 Euro Cash sondern 5.000 Euro Cash. Insofern ist der Vergleich zwischen dem Land Burgenland und dem Wirtschaftsministerium ein sehr eindeutiger zu Gunsten des Landes Burgenland. Natürlich muss man dazu sagen, dass es der Wirtschaftsminister im Sommer macht.

Wir machen es im Winter, was natürlich schwieriger ist, das Haus zu sanieren, aber es wird dieser Handwerkerbonus sehr gut angenommen. Wir haben sehr viele Nachfragen, Anrufe, Informationen bei der Messe in Oberwart und sogar österreichweit ist das in entsprechenden Fachsendungen auch im ORF dokumentiert worden, dass gerade gegen die Winterarbeitslosigkeit dieser Burgenländische Handwerkerbonus, wo man das auch mit Firmenrechnungen belegen muss, damit auch Beschäftigungseffekte erreicht werden, das der eingeführt und auch umgesetzt wurde.

Gut für die Firmen, gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ein Vergleich, den man sehr gerne anstellt, weil zwischen 600 Euro Cash des Wirtschaftsministers und 5.000 Euro des Landes Burgenlands, da ist schon einiges dazwischen.

Wir haben das Eigenmittelersatzdarlehn, die Wohnbeihilfe, die in entsprechender Form ausbezahlt wurde - ich will das gar nicht alles wiederholen. Oft ist es so, dass die Leute Eigenmittelersatzdarlehen bekommen und auf der anderen Seite, wenn sie eingezogen sind, um das Eigenmittelersatzdarlehen zurückzahlen zu können, die Wohnbeihilfe bekommen, damit sich wirklich praktisch jeder im Burgenland diese Wohnung leisten kann.

Wenn man sagt, die Auflagen sind groß, dann stimmt das, aber die hat wieder der Bund uns durch eine 15a Vereinbarung in entsprechender Form vorgeschrieben. *(Abg. Manfred Kölly: Da spielt sich was ab!)* Es ist nicht unsere Bestrebung, dass man die Bodenplatten in einem Einfamilienhaus mit einem 30iger Styropor abdämmen muss, *(Abg. Manfred Kölly: Genau!)* dass man die Kelleraußenwand mit entsprechender Stärke abdämmen muss, sondern dass sind Auflagen, die wir bekommen haben, wo es bereits von uns die ersten Anträge bei den Wohnbaureferententagungen gibt und auch bei den politischen Referenten, dass wir diese 15a Vereinbarung lockern müssen.

Ja, wir müssen mit dem Bund hier von den Auflagen herunterkommen, damit durch diese Auflagen sich der Einfamilienhausbau nicht in der Form verteuert, wie das der Fall ist. Ich bin neugierig, was der Bund und der Finanzminister hier mit der Wohnbauoffensive zusammenbringen, wofür sie eine eigene Bank gegründet haben und wo ich sage, es wäre besser gewesen, die würden uns die Auflagen reduzieren, das Geld den Ländern geben und wir stellen das den Wohnbaugenossenschaften zur Verfügung.

Es wird auf Bundesebene eine eigene Bank gemacht, die wieder das Sonderförderwohnbauprogramm abwickelt und da werden sie wieder Auflagen haben, also zusätzliche Bürokratie, auch das ist ein Fehler.

Wenn Sie also mit dem Herrn Wirtschaftsminister reden, dann sagen Sie ihm, welchen tollen burgenländischen Handwerkerbonus wir haben. Wir wollen, dass von ihm weniger Auflagen ausgehen und wenn er eine zusätzliche Bank wieder gründen muss, dann soll er froh sein, dass er die Bank nicht hat, weil mit den Banken hat er sowieso teilweise schlechte Erfahrungen gemacht und wir hätten das gerne kostenneutral, ohne das er uns etwas bezahlt hätte, gerne im Rahmen unserer Verwaltung, im Rahmen unserer Wohnbauförderung und mit den niedrigsten Mietpreisen in Österreich abgewickelt.

Da werden wir uns einsetzen und werden schauen, wie wir von den Auflagen herunterkommen. Damit wir die Wohnungen über die Genossenschaften auch kostengünstig zur Verfügung stellen können. Vielleicht machen wir den einen oder anderen Call, denn das habe ich jetzt auch in den letzten Wochen und Tagen sehr intensiv mit einigen Leuten diskutiert, wie man und welche Genossenschaft auch die niedrigsten Mietpreise bieten kann.

Insofern werden wir uns das also überlegen, auch auszuschreiben. Ein neuer Weg über einen Call auf die Mietpreise zu drücken und da werden auch die Gemeinden, nehmen ich an, sehr kooperativ sein, weil natürlich auch ein Teil der Mietpreise über die Grundpreise mitfinanziert werden muss. *(Abg. Manfred Kölly: Rücklagen!)*

Also jene Gemeinden, die sehr preisgünstige Grundstücke haben. Genossenschaften, die auch sehr preiswert bauen, werden bei diesem Call vielleicht als Pilotprojekt von 40 bis 50 Wohnungen einmal errichten und dann werden wir schauen, ob wir auf einen Mietpreis vielleicht von unter fünf Euro Quadratmeter kommen. *(Abg. Manfred Kölly: In Nikitsch kostet er 2 Euro pro Quadratmeter. 2 Euro pro Quadratmeter.)* Ja, wenn die im Call mit dabei sind, aber sie müssen erstens einmal gewidmet sein. *(Abg. Manfred Kölly: Alles aufgeschlossen! Ich zeige es Euch gerne.)*

Zweitens einmal muss ein Bedarf an Wohnungen sein, weil natürlich 50 Prozent der Wohnungen - bevor wir anfangen zum Bauen - vergeben sein müssen. Das muss alles im Call enthalten sein und aufgrund des Calls werden wir schauen, dass wir die Mitpreise herunterbringen, dass wir auch in den nächsten Jahren, sparsam, effizient mit der Wohnbauförderung umgehen und dass wir die niedrigsten Mietpreise in Österreich haben, was zurzeit der Fall ist.

Beim Einfamilienhausbau zwischen 74.000 Euro im Burgenland und 49.000 Euro in Niederösterreich liegen sowieso Welten, denn da sind wir sowieso auch die besten.

In diesem Sinn müssen wir auf die Wohnbauförderung für diese Generation und auch für die nächsten aufpassen. Ich danke allen, die für diesen Weg, für den verantwortungsvollen Umgang mit der Wohnbauförderung, auch Verständnis zeigen und diesen Weg mittragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu dieser Tagesordnung liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Markus Ulram eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Wohnbauförderung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassen mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 9) betreffend Änderung der Vignettenpflicht für Fahrzeughalter mit Wechselkennzeichen (Zahl 21 - 9) (Beilage 245)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 9. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 9, betreffend der Änderung der Vignettenpflicht für Fahrzeughalter mit Wechselkennzeichen. Zahl 21 - 9,Beilage 245.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Kovasits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Gerhard Kovasits: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung der Vignettenpflicht für Fahrzeughalter mit Wechselkennzeichen, in seiner 2. Sitzung und abschließend in seiner 6. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Jänner 2016, beraten.

Ich wurde in der 6. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung der Vignettenpflicht für Fahrzeughalter mit Wechselkennzeichen, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter. *(Abg. Manfred Kölly: In aller Kürze!)*

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum vorigen Punkt doch ein paar Worte. Es ist schon interessant. Es hätte niemand über die Wohnbauförderung gesprochen, wenn nicht wir seitens des Bündnis Liste Burgenland einen Antrag eingebracht hätten und siehe da, es kommt wieder etwas Positives dabei heraus. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Herr Landeshauptmann stellt sich hier her und sagt, er wird sich dafür verwenden, oder im Bund soll man sich dafür verwenden, dass man den einen oder anderen Punkt weglassen kann. Damit haben wir in der ganzen Situation doch schon wieder einmal etwas erreicht. *(Ein Zwischenruf des Landesrates Helmut Bieler)*

Herr Landesrat Bieler! Du kannst reden was Du willst, das interessiert ohnehin niemanden, denn eines ist wichtig: Der Herr Landeshauptmann hat klipp und klar gesagt, er wird sich dafür verwenden und wir sollen uns dafür verwenden, dass diese Wohnbaufördergeschichten im Bund endlich mit diesen Auflagen wegkommen.

Wir werden uns gemeinsam anstrengen - auch die ÖVP, denke ich, mit ihrer Ministerin. Vielleicht schaffen wir es gemeinsam. Aber, ich denke mir immer, der Herr Landeshauptmann ist ja so wichtig bei den ganzen Verhandlungen. Das haben wir heute schon gehört. Überall ist er mit dabei, aber ich frage mich, warum er sich nicht dort oder da durchsetzen kann?

Bei ein paar Punkten wäre er federführend und dergleichen mehr. Sei es wie es sei. Warum ist er jetzt nicht da beim Wohnbau federführend gewesen und hat das umsetzen können? Immer nur zu sagen, wir haben die beste Wohnbauförderung, da bin ich dafür, das stimmt schon, nur, ich denke einmal, dass wir andere Möglichkeiten auch suchen und auch andere Möglichkeiten finden könnten. Das haben wir heute wieder gemeinsam erreicht und ich glaube, der Ansatz ist auch richtig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt kommen wir aber wieder zu einem Tagesordnungspunkt, wo man wieder abgeändert hat - das übliche Spiel. Man ändert einfach ab und wenn unser Antrag gelautet hat: „Betreff: Änderung der Vignettenpflicht für Fahrzeughalter mit Wechselkennzeichen, § 48 Abs. 2, KFG, sieht vor, dass bis zu drei Kraftfahrzeugen pro Zulassungsbesitzer auf ein Kennzeichen zugelassen werden können.

Dafür wird ein gemeinsamer Zulassungsschein für alle auf dieses Kennzeichen zugelassenen Fahrzeuge ausgestellt. Das Wechselkennzeichen stellt daher sicher, dass immer nur ein Fahrzeug in Betrieb genommen werden kann. Besitzer von Wechselkennzeichen müssen allerdings für jedes ihrer Fahrzeuge eine eigene Vignette zum Vollpreis erwerben. Interessant. Warum versteht niemand.

Autofahrerorganisationen haben diesbezüglich mehrfach darauf hingewiesen, dass diese Regelung den Gedanken der Verursacher gerechten Anlastung der Straßenkosten widerspricht, weil ja immer nur eines und nicht alle auf das Wechselkennzeichen angemeldeten Fahrzeug in Betrieb genommen werden können.

Ich denke, dass der Herr Kollege Rezar als Präsident des ARBÖ der gleichen Meinung war, denn dort hat es auch Aussendungen gegeben. Seitens des ÖAMTC

selbstverständlich auch, aber selbst die liebe FPÖ war die erste Partei, die diesen Antrag eingebracht hat.

Siehe da, jetzt sind wir wieder dagegen und ändern wieder ab, anstatt, dass man dort dabei bleibt und sagt: Mein Gott, man vertut sich ja nichts, das ist ja an den Bund gerichtet und man hat das eine oder andere schon eingebracht gehabt. *(Abg. Gerhard Kovasits: Das stimmt nicht! Du willst ein Wechselkennzeichen mit einem Motorrad kombinieren.)*

Warte ein bisschen Herr Kollege Kovasits, da warst Du vielleicht noch nicht dabei. Aber, macht ja nichts, sei es wie es sei. Auf alle Fälle steht in unserem Entschließungsantrag, die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dahingehend einzusetzen, dass Wechselkennzeichenbesitzer künftig nur mehr eine Vignette für alle auf das Wechselkennzeichen zugelassenen Fahrzeuge anschaffen müssen.

Jetzt gibt es wieder einmal zwei Abänderungsanträge. Jetzt hört Euch die von rot und blau an: Abänderungsantrag - ich lese nur mehr die Beschlussformel vor. Der Landtag hat beschlossen - die schreiben das überhaupt gleich so: Der Landtag hat beschlossen: Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten im Zuge der Einführung der Videovignette sicherzustellen, dass Besitzer von Fahrzeugen mit Wechselkennzeichen nur eine Vignette für das Kennzeichen lösen müssen. Super.

Was ist jetzt da ein großer Zauber? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dann kommt noch ein Abänderungsantrag von der ÖVP. Die sagen alles gut, die Anträge sind gut, aber, wir wollen sie nicht erst im 2018 haben, sondern schon 2017 haben. Na, klar. Was brauche ich da einen Abänderungsantrag?

Na, wir sind doch alle dafür, dass es so schnell wie möglich gemacht wird. Mehr brauche ich jetzt nicht zu diesem ganzen Antrag. Nur, jeder soll sich noch etwas dabei denken. Na, ist das tatsächlich notwendig, dass man da jetzt zwei Abänderungsanträge benötigt? *(Abg. Gerhard Kovasits: Den ganzen Antrag hättest Du nicht gebraucht, denn die Bundesregierung hat beschlossen…)*

Lieber Herr Kollege Kovasits! Gerade haben wir von Urkunden und Abzeichen im Nachhinein geredet. Jetzt kommst Du daher und genau wegen dem haben wir es gemacht, dass man dort den Druck erhöht. Da solltest Du schön langsam draufkommen, wie das geht, diese Geschichte. Da brauchst einen gewissen Druck, dann wird etwas umgesetzt. Du wirst auch bei den Asylanten, wenn Du keinen Druck machst, nichts bewegen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das haben wir heute nicht einmal gehört, sondern des Öfteren. Vielleicht hast Du einmal eine Idee, Herr Kollege Kovasits, mit einem Antrag. Ich habe noch nie von Dir einen Antrag gesehen, außer wo SPÖ Hergovich und irgendwo daneben Kovasits steht. Vielleicht hast Du einen eigenen Antrag. Vielleicht hast Du einmal eine Idee, wie man da vieles ändern kann.

Das wäre einmal ein guter Ansatz, wo ich mich freuen würde und sage: Schau her, da stimmen wir zu, mit allem Drum und Dran, und das würde Sinn machen. Nur, Herr Kollege Kovasits, Ihr habt, leider Gottes, Eure Werte längst über Bord geschmissen.

Aber, macht nichts, denn ich glaube, alle diese Anträge, die wir einbringen, machen auch Sinn und wir werden schlussendlich unseren Leuten sagen, was auch die FPÖ damals gesagt hat, dass das eine gute Sache wird. Auch denen sagen ja, aber die FPÖ

hat sich anders verhalten. Die hat ihn abgeändert. Aber, das macht ja ohnehin nichts, nur die Bundesregierung soll sich einsetzen.

Ich habe kein Problem damit. In diesem Sinne glaube ich, dass wir alle gemeinsam heute wieder klar gelegt haben, dass Abänderungsanträge null bringen, das sage ich Euch auch gleich, sondern sagt klipp und klar, in Ordnung, diese Idee ist gut, wir werden uns dafür verwenden und der Fall ist erledigt. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landtagsabgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist vom Herr Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Kölly hat Recht, der Antrag ist gut, der Antrag ist richtig, *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* obwohl er von ihm ist.

Es ist wirklich nicht einzusehen, dass Besitzer von Fahrzeugen mit einem Wechselkennzeichen verschiedene Vignetten kaufen müssen, mehrere Vignetten brauchen, da, wie er richtig gesagt hat, nach dem Verursacherprinzip sowieso nur immer mit einem Fahrzeug gefahren werden kann und daher jeweils nur mit einem Fahrzeug die Straße abgenützt wird, einfach ausgedrückt. Es gibt jetzt eine Stellungnahme des Verkehrsministeriums, in der festgestellt wird, dass im gegenwärtigen System der Vignette diese Regelung oder eine Ausnahmeregelung hinsichtlich Wechselkennzeichen einfach nicht vorgesehen ist.

Die Begründung ist die, weil die Vignette nicht an das Kennzeichen beziehungsweise an Daten einer Person gekoppelt ist. Der Grund ist, dass die Vignette viel einfacher, viel zeitsparender vertrieben werden kann.

Das Verkehrsministerium weist darauf hin, dass es in der Natur der Sache liegt, dass ein Besitzer mit Fahrzeugen mit Wechselkennzeichen aus verschiedenen Gründen ja das zweite Fahrzeug nur, ich sage einmal nur saisonal oder in einem gewissen regionalen Bereich verwendet, also nur im Winter dieses zweite Fahrzeug braucht und ähnliches.

Da gäbe es ja die Möglichkeit, die kostengünstigere Variante mit zehn Tages- oder zwei Monatsvignette zu benutzen.

Wie gesagt, das ist die Stellungnahme des Verkehrsministeriums. Es gibt auch eine Stellungnahme der ASFiNAG und das ist, glaube ich, der interessantere Aspekt. Die ASFiNAG stellt nämlich fest, dass ab 2018 zusätzlich zu dieser bestehenden Vignette eine digitale Vignette angeboten wird, dass das also ein Aufbruch ins digitale Zeitalter bedeutet.

In diesem Fall ist die Vignette an ein Kennzeichen oder an die Daten des Fahrzeughalters gebunden und daher ist dann in Zukunft, also ab 2018, das Kaufen und Anbringen mehrerer Vignetten nicht mehr notwendig.

Es ist schon richtig, dass wenn sich die betroffenen Personen etwas ersparen, je früher desto besser. Das ist richtig, aber ich bin der Meinung, dass eine Umstellung zum jetzigen Zeitpunkt, die sicher nicht ohne ist österreichweit, und wo viel Arbeit und viel Technologie und viel Aufwand dahinter steckt zum derzeitigen Zeitpunkt, noch einmal gesagt, mir nicht sinnvoll erscheint.

Wir haben jetzt die Vignette, die derzeit geltende, seit 19 oder nicht ganz 20 Jahren. Und wenn das sowieso im Jahr 2018 hinfällig wird, mit der Problematik des

Wechselkennzeichens, glaube ich, sollten wir diese Zeit noch abwarten. Das ist meine Meinung.

Wir werden daher dem Antrag zustimmen, natürlich in abgeändert Form. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist der Landtagsabgeordnete Rosner zu Wort gemeldet.

Herr Abgeordneter Rosner, bitte Sie sind am Wort.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Meine Vorredner sind ja schon ausführlich eingegangen auf diese Vignette, dieses Pickerl, die Pickerlvignette.

Derzeit machen in Österreich rund 370.000 Zulassungsbesitzer von der Möglichkeit von Zweit- und Drittfahrzeugen Gebrauch. Bei den Zweit- und Drittfahrzeugen handelt es sich oft um solche, die nur zu bestimmten Zwecken oder zu bestimmten Zeiten eingesetzt werden, beziehungsweise verwendet werden dürfen. Wie zum Beispiel historische Fahrzeuge, das sind Oldtimer sozusagen, diese dürfen nur 120 Tage pro Jahr verwendet werden.

Der Herr Abgeordnete Kölly hat es erwähnt, es gibt einen gemeinsamen Zulassungsschein, aber dennoch muss der Besitzer von Wechselkennzeichen für jedes Fahrzeug eine eigene Vignette zum Vollpreis erwerben. Dies widerspricht allerdings dem Gedanken der verursachergerechten Anlastung der Straßenkosten, da immer nur eines dieser Fahrzeuge natürlich in Verwendung sein kann.

Über den Zustand wurde schon viel diskutiert, wahrscheinlich nicht nur hier in diesem Haus, sondern auch schon in anderen Gremien. Und es gab vermehrt Forderungen für preisgünstigere Vignettenlösungen für Wechselkennzeichenbesitzer.

Es gab sogar eine Umfrage vom ÖAMTC, wo die Hälfte der Wechselkennzeichenbesitzer bereit gewesen wäre für die zusätzliche Vignette einen Mehrpreis in Kauf zu nehmen.

Der Herr Kollege Richter hat das auch erwähnt, die ASFiNAG hat kürzlich auch die Einführung einer sogenannten Videovignette schon angekündigt, die die Klebevignette ab 2018 ergänzen soll. In einem ersten Schritt sollen 10 Tages- und Zwei-Monatsvignetten auf diesem neuen Weg angeboten werden.

Um die Video- oder digitale Vignette zu bekommen, müssen Kunden ihr Fahrzeugkennzeichen bei einer Webseite oder über Smartphone, also es gibt eine App dazu, registrieren. Bezahlt wird dann über die Kreditkarte.

Es gibt bereits sehr viele Systeme, wie zum Beispiel die Austrian Talmaut, mit dem sich etwa die Maut Bosruck oder Gleinalmtunnel per Smartphone App bezahlen lässt. Es ist also nur mehr ein logischer Schritt, dass dies auch bald für Autobahnvignetten möglich wird.

LKW, Busse, schwere Wohnmobile müssen zur Nutzung von österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen eine fahrleistungsabhängige Maut entrichten, also quasi die zurückgelegten Kilometer werden bezahlt.

Und da gibt es natürlich auch Befürchtungen, dass es durch die digitale Vignette nur mehr ein kurzer Schritt ist, dass auch im PKW-Bereich die Autobahnvignette quasi auf Kilometerleistung umgestellt wird.

Also ich glaube, dass wir durch die Mineralölsteuer eine indirekte kilometerabhängige Maut bereits haben, und diese in Zukunft bei der digitalen Vignette nicht weiter verfolgt werden sollte.

Wie schon erwähnt, plant die ASFiNAG ab 2018 als Ergänzung zur traditionellen Vignette die digitale Vignette einzuführen.

In Anbetracht dessen, dass es schon viele vollelektronische Mautberechnungen, Mautabrechnungen gibt, das ist ja auch schon in Ungarn so, dass dort mit einer digitalen Vignette abgerechnet wird, das flächendeckende „free-flow Mautsystem“ das für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen, welches damals in der Rekordzeit von 18 Monaten, das ist die berühmte GO-Box, das in 18 Monaten eingereicht wurde, also auch in Gang gebracht wurde, zeigt, dass wir natürlich auch in diesem Bereich einen Antrag, einen Abänderungsantrag stellen, damit die Einführung der digitalen Vignette nicht erst im Jahr 2018 stattfindet, sondern eventuell schon im Jahr 2017.

Unser Ziel ist es, dass auch der Verkehr natürlich flüssiger wird, den Verkehr flüssiger zu machen und allen Teilnehmer möglichst hohe Sicherheit damit gewährleistet ist. Eine Gerechtigkeit für Autobesitzer mit Wechselkennzeichen und das wir natürlich nur mehr auf die Nummerntafel diese eine digitale Vignette haben.

Ja und somit glaube ich, dass diese vorgezogene Einführung nicht nur im privaten Bereich ein riesen Vorteil wäre und eine Verbesserung, sondern ich glaube, dass es auch ein Vorteil für die Unternehmer wäre, und somit auch diesbezüglich Hürden aus dem Weg geräumt werden.

Ich darf diesen Abänderungsantrag, vielleicht nur den Beschluss vorlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dahingehend einzusetzen, dass alle erdenklichen Maßnahmen getroffen und die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Einführung der digitalen Vignette bereits 2017 vorgenommen werden kann.

Also ganz, ganz wenig Abänderung, Herr Kollege Kölly, zu Deinem Antrag, aber nur es steht oft wirklich drinnen, dass es 2017 schon gemacht werden soll. *(Abg. Manfred Kölly: Was sagt der Minister da dazu?)* Na das werden wir dann sehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Bevor ich den Antrag einreiche und abgebe, möchte ich vielleicht noch kurz auf eine Sache eingehen, und zwar weil ich als Bürgermeister einen Fall diesbezüglich jetzt in meiner Stadt Oberwart hatte. Und zwar, wir haben heute zu Beginn dieser Tagesordnung, das war glaube ich der erste Tagesordnungspunkt, da haben wir zum Naturschutzgesetz diskutiert, und wo man da Bewilligungen für zusätzliche Werbeflächen als Unternehmer einholen will.

Ich möchte das jetzt nur etwas schildern. Wir hatten einen Fall, da hat ein Unternehmer in Oberwart, ein eingesessenes Unternehmen hat ein Textilfachgeschäft in unserer Stadt errichtet, hat Millionen investiert, eine Millioneninvestition gemacht.

Er hat auf seinem eigenen Grund außerhalb der Ortstafel, die Ortstafel war zirka 150 Meter weg, eine Werbefläche, auf seinem eigenen Grund, eine Werbefläche errichtet, wo er die Eröffnung seines neuen Geschäftes sozusagen beworben hat.

Erst hat er eine Anzeige bekommen von der Bezirkshauptmannschaft. Er ist natürlich auch zum Bürgermeister gepilgert und gefragt, kannst du mir helfen? Wie könnten wir das irgendwie regeln, damit ich diese Werbetafel stehen lassen darf?

Wir haben einen Verkehrssachverständigen geholt, wir haben uns das an Ort und Stelle angeschaut. Der Bezirkshauptmann hat gesagt, das ist nicht möglich, weil, da gibt es das Gesetz außerhalb von Ortschaften kann man bei Landesstraßen, wenn man mehr als 100 Meter weg ist etwas hinstellen. Jetzt braucht man ja dafür auch eine Bewilligung.

Die Ortstafel war nicht zum Versetzen, weil die geschlossene Bauweise mehr als 150 Meter war. Also das heißt, er hat durchaus Hürden gehabt. Der Endeffekt war dann, dass er diese Werbetafel wegnehmen musste und sagte zu mir, du bist ja Abgeordneter, was beschließt denn ihr für Gesetze?

Das kann kein Unternehmer verstehen. Und wir dürfen uns nicht wundern, wenn wir, als beschließendes Organ, dann die Prügel draußen bekommen. Wenn die Unternehmer sagen, ich haue den Hut drauf, ich gebe auf, weil, es werden nur mehr Hürden für Unternehmer gemacht.

Also da muss ich sagen, da sollten wir vielleicht auch in uns gehen, weil, *(Unruhe bei der SPÖ)* bitte, das ist auch eine Werbebranche. Heute hat es geheißen, wir werden die Werbetafeln komplett abschaffen. *(Abg. Klaudia Friedl: Es geht um die Natur. – Zwiegespräche bei der SPÖ und ÖVP)* Es gibt Richtlinien. Es gibt Richtlinien, es ist auf die Politiker sowieso keiner neugierig, dass sie auf Werbetafeln irgendwo zu sehen sind.

Aber die Wirtschaft, das ist ein großer Wirtschaftsfaktor, das sind riesige Unternehmen. Das sind Arbeitsplätze, da sollte man diese Möglichkeit nicht verwehren. Das möchte ich schon sagen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP – Allgemeine Unruhe. – Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, entsprechend der GeOLT wird er somit in die Verhandlungen miteinbezogen.

Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rosner, ganz habe ich mich nicht ausgekannt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, das ist nichts Neues.)* Zum einen bei der Vignette, Sie reden irgendetwas daher von der kilometerabhängigen Maut. Also das will kein Mensch, ich weiß nicht wo Sie das her haben.

Auf der anderen Seiten sollen die LKW's die Vignetten bekommen und zu dem letzten Fall, zu dieser Geschichte. Ja, das ist ein Fall der Straßenverkehrsordnung. Die gilt eben auch für die ÖVP. Und die gibt es seit 30 Jahren die Straßenverkehrsordnung, dass außerhalb der Ortschaft im Abstand von 100 Meter plakatieren dürfen und innerhalb nicht. Also so ist es halt. Und damit werden Sie sich abfinden müssen, denke ich.

Aber zur Vignette. So breiten Konsens hatten wir heute, denke ich noch nicht wie in dieser Angelegenheit. Aber der Kollege Kovasits hat natürlich Recht gehabt, den Antrag hätten wir überhaupt nicht gebraucht, weil es schon erledigt ist. *(Abg. Manfred Kölly: Was ist erledigt?)*

Und der Herr Landeshauptmann hat schon ein paar Mal gesagt, das digitale Zeitalter, natürlich auch hier bei der Vignette sind wir auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, digitales Zeitalter ganz wichtig. Wichtig ist, dass die Menschen davon profitieren.

Zur Videovignette: Es ist an sich alles gesagt. Derzeit ist die Vignette mit dem Fahrzeug, mit der Fahrzeughülle verknüpft. In Zukunft wird die Vignette mit der Zulassung verknüpft sein, und dann erübrigt sich alles was uns so an dieser Geschichte stört.

Und dass niemand, auch breiter Konsens, habe ich schon gesagt, auch eine Forderung des Pendlerforums mit unserem Präsidenten Wolfgang Sodl, der das schon sehr, sehr lange - der heute so einen schönen Anzug anhat *(Allgemeine Heiterkeit)* - der das schon so lange fordert, weil niemand gerne zahlt. Und noch weniger zahlt jemand gerne doppelt

Von dieser Regelung, von der neuen, die dann 2018 kommen wird, sind 370.000 KFZ-Zulassungsbesitzer und -besitzerinnen in Österreich betroffen. Man kann auf ein Kennzeichen wechselweise drei Fahrzeuge mehr oder weniger anmelden und betreiben.

Wichtig ist auch was passiert mit dem Geld, das mit dieser Vignette hereinkommt? Wird natürlich investiert in den Straßenbau, in die Verkehrssicherheit, kommt der ASFiNAG zu Gute, damit werden auch im Burgenland natürlich Straßen errichtet, die A4, die S4 - habe ich gestern gelesen - im Bezirk Mattersburg und hoffentlich auch die S7 im Bezirk Jennersdorf.

Wir haben heute auch über den Umweltschutz gesprochen, sehr, sehr viel und sehr ausführlich. Und alle waren dafür und daher begrüße ich und begrüßen wir ausdrücklich auch die Ökologisierung, die sich hier tut in diesem Bereich.

Bei der Lkw Maut, das wird es schon 2017 geben, da wird bei den LKW's unterschieden, ob sie viele Schadstoffe und Lärm ausstoßen oder ob sie schadstoffarm und lärmarm sind. Die zahlen ein bisschen weniger Zuschläge zum Basisbetrag und die anderen eben mehr. Ein richtiger und wichtiger Zugang, weil es unserer Umwelt zu Gute kommt.

Geschätzte Damen und Herren! Die Richtung stimmt, kein doppelter Aufwand mehr mit der Vignette, mehr Ökologisierung im Umweltschutz. Zusammengefasst alles in allem ein breiter Konsens.

Außerdem der Entschließungsantrag des Verkehrsausschusses im Nationalrat ist am 30. Oktober angenommen worden. Im Übrigen einstimmig, da sind Sie nicht dabei Herr Kölly, klarerweise. *(Abg. Manfred Kölly: Na siehst Du.)* Und darum wundert es mich, dass *(Abg. Manfred Kölly: Deshalb weiß ich das nicht.)* die ÖVP heute so tut, als ob sie von dem alles nichts wissen.

Vielleicht redet mit ihnen niemand, oder sie sind schon in der politischen Isolation oder Sie haben die ÖVP in die politische Isolationshaft geführt, Herr Kollege Steiner.

Aber uns soll das Recht sein, also wir werden dem Antrag im Sinne des Berichterstatters sehr, sehr gerne zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Rosner eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren

Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Vignettenpflicht für Fahrzeuge mit Wechselkennzeichen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter (Beilage 215) betreffend Alkoholverbot während der Landtagssitzung (Zahl 21 - 149) (Beilage 246)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 10. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter, Beilage 215, betreffend Alkoholverbot während der Landtagssitzung, Zahl 21 – 149, Beilage 246.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Kovasits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Gerhard Kovasits: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsauschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend Alkoholverbot während der Landtagsitzung, in seiner 06. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Jänner 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend Alkoholverbot während der Landtagssitzung, unter Einbezug der von mir beantragten und abgeänderten und Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter.

Herr Landtagsabgeordneter Kölly, als erstem Redner erteile ich Ihnen das Wort dazu.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Vignette gibt es doch Einigkeit, beim Alkohol sind wir anscheinend verschiedener Meinung.

Aber das Burgenland ist Gott sei Dank in einer Lage hervorragende alkoholische Getränke herzustellen und in einer hohen Qualität. *(Abg. Doris Prohaska: Nur trinken darf man es nicht. – Heiterkeit bei der SPÖ)* Sei es vom Uhudler bis zum Blaufränkisch bis zum guten Grünen Veltliner oder auch tolle Biere, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schnaps.)* Schnapsbrennerei.

Das heißt, wir sind wirklich in einer Situation wahrscheinlich und da bin ich beim Landeshauptmann, wo sich viele Länder etwas abschauen können.

Es gibt im Hohen Landtag große Aufregung wenn so ein Antrag eingebracht wird. Ich kann mich an Zeiten erinnern wo es in der Kantine Alkohol gegeben hat. Ich weiß nicht wer sich noch daran erinnern kann? Es wurde dann irgendwann einmal eingestellt und verboten. Soll so sein, warum nicht? *(Abg. Werner Friedl: Wer hat den Antrag gestellt?)*

Dort hat es auch einen Antrag gegeben, Herr Kollege Friedl, da waren Sie auch noch nicht da. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da war ein anderer Präsident.)* Da hat es zwei andere Präsidenten gegeben, aber das macht ja nichts.

Das ist ja heute auch ein Zeichen schon alleine dafür, dass man heute über Live-Stream beobachten kann was sich tut. Daher ist dieser Antrag nicht so von der Hand zu weisen.

Speziell wenn der Antrag dann abgeändert wird, auf eine spezielle Art abgeändert wird, vertrete die Meinung, dass wir im Hohen Landtag Entscheidungen treffen müssen, wo wir uns klar und deutlich und bewusst sind, was wir eigentlich abstimmen.

Und wenn ich dann den Antrag mir anschaue, den Abänderungsantrag, der lautet und das ist das Interessante: "Demokratie wird von gegenseitigem Respekt und dem damit möglichen sachlichen Diskurs getragen. Es liegt in der Eigenverantwortung aller Abgeordneten, die Politik und damit auch die Demokratie innerhalb des Rahmens der konstruktiven Kritik zu leben.

Dazu bekennt sich der Burgenländische Landtag. - Und jetzt kommt es. - Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur Offenheit und Transparenz der parlamentarischen Arbeit im Landtag und spricht sich gegen jeden Versuch aus die Würde des Hohen Hauses in Misskredit zu bringen."

Das verstehe ich nicht ganz. *(Abg. Edith Sack: Ich schon.)* Was hat das, wo steht dort irgendwo ein Punkt zu dem was wir eingebracht haben? Und jetzt kommt es noch dicker. Wir haben in den Ausschüssen beschlossen diesen Abänderungsantrag, er wurde eingebracht, wurde auch dort dementsprechend goutiert.

Wir haben diesen Antrag eingebracht mit Alkoholverbot, weil man sich zumindest zehn Stunden einmal ohne Alkohol ja auch dementsprechend in eine Arbeit stürzen kann und auch schlussendlich Entscheidungen treffen soll, am 27.11. Der Abänderungsantrag, wurde am 27.11.2015 eingebracht, im Abänderungsantrag, der im Ausschuss behandelt und beschlossen worden ist steht, Eisenstadt am 17. Juli 2015.

Darf man diesen Antrag dann überhaupt beschließen, diesen Abänderungsantrag, Herr Präsident? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Was ist da? – Zwiegespräche bei den Abgeordneten.)* Jetzt stehen wir da. *(Abg. Robert Hergovich: Warum nicht? - Abg. Doris Prohaska: Nur das Datum ist falsch.)*

Was heißt das? Na entschuldige, ich kann nicht einen Antrag einbringen den ich beschließe, den Ihr Euch nicht einmal angeschaut habt, wieder einmal und das ich immer wieder sage und immer wieder darauf hinweise. *(Allgemeine Unruhe)*

Ich frage mich, ob das wirklich Gesetz ist. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Um was geht es da?)* Ich kann nicht einen Antrag einbringen am 27.11., am 27.11.2015 mit Gerhard Hutter und wo Ihr dann einen Abänderungsantrag einbringt am 17. Juli 2015. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Weil jetzt ein Datum falsch ist?)* Na, na, Moment einmal.

Da sieht man typisch genau, das ist der Punkt wie Ihr arbeitet in dem Landtag. Euch ist das völlig egal, Hauptsache ich muss irgendetwas dagegen sagen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Nein, das war ein Tippfehler.)* Ich verstehe das schon und das Ihr einen Abänderungsantrag einbringt.

Ja ich weiß schon, jetzt schreiben wir das halt schnell um und beschließen halt etwas anderes. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das war ein Tippfehler. – Abg. Edith Sack: Es kommt ja auf die Sache an. - Allgemeine Unruhe)* Ich verstehe dass schon, ein Tippfehler, seit mir bitte nicht böse und ich kann mich an Zeiten erinnern, Herr Kollege Tschürtz, wo Du auf solche Dinge aber ganz happig warst.

So und jetzt bist Du in der Verantwortung, in einer Regierung, jetzt ist das völlig egal? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Dann war es halt ein Fehler.)* Na dann war es halt ein Fehler. Wir können ihn heute nicht beschließen, diesen Antrag. Das ist auch einmal klar. *(Allgemeine Unruhe)*

Und ich denke einmal, genau das sind die Punkte. Und dieser Abänderungsantrag hat mit dem ursprünglichen Antrag aber nicht einmal irgendetwas am Hut, aber nicht einmal irgendetwas, das muss ich auch gleich klar sagen.

Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Grundsätzlich zählt bei eingebrachten Anträgen immer das Datum des Einlaufens. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Mag.a Regina Petrik von den GRÜNEN.

Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sitze selber persönlich noch nicht sehr lange hier als Abgeordnete. Ich habe einige Jahre lang die Landtagssitzungen von der Galerie aus beobachtet.

Es ist mir noch nie untergekommen, dass jemand hier in einem Zustand erschienen wäre, der auf überhöhten Alkoholkonsum schließen lässt. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Ich zeige Dir ein paar Fotos und dann bin ich gespannt auf Deine Meinung.)*

Es sind mir schon einige eigentümliche Wortmeldungen und Auftritte untergekommen, *(Abg. Manfred Kölly: Da bin ich gespannt.)* aber die waren alle nicht auf Alkoholkonsum zurückzuführen.

Was mir wichtig ist hier zu sagen, ich erwarte mir, *(Zwiegespräch des Abg. Manfred Kölly mit den Abgeordneten der SPÖ)* Herr Kollege Kölly, ich habe Ihnen zugehört, ich antworte jetzt auf Sie.

Ich erwarte mir von allen, ob Regierungsmitglieder oder Abgeordnete, dass sie in Vollbesitz ihrer Leistungsfähigkeit hier zur Sitzung erscheinen. Und das, was Sie hier

vorgeschlagen haben, ist für mich ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der einzelnen Abgeordneten.

Wie man sich ernährt oder was man zu sich nimmt, *(Abg. Manfred Kölly: Das ist Ernährung? Das ist gut.)* muss jedem selber überlassen bleiben solange hier die Arbeit ordentlich verrichtet wird. Alles andere finde ich eine Scheindebatte und deshalb wehre ich mich auch dagegen.

Und das ist auch der Grund warum ich mich bereit erklärt habe, gemeinsam mit den anderen, diesen Abänderungsantrag einzubringen. *(Beifall bei den GRÜNEN, SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen *(Abg. Manfred Kölly: Das geht nicht!)* sich von den Plätzen zu erheben. –

(Abg. Manfred Kölly: Das geht nicht! Hallo! – Die Abgeordneten erheben sich von Ihren Plätzen zur Abstimmung. – Der Abgeordnete Manfred Kölly steht ebenfalls auf: Hallo, nein Moment, zur Geschäftsordnung! – Abg. Markus Wiesler zu Abg. Manfred Kölly: Du hast mitgestimmt! – Allgemeine Heiterkeit. – Abg. Manfred Kölly: Zur Geschäftsordnung! Nein, Herr Präsident, zur Geschäftsordnung.)

Der Beschluss betreffend die Ausübung der parlamentarischen Arbeit ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Zur Geschäftsordnung, bevor ich die Landtagssitzung schließe, hat sich vor dem Schließen der Abgeordnete Kölly zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ja Herr Präsident! Hohes Haus! Da sieht man typisch einmal wieder, wie ernst genommen wird eigentlich beim Landtag mitzuarbeiten, einiges umzusetzen. Was wir erreichen wollten ist auch klar und deutlich herausgekommen.

Im Endeffekt, wenn ich mir diesen Antrag anschaue, der jetzt nicht zur Abstimmung kommen durfte, laut Geschäftsordnung mit einem Datum versehen, der nicht … *(Abg. Geza Molnar: Wo steht das?)* Na schau Dir das einmal an. *(Allgemeine Unruhe)*

Jetzt seid mir bitte nicht böse, schon im Ausschuss ist es beschlossen worden mit einem falschen Datum und was jetzt wieder einmal beschlossen wird und in keinem Zusammenhang steht mit dem eingebrachten Antrag.

Daher werde ich diese Sache nachverfolgen und werde einmal schauen wie sich das auswirkt. *(Allgemeine Unruhe)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, für Donnerstag, den 17. März 2016, vorgesehen ist.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 10. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 17. März 2016

10.03 Uhr - 22.12 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird;
3. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Jagdgesetz 2004 geändert wird;
4. Beschlussantrag, mit dem das "Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE" zur Kenntnis genommen wird;
5. Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2014, Internationales;
6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der bgld. Feuerwehren;
7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen im Burgenland;
8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend der Verwendung von regionalen Produkten in Landeseinrichtungen bzw. landesnahen Betrieben;
9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfereferates;
10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Zusammenführung aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung;
11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, dass alle künftigen im Landtag getroffenen Beschlüsse auf ihre Klimarelevanz hin überprüft werden müssen und durch die Wirkung der beschlossenen Gesetze und Verordnungen erzeugte zusätzliche Treibhausgasemissionen ausgewiesen werden müssen;
12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmenpaket zur Einhaltung des Abfallwirtschaftsgesetz;
13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Reduzierung der Ausgaben bei Verwaltung und Repräsentation sowie Ehrungen und Auszeichnungen der Landesregierung";
14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen";
15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend "Nulllohnrunde für Politiker - Änderung des Bezügegesetzes 1997";

16. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Streichung des Kleinen Glücksspiels aus dem Veranstaltungsgesetz;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1284)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 32 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Neuschaffung von Arbeitsplätze durch die Unterbringung und Betreuung von Asylwerbenden im Burgenland in den Jahren 2013 - 2015
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1289)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1290 u. S. 1290), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1290), Mag. Christian D r o b i t s (S. 1291)

Anfrage Nr. 35 des Abgeordneten Georg Rosner an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Grundversorgung durch Haus- und Kassenärzte
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1292)
Zusatzfrage: Georg R o s n e r (S. 1292 u. S. 1293), Günter K o v a c s (S. 1293), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1294)

Anfrage Nr. 39 der Abgeordneten Edith Sack an Landesrätin Verena Dunst betreffend Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 1294)
Zusatzfrage: Edith S a c k (S. 1296 u. S. 1296), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 1297)

Anfrage Nr. 36 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Nichtgelingen der Betreuungsquote/Asylquote
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1299)
Zusatzfrage: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1299 u. S. 1299), Mag. Christian D r o b i t s (S. 1301), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1301), Regina P e t r i k (S. 1302)

Anfrage Nr. 40 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrätin Verena Dunst betreffend Ampelsystem bei der Nahrungsmittelkennzeichnung
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 1303)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 1304 u. S. 1305), Wolfgang S o d l (S. 1306), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1307), Bernhard H i r c z y (S. 1308), Gerhard S t e i e r (S. 1308)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 258), mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 183) (Beilage 278);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 1310)
Redner: Gerhard Hutter (S. 1310), Wolfgang Spitzmüller (S. 1311), Mag. Johann Richter (S. 1312), Mag. Thomas Steiner (S. 1313), Robert Hergovich (S. 1315), Manfred Kölly (S. 1317), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 1320), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 1322), Gerhard Steier (S. 1324), und Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 1324)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1326)

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 237), mit dem das Bgld. Jagdgesetz 2004 geändert wird (Zahl 21 - 171) (Beilage 279);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 1326)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 1326), Karin Stampfel (S. 1328), Walter Temmel (S. 1329), Wolfgang Sodl (S. 1330), Gerhard Steier (S. 1331 und Landesrätin Verena Dunst (S. 1332)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1333)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 228), mit dem das "Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE" zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 162) (Beilage 280);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 1334)
Redner: Mag. Johann Richter (S. 1334), Ing. Rudolf Strommer (S. 1336), Christian Illedits (S. 1340) und Gerhard Steier (S. 1344)
Annahme des Beschlussantrages (S. 1347)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 226) betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2014, Internationales (Zahl 21 - 160) (Beilage 281);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 1348)
Redner: Manfred Kölly (S. 1348), Géza Molnár (S. 1358), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 1360), Dr. Peter Rezar (S. 1363) und Gerhard Steier (S. 1366)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 1368)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 249) betreffend Unterstützung der bgld. Feuerwehren (Zahl 21 - 174) (Beilage 282);
Berichterstatter: Geza Molnár (S. 1369)
Redner: Gerhard Hutter (S.1369), Mag.a Regina Petrik (S. 1370), Markus Wiesler (S. 1371), Mag. Franz Steindl (S.1374), Ewald Schnecker (S. 1380) und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 1382)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1385)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 235) betreffend Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen im Burgenland (Zahl 21 - 169) (Beilage 283);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 1385)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1385), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1389), Karin S t a m p f e l (S. 1391), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 1392), Edith S a c k (S. 1395), Gerhard S t e i e r (S. 1399) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 1401)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1404)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 248) betreffend der Verwendung von regionalen Produkten in Landeseinrichtungen bzw. landesnahen Betrieben (Zahl 21 - 173) (Beilage 284);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S.1404)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1404), Karin S t a m p f e l (S. 1406), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1406, S 1412 u. S. 1417), Wolfgang S o d l (S. 1409), Gerhard S t e i e r (S. 1410), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1412), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 1413) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 1414)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1417)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 251) betreffend Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfereferates (Zahl 21 - 176) (Beilage 285);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 1418)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1418), Markus W i e s l e r (S. 1419), Patrik F a z e k a s (S. 1420), Mag. Christian D r o b i t s (S. 1421) und Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1424)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1425)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 259) betreffend Zusammenführung aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung (Zahl 21 - 184) (Beilage 286);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 1425)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 1425), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1427), Markus W i e s l e r (S. 1428), Georg R o s n e r (S. 1430), Mag. Christian D r o b i t s (S. 1432)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1435)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 253), dass alle künftigen im Landtag getroffenen Beschlüsse

auf ihre Klimarelevanz hin überprüft werden müssen und durch die Wirkung der beschlossenen Gesetze und Verordnungen erzeugte zusätzliche Treibhausgasemissionen ausgewiesen werden müssen (Zahl 21 - 178) (Beilage 287);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 1435)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1436), Walter T e m m e l (S. 1438), Ingrid S a l a m o n (S. 1440)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1442)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 254) betreffend Maßnahmenpaket zur Einhaltung des Abfallwirtschaftsgesetz (Zahl 21 - 179) (Beilage 288);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 1443)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1443 u. S. 1450), Karin S t a m p f e l (S. 1445), Markus U l r a m (S. 1446), Ingrid S a l a m o n (S. 1447) und Gerhard S t e i e r (S. 1448)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1450)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 216) betreffend "Reduzierung der Ausgaben bei Verwaltung und Repräsentation sowie Ehrungen und Auszeichnungen der Landesregierung" (Zahl 21 - 150) (Beilage 289);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 1451)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1451), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1457), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1458), Edith S a c k (S. 1460), Géza M o l n á r (S. 1463), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1464), Manfred K ö l l y (S. 1464) und Mag. Thomas S t e i n e r (S. 1466)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1467)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 261) betreffend „sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen“ (Zahl 21 - 186) (Beilage 290);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 1467)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1467), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1469), Géza M o l n á r (S. 1471), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1473) und Ewald S c h n e c k e r (S. 1476)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1478)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter (Beilage 217) betreffend „Nulllohnrunde für Politiker - Änderung des Bezügegesetzes 1997“ (Zahl 21 - 151) (Beilage 291);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 1478)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1479 u. S. 1483), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1481), Werner F r i e d l (S. 1481) und Robert H e r g o v i c h (S. 1484)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1485)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 233) betreffend Streichung des Kleinen Glücksspiels aus dem Veranstaltungsgesetz (Zahl 21 - 167) (Beilage 292);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 1485)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 1486), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1489), Mag. Christian D r o b i t s (S. 1489), Robert H e r g o v i c h (S. 1491), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 1492)
Ablehnung des Entschließungsantrages (S. 1492)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1284)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich e r ö f f n e die 10. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 9. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf und der Landtagsabgeordnete Gerhard Kovasits entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Killian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Berichterstatter Kilian Brandstätter: Einlauf für 10. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 17. März 2016.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesdienstleistungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 207) (Beilage 297);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz geändert wird(Zahl 21 - 225) (Beilage 315);
3. Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (EU-Berufsanerkennung-Sammelnovelle 2016) (Zahl 21 - 226) (Beilage 316);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Sprengelhebammengesetz aufgehoben wird (Zahl 21 - 227) (Beilage 317);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländisches Krankenanstaltengesetz 2000 - Bgld. KAG 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 228) (Beilage 318);
6. Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 21 - 229) (Beilage 319);
7. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 231) (Beilage 321);

Vom Rechnungshof ist der Bericht

1. betreffend Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland und WLV GmbH; Follow-up-Überprüfung (Zahl 21 - 202) (Beilage 277);

eingelangt.

Weiters sind vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof

1. der Prüfungsbericht betreffend Rechnungsabschluss 2013 (Zahl 21 - 190) (Beilage 265);
2. der Prüfungsbericht betreffend die Überprüfung der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG (Zahl 21 - 201) (Beilage 276);
3. der Tätigkeitsbericht 2015 (Zahl 21 - 209) (Beilage 299);
4. der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Erweiterungs- und Attraktivierungsinvestitionen in das Ressort Lutzmannsburg im Jahr 2012 (Zahl 21 - 221) (Beilage 311);

eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Beibehaltung des Bargeldes als Zahlungsmittel (Zahl 21 - 189) (Beilage 264);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Reform des Finanzausgleichs - Ertragsanteile für Zweitwohnsitze" (Zahl 21 - 192) (Beilage 267);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Einsatz von Drohnen zur Sicherung der Grünen Grenze" (Zahl 21 - 193) (Beilage 268);
4. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Investitionspaket für die burgenländische Tourismuswirtschaft (Zahl 21 - 194) (Beilage 269);
5. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Beibehaltung der Schulnoten (Zahl 21 - 204) (Beilage 294);
6. der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag.a Michaela Resetar, Georg Rosner, Bernhard Hirczy und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schaffung eines zeitgemäßen, öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland (Zahl 21 - 205) (Beilage 295);
7. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend finanzieller Unterstützung zur Anschaffung von Registrierkassen (Zahl 21 - 214) (Beilage 304);
8. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Fairness bei der Auszahlung von Sozialleistungen (Zahl 21 - 215) (Beilage 305);
9. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eines finanziellen Zuschusses für die Kindergartenbusse (Zahl 21 - 216) (Beilage 306);
10. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen (Zahl 21 - 217) (Beilage 307);
11. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Integrationsvereinbarung zwischen Flüchtlingen und dem Land Burgenland (Zahl 21 -218) (Beilage 308);

12. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Förderung der Umstellung auf biologische Landwirtschaft (Zahl 21 - 223) (Beilage 313);
13. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Reduktion von glyphosathaltigen Mitteln (Zahl 21 - 224) (Beilage 314);
14. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Fairness für burgenländische Arbeitnehmer und Unternehmen (Zahl 21 - 230) (Beilage 320);
15. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Abfassung der Texte der Landesverfassung in geschlechtergerechter Sprache (Zahl 21 - 232) (Beilage 322);
16. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller betreffend Fassung der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtags in geschlechtergerechter Sprache (Zahl 21 - 233) (Zahl 323);
17. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Aufstockung der budgetären Mittel des Österreichischen Bundesheeres (Zahl 21 - 234) (Beilage 324);
18. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Digitalisierung in Schulen (Zahl 21 - 235) (Beilage 325);
19. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates (Zahl 21 - 236) (Beilage 326);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Trinkwasser (Zahl 21 - 188) (Beilage 263);
2. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Telefonanlage Burgenländische Landesregierung (Zahl 21 - 191) (Beilage 266);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landtagspräsidenten Christian Illedits betreffend Gutachten Verfassungsdienst (Zahl 21 - 195) (Beilage 270);
4. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Ausbildung in Lehrwerkstätten im Burgenland (Zahl 21 - 196) (Beilage 271);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Stellenausschreibung (Zahl 21 - 197) (Beilage 272);
6. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Sicherheitspartner (Zahl 21 - 198) (Beilage 273);

7. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Darlehen (Zahl 21 - 199) (Beilage 274);
8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Mindestsicherung (Zahl 21 - 200) (Beilage 275);
9. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Neubau Krankenhaus Oberwart (Zahl 21 - 203) (Beilage 293);
10. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Kulturförderung und Investitionen des Landes Burgenland(Zahl 21 - 210) (Beilage 300);
11. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Drogenkonsum (Zahl 21 - 212) (Beilage 302);
12. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Semesterticket (Zahl 21 - 213) (Beilage 303);
13. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Fahrtkostenzuschuss (Zahl 21 - 219) (Beilage 309);
14. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend B 50 Umfahrung Schützen am Gebirge (Zahl 21 - 220) (Beilage 310);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 158) betreffend Kurierinserate (Zahl 21 - 187) (Beilage 262);
2. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 168) betreffend Asylchaos auf Kosten der Steuerzahler im Burgenland (Zahl 21 - 206) (Beilage 296);
3. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 170) betreffend Ärzte im Burgenland (Zahl 21 - 208) (Beilage 298);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 172) betreffend Bedarfszuweisungen (Zahl 21 - 211) (Beilage 301);
5. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 181) betreffend Ehrenzeichen (Zahl 21 - 222) (Beilage 312);

eingelangt.

Ebenso sind die Petitionen

1. der Stadtgemeinde Jennersdorf betreffend LKW-Nachtfahrverbot über 7,5 t Gesamtgewicht in Teilen des Gemeindegebietes;
2. der Gemeinde Bildein betreffend Steuergerechtigkeit beim Finanzausgleich heißt „Jeder Bürger ist gleich viel wert“;

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 – 207, Beilage 297, Zahl 21 - 225, Beilage 315, und Zahl 21 - 227, Beilage 317, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 205, Beilage 295, Zahl 21 - 216, Beilage 306, Zahl 21 - 230, Beilage 320, Zahl 21 - 235, Beilage 325, und Zahl 21 - 236, Beilage 326, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 226, Beilag 316, den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 - 202, Beilage 277, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 193, Beilage 268, Zahl 21 - 204, Beilage 294, Zahl 21 - 232, Beilage 322, Zahl 21 - 233, Beilage 323, und Zahl 21 - 234, Beilage 324, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 228, Beilag 318, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 215, Beilage 305, Zahl 21 - 217, Beilage 307, und Zahl 21 - 218, Beilage 308, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 229, Beilag 319, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 223, Beilage 313, und Zahl 21 - 224, Beilage 314, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 231, Beilag 321, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss,

die Prüfungsberichte des Landes-Rechnungshofes, Zahl 21 - 190, Beilage 265, Zahl 21 - 201, Beilage 276, Zahl 21 - 209, Beilage 299, und Zahl 21 - 221, Beilage 311, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 189, Beilage 264, und Zahl 21 - 192, Beilage 267, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 194, Beilag 269, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 214, Beilage 304, weise ich dem Wirtschaftsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

und die Petitionen E 7 und E 8 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 188, Beilage 263, und Zahl 21 - 196, Beilage 271, Zahl 21 - 200, Beilage 275, Zahl 21 - 203, Beilage 293, Zahl 21 - 212, Beilage 302, und Zahl 21 - 219, Beilage 309, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 191, Beilage 266, und Zahl 21 - 197, Beilage 272, und Zahl 21 - 213, Beilage 303, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftliche Anfragen Zahl 21 - 198, Beilage 273, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 199, Beilage 274, Zahl 21 - 210, Beilage 300, und Zahl 21 - 220, Beilage 310, habe ich Herrn Landesrat Bieler

zur Beantwortung übermittelt.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 195, Beilage 270, werde ich fristgerecht beantworten.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 187, Beilage 262, Zahl 21 - 206, Beilage 296, Zahl 21 - 208, Beilage 298, Zahl 21 - 211, Beilage 301, und Zahl 21 - 222, Beilage 312, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum Punkt 1 der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 20 Minuten -mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Guten Morgen allerseits. Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Jahr 2015 sind bereits eine große Anzahl von Asylwerbenden im Burgenland aufgenommen worden. Viele von ihnen werden in Quartieren betreut, die von Fachorganisationen betrieben werden. Dadurch wurden neue Arbeitsplätze im Burgenland geschaffen: Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, für Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen, für Organisationspersonal und für weitere Dienste.

Herr Landesrat, wie viele Arbeitsplätze wurden durch die Unterbringung und Betreuung von Asylwerbenden im Burgenland in den Jahren 2013 bis 2015 neu geschaffen?

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Erstens möchte ich kurz noch einmal anmerken, dass das Burgenland eine vorbildliche Rolle eingenommen hat bei der Bewältigung des Flüchtlingsstromes in den letzten Monaten. Über 300.000 Menschen sind über das Burgenland hier in die Europäische Union, also schon vorher in die Europäische Union, aber jetzt dann auch über Österreich hereingekommen. Das wurde auch vorbildlich bewerkstelligt.

Zu Ihrer Frage kommend. Sie wissen selbst, Sie haben ja auch ein eigenes Quartier zur Verfügung gestellt, dass hier Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Wir können aber nicht sagen, wie viele es sind. Das ist aus einer Statistik auch nicht nachvollziehbar und ablesbar. Ich möchte nur dazu sagen, dass wir 36 Quartiere von Organisationen angeboten bekommen haben, die auch nachhaltige Effekte am Arbeitsmarkt hatten.

Das zieht sich dann auch in die burgenländische Wirtschaft hinein. Aus meiner Sicht ist es auch nicht wichtig wie viele Arbeitsplätze geschaffen worden sind, sondern ob es sinnvoll ist, diesen Flüchtlingsstrom zu bewältigen und wie er zu bewältigen ist. Es gibt keine Studien und auch keine Angaben darüber, wie viele Arbeitsplätze insgesamt geschaffen wurden. Ich möchte aber trotzdem anmerken, dass wir in den Jahren von 2013 bis 2015 insgesamt 158 neue Quartiere für Asylwerber im Burgenland schaffen konnten. Wir haben derzeit ungefähr 2.800 Asylwerberinnen und Asylwerber im Burgenland. Jedes dieser Quartiere wird von namhaften und auch von uns geprüften Betreibern geführt und wird auch mit uns verrechnet.

Wir haben, und das möchte ich auch extra anmerken, sechs Quartiere für unbegleitete Minderjährige im Burgenland, mit dem entsprechenden Betreuerschlüssel, mit qualifiziertem Betreuungspersonal eingestellt und die großen NGO's, wenn ich das so sagen darf, haben insgesamt 30 neue Quartiere 2015 eröffnet, die allesamt auch durch Aufstockung ihres Personals geführt werden.

Die genaue Anzahl, noch einmal gesagt, an angestellten Personen bei den NGO's liegt uns nicht vor. Unsere Aufgabe ist es, die Quartiere auf ihre Qualität zu überprüfen

und dafür zu sorgen, dass hier auch keine entsprechenden Kritikpunkte da sind. Für unseren Bereich möchte ich nur einen Punkt herausgreifen, die Diakonie. Die wurde mit vier zusätzlichen Sozialbetreuern ausgestattet und hat sich insgesamt auf zehn Sozialbetreuer erhöht. Aber, wie gesagt, Statistiken über den Effekt auf dem Arbeitsmarkt liegen uns nicht vor. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Finde ich bedauerlich, muss ich selber recherchieren.

Herr Landesrat, Quartiergeber und Quartiergeberinnen klagen immer wieder über Verzug in den Zahlungen seitens des Landes. Ich mache jetzt gerade eine Tour durch das Burgenland, wo mir das auch persönlich oft gesagt wird. Woran liegt es, dass die vereinbarten und zustehenden Zahlungen mit größerer Zeitverzögerung vonstattengehen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Also mir ist nicht bekannt, dass es Verzögerungen bei den Zahlungen gibt. Ich bin auch sehr viel im Burgenland unterwegs und ich weiß nichts von Verzögerungen bei Zahlungen für die Quartiergeber. Ich bin jedem Quartiergeber dankbar, es ist keine einfache Aufgabe, das sage ich auch offen, weil wir im Burgenland darauf setzen, kleine Einheiten zu schaffen, keine Massenquartiere schaffen wollen, sondern kleine Einheiten schaffen, das ist natürlich ein hoher Verwaltungsaufwand und auch ein hoher Aufwand dafür zu sorgen, dass die Qualität passt.

Denn es ist weder im Sinne von Quartiergeber noch im Sinne von Asylwerbenden, wenn die Qualität nicht passt. Aber von verzögerten Zahlungen ist mir nichts bekannt. Ich glaube, dass das Burgenland ein guter Zahler ist und auch durchaus in der Lage ist, den Verpflichtungen, die wir auch auf Grund von bundespolitischen Maßgaben hier eingegangen sind, auch nachzukommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Da haben wir unterschiedliche Informationen. Herr Landesrat, in wie vielen burgenländischen Gemeinden sind noch gar keine Quartiere geschaffen worden?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich kann das jetzt nicht auf die genaue Zahl sagen, aber wir haben derzeit ungefähr in 75 von 171 Gemeinden Quartiere. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? Bitte Herr Abgeordneter Präsident Strommer.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Rückwirkend mit 1. August 2015 wurden die Tagsätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erhöht. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz hat sich dann im Feber 2016 gegen eine Erhöhung des Tagsatzes ausgesprochen, die FPÖ werde - so Tschürtz - den Beschluss nicht mittragen. Ich erinnere mich an diesen O-Ton. Weder in Landesregierung, noch im Landtag wird es eine Zustimmung der FPÖ geben. Offenbar in Unkenntnis, dass die Vereinbarung schon mehrere Monate eigentlich gilt.

Sie selbst, Herr Landesrat, sind nach Ihren eigenen Angaben das Bollwerk in dieser Regierung gegen die FPÖ. Werden Sie dem Druck Ihres Koalitionspartners nachgeben und die Tagsatzvereinbarung wieder zurücknehmen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sie sind etwas falsch informiert. Es gibt keinen Beschluss, wir müssen einen Beschluss in der Regierung fassen und im Landtag fassen, was die Tagsatzvereinbarungen betrifft und wir werden diesen Beschluss auch fassen. Es gibt eine 15a-Vereinbarung, die Höchstrichtsätze vorsieht, Höchstrichtsätze vorsieht, und diese Vereinbarung wird jetzt auch auf Regierungsebene Ihnen auch vorgelegt werden.

Wir werden in den nächsten Wochen… *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Meine Frage…)* Dem Landtag auch vorgelegt werden, habe ich gesagt - und diese Vereinbarung wird Ihnen auch vorgelegt werden.

Es gibt eine 15a-Vereinbarung, die der Herr Landeshauptmann unterschrieben hat, die von Höchstsätzen spricht, von Höchstsätzen, und nicht von Richtwerten, die sozusagen einzuhalten sind, sondern von Höchstsätzen. Wir werden das verhandeln und werden es Ihnen auch vorlegen, wie es sich in einer funktionierenden Demokratie auch gehört. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? Bitte Herr Abgeordneter Mag. Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie gestaltet sich die Aufteilung der Quartiere auf Betreuungsorganisationen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, wir haben, wie ich schon angesprochen habe, derzeit 214 Quartiere im Burgenland mit, wie gesagt, 2.800 Asylwerberinnen und Asylwerbern. Ich möchte auch dazu sagen, weil das war ja eigentlich die Frage vom Herrn Kollegen Strommer, da ist ja dann noch eine spätere Frage, die gleichlautend ist, dass wir im Burgenland hier auch mittlerweile auf Platz drei bis vier gelandet sind, was die Quartiere betrifft insgesamt, ja also nicht wie es behauptet wird, dass wir da das Schlusslicht sind.

Das Schlusslicht, das sind die christlich-sozialen Bundesländer Tirol und Salzburg mit 85 Prozent. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich kenne keine christlich-soziale Partei in Österreich!)* Bitte? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich kenne keine christlich-soziale Partei in Österreich!)*Also die christlich-sozial regierten Bundesländer, ist das falsch? Ich glaube Salzburg hat einen ÖVP-Landeshauptmann und auch Tirol hat einen ÖVP-Landeshauptmann. Nicht? Na gut, also wenn Ihr Euch nicht zu Christlich-Sozial bekennt, das ist nicht mein Problem, das ist eine andere Frage.

Auf die Frage zurückkommend wir sind bei der Quotenerfüllung bei 96 Prozent. Die Quartiere - 214 an der Zahl für 2.800 Flüchtlingswerber im Burgenland -sind folgendermaßen aufgeteilt, wir haben 13 Quartiere bei der Diakonie, wir haben 18 Quartiere bei der Caritas, wir haben fünf Quartiere beim Arbeitersamariterbund und 38 Quartiere, die privat mit einem Mietvertrag organisiert worden sind, und dann noch 132 Quartiere, die von privaten Organisationen betrieben werden. Also keine einfache Aufgabe, weil es, wie gesagt, darum geht, dass wir kleine Quartiere schaffen wollen, was uns auch herausfordert, aber aus meiner Sicht sind wir auf einem guten Weg. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Rosner an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Georg Rosner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Hausärzte nehmen im Rahmen der Gesundheitsvorsorge und Betreuung eine immer wichtigere Rolle ein. Bereits im Jahr 2014 hat die Burgenländische Ärztekammer vor einem Ärztemangel gewarnt. Vor allem im Bereich der Hausärzte und Kassenärzte wird es bis zum Jahr 2025 einen Engpass geben.

Welche Maßnahmen planen Sie, um eine flächendeckende medizinische Grundversorgung durch Haus- und Kassenärzte sicherzustellen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist für mich auch interessant, dass man mir Kompetenzen zuschreibt, die ich nicht habe, aber es ist durchaus auch in meinem Sinn, politisch hier zu antworten. Ich komme aus dem Bezirk Oberpullendorf, ich habe selbst gesehen, dass es hier auch Probleme gegeben hat, eine Stelle nachzubesetzen. Es ist uns aus Oberösterreich gelungen.

Es ist keine einfache Situation, allerdings ist es, und dass möchte ich schon hier feststellen, Aufgabe der Gebietskrankenkasse und der Ärztekammer, hier dafür zu sorgen, dass im Hausärztebereich alles so ist wie es sein soll. Wir versuchen von Landesseite hier auch das Berufsbild des Hausarztes so zu gestalten, dass es Änderungen beispielsweise im Ärztegesetz geben soll, bei der Ärzteausbildungsverordnung schon gegeben hat, die Einführung von Lehrpraxen hier angedacht ist. Eine Artikel 15a-Vereinbarung, die gemeinsam mit dem Bund zu schließen ist, was die Reform des Gesundheitswesens im Bereich Zielsteuerung Gesundheit betrifft und hier auch einen Schwerpunkt der integrierten Gesundheitsplanung im Burgenland in enger Kooperation mit den Sozialversicherungsträgern im Rahmen des sogenannten, es klingt sehr technisch, Landeszielsteuerungsvertrags hier auch abzuschließen.

Wir versuchen auch, gewisse Aktivitäten zu unterstützen, ich sage nur ein Bespiel „Primary Health Care“. Das soll sicherstellen, dass zum richtigen Zeitpunkt auch die medizinische und pflegerische Qualität am richtigen Ort da ist. Es geht darum, dass es hier Zentren geben soll. Im Burgenland wird es zwei Pilotversuche geben, im Südburgenland einen, im Nordburgenland einen. Damit versuchen wir auch, den Beruf des Hausarztes von unserer Seite - noch einmal gesagt, obwohl es nicht unsere Kompetenz ist - attraktiver zu gestalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Herr Landesrat! Sie haben es erwähnt, dieses Pilotprojektes soll ja vermutlich im April 2016 im Bezirk Oberwart starten. Bezüglich der bezirksweiten Versorgung von Patienten während der Nachtstunden ist das geplant.

Wird diese Versorgung durch Notärzte ab 22 Uhr Ihrer Meinung nach ausreichen? Vor allem, wenn mehrere Notfälle auf einmal auftreten.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es ist eine längere Diskussion, die wir führen könnten. Ich bin nicht ganz sicher, ob das Projekt, wie es aufgesetzt ist, sozusagen

auch im Sinne der Bevölkerung ist. Das möchte ich noch mit der Ärztekammer und auch mit der Gebietskrankenkasse besprechen. Momentan ist das System so, dass wir Notärzte wohin schicken. Das „Primary Health Care“-System würde sagen, dass die Patienten zu den Ärzten kommen müssen. Es ist doch eine qualitative Umkehr. Allerdings war auch Ihre Partei dafür, dieses Konzept umzusetzen.

Wir werden jetzt in den nächsten Wochen auch darüber sprechen, ob es sinnvoll ist. Ich glaube schon, dass es sinnvoll ist, aber ich möchte, und da bin ich durchaus jetzt bei Ihnen, gewisse Verwerfungen auch vermeiden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Bei der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage haben Sie die Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Errichtung von Primärversorgungszentren erwähnt. Können Sie in solchem Fall die Qualität in der Gesundheitsversorgung garantieren, die Hausärzte durch die persönliche Betreuung erbringen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich bin durchaus ein Verfechter des jetzigen Hausärztesystems. Ich bin auch in täglichen Gesprächen, möchte ich fast sagen, mit der Ärztekammer, die durchaus auch einen kritischen Zugang zu dem - Sie haben es auf Deutsch gesagt, auf Neudeutsch - „Primary Health Care“-System haben. Aber wir garantieren auf jeden Fall die Versorgung. Es könnte sich keiner politisch das leisten und auch von der Seite der Ärzte nicht, wenn man diese Versorgung in den Bezirken nicht gewährleisten könnte. Sie können davon ausgehen, dass die politische Entscheidung so ausfallen wird, dass die Menschen im Burgenland nicht eine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung spüren werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Maßnahmen ergreift die KRAGES im intramuralen Bereich, um die Situation im extramuralen Bereich zu verbessern?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wie gesagt, wir sind für den intramuralen Bereich zuständig und wir haben einige Maßnahmen ergriffen, aber das kommt ja auch in einer weiteren Frage, was beispielsweise die Untersuchungsangebote im Krankenhaus Oberwart betrifft. Wir sind seit 1. März hier bei der MRT-Untersuchung soweit, dass wir das Angebot insofern erweitern konnten, auf das bin ich sehr stolz und es wird österreichweit auch positiv gesehen, dass wir die Untersuchungszeiten von 16 bis 22 Uhr ausweiten konnten, also auf Zeiten, wo Menschen dann nicht im Arbeitsprozess sind und damit auch sozusagen zusätzliche Möglichkeiten gegeben sind, in diesem MRT-Bereich untersucht zu werden und am Samstag von 8 bis 16 Uhr am Abend hier auch tätig werden können.

Im Übrigen möchte ich auch im Hohen Landtag anmerken, dass wir 57 neue Ärzte in den Spitälern des Burgenländischen Gesundheitsfonds seit meinem Amtsantritt angestellt haben. Das führt auch zu einer Verbesserung - auch aufgrund des Ärztegesetztes -, das wir auch gemeinsam, ich war damals noch nicht dabei, beschlossen haben.

Dass wir 57 neue Ärzte im Burgenland angestellt haben, zeigt auch, dass wir an der Qualität nicht nur drehen, sondern diese Qualität auch verbessern können. Sie brauchen sich nur erkundigen. Es ist fast wie in der Werbung, ich bin sehr viel unterwegs, mein Heimatbezirk Oberpullendorf, wir haben einen neuen Primararzt angestellt und plötzlich sind die Fallzahlen nach oben geschnellt, weil auch die Menschen relativ rasch merken, dass sich die Qualität verbessert. Das ist etwas, auf das das Burgenland stolz sein kann. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! In einem Gespräch mit Ärzten wurde mir und einem Landtagskollegen versichert, dass es derzeit nicht möglich ist, dass ein Arzt einen anderen Arzt anstellt, um damit seine Öffnungszeiten oder sein Angebot als Hausarzt zu erweitern. Es gibt die Diskussion innerhalb der Ärzte, ob man diese rechtlichen Möglichkeiten nicht schaffen sollte.

Wie sehen Sie diese Situation?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Durchaus eine Diskussion, zu der ich offen stehe und die wir auch in den nächsten Wochen politisch führen können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Edith Sack an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Edith Sack um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein viel diskutiertes Thema und gewinnt immer mehr an Aktualität. Einerseits liegt das an der ständig steigenden Zahl der berufstätigen Frauen, andererseits an der Veränderung der Familienstruktur. Großeltern wohnen oft zu weit weg oder sind selbst noch berufstätig und können somit nicht bei der Kinderbetreuung einspringen.

Welche Maßnahmen wurden bisher getätigt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Das ist natürlich ein Thema, das uns in den letzten Jahren begleitete, aber auch in der Zukunft begleiten wird. Vereinbarkeit bedeutet, dass Väter und Mütter, aber natürlich auch Alleinerziehende das Recht auf Einkommen haben. Das Einkommen auch brauchen und daher wird uns dieses Thema natürlich begleiten.

Wir haben im Burgenland und das hören Sie oft genug, Frau Abgeordnete, Hoher Landtag, sehr gute Zahlen aufzuweisen. Wir sind ja österreichführend in der Kinderbetreuung der Zwei- bis Sechsjährigen, aber es geht natürlich weit darüber hinaus. Ich werde heute in Ihrer Anfragenbeantwortung auch kurz darauf zurückkommen, dass natürlich das Thema Vereinbarkeit, Väter und Mütter, die keine Zeit haben, Großmütter, Großväter, die auch noch berufstätig sind, so, wie Sie es richtig angemerkt haben,

brauchen sie natürlich für ihr Kinder und Enkelkinder auch noch Betreuung ab der Volksschule und so weiter. Es geht auch oft um Lernförderung und Lernbegleitung, aber das ist das eine Thema.

Das Zweite, das ich natürlich auch hier in den Mittelpunkt stellen werde, wenn wir uns den Frauenbericht und ich darf Sie nur hinweisen, aus dem Jahr 2014, ich habe Ihnen den damals auch zur Verfügung gestellt, ist auch im Internet einsichtbar und herabladbar. Ist natürlich auch das Thema, dass Frauen sehr oft, wenn dann Ihre Kinder größer sind, wieder in die Vereinbarkeit kommen, weil es vielleicht beispielsweise Eltern, Schwiegereltern gibt, die dann zu betreuen sind. Das heißt, es endet nicht nur mit der Kinderbetreuung, es beginnt natürlich auch mit der Familienbetreuung. Aber kurz, vielleicht für Sie, Frau Abgeordnete, und dem Hohen Landtag einige Daten und Fakten nur zur Klarheit, worauf wir sehr stolz sein können, dass sich die Kinderbetreuung unglaublich in den letzten Jahren entwickelt hat, aber natürlich auch der Landeshauptmann und ich in die Zukunft schauend einige Dinge schon in Vorbereitung haben.

Einige Familienzahlen, damit wir Daten und Fakten haben und auch sehen, wie verschieden Familie aufgestellt ist. Im Burgenland haben wir 35.900 Einpersonenhaushalte, 37.100 Zweipersonenhaushalte, 21.900 Dreipersonenhaushalte, 17.200 Vierpersonenhaushalte und 7.500 Haushalte, wo fünf und mehr Personen leben. Alleine aus dieser Aufzählung, wenn Sie mir folgen, können Sie sich vorstellen, wie sich Familiensysteme und Kinderbetreuung natürlich verändert haben, Gott sei Dank nicht wir, herzlichen Dank.

Das bedeutet, die Herausforderungen sind natürlich auch größer geworden. Beispielsweise ist auch klar, dass im Burgenland 90.300 Familien wohnen, mit oder ohne Kinder, und in verschiedenen Familiensystemen. Zurzeit haben wir 24.100 Kinder im Land, die unter zehn Jahren sind, und genau für diese Zeit ist vor allem natürlich Vereinbarkeit ein Thema.

Was natürlich dazukommt, das ich Ihnen nicht vorenthalten mag, ist, dass wir uns auch sehr gut in der Beschäftigung entwickelt haben. Wir haben nie zuvor Frauen so viele Arbeitsplätze vorhalten können im Land selber, warum erwähne ich jetzt nicht Männer, weil natürlich auch in diesem Frauenbericht und in verschiedenen Familien empirischen Untersuchungen klar herauskommt, dass die Vereinbarkeit, also das Schauen auf Kinder, doch natürlich zu 75 Prozent im Burgenland noch immer eher in Frauenhand ist. Daher lege ich meinen Fokus natürlich vor allem auf das veränderte Frauenbild, heißt Frauen, denen das Recht zukommt, natürlich ohne Diskussion, dass sie auch eine Arbeit und damit auch einem Einkommen nahekommen, ist natürlich auch wichtig, wenn man sich diese Entwicklung anschaut.

Wir haben wirklich hier allen Grund, stolz zu sein. Eine höchste Frauenbeschäftigung wie nie zuvor. Schaut man genauer darauf, gerade in diesem Segment 34- bis 45-Jährige, wo sehr viele Frauen, die Erstgebärenden werden sozusagen immer älter. Bei den 34 bis 45-Jährigen haben wir 89 Frauen in Beschäftigung. Also von 100 Frauen sind in diesem Bereich 89 beschäftigt. Darauf bin ich sehr stolz. Hier hat sich vieles getan. Was natürlich wichtig ist, ist all diese Dinge in den Griff zu kriegen.

Wir sind - und dazu stehe ich und ich mag es gerne wiederholen - gemeinsam mit den Gemeinden wirklich gut unterwegs. Herzlichen Dank an alle, die sich an dieser Kinderbetreuung natürlich auch beteiligen.

Zum Zweiten den Kindergartenpädagoginnen und Pädagogen, natürlich auch - wie gesagt - den Gemeinden und wir selber nehmen für diesen Bereich bis sechs Jahre 25

Millionen Euro seitens des Landes auch in die Hand, um hier Kinderbetreuung zu gewährleisten, was natürlich ganz wichtig ist, Frau Abgeordnete, Hoher Landtag, dass auch gewährleistet ist, für Volksschüler auch dafür zu sorgen, dass mit denen jemand lernt, die Hausaufgabe mit ihnen gemeinsam betreut, fördert und hier ist uns ganz wichtig und ich sage auch als Sozialreferentin danke, dass da auch etwas passiert bis zu zehn Jahren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Danke Frau Landesrätin, Zeitablauf. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Welche Maßnahmen, sehr geehrte Frau Landesrätin, planen Sie in diesem Bereich für das Jahr 2016?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Was ich für ganz wichtig finde, ist immer die Menschen zu fragen, was sie brauchen. Ich maße uns allen hier im Landtag nicht zu, dass wir sagen, ja, wir wissen, was die Frauen, was die Männer, was die Eltern, die Großeltern draußen brauchen.

Der Herr Landeshauptmann und ich haben im Vorjahr bereits nach der sehr erfolgreichen Arbeit mit dem Landesschulrat, nämlich die Elternbefragung, schon viele Antworten bekommen. Bedarfsorientierte Vereinbarkeit, bedarfsorientierte Kinderbetreuung ist das Gebot der Stunde. Die Elternbefragung, und ich möchte gar nicht zurückdenken, wie das von manchen kritisiert wurde, obwohl das so wichtig war, dass wir diese Eltern befragen haben können, wie es ihnen geht, was sie brauchen, wie zufrieden sie mit der Qualität sind.

Das hat uns veranlasst, natürlich auch noch weiter zu gehen. Wir haben gemeinsam eine Studie an der FH für Sozialarbeiter in Auftrag gegeben. Diese wird Ihnen, meine Damen und Herren, vor allem als Kommunalvertreter und -vertreterinnen sicher sehr nützen. Da lassen wir beide nämlich jetzt auch darauf schauen.

Wie schaut es zum Beispiel aus mit den Bedarfen? Haben wir die halbwegs abgedeckt? Oder eine Frage beispielsweise auch, wie wirkt sich Infrastruktur und Kinderbetreuungseinrichtungen auf die Erwerbsquoten von Männern und Frauen, vor allem von Frauen aus? Oder was ist der Grund, warum heute Menschen, eher später Kinder bekommen oder der volkswirtschaftliche Nutzen, wenn es gute Kinderbetreuung gibt und zuletzt auch für die Kommunalpolitik, wie wirkt sich das als Abwanderungstendenz aus, wenn wir Kinderbetreuungseinrichtungen bis zur Altenbetreuungseinrichtung schaffen? In den Gemeinden. Können wir damit die Abwanderung hinten anhalten.

Also all diese Dinge, freue ich mich schon, in einigen Wochen werden wir bereits die ersten Aussagen bekommen. Bedarfsorientiert, bei den Eltern, bei den Kindern, das ist das Gebot der Stunde. Das tun wir gerne gemeinsam. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Welche Chancen für Frauen und Familien sehen Sie in der ländlichen Entwicklung?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Eines, meine Damen und Herren, ist ganz klar. Auch wenn wir sehr stolz sein können, auf fast 50.000 beschäftigte Frauen im Land, auf

über 104.000 Beschäftigte überhaupt, wo Eltern einer Arbeit nachgehen können, ist natürlich auch der Auftrag, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen. Und damit aber auch gleichzeitig, wie kann ich trotzdem Familie haben? Wie kann ich das vereinbaren?

Natürlich im ländlichen Raum nicht einfach. Das wissen wir alle. Nur da bin ich ganz klar der Meinung, entgegen anderer, nicht jammern, sondern tun. Ich habe daher gerade in dieser Zusammensicht auch mit Agrar, Familie, Frauen, Vereinbarkeit hier ein neues Entwicklungskonzept, Regionalentwicklung in die Hand genommen. Ich war jetzt in sechs Bezirken und habe dort unglaublich viele Menschen getroffen, die sehr engagiert sind, die ganz konkrete Projekte für Beschäftigung haben. Und die Vereinbarkeit ist natürlich auch ein Thema.

Vor kurzer Zeit habe ich auch einen eigenen Frauenworkshop veranstaltet, wo es darum geht, wie schaffen wir im ländlichen Raum neu innovative Arbeitsplätze, die man auch sehr gut vereinbaren kann, mit Familie oder älteren Menschen zu betreuen. Und ich möchte mich da wirklich bei allen Teilnehmerinnen bedanken, weit über die parteipolitischen Grenzen hinweg und Expertinnen, die sich sehr eingebracht haben. Allein an diesem Vormittag sind 19 innovative Ideen für Frauenbeschäftigung, immer kombiniert natürlich auch mit dem Ziel, Familie zu haben und zu vereinbaren, herausgekommen.

Danke an alle, die dabei waren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten … *(Abg. Ing. Strommer: Es hat eine Zusatzfrage gegeben.)* Haben wir nicht gesehen, gut, dann retour.

Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Resetar.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrat! Sie haben angesprochen, dass 25 Millionen Euro in die Kinderbetreuungseinrichtungen gesteckt werden, was ich natürlich begrüßen kann. Tatsache ist, dass wir eine so gute Kinderbetreuung haben. Das ist auch der Grund dafür, dass die einzelnen Bürgermeister und Gemeindeverantwortlichen, ich darf mich ganz herzlich an dieser Stelle bei allen Abgeordneten bedanken, die auch in der Gemeinde Verantwortung tragen und wo natürlich die Kinderbetreuung hervorragend funktioniert.

Ich würde Ihnen auch gerne die Frage stellen, nennen Sie mir bitte einen Akt, den Sie in den letzten 15 Jahren eingebracht haben, wo es um die Unterstützung von Kinderbetreuungseinrichtungen gegangen ist. Das mache ich aber nicht.

Nachdem Sie für alles zuständig sind und auch für nichts …

Präsident Christian Illedits: Die Frage bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)***:** … möchte ich gerne von Ihnen wissen, sind Sie für den Beibehalt der Gymnasien? Ja oder nein?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Eine Bitte, nachdem ich nicht … *(Landesrat Helmut Bieler: Warte ein bisschen)*. Die Gymnasium-Frage passt zwar nicht dazu, aber es ist egal.

Präsident Christian Illedits: Wenn die Frau Landesrätin die Frage beantworten möchte, kann sie dies tun. Es besteht aber mit der Hauptfrage kein Zusammenhang.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Aber nicht einmal einer zwischen Gymnasium und Vereinbarkeit. Aber macht nichts. Mache ich gerne, sehr geehrte Frau Abgeordnete. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja oder nein?)*

Erstens, um auf das einzugehen, was Sie gesagt haben. Ich hätte einen Wunsch an Sie, gerade als Frau erwarte ich mir nicht nur von Ihnen, sondern vom Landtag, ich bin gerne eine Frau Landesrat, aber Frau Landesrätin, würde mich freuen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Zweitens, ich habe mich … *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Haben Sie die GRÜNEN unterstützt? Die hatten einen Antrag. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Sehr geehrter Herr Sagartz, wollen Sie haben, dass ich der Frau Abgeordneten antworte oder soll ich Ihnen antworten? Bitte melden Sie sich dann nachher.

Zweitens, ich habe selbstverständlich vorher auch den Bürgermeistern … *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Abgeordneter Sagartz, ich bitte um Ruhe. Die Frau Landesrätin ist am Wort.

Bitte sehr.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Schön, dass Sie auch auf die Welt kommen und merken, dass es Frauen in der Politik gibt, danke für den Anspruch, dass wir Landesrätinnen sein dürfen. Danke schön. Zweite Geschichte, Frau Abgeordnete, ich habe mich vorhin natürlich auch bei den Bürgermeistern, aber auch bei den Bürgermeisterinnen bedankt, das ist selbstverständlich.

Auf Ihre dritte Frage, ich hätte mir gewünscht, die letzten 15 Jahre, dass die ÖVP in der Kinderbetreuung wirklich was tut. Dann hätten der Landeshauptmann und ich weniger Arbeit gehabt und dann hätten wir nicht so viel Arbeit, nämlich Ihre Arbeit noch mitzutun, gemacht. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist jetzt aber auch.)*

Vierte Bemerkung. 2002 Gesetz. Gemeindeübergreifende Kindergärten und Kinderkrippen war die Initiative. Sie haben als ÖVP-Klub dagegen gestimmt. Ich frage mich, wer was gemacht hat. Zum Vierten. Ich stehe für Bildung. Ich bin selber Pädagogin, war Schuldirektorin, ich stehe darauf, dass Kinder, dass … *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sind Sie für das Gymnasium? Ja oder nein?)*

Sie würden das gerne haben, dass Sie einteilen, wer ins Gymnasium geht, wer nicht, und so weiter. Schulische Bildung ist gut. Schulstandorte sind wichtig im Burgenland. Und Nachmittagsbetreuung und Ganztagesbetreuung auch für die Unterstufengymnasien, damit wir wieder beim Thema Vereinbarkeit sind. Das wäre wichtig.

Danke für Ihre Frage. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Gerne!)* Nicht dazu gepasst, habe ich sie aber gerne beantwortet. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin.

Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat, - darf ich sagen? *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)* Sie haben immer proklamiert, dass das Burgenland die Betreuungsquote/Asylquote im erforderlichen Ausmaß erfüllt.

Wieso ist Ihnen das während Ihrer bisherigen Amtszeit als Landesrat nicht gelungen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das stimmt so nicht. Es hat eine Überschreitung der 100-Prozent-Quote gegeben, im Herbst des Vorjahres. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Einen halben Tag.)* Nicht einen halben Tag, sondern einen längeren Zeitraum.

Aber Sie wissen genau so gut wie ich, dass es eine neue Entwicklung gegeben hat. Dass eben, wie ich schon in einer anderen Anfrage angemerkt habe, 300.000 Menschen nach Österreich gekommen sind. Wir mittlerweile 87.000 hier in der Grundversorgung in Österreich haben. Wir aufgrund der 15a-Vereinbarung 3,38 Prozent hier auch zu betreuen haben. Dass es gleichzeitig kein Bundesland, außer Wien, kein Bundesland gegeben hat, dass die 100 Prozent überschritten hat. Nicht einmal Niederösterreich, obwohl Niederösterreich mit Traiskirchen eingerechnet, mit derzeit 1.680 Asylwerbern, durchaus einen „Polster“ hat. Und dass wir jetzt derzeit bei 96 Prozent der Quote liegen.

Damit sind wir am vierten Platz. Vor Ländern wie christlich-sozial, darf ich ja nicht mehr sagen, habe ich gehört. Vor Ländern wie Tirol und Salzburg, die 85 Prozent Anerkennungsquote bei den Grundversorgungen haben, Quotenerfüllung haben und 89 Prozent. Wie gesagt, Niederösterreich knapp an der 100-Prozent-Marke immer schrammt, entweder knapp darunter oder knapp darüber ist. Aber noch einmal gesagt, mit Traiskirchen eingerechnet.

Ich möchte nur sagen, im Burgenland sind in dieser Quote knapp über 100 Menschen eingerechnet, die aus der Bundesversorgung kommen, Traiskirchen.

Ich glaube, wir sind hier sehr gut. Ich kann Ihnen das auch in absoluten Zahlen sagen. In Tirol fehlen 1.104 Plätze, heutiger Tag. In Oberösterreich 820 Plätze, in der Steiermark 899 Plätze, also ich glaube, wir brauchen uns hier nicht verstecken. Wir arbeiten hart daran, diese Quote zu erfüllen. Wir haben auch täglich jetzt wieder zugelegt, von 90 Prozent mittlerweile auf 96 Prozent.

Ich glaube, das ist auch ein gutes Zeichen, dass wir unsere Aufgabe hier in diesem Bereich wahrnehmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie wiederholen auch immer wieder, fast gebetsmühlenartig, heute haben Sie es noch nicht getan, den Satz des Herrn Landeshauptmannes, dass Flüchtlinge im Burgenland in kleinen Einheiten statt in Massenquartieren untergebracht werden sollen. Aus dem Ankündigungsriesen ist aber auch hier ein Umsetzungszwerg geworden, denn geschehen ist offenbar das nicht. Zumindest ist es bisher zu wenig geschehen, sonst würden wir ja die Quote erfüllen.

Dadurch, dass wir die Quote nicht erfüllen, sehr geehrter Herr Landesrat, sind Sie auch alleine für ein weiteres Schlagendwerden des Durchgriffrechtes des Bundes verantwortlich. Das ist Ihnen bewusst.

Können Sie sich die Unterbringung von Flüchtlingen in anderen als den bisherigen Modellen vorstellen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn man auf die Massenquartiere, die auch in Aussendungen von Ihren Kollegen dauernd hier herumschwirren, kommen würde, dann würde ich einmal vorschlagen, diese Massenquartiere in Tirol und in Salzburg anzudenken, wo die Quote ganz weit weg ist, von dem, was sozusagen vereinbart worden ist. Wir sind bei 96 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich hoffe, ich hoffe inständig, und ich bin eigentlich sicher, dass Sie das auch so sehen wie ich, dass es Massenquartiere wie in Bruckneudorf angedacht, von der Innenministerin angedacht, nicht geben darf. Das ist unser politischer Zugang. Ich habe jeden Tag Angebote, auch im Heimatbezirk des Parteivorsitzenden der ÖVP, die mir sagen, wir können 2.000 Quartiere auch schaffen. Ja, super. Ich bin nicht dafür. Ich sage das ganz offen. Ich bin nicht dafür, dass Quartiere geschaffen werden, die die Bevölkerung überfordern.

Wir haben eine gute Erfahrung, auch in Potzneusiedl, beispielsweise, im Bezirk Neusiedl, wo man sagt, das ist schon die Höchstgrenze aus meiner Sicht, mit 80 ungefähr, nicht ganz noch, aber dass wir dafür sorgen, dass wir kleinere Einheiten schaffen. Wir haben mit 214 Quartieren bei 2.800 Asylwerbern momentan, wenn man das jetzt durchrechnet, wenn ich nicht ganz falsch in Mathematik liege, knapp bei zwölf Personen pro Quartier. Ich halte das für gut.

Das ist für die Abteilung, die hervorragende Arbeit leistet, möchte ich auch hier im Landtag einmal bestätigen und sagen, nicht einfach. Weil man natürlich leichter ein Quartier mit 300 Menschen administrieren kann, als ein Quartier mit zwölf Menschen. Aber wir stehen dazu, und wir bitten alle, hier auch mitzuarbeiten und ich bitte auch, nicht polemisch gemeint, auch ÖVP-Gemeinden, hier sich noch verstärkt einzubinden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Danke für die klare Positionierung, Herr Landesrat. Die Bürgermeister, die Sie bisher kontaktiert haben, es sind ja noch nicht alle, werden Ihnen sicher dabei helfen. Aber, sehr geehrter Herr Landesrat, Ihr Koalitionspartner, genau genommen, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz hat im Sommer eine Ausgangssperre für Asylwerber gefordert. Rechtlich eine mehr als bedenkliche Forderung, Menschen ohne Grund einfach wegzusperren.

Unterstützen Sie diese Forderung von Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz? *(Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz: Die Asylwerber …)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich glaube, diese Frage ist zwar nicht mit dem unmittelbaren Thema in Zusammenhang zu bringen. Aber ich persönlich bin gegen eine Ausgangssperre. Es gibt gesetzliche Regelungen in Österreich, die einzuhalten sind. Wir sollten aber auch nicht an gewissen Problemen vorbeischauen, die wir haben. Das sehen Sie auch in Ihren Gemeinden. Wenn man da vorbeischaut und nicht hinschaut, dann würde das sozusagen auch zu politischen Verwerfungen führen, die keiner von uns möchte.

Wir wollen, dass die Regeln in Österreich eingehalten werden. Die Kontrollen in Österreich eingehalten werden, dass alles passt. Das ist sozusagen auch das Ziel einer Politik, die sich darin orientiert, dass wir jenen Asyl geben sollen, die auf Grund des

Krieges beispielsweise in Syrien hier zu Recht um Asyl angesucht haben, jenen kein Asyl geben, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, so leid es uns tut.

Wenn wir diesen sehr schwierigen Weg auch gemeinsam, und da würde ich auch meinen, dass die ÖVP da dabei sein sollte und dabei sein muss, gehen, dann haben wir auch schon sehr viel gewonnen. Auch was die Akzeptanz der Bevölkerung betrifft und ich sage ganz offen, es ist nicht ganz einfach, diese Akzeptanz jeden Tag zu finden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dann haben wir auch schon sehr viel gewonnen, auch was die Akzeptanz der Bevölkerung betrifft und ich sage auch ganz offen, es ist nicht ganz einfach diese Akzeptanz jeden Tag zu finden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage ? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Mit welchen Herausforderungen sehen Sie sich im Bereich Asyl während des Kalenderjahres 2016 konfrontiert?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, das habe ich, glaube ich schon fast beantwortet, dass wir insgesamt die Quartiere auch schaffen können und schaffen müssen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es möglich ist, diese 100 Prozent auch zu schaffen. Wir sehen allerdings, dass es wie gesagt, da und dort Probleme gibt, wenn es darum geht, auch größere Einheiten hier angeboten zu bekommen. Weil es gibt ein politisches Credo, wir haben gesagt, kleine Einheiten. Und kleine Einheiten heißt auch im zweiten Schritt, Akzeptanz der Bevölkerung zu haben. Auch Akzeptanz – das sage ich auch ganz offen - ich mache keine einzige Aktion und kein einziges Quartier gegen den Willen der politisch Verantwortlichen vor Ort, egal ob sie jetzt aus der ÖVP kommen, aus der SPÖ kommen oder aus der FPÖ kommen oder von der Liste Burgenland kommen, um das auch zu sagen. *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly.)*

Ja, ja - wir sind eh in guten Gesprächen wir zwei - aber *(Abg. Manfred Kölly: Kein Problem.)* um das geht es, diese Herausforderung ist da, weil noch einmal gesagt: es gibt theoretisch sehr viele Angebote, nur Angebote müssen auch akzeptiert werden von der Bevölkerung, alles andere nützt uns nichts. Wenn wir die Akzeptanz in den Gemeinden nicht finden, dann werden wir uns ja politisch auf einem Boden wieder finden, den keiner von uns gerne hätte. Also kleine Einheiten, viel Arbeit - auch für die Abteilung 6 hier in der Landesregierung - und die hier auch gute Arbeit leisten.

Wir wissen, dass wir sie sehr stark herausfordern, aber es ist auch glaube ich, politischer Wille und es sollte auch Konsens von allen im Landtag vertretenen Parteien sein, diesen Weg gemeinsam zu gehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landessrat! Sie haben voriges Jahr bei Ihrem Antreten versprochen, die Quote eine Woche später zu erfüllen, bis heute haben Sie sie eigentlich nicht eingehalten. Das Durchgriffsrecht ist damals mit den Stimmen der SPÖ im Parlament beschlossen worden.

Sie sind nun der Einzige, der dieses Durchgriffsrecht im Burgenland mit dem Landeshauptmann verhindern kann, durch die Erfüllung der Quote. Wir wissen nicht, mit

welchen Gemeinden Sie im Gespräch sind, aber *(Abg. Robert Hergovich: Wie schaut es aus in Hornstein?)* die Frage, die konkret ist:

Wie können Gemeinden mit einer Unterstützung von Ihnen rechnen oder von Seiten des Landes?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter. Ich nehme ja nicht an, dass Sie irgendwo am Mond leben, sondern dass Sie auch *(Unruhe bei der ÖVP)* die politische Situation - entschuldige, das ist vielleicht polemisch gewesen, das nehme ich zurück - aber dass Sie die Situation auch mitbekommen haben und ich weiß nicht, ob Sie nicht zuhören: neun Länder haben diese Quote nicht erfüllt gehabt, ja!

Das Burgenland hat Angebote auch in der Person des Landeshauptmannes vorgelegt, was Zusagen auch Wohneinheiten betrifft, was eine Förderung betrifft. Da müssen die Gemeinden auch zugreifen und wir sind dabei, mit den Gemeinden in Gesprächen dafür zu sorgen. Wir müssen derzeit - ich hoffe, es wird besser - wir könnten jetzt politisch lange diskutieren, aber es geht sich glaube ich nicht aus in der Fragestunde - auf Grund der Schließung der Balkanroute, zu der ich zu 100 Prozent stehe, das sage ich auch ganz offen - wird es auch besser werden und wir werden die Quote damit auch in den nächsten Wochen hoffentlich erfüllen können, weil wir weniger Asylanträge haben.

Und eine raschere Abwicklung von Asylverfahren Das ist schon auch ein Appell des Burgenlandes an den Bund - sorgt dafür, dass wir auch früher wissen, wer hat Asylstatus und wer muss wieder zurückgeführt werden. Da bin ich schon auch der Meinung, dass hier der Außenminister gefordert ist und die Innenministerin gefragt ist, ja! Das möchte ich Ihnen schon sagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Eine Sonntagsrede alleine nützt nichts. Wenn ich keine Rückführungsabkommen habe, dann habe ich die Menschen hier bei uns. Und wir können nur sagen, vom Land her haben wir die Attraktivität für die Gemeinden so geschaffen, dass es auch möglich ist, wenn Gemeinden bereit sind, hier Flüchtlinge aufzunehmen, dass sie diese auch aufnehmen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Also vorweg, ich kann die Bürgermeisterin und Bürgermeister beruhigen, in Gemeinden, wo Flüchtlinge untergebracht sind, wenn man sich ein bisschen bemüht, gibt es auch kaum Probleme. Die Probleme sind immer nur in der Angst davor.

Aber meine Zusatzfrage an den Herrn Landesrat: Es ist ja jetzt auch so, dass es möglich ist, dass Pflegeeltern unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen, da gibt es ja auch schon sehr positive Erfahrungen. Wichtig wäre jetzt auch noch, dass diese Pflegeeltern eine fachlich gute Supervision haben. Können Sie diese in die Wege leiten? Ist Ihnen das möglich, dass so eine Supervision auch von einer Institution übernommen wird, die fachlich Erfahrungen in der Jugendwohlfahrt hat, in der Sozialpädagogik und in der Betreuung von Familien, dass da wirklich die Eltern gut begleitet sind?

Präsident Christian Illedits: Eine lange Frage. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Eine kurze Antwort - ja! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. So schnell kann es gehen. Die nächste Anfrage ist von dem Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Inhaltsangaben von Lebensmitteln sind oft verwirrend und schwer vergleichbar. Doch erst wenn die Verbraucher wissen, wieviel Zucker, Fett oder Salz drin steckt, können sie sich bewusst ernähren.

Großbritannien verwendet eine Lebensmittelkennzeichnung nach einem Ampelsystem. Diese farbliche Kennzeichnung mit Rot für einen hohen Gehalt, Gelb für einen mittleren Gehalt und Grün für einen niedrigen, erlaubt eine leicht erkennbare Darstellung der Inhaltsstoffe.

Wie stehen Sie zu so einem System der Nahrungsmittelkennzeichnung?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Prinzipiell jetzt in der Zusammenschau als Konsumentenschutzlandesrätin auch zuständig für die Preisbehörde, Produktsicherheit, aber auch für den großen Agrarbereich, muss ich klar sagen: jede Kennzeichnung, die klar und nicht verwirrend und überschaubar ist für den Konsumenten, ist wichtig.

Der Konsument heute - und schauen Sie sich um, hier sind auch sehr viele junge Menschen heute dabei - es ist gesellschaftspolitisch einiges im Wandel, Konsumentinnen und Konsumenten sind heute viel kritischer, wollen sich gesünder ernähren, wollen wissen und die Sicherheit haben, Herr Abgeordneter, Hoher Landtag, dass das drinnen ist, was drauf steht. Als Agrarlandesrätin ist mir natürlich das genauso wichtig, weil natürlich jede Kennzeichnung, die vor allem das Herkunftsland zeigt, ganz klar auch für das Burgenland eine Chance hat, weil dann der Konsument beruhigt auf die Herkunft beziehungsweise auf die Kennzeichnung insgesamt vertrauen kann, wenn die Lebensmittel aus der Region sind.

Ihre konkrete Frage zum Ampelsystem: Ich bin ja da seit 15 Jahren in all diesen Bereichen involviert, prinzipiell ist hier die EU auf einem guten Weg, insofern, dass sie hier auch die Länder immer wieder darauf hinweist, dass Herkunft beziehungsweise Systeme für den Konsumenten ganz wichtig sind.

Das Ampelsystem, dass Sie erwähnt haben, ist ein sehr klares und relativ einfaches und ich kann nur nochmals betonen, für den Konsumenten ist es wichtig, wenn er einkaufen geht, dass er sich sehr schnell, ohne hier stundenlang irgendwelche Texte zu lesen, auskennen muss, was ist gesund? Gesundheit, für mich als Agrarlandesrätin, natürlich auch regional gekauft und wie kann er schnell einkaufen, im Bewusstsein, ich ernähre mich gesund.

Dieses System von Rot, das ganz klar sagt, das ist ein Produkt, das gesund ist, weil ich die vier Hauptelemente, die für die Gesundheit ganz wichtig sind, drinnen habe und sicher sein kann, dieses einfache System bis hin natürlich zu Grün, wo ich weiß, das ist nicht gut, da lass ich eher die Finger davon. Das bedeutet, dass wir in Österreich beispielsweise, da würden Sie jetzt sagen, Hoher Landtag, Sie würden sicher sagen, aber na ja, Frau Landesrätin wir haben ja ohnehin auch das Gütesiegel, sollen wir dann trotzdem dieses Ampelsystem beispielsweiseaus Großbritannien übertragen? Da muss

ich aber gleich dazu einschränken, das wäre natürlich eine Bundesmaßnahme, aber wir Länder sind natürlich immer auch dem Bund auf den Fersen, wenn es darum geht, etwas zu evaluieren.

Da haben Sie recht, aber nur, Herr Abgeordneter, Hoher Landtag - ich weiß nicht, wie es Ihnen geht? Aber wenn Sie sich anschauen, dass wir weit über 100 Gütesiegel haben, viele Bezeichnungen, wo der normale Einkäufer und die Einkäuferin natürlich auch ihr Problem haben, dass sie all diese Gütesiegel noch übersehen können, das ist natürlich schon ein Problem. Daher kann ich Ihnen ganz klar aus meinen zwei Bereichen, drei Bereichen wo ich zuständig bin, die ich jetzt aufgezählt habe, sagen, ja, wir müssen uns was in Zukunft überlegen.

Ob es jetzt Ampelsysteme sind oder beispielsweise eben noch mehr vereinheitlichte Gütesiegel. Der Verein für Konsumenteninformation, der VKI, der Ihnen aller sicherlich bekannt ist und der ja sehr gute, wirklich sehr hochqualitative Arbeit leistet und sehr kombiniert natürlich auch mit der Arbeiterkammer vorgeht, hat Recht, wenn er diese Anzahl von Gütesiegeln wirklich auch kritisiert und sehr, sehr hinterfragt, ob das der Konsument noch durchschauen kann? Ich komme wieder zurück als Agrarlandesrätin, nochmals, dieses Ampelsystem bedeutet, gesunde Ernährung. Gesunde Ernährung ist aber für mich ganz klar zusammenhängend mit regionalen Einkäufen.

Daher möchte ich in Zukunft auch auf den Bund - und das habe ich ja in den letzten Jahren schon getan, aber jetzt noch verstärkt mit den Agrarzuständigkeiten, dass wir ganz klar sagen, bitte überlegen wir uns europaweit, überlegen wir uns aber bitte auch vor allem aus österreichischer Sicht, was tun wir, um hier den Konsumenten und die Konsumentin zu stärken, aber auch die Agrarwirtschaft leben zu lassen.

Denn regional heißt gesund und gesund heißt, gute Kennzeichnung, überschaubare Kennzeichnung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

†Präsident Christian Illedits|: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

†Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ)|: Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die Landwirtschaftskammer fordert von den heimischen Gastwirten eine verpflichtende Einführung einer eigenen Herkunftszeichnung für Fleisch und Eier. Die Wirtschaftskammer ist strikt dagegen.

Wie stehen Sie als Konsumentenschutz- aber auch als Agrarlandesrätin zu dieser Forderung?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter, Hoher Landtag! Es ist richtig, was Sie sagen, dass ich hier - und das sage ich klar und ein klares Bekenntnis dafür, dass es diese Herkunftsbezeichnung auch geben muss gemeinsam mit dem Landwirtschaftskammerpräsidenten Hautzinger, das ist wichtig für die Agrarwirtschaft. Gerade für Fleisch, aber auch für die Eierproduktion - und Ostern steht vor der Tür, da ist es ganz wichtig, dass wir hier wissen, welche Eier, wie sind die reguliert, woher kommt das Fleisch?

Ich möchte Sie beispielsweise auf zwei Dinge sehr praxisnahe hinbringen, nämlich bitte folgen Sie mir gedanklich, was passiert: Wir haben - und ich darf Ihnen das zeigen - von den Eierproduzenten des Burgenlandes Eier, die im Burgenland produziert werden, und das sind Gott sei Dank sehr viele, wir können hier auch in der Agrarwirtschaft sagen,

dass wir auf alle Fälle gut unterwegs sind, auch hier steigt beispielsweise das Konsumverhalten in Richtig Freilandei, in Richtung Bioeier.

Nur vielleicht darf ich Ihnen das noch zeigen. *(Die Landesrätin Verena Dunst zeigt einen Folder.)* Das große Thema ist natürlich, dass wir für diese Produkte auch einen Absatz brauchen. Wenn es so ist, wie hier beispielsweise auf dieser Kennzeichnung, auf dieser Skala, dass wir zwar 100 Prozent Eier im Burgenland haben, wir aber über 40 Prozent einen Versorgungsgrad haben, dass wir noch immer nicht wissen, Herr Abgeordneter, wir wissen, ich esse das Ei, aber ich bekomme beispielsweise beim Gastwirt weder die Fleischangabe, wo es herkommt, noch bei den Eiern - 40 Prozent von Konvenienz, und da würde ich das so machen wollen wie beim Wein.

Das ist mein klares Ziel! Beim Wein weiß ich, welchen Wein, woher er ist. Ich will auch beim Fleisch wissen und bei den Eiern beispielsweise auch in Palatschinken und sonstigen Konvenienz, das kommt von dem Bauern, das kommt von dem Landwirt - und da freue ich mich.

Die Wirtschaftskammer verstehe ich überhaupt nicht, vor allem die ÖVP, Herr Abgeordneter.

Präsident Christian Illedits: Frau Landesrätin, Zeitablauf!

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): *(fortsetzend)* Sie teilen ja heute regionale Eier aus, super, aber bitte reden Sie einmal mit der Wirtschaftskammer, die ist dagegen, dass man das tut, was Sie tun. ÖVP- gespaltene Zunge wie immer, bitte eine Meinung und nicht zwei. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! TTIP ist in aller Munde - das zurzeit verhandelte Freihandelsabkommen birgt Auswirkungen auf alle wichtigen Bereiche des Lebens, Konsumentenschutz, Arbeitsleben, Landwirtschaft, Umwelt, Wirtschaft, Import, Export, Gesundheit und vieles mehr. Dennoch wird nur marginal darüber informiert, obwohl die Konsumentinnen und Konsumenten ein Recht darauf haben, zu wissen, was auf sie zukommen könnte.

Für wie wichtig sehen Sie als Konsumentenschutzlandesrätin die Informationsverpflichtung in Richtung Konsumentinnen und Konsumenten?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Na ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter, Hoher Landtag! TTIP ist natürlich jetzt zu Zeit ein Thema, wo es sehr, sehr viele Diskussionen darüber gibt. Ich verweise beispielsweise nur auf die gestrige Parlamentssitzung im Nationalrat, wo hier eindeutig die SPÖ und auch alle anderen Parteien sich zu dem jetzigen Stand der Information sehr kritisch äußern, weil es keine Information über die Verhandlungen gibt.

Einzig und allein die ÖVP ist eher noch die, die sozusagen sagt okay, es sprechen noch immer viele Dinge für TTIP. Das was ganz klar ist und das ist das riesige Problem, dass wir viel zu wenig wissen. Einige Beispiele dazu, wie wir TTIP zu sehen haben. Ich möchte das hier nicht nur als Konsumentenschutz-Landesrätin, sondern vor allem auch als Agrar-Landesrätin in den Mittelpunkt stellen, weil ich glaube nicht, dass irgendjemand von Ihnen will, dass uns das schadet auch im Burgenland, Arbeitsplätze vernichtet und eigentlich die regionale Wertschöpfung dann verkleinert anstatt zu vergrößern.

Zwei Themen beispielsweise die Sie alle tangieren. Fakt ist, dass die EU natürlich ein Vorsorgeprinzip hat. Das bedeutet im Vorfeld, bevor etwas in den Handel kommt, ob jetzt Lebensmittel oder andere Dinge, wird getestet, wird geschaut, wie wirkt das im Vorsorgeprinzip auf den Menschen und seine Gesundheit? In Amerika, in der USA, das wissen Sie, deswegen gibt es ja dauernd Prozesse und auf und ab, wenn jemand an einem Produkt beispielsweise zweifelt oder an einer Dienstleistung, dann gibt es hier das Nachsorgeprinzip. Das bedeutet, in Amerika, kurze Fassung, da muss einmal was passieren, damit sich der Mensch dann aufregen kann und sagen kann, he, bringt dieses oder anderes vom Markt.

Das alleine zeigt schon, dass wir hier sehr, sehr gut aufpassen müssen. Und ich sage ganz klar als Agrar-Landesrätin, für die Landwirtschaft, das was wir wissen und das ist wenig über den Verhandlungsverlauf, wenn das so ist, dass wir gegen die amerikanische Agrarwirtschaft, wo man von Millionenerträgen redet, antreten müssen als kleines Burgenland, dann ist das der Untergang der Landwirtschaft. Daher ganz klar, hier brauche ich eindeutig von allen Parteien ein Ja oder ein Nein zu TTIP.

Zweitens, wenn dann darf es zu keiner Verschlechterung unserer regionalen Wertschöpfungskette kommen. Nur unter diesen Umständen bin ich für TTIP. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Sodl.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke schön Herr Präsident! Frau Landesrätin! Im Zuge der laufenden TTIP-Diskussionen verdeutlicht sich auch zunehmend die Bedeutung regionaler Produkte, die für Sie ja ein wesentlicher Eckpfeiler Ihrer agrarischen Strategie für das Burgenland sind.

Welche Schwerpunkte haben Sie diesbezüglich geplant?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! TTIP, wie Sie richtig sagen, und ich möchte das nur noch einmal wiederholen, alle die sagen, sie sind für die Wertschöpfung, für die Arbeitsplätze, für regionale Produkte im Burgenland, sollen sich klar darüber sein, was TIP bedeuten würde, wenn es hier zu einer Herabsetzung der Standards kommt. Natürlich, und da haben Sie absolut recht, muss man natürlich schauen, wie kann man jetzt Schwerpunkte dagegen setzen, beziehungsweise allgemein in der Agrarwirtschaft setzen, damit unsere Menschen im Land zu Einkommen kommen und dass wir auch uns das ganz genau anschauen.

Fakt ist, dass natürlich gerade, ich habe es vorher schon bei der ersten Frage an den Abgeordneten Drobits beantwortet, die Menschen sich Gott sei Dank verändert haben und wir haben eine Chance, wie wir sie nie zuvor gehabt haben. Wir haben die Chance, dass heute mindestens ein Drittel der Menschen genauer achtet was er isst und ob das, wie ich es vorher schon gesagt habe, drinnen ist was drauf steht.

Daher ganz klare Ziele, was habe ich vor? Hier die Landwirte, aber auch den Konsumenten zu stärken durch Öffentlichkeitsarbeit, durch Bewusstseinsbildung. Zweitens auch zu schauen, was in den letzten Jahrzehnten passiert ist, das kennen Sie vom Grünen Bericht, dass wir beispielsweise in der Tierhaltung, in der Schweinezucht und so weiter ein Minus von 83 Prozent haben seit dem Jahr 2000, ist ein Problem. Ich muss also diese Landwirte stärken.

Wir haben hier 270 Millionen dezentrale und zentrale Maßnahmen über ELER. Die Investitionsförderungen sind wichtig. Da möchte ich wieder motivieren, nicht jammern und schlecht reden, sondern motivieren. Ich habe beispielsweise letzte Woche eine tolle Pressekonferenz gehabt mit zwei Jungunternehmern. Einer 18 und einer 20 Jahre, die ganz klar gesagt haben, wir glauben an die Landwirtschaft, wir veredeln unsere landwirtschaftlichen Produkte und damit sind wir sicher, dass das ein Erfolg wird.

Wir haben eine Chance, bei TTIP müssen wir aufpassen auf die Agrarwirtschaft, da können wir mit regionalen Produkten gut resümieren und das wünsche ich mir. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Landesrätin! Es freut mich sehr, dass Sie jetzt auch mittlerweile sehr TTIP-kritisch sind, gerade auch aus der Perspektive der Landwirtschaft heraus.

Was werden Sie tun, damit Ihre sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen im Europaparlament dagegen stimmen und der sozialdemokratische Bundeskanzler sich gegen dieses Abkommen stellt, weil es dort entschieden wird?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zunächst einmal möchte ich, ich tue das ungern, Sie zu korrigieren, aber klarstellen, nicht ich bin mittlerweile gegen TTIP und sehr kritisch, ich war es immer, die letzte Zeit auch schon. Ich habe das immer wieder gesagt, da war ich noch nicht für Agrar zuständig, aber für den Konsumenten und für eine klare Gegen-TTIP-Haltung, wenn wir nichts wissen und nicht informiert werden, so habe ich mich nicht erst seit heute ausgedrückt, also nicht „mittlerweile“ um es klar zu stellen, sondern immer habe ich das sehr, sehr kritisch gesehen, was ja auch klar ist.

Schaut man an wie die Wirtschaft argumentiert und sagt, die Wirtschaft Österreichs, Wirtschaftsminister, die wird profitieren durch den Zollwegfall und so weiter, das ist ja nur ein Thema. Dass nur ganz wenige zurzeit exportieren nach Amerika ist das Zweite, das sagt er leider, nicht. Das Dritte, wenn Sie sagen, schauen Sie auf Ihre Abgeordneten, ich kann es noch einmal sagen, vom nationalen Parlament, also hier kann ich sagen, die Sozialdemokratie schaut auf die Menschen im Land und ihre Arbeitsplätze.

Im Nationalparlament hat sich ganz klar die SPÖ natürlich auch ausgesprochen, auch der Bundeskanzler, ich würde mir sehr wünschen, dass der Vizekanzler und Wirtschaftsminister das auch tut. Und ich habe mit meinen Kollegen, sozusagen auf Agrarzuständigkeit, Rupprechter mehrere Gespräche geführt, von ihm erwarte ich mir natürlich auch ein klares NEIN zu TTIP, so wie es jetzt ist.

Zur EU-Ebene: Sie haben sicherlich die eine oder andere Pressemeldung oder Gespräche verfolgt. Da steht die SPÖ ganz klar gegen TTIP und für offene transparente Haltung. Ich lade Sie übrigens gerne ein, Kadenbach, die EU-Abgeordnete Kadenbach ist am Freitag, sprich morgen am Abend zu Gast. Sie wird Ihnen dort gerne sagen und sie wird es allen anderen auch sagen, wie sie TTIP sieht. Herzliche Einladung morgen am Abend informiere ich Menschen im Nordburgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Hirczy.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Frau Landesrätin! Ich muss eine Aussage von Ihnen korrigieren. Sie haben das falsch gesagt, „Rot“ ist offensichtlich nicht gut, denn zu viele Fette, zu viele Salze werden rot gekennzeichnet. *(Allgemeine Unruhe.)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): *(fortsetzend)* Immer mehr Auflagen erschweren die tägliche Arbeit von Kleinstbetrieben und Landwirten. Wie können Sie durch diese Kennzeichnungspflicht es gewährleisten, dass diese Kleinstbetriebe nicht noch eine größere Belastung bekommen und dadurch eventuell auch regionale Produkte gefährdet werden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich hoffe, Sie können auch unterscheiden, nur weil Sie mit der Sozialdemokratie und Rot reden, dass Sie noch unterscheiden können, was Rot bedeutet, auch wenn es einmal gut bedeutet und das bedeutet es. *(Abg. Ingrid Salamon: Rot ist gut. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein.)*

Zweitens, aber in Ordnung, zu Ihrer Frage, weil um das geht es, glaube ich in erster Linie. Fakt ist, Sie sprechen Auflagen an. Hier müssen Sie sich, danke Rot ist gut, danke, das genau… *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein! – Unruhe bei der ÖVP)* passt schon, passt schon.

Ich komme zur Frage, ich komme zur Fragenbeantwortung. Sie haben mich ja was anderes gefragt - Auflagen. Hier erwarte ich, dass sich die ÖVP einmal klar ist, was sie möchte. Sie stehen auf der einen Seite für Konsumentenschutz, haben Sie mehrfach da gesagt, der Klub, dass es Ihnen wichtig ist, dass es dem Konsumenten gut geht, Erstens. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was uns wichtig ist, das definieren wir schon.)*

Zweitens, der Landwirtschaftskammerpräsident Hautzinger sagt, es ist ganz, ganz wichtig, dass hier für die Landwirtschaft es klare Herkunftsbezeichnungen gibt. Dann sagt aber der Wirtschaftskammerpräsident, das ist schlecht, das bedeutet mehr Bürokratie. Reden Sie sich bitte mit Ihren Bünden ab und kommen Sie zu einer eindeutigen Meinung! Für die Agrarwirtschaft, für den Konsumenten *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihre wollen wir wissen.)* ist wichtig, eindeutige Herkunft, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ihre Meinung wollen wir. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihre Meinung wollen wir wissen.)* eindeutige Hilfe für die regionalen Landwirtschaften. Bitte seien Sie sich nur einig. Das ist das große Problem. *(Abg. Walter Temmel: Ihre Meinung! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Gut, also ich kann gerne die Zeitungsartikel, falls Sie die nicht lesen von Ihren eigenen Funktionären, die habe ich mit. Ich stelle Sie Ihnen gerne zur Verfügung. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ihre Meinung wollen wir.)* Der Herr Wirtschaftskammerpräsident ist dagegen, der Herr Landwirtschaftskammerpräsident ist dafür.

Bitte werden Sie sich einig, dann können wir mit Ihnen weiter reden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So, danke Frau Landesrätin. Ich hoffe jeder hat jetzt dieser Frage und dieser Antwort folgen können, das war jetzt nicht so einfach. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Steier.

Abgeordneter Gerhard Steier: Sehr geehrte Frau Landesrätin! In Ungarn werden seit einigen Monaten sogenannte Transfette besteuert und in England wird seit gestern in

der Beschlussfassung zuckerhaltiges Getränk, das quasi über ein gewisses Maß hinweg Zucker enthält auch besteuert.

Wie stehen Sie persönlich, ich weiß dass das eine bundespolitische Maßnahme wäre, aber wie stehen Sie persönlich im Zusammenhang mit dieser fiskalpolitischen Steuerungstechnik zu solchen gesundheitsfördernden Maßnahmen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Ich sage Ihnen ein klares Beispiel und an dem entzündet sich das genau, wo Sie darauf hinweisen - Cola light. Über das ist sehr viel diskutiert worden in den letzten Monaten schon, wo sie ja bis zur Bundes- und EU-Ebenen geht, die Sie angesprochen haben, was Fiskal anbelangt, wo es an diesem Beispiel erklärbar ist.

Kann ich jetzt hergehen und sagen, ich besteuere das höher, weil eigentlich ist es ganz klar, als Getränk ist es nicht schlecht, es ist aber so zuckerhältig, dass es eigentlich völlig ungesund ist. Vor allem ist da gar nicht Zucker so viel drinnen im Cola light, sondern das Kandisin, das letztendlich auch nicht gut ist und nicht gesund ist.

Nur da ist genau das große Problem das wir vorher bei der Anfrage diskutiert haben. Warum? Da sagt die Wirtschaft immer Njet, ein Flügel der ÖVP. Auf der anderen Seite, der andere Flügel, der beispielsweise auch dafür steht, dass man diese Produkte regional einkauft, die vielleicht steuerlich entlastet.

Das wäre auch eine andere Methode, dass der Fiskal eingreifen kann, dass ich sage, regionale Produkte entlaste ich, schlechte ungesunde Produkte also erhöhe ich durch eine Steuererhöhung, alles Überlegungen. Nur muss man sich halt anschauen, wie die einzelnen Parteien dazu stehen. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ)*

Fakt ist, es ist schon eine drastische Maßnahme, wenn ich sozusagen mit dieser „Wenn du ein Sünder bist, der sich schlecht ernährt, dann musst du auch dafür zahlen“, ist natürlich schon eine relativ große Ankündigung.

Fakt ist, das Gesundheitssystem und das verfolgen Sie wie ich, wird immer teurer. Ich bin überzeugt, dass irgendwann über diese Geschichte diskutiert werden muss, aber schon auf EU-Ebene und natürlich auch in allen Nationalstaaten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die Fragestunde ist durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 258) mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 183) (Beilage 278)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 258, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 183, Beilage 278.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter Einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsauschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 24. Februar 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Abgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend der Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als ersten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Dieses Thema hatten wir ja schon in der Vergangenheit und ich glaube, dass wir das auch in der Zukunft wieder behandeln werden, das Bgld. Veranstaltungsgesetz und die Vereine die damit betroffen sind.

Vereine sind eine wichtige Stütze für das gesellschaftliche Leben in Österreich. Seit knapp einem Jahr klagen im Burgenland Veranstalter von Kirtagen, Orts-, Dorf- und Jugendfesten über die viel zu strengen Auflagen und bürokratischen Hürden. Zelt- und Gemeindefeste gehören vor allem in den Sommermonaten zum Leben auf dem Lande. Die derzeit vorherrschende Gesetzeslage birgt viele Schwierigkeiten in der Veranstaltung von Vereinsfesten. Beispielsweise die Anerkennung der Finanzverwaltung hinsichtlich der Gemeinnützigkeit, ist ein riesen Thema, die Einbeziehung von Wirten hinsichtlich der Gewerbeberechtigung oder die Frage der Anmeldungskriterien von Veranstaltungen in Anbetracht der Rechtspersönlichkeiten.

Im Burgenland ergibt sich gerade in Anbetracht der vielen Brauchtumsveranstaltungen im ländlichen Raum die zwingende Notwendigkeit, Anpassungen am Gesetz vorzunehmen. Das lebendige burgenländische Brauchtum darf nicht durch überflüssige gesetzliche Hürden weiter in Gefahr gebracht werden. Das lebendige burgenländische Brauchtum darf nicht durch überflüssige gesetzliche Hürden weiter in Gefahr gebracht werden. Ich denke wir alle sind uns einig, dass das Vereinswesen eine Grundlage unserer Gesellschaft bildet. Jeder Freiwillige, der seine Zeit für einen Verein opfert, gehört unterstützt und gehört mit allem was uns zur Verfügung steht und möglich ist, natürlich auch begünstigt.

Fakt ist, dass es klare und einfache Regelungen und Gesetze geben muss, an denen sich die Vereine und Freiwilligen orientieren können. Ziel muss es sein, ihnen eine Rechtsgrundlage zu schaffen, auf die bezogen sie dann ihre gesamte Darstellung aufbauen können. Fakt ist aber auch, dass wir mit einer Antragstellung an den Bund die Veränderung nicht direkt herbeiführen können. Mich würde daher interessieren, wie der Status quo des Antrags von der Sitzung vom 22.10.2015 ist, in dem Folgendes hier im Landtag beschlossen wurde.

Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, erstens klare, rechtssichere und vereinsfreundliche Regelungen zur Feststellung der Gemeinnützigkeit zu definieren, zweitens die gesamte für Vereine geltende Rechtslage zu vereinfachen und drittens die Bürokratie und Dokumentationspflichten auf ein Mindestmaß zu verringern, um den Vereinen deren Tätigkeit zu erleichtern und eine zentrale Informations-Hotline für Vereine einzurichten. Die in allen anwendbaren Rechtsmaterien ein größtmögliches Maß an fachlicher Information bietet und damit eine gesetzeskonforme Vorgehensweise fördert.

Ich ersuche daher die Regierung, den Abgeordneten einen Überblick zu geben, wie der Status quo in dieser Angelegenheit mit heutigem Tage ist.

Zum zukünftigen Burgenländischen Landesveranstaltungsgesetz gibt es für mich ebenfalls noch einige Unklarheiten. Wer haftet in Zukunft? Sind es die Bürgermeisterinnen, die Bürgermeister? Sind es die jeweiligen Obfrauen oder Obmänner? Wer überprüft die Personenanzahl? Wie weit kann eine BH hier noch eingreifen? Wer definiert Veranstaltungsflächen? Ich hoffe, dass wir vielleicht hier auch dann klare Antworten, klärende Antworten, bekommen.

Der Ansatz, das Veranstaltungsgesetz zu ändern und Rechtsklarheit zu schaffen, Abläufe zu vereinfachen, ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Rängen! Es ist natürlich erfreulich, wenn wir hier wesentliche oder einige Erleichterungen für die Vereinsfeste beschließen, die wir gerne mittragen. Allerdings muss man schon sagen, dass die Auflagen und die Belastungen wirklich mannigfaltig sind. Registrierkassen, Barrierefreiheit, Abnahme als Veranstaltungsstätte et cetera.

Es ist uns schleierhaft, warum hier nicht stärker unterschieden wird zwischen der Größe der unterschiedlichen Vereine. Geht es doch zumeist um wirkliches Engagement in vielen sinnvollen Bereichen, von der Brauchtumspflege über Kunst und Kultur bis zu sozialen und gesellschaftsrelevanten Bereichen. Wenn nun zum Beispiel das kleine Kulturforum Südburgenland in Eberau oder der Verschönerungsverein in meinem Heimatort in Willersdorf, 300 Einwohner, mehrere tausend Euro investieren muss, um die ganzen Auflagen zu erreichen, dann ist das doch eine wesentliche Gefährdung für viele Kleinvereine.

Viele Vereine haben gerade einmal drei, vier Veranstaltungen im Jahr und müssen dort trotzdem diese hohen Auflagen erfüllen. Die Wichtigkeit der Vereine für das Burgenland wurde schon oft und völlig zu Recht hervorgehoben. Davon haben diese aber wenig, wenn sie andererseits kaum mehr überleben können und ja praktisch jährlich mit Verschärfungen zu rechnen ist.

Wir stimmen hier natürlich mit, werden aber später im Verlaufe der Tagesordnung noch eine weitere Änderung im Veranstaltungsgesetz anregen betreffend das kleine Glücksspiel. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sage einmal nach der Asylproblematik hat die Problematik der Vereinsfeste, der Veranstaltungen, die Bevölkerung am meisten berührt und in den letzten Wochen bis Monaten die Gemüter sehr erregt .Was sagt uns das im Prinzip?

Erstens, das offensichtlich sehr viele davon betroffen sind. Zweitens, dass sehr viele, ich sage einmal mit der Thematik sich identifizieren, berührt sind von der Thematik. Drittens, dass etwas geschehen muss. Das Veranstaltungsgesetz regelt die Anmeldung, die Genehmigung von Veranstaltungsstätten. Das bestehende Gesetz, das schicke ich nur voraus, gibt es seit dem Jahr 1994. Übrigens möchte ich gleich dazusagen, seither jeweils im Zuständigkeitsbereich eines ÖVP-Regierungsmitgliedes. Es gab einige Novellierungen, aber die jetzige bevorstehende ist eigentlich die erste die darauf abzielt, das Leben für die Vereine zu erleichtern, sage ich einmal.

Die wesentlichen Punkte dieser Neuerungen, ich fasse sie noch einmal zusammen: Es werden die Ausnahmebestimmungen ausgeweitet. Es werden Feuerwehren, Körperschaften des öffentlichen Rechts, Blaulichtorganisationen bevorzugt. Das heißt, sie fallen in Zukunft nicht in den Anwendungsbereich dieses Gesetzes. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass Veranstaltungen mit unter 500 Personen, 500 Besuchern, ausgenommen sind von diesem Gesetz.

Wenn natürlich, das sage ich auch gleich dazu, die sicherheitstechnischen Standards erfüllt werden. Für über 500 Personen bei Veranstaltungen gelten natürlich nach wie vor die Bestimmungen, dass die entsprechenden Bezirksverwaltungsbehörden oder Magistrate das genehmigen müssen. Es gibt also bürokratische Erleichterungen für die Bewilligung, für die Anmeldung von Vereinsfesten. Als Folge direkt oder indirekt sind dadurch auch Einsparungen zu erwarten.

Das vereinfachte Anmeldeverfahren schließt aber nicht aus, dass weiterhin, und es ist auch so vorgesehen, zum Beispiel Bürgermeister oder Gemeinden gewisse Auflagen verlangen können. Das bleibt weiterhin aufrecht. *(Abg. Manfred Kölly: Was habe ich geändert? Erklärt mir das!)*

Nicht unwesentlich ist eine Verordnungsermächtigung für die Landesregierung. Das heißt, die Landesregierung bestimmt einheitlich wie Form und Inhalt einer Veranstaltungsmeldung aussehen sollen, beziehungsweise welche Mindeststandards erfüllt werden müssen. Das neue Gesetz ist, meiner Meinung nach, gut. Das neue Gesetz ist in Ordnung. Ich möchte dazu nur noch ein Wort zu der vor kurzem auftauchenden Resolution der ÖVP Wort sagen. Inhaltlich ist dagegen sicher nichts einzuwenden, politisch würde ich das aber eher als, ich sage einmal, billige Effekthascherei bezeichnen.

Die rot-blaue Koalition hat jedenfalls ihre Hausaufgaben gemacht. Was in unseren Gesetzmöglichkeiten möglich war auf Landesebene wurde erfüllt. Das haben wir erledigt. Die Vereine und die Veranstaltungen insgesamt, was das anbelangt, ist natürlich der Bund am Zug. Egal ob es um steuerrechtliche, beziehungsweise finanzrechtliche, um gewerberechtliche Aspekte geht. Sämtliche Zuständigkeiten liegen im Bereich von ÖVP-Regierungsmitgliedern und es gäbe daher sehr wohl von dort her die Möglichkeit Anträge zu stellen, beziehungsweise über den Bundesparteivorstand etwas effektiver und kürzer zu unternehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage es ein bisschen hart, sind wir ganz ehrlich, die echten, die wirklichen Vereinsfeinde sitzen in der ÖVP, dort geht nichts

weiter. *(Abg. Walter Temmel: Das hat auch noch keiner gesehen!)* Rot-Schwarz im Bund sollte sich, das sage ich jetzt abschließend, endliche einmal ein Beispiel an Rot-Blau im Burgenland nehmen. *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram – Allgemeine Unruhe)* Dann würde sicher mehr weitergehen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Richter, das glauben Sie ja selber nicht, was Sie da von sich geben. Aber es hat zumindest zur Erheiterung hier im Landtag beigetragen und das ist ja auch etwas wert. Ja, seit vielen Monaten und eigentlich Jahren sind wir mit dem Thema Vereinsfeste konfrontiert. Ein Thema das sicherlich vielen unter die Haut geht. Sie haben das ja auch gesagt, ganz einfach deshalb, weil es viele tausende Menschen gibt, die sich in Vereinen engagieren und die natürlich mit Vereinsfesten auch entsprechend konfrontiert sind.

Über viele Jahre hat es ja bei den Vereinsfesten kaum Probleme gegeben. Interessant ist, dass sich ja die Rechtslage in den letzten 20 Jahren auch nicht verändert hat. Dann ist die Frage zu stellen, was hat sich dann eigentlich verändert? Das wissen wir natürlich auch alle was sich verändert hat. Es hat begonnen vor ungefähr eineinhalb Jahren mit einer regelrechten Anzeigewelle, ausgehend von Niederösterreich, wo sich eine Vereinigung offenbar zum Ziel gesetzt hat, vor allem größere Veranstaltungen zu verhindern.

Früher ist es ebenso gegangen, wo kein Kläger da kein Richter und daher hat es sehr wenige Probleme gegeben. Es sind auch nicht die ortsansässigen Wirte und Wirtschaftstreibende, die hier aktiv werden und Anzeigen veranlassen, sondern, wie gesagt, das sind andere. Richtig ist, dass die Rechtslage derzeit sehr komplex ist. *(Abg. Edith Sack: Vom wem kommt die?)* Dass es für den Rechtsanwender kaum nachvollziehbar ist und dass dann Vereinsfunktionäre oft auch entnervt aufgeben und die Aktivitäten einstellen.

So wie es halt in der Politik üblich ist und der Kollege Richter ist ja ein gutes Beispiel dafür. Was ist passiert? Es hat jeder einmal versucht die Schuld beim anderen zu suchen, Verantwortung abzulegen, zu sagen ja der ist schuld und der ist schuld. Ich halte das für den falschen Weg. Ich glaube, dass wir vom Grundsatz her ja einen Konsens haben, vom Grundsatz her sagen ja alle zu Recht, dass die Vereine die Lebensadern der Gemeinden sind. Dass die Vereine auch unerlässlich sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und dass die Vereine einfach die Gemeinden auch lebenswert machen. Tatsache ist aber, und das haben Sie ja auch gesagt, Herr Kollege Richter, dass fast alle Rechtsbereiche, die aus unserer Sicht neu zu gestalten sind, Bundessache sind.

Ich glaube, dass es schon notwendig ist, und da sollten wir Parteipolemik auch weglassen, Druck zu erzeugen. Man kann es sich nicht so einfach machen und sagen, ja der soll im Bundesparteivorstand irgendetwas sagen. Es gibt ja andere Mitglieder von Bundesparteivorständen auch, die etwas sagen könnten. Ich glaube, wir sollten uns das nicht so einfach machen, sondern sollten hier seriös gemeinsam vorgehen und auch Druck Richtung Bund erzeugen.

Wie wir alle wissen, beschließt ja nicht die Bundesregierung Gesetze, sondern der Nationalrat und dort sitzen ja eine ganze Menge von Parteien, die auch eine Mehrheit bilden können. Übrigens die Zuständigkeit, alles was mit diesen Vereinsfesten zu tun hat,

ist sehr aufgesplittert im Bund. Das ist nicht nur der Finanzminister, sondern es sind sieben Regierungsmitglieder, wo natürlich nicht nur ÖVP-Regierungsmitglieder dabei sind.

Wir haben ganz klare Forderungen formuliert. Wir glauben, dass das auch richtig ist. Sie haben es angesprochen, eine Resolution die inhaltlich, glaube ich, richtig ist. Wir haben gesagt, wir wollen eine eindeutige Definition des Begriffes Gemeinnützigkeit. Weil daran scheitert es ja oft und es ist irrsinnig schwierig für die Vereine für sich selbst zu entscheiden. Bin ich jetzt im gemeinnützigen Bereich tätig oder nicht? Das heißt, eine klare Definition ist notwendig.

Wir glauben auch, dass es gut wäre und sinnvoll wäre, eine gesetzliche Klarstellung zu schaffen. Bei Festen, wo Vereine und Wirte kooperieren und gemeinsam Feste machen, das kommt ja auch sehr häufig vor und da geht es eben um Kooperationsregeln, auch um die Gewinnverteilung und vor allem um die Sozialversicherungspflicht, die ja auch ein großes Thema ist und natürlich die Gewerbeberechtigung.

Die Sozialversicherungspflicht ist wirklich eine große Hürde für die Vereine. Wir glauben, dass es gescheit wäre, hier eine Befreiung von der Sozialversicherungspflicht für Vereinsmitglieder im Zuge von Vereinsfesten festzulegen und sich auch eine Einführung eines Dienstleistungsschecks für die Angestellten der Wirte zu überlegen, damit das eben alles einfacher über die Bühne gehen kann.

Die Registrierkassa haben Sie auch angesprochen oder wurde von den Vorrednern angesprochen. Das ist natürlich ein wichtiges Thema, gerade bei Vereinsfesten. Ich glaube, auch da könnte man Ausnahmen schaffen. Wenn es sein muss, kann man ja auch Pauschalierungen für die Abgaben einführen.

Schließlich ist die Anhebung der Steuerfreigrenzen der Gemeinnützigen ein Thema, aber auch für nicht gemeinnützige Vereine sollten Steuerfreibeträge eingeführt werden, damit hier eben auch nicht gemeinnützige Vereine für ihren Vereinszweck Mittel lukrieren können.

Die Änderungen im Burgenländischen Veranstaltungsgesetz sehen wir positiv. Wir werden dem auch zustimmen. Wir sagen, das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, weil wirklich bürokratische Hemmnisse auch entfernt werden. Aber das Grundproblem, was die Vereinsfeste betrifft, lösen wir damit nicht. Sondern das Grundproblem liegt, so wie ich vorher gesagt habe, im Gewerberecht, im Sozialrecht, im Steuerrecht.

Die heutige Novelle betrifft ja vor allem die Erweiterung der Ausnahmebestimmungen für bestimmte Organisationen, beziehungsweise Erleichterungen im Bereich der Veranstaltungsstättengenehmigung. Das ist natürlich für die Bürgermeister schon eine zusätzliche Aufgabe und Herausforderung, weil es ja schon aus Sicherheitsgründen und so weiter oft notwendig sein wird, Auflagen zu erteilen. Da wäre es gut, wenn die Landesregierung dieses Verordnungsrecht auch ausnützen würde und hier auch Standards vorgeben würde.

Wobei ich sage, diese Verordnungsermächtigung ist sehr unpräzise gehalten und verfassungsrechtlich ein bisschen bedenklich, aber das kommt ja des Öfteren vor. Aber ich gehe davon aus, dass die Landesregierung ja hier entsprechende Vorgaben auch geben wird, damit sich die Bürgermeister, und die müssen wir ja auch im Auge behalten, danach richten können.

Wir werden, wie gesagt, dieser Novelle zustimmen. Im Wissen, dass wir damit das Problem nicht endgültig lösen, sondern wir hoffen, dass es eben Erleichterungen dadurch

gibt. Aber eines dürfen wir nicht, mit dieser Novelle sozusagen den Vereinsfunktionären irgendwie Sand in die Augen streuen und ihnen vermitteln, dass jetzt alles geregelt und erledigt wäre.

Das sollen wir nicht tun, sondern wir werden die Auswirkungen dieser Novelle beobachten müssen. Wir werden schauen müssen, wie sich das wirklich in der Praxis auswirkt. So frei nach einem Zitat von Werner von Siemens der einmal gemeint hat, die Praxis ist erst die wahre Erkenntnisquelle. In dem Sinn wird die ÖVP dieser Novelle zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland ist sicher das Land der Vereine, das Land des Ehrenamtes. Rund 100.000 Menschen sind ehrenamtlich tätig, viele davon in Vereinen. Ich glaube, das ist schon Grund genug, über dieses Veranstaltungsgesetz zu diskutieren und es einfach vereinsfreundlicher zu gestalten.

Wir wissen alle, die großen Probleme für die Vereine liegen nicht in Landeskompetenz, sondern sie liegen in Bundeskompetenz. Aber umso mehr ist festzuhalten, dass mit dieser Änderung dieses Veranstaltungsgesetzes ein großer Wurf bei kleinem Gestaltungsspielraum ermöglicht wird.

Ich glaube das ist, auf den Punkt gebracht, ein großer Wurf bei kleinem Gestaltungsspielraum. Das machen wir. Im Wesentlichen geht es um drei Maßnahmen, die wir hier durchführen. Denn Feste außerhalb von Gebäuden, also beispielsweise in Zelten, die weniger als 500 Personen besuchen, die unterliegen nur mehr einem einfachen Anmeldeverfahren. Das ist gut so.

Aufwendige bürokratische Veranstaltungsstättengenehmigungen über die Bezirksverwaltungsbehörden entfallen und werden obsolet. Aber auch Wandertage beispielsweise sind ausgenommen, die Rettungsorganisationen werden künftig ausgenommen sein in ihrem Wirkungsbereich. Ich glaube, das ist auch gut so und notwendig. Vor allem auch Wandertage, weil bei Wandertagen gibt es keine Gefahr von Leib und Leben und daher kann man das doch durchaus ein wenig salopper gestalten.

Zuvor wurde angesprochen, dass die Landesregierung eine Verordnung regeln kann. Das wird sie auch tun, denn damit wird es noch vereinsfreundlicher und sie dient vor allem zur Orientierung für unsere Bürgermeister aber auch für unsere Vereine.

Ja, da bedeutet mehr Tempo weniger Bürokratie und weniger Kosten für unsere Vereine und ich glaube, das ist ein gutes Motto. Dieses Veranstaltungsgesetz trägt auch deutlich dazu bei. Ich möchte danke sagen, danke bei allen die sich hier wirklich konstruktiv eingebracht haben. Das waren auch die Interessensvertretungen, das waren auch die Parteien bei den Parteiengesprächen, das waren die vielen Stellungnahmen beim Begutachtungsverfahren.

Ich bedanke mich auch bei den vielen konstruktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beispielsweise beim Bezirkshauptmann Mag. Huber, aber auch bei einer wirklichen Expertin Mag. Zschech, Mag. Neuhold, Mag. Bachkönig, um nur einige wenige zu nennen, aber auch meinem Büro, dem ich hier wirklich ausdrücklich danken darf und auch dem FPÖ-Klub für diese Zusammenarbeit.

Das war ein konstruktives Miteinander. Das Ergebnis ist wirklich ein gutes Gesetz. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich staune trotzdem ein wenig über die ÖVP, denn vor wenigen Tagen gab es eine Presseaussendung des Herrn Landesgeschäftsführers Wolf, wo er dieses Gesetz als Rauchgranate bezeichnet hat. Die Lösung bleibt die Landesregierung schuldig, also viel Interessantes war hier nachzulesen. Es stimmt schon wenn die ÖVP sagt, die Hauptprobleme sind nicht im Burgenland zu lösen sondern im Bund, dann haben sie Recht, denn die Giftzähne im Fleisch unserer Vereine, die muss man auf Bundesebene ziehen und nicht auf Landesebene.

Ich frage mich, wer ist denn eigentlich zuständig dafür? Wo könnte man diese Giftzähne ziehen, die die Vereine wirklich betrifft? Ich frage mich *(Abg. Manfred Kölly: Wer ist Bundeskanzler?)* beispielsweise, das Hauptproblem ist ja das Gewerbe, die Gewerbeordnung, wer ist für die Gewerbeordnung zuständig? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hauptproblem ist der Sozialversicherungsträger!)*

Ja, es ist der ÖVP-Minister Mitterlehner, Ihr Vizekanzler, der hier zuständig ist. Dann geht es natürlich auch darum, wie das finanztechnisch abgewickelt wird. Ich frage mich, wer ist dafür zuständig? *(Abg. Walter Temmel: Der Nationalrat!)* Ja, es stimmt, auch der Finanzminister gehört der ÖVP an. Die Ausrede der Nationalrat soll das beschließen, das ist für Experten ja nicht…

Wir wissen ja wie der Herr Finanzminister durch Verordnungen die Situation verschärft. Also das jetzt auf den Nationalrat abzuwälzen, das wird Ihnen nicht gelingen. Aber ich kann mich noch gut erinnern als wir das letzte Mal diesen Punkt diskutiert haben. Da hat der Kollege Wolf gesagt: Ihr werdet schauen, weil wir haben schon eine Arbeitsgruppe gegründet und ich werde für Lösungen sorgen und wir machen da mit meinen Parteikollegen.

Allein die Lösung, allein die Lösung ist er schuldig geblieben. Das Burgenland geht einen anderen Weg. Wir arbeiten an Lösungen. Wir legen ein Gesetz vor, das vereinsfreundlicher gestaltet wird. Ich glaube, das ist auch gut so und das zeichnet uns auch aus. Heute ist einige Male schon angesprochen worden, dass die ÖVP so eine Zwei-Firmenstrategie durchführt. Auf der einen Seite sagt man, ich bin eh dafür und *(Heiterkeit bei den ÖVP-Abgeordneten – Abg. Mag. Sagartz, BA: Das ist ein Scherz!)* auf der anderen Seite sieht man das dann plötzlich anders. *(Abg. Mag. Sagartz, BA: Alois* Stöger gegen Faymann/Niessl) Beispielsweise, Herr Kollege Sagartz, ich wundere mich immer wie das bei Ihnen funktioniert.

Weil bei jeder Anzeige gibt es einen Applaus des ÖVP-Wirtschaftsbundes und auf der anderen Seite geht der Kollege Wolf mit der JVP her und sagt, wir retten unsere Vereine. Allein die Ergebnisse sprechen eine andere Sprache.

Wenn die ÖVP sagt, das Veranstaltungsgesetz ist nur ein erster Schritt, Entschuldigung ÖVP sage ich nicht, der Kollege Wolf hat es gesagt, es kann nur der erste Schritt sein, dann hat er Recht. Der zweite Schritt muss jetzt folgen. Daher ersuche ich Sie, dass Sie mit Ihren Ministern sprechen, um die Gewerbeordnung zu lösen, um die Frage der Finanzsituation zu lösen, das ist, glaube ich, wichtig. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir ersuchen Sie, dass Sie mit dem Sozialminister reden!)* Kollege Hutter hat wichtige Fragen gestellt, beispielsweise die Haftungsfragen. Das ist auch eine Materie mit der wir uns sehr, sehr intensiv auseinandergesetzt haben. Die Haftungsfragen bleiben natürlich unverändert. Bleibt alles so wie es ist. Es kommt zu keinen zusätzlichen Haftungen. Das haben uns alle Juristen auch bestätigt.

Auch das Baugesetz bleibt natürlich weiterhin aufrecht und ist einzuhalten. Der Bürgermeister und die Bürgermeisterin kann natürlich, wenn sie meinen hier könnte es gefährlich werden, jederzeit die Bezirksverwaltungsbehörde einbeziehen und auch ein Verfahren über die Bezirkshauptmannschaft beantragen.

Ja, die ÖVP macht eine Resolution für Gemeinden. Das ist legitim, ist in Ordnung. Meiner Meinung nach ist die Resolution nur an die falschen Adressen gerichtet. Unsere Gemeinden sind alle dafür, werden Sie sofort Zustimmung erhalten. Lediglich Ihre Parteifreunde in Wien sehen es ein bisschen anders und ich glaube, an sie sollten Sie sich wenden und nicht an die Gemeinden.

Zum Abschluss ist festzuhalten, dass die vorliegende Veranstaltung zeigt, dass wir im Burgenland unsere Hausübungen machen und wir versuchen das vereinsfreundlicher zu gestalten. Wir wollen Bürokratie abbauen, wir wollen damit Kosten den Vereinen ersparen.

Ich glaube, dieses Gesetz trägt dem auch Rechnung. Ich hoffe auf einen breiten Schulterschluss bei diesem Gesetz. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass das Burgenland weiterhin so vereinsfreundlich ist, wie wir es im Moment vorfinden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Wenn wir heute über ein Veranstaltungsgesetz beraten und auch beschließen werden, dann muss man einige Dinge auch einmal skizzieren und auch hinterfragen. Das Veranstaltungsgesetz ist, meiner Meinung, eine Augenauswischerei. Jetzt ein Kniefall vor den Vereinen, die es verdient haben, mit ganz anderen Dingen konfrontiert zu werden oder geworden sind.

Das Veranstaltungsgesetz wird uns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht aus der Haftung nehmen und nicht aus der Haftung entlassen. Es hat keiner eine klare Antwort gegeben. Auch der Herr Klubobmann Hergovich nicht, weil ich auch in einem Parteiengespräch das aufgezeigt habe. Habe gesagt, wie schaut das tatsächlich aus?

Werden wir aus der Haftung genommen? Wenn ich sage 500 Personen in einem Raum, unter 500, 499. Wer zählt sie ab? Sind es 499, sind es 510, wenn etwas passiert? Wer haftet dafür? Wer ist zuständig? Wer hat diesen Raum abgenommen, dass der dementsprechend nach Sicherheitsstandards in Ordnung ist? Das kann Vorgestern gewesen sein, heute schaut der Raum anders aus. Wir haben das in Großhöflein miterlebt, wo das Feuerwehrfest… *(Abg. Robert Hergovich: Das war außerhalb!)* Na, na, wartet ein bisschen, ich komme schon dazu. Ich habe ja ein bisschen Zeit, dass ich auf den Punkt komme. Nur nicht nervös werden.

Ich würde Euch vorschlagen, sich einmal wirklich als Bürgermeister zu engagieren, sich wirklich einmal dort einzusetzen und ich sage eines klipp und klar, es hat weder die FPÖ einen Bürgermeister, *(Abg. Ilse Benkö: Noch!)* noch einen Vizebürgermeister.

Ja, ich wünsche Euch einen. Dann werdet Ihr das auch anders sehen. Ihr habt ja in der Vergangenheit ganz anders agiert. Ihr habt in der Vergangenheit ganz anders agiert, wenn solche Gesetzesmaterien oder Gesetzesvorlagen vorgelegen sind.

Da habt Ihr ganz anders agiert. Ich verstehe es und ich habe auch zugestimmt wie ich gesagt habe, in Ordnung, ich habe kein Problem mit einer neuen Regierung. Denn anscheinend ist es bei der alten Regierung SPÖ/ÖVP nicht mehr gegangen. Nur ich kann nicht hergehen und immer sagen, der Finanzminister ist schuld. Alle anderen sind schuld und wir machen jetzt den großen Wurf. Das höre ich immer wieder. Der Hergovich sagt immer, das ist der große Wurf. Das hat er anscheinend gelernt von oben, vom Bund hat er das gelernt anscheinend. Die sagen auch, das ist der große Wurf. Steuerreform, der große Wurf ist uns gelungen. Pensionsreform, der große Wurf ist uns gelungen.

Herr Kollege Hergovich, gehen Sie in eine andere Schule und gehen Sie hinaus unter die Leute. Gehen Sie unter die Vereinsfunktionäre und fragen Sie welche „Leider Gottes Auflagen“ sie bekommen und fast niemand mehr bereit ist, als Funktionär einem Verein zur Verfügung zu stehen.

Ich bin tagtäglich unterwegs und wenn der Herr Kollege Darabos das auch gesagt hat, dann gebe ich ihm Recht. Ich muss eines dazu sagen, er ist wirklich fleißig unterwegs und 96 Prozent muss man auch einmal schaffen in der Asylfrage. Das ist ja die andere Seite wieder. Weil auch dort haben wir unsere Probleme. Auch mit dem Verein. Weil viele von den Asylanten kommen zu uns und wollen mitarbeiten bei dem Verein. Ist das überhaupt möglich? Dürfen sie das überhaupt? Dürfen sie in einer Kantine stehen, dürfen sie aushelfen? Dies sind die Dinge die Dich berühren, die Vereinsleute und die Funktionäre, Frau Kollegin Salamon. Sie sind eine Träumerin, ich sag Ihnen das nur. Warum sage ich Ihnen das? Ich sage Ihnen das klipp und klar. Wenn Sie einmal einen Fall haben, wo Sie in die Haftung genommen werden und wo wirklich etwas passiert, dann werden Sie anders denken.

Sie brauchen nicht parteidenken. Denken Sie, versetzen Sie sich in die Vereine. Sind Sie Vereinsfunktionär? Präsident beim Deutschkreutzer Fußballverein? Ich bin Obmann von vielen Vereinen. Nur eines sage ich schon. Wo finden Sie noch Leute, wenn die nur ständig Prügel zwischen die Beine bekommen? Registrierkassen. Da stellt sich die Regierung jetzt her und sagt, mein Gott, wir haben jetzt den großen Wurf gemacht. 200 Euro zahlen wir für Registrierkassen. Aber nicht allen, nur Besonderen zahlen wir das. Das ist ja interessant. Ich will nur eines sagen, Gott sei Dank gibt es die Liste Burgenland, Bündnis Liste Burgenland, denn wir haben am 10.11.2015 einen Antrag eingebracht, Registrierkassen. Bündnis Liste Burgenland, denn wir haben am 10.11.2015 einen Antrag betreffend Registrierkassen eingebracht. Das heißt, wir bringen die Ideen ein, Ihr ändert es halt ein bisschen - ein Beistrich dort hin, einen Beistrich daher - und dann habt Ihr es gemacht. Warum? Weil die Medien - ich weiß nicht, zahlt Ihr denen so viel? Die Medien bringen nur mehr Euch, Ihr habt das gemacht.

Ihr habt nichts gemacht. Ihr habt leider Gottes verabsäumt, jahrelang habt Ihr zugeschaut, wie die Vereine viel für das Land geleistet haben. Ich weiß schon, Orden haben sie eh bekommen. Aber da freuen sie sich recht, wenn sie einen Orden oder eine Urkunde zuhause hängen haben. *(Abg. Ilse Benkö: Viele freuen sich schon.)* Aber dass viele Vereine zusperren müssen, dass viele Vereine nicht mehr die Möglichkeit haben, so zu führen und sozial zu denken - und die haben vieles gemacht.

Ilse Benkö, Du weißt das genau, dass viele Vereine auch für soziale Zwecke unterwegs waren. Wenn sie Einnahmen gehabt haben, gespendet haben und dergleichen mehr, das wird jetzt alles untergraben. Aber zum Veranstaltungsgesetz. Was das Burgenland jetzt vorschlägt, Herr Kollege, *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Der Bund!)* ja, ich komme schon zum Bund. Ich frage mich, wer sitzt denn im Bund? Wer beschließt denn die Gesetze? Wer beschließt solche Gesetze? Herr

Landeshauptmann, werden Sie gefragt, wenn solche Gesetze beschossen werden, oder werden Sie links liegen gelassen? Oder wird der Landtag im Vorfeld nicht genauso gefragt, wenn eine Gesetzesnovelle auf uns zu kommt? Werden wir nicht gefragt? Wer gibt dann die Antworten drauf? Wer sagt, nein, das passt uns nicht, oder sagt, ja, das ist in Ordnung? Oder welche Möglichkeiten gibt es überhaupt in dieser Richtung?

Herr Landeshauptmann, da frage ich Sie. Sie sind ja einer - meiner Meinung nach - , der sehr viel vorgeben kann, der sich auch dementsprechend einsetzt, und ich muss ehrlich sagen, Hut ab, dass Sie so vieles in der Asylsache zu Wege gebracht haben. Aber auch die Vereine - und das hat Herr Kollege Richter vorher gesagt -, naja, beim Asyl ist das ein genauso wichtiges Thema gewesen wie das Vereinsfeste-Thema. Sollten wir uns dann nicht auch dementsprechend im Bund einsetzen, dass das nicht so passiert und nicht sagen, der Finanzminister ist schuld. Wir sitzen alle in einem Boot.

Wir müssen - und das wisst Ihr ganz genau -, jetzt brauche ich nicht, ob ich in einer Regierung sitze oder in Opposition sitze, sondern wir sind alle schlussendlich gefordert, die besten Möglichkeiten herauszuholen, dass wir nicht ständig mit Vereinen Probleme bekommen, wo sich keine Funktionäre mehr finden werden. Ich sage Euch das auch gleich mit aller Deutlichkeit. In Deutschkreutz gibt es 60 Vereine und davon sind derzeit sehr viele, die sagen, in der nächsten Periode werde ich das sicher nicht übernehmen, weil ich trage unter diesen Voraussetzungen nicht diese Verantwortung, das geht nicht mehr. Was wir heute beschließen, Veranstaltungsgesetz - vergiss es. Da geht es ganz um andere Dinge. Ganz um andere Dinge geht es bei den Vereinen.

Das wisst Ihr haargenau. Wenn ich mir am Sonntag beim Fußballverband angehört habe, wo wir uns gegen Registrierkassen gewehrt haben - auch der Herr Landeshauptmann -, leider ist es halt anders entschieden worden, da muss ich schon eines dazu sagen. Schön, wenn man sich dorthin stellt und sagt, auch ich bin gegen das Registrierkassengesetz. Entschuldigung, Herr Landeshauptmann, rufe ich halt beim Herrn Finanzminister an - ich glaube, Ihr seid ja alle miteinander sehr gut - *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* und sage, wir haben ein Riesenproblem. Das ist doch alles Augenauswischerei, was hier im Landtag passiert. Da wird nur Parteipolitik gemacht.

Der greift zum Telefon und sagt, du, lieber Freund, wir müssen etwas machen. Das rennt leider so. Nur wir im Landtag bekämpfen uns immer mit den ganzen Geschichten. Im Endeffekt wissen die im Vorfeld sehr wohl, was zu geschehen ist. Daher unsere Bitte, versuchen wir, die Vereine im Burgenland zu unterstützen, insofern, dass ich nicht die Prügel mehr bekomme, wie in den letzten Jahren vor die Füße geschmissen. Das tut nicht gut. Unserem Land nicht gut. Unseren Vereinen nicht gut.

Ich glaube, auch die Politik sollte umdenken und auch die Medien. Die Medien bringen alles, was es nur gibt, was die SPÖ und jetzt die Regierung sagt, und das ist interessant, dass man nur solche Dinge bringt. Warum fragt man nicht auch die Opposition, die gern mitarbeitet für dieses Land und für die Menschen in diesem Land, um solche Gesetze auch im Vorfeld zu hinterfragen und auch vielleicht im Bund schon abzufangen? Ich glaube, das wäre sehr sinnvoll.

Herr Kollege Richter, ich verstehe das schon, die ganze Geschichte. Nur ich weiß nicht, ob Du Funktionär bei einem Verein bist und auch Verantwortung trägst, ist natürlich schon ein Unterschied, ob Du tatsächlich ein Funktionsträger bist oder Bürgermeister bist, wo Du die Haftung übernehmen musst, oder Dich da im Landtag herstellst und sagst, ja, wir müssen etwas machen und wir machen was.

Mit dieser Veranstaltungsgesetzsituation kann ich halbwegs leben, aber es geht mir nicht weit genug. Es müssen andere Schritte her. Ich bitte darum, dass die

Landesregierung sich dafür einsetzt - die Landesregierung, ich sage das bewusst, nicht nur der Landtag, die Landesregierung einsetzt -, dass vom Bund her einiges geändert wird.

Ich denke und ich hoffe, dass die Kollegen von der FPÖ auch diesmal mit dabei sind und beim Herrn Landeshauptmann weiß ich, dass er das machen wird, denn schlussendlich geht es um unser Land, um sein Land, dass wir dementsprechend in dieser Lebensqualität erhalten wollen und da gehören einfach die Vereine und das Vereinswesen dazu. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist einmal zu sagen, Herr Kollege, dass Sie außer Populismus und Polemik in dieser Diskussion nicht viel dazu beigetragen haben, irgendetwas zu machen. Sie haben im Prinzip sachlich keine Ahnung, worum es wirklich geht.

Dieses Gesetz, das wir heute beschließen, mag zwar eine kleine Änderung in der Umsetzung sein, mit dem negativen Beigeschmack, dass die Bürgermeister noch mehr Verantwortung bekommen, ohne das Fachwissen mitzubekommen und auf der anderen Seite löst es aber nicht das Grundproblem. Deswegen ist dieses Gesetz eine Rauchgranate, so wie es überall von Rot und Blau angekündigt wird, *(Abg. Ilse Benkö: Hat das wer gesagt?)* weil die Wirkung verpufft. Das Grundproblem in der Diskussion wird nicht gelöst. Da geht es ums Steuerrecht, um die Gewerbeordnung und um das Sozialversicherungsrecht. Das sind Bundesgesetze.

Herr Kollege, das Bundesgesetz wird vom Parlament beschlossen, falls es noch keiner gewusst hat, *(Abg. Ilse Benkö: Das wissen wir auch. Wer sitzt denn drinnen? Rot und Schwarz.)* weil die Diskussion wird immer auf den Finanzminister umgelegt. Ich kenne keinen Finanzminister, der ein Gesetz beschlossen hat. Deswegen liegt es an uns allen, parteiübergreifend das Problem zu lösen.

Wir als Volkspartei gehen den sachlichen Weg, weil ich kann mich erinnern, die SPÖ hat in der Vergangenheit, außer Inserate geschaltet, nichts gemacht. Deswegen ist es uns wichtig, den Druck zu erhöhen, und deswegen haben wir auch diese Woche die Resolutionen präsentiert. Ich bin gespannt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie viele von Ihnen diese Resolution auch mitbeschließen werden, weil heute habe ich schon gehört, dass der Inhalt sehr gut ist.

Meine geschätzten Damen und Herren! Der Inhalt dieser Resolution spiegelt all die Probleme wider, die uns zugetragen wurden und wo wir glauben, Lösungen herbeiführen zu müssen. Und noch einmal. Ich bin gespannt, wie viele SPÖ-Gemeinden diese Resolution beschließen werden, weil ich glaube, wenn wir uns in der Grundthematik einig sind, werden wir den Druck massiv auf die Bundesregierung und auf das Parlament erhöhen. Wir wissen, dass wir nur gemeinsam im Parlament eine Mehrheit haben werden, um dieses Problem zu lösen, und das wollen wir angehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Kollege Hergovich, wenn Sie die Resolution wirklich gelesen hätten, dann hätten Sie im Betreff oben gesehen, dass das an sieben Ministerien gelangt, weil sieben Ministerien mit der Thematik betroffen sind. Thomas Steiner hat das vorher schon erwähnt, aber da haben Sie scheinbar nicht zugehört. Es sind nicht nur ÖVP-Minister daran beteiligt, diese Gesetze zu ändern, sondern fachlich sind sieben Minister damit

beschäftigt. Das wird das Problem sein. Deswegen setzen wir uns ein, um die Vereine zu retten, und ich hoffe, dass da alle Parteien mitspielen.

Mit dem heutigen Gesetz löst man die Grundproblematik nicht, die Anzeigen werden weiter gehen und außer eine Blendgranate in dieser Hinsicht ist es halt leider nichts.

Deswegen stehen wir für mehr Sachlichkeit *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ und FPÖ)* und nicht zu viel sehr roter Polemik, weil am Ende des Tages ist es wie bei einem Sonnenbrand, zu viel Rot schadet. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! In aller Kürze. Ich möchte mich zum einen sehr herzlich bedanken, dafür, dass das Gesetz in sehr konstruktiver Art und Weise ausverhandelt wurde. Ich hatte auch die Ehre, bei der einen oder anderen Verhandlungsrunde mit von der Partie sein zu dürfen. Auch natürlich an die Opposition, insbesondere an jene, die heute angekündigt haben, hier mit zu stimmen. Ich finde, das ist der richtige Weg für das Land.

Ich möchte nur eines sagen, nachdem doch sehr vieles an Schuldzuweisungen Bund - Land wechselweise passiert ist. Wir werden nicht umhin kommen und da wird mir sicher der Abgeordnete Steiner zustimmen, als gelernter Jurist, dass es ein bundesstaatliches Prinzip gibt, in dem der Nationalrat bestimmte Kompetenzen hat und in dem der Landtag bestimmte Kompetenzen hat. Und dass wir auf Landesebene mit der ÖVP gewisse Dinge ändern, in der Kompetenzlage, die wir haben und in einer anderen Kompetenzlange das eben auf Bundesebene zu geschehen hat. Welcher Minister auch immer eine Verordnungsermächtigung hat, oder welcher Minister auch immer sich für eine Regierungsvorlage verantwortlich zeichnet, die da eben einer Änderung zugeführt werden muss.

Um diesen Kreis vielleicht zu durchbrechen, kann ich gerne zusagen, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und ich noch heute mit unserem Nationalratsklub in Kontakt treten werden, dass wir zum Beispiel die Punkte dieser Resolution als Sammelnovelle im Nationalrat einbringen werden. Nachdem hier angekündigt wurde, es gibt ja auch andere Mehrheiten, wird man dann sehen, wie im Nationalrat die entsprechende Abstimmung zustande kommt. Dann werden wir sehen, sozusagen, was dahinter steht. Ich bin auf jeden Fall gespannt. *(Beifall bei der ÖVP)* Danke sehr.

Ich möchte auf jeden Fall auch den Vereinen nicht nur meinen Dank aussprechen, sondern auch die Unterstützung insofern zusagen, dass wir natürlich von hier, vom Burgenland aus, das versuchen, was wir können, und das ist natürlich auch, dass wir an unsere eigene Mutterpartei, an den Bund, herantreten. Das werden wir auch tun. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Das wird sicher eine schwere Partie. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Als Nächster zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Das haben wir erst am Sonntag gehabt. Herr Präsident! Hohes Haus! Es gibt Giftzähne. Und die Giftzähne für die Vereine, das sind die Gewerbeordnung, das Steuerrecht und der größte Giftzahn ist die Registrierkassa. Denn man muss sich jetzt einen Verein vorstellen - und das hat kein Nationalrat beschlossen, kein Landtag beschlossen -, sondern das hat der Finanzminister festgelegt. Und das kann er auch. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist ein Bundesgesetz. Die SPÖ hat mitgestimmt.)* Sie sagen immer das Gegenteil von dem, was wahr ist. Das nehme ich so zur Kenntnis.

Also insofern hat die Hauptschuld der Finanzminister, weil er eine Gegenfinanzierung zur Steuerreform braucht und das ist absolut der verkehrte Weg. Die Registrierkassa ist der Finanzminister. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich weiß, die Wahrheit tut Ihnen weh und deswegen auch die Emotion. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Nein! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Schlichtweg falsch.)* Also wir können nur schauen und uns bemühen, dass Vereine gute Rahmenbedingungen haben und dass wir von Seiten des Landes, wo wir zuständig sind, auch diese Rahmenbedingungen verbessern.

Es haben der Klubobmann und auch der Redner der FPÖ und auch der Kollege Hutter, muss ich sagen, darauf hingewiesen, warum wir das tun, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben. Vom großen Wurf für die Vereine hat überhaupt niemand gesprochen, weil der große Wurf nur gelingen kann, wenn auch der Bund die entsprechenden Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schafft und nicht der Finanzminister die Registrierkassa einführt.

Aber wir haben einen kleinen Schritt in die richtige Richtung getan und genau das ist es. Die Landespolitik macht ihre Hausaufgaben im Sinne der Vereine. Wir haben 4.900 Vereine, 100.000 Menschen, die bei Vereinen tätig sind und wir haben wieder einen Schritt in die richtige Richtung gesetzt.

Ich bin wirklich den Verantwortlichen der Klubs und allen, die hier mitmachen, dankbar, dass sie sich konstruktiv einbringen und dass sie die Kompetenzen auch klar gesagt haben. Ich bin wirklich dankbar, weil ich mit den Vereinen wöchentlich praktisch zu tun habe und jeder kleine Schritt, der heute gesetzt wurde, den Vereinen zugutekommt. Danke dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Natürlich könnten wir noch mehr für Vereine machen. Aber ich darf auch ein bisschen in Erinnerung rufen: Was machen wir für Vereine? Ich kann nur dazu sagen, wir geben für Vereine im Laufe eines Jahres zirka 2,5 Millionen Euro aus. Sportvereine, von den 4.900 Vereinen hat es alleine im letzten Jahr 600 Ansuchen gegeben. Bei der Sportförderung hat es Hunderte Ansuchen gegeben. Das stellt der Hohe Landtag auch den Vereinen zur Verfügung. Auch in diesem Bereich muss man sagen, wer Verantwortung hier im Hohen Haus für das Budget übernimmt, unterstützt auch mit 2,5 Millionen Euro die burgenländischen Vereine.

Das Budget wird ausgeschöpft. Wer gegen diese Vereinspost und gegen die Sportförderung ist, der agiert gegen die Vereine. Und wer hat es beschlossen? Es hat die SPÖ beschlossen und die FPÖ beschlossen und damit übernehmen wir die Verantwortung für die Vereine mit 2,5 Millionen Euro. Schönreden ist das Eine, den anderen die Schuld geben, das Andere. Verantwortung zu übernehmen, dafür steht die Regierung und die Mehrheit des Landtages. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das ist das Eine, das Finanzielle. *(Abg. Manfred Kölly: Die Sportförderung! Schaut Euch das einmal an.)* Sie haben bei der Sportförderung nicht zugestimmt. *(Abg. Manfred*

Kölly: Wer sagt denn das? - Zwiegespräche in den Reihen - Abg. Manfred Kölly: Immer aufpassen! - Der Präsident gibt das Glockenzeichen) Oder schon? Dann ist es in Ordnung. Dann passt es, in Ordnung. Ich bin auch jedem dankbar, der bei diesen 2,5 Millionen Euro zugestimmt hat. Ich habe ja kein Problem. Je mehr es ist - und wenn es einstimmig ist -, dann freue ich mich noch mehr, dass der Landtag geschlossen zur Vereinsförderung, zur Sportförderung steht, das ist kein Problem. Aber wer nicht dafür ist, kann nachher nicht gescheit reden und sagen, das und das hätten wir noch besser gemacht. Wenn man kein Geld hat, kann man einmal gar nichts machen.

Das Nächste ist, was machen wir noch für die Vereine außer der finanziellen Unterstützung? Wir haben 2014/2015 begonnen, Vereinsschulungen zu machen. 417 Teilnehmer, wo sich Vereinsfunktionäre informiert haben, wo es in allen Landesteilen Veranstaltungen gegeben hat. 2015 haben wir ebenfalls Schulungen gemacht, eine Steigerung auf 558 Teilnehmer, wo sehr professionelle Vortragende die Vereinsfunktionäre auch entsprechend informiert und geschult haben. Über Vereinsrecht, Veranstaltungsrecht, genau wer die Verantwortung hat, das wissen mittlerweile sehr viele Vereinsfunktionäre. Mit Leuten, die das Nova Rock organisieren und damit im Bereich der Veranstaltungen österreichweit eine große Kompetenz besitzen, Persönlichkeiten, die in Wien beim Donauinselfest im Sicherheitsbereich mit dabei sind, um sich zu informieren.

Diese Leute informieren die Vereinsfunktionäre, die kompetent sind. Rechtsanwälte, die in diesem Bereich kompetent sind, genau deswegen bieten wir das an. Jetzt haben wir eine Ausbildung laufen, die österreichweit einzigartig ist. Das sind zertifizierte Vereinsmanager. Auch hier haben wir Nachfragen, nicht nur aus dem gesamten Burgenland, sondern auch aus anderen Bundesländern. Wir schauen, dass wir natürlich den Burgenländern jetzt die Möglichkeit bieten und schließen nicht aus, dass wir gegen adäquate Bezahlung auch für Vereinsfunktionäre anderer Bundesländer diesen zertifizierten Vereinsmanager durchführen.

Das ist wieder eine hoch qualifizierte Ausbildung mit verschiedenen Modulen, wo genau diese Schwerpunkte, die hier angesprochen wurden, wer trägt wo die Verantwortung, wer ist verantwortlich, alle Fragen, die hier gestellt wurden werden Vereinsfunktionären auch in kompetenter Form beantwortet. Von einem Rechtsanwalt, von Juristen und von hoch qualifizierten Persönlichkeiten, die in diesem Gewerberechtsbereich, Abgabenrechtsbereich, Steuerbereich kompetent sind und konkrete Aussagen auch machen können.

Das Land unterstützt diese Ausbildung, die über die Akademie Burgenland läuft, wo die Akademie Burgenland diese hochkarätigen Vortragenden auch organisiert hat und wo all die Fragen, die heute gestellt wurden - ich kann nur empfehlen, wenn jemand Zeit hat, dass er auch diese Ausbildung mitmacht, um genau diese Fragen auch beantwortet zu bekommen. Das Interesse ist sehr groß. Das ist auch Vorbild für alle anderen Bundesländer in Österreich.

Wir unterstützen das auch von Seiten des Landes. Jeder Vereinsfunktionär erhält 50 Prozent der Kosten ersetzt, wenn er diese hochqualifizierte modulare Ausbildung auch macht. Eines noch abschließend: Wer hat uns in die Situation gebracht, in der jetzt die Vereine sind? Da gibt es einen Verein, der spezialisiert sich auf Anzeigen. Einen Anzeigenverein. Dieser Anzeigenverein kommt aber nicht von den Vereinen, sondern dieser Anzeigenverein verfolgt andere Interessen. Man muss auch einmal sagen, dass dieser Verein nicht die Vereine vertritt, sondern eigentlich gegen die Vereine agiert. Der hat sehr vieles eingebrockt.

Natürlich müssen wir uns im Burgenland einsetzen, wir machen das auch heute, aber natürlich müssen wir uns auch auf Bundesebene einsetzen. Es braucht nicht einer sagen, die sollen es machen, die anderen sollen es machen, das bringt uns überhaupt keinen Schritt weiter, und dort sind wir nicht zuständig und so weiter. Wir sind zuständig im Burgenland, da machen wir eine ordentliche Arbeit, da haben wir unsere Hausaufgabe auch beim Veranstaltungsgesetz gemacht und selbstverständlich setzen wir uns auch auf Bundesebene ein, dass Vereine bessere Rahmenbedingungen haben.

Dass diese unsägliche Registrierkassa wegkommt, wenn ein Amateurverein an zwei Kantinen ausschenkt, die Freiwilligen arbeiten dort, müssen die Registrierkassa bedienen. Ich brauche das doppelte Personal, die bekommen nichts bezahlt und kassieren tut der Finanzminister. Das hat mit freiwilliger Arbeit schon nichts mehr zu tun, dass ich meine Arbeitskraft dem Verein zur Verfügung stelle und auf der anderen Seite kassiert der Finanzminister das Geld.

Das ist nicht fair, damit schützt man nicht die Vereine, damit stützt man nicht die Vereine, sondern so zerstört man mit der Registrierkassa des Finanzministers das Vereinsleben in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon alles gesagt - und ich halte es hier mit Karl Valentin -, aber noch nicht von allen. Tatsache ist, dass wir im Zusammenhang mit dieser Veranstaltungsgesetzänderung jetzt mehrmals Beiträge gehört haben, wo in der Schuldzuweisung von einem zum anderen die Meinung aufkommen könnte, na, jetzt haben wir es gerichtet.

In Wirklichkeit ist bei vielen aber durchgedrungen, dass die Situation des Vereinswesens jetzt allgemein auf das gesamte Burgenland bezogen im Grunde genommen durch diese gesetzlichen beziehungsweise auch anderen Maßnahmen und Anzeigen mehr als im Argen liegt und viele, die bisher mit absoluter Überzeugung für Vereine aktiv eingetreten sind, inzwischen so weit in der Umsetzung angelangt sind, dass sie sagen, wir tun nichts mehr. Damit, das ist auch allgemein in der Diskussion festgehalten worden, ist der gesellschaftliche Rahmenschluss eigentlich aufgebrochen und hier kann man - da bin ich davon überzeugt, jedem Einzelnen in politischer Farbenlehre die Zuordnung setzen, der war schuld und der war schuld, aber ich bin es nie gewesen.

Das kann es nicht sein. Hier haben wir eine Konsequenz, die sich über die letzten Jahre zugespitzt hat, und in der Angriffssituation quasi immer der Vereinsverantwortliche, der an der Spitze mit seinen sogenannten Vereinsvorstandsorganen der Schuldige wurde für eine Situation, die auf der anderen Seite Einnahmen bescheren sollte.

Das sollte man sich vor Augen halten, wenn es in dieser Diskussion eine ehrliche und offene Diskussion geben soll. Tatsache ist auch - und auf das Veranstaltungsgesetz möchte ich dahingehend und das ist auch der Inhalt meiner Wortmeldung verweisen.

Das Veranstaltungsgesetz-Alt wurde aus Anlass geboren, aus einer Anlasssituation. Die meisten werden sich hier nicht mehr erinnern, aber ich setze auf den Beispielsfall einer Veranstaltung im Eisenstädter Bezirk, wo es zu einem Todesfall gekommen ist und aufgrund dieses Todesfalles hat es die verschiedensten Entwicklungsstränge im Speziellen auf ein Veranstaltungsgesetz gegeben, wo sich

diejenigen, die dann betroffen wurden, im Grunde genommen immer gefragt haben. Was soll das? Wohin führt das? Was kommt hier heraus? Das ist die Wirklichkeit, die jetzt in der Änderung des Veranstaltungsgesetzes hoffentlich - und das betone ich heute hier -, hoffentlich in der Verordnung eine absolute Klärung bringen wird, denn wenn das nicht der Fall ist, dann sind alle, die in der Umsetzung dieses Veranstaltungsgesetzes und wir wissen es ja, wer es wieder ist, nämlich die Bürgermeister, die „Depperten“.

Das sind diejenigen, die etwas tragen werden müssen, wo sich alle jetzt abputzen in der Werdung dieses Gesetzes und der, der es exekutieren wird müssen, soll feststellen, ob die entsprechenden Inhalte auf zertifizierte Zelte, auf zertifizierte Buden, die sonst wie aufgestellt werden, auf das andere, das hängt alles an ihm. In der Abweisung wird er nicht davonkommen. Ich bin überzeugt davon, die Situation wird sich dort wieder abspielen, wenn es zu einem Gerichtsverfahren kommt, und dann werden wir wieder koppeln und ändern, denn das ist die Wirklichkeit, die in dieser Diskussion bisher nicht genannt wurde. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bezeichnend gewesen, der Herr Landeshauptmann hat uns das jetzt vorgetragen, dass er den größten Teil seiner Rede auf die Sportförderung mit 2,5 Millionen Euro, auf die Vereinsmitgliederschulung und auf andere Positionen gesetzt hat. Das heißt, der größte Teil dieser Wortmeldung war bezogen auf die sogenannte Ausführung, wo kann man jemandem helfen, wo man vorher verursacht hat, dass dies der Fall ist, dass er sich mit dem auseinandersetzen muss. Und das wenigste Kapitel war gewidmet dem Veranstaltungsgesetz in der Änderung. Es ist bezeichnend und bringt eigentlich nur etwas zum Tragen, wo wir uns alle einig sind. Alle sind wir uns dort einig, dass den Vereinen und allen, die dort aktiv sind, eine 100-prozentige Unterstützung gewährt werden sollte.

Nur sollten wir eines nicht vernachlässigen, warum das Ganze auch entstanden ist. Die Ehrlichkeit sollte auch an den Tag gelegt werden. Wir wissen alle, dass es Auswüchse bei Sportveranstaltungen oder bei Veranstaltungen gegeben hat, wo über das geregelte Maß hinweg zeitlich veranstaltet wurde. Daraufhin haben sich die Wirte angefangen aufzuregen, weil sie in der Ausführung möglicherweise jetzt beeinträchtigt waren. Es gibt auch Veranstaltungen und Tätigkeiten im Sportbereich, wo wir es langatmig so gehalten haben, nix sehen, nix hören, nix reden, nämlich wo ausländische Sportbegeisterte angestellt wurden, „um aktiv für einen Verein tätig zu sein“.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die meisten, die sich damals wirklich dafür eingesetzt haben, diesen Verein entsprechend zu fördern, zu unterstützen, sei es durch Sponsoring-Aktivitäten oder durch seine persönlich eingebrachte Leistung, zu dem Zeitpunkt begonnen haben, darüber nachzudenken, ob sie weiterhin für diese Gesellschaft in diesem Vereinsbereich aktiv sein sollen, wo es darum gegangen ist, dass ihm vor Augen geführt wurde, der Nächste, der dran ist, bist du.

Diese Tendenz haben wir heute in der Diskussion nicht wegwischen können. Die Wirklichkeit heißt, alles, was für die Vereine möglich ist, und wir wissen es alle hier, dass in den letzten Wochen die Diskussion beherrschend die Änderung des Veranstaltungsgesetzes ist.

Das ist eine Voraussetzung für jede Aktivität in der Gemeinde. Die Wirklichkeit, die aber berührt und trifft, ist nicht hier zu sehen, sondern, die ist dort zu sehen, wo es wirklich um die beanstandeten Fälle geht. Im Steuerrecht, im Sozialen, im Gesundheitsbereich und im Gewerberecht. Hier sind die Voraussetzungen mehr als kritisch und in der Umsetzung mehr als fraglich für jeden, der ehrenamtlich, freiwillig einen Einsatz für unsere Gesellschaft leistet. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen jetzt keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 237, mit dem das Bgld. Jagdgesetz 2004 geändert wird (Zahl 21 - 171) (Beilage 279)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 237, mit dem das Bgld. Jagdgesetz 2004 geändert wird, Zahl 21 - 171, Beilage 279.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Jagdgesetz 2004 geändert wird, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Jagdgesetz 2004 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer und Zuschauer an den Computern und Smartphones! Es geht hier um eine relativ kleine Änderung im Jagdgesetz, die aber eigentlich eine blamable ist. Anlass ist nämlich eine Vertragsverletzungsverwarnung in der EU und eine Verurteilung durch den EuGH. Es geht ganz konkret um die Waldschnepfe. Ein relativ kleiner, unscheinbarer Vogel, etwa taubengroß, hat auch einen taubenähnlichen Körperbau, lebt sehr viel am Boden, hat einen langen Schnabel und ist dämmerungsaktiv.

Dieser Vogel, beziehungsweise diese Vogelart ist zwar nicht stark gefährdet, aber ist in der Vogelschutzrichtlinie doch unter der sogenannten SPEC 3 Liste gelistet, das

heißt, Arten deren globale Population sich nicht auf Europa konzentrieren; dort aber einen ungünstigen Erhaltungsstatus haben. Die Waldschnepfe kommt im Burgenland übrigens vor allem im Leithagebirge vor, dort brütet sie auch. Und auch im Neusiedler See-Gebiet ist sie anzutreffen.

Was war das Problem? Das Problem ist, dass sie bisher im Burgenland und in einigen anderen Bundesländern auch im Frühjahr gejagt werden durfte. Im Frühjahr ist es deswegen besonders problematisch, weil genau da die Paarungs- und die Brutzeit ist und natürlich hier der negative Einfluss besonders stark ist. Das wird nun geändert. Wie gesagt, eigentlich eine Blamage für das sogenannte „Umweltmusterland“ Österreich.

Ich möchte diese Änderung des Jagdgesetzes aber auch gleich zum Anlass nehmen und auf die Gatterjagd eingehen. Das hat den Grund, dass meine Antrag, den ich bereits im Oktober des letzten Jahres eingebracht habe, sich verzögert hat, und nun komplett vertagt wurde, mit der etwas eigenartigen Erklärung, dass ohnehin ein neues Jagdgesetz vorbereitet wird. Das ist natürlich erfreulich, nur denke ich mir, eine Diskussion und eine Beschäftigung mit dem Landtag ist ganz gut, bevor man ein Gesetz in die Begutachtung schickt. Deswegen hätte ich mich gefreut, wenn das hier möglich gewesen wäre. Deswegen hier zur Gatterjagd und zur Jagd auf gezüchtete Tiere.

Es geht einerseits um die Jagd auf gezüchtete Tiere eben, zumeist sind das Fasane, Rebhühner, Enten, und ähnliches Geflügel. Diese werden ausgesetzt um, man kann eigentlich nicht von einer Jagd sprechen, sie abzuknallen. Oft wird dann auch noch die gesetzlich festgelegte Frist, die natürlich sehr schwer zu überprüfen ist, zwischen dem Aussatz dieser Tiere und dem Abknallen nicht eingehalten.

Die Tiere sind meistens keine Wildtiere mehr, weil sie eben in Gefangenschaft aufgezogen worden sind, sich ganz anders verhalten wie Wildtiere und oft völlig orientierungslos sind, weil sie nicht gewohnt sind in freier Natur zu überleben und sich zu orientieren. Die Tiere stammen eben meistens aus Volieren Haltung und werden innerhalb kürzester Zeit dort dann abgeknallt.

Es gibt immer wieder die Ausrede, dass das Aussetzen dieser Tiere zur Bestandserhaltung dient. Da gibt es ausreichend Untersuchungen von Experten, auch von der BOKU Universität für Bodenkultur, und Expertinnen natürlich, dass dieser Aussatz zur Bestandserhaltung meistens von sehr wenig Erfolg gekrönt ist, weil sich eben Tiere, die man in Gefangenschaft gezüchtet hat, sehr schwer dann tun in der freien Wildbahn. Das ist die eine Geschichte.

Die andere Seite ist die in den Medien noch stärker präsente Jagd im Gatter, also die Gatterjagd. Im Burgenland werden die Jagdgatter im Gesetz als Jagdgehege bezeichnet. Das sind meistens Gehege, die etwa 150 Hektar groß sind, beziehungsweise größer sein müssen. Dort werden dann zusätzlich zu der Beschränkung durch die Zäune, auch noch Treiber hineingeschickt.

Das heißt man hetzt die Tiere, durch Zäune und Treiber beschränkt, den sogenannten Jägern vor die Flinte und kann dort natürlich eine sehr große Anzahl an Tieren innerhalb kürzester Zeit schießen. Meistens werden auch hier die Tiere erst kurz vor der Jagd in diese Jagdgatter gesetzt. Auch viele Jäger - es war vor kurzem ein großer Artikel im Falter - halten dies nicht für eine Jagd und vor allem nicht für eine zeitgemäße Form der Jagd. Die Tiere haben kaum eine Chance, weder wie vorher genannt die gezüchteten noch die die im Jagdgatter erlegt werden.

Ganz kurz zu den Jagdgehegen, beziehungsweise Jagdgatter im Burgenland. Laut einer Anfrage von mir gibt es vor allem in Güssing, nicht ganz von ungefähr, die meiste

Zahl an Jagdgattern, es sind insgesamt fünf. Davon in Punitz eines, in Güssing, in Unterbildein, in Heiligenbrunn, *(Abg. Walter Temmel: Bildein.)* und abgesehen von Güssing gibt es dann noch eines im Bezirk Eisenstadt-Umgebung und eines in Jennersdorf. Beide Formen diese „Abballerei“ sind als Tierquälerei zu bezeichnen und daher abzulehnen. Wir fordern daher ein komplettes Verbot dieser „Nichtjagd“. Diese Art des Vergnügens ist mit heutigen Werten nicht vereinbar und wird lediglich von einer kleinen reichen Schicht betrieben.

Es ist höchste Zeit, im Jahr 2016, solche Praktiken abzuschaffen und der Jagd, die ja eigentlich, wenn man sich anschaut, was im Nutztierbereich passiert, eine relativ positives Image haben könnte, wenn sich nicht Jagdverbände und viele Jäger endlich von den Auswüchsen der Jagd, die man hier sieht, beziehungsweise auch Fallenstellerei, Haustierabschuss und ähnliches, verabschieden würden.

Stoppen wir diesen Irrweg der Jagd, der nur durch Respektlosigkeit und Ignoranz vor dem Leid der Tiere stattfinden kann. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Zum Biologiereferat meines Vorgängers, das zwar sehr schön anzuhören war, möchte ich nur sagen, also ich beschränke mich hier nur auf die uns vorliegende Schnepfenjagd. Und mit dem Jagdgatter werden wir uns dann beschäftigen, wenn es auf der Tagesordnung steht. *(Beifall beim Abgeordneten Wolfgang Sodl)*

Mit dieser Umsetzung wird hier dem Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Österreich Rechnung getragen, mit dem die Frühjahrsbejagung der Waldschnepfe beanstandet wird. Die Balzjagd auf die Waldschnepfe, der sogenannte Schnepfenstrich, ist eine uralte jagdliche Tradition. Männliche Schnepfen werden im Flug erlegt, und zwar in den Monaten März und April.

Genau das ist aber auch die Zeit, in der sich die Vögel paaren, brüten und nisten. Daher sagt die Europäische Kommission, dass die Schusszeit der Waldschnepfe im Burgenland während des Zeitraums von 1. März bis 15. April nicht mit der Vogelrichtlinie des Europäischen Parlaments, sowie des Rates, vereinbar ist. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Genauso ist es.)*

Wenn ein betroffener Mitgliedsstaat keine Maßnahmen zur Einhaltung dieser Richtlinien getroffen hat, so kann dieser sogar zu einer Bußzahlung aufgefordert werden. Damit wurde auch dem Burgenland schon gedroht.

Unsere Jäger sind mit diesem Bejagungsverbot zwar nicht einverstanden, aber hier geht es um eine Richtlinie, die wir eben umsetzen müssen. Ich habe viel mit Jägern, Biologen und Spezialisten gesprochen. Es gibt wie immer Argumente für und gegen das Verbot und auch viele Gutachten dazu, aus denen aber nicht eindeutig hervorgeht, ob sich die Frühjahrsbejagung auf die Waldschnepfe positiv oder negativ auf die Fortpflanzungsrate beziehungsweise Dichte der Waldschnepfe auswirkt.

Fakt ist aber, so lange es keine triftigen Gründe gibt, die die Argumente der EU-Kommission entkräften könnten, wird es auch keine Frühjahrsbejagung mehr geben.

Wir werden daher dem vorliegenden Gesetzesentwurf unsere Zustimmung erteilen. Danke*. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörer auf den Rängen beziehungsweise an den Geräten! Bevor ich jetzt zur Änderung des Jagdgesetzes komme, vielleicht einige Ergänzungen.

Ich will nicht wiederholen, die Frau Stampfel und der Kollege Spitzmüller haben es wirklich schon ausführlich erwähnt. Vielleicht noch, die Erfassung der Bestände ist sehr schwierig und kann deshalb nur geschätzt werden. Da haben wir eine Schätzung aus dem Jahre 2005, da gab die EU-Kommission für die damals 25 Mitgliedsstaaten bekannt, einen Bestand von zirka 960.000 Brutpaaren. Rückgänge der Bestände sind von Förstern und Jägern bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts beschrieben worden, ohne jedoch die eigene Bejagungsform der Schnepfenjagd in Frage zu stellen. Sie war bis dato auch im Frühjahr in den meisten Jagdrevieren üblich. Rückgangsursachen waren in erster Linie die Trockenlegungen von Mooren und Wäldern sowie Grundwasserabsenkungen. Die Vogelschutzrichtlinie haben wir alle schon gehört. Deshalb aus den erwähnten Gründen wird auch in der Burgenländischen Jagdverordnung LGBl. 23 aus 2005 in der geltenden Fassung 58/2010 die Änderung der Schonzeit so umgesetzt, dass eine Frühjahrsbejagung nicht mehr möglich ist.

Mit Paragraf 179a wird auch festgelegt, dass die zuständige Behörde für diese EU-Förderung die Landesregierung ist. Diese wiederum kann mit Verordnung einzelne Aufgaben an die Bezirksverwaltungsbehörden delegieren, wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit und Sparsamkeit gelegen ist.

Und diesen Punkt finde ich sehr wichtig, weil ich mir auch vorstellen kann, dass noch weitere Bereiche der Landesverwaltung - nicht nur dieser Punkt - sondern auch andere an die Bezirke delegiert werden. Das wäre eine zusätzliche Bereicherung der ländlichen peripheren Räume in unserem Bundesland, besonders das von Abwanderung geplagte Südburgenland.

Nachdem diese Landesregierung gerade das Südburgenland extrem vernachlässigt, *(Zwischenruf von der Abg. Doris Prohaska.)* beispielsweise bei der Bahn, beim Bus, und der Breitbandinternetanbindung, und so weiter. *(Abg. Wolfgang Sodl: Was hat das mit den Schnepfen zu tun? – Abg. Manfred Kölly: Hat das mit den Schnepfen zu tun? – Unruhe bei der SPÖ)* Mit den Schnepfen nicht unmittelbar.

Sie reden zwar immer von Einsparungen, Effizienz, neue Verwaltungsstrukturen, et cetera anstatt jedoch neue Ideen zuzulassen, zerstören Sie gewachsene Abteilungsstrukturen, die sich bestens bewährt haben. Sie glauben oft, mit Parteibesetzungen, kleinkariertem Denken, die großen Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Das ist ein Schritt in die Vergangenheit.

Mit einer Ausgliederung von Bereichen der Landesverwaltung in die Bezirksverwaltungsbehörden stärken Sie die schwachen Gebiete unseres Landes. Selbstverständlich ist eine gut ausgebaute Infrastruktur in allen Landesteilen dafür Grundvoraussetzungen.

Wir werden natürlich dieser Richtlinie zustimmen, bevor wir uns einem Vertragsverletzungsverfahren aussetzen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Ich möchte mich eingangs recht herzlich bei der ÖVP, bei den Abgeordneten, bedanken. *(Der Abgeordnete Wolfgang Sodl zeigt ein Ei, dass zu Beginn der Sitzung vom Abgeordneten Walter Temmel an alle Abgeordneten ausgeteilt wurde.)*

Ich hätte doch eines dazu zu sagen, weil doch die Legende hinten sehr gut erklärt ist und die Kennzeichnung auf den Eiern fehlt, nehme ich aber trotzdem an, dass es regionale Eier sind und keine faulen Eier. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und des Abg. Gerhard Steier. – Abg. Manfred Kölly: Schau, ob da ist eine Ampel drauf ist. Eine Ampel mit Rot.)* Rot ist immer gut, danke.

Kollegin Stampfel, Kollege Temmel, Kollege Spitzmüller, die Novellierung dieses Jagdgesetzes 2004 ist grundsätzlich notwendig, um das abzukürzen, um einen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission hier entgegenzutreten. Die Frühjahrsbejagung der Waldschnepfen wird in dieser Form ausgesetzt.

Das Jagdgesetz 2004 wissen wir, und der Kollege Spitzmüller hat das auch angesprochen, ist hier dringendst notwendig, dieses auch zu novellieren. Ich glaube, da sind wir uns hier auch alle einig, es wurde auch angesprochen. Es hat viele Diskussionen in dieser Form schon gegeben. Ob das die Jagdgatter betrifft, ob das Anträge, Wildschädenthematiken, mediale Berichte hat es darüber gegeben. Es muss auch einen Bürokratieabbau geben und auch das zum Tierwohl. Auch das Waldwild, dieser Ausgleich muss im neuen Jagdgesetz 2016 enthalten sein.

Wenn wir heute von der Novellierung sprechen und von dem großen Wurf, der heute schon angesprochen wurde vom Jagdgesetz 2016 so kommt es mir ungefähr vor, wie Neil Armstrong gesagt hat 1969 - heute ein kleiner Schritt für die Menschen, ein großer Sprung für die Menschheit dann, wenn das neue Jagdgesetz 2016 in dieser Form umgesetzt werden wird. *(Abg. Manfred Kölly: Warum brauchen wir das dann jetzt?)*

Vor der Sommerpause wird die Begutachtung in jener Form fertig sein, die zuständige Landesrätin hat es zu einem zentralpolitischen Anliegen gemacht um hier auf die Wünsche der Landwirte, der Jägerschaft und natürlich der Burgenländerinnen und Burgenländer einzugehen und auch dem Naturschutz hier zu folgen.

Sie hat es hier auf eine breite Beteiligung, auf einen Gesetzgebungsprozess gestellt, und hat hier viele Menschen mit ins Boot genommen, den Jagdverband, die Bezirksjägermeister, die Bezirkshauptmannschaft, die Landwirtschaft, die Interessensvertretung, Arbeiterkammer genauso wie die Wirtschaftskammer und natürlich sämtliche Fachabteilungen hier im Haus.

Die Stellungnahmen konnten ja bis 17. Feber eingereicht werden und ich möchte mich bei Dir, Frau Landesrätin, dafür recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte aber trotzdem auch auf unsere Jagdgesellschaften, auf unsere Weidmänner in unseren Gemeinden und Kommunen eingehen und hier auch als Obmann des örtlichen Jagdausschusses und als Bürgermeister, aber vor allem auch meinen persönlichen Blickwinkel hier einbringen. *(Abg. Manfred Kölly: Selber Weidmann?)*

Unsere Gemeinde hat hier das beste Einvernehmen *(Abg. Manfred Kölly: Selbst Weidmann?)* mit der örtlichen Jagdgesellschaft und vor allem weil eine breite Akzeptanz

der Bevölkerung hier vorliegt und dadurch auch die Jagdgesellschaft einen angemessenen Stellenwert einnimmt.

Ich möchte auch dazu sagen, dass es hier seitens unseres Jagdausschusses, seitens unserer Gemeinde, immer wiederum einstimmige Beschlüsse gibt. Und ich möchte auch festhalten, dass hier bei der Vergabe der Jagd unserer Gemeinde nicht der Höchstbieter der Bestbieter ist. Sondern wir es immer so für uns halten, es sehr wichtig ist, dass unsere eigenen Jägerinnen und Jäger in der örtlichen Jagdgesellschaft hier auch ihrem Hobby und ihrer Jagd nachgehen. Aber für mich sind Jäger nicht nur Jäger, sie sind für mich persönlich viel mehr, sie sind anerkannte Naturschützer, sie sind Heger, sie tragen zum Erhalt und zur Verbesserung unserer Natur und unserer Umwelt bei. Und die Jagd selbst ist für mich untrennbar mit Disziplin, mit Verantwortung, mit Verzicht und letztlich mit Charakter verbunden.

Frau Landesrätin, für das neue Jagdgesetz möchte ich mich nochmals bedanken, für Deine Arbeit die hier geleistet wurde und geleistet wird, mit *(Abg. Manfred Kölly: Ist das ein neues Gesetz?)* und für alle Beteiligten, mit einem sehr offenen Prozess. *(Abg. Manfred Kölly: Hallo, hallo das ist nur eine Änderung.)*

Ich wiederhole mich auch gerne, Herr Abgeordneter, wenn Sie nicht alles verstanden haben, oder Sie mich nicht verstanden haben, wir sprechen heute von der Novellierung und ich spreche jetzt vom neuen Gesetz, das *(Abg. Manfred Kölly: Du bist schon voraus.)* im heurigen Jahr 2016 kommen wird.

Darf ich von dem sprechen was ich will, oder muss ich von dem sprechen, was Sie gerne möchten. *(Abg. Manfred Kölly: Du bist schon voraus.)*

In dieser Form mit einem herzlichen Dankeschön und mit dieser kleinen Novellierung und mit einem großen Wurf für das neue Jagdgesetz 2016. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Diese Wortmeldung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dem Anspruch geschuldet, der vorher diskutiert wurde. Warum diskutieren wir das überhaupt? Ich habe darauf geantwortet, weil wir es müssen.

In Wirklichkeit ist es eine Umsetzung eines Vertragsverletzungsverfahrens, das wir quasi verloren haben und dementsprechend ist die Ausführung und das lese ich jetzt wortgemäß vor: Mit der Gesetzesnovelle wird dem Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2013/4025 der Kommission gegen Österreich entgegen getreten und die Frühjahrsbejagung der Waldschnepfe im Burgenland verboten.

Diesem Verfahren wird beanstandet, dass die Schusszeit der Waldschnepfe im Burgenland während des Zeitraumes vom 1. März bis 15. April nicht mit dem Artikel 7 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten, Vogelschutzrichtlinie, vereinbart ist.

Die folgenschwerste und wichtigste Aussage kommt aber bei dem Punkt Kosten: Die Umsetzung der Novelle hat keine finanziellen Auswirkungen.

Wir werden dem Gesetzesänderungsantrag zustimmen. Danke schön. *(Abg. Manfred Kölly: Wieso wir, bist Du da mehr? – Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne beziehungsweise wo auch immer Sie uns heute mitverfolgen. Danke für die Klarstellung, dass hier dieses EU-Vertragsverletzungsverfahren angestanden ist.

Nur dass Sie sich vorstellen können, was das bedeutet hätte, wenn ich jetzt nicht reagiert hätte - wir würden hier an die EU 24.000 Euro pro Tag zahlen. Ich glaube, das ist in unserem eigenen Interesse, und in aller unser Interesse, das jetzt umzusetzen. *(Abg. Manfred Kölly: Ein bisschen spät sind wir dran.)*

Natürlich haben Sie Recht, dass das diskutiert wurde. Natürlich haben Sie Recht, dass hier dementsprechend sehr viel in der Jägerschaft darüber diskutiert wird. Fakt ist, dass hier nur in Zusammenarbeit mit dem Landesjagdverband, dem Naturschutz neue Rahmenbedingungen am Tisch müssen. Solange ich hier keine neuen Gutachten und vieles andere mehr habe, kann ich hier keine Veränderung herbeiführen. Es hat viele Gespräche schon gegeben, auch mit dem Landesjagdverband und ich habe hier klar beauftragt, fachliche Gutachten, aktuelle aus denen hervorgeht, dass eine Änderung mit dem ich ja dann an die EU herantreten muss möglich ist.

Das ist sicherlich in Vorbereitung, dann können wir gerne noch einmal darüber diskutieren, aber jetzt macht es diese Umsetzung einfach notwendig und deswegen freue ich mich auch, was ich vernommen habe, von allen Rednern, dass ich hier damit rechnen kann, dass Sie dem zustimmen. *(Abg. Manfred Kölly: Das geht gar nicht anders.)*

Dass Sie heute diese Thematik und diese Novellierung auch genützt haben, dass Sie gleich… *(Abg. Manfred Kölly: Das geht gar nicht anders, Frau Landesrätin!)* Danke, na Gott sei Dank, sehen Sie das auch so wie ich, dass wir dementsprechend, dass Sie heute das genutzt haben, auch gleich, auf das neue Jagdgesetz einzugehen, dafür bedanke ich mich für Ihre Wortmeldungen.

Ich werde hier sicher nicht darauf eingehen, weil auch heute nicht der Tag und die Stunde dazu ist. Aber gestatten Sie mir ganz klar, was ich schon einmal in diesem Hohen Haus gesagt habe, ich gehe hier einen neuen Weg.

Bis Ende Februar habe ich sehr breit aufgestellt, das erste Mal möglich gemacht, dass sich hier Menschen, die mit der Jagd zu tun haben, nicht nur Jäger, sondern auch das Umfeld herum, dass sich hier Menschen einbringen können, über Stellungnahmen.

Ich habe mich sehr gefreut, das möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, dass wir sehr viele Stellungnahmen hereinbekommen haben, und ich bedanke mich bei allen Menschen, die sich hier - über 600 Seiten Stellungnahmen sind hereingekommen, dass sich hier Menschen in diese offene Diskussion einbringen, weil ich denke, dass das auch notwendig ist und höchste Zeit. Schade, dass das nicht schon früher, und in anderen Gesetzmäßigkeiten, so gemacht wurde.

Ich habe inzwischen, und das wissen Sie auch, die Expertenrunde ARGE Zukunft, aus sechs Experten aus Land-, Forst- und Jagdwirtschaft gemeinsam mit fachkundigen Juristen zusammen gesetzt, die jetzt wirklich seit Tagen sich schon zusammen gesetzt haben und hier in akribischer Kleinstarbeit jeden Paragraphen und jede Stellungnahme hier bearbeiten und ausarbeiten. Also die Arbeitsgruppe ist voll im Gange. Ein laufender

Prozess, wo ich jetzt auch noch keine Einzelheiten darüber kundtun werde, weil es ja auch nichts bringt.

Ich bin schon mehrfach gefragt worden, wer ist denn in dieser ARGE drinnen? Es sind zwei Vertreter des Amtes, zwei Juristen, es ist ein gerichtlich beeideter Sachverständiger aus dem Bereich der Jagd und ein Vertreter der Interessensvertretung des Burgenländischen Jagdverbandes.

Genauso wie es mir wichtig war, die Landwirtschaftskammer hier mit hereinzunehmen, wo es um einen Vertreter der Agrar-, beispielsweise Wildschäden, nur ein Stichwort, aber auch seitens der Forst hier mit dabei ist, genauso wie ein unabhängiger Vertreter der Jägerschaft, der das Ganze auch für mich koordiniert.

Das bedeutet, diese 600 Seiten Stellungnahmen und meine Ausrichtung, die ich vorgegeben habe, werden jetzt gerade bearbeitet. Ich freue mich schon auf die Diskussionen dann, wenn mehr am Tisch liegt und kann Sie nur einladen, noch einmal den Zeithorizont damit sie wissen, wann in etwa sich zu beteiligen. Ich habe vor, das habe ich Ihnen bereits gesagt, das ist heute auch schon gesagt worden von einem Vorredner, dass wir bis zum Sommer das beenden und dann natürlich freue ich mich schon auf die politischen Gespräche, auf die parteipolitischen Gespräche mit den einzelnen Klubs und mit Ihnen allen.

Eines muss ich nur klar noch einmal sagen, ein zeitgemäßes Jagdgesetz ist höchste Zeit. Die Entwicklung hat sich in den letzten Jahren - 2004 war die letzte Novellierung, ja schon weit überholt. Mir ist es wichtig um die nachhaltige Bewirtschaftung sowohl insgesamt natürlich der Jagd, beziehungsweise auch Forst, Wald, Landwirtschaft und so weiter einbezogen.

Natürlich geht es auch immer um die Jagd als Wirtschaftsfaktor, als Kulturgut, um den Schutz und die Tiergerechtigkeit der Tiere. Dies ist heute ja schon mehrfach angesprochen worden, um ein adäquates und vor allem nachhaltiges Wildtiermanagement. Da haben wir viel zu tun. Da ist in diesem bestehenden Gesetz Handlungsbedarf. Ich gebe Ihnen recht, in allen Punkten die Sie heute eingebracht haben.

Herzlichen Dank für Ihre Wortmeldung und auch für die Zustimmung, die ich geortet habe *(Abg. Manfred Kölly: Wir müssen zustimmen.)* zur heutigen Verordnungsveränderung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2004 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2004 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag

(Beilage 228), mit dem das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE" zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 162) (Beilage 280)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Berichterstatterin zum 4. Punkt der Tagesordnung dem Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 228, mit dem das "Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE" zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 162, Beilage 280 ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den Beschlussantrag mit dem das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE“ zur Kenntnis genommen wird, in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE“ wird zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE“ wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete für Ihren Bericht. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte den vorliegenden Bericht in drei verschiedenen Kapiteln abhandeln. Und zwar erstens, was ist das Additionalitätsprogramm 2014-2020. Wie ist der Bericht grob aufgebaut und was soll erreicht werden.

Zum ersten Punkt: Das Additionalitätsprogramm 2014-2020 ist, wie der Name schon sagt, ein zusätzliches Förderprogramm zum EU-Programm EFRE, das ist der Europäische Fonds für regionale Entwicklung. Das heißt, Bund und Länder, Bund und in dem Fall Land Burgenland ergänzen die Förderung der EU. Konkret wurden dazu Leitstrategien entwickelt. Dazu möchte ich vorher noch etwas sagen.

Burgenland ist ja als Übergangsregion in einer besonderen Position und in einer Sonderrolle in Österreich. Trotzdem muss man berücksichtigen, dass auch das Burgenland unter den Einsparungen von EU-Mitteln, unter der Kürzung von EU-Mitteln maßgeblich zu leiden hat. Das ist einmal prinzipiell zu sagen. Das Fördervolumen selbst beträgt vom Bund 68 Millionen Euro wobei, wobei, wir sind eine Übergangsregion wie gesagt, wobei die Hälfte ungefähr aus dem Ministerium für Verkehr, Innovation und Technologie kommt, das sind 37 Millionen Euro. Aus dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft kommen 16 Millionen Euro und vom Ministerium für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft kommen 15 Millionen Euro. Das Land Burgenland trägt 43,55 Millionen Euro bei. Übrigens, da muss ich wieder etwas im Zusammenhang mit der ÖVP sagen. Es

ist vor kurzem erst irgendwo die Forderung aufgetaucht, dass wir mehr Geld für den Tourismus aufwenden sollten.

Ich glaube die Rede war von zehn Millionen Euro. In dem Zusammenhang möchte ich nur sagen, dass von diesen 43 Millionen des Landes ziemlich genau 20 Millionen, 20, für Maßnahmen in Kultur und Tourismus geplant sind. Das heißt, ich sage es einmal so, sie hinken auch hier ein bisschen hinterher wie halt normalerweise. Die Maßnahmen aus dem vorliegenden Programm, wie gesagt, ergänzen die EU-Förderungen und werden von Bund und Land ausgewählt.

Das sind einmal die grundlegenden Kriterien. Wie ist der Bericht jetzt aufgebaut? Zweite Stufe. Es werden die geplanten Maßnahmen beschrieben, es werden Inhalte beschrieben. Inhalte wie zum Beispiel Forschung, Technologie und Innovation, Verkehr, Ressourcen und so weiter und so fort. Diese einzelnen Bereiche werden dann unter verschiedenen Kriterien beleuchtet und zwar gibt es verschiedene Instrumentarien der Förderung wie zum Beispiel etwas geschehen soll. Wie etwa zum Beispiel durch Studien. Oder es werden Zielgruppen definiert, ob es um eine Gemeinde geht, um einen Verein, eine bestimmte Art von Verein, bestimmte Unternehmen und so weiter. Dann gibt es Auswahlkriterien je nachdem ob es zum Beispiel um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht oder um den Innovationsgrad einer geförderten Institution. Dann gib es förderungsfähige Vorhaben, das etwa irgendein Bau gefördert wird oder es werden die Kosten für eine Lizenz übernommen.

Es gibt rechtliche Grundlagen, das sind diverse Richtlinien. Sehr oft sind das Einzelentscheidungen des Landes. Und schließlich die Art und Höhe der Förderung. Das ist im Prinzip ein nicht rückzahlbarer Zuschuss von bis zu maximal 100 Prozent. Ich möchte mir jetzt ersparen irgendeinen Bereich herauszunehmen und nach diesen Kriterien zu erläutern. Das kann man alles im Bericht nachlesen.

Aber ich komme vielleicht zum wichtigsten Punkt. Das ist der dritte Punkt den ich erwähnt habe. Was soll für das Burgenland erreicht werden? Das ist eine breite Palette, es ist eine Vielfalt von Programmzielen sozusagen. Kernpunkte sind: Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen, Schaffung von mehr Beschäftigung zum Beispiel.

Weiters, nachhaltiges Wachstum überhaupt in der Entwicklung des Burgenlandes, Wertschöpfung hinsichtlich der Energieträger die das Burgenland hat, Nutzung der Ressourcen, Ausbau, das ist überhaupt ein Schwerpunkt in der nächsten Zeit, vor allem des heurigen Jahres, Ausbau von Forschung und Entwicklung. Ganz ein wesentlicher Schwerpunkt. Weiters soll die Wettbewerbsfähigkeit der burgenländischen Wirtschaft gestärkt werden und schließlich ein altes Anliegen von mir und vielen anderen natürlich, die Bildung gilt als Grundpfeiler der Entwicklung eines Landes und da soll in dieser Periode das Bildungsbewusstsein der Bevölkerung und auch die Allgemeinbildung verbessert werden.

Schließlich noch ein weiterer Punkt, die Lebensqualität soll verbessert werden, die Versorgung und Erreichung der Landesteile, ebenfalls ein wesentlicher Aspekt. Also ich würde sagen, wenn man sich diese Punkte, diese Ziele anschaut, es sind, in der Dichtkunst würde man sagen, recht hehre Ziele und ich hoffe, dass dieses Vorhaben durch das vorliegende Programm in, ich sage einmal, sehr hohem Ausmaß erreicht werden kann. Wir werden den Bericht natürlich zur Kenntnis nehmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte dem Kollegen Darabos, einem Historiker, nur gerne gesagt, dass die Österreichische Volkspartei eine christdemokratische Partei ist mit christlich, sozial regierten Bundesländern, ich in der jetzigen Situation nichts anfange. Gerade er als Historiker sollte das wissen. Die ÖVP hat sich immer, nach 1945 von Leopold Kunschak gegründet, als die christdemokratische Partei verstanden, mit liberalen Ansätzen, die den Konservatismus des Bürgertums genauso vereinigen wie den Fortschrittsgedanken. Das ist auch gut so und das werden wir auch künftig so tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Kollegen Richter zu dem in Rede stehenden Programm, kein Bericht, unterstreiche ich in weiten Teilen bis auf kleine Ausreißer, die er gesagt hat. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Beschlusstenor lautet:

Das Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE wird zur Kenntnis genommen. Ja, guten Gewissens stimmen wir diesem Beschlusstenor zu. Wir stimmen ihm deshalb zu, weil wir damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Programm beschließen, das der burgenländischen Wirtschaft weiterhin einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen garantiert.

Diesen Wettbewerbsvorteil wollen wir der burgenländischen Wirtschaft nicht nur nicht vorenthalten, sondern im Gegenteil ganz, ganz bewusst unterstützen. Wurde schon gesagt, es wird also hier dem europäischen Gedanken Rechnung getragen, das im Rahmen der Europa 2020 Ziele, die für Österreich eine Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsquote auf insgesamt 3,76 Prozent vereinbart wurde, sowie einer Verringerung des CO_2 Ausschusses um 16 Prozent und ein Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energie auf 34 Prozent.

Das geht also über Elektroantriebe genauso wie auf Erdgasfahrzeuge und so weiter und so fort. Österreichintern, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir uns zum Ziel gesetzt, eines der innovativsten Länder der Europäischen Union zu werden. Der Klimawandel, die Ressourcenknappheit, der demokratische Wandel, all das soll mit diesem Programm auch entsprechend berücksichtigt werden und, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Programmziele hat mein Kollege Richter schon genannt, ich brauche sie also nicht mehr wiederholen.

Aber grundsätzlich geht es um zwei Achsen, zwei Prioritätsachsen, die hier besonders gefördert werden sollen. Einerseits geht es um die Weiterentwicklung von Forschung und Energie, nachhaltigere Ressourcennutzung. Eine Regionalentwicklung soll Platz greifen, um mehr Lebensqualität zu erreichen. Die zweite Achse, die zweite Prioritätenachse, geht also in Richtung technische Hilfe. Die erste Achse, meine Damen und Herren, vor allem in Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die gefördert werden sollen, die Förderung von innovativen Gründungen.

Gerade junge Unternehmer brauchen solche Unterstützungen. Ob das als Anlagevermögen ist, das hier genauso gefördert werden soll wie im touristischen Bereich und bei den Freizeitbetrieben, die klassische Investitionsförderung genauso wie Tages- und Naherholungstourismus soll hier entsprechend berücksichtigt werden. Natürlich könnte ich jetzt sagen, Herr Kollege Richter, die ÖVP hat es gefordert und schon ist es gemacht, nein mache ich nicht.

Also das wäre ja tagespolitisches Kleingeld hier zu wechseln mit solch wichtigen Themen, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann nicht Ziel und Zweck einer sachlichen Landtagsdebatte sein. Aber klar ist, wir müssen der burgenländischen Wirtschaft dieses ermöglichen, dass in Naturtourismus und Landschaft, in mehr Ganzjahrestourismus ganz einfach auch investiert werden kann.

Der Einsatz und die Entwicklung in moderne Kommunikationstechnologien ist hier genauso notwendig wie die Fort- und Weiterbildung von Tourismusorganisationen und die Förderung von Topangeboten im Tourismus. Aber nicht nur im touristischen Bereich, auch die Verbindung mit Kultur und Tourismus wurde angesprochen. Soll auch entsprechend hier berücksichtigt werden können.

Außerhalb des Tourismus gibt es ja auch noch was, meine sehr geehrten Damen und Herren, nämlich Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrsbereich. Der Kollege Temmel fordert das für seinen Teil des Burgenlandes maßgeblich und vehement immer ein. Eine Förderung der Schieneninfrastruktur ist hier möglich. Das Radwegebasisnetz, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist in die Jahre gekommen. Wenn Sie heute den Neusiedlersee mit dem Fahrrad umrunden, dann werden sie merken, dass Sie auf ungarischem Teil auf weit besseren Radwegen fahren als im Burgenland.

Hier haben wir etwas verabsäumt, was wir jetzt wieder aufholen müssen. Das können wir im Rahmen dieses Programmes zumindest starten. Ob wir es komplett umsetzten können, weiß ich noch nicht, aber wir müssen das angehen, um nicht hier ins Hintertreffen zu geraten. Diese alternativen Antriebssysteme habe ich schon genannt und diese regionalen Verkehrsvorhaben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was mich besonders freut, und das hat damals, es ist schon eine Zeitlang her, das ein Paul Rittsteuer als Agrarlandesrat hier Verantwortung getragen hat und Liegenfeld hat es dann schlussendlich auch in das Programm hineingebracht. Diese geotechnische Erkundung und die Sanierung des Dammes, eigentlich ist es ja eine Deponie, sowie der Maßnahme zur Binnenentwässerung.

Da geht es um den Einser-Kanal und, meine Damen und Herren, immer wenn wir Hochwasser haben, wenn der Neusiedler See sehr hoch ist, wenn die Ikva sehr viel Wasser hat und der Hanság unter Wasser steht, genau dann beginnen wir immer mit den Diskussionen. Der Einser-Kanal, der Damm des Einser-Kanals ist kein Damm. Ein Damm müsse eigentlich fachlich weit anders ausgebildet sein. Er ist ja nur gebildet worden, indem der Einser-Kanal ausgehoben und das Material deponiert wurde, deshalb nennen es die Fachleute auch die Deponie, ist ja nicht dicht.

Daher müssen wir solche Dinge auch angehen und diese Untersuchungen sind zumindest mit diesem Programm möglich. Schauen wir einmal, wie weit wir kommen. Die Regionalentwicklung, regional Governance, der moderne Ausdruck heute dafür, ist hier genauso möglich und die Prioritätenachse die zwei, die technische Hilfe, ist insgesamt, glaube ich, mit drei Millionen Euro, wenn ich das noch richtig im Kopf habe, vorgesehen.

Die Zahlen wurden genannt, 68 Millionen vom Bund, 43,5 Millionen vom Land, eine Summe, die doch erträglich ist, 113 Millionen Euro, die hier für die burgenländische Wirtschaft mit diesem Programm zur Verfügung gestellt werden. Die Kommunalkredit aus der Wirtschaftsservice GmbH, die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft sowie die Österreichische Hotel- und Tourismusbank sind auch bisher schon verlässliche Partner des Landes gewesen und sollen das, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch künftighin sein.

Wenn wir uns das jetzt vor Augen führen, dass das Burgenland seit dem Beitritt zur Europäischen Union hier stark aufgeholt hat, weil wir zweimal in den Genuss der Ziel 1-Förderung gekommen sind. Eine Periode lang im Phasing Out und jetzt in der Übergangsregion „Region Transition“. So hat kein anders Bundesland, meine sehr geehrten Damen und Herren, so wie unser Heimatland Burgenland seit diesem Beitritt zur Europäischen Union von dieser Europäischen Union profitiert.

Die burgenländische Wirtschaft, die Burgenländerinnen und Burgenländer, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben diese Möglichkeiten bestens genützt. Denen ist zu gratulieren. Die haben das, was wir heute genießen können, erarbeitet, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass wir seit dem Betritt zur Europäischen Union auch diese vier Grundfreiheiten genießen können, aber auch diese vier Grundfreiheiten gewähren. Nämlich die Freiheit des Kapitals, die Freiheit der Waren, die Freiheit der Dienstleistungen und die Freiheit der Personen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wundere mich, warum der Herr Landeshauptmann immer dann sagt, wenn es Probleme im eigenen Land gibt, wenn wir eine hohe Arbeitslosenrate haben, und die haben wir im Burgenland und in Österreich, dass dann die ungarischen Arbeitnehmer schuld sein sollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das lehnen wir auf das Entschiedenste ab. Dass Probleme, die hier vor Ort nicht gelöst werden, auf dem Rücken der Arbeitnehmer, die aus dem Nachbarland zu uns kommen, unsere Wirtschaft stärken, dass das auf deren Rücken ausgetragen wird. Das ist nicht in Ordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir stehen am Beginn der Karwoche, am Beginn der Osterwoche, nächste Woche, in der Osterwoche, sind die Tourismusbetriebe aufgesperrt, meine Damen und Herren. Wir könnten unsere Tourismusbetriebe, unsere Gastwirtschaftsbetriebe nicht aufsperren, hätten wir nicht auch die fleißigen Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer aus unserem Nachbarland. Denen gilt auch hier Danke zu sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Steier)*

Wir wissen, dass die Tourismuszahlen stagnieren, ja sie stagnieren. Wenn wir uns freuen, dass in Frauenkirchen in einem neuen Hotel 100.000 Nächtigungen da sind und die Nächtigungszahlen stagnieren, dann ist es eigentlich bei den anderen, die bisher da waren, weniger geworden. Soweit geht es noch mit der Mathematik. Das müssen wir uns auch vor Augen führen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Nicht alles, was wir bejubeln, ist auch gut. Manches müssen wir auch selbst kritisch hinterfragen, ob das, was wir tun, wirklich auch so gut ist, damit wir es auch als gut bezeichnen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mir die Burgenland-Card anschaue, ein „Rohrkrepierer der Sonderklasse“. Eigentlich sollte man der ein Begräbnis erster Klasse zuführen. Denn das, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Aufwendungen sind durch nichts mehr zu rechtfertigen, die hier für diese Burgenland-Card eigentlich aufgewendet werden.

Wenn ich mir das Outlet-Center anschaue, und der Herr Landeshauptmann sagt mir dann über die Medien, na ja eigentlich muss ich ja die Tagesgäste aus dem Outlet-Center zu den Tourismuszahlen dazu zählen. Na dann wäre die Shopping City Süd, der größte Tourismusbetrieb Österreichs. Na geht’s noch? Soweit möchte ich doch nicht gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich bin auch der Meinung, dass wir das, was auf europäischer Ebene, auf Bundesebene diskutiert wird, mit den Entsenderichtlinien, dass wir uns hier tatsächlich etwas überlegen sollen. Das ist aber nicht das Problem, das wir mit den ungarischen Arbeitnehmern, die in Österreich beschäftigt sind und die wir bei österreichischen Betrieben haben. Das sind Probleme, dass ausländische Firmen, mit ausländischen Arbeitskräften zwar zu österreichischen Löhnen, aber in ungarische Sozial- oder in andere Länder Sozialsysteme einbezahlen, dass die dadurch einen Wettbewerbsvorteil haben.

Darüber können wir reden. Aber eigene Versäumnisse, Arbeitslosenzahlen, die hier im Burgenland und in Österreich zu verantworten sind, damit aufwägen zu wollen, dass die ungarischen Arbeitnehmer zu uns hereinkommen, hier ihre Dienstleistungen erledigen, in das österreichische Sozialsystem einzahlen, zu unser aller Wirtschaft beitragen, das ist nicht in Ordnung.

Der Johannes Kopf vom Arbeitsmarktservice hat eigentlich die einfachste Antwort darauf gegeben. Indem er dem Herrn Landeshauptmann ausgerichtet hat, er soll daran denken, dass 40 Prozent der burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht im Burgenland beschäftigt sind. Wo auch immer, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das muss man auch entsprechend berücksichtigen.

Bei all den Diskussionen, die wir hier vor Ort ganz einfach führen. Wie das andere bewerten weiß ich nicht. Ich kann also nur, was Journalisten dazu sagen, wenn uns plötzlich auch etwas an Wertschöpfung fehlt, einiges an Nächtigungen. Wenn die Mitglieder des SPÖ-Klubs Wien, und das sind auch einige, nicht mehr in Rust tagen, sondern heuer in Floridsdorf getagt haben, na ja, fehlt uns auch etwas an Wertschöpfung.

Das ist anscheinend die Art eines Michael Häupl, da so zu agieren, wenn ihm über die Medien ausgerichtet wird, er soll sich überhaupt nicht einmischen, wenn die im Burgenland etwas Rot-Blaues tun, das geht ihm einen Schmarren an.

Na ja, die Art und Weise, wie ein Michael Häupl darauf reagiert, zeigt uns auch die Art und Weise, wie derzeit die Gemeinde Wien in der Rekrutierung von Saisonarbeitern agiert. War es bisher die Art und Weise dieses Anwerbens über das Arbeitsmarktservice, so funktioniert es jetzt, so höre ich, und es beschweren sich sehr, sehr viele, dass über die Gemeindeämter das passiert. Jene, die auch im heurigen Jahr bei der WIG, im Sprachgebrauch, beim Stadtgartenamt in Wien arbeiten wollen, müssen mit einem Lebenslauf auf das Gemeindeamt kommen. Dort wird von Personen, die aus Wien kommen, im Gemeindeamt vorselektioniert und erst dann wird über das Arbeitsmarktservice entschieden.

Na ja, ich höre, dass es ein Prozentsatz weniger sein soll als im Vorjahr. Michael Häupl agiert hier mit dem Florett nicht mit dem Prügel. Das ist also seine Art und Weise, dem Burgenland zu zeigen, wo es also lang geht, und meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die Dinge, die wir halt bei all dieser Diskussion, wenn wir über europäische Art und Weisen reden, wie Arbeitskräfte über Grenzen hin und her marschieren, auch ganz einfach berücksichtigen sollten.

Insgesamt freuen wir uns seit dem Jahr 1989 über eine neue Qualität der Reisefreiheit, jetzt mit einer Flüchtlingsthematik etwas eingeschränkt. Wir hoffen, dass wir das in den Griff bekommen, sodass wir diese Qualitäten der Reisefreiheit auch weiterhin genießen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Guten Gewissens darf ich Ihnen empfehlen, diesen Beschluss 21 - 162, der heute zur Beschlussfassung vorliegt, dieses Additionalitätsprogramm zu beschließen. Es ist ein Vorteil, den wir für die burgenländische

Wirtschaft zusätzlich generieren. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einmal einiges von dem, was ich soeben vom Herrn Abgeordneten Strommer gehört habe, aus unserer Sicht richtigstellen.

Ich bin ja jetzt nicht mehr Klubobmann, aber irgendwo habe ich mir jetzt ein bisschen einen Blick zurück nicht verkneifen können, weil diese Worte habe ich schon irgendwann gehört. Wenn wir davon sprechen, und ich fange jetzt an, nicht mit dem Additionalitätsprogramm, sondern mit dem Gesagten zum Arbeitsmarkt. Hier haben wir diskutiert in der Koalition und da ist es um die Übergangsfristen gegangen. Die ÖVP war ein hartnäckiger Verfechter, dass die Übergangsfristen nicht bis zum letzten Moment auf sieben Jahre ausgeschöpft werden, sondern sie wollten nach fünf Jahren Stopp machen und damals schon den Arbeitsmarkt für alle öffnen.

Es war ein harter Kampf, dass wir die Übergangsfristen auch soweit wirklich ausschöpfen konnten, wie wir das damals wollten. Es war natürlich auch eine Initiative der Bundesarbeiterkammer, der Bundesgewerkschaft. Und das war damals für Sie, und ich habe es jetzt bestätigt bekommen, bis zum heutigen Tage, ein Öffnen des Arbeitsmarktes auf Wenn und Aber.

Das heißt, dieser neoliberale Ansatz, der ist einfach ganz klar wieder zum Ausdruck gekommen. Das heißt, dort wo ich es brauche, für die Wirtschaft, wo es billige Arbeitsplätze gibt, wo eigentlich nicht so genau darauf geschaut wird, da sind sie mir recht. Wo ich sie nicht haben will, da brauche ich sie nicht. Das heißt, das, was Sie dem Michael Häupl jetzt in der Vorselektion eigentlich vorwerfen, das haben Sie heute ganz klar, aber allgemein als neoliberaler Politiker zum Ausdruck gebracht.

Das ist ja das, was uns jetzt diese Situation in ganz Europa beschert hat. Der Neoliberalismus hat an und für sich das beschert, und nicht der Landeshauptmann kann es richten, dass wir keine Arbeitslosen auch im Burgenland haben oder irgendwer im Bund. Grundausgangslage eigentlich war, dass eben Neoliberale in ganz Europa verursacht haben, dass wir hunderttausende Arbeitslose haben in ganz Europa, und das ist der Grund, *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* weshalb wir auch intensiv jetzt nachdenken müssen, und heute haben wir schon scharf nachgedacht mit dem Veranstaltungsgesetz oder denken schon nach, wie kann man ein Gesetz für die Vereine irgendwo umgehen. „Umgehensmechanismus“, da wird nachgedacht, seit vielen Monaten von allen Vereinsfunktionären, wie kann ich hier aus der Misere herauskommen.

So denkt man jetzt nach, wie lasse ich die hinein, die ich will und die ich nicht brauche, nicht. Natürlich brauchen wir den Tourismus, ist ja ganz klar. Wir brauchen natürlich ausländische Arbeitnehmer auch auf anderen Arbeitsplätzen. Darum geht es ja nicht.

Aber wo es zu einem Verdrängungswettbewerb kommt, speziell im Bau- und Baunebengewerbe, oder in den kleinstrukturierten Bereichen, wo es an und für sich gewisse Branchen überhaupt nicht mehr gibt, die private Aufträge bekommen. Dort, Herr Kollege Strommer, muss man eindeutig einen Riegel vorschieben und hier sind europäische Instrumente auch gefragt.

Das heißt, besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen. Da muss man uns als Grenzregion an und für sich gestatten, dass man irgendwo die Reißleine zieht, bis eine Situation sich wieder anders darstellt und sich verbessert. Wir können nicht die Statistik vom Tisch wischen, wenn wir sagen, wir haben vor fünf Jahren mehr Burgenländer in Beschäftigung gehabt, als fünf Jahre später am heutigen Tage.

Da hat sich etwas massiv zum Negativen verändert. Das heißt, ein Verdrängungswettbewerb, Ausländer hauptsächlich Ungarn rein, Österreicher in die Arbeitslosigkeit, das kann man so nicht stehen lassen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn Sie, ich meine, ich bin ja dort auch gesessen oder sitze noch immer de facto am Papier im Verein Burgenland Tourismus, zur Burgenland-Card, ja gesagt haben, Sie haben mitgestimmt, und jetzt sagen Sie, das war ein Rohrkrepierer, na gut, dann haben Sie das mit zu verantworten. Weil mitgestimmt haben wir alle und mitgeholfen, *(Abg. Manfred Kölly: Alle nicht! Ich habe nicht mitgestimmt!)* und das ist der Unterschied bei der ganzen Geschichte. Diese Jammerei hilft uns überhaupt nicht weiter.

Sie haben heute aufgezählt, was alles schlecht ist. Ich habe nichts Positives gefunden. Dass wir ein paar Mal Ziel 1-Gebiet waren, natürlich, das war auch. Aber die Ursache war, dass es uns nicht gut gegangen ist. Weil wir eben ein durchschnittliches in Europa gehabt haben, das die Förderung natürlich auch berechtigt hat. Dass es damals die zuständigen politischen Verantwortlichen Stix, Rittsteuer et cetera per Handschlag verhandelt haben, das ist denen noch heute zu danken. Davon können wir bis heute profitieren.

Das ist richtig. Dass wir Übergangsregion geworden sind, das ist ein gemeinsamer Verdienst von 15 europäischen Regionen, weil alleine hätten wir das nicht geschafft. Das zeigt schon, dass man gemeinsam auch in Europa an- und auftreten muss, damit man einen Status erreicht, den andere eben nicht haben. Wir haben das, glaube ich, so erreicht, indem wir hart gearbeitet haben, hart verhandelt haben. In den Schoss gefallen ist es uns nicht und vom Himmel schon gar nicht.

Dass Sie kritisieren, wenn der Michael Häupl mit dem Wiener SPÖ-Klub ein Jahr nicht zu uns kommt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich kritisiere das ja nicht!)* Ja, aufzeigen - wenn der ÖVP-Klub im Burgenland irgendwo Station gemacht hat, also zumindest nicht auf Klausuren, wo sie tatsächlich auch Nächtigungszahlen hier verbucht hätten. Also da muss man schon sagen, wenn man etwas kritisiert, muss man schon wissen, was kritisiere ich, wen kritisiere ich, verlässliche, langjährige Partner. Auch wenn es um Arbeitsplätze geht. Wenn 40.000 Burgenländer in Wien ihren Arbeitsplatz finden, dann ist es ja nicht so, dass wir hier einen Kniefall machen vor Wien, denn die brauchen ja unsere Arbeiter auch.

Man muss das auch ein bisschen von der anderen Seite sehen. Natürlich wollen die Menschen in Wien einen Arbeitsplatz suchen und finden. Aber gleichzeitig werden die guten burgenländischen Facharbeiter sehr wohl in Wien und auch in anderen Bundesländern auf den Baustellen überall gebraucht. Das muss man ja auch sagen. Alle Arbeitnehmer beschäftigt kein Bundesland im eigenen Land. Ich möchte nur eines sagen, weil Sie sagen, von der Bewerbung mit Burgenland-Card, dass es ein Rohrkrepierer war. Also ich sehe es mittlerweile nicht so.

Der Start ist nicht gut gelungen. Mittlerweile entwickelt sie sich gut. Aber eine zweite Überlegung, die Bewerbung mit Arbeitnehmern. Stellen Sie sich vor, Sie haben ja einen Beherbergungsbetrieb, Ihre Frau, wir würden Werbung machen, auf der gleichen Homepage-Seite für Ihren Betrieb und für den ungarischen. So gehen Sie mit dem Arbeitsmarkt um. Sie bewerben gleichzeitig die ungarischen Arbeitnehmer wie unsere.

So haben Sie das vorher zumindest gesagt. Ich hoffe, ich habe es richtig verstanden. Wäre es Ihnen recht, wenn wir sagen, in Ordnung, kommt nach Illmitz oder kommt nach Fertöd? Was hat das mit uns jetzt in direkter Umsetzung für das Land und im Nutzen für das Land zu tun?

Wenn Sie sagen, die zahlen alle da Steuern, dann stimmt ja das nicht. Die ganzen EPU's, die von Ungarn reinkommen, zahlen gar nichts da. Nichts. Die sind ein reiner Verdrängungswettbewerb. Es gibt im Südburgenland überhaupt keinen Maler mehr, der irgendwo einen privaten Auftrag bekommt. Das heißt, alle die ausmalen lassen, da steht halt ein ungarisches Auto dort. Und dort ist der Maler mit seinem Kübel drinnen. Weil heutzutage kriegt man von der Wirtschaftskammer, wenn man nur einen Zollstock und einen Kübel in der Hand hat und sagt, man hat zwei Monate den Pinsel geschwungen, schon eine Gewerbeberechtigung.

Also dort müsste man ansetzen. Dort ist sicher einiges an Hebeln zu bewegen, damit man etwas erreicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum Additionalitätsprogramm. Vieles ist gesagt, alles kann ich natürlich goutieren. Ich möchte mich aber kurz dem Tourismus widmen. Sie haben vorher noch gesagt, das ist der letzte Hinweis noch auf Ihre Rede, Herr Kollege Strommer, wir haben es gefordert und schon ist es da. Sie haben zehn Millionen gefordert, wir haben 20 heute zum Beschluss.

Jetzt muss ich sagen, lieber beschließe ich 20, als ich fordere zehn, weil fordern ist das Eine, umsetzen, beschließen und tatsächlich zur Verfügung stellen ist das Andere, und das ist Landesgeld.

Damit kann man noch einmal sagen, Herr Kollege Kölly, Sie haben vorher gesagt, ja, ich bin eh für das und für das, Sie sind nicht fürs Budget gewesen, wer das Budget nicht beschossen hat, hat auch diese 20 Millionen nicht beschlossen. Das ist so! *(Abg. Manfred Kölly: Bei solchen Blödheiten!)*

Anders kann man es nicht machen. Die „Blödheiten" von 20 Millionen in der Kofinanzierung im Landesbudget, … *(Abg. Manfred Kölly: Gott sei Dank habe ich das nicht mitbeschlossen.)* Ist eh gut. Ich bin dann gespannt, ob Sie eine Idee haben, da drin steht zum Beispiel auch … *(Abg. Manfred Kölly: Ja, ich habe Ideen. Jedes Mal!)* Ja, Ideen, lassen Sie mich die Idee aussprechen, ich meine, *(Abg. Manfred Kölly: Was soll das? – Zwiegespräche in den Reihen)* Manfred, entschuldige, Herr Kollege Kölly, nicht so aufregen. Ich kann nachschauen im Abstimmungsverhalten, Ihr habt es nicht mitbeschlossen. Die zweite Geschichte ist: Da steht zum Beispiel, Sie wollen nie mitzahlen bei den Park & Ride-Anlagen, weil Sie sagen, das ist nicht für die Deutschkreutzer. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sagt das? Wo steht das?)*

Ich sage das, weil ich es weiß. Es steht nirgends, das habe ich gehört. *(Abg. Manfred Kölly: Was glaubst Du, was ich über Dich gehört habe.)* Herr Kollege Kölly, Du hast schon etwas über mich erzählt, was nicht stimmt, das macht ja nichts.

Da steht drinnen und das will ich positiv erwähnen, da steht drinnen, dass man Park & Ride-Anlagen zum Beispiel auch in die Förderkulisse hineinbringen kann, das wollte ich sagen - positiv! *(Abg. Manfred Kölly: Normalerweise muss die Bahn alles zahlen. Das sind ihre Gäste.)*

Noch einmal, Ich wollte Dir nur einen Hinweis geben, Herr Kollege Kölly, was zum Beispiel förderbar ist, nur einen Hinweis, *(Abg. Manfred Kölly: Was Ihr gefördert habt und in die Hose gegangen ist, will ich gar nicht wissen.)* also das wird nicht gefördert, aber das, was da drinnen steht, *(Abg. Manfred Kölly: Was steht denn drinnen?)* das wird gefördert und das bringt natürlich für die Pendler etwas und das ist eine Schiene, die man

zweifelsohne hier im EFRE-Additionalitätsprogramm finden kann, das war ganz ein normaler, sanfter Hinweis, sonst gar nichts, keine Kritik, gar nichts, nur ein bisschen, das Nichtmitstimmen ist die Wahrheit, die darf man sagen.

Ich möchte noch zum Tourismus kommen: Drei wichtige Schienen und da möchte ich nur einen Appell noch und die Klammer zum neuen Tourismusgesetz versuchen. Wir wissen schon, ein Gesetz, das wir gemeinsam beschlossen haben - SPÖ und ÖVP -, das war damals, was wir verkündet haben, Landeshauptmann, Landesrätin Resetar und die Tourismussprecher, Herr Kollege Strommer und ich. Jetzt haben wir eine Novelle beschlossen, wo wir nur marginal die Nächtigungszahlen verändert haben, wie kann man einen Tourismusverband begründen, von 20 weg auf 50, das ist im Grunde, und die Umwandlung in eine GesmbH mit 1. Juli 2016 diesen Jahres eben umzusetzen. Sonst nichts!

Jetzt wundere ich mich immer, dass diese politische Diskussion über das Tourismusgesetz entsteht. Irgendwer sagt mir, wir haben verändert, weil der eine Euro für die Gemeinden nicht mehr da ist. Da ist nichts verändert worden, das war alles schon 2014 im Beschluss. Das heißt, alles, was hier gesagt wird, ist nicht neu, das ist vielleicht anders interpretiert, aber es ist alles gleich, aber was für mich wichtig ist, sind die Arbeitsplätze. Das heißt, Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Tourismus. Wir haben eine Steigerung und es bringt nichts, weil das Entscheidende auch im Tourismus ist eine positive Grundstimmung.

Wenn man die hat und das nach außen vermittelt, auch medial, die Leute lesen das. Wenn sich das positiv darstellt, dann kommen sie als Gäste. In einem Land, wo man sich über den Tourismus negativ äußert, wie sollte ich dort hinfahren, wenn ich negative Geschichten über eine Region lese.

Ich glaube, das bringt keinem etwas und deshalb verstehe ich es nicht ganz, dass man bei einer erfolgreichen Entwicklung etwas Negatives sucht, denke ich, ist nicht notwendig, weil dann kommt natürlich die eine Aussage „im Burgenland allgemein hat sich der Tourismus positiv entwickelt, wir haben ein Plus. In Eisenstadt haben wir ein Minus“. Das ist dann das Ergebnis, das politisch nach außen getragen wird. *(Abg. Manfred Kölly: Wer ist denn im Vorstand und im Aufsichtsrat gesessen?)*

Ich wollte nur sagen, das ist ein Teil dessen und ich glaube, der Tourismus ist ganz wichtig und wenn man über eine Milliarde Wertschöpfung erstmalig erreicht hat, dann ist das das Geld, das in der Region bleibt. Wir sollten uns vor Augen führen, dass das das Ziel sein muss, das zu steigern, weil das jedem etwas bringt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Deshalb diskutieren wir heute und beschließen auch das Additionalitätsprogramm, da geht es um Arbeitsplätze. Seit wir die Möglichkeiten haben, aus den vielen Fördertöpfen der Europäischen Union im Tourismus Investitionen zu tätigen, haben wir rein mit den EU-Förderungen - nicht von mir, sondern von Experten berechnet - 5.500 Arbeitsplätze schaffen können, weil wir die Förderungen richtig und gut eingesetzt haben.

Deshalb, denke ich, sind hier einige Förderschienen aufgezeigt, die zweifelsohne jetzt diesen neuen, zu beschließenden Tourismusverbänden eine große Chance bieten. Nur größere Einheiten - und davon bin ich überzeugt - können, weil sie mehr Einnahmen generieren, auch Förderungen auslösen. Wenn ich mehr Geld im Topf habe - in der Kriegskasse -, kann ich hier auch mehr Förderungen auslösen, die zweifelsohne hier in diesen Programmen zu finden sind.

Da gibt es Infrastrukturmaßnahmen, da gibt es Marketingmaßnahmen und ich denke, das sollte das Ziel sein, das man hier gemeinsam verfolgt. Also gegenseitige Schlechtmacherei bringt uns im Tourismus nicht weiter. Wenn das die, die hauptverantwortlich für den Tourismus sind, nämlich die Touristiker vor Ort, die Beherbergungsbetriebe, die Gastronomen, alle, auch so gehalten hätten, wäre der Erfolg, den wir haben, zweifelsohne nicht vorhanden.

Denen müssen wir danken und sie sollten uns ein Beispiel sein, dass wir auch politisch positiv so gemeinsam mit denen unterstützend arbeiten. Ich glaube, ein gutes Programm, das zweifelsohne auch in der Zukunft Erfolge garantieren wird.

Wir stimmen sehr gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident für die Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Additionalitätenprogramm ist die Grundlage bis 2020 für alles, was im Burgenland die Entwicklung in der Förderschiene „Europa, national und Land“ betrifft.

Wir alle sind uns einig - ohne Vorhaltungen, ohne dass von jemandem etwas jetzt kritisch beleuchtet wird -, dass hier im Zusammenhalt die wichtigste Grundlage für die Entwicklung des Burgenlandes, beginnend eben von 1995 jetzt in der Fortsetzung bis 2020 passiert.

Uns allen sollte aber eingedenk sein, dass das die letzte „Chance“ ist, bis 2020 Fördergelder in Anspruch zu nehmen und jetzt bemühe ich in dem Zusammenhang ein Wort, das heute landläufig das Wichtigste in der Entwicklung auf verschiedensten Ebenen geworden ist, nämlich Nachhaltigkeit. Im positiven Sinne sollten wir alles daran setzen, dass nachhaltig diese nächsten Jahre wirklich etwas fürs Burgenland bringen. Nämlich in der Entwicklungssituation, wo auch dann mit dem Jahr 2020 und 2021 beginnend, nicht nachgebessert werden muss im Sinne dessen, was wir finanziell dann nicht mehr zur Verfügung haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann verschiedenster Meinung bezogen auf gewisse Projekte sein, man kann manche Entwicklungen in Bezug auf Infrastruktur kritisch sehen. Man kann vieles, was sich am Arbeitsmarkt entwickelt hat, negativ betrachten. Tatsache ist, dass dieses Land in einer Entwicklungsschiene, speziell seit dem Beitritt zur EU begriffen ist, wo wir alles unternommen haben, um Entwicklungssituationen besser zu gestalten.

Tatsache ist, dass es bei diesen ganzen Vorhaben auch negative Erscheinungen gegeben hat, und wir werden es nicht verabsäumen, darauf auch hinzuweisen beziehungsweise diese negativen Beispiele auch kritisch zu beleuchten. Wir lassen uns dafür nicht den Mund verbieten, sondern es ist auch im Sinne einer Entwicklung notwendig, das auch aufzuzeigen und zu sagen.

Weil vorher auch angesprochen wurde die Situation am Arbeitsmarkt und alle Diskussionen, die jetzt in den letzten Monaten in Bezug auf die Dienstleistungs- und Arbeitsentsendungsrichtlinie diskutiert werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Ihnen bewusst ist, dass vorgestern oder vorvorgestern an einer Grenzstation eine koordinierte Kontrollsituation bezogen war auf Beschäftigte oder Entsendete nach Österreich von Ungarn hergesehen.

Ich sage es eigentlich nur im Zusammenhang mit dem eigentlich Notwendigsten, auch in der Formulierung auf die Zukunft, wo der Hebel anzusetzen ist. Von zehn kontrollierten waren sieben Autos eigentlich entweder zurückzuweisen oder sie haben quasi nicht den Kriterien entsprochen, die unseren gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen und so weiter.

Aufgrund dieser Konsequenz wäre es mehr als naheliegend - und wir haben es auch bei der Budgetdebatte diskutiert -, die notwendigen Polizistinnen und Polizisten, was die Finanzpolizei anlangt, für das Burgenland und zur Kontrolle so aufzustocken, dass sie auch dementsprechenden Einsatz leisten können.

Wir sind damit konfrontiert, dass es von Bundesseite her heißt, möglicherweise wird es hier noch vom Bestand her eine Einschränkung geben. Tatsache ist - und ich glaube, hier sind wir einer Meinung -, wenn wir es schaffen sollten, diese Polizeipräsenz zu erhöhen, dann kann es auch, weil es sich selbst rechnet, für den Staat die Einnahmen geben, die manches finanzieren helfen würden und es braucht hier nicht eine Diskussion, ob wir in der europäischen Konsequenz hier Einschränkungen setzen sollten, was die Freizügigkeit der Wahl des Arbeitsmarktes anlangt, wenn es eine entsprechende gesetzliche Umsetzung gibt, dann ist das auch in korrekter Form abzuhandeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Additionalitätenprogramm sieht in den verschiedensten Bereichen des Burgenlandes in der Entwicklung Fördermöglichkeiten vor. Ich glaube, hier ist auch durchaus sehr viel Hirnschmalz angewendet worden, um diese Situationen in der Gesamtheit zu beleuchten.

Ich nehme jetzt zwei Bereiche heraus, die mir ganz besonders wichtig erscheinen, aber im Prinzip vorneweg: Alles was Fördersituation anlangt, hier haben wir einen enormen Nachholbedarf, speziell auch, weil wir im Wissen um den Faktor der Multiplikation bei Förderungsinvestitionen wissen, jeder Euro, der in die Förderung fließt, hat nachhaltig in der Entwicklung auf die praktische Umsetzung eine Auswirkung und er schafft auch die Arbeitsplätze, die im Land eigentlich Zukunft möglich machen.

Die zweite Situation ist die Wirtschaft: Ich flehe und setze auch eigentlich alles daran, um eine Entwicklung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, hintanzuhalten. Wir haben im Verhältnis zu unserem Nachbarbundesland Niederösterreich viel bessere förderungstechnische Voraussetzungen und jedem wird in letzter Zeit aufgefallen sein, dass am sogenannten Speckrand des Burgenlandes in der Entwicklung auf Niederösterreich - ich gehe hier von Pottendorf, Ebenfurth, Wampersdorf und rüber bis nach Ebreichsdorf, bis nach Bruck, in Niederösterreich viele Betriebe abgefangen worden sind, dort angesiedelt worden sind, die von Wien aussiedeln wollten beziehungsweise in der Entwicklung einen anderen Standort gesucht haben.

Das ist eine Entwicklung, die sollte eigentlich nicht stattfinden, weil es für das Burgenland in der Umsetzung nicht die entsprechende Wertschöpfung bringt, wenn am niederösterreichischen Rand eigentlich viele Firmen ihre Standorte gewählt haben. Hier sollte die Förderpolitik auch entsprechend von der WiBuG umgesetzt werden in Richtung dessen, dass man sich hier annimmt.

Ich möchte hier nicht die Vorhaltung setzen, dass hier Fehler begangen wurden im Sinne dessen, dass man diese Personen oder die Willigen nicht akquirieren konnte, aber Tatsache ist, dass wir diese Tendenz festhalten müssen und sie ist für unsere Entwicklung sicherlich nicht von Vorteil gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was den Tourismus betrifft, hat mein Vorredner einiges gesagt und auch sein Vorredner hat schon darüber gesprochen. Wir

wissen, dass wir in touristischer Hinsicht an dieser ominösen Drei-Millionen-Grenze kratzen. Wir wissen auch, dass wir das schon langatmig tun und in der Vorhaltung, die vorher gefallen ist, dass sich manches nur im gemeinsamen Handeln und Tun lösen lässt. In Lutzmannsburg hat es eine Strategie- und Entwicklungsprognose auf Nächtigung und Besucherzahlen gegeben, die - und das muss man entsprechend dem noch zu diskutierenden Bericht des Rechnungshofes festhalten - bei weitem unterschritten wurde.

Das heißt, die der Finanzierung als Grundlage dienenden Zahlen, die angenommen haben, dass sich die Entwicklung ganz anders darstellen wird, ist leider nicht eingetreten. Das heißt, wir haben Standorte und das geht jetzt vom Süden bis in den Norden, die gerade als Leitprojekte umgesetzt wurden, wo es durch eine tendenzielle Entwicklung im gleichen Segment in Nachbarbundesländern - speziell bei uns - Einbrüche in den Frequenzen und Besucherzahlen gegeben hat, aber auch im Nächtigungsbereich.

Ich möchte hier nur an die Therme Oberlaa erinnern, die, wenn jemand sie schon besucht hat, mit Sicherheit ein sehr ansprechendes Projekt geworden ist und wo viele, die vorher ins Burgenland gekommen sind, das quasi jetzt nicht mehr tun, weil sie die Therme Oberlaa nutzen. Das ist jetzt keine Konkurrenzsituation in der Ansprache, sondern die Wirklichkeit.

Die Wirklichkeit ist auch und da erinnere ich mich seit Kindheitstagen, dass die Forderung rund um den Neusiedler See besteht, der noch immer und er wird es auch zukünftig sein, das Aushängeschild des burgenländischen Tourismus darstellt, dass hier eine Forderung in Richtung Bettenkapazitäten bestanden hat. Wir haben es leider im Vorjahr aufgrund der Witterungssituation erleben müssen, die für den Tourismus einzigartig war, von der Temperatur und von den Sonnentagen her, dass viele Buchungen storniert worden sind, weil auf Nachfrage, gibt es eine Klimaanlage, der Bescheid kommen musste, nein. Daher hat sich mancher Gast entschieden, diese Situation in diesen Beherbergungskategorien quasi abzulehnen.

Die Konsequenz lautet, dass manche dieser Betriebe in der Umsetzung jetzt sperren werden, was in der Alterungssituation ist, aber auch in der Investitionssituation ist und wir jetzt in der Forderung, man muss dort Unterstützung gewähren, mit Sicherheit das nicht aufholen werden können, was in der Vergangenheit verabsäumt wurde.

Ich weiß, dass es ein Problem darstellt und es hat sich gebessert, aber es ist ein Problem. Jeder große Investor, der eine größere Einheit an einem Hotel errichten möchte, hat das Dilemma, dass er eine Volljahresauslastung nicht zu Wege bringt. Daher werden viele auch davon abgestoßen, dass sie sagen, nur für sechs Monate, sieben Monate ist es mir zu wenig und ich kann es auch nicht kalkulieren, weil auch die Finanzierungssituation auf derartige Bauten nicht leichter geworden ist.

Ich bin aber der festen Überzeugung, dass wir hier nachrüsten müssen. Wir werden es aber nicht schaffen, nur in Kleinstbetrieben die Situation zu lösen, sondern wir brauchen auch hier gewisse Leitprojekte, die in der Umsetzung gewährleisten, dass der Tourismus den heutigen Ansprüchen gerecht wird. Eines in dem Zusammenhang, was auch eine Entwicklungssituation darstellt. Ich kann mich erinnern, dass vor einigen Jahren deutsche Kennzeichen auf den Autos in den Sommermonaten der Ausweis dafür waren, dass Gäste aus dem Ausland bei uns nicht nur nächtigen, sondern wochenlang oder tagelang Urlaub setzen. Tatsache ist, dass in den letzten Jahren hier immer weniger deutsche Kennzeichen zu sehen waren. Das heißt, der deutsche Gast ist weggebrochen. Die Tendenz in der Entwicklung, wir müssen internationalisieren und uns um den ausländischen Gast bemühen. Da ist auch vieles erst zu spät eingetreten.

Tatsache ist, wir sollten eines nicht vernachlässigen, wir sollten nicht nach dem Westen schielen, sondern wir sollten auch an den Gast herantreten, der in unserem Umfeld, sei es jetzt Ungarn, sei es jetzt Slowakei, sei es bis runter nach Rumänien, die Möglichkeiten hat, das, was wir auch bieten, in Anspruch zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines sollten wir auch bei dieser Diskussion nicht vernachlässigen. Es ist nämlich nicht von der Hand zu weisen, dass im touristischen Bereich die Preisleistungsschiene eine riesige Herausforderung geworden ist. Für viele Familien ist manches, was jetzt im Anbot ist, einfach nicht mehr leistbar. Und diese Leistbarkeitssituation wird oft erst dahingehend gelöst oder möglich in der Inanspruchnahme sein, wenn es diese sogenannten Packages gibt: Zwei Nächte um einen Sonderpreis. Das wir damit aber lizitatorisch den anderen, die jetzt eine höhere Einstiegssituation, was ihre Zimmervermietung anlangt, ins Geschäft pfuschen, das ist eine andere Angelegenheit und diese führt laufend und fortwährend auch zu kritischen Diskussionen. Dieses Beispiel, da ist Lutzmannsburg mit Sicherheit eine Paradeform dafür gewesen, wie man sich gegenseitig „absticht“ beziehungsweise wie man gegenseitig Fehler umsetzen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines auch auf einen meiner Vorredner bezogen, möchte ich an dieser Stelle schon festhalten. Das, was das Burgenland in der Zuerkennung der Ziel 1-Fördersituation, in der Zuerkennung der Phasing Out- und der Nachfolgefördersituation erreicht hat, ist mit Sicherheit ganz besonders einem Landesteil geschuldet. Daher ist es auch mehr als angebracht, wenn immer wieder auch jetzt noch dieses disparate Verhältnis Norden-Süden in der Diskussion steht. Wir sollten es nie in irgendeiner Form außer Acht lassen, dementsprechend auch zu den genannten Mitteln, die dann immer wieder auch angeführt werden, quasi das folgen zu lassen, was diesen Ausgleich in Bezug auf die Disparität schafft.

Aber eines auch im Nachklang. Dieses Programm, dieses Additionalitätenprogramm sollte - und so wie ich es eingangs angeführt habe - in Bezug auf nachhaltiges Wirken die Voraussetzungen schaffen, dass wir mit 2021 keine EU-Förderung mehr haben werden, dass aber die Voraussetzungen für ein weiteres Gedeihen, Werden und Entwickeln des Burgenlandes die besten geworden sind.

Ich werde diesem Programm auch zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter.

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2014-2020 EFRE“ wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 226) betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2014, Internationales (Zahl 21 - 160) (Beilage 281)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 5. Punktes der Tagesordnung. Dem Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 226, betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2014, Internationales, (Zahl 21 - 160) (Beilage 281).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2014, Internationales, in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 24. Februar 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2014, Internationales wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist zwar Tag der offenen Ostertür in gewissen Büros, wie ich gehört habe, aber nichtsdestotrotz würde ich mich freuen, wenn noch mehr hier endlich zuhören könnten, um den Landtag auch Rechnung zu zollen. Bitte Herr Kollege, *(Abg. Gerhard Steier: Fastenzeit! Kein Alkohol!)* das sollten wir eigentlich überprüfen, aber ist ja kein Problem, das steht einem jeden persönlich zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf den Rechnungshofbericht eingehe, doch ein paar Worte zu den Vorrednern, die sich bei gewissen Tagesordnungspunkten dementsprechend auch geäußert haben. Ich möchte nur dazu sagen, Herr Kollege Illedits seines Zeichens jetzt Landtagspräsident glaubt, er kann jetzt da austeilen wie er meint. Der Herr Präsident sollte eigentlich parteiunabhängig sein und nicht immer auf die ÖVP losgehen und auf andere losgehen. Das ist meiner Meinung nach nicht in Ordnung.

Wenn der Herr Landeshauptmann oder der Herr Landtagspräsident der Meinung ist … *(Abg. Mag. Michaela Resetar in Richtung Abg. Ing. Rudolf Strommer: Rudi! Wir sind zu wenige da.)* Um was geht es, meine sehr geehrten Damen und Herren? Na ja, ob wir zu wenig sind oder nicht, das obliegt nicht mir, muss ich dazusagen. Ich hoffe, dass man irgendwann einmal den Ostertag der offenen Tür einmal unterbricht und vielleicht doch hereinkommt und zuhört, weil es, glaube ich, schon sehr wichtig ist.

Ich würde auch die Medien einmal auffordern, so etwas zu bringen. Das ist immer das gleiche Spiel hier herinnen. Das kann es bitte nicht geben.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir sind in der Debatte, ein Drittel ist genug.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)***:** Ich habe kein Problem damit, wir haben das ohnehin ständig. Aber nur es ist schon traurig, dass auf der Regierungsbank nicht einmal ein einziges Mitglied sitzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Medien! Das kann es bei Gott nicht geben. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)*

Wenn der Herr Landeshauptmann und der Herr Landtagspräsident der Meinung sind, diejenigen, die bei einem Budget nicht mitstimmen, dürfen die weitere Zukunft in

diesem Lande nicht mitbestimmen, dann frage ich mich als Gemeindeverantwortlicher und als Bürgermeister, wie kann es sein, dass man in einem Gemeinderat ein Budget beschließt und nachher die Punkte noch einmal beschließen muss, soll und ich finde das auch für in Ordnung, dass das so passiert. Anscheinend im Landtag oder in der Regierung ist das egal. Da beschließt man ein Budget und die Regierung macht mit dem Geld was es will.

Wir fordern schon lange als Opposition und als Kontrollfraktion, dass wir auch Einsicht bekommen in die Regierungsakte, in die Themen auf einer Tagesordnung, wenn die Regierung Fälle beschließt, die anscheinend ja so nebulos über die Bühne gehen. Ich kann mich noch gut erinnern, wie die FPÖ das seinerzeit gefordert hat, gemeinsam mit uns. Jetzt sitzen sie in der Regierung und ich hoffe, dass das in nächster Zeit andiskutiert wird, Herr Kollege Tschürtz, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, und vielleicht das auch einmal angesprochen wird, warum kann man hier nicht einen Zugang für die Oppositionsparteien oder für Controlling schaffen.

Das sind meine Ansätze und nicht, wie der Herr Kollege Illedits sich herstellt und sagt, na ja, der, der nicht mitstimmt, der hat auch nichts mitzureden. Für was brauchen wir dann einen Landtag? Nur die 15a-Vereinbarungen mitzutragen und ein paar andere Gesetze, das kann es nicht sein. Wenn sich dann der Herr Illedits hinstellt und sagt, wer Geld will, muss zum Niessl, schreibt da die „Kronen Zeitung“ und der Herr Pearson, ich weiß nicht, wo der hingehört, zu welcher Fraktion, aber dazu brauche ich nicht viel erörtern.

Oder wenn der Herr Illedits noch einmal sagt, der Tourismus liegt im Aufwind und gerade hören wir andere Zahlen und sich fotografieren lässt mit Mädls in der Sauna und dergleichen mehr, dann frage ich mich, wo ist eigentlich der tourismuszuständige Landesrat. *(Landesrat MMag. Petschnig, der gerade den Sitzungssaal betreten hat: Nicht in der Sauna.)* Der Tourismus liegt im Aufwind, der wird arbeiten, und der Herr Illedits ist anscheinend in der Sauna und dann gibt es Beschwerden, dass die Zahlen rückgängig sind und da muss man ein neues Tourismusgesetz machen.

Man sollte sich einmal Gedanken machen, die drei Millionen, diese Grenze, wir werden diese überhaupt nicht erreichen. Jetzt sage ich warum, weil alleine Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf an die 700 Gäste lukriert und die sind keine touristischen Gäste, sondern das sind Kurgäste. Das muss man auch einmal festgehalten haben. Ich würde das, Herr Landesrat, einmal klipp und klar sagen, ganz einfach klipp und klar sagen. Wir steuern auf 2,5 Millionen Nächtigungsgäste zu. Das ist in Ordnung. Aber von drei sind wir weit entfernt. Sind wir froh, dass sich die Kurgäste auch im Burgenland dementsprechend auskurieren können und auch Möglichkeiten haben, hier zur Kur zu kommen.

Aber was ich noch interessant finde, ist, dass, wenn man die Diskussion dauernd mit Arbeitsplätze für Ausländer und Nicht-Ausländer führt. Wer hat gewollt, dass wir der EU beitreten? Mit diesen Voraussetzungen: freier Handelsverkehr, freier Arbeitsmarkt für alle. Ich kann mich gut erinnern, da war ich schon in der Politik, wie ich gesagt habe, passen wir ein bisschen auf die ganze Geschichte auf. Die FPÖ hat ständig darauf hingewiesen, dass da einiges passiert.

Noch vor einem Jahr hat der Herr Kollege Tschürtz damals gesagt, das ist ein Wahnsinn. Bei Neuanstellungen mehr Ausländer wie Einheimische. Ich höre derzeit nichts mehr davon. Das sind die Dinge, die mich an der Politik insgesamt ein bisschen stören. Da muss ich genauso jetzt aufstehen, jetzt sitze ich auf einem verantwortungsvollen Posten, gratuliere, gefällt mir ganz gut. Aber eines muss klar sein und wenn ich höre, dass man den Arbeitsmarkt sperren soll für die, dann frage ich mich, aus welcher Richtung

kommt denn das überhaupt. Gehen Sie zu Zimmerer, gehen Sie zu Baufirmen, ob sie einen Maurer noch bekommen, einen Zimmerer, einen Fliesenleger einen dementsprechend ausgebildeten. Dann gehen Sie hinaus und fragen Sie sie. Die brauchen ausländische Arbeitskräfte, ansonsten wären sie nicht existenzfähig.

Wenn sich der Herr Landeshauptmann hinstellt und sagt, 104.000 Arbeitsplätze haben wir im Burgenland geschaffen. Davon - muss ich Euch sagen - sind 58.000 Pendler, die tagtäglich in ein anderes Bundesland auspendeln. Das sagt er nicht dazu. Es wird nur immer von den Medien berichtet, was der Herr Landeshauptmann sagt, wie gut und schön alles ist. Warum pendeln diese aus?

Punkt eins, weil wir keine Arbeitsplätze haben. Punkt zwei, weil die Löhne weit geringer sind wie in Wien. Wenn sich der Herr Landtagspräsident Illedits herstellt und sagt, weil die so gut sind, dafür brauchen sie die Wiener und die Niederösterreicher. So einen Blödsinn habe ich gar noch nicht gehört. Wir brauchen die gut ausgebildeten Arbeitskräfte in unserem Land. Er sollte einmal zu den Firmen hinausgehen und nicht nur zum Fotografieren hinausgehen und Schmäh führen, sondern tatsächlich auf Baustellen gehen und sich das anschauen, was sich dort abspielt.

Eines ist auch klar und da muss ich den Herrn Soziallandesrat wieder einmal loben, 96 Prozent hat er geschafft, dass man die Asylanten unterbringen kann. Auf der anderen Seite frage ich mich, warum sind überhaupt so viel da. Das ist die nächste Sache. Ist das überhaupt notwendig? Warum sind so viele da?

Eines muss ich noch Herrn Landesrat Darabos zugutehalten, weil im Bericht des Rechnungshofes einiges drinnen steht. Was hat er gemacht? Der Herr Kollege Rezar hat das Gesundheitssystem ausgehöhlt. Jetzt haben wir auf einmal 57 neue Ärzte. 57 neue Ärzte! Warum brauchen wir die jetzt auf einmal? Wo waren sie?

Wo waren sie? Und wie ich damals das aufgezeigt habe, dass das so passiert und auch die FPÖ aufgezeigt hat, dass da einiges nicht stimmt. Die Frau Präsidentin Benkö hat das nicht einmal gesagt. Da haben Sie alle gesagt, alles ein Blödsinn, das stimmt hinten und vorne nicht. Jetzt wissen wir es, was tatsächlich passiert ist.

Und der Herr Landesrat Darabos macht es richtig. Ich glaube, dass er heute in der Fragestunde sehr klare und deutliche Antworten dafür gegeben hat. Da muss ich sagen, ich werde ihn unterstützen in der Richtung, weil es wichtig ist und die Gesundheit das wichtigste Gut ist, was wir haben können.

Aber, wenn ich dann denke, wenn sich der Herr Illedits herstellt und lässt sich überall fotografieren und gut und schön, 20 Millionen Euro zusätzlich für den Tourismus, das sagt der Herr Illedits. Das sagt nicht der zuständige Herr Landesrat, sondern das sagt der Illedits mit dem Herrn Hergovich. Sind die zuständig? Die sind sowieso für alles zuständig.

Die, die nicht mitgestimmt haben beim Budget, das sind die Gegner, die dürfen gar nicht mehr mitreden. Das kann es bei Gott nicht sein, weil, sonst ist der Landtag für nichts mehr da und das darf es und kann es nicht sein.

Schlussendlich glaube ich, dass es wichtig ist, dass man auch klare und deutliche Worte findet und ich sage auch jetzt warum. Wenn die Frau Oberhauser, die Sabine Oberhauser, ich kenne sie nicht persönlich, aber ich werde sie kennenlernen, schreibt, wie es die SPÖ vorschreibt: „Wieder in Feierlaune. Neues Gesetz unterstützt Veranstalter!“ Heute haben wir das beschlossen.

Habt Ihr gelesen, was da steht? Was der Herr Hergovich von sich gibt? Was er jetzt alles gemacht und geschaffen hat, mit dem Veranstaltungsgesetz was er geändert hat? Na nicht einmal irgendwas hat er gemacht. Die Medien schreiben wieder wie gut und schön, SPÖ und FPÖ haben das jetzt alles gemacht für die Vereine. Und morgen höre ich schon, wenn ich in Deutschkreutz hinausgehe, wow, die sind gut in der Regierung. Der Niessl ist ein Wahnsinn und der Tschürtz ist jetzt auch gut unterwegs. Na selbstverständlich, Dankeschön.

Nur gedacht hat keiner, was da herauskommt bei dem Gesetz, gell? Ist ja wurscht, Hauptsache wir haben etwas gemacht - eine Augenauswischerei. Wie wir eingebracht haben die Registrierkassa, dass wir die unterstützen, war das für uns klar, dass das eine Pflicht ist. Wenn unsere Regierung in Rot und Schwarz das oben beschlossen hat und wir keine gegenteilige Meinung gehabt haben damals, werden sie es beschließen. Jetzt im Nachhinein, wenn es brennt das Haus, na ja, super, jetzt versuchen wir irgendwo etwas zum Löschen mit einem Veranstaltungsgesetz - Augenauswischerei! Und das wissen wir ganz genau.

Aber nur der Artikel von einer „Kronen Zeitung“, es ist eine Frechheit. „Wieder in Feierlaune. Neues Gesetz unterstützt Veranstalter!“ Geht hinaus und fragt die Vereinsfunktionäre, was für eine Verantwortung sie tragen und was sie in Zukunft machen wollen. Dann werdet Ihr einmal sehen, was tatsächlich los ist.

Nur immer dem Finanzminister die Schuld geben und der ÖVP die Schuld geben und was weiß der Teufel, jetzt ist die ÖVP nicht mehr in der Regierung. Wenn wir das damals gesagt haben, hat es immer geheißen, das ist alles ein Blödsinn, der Tourismus funktioniert hervorragend. Jetzt hören wir, das funktioniert nicht. Was soll das? Burgenland Card - funktioniert nicht. Warum funktioniert es nicht, Herr Landesrat? Aber macht ja nichts, Du bist ja noch sehr kurz als Landesrat dafür zuständig. Aber ich hoffe, ich kann Dich da auch unterstützen. Ich will Dich auch unterstützen, damit da ein bisschen etwas geändert wird.

Denn eines ist klar und jetzt kommen wir auf den Punkt, dieser Rechnungshofbericht sagt einiges aus. Und mehrere Berichte, wir haben ja vier an der Zahl und bei der nächsten Sitzung haben wir wieder etliche drinnen. Der Rechnungshof macht das nicht spaßhalber und schaut sich das genau an, ganz akribisch, sondern der sieht genau was los ist. Dann sagt mir der Herr Landeshauptmann oder der Herr Landtagspräsident Illedits jetzt, der, der nicht mitgestimmt hat, kann da nicht mitreden. Der darf auch gar nicht mitreden bei Vereinsförderungen, bei Sportförderungen und dergleichen mehr.

Ich frage mich jetzt schön langsam, der Rechnungshofbericht, wenn das so weiter geht, ob sich nicht die Herrschaften überlegen, die zuständig sind für die, ob sie nicht den Hut nehmen? Weil so kann es nicht sein. Wenn mir das passiert in der Gemeinde, muss ich ehrlich sagen, danke, auf Wiedersehen, ich habe große Fehler gemacht.

Denen ist das wurscht, die gehen zu den Medien. Die Sabine Oberhauser schreibt noch einen positiven Bericht über so etwas. Das muss man sich einmal vorstellen, wie man das eigentlich machen kann? Man hat einen Rechnungshofbericht, was sogar den Rechnungshofdirektor gewundert hat, wie es das überhaupt gibt, und das wird verkauft als positiver Bericht. Das muss man sich einmal vorstellen.

Oder, die Therme Lutzmannsburg, wo wir schon lange darauf hingewiesen haben, übrigens die FPÖ auch in der Vergangenheit. Ich bin jetzt neugierig, was Ihr macht in der Regierung? Steht Ihr auf und sagt, das war ein Chaos? Ich bin jetzt neugierig, der hinter mir redet, von der FPÖ, was der sagt zu den Geschichten da alle im

Rechnungshofbericht. Es ist ja ein Wahnsinn. Es ist nicht normal, was da passiert. Das kann es ja nicht geben. Und, die machen sich wirklich die Mühe und die Arbeit, der Rechnungshof. Jetzt komme ich zu diesem Bericht, wo wir in Zukunft uns noch wundern werden, wenn die Landesholding Geschichte kommt, Lutzmannsburg kommt, ein Rechnungsabschluss kommt und dergleichen mehr, wo im Endeffekt unterm Strich rauskommt - Misswirtschaft. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit - Misswirtschaft. Wenn ich 3,2 Millionen Euro in Lutzmannsburg überziehe und die Nebengeräusche will ich gar nicht wissen und zwei Millionen Euro gar nicht mehr zuordnen kann, dann frage ich mich.

Herr Kollege Rezar, Sie waren auch dort. Dann schreiben Sie in den Medien, das ist ja eine Katastrophe, was da passiert ist. Sie sind im Bezirk auch dementsprechend unterwegs gewesen, Herr Kollege Rezar. Sie haben irgendwann einmal darauf hingewiesen, wie die FPÖ gesagt hat, da sind so viele Ausländer beschäftigt.

Dann hat man gleich einen Umkehrschwung gemacht, da hat man gesagt, das kann nicht mehr sein, da müssen wir ablösen. Den Herrn Stündl haben wir abgelöst als Direktor, gell? *(Abg. Gerhard Steier: Wieder eingesetzt.)* Jetzt auf einmal lese ich, der Herr Stündl ist schon wieder Direktor geworden. Vorher war er Nichtsnutz auf Deutsch gesagt, nichts wert, da hat man eine Dame hingesetzt, ohne Ausschreibung übrigens. Nur damit, dass die Medien auch mitkriegen, ohne Ausschreibung hat man das gemacht. Dann hat man den Stündl geschasst und jetzt hat man wieder den Stündl zurückgeholt.

Die Dame, da weiß ich nicht, wo die hingekommen ist. War nicht zuwider muss ich ehrlich sagen, ich habe mit ihr richtig reden können, aber das ist halt einmal so. Man bestellt Geschäftsführer, man bestellt dementsprechende Leute, die sich auch dementsprechend dort zurücklehnen können, passiert mir eh nichts, weil die Politik das ohnehin macht. Wenn ich mir anschaue, was in Lutzmannsburg passiert ist, passiert in jedem Rechnungshofbericht. Jeder Rechnungshofbericht, den ich heuer schon zu Gesicht bekommen habe oder im Vorjahr, zeigt auf, eine totale Misswirtschaft. Warum muss das sein?

Erklärt Ihr mir das? Warum muss ich in Lutzmannsburg 2.000 Quadratmeter Fliesen erneuern, ohne eine Ausschreibung, nichts mehr. Oder Bundesvergabegesetz? Interessiert keinen und dergleichen mehr. Was sind das für Zustände in diesem Land?

Wenn wir das in den Gemeinden machen würden, na Grüß Gott. Da haben wir feste Probleme. Aber das ist halt einmal so. Im Land können wir machen was wir wollen. *(Abg. Gerhard Steier: Das stimmt nicht.)*

Und dann stellt sich der Herr Illedits her und sagt, ich bin einer, der gegen die Park & Ride Anlage ist, weil die Gemeinde mitzahlen muss. Jetzt sage ich Euch etwas und hört Euch das an, der, der irgendwann einmal eine Park & Ride Anlage installieren muss. Zu uns kommen zwölf Gemeinden nach Deutschkreutz mit ihren Fahrzeugen. Autos, Maschinen, et cetera, 600 Personen fahren tagtäglich von Deutschkreutz weg. Ich habe gefordert, da muss etwas geschehen.

Die Gemeinde ist hergegangen, hat einen Platz zur Verfügung gestellt, der nicht einmal genehmigt ist. Ich habe mich hinausgelehnt und habe gesagt, okay, das machen wir, aber es muss etwas geschehen. Ich bin an das Land herangetreten und habe gesagt, was tun wir?

Dann ist die Idee geboren worden, und die lebt ja die Idee, Gott sei Dank, und es hat ja auch schon Gespräche gegeben in der Richtung, wo es geheißen hat, ja, wir planen, aber die Kostenaufteilung ist 50 Prozent ÖBB, 30 Prozent Land und 20 Prozent Gemeinde. Da sage ich ja, alles gut und schön, wer schreibt aus? Wer bestimmt die

Arbeiten? Wer hat etwas zum Reden und wer erhält die Park & Ride Anlage? Na jetzt haltet Euch an. Das Einzige, was übrig geblieben ist, dass ich erhalten muss und 20 Prozent zahlen muss. Das ist ja super, gell? Das ist ein Traum, was da geschieht.

Und da setzt man sich her und in Mattersburg ist es ja noch gravierender. In Mattersburg haben sie es schon eröffnet, gell, die ganze Geschichte, aber nur die Park & Ride Anlage ist noch nicht klar. Wer zahlt, wer erhält sie? Wie schaut es aus? Ist eine super Geschichte, Frau Kollegin Salamon, da ist nichts klar. Aber wir zeigen auf, weil, wir sind wir, und wir können ja alles machen.

Zahlen wird es die öffentliche Hand, der Steuerzahler. Wir wissen ganz genau, wie es ihnen geht, den Steuerzahlern, mit allem Klimbim was jetzt da draußen passiert. Keine Arbeit, soziale Geschichten und dergleichen mehr, Armut und so fort.

Das sind so Dinge, die die Bevölkerung einmal wissen sollte und auch die Medien einmal schreiben sollten. Traut euch einmal das zu schreiben! Wovor habt ihr eine Angst? Dann bekommt ihr halt einmal 100.000 Euro weniger für Inserate oder dergleichen mehr. Wo liegt da das Problem? Sagt mir das einmal. Dann kommt zu mir, dann werden wir schauen, wie wir das auf die Beine stellen ohne große Geldflüsse von der Politik. Ich traue mir das beinhart zu sagen und das muss ich auch sagen, weil, das kann es nicht geben.

Und wenn ich mir dann anschaue, dass über Ungarn geschimpft wird und alle Leute fahren nach Ungarn Zähne machen. Wenn ich mir anschaue, die ganze „Ratschn“ fährt nach Ungarn Zähne machen. Da gibt es 220 Zahnärzte in Sopron, allein in Sopron 220 Zahnärzte. Jetzt haltet Euch an, wenn man dort die Zähen machen lässt, vielleicht der eine oder andere auch, oder die eine andere oder der andere, dann geht man mit der Rechnung zur Gebietskrankenkassa und bekommt einen Teil zurück. Na gratuliere, was soll ich denn da dazu sagen? Da kann ich nur gratulieren. Dann regt man sich auf über die Ungarn, über die Arbeitsplätze? Mir war das immer bewusst und auch die FPÖ hat immer darauf hingewiesen.

Die kommen zu uns herein arbeiten, nehmen sich das Schmalzbrot mit, die Paradeiser mit, nehmen das Geld mit hinunter nach Ungarn und da bleibt gar nichts. Wenn wir das gesagt haben, hat es große Aufregung gegeben. Große Aufregung hat es gegeben, wie ich das sagen kann? Na das ist ja, wir sind ja Fremdenhasser und was weiß der Teufel.

Siehe da, da haben wir wieder einmal recht gehabt. Wir haben wieder recht gehabt. Und das zieht sich wie ein roter Faden. Ich sage das ganz bewusst, wie ein roter Faden zieht sich das durch das ganze Land und durch den ganzen Bund und durch die EU auch.

Ich weiß nicht, wer sich erinnern kann, der EU-Beitritt, was da alles versprochen worden ist, wie gut und schön. Unsere Arbeiter können nach Portugal arbeiten gehen, unsere Arbeiter können nach England arbeiten gehen und dergleichen mehr. Dann habe ich gesagt, und umgekehrt? Na, das wird es nie spielen, das gibt es nicht, wir machen nur Verunsicherung. Das habe ich heute auch schon gehört. Wir verunsichern den Tourismus, weil wenn wir den schlechtreden, dann kommt kein Mensch her.

Nein, der Rechnungshof arbeitet penibel alles auf und ich muss ihm gratulieren dazu. Ich kann mich erinnern, wie Ihr alle gegen den neuen Rechnungshofdirektor wart. Ich glaube, jeder, der so eine Position anstrebt auch weiß, um was es geht. Und das hat er gemacht und bis jetzt auch bestätigt.

Wenn ich mir jetzt den Rechnungshof wirklich einmal anschaue, ich kann da gar nicht ins Detail gehen genau, weil Tätigkeit, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren, Internationales, aber auf ein paar Punkte gehe ich gerne ein. Wo ist

denn die Frau Kollegin Salamon, die Frau Obfrau des Müllverbandes? Wenn der Rechnungshof den Müllverband geprüft hat, dann wurde wieder schöngeredet. Dort wurde wieder schöngeredet, da hat es geheißen, wow, Superbericht vom Rechnungshof, nur sie vergessen immer ein paar Dinge da drin, gell?

Wo der Rechnungshof sehr wohl darauf hinweist und sagt, die Rücklagen des burgenländischen Müllverbandes waren mit 46,13 Millionen Euro sehr hoch. Der darauf bezugnehmende Investitionsplan entsprach nicht den tatsächlichen Erfordernissen.

Was höre ich immer, wenn ich im Kontrollausschuss sitze beim Müllverband oder bei den Vollversammlungen oder wie wir es schon nennen? Wow, super, das rennt alles tadellos. Also insgesamt haben wir derzeit Rücklagen und Rückstellungen von 100 Millionen Euro. 100 Millionen Euro liegen beim burgenländischen Müllverband.

Dann sagt der Rechnungshof weiter: Die Wirtschaftlichkeit der mechanischen, biologischen Abfallbehandlungsanlage am Standort Oberpullendorf steht wegen der Preisentwicklung bei der thermischen Abfallverwertung Müllverbrennung mittelfristig in Frage.

Nichts, wie ich das gesagt habe, da müssen wir was machen, nichts. Und wisst Ihr um was es geht? Interessant ist, dort ist noch immer proporzbesetzt, gell? Rot, Schwarz, ich warte ja nur bis jetzt ausgetauscht wird, aber es ist noch immer. *(Abg. Markus Ulram: Gemeindeverband.)*

Warte ein bisschen, ich komme zum Verband. Jetzt komme ich zu dem Gemeindevertreterverband und -bund. Genau das sind die Dinge. Es gibt im ganzen Landtag keinen Vertreter mehr der Gemeinden, offiziell. Da hat es den Radakovits Leo gegeben, der war herinnen und meinen Freund den Trummer Erich von Neutal. Na sicher mein Freund, ist ja kein Problem. Da frage ich mich, es ist niemand mehr da, genauso aus der Wirtschaft. Ich weiß nicht, welcher Klub hat noch irgendwo einen Wirtschaftstreibenden oder dergleichen mehr? Das frage ich mich, wer vertritt jetzt die Gemeinden da herinnen im Landtag? Das sind genau die Dinge, die mir so aufstoßen.

Herr Kollege Kovacs, wenn Du immer den Bürgermeister von Eisenstadt kritisierst und den Tourismus kritisierst und dergleichen mehr. Kümmere Dich lieber um den Gesamttourismus im Burgenland. Noch etwas, ich weiß nicht, wo der Kollege Steiner ist. Weil er, oder *(Abg. Günter Kovacs: Essen ist er.)* ich weiß nicht wer gesagt hat, er kümmert sich nur, oder der Herr Strommer hat gesagt, er kümmert sich nur um seinen Bereich, das Südburgenland. Wir sind Abgeordnete für das ganze Land, nicht nur für das ganze Land, sondern auch darüber hinweg und für die Menschen in diesem Land. Das muss ich sagen.

Nicht, er ist nur zuständig für sein Eckerl, das gibt es nicht. Wir sind für alles zuständig, denn wir sind gewählte Vertreter und wir haben auch das Recht und die Pflicht so zu handeln.

Aber zurück zum Müllverband, proporzbesetzt. Wie der Herr Kollege, noch Abgeordneter, jetzt nur mehr Kontrollausschussvorsitzender, jetzt sagt er mir, hast schon recht, Manfred. Wie noch SPÖ und ÖVP in der Regierung waren, hat er gesagt, naja, das ist ja alles ein Blödsinn. Jetzt stellt sich heraus, dass es kein Blödsinn war, was sich dort abspielt. Genau das sind die Dinge, was mich so ärgern und so sauer aufstoßen.

Oder, beim Müllverband, der hochgelobte Müllverband, der gar nicht so gut ist. Wenn sie sich alle hinausstellen, interviewt werden und sagen, mein Gott, das floriert alles so super, was wir da im Burgenland haben. Na sind die anderen Länder alle irgendwo benebelt?

Heute hat der Kollege Steier gesagt, in Niederösterreich sind sie auch nicht deppert und haben diese Förderung nicht bekommen, weil ich jetzt die Förderung ansprechen will. Die Ziel 1-Förderung, warum haben wir die gebraucht? Weil wir am Boden gelegen sind. Phasing Out-Phase, naja, dass wir uns noch „derwurschteln“. Und jetzt haben wir die Übergangsphase, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt haben wir die Übergangsphase.

Hoffentlich, und redet nicht schlecht über das Burgenland, sonst kriegen wir die nicht. Entweder wir sind so schlecht, dann brauchen wir sie sowieso, oder wir schummeln. Irgendwas stimmt ja da nicht. Wenn wir so schlecht sind, dass wir sie brauchen, ist es ja in Ordnung. Wenn wir aber eh schon so gut sind, wie ich dauernd höre, was für Arbeitsplätzte wir geschaffen haben, und wir alles machen, die SPÖ macht ja sowieso alles. Da gibt es ja gar keinen Tourismuslandesrat und nichts anderes mehr, der hat gar nichts zum Reden. Weil die Zeitungen, da steht wieder - mehr als ein neuer Bahnhof in Mattersburg - derweil ist gar nichts abgeschlossen. Die Journalisten tun mir schon schön langsam leid. Die sollten einmal genau hinterfragen, was da los ist. Lauter solche Dinge passieren. Beim Müllverband detto. Jetzt komme ich zu etwas Lustigen beim Müllverband. Wenn Ihr Euch noch erinnern könnt, die Streiterei, zwei Geschäftsführer. Wisst Ihr, was am Schluss herausgekommen ist? Wir haben drei Geschäftsführer. Hoch dotierte Geschäftsführer sitzen dort und ein paar Prokuristen und ein paar andere Leute.

Das Gleiche ist bei der WiBAG und der Tourismusgeschichte in Lutzmannsburg. Ich habe gar nicht gewusst, dass wir dort noch drei oder vier Prokuristen nebenbei gehabt haben. Das steht aber im Rechnungshofbericht drinnen. Ich weiß nicht, ob sich das jemand von Euch angeschaut hat, werte Kolleginnen und Kollegen. Niemand, schaut Euch das einmal an! Wer war Vorsitzender des Aufsichtsrates - der Landeshauptmann Niessl. Der putzt sich jetzt ab und sagt, da gehören Konsequenzen gezogen. Ja, weil wir es gefordert haben. Aber wo sind denn die Konsequenzen? Ich will einmal endlich eine politische Konsequenz sehen an der ganzen Geschichte. Er soll aufstehen und soll sagen, das haben wir verbraten, tut mir leid.

Aber ich werde dort hingehen und schauen, wo die Fehler gelegen sind. Aber nicht jetzt, vielleicht der Kast, den hat er ohnehin schon in die Wüste geschickt, dafür haben wir den Stündl wieder zurückgeholt. Der dürfte jetzt ein rotes Parteibuch wieder genommen haben, dann funktioniert das wieder, oder ich weiß nicht, wie das überhaupt geht.

Das sind die Dinge, die uns so aufstoßen und die wir den Leuten mitgeben wollen. Da gibt es Beteiligungen beim Burgenländischen Müllverband und beim Umweltdienst, wo man sich auf den Kopf greift. Schaut Euch das einmal an! Bei Euch sitzt ohnehin ein Mann als Kontrollausschussobmann. Was hat er bis jetzt gemacht?

Oder der Gradwohl Werner, den habt Ihr immer geschützt als Obmann-Stellvertreter, der war nicht einmal Bürgermeister. Normal heißt es ja, die Bürgermeister sollen dort sein im Vorstand oder als Obmann. Der war gar keiner, den haben wir da einfach hingesetzt, damit man ihn auch beruhigt hat. Jetzt sind sie weg, jetzt wird die Welt anders ausschauen.

Da gibt es sehr viele Dinge, die der Rechnungshof einfach aufzeigt. Bearbeitung von Szenarien für den Fall mangelnder Wirtschaftlichkeit der Abfallbehandlungsanlage ist nicht passiert. Da macht sich niemand Gedanken, drei Geschäftsführer haben wir dort, drei Geschäftsführer haben wir, die dort herumrennen. Das Dickste war damals, als ich aufgezeigt habe, und dies ist ja, man sollte sich eigentlich einen Rechnungsabschluss dort auch anschauen, genauso wie im Land und genauso wie in den Gemeinden, wo dort eine Miete enthalten war. *(Die Abgeordnete Ingrid Salamon kommt in den Landtagssaal.)*

Jetzt haltet Euch an, die Frau Kollegin Salomon kommt schon, das war ja noch unter ihrer Zeit. Ein Büro, Miete für ein Büro 16.500 Euro. Ich habe mir gedacht, aha, im Monat, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wisst Ihr, wo das Büro war? Für ein Büro, vis à vis, das nie bezogen worden ist, das Büro. Wir haben 16.500 Euro Miete bezahlt für ein Büro, das nie bezogen worden ist, ein Zehn-Jahres-Vertrag. Ich habe darauf hingewiesen, bei der Vollversammlung, da haben Sie gesagt, der Kölly schon wieder, er redet schon wieder. Da hat sich das gar keiner angeschaut. Es geht jeder zur Vollversammlung hin und bekommt ein Sackerl vom Müllverband, wie ich als Lehrbub beim Krawany noch war, habe ich es auch so gekriegt. Dort bekommt man auch noch so ein Sackerl, da sind 56,00 Euro oder irgendwas drinnen, weil halt in Schützen oder in Mattersburg oder egal wo wir die Vollversammlung machen.

Was sind das für Zustände, und da soll man nicht aufräumen? Und ich habe mir gedacht, jetzt ist die FPÖ drinnen in der Regierung, die wird jetzt einmal aufräumen. Aber siehe da, bis dato heben sie brav die Hand, klatschen, busseln sich ab, das, was es vorher nicht gegeben hat, das ist jetzt auf einmal so. Aber seid mir bitte nicht böse, das kann es nicht sein und das darf es nicht sein.

Das Gleiche sagt der Rechnungshof über die Abwasserverbände. Die Neusiedler haben das gut gemacht, schreibt er, die sind in Ordnung mit den Direkteinleiter und dergleichen mehr.

Im mittleren Bezirk, wo wir einmal schon einen Skandal gehabt haben, und keinen kleinen, von denen hört man nichts mehr. Aber trotzdem Proporz besetzt, Obmann rot, Obmann-Stellvertreter schwarz, zweiter Obmann-Stellvertreter rot, Kassier rot. Die größte Gemeinde des Bezirkes ist Deutschkreutz. Der größte Hafter ist Deutschkreutz. Dort machen die Herrschaften was sie wollen. Eine Zeitlang habe ich zugeschaut, und da gibt es jetzt einen gewissen Herrn Bundesrat. Er lässt sich ja als Bundesrat immer ansprechen und er ist ja der Höchstgenannte. Wenn er wo sitzt bei der Begrüßung, er ist der Höchste, klar, Bundesrat, stell Dir einmal vor.

Jetzt habe ich ihn wieder darauf hingewiesen, dass einiges nicht stimmt in dem Verband. Na jetzt sind wir wieder Feinde, vorher habe ich ihn ein bisschen gelobt, da waren wir gut, jetzt sind wir wieder Feinde. Warum eigentlich? Weil man nur darauf hinweist, dass man wirtschaftlich und sparsam arbeiten muss, auch in den Verbänden? Das sind die Dinge, die man der Bevölkerung sagen muss.

Liebe Journalisten und liebe Medien, schreibt das einmal, traut euch das einmal schreiben! Ich weiß schon, dann bekommt ihr ein paar Aufträge nicht, mit Fotos drinnen. Ich wundere mich, wie oft dort wirklich Leute für Fotos reinkommen, aber das macht ja nichts. Anscheinend zählt da ein anderes Kriterium.

Und wenn ich bei der Gesundheit bin, was auch dementsprechend aufgezeigt wurde, dann sind wir auch richtig gelegen, was der Bundesrechnungshof gesagt hat. Der hat gesagt, hier gehört einiges verändert. Aber eines muss ich dazu auch sagen, wir tun etwas, wir sind am Weg, dass wir da etwas ändern.

Ich stehe auch dazu, dass man Standortgarantien abgegeben hat zu den ganzen Spitälern. Eines aber sage ich jetzt schon wieder, und auch das wird im Jahr 2020 wahrscheinlich herauskommen oder 2021 oder 2022, dass in Oberwart mehr verbraten wurde, als einmal gesagt wurde und die Kostenschätzung war.

Man redet von 158 Millionen Euro. Man hat damals geredet von, Herr Landesrat Rezar, kann mich noch erinnern, 80 Millionen Euro. Dann war man auf 90, dann waren wir

auf 120 Millionen Euro. Die Frau Kollegin Benkö hat das nicht einmal gesagt, das ist eine Sauerei. Jetzt sagt sie gar nichts mehr dazu - ist ja interessant.

Wir haben ja immer eine begleitende Kontrolle gefordert - die Antwort ist immer, das geht nicht. Wer sagt das? Es ist eine Gesetzesänderung notwendig und möglich. Wie man vieles ändert, muss man das auch ändern. Und dann würden wir uns alle miteinander leichter tun, wenn wir dort eine begleitende Kontrolle hätten. Weil ich glaube, das ist ein Projekt, welches in den nächsten 50, 60 Jahren nicht mehr im Burgenland zustande kommen wird.

Eines ist auch klar, dort hat man insgesamt 13 Millionen Euro nur einmal verbuttert, für irgendwelche - ja, ich weiß nicht, was man überhaupt getan hat mit 13 Millionen Euro. Das frage ich mich überhaupt, wie kommt das zustande? Da hätte ich gerne genau Einsicht bekommen. Und der Rechnungshof zeigt das immer wieder auf. Gott sei Dank gibt es einen Rechnungshof, der wirklich unpolitisch arbeitet. Aber, er hängt trotzdem am Gängelband von unseren Finanzen im Burgenland. Weil jetzt könnte ich sagen - stellt der Herr Landeshauptmann den Anspruch, und sagt, Kölly, du hast ja nicht mitgestimmt oder LBL, ihr habt ja nicht mitgestimmt beim Budget, du darfst ja nicht mitreden, ob der Rechnungshof jetzt mehr Personal bekommt oder irgendwas bekommt, aha, soweit sind wir.

Das kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und daher fragt Euch, wieso wir im Landtag sitzen? Nur, damit man beim Voranschlag einmal Dankeschön sagen kann, dass es in Ordnung geht, dass das beschlossen wird. Und nachher, ja, wir dürfen da zwar reden, jetzt wird es ja Gott sei Dank übertragen. Das kostet auch einen Haufen Geld in den Medien, dass man immer schreibt, der Burgenländische Landtag wird übertragen, - Hallo! Grüß Euch! - super.

Ich denke einmal was anderes, vorher habe ich aufgezeigt, keine Regierungsmitglieder sind dagewesen. „Tag der offenen Ostertür“ oder was weiß ich, was wir da gerade haben. Ist ja auch völlig egal. Ich glaube nur eines, die Menschen haben das Recht zu erfahren, was tatsächlich los ist da draußen. Das sind genau die Punkte, die ich immer wieder anziehe und auch sage. Ich lasse mir nicht von irgendwelchen Politikern hinstellen und sagen - Du bist dagegen, gegen eine Park & Ride-Anlage zum Beispiel, wie es der Illedits sagt. Das hat er irgendwo gehört, irgendwo hat er das gehört. Das muss man sich einmal vorstellen, das überhaupt zu sagen. Er hat sich gar nicht genau erkundigt, aber er hat es irgendwo gehört.

Ich sage Euch eines, die Park & Ride-Anlage ist notwendig für unsere Pendler, weil sehr viele auspendeln müssen. Die Park & Ride-Anlage ist notwendig für den Bezirk, weil viele Gemeinden, Gott sei Dank, es nutzen und mit der Bahn fahren, umweltfreundlich, und ich will es verdoppeln.

Ich will nicht 600 Leute die wegfahren von Deutschkreutz mit dem Zug, sondern 1.200, und das muss unser Ziel sein, und das sollten wir gemeinsam tragen: Und da fordere ich auf, die Landesregierung gemeinsam mit der Bevölkerung diesen Weg zu gehen. Schlussendlich dieser Rechnungshofbericht war wieder einer der hier aufgezeigt hat, dass dort oder da noch einiges nicht so passt wie es gehört. Empfehlungen sind abgegeben worden, ich wünsche mir, dass die auch umgesetzt werden.

In diesem Sinne werden wir den Rechnungshofbericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár zu Wort gemeldet, nachdem Herr Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller verzichtet hat.

Ich bin als Präsident angetreten, um die Rechte der Mandatare zu sichern und die Rechtsstaatlichkeit des Hauses und auch die Würde des Hauses zu wahren. Ich weiß, dass wir eingangs gesagt haben, General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Ein Großteil der Rede sollte eigentlich dem Tagesordnungspunkt gewidmet sein. Deshalb bitte ich die Mandatare des Hauses, dies auch zu beherzigen.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Ich werde mich gerne daran halten. *(Abg. Manfred Kölly: Ich fühle mich nicht angesprochen.)* Ein bisschen etwas muss ich doch sagen, denn der Vorredner hat ja über diesen Bericht, der zu diesem Tagesordnungspunkt zu diskutieren ist, sehr wenig gesagt. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt nicht. Ich bin neugierig, was Du dazu sagst.)*

Auf über 120 Seiten beschäftigt sich der Rechnungshof in Wien mit der Tätigkeit im vergangenen Jahr. Es ist natürlich auf Grund des Umfanges so, dass man einer Schwerpunktsetzung nicht ausweichen kann. Um das Burgenland geht es in erster Linie im besonderen Teil des Berichtes, also beim Nachfrageverfahren 2014, bei dem es darum ging, dass der Rechnungshof überprüft hat, was aus seinen Empfehlungen, aus eben diesem Jahr geworden ist. Wenn da jetzt der Eindruck erweckt wurde, es würde sich um frische oder um neue Prüfungen handeln, dann ist das falsch.

Es ging eben darum, zu überprüfen, was aus den alten Empfehlungen geworden ist. Nachgefragt wurden 165 Empfehlungen, zu 140 gab es Antworten, 49 Empfehlungen wurden umgesetzt, beziehungsweise sollen umgesetzt werden, das sind rund 64 Prozent. Und bei 51 Empfehlungen war die Umsetzung zum Zeitpunkt der Nachfrage noch offen.

Bei den Gemeinden beziehungsweise Gemeindeverbänden ist der Umsetzungsstand etwas höher. Der Kollege hat den Müllverband angesprochen, ich glaube da sind vier Empfehlungen offen. Das sagt jetzt natürlich nichts über die Qualität und den Hintergrund dieser Empfehlungen aus, beziehungsweise über die Missstände, die da unter Umständen zugrunde liegen.

Natürlich gibt es im Detail Unterschiede, generell muss man, glaube ich, festhalten, dass der Umsetzungsstand gemessen an der zeitlichen Komponente, ein Jahr, durchaus zufriedenstellend ist.

Ein paar Beispiele, was die Übernahme der Bundesstraßen B durch das Land angeht, wurden bis auf eine Empfehlung alle umgesetzt. Die eine, die offen ist, ist nicht zuletzt eine Empfehlung, bei der auch der Bund säumig ist. Durchaus positiv äußert sich der Rechnungshof auch, was die Umsetzung der Empfehlungen zum Weinmarketing angeht. Es gibt natürlich auch andere Beispiele.

Eher weniger gut sieht es aus, bei den Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in den heimischen Krankenanstalten und vor allem in Bezug auf die rechtliche Aufarbeitung des BEGAS-Skandales. Bei den ausgelagerten Bereichen stehen wir als Landtag generell vor der Herausforderung, dass wir mit unseren Kontrollmöglichkeiten beziehungsweise Kontrollrechten nicht sonderlich weit kommen. Das Anfragerecht ist begrenzt auf die Rolle der Regierungsmitglieder als

Eigentümervertreter. Das heißt, Hintergründe können wir mit unseren Rechten hier nicht erforschen.

Hier sind wir nur über den Umweg sozusagen der Rechnungshöfe in Wien und in Eisenstadt in der Lage, an Hintergründe und Details heranzukommen. Gerade was die BEGAS angeht, ist das so, und das Nachfrageverfahren zeigt uns eben, dass die krummen Geschäfte der geschassten Vorstandsmitglieder noch lange nicht aufgearbeitet und rechtlich abgearbeitet sind. Das noch nicht realisierte Erlöspotential wird mit immerhin 1,4 Millionen Euro beziffert.

Hier ist sicherlich und jedenfalls noch einige Arbeit zu tun und es ist ja auch davon auszugehen, dass der Rechnungshof unter Umständen gerade in dieser Sache noch eine Follow-up-Prüfung in die Wege leiten wird in absehbarer Zeit. Ich hoffe darauf.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt noch auf ein anderes Thema zu sprechen, das Gegenstand dieses Berichtes ist. Ein Thema, das mir insofern am Herzen liegt, weil es mich ein bisschen wurmt und das ist die Tätigkeit des Rechnungshofes im Zusammenhang mit dem Parteiengesetz 2012. Ein Gesetz, das in dieser Fassung dem Umstand zu verdanken ist, dass es, was die Finanzierung der politischen Parteien angeht, ja immer wieder recht unschöne Diskussionen und Verdachtsmomente gegeben hat.

Der große Schönheitsfehler dieses Parteiengesetzes 2012 besteht darin, dass der Rechnungshof keine originären Einschau- und Prüfungsrechte hat im Bereich der politischen Parteien. Das heißt, dem Rechnungshof ist es weder möglich, die Vollständigkeit der Angaben der Parteien zu bewerten, noch ist es ihm möglich, die Richtigkeit dieser Angaben zu verifizieren.

Der Rechnungshof übt im vorliegenden Bericht diesbezüglich unmissverständlich laute Kritik und nicht nur im vorliegenden Bericht, es ist ja auch so, dass das in der medialen Öffentlichkeit immer wieder laut kritisiert wird, und zu Recht, wie ich meine. Der Aufwand, der dem Rechnungshof aus dem Parteiengesetz 2012 erwächst, ist beträchtlich.

Im Bericht ist von 600 Prüfertagen die Rede. Es wird da drinnen auch recht eindrucksvoll beschrieben, was man mit diesen Prüfertagen sonst noch alles anfangen könnte. Nutzen und Effekt dieses Gesetzes und dieses ganzen Konvolutes an Rechenschaftsberichten, die da eingebracht werden, Nutzen und Effekt sind umso geringer.

Es kann, glaube ich, jeder von uns, der auch Funktionär einer Partei ist, ein Lied davon singen, welchen Aufwand dieses Gesetz verursacht. Und ich sage es ganz offen, gemessen am Ergebnis und Nutzen ist es einfach unsinnig, welcher Aufwand hier betrieben werden muss, von Ortsgruppen, von Bezirksparteien, um die Vorgaben des Gesetzes zu erfüllen. Das steht schlicht und einfach in keinem Verhältnis.

Mir ist schon bewusst, dass das eine heikle Diskussion ist, weil der Eindruck entstehen könnte, man möchte hier vielleicht wieder Änderungen zurücknehmen und die Transparenz wieder etwas weiter zurückdrehen, was nicht der Fall ist.

Aber wenn ich mir alleine in dem Bezirk, wo ich Obmann bin, anschaue, wie viele 100 und 1.000 Seiten Berichte da an die Funktionäre und Kandidaten und so weiter ausgegeben werden müssen - ich glaube, es geht Ihnen nicht anders, Kollege Wolf, das ist einfach ein Aufwand, der irre ist. Wo mir dann ehrlich gesagt die Hutschnur reißt, das ist dann der Umstand, wenn ich in diesem Bericht lese, wie es sich so auf höherer Ebene abspielt.

Die Parteien auf höherer Ebene halten sich nicht weniger als 83 Beteiligungsunternehmen, da mögen jetzt kleine dabei sein, die keine große Rolle spielen, aber ich nehme doch an, dass es in den meisten um etwas mehr Geld geht, als in der Ortsgruppe Loretto. 43 dieser Unternehmen sind der SPÖ zuzurechnen, 39 der ÖVP und eines den GRÜNEN. Gerade im Zusammenhang mit diesen Beteiligungsunternehmen scheren sich die Parteien relativ wenig um das, was im Gesetz steht. *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik.)* Diese Unternehmen werden auch nur nach und nach - die GRÜNEN werden es bei dem einen ordentlich erledigt haben, nehme ich an, ja - aber die Parteien scheren sich insgesamt, insgesamt nicht sehr viel darum.

Diese Beteiligungen werden nur nach und nach gemeldet. Und dass der Rechnungshof erst Recht nicht kontrollieren kann, was sich da drinnen wirklich abspielt und ob die Meldungen stimmen, das habe ich schon erwähnt.

Ich bin dafür, dass der Rechnungshof, was die Parteienfinanzierung angeht, umfassende und zwar originäre Einschau- und Prüfungsrechte erhält, dass wir dafür aber auf der anderen Seite diesen Verwaltungsaufwand, es ist Sache des Bundesgesetzgebers, beseitigen.

Wie gesagt, dass wir dafür aber auf der anderen Seite diesen Verwaltungsaufwand, es ist Sache des Bundesgesetzgebers, beseitigen. Wie gesagt, das ist politisch keine ungefährliche Diskussion, das ist mir bewusst.

Das ist nicht populär, deswegen wird es auch selten laut ausgesprochen und nur im kleinen Kreis immer wieder kritisiert und besprochen. Aber ich denke, es wäre der richtige Schritt, diese aufwändige Scheinkontrolle - ich sage das klar und deutlich - gegen originäre und effektive Einschau- und Prüfungsrechte des Rechnungshofes in Wien zu tauschen. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Der Bundes-Rechnungshof war im Jahr 2015 sehr aktiv. Er hat 84 Berichte veröffentlicht und dabei, bei diesen Rechnungshofprüfungen, stehen ja die Prinzipien Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit immer im Vordergrund.

Er prüft etwa den Bundesrechnungsabschluss, manche Kammern und auch die finanziellen Auswirkungen rechtsetzender Maßnahmen anderer Bundesländer. Aber was entscheidend ist, dass der Rechnungshof auch für die notwendige Transparenz sorgt. Dabei analysiert er, wie wir gehört haben, das Unvereinbarkeitsgesetz, das Bezügebegrenzungsgesetz, Parteiengesetz, Medientransparenzgesetz, all diese Dinge, die wir uns als Politik zum Teil auch selbst auferlegt haben, aber in gewissen Bereichen auch dringend notwendig waren.

Er setzt auch dann Maßnahmen, wenn sie notwendig sind oder diese Gesetze überschritten werden und löst dementsprechend auch Kontrollschleifen aus. Zuletzt in diesem Bericht hat der Bundes-Rechnungshof auch Themen der öffentlichen Finanzkontrolle veröffentlicht, die aus meiner Sicht ganz entscheidend sind. Er nimmt Bedacht auch auf die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015, die, aus meiner Sicht, endlich Licht ins Dunkel bringt.

Diese neue Verordnung zeigt die Intransparenz in den Landesfinanzen auf, gleichzeitig aber deckt die neue Verordnung die versteckten Schulden des Landes auf, die

versteckten Haftungen oder gar vergessenen Haftungen und gleichzeitig sieht man auch dann ganz klar die finanziellen hochspekulativen Geschäfte, die das Land macht.

Damit deckt der Rechnungshof regelmäßig enorme Missstände auf und das ist aus unserer Sicht ganz wichtig und richtig. Der Schwerpunkt des Rechnungshofes und der Prüfungen lag im Vorjahr in den internen Kontrollsystemen. Für das Burgenland hat der Bericht ein klares negatives Ergebnis gezeigt. Uns als Abgeordneten wurde mit diesem Bericht über die IKS des Landes gezeigt, dass es massive Bedenken gibt, Kontrollschwächen in der Umsetzung der Finanzgebarung, was auch meiner Sicht im Grunde nach das größte Problem darstellt, wo Geld in Richtungen abfließen kann ohne dass wir das jemals kontrollieren oder sehen können.

Im Bereich der BEGAS, haben wir schon gehört, dass 1,4 Millionen Euro nicht nachvollzogen wurden, beziehungsweise auf ein Erlöspotenzial verzichtet wurde. Bei den Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung bleiben wichtige Punkte offen. Der Rechnungshof legt deutlich offen, dass beispielsweise die Bewertung oder die transparente Darstellung für die Patientenbehandlungssicherheit, aber auch für die Behandlungsqualität der Patienten fehlt.

Außerdem fehlt es an einer Transparenzkontinuität und auch an klaren Verfahrensabläufen, um die Patientenbehandlung bestmöglich zu garantieren. Darauf gab es bisher keine Antwort. Aber ich nehme an, der Herr Darabos wird in seiner Funktion als Landesrat dazu Stellung beziehen. Der Landes-Rechnungshof war in diesem Jahr, beziehungsweise im Jahr 2015 auch nicht untätig und hat auch fünf Berichte veröffentlicht, die es in sich hatten.

Der Andreas Mihalits als Direktor mit seinem Team hat hier 140 kritische Feststellungen dargelegt und auch über 100 Empfehlungen an das Land offengelegt. Für uns entscheidende Empfehlungen, die es dringend umzusetzen gilt, aber leider leidet die Regierung da ein bisschen unter einer Kritikfähigkeit, weil manche Dinge einfach abgeschmettert sind, einfach abprallen ohne sich in irgendeiner Weise diese Umsetzungen auch zu Herzen zu nehmen, im Sinne einer Verbesserung der Landesfinanzen.

Jetzt stehen die roten Herrschaften da und das Wasser steht ihnen bis zum Hals, wenn man sich all diese Berichte und Ergebnisse anschaut. Denn jetzt kommen die teuren Machenschaften der SPÖ ans Licht. Mit Unsummen an Steuergeldern werden die roten Machtspiele finanziert und mit aller Gewalt wird zugedeckt wo es nur geht.

Ja, im Prinzip wird alles unter den Teppich gekehrt, egal wie groß die Summen sind. Es ist ein bodenloses Vertuschen. Man sieht es in den Berichten. Das wird es mit uns als Volkspartei nicht geben! Das werden wir uns einfach nicht gefallen lassen. *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)* Das hochriskante Finanzkarussell des Landes dreht sich nun ganz schnell weiter und dabei verschleudert es ungemein hohe Summen.

Ich möchte mit den Zinsswaps beginnen. Ich weiß schon, dass die vor etlichen Jahren begonnen wurden, aber jetzt wird es Zeit, dass man diese Zinsswaps endlich beendet. Ich nehme da auch die FPÖ in die Pflicht, um das jetzt endlich zu beenden. Wenn man sich die Ergebnisse anschaut, dann hatten wir als Land mit den Swaps einen Verlust von 36 Millionen Euro. Ich möchte nur an Salzburg oder an Kärnten erinnern, wo es auch um ähnliche Summen geht und der Landesrat Bieler, der nimmt sich das nicht einmal zu Herzen. Der ignoriert das beinhart und meint, ja, ja, wir werden da irgendwann schon einen Gewinn daraus machen. Diese Swaps laufen bis 2033 und rein rechnerisch müsste ab heuer der Swap jährlich einen Gewinn von 2,3 Millionen abwerfen, um jemals wieder positiv zu werden.

Das geht sich rechnerisch gar nicht aus. Vor allem auch in Anbetracht dessen, dass in den vergangenen Jahren zwischen einer und sieben Millionen Euro Verlust pro Jahr gemacht wurden. Also das kann es aus meiner Sicht nicht sein! Ich glaube, dass wir da alle gemeinsam diesen Swap endlich beenden müssen. Im Zuge der Therme Lutzmannsburg-Prüfung ist man ja draufgekommen, dass Verkaufsversuche Gott sei Dank gescheitert sind.

Man wollte die Therme verscherbeln. Man hat sich an geltende Gesetze, wie das Vergaberecht, einfach nicht gehalten und am Ende des Tages sind zwei Millionen Euro nicht nachweisbar. Das heißt, keiner weiß, wo dieses Geld hingegangen ist. Das Krisenmanagement vom Landeshauptmann zeigt auch ein blamables Sinnbild, wie da die SPÖ im Burgenland fuhrwerkt.

Im Prinzip anstatt die Konsequenzen zu tragen, wird die Verantwortung abgeschoben in alle möglichen Richtungen, wohlwissend aber, dass ich als WiBAG-Aufsichtsratchef für all die Bestellungen der Geschäftsführer zuständig war. Wenn das - und das muss man schon vergleichen - einen Bürgermeister in einer Gemeinde passieren würde, dass er sich nicht an die Vergaberichtlinien hält, dass er zwei Millionen Euro unter den Tisch fallen lässt, na dann würde sofort der Staatsanwalt geschickt werden.

Dann würde die Gemeindeabteilung hingeschickt werden. Alles würde geprüft werden und am Ende des Tages wird der Landeshauptmann wahrscheinlich noch sagen, dieser Bürgermeister muss zurücktreten. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Steier)*

Geschätzte Damen und Herren! Wo bleiben da die Rücktritte der Regierung? Wenn es einem Unternehmer passiert, dass er sich an irgendwelche Gesetze nicht hält, dann fordert die SPÖ sofort, wir brauchen mehr Polizei, mehr Finanzpolizei, damit ja die Unternehmer geschädigt werden. Aber in der Politik, in den eigenen Reihen, ist das alles hinfällig und völlig egal.

Ein nächster Punkt ist die BVOG. Eine Beteiligung des Landes, wo das Land ganz gerne Bank spielt mit 225 Millionen Euro, die werden in der BLH in irgendeiner Weise verteilt. Keiner weiß wie. Keiner weiß, ob überhaupt Bonitätsprüfungen stattgefunden haben. Keiner hat darauf geschaut, ob dieses verborgte Geld jemals wieder zurückbezahlt werden kann. Die Zinssätze und die marktübliche Vorgehensweise sind sehr zu bezweifeln.

Wonach wir glauben, dass es sinnvoll ist, dieses endlich abzustellen, zumal ja gar keine rechtliche Grundlage herrscht; Bank zu spielen als Land. Da glaube ich, dass es wichtig ist, es bald zu beenden. Weil ich will nicht im Burgenland ein Kärnten oder ein Salzburg haben, das kurz vor dem Ruin oder gar kurz vor dem Konkurs steht.

Beim Krankenhaus Oberwart da muss man auch dazu sagen, die FPÖ hat immer vor der Wahl - und da war die Frau Kollegin Benkö ja nicht unbeteiligt - gepredigt, ja sogar geschrien, wir brauchen einen Prüfungsausschuss, wir brauchen einen Untersuchungsausschuss. Weil es kann nicht sein, dass 100 Millionen Euro geplant sind und jetzt sind wir schon bei einer Summe von 160 Millionen fürs Krankenhaus und seit man in der Regierung ist, schweigt man.

Also diese Doppelgleisigkeiten, die kann ich nicht verstehen. Neuerlich haben wir ja auch mit dem Kollegen Rosner öffentlich gemacht, jetzt ist ein großer Parkplatz dort gebaut worden und auf einmal muss dieser Parkplatz dem Neubau weichen, also das ist weit weg von einer langfristigen Politik des Burgenlandes. *(Beifall des Abg. Steier)*

Zusammenfassend sind das alles beispiellose Skandale einer roten Politik im Burgenland; die nun ans Tageslicht kommen, weil der Rechnungshof Gott sei Dank

präsentiert. *(Abg. Géza Molnár: Alles unter ÖVP-Beteiligung!)* Ich frage mich dann schon, wo die Schuldeingeständnisse bleiben. Wenn man Fehler macht, dann ist es eine Charaktersache, ob man die zugibt und in Zukunft versucht, es besser zu machen. *(Abg. Géza Molnár: Alles unter ÖVP-Beteiligung! Wie kann man so vergesslich sein? Redet über Eure Beteiligung!)* Aber da werden die Schuldeingeständnisse unter den Teppich gekehrt.

Man redet gar nicht darüber. Man nimmt das nicht einmal ernst und am Ende des Tages hat man nicht einmal ein schlechtes Gewissen. Aus meiner Sicht wundert es mich, dass man in der Situation überhaupt noch ruhig schlafen kann. Das ist ein reines Rausschmeißen von Geld in alle Richtungen. Das macht man seit Jahren mit Schaufeln aus dem Fenster und keiner trägt die Verantwortung. *(Abg. Géza Molnár: Mit schwarzen Schaufeln!)*

Bei aller Liebe und Wertschätzung, ich will nicht - und das möchte ich betonen -, dass das Burgenland irgendwann Kärnten oder Salzburg wird. Wir sehen jetzt in Kärnten eine massive Situation, wo viel Geld im Spiel ist, wo Haftungen wahrscheinlich schlagend werden. Ich möchte noch einmal an dieser Stelle erwähnen, das Land Burgenland hat nach wie vor Haftungen von 2,2 Milliarden Euro gegenüber der Bank Burgenland.

Wenn die irgendwann einmal schlagend werden, dann wird auch das Land Burgenland in den Konkurs gehen müssen. Ich bin nicht bereit, das einzugehen. Deswegen ist es dringend notwendig, alle Maßnahmen zu setzen, das in eine andere Richtung zu bringen. Als Volkspartei ist es unsere Aufgabe, darauf aufzupassen. *(Beifall bei der ÖVP)* Jetzt sind acht Monate vorbei, wo Rot-Blau im Burgenland fuhrwerken. Bisher hat sich nicht wirklich etwas getan.

In den wichtigen Bereichen bleiben Maßnahmen aus, die in irgendeiner Weise das Burgenland nach vorne bringen. Aber der Grund ist wahrscheinlich der, dass man damit beschäftigt ist, mit aller Gewalt in alle Richtungen die Schwarzen hinauszuschmeißen und zu schauen, dass man eigene Günstlinge unterbringt.

Aber nichtsdestotrotz, es ist die schwächste Landesregierung aller Zeiten und es ist dringend notwendig, dass wir dieser Regierung auf die Finger schauen. Der Rechnungshof unterstützt uns dabei sehr gut.

In diesem Sinne werden wir den Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke für die Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den allgemeinen Teil dieses Rechnungshofberichtes, des Bundes-Rechnungshofberichtes, wurde bereits eingegangen. Er betrifft in wenigen Fällen unser Heimatland Burgenland. Zeigt aber doch die umfassende Tätigkeit des Bundes-Rechnungshofes, wo nicht nur den Ländern und den Gemeinden entsprechende Empfehlungen abgegeben worden sind, wo es Kammerüberprüfungen gibt, wo es Querschnittsmateriensprüfungen gibt, wo der Bundesrechnungsabschluss überprüft wird, wo Gesetzes- und Verordnungsentwürfe einer Überprüfung in Bundesländern unterzogen wurden.

Es gibt natürlich auch Fragen der Flüchtlingsbetreuung in einzelnen Bundesländern. Sehr interessant das Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz, das hier ebenfalls in Prüfung gezogen wird. Das Medientransparenzgesetz, das Parteiengesetz

und schließlich die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, wo wiederum den Ländern, aber auch den Gemeinden wertvolle Empfehlungen gegeben werden.

Ganz wichtig ist natürlich auch die interne Kontrolle, das Risikomanagement. Ich denke, dass die fachliche öffentliche Finanzkontrolle ein Nonplusultra auch in der Zukunft sein muss. Was das Parteiengesetz anlangt, scheint mir wichtig darauf hinzuweisen, dass es vielfach in der Öffentlichkeit als zahnlose Materie verstanden wird.

Wenn man aber sieht, dass es auch hier Geldbußen gibt, die verhängt worden sind, dann sieht man, dass die Parteien sukzessive doch einem gewissen Zwang unterlegen sind, sich an Vorgaben zu halten. Im jüngsten Nationalratswahlkampf beispielsweise wurde das Team Stronach zu einer Geldbuße von 567.000 Euro verurteilt. Der Herr Stronach wird es sich leisten können. Die ÖVP immerhin zu 300.000 Euro. Wahrscheinlich kann sie es sich auch leisten. Auch bei Landtagswahlkämpfen - und hier wurden in Niederösterreich und Kärnten Überprüfungen vorgenommen - gab es ebenfalls Geldbußen. Die ÖVP Niederösterreich mit 100.000 Geldbuße ist auch hier negativ aufgefallen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte mich heute natürlich vornehmlich auch mit dem Nachfrageverfahren auseinandersetzen, zumal es gerade für unser Heimatland Burgenland sehr bedeutsam ist.

Der Rechnungshof hat bei allen bezugnehmenden Stellen und Institutionen Nachfragen durchgeführt. Ich denke, das ist ein wichtiges, ein wertvolles Instrument im Hinblick auf die Wirkungskontrolle. Wenn man sich die Ergebnisse im Detail vergegenwärtigt, hat mein Vorredner bereits darauf hingewiesen, dass es hier bei den Ländern, was die Umsetzung der Empfehlungen anlangt, weniger deutliche Umsetzungsgrade erreicht als die Gemeinden, was für unsere Gemeinden und Gemeindeverbände spricht.

Wenn man sich im Detail die Prüfung näher ansieht, so zeigt sich etwa bei der Verländerung der Bundesstraßen, dass das, was zehn Jahre gedauert hat, eigentlich nunmehr einen erfolgreichen Abschluss gefunden hat. 10.000 Straßenkilometer wurden vom Bund auf die Länder übertragen. Auf unser Heimatland immerhin 562 Kilometer. Von den Empfehlungen des Bundes-Rechnungshofes hat das Land Burgenland eigentlich alle - bis auf eine - vorbildlich umgesetzt, wozu dem Straßenbaulandesrat Helmut Bieler zu gratulieren ist.

Wenn man sich die Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in den burgenländischen Krankenanstalten vergegenwärtigt, so fällt auf, dass es natürlich da oder dort noch einige gibt, die umzusetzen sind. Wir haben aber im Burgenland - glaube ich - vor einigen Jahren einen doch richtungsweisenden Weg eingeschritten. Es wird beispielsweise von Seiten des Bundes-Rechnungshofes hervorgehoben, dass sich die Fachschwerpunkte, dass sich die dislozierten Tageskliniken sehr, sehr positiv ausgewirkt haben.

Bei einer Empfehlung im Hinblick auf die Personalausstattung des Hygienepersonals kann man relativ einfach dieser Empfehlung folgen. Es ist eine Finanzfrage, wenn man zusätzlich Hygienepersonal anstellt, das ist relativ einfach umzusetzen. Bei Empfehlungen im Hinblick auf die onkologische Versorgung in unserem Heimatland fällt auf, dass wir vor einigen Jahren doch eine substantielle Veränderung vorgenommen haben. Etwa in der Form der Tumorboards. Eine sehr moderne Einrichtung, wo Krankenanstalten übergreifend, wo interdisziplinär jeder einzelne Fall von Fachmedizinerinnen und Fachmedizinern beraten wird.

Ich glaube, das war richtungsweisend. Hier wählt der Bundes-Rechnungshof einen - wie ich glaube - sehr bürokratischen Aufwand, wenn er etwa empfiehlt, dass die Krankenanstalten diesbezüglich in dieser Versorgungsschiene vertragsähnliche Zustände abschließen sollten. Ich glaube es geht nicht darum, dass hier beispielsweise die KRAGES-Krankenhäuser, die vier KRAGES-Krankenhäuser, die ja aufgrund von entsprechenden Anordnungen der Direktion tätig werden, untereinander Vertragsverhältnisse abschließen, das halte ich für einen unnotwendigen bürokratischen Aufwand, der auch den Patientinnen und Patienten nicht zugutekommt.

Mir ist es demgegenüber wichtiger, dass das funktioniert, was in diesen Tumorboards letztendlich inhaltlich dargelegt wird. Die optimale Versorgung unserer onkologischen Patientinnen und Patienten durch unser fachärztliches Personal. Das funktioniert gut und von mehr Bürokratie haben letztendlich unsere Patientinnen und Patienten nichts. Es geht auch darum, dass man vielleicht mit einem zweiten Rechtsträger, den es auch im Land gibt, allenfalls eine Vereinbarung abschließt, aber auch hier funktionieren die Tumorboards entsprechend, sodass das eigentlich eher etwas Bürokratisches ist.

Wenn ich mir die Frage der BEGAS und des ganzen Desasters der BEGAS vergegenwärtige und wenn man den aktuellen Bericht liest, gewinnt man unwillkürlich den Eindruck, dass keine Empfehlungen umgesetzt worden sind. Wenn man sich allerdings dann den intensiven Schriftverkehr des burgenländischen Energieunternehmens vor Augen führt, mit dem Präsidenten Dr. Moser, dann fällt auf, dass hier nachhaltig moniert wird, dass sämtliche Empfehlungen erfüllt worden sind. Beispielsweise die im Bericht aufgezählten Empfehlungen im Hinblick auf die Causa Simandl. Hier geht es um die Empfehlungen 1a bis 7.

Hier hat man dem Rechnungshof berichtet, dass man alle Empfehlungen im Hinblick auf die Geltendmachung des eingetretenen Schadens in der Causa Simandl umgesetzt hat. Insgesamt wurde ein Betrag von 5,7 Millionen Euro, was streitige und außergerichtliche Verfahren anlangt, einbringlich gemacht und darüber hinaus sind 1,1 Millionen Euro treuhändig hinterlegt worden. Auch die aufgezeigten Erlös- und Einsparungspotenziale auf mögliche Regressansprüche sind inhaltlich durch renommierte Wirtschaftsprüfungskanzleien geprüft worden.

Hier hat es sogar Sonderprüfungen gegeben, wo beispielsweise auch juristische Beratungen zur Beurteilung dieser Regressansprüche zu Hilfe genommen wurden und die wurden durch Zivilklagen, beziehungsweise andererseits durch den Anschluss als Privatbeteiligte im Rahmen des Strafverfahrens geltend und anhängig gemacht.

Auch was den Bereich der Investitionen anlangt, Empfehlungen 9 - 13, wurden umgesetzt, weil das in der Energie Burgenland AG gelebte Praxis ist. Auch was die Managerverträge anlangt, gilt die Vertragsschablonenverordnung. Das gilt bis hin zu Pensionsvereinbarungen. Gleiches gilt für die Compliance- und Verhaltensrichtlinien, die ebenfalls unternehmensimmanent sind, die eigentlich Kerngrundsätze der Energie Burgenland AG darstellen.

Auch die Projektabwicklung und das Vergabemanagement, was mit den Empfehlungen 18 - 31 korreliert, wurden allesamt umgesetzt. Selbstverständlich werden bei sämtlichen Vergabeprojekten die Bundesvergabegesetze eingehalten. Es gibt sogar eigene Vergabemanager, weil das die Energie Burgenland AG sehr, sehr intensiv und ernst nimmt.

Mich wundert eigentlich, dass all diese Berichte nicht Platz greifen im Rechnungshofbericht. Hier gibt es ein jüngstes Schreiben vom 23. Februar an den

Rechnungshofpräsidenten. Das ist für mich zumindest seltsam, um nicht zu sagen sonderbar, dass derartige Berichte keinen Niederschlag im Endbericht finden. Das ist sogar - meines Erachtens - aufklärungsbedürftig, warum so inhaltsreiche Berichte seitens unseres Energieversorgers nicht Eingang gefunden haben. Ich hoffe doch sehr stark, dass es in den Follow-up-Prüfungen dazu Bezugnahmen gibt, weil ansonsten wäre diese Vorgangsweise einzigartig.

Was die Weinmarketing GmbH anlangt, so wurden alle Empfehlungen umgesetzt. Ich glaube, dass sowohl die Wein Burgenland, als auch die Österreichische Weinmarketing hier eine sehr vernünftige Strategie verfolgen, die zielführend ist. Weil heute auch hier die UDB-GmbH angesprochen worden ist, kann man sagen, ich deute diesen Bericht inhaltlich doch als sehr positiv, weil auf der einen Seite die Aspekte der Wirtschaftlichkeit nachhaltig geprüft worden sind.

Gerade der Umstand, dass man im Hinblick auf die mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage offen gelassen hat, spricht eigentlich für die Verantwortungsträger im Unternehmen, weil hier doch abzuwarten ist, wie sich EU-Richtlinien verändern, wie sich innerstaatliche Gesetzgebungen im Hinblick auf die Abfallwirtschaft verändern. Hier könnten vorschnelle Regelungen sich allenfalls als kontraproduktiv am Ende des Tages herausstellen.

Auch die Wirkungsbereiche der Abwasserverbände sind im Großen und Ganzen vorbildlich geführt. Spricht für die dort Verantwortlichen, für die Gemeindevertreter.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Insgesamt gesehen ist die Tätigkeit des Bundes-Rechnungshofes eine sehr elementare, eine sehr wichtige für den gesamten öffentlichen Bereich. Es ist auch nachhaltig diese doch umfangreiche Überprüfung notwendig und wichtig, um mit den dann gemachten Empfehlungen letztendlich dann auch eine positive Zukunft für alle Institutionen des Staates, der Länder und der Gemeinden herbeizuführen.

Das sogenannte Nachfrageverfahren halte ich für ganz effizient, für unverzichtbar, wenngleich der Wermutstropfen, den ich angeführt habe, darin besteht, dass man wichtige Stellungnahmen dann nicht in abschließende Berichte einbindet. Hoffe aber, dass es hier sicherlich einen entsprechenden Nachtrag geben kann.

Meine Fraktion wird daher aus den Darlegungen den vorliegenden Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Rechnungshofbericht kann, so wie es die letzten Male im Burgenland der Fall war, durchaus auch etwas aufzeigen, etwas festhalten, das uns als Parlamentarier, als Abgeordnete dieses Hauses, nicht nur zu denken geben sollte, sondern uns zusteht. Das ist die Grundaufgabe des parlamentarischen Prozesses, dass er sich eines Instruments bedienen kann, das quasi die Auftragsstellung der Abgeordneten im Verhältnis auf die Regierung kontrollieren darf.

Kontrolle in diesem Zusammenhang ist uneingeschränkt und sollte auch nicht durch irgendwelche Maßnahmen oder andere Gegebenheiten behindert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Zusammenhang macht mich einiges, was die letzte Zeit betrifft, mehr als stutzig. Wir haben einen Rechnungshofbericht, der die Landesfinanzen des Burgenlandes geprüft hat.

In der Festhaltung heißt es vom Rechnungshof, dass Folgendes passiert ist - nämlich dass die Verwaltung in der Umsetzung auf die Anforderungen der entsprechenden Unterlagen, die als vollständig zum Ersten qualifiziert wurden, dann nachträglich festgehalten hat im Gespräch mit den Rechnungshofprüfern, dass gewisse Inhalte - nämlich definitiv die Darstellung der Zahlungsströme - unterlassen wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns diesem Umstand nähern, dass die Regierung in der Dienstbarkeit der Verwaltung, der Instanz, die von unserer Seite her die Prüfaufträge umsetzt, beziehungsweise gewährleistet, weil sie nicht informiert wird, beziehungsweise dass in der Festhaltung sogar zumindest eine Annahme getroffen wird, dass eine Überforderung stattgefunden hätte.

Wenn eine vollständige Darstellung geliefert worden wäre, das sollte uns allen - und zwar parteienübergreifend - mehr als zu denken geben und eigentlich von dem Anspruch, den wir hegen, als Parlamentarier zu dem, was dann in der Folge passiert ist, die Alarmglocken schrillen lassen.

Es kann nicht sein, dass eine Instanz des Landtages, der diesen Auftrag auch in der Erfüllung hat, quasi mit Behinderungen umzusetzen hat und dieses Geschehen sollte - meiner Ansicht nach und hier hoffe ich auf die starke Unterstützung aller Abgeordneten - ein einmaliger Ausrutscher gewesen sein, der in der Form absolut nicht tolerierbar ist. Ich kann auch darauf verweisen, dass wir es nicht tolerieren sollten. Denn so kann quasi parlamentarischer Prozess nicht stattfinden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich bin schon der Überzeugung, dass der Rechnungshof in seinem Prüfungsverhalten und Prüfungsauftrag nicht jedem, der als politisch Verantwortlicher dafür zuständig ist, aber auch nicht der Verwaltung in der Anforderung sehr angenehm ist. Ich weiß, dass jeder Prüfungsauftrag - allein von der Erstellung her - in der Umsetzung einige Monate dauert und dadurch auch sehr viel Zeitmanagement erfordert.

Tatsache ist aber, dass dieser Prüfungsauftrag ja nicht von ungefähr kommt, sondern dieser Landtag, diese Legislative ist es, die ihn erteilt und daher das Instrument, dem die Möglichkeit des Rechnungshofes auch uneingeschränkt und ohne irgendwelche Vorhaltungen arbeiten lassen darf und in der Umsetzung auch keine Behinderung stattfinden darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum aktuellen Bundes-Rechnungshofbericht, der in seiner Bezugsetzung auch einige burgenländische Nachfrageverfahren ausgelöst hat, ist mir eines wichtig, auch den Bund für dieses Haus heute auch in der Umsetzung nicht nur schriftlich, sondern auch mündlich in der Anrede gehabt zu haben.

Es ist nämlich etwas bezeichnend, das uns im Zusammenhang mit den anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen auch den kalten Schauer über den Rücken laufen lassen sollte. Die gesamtstaatliche Abgabenquote für das geprüfte Jahr 2014 wird festgehalten ab 43,1 Prozent des BIP betragen. 43,1 Prozent des BIP.

Das heißt, von 2013 auf 2014 ist festzuhalten, dass eine 0,5-prozentige Steigerung von 42,6 Prozent bei der Abgabenquote auf sogar 43,1 Prozent erfolgt ist. Tatsache ist, dass das der zweithöchste Wert seit 2000 ist und damit eigentlich eine Situation heraufbeschwört, die wir alle nicht haben wollten, beziehungsweise haben möchten.

Tatsache ist, dass im Grunde genommen diese Festhaltungen, wie lange, wie viele Monate im Jahr arbeiten wir schon für die Finanz, mehr als korrekt ist. Wenn ich das richtig im Kopf habe, ist es, glaube ich, in Österreich Ende Juli/Anfang August schon, und in Belgien, glaube ich, und in Frankreich ist es noch ärger in der sogenannten Abgabenquote.

Festzuhalten ist, auf das Burgenland, dass wir im Nachfrageverfahren, das mein Vorredner angesprochen hat, auf 2014 insgesamt auf 165 Empfehlungen im Nachfrageverfahren 140 Antworten bekommen haben. Wovon von diesen 140 63 umgesetzt wurden, 26 zugesagt wurden und 51 offene Empfehlungen ausgesprochen wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein das ist schon eine Tatsache, die uns zu denken geben sollte, wenn 51 von 165 Empfehlungen nicht gefolgt beziehungsweise sie überhaupt nicht behandelt wurden. Auf Gemeindeverbände wurden 39 Empfehlungen insgesamt festgehalten, davon wurden 38 beantwortet, 13 umgesetzt und 15 wurden zugesagt.

Insgesamt hat das Burgenland ein besonderes Menetekel in der Umsetzung durch die Prüfung des Bundes-Rechnungshofes gehabt. Das wurde auch von meinen Vorrednern angesprochen. Das leidige Kapital BEGAS. Es ist für mich und für alle parlamentarisch Verantwortlichen eigentlich nicht nachvollziehbar, wenn es dann im Rechnungshofbericht in der Nachfrage heißt, 948.000 Euro wegen einer Überzahlung wurden nicht zurückgefordert, und 456.000, die als Verfehlungen gekennzeichnet wurden, wurden ebenfalls in der Nachfolgegesellschaft von der Energie Burgenland nicht eingefordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich den Hinweis bekomme, wo ich mir Geld holen kann, dann sollte ich im Verwaltungssinne und auch im Regierungsverantwortungssinne nicht irgendetwas abweisen, sondern ich sollte mich inständig bemühen, dass der, der zur Kontrolle antritt, auch merkt, ich habe diesen Versuch gestartet. Ob es immer einbringlich ist, ist eine andere Frage. Aber ich werde von vornherein, und wenn es schon kritisiert wurde, nicht auf Zahlungsflüsse verzichten, was in dem Fall offensichtlich der Fall war.

Ich werde den Rechnungshofbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung des soeben diskutierten Rechnungshofberichtes mit der Zahl 21 - 160.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2014, Internationales wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 249) betreffend Unterstützung der bgld. Feuerwehren (Zahl 21 - 174) (Beilage 282)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 249, betreffend Unterstützung der bgld. Feuerwehren, Zahl 21 - 174, Beilage 282.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der bgld. Feuerwehren in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der bgld. Feuerwehren unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter.

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde mich daran halten, was der Präsident vorher gesagt hat und mich mit der Thematik beschäftigen. Aber erlauben Sie mir nur zwei Sätze bitte zum vorigen Tagesordnungspunkt. Also wenn uns die Leute hier im Livestream zuhören und zuschauen, dann werden sie wahrscheinlich glauben, dass hier heute zwei Rechnungshofberichte abgegeben wurden. Ich glaube, das ist das Ergebnis des vorigen Tagesordnungspunktes.

Aber nunmehr zu unserem jetzigen Tagesordnungspunkt - Unterstützung der burgenländischen Feuerwehren. Es freut mich, dass bezüglich der Unterstützung der Feuerwehren auf Initiative des Bündnis Liste Burgenland Schwung in diese ganze Sache gekommen ist.

Ich muss sagen, es freut mich wirklich, weil ich bin immerhin auch fast schon 39 Jahre freiwilliges Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Bad Sauerbrunn. Die burgenländischen Gemeinden sehen sich in einem immer stärkeren Ausmaß mit finanzieller Belastung konfrontiert, die aufgrund landes- und bundesgesetzlicher Regelungen auf die Gemeinden umgewälzt werden.

Ein funktionierendes Feuerwehrwesen spielt gerade im ländlichen Bereich eine große Rolle und ist überdies Grundlage für eine sinnvolle Beschäftigung für burgenländische Jugendliche. Um einerseits die burgenländischen Gemeinden finanziell zu entlasten, andererseits das Bestehen der Freiwilligen Feuerwehren im Burgenland nicht zu gefährden, bedarf es einem Bündel von Maßnahmen.

Das Feuerwehrwesen im Burgenland stützt sich im Wesentlichen auf den freiwilligen und ehrenamtlichen Einsatz seiner Mitglieder. Feuerwehren müssen zur Bekämpfung von Bränden sowie technischen und anderen Hilfsleistungen immer mehr Geld in neue Ausrüstungen investieren. Derzeit müssen Feuerwehren anders als die Rettungsorganisationen bei der Anschaffung von Fahrzeugen oder technischem Gerät Mehrwertsteuer bezahlen. Die Umsatzsteuerpflicht ist nicht nachvollziehbar, da die Finanzmittel für die Bereitstellung der neuen Ausrüstungsgegenstände von der öffentlichen Hand und zu einem Großteil von den Feuerwehren direkt selbst aufgebracht werden müssen.

Aus diesem Grund sehe ich es für einen sinnvollen Schritt, diese Mehrwertsteuer abzuschaffen. Feuerwehrmitglieder opfern viel Freizeit, um das Leben Anderer zu retten und zu schützen. Oft werden Feuerwehrmänner und -frauen während ihrer Arbeitszeit zu Einsätzen gerufen. Wir als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen schon bei den Anstellungen von Mitarbeitern in der Gemeinde darauf achten und schauen, dass sie auch bereit sind, auch im Feuerwehrwesen tätig zu sein, denn damit ist auch ein gewisser Schutz in der Gemeinde gewährleistet. Und die Gemeinde ist dafür verantwortlich.

Ein Modell zur Dienstfreistellung, der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrleute bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze ist unabdingbar und daher so schnell als möglich auszuarbeiten und umzusetzen.

Es freut mich, dass die Idee des Bündnis Liste Burgenland von den Regierungsparteien aufgenommen wurde. Wir werden daher dem Antrag unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Kollegin.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich werde mich kurz halten und nur ein paar zusätzliche Hinweise zu diesem Tagesordnungspunkt geben. In der Sache sind wir uns ja alle durchaus einig.

Allein die jetzt gerade veröffentlichten Zahlen zu den Einsätzen im Jahr 2015, nämlich 5.576 Einsätze, der Freiwilligen Feuerwehren im Burgenland, zeigen wie wichtig die Arbeit ist. Ich brauche das hier nicht näher auszuführen. Wir sind uns alle einig.

Auch wie wichtig die Jugendarbeit in der Feuerwehr ist, die Feuerwehrjugend wächst im Burgenland. Auch das ist äußerst erfreulich, gerade vor dem Hintergrund, dass viele Vereine Schwierigkeiten haben, Nachwuchs zu finden. Dieses Problem hat die Freiwillige Feuerwehr in weiten Teilen im Burgenland nicht.

Wir sind uns also einig und es scheint aber, dass es bei dem Tagesordnungspunkt darum geht, wer gewinnt das Wettrennen darum, wessen Antrag zur Abstimmung gebracht wird. Wir können in den unterschiedlichen Anträgen inhaltlich gar nicht so viel Differenz erkennen. Aber offensichtlich ist es wichtig, dass ein Antrag auf jeden Fall irgendwie umgeändert wird, damit er hier zur Abstimmung kommt.

Auf einen anderen Aspekt möchte ich noch hinweisen. Wir sind im März, wir haben uns bei den GRÜNEN schon vor vielen Jahren dazu entschieden, nicht nur den 8. März zu begehen, sondern den ganzen Monat März unter den Frauenaspekt zu stellen, sowohl gesellschaftspolitisch als auch im engeren Feld der Politik. Das wurde jetzt schon von anderen Bereichen in der burgenländischen Politik übernommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass 2015 auch „20 Jahre Frauen bei der Feuerwehr“ gefeiert wurde. Damals waren 837 Frauen im Aktivstand und 377 Mädchen Mitglied bei der Feuerwehrjugend. Es werden laufend mehr und das ist schön und das ist wichtig. Das ist nicht nur eine logische Entwicklung in unserer Gesellschaft, es ist auch äußerst sinnvoll. Gerade auch in Zeiten, wo sich Berufstätigkeit immer mehr von dem Heimatort wegentwickelt, wird jede einzelne Kraft gebraucht, die irgendwie in der Nähe ist und beim Einsatz auch hier sofort zur Stelle ist.

Was aber in dem Zusammenhang doch auch weiter zu bedenken ist, in der Feuerwehrarbeit auch in Zukunft speziell diese Frauenschiene anzusprechen, hier gezielt Frauen und junge Mädchen zu gewinnen, in die Feuerwehrarbeit einzusteigen.

Dazu wird es auch nötig sein, und wir haben ein Thema, das uns immer wieder begleitet, nicht nur in allgemeinen Grundsatzreden, sich dem Gendern, der geschlechtergerechten Sprache zu widmen, sondern auch in der Umsetzung. Ich freue mich sehr darauf, wenn ich bei den nächsten Feierlichkeiten auch einmal das Wort Feuerwehrfrau höre *(Beifall bei der Abg. Klaudia Friedl)*, oder -hauptfrau, oder -kommandantin. *(Abg. Manfred Kölly: Gibt es eh.)* Ich halte es für nicht zumutbar, dass im Feuerwehrwesen die Frauen, wenn es rein amtlich richtig und korrekt zugeht, mit männlichen Bezeichnungen angesprochen werden. Ich sehe, das Thema emotionalisiert sehr und das zeigt, dass wir einiges weiterbringen werden.

Wir werden dem Antrag natürlich zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss doch ein bisschen ausholen. Eigentlich sollte ich mit einer Trauerminute für die ÖVP beginnen, weil es ist wirklich traurig, was die ÖVP in den letzten Wochen und Tagen von sich gegeben hat. Und ein bisschen Mitleid sollte man schon haben.

Es erweckt fast den Anschein, als würde sich die ÖVP unbedingt selbst anschwärzen und aufzeigen wollen, welche Aufgaben sie nicht erledigt beziehungsweise welche Versäumnisse die ÖVP hinterlassen hat, beispielsweise den Bereich Tourismus oder auch zum Teil im Feuerwehrwesen. Es gleicht einer Selbstanzeige.

In den letzten Wochen hat man von der ÖVP nur Forderungen für mehr Geld gehört, obwohl man gleichzeitig die Landesfinanzen stark kritisiert, Herr Kollege Wolf. Mehr Geld für die Feuerwehr, mehr Geld für die Gemeinden, mehr Geld für die Bauern,

mehr Geld für den Tourismus und die Wirtschaft, so lauten die Botschaften der ÖVP. Die nächste Forderung wird wahrscheinlich sein, nicht mehr Geld, sondern noch mehr Geld.

Dort überall, wo allerdings die ÖVP zuständig war, Herr Kollege Wolf, jahrelang, dort waren Sie eben zuständig und man kann sich nur wundern, warum die ÖVP den eigenen Forderungen in den letzten Jahren nicht nachgekommen ist beziehungsweise bewerkstelligt hat. Da sieht man, welchen Stillstand die ÖVP im Burgenland produziert hat, Baustellen wohin man schaut.

Deshalb bin ich überzeugt, dass es viel leichter geht. Es muss nicht immer unbedingt mehr Geld sein, sondern weniger ÖVP tut dem Land schon sehr gut. Deshalb, liebe ÖVP, nicht Herumjammern und Lamentieren ist angesagt, sondern das Tun.

Außerdem, Herr Kollege Steindl und Ex-Landesfeuerwehrreferent, ich nehme an, auch Sie werden in der Zwischenzeit mitbekommen haben, dass das Feuerwehrbudget im Landesvoranschlag um 200.000 Euro aufgestockt wurde dank Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz. Deshalb versteht niemand die Forderung nach mehr Geld für die Feuerwehr, obwohl sie lange Zeit dafür Zeit gehabt hätten.

Eine weitere Forderung vom Kollegen Steindl ist, ich zitiere: „Viel wichtiger als das Mitspracherecht der Feuerwehrleute bei der Wahl der Bezirksfeuerwehrkommandanten wäre es, sie bei der Bestellung ihres Ortsfeuerwehrkommandanten zu fragen“, so der Ex, also nicht Experte, sondern der Ex-Landesfeuerwehrreferent. Wir werden sie nicht nur fragen, sondern die Feuerwehrleute sollen entscheiden und wählen dürfen.

Ich frage mich aber wirklich ernsthaft, was Sie von Ihrer jetzigen eigenen Forderung abgehalten hat, sie einzulösen und umzusetzen, also damals. Jetzt ist er klar, jetzt hält Sie die Regierungsbank ab, zwei, drei Meter sind inzwischen entstanden.

Also mehr Demokratie bei der Feuerwehr - nur mit uns; mehr Mitspracherecht bei der Feuerwehr - nur mit uns; mehr Geld fürs Feuerwehrwesen - nur mit uns; nur mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ist das eine Belangsendung? – Beifall bei der FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Wer seid Ihr?)*

Ich darf jetzt zum eigentlichen Punkt kommen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Feuerwehren im Burgenland Großartiges leisten und die Leistungen sind unbestritten. Die Feuerwehren sind auch aus dem gesellschaftlichen Leben in den Gemeinden nicht wegzudenken. Die Aufgaben und Herausforderungen wachsen ständig, deshalb werden auch laufend die Rahmenbedingungen für die Feuerwehren verbessert und ständig weiterentwickelt.

Ich möchte von hier aus allen ehrenamtlichen Feuerwehrfrauen und -männern meinen Dank aussprechen, die ihre Freizeit und Urlaubszeit opfern für unsere Sicherheit und unser Gemeinwohl, ja sogar ihr eigenes Leben für den Nächsten, für uns einsetzen. Kein größeres Opfer, glaube ich, kann man nicht bringen.

Trotzdem stimmt es mit Sicherheit, dass die Gemeinden große finanzielle Belastungen zu stemmen haben, was das Feuerwehrwesen anbelangt. Ich selber komme aus einer Gemeinde mit fünf Ortsteilen, wo fünf Feuerwehrhäuser stehen, wo es fünf Feuerwehrautos gibt. Ich denke aber, dass die Feuerwehr in so manchen der fünf Ortsteile während der Woche nicht einsatzfähig ist. Also muss man sich die Frage stellen, welchen Sinn es macht, diese Feuerwehrhäuser auszustatten.

Da braucht man sich kein Blatt vor den Mund zu nehmen, das sind Tatsachen, und anderswo wird es ähnlich sein. In manchen Gemeinden beziehungsweise Ortsteilen sieht man von einem Feuerwehrhaus zum anderen und es ist eines größer als das andere. Ob

das wirklich sinnhaft ist, muss man hinterfragen. Gleichzeitig muss ich anmerken, dass es hier nicht gegen die Feuerwehr oder gegen die Sicherheit geht, sondern um vernünftige Gesamtlösungen für die Zukunft, weil man sich nicht alles leisten wird können.

Es sollten die finanziellen Belastungen der Gemeinde mehr berücksichtigt werden, eben mit dem Wegfall der Mehrwertsteuer, bei Investitionen von Einsatzgeräten und Einsatzfahrzeugen oder eben ein Modell der Refundierung. Hier warten wir vergebens auf Lösungen der zuständigen ÖVP-Minister.

Die Sicherheit in Verbindung mit der Einsatzfähigkeit, weil es bringt, glaube ich, nichts, wenn die Feuerwehrhäuser alle top ausgestattet sind, aber keine Einsatzfähigkeit zustande kommt, sollte hier versucht werden, die Nachhaltigkeit abzusichern und Einsatzfähigkeit und auch Leistungsfähigkeit zu erhalten, sprich, aus Ortsteilen eine schlagkräftige Feuerwehr zu machen. Auch das hilft sparen. Ich glaube nicht, dass man hier die Automatik walten lassen sollte, sondern sich den Herausforderungen gegenüberstellen sollte, wo Handlungsbedarf gegeben ist. Natürlich sollte man nichts über das Knie brechen, aber es sollte nicht alles der Zeit überlassen werden.

Und natürlich sollte ein Modell angedacht werden zur Dienstfreistellung in der Privatwirtschaft. Hier könnten Gelder vom Katastrophenfonds des Bundes herangezogen werden, um die laufenden ausbezahlten Gehälter oder Löhne dem Arbeitgeber rückzuerstatten, wenn Großeinsätze stattfinden. Für die freiwilligen Feuerwehrleute und Mitglieder anderer Blaulichtorganisationen, die im Landesdienst beschäftigt sind, gibt es klare Richtlinien und Dienstfreistellungen.

Ich glaube, die ÖVP vermittelt momentan ein ganz schlechtes Signal an die Feuerwehren. Das Signal lautet: Die Regierung höhlt das Feuerwehrwesen aus. Zum Beispiel, es gibt nicht mehr Geld. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das stimmt ja auch.)* Ich bin hier eigentlich persönlich vom ehemaligen Landesfeuerwehrreferenten enttäuscht, weil ich habe mehr Achtung und Wertschätzung gehabt, weil es spricht sich herum, dass die ÖVP-Mandatare durch die Gegend gondeln und den Landeshauptmann-Stellvertreter schlechtmachen. Auch das zukünftige Gesetz. Ich glaube, dass es kein guter Zugang ist, dass man hier die Feuerwehr probiert madig zu machen. Also da bin ich zutiefst enttäuscht, muss ich sagen.

Wie schon erwähnt, wurde das Feuerwehrbudget 2016 um 200.000 Euro aufgestockt. Es wurden auch 175.000 Euro für die Sanierung der Landesfeuerwehrschule budgetiert, um auch die Ausbildung der Feuerwehr zu gewährleisten.

Es kommt die Novellierung des Burgenländischen Feuerwehrgesetzes und es wird eine Änderung der Ausstattungsrichtlinien kommen. Ich denke, die Novellierung des Gesetzes und die Änderung der Ausstattungsrichtlinien sind längst überfällig, um up to date zu bleiben, auch im Feuerwehrwesen. Abschließend, gerade im Feuerwehrwesen zeigt sich, dass Freiwilligkeit und Ehrenamt im Burgenland einen sehr hohen Stellenwert haben. Dies verdient Dank und Anerkennung. Die Feuerwehrleute haben sich neben der selbst erarbeiteten gesellschaftlichen Anerkennung auch die finanziellen Mittel verdient, um der Bevölkerung stets das erforderliche Maß an Sicherheit gewähren zu können. Deshalb sind auch die Hilferufe der Feuerwehrleute verständlich, die mit der Anzeigenflut von Feuerwehrfesten zusammenhängen.

Auch hier sollte die Bundesregierung reagieren. Die Feuerwehrleute lassen uns nicht im Stich, auch wir sollten sie nicht im Stich lassen. Hier geht es um gesellschaftlichen Schaden, den man gar nicht bewerten kann. Hier geht es um finanziellen Schaden, der auch der Sicherheit zu Gute kommt. Hier geht es auch um

wirtschaftlichen Schaden. Hier geht es um Zusammenhalt und kameradschaftlichen Schaden.

Ich möchte nicht wissen, was wir machen würden, wenn die Feuerwehr einmal in den Streik treten würde.

In diesem Sinne hoffe ich, dass hier vom Hohen Landtag ein positives Signal an die Feuerwehrleute draußen ergeht und alle dem Abänderungsantrag zustimmen werden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre jetzt verlockend gewesen, auf die Rede meines Vorgängers einzugehen. Ich erspare mir das und auch dem Burgenländischen Landtag, denn diese Rede hat sowieso oder das Herunterlesen der Rede hat sowieso für sich gesprochen.

Ich möchte wirklich zum Thema Feuerwehr reden und möchte damit beginnen, dass die … *(Abg. Doris Prohaska: Das ist schon sehr persönlich. Das denke ich mir. Ob wer ein Sprechstück verwendet oder nicht, hat nichts mit dem Inhalt zu tun.)* Das war nämlich, Frau Abgeordnete, das hat mit der Feuerwehr überhaupt nichts mehr zu tun gehabt. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist schon tief.)*

Die Feuerwehren des Landes werden monatlich über eine wichtige Zeitschrift informiert. Das ist „die Wehr“. Und in der letzten Ausgabe hat der Landesfeuerwehrkommandant Ing. Alois Kögl eine eindrucksvolle Bilanz gezogen. Und es wurde heute schon erwähnt. 2015 fast 40.000 Feuerleute haben bei über 5.500 Einsätzen 66.000 Einsatzstunden geleistet. Oder man kann das auch anders formulieren: Alle 90 Minuten im Jahr ein Einsatz im Dienst des Nächsten oder rund 15 - man muss sich das vorstellen - rund 15 Einsätze pro Tag, wobei und das ist das Interessante, Herr Abgeordneter, weil Sie eben kritisiert haben, dass die Feuerwehrhäuser zu gut ausgestattet sind und dass alle Feuerwehren mit Feuerwehreinsatzfahrzeugen ausgestattet sind, das hat schon deswegen seinen Sinn, weil 93 Prozent der Einsätze von der erstausrückenden Feuerwehr auch erledigt werden.

Das ist wirklich großartig, das gibt es in keinem einzigen Bundesland, das gibt es bei keiner einzigen anderen Rettungsorganisation oder Blaulichtorganisation. Daher möchte ich mich als Sprecher für die Feuerwehren bei allen über 17.000 Feuerwehrmitgliedern für diese Einsätze, für die Kameradschaft, für die tagtägliche Solidarität, die sie beweisen, ein recht herzliches Dankeschön aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Weil Sie auch von Bilanzen gesprochen haben. Ich war 15 Jahre Regierungsmitglied und für das Feuerwehrwesen im Burgenland zuständig. Und ich betone, dass wir gemeinsam in der Regierung, nicht ich alleine, sondern wir als Kollegialorgan der Regierung sehr viele Maßnahmen umgesetzt haben. Ich bin auch froh, dass ich bei vielen eine Initialzündung geben durfte.

Wir haben innerhalb der letzten 15 Jahre gemeinsam mit der Bevölkerung und mit den Feuerwehrleuten über 125 Feuerwehrhäuser im Burgenland neu gebaut. Wir haben dafür über sieben Millionen Euro an öffentlicher Subvention gewährt. Es sind insgesamt innerhalb der letzten 15 Jahre 350 Feuerwehreinsatzgeräte angeschafft worden, mit einer

Subvention von 27 Millionen. Wir haben mit Hilfe der Europäischen Union zwei große Bauten getätigt, nämlich die Sanierung der Feuerwehrschule, damit ausgebaut zu einem modernen Kompetenzzentrum für das Feuerwehr- und Katastrophenschutzwesen und wir haben um 2,7 Millionen ein neues Brandhaus gebaut, wo Feuerwehrleute vom Burgenland, aber auch von Ungarn gemeinsam zusammenarbeiten.

Wir haben die Unfallversicherung für die Feuerwehrleute, die im Dienst sind, verdoppelt. Wir haben das Eintrittsalter durch die Änderung des Feuerwehrgesetzes gemeinsam auf zehn Jahre heruntergesetzt. Es gibt, das haben Sie betont, die Freistellung im öffentlichen Bereich.

Wir sind weitergegangen. Wir haben zum Beispiel die Feuerbeschau entbürokratisiert, und es gibt jetzt klare Richtlinien, wer wofür zuständig ist. Das Feuerwehrgesetz ist natürlich des Öfteren novelliert worden. Seit 1994, seit Bestehen des Feuerwehrgesetzes, gab es insgesamt fünf Novellen. Davon in meiner Zeit drei Novellen. Also das heißt, wir haben immer etwas weiterentwickelt und das ist, glaube ich, ganz wichtig und wesentlich, weil sich sehr vieles in unserer Gesellschaft ändert.

Wir haben mit der modernen Landessicherheitszentrale die Grundlage für die Digitalisierung des Funksystems geschaffen. Ich kann noch mit einer Zahl aufwarten: Von 2001 bis 2015 sind in Summe 68 Millionen Euro an öffentlichen Geldern für das burgenländische Feuerwehrwesen zur Verfügung gestellt worden. Das war nur möglich, das sage ich auch dazu, nicht weil jetzt eine Partei oder einer sich hervorgetan hat, nein, sondern weil es in der Regierung einen breiten Konsens gegeben hat. Weil es auch - und das sage ich betont - im Burgenländischen Landtag immer unter allen Parteien einen breiten Konsens für das Feuerwehrwesen gegeben hat, und dafür sage ich als ehemaliger Landesfeuerwehrreferent ein recht herzliches Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ja, Sie haben schon Recht, hier gilt auch der Satz, wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört gut zu sein. Keine Frage. Es entwickelt sich die Technik weiter, ich kann mich noch erinnern, als ich im Jahr 1972 mit meinem Vater damals den Funklehrgang in der Feuerwehrschule gemacht habe. Da gab es noch das analoge Funksystem. Jetzt stellen wir Gott sei Dank auf die Digitalisierung um. Und das wird nicht das Ende der Technisierung sein.

Es bedeutet, wir müssen natürlich laufend das Feuerwehrwesen adaptieren. Ich finde natürlich den Entschließungsantrag des Abgeordneten Manfred Kölly und auch den Abänderungsantrag der anderen Parteien für diskussionswürdig. Ja, stimmt. Es ist wert, dass man auf die einzelnen Punkte auch eingeht. Das möchte ich machen. Keine Polemik, sondern sachlich, fachlich auf die einzelnen Punkte eingehen.

Herr Abgeordneter Manfred Kölly, das mit der Mehrwertsteuerbefreiung ist ein altes Thema. Da werden Sie mir recht geben. Das wird schon lange diskutiert. Wir haben bereits am 30. Jänner 2014 - also vor mehr als zwei Jahren - hier im Burgenländischen Landtag ebenfalls einen diesbezüglichen Entschließungsantrag in Richtung Bundesregierung abgesegnet.

Ich kann mich erinnern, ich glaube, es waren alle Parteien dafür, dass wir hier die Feuerwehren von der Mehrwertsteuer befreien. Dazu gibt es eine eindeutige Stellungnahme des Bundeskanzleramtes. Diese habe ich da. Diese hat auch sicher der Herr Landeshauptmann und auch, glaube ich, vom Finanzminister. Ich möchte wirklich sachbetont darauf eingehen.

Ich bin dafür und auch die ÖVP ist dafür und wahrscheinlich alle hier, dass wir die Feuerwehren von der Mehrwertsteuer befreien. Aber das Problem ist ein anderes. Die

Wehren sind Körperschaft öffentlichen Rechts. Die Tätigkeiten sind wie bei der Polizei hoheitliche Tätigkeiten und nicht unternehmerische Tätigkeiten und das ist der Punkt. Für diese Tätigkeiten ist daher auch keine Umsatzsteuer zu entrichten. Daher kann auch bei Einkäufen leider keine Vorsteuer abgezogen werden. Diese Regelung entspricht dem EU-Mehrwertsteuerrecht, an das sich Österreich gebunden fühlt. Aber ich bin dafür, dass wir hier Änderungen vornehmen. Und wer weiß, vielleicht ändert auch die EU auf höchster Ebene einiges. Denn es ist wirklich nicht einzusehen, wenn viele im öffentlichen Bereich als Körperschaft öffentlichen Rechts dem Nächsten dienen, dass sie bei Anschaffungen diese 20 Prozent zahlen müssen.

Es gibt aber weitere Anliegen. Es gibt Anliegen des österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes, nämlich zum Beispiel, und ich finde, diesen Anliegen sollten wir auch Rechnung tragen. Es ist zum Beispiel wichtig, dass wir den Unternehmen, den Privaten, steuerliche Anreize geben. Ich halte nichts davon, Herr Kollege, dass man zum Beispiel, also ich finde die Regelung toll, dass es im Land möglich ist, dass jemand, wenn jemand bei der Feuerwehr ist, bis zu zehn Tage freibekommt, um etwa in den Einsatz zu gehen oder sich weiter zu bilden. Das ist toll. Das ist eine tolle Regelung.

Ich weiß nicht, ob diese Regelung Eins zu Eins auf private Unternehmen übertragbar wäre. Warum? Weil dann könnte genau der Gegenteileffekt eintreten, dass nämlich weniger, immer weniger Unternehmer bereit sind, Arbeitnehmer einzustellen, oder Arbeitnehmerinnen einzustellen, die gleichzeitig bei der Feuerwehr sind. Und das kann es bitte nicht sein.

Daher gehe ich den umgekehrten Weg. Ich möchte hier positive Anreize setzen, steuerliche Anreize. Wenn jemand Feuerwehrleute beschäftigt und für wichtige Einsätze freistellt, dass es hier einen steuerlichen Anreiz für Unternehmer gibt. Keine Bestrafung, sondern eine Belohnung, wenn man den Ehrendienst im Burgenland auch über die Unternehmer fördert. Das ist unser Zugang. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ja und weitere finanzielle Mittel möchte ich auch erklären. Ich möchte das nicht polemisch abtun, weil Sie gesagt haben, die ÖVP möchte noch mehr, mehr, mehr. Wissen Sie eigentlich, wie das Feuerwehrwesen wirklich finanziert wird? Ich sage das sehr offen und ich stehe ja auch dazu, denn ich bin 15 Jahre so auch als Regierungsmitglied dafür gestanden. Aber das müssen Sie wissen, wenn Sie von der Feuerwehr schon reden.

Nämlich die Feuerwehren des Landes, die 325 Feuerwehren des Landes, werden so finanziert, dass die Feuerwehrhäuser mit einem Viertel über die Bedarfszuweisungen, einem Viertel über die Gemeinden und die anderen zwei Viertel oder umgekehrt von der Feuerwehr und von der Bevölkerung selber aufgebracht werden - Feuerwehrhäuser.

Bei den Einsatzfahrzeugen gibt es eine Drittelregelung. Ein Drittel Bedarfszuweisung, ein Drittel Gemeinden, ein Drittel Feuerwehr. Wobei das auch nicht immer stimmt.

Bei den größeren Feuerwehrgeräten wie einer Drehleiter, gibt es über den Bundeskatastrophenfonds bis zu einer 100-prozentigen Finanzierung. Das muss man schon wissen. Die Bedarfszuweisungen sind keine Landesgelder, wir verwalten sie nur. Die Bedarfszuweisungen sind ausschließlich Gemeindegelder. Die Förderungen für Feuerwehrfahrzeuge und für den Bau von Feuerwehrhäusern werden im Vorwegabzug den Feuerwehren gegeben. Das sind reine Gemeindegelder. Wenn Sie wollen, finanziert sich das Feuerwehrwesen in den 325 Feuerwehren über die Gemeinden, über die Bedarfszuweisungen, die den Gemeinden zustehen und natürlich mit Spenden aus der Bevölkerung. Da zahlt das Land nichts dazu.

Jetzt komme ich zum Landesfeuerwehrverband. Nicht zu den Feuerwehren, sondern zum Landesfeuerwehrverband. Da gibt es die Landesfeuerwehrschule, da gibt es die Ausfallsebene bei der Landessicherheitszentrale und andere Dinge, die ja auch hier getätigt werden.

Der Landesfeuerwehrverband bekommt hier ein Geld seitens des Landes und das beträgt 2,5 Millionen Euro. Und ich bin dankbar, dass es gelungen ist, dieses Geld aufzustocken. Aber da muss man wissen, dass das Land über die Feuerschutzsteuer im Jahr 2016 laut Voranschlag 1,9 Millionen Euro vom Bund bekommt.

Wenn ich das gegenrechne, dann kostet das gesamte Feuerwehrwesen, das laufende, dem Land nicht mehr als 600.000 Euro. Nur damit Sie das einmal wissen. Und ich stehe auch dazu, weil wir ja natürlich diese Gelder immer verwaltet haben.

Daher glaube ich, dass die Feuerwehren sehr effiziente Körperschaften sind. Und daher bin ich dagegen, wenn man meint, man sollte in der Organisation vieles zusammenziehen.

Ich habe das selber erlebt, ich werde die Gemeinde jetzt nicht nennen. Da habe ich vorgeschlagen, ich zahle beim Bau eines Feuerwehrhauses mehr dazu, wenn es möglich ist, dass sich zwei Feuerwehren zusammenlegen. Das geht, da brauchen wir kein Gesetz ändern. Da braucht man einen Gemeinderatsbeschluss und da braucht man nur den Beschluss der Hauptdienstbesprechung der jeweiligen Feuerwehren.

Dieses Wollen hat es gegeben. Das ist nie umgesetzt worden, weil natürlich dann die Ortsfeuerwehr in dieser kleinen Gemeinde sagt, nein, wir wollen weiter bestehen, weil es geht uns darum, dass wir die Kameradschaft ausüben. Das Feuerwehrhaus ist mehr als nur eine Zentrale, wo Feuerwehrgeräte gehortet werden, sondern wo man auch zusammenkommt, wo man diese Kameradschaft über die Altersgrenzen hinweg pflegt.

Das heißt, diese Kooperationsmöglichkeiten, Herr Kollege Kölly, die gibt es jetzt schon, Sie sind der beste Beweis in Deutschkreutz. Und daher braucht man auch hier kein Feuerwehrgesetz ändern. Es gibt zum Beispiel auch Gemeinden, die tun das. Ich sage zwei Beispiele: Tschanigraben hat sich aufgelöst, wird jetzt von Inzenhof übernommen. Oder es gibt ein zweites, es gibt mehrere Beispiele. Ich sage ein zweites Beispiel, das ist Hasendorf, ein Ortsteil von Tobaj. Die werden sich dort wahrscheinlich genauso zusammenlegen.

Es gibt bereits in fünf Feuerwehren Diskussionen, wer soll der nächste Feuerwehrkommandant oder -kommandantin werden. Da gibt es viele Menschen, die bereit sind, mitzutun. Aber niemand, der bereit ist, sich als Kommandant oder Kommandantin hinzustellen. Und daher müssen wir dem natürlich Rechnung tragen.

Jetzt noch etwas, weil Sie das so polemisch gemeint haben. Wissen Sie, das tut mir weh, wenn Sie etwas sagen, wo Sie nur herunterlesen und nicht wissen, wie das wirklich ist. Wissen Sie, dass es zum Beispiel eine Mindestausstattungsrichtlinie und Klassifizierungen der Wehren gibt?

Da gibt es eine Klassifizierung nach der Bevölkerung, nach Häusern. Dann gibt es spezielle Kriterien wie, gibt es eine Industrie, gibt es Gewerbe? Gibt es da ein Altenheim? Und danach richtet sich die Klassifizierung der Feuerwehren. Und jetzt kommt es, und das möchte ich schon sagen, auch zur Ehrenrettung der Regierung.

Wir verwalten das Geld, das wir vom Bund für die Gemeinden bekommen, sehr effizient und effektiv. Denn wenn jemand in der Mindestausstattung ein Feuerwehrhaus baut, oder ein Feuerwehrauto kauft, dann bekommt er nur die Ausstattung, die in der

Richtlinie vorgesehen ist. Und wenn jemand ein goldenes Lenkrad will oder zusätzlich irgendetwas, dann muss er für dieses Geld selber aufkommen.

Wissen Sie, was das Problem ist? Ich verrate Ihnen ein Geheimnis. Ich war ja selber Bürgermeister. Ja, das Problem des Bürgermeisters ist halt, reden wir sehr offen, dass sie sehr oft unter Druck kommen, weil halt die Feuerwehr mehr möchte, als in der Mindestausstattung vorgesehen ist.

Daher noch einmal, man braucht kein Feuerwehrgesetz ändern, man braucht sich nur an die Richtlinien halten. Ich habe mit dem Landesfeuerwehrkommandanten gesprochen, der hat gemeint, es gibt bereits eine Expertengruppe, die diese Richtlinie wieder überarbeitet. Sie sehen, das ist permanent im Fluss, da kann man permanent neue Ideen einbringen. Das tun wir auch und das ist ja unsere Aufgabe als Abgeordnete.

Zur demokratischen Mitbestimmung der Ortsfeuerwehrkommandanten: Ja, wir haben zum Beispiel gemeinsam, Herr Landeshauptmann, den Landesfeuerwehr-kommandanten Kögl bereits auf fünf Jahre bestellt gehabt. Und es gibt eine Wiederbestellung. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Da gibt es ein Gesetz.)* Nein, das braucht in keinem Gesetz stehen. Wir haben das gemacht.

Und ich bin dafür … *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)* Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wir haben das gemacht. Wir haben den Kögl auf fünf Jahre bestellt und daher gibt … *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Er aber nicht. Sie haben das unterschrieben.)* Wir haben das gemeinsam, weil Sie sagen, ich habe das unterschrieben.

Na selbstverständlich, aber ich habe das immer mit dem Landeshauptmann genau abgestimmt. Das kann er bestätigen, und daher haben wir den auf fünf Jahre bestellt. Also kein Problem. Wo ist das Problem? Da brauche ich gar nichts ändern. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.)*

Warten Sie einmal. Lassen Sie mir das einmal erklären. *(Zwiegespräch des Abg. Mag. Thomas Steiner mit Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.)* Ich bin dafür, dass wir eine Befristung eingehen, von mir aus bei den Bezirksfeuerwehrkommandanten, man kann über die Abschnittsfeuerwehrkommandanten noch reden, über den ganzen Landesfeuerwehrstab und auch den Landesfeuerwehrkommandanten. Das tun wir ja auch.

Wo ich ein Problem habe, ist wo anders, nämlich bei den Ortsfeuerwehrkommandanten und ich möchte das begründen. Die Begründung liegt darin, dass wir vermehrt die Diskussionen in den Gemeinden haben, wer übernimmt die Feuerwehr in der Gemeinde.

Es werden sich immer weniger Menschen finden, die diese Funktion übernehmen. Und jetzt sollten wir noch etwas befristen auch noch dazu, dann ist die Hürde noch größer und ich glaube, das ist nicht notwendig.

Was wir aber ändern sollten, ist etwas anderes. Ich wäre dafür, dass die Feuerwehren mehr Mitbestimmungsrecht bekommen, wenn der Ortsfeuerwehrkommandant bestimmt wird.

Wie schaut es im Feuerwehrgesetz aus, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter? Das muss man ändern, da bin ich dafür. Nämlich derzeit ist es so, dass die Feuerwehren in der Hauptdienstbesprechung meistens in einer geheimen Wahl jemanden bestimmen, vorschlagen, und das dann dem Bürgermeister vortragen.

Wenn der Bürgermeister ja sagt, gibt er das dem Bezirksfeuerwehrkommandanten und der Bezirksfeuerwehrkommandant ernennt nach § 19 Abs. 2 Feuerwehrgesetz den Feuerwehrkommandant oder die Feuerwehr-kommandantin. Das hat immer funktioniert, bis auf zweimal. Da könnte natürlich politische Willkür dahinter sein. Ich sage jetzt keine Namen, Sie wissen die alle. Und das glaube ich, sollten wir vermeiden. Denn wenn die Politik in die Feuerwehr getragen wird, dann hört sich das Ehrenamt letztendlich auf.

Da bin ich dafür, Herr Kollege Tschürtz, dass wir Folgendes machen, dass wir nämlich das Gleiche, in der gleichen Quantität und Qualität, das Mitbestimmungsrecht der Feuerwehren haben, wie beim Bürgermeister. Das gibt es ja schon auf Landesebene auch.

Wenn zum Beispiel der Landesdirektor des ORF bestimmt wird, wenn der Landespolizeidirektor bestimmt wird, hat ja nicht nur der Bund, sondern auch der Landeshauptmann genauso das Mitspracherecht. Ohne Landeshauptmann geht es nicht.

Und wir sollten das auch erreichen, ohne Bürgermeister geht es nicht, weil die Feuerwehren Körperschaften öffentlichen Rechts sind und kein Verein. Aber auch ohne Feuerwehren darf es nie geben. Und das ist mein Zugang. Und wenn wir das erreichen, dann haben wir auch mehr Demokratisierung in den Feuerwehren erreicht. *(Beifall bei der ÖVP)*

So und ich komme schon zum Schluss. Ich darf daher einen Abänderungsantrag einbringen und möchte die Beschlussformel vorlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dahingehend einzusetzen, dass

- die Feuerwehren bei Anschaffung für Einsatzzwecke von der Mehrwertsteuer befreit werden;
- ein steuerliches Bonus-System für Unternehmer, die Einsatzkräfte beschäftigen und für den Einsatz (insbesondere im Fall von länger andauernden Katastrophenereignissen) freistellen, eingeführt wird.

Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert:

- die Mittel für die Feuerwehren aufzustocken;
- kostenlose Schutzimpfung (Hepatitis AB, Zecken, Tetanus) für Einsatzkräfte anzubieten und
- die Stellung der Feuerwehren beim Vorschlagsrecht für die Bestellung von Kommandanten zu verbessern.

Zum Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich eines noch deponieren, mit persönlichen Worten. Das ist mir persönlich wichtig, wenn ich schon die Möglichkeit dazu habe. Einer der das burgenländische Feuerwehrwesen auf Orts-, Abschnitts-, aber auch auf Bezirksebene sehr mitgeprägt hat, nämlich 56 Jahre lang, war mein Vater, der am Dienstag verstorben ist.

Warum sage ich das, weil er es verstanden hat, viele Menschen zu motivieren. Er hat kein Gesetz gebraucht, keine Verordnung, sondern ganz einfach immer wieder das Gespräch geführt, motiviert, Kameradschaft über die Altersgrenzen gepflegt. Ich kann mich noch erinnern, wenn jemand auch private Probleme hatte, er war nicht nur Ortsfeuerwehrkommandant, sondern auch die erste Anlaufstelle. Er hat kein

Feuerwehrgesetz gebraucht, sondern er hat sich mit voller Hingabe immer wieder für den Nächsten in Not eingesetzt.

Ein Vorbild für viele, die leider in unserer Wohlstandsgesellschaft immer weniger werden. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall – Der Abgeordnete Mag. Franz Steindl übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich darf Ihnen namens des Burgenländischen Landtages auch an dieser Stelle unser aufrichtiges Beileid zum Ableben Ihres Vaters zum Ausdruck bringen.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich darf an die erste Stelle meiner Ausführungen auch unsere Anteilnahme des SPÖ-Klubs stellen. Unser aufrichtiges Beileid.

Geschätzte Damen und Herren! Sicherheit ist nichts, was man kaufen kann, wenn man es braucht, man muss es bevorraten. So halten wir das im Feuerwehrdienst, bei den 17.000 Freiwilligen unseres Landes. Ich denke, das hat bis jetzt sehr, sehr gut funktioniert.

Heute ist Donnerstag, vor genau einer Woche hat es in Rudersdorf einen, ich möchte nicht sagen, Großeinsatz, aber doch einen größeren Einsatz gegeben. Ich musste, durfte, konnte dort als Einsatzleiter an der Rettung dieses Wohnhauses; welches da gebrannt hat, mithelfen. Bei diesem Einsatz habe ich eines gesehen, dass bei allem, was wir noch besser machen können, uns die Professionalität, die dort an den Tag gelegt worden ist, von unseren Einsatzkräften, das Zusammenwirken, das Helfen, das hier im Vordergrund gestanden ist und die tatsächliche Hilfeleistung, uns als jene, die für dieses Land Verantwortung tragen, auch sehr stolz machen kann.

Dieser Einsatz hat, wie gesagt, bei allem, was wir besser machen können und was sich immer besser machen lässt, sehr gut funktioniert. Ich bedanke mich bei diesen eingesetzten Feuerwehrmitgliedern, Frauen und Männer, sowie bei allen Feuerwehrmitgliedern unseres Heimatlandes Burgenland, die tagtäglich großartige Arbeit leisten, die alle eineinhalb Stunden in den Einsatz gehen, die fast 600.000 Stunden im Jahr 2015 im Einsatz waren. Ein herzliches Dankeschön! Das ist eine großartige Arbeit, die hier geleistet wird, danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Es ist vieles gesagt worden und fast alles ist richtig. Das mit der Feuerschutzsteuer ist natürlich auch richtig, das gibt es aber nicht erst seit 2015. Die Feuerschutzsteuer hat es auch schon die 15 Jahre davor gegeben.

Letztendlich sind das alles Mittel, die aus Steuergeldern der Bevölkerung kommen. Also ist es ohnehin unser Auftrag, diese ordentlich zu verwalten und effizient einzusetzen.

Vielleicht eines noch, die Feuerwehr ist tatsächlich hoch effizient geführt und auch aufgestellt, weil wir keine Personalkosten haben. Die Mittel für Feuerwehrhäuser und Ausrüstung sind, auch wenn es anders scheint, in unseren Ortschaften vernachlässigbar im Vergleich, im Verhältnis dazu, was hier geleistet wird und was an Output daher kommt.

Wie gesagt, natürlich kann man sagen, es hat jetzt fünf Jahre lang in der Ortschaft nicht gebrannt, wozu brauchen wir eine Feuerwehr? Das ist auch eine Grundsatzfrage, da müssen wir dann darüber diskutieren, was wollen wir uns leisten und nicht, was können wir uns leisten? Ich denke, wir sollten uns dieses Sicherheitsgefühl, das wir hier, das unsere Feuerwehrmitglieder der Bevölkerung vermitteln auch leisten und in Zukunft auch dieses Modell im Wesentlichen beibehalten.

Unsere Vorschläge liegen am Tisch. Die Mehrwertsteuerbefreiung wurde ausführlich erörtert, brauche ich nicht nochmal sagen. Ich möchte nur ein Beispiel dazu bringen. Die Feuerwehr Rudersdorf Ort ist die Feuerwehr, wo ich dort dabei bin, kauft jetzt ein Fahrzeug, ein Versorgungsfahrzeug, mit diesem Fahrzeug kann man alles führen. Sandsäcke, wenn ein Hochwasser ist, Brandeinsatzgerät, wenn man will zum Einsatzort, Inventar, Einsatzgeräte, was auch immer wozu es benötigt wird, kostet 66.000 Euro, mit der Steuer fast 80.000 Euro.

80.000 Euro für dieses Einsatzfahrzeug, da sind - eben gesagt - 13.000 Euro an Mehrwertsteuer zu bezahlen. Auf der anderen Seite gibt es Bedarfszuweisungen 26.000 Euro des Landes, das dreht sich alles ein bisschen im Kreis, und 13.500 vom Katastrophenfonds. Also hier wird, das könnte man einfacher lösen. Die Mehrwertsteuerbefreiung für die Einsatzgeräte und Einsatzfahrzeuge. Das ist ein Punkt, der erledigt gehört.

Wenn diese nicht unternehmerische Tätigkeit angesprochen worden ist, dann stimmt das ja auch nur zum Teil, weil sich die Feuerwehr natürlich auch als unternehmerische Tätigkeit, wenn sie Feste machen, selber damit der Dienstbetrieb zu finanzieren ist, finanziert also hier. Das könnte man lösen und das sollte man lösen, aber da sind wir alle einer Meinung.

Ebenso bei der Dienstfreistellung für die Feuerwehrmitglieder in der Privatwirtschaft. Das Land hat das vorbildlich zehn Tage für Einsätze und für Ausbildung, für Schulungen. Der Landeshauptmann hat das in der Regierung gemeinsam, es ist heute schon so oft gefallen, bei dieser Feuerwehrdiskussion, umgesetzt. Das ist gut so.

Bei den Großeinsätzen und wir reden hier nicht von den normalen Brandeinsätzen, wie sie sich, oder sonstigen Einsätzen in der Ortschaft, wie sie sich abspielen, sondern wirklich von großen Katastropheneinsätzen, dass hier der Arbeitgeber diese Gelder, wo er den Lohn weiter bezahlt, dann vom Katastrophenfonds des Bundes zurückbekommt. Also das wäre auch ein Vorschlag, der umsetzbar wäre.

Die Dienstfreistellung hat übrigens die Frau Innenministerin bei der damaligen Wehrpflichtbefragung versprochen. Passiert ist bekanntermaßen nichts. Also auch das sollte hier umgesetzt werden.

Zum Feuerwehrbudget, auch das wurde gesagt. Es ist gelungen, es um 200.000 Euro zu erhöhen. Das ist gut und richtig, das haben wir schon diskutiert. Ich möchte nur der Vollständigkeit halber dazusagen, dass hier die ÖVP auch dagegen gestimmt hat. Warum ist mir noch immer nicht klar, wenn man so für die Feuerwehr auftritt. Und ich denke mir, es kann ja wirklich kein vernünftiger Mensch was dagegen haben, gegen ein System, das hier ausgezeichnet funktioniert.

Langer Rede kurzer Sinn, ich bedanke mich noch einmal bei unseren Feuerwehrmitgliedern, Frauen und Männern im Burgenland. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass sich unsere Bevölkerung sicher fühlen kann.

Herzlichen Dank und wir stimmen unserem Antrag sehr, sehr gerne natürlich zu. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Werte Damen und Herren Abgeordneten! Damit man ein bisschen differenziert, zum einen möchte ich sagen, dass mein Vorgänger, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Steindl, ja selbstverständlich gute Arbeit geleistet hat.

Es wäre vermessen zu sagen, alles, was er gemacht hat, war nicht gut, sondern man weiß - und das hat man auch jetzt gesehen, auch natürlich im familiären Zusammenhang -, dass auch die Feuerwehr ihm sehr am Herzen gelegen ist und er natürlich sein Bestes versucht hat. Darüber brauchen wir gar nicht reden, und ich glaube, das wäre vermessen zu sagen, das war nicht der Fall. Da muss man schon ehrlich bleiben und am Boden bleiben.

Aber die Kritik, die der Herr Abgeordnete Steindl an den Markus Wiesler abgegeben hat, die lasse ich natürlich nicht stehen. Denn man kann nicht sagen, du liest irgendetwas vor und kennst dich eh nicht aus, das ist auch nicht gut.

Denn ich glaube auch, dass jeder Abgeordnete die Möglichkeit hat, haben soll und haben muss, auch natürlich seine Darstellung zu geben, in welchem Bereich auch immer. Und ich glaube auch, nachdem der Markus Wiesler, der Abgeordnete Wiesler, in seiner Heimatgemeinde natürlich nicht nur im Gemeinderat ist, sondern auch in Vereinen viel tätig ist und ein Fußballer ist und was weiß ich was alles.

Und in der Feuerwehr, dass man ihm schon zugestehen kann … *(Abg. Manfred Kölly: Er ist bei der Feuerwehr? – Abg. Mag. Michaela Resetar: Bei der Feuerwehr ist er nicht.)* Nein, dann ist er halt nicht bei der Feuerwehr. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist ja wurscht.)* Okay, gut, jeder, der halt nicht bei der Feuerwehr ist, ist dann aus Eurer Sicht jemand, der sich nicht auskennt. Das glaube ich aber nicht, dass das so vorteilhaft ist, wenn man das so sagt. Er hat eines gesagt und da gebe ich ihm Recht *(Abg. Manfred Kölly: Er wird sich doch selber verteidigen können.)* Was ich jetzt sage, Herr Abgeordneter Kölly, das muss aber auch mir zugestanden werden, was ich sage, das sage ich. *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Faktum ist natürlich und das muss man auch sagen, es ist aber ganz wichtig, das zu sagen, das natürlich jeder in dem Hohen Haus die Möglichkeit hat, seine Meinung darzulegen und seine Meinung kundzutun und das muss man auch.

Wenn man jetzt davon ausgeht, okay, ist das gut oder schlecht das Feuerwehrgesetz oder wie soll das gestaltet werden, dann natürlich gibt es eine Diskussionsgrundlage, wo man natürlich auch in den Parteienverhandlungen darauf trachten muss, dass man halt lösungsorientiert verhandelt.

Ich bin wirklich der vollsten Überzeugung und ich glaube wirklich und ich spüre das auch, dass die 17.000 Feuerwehrmitglieder gerne eingebunden werden, im Zuge der Novellierung des neuen Feuerwehrgesetzes. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Auch wenn vielleicht irgendjemand sagt, das gefällt mir nicht oder das war besser oder das war schlechter.

Wichtig ist, dass man halt einmal die Geschichte angeht und man in ehrlicher Weise dieses Feuerwehrgesetz novelliert, denn das Burgenland ist halt das einzige, hier gibt es das einzige Feuerwehrgesetz, wo es noch keine Wahlen gibt. Das ist nun mal so. Das gibt es überall, das gibt es in der Steiermark, das gibt es in Niederösterreich und

überall gibt es das. Und das funktioniert in der Steiermark wirklich fantastisch. Es passt alles, es haut hin.

Ich glaube sogar, auch wenn man sich zusammensetzt, dass man das wirklich auf die Reihe bringen wird. Ich bin überzeugt davon. Ich bin auch überzeugt davon, dass im Bereich der Feuerwehr Motivation besteht. Es hat dieses Jahr um 500 mehr Teilnehmer gegeben im Bereich der Landesfeuerwehrschule. Das heißt, die Leute sind motiviert.

Einen Feuerwehrkommandanten zu finden, weiß ich, dass es schwer ist. Ich glaube aber trotzdem, wenn man alle miteinbindet und wenn alle die Möglichkeit haben mitzustimmen, dass es dann leichter wird. Wo sich jedes Feuerwehrmitglied denkt, aha, ich habe auch die Möglichkeit Mitspracherecht zu haben, und daher ist es aus meiner Sicht sehr wichtig, auch das anzuführen.

Ohne polemisch zu wirken, Faktum ist auf jeden Fall, dass erstmalig jetzt das Feuerwehrbudget von 2,3 auf 2,5 Millionen Euro erhöht wurde, dass wir extra auch noch 171.000 Euro für den Feuerwehrzubau ermöglicht haben, das natürlich mit dem Koalitionspartner der SPÖ. Es ist halt einfach so, wir haben das jetzt gemacht und ob das jetzt noch mehr ist oder noch weniger ist, okay, das ist ein subjektives Empfinden eines jeden Mandatars.

Was der Markus Wiesler, der Abgeordnete Wiesler, gemeint hat, ist einfach nur dort zu sagen, wir brauchen mehr Geld im Tourismus, wir brauchen mehr Geld bei der Feuerwehr, wir brauchen mehr Geld in der Wirtschaft, wir brauchen mehr Geld für die Gemeinden, wird halt nicht gehen, weil es nicht möglich ist.

Da war die ÖVP lange genug in der Regierung, damit man auch erkennen kann und weiß, dass das nicht so möglich ist.

Zum Feuerwehrgesetz selbst noch. Also ich bin wirklich der Meinung, dass die Bestellung des Landesfeuerwehrkommandanten, Herr Abgeordneter Steindl, weil das gerade angesprochen wurde, aus meiner Sicht nicht so korrekt war. Es war nicht korrekt, denn das ist im Feuerwehrgesetz nicht vorgesehen, dass der Feuerwehrreferent mit seiner Abteilung unterschreibt und sagt, du bist fünf Jahre lang Landesfeuerwehrkommandant, weil es nicht vorgesehen ist.

Weil was im Landesfeuerwehrgesetz vorgesehen ist, ist, dass die Regierung den Landesfeuerwehrkommandanten bestellt und auch abberuft, Punkt. Mehr steht dort nicht. Das heißt, es kann nicht so sein, dass ein Feuerwehrreferent, ich würde mir das nie trauen, sagt, pass auf, ich unterschreibe dir jetzt, dass du für die nächsten 37 Jahre irgendetwas bekommst, einen Freifahrtschein, weil der auch gar nicht gültig ist. Das ist gar nicht gültig, was Sie da unterschrieben haben.

Das geht überhaupt nicht, weil jederzeit *…(Abg. Manfred Kölly: Er wurde von Rot und Schwarz bestimmt.)* Bitte? *(Abg. Manfred Kölly: Proporz.)* Was Proporz? *(Abg. Manfred Kölly: Da musst Du den Landeshauptmann fragen.)* Was heißt Proporz, es gibt keinen Regierungsbeschluss, Herr Abgeordneter Kölly. Ich sage es ja nur, weil der Herr Abgeordnete Steindl es angesprochen hat. Ich will es ja nur klarstellen. *(Abg. Manfred Kölly: Bestimmt wurde er. Der Landesfeuerwehrkommandant wurde von Rot und Schwarz bestimmt.)* Wie bitte?

Jetzt erwähne, jetzt sage ich es Euch noch einmal *(Abg. Manfred Kölly: Er wurde von Rot und Schwarz bestimmt.)* Nein! In Ordnung, gut, lassen wir das, gut, kommen wir zum nächsten Thema, das hat ohnehin keinen Sinn. *(Abg. Manfred Kölly: Das steht nirgends.)*

Faktum ist natürlich, *(Abg. Manfred Kölly: Das steht nirgends so drinnen.)* auch wenn man davon spricht von der Feuerwehr, von den Bedarfszuweisungen, da gibt es natürlich auch einen Unterschied zwischen Bedarfszuweisungen Land/Gemeinden, zwischen Bedarfszuweisungen Feuerwehr, für Feuerwehrauto. Aber das ist, dasshat der Herr Abgeordnete Steindl auch wirklich ausführlich erklärt und es verständlich erklärt und in Ordnung erklärt und das passt alles.

Faktum ist, natürlich ich bin froh, dass irgendwo jetzt eine Diskussionsbasis besteht, dass wir das Feuerwehrgesetz neu gestalten. Ich glaube auch, dass es möglich sein wird. Es gibt jetzt das neue GeoBIT wo die Möglichkeit besteht, die Einsätze zentral auch nachzuverfolgen, wo man sieht, wo ist gerade ein Einsatzfahrzeug, was ist gerade gelaufen, was ist nicht gelaufen, wo das ständig absehbar ist.

Das heißt, es kommt einiges ins Laufen, was natürlich auch von meinem Vorgänger auch schon natürlich perfekt umgesetzt wurde. Aber ich möchte mich jetzt nicht noch länger aufhalten, weil sonst dreht sich das Rad sowieso drei, vier Mal.

Ich bin davon überzeugt, dass nicht nur alle 17.000 Feuerwehrmitglieder, sondern auch die Bevölkerung froh sein wird, wenn man sich endgültig dazu aufrafft dieses Feuerwehrgesetz, wo das Burgenland das einzige Land ist, das noch keine Wahlen hat, so reformiert, dass jeder die Möglichkeit einer Mitbestimmung hat, dass jeder die Möglichkeit hat, sich auch dazu einzubringen.

Das ist einfach eine Demokratisierung des Feuerwehrgesetzes und das war schon mehr als notwendig und jetzt wird es unter der rot-blauen Regierung umgesetzt. Da bin ich sehr stolz drauf. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters, *(Zwiegespräche des Abgeordneten Manfred Kölly mit den Abgeordneten der SPÖ)* Herr Kollege Kölly, wir sind in der Abstimmung bitte.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Unterstützung der Feuerwehren ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

7. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 235) betreffend Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen im Burgenland, (Zahl 21 - 169) (Beilage 283)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 7. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 235, betreffend Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen im Burgenland, Zahl 21 - 169, Beilage 283.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsauschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen im Burgenland in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 24. 2. 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen im Burgenland unter Einbeziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordnetem Manfred Kölly als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Tag schreitet voran und wir haben über die Feuerwehr diskutiert, wo ich wirklich der Meinung bin, dass es ein ganz wichtiger Faktor ist, dass wir jetzt einen Antrag endlich einmal auf die Strecke gebracht haben, auf den Weg gebracht haben, dass sich auch der Bund Gedanken machen sollte, welche Leistungen hier wirklich vollbracht werden.

Wir haben heute genau zugehört und es ist Tatsache, dass auch in den Gemeinden massive Kritik entsteht seitens der Feuerwehr, seitens der Freiwilligkeit, nicht

nur, wer Kommandant ist. Denn Kommandant sein wird immer schwieriger, sondern welche Voraussetzungen ein Feuerwehrkommandant eigentlich hat.

Er ist genauso wie in einem Verein als Obmann gefesselt, er kann sich nicht mehr bewegen, er trägt Verantwortung. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das ist Ihr Ressort. Ich möchte nur kurz ein paar Worte… *(Allgemeine Unruhe – Abg. Edith Sack: Aber zum Tagesordnungspunkt!)* Also Ihr werdet ja mir nicht das Reden verbieten da herinnen, es gibt keine Redezeitbeschränkung, Frau Kollegin Sack.

Dann melde ich mich bei diesem Tagesordnungspunkt wieder am Schluss, ich habe ja kein Problem damit. Nur Ihr müsstet einmal Verantwortung in den eigenen Gemeinden tragen, bei der Feuerwehr und dergleichen mehr, dann könnt Ihr einmal darüber diskutieren. *(Abg. Ingrid Salamon: Du tust so, als ob alle anderen nichts arbeiten würden!)* Ich will ja woanders hin! Ich will dorthin, dass wieder eine Idee von der Bündnis Liste Burgenland kommt. Ideenbringer waren wir mit der Mehrwertsteuer, mit anderen Möglichkeiten. Er wurde wieder abgeändert, sei es wie es sei!

Im Endeffekt sollte man, wenn man Anträge einbringt, sich wirklich darüber Gedanken machen und nicht aus Jux und Tollerei das abändern, weil viele Abänderungsanträge sind wirklich nicht mehr nachvollziehbar beziehungsweise nur durch einen Beistrich ersetzt. Wenn ich mir hier den nächsten Tagesordnungspunkt anschaue - Einkommensunterschiede zwischen Männer und Frauen - und ich lese den Entschließungsantrag vor, was die Liste Burgenland eingebracht hat und dann lese ich ja vor, wie der Abänderungsantrag heißt. *(Abg. Edith Sack: Das haben wir schon alles 2012 gehabt!)*

Frau Kollegin Sack, was haben Sie gemacht in der Zwischenzeit? Warum müssen wir ständig Anträge einbringen, dass wir endlich für Ihre Frauen, für unsere Frauen, was auf die Wege bringen? Warum denn? Sie lassen sich immer nur fotografieren. Ich habe ein paar Zeitungsausschnitte da „Gleichstellung von Mann und Frau“, „SPÖ fordert“, „Zwei Männer und ganz viele Damen“, „Wir sind nur für die Damen“, „Frauen verdienen um 900 Euro zu wenig für ein ganzes Leben“. *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack)* Frau Sack, Sie sollten sich einmal andere Gedanken machen. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit!

Nicht sagen, 2012 haben Sie das schon eingebracht! Ja, stimmt, dass Sie das eingebracht haben, aber was ist inzwischen passiert, Frau Kollegin Sack, was ist inzwischen passiert? *(Abg. Edith Sack: Genug ist geschehen!)*

Nein, ich komme zum Entschließungsantrag. Wir machen uns Gedanken und wir haben nicht solche Ressourcen wie eine SPÖ, ÖVP oder FPÖ, denn wir haben keinen Klub, wo wir zig Klubsekretäre haben und zig Juristen haben und, und. Na immerhin gibt es Klubsekretäre, Klubdirektor und dergleichen mehr und Juristen in einem Klub. Wir müssen sich das selbst erarbeiten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher sage ich - Frau Präsidentin, ich glaube, ein bisschen eine Ordnung gehört auch in so einen Landtag hinein *(Allgemeine Heiterkeit – Die Präsidenten gibt das Glockenzeichen)* - noch einmal, es ist ja wirklich interessant, dass sich gerade die Frauen wegen diesem Antrag so aufregen, wo ich Ihnen gerade den Entschließungsantrag vorlesen will. Ich weiß nicht, habt Ihr den überhaupt durchgelesen? Aber nur der Klub, der Klubdirektor oder der Klubobmann hat das geändert, denn ist schon interessant, lest Euch einmal das durch, was Ihr schreibt und was wir als Antrag eingebracht haben.

Ist nichts anderes, als was wir eingebracht haben, nur Euren Schluss sage ich jetzt auch: Die Landesregierung wird aufgefordert, die genannten Initiativen im

Wirkungsbereich des Landes weiter zu führen. Dann kommt Ihr gar nicht weiter, weil seit 2012, Du richtig erkannt hast, ist Stillstand gewesen.

Wir haben Gott sei Dank die ganze Geschichte noch einmal angezündet und jetzt kommt wieder Bewegung rein. Weitere Strategien zu entwickeln, die zum Abbau der geschlechtsspezifischen vertikalen und horizontalen Segregation am burgenländischen Arbeitsmarkt beitragen. Na Bravo! Hervorragend!

Nächster Punkt: Sowie an die Bundesregierung heranzutreten, weiterhin Maßnahmen zur Beseitigung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen in der Privatwirtschaft zu setzen. Wenn Ihr Euch anschaut - super -, das Gleiche steht eigentlich im Antrag drinnen, nur ein bisschen in einer anderen Form, aber rauskommen tut das Gleiche.

Sagen Sie, Frau Kollegin Sack, 2012 haben Sie schon fest draufgedrückt, dass da etwas geschieht. Ich sage nur eines - geschehen ist nichts! *(Abg. Edith Sack: Viel ist geschehen!)* Jetzt sage ich Ihnen eine Statistik: Bruttoeinkommen von Frauen und Männern - vielleicht wissen Sie das nicht -, aber in der Zeitung sind Sie immer abgebildet für die Frauen.

Unselbständig Erwerbstätige verdienen 19.894 bei den Frauen, bei den Männern 32.564! Arbeiter und Arbeiterinnen jetzt gestaffelt: 10.887 bei den Frauen - 25.354 bei den Männern! Angestellte: 22.232 bei den Frauen, bei den Männern 43.521. Vertragsbedienstete: 28.666 - Männer 36.932.

Beamte und Beamtinnen, das ist auch interessant: Bei den Frauen 50.815 - bei den Männern 53.285! Das geht so weiter, Frau Kollegin Sack, und Sie erzählen mir, seit 2012 arbeiten Sie daran, dass Sie etwas ändern können. Die Damen in der Runde - vielleicht sollte man sich das noch einmal genauer anschauen und dann die ganzjährig Vollzeitbeschäftigten und das ist ja auch interessant - die Teilzeitbeschäftigten, da rede ich gar nicht darüber, wie traurig das Einkommen ist. Jetzt komme ich erst ins Burgenland zurück: Im Burgenland ist ja das noch tiefer, das muss man sich einmal vorstellen. Warum müssen 58.000 Leute auspendeln im Burgenland?

Keine Arbeitsplätze, kein Wohlstand mehr vorhanden und viele bleiben dann gleich außerhalb vom Burgenland, wandern ab, weil das Einkommen einfach nicht passt und sich dann hierher zu stellen von der Regierung und zu sagen, wie schön und gut als es in unserem Land ist, das ist zu wenig! Heute hat ein Kollege Abgeordneter gesagt, man hat auch auf das Südburgenland vergessen!

Dort schaut es ganz krass aus! Frau Kollegin Sack, lassen Sie sich Zahlen geben oder wissen Sie es eh? *(Abg. Edith Sack: Ich habe die Zahlen!)* Na ja, seit 2012 hast Du die Zahlen und tust nichts, na was ist denn das für ein Zustand? Das kann es ja nicht geben! Was jetzt noch dreister kommt und dann geht man in Pension, in den wohlverdienten Ruhestand heißt das. Dann wirkt sich das auf die Pension natürlich auch aus, ist das richtig oder liege ich da falsch, meine sehr geehrten Damen und Herren?

So, dann wundert man sich, wo ist der Kauf-Run in der ganzen Geschichte? Wer kann sich dann noch etwas leisten, wenn ich für eine Wohnung einen Haufen Miete zahlen muss, wenn ich sonst Abgaben Länge mal Breite habe? Dann frage ich mich, wie soll das in diesem Land weitergehen? Wie soll das weitergehen, wenn das immer ärger wird?

Dann hält Ihr uns vor, also wir sollen da nicht mit dem daherkommen, denn Sie haben 2012 schon das eingebracht. Gratuliere zu 2012 eingebracht! Gratuliere, dass Sie nichts weitergebracht haben!

Nein, tut mir Leid! Weil wir, Bündnis Liste Burgenland, sind die, die immer wieder solche Forderungen stellen und dann Bewegung in diese Sache kommt. Wenn ich vorher kritisiert worden bin, dass ich zum Punkt kommen soll, zu diesem Tagesordnungspunkt, dann ist das nichts anderes bei der Feuerwehr, dann sind das viele Seiten Anträge, die wir erarbeitet haben, ausgearbeitet haben. Das war nicht immer einfach, weil wir haben oft nicht den Zugang, wie Ihr ihn habt, und müssen das trotzdem vorbereiten.

Ihr habt Sekretäre, Sekretärinnen, Entschuldigung, Klubdirektorinnen, Klubdirektor, das haben wir nicht! Also das heißt, wir müssen vieles selbst erarbeiten. Und dann geht Ihr immer her und ändert diese Anträge ab. Ich weiß nicht, ob Ihr das auch abändert, das ist ja Euer Klubobmann mit seinem Sekretär, der hat ja drei, vier, die ihn beraten.

Wir müssen das - die GRÜNEN und unsere Seite - wir müssen das alleine erarbeiten und jetzt sage ich Euch ganz klipp und klar - und dann steht wieder einmal in den Medien: „SPÖ und FPÖ haben einen Antrag eingebracht im Landtag: Abschaffung der Mehrwertsteuer von der Feuerwehr!“ Das erscheint morgen in allen Medien, glaubt mir das! Genau so kommt es!

Weil es ist schon eine Presseaussendung in diese Richtung rausgegangen - wir haben das beschlossen für unsere Wehren, für unsere Gemeinden und dergleichen mehr. Das halte ich nicht für in Ordnung, denn Ideenbringer sind wir und ich hoffe, auch andere - auch die GRÜNEN, auch die ÖVP, auch die SPÖ und auch alle anderen. Das muss man akzeptieren und nicht sagen, weil es der gesagt hat, ist es falsch, sondern ich sage, das ist in Ordnung.

Frau Kollegin Sack, arbeiten wir daran, dass wir wirklich das schaffen, was wir, was Du gefordert hast 2012 und wo wir wieder versuchen, das Ganze zu beleben und nicht nur in den Medien zu stehen und sagen, mein Gott, wir müssen das und das machen und ein Foto - sagt tatsächlich oder zeigt uns, dass sich etwas bewegt hat in der Sache.

Wir stehen gerne bereit, dass wir helfen, wir setzen uns auch gerne zusammen, das hört Ihr immer gerne von mir. Nur Ihr müsst uns dazu einladen. Wir können Euch nicht einladen, wir haben keinen Klub, wir haben diese Möglichkeiten nicht.

Also in diesem Sinne, glaube ich, dass wir alle gemeinsam es versuchen werden, die Frauen und die Männer gleichzustellen, denn die Leistungen sind meiner Meinung nach genauso, wenn nicht oft sogar mehr von den Frauen, das muss ich auch dazusagen, die haben oft eine dreifache Belastung. Das muss man auch einmal gesagt haben. Vielleicht macht man sich einmal Gedanken und man bringt solche Anträge nicht als Abänderungsantrag ein, sondern sagt, das ist ein guter Antrag, da stimmen wir zu.

Dankeschön und wir stimmen zu! *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damen und Herren auf den Zuhörerrängen! Nun, wenn es schon gelungen ist, das Thema der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern auf die Tagesordnung einer Landtagssitzung zu bekommen, dann erlaube ich mir jetzt auch, genau zu diesem Thema zu sprechen. *(Abg. Manfred Kölly: Mich stört es nicht, wenn Ihr redet, Ihr müsst was machen! – Abg. Doris Prohaska: Jetzt hast Du gerade geredet!)*

Schauen wir uns einmal an, woran es denn liegt, dass diese Einkommensunterschiede so groß sind? Das hat zum einen mit den Berufen zu tun, in den Frauen tätig sind und in denen Männer tätig sind. Es ist nach wie vor so, dass Berufe, in denen vorwiegend Frauen tätig sind, wie zum Beispiel im Kindergartenbereich, wie zum Beispiel im Sozialbereich oder im Pflegebereich, da holen die Männer schön langsam auf. Aber es ist noch immer so, dass genau eben jene Berufe schlechter bezahlt werden, als Berufe, in denen mehrheitlich Männer tätig sind.

Das ist einmal ein Grund und deswegen ist das bereits ein Hinweis auf sehr klare, politisch weiterführende Aktivitäten. Wir müssen schauen, dass in diesem Niedrigstbereich der Einkommen hier endlich etwas geschieht und wir weiter in die Höhe kommen. Ein zweiter Grund, warum die Schere so auseinandergeht zwischen Frauen- und Männereinkommen, ist die längere Absenz von Frauen aus dem Erwerbsleben.

Das heißt, das Eine ist, dass Frauen, wenn sie längere Zeit aus dem Erwerbsleben ausscheiden, in dieser Zeit weniger Einkommen haben. Das wäre jetzt vielleicht noch nicht so schlimm und deswegen ist das auch für manche jetzt nicht gleich akut so ein Problem. Was aber dann schwierig ist, ist sicher das, was hier an Jahren liegengeblieben ist, sich nicht mehr einholen lässt. Sowohl im Einkommen, weil man halt manche Gehaltssprünge nicht so mitmacht, als auch dann in den Pensionszeiten und in den Pensionseinzahlungen.

Das heißt, hier ist ein zweiter Punkt, wo dringend etwas zu geschehen ist, man muss darauf achten, dass das böse Erwachen nicht dann später bei den Pensionsbeiträgen kommt, sondern das auch ein temporäres oder teilweises Ausscheiden aus dem Erwerbsleben für Frauen und Männer, aber es sind halt jetzt mehrheitlich nur Frauen betroffen, nicht zur Folgewirkung hat, dass alle weiteren Jahre noch hinterhergehinkt werden muss.

Da können wir uns politisch durchaus etwas einfallen lassen, wie diese niedrigeren Beitragsjahre oder fehlenden Beitragsjahre durch die öffentliche Hand kompensiert werden können. Ein dritter Punkt ist, dass mehrheitlich Frauen von atypischen und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen sind, auch von Teilzeitanstellungen, die die Frauen nicht unbedingt haben wollen, weil sie oft kein Recht haben, dann auf Vollzeit zu gehen, wo es ihnen aber wichtig wäre.

Wir sehen, dass Frauen unabhängig von ihrem Qualifikationsniveau durchaus stärker von atypischer Beschäftigung betroffen sind als Männer, und das führt wiederum zu höheren Einkommensunterschieden. Das heißt, auch hier haben wir politisch einiges zu tun, dass wir geordnete Arbeitsverhältnisse, ein geordnetes Erwerbsleben quer durch die Berufslaufbahn legen.

Wir haben im Burgenland ein großes Problem, dass es wenig Arbeitsplätze für Frauen mit höheren Abschlüssen gibt. Wir haben weniger Akademikerinnen im Burgenland schlichtweg, weil es hier die Auswahl an Jobs gar nicht gibt und deswegen das Auspendeln erforderlich ist. Und da wissen wir natürlich wieder, Frauen sind noch immer mehrheitlich davon betroffen, dass sie wegen mehr Kinderbetreuungsleistungen dann die Jobs suchen, bei denen nicht noch dazu weite Anfahrtswege anfallen. Auch da haben wir einiges zu tun.

Ein nächster Punkt ist, *(Abg. Edith Sack zu Abg. Manfred Kölly der gerade den Sitzungssaal verlässt: Jetzt bleib da!)* Herr Kollege Kölly, ich bin sehr enttäuscht, dass Sie gar nicht hören wollen, *(Abg. Manfred Kölly: Ich muss wohin gehen! Entschuldigung! Ich muss auch einmal! – Heiterkeit bei den Abgeordneten)* was hier jetzt sachlich so gesprochen wird. Dass er gerade dann geht, wenn alle Frauen der Reihe nach dran sind,

sich zu Wort zu melden. Wir haben jetzt lauter Kolleginnen, die sich zu Wort melden, gerade dann geht er andere Wege. Gut, das ist seine Entscheidung.

Was auch wichtig ist, wir müssen im Burgenland quer durch die Betriebe Frauen stärken, sich selber etwas zuzutrauen. Ich kann mich noch gut erinnern, im Jahr meiner Jobtour bin ich mit vielen Frauen zusammengekommen, die hätten einen Karrieresprung machen können, die hätten mehr Verantwortung übernehmen können und dann auch mehr Geld verdienen.

Aber Frauen neigen dazu, zuerst einmal zu sagen, das kann ich noch nicht oder das kann ich nicht. Eine Sorge, die viele Männer überhaupt nicht haben. Also auch da haben wir einiges zu tun und ich glaube, da sollten Frauen und Männer daran arbeiten.

Ein weiterer Punkt, den wir hier beachten müssen, ist tatsächlich zu schauen, bei den niedrigsten Einkommen in die Höhe zu kommen. Wir müssen einen Plan entwickeln politisch, wie wir den Mindestlohn auf 1.500 Euro anheben können in nächster Zeit, mit einem nächsten Ziel, auf 1.700 zu kommen. Lohnerhöhungen müssen in erster Linie am unteren Einkommensende angesetzt werden. An den Spitzengehältern brauchen wir, glaube ich, nichts mehr zu erhöhen.

Da geht die Einkommensschere schon weit auseinander. Spitzengehälter sind tatsächlich welche, die Frauen als allerletztes bekommen. Auch eine Steuerreform, die niedrigere Einkommen vorrangig behandelt, hätte mich mehr gefreut als jene, ich habe schon das letzte Mal darauf hingewiesen, wie es jetzt der Fall ist bei der Steuerreform, bei der vergangenen, dass jene, die eh schon ein hohes Einkommen haben, auch überproportional davon profitiert haben.

Also wird es auch nötig sein, aus dem Befund heraus, dass mehr Frauen in Teilzeit gehen, aber weniger qualifizierte Berufe vorfinden, hier ganz klare Akzente zu setzen, dass es auch qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze gibt und dass auch in Führungspositionen Teilzeitarbeit möglich ist. Das ist, glaube ich, etwas, was Männer von Frauen durchaus lernen können.

Es wäre für die Gesellschaft und für die Entwicklung unserer Gesellschaft durchaus gut und richtig, wenn auch Männer in Führungspositionen immer wieder auf Teilzeitarbeitsverhältnisse reduzieren könnten, um sich mehr der Familienarbeit zu widmen. Frauen, glaube ich, können das ganz gut vormachen, dass das auch möglich ist.

Abschließend möchte ich noch auf etwas hinweisen. Ich habe heute schon in verschiedenen Zusammenhängen darauf hingewiesen. Natürlich sind wir in den Diskussionen, nicht alle, aber fast alle hier im Raum einig, dass es nötig ist, Frauen anzusprechen, auch in der Ausdrucksweise dessen wie wir hier Angebote setzen.

Der Herr Landeshauptmann hat heute schon einmal hingewiesen, dass es einen Lehrgang gibt zum zertifizierten Vereinsfunktionär, ist toll. Ich möchte darauf hinweisen, wir haben auch Vereinsfunktionärinnen im Burgenland und auch die würden gerne vielleicht zertifiziert werden. Aber wir können uns noch entwickeln und es gibt noch Luft nach oben.

Wir stimmen dem natürlich zu, was hier an Anträgen vorliegt. *(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Sack)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Rednerbeitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte hier einen Satz nicht zum Thema sagen, aber wirklich nur einen oder eineinhalb und zwar zu einem Vorredner von mir.

Wenn man bei Beruf Politiker stehen hat und jahrelang immer das Gleiche sagt, dann braucht man natürlich keinen Zettel zum Runterlesen. Nachdem das auf uns nicht zutrifft, erlaube ich auch mir hier großteils runter zu lesen. Ich werde mich bemühen, hie und da auch einmal raufzuschauen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zum Thema. Zweifelsohne gibt es in unserer Gesellschaft noch immer evidente Benachteiligungen von Frauen. Die Gründe für die bestehenden Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen sind sehr vielfältig. Beschäftigung in Niedriglohnberufen, freiwillig oder unfreiwillig gewählte Teilzeitarbeit, Probleme beim Wiedereinstieg in die Arbeitswelt nach einer Schwangerschaft, Benachteiligungen bei einer Erwerbsunterbrechung aufgrund der Betreuung eines pflegebedürftigen Familienmitgliedes und vieles mehr.

Einer der Hauptgründe der bestehenden Problematik ist zweifelsohne die Ausgestaltung der Kollektivverträge, vor allem im Zusammenhang mit den Einstufungen und Bewertungsregelungen. Zudem führen Dienstzeit- und betriebszugehörigkeitsabhängige Ansprüche oftmals zu Benachteiligungen von Frauen.

Eine Ursache dafür ist, dass die erforderliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungszeiten und Pflegetätigkeiten für nahe Angehörige in den Kollektivverträgen nicht im notwendigen Ausmaß gegeben ist. Die Kollektivvertragsverhandlungen in Österreich werden durch die Sozialpartner geführt. Deshalb kommt ihnen eine wesentliche Rolle in der Bekämpfung von Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern zu. Sie, und nur sie, können hier etwas bewegen.

Das Frauen oftmals nur in Niedriglohnberufen eine Beschäftigung finden, ist eine statistisch erwiesene Tatsache. Daher auch die immer wieder auftretenden Einkommensunterschiede in den Statistiken. Ich weise aber hier darauf hin, dass man Äpfel nicht mit Birnen vergleichen kann und daher diese Statistiken oft ein verfälschtes Bild zeigen. Dass eine Reinigungskraft weniger verdient als ein Pharmaangestellter leuchtet doch wohl jedem ein.

Der Ausbildung von Mädchen muss daher seitens der politischen und wirtschaftlichen Verantwortungsträger größeres Augenmerk geschenkt werden. Hier sind die Politik, sowie die Interessensvertretungen gefragt. Wir müssen endlich aus dem Klischee ausbrechen, Frauen müssen nicht immer Friseurin und Männer nicht immer in technischen Berufen sein.

Aber ich frage mich, wo ist hier die Bundesregierung? Was hat die Bundesregierung hier schon getan? Nichts, denn sonst würden wir heute nicht hier stehen und darüber diskutieren.

Vor ein paar Tagen war ein interessanter Artikel, ich weiß jetzt nicht, war er in einer Zeitung oder war es eine Presseaussendung, wo sich die ÖVP als Retter der Frauen hingestellt hat und gefordert hat, dass es mehr Teilzeitführungspositionen für Frauen geben soll. Ich erachte das als belustigend. Wo sind denn in der ÖVP die Frauen in den Führungspositionen? Wo sind die Frauen im Landtag? Eine Frau im Landtag, das erweckt den Anschein, als ob es sich hier nur um ein Alibi handelt, sozusagen die Quotenfrau.

Daher liebe ÖVP, geht als gutes Beispiel voran und zeigt uns, dass bei Euch das System mit Frauen in Teilzeitführungspositionen funktioniert. Dann können wir uns ernsthaft mit diesem Thema befassen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag. Michaela Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Wortmeldung.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! *(Beifall bei den GRÜNEN)* Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor kurzem hat das Frauenreferat 15 Jahre gefeiert. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ich verstehe nicht, was es zu feiern gibt. Es gibt eine hohe Frauenarbeitslosigkeit, es gibt 15 Jahre viel zu wenig Frauen in technischen Berufen und von der Chancengleichheit von Frau und Mann zu sprechen, da sind wir noch weit entfernt.

Das sind die Fakten und da gibt es auch keinen Grund zu feiern. Herr Abgeordneter Wiesler, ich weiß nicht was bei einem Feuerwehrantrag der Tourismus zu tun hat, aber in Ordnung, ich werde Sie ein bisschen aufklären, weil etwas dazu gesagt werden muss.

Gerade im Tourismus war ich Präsidentin, geschäftsführende Präsidentin und auch Präsidentin gemeinsam mit dem Landeshauptmann. In diesen elf Jahren haben wir immer positive Zahlen geschrieben. Ich wünsche mir für den neuen Landesrat für Tourismus, dass positive Zahlen geschrieben werden. *(Abg. Doris Prohaska: Was hat das mit dem Thema zu tun?)*

Ich habe ja selbst einen Betrieb in Bad Tatzmannsdorf. Ich lade Sie gerne ein, Sie können einen Monat bei mir Ferialpraktikum machen. Dann wissen Sie wenigstens, wie es im Tourismus zugeht und wie man zu den Gästen kommt. *(Beifall bei der ÖVP)* Denn Sie haben leider keine Ahnung vom Tourismus und geschweige denn von den Feuerwehren.

Laut Aussage des Frauenreferates, um wieder zurück zu kommen, ist es in den letzten 15 Jahren gelungen, landesintern 40 Prozent Frauen in Führungspositionen zu bringen. Jetzt verraten Sie mir, oder auch dem hohen Landtag, Frau Landesrätin, was war konkret Ihr Beitrag dazu und mit welchen Kompetenzen waren Sie ausgestattet? Ja, vorweg ein kleiner Hinweis, Sie haben und Sie hatten nie eine Kompetenz dazu und auch gar keine rechtlichen und politischen Möglichkeiten.

Auch von dem von der rot-blauen Partei im Vorjahr angekündigten burgenländischen Pakt für Beschäftigung, ist ja noch wirklich nichts umgesetzt. Dabei wurden arbeitspolitische Maßnahmen für die einzelnen Regionen, ja sogar für die Bezirke versprochen und die regionale Umsetzung sehe ich für meinen Bezirk nicht, aber auch nicht für das Burgenland.

Die Ankündigungsriesen Niessl und Tschürtz sollten endlich mehr Geld für sinnvolle und vor allem für nachhaltige Beschäftigungsmaßnahmen frei geben, damit die Arbeitslosigkeit eingedämmt werden kann. Oder wollen Sie tatsächlich als die schwächste Regierung aller Zeiten in die Geschichte eingehen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf auf ein paar Zahlen eingehen. Abgeordneter Kölly hat ein paar Zahlen schon genannt. Frauenarbeitslosigkeit Juli 2015: Plus 3,2 Prozent, August 2015: Plus 5,6 Prozent, September 2015: Plus 10,8 Prozent. Das kann ich so fortsetzen. Wir kommen in das Jahr 2016, Jänner: Plus 8,1 Prozent, *(Abg. Doris Prohaska: Wie viele Frauen haben Sie in Ihrem Betrieb angestellt?)* Feber: Plus 9,6 Prozent.

Mir müssen Sie nichts erklären, aber Sie müssen oder sollten den 5.254 arbeitslosen Frauen erklären, wie sie zur Arbeit kommen, aber das ist Ihnen bis heute noch fern geblieben. *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte fahren Sie fort, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Weil immer von den ÖVP dominierten Bundesländern gesprochen wird, ich gebe Ihnen eine Zahl. Vorarlberg zum Beispiel hat 380.000 Einwohner, davon zirka 190.000 Frauen. Es sind 160.000 Beschäftigte und die Arbeitslose bei Frauen ist zirka 4.500. Burgenland, 290.000 Einwohner davon 150.000 Frauen, zirka 94.000 Beschäftigte, also fast nur die Hälfte und arbeitslose Frauen mehr, 5.400.

Wie gesagt, wir haben sehr viele Ankündigungen gehört und es gibt aber auch keine einzige konkrete Verbesserung für die Situation. Weder der Anteil an Frauen an Technikberufen, noch die Frauenarbeitslosigkeit konnte gesenkt werden.

Erklären Sie nicht mir, Frau Abgeordnete, im Nachhinein wenn Sie dran kommen, warum das so arg ist, sondern erklären Sie das diesen 5.254 Frauen. Jede einzelne arbeitslose Frau ist zu viel, weil meist ein Schicksal dahinter steckt und weil es auch dringend notwendig ist, dass man diesen Frauen hilft. *(Zwischenrufe der Abg. Edith Sack)* Die beruflichen Perspektiven von Frauen sind immer noch schlechter. Frau Abgeordnete, weil Sie angesprochen haben, dass ich nur die einzige Frau bin. Ich war Aufsichtsrätin, ich hätte das jetzt gar nicht erwähnt, die Periode als Aufsichtsratsvorsitzende-Stellvertreterin wäre im Herbst ausgelaufen. Ich dachte mir, ich kann noch in geordneten Bahnen das übergeben.

In einer Nacht- und Nebelaktion ohne mein Wissen wurde ich entfernt aus diesem, es wurde eine Säuberung wieder vorgenommen *(Abg. Doris Prohaska: Säuberung?)* und surprise, surprise, es wurden zwei Männer ersetzt. *(Allgemeine Unruhe)* Der eine rein zufällig freiheitlicher Gemeinderatskandidat und der Zweite, wissen wir eh, wo er hingehört. So einfach ist das. Sie hätten sich dort bei Ihren Regierungskollegen einsetzen sollen, dass zumindest die Periode ausläuft, dann hätte man das in geordneten Bahnen übergeben können. *(Beifall bei der ÖVP)*

2014 verdienten Frauen laut Statistik 18 Prozent weniger als Männer, bezogen auf das Einkommen von Vollbeschäftigten. Zudem ist auch die Gehaltsschere von Frauen und Männern seit 2011 nur um 1,5 Prozent verringert. Ein Teil der Lücke ist natürlich dadurch zu erklären, dass Frauen oft in niedrig entlohnten Branchen und Berufen arbeiten, wie zum Beispiel im Dienstleistungssektor.

Daher bleibt nach wie vor unsere Aufforderung, Anrechnung von Karenzzeiten bei den Gehaltsvorrückungen in allen Kollektivverträgen zu verankern. Außerdem müssen wir auch die Möglichkeit schaffen, ganz flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu kreieren, beziehungsweise noch zu verbessern. In diesem Zusammenhang rede ich von den Tageseltern, vom Oma-Opa-Dienst, weil die Kommunen, die Gemeinden selbst, können mit Sicherheit nicht alles übernehmen.

Dazu brauchen wir am Samstag und Sonntag andere Kinderbetreuungsmöglichkeiten und ich glaube, das wäre mit Sicherheit ein gangbarer Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass im Burgenland jedes zweite Unternehmen von einer Frau gegründet wird. Und genau dort sind es dann auch die Frauen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. 50 Prozent der bäuerlichen

Betriebe werden von Frauen geleitet. Unsere Bauernfrauen sind mittlerweile zu Powerfrauen geworden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Gründe dafür liegen in dem selbständigen Arbeiten, eine flexible Zeiteinteilung und in dem Wunsch auch, vielleicht eigene Ideen umzusetzen. Eine starke Wirtschaft macht ein starkes Land. Und ohne starke Betriebe keine Arbeitsplätze und ohne Arbeitsplätze kein Wohlstand.

Wir seitens der ÖVP werden uns selbstverständlich dafür einsetzen, dass es unseren Betrieben gut geht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir brauchen natürlich laufend Verbesserungen. Wir brauchen Rahmenbedingungen, damit sich unsere Betriebe auch gut entfalten können. Das Land kann hier mit gutem Beispiel vorangehen. Laut Gleichbehandlungsbericht für den Zeitraum 2012 bis 2014 lag der Anteil der weiblichen Landesbediensteten bei 65 Prozent. Der Anteil der Frauen an Leitungsfunktionen aber, leider Gottes, nur bei 30 Prozent.

Um den Frauenanteil in Leitungspositionen zu heben, sollten im Landesdienst mehr Teilzeitmöglichkeiten auch für Führungskräfte ermöglicht werden. Das wäre mit Sicherheit ein konkreter und ein richtiger Schritt, um Frauen mehr Chancen zu ermöglichen.

Deshalb hat unsere Partei einen Abänderungsantrag eingebracht, gemeinsam mit den Abgeordneten der GRÜNEN.

Ich darf daher die Beschlussformel vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbindung der betroffenen Interessensvertretung und der im Landtag vertretenen Parteien umfassende Maßnahmen zu setzen, um die berufliche Besserstellung von Frauen zu erreichen.

Der Landesdienst geht mit gutem Beispiel voran, indem Leitungsfunktionen auch als Teilzeitjobs angeboten werden. Durch entsprechende Rahmenbedingungen wird im Landesdienst die Möglichkeit geschaffen, eine gewisse Anzahl der Arbeitsstunden in Form von Homeoffice oder Telearbeit zu erbringen.

Der Anteil der Mädchen und Frauen in technischen Berufen soll durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen und Anreizsysteme erhöht werden.

Die bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen werden weiter ausgebaut und es werden weitere Initiativen gesetzt, die zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen beitragen.

Dankeschön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP - Die Abgeordnete übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Bevor ich überprüfe, ob der Abänderungsantrag gehörig unterstützt ist, möchte ich Sie höflich darauf aufmerksam machen, dass Sie das Wort „Säuberung“ verwendet haben und Sie vielleicht in Zukunft bedachtsamer mit Ihrer Wortwahl umgehen müssten, zumal dieses Wort einen geschichtlichen Hintergrund hat.

Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Kollegin Resetar ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet, hat sich Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen Satz zur Frau Kollegin Resetar. Sie haben jetzt über vieles gesprochen, über Tourismus, über alles Mögliche, wenig zur Frauenpolitik, und das, was Sie gesagt haben, war nicht in Ordnung. Aber es ist klar, in der ÖVP hat Frauenpolitik noch nie eine Rolle gespielt, das sieht man ja. Sie ist im Landtag und wenn sie von der Regierung nicht hinausrekrutiert geworden wäre, dann wäre sie jetzt auch nicht im Landtag. *(Beifall bei der SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Dass Sie, und Sie denken, ein halbes Jahr, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Da haben wir eines gemeinsam.)* - ich habe ein Grundmandat -, ein halbes Jahr sind Sie jetzt im Landtag und zehn Jahre, glaube ich, waren Sie in der Regierung, aber so viele Gedanken wie Sie sich jetzt machen, haben Sie sich in diesen zehn Jahren nicht gemacht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Noch einen Satz zu den 5.000 arbeitslosen Frauen. Sie wissen, dass es uns ein großes Anliegen ist, wenn wir arbeitslose Frauen haben. Jetzt frage ich Sie eines: Wer stellt die Damen ein, wer stellt überhaupt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein? Macht das die Politik? Die Politik schafft die Rahmenbedingungen, einstellen tun die Unternehmerinnen und die Unternehmer. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so?)*

Wir sind dafür, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer Vorrang haben und Sie sagen mir bitte, wie viele Frauen, wie viele österreichische Frauen sind in Ihrem Betrieb überhaupt beschäftigt.

Herr Kölly, zu Ihnen auch, wenn wir schon dabei sind. *(Abg. Manfred Kölly: Ja! – Heiterkeit in den Reihen der ÖVP – Abg. Manfred Kölly: Ich habe geglaubt, der Landeshauptmann stellt alle ein, wie wir gerade gehört haben.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter Kölly, die Frau Kollegin Sack ist am Wort. Sie können sich bitte noch einmal melden. Herzlichen Dank.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) *(fortsetzend)*: Herr Kollege, Sie und Ihr Kollege Hutter haben beide einen Betrieb, eine Wirtschaft. Ich weiß jetzt nicht, welcher Betrieb das ist, und da würde ich gerne wissen, wie viel Frauenanteil Sie hier bei den Angestellten haben. Es würde mich auch interessieren, wir haben ja die Einkommenstransparenz, haben Sie auch Ihre Gehälter offengelegt, damit Frau und Mann gleich verdienen. *(Abg. Manfred Kölly: Bei mir schon. Ja, stell Dir vor, wir haben das schon lange.)*

Das freut mich dann, das freut mich. Ich habe keinen Betrieb, ich habe keinen Betrieb. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das wissen wir schon, weil wir uns damit beschäftigen. Herr Kollege Kölly, ich freue mich, dass Sie alle vier, fünf Jahre einen alten Antrag rauskramen, rausgraben, ihn in den Landtag einbringen, aber trotzdem bin ich Ihnen dankbar. Ich bin Ihnen dankbar, weil heute nämlich Frauenpolitik im Landtag zum Thema gemacht wird. *(Abg. Manfred Kölly: Danke!)*

Im Gegensatz zu Ihnen aber, haben wir nicht alle vier, fünf Jahre das Ohr bei den Frauen, wir haben das Ohr täglich bei den Frauen. Bei den Anliegen unserer burgenländischen Frauen. Wir bemühen uns sehr, Maßnahmen zu setzen, wir bemühen uns sehr, Strategien zu entwickeln, um Hemmnisse zu beseitigen für die Frauen am Arbeitsmarkt, für die Frauen, damit sie einer Berufstätigkeit nachgehen können. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemühen wir uns sehr, die Hemmnisse zu beseitigen, die hier entgegenstehen.

Wir haben am 8. März weltweit den Internationalen Frauentag begangen, auch im Burgenland hat es viele Veranstaltungen gegeben. Wir SPÖ-Frauen waren bei vielen Veranstaltungen, haben dort auch unsere Forderungen rausgebracht, haben die Leute angehört und wir haben auch einen Live-Chat initiiert. Thema war natürlich unter vielen anderen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und natürlich die Einkommensgerechtigkeit.

Das ist, da gebe ich Ihnen Recht, eine jahrzehntelange Forderung von uns Sozialdemokratinnen. Es ist auch traurig, dass wir im 21. Jahrhundert diese Forderung noch immer aktuell stellen müssen. Da gebe ich Ihnen recht.

Aber, Sie wissen genau, dass ich das nicht alleine machen kann und die Frau Landesrätin auch nicht. Weil wir da viele, viele andere Dinge brauchen. *(Abg. Ing. Strommer: Wer macht Frauenpolitik? Wer ist Frauenministerin im Bund? – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)* Höre mir zu, es gibt ja Gründe, das ist eine Milchmädchen-Rechnung, die Sie da aufstellen, Herr Kollege Strommer.

Im Burgenland verdienen die Frauen 21,8 Prozent weniger als Männer.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Frau Kollegin Sack, ich habe geläutet, ich bin am Wort.

Herr Kollege Strommer, ich bitte den Lärmpegel zu mäßigen. Die Kollegin möge fortfahren.

Bitte Frau Kollegin Sack.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) *(fortsetzend)*: Danke. Österreichweit sind es 22,4 Prozent, und jetzt hören Sie mir bitte zu. Es gibt viele Gründe dafür, warum das so ist, dass wir diese Einkommensgerechtigkeit nicht haben, dass die Frauen weniger verdienen als Männer.

Zum einen ist das eine hohe Teilzeitquote bei Frauen, zum anderen ist das die Arbeit in Niedriglohnbranchen. Es sind auch Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Oftmals ist das auch eine schlechtere Ausbildung von älteren Frauen im Gegensatz zu den Männern und es sind aber auch die tradierten Rollenmuster.

Sieht man von all diesen Gründen einmal ab, bleibt trotz allem noch ein Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern, der rein auf das Geschlecht bezogen ist. Dafür kenne auch ich keinen Grund. Ich glaube, unsere Frau Landesrätin nicht und auch die Frau Bundesministerin nicht. Da muss uns vielleicht die Wirtschaft eine Antwort geben.

Seit mittlerweile sechs Jahrzehnten ist der Grundsatz des gleichen Entgeltes für gleichwertige Arbeit rechtlich verankert, und dennoch ist er heute noch ein Prinzip ohne Praxis. Es gibt - wie gesagt - viele, viele Gründe.

Zum einen ist es auch so, das haben wir heute schon gehört von der Kollegin Petrik, die Kollegin Stampfel Karin hat uns das gesagt, dass traditionelle Frauenberufe ein Teil sind, etwa, weil Berufe in Erziehung, Betreuung und Pflege historisch unterbewertet werden. Alle Studien belegen, dass diese typisch weiblichen Berufe niedriger entlohnt werden als die Männerberufe.

Das Einfallstor für die Diskriminierung liegt also eindeutig in der Bewertung von Arbeit. Das ist historisch gesehen jedoch keine Erfolgsgarantie, das habe ich jetzt auch irgendwo gelesen, für Frauen, wenn diese in die Männerdomäne einsteigen oder diese erobern, dass dann auch wirklich diese Berufe so weiter anerkannt sind. Die Typisierung

von Berufen als männlich oder weiblich kann nämlich wechseln, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Herr Kollege Friedl.

Früher war der Sekretär zum Beispiel männlich. Es war ein angesehener und ein gut entlohnter Beruf. Dann wurde dieser Beruf zur Frauendomäne und war automatisch weniger angesehen. Ähnlich verhält es sich mit dem Beruf des Grundschullehrers. Wir wissen, früher in den Ortschaften, der Volksschullehrer, das war wer. Heute gibt es viele Volksschullehrerinnen, in Ordnung, ist das halt auch ein Beruf, wo sich viele Frauen beschäftigen.

Wir kennen aber auch den umgekehrten Fall. Das war zum Beispiel bei den Programmiererinnen. Das galt zu Anfang als wenig anspruchsvolle Frauenarbeit, erst als die Männer diese Branche erobert und in Anspruch genommen haben, stieg dieser Beruf im Ansehen. Das ist also auch ein gesellschaftliches Problem.

Zum anderen aber sind Frauen auch aufgrund der mehrheitlichen Übernahme familiärer Betreuungspflichten Verliererinnen am Arbeitsmarkt. Momentan ist es in Österreich noch so, dass diese Verantwortung rein der Familie und somit auch zum allergrößten Teil der Frau zugeschrieben wird.

Während sich das Vorhandensein von Kindern im Haushalt statistisch gesehen kaum auf den Erwerbsverlauf der Männer auswirkt, unterbrechen Frauen mit Kindern mehrere Jahre ihre Berufstätigkeit und kehren anschließend sehr oft auch in Teilzeit zurück. 90 Prozent der weiblichen Beschäftigungszunahmen finden heute in Teilzeit statt. Das hat natürlich dramatische Auswirkungen. Das hat dramatische Auswirkungen zum einen auf die Pensionshöhe und zum anderen natürlich auch auf den privaten Konsum, den aber die Gesellschaft braucht.

Nahezu die Hälfte aller berufstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit, bei Männern sind es nur elf Prozent. Doch, dass so viele Frauen Teilzeit arbeiten, liegt nicht nur an der ökonomischen Entwicklung allein. Frauen sind heute Bildungsgewinnerinnen und eigentlich sind die Frauen wirklich gut für den Arbeitsmarkt gerüstet, aber sie können das nicht in harte Euro umsetzen, Frauenkarrieren stehen und fallen oft mit der Familiengründung.

Obwohl wir in diesem Bereich wirklich sehr viel Bewusstseinsbildung machen, sind andere Länder schon viel weiter als wir. Schweiz, Schweden und so weiter. Warum ist das so? Zum Beispiel gehen in Österreich noch immer wenige Männer in Karenz. Nur 8,4 Prozent der Männer nehmen sich Auszeit vom Job, um sich der Betreuung und der Erziehung von Kindern zu widmen.

Daher, meine sehr geschätzten Damen und Herren, muss es ein wichtiger Ansatzpunkt sein, in der Arbeitswelt und in den einzelnen Unternehmen eine Kultur zu entwickeln, die Männer ermutigt, Care-Aufgaben zu übernehmen. In den skandinavischen Ländern ist das ganz selbstverständlich. Bei uns muss diese Kultur aber leider noch wachsen.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, unser Ziel war und ist, dass Frauen die Möglichkeit haben, Beruf und Familie zu vereinbaren. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Es hat sich bereits einiges zum Positiven verändert. Frauen sind immer mehr am Arbeitsmarkt vertreten. Zwischen 2008 und 2013 hat die Beschäftigung von Frauen im Burgenland überproportional zugenommen: 11,1 Prozent. Österreichweit waren es 5,4 Prozent. Der Frauenanteil hat sich im Land von 38 auf 43 Prozent gehoben. In Leitungsfunktionen wurde der Frauenanteil von 19 auf 31,4 Prozent angehoben. Und so

muss es natürlich kontinuierlich weitergehen. Das hat uns auch der Herr Landeshauptmann versprochen, wie wir das letzte Mal den Landesbericht besprochen haben. *(Abg. Manfred Kölly: Hat er es eh gemacht?)* Er tut es. Er hat es ja schon gemacht - um 30 Prozent.

Wir wissen auch, dass nicht alle Frauen Teilzeit arbeiten möchten. Daher finde ich es auch sehr sinnvoll, dass endlich die Informationspflicht in den Betrieben in Kraft tritt - ab 1.1. 2016 gibt es diese. Die Informationspflicht haben wir SPÖ-Frauen schon seit geraumer Zeit gefordert. Mit dieser Maßnahme müssen die Unternehmen die Teilzeitbeschäftigten informieren, bevor eine Vollzeitarbeit frei wird und sie ausgeschrieben wird. Das soll vor allem den Frauen helfen, die nicht Teilzeit arbeiten, sondern gerne ihre Stunden aufstocken möchten.

Wir Frauen werden natürlich weiterhin bewusst machen, dass, wenn man weniger arbeitet, man auch weniger verdient. Dass man auch in Folge weniger Pension bekommt und dass man dann auch oft in der Pension armutsgefährdet wird.

Es wurden gute Gesetze umgesetzt, weil der Herr Kölly gesagt hat, da ist überhaupt noch nichts getan worden, und ich werde Ihnen beweisen, dass da schon einiges getan wurde. Das habe ich auch schon.

Es wurden gute Gesetze umgesetzt, wo die Betriebe die Gehälter offenlegen müssen. Es müssen bei den Stellenausschreibungen die Höhe der Gehälter angegeben werden. Die Kindererziehungszeiten sind jetzt beim letzten Pensionsgipfel verbessert worden. Ebenfalls positiv zu bewerten ist die Erhöhung des Richtsatzes - aber da brauchen wir immer den Bund - für Alleinstehende auf 1.000 Euro. Bisher haben sie - glaube ich - 883 bekommen. Das gilt aber nur für jene, die 30 Jahre Erwerbsarbeit geleistet haben. Hier werden vor allem auch Frauen, die wegen geringer Entlohnung oder Teilzeit nur geringe Pensionsansprüche aufweisen, für ihre lange Erwerbstätigkeit belohnt.

Wir haben noch die lebenslange Durchrechnung bei den Pensionszeiten; dies betrifft auch vor allem Frauen besonders hart. Frauen, die sich Auszeiten für Kindererziehung genommen haben oder nehmen und Frauen, die Teilzeit arbeiten. Vor allem trifft es aber jene Frauen, die heute 50 Jahre und älter sind und diese Einkommensverluste noch in der Gewissheit hinnahmen, dass für die Berechnung der Pension die besten 15 Jahre ihres Erwerbslebens herangezogen werden.

Nun ist die Sachlage eine völlig andere. Den betroffenen Frauen fehlt die Zeit. Den betroffenen Frauen fehlt auch die Möglichkeit, ihre Pensionsdefizite wett zu machen. ExpertInnen sprechen sogar davon, dass hier eine betrogene Generation vorherrscht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es muss alles getan werden, um diese Einkommensschere zu schließen. Viele notwendige Maßnahmen habe ich schon genannt.

Einige möchte ich noch nennen, die auf verschiedenen Ebenen notwendig sind. Angefangen vom Ausbau der Kinderbetreuung. Bei den Kleinen sind wir top, aber am meisten zu Lasten der Frauen geht bei uns die Halbtagsschule. Daher bin ich ganz klar für die Einführung der verschränkten Ganztagsschule auch als notwendige Maßnahme im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit. Es wäre eine Verbesserung für die Kinder und es wäre auch eine Verbesserung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In diesem Bereich ersuche ich die ÖVP im Sinne der Familien, der Burgenländerinnen und Burgenländer, der Österreicherinnen und Österreicher mit uns an einem Strang zu ziehen.

Weiters brauchen wir mehr Väter in Karenz. Wir brauchen den Papa-Monat in der Privatwirtschaft. Im öffentlichen Dienst gibt es ihn bereits. Wir brauchen mehr Frauen … *(Abg. Manfred Kölly: Setzen wir uns zusammen!)* Jetzt hören Sie mir zu, damit Sie die

Gründe wissen, Herr Kölly! Übermorgen kommen Sie wieder mit dem Antrag her und sagen, da ist nichts geschehen. *(Abg. Manfred Kölly: Den Antrag haben wir schon eingebracht.)* Hören Sie zu - ganz einfach! Wir brauchen mehr Frauenförderung, verknüpft mit einer Quotenregelung in der Privatwirtschaft und notwendig ist auch - und das habe ich vorhin erwähnt -, den Wert typischer Frauenberufe finanziell anzuerkennen.

Außerdem soll durch Arbeit Armut vermieden werden. Daher fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.700 Euro für Vollzeitarbeit, weil gerade Frauen *(Abg. Manfred Kölly: Das habe ich eh gesagt.)* - das habe ich nicht gehört, gar keine Ideen habe ich gehört -, weil gerade Frauen von einem viel größeren Ausmaß von niedrigerem Einkommen betroffen sind als Männer. Es wäre natürlich der Mindestlohn ein weiterer Schritt zur Schließung der Einkommensschere.

Was auch ganz wichtig ist, gilt jetzt für die Männer - nicht nur bezahlte, sondern auch die unbezahlte Arbeit, was Betreuungsarbeit, Versorgungsarbeit, Hausarbeit *(Abg. Manfred Kölly: Ich zahle meiner Frau das zuhause.)* und so weiter muss fair zwischen Mann und Frau aufgeteilt werden. Das ist auch ein Grund, warum viele Frauen Teilzeit arbeiten gehen.

Vor allem ist es wichtig, dass die Wirtschaft hier mit uns an einem Strang zieht. Elternteilzeit zum Beispiel gibt es nur in Betrieben ab 20 Beschäftigte, das muss auch in kleinen Betrieben Thema sein. Es darf nicht sein, dass nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer flexibel sein müssen. Es muss auch die Wirtschaft flexibler werden und Arbeitszeiten anbieten, die familienfreundlicher sind. Ich denke, das muss der Weg sein, um ein wirklich gutes Miteinander der Geschlechter für die Zukunft auch möglich zu machen.

Wir werden uns natürlich weiterhin bemühen und alles, was in unserer Hand liegt tun, um die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern voranzutreiben und werden in diesem Sinne natürlich dem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie wir anhand der Vielfalt in den Diskussionsbeiträgen jetzt festhalten konnten, ist Frauenpolitik ein sehr schwieriges, aber zumindest auch ein sehr dankbares Thema, weil mit dem Verweis, dass vieles erreicht wurde - gleichzeitig mit der Aussicht, dass noch mehr zu schaffen sein wird -, ist eigentlich auch schon gesagt worden, wo wir uns derzeit befinden.

Frau Kollegin Sack, ich möchte nur eines auf diese Notwendigkeit der sogenannten Lohnschere in der auseinanderklaffenden Form festhalten. Wieso haben es Länder, wie zum Beispiel Slowenien, das die niedrigste Lohnschere in der Ausführung zwischen Männer und Frauen hat, wieso haben es Länder, die quasi qualifiziert unter unserem Bruttoinlandsprodukt geschafft, dieses Lohnniveau zu schließen, oder fast zu schließen und wir noch immer im sogenannten Gender Pay Ranking an vorletzter Stelle insgesamt rangieren?

Das ist eine Situation, die jemanden, der jetzt festhält, wir haben einiges erreicht, aber so eindringlich ins Auge springt, dass die Differenz zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit für jede Frau, für jede, die berufstätig ist, oder in Pension ist, in der Ursache dessen, was sie jetzt in der Pension erzielt an Einkommen, bedenklich stimmt.

Tatsache ist, dass wir in der Auseinandersetzung in Slowenien 2,9 Prozent, in Malta 4,5 Prozent Gender Pay Gap haben und wenn nur ein Land, nämlich Estland, über uns im Europavergleich liegt, nur Estland über Österreich liegt, *(Abg. Manfred Kölly: Die überholen uns noch.)* nämlich mit 28,3 Prozent, dann finde ich die Situation wirklich bedenklich. Bedenklich in der Auseinandersetzung, dass über die letzten Jahre vieles wirklich gewährleistet wurde, was sich manche überhaupt nicht gedacht haben.

Es ist auch klar, dass die Auseinandersetzung einen gesellschaftlichen Wandel in der Bewusstseinsbildung notwendig gemacht hat. Vor Jahren war es eindringlich, niemanden zu erklären, dass die Frauenförderung berechtigt ist. Vieles wurde einfach nur hingenommen im Sinne der Abhängigkeiten. Dieses Durchsetzungsvermögen haben sich die Frauen auch wirklich erarbeitet, und dafür ist ihnen Respekt zu zollen.

Aber im Grunde genommen noch eines auf die Arbeitssituation oder auf den Arbeitsplatz bezogen: Natürlich sind im öffentlichen Sektor die Voraussetzungen zur Gleichstellung ganz anders geboten, als in der freien Wirtschaft. Diese Auseinandersetzung öffentliches Geschehen versus der freien Wirtschaft ist natürlicherweise auch nicht mit den Einschränkungen zu setzen, wir müssen erreichen, dass jetzt durch einen Einkommensbericht klar und deutlich gemacht wird, wo die Unterschiede und wie sie gegeben sind. Es wird in Großbetrieben ein Umdenken geben, aber es wird in der freien, kleineren Wirtschaft diese Situation wahrscheinlich nicht eintreten, dass über die Veröffentlichung, jetzt ist es - glaube ich - eine hohe Zahl an Dienstnehmern, die der Ausgangspunkt dieser Veröffentlichung sein müssen, anzunehmen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Einkommensunterschiede, die ich genannt habe, sind natürlicherweise ein Gebot, dass sie beseitigt werden müssen. Es geht auch darum, wie auch meine Vorrednerin angeführt hat, dass Frauen im österreichischen Arbeitsmarkt noch immer mehr als benachteiligt werden. Es sind insgesamt 74,3 Prozent der Frauen zwischen 25 und 49 Jahren mit Kindern, die in Österreich Teilzeit arbeiten. Das ist wahrlich eine Situation, die man nicht als Gott gegeben annehmen muss, die auch nicht in der Regel nur gewollt wird von den Frauen, damit sie der Kinderversorgung nachkommen können. Dieses Problem hat sich - glaube ich - gesellschaftlich durchaus jetzt inzwischen soweit gemausert, dass das Prinzip des Miteinanders und der gleichzeitigen Aufteilung von Aufgaben auch gewährleistet ist.

Aber tatsächlich wird noch immer ganz klar und deutlich der Frauenarbeit nicht die entsprechende Wertschätzung gewährleistet. Wenn ich zum Beispiel erst diese Woche die Festhaltung in den Zeitungen lesen musste, dass Oberwart im Zusammenhang mit der Triumph-Schließung in der Vermittlung der Frauen - ungefähr zehn von 200 in der Vermittlung - erst stattgefunden haben, dann wissen wir, dass auch das entsprechende Anbot nicht vorhanden ist und dass die Überlegung, hier eine Sozialstiftung zu machen, mehr als angebracht wäre, ohne darüber nachzudenken, weil auf der anderen Seite die Versprechung vor Ort knapp vor der Schließung auch gewährleistet wurde.

Daher sollte hier die Umsetzung auch erfolgen und die entsprechenden Maßnahmen auch stattfinden, damit Frauenbeschäftigung nicht angesprochen, sondern auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, dass Frauenpolitik ein Bohren harter Bretter ist. Daher würde ich meinen, dass vieles, was sich im Laufe der nächsten Jahre ergeben wird, die vollste Unterstützung - auch der Männerwelt - haben sollte. Tatsache ist, dass der Bewusstseinsprozess, glaube ich, mehr als eingesetzt hat, aber er ist weit entfernt davon, als abgeschlossen betrachtet zu werden.

Wir sollten im Speziellen beim Leistungsvermögen, auch in Bezug auf die Alterung, danach trachten, dass dieses 2028 erreichte Ziel der sogenannten kleinen Schraubendrehungen bei der Alterspension nicht dahingehend ausschlaggebend sein wird, dass Frauen eigentlich mehr als unter der Armutsgrenze leben werden müssen. Weil das haben sie sich nicht verdient. Auch im Speziellen bei der Anrechnung der sogenannten Kindererziehungszeiten und anderer Gegebenheiten, die jetzt dann in die Abrechnung hineinfließen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frauen - ich habe es das letzte Mal schon gesagt - gehören eigentlich nicht nur gefördert, sondern sie sind der wesentlichste Bestandteil unserer Gesellschaft. Daher gebührt ihnen auch die entsprechende Unterstützung. Dankeschön! *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächste Rednerin von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Herzlichen Dank. Wenn ich jetzt mit einer sehr freudigen Nachricht beginne, dann muss ich sagen, Sie dürfen mir dann applaudieren. Soeben habe ich hereinbekommen - als die erste Agrarlandesrätin dieses Landes, ich habe es geschafft: Die Rodungsbescheide sind aufgehoben. Auch da braucht es eine Frau. *(Beifall bei der SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Zwischenruf des Abg. Walter Temmel)*

Danke Herr Abgeordneter Temmel, dass Sie mich auch loben. Ich werde das in die Annalen eingehen lassen. Entschuldigen Sie, wenn ich das jetzt auch zum Frauenthema sagen durfte - ich habe es gerade reinbekommen -, an dieser Stelle sagen durfte, weil das auch zeigt, dass Frauen unglaublich wie Männer Gutes leisten können und immer für die Menschen bemüht sind. Und daher möchte ich mich bei allen Vorrednerinnen und beim Vorredner herzlich bedanken. *(Abg. Manfred Kölly: Für den Antrag bedanken.)*

Ich möchte, lieber Herr Abgeordnete, genau das wollte ich sagen. Sie hätten mich gar nicht erinnern müssen. Ich bedanke mich dafür, dass heute dieses Thema im Landtag ist. Herzlichen Dank bei allen die dazu beigetragen haben. *(Abg. Manfred Kölly: Gerne.)*

Und ganz klare Worte an die Frau Kollegin Petrik. Ja, ganz klar, ich stehe absolut zu jedem Wort das sie gesagt hat. Was mir immer wieder nur weh tut ist und Sie, Frau Abgeordnete, haben das auch klar formuliert, Teilzeit, teilen der Zeit, auch für Kinderbetreuung, auch für alle anderen teilen. Das ist genau der Punkt.

Die Frau Abgeordnete Sack hat aber auch dazu sagen müssen, dass halt auch vier von zehn Frauen nicht Teilzeit haben wollen, unfreiwillig in Teilzeit sind, was sich natürlich auch auf die Einkommensunterschiede niederschlägt. Da kann man schon dann sagen, okay, alle haben Schuld, nur die Wirtschaft nicht.

Aber meine Damen und Herren! Wenn die Unternehmer dieses Landes, nicht alle, ich kann vielen gratulieren und bitte sie auch immer vor den Vorhang, lieber Teilzeitbeschäftigte nehmen als Vollzeitbeschäftigte, weil sie noch immer davon ausgehen, dass das einfacher ist die hin- und herzustellen, flexibler zu halten und mit 20 Stunden 30 Stunden zu arbeiten und zehn nicht ausbezahlt zu bekommen als Überstunden, dann haben wir wirklich ein Problem.

Dann brauchen wir die Wirtschaft. Die Wirtschaft die genauso wie das Land wirklich Vorbild ist und vorzeigt was sich gehört. Dass man mit Frauen so nicht umgeht. Und es ist ein Thema und das werden wir natürlich auch in den nächsten Jahren immer wieder,

immer wieder betonen müssen. Wenn die Wirtschaft lieber Teilzeitbeschäftigte hat, dann ist das nicht in Ordnung.

Die Frau Kollegin Stampfel hat klar hingewiesen, man muss früh genug beginnen. Es ist ganz, ganz wichtig, dass jeder einzelne weiß, es beginnt, und jede einzelne, es beginnt mit einer anderen Berufsorientierung. Und daher sind, der Herr Abgeordnete Steier hat das ja gesagt, vom Gendern beginnend bis hin zur geschlechtersensiblen Pädagogik ist es wichtig, dass wir alle auch die im Landtag sind, in der Politik arbeiten, dass wir immer wieder darauf hinweisen dass es wichtig ist, dass Berufsorientierung beides zulässt. Die Mädchen raus aus der Puppenecke und die Burschen genauso hinein und umgetauscht. Das kann nicht sein, dass man aufgrund seines Geschlechtes nicht gefördert wird, nämlich indem was man wirklich kann. Da sind wir alle gefordert. Das braucht noch die Zeit, aber wir tun sehr vieles und machen sehr vieles. Ich denke, da sind wir uns auch einig.

Frau Kollegin Resetar, ich möchte… *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nicht mehr Kollegin.)* doch, ich weiß was sich gehört. Ich weiß was sich gehört. Und das Sie die Seiten jetzt absolut gewechselt haben - und dafür sind Sie für mich noch immer eine Kollegin.

Aber, dass Sie die Seiten gewechselt haben und vollkommen jenseits einer normalen Ausdrucksweise, einer normalen Kritikfähigkeit nur mehr - nicht nur Sie allein - sondern die ganze Fraktion, nur mehr Eines vor hat, alles was bisher war seit 1921 schlechtzureden. *(Abg. Walter Temmel: 21?)*

Seit 1921 ist das Burgenland jetzt Gott sei Dank bei Österreich und ich habe den Eindruck, Sie nehmen die letzten Jahrzehnte und sagen alles war schlecht, obwohl Sie in vielen dieser Jahrzehnte auch in der Regierung waren *(Abg. Walter Temmel: Wer sagt denn das?)* und in eine Frontalopposition gegangen sind.

Sie sagen seit in der Früh, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Er hat es auf den Punkt gebracht.)* dann klatschen die Kollegen, Frau Kollegin Resetar, na wenn Sie dann sagen, naja, ist ja echt ein Wahnsinn und Sie nehmen das Wort „Säuberung“ noch in den Mund, ich will gar nicht sagen, dass Sie sagen 15 Jahre Frauenreferat war nichts. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Hohe Arbeitslosigkeit.)*

Es ist schade um die Worte. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Hohe Frauenarbeitslosigkeit.)* Wissen Sie was ich sehr froh bin, Frau Kollegin, dass Sie wahrscheinlich die einzige sind, die nicht daran glaubt, dass das Frauenreferat nicht Erfolge erzielt hat. Ich bin froh, dass ich das nicht einmal verteidigen muss weil es sinnlos ist, weil die ÖVP sich zurücklehnt und sagt, wir kritisieren nur, wir tun nichts mehr, wir sagen nur, alles ist schlecht. *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe selber Frauen angestellt.)*

Nur weil wir noch immer beleidigt sind, weil Ihr nicht in der Regierung steht. Und liebe Frau Kollegin! *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe Frauen angestellt zuhause.)* Du hast, liebe Frau Kollegin, Du hast noch nicht…*(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe Frauen angestellt, in meinem Betrieb, jeder soll das machen. – Allgemeine Unruhe)*

Wenn man heute… *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP)* Passt schon, ich bedanke mich für alle Debatten weil das wichtig ist, dass man auch zu diesem Thema einfach debattiert.

Ich möchte nur abschließend sagen, es braucht vieles, die Frau Abgeordnete Sack hat sehr, sehr lange, aber auch die Kolleginnen vorher und der Kollege einige Maßnahmen aufgezählt die in die Zukunft zeigen. Das Land ist Vorbild. Es braucht eine

frühere Berufsorientierung. Es braucht vor allem eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit die bezahlt wird, aber auch der Arbeit die nichtbezahlt wird. *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Kinderbetreuung am Wochenende.)*

Ja, richtig, auch für die Wochenenden Betreuungseinrichtungen, flexible Betreuungseinrichtungen. Ich habe einiges in diesem Bereich vor. Ich bin überzeugt, dass alle anderen das auch wollen. Es braucht vor allem auch ein Papa-Monat auf Bundesregierungsebene, damit die Männer endlich auch das dürfen was sie wollen, nämlich abgesichert auch ihre Kinder gerade in den ersten Wochen zu begleiten. Und ich bedanke mich bei allen die genau das sagen was es braucht, nämlich einen Mindestlohn von 1.700,00 Euro.

Es braucht eine starke Gewerkschaft die das durchsetzt gegen eine viel zu starke Wirtschaft die sich nur ausredet und über die Arbeitslosigkeit zwar redet aber nichts tut und lieber den billigen Ausländer und die billige Teilzeitkraft anstellt. Das kann es nicht sein. Da gehört der Wirtschaft unter die Arme gegriffen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Letzter Satz meinerseits zu diesem Punkt. Meine Damen und Herren! Bitte reden Sie sich auch nicht aus, die da für die Wirtschaft als Wirtschaftslobbyisten im Landtag sitzen. Es kann nicht sein, wenn Sie heute die hohe Arbeitslosigkeit aufzählen, gleichzeitig die Wirtschaft lieber die billigen Teilzeit- und ausländischen Kräfte nimmt.

Und zum Zweiten, Sie können leider, und das muss ich Ihnen zum Vorwurf machen, auch nicht die Arbeitslosenquote offensichtlich ein bisschen auf die höchste Beschäftigung im Burgenland umlegen.

Wenn man heute von hoher Arbeitslosigkeit spricht, jede Arbeitslose und jeder Arbeitslose ist arm, das wollen wir nicht. Aber das wir die höchste Beschäftigungsquote bei Frauen und bei Männern und dass wir deswegen auch natürlich logisch, dann wieder solche Arbeitslosenzahlen haben, ist aber auch klar und hängt zusammen. Aber bitte denken Sie einmal nach.

Aber noch einmal, alle sind sich einig, Frauen sind gleich viel wert wie Männer, dann machen Sie in der Wirtschaft endlich einmal etwas dagegen. Gehen Sie morgen hinaus, setzen Sie um was Sie heute gesagt haben.

Danke für den Punkt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft.

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Herr Landesrat, wir kommen zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt ein Abänderungsantrag vor von der Frau Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar.

Ich lasse daher zuerst über den von der Frau Mag. Michaela Resetar eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Frau Berichterstatterin und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Beseitigung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 248) betreffend der Verwendung von regionalen Produkten in Landeseinrichtungen beziehungsweise landesnahen Betrieben (Zahl 21 - 173) (Beilage 284)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 248, betreffend der Verwendung von regionalen Produkten in Landeseinrichtungen beziehungsweise landesnahen Betrieben, Zahl 21 - 173, Beilage 284.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Landtagsabgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 248, betreffend der Verwendung von regionalen Produkten in Landeseinrichtungen beziehungsweise landesnahen Betrieben, in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend der Verwendung von regionalen Produkten in Landeseinrichtungen beziehungsweise landesnahen Betrieben unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Änderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Der zu Wort gemeldete Landtagsabgeordnete Hutter hat seinen Redebeitrag zurückgezogen, daher erteile ich als erstem Redner dem Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ja, ein Antrag in unserem Sinne, allerdings eher der ursprüngliche Antrag. Der Abgeänderte ist halt dann wieder, wir tun so weiter wie bisher, genau das wollen wir eigentlich nicht.

Eigentlich ein recht sonderbares Demokratieverständnis, wenn eigentlich praktisch jede, mit wenigen Ausnahmen, Anträge der Opposition umgedreht werden, teilweise sogar ins Lächerliche gezogen werden. Eigentlich unverständlich und ein unwürdiges Schauspiel. Zum Antrag selber: Die Bevorzugung von regionalen und biologischen Produkten ist den GRÜNEN schon lange ein Anliegen. Ist für uns eigentlich eine ganz logische Folge, wenn man den Klimawandel berücksichtigen will, wenn man auch den regionalen Betrieben ein Geschäft zukommen lassen will.

Wir wissen, dass gerade in der Landwirtschaft die Betriebe gerade die letzten zwei, drei Jahre immer weniger verdienen. Hier wäre es wichtig so vorzugehen, dass man eben die regionalen Betriebe bevorzugt.

Leider passiert sehr oft genau das Gegenteil, Beispiel Berufsschule, Koch- Kellner-Ausbildung. Hier wird ganz massiv gespart. Gespart wird auch bei den nötigen Ausgaben wo Lebensmittel eingekauft werden, damit gekocht werden kann. Wenn auch da dann es notwendig ist für die Schule zu den Billigstprodukten zu greifen, funktioniert das Ganze natürlich sehr schlecht.

Bei vielen Lebensmitteln gebe ich schon zu, ist es nicht so einfach. Fleisch ist zum Beispiel biologisch und regional oft sehr viel teurer. Aber es gibt ja auch Produkte, wo man das einmal schrittweise beginnen könnte. Bei Getreide zum Beispiel ist der Unterschied nicht so groß und da würden die finanziellen Auswirkungen nicht so massiv sein.

Wobei mir auch wichtig ist anlässlich dieses Antrages zu sagen, dass regional ein bisschen ein anderes Verständnis, zumindest für mich oder für uns hat, als es oft in diesem Haus gesehen wird. Für mich ist ein Produkt aus der Steiermark, möglicherweise zum Beispiel für den Bezirk Oberwart oder auch für das Südburgenland, regionaler als eines aus dem Seewinkel.

Wenn ein Produkt aus Ungarn auch möglicherweise regionaler ist als ein Produkt aus Oberösterreich. Ein Eingrenzen auf das Burgenland ist kleinlich, kurzsichtig und eigentlich altvatrisch.

Auch bei der Gelegenheit sei darauf hingewiesen das es etwas deplatziert und eigenartig ist wenn man bei anderen Produkten, ich denke da im Bereich des Baues, auf der Baumesse in Oberwart steht als Landeshauptmann, er ist jetzt leider nicht da, dort sind viele Aussteller aus der Steiermark, aus Niederösterreich, anderen Bundesländern, sowie teilweise aus Ungarn und dort spricht man dann davon, dass wir „burgenländisch“ bauen wollen.

Es ist natürlich legitim ein bisschen ein Auge darauf zu werfen, aber man kann das Ganze auch übertreiben. Deswegen Regionalität, keine Frage weil es wichtig ist für unsere Region, weil es wichtig ist für Naturschutz und Klimaschutz. Weil die Transportwege kürzer sind, weil wir hier massiv verbesserte CO_2 beziehungsweise Treibhausgasausstöße haben.

Deswegen ist der ursprüngliche Antrag sehr zu begrüßen. Den Abänderungsantrag, wie gesagt, den wollen wir eigentlich nicht, weil, wir wollen nicht, dass wir so weiter machen wie bisher, sondern etwas ändern. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist von der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Burgenländische Landtag bekennt sich nicht erst heute zur Verwendung von regionalen Produkten. Land und Gemeinden haben hier Vorbildfunktionen wahrzunehmen.

Das Thema Regionalität ist durchaus kein neues, aber ein Thema, das uns täglich und zwar in den verschiedensten Formen trifft. Regionalität ist zwar sehr eng mit der Landwirtschaft verbunden, trotzdem ist es notwendig, die Gesamtsicht zu beleuchten.

Aus unserer Sicht ist eine verstärkte Regionalität ein Gebot der Stunde und klares Bekenntnis zum Standort Burgenland. Gerade auf dem Lebensmittelsektor kann das Burgenland auf eine Vielfalt und hohe Qualität der Produkte unserer heimischen Landwirte zurückgreifen. Viele unabhängige Studien und auch die tägliche Praxis belegen, dass Nähe und Frische im Kaufverhalten der Konsumenten an erster Stelle stehen.

Durch den Kauf und die Verwendung regionaler Produkte wird die heimische Wirtschaft gestärkt und die regionale Wertschöpfung erhöht, Arbeitsplätze werden gesichert und durch die Produktion von Lebensmitteln vor Ort werden auch die Verkehrswege kurz gehalten und damit auch die Umweltbelastung deutlich reduziert. Der deutliche Mehrwert sowohl für Produzenten als auch Konsumenten liegt somit auf der Hand. Die Stärkung der regionalen Lebensmittelversorgung bedarf allerdings auch einer starken Partnerschaft, sowohl im Bereich des Tourismus, des Handels und der Politik.

Es war und ist uns daher auch weiterhin ein großes Anliegen, dass regionale Produkte, nicht zuletzt auf Grund ihrer hohen Qualität, ein fixer Bestandteil auf den Speisekarten der Gastronomie, in den Regalen des Handels und selbstverständlich auch in Landeseinrichtungen und landesnahen Betrieben, Spitälern, Gemeinden, zum Beispiel in der Seniorenbetreuung, Essen auf Rädern, Mittagsverpflegung in Schulen und so weiter ein Signal zur Stärkung der Regionalität setzen und eine Vorbildfunktion einnehmen.

Außerdem sichert der Konsum regionaler Produkte die heimische Landwirtschaft und damit tausende Arbeitsplätze. Wir werden daher auch in Zukunft im Landes- und landesnahen Bereich auf regionale Produkte setzen.

Meine Fraktion wird daher diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Landtagsantrag meiner Fraktion, wo ich mich schon jetzt bedanke bei den Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsparteien, dass sie heute unseren Abänderungsantrag, den ich im Anschluss an meine Rede einbringen werde, auch unterstützen, zielt einzig und allein darauf ab, zu zeigen und auch deutlich zu sagen, wer eine kleinstrukturierte und von Familien geprägte Landwirtschaft möchte, der muss schlussendlich auch als Land eine Vorbildfunktion einnehmen.

Wir können uns nicht freuen und über Markenprodukte reden, die im kleinsten Bereich dann bei der einen oder anderen Veranstaltung eines Bauernmarktes oder bei Genussveranstaltungen präsentiert werden, aber dann, wenn es um die Massen geht, wie beispielsweise diese Produkte in landesnahen Unternehmungen in den Küchen zu

verwenden, dass wir dann gleichzeitig sagen, ja da geht es um eine schlichte Kostenrechnung, da muss man haushalten und dann spielt das Thema Regionalität weniger Rolle. Ich glaube, das ist der falsche Weg - hier könnte sich der Burgenländische Landtag ganz klar positionieren und ich danke den Kolleginnen und Kollegen, die hier mit unserem Abänderungsantrag konform gehen und uns unterstützen.

Vieles hat der Konsument in der Hand und wir wissen ja, dass die Produktion in kleinstrukturierten Betrieben ein viel höherer Aufwand heißt, ein viel höherer Einsatz von Arbeitsstunden heißt, aber auch natürlich eine Spezialisierung.

Und genau darauf sind wir stolz und ich möchte den Kollegen Spitzmüller auch darauf hinweisen, Sie haben gesagt, man muss auch ein wenig über den Tellerrand hinaussehen, da haben Sie vollkommen recht.

Ich finde, ein tolles Beispiel ist ja, dass die südburgenländischen Bezirke die Möglichkeit haben, ihr Kernöl auch mit der Marke „Steirisches Kernöl“ zu verkaufen, obwohl es im Burgenland produziert wird und hier eben nutzen, den Startvorteil, den die Steirer durch ihr Markenbewusstsein und durch ihre Energie, die sie auf diesem Sektor bereits eingesetzt haben, mit zu nutzen.

Also das man auch hier sagt, es gibt ja auch positive Beispiele. Und für mich ist es ganz deutlich und klar, das Land Burgenland muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte sehr sachlich und ohne Polemik zwei Punkte ansprechen, die mich heute sehr in Rage versetzt haben und ich möchte sie auch erklären, damit das nicht im Raum stehen bleibt. Die Frau Landesrätin Dunst hat heute die Kollegin Resetar gemaßregelt und gemeint, sie solle doch gefälligst geschlechtergerecht formulieren, wenn sie die Ansprache „Frau Landesrat“ verwendet hat und nicht „Frau Landesrätin“.

Es gab eine Initiative und auf die möchte ich heute bewusst darauf hinweisen von der Kollegin Petrik, die gemeint hat, man könnte doch seitens der weiblichen Abgeordneten dieses Hauses einen Antrag einbringen, um geschlechtergerechtes Formulieren wieder in Erinnerung zu rufen. Hier gibt es auch eine Richtlinie, die der Burgenländische Landtag und die Landesregierung bereits angenommen haben, die aber nur zögerlich und nicht in ihrem vollen Umfang umgesetzt wurde.

Diese Initiative von der GRÜNEN Kollegin Petrik erging an alle weiblichen Abgeordneten dieses Hauses. Die Kollegin Resetar hat mich dann informiert, dass sie dieses Anliegen unterstützen wird. Ich habe dann in einem Gespräch mit der Kollegin Petrik erfahren, dass auch andere dieses Anliegen unterstützen werden und plötzlich gab es aber eine Stopptaste.

Die Stopptaste wurde deshalb gedrückt, weil die Abgeordnetenkolleginnen der FPÖ gesagt haben, sie möchten das auf diese Art und Weise nicht unterstützen und das findet meinen vollsten Respekt.

Das ist auch so, wenn ich etwas persönlich nicht unterstützen möchte und ich habe einen anderen Standpunkt, dann darf ich auch dazu nicht genötigt werden, nur weil ich derselben Gruppe innerhalb dieses Parlamentes angehöre.

Was mich dann aber schon erschüttert hat ist, dass auch die Abgeordneten der SPÖ gesagt haben, sie unterstützen das nicht, obwohl sie meines Wissens bereits ihre Zusage getätigt haben. In diesem Wissen, dass das die letzten zwei Tage hier so geschehen ist, stellt sich dann die Frau Landesrätin Dunst hin und maßregelt die Abgeordnete Resetar. Also wenn mir da nicht der Kragen platzen darf, dann weiß ich

nicht, wieviel Unglaubwürdigkeit man sonst noch an den Tag legen kann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Im Übrigen wurden heute mehrere Mandatare darauf hingewiesen, sie mögen doch bitte in ihrer Wortwahl achtgeben. Da bin ich ganz ihrer Meinung, ich bin vielleicht auch nicht das beste Beispiel, *(Abg. Ingrid Salamon: Genau.)* Kollege Steier hat hier mehrfach seine Erfahrungen mit meiner Mandatarstätigkeit in diesem Haus gemacht, auch wir waren nicht immer einer Meinung.

Aber das kann schon sein, das man das eine oder andere Mal zurückgepfiffen werden muss und man darauf hingewiesen werden muss, dass es so nicht funktioniert. Was mir aber nicht gefällt ist, wenn das immer einseitig passiert, wenn man immer nur die Probleme und die Verfehlungen der anderen sieht. Gerade vorher war so ein Beispiel. Die Frau Landesrätin Dunst sagt, sie hat es erreicht, dass die Rodungsbescheide aufgehoben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist verwerflich und gefährlich, wenn ein Mitglied der Exekutive behauptet, dass eine Entscheidung der Judikative durch ihre Aktivität, durch ihre vielleicht sogar Beeinflussung erreicht wurde.

Ich möchte auch hier ersuchen, dass man dann genauso aufpasst, was man sagt, weil Populismus hat seine Grenzen und wenn man die Gewaltenteilung dieses Landes nicht mehr akzeptiert oder in Frage stellt, dann sind wir schon sehr weit gekommen. Und ich fordere die Kollegin Dunst auf, das klar zu stellen, auch hier dem Hohen Haus gegenüber. *(Beifall bei der ÖVP und des Abgeordneten Gerhard Steier.)*

In diesem Sinne bedanke ich mich für die gemeinsame Initiative eines Abänderungsantrages bei den Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Walter Temmel, Mag.a Regina Petrik, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly und Gerhard Hutter, Kollegin und Kollegen und darf, da dieser Antrag allen Fraktionen des Hauses bekannt ist, mich auf die Verlesung der Beschlussformel begrenzen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei Landeseinrichtungen beziehungsweise landesnahen Einrichtungen dafür einzusetzen, dass

- Speisepläne für Patienten, Mitarbeiter, Schüler, Studenten, et cetera verstärkt auf regionale, saisonale und biologische Lebensmittel abgestimmt werden;
- beim Einkauf von Lebensmittel bewusst darauf geachtet wird, dass die Produkte von regionalen Betrieben bezogen werden beziehungsweise vorwiegend aus regionaler Erzeugung stammen;
- entsprechende Ausschreibungen in erster Linie nach Qualitätskriterien wie Regionalität und Frische erfolgen und
- mit dieser Maßnahme die Bewusstseinsbildung für die Verwendung regionaler Lebensmittel verstärkt wird.

Ich danke und bitte um Ihre Unterstützung für unser gemeinsames Anliegen. *(Beifall bei der ÖVP und des Abgeordneten Gerhard Steier. – Der Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen.

Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute den Antrag Verwendung von regionalen Produkten in landeseigenen Einrichtungen sowie in Betrieben.

Ich möchte hier die Entwicklung Revue passieren lassen und sage grundsätzlich, wenn wir uns nur in unseren Kommunen im Burgenland die Kaufhäuser, die Nahversorger anschauen und wir 1997 von 171 Gemeinden nur drei Gemeinden gehabt haben, die kein Kaufhaus gehabt haben, sprich zirka 1.000 Einwohner dieser drei Gemeinden. Wenn man das heute betrachtet, sind es derzeit 120 Gemeinden, die kein eigenes Kaufhaus mehr haben.

In Summe gesehen betrifft das zirka über 40.000 Burgenländerinnen und Burgenländer in diesen 20 Gemeinden. Kein Lebensmittelgeschäft in der eigenen Gemeinde, in der eigenen Ortschaft zu haben, ist natürlich in dieser Entwicklung auch bedenklich.

Wenn man die Zeiger der Uhr zurückdreht in die 60er, 70er Jahre und ich nehme hier meine Gemeinde Olbendorf her, mit 1.500 Einwohner, 300 Nebenwohnsitze, zu dieser Zeit hatten wir drei Greißler, drei Kaufhäuser. Dazu muss man sagen, dass ein Teil, ein großer Teil der Lebensmittel sogar in den Betrieben beziehungsweise in der Landwirtschaft zu Hause erzeugt wurde, ob das Fleisch war, durch Schweine, Hühner und Hasen - ob es Gemüse war, bis hin, das Brot gebacken wurde.

Und trotzdem fanden wir - die Greißler - ihr Einkommen und konnten auch davon leben. In der Zwischenzeit, in unserer Gemeinde, sperrten alle drei Kaufhäuser zu - oder mussten zusperren und wir konnten es wiederum schaffen, dass wir in unserer Gemeinde, in anderen Gemeinden, in den letzten Jahren es doch wiederum geschafft haben, hier auch Nahversorger, Lebensmittelgeschäfte anzusiedeln.

Natürlich, auf der einen Seite, seitens der Politik mit Fördermaßnahmen aber auf was ich hinzielen möchte ist ganz einfach, dass wir auch ehrlich mit dieser Sache umgehen. Und ich glaube, wir sind hier auf vielen Ebenen ganz einfach gefordert, hier in der Politik unsere Arbeit zu machen, auf regionaler Ebene, natürlich auf kommunaler Ebene und natürlich bis hin zur Europäischen Union.

Wenn ich in unserer Gemeinde eine Umfrage machen würde und würde fragen, wie viele von der Bevölkerung, wie viele Menschen brauchen einen Nahversorger, so bin ich überzeugt, dass hier sicherlich 80, 90, 95 Prozent sagen würden, ja wir möchten einen Nahversorger haben, wir brauchen einen Nahversorger.

Aber nur zu sagen, wir brauchen einen, das ist natürlich zu wenig. Wir müssen auch hingehen und wir müssen auch einkaufen. Und ich glaube auch, wir sind gefordert, gerade auf kommunaler Ebene hier vorbildlich zu sein.

Wenn ich - und das mit Stolz - sage, dass unser Kaufhaus derzeit sehr gut funktioniert, in Anspruch genommen wird, und auch davon leben kann, so haben wir eine Vorbildwirkung. Wir als Kommune, dass wir sämtliche, von der Kinderkrippe über den Kindergarten über die schulische Nachmittagsbetreuung, natürlich das Kaufhaus in Anspruch nehmen und diese Produkte dort kaufen, auch bis hin Produkte, die hier die gesunde Jause betrifft.

Dieses Kaufhaus wird beliefert von regionalen Betrieben bis hin zu landwirtschaftlichen Betrieben, Biobetrieben und so finde ich es sehr wichtig, dass wir hier auch Regionalität nicht nur sprechen, sondern Regionalität in dieser Form auch leben. Und ich bin überzeugt, dass es genau in unserem Land natürlich ein sehr ein tolles Land, dass wir hier qualitativ gute regionale Produkte haben, Bioprodukte haben, die wir natürlich in dieser Form auch bewerben müssen und sollen. Ich bin auch überzeugt, dass wir in dieser Form auch weiter diese Produkte bewerben und dass sie sich auch durchsetzen werden. Ich danke in dieser Form und werde natürlich diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag ist eigentlich in der Gesamtbreite mehr als zum Selbstverständnis unseres Bundeslandes ein wertvoller Beitrag. Regionalität ist mehr oder weniger die Überlebensstrategie des Bundeslandes und bedeutet, dass in dem Zusammenhang Wertschöpfung vor Ort, geliefert vom Ort, die beste Voraussetzung für eine lebensgerechte Gestaltung jetzt von landwirtschaftlich Aktiven, aber auch von denen, die als Konsumenten auftreten.

Ich darf in dem Zusammenhang etwas zitieren, das mir, glaube ich, hier in dieser Ausführung auch am meisten dem entspricht, was ich umsetzen möchte. Konfuzius meinte: Sage mir und ich vergesse es, zeige es mir und ich erinnere mich, lasse es mich tun und ich behalte es.

Behalten jetzt im doppelten Wortsinne. Wenn der Konsument darauf aufmerksam gemacht wird, dass er eigentlich eine unmittelbare Kette ohne Einschränkungen erlebt, was nämlich lebensechte Genussmittel ohne konventionelle Produktionsweise sind, dann wird er auch in privater Form darauf zurückgreifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir behandeln hier einen Antrag, der im Jahre 2013 schon von fünf Parteien als Entschließungsantrag im Nationalrat behandelt wurde und auch einstimmig beschlossen wurde. Er ist quasi der Wegweiser dieser Antragstellung im Zusammenhang für öffentliche Einrichtungen, die beim Einkauf zur Produktion an diesen regionalen Produkten des Biolandbaus und der Umsetzung auch als Vorbilder gelten sollten.

Das Argument, das eigentlich schlagend schon in der Beschlussfassung auch 2013 im österreichischen Nationalrat war, 2,9 Millionen Österreicherinnen und Österreicher verpflegen sich täglich außer Haus und 1,9 Millionen davon in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegungen, in Schulen, in Betriebskantinen, in Krankenhäusern, in Kindergärten, Pensionistenheimen, Justizanstalten, Kasernen und so weiter.

Wichtig ist, dass quasi in der Umsetzung dieses Anspruches verstärkt auch umwelt- und gesundheitspolitische Aspekte berücksichtigt werden. Sie sind auch in dem Zusammenhang klimaschonende Aspekte, weil es kurze Transportwege und damit eigentlich auch die Anspruchsberechtigung was Frische anlangt, Saisonalität anlangt, Regionalität betrifft, und damit die besten Voraussetzungen für eine Vorbildwirkung, auch was die Konsumenten anlangt, die sich auch daran halten sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber die Gelegenheit wahrnehmen und alles was im Zusammenhang mit Wertschöpfung, mit Arbeitsplätzen und der Gesamtschau der Gegebenheiten auf Regionalität bisher auch von meinen

Vorrednern gesagt wurde, im Zusammenhang mit einer Gegebenheit jetzt rücken, die, ich sage mehr als bedenklich ist.

Ich erinnere daran, dass wir schon vor Jahren im Zusammenhang mit dem Bundesheer, und zwar in den einzelnen Kasernen, die Situation gehabt haben, dass plötzlich von Ministeriumseite her die Einschaltung der Bundesbeschaffungsagentur gesetzt wurde und damit eine Gesamtbeschaffung für einen bestimmten Bereich, oder für eine bestimmte Gegebenheit gesetzt wurde. Das heißt, alles was Bestandteile dessen sind, was wir in diesem Punkt hier diskutieren, nämlich Regionalität und lokale Situation auf Arbeit und Umsetzung auch von der Produktion her, wird außer Acht gelassen, wenn man sich der gesamtstaatlichen Aufgabenstellung stellt, dass man sagt, ich will etwas billiger haben. Ich möchte darauf hinweisen, und der Zusammenhang erscheint mir richtig, hier festzuhalten, dass gerade etwas läuft im Burgenland, das ich mehr als bedenklich finde, und wo ich hoffe, dass durch dieses Aufmerksam machen, auch ein entsprechender Schulterschluss passiert, dass hier eine Abweisung stattfindet.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Bundesbeschaffungsagentur österreichweit die gesamten Gefängnisse und alles was Jugendanstalten anlangt zusammengefasst zu einer Ausschreibung gebracht hat, was nämlich die Insassen betrifft, in ihrer Versorgung auf einmal im Monat eine Grundversorgung, die sicherstellt, dass sich jeder damit eindecken kann, was er zu seinem mehr als alltäglichen Gebrauch neben der Vollversorgung benötigt.

Tatsache ist, dass dieser Anspruch über das Bundesministerium für Justiz ausgeschrieben wurde und plötzlich in der burgenländischen Anstalt in Eisenstadt nur mehr jemand zum Zug kommen kann, der sich österreichweit um die Ausschreibung bewirbt, die nämlich vorsieht, dass man österreichweit nur quasi teilnehmen kann, was nicht ausschließt, dass sich möglicherweise jemand dann eines Subunternehmers bedienen kann.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann doch nicht sinnvoll sein, einen Weg zu beschreiten, österreichweit eine Ausschreibung zu setzen, wo wir jetzt etwas diskutieren, das auch für die regionale Wirtschaft von Vorteil ist. Hier gilt es, und das ist sogar in den Ausschreibungsbedingungen festgehalten, ist ja ausgebaut worden und wird ja vergrößert, ein Umsatzvolumen bis dato von 70.000 Euro in Eisenstadt in der Gefängnis- und Justizanstalt, ist quasi Bestandteil eines gesamtösterreichischen Pakets, wo sich jetzt irgendjemand darum bewerben wird, möglicherweise sogar kein Österreicher.

Dann kommt etwas zum Tragen, wo wir uns Bewusstseinsbildung beim Konsumenten erwarten, über einen Antrag der regionalen Wertschöpfung und der Bedeutung auf regionale Gegebenheiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe auch durch diese Aufmerksamkeit, die diese Berichterstattung jetzt gefunden hat, dass hier eingeschritten wird. Ich glaube kaum, dass es im Interesse des Landes sein kann, dass hier einer Entwicklung Vorschub geleistet wird, die schon vor Jahren mit der Beschaffung von Semmeln und anderes in der nationalen Form, wo die gesamte regionale Bäckerschaft ausgeschlossen worden ist, jetzt die Fortsetzung findet, wieder in einer Ausschreibung auf die Gefängnisgegebenheiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das was regionale Produktsituation, Entwicklung und Fortsetzung anlangt, habe ich eingangs damit beschrieben, dass die Zukunft nur darin bezogen sein kann, sowohl für landwirtschaftliche Produktion als auch für den Konsumenten, dass wir die Bedeutung dieser Regionalität nicht hoch genug

ansehen können. Wir sollten Sie aber auch leben, sie dementsprechend unterstützen und allen die in dieser Kette verknüpft sind, auch die entsprechende Wertschätzung entgegenbringen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik von den GRÜNEN das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ich muss etwas richtigstellen. Ich lasse mich von niemandem gerne vereinnahmen. Ich lasse mich auch gerade heute bei einigen Themen, die wir hier diskutieren, als Frau nicht gerne von einem Mann vereinnahmen für ein Anliegen, das der jetzt gerade einbringen möchte und das muss ich Ihnen schon zurücksagen, Herr Klubobmann Sagartz.

Sie haben hier einen Antrag, den wir eingebracht haben bezüglich der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Also es waren dann zwei Anträge in gendergerechter Sprache dazu verwendet, um wieder einen Konflikt zwischen Vertretern der SPÖ und der ÖVP hier nochmals zur Sprache zu bringen. Ich möchte hier nur eines klarstellen, damit hier kein Missverständnis entsteht, weil es geht nur um eine sachliche Zusammenarbeit.

Es gab ein Treffen, bei dem ich auch Abgeordnete der SPÖ getroffen habe. Ein Vernetzungstreffen von Frauen und da ging es auch um gendergerechte Sprache. In diesem Zusammenhang habe ich, wie schon oft davor auch, darauf hingewiesen, dass die Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Landtages in ihrer aktuell vorliegenden Form weitgehend nicht gegendert ist, nicht in geschlechtergerechter Sprache abgefasst ist, wie es das Burgenland aber für sich selber schon vorgesehen hat.

Bei diesem Treffen haben alle vier weiblichen SPÖ-Abgeordneten und ich gemeinsam die Vorgangsweise beschlossen, dass wir hier einen Frauenantrag einbringen wollen und sozusagen jede die eigenen Kontakte nochmal pflegt, um zu schauen, dass wir alle Frauen hier zusammen auf einen Antrag bringen. Es ist nicht gelungen.

Es stimmt. Die Kolleginnen der FPÖ wollten nicht mitgehen. Nun, ich akzeptiere von jedem, der das nicht will, von jeder, die das nicht will. Ich akzeptiere es aber auch, wenn zwei Parteien, auch wenn es nicht die eigene ist, eine Vereinbarung haben, dass nicht Teile der einen Partei einen Antrag einbringen, den Teile der anderen Partei nicht unterstützen können. Das kann ich gut oder schlecht finden, das ist ganz egal. Aber ich akzeptiere das, dass hier nicht alle weiblichen Abgeordneten der beiden Regierungsparteien an einem Strang ziehen.

Die Kolleginnen der SPÖ haben keinen Rückzieher gemacht in diesem Sinne, so wie sie es dargestellt haben, sondern es war klar, dass dieses gemeinsame Anliegen hier nicht, ich hoffe *noch* nicht, verwirklicht werden konnte. Das möchte ich hier nur klarstellen, weil ich glaube, wir Frauen sollten uns auch nicht auseinanderdividieren lassen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Eine weitere Wortmeldung provoziert vom Herrn Landtagsabgeordneten Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Kollegin! Ich möchte nur anmerken, dass es mir um einen einzigen Punkt ging, nämlich um die Doppelmoral, die dann in der Debatte hier geherrscht hat. Denn genau im Wissen um

diese Umstände, die Sie hier beschrieben haben, die ich auch nicht anders wiedergegeben habe, die Kollegin Dunst dann diese Maßregelung der Kollegin Resetar vornimmt. Das hat mich gestört, das wollte ich so gesagt wissen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Jetzt hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Vielleicht nichts zu dieser Debatte, die jetzt am Ende stattgefunden hat, war ich nicht dabei, das kann ich auch nicht beurteilen. Ich möchte auch nichts dazu sagen. Aber zur Regionalität ist mir auch besonders wichtig, weil ich der absoluten Überzeugung bin, dass die Regionalität fürs Burgenland einen großen Stellenwert hat. Regionalität ist Lebensqualität für die Menschen, die hier leben.

Regionalität ist eine wichtige Sache für Urlaubsgäste, die zu uns kommen, und ich darf auch dazu sagen, dass wir hier versuchen, diese Qualitätsmarke Burgenland auch weiter zu entwickeln und zu schauen, wie wir diese Qualitätsmarke Burgenland in allen Bereichen auch in den Vordergrund stellen können und darauf hinweisen können, dass im Burgenland in vielen Bereichen Qualität produziert wird, geliefert wird und auch an Gäste angeboten wird.

Ich denke hier bei der Ernährung an die regionalen Produkte, ob das das Nationalparkrind ist, ob das das Mangalitzaschwein ist, ob das die Moorochsen sind, ob das Obst ist, das Gemüse ist, wo das Burgenland der Gemüsegarten Österreichs ist, wo der höchste Beitrag an Biolandwirtschaft im Burgenland gegeben ist.

Der höchste Prozentsatz im Biolandbau, auch bei Regionalität. Nämlich regionale Produkte, die umweltfreundlich auch produziert werden. Also, ich weiß nicht ob es Ihnen nicht genauso geht, wenn Sie irgendwo im Urlaub sind, dann wollen Sie diese Regionalität auch spüren und miterleben. Ob das immer der regionale Wein ist, oder die regionalen Speisen sind. Ich glaube, dass viele Urlaubsgäste die hier herkommen, das können wir auch beobachten, auf das typisch Burgenländische auch zurückgreifen.

Die Regionalität ist aber für mich mehr als die Produkte, die hier erzeugt werden, sondern Regionalität ist für mich auch die regionale Wirtschaft zu fördern. Die regionale Wirtschaft zu fördern mit dem Bestbieterprinzip, nämlich dass gerade die Betriebe, die hier im Burgenland sind, durch Neuausschreibungsvorgänge, die natürlich auch dem Vergaberecht entsprechen, haben wir jetzt die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, dass auch soziale Kriterien teilweise mitberücksichtigt werden.

Wie viele Lehrlinge werden ausgebildet? Wie viele ältere Arbeitnehmer sind im Betrieb tätig? Ich kann Ihnen auch sagen, dass wir auch von Seiten des Landes alles versuchen werden, auch mit guten Vergaberechtlern, wie wir die regionale Wirtschaft auch dadurch fördern und unterstützen können.

Wenn ich mir die Siedlungsgenossenschaften im Burgenland ansehe, ob das die Eisenstädter Siedlung ist, die Oberwarter, die Pöttschinger, die B-Süd, 90 Prozent der Aufträge werden nachweislich an burgenländische Firmen vergeben.

Da sind auch die Subunternehmer mit dabei, dass man nicht sagt, die Baufirma A hat den Auftrag und vergibt fast alles an Subunternehmer die eben nicht aus dem Burgenland kommen. Das haben wir auch gehabt, aber auch da gibt es ein Agreement wo wir sagen, 90 Prozent gehen in die Region und das wird auch nachgewiesen. Oder wir

können sagen, von den Aufträgen der Bauwirtschaft werden 100 Millionen Euro, von den Siedlungsgenossenschaften werden 90 Prozent an regionale Firmen vergeben.

Auch das ist Regionalität, das ist Qualität, die hier die burgenländischen Firmen auch im Baubereich liefern und das erhält Arbeitsplätze in der Region und hat sehr viel auch mit Regionalität zu tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es gibt auch eine Studie der Johannes Kepler Universität Linz. Die Studie besagt, wenn die österreichische Bevölkerung nur um zehn Prozent mehr regionale Produkte kaufen würde, würden 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein weiterer Effekt wäre, dass dadurch das Bruttoinlandsprodukt um über eine Milliarde wachsen würde.

Also ich denke, das ist eine Herausforderung mit dieser Regionalität auch die einheimische Bevölkerung zu überzeugen, diese Produkte, die im eigenen Land entstehen, auch zu kaufen und damit auch zur Wertschöpfung beizutragen. Immerhin eine Milliarde, 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Gerade im 21. Jahrhundert, der Weg der hier gegangen wird, kann nur in die Richtung gehen, auf Regionalität zu setzen.

Die regionale Erzeugung von Energie, auch das eine Herausforderung, erneuerbare Energie weiter voran zu treiben, auch wenn jetzt die Ölpreise und die Gaspreise sehr weit unten sind, aber wir können davon ausgehen, dass das nicht immer so bleiben wird. Wir brauchen Alternativen dazu. Wir brauchen auch die Wertschöpfung im eigenen Land.

Es ist ein Unterschied, ob die Handelsbilanz viel Geld aufwenden muss um Öl zu importieren, ganz gleich von welchem Land, oder ob wir die Wertschöpfung der eigenen Produktion in Österreich haben oder im eigenen Bundesland haben.

Auch das ist Regionalität. Ich sehe das im umfassenden Sinn von der Präsentation der einheimischen Genussregionen, der einheimischen Produkte, bis hin zur regionalen Wirtschaft, die leistungsstark ist, die Qualität liefert und ich sage auch ganz offen, „Burgenländisch Bauen“ ist zu einem Begriff geworden.

Jeder Bürgermeister, wenn ich in der Gemeinde bin, der ein kommunales Projekt umsetzt sagt, wir haben regionale Firmen beauftragt, wir haben auf die Region geschaut, die zahlen bei uns Kommunalsteuer, die beschäftigen Menschen bei uns und da kann ich nur sagen, da sind wir gemeinsam auf einem guten Weg. Da ziehen die Bürgermeister mit, die Siedlungsgenossenschaften mit und natürlich versuchen wir auch im Land im Rahmen des Vergaberechtes die Regionalität in den Vordergrund zu stellen.

Ich denke, diesen Weg sollten wir als Landtag und auch als Regierung weiter fortsetzen, weil es ganz einfach dazu führt, dass Arbeit und Geld im eigenen Land bleiben und der Wohlstand der Menschen dadurch auch gestärkt wird und das, glaube ich, ist unser gemeinsames Ziel. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Die Rednerliste ist erschöpft, nein, die Frau Landesrätin ist zu Wort gemeldet von der Regierungsbank.

Bitte Frau Landesrätin Dunst.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Das lag jetzt an mir, weil ich mich relativ spät gemeldet habe, aber ich habe vorher noch kurz ein Interview gegeben und danke, dass ich mich jetzt noch melden kann.

Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Zu regionalen Produkten, der Herr Landeshauptmann hat mich vorher angesprochen, inzwischen hat mir mein Kollege Bieler erklärt, dass der Herr Sagartz hier einiges von sich gegeben hat. Ich habe das nicht gehört, aber das was ich gehört habe, jetzt vom Kollegen Bieler, glaube ich, veranlasst schon, hier klare Worte zu finden.

Ich habe heute vorher schon gesagt, schade… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) In Ordnung, geht es? Danke, Dankeschön.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte fahren Sie fort, Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Hoher Landtag! Herr Abgeordneter! Zur Klarstellung: Ich habe heute schon einmal gesagt, ich finde es schade, dass Sie sich von jeder konstruktiven sachlichen inhaltlichen Arbeit verabschiedet haben.

Ich möchte Besucher, die heute oben auf der Galerie zugehört haben zitieren, die gesagt haben, unverständlich, das waren nicht unbedingt Sozialdemokraten, dass die ÖVP komplett jeden sachlichen Hintergrund verloren hat und überhaupt nicht nur mehr Opposition spielt. Jetzt verstehe ich schon, sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie haben ja einen Nebenwohnsitz in Inzenhof.

Sie sind ja sozusagen ausgeborgter Nordburgenländer, der sich im Südburgenland wohl fühlt. Aber, sehr geehrter… *(Abg. Walter Temmel: Was soll das? Das ist ja positiv!)* Richtig, ich habe mich sehr darüber gefreut, habe Sie sogar in unserem Bezirk willkommen geheißen, wie Sie sich erinnern.

Nur heute, wenn Sie nicht damit umgehen können, dass wir es geschafft haben als Südburgenländer und ich als Agrarlandesrätin, dass das Landesverwaltungsgericht *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das Gericht hat das gemacht!)* aufgrund meiner Arbeit die ich im Herbst begonnen habe, indem ich gesagt habe, die einzige Chance liegt außerhalb der EU-Marktordnung, die verkreuzten Sorten zu hinterfragen und zu überprüfen, zehn Sorten von der Bundesanstalt gefunden wurden, dass das Landesverwaltungsgericht auch zusätzlich noch einige Sorten in Deutschland, die von mir vorgeschlagenen Sorten, geprüft hat und heute aus Deutschland zurück bekommen hat, das der Ripatella frei gegeben ist und Sie halten das nicht aus als Nebenwohnsitzer des Südburgenlandes, dass ich heute Applaus kriege, weil ich den Uhudler gerettet habe und wenn ich dann bei der Tür rausgehe, dass Sie dann ätzen, also das ist ein schwacher Auftritt Herr Abgeordneter, schwach. *(Beifall des Abg. Werner Friedl – Aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten: Der Applaus hält sich in Grenzen!)*

Sollen jetzt die Kollegen und Kolleginnen klatschen, wenn ich sage, Sie haben einen schwachen Auftritt? *(Abg. Christian Illedits: Herr Kollege Temmel, was Du da dazu sagst, das ist auch…!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Am Wort ist die Frau Landesrätin. Bitte fahren Sie fort.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Gut, nach all den Wortmeldungen nehme ich das zur Kenntnis. Ich werde mich sicher in diese Richtung mit Ihnen nicht mehr unterhalten können. Sie haben jeden Weg des vernünftigen Miteinanders verlassen. Ich hoffe, dass die Menschen das draußen auch zu Wege kriegen, was alleine Sie heute an diesem Landtagstag hier wirklich an Wortmeldungen von sich gegeben haben.

Okay, bleiben Sie dort wo Sie sind, wenn es Ihnen so wichtig ist, alles schlecht zu reden und die Opposition *(Abg. Walter Temmel: Was soll das? Wir sind keine Schüler!)* zu

spielen und jeden fachlichen vernünftigen Zugang verloren haben und überhaupt nichts gelten lassen können, ist es so, gut.

Der Herr Landeshauptmann, und Thema waren die regionalen Produkte, wo natürlich auch der Uhudler dazu gehört, hat vorher ganz klar gesagt, die regionalen Produkte sind genau die Chance für die Landwirtschaft. Ich freue mich sehr über diese Anträge heute. Weil es darum geht, dass wir natürlich alle miteinander Vorbild zu haben sind und dass wir vor allem eines tun, nämlich auf regionale Produkte, wie ich heute in der Fragestunde schon hingewiesen habe, hinzugreifen und natürlich auch die öffentlichen Einrichtungen.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass es bereits von uns beiden, vom Landeshauptmann und von mir, mehrere Gespräche mit Vertretern von öffentlichen Einrichtungen in den letzten Jahren gegeben hat. Aber jetzt konkret haben wir noch die Möglichkeit Folgendes zu tun. Ich möchte Sie alle einladen, suchen Sie Kooperationspartner in der Landwirtschaft, suchen Sie Kooperationspartner bei den Produzenten.

Was uns noch fehlt, und das bedauere ich als Agrarlandesrätin, aber wir werden das schon schaffen. Wir haben zurzeit das Thema, dass wir in öffentlichen Einrichtungen durchaus mehr regionale Produkte nehmen würden, aber es geht immer um Nachhaltigkeit der Produktion. Wir müssen es also schaffen, dass wir unsere Produzenten, unsere Landwirte so weit bringen, dass sie auch diese Sicherheit bringen können, dass sie ständig liefern.

Das ist noch ein großes Problem. Wenn große Einrichtungen, wie beispielsweise die KRAGES oder die FH und so weiter hier noch mehr regionale Produkte einkaufen wollen, dann brauchen sie das jeden Tag. Die Liefersicherheit muss gegeben sein.

Ich werde zum nächsten Vernetzungstreffen mit der Landwirtschaftskammer Burgenland das nächste Gespräch führen mit sehr, sehr vielen Einrichtungen, aber auch natürlich mit vielen Produzenten aus der Landwirtschaft. Bitte animieren Sie diese noch einmal. Es braucht auch wirklich eine Liefersicherheit. Nur so können wir es auch schaffen, dass wir nachhaltig die Landwirtschaft absichern.

Vor allem aber auch mit veredelten Produkten. Daher diese Kooperationsgespräche. Der heutige Antrag, die Sicherheit auch im öffentlichen Bereich zu geben, nämlich mehr regionale gesunde Produkte zu haben, braucht auch natürlich die Produzenten.

In diesem Sinne, glaube ich, gehen wir gemeinsam einen Weg. Das wird sicherlich noch einige Zeit dauern, aber ich bin überzeugt, dass es möglich ist. Genauso wie ich auch den Wunsch heute deponieren darf, ich habe es auch dem Tourismuslandesrat schon gesagt, wo wir uns mehrfach zu diesem Thema zusammengesetzt haben, auch touristische Betriebe.

Viele Hotels, vor allem größere Hotels wünschen sich noch mehr regionale Produkte. Das Thema ist nur, dass, wie auch in den öffentlichen Einrichtungen, es sicher sein muss, dass immer geliefert sein kann und in gleicher Qualität. Das ist ein Ziel. Herzlichen Dank für den Antrag. Ich bin überzeugt, wir schaffen es. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Vorschnell habe ich verkündet, dass die Rednerliste erschöpft ist, jetzt hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Präsident! Ich möchte zunächst darauf hinweisen, ich glaube, dass der Wohnsitz, egal von welchem Abgeordneten, keinerlei Relevanz hat mit dem Thema. Ich möchte das festhalten.

Ich möchte darauf hinweisen, es gab eine Aussendung des Landesverwaltungsgerichtshofes, der Präsident hat das selber den Medien mitgeteilt, und zwar um 14:30 Uhr. Diese Aussendung in der Sie übrigens nicht vorkommen, weil Sie gesagt haben, Sie hätten das initiiert, endet wie folgt: Ein europarechtliches Verbot einer Klassifizierung der genannten Rebsorten in der Weinbauverordnung und eine sich unmittelbar aus dem Europarecht ergebende Rodungsverpflichtung ist daher für diese Rebsorten nicht (mehr) abzuleiten.

Die diesbezüglichen Rodungsbescheide sind rechtswidrig und waren aufzuheben. Jetzt kommt der Satz, der uns allen beweisen lässt, dass Sie jetzt gerade nicht die Wahrheit gesagt haben. Die fünf bereits rechtskräftigen Rodungsbescheide werden amtswegig neu beurteilt. Von gerettet, von erledigt, ist keinerlei Wortmeldung hier abzuleiten. Das möchte ich festhalten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die Rednerliste ist erschöpft, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung *(Allgemeine Unruhe)* und ich bitte für den Abstimmungsvorgang um Ruhe im Sitzungssaal.

Zu diesem Tagesordnungspunkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend regionalfreundlicher Vergabe und Beschaffung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 251) betreffend Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfereferates (Zahl 21 - 176) (Beilage 285)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zum 9. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 251, betreffend Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfereferates, Zahl 21 - 176, Beilage 285.

Der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christian Drobits ist Berichterstatter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfereferates, in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbstständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfereferates unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter.

Ich erteile nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Mag. Regina Petrik als erster Rednerin das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Dezember-Landtagssitzung, wo es um Sozialfragen ging, bin ich schon darauf eingegangen, dass das Burgenländische Kinder- und Jugendhilfegesetz, das 2013 in Kraft getreten ist, wesentlich zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Jugendwohlfahrt im Burgenland beigetragen hat. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass es noch sehr viele Ungereimtheiten gibt, was die Abstimmung zwischen den Bezirkshauptmannschaften anbelangt, was unterschiedliche Leistungen anbelangt, aber auch was den Einsatz von ausgebildeten Sozialarbeitern/Sozialarbeiterinnen und anderen Fachkräften anbelangt.

Ich habe daraufhin einen Antrag gestellt, der wie folgt gelautet hat und noch immer lautet, aber er wurde mir dann etwas abgeändert: In der Abteilung 6 der Burgenländischen Landesregierung soll ein Referat für Kinder- und Jugendhilfe eingerichtet werden. Dieses hat die Ausarbeitung, Weiterentwicklung und Umsetzung von Grundsätzen und Richtlinien für alle Bezirkshauptmannschaften und Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe zur Aufgabe. Für diesen Zweck ist es mit ausreichend Fachpersonal bestehend aus SozialarbeiterInnen und PsychologInnen zu besetzen.

Da kann man jetzt sagen, das ist ganz gut, da sind sogar die Regierungsparteien draufgekommen, das ist in Ordnung. Das wird gemacht. Wir haben jetzt die Geschichte dieses Antrages wie ihn so viele Anträge in diesem Hause erleben. In dem Fall ist es sogar so, dass ich genau das beantragt habe, wo nachher gesagt wurde, es ist eh gut. Es gelingt aber den Regierungsparteien nicht zu sagen: „Oh, das ist schön, da kommt einmal aus der Opposition ein gescheiter Antrag und dem können wir zustimmen.“ Nein, man muss sagen: „Das geht gar nicht, dass wir einem Antrag zustimmen, der aus der Opposition kommt, in dem Fall von den GRÜNEN, auch wenn wir ihn genauso umsetzen wollen. Wir müssen ihn noch einmal abändern.“

Was bleibt dann übrig? Es bleibt ein Abänderungsantrag übrig, der lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, die angekündigte Einrichtung eines Referates für

Kinder- und Jugendhilfe im Zuge der Verwaltungsreform umzusetzen und dieses der Aufgabenstellung entsprechend auszustatten.

Alles, was hier geschieht, ist eine Zurücknahme eines Qualitätsanspruchs. Es steht hier nicht mehr, wie im ursprünglichen Antrag beschrieben, dass es um eine Ausarbeitung, Weiterentwicklung und Umsetzung von Grundsätzen geht, die für alle Bezirkshauptmannschaften bindend sein sollen. Es geht nicht darum, dass hier ausreichend Fachpersonal eingesetzt wird - fachspezifisch. Es geht ausschließlich darum, irgendeinen Antrag, den man gut findet, soweit zu verändern, dass man sagt, wir tun einfach das, was wir sowieso vorgehabt haben, oder es soll immer so weitergehen.

Ich finde, dass diese Praxis sehr traurig ist. Es zeigt, dass es leider den Regierungsparteien nicht in erster Linie darum geht, einen Konsens zu finden und auch einmal etwas zu unterstützen, was aus der Oppositionspartei ganz in ihrem Sinne offensichtlich eingebracht wird. Ich frage mich, warum kann man dem nicht einfach zustimmen? Was ist das für ein eigenartiges, demokratisches Verständnis?

Der Klubobmann Hergovich, der gerade nicht herinnen ist, redet so gerne von Zusammenarbeit, aber er meint offensichtlich immer nur eine Zusammenarbeit, wenn er etwas einbringt, und die anderen haben dazu zu nicken. Das ist aus meiner Perspektive keine Zusammenarbeit.

In dem Punkt hätten Sie es einmal beweisen können, Sie wollen nämlich gar nichts anderes, als wir eingebracht haben, Sie lassen es nur nicht zu.

Natürlich werden wir dem Abänderungsantrag auch zustimmen, weil es war unser Anliegen, und wir hoffen sehr, dass - und ich bin auch zuversichtlich -, weil es arbeiten dort sehr gescheite Leute, aber ich hoffe sehr, dass die Qualitätsansprüche, die jetzt aus dem Antrag herausgenommen wurden, trotzdem umgesetzt werden. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Markus Wiesler von der FPÖ.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unseres Landes. Mit Kindern und Jugendlichen entscheidet sich die Frage nach Innovation, nach Arbeitsplätzen, Arbeitskräften und damit auch nach Wirtschaftswachstum und nach der Garantie unseres Sozialsystems.

Für Kinder und Jugendliche wird ohne Zweifel sehr viel getan, dennoch steht Gewalt an Kindern auf der Tagesordnung. Armut, Stress, Isolation der Eltern, verstärkt durch Alkohol- und Drogenmissbrauch sind häufig die Ursachen von Kindesmisshandlungen. Bei der Kinder- und Jugendhilfe geht es in erster Linie um die allgemeine, erzieherische Aufgabe, der Förderung von Entwicklungsmöglichkeiten, der Förderung der Menschen, um die Ausbildung ihrer Fähigkeiten.

Andererseits soll die Verringerung von sozialen Ungleichheiten und Benachteiligungen durch gezielte Maßnahmen behoben werden. Der zweite Ansatz ist die pädagogische und wirtschaftliche Hilfe. Das geschieht bei Erkennen von akuten, individuellen Schwierigkeiten junger Familien und junger Menschen. Verhaltensauffälligkeiten durch zerbrochene Familien, Scheidungen, Jugendkriminalität sind einige Indizien zum Hilfeansatz.

Man merkt, im Mittelpunkt aller Bestrebungen steht natürlich das Kindeswohl und dies in allen Belangen. Da geht es um die klassische Sozialarbeit, da geht es auch um die Bewusstseinsbildung und Beratung und Prävention. Da geht es natürlich auch um die rechtliche Vertretung der Minderjährigen und vor allem in sehr vielen Lebenslagen.

Überhaupt hat sich das Kinder- und Jugendhilfegesetz weiterentwickelt und verbessert. Jetzt sollte der nächste Schritt folgen, ein eigenes Referat für Kinder- und Jugendhilfe einzurichten. Denn ob ein bestimmter Fachbereich innerhalb eines Verwaltungsapparates ein eigenes Referat erhält, ist zwar vordergründig eine organisatorische Frage, etwa gemessen an der Anzahl der Mitarbeiter, der Komplexität, der Aufgabenstellungen oder des Ausmaßes des Aktenanfalles, aber eben nicht nur. Im Unterschied zu anderen Fachbereichen bedeutet das, was in der Kinder- und Jugendhilfe geschieht oder auch nicht geschieht, funktioniert oder auch nicht funktioniert, hat direkte Auswirkungen auf das Wohl der betroffenen Menschen, die Existenz, die physische und psychische Gesundheit von Kindern.

Die Abteilung 6 im Amt der Burgenländischen Landesregierung hat einen gewaltigen Aufgabenbereich zu bewältigen. Die Kinder- und Jugendhilfe ist derzeit im Hauptreferat Sozialwesen beziehungsweise im Referat Sozialleistungen angesiedelt. Auch das sind riesengroße und herausfordernde Bereiche. Selbstverständlich geht es in all diesen Bereichen um Existenzen und menschliche Schicksale. Die Kinder- und Jugendhilfe ist dennoch ein besonderer Fachbereich, in dem dutzende Mitarbeiter landesweit in den Bezirksverwaltungsbehörden ihren Dienst versehen. Schwerpunkte sind die Rechtsvertretung Minderjähriger, etwa in Unterhaltsangelegenheiten, aber vor allem die Betreuung von Kindern, die in einem schwierigen familiären beziehungsweise sozialen Umfeld aufwachsen.

Ich persönlich habe größten Respekt vor den meist recht jungen Sozialmitarbeiterinnen, die von der Universität oder Fachhochschule den Schritt in die brutale Realität prekärer Familienverbände setzen. Da geht es um etwas, da geht es um viel mehr, und die Fälle werden schwieriger und mehr, wie auch der regelmäßige Sozialbericht der Landesregierung an den Landtag zeigt.

Einfach gesagt, der Bereich ist äußerst sensibel, heikel, rechtlich schwierig. Denken Sie nur an die Abnahme eines Kindes. Wer trifft so eine Entscheidung gerne? Wer trifft sie leichtfertig? Trifft man sie zu früh, setzt man sich der Kritik aus. Trifft man sie zu spät, steht die eigene Existenz auf dem Spiel und ganz oben steht das Kindeswohl.

Die GRÜNEN haben es erkannt; und wir halten es daher für die richtige Entscheidung, die Kinder- und Jugendhilfe aus dem bisherigen Referat herauszulösen und ihr ein eigenes Referat zu machen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Schön!)* Die Einrichtung dieses Referates ist ohnehin in der Verwaltungsreform vorgesehen.

Die Mitarbeiter an der Front brauchen ein stabiles Referat, eine versierte Fachaufsicht, die Materie braucht organisatorische Ruhe und klare Verantwortlichkeiten. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas ist zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherung des Kindeswohls ist das zentrale Element der Kinder- und Jugendhilfe. Trotz der laufenden Professionalisierung im Bereich des Kinderschutzes bleibt gerade die Arbeit innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe ein sehr

riskantes Praxisfeld und - wie mein Vorredner gerade erwähnt hat - ist dementsprechend dieser Bereich ein sehr sensibler.

Ein wesentliches Kriterium für die qualitative und sorgfältige Erfüllung von Leistungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sind geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Kinder, welche die Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe in Anspruch nehmen, haben oft großes Leid und große Not erfahren. Gleichzeitig haben gerade Kinder die unterschiedlichsten Bedürfnisse und dementsprechend kann auch die Betreuung nur individuell und nicht kollektiv erfolgen. Ein eigenverantwortliches Handeln ist sehr wichtig und notwendig.

Ich möchte heute die Möglichkeit nutzen, all jenen meinen Dank auszusprechen, die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten und sich um das Kindeswohl bemühen. Gleichzeitig möchte ich auch an dieser Stelle meinen Respekt erteilen, die für die Erfüllung dieser sehr schwierigen Aufgaben tagtäglich all ihre Kräfte investieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir leben in einem Zeitalter, wo alles mit Richtlinien versehen wird, wo alles versucht wird zu regulieren, wo in vielen Bereichen massiv eingegriffen wird. Gerade als junger Mensch ist es mir ein großes Anliegen zu unterstreichen, dass wir der immer weiterschreitenden Bürokratisierung in unserer Gesellschaft entgegenwirken müssen und appelliere: Orientieren wir uns doch endlich wieder mehr am Wert der Eigenverantwortung und das auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Gerade die Herausforderungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sind nicht in einer strukturellen Debatte abzuhandeln, sondern in einer inhaltlichen, nämlich in der Verbesserung der Hilfe vor Ort bei den Betroffenen, denn es geht nicht darum, über Maßnahmen zu diskutieren, welche die Bedürfnisse der Behörden befriedigen, sondern es geht darum, über Maßnahmen zu diskutieren, wo das Kindeswohl im Hauptaugenmerk der Entscheidungen liegt und die Bedürfnisse der Kinder befriedigt werden.

Kind, meine geschätzten Damen und Herren, ist nicht gleich Kind. Umso weniger kann man Betreuungsmaßnahmen verallgemeinern. Umso mehr muss man aber der individuellen Betreuung Aufmerksamkeit schenken.

Dieser vorliegende Antrag ist meiner Meinung nach von inhaltslosen Floskeln geprägt. Deswegen lehnen wir den vorliegenden Antrag ab und schlagen vor, Anreize zu setzen, um Bürokratie abzubauen, den Wert der Eigenverantwortung auch in diesem Bereich zu stärken und schlussendlich mehr Investitionen in die sozialpädagogische Betreuung beziehungsweise bei der Installierung von mehr Sozialarbeitern vor Ort zu tätigen. *(Beifall bei der ÖVP).*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In diesem Tagesordnungspunkt 9 der heutigen Landtagssitzung wird die Einrichtung eines eigenen Referates für Kinder- und Jugendhilfe begehrt und gefordert.

Das bedeutet, dass das bisherige Dasein der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich des Referates Sozialleistungen herausgelöst werden soll und eine Verselbstständigung erfolgt. Gleichsam soll anfangs nicht unerwähnt bleiben, dass dieser Gedanke und diese

Forderung bereits im Zuge der Verwaltungsreform inkludiert waren und bereits von der Struktur her auch umgesetzt worden sind und deshalb auch nichts Neues sind.

Jedoch inhaltlich liegen die Anliegen, die die Kollegin Petrik und auch der Kollege Wiesler geäußert haben, glaube ich, bei allen Fraktionen gleich. Wir haben erst vor einigen Wochen im Landtag den Sozialbericht gehört. Im Sozialbericht 2013/2014 ist im Kapitel 7 die Kinder- und Jugendhilfe in rund 16 Seiten dargestellt. Dabei wurde erkennbar, dass grundsätzlich die Rechtsgrundlagen, Zielsetzungen und Aufgaben, die die Kinder- und Jugendhilfe hat, plakativ dargestellt wurden und dass rund 55.000 Kinder davon oder von diesem Gesetz betroffen sind. 55.000 Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene, die diesem Gesetz unterliegen.

Dieses Gesetz hat zwei Tätigkeitsfelder, wie bereits erwähnt. Einerseits die Rechtsvertretung, andererseits die Sozialarbeit. Im neuen Gesetz, das am 2.12.2013 in Kraft getreten ist und ein Ausführungsgesetz zum Bundeskinderjugendhilfegesetz ist, geht es hauptsächlich darum, dass das Prinzip des Kinderwohls - wie angeführt -, aber auch das Recht auf Gleichbehandlung einen wesentlichen Leitgedanken darstellt. Vor allem ein Gedanke wurde durch dieses Gesetz immer mehr verankert. Und zwar der Gedanke, dass Kinder und Jugendliche nunmehr Träger von Rechten und nicht mehr Objekte der wohlgemeinten Fürsorge sind.

Ich habe mir erlaubt, aufgrund dieses Antrages Rücksprache mit den in der Exekution oder Vollziehung tätigen Bezirkshauptmannschaften zu führen. Dabei wurde mir mitgeteilt, dass in den letzten zehn Jahren auf Grund des gesellschaftlichen Wandels immer mehr massive Steigerungen der Leistungen in der Kinder- und Jugendhilfe aufgetreten sind. Nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Besonders im Bereich der Hilfsangebote, zum Beispiel bei der Bereitstellung von Erziehungshelfern, aber auch von Bezahlung von Therapie- und Hortkosten sind die Steigerungen doch sehr stark, vor allem, weil das die alleinerziehenden Frauen, aber auch die Familien mit geringem Einkommen betrifft.

Eigentlich ist der Sinn der Prävention Bewusstseinsbildung, aber auch der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Familien im Hintergrund stehend. Trotzdem haben wir eine Zahl von 200 Kindern, die nicht in ihren Familien leben, sondern nunmehr in Pflegefamilien, aber auch in Wohngemeinschaften leben müssen. Bedauerlicherweise hat sich der Arbeitsschwerpunkt in der Kinder- und Jugendhilfe immer mehr auf Kinderschutz und Kindeswohl fokussiert.

Wir hören alle von Gefährdungsmeldungen über Schulen, über Ärzte, über Privatpersonen, aber auch in Kindergärten und von der Polizei und diese Gefährdungsmeldungen hinsichtlich des Kindeswohls und des Kindesschutzes nehmen dermaßen zu, dass im Kalenderjahr 2015 - bitte genau merken - 800 Gefährdungsmeldungen im Land Burgenland waren.

Das bedeutet, dass nunmehr neben den Rechtsvertretungen, weil auch bereits im Jahr 2015 4.000 Rechtsvertretungen infolge aushaftender Unterhaltsbeträge vorhanden waren, dass ein riesiges Spektrum entstanden ist. Hauptsächlich sind dabei, wenn es um aushaftende Unterhaltszahlungen geht, Patchwork-Familien und alleinerziehende Eltern umfasst.

Auch nach Rücksprache mit dem Kinder- und Jugendanwalt Mag. Christian Reumann wurde evident, dass sich das Leistungsfeld noch weiter verbreitert hat. Nunmehr sind Themen wie Mobbing im Kinder- und Jugendhilfebereich an der Tagesordnung. Aber auch vor allem Beratungen, Informationen auf Grund der Gesetzesänderungen zur gemeinsamen Obsorge werden immer mehr herangezogen.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft wird heuer ihren Bericht abgeben, der im Sommer diskutiert werden darf, aber wir werden auch zu diesem Thema dann die Thematiken im Hinblick auf Kinder- und Jugendhilfe wieder aufgreifen dürfen.

Nicht erwähnt worden ist von meinen Vorrednern die Situation betreffend Internationalisierung auf Grund der Flüchtlingssituation, dass nunmehr auch die zusätzliche Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge dazugekommen ist und eine weitere Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe laut Gesetz darstellt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Gemäß Paragraph 6 dieses Burgenländischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist das Land Burgenland Träger der Kinder- und Jugendhilfe und hat somit den steigenden Fallzahlen laut Produktkatalog sowohl auch den Änderungen, wie zum Beispiel die Internationalisierung bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, aber auch vor allem dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen.

Deshalb ist eine strukturelle Spezialisierung in dieser hochsensiblen Thematik unbedingt erforderlich. Diese ist durch die Verwaltungsreform bereits eingeschlagen worden, indem dieses Referat als der einzige richtige Weg vorbereitet wurde. Damit wird genau denen, die in dieser Arbeit wichtig handelnde Personen sind, ein entsprechender Stellenwert gewährleistet.

Ich möchte aber dazu auch anmerken, dass seit einigen Jahren ein Bedarfs- und Entwicklungsplan aushaftend ist. Landesrat Darabos hat mir zugesichert, dass der spätestens im Jahr 2017 wieder vorliegen wird. Ich glaube, das ist ein wichtiges Instrument, um genau am Puls der Zeit zu bleiben, um diese fortschreitende und expandierende Tätigkeit im Kinder- und Jugendhilfebereich auch dokumentieren zu können.

Nun, abschließend, in einem Bundesland, in welchem das klare Bekenntnis zum sozialen Rechtsstaat in der Landesverfassung verankert ist, wie bei uns, ist jedenfalls auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen zu schauen und nicht zu vergessen.

Es muss deshalb eine gehörige Verantwortungsethik aller handelnden Politiker vorliegen, sodass Armutsgefährdung, vor allem die Kinderarmut, hintangehalten werden kann. Das geht vor allem im Sinne der Fairness, dass diesen Zielgruppen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes auch Rechnung getragen wird.

Darum verstehe ich den vor kurzem eingebrachten selbständigen Antrag der ÖVP nicht, wenn gesagt wird, ein Antrag über mehr Fairness in der Ausbezahlung von Sozialleistungen soll verlangt werden. Und dann gibt es eine Unterforderung, aus der es sich ergibt, dass wenn EU-Bürgerinnen in Österreich beschäftigt sind und nicht länger wie vier Jahre beschäftigt sind, und eventuell nach zwei Jahren Arbeitstätigkeit schwanger werden, dass diese Gruppe, sprich jetzt die Frau, samt dem Kind, das womöglich ein Kleinkind ist, keinerlei Sozialleistung in unserem Land erhalten soll.

Das ist nicht die Fairness, die wir erwarten und verlangen, das ist auch nicht die Ideologie, die hinter diesem Kinder- und Jugendhilfegesetz steht. Wir haben im Gesetz das Recht auf Gleichbehandlung und wir haben das Prinzip des Schutzes des Kindeswohls enthalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Es stellt für mich daher ein Armutszeugnis dar, im Sinne der Verantwortungsethik der handelnden Politiker, wenn grundsätzlich diesem Gedanken nicht Rechnung getragen wird und Kinder vergessen werden.

Das ist nicht die Handschrift der Sozialdemokratie. Wir handeln, und wir werden das neu eingerichtete Referat für Kinder- und Jugendhilfe rasch umsetzen und so auch - wie besprochen und auch versprochen - bedarfsgerecht mit Personal und Sachressourcen ausstatten. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank spricht der Herr Landesrat Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hoher Landtag! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz kurz, die Zeit ist fortgeschritten, wir haben noch einige Tagesordnungspunkte, es ist aber ein wichtiges Thema, und ich möchte hier nur bekräftigen, was der Kollege Drobits jetzt sachlich ausgeführt hat.

Ich kann es kurz machen insofern, indem ich sage, ich garantiere, dass wir ein eigenes Referat in diesem Bereich im Rahmen der Verwaltungsreform, der Kollege Reiter ist momentan nicht da, aber er ist federführend in diesem Bereich auch tätig, auch installieren werden.

Gleichbedeutend mit Referaten wie - und das zeigt auch die Wichtigkeit - Sozialeinrichtungen, Sozialleistungen, Grundversorgung und Flüchtlingswesen und Förderwesen. Also ich garantiere hier von der Regierungsbank aus, dass wir das machen werden.

Ich freue mich auch, das ist erstmals so - erstmals weiß ich nicht -, aber seit langer Zeit auch einen blau-grünen Schulterschluss gibt, weil die GRÜNEN sind von den Freiheitlichen in dieser Frage gelobt worden, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Kein Schulterschluss. Das ist aber ein Lob.)* würde nur bitten, diese semantische Frage hintanzustellen: Es geht darum, dass dieses Referat erstens, wie es der Herr Kollege Drobits angesprochen hat, mit genügend Ressourcen personeller Natur und auch was die Kompetenzen betrifft, ausgestattet ist. Das garantiere ich von Landesseite, und freue mich, dass es eine ziemlich breite Mehrheit gibt.

Es steht mir jetzt nicht zu, persönlich die Opposition zu bewerten, ich war selbst lange in der Opposition unter Schwarz-Blau auf Bundesebene und ich habe einen SPD-Politiker kennen gelernt, Müntefering, heißt er noch immer, war SPD-Chef und hat gesagt, „Opposition ist Mist“. Okay, bleiben wir bei dem Wort „Mist“.

Ich verstehe das schon. Ich verstehe jetzt nur nicht, dass man in so einer Frage, aber das ist Ihre Entscheidung, hier dann von Floskel spricht, wenn es darum geht, eine ganz wichtige landespolitische, existenzielle Frage auch für die Jugend- und Kinderpolitik und für die Jugend- und Kinderhilfe geht, hier aus strategischem, oppositionellen Kalkül hier nicht mit zu beschließen. Das verstehe ich einfach nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber das ist sozusagen, bleibt Ihnen unbenommen, ist demokratischer Alltag und ist auch grundsätzlich zu akzeptieren. Aber verstehen tue ich es nicht.

Ich möchte noch einmal abschließend sagen, wir machen das, wir sind mittlerweile schon ganz weit, im Gesamtkonzept ist das ein ganz wesentlicher Bestandteil, und ich halte ihn auch für existenziell wichtig.

Die inhaltlichen Sachen hat der Kollege Drobits angesprochen, auf der Richtschnur bewegen wir uns auch politisch, nicht parteipolitisch, sondern gesellschaftspolitisch. Die Kinder- und Jugendpolitik ist uns ein ganz wichtiges Anliegen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Ich sehe in die Runde, keine Wortmeldungen. Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Die Entschließung betreffend Kinder- und Jugendhilfe ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 259) betreffend Zusammenführung aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung (Zahl 21 - 184) (Beilage 286)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum 10. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 259, betreffend Zusammenführung aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung, Zahl 21 - 184, Beilage 286.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Zusammenführung aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Zusammenführung aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin.

Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner zur diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf vielleicht noch kurz, obwohl die Zeit vorangeschritten ist, noch zwei Sätze zum Tagesordnungspunkt 8 verlieren.

So wie mein Kollege, der Landtagsabgeordnete Kölly immer wieder den Landesrat Darabos bisschen in Schutz nimmt, so muss ich jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt auch die Landesrätin Dunst ein bisschen in Schutz nehmen, denn an die ÖVP-Kollegen muss ich nur sagen, also wenn die Exekutive nicht mit der Legislative spricht, dann wird es sehr traurig in unserem Land ausschauen. Ich muss ihr dazu gratulieren, denn ich glaube, es ist doch ein großer Anteil auch ihr zuzuschreiben, dass das passiert ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Gerhard Steier: Da geht es ums … Das sind zwei Paar Stiefel. – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Es geht auch ums Miteinander-Kommunizieren. Um eine Kommunikation.

Aber jetzt zum Tagesordnungspunkt 10. Zusammenführen aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung. Über 20 verschiedene Träger verantworten in Österreich die Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung. Dieses System führt bei etlichen Bürgern zu einer Mehrfachversicherungspflicht.

Vor allem jene Personen sind betroffen, die neben einem Angestelltenverhältnis auch noch ein Einkommen aus selbständiger Tätigkeit oder auch aus einer bäuerlichen Tätigkeit erzielen. Um die Finanzierbarkeit des österreichischen Sozialversicherungssystems auch für zukünftige Generationen zu gewährleisten, müssen die Strukturen des gesamten Systems geändert werden. Das aktuelle Konstrukt mit über 20 Trägern ist zu teuer und ineffizient. Zu viele Mittel versickern in den Strukturen.

Die Antragsteller sprechen sich daher für die Schaffung eines einheitlichen österreichischen Sozialversicherungssystems mit fairen und transparenten Staffelungen aus.

Das Gesundheitssystem ist eines der wichtigsten Fundamente unseres Landes. Aufgabe des Staates ist es, dafür zu sorgen, dass das Gesundheitssystem langfristig finanzierbar bleibt und für die Menschen die optimale Versorgung, die auch die Pflege miteinschließt, sicherstellen kann. Gesundheit und Pflege gehören untrennbar zusammen.

Das deutsche Bundesland Bayern, das hinsichtlich der Größe und der Einwohnerzahl durchaus mit Österreich vergleichbar ist, kommt mit einer Regierung und einer Steuerungskompetenz aus, um sein Gesundheitssystem zu organisieren. In Österreich gibt es dagegen immer noch 20 unterschiedliche Versicherungsträger im Gesundheitsbereich. Dieses Mehrkassen-System schafft ein Mehrklassen-System zum Nachteil der Versicherten.

Darüber hinaus generieren neun Verwaltungseinheiten, auch neun unterschiedliche Interessenlagen, die einer effizienten Verwaltungsgestaltung diametral entgegenstehen.

Das bestehende Versicherungssystem ist unfair und intransparent. Unterschiedliche Leistungen für die Versicherten, unterschiedliche Honoraranordnungen für Ärzte. Über 20 getrennt voneinander arbeitende Verwaltungsapparate belasten das Budget, erhöhen die Sozialabgaben, schaffen keinerlei Mehrwert.

Große Herausforderungen, wie etwa die Absicherung der Pflege werden nicht angegangen, und unter Missachtung der tatsächlichen demografischen Entwicklung zulasten der Steuerzahler weiter in die Zukunft verschoben. Um diese Problematik zu lösen bedarf es eines einheitlichen nationalen Gesundheitssystems mit zentraler Steuerung und klaren Strukturen. Ein solches Gesundheitssystem soll die Grundversorgung der Menschen sicherstellen und die zur Finanzierung erforderlichen Beiträge einheben. Sämtliche notwendigen medizinischen und pflegerischen Leistungen, egal, ob diese stationär oder ambulant erbracht werden, können unter Verwendung der

Mittel der Beitragszahler nur noch über eine einzige Verwaltungseinheit abgerechnet werden.

Kernpunkt der Umstrukturierung zu einem harmonisierten, öffentlichen Gesundheitswesen ist das Bekenntnis zu einer einzigen Firmenstruktur und der damit verbundenen Befreiung von Bundesländergrenzen. Das ermöglicht die Zusammenlegung aller gleichgearteten Verwaltungseinrichtungen zu einer einheitlichen transparenten und tragfähigen Struktur. Im Jahr 2016, also im vorangeschrittenen digitalen Zeitalter muss es möglich sein, hier Vereinheitlichungen und Vereinfachungen zu schaffen.

Dem Abänderungsantrag der SPÖ und FPÖ kann seitens der Liste Burgenland keine Zustimmung erteilt werden, da ein wesentlicher Punkt, nämlich die vollständige Harmonisierung des österreichischen Sozialversicherungssystems und die Zusammenführung aller Beitragsleistungen, Finanzierungs- und Steuerungsfunktionen in ein einziges System fehlt. Danke. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik hat sich als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch an den Bildschirmen, wer sich nach der Arbeit noch ein bisschen live-stream geben möchte. Es steht auf der Tagesordnung die Zusammenführung, oder das Anliegen der Zusammenführung aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung.

Es ist ein sehr sinnvolles Anliegen, denn das österreichische Sozialsystem baut auf völlig überholten Strukturen auf. Es baut auch auf völlig überholten Annahmen unserer Gesellschaft auf und es ist daher nicht mehr in der Lage, auf aktuelle Probleme passende Antworten zu finden.

Durch die Finger schauen etwa Menschen in Patchwork-Familien, in neuen Erwerbsformen, wie etwa kurzzeitiger Projektarbeit, in prekären Jobs, oder auch Ein-Personen-Unternehmen.

Das österreichische Sozialsystem bietet kaum mehr Schutz in Phasen der beruflichen, wie der persönlichen Neuorientierung, oder in individuellen Problemlagen. Es lässt aber nicht nur Menschen in Problemlagen zurück, sondern bietet auch Menschen in Beschäftigung kaum eine Chance, neue Lebens- und Arbeitsformen zu wagen.

Auf der anderen Seite leistet sich Österreich die drei Sparten der Sozialversicherung, also Krankenversicherung, Pensionsversicherung und Unfallversicherung von knapp - da kommen wir auf unterschiedliche Zahlen bei unseren Zählungen - wir kommen auf knapp 40 verschiedene Träger – je nachdem, wen man aller mitrechnet.

Und diese unterscheiden sich nach Beitragshöhe, nach zu erwartenden Leistungen, oder auch nach Zugang zu Pension, Krankenbehandlung und Rehabilitation sehr deutlich. Das verursacht unnötige Kosten und schafft Privilegien für Einzelne.

Ob es eine einzige Sozialversicherung sein kann, wie es im ursprünglichen Antrag steht, oder ob es um eine Zusammenführung jeweils mehrerer Sozialversicherungsträger geht, das kann man noch verhandeln, aber die Richtung stimmt, nämlich zu verschlanken. Es geht darum Versicherungen zu fusionieren.

Statt der rund 40 Sozialversicherungsträger soll es aus unserer Sicht nur noch drei geben. Eben - wie gesagt - eine Krankenversicherung, eine Pensionsversicherung und eine Unfallversicherung. Leistungen und Beiträge sollen einheitlich sein, denn das derzeitige System ist undurchsichtig und vor allem ungerecht. Durch eine Fusion der Sozialversicherungen könnte auch die Verwaltung verschlankt werden.

Abgesehen von solchen längst notwendigen Zusammenlegungen der Sozialversicherungsträger braucht es auch eine Reihe von Reformmaßnahmen, die die Lebensrealität und die Probleme vor allem auch der kleinen Unternehmerinnen und Unternehmer berücksichtigt. Etwa die Absenkung der Mindestbeitragsgrundlagen der Sozialversicherungsanstalt auf ASVG-Niveau.

Einmal im Leben - und auch diesen Aspekt sollte man einbeziehen - einmal im Leben sollte auch jeder Mensch, der sich selbständig machen möchte, die Möglichkeit haben, sich drei Jahre lang zu Mindestbeiträgen zu versichern. Das ist nämlich die einfachste und gerechteste Gründungsförderung, die ausnahmslos alle in Anspruch nehmen können.

Das sind jetzt nur zwei Beispiele für eine Reihe von sinnvollen Maßnahmen, die vor allem auch für die kleineren Unternehmerinnen und Unternehmer im Burgenland wichtig wären. Also, es braucht ein System der Sozialversicherungsträger für alle und Schaffung eines einheitlichen Systems dieser Träger für jede der drei Versicherungssparten, in der alle Versicherten die gleichen Beiträge zahlen, die gleichen Beitragssätze zahlen, den gleichen Pflichten unterliegen und die gleichen Leistungen nach den gleichen Regeln bekommen.

Allein in der Krankenversicherung könnten auf diese Weise mittelfristig etwa 100 Millionen Euro im Jahr eingespart werden, die dann für eine bessere medizinische Versorgung in Mangelbereichen, wie etwa der Kinderheilkunde, der Psychotherapie, oder in der Versorgung älterer Menschen eingesetzt werden können. Wir brauchen ein System, dass uns allen Gesundheit ermöglicht, ohne Benachteiligung und ohne Diskriminierung einzelner Personengruppen.

Leider hat der Abänderungsantrag der Regierungsparteien nichts mehr mit dem ursprünglichen Antrag zu tun, deswegen werden wir dem nicht zustimmen können. *(Beifall bei den GRÜNEN und LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Von der FPÖ hat sich zu Wort gemeldet der Landtagsabgeordnete Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Anliegen der Zusammenführung aller Sozialversicherungsträger scheint ja zu einer unendlichen Geschichte zu werden und ist nichts Neues. Die Diskussion kocht immer wieder hoch.

Es hat schon viele Bemühungen und Entschließungsanträge von verschiedenen Bundesländern gegeben, Anträge von verschiedenen Parteien im Parlament in Wien, auch Vorstoße der Wirtschaftskammer. Aber es hat sich nicht viel bewegt, bis gar nichts getan, also nichts Neues unter der Sonne. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt bin ich neugierig wie die FPÖ das sieht.)*

Es stimmt, dass die LBL sehr viele und fleißig Anträge einbringt, es stimmt *(Abg. Manfred Kölly: Gerne, was ist da Schlechtes dran?)* aber auch, dass man viele alte FPÖ-Anträge hervorzaubert. Das ist ja an und für sich nichts Schlechtes, *(Abg. Manfred Kölly:*

Genau. Habe ich gerade gesagt.) wenn man sich von der FPÖ etwas abschaut, so wie es jetzt auch auf Bundesebene passiert im Zusammenhang mit der Asylpolitik.

Auch dort könnte man schon ein Stück weiter sein, hätte man früher auf die FPÖ gehört. *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly)* Auch hier bei der Zusammenlegung der Zusammenführung der Sozialversicherungsträger wird es ähnlich kommen. Am Anfang strikt dagegen, dann wird darüber nachgedacht und erst viel später einmal umgesetzt werden. Schade um die Zeit, die dazwischen vergehen wird.

Es ist natürlich ein Gebot der Stunde, alle Sozialversicherungsträger in einem stetigen Optimierungsprozess zu bündeln und Synergien zu nutzen. Aber auch natürlich darauf zu achten, dass kein Qualitätsverlust zustande kommt. Auf jeden Fall kann im jetzigen Moment nicht von Effizienz und Effektivität die Rede sein, hier wäre ein enormes Einsparungspotenzial vorhanden.

Gegenwärtig ist das System mit seinen 22 selbständigen Einrichtungen teuer, ineffizient und organisatorisch nicht mehr zeitgemäß. Es dient vielmehr einem Funktionärsparadies. Aus diesem Grund muss eine Zusammenführung aller Organisationseinheiten, Beitragsleistungen, Finanzierungs- und Steuerungsfunktionen im System in ein einziges Sozialversicherungssystem erfolgen.

Nur so ist gewährleistet, dass es eine schlanke, effiziente und zeitgemäße Verwaltungsstruktur im Sinne der Sozialversicherten gibt. Dabei ist die Zeit längst überfällig, um die Weichenstellung für eine Zusammenlegung verschiedener Kassen zu stellen.

Es ist wohl allen klar, dass diese Reform nicht von heute auf morgen durchgesetzt werden kann, gerade deshalb wäre es höchst an der Zeit mit einem Strukturplan zu beginnen. Es darf nicht aufgrund von Posten und Funktionen und somit auf Kosten der Versicherten scheitern, hier endlich mit einer Reform zu beginnen. In der heutigen Zeit versteht niemand mehr, dass notwendige Reformen, etwa an Dienstverträgen scheitern könnten.

Wir wissen in vielen Bereichen herrscht auf Bundesebene eine Koalitionsbürokratie, die sich ihre Pfründe erhalten möchte, um ihr Klientel zu bedienen. Vielmehr wäre die Bundesregierung moralisch verpflichtet, in diesen Zeiten zu schauen, wo es Einsparungsmöglichkeiten gibt. Es ist ja nicht verständlich, dass man sich auf der einen Seite noch immer 22 Sozialversicherungsträger leistet, während die Leistungen zurückgefahren und die Beiträge erhöht werden. Wir sind natürlich auch gegen die Leistungsunterschiede aufgrund der 22 Sozialversicherungsträger, bei Bewilligungen von MR-Untersuchungen, oder Medikamenten zum Beispiel, oder Kostenrückerstattungen, oder Selbstbehalte.

Das heißt im Klartext, die medizinischen Leistungen sind österreichweit für die Patienten unterschiedlich. Es braucht hier endlich eine offene und ehrliche Diskussion über die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger. Je eher damit begonnen wird, umso besser. *(Abg. Manfred Kölly: Dann musst Du zustimmen.)*

Wir stehen natürlich zur alten FPÖ-Forderung. Wir stehen natürlich auch zum Abänderungsantrag. In einer Koalition ist das so. Das etwas geschehen muss, steht auch im Bundesregierungsübereinkommen. Dort ist von einer Effizienzsteigerung bei der Sozialversicherung die Rede. Dies wäre der erste wichtige Schritt, dass die Bundesregierung endlich die Studie umlegt.

Der Ball liegt wieder einmal auf Bundesebene. In anderen Ländern sind solche Zusammenlegungen und Straffungen der Strukturen längst erfolgt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Nunmehr erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Georg Rosner von der ÖVP das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nur kurz auf die Wortmeldung vom Kollegen Hutter eingehen, ohne dass ich jetzt ein Oberlehrer sein will.

Aber, Herr Kollege Hutter, es gibt die Legislative, die Exekutive, was auch richtig ist, aber auch die Judikative. Und Sie werden ja wohl nicht glauben, dass der Herr Mag. Grauszer, der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes seine Entscheidungen auf Vorschlag der Landesrätin gemacht hat. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Sodl: Das hat er überhaupt nicht gesagt.)*

Also das wäre ja noch schöner. *(Abg. Sodl: Das hat er nicht gesagt.)* Er hat es behauptet. *(Abg. Doris Prohaska: Das hat er nicht gesagt. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Gut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zurück zu den Sozialversicherungsträgern. Die österreichischen Sozialversicherungen sind wichtige Einrichtungen zur Versorgung und Absicherung unserer Bürger. Die Überlegung, die Sozialversicherungsträger zusammen zu legen ist nicht neu.

Natürlich es ist wichtig, bei 22 bestehenden Einrichtungen zu prüfen, wo es Verbesserungen und Einsparungspotenzial gibt und in welchen Bereichen eine Kooperation unter den Trägern Sinn macht. Anhand der Prinzipien Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit ist es abzuwägen, wo Synergien genutzt werden können.

Aber ein Zusammenschluss aller Einrichtungen kann nicht von Nutzen sein und ist auch aus verfassungsrechtlicher Sicht bedenklich, *(Abg. Manfred Kölly: Untergruppen.)* nein - denn die derzeitige bestehende Selbstverwaltung ist nur bei regionaler und beruflicher Gliederung möglich.

Eine Zusammenarbeit unter den einzelnen Trägern ist dann zu empfehlen, wenn sie tatsächliche finanzielle Einsparungen und eine Qualitätssteigerung mit sich bringen. Ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung des Sozialversicherungssystems wäre zum Beispiel die Einigung - und das wäre, glaube ich, wirklich ein guter Zug - die Einigung der Kassen mit Leistungserbringern auf einheitliche Tarife. Das wäre schon ein ganz guter Schritt. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, bin ich dafür.)*

Für mich steht aber auch die Leistung für unsere Bürger an erster Stelle. Im Fokus eventueller Maßnahmen muss immer eine Qualitätsverbesserung für die Betroffenen stehen und hier gibt es viel zu tun. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass es eine Kostenfrage ist, ob die ambulante Unterwassertherapie beibehalten, oder abgeschafft wird, siehe Burgenländische Gebietskrankenkasse.

Gerade Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge könnten hohe Folgekosten in der Patientenversorgung verringern und sogar verhindern. Auch die Computertomographie, CT, und Magnetresonanztomographie, die MRT, sind wichtige Instrumente der Gesundheitsprophylaxe. Die langen Wartezeiten auf einen Untersuchungstermin stellen für die Betroffenen oft eine zusätzliche physische Belastung dar.

Wir haben es heute schon zum Thema gehabt. Natürlich ist jetzt eine Erweiterung gemacht worden, der Betriebszeiten im Krankenhaus Oberwart. Ich hoffe, dass das auch zu einer Entlastung führt. Es ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Wer es sich leisten kann, entscheidet oft die Leistungen bei privaten Anbietern selbst zu bezahlen, also diese Leistungen bei privaten Anbietern in Anspruch zu nehmen. Es darf hier nicht zu einer Zweiklassengesellschaft kommen.

Hier müssen umfassende Maßnahmen gesetzt werden, damit die Wartezeiten spürbar verringert werden. Unsere Bürger haben ein Recht auf die beste Versorgung. Eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist eine wichtige Voraussetzung für ein qualitatives Gesundheitssystem.

Bis zum Jahr 2025 wird ein Ärztemangel prognostiziert. Das war heute auch Thema bei der Fragestunde und daher ist es auch eine wichtige Frage, wie die allgemeinmedizinische Versorgung durch Hausärzte garantiert werden kann, insbesondere für den ländlichen Raum bedarf es hier großer Anstrengungen.

Auch beim Krankenhaus Oberwart herrscht akuter Handlungsbedarf. Das Krankenhaus ist ein wichtiger medizinischer Standort. Nachdem viel Geld und Zeit in die Planung und Sanierung des Altbaus geflossen sind, wurde 2014 ein Neubau mit einem voraussichtlichen Budgetvolumen von 158 Millionen Euro beschlossen und die Eröffnung mit 2021 prognostiziert.

Die vielen Fehler bei der Planung, der Sanierung des Krankenhauses Altbaus haben verdeutlicht, dass bei einem Projekt in dieser Dimension eine durchdachte Planung, Transparenz und Kontrolle unabdingbar sind. Es sollten möglichst viele Beteiligte und Entscheidungsträger eingebunden werden, um unser Gesundheitssystem nicht durch weitere Fehlentscheidungen zu gefährden.

Kollege Kölly hat selbst heute gesagt, dass eine - er hat gesprochen von einer begleitenden Kontrolle - unabdingbar. Ja, also ich glaube, dass bei so einem Volumen das wirklich unabdingbar ist.

Es ist auch zu überlegen wie und in welcher Form, hier gibt es ja noch nichts, wie und in welcher Form der Altbau beziehungsweise die bereits angeschafften Einrichtungen weiter genutzt werden sollen und können, damit diese Investitionen nicht gänzlich verloren gehen.

Ja, ich kann jetzt an dieser Stelle gar nicht sagen, es ist Schluss mit lustig, weil das absolut nicht lustig ist und nach Monaten der Untätigkeit, glaube ich, muss die große Langzeit-Baustelle Krankenhaus Oberwart endlich gelöst werden. Ich muss das jetzt auch sagen, in dieser Landesregierung wird wirklich sehr viel angekündigt und auch sehr wenig umgesetzt und das hilft dem Land nicht weiter.

Wir, als Volkspartei Burgenland, setzen uns für unsere Bürger ein. Sie haben ein Recht auf die beste Versorgung durch ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem. Wir fordern daher die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass weitere Maßnahmen zur Unterstützung des Sozialversicherungsträgers bei der Erfüllung ihrer Aufgaben getroffen werden.

Unser Abänderungsantrag ist allen Fraktionen zugestellt worden. Ich darf die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Sozialversicherungsträger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben getroffen werden:

- Durch das Setzen von Initiativen soll die Kooperation untereinander gefördert und mögliche Synergien genutzt werden.
- Eine bundesweite Regelung soll zur Schaffung einheitlicher Tarife der Leistungserbringer für alle Kassen beitragen.

Ich darf diesen Antrag einbringen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Georg Rosner übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der mir soeben übereichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT mit in die Verhandlungen einbezogen wird.

Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nun, in diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Zusammenführung oder Zusammenlegung aller Sozialversicherungsträger in eine einzige Versicherung, so lautet der Titel. Es ist eigentlich eine Strukturfrage, ein Titel, der so gestellt worden ist und auch die Anträge und Forderungen sind da in diese Richtung gegangen.

Wenn ich mir jetzt die Vorredner angehört habe, habe ich eigentlich teilweise nicht folgen können. Vor allem Georg Rosner war meiste Zeit im intramuralen Bereich im Krankenhauswesen vorhanden. Gibt es natürlich auch, hat aber eigentlich jetzt mit Sozialversicherungen nichts zu tun. *(Abg. Georg Rosner: Ist aber wichtig.)*

Ich denke einmal, ich glaube nicht, dass gewollt ist eine Zusammenlegung oder Zusammenführung von Krankenanstalten mit anderen Sozialversicherungsträgern durchzuführen. Deshalb glaube ich, muss man das trennen und man sollte wieder zurückkommen auf den Hauptgedanken der eigentlich dahinter steht.

Wir haben in Österreich seit 1948 einen Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger und dieser Hauptverband ist der Dachverband für nunmehr 22 Sozialversicherungsträger. Frau Mag.a Petrik hat von 40 gesprochen, sie hat aber Betriebskrankenkassen und auch andere Institutionen dazugezählt, die jetzt auch wieder nicht in diesen Bereich fallen.

Nun, diese Sozialversicherungsträger haben alle verschiedene Versicherungszweige, mit Krankenversicherung, Unfallversicherung, Pensionsversicherung sind einige bereits genannt. Aber wesentlich dazu zu denken und das, glaube ich, unterscheidet meine Rede von den vorigen ist das, dass es hinter diesen Gedanken, Sozialversicherungsgedanken, Prinzipien und Werte gibt.

Wir haben in Österreich das Prinzip der Pflichtversicherung und nicht der Versicherungspflicht, wie es vielleicht auch Kollege Hutter gemeint hat, wenn er von Deutschland und von Bayern spricht. Darum auch ist dieser Gedanke, den Du angesprochen hast, im Hinblick auf die gesetzliche Regelung in Österreich mit der Pflichtversicherung nicht deckungsgleich.

Wir haben auch in Österreich die Selbstverwaltung, wir haben das Prinzip des Solidaritätsgedankens und wir haben vor allem ein beitragsorientiertes Finanzierungssystem.

All diese Grundlagen führen natürlich dazu, dass die momentane Situation bei den Gedanken der Harmonisierung, der Zusammenführung von Sozialversicherungsträgern natürlich dazu führt, dass jemand etwas verlieren muss, wenn der andere etwas gewinnt.

Und das waren genau die Diskussionen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten geführt worden sind, wo diejenigen die verloren hätten, wie zum Beispiel die Bauern oder Selbständige oder vielleicht auch im Beamtenbereich, natürlich dann auch zu gewissen Anträgen und so weiter, ihre Zustimmung nicht erteilt haben.

Diese Diskussionen sind so lange schon, ich kann mich erinnern, die Bundesministerin Kdolsky hat im Bereich der Krankenkassen eine Fusionierung vorantreiben wollen, die nicht gelungen ist. Und so gibt es immer wieder Anträge im Nationalrat die in diese Richtung gehen.

Nun, meistens wird behauptet, dass der Hauptgrund für die Zusammenführung von Sozialversicherungsträgern in den Kosten liegt und ich habe mir das jetzt angeschaut. Es gibt einen sogenannten Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand und der ist in Österreich für die Sozialversicherungsträger im Durchschnitt 2,1 Prozent auf die Leistungen.

Und wenn man sich dann die internationalen Werte anschaut wie Deutschland oder die Schweiz muss man feststellen, Deutschland hat 5,3 und die Schweiz hat 5,8 Prozent in Bezug auf die Leistungen. Das heißt, in Österreich haben wir in unserem Sozialsystem, Sozialversicherungssystem, einen Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand der die Hälfte der Ausgaben oder des Verwaltungs- und Verrechnungsaufwandes der Nachbarländer nach sich zieht. Diese Meinung, dass es eigentlich sehr mit Vorsicht zu genießen ist, nur wegen der Verwaltungskosten eventuell eine Zusammenführung zu treffen, bestätigt eigentlich der deutsche Rechnungshof. Der deutsche Rechnungshof hat sich nämlich die Auswirkungen der Verwaltungskosten bei einer Zusammenlegung oder Zusammenführung angeschaut.

Und der deutsche Rechnungshof ist zum Ergebnis gelangt, dass bei derartigen arbeitsintensiven Bereichen wie es in der Sozialversicherung ist, Beitragseinhebung, Leistungsaufwendungen und im Endeffekt auch das Kundenservice, dass dort bei einer Anzahl oder bei einer kritischen Größe von über einer Million Versicherten - und das haben wir auch in Österreich - das Thema ist, dass dort die Verwaltungskosten nur teurer werden.

Das heißt, dieser Rechnungshofbericht, der zwar kein österreichischer ist sondern ein deutscher ist, bestätigt eigentlich, dass bei einer Zusammenlegung im Bereich der Verwaltungskosten durchaus mit Vorsicht eventuell sogar Erhöhungen nach sich gezogen werden können.

Weiters sagt der Rechnungshofbericht, dass die Leistungsausgaben zwar in Einzelfällen und in Ausnahmefällen durchaus weniger sein können, aber es ist auch in einigen Fällen auch anders gewesen.

Nun, wenn man von Zusammenführung spricht, glaube ich, muss man auch aufpassen, dass eine Gefährdung der Standortnähe, der Versichertennähe und vor allem der Servicequalität kommen könnte und das wollen wir nicht.

Wir wollen auch, dass Werte wie Solidarität und Menschlichkeit in der Sozialversicherung im Interesse der Versicherten weiter gelebt werden. Und wenn es eine Zentralisierung gibt ist zu befürchten, dass genau diese versichertennahe Betreuung und auch die rasche Umsetzung der Problemlösung wahrscheinlich verloren geht.

Wer in Wien, wenn es eine zentrale Stelle gibt oder eine einzige zentrale Versicherungsanstalt gibt, kennt zum Beispiel die Besonderheiten der Versicherten in Deutschkreutz oder Jennersdorf? Wer kennt die?

Ich denke mir, auch diese Situation und dieses Bekenntnis kann zum Beispiel dazu führen, dass es zu einer *(Abg. Manfred Kölly: Bist Du jetzt dafür oder nicht?)* weiteren Ausdünnung des ländlichen Raumes führen kann. *(Abg. Manfred Kölly: Tun wir jetzt etwas oder tun wir nichts?)*

Wir haben zum Beispiel auch gesehen, Herr Kollege Kölly, wir *(Abg. Manfred Kölly: Sag ja, da brauchst Du nicht so viel reden. – Unruhe bei der SPÖ.)* haben zum Beispiel auch gesehen, dass bei einer… *(Abg. Robert Hergovich: Gerade er redet. - Abg. Werner Friedl: Das sagt einer und redet eine halbe Stunde. – Unruhe bei der SPÖ)*

Herr Kollege Kölly, wir haben zum Beispiel auch gesehen und da warst Du glaube ich auch sogar involviert, wir haben gesehen, dass bei der Fusionierung von der BVA zur PVA auch dort die Unternehmenskulturen dazu geführt haben, dass die Fusionierung nicht funktioniert hat. *(Abg. Manfred Kölly: Proporz, Herr Kollege. – Unruhe bei der SPÖ)*

Vielleicht noch dazu jetzt, ich bin ja grundsätzlich offen - Herr Präsident, darf ich kurz bitten - ich bin ja grundsätzlich offen, dass man immer Optimierungsprozesse anschaut. Ich bin auch persönlich dafür, dass Veränderungen gemacht werden. Nur es muss immer in Bedachtnahme auf die Möglichkeit sein, dass etwas abgeändert werden kann.

Wir haben momentan in der Bundesregierung im Arbeitsprogramm drinnen, dass eine Studie gemacht werden soll wo genau diese Kostensparungs- und Kostendämpfungsmaßnahmen geführt werden sollen. Und ich bin der Meinung, dass wir diese Studie abwarten müssen und erst dann in weiterer Folge überlegen sollten, ob es eine Idee ist diese Zusammenführung aus mehreren Gründen zu machen.

Im konkreten Fall glaube ich auch, dass vorher auch Kooperationsmaßnahmen immer zu überlegen sind. Aber ich bin jedenfalls dafür, dass im Hinblick auf den angeführten Rechnungshofbericht und der Studie der Bundesregierung wir diese abwarten müssen und keinen sofortigen impulsiven Hüftschuss machen sollten. *(Abg. Manfred Kölly: Warum habt Ihr es dann nicht abgelehnt?)* Und aus diesem Grund hält meine Fraktion klar fest, dass Strukturreformen jedenfalls erst dann kommen sollen, wenn die Versicherten im Mittelpunkt dieser Strukturreform stehen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Warum habt Ihr es nicht abgeändert.)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Da nun keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. *(Zwiegespräch des Abgeordneten Manfred Kölly mit den Abgeordneten der SPÖ. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Rosner eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Frau Berichterstatterin und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Strukturreformen im Bereich der Sozialversicherungsträger ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 253), dass alle künftigen im Landtag getroffenen Beschlüsse auf ihre Klimarelevanz hin überprüft werden müssen und durch die Wirkung der beschlossenen Gesetze und Verordnungen erzeugte zusätzliche Treibhausgasemissionen ausgewiesen werden müssen (Zahl 21 - 178) (Beilage 287)

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nunmehr Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um ihren Bericht zum 11. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 253, dass alle künftigen im Landtag getroffenen Beschlüsse auf ihre Klimarelevanz hin überprüft werden müssen und durch die Wirkung der beschlossenen Gesetze und Verordnungen erzeugte zusätzliche Treibhausgasemissionen ausgewiesen werden müssen, Zahl 21 - 178, Beilage 287.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, dass alle künftigen im Landtag getroffenen Beschlüsse auf ihre Klimarelevanz hin überprüft werden müssen und durch die Wirkung der beschlossenen Gesetze und Verordnungen erzeugte zusätzliche Treibhausgasemissionen ausgewiesen werden müssen, in seiner 17. Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, dass alle künftigen im Landtag getroffenen Beschlüsse auf ihre Klimarelevanz hin überprüft werden müssen und durch die Wirkung der beschlossenen Gesetze und Verordnungen erzeugte zusätzliche Treibhausgasemissionen ausgewiesen werden müssen, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ja, nachdem in dem Landtag kaum jemand zum Klimaschutz etwas spricht, muss ich es halt umso mehr. Ich habe Euch auch etwas mitgebracht. Das ist der österreichische Sachstandsbericht Klimawandel 2014. Der von vielen, vielen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen veröffentlicht wurde.

Das ist allerdings nur die Zusammenfassung für die Entscheidungstragenden, also für uns, würde ich einmal meinen. Der eigentliche Bericht ist ungefähr drei- bis viermal so

dick. Auch da ist es eigentlich nur notwendig, die Seiten 28 bis 40 ungefähr zu lesen, da sind die wesentlichen Punkte drinnen, die ich wirklich jeden ans Herz legen kann. Der Klimawandel ist keine Gefahr, die uns irgendwann einmal droht, sondern wir sind mitten drinnen.

Österreich ist offensichtlich besonders stark betroffen. Seit 1880 haben wir eine Erwärmung von zwei Grad in Österreich. Global beträgt die Erhöhung „lediglich“ 0,85 Grad. Panik ist unangebracht. Aber ich denke, das Gegenteil, was wir teilweise machen, ist auch der falsche Weg. Es ist dringend notwendig, dass wir Maßnahmen ergreifen. Da wird es nicht reichen, uns auf den positiven Aspekten der Windräder, der Windkraft, im Burgenland auszuruhen. Wir müssen viel mehr machen.

Der Klimawandel ist unbestritten das größte Problem weltweit, mit dem wir heute zu kämpfen haben. Wir haben es verabsäumt, rechtzeitig gegenzusteuern, deswegen müssen wir jetzt umso massiver und umso schneller einlenken.

Eines ist klar, es wird unsere Art zu leben in Österreich, aber wahrscheinlich auch weltweit, massiv verändern. Ob jetzt freiwillig, indem wir uns eben anpassen, beziehungsweise unser Verhalten auch ändern, um weniger Treibhausgase auszustoßen oder später dann gezwungenermaßen.

Auch wenn die Politik hier selten weit genug vorausdenkt, die Erderwärmung wird uns bereits in den kommenden Jahren viel Geld kosten. Man sieht das ja jetzt schon sehr stark an der Landwirtschaft. Die ÖVP fordert regelmäßig mehr Ausgleichszahlungen, ein Jahr sind es Hochwässer und Hagel, ein Jahr ist es eher die Trockenheit - sehr unterschiedlich.

Aber es gibt eigentlich kaum Bereiche, die nicht negativ beeinträchtigt werden. In Zukunft oder auch jetzt schon. Das betrifft die Gesundheit, die Forstwirtschaft, den Tourismus, die Wasserversorgung, die Artenvielfalt, et cetera, et cetera. Konkret sind damit verbunden erhöhte Waldbrandgefahr, Neigung zu Wetterextremen, mehr Murenabgänge, verstärkte Flüchtlingsbewegungen, aber auch mehr Herz- Kreislauftote, und so fort.

Ich möchte hier, ich habe das schon einmal in diesem Landtag getan, einen der für mich wesentlichen Sätze in diesem Sachstandsbericht zitieren, der lautet: Die Erreichung der Ziele für 2050 erscheint nur bei einem Paradigmenwandel in vorherrschenden Konsum- und Verhaltensmustern sowie den traditionell kurzfristig orientierten Politikmaßnahmen und Entscheidungsprozessen wahrscheinlich. Das sage nicht ich, sondern das sagen an die 300 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die in Österreich diesen Bericht erarbeitet haben.

Was wäre unbedingt nötig? Ein paar Beispiele. Eine Änderung der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur, damit mehr Wege ohne eigenes Auto bewältigt werden können. Mehr öffentliche Mobilität, damit Zweit- und Dritt-Pkw unnötig sind oder werden. Statt, so wie jetzt den Güterverkehr auf die Straße zu bringen, diese Entwicklung genau umkehren. Wir brauchen, das was eh oft gesagt wird, aber halt leider nicht getan, die Güter auf der Schiene. Beim Hausbau vermehrt auf Sonnen- sowie Hitzeschutz achten. Und zwar nicht unbedingt mit Styropor, sondern mit ökologischem Dämmmaterial.

Das bedeutet aber auch einen Neustart für die eingestellte Sanierungsoffensive. Es gibt zwar jetzt den Handwerkerbonus, aber der läuft ja mit Ende des Monats aus. Förderungen eben für Dämmungen, allerdings für ökologische Dämmstoffe. Attraktive Umstiegsanreize für die Umstellung auf Biolandwirtschaft.

Ein Antrag von uns wird in Kürze durch den Ausschuss laufen. In Österreich vor allem, nur zur kleinen Darstellung, was das heißen könnte, in Österreich fallen nur durch die Herstellung von Stickstoffdünger für die konventionelle Landwirtschaft fast eine Million Tonnen CO_2-Emissionen pro Jahr an. Wenn wir alle auf Bio umstellen, würden wir uns praktisch im Jahr eine Million Tonnen Co_2 ersparen.

Weitere Punkte wären Maßnahmen gegen die fortschreitende Bodenversiegelung, Bodenschutz durch Humusaufbau, Wasserrückhaltemaßnahmen, Erosionsschutz, Verdunstungsschutz durch Mulchen, Windschutz, et cetera. Anregungen vor allem in Kindergärten, Schulen, Spitälern, zu einer gesünderen und treibhausgasreduzierten Ernährung mit weniger Fleisch und mehr biologisch erzeugten Lebensmitteln. Förderung der E-Mobilität, vor allem mit einem guten Netz an Schnellladestationen burgenlandweit.

Aber auch mit verpflichtenden Steckdosen in den Parkgaragen von Einkaufstempeln, Wohnhausanlagen, in den geförderten Mehrparteienhäusern, die das Land fördert, Park&Ride-Plätzen und ähnlichem.

Baustopp für Straßenprojekte, abgesehen von kleinräumigen Umfahrungen. Vor allem im Bereich des Verkehrs ist das Plus an Treibhausgasemissionen im Verkehr am stärksten. Nicht nur, aber speziell, im Weinbau ist mit einem verstärkten, Entschuldigung, das waren jetzt die Vorschläge. Was würde es heißen, wenn wir nichts tun? Nicht nur, aber speziell, im Weinbau würde mit verstärktem Auftreten von Krankheiten und Schädlingen zu rechnen sein.

In Slowenien zum Beispiel, teilweise jetzt auch schon in Österreich, ist vermehrt mit der amerikanischen Rebzikade zu rechnen. Diese gilt als Überträger einer Krankheit, die sich goldgelbe Vergilbung nennt. Beim Raubwickler besteht zunehmend die Gefahr der Ausbildung einer dritten Generation. Also noch mehr Schädlinge. Im Forstbereich ist neben einem massiven Anstieg der Borkenkäferproblematik, die wir ja jetzt schon haben, auch damit zu rechnen, dass es der Fichte im Burgenland grundsätzlich zu warm wird.

Gerade die Fichte leidet eben besonders an Hitzejahren, wie wir sie letztes Jahr gehabt haben. 150.000 Euro im Kampf gegen die Borkenkäfer, den die Frau Landesrätin Dunst vor kurzem vorgestellt hat, ist erfreulich, aber es ist zu befürchten, dass das nur ein Tropfen am heißen Stein sein wird.

Der Neusiedlersee als Steppensee ist massiv gefährdet. Bei einer ständigen Aufeinanderfolge des extrem trockenen Jahres 2003, wo er sehr wenig Wasserstand hatte, würde der See bereits nach vier bis sechs Jahren weitgehend austrocknen. Dazu muss man wissen, dass der See im Schnitt etwa 80 Prozent vom Regenwasser gespeist wird und die Verluste durch Verdunstung etwa 90 Prozent betragen. Bei einem Seepegel unter 115 cm Seehöhe errechneten Experten Einnahmenverluste von etwa 13 Millionen Euro und den Verlust von 480 Arbeitsplätzen in der Region.

Bei einem Absinken des Pegels um weitere 30 cm würden zweieinhalb so viele Arbeitsplätze verloren gehen. Das heißt, das Ganze hat natürlich auch sehr starke wirtschaftliche Auswirkungen, die nicht nur dem Tourismus schaden würden. Laut dem erwähnten Sachstandsbericht „Klimawandel“ hatte das Burgenland mit Stand August 2013 keine umfassende Strategie zur Anpassung vorhanden oder in Ausarbeitung. Das heißt wir tun zu wenig, sagt auch der Sachstandsbericht.

Befassung in den unterschiedlichen Sektoren, wie zum Beispiel Tourismus, Wasserwirtschaft, Energie und Landwirtschaft. Seither ist mir keine maßgebliche Änderung bekannt. Die Landesrätin, die dafür zuständig ist, Eisenkopf, hätte da einiges zu

tun. Zwischen 1990 und 2010 stieg die jährliche Verkehrsleistung in Personenkilometern von 79 Milliarden auf insgesamt 101 Milliarden.

Das heißt, wir fahren immer mehr mit den Autos. Der Flugverkehr ist nämlich hier ausgenommen. Der Großteil des Wachstums ist dem motorisierten Verkehr zuzurechnen. Auch hier ein Beispiel. Die so viel geforderte S7 wird, laut dem Genehmigungsbescheid des Verkehrsministeriums, pro Jahr 27.500 Tonnen CO_2 mehr Ausstoß verursachen. Da geht es um 29 km zusätzliche Straße.

Den Bereich Gesundheit habe ich kurz angesprochen. Im Bereich Gesundheit ist einerseits durch das häufige Auftreten von Wetterextremen mit mehr Erkrankungen und Verletzungen zu rechnen. Durch mehr Hitzetage werden vor allem ältere Personen stark belastet. Ab einer bestimmten Temperatur, je nach Region ist es zwar unterschiedlich, aber kann man davon ausgehen, dass die Sterblichkeit pro einem Grad um ein bis sechs Prozent steigt.

Andererseits muss man auch damit rechnen, dass es durch die höheren Temperaturen zu mehr Krankheiten kommen wird. Die BOKU hat letztes Jahr ein Projekt gehabt, wo sie Gelsen, also Stechmücken, gefangen haben. Da sind erstmals Stechmücken gefangen worden, die sonst nur eigentlich in tropischen Gebieten vorkommen, teilweise auch Stechmücken, die die Malaria übertragen könnten.

Der Abänderungsantrag der Regierungsparteien ist wie immer oder wie meistens das Papier nichts wert, auf dem er steht. Das Wort Klima oder Klimaschutz kommt überhaupt nicht einmal mehr vor. Die Bezeichnung nach Möglichkeit zeigt darin noch mehr, wie unwichtig dieser Punkt offensichtlich ist. Mich wundert es nicht wirklich, weil schon im Regierungsabkommen das Wort Klimaschutz nicht drinnen steht.

Jeden Tag des Abwartens und des Kaffeetrinkens verteuert die Sache und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass wir das Zwei-Grad-Ziel bei weitem überschreiten werden. Es geht auch um uns selbst, aber vor allem um nachfolgende Generationen. Das sei in Zeiten der Angst vor Flüchtlingen noch dazu gesagt, es ist ganz klar, dass der Klimawandel wesentlich stärkere Flüchtlingsbewegungen auslösen wird, als das was wir jetzt schon haben.

Das heißt, wir haben eigentlich keine Minute mehr Zeit, um hier massiv Maßnahmen zu ergreifen. Zu sehen ist davon leider viel zu wenig. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Steier)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Ja, vorerst aus zeitökonomischen Gründen nur einige Sätze zum Uhudler, *(Allgemeine Heiterkeit)* und zwar Präsident Mag. Manfred Grauszer hat heute eine Presseaussendung an die verschiedensten Medien versandt.

Überschrift: Uhudlerverfahren: Landesverwaltungsgericht behebt Rodungsbescheide. Zweiter wichtiger Satz: Das Landesverwaltungsgericht hat heute seine bisherige Rechtsprechung geändert. Dritter wesentlicher Satz: Das Landesverwaltungsgericht holte deshalb zur Klärung der entscheidenden Fachfrage für die noch anhängigen Rodungsverfahren ein Universitätsgutachten der renommierten

deutschen Hochschule Geisenheim ein. Dort wurde bestätigt, dass einige Sorten, ich will nicht alle wieder vorlesen, wirklich vitis vinifera Sorten sind.

Lieber Kollege Wolfgang Spitzmüller, Großteils kann ich wirklich Deinen Ausfolgungen folgen beziehungsweise sie wirklich unterstützen. Ich glaube auch, dass einer der größten globalen Herausforderungen für die nächsten Jahrzehnte auf dem Gebiet des Umweltschutzes die Reduktion des Treibhauseffektes sein muss. Das wird ja praktisch von allen Wissenschaftlern außer Streit gestellt.

Das Abkommen von Paris ist wirklich ganz wichtig. Es ist auch das erste Mal, dass fast alle Staaten vertraglich sich dazu bekennen, Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel zu übernehmen. Die Ziele sind die Begrenzung der Erderwärmung unter zwei Grad und Hilfen für Entwicklungsländer. Du hast das eh sehr ausführlich beschrieben. Unumstritten ist natürlich auch, dass die Nutzung der fossilen Energieträger zu Ende geht, beziehungsweise wir aussteigen sollten.

Dass Energieautarkie machbar ist, das beweisen uns wirklich die Energie- und Modellregionen. Das ist wirklich eine vorbildhafte Aktion seitens des Lebensministeriums initiiert. Das heißt, keine Abhängigkeit von teuren Öl- und Gasimporten, stattdessen saubere Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Wasser, Bioenergie hier aus den Regionen. Eine der ersten österreichischen Klima- und Energiemodellregionen war das Ökoenergieland, also die Gemeinden rund um Güssing, wo ich Obmann sein darf.

Wir verfolgen genau diese Ziele, die vorhandenen regionalen Ressourcen sinnvoll und nachhaltig für die Energieversorgung zu nutzen, Energieeffizienz zu steigern und Energie zu sparen. Bei uns gibt es aktuell derzeit zwei Biomassekraftwerke, drei Biogasanlagen, 160 Photovoltaikanlagen, drei Kleinwasserkraftwerke und 12 Biomassenahwärmeanlagen.

Die Bürgerbeteiligungsanlagen haben in der Region generell zur Bewusstseinsbildung beigetragen, wodurch in Summe ein Photovoltaikzuwachs in den letzten zweieinhalb Jahren um 800 kWp erreicht wurde. In Summe sind nun insgesamt 2,2 MW bei uns im Ökoenergieland installiert.

Vom Klimafonds und Land Burgenland wurden in der Modellregion bisher über 30 kommunale Photovoltaikprojekte mit einer Leistung von rund 600 kW unterstützt, Ende März wird ein weiteres auch in meiner Gemeinde Bildein mit zirka 30 kWp eröffnet. Ich danke in diesem Zusammenhang auch dem Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl, dass er diese Bürgerbeteiligungsphotovoltaikanlagen initiiert hat und diese Aktion für die Gemeinden jetzt auch der Landeshauptmann Niessl weiterführt.

Mit all den vorher erwähnten Projekten der erneuerbaren Energie beträgt der Selbstversorgungsgrad bei uns zirka 36 Prozent bei Strom, 56 Prozent bei Wärme und leider 0 Prozent bei Treibstoff, hier haben wir noch wesentlichen Nachholbedarf.

Weil wir in wenigen Tagen, am 21. März, den Tag des Waldes begehen, das Burgenland ist ein Land des Holzes. Holz ist einer der wenigen Rohstoffe, der durch die längerfristige CO_2-Speicherung in den innovativen Holzprodukten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Mich hat auch gefreut, alle vier Jahre wird ja dieser Holzbaupreis verliehen, dass auch der Landwirtschaftsbetrieb der Landwirtschaftlichen Fachschule Güssing und hier muss ich wirklich meinen Kolleginnen und Kollegen und alle die an diesem Bau beteiligt waren, gratulieren, dass wir diese Auszeichnung in der Kategorie "Landwirtschaftliches Bauwerk" erhalten haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist natürlich: Auch in der Küche beginnt der Klimaschutz. Es ist nicht egal, was täglich auf den Teller kommt - Bewusstseinsbildung schaffen, Verbündete suchen, Lebensmittel sind kostbar und dürfen nicht weggeschmissen werden und müssen auch nicht tausende von Kilometern zurücklegen, um genossen zu werden.

Die Lösung liegt, wir haben es oftmals gehört, in der regionalen und saisonalen Küche. Wenn es Gourmet Tempel schaffen, regional und saisonal salonfähig zu werden, können es auch die Land- und Stadtgasthäuser beziehungsweise alle öffentlichen Einrichtungen. Es sollte wirklich nur genommen werden, was auch vor der Haustüre wächst.

Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein - heute haben wir einen Antrag eingebracht und ich hoffe doch, dass wir in Zukunft in unserem Land noch mehr regionale Produkte saisonal verkochen.

Bezüglich des Antrages von Frau Kollegin Regina Petrik und Kollegen Wolfgang Spitzmüller, dass hier alle getroffenen Beschlüsse auch für die Klimarelevanz hin überprüft werden müssen, beziehungsweise der Abänderungsantrag der Einheitspartei bei künftigen Gesetzesvorhaben die umweltpolitischen Folgen nach Möglichkeit in die darstellenden Auswirkungen aufzunehmen, wird von unserer Fraktion deshalb abgelehnt, weil es eine Selbstverständlichkeit sein muss, dass wir bei jedem Gesetz auf die Nachhaltigkeit und auf die nächste Generation achten.

Diesbezüglich erinnere ich - und Wolfgang Spitzmüller sagt es auch öfters – an die Diskussion mit dem Bodenverbrauch. Da hatten wir eine Landtagssitzung, alle Parteien waren wir uns einig. Eine Landtagssitzung später wurde das Raumplanungsgesetz geändert und die Vergrößerung von Einkaufsflächen beschlossen. Also genau das Gegenteil. Also das heißt, wir müssen nicht nur immer wieder sagen, wie wichtig Klimaschutz ist, sondern diesen auch wirklich leben.

Dann ist es natürlich auch, was wirklich gegen unsere Linie ist, wir sprechen alle immer von "Verwaltungsvereinfachung, Bürokratieabbau" und dann wollen wir wirklich eine neue Hürde aufbauen.

Das, glaube ich, brauchen wir nicht - keine zusätzlichen Aufgaben für unsere Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst, besonders dann, wenn wir uns alle einig sind und den Klimaschutz ernst nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Spitzmüller zu Ihren Ausführungen - natürlich ist Umweltschutz und Klimaschutz ein wichtiges Thema und ich nehme für mich und für meine Fraktion das natürlich schon ernst und kann Ihre Worte, so wie Sie meinen, es kümmert sich niemand hier im Land, so hier nicht stehen lassen.

Auf der einen Seite kann ich Ihnen sagen, dass bei uns in Mattersburg sehr viel in diese Richtung passiert. Wenn ich jetzt hier zurückkomme zu diesem Antrag, dann muss ich Ihnen schon sagen, die Dinge, die Sie jetzt hier aufgezählt haben, die Mobilität, Straßen, von der Straße auf die Schiene, die Berücksichtigung beim Hausbau, wenn man sagt, die Sonne soll mit Photovoltaik mehr verwendet werden, die Biolandwirtschaft

wegen der Stickstoffdüngung, den Windschutzgürtel, die Ernährung soll man überdenken und die E-Mobilität.

Das kann ich alles voll unterstreichen, was ich aber nicht nachvollziehen kann, was diese Veränderungen, die wir teilweise ja machen, die teilweise passieren, die wir jetzt schon wissen, die Sie aus Ihrer Studie und aus dem normalen Leben als Bewohner des Landes und auch als Landtagsabgeordneter ja richtig gesagt haben.

Aber wenn Sie mir jetzt noch erklären können, was das mit Ihrem ursprünglichen Antrag zu tun hat, dann verstehe ich das nicht, weil wenn ich Ihren ursprünglichen Antrag hernehme, dann ist es für mich schon so, dass natürlich, wie soll ich sagen, ich muss das ja irgendwie feststellen, was Sie hier verlangen und was wird gemessen, CO2, die Auswirkungen auf den Boden, den Feinstaub, Stickoxide, wie soll man das machen?

Ich würde das dann so meinen, dass Sie jetzt meinen, dass man dazu natürlich Studien macht. Studien, die seitenweise gebracht werden. Wenn wir jetzt schon wissen, was Sie uns vorgelesen haben, wo wir jetzt gefordert sind, dies zu verändern, dann denke ich mir, in der Zeit, wo es eh schon wirklich sehr viele Fachleute gibt, die uns Studien präsentieren, die wirklich sehr viel Geld kosten.

Also ich glaube, wenn wir dieses Geld der Studien jetzt einsparen und für die Dinge verwenden, die Sie uns vorher vorgelesen haben, dann bringt es wirklich mehr, für den Klimaschutz, dann bringt es mehr für unsere Bevölkerung und diese Dinge, die Sie vorgelesen haben, da bin ich voll bei Ihnen.

Aber eines ist natürlich auch klar, dass Klimaschutz eine Querschnittsmaterie ist. Das heißt, wo fange ich an, wo höre ich auf? Und ich glaube, dass das nicht notwendig ist, so wie Sie Ihren ursprünglichen Antrag eingebracht haben, dass der viel Geld kosten würde, dass wir viel Papier produzieren würden und dass es schon sehr viele Studien in diese Richtungen gibt. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Die kann man ja verwenden!)*

Jetzt darf ich ja nur darauf hinweisen, was im Land schon passiert, wenn es Gesetze gibt, die mit Umwelt, Klima und Naturschutz zu tun haben, dann gibt es in den Erläuterungen jetzt schon diese Möglichkeiten, darauf Rücksicht zu nehmen und das wird auch gemacht.

Also ich glaube, was man hier bei den Diskussionen bei den einzelnen Punkten wirklich sehr vergisst, dass wir in einem Bundesland leben, wo uns gewisse Dinge sehr wichtig sind, unter anderem der Umweltschutz und der Klimaschutz.

Also kein Mensch behauptet, dass wir im Raum der Seligen leben und nichts gemacht werden muss. Aber für mich ist es wirklich so, dass wir sehr viele Dinge in diesem Bereich schon machen. Ich bin davon überzeugt, dass diese Gelder, wenn ich das so nachvollziehe in Ihrem ursprünglichen Antrag für die Dinge verwendet werden, um das schon umzusetzen, was Sie gefordert haben, was uns jetzt noch fehlt, um auch die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung weiter voranzutreiben, weiter zu entwickeln. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist.

Wenn gesagt worden ist, dass halt die Landesrätin in gewisser Hinsicht säumig ist, dann muss ich schon sagen, es hat in Linz eine Tagung der Klimareferenten der Bundesländer – *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich habe gesagt, sie hat viel Arbeit!)* Entschuldigung, dann habe ich es falsch verstanden - von ganz Österreich gegeben und da muss ich schon sagen, dass es einheitlich natürlich dieses Bekenntnis gegeben hat, was beim Weltklimavertrag mit den Zielen der Erderwärmung natürlich auch da beschlossen worden ist.

Also ich glaube, dass unsere Landesrätin, die Frau Astrid Eisenkopf, uns als Land dort sehr gut vertreten hat, weil von den 17 Anträgen waren fünf Anträge, die aus dem Burgenland gekommen sind. Die Anträge aus dem Burgenland sind natürlich einstimmig angenommen worden. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Es waren nur GRÜNE Landesrätinnen!)*

Ja, dann ist es ja umso aussagekräftiger, wenn Sie jetzt bestätigen, dass ansonsten lauter GRÜNE Landesrätinnen dabei sind, dann hebt es ja den Wert der eingebrachten Dinge, die die Frau Landesrätin eingebracht hat. Also ich glaube, da hätte sie sich ja fast einen Applaus verdient. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ja, noch einmal - ich darf wirklich darauf zurückkommen, ich habe auch noch ein Thema, was mir sehr wichtig ist, es ist dieser Klimaschutz und dass diese Information auch ganz wichtig in den Schulen ist.

Ich bin davon überzeugt, und das haben Sie ja auch angesprochen, dass es sehr wichtig ist, bei den Kleinsten anzufangen. Dass man im Prinzip wirklich Klimaschutz in die Bildungsarbeit miteinbaut, also da bin ich auch voll bei Ihnen und ich glaube, dass das auch sehr wichtig ist.

Für mich ist jetzt nur noch zu berichten, dass ich natürlich diesen Antrag, den Sie gebracht haben und es gibt ja auch einen Abänderungsantrag, daher kann ich für meine Fraktion sprechen, dass es eigentlich für meine Fraktion klar ist, dem werden wir auch zustimmen, diesem Abänderungsantrag, vorgebracht von der Berichterstatterin, weil es doch in diesem Land schon sehr viele Gesetze gibt, die für Klimaschutz sind.

Ich darf jetzt nur noch erwähnen, sozusagen die Umweltverträglichkeitsprüfung, die wir ja im Prinzip auch haben und dann gibt es im Prinzip das Umweltinformationsgesetz. Also das sind jetzt alles bestehende Gesetze und daher bin ich der Meinung, dass wir diesem Abänderungsantrag mit gutem Gewissen zustimmen können. Die Forderungen, die es ursprünglich von Ihnen gegeben hätte, das sind Gelder, die wir schon für den Klimaschutz einsetzen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Darstellung der Auswirkungen von Landesgesetzen auf die Umwelt ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 254) betreffend Maßnahmenpaket zur Einhaltung des Abfallwirtschaftsgesetzes (Zahl 21 – 179) (Beilage 288)

Präsident Christian Illedits: Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 254 betreffend Maßnahmenpaket zur Einhaltung des Abfallwirtschaftsgesetzes, Zahl 21 - 179, Beilage 288.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmenpaket zur Einhaltung des Abfallwirtschaftsgesetzes, in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmenpaket zur Einhaltung des Abfallwirtschaftsgesetzes, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Wir haben im Burgenland ein Abfallwirtschaftsgesetz, das ist gut, da wird vieles darin geregelt. Wir werden es wahrscheinlich irgendwann einmal wieder überarbeiten, es kommt das eine dazu, das andere wird ein bisschen geändert, aber es ist an sich ein gutes Gesetz. Es scheinen nur viele nicht zu kennen.

Wir haben im Burgenland einen Müllverband, der gut arbeitet. Das steht auch in der Begründung des Abänderungsantrages, der wieder einmal etwas anderes aussagt, als der ursprüngliche Antrag. Diese Arbeit des Burgenländischen Müllverbandes steht aber überhaupt nicht zur Diskussion in meinem Antrag.

Es geht nämlich um etwas anderes und ich muss es vielleicht noch einmal deutlich machen, weil es für viele offensichtlich im Alltag nicht erkennbar ist. Worum geht es?

Wir haben ein Abfallwirtschaftsgesetz, das regelt, dass Privathaushalte, aber auch Gewerbetreibende ihren Abfall gemäß den Richtlinien entsorgen müssen. Die Gemeinden haben auch die Vereinbarungen mit dem Burgenländischen Müllverband und es besteht auch die Verpflichtung, der Anschlussverpflichtung für Gewerbebetriebe und Privathaushalte, auf diesem Wege den Müll und den Abfall zu entsorgen.

Tatsache ist, dass es in vielen Gemeinden im Burgenland immer wieder vorkommt, dass man sich nicht an dieses Abfallwirtschaftsgesetz hält. Wenn zum Beispiel Landwirte in der Dämmerung Plastik auf ihren Feldern verbrennen, dann entspricht das nicht dem Abfallwirtschaftsgesetz, weil sie müssen ihre Kunststoffabfälle ordnungsgemäß entsorgen und nicht auf dem Feld verbrennen, auch nicht zu einer Zeit, wo die Behörde keine Chance mehr hat hinzugehen, weil es schon nach Dienstschluss ist.

Es gibt Gewerbebetriebe - und ich habe fast wöchentlich irgendwelche Mails in meinem Mail-Account, wo mir Leute quer durchs Burgenland schreiben, schaut dort hin und schaut dahin - Gewerbebetriebe, die ihren Schutt, ihren Abfall einfach hinter der Mauer irgendwo lagern, wo zum Beispiel Styropor liegt und das wird dann durch den Wind in der Gegend herumgewirbelt. Es gibt Betriebe, die Müll gezielt auf bewirtschaftete Flächen austragen und in der Folge dort einarbeiten.

Im Abfallwirtschaftsgesetz *…(Abg. Werner Friedl: Was machen Sie dagegen?)* Wenn Sie mich ausreden lassen. Aber ich bin froh, dass Sie mir so gut zuhören, dass Sie schon auf die Antwort dieser Frage harren. Das kommt noch.

Im Abfallwirtschaftsgesetz ist klar geregelt, dass das nicht sein darf. Was kann man nun tun? Nun ich kann Ihnen sagen, wie ich vorgehe oder auch wie der mittlerweile in Pension gegangene Landesumweltanwalt Mag. Frühstück vorgegangen ist, der genau unter dieser Sache auch sehr gelitten hat und viel versucht hat, hier zu ändern.

Zuerst spricht man mal mit den Betroffenen, man spricht mit den Firmen und sagt, das geht so nicht, ihr müsst euch an das Abfallwirtschaftsgesetz halten. Was ich als Nächstes gemacht habe, ich schildere jetzt ganz konkret den Fall eines Gewerbebetriebes einer Gemeinde im Nordburgenland. Ich habe dann mit dem Bürgermeister geredet und habe gesagt, bitte kannst du nicht kraft deines Amtes mit dem Gewerbetreibenden hier sprechen und ihn darauf hinweisen, dass das nicht in Ordnung ist. Er hat mit ihm gesprochen, hat mich angerufen und hat gesagt, das wird alles in Ordnung gebracht.

Nun, das ist jetzt mittlerweile auch schon mehrere Monate her. Nichts wurde in Ordnung gebracht. Dann blieb mir nur mehr ein Weg - und auch das hat mir der frühere Landesumweltanwalt geraten, er hat es selber auch so praktiziert - nämlich bei der Bezirkshauptmannschaft Anzeige zu erstatten, weil dann muss man dieser Sache nachgehen. Ich habe das am 15. November 2015 getan, ich habe mehrmals nachgefragt, nun habe ich die Auskunft erhalten, es wurde ein Verfahren eingeleitet und Maßnahmen gesetzt. Mehr Auskunft dürfe man mir nicht geben, wurde mir gesagt.

Also ich weiß eigentlich gar nichts, was hier jetzt wirklich weitergeht. Die Tragik an der Sache ist, das geht dauernd weiter. Gerade vorhin hat die Kollegin Salamon erläutert, wie viel im Burgenland der Umweltschutz wert ist. Aber in dem Punkt ist er uns offensichtlich nicht genug wert, wenn hier nicht wirklich geahndet wird, und ich nehme jetzt einmal an, dass viele gar nicht so genau wissen, was sie im Sinne des Abfallwirtschaftsgesetzes zu tun haben.

Deswegen haben wir diesen Antrag mit einem ganz klaren Maßnahmenparket eingebracht, wo es dann hoffentlich in Zukunft erspart bleibt, dass man Anzeigen erstatten muss, weil Menschen so einsichtig und vernünftig geworden sind, ihren Abfall gemäß des Gesetzes zu entsorgen und nicht einfach liegen zu lassen oder zu verbrennen.

Es tut mir sehr leid, dass hier wieder ein Abänderungsantrag von den Regierungsparteien eingebracht wird, dem wir aus unserer Sicht nicht zustimmen können - aus einem einfachen Grund, er geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Es wird zuerst festgestellt, das eh alles gut läuft, und wir sollen jetzt beschließen, dass es weiterhin so läuft wie bislang.

Unser Befund war und der Befund - wie gesagt - auch des pensionierten Landesumweltanwalts und vieler Leute, die sich bei uns rühren, ist: Es gibt eben keine lückenlose, ordnungsgemäße und verantwortungsvolle Handhabung des Abfallwirtschaftsgesetzes. Deswegen ist es auch unsinnig, dem zuzustimmen, dass es weiterhin so gehandhabt werden soll wie bislang.

Ich finde es sehr schade. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, hier wirklich etwas weiter zu bringen. Wir diskutieren hier so viele Tagesordnungspunkte, die nicht im Wirkungsbereich der Landespolitik liegen, die wir weiterdelegieren müssen. Das wäre ein ganz konkreter Punkt, wo wir ganz konkret mit wenigen Maßnahmen etwas tun könnten. Ich finde es schade, dass sich die Landesregierung dem verschließt. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Das Burgenländische Landesabfallwirtschaftsgesetz legt analog zum Bundesabfallwirtschaftsgesetz die Ziele fest, die im Umgang mit Abfall zu erreichen beziehungsweise einzuhalten sind. Schädliche beziehungsweise beeinträchtigende Einwirkungen sind auf Menschen, Tiere und Pflanzen, deren Lebensgrundlagen und deren natürliche Umwelt so gering wie möglich zu halten. Rohstoff und Energiereserven sind ebenfalls zu schonen.

Weiters ist ein möglichst geringer Verbrauch an Deponievolumen anzustreben. Abfälle, die nicht verwertet werden können, dürfen nachfolgende Generationen nicht gefährden. Auf diesem Gebiet der Abfallwirtschaft, des Umweltschutzes wurde im Burgenland schon sehr viel getan. Das Burgenland ist hier beispielgebend für ganz Österreich.

Der Burgenländische Müllverband leistet seit seiner Gründung 1980 gute Arbeit, was die Sammlung, Mülltrennung und Verwertung betrifft. Ich möchte hier auch Herrn Landesrat Bieler, der Landesumweltanwaltschaft und allen, die zu diesem Thema einen wichtigen Beitrag leisten danken. Initiativen wie „Sei keine Dreckschleuder“ sind hier enorm wichtig. Denn es muss schon im Vorfeld durch Kampagnen und bewusstseinsbildende Aktivitäten darauf hingewiesen werden, dass der richtige Umgang mit Abfall und die notwendige Abfallvermeidung ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz sind.

Ich bedanke mich hier auch bei allen Bürgern, Gemeinden und Bürgermeistern, die regelmäßig Flurreinigungen durchführen. Sie tragen ebenfalls einen wichtigen Teil bei, und das wirkt sich auch in der Bewusstseinsbildung jedes Einzelnen aus.

Liebe Frau Kollegin Petrik, Ihr Anliegen möchte ich hier auch noch ansprechen. Gesetze sind dazu da, um eingehalten zu werden. Wenn Verstöße gegen das Abfallwirtschaftsgesetz vorliegen, dann müssen diese angezeigt werden, das ist ganz einfach. Wenn Privatpersonen den Nachbarn beim Verbrennen von Müll sehen, dann ist hier genau diese Person zum Handeln aufgefordert. Diese Person muss dann auch Anzeige erstatten. Wenn illegal Müll oder Schutt deponiert werden, Abfälle verbrannt werden und so weiter muss Anzeige erstattet werden.

Wir haben die politische Verantwortung - da bin ich bei Ihnen -, ich muss Sie aber darauf hinweisen, dass die Grundlage mit dem Abfallwirtschaftsgesetz bereits geschaffen ist. Die Bezirkshauptmannschaften leisten hier ebenfalls gute Arbeit, indem sie den gemeldeten Verstößen nachgehen und prüfen. Ihnen jetzt zu unterstellen, dass sie gemeldeten Verstößen nicht nachgehen, finde ich unglaublich.

Natürlich wird die Landesregierung im Burgenland auch in Zukunft verantwortungsvoll dafür sorgen, dass eine lückenlose und ordnungsgemäße Abfallwirtschaft auch im Sinne einer lebenswerten Umwelt gewährleistet ist. Schließen möchte ich mit einem Zitat des Dalai Lama: „Unser persönliches Wohl ist eng verknüpft mit dem Wohl unserer Umwelt.“

Meine Fraktion wird dem Abänderungsantrag zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! „Das Burgenländische Abfallwirtschaftsgesetz regelt die Vermeidung, Sammlung, Beförderung und Behandlung von Abfällen“, so ist die Einleitung der Begründung des Entschließungsantrages der GRÜNEN.

Das Müllvermeiden, die artgerechte Entsorgung, die entsprechende Verwertung, das Recycling und so weiter wird nach dem heutigen Stand der Technik ja durchgeführt. Gemeinsam mit den Gemeinden, die eine starke Rolle hier auch ausüben, mit den Entsorgungsbetrieben im Burgenland, federführend der Burgenländische Müllverband.

Ich glaube, gerade gemeinsam mit dem Burgenländischen Müllverband, genauso mit den privaten Entsorgungsbetrieben, aber vor allem mit den Gemeinden, wobei den einzelnen Sammelstellen in den Gemeinden, die übrigens sehr sauber geführt werden, meines Erachtens nach eine Vorreiterrolle gemacht wird und jede Gemeinde ist bestrebt, natürlich nach bestem Wissen und Gewissen und natürlich unter Einhaltung aller Gesetze das zu tun. Mit dem Burgenländischen Müllverband haben wir eigentlich eine Vorbildwirkung österreichweit. Dieser Gemeindeverband ist eigentlich einzigartig in unserer Region und ich glaube, so wie auch der Rechnungshof mitgeteilt hat, dass er eigentlich in wirtschaftlichen wie auch in finanziellen Belangen sehr gut aufgestellt ist.

Auf der anderen Seite muss man sagen, dass die Gemeinden ihren wesentlichen Beitrag insgesamt dazu leisten, ob das die Flurreinigungsaktionen sind oder andere, die öffentlichen Reinigungsaktionen, wo der Beitrag für die Sauberkeit innerhalb der Gemeinden, aber auch der Fluren am ganzen Hotter gewährleistet wird. Unterm Strich ein wesentlicher Beitrag für eine saubere Umwelt.

Apropos Müllverband, da fällt mir jetzt noch dazu ein, wenn der Rechnungshof schon ein gutes Zeugnis ausstellt und der Antrag der GRÜNEN lautet auf die Informationspflicht der Landesregierung und so weiter, dann sollte man, glaube ich, eher bei anderen diese Informationspflicht suchen, wie zum Beispiel bei der Therme Lutzmannsburg, wie zum Beispiel beim Krankenhaus Oberwart oder bei vielen anderen Beispielen.

Denn ich denke, dass die Landesregierung bis jetzt schon den Auftrag gehabt hat, Informationspflichten nachzukommen und die Bevölkerung dementsprechend auch zu Informieren.

Insgesamt ist es wichtig auch zu wissen, nicht nur das Gesetz, was drinnen steht, sondern dass die Gemeinden gemeinsam mit allen Partnern, ob das die Gemeinde, die Polizei, die Bezirkshauptmannschaften, die Naturschutzorgane, der Landesumweltanwalt oder wer auch immer sind, immer bestrebt sind, dementsprechend Handlungen zu setzen und wo es Missstände gibt, glaube ich, wissen alle handelnden Personen inklusive der Zivilbevölkerung, was zu tun ist.

Wenn ich dem so zuhöre, glaubt man ja, auf jeder Ecke wird irgendwo ein Papiersackerl angezündet. Ich glaube, das ist nicht so, zumindest in meinem nächsten Bereich hätte ich das so nicht erfahren.

Zum relativ inhaltsleeren Antrag der GRÜNEN macht noch die rot-blaue Landesregierung einen Abänderungsantrag, der noch viel weniger aussagt als sich selbst einen Informationsauftrag zu geben, finde ich eigentlich jetzt schon sehr zeitraubend, dafür noch weiter Worte verlieren zu müssen. Das zeigt eigentlich die Ideenlosigkeit dazu, dass man eigentlich nichts anders dazu tut als einen Abänderungsantrag zu stellen, wo man sich selbst einen Auftrag erteilt.

Insbesondere sollte man sich eher bei anderen Thematiken mehr ins Zeug legen. Auch in Bezug auf die Informationspflicht, gerade dort, wo jetzt gerade alle ÖVP-nahen und ÖVP-Politiker aus jedem Gremium entfernt werden, dass man vielleicht auch dort schaut, wo die Informationspflicht liegen kann.

In dem Sinne möchte ich es damit bewenden lassen. Wir werden weder dem einen, noch dem anderen Antrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Ingrid Salamon das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Dieser Antrag, der heute zur Abstimmung vorliegt, ich will mich wirklich nur auf dieses Thema und auf diesen Punkt beziehen und es wird mir, obwohl es mir auf der Zunge liegt für den Kollegen Ulram, die Antwort werde ich mir verkneifen, weil ich der Meinung bin, es gibt Kollegen, die hier drinnen sind, diese sind beleidigt, diese sind noch immer beleidigt, dass sie nicht in der Regierung sind, diese sind noch immer auf die Bevölkerung beleidigt, weil sie halt nicht diese Mehrheiten bekommen haben.

Es ist so wie es ist. Wir haben den Blick nach vorne gerichtet und es geht jetzt um diesen Punkt, den die Frau Kollegin Petrik auch schon einleitend hier berichtet hat, das vielzitierte AWG, das wir hier haben. Ich muss ich sagen, es ist natürlich schon so, liebe Frau Kollegin, wenn Sie sagen, die Landwirte verbrennen. Wenn sie verbrennen, können das nicht immer Zeiten von acht bis 16 Uhr sein.

Ich kann Ihnen nur sagen, die Bezirkshauptmannschaften haben Journaldienst und wenn und wann immer es ist, gibt es eine Möglichkeit, dort anzuzeigen und Hilfe zu holen. Es ist in unserem Land schon so, dass es geregelt ist, dass die Sicherheit gegeben ist, um Gesetze einzuhalten. Das ist auch sicher so.

Wenn Sie sagen, Gewerbebetriebe soll man strafen, das Abfallwirtschaftsgesetz ist wirklich so, dass dezidiert das alles drinnen steht. Das haben Sie ja selbst gesagt und jetzt verstehe ich Ihren Antrag wieder nicht, aber vielleicht können Sie mir das erklären. Wir haben ein Gesetz, in diesem Gesetz steht drinnen, was darf er machen und wo kann man ihn anzeigen, dass er Strafen erhält und jetzt stülpen wir noch etwas drüber auf dieses Gesetz.

Dieses Gesetz funktioniert! Man muss halt schon den Mumm haben, wenn man jemanden sieht, der etwas tut, was laut Abfallwirtschaftsgesetz nicht erlaubt ist, dass man ihn anzeigt. Aber wenn man das nicht will, weil dann könnte man vielleicht – *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik.)* Das ist aber ganz sicher so, glauben Sie mir.

Es gab bei uns einen privaten Haushalt, wo Autoreifen verbrannt wurden. Es hat nicht lange gedauert und es ist zur Anzeige und auch zur Strafe gekommen. Also wenn Sie sich jetzt herstellen und sagen, dass diese Gesetzgebung keiner einhält, das kann ich nicht ganz nachvollziehen, weil es tatsächlich nicht so ist. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das habe ich nicht gesagt.)*

Dieses Gesetz sagt aus, was gemacht werden kann, und dieses Gesetz zeigt auch die Möglichkeit, dass diejenigen, die sich nicht danach halten, auch eine Strafe bekommen.

Ich nehme die Kritik so ein bisschen mit in den Müllverband, weil wenn man jetzt schon sagt, diese Information, dann muss ich sagen, der Burgenländische Müllverband -

das haben Sie auch bestätigt, beide Kollegen - leistet gute Arbeit und hält sich natürlich auch an diese Gesetze. Ich bin wirklich davon überzeugt, dass wir froh sein können, dass wir den Müllverband haben.

Aber, der Müllverband, wie Sie gesagt haben, hat Haushalte und Firmen und wenn sich eine Firma heute selbständig macht, kriegt sie von der Gewerbebehörde natürlich alle Unterlagen, die sie braucht, und auf der anderen Seite kriegt sie auch die Beratung vom Burgenländischen Müllverband. Ich sehe keinen Anlass, dass man hier etwas noch drüber stülpt, wenn es bestehende Gesetze gibt, wo es funktioniert.

Was mir aber noch am Herzen liegt, ist, dass wir so in einer bewussten Umwelt leben, wo wir viele Informationen haben, was für die Umwelt nicht gut ist, wo wir auch wissen, wie man es vermeiden könnte, aber es kommt doch vor, dass man im Alltagsleben das oft nicht umsetzt. Also da gibt es natürlich schon Probleme, mit so einem bestehenden Gesetz und auch mit dem Burgenländischen Müllverband, der das feststellt, dass natürlich die Trennmoral momentan ein bisschen nachlässt. Dass es natürlich in größeren Anlagen, wo sich keiner so persönlich für die Trennmoral verantwortlich fühlt, zu Fehlwürfen kommt.

Es gibt natürlich, und es ist ja schon erwähnt worden, dieses Projekt „Sei keine Dreckschleuder“. Klar ist es manchmal einfach, dass jemand die Autoscheibe runtergibt und alles hinausschmeißt. Aber das liegt nicht an einer Gesetzgebung, das liegt an einer Bewusstseinsbildung und, ich glaube, da wird zwar viel gemacht, aber da muss man noch nachstoßen.

Der Burgenländische Müllverband hat natürlich auch sehr viele Problematiken erkannt und es gibt momentan ein Projekt gerade bei größeren Hausanlagen, wo man versucht, dem entgegenzuwirken und wenn das funktioniert, wird das umgelegt natürlich auf alle größeren Wohnanlagen, die wir im Burgenland haben.

Ich glaube, wir müssten nur die Gesetzgebung, die wir haben, alle - die Bevölkerung, die politischen Vertreter und auch wir Abgeordneten -, wenn wir mit wachsamen Augen durch die Gegend gehen und wir sehen etwas, wo man sagt, das ist jetzt nicht in Ordnung, dann kann man das selber anzeigen, man kann die BH hinschicken, man kann die Polizei hinschicken. Und es wird ganz einfach diese Strafe dann demjenigen auch zukommen.

Daher sehe ich Ihren Antrag nicht für notwendig und ich kann ihn auch nicht unterstützen, weil, wie gesagt, es gibt ein Gesetz, und wir von unserer Fraktion werden natürlich den Abänderungsantrag unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Manfred Kölly: Der Regierung ist es eh wurscht. Ostereiersuchen!)*

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abfallwirtschaft ist eines der wichtigsten Problemfelder in der Umsetzung unserer gesellschaftlichen Bedürfnisse. Alles, was sich im Burgenland in Bezug auf die Abfallwirtschaft innerhalb der letzten Jahre, Jahrzehnte ergeben hat, ist einzigartig. Es ist einzigartig in der Konstruktion auf gesamtösterreichische Verhältnisse. Alles, was im Zusammenhang mit „Müll“ zu tun hat, ist eine Voraussetzung, die eigentlich über den Burgenländischen Müllverband auch im Spezifischen am besten verwertet, entsorgt wird.

Er bedient sich auch, über die Bezirke verteilt, gewisser Zweitsammler, gewisser privater Einrichtungen, und er ist übergeordnet eingebunden in die gesamte österreichische Abfallwirtschaft, wo unter anderem Gewerbe- und Haushaltsmüll getrennt werden und verschiedene andere Bereiche eine geordnete Situation haben.

Wo es zu einer Änderung gekommen ist, ist auf Grund der europäischen Gegebenheiten die Monopolstellung, die auf den gesamtösterreichischen Abfallentsorgungsbereich durchgedrungen ist und wo jetzt in der Anwartschaft auch ausländische Entsorger in Österreich Fuß fassen wollen, was natürlich einen Preiskampf, der auf der einen Seite gut und auch gegeben ist, nach sich zieht und auf der anderen Seite aber bestehende Strukturen mit Sammelgefäßen nicht grundsätzlich jetzt mit neuen und zusätzlichen ausstatten helfen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was angesprochen wurde auf Littering oder andere Gegebenheiten, die in der sogenannten Konsumationsverpflichtung Platz greifen, auch mit den Fehlwürfen, ist eine Diskussion, die vom Müllverband auch entsprechend vorsorgemäßig umgesetzt wird.

Wir finden in diesen Bereichen immer stärker eigentlich die Verantwortung in der Überlassung auf andere, nämlich auf die geordnete Sammelsystematik der Gemeinden mit dem Müllverband. Hier kann es nur dazu führen, dass man einschreitet. Es ist eine Bewusstseinsbildung in Gang gesetzt worden, die ich speziell dort runterbrechen möchte, wo sie auch den meisten Effekt hat, nämlich in den Schulen.

In den Schulen werden über Jahre jetzt Vorsorgemaßnahmen getroffen, wird entsprechend pädagogisch gewirkt und die Kinder sind in der Vermittlung auf die Elternhäuser die Garanten dafür, dass hier nicht sorglos und unsorgfältig mit Müll umgegangen wird.

Auf der anderen Seite haben wir den Begriff des Mülls eigentlich schon als obsolet abgetan. Wir reden von Reststoffen, die einer Verwertung zugeführt werden, über mechanische, über andere Positionen, und diese Reststoffverwertung, und hier komme ich auf den Antrag beim Klimaschutz zurück, der eigentlich im Bund schon 2008 beschlossen worden ist, nämlich, dass Gesetze klimarelevant ausgeführt werden sollen.

Das, was Reststoffverwertung anlangt und hier beziehe ich mich auf einen der bekanntesten und auch mit einem Preis ausgezeichneten Wissenschaftler, auf Richard von Weizsäcker, der schon frühzeitig erkannt hat, dass alles, was mit den Reststoffen zu tun hat, die Sammelquelle für Rohstoffverwertung und Rohstoffe der Zukunft sein wird.

Wir haben hier Potentiale, die wir heben müssen. Daher ist es auch frühzeitig in der Umsetzung im Burgenland dazu gekommen, dass die mechanische Abwicklung von Müllmengen oder Reststoffmengen passiert ist und viele andere Bereiche, wo jetzt genau dafür Sorge getragen wird, dass nichts unbehandelt in der Umwelt landet.

Diejenigen, die Sie in Ihrem Antrag festhalten, die jetzt quasi sorglos mit Müll umgehen, da kann ich Ihnen nur ein Beispiel sagen, das mich auch verzweifeln hat lassen. Nämlich in einer Verantwortung, die ich vormals einmal hatte, nämlich als Bürgermeister, wo wir Nachschau gehalten haben, auf eine illegale Ablagerung im Wald, dabei dann auch namensmäßig erfassen konnten, wer jetzt der Verursacher war. Auf die Anzeige, die ich bei der Bezirkshauptmannschaft umgesetzt habe, ist dann das Resultat herausgekommen, dass dem Verursacher geglaubt wurde, dass es er nicht gewesen ist.

Ich bin überzeugt davon gewesen, dass ich keine weitere Anzeige folgen lassen werde, weil es damit schon von vornherein geboten ist, sich selbst zu beschränken. Dieses Verhalten auf den Einzelnen bezogen, kann ich aber deswegen jetzt nicht

ablehnen, denn jeder für sich ist verantwortlich, wie es mit seiner Umgebung, und das haben Sie auch mit dem Zitat gemeint, wie es in unserer Umwelt eigentlich aussieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was sich im Abfallwirtschaftsgesetz bietet, hat ausreichend Möglichkeiten für jede einzelne Burgenländerin, für jeden einzelnen Burgenländer entsprechend mit dieser Reststoffverwertung umzugehen. Wir müssen nur danach trachten, die Bewusstseinsbildung in den Schulen, in den Kindergärten, und darüber hinaus auch speziell von meiner Vorrednerin angesprochen, in den großen Wohnsiedlungsbereichen entsprechend zu administrieren.

Hier wird es nicht ohne eine entsprechende Person, eine verantwortungsvolle Umgangsform mit dieser Reststoffmenge gehen, denn ein freizügiger Umgang mit Reststoffen in solchen großen Einheiten bedeutet Chaos pur, und das wollen wir nicht.

Daher ist diese Situation, in der Verantwortung jedem Einzelnen zu übertragen, das, was wir im Abfallwirtschaftsgesetz im Burgenland zur Verfügung haben, empfinde ich als ausreichend. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe mich vorhin gemeldet.)*

Noch eine Wortmeldung, gut.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich muss das jetzt kurz berichtigen, weil vielleicht nicht alle, die darüber gesprochen haben, auch den Antrag gelesen haben. Im Antrag steht drinnen, dass das Abfallwirtschaftsgesetz gut ist. Es war keine Kritik am Abfallwirtschaftsgesetz, und es war keine Kritik am Burgenländischen Müllverband.

Kollegin Salamon, was Sie hier aufgezählt haben, was wichtig wäre, sind genau die Punkte, die in dem Antrag drinnen stehen, und deswegen war ich dann einigermaßen verwundert, warum Sie gleichzeitig argumentiert haben, warum das jetzt nicht zu unterstützen ist.

Ich muss es zur Kenntnis nehmen, aber ich werde Ihnen die zukünftigen Mails, die ich aus Teilen der Bevölkerung bekomme, gerne weiterleiten, damit Sie dann auch sehen, womit wir als GRÜNE offensichtlich mehr befasst werden, als andere. *(Abg. Ingrid Salamon: Noch sinnvoller wäre, an die richtige Behörde, die ein Verfahren einleiten kann.)* Und dann kommen wir vielleicht auch eher auf einen grünen Zweig. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. *(Allgemeine Unruhe)*

Bei der Abstimmung bitte um Ruhe!

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Abfallwirtschaft im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 216, betreffend „Reduzierung der Ausgaben bei Verwaltung

und Repräsentation sowie Ehrungen und Auszeichnungen der Landesregierung“ (Zahl 21 - 150) (Beilage 289)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 13. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 216, betreffend „Reduzierung der Ausgaben bei Verwaltung und Repräsentation sowie Ehrungen und Auszeichnungen der Landesregierung“, Zahl 21 - 150, Beilage 289.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Kollegen Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Reduzierung der Ausgaben bei Verwaltung und Repräsentation sowie Ehrungen und Auszeichnungen der Landesregierung“ in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Landtagsabgeordneter Molnár - das bin ich - *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Kollegen Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Reduzierung der Ausgaben bei Verwaltung und Repräsentation sowie Ehrungen und Auszeichnungen der Landesregierung“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe bewusst jetzt bei drei Tagesordnungspunkten nicht gesprochen, ich habe mir die Debatte angehört und auch interessanterweise ist genau das Gleiche rausgekommen, wie wenn ich zu jeder Debatte eigentlich das Wort ergriffen hätte.

Weil wenn ich mir die Anträge anschaue und mir dann immer die Abänderungsanträge vor Augen halte, ich bin nicht Verteidiger der GRÜNEN oder anderer, aber ich muss mir nur einiges dabei denken. Der Herr Klubobmann Hergovich und der Herr Klubobmann-Stellvertreter Molnár fühlen sich bemüßigt, immer abzuändern, anstatt zu sagen, das ist ein Blödsinn, den lehnen wir ganz einfach ab.

Warum macht Ihr denn das nicht so? Dann würdet Ihr Euch mit dem Argumentieren ein bisschen leichter tun. Wenn ich mir das anhöre und wenn ich mir das anschaue, noch einmal, die ganzen Anträge, wie gesagt, dreimal habe ich mir das jetzt gegeben, die ganze Geschichte, die Debatte, und ein jeder kommt daher von der Müllvermeidung, und, und, und. Das wissen wir, dass es im Burgenland gut ist.

Nur, dass der Müllverband mit drei Geschäftsführern dort sitzt und politisch geführt wird, brauchen wir nicht diskutieren. Das ist die andere Seite, die ich gerne aufzeige, Frau Kollegin Petrik, weil Du immer mich anschaust und sagst, ich mache Politik. Wo sollen wir denn Politik machen? Selbstverständlich macht man dort Politik. Das ist einmal so!

Wenn jemand draußen Nylon-Sackerl verbrennt, dann ist genau der Punkt, Frau Kollegin Petrik, derjenige, der Ihnen das sagt, soll eine Anzeige erstatten, denn ein jeder Bürgermeister, der vorbeifährt irgendwo - sei es im Baurecht, oder woanders – ist sofort verpflichtet, eine Anzeige zu erstatten. Das sollten Sie auch einmal wissen.

Aber noch einmal zu den ganzen Abänderungsanträgen. Ich würde mir wünschen und vielleicht hört mir einmal wer zu und sagt okay der hat ja Recht, wenn er einen Antrag einbringt, der passt uns nicht, dann lehnen wir ihn ganz einfach ab und nicht ändern wir ihn ab. Jetzt komme ich zu unserem Antrag, den wir jetzt diskutieren und das ist ja auch sehr interessant. Wenn ich mir da den Entschließungsantrag anschaue - ich lese Euch den wirklich noch einmal vor. Ein bisschen Zeit haben wir ja, Ihr bekommt eh gut bezahlt, bleibt ein bisschen da.

Betreffend Reduzierung bei den Ausgaben bei Repräsentationen, sowie Ehrungen und Auszeichnungen der Landesregierung. Da wette ich jetzt, dass irgendeiner herauskommt von der anderen Fraktion und sagt: Was soll das? Das sind lauter Leute, die gehören geehrt, weil, die haben ja so viel geleistet für dieses Land. Jawohl, na selbstverständlich.

Aber jetzt sage ich Euch noch etwas. Wenn dort drinnen steht, der Voranschlag des Jahres 2016 sieht in der Gruppe 0 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr vor, ausgehend vom Rechenabschluss 2014 wäre das eine Erhöhung von mehr als sieben Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich weiß nicht, ob sich das jemand angesehen hat. Das ist ein bisschen eine Summe, oder? Und auf der anderen Seite kürzen wir den Heizkostenzuschuss von 160 Euro auf 140 Euro. Auf der anderen Seite, in meiner Gemeinde, wo mein Vorgänger - das ist schon 14 Jahre her - umgerechnet 9.600 Euro Repräsentationskosten gehabt hat, habe ich freiwillig verkürzt auf 6.500 Euro und jetzt auf 4.000 Euro.

Wissen Sie warum? Weil ich den Heizkostenzuschuss von dem Geld bezahle, den wir erhöht haben, auf die 200 Euro. Das wäre eine Vorbildgemeinde, schaut Euch das einmal an, wie das geht! Auch hier im Lande wäre das möglich.

Wenn ich dann die Schlussformel sagen darf:

Der Landtag wolle beschließen:

- Der Budgetposten Gruppe 0 sollen in der Höhe des Rechenabschlusses 2014 eingefroren werden.
- Der Budgetposten für Repräsentation, sowie Ehrungen und Auszeichnungen soll um 50 Prozent gekürzt werden. - Ich bin ein lebendes Beispiel, ich habe es gemacht.

- Die eingesparten Beträge sollen für sozial Schwache und Bedürftige, sowie familienpolitische Maßnahmen verwendet werden.

Was kommt? Logischerweise ein Abänderungsantrag. Wisst Ihr, was da steht?

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, der Wertschätzung von besonderen Verdiensten weiterhin durch Ehrungen Ausdruck zu verleihen und die internationale Positionierung des Burgenlandes sowie damit verbundene Wertschöpfungseffekte durch übliche und angemessene Repräsentationsaufgaben entsprechend den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu fördern.

Habt Ihr den letzten Satz mitbekommen? Gratuliere. So und jetzt kommt es noch dicker. Eine Begründung - da gibt es eine Begründung. Wir haben gesagt, das gehört eingefroren und dergleichen mehr.

Die SPÖ und FPÖ begründen das damit, dass Arbeitsplätze damit geschaffen werden. Das muss man sich jetzt einmal anhören. Als Begründung heißt es, man schafft Arbeitsplätze damit, wenn man das macht. Wenn man Ehrungen macht und Auszeichnungen vergibt, schafft man Arbeitsplätze.

Das ist überhaupt eine neue Situation, auf das wäre ich gar noch nicht gekommen - muss ich Euch ehrlich sagen. Jetzt muss ich meine Repräsentationskosten wieder verdoppeln, damit ich in Deutschkreutz noch mehr Arbeitsplätze bekomme, jetzt komme ich erst drauf, das ist ja wirklich interessant. Da frage ich den Herrn Klubobmann Hergovich, wie er auf das kommt? Das ist ja wirklich interessant.

Wenn ich mir das tatsächlich anschaue, was ich mir tatsächlich jetzt angeschaut habe - ich weiß nicht, ob sich jeder immer einen Rechnungsabschluss anschaut? Das glaube ich nicht, es wird ja eine Vorgabe geben im Klub. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Da habt Ihr zuzustimmen, weil das passt, Ihr SPÖler und Wirtschaftsfachleute, wie Ihr alle seid. Es gibt keinen einzigen Wirtschaftsfachmann in Euren Reihen – das sage ich Euch auch gleich, und keinen einzigen Selbständigen - aber macht ja nichts. Das ist einmal so, dafür seid Ihr die Wirtschaftspartei. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bei Euch auch nicht.)*

Wir zwei sind selbständig, Herr Kollege. Ich weiß nicht, der Herr Kollege Hutter hat wie viele Leute angestellt und ich auch. Also seid mir jetzt bitte nicht böse, und wir wissen, wovon wir reden, aber anscheinend bist Du auch ein Beamter. Das tut mir leid. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar.)* Er ist ein Beamter, der Rudi, aber macht ja nichts.

Kommen wir zurück zu der ganzen Geschichte. Dann heißt es, seitens des Landeshauptmannes und des Herrn Landtagspräsidenten Illedits, wer nicht mitbeschließt einen Voranschlag, hat so quasi in dem Landtag nichts verloren, und der hat ja nichts mehr zum Mitreden. Na seid mir nicht böse, wir werden mitreden, wir wollen mitgestalten.

Jetzt sage ich Euch genau den Punkt warum. Rechnungshofberichte zeigen es en masse auf. Nächste Landtagsitzung haben wir wieder ein Packet liegen, wo Geld verbrannt wird in diesem Land. Wo wir gar nicht wissen, wo das hingekommen ist. Normal ist das eine Strafanzeige.

Da sagt der Landeshauptmann, da müssen Konsequenzen gezogen werden. Ich habe heute schon gesagt, ich warte darauf, es würde mich freuen. Warum wir den Rechenabschluss nicht beschließen ist klar, jetzt sage ich Euch warum.

Im Voranschlag 2015 waren drinnen Kosten für Repräsentationen 725.000 Euro. 2016 haben wir es erhöht, weil, da haben wir eine neue Partie bekommen, eine schwere Partie, 825.000 Euro. Und im Rechenabschluss, Frau Kollegin Sack, was glaubt Ihr, was wir dort drinnen haben im Rechenabschluss? Na schätzt einmal. Die Zahlen wisst Ihr ja nicht, Ihr habt es Euch ja nicht angeschaut. *(Abg. Edith Sack: Unterstell uns nicht immer solche Dinge.)* Das ist Euer Problem. Ihr werdet jetzt herausgehen und werdet mir erklären, was das wieder ist, weil wir schaffen Arbeitsplätze damit, wenn ich jemand einen Orden gebe und schon im Vorfeld, nachher haben wir beschlossen, dass wir da Ehrungen machen. *(Abg. Doris Prohaska: Der Schelm denkt so wie er ist.)*

Da ist ein Antrag herein gekommen, in der Richtung. Da hat es schon längst Ehrungen gegeben und ich weiß nicht, vielleicht habt Ihr ihnen noch ein Geld mitgegeben. Ich weiß es ja nicht.

Weil im Rechenabschluss 2014 - meine sehr geehrten Damen und Herren - haben wir ausgegeben eine Million Euro. Da klafft ja ein großes Loch. Da ist ja ein Delta vorhanden und Ihr stimmt einfach zu. Das ist Euch völlig egal, was da steht.

Der Landesrat Bieler, der Finanzlandesrat, der nie da ist, ich weiß nicht, wo der immer herumgeht. Jetzt ist er ja neuer Referent beim Müllverband, oder ich weiß nicht, was er alles geworden ist, ist ja auch egal. Ich hoffe, dass dort gut weitergeführt wird, der Müllverband, weil, der Teufel schläft ja nicht.

Wir haben dort 100 Millionen Euro Rücklagen und Rückstellungen. Da frage ich mich auch, wofür wir die brauchen? Auch der Rechnungshof hat sich gefragt, wofür wir die brauchen? Aber es wurde immer so dargestellt, auch vom Kollegen heute - jetzt ist er nicht da - der hat auch gesagt, beim Müllverband ist alles in Ordnung.

Jaja passt schon. Finanziell sind wir gut abgedeckt und acht Jahre erhöhen wir schon keine Müllgebühr. Stellt Euch das vor. Und jedes Jahr legen wir drei Millionen Euro zurück. Auf Kosten von wem? Genau das ist der Punkt. Da sollen wir immer wieder hergehen und sagen, da müssen wir zustimmen, weil, sonst dürfen wir nichtreden. Um Gotteswillen! Weil sonst müssen wir ja aufpassen, dass wir vielleicht dort als Bürgermeister eine um die Ohren bekommen, oder da eine bekommen.

Na, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind nicht für eine Parteipolitik da, wir sind da für die Menschen in dem Land. Ich kann mich nur wiederholen.

Herr Kollege Friedl! *(Abg. Werner Friedl: Ja.)* Du bist auch Bürgermeister und es freut mich, dass Du das genauso siehst. Nur es kann nicht so sein, dass die Regierung alles beschließt, wo das Geld hinkommt und der Landtag darf nur nicken und Dankeschön sagen und die SPÖ-Fraktion sagt, super ist er - der Herr Landeshauptmann. *(Abg. Werner Friedl: Bestens.)*

Der Herr Landeshauptmann macht es eh geschickt, Ihr habt das nur nicht so richtig mitbekommen, dass er Euch um den kleinen Finger wickelt. Der macht das hervorragend. Ich sage Euch das nur. Der gleicht sich an. *(Abg. Klaudia Friedl: Sherlock Holmes.)*

Wir kommen heute zu einem Tagesordnungspunkt noch - Asylanten. Na der spielt das aber auf der Einser-Geige runter und Ihr wisst nicht, wie Ihr Euch geben sollt. Genau das ist der Punkt.

Jetzt sage ich Ihnen, wenn ich so einen Antrag einbringe, mache ich mir sehr wohl Gedanken. Ich mache mir Gedanken. Das macht Ihr Euch - leider Gottes - Ihr nicht. Und dann reden wir – jetzt passt einmal auf - da reden wir, was ich heute gehört habe, die Feuerwehr bekommt um 200.000 Euro mehr.

Wenn wir die Mehrwertsteuer nicht bezahlen müssten, wenn wir das schaffen würden und heute haben wir Gott sei Dank auch einen Liste Burgenland Antrag unterstützt - aber auch abgeändert gell, wir müssen alles abändern, dann bin ich sehr froh. Aber die 200.000 Euro hätten wir schon längst erledigt und da könnten wir mit anderen finanziellen Möglichkeiten ganz etwas anderes abdecken, was ich heute schon erwähnt habe.

Dieser Heizkostenzuschuss, ist ja sehr interessant, da haben sie gefetzt vor Jahren, der Gradwohl mit dem Rezar 40 Euro, oder 50 Euro und was weiß der Teufel. In der Richtung ist es immer auf und ab gegangen. Dann habe ich einen Antrag eingebracht, da haben wir gesagt 140 Euro. Super! Der Antrag ist natürlich abgelehnt worden, beziehungsweise abgeändert worden und dann waren wir auf 160 Euro. Jetzt sind wir wieder zurück auf 140 Euro und in den Gemeinden zahlen wir noch etwas dazu, weil wir denken, dass das unterstützt gehört.

In Zeiten wie diesen, wo wir wirklich jeden Cent drei Mal umdrehen müssen und wie wir wissen, dass die Armut immer größer wird im Südburgenland. Da freut man sich, dass man jetzt den Uhudler nicht herausnehmen muss und was weiß der Teufel. Aber ich denke, das sind nicht die großen Sorgen, die wir haben. Wir haben andere Sorgen in diesem Land und ich schaue mir gerne an, wie es in fünf Jahren, oder in zehn Jahren ausschaut in diesem Land. Wir werden unsere Sozialleistungen nicht mehr schaffen. Das werden wir nicht mehr schultern können. Wenn ich mir anschaue, was ein Heim heutzutage kostet, 3.300 Euro im Monat. Wer soll denn das zahlen? Regress, nicht vorhanden, tun wir nicht. Das sind die Dinge, wo man darauf hinweisen muss und wo ein Voranschlag ein ganz ein wichtiger Aspekt ist. Nicht nur ein Voranschlag, da kann ich schon ein bisschen hin- und herschieben, sondern einen Nachtragsvoranschlag braucht der Herr Bieler, im - ich weiß nicht, ob er sich auskennt, oder nicht, ich glaube nicht - weil das geht anders auch zu machen.

Denn die Rechnungshofberichte sagen auch etwas aus. Bei der nächsten Landtagssitzung haben wir ihn drauf und dann werdet Ihr Euch wundern, was sich dort abgespielt hat. Ist schon in Ordnung, ich habe kein Problem damit. Dann nehmen wir 150 Millionen Euro auf mit einem Fixzinssatz, wo mir die Ohren wackeln - 30 Jahre lang.

Wen ist denn das eingefallen? Erklärt mir das in Zeiten wie diesen. Das müsst Ihr mir einmal erklären. Da hätte ich gerne Konsequenzen. Da hätte ich gerne gefragt, wer ist denn da zuständig und wer hat da zugestimmt damals? Da geht es immer ums Geld.

Frau Kollegin Petrik, ich bin bei der Umwelt. Ich bin genauso ein Fanatiker für die Umwelt, aber da geht es um viel Geld. Da könnten wir für die Umwelt sehr viel machen.

Wenn wir von einer Park & Ride Anlage in Deutschkreutz reden. Der Bürgermeister will die 20 Prozent nicht zahlen. Dann will ich, dass wir es verdoppeln, die Personen, die dorthin kommen. Von 600 auf 1.200 Personen, die mit dem Zug fahren. Ist auch ein Umweltgedanke, nicht Nylonsackerl verbrennen. Ist mir auch klar, das gehört auch beseitigt.

Aber noch einmal, Ehrungen in diesem Ausmaß ist eine Frechheit sondergleichen! Und da frage ich die FPÖ, die immer gewettert haben, die haben immer gewettert, gegen solche Dinge. Jetzt sitzen sie in der Regierung drinnen und beschließen das mit.

Ich frage mich, was hat sich geändert auf dieser Welt? Da stimmt ja etwas nicht. Vor einem Jahr war es noch ganz anders. Da hat es Aufregung gegeben, wenn solche Dinge da passiert sind. Jetzt höre ich nichts, außer - und das ist das Schöne - der Markus Wiesler hat heute eines gesagt, wie sollen wir den Spagat packen?

Und der Herr Kollege hat gesagt, naja dieser Antrag, den ihr hier eingebracht habt mit der Zusammenlegung der Versicherungen, na das geht natürlich nicht. Da müssen wir jetzt abwarten, müssen wir noch einmal warten und noch einmal warten. Worauf warten wir? Ich weiß schon worauf wir warten seitens der SPÖ. Weil dann haben wir dort ein paar Leute, die dort drinnen sitzen, die wir nicht mehr brauchen können. Um das geht es Ihnen.

Es geht Ihnen nicht um die Sache - und da bin ich bei den GRÜNEN - drei wären locker möglich von den Sozialversicherungen - locker. Sie haben vollkommen Recht, dazu stehe ich auch. Nur es kann nicht so sein, dass die SPÖ auch diesen Antrag so abgeändert hat und die FPÖ leider mit muss und den Spagat machen muss, weil, die waren die ersten, die den Antrag eingebracht haben.

Da war ich noch bei der FPÖ - kann ich mich erinnern – da haben wir den Antrag schon eingebracht. Später auch noch, ein paar Jahre später haben wir ihn auch eingebracht. Und jetzt auf einmal drehen sie wieder alles durch den Wind.

Und das kann es ja nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn das Politik ist, wenn das verantwortliche Politik ist in einem Land, na dann Grüß Gott liebes Land. Das muss ich auch dazu sagen. Eines muss auch klargestellt sein. Ich bin kein Verteidiger der ÖVP, oder jemand anderen, nur es sind sehr viele gute Dinge passiert, aber auch Fehler passiert. Warum kann man das nicht eingestehen? Nobody ist perfekt. Auch ich mache Fehler und ein jeder andere auch.

Nur dass man sich hersetzt immer wieder und gut und schön und die Medien - und ist ja gar kein Mensch mehr da - die Medien springen immer auf, wenn der Herr Landeshauptmann „schnipp“ macht, stehen sie da und berichten nur das Positive.

Sie sollten einmal das Negative bringen und sollten einmal gescheit hinterfragen. Der Journalismus hat in den letzten Jahren massiv gelitten. Massiv gelitten, aber ins Negative. Die trauen sich gar nichts zu sagen, weil, sonst werden einmal die Haare geschnitten. Und da geht es immer nur ums Geld. Wieviel schalten wir, wieviel dürfen wir haben?

Lieber Herr Fotograf - ich weiß gar nicht wie er heißt von der „Kronen Zeitung“ - kommst einmal, ihr wisst wir haben ja noch ein Guthaben von euch und von der BVZ und wie sie alle heißen. Ich trau mir das ganz einfach sagen, weil es so ist, Punkt.

Wenn Ihr diesen Antrag, den Ihr abgeändert habt, so seht, wie Ihr den abgeändert habt, dann tut Ihr mir leid. Dann schaut Euch das an und erzählt das in Euren Gemeinden, was der Kölly da gesagt hat und was er eingebracht hat und was er vorbringt. Dann werdet Ihr Euch einmal wundern, wenn die Leute sagen, hoppala, das haben wir ja gar nicht gewusst, der hat ja Recht. Warum sind da solche Steigerungen drinnen? Steigerungen von 300.000 Euro Repräsentationskosten.

Ich weiß nicht, braucht der Tschürtz Hans mehr wie der Steindl? Ich weiß es ja nicht, oder braucht der neue Wirtschaftslandesrat mehr wie die Frau Resetar? Ich weiß es nicht. Und das hätte ich gerne einmal erfahren. Warum hat man 300.000 Euro mehr. Warum erklärt mir das keiner? Aber einen Abänderungsantrag brauchen wir, der super klingt, für Arbeitsplätze. Da schaffen wir Arbeitsplätze, wenn ich Dir einen Orden gebe, Herr Wolf. Super - ich gratuliere, oder ein Mascherl umhänge. Ja ich weiß schon, Fototermin, Klick, Klick, Klick, Bussi, Bussi, hin und her, das ist das.

Daher glaube ich, dass dieser Antrag, den wir gestellt haben, ein vernünftiger ist, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit. Und ich glaube, dass der Landeshauptmann sogar dazu steht. Denn an eines werde ich mich immer erinnern, wie er gesagt hat, er hat kein

Problem - da wird der Zeuge, der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter mir Recht geben - wie er gesagt hat, sparen wir zwei Landesregierungsmitglieder ein.

Siehe da, die FPÖ sitzt in der Regierung und wir haben wieder sieben Regierungsmitglieder. Ich verstehe die Welt nicht mehr. Also jetzt frage ich mich, wie kann man sich innerhalb von der kurzen Zeit so ändern? Ich kann es nicht und ich konnte es auch nicht und ich stehe noch immer zu dem, was ich früher gesagt habe und jetzt sage. *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Klaudia Friedl: Wie ein Fähnchen im Wind.)*

Nur das muss mir jetzt einer erklären, wie das in der FPÖ weitergehen soll? In der SPÖ ist es mir klar, Ihr seid reine Parteigänger. Bei Euch ist das völlig egal. Ihr seid reine Parteigänger, Ihr könnt gar nicht anders. Das verstehe ich. Das verstehe ich, weil, ohne Partei wäret Ihr nichts. Das hat schon einmal Einer gesagt und der Andere hat wieder gesagt, - ja aber das will ich jetzt nicht sagen.

Ich glaube halt unser Antrag macht Sinn für Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und auch für eine Politik in diesem Land, die jeder Mensch versteht. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich möchte bei der Gelegenheit auf ein anderes Problem, was die Ehrungen betrifft, eingehen. Manchen wird es vielleicht aufgefallen sein, ich habe vor kurzem eine Anfrage an den Herrn Niessl gestellt, an unseren Landeshauptmann, weil es, wir waren heute schon bei dem Thema Benachteiligung der Frauen, ein Ungleichgewicht kann man da schon fast nicht mehr sagen, ein mehr als Ungleichgewicht gibt, was die Ehrungen angeht für Männer und für Frauen.

Konkret geht es, Zitat aus der Anfragebeantwortung: Um beider Verhältnis, Männer und Frauen, einen nachvollziehbaren Überblick zu gewährleisten, wurden die tatsächlichen Verleihungen beziehungsweise Überreichungen betrachtet. Das Verhältnis Männer und Frauen beträgt dabei 93,9 Prozent zu 6,1 Prozent.

Das heißt 93,9 Prozent sind Männer, 6,1 Prozent Frauen, eh klar. Schuld daran sind angeblich Vereine, Institutionen und ähnliches, weil die nennen so wenige Frauen. Nun gut, das mag schon stimmen. Nur wenn ich Landeshauptmann bin und ich sehe dieses Ungleichverhältnis, dann muss ich irgendetwas tun. Ich kann ja mit den Institutionen auch reden oder…*(Abg. Geza Molnar: Den Vereinen vorschreiben wen sie ehren sollen?)*

Nein, um Vorschreiben geht es überhaupt nicht. Um Vorschreiben geht es überhaupt nicht, es reicht glaube ich, darauf hinzuweisen und vielleicht einmal anzuregen, dass man das ein bisserl ändert oder vielleicht einmal selber schaut, dass Frauen hier nominiert werden.

Zweite Geschichte die ich sehr interessant gefunden habe, ich wollte natürlich wissen wer in den letzten Jahren in den Genuss der höchsten Ehrungen kam. Es geht da um die drei Komturkreuze. Das kann man mir nicht sagen. Zitat wieder aus der Anfragebeantwortung: Da weder die Sitzungsakte - die Regierungssitzungsakte sind damit gemeint nehme ich an - noch die Sitzungen der Landesregierung öffentlich sind und die Namen der Geehrten dem Datenschutz unterliegen, können daher keine näheren Auskünfte erteilt werden.

Also das sind jetzt hauptsächlich Männer, die bekommen öffentliche Ehrungen, aber man darf die Namen nicht sagen, weil das ist ganz geheim. Das ist vielleicht sehr originell finde ich. Noch origineller finde ich, dass man auf Wikipedia dann doch einige Namen findet, also so geheim kann es auch nicht sein, sehr eigenartige Geschichte.

Ich möchte Euch, liebe Kollegen und Kolleginnen bitten, viele sitzen in Institutionen, schaut einmal, ich schwöre Euch, es gibt Frauen die diese Ehrenzeichen verdienen. Schauen wird dass wir dieses Ungleichverhältnis in den nächsten Jahren massivst ändern, es ist eigentlich blamabel. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kölly, wir hätten Deinen Antrag gerne angenommen, wenn er vorher nicht im Ausschuss schon durch Rot/Blau abgeändert worden wäre. Es ist aus meiner Sicht dieser Abänderungsantrag eine reine Verhöhnung, eigentlich eine schamlose Hochnäsigkeit, dass nicht einmal noch in irgendeiner Weise bei diesem Abänderungsantrag auf das eigentliche Thema eingegangen wird.

Ich muss schon sagen, wenn wir den Antrag durchgebracht hätten, dann hätte es aber auch nichts gebracht bei dieser Regierung. Weil man muss schon sagen, dass es keinen Sinn gehabt hätte, weil Repräsentationsausgaben mit Repräsentationen der Regierungsarbeit zu tun hätten. Die letzten acht Monate hat sich im Prinzip nichts getan in dieser Regierung. Im Bereich des Asylwesens herrscht Untätigkeit. Nur deswegen, weil der Herr Darabos und der Herr Niessl nichts unternehmen, wird irgendwann das Durchgriffsrecht im Burgenland schlagend und auf einmal wird Rot/Blau aufhüpfen und sagen:" Oh mein Gott, es kommt ein großes Quartier mit 400 Leuten. Warum haben wir nichts dagegen gemacht?" Obwohl sie selbst in der Verantwortung sind. Das ist aus meiner Sicht ein Witz und da wird nichts gemacht.

Bei dem Thema „Freizügigkeit“ wird zum zweiten Mal von Rot/Blau zum Gesetzesbruch aufgefordert. Der Herr Landeshauptmann sagt ganz klar, es dürfen keine Ausländer mehr im Burgenland arbeiten, es ist gegen das Gesetz, *(Abg. Werner Friedl: Das hat er überhaupt nicht gesagt.)* gegen das geltende Recht.

Wir sagen aber auf der anderen Seite, bevor alle Ausländer, die im Burgenland sind, wieder rausgeschmissen werden sollen, ist es doch viel gescheiter Arbeitsplätze für die Burgenländer zu schaffen und nicht jene die schon da sind hinauszustoßen. Ich glaube das ist der richtige Weg. Wenn die Regierung etwas arbeiten würde, dann könnte sie auch mit diesen Repräsentationsaufgaben ihre Arbeit verkaufen. Aber das passiert ja nicht. Das einzige was in diesem Burgenland zurzeit passiert ist die rote Alleinherrschaft vom Landeshauptmann. Das ist weit weg von einer Demokratie, ja eher schon auf den Spuren anderer Formen, Staatsformen, die man irgendwo auf dieser Welt in der Vergangenheit schon einmal hatte. *(Abg. Doris Prohaska: Trau es Dir sagen!)*

Es ist ein reiner Machtmissbrauch *(Abg. Doris Prohaska: Trau es Dir sagen!)* und kritische Stimmen werden mundtot gemacht *(Abg. Doris Prohaska: Sag es!)* und auf jegliche Kritik wird mit voller Kraft, in Form von Klagen, entgegengehalten. Das ist eine geübte Praxis der letzten Monate und das können wir uns nicht gefallen lassen.

Weil wenn man nur ein kleines Wort gegen die schöne Glasfassade sagt um das Antlitz des Herrschers in irgendeiner Weise zu beschädigen, dann wird gleich mit einer

Klage gedroht und wird mit aller Gewalt versucht, alle anderen die nicht derselben Meinung sind, ins politische Exil zu schicken oder gar zu verunglimpfen.

Ich glaube, dass es zurzeit in diesem Land schwierig ist. *(Abg. Werner Friedl: Bei Euch schon.)* Ich glaube, dass mit aller Gewalt und mit allen medialen Hebeln versucht wird, ob jetzt mit der Finanzkraft oder mit Freundschaft, das Antlitz wieder herzustellen.

Und das Schreckliche dabei ist, ja im Prinzip, dass die FPÖ wie Pseudofürsten hofiert werden, weil im Prinzip sie die Mehrheitsbeschaffer sind. Mit einem Tag auf den nächsten haben Sie sich wie ein Wendehals einfach umgedreht, haben alle Prinzipien, alle Einstellungen, alle Forderungen der Vergangenheit über Bord geworfen.

Ich könnte mich nicht erinnern, dass in der Regierung in irgendeiner Weise einmal dagegen gehalten wurde, weder vom Bollwerk, noch von der FPÖ. Und das kann nicht im Sinne einer Demokratie sein, wenn Einer alleine herrscht und die Anderen nur zuschauen. *(Abg. Doris Prohaska: Der Applaus fällt aus.)*

Das einzige was die Regierung in der letzten Zeit gemacht hat und das ist auch das Demokratieverständnis der neuen Regierung, ist groß angelegte Säuberungen im Burgenland durchzuführen. Da ist es um die Vertuschung und um den Machtmissbrauch gegangen. Dem Machtmissbrauch wird Tür und Tor geöffnet. Aufsichtsräte in allen Gesellschaften wurden ausgetauscht unter dem Vorwand, man muss Fachexperten hineinsetzen.

Bei aller Wertschätzung, neuerliches Beispiel Kurbad AG. Da werden eine Landesrätin außer Dienst und ein Arzt entfernt und ersetzt durch einen Wirtschaftsexperten und einen blauen Kandidaten auf einer Liste. Also das ist weit weg von Objektivierung.

Und wenn ich schon beim Objektivierungsgesetz bin, das Postenschachergesetz wurde auch beschlossen, damit der Landeshauptmann machen kann was er möchte. Und auch in der Energie Burgenland hat man mit einem Dirimierungsrecht des Vorstandes bewiesen, dass man die Alleinherrschaft auch in allen Gesellschaften des Landes haben möchte.

Maulkörbe werden ausgeteilt, Mundtotmachen herrscht vor und das ist im Prinzip die Abgehobenheit der Regierung. Und irgendwie bleibt keine Zeit für die wirklich wichtigen Dinge in diesem Land. Die Themen anzugreifen die den Menschen unter den Fingern brennen, die das Land weiterbringen oder die den Menschen am Schluss auch wirklich helfen. Irgendwie ist diese Einheitspartei permanent damit beschäftigt, Andersdenkende auszutauschen.

Für uns als Volkspartei hätten wir diesen Antrag gerne unterstützt um der Regierung ihre Regierungsarbeit in den Medien und bei der Bevölkerung präsentieren zu können, aber leider bleibt von dem nichts mehr übrig.

Deswegen werden wir als Volkspartei Burgenland mit voller Kraft, mit voller Begeisterung, gegen diese selbstherrliche Regierung vorgehen, diesen Machzentralismus in irgendeiner Weise versuchen aufzubrechen, weil heute ist es umso wichtiger und dringend notwendig, vor allem diese Doppelmoral und diese Scheinheiligkeit zu beenden und alle diese Schandtaten der rot/blauen Regierung vor den Vorhang zu bringen.

Deswegen werden wir diesem Antrag heute ablehnen, vor allem auch weil es eine große Schmähparade ist. *(Beifall bei der ÖVP und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Herrn Abgeordneten Spitzmüller, Sie haben schon richtig gesagt, dass zirka 90 Prozent der Anträge von Institutionen und privaten Personen auch kommen und jetzt frage ich mich, wie Sie sich das vorstellen?

Da haben wir Wissenschaft, Wirtschaft, Sport, Kultur, Kunst und so weiter und jede Organisation stellt jetzt den Antrag, dass sie eine Ehrung für den Obmann, egal für welchen Menschen, jetzt wollen oder einer Privatperson.

Und jetzt soll der Landeshauptmann dort anrufen und soll sagen: "Hallo, ihr habt mir einen Mann geschickt. Ich habe schon 60 Prozent Männer, wir brauchen jetzt 40 Prozent Frauen", oder ich weiß jetzt nicht wie Sie das gemeint haben. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Nein, ich habe Euch gebeten, das zu machen.)*

Also das kann ich wirklich nicht nachvollziehen, weil ja die Institutionen und die Privatpersonen sagen -, also das kann ich jetzt wirklich nicht nachvollziehen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Dann lassen wir es so, wie es ist.)*

Zum Herrn Wolf sage ich gar nichts. Und zum Herrn Kölly, meinem Freund, *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Ich bitte darum.)* in gewohnter Manier, Anträge wieder ausgegraben. Sie picken sich aus dem Budget Bereiche heraus, kritisieren diese, wo das nicht immer angebracht ist. Sie haben wieder versucht das Burgenland schlecht zu reden. Ein Budget schlecht zu reden, dem Sie übrigens gar nicht zugestimmt haben. *(Abg. Manfred Kölly: Oja, Teile habe ich zugestimmt.)*

Wenn es nach Ihnen ginge, Herr Kölly, hätte das Burgenland gar kein Budget. Wir hätten keine Einnahmen, wir hätten keine Ausgaben. *(Abg. Manfred Kölly: Einem Budget zustimmen, was ist das? Das ist eine Vorschau.)* Dann haben Sie wieder einiges aus dem Zusammenhang *(Abg. Manfred Kölly: Du weißt gar nicht was das ist.)* gerissen, Herr Kölly.

Im Antrag steht: Ein weiterer wichtiger Anlass für Auszeichnungen ist der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Burgenland, und gerade dieser Bereich hat in den letzten Jahren zunehmend Bedeutung bei der Vergabe von Ehrungen erlangt. *(Abg. Manfred Kölly: Arbeitsplätze?)*

Sind doch gerade die Arbeitsplätze in der heutigen Zeit eine zentrale gesellschaftliche Grundlage. Da geht es um Unternehmen, da geht es um Unternehmen die Lehrlinge ausbilden, die Arbeitsplätze schaffen und so fort.

Aber das ist ja eigentlich sehr einfach zu verstehen, für uns alle. *(Abg. Manfred Kölly: Was hat das mit Arbeitsplätzen zu tun?)* Wieso Sie das nicht verstehen, das weiß ich nicht. Okay. *(Abg. Manfred Kölly: Das darf doch nicht wahr sein.)*

Mit dem letzten Budgetbeschluss, Herr Kölly, wurden Spielräume geschaffen in denen die Verbesserung der Lebensqualität in unserem Land im Vordergrund steht und Sie haben sich geweigert das mitzutragen, weil Sie ja dem Budget nicht zugestimmt haben. *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe ein paar Punkte gesagt vom Rechnungshofbericht, lies einmal.)*

Und wenn Sie kritisieren dass in der Verwaltung gespart werden muss, dann haben Sie sich das Budget nicht angesehen. Sie haben sich das Budget nicht angesehen und Sie haben die Veränderungen auch nicht verfolgt. Ich darf Ihnen auf die Sprünge helfen.

Wir haben kein Proporzbudget mehr, sondern wir haben ein Reformbudget. *(Abg. Manfred Kölly: Wir haben ein rot-blaues Budget, kein Proporzbudget.)* Es gilt das Grundprinzip, sparen durch Reformen um Spielräume für Investitionen zu schaffen. Und das ist möglich. *(Abg. Manfred Kölly: Den Heizkostenzuschuss habt Ihr gekürzt.)*

Jetzt hören Sie mir zu! Das ist möglich, weil wir Strukturen in der Verwaltung, in der Regierung und in den Landesgesellschaften effizienter gestaltet haben. *(Abg. Manfred Kölly: In den Landesgesellschaften?)* Doppelbelastungen wurden abgebaut, das haben Sie bestimmt mitgekriegt, die Landesholding ist auf Schiene *(Abg. Manfred Kölly: Ein Mann mehr, das kostet auch. Das würde ich mir gerne anschauen.)* und die Verwaltungsreform ist auch gestartet.

Wir sagen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sagen ja zu Einsparungen, zu effizienter Verwaltung und diesen Weg, bin ich der Meinung, müssen wir auch weitergehen. *(Abg. Manfred Kölly: Leben tut Ihr das aber anders.)*

Und unser Herzstück ist der Arbeitsmarkt, unser Herzstück ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und *(Abg. Manfred Kölly: Warum haben wir so viele?)* die Zunahme der Beschäftigung. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Manfred Kölly: Warum haben wir so viele Arbeitslose?)*

Das ist jetzt ein Scherz, wie immer. *(Abg. Manfred Kölly: Was heißt Scherz, seit Ihr in der Regierung seid, haben wir so viele Arbeitslose. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Das heißt natürlich für uns intelligent sparen.

Zweiter Präsident Strommer: *(der den Vorsitz übernommen hat.)* Ich bitte um Ruhe! Herr Abgeordneter Kölly! Die Rednerin Frau Sack ist am Wort. Lassen Sie die Frau Abgeordnete ihr Rederecht ausüben. Sie können sich jederzeit zu Wort melden.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) *(fortsetzend)*: Sie können sich zu Wort melden und ich habe ja dann die Befürchtungen, dass Sie dann wieder nicht gehört haben, was ich gesagt habe und dann haben wir wieder ein Problem. *(Abg. Manfred Kölly: Später, danke. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Wir wollen, und das möchte ich jetzt noch einmal wiederholen...

Zweiter Präsident Strommer: Es gibt auch kein Recht, dass jemand zuhört. Es gibt ein Recht, dass man hier redet, aber man kann auch das Zuhören nicht einfordern. Ich würde bitten, dass man in den Abgeordnetenbänken Ruhe bewahrt und die Rednerin ausreden lässt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) *(fortsetzend)*: Danke, Herr Präsident. Wir wollen 1.000 Arbeitsplätze im Jahr vorrangig für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer schaffen und 45 Prozent, Herr Kölly, des Gesamtbudgets, das sind 509 Millionen Euro, diese 45 Prozent, sind für den Sozialbereich vorgesehen. Und das kann nicht zu wenig sein, oder? *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Wolfgang Spitzmüller: Die Arbeitslosenzahlen sind zu hoch.)*

Ja, und ich sage Ihnen was wir alles tun. Jeder fünfte Euro wird für Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum investiert, das sind 232,6 Millionen Euro. Ich bin der Meinung, das ist auch warum ich Ihnen das sage, wenn Arbeitsplätze für unsere Menschen zur Verfügung stehen, haben unsere Menschen Zukunftsperspektive und das muss gerade in

der heutigen Zeit eine Selbstverständlichkeit sein - für jede Politikerin, für jeden Politiker sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Warum wir eine so hohe Arbeitslosigkeit haben, wurde heute schon einige Male besprochen. Ich wiederhole mich nicht mehr. Ich glaube, bei der nächsten Sitzung geht es wieder um diesen Arbeitsmarkt. Hören Sie zu, dann wissen Sie ganz genau worum es geht. Was heißt Arbeit? Arbeit heißt Einkommen, Arbeit heißt Eigenständigkeit, Arbeit heißt keine Armutsgefährdung, und Arbeit heißt auch eine spätere Pension. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir von der Politik, wir haben die Aufgabe, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sich Unternehmer bei uns ansiedeln, dass sie unseren Standort Burgenland als attraktiv empfinden. Das haben wir auch getan. Wir werden diese Herausforderungen natürlich weiterhin gerne erfüllen.

Auf Ihre weitere Kritik, Herr Abgeordneter Kölly, an den Repräsentationskosten des Landes, darf ich auch kurz eingehen. Sie wissen schon, dass durch Repräsentation, Sie haben es vorhin eh gesagt, *(Zwischenruf des Abg. Kölly)* unser Land nach außen getragen wird. Das ist wichtig, Werbung ist wichtig.

Diese Ausgaben tragen also zur internationalen Positionierung des Burgenlandes bei. Menschen nationaler und internationaler Herkunft lernen unser Land kennen und verbringen ihren Urlaub bei uns. *(Abg. Manfred Kölly: Wegen unserem Landtag?)* Dadurch wird die Wirtschaft belebt, bei uns im Land, und hat natürlich positive Wertschöpfung zur Folge.

Außerdem, das muss ich auch wiederholen, viele Menschen unseres Landes leisten im Bereich Sport, Kultur, Soziales, Wirtschaft und Wissenschaft große Beiträge, und das zu einem großen Teil ehrenamtlich. Diese Bürgerinnen und diese Bürger haben unsere größte Wertschätzung verdient. Das Land Burgenland demonstriert diese große Wertschätzung gegenüber diesen Menschen durch die traditionellen Ehrungen und Auszeichnungen. Ich halte ein Dankeschön seitens des Landes als sehr angebracht und auch als sehr wichtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es kommt ja eigentlich zu einer Win-win-Situation Herr Kölly. Es wird Wert darauf gelegt, dass alle Ausgaben direkt der burgenländischen Wirtschaft zugutekommen. 100 Prozent unserer Produkte, die bei den Veranstaltungen und Empfängen zur Verköstigung angeboten werden, kommen von den heimischen Betrieben, kommen von den heimischen Winzern. Auch aus dem Blaufränkischland, Herr Kölly. Das wollen wir ja nicht verbieten.

Ich bin daher der Meinung, dass wir das beibehalten, dass das so bleiben soll. Sie aber, Herr Kölly, das möchte ich Ihnen jetzt auch ganz gerne sagen, sollten die gemeinsame Zusammenarbeit suchen, Sie sollten gemeinsam mit uns für unser Land arbeiten, Sie sollten gemeinsam mit uns für die Menschen unseres Landes arbeiten. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist mein Spruch, aufpassen!)* Denn dafür sind wir gewählt worden.

Und zu Ihren Anträgen, Herr Kölly, möchte ich auch noch einen Satz sagen. Überdenken Sie diese und stellen Sie bitte Qualität vor Quantität.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. Wir werden dem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Géza Molnár von der FPÖ.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte mich an sich nicht zu Wort melden, aber ich kann das, was der Kollege Wolf da jetzt zum Besten gegeben hat, nicht so im Raum stehen lassen. Ich möchte nicht wissen, was umgekehrt los gewesen wäre von den Moralaposteln der ÖVP, wenn wir hergegangen wären, nach einer demokratischen Wahl am 31. Mai 2015, einer demokratischen Wahl der Landesregierung am 9. Juli 2015, und dann von Diktatur gesprochen hätten, non Säuberung, *(Abg. Edith Sack: Ja!)* von Medienkauf, von Schandtaten. *(Abg. Edith Sack: Das ist traurig!)*

Im Übrigen, Herr Kollege Wolf, die Schandtaten, die Sie auch heute da referiert haben, ich verstehe Sie nicht ganz. Diese Rechnungshofberichte, die da jetzt nach und nach eintrudeln, ob die jetzt gut oder schlecht sind, die betreffen alle eine Zeit, in der Sie in der Landesregierung waren. Daran führt kein Weg vorbei. Das ist schlicht und einfach so.

Das was Sie dieser Regierung ständig vorwerfen, das wird nicht dadurch richtiger, dass Sie es ständig wiederholen. Im Endeffekt gibt es wahrscheinlich nur zwei Gründe dafür, warum Sie mit dieser Intensität hier auftreten und solche Dinge vom Stapel lassen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil es gesagt gehört!)* Erstens, kommen Sie eben schwer damit zurecht, dass es mit der ÖVP bergab, bergab, bergab geht, und zwar vollkommen zu Recht.

Zweitens kommen Sie nicht damit zurecht, dass es mit dieser Regierung und dieser Koalition bergauf, bergauf, bergauf geht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

So und jetzt zum Thema Repräsentationskosten. Mein Kollege Steiner weiß, dass das ein Steckenpferd von mir ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein Gratiskabarett!)* Es hat natürlich auch in der Vergangenheit auf Landesebene Dinge gegeben, die mir persönlich nicht so gefallen haben, das sage ich ganz offen.

Wenn ich zum Beispiel an die Serafin Geburtstagsparty in der Hofburg denke. Aber um das Ganze einmal auch in Bezug auf den Kollegen Kölly in ein Verhältnis zu bringen, wie es mit diesem Repräsentationskoten ausschaut. Also ich habe mich jetzt bei unseren Landesräten erkundigt, was die für ein Budget haben und zwar jeder pro Ressort.

Das heißt Wirtschaft/Tourismus, Sicherheit/Feuerwehr, 10.000 Euro, Kreditsperre nicht berücksichtigt, daneben noch der Handverlag, das sind im Quartal 700 Euro ungefähr für Kaffee und Kuchen, Mineralwasser im Büro. Das heißt, wir reden da jetzt pro Landesrat auf FPÖ Seite von nicht einmal 20.000 Euro. Wenn Sie das jetzt um 50 Prozent kürzen wollen, schön und gut. Denn wenn man es jetzt pro Kopf rechnet, ist das eigentlich sogar mehr, als sie in Deutschkreutz haben, obwohl Sie sehr sparsam sind.

Weil ich habe auch den druckfrischen Rechnungsabschluss aus Eisenstadt mit. Über den wir uns übernächste Woche unterhalten werden. Ich überspringe jetzt einmal den Querschnitt, weil, da würden wir wieder die Nettoneuverschuldung sehen, die es zum wiederholten Male in Eisenstadt gibt. Ich kann mich noch erinnern, während ich blättere an die Kollegin Frauenschiel. Ich glaube die hat zu Beginn ihrer Amtszeit Repräsentationsausgaben von 20.000 Euro pro Jahr gehabt, also das was jetzt bei uns ein Landesrat hat, sie war aber im Vergleich zum Kollegen Steiner noch sehr sparsam.

Der hat nämlich im Vorjahr über 40.000 Euro Repräsentationskosten gehabt. *(Staunen bei den SPÖ-Abgeordneten)* Ja, und er ist ja auch geschickt im Verstecken. Es gibt ja da noch viel mehr, wenn es um Medienkauf geht. Das ist in Eisenstadt nicht notwendig, weil wir ja das Amtsblatt haben. Ich war immer ganz nervös, wenn ich das

Amtsblatt aufmache und es sind weniger als 30 Bilder vom Thomas Steiner drinnen. Da muss man sich immer Sorgen machen, ob ohnehin alles funktioniert.

Wir haben dann auf jeden Fall noch Ehrungen, Jubiläen und Empfänge der Stadt im Vorjahr fast 110.000 Euro, ja. *(Abg. Doris Prohaska: Bist du gescheit!)* Also ich sage jetzt einmal so, wer im Glashaus sitzt, das gilt in vielen Bereichen, soll nicht mit Steinen werfen. Das Gegenmodell der Volkspartei haben wir in Eisenstadt und gut, dass wir dieses Gegenmodell der Volkspartei nur in Eisenstadt haben und dass wir im Land Rot-Blau haben.

Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Strommer: Die Debatte wird lebendiger. Frau Landtagsabgeordnete Regina Petrik, Sie sind die Nächste am Rednerpult.

Bitte sehr.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja auch für Humor, ich lache auch gern zwischendurch. Aber schön langsam verkommen unsere Diskussionen zu einem mittelmäßigen Kabarett. Leider auch dieser Abänderungsantrag.

Wir werden diesmal als Grüne Fraktion die Konsequenz ziehen und uns weigern, über diesen Antrag abzustimmen, weil er für uns unsinnig und nichtssagend ist. Der Kollege Spitzmüller und ich werden deswegen zur Abstimmung den Raum verlassen.

Zweiter Präsident Strommer: Danke. Der Nächste zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ja, Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Kürze liegt die Würze, heißt es immer so schön.

Frau Kollegin Sack! Bei aller Wertschätzung, ich glaube, wenn dort in dem Abänderungsantrag, und da bin ich fast bei den GRÜNEN, drinnen steht: Ein weiterer wichtiger Anlass für Auszeichnung ist die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Burgenland - steht dezidiert da drinnen, Frau Kollegin Sack.

Dann steht unter anderem noch drinnen, dass alle Ausgaben direkt der burgenländischen Wirtschaft zugutekommen. *(Abg. Edith Sack: Ich hab ihn eh vorgelesen!)* Na warte ein bisschen. Ich beweise Dir ein bisschen etwas anderes. *(Abg. Edith Sack: Weil er von uns ist!)* Ich beweise Dir etwas anderes!

Anscheinend wisst Ihr wirklich nicht im SPÖ-Klub, wo gewisse Dinge eingekauft werden, die Ihr so großzügig für den Arbeitsmarkt braucht. Denkt nach was ich jetzt gesagt habe. Bei der nächsten Sitzung werde ich Euch das einmal herlegen, mit einer Tafel. Das wollte ich nur gesagt haben.

Dieser Abänderungsantrag ist eine Heuchelei gegenüber jedem, der sich das Budget anschaut und dann zu sagen, und ich komme immer wieder auf das zurück. Da werden mir alle recht geben.

Wenn ich in einer Gemeinde ein Budget erstelle, eine Vorausschau, eine Vorausschau ist das. Ein Voranschlag ist eine Vorausschau. Mache ich das, und während des Jahres merke ich, hoppla, da brauche ich ein bisschen mehr und dort habe ich Ressourcen noch bereit oder die werden nicht kommen, dann schichte ich das um. *(Abg. Edith Sack: So geht das nicht!)*

Das vergönnen mir sehr viele nicht, nicht einmal die Gemeindeabteilung, weil du brauchst einen Nachtragsvoranschlag. Ich brauche gar keinen Nachtragsvoranschlag, weil wenn ich das so umschichte, brauche ich gar nichts. Dann habe ich nichts überzogen, dann brauche ich auch keinen Nachtragsvoranschlag. *(Abg. Wolfgang Sodl: Anscheinend nicht!)*

In diesem - na warte einmal, Herr Kollege, Du musst Dich schon juristisch einmal auskennen, weil Du bist kein Bürgermeister und das ärgert mich am meisten, wo anscheinend in der SPÖ aber auch in der FPÖ, in der neuen rot-blauen Regierung, und das ist das Interessante, die Verantwortung anscheinend nicht wahrgenommen wird in den Gemeinden.

Denn wie man sieht, *(Abg. Edith Sack: Du sollst die Verantwortung…!)* wie man sieht, warte einmal, Frau Kollegin. Frau Kollegin, wenn ich einen Voranschlag in Deutschkreutz, wenn die rote Fraktion, die stimmt sowieso nie mit in Deutschkreutz, völlig wurscht. Dann kommen sie her und sagen, die waren übrigens auch gegen die Erstaufnahmegeschichte, die wir gehabt haben. Vorher waren wir dafür und dann waren wir dagegen. Der arme Darabos, der hat sich dann gewunden und getan wie, ich weiß nicht warum, aber ist ja „wurscht“. Es ist halt einmal so. Das möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben, liebe SPÖ-Fraktion. Was Ihr macht! Dem Voranschlag stimmen sie dort nicht zu in Deutschkreutz und dann, wenn ich sage wir brauchen das und das, na dann ja. Dann schreiben sie hinaus, wir haben das gemeinsam beschlossen, so wie Ihr das da macht.

Super ist das. Mir ist das so etwas von egal, diese Parteipolitik. Für mich zählen die Menschen in einer Gemeinde, Menschen in diesem Land. Wenn ich so einen Antrag einbringe, oder wenn wir den einbringen, mit dem Gerhard Hutter miteinander, dann machen wir uns Gedanken, ob man nicht wirklich sparsam mit diesem öffentlichen Geld umgehen soll. Das ist eigentlich der Sinn und Zweck der Sache.

Jetzt sage ich Euch noch etwas. Ich bin nicht Verteidiger eines Bürgermeisterkollegen von Eisenstadt. Wenn er das macht, und eine Mehrheit kriegt, dann ist es halt einmal so. Dann kann ich es nicht ändern. Auch ich würde mir als Bürgermeister von Eisenstadt wahrscheinlich Gedanken machen und vielleicht nachdenken mit Euch, mit einem Géza Molnár, der auch noch keine Verantwortung gehabt hat.

Weil die FPÖ hat auch keinen Bürgermeister und keinen Vizebürgermeister. Wenn Du einmal Bürgermeister wärst, Herr Géza Molnár, dann würde ich mir gerne anschauen, was Du machst. Weil wenn Ihr eine Verantwortung habt wie da, dann kippt Ihr gleich um. Ihr seid ja gleich, um 160 Grad habt Ihr Euch gleich gedreht. Das ist ja das Nächste. *(Abg. Ilse Benkö: So wie Du!)* Der Wiesler hat heute eh gesagt, wie soll ich den Spagat schaffen bei der Geschichte? Das ist ja wirklich super, wie Ihr hantiert.

Ilse Benkö, bei aller Wertschätzung, was Du aufgeführt hast früher, da als Opposition und die Roten beschimpft hast. Jetzt busselst Du sie ab, jetzt sind es die Freunde, Freundschaft! Freundschaft! Bei mir wirst Du das nie sehen, weil ich glaube, es kann schon eine Freundschaft sein, aber dass ich mich so drehe, wie Ihr Euch gedreht habt, das tut mir im Herzen weh.

Auch in der Ideologie tut mir das weh. Ich sage Euch nur eines. *(Abg. Ilse Benkö: Welche Ideologie?)* Frau Kollegin, Du bist groß geworden auch mit dem Herrn Haider, Du bist groß geworden mit allen „Straches“ und wie sie alle heißen. Jetzt, weil Du die Chance da hast und Verantwortung tragen kannst – kannst -, die trägst Du ja bisweilen noch nicht,

die trägst Du ja bisweilen nicht. Ich habe ja damals zugestimmt, weil ich gesagt habe, okay geben wir ihr noch eine Chance.

Aber wie es jetzt ausschaut, dass ich solche Dinge nicht einmal diskutiere seitens der FPÖ, sondern der Herr Molnar stellt sich hinaus und erzählt irgendetwas über die Gemeinde Eisenstadt. Da geht es um ganz etwas anderes. *(Abg. Geza Molnar: Gut, dass Du beim Thema bist!)* Nein, das ist Thema. Herr Kollege Molnár, um was geht es da? Immer wieder ums Geld geht es da. Oder um was geht es bei Dir? Hast Du Verantwortung einmal in einer Regierung getragen? Hast Du Verantwortung in einer Gemeinde getragen? Nein! Daher schau Dir das noch einmal an!

Ich glaube, dass ein Rechenabschluss alles aussagt, nicht der Voranschlag. Dann herzugehen, Kollege Illedits, und sagen, die nicht mitgestimmt haben beim Budget oder beim Voranschlag, die haben da nichts verloren und die dürfen nicht mitreden über eine Sportförderung oder vielleicht über eine Kulturförderung. Da dürfen wir gar nicht mitreden. Das heißt, wir sind ausgeschlossen. *(Abg. Christian Illedits: Das habe ich nicht gesagt!)*

Das ist kein Demokratieverständnis, das ist eine Katastrophe! Das ist das Problem, das Ihr alle habt. Ihr glaubt, Ihr könnt machen was Ihr wollt, weil Ihr die FPÖ als Wertbeschaffer habt. Auch das wird sich irgendwann einmal ändern, wartet ein bisschen.

Nach der Bundespräsidentenwahl wird sich vieles ändern in diesem Land. Dann schaue ich mir gerne an, was Ihr machen werdet. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und ÖVP)*

Zweiter Präsident Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, Kollege Molnár. Mir geht es ähnlich wie Ihnen. Ich wollte mich ja auch nicht melden zu dem Thema. *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Geza Molnar: Da haben wir etwas gemeinsam!)*

Ja, manchmal hat man Gemeinsamkeiten die man gar nicht vermutet. Ja, ich möchte das auch nicht verlängern, ich möchte das ja nur fürs Protokoll machen und die Unwahrheiten, die Sie hier von sich gegeben haben, auch zurechtrücken.

Diese Summe von Repräsentationsausgaben, die Sie bezüglich der Stadt Eisenstadt genannt haben, das ist ja nicht das Repräsentationskonto des Bürgermeisters, sondern der gesamten Stadt für ein ganzes Jahr. Das wissen Sie ganz genau, weil Sie jedes Jahr eine penibelste Auflistung bekommen was wofür ausgegeben worden ist.

Da haben Sie noch kein einziges Wort gesagt, weil Sie natürlich selber wissen, dass das absolut in Ordnung ist. Wenn Sie dann die Jubiläumskosten von „90 Jahre Landeshauptstadt“ hernehmen, ja dann kann man sich seinen Teil denken. Ich wollte das nur zurechtrücken, weil das irgendwie so den Eindruck gemacht hat, das wären meine Repräsentationskonten als Bürgermeister.

Das ist Ihre Präsentation der gesamten Stadt im gesamten Jahr, nur um das zurechtzurücken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. *(Allgemeine Unruhe)* Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. *(Die Abgeordneten der GRÜNEN verlassen den Sitzungssaal.)*

Ich darf um Ruhe bitten wir kommen zum Abstimmungsvorgang. Die Eisenstädtergemeinderatssituationen können nachher besprochen werden.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Repräsentationen und Ehrungen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung eine Entschließung (Beilage 261) betreffend „sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen“ (Zahl 21 – 186) (Beilage 290)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 14. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung eine Entschließung (Beilage 261) betreffend „sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen“, Zahl 21 – 186, Beilage 290.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen“, in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 24. Februar 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen“, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Er schon wieder, da muss man eines dazu sagen. Ihr seid zwar die größte Oppositionspartei, aber es dürfen nur Zwei, ab und zu Drei, bei Euch reden und bei den anderen halt auch nur zwei, drei. Das verstehe ich zwar nicht, aber das gehört auch dementsprechend anders aufgeteilt.

Naja weil es heißt, schon wieder der Kölly. Entschuldigung, da in den eigenen Reihen. *(Abg. Markus Ulram deutet auf den Abg. Mag. Johann Richter: Da, da!)* Der Oberlehrer! Du bist überhaupt der Oberschlaue, sehr gut. Herr Kollege! *(Aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten: Das darfst Du nicht sagen!)* Der hat das nie geschafft, aber einmal mehr, ich will das jetzt in Kürze machen.

Ich denke einmal nicht wegen der Zeit, sondern wir bekommen ja eh gut gezahlt. Zum nächsten Tagesordnungspunkt komme ich dann auch noch, wo man auf Politikerbezüge oder Erhöhungen eingehen kann.

Wieder einmal haben wir einen Antrag eingebracht, sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen. Was passiert mit dem Antrag? Wo wir sagen der Landtag wolle beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

1. Wirtschaftsflüchtlinge sofort angewiesen und in ihre Heimatländer abgeschoben werden,
2. die rechtliche Möglichkeit des Verwirkens des Asylrechts bei Straftaten geschaffen wird und
3. die EU-Kommission bei den aktuellen Verhandlungen bezüglich eines Rücknahmeabkommens mit Algerien, Marokko von Seiten Österreichs bestmöglich unterstützt wird und im Falle des Scheiterns der Bundesregierung selbst in Verhandlungen tritt.

Abänderungsantrag, wie üblich. Die SPÖ/FPÖ-Partie sagt:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation im Sinne der Antragsbegründung umzusetzen.

Was heißt das jetzt alles? Was haben wir gesagt und was sagen die? Was sagt Ihr, Freunde von der SPÖ oder von der FPÖ, jetzt dazu? Wisst Ihr überhaupt, dass Ihr den Antrag so formuliert habt? Oder wollt Ihr das überhaupt so formuliert haben? Denke ich nicht! Jetzt komme ich genau zu einem Punkt wo ich sage, ich bin erfreut, dass SPÖ und FPÖ, FPÖ eh schon länger, in der Richtung gedacht haben und der Herr Landeshauptmann speziell in die Richtung gegangen ist, weil er hat erkannt, dass man mit Asylanten derzeit sehr viel Stimmenpotenzial machen kann.

Das ist so und er hat in einem Morgenjournal genau das gesagt, was wir gefordert haben. Ich bin dem Herrn Landeshauptmann recht dankbar, ich bin recht froh, dass es in diese Richtung geht. Bin aber nicht froh, weil, ich glaube im Hintergedanken oder im Hinterkopf steht etwas anderes und das tut mir ein bisschen weh. Bin aber auch der Meinung, wenn man solche Anträge einbringt, dann sollte man auch klarerweise einen Abänderungsantrag, wie dieser vorliegt, einfach vergessen und sagen, wir stehen zu dem Antrag, der da eingegangen ist, weil der ist auch in unserer Richtung und das passt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation im Sinne der Antragsbegründung umzusetzen.

Super Satz oder? Nicht schlecht! Das ist ein Abänderungsantrag mit einer Begründung. Seid mir bitte nicht böse.

Aber noch einmal und jetzt mache ich Schluss, danke für die Unterstützung für diesen Antrag. Wir haben heute wieder sehr viele Anträge eingebracht, alle sind abgeändert worden, aber schlussendlich in unserem Sinne auch so beschlossen worden, dass sehr wohl unsere Handschrift da enthalten ist und ob der zehn Jahre alt ist oder fünf Jahre alt ist oder von der Steinzeit ist, ist mir egal.

Das zeigt ja nur davon, dass wir noch immer wissen, wie es der Bevölkerung in diesem Land geht und das macht Sinn und nicht anderes und nicht nur parteipolitisch, sondern wirklich für die Menschen im Land arbeiten, danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag der Liste Burgenland ist für mich im Ansatz ja nicht nachvollziehbar. Es ist für mich auch fraglich, warum es Ihnen so wichtig ist, das jetzt und zu diesem Zeitpunkt hier einzubringen.

Wir wissen es schon länger, es ist jetzt mittlerweile auch amtlich. Es ist nach wie vor so, dass das Burgenland das sicherste Bundesland in Österreich ist. Es ist so, das wissen wir, weil die Kriminalitätsstatistik bereits veröffentlich wurde und man sich nicht darauf verlassen muss, was der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter vermutet was es für Zahlen gibt. Wir haben es schwarz auf weiß.

Es würde im Burgenland ein Minus von rund 3,3 Prozent an Straftaten geben, wenn wir die Schlepperanzeigen abziehen, weil die Anzeigen für Schlepperei die einzigen sind im Jahr 2015 einen Anstieg gab. Das wundert uns natürlich nicht.

Es muss Anzeigen wegen Schlepperei geben, weil es ja auch keinen einzigen legalen Fluchtweg nach Österreich gibt. Also Menschen, die aus ihren Ländern vor Krieg und Elend und Bomben flüchten, haben gar keine andere Möglichkeit als illegal nach Europa, nach Österreich, einzureisen. Deswegen ist es klar, dass im letzten Jahr die Schlepperanzeigen in die Höhe gegangen sind.

Aber insgesamt haben wir die niedrigste Kriminalitätsrate der letzten zehn Jahre. Die Anzahl der Strafanzeigen ist gesunken, Diebstähle, Einbrüche sind gesunken, die Aufklärungsquote ist gestiegen. Das einzige was gestiegen ist, ist noch die Cyberkriminalität. Das werden Sie ja jetzt wohl nicht den Schutzsuchenden in die Schuhe schieben können.

Das heißt, der Antrag vermittelt bereits in seinen Formulierungen, in seiner Überschrift, dass wir in unserem Land größeren Sicherheitsgefährdungen ausgesetzt seien, weil es hier Schutzsuchende und Asylwerbende gibt und das ist schlichtweg falsch und fällt schon in den Bereich der Hetze.

Aber was mich noch erschüttert ist, dass das ein Antrag ist der zeigt, dass es hier überhaupt kein Verständnis und offensichtlich auch wenig Wissen darüber gibt, wie die Rechtslage in Österreich ist. Nun, wenn in Österreich jemand straffällig wird, Herr Kollege Kölly, dann kommt immer die Strafprozessordnung zur Anwendung. Vor dem Gesetz sind alle gleich. In einem Asylverfahren wird geklärt, ob jemand asylberechtigt ist. Im Strafverfahren, ob jemand eine Straftat begangen hat.

Nun ist es durchaus so, dass jemandem Asylstatus zugesprochen wird, dieser Schutz aber wieder aberkannt werden kann, wenn von dieser Person eine Gefahr für den Staat Österreich oder die Gemeinschaft ausgeht, das ist geltende Rechtslage.

Jedenfalls kann eine strafrechtliche Verurteilung schon jetzt einen negativen Einfluss auf ein Asylverfahren haben, denn alles, was über einen Antragsteller behördlich bekannt ist, wird in das Bundesamt für Asyl- und Fremdenwesen, das BFA, übermittelt und kommt in diesen Akt hinein. Das ist alles geltende Rechtslagen.

Durch Ihre Formulierung „sicherheitspolitische Maßnahmen bei abgelehnten Asylansuchen“ stellen Sie hier einen Generalverdacht gegenüber Asylwerbenden in den Raum. Sie vermitteln damit, dass bei Ablehnung Ihres Antrages eine Gefahr für die Sicherheit gegeben sei. Ich finde, das ist eine unerhörte Unterstellung und erhöht höchstens ein Unsicherheitsgefühl in unserem Land, das aber nicht mit der Realität übereinstimmt.

Welche Ablehnung meinen Sie eigentlich im Asylverfahren? In erster Instanz oder wollen Sie die Möglichkeit des Einspruches bereits damit in Frage stellen? Das wäre auch schon wieder ein massiver Eingriff in die Rechtsstaatlichkeit im Asylverfahren. Oder meinen Sie die zweite Instanz, oder wie ist das alles zu verstehen? Oder ist es eigentlich gar nicht zu verstehen, weil es nur schnell irgendein Sager ist, weil es gut wirkt? *(Abg. Manfred Kölly: Ich erkläre Dir das gleich!)*

Ist es aus rechtlicher Perspektive vielleicht wirklich gar nicht nachzuvollziehen, weil das eh egal ist? Hauptsache, es wird schnell etwas hinausposaunt, das gut wirkt und am Stammtisch sofort Zustimmung findet, weil man eh nicht weiter darüber nachdenkt, was solche Aussagen eigentlich heißen.

Noch eine Schwäche hat dieser Antrag, was die Diktion anbelangt. Wieder einmal, ich habe es hier im Hohen Haus schon einige Mal erwähnt, gibt es hier einen Ausdruck, der rechtlich keine Relevanz hat. Sie sprechen von „Wirtschaftsflüchtlingen“. Was ist ein Wirtschaftsflüchtling? Einer, der zu Hause verhungert, weil er keine Existenzgrundlage hat? Einer, der für seine Kinder keine Überlebenschance mehr sieht? Was ist ein Wirtschaftsflüchtling?

Einer der sich ein besseres Leben wo aufbauen will? Einer, dem die westliche Welt, beziehungsweise die privilegierten Staaten auf der nördlichen Halbkugel, zum Beispiel die Europäische Union, bei internationalen Verträgen die Existenzgrundlage entzogen hat, zum Beispiel Fischereirechte vor der eigenen Küste oder Absatzmöglichkeiten für das eigene Geflügel, weil die EU jene Geflügelteile, die in Europa keinen guten Absatz haben, zu Dumpingpreisen auf den afrikanischen Markt wirft?

Wirtschaftsflüchtling ist kein Rechtsbegriff. Das ist eine populistische Wortschöpfung, die kein einziges Problem löst, aber viele neue Probleme schafft. Da es in Bezug auf Asylwesen, Asylverfahren und Rechtsstaatlichkeit in diesem Haus bei einigen sehr große Informations- und Bildungslücken gibt, lade ich Sie zu einem Workshop ein.

Ich stelle Ihnen kostenlos einen wirklich kompetenten Juristen zur Seite. Der könnte uns über einiges hier aufklären und wir würden uns viele Diskussionen ersparen.

Diesem Antrag ist in keinem Wort zuzustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Die Debatte hat recht ruhig begonnen, ich versuche dort anzuschließen. Es ist vielleicht ein Vorurteil, dass wir das Thema Völkerwanderung heute etwas weiter unten auf der Tagesordnung haben und eben schon zu fortgeschrittener Stunde diskutieren.

Das schafft eben die Möglichkeit, vielleicht etwas nüchterner oder emotionsloser über die ganze Problematik zu sprechen, überhaupt wenn keine Medien mehr da sind. Ich verzichte daher auch auf die Behandlung der Frage was gewesen wäre wenn die Bundesregierung schon vor Monaten auf das gehört hätte was die Freiheitlichen geäußert und vollkommen zu Recht gefordert haben.

Ich tue heute auch einmal so, als wäre der Schwenk von Faymann, Kurz, Mitterlehner und Co glaubwürdig und nicht bloß bevorstehenden Wahlen und schlechten Umfrageergebnissen geschuldet. Fest steht, dass Österreich im vergangenen Jahr in eine recht prekäre Situation gebracht wurde. Fest steht, dass diese Situation nach wie vor prekär ist und wohl auch noch längere Zeit prekär bleiben wird. Und fest steht nicht zuletzt, dass wir in allen Belangen gewaltige Anstrengungen unternehmen werden müssen, um Österreich auf Sicht aus dieser prekären Situation wieder herauszubekommen.

Wir könnten jetzt stundenlang darüber diskutieren, was das größte Problem ist, wir würden wirklich stundenlang diskutieren. Wir könnten auch stundenlang darüber diskutieren, wo wir jetzt zu erst anfangen, wir könnten wirklich stundenlang diskutieren. Ich glaube, man muss sich zuerst einmal darum kümmern, dass die Probleme nicht größer werden.

Ein erster Schritt wurde von der Bundesregierung jetzt mit Auslösung dieses Dominoeffektes gesetzt, was die Grenzschließungen und die Schließung der Balkanroute angeht. Ich glaube, und das ist das, wo ich - ich weiß, dass uns die GRÜNEN in vielen Punkten nicht verstehen und nicht beipflichten, ja!

Es ist umgekehrt natürlich genauso, aber, ich glaube, Kollegin Petrik, nicht einmal Sie wollen sich ausmalen, was los wäre, wenn wir das, was wir im Vorjahr erlebt haben, Jahr für Jahr erleben würden. Das ist schlicht und einfach keine Perspektive, die wir uns wünschen, das geht schlicht und einfach nicht.

Ich glaube, dass ansonsten die vordringliche Herausforderung der nächsten Zeit darin liegt, Recht und Ordnung wieder zum Durchbruch zu verhelfen und auch darin das Recht den Gegebenheiten anzupassen. Dort setzt auch der Antrag der Kollegen vom Bündnis Liste Burgenland an. Das heißt, den politischen Willensbekundungen müssen auch gesetzgeberische Taten folgen, und das ist halt bis jetzt nur bedingt der Fall, bestenfalls.

Es beginnt schon bei der Flüchtlingskonvention. Die Väter der Genfer Konvention haben ganz bewusst auf eines abgestellt - nämlich auf Schutz vor individueller Verfolgung und zwar auf Schutz auf Zeit. Schutz vor individueller Verfolgung, etwa aus rassischen oder auch religiösen oder politischen Gründen.

Sie haben ganz bewusst nicht auf Krieg abgestellt. Krieg ist kein Asylgrund im Sinne der Genfer Konvention, und das war uns übrigens vor einigen Jahren noch allen bewusst. Ich weiß nicht, wir werden uns, glaube ich, noch alle daran erinnern, als vor etwa fünf Jahren der Konflikt in Syrien losgegangen ist, als man dann gemerkt hat, dass damit gewaltige Fluchtbewegungen verbunden sind, hat in Österreich und in Europa eine Diskussion eingesetzt, wie viele Syrer man aufnimmt.

Ich glaube, die Bundesregierung hat damals mit dem Vorschlag 500 angefangen. Ich glaube, die Katholische Kirche hat dann 1.000 verlangt, die GRÜNEN 1.500 - gemessen an dem, was wir im vergangenen Jahr täglich hatten, waren das alles geringe Zahlen.

Aber was zeigt uns die Erinnerung an diese Diskussion von damals? Uns war allen bewusst, dass es kein Recht dieser Syrer gibt, in Österreich Aufnahme zu finden, sondern dass es sich dabei um einen rein freiwilligen Akt handeln würde.

So gesehen wäre es schon ein riesengroßer Fortschritt, könnten wir uns der Interpretation und Vollziehung der Genfer Konvention von 1951 aus den ersten Jahren und Jahrzehnten nach ihrem Entstehen zumindest wieder annähern. Die Konvention ist jedenfalls ganz und gar nicht auf Wanderungsbewegungen in diesem Größenausmaß ausgelegt. Es muss hier schon eine Totalrevision der Konvention ins Auge gefasst werden.

Hier besteht natürlich auch ein Problem betreffend die gerichtliche Interpretation, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten Platz gegriffen hat. Das Ende der Geschichte darf jedenfalls nicht sein, dass die Konvention als Einfallstor für alles Mögliche benutzt wird - bei allem Verständnis.

Innerstaatlich und damit komme ich auch zu einem Punkt, der im Antrag der Kollegen von der LBL angesprochen wird, muss natürlich ebenfalls auf die neuen Gegebenheiten reagiert werden. Es ist gut und richtig, wenn, wie der Wiener Bürgermeister jetzt aufgrund der Entwicklungen in Wien lautstark die Abschiebung krimineller Asylwerber fordert. Das sind ja ganz neue Töne aus dieser Richtung, aber man muss auch hier sagen, bei allen Rechtsgrundlagen, die es schon gibt, Frau Kollegin Petrik, dass es aufgrund von Straffälligkeit kaum zu Abschiebungen kommt, das ist hinlänglich bekannt.

Wir erleben die Diskussion derzeit auch in Deutschland mit, wo man nach den Ereignissen von Köln sagen muss, dass die wenigsten das Land verlassen werden müssen, weil eben die Rechtslage so ist wie sie ist und diesbezüglich reden wir noch gar nicht von faktischen Gründen, die gegen eine Abschiebung sprechen, die oft ganz banal sind, nämlich zum Beispiel darin liegen können, dass sich einer, der einen negativen Bescheid hat, einfach weigert, die notwendigen Reisedokumente bei der Vertretung seines Staates, in Wien in diesem Fall, zu besorgen.

Das heißt, es fehlen Rechtsgrundlagen. Wir brauchen Rechtsgrundlagen, die Abschiebungen ermöglichen. Die Hercules war ja bis jetzt nicht unterwegs, außer mit dem Herrn Verteidigungsminister selbst, und wenn man sich die Statistiken anschaut, ich gebe schon zu, man muss vorsichtig sein, ich bin bei der Kriminalitätsstatistik auch immer etwas skeptisch, aber es war ja erst letzte oder vorletzte Woche eine eigentlich in allen Zeitungen, sogar im „Standard“, eine Statistik, was die Straffälligkeit von Asylwerbern angeht.

Ich streite jetzt nicht herum, ob jeder Zweite straffällig wird oder ob es nur zehn Prozent sind oder ob das nicht über dem Schnitt der eingesessenen Bevölkerung liegt. Aber Tatsache ist, dass wir uns schon auch Probleme heranzüchten. Es ist unbedingt erforderlich, dass wir hier Rechtsgrundlagen schaffen und auch das Problem mit den Abschiebungen im Allgemeinen in den Griff bekommen.

Ich meine, wenn ich höre, ich habe das jetzt nicht verifiziert, dass es in dieser Woche in Klingenbach zu Abschiebungen kommen hätte sollen, aber dann als die Beamten vor Ort eingetroffen sind und die Betroffenen nicht mehr da waren, ja, weil sie

einen „Zund“ gekriegt haben. Also das sind schon Entwicklungen, die man beobachten muss und wo man was tun muss. Hier sind auch die sogenannten Hilfsorganisationen gefragt, die zumindest im Verdacht stehen, hier ihre Finger im Spiel zu haben.

Umgekehrt, Kollegin Petrik, gebe ich Ihnen vollkommen Recht, es kann jetzt natürlich nicht darauf hinauslaufen, dass wir uns abschotten und auf unserer Wohlstandsinsel nicht schauen, was links und rechts passiert. Abschotten ist für mich grundsätzlich vertretbar, aber wir haben natürlich auch eine Verantwortung, ob das jetzt das Beispiel mit den Fischereirechten war oder allgemein die Entwicklungshilfe oder unsere Position als neutrales Land, wenn es um die Friedensstiftung geht, gar keine Frage.

Darauf muss sicherlich wieder ein größerer Schwerpunkt gesetzt werden, wir sehen schließlich einfach auch selbst, was wir von der Ignoranz haben, die wir auch jahrelang an den Tag gelegt haben als die Italiener auf Lampedusa ihre Probleme hatten, das war uns in Wirklichkeit allen miteinander ziemlich wurscht. Da müssen wir was tun.

Abschließend - ich habe im Herbst einen Satz von einem deutschen Publizisten gelesen, der das für mich recht gut zusammengefasst hat. Er hat diesen Satz geschrieben unter dem Eindruck der Bilder an der serbisch-ungarischen Grenze, ähnliche Bilder, wie wir sie jetzt aus Mazedonien kennen.

Er hat gesagt: „Wer angesichts dieser Bilder kein Mitleid hat, der hat kein Herz, aber wer nur Mitleid hat, der hat keinen Verstand.“ *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Diskussion hat sehr sachlich begonnen und ich möchte auch in dieser Sachlichkeit weiterverfahren.

Herr Kollege Kölly! Den Antrag, den Sie gemeinsam mit dem Kollegen Hutter eingebracht haben, ich sage Ihnen ehrlich, dem würde ich bedenkenlos zustimmen, denn der Beschlusstenor, der hier steht:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Wirtschaftsflüchtlinge abgewiesen und in ihr Heimatland abgeschoben werden. - Ja!

Die rechtlichen Möglichkeiten des Verwirkens des Asylrechts bei Straftaten gibt es schon. Ich habe mich erkundigt, es gibt rund 400 Fälle im Jahr, wo das in irgendeiner Art und Weise zur Anwendung kommt. Es gibt keinen klaren Katalog, ab welchem Vergehen abgeschoben wird oder das Gastrecht verwirkt ist. Aber in ungefähr 200 Fällen wird das auch in Österreich angewandt. Nur es gibt kaum Möglichkeiten des Abschiebens, das muss uns auch klar sein. Der dritte Punkt: Die EU-Kommission bei den aktuellen Verhandlungen bezüglich eines Rücknahmeabkommens mit Algerien und Marokko von Seiten Österreichs bestmöglich zu unterstützen - no na, natürlich - wenn nicht, selbst in Verhandlungen einzutreten.

Ich glaube, dass die Position Österreichs gegenüber Marokko nicht so stark ist, wie die einer gemeinsamen Europäischen Union.

Ja, wenn Sie den heute wieder als Abänderungsantrag eingebracht hätten, würden wir als ÖVP-Fraktion diesem bedingungslos zustimmen. Was die SPÖ und FPÖ-Koalition daraus im Ausschuss gemacht hat, dem können wir nicht unsere Zustimmung erteilen. Das geht uns nicht weit genug, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Daher werden wir als ÖVP einen eigenen Abänderungsantrag einbringen, den ich gleich kurz argumentieren und auch entsprechend der Geschäftsordnung die Beschlussformel verlesen möchte.

Dort, wo die Frau Abgeordnete Petrik begonnen hat, mit der Kriminalstatistik im Burgenland, ja, ich stimme Ihnen zu, wir haben ausgezeichnete Polizisten, wir haben eine ausgezeichnete Art und Weise, wie mit den Problemen vor Ort umgegangen wird. Die heute veröffentlichte Kriminalstatistik zeigt uns auch wieder, dass das Burgenland das sicherste Bundesland ist.

Ich danke allen Polizistinnen, allen Polizisten, die für unser aller Sicherheit jahraus, jahrein den Kopf hinhalten, vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Und es schaut die Innenministerin schon auf das Burgenland, es schauen auch alle Verantwortungsträger, die in diesem Bereich zu tun haben, auf das Burgenland, *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt wird es gefährlich.)* weil sie wissen, dass wir besonders gefährdet sind. Wenn wir mit 280.000, 290.000 Burgenländerinnen und Bürgenländer - und ich sage Ihnen diese Zahl, weil es mir besonders gefällt - rund drei Prozent der Bevölkerung Österreichs stellen, aber von rund 30.000 Polizisten zwischen 1.500 und 1.800 im Burgenland sind, also sechs Prozent aller Polizisten im Burgenland und wir Gott sei Dank nur 1,5 Prozent aller Delikte haben, dann zeigt das, dass die Mittel und die Personalressourcen, die hier eingesetzt sind, gut investiert sind und ich sage auch dazu, das soll auch so bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abänderungsantrag, den wir einbringen, geht um eine Spur weiter, als das, was bisher diskutiert wurde.

Kollege Molnár, natürlich wäre diese Debatte, die wir hier führen, abendfüllend, ja wochenfüllend. Seit dem Vorjahr stehen wir hier im Brennpunkt an dieser Balkanroute, die jetzt in einer gemeinsamen Kraftanstrengung, ausgehend von einer ÖVP-Klausur im Jänner schlussendlich auch Linie der Regierung und auch Linie Mitteleuropas wurde.

Es kann schon sein, dass wir zwischen Neusiedler See und Bodensee irgendwo noch für 100.000 Menschen, so wie im Vorjahr, Quartier finden. Die Frage ist immer, sind wir im Stande, das auch sozial verträglich so zu gestalten oder passieren uns Dinge, wie in den Nachbarländern, dass es in irgendeiner Art und Weise zu Übergriffen kommt, was wir alles nicht wollen.

Auf der anderen Seite dürfen wir auch die Augen nicht verschließen, wenn, wie zu Silvester in Köln, Dinge vorkommen, die wir nicht wollen und wo es in Wien zu Streitaustragungen von zwei rivalisierenden Gruppen, ausländischen Gruppen, auf österreichischem Boden kommt. Auch das wollen wir nicht. Das alles muss hintangehalten werden - im Interesse der Sicherheit hier vor Ort, im Interesse der Sicherheit der Menschen, die hier leben.

Daher setzen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, etwas weiter an, etwas stärker an, dass dort, wo der Landesrat Darabos Verantwortung trägt, nämlich in der Unterbringung, eine verstärkte Einbindung von Bürgermeistern und Gemeindeverantwortlichen zum Tragen kommt, weil wir der Meinung sind, dass das

Unterbringen von Flüchtlingen oder von subsidiär Schutzbedürftigen in kleinen Gruppen das weitaus sicherste für alle Beteiligten ist.

Das Asylrecht, wurde heute schon gesagt, ist ein Menschenrecht. Die Genfer Flüchtlingskonvention ist nicht verhandelbar, meine sehr geehrten Damen und Herren, und sie gilt. Illegale Grenzübertritte sind kein Gewaltverbrechen. Sie werden auch geahndet, aber ein Gewaltverbrechen ist etwas anderes. Es gibt auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ein Recht der Staatsbürger. Ein Recht der Staatsbürger auf Schutz der österreichischen Außengrenzen und das Recht der Staatsbürger auf die Souveränität des Staates. Wenn hier große Massen über die Staatsgrenze kommen und der Staat nicht imstande ist, seine Grenzen zu sichern, dann muss hier mit geeigneten Maßnahmen das wieder hergestellt werden, wenn kurzzeitig so etwas passiert. Denn in der Verfassung ist diese Unversehrtheit festgeschrieben, das ist der Vertrag der Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat. Das muss eingehalten werden.

Wir haben alle seit vielen Jahren diese Reisefreiheit genossen. Nur wenn wir nicht imstande sind, alle gemeinsam, die Europäische Union, die EU-Außengrenze, eigentlich die Schengen-Außengrenze von Griechenland zu sichern, dann werden wir ganz einfach damit leben müssen, dass wir zumindest kurzfristig wieder mit den Grenzkontrollen in allen Ländern zu rechnen haben. Wir wollen das nicht, aber es wird wohl vorerst kurzzeitig in weiten Bereichen nicht anders funktionieren.

Die Europäische Union war bisher nicht imstande, mit konkreten Maßnahmen diese gemeinsame Asylpolitik umzusetzen. Österreich ist selbst aktiv geworden, hat sich an die Spitze einer Position gesetzt, um hier Veränderungen entlang der Balkanroute zustande zu bringen, um zu bewältigen, dass dieser starke Druck von Asylwerbern, der über die Balkanroute nach Mitteleuropa und über unser Land kommt, und diese Immigrationswelle nachhaltig reduziert werden müssen, weil die sozialen Verträglichkeiten möglicherweise zu stark auf die Probe gestellt werden.

Trotz mehrerer Aufforderungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, erfüllt das Land Burgenland nach wie vor nicht die im Jahr 2004 beschlossene Vereinbarung gemäß Artikel15a über die gemeinsamen Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde. Als Konsequenz dieser Nichterfüllung der Quote ist das Burgenland auch vom Durchgriffsrecht des Bundes bedroht.

Wir sprechen uns für die Unterbringung von Asylwerbern in Grundversorgung in kleinen Einheiten ganz bewusst aus. Um dies zu gewährleisten, wird die Burgenländische Landesregierung in unserem Abänderungsantrag aufgefordert, gemeinsam mit den Gemeindevertretern ein Konzept zu erstellen, *(Abg. Manfred Kölly: Gemeindevertreterverbände, wenn ich das schon höre.)* aus dem die Aufteilung transparent und nachvollziehbar hervorgeht und dies ohne Verzögerung auch umsetzt.

Ich weiß, der Landesrat Darabos hat motivierte Mitarbeiter, mit dem Kollegen Hauptmann, den ich wirklich gut kenne, weil er aus meinem Bezirk ist. Die Mitarbeiter bemühen sich, nur es funktioniert noch deshalb zu wenig, weil wir eben die 100 Prozent nicht erreichen und daher dieses Damoklesschwert des Durchgriffsrechtes des Bundes nach wie vor über uns schwebt.

Nach dem Vorbild, meine sehr geehrten Damen und Herren, von Oberösterreich sollen auch im Burgenland Personen mit einem befristeten Aufenthaltsrecht Leistungen ausschließlich aus dieser Grundversorgung beziehen.

Ich weiß, das ist nicht einfach, aber außergewöhnliche Situationen bedürfen auch außergewöhnlicher Maßnahmen, deshalb, Frau Präsidentin, darf ich entsprechend der Geschäftsordnung die Beschlussformel vorlesen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

die Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 15a B-VG unverzüglich und in vollem Ausmaß zu erfüllen,“

Jetzt zu dem, wo wir uns unterscheiden von dem bisher Gesagten in anderen Anträgen:

„an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der burgenländischen Gemeinden heranzutreten und die Gemeinden aufzufordern, die Grundversorgung von Asylwerbern entsprechend ihrer Größe und den örtlichen Gegebenheiten mitzutragen, damit in den Gemeinden die Unterbringung in kleinen Einheiten erfolgen kann,

in Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreterverbänden transparente Regeln zur Aufteilung von Flüchtlingen auf die burgenländischen Gemeinden zu erarbeiten,

seitens des Landes mehr Personal für die Quartiersuche für Asylwerber zuzuteilen,

die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Personen mit befristetem Aufenthaltsrecht ausschließlich Leistungen aus der Grundversorgung bekommen

sowie an die Bundesregierung heranzutreten, um eine gesamteuropäische Solidarität unter den EU-Mitgliedsstaaten und ein EU-weit einheitliches Vorgehen einzufordern.“

Ich darf Sie ersuchen, unserem Abänderungsantrag die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Ing. Rudolf Strommer übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist es unabdingbar, dass wir uns auf der Grundlage des Rechtsstaates bewegen. Bevor ich in die Diskussion oder meinen Beitrag einsteige, Herr Kollege Strommer, einen Personalstand von 1.800 haben wir im Burgenland schon lange nicht mehr. Richtig ist, dass wir etwas mehr als 1.500 Kolleginnen und Kollegen im Burgenland haben.

Sie haben recht, die Frau Innenministerin schaut tatsächlich auf uns. Sie schaut so auf uns, dass immer mindestens 150 Kolleginnen und Kollegen außerhalb des Bundeslandes Dienst versehen müssen, gegen ihren Willen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wenn mehr als 40 Prozent aller Delikte im Neusiedler Bezirk sind, kann ich sie nicht nach Jennersdorf runter geben. Bei aller Liebe.)*

Zum Thema straffällig gewordene Asylwerber, diese Frage fällt, und das wurde schon mehrfach heute angesprochen, bei der Gesetzgebung und bei der Vollziehung in die Kompetenz des Bundes. Der Umgang mit straffällig gewordenen Asylwerbern, auch das stimmt, kann nicht im Rahmen der Grundversorgung auf Landesebene gelöst werden.

Wenn man das vom Landesrat Darabos verlangt, dann verlangt man tatsächlich zu viel. Sondern es bedarf da einer intensiven Zusammenarbeit zwischen den Behörden - Bund, Länder, Justiz - unter Einbeziehung allfälliger Adaptierungen des Fremdenrechtspaketes, falls es ein solches gibt.

Im Übrigen gilt die Unschuldsvermutung für alle einer Straftat verdächtigen Personen, bei Inländern und bei Ausländern, das ist einmal so. Darüber können wir nicht hinweg, das ist Rechtsstaatlichkeit.

Also die Differenzierung ist notwendig. Zum einen bedarf es, damit abgeschoben werden kann, eines rechtskräftigen Urteils, zum anderen ist zu unterscheiden, welche Straftat verübt worden ist und um welche Straftat es sich eben handelt. Von einer Abschiebung wären dann solche Straftäter betroffen, die eine Straftat gegen Leib und Leben, fremdes Vermögen oder dem Suchtmittelgesetz eben begangen haben, Leib und Leben, fremdes Vermögen, Suchtmittelgesetz.

Zusätzlich muss man noch einen Unterschied machen, ob sich der Asylwerber, die Asylwerberin einmal eines Kleindeliktes schuldig gemacht hat oder offenbar mit einem kriminellen Hintergrund seinen Lebensunterhalt verdient. Es wäre der typische Drogenhandel. Dafür gibt es kein Verständnis, das ist klarerweise Asylmissbrauch.

Die Experten sagen, dass eine beschleunigte Durchführung des Asylverfahrens von straffällig gewordenen Personen möglich ist, wenn die Qualität dabei gewahrt bleibt. Und genau dort wollen wir hin, und das sagt auch unser Landeshauptmann immer. Schneller entscheiden, schneller unterscheiden, zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und tatsächlichen Kriegsflüchtlingen, die unseres Schutzes bedürfen. Auch bei den straffällig gewordenen Asylwerbern wäre das möglich und ist möglich, und dort wollen wir eben hin.

Wir brauchen Rahmenbedingungen. Die Rahmenbedingungen im Großen, die EU-Kommission - das wurde angesprochen - verhandelt seit 14 Jahren ergebnislos, wegen einiger Rückführungsabkommen. Unser Außenminister hat bis jetzt genauso nichts gemacht. Wir sagen auch, dass Frontex in diesem Zusammenhang gestärkt gehört. Frontex hat im Jahr 2015 im gesamten EU-Raum 3.500 Rückführungen durchgeführt. 66 Mal, mit einem Flieger, 3.565 genau.

In Österreich wurden im Jahr 2015 genau 7.424 Personen außer Landes gebracht. Allerdings waren das nur 3.040 tatsächliche Abschiebungen, die 4.300, also der überwiegende Teil, 4.384, haben das Land freiwillig verlassen.

Vielleicht ist es auch wichtig zu wissen, dass im Jahr 2015 88.900 Asylanträge in Österreich gestellt worden sind. In diesem Bereich denke ich, sind wir uns einig, dass wir das auf Dauer nicht aushalten können.

Wenn Sie dauernd auf der Quote herumreiten, das wurde heute schon mehrfach angesprochen, die 96 Prozent, das sage ich jetzt aus Überzeugung, sind nicht der schlechteste Wert. Landesrat Darabos hat hier in den letzten Monaten viel gemacht und viel erreicht. Wir gratulieren ihm dazu. Mit vier Prozent haben wir dann die 100 Prozent, also das immer wieder hier in den Vordergrund zu stellen und ich gehe auch davon aus, dass wir mit 96 Prozent nicht vom Durchgriffsrecht des Bundes betroffen sein können. Das wäre ja lächerlich, wenn das jetzt auf einmal so passieren würde, wenn andere Länder noch viel weniger die Quote erfüllen. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Besser als Oberösterreich!)* Genau, das angesprochene Oberösterreich, Kollege Strommer.

Was brauchen wir? Landeshauptmann Niessl hat die Linie immer wieder vorgegeben, jetzt auch Bundeskanzler Werner Faymann im Großen, die Westbalkanroute

muss geschlossen bleiben. Das ist erfolgt, andere Routen natürlich auch, wo sich Schleppertätigkeit jetzt aufbauen könnte.

Wir brauchen eine Unterstützung für Griechenland. Wir warnen davor, jetzt, wo der Zustrom etwas abnimmt, das gleich wieder aus den Augen zu verlieren. Derzeit ist überhaupt noch nichts gemacht, also hier wird Unterstützung notwendig sein.

Die Vereinbarung mit der Türkei ist im Werden, wobei wir immer wieder auch sagen, dass das nicht um jeden Preis passieren soll.

Also, zusammengefasst: Schnellere Verfahren, zu Unterscheidung zwischen Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen. So, wie es unser Landeshauptmann schon seit Monaten fordert. Damit ist auch gewährleistet, dass wir jenen, die tatsächlich unsere Hilfe brauchen, auch helfen können.

Wir werden unserem Antrag zustimmen. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Ing. Strommer eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Frau Berichterstatterin, und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

15. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter (Beilage 217) betreffend „Nulllohnrunde für Politiker - Änderung des Bezügegesetzes 1997“ (Zahl 21 - 151) (Beilage 291)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 15. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter, Beilage 217, betreffend „Nulllohnrunde für Politiker - Änderung des Bezügegesetzes 1997“, Zahl 21 - 151, Beilage 291.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Sehr geehrte Präsidentin Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Kollegen Kölly und Hutter auf Fassung einer Entschließung

betreffend „Nulllohnrunde für Politiker - Änderung des Bezügegesetzes 1997“ in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 24. Februar 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Ich stellte nach meinem Bericht einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Nulllohnrunde für Politiker - Änderung des Bezügegesetzes 1997“ unter Einbeziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann ist auch da, und er ist einer, der auch für's Sparen ist, was ich weiß, und der auch jemand war, der immer gesagt hat, man muss Zeichen setzen, auch in der Politik! Und auch ein Zeichen setzen für die Bevölkerung, dass auch in der Politik Sparmaßnahmen getroffen werden können und auch es möglich machen.

Wir haben uns wieder Gedanken gemacht, Frau Kollegin Sack, ist zwar kein alter Antrag, aber die FPÖ hat das auch immer wieder gefordert, dass man auch hier Einsparungsmaßnahmen treffen muss, sollte, könnte. *(Abg. Edith Sack: Um die Nulllohnrunde geht es.)*

Na ja, im Antrag, wieder einmal - was soll ich jetzt vorlesen - betreffend „Nulllohnrunde für Politiker - Änderung des Bezügegesetzes 1997“, steht wieder hinten einmal:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird ersucht, eine Regierungsvorlage zur Änderung des Bezügegesetzes auszuarbeiten und darin festzuschreiben, dass bis auf weiteres keine Erhöhung der Ruhe- und Vorsorgebezüge um Teuerungszulage stattfindet.

Wie erwartet gibt es einen Abänderungsantrag von den Herren Kollegen Hergovich und Gerhard Kovasits - wünsche ihm alles Gute übrigens. - Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert, so quasi das Bezügebegrenzungsgesetz des Bundes gibt seit 1997 den Rahmen für die Gehälter in der Landespolitik vor - schreiben Sie. Ausgeschöpft wird dieser Rahmen von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, na siehst.

Im Vergleich liegt das Burgenland hierbei im unteren Drittel. Die öffentliche Liste des Burgenländischen Landtages gemäß Bezügebegrenzungsgesetz, Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz ist nachzulesen im www.bgld-landtag.at abrufbar.

Jetzt kommt es. Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur Gestaltung von Bezügen nach den Kriterien der Angemessenheit und Sparsamkeit. - Was heißt denn das? Sparsamkeit, Angemessenheit? Dann schaue ich mir an, was die Herrschaften eigentlich, aber ohne ein

Augenzwinkern, locker verkraften könnten. Ich sage einmal, nachdem die wirtschaftliche Lage und wir die höchste Arbeitslosenzahl seit der Zweiten Republik im Burgenland haben und immer geredet wird, wir haben ja eh 104.000 Arbeitsplätze geschaffen, 58.000 müssen auspendeln, dann haben wir gehört, Teilzeit beschäftigt, was weiß ich wie viele und dergleichen mehr, aber wir sind stolz, dass wir 104.000 Beschäftigte haben.

Es geht uns nicht sehr gut im Land, weil, sonst hätten wir nicht diese Arbeitslosenzahlen. Man hat Gott sei Dank die Ziel 1-Förderung gut genützt, man hat die Phasing Out-Phase gut genützt und jetzt vielleicht schaffen wir es auch, dass wir die Übergangslösung gut packen.

Ich sage einmal so, es geht den Gemeinden nicht unbedingt sehr gut. Man beschneidet die Gemeinden ständig. Es gibt keine KG mehr, wir haben dort massive Probleme in der Richtung, es wird uns immer mehr im Sozialbereich aufoktroyiert. Wir müssen sehr vieles schultern, was wir in Zukunft wahrscheinlich nur mehr verwalten dürfen und nicht mehr gestalten können, und da frage ich Sie, Frau Bürgermeisterinnen und Herrn Bürgermeister - ich weiß nicht, wie Ihr das seht, aber mir wäre es lieber, wenn man gestalten könnte und Arbeitsplätze damit schafft. Denn die Gemeinden waren maßgeblich in den letzten Jahren beteiligt, und da bin ich beim Herrn ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreter. Der hat sich schon Gedanken auch gemacht, wie können wir das machen, das muss ich einmal festhalten.

Gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann haben Sie einiges bewegen können. Jetzt schaut es aber so aus, dass man nicht einmal in der Politik auf ein paar „Netsch“ verzichten kann, um vielleicht dort auch für diejenigen die es wirklich notwendig haben, Heizkostenzuschuss hören wir da immer wieder, auf vielleicht die paar „Netsch“ auf die man verzichten könnte und vielleicht anderwärtig besser brauchen könnte. Die Politikergehälter steigen auch im Jahr 2016 wieder an und zwar um 1,2 Prozent.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, ich könnte mir ja beim besten Willen vorstellen, lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass Sie auf 150,21 Euro, pro Monat verzichten könnten, bei einem Jahresgehalt von 212.814 Euro. Da glaube ich, könnte er ruhig verzichten auf einmal 150 Euro.

Der Klubobmann Hergovich, das ist auch so eine Geschichte, ja. Bei einem Jahresbezug von über 152.000 Euro werden Sie ja im Stande sein, denke ich einmal, auf monatlich 107 Euro zu verzichten. Oder der Heinz Zitz, der das Amt des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrat, bekleidet welches ohne hin abgeschafft gehört meiner Meinung.

Herr Landeshauptmann, Du könntest das ruhig übernehmen. Er erhält eine Erhöhung von monatlich 90 Euro bei einem Jahresgehalt und jetzt haltet Euch an, der bekommt 127.088,40 Euro. Jetzt erklärt das einem Normalsterblichen draußen, einem Arbeiter oder einer Frau, weil wir gerade geredet haben Gleichstellung, Frau Kollegin Sack, von Frau und Mann. Oder bleiben wir weiter da, der Finanzlandesrat. Ich weiß nicht wo der heute den ganzen Tag ist, der fehlt mir. Der Herr Bieler, der sich pro Monat auf eine Erhöhung von 141,62 Euro freuen darf, bei einem Jahresgehalt von 200.652,20 Euro.

Bei einer Null-Lohn-Runde der burgenländischen Regierungsmitgliedern und der burgenländischen Landtagsabgeordneten würde das eine Ersparnis von 46.000 Euro pro Jahr ergeben. Rechnet man die Ersparnisse auf die Legislaturperiode um ergibt sich ein Betrag von 800.000 Euro.

In Anbetracht dessen das immerhin knapp 250.000 Pensionisten mit 143 Euro monatlich das Auslangen finden müssen und fast 900.000 eine Pension von 858 Euro monatlich beziehen, halte ich dieser Erhöhung der Politikerbezüge für unangebracht.

Daher sprechen wir uns für eine Null-Lohn Runde aus. Schaut Euch die Statistik an welche Pensionen ausbezahlt werden und dann reden wir weiter. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine ganz kurze aber glaube ich, sehr präzise Aussage zu dem vorliegenden Antrag. Wir haben Bezügebegrenzungsgesetze des Landes und des Bundes, die Regeln sehr exakt und explizit die Entlohnung von politischen Mandataren.

Ich glaube es gibt keinerlei aktuellen Anlass an diesen Regelungen zu rütteln. Eines möchte ich aber schon betonen, auch wenn hier immer natürlich unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit über die Gehälter und Entlohnungen von politischen Mandataren diskutiert werden kann.

Eines sollte uns nicht passieren, nämlich dass wir wie in anderen Staaten dieser Welt Politik zum Hobby von einigen wenigen Reichen machen oder Abhängigen von industriellen Vereinigungen, von Lobbyisten oder von anderen großen Playern, beispielsweise Waffenproduzenten, das ist ja in anderen Ländern gang und gebe.

Ich glaube, dass die Entlohnung von Politikern so in der Art passen sollte, wo genau solche interessensgruppen keine Möglichkeit haben ein Spiel mit politischen Mandataren zu treiben.

In diesem Sinne werden wir diese Initiative nicht unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Werner Friedl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Antrag der Null-Lohn Runde wie folgt Stellung nehmen: Zunächst einmal möchte ich ein paar Grundinformationen vorausschicken. Die Politikergehälter sind auf Bundesebene, im Bundesbezügegesetz und im Bezügebegrenzungsgesetz geregelt. Demnach richtet sich die Gehaltsanpassung für Politiker nach der Inflationsrate im Vorjahr und Erhöhung der ASVG Pensionisten, je nachdem ob der Wert niedriger ist.

Die Bezüge der Bundesländer beispielsweise für Landtagsabgeordnete oder Gemeindeorgane werden auf Landesebene geregelt. Im Bezügebegrenzungsgesetz des Bundes ist eine Obergrenze festgelegt und der Ausgangspunkt ab ersten Jänner 2016 beträgt 8.686,27 Euro. Das Burgenland schöpft diese Grenze im Landesbezügegesetz nicht aus - *(Zwiegespräch des Abgeordneten Manfred Kölly mit den Abgeordneten der SPÖ.)*

Herr Kölly und jetzt hören Sie zu, - sondern unterschreitet sie ausnahmslos um 15 Prozent. So liegt das Burgenland im unteren Drittel der Bundesländer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Wo liegt das Problem?)*

Dann, die Politikerpensionen wurden bereits 1997 abgeschafft. Wir Abgeordneten haben nach den Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz die durchschnittliche monatliche Einkommenshöhe zu melden. Diese Erklärung wird auf der Landeshomepage veröffentlicht und ist für jeden einsichtbar. *(Abg. Manfred Kölly: Stimmt.)*

Ich möchte nur kurz schildern wie es auf Gemeindeebene aussieht. An den oben erwähnten Ausgangsbetrag gekoppelt sind auch die Bezüge der Organe der Gemeinden im Burgenländischen Gemeindebezügegesetz. Das sind Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und an dessen Bezugshöhe gekoppelt, Vizebürgermeisterin und Vizebürgermeister, Mitglieder des Gemeindevorstandes, mit besonderen Aufgaben betraute Mitglieder des Gemeinderates und sonstige Mitglieder des Gemeinderates.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erhalten gestaffelt nach Einwohnerzahl zwischen 20 und 50 des Ausgangsbetrages, Ausnahme ist der Bürgermeister von Eisenstadt, der bekommt 80 Prozent und *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ein Witz.)* wir sind somit im Österreichvergleich am Schlusslicht.

Will man auch in Zukunft gut geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für das Bürgermeisterinnen und Bürgermeisteramt finden sollte, beziehungsweise muss im Kommunalbereich eine leistungsgerechte Attraktivierung des Amtes der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erfolgen.

Nun da habe ich mir eine Tabelle herausgesucht, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistergehälter im Vergleich zu Österreich, der Durchschnitt. Ich nehme da 1.000 Einwohner bis 1.500. *(Abg. Manfred Kölly: Die Rede ist von der Regierung und vom Landtag, nicht von den Bürgermeistern.)*

Im Burgenland sind 2.406, Kärnten 2.703, Niederösterreich 3.082, Salzburg (Abg. Manfred Kölly: Es geht nicht um die Bürgermeister.) 4.438,30, Steiermark 3.474, Tirol 4.335 und Vorarlberg 2.148 und das entspricht dann der Gästenächtigungshöhe bis 8.052. *(Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir, das ist überall nachzulesen.)*

Wie Sie sicher alle wissen, gab es in den vier Jahren 2009 bis 2012 Null-Lohn-Runden auf allen Ebenen. Diesmal haben wir keine, es gibt eine geringfügige Erhöhung von Politikerbezügen. Einen Antrag auf eine Null-Lohn-Runde zu stellen sehe ich als populistischen Ansatz, eine billige Schlagzeile, wenn Sie so wollen. *(Abg. Manfred Kölly: Nein!)*

Ich habe mir dann auf der Homepage das angeschaut, da gibt es fünf Kategorien. In der ersten Kategorie sind 12 Abgeordnete, die dürfen 1.000 Euro dazuverdienen oder verdienen 1.000 Euro dazu. In der zweiten Kategorie sind 12 Abgeordnete die verdienen bis zu 3.500 Euro dazu. In der dritten Kategorie, das geht nach dem, die dürfen bis 7.000 Euro dazu verdienen, da ist Ihr Kollege der Herr Hutter auch dabei, da sind zehn Abgeordnete drinnen.

Dann haben wir die vierte Kategorie, die bis 10.000 Euro dazuverdienen, dass ist der Abgeordnete Steiner und dann gibt es einen Abgeordneten über 10.000 Euro und das ist der Abgeordnete Kölly. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Stell Dir vor, ich bin Selbständiger.)*

So und Herr Kölly, wenn ich im Glashaus sitze und mit Steinen werfe, dann würde ich mir das schon überlegen, ja. *(Abg. Manfred Kölly: So einen Blödsinn daherreden. – Beifall bei der SPÖ)*

Es gibt mehrere Gründe diesem Antrag nicht zu folgen. Viele *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ein gutes Thema.)* Menschen wissen nicht das Politiker *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt*

bist Du dran! – Allgemeine Unruhe) keine Pensionen bekommen, obwohl wir Beiträge zahlen. *(Abg. Manfred Kölly: Na, das war jetzt wieder.)*

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben keine soziale Absicherung, viele müssen ihre Pensionen von ihrem Gehalt selbst einzahlen. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Manfred Kölly: Über 10.000 Euro dazu verdienen, ein Wahnsinn.)* Arbeitende Mandatarinnen und Mandatare, die sehr gute Arbeit für unser Land leisten und die Interessen der Burgenländerinnen und Burgenländer vertreten, verdienen die vom Gesetzgeber festgelegte Entlohnung. Ich kenne keinen Menschen, der in der Privatwirtschaft tätig ist und eine vergleichbare Verantwortung übernehmen muss wie wir Politiker. *(Abg. Manfred Kölly: Was?)* Und wenn jemand der Meinung ist, dass ihm die Erhöhung nicht zusteht und ich denke doch, dass es gerade in der heutigen Zeit genug Möglichkeiten gibt dieses Mehrgeld anderwärtig gut aufgehoben zu wissen, zum Beispiel für diverse karitative Einrichtungen. *(Abg. Manfred Kölly: Für die Caritas.)*

So und jetzt komme ich zu Ihnen Herr Kölly. Jetzt bin ich sechs Jahr im Landtag und habe mir Ihre Reden, Anträge, Forderungen, Kritikpunkte angehört und muss sagen unser Burgenland hat sich vom Schlusslicht der Bundesländer an die Spitze gearbeitet, *(Abg. Manfred Kölly: Freut mich, wegen Dir aber nicht.)* aber Sie haben da Null dazu beigetragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Aber nicht wegen Dir.)*

Präsident Christian Illedits: *(der den Vorsitz übernommen hat.)* Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ja, Herr Präsident! Hohes Haus! Werter Herr Kollege Friedl, Bürgermeisterkollege! Es ist schon interessant wie man so eine Diskussion führen kann, was der Bürgermeister verdient und was die anderen verdienen und was man dazuverdienen darf.

Stellt man sich einmal vor, man ist selbstständig in diesem Land, man stellt sich das einmal vor, ja. Ich sehe da keinen von Euch, in Eurer Partie drinnen, einen Selbstständigen. Nicht einmal so seid Ihr selbständig und nicht nur in der Wirtschaft das ist nämlich das Nächste. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Was ich hier einmal klarstellen will und Herr Kollege, Herr Kollege Friedl, *(Abg. Doris Prohaska: Das ist jetzt aber schon sehr tief, also wirklich wahr. - Allgemeine Unruhe – Abg. Ingrid Salamon: Eine Feststellung war das.)* Herr Kollege Friedl, das ist nicht tief, seid mir aber bitte nicht böse. Wenn ich hergehe und Anträge einbringe, da leben wir in einer Demokratie, dass das möglich ist.

Wenn ich hergehe und mir von einem Friedl, von einem Herrn Bürgermeister Friedl, mir vorwerfen muss lassen dass ich mehr dazu verdiene wie 10.000 Euro im Monat und dann habe ich aufgelistet was ein Herr Landeshauptmann-Stellvertreter verdient und was ein Landesrat verdient und ein Klubobmann verdient, dann muss ich schon eines klarstellen:

Seit mir bitte nicht böse, *(Abg. Doris Prohaska: Oja!*) Ihr vergleicht einen Bürgermeister mit einem Herr Landeshauptmann-Stellvertreter oder mit einem Klubobmann. *(Abg. Werner Friedl: Du hast das nicht verstanden.)* Nein, das ist genau mein Problem, dass ich es nicht verstanden habe. Also, Herr Kollege Friedl, noch einmal ganz kurz und dann höre ich auf weil, das macht ja keinen Spaß mehr mit Euch. *(Abg. Ingrid Salamon: Bei Dir auch nicht.)* Ihr seid ja so vernagelt, so etwas habe ich gar noch nicht gesehen, das ist ja unglaublich. *(Abg. Ingrid Salamon: Aber umgekehrt auch.)*

Euer Herr Landeshauptmann, *(Unruhe bei der SPÖ)* Eurer Herr Landeshauptmann und auch meiner in diesem Land, das sage ich jetzt auch gleich mit der Klarheit, weiß worum es geht. Anscheinend wisst Ihr in Eurem Klub leider, leider wisst Ihr nicht um was es geht. Da geht es darum, um wirklich ein Zeichen zu setzen für die Menschen in diesem Land, dass die Politik auch einmal sagt, auf die 1,2 Prozent können wir ruhig einmal verzichten. *(Abg. Werner Friedl: Wo hast Du denn Deinen Verstand?)*

Herr Kollege Friedl Du kannst wieder herausgehen. Du kannst wieder herausgehen, aber es wird nicht besser. Du kannst es hundertmal wiederholen, aber es wird nicht besser, das ist dein Problem.

Frau Kollegin Prohaska, ich würde lieber den Mund halten, wenn ich in der Richtung sitzen würde. Weil eines muss einmal *(Unruhe bei der SPÖ - Abg. Doris Prohaska: Na hallo!)* klar sein, ich würde einmal wirklich,… *(Abg. Doris Prohaska: Ich werde mir von Dir nicht den Mund verbieten lassen, wo sind wir denn?)*

Ich würde wirklich einmal klarstellen, dass auch ich das Recht habe, dass auch ich das Recht habe, *(Abg. Doris Prohaska: Schäm Dich! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* dass auch ich das Recht habe, hier meine Meinung kund zu tun und dass auch wir das Recht haben, Anträge einzubringen und auch Ihr das Recht habt und uns sagen könnt, der verdient mehr wie 10.000 Euro dazu.

Jetzt sage ich Euch einmal etwas, was sind 10.000 Euro für einen Selbständigen der das Risiko trägt? Der Tag täglich Herausforderungen annehmen muss. Wir wissen wie die Wirtschaftslage in unserem Land ist. Wir wissen ganz genau, Herr Kollege Friedl, was sich abspielt draußen. Wie viele Leute, unter der Mindestsicherung, wirklich sich abkämpfen müssen, wo wir Asylanten die Mindestsicherung zahlen und wo wir kämpfen drüben damit wir überhaupt das Ganze noch schaffen. Ihr kommt daher und sagt, Riegel zu, wir dürfen keine Ungarn mehr hereinlassen, weil am Arbeitsmarkt schaden die unseren Leuten. Und wenn ich zum AMS hingehe und bitte um Leute, die ich wirklich bräuchte heißt es, na die Arbeit nehme ich aber nicht an, weil ich bekomme eh das und das Geld in diesem Land.

Da solltet Ihr Euch Gedanken machen, Herr Kollege, von der SPÖ-Fraktion und nicht was der Kölly zusätzlich verdient. Und ich sage Euch jetzt ganz genau eines, was ich an Sozialleistungen mache und das kann ich Dir nachweisen und das werde ich Dir auch beweisen, dann wirst Du Dich einmal wundern.

Ich habe kein Dienstauto so wie die Landesräte und viele andere mehr oder der Herr Landtagspräsident, Landesschulratspräsident der jederzeit ein Auto anfordern kann und wo ich mich frage, für was ich den brauche?

Aber macht ja nichts, das ist Eure Einstellung. Die Leute haben es Euch eh gezeigt. Vier Mandate habt Ihr verloren und in Zukunft werdet Ihr noch mehr verlieren. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: *(Abg. Manfred Kölly: Davon bin ich überzeugt.)* Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, wir sitzen schon viele Stunden hier im Hohen Haus und haben sehr viele Debatten auch heute, auch durchaus sehr intensiv aber zum Teil auch sehr sachlich diskutiert.

Dieser Punkt den wir jetzt diskutieren zielt nur ab eine Neiddebatte vom Zaun zu brechen und hat keinen anderen Grund. Wenn ein Abgeordneter jetzt sagt, ich will nicht einen Bezug haben oder keine Erhöhung haben, dann wird das seinen Grund haben. Vielleicht hat der Eine oder der Andere auch ein schlechtes Gewissen, dass er überhaupt den Bezug erhält, wenn er seine Leistung am Ende des Tages abruft.

Ich kann nur sagen, man kann politisch auf der einen Seite oder auf der anderen Seite stehen, man kann dafür oder dagegen argumentieren, doch wir sollten alle aufgerufen sein die Würde des Hohen Hauses zu wahren.

Das ist heute, leider Gottes, des Öfteren nicht passiert. Vor allem wieder bei einem Abgeordneten, dem Abgeordneten Kölly, der offensichtlich nicht weiß, wie man sich zu benehmen hat, auch nicht hier im Hohen Haus. Denn, wenn er beispielsweise davon spricht, „du bist dran“, oder „aber jetzt bist dran“, dann wäre das im Amt wahrscheinlich eine gefährliche Drohung und es würde die Polizei gerufen werden und er würde abgeführt werden. *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly. – Unruhe bei der SPÖ)*

So benimmt sich ein Abgeordneter hier im Hohen Haus. Wenn er davon spricht: „Ihr seid nicht einmal selbständig, so selbständig“, dann halte ich das mehr wie bedenklich und „Du solltest lieber den Mund halten“, das ist wirklich erbärmlich und ich erwarte mir wirklich eine Entschuldigung von Ihnen, Herr Kollege Kölly. *(Abg. Manfred Kölly: Entschuldige, aber er redet einen Stiefel zusammen.)*

Das ist keine Art, so benimmt man sich hier im Hohen Hause nicht! *(Abg. Manfred Kölly: Das ist super - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend die Gestaltung von Bezügen ist somit in der von Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

16. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 233) betreffend Streichung des Kleinen Glücksspiels aus dem Veranstaltungsgesetz (Zahl 21 - 167) (Beilage 292)

Präsident Christian Illedits: Der 16. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 233, betreffend Streichung des Kleinen Glücksspiels aus dem Veranstaltungsgesetz, Zahl 21 - 167, Beilage 292. Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Streichung des Kleinen

Glücksspiels aus dem Veranstaltungsgesetz, in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 24. Feber 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle seinen Bericht, wonach der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Streichung des Kleinen Glücksspiels aus dem Veranstaltungsgesetz abgelehnt wird, zur Kenntnis nehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneter Frau Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in einer Weise hier eine Premiere, ich bin fast persönlich ergriffen, es kommt ein Antrag den wir gestellt haben zu Abstimmung. Das will ich durchaus kurz genießen.

Er wird natürlich durch die Regierungsfraktionen abgelehnt, aber das ist jetzt zweitranging. Es ist tatsächlich das erste Mal in den Jahren wo ich das hier mitvollziehe der Fall, dass Sie es schaffen, einen Antrag von uns bis zur Abstimmung kommen zu lassen. Dankeschön. Das ist jetzt schon das Ende des Lobes.

Ich habe jetzt weiter sehr kritische Anmerkungen hier anzubringen. Es geht um die Abschaffung des Kleinen Glücksspiels, beziehungsweise um den Entzug der Legalisierung. Als im Herbst 2011 im Burgenländischen Landtag das Kleine Glücksspiel ins Veranstaltungsgesetz aufgenommen wurde, also damit legalisiert wurde, schlugen die Befürworter alle Warnungen bezüglich der Gefahr des Anstiegs von Spielsucht im Burgenland in den Wind.

Mittlerweile wurde aber auch in der Bundeshauptstadt die Konsequenz aus Erfahrungen, aus ganz konkreten Erfahrungen gezogen, dass die niederschwellige Möglichkeit sein Glück an Spielautomaten zu versuchen, zu einem Anstieg von Suchtverhalten und damit auch von Bedarf an Suchtberatung und Suchttherapie zur Folge hat.

In Wien wurde das Kleine Glücksspiel wieder aus dem Veranstaltungsgesetz genommen. Viele betroffenen Spieler und Spielerinnen sehen das als Unterstützung im Kampf gegen ihre Spielsucht.

Auch im Burgenland gab es Widerstand gegen die Legalisierung des Kleinen Glücksspiels und das nicht nur aus Fachkreisen von Suchtexpertinnen und –experten und seitens der GRÜNEN. Im Oktober 2011 nahm der damalige SJ Landesvorsitzende Kilian Brandstätter zum Kleinen Glücksspiel ganz deutlich Stellung als er sagte: „Kein Deal mit dem Kleinen Glücksspiel“ - ich habe zitiert. Ich zitiere weiter: „Denn das Kleine Glücksspiel zerstört Existenzen und treibt zig tausende Menschen in den Teufelskreis von Verschuldung und Armut“, sagte Kilian Brandstätter.

Damals appellierte unser jetziger Kollege an die Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag der Novelle nicht zuzustimmen mit dem Argument, ich zitiere wieder: "Das Burgenland darf nicht das Abgleiten in die Spielsucht tausender Menschen riskieren, nur damit die Profitgier der einflussreichen Glücksspiellobby befriedigt wird" - Zitatende. Weiters wies er darauf hin, ich zitiere wieder: „Bei einem Großteil der Spielsüchtigen handelt es sich um Menschen mit einem niedrigen Einkommen. Auch der

Jugendschutz ist nur unzureichend gewährleistet weil die Kontrolle fehlt. Hunderte Bürgerinnen und Bürger verspielen ihr Hab und Gut an die Glücksspielautomaten. Das bringt zwar sprudelnde Einnahmen, doch die Folgekosten, Therapien, Beschaffungskriminalität et cetera sind weit höher. Das wird gerne vergessen.“ - Zitatende.

Damals sehr kluge und auf Erfahrung von vielen Menschen basierende Aussagen. Die jungen Menschen erkannten schon damals die immense soziale Hypothek, die mit der Legalisierung des Kleinen Glücksspiels im Burgenland aufgenommen wurde.

Die sozialistische Jugend Burgenland kündigte damals an, sich weiterhin für ein Verbot einzusetzen und Kilian Brandstätter versprach, ich zitiere wieder: „Wir werden diesen Schritt weiterhin kritisch betrachten und die Glücksspiellobby in Zukunft genau beobachten“.

Ich nehme an, Herr Brandstätter, Herr Kollege! Sie werden deswegen auch diesem Antrag zustimmen, den wir gestellt haben, weil Sie werden ja nicht plötzlich Ihre Meinung geändert haben, bloß weil Sie jetzt hier auf einem Abgeordnetensessel sitzen.

Es hat mich auch interessiert, wie die sozialistische Jugend heute dazu steht, ob sie vielleicht ihre Linie geändert hat. Man kann ja auch seine Meinung ändern, so etwas kann ja sein. Ich habe auf der Homepage der SJ nichts dergleichen gefunden. Ich habe Mails geschrieben, ich habe angerufen, ich habe gesagt mich würde nur interessieren, wie steht ihr heute dazu? Was ist eure Meinung? Aber ich bekam leider keine Antwort. Ich bekam nur eine telefonische Versicherung, dass mir ein Mail geschickt wird. Die kam aber nie an bei mir. Die Regierungsparteien versprachen eine genaue Kontrolle des Einsatzes der Spielautomaten und kündigten Einnahmen aus der Legalisierung des Glücksspielwesens an. Aus den uns mittlerweile vorliegenden Rechnungsabschlüssen 2013 und 2104 sowie aus den Landesvoranschlägen 2015 und 2016 ist aber bekannt, dass die angekündigten Einnahmen ausblieben.

Ebenso wenig flossen aus den Einnahmen Mittel in die soziale Arbeit und die Beratungsarbeit, wie es vom damaligen Klubobmann der SPÖ, Christian Illedits, angekündigt wurde.

Ich zitiere aus der Presse vom 19. Oktober 2011. „Besteuert wird das Kleine Glücksspiel mittels Landesabgabe. Land und Gemeinden teilen sich den zu erwartenden Gewinn 50 zu 50. Dieser lasse sich schwer abschätzen.“

Zitat: „Die Einnahmen werden zweckgebunden für den Sozial- und Gesundheitsbereich verwendet", so Illedits. Mit der Novelle habe man sich schließlich, Zitat: „für den richtigen Mittelweg zwischen zahnlosem Verbot und völliger Freigabe entschieden. Das Burgenland bekommt eines der strengsten Gesetz für das Kleine Glücksspiel. Verstöße werden mit Verwaltungsstrafen bis 22.000,00 Euro oder dem Lizenzentzug geahndet.“

Insgesamt werden drei Lizenzen vergeben. Eine für einen Casinobetreiber und zwei für Einzelaufsteller in Gasthäusern und Betrieben. Der damals von der Landesregierung in Kauf genommene Schaden, der erwiesenermaßen aus dem niederschwelligen Zugang zu Glücksspielautomaten entsteht, konnte nicht minimiert werden. Gleichzeitig aber blieben die erwarteten Einnahmen für das Budget aus.

Im Landesvoranschlag 2016, das haben wir alle gesehen, rechnet man gar nicht mehr mit relevanten Einnahmen. Aus heutiger Sicht lässt sich also feststellen, dass der Beschluss aus dem Jahr 2011 der zur Legalisierung des Kleinen Glücksspiels im Burgenland führte aufgrund falscher Einschätzungen und Vorannahmen gefasst wurde.

Nun, so etwas kann passieren, man kann es ja wieder korrigieren. Diesen völlig falschen Einschätzungen steht das Risiko gegenüber, dass es mehr Spielsüchtige im Burgenland geben würde. Der Zusammenhang zwischen dem einfachen Zugang zu Glücksspielautomaten und dem Anwachsen von Spielsucht wurde damals von Fachleuten aus der Suchttherapie unmissverständlich geäußert.

Aber das wäre ja nach Meinung der SPÖ nicht so schlimm, weil die Einnahmen ja wiederum in die Suchtberatung fließen könnten, ließ man uns damals wissen. Das ist nicht nur eine völlig verfehlte Politik, was die Eindämmung von Spielsucht betrifft, auch die Einschätzungen über die Einnahmen waren völlig verfehlt, wie mittlerweile mehrfach belegt ist und auch im Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2016 erkennbar ist. Es wird nicht mehr mit relevanten Einnahmen gerechnet.

Für 2016 werden sage und schreibe 100 Euro an Einnahmen aus dem Glücksspielwesen erwartet. Es zeigt sich, öffentliche Zusagen der SPÖ sind also hier nicht sehr viel wert und man fragt sich, was dann alles mitgespielt hat, dass es zu dieser für viele Menschen schädlichen Entscheidung kam? In Wien wurde ja, wie gesagt, das Kleine Glücksspiel erfolgreich wieder aus dem Veranstaltungsgesetz genommen. Ich frage mich als einfache Abgeordnete, wieso dieses starre Festhalten an einer unsäglichen Entscheidung so deutlich ist? Ist frage mich, welche Verstrickungen dazu führen, dass die eigene Jugendorganisation derartig vorgeführt wird?

Ich frage mich, welche Rolle der damalige Klubobmann der SPÖ, der sich damit gerühmt hatte die Legalisierung durchgesetzt zu haben, spielte? Ich frage mich*…(Abg. Robert Hergovich: Was wollen Sie damit andeuten?)* Es stellen sich mir einige Fragen.

Gibt es hier ein besonderes Naheverhältnis zu dem Glücksspielkonzern, der von dieser Entscheidung betroffen war? Wenn man Zeitungsausschnitte und veröffentlichte Bilder aus dem Jahr 2011 liest und anschaut, also rund um die Beschlussfassung zur Legalisierung des Kleinen Glückspiels im Burgenland, fällt auf, wo man hinschaut ob Fußball oder Tennis, im Sportbereich hat Novomatic als Sponsor im Burgenland eine sehr, sehr wichtige Position.

Ich frage mich, gab es da irgendwelche Gegenleistungen, oder was spielt da alles mit? Spielt es mit oder ist es purer Zufall? Es kann natürlich auch Zufall sein. Es gab offensichtlich irgendeine Art von Nahebeziehung zwischen dem damaligen SPÖ Klubobmann Illedits und Franz Wohlfahrt, seines Zeichen bis 2014 Novomatic Generaldirektor. Der ist nach schweren Korruptionsvorwürfen zurückgetreten.

Damit hat aber, nehme ich einmal an, der Herr Illedits nichts zu tun. Das ist eine ganz andere Sache. Damit nehme ich einmal an, hat er wirklich gar nichts zu tun. Aber noch heute und das ist mir schon aufgefallen wie ich in Draßburg war, noch heute prangen auf dem Fußballplatz in Draßburg fünf große Transparente der Firma Admiral, einer hundertprozentigen Tochter der Novomatic. Vielleicht ist es reiner Zufall.

Vielleicht ist es reiner Zufall, dass hier ein sehr großes Engagement für die Legalisierung des Kleinen Glücksspiels gab, während ein Fußballverein von jenem Glücksspielkonzern Zuwendungen erhält. Ich weiß es nicht, ich behaupte das auch nicht. Aber ehrlich gesagt, meine Gedanken mache ich mir schon.

Jedenfalls ist es an der Zeit, dass der Burgenländische Landtag diese Fehleinschätzung ernst nimmt und im Rahmen der Änderung des Burgenländischen Veranstaltungsgesetzes dem Kleinen Glücksspiel im Burgenland die Rechtsgrundlage wieder entzieht.

Deswegen ersuche ich Sie um die Zustimmung zu diesem Antrag. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich auf eine ganz kurze Wortmeldung beschränken können, die Frau Kollegin Petrik hat das ausgeführt.

Es gibt natürlich quer durch alle Fraktionen eine lange Diskussion über das Kleine Glücksspiel und ich kann Ihnen versichern auch beim Beschluss 2011 gab es ein Für und Wider und schlussendlich gab es einen Kompromiss. Sie haben eine Hauptintension dieses Kompromisses bereits genannt, nämlich die Aufteilung der Einnahmen zwischen dem Land und den Gemeinden und gleichzeitig eine Zweckwidmung im Sozialbereich.

Das war damals ein klares Zugeständnis an alle Kritiker dieses Gesetzes, die gemeint haben, hier könnte man nicht nur Gutes bewegen. Das wissen wir und diese Diskussion kennen Sie. Aber ich glaube, dass dieser Kompromiss nach wie vor gegeben ist, auch quer durch viele Landtagsfraktionen. Ich glaube, dass es hier zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Handlungsbedarf gibt.

Ich kann nur noch einmal für die Österreichische Volkspartei festhalten: Alle anderen Dinge, die sie als Vorwurf jetzt skizzieren, da sind andere berufen, dazu Stellung zu nehmen. Ich kann nur für die Österreichische Volkspartei festhalten, wir werden einer Entschließung zur Streichung des Kleinen Glücksspiels nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann an der Spitze der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nun, wie meine Vorredner bereits erwähnt haben, ist das Kleine Glücksspiel im Jahre 2011 im Landtag legalisiert worden. Vorher gab es grundsätzlich ein Verbot und das Verbot war aber keine Lösung.

Deshalb haben sich die Parteien, Fraktionen, zusammengesetzt und haben versucht, eine Lösung für eine Thematik zu finden, die in der Gesellschaft kontrovers gesehen wird.

Durch die Änderungen/Novellierungen im Veranstaltungsgesetz in den § 8a bis 8s wurde wirklich versucht, den Argumenten, die damals getroffen worden sind, Rechnung zu tragen. Man hat einerseits gesehen, dass der damalige Istzustand ein illegaler Wildwuchs von ungeordneten Rahmenbedingungen ausmachte. Man schätzte ungefähr, dass 700 Spielautomaten gestanden haben und man sah aber auch, dass in den angrenzenden Ländern - egal ob jetzt in Ungarn oder auch in anderen, Ländern, Bundesländern in Österreich - sehr wohl legale Vorgangsweisen waren.

Diese Gründe haben dazu geführt, dass man aus Rechtssicherheitsgründen und Rechtsklarheitsgründen den Schritt gesetzt hat, eine gesetzliche Regelung zu determinieren. Was wurde geregelt? Es wurde geregelt, dass ein anständiger, korrekter und klarer Spieler- und Jugendschutz determiniert wurde.

Es wurden ausdrücklich Schutzbestimmungen aufgenommen, die so weit reichen, dass kein Zutritt für Minderjährige, kein Spieler ohne amtlichen Lichtbildausweis, eine Tageshöchstspieldauer, aber auch eine persönliche Spielerkarte eingeführt wurde.

Die Reduktion, beziehungsweise die gesetzliche Regelung hat dazu geführt, dass diese geschätzten 700 Spielautomaten auf 236 reduziert wurden - nachweislich. Wesentlich war auch für diese Regelung, dass man transparent wurde. Transparent, dass eine Verbindung elektronischer Natur an die Bundesrechenzentrum GmbH und schließlich auch ein Spielerschutz-Monitoring eingeführt wurde.

Man hat auch geachtet, dass im Sinne der Gesellschaft Schutzzonen im Ausmaß von 200 Metern Entfernung von Kindergärten, Schulen und diversen weiteren Einrichtungen, Jugendheimen zum Beispiel, eingeführt worden sind. Auch im Bereich der Einzelaufstellung von Spielautomaten wurde die Gastgewerbeberechtigung gefordert.

Zusätzlich zu den bestehenden Schutzvorrichtungen und auch zu den strengen Rahmenbedingungen, die eingeführt worden sind im Veranstaltungsgesetz, wurde klar festgelegt, dass strenge Straftatbestände und Kontrollmaßnahmen vorliegen sollen. Heute wurde bereits erwähnt, von Mag.a Petrik, dass die Straftatbestände bis zu 22.000 Euro an Geldstrafe und sogar als Ultima Ratio zum Lizenzentzug führen konnten. Aber auch die Kontrollmaßnahmen durch Bezirkshauptmannschaften und Finanzpolizei sind soweit ausgediegen, dass im Endeffekt unangekündigte Kontrollen jederzeit möglich waren.

Zusammengefasst: Die Argumente waren - das Motto war: Strenge Regeln und scharfe Kontrollen statt illegalem Wildwuchs, sodass ein strenger Spielerschutz im Burgenland durch diese gesetzlichen Regelungen verankert wurde. Nun, wenn vorher von Seiten der Mag.a Petrik Meinungen von Kollegen des Landtages mitgeteilt worden sind, möchte ich jetzt replizierend, nicht als Gerichtsvertreter, sonders als politischer Redner in dieser Thematik zum Kollegen Brandstätter erwähnen, dass er sehr wohl seine Meinung vertreten hat vor vier Jahren.

Aber auch sehr wohl gesagt hat, dass er das kritisch beobachten wird und sehr wohl sich das auch immer wieder anschauen wird. Das heißt aber nicht, dass man in drei, vier Jahren anderer Meinung sein kann. Ich glaube Meinungsfreiheit ist ein Recht, dass wir alle haben und dass niemals angezweifelt werden darf.

Wenn Vermutungen hinblicklich des Präsidenten Illedits, oder anderer hier angestellt werden, dass eventuell Verbindungen bestanden haben, da muss ich feststellen, dass in den damaligen Presseaussendungen - und ich habe mir das noch einmal angeschaut - beide Klubobleute, sprich auch der Kollege Strommer, Präsident Strommer, festgehalten haben, dass diese Novellierung des Veranstaltungsgesetzes notwendig sei, weil sie ein richtiger Mittelweg zwischen zahnlosem Verbot und völliger Freigabe ist. Das heißt, im Endeffekt haben Sie auch Wien angesprochen.

In Wien ist eine andere Situation. In Wien sind Ende 2014 die Lizenzen ausgelaufen und Wien hat - wie Sie es angesprochen haben - den einen Begriff "Münzgewinnspielautomaten" aus dem Veranstaltungsgesetz gestrichen. Durch Ablauf der Lizenzen und dass es keine weitere Konzessionen nach dem Glückspielgesetz gab, hat sich das andere erübrigt. Nur in Wien gibt es Casinos. Und in Casinos bestehen zirka 1.500 Automaten und diese können legal betrieben werden ohne Regelung.

Wenn Sie angesprochen haben diese steuerlichen Einnahmen mittels Landesabgabe, so ist es richtig, dass damals determiniert war, dass die je zur Hälfte zu Land und Gemeinde kommen und eine Zweckbindung hatten. Es ist richtig, dass die Einnahmen weniger geworden sind. Nur es ist auch richtig, dass mittlerweile, und heute

habe ich noch einmal nachgeschaut, 50 Prozent aller Jugendlichen im Online-Glücksspiel sind. Es ist auch richtig, dass die Internet-Casinos größtenteils angefordert und aufgesucht werden.

Das heißt, ich glaube persönlich, dass die gesellschaftspolitischen Auswirkungen als Ganzes berücksichtigt werden müssen. Diese gesellschaftlichen Auswirkungen im konkreten Fall - und auch die Folgekosten, die Sie angesprochen haben - können derzeit mangels Vorliegen einer Studie gar nicht verifiziert werden. Mich wundert, dass Sie den Schaden abstrakt beurteilen, ohne konkrete Zahlen zu nennen.

Ich glaube, dass deshalb - so wie auch der Kollege Sagartz - momentan überhaupt kein Anlass besteht, diese gesetzliche Bestimmung, die Rechtssicherheit und Rechtsklarheit darstellt, zu streichen. Ich bin da aber auch der Meinung, dass den gesellschaftlichen Entwicklungen sehr wohl im Sinne des Schutzes der Menschen Rechnung getragen werden soll, indem vorsichtig und auch durch Evaluation geschaut werden soll, ob sich zukünftig etwas ändert.

Dafür brauchen wir aber Fakten. Wir brauchen auch klare Studien und wir brauchen auch Ergebnisse. In dem Sinne wird dieser Antrag seitens meiner Fraktion abgelehnt. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

P**räsident Christian Illedits:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Drobits hat sich sehr intensiv mit dem Inhalt auseinandergesetzt. Möchte doch noch einige Anmerkungen formulieren. Dieses Gesetz ist Realität im Burgenland, das wird gelebt. Das gibt es einige Monate, das ist jetzt nichts Neues. *(Abg. Manfred Kölly: Drei Jahre!)*

Ich weiß, Sie sind erst jetzt in den Landtag gekommen, aber dieses… *(Abg. Manfred Kölly: Seit drei Jahren gibt es das schon, Herr Kollege!)* Ja, drei Jahre, um es näher zu definieren. Sind drei Jahre etwas anderes als ein paar Jahre, Herr Kollege Kölly? Gut es ist schon spät. Macht ja nichts. Man kann ja etwas überhören.

Fakt ist, mir zumindest und wahrscheinlich keinem, der hier im Haus befindlichen Abgeordneten, ist ein Problemfall bekannt. Ich weiß nicht, ob Ihnen ein Fall bekannt ist. Jedenfalls hätten Sie ihn wahrscheinlich hier genannt. Ich gehe davon aus, auch Ihnen ist kein Problemfall bekannt. Sie haben auch keinen Schaden beziffert. Sie behaupten nur, es gäbe einen Schaden. Sie konnten es aber nicht nachweisen.

Also ich frage mich schon, welchen Inhalt Ihr Antrag hat, den Sie einbringen? Aber was Sie sehr wohl gemacht haben ist, Sie haben ein Fantasiekonstrukt erstellt und ich bin mir nicht ganz sicher, was Sie damit sagen wollten? Denn dieses Sponsoring von Admiral, da war ich sehr verwundert, denn die meisten Abgeordneten sind sehr viel unterwegs bei Sport, bei Kulturveranstaltungen. Admiral sponsert ja bei Kulturveranstaltungen, bei jOPERA, bei Tennismeisterschaften und so weiter und so fort.

Bei vielen Fußball… *(Abg. Manfred Kölly: Im Burgenland?)* Selbstverständlich im Burgenland. Brauche mich ja nur ein bisschen bewegen. Vor allem im Südburgenland gibt es jOPERA beispielsweise und dergleichen. Also viele Aktivitäten, wo Admiral auch sponsert. Ich frage mich, was wollen Sie all diesen Veranstaltern unterstellen? Was wollen Sie diesen ganzen Vereinen unterstellen?

Oder sagen Sie das nur im Schutze der Immunität hier? Machen Sie das draußen - unter Umständen – auch? Also ich würde schon aufpassen, welche Unterstellung man hier im Hohen Haus macht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluss noch eine Minute, die ich mich als für das Veranstaltungsgesetz zuständige Regierungsmitglied hier zu Wort melden darf.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Dieser Antrag und die Wortmeldung, die Sie hier zum Besten gegeben haben, ist für mich ein typisches Beispiel grüner Scheinheiligkeit.

Denn wenn Ihnen tatsächlich der Schutz der Betroffenen, die Suchtbekämpfung oder die Folgekosten, wie Therapien oder Beschaffungskriminalität so am Herzen liegen, dann frage ich mich wirklich, warum sich Ihre Partei dann vice versa für die Legalisierung von Drogen ausspricht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: In Wien!)*

Dort ist auch der Schutz der Betroffenen, die Suchtbekämpfung, die Therapien oder die Beschaffungskriminalität ein großes Thema. Sie drehen sich das Argument, wie Sie es brauchen und werden dadurch vollkommen unglaubwürdig. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Sache ist unterschiedlich!)* Ist ein und dasselbe.

Wenn Sie schon hier als Frage formulieren, ein Naheverhältnis von irgendwelchen Personen hier drinnen, gleich welcher Partei, zu irgendwelchen Betreibern, dann könnte man das ja bei den GRÜNEN und der einschlägigen Szene ebenfalls als Frage formulieren, was Sie mit Drogendealern und Drogenbossen hier zu tun haben.

Also ich glaube, man sollte sich das gut überlegen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Streichung des kleinen Glücksspiels aus dem Veranstaltungsgesetz ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren! *(Zwiegespräche und Unklarheiten über die Abstimmung bei den GRÜNEN)* Sie haben der Ablehnung zugestimmt. Ich habe gesagt, Sie haben der Ablehnung zugestimmt. *(Allgemeine Unruhe)*

Entschuldigung. Noch einmal, ganz klar. Es gibt den Antrag des Berichterstatters. Der Antrag des Berichterstatters lautet auf Ablehnung des Antrages und Sie sind aufgestanden. Somit haben Sie auch mitgestimmt bei der Ablehnung.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 14. April 2016, vorgesehen ist.

Ich darf Ihnen und Ihren Familien noch beste Osterwünsche ausrichten und festhalten, dass die für heute festgelegte Präsidiale um 22 Uhr und 30 Minuten im meinem Büro stattfindet.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

TRAUERSITZUNG

des Burgenländischen Landtages

anlässlich des Ablebens

des Herrn

Landtagsabgeordneten

Klubobmann

Gerhard KOVASITS

Der Burgenländische Landtag tritt aus Anlass des Ablebens des Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Gerhard Kovasits am 14. April 2016, um 09.00 Uhr, zu einer Trauersitzung zusammen.

Landtagsabgeordneter Klubobmann Gerhard Kovasits ist am 7. April 2016 verstorben. Sein Begräbnis findet am Samstag, dem 16. April 2016, statt.

Das Bildnis des Verstorbenen ist umhüllt von einem Trauerflor und umgeben von einem Blumenarrangement, vor dem Präsidium und der Regierungsbank aufgestellt.

Die Kinder und Schwiegerkinder des Verstorbenen nehmen an der Trauersitzung teil.

An der Trauersitzung nehmen neben den Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung mit Landeshauptmann Hans Niessl an der Spitze, Mitglieder der Bundesregierung, Generalvikar Martin Korpitsch und Superintendent Mag. Manfred Koch, die Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag, burgenländische Mandatare des Nationalrates und des Bundesrates, sowie ehemalige Mitglieder der Bundes- und der Landesregierung, des National- und des Bundesrates und des Landtages teil. Ebenso sind die Spitzen der Burgenländischen Landesverwaltung sowie zahlreiche Behördenvertreter anwesend.

Präsident Christian Illedits eröffnet die Sitzung um 09 Uhr 05 Minuten.

Nach dem Musikstück „Deep Harmony/St.Clement“ – vorgetragen vom Bläserensemble des Joseph Haydn Konservatoriums - ergreift Landtagspräsident Christian Illedits das Wort zur Begrüßung und seiner Traueransprache.

Traueransprache des Präsidenten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Trauersitzung des Burgenländischen Landtages anlässlich des Ablebens von Herrn Klubobmann Gerhard Kovasits.

Ich darf Sie herzlich begrüßen und Ihnen dafür danken, dass Sie mit Ihrer Anwesenheit Ihre Anteilnahme bekunden.

An erster Stelle möchte ich der Familie des Verstorbenen, im Namen des Burgenländischen Landtages, aber auch in eigenem Namen, mein aufrichtiges Mitgefühl entbieten.

Grußworte entrichte ich ebenfalls den aktiven und ehemaligen Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Ich begrüße auch alle aktiven und ehemaligen Mitglieder des Landtages, des Bundesrates, Nationalrates und aller anderen gesetzgebenden Körperschaften, stellvertretend den ehemaligen Präsidenten des Burgenländischen Landtages, Walter Prior.

Als Vertreter der Kirchengemeinschaften begrüße ich Superintendenten Manfred Koch und Generalvikar Martin Korpitsch.

Seitens der Landespolizeidirektion darf ich Landespolizeidirektor-Stellvertreter Generalmajor Werner Fasching meine Grußworte entrichten und seitens des Österreichischen Bundesheeres Oberst Johann Hamedl.

Stellvertretend für die burgenländischen Feuerwehren ist Landesfeuerwehrkommandant Alois Kögl anwesend.

Hohes Haus! Werte Trauerfamilie! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der heutigen Trauersitzung gedenken wir einem Mitglied des Hohen Hauses, das seit wenigen Tagen nicht mehr unter uns weilt.

Am vergangenen Donnerstag, dem 7. April 2016, ist Klubobmann Gerhard Kovasits nach schwerer, geduldig ertragener Krankheit im 63. Lebensjahr verstorben.

„Man sieht die Sonne langsam untergehen und erschrickt doch, wenn es plötzlich dunkel ist“ lautet ein Trauerspruch von Franz Kafka. Obwohl wir um den gesundheitlichen Zustand unseres Weggefährten wussten, finden wir uns heute bestürzt und tief betroffen mit der Tatsache konfrontiert, einen engagierten Politiker, einen verlässlichen Kollegen und einen wertvollen Mitmenschen verloren zu haben.

„Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt“, so formulierte Immanuel Kant, „ist nicht tot, er ist nur fern. Tot ist nur, wer vergessen wird.“ Ich finde zunehmend Gefallen an dem Gedanken, dass ein Mensch uns erst endgültig verlässt, sobald unsere Erinnerung an ihn verblasst.

Gerhard Kovasits mag zwar nicht mehr unter uns weilen, er hinterlässt jedoch Spuren. Er hinterlässt Spuren bei seinen Angehörigen und seinen Kollegen. Er hinterlässt diese Spuren durch sein politisches Wirken, seine Ambitionen, aber allem voran durch sein Wesen.

Die Geduld und Willensstärke, mit der er seiner Krankheit begegnete, spiegelten bis zuletzt jene Charaktereigenschaften wieder, die ihn Zeit seines Lebens auszeichneten.

Wir gedenken eines Menschen, der trotz jahrelanger Krankheit konsequent und zielstrebig sein politisches Amt und das Wohl der Menschen verfolgte. Dabei zeichnete er sich durch ehrliches Engagement für die Interessen und Anliegen der Burgenländerinnen und Burgenländer aus. In seiner Landtagsarbeit suchte Gerhard Kovasits stets den Konsens. Er stellte sich entschieden in den Dienst der Sache, anstatt sich nur in parteipolitischen Eitelkeiten zu verlieren.

Dies ist nicht nur gedeihlich für eine konstruktive und produktive Zusammenarbeit innerhalb eines Parlaments, es ist ein Wesenszug, der starke Empathie und große Menschlichkeit bezeugt.

Alles Irdische unterliegt einem ständigen Wandel, alles Leben ist vergänglich. Doch: „Was gut gepflanzt ist, wird nicht ausgerissen. Was treu bewahrt wird, geht nicht verloren. Wer sein Gedächtnis Kindern und Enkeln hinterlässt, hört nicht auf zu leben“.

Konnte Gerhard Kovasits uns auch nur einen Teil seines Wesens vermitteln, so hinterlässt er uns ein großes Vermächtnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Trauersitzung ist dem Andenken einer wahrlich einer starken Persönlichkeit gewidmet.

Für die Burgenländische Landesregierung, den Burgenländischen Landtag, für die burgenländische Landesbevölkerung und in eigenem Namen, möchte ich Ihnen, werte Familie Kovasits, unser tief empfundenes, ehrliches und aufrichtiges Mitgefühl aussprechen.

Trost kommt vielleicht mit der Erkenntnis, mit der Trauer nicht alleine zu sein. Wir trauern mit Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag nimmt Abschied von einem Politiker, der viele Jahre lang das Geschehen seines Heimatortes Bruckneudorf, seines Heimatbezirkes Neusiedl am See, mitgestaltete.

Knapp einen Monat vor seinem 63. Geburtstag ist Gerhard Kovasits verstorben. Geboren wurde er am 6. Mai 1953.

Nach Abschluss der Volks- und Hauptschule erlernte er den Beruf des Malers. Er absolvierte die Polizeischule und war ab 1987 als Kriminalbeamter tätig. Kurz zuvor begann er bereits sich auch politisch zu engagieren.

1985 startete er seine Laufbahn als SPÖ-Gemeinderat in Bruckneudorf. Später war er Präsident des Freiheitlichen Gemeindevertreterverbandes und ab 1997 als FPÖ-Gemeinderat aktiv. Ab Oktober 2008 stellte er den FPÖ-Bezirksobmann im Bezirk Neusiedl am See. Darüber hinaus hatte Gerhard Kovasits die Funktion des Landesparteiobmann-Stellvertreters inne.

Hier, im Burgenländischen Landtag, begleitete er uns seit dem Jahr 2010. In diesem Jahr kandidierte er erstmals bei der Landtagswahl, zog in den Landtag ein und wurde am 24. Juni 2010 als Abgeordneter angelobt.

Im vergangenen Jahr, am 9. Juli 2015, konstituierte sich der Landtag neu. In Folge übernahm Gerhard Kovasits die verantwortungsvolle Funktion des Klubobmannes.

Über 30 Jahre seines Lebens widmete Gerhard Kovasits den Burgenländerinnen und Burgenländer. Hierdurch erwarb er sich unseren Dank und unseren ungeteilten Respekt – über jede Parteigrenze hinweg.

Werte Trauergemeinde! Die Betroffenheit über die Nachricht des Todes von Gerhard Kovasits zog sich am vergangenen Donnerstag durch das gesamte Land. Betrachtet man die zahlreichen Nachrufe und Kondolenzbekundungen der verschiedenen Parteien und Institutionen, so kongruieren diese in drei wesentlichen Punkten. Ausnahmslos thematisieren diese seine Handschlagqualität, seinen Fleiß und seinen Sinn für das Allgemeinwohl.

Als Präsident des Burgenländischen Landtages kann ich dies bestätigen.

Gemeinsam mit Ihnen, geschätzte Trauerfamilie, nehmen wir heute Abschied und ich möchte noch einmal unser tief empfundenes Mitgefühl bekunden.

Wir wünschen Ihnen die nötige Kraft und den Zusammenhalt, um diesen großen Verlust zu bewältigen.

Nun, da es zu spät ist, mich für all seine Tugenden persönlich bei ihm zu bedanken, möchte ich Ihnen gegenüber meine Achtung vor seinem Schaffen und seinem Wesen zum Ausdruck bringen.

Am Ende dieser Trauersitzung bleibt uns allen nur mehr Gerhard Kovasits bescheiden Danke zu sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für Ihre Anwesenheit und für Ihre Anteilnahme und darf Sie nun bitten, sich für eine Minute des stillen Gedenkens von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Beschließen werden wir diese Trauersitzung mit der Burgenländischen Landeshymne.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Im Anschluss an die Rede des Herrn Präsidenten gedenken die Anwesenden mit einer Trauerminute des Verstorbenen.

Mit der Burgenländischen Landeshymne – vorgetragen vom Bläserensemble des Joseph Haydn Konservatoriums – wird die Trauersitzung beendet.

Präsident Christian Illedits schließt um 09 Uhr 19 Minuten die Trauersitzung.

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 12. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 14. April 2016

10.03 Uhr - 01.52 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Ergänzungswahl in den Landes-Rechnungshofausschuss und in die ständigen Ausschüsse;

3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländisches Krankenanstaltengesetz 2000 - Bgld. KAG 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2016);

4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird;

5. Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (EU-Berufsanerkennung-Sammelnovelle 2016);

6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesdienstleistungsgesetz geändert wird;

7. Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz geändert wird;

8. Gesetzentwurf, mit dem das Sprengelhebammengesetz aufgehoben wird;

9. Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird;

10. Bericht des Rechnungshofes betreffend Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland und WLV GmbH; Follow-up-Überprüfung;

11. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2013;

12. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG;

13. Tätigkeitsbericht 2015 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes;

14. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Erweiterungs- und Attraktivierungsinvestitionen in das Resort Lutzmannsburg im Jahr 2012;

15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Fairness für burgenländische Arbeitnehmer und Unternehmen;

16. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Beibehaltung des Bargeldes als Zahlungsmittel;

17. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Reform des Finanzausgleichs - Ertragsanteile für Zweitwohnsitze";

18. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend finanzieller Unterstützung zur Anschaffung von Registrierkassen;

19. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Investitionspaket für die burgenländische Tourismuswirtschaft;

20. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen;

21. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf

Fassung einer Entschließung betreffend mehr Fairness bei der Auszahlung von Sozialleistungen;

22. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Aufstockung der budgetären Mittel des Österreichischen Bundesheeres;

23. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Beibehaltung der Schulnoten;

24. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Einsatz von Drohnen zur Sicherung der Grünen Grenze";

25. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar, Georg Rosner, Bernhard Hirczy und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schaffung eines zeitgemäßen, öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland;

26. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eines finanziellen Zuschusses für die Kindergartenbusse;

27. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Digitalisierung in Schulen;

28. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates;

29. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rechtsbereinigungsgesetz für weniger Hürden und Vorschriften für Bürger, Gemeinden und die Wirtschaft;

30. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Integrationsvereinbarung zwischen Flüchtlingen und dem Land Burgenland;

31. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Förderung der Umstellung auf biologische Landwirtschaft;

32. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Reduktion von glyphosathaltigen Mitteln;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1513)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 44 des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Maßnahmen zur Stärkung und Sicherung der heimischen Wirtschaft von Seiten der Bgld. Wohnbauförderung

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 1516)

Zusatzfragen: Mag. Kurt M a c z e k (S. 1518), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1519), Markus U l r a m (S. 1520), Gerhard S t e i e r (S. 1520) und Manfred K ö l l y (S. 1521)

Anfrage Nr. 41 des Abgeordneten Patrik Fazekas an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend bisherige Maßnahmen zur Unterstützung der langfristigen Integration von jungen Flüchtlingen in unsere Gesellschaft

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 1522)

Zusatzfragen: Patrik F a z e k a s (S. 1523), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1524) und Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1524)

Anfrage Nr. 42 des Abgeordneten Georg Rosner an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Wartezeiten auf einen Untersuchungstermin

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1524)

Zusatzfragen: Georg R o s n e r (S. 1525 u. S. 1526)

Anfrage Nr. 43 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Burgenländerinnen und Burgenländer

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 1527)

Zusatzfragen: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1527 u. S. 1528), Markus U l r a m (S. 1529), Markus W i e s l e r (S. 1530) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 1530)

Anfrage Nr. 45 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Forderung von Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gegen eine Tagsatzerhöhung für die Unterbringung von unbegleitenden minderjährigen Flüchtlingen

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1531)

Zusatzfragen: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1532 u. S. 1533), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1533) und Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1534)

Anfrage Nr. 48 des Abgeordneten Wolfgang Sodl an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend konkrete Planungen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation im Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 1535)

Zusatzfrage: Wolfgang S o d l (S. 1536 u. S. 1537)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 318), mit dem das Burgenländisches Krankenanstaltengesetz 2000 - Bgld. KAG 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 228) (Beilage 330);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 1539)
Redner: Markus W i e s l e r (S. 1539), Georg R o s n e r (S. 1541), Günter K o v a c s (S. 1543 u. S. 1545), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1544 u. S. 1550), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1545), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1548 u. S. 1550), Robert H e r g o v i c h (S. 1549)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1551)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 321), mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 231) (Beilage 331);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 1551)
Redner: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1551), Ingrid S a l a m o n (S. 1553), Gerhard S t e i e r (S. 1553), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1554) und Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 1555)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1556)

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 316) über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (EU-Berufsanerkennung-Sammelnovelle 2016) (Zahl 21 - 226) (Beilage 332);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 1556)
Redner: Markus W i e s l e r (S. 1556), Bernhard H i r c z y (S. 1558) und Mag. Christian D r o b i t s (S. 1558)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1560)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 297), mit dem das Burgenländische Landesdienstleistungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 207) (Beilage 333);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 1560)
Redner: Mag. Christian D r o b i t s (S. 1561)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1561)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 315), mit dem das Katastrophenhilfegesetz geändert wird (Zahl 21 - 225) (Beilage 334);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 1562)
Redner: Karin S t a m p f e l (S. 1562) und Ewald S c h n e c k e r (S. 1563)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1563)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 317), mit dem das Sprengelhebammengesetz aufgehoben wird (Zahl 21 - 227) (Beilage 335);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1564)
Redner: Mag. Thomas Steiner (S. 1564) und Mag. Christian Drobits (S. 1566)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1567)

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 319), mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 21 - 229) (Beilage 336);
Berichterstatter: Mag. Kurt Maczek (S. 1567)
Redner: Ilse Benkö (S. 1567), Walter Temmel (S. 1568) und Wolfgang Sodl (S. 1569)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1570)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 277) betreffend Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland und WLV GmbH; Follow-up-Überprüfung (Zahl 21 - 202) (Beilage 337);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 1571)
Redner: Manfred Kölly (S. 1571), Wolfgang Spitzmüller (S. 1573), Markus Wiesler (S. 1574), Markus Ulram (S. 1574) und Ingrid Salamon (S. 1576)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 1578)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 265) betreffend Rechnungsabschluss 2013 (Zahl 21 - 190) (Beilage 338);
Berichterstatter: Manfred Kölly (S. 1578)
Redner: Manfred Kölly (S. 1579), Wolfgang Spitzmüller (S. 1586), Géza Molnár (S. 1588), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 1590), Dr. Peter Rezar (S. 1593), Landesrat Helmut Bieler (S. 1597) und Gerhard Steier (S. 1600)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 1602)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 276) betreffend die Überprüfung der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG (Zahl 21 - 201) (Beilage 339);
Berichterstatter: Ewald Schnecker (S. 1602)
Redner: Manfred Kölly (S. 1603), Wolfgang Spitzmüller (S. 1609), Géza Molnár (S. 1611), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 1613), Mag. Christian Drobits (S. 1616), Landesrat Helmut Bieler (S. 1618) und Gerhard Steier (S. 1621)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 1624)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2015 (Beilage 299) des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 21 - 209) (Beilage 340);
Berichterstatter: Markus U l r a m (S. 1625)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1625), Géza M o l n á r (S. 1625 u. S. 1629), Markus U l r a m (S. 1626), Mag. Kurt M a c z e k (S. 1627) und Gerhard S t e i e r (S. 1628)
Annahme des Tätigkeitsberichtes des Burgenländen Landes-Rechnungshofes (S. 1629)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 311) betreffend Erweiterungs- und Attraktivierungsinvestitionen in das Resort Lutzmannsburg im Jahr 2012 (Zahl 21 - 221) (Beilage 341);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 1630)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1630), Mag. Johann R i c h t e r (S. 1638), Mag. Christoph W o l f, M.A.…(S. 1639), Dr. Peter R e z a r (S. 1641) und Gerhard S t e i e r (S. 1644)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 1647)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 320) betreffend Fairness für burgenländische Arbeitnehmer und Unternehmen (Zahl 21 - 230) (Beilage 342);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 1647)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 1648), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1649), Markus W i e s l e r (S. 1652), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1654), Robert H e r g o v i c h (S. 1657), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 1661), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 1661) und Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 1662)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1665)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 264) betreffend die Beibehaltung des Bargeldes als Zahlungsmittel (Zahl 21 - 189) (Beilage 343);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1666)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1666), Géza M o l n á r (S. 1668), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1669) und Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 1670)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1672)

Bericht und Abänderungsantrag des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 267) betreffend "Reform des Finanzausgleichs - Ertragsanteile für Zweitwohnsitze" (Zahl 21 - 192) (Beilage 344);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 1672)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 1673), Géza M o l n á r (S. 1674), Mag. Franz S t e i n d l (S. 1675), Klaudia F r i e d l (S. 1678), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1681) und Manfred K ö l l y (S. 1682)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1683)

Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 304) betreffend finanzieller Unterstützung zur Anschaffung von Registrierkassen (Zahl 21 - 214) (Beilage 345);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1683)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 1684), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1685), Mag. Johann R i c h t e r (S. 1685), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1686), Mag. Christian D r o b i t s (S. 1688) und Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 1690)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1692)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 269) betreffend Investitionspaket für die burgenländische Tourismuswirtschaft (Zahl 21 - 194) (Beilage 346);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1692)
Redner: Mag. Johann R i c h t e r (S. 1693), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1693), Christian I l l e d i t s (S. 1695), Gerhard S t e i e r (S. 1699) und Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 1701)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1703)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 307) betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen (Zahl 21 - 217) (Beilage 347);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1703)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1704), Karin S t a m p f e l (S. 1704), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 1705), Edith S a c k (S. 1707) und Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1710)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1711)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 305) betreffend mehr Fairness bei der Auszahlung von Sozialleistungen (Zahl 21 - 215) (Beilage 348);
Berichterstatter: Patrik F a z e k a s (S. 1711)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1712), Markus W i e s l e r (S. 1713), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1715) und Mag. Christian D r o b i t s (S. 1715)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1717)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 324) betreffend Aufstockung der budgetären Mittel des Österreichischen Bundesheeres (Zahl 21 - 234) (Beilage 349);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1717)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 1718 u. S. 1723), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1719), Ewald S c h n e c k e r (S. 1721), Manfred K ö l l y (S. 1722)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 1724)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 294) betreffend Beibehaltung der Schulnoten (Zahl 21 - 204) (Beilage 350);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1724)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1725), Mag. Johann R i c h t e r (S. 1727), Patrik F a z e k a s (S. 1729) und Doris P r o h a s k a (S. 1730)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1732)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 268) betreffend "Einsatz von Drohnen zur Sicherung der Grünen Grenze" (Zahl 21 - 193) (Beilage 351);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 1732)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1732) und Manfred H a i d i n g e r (S. 1734)
Annahme des Entschließungsantrag (S. 1734)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar, Georg Rosner, Bernhard Hirczy und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 295) betreffend Schaffung eines zeitgemäßen, öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland (Zahl 21 - 205) (Beilage 352);
Berichterstatter: Georg R o s n e r (S. 1735)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1735), Mag. Johann R i c h t e r (S. 1736), Georg R o s n e r (S. 1737), Ewald S c h n e c k e r (S. 1743) und Manfred K ö l l y (S. 1744)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1744)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 306) betreffend eines finanziellen Zuschusses für die Kindergartenbusse (Zahl 21 - 216) (Beilage 353);
Berichterstatter: Mag. Franz S t e i n d l (S. 1745)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1745), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 1746) und Wolfgang S o d l (S. 1747)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1749)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 325) betreffend Digitalisierung in Schulen (Zahl 21 - 235) (Beilage 354);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1750)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1750), Patrik F a z e k a s (S. 1752), Doris P r o h a s k a (S. 1753)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1754)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 326) betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates (Zahl 21 - 236) (Beilage 355);
Berichterstatter: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1755)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 1755), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1756), Markus W i e s l e r (S. 1759), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1761), Ewald S c h n e c k e r (S. 1764) und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 1765)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1767)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 83) betreffend Rechtsbereinigungsgesetz für weniger Hürden und Vorschriften für Bürger, Gemeinden und die Wirtschaft (Zahl 21 - 66) (Beilage 356);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1767)
Redner: Ilse B e n k ö (S. 1767), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1768), Robert H e r g o v i c h (S. 1769)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1770)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 308) betreffend Einführung einer Integrationsvereinbarung zwischen Flüchtlingen und dem Land Burgenland (Zahl 21 - 218) (Beilage 357);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1771)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 1771), Géza M o l n á r (S. 1773), Patrik F a z e k a s (S. 1775), Mag. Christian D r o b i t s (S. 1778) und Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1779)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1779)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 313) betreffend der Förderung der Umstellung auf biologische Landwirtschaft (Zahl 21 - 223) (Beilage 358);
Berichterstatter: Werner F r i e d l (S. 1780)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1780), Karin S t a m p f e l (S. 1781), Walter T e m m e l (S. 1782) und Wolfgang S o d l (S. 1785)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1786)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 314) betreffend der Reduktion von glyphosathaltigen Mitteln (Zahl 21 - 224) (Beilage 359);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 1786)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1787), Karin S t a m p f e l (S. 1787), Walter T e m m e l (S. 1788) und Ingrid S a l a m o n (S. 1788)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1790)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1513)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Ich wünsche Ihnen nochmals einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten.

Ich e r ö f f n e somit die 12. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 10. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Hohes Haus! Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Gerhard Kovasits ist am 7. April 2016 verstorben. Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Kovasits hatte ein Landtagsmandat der Freiheitlichen Partei Österreichs aus dem Kreiswahlvorschlag des Wahlkreises 1 inne.

Mit Schreiben vom 11. April 2016 wurde seitens der Landeswahlbehörde mitgeteilt, dass auf das freigewordene Mandat aus dem Kreiswahlvorschlag des Wahlkreises 1 der Freiheitlichen Partei Österreichs, Frau Karin Stampfel, und auf das nun freie Landtagsmandat aus dem Landeswahlvorschlag der Freiheitlichen Partei Österreichs Herr Manfred Haidinger aus Halbturn mit Wirksamkeit des Tages der nächsten Landtagssitzung berufen werden.

Da die Wahlscheine vorliegen und Frau Abgeordnete Karin Stampfel und Herr Manfred Haidinger im Hohen Haus anwesend sind, kann ich die Angelobung vornehmen. Ich bitte Sie nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, sich von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Sehr geehrte Frau Stampfel, sehr geehrter Herr Haidinger! Gemäß Artikel 23 der Landesverfassung haben Sie mit den Worten "Ich gelobe" folgendes Gelöbnis zu leisten:

„Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Burgenland, stete und volle Beachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten“. Bitte Frau Stampfel.

Landtagsabgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Ich gelobe!

Präsident Christian Illedits Bitte Herr Haidinger.

Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Ich gelobe!

Präsident Christian Illedits Danke sehr. Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Tätigkeit. Herr Abgeordneter Haidinger, Sie begrüße ich neu in diesem Hohen Hause und wünsche Ihnen ebenfalls viel Freude und Erfolg bei Ihrer Arbeit zum Wohle unseres Heimatlandes Burgenland. *(Allgemeiner Beifall – Herr Abgeordneter Haidinger und Frau Abgeordnete Stampfel werden von den Abgeordneten beglückwünscht. Danach nehmen die Anwesenden ihre Plätze wieder ein.)*

Ich ersuche nun Herrn Schriftführer Fazekas um Verlesung des Einlaufes. Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 12 .Sitzung des Burgenländischen Landtages, am Donnerstag, den 14. April 2016.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Burgenland, Berichtszeitraum 2013 bis 2015, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 241) (Beilage 361);

Vom Rechnungshof ist der Bericht betreffend

1. der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich (Zahl 21 - 249) (Beilage 369);

eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Zinstauschgeschäfte des Landes Burgenland (Zahl 21 - 248) (Beilage 368);
2. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in den burgenländischen Kindergärten und Schulen (Zahl 21 - 250) (Beilage 370);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung eines Beschlusses, mit dem der Landes-Rechnungshof beauftragt wird, das Projekt "B50 Umfahrung Schützen am Gebirge" zu prüfen (Zahl 21 - 252) (Beilage 372);
4. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend Erteilung eines Ortskernzuschlages auch ohne Genehmigung einer Wohnbauförderung (Zahl 21 - 253) (Beilage 373);
5. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung der Verordnung vom 20. Juli 2007 über Beschränkungen der Schifffahrt auf burgenländischen Seen geändert wird (Zahl 21 - 254) (Beilage 374);
6. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird (Zahl 21 - 255) (Beilage 375);
7. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Handwerkerbonus (Zahl 21 - 256) (Beilage 376);
8. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ein "Südburgenland-Paket" (Zahl 21 - 257) (Beilage 377);
9. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den europaweiten Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung (Zahl 21 - 258) (Beilage 378);
10. der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Ausbau der Elektromobilität im Burgenland (Zahl 21 - 259) (Beilage 379);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Elektrifizierung der Jennersdorfer Linie (Zahl 21 - 238) (Beilage

328);

2. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Zuteilung von Marketingmitteln des Burgenland Tourismus (Zahl 21 - 251) (Beilage 371);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 198) betreffend Sicherheitspartner (Zahl 21 - 237) (Beilage 327);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 188) betreffend Trinkwasser (Zahl 21 - 239) (Beilage 329);
3. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 191) betreffend Telefonanlage Burgenländische Landesregierung (Zahl 21 - 240) (Beilage 360);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landtagspräsidenten Christian Illedits (Zahl 21 - 242) betreffend Gutachten Verfassungsdienst (Zahl 21 - 242) (Beilage 362);
5. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 196) betreffend Ausbildung in Lehrwerkstätten im Burgenland (Zahl 21 - 243) (Beilage 363);
6. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 200) betreffend Mindestsicherung (Zahl 21 - 244) (Beilage 364);
7. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 203) betreffend Neubau Krankenhaus Oberwart (Zahl 21 - 245) (Beilage 365);
8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 197) betreffend Stellenausschreibung (Zahl 21 - 246) (Beilage 366);
9. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 199) betreffend Darlehen (Zahl 21 - 247) (Beilage 367);

eingelangt.

Ebenso sind die Petitionen

1. der Marktgemeinde Wolfau auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 9);
2. der Gemeinde Burgauberg-Neudauberg, auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 10);
3. der Gemeinde Tobaj auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 11);
4. der Gemeinde Hannersdorf auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 12);
5. der Gemeinde Gerersdorf-Sulz auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 13);
6. der Gemeinde Oberschützen auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 14)

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Die Regierungsvorlage Zahl 21 – 241, Beilage 361, und die selbständigen Anträge Zahl 21 – 248, Beilage 368, Zahl 21 – 250, Beilage 370, Zahl 21 – 253, Beilage 373, Zahl 21 – 256, Beilage 376, Zahl 21 – 257, Beilage 377, und Zahl 21 – 259, Beilage 379, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltausschuss,

den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 – 249, Beilage 369, und die selbständigen Anträge Zahl 21 – 252, Beilage 372, Zahl 21 – 254, Beilage 374, und Zahl 21 – 255, Beilage 375, weise ich dem Rechtsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 – 258, Beilage 378, weise ich dem Rechtsausschuss und Umweltausschuss,

und die Petitionen E 9 bis E 14 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 – 238, Beilage 328, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl, und die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 251, Beilage 371, habe ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen

Zahl 21 - 237, Beilage 327, Zahl 21 - 239, Beilage 329, Zahl 21 - 240, Beilage 360, Zahl 21 - 242, Beilage 362, Zahl 21 - 243, Beilage 363, Zahl 21 - 244, Beilage 364, Zahl 21 - 245, Beilage 365, Zahl 21 - 246, Beilage 366, und Zahl 21 - 247, Beilage 367, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 16 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Maczek um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gerade in den Wintermonaten verzeichnet die heimische Bauwirtschaft Einbrüche bei der Auftragsvergabe.

Welche Maßnahmen können von Seiten der burgenländischen Wohnbauförderung sowohl zur Stärkung der heimischen Wirtschaft als auch zur Sicherung bestehender burgenländischer Arbeitsplätze gesetzt werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf grundsätzlich feststellen, dass wir uns in Österreich im achten Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise befinden. Dass wir von Seiten des Landes Burgenland sagen können, dass wir seit sieben Jahren immer wieder steigende Beschäftigung im Land haben, dass wir ein Wirtschaftswachstum haben, das über dem österreichischen Durchschnitt liegt.

Ich habe auch bei meinem Staatsbesuch Montag und Dienstag in Tschechien miterlebt, wie stark die österreichische Wirtschaft aber auch die burgenländische Wirtschaft durch den Export in Tschechien vertreten ist. Ich denke, dass einerseits der Export zu diesen Wirtschaftsdaten beigetragen hat, der im Burgenland immer größer wird, wo im Burgenland immer mehr burgenländische Firmen sich auch an ausländischen Märkten orientieren, dort auf Grund ihrer Qualität auch Fuß fassen können.

Eine andere wichtige Säule für die burgenländische Wirtschaft, vor allem für die Bauwirtschaft, ist auch die sehr gute burgenländische Wohnbauförderung. Ich darf auch einen Vergleich anstellen, warum die burgenländische Wohnbauförderung die beste aller österreichischen Bundesländer ist. Ein Vergleich: Ein Ehepaar, zwei Kinder. Vergleich: In Niederösterreich beträgt die Wohnbauförderung 49.300 Euro für diese Familie, in Kärnten 58.070 Euro, im Burgenland 74.000 Euro.

Wir haben uns auch Tirol angeschaut, weil bei einer der letzten Sitzungen auch der Hinweis gekommen ist, dass die Wohnbauförderung in Tirol auch eine sehr gute ist, dort sind es 37.000 Euro plus 2 x 5.000 Euro Cash-Zuschuss in Tirol. Das heißt, wir haben 74.000 Euro für eine Familie mit zwei Kindern an Wohnbauförderung. Tirol hat mit den Cash-Zuschüssen in Summe 47.000 Euro und die anderen Bundesländer habe ich bereits gesagt.

Das führt natürlich dazu, dass im Burgenland sehr eifrig gebaut wird, dass der soziale Wohnbau boomt. Dass wir im ganzen Land auch über den Winter viele Baustellen gehabt haben, die über den sozialen Wohnbau gefördert wurden. Dass Baufirmen teilweise durchgearbeitet haben, damit die Arbeitslosigkeit nicht noch höher geworden ist.

Ich bin aber sehr dankbar, dass wir innerhalb der Regierung mit dem Finanzreferenten, aber auch mit dem zuständigen Wirtschaftslandesrat ein Modell entwickelt haben, nämlich den Burgenländischen Handwerkerbonus, wo wir sehr gute Fördermöglichkeiten den Burgenländerinnen und Burgenländern zur Verfügung gestellt haben. Wer in den Wintermonaten saniert, der hat bis zu 5.000 Euro Cash an Subvention bekommen können. Ich darf dem Hohen Landtag auch berichten, dass dieser Burgenländische Handwerkerbonus sehr, sehr gut angenommen wurde.

Es gibt mehr als 1.200 Ansuchen, ein wesentlicher Teil ist schon bearbeitet. Das heißt, es ist deutlich mehr geworden, als wir ursprünglich geplant haben, das zeigt, das war eine wirklich gute Maßnahme. Ich behaupte, das war eine der besten Maßnahmen in den vergangenen 16 Jahren, seit ich für die Wohnbauförderung zuständig bin, die gesetzt wurden, im Winter hat es Rekordarbeitslosigkeit von fast 500.000 Menschen in Österreich gegeben.

Wir haben uns zusammengesetzt und haben diesen Burgenländischen Handwerkerbonus entwickelt. 1.279 haben angesucht bis 31. März. Das hat zu Investitionen von zirka acht Millionen Euro geführt. Also ein wichtiger Impuls in den Wintermonaten, der hier gesetzt wurde. Die zweite Offensive die wir gemacht haben, war die Photovoltaik-Offensive für burgenländische Gemeinden. Die haben 66 Gemeinden auch in Anspruch genommen, die bis zu 15.000 Euro Cash bekommen haben.

Das hat ebenfalls zu großen Investitionen von zirka 20 Millionen Euro im Burgenland geführt, rein durch dieses Paket Photovoltaik-Förderung für burgenländische Gemeinden. Auch ein Beitrag zum Klimaschutz plus dem Handwerkerbonus wurden knapp 30 Millionen in schwierigen Zeiten für Beschäftigung auch ausgelöst. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich komme jetzt zum Handwerkerbonus, den Sie bereits angesprochen haben. Medienberichten zu Folge soll der Handwerkerbonus des Bundes im Jahr 2016 nicht mehr fortgesetzt werden.

Welche konkreten Förderbedingungen sieht der Burgenländische Handwerkerbonus im Vergleich zur bisherigen Bundesförderung vor?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Unterschied zwischen dem Burgenländischen Handwerkerbonus und dem Österreichischen Handwerkerbonus ist ein gewaltiger. Beim Österreichischen Handwerkerbonus kann man maximal 600 Euro an Förderungen bekommen. An Cash-Zuschuss bekommen.

Beim Burgenländischen Handwerkerbonus sind es 5.000 Euro. Also hier sieht man den gewaltigen Unterschied zwischen dem Österreichischen Handwerkerbonus, den die Bundesregierung initiiert hat, den es im Winter nicht gegeben hat, genau in schwierigen Zeiten, und wir im Burgenland können bis zu 5.000 Euro auch an Zuschüssen gewähren. Maximal vorzulegende Kosten sind beim Österreichischen Handwerkerbonus 3.000 Euro, beim Burgenländischen Handwerkerbonus 20.000 Euro. Also auch hier ein wesentlicher Unterschied, dass wir deutlich höhere Rechnungen anerkennen.

Fördergegenstand sind Arbeitsleistungen für Sanierungsmaßnahmen, Schaffung von Barrierefreiheit und natürlich muss der Hauptwohnsitz im Burgenland gegeben sein. Der Österreichische Handwerkerbonus wird über die Bausparkassen abgewickelt. Der Burgenländische Handwerkerbonus wird über die Wohnbauförderung abgewickelt. Ich bin sehr froh, und das sage ich abschließend zu dieser Frage, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier hervorragende Arbeit geleistet haben und im Rahmen ihres Aufgabengebietes diese große Herausforderung bis jetzt sehr gut bewältigt haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Rolle nimmt die von Ihnen im Jahr 2014 ins Leben gerufene Initiative "Wir bauen burgenländisch" bei der Sonderförderaktion Burgenländischer Handwerkerbonus konkret ein?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich muss auch dazu sagen, 99 Prozent der Rechnungen, die die Burgenländerinnen und Burgenländer vorgelegt haben und immerhin ein Fördervolumen von zirka einer Million Euro ausgelöst haben, stammen von Firmen aus dem Burgenland.

Das ist eine gewaltige Sache, wo unser Begriff "Wir bauen burgenländisch" sich immer stärker durchsetzt. „Made im Burgenland“ - das wissen die Burgenländerinnen und Burgenländer - ist zu einer Qualitätsmarke geworden. Sie haben die Garantie, sie haben die Qualität und wenn 99 Prozent burgenländische Firmen in Anspruch nehmen, das zeigt, dass sie zu unseren Unternehmen, zu unseren Facharbeitern, auch großes Vertrauen haben.

Und "Wir bauen burgenländisch", das ist auch ein Abkommen mit unseren Siedlungsgenossenschaften, die ein Bauvolumen von zirka 100 Millionen Euro bewältigen und die uns auch schriftlich versichert haben, dass sie zirka 90 Prozent des gesamten

Bauvolumens durch burgenländische Firmen abwickeln. Das heißt, dass ist zirka ein Auftragsvolumen von 90 Millionen Euro, die die burgenländischen Siedlungsgenossenschaften tatsächlich an burgenländische Firmen vergeben.

Auch an Subfirmen, die aus dem Burgenland kommen. Nicht das man sagt, okay, ich übergebe der Baufirma A den Auftrag und dann geben die Sub weiter an ausländische Firmen, sondern die geben das an österreichische Firmen weiter, und der dritte Punkt ist das Bestbieterprinzip. Das setzten wir auch schon ein. Auf der A4 bei der Auftragsvergabe wurde ebenfalls schon das Bestbieterprinzip eingesetzt. Auch dort haben bereits über die ASFiNAG burgenländische Firmen sehr wesentliche Aufträge bekommen und darauf setzen wir auch in Zukunft im Land.

Auch bei den Landesbeteiligungen. "Wir bauen burgenländisch", Bestbieterprinzip, Arbeit und Geld sollen im eigenen Land bleiben. Das ist unser Prinzip. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön. Herr Landeshauptmann! Ich bin ganz bei Ihnen was den Handwerkerbonus angeht. Auf der anderen Seite ist auch klar, dass der jetzt abgelaufen ist. Das heißt, es gibt ihn nicht mehr. Und was es auch nicht mehr gibt, ist der Sanierungsscheck der letzten Zeit. Ich glaube aber, dass das sehr wichtig ist, weil der Sanierungsscheck auch für das Klima positive Effekte haben würde und wir auch wissen, dass wenn wir Förderungen in die Sanierung stecken, dass hier sehr viele Steuern ausgelöst werden.

Können Sie sich das vorstellen, dass das wieder geschaffen wird, konkret der Sanierungsscheck? Danke.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zum Burgenländischen Handwerkerbonus ist zu sagen, dass das eine gezielte Maßnahme war, gerade in einer schwierigen Zeit, wo es Rekordarbeitslosigkeit in Österreich gegeben hat, wo diese Landesregierung gesagt hat, wir setzen gezielt Maßnahmen und immerhin 30 Millionen Euro an Investitionen durch die *(Abg. Manfred Kölly: Wir haben immer noch Arbeitslose!)* Gemeinden, durch die Burgenländerinnen und Burgenländer, auch ausgelöst hat.

Ich gehe davon aus, und wir setzen uns auch dafür ein, ich nehme an, der gesamte Landtag, dass auch der Österreichische Sanierungsscheck wieder umgesetzt wird. Auch wenn es nur "600" Euro sind, ist das ein positiver Ansatz, der in der Vergangenheit gesetzt wurde. Ich würde mir wünschen, dass der auch erhöht wird. Aber jetzt ist wieder die Bundesregierung am Zug. Mir wäre es auch lieber, wenn das über die Wintermonate laufen würde, weil gerade wenn Arbeitslosigkeit droht, ist es wichtig, dass Impulse gesetzt werden.

Ich bekenne mich zu einer antizyklischen Wirtschaftspolitik und diese antizyklische Wirtschaftspolitik heißt, dann wenn es Probleme gibt, soll investiert werden. Das ist ein typisches Beispiel im Burgenland, wie wir das gemacht haben.

Zum Sanierungsscheck ist zu sagen, wir fördern Sanierungen mehr als den Neubau und höher als den Neubau eines Einfamilienhauses. Also die Sanierungsmöglichkeiten, Förderungen zu lukrieren, sind besser als bei der

Neuerrichtung eines Einfamilienhauses und auch da sind wir absolute Spitze in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Ulram. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Landeshauptmann! Durch die neue Recycling-Baustoffverordnung kommen wesentliche Mehrkosten im Bereich der Abbruch- beziehungsweise Entsorgungskosten auf die Häuslbauer zu. Um die Ortskerne nicht aussterben zu lassen, muss man dem entgegenwirken.

Werden Sie im Rahmen der Wohnbauförderung die Ortskernförderung erhöhen oder eine zusätzliche Maßnahme zur allgemeinen Ortskernförderung setzen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erstens ist eine der ganz wesentlichen Maßnahmen um den Ortskern zu stärken die Tatsache, dass wir Sanierungen höher fördern als den Neubau. Habe eingangs erwähnt, wie die burgenländische Wohnbauförderung in Relation zu Niederösterreich, Kärnten und Tirol hoch ist und deutlich höher ist, als in den anderen Bundesländern.

Noch höher als die Wohnbauförderung ist im Burgenland die Sanierung. Genau das geht in die Richtung, nämlich bestehende Wohneinheiten, bestehende Häuser zu sanieren, hier finanzielle Anreize zu schaffen, damit diese Sanierungen realisiert werden. Dass nicht an der Peripherie gebaut wird, sondern dass im Ortskern gebaut werden kann.

Der zweite Punkt ist, dass wir einen Ortskernzuschlag in den Gemeinden ja schon haben. Klar definiert: Was ist Ortskern? Wer genau in diesen Bereichen baut, bekommt zusätzlich zur Wohnbauförderung auch den Ortskernzuschlag.

Das gilt auch für den sozialen Wohnbau. Das ist nicht nur an der Peripherie, wo gewidmet wird, Wohnungen entstehen, sondern, dass auch in der Ortsmitte Wohnungen entstehen, das ist durch höhere Förderungen, durch Sanierungen, durch den Ortskernzuschlag. Auch im gesamten Bereich zählen wir zu den besten in Österreich und darauf bin ich stolz.

Vor allen Dingen bei all jenen, die es auch ermöglichen, dass dieses Budget Jahr für Jahr, immerhin in den vergangenen 16 Jahren, seit ich zuständig bin, zur Verfügung gestellt wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Wenn man die letzten zwei Jahre durch das Land fährt, hat man verstärkt das Gefühl, dass ausschließlich die von Ihnen apostrophierten Wohnbaugenossenschaften den Hochbau prägen, da daneben eigentlich sehr wenig im Hochbaubereich passiert.

Tatsache ist, dass die Genossenschaften, nicht nur das Bild des Burgenlandes verändert haben, sondern auch in der Ausführung auf die Bauwirtschaft die wichtigsten Träger sind.

Ich stelle aber im Grunde genommen fest, und ich habe diese Frage schon einmal gerichtet, sie wurde nicht beantwortet, deswegen wiederhole ich sie:

Wie hoch beziffern Sie als Wohnbaureferent, der dafür zuständig ist, die Zahlungsverpflichtungen, sprich die zugesagten Wohnbauförderungsmittel des Landes seitens der Wohnbauförderungen gegenüber den vier im Burgenland aktiven Wohnbaugenossenschaften per Jahresultimo 2015?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Hochbau tut sich im Burgenland sehr viel. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass zum Beispiel das Gymnasium Eisenstadt renoviert wird, wo 30 Millionen Euro von Seiten des Bundes über Initiative am Beitrag des Landes saniert werden. Wir haben uns dafür eingesetzt, jahrelang, dass die HTL neu gebaut wird. Mit über 40 Millionen Euro wird die HTL Eisenstadt neu errichtet.

Es gibt den Bau des Justizzentrums, es gibt in vielen anderen Bereichen der Privatwirtschaft wichtige Bauvorhaben. Ich erinnere hier an Parndorf, wo wieder sehr viel Geld investiert wird, um in entsprechender Form auch das Einkaufszentrum auszubauen.

Ich kann Ihnen eines versichern, die Zusicherungen, die wir den Siedlungsgenossenschaften mit Ultimo 31.12.2015 gegeben haben, und mit Ultimo 31.12.2106, und so weiter, so lange ich zuständig bin, sind durch Rücklagen abgedeckt.

Es gibt keine Zusagen, die nicht durch finanzielle Rücklagen abgedeckt sind. Jede Siedlungsgenossenschaft kann dieses Geld auch bekommen, weil wir die entsprechenden Rückstellungen haben. Das ändert sich und das werden wir immer wieder als Rückstellungen auch haben und den Siedlungsgenossenschaften das Geld geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich höre in Ihren Worten sehr wohl immer wieder, nur die Arbeitslosenzahlen werden nicht weniger mit ihren vielen Schecks und was man alles vergibt und das und jenes. Frage für mich stellt sich eine Ortskernförderung an die Wohnbauförderung gekoppelt, ob das notwendig ist, ob wir nicht auch im Ortskern Häuser die, wenn man durch das Land fährt, schon längst nicht sanierungsfähig sind, wegzureißen, um dort neu zu bauen.

Wenn man keine Wohnbauförderung bekommt, dann bekommt man auch keine Ortskernförderung. Wie sehen Sie als zuständiger Landeshauptmann und somit in Ihrer Zuständigkeit für die Wohnbauförderung, ob wir nicht auch abgekoppelt von der Wohnbauförderung auch einen Scheck für eine Dorf- oder Ortskernförderung ausbezahlen könnten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Unser Bemühen ist es, im Rahmen unserer Möglichkeiten, immer wieder gute Voraussetzungen zu schaffen, damit investiert wird, damit die Wirtschaft wächst. Wachstum und Beschäftigung im Rahmen unserer Möglichkeiten und immerhin 30 Millionen haben wir alleine durch diese Winteraktion an Investitionen im Burgenland ausgelöst.

Warum ist dieser Ortskernzuschlag an die Wohnbauförderung gekoppelt? Ganz klar, weil es Kriterien gibt, unter denen jeder die Wohnbauförderung bekommt oder nicht bekommt. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass es auch Einkommensgrenzen geben soll,

das ist in der Wohnbauförderung auch drinnen. Nämlich, wenn jemand besonders hohes Einkommen hat, bekommt er keine Wohnbauförderung oder eine reduzierte Wohnbauförderung, auch das tritt immer wieder in Kraft.

Ich kann auch sagen, dass wir in den vergangenen 16 Jahren immer wieder auch die Einkommensgrenzen erhöht haben. Warum? Weil auch die Burgenländer - und das ist gut so - immer mehr verdienen und der Mittelstand soll auch in den Genuss der Wohnbauförderung kommen.

Nehmen wir das heraus, haben wir keine Einkommensgrenzen und damit können wir auch den Ortskernzuschlag unter Umständen für jene auch bezahlen, die auch ein sehr hohes Einkommen haben.

Das ist nicht mein Weg. Ich verstehe, wenn Sie eine andere Meinung haben, das ist zu akzeptieren. *(Abg. Manfred Kölly: Es geht aber nicht um die Einkommensgrenze, Herr Landeshauptmann.)* Ich möchte die Kriterien der Wohnbauförderung für alle Bereiche haben und die Einkommensgrenzen sind mir auch sehr wichtig, weil wir nicht unbedingt das Wasser in die Donau tragen müssen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Damit Integration von Menschen nachhaltig gelingt, muss die Arbeit der Regierungsmitglieder sorgfältig aufeinander abgestimmt werden und Vorkehrungen ressortübergreifend erarbeitet werden.

Welche konkreten Maßnahmen haben Sie als „Jugendlandesrätin“ bisher zur Unterstützung der langfristigen Integration von jungen Flüchtlingen in unserer Gesellschaft gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Thema Migration und Integration beschäftigt aktuell die Politik, die Medien und natürlich auch die Gesellschaft.

Im letzten Jahr sind zahlreiche Menschen aus den verschiedensten Gründen aus ihren Heimatländern geflüchtet, und natürlich ist das Thema Integration auch für mich auch als Jugendlandesrätin hier ein sehr wichtiges. Ich glaube, dass eine erfolgreiche Integration nur dann gelingen kann, wenn man den Aufbau sozialer Kontakte stärkt, wenn man die Migrantinnen und die Migranten in das Leben integriert und sich auch mit den fremden Kulturen auseinandersetzt.

Letztendlich sollte man hier vor allem bei den Jugendlichen ansetzen. Denn gerade Menschen sind beimThema Migration und Integration, für mich wichtige Multiplikatoren.

Deswegen haben wir auch seitens des Landesjugendreferates zwei neue Initiativen ins Leben gerufen. Die eine Initiative ist es, dass es eine neue Förderschiene seitens des Landesjugendreferates gibt, die vor allem Projekte von Gemeindejugendreferenten und Jugendorganisationen fördert, die sich gezielt mit dem Thema Integration beschäftigen.

Das heißt, wenn es beispielsweise Migrantinnen und Migranten in gewissen Ortschaften gibt, werden hier bis zu einem Maximalbetrag von 500 Euro seitens des Landesjugendreferates beispielsweise Informationsveranstaltungen zum Thema

Integration und Migration gefördert, auf der anderen Seite aber vielleicht auch gemeinsame Ausflüge oder gemeinsame Sportveranstaltungen.

Das Erlernen unserer Sprache ist natürlich auch ein wichtiger Punkt, wenn es um erfolgreiche Integration geht. Und deswegen ist die zweite Initiative seitens des Landesjugendreferates eine Schulbuchaktion. Diese haben wir gemeinsam mit dem Landesschulrat und auch mit der Burgenländischen Kinder- und Jugendanwaltschaft gestartet. Bei dieser Schulbuchaktion sind die Volksschuldirektorinnen und Volksschuldirektoren gebeten worden, gut erhaltene Schulbücher zu sammeln und zur Verfügung zu stellen, vor allem natürlich in der Unterrichtssprache Deutsch. Diese Schulbücher wurden in den Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zur Verfügung gestellt.

An dieser Stelle möchte ich mich auch hier bei allen Beteiligten bedanken, für die großartige Zusammenarbeit und das große Engagement. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Deutsch als alleinige Pausensprache wurde in der vergangenen Woche seitens des RFJ gefordert.

Bewerten Sie diese Maßnahme in Bezug auf die Integration von jungen Flüchtlingen als zielführend?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Natürlich ist das Erlernen der deutschen Sprache ein sehr wichtiger Faktor bei einer gelungenen Integration, aber ich glaube, das Thema ist viel zu komplex, um es jetzt auf so einzelne Aussagen herunterzumünzen, aber natürlich ist das Erlernen einer Sprache ein wichtiger Faktor.

Auf der anderen Seite ist es natürlich sicherlich zielführend, wenn Migrantinnen und Migranten, die sich vielleicht in Deutsch noch besser verständigen können, auch in der Pause entsprechend mit ihren gleichsprachigen Kollegen unterhalten und damit auch durch Übersetzungen zum Erlernen der deutschen Sprache hier behilflich sein können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Wie Sie gerade eben gesagt haben, ist das Erlernen der Sprache sehr wichtig. Ich glaube, dass durch die Sprache Bildung vermittelt werden kann und damit Jobchancen verbessert werden und eine bessere Integration möglich ist.

Wie stehen Sie zu verpflichtenden Sprachsommerkursen für junge Flüchtlinge, unterstützt vom Land Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Ich unterstütze jede Maßnahme, die dazu beitragen kann, die Sprachförderung zu unterstützen. Wie Sie bereits gesagt und ich auch mehrmals gesagt habe, ist es ein ganz essentieller Punkt, dass die Sprache beherrscht wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Landesrätin! Zur Integration der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge beziehungsweise dann Jugendlicher, auch wenn sie mit Eltern da sind, ist auch der Bildungsweg wesentlich.

Was sehen Sie für Möglichkeiten, dass hier Jugendliche in Lehrausbildungen hineinkommen, weil wir im Burgenland auf der einen Seite viele freistehende Lehrstellen haben und sehr bildungswillige und arbeitswillige Jugendliche aus dem Ausland auf der anderen Seite?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Ich bin hauptressortzuständig weder für Integration, noch für Ausbildung. Allerdings, wir haben ja ein Regierungsmitglied, das dafür zuständig ist, das ist der Herr Landesrat Darabos.

Natürlich unterstütze ich jede Möglichkeit, Jugendliche auch hier zu integrieren und dabei auch behilflich zu sein, aber ich glaube, dass der Herr Landesrat Darabos sehr gute Initiativen setzen wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte schön.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Für uns als ÖVP ist es schon wichtig nachzufragen, wie Sie zu der Forderung Ihres Koalitionspartners bezüglich der Abschaffung fremder Sprachen in den Pausen stehen.

Als Jugendlandesrätin glaube ich, ist es wichtig, den jungen Menschen im Burgenland zu sagen, ob Sie das jetzt möchten oder nicht.

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich sage es gerne nochmals. Unsere deutsche Sprache ist natürlich sehr, sehr wichtig. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es geht um die Verpflichtung.)* Auf der anderen Seite glaube ich, dass eine Verpflichtung in der Pause nicht unbedingt der zielführende Weg ist. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Danke schön! – Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Rosner an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher den Herrn Landtagsabgeordneten Rosner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Computertomographie (CT) und Magnetresonanztherapie (MRT) sind wichtige Instrumente der Gesundheitsprophylaxe. Die lange Wartezeit auf einen Untersuchungstermin stellt für die Betroffenen oft eine zusätzliche psychische Belastung dar. Wer es sich leisten kann, entscheidet daher oft, diese Leistungen bei privaten Anbietern selbst zu bezahlen.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie als zuständiger Landesrat für Gesundheit, damit betroffene Patienten keine langen Wartezeiten in Kauf nehmen müssen und keine Zweiklassengesellschaft im Gesundheitssystem entsteht?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Computertomographie und Magnetresonanz sind tatsächlich wichtige

Instrumente der Gesundheitsprophylaxe, aber auch, wenn dann schon etwas passiert ist, also wir brauchen diese Geräte.

Wenn Sie auf die Zweiklassengesellschaft oder Zweiklassenmedizin abzielen, möchte ich schon sagen, dass ich mich dunkel an eine Zeit erinnern kann - zwischen 2000 und 2006 -, wo es ziemlich stark in Richtung Zweiklassenmedizin gegangen ist.

Ich danke Ihnen für die Frage, weil Sie mir die Möglichkeit eröffnet, Ihnen zu sagen, was tatsächlich passiert und passiert ist. Gerade in Ihrer Heimatstadt, wo Sie auch Bürgermeister sind, haben wir es geschafft, dieses Angebot im Gegensatz zu anderen Bundesländern zu erweitern, dass wir hier auch dafür sorgen, dass Menschen jetzt die Wartezeiten verkürzt bekommen, indem wir dafür sorgen, dass zwischen Montag und Freitag, jetzt in Oberwart, im Krankenhaus Oberwart, eine Ausweitung der Behandlungszeiträume um 38 Stunden gewährleistet werden kann.

Dass wir damit von Montag bis Freitag dafür sorgen, auch von 16.00 bis 22.00 Uhr, hier diese ganz wichtigen medizinischen Instrumente zur Verfügung zu stellen und dass wir am Samstag von 8.00 bis 16.00 Uhr dafür sorgen, dass diese Einrichtungen auch von Menschen in Anspruch genommen werden können, die arbeiten und damit die Möglichkeit haben, hier auch am Wochenende in den - ob das ein Genuss ist, weiß ich nicht - aber zumindest, dass sie die Möglichkeit haben, diese wichtigen Instrumente in Anspruch zu nehmen.

Wir haben in den letzten Wochen als einziges Bundesland darauf reagiert, dass es hier Wartezeiten gegeben hat, die auch aus meiner Sicht unzumutbar sind.

Ihre Frage ist gut aufgelegt, danke, weil es auch zeigt, dass wir hier in diesem Bereich sehr rasch reagiert und auch dafür gesorgt haben und dafür sorgen, dass die Menschen auch im öffentlichen Bereich diese ganz wichtigen Einrichtungen im medizinischen Bereich in Anspruch nehmen können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie wissen genau, dass vor der Verlängerung der Öffnungszeiten mehr Leistungen erbracht wurden, um auch den Rückstau bei den Untersuchungsterminen zu bearbeiten. Daher ist davon auszugehen, dass die neuen Öffnungszeiten das Problem nicht ganz lösen. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Kann es Ihrer Meinung nach sein, dass es zu einer Verschiebung von Leistungen von den stationären Bereichen in den niedergelassenen Bereich kommen wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Auch das ist eine Frage, das wurde von meiner Kollegin schon angesprochen. Die Fragestunde ist natürlich da, dass man Fragen stellt, aber das ist ein sehr komplexes Problem.

Ich bin durchaus Ihrer Meinung, dass wir in diesem Bereich auch noch einigen Aufholbedarf haben. Ich sehe auch, dass es niedergelassene Ärzte gibt, die durchaus bereit wären, ein zusätzliches Angebot hier auch bereitzustellen. Diesbezüglich müssen wir aber mit der Ärztekammer und mit der Gebietskrankenkasse als wichtigster Sozialversicherungsträger in dem Bereich auch noch Gespräche führen.

Aber grundsätzlich würde ich schon meinen, dass es in unser aller Sinn ist, und die ÖVP war ja damals auch dabei, was die gesundheitspolitische Herausforderung betrifft und auch was den neuen Sozial- und Gesundheitsplan im Burgenland betrifft, dass man

auch anerkennt, dass wir auf diese neuen Herausforderungen relativ rasch reagiert haben und dass wir besser als andere Bundesländer gerüstet sind.

Im Übrigen möchte ich auch dazu sagen, dass wir auch daran arbeiten, mit einem der gemeinsamen Träger von uns, wir haben vier KRAGES-Spitäler, eines, das von den Barmherzigen Brüdern betrieben wird, ein Schwerpunktspital im Burgenland, auch daran arbeiten, hier im Norden, genauso wie jetzt in Oberwart im Süden, und das wird in Oberwart sehr gut angenommen, auch dafür sorgen, dass im Norden die gleiche Versorgung, die Erweiterung des Angebotes auch im Norden bewerkstelligt werden soll. Das kostet uns einiges, aber das ist gut investiertes Geld.

Gesundheitspolitik und Sozialpolitik sind aus meiner Sicht eine der wichtigsten Säulen einer intelligenten und guten Politik insgesamt im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Verursachen die MRT-Untersuchungen im niedergelassenen Bereich höhere Kosten im Vergleich zum stationären Bereich? Wenn ja, wer kommt für die eventuellen Mehrkosten auf?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich sehe jetzt hier keine Mehrkosten. Es ist einfach so, dass wir in sehr vielen Bezirken auch das Angebot haben und die Menschen, wenn sie privat in diesen Bereich einsteigen, natürlich auch privat zahlen müssen.

Ich bin der Meinung, und damit sind wir beim Beginn Ihrer Frage, dass wir nicht in Richtung Zweiklassenmedizin gehen sollten. Ganz im Gegenteil, ich arbeite täglich daran, dass es eine Einklassenmedizin gibt und dass vor allem jene, die sozial bedürftiger sind, auch die gleichen Leistungen hier in Anspruch nehmen.

Mir taugt es überhaupt nicht - ich sage das hier jetzt sehr salopp -, wenn irgendwer privates Geld in die Hand nimmt, um dann vielleicht früher dranzukommen. Das ist nicht mein politisches Ziel, weder gesundheitspolitisch, noch gesellschaftspolitisch gedacht. Kosten gibt es natürlich überall.

Wir sind in täglichen Verhandlungen und auch - ich will nicht sagen im Clinch, aber durchaus auch, was standesmäßige Vertretungen betrifft - also mir wäre lieber, es gibt junge Ärzte beispielsweise, auch aus meinem Heimatbezirk, die bereit wären, auch zusätzlich im MRT-Bereich oder im CT-Bereich tätig zu werden, wo Standesinteressen auch dagegenstehen, weil die Ärztekammer sagt, es gibt jetzt noch Ärzte, die schon in diesem Bereich tätig sind und die wollen wir auch schützen.

Gut, das ist die eine Meinung. Mir wäre lieber, wenn das Angebot erweitert werden könnte, vor allem wenn auch die Ärzte und Ärztinnen privates Risiko tragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Ing. Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist eine

staatliche Kernaufgabe. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Burgenländerinnen und Burgenländer und die objektiven Zahlen im Land divergieren aber seit längerer Zeit.

Welche Maßnahmen haben Sie seit Ihrem Amtsantritt getätigt, um das Sicherheitsgefühl der Burgenländerinnen und Burgenländer zu erhöhen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben das Projekt „Sicheres Burgenland - Sei dabei!“ ins Leben gerufen. Das heißt, es gibt ein neues Hauptreferat Sicherheit, das hat es noch nie gegeben. Der Stellenwert im Bereich Sicherheit hat sich im Burgenland enorm erhöht.

Wir haben auch schon vor der Wahl immer davon gesprochen, wir wollen Grenzkontrollen. Wir haben auch vor der Wahl unseren Wahlspruch gehabt, nicht jeder, der will, bekommt Asyl. Das heißt, alles was wir auch vor der Wahl gesagt haben, kommt jetzt in die Arbeit, in die politische Arbeit.

Wir haben sofort nach der Wahl, nach meinem Amtsantritt, Grenzkontrollen gefordert, das hat die ÖVP strikt abgelehnt, auch der damalige Polizeidirektor Doskozil hat das abgelehnt.

Wir haben auch gefordert, Kontrollen im grenznahen Raum, das hat speziell die ÖVP abgelehnt, wo man gesagt hat, man soll nicht Kofferraum auf - Kofferraum zu, also man hat das einfach schlicht abgelehnt. Aber trotzdem hat sich das Rad dann so gedreht, dass eigentlich alles eingetreten ist, was wir gefordert haben.

Wie gesagt, es ist so, dass wir das Projekt Sicherheitspartner ab September starten werden, da sind wir in den Gemeinden unterwegs. Dieses Projekt Sicherheitspartner ist auch gekoppelt in das Projekt Alarmanlagen und das ist wirklich deshalb erstmalig, oder erstklassig, oder vielleicht österreichweit sogar als Vorbildwirkung zu sehen, dass diese Alarmanlagen, die sehr günstig erworben werden können und schon seit längerem von der Wohnbauförderung, sprich vom Landeshauptmann mit 30 Prozent gefördert werden, dass diese Alarmanlagen direkt zur Landessicherheitszentrale geschalten werden.

Das ist genau das, was es noch nie gegeben hat. Diese Alarmanlagen werden wir so gestalten, dass sie beim Erwerb unter 1.000 Euro fallen werden, das heißt, wenn man die 30 Prozent dann auch berücksichtigt und auch mit der Energie Burgenland gibt es ein Modell, das wir erarbeiten, wo sich die Energie Burgenland auch beteiligt.

Das heißt, dieses Projekt Alarmanlagen, Sicherheitspartner Burgenland, Bürgerservice Burgenland, „Sicheres Burgenland - sei dabei!“, das am 1. September zur Umsetzung kommt, das ist sicher ein Projekt, das aus meiner Sicht österreichweit Anerkennung finden wird.

Der Bereich Sicherheit ist natürlich nicht nur der Bereich Polizei, sondern auch natürlich Bereich Bundesheer, Bereich Feuerwehr, Sicherheit am Arbeitsplatz, Sicherheit im sozialen Bereich, Sicherheit im Verkehr, Verkehrssicherheit. Der Bereich Sicherheit hat einen Stellenwert im Burgenland bekommen, den er noch nie gehabt hat.

Wie gesagt, abschließend noch zu diesem ersten Statement, es gibt ein Hauptreferat Sicherheit, das es noch nie gegeben hat. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Kofferraum auf - Kofferraum zu, an den Grenzen ist nicht

Ihr Kompetenzbereich, das wissen Sie. Grenzkontrollen hat es vorher, hat es nachher gegeben, ob Sie in der Regierung sind oder nicht.

Ihre Alarmanlagen-Förderung ist eine weit schlechtere als über die Wohnbauförderung, und ein neues Hauptreferat Sicherheit habe ich noch nicht in der Öffentlichkeit bemerkt.

Sie befinden sich nunmehr, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, zehn Monate in Ihrer Tätigkeit. Diese Zeit war von Ankündigungen geprägt. Woche um Woche vergeht, aber es geschieht nichts Konkretes. Insbesondere nicht bei Ihrer Bürgerwehr. Aus dem Ankündigungsriesen ist auch hier ein Umsetzungszwerg geworden.

Warum liefern Sie keine konkreten Ergebnisse und arbeiten endlich für dieses Land?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Diese Frage ist leicht zu beantworten. Weil ich nicht bei der ÖVP bin. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, das ist aber eine Antwort. Wäre gescheiter.)*

Faktum ist natürlich, unter der ÖVP würde es keine Grenzkontrollen geben. Wenn die ÖVP in der Regierung wäre, würde es nicht die Möglichkeit geben, den Bereich Sicherheit so aufzuwerten. Und das ist nämlich genau das Problem.

Aber natürlich, wenn es eine gute Arbeit ist, braucht es auch Zeit. Dieses Projekt Sicherheitspartner wird mit 1. September beginnen, wo auch zusätzlich eine Schulwegsicherung dabei sein kann, wo alle Gemeinden die Möglichkeit haben, direkt abgestimmt auf die eigene Gemeinde, ein Programm zur Umsetzung zu bekommen, das es noch nie gegebenen hat.

Das heißt, es gibt auch Kontrollfahrten, es gibt Nachschauhaltungen, es gibt die Möglichkeit, dass man auch sagt, diese Sicherheitspartner machen vielleicht einen Apothekendienst, machen einen Arztdienst. Zum Bereich Sicherheit gibt es auch ein Bürgerservice, das noch nie dagewesen ist.

Dass das natürlich nicht von einem Tag auf den anderen stattfinden kann, ist auch deshalb schon erklärbar, weil es natürlich auch einer wissenschaftlichen Begleitung bedarf.

Das heißt, das kann ja nicht so sein, dass man einfach sagt, ich habe eine gute Idee, sondern das wird wissenschaftlich begleitet.

Wenn Sie sagen, die Alarmanlagen sind jetzt schlechter gefördert, die Ansage verstehe ich überhaupt nicht, ich weiß nicht, wo das hingehen soll. Denn diese Alarmanlagen sind genauso noch gefördert wie vor zwei Jahren und zusätzlich gibt es jetzt noch doppelte Bonuspunkte der Energie Burgenland, da sind wir auch noch in Verhandlung.

Ich weiß nicht, warum das jetzt schlechter oder besser sein sollte. Faktum ist, diese Alarmanlagen werden direkt zur Landessicherheitszentrale geschaltet und das ist der Punkt. Das heißt, der Täter kann die Alarmanlage nicht zerstören, sondern das kommt zur Landessicherheitszentrale und somit ist die Sicherheit gewährleistet. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Die Fragestunde wird nicht ausreichen, um das auszudiskutieren. Aber wir haben im Laufe des Tages bei dem einen oder anderen Antrag sicher noch Gelegenheit dazu.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt ist Teil eines Pilotprojektes. Eines Pilotprojektes des Innenministeriums, mit dem Titel „Gemeinsam sicher“. Die Initiative fußt auf der Zusammenarbeit von Polizei und Bevölkerung, dem sogenannten Community Policing. Sicherheitsbürger stellen ein Bindeglied zwischen Bevölkerung und Polizei dar.

Können Sie sich eine Ausweitung dieses Systems auf alle burgenländischen Gemeinden vorstellen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Dieses Community Policing wird sicher die Möglichkeit geben, dass man auch mit den Sicherheitspartnern zusammenarbeitet. Warum auch nicht?

Was mir an diesem Projekt fehlt, ist, dass es nicht sehr weitgreifend ist. Einfach zu sagen, jetzt gibt es einen Sicherheitsgemeinderat ist zwar schön und gut, aber dann brauchen wir irgendwann einmal einen Sozialgemeinderat, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Haben wir schon. Das gibt es schon. Europagemeinderat …)* einen Arbeitsgemeinderat, einen Baukostengemeinderat. Okay, dann haben wir zukünftig, wenn die ÖVP an der Regierung ist, gibt es zukünftig für jeden Bereich einen eigenen Gemeinderat, der eigentlich dann überhaupt nichts zu bewerkstelligen hat. Aber es soll so sein.

Ich glaube, dass solche Projekte auch in Zusammenarbeit mit der Polizei, auch das Community Policing möglich ist, dass man hier dann gemeinsam ein Projekt in Zusammenarbeit mit der Polizei entwickelt, wo wirklich erstklassige Arbeit geleistet wird. Auch hinkünftig vielleicht auch auf Ausweitung auf andere Bundesländer.

Ich bin überzeugt davon, ich sage Ihnen eines, weil Sie noch vorher die Alarmanlagen angesprochen haben, also es gibt sehr viele Bürgermeister, die zu mir sagen, wann startet bitte das Projekt, Direktschaltung zur Landessicherheitszentrale. Wann bitte bekommen wir die ersten Angebote, wo eine Alarmanlage unter 1.000 Euro erhältlich ist? Wann startet das endlich? Sogar Bürgermeister aus der Gemeinde Pama, Kittsee und so weiter und so fort, also bis hin in den Süden. Auch Menschen sprechen mich an und sagen, das ist wirklich die geniale Idee, diese Alarmanlagen direkt zur Landessicherheitszentrale zu schalten. Ich bin überzeugt davon, dass sich alle Täter wirklich Gedanken machen werden, ob sie dort einbrechen oder nicht. Aus meiner Sicht eine hervorragende Aktion. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Das subjektive Sicherheitsgefühl ist natürlich sehr weitreichend. Im vergangenen Sommer haben Sie die Ausgangssperre für Asylwerber eingefordert.

Wie stehen Sie weiterhin zu dieser Forderung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Während der Registrierung gibt es ja diese Ausgangssperre. Also in der Registrierungsphase, und ich habe eigentlich sonst nichts anderes gesagt, ich glaube auch, dass man im Asylbereich und das ist wirklich meine felsenfeste Überzeugung, klar denken sollte und sich nicht von irgendwelchen Gedanken so mancher Gutmenschen da beeinflussen lassen sollte. Denn

alles, was jetzt passiert, war eigentlich damals schon Anregung der Freiheitlichen Partei österreichweit.

Was jetzt zur Umsetzung kommen sollte, war eigentlich immer schon die Initiative der FPÖ. Ich bin davon überzeugt, dass auch in Zukunft die Politik gut beraten wäre, die Bundesregierung, wenn man sich mehr und mehr an Freiheitliche Themen halten würde.

(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ausgangssperre ja?) Das gibt es schon, während der Registrierung gibt es sie. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also während der Registrierung - Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird vom Herrn Abgeordnetem Wiesler gestellt. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben vorher kurz angeführt, dass auch die Feuerwehr zur Sicherheit beiträgt.

In letzter Zeit haben sich die Anzeigenfluten gegen Vereinsfeste vermehrt. Vereinsfeste machen Katastrophenhilfsdiensten, eben wie der Feuerwehr, schwer zu schaffen. Am Ende fehlt das Budget für notwendige Anschaffungen zur Aufrechterhaltung des Betriebes und der Sicherheit.

Finden Sie es in Ordnung, *(Abg. Manfred Kölly: So schnell geht das.)* dass Katastrophenhilfsdienste in die Verordnung der Vereine hineinfallen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Danke Herr Abgeordneter. Das Thema ist ganz wichtig. Es ist deshalb sehr wichtig, weil es natürlich ein Bundesthema ist.

Wenn der Herr Finanzminister Schelling versucht, jetzt die Daumenschraube soweit zu drehen, dass man die Feuerwehren aushungert, und das ist derzeit der Fall, wenn man versucht, auch von den Feuerwehren Steuern zu bekommen, dann ist das natürlich eine fatale Geschichte.

Denn man darf auch nicht vergessen, dass, wenn es keine Freiwilligen Feuerwehren mehr gibt, dass es dann halt Berufsfeuerwehren geben muss und da wäre ich gespannt, ob der Herr Minister Schelling auch hier bereit wäre, einmal ein Konzept vorzulegen, wie diese Berufsfeuerwehren dann zu bezahlen sind.

Denn desto mehr als man die Freiwilligen Feuerwehren belastet, sei es in der Umsatzsteuer, sei es in diesem steuerlichen Bereich der Vereinsfeste, desto schlimmer wird das werden.

Ich weiß auch schon, dass sehr viele Feuerwehren natürlich diesbezüglich ganz geradlinig diskutieren. Das heißt, mein Ansatz wäre, dass der Herr Finanzminister Schelling hier dringend etwas ändert. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Klar denken in der Politik finde ich schon eine gute Ansage. Darauf bezieht sich jetzt auch meine Rückfrage. Sie haben vorher wiederum eine Verknüpfung von Asylwerbenden und der Sicherheit im Land dargestellt. Auf welche geprüften Zahlen im Burgenland berufen Sie sich, wenn Sie sagen, die Sicherheit ist durch Asylwerbende weniger gegeben, als es in den Jahren davor war? Oder ist das ein Bauchgefühl oder so?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Absolut nicht. Faktum ist natürlich, man darf Asylwerber und Zuwanderung nicht vergleichen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sie haben Asyl gesagt.)* Man darf auch nicht Wirtschaftsflüchtlinge damit vergleichen, denn dieser Themenkomplex ist natürlich weitreichender. Faktum ist natürlich, dass es keine Registrierung gegeben hat, wo Hunderttausende durch Österreich gekommen sind. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Zahlen!)*

Weil es keine Registrierung gegeben hat, sind sogar auch österreichweit über zehn Prozent nicht mehr zur Registrierung aufgetaucht. Die sind einfach irgendwo weg. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sicherheit!)*

Das heißt, dieses Gesamtthema Asyl, und man schreibt da auch Asyl, ist ja nicht nur ein Asylthema, sondern hat mit der Gesamtzuwanderung, mit der Einwanderung in Österreich zu tun. Wir sind kein Einwanderungsland und deshalb ist es sehr gefährlich, hier alles natürlich mit dem Deckmantel Asyl sozusagen zu verflachen und zu sagen, es ist ja eigentlich ohnehin nichts passiert. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Könnten Sie bitte meine Frage beantworten.)*

Die Armen brauchen alle nur Asyl. Wichtig ist, dass man eine gerade Linie hat und dass man auch darauf hinweist, zu welcher Kriminalität es durch diese Zuwanderung, durch diese Masseneinwanderung, kommen kann. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Es gibt also darüber keine Zahlen. - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zum Aufruf der fünften Anfrage. Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz sprach sich Anfang Feber gegen eine Tagsatzerhöhung für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen von 77 auf 95 Euro aus und kündigte an, den diesbezüglichen Beschlüssen in der Landesregierung und im Landtag nicht zuzustimmen. Im Gegensatz dazu wurde vom Land Burgenland aber bereits im Vorjahr eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der - rückwirkend mit 1. August 2016 - das Land bereits 95 Euro pro Tag bezahlt.

Wie beurteilen Sie die Forderung Ihres Regierungskollegen, obwohl das Land Burgenland bereits die Vereinbarung mit dem Bund unterzeichnet hat?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das stimmt so nicht. Der Herr Landeshauptmann hat eine 15a-Vereinbarung unterzeichnet, die zum Inhalt hat, dass man von 77 bis 95 Euro in diesem Bereich den Sie hier angesprochen haben, gehen kann. Das heißt, es geht um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und diese 15a-Vereinbarung wurde vom Landeshauptmann unterzeichnet.

Sie ist aber hier jetzt noch ausständig, hier im Landtag beziehungsweise in der Regierung auch ratifiziert zu werden. Ich möchte das aber zum Anlass nehmen, um auch noch einmal klar zum Ausdruck zu bringen, dass das Burgenland jenes Land ist, das im Prozentsatz die meisten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auch aufgenommen hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben hier keine Bringschuld sondern wir sind vorbildlich in Österreich was diesen Bereich betrifft. Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, Ihnen zu sagen, dass das Burgenland derzeit zu 98 Prozent, weil das auch immer wieder von Ihnen gekommen ist, die Quote erfüllt. Zu 98 Prozent! Im Gegensatz beispielsweise zu Tirol, das die Quote mit nur 86 Prozent erfüllt, wobei das in absoluten Zahlen noch dramatischer ist, denn in Tirol fehlen 996 Plätze, im Burgenland derzeit 37.

Interessant für mich ist, und das wird auch mit dem neuen Innenminister zu diskutieren sein, warum plötzlich, wo wir schon die 100 Prozent-Quote erfüllt hätten, aus dem Bereich Traiskirchen bei uns Menschen abgezogen worden sind. Ein Schelm der da etwas denkt, dass man diese 100 Prozent im Burgenland zum jetzigen Zeitpunkt nicht zulassen möchte. Das ist zu diskutieren. Wir haben in Kärnten minus 674, wir haben in Salzburg eine Quote von knapp über 90 Prozent. Wir haben mit Wien das einzige Bundesland, das in diesem Bereich mit einem Plus von 3.000 vorbildlich handelt. Das schafft auch damit die Möglichkeit, dass sozusagen andere Bundesländer ausgeglichen werden.

Aber es ist schon interessant zu beobachten, dass gerade auch Bundesländer, wie bereits gesagt, Tirol und Salzburg aus meiner Sicht säumig sind. Wir werden uns gemeinsam mit dem Regierungspartner auch in den nächsten Wochen darauf verständigen, wie viel wir auch tatsächlich pro unbegleiteten Minderjährigen auszahlen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie diskutieren ja nicht nur auf Landesebene mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, sondern auch auf Bundesebene mit den anderen Sozialreferenten. Sie haben sich eindeutig positioniert, dass Sie gegen eine Kürzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind. Es gibt jetzt innerhalb der Parteien Diskussionen. Die ÖVP hat sich eindeutig positioniert, die Freiheitliche Partei Österreichs ebenfalls. Sie tritt für Kürzungen ein.

Insbesondere für Asylberechtigte, die beispielsweise an Werteschulungen oder Deutschkursen nicht teilnehmen. Werden Sie derartige Kürzungen als zuständiges Regierungsmitglied in der Diskussion auf Bundesebene, so wie von Ihrem Regierungspartner gefordert, auch mittragen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist ja nicht vom Regierungspartner allein, sondern auch von der ÖVP auf Bundesebene gefordert worden. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Habe ich erwähnt!)* Da gibt es sogar den Vorschlag, *(Abg. Christian Sagartz, BA: Habe ich bereits erwähnt.)* 1.500 Euro sozusagen zu deckeln. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Genau!)* Das ist eine Diskussion, die hat es in sich. Die werden wir in den nächsten Wochen zu führen haben.

Das hat zwar nichts mit der Grundsatzfrage zu tun, die Sie an mich gestellt haben, *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wir diskutieren.)* aber wir werden uns mit dieser Frage auseinandersetzen, denn ich bin auch der Meinung, dass es auf jeden Fall notwendig ist, auch dafür zu sorgen, dass man mit Maßnahmen, auch restriktiven Maßnahmen, dafür sorgt, dass man eben diese Kurse, die auch angeboten werden, auch annimmt und das Menschen, die sich unseren Wertevorstellungen nicht annähern, hier dementsprechend auch mit finanziellen Sanktionen zu belegen sind.

Dazu stehe ich zu 100 Prozent als Sozialdemokrat. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Ah, so?)* Ich sage Ihnen auch offen, dass das auch so eine Sache ist, aber ich durfte mich ja nicht zu Wort melden, wie Sie die Kollegin Eisenkopf angesprochen haben. Welches Bundesland hat als erstes die Wertekurse gemacht? *(Abg. Christian Sagartz, BA: Sebastian Kurz in einem Memorandum.)* Das Burgenland gemeinsam mit dem Herrn Außenminister Sebastian Kurz! *(Abg. Christian Sagartz, BA: Kurz war hier Vorreiter.)*

Das möchte ich auch schon in diesem Kreis anmerken, obwohl wir im Burgenland eine andere Regierungskoalition und eine andere Konstellation haben. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Da sieht man wie hier Sebastian Kurz agiert.)* Sie können sich aber darauf verlassen, dass meine Handschlagqualität auch in diesem Bereich gilt und dass wir das, was wir gemeinsam mit dem Herrn Außenminister ausgemacht haben, auch durchziehen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! In aller Kürze angemerkt: Natürlich haben auch Sie kein negatives Wort seitens der ÖVP-Burgenland dazu gehört. Sebastian Kurz hat Handschlagqualität, hat sich gute Partner ausgesucht und wird auch im Burgenland Projekte umsetzen. Ich möchte an dieser Stelle auch anmerken, dass es eine weitere Diskussion gibt, nämlich, die Frage, ob Mindestsicherungsbeiträge in Form von Sachleistungen erbracht werden sollen?

In wie weit können Sie sich eine Höhe eines Prozentsatzes vorstellen, der 50 Prozent überschreiten würde, wo Mindestsicherung ausbezahlt wird? *(Abg. Ilse Benkö: Woher soll er das jetzt wissen?*

Ich habe eigentlich nur angemerkt, dass der Herr Landesrat bei Anfragebeantwortungen für die politische Kultur im Landtag einen guten Beitrag macht, andere tun das nicht.

Präsident Christian Illedits: Die Frage bitte!

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP) *(fortsetzend)*: Ich habe sie schon gestellt, ich habe das nur mehr kommentiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Er hat sie schon gestellt. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Dann ist die Frage gestellt und der Landesrat ist am Wort. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch hier eine offene Antwort. Die Prozentsätze habe ich noch nicht im Kopf, aber ich bin durchaus bereit, diese Sachleistungen - und das halte ich auch für richtig. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Auch über 50 Prozent denkbar?) Denkbar schon*, aber das muss man auch auf politischer Ebene verhandeln.

Wir haben ja auf politischer Ebene auch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern aus der ÖVP, die in Regierungsfunktion sind, hier durchaus konstruktive Gespräche geführt. Aber, ich halte es durchaus für möglich und sinnvoll, dass Sachleistungen statt Geldleistungen ausbezahlt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landesrat! Ich komme auf die Ursprungsfrage zurück und habe eine Zusatzfrage, weil mir Ihre Antwort ein bisschen zu

wenig konkret war. Eine gute Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen braucht ja eine sehr gute sozialpädagogische Betreuung. Wann können die Betreiber und Betreiberinnen dieser Einrichtungen mit einem Tagsatz von 95 Euro rechnen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Mit einem Betrag von 95 Euro können sie gar nicht rechnen, das ist jetzt noch Verhandlungsmasse. Ich bin der Meinung, dass wir auch in diesem Bereich, und das würde auch den Rahmen dieser Fragestunde sprengen, trotzdem auch klar zum Ausdruck bringen müssen, dass gewisse Leistungen im Burgenland einfacher auch finanziell zu erbringen sind, als beispielsweise im städtischen Bereich in Wien. Also insofern werden wir hier auch einen Beitrag - aus meiner Sicht - dazu leisten, dass es eine konstruktive Diskussion gibt und auch einen angemessenen Beitrag für diese unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, denn es ist ja ein eigener Bereich.

Es geht ja auf der einen Seite um die Flüchtlinge im Erwachsenenbereichen, aber hier geht es bei den 77 bis 95 Euro nur um den Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, wo wir, wie gesagt, im Burgenland prozentuell die meisten haben. Wir werden in den nächsten Wochen zu einem Ergebnis kommen, das Ihnen im Landtag natürlich vorgelegt werden wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Wolf. Sie können sich ruhig auch früher melden, das macht nichts. Das geht auch früher. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Entschuldigung. Mache ich gerne.)*

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Zur Diskussion bezüglich Asylflüchtlingen im Burgenland meine Frage. Es ist ja erwiesen, und Sebastian Kurz hat es seit Jahren schon unterstrichen, dass vor allem Integration auch durch Sprache funktioniert. Wie stehen Sie hier als selbsternanntes Bollwerk in der Regierung zur Forderung der FPÖ, dass man die Sprachen, die Fremdsprache, in den Pausen verbietet? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Die Kollegin Astrid Eisenkopf hat das schon beantwortet. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ist das auch Ihre Meinung?)* Sie wissen, ich bin Burgenland-Kroate und das ist im Burgenland eine sehr sensible Geschichte. Ich bin dagegen, dass in der Pause die Sprache jetzt nur Deutsch sein sollte. *(Ein Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten: Bravo!)* Ich bin aber auch der Meinung, dass natürlich Integration über die Kenntnis der deutschen Sprache erfolgen muss. Das ist, glaube ich, auch Ihre Meinung in der ÖVP. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich würde jetzt da keinen Widerspruch sehen, aber wenn sich Menschen kroatisch, romanes oder ungarisch unterhalten, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Türkisch!)* würde ich das nicht unter Strafe stellen, sondern würde das für in Ordnung befinden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - Abg. Christian Sagartz, BA: Darüber kann man reden.)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zum Aufruf der sechsten Anfrage. Die sechste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Wolfang Sodl an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl gerichtet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben angekündigt, dass das Land Burgenland in vielen Bereichen neue Wege einschlagen wird. Einer dieser Wege ist, auf die wissensbasierte Wirtschaft zu setzen. Forschung, Entwicklung und Innovation ist für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes von großer Bedeutung. Sehr geschätzter Herr Landeshauptmann: Wie sehen die Planungen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation im Burgenland konkret aus?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Wir begehen im heurigen Jahr ein kleines Jubiläum, nämlich, 95 Jahre Burgenland bei Österreich. Wir werden das in bescheidenem Rahmen, auch im Rahmen einer Festsitzung begehen, um ein bisschen zurück zu schauen und in die Zukunft zu blicken.

Das Burgenland war ein Agrarland. Das Burgenland war ein Land mit der schwächsten wirtschaftlichen Entwicklung. Das Burgenland war ein Land mit einem niedrigen Bildungssystem. Wir sind auf dem Weg vom Agrarland zum Innovationsland. Ich denke, dass die Strategie - auch unserer Vorgänger - eine gute war, nämlich, zunächst auf Bildung zu setzen, Infrastruktur aufzubauen, die Dienstleistung in den Vordergrund zu stellen und natürlich viele Betriebsansiedlungen in das Burgenland zu bringen.

Wir sind heute aufgrund dieser guten Entwicklung in der Vergangenheit in der Lage, den nächsten Schritt in der Entwicklung des Burgenlandes zu setzen. Der nächste Schritt in der Entwicklung des Burgenlandes heißt, auf Forschung, Entwicklung und Innovation zu setzen. Diese Forschung, Entwicklung und Innovation ist auch - das sage ich auch offen - ein Defizit des Burgenlandes. Hier sind wir im österreichischen Ranking noch sehr weit hinten. Wir haben aber schon deutlich zugelegt und aufgeholt.

Im Jahr 2002 betrug die Forschungsquote im Burgenland 0,55 Prozent des BIPs. Wir haben auf 0,7 Prozent gesteigert und sind aktuell bei 0,9 Prozent. Wir sind jenes Bundesland, das die höchsten Zuwachsraten im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation hat. Aber, natürlich von niedrigem Niveau - und wir haben noch immer Defizite. Wir wollen auch in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren die Forschungs- und Innovationsquote natürlich weiter anheben. Wir wollen hier deutlich über ein Prozent kommen, Schritt für Schritt, step by step. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es waren viele Voraussetzungen notwendig, um sich in diese Richtung auch entwickeln zu können. Wir haben die Burgenländische Forschungsstrategie in Auftrag gegeben. Es gibt einen Expertenbeirat. Ich bin auch sehr froh, dass hier eine der großen österreichischen Persönlichkeiten, die Frau DDr. Ambros federführend das Land Burgenland mitunterstützt, denn aufgrund ihrer Erfahrung ist sie österreichweit eine wichtige Person, die darauf achtet, dass hier strukturiert vorgegangen wird, dass Projekte ausgewählt werden, die diesen Innovationsgehalt haben und vor allen Dingen auch Betriebe motiviert werden, im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation, auch entsprechend zu investieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir können sie unterstützen.

Wir haben 52 Millionen Euro in den letzten Jahren für Forschung, Entwicklung und Innovation ausgegeben und 30 Prozent die Forschungsquote gesteigert. Es sind jetzt ungefähr 67 Millionen Euro. Wie gesagt, das ist die höchste Steigerung der österreichischen Bundesländer.

Es geht hier in erster Linie um angewandte Forschung, Entwicklung und Innovation. Es geht darum, dass hier im Burgenland geforscht wird, innovative Produkte entwickelt werden, und dass diese Produkte aber auch durch unsere Facharbeiter produziert werden.

Auch hier ein konkretes Beispiel. Wir haben in Jennersdorf die Firma Lumitec bei der Entwicklung der LED Technologie unterstützt. Jetzt produziert diese Firma auch die LED Leuchten. Genau das ist der Weg der angewandten Forschung. Ein Beispiel für viele andere. Dass wir die Entwicklung von innovativen Produkten unterstützen und auf der anderen Seite auch die Produktion dieser Produkte im Burgenland stattfindet.

Oder, in Pinkafeld die Firma Herz, die hierher ins Burgenland gekommen ist, hier sehr viele Mitarbeiter hat, weil es eine Forschungseinrichtung gibt, weil es die Fachhochschule gibt, wo eng kooperiert wird und wo ihre Produkte im Bereich der erneuerbaren Energie auch weiter entwickelt werden.

Forschung auf der einen Seite, auch über die Fachhochschule. Das Energetikum, das errichtet wurde, ist wieder ein Beispiel des neuen burgenländischen Weges, wo einerseits viele gut ausgebildete Techniker einen Job bekommen und wo sehr gut ausgebildete Facharbeiter auch konkret ihren Arbeitsplatz bekommen. Das sind die neuen Arbeitsplätze, die wir auch im Burgenland haben. Ich denke, dass der internationale Wettbewerb, und das zeigt der Export, ganz wichtig ist, denn wir können nur dann bestehen, wenn wir besser sind als alle anderen.

Weil wenn das Produkt, das österreichische, burgenländische, nicht besser ist, dann wird es im Ausland nicht absetzbar sein. Genau das wollen wir unterstützen. Da haben wir gute Erfolge. Aber, da gibt es noch ein großes Potential nach oben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Dankeschön. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben die angewandte Forschung angesprochen. Welche Schwerpunkte setzt das Burgenland in der angewandten Forschung?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Forschung sichert und schafft Arbeitsplätze. Das ist der eigentliche Grund, warum wir diesen neuen Weg im Burgenland gehen müssen, um eben neue Arbeitsplätze, qualifizierte Arbeitsplätze auch in Zukunft zu haben. Zu dieser angewandten Forschung habe ich zwei Beispiele genannt, nämlich, erneuerbare Energie zum Beispiel mit der Firma Herz und die Firma Lumitec mit der LED Technologie in Jennersdorf.

Es geht darum, dass diese Firmen, die Bereiche Energie und Umwelttechnik, Informationstechnologie, Elektronik, ganz einfach in entsprechender Form durch qualifizierte, innovative Produkte einen entsprechenden Stellenwert bekommen. IKT Bereich, im Bereich Produktion IKT für den Einsatz im Bereich Gesundheit, Altenpflege, Sicherheit. Wer bei der Firma BECOM war, und einige der anwesenden Abgeordneten

und Regierungsmitglieder waren bei der Firma BECOM, hat auch gesehen, dass dieser neue Weg der Digitalisierung, Industrie 4.0, Industrieroboter effizient einzusetzen, für den Wirtschaftsstandort Burgenland ganz wichtig ist.

Diese Industrie 4.0, das heißt Industrie 4.0, ist für die Industrie wichtig. Das herunter zu brechen auf Klein- und Mittelbetriebe, die Nachhaltigkeit, das Umweltbewusstsein, saubere Energien einzusetzen, die Energieunabhängigkeit, das soll durch innovative Maßnahmen in entsprechender Form unterstützt werden. Ich kann Ihnen auch sagen, dass einen wesentlichen Teil nicht die öffentliche Hand macht, sondern dass es sehr viele private Firmen gibt, die diesen innovativen Weg gehen. Wir fördern und unterstützen das. Private Firmen setzen das um und können damit am österreichischen, aber auch am internationalen Markt bestehen.

Den Anteil der Firmen, die diese Förderungen in Anspruch nehmen, wollen wir ausweiten. Hier kooperieren wir mit den Bundesstellen. Der Vorsitzende der österreichischen Forschungsgesellschaft war auch einige Male im Burgenland, um hier die entsprechenden Wege aufzuzeigen, um uns zu helfen. Ich sage das ganz offen, weil es ein neuer Weg ist, denn wir nehmen das gerne auch mit und wollen im Bereich der angewandten Forschung auch viele weitere Impulse setzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie hoch ist der Anteil an privatwirtschaftlichen Betrieben im Burgenland, die Forschung, Entwicklung und Innovation betreiben?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es hat in der Vergangenheit Förderungen in Höhe von sechs Millionen Euro an 52 Partner gegeben. Davon sind zwei Drittel private Unternehmen. Das ist eigentlich - auch österreichweit betrachtet - für den Staat ein sehr guter Wert, weil nicht nur auf die öffentliche Hand zurückgegriffen wird, sondern weil Private diese Förderungen in Anspruch nehmen, sie nützen und die innovativen Produkte auch herstellen können.

Ich glaube, das hat auch bei der österreichischen Forschungsgesellschaft für ein positives Echo gesorgt, dass hier so viele Private daran teilnehmen. Das war in einem Jahr. Das war im Jahr 2015 mit diesen sechs Millionen Euro an Förderungen. Zwei Drittel davon an private Unternehmen. Die Förderquote, das darf ich auch dazusagen, liegt bei 40 Prozent. In Wien ist der Anteil von Privaten nur 35 Prozent.

Bei uns immerhin zwei Drittel. Die Unternehmen bekommen die Fördermittel aber selbstverständlich nicht zugeteilt weil sie ansuchen, sondern da muss natürlich das Produkt auch passen. Das muss man sich hart erarbeiten. Das muss auch tatsächlich einsetzbar sein und das muss auch tatsächlich dazu beitragen, dass neue Arbeitsplätze entstehen.

Also insofern liegt die Fokussierung auf dieser angewandten Forschung, der Fokus auf Privatfirmen, die zu unterstützen sind, die damit den Wirtschaftsstandort Burgenland weiter aufwerten. Aktuell arbeiten wir daran, dass Firmen ihre Forschung, Entwicklung und Innovation aus anderen Bundesländern eventuell auch ins Burgenland verlegen, wo sie Niederlassungen haben und wo der Firmenstandort aufgewertet werden soll, weil auch die

Entwicklung und die Innovation hier im Burgenland durch gute Fördermöglichkeiten stattfinden soll. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine weiteren Zusatzfragen gewünscht sind, ist die Fragestunde durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Ergänzungswahl in den Landes-Rechnungshofausschuss und in die ständigen Ausschüsse

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist die Ergänzungswahl in den Landes-Rechnungshofausschuss und in die ständigen Ausschüsse.

Hohes Haus! Aufgrund des Ablebens von Landtagsabgeordneten Gerhard Kovasits ist die Wahl eines Mitgliedes im Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitender Zusammenarbeit, im Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss und im Rechtsausschuss sowie die Wahl eines Ersatzmitgliedes im Hauptausschuss, Landes-Rechnungshofausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss notwendig.

Ebenso wurde durch den Verzicht der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö als Ersatzmitglied des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses und des Verzichtes des Landtagsabgeordneten Markus Wiesler als Mitglied des Sozialausschusses diese Wahl erforderlich.

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs, der das Vorschlagsrecht zukommt, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht.

Ich ersuche nun die Stimmzettel zu verteilen. *(Verteilung der Stimmzettel)*

Da es sich bei dieser Wahl um eine fraktionelle Wahl handelt, werden die Stimmzettel entsprechend § 74 Abs. 4 GeOLT nur an die Abgeordneten der FPÖ verteilt.

Die Stimmzettel sind nun verteilt, sodass ich Herrn Schriftführer Killian Brandstätter um Verlesung der Namensliste ersuche.

Die Damen und Herren Abgeordneten der FPÖ ersuche ich, nach Aufruf Ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Haidinger Manfred, Molnár Géza, Mag. Richter Johann, Stampfl Karin und Wiesler Markus selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits *(nach erfolgter Stimmenzählung)***:** Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es wurden sechs Stimmen abgegeben. Alle sechs Stimmen sind gültig. Aufgrund dieser Wahl wurde Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár zum Ersatzmitglied des Haupausschusses, zum Mitglied des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses und zum Ersatzmitglied des Rechtsausschusses,

Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö zum Mitglied des Rechtsausschusses und zum Ersatzmitglied des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses,

Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler zum Mitglied des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zum Ersatzmitglied des Landes-Rechnungshof Ausschusses und zum Ersatzmitglied des Sozialausschusseses,

und Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger zum Mitglied des Sozialausschusses gewählt.

Ich beglückwünsche Sie alle zu ihrer Wahl.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 318), mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 - Bgld. KAG 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 228) (Beilage 330)

Präsident Christian Illedits: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 318, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 - Bgld. KAG 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2016).

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 - Bgld. KAG 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2016), in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 - Bgld. KAG 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2016), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Markus Wiesler als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Ich darf mich zunächst im Namen der FPÖ bei allen Parteien für die Anteilnahme bei der Trauersitzung und die Wertschätzung, die unserem Verstorbenen Gerhard Kovasits entgegen gebracht wurde, bedanken.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie bekannt ist, hat es in der Vergangenheit Probleme gegeben, Landarztstellen nachzubesetzen. Auch das Burgenland ist als ländlicher Raum davon betroffen. So mussten, wer die Medien verfolgt hat, einige Planstellen mehrmals ausgeschrieben werden, um sie letztendlich besetzen zu können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In Landgemeinden kommt ein Allgemeinmediziner natürlich einer medizinischen Basisversorgung gleich und ist unentbehrlich. Mit dem vorliegenden Entwurf zur

Novellierung des Burgenländischen Krankenanstaltengesetzes wird einerseits die Grundsatzbestimmung des Ärztegesetzes § 196 ausgeführt, welcher besagt:

Die Träger von Krankenanstalten, die über Landesgesundheitsfonds abgerechnet werden, sind verpflichtet, entsprechend dem ausgewiesenen Leistungsspektrum sicherzustellen, dass den künftigen Bedarf an Ärzten für Allgemeinmedizin eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung steht.

Miteinbezogen müssen die Beratungsergebnisse der Kommission für ärztliche Ausbildung über Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens werden.

In dieser Kommission sind der Bund, die Länder, die österreichische Ärztekammer, die Sozialversicherung und die Rechtsträger der Krankenanstalten vertreten.

Eben in dieser Kommission wurde einhellig festgehalten, dass genügend Ausbildungsplätze für Allgemeinmediziner zur Verfügung stehen müssen, um die Versorgung der Bevölkerung im niedergelassenen Bereich weiter sicherzustellen.

Da die Kommission bezüglich des geschätzten Bedarfes an Allgemeinmedizinern Empfehlungen an die Länder zur Umsetzung dieser Bestimmung in die Landesgesetzgebung abzugeben hat, wurde seitens des Bundesministeriums für Gesundheit eine aktuelle Bedarfsberechnung durchgeführt.

Anhand dieser Berechnung des Bundesministeriums wurde von der Kommission der jährliche durchschnittliche Bedarf an Ausbildungsplätzen für Ärzte für Allgemeinmedizin mit der Zahl 14 für das Burgenland festgelegt und als Empfehlung weitergegeben.

Natürlich könnte man jetzt sagen, die Zahl ist zu hoch oder zu niedrig, oder wir alle kennen die Probleme in den Gemeinden draußen mit der Nachbesetzung bei Ärzten und es wird auch noch eine Pensionswelle auf uns zukommen, bei den Allgemeinmedizinern laut Alterspyramide.

Aussagen zum künftigen Ärztebedarf sind grundsätzlich als Schätzung zu verstehen, die als Orientierungshilfe für die Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur dienen können. In weiterer Folge müssen, so glauben wir, Steuerungsmaßnahmen an die tatsächliche Entwicklung angepasst werden.

Hierzu wird die demografische Entwicklung der Bevölkerung eine große Herausforderung für die Gesundheitsversorgung darstellen. Demgegenüber steht natürlich auch die demografische Entwicklung der Ärzte.

Deshalb glaube ich, dass hier bei der Novellierung eine gute Lösung gelungen ist, weil die Ausbildungsplätze nicht mehr an eine Zahl gebunden sind. Früher waren ja die Ausbildungsplätze auf je 15 systemisierte Betten gebunden.

Jetzt gibt es eine Empfehlung der Kommission und der Rechtsträger hat in Zukunft sicherzustellen, dass dem künftigen Bedarf an auszubildenden Ärzten genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Das wäre der eine Teil der Gesetzesänderung.

Andererseits wird eine sinnvolle Ergänzung vorgenommen, wo eine Vorort-Behandlung im Rahmen einer Verlegung von Ambulanzen bei ausgewöhnlichen Ereignissen möglich macht.

Hier herrscht momentan keine konforme Rechtslage und die aktuelle Regelung würde nicht ausreichen für anlassbezogene Notfälle. Hier geht es natürlich um das Interesse der öffentlichen Sicherheit, bei Infektions- oder Seuchengefahr wie sie bei der

Flüchtlingskrise zum Beispiel auftreten hätte können, somit könnte man bei der Grenze medizinische Hilfe bereits leisten.

Oder bei Terroranschlägen sollte ein Transport dadurch möglich sein, die zu versorgenden Menschen in Krankenhäuser bringen zu können oder bei Überflutungen oder Erdbeben, wenn eine große Menschenmenge medizinische Versorgung benötigt.

Für diese Verlegung von Vorortambulanzen müssen jedoch zwei Kriterien erfüllt werden. Die medizinische Versorgung kann in keiner anderen Weise erbracht werden und die Verlegung der Ambulanz vor Ort darf nur so lange dauern, wie es erforderlich ist.

Ich denke, dass diese Novellierung dieses Gesetzes notwendig und wichtig ist, weil ja zum einen eine grundsatzgesetzliche Vorgabe umgesetzt wird, zum andern würde eine nicht ausreichende Regelung beibehalten werden.

Ich darf mich beim zuständigen Landesrat für die gute Zusammenarbeit bei der Novellierung bedanken.

Wir werden der Novellierung natürlich zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Rosner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf zur Novelle des Krankenanstaltengesetzes beinhaltet zwei wichtige Änderungen.

Und zwar laut Entwurf sollen in Ausbildung stehende Ärzte nach künftigen Bedarf, der Herr Abgeordnete Wiesler hat es angesprochen, und nicht mehr aufgrund der Anzahl der Betten beschäftigt werden. Das ist ein wichtiger Schritt, um dem drohenden Ärztemangel entgegenzuwirken. Aber es bedarf zusätzlicher Maßnahmen.

Im Zeitraum vom Juli bis Dezember 2015 wurden in Burgenlands Spitälern 57 Ärzte aufgenommen und anscheinend war es nicht möglich burgenländische oder zumindest österreichische Ärzte zu finden, denn 22 der aufgenommenen Ärzte sind Nicht-Österreicher.

Die ärztliche Vorsorge muss abgesichert werden. Aufgrund der gegebenen Altersstruktur wird sehr wohl im Spitals- als auch im niedergelassenen Bereich in den nächsten zehn Jahren der Großteil der Ärzte im Burgenland in Pension gehen.

Bereits im Jahr 2014 hat die Burgenländische Ärztekammer vor einem Ärztemangel gewarnt, vor allem im Bereich der Hausärzte und der Kassenärzte wird es bis zum Jahr 2025 einen Engpass geben.

Im Burgenland haben wir insgesamt zirka 459 niedergelassene Ärzte, 240 davon mit Kassenvertrag, 219 sind Wahlärzte. Und ein großes Problem ist die Nachbesetzung der Kassenarztplätze. Die Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen sind zu unattraktiv geworden.

Patienten weichen daher aufgrund der langen Wartezeiten zu Wahlärzten aus. Wahlärzte dürfen ihren Tarif frei bestimmen und die Kassen erstatten aber nicht 80 Prozent der tatsächlichen Kosten der Behandlung, sondern nur 80 Prozent des dafür vorgesehenen Kassentarifs.

Hier müssen unbedingt Rahmenbedingungen geschaffen werden, um das Burgenland, vor allem auch abgelegene Gegenden, für junge Ärzte attraktiver zu machen.

Unsere Bürger haben ein Recht auf die beste Versorgung. Eine flächendeckende wohnortnahe Gesundheitsvorsorge ist eine wichtige Voraussetzung für ein qualitatives Gesundheitssystem.

Auch die neue Regelung der Führung von dislozierten Ambulanzen ist eine wichtige Maßnahme um bei außergewöhnlichen Ereignissen, wie aktuell die Flüchtlingsbewegung, aber auch bei Naturkatastrophen und sonstigen katastrophalen Ereignissen, schnell agieren zu können.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei unseren Hilfsorganisationen recht herzlich bedanken. Mit ihrem Einsatz bei Katastrophen und bei Ereignissen leisten sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Die Umsetzung der Novelle ist ein guter Schritt zur Qualitätssicherung der Gesundheitsvorsorge, aber es sind noch einige Baustellen im Gesundheitswesen offen. Und ich muss es hier sagen, die größte Baustelle ist nach wie vor das Krankenhaus Oberwart.

Die vielen Fehler bei der geplanten Sanierung des Krankenhaus-Altbaus haben verdeutlicht, dass bei einem Projekt in dieser Dimension eine durchdachte Planung, Transparenz und Kontrolle unabdingbar sind. Jetzt sollten möglichst viele Entscheidungsträger eingebunden werden, um unser Gesundheitssystem nicht durch weitere Fehlentscheidungen zu gefährden.

Die bisher für die Planung und Sanierung des Altbaus ausgegebenen 12 Millionen Euro rechtfertigen Sie, Herr Landesrat, in der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage damit, dass sie letztlich zur Entscheidung des Neubaus führen. Ich muss sagen, diese Begründung finde ich sehr bedenklich.

Auch die Entscheidung betreffend Generalplaner lässt auf sich warten. Ich weiß es gibt Einsprüche, all das kostet natürlich Zeit und Steuergeld. Die Groß- und Langzeitbaustelle sollte und muss endlich gelöst werden.

Nach wie vor ist nicht geklärt, wie der Altbau beziehungsweise die teuren angeschafften Einrichtungen nach Fertigstellung des Neubaus dann eingesetzt werden.

Auch hier, bei der Beantwortung der schriftlichen Anfrage, schließen Sie, Herr Landesrat, einen Abriss nicht aus. Damit sind mit einem Schlag alle bisherigen Investitionen hinfällig, dabei bieten sich viele sinnvolle Möglichkeiten zur Nutzung des Altbaus.

Im Burgenland gibt es zum Beispiel kein einziges Bett im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Das ist eigentlich eine unzumutbare Situation. Physische Erkrankungen nehmen bei Kindern und Jugendlichen seit Jahren zu, doch die Betreuung von seelisch erkrankten jungen Menschen ist in Österreich mangelhaft und noch dramatischer im Burgenland. Also hier ist auch absoluter Handlungsbedarf gegeben.

Wie wenig Sie aber die Gesundheitspolitik ernst nehmen zeigt jetzt Ihre Aussage, mit der Sie kranke Menschen deformieren. *(Unruhe bei der SPÖ)* Sie werfen der ÖVP politische Alzheimerkrankheit vor. Krankheitsbilder im politischen Konnex zu verwenden ist, glaube ich, ein ganz, ganz schlechter Stil. *(Beifall bei der ÖVP)*

Politisches Kleingeld mit Krankheiten wie Alzheimer, Krebs, Alkohol- oder Drogensucht zu machen ist absolut nicht witzig. Das hilft auch dem Land nicht weiter. Vor allem und ich sage nur, wir als Volkspartei Burgenland, setzen uns für unsere Bürger ein, *(Abg. Robert Hergovich: Wo? – Abg. Ingrid Salamon: Wo? – Abg. Werner Friedl: Wo? –*

Unruhe bei der SPÖ) denn sie haben das Recht auf beste Vorsorge durch ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Spannende Diskussion, interessant.)*

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Kollegen! Zurück wieder zum eigentlichen Thema, zum Krankenanstaltengesetz.

Herr Rosner, da haben Sie ja wenig Zeit dafür verbracht. Lassen Sie mich aber, bevor ich auf die Änderungen direkt eingehe, auf dieses Krankenanstaltengesetz einen Blick zurückwerfen auf die Ereignisse im vergangenen Jahr an unseren Grenzen. Damals waren über 300.000 Flüchtlinge, die in Nickelsdorf, aber auch in Heiligenkreuz versorgt werden mussten, verpflegt und in deren Sinne natürlich auch weitertransportiert wurden.

Damals eine gewaltige Herausforderung für die Einsatzorganisationen und die vielen freiwilligen Helfer, die zum Teil bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen mussten. Das Burgenland hat dabei bewiesen, dass wir das menschliche Gesicht Österreichs sind.

Und ich möchte dies auch namentlich sagen: Neben dem Roten Kreuz, dem Samariterbund Burgenland, der Polizei und dem Österreichischen Bundesheer waren es auch die vielen Ärzte, die große Hilfsbereitschaft und viel Engagement dabei zeigten.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei der KRAGES, bei dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder und den zahlreichen selbständigen Ärztinnen und Ärzten für die Unterstützung in Nickelsdorf bedanken. Vielen Dank für die medizinische Betreuung der Flüchtlinge. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und warum erwähne ich diese Ereignisse jetzt eigentlich noch einmal? Weil es von der Seite der Ärztekammer damals den Vorwurf gab, dass die Ärzte zu diesem Einsatz gezwungen wurden. Der Ärztekammerpräsident sprach in einem Zeitungsinterview sogar von einem sanften Druck in Richtung Diktat. Und natürlich geht dieser Vorwurf völlig ins Leere.

Laut KRAGES Personalchef hat sich kein einziger Arzt beschwert. Es hätten sich sogar mehr Ärzte freiwillig für diesen humanitären Einsatz gemeldet als notwendig waren. Allerdings, und nun komme ich zum Krankenanstaltengesetz, zeigten diese Ereignisse, dass auf Landesebene eine grundsatzgesetzeskonforme Rechtslage für solche Vorfälle geschaffen werden muss.

Konkret geht es darum eine medizinische Vorortbehandlung im Rahmen sogenannter dislozierter Ambulanzen im Fall von außergewöhnlichen Ereignissen zu ermöglichen. Die medizinische Behandlung muss dabei im öffentlichen Interesse liegen.

Wann haben wir es mit außergewöhnlichen Ereignissen zu tun? Wenn etwa eine große Menschenmenge eine medizinische Versorgung benötigt oder wenn Infektions- und Seuchengefahr besteht und sonstige hygienische Notwendigkeiten den Einsatz rechtfertigen oder der Transport in die zu versorgenden Krankenanstalten aufgrund der großen Anzahl der medizinisch zu Versorgenden nicht in ausreichendem Maß gewährleistet werden kann.

Die Einrichtung von solchen dislozierten Ambulanzen soll bedarfsgerecht in kurzer Zeit ermöglicht sein und bedarf keines formalen krankenanstaltenrechtlichen Bewilligungsverfahrens. Allerdings ist die Landesregierung ohne zeitlichen Aufschub zu informieren.

Zusammenfassend ist daher festzustellen: Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz geändert wird, wäre die vorbildhafte Vorgehensweise, die in Nickelsdorf gewählt wurde, auch rechtlich gedeckt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der zweite Punkt der Novelle betrifft die Regelung, wonach es eine verpflichtende Anzahl von auszubildenden Ärzten, Allgemeinmedizinern, pro Jahr geben soll.

Die derzeitige Regelung sieht vor, dass Krankenanstalten, die als Ausbildungsstätten anerkannt sind, verpflichtend waren auf je 15 systemisierte Betten einen in Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin stehenden Arzt zu beschäftigen.

In Hinkunft wird nicht mehr auf systemisierte Betten, sondern vielmehr auf den künftigen Bedarf an Ärztinnen und Ärzten für Allgemeinmedizin abgestellt. Ich denke den Fokus auf die bedarfsgerechte Ausbildung zu richten ist sinnvoll und kann als Fortschritt natürlich bewertet werden.

Ich möchte mich dabei auch jetzt bei Hofrat Datlinger bedanken für die Ausführung dieser neuen Gesetzesvorlage und danke für die Aufmerksamkeit. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kovacs! Ich möchte in einem Punkt auch anschließen an das was Sie gesagt haben vom Herbst.

Ich habe zwar nicht ganz verstanden, warum das jetzt heute wieder ein Thema ist, aber wenn Sie es zum Thema machen, kann ich Ihnen nur mitteilen, bei mir haben sich sehr wohl Ärztinnen und Ärzte gemeldet, die gesagt haben, wir haben gerne geholfen und wir hätten aber noch viel lieber geholfen, wenn uns nicht Druck gemacht worden wäre. *(Abg. Günter Kovacs: Das habe ich eh so gesagt. – Abg. Ingrid Salamon: Das hat er auch so gesagt.)* Wenn uns nicht Druck gemacht worden wäre.

Sie haben hier gesagt, das war nicht der Fall, *(Abg. Günter Kovacs: Ich habe gesagt, es haben sich mehr gemeldet und es hat sich keiner beschwert.)* warum innerhalb der KRAGES nicht gesprochen wurde.

Sie haben gesagt, es hat sich keiner beschwert und ich kann Ihnen *….(Abg. Günter Kovacs: Und dass sich mehr gemeldet haben.)* Ich kann Ihnen sagen, vielleicht haben sie sich nicht innerhalb der KRAGES beschwert, aber ich habe schon davon gehört.. Dann muss man fragen, warum es innerhalb der KRAGES nicht möglich ist über solche Sachen zu reden? Ja, also das war nicht ganz so konfliktfrei, wie Sie das hier geschildert haben und ich hoffe, daraus lernt man für einen nächsten Fall.

Aber zurück zum Kern dieses Tagesordnungspunktes, die Frage ist ja, was brauchen wir hier im Burgenland, das auch noch darüber hinausgeht, was wir heute hier beschließen? Ich möchte das noch einmal unterstreichen, was schon Kolleginnen und Kollegen von Ihnen gesagt haben, von uns gesagt haben.

Es braucht ganz klar eine Stärkung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte vor Ort. Es braucht eine aktive Unterstützung auch von Gemeinden und seitens der Gemeinden in entlegenen Gebieten, zum Beispiel durch eine attraktive Einladungspolitik an Jungärztinnen und Jungärzte.

Wer mit Familie an einem so wunderschönen Ort, wie zum Beispiel im Südburgenland arbeiten kann, dort eine Ordination aufbauen könnte, braucht aber massive Unterstützung dafür. Und es braucht auch rundherum eine Infrastruktur, in der man dann auch gerne angesiedelt ist.

Ich denke, da gibt es ein großes Potential an Medizinerinnen und Medizinern, da können uns noch neue Sachen einfallen. Ich sage nicht, das ich die Lösung für alles bereits habe, ich glaube bloß, wir müssen noch ein bisschen kreativer denken.

Auch die Ermöglichung von Gemeinschaftspraxen mit neuen Dienstzeiten wäre angesagt. Die Möglichkeit, dass auch eine Ärztin oder ein Arzt einen anderen Arzt anstellen kann beispielsweise. Das sind Dinge, die sind rechtlich im Moment noch nicht möglich.

Es geht ja nicht nur um die Entlastung von Spitälern sondern auch darum, dass die Patientinnen und Patienten wieder ein Gespür dafür bekommen, mit welchen Leiden sie wohin gehen. Womit geht man wirklich ins Spital und wofür ist eine niedergelassene Ärztin, ein niedergelassener Arzt die beste Betreuung?

Einen Punkt möchte ich auch noch einmal erwähnen, weil gerade die Primärversorgungszentren in Diskussion sind. Das letzte Mal in der Landtagssitzung hat der Landesrat ja auch schon etwas dazu gesagt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir ganz vorsichtig sein müssen und in die Richtung arbeiten, dass die Primärversorgungszentren keinesfalls einer privatwirtschaftlichen Organisation übertragen werden dürfen, dass sie auch nicht dem alleinigen Diktat der Krankenkassen unterworfen werden dürfen.

Primärversorgungszentren dürfen nicht der erste Schritt in Richtung Privatisierung des Gesundheitswesens werden und darum bitte ich Sie alle auch um Ihre Unterstützung.

Dieser Novelle werden wir natürlich zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist noch einmal Herr Abgeordneter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete Petrik! Ich möchte das noch einmal wiederholen, vielleicht haben Sie es falsch verstanden.

Laut KRAGES-Personalchef hat sich kein einziger Arzt beschwert. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja.)* Es hätten sich sogar noch mehr Ärzte freiwillig für diesen humanitären Einsatz gemeldet als notwendig waren. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich bin sicher es hat sich keiner beschwert.)* Es hat sich keiner beschwert.

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Darabos das Wort.

Bitteschön Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich wollte eigentlich sozusagen diese Wortmeldung dazu nutzen, mich zu

bedanken für die Zustimmung, auch der ÖVP. Aber ich meine, ich bin jetzt schon auch persönlich betroffen.

Meine Schwiegermutter ist an Alzheimer gestorben und ich habe das nicht als Anschlag auf die Patienten gesehen, sondern einfach als auch Sache, die Sie in den letzten Monaten permanent gegen mich und gegen die jetzige Regierungsmannschaft in Stellung bringen, nämlich die Frage des Krankenhauses Oberwart, dass Sie gemeinsam mit der SPÖ mitbeschlossen haben.

Ich werde auf das noch kurz zu sprechen kommen. Ich lasse mir das so nicht gefallen, weil das ist einfach auch ein persönlicher Untergriff Ihrerseits. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum Gesetz selbst, danke für die Zustimmung. Es geht um die zwei Punkte, die schon mehrfach angesprochen worden sind, um die Frage auch der Rechtssicherheit, was die Organisationseinheiten betrifft, beispielsweise in Nickelsdorf. Ich war mehrfach dort und habe gesehen was dort geleistet worden ist und wir sind auch dazu verpflichtet das rechtlich abzusichern.

Und der zweite Punkt, auch das ist noch nicht gefallen in diesem Zusammenhang, gemeinsam mit der Ärztekammer auch diesen Beschluss zu fassen oder beziehungsweise mit ihnen das zu erörtern und auch zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, das wir hier im Gesetz mindestens 14 auszubildende Allgemeinmediziner hier auch im Burgenland bekommen wollen. Das zum Gesetz, das ist das Wichtigste.

Aber weil es angesprochen worden ist, Frau Abgeordnete Petrik, ich bin bei Ihnen, ich bin nicht ganz glücklich mit der PHC-Entwicklung, das heißt Primary Health Care im Neudeutschen. Da müssen wir, glaube ich, noch nachbessern ob das Sinn macht oder nicht? Also da bin ich durchaus bei Ihnen.

Und ich bin 100prozentig bei Ihnen, das es nicht sein kann, dass es hier um Privatisierungsmaßnahmen gehen kann und man hier Organisationen bevorteilt, die eben nur diese Geschichte im Sinne haben, hier auch ein Geschäft zu machen, um es einmal salopp zu sagen.

Ich bin durchaus schon diskussionsbereit wenn es darum geht, dass wir dafür sorgen, dass in den Bezirken diese Zentren einmal geschaffen werden. Wir haben ja zwei Pilotprojekte derzeit im Auge und wir sollten uns die Pilotprojekte ganz genau anschauen und dann auch nachdenken, ob das Sinn macht. Aber grundsätzlich meine ich schon, dass es durchaus auch möglich ist, das hier auch anzudenken.

Dritter Punkt: Wir haben 57 Ärzte angestellt, 57 neue Ärzte. Ja es ist richtig, es sind durchaus auch Ärzte die aus dem Ausland kommen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Was sagt da der Herr Landeshauptmann dazu, ausländische Arbeitnehmer?)* Es gibt auch österreichische Ärzte die im Ausland arbeiten. Und ich bin froh, dass von den 57 Ärzten über 30 Österreicher sind und auch Burgenländer sind.

Wir haben aber auch bei den Primariaten, die wir ausgeschrieben haben, nicht nur die Möglichkeit nur Burgenländerinnen und Burgenländer anzustellen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Gott sei Dank.)* sondern es geht um Qualität und - *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir sind eh dafür. – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das sagt Dein Kollege, warum sitzt Du so weit weg?)*

Das ist eine populistische Aussage der Sonderklasse, die Ihr da macht. Eure Aussage ist populistisch, ja. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Doris Prohaska: Das ist Populismus pur. – Allgemeine Unruhe)*

Das man bei Ärzten nicht auf Qualität schaut, ich meine das wird ja nicht in Eurem Sinne sein, dass man nicht die Qualität - *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir haben das ja nicht hinterfragt, wir haben es nur von Ihnen hören wollen. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir sind auf Ihrer Linie. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter Sagartz, Sie können sich zu Wort melden. Landesrat Darabos ist jetzt am Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Norbert Darabos *(fortsetzend)*: Es ist sehr billig, muss ich ganz offen sagen, wie Ihr agiert. *(Abg. Doris Prohaska: Das glaube ich auch, ehrlich. – Abg. Ingrid Salamon: Genau.)* Das sage ich ganz offen. Weil es geht hier um die Frage im Baubereich und in anderen Bereichen und nicht im Ärztebereich, um das ganz offen zu sagen. *(Abg. Ingrid Salamon: Ja genau! – Abg. Doris Prohaska: Ja! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und warum ich der ÖVP Gedächtnisschwäche vorgeworfen habe, das möchte ich gern noch einmal sagen. *(Abg. Gerhard Steier: Das wäre das richtige Wort gewesen. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau, das ist der Unterschied. Sie haben Alzheimer gesagt, das ist eine Krankheit.)*

Es ist jedenfalls die Tatsache, dass im Juli des Jahres 2014, im Juli dieses Jahres 2014, wo ich in Wien tätig war politisch, die ÖVP auf Landesebene gemeinsam einen Beschluss gefasst hat, wo es um einen Neubau des Krankenhauses Oberwart gegangen ist und dieser Beschluss wurde gemeinsam gefasst. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Um das geht es gar nicht. – Abg. Doris Prohaska: Ach, jetzt geht es nicht um das?)*

Und da steht dezidiert, in diesem Beschluss steht dezidiert, wir werden das in der nächsten Landtagssitzung noch einmal diskutieren. Weil, die Frage heute nicht aufgerufen wurde vom Kollegen Rosner. Wir werden das noch einmal diskutieren. Ich freue mich noch einmal auf diese Diskussion, was wir damals gemeinsam oder Ihr gemeinsam SPÖ und ÖVP damals in der Regierungskonstellation beschlossen habt.

Der Herr Bürgermeister von Oberwart sagt, er war nicht dabei, okay, ist auch okay. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist Populismus.)*

Das damals beschlossen wurde einen Neubau nicht nur ins Auge zu fassen sondern auch zu beschließen, mit allen Dingen die rundherum auch passiert sind, mit der Indexanpassung und so weiter, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Um das geht es gar nicht.)* das wisst Ihr alle, dass das damals passiert ist. Doch das ist heute wiederholt thematisiert worden, dass Sie, die ÖVP, sich von diesem Beschluss von damals verabschiedet. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Um das geht es gar nicht.)*

Ich verabschiede mich von diesem Beschluss nicht. Ich bin der Meinung, dass es eine gute Entscheidung ist, ein neues Krankenhaus in Oberwart zu machen. Dieses Krankenhaus als Schwerpunktkrankenhaus auch im Südburgenland *(Abg. Mag. Franz Steindl: Um das geht es gar nicht.)* noch einmal neu zu positionieren, besser zu positionieren als jetzt.

Es ist eh gut, wie es jetzt momentan läuft, aber ich würde schon bitten, dass man sich auch nicht verabschiedet, wenn man in Opposition geht, dass man dann Beschlüsse die man gefasst hat, sozusagen einfach vergisst. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Franz Steindl: Nein!)*

Okay, nehme ich zur Kenntnis, dass Gedächtnisschwäche vielleicht der bessere Begriff war, okay bin ich bereit das so auch zu akzeptieren. Aber es ist einfach wichtig, dass man auch Beschlüsse, die man gefasst hat auch dann in der Praxis umsetzt.

Wir sind fest entschlossen diesen Beschluss auch mit Leben zu erfüllen. Wir haben zwei Einsprüche gehabt, einer hat den Einspruch zurückgezogen, einer hat den Einspruch noch immer aufrechterhalten. Es wird in den nächsten Wochen, wie es in einem Rechtsstaat üblich ist, auch zu entscheiden sein.

Aber ich bin der 100prozentigen Meinung dass es gut ist, so wie wir das damals beschlossen haben. Und ich würde mir auch von der Gemeinde Oberwart und vom Bürgermeister wünschen, dass er mit uns arbeitet und nicht gegen uns arbeitet und das wir gemeinsam auch was die Parkplatzfrage und diese ganzen Geschichten betrifft, hier an einem Strang ziehen.

Es geht nämlich nicht um parteipolitische Fragen, sondern *(Abg. Ingrid Salamon: Genau.)* es geht hier um eine gesunde politische Herausforderung die im Burgenland ganz wichtig ist. Das Krankenhaus Oberwart wird das modernste Krankenhaus im Burgenland sein. *(Abg. Ilse Benkö: Genau! - Abg. Manfred Kölly: Wir arbeiten mit.)*

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landesrat! Zu ganz konkreten Anschuldigungen, ganz konkrete Klarstellungen.

Zum ersten, es tut mir sehr leid, wenn Sie sich persönlich betroffen gefühlt haben. Der Kollege Rosner, und sicherlich auch nicht die Österreichische Volkspartei, wollten in irgendeiner Weise das Ableben Ihrer Großmutter und eine Krankheit in Verbindung bringen in dieser Debatte.

Aber an diesem persönlichen Beispiel sehen Sie ja, dass Ihre Äußerung, dass die ÖVP-Fraktion an politischem Alzheimer leidet, sehr viele Menschen treffen kann, die sich persönlich betroffen fühlen, wenn ein Gesundheitslandesrat, der dazu zuständig ist mit solchen Vergleichen politisch hantiert.

Und wenn man das nicht politisch hier im Hohen Haus sagen darf und eine Klarstellung einfordern darf, dann sind wir alle fehl am Platz. Den eines haben Sie ja gleich selber bewiesen, Sie haben sich ja sofort daran erinnert, dass Gedächtnisschwäche, wenn man sich schon politisch in dieser Art und Weise artikulieren will, die richtige Formulierung wäre und nicht eine Krankheit.

Und so lange das so im Raum stehen geblieben ist, können Sie von uns nicht erwarten, dass wir Ihnen als Gesundheitslandesrat nicht explizit den Vorwurf machen ein solcher Vergleich ist absolut unzulässig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und jetzt zur Sache, damit wir das klarstellen. Die Österreichische Volkspartei hat sich zu einer Sanierung bekannt mit einem klaren Ja. Und sie hat sich, nachdem Ihr Vorgänger 12,4 Millionen Euro, nach Ihren eigenen Angaben übrigens die Grundlage für die neue Entscheidung, 12,4 Millionen Euro haben wir gebraucht, um eine Entscheidungsgrundlage zu finden, um dann zu sagen, wir bauen das Krankenhaus Oberwart neu.

Und wissen Sie was die Österreichische Volkspartei da gesagt hat Ja. Dass wir das ganz klar hier festhalten. Aber mehr als diese Grundsatzbeschlüsse sind in der Burgenländischen Landesregierung nicht gefällt worden.

Und der Kollege Rosner hat jetzt aufgrund seiner Anfragebeantwortung Akteneinsicht verlangt in die Regierungsprotokolle, weil, genau das wollen wir klarstellen. Das was hier unterschwellig mitläuft, nämlich man hätte schon viele Details gewusst, man hätte schon Planungsvorbereitungen gesehen, das hat es nie gegeben. Da lag nie etwas auf dem Tisch und das werden wir beweisen. Das lassen wir uns nicht gefallen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und Herr Landesrat noch etwas, wenn Sie sagen eine gewisse Anzahl von Ärzten, die im Burgenland tätig sind, kommen aus dem Ausland. Ich habe noch keinen Vertreter der Österreichischen Volkspartei erlebt, der gesagt hat, das wäre schlecht für unser Land.

Aber wenn ich heute Ö1 höre, wenn ich heute Ö3 höre, dann kann man einfach aus den Wortmeldungen des Herrn Landeshauptmanns schon sehr unterschwellig mithören, dass wir Menschen aus dem Ausland in unserer Arbeitswelt nicht wollen. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist jetzt Ihre Interpretation. – Unruhe bei der SPÖ)*

Und diesen Vorwurf, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen. *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack - Beifall bei der ÖVP)*

Und damit ich hier eines noch klarstelle. Eines möchte ich, Frau Kollegin Sack, ich weiß Sie sind wieder in Rage, eine Sekunde noch. Einen einzigen Gedanken möchte ich noch anbringen. *(Abg. Doris Prohaska: Wir leben Politik.)*

Wir haben eine Anfragebeantwortung bekommen vom Landesrat Darabos, bereits mehrere. Sie waren alle ausführlich, sie waren alle inhaltlich fundiert und selbst in jenen Bereichen, wo er nicht ganz zuständig war, hat er Informationen eingeholt. Das möchte ich an dieser Stelle positiv erwähnen. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt wird es gefährlich.)*

Denn es gibt Mitglieder des Hohen Hauses, die stellen Anfragen an andere Regierungsmitglieder und bekommen eine lapidare Antwort. Das ist die Missachtung des Burgenländischen Landtages. Und das Sie ganz genau wissen, wir werden in der Sache hart sein, aber wenn etwas positiv ist, dann werde ich das hier erwähnen und wenn etwas negativ ist, dann tue ich das auch für meine Fraktion.

Das ist gelebter Parlamentarismus. *(Beifall bei der ÖVP und des Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Präsident Christian Illedits: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitteschön.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke, Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich war persönlich sehr betroffen über diese Aussage, die der Kollege Rosner hier gemacht hat, weil es eine Attacke war gegen den Landesrat die seinesgleichen sucht und in diesem Hohen Haus noch nie gegeben hat.

Ich freue mich auch, dass Klubobmann Sagartz jetzt herausgegangen ist und sich entschuldigt hat, ich finde das nur fair, denn so was, er *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Was?)* hat sich persönlich entschuldigt hat er gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hast Du nicht zugehört? - Heiterkeit bei der ÖVP)*

Ich sage aber schon offen, dass vor allem die ÖVP nicht zimperlich ist beim Austeilen in den letzten Wochen und Monaten, insbesondere der Kollege Wolf, der täglich

eine Presseaussendung hinausschießt, die naja, den politischen Stil wiederfragen lässt. Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, was ich nicht verstehe, Sie hätten mit diesem Bauchfleck des VGH-Urteils wirklich jetzt die Möglichkeit gehabt einen Neustart zu machen. Sie sind mit diesem VfGH-Urteil wirklich nicht gut gelandet und das wäre eine tolle Chance für Sie gewesen den Politstil zu ändern. Diese Chance haben Sie wirklich vertan. Die Chance zur Sachpolitik ist gescheitert und das haben Sie heute auch wieder bewiesen.

Kollege Sagartz spricht vom Arbeitsmarkt, ich weiß nicht, ob er das bewusst oder unbewusst vertauscht hat. Wer heute Ö1 zugehört hat, dann hat er auch den Kollegen Kopf vom AMS gehört, der sich hier klar positioniert hat. Die ÖVP Burgenland hat schon wieder eine völlig andere Meinung wie alle anderen, aber ist eh in Ordnung, in ein paar Monaten werden sie wieder sagen, ja eigentlich habt ihr eh Recht gehabt.

Der Arbeitsmarkt wird ja heute ohnehin noch ausführlich diskutiert, denn es geht nicht um Ärzte, es geht nicht um den Tourismus, es geht nicht um den Pflegebereich, sondern, Sie wissen genau um was es geht. Es geht um Branchen, wo man sektoral und temporär überlegen soll, den Arbeitsmarkt zu begrenzen, insbesondere im Bau- und Baunebengewerbe.

Kollege Kopf, der ja angeblich Ihnen nicht so fern ist und Ihnen ja durchaus nahe steht, sagt ja, ja, das ist eigentlich eine gute Idee, das ist zwar EU-Recht, aber die EU muss das entscheiden. Aber er hätte sich nicht gedacht, was die EU auch bei anderen Eckpfeilern der Europäischen Union im Moment zulässt. Also auch hier hat die ÖVP Burgenland schon wieder eine völlig andere Meinung. Aber ich bin überzeugt, in einigen Monaten werden Sie das auch anders sehen. Ich würde Sie bitten, wieder zur Sachpolitik zurückzukehren und die Parteipolitik hintenan zu stellen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Sagartz das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Ich möchte nur festhalten, der Aufforderung zur Sachpolitik zurückzukehren, folgen. Der Herr Landesrat Norbert Darabos hat seine Aussage „dass Vertreter der Österreichischen Volkspartei an politischer Alzheimerkrankheit leiden“ zurückgezogen und hat gesagt, es wäre besser gewesen, er hätte Gedächtnisschwund gesagt.

Das habe ich begrüßt. Nicht umgekehrt. Ich verstehe daher die Wortmeldung des Kollegen Hergovich sachlich nicht *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die versteh ich sowieso nicht!)* und auch nicht politisch. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: So, als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Mag.a Petrik das Wort. Bitte schön.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich möchte nur ein falsches Zitat aus dem heutigen Morgenjournal richtig stellen und lese das Zitat deswegen jetzt ab, damit das klar ist: „AMS-Chef Kopf hält die Abschaffung der Entsenderichtlinie für rechtlich nicht realistisch. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Aha!)* Die Abschaffung ist aus meiner Sicht wirtschaftlich für ein exportorientiertes Land für Österreich unsinnig." Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP - Abg. Robert Hergovich: Das ist unterste Schublade!)*

Präsident Christian Illedits: So jetzt sind keine Redner mehr zu Wort gemeldet. Meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Allgemeine Unruhe – Abg. Edith Sack: Sie hat einfach etwas herausgenommen, sie hat nicht weiter gelesen! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. *(Zwiegespräche unter den Abgeordneten)* Bitte aufpassen, sonst passieren wieder Abstimmungsfehler und dann

haben wir wieder eine Diskussion. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da habt Ihr eh Glück gehabt! Abg. Edith Sack: Wir haben Glück gehabt und Ihr habt falsch reagiert auf das Ganze! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Frau Kollegin bitte! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt hast Du's mir aber gegeben!)* Wir kommen nun zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.–

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 321), mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 231) (Beilage 331)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 321, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 231, Beilage 331.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische IPPC Anlagen-, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird, in ihrer 2. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30.03.2016, beraten.

Der Rechtausschuss und der Umweltausschuss stellen daher der Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf zustimmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun als erstem Redner Herrn Abgeordneten Ing. Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Zahl 21 – 231, Beilage 331, liegt uns ein Gesetzentwurf vor, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird. Ein sperriger Begriff, IPPC Integrated Pollution Prevention Control, also integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung.

Das Gesetzvorhaben dient der Umsetzung der Europäischen Richtlinie 2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG, der sogenannten SEVESO III-Richtlinie im Zuständigkeitsbereich des Landes.

Im Wesentlichen wird durch die Richtlinie eine Erhöhung des Schutzniveaus wie auch die Anpassung eines aktuelleren Standards intendiert. Gegenüber den bisherigen Regelungen im Hinblick auf Betriebe, die dem Seveso-Regime des Burgenländischen ISUG, so heißt es also im Burgenländischen Rechtssprechungssystem unterliegen, ergeben sich insbesondere Änderungen in Form von erweiterten Betriebspflichten, ergänzenden Vorschriften im Hinblick auf den Nachbarschaftsschutz sowie auch der Implementierung routinemäßiger Inspektionen ähnlich der durch die Industrieemssions-Richtlinie eingeführten Umweltinspektionen.

Ich habe mir das Vorblatt sehr genau durchgelesen, das uns hier mit dieser Gesetzesnovelle übersandt wurde, und bin darauf gestoßen, dass eigentlich im Burgenland nur ein einziger Betrieb davon betroffen wäre. Nämlich die Austrotherm in Purbach. Auf Grund einer bundesgesetzlichen Regelung unterliegen aber die dem Gewerberecht des Bundes.

Das heißt, wir können unterm Strich heute sagen, wir beschließen ein Gesetz, das eigentlich für keinen burgenländischen Betrieb gilt. *(Abg. Ilse Benkö: Derzeit!)* Jetzt könnte man eigentlich sagen, wozu beschließen wir dieses Gesetz? Könnte man fragen. Aber es könnte sich ein Betrieb ansiedeln im Burgenland, der unter dieses Regime fällt. Deshalb finde ich es richtig und wichtig, dass wir dieses Gesetz heute auch entsprechend beschließen. Meine Fraktion wird dem Gesetz zustimmen.

Wir haben nicht alle EU-Richtlinien, die uns bisher übermittelt wurden, umgesetzt. Zum Beispiel über die Hochseeschifffahrt, das haben wir erfolgreich abgelehnt im Burgenländischen Landtag. Der Neusiedler See ist nicht so groß, ist nicht so tief. Aber hier ist es ganz, ganz wichtig, denn es wird mit diesem Gesetz auch noch eine weitere Sache erledigt. Es sollen die sogenannten Aarhus-Bescheide über Umweltinformationen geändert werden, nämlich die Frist von sechs Monate auf zwei Monate verkürzt werden.

Sie wissen, in der dänischen Stadt Aarhus ist damals ein völkerrechtlicher Vertrag geschlossen worden. Diese Konvention ist ein Übereinkommen der Wirtschaftskommission für Europa über den Zugang zu Informationen, wo es um die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zum Gericht in Umweltangelegenheiten geht.

Es wurde am 25. Juni in der dänischen Stadt Aarhus im Rahmen der vierten Paneuropäischen-Ministerkonferenz „Umwelt für Europa“ angenommen und trat am 30. Oktober 2001 in Kraft. Österreich hat 2005 ratifziert, es geht um insgesamt drei Säulen. Nämlich den Zugang der Öffentlichkeit zur Informationen über die Umwelt. Die zweite Säule bei Beteiligungen der Öffentlichkeit an bestimmten umweltbezogenen Entscheidungen.

Und die dritte Säule Zugang zu Gerichten beziehungsweise bei Tribunal. Hier soll der Öffentlichkeit, den privaten Bürgern, mehr Rechtsschutz zukommen. Bescheide sollen also nicht sechs Monate, sondern schon in zwei Monaten erstellt werden.

Ich darf mitteilen, dass wir als ÖVP dem gerne zustimmen und auch erklären, dass ich zu dem Tagesordnungspunkt sieben, Herr Präsident, meine Wortmeldung deshalb zurückziehe, weil es eigentlich eine Spiegelung des jetzt beschlossenen Gesetzes ist. Es ist nämlich, dass wir jetzt in diesem Burgenländischen IPPC-Gesetz beschließen, auch

gleich gespiegelt derzeit im Katastrophenhilfegesetz mit der Zahl 21 – 225. Soll auch heute unter Tagesordnungspunkt 7 geändert werden.

Es sollen nämlich genau diese Bestimmungen dort herausgenommen werden, um doppelte Regelungen zu vermeiden. Ich darf mitteilen, dass wir auch dem Tagesordnungspunkt 7 ohne Wortmeldung zustimmen werden. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Ingrid Salamon das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt schon ausführlich vom Kollegen die Gesetznovelle gehört, über das Burgenländische IPPC-Anlagen, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz.

Also es ist wirklich so, dass im Burgenland momentan kein Betrieb unter diese Gesetznovelle oder dieses Gesetz fällt. Aber ich darf vielleicht nur kurz anmerken, wir können uns vielleicht noch erinnern, vor einigen Jahren gab es in Ungarn einen Unfall eines Betriebes, wo genau Umweltschäden waren, wo genau dieses Gesetz jetzt bei uns, wenn es so wäre, greifen würde.

Weil eines ist schon klar, auch wenn man derzeit keine Betriebe hat, dann weiß man, dass Betriebe sehr bald ins Burgenland kommen können und dann ist es natürlich immer gut, wenn man die Gesetzesvorlage hat. Ich glaube, dass diese Gesetznovellierung natürlich sehr wichtig ist. Es ist eine EU-Vorgabe, das haben wir auch gehört.

Aber sie dient natürlich schon dazu, dass es schnellere Informationen gibt, dass es die Prävention gibt, dass man das im Vorhinein schon machen muss, wenn man solche Betriebe ansiedelt und dass die Information für die Bevölkerung und für die Behörden etwas ganz, ganz wichtiges ist. Ich glaube, nachdem das Burgenland sehr, wie soll ich sagen, sorgsam umgeht mit Umwelt, mit Nachhaltigkeit, ist es daher gut, dass wir dieses Gesetz natürlich beschließen, weil ich schon davon überzeugt bin, dass es ein wichtiger Beschluss für die Umwelt und für die Prävention ist. Also auch wir werden diesem Gesetz zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes erteile ich das Wort dem Landtagsabgeordneten Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Gesetz oder diese Umsetzung einer Gegebenheit, die auf Aarhus und anderes zurückgeht, ist eigentlich ein sehr formales und damit auch akademisches Umsetzen einer Richtlinie, die von der EU vorgegeben ist. Es gibt eigentlich inhaltlich nichts dagegen zu sagen, außer dass wir uns rein auf Verwaltungsebenen beziehen und in der Umsetzung quasi nachhinken, nachhinken dort, wo es eigentlich gefragt ist.

Es ist heute in der Fragestunde ein Thema angesprochen worden, das auch schriftlich glaube ich, als Antrag dem Landtag zugemittelt wurde, die Baustoffrestmassenversorgung. Hier ist ein Gesetz beschlossen worden, das ich unmittelbar jetzt mit dieser SEVESO-Richtlinie in Zusammenhang mit Umwelt in die

Diskussion einflechten möchte, von den einzelnen in Österreich als Partner agierenden Einrichtungen, sprich der Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer, mitverhandelt.

Dann kommt man drauf, dass eigentlich die Umsetzung ein riesen Problem für die Wirtschaft darstellt. Für die Wirtschaft insgesamt, jetzt nicht in der sogenannten Entsorgung, weil dort werden andere Kostensätze jetzt verrechnet. Sondern es zieht sich auch in den öffentlichen Bereich, sprich zum Beispiel die Freistadt Eisenstadt hat ihre Richtlinien bezogen auf die Entsorgung von Abfällen für den Bauhof oder für den Recyclinghof schon geändert. Tatsache ist, es werden alle anderen Gemeinden auch hier nachziehen müssen.

In der Entsprechung auf die Gegebenheiten, die jetzt mit dieser Baustoffrestmassenverordnung ist, ist die Konsequenz, dass der Bürger, die Bürgerin, mindestens um das Fünffache mehr betroffen sind in finanzieller Hinsicht als vorher in der Entsorgung von Abbrucheinrichtungen. Tatsache ist auch, dass damit eigentlich der so viel gepriesene Ansatz, wir wollen, das Bauen und Anderes erleichtern, wir wollen Kosten reduzieren, durch diese gesetzliche Umsetzung um ein Vielfaches gesteigert wurde, und eigentlich dieser Ansatz, der Verbilligung und der Vereinfachung verteuert wurde. Ich möchte nur eines ins Treffen führen und damit den Schluss auch auf die sogenannte SEVESO-Verordnung wieder setzen.

Jede Abwicklung eines Abbruchprojektes, und ich bleibe nur bei diesem Kapitel, ist damit verknüpft, dass ab einer gewissen Tonnage sofort wieder Gutachten eingeholt werden müssen, und diese Gutachten dann quasi zur Dokumentation dienen, genauso wie bei verschiedenen anderen Entsorgungssituationen, dass man das Ganze dokumentiert hat.

Man kann beim Umweltbundesamt diese Dokumentationen auf der Homepage nachlesen, für jeden einzelnen Fall, und man weiß dann auch, was sich quasi zugetragen hat. Im Grunde genommen spricht gegen diese SEVESO-Richtlinie überhaupt nichts. Wir sollten aber nur damit Obacht geben, dass solche Verordnungen dann auch in der Umsetzung, wie ich vorher jetzt auf diese Baustoffrecyclingsituation angespielt habe, ein riesiges Problem darstellen und oft ein kleiner Schritt in der Folge riesige Probleme, beziehungsweise finanzielle Nachforderungen mit sich ziehen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster hat der Herr Landtagsabgeordnete Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Das passt jetzt eh ganz gut zu meinem Vorredner. Genau diese Gratwanderung zu schaffen, ist natürlich nicht immer leicht. Ich möchte auf Seveso eingehen, das heißt, diese Richtlinie heißt nicht umsonst SEVESO.

Das geht zurück auf eine Dioxin-Giftkatastrophe in Italien 1976. Auf Grund dessen wurde diese Richtlinie eigentlich geschaffen. Die Kollegin Salamon hat die Rotschlammkatastrophe in Ungarn angesprochen, diese Gratwanderung ist natürlich immer schwierig. Auf der einen Seite ein möglichst hohes Maß an Sicherheit schon im Vorhinein zu geben, weil nachher hat es nicht viel Sinn, und auf der anderen Seite natürlich den Betrieben trotzdem natürlich die Möglichkeit zu geben, betriebswirtschaftlich, ökonomisch gut zu wirtschaften.

Das wird natürlich immer ein sehr großes Spannungsfeld sein. Uns bleibt hier eh nicht viel anderes übrig, als dem zuzustimmen, weil das ja von höherer Stelle, sage ich

jetzt einmal, kommt. Aber ich glaube es ist wichtig, dass wir das auch unseren Abgeordneten mitgeben, die in der EU das beschließen, dass hier diese Gratwanderung eine sehr heikle ist und dass man hier wirklich auf der einen Seite den Sicherheitsaspekt, aber auch auf der anderen Seite diese überbordenden Auflagen, Vorschriften, Aufzeichnungen möglichst gering hält. Diese Gratwanderung ist schwierig, aber ich glaube, es ist zu schaffen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die gesamte Landesregierung wird von der Landesrätin Eisenkopf vertreten. Bitte Frau Landesrätin. Sie haben sich zu Wort gemeldet.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte noch abschließend, es ist schon sehr, sehr viel von meinen Vorrednerinnen und von meinen Vorrednern gesagt worden, vielleicht doch noch ein bisschen in die Vergangenheit blicken, was die ursprüngliche Grundlage dieses Gesetzes war und warum wir auch dieses Gesetz beziehungsweise diese Gesetzesnovelle heute beschließen.

Im Laufe der Industrialisierung Europas ist es natürlich immer wieder zum Gebrauch von gefährlichen Stoffen gekommen. Dieser Gebrauch hat immer mehr zugenommen und damit auch die Unfälle. Der Abgeordnete Spitzmüller hat das vorher auch schon erwähnt. Diese SEVESO-Richtlinie ist benannt nach dem italienischen Ort Seveso, wo eine große Dioxinkatstrophe in den 70er Jahren stattgefunden hat. Aber dieser Unfall ist leider kein Einzelfall.

Es gab zahlreiche Unfälle, auch schon angesprochen, in Ungarn, aber genauso in Rumänien, in den Niederlanden und auch in Toulouse. Um solche Unfälle bestmöglich vermeiden zu können, ist es wichtig, hier entsprechende Regelungen zu setzen und auch immer wieder nachzuschärfen. Wichtig ist auch, dass die bestehenden Vorschriften weiterhin verbessert werden und das auch ohne konkrete Anlassfälle ganz einfach schon im Vorhinein.

Abgesehen davon, verlangt das EU-Recht auch eine entsprechende Umsetzung. In diesem Fall im burgenländischen ISUG-Gesetz, wo es zu entsprechenden Änderungen kommen wird. Wir haben auch das vorhin schon gehört, es kommt einerseits zu erweiterten Meldepflichten seitens der Betriebsinhaber, zu standardisierten Inspektionen, erweiterten Sanktionen und auch zu schnelleren Auskünften über Umweltinformationen.

Auch wenn dieses Gesetz, beziehungsweise diese Gesetzesnovelle jetzt im Moment, also derzeit, kaum von praktischer Relevanz im Burgenland ist, da, wie gesagt, nur ein Betrieb in diese Novelle hineinfällt, trägt die Novelle doch zu einer Aufwertung des Umweltschutzes bei, und auch zur Sicherheit von Mensch und Umwelt.

Wir alle wissen, dass gerade große Industrie- und Chemieunfälle oft europaweite und länderübergreifende Konsequenzen haben können. Deswegen ist dieses Gesetz ein wichtiges, auch im Sinne eines nachhaltigen Umweltschutzes. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei allen sehr, sehr herzlich bedanken, die bei der Mitwirkung und bei der Umsetzung dieser Gesetzesnovelle beigetragen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jenen Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO II-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 316) über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung über die Anerkennung, von Berufsqualifikationen (EU-Berufsanerkennung-Sammelnovelle 2016) (Zahl 21 – 226) (Beilage 332)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Berichterstatterin zum 5. Punkt der Tagesordnung ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 316, über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung über die Anerkennung, von Berufsqualifikationen (EU- Berufsanerkennung-Sammelnovelle 2016), Zahl 21 - 226, Beilage 332.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (EU- Berufsanerkennung-Sammelnovelle 2016), in seiner 8. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der Antrag der Berichterstatterin ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (EU- Berufsanerkennung-Sammelnovelle 2016), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Der Erste zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Wiesler. Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jänner haben wir im Hohen Landtag die allgemeinen Bestimmungen zur Umsetzung zur Berufsanerkennungsrichtlinie im Burgenland beschlossen.

Die EU regelt seit vielen Jahren die Anerkennung von Berufsqualifikationen innerhalb der EU, um dadurch die Mobilität innerhalb des Binnenmarktes zu fördern. Die

zentrale Grundlage hierfür ist die Richtlinie 2005, die drei Anknüpfungspunkte hat. Sie umfasst grundsätzlich nur reglementierte Tätigkeiten, das heißt, die Aufnahme einer Tätigkeit ist also an das Vorliegen einer bestimmten Qualifikation gebunden, die Ausbildungen, die innerhalb der EWR absolviert wurden und Staatsangehörige der EWR-Vertragsstaaten. Mit der Richtlinie 2013 wurde die Berufsanerkennungsrichtlinie geändert und wir hätten im Jänner 2016 in nationales Recht umgesetzt.

Die Neuerungen haben leichtere Handhabung der Verfahren für die Betroffenen, die Einführung eines Europäischen Berufsausweises, Transparenz und Information über die Verfahren, einfachere Anerkennungssysteme und die Kooperation der Behörden der Mitgliedsstaaten wurden dadurch erleichtert. Wer somit im Ausland oder bei uns arbeiten will, muss sich fragen, ob die Qualifikation, die er in seinem Heimatland erworben hat, auch in dem EU-Staat gleichwertig anerkannt wird, indem er zukünftig tätig sein will.

Heute liegt uns ein Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung, über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vor und dient zur Umsetzung der Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarktinformationssystems. Grundlage für diese Sammelnovelle sind mehrere EU-Richtlinien, die die Anerkennung von Berufsqualifikationen regeln und die Änderung in den einzelnen Berufsrechtsgesetzen.

Ziel dieser Novelle ist die Vereinfachung der Anerkennung von beruflichen Qualifikationen, die unionsrechtliche Umsetzung, Verpflichtungen, die sich aus der Richtlinie 2013 ergeben und die, über die horizontale Verpflichtungen hinausgehen, in den einzelnen Landesgesetzen zu erfüllen. Im Konkreten geht es im Artikel 1 bis 7 um die Änderung von Burgenländischen Gesetzen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, die in den Zuständigkeitsbereich des Landes fallen. Das Gesetz schafft Anerkennungssuchenden eine rechtliche Grundlage.

Gleichwohl dürfen wir die hohen Ausbildungsstandards bei uns nicht aufgeben, deshalb ist bei allen wesentlichen Unterschieden, die Ausbildung einer Anpassung, an unsere hier vorhandenen Standards, erforderlich.

Das ist etwa dann der Fall, wenn Kenntnisse beim Antragsteller fehlen, die eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung des Berufes sind und die Ausbildung der Antragssteller gegenüber unserer Ausbildung im Burgenland wesentliche Abweichungen aufweist.

Im Gesetzentwurf geht es im Artikel 1 bis 7 vor allem um die Nachweiserbringung der Antragsteller für ihre berufliche Qualifikation, beziehungsweise Berufserfahrung in einem anderen Staat, durch die zuständige Behörde, beziehungsweise die Gleichwertigkeit einer Ausbildung.

Hierzu werden natürlich verschiedene Dokumente abverlangt und wenn es berechtigte Zweifel gibt, die Echtheit überprüft. Die Landesregierung hat über einen Antrag in gewisser Zeit zu entscheiden. Die Landesregierung darf auch, wenn es nötig erscheint, einen Anpassungslehrgang oder die Ablegung von Eignungsprüfungen vorschreiben.

Ich glaube mit dem Anerkennungsgesetz von Berufsqualifikationen machen wir einen guten Schritt zur besseren Vergleichbarkeit und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse. Wir werden dem Gesetz zustimmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist der Herr Abgeordnete Bernhard Hirczy zu Wort gemeldet. Sie sind am Wort.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Werte Zuhörer! Diese EU-Richtlinie vereinheitlicht und vereinfacht die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Bildungsnachweisen in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Dadurch soll es für jeden EU-Bürger möglich sein, dass der Beruf, den jemand erlernt hat, beziehungsweise die Qualifikationen, die jemand erworben hat, auch in den anderen Ländern anerkannt werden.

Ich selber habe so ein Praktikum in Spanien gemacht, und ich kann nur sagen, es ist wichtig, wenn junge Menschen ihren Horizont erweitern können. Wenn sie Erfahrungen sammeln und die Erfahrungen auch bei uns einbringen können. Zur Umsetzung dieser Richtlinie sind natürlich Anpassungen in mehreren Landesgesetzen notwendig.

Zum Beispiel im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, im Kinder- und Jugendhilfegesetz, im Sozialbetreuungsberufegesetz und natürlich auch in der land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung. Wesentliche Änderungen betreffen dabei einerseits die Anerkennungsbedingungen und andererseits auch die Bescheinigung des gleichwertigen Ausbildungsniveaus. Die Überprüfung der Sprachkenntnisse, die Regelung über den partiellen Berufszugang oder auch die Anerkennung der vorhin erwähnten Berufspraktika. Personenfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit sind wichtige Faktoren für Berufstätige in einem vereinten Europa.

Die Freiheit, in einem anderen Land als dem Heimatland wohnen und arbeiten zu dürfen, dafür haben sich bereits unzählige Menschen eingesetzt. Und das bereits in den letzten Jahrtausenden. Die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und Bildungsnachweisen erleichtert die Berufsausübung über die Staatsgrenzen hinweg, und stellt einen wichtigen Faktor für Berufstätige in einem gemeinsamen Europa, in einem vereinten Europa dar.

Im Ausland erworbene Qualifikationen müssen einfach schneller anerkannt werden. Bei diesem Thema ist auf Bundes- und Europaebene unser Außenminister Sebastian Kurz federführend. Deshalb werden wir als ÖVP diesem Gesetzentwurf selbstverständlich zustimmen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf kann man auch mit einem Augenzwinkern die Arbeit der rot-blauen Landesregierung vergleichen. Die Novelle dient lediglich zur Umsetzung der EU-Richtlinie. Es wird umgesetzt, was vorgeschrieben ist. Auch in der Regierung wird leider nur das gemacht, was unbedingt notwendig ist. Die Regierung ist ständig bemüht, Dinge zu präsentieren aber die Ankündigungen bleiben Ankündigungen. Wo bleibt das Umgesetzte? Ich denke hier an Themen wie Infrastruktur, ich denke hier an den Bahnausbau. Ich denke hier an das Thema S 7, natürlich auch von der Regina Petrik angesprochen, das Thema Ärzte, ich denke an Betriebsansiedelungen, ich denke an Arbeitsplätze für Menschen im Burgenland, speziell im Südburgenland.

Ich wünsche hier, dass hier mehr passiert. Ich wünsche mir, dass eben nicht junge Menschen und junge Familien auf der Strecke bleiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Mag. Drobits.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Ich möchte zu diesem Tagesordnungspunkt auf Wiederholungen verzichten, einerseits aus zeitökonomischen Gründen, andererseits auch aus Effizienzgründen. Ich werde aber doch einige Punkte nur kurz anreißen.

Eine EU-Richtlinie ist im Prinzip ein Rechtsinstrument, und das Rechtsinstrument dient dazu, eine Umsetzung im innerstaatlichen Recht zu erfüllen oder zu erfolgen. Die Vorredner haben bereits erwähnt, dass diese Umsetzung obligatorisch ist. Obligatorisch heißt zwingend, und deshalb ist auch die Aufgabe dieses Hauses, die EU-Richtlinie 2005/36, aber auch die Richtlinie 2011/55, die wir bereits im Jänner in der Landtagssitzung umgesetzt haben, richtig und zeitgemäß umzusetzen.

In dieser Sammelnovelle, die in einigen Landesgesetzen Einklang finden wird, geht es um einige wichtige Punkte. Es geht darum, dass wir in sieben Landesgesetzen -, wobei drei für mich ganz wichtig sind, das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das Sozialbetreuungsberufegesetz, aber vor allem auch das Luftreinhaltegesetz, das bisher nicht erwähnt worden ist -, in diesen Gesetzen soll nämlich genau diese Anerkennung von Berufsqualifikationen stattfinden.

Bislang wurden bloß von uns horizontale Elemente umgesetzt. Nunmehr soll durch diesen Sammelentwurf generell auch materienspezifische Regelungen umgesetzt werden.

Das Ziel ist einerseits die Umsetzung, andererseits auch die Reparatur von bisherigen Fehlern im Bereich der Umsetzung und auch im Bereich der Umsetzungsverpflichtung.

Welche Änderungen gibt es? Meiner Meinung nach ist die wichtigste die Möglichkeit der Vorschreibung der Überprüfung von Sprachkenntnissen. Das wurde bis dato nicht erwähnt. Nunmehr soll es bei Gesetzen, wie zum Beispiel dem Luftreinhaltegesetz, dem Klimaanlagen- und Heizanlagengesetz die Möglichkeit geben, dass den jeweiligen auftretenden handelnden Personen die Überprüfung der Sprachkenntnisse vorgeschrieben wird. Das ist genau in den Bereichen, wo Gefährdungspotential und auch im Endeffekt nicht nur das Gefährdungspotential, sondern auch der Kundenkontakt besteht, ganz wichtig.

Auch im Kinder- und Jugendhilfegesetz, einem wichtigen Gesetz, ist es umso wichtiger, dass genau diese Kenntnisse der Sprache überprüft werden. Hierbei bietet sich nunmehr die Möglichkeit, dass nicht nur in deutscher Fassung, sondern auch in beglaubigter Übersetzung diese Kenntnisse nachgewiesen werden müssen.

Nun, man könnte jetzt weiterhin auf andere Gesetze oder Landesgesetze eingehen. Mir ist nur wichtig, abschließend zu erwähnen, diese obligatorische Umsetzung der beiden angeführten EU-Richtlinien ist unbedingt notwendig und wird nunmehr seitens des Hohen Hauses auch durchgeführt.

Damit wird auch dem EU-Berufsanerkennungsrahmengesetz, das bereits im Jänner beschlossen wurde, ein notwendiger Platz gegeben. Die Änderungen, die Anerkennungsbedingungen werden quasi in den einzelnen Landesgesetzen erfasst.

Vielleicht nur eines noch, vorher hat der Kollege Hirczy es erwähnt, dass grundsätzlich die Anerkennung von Berufspraktika nunmehr Eingang findet. Ich finde, das ist eine wichtige Einrichtung und es ist auch klar.

Nur mit der Aussage, die Sie getroffen haben, kann ich mich nicht anfreunden, das ist schon Aufgabe dieses Hohen Hauses, EU-Richtlinien umzusetzen und deshalb glaube ich, das ist eine wichtige Tätigkeit.

In diesem Sinne müssen oder werden wir als Fraktion ganz klar diesem Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (EU-Berufsanerkennung-Sammelnovelle 2016) ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (EU-Berufsanerkennung-Sammelnovelle 2016) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 297), mit dem das Burgenländische Landesdienstleistungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 207) (Beilage 333)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 297, mit dem das Burgenländische Landesdienstleistungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 207, Beilage 333.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesdienstleistungsgesetz geändert wird, in ihrer 8. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesdienstleistungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abgeordneter Mag. Drobits zu Wort gemeldet. Er hat vorhin gesprochen.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Gesetzentwurf zwecks Änderung des Burgenländischen Landesdienstleistungsgesetzes vor.

Dieses Gesetz regelt allgemeine Bestimmungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Land Burgenland.

Nun, warum ist das so wichtig und warum ich auch ein paar Worte dazu machen möchte. In diesem Gesetzesentwurf wird nämlich der Einführung der Landesverwaltungsgerichte mit 1.1.2014 Rechnung getragen.

Es ist nämlich ein großer Wandel im System der Verwaltungsgerichtsbarkeit entstanden, indem nunmehr die Landesverwaltungsgerichte die einzige Instanz sind. Das bedeutet, gleichzeitig in erster und letzter Instanz auftritt. Ausgenommen sind nur die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches in den Gemeinden, ansonsten ist der Systemwechsel durchgehend vollzogen worden.

Ich habe mich zu diesem Tagesordnungspunkt deshalb auch zu Wort gemeldet, weil vor einigen Wochen im Bundesrat diese Thematik der Verwaltungsgerichtsbarkeit angesprochen wurde. Dort wurde über alle Fraktionen diesem Systemwechsel positiv Rechnung getragen. Dort wurde es lobend erwähnt, dass der zuständige Bundesminister Ostermayer diese Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform durchgeführt hat. Sie ist ein großer Wurf, es gibt nur mehr neun Landesverwaltungsgerichte, einen Bundesverwaltungsgerichtshof und ein Bundesfinanzgericht.

Was sind die Auswirkungen? Die Auswirkungen sind klar. Es ist eine starke Verkürzung der Verfahrensdauer. Im internationalen Vergleich liegen wir irrsinnig gut. Es ist auch klar, dass es eine einheitliche Verwaltung und Kontrolle durch den Verwaltungsgerichtshof gibt. Und es ist auch klar, dass die Qualität des Rechtsstaates für die Rechtssuchenden damit eine Steigerung erfährt.

Ich glaube, dass wir diesem Gesetzentwurf, so wie er vorliegt, jedenfalls auch auf Grund der Bestrebungen des Bundesrates und der Überprüfung des Bundesrates Rechnung tragen sollen, und deshalb wird meine Fraktion diesem Gesetzentwurf jedenfalls zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesdienstleistungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesdienstleistungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 315), mit dem das Katastrophenhilfegesetz geändert wird (Zahl 21 - 225) (Beilage 334)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 7. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 315, mit dem das Katastrophenhilfegesetz geändert wird, Zahl 21 - 225, Beilage 334.

Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö ist Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben über den Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz geändert wird, in ihrer 8. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin.

General und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Die erste Wortmeldung kommt von der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es wurde heute schon unter dem Tagesordnungspunkt 4 über SEVESO II gesprochen.

In dem aktuellen Tagesordnungspunkt geht es um SEVESO III. Durch den gegebenen Zusammenhang werde ich nun über beide Richtlinien sprechen. Wie jedes Vorsorgekonzept haben auch die SEVESO-Richtlinien das Ziel, Auswirkungen von Gefahrenpotentialen in sozialverträglicher Weise zu vermeiden.

Industriekatastrophen werden so vermieden und auch ihre Folgen, vor allem die Schäden für Mensch, Umwelt und Sachwerte werden minimiert. Innerhalb der EU wird ein hohes Schutzniveau auf effektive und konsistente Art und Weise geschaffen. Zusätzlich zu dem bisherigen Erfordernis einer integralen Sicherheitsbetrachtung soll der Faktor Mensch die Raumordnung zur Herstellung ausreichender Schutzabstände und die innerbetriebliche Sicherheitsphilosophie stärker betont werden.

Mit verschiedenen Maßnahmen wie Sicherheitskonzepten, Sicherheitsmanagementsystemen oder zum Beispiel die Erstellung von Alarm- und Gefahrenabwehrplänen wird ein wesentlicher Teil zur Sicherheit beigetragen.

EU-weit werden von dieser Richtlinie etwa 10.000 Betriebe erfasst. In Österreich sind rund 170 Betriebe von dieser Regelung betroffen. Im Burgenland sind nur wenige bis gar keine Betriebe betroffen. Noch nicht!

Jeder von uns weiß, wie wichtig diese zwei Gesetze für das Land und die Bevölkerung sind, und daher werden wir auch diesem Gesetzentwurf unsere Zustimmung erteilen.

Ich möchte hier nur kurz mich der Argumentation vom Kollegen Drobits anschließen und zwar unter Hinweis auf die Aussage vom Herrn Hirczy. Es sollte Ihnen bekannt sein, dass hier im Hohen Haus eben EU-Richtlinien umgesetzt werden müssen und der Vorwurf, war, finde ich, entbehrlich. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete.

Landtagsabgeordneter Schnecker ist der Nächste, der zu Wort gemeldet ist.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt 4 hat diese Richtlinie, wie schon mehrfach erwähnt, einige Male schon umfasst und es wurde auch diskutiert.

Jetzt geht es um das Katastrophenhilfegesetz im Burgenland, das wir seit 1985 haben. Dieses regelt Naturereignisse, sonstige Ereignisse, außergewöhnliche Schädigungen von Mensch und Natur und befasst sich im Wesentlichen mit der Katastrophenabwehr, mit dem Katastrophenschutz und mit der Katastrophenbekämpfung.

All das, was bereits gesagt wurde, spielt sich auf Verwaltungsebene ab, daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei all jenen, die sich vor allem freiwillig mit der Katastrophenvorsorge beschäftigen, und im diesem Bereich sind es hauptsächlich die Feuerwehren und die Einsatzorganisationen, mich dafür sehr herzlich zu bedanken - für diese Arbeit, die hier immer wieder und jedes Jahr geleistet wird, weil es eine Menge Aufwand und eine Menge Nachdenkarbeit bedeutet, diese Einheiten im Katastrophenhilfsdienst zu organisieren, aufzustellen und am Laufen zu halten und zu beüben.

All unseren Einsatzorganisationen, auch begonnen vom Amt der Burgenländischen Landesregierung, über die Bezirksverwaltungsbehörden ein herzliches Dankeschön!

Wir stimmen diesem Punkt der Tagesordnung natürlich zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 317), mit dem das Sprengelhebammengesetz aufgehoben wird (Zahl 21 - 227) (Beilage 335)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 317, mit dem das Sprengelhebammengesetz aufgehoben wird, Zahl 21 - 227, Beilage 335.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Sprengelhebammengesetz aufgehoben wird, in ihrer 8. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Sprengelhebammengesetz aufgehoben wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter.

Die erste Wortmeldung kommt vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner.

Bitte Herr Bürgermeister.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Dem heutigen Gesetzesantrag, nämlich das Sprengelhebammengesetz aufzuheben, stimmen wir gerne und mit Freude zu, weil es ein guter Beitrag dafür ist, den Rechtsbestand zu bereinigen.

Ich möchte bei dieser Wortmeldung nicht im Detail auf dieses Gesetz eingehen, sondern grundsätzlich etwas zur Rechtsbereinigung sagen. Dafür werde ich zu Punkt 29 keine Wortmeldung abgeben, wo wir dieses Thema noch einmal haben werden.

Ich finde, dass Rechtsbereinigung eine ureigenste Aufgabe auch eines Landtages ist, und es ist schade, dass die Abgeordneten von Rot-Blau hier gefesselt sind, wenn es darum geht, diese ureigenste Aufgabe auch wahrzunehmen. Gefesselt durch die rot-blaue Landesregierung, eine Stillstandregierung im Burgenland.

Wenn eine Initiative von einer Nicht-Regierungspartei kommt, die sachlich ist, gegen die man eigentlich nichts haben kann, die sich positiv auf die Menschen auswirkt, *(Abg. Günter Kovacs: Das kenne ich alles.)* dann müssen die Abgeordneten von Rot-Blau abwinken, abwinken und dagegen sein. Auch wenn sie eigentlich dafür sind, das hört man ja bei Vier-Augen-Gesprächen dann völlig anders. *(Abg. Ilse Benkö: So wie 2014 bei … - Zwiegespräche in den Reihen)*

Wäre das nicht so, Frau Kollegin, Frau Präsidentin. Wäre das nämlich nicht so, dann wäre es ja auch nicht möglich, dass unser Antrag, den wir heute eingebracht haben, wieder einmal mit einer, ich möchte fast sagen, absurden Beschlussformel verändert wird.

Deswegen appelliere ich an alle Abgeordneten des Landtages, auch wenn Sie heute diesem, unserem Antrag nicht zustimmen können, irgendwann einmal zu einem

späteren Zeitpunkt doch wieder sich zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, sich wirklich sachlich Gedanken darüber zu machen, ob wir als Landtag nicht in der Lage sind, diese Gesetzesentrümpelung durchzuführen. Im Sinne von Entbürokratisierung, im Sinne von Rechtsbereinigung.

Warum ist das aus meiner Sicht, aus unserer Sicht so notwendig? Weil jeder Staatsbürger ganz einfach das Recht darauf hat zu wissen, wie er sich selbst rechtmäßig zu verhalten hat. Gesetze sollen so gestaltet sein, dass man ohne juristische Ausbildung Zugang zum Recht finden kann. Das gilt für Unternehmer gleichermaßen wie für jede einzelne Privatperson.

Das bedeutet, erstens, Gesetze und Verordnungen sind möglichst klar und einfach zu halten. Zweitens, Gesetze und Verordnungen, aber auch einzelne Bestimmungen, die man eigentlich nicht oder nicht mehr braucht, sind aufzuheben.

Daher ist in manchen Bereichen im Übrigen auch die „Sunset Legislation“ nicht so eine dumme Idee, wie vielleicht manche glauben.

Wir haben das übrigens auf Gemeindeebene gemacht und das hat sich ziemlich bewehrt, weil man jedes Mal, wenn der Beschluss ausläuft, man darüber nachdenken muss, ob das noch sinnvoll ist, was man vor ein, zwei, drei, fünf Jahren beschlossen hat.

Im Zuge der Rechtsetzung hat der Landtag, hat jeder Abgeordnete auch persönlich dafür zu sorgen, dass nicht unnötige Bestimmungen beschlossen werden, dass klare Bestimmungen beschlossen werden, die vom Rechtsanwender auch nachvollzogen werden können.

Meine Damen und Herren! Zuletzt, als die SPÖ noch eine konstruktive Regierungspartei war und über einen sehr sachorientierten Klubobmann verfügt hat, *(Abg. Ilse Benkö: Tut schon weh, wenn man so alleine steht.)* war auch die SPÖ-Linie ganz eindeutig. Ich zitiere: „Eine klare, für jedermann übersichtliche Rechtslage zu schaffen, das ist das Ziel.“ Und dieser sachorientierte Klubobmann, das war der heutige Abgeordnete Dr. Peter Rezar. Ich habe das da in der „BF“ - die gibt es auch nicht mehr - *(Abg. Manfred Kölly: Aber den Rezar schon.)* und man sieht, in zwei Jahrzehnten kann sich auch eine Partei ziemlich stark wandeln und ändern. *(Abg. Manfred Kölly in Richtung des Abg. Dr. Peter Rezar, der gerade den Landtagssaal betritt: Rezar ist schon da.)*

Rezar ist da, Gott sei Dank, weil er ein guter Abgeordneter ist, weil er sachorientiert ist, und er hat damals mit dazu beigetragen, 1996, dass es ein Rechtsbereinigungsgesetz gegeben hat, das wirklich toll war für das Burgenland und Vorbild war für ganz Österreich.

Die rot-blaue Regierung, die wir heute haben, hat offenbar einen völlig anderen Zugang. Tricksen, tarnen, täuschen, ja keine Transparenz, ja nicht schauen, dass sich die Leute beim Recht auch auskennen.

Beispiel Tourismusgesetz. Wer dort, unter uns gesagt, die Übergangsbestimmungen gelesen hat - das werden nicht viele gemacht haben -, dem kommt wirklich das Grauen.

Meine Damen und Herren! Bei der Rechtsetzung sollten wir uns so wie in anderen Lebensbereichen, auch an der Bibel orientieren. *(Abg. Ilse Benkö: Die Bibel ist das Gottesbuch der Menschen. – Zwiegespräche in den Reihen)* Die zehn Gebote gelten als Paradebeispiel dafür, wie man eine gute, verständliche und für jedermann nachvollziehbare Rechtsetzung macht. *(Abg. Doris Prohaska: Auge um Auge, Zahn um Zahn.)* Und die zehn Gebote sind deswegen so kurz und so logisch und so

nachvollziehbar, weil es damals keine rot-blauen Populisten gegeben hat, die sich da irgendwie eingemischt haben. *(Abg. Wolfgang Sodl: Das ist super! Na, geh!)*

Liebe Kollegen! Sie haben die Chance, diese letzte Aussage von mir Lügen zu strafen, indem Sie unserem Antrag zustimmen oder wenn Sie das heute nicht können, *(Abg. Ilse Benkö: Das werden wir nie können.)* vielleicht in ein paar Monaten selber einen Antrag einbringen *(Abg. Doris Prohaska: Nicht einmal registrieren!)* und dies dann als eigenen Erfolg verkaufen.

Meine Damen und Herren! Dem Sprengelhebammengesetz stimmen wir zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Herr Abgeordneter Mag. Drobits hat sich zu Wort gemeldet.

Sie sind am Wort, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun, ich habe eigentlich geglaubt, bei diesem Tagesordnungspunkt mit Mag. Steiner einen zusätzlich anerkannten Kenner des Sprengelhebammengesetzes zu haben. Auf Grund der Ausführungen bin ich nunmehr anderer Meinung. Er ist in der Tagesordnung schon viel weiter geschritten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir sind immer voraus.)* ist schon bei Punkt 29 gewesen.

Ich möchte dennoch auch im Interesse der Tagesordnungspunkte, die wir erfüllen müssen, auf diesen Punkt kommen. Es ist richtig, dass die Rechtsbereinigung ein wesentlicher Aufgabenbereich ist, dem wir auch Rechnung tragen. Es ist auch richtig, dass dieses Sprengelhebammengesetz aus dem Jahr 1950 die Intention bereits verloren hat, weil mittlerweile auch ein neues Hebammengesetz gekommen ist. Das ursprüngliche Sprengelhebammengesetz hatte nämlich die Intention, dass ein Hebammenbeistand lückenlos im Sprengel vorgesehen wird, wo öffentlich bestellte Hebammen tätig werden. Und dann wurde gleichzeitig die Gewährleistung eines Mindesteinkommens vorgesehen.

Nunmehr haben wir aber die Situation, dass wir 55 im Hebammenregister eingetragene Hebammen im Burgenland haben und diese unterliegen dem Hebammengesetz als Rechtsgrundlage. Diese Rechtsgrundlage sieht vor, dass einerseits auch die Entlohnung im Vertragsbedienstetengesetz oder im Angestelltengesetz oder bei freiberuflich Tätigen in Honorarvereinbarungen mit den jeweiligen Krankenversicherungsträgern geregelt worden sind.

Nun, das bedeutet eindeutig, dass wir die ursprüngliche Intention des Sprengelhebammengesetzes nicht mehr haben. Es ist nicht mehr zeitgemäß, es ist totes Recht, und daher ist diese Aufhebung dieses Sprengelhebammengesetzes richtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Sprengelhebammengesetz aufgehoben wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Sprengelhebammengesetz aufgehoben wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 319), mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 21 - 229) (Beilage 336)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 9 der heutigen Landtagssitzung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 319, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, Zahl 21 - 229, Beilage 336.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Maczek.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Kurt Maczek: Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter.

Als Erste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Präsidentin Ilse Benkö.

Bitte um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt war mir gar nicht mehr bewusst, wie umfangreich eigentlich die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 ist. Sie umfasst, und Sie wissen das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage und schreibe 292 Paragraphen. Sie wissen auch, was sie inhaltlich regelt, nämlich inhaltlich regelt sie das Arbeitsvertragsrecht der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und den Arbeiter- und Angestelltenschutz für Arbeiter und Angestellte im land- und forstwirtschaftlichen Bereich.

Sie alle wissen auch, dass für die Grundsatzgesetzgebung in diesem Fall der Bund seine Zuständigkeit hat. Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung sind Sache der Länder.

Die heute zu beschließende Novelle resultiert aus den neuen bundesgesetzlichen, aber auch aus den unionsrechtlichen Vorgaben.

Zum Inhaltlichen ganz kurz. Sie alle haben sich das angeschaut und wissen, dass mit der Novelle eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglicht wird, in dem die Pflegekarenz und die Pflegeteilzeit normiert werden. Außerdem wird sichergestellt, dass in diesem Zusammenhang auch auf die betrieblichen Erfordernisse Bedacht

genommen wird. Bei Pflegekarenz und bei Pflegeteilzeit wird es nämlich zu einer Vereinbarung zwischen Arbeiter und Angestellten und dem Betrieb bedürfen.

Neben redaktionellen Anpassungen in diesem Gesetz werden im Zuge der Novellierung der Landarbeitsordnung Änderungen der land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung sowie des betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenversorgungsgesetzes nachvollzogen.

Auch das wissen Sie, dass der Arbeitnehmerschutz letztendlich Gegenstand der Novellierung ist. Hier geht es um die unionsrechtlichen Vorgaben in Zusammenhang mit der Kennzeichnung von Chemikalien, das ist Ihnen natürlich auch bekannt.

Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Viel mehr ist da nicht zu sagen. Für den Landesgesetzgeber ist das eine tendenziell unspektakuläre Sache.

Meine Fraktion wird dieser Vorlage ebenso unspektakulär ihre Zustimmung erteilen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön.

Als Nächster ist der Herr Landtagsabgeordnete Temmel zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! In der vorliegenden Novelle der Landarbeitsordnung 1977, wie bereits erwähnt, werden Bestimmungen umgesetzt, die eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglichen sollen, zumal mit den neuen Bestimmungen die Pflegekarenz und die Pflegeteilzeit festgelegt werden.

Zudem wird sichergestellt, dass durch die erforderliche Vereinbarkeit mit dem Betrieb, auch auf die Erfordernisse des Betriebes Rücksicht genommen werden. Dabei wird mit einer schriftlichen Vereinbarung eine Auszeit im aufrechten Arbeitsverhältnis für Pflege beziehungsweise Betreuung für nahe Angehörige ermöglicht.

Neben arbeitsrechtlicher Absicherung werden auch eine finanzielle Unterstützung sowie sozialversicherungsrechtliche Begleitmaßnahmen vorgesehen. Eine weitere Änderung ist auch die Berufsausbildungsverordnung hinsichtlich der vorzeitigen Ablegung der Facharbeiterprüfung, und das ist auch sehr wichtig.

Es erfolgen auch weitere Anpassungen, die Änderung des betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenversorgungsgesetzes. Die Chemikalien wurden bereits von der Frau Präsidentin Benkö ausführlich gesagt.

Das Arbeitsrecht und der Arbeiter- und Angestelltenschutz in der Land- und Forstwirtschaft ist in der Gesetzgebung Bundessache und Landessache in der Ausführungsgesetzgebung sowie deren Vollziehung.

Mit dieser Novelle erfolgen mehrere Umsetzungen von EU-Richtlinien. EU-Richtlinien und Bundesgesetze werden ja von Ihnen nicht immer sehr positiv betrachtet, abgesehen von den wichtigen EU-Zahlungen. Ansonsten werden - speziell unsere ungarischen Nachbarn - oft als ArbeitswegnehmerInnen anstatt als EU-ArbeitnehmerInnen betrachtet.

In diesem Zusammenhang müssen Sie schon die Frage erlauben: Wie könnten wir im Burgenland den Gesundheits-, den Tourismus- und die diversen anderen Bereiche bewerkstelligen, ohne die Beschäftigten aus den ehemaligen Ostblockstaaten? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass nicht immer freundlich und nachbarschaftlich mit den ungarischen Nachbarn umgegangen wird, zeigt auch die Tatsache, dass die mittlerweile berühmteste Straße des Burgenlandes, die Grenzstraße von Szentpeterfa, vielleicht besser bekannt als Petrovo Selo, zu Deutsch Postrum, Richtung Moschendorf mit einer Länge von 330 m seit dem Schengenbeitritt von Ungarn, das war im Jahre 2007, noch immer nicht, wie wir es von internationalen Straßen zwischen zwei Nachbarstaaten erwarten würden, ausgebaut ist.

Am besten sind ja dann noch Ihre Ausreden, die sich schon jahrelang hinziehen, die ich Ihnen aus zeitökonomischen Gründen aber heute ersparen werde. Sie machen zwar laufend großspurige Ankündigungen, schaffen es aber nicht einmal eine kleine Park & Ride-Anlage im Südburgenland, in Ollersdorf, fertig zu stellen. Wie wichtig Ihnen das Südburgenland ist zeigt auch die Tatsache, dass im Breitbandinternet-Ausbau, bei den Verkehrsanbindungen, beim öffentlichen Personennahverkehr mit Ausnahme – das muss ich Ihnen zugestehen - der G1-Linien, überhaupt nichts weiter geht.

Wenn, dann bezahlen diese zusätzlichen Angebote zum Großteil die Gemeinden beziehungsweise die Bürgerinnen und Bürger selbst. Das ist Ihre Wertschätzung gegenüber dem Südburgenland. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt haben wir endlich den Uhudler zusammen gebracht. Jetzt höre einmal auf.)*

Aufgrund Ihrer Freude über die Regierungsbeteiligung vergessen viele FPÖler, was sie vor einem Jahr bei den Proponenten von Pro-Bahn unterschrieben haben. Bei Ihnen, lieber Herr Klubobmann, kann man sich nicht einmal auf die Unterschriften verlassen, *(Abg. Manfred Kölly: Von wem redet er denn jetzt?)* geschweige denn von mündlichen Aussagen. Nach Monaten Ihrer Untätigkeit, mit Ausnahme von Selbstdarstellungen, Selbstbeweihräucherungen, sollte jetzt endlich Schluss sein. Nehmen Sie endlich diese Anliegen unserer Landsleute ernst.

Dieser Änderung werden wir natürlich zustimmen, weil es ein Bundesgesetz beziehungsweise eine EU-Richtlinie ist. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster kommt der Landtagsabgeordnete Wolfgang Sodl zu Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte jetzt nach der Südburgenland-Tour vom Kollegen Temmel wieder auf die Landarbeitsordnung zurückkommen. Kollege Temmel! Ich möchte aber schon festhalten oder dazu sagen: Ich verstehe nicht, warum Du als Bürgermeister, als Abgeordneter des Bezirkes Güssing, als Südburgenländer, das Südburgenland selbst immer schlecht redest? *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Gesetz regelt generell die Arbeitsweise von Arbeitern in der Landwirtschaft im Hinblick auf Arbeitnehmerschutz, auf Arbeitszeiten und auf Arbeitssicherheit. Das Burgenländische Gesetz zur Landarbeitsordnung knüpft an das Bundesgesetz an, wir haben es bereits gehört, und wird dabei insgesamt in allen neun Bundesländern in Ausführungsgesetzen geregelt.

Im Prinzip ist es ein Nachziehen von Verweisen aus dem Arbeitnehmerschutzgesetz. Die wichtigsten Punkte, die ich hier ansprechen darf, die die Gesetzesänderung beinhalten: Die Schaffung der rechtlichen Möglichkeiten, dass wenn Angehörige von Landarbeitern gepflegt werden müssen, diese auch in Pflegekarenz und in Pflegeteilzeit gehen können. Voraussetzung zur Inanspruchnahme ist mindestens ein dreimonatiges Dienstverhältnis.

Änderungen im Bereich des Arbeitnehmerschutzes wurden insofern erforderlich, weil mit der CLB-Verordnung in der Union ein neues System zur Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen und Gemischen von Chemikalien im Rahmen der VN-Wirtschaftskommission für Europa eingeführt worden ist. Ebenso wurden hier auch Änderungen im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz berücksichtigt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Dienstnehmer stehen mitunter vor der Situation, dass oft nahe Angehörige einen plötzlichen Pflege- oder auch einen Betreuungsbedarf aufweisen oder die Personen, die die nahen Angehörigen bisweilen gepflegt haben, hier jetzt auch die Möglichkeit haben, diese Pflege und Betreuung zu übernehmen. Daher werden mit der Pflegekarenz und der Pflegeteilzeit Instrumente geschaffen, die mit einer schriftlichen Vereinbarung dieser Auszeit im aufrechten Arbeitsverhältnis es ermöglichen, die beruflichen und familiären Verpflichtungen auch besser zu vereinbaren.

Neben arbeitsrechtlichen Absicherungen werden auch eine finanzielle Unterstützung sowie sozialversicherungsrechtliche Begleitmaßnahmen vorgesehen. Durch die Nominierung der Pflegezeit in Anlehnung an die Bestimmungen der Pflegekarenz wird jenen Fällen Rechnung getragen, in denen auch nur eine teilweise Arbeitsreduktion erforderlich ist. Das Gesetz trägt damit den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung, wonach kranke Angehörige nicht mehr im Familienverbund gepflegt und aufgefangen werden können, sondern das nur mehr unter großer Anstrengung neben Beruf und Familie gemacht werden kann. Damit haben Angehörige die notwendige Flexibilität zur Betreuung der pflegebedürftigen Personen, ohne dazu ihren Job auch aufgeben zu müssen.

Das Gesetz stellt aus Arbeitnehmersicht wesentliche Verbesserungen der Rechtslage dar. Es sind soziale Maßnahmen, soziale Änderungen, denen wir gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 277) betreffend Wasserleistungsverband Nördliches Burgenland und WLV GmbH; Follow up-Überprüfung (Zahl 21 - 202) (Beilage 337)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der Berichterstatter zum 10. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 277, betreffend Wasserleistungsverband Nördliches Burgenland und WLV GmbH; Follow up-Überprüfung, Zahl 21 - 202, Beilage 337, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend Wasserleistungsverband Nördliches Burgenland und WLV GmbH; Follow up-Überprüfung, in seiner 8. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den gegenständlichen Bericht des Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

MR DI Jaindl gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Berichtes.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Wasserleistungsverband Nördliches Burgenland und WLV GmbH; Follow up-Überprüfung wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Die erste Wortmeldung ist vom Landtagsabgeordneten Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ich mich heute zum ersten Mal zu Wort melde und ich in den Medien durch den Herrn Präsidenten groß angekündigt bekommen habe, dass heute eine Marathonsitzung im Landhaus stattfinden wird, bin ich ein bisschen verwundert. Das ist unsere Arbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, die wir selbstverständlich sehr gerne machen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dementsprechend sagen wir auch nicht den Sager, wie der Präsident sagt, dass die Abgeordneten über die Dauer der Sitzung entscheiden, je nachdem wie lange und wie oft sie reden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind vom Volk gewählt. Wir haben das Volk zu vertreten und wir sind auch diejenigen, die schlussendlich nicht nur bei einem Voranschlag zustimmen und dann nicht mehr anwesend sein dürfen, egal, wie auch immer, sondern wir haben Entscheidungen zu treffen.

Heute haben wir Rechnungshofberichte en masse. Wenn wir heute mit einem Rechnungshofbericht beginnen, Wasserleistungsverband Nördliches Burgenland, möchte ich trotzdem vorher noch auf ein paar Dinge eingehen. Einerseits auf die Fragestunde, wo Fragen gestellt werden und keine klaren Antworten gegeben werden. Ich denke, dass das einem Hohen Haus nicht würdig ist, denn wenn man Fragen gestellt bekommt und man weiß sie nicht zu beantworten, dann sagt man eben einmal darauf: Das werdet ihr schriftlich bekommen beziehungsweise beim nächsten Mal erfahren, denn ich bin da bei der Beantwortung momentan ein bisschen überfordert.

Man sollte nicht nur im Kreis reden und dann sagen, dass man die Frage, Gott sei Dank, nicht genau beantworten hat müssen, weil sonst wäre es vielleicht doch irgendwo zur Wahrheit gekommen. Da sollten wir ein bisschen nachdenken. Ich glaube auch, Herr Präsident, wenn ein 3. Nationalratspräsident anwesend ist und Spitzenkandidat für das Bundespräsidentenamt ist und dabei in den Umfragen sehr gut liegt, dann begrüßt man ihn natürlich auch. Das würde ich auch einmal klar und deutlich feststellen. Ich glaube, das ist schon eines Hohen Hauses sehr würdig. *(Beifall bei der LBL und FPÖ)*

Wenn ich jetzt zum Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland komme, dann bin ich recht froh, dass es diese Verbände gibt, denn nicht alle werden so gut geführt, wie der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland. Wenn wir uns diesen Prüfbericht anschauen, dann kann man nur sagen, Gott sei Dank gibt es auch einen Rechnungshof, der das akribisch aufarbeitet, mit Vorschlägen kommt und sagt, das oder jenes gehört geändert.

Daher ist der Rechnungshof auch sehr wichtig. Den sollten wir nicht unterschätzen, sondern, im Gegenteil, noch mehr ausbauen und unterstützen. Wenn ich mir das ansehe, dann ist das Wasser eigentlich eines der höchsten Güter, das wir haben können. Deshalb haben die Frau Kollegin Salomon und auch meine Wenigkeit schon öfters darauf gepocht, diese ganze Situation rund um Neudörfl endlich einmal zu bereinigen. Dann sollten wir gemeinsam es schaffen, uns mit dem Bund, mit dem Land Niederösterreich und mit dem Land Burgenland dort wirklich endlich einmal auf einen möglichen Konsens zu einigen, dass unser Wasser so erhalten bleibt, wie es derzeit ist. Ansonsten haben die nachfolgenden Generationen massive Probleme und, ich denke, das brauchen wir alle miteinander nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher sind ja wir auch diejenigen, die schlussendlich auch dafür sorgen müssen, dass hier im Hohen Landtag es auch rechtens ist. Wenn ich mir nur diesen Bericht anschaue, wo der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland und WLV GmbH Follow up-Überprüfung standgehalten haben, nicht nur standgehalten haben, sondern wirklich die Forderungen des Rechnungshofes erfüllt haben.

Der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland setzt die Empfehlungen des Rechnungshofes, die er im Jahr 2013 veröffentlicht hat, weitgehend um. Ich glaube, das ist ein Zeichen auch für die anderen Rechnungshofberichte. Aber, wir kommen heute noch zu einigen Rechnungshofberichten, wo uns noch das Grauen kommen wird. Es sollten sich vielleicht die Politik in diesem Land ein Beispiel nehmen, wie man Betriebe führt, wie man vielleicht doch auf Empfehlungen eingeht. Wenn ich mir ansehe, dass der Rechnungshof festgestellt hat, dass der Verband und die WLV GmbH von 22 überprüften Empfehlungen des Vorberichtes 16 umgesetzt, fünf teilweise umgesetzt und eine nicht umgesetzt hat, dann, glaube ich, brauche ich Euch das nicht vorlesen.

Ich hoffe, Ihr habt Euch diese Berichte genau angeschaut und habt sie auch studiert. Dann werdet Ihr sehen, dass es sehr wohl möglich ist, auch in diesem Land eine vernünftige Politik zu machen. Denn auch im Wasserleitungsverband oder insgesamt in den Verbänden ist ja noch immer Politik drinnen, was ich immer wieder auch kritisiere, aber es ist anscheinend nicht möglich, dass man das ändert. Aber, vielleicht werde ich es noch erleben, dass man auch hier eine Änderung herbeiführt, denn, ich glaube, man braucht Fachleute.

Das ist ein Betrieb, das ist wie ein Betrieb zu führen. Der wird dort auch so geführt. Daher bin ich recht dankbar, dass das alles so umgesetzt wird, was der Rechnungshof eigentlich da vorgegeben hat. Ich glaube, dass es insgesamt entscheidend ist, dass es für ganz wichtige Dinge in diesem Land Verbände gibt. Sei es Abfall, sei es Wasser aber sei es auch unsere Gesundheit, wo wir schlussendlich heute schon eine Diskussion darüber geführt haben. Vielleicht nicht das Gesetz mit Hebammen, denn da hat es mich gewundert, dass nicht von den Fraktionen die Frauen zumindest das Wort erhoben haben und sich hergestellt haben ans Rednerpult, weil wir immer vom Gendern reden, Frau Kollegin Petrik. Das hätte mich dann schon natürlich ja dementsprechend gehoben.

Ich habe mir gedacht, da schau her, es gibt ohnehin Frauen, die sich auch für dieses Thema interessieren. Aber, nichtsdestotrotz glaube ich, dass dieser Bericht für

sehr positiv zu bewerten ist und wünsche dem Wasserleitungsverband alles Gute und weiterhin gute Arbeit, denn, ich glaube, das brauchen wir in diesem Land, das brauchen wir in diesem Hohen Haus. Danke schön. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Kollege Wolfgang Spitzmüller ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter. Sie sind am Wort.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Dankeschön. Geschätzte KollegInnen! Liebe Gäste auf den Zuschauerrängen! Im Gegensatz zu einigen Landes-Rechnungshofberichten ist der Bericht des Bundes-Rechnungshofes beziehungsweise die Follow Up Prüfung eine sehr positive. Es wurden von insgesamt 22 Empfehlungen des ursprünglichen Prüfberichtes 16 Empfehlungen vollständig umgesetzt, fünf sind in der Umsetzung und eine einzige ist bis jetzt nicht umgesetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte aber auch auf einen wesentlichen Punkt in diesem Bericht eingehen, die den Wasserleitungsverbänden, nicht nur jetzt konkret dem Wasserleitungsverband des Nördlichen Burgenlandes das Leben schon ein bisschen schwermachen, und das ist die intensive Landwirtschaft.

Der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland weist regelmäßig darauf hin, dass es massive Probleme mit den Nitratwerten gibt und zwar besonders natürlich in den Gebieten, wo große Intensivtierhaltungsbetriebe beziehungsweise Massentierhaltung sind.

Durch diese Belastung sind teilweise sehr aufwendige Maßnahmen notwendig, die natürlich auch den Wasserpreis auf lange Sicht verteuern können. Wir haben einfach das Problem, das dieses wichtigste Lebensmittel, wenn man das so sehen will, das ja auch auf vielen anderen Lebensmitteln fußt, die daraus hergestellt werden, immer mehr in Gefahr ist.

Das heißt, wir haben auf der einen Seite die Gefährdung des Lebensmittels und auf der anderen Seite, wenn wir das weiter konsumieren wollen, höhere Kosten, weil natürlich die Wasserleitungsverbände hier angehalten sind, mehr Aufwand zu betreiben.

Wir haben das Thema heute noch am Ende der ganzen Tagesordnung zu diskutieren, aber es ist eigentlich längstens Zeit, mehr Biolandbau im Burgenland zu fördern. Wir müssen von diesen hohen Stickstoffgaben wegkommen, von diesen Intensivbetrieben, die eigentlich ohnehin niemand will, außer er will dann billig einkaufen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Damit kann man aber die Gesamtbevölkerung nicht ernähren, Herr Kollege!)*

Ich glaube schon, dass die Bevölkerung auch der Meinung ist. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Da kann man die Gesamtbevölkerung nicht ernähren. Soviel schaffen wir nicht. – Abg. Walter Temmel: Alle kann man damit nicht ernähren.)*

Natürlich. Bio-Landbau kann die Bevölkerung sehr wohl ernähren, denn die können genauso, ja eben, deswegen bin ich dafür, dass wir mehr brauchen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Soviel haben wir nicht. Wir schaffen das auch nicht.)*

Diese Notwendigkeit ist ganz eindeutig gegeben, denn man kann nicht immer nur, wenn die Nachbarn in Niederösterreich negative Schlagzeilen machen, was natürlich sehr wohl in Lichtenwörth ein Problem ist, schreien, dass die das Unterlassen sollen. Man muss da schon auch die Hausaufgaben machen.

Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Landtagsabgeordnete Markus Wiesler hat sich zu Wort gemeldet.

Sie sind am Wort Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich hier kurz halten, weil schon viel erwähnt wurde, denn obwohl es hier um das Wasser geht, ist das heute eine trockene Materie, weil es fast nichts zu beanstanden gibt, und das ist natürlich gut so.

Es geht im Bericht um eine Follow up-Prüfung. Es wurden sämtliche Betriebssegmente einer intensiven Überprüfung unterzogen. Die Empfehlungen von der Überprüfung im Jahr 2013 wurden weitgehend umgesetzt. Das spricht für eine sehr gute Arbeit im Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland. Dies bedeutet, dass der Rechnungshof 95 Prozent der Empfehlungen als „umgesetzt“ beziehungsweise „teilweise umgesetzt“ oder „in Umsetzung“ begriffen sieht.

Der Wasserleitungsverband arbeitet somit auf höchstem Qualitätsniveau. Somit hat der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland vom Rechnungshof mit dem Prüfbericht die Bestätigung für ihre intensiven Bemühungen der letzten Jahre erhalten, dass er beste Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit leistet.

Der Verband sieht die wichtigste Zukunftsausgabe in laufender Erneuerung der Infrastruktur und der Anlagen. In diesem Bereich wurden auch schon einige Investitionen getätigt.

Auch diese Vorhaben zur Nachhaltigkeit wurden vom Rechnungshof sehr positiv angesehen. Das Projekt „Aqua Burgenland Sopron“ wird als wesentlich für die zukünftige Absicherung der wachsenden Region mit Wasser gesehen.

Alles in allem ist der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland ein sehr gut geführtes öffentliches burgenländisches Unternehmen, was Beispiel geben kann. Was allerdings zukünftig zum Problem werden könnte ist, wie eben vorhin angesprochen, die aufrechte Erhaltung der hohen Wasserqualität.

Hier wird man leider mehr Geld investieren müssen, um die Qualität halten zu können. Das bedeutet natürlich mehr Kosten. Diese Mehrkosten werden leider natürlich die Kunden tragen müssen und eher nicht die Verursacher. Deshalb muss man den MitarbeiterInnen, dem Vorstand mit dem Obmann und die dahinter waren ein großes Lob aussprechen, dass die Empfehlungen seit der letzten Prüfung rasch und sorgfältig umgesetzt wurden.

Wir werden natürlich dem Bericht unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Abgeordnete! Zum Follow up-Prüfbericht muss man sagen, eingehend zu der Wortmeldung des Kollegen Spitzmüller und vor allem auch zu der Wortmeldung teilweise auch des Kollegen Wiesler, Landwirtschaft im Biobetrieb ist natürlich wünschenswert und sehr gut, aber man wird wahrscheinlich die Versorgungssicherheit nur mit Bio-Landwirtschaft nicht erreichen können.

Da muss man auch sagen, das hört sich fast so wie ein Anschlag gegen die Landwirtschaft an, aber demnach wird auch an der Wasserqualität gearbeitet werden. Es gibt ja bis jetzt schon gewisse Vorrichtungen mit Wasserschongebieten und anderen Tätigkeiten, die ja auch zumindest bei den Vorgängern bei dieser Burgenländischen Landesregierung, wo das Ressort in der ÖVP ja beheimatet war, gesetzt worden sind.

Zum Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland insgesamt ist zu sagen: Mit seinen 66 Mitgliedsgemeinden ist es natürlich eine große Verantwortung, mit den vielen Brunnen, 42 an der Zahl und Quellen, 61 Hochbehältern, 2.800 Kilometern rund an Leitungsnetzen, 60.000 Hausanschlüssen, wo die Wichtigkeit des Wasserleitungsverbandes, aber natürlich auch die Versorgungswichtigkeit gegeben ist.

Der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland ist für den gesamten nördlichen Bereich der wichtigste Partner für die Versorgungssicherheit mit dem Lebensmittel Nummer 1, wie es bei der Verbandsversammlung immer gesagt wird.

Der Rechnungshof trägt hier bei dieser Prüfung und insgesamt bei allen Prüfungen eine sehr wichtige Rolle, weil sie natürlich durch die Aufgaben, die sie erfüllen, die Wichtigkeit des Rechnungshofes auch dementsprechend mit einer Follow up-Prüfung zeigen.

Denn wenn nach den Prüfungen von insgesamt 22, wie heute schon mehrmals erwähnt worden ist, Empfehlungen, ein wesentlicher Großteil umgesetzt werden, fünf teilweise zumindest umgesetzt werden und eine nicht umgesetzt wird, im Bereich der Rechtskonformität bei der Errichtung einer Personalvertretung statt eines Betriebsrates, so muss man sagen, ein herzliches Dankeschön an die Mitglieder des Rechnungshofes, wo wir heute noch beim Tätigkeitsbericht sicher noch dazu kommen, aber auch ein herzliches Dankeschön für die Bereitschaft, für die Umsetzung von den Empfehlungen und für die Führung im Wasserleitungsverband.

Wenn die zwei Geschäftsführer heute anwesend sind und diesen Berichten heute zuhören, so zeigt es einerseits von Interesse, weil sie auch hier sind, auf der anderen Seite, wie vorher gesagt, ein Dankeschön für die Arbeit und für die Umsetzung dieser Dinge. *(Beifall bei der ÖVP und der Abgeordneten Ingrid Salamon)*

Die Prüfung des Landes-Rechnungshofes hat ja im Prinzip schon bewirkt, dass, zum Beispiel der Vergleich der getätigten Investitionen mit dem Investitionsplan, mit der schriftlichen Festlegung von anordnungsbefugten Personen, mit der ausschließlich schriftlichen Vergabe von Zusatzaufträgen bei den einzelnen Projekten ja diese ganz umgesetzt worden sind und wie vorher angesprochen, zumindest teilweise die Systemadaptierung mittels der Soll - Ist Vergleichsrechnung.

So kann man aber auch, wie der Kollege Kölly das heute schon angesprochen hat, den Gemeindeverband Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland, sowie, zum Beispiel, auch andere Verbände, wie den BMV, hervorheben, was wiederum zeigt, dass es dort, wo die Gemeinden mit dabei sind, wo die Gemeinden auch mit entscheiden, auch funktioniert.

In vielen Bereichen, und ich glaube, wir werden heute den einen oder anderen Rechnungshofbericht noch haben, wo das Land die Hauptverantwortung trägt, auch in den einzelnen Gesellschaften, wo sie auch beim Rechnungsabschluss nicht immer klar ersichtlich ist und teilweise verschleiert wird, genauso, wie bei der Therme Lutzmannsburg, und wo mit den finanziellen Mitteln eben nicht dementsprechend umgegangen wird, funktioniert es nicht sehr gut.

Abschließend ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiter des Wasserleitungsverbandes, die natürlich das dementsprechend gut umgesetzt haben und ein Dankeschön an den Rechnungshof für die positive Einwirkung mittels des Berichtes. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Ingrid Salomon.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Dankeschön Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht jetzt einmal namentlich die Geschäftsführung des Wasserleitungsverbandes nennen und sie auch herzlich willkommen heißen.

Ich darf willkommen heißen den Herrn Mag. Sauer und natürlich auch den Herrn Dipl.Ing. Herlicska! Es ist heute schon so viel gesprochen worden, damit auch Sie, meine sehr verehrten Damen zuhause an dem Smartphone wissen, von wem wir sprechen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich mache es jetzt umgekehrt. Selten waren Rechnungshofberichte in ihrer Beurteilung jetzt so über alle Parteien einig.

Meine Herren! Ein herzliches Dankeschön und bitte geben Sie dieses Lob an Ihre Mitarbeiter weiter. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben jetzt schon sehr viel über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland gehört. Ich möchte kurz auf diese Nachprüfung vom Rechnungshof eingehen. Sie haben das von meinen Vorrednern schon gehört, dass 16 der 22 Dinge der Empfehlungen umgesetzt sind, fünf teilweise und nur eine Empfehlung offen bleibt.

Ich kann mich nur jetzt natürlich dem Lob anschließen. Aber, ich möchte vielleicht noch ein bisschen weiter ausholen. Es ist die jetzige Geschäftsführung, die hier sehr erfolgreich ist, und auch sein wird, aber ich möchte mich auch bei all jenen bedanken, die beim Wasserleitungsverband hier eine Arbeit geleistet haben, und aber auch bei unseren Vorgängern als PolitikerInnen. Weil letztendlich war es die Politik, die Verbände, und die, die auch den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland ins Leben gerufen hat.

Also man sieht schon, mit Weitblick, mit Umsicht, dass es natürlich immer für unser Burgenland wichtig ist, wie Politik gemacht wird. Wenn wir heute schon vom Lebensmittel Nummer 1, vom Wasser, gesprochen haben, dann bin ich davon überzeugt, dass es wirklich ganz ein wichtiger Faktor auch für die Zukunft sein wird. Denn wir kennen oft von anderen Ländern, dass es nicht selbstverständlich ist, dass man zu einem Wasserhahn geht, und es die Qualität hat, dieses Wasser zu trinken.

Bei uns ist es, Gott sei Dank so, und meine Vorredner haben ja wirklich auch schon angesprochen die Problematik, die wir haben.

Und ist die Führung des Verbandes noch so gut, dann gibt es natürlich, außer dass ich sage, ich brauche die Leitungen dass es funktioniert, ich brauche die Ideen in der Umsetzung, die Befolgungen des Rechnungshofes letztendlich und die eigenständige Arbeit, aber dann ist es die Qualität des Wassers, was in letzter Zeit, denke ich, schon sehr nachdenklich stimmen kann.

Der Herr Kollege hat das angesprochen. Die Qualität des Wassers hat auch mit der Landwirtschaft zu tun. Wir können das jetzt drehen und wenden wie wir wollen, aber wenn

wir das nicht in Einklang bekommen, dass die Landwirtschaft, hinter der wir alle stehen, natürlich auch die Berücksichtigung hat, dass das, was dort verwendet wird, ob das der Spritzmitteldünger ist, sehr wohl Auswirkungen auf unser Grundwasser, auf unser Trinkwasser hat.

Diejenigen, die von Anfang an bei dieser Sitzung heute vielleicht hier, als Zuhörer zuhause das mitverfolgen, dann denke ich mir, haben Sie sich sicher ein Bild machen können, dass es eine Partei gibt, wo ich oft der Meinung bin, dass einem nichts heilig ist, dass man im Prinzip die Wertschätzung der Kollegen hier im Haus und der BurgenländerInnen oft gar nicht ernst nimmt, und dass sie das oft mit einer Kabarettbühne in den Kulturzentren verwechseln.

Ich bin der Meinung, das hat sich dieses Land und die Bevölkerung nicht verdient. Wenn heute schon gesprochen worden ist, speziell von der ÖVP, dass hier der Herr Klubobmann hervorgeht und bei anderen Regierungsmitgliedern und Kollegen eine Zurechtweisung verlangt und das auch sehr stimmungsvoll macht, dann, denke ich mir, möchte ich jetzt nur die zehn Gebote des Kollegen Steiners hier anbringen.

Es ist mir wirklich unverständlich, wenn Sie als ÖVP-Fraktion Pressekonferenzen machen, wo sie über das Verlorengehen der Demokratie sprechen. Meine sehr verehrten Kollegen der ÖVP, Demokratie heißt auch, ein Wahlergebnis zur Kenntnis zu nehmen.

Und es wird niemand verstehen, dass innerhalb von kürzester Zeit, wo Sie in der Regierung waren, jetzt wirklich dieses Land, diese Landesregierung und die Vorjahre schlechtreden. Also das ist für mich unverständlich.

Ich bin Bürgermeisterin seit 1999 und ich habe Vorgänger gehabt. Vorgänger, die nicht immer meiner Partei angehört haben, aber es ist mir nie über die Lippen gekommen, meine Vorgänger, die sicher für unsere schöne Stadt Mattersburg gute Arbeit geleistet haben, jetzt in unterschiedlicher Hinsicht, weil es verschiedene Fraktionen sind, dies hier schlecht zu reden.

Und ich glaube, das hat sich dieses Land auch nicht verdient. *(Abg. Doris Prohaska: Bravo! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und wenn Sie, Herr Kollege Ullram, hier jetzt heraußen waren und so quasi gesagt haben, na ja wie wir in der Landesregierung waren, da war doch alles anders. Ich möchte nur erinnern *(Abg. Markus Ullram: Landwirtschaft.)* die Qualität, die Qualität des Wassers, lieber Herr Kollege. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie reden die Landwirtschaft immer schlecht.)*

Sie haben es richtig gesagt, es war ein ÖVP Ressort. Ich frage Sie, was ist denn weiter gegangen im Bereich Lichtenwörth? Was ist denn weiter gegangen mit den Herrn Landesrat von Niederösterreich? Es ist nichts weitergegangen.

Es gibt die Problematik, *(Abg. Markus Ulram: Wieso regen Sie sich so auf? – Unruhe bei der ÖVP)* na das stimmt aber. Sie selber haben gesagt, dass die Qualität des Wassers wichtig ist. Ich möchte Sie nur daran erinnern, wenn man schon so weit ausholt, dann sollte man nachdenken, was im eigenen Ressort passiert ist.

Nichtsdestotrotz zurück zur Prüfung des Wasserleitungsverbandes Nördliches Burgenland. Es ist wirklich ein Bericht, den man gerne liest. Es ist ein Bericht, der es wert ist ihn der Öffentlichkeit und der Bevölkerung näher zu bringen. Und ich bin davon überzeugt, dass die Leitung des Wasserleitungsverbandes Nördliches Burgenland gemeinsam mit den Politikerinnen und Politikern der SPÖ für dieses Land sorgen werden, damit unser Trinkwasser geschützt wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. *(Abg. Manfred Kölly: Wieso nur von der SPÖ?)* Herr Kollege Kölly! Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. *(Allgemeine Unruhe)*

Ich ersuche Sie höflichst beim Abstimmungsvorgang bitte *(Abg. Manfred Kölly: Ruhe zu bewahren.)* Ruhe zu bewahren. Herzlichen Dank, Herr Kollege Kölly.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland und WLV GmbH; Follow up-Überprüfung wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

11. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über die Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 265) betreffend Rechnungsabschluss 2013, (Zahl 21 – 190), (Beilage 338)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 11. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über die Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 265, betreffend Rechnungsabschluss 2013, Zahl 21 - 190, Beilage 338.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Manfred Kölly: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte sehr gerne. Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2013 in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie die Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes DI (FH) Michael Racz, Mag. LL.M. Bernhard Sauer und Sabine Koch, MA an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfberichtes.

Anschließend meldete sich Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. zu Wort. Die dabei gestellten Fragen wurden vom Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits beantwortet.

Danach erfolgten Wortmeldungen von WHR Dr. Rauchbauer, in seiner Funktion als Abteilungsvorstand der Abteilung 3, sowie meiner Wenigkeit und Mag. Wolf M.A. und Hergovich. Die dabei gestellten Fragen wurden ebenfalls vom Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2013 zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort erteile, möchte ich ausführen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Ich ersuche nun den Herrn Abgeordneten Kölly um seine Ausführungen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Rechnungshofvertretung! Ich habe vorher erwähnt, ein positiver Rechnungshofbericht und jetzt kommen wir zu den schweren Berichten, eine schwere Partie.

Sehr geehrter Herr Finanzlandesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bericht des Landes-Rechnungshofes über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss.

Ich glaube diesem vorliegenden Dokument Rechnungsabschluss 2013 zufolge, hat das Land Burgenland offensichtlich im ordentlichen Haushalt beim prognostizierten Abgang von 12 Millionen Euro aufgefangen und das ordentliche Jahresergebnis 2013 mit 00 Euro abgeschlossen. Das allein schon muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Der Gesamtschuldenstand des Landes hat sich unter Berücksichtigung der Neuaufnahme der Tilgung und Zinsen 2013 auf insgesamt 275 Millionen Euro erhöht. Tatsache ist, es wurden im Rechnungsjahr 2013 insgesamt 48,3 Millionen Euro mehr ausgegeben als im Voranschlag angegeben.

Allerdings weist der Rechnungsabschluss eben einen Unterschiedsbetrag bei den Einnahmen von mehr als 60 Millionen Euro aus, wodurch sich die Deckung auch des im Voranschlag kalkulierten Fehlbetrages von 12 Millionen Euro ergibt. Die Mehreinnahmen des Landes Burgenland im Jahr 2013 ergeben sich zum einen aus den deutlich gestiegenen Kostenersätzen des Bundes, beispielweise für die Lehrerbesoldung et cetera.

Auf der anderen Seite haben wir ein Plus bei den sonstigen Einnahmen von über 20 Millionen Euro. Tatsache ist auch, dass das Land Burgenland 2013 im Bereich der Einnahmen, was die Finanzwirtschaft beispielsweise Zinserträge, Währungstauschverträge et cetera betrifft, ein Minus von insgesamt 22,6 Millionen Euro eingefahren.

Der Herr Landesrat behauptet immer etwas anderes, aber es steht da drinnen im Rechnungshofbericht. Ich kann das nur zitieren und habe mir das auch auf der Zunge zergehen lassen.

Also ein Minus von immerhin 2,7 Millionen Euro gibt es auch im Bereich der Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben und das ist ein Riesenthema geworden, die Ertragsanteile, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden noch öfter über das diskutieren müssen.

Aufgefangen wird dieses Minus zum einem im Bereich der Zweckzuschüsse, hier gibt es ein Plus von 7,2 Millionen Euro, weitere vier Millionen aus den Einnahmen aus Darlehen und Schuldendienst. Weiters die bereits genannten 9,5 Millionen Euro im Bereich der aufgenommenen Finanzschulden.

Ich glaube wir haben heute noch einige Berichte, die sich darauf auch beziehen werden. Und wenn wir heute an der Tapete nur kratzen mit diesem Bericht, wenn wir in die Tiefe gehen, Herr Finanzlandesrat, dann bin ich gespannt, wie Sie das argumentieren.

Der Nachtragsvoranschlag 2013 sah im Ordentlichen Haushalt Mehreinnahmen in der Höhe von 37,3 Millionen Euro vor. Wesentliche Anteile dieser Summe entfallen laut Nachtragsvoranschlag auf die Gruppe 2 mit 17,3 Millionen Euro und auf die Gruppe 4 mit 11,2 Millionen Euro sowie auf die Gruppe 9 mit 7,5 Millionen Euro.

Im Gegensatz dazu stellen sich die Mehreinnahmen im Rechnungsabschluss für das Jahr 2013 deutlich höher dar. Insgesamt ist festzustellen, dass in den Gruppen 4 bis 7 allein 35 Millionen Euro an Mehreinnahmen zu verzeichnen waren. Diese setzen sich wie folgt zusammen - und jetzt muss man zuhören: Gruppe 4 zusammen rund 14 Millionen Euro:

A) Qualifikationsförderung - Entnahme aus Rücklagen drei Millionen Euro.

B) Kinderbonus - Entnahmen aus Rücklagen 2,3 Millionen Euro.

C) Restrukturierungen Wohnbauförderung - sechs Millionen Euro. Da muss der Herr Landeshauptmann einmal nachdenken ein bisserl, was er heute bei der Fragestunde gesagt hat.

Dann Gruppe 5 zusammen rund 8,5 Millionen Euro:

A) Pflegeanstalten, Personalaufwand, Kostenersatz KRAGES - 8,5 Millionen Euro. Zur KRAGES kommen wir heute sicher auch noch bei einem Rechnungshofbericht.

Gruppe 6 zusammen rund 5,8 Millionen Euro:

A) Landesstraßen B Entnahme aus Rücklagen Euro - 1,3 Millionen Euro.

B) Abwasserbeseitigung Entnahme aus Rücklagen - 1,7 Millionen Euro.

C) Schutzwasserbau Entnahme aus Rücklage - 1,3 Millionen Euro. Das heißt wir tun nur mehr Rücklagen, super.

Gruppe 7 zusammen rund sieben Millionen Euro:

A) Mittelzuführung WiBAG, Entnahme aus Rücklagen fünf Millionen Euro.

Gruppe 4 Beispiel Qualifikationsförderung für Arbeitskräfte, Entnahme aus Rücklagen - drei Millionen Euro. Dieser Budgetposten 2/45902 sonstige Förderung aus der Gruppe 4 findet sich so weder im Voranschlag 2013 - und jetzt kommt es - hier wurden exakt 0 Euro an Einnahmen budgetiert, exakt 0 Euro an Einnahmen, noch findet sich in der Gruppe 45902 ein Eintrag über Einnahmen im Nachtragshaushalt. Das muss mir jetzt einer erklären, wie das geht?

Und wir haben das einmal schon diskutiert und auch die FPÖ und jetzt hat sie die Chance heute sich hier herzustellen und das genauso aufzuzeigen, wie sie es in der Opposition gemacht haben.

Und jetzt lasse ich aber nicht die ÖVP aus der Ziehung und wo sich der Herr Kollege herstellt und sagt, damals wie noch Rot-Schwarz war, war das super alles. Was war denn das? Dieser Rechnungshofbericht ist ein Rechnungsabschluss, lustig. Und wenn wir damals aufgezeigt haben, die Liste Burgenland und meine Wenigkeit, dass da einiges schief rennt, da haben wir es jetzt schwarz auf weiß.

Sie haben immer gesagt, geh lasst den Kölly doch reden. Ist doch völlig wurscht was er sagt, wir haben das eh in der Regierung beschlossen, wir haben in der Regierung

beschlossen, das andere interessiert uns nicht. Der Landtag kann sich sowieso brausen, der hat ja nix mehr zu sagen. Sobald wir den Voranschlag beschlossen haben ist der Landtag obsolet.

Wir können in die Kantine gehen, können Kaffee trinken, wenn wir wollen. Das ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das kann es nicht sein.

Ich komme noch zu ein paar Beispielen. Zur Einnahme Kinderbonus,wieder Entnahme aus Rücklage, wieder 2,3 Millionen Euro aus der Budgetpost 2/469104 aus der Gruppe 4. Im Voranschlag findet sich in der Gruppe Familienförderung kein Voranschlag für Einnahmen aus dem Titel „Kinderbonus“. Nach dem Nachtragshaushalt wird keine Einnahme unter diesem Budgetposten ausgewiesen. Interessant.

In der Gruppe 5 Pflegeanstalten, Personalaufwand Kostenersatz KRAGES: Das Wort KRAGES ist auch schon - das sagt eh schon viel aus K R A G E S, - 2/55500 über rund 8,5 Millionen Euro an Mehreinnahmen. Im Voranschlag sind hier keine Einnahmen budgetiert, im Nachtragshaushalt findet sich hierzu ebenfalls kein Eintrag.

Jetzt komme ich nochmals zur ÖVP. Wie ich das aufgezeigt habe da haben alle gesagt, lass sie reden und auch die Abgeordneten von der ÖVP haben gesagt stimmt alles nicht, heute stellen sie sich her und wollen das anders alles sehen.

Heute haben wir Rechnungshofberichte am Tablett, am Rednerpult, auch in der Öffentlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo sich tatsächlich herausstellt, da ist einiges schiefgelaufen. Aber Ihr habt zugestimmt, vielleicht in gutem Glauben oder im Muss als Klubzwang. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo habe ich zugestimmt?)*

Lieber Herr Kollege, Du bist hinausgegangen wahrscheinlich irgendwo, wo Du hast hin müssen oder nicht hin hast müssen, aber der Rest der Partie hat zugestimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, weil wir in der Regierung gesessen sind. Ist ja logisch. *(Abg. Mag. Thomas Steiner. Ich hab nicht zugestimmt in der Regierung.)*

Und ich hoffe, dass die FPÖ heute anders denkt und sagt, wir werden diesen Prüfbericht auch zerlegen und werden auch schauen wer die Schuldigen tatsächlich sind, damit diese Misswirtschaft, und ich sage das nochmals mit dieser Deutlichkeit, ans Tageslicht kommt. Aber leider immer viel zu spät.

Wenn wir das schon alles beschlossen haben, dann können wir nur aufzeigen. Und da muss ich den Rechnungshof wirklich eines zollen, dass sie akribisch da arbeiten und dass sie sich wirklich kein Blatt vor den Mund nehmen und sich auch nicht parteipolitisch beeinflussen lassen.

Das ist viel wert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daher haben wir auch die Forderung einmal gestellt, dass sie nicht vom Land abhängig sein sollen bei der Bezahlung. Das soll der Bund übernehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil so sind sie noch immer am Gängelband der Landesregierung.

Kommen wir zur Gruppe 6: Im Budgetposten 61003/2980 Landstraße B Entnahme aus Rücklagen 1,3 Millionen Euro – hier findet sich im Voranschlag kein Eintrag zur Einnahme und im Nachtragshaushalt eine Erhöhung in Euro 700.000 Euro. Wir schmeißen mit Geld herum, das ist wirklich interessant.

Wenn wir das hätten in unseren Gemeinden, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, damit wir das gendern, damit das auch passt, ist schon ein Wahnsinn.

Wir müssen uns abmühen in den Gemeinden um jeden Cent. Wir werden bestraft, weil wir mehr Ertragsanteile bekommen haben und das wird uns auf einmal dann abgezogen, wo man sich hinstellt und sagt, die müssen sie zurückbezahlen. Wir müssen es nicht zurückbezahlen, uns haben sie es einfach abgezogen. Das heißt, das Geld haben sie uns gleich abgezogen, ohne lang zu diskutieren und zu fragen, auch mit Beschluss der Landesregierung.

Oder Wohnbaufördergelder zurückzahlen, da hat noch der Kollege Steindl zugestimmt, da war er gar nix mehr - damit wir das nicht mehr können. Lauter solche Dinge sind da passiert, da schreit niemand auf.

Wo sind denn da die Medien, meine sehr geehrten Damen und Herren? Ich sehe sowieso niemanden mehr da. Das ist ja höchst interessant. *(Abg. Klaudia Friedl: Da hinten ist der ORF.)* Na gut, okay danke, dass Sie da sind. Das freut mich ganz besonders.

Gruppe 6 - im Bereich Abwasserbeseitigung, weil wir heute diskutiert haben, oder Wasserleitungsverbände, Abwasserverbände - Entnahme aus Rücklage 1,7 Millionen Euro, da findet sich im Haushaltsansatz 2/262/1006 im Voranschlag, 2013 keine Einnahme und im Nachtragshaushalt ebenfalls kein weiterer Eintrag.

Zum Thema Schutzwasserbau, Entnahme aus Rücklage - 1,3 Millionen Euro, Position 2/263/1305 - findet sich im Landesvoranschlag 2013 kein Eintrag zur Einnahme und im Nachtragshaushalt ebenfalls kein Eintrag zur weiteren Einnahme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir das in der Gemeinde machen, da wird sich die Frau Landesrätin, die jetzt für Gemeinden zuständig ist, aber sehr wundern, wenn wir das in der Gemeinde so machen.

Oder bei der Umfahrung Schützen, da brauchen wir keine Wasserrechtsbewilligung, da fangen wir einfach an. Wenn wir das in der Gemeinde machen, na Grüß Gott! Und dergleichen mehr - wir brauchen keine Umweltverträglichkeitsprüfung. Aber beim Golfplatz in Deutschkreutz, wo wir drei Löcher nur herüben haben und den Rest woanders, da brauchen wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung!

Wo ist denn da die Regierung, die sich einsetzt für Tourismus, für Sport und Umwelt, meine sehr geehrten Damen und Herren? Denn der Umweltanwalt hat gesagt, wir brauchen keine, aber es gibt jetzt anscheinend doch andere Meinungen dazu.

In der Gruppe 7 zum Thema Mittelzuführung WiBAG: WiBAG ist eine hinlänglich lange Geschichte, wo wir immer wieder darauf aufmerksam gemacht haben, auch meine Person und die Liste Burgenland. *(Abg. Gerhard Steier: Gibt es nicht mehr.)*

Aber das ist das Interessante, da gibt es die WiBuG, jetzt taufen wir sie ja „gach“ um, hin und her und schauen, damit wir aus dem Aufsichtsrat alle raus kommen, weil da sind jetzt auch gewisse Dinge aufgetaucht, wo sogar der Kollege Rezar jetzt daran zweifelt, was da passiert ist und was sich dort eigentlich abgespielt hat.

Ich darf nur zur Gruppe 7 kommen - Entnahme aus Rücklagen - fünf Millionen Euro - findet sich zum Budgetposten 2/78/2025 im Voranschlag 2013 kein Eintrag zu Einnahmen und Nachtragshaushalt. Im Jahr 2013 ebenfalls kein Eintrag zur weiteren Einnahme.

Also ich denke mir schön langsam, da wird mit öffentlichen Geldern umgegangen, na Grüß Gott, wenn man das privat macht oder in einer Gemeinde macht, sauber! Da stehen wir gut da, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber grundsätzlich drängt sich angesichts dieses Rechnungsabschlusses die Frage nach Budgetkosmetik auf. Ich wiederhole: Budgetkosmetik! Wichtige Frage in diesem Zusammenhang: Ist es zulässig, dass sich im Rechnungsabschluss Positionen finden, die weder im Voranschlag noch im Nachtragshaushalt budgetiert und vom Landtag freigegeben waren? Werter Landtag, machen Sie sich Gedanken!

Tatsächlich finden sich im Rechenabschluss 2013 einige Positionen, die Fragen hinsichtlich ihrer Entstehung aufkommen lassen, zum Beispiel im Bereich der Miet- und Pachtzinse für Landesimmobilien, beziehungsweise im Bereich der Betriebskosten für Landesimmobilien wurden offensichtlich insgesamt fast 2;5 Millionen Euro eingespart, was genau verbirgt sich hinter dieser Einsparung?

Eine weitere Frage stellt sich im Zusammenhang mit dem Verkehrsverbund Südliches Burgenland, beziehungsweise Burgenland Mitte, wo wir immer kämpfen um das Südburgenland, werte Kollegen - von der ÖVP jetzt.

Nur ich möchte Euch jetzt ins Stammbuch geschrieben haben, mit der Kollegin Gottweis, die sich vehement dort auch eingesetzt hat, weil Ihr das auf´s Tablett gebracht habt, der Kollege ist jetzt nicht da. Die Frau Kollegin Gottweis war eine Verfechterin, damit dort unten etwas passiert. Heute stellt Ihr Euch her und sagt, wir müssen etwas machen.

Damals habt Ihr gegen diesen Beschluss gestimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP! Die Frau Gottweis hat Tränen gehabt in den Augen, weil sie einem Klubzwang unterlegen wurde. Das heißt, genau das sind die Dinge. Heute sind wir so und morgen sind wir so. Einmal sind wir dort, einmal da.

Ich denke, dass wir Verantwortung tragen müssen, auch wenn wir nicht in Regierungsverantwortung sind. Jetzt gibt es Chancen, SPÖ/FPÖ, das auch so zu machen, dass das auch funktioniert. Der Herr Niessl wird froh sein, dass er die Last ÖVP weg hat und die ÖVP müsste froh sein, dass jetzt einmal da etwas anderes passiert und dann schauen wir uns das an, werte Kollegen aus der ÖVP.

Und jetzt sage ich Euch noch etwas, ich wünsche mir nichts anderes, dass wir einmal den gemeinsamen Weg finden. Endlich einmal die Regierung zu kontrollieren, insofern zu kontrollieren, taggerecht kontrollieren. Wenn da eine Regierungssitzung ist, hätte ich gerne die Einladungskurrende. Was steht auf der Tagesordnung? Und nachher hätte ich gerne das Protokoll. Das ist unsere Aufgabe, wir sind Kontrollorgane herinnen, wir sind im Kontrollausschuss.

Wir haben - *(Unruhe bei der ÖVP)* ja das glaube ich, dass auch das nicht passt. In der Gemeinde ist es aber so, meine sehr geehrten Damen und Herren. In der Gemeinde müssen wir sehr wohl im Kontrollausschuss alles darlegen. Und wenn ich ein Packerl Zigaretten versehentlich bezahlt habe in einem Wirtshaus, gibt es große Aufregung – ich habe auch kein Problem damit, Herr Landesrat Bieler.

Ich schaue mir das gerne an und ich werde solange darauf pochen, bis ich dort Einsicht bekomme. Weil das kann es ja in einer Demokratie nicht sein, dass man jetzt auf einmal das anders sieht.

Herr Kollege Molnar! Ihr wart diejenigen, die gesagt haben, wir wollen das haben jetzt! Wir wollen Einsicht nehmen, wir wollen wissen was passiert. Jetzt gibt es die Möglichkeit, seitens der FPÖ das zu tun.

Und ich freue mich, Frau Präsidentin, dass genau Sie das immer wieder gefordert haben und der Herr Kollege Tschürtz. Jetzt werden wir das auf den Prüfstein stellen, was tatsächlich passiert.

Und ich glaube, man sollte einmal in sich gehen und sagen, ja man hat Gelder für das und jenes. Aber gewisse Gelder hat man dann nicht für Sozialleistungen, Zahnprophylaxe im Kindergarten und dergleichen mehr. Und es gibt viele Dinge, die man aufzeigen könnte, wo man sich fragt, da wird Geld verbrannt, wird den Bach herunter gejagt, da sagt keiner was dazu. Da sitzt Ihr alle nur in den Reihen und deutet.

Und jetzt noch einmal an die ÖVP gerichtet: Kommt zurück zu Euren Werten, sagt das, was Ihr vorher gesagt habt, ja das wollen wir machen, das können wir, das haben wir gefordert. Dann machen wir das so, ich habe da überhaupt kein Problem.

Oder wir haben auch gezeigt mit einem gemeinsamen Antrag - ich komme auch zu den Anträgen - wo wir gegen Atomkraft sind, alle. Dass alle Fraktionen hier im Landtag gegen Atomkraft sind, das finde ich für in Ordnung. Dann sagt der Kollege Hergovich zu mir, siehst du, jetzt haben wir uns zusammengesetzt, jetzt geht es.

Und dann kriege ich heute vomittag Abänderungsanträge von der ÖVP, so ein Packet, Leute, was soll denn das Ganze?

Ich weiß schon, das gehört jetzt nicht zum Rechnungshofbericht dazu, aber ich komme noch dazu, aber das sind die Dinge, die uns eigentlich munter machen sollten im Landtag. Sollten wir nicht den gemeinsamen Weg suchen, damit solche Dinge nicht passieren? Die Landesregierung würde sich viel ersparen, wir könnten uns miteinbringen.

Heute ist die Oberwarter Geschichte schon 100mal diskutiert worden - Spital. Aber ich muss dazusagen, die ÖVP hat zugestimmt, dass das damals neu gebaut wird. Und jetzt zu Sagen, ja weiß ich nicht, wir haben nur zugestimmt, damit es neu gebaut wird, aber das andere interessiert uns ja jetzt nicht.

Das ist das Gleiche, wie beim Bund oben. Ich gebe dem Finanzminister die Schuld, dass das und das nicht passiert. Leute, wer sitzt den in der Regierung? Rot und Schwarz noch immer im Bund, noch immer. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit, weil nach der Präsidentenwahl wird es ja sowieso „rodeln“. Darauf bin ich gespannt, was da noch herauskommt. Dann lasse ich mir das einmal auf der Zunge zergehen, diese ganze Geschichte.

Daher werden wir vernünftig, machen wir gemeinsame Schritte, die wir auch für die Menschen in diesem wunderschönen Land auch wirklich notwendig haben. Und ich mache weder das Südburgenland schlecht noch etwas anderes, so wie da vorgehalten wird, er macht das Südburgenland schlecht.

Ich glaube, dort hat man einiges versäumt, das muss man schon zugeben. Dort hat man einfach irgendetwas versäumt. Jetzt hat man es endlich geschafft, den Uhudler auf Beine zu stellen, aber ich will nichts mehr hören. Da muss ich der Frau Landesrätin Danke sagen, dass sie das wirklich zu Wege gebracht hat. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Na geh.)*

Ja, aber der Antrag ist natürlich schon von unserer Seite gekommen, das darf man halt auch nicht vergessen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Allgemeine Heiterkeit.)* Naja, Ihr werden Euch noch hoffentlich daran erinnern können, wer den Antrag eingebracht hat? Das ist Euer Kurzzeitgedächtnis, hat es heute schon geheißen.

Kurzzeitgedächtnis - schaut Euch an die Anträge, die die Liste Burgenland eingebracht hat und in welchen Abänderungsanträgen Ihr, seitens der SPÖ oder FÖP dort etwas hineinschreibt, einen Beistrich oder irgendetwas anders zu machen. Das ist mir auch egal, wenn es umgesetzt wird, soll das nur positiv sein.

Aber zurück zu diesem Rechnungshofbericht: Das ist ja für mich zum Grauen, muss ich ehrlich sagen. Herr Finanzlandesrat, ich muss ehrlich sagen, ich warte jetzt auf die Antwort, was ich da alles vorgelesen haben, das habe ich nur aus dem Rechnungshofbericht herausgenommen, das sind Fakten, Zahlen, Daten.

Und wenn Sie jetzt da entgegen dem Rechnungshof etwas sagen können, dann freue ich mich. Aber wie üblich werden Sie ja gar nichts darauf sagen, denke ich einmal. Sie werden - ja umschreiben - eh wieder keine Ahnung von der ganzen Geschichte.

Aber das habe ich genau alles herausgeschrieben, sonst gar nichts, aus dem Rechnungshofbericht. Und da bin ich jetzt einmal gespannt, was da wirklich daraus gemacht wird.

Und ich frage mich oft, da gibt es doch diese Berater in der Landesregierung, es gibt etliche Berater, die hätte ich gerne irgendwann einmal gesehen und hätte mich mit denen gerne unterhalten. Denn wir kommen aus der Wirtschaft, der Kollege Hutter und meine Wenigkeit, wir brauchen keine Berater großartigerweise, sondern wir müssen schauen, dass wir unsere Wirtschaft wirklich ober Wasser halten und genau das ist der Punkt.

Und da hätte ich gerne gewusst, Herr Landesrat, Finanzlandesrat, eine Frage, vielleicht kriege ich eine Antwort: Was kosten uns diese Herrschaften und wer beauftragt die tatsächlich? Und da hätte ich gerne an die FPÖ appelliert: Auch Ihr habt dauernd gefragt, was rennt da? Bitte auf den Tisch, machen wir es transparent!

Schauen wir uns das genau an und nicht tun wir da jetzt ein Hick-Hack machen, sondern wir haben heute noch ein paar Rechnungshofberichte, wo wir uns wundern, was da eigentlich rennt und passiert ist und dann nur ein Bauernopfer zu finden, das ist für mich zu wenig, glaubt mir das! Da muss es andere Konsequenzen geben!

Und ich glaube auch, dass es bei diesen Budgetüberschreitungen - ja, einige Dinge, wo die Leistungen zugunsten der Bürger gehen sollten, beispielsweise Qualifikationen für Arbeitskräfte haben wir gerade gesprochen, doch einiges danebengegangen ist. Und wenn der Herr Landeshauptmann sagt, wir haben die höchste Beschäftigungsquote seit eh und je, aber er vergisst immer, die andere Seite zu sehen, wir haben die höchsten Arbeitslosenzahlen seit der 2. Republik.

Das gehört einmal gesagt, aber die Medien bringen es ja eh nur teilweise. Und übrigens die Medien bringen ja nur mehr Parteipolitik. Wenn ich den Harald Parson anschaue von der „Kronenzeitung“, dann frage ich mich, was schreibt denn der da eigentlich? Das gehört ja verboten, meiner Meinung nach und ich sage den Namen ganz bewusst, weil, das ist eigentlich ein Wahnsinn, was da über die Bühne geht.

Und daher, dass wir zum Schluss kommen, damit mir jemand die Budgetkosmetik erklären sollte und könnte, vielleicht kapiere ich es. Ich weiß, worum es geht, ich kenne mich da aus, denke ich auch. Und es wäre wirklich wünschenswert, auch offen gegenüber der Bevölkerung, auch offen dem Landtag gegenüber, endlich einmal aufzuzeigen, was wirklich die Punkte sind. Warum das so gemacht wird.

Das kann ja einen Grund haben, Herr Landesrat. Das kann einen Grund haben, dass ich sage, ich erspare mir dort etwas, ich habe da ein bisschen etwas anderes, was ich steuerschonend unterbringen kann oder irgendwas machen kann, damit das passt. Ich habe kein Problem damit.

Nur ich hätte es gerne von Ihnen einmal erklärt bekommen, dass was Sie bis dato seit Jahren mir nicht erklären können. Und immer wieder habe ich Recht, wenn ich da

stehe und sage, da passt etwas nicht. Der Rechnungshof, der zeigt penibel auf und der sagt auch ganz genau um was es geht.

Und bitte eines ist einmal klar und das habe ich heute schon erwähnt, mehr Transparenz, mehr Ehrlichkeit in dieser Sache, dann werden wir sicherlich einiges gemeinsam bewältigen können.

Und, Herr Landesrat, zwei Rechnungshofberichte kommen noch, die mir Schaudern über den Rücken noch laufen lassen werden und ich glaube, da sollten einmal die Zuhörerinnen und Zuhörer, da sollten sie einmal zuschauen und sollten sie einmal zuhorchen, was da drinnen steht. Aber die sind ja auch veröffentlicht und jeder hat die Möglichkeit, Einsicht zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, solche Berichte sind für die Allgemeinheit nicht unbedingt sehr aufbauend. Wenn man das sieht, wie man im Südburgenland mit der Armut kämpft, wo man überall Arbeitslosenzahlen hat, wo wir massive Probleme haben überall mit den ausländischen Arbeitskräften, wo wir heute schon darüber diskutiert haben. Aber wir brauchen ausländische Arbeitskräfte in gewissen Bereichen und nicht wie die FÖP sagt, allgemein, weg damit!

Wir werden sie brauchen, aber zu diesem Thema kommen wir noch. Du wirst im Tourismus keine andere Möglichkeit haben, als dass du mit solchen Leuten arbeitest, das ist einmal klar. Die FPÖ sollte einmal selbständig schauen, eine Firma führen, was das einmal heißt.

Und wir werden im Gesundheitsbereich auch ausländische Ärzte brauchen, weil unsere Ärzte arbeiten auch nach Deutschland oder sind auch in Frankreich oder woanders und lernen dort und kommen vielleicht dann wieder zurück und haben das dort erlernt, was wir vielleicht in der Gesundheitspraxis dann auch brauchen.

Dankeschön! *(Beifall bei der LBL und beim Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Der Kollege Kölly hat jetzt zu dem Rechnungshofbericht schon sehr viel gesagt, bei vielem, oder bei fast allem muss ich ihm leider beipflichten. *(Abg. Manfred Kölly: Was heißt leider?)* Na ja, weil es nicht sehr rosig ist.

Ich möchte einen einzelnen Punkt eigentlich aus dem Bericht des Rechnungsabschlusses 2013 nur herauspicken, unter anderem aus dem Grund, weil sich der wie ein roter Faden durch die letzten Rechnungshofberichte zu den Rechnungsabschlüssen zieht und da geht es um die Zinstauschgeschäfte, konkret um die Swaps.

Kurz zur Geschichte: 2003 und 2004 wurden insgesamt sechs verschiedene Swaps mit vier verschiedenen Geldinstituten abgeschlossen, alle enden erst im Jahr 2033. Funktionieren tut das so, das Land Burgenland zahlt jährlich einen fixen Zinssatz und bekommt im Gegenzug dazu den aktuellen Zinssatz. Wer das gehört hat und sich da ein bisschen auskennt, weiß jetzt schon, wo der Hund begraben liegt.

Das Land Burgenland sagt dazu, das sind Zinsabsicherungen. Aber es gibt gar keine konkreten Kreditgeschäfte mit denen man das absichert. Das heißt, es gibt zwar eine ganze Menge Kredite die das Land hat, aber konkrete Zinsgeschäfte, die diesen

Zinsabsicherungsswaps gegenüberstehen, gibt es nicht. *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler)* Ja, aber es gibt keine konkreten, das kritisiert der Rechnungshof. In Wahrheit sind diese Zinsabsicherungen daher eine Art Wette oder nicht, und eine hochriskante Zinsspekulation.

Wie schaut das genau aus? Konkret im Jahr 2013 hat das Land durch alle sechs dieser Zinstauschgeschäfte konkret 6.990.239,49 Euro verloren. Wenn man sich das über die Laufzeit anschaut, also seit 2003 und 2004, sind das bis zum Jahr 2013 36 Millionen Euro. Am Anfang war es noch ein bisschen weniger was wir verloren haben.

Verloren haben wir, um es gleich zu sagen, jedes Jahr. Wir können davon ausgehen, inzwischen ist ja das Jahr 2014 und 2015 auch vorübergegangen, wenn man sich den Zinsmarkt anschaut, dass wir die letzten Jahre auch wieder jeweils etwa sieben Millionen Euro verloren haben. Das heißt, wir halten mit Ende 2015 bei 50 Millionen Euro Verlust.

Das heißt, um das noch einmal deutlich zu machen, die Landesregierung hat durch hochriskante Zinsspekulationen bis heute zirka 50 Millionen Euro verspekuliert. Der Rechnungshof schreibt dazu übrigens, das ist jetzt noch auf 2013 gemünzt, also gerechnet für 36 Millionen Euro, „um den bisherigen finanziellen Nachteil aus den Zinseinnahmen und Ausgaben auszugleichen, müsste rein rechnerisch bis zum Ende der Laufzeit, also 2033, aus den sechs Zinstauschgeschäften ein jährlicher Überschuss von 2,3 Millionen Euro erwirtschaftet werden“.

2,3 Millionen Euro haben wir bisher mindestens verloren im Jahr. Das heißt, wir sind davon weit entfernt, ganz im Gegenteil, wenn auch bis 2033 noch viel passieren kann. Wenn man sich den Kapitalmarkt im Moment anschaut, müssen wir damit rechnen, dass wir in den nächsten Jahren noch weiter viel Geld verlieren und der Zins- und Kapitalmarkt sehr rosig sein muss, um dieses Minus, was wir jetzt schon angehäuft haben, zumindest wieder auszugleichen.

Der Rechnungshof empfiehlt, nicht von ungefähr, schon seit langem den Ausstieg zumindest zu prüfen. In einem Fall, denke ich, ist es sogar möglicherweise leichter möglich, weil wir haben nämlich einen dieser Zinsswaps damals mit der Hypo Alpe Adria abgeschlossen. Diese Bank gibt es inzwischen nicht mehr.

Das heißt, dieser Zinsswap ist jetzt mit der Hypo-Abbaubank Heta abgeschlossen. Da müsste es eigentlich möglich sein, aus diesem Zinsswap relativ leicht auszusteigen. Wenn man davon ausgeht, dass das kleinste Minus bis jetzt ungefähr 2,2 Millionen Euro waren im Jahr 2008 und wir inzwischen bei sieben Millionen Euro liegen, frage ich mich, wie kann so etwas passieren?

Deshalb habe ich ja auch vor ungefähr einem Jahr eine Anfrage zu dem Thema gestellt. Ein Zitat daraus: Besonders hervorzuheben ist hierbei die Souveraen Consult GmbH, welche das Land Burgenland umfassend hinsichtlich Überwachung und Reporting unterstützt. Die Gesellschaft zeichnet sich vor allem durch den Finanzexperten Mag. Klöckl aus.

Einer der prädestiniertesten Spezialisten für den Finanzhaushalt des öffentlichen Bereiches", so lobt der Finanzlandesrat in der Beantwortung meiner Anfrage. Jetzt frage ich mich, wenn ich solche Experten und Berater habe, und dann auf 50 Millionen Euro Minus komme, dann kann irgendetwas nicht stimmen. Der gute Mann berät übrigens auch in anderen Dingen. Wir kommen dann beim nächsten Tagesordnungspunkt dazu, zum Beispiel bei der Landesholding.

Weiter heißt es in der Anfragebeantwortung, nur damit man sieht, wie wichtig dieser Herr ist, für deren professionelle und fundierte Beratung deren Relevanz für das Land Burgenland nicht oft genug betont werden kann. Die Souveraen Consult GmbH erhält ein Jahresgesamthonorar in der Höhe von 120.000 Euro, zusätzlich der Umsatzsteuer für ihre Leistungen, als Antwort auf Deine Frage vorher Manfred.

Dazu muss man sagen, *(Abg. Manfred Kölly: Ich kenn es eh! Ich kenne alles im Detail!)* okay, ich sage es Dir trotzdem. Das betrifft jetzt nicht die Swaps alleine, sondern das ist ein Rahmenkonstrukt. Auch hier empfiehlt übrigens der Landes-Rechnungshof das für konkrete Leistungen bezahlt werden soll und keine Gesamtverträge hier abgeschlossen werden sollen. Also noch einmal. 50 Millionen Euro Verluste in zehn Jahren, Laufzeit 30 Jahre! Die Stadt St. Pölten übrigens, die auch so eine unleidige Geschichte hatte, ist inzwischen bereits ausgestiegen aus ihren Swaps.

Da wir davon ausgehen müssen, dass das jetzt zumindest noch einige Jahre weiter geht, haben wir einen Antrag eingebracht, um aus diesen Zinsswaps auszusteigen, beziehungsweise einmal zu prüfen, wann wäre der richtige Zeitpunkt dafür auszusteigen und unter welchen Bedingungen. Dieses Ergebnis sollte dann dem Landtag vorgelegt werden und dann entschieden werden ob es gescheiter ist gleich auszusteigen, später oder gar nicht.

Ein Punkt vielleicht noch wesentlich, was ganz lustig ist, auch wenn man es im Abtausch mit dem nächsten Tagesordnungspunkt sieht. Bei diesem Punkt, bei den Zinsswapgeschäften wird immer darauf hingewiesen, steht auch im Landes-Rechnungshofbericht, dass man diese Sache nicht alleine betrachten muss, sondern im Gesamtkontext mit den ganzen anderen Krediten und Zinsen. Das mag schon sein, nur die 50 Millionen Euro werden deswegen nicht mehr.

Interessanterweise verlangt das Land bei der Landesholding, beziehungsweise die zuständigen Herren, genau das Gegenteil. Da soll man die Sache schon getrennt sehen, also die Kreditaufnahme und die Kreditweitergabe. Dazu komme ich dann beim nächsten Tagesordnungspunkt. Tatsache ist, wir verlieren hier Jahr für Jahr viel Geld und schauen dabei zu.

Es ist in den letzten drei, vier Jahren immer mehr geworden. Es schaut im Moment nicht so aus, als würde sich das wesentlich ändern, auch wenn natürlich, muss ich zugeben, bis 2033 noch viel passieren kann. Dennoch ist es notwendig nicht zu warten, denke ich, bis wir 100 Millionen Euro Minus haben durch dieses Finanztauschgeschäft, sondern konkret etwas machen und am besten ist wohl der Ausstieg.

Dankeschön und auch danke für die Arbeit des Rechnungshofes. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Ich tu mich mit diesem Bericht relativ leicht. Es geht nämlich um den Rechnungsabschluss des Jahres 2013. Also einen Rechnungsabschluss, der noch unter ÖVP-Beteiligung beschlossen wurde. *(Abg. Manfred Kölly: Und Du nicht dabei warst!)* Das heißt, allfällige Kritik, die heute aus diesen Reihen kommt, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Die SPÖ war dabei!)* die sollte man eher leise und beschämt äußern.

Grundsätzlich haben wir uns in letzter Zeit in der laufenden Periode schon öfter über Fragen der Gestaltung und Darstellung von Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen und auch über Fragen der VRV unterhalten, recht ausführlich. Ich beschränke mich daher heute auf ein paar ganz wenige bestimmte Fragen und Feststellungen im Zusammenhang mit diesem Bericht.

Ich wiederhole, unser gemeinsames Ziel muss lauten und lautet auch, dass es rund um die Gebarung des Landes und damit das Geld der Bürger, keine Geheimnisse und auch keinen Raum für Missverständnisse geben kann. Budgetwahrheit, Transparenz, Vollständigkeit, das sind Prinzipien, die oberste Priorität haben müssen. *(Beifall bei der FPÖ und des Abg. Gerhard Steier)*

Vieles von dem was der Landes-Rechnungshof in seinem Bericht feststellt ist nicht neu, was die Sache natürlich nicht besser macht. Manches, oder vieles ist bereits überholt, es handelt sich um das Jahr 2013. Wir haben inzwischen schon den Rechnungsabschluss 2014 gehabt, 2015. Man sieht an diesen Rechnungsabschlüssen, dass die Empfehlungen Schritt für Schritt umgesetzt werden und die Richtung daher stimmt.

Viele Fragen und Diskussionen, meine Damen und Herren, werden sich, so hoffe ich, bald erübrigt haben, nämlich durch die neue VRV beziehungsweise auch *(Abg. Gerhard Steier: 2019!)* durch das neue Haushaltsrecht, die Einführung der doppelten Buchführung.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass der Landes-Rechnungshof feststellt, dass der Rechnungsabschluss in rechtlicher Hinsicht in Ordnung war, zugegebenermaßen nur im Sinne eines Mindesterfordernisses, wie er formuliert. Es gibt dann natürlich noch viele Punkte, in denen Rechnungshof und Landesregierung unterschiedlicher Meinung sind. Das betrifft einerseits Fragen der Darstellung und andererseits Fragen der Gebarung.

Entscheidungen, politische Entscheidungen, ein Beispiel sind eben diese Zinstauschgeschäfte, die ein sehr interessantes Thema sind. Wo es aber auch zwei Seiten gibt, und wo ich mir sicher bin, dass man die Sache, beziehungsweise ich weiß es, dass man die Sache entsprechend beobachtet, dass es regelmäßige Risikobewertungen gibt und dass man natürlich auch verschiedene Szenarien durchführt. Und das, wenn ich jetzt nicht falsch informiert bin, unterliegt auf jeden Fall dem Anfragerecht des Landtages. Also Informationen in dem Bereich sollten kein Problem sein.

Was Fragen der Darstellung angeht, geht es um die klassischen Themen, vor allem um die Auslagerungen, Beteiligungen und die entsprechenden Zahlungsflüsse. Um die ausgelagerten Schulden, um Haftungen, das Vermögen des Landes, also die Vermögensdarstellung. Hier pocht der Landes-Rechnungshof in vielen Punkten auf zusätzliche Informationen.

Die Landesregierung verwies und verweist immer wieder auf die VRV und ihre, nicht nur ich meine, unzulänglichen Vorgaben. Da haben wir also irgendwie beide Recht. Die Eckdaten des Haushaltsjahres 2013 sind hinlänglich bekannt. Der Kollege Kölly hat ja quasi die Behandlung des Rechnungsabschlusses hier vorhin wiederholt. Wir kennen auch die Entwicklung seither und die aktuelle Entwicklung von Schulden machen zum Schuldenabbau.

Für eine Gesamtschau bietet sich dann auch der nächste Tagesordnungspunkt an. Das ist dann wirklich auch ein höchst interessanter Bericht. Den vorliegen Bericht werden wir zur Kenntnis nehmen. Wesentlich ist, um die Finanzen des Landes und damit das

Geld für die Bürger darf es keine Geheimnisse und keinen Raum für Missverständnisse geben.

Wenn Sie die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre nebeneinander legen, dann sehen Sie, dass der Weg stimmt. Schneller könnte es immer gehen, aber glauben Sie mir, wir arbeiten daran. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Wolf. Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich mich als Obmann des Rechnungshofausschusses, ich glaube im Namen aller Mitglieder, beim Rechnungshofdirektor und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich bedanken für die heutigen Rechnungshoffestspiele, weil die gesammelten Berichte heute darlegen, wie intransparent manche Geschäfte der Regierung laufen.

Aus unserer Sicht ist es umso wichtiger durch den Landes-Rechnungshof, aber auch durch den Landes-Rechnungshofausschuss diese Intransparenzen aufzuzeigen, und vor allem der Regierung auf die Finger zu schauen. *(Beifall der Abg. Mag. Michaela Resetar)*

Als Abgeordnete haben wir zwar das Einsichtsrecht, aber manchmal wird es uns auch sehr erschwert. Das ist, aus meiner Sicht, demokratiepolitisch sehr schwierig und auch bedenklich. Im Kampf gegen den mittlerweile herrschenden roten Machtmissbrauch mit blauer Beteiligung, werden wir alle Kontrollmechanismen ausschöpfen. Dazu zählt unter anderem auch der Rechnungshof.

Wir haben daher schon gemeinsam mit den GRÜNEN die Prüfung der Landes-EDV beantragt. Weil auch hier eine Vermutung im Raum steht, dass etliche Millionen Euro versunken sind, ohne dass wir es als Abgeordnete nur in irgendeiner Weise mitbekommen haben.

Gleichzeitig, geschätzte Damen und Herren, haben wir den Bundes-Rechnungshof eingeschaltet, weil wir glauben, dass im Bereich einer Beteiligung, einer Landesbeteiligung, viele Millionen Euro versickern, ohne dass es irgendwer mitbekommt und weil auch die Decken darüber gehalten werden. Also im Prinzip die roten Decken. *(Abg. Manfred Kölly: Sind die kleiner?)*

Heute diskutieren wir den Rechnungsabschluss. Wir diskutieren den Wasserleitungs-Follow-up-Bericht, den BVOG-Bericht und auch den Bericht über die Therme Lutzmannsburg. Aus unserer Sicht sind diese Berichte heute nicht nur bedenklich und kritisch zu betrachten, sondern sollten auch in die Zukunft blickend einiges an Veränderungen mit sich bringen, denn schließlich braucht Macht Kontrolle, vor allem im Burgenland, wie wir es konzentriert auf eine Person haben.

Wir wollen deswegen im Sinne der Steuerzahler darauf hinweisen, wie wir uns selbst seit Jahren anlügen. Viele Gemeinden wissen es, wenn wir durch ausgegliederte Gesellschaften Kredite verlagern, weg vom Gemeindebudget das veröffentlicht wird, so lügen wir uns selbst an, gleichzeitig aber auch in dem Wissen, dass wir diese Schulden haben.

Deswegen wollen wir vor allem die Prüfung des Rechnungshofes loben und vor allem darauf hinweisen, wie die öffentlichen Mittel verwendet werden. Denn wir wollen,

dass diese Mittel nicht nur gesetzmäßig verwendet werden, sondern auch sparsam und zweckmäßig.

Beim Rechnungsabschluss 2013 ist mir schon klar, dass es eine Betrachtung der Vergangenheit ist, aber daraus wollen wir natürlich in die Zukunft schauen und Verbesserungen herbeiführen. Wir wollen, dass im Sinne der Transparenz, die Umsetzungsvorschläge und Empfehlungen des Rechnungshofes so schnell als möglich umgesetzt werden. Vor allem auch in Anbetracht der Tatsache, dass 2019 die neue VRV Einzug in den Rechnungsabschluss ziehen wird. Deswegen ist es jetzt schon notwendig, die Vorbereitungen zu leisten.

Ich glaube, der Herr Landesrat und seine Abteilung sind beschäftigt das vorzubereiten und vor allem auch an dieser Stelle die Forderung der ÖVP-Burgenland artikuliert, weil gerade auch die Gemeinden die VRV 2020 umgesetzt haben müssen, braucht es Unterstützungsmaßnahmen von Seiten des Landes.

Das Land hat jetzt die Vorarbeiten zu leisten und wir fordern, dass vor allem auch unsere Gemeinden hinsichtlich der Aufwendungen, der finanziellen und personellen Aufwendungen, unterstützt werden, weil es auch für die Gemeinden, vor allem für die kleinen Gemeinden ein Kraftakt sein wird, die VRV einzuführen. Aber, und davon bin ich überzeugt, dass die neue VRV die notwendigen Maßnahmen mit sich bringen wird, um endlich Transparenz in diesen Sumpf der vielen Finanzen hinein zu bringen.

Weil es ist ein Sumpf voller Gefahren und das wissen wir alle, auch wenn wir es nicht wahr haben möchten. Der Rechnungshof veröffentlicht in seinem Prüfbericht etliche Feststellungen, aber die aus meiner Sicht wesentlichsten beinhalten eine massive Intransparenz, auf Verlust von 36.000 Millionen aus Zinsswaps und vor allem Haftungen von knapp drei Milliarden Euro bei einem Budget von 1,2 Milliarden Euro.

Das ist aus meiner Sicht nicht tragbar und deshalb fordern wir als Volkspartei Ehrlichkeit und Transparenz für den Steuerzahler.

Mit dem Rechnungsabschluss gehe ich auf vier Punkte ein. Der Schuldenstand des Landes ist 2013 bei 275 Millionen Euro mit einer Zahl ausgewiesen, die in Anbetracht der Budgetsumme nicht hoch klingt. Aber man muss dabei bedenken, dass alle Schulden unserer 125 Beteiligungen die wir haben, nicht inkludiert sind.

Wir werden 2019 sehen, wenn es die große „Konzernbilanz des Landes“ gibt, wie viele Schulden wir wirklich haben. Wir rechnen damit, dass es in Summe zirka 1,5 Milliarden Euro Schulden und Verpflichtungen sind, die in den ausgegliederten Gesellschaften zurzeit versteckt sind. Das ist ein Geld, dass wir zu bezahlen haben als Land, als Steuerzahler, und das sind, wenn man diese Summe auf die Einwohner des Burgenlandes umrechnet, zirka 7.500 Euro pro Burgenländer. Also, wenn jeder Burgenländer morgen zahlen müsste, dann muss er von seinem Sparbuch 7.500 Euro hergeben.

Bezüglich der Haftungen, das ist ja noch eklatanter, geht es um eine Summe von drei Milliarden Euro, weil, und der Rechnungshof hat das klargelegt, auf Haftungen einfach vergessen wurde, und die nicht ausgewiesen werden.

Da geht es um die Bank Burgenland, wo noch zirka zwei Milliarden aushaften, da geht es um Wohnbaufördergelder und noch andere Dinge, die summiert drei Milliarden Euro Haftungen beinhalten. Wenn diese zum Tragen kommen, dann haben wir zu bezahlen. Das sind in Summe nochmal 10.000 Euro pro Burgenländer. Das ist eine Summe, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss.

Das Bedenkliche bei den Haftungen ist eben, dass es keinen vollständigen Nachweis dieser Haftungen im Rechnungsabschluss gibt. Mein Kollege hat es schon erwähnt, die Zinsswaps. Er hat sie sehr ausführlich behandelt und klargelegt, dass wir einen Nettoverlust 2013 von 36 Millionen Euro hatten.

Dieses risikoreiche Spekulationsgeschäft ist ein Spiel, das die Landesregierung eingegangen ist, und das wir nun auch verloren haben. Wir haben 36 Millionen Euro verloren auf einer Laufzeit bis 2033. Ich möchte das nochmal wiederholen, weil das zu unterstreichen ist. Wir müssten, um diesen Verlust wieder in eine positive Richtung drehen zu können, 2,3 Millionen Euro Gewinn aus diesem Geschäft machen, wobei wir aus der Vergangenheit wissen, dass es quasi nicht möglich ist.

Diese Zinsen, die wir zu zahlen haben, basieren nämlich auf einem fixen Zinssatz, den wir zu zahlen haben, in Höhe von zirka 5,2 Prozent. Diesen Zinssatz bekommt heute, wie wir alle wissen, keiner, weder am Sparbuch noch sonst irgendwo. Und jetzt soll mir einer erklären, Herr Landesrat, ich bin schon gespannt auf diese Erklärung, wie Sie uns jetzt erklären werden und wollen, dass dieser Zinsswap eh super ist, wenn es nicht möglich ist und in absehbarer Zeit einen Zinssatz von fünf Prozent zu erlagen.

Egal bei welchem Finanzierungsinstitut, das nicht hoch spekulativ ist. Auf das bin ich gespannt und das ist auch die spekulative Wette. Wir zahlen fünf Prozent Zinsen und bekommen dafür einen variablen Zinssatz.

Geschätzte Damen und Herren, das kann kein gutes Geschäft für das Land sein. *(Abg. Géza Molnár: Wart Ihr dabei? Wart Ihr dabei?)* Deswegen fordern wir, wie auch der Rechnungshof, *(Abg. Géza Molnár: Wer hat das mitbeschlossen?)* dass diese Zinsswap-Geschäfte nun beendet werden und dass wir aussteigen. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, aber Ihr habt es mitbeschlossen!)* Wenn jeder dafür ist, dann, glaube ich, spricht nichts dagegen.

Aber was ich bedenklich finde, jetzt schon, dass der Landesrat sicher nachher behaupten wird, dass das eh eine super Sache ist und wir dann eh noch Gewinne machen werden. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist klar, was soll er sonst sagen?)* Ich glaube halt nur daran, dass 2033 viele von uns nicht mehr da sein werden. Manche unserer Kinder könnten vielleicht dann da sitzen, aber die werden das dann ausbaden müssen, weil ich nicht glaube, dass bis 2033 der Zinssatz bei fünf Prozent sein wird.

Geschätzte Damen und Herren, zusammengefasst darf deswegen das Burgenland nicht Salzburg werden. Wir haben das oftmals in den Zeitungen gelesen, dass genau aus solchen Zinsswaps Verluste entstanden sind, und damit auch eine Landeshauptfrau abdanken hat müssen.

Wir wollen, dass der Rechnungsabschluss in Zukunft mehr Transparenz mit sich bringt. Das betrifft den Beteiligungsspiegel, der nach wie vor unvollständig ist, es betrifft die Zahlungsflüssen zwischen Land und Beteiligungen, die nicht ausgewiesen werden, es betrifft die Rückstellungen, aber auch die Haftungsobergrenzen, die wir uns selber setzen, aber regelmäßig sprengen würden, wenn man sie nicht risikobasierend herunterschreiben würde.

Noch einmal, ich möchte das betonen, wir lügen uns zurzeit selbst permanent mit diesen frisierten Landesfinanzen an und das Ziel kann ja nur sein langfristig. Der Rechnungshof betont es auch in seinen Zeilen und Sätzen, aus den laufenden Einnahmen müssen wir so viel Gewinn erwirtschaften, dass wir unsere Schulden auch langfristig zurückzahlen können.

Das funktioniert zurzeit nicht, das hat auch in den letzten Jahren leider aus verschiedensten Gründen nicht funktioniert. Aber ich glaube, dass es zukünftig unser

gemeinsames Ziel sein muss, wenn wir zuerst ehrlich zu uns selbst sind, was die Finanzen betrifft und wenn wir dann darauf schauen, dass die Einnahmen auch die regelmäßigen Ausgaben übersteigen.

Das kann nur unser gemeinsames Ziel sein. Ich hoffe, dass wir da gemeinsam in die richtige Richtung marschieren. Ich habe halt die Angst, dass sich das rot-blaue Finanzkarussell jetzt weiter dreht mit all diesen Themen, die jetzt aufpoppen und kommen werden. Ich bin schon gespannt, wie das in vier Jahren dann sein wird, wie schnell und wie ungemein schnell sich dieses Finanzkarussell drehen wird. Zurzeit stehen die Zeichen ja leider in Richtung Finanzskandalvertuschungen und sonstiger riesiger roter Geldvernichtungsaktionen, aber da müssen wir als Volkspartei halt darauf aufpassen.

Wir werden auf das Burgenland aufpassen und dem Rechnungshof möchte ich ein großes Dankeschön sagen fürs Aufzeigen all dieser Tatsachen, die in diesen Berichten stehen. Wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordnete Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn man den vorliegenden Prüfbericht im Hinblick auf den Rechnungsabschluss 2013 rein formal und rein rechtlich nur fokussiert auf die Sicht dieses Rechnungsabschlusses, so kann man wahrscheinlich wertfrei, ohne politisch motivierte Interpretationen, aber auch ohne mediale Berichterstattung und insbesondere unter Beachtung der derzeitig österreichweiten Rechtslage, insbesondere der derzeit gültigen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung die Feststellung treffen, dass dieser Prüfbericht auch was die reinen Inhalte zum Rechnungsabschluss 2013 seitens des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes anlangt, durchaus positiv ausgefallen sind.

Die Erstellung des Rechnungsabschlusses, so stellt der Landes-Rechnungshof fest, ist unter Einhaltung aller Vorschriften und Regelungen der VRV erfolgt. Gleichzeitig wird die Feststellung getroffen, dass die Beschlussfassung auch rein rechtlich betrachtet durch die Landesregierung, durch den Landtag, im Sinne der landesrechtlichen Vorschriften erfolgte.

Der Kassenabschluss war entsprechend der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung erstellt. Die Haushaltsrechnung erfolgte ordnungsgemäß aus der Buchhaltung. Hier hat der Landes-Rechnungshof ausdrücklich zusätzlich die Feststellung gemacht, dass er das auf Grund seines direkten Zugriffes auf das SAP-Buchungssystem festgestellt hat.

Die systematische Abfrage nach Haushaltsgruppen stimmte mit den Beträgen der Einnahmen und Ausgaben überein. Bei allen voranschlagswirksamen verrechneten Ein- und Ausgaben. Als Ergebnis der Haushaltsrechnung ergaben die Soll-Einnahmen und die Soll-Ausgaben eine ausgeglichene Haushaltsrechnung. Die Nettoverschuldung war um 2,5 Millionen Euro geringer im Vergleich zum budgetären Abgang - auch das ist eine - wie ich glaube - sehr wichtige Feststellung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes.

Hinsichtlich des Finanzschuldennachweises entsprach der Nachweis über den Schuldenstand und den Schuldendienst den Bestimmungen der VRV. Noch nicht fällige Verwaltungsforderungen und Schulden, auch hier erstellte das Land den Nachweis entsprechend der gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen der VRV.

Bezüglich des Haftungsnachweises entsprach das Land den Bestimmungen der VRV mit der Erstellung des Nachweises über den Stand der Haftungen.

Die Landeshaftungen nach dem WiföG sanken dabei um insgesamt 10,3 Millionen Euro. Auch das ist für mich doch ein sehr wichtiges, ein sehr essentielles Prüfergebnis. Im Zusammenhang mit Haftungsprovisionen und Auszahlungen waren im Jahr 2013 lediglich Haftungen in einer Größenordnung von 30.000 Euro auszubezahlen. Aber dieser Haftung standen Einnahmen aus Haftungsentgelten von insgesamt 2,6 Millionen Euro gegenüber. Auch, wenn Sie so wollen, ein durchaus positiver Saldo.

Hinsichtlich der sonstigen Verbindlichkeiten, also der Eventualverbindlichkeiten darf festgehalten werden, dass das Land Burgenland im Haftungsnachweis alle bekannten Haftungen des Landes ausweist. Der Nachweis über die Zuführungen und Entnahmen aus Rücklagen entsprach insbesondere auch den Bestimmungen der VRV, die Haushaltsanalyse, und das ist das wesentliche Ergebnis. Auf Basis des Rechnungsquerschnittes zeigte sich in der Analyse selbst, in den Kennzahlen, mehrheitlich eine Verbesserung gegenüber den Vorjahren.

Das heißt, im Umkehrschluss wurden eigentlich sukzessive Empfehlungen aus den Vorjahren verbessert. Also ein, nochmals wenn Sie so wollen, durchaus rein auf das Jahr 2013 fokussiert, insgesamt positives Ergebnis und das ist doch auch, und dieser Feststellung lassen Sie mich treffen, Ausdruck einer vorausschauenden Budgetplanung, einer konsequenten Budgetdisziplin und besonders der Einhaltung eines Konsolidierungskurses. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn man nun, und ich stehe hier nicht an zu den Kritikpunkten des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Stellung zu beziehen, wenn man diese in näheren Augenschein nimmt, so stellt man fest, dass generell gesprochen, die Kritikpunkte des Landes-Rechnungshofes ausschließlich auf zusätzliche, rechtlich nicht vorgesehene Informationen abstellen.

Dabei ist zum Beispiel die Vermögensrechnung, und das wurde heute bereits mehrfach ausgeführt, erst in der 2015 neu erlassenen VRV verlangt. Wenn man hier die Vorarbeiten, die dazu notwendig sind, ins Auge fasst, werden die erst ab dem Jahr 2019 verbindlich.

Und selbst dann 2019 ist jedoch wegen der Besonderheiten des öffentlichen Sektors keine konsolidierte Bilanz unter Einbeziehung aller Beteiligungen vorgesehen, allerdings auch hier darf ich anmerken, hat dankenswerter Weise bereits der Rechnungsabschluss 2014, den ja dieses Hohe Haus am 24.9. beschlossen hat, alle direkten aber auch indirekten Beteiligungen festgehalten, obwohl dazu ausdrücklich und explizit noch keine entsprechende Verpflichtung bestand.

Auch der Haftungsnachweis umfasst im Rechnungsabschluss 2014 auf Seite 19 in Verbindung mit den Seiten 129 folgende, alle Haftungen des Landes, obwohl dies rechtlich rechtlich noch nicht verpflichtend gewesen ist.

Besonders kritisiert wurden heute von einigen Vorrednern auch die sogenannten Zinssicherungsgeschäfte der Landesregierung, die in den Jahren 2003 und 2004 erfolgt sind. Ich darf dazu anmerken, dass die Ursache und der Grund, warum diese Zinssicherungsgeschäfte damals eingegangen worden sind, ausschließlich in einer Empfehlung des Bundes-Rechnungshofes gemündet haben.

Damals hatten wir einen Schuldenstand von etwa 207 Millionen Euro *(Abg. Manfred Kölly: Wo steht das?)* und eine teilweise Absicherung der variablen Zinsen gegen

steigende Zinsen - hier vorgeschlagen worden ist, vom Bundes-Rechnungshof, nochmals gesagt.

Zuletzt im Bericht des Bundes-Rechnungshofes 4 aus dem Jahr 2009 über die Haushaltsstruktur des Landes, Herr Kollege Kölly, auf Seite 27, wo Sie wörtlich nachlesen können, dass nach Ansicht des Bundes-Rechnungshofes eine dem Marktumfeld und dem jeweiligen Schuldenportfolio angepasste und risikotechnisch vertretbare Zusammensetzung des Portfolios mit fixen und mit variablen verzinsten Finanzierungen mit dem Ziel angestrebt werden soll, *(Abg. Manfred Kölly: Was haben wir gemacht, Herr Kollege? Ein bisschen ein Unterschied ist schon. – Abg. Doris Prohaska in Richtung des Abg. Manfred Kölly: Ich habe geglaubt, Du hast Dir das eh genau durchgelesen.)* ein ausgewogenes Verhältnis von Zinsaufwand und Zinsänderungs- und Wertänderungsrisiken zu erreichen. Ende des Zitates.

Ich habe jetzt lediglich den Bundes-Rechnungshof zitiert, mit einer korrespondierenden Empfehlung, der damals die Burgenländische Landesregierung gefolgt ist. Genau deshalb wurde unter ständiger und intensiver Marktbeobachtung - die Zinsen zeigten damals und ich bin im Jahr 2003/2004 - eine deutliche Tendenz nach oben.

Genau deswegen wurde damals bei einem Fixzinssatz für 30 Jahre von im Durchschnitt 5,3 Prozent schrittweise 25 Millionen Tranchen zwischen Juli 2003 und Juli 2004 als Zinsabsicherungsgeschäfte bis zu einem Gesamtwert von 150 Millionen Euro eingegangen.

Das war damals ausschlaggebend. Und in den letzten 15 Jahren, von 2001 bis 2015, lagen die Durchschnittszinssätze über alle Finanzierungsinstrumente hinweg beim Land bei 3,5 Prozentpunkten, beim Bund, Herr Kollege Kölly, bei 4,2 Prozentpunkten. *(Abg. Manfred Kölly: Was geht mich der Bund an? Wir sind gescheiter.)*

Das heißt, insgesamt gesehen haben wir durch diese damalige Entscheidung der Landesverantwortlichen eine um 0,7 Prozent bessere Ausgangssituation vorgefunden, und das ergibt in 15 Jahren immerhin gegenüber dem Bund im Vergleich eine Ersparnis für das Land von 1,5 Millionen Euro pro Jahr in 15 Jahren, insgesamt 22 Millionen Euro, und das ist per se gesprochen, auch ein Erfolg, wenn Sie so wollen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zinsabsicherungsinstrumentarien insgesamt und da könnte man viel philosophieren, da könnte man viele Studien im Vergleich heranziehen, haben insgesamt zu einem Fixzinssatz den Vorteil, dass steigende Zinsen zu einer Verbesserung der Situation beitragen, während Fixzinsen immer gleich hoch bleiben.

Natürlich war in den Jahren 2003 und 2004, außer vielleicht der Herr Kollege Kölly hat das vorgesehen, dass hat damals niemand wissen können, dass es diese Weltwirtschafts-, diese internationale Finanz- und Wirtschaftskrise geben wird, und ich denke, Hand aufs Herz, da war damals Verantwortung angesagt, da war damals auch insgesamt natürlich im Raum stehend die Empfehlung des Bundes-Rechnungshofes, das gesamte Risikomanagement auf Fixzinssätze und auf sogenannte Swaps zu splitten. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Aber dass das 30 Jahre gut gehen wird.)*

Auch der Bund, Herr Kollege Spitzmüller, hat in den letzten 15 bis 20 Jahren zumindest länger laufende Bundesanleihen mit Zinssätzen von fünf Prozent und darüber begeben. Da gibt es heute noch welche, eine beispielsweise, die bis zum Jahr 2027 laufende Anleihe, hier gibt es einen Kupon, einen Zinssatz von 6,25 Prozent.

Die Durchschnittsverzinsung aller in Euro umlaufenden Bundesanleihen und Darlehen lag im Zeitraum 2001 bis 2003 bei fünf Prozent. Genau das war damals -und ich

sage es nochmals -, historisch gesehen der Grund, warum diese Entscheidung des Landes getroffen worden ist.

Heute ist man natürlich um viele Erfahrungen reichen, heute wird man natürlich auch unter genauester Beobachtung und Marktanalyse Entscheidungen treffen müssen, um möglicherweise von diesen Geschäften abzurücken.

Ich frage mich nur, wie allfällig eine Diskussion heute im Landtag verlaufen wäre, wenn es eine völlig andere Zinsentwicklung gegeben hätte. Wenn es ein exorbitantes Ansteigen des Zinsniveaus gegeben hätte, dann hätten Sie wahrscheinlich als Erster mit dem Finger auf die Regierung gezeigt und gesagt, das ist unverantwortlich, *(Abg. Manfred Kölly: Wir dürfen nur aufzeigen.)* das hätte man doch sehen müssen.

Kollege Kölly hätte das natürlich vorausgesehen, dem wäre das nie passiert. Dem passiert so etwas auch nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, Herr Kollege Rezar! Herr ehemaliger Bezirksparteiobmann! Ich komme dann eh nach vorne.)*Ich will das nur sagen, um das auch kritisch zu hinterfragen. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja ein Wahnsinn.)*

Was ich heute anmerken möchte, anmerken darf und das ist mir aufgefallen und das ist mir sonderbar aufgefallen, der Landes-Rechnungshof behauptet eine Prüfungsbehinderung auf der Seite 27 dieses Berichtes und führt dazu Näheres auf Seite 83 aus. Ich denke, das ist ein Punkt, der für mich etwas unverständlich ist.

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof verweist auf Paragraph 6 Absatz 3 des Landes-Rechnungshofgesetzes, wonach die überprüfte Stelle jeden auf Absatz 2 gegründeten Verlangen des Landes-Rechnungshofes unverzüglich, wahrheitsgemäß und vollständig zu entsprechen hat.

Ein wichtiger Punkt natürlich. Das wurde expressis verbis in diesem Gesetz so verankert, damit es nicht zu Prüfungsbehinderungen kommen soll, kommen darf und - ich behaupte - kommen kann. Im zitierten Gesetz, im zweiten Satz, der da lautet: „Dabei ist dem Landes-Rechnungshof insbesondere der Zugriff auf sowie das Ermitteln und das Kopieren von automationsunterstützt verarbeiteten Daten, die er zur Wahrnehmung der jeweiligen Prüfungsaufgabe benötigt, zu gewähren."

Selbstverständlich, ich glaube, das ist notwendig, sonst kann ja ein Rechnungshof nicht agieren. Dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof wurde daher und wird ständig, wie er selbst auf Seite 38 dieses Berichtes ausführt, ohne Beschränkung auf eine konkrete Prüfung der volle Zugriff auf die Buchungsvorgänge im SAP-Buchungssystem eingeräumt.

Das heißt, er hat jederzeit Einsicht in jeden einzelnen Buchungsvorgang und kann jederzeit, jede einzelne Buchungszeile verfolgen und hat auch dieselben Abrufmöglichkeiten wie alle Bediensteten der Abteilung 3 selbst und kann damit auch sämtliche Auswertungen und Zusammenstellungen vornehmen wie die geprüfte Stelle selbst.

Das heißt, schon deswegen ist eine Prüfungsbehinderung gar nicht möglich, liegt ja auch nicht vor.

Ich glaube und das darf ich abschließend anmerken, Herr Kollege Wolf, was ich im Zusammenhang mit dieser Prüfung überhaupt nicht verstehen kann, ist Ihre Kritik am Rechnungsabschluss 2013.

Ihre Kritik ist deswegen aus meiner Sicht unverständlich, weil dieser genannte Rechnungshofbericht auch davon spricht, dass für die Erstellung des Rechnungsabschlusses 2013 damals der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Mag.

Franz Steindl verantwortlich gewesen ist. Der hat ihn eingebracht und ich möchte mich bei ihm heute bedanken, *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Kölly: Herr Kollege Rezar, waren Sie nicht dabei?)* das ist ein guter Rechnungsabschluss, den Sie damals eingebracht haben, und es ist eigentlich schade, dass ihre Partei Sie heute dafür kritisiert.

Sie haben damals in der Regierung zugestimmt. Sie haben damals im Landtag zugestimmt. Es ist für mich schwer nachvollziehbar, aber ich nehme auch das zur Kenntnis, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das soll vorkommen in manchen Reihen, oder?)*

Abschließend darf ich nochmals anmerken, der Rechnungsabschluss 2013 *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich bin doch nicht Bezirksparteiobmann. – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Blauen haben dagegengestimmt.)* per se ist etwas Positives, dazu habe ich die notwendigen Ausführungen gemacht.

Ich darf mich natürlich auch für die sehr umfangreiche Tätigkeit des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes bedanken. Hier wurde sehr intensiv gearbeitet. Aus dem Bericht 2015 des Landes-Rechnungshofes geht hervor, dass mit drei Prüforganen 262 Manntage gearbeitet wurde, was also für eine sehr spannende und intensive Prüftätigkeit spricht.

Dafür darf ich mich ebenfalls bedanken und darf anmerken, dass meine Fraktion diesem Prüfbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! *(Abg. Mag. Franz Steindl: Jetzt haben wir gerade gehört, Du bist gar nicht kompetent für den Rechnungsabschluss.)* Du hast das eingebracht, das ist richtig. Er hat nicht gesagt, kompetent, er hat gesagt, Du hast es eingebracht. Gut, aber das sind ja nicht die Dinge, über die wir sprechen sollten.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ) *(fortsetzend)*: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern! Wenn man die Diskussion so verfolgt, dann hat man den Eindruck, dass sehr viele Missverständnisse in dieser Diskussion auftauchten.

Einerseits, Oppositionsrhetorik, wo viele vergessen was war, andererseits Oppositionsrhetorik, wo genau die gleiche Rede 2013 gehalten wurde, *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt aber nicht, mein Freund!)* und andererseits wird vermischt zwischen rechtlichen Vorgaben und Wünschen und Anregungen. Anregungen seitens des Rechnungshofes und Wünschen seitens vieler oder einiger Mitglieder des Burgenländischen Landtages.

Ich möchte ebenfalls feststellen, dass diese Rechnungsabschlüsse, alle, die bisher geprüft, eingebracht und beschlossen wurden, rechtlich konform beschlossen, umgesetzt, erstellt, vorgelegt wurden. *(Abg. Manfred Kölly: Das hat ja keiner gesagt, Das wird eh passen.)* Dass es natürlich im Sinne von mehr Transparenz Wünsche gibt, Anregungen gibt, ist klar, werden wir auch nachkommen, *(Abg. Manfred Kölly: Danke! Ich freue mich*

schon darauf.) haben wir bei dem Rechnungsabschluss 2014 bereits getan und werden das auch in Zukunft tun.

Das heißt, wir nehmen die Anforderungen, die Wünsche, die Erläuterungen des Rechnungshofes, aber auch die Abgeordneten sehr ernst und tun das auch. Nur wenn man dann hört, Misswirtschaft, alles geht den Bach hinunter, wer weiß, was da für Betrug passiert, dann hört sich mein Verständnis natürlich auf, weil das alles falsch ist.

Wenn man jedes Jahr wiederholt, was nicht richtig ist, was die Swaps betrifft, und das wird jedes Jahr wiederkommen - logischerweise -, macht das viel Spaß seitens der Opposition, wird aber nicht richtiger, weil man bekommt kein Geld, ohne dass man was dafür bezahlt. Man bekommt keine Versicherung, ohne dass man etwas dafür bezahlt. Ihre Autoversicherung kostet Geld und genauso ist es hier *(Abg. Manfred Kölly: Wenn ich mein Geld auf die Bank lege, bekomme ich auch nichts dafür.)* und ganz so einfach ist es, und wenn man dann sagt, man hat 50 Millionen verloren, dann ist das Oppositionsrhetorik.

Das ist der Preis dafür, dass wir diese Versicherung eingegangen sind, in einer Zeit, wo ein sehr hohes Zinsniveau war und keiner, nicht einmal der Kölly, *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat Euch beraten? Wie viel hat er kassiert?)* gewusst hat, dass eine Finanzkrise kommt, nicht einmal Sie. Daher muss man das schon sehr vorsichtig betrachten, was hier gesagt wird.

Ich verstehe die Opposition, dass sie hier kritisiert, manchmal auch über das Ziel hinausschießt, weil man hier nicht geklagt werden kann, soll so sein. Ich halte das schon aus. Aber, wenn man sich jetzt die Betrachtungen nicht nur des Rechnungshofes, sondern auch von Standard & Poor‘s hernimmt, die dann im Vergleich zu anderen uns eine sehr gute … *(Abg. Manfred Kölly: Was heißt das jetzt wieder? Wer sind die - die Standard & Poor’s?)* Ja, wer ist denn das schon?

Wir werden sie nach Deutschkreutz schicken. Wir haben nämlich nicht in Schweizer Franken, wie die Gemeinde Deutschkreuz, gezockt. Wir nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sagt das? Das stimmt doch nicht.)*

Gut, dann schaut das Bild ganz anders aus

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Kollege Kölly, Herr Landesrat Bieler ist am Wort. Ich bitte Sie um Ruhe. Danke Herr Abgeordneter.

Bitte Herr Landesrat, fahren Sie fort.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ) *(fortsetzend)*: Dann schaut das Bild ganz anders aus, und es wird von der strengsten Ratingagentur bestätigt, dass wir gut wirtschaften. Das ist für mich entscheidend. Das ist für die Realwirtschaft entscheidend, nicht, was hier herinnen nur gesagt wird. Alles zusammen, das gehört dazu.

Dann möchte ich noch einen Punkt sagen, der wahrscheinlich nicht schnell genug erwartet werden kann. Alle Länder, mit dem Minister zusammen, haben sich inhaltlich, nicht in der Vorgangsweise, aber inhaltlich darauf geeinigt, dass die neue Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung mit 1.1.2019 in Kraft tritt.

Das gilt auch für das Burgenland und sollte auch für jeden Abgeordneten gelten, im Verständnis. Wir werden dann alles vorlegen, auf dem Weg dahin haben wir natürlich schon ein Ergebnis, Finanzierungsergebnisse und Ergebnis Haushalt vorbereitet, logischerweise, auch die Eröffnungsbilanz, was nicht so einfach ist für einen öffentlichen Haushalt, aber der wird logischerweise nicht so ausschauen können, auch nicht beim

Bund, auch nicht in der Steiermark, nicht in Vorarlberg, wie in einer Firma, ganz klar. *(Abg. Manfred Kölly: Klar, dass es schwierig ist.)* Es werden ja Unterschiede sein.

Aber, wir werden uns auch hier in Akkordanz mit allen Bundesländern daran halten, das auch umsetzen und rechtzeitig dem Hohen Landtag vorlegen.

Der zweite Punkt, der als Letzter hier angesprochen wurde. Aus meiner Sicht haben wir sämtliche Daten, das heißt, einen sehr transparenten Zugang dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof gegeben. Ganz gezielt und ganz bewusst.

Und wenn dann trotzdem Missverständnisse aufkommen, dann muss ich einen Vorschlag machen, wie man das verbessern kann. Wenn man sieht, wir brauchen für die Erstellung des Rechnungsabschlusses 100 Mann- und Frautage, der Rechnungshof für die Überprüfung 262 Mann/Frau-Tage. Dann passt das irgendwie nicht ganz zusammen. Daher sollte man versuchen, etwas einzusparen. Das heißt, SAP-Zugang, wir ersparen uns das Herauskopieren der Daten, wenn es dann missverständlich ist noch dazu, der Rechnungshof erspart sich, diese Daten, die von uns kommen, an Hand der SAP-Daten zu überprüfen. Man hat weniger Arbeitsaufwand, und hat aber dann das gleiche Ergebnis, nämlich, dass alles in Ordnung ist. Das ist für mich das Entscheidende.

Daher sollte man hier auch diese Einsparungspotentiale hernehmen, um Missverständnisse zu beseitigen. Um Missverständnisse zu beseitigen, weil das war ein einziges Missverständnis und sonst gar nichts, weil wenn ich gewusst hätte, dass hier überhaupt nur eine Andeutung aufkommen könnte, dass eine Behinderung da wäre, dann hätte ich sofort gesagt, was ist los, warum gibt es diese mögliche Behauptung.

Das war nicht der Fall, daher mein Vorschlag, hier sogar noch einzusparen. Ich finde das absolut in Ordnung und auch sinnvoll, und wir werden auch weiterhin alle Forderungen des Rechnungshofes überprüfen, wenn es uns möglich ist, auch umsetzen.

Aber wenn man dann total grundlegende unterschiedliche Auffassung hat, es gibt keine Grundschuld für diese Swaps, na ja, über diese Grenze kommen wir nie drüber, wenn der Rechnungshof oder der Bundesrechnungshof und dem hat sich der Landes-Rechnungshof angeschlossen, es gibt keine Grundschuld, wo man das zugrunde legen kann, und wir haben aber 275 Millionen Euro Schulden, dann haben wir ein grundsätzliches Problem.

Dieses werden wir dann jedes Jahr diskutieren, weil das können wir nicht aus der Welt schaffen, mit dem werden wir leben müssen, das werde ich auch immer so argumentieren. Ist so! Das ist eben Ansicht des Rechnungshofes und das ist Ansicht derjenigen, die hier diese Swaps, diese Zinsabsicherung durchgeführt haben. Niemand - noch einmal -, niemand bekommt eine Versicherung umsonst. So einfach ist es!

Daher recht herzlichen Dank für die teilweise sehr konstruktiven Diskussionen, teilweise auch sehr oppositionsrhetorikgeprägten Diskussionen, weil man da sehr gut aufzeigen kann, was gewollt und nicht gewollt ist. Ich bin sehr dafür, diese Diskussionen zu führen, allerdings muss man das dann auch auf einer Basis führen, wo ein gemeinsames Verständnis gegeben ist und nicht, wo man völlig etwas anderes behauptet, was in dem Bericht steht oder in der Realität da ist.

Danke, wir nehmen den Rechnungshofbericht natürlich zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Ich bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mit Karl Valentin beginnen, der festgehalten hat, es gibt bei jeder Sache eine positive, eine negative, aber auch eine komische Seite.

Wenn man diese Diskussion in ihren Bestandteilen verfolgt hat, dann kann man durchaus zu dem Schluss kommen, dass manches, was hier gesagt wurde, unter der Prämisse, es soll komisch klingen, damit eigentlich Sand in die Augen streuen und damit eigentlich auch manches als solches nicht der Bevölkerung zur Kenntnis bringen.

Die positive Seite dieses Rechnungsabschlusses 2013 liegt meiner Ansicht nach darin, dass die Netto-Neuverschuldung, wie es schon von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern festgehalten wurde, statt zwölf 9,5 Millionen Euro betragen hat und die Umsetzung, was die Verschuldungsquote anlangt, um 9,5 Millionen damit erhöht wurde, gleichzeitig damit die vom Landesrat angesprochenen 275 Millionen Euro den Finanzschuldenstand darstellen.

Interessant, jetzt ohne auf Zahlen und Inhalte in Gesamtform einzugehen ist, dass im Rechnungsabschluss 2013 zwei zusätzliche Darlehensaufnahmen festgehalten sind, in der Summe 75 Millionen Euro, die, wie es auch ausgedrückt und festgehalten wird, durch nichts begründet sind. 75 Millionen Euro wurden aufgenommen, und es stand keine Notwendigkeit im Sinne der Bedeckung an, um das Ganze auch zu erklären.

Der nächste Punkt, die jetzt schon mehrmals festgehaltenen Zins-Swap-Geschäfte. Auf das Jahr 2013 sind die Ausgaben, das heißt, die Verbindlichkeiten des Landes Burgenland in der Höhe von 7,8 Millionen Euro angewachsen, nur auf 2013. Demgegenüber standen Einnahmen von 0,8 Millionen Euro. Das heißt, insgesamt, und ich möchte jetzt nicht auf das Gesamtkonstrukt eingehen, ist allein auf 2013 hier ein sieben Millionen Verlustgeschäft festzuhalten.

Wenn dann ausgeführt wird, Kollege Rezar hat davon gesprochen, dass der Bundesrechnungshof Empfehlungen festgehalten hat, man sollte sich quasi einer Absicherung bedienen, dann hat er das sicherlich nicht unter dem Anspruch gemeint, dass man einen Swap über 30 Jahre abschließt, da gleichzeitig eines auf Grund der Salzburger und der Kärntner Erkenntnisse festzuhalten ist.

Öffentliches Geld ist keine Spekulation und sollte auch feststehen, für jeden im Kopf nicht die Möglichkeit bieten, dass man damit auf eine sogenannte Spielwiese geht und mit Zinsgegebenheiten spekuliert. Und das dann zu vergleichen mit einer Autoversicherung, dafür hat mit Sicherheit keine einzige Burgenländerin und kein einziger Burgenländer Verständnis. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Das heißt, die Zinsbelastung, um einen anderen Punkt zu zitieren, für das Burgenland stieg im Jahr 2013 auf sieben Millionen Euro, 2012 lag sie noch bei 5,7 Millionen. Das heißt, wir haben eine kontinuierliche Steigerung von Jahr zu Jahr. Wenn wir uns die Zinsen heute, 2016, betrachten, dann können wir uns schon ausmalen, was dieser Rechnungsabschluss auf dieses Geschäft haben wird.

Daher gilt es, auch auf die Aussage des Landesrates festzuhalten, dieses Geschäft gehört abgeschafft, das gehört abgestellt und gehört im Grunde genommen für alle Burgenländerinnen und Burgenländer verständnismäßig darauf zurückgeführt, dass es als solches nicht statthaft ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von 2005 bis 2013 ist aus den sogenannten Zinstauschgeschäften ein Nachteil von 36,6 Millionen Euro entstanden.

Herr Kollege Rezar, ich darf jetzt auf Ihre Darstellung, die mir wirklich besonders gut gefallen hat, der Bund hätte quasi schlechter spekuliert und schlechtere Zinsen erzielt, als das Land Burgenland, das ist auch eine tolle Erkenntnis und macht mich eigentlich auch positiv gestimmt. Auf der anderen Seite 36,3 Millionen Euro, das in Altwährung umzurechnen, wird jedem wahrscheinlich schummrig werden, wenn es alleine darauf hingeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die KRAGES wurde angesprochen. Im Rechnungsabschluss 2013 ist eine Forderung der KRAGES gegenüber dem Land von 80 Millionen Euro Gegebenheit. Das wird auch noch in der BVOG-Festhaltung, im sogenannten Rechnungshofbericht festzustellen und darzulegen sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt ein Kapitel, das alle meine Vorredner nur ansatzweise gestreift haben, das aber im Zusammenhang mit der Hypo-Alpe-Adria und Kärnten in der Abbaugesellschaft für mich eine zentrale Bedeutung auch auf diesen Rechnungsabschluss und auf alle Gegebenheiten hat, nämlich das Haftungsproblem.

Man kann das auch so, wie es auch dargestellt wurde, positiv sehen, aus jeder Haftung entsteht eigentlich auch ein positiver Effekt, man kriegt eine Haftungsprovision. Nur wenn sie schlagend wird, kriegt man gar nichts, dann zahlt man und das haben wir jetzt in aller Form in Kärnten als gesamtösterreichischer Steuerzahler und Steuerzahlerinnen zu spüren bekommen.

Festzuhalten ist, dass wir eine Summe von 598,9 Millionen Euro an Haftungen nur im ordentlichen Haushalt ausweisen. Und eine interessante Fügung, die bisher vernachlässigt worden ist und nicht festgehalten, möchte ich doch eigentlich so als Zuckerl auf den Teppich jetzt auch streuen.

Es wurde festgehalten, der Rechnungsabschluss hat alle rechtlichen Voraussetzungen gehabt und auch eingehalten. Das ist löblich und ich nehme auch an, es würde anders gar nicht gehen. Tatsache ist aber, dass ein Aspekt eigentlich wirklich interessant ist.

Der Herr Landesrat als Präsident der Seefestspiele Mörbisch nimmt einen Kredit auf und als Finanzreferent verbucht er nicht in der Haftungsform. Das ist natürlich ein starkes Stück insgesamt. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Eine Summe von über sechs Millionen Euro wird bei den Seefestspielen Mörbisch im Sinne der Überschreitung des veranschlagten Budgetrahmens gesetzt und gleichzeitig wird im Rechnungsabschluss auf diese Summe vergessen.

Ich meine, wenn wir von ordentlicher Gebarung reden, dann finde ich das in der Gegebenheit eigentlich nicht nur traurig, sondern das hat schon den Effekt, wo man sich wirklich an den Kopf greifen muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Andere Haftungen, wie zum Beispiel die 2017 hoffentlich ohne Zahlungsverpflichtung auslaufende, bei der ehemaligen Bank Burgenland, wo wir jetzt im Zusammenhang mit den gesamten Konstruktionen auf HETA wieder betroffen sind, und wenn das schlagend wird, ist diese gesamte Situation der Budgetgegebenheiten eine andere, weil dann das Burgenland, genauso wie alle anderen Bundesländer auch zu zahlen haben wird, aber gleichzeitig 2,2 Milliarden nur in den Erläuterungen anzuführen, ist natürlich für eine Darstellung im Sinne des Nachvollziehens ein starkes Stück - aber wir haben es ja angeführt.

Auf der anderen Seite steht fest, dass wir genauso für die Kommunalkredit und genauso für die WBG Haftungen haben, die auch nur am Rande notiert werden, ohne entsprechende Gegebenheiten.

Ich darf festhalten, dass das ordentliche Budget mit 54 Prozent des gesamten Rahmens, so stellt der Rechnungshof in dem Bericht fest, mit Haftungen belastet ist.

Weil wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Fragestunde auf meine Frage der Wohnbaureferent keine Antwort in der Summe gegeben hat, sondern mir nur die sogenannten Rücklagen zu erklären versucht hat, möchte ich auf diesen Rechnungshofbericht, auf das sogenannte Jahr 2013, mit einem Zitat aus dem Bericht eingehen, auf das, was der Herr Landeshauptmann mir in der Anfragebeantwortung gesagt hat.

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof sagt, dass die Rücklagen geldmäßig nicht bedeckt waren und somit eine reine buchmäßige Größe dargestellt haben. Die Inanspruchnahme von Rücklagen erforderte eine kostenmäßige Bedeckung beziehungsweise gesonderte Finanzierung.

Ich glaube, das sollte einen nicht nur stutzig machen, sondern im Ausweis darüber, dass dieser Rechnungsabschluss 2013 natürlicherweise den Voraussetzungen entsprochen hat, aber in den Bestandteilen, ohne jetzt im Sinne von Qualifikation kritisch das betrachtet zu wissen, festzuhalten ist, dass gewisse Voraussetzungen für eine ordentliche Gebarung mit den Bestandteilen, die dafür genutzt worden sind, nicht gegeben sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, betreffend Rechnungsabschluss 2013 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

12. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshof-Ausschusses über den Prüfungsbericht des Bgld. Landes-Rechnungshofes (Beilage 276) betreffend die Überprüfung der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG (Zahl 21 - 201) (Beilage 339)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 12. Tagesordnungspunktes. Dies ist der Bericht des Landes-Rechnungshof-Ausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 276, betreffend die Überprüfung der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG, Zahl 21 - 201,Beilage 339.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG, in seiner 03. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie die Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes DI (FH) Michael Racz, Mag. LL.M. Bernhard Sauer und Sabine Koch, MA an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Anschließend meldeten sich die Landtagsabgeordneten Spitzmüller, Mag. Wolf, M.A., Kölly und WHR Dr. Rauchbauer zu Wort. Die dabei gestellten Fragen wurden vom Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG zur Kenntnis nehmen.

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner das Wort erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Finanz- und Kulturlandesrat! Ich möchte zum vorigen Bericht doch noch auf ein paar Dinge eingehen.

Im Endeffekt haben Sie zugegeben, dass da keine Transparenz geherrscht hat, dass auch Dinge vorgekommen sind, die halt passiert sind. Sie sagen dann aber, der Kölly hat schon 2013 Vermutungen angestellt und hat damals schon die gleiche Rede gehalten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich kann Ihnen nur eines sagen, Herr Landesrat: Damals habe ich schon darauf hingewiesen, dass einiges hier nicht so passt, wie es eigentlich sein sollte. Sie haben das damals - wie üblich – abgeschmettert. Heute haben Sie sich ein bisschen gebogen und doch einiges zugegeben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben gesagt, ja, in Zukunft wird es mehr Transparenz geben. Ich hoffe, dass die FPÖ das auch so sieht und uns das genauso zukommen lässt. *(Landesrat Helmut Bieler: 2014 schon!)*

Herr Kollege oder Herr Landesrat Bieler! Ich muss Ihnen nur eines sagen: Egal, wie auch immer, der Rechnungshof hat aber wirklich einiges aufgezeigt. Da kann man nichts vertuschen.

Wenn der ehemalige SPÖ-Landesrat Rezar und seines Zeichens ehemaliger Bezirksparteiobmann und was er sonst noch war von der SPÖ, das weiß ich gar nicht, sich daher stellt und genau über diesen Rechnungshof diskutiert, und das sehr positiv sieht, no na. Er war ja auch einer der mitgestimmt hat, auch ohne Wenn und Aber in dieser Causa Rechnungsabschluss 2013.

Der wird, so hoffe ich, Herr Landesrat Bieler, in Zukunft ganz anders ausgehen. Wir werden dann unsere Freude haben, wenn wir im Hohen Landtag 2019 hier über Dinge diskutieren, wo das eigentlich ja zu 95 oder sogar 98 Prozent in Ordnung ist. Das würde mich sehr freuen. Es hat niemand über Betrug geredet, niemand.

Sie haben das Wort in den Mund genommen, denn das habe ich mir aufgeschrieben. Wenn Sie dann oder der Herr Kollege Rezar sich herstellt und sagt, der Rechnungshof vom Bund hat uns empfohlen, das so zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundes-Rechnungshof hat uns schon mehr empfohlen und Sie haben es dennoch nicht gemacht. Da kommen wir zum nächsten und übernächsten Tagesordnungspunkt auf das hinauf, wo die schlechter gestellt sind oder schlechtere Daten haben, als wir im Burgenland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dort sitzen auch SPÖ und ÖVP in der Regierung. Wie lange noch, das ist die andere Frage, weil das kann es ja nicht geben, dass man solche Geschäfte abschließt.

Im Übrigen, Herr Landesrat, sollten Sie auch bei der damaligen BEWAG und jetzigen Energie Burgenland nachschauen, denn dort haben wir auch noch ein „Pinkerl“ irgendwo hängen, wo man sich einiges ersparen könnte, wenn man aus diesem Vertrag heraus kommt. Sie wissen was ich meine. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn Sie dann erzählen, dass Sie das ohnehin alles in der Regierung und im Landtag beschlossen haben, dann sage ich, selbstverständlich haben Sie das damals mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ beschossen. Ich glaube, dass Sie jetzt auch mit den Stimmen der FPÖ und der SPÖ diese Beschlüsse fassen werden.

Aber, ich hoffe wirklich, dass sich die FPÖ auf ihre Werte besinnt und sagt, Moment, so kann es nicht gehen und sich auf beide Beine stellt. Ich denke, das wird auch so kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn ich dann den Rechnungshof kritisiere, dass er vielleicht zu viele Stunden aufgewendet hat, dann ist das überhaupt das Beste. Ich bedanke mich beim Rechnungshof, wie gut und schön er arbeitet und dann sage ich, eigentlich hat er sehr viele Stunden gebraucht, das hätte einfacher gehen können. Da wird es, denke ich einmal, einen Haken geben, denn der setzt sich ja nicht hin und macht dort Stunden aus Jux und Tollerei.

Vor dieser Arbeit, die sie hier geleistet haben, muss ich nur sagen, da ziehe ich den Hut davor. Bei diesem Tagesordnungsbericht ist mir jetzt wirklich kalt über den Rücken gerannt, wie ich das tatsächlich nicht einmal, sondern 10 und 20mal durchgeblättert, mir zu Gemüte geführt und mir gedacht habe, das gibt es nicht.

Das kann doch nicht möglich sein, denn, ich meine, wir haben schon immer darauf hingewiesen, dass da irgendetwas nicht zusammen passt, aber dass es so gravierend ist, hätte ich mir nicht gedacht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn der Herr Kollege Rezar, und dann komme ich schon zum Bericht, mir dann erzählt, wie schön und gut die ganze Geschichte 2013 abgelaufen ist, dann kann ich da nur schauen. Er ist Bezirksobmann der SPÖ gewesen und jetzt ist er noch Präsident ARBÖ. Wir werden schauen, wie lange er das noch ist. Er stellt sich her und sagt, wie schön und gut alles rennt.

Da möchte ich schon auch darauf hinweisen, dass es Gemeinden gibt, die mit einer SPÖ-absoluten Mehrheit geführt werden, wo es gar keine Beschlüsse gibt. Um 500.000

Euro ist hier überzogen geworden und dergleichen mehr. Schauen Sie sich das bitte an. Da frage ich mich: Vielleicht ist er wegen dem auch im Bezirk abgelöst worden. Manche sagen wegen etwas anderem. Egal, wie auch immer, das ist SPÖ-Handschrift und das tut mir so weh. Von der Wirtschaft haben Sie, leider Gottes, sehr wenig Ahnung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, kommen wir jetzt zu diesem Bericht des Landes-Rechnungshofs über den Prüfbericht betreffend der Überprüfung der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltung GmbH & Co KG. *(Landesrat Helmut Bieler: Co OG!)* Als der Rechnungshofbericht für die Öffentlichkeit, für uns und für die Medien, die darüber dann auch berichtet haben, zugängig wurde, hat er überall hohe Wellen geschlagen.

Ich habe es heute schon erwähnt: Auch ich habe mir meine Gedanken gemacht. Was läuft da aus dem Ruder, was passiert da? Dass das für einen Rechnungshof eine Riesenaufgabe ist, das nachzuvollziehen, ist natürlich schon ein Wahnsinn, muss ich dazu sagen. Es wird immer nur dargestellt, auch vom Herrn Landesrat Bieler, dass die ausgelagerten Gesellschaften alle im Voranschlag und im Rechnungsabschluss nachvollziehbar abgedruckt sind. *(Landesrat Helmut Bieler: Co OG!)*

Leider Gottes, muss ich dazu sagen, aber keine Zahlen. Jetzt stellt sich in dem Bereich heraus, was sich in der ganzen Situation überhaupt abgespielt und daher möchte ich doch ein paar Worte dazu verlieren.

Der Rechnungshofbericht zeigt einmal mehr diese wirklich desaströse Finanzpolitik des Landes Burgenland auf. Ich muss dazu sagen, es ist wirklich desaströs. Auf 134 Seiten findet sich das vernichtende Ergebnis einer verfehlten Finanzpolitik. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist auch Fakt, dass für die drei Anleihen und den Kredit der BUWOG von 2015 - 2037 eine Gesamtzinsbelastung von rund 339.000 Euro berechnet wurde. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute wurde das schon andiskutiert. Unter Berücksichtigung von Haftungsprovisionen ergibt das einen voraussichtlichen Annuitätsdienst von rund 681 Millionen Euro.

Das ist für mich eigentlich schon eine Katastrophe. Wir in den Gemeinden kämpfen uns wirklich um jeden Cent und um jede Möglichkeit ab. Wir werden nur gestraft, wir werden nur abgestraft, wir haben keine Möglichkeit mehr, denn uns wird die Vorzugssteuerberechtigung weggenommen. Wir können uns gar nicht mehr bewegen. Wir müssen schauen, dass wir dort oder da Einnahmequellen finden, egal, wie auch immer.

In Nikitsch zahlt man sogar für das Licht in der Nacht sieben Euro pro Laterne, wenn die vor meinem Haus steht. Solche Dinge gibt es schon in Gemeinden, schwarz auf weiß. In Nikitsch, meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer SPÖ-Gemeinde, habe ich schwarz auf weiß eine Vorschreibung von 7,20 Euro im Quartal zur Grundsteuer und dergleichen mehr. Dort wird das angeführt. Soweit sind Gemeinden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das muss man sich einmal vorstellen. Wie weit soll das noch gehen? Dann diskutieren wir über Millionenbeträge, die für mich einfach nicht mehr nachvollziehbar sind und wo man sich hinstellt und sagt, dass ohnehin alles super ist. Die BUWOG betreibt bankähnliche Finanzgeschäfte. *(Landesrat Helmut Bieler: BVOG!)* Entschuldigung Herr Landesrat, danke.

Das ist natürlich wieder einmal abgestritten worden. Das, glaube ich, sollten wir uns wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Ich glaube einmal, 13 langfristige Darlehen über 236 Millionen Euro wurden an Land- und Landesbeteiligungen vergeben. Die Prüfung der

Bonität erfolgt erst nach Vergabe des Kredites, heißt es da. Auch die Ermittlung der Kreditzinssätze war uneinheitlich und intransparent.

Auf die Einholung von Vergleichsangeboten von Kreditinstituten wurde verzichtet. Weiters kritisiert der Rechnungshof: Kreditvergaberichtlinien durch das Land wurden erst im Nachhinein, 18 Monate nach dem Erwerb der Anteile, durch die BLh und die WBG, erlassen. Es wurde keine Bonitätsbewertung bei der Kreditvergabe und eine verspätete Bonitätsprüfung, zweieinhalb Jahre nach Beginn der Kreditvergabe durchgeführt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Verpflichtende Beiratssitzungen wurden nicht abgehalten und Kreditverträge wurden ohne Zeichnungsberechtigung unterzeichnet. Die Liste der Verfehlungen ist riesenlang. Es kann ja wohl nicht sein, dass beispielsweise der Geschäftsführer der Burgenländischen Landesholding GmbH Kreditverträge ohne die Vorlage einer entsprechenden Zeichnungsberechtigung abschließt oder dass eine Bedienstete des BLh die Bonitätsprüfung erstellt und gleichzeitig als Geschäftsführer für sechs kreditnehmende Gesellschaften Kreditverträge unterzeichnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube das ist bedenklich. Das sollte wirklich hinterfragt werden! Das hat der Rechnungshof wirklich aufgezeigt. Es ist aber auch sehr bedenklich, dass der Geschäftsführer der Burgenländischen Landesholding GmbH sowohl für die Kreditgeberin, als auch für den Kreditnehmer unterfertigt. Das ist auf das Schärfste, denke ich, zu verurteilen.

Der Rechnungshof hat in Anbetracht der Summe der einzelnen wirtschaftlichen und rechtlichen Risiken nicht nur die Kreditvergabe kritisch beurteilt, sondern hat das ganze Geschäftsmodell in Frage gestellt. Im Prüfbericht wurden Begriffe wie uneinheitlich, intransparent und erhöhtes Risiko verwendet. Fakt ist, dass sich das Finanzkarussell munter weiter dreht, aber keine Entlastung des Budgets und somit keine Entlastung der Bevölkerung bringt.

Soziale und nachhaltige Politik sieht anders aus. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch Jahre davor habe ich und wir das mit diesen ausgelagerten Gesellschaften immer aufgezeigt. Dass wir in solche Situationen kommen, hätte sich im Landtag wahrscheinlich auch keiner gedacht, weil man immer der Überzeugung war, dass das, was uns die Regierung vorlegt, wir auch so beschließen werden, weil da alles in Ordnung ist.

Was im Klub besprochen wird und Euch vorgegeben wird, da müssen wir mitbeschließen, weil das ja genau das ist, was wir brauchen. Warum hat man das gemacht? Warum hat man so eine Konstruktion gewählt? Warum wurde das alles so über die Bühne gebracht? Vielleicht wegen der KESt.-Ersparnis oder einer Gruppenbesteuerung.

Wenn es vielleicht wegen einer Gruppenbesteuerung gewesen wäre, dann muss man sich das eigentlich jetzt einmal alles von den anderen Fraktionen anhören und sich dann auch ein Urteil darüber bilden. Wenn ich dann höre, das Ganze ist eine geübte Praxis, was da jetzt „aufgeführt“ wird, dann denke ich mir, wenn das alles so eine geübte Praxis ist, na gut, dann werden wir uns in der Gemeinde wohl auch überlegen, ob wir nicht geübte Praxis machen und das genauso abhandeln.

Dann heißt, man hat ohnehin ein Rechtsgutachten eingeholt von Herrn Holoubek, der hat das so gemacht. Warum brauche ich überhaupt ein Rechtsgutachten, wenn ich mir es so sicher bin, Herr Landesrat, dass das alles so in Ordnung ist? Irgendwo haben

Sie schon ein bisschen Bedenken gehabt oder haben Sie diese jetzt noch immer und haben jetzt erst durch diesen Rechnungshofbericht bemerkt, wie das ausschaut.

Ich glaube, unsere Berater - und heute wurde das schon andiskutiert, ich will keine Namen nennen - haben am meisten von der ganzen Geschichte profitiert. Die haben Millionen Euro an Beraterprämien bekommen. Haben sie aber auch Haftungen übernommen? Das glaube ich nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich denke mir, wenn man gute Beamte hat, wenn man gute Leute hat, warum brauche ich dann diese Berater, die schlussendlich in jedem Rechnungsbericht uns eigentlich negativ beraten haben?

Es gibt keinen Rechnungshofbericht, wo nicht eine negative Überprüfung herausgekommen ist, außer in den Gemeinden, beim Wasserleistungsverband oder beim Müllverband, worüber wir heute ohnehin schon gesprochen haben. Sonst gibt es bei allem, was das Land betrifft, nur Negatives.

Ich will nicht nur negativ reden, sondern ich will auch sagen, dass es natürlich so ist, dass wenn man so etwas macht und man in der Regierung sitzt und das in der Regierung beschließt, dann wird es irgendwann einmal zur Beschlussfassung vorgelegt. So, wie wir heute schon gehört haben.

Bei der Mindestsicherung hat der Herr Landeshauptmann die 15a Vereinbarung schon unterschrieben und jetzt schauen wir, dass wir von 95 auf 74, 75 herunterkommen. Wenn er es unterschrieben hat, dann sollte das, glaube ich, einmal passen. 74 oder 95, egal wie auch immer. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das sind dann diese Dinge, aber warum geht man nicht her und hat einen Partner in der Regierung, oder man sitzt im Landtag und sagt denen das ganz klar. Das ist überhaupt kein Problem. Warum soll ich das nicht sagen, dass das so ist? Dann frage ich mich: Im Nachhinein immer Beschlüsse zu fassen, ist natürlich mühsam. Das wissen wir, aber es ist eben einmal so.

Wenn ich dann die heutigen Zins-Swaps Geschichten lese, dann ist das alles noch positiv gesehen, weil der Bund noch schlechter gearbeitet hat, wie das Land und dergleichen mehr. Dann denke ich immer daran, wenn wir wirklich in der Wirtschaft so arbeiten würden, wären wir wahrscheinlich konkursreif, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das wäre natürlich fatal. Und, weil wir immer von Innovation reden: Heute habe ich dem Herrn Landeshauptmann zugehört. Wir sind bei der Forschungsquote schon von 0,5 auf 0,7 Prozent gestiegen. Jetzt sind wir auf 0,9 Prozent. Wunderbar.

Wenn ich mir dann nur unsere Technologiezentren anschaue, wieviel innovative Geschichten dort geboren und gemacht werden, dann frage ich mich, wie lange wir die noch behalten werden? Sie haben richtig gesagt, Herr Landeshauptmann, da bin ich bei Ihnen, denn die Privaten sind mit zwei Dritteln sehr innovativ unterwegs.

Das ist keine Frage, da bin ich bei Ihnen. Aber, dann brauchen wir nicht mehr die Technologiezentren. Dann sollte man sich da etwas überlegen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Oder, es gibt einen Regierungsbeschluss mit den Thermen, zu denen wir dann ohnehin im nächsten oder übernächsten Bericht wieder kommen werden? Auch dort könnten wir nachdenken und sagen: Brauchen wir die überhaupt noch? Können wir sie nicht auch dementsprechend verkaufen, privatisieren und dort vielleicht Geld hereinholen? Wo wir heute doch gehört haben, dass wir unbedingt Geld brauchen, dass wir im

Endeffekt weiter investieren können, um Arbeitsplätze zu schaffen, damit wir nicht 58.000 Pendler haben. Die werden immer mehr.

Aber, dann wird gesagt, dass wir 100.000 Arbeitsplätze geschaffen haben. Ja, aber davon sind die meisten leider aber auch Teilzeitarbeitsplätze. Das muss ich jetzt auch dazusagen. Denen bleibt gar nichts anderes übrig, denn wenn sie eine Familie gründen, müssen sie im Burgenland bleiben und müssen schauen, dass man da etwas macht.

Ich sage ja nicht, dass alles falsch ist, ich sage auch nicht, dass alles unrichtig da in der Gesamtsituation ist, aber, de facto ist es so, dass man hier auf dieser Seite, durch diesen Rechnungshofbericht eigentlich munter werden und sich fragen müsste, ob man nicht die Finanzmarktaufsicht einmal fragen sollte, was sie von diesen Geschäften halten? Darauf bin ich neugierig.

Ich weiß nicht, ob Ihr dazu steht, dass man sie fragt. Wenn das Ergebnis dann zurückkommt und es heißt: Ja, das ist in Ordnung, dann bin ich nur positiv gestimmt. Wenn es aber heißt, dass das tatsächlich Bankgeschäfte sind, die verboten sind, dann müssen wir uns etwas überlegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich vermute, dass das Bankgeschäfte sind. Da können wir uns noch so gute Rechtsgutachten einholen, wird das nichts nützen, denn eines ist klar: Man hat auch hier wieder einmal versucht, zu tricksen, zu tarnen und zu täuschen. Der Rechnungshof hat das allerdings akribisch aufgearbeitet.

Wenn man sich diesen Schmöker wirklich anschaut und vielleicht auch noch die Stunden der Aufarbeitung durch den Rechnungshof kritisiert, dann muss ich mir schon einmal etwas dabei denken.

Ich weiß nicht wer sich das genauso angeschaut hat, wer sich dafür interessiert hat, aber da sind Zahlen enthalten, wo es mir einfach schummrig wird.

Ich glaube, dass wir schön langsam anfangen müssen, das Transparente wirklich in den Vordergrund zu stellen, Herr Kollege Friedl. Auch wir in der Gemeinde müssen das machen. *(Abg. Werner Friedl: Setzen wir uns zusammen!)* Das sollte auch im Land genauso passieren.

Das sollten wir machen, weil ich glaube, dass wir auch als Abgeordnete das Recht haben, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, hier Einsicht zu nehmen, hier mitzuarbeiten.

Ich sage das mit dieser Deutlichkeit. Einfach mitarbeiten und vielleicht dort oder da auch unsere Ideen miteinfließen lassen können. Weil, so schlecht können unsere Ideen nicht sein, und nicht nur alles ändern und Abänderungsanträge einbringen und dergleichen mehr. Viele Anträge machen Sinn, und nicht, wenn ich dann lese, na ja die Anträge, wenn sie abgeändert wären, ja, die sind von der Qualität her nicht in Ordnung.

Dann frage ich mich, warum sie abgeändert werden und einfach nur ein Beistrich gesetzt wird, wenn sie qualitativ so schlecht sind? Da sollten wir uns etwas überlegen. Dieser Rechnungshofbericht hat allerdings inhaltlich noch mehr Zündstoff, als ich das heute da gesagt habe.

Ich hoffe aber, dass seitens der anderen Fraktionen auch dementsprechend darauf eingegangen wird. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Vielen Dank Herr Präsident! Lieber Kollege Kölly! Deiner Bitte kann ich entsprechen. Ich habe den Rechnungshofbericht auch gleich mitgebracht. 130 Seiten, starker Tobak. Noch dazu eine sehr komplexe Materie. Man braucht schon einiges an Geduld und auch an Unterstützung, um das durchzuackern.

Was ich noch mitgebracht habe ist eine Skizze, die der Landes-Rechnungshof am Ende des Berichtes anfügt. *(Der Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller hält eine Skizze in Händen.)* Das schaut so aus.

Man sieht relativ schnell, ohne sich auskennen zu müssen, dass das ziemlich komplex und groß ist. Das ist schon auch, und vor allem, was ich vergessen habe, intransparent. Das ist genau schon auch ein Riesenproblem.

Wie wichtig dieser Rechnungshofbericht ist, zeigen sehr viele Details, die da enthalten sind. Kurz gesagt kann man sagen, das Land verkauft vier Tochterunternehmen an die eigene Landesholding. Dazu werden drei Anleihen aufgenommen und der Erlös aus dem Verkauf wird intern mehr oder weniger wieder an sich selbst als Kredit weitervergeben.

Da im Prinzip ohnehin alles eines ist, wird die Prüfung der Kreditwürdigkeit stark vernachlässigt, sage ich jetzt einmal, und die Zinssätze nicht zu marktüblichen Sätzen vergeben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dies, obwohl die Vorgabe des Landes ganz klar lautet, Zinserträge zu erzielen, die am Markt üblich sind. *(Landesrat Helmut Bieler: Haben wir!)* Der Landes-Rechnungshof sagt was anderes und das Endrisiko trägt dabei immer das Land. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei dieser Finanzkonstruktion möchte das Land, allen voran der Chef der Finanzen, Dr. Rauchbauer, im Gegensatz zu den SWAPS, ich habe das vorher schon erläutert, die Kreditaufnahme und die Kreditvergabe gesondert betrachtet sehen.

Gerade hier ist aber genau das Gegenteil notwendig. Denn das Geld, diese 225 Millionen Euro, sind ja fremdfinanziert. Es werden dafür natürlich Zinsen gezahlt.

Die Landesholding hat eben drei Anleihen aufgenommen und dem Land vier Töchterunternehmen abgekauft. Dieses Geld wurde zuerst über die Kommunalkredit angelegt und ab 2020 dann, 2012, Entschuldigung, landet das Geld in der Landesholding Vermögensverwaltung GmbH, wie es richtig heißt.

Diese ist dann angehalten worden, den Landestöchtern dieses Geld als Kredit zur Verfügung zu stellen. Dadurch entstehen natürlich Zinsgewinne, aber eben nicht nur Gewinne. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* So freut sich das Land über eine Verzinsung von 2,75 Prozent, vergisst aber beziehungsweise sagt, dass das damit nichts zu tun hat, auf die durchschnittliche Zinsaufwendung auf der anderen Seite, also durch diese Anleihen von 3,35 Prozent.

Macht im Berechnungszeitraum 2012/2013 ein Minus von 1,8 Millionen Euro und im Berechnungszeitraum 2013/2014 ein Minus von 1,6 Millionen Euro. Noch ohne Tilgung wohlgemerkt. Das ist ungefähr so, wie wenn ich heute zum Bankomat gehe, von meinem Konto Geld abhebe und mich freue, dass ich jetzt schon wieder Geld gewonnen habe, super! Aber, ich negiere dabei, dass es natürlich am Konto weniger wird. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist aber jetzt nicht Dein Ernst, oder?)*

Dies ist vermutlich so, wie es ausschaut, nicht alles. Denn die Zukunft schaut noch trister aus. Denn, intelligenter Weise, hat man ab Juni 2016, also bereits in Kürze, die

Änderung der Verzinsung vereinbart - Mitten in der Laufzeit - derart dass man statt wie bisher eine fixe Verzinsung auf eine variable umgestellt. Damit ist ab kommenden Juni der Zinssatz vom Euro beziehungsweise dem Schweizer Franken Wechselkurs abhängig und eine Bandbreite von 3,6 bis 9,5 Prozent möglich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch hier stellt sich gegenüber dem ganzen Konstrukt die Frage, warum man so etwas macht? Der Kollege Kölly hat das kurz angesprochen, aber nicht dazugesagt, dass die Landesholding sich das selber angeschaut hat, beziffert den möglichen Annuitätendienst bis 2037 mit insgesamt 631 Millionen Euro.

Also weit das Doppelte der Nominale von 325 Millionen. Sie hält fest, dass ab 2018 eine Unterdeckung droht. Man muss auch sagen, dass das noch gar nicht das ärgste Worst-Case-Szenario ist, denn es kann noch schlimmer kommen.

Dazu kommt dann noch, dass das Risiko der fraglichen Rechtmäßigkeit derartiger bankenähnlicher Geschäfte droht. Kollege Kölly hat auch das schon angesprochen. Auf das gehe ich jetzt nicht näher ein.

Nun aber zu den Krediten, die die Landesholding Vermögensverwaltung GmbH an die verschiedenen Landesgesellschaften und dem Land selbst vergab. Es wurden - eben entgegen der Vorgabe - Kredite nicht marktüblich vergeben. Manche Kredite wurden aufgrund von bestehenden Krediten oder eines bestimmten Kredites von einem Verein vergeben.

Dessen bestehender Kredit wurde praktisch als Vergleich für den Kredit einer Landesgesellschaft herangezogen. Abgesehen davon dass der Verein und eine Gesellschaft etwas anderes ist, ist das eine höchst eigenartige Herangehensweise, die der Rechnungshof hier aufzeigt. Für mich ist das ein bisschen so wie Zwetschken mit Äpfeln vergleichen, um darauf aber einen Kreditvertrag aufzubauen.

Eine zusätzliche Gefahr sieht der Rechnungshof in der einseitigen jederzeitigen Kündbarkeit der Kredite von Seiten der Vermögensverwaltung. Dies würde nämlich bedeuten, dass sich, wenn es zu einer Kündigung kommt, die Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer am freien Markt natürlich das Geld dann wieder holen müssen. Das wahrscheinlich nicht zu günstigen Krediten. *(Landesrat Helmut Bieler: Wenn wir es ihnen nicht gegeben hätten, dann hätten sie auch das bezahlen müssen.)*

Damit, schreibt der Rechnungshof, kann man von einer schlechteren Refinanzierung der Kreditnehmerin am Kapitalmarkt ausgehen, was eine Verringerung des Genusskapitals des Landes zur Folge hatte.

Es gibt noch viele andere Punkte. Auf zwei möchte ich noch besonders eingehen. Dass nämlich es eine Reihe von Ungereimtheiten, nicht Ungereimtheiten sondern Unvereinbarkeiten gibt. Der Leiter der Finanzabteilung unterzeichnet den Kreditvertrag, den die Vermögensverwaltung der Landesholding vergibt, gleichzeitig für die Kreditnehmerin, als auch für den Kreditnehmer. Nichts gegen seine Person und seine ehrenvollen Absichten, aber das geht so nicht.

Eine weitere Doppelfunktion betrifft den Herrn Kollegen Klöckl. Kollege ist er eigentlich nicht, sondern Berater, was vorher schon erwähnt wurde. Herr Klöckl berät auf der einen Seite das Land, die Landesholding, hat eigentlich das ganze Konstrukt mitaufgebaut, hat Kreditbeschlüsse vorbereitet, also Abschlüsse und war beim begleitenden Monitoring und dem Berichtwesen zuständig. Gleichzeitig ist er, laut Rechnungshof, auch in einer gewissen Kontrollfunktion.

Das mag schon seine Vorteile haben, wenn eine Person den Überblick hat, aber in diesem konkreten Grund ist es einfach eine Unvereinbarkeit, die nicht in Ordnung geht.

Es gibt noch eine dritte Unvereinbarkeit. Es gibt eine Angestellte der Landesholding, die gleichzeitig Geschäftsführerin von den Technologiezentren ist. Die hat praktisch in ihrem Job in der Landesholding die Kreditwürdigkeit der Technologiezentren, der eigenen Tochter, geprüft. *(Landesrat Helmut Bieler: Eigene Töchter! In eigene Töchter investiert!)* Ist ja egal, *(Landesrat Helmut Bieler: Nein, das ist nicht egal!)* na, es ist eben nicht egal, stimmt ohnehin. Es ist eigentlich eine Unvereinbarkeit, die nicht in Ordnung ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Landesrat Helmut Bieler: Schlichtweg ein Blödsinn!)*

Insgesamt 39 Empfehlungen gibt der Burgenländische Landes-Rechnungshof aus. Es wird spannend sein, wie sich die Follow Up Prüfung dann zeigen wird.

Summa Summarum kann man sagen, dass die Finanzkonstruktion undurchsichtig und intransparent ist. Genau solche Konstruktionen, das weiß man auch aus vielen anderen Fällen, machen das System natürlich auch anfällig. Anfällig vor Korruption.

Ich will jetzt niemandem etwas unterstellen, aber klar ist, je intransparenter und aufwendiger solche Konstruktionen sind, desto größer ist die Gefahr, dass da auch irgendwo Korruption enthalten ist. Nicht nur dass sie enthalten ist, sondern auch, ich erkenne sie natürlich, wahrscheinlich später oder überhaupt nicht. Auch das ist eine sehr große Gefahr.

Die Landesfinanzen sind, das haben wir heute ohnehin schon öfter gehört, weniger rosig als sie dargestellt werden. Auch der Bundes-Rechnungshof hat ja in den letzten Jahren etliche Bundesländer geprüft und wir sind da in schlechter Gesellschaft mit einigen anderen.

Es ist leider immer mehr üblich, die Schulden auszulagern. Dadurch wird die Transparenz eigentlich anstatt immer besser, immer schlechter. Ich hoffe zwar, das sich das mit der Änderung der Buchhaltung beziehungsweise des Budgets dann verbessert.

Bis dahin ist es aber noch weit und die Gefahr ist halt, dass bis dahin noch vieles passiert, was dem Land viel Geld kostet. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN und beim Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht über die Burgenländische Landesholdung und Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG, der gehört sicherlich zu jenen, die ich auf Dauer auf meinem Schreibtisch liegen haben werde. Es gibt sie manchmal solche Berichte, die sozusagen als ein Standardwerk dienen, wenn es so um die Konstruktionen im Land geht.

Die Konstruktion selbst hat Kollege Spitzmüller ja schon beschrieben. Ausgangspunkt ist das Jahr 2006, was hat man damals gemacht? Man hat Anteile an Tochterunternehmen verkauft etwa die 51 Prozent an der BEWAG und zwar an die Burgenländische Landesholding GmbH, um das zu finanzieren, drei Anleihen gegeben hat in der Höhe von 225 Millionen Euro für die wiederum das Land garantiert.

Die Anleihen sind, wie vom Kollegen schon erwähnt, eine eigene und ebenso durchaus eine interessante Geschichte, vor allem was die Berechnung der Zinssatzformel angeht.

So, die 225 Millionen Euro, die dann da waren wurden vom Land veranlagt, zuerst bei der Kommunalkredit und zwar bis zum Jahr 2012 und dann hat man sich entschlossen die Veranlagungsstrategie zu ändern, wohl auch infolge der Finanzkrise. Mit dieser Änderung der Veranlagungsstrategie kam dann eben die BVOG diese Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH und Co OG.

Das Ziel derartiger Geschäfte ist beim Land kein anderes als bei Privatpersonen und war bei beiden Strategien dasselbe, nämlich die Erhaltung des Kapitals nach Möglichkeit die Vermehrung des Kapitals, also die Erzielung von Erträgen.

Die Strategie des Landes war es nun ab 2012 über die BVOG in eigene Landesunternehmen zu investieren, diesen Landesunternehmen Kredite zu gewähren. Das sollte eben einerseits Rückflüsse und auf der anderen Seite Zinsen bringen.

So, und wenn man jetzt sagt, das Geld wird im Kreis geschickt, es ist ein Karussell - Loch auf, Lock zu - dann kann man das nicht zuletzt aufgrund der schönen Darstellung im Rechnungshofbericht, aufgrund der Grafik natürlich nicht ganz vom Tisch wischen.

Der Rechnungshof wirft eine Menge Fragen auf in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Rechtsfrage, die sich laut Landes-Rechnungshof am dringendsten stellt, das ist die, ob das was die BVOG tut zulässig ist nach dem Bankwesengesetz. Da gibt es unterschiedliche Meinungen, daher gibt es auch Gutachten das verstehe ich schon.

Dass es bankähnliche Geschäfte sind, ich glaube das ist unstrittig, wenn man Kredite vergibt und dann etwas dafür zurückbekommt, was soll es sonst sein? Die Frage ist eben, ob es rechtlich zulässig ist, dass die BVOG das tut? Und da wird der Kollege Kölly schon Recht haben letztendlich, wahrscheinlich kann das nur die Finanzmarktaufsicht klären.

Es liegt natürlich auch in der Natur der Sache, dass solche Geschäfte Risiko bergen. Das ist wieder so eine Sache, die für Sie und für mich und für uns alle gilt genauso wie es für das Land gilt. Wenn ich Geld veranlage dann schaffe ich einerseits die Chance, dass ich es vermehre und dass ich etwas davon habe, auf der anderen Seite gehe ich damit natürlich ein Risiko ein.

Die Feststellung alleine, das es ein wirtschaftliches Risiko gibt, reicht mir jetzt nicht aus, um eine Bewertung zu treffen. Ich habe jetzt in der Vorbereitung gehört, es gibt Leute, die halten diese Konstruktion für grenzgenial und man hätte es nicht besser machen können und es gibt natürlich auch gegenteilige Meinungen. Es sei eben zu risikoreich und geradezu wahnwitzig, was man da gemacht hat.

Ich selbst, ich sage es ganz ehrlich, traue mir da keine endgültige Bewertung zu, aber ich habe mir jetzt am Ende des Studiums dieses Berichtes folgendes gedacht. Es wurde vorhin schon erwähnt, es ist sozusagen alles eines, ein Problem würde ja vor allem dann auftauchen, wenn die Kreditnehmer die Rückflüsse an die BVOG nicht mehr stemmen könnten.

So, jetzt sind die Kreditnehmer allesamt Beteiligungen, Töchter des Landes. Wäre der notwendige Kredit nicht von der BVOG gekommen, dann hätte man sich woanders umsehen müssen und das Land hätte letztendlich dafür gehaftet und wäre die Beteiligung, die betreffende, etwa bei der Bonitätsprüfung durchgeflogen auf der Suche nach einem Kapitalgeber, dann hätte es ohnehin auch wieder das Land getroffen.

Es ist schon klar, 39 Schlussbemerkungen des Landes-Rechnungshofes sind jetzt kein „Persil-Schein“ ganz und gar nicht und da sind sicherlich auch genug Dinge passiert, die nicht in Ordnung waren. Es gibt sicherlich Unzulänglichkeiten, Schlampereien und wie gesagt, ich sehe meine Aufgabe jetzt auch gar nicht darin, das alles zu verteidigen, sondern ich versuche es, es ist ja wirklich kompliziert, zu verstehen und mir ein Urteil darüber zu bilden, ob das alles Sinn macht.

So, wir haben auf der einen Seite eben das Land und auf der anderen Seite die Beteiligungen. Wir haben auf der einen Seite das Land, das wie vom Kollegen beschrieben zu Geld gekommen ist, beziehungsweise zu Genussrechten und auf der anderen Seite Töchter des Landes, die Geld benötigen. Das steht fest.

Wenn der Zweck der Konstruktion jetzt der ist, dass man beiden Seiten das Leben erleichtert indem man eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion schafft, in der es nicht notwendig ist, dass ich zu einer Bank gehe, wo es auch finanzielle Nebengeräusche eines solchen Geschäftes noch gibt, aber wo es vor allem steuerrechtliche Vorteile gibt und ich mir letztendlich dadurch Geld erspare, dann erschließt sich mir der Sinn dieser Konstruktion schon.

Die Frage ist jetzt eben nur, ob ich diese Konstruktion und die Hintergründe richtig verstanden habe, aber das wird mir der Herr Landesrat nachher sicherlich sagen.

Letztendlich kommt es in jedem Fall und in jeder Konstruktion darauf an, wie gut das Land und vor allem wie gut die Beteiligungen in diesem Fall wirtschaften. Das ist glaube ich, der entscheidende Punkt. Es geht nämlich in allen Fällen und in allen Konstruktionen um das Geld des Landes und damit um das Geld der Bürger und Bürgerinnen.

Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrte Damen und Herren! Bei dem vorliegenden Rechnungshofbericht geht es, wie bereits ausführlich erklärt, um die BVOG. Es ist im Prinzip eine Konstruktion des Landes oder der Landesbeteiligungen, um es genauer zu sagen, wo das Land Bank spielt. *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler.)*

Wenn man den privaten Bereich als Vergleich hernimmt, dann muss man auch, wenn man einen Kredit haben möchte, um seine privaten persönlichen Wünsche verwirklichen zu können, wenn es um das Eigenheim geht, zur Bank gehen, weil man dort einen Kredit braucht.

Dort passiert einmal privater Striptease, weil die Bank einen durchleuchtet und analysiert, ob es auf die Laufzeit des Kredites möglich ist, in irgendeiner Weise das Geld wieder hereinzubekommen. Und wahrscheinlich braucht es noch einen Bürgen, sonst bekommt man das Geld gar nicht und man muss sich wahrscheinlich auch in das Grundbuch eintragen lassen.

Beim Land ist das aber nicht so, da verzichtet man auf all diese Dinge, die am Markt normalerweise passieren *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist Eigentum.)* und das *(Landesrat Helmut Bieler: Eigentum.)* erste Thema ist gleich einmal, wir sind kein offizieller Konzern. Weder das Land, noch alle Beteiligungen, die darunter hängen, gemeinsam sind wir noch kein Konzern.

Ich glaube nicht, dass es irgendeine Rechnungslegung gibt zukünftig, die das feststellen wird. Und deshalb ist es schon notwendig, erstens marktüblich zu agieren und gleichzeitig aber auch fremdüblich zu agieren. Und wenn das Land jetzt Bank spielt, dann vergisst man scheinbar auch auf die Folgen der HYPO aus Kärnten.

Und wir wissen im Vergleich dazu, das haben wir im vorigen Punkt bereits oftmals erwähnt, wir haben nach wie vor Haftungen gegenüber der Bank Burgenland von 2,2 Milliarden Euro aus dem Jahr 2013, weil bis heute wissen wir es ja nicht.

Jetzt vergeben wir 13 Kredite innerhalb unseres Konstrukts, das ja kein Konzern ist, untereinander, *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist Eigentum, eigene Töchter.)* konzentrieren das auf sehr wenige Gesellschaften. *(Landesrat Helmut Bieler: Sag es einfach.)*

Und gleichzeitig besteht dabei die Gefahr des Ausfalls. *(Landesrat Helmut Bieler: Warum sagst Du es nicht, eigene Töchter.)* Es wird darauf verzichtet marktüblich vorzugehen oder irgendwie Zinssätze zu gewährleisten und es wird keine Bonitätsprüfung durchgeführt. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist unser Eigentum.)*

Und auch wenn es „unser Eigentum" *(Landesrat Helmut Bieler: Ja.)* ist, dann besteht nach wie vor das große Risiko des Landes. Und wenn die ganze Konstruktion eh so super ist, wie jetzt oftmals betont wurde, warum verzichten wir nicht darauf? Warum streichen wir das mit dem morgigen Tag nicht, wenn eh alles supertoll passt? Es muss doch in irgendeiner Weise scheinbar Vorteile oder auch Nachteile haben, die da vertuscht oder nicht aufgedeckt werden möchten.

Und mit diesem Geschäftsmodell von 225 Millionen Euro verschiebt man intern Geld in alle Richtungen und vergibt uneinheitliche Zinssätze, das kommt ja noch dazu, auf Kredite, die ohne Bonität vergeben werden.

Was dazukommt und das ist auch schon kurz erwähnt worden, wir haben keine Lizenz dazu. Jetzt gibt es ein Gutachten, das irgendwo in Auftrag gegeben wurde, wo drinnen steht, dass es ganz okay ist, dass das Land intern Bank spielt, aber trotzdem hat man nicht offiziell bei der FMA angefragt. Ich könnte mich nicht erinnern, dass das irgendwo erwähnt wurde.

Wenn man sich so sicher ist, bei dieser ganzen Konstruktion, dass das alles rechtlich passt, dann gehe ich doch morgen zur FMA und frage nach, ob es eh passt und nur dann glaube ich das. *(Beifall bei der ÖVP, GRÜNEN und des Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Also, Herr Landesrat, ich bitte darum, wenn das alles so super ist, gehen Sie morgen, von mir aus fahre ich mit, zur Finanzmarktaufsicht, zeigen ihnen das ganze mitsamt dem Rechnungshofbericht und dann bin ich gespannt was herauskommt. Weil ich glaube daran, dass das Bankwesengesetz sehr wohl da greift und wir nicht die Lizenz dazu haben.

Bis jetzt, wo kein Kläger da kein Richter, aber ich hoffe, dass wir proaktiv als Land da nach Wien fahren und dann bei der FMA vorsprechen, weil und das kommt unter dem Strich heraus, das Land das hohe und wirtschaftliche und rechtliche Risiko trägt, einerseits das Marktrisiko, das Ausfallsrisiko und auch das Refinanzierungsrisiko.

Das sind Dinge, die in privaten Bereichen jeden von uns indirekt treffen. Wenn eine Firma, ein Privater zur Bank geht, dann muss er sich damit beschäftigen, aber beim Land ist das alles kein Thema.

Der zweite große Punkt aus meiner Sicht, der schon angesprochen wurde, ist die Unvereinbarkeit in diesem gesamten Konstrukt. Zusammengefasst sitzt die Bank auf der linken Seite vom Tisch und der Kreditnehmer auf der anderen, aber unterschreiben tut ein- und dieselbe Person. Einmal setzt er sich links und einmal setzt er sich rechts hin.

Und das kann in dieser ganzen Konstruktion nicht Sinn der Sache sein. Es gibt weder jemanden, der das kontrolliert, noch ein Vieraugenprinzip und damit ist jegliche Kontrolle in irgendeiner Weise untergraben und das kann wohl nicht Sinn der Sache sein.

Und ein drittes Thema, das aus meiner Sicht sehr eklatant ist, das hat der Herr Kollege bereits erwähnt, es geht um 83 Millionen Euro, die die KRAGES als Forderung eingebucht hat. Die KRAGES gehört nicht zu diesem "Konzernbetrieb" des Landes. Und das Land vergisst aber darauf das als Verbindlichkeit auszuweisen.

Das heißt, wir machen uns als Land um 83 Millionen Euro reicher und gleichzeitig bucht es aber die KRAGES, die ja nach UGB - Unternehmensgesetzbuch bilanzieren muss ganz normal als Forderung ein. Und das kann nicht stimmen, das kann nicht richtig sein und ist auch nicht transparent für den Steuerzahler. *(Beifall bei der ÖVP, GRÜNEN und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Um noch einmal den privaten Bereich als Vergleich herzunehmen, wenn jemand von Ihnen darauf vergisst, eine Verbindlichkeit, etwas was ich bezahlen muss, irgendwie aufzunehmen oder einfach nicht bezahle, dann kommt wahrscheinlich der Rechtsanwalt oder die Bank und nimmt mir alles weg, was ich habe. Und im Land ist das überhaupt kein Thema.

Und das sehe ich nicht ein und darum glaube, dass man auf Basis dieses Rechnungshofberichtes, wenn nicht schon gestern, im Idealfall heute noch, Maßnahmen trifft, die das verhindern oder zumindest rechtlich auf eine sichere Basis stellen. Und dafür treten wir als ÖVP auf alle Fälle ein.

Zuletzt möchte ich noch erwähnen, weil heute die Kritik gekommen ist, dass der Rechnungshof für seine Prüfungstätigkeiten zu lange braucht oder vielleicht eine Nichtzusammenarbeit kritisiert.

Geschätzte Damen und Herren! Eine Arbeit, eine Prüftätigkeit im Zuge von "Ermittlungen", die sind sehr schwierig und ich glaube nicht, dass die Mitarbeiter des Rechnungshofes mit offenen Armen in allen Abteilungen empfangen werden und ihnen gleichermaßen oder sofort alle Unterlagen gegeben werden, nachdem die Anforderungsliste geschickt wurde.

Ich glaube, dass ein großer Unterschied besteht zwischen einer Zusammenarbeit und Mitarbeit bei den Prüfungstätigkeiten. Und deswegen glaube ich, dass man den Rechnungshof für viel intensiver unterstützen muss, bei all den zukünftigen Prüfungstätigkeiten und ein kritisches Hinterfragen nicht als Beleidigung aufgefasst werden sollte, sondern vielleicht als Möglichkeit sich selbst zu verbessern.

Also ich glaube, eine gewisse Kritikfähigkeit hier auf der Regierungsbank würde nicht schaden. In diesem Sinne nehmen wir diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Nun in dem Tagesordnungspunkt 12 liegt uns der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend der Überprüfung der Landesholding Vermögensverwaltungs GesmbH. & Co. OG vor, kurz BVOG genannt.

Das OG betone ich, weil bereits die Offene Gesellschaft mit ein Grund war, der berücksichtigt worden ist, um steuerliche Vorteile in dieser Konstruktion zu lukrieren. Dieser Bericht des Rechnungshofes ist an und für sich in drei Teile gegliedert und samt Anlagen, Stellungnahmen, aber auch einem eingeholten Gutachten, zwecks Anwendung des Bankwesengesetzes, mit 124 Seiten sehr umfangreich und auch meiner Meinung nach äußerst komplex gestaltet.

Deshalb so glaube ich, ist auch die Betrachtungsweise unterschiedlich, das sieht man bei den Vorrednern, weil nämlich einerseits die Verwaltung des Vermögens und die Thematik dieser durchaus im Kontext gesehen werden kann, aber auch im Blickpunkt des jeweiligen Details erfasst werden kann. Nun eingangs seien mir einige Bemerkungen erlaubt:

Der Burgenländische Rechnungshof ist gem. § 8 des Rechnungshofgesetzes zur Berichterstattung über Wahrnehmungen verpflichtet, sodass es auch für uns unumgänglich und sinnvoll ist, die Auseinandersetzungen mit den Empfehlungen in den Schlussbemerkungen zu treffen.

Im konkreten Fall ist die geprüfte Gesellschaft, die BVOG, seit 29.7.2003 im Firmenbuch eingetragen. Als Unternehmensgegenstand scheint auf, jeder Art der Verwaltung eigener Vermögenswerte, Bankgeschäfte sind ausgeschlossen.

Die Prüfung des Landes-Rechnungshofes betrifft den Zeitraum März 2012 bis zur Erstattung des Gutachtens, weiters möchte ich anmerken, dass hinblicklich des geschäftsführenden Gesellschafters der BLH seit 1.Jänner dieses Jahres ein neuer Geschäftsführer mit Mag. Hans-Peter Rucker bestellt wurde.

Eine Bemerkung, die mir auch wichtig ist, ist die, dass unabhängig vom Prüfungszeitraum, der sich über drei Jahre erstreckt, jedenfalls bei der Beurteilung dieses Berichtes auch die Historie der Entstehung der Gesellschaft zu berücksichtigen ist, wenn man dieses Geschäftsmodell der BVOG über Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit beleuchten will.

Laut Bericht liegen zwei Prüfungsschwerpunkte im Themenbereich vor, einerseits das bereits angesprochene Geschäftsmodell der BVOG, andererseits aber auch die Marktüblichkeit der Vergabe von Kreditkonditionen bei Kreditgeschäften.

Hohes Haus, vordergründig muss zum Geschäftsmodell der BVOG festgehalten werden, dass die Steueroptimierung und der steuerrechtliche Vorteil, aber auch der Zinsenvorteil die ursächlichen Beweggründe für das Eingehen dieses Modells waren.

Einerseits bildete die seit 2006 bestehende Gruppenbesteuerung als Instrument die Voraussetzung, dass durch die aufgenommenen und bestehenden Anleihen im Ausmaß von 225 Millionen Euro die Zinsen durch die Gewinn- und Verlustvorträge der Töchter der BLH bezahlt werden konnten.

Andererseits war es aber auch möglich, die Genussrechtszahlungen aus der BVOG direkt an das Land in voller Höhe über den heute noch nicht erwähnten Fonds für Arbeit und Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Daraus resultiert nachweislich, dass einerseits Steuervorteile entstanden sind, aber auch Zinsvorteile unter Anrechnung der Zinsbelastungen gegeben sind und auch Veranlagungsgewinne erzielt worden sind. Sodass wir rückblickend bis zum heutigen Tage auch unter Berücksichtigung dieses Berichtes jedenfalls vom Ergebnis her eine Erfolgsgeschichte haben, die für den Genussrechtsinhaber Land Burgenland positiv gesehen werden kann.

Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist, ist der Punkt, der seit 2012 die ursprüngliche Gesellschaft aus Gründen der Risikominimierung übernommen wurde, es wurde bereits heute erwähnt vom Kollegen Molnar. Und dabei wurden auch die Veranlagungsrichtlinien insofern geändert, dass nicht mehr am Finanzmarkt veranlagt wurde, sondern in die eigenen Gesellschafter, mittelbar und unmittelbar veranlagt wurde.

Auch diese Maßnahme ist eine risikominimierende und ist in der Vorgangsweise effizient. Natürlich muss man aber jetzt im Hinblick auf die Zinsentwicklung darauf trachten, dass auch diese bisherigen Ergebnisse und dieser Level eingehalten werden können. Dieses ist umso mehr wichtig, weil die Laufzeit der Anleihen bis über das Jahr 2030 hinausgehen und auch eine Fälligkeit der Nominale dann gegeben ist.

Hohes Haus, zum Bericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes verweise ich ausdrücklich darauf, dass auch dieser bei seiner Prüfung dem überprüften Geschäftsmodell bislang positive Ergebnisse und Erträge zugemünzt und bescheinigt hat. Er hat aber auch gleichzeitig die zukünftigen Risken aufgezeigt, sodass wir aktiv auf diese zugehen müssen, auch die Risikominimierung weiterhin auf Basis der Grundgeschäfte im Auge behalten müssen.

Dieser Prüfbericht des Landes-Rechnungshofes weist nämlich ganz genau darauf hin, dass wir wach sein müssen, um die bisherige Erfolgsgeschichte zu prolongieren. Transparenz hinsichtlich der Geschäftsabläufe wird wichtig sein.

Das Land Burgenland darf jedenfalls nicht zum Passagier werden, sondern muss auch meiner Meinung nach mit aktivem Risikomanagement, insbesondere wie jetzt auch durch die neue Verwaltungsreform angestrebt, agieren.

Abschließend möchte ich noch auf die Anregungen des Landes-Rechnungshofes hinblicklich der Hintanhaltung von Umlaufbeschlüssen, der Unvereinbarkeit von Kreditgeschäften, der Bonitätsprüfungen, aber schließlich auch der Ermittlung von Zinssätzen hinweisen, dass diese selbstverständlich aufzugreifen sind, und auch entsprechende Überlegungen angestellt werden sollen.

Nur bin ich der Meinung, dass die Bedenken des Landes-Rechnungshofes hinblicklich des Bankwesengesetzes und des Auftretens von Bankgeschäften, die nicht dem Unternehmensgegenstand unterliegen, meiner Meinung nach aufgrund zweier eingeholten Gutachten, nicht zutreffend sind.

Einerseits, weil auch im universitären Bereich ein Gutachten eingeholt worden ist und bei Durchsicht dieses Gutachtens sind meiner Meinung nach diesbezügliche Bedenken eher zu vernachlässigen.

Ich möchte mich abschließend bei allen Mitarbeitern des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, aber auch bei den Mitarbeitern der Finanzabteilung 3, insbesondere auch beim Landes-Rechnungshofdirektor Andreas Mihalits und auch beim Hofrat Dr. Rauchbauer für die Erstellung dieses Berichtes und für die Aufbereitung bedanken.

Ich glaube auch, dass bislang laut den Ergebnissen eine positive Erfolgsgeschichte hinblicklich der Vermögenverwaltung des Landes besteht und ich glaube, in diesem Sinne ist es selbstverständlich, dass wir diesen Landes-Rechnungshofbericht auch zur Kenntnis nehmen werden.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe selten so unterschiedliche Einschätzungen eines Rechnungshofberichtes oder einer offenen Gesellschaft, wie wir sie hier haben, gehört und das geht von "ich stelle seitens des Landes-Rechnungshofes die BVOG in Frage" bis hin zum Univ.Prof. Engelbert Dockner, der einen Lehrstuhl für Finanzen an der Universität in Wien hat, der sagt, „das ist ein Glücksgriff, wie ihn das Burgenland nicht besser machen hätte können."

Viellicht hilft es, wenn ich versuche, eine gesamthafte Darstellung, nicht nur die BVOG, sondern eingebettet in die gesamte Konstruktion mit den Zahlen darzustellen, damit man es besser verstehen kann, warum ich überzeugt davon bin, dass diese Vorgangsweise nicht nur die Richtige ist, sondern dem Land Burgenland sehr, sehr viel Geld gebracht und nicht gekostet hat.

Wir haben 2006 nach intensiven Verhandlungen mit vielen Experten, intern mit dem Landeshauptmann, mit dem Büro Landeshauptmann, überlegt, wie können wir in dieser Situation, wo es die neue Möglichkeit der Gruppenbesteuerung gibt, wo es die neue Möglichkeit oder die Notwendigkeit gibt, Finanzen, Liquidität für das Land für Investitionen bekommen?

Wir haben gesagt, die Übertragung, im Volksmund der Verkauf der BEWAG, der Kurbad Tatzmannsdorf AG, der BELIG, WiBAG, und so weiter in die Burgenländische Landesholding um 225 Millionen Euro zu tun. Das haben wir getan.

Noch einmal mit dem Hinweis, wegen der Steueroptimierung und wegen der seit einem Jahr möglichen Gruppenbesteuerung. Hier kann man die Gewinne mit den Verlusten und die Zinsbelastungen gegenverrechnen.

Was wir ebenfalls getan haben und allein bei den Steuern der BEWAG; jährlich acht Millionen Euro; dadurch lukriert haben oder weniger an Steuern bezahlen mussten, was uns Zugutegekommen ist in dem Fall.

Insgesamt waren das 32,4 Millionen Euro, die wir dadurch nicht an das Finanzamt abliefern mussten. Aufgrund dieser Steuerumlage in der Gruppenbesteuerung war es eben möglich, das zu tun. Wie haben wir die 225 Millionen Euro finanziert?

Durch drei Anleihen, die wir aufgenommen haben und da haben wir eben eine Konstruktion gewählt, wo anfangs der Fixzinssatz mit 3,282 Prozent betragen hat, im Gegenzug zu einem Fixzinssatz, der über die ganze Laufzeit gewesen wäre, von 4,604 Prozent haben wir dadurch, wenn wir das nicht getan hätten, 28,4 Millionen Euro eingespart. Daher die Entscheidung für dieses Konstrukt.

Dass sich dann später diese Zinslandschaft negativ entwickelt hat, sodass wir jetzt vor der Situation stehen, dass wir einerseits eine Anleihe mit zwei Prozent, die andere mit 0,1 Prozent und die dritte mit maximal 9,5 Prozent haben, ist natürlich unangenehm, die

neun Prozent, die anderen nicht, aber wir haben hier einen Durchschnittszinssatz von - um das genau zu sagen - von 4,773, der ist um 016 Prozent höher, durchschnittlich bis Ende der Laufzeit, als er ursprünglich war.

0,16 Prozent - das ist das, was ich auch zu verantworten habe und was wir auch darlegen können und werden. Jede Entscheidung, ob wir einen Fixzinssatz nehmen oder einen variablen, ist eine Überlegung, eine Annahme, wie sich die Zinslandschaft entwickelt. Das gilt im privaten Bereich genauso wie im öffentlichen oder wie in einer Firma.

Diese Entscheidung muss man treffen und wir haben immer im Hinterkopf gehabt, dass es auch richtig ist, einen Teil fix und einen Teil variabel zu gestalten. Auch hier sind wir so vorgegangen.

Insgesamt haben wir diese 32,4 Millionen Euro, um das noch einmal zu erwähnen, an Steuerumlage gehabt und zusätzlich noch 562.250 Euro Haftungsprovision.

Nachdem sich die Zinslandschaft geändert hat, nachdem die Finanzkrise gekommen ist - nein, einen Schritt vorher vielleicht. Was haben wir mit den 225 Millionen Euro getan? Wir haben über die Kommunalkredit das Risikoavers veranlagt. Unsere Veranlagungsrichtlinien waren auf höchster Bonität, Staatsanleihen, Coverbonds und Unternehmensanleihen in höchster Bonität zu kaufen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Das waren Griechen, das waren Spanier, das waren Portugiesen. *(Abg. Gerhard Steier: Griechenland war auch dabei.)* Zu diesem Zeitpunkt hast Du nicht, ich nicht, keiner sagen können, dass Griechenland den Bach hinuntergeht.

Also den Hinweis, dass Griechenland dabei ist, nehme ich gerne auf, weil wir, wie die Finanzkrise gekommen ist, das in einer Woche verkauft haben und nicht nur das Kapitel erhalten haben mit 225 Millionen Euro, sondern *(Zwischenruf des Abgeordneten Gerhard Steier.)* sogar noch 232 Millionen Euro bekommen haben, Minus den Abschreibungen, die wir zehn Millionen Euro bei den Griechen draufgezahlt haben.

Also so brauchst Du mir nicht kommen, sondern da haben wir sogar noch einen zusätzlichen Gewinn gemacht. Der Hinweis auf Griechenland ist okay, aber nicht mit dem Hintergedanken, den Du vorhin genannt hast.

Wir haben also nicht nur das Kapital erhalten, sondern zusätzlich noch sieben Millionen auf 232 Millionen Euro erhöht. Wir hatten keine Aktien, wir hatten keine risikoreichen Wertpapiere in diesem Portfolio drinnen.

Auf diese Art und Weise haben wir jedes Jahr 7,9, 7,7, acht Millionen Euro an Gewinnausschüttung gehabt. Insgesamt waren das 70 Millionen Euro, die wir dem Budget zugeführt haben und in den sogenannnten Fonds für Arbeit und Wirtschaft -FAWI - fließen lassen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das war aufgeteilt auf die Regierungsmitglieder, war dazu da einerseits um Investitionen zu tätigen, Arbeitnehmerförderungen, innovative Projekte zu unterstützen, Wirtschaftsprojekte zu unterstützen, was wir auch getan haben. Insgesamt 70 Millionen Euro, die hier ausbezahlt wurden!

Das heißt, eine Erfolgsgeschichte - aus meiner Sicht - wenn man es gesamthaft betrachtet. Wenn man nur einen kleinen Teil herausnimmt, kann man natürlich das negativ beurteilen. Und wir haben dann uns entschlossen, und da bin ich dem Landeshauptmann heute noch dankbar, dass er gesagt hat, wie können wir das am risikoärmsten veranlagen?

Nämlich indem wir es unseren eigenen Töchtern geben, für die wir die Haftung haben, für die wir das Risiko in voller Höhe haben, weil es uns gehört. Und daher sagt ihr mir bitte ein vernünftiges Argument, warum man denen mit großartiger Bonitätsprüfung, wenn es unser Eigentum ist, kein Geld geben sollte? *(Abg. Manfred Kölly: Weil es Bankgeschäfte sind.)*

Nächster Punkt: Wir haben den Dr. Herbst, einer der renommiertesten Anwälte, den Du immer abgelobt hast im Zusammenhang mit dem Verkauf Bank Burgenland, *(Abg. Manfred Kölly: Okay, der ist auch dabei.)* Verfassungsrichter, der uns gesagt hat, das passt hinein, weil viele, eigentlich jede Firma das in ihrem Konzern macht.

Das macht die BEWAG, das macht die Telekom und nachdem der Burgenländische Landes-Rechnungshof sagt, das reicht uns nicht, haben wir den Universitätsprofessor Dr. Holoubek gebeten zu schauen, ist das so, dass wir keine Bankenkonzession brauchen, weil das und das mit den Fakten vorliegt. Und er hat uns das bestätigt in einem Universitätsgutachten. Daraufhin hat der Rechnungshofpräsident gesagt, naja, besser geht es nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Ach so?)*

Ach so, ja. Das war aber nachdem der Prüfbericht schon da war, also der Entwurf schon da war, entschuldige, nicht der Bericht, der Entwurf schon da war. *(Abg. Manfred Kölly: Wofür brachen wir den Rechnungshof dann noch?)* Das heißt, aus meiner Sicht ist es ganz klar, dass wir wie die Telekom, wie die BEWAG, wie jeder Konzern, der an seine eigenen Töchter Geld vergibt, keine Bankenkonzession brauchen. Ist für mich ganz klar. Daher haben wir das auch so getan.

Ich muss wirklich sagen, es gibt jetzt die wirtschaftliche Betrachtung, und da haben wir keinen betriebswirtschaftlichen Fehler gemacht. Das hat uns der neue Geschäftsführer bestätigt, das haben uns viele Experten bestätigt. Aber um das politisch auch beantworten zu können, stelle ich Ihnen und mir jetzt mehrere Fragen, die wir dann gemeinsam beantworten können.

War es die richtige Entscheidung, dass wir die Beteiligungen des Landes verkauft haben, um die Gruppenbesteuerung zu nutzen? Aus meiner Sicht ganz klar, ganz klar. Weil wir da viele, viele zig Millionen gewonnen haben. War es richtig diese 225 Millionen risikoavers zu veranlagen? 70 Millionen zu bekommen, die wir in den FAWI fließen haben lassen, aus meiner Sicht ganz klar.

War es richtig, dass wir die BEGAS von den Gemeinden gekauft haben und mit der BEWAG fusioniert haben? Ganz klar ja. Das gehört in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnt. War es richtig, dass wir ohne zusätzliches Risiko unseren eigenen Töchtern Geld gegeben haben, damit die liquid sind? Ganz klar, ja.

Das heißt, politisch ist es für mich klar, betriebswirtschaftlich ist es für mich klar. Daher kann ich die Kritik, die heute hier im Landtag gekommen ist, dass das eine zu risikoreiche falsche Entscheidung war, nicht nachvollziehen, allerdings nur dann, wenn man es gesamthaft betrachtet. Daher möchte ich mich an dieser Stelle wirklich ausdrücklich beim Herrn Landeshauptmann bedanken, der damals nicht nur Ideengeber war, sondern auch Aufsichtsratsvorsitzender der BLh war und der mit dazu beigetragen hat, dass diese Erfolgsgeschichte, und mit diesen Zahlen ist es eine Erfolgsgeschichte, auch umgesetzt werden konnte.

Ich möchte mich aber auch bei dem Partner der Kommunalkredit bedanken, die das wirklich sehr, sehr gut gemacht haben. Wir haben diese OG genommen und gekauft, weil wir von diesen Millionen sonst 17 Millionen Euro zusätzlich bezahlt hätten, weil wir den Steuervorteil über die OG, die alte OG nicht mehr gehabt hätten.

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Veranlagungsbeirates, die immer wieder sehr konstruktiv und unentgeltlich getagt haben, um uns hier zu beraten. Ich bedanke mich beim Dr. Hlavenka, von Deloitte, der hier großartige Arbeit geleistet hat. Ich bedanke mich bei den Mitgliedern der Abteilung 3, im Besonderen bei Hofrat Rauchbauer, der das sehr gut gehandelt hat, und der jede Unterschrift mit Regierungsbeschluss unterlegt getätigt hat.

Natürlich kann man sagen diese Unvereinbarkeit ist da, haben wir auch abgestellt mit dem neuen Geschäftsführer. Aber damals war ebenfalls jede Unterschrift mit Beschluss belegt, sodass es hier zwar in einer Person kritisiert werden kann, nehme ich auch gerne zur Kenntnis, aber korrekt abgewickelt wurde und mittlerweile schon erledigt und positiv erledigt wurde. *(Abg. Manfred Kölly: Das hat der Landtag alles gewußt?)*

Das heißt, wir haben hier eine Konstruktion, die nicht unübersichtlich ist, wenn wir es miteinander betrachten. *(Abg. Manfred Kölly: Der Landtag hat davon nichts gewußt, nur damit wir es wissen!)* Kein Finanz-Karussell da ist, sondern wir haben unseren eigenen Töchtern, unserem Eigentum Geld zur Verfügung gestellt, das sehe ich sehr, sehr positiv. Weil hier gewirtschaftet wird und die 100 Millionen Euro, die an die Gemeinden, an die 110 Gemeinden vom Kauf der BEGAS gegangen sind.

Die haben das auch investiert, ist in die Wirtschaft des Burgenlandes geflossen. Da ist was weitergegangen. Da war keine Gemeinde da, die es auf das Sparbuch gelegt hat, sondern die waren froh, dass sie Geld für Investitionen gehabt haben.

Das heißt, wenn man das alles betrachtet, dann ist es tatsächlich eine sehr, sehr gute Erfolgs- und Finanzgeschichte. Da kann ich auch stolz darauf sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landesrat, die Meinung, Ihre Meinung, höre ich wohl, es fehlt nur allein der Glaube. Aber das war jetzt die kontroverse Darstellung dessen, was im Grunde genommen rein von den Fakten her in der Darstellung im Rechnungshofbericht steht, zu der Meinung und zur Darstellung die Sie über die letzten Jahren über diese BVOG aufgenommen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist durchaus legitim, dass der Burgenländische Landtag in seinem Organ, das ausschließlich von ihm als solches beschickt, beziehungsweise auch umgesetzt wird, in seinem Organ dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof, und mein Vorredner Christoph Wolf hat das schon einmal angesprochen, auch wenn es unangenehm, auch wenn es kritisch ist, die Möglichkeit für den Burgenländer und die Burgenländer haben soll und muss in die Geschäfte, beziehungsweise in die Gegebenheiten der Exekutive nicht nur hineinzuschauen, sondern sie auch kritisch zu hinterfragen.

Wenn dann im Hinweissinne wieder einmal auf den Österreichischen Bundes-Rechnungshof verwiesen wird und auf verschiedenste Gutachten und auf Meinungen, die alle zur Fundamentierung dieses, wie es der Herr Landesrat gesagt hat, großartigen Ereignisses, nämlich der BVOG dienen, dann sollte man aber im Zusammenhang mit den Anmerkungen auch die kritische Haltung aufnehmen und manches hinterfragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landesrat hat argumentiert, wir wären als Land ein Konzern und hat das auch versucht durch sogenannte Gutachten zu untermauern.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es in Österreich im öffentlichen Bereich keine Konzernsituation gibt. Und dass der Hinweis auf dieses Gutachten auf die deutschen Verhältnisse gemünzt ist und in Österreich keine adäquate oder annähernd nur gleiche Konstruktion hier statthaft ist. Schon allein aus diesem Umstand ist das mehr als zu hinterfragen.

Aber man kann durchaus auch positiv sagen, natürlich ist es naheliegend, wenn ich jetzt an meine Töchter als Mutter gewisse Anleihen, gewisse Kredite vergebe, die auch möglicherweise dann Zinsen tragen und dementsprechend das Resultat bringen, das hier glorifiziert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einleitend damit beginnen, dass folgende nur im Namen festgehaltene Risiken zu denken geben sollten. Und zwar Marktrisiko, Refinanzierungsrisiko, Kreditausfallsrisiko, Wettbewerbsrecht, Beihilfenrecht, Eigenkapitalersatzgesetz und dem schon des Öfteren angesprochenen Bankwesengesetz.

Wer mir in dem Zusammenhang und in der Darstellung bildlich immer wieder begegnet, nachdem der Herr Landesrat Petschnig in seinem Vorleben beim Finanzministerium aktiv war, wird er das bestätigen, eine ähnliche Vorstellung von dem was heute hier dargestellt wurde und wo es auch um eine Finanzierungsform dann anschließend von der FMA ausdrücklich kritisiert, ausdrücklich auch quasi abgestellt und dann in einer neuen Situation mit Crowdfunding im gesetzlichen Rahmen bestätigt war, der Heini Staudinger.

Der Schuhfabrikant aus dem Waldviertel hat auch, nachdem ihm die Banken gesagt haben, das ist äußerst schwierig in der Finanzierung, kann man so nicht irgendwie umsetzen, hat er sich dann einen Weg gesucht, der mit einer Publikumsfinanzierung aufgestellt war, und wo er sich den Rahmen gesucht hat gegen die gegeben Banksituationen eine eigene Finanzierung aufzustellen.

Wir als Land Burgenland haben die Situation, und die kann man durchaus auch positiv sehen, nur muss man immer darauf hinweisen, es ist eine Fremdfinanzierung. Anleihefinanzierung ist eine Fremdfinanzierung, dass wir dann über die Anleihe, die wir in das Land übernommen haben, quasi die Finanzierung der Töchter begonnen haben. Wenn dann der Hinweis ergeht, das Ganze ist jetzt schon über Jahre gut in der Nutzung, dann war der ursächliche Hintergrund in der Umsetzung, dass diese Möglichkeit geschaffen wurde, die steuerrechtliche Variante.

Man hat sich darauf verständigt, dass es einen steuerlichen Vorteil, eine Nutzung über die sogenannte Gruppenbesteuerung geben soll und in der Umsetzung dann alles daran gesetzt, diesen Vorteil auch zu gewährleisten.

Nur sollte man dabei auch wieder berücksichtigen, und ich habe das schon einmal hier in diesem Haus erwähnt, nämlich vor einigen Monaten schon, dass die Situation aus der Gruppenbesteuerung in der Umsetzung dann eine Umsatzsteuernachforderung ergeben hat, auch die WiBAG, und deswegen hat man schnell dann die Situation gesetzt, aus dieser Gegebenheit auszusteigen und das Ganze auf neue Beine zu stellen.

Das wurde damals abgewiesen, anschließend hat es in einer Tageszeitung den Hinweis gegeben, na es ist eh nicht so tragisch, weil es ist ja eh nur ein einstelliger, wenn,

ein einstelliger Betrag, der von der Steuer nachgefordert wird. Ich kenne den Ausgang nicht. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass das so billig war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie von meinen Vorrednern erwähnt wurde ist, dass man in verschiedener Sichtweise an dieses Problem herangehen kann und sich in der Vorstellung, muss gar nicht ideologisch behaftet sein, gewisse Sachen vor Augen führen kann. Was mich einigermaßen, nicht nur einigermaßen, sondern wirklich traurig und bedenklich stimmt ist die Situation der Berichterstattung, der öffentlichen Berichterstattung über diesen Rechnungshofbericht.

Wenn ich sehe, dass die Burgenländische Volkszeitung einmal berichtet hat, wenn der Kurier möglicherweise zweimal berichtet hat, wenn ich das Interview mit dem Landes-Rechnungshofdirektor dazu zähle, dann ist es auch eine Darstellungsverknappung, die ich absolut nicht gut heißen kann.

Hier geht es um das Vermögen der Burgenländerinnen und Burgenländer. Hier geht es um die Grundlage der Finanzierung aller Gegebenheiten, die die Regierung umsetzt. Das was sich hier heraus aus dieser Konstruktion BVOG ergibt, ist die Grundlage dessen, wo Finanzierung noch funktioniert hat.

Die letzten Jahre sind aus diesen veranschlagten 225 Millionen Euro, die sogenannten Finanzierungsschienen passiert. Nehmen wir nur die BELIG. Die BELIG ist der Hauptträger von verschiedensten Investitionen, unter anderem des Kulturzentrums Eisenstadt, und anderer, wo eigentlich das Kapital aus der eigenen Verkaufssituation in der Umschichtung auf die eigene Gegebenheit passiert ist.

Man kann das als solches relativieren, indem man sagt, warum soll ich mir als Eigentümer quasi in der Vergabe eines Kredites Bonität und Verzinsung in irgendeiner Form vorschreiben. Das ist ja auch passiert. Man kann zum Beispiel Kreditvergaben an die WiBAG setzen, wo quasi hineingerechnet wird die Fördersituation auf die WiBAG, die ist natürlich von der Bonität her besser zu bewerten.

Man kann gewisse Sachen auch so sehen, dass man die Vorteile, die man nicht erkennen kann, im Grunde genommen beim anderen sucht, bei einer Tochtersituation und dann daraus resultierend den Schlussstrich zieht, ich habe gemeint das ist gut so und deswegen mache ich es auch so.

Was aber durchaus angebracht und legitim ist, und das sollten wir hier von Regierungsseite her, auch die Abgeordneten und auch die Burgenländerinnen und Burgenländer nicht vergessen, alles was gut gezeichnet wird, und das haben wir am Beispiel der Zinsbelastungen gesehen, muss nicht so ausgehen wie sich das jemand vorstellt.

Ich habe schon in der Vorberichterstattung darauf hingewiesen öffentliche Gelder sind keine Spekulationsgeschichten. Soweit ich mich erinnern kann hat der Landtag einen Beschluss gefasst, Spekulation absolut hintanzuhalten. Die Situation heute in der Beschreibung macht mich betroffen und lässt mich auch Bangen um gewisse Sachen. Ich muss nicht Recht haben, ich hoffe es nur für die Burgenländerinnen und Burgenländer, dass alles was heute so positiv gezeichnet, so glorifiziert wurde, auch so aufgehen soll, wie es der Herr Landesrat geschildert hat.

Nur in der Umsetzung, wenn dann alles transparent sein wird im Jahr 2019, wird es ihn nicht mehr geben. Und die Situation wird sich dann wahrscheinlich auch in der sogenannten Bewusstseinsbildung anders darstellen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation, die wir heute hier diskutieren, lässt sich, wie gesagt, einigermaßen kritisch sehen. Ich habe in verschiedenster Hinsicht versucht manches aufzuzeigen und es darf eigentlich in den letzten Jahren für die Berichterstattung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes nicht der Vorhalt bestehen, dass das eine normale Berichterstattung war.

Ich glaube, in der Tiefe, in der Breite, mit dem Hinweischarakter, sollte es der Landesregierung eine wirkliche Wegweisung sein, manches was in Bezug auf die BVOG passiert ist, auch wirklich entsprechend und fundiert zu hinterfragen. Ich würde mich nicht darauf berufen, ich habe Gutachten eingeholt. Auch die Salzburger, auch die Kärntner haben Gutachten gehabt, in Mengen, in unheimlichen Mengen.

Die Wirklichkeit die sich zeigt ist, das sieht man an den Zinsentwicklungssituationen, dass zu einem gewissen Zeitpunkt niemand Hellseher ist um zu wissen, wie sich die Zinslandschaft entwickeln wird. Wenn wir heute davon ausgehen, dass wir 0,1 in der Schilderung des Landesrates bis 9,6 in der maximalen Zinsbelastung haben, daraus resultierend ein Durchschnittsverzinsungswert auf die sogenannten Anleihen von 4,6 Prozent, dann weiß jeder der hier im Saal sitzt und auch jeder Kreditnehmer im Burgenland, dass das ein erhöhter Zinssatz ist und dass sich das in keiner Form von keiner Bank heute jemand ausleihen will, wird beziehungsweise muss, weil der Zinssatz ein geringerer ist.

Wenn wir gewusst hätten, und da schließe ich niemanden von aus, wenn wir gewusst hätten wie sich die Zinsen entwickeln werden, hätten wir möglicherweise gehandelt.

Nur ein Unterschied im Sinne dessen wie es dargestellt wurde mit Fixzinsen, variablen Zinsen, das ist durchaus legitim. Nur ein qualifizierter Unterschied, Herr ausgebildeter Prüfer des Rechnungshofes, besteht dann darin, wenn ich die Spielart der Swapgeschäfte hinzurechne, weil dort gibt es keine Grundlage und das ist reine Spekulation die wir im Grunde genommen, wie ich ausgeführt habe, abgewiesen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Bericht des Burgenländischen Rechnungshofes ist Tribut zu zollen. Er ist uneingeschränkt anzunehmen und egal wie man sich ihm stellt, wir sollten die Hinweise, oder die Regierung sollte die Hinweise, sie hat ja auch die gesamte Entwicklung eingeleitet und umgesetzt, sie sollte die Hinweise jetzt auch in der Vorzeitigkeit auf gewisse Inhalte nicht durch Gutachten bestätigen lassen, sondern die Instanzen die dafür geeignet sind, um diese Prüfzertifikate auszustellen, bedienen.

Der Herr Landesrat Petschnig weiß am besten, wen ich hier in der Umsetzung auf solche Finanzgeschäfte meine. Die FMA wäre grundsätzlich, glaube ich, mehr als dazu berufen diese Gegebenheiten zu prüfen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es liegen keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG, BVOG, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

13. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2015 (Beilage 299) des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 21 – 209) (Beilage 340)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Punkt ist der 13. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2015, Beilage 299, des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Zahl 21 - 209, Beilage 340.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Ulram.

Herr Abgeordneter, ich bitte um Ihren Bericht.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter Markus Ulram: Sehr geschätzter Herr Präsident! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Tätigkeitsbericht 2015 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Der Landes-Rechnungshofausschuss beantragt, der Landtag wolle den Tätigkeitsbericht 2015 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt einfach nur zum Anlass nehmen, dem Rechnungshofdirektor und seinem Team recht herzlich zu danken.

Ich finde das einfach wichtig, dass jemand da ist der uns dann nicht nur die Rechnungshofberichte hinlegt und dann „Tschüss“ sagt, sondern auch für Nachfragen ziemlich kurzfristig Zeit und Geduld hat, um uns auch komplizierte Sachen zu erklären, die vielleicht aus dem Bericht noch nicht ganz so verständlich sind.

Ich glaube es ist eine ganz wichtige Einrichtung die es ja seit 2002 im Burgenland gibt. Die GRÜNEN sind da nicht ganz unbeteiligt gewesen, dass es den Rechnungshof gibt. *(Abg. Robert Hergovich: Ihr wart große Fans vom Herrn Direktor!)*

Ich könnte mir die Arbeit hier in diesem Haus nicht mehr - inzwischen lobe ich ihn, okay, – *(Abg. Ingrid Salamon: Siehst was für ein gutes Handerl wir haben!)* und ich denke mir, das ist einfach wichtig und das wollte ich hier zum Ausdruck bringen und bitte weiter so. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Klubobmann Molnár ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich schaffe es noch kürzer. Es gibt zumindest einmal im Jahr einen Bericht des Landes-Rechnungshofes über den man nicht wirklich streiten kann oder überhaupt nicht streiten kann, das ist der Tätigkeitsbericht. Einziges Thema, vielleicht kommt es zur Umsetzungsfrage der Mindestsicherung, aber schauen wir einmal.

Kurz und gut, der Landes-Rechnungshof arbeitet effektiv, er arbeitet effizient, er kostet verhältnismäßig gar nichts. Er ist personell gut ausgestattet, qualitativ wie quantitativ. Er ist fleißig. Das war er auch im Vorjahr.

In diesem Sinne auch von unserer Fraktion herzlichen Dank. Wir nehmen den Bericht zu Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Herr Abgeordneter Ulram ist der Nächste.

Bitte zum Rednerpult Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke Herr Präsident. Ja, zum vorliegenden Bericht gibt es vielleicht das eine oder andere zu sagen. Zum einen, dass die Kontrollbefugnis über die öffentlichen Ausgaben, das haben wir heute schon das eine oder andere Mal gehabt, dass wir über öffentliche Ausgaben immer wieder sprechen in der Höhe von zumindest 1,6 Milliarden Euro.

Das ist doch ein gewaltiges Volumen was die Kontrollbefugnis anbelangt und in der gebotenen Sparsamkeit des Landes-Rechnungshofes mit rund 0,05 Prozent davon in der praktischen Umsetzung nur verwendet worden ist. Ich glaube mit dem Team das zur Verfügung steht wird sparsam, aber sehr effizient gearbeitet. Der eine oder andere Bericht, den wir heute schon gehabt haben, zeigt mit dem Ergebnis wie wichtig der Landes-Rechnungshof auch ist.

Wie in den Vorberichten schon angemerkt, der Landes-Rechnungshof traf in diesem Berichtszeitraum 140 teils sehr kritische Feststellungen und sprach 104 Empfehlungen aus. Da muss man das schon genauer betrachten. Bei 69 Prozent handelt es sich um Verbesserungen der Effizienz, bei 29 Prozent geht es um Mängel bei der Einhaltung der Rechtmäßigkeit.

Zwei Prozent, nur angemerkt, betrafen die korrekte Rechnungsführung. Bei der Verbesserung und der Effizienz, genauso wie bei den Mängeln und bei der Einhaltung der Rechtmäßigkeit sind wir genau dort, wo wir beim Vorpunkt eigentlich gesprochen haben. Man kann das, glaube ich, nicht oft genug erwähnen, wieso der Kollege Kölly das immer wieder tut und, ich glaube, auch beim nächsten Punkt auch wieder tun wird.

Wenn diese Vorgangsweisen, die gewählt werden, Gemeinden oder andere Institutionen machen, dann stehst du sofort vor dem Richter beziehungsweise vor der Staatsanwaltschaft und man muss sich rechtfertigen, warum manche Dinge gemacht worden sind, wo es immer wieder um die öffentlichen Gelder geht.

Da muss man schon klar dazu sagen, dass das Land viele Millionen eigentlich in den Sand setzt, wie zum Beispiel bei diesen Zinstauschgeschäften, wo alle anderen Länder, die diese Tauschgeschäfte bei den Zinsen gemacht haben, eigentlich das abgestellt haben, das verändert haben. Das Land Burgenland hat es eigentlich nicht gemacht, warum auch immer. Schuldenhaftungen, Beteiligungen werden ja selten vollständig angeführt, das ist ja auch immer wieder vom Rechnungshof kritisiert worden und genauso beim Rechnungsabschluss 2013 wurde es mangelhaft festgestellt.

Dazu muss man sagen, wenn man so wie ich heute vernehmen konnte, einerseits von den Redner der Regierungsparteien wie auch vom Herrn Landesrat, dass man sich immer an den Schlechteren anhält und der Bund hat schlechter gewirtschaftet und in Kärnten ist es schlechter gegangen und so weiter, dann wird man sich wahrscheinlich nie verbessern. Da muss man sagen, wen hindert es jeden Tag klüger zu werden außer die rot-blaue Regierung?

In diesem Sinne darf ich mich recht herzlich für die Berichtgebung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes recht herzlich bedanken. Beim Herrn Direktor

mit seinem Team, das sehr effizient diese Tätigkeit ausführt, mit den Empfehlungen und Feststellungen immer wieder.

So hoffen wir, dass auch beim Land Burgenland, nicht nur wie vorhin gesagt beim Wasserleitungsverband, Verbesserungen durchgeführt werden können. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist Landtagsabgeordneter Mag. Maczek zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes 2015 liegt uns vor.

Wir haben es schon gehört im Jahr 2015 veröffentlichte der Burgenländische Landes-Rechnungshof fünf Prüfberichte. Die Prüfer des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes trafen dabei 140 teils kritische Feststellungen und sprachen über 104 Empfehlungen aus.

Nach den vorgeschriebenen gesetzmäßigen Prüfmaßstäben wie Übereinstimmung mit den bestehenden Rechtsvorschriften, ziffernmäßige Richtigkeit und Wahrung der Grundsätze wie Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, fallen 69 Prozent der Empfehlungen auf die Verbesserung der Effizienz der geprüften Stellen.

Die Umsetzungsquote der ausgesprochenen Empfehlungen lag in den Vorjahren zum Vergleich konstant über 75 Prozentpunkte, im Vergleich dazu zeigten die Ergebnisse der Follow-up-Überprüfungen des Jahres 2015 ein eher uneinheitliches Ergebnis. Ursache dafür war die im Herbst 2015 veröffentlichte Follow-up-Prüfung über die bedarfsorientierte Mindestsicherung mit einer Umsetzungsquote von lediglich 38 Prozent.

Positiv dazu kann man sagen, dass zum Beispiel die Follow-up-Prüfung der Abteilung 2, das sieht man auf Seite 12 einen Umsetzungsgrad in der Größe von 77,8 Prozentpunkten aufweist. Zum Personal wäre kurz Folgendes zu sagen: Während es im Jahr 2012 noch sechs Prüfer gab, waren zum Stichtag 31.12.2015 im Landes-Rechnungshof neun von zehn Planstellen besetzt.

Der Rechnungshof bemüht sich so effizient wie möglich zu prüfen. Man sieht dies auf Seite 11 des Tätigkeitsberichtes mit wie vielen Prüfungen der Landes-Rechnungshof befasst ist. Im Jahr 2015 waren es alleine elf Prüfungen, fünf davon wurden, wie schon erwähnt, veröffentlicht.

Bei den Finanzen selbst ist der Burgenländische Landes-Rechnungshof halbwegs stabil unterwegs. Man bewegt sich hier in einer Größenordnung von Euro 870.000. Jetzt mit einer zusätzlichen Mitarbeiterin ab 2016 wird dementsprechend das Budget mehr werden.

Die finanziellen Erfordernisse des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes spiegeln auch wieder, was die wichtigsten Ressourcen des Rechnungshofes sind. Das sind die Köpfe der Prüfer und dementsprechend schaut auch die Kostenstruktur aus. Das sind knapp 90 Prozent, genau 88,3 Prozent sind die Ausgaben für Personal.

Ab 2016 gibt es auch die Gemeindeprüfkompetenz, deshalb ist zusätzlich eine Person in das Prüfteam dazugekommen. Noch im April dieses Jahres wird die erste Gemeindeprüfung eingeleitet. Hier muss aber auch erwähnt werden, dass seitens der ÖVP dahingehend ständig die Notbremse gezogen wurde.

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof, als österreichweit kleiner Rechnungshof, partizipiert natürlich auch sehr von Informations-, Interessens- und Erfahrungsaustausch unter den Prüfeinrichtungen. Zweimal im Jahr gibt es eine regelmäßige Tagung der Direktoren. Wichtige Themen sind Zusammenarbeit unter den Kontrollpartnern, aber auch das neue öffentliche Rechnungswesen ist ein sehr heißes Thema.

Wichtig ist auch der gemeinsame Lehrgang bei der Fachhochschule des BFI Wien, wo es den akademischen Rechnungs- und Prüferlehrgang gibt. Im aktuellen Lehrgang nimmt wieder ein Prüfer des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes teil. Das ist wiederum ein Beleg dafür, dass vor allem für die Aus- und Weiterbildung der Prüfer hier der Rechnungshof ganz großen Wert legt.

Ich bedanke mich, auch wie die anderen Kollegen, recht herzlich beim Direktor des Rechnungshofes und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wirklich sehr gute und professionelle Arbeit.

Wir werden diesem Bericht zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Steier hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Tätigkeitsbericht ist anzumerken, dass im Gegensatz außer zwei Bundesländern in Österreich die Gesamtfinanzierung und die Personalbeschickung noch immer eine Regierungsangelegenheit beim Personalreferenten ist.

Das wäre quasi eine Wunschform, die in korrektester Form der Unabhängigkeit aus dem Burgenländischen Landtag ausschließlich auf den Rechnungshof selbst zu beziehen wäre meiner Ansicht nach, weil eine Eigenständigkeit sowohl das Personal, als auch die Finanzen anlangt, die besten Voraussetzungen für eine ordentliche Gebarung ist.

Zum zweiten möchte ich eines, was vorher schon vom Landesrat in kurzer Form angesprochen, ich schon einmal thematisiert habe, zu dem Tagesordnungspunkt jetzt auch festhalten. Der Burgenländische Landes-Rechnungshof, ich habe es mehrmals erwähnt, ist ein Organ des Landtages. Er ist nicht - der Kollege Drobits ist jetzt nicht da - , wir werden es tun und wir werden etwas umsetzen, er ist ausschließlich ein Organ der Burgenländerinnen und Burgenländer und nicht eine Vollzugssituation der Exekutive.

In diesem Zusammenhang ist auf den Rechnungsabschluss 2013 ein erstmals vermerkter Hinweis in Bezug auf Prüfungsbehinderung festgehalten. Man kann das dann so abtun, dass es heißt, wenn ich gewusst hätte, dass, dann hätte ich als Landesrat hier die Voraussetzungen geschaffen, dass diese Prüfungsbehinderung weggelegt oder weggewischt worden wäre.

Tatsache ist, dass die gesamte Verwaltung in der Prüfung vorneweg auch die Erklärung liefert, dass alle nach Salzburger Erkenntnis, nach einer Situation, die das ganze Gegenteil bewirkt hat, dass alle Gegebenheiten, die nachgefragt werden, auch dem Rechnungshof an Unterlagen und an Gegebenheiten zur Verfügung gestellt werden.

Wenn es dann heißt, in der Umsetzung auf den Bericht, der Burgenländische Landes-Rechnungshof macht strikt darauf aufmerksam, dass im Prüfungsverlauf durch die Festhaltung, eine Prüfungsbehinderung aufgetreten ist, ist das eine Einschränkung für uns alle, auf uns alle bezogen, seitens der Exekutive.

Und das wegzuwischen und abzutun, als hätte man eh eingreifen wollen, wenn man es nur gewusst hätte, ist im Grunde genommen eine ganz fatale falsche Zugangsform. Denn Voraussetzung für ein ordentliches Gebaren ist der direkte und einmalige, ohne irgendwelche Behinderungen gegebene Zugang der Kontrolle. Diese Kontrolle übt der Landes-Rechnungshof für den Burgenländischen Landtag aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, das haben auch meine Vorredner in ihren Anmerkungen gesetzt. Wir können durchaus Dank, Respekt und Anerkennung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit dem Burgenländischen Landes-Rechnungshofdirektor Andreas Mihalits an der Spitze aussprechen, was auch zwischendurch so anzumerken war, dass nicht immer alle einverstanden gewesen sind.

Aber wir sollten eines festhalten: Dieser Prüfungsberichtkatalog, den wir heute hier in einer Reihe behandeln, weist eigentlich das nach, was der Burgenländische Landtag in seiner Eigenschaft für die Burgenländerinnen und Burgenländer tun kann und tun muss. Er ist Ausweis dessen, wo die Leistungsstärken, aber auch die Schwächen der Regierung zu sehen sind, und dafür geführt dem Landes-Rechnungshof ein ausdrückliches Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es hat sich neuerlich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vorwurf einer Prüfungsbehinderung ist ja nicht gerade irgendwas. Ich wundere mich jetzt ehrlich gesagt schon ein wenig, denn der Bericht liegt seit Feber vor, seit Feber haben wir den in der Hand.

Wir haben eine Sitzung des Landes-Rechnungshofausschusses gehabt, wo weder der Vorsitzende, noch der Direktor des Landes-Rechnungshofes selbst etwas dazu gesagt hat. Ich muss jetzt fairerweise dazu sagen, ich habe mit dem Herrn Direktor noch nicht gesprochen, weil ich mir gedacht habe, ich schaue mir jetzt einmal an, was die nächsten Tage und Wochen passiert.

Aber wir haben auch eine Geschäftsordnung des Landes-Rechnungshofes, wo, und Herr Kollege Steier, das müsste man wahrscheinlich der Vollständigkeit halber dazu sagen, wo drinnen geregelt ist, was im Falle einer Prüfungsbehinderung zu geschehen hat. Da gibt es dann verschiedene Stufen. Die letzte Stufe ist dann der Landtagspräsident.

Also wir täten in dem Fall auch irgendwann informiert werden beziehungsweise die letzte Stufe ist, glaube ich, wenn ich das jetzt richtig gelesen habe, dass uns der Herr Direktor zwischendurch einen Bericht schickt, wo er hinein schreibt, dass er an der Prüfung behindert wird.

Ich bin ehrlich gesagt über diese Gesamtsituation etwas verwundert. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht 2015 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

14. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 311) betreffend Erweiterungs- und Attraktivierungsinvestitionen in das Resort Lutzmannsburg im Jahr 2012 (Zahl 21 - 221) (Beilage 341)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 14. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 311, betreffend Erweiterungs- und Attraktivierungsinvestitionen in das Resort Lutzmannsburg im Jahr 2012, Zahl 21 - 221, Beilage 341.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht, Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Herr Präsident. Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Erweiterungs- und Attraktivierungsinvestitionen in das Resort Lutzmannsburg im Jahr 2012 in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten und zwar in Anwesenheit des Direktors des Landes-Rechnungshofes und mehrerer Mitarbeiter.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Ich stellte den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Direktor des Landes-Rechnungshofes gab einen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Es gab anschließend einige Wortmeldungen beziehungsweise wurden Fragen beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Erweiterungs- und Attraktivierungsinvestitionen in das Resort Lutzmannsburg im Jahr 2012 zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Kölly zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nicht eine Stunde reden!)*

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Was sagst Du? Eine Stunde reden? Ich könnte eine Stunde reden, bei diesen Themen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einmal mehr ein Rechnungshofbericht, der erschütternd für die Regierung ausfällt. Aber nicht nur für die Regierung, sondern auch für den Landtag. Wenn man sich die Regierung ansieht, die die Marathonsitzung heute anscheinend schwänzt, und ich frage mich nur, ob das wirklich so interessant ist, im Landtag zu diskutieren, warum im Landtag zu diskutieren, weil das eh alles egal ist.

Wenn wir uns die FPÖ heute anhorchen, wie sie sich schlangenförmig durchwindet, das ist wirklich eine höchst interessante Situation seitens der FPÖ. Aber ich bin immer

noch guten Glaubens, dass sie ihre Werte noch einmal zurückholt und ganz anders argumentiert.

Wenn der neue Klubobmann Géza Molnár sich windet und schlussendlich auch Verantwortung jetzt übernommen hat, man sollte auch dazu stehen, was seine Leute in der vorigen Periode alles gefordert haben, alles aufgezeigt haben, das muss man auch klar und deutlich dazusagen, und nicht jetzt den Kopf einziehen und nur als Steigbügelhalter einer SPÖ-Regierung da zu sein.

Dieser Bericht, der uns jetzt vorliegt, ist auch sehr interessant für den Herrn Finanzlandesrat Bieler, der, denke ich einmal, so klar und deutlich darstellt, es ist ja eh alles so wunderbar und so wunderschön in diesem Land.

Der Rechnungshofbericht - ja, eh schön und gut - hat halt aufgezeigt, dass dort oder da vielleicht einiges nicht passt.

Aber wenn ich mir denke, dass der Landtag, und Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind der Landtag, von dem Ganzen eigentlich nichts gewusst hat, auch im Vorfeld nicht einmal die Möglichkeit gehabt hat, Einsicht zu nehmen bei einem Regierungsbeschluss. Wenn auch Fragen gekommen sind, hat man immer wieder ausgewichen, hat man immer wieder andere Punkte hervorgeholt, und es läuft sowieso wunderbar und die Thermen sind überhaupt tadellos unterwegs und das ist ja der Tourismus, und wir brauchen alle diese Thermensituation.

Ich glaube, wenn man diesen Bericht auch akribisch durchliest und wo sich wieder der Rechnungshof akribisch voll hineingearbeitet hat und aufzeigt, was sich hier eigentlich in diesem Land abspielt. Kein einziger öffentlicher Bau, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde eigentlich abgeschlossen, so, dass er weniger gekostet hat. Das muss uns schon zu denken geben im Hohen Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sollten uns wirklich nicht nur über andere Dinge unterhalten und nur parteipolitisch denken, sondern sich anschauen, was mit öffentlichen Geldern passiert. Wenn ich mir diesen Bericht anschaue, wieder einmal wird vom Rechnungshof aufgezeigt, wie verschwenderisch eigentlich mit öffentlichen Geldern umgegangen wird.

Für dieses Projekt Resort Lutzmannsburg, das ein Leitprojekt und für unseren Bezirk ganz wichtig ist, für den Oberpullendorfer Bezirk, wo ich der festen Überzeugung bin - noch immer, und gewesen war -, dass wir etwas schaffen können, das auch Gäste in unser schönes Mittelburgenland, ins Blaufränkisch-Land bringen kann, wo wir Leute gehabt haben, Tagesgäste gehabt haben, einen Silent Dome gehabt haben, wo wir wirklich den ganzen Bezirk eigentlich dementsprechend abdecken konnten.

Und siehe da, da wurde im Land, in der Regierung ganz etwas anderes beschlossen und da können sich jetzt laut Rechnungshofbericht gewisse Herrschaften nicht so ganz aus dieser Situation drücken. Ich denke, jetzt sollte auch die ÖVP aufmerksam werden und auch die damalige Landesrätin Resetar.

Ich glaube, wenn sie diesen Bericht liest, wo wir beschlossen haben, das Resort Lutzmannsburg, Thermenresort umzubauen, wo wir insgesamt schon an die 100 Millionen Euro investiert haben, dann sollte man auch nachdenken, ob wir nicht die Hotelbetreiber mit ins Boot geholt hätten, wo wir nicht die Hotelbetreiber, die ja viele finanzielle Mittel, viele Möglichkeiten aufgezeigt haben, etwas zu tun, und dann bekommen sie ein Hotel vor die Tür oder vor die Füße hingeknallt, das eigentlich ein Konkurrenzbetrieb geworden ist.

Wenn man das hinterfragt hat und auch gewisse Politiker des mittleren Bezirkes Oberpullendorf sich dementsprechend auch geäußert haben, war es immer egal. Man ist

den Weg gegangen - ohne Information an den Landtag -, man hat alles beschlossen. Und siehe da, es wurde beschlossen und das ist auch ein sehr interessanter Faktor, dass man 22,3 Millionen Euro investieren will. Schön und gut, soll so sein!

Dann kommt es zur Abrechnung und der Rechnungshofbericht zeigt wieder einmal auf, dass es um 3,6 Millionen Euro mehr geworden sind, also 25,9 Millionen Euro. Hier ist noch nicht inkludiert, wo wir ein Hotel gekauft haben, ein Hotel, das eigentlich noch immer leer steht, seit Jahren leer steht, um zig Millionen Euro, wo sich keiner Gedanken gemacht hat.

Wenn ich mir anschaue, was hier der Rechnungshof alles aufgezeigt hat, wo ich denke, dass sich ein jeder diesen Bericht angeschaut hat und die Zusammenfassung ich heute hier explizit vorlesen will: Der WiBAG-Aufsichtsrat und die Generalversammlung der Sonnentherme Lutzmannsburg-Frankenau GmbH Besitz-GmbH beschlossen den Resortausbau im Jahr 2011. Die Genehmigung - Projektsumme betrug 22,3 Millionen Euro. Die genehmigte Summe 22,3 Millionen.

Über die Einbindung der Destinationsbetriebe und Partnerhotels in den Resortumbau nach dem Jahr 2009 lagen keine Nachweise vor. Das heißt, man hat diejenigen gar nicht miteingebunden, die eigentlich am Anfang viele finanzielle Möglichkeiten und viel Herzblut in diese Therme hineingebracht haben und auch dementsprechend versucht haben, Gäste hierher zu bringen.

Die bauliche Umsetzung erfolgte dann im Jahr 2012. Das Resort war dabei im April bis Juni 2012 gänzlich geschlossen. Auftraggeber und Bauherr war die Besitz-GmbH. Die Gesamtprojektkosten betrugen rund 25,9 Millionen Euro und lagen um die 3,6 Millionen Euro - wie schon erwähnt - über der genehmigten Projektsumme. Davon waren in der Projektdokumentation rund zwei Millionen Euro nicht näher aufgeschlüsselt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt komme ich wieder auf die Gemeinde. Wenn wir ein Feuerwehrhaus bauen, das 1,8 Millionen Euro Kostenschätzung beträgt und wir das um das Doppelte fast erhöhen würden, 1,8 oder 2,4 Millionen Euro, dann kann ich sofort abdanken. Im Land anscheinend ist es nicht der Fall. Da bleibt man halt sitzen, man sitzt das aus und sieht den Rechnungshofbericht gelassen, denn das ist ja eh schon passiert, das soll man schubladieren.

Der Auftragsvergabe lagen keine verbindlichen Regelungen oder Vergaberichtlinien zugrunde. Das muss man sich alles einmal vorstellen oder auf der Zunge zergehen lassen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist aber ein Witz.)*

Der Auftragsvergabe lagen keine verbindlichen Regelungen oder Vergaberichtlinien zugrunde. Die Besitz-GmbH wendete weder das Bundesvergabegesetz, noch interne Vergaberichtlinien an. Zudem verzichtete die Gesellschaft ausdrücklich auf wesentliche Kontroll- und Überwachungsrechte im Rahmen der Bauausführung. Eine durchgängige Kostenplanung für den Resortausbau war nicht vorhanden. Ferner fehlten eine Gesamtkostenabrechnung und ein Projektabschlussbericht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren im Landtag! Sollen wir so weiter wirtschaften, sollen wir so weitertun? Daher: Das Hotel erzielte 2010 bis 2014 die von mir erwähnte Umsatzsteigerung von 18 Prozent. Die Thermenumsätze waren allerdings trotz Resortausbau rückläufig, rund zwei Prozent.

Daher empfahl der Burgenländische Rechnungshof auf Basis der Geschäftszahlen 2015, die Ziele, Strategien sowie Planungsrechnungen der Besitz- und Betriebs-GmbH umfassend zu evaluieren beziehungsweise anzupassen. Dabei wären insbesondere die Partnerhotels und Destinationsbetriebe einzubinden.

Es gibt Feststellungen, da gibt es Mehrfachfunktionen. Die Vorstandsmitglieder der WiBAG fungierten gleichzeitig als Geschäftsführer der Tochtergesellschaft WiBAG Infrastruktur GmbH, ein Vorstandsmitglied war als Geschäftsführer der Urenkeltochtergesellschaftbetriebs Gmbh tätig. Zudem übernahmen Mitarbeiter der WiBAG die Geschäftsführung in der Besitz GmbH.

Diese Anhäufung von Funktionen barg insbesondere das Risiko einer Aushöhlung des unternehmerrechtlich vorgesehenen Kontrollmechanismus.

Wenn wir das im privaten Bereich machen, na Grüß Gott. Wenn wir das in der Gemeinde machen, na Grüß Gott. Das geht alles in diesem Land. Was gar so gut da steht und was gar so gut geführt wird und wie der Herr Landesrat Bieler gesagt hat, finanzielle Supergeschichte, die wir hier machen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Top-Deal!)* das ist eine Top-Deal, das wir hier machen, wirklich hervorragend, muss ich sagen.

Nächster Punkt: Genehmigungen. Der WiBAG-Aufsichtsrat - und jetzt kommt es - und die Generalversammlung der Besitz GmbH beschlossen den Ressortumbau im Jahr 2011. Beschlussgrundlage bildeten insbesondere die Tourismusstudie 2009 und 2011. Die genehmigten Projektkosten betrugen noch einmal die 22,3 Millionen Euro. Der Aufsichtsrat und die Generalversammlung. Beschlüsse lagen weder im umfassenden Businessplan, noch Planungsdarstellung der Umbaumaßnahmen bei. Ein Finanzierungskonzept lag lediglich der Generalversammlung der Besitz GmbH vor.

Das heißt, das hat gar keinen interessiert, was dort genau passiert, wenn man sich das anschaut. Das ist völlig „wurscht“. Es interessiert niemanden, wo 2,3 Millionen investiert werden, wo 2,3 Millionen Euro oder schlussendlich erhöht werden auf 25 oder 26 Millionen Euro. Interessiert niemanden!

Und der Landtag sitzt da und applaudiert noch, wenn der Herr Landesrat Bieler sich herstellt und uns erklärt, wie gut das alles ist und der Rechnungshof agiert da, das versteht er gar nicht, warum er solche Dinge macht. Das macht mich eigentlich krank. Das sage ich Euch auch gleich, was da passiert, ist nicht mehr normal.

Wenn ich hergehe und sage, na gut, die Tourismusstudie 2009 hat aufgezeigt, man könnte noch mehr vertragen, man sollte umbauen, man sollte was anderes machen. Dann frage ich mich, warum im Jahr 2011 erwarb die Besitz GmbH ein angrenzendes Hotel, von dem ich vorher gesprochen habe? Den maßgeblichen Beschlüssen lagen keine umfassenden Projektinformationen bei. Aber die Einforderung derartiger Unterlagen durch den WiBAG-Aufsichtsrat und der Gesellschaft, der Besitz GmbH, bestanden keine Nachweise.

Noch einmal, es interessiert niemanden. Wir kaufen ein Hotel, ein Wrack kaufen wir dort, eine Ruine, die steht noch immer als Ruine dort. Der bekommt einen Haufen Geld und baut vis à vis ein Hotel hin. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Wenn ich heute den Silent Dome angeschnitten habe: Über die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Umgestaltung des Silent Dome auf die Besitz- und Betriebs GmbH lagen keine Berechnungen vor. Insbesondere fehlen Szenario-Analysen und präzise Abrechnungen. Die Wirtschaftlichkeit dieser Einzelmaßnahmen im Rahmen des Resortausbaus konnte der Bundesrechnungshof nicht beurteilen. Über die Einbindung der Destinationsbetriebe und Partnerhotels und der Gestaltung des Silent Dome lagen keine Nachweise vor.

Das heißt, man unterhält sich gar nicht mit den Leuten, die dort viel Geld investiert haben und Familienbetriebe sind.

Bauprojekt: Eine schriftliche Definition mit den Zielen und Anforderungen des Projektes waren nicht vorhanden. Ich lese nur immer, nicht vorhanden, nicht vorhanden, nicht vorhanden. Sehr interessant.

Die Besitz GmbH als Auftraggeber und Bauherr wendete bei der Auftragsvergabe für das Bauprojekt - das Bundesvergabegesetz das hat man total ignoriert, das ist völlig egal. Sie stützen sich dabei auf das Schreiben eines Rechtsanwaltes, jetzt sind wir wieder bei einem Rechtsanwalt, wo der Herr Bieler gesagt hat, der Herr Winter, der „Ober-Winter“, weiß nicht, was der alles kann, ist er Zauberer, wir haben Gutachten eingeholt.

Da stützt man sich auch wieder auf das Schreiben eines Rechtsanwalts vom Juni 2011. In welchem Umfang der Rechtsanwalt die Tatbestände wie Eigentumsverhältnisse, Einflussmöglichkeiten, Wettbewerbsbedingungen und mögliche Zielkonflikte bei seiner vergaberechtlichen Beurteilung berücksichtigte, war nicht nachvollziehbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau das sind die Punkte. Man holt sich Gutachten ein, der weiß gar nicht, wovon er redet, das sehe ich hinaus. Das ist ja das Lustige an der ganzen Geschichte. Man holt sich Gutachten ein, wie schon vorher beim vorigen Rechnungshofbericht, die kosten alle ein Schweinegeld, und was kommt raus, teures Geld. Das verstehe ich alles nicht.

Und das entscheidet die Landesregierung alleine. Die Landesregierung entscheidet über das ganz allein, der Landtag ist nur mehr Zuhörer oder Händeheber und Zustimmerer. Das muss sich in diesem Land ändern, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gesellschafter der Besitz GmbH beschlossen, die Vergabe der einzelnen Bauleistungen keiner weiteren Beschlussfassung zu unterziehen. Das ist ja verheerend. Sie verzichteten somit auf die wesentlichen Kontroll- und Überwachungsrechte im Rahmen der Bauausführung. Eine schriftliche Projektorganisation lag nicht vor. Die Besitz GmbH verfügte über keine zusammenhängende Kostenplanung für das Bauprojekt. Eine Gesamtkostenabrechnung für das Projekt war nicht vorhanden. Ein Projektabschlussbericht existiert nicht.

Ich frage mich, normaler Weise muss man das strafrechtlich verfolgen. Wer sind denn die Herrschaften, die da drinnen gesessen sind? Die zu allem Ja und Amen gesagt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren? Wer sind diese Herrschaften gewesen? Aber hier gibt es eine Aufschlüsselung, wer diese Herrschaften gewesen sind.

Der sich den Bericht genau angeschaut hat, wie das aufgegliedert ist, das ist sehr interessant. Wenn man sich anschaut, Wirtschaftsservice Burgenland AG WiBAG, dann gibt es eine WiBAG Infrastruktur GmbH, dann gibt es einen Sonnentherme Lutzmannsburg-Frankenau GmbH und dann gibt es einen Sonnentherme Betriebs GmbH. Da stehen Namen drinnen, die habe ich überhaupt noch nicht gehört, muss ich ehrlich sagen. Schande oder schade, dass ich mich nicht vorher gekümmert habe um die ganze Geschichte, das muss ich jetzt auch dazu sagen.

In der Sonnentherme Betriebs GmbH, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, da sind wir jetzt, wo der Herr Bieler sagt, wie wunderbar er das verschachtelt hat und wie toll das alles rennt. Da sitzt ein Geschäftsführer, der Wolfgang Stündl, jedem schon bekannt, jetzt inzwischen, der Franz Kast und die Sylvia Köllerer. Interessant.

In der Sonnentherme Lutzmannsburg-Frankenau GmbH haben wir zwei Geschäftsführer, Mag. Siegfried Kassl, Wolfgang Stündl und den Herrn Mag. Harald Zagiczek. Sagt Euch der Namen jetzt etwas? Das ist der neue Geschäftsführer. Super ist

das. Einfach bestellt. Naja, den müssen wir jetzt geschwind hinsetzen, weil, den Stündl haben wir als Bauernopfer geschwind in die Wüste geschickt.

Dann WiBAG, Vorstand Franz Kast, Peter Schmitl, Mag. Günter Perner. Prokuristen: MMag. Günter-Michael Maier, Mag. Bruno Kracher, Mag. Sigrid Hajek. Was ist mit den Herrschaften? Wo sind sie? Was für Pflichten, was für Rechte haben sie? *(Abg. Mag. Franz Steindl: Der Maier ist schon gestorben.)* Egal, damals nach dem Bericht sind noch alle da herinnen.

Jetzt kommt es noch dicker, Herr Kollege Steindl, auch Du warst mit dabei, Aufsichtsrat Hans Niessl, Franz Steindl, Leopold Buchmayer, Mag. Kurt Löffler, Mag. Anton Bubits, Dr. Johannes Hock, Mag. Andrea Pompl, DI Hans-Peter Weiss, Mag. Jürgen Rathmanner, MMag. Michael Höferer, Mag. Michael Gerbavsits, DI Dr. Helmut Draxler, Dr. Andreas Reiner, Ing. Mag. Daniel Jägerbauer. Was haben die Herrschaften gemacht? *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Beschlossen!)* Beschlossen. Ich glaube, die haben gar keine Ahnung, was da läuft. Das ist das Problem.

Warum haben sich der Herr Niessl und der Steindl so schnell als Aufsichtsrat verabschiedet? Heute sind schon ein paar Zahlen gefallen. Genau wegen dem. Ich muss Ihnen Recht geben. Ich hätte es genauso gemacht, wenn ich solche Leute da sitzen habe, die mich hinten und vorne eigentlich mit falschen Zahlen - oder ich kann es mir nicht anders vorstellen - beliefert haben, dass ich sage, ich packe meine Geige und gehe fort und vielleicht war es das.

Aber das sind so „Gschichtln“, wo ich mich frage, wo ist der Herr Landesrat Bieler, der die finanzielle Möglichkeit schaffen musste, das so zu sehen.

Jetzt kommt es: Und auch dort habe ich Berater gehabt. Und wenn Ihr Euch den Bericht genau anschaut, wie viel Geld der Berater bekommen hat, wird es mir schwummelig, das verdienen wir alle miteinander da herinnen nicht, von verdienen rede ich gar nicht, aber wir kriegen es nicht insgesamt, was der als Berater bekommen hat. Was glaubt Ihr, wer der Berater war? Na was glaubt Ihr? Immer wieder der gleiche Name, immer wieder die gleiche Person. Kärnten beteiligt, Salzburg beteiligt, Burgenland beteiligt, da stellt sich der Herr Bieler hin und sagt, super, rennt alles hervorragend. Ganz eine herrliche Geschichte, die da passiert! *(Abg. Gerhard Steier: Wie heißt er jetzt?)*

Der Herr Kollege hat es gesagt, ich werde mich hüten, den Namen zu sagen, denn er ist ein Deutschkreutzer und ich weiß nicht, ob das so gut dann ist, wenn man das sagt. Es wird irgendwann einmal der Name sicherlich wieder fallen, und ich glaube, man sollte jetzt einmal umdenken und nachdenken.

Wenn ich mir das anschaue. „Eine interne Lösung“, schreibt eine Zeitung. Therme Lutzmannsburg, diese Woche muss Manager Stündl endgültig gehen, und jetzt streiten sich die Parteien noch, wer Schuld trägt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Herrn Stündl hat man einmal auf die Seite geschoben, war weg. Dann hat man irgendeine Dame dorthin gesetzt, die hat man einfach hingesetzt. Da hat keiner gewusst, weder Ausschreibung noch irgendwas anderes, die hat man einfach hingesetzt. Ich weiß nicht, wo die inzwischen hingekommen ist, weil, dann hat man wieder den Stündl vor ein paar Monaten eingesetzt.

Jetzt frage ich mich, und jetzt muss er wieder gehen. Was hat dieser Mensch verbrochen? Ich hätte gerne gewusst, wenn ich den nach Hause schicke, entweder er hat solche Fehler gemacht, dass er fristlos gehen muss, wenn er das nicht gemacht hat, dann kostet uns das viel Geld, dann hat er einen Vertrag bis Jahresende und ist - ich schätze einmal, dass er uns an die 250.000 Euro kosten wird, der ganze Spaß. Und da stellt sich

der Herr Landeshauptmann Niessl hin und sagt, ich habe Konsequenzen gezogen, die ich gefordert habe.

Gefordert haben wir Konsequenzen, aber politische Konsequenzen und die fehlen mir in dieser Richtung. Nicht der Stündl ist schuld, sondern die Politiker, die die ganzen Konstruktionen erfunden haben, wo mich zeitweise der Schlag trifft, wenn ich mir das anschaue.

Nicht der Stündl, der Stündl hat nur gehandelt, was die Politiker wollen. Und das sind lauter Politiker, wenn ich mir anschaue, Hans Niessl, Franz Steindl, glaube ich, sind Politiker, ich weiß nicht oder wie man die ganze Regierungskonstellation anschaut. Der Stündl ist Bauernopfer geworden - wieder einmal. Und jetzt ist das alles erledigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nichts erledigt, denn die Therme Lutzmannsburg hat mit massiven Problemen zu kämpfen. Nicht nur die Hotels rundherum, und da bin ich dem Herrn Dr. Rezar dankbar, dass er aufgezeigt hat, in seiner Zeit als Landesrat noch, das ist ein Wahnsinn, dass mehr als 50 Prozent ausländische Mitarbeiter in der Therme sind. Da ist damals die Hölle los gewesen. Dann hat man schnell schauen müssen, Lehrlinge anstellen, unbedingt ausbilden und, und, und. Warum? Weil wir vor der Wahl gestanden sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das sind genau die Dinge, wo ich mich oft frage, was ist entscheidend? Dass man wirtschaftlich gut da steht, dass wir schauen, dass man in diesem Land was weiter bringt oder dass man nur parteipolitisch denkt? Das tun leider die meisten auch hier im Landtag.

Leider muss ich dazu sagen, weil hinter vorgehaltener Hand sagen sie dann, hast eh recht gehabt. Aber was sollen wir machen? Es gibt einen Klubzwang. Das verstehe ich überhaupt nicht mehr.

Wenn ich mir das anschaue, neuer Thermenchef Harald Zagiczek, ist der neue Geschäftsführer der Therme Lutzmannsburg-Frankenau. Der Niederösterreicher folgt damit Wolfgang Stündl nach, dieser war - wie berichtet - im April dienstfrei gestellt worden.

Haben wir keinen Burgenländer, der gut ist? Haben wir keinen, der einen Betrieb leiten kann? Der wirklich so einen Betrieb leiten kann, der nicht so schwierig ist? Außer - er wird immer wieder von der Politik beeinflusst. Genau das ist der Punkt.

Wenn ich heute mit dem Herrn Stündl rede, dann weiß ich genau, um was es gegangen ist. Er musste das tun, was die Herrschaften gesagt haben. Genau das ist der Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Diskussion Therme Lutzmannsburg.

Wenn wir nicht bald umdenken, werden wir massive Probleme insgesamt im Thermenbereich bekommen. Wenn ich mir Oberlaa anschaue, wie das ausgebaut wurde, Asia-Therme in Niederösterreich. Das waren alle Gäste einmal von uns. Man baut in Frauenkirchen, okay, wenn ich Landeshauptmann wäre, vielleicht hätte ich in Deutschkreutz auch eine Therme gebaut, ich weiß es ja nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Soll so sein.

Aber eines müssen wir schon bedenken. Ich glaube, irgendwann sollten wir nachdenken, ob das überhaupt noch Sinn macht, weiterhin so viel Geld in Thermen zu investieren oder in andere Möglichkeiten. Ich sage Euch noch etwas, und wenn ich das Ganze jetzt verfolge, wie viel Geld da den Bach herunter geht, zwei, drei Millionen Euro, das ist uninteressant, da finden wir zwei Millionen, wo man es gar nicht zuordnen soll.

Kulturzentrum Eisenstadt - keine Abrechnung. Akademie Mattersburg - Wo ist die Frau Kollegin? Das schauen wir uns demnächst an. Das wird eine interessante Geschichte.

Und dann heißt es, der Kölly sagt immer das, das hat er schon letztes Mal gesagt, das erzählt er schon seit 2015, 2014. Selbstverständlich! Auch die FPÖ hat immer darauf hingewiesen. Nur der Rechnungshof zeigt es uns dann Schwarz auf Weiß. Nicht was ich da sage, sondern der Rechnungshof zeigt es uns Schwarz auf Weiß.

Daher glaube ich, dass dieser Rechnungshofdirektor mit seinem Team eine ganz wichtige Einrichtung geworden ist, um auch Euch die Augen zu öffnen, was sich in dem Land wirklich tut.

Wir im Landtag sind nur Händeheber, sitzen dürfen wir eventuell dort oder da einmal, herumgehen dürfen wir, das können wir. Heute haben wir eine Marathonsitzung zu absolvieren, das ist das Wichtigste. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber diese sieben Herrschaften in der Regierung entscheiden, und nicht der Landtag. Ich glaube, auch dort sollte man einmal ein Umdenken haben. Auch dort sollte man umdenken und den Landtag miteinbinden.

Noch einmal, die klare Forderung seitens der Liste Burgenland ist es, die Tagesordnung einer Regierungssitzung, das Protokoll einer Regierungssitzung und vielleicht auch ein Mitspracherecht zu haben und keine Bittsteller zu werden. Ich glaube, das wäre das Wichtigste.

Dieser Bericht, den sich, glaube ich, oder hoffe ich, auch die anderen Kollegen angeschaut haben, zeigt eines auf: Im Land ist das völlig egal, da fahren wir darüber, denn, was wollen sie denn? Im Nachhinein ist der Bericht zu schubladieren.

Es wird noch von den Medien vielleicht heute ein bisschen etwas gebracht, wenn überhaupt, aber dann haben wir das ohnehin schon abgehakt, weil man diskutiert über den Bericht, der seit Jahren eigentlich schon längst hätte vorliegen sollen.

Daher fordern wir auch beim Neubau des Spitals in Oberwart eine begleitende Maßnahme. Da bin ich auch bei der FPÖ, die das immer gefordert hat, dass man dort eine Kontrollfunktion ausüben soll. Von jeder Fraktion soll einer mit dabei sein und soll sich das anschauen. Ich glaube, dann kann sich keiner mehr ausreden über den anderen, sondern dann kann man einfach klar der Bevölkerung sagen, was wirklich Sache ist. Es können ja Fehler passieren, darüber gibt es gar keine Diskussion, aber die muss man dann auch eingestehen.

Heute hat der Herr Landesrat Bieler doch ein paar Dinge eingestanden. Nämlich, dass wir transparenter werden müssen und dass man doch vielleicht mehr reden muss. Aber, das hat er nur heute da gesagt. Wenn ich jetzt hinausgehe, und ich brauche von ihm wahrscheinlich etwas, dann habe ich keine Chance, das zu bekommen. Daher ist die ganze Situation noch einmal anzudenken. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Rechnungshof wird in Zukunft weiterhin viel Arbeit haben, denn ich befürchte, dass das ganze so weitergeht, außer, und jetzt komme ich wieder auf die FPÖ, werte Kolleginnen und Kollegen, Ihr zeigt endlich einmal auf, dass es in eine andere Richtung gehen kann und muss. Dafür haben wir diese Regierung auch mitgewählt, weil wir der Meinung waren, dass sich etwas ändern wird.

Weil diese Berichte sind alle noch von der alten Regierung. Da kann sich keiner ducken und verstecken, sondern das sind Tatsachen, die der Rechnungshof akribisch

aufgearbeitet hat und wir sollten uns darüber Gedanken machen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Abgeordneten Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Kollege Kölly hat in seiner Rede schon sehr viel an Informationen gebracht. Er hat in seiner bewährten Art und Weise alles in einen Topf geworfen und einige Male umgerührt. Er hat natürlich viel mehr Hintergrundwissen als ich. Ich möchte hier versuchen, vielleicht das Ganze ein bisschen zu strukturieren und beginne mit den Fakten, die vielleicht nicht jedem einzelnen hier so bekannt sind.

Wie gesagt jetzt geht es um das Ressort Lutzmannsburg. Es besteht aus der Sonnentherme Lutzmannsburg und aus dem Hotel Sonnenpark. Es wurde 2012 oder vorher schon, sozusagen eine Attraktivierung und eine Erweiterung beschlossen. Das Ganze hätte 22,3 Millioen Euro kosten sollen. Letztendlich hat es 25,9 Millionen Euro gekostet. Das ist eine Überschreitung um 16 Prozent.

Vielleicht ist das in dem Bereich zwischen 20 und 30 Millionen Euro üblich heutzutage. Ich habe keine Ahnung. Ich bin da kein Experte. Vor allem wenn man überlegt, dass es Bauten gibt und Projekte, die in die Hunderte Millionen gehen und wo letztendlich die Gesamtkosten das Doppelte ausmachen. Man denke nur an den Flughafen Schwechat und ähnliche Dinge.

Aber, mir ist als Laie aufgefallen, und was mich gestört hat, ist die Tatsache, wie das Ganze, nämlich diese Überschreitung um 3,6 Millionen Euro, offensichtlich zustande gekommen ist.

Das sind im Wesentlichen drei Punkte, die ich herausgreifen möchte. Als erstes empfiehlt der Rechnungshof eine Geschäftsordnung für den WiBAG Aufsichtsrat zu beschließen. Was heißt das? Es gab keine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat. Der Rechnungshof empfahl für die Geschäftsführung der WiBAG Infrastruktur GmbH eine Geschäftsordnung. Was bedeutet das? Es gab keine. Schließlich empfahl er eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Besitz GmbH. Das heißt wieder, es gab keine. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin kein Experte, aber es ist ein bisschen befremdlich für mich, denn die Mitglieder solcher Gremien sollten schon über ihre Rechte und Pflichten informiert sein und das sollte schon irgendwo festgelegt werden.

Das Zweite was mir aufgefallen ist, das hat der Kollege Kölly ebenfalls erwähnt, dass nicht mehrere Leitungsfunktionen, er hat sie aufgezählt, wo dieselbe Person vertreten war, nicht in einer Person vertreten sein sollten, und dass das zu vermeiden wäre. Aus dem einfachen Grund, weil dadurch Kontrollmechanismen, wie heißt es so schön, ausgehöhlt werden.

Das Dritte was mir aufgefallen ist, das hat er auch erwähnt, dass es neben schweren Planungs- und Ausschreibungsmängeln keine, ich sage einmal projektspezifischen Vergaberichtlinien gab. Das gibt mir doch auch zu denken.

Das Projekt kostete also um 3,6 Millionen Euro mehr, wobei es für zwei Millionen Euro interessanterweise keine Erklärung gibt. Das heißt, zwei Millionen Euro wurden einfach in den Sand gesetzt.

Außerdem, ein nicht unwesentlicher Aspekt, sollte das Ganze ja, wie es so schön heißt, zur Attraktivierung des Ressorts beitragen. Auch dieser Sinn und Zweck wurde nicht erfüllt, da nachher, laut Rechnungshofbericht, ein Fünftel weniger Gäste in der Therme waren, wobei aber dazu gesagt werden muss, dass im Hotel Sonnenpark mehr Gäste waren. Das heißt, solide ist einfach nur das Hotel, meint in der Hinsicht der Rechnungshof.

Damit komme ich schon zu meiner Schlussfolgerung. Ich will hier keinen politischen Aspekt hineinbringen, obwohl ich die ÖVP schon sehr stark im Verdacht habe, dass sie nicht unwesentlich bei der ganzen Sache beteiligt war, aber lassen wir das dahingestellt. Für mich lautet die Schlussfolgerung, dass eine Aufklärung und Konsequenzen unbedingt notwendig wären.

Es hat zwar schon irgendwelche gegeben, aber ich weiß nicht in welcher Richtung genau sie gegangen sind und wie umfangreich sie waren. Dies deshalb, und aus dem einzigen Grund, um in Zukunft derartige Dinge einfach zu vermeiden.

Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Mag. Christoph Wolf, M.A. ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen nun zum letzten Festspiel des Rechnungshofes, zur Causa Lutzmannsburg. Es geht da um unsere Therme.

Den roten Herrschaften, die dafür die Verantwortung tragen, steht das Wasser, im wahrsten Sinne des Wortes, bis zum Hals, denn der Rechnungshof hat wieder einmal aufgedeckt, dass es hier um teure Machenschaften geht.

Aus unserer Sicht ist es nicht verständlich, wo auf der einen Seite eine Budgeterhöhung oder eine Erhöhung der erforderlichen Mittel von 3,6 Millionen Euro herkommt, und gleichzeitig, dass es nicht dokumentiert ist, wofür zwei Millionen Euro ausgegeben werden.

Es mag sein, dass es diese Beschlüsse gegeben hat. Aber es gibt eine lückenhafte Abrechnung. Das ist, aus unserer Sicht, hinsichtlich der Verwendung von Steuergeld nicht akzeptabel. Die Gründung der Landesholding als Konsequenz der kritischen Rechnungshofberichte anzukündigen ist ein schlechter Scherz, so wie es der Herr Landeshauptmann gemacht hat, weil in Wahrheit es wieder einmal ein Schritt in Richtung SPÖ Alleinherrschaft ist.

Nur unter dem Deckmantel dieser Effizienzsteigerung wird im Prinzip der Machtmissbrauch ausgeübt. Das zeigt sich gleich ganz klar in der Nichtausschreibung der Geschäftsführung. Der bisherige Geschäftsführer wurde abgesetzt, aber nicht gekündigt. Das heißt, er bekommt laufend weiterhin sein Gehalt, sitzt vielleicht in einem Kammerl oder zu Hause. Ein neuer Geschäftsführer wurde interimistisch eingesetzt, was ja möglich ist, aber nach einer gewissen Zeit wird man dann eine Ausschreibung machen.

Zufällig ist dann jener der bestgeeignetste Geschäftsführer, der zufällig schon sechs Monate dort im Unternehmen war. Damit umgeht man ganz bewusst, behaupte ich einmal, das Ausschreibungsgesetz. Das zeigt natürlich auch den Machtmissbrauch dieser ganzen Konstruktion. *(Abg. Robert Hergovich: Du bist wohl ein Hellseher. Ein Hellseher!)*

Dabei, und das ist aus meiner Sicht entscheidend, stiehlt sich der Landeshauptmann ganz klar aus der Verantwortung. Der Herr Landeshauptmann hatte als Aufsichtsratsvorsitzender der WiBAG im Prinzip die Verantwortung. Laut dem Aktiengesetz hat man als Vorsitzender des Aufsichtsrates die Vermittlung und Entgegennahme von Informationen als Aufgabenbereich, und bei der Weitergabe von diesen Informationen hat man einen gewissen Entscheidungsspielraum.

Dementsprechend trägt er die Verantwortung der Kontrollfunktion, hat als Aufsichtsratsvorsitzender immer die Pflicht, Informationen einzuholen, wenn Entscheidungen anstehen.

Wenn jetzt der Herr Landeshauptmann in vielen Aufsichtsräten war, dann mag das schon sein, dass er nicht alle mit der Intensität betreiben könnte, wie es vielleicht vorzusehen war. Aber der Rechnungshofbericht hat ganz klar in seinen Zeilen veröffentlicht, dass hier nicht die notwendigen Unterlagen eingefordert wurden. Das ist die Verantwortung vom Landeshauptmann.

Die Ergebnisse von diesem Bericht sind aus meiner Sicht vernichtend. Das Finanzkarussell dreht sich weiter und weiter. Ungeniert stiehlt sich der Landeshauptmann da aus der Verantwortung und glaubt auch noch, dass alles damit erledigt sei, wenn er einen Geschäftsführer absetzt, aufs Abstellgleis setzt, und einen neuen hinsetzt.

Aus unserer Sicht wird hier die Kontrolle verweigert. Nochmals die Regierung ist nicht kritikfähig. Der Landes-Rechnungshof versucht Dinge der Vergangenheit aufzuzeigen, um sie in Zukunft besser zu machen. Jetzt liegen diese Berichte auf dem Tisch. Ich glaube, dass es notwendig ist, zukünftig die Dinge besser zu machen.

Aber, was mich am meisten stört, ist, dass der Landeshauptmann oder der Landesrat Bieler es nicht schaffen, Kritik aufzunehmen und vielleicht das eigene Handeln ein wenig zu verbessern oder die Entscheidungen, die getroffen werden, ein bisschen zu adaptieren, damit man zu einem anderen Ergebnis kommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist ein Krisenmanagement vom Landeshauptmann, dass ein blamables Sinnbild aufzeigt dafür, wie man da im Burgenland fuhrwerkt, und dass man leider eben nicht kritikfähig ist, wie man es vor allem als Politiker sein sollte.

Mag schon sein, wenn man da jetzt ein allmächtiger Landeshauptmann da im Burgenland ist, und im Prinzip keine Kritiker duldet, dass man da in Sphären verkehrt, die jegliche Kritik nicht mehr erlauben, *(Abg. Johann Richter: Das ist unglaublich!)* aber trotzdem ist es unsere Aufgabe als Landtag darauf hinzuweisen, und der Rechnungshof ist ja unser Organ, diese Dinge in Zukunft zu verbessern. *(Abg. Robert Hergovich: Steht das alles im Rechnungshofbericht?)*

Wenn man sich darüber aufregt, dass der Rechnungshof wieder Empfehlungen an die Regierung gibt oder schreibt, dann verstehe ich es nicht, warum er diese Empfehlungen nicht aufnimmt und verbessert. *(Abg. Robert Hergovich: Wer regt sich denn auf? Wer denn?)* Das hat sich in den letzten vier Berichten jetzt ganz klar gezeigt.

Zusammengefasst, und das wurde jetzt schon oft genug erwähnt, haben wir in der Therme Lutzmannsburg gescheiterte Verkaufsversuche gehabt. Wir haben als Land Burgenland das Vergaberecht nicht eingehalten und drei Millionen Euro kann man aufgrund einer nicht vorhandenen Kostenrechnung nicht ganz zuweisen und nachweisen.

Wenn man das, und ich möchte das Beispiel noch einmal bringen, als Gemeinde, als Bürgermeister, oder in seinem Betrieb, in seinem Unternehmen macht, dann kommt

entweder die Finanzpolizei, das Land schickt vielleicht die Staatsanwaltschaft oder die Prüfabteilung des Landes kommt, und es wird alles auf den Kopf gestellt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das sind Dinge, die aus meiner Sicht, unverhältnismäßig verglichen werden, weil das Land kann machen was es will, aber die kleinen Bürgermeister, oder die kleinen Unternehmer werden gerne dafür gedroschen, wenn es genau dieselben Dinge nicht machen, die im Bericht artikuliert werden.

Zum Abschluss, weil der Landesrat Bieler heute kundgetan hat, dass er hinter den Finanzspekulationen steht, die das Land macht, und weil er auch hinter der Gruppenbesteuerung steht, die seit 2006 in Österreich besteht. Da gibt es auch ein nettes Zitat aus einer Zeitung.

Leider ist das Bollwerk nicht da, wenn man es einmal braucht, aber bei einer SPÖ Veranstaltung am Tag der Arbeit in Raiding hat der Herr damalige glücklose Bundesminister Norbert Darabos die Botschaft aus dem Bund gebracht. Hören Sie gut zu, liebe Genossinnen und Genossen:

„Blechen sollen jene, die die Finanzkrise verursacht haben und bereits wieder abcashen. Stichwörter, wie Finanztransaktionssteuer, Bankensolidarabgabe, Stiftungsbesteuerung, Abschaffung der Gruppenbesteuerung wurden von den Besuchern beherzt goutiert. Der Tag der Arbeit hat nach wie vor Zulauf und Berechtigung.“ - Da konnte sich wohl die Mehrheit vor lauter Applaus nicht halten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Geschätzte Damen und Herren! Das ist die Zweigleisigkeit, die Doppelgleisigkeit und die Scheinheiligkeit unserer SPÖ Burgenland.

Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Dr. Peter Rezar.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Gestatten Sie mir zunächst, bevor ich zum inhaltlichen Prüfergebnis dieses Rechnungshofberichtes komme, einige Vorbemerkungen.

Ich denke, es ist heute festzuhalten, dass der südöstliche Teil des Mittelburgenlandes in den 80-iger, in den 90-iger Jahres des vorigen Jahrhunderts sehr stark von Abwanderung bedroht war. Damals gab es Abwanderungsraten in den jeweils 10-jährigen Volkszählungen von 16 oder 17 Prozent in einer strukturell sehr schwachen Region.

Das galt insbesondere für die Gemeinde Lutzmannsburg mit dem Ortsteil Strebersdorf. Das galt aber insgesamt für den gesamten südöstlichen Teil, auch für Frankenau-Unterpullendorf. Ich denke, es war damals eine richtungsweisende Entscheidung, die von der damaligen Regierung getroffen worden ist, einen touristischen Leitbetrieb in diese Region zu implementieren, um auf der einen Seite der Abwanderung entgegenzuwirken, auf der anderen Seite mit Investitionen Beschäftigungsimpulse zu setzen.

Ich glaube, es war goldrichtig, dieses wichtige Ressort im Bezirk Oberpullendorf, in Lutzmannsburg, zu implementieren und ich glaube auch, dass die Zahlen damals für sich gesprochen haben. Heute wissen wir, dass insgesamt knapp 100 Millionen Euro investiert worden sind.

Eine gewaltige, noch nie dagewesene Investition, die auf der einen Seite geeignet war, die Abwanderung zu stoppen und auf der anderen Seite natürlich dazu geeignet war, für einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung zu sorgen und auch beträchtliche Nächtigungszahlen ins Mittelburgenland zu bringen, das zumindest bis zu diesem Zeitpunkt touristisch eigentlich kaum erschlossen gewesen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Gleichzeitig hat dieser Leitbetrieb natürlich auch die gesamte Tourismusszenerie mit den kulturellen Angeboten bis hin zur Weinwirtschaft belebt. Wenn man jetzt ganz konkret mit dieser Attraktivierung, mit diesem Projekt hier und heute diskutiert, dann fällt auf, dass zum Unterschied zu Attraktivierungsangeboten in der Vergangenheit, ich erinnere nur an die damalige längste Rutsche Europas, die ein Highlight gewesen ist, die zusätzlich für Nächtigungen, die zusätzlich für Besucherströme gesorgt hat, diese Investition, diese Attraktivierung offensichtlich suboptimal, um es höflich zu formulieren, vorbereitet worden ist.

Im Detail haben meine Vorredner auf die einzelnen Kritikpunkte und Feststellungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Bezug genommen. Mehrfachfunktionen, die natürlich Kontrollen schwer möglich gemacht haben, ein fast gänzliches Versagen der Kontrollgremien, der Kontrollmechanismen, bis hin zu mangelnden Konzeptionen mit der Tourismusstudie auf der einen Seite und auch eine mangelnde strategische Vorbereitung.

Es gab auch keine entsprechenden Informationen beziehungsweise haben sie die Gremien erst gar nicht eingeholt. Einzigartig für Kontrollorgane, weil das ja das ureigene Sinn und Zweck, die ureigene Aufgabenstellung wäre, sich vollinhaltlich mit der Themenstellung eines Investitionsprojektes von 22,3 Millionen Euro auseinanderzusetzen.

Gar nicht daran zu denken, dass man überhaupt nicht berücksichtigt hat, dass es hier auch andere, zusätzliche Investitionen geben muss. Man hat sich viel zu wenig damit auseinandergesetzt. Die Missachtung der Vorgaben des Bundesvergabegesetzes, auch das Nichtvorhandensein betriebseigener Vergaberichtlinien müssen hier schwerstens bemängelt werden.

Wenn man sich die Gesamtstrategie vor Augen führt, dann hat man sich - und das war wahrscheinlich der schwerste Fehler - absolut fehlinvestiv verhalten, denn man hat mit der Schließung des Ruhebereiches, des Silent Domes, auch massiv Besucher verloren. Auch das ist etwas, was im Vorfeld zu klären ist. Wie wirkt sich eine Maßnahme aus?

Viele Mittelburgenländerinnen und Mittelburgenländer - ich weiß das aus persönlichen Gesprächen - suchen andere Destinationen auf, weil sie ruhesuchende Gäste sind. Gerade die Konzeption einer Familientherme in dieser Sonnentherme ist ja so ausgelegt, dass nicht unbedingt Eltern mit Kindern kommen, weil Eltern im Regelfall ja berufstätig sind, sondern dass die Großeltern kommen und die natürlich auch ruhebedürftig sind, was entsprechend verständlich ist.

Auch die Kostenüberschreitung ist etwas, worüber man nachzudenken hat. Auch hier haben sich die entsprechenden Aufsichtsorgane nicht wirklich rühmlich verhalten. Was mich persönlich sehr verwundert hat, war dann der Umstand, dass es im Spätherbst des Vorjahres Überlegungen gegeben hat, dieses Ressort zu privatisieren.

Dieses Ressort, in das, wie bereits gesagt, 100 Millionen Euro von der öffentlichen Hand investiert worden sind, um 4,8 Millionen Euro zu verkaufen, gemeinsam mit der Übernahme der Restverbindlichkeiten von 25 Millionen Euro, da muss ich schon sagen,

rein wirtschaftlich gesprochen, für mich völlig unverständlich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist kein Verkauf, das ist keine Privatisierung, das ist allenfalls ein Verschenken eines Ressorts und ich bin eigentlich froh, dass das so in dieser Form nicht zustande gekommen ist. Auch und vor allen Dingen deswegen, weil im Jahr 2014, im Wirtschaftsjahr 2014, das Ressort - also Hotel und Therme - einen Gewinn von 4,1 Millionen Euro abgeworfen hat.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man rein wirtschaftlich eine Hochrechnung anstellt, selbst unter der Annahme, dass nicht alljährlich vier Millionen Euro als Gewinn erwirtschaftet werden, so ist schon zu überlegen, ob die öffentliche Hand nicht dieses wesentliche Ressort in eigener Hand halten soll, weil in einigen Jahren die Restkredite abfinanziert sind und man dann mit den dann erwirtschafteten Gewinnen, die ja ins Landesvermögen übergehen, das Ressort weiter entwickeln kann, zum anderen natürlich auch beschäftigungspolitisch nachhaltig die Region beleben kann.

Ich kritisiere seit vielen Jahren den Umstand, dass eine Einrichtung, ein Ressort, das zu 100 Prozent in öffentlicher Hand steht, heute 50, 60 und mehr Prozent Ausländer beschäftigt.

Meine Damen und Herren! Das ist unerträglich, insbesondere in einer Zeit höchster Arbeitslosigkeit, das kann nicht sein! Daher muss diese Einrichtung auch in öffentlicher Hand bleiben, denn sonst laufen wir Gefahr, dass wir dann zu 100 Prozent dort ausländische Beschäftigte haben.

Da werden uns die Burgenländerinnen und Burgenländer zu Recht den Vorwurf machen, dass wir in den landeseigenen Einrichtungen nicht einmal Mittelburgenländer oder Burgenländer insgesamt beschäftigen. Ich sage das auch, weil es in anderen Landesteilen durchaus ähnliche Einrichtungen gibt.

Ich zitiere hier etwa die Kurbad AG in Bad Tatzmannsdorf, wo 93 Prozent Burgenländerinnen und Burgenländer beschäftigt sind. Das heißt also im Umkehrschluss, es geht, wenn man will. Wenn man die entsprechend fähige Geschäftsführung vor Ort hat, wenn man entsprechende Kontrollorgane hat, die ihre Aufgabenstellungen sehr ernst nimmt.

Ich denke, das ist auch die inhaltliche Herausforderung dieses Rechnungshofberichtes, dass wir auf der einen Seite all diese Schwächen, die aufgezeigt worden sind, beseitigen, dass wir eine professionelle Geschäftsführung mit einer klaren Aufgabenstellung, nämlich, dieses Ressort gewinnbringend zu führen, installieren, mit maximaler heimischer, sprich burgenländischer, mittelburgenländischer Beschäftigung, mit modernen Arbeitsplätzen für Burgenländerinnen und Burgenländer und dass man vor allen Dingen auch eine professionelle Begleitung in den Aufsichtsorganen hat. Auch das wäre mir sehr wichtig.

Ein Schlüssel auch als Ergebnis dieses Berichtes ist wohl auch der Umstand, dass wir die Fehlentscheidung, nämlich die Streichung dieses Ruhebereiches korrigieren und sofort wieder ein hochattraktives Angebot schaffen, einen Ruhebereich mit entsprechenden Wasserflächen.

Ich glaube, dann können wir das verloren gegangene Besucherpotential, vor allen Dingen aus dem Segment der Tagesgäste wieder für dieses Ressort gewinnen. Das wäre ein Gewinn für das Ressort, das wäre ein Gewinn für die Region, das wäre ein Gewinn für unser Heimatland Burgenland und deswegen bin ich dem Burgenländischen Landes-

Rechnungshof sehr dankbar, dass er ganz offen und schonungslos die Schwächen aufgezeigt hat, die hier in der Vergangenheit passiert sind.

Hier ist dem Herrn Dir. Mag. Mihalits zu danken, dass er ohne Ansehung von Personen hier eine effiziente, hochqualitative Prüfung vorgenommen hat, die richtungsweisend sein kann, denn man kann ja von einem Tag auf den anderen gescheiter werden. Ich hoffe, dass das auch Ausfluss aus diesem wichtigen Bericht ist.

Aus dieser Sicht nimmt meine Fraktion inhaltlich diesen Bericht auch sehr gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine kleine Korrektur: Der Rechnungshofbericht hat nur nachgewiesen, was alle vermutet haben. Der Rechnungshofbericht war zum Zeitpunkt, dass die Initiation dieser Prüfung passiert ist, eigentlich nicht nur für sich, sondern von allen anderen der festen Überzeugung, dass es im Bereich oder für diese Attraktivierungsinvestitionen keine geordnete Umsetzung gegeben hat, sondern dass auch der finanzielle Rahmen gesprengt wurde, was in der Bestätigung der Ergebnisse nunmehr vorliegt.

Das heißt, wir haben, und hier schließe ich mich meinen Vorrednern nicht gesamt, aber in einigen Punkten vollkommen an. Wir haben einen Scherbenhaufen, der sich auf den Beginn der Investition mit der Überlegung, mit der strategischen für diesen mittelburgenländischen Bereich einen Leitbetrieb zu kreieren und zu installieren, in der Umsetzung auf über 100 Millionen Euro an Investitionssumme bei einem, denke ich mir, Buchwert von rund 50 Millionen Euro, der jetzt veranschlagt wird, ein Kapitel, dass, und hier schließe ich dort an, verkaufstechnisch nur ganz schwierig zu handhaben ist.

Auf der anderen Seite, auf gut Deutsch gesagt, wird sich niemand so leicht finden, der 25 Millionen Euro Restverbindlichkeiten und dann noch den Buchwert zahlen wird. Den möchte ich sehen, weil das einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist und es wird sich auch so nicht begeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Festhaltung, und das ist äußerst wichtig, weil es in der sogenannten Diskussion, in der öffentlichen Berichterstattung nach dem Einlangen dieses Rechnungshofberichtes immer anders dargestellt wurde, ist eine Passage, die in der klaren Formulierung sehr wichtig ist: Die WiBAG als ursächliche Gegebenheit und Mutter des gesamten Betriebsgeschehens in Lutzmannsburg ist gekennzeichnet durch den Aufsichtsrat, durch die Generalversammlung und durch die Geschäftsführung.

In der Reihenfolge brauchen wir nicht darüber zu diskutieren, wo die Ursache für dieses gesamte Desaster zu suchen ist, das sich bei einem festgeschriebenen und festgelegten Beschluss auf 22,3 Millionen Euro und insgesamt dann auf 25,9 Millionen Euro bewegt hat, einfach nicht nachvollziehbar ist.

Ich meine, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Hier wird von öffentlicher Hand eine Investition weil, und das ist ja in den Vorreden jetzt auch nicht erwähnt worden, der Verkaufsprozess damals gescheitert ist, eine Investition von 22,3 Millionen Euro wurde veranschlagt und herauskommt dann so nebenbei gesprochen eben ein Betrag von 25,9 Millionen Euro.

Diese Überschreitung ist zwar nicht so einfach nachzuvollziehen, und das gemeinste in der Rechnungshofberichterstattung besteht dann darin, es hat keine

Gesamtkostenabrechnung gegeben für das Projekt, der sogenannten Attraktivierung, und es hat keinen Projektabschlussbericht gegeben.

Das heißt, für alle die dort verantwortlich waren, und das haben meine Vorredner aufgeschlüsselt, es waren einige die Verantwortung dort getragen haben, ist von der ausführenden Seite in der Regel nichts festgehalten worden, so dass auch für den Rechnungshof nichts nachvollziehbar ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Entwicklung war und das ist uns allen bewusst und bekannt, die Entwicklung war zu einem gewissen Zeitpunkt entweder wir verkaufen die Therme, weil es kritisch wird, weil sich eine neue Investition quasi setzen lassen muss. Bevor wir diese Investition setzen verkaufen wir es.

Dann hat es einen Verkaufsprozess gegeben, der und ich glaube das sagen nicht nur die Einheimischen in der Umgebung, sondern auch das gesamte Burgenland, der war mehr als irgendwie schwierig. Er hat sich auch einigermaßen kritisch angehört und er war auch sehr, sehr schwer nachvollziehbar. Tatsache ist, dass er gescheitert ist.

Und dann muss man eines auch für alle Burgenländerinnen und Burgenländer festhalten: Am Höhepunkt des Verkaufsprozesses, also bevor er noch definitiv gescheitert ist, ist was passiert? Weil wir heute schon ein Fragen-Antwortspiel argumentieren, was ist passiert? Am Höhepunkt des Verkaufsprozesses, der gescheitert ist, wurde der Geschäftsführer Mag. Stündl auf fünf Jahre vertragsverlängert.

Das heißt, was wäre passiert, um noch einmal im Fragensinne zu setzen, was wäre passiert, wenn der Verkaufsprozess erfolgreich gewesen wäre? Hätten wir den Stündl auch denen gleich mitverkauft oder wie wäre das umzusetzen gewesen?

Aber ich habe ehrlich gesagt noch nie erlebt, dass ich im Zusammenhang auf eine Zeitspanne, die quasi die Verkaufssituation bringt, den Geschäftsführer, der vorher schon in der Kritik gestanden ist, verlängere.

Und daher ist es jetzt auch Gegebenheit, dass nach dessen Vertragsverlängerung, und jetziger Freisetzung er wahrscheinlich, soweit ich das einschätze, ungefähr eineinhalb Jahre Vertragsentwicklung noch hat und wird das auch vollkommen und ganz in Anspruch nehmen. Aber das nur zur Klarheit in der Umsetzung für die Verantwortung und für die Gegebenheiten, die man heute eigentlich zur Seite schiebt.

Es hat eine Situation gegeben, die muss man sich nochmals, und das sollte sich auch jeder Burgenländer, jede Burgenländerin auf der Zunge zergehen lassen. Am Höhepunkt des Verkaufsprozesses wird ein Geschäftsführer der negativ angesehen wird, der kritisch betrachtet wird, nochmal verlängert.

Und jetzt sage ich etwas, das auch untergeht: Der Mag. Stündl hat als Geschäftsführer, und das hat mein Vorredner der Dr. Peter Rezar auch erwähnt, es geschafft, dass das GOP und alles was die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Therme anlangt, auch mit diesem Hotel, höhere Erträge abwirft, als jetzt zum Beispiel Frauenkirchen.

Diese Entwicklung um Sinne der Gegebenheiten die wirtschaftliche Kompositionen anlangt, hat der Dr. Rezar ausgeführt, war noch 2014 mit vier Millionen Euro Gegebenheit. Das heißt, die Motivation auf eine Entlassung, die auf wirtschaftlicher Konstruktion passiert, ist eigentlich nicht angebracht und ist auch nicht genehmigt.

Es ist allgemein klar, und das haben alle, die sich in dem Bereich dort diskutieren bewegt haben, der Herr Mag. Stündl hat mit den sogenannten privaten Bereichen rund um die Therme, was die Hotellerie anlangt, mit Sicherheit nicht das Beste einvernehmen

gehabt. Und alle Vorhaltungen, die quasi die Einbindung der Hotelbetreiber in den Gesamtbereich betroffen haben, wurden zum Teil nicht umgesetzt, nicht durchgeführt und daher auch immer wieder kritisiert.

Tatsache ist, dass eine Investition auf Attraktivierung stattgefunden hat, die mit der Kostenüberschreitung eines gebracht hat, die Situation wurde gestaltet für das Hotel. Das Hotel wurde ausgebaut, das Hotel wurde auf diese Familienplanung umgesetzt, mit dem Resultat, dass dieser Silent Dome, dieser Ruhebereich, dem Hotel zugeschlagen wurde.

Und das Potential, das jetzt quasi nachweislich gegeben ist, dass das Hotel eine hohe Auslastung von über 81 Prozent in der Berichterstattung hatte, gleichzeitig aber die Thermensituation ein Gäste-Minus in einer Kategorie von 250.000 Menschen gebracht hat.

Und diese Situation hätte man mit Sicherheit einfach bereinigen können. Man hätte einen Weg beschreiten können, dass diese sogenannten Ruhebereiche auch für den normalen Hotelgast Gegebenheit gewesen wären und nicht ausschließlich auf die Situation der sogenannten Therme, des Thermenhotels gemünzt wären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich diese Entwicklung auf diese Therme Lutzmannsburg hernehme, dann sind nicht nur in der sogenannten letzten und geprüften Entscheidung Überschreitungsfinanzierungen Gegebenheit gewesen, von eben den angesprochenen 3,6 Millionen Euro.

Sondern es steht auch eines fest, dass diese Überfinanzierung *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten der SPÖ)* von 3,6 Millionen Euro durch die Entnahme, geben Sie sich das bitte auf die Zunge, lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen, dieser Finanzierung von 3,6 Millionen Euro wurde durch 1,2 Millionen Euro Eigenmittel und 2,4 Millionen Euro Fremdmittel finanziert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich glaube, dass das für alle Abgeordneten eine Wegweisung ist, ich würde sie nicht abtun als etwas das halt passiert ist, und auch nicht an der Person des Mag. Stündl allein festmachen, sondern hier sind absolute Unkorrektheiten und auch Verantwortungslosigkeiten passiert, die auch in der Entsprechung mit Sicherheit geahndet werden sollten. Weil man kann es nicht so abtun als wäre das alles in ihrer Form.

Die zwei Regierungsverantwortlichen, also die Regierungsverantwortlichen sitzen nicht da, und die zwei neuen Regierungsmitglieder setzen uns jetzt quasi diese Situation zur Kenntnis aus, und damit soll es abgetan sein.

Ich glaube, dass es hier angebracht ist, mehr als zu fordern, dass das was die Verantwortlichkeiten, die ich benannt habe vom Aufsichtsrat beginnend, und wir alle wissen wer Aufsichtsratsvorsitzender war, dass von dort beginnend die Situation auf die Therme Lutzmannsburg entsprechend gehandhabt wird.

Und dass es nicht dazu kommt, dass zum Schluss, was jetzt wieder ansteht, eine Investition gesetzt werden muss, die die sogenannten Umstellungsprobleme beseitigen soll. Das wird wieder einige Millionen Euro kosten und zum Schluss wird sich jeder fragen, wer soll das finanzieren?

Das was die Bereitschaft zur neuen Investition anlangt, wird sicher kein Privater tragen. Wenn es ein Privater tragen sollte, weil es ja noch immer den sogenannten Verkaufsbeschluss gibt, der für die Therme Lutzmannsburg ansteht, dann wird er sich das auch vom Land holen.

Und ich glaube ein zweiter Glücksfall, wie der Herr Ressortbetreiber Reiter in Stegersbach und in Bad Tatzmannsdorf, wird uns leider nicht passieren. Und daher wird die Verantwortung auf eine positive Gestaltung und Geschäftsgebarung der Therme Lutzmannsburg wirklich am Land hängen bleiben.

Sie wird beim Land hängenbleiben unter der Voraussetzung, was auch mein Vorredner angesprochen hat, dass sich dort die Geschäftsführung im Einklang mit Verantwortlichen findet, die den Weg geht, dass sie erstens einmal, von der Beschäftigungsseite entsprechend Maßnahmen setzt, und zum zweiten, dass sie wirtschaftliche korrekte Umsetzung gewährleistet, die für das Burgenland mehr als von Nöten ist.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Erweiterungs- und Attraktivierungsinvestitionen in das Ressort Lutzmannsburg im Jahr 2012 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

15. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 320) betreffend Fairness für burgenländische Arbeitnehmer und Unternehmen (Zahl 21 - 230) (Beilage 342)

Präsident Christian Illedits: Der 15. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 320, betreffend Fairness für burgenländische Arbeitnehmer und Unternehmen, Zahl 21 - 230, Beilage 342.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Molnar.

General- und Spezialdebatte werden in einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Kollegen Robert Hergovich und Geza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Fairness für burgenländische Arbeitnehmer und Unternehmen, in ihrer 8. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurden mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Fairness für burgenländische Arbeitnehmer und Unternehmen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke für den Bericht Herr Abgeordneter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Fairness für burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmer und Unternehmerinnen - angesichts der aktuellen Arbeitsmarktdaten für das Burgenland fordert das Bündnis Liste Burgenland ein Umdenken in der burgenländischen Wirtschaftspolitik.

Das Burgenland braucht eine positive Willkommenskultur für Menschen und Firmen, die in unserem Land Projekte umsetzen und Investitionen tätigen möchten. Nicht die Politik, sondern nur innovative Unternehmer schaffen Wohlstand und Beschäftigung. Ein ansprechendes Umfeld für Investoren, eine schlanke Bürokratie und maßvolle Abgabe sind die effizientesten Konjunkturbelebungsprogramme für das Burgenland.

Das Burgenland braucht ein wirtschaftspolitisches Maßnahmenpaket, wo der Bürokratieabbau den höchsten Rang einnimmt. Die Politik ist für die Rahmenbedingungen verantwortlich, und die müssen schon lange im Burgenland schon etwas nachjustiert werden.

Maßnahmen, wie unser Herr Landeshauptmann heute in der Fragestunde berichtet hat, der österreichische Sanierungsscheck mit 600 Euro, die Photovoltaik-Aktion für Gemeinden bei 750 Euro Förderung kWpeak und der burgenländische Handwerkerbonus gedeckelt mit 5.000 Euro, das sind die richtigen Maßnahmen.

Das ist der richtige Weg der eingeschlagen wurde, aber die mehr als 13.000 Arbeitslosen im Burgenland zeigen ein mehr als trauriges Bild. Die Arbeitslosigkeit steigt kontinuierlich, obwohl die Beschäftigung ebenfalls steigt. Im Burgenland haben wir eine Beschäftigungsquote von rund 100.000 Personen.

In den letzten Jahren ist jedoch der Anteil der ausländischen Beschäftigten stark gestiegen. Bereits knapp 25 Prozent von den 100.000 Arbeitsplätzen im Burgenland entfallen auf Arbeitsplätze aus den östlichen Nachbarländern.

Die Gründe für die hohe Ausländerbeschäftigung liegen auf der Hand. Im Burgenland beträgt das Durchschnittseinkommen der unselbständigen Erwerbstätigen rund 1.700 Euro, während Arbeitnehmerinnen und Arbeiter in Ungarn und in der Slowakei weniger als 500 Euro verdienen. Es sind dringend notwendige Maßnahmen erforderlich.

Viele Einheimische und burgenländische Firmen erleiden dadurch einen ungerechtfertigten Wettbewerbsnachteil. Der Schaden für die heimischen Arbeitnehmer und Unternehmer ist enorm und es müssen entsprechende Sanktionen auferlegt werden, um dieses Problem lösen zu können.

Ich sehe den Sozialstaat Österreich bereits in diesem Bereich gefährdet, um nicht zu sagen, dass hier bereits Gefahr in Verzug ist. Als Unternehmer glaube ich, weiß ich schon in diesem Bereich und auch als burgenländischer Unternehmer wovon ich hier spreche.

Viele Firmen sind dem Billiglohnkonkurrenzkampf aus dem Ausland ausgeliefert. Wir benötigen einen dringenden Schutz der heimischen Unternehmer, wir brauchen aber auch mehr Finanzpolizei, um auf Baustellen vor Ort prüfen zu können. Was nützen uns Gesetze, wenn sie nicht kontrolliert werden? Was nützen uns zahnlose Gesetze, wenn man diese nicht exekutieren kann?

Und da darf ich vielleicht kurz darauf verweisen, es hat ja einen Gipfel für Lohn- und Sozialdumping gegeben, und ich zitiere hier: Konsequenzen für säumige Zahler werden gefordert. Für die Behörden sei das eine frustrierende Situation - so auch der Wirtschaftskammerpräsident Nemeth. Wenn man dann am Ende einer Überprüfung feststellen muss, dass man wie zum Beispiel im Bezirk Neusiedl mehr als eine Million Euro an Strafe ausstellt, aber gerade einmal 2.000 Euro davon hereinbekommen hat.

Und da verstehe ich die ÖVP auch nicht ganz, weil wenn ich mich recht erinnern kann, in einer unserer letzten Landtagssitzungen wurde es auch gefordert, die Aufstockung der Finanzpolizei, aber das wurde von der ÖVP abgelehnt, also sie hat hier nicht mitgestimmt.

Geld das in die bessere Ausstattung der Finanzpolizei investiert wird, würde sich extrem rentieren. Durch Strafen, beziehungsweise gesetzeskonformes Verhalten, das in Folge erwirkt wird erhöhen sich die Einnahmen der öffentlichen Hand um wesentlich mehr als diese Investitionen ausmachen würden.

Dass Minister Schelling das trotzdem nicht tut kann nur bedeuten, er hat am Ziel, nämlich rechtskonforme Steuern- und Abgabenleistung sowie Entlohnung und Unternehmen wenig Interesse. Das ist eigentlich für mich als burgenländischer Unternehmer erschreckend.

Danke. *(Beifall bei der LBL, GRÜNE und einigen Abgeordneten der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Gast auf der Galerie und draußen an den Bildschirmen. In diesem Antrag werden ja sehr interessante Zusammenhänge hergestellt. Etwa wenn es um die neuen Arbeitsplätze geht, die seit der Öffnung des Arbeitsmarktes geschaffen wurden, wäre es so und ich zitiere, dass diese statistisch gesehen ausschließlich ausländischen Beschäftigten zugutegekommen wären.

Nun Statistik ist Statistik und nicht das echte Leben. Es kann doch nicht sein, dass Sie wirklich nichts von den vielen neuen Arbeitsplätzen wissen, die in kleinen Start-up Unternehmen entstanden sind. Es kann doch nicht sein, dass für Sie ein Arbeitsplatz in einem Ein-Personen-Unternehmen weniger wert ist, als ein Arbeitsplatz im Hotelgewerbe.

Und wenn das alles wirklich so stimmt, warum eröffnet dann unser Herr Landeshauptmann ein neues Einkaufszentrum das zigtausende Quadratkilometer Boden versiegelt, wieder frisch versiegelt, wenn das eh keine Arbeitsplätze für Burgenländer und Burgenländerinnen bringt unterm Strich offensichtlich, aber gerade das wäre ihm ja so wichtig.

Wozu dann das Ganze? Das wäre ja nur mutwillige Umweltzerstörung und eine Attacke auf alle Klimaschutzmaßnahmen, das kann auch der Frau Landesrätin Eisenkopf ja nicht egal sein.

Und wenn die neuen Arbeitsplätze sowieso nichts bringen, weil, hier sind wir im Handel, da wissen wir auch, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht direkt aus dem Burgenland kommen, warum setzt man solche massiven Schritte? Wenn die Statistik so negativ beeinflusst wird, dann passt hier irgendetwas nicht zusammen.

Außerdem vermischen Sie in diesem Antrag zwei verschiedene unterschiedliche Bereiche der Arbeitsmarktpolitik. *(Abg. Robert Hergovich: Sie vermischen da etwas. Das stimmt ja alles nicht.)* Wie der Teil der Arbeitsmarktpolitik wo es darum geht, dass ausländische Arbeitskräfte Arbeitsplätze besetzen, und den Konkurrenzkampf der Unternehmen auf der anderen Seite, die zwar ihren Sitz in Ungarn oder in der Slowakei haben, daher billigere Arbeitskräfte anstellen können, aber ihre Dienstleistungen in Österreich anbieten.

Da haben wir ein ganz großes Problem, aber das darf nicht miteinander vermischt werden, das sind zwei völlig unterschiedliche Bereiche der Arbeitsmarktpolitik. *(Abg. Ewald Schnecker: Um das geht es ja.)*

Ein wirklich großes Problem haben wir bei den Lohnnebenkosten. Da sind sich sicher viele in diesem Saal hier einig, aber das ist etwas, was in diesem Antrag überhaupt nicht angesprochen wird. Was angesprochen wird ist die Entsenderichtlinie der EU.

Nun das interessante ist ja, dass die Entsenderichtlinie der EU bereits jetzt den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit festschreibt und die wollen Sie jetzt abschaffen? Nein, es muss darum gehen, dass die endlich umgesetzt wird. *(Abg. Werner Friedl: Wer zahlt das?)* Das ist der Punkt. *(Allgemeine Unruhe)* Es geht also nicht darum, etwas das nicht gut umgesetzt wird einfach abzuschaffen, sondern darauf zu achten, dass das auch wirklich umgesetzt wird.

Herr Präsident, ich habe eine Bitte, könnten Sie dafür sorgen, dass in dem Saal nicht so viel untereinander geredet wird? Dankeschön.

Zum Zweiten, frage ich mich, kennen Sie sich wirklich in den Branchen so gut aus, die Sie hier namentlich erwähnen? Es ist nämlich nicht so leicht in der Baubranche wirklich österreichische Arbeitskräfte zu finden.

Ich kann mich noch gut erinnern wie ich am Bau gearbeitet habe, habe ich meinen Chef, der alles andere als ein GRÜNER war, manche kennen ihn, ihn gefragt: Chef warum habe ich vor allem und fast ausschließlich ungarische Kollegen am Bau? Und er hat gesagt, Herr Kollege Schnecker, ich sage Ihnen was er mir geantwortet hat. Er hat mir gesagt, es bewerben sich keine Österreicher. Er hätte gern mehr, aber es bewerben sich zu wenige. *(Abg. Robert Hergovich: Frau Abgeordnete, warum sind über 2.000 am Bau arbeitslos?)*

Oder wissen Sie wie es einer Hotelbetreiberin geht in Lutzmannsburg die verzweifelt sucht nach einer Angestellten die 20 Stunden arbeitet, weil sie die Frühstücksgäste versorgen muss? Sie findet keine österreichische Bewerberin und ist froh, dass sich eine ungarische Bewerberin hier angeboten hat. *(Abg. Ingrid Salamon: Vielleicht liegt das auch an der Bezahlung.)* Es ist nicht alles so einfach wie es hier dargestellt wird.

Wissen Sie wie viele Bauunternehmer gerne Burgenländer oder Burgenländerinnen anstellen würden, wenn sich diese bewerben würden? Wissen Sie wie viele Gastgewerbebetriebe gerne Österreicherinnen und Österreicher anstellen würden, wenn sich diese bewerben würden? Ihre schwarz-weiß Malerei bringt uns leider am Arbeitsmarkt überhaupt nichts.

Mit Ihren Verboten erreichen Sie nichts außer neuem Kummer für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf der einen Seite und Sie schaffen neue Gräben zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Es muss darauf geachtet werden und ich denke, da sind wir uns ja einig, dass die Standards in den Firmen eingehalten werden. Erst dann wird es zu einer gerechten Zuteilung kommen von Arbeitsplätzen. Unternehmerinnen und Unternehmen einfach pauschal zu unterstellen, sie würden es sich halt leicht machen in dem sie sich die billigsten Arbeitskräfte von irgendwoher herholten, das kann nicht der richtige Weg sein.

Ich kann aber einen positiven Punkt in dem vorliegenden Antrag herausheben, nämlich das effektive Kontrollen und die Verstärkung der effektiven Kontrollen dem Rechtsbruch ein Ende setzen könnten, aber das ist in der Abstimmungsmaterie schon der einzig sinnvolle Ansatz.

Sie vermitteln durch Ihre Begründung Ihres Anliegens die Suche nach weiteren Schuldigen, nämlich nach den ausländischen Arbeitskräften selbst. Sie schreiben, es gibt zudem nachweislich eine Verdrängung von inländischen durch ausländische Beschäftigte. Es ist ein statistisches Mittel der einzige Beweis einer Verdrängung.

Ich zitiere noch einmal hier: Rund 22.000 von 100.000 Arbeitsplätzen im Burgenland entfallen auf Arbeitskräfte aus dem östlichen Nachbarländern, fast drei Viertel davon sind Pendler aus dem benachbarten Ungarn. Jo eh, laut Pendlerstatistik 2013 pendeln aber auch 26.000 Burgenländerinnen und Burgenländer nach Wien, 16.000 nach Niederösterreich, 6.500 in die Steiermark und 500 in die restlichen österreichischen Bundesländer zu ihrem Arbeitsort.

Was ist die Prognose? Was passiert wenn alle so eine Politik machen? Wien nimmt keine Burgenländer mehr, weil sie selber so viele Arbeitslose haben. *(Abg. Robert Hergovich: Was reden Sie da?)* Das kann ja nicht so weitergehen. *(Abg. Robert Hergovich: Was reden Sie da? Das passt ja alles nicht zusammen.)*

Es geht darum, Herr Kollege, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das passt sehr wohl zusammen.)* unterbrechen Sie mich nicht immer, ich höre Ihnen auch zu und rufe nicht dauernd dazwischen. *(Abg. Werner Friedl: Aber nicht immer.)* Stimmt auch, hin und wieder habe ich einen Zwischenruf, aber ich bin nicht so permanent unterbrechend wie der Kollege.

Ihre plumpen Rechnungen werden der Komplexität des Arbeitsmarktes einfach nicht gerecht. Ich finde es auch nicht zumutbar, dass eine Frau aus dem Südburgenland, ich kenne auch solche persönlich, die in der Früh von Tschanigraben nach Güssing mit dem Auto fahren, von Güssing mit dem Bus nach Wien fahren muss.

Dort beim BILLA bis um 12.00 Uhr arbeiten, dann drei Stunden Mittagspause hat, in der sie nichts machen kann und dann wieder mit dem Bus heimfahren und erst am späten Abend wieder heimkommt und das zu einem ganz miesen Lohn. Das sind die Arbeitsbedingungen, da ist der Lohn ein Hohn, absolut ein Hohn.

Aber dieser Antrag ändert nichts an diesem Zustand. Das sind unsere wahren Probleme. Sie hetzen heimisch Arbeitssuchende gegen ausländische Arbeitskräfte auf. Haben wir nicht genug Spaltungen in der Gesellschaft? Haben wir da nicht genug?

Ihre Forderungen nach geringeren Sozialleistungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die voll in den gemeinsamen Topf, in den FLAF, in den Familienlastenausgleichsfonds einzahlen, davon aber nur einen Teil herausbekommen sollen, wenn es nach Ihren Wünschen geht.

Und da sind Sie in guter Gesellschaft, oder aus meiner Sicht in schlechter Gesellschaft mit anderen Parteien. Das kann kein faires Mittel sein um hier Gerechtigkeit zu schaffen zwischen Menschen. Dieser Antrag ist eine Stimmungsmache. Er ist die Eröffnung der nächsten Runde des Spiels Grenzen dicht.

Wir schauen ab nun nur mehr auf uns selber, das ist weder vernünftig noch zukunftsweisend. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Walter Temmel)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle wissen, Beschäftigung ist die Grundlage für Existenz und Wohlstand. Beides sollten wir glaube ich, vorrangig, wenn es möglich ist, für unsere heimische Bevölkerung sichern. Das bedeutet gleichzeitige Erhaltung ihrer Lebensqualität, gepaart mit sozialer Sicherheit. Ich glaube, dass ist das Wesen worum es hier geht.

Für uns gilt es, Österreich zuerst am Arbeitsmarkt in gewissen Bereichen wo es notwendig ist. Das hat die FPÖ durch unzählige Initiativen, Anträge im Nationalrat und durch verschiedene Anträge in allen Landtagen bewiesen, wenn es zum Beispiel darum ging die Übergangsfristen bei der Ostöffnung am Arbeitsmarkt zu verlängern um unsere österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohn- und Sozialdumping zu schützen.

Die Folge war, die FPÖ wurde als Hetzer hingestellt, nur weil wir als einzige auf die gravierenden Probleme und Fehlentwicklungen hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht haben. Dinge beim Namen zu nennen, wenn es notwendig ist, kann keine Hetze sein, schon gar nicht, wenn man für unsere Bevölkerung, für unsere arbeitssuchende Bevölkerung, für unsere Familien eintritt, damit sie ihr tägliches Leben bestreiten können.

Hier geht es um Existenzen, um Existenzängste nicht vom Arbeitsmarkt verdrängt zu werden auf Grund verschiedener Umstände und Einflüsse, um sein Hab und Gut erhalten zu können.

In den vergangenen Jahren war die Krise, eigentlich die Krise in verschiedenen Bereichen ein ständiger Begleiter. Die aktuelle Krise, die Flüchtlingskrise ist eine weitere Herausforderung nach der Finanz- und Verschuldungskrise in Europa. Vieles ist auch hausgemacht, weil mit einem bestimmten „Wurtschtigkeitselan“ an Sachen herangegangen wurde und man mit Schönrederei beschäftigt war. Jetzt steht die nächste Krise an die es zu bewältigen und zu korrigieren gilt.

Die Krise lautet: Arbeitslosigkeit im großen Stil und Gefährdung des Sozialsystems. Manchen die in der Verantwortung stehen ringt das leider nur ein Achselzucken ab, das kann aber nicht wohl unsere Meinung sein, geschätzte Damen und Herren.

Noch nie in der Geschichte der zweiten Republik waren so viele Menschen ohne Arbeit, dass sollte uns zum Denken geben und benötigt eben Handlungsbedarf. Auch der Direktor der Wiener Arbeiterkammer, Werner Muhm, kritisierte mit scharfen Worten: Die Arbeitslosigkeit in Österreich, die in hohem Ausmaß importiert ist und stellte gleichzeitig die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU in Frage.

Österreich hat in der Europäischen Union den dritthöchsten Anteil an ausländischen Beschäftigten, inklusive Arbeitslose summa summarum. Die aktuelle

Rekordarbeitslosigkeit belegt erneut, dass Österreichs Arbeitslosigkeit auch das Ergebnis einer ungezügelten Zuwanderung in unserem Arbeitsmarkt ist.

Durch die stetige Flüchtlingszuwanderung wird die Zahl der Arbeitslosen in den nächsten Monaten aber noch weiter ansteigen. Das sind die Spätfolgen der Einladungspolitik. Mit Jahren der Verspätung wird vollinhaltlich die Richtigkeit der Freiheitlichen Analyse, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit durch die Ostöffnung, insbesondere die Arbeitslosigkeit explodieren lässt.

Seit der Öffnung des Arbeitsmarktes sind insgesamt mehr als 100.000 Arbeitskräfte, vorwiegend aus Ungarn, der Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänen in unser Land gekommen. Ein Zusammenhang zwischen der Ostöffnung und der Rekordarbeitslosigkeit ist damit offensichtlich, besonders betroffen ist natürlich das Burgenland.

Die offenen Grenzen haben am Arbeitsmarkt zu einem Verdrängungseffekt und damit zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Vor allem die vorteilhaften Kollektivverträge mit dem hohen Lohnniveau und die hohen Sozialleistungen sind ein Magnet für Osteuropäer.

Wir können uns aber einen Import von Arbeitslosigkeit in unser Sozialsystem einfach nicht mehr leisten. Es ist somit auch offenkundig, dass eine ausreichende Annäherung des Lohnniveaus der Oststaaten an das österreichische Niveau nicht erfolgt ist.

Die geforderte Verlängerung der Übergangsfristen wäre unbedingt notwendig gewesen, um damit die Möglichkeit zu schaffen, den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt durch nationale Maßnahmen und Zugangsbeschränkungen zu regeln. Das alles ist leider nicht passiert, deshalb ist der Druck am Arbeitsmarkt durch die Arbeitsmigration immer weiter gestiegen.

Die massive Arbeitslosigkeit belastet natürlich das Sozialsystem und somit den öffentlichen Haushalt. Die Arbeitslosigkeit ist daher nicht nur ein großes persönliches Problem für den Betroffenen der Arbeit sucht. Die Arbeitslosigkeit wird auch eine massive Belastung für unseren Sozialstaat und Haushaltsstaat und damit wieder für den Steuerzahler.

Dem Arbeitnehmer aus dem Ausland zum Beispiel, die auf Basis die Entsenderichtlinien in Österreich arbeiten, zahlen nur niedrige Sozialversicherungsabgaben im Ausland. Ein Schutzmechanismus für den heimischen Arbeitsmarkt ist somit ein Gebot der Stunde und es sind daher alle notwendigen Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu setzen, denn das Burgenland als Grenzregion ist von der Liberalisierung des Arbeitsmarktes besonders betroffen.

Das Burgenland verzeichnet die meisten Tagespendler aus dem Ausland, nämlich 16.000 pro Tag. Keine andere Region in Europa ist diesbezüglich mit dem Burgenland vergleichbar. Denn wenn die Zahl der Beschäftigung steigt und gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen, gibt es nachweislich eine Verdrängung von inländischen durch ausländische Beschäftigte. Grenzpendler, Arbeitsmigranten, Asylberechtigte und Flüchtlinge stellen den burgenländischen Arbeitsmarkt vor neue Herausforderungen.

Deshalb muss darauf reagiert werden, das Problem darf nicht negiert werden. Deshalb hoffe ich, dass der Entschließungsantrag einstimmig als Signal an die Bundesregierung beschlossen wird, zur Fairness natürlich der Unternehmer.

Es geht keinesfalls darum, heimische Unternehmer etwa und speziell in der Gastronomie und Tourismus von der oft dringend benötigten Zufuhr von Arbeitskräften abzuschneiden. Es geht darum, dass wir angesichts von 500.000 Arbeitslosen nicht auch noch Gastarbeitslosigkeit importieren und heimische Arbeitskräfte einem aussichtslosen Konkurrenzkampf ausliefern.

Das heißt, geregelter Arbeitsmarktzugang, sprich eine Schutzklausel in den exponierten Branchen, wie zum Beispiel der Baubranche, weil die hervorgesagte Annäherung der Lohn- und Sozialstandards nicht eingetreten ist.

Hier soll es eine Beschränkung des Arbeitsmarktes geben. Auch eine Nachschärfung der Entsendungsrichtlinie, Aufstockung der Finanzpolizei um Lohn- und Sozialdumping einzudämmen, Lohndumping geht mittelfristig mit Preisdumping zum Schaden der heimischen Wirtschaft einher. Um das Gefüge in unserem Sozialstaat nicht zu gefährden, müssen die entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden. Außergewöhnliche Umstände erfordern eben außergewöhnliche Maßnahmen. Wir müssen unsere nationalen Interessen schützen. Wir sind bei der Arbeitsmarktpolitik bei der Realität angekommen.

Denkt bei der Abstimmung bitte an unsere arbeitssuchende Bevölkerung zu Hause. Es heißt in unserer Landeshymne in der ersten Zeile bei der ersten Strophe eben, "Mein Heimatvolk mein Heimatland mit Österreich verbunden". Ich glaube, das sind wir unserer arbeitssuchenden Bevölkerung, *(Abg. Walter Temmel: Und Europa!)* unserem Volk schuldig, damit wir auf sie schauen. Danke. *(Abg. Walter Temmel: Und Europa! – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute in dem vorliegenden Entschließungsantrag um drei Themenblöcke.

Der erste Themenblock betrifft die geforderte Nachschärfung bei der Entsenderichtlinie. Zeitweise wurde ja schon von einem Aussetzen gesprochen, zeitweise wurde von der Abschaffung dieser Entsenderichtlinie gesprochen. Konkret wird von den Kollegen der SPÖ und der FPÖ gefordert: die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge sich auf Europäischer Ebene für Nachschärfungen bei der Entsenderichtlinie und eine Schutzklausel für temporäre und sektorale Beschränkungen in exponierten Branchen einsetzen.

Ja, heute haben wir, glaube ich, die Gelegenheit, andere zu Wort kommen zu lassen, weil ich glaube, mir werden Sie als Vertreter der Opposition ja weniger Glauben schenken. Aber was sagen eigentlich Stimmen zu diesen heutigen Forderungen des Herrn Landeshauptmannes Niessl, vorgetragen in Ö1 und Ö3? Beispielsweise aus der Wirtschaftskammer kommt folgende Information:

„Ablehnung kommt aus der Wirtschaft zum Vorstoß von Landeshauptmann Niessl, die Entsenderichtlinie abzuschaffen. Dies käme einer Schließung des Arbeitsmarktes für EU-Ausländer gleich. Wäre damit ein klarer Widerspruch zu den Grundfesten der Europäischen Union“, sagt Wirtschaftskammervertreter Gleitsmann.

Was sagt die eigene Parteienlandschaft des Herrn Landeshauptmannes? Der Herr Bundesminister Stöger – „die Entsenderichtlinie ist wichtig, denn sie verhindert Lohn- und Sozialdumping und manches sehe er dann wie Niessl“, interessant.

Also auf der einen Seite möchte man die Vorzüge einer Richtlinie natürlich behalten, jene Möglichkeiten, die damit ausländischen Arbeitskräften gegeben werden, die möchte man nicht. Ganz einfach, Rosinen picken. Was sagt beispielsweise die Industriellenvereinigung dazu? „Die immer wieder erhobenen Stimmen zur Verschärfung bei der Entsenderichtlinie gehen völlig am Problem vorbei, denn unsere Betriebe kämpfen mit einer kosten- und zeitintensiven Bürokratie und Überregulierung, die ihresgleichen sucht. Viel weniger ist der Kampf am Arbeitsmarkt zu spüren“, sagt Industriellenvereinigung-Generalsekretär Neumayer.

Was sagt ein burgenländischer Vertreter zu diesen Forderungen? Der Präsident der Wirtschaftskammer Burgenland, Peter Nemeth, sagt, er warne vor billigem Populismus mit unrealistischen Forderungen nach Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt. Unsere Wirtschaft profitiert ungleich mehr von offenen Märkten, auch wenn das derzeit nicht besonders populär klingt. Jetzt wird es interessant. Heute wurde ja schon Johannes Kopf in den Zeugenstand vom Kollegen Hergovich gerufen. Danke der Kollegin Petrik, dass sie das gleich klargestellt hat und verlesen hat, was der Kollege Kopf gesagt hat. Deshalb brauche ich es ja nicht wiederholen.

Aber ganz interessant ist, der Herr Landeshauptmann selbst hat sich ja massiv widersprochen. In der Anfragebeantwortung heute Morgen hat er gesagt, das Burgenland ist ein exportorientiertes Land und hat sich gerade deshalb, weil der Export gestiegen ist, hervorragend entwickelt. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, man wird es sich nicht aussuchen können, dass man sich nur Vorteile von Verträgen erwarten kann. Man wird eben auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass es Standortvorteile gibt, wenn wir uns exportorientiert ausrichten, wenn wir versuchen unsere Dienstleistungen, unsere Betriebe auch im Ausland zu positionieren. Auf der anderen Seite müssen wir in Kauf nehmen, dass natürlich auch dann Dienstleistungen von ausländischen Betrieben im Burgenland angeboten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deshalb glaube ich, wenn man das abwägt, und der Herr Landeshauptmann selbst behauptet, dass die exportorientierte Wirtschaft im Burgenland ein wichtiger Teil des Standortvorteiles unseres Heimatlandes ist, dann hat er, glaube ich, selbst alles begründet, was man wissen muss, dass man so wie die Österreichische Volkspartei den ersten Punkt der Forderung von Rot-Blau ablehnt.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge ein dichtes Kontrollnetz durch personelle Aufstockung der Finanzpolizei ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der zweite Punkt der Forderung. Da sind wir ja eigentlich, wenn man das oberflächlich betrachtet, ganz bei Ihnen. Natürlich wäre eine Forderung nach mehr Finanzpolizei sinnvoll. Aber wissen Sie, wann das sinnvoll wäre? Wenn es bilaterale Abkommen gibt. Kollege Hutter, Sie haben das so schön heute erklärt. Die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl stellt Strafen aus, in der Höhe von über einer Million Euro und bekommt real 2.000 Euro herein. Den Grund dafür haben Sie nicht gesagt. Es gibt keine Mechanismen, es gibt keine Verträge, es gibt keine Abkommen mit unseren Nachbarländern, dass diese Strafen exekutiert werden. Das was im Verkehrsstrafenbereich völlig auf der Tagesordnung ist, was man dort längst umgesetzt hat, da sind wir gefordert, da müssen wir die Bundesregierung auffordern. Denn ich frage Sie, was werden diese 50 zusätzlichen Finanzpolizisten denn machen?

Glauben Sie wirklich, dass man irgendwann deren Leistung daran bemessen wird, dass nächstes Mal zwei Millionen Euro Strafen ausgestellt werden und 4.000 Euro hereinkommen? Nein, sie werden die burgenländischen Unternehmen kontrollieren und nochmals kontrollieren. Wen sollen sie denn sonst habhaft machen? Das ist so ähnlich wie die ominöse Millionärssteuer. In der Theorie hervorragend, aber erwischen wird man immer nur jene, die ein Sparbuch haben und ein Haus, und dasselbe ist bei der Finanzpolizei. Wenn wir nicht die bilateralen Abkommen… *(Zwischenruf der Abg. Doris Prohaska)*

Frau Kollegin, wenn Sie die Möglichkeit nutzen und mir das widerlegen können, dass es bilaterale Abkommen gibt, dass Ihre Forderung hier wirklich Sinn macht, gerne. Gehen Sie ans Rednerpult, erklären Sie es mir. Ansonsten kann ich Ihnen nur sagen, diese Forderung ist nur eines, populistisch. Populismus bringt uns sicherlich am Arbeitsmarkt nicht weiter. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der dritte Punkt ist relativ einfach, er ist nämlich vom Tagesordnungspunkt 21, den die ÖVP-Fraktion eingebracht hat, entnommen oder zumindest wortident. Wir sind hier einer Meinung, möchte ich damit sagen. Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge Einschränkungen im Bereich der Sozialleistungen für im Ausland lebende Familienangehörige von den in Österreich beschäftigten Ausländern umsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor eineinhalb Jahren hat Sebastian Kurz diese Forderung aufgestellt, ich kann mich noch gut erinnern, da war der Herr Häupl dann in Rage und hat natürlich versucht am billigsten mit polemischen Sprüchen am Wählermarkt noch einmal zu realisieren und hat Sebastian Kurz damals Lügen gestraft, dass das nicht möglich ist, dass es hier klare EU-Richtlinien gibt. Heute sind es die ebensolchen Sozialdemokraten mit Unterstützung der etwas ja, noch nicht so ganz sozialdemokratischen Freiheitlichen im Burgenland, die genau das fordern, was Sebastian Kurz vor eineinhalb Jahren… *(Abg. Doris Prohaska: Schade um die Zeit!)*

Mein Gott ich weiß ja, Doris, das ist so herzhaft schwer, wenn man 15 Jahre gegen die Freiheitlichen geredet hat und plötzlich sitzt man mit denen in einem Boot. Da kann ich nichts dafür, das musst Du mit Dir selber klären. Das musst Du für Dich selber klären. Die Psychohygiene der Sozialdemokratie macht Ihr bitte im Klub. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, *(Abg. Ilse Benkö: Alles in Ordnung?)* selbstverständlich, Frau Kollegin, wir waren uns in härteren Aussagen immer einig. *(Abg. Ilse Benkö: Immer einig, aber bei gewissen Sachen…!)* Jetzt möchte ich noch etwas anmerken, also, da sind wir d‘accord, das ist eine Forderung, da sind wir auf jeden Fall mit im Boot, sogar mit der FPÖ und SPÖ, was ich da klar sage. *(Abg. Ilse Benkö: Gott sei Dank!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Na Gott sei Dank. Das einzige was ich Euch noch mitgeben möchte, Herr Kollege Wiesler, ich möchte nicht schulmeistern, weil ich bin so oft hier vom Rednerpult *(Abg. Ilse Benkö: Du bist auch kein Lehrer!)* aus geschulmeistert worden, ich möchte nur anmerken, Sie haben gesagt, man muss gegen die Arbeitslosigkeit etwas tun, man muss hier versuchen, alles in die Wege zu leiten. *(Abg. Ilse Benkö: Man sollte!)*

Meine Fraktion, die erinnern Sie immer, Ihr seid jetzt in Opposition, dann darf ich von dieser Stelle aus sagen, Ihr seid jetzt in der Regierung. *(Abg. Ilse Benkö: Wir werden durchsetzen, was Ihr nicht geschafft habt, jawohl!)*

Ihr, Eure Partner, Eure Mehrheiten im Burgenländischen Landtag sind gefordert für 16.000 Arbeit suchende Menschen in diesem Land Perspektiven zu schaffen und die *(Abg. Ilse Benkö: Aber die Bundesregierung darf man auch nicht außer Acht lassen!)* Bundesregierung können wir gleich mit in die Verantwortung nehmen. Ich habe da überhaupt kein Problem, *(Abg. Ilse Benkö: Ja genau, bravo!)* aber der Kollege Wiesler sollte sich von der Illusion verabschieden, dass er eine Oppositionspartei hier repräsentiert.

Ihr seid am Zug, Ihr tragt Verantwortung! Wo sind die Umsetzungen all dieser Projekte, die Ihr Euch hier wünscht? *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Ilse Benkö: Wir sollen jetzt machen, was Ihr jahrzehntelang nicht gemacht habt!)* Kollegin Benkö, jetzt möchte ich nicht den Gerhard Steier noch einmal zitieren, aber die Botschaft höre ich wohl, den Rest kennen Sie schon.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ausgeführt, dass zwei Punkte Ihres Antrages nicht unsere Zustimmung finden, einen Punkt würden wir sehr gerne unterstützen. Demgemäß habe ich ein Verlangen auf getrennte Abstimmung gemäß § 17 Abs. 6 GeOLT gestellt. Mir ist bewusst, dass das eine oder andere Mal diese Passage auch anders ausgelegt wurde, ich möchte aber anmerken, dass es heute darum geht, hier unseren Standpunkt klar zu machen.

Wir möchten eben einen Teil Eures Entschließungsantrages unterstützen und ich hoffe, so wie ich das im Vorfeld kommuniziert habe, auf Eure Unterstützung, dass es möglich wird, dass wir hier getrennt abstimmen können. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist es sehr beeindruckend, denn das Burgenland gibt die Bundesthemen schon seit einigen Monaten vor und es ist insbesondere der Landeshauptmann, der immer sehr lautstark die Stimme erhebt, wenn es um burgenländische Interessen geht, aber auch gesamtösterreichische Interessen vertritt. Das war beispielsweise bei der Steuerreform so, als er der Erste war, der über den Kurier österreichweit die Steuerreform gefordert hat und im Anschluss auch ganz Österreich darüber diskutiert hat. Das Ende kennen wir, die größte Steuerreform der zweiten Republik. Die Menschen spüren das im Moment auch im Börsel.

Das war aber auch beim Thema Sicherheit, insbesondere beim Thema Grenzschutz so, und das ist jetzt auch beim Thema Arbeitsmarkt so. Denn wenn man gestern den Kurier verfolgt hat oder heute auch die Printmedien verfolgt hat, aber auch TV und Radio gehört, beziehungsweise gesehen hat, dann sieht man, dass das Thema Arbeitsmarkt ebenso aus dem Burgenland wieder in ganz Österreich zum Thema wurde und ich glaube es ist gut und richtig so. Der Arbeitsmarkt im Burgenland ist ein zweischneidiges Schwert, wenn man es so formulieren will. Auf der einen Seite haben wir Gott sei Dank Rekordbeschäftigung, die Arbeitsplätze nehmen zu, die Beschäftigung steigt, Menschen finden Arbeit und auf der anderen Seite steigt leider auch die Arbeitslosigkeit. Und das auch in einem gar nicht so kleinen Ausmaß.

Ich weiß schon, bei all diesen Themen die hier der Landeshauptmann um das Burgenland österreichweit thematisiert hat, gab es reflexartig ein Nein, so wie heute der Kollege Sagartz das heute vorgelesen hat. Das war immer so, ein reflexartiges Nein,

kommt nicht in Frage, da spricht alles dagegen, EU-Recht und was weiß denn ich, und man versteckt sich hinter Abkommen oder sonst etwas. Aber nach einer Diskussionsphase gab es dann immer statt dem Nein ein Ja und mittlerweile gibt es in vielen Bereichen auch ein Ergebnis dazu, das wirklich positiv ist.

Trotzdem können Länder, und das machen auch alle Bundesländer, und es bemüht sich auch der Bund, das muss man schon auch erwähnen, sie versuchen alle Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie versuchen antizyklisch zu investieren, sie versuchen eine Investitionsquote zu schaffen, dass Menschen in Beschäftigung bleiben, dass die Wirtschaft auch Aufträge erhält. Das machen wir im Burgenland ebenso. Wir haben Kraftpakete geschnürt. Wir werden auch in diesem Budget 2016 ordentlich investieren. Immerhin wird jeder fünfte Euro der Investitionen für Wirtschaft und Beschäftigung zur Verfügung gestellt, immerhin 232,6 Millionen Euro. Darüber hinaus gibt es das Additionalitätsprogramm, 111 Millionen Euro zusätzlich zu den EU-Förderungen vom Bund und auch vom Land Burgenland, aber auch die Arbeitnehmerförderung ist ein ganz wesentlicher und wichtiger Teil hier. 3,65 Millionen Euro werden hier zur Verfügung gestellt. Wir haben heute auch schon über einen Handwerkerbonus gesprochen, der viel dazu beigetragen hat, dass es Beschäftigung im Burgenland weiter gibt.

Also wir können natürlich Anreize schaffen, wir können Rahmenbedingungen schaffen. Das Ergebnis ist sichtbar. Das sechste Mal in Folge Rekordbeschäftigung im Burgenland, ein tolles Ergebnis, das wir hier verzeichnen können. Immerhin 104.784 Beschäftigte im Juli 2015. *(Abg. Manfred Kölly: Hast Du die Arbeitslosen auch gezählt?)* Ja, ich sage auch die Arbeitslosigkeit steigt, das ist der negative Aspekt. Da gibt es nichts zu beschönigen. Die Politik kann die Rahmenbedingungen schaffen, aber man muss schon feststellen, dass eingestellt wird von der Wirtschaft, von den Betrieben, von den Unternehmerinnen und Unternehmern. Das ist auch gut so.

Aber ich möchte da schon klar stellen, wenn man immer die Schuld leichtfertig der Politik gibt, dann muss man sich schon in Erinnerung rufen, dass immerhin nicht die Politik einstellt, sondern die Unternehmungen, was ich auch befürworte und das ist auch gut so. Trotzdem muss man feststellen, und das auch sehr selbstkritisch, dass seit der Arbeitsmarktöffnung die Zahl der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Burgenland um über 55 Prozent, nämlich auf 22.047 gestiegen ist. Das ist keine Zahl die man wegwischen kann. Das ist eine Sonderstellung, die hier das Burgenland vorweist.

Im gleichen Zeitraum, wenn man sich die inländische Beschäftigungsquote anschaut, dann wird man feststellen, dass wir leider sogar ein kleines Minus von 0,6 Prozent zu verzeichnen haben. Daher wäre ich sehr, sehr vorsichtig bei solchen Aussagen, Kollegin Petrik, die Sie vorher getätigt haben. Wir reden hier um Schicksale von Burgenländerinnen und Burgenländer. Das muss man schon sagen. Wenn wir es zusammenbringen, dass die Beschäftigung steigt, stellen Sie sich vor die Beschäftigung wäre nicht gestiegen, wie das Spiel erst dann ausgegangen wäre. Es gibt noch eine Besonderheit die das Burgenland vorfindet, nämlich die Einpendlerinnen und Einpendler aus dem Ausland. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die täglich aus dem Ausland in das Burgenland pendeln und hier ihrer Beschäftigung nachgehen. Hier haben wir eine Quote zu verzeichnen von 16,62 Prozent. 16,62 Prozent. Im Vergleich zu allen anderen Bundesländern, es gibt kein Bundesland, das über fünf Prozent kommt.

Noch einmal, Burgenland rund 17 Prozent, kein anderes Bundesland über fünf Prozent! Das sind schon Dinge, die muss man schon sehr nüchtern betrachten und sehr sachlich diskutieren. Insbesondere bei ausländischen Unternehmungen die kontrolliert werden, stellt man oft fest, dass es hier zu Verstößen beim Lohn- und

Sozialdumpingbekämpfungsgesetz gibt. Immerhin gab es am Bau bei jeder vierten ausländischen Firma, die kontrolliert wurde, Mängel und gab es auch Anzeigen. Daher sind Maßnahmen notwendig. Hinter Abkommen sich zu verstecken, das bringt nichts. Die Menschen erwarten Antworten von uns und die wollen wir auch geben. Wir wollen den Schutzschirm für die Burgenländerinnen und Burgenländer erweitern, nämlich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber auch für Unternehmungen, die hier im Burgenland wirklich ordentlich arbeiten. Erstens, nämlich die Entsenderichtlinie, die muss verschärft werden, denn der Wirtschaftskammer Österreich zufolge pendelten im Vorjahr 150.000 Menschen nach Österreich ein um hier zu arbeiten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ab dem ersten Tag, wo sie hier bei uns in Österreich arbeiten muss es doch klar sein, dass dieselben Spielregeln gelten, egal ob das ein burgenländisches Unternehmen oder ein Unternehmen aus dem Ausland ist. Ich verstehe nicht, wie man hier nicht dafür sein kann. Wenn wir die Interessen unserer Unternehmungen ernst nehmen, dann muss man auch ja zu diesem Punkt sagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweitens: Wir wollen, dass wir über eine temporäre und sektorale Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit diskutieren. Das darf kein Tabuthema sein und nicht wie hier versucht wird, oje über das Gastgewerbe und die Pflege hat nie wer gesprochen. *(Abg. Manfred Kölly: Die FPÖ hat gesagt generell, aufpassen, dann haben sie revidiert!)* Dort brauchen wir natürlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und da war das nicht einmal Thema. Aber Kollegin Petrik, wenn Sie vom Bau- und Baunebengewerbe sprechen und Sie sehen, dass mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in der Baubranche arbeitslos sind als Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland in das Burgenland nach Österreich pendeln, dann muss man ja darüber diskutieren, ob eine sektorale und temporäre Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in diesem Bereich nicht möglich ist.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja nichts Neues. Man erfindet ja das Rad hier nicht ein zweites Mal. Das ist ja gelebte Praxis im Rahmen der Übergangsfristen, wo eine Kommission - und das schlage ich auch vor - eine Kommission, bestehend aus dem Arbeitsmarktservice, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, also Wirtschaftskammer, aus Vertretern der Arbeiterkammer und der Gewerkschaften sich mit der Politik zusammensetzen und sagen, ja wo wollen wir temporär und sektoral Einschränkungen im Burgenland machen, damit Beschäftigung für die Burgenländerinnen und Burgenländer gewährleistet ist. Also ich weiß nicht, was da schlecht sein soll. Das hatten wir immerhin sieben Jahre im Burgenland erfolgreich gehabt. Das war gelebte Praxis und das jetzt zu kritisieren, da fehlt mir zumindest das Verständnis.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mit Unternehmungen, Unternehmerinnen und Unternehmern spreche, insbesondere im Bau- und Baunebengewerbe, dann habe ich nach fünf Minuten immer das gleiche Statement. Es muss mehr kontrolliert werden. Es muss nach 16.00 Uhr kontrolliert werden und es muss auch am Wochenende kontrolliert werden. Also auch hier ist die Forderung, die wir hier aufstellen, ja nichts Böses. Ganz im Gegenteil. Wir wollen, dass sich alle nach den Spielregeln in Österreich halten und dass hier nicht unfair gespielt wird.

Daher wollen wir eine Aufstockung der jetzigen Finanzpolizei auf 50 Planstellen. Das ist ja nichts Unanständiges. Ich verstehe auch nicht, warum der Kollege Sagartz hier Angst hat und sagt da werden die einheimischen Unternehmungen kontrolliert. Ja, fragen Sie Ihre Betriebe, die sagen sie haben gar kein Problem mit einer Kontrolle. Die haben ja nichts zum Verbergen. Es geht um andere Unternehmungen, die sich nicht an die

Spielregeln halten und die soll man ordentlich kontrollieren, nach 16.00 Uhr und auch am Wochenende, liebe Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir wollen also diesen Schutzschirm weiter spannen und genau diese Maßnahmen hier machen. Wir wollen darüber hinaus eine weitere Maßnahme. Wir wollen die Familienbeihilfe anpassen. Sie alle, geschätzte Kolleginnen und Kollegen wissen, dass die Familienbeihilfe dem österreichischen Standard ausgelegt und angepasst ist. Wenn man jetzt aus Rumänien beispielsweise kommt, dann ist ja das keine Überraschung, dass die Lebenserhaltungskosten deutlich niedriger sind wie in Österreich.

Also warum soll man nicht darüber diskutieren, ob man die Familienbeihilfe nicht auf das jeweilige Zielland anpasst? Ich finde da nichts Verwerfliches. Es wäre nur gerecht einer österreichischen oder burgenländischen Familie gegenüber hier diese Dinge anzudenken und auch umzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute schon den AMS-Chef Dr. Johannes Kopf zitiert, zitiert nicht, ich habe sinngemäß wiedergegeben, was er im Ö1 heute gesagt hat. Die Kollegin Petrik hat dann vorgelesen aus dem ORF. Jetzt muss ich Sie ein wenig in Schutz nehmen, da steht nicht alles drinnen, was er heute gesagt hat, aber ich muss Ihnen schon vorwerfen, dass Sie die Zitate aus dem Zusammenhang gerissen haben und das gesagt haben, was Ihnen gerade recht war. Wirklich hat er gesagt: Nicht nur das Burgenland, sondern ganz Ostösterreich hat das Problem, nicht nur das Burgenland, sondern ganz Ostösterreich - also auch Wien und Niederösterreich - und er sagt ganz deutlich, es gibt einen Verdrängungswettbewerb. Da kann man doch nicht zur Tagesordnung zurückkehren! Da muss man doch etwas machen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß schon, es gibt bei jedem Argument ein Gegenargument, es gibt das Totschlagargument, das EU-Recht lässt das nicht zu. Ich glaube nur alles ist möglich, wenn man nur will. Wenn man sich anstrengt und ordentlich diskutiert und danach ordentliche Maßnahmen schafft. Ich kann Ihnen sagen, als wir gesagt haben aus dem Burgenland, wir wollen Grenzkontrollen im Burgenland, hat man gesagt das ist nicht möglich.

Da spricht das EU-Recht dagegen. Einige Monate darauf gab es Grenzkontrollen an unserer Grenze. Stichwort Sicherung der Außengrenze. Selber Sachverhalt, selbes Ergebnis. Stichwort Richtwert bei Asyl, selber Sachverhalt, selbes Ergebnis. Und jetzt temporäre und sektorale Einschränkung des Arbeitsmarktes, selbe Argumentation, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich wünsche mir, dass es dasselbe Ergebnis gibt, nämlich dass der Wunsch des Burgenlandes und der Ruf des Burgenlands gehört wird, und auch dies zur Umsetzung kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schützen damit nicht nur die burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir schützen auch die burgenländischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Es wäre gut, wenn wir hier einen Schulterschluss aller Parteien zusammenbringen würden, weil das auch ein Signal an den Bund wäre. Nicht Rosinen picken, ja da stimmen wir zu, da wollen wir nicht zustimmen, sondern ein gemeinsames Paket das Sinn macht, das auch zum Ausdruck bringt, dass uns das wichtig ist, dass der burgenländische Arbeitsmarkt auch geschützt wird. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist von der Regierungsbank Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Der von mir sehr geschätzte Klubobmann Sagartz hat vorher gesagt, einer von drei Punkten wird von ihm und von seiner ÖVP unterstützt. Herzlichen Dank. Vielleicht ermöglicht er es mir in einer kurzen Stellungnahme ihn auch von einem zweiten Punkt zu überzeugen und zwar ist das der Punkt mit der Finanzpolizei.

Sie haben gesagt, Sie fordern statt mehr Finanzpolizisten bilaterale Abkommen. Ich nehme an, es geht um multilaterale Abkommen. Es ist so, innerhalb der EU ist aufgrund der europarechtliche Vertragslage umfassende Amts- und Vollstreckungshilfe bereits normiert. Das betrifft nicht nur die EU, sondern auch Norwegen. Das heißt, wenn in Österreich bei jemandem abgaben- oder beitragsrechtliches Fehlverhalten festgestellt wird, sollte das in Ungarn, in Rumänien, in Kroatien und so weiter eigentlich exekutierbar sein. Es funktioniert nur nicht. Es wird halt nicht administriert. Aber das ist genau das große Problem. Daraus kann man eigentlich nur die Schlussfolgerung ziehen, dass wir uns national helfen müssen, dass wir eben mehr Kontrollen brauchen, dass wir mehr Finanzpolizei brauchen. Ob die dann auch die ausländischen Betriebe wirklich kontrollieren oder inländische, ist eine andere Frage, das wäre irgendwie in der Organisation der Finanzpolizei selbst zu beheben.

Da gebe ich Ihnen nicht ganz Unrecht. Aber prinzipiell die Forderung im Antrag die ja festgeschrieben ist, nämlich dass mehr Finanzpolizei eingesetzt wird, um entsprechende Malversationen hintanzuhalten, ist, glaube ich, vollkommen richtig und ich bitte Sie, vielleicht können Sie sich das überlegen, dass man auch diesem Punkt zustimmt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz das Wort.

Bitte schön.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe ÖVP! Was hat das damit zu tun, wenn man Sozialleistungen nicht einschränkt? Was hat das mit Populismus zu tun, wenn man Sozialleistungen im Ausland nicht einschränkt? Sozialleistung… *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sind wir eh dafür!)*

Was hat das mit einem Vorteil zu tun, wenn man Sozialleistungen im Ausland nicht einschränkt? Was hat das mit einem Vorteil und Populismus zu tun? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Da sind wir eh dafür!)* Das haben ja Sie vorhin gesagt. Faktum ist natürlich… *(Abg. Walter Temmel: Das stimmt nicht, Du hast Dich vertan! Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zu Punkt 1 war das!)*

Ich habe mich nicht vertan. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Setz Dich wieder!)* Ich glaube, dass auch ausländische Firmen so zu behandeln sind wie österreichische Firmen und das muss man einmal wirklich klar stellen. Das kann ja nicht so sein, dass ausländische Firmen zu den besseren Konditionen in Österreich tätig sind als einheimischen Firmen. Das heißt, da müssen wir einiges klar stellen.

Das hat mit Populismus überhaupt nichts zu tun. Wenn man davon ausgeht, dass 150.000, 150.000 einpendeln, 150.000, dann ist das eine riesige Summe. Ich erinnere mich an die Kabotagekontrollen. Da ist mir schon wirklich aufgefallen, dass natürlich auch die Unternehmer, und speziell im Bereich der Wirtschaftskammer, sichtlich nervös sind, weil diese Kabotageproblematik ja wirklich ernst zu nehmen ist. Das zieht sich durch alle Bereiche.

Ich glaube auch, dass man wirklich Kraft haben muss und solche Dinge auch ansprechen muss. Auch wenn die heutige Sitzung natürlich für manche, so scheint es, Populismus ist. Ich sage Euch, alles was wir vor der Wahl angesprochen haben, spiegelt sich jetzt wieder. Alles was wir angesprochen haben ist auch Thematik. Ich glaube, dass das auch wichtig ist und ich glaube auch, dass es eine steuerliche Erleichterung für Unternehmen, für österreichische Unternehmen, zukünftig geben muss, steuerliche Erleichterungen, damit man natürlich auch der eigenen Bevölkerung mehr Gehalt zahlen kann und das ist überhaupt die Voraussetzung.

Denn desto mehr es wird, desto schlechter wird die gesamte Situation. Genau das ist das Problem was auch der Abgeordnete Kölly angesprochen hat. Es gibt immer mehr und mehr Arbeitslose. Das heißt, wir müssen endlich dazu kommen, dass endlich irgendwann einmal auch die Bundesregierung den Gedanken und den Mut hat, auch unsere Unternehmen steuerlich zu entlasten. Und nur dann, wenn wir diese Thematik in den Griff bekommen, und ich glaube auch, dass mehr Gehalt auch für mehr Wirtschaft und mehr Umsatz in Österreich sorgt.

Ich glaube auch, dass es sehr wichtig ist. Daher ist diese Thematik, die heute hier im Landtag besprochen wird, zwar vielleicht österreichweit für manche ein Problem, aber ich glaube, dass genauso wie in der Asylproblematik, genauso in der Problematik mit den Grenzkontrollen es ein Thema ist, das sich nur die Landesregierung im Burgenland ansprechen traut. Niemand, niemand österreichweit, traut sich diese Problematik ansprechen.

Der Herr Landeshauptmann Niessl und wir in der Regierung trauen uns, die Problematik anzusprechen. Ich bin überzeugt davon, dass das genau auch zu diesen positiven Wirkungen kommen wird, wie in der Asylproblematik und auch bei den Grenzkontrollen und in der gesamten Sicherheitsthematik. Davon bin ich gänzlich überzeugt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst, Schutz und Fairness für burgenländische Arbeitnehmer. Ich denke, dem muss jeder Abgeordnete, der hier im Hohen Haus sitzt und von den Burgenländern gewählt wurde, absolut zustimmen. Denn es ist unsere Aufgabe, Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz haben, dass die burgenländische Wirtschaft Aufträge hat und dass die Menschen ein Einkommen haben, damit sie auch Geld wieder ausgeben können.

Die Kollegin Petrik und die Zitate, auf die möchte ich hier auch eingehen. Denn die Halbwahrheiten, das sind immer eine besondere Sache der politischen Argumentation. Es gibt auch schöne Sprichwörter über die Halbwahrheiten, die ich aber jetzt nicht zitieren würde. Sie haben die Halbwahrheit gesagt, beim Zitat des Herrn Kopfs. Denn was hat er weiter gesagt: Ich glaube schon, dass man auch auf europäischer Ebene etwa über die Frage diskutieren kann, ob es wirklich notwendig ist, dass Entsendungen zeitlich unbefristet möglich sind.

Er stellt die Entsenderichtlinie vollkommen infrage. Das heißt, die gehört weg in dieser Form, genau das, was ich gesagt habe. Er kritisiert mich zwar über die Aussage, aber bestätigt, dass die Aussage richtig ist. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das ist eine*

Halbwahrheit.) Dass diese Vorgehensweise absolut falsch ist, wie das gehandhabt wurde. Da geht es weiter: Es wäre schon recht, dass die auch hier angemeldet werden und auch hier Sozialversicherung zahlen. Genau das ist ja der springende Punkt, warum die Entsenderichtlinie absolut falsch ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich habe jetzt am Nachmittag auch mit … *(Zwiegespräche in den Reihen – Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Das ist reiner Populismus.)* Natürlich, das haben Sie ja schon auch bei den Grenzkontrollen gesagt, dass das alles Populismus ist, und Sie werden sehen, dass die Entsenderichtlinie geändert wird. Sie wird geändert, genauso wie sie im Bereich der Sicherheitspolitik, wenn wir jetzt sagen, die gehört aufgelöst und neu gemacht oder geändert, Entschuldigung, das kommt immer auf den Inhalt an. In der Form kann es nicht gehen, wenn sogar der Kopf, der im Auftrag der ÖVP eine Aussendung macht, sich in der eigenen Aussendung widerspricht. Das ist Ihre Politik, die Sie machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist schon eine maßlose Unterstellung.)*

Warum ist das Wettbewerb? Jetzt sage ich Ihnen, ich habe jetzt ganzen Nachmittag mit burgenländischen Unternehmen und auch mit Betriebsräten gesprochen. Ich habe jetzt eine Stunde lang telefoniert. Wissen Sie, was die burgenländischen Unternehmer sagen, die Sie früher einmal vertreten haben? Sie sagen, natürlich ist das der Fall, wenn jemand mit Entsenderichtlinie herkommt und bei einem Konzern arbeitet, dann hat er bessere Voraussetzungen, weil er die Lohnnebenkosten, die Aufwandsentschädigungen, die Sozialleistungen nicht bezahlen muss.

Ich beschäftige burgenländische Mitarbeiter. Ich beschäftige auch Leute mit Migrationshintergrund, die hier seit Jahren sind. Ich habe die vollen Lohnnebenkosten zu bezahlen. Also kann ich den Auftrag gar nicht kriegen, weil das wettbewerbsverzerrend für viele burgenländische Unternehmen ist. Für die burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein großer Nachteil ist. Es kann doch nicht zwei Klassen von Arbeitnehmern geben. Nämlich die einen, wo ich als Arbeitgeber aufgrund der Entsenderichtlinie nur sehr wenig Lohnnebenkosten bezahlen muss, und der andere, und da sitzen auch Unternehmer herinnen, zahlen für ihre Mitarbeiter die vollen Steuern und die vollen Lohnnebenkosten, das kann doch auf Dauer nicht gut gehen.

Deswegen sage ich, diese Form der Entsenderichtlinie gehört beendet. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zur Finanzpolizei. Entschuldigung, ich kann doch nicht sagen, weil wir, oder wer ist denn zuständig, um bilaterale Abkommen mit den Nachbarn zu machen. Wer hindert daran den zuständigen Außenminister? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Herr Landeshauptmann, das wissen Sie auch, dass nur die Bundesregierung Verträge schließen kann.)* Der schwedische Außenminister hat zusammengebracht, dass 400 Marokkaner nach Marokko zurückgeführt werden, der österreichische Außenminister hat es nicht geschafft. Die Entsenderichtlinie kann man verhandeln, auch bilateral. Man kann genauso sagen, Strafen sind natürlich auch von unseren Nachbarn zu bezahlen, wenn sie gegen Gesetze verstoßen. Wer hindert Sie daran?

Also insofern sage ich, genau darum geht es. Nämlich um eine Wettbewerbsverzerrung, um die Benachteiligung von burgenländischen Betrieben, um eine Benachteiligung von burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Warum ist die Situation im Burgenland - und da ist ja noch eine wunderbare Aussage vom Herrn Kopf, also zitieren wir noch etwas: Der ganze Osten Österreichs ist davon betroffen. Wir haben tatsächlich eine Verdrängung am Arbeitsmarkt.

Ja, wieder die halbe Wahrheit. Weil der Herr Kopf als AMS Chef am besten weiß, was der Klubobmann Hergovich gesagt hat, fast 17 Prozent sind im Burgenland Tagespendler aus dem Ausland. In anderen Bundesländern sind es sechs Prozent. In Niederösterreich, in Kärnten, in der Steiermark, fünf bis sechs Prozent, maximal.

Die dreifachen Tagespendler haben wir im Burgenland. Innerhalb von einer halben Autostunde, wir haben 290.000 Einwohner, innerhalb von einer halben Autostunde leben bei unseren Nachbarn eine Million Menschen. 290.000 im Burgenland. Eine Million innerhalb einer halben Autostunde. Wissen Sie, wie hoch der Mindestlohn in diesen Ländern ist? Unter 360 Euro. Der Mindestlohn unter 360 Euro. Der drei-, vierfache Mindestlohn ist im Baubereich und im Baunebengewerbe im Burgenland gegeben.

Da ist doch klar, dass ich in dem Land arbeiten will, wenn ich das Dreifache verdiene und dass es dort einen Druck am Arbeitsmarkt gibt. Ich habe erst vor wenigen Tagen mit einem 52-Jährigen aus der Baubranche gesprochen, der arbeitslos ist. Warum ist er arbeitslos? Weil die Firma nicht mehr ihn genommen hat, sondern einen jüngeren Ausländer, der ihm billiger kommt. Also das ist die Realität. Die Firmen, die in Österreich und im Burgenland österreichische Arbeitnehmer beschäftigt haben, müssen mit jenen konkurrenzieren, die teilweise aus dem Ausland bei uns anbieten, nicht den Kollektivvertrag zahlen, offensichtlich auch nicht Strafe zahlen. Auch das ist wettbewerbsverzerrend. Wir haben die Entsenderichtlinie und wir haben die Tatsache, dass Firmen aus dem Ausland bei uns anbieten, unsere Firmen, die viel Steuer zahlen, die Arbeitnehmer, die viel Steuer zahlen, konkurrenzieren, und auf der anderen Seite die Mitarbeiter, weil sie jeden Tag hin und her pendeln, den ungarischen Lohn oder einen anderen Lohn zahlen. Das ist die Wettbewerbsverzerrung und dagegen spreche ich mich aus.

Der dritte Punkt ist, ich war am Montag, Dienstag, in Prag. Ich war zu Ostern einige Tage in Kroatien. Die Politik sagt dort, das ist nicht gut für unsere Länder, weder in Kroatien, noch in Tschechien, wenn die guten Facharbeiter von unseren Ländern weggehen, weil wir wollen eine gute wirtschaftliche Entwicklung haben und brauchen unsere Leute, unsere Facharbeiter selber, um eben aufzuschließen, um aufzuholen, um die Wirtschaft zu entwickeln. Die Facharbeiter sind das Rückgrat einer guten Wirtschaft. Und genau die guten Facharbeiter, die gehen dann ins Ausland. Auch das ist nicht gut. Auch das muss man in entsprechender Form berücksichtigen. Es gibt Förderungen, und auf der anderen Seite fehlen ihnen die qualifizierten Menschen.

Also bei uns ein Verdrängungswettbewerb. Wir sollen Flüchtlinge, die Asylstatus haben, in den Arbeitsprozess integrieren. Wir haben eine Million Menschen eine halbe Autostunde vom Burgenland entfernt, und wir haben einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Und da glaubt irgendjemand, dass die EU die Entsenderichtlinie so beibehalten soll? Die ist entweder aufzuheben, neu zu machen oder stark zu adaptieren.

Ich kann Ihnen versichern und ich bin sehr optimistisch, dass wieder vom Burgenland ausgehend, genauso wie im Bereich der Flüchtlingssituation, wo wir Grenzkontrollen gefordert haben, mehr Geld fürs Bundesheer gefordert haben, mehr Polizisten fürs Land gefordert haben, wird es ein ähnliches Umdenken geben.

Die Gleichen, die heute Aussendungen gemacht haben, haben das auch damals gesagt. Freier Verkehr in Europa. Ja, solange ich die Außengrenzen nicht schütze, muss ich meine eigenen Grenzen schützen, das sagt jedem Vernünftigen auch der Hausverstand. Das wurde auch nicht so akzeptiert. Ähnlich wird es bei der Entsenderichtlinie sein.

Ich bin froh, dass es hier einen vernünftigen Antrag gibt. Mehr Fairness für die burgenländischen Klein- und Mittelbetriebe. Mehr Fairness für die burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Einen vernünftigen Zugang zum burgenländischen Arbeitsmarkt. Temporär und Sektoral. Dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist, kann ich sie nicht noch verschärfen. Das ist nicht im Sinne der Fairness für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ich darf mich bei allen bedanken, die das auch so sehen, die hier mitstimmen, und ich glaube, dass hier vom Burgenland wieder ein wichtiger Impuls für die Wirtschaft und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgeht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnunspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA eingebrachter Antrag auf getrennte Abstimmung vor.

Dieser Antrag, der aufgrund § 70 Abs. 6 GeOLT eingebracht wurde, der vorsieht, dass jeder Abgeordnete verlangen kann, dass über bestimmte Teile eines Antrages getrennt abgestimmt wird, ist ordnungsgemäß eingebracht worden.

Das Ansinnen ist demzufolge genau bekannt gegeben worden und beinhaltet, dass die drei Teile, die in der Beschlussformel aufgelistet sind, getrennt zur Abstimmung gebracht werden. Ich lasse daher über diese drei Teile getrennt abstimmen.

Ich lasse zunächst über den ersten Teil des Antrages abstimmen. Dieser lautet: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge sich auf europäischer Ebene für Nachschärfungen bei der Entsenderichtlinie und eine Schutzklausel für temporäre und sektorale Beschränkungen in exponierten Branchen einsetzen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse nun über den zweiten Teil des Antrages abstimmen. Dieser lautet: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge ein dichtes Kontrollnetz durch personelle Aufstockung der Finanzpolizei ermöglichen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse schlussendlich über den dritten Teil des Antrages abstimmen. Dieser lautet: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge Einschränkungen im Bereich der Sozialleistungen für im Ausland lebende Familienangehörige von in Österreich beschäftigen Ausländern umsetzen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend Fairness für burgenländische Arbeitnehmer und Unternehmer ist somit mehrheitlich gefasst.

16. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 264) betreffend die Beibehaltung des Bargeldes als Zahlungsmittel (Zahl 21 - 189) (Beilage 343)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 16. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 264, betreffend die Beibehaltung des Bargeldes als Zahlungsmittel, Zahl 21 - 189, Beilage 343.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Geschätzte Damen und Herren! Der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 264, betreffend die Beibehaltung des Bargeldes als Zahlungsmittel, Zahl 21 - 189, Beilage 343, liegt uns vor.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem nun genannten Antrag auf Fassung einer Entschließung betreffend die Beibehaltung des Bargeldes als Zahlungsmittel die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke für den Bericht.

Als erste Rednerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Um es vorweg zu nehmen: Ja, natürlich wollen auch die GRÜNEN weiterhin mit Bargeld zahlen. Was dieser Antrag auch zeigt, er ist jetzt eigentlich mehr ein Beschäftigungsprogramm für uns hier, weil wir offensichtlich zu wenige Tagesordnungspunkte haben, als jetzt tatsächlich ein wesentlicher landespolitischer Beitrag. Aber gut!

Worum geht es eigentlich? Unter der Führung Deutschlands und Frankreichs wird in der EU ein Limit für Bargeldzahlungen überlegt. Die Deutschen sind mit dem Vorschlag, Einkäufe über 5.000 Euro nur mehr mit elektronischen Mitteln tätigen zu dürfen, hinausgegangen. Nun das ist etwas, was uns alltäglich nicht so betreffen wird, also mich zumindest nicht, ich habe nicht so viele Zahlungen über 5.000 Euro und schon gar nicht begleiche ich das dann in bar, wenn das schon einmal vorkommt, weiß nicht, wer damit jetzt alltäglich Erfahrungen hat. Die meisten Burgenländerinnen und Burgenländer wahrscheinlich nicht.

Die Grenze soll nach diesem Vorschlag europaweit gelten. In Frankreich gibt es eine solche Grenze bereits, sie liegt bei lediglich 3.000 Euro. Auch die EU-Kommission unterstützt diesen Vorschlag, so weit sind wir auf europäischer Ebene, das ist die Schiene. Sie betrifft den Alltag und das echte Leben der Burgenländerinnen und Burgenländer kaum. Gleichzeitig überlegt die Europäische Zentralbank die Abschaffung des 500-Euro-Scheines. Die angegebenen Gründe sind Eindämmung von Steuerhinterziehung und Terrorismusfinanzierung. Es gibt nur einen Staat, der für sich definiert hat, dass er das Bargeld abschaffen will, das ist der Iran. Ich denke nicht, dass der von dem vorliegenden Antrag irgendwie betroffen ist oder als Vorbild gilt.

Wir haben hier also einen Antrag, der aus meiner Sicht an der Realität ein bisschen vorbeigeht. Wir haben einen Antrag, der sich gegen irgendetwas auflehnt, das gar nicht im Raum steht. Wir werden uns jetzt mit diesem Vorschlag hin oder her nicht länger beschäftigen. Irgendein Ökonom in Europa macht immer irgendeinen Vorschlag, das kann ja nicht jedes Mal dazu führen, dass man dann im Landtag einen Antrag einbringt, dass wir das nicht wollen, was der Herr oder die Frau da oder dort gesagt haben, aber gut.

Wir machen einen prophylaktischen Ablehnungsantrag gegen unkonkrete Bedrohungen von irgendwoher und das wird jetzt hier diskutiert. Mir ist jetzt schon klar, liebe Kollegen von der ÖVP und Kollegin: Die ÖVP hat auf Bundesebene eine Marschrichtung ausgegeben, der Herr Mahrer will das so, man kann sozusagen ein bisserl Aufregung schüren und sich nachher als Retter positionieren.

In Ihren Wortmeldungen werden jetzt wahrscheinlich alle möglichen Allgemeinplätze kommen, wir wollen keine gläsernen Menschen, will wollen die Privatsphäre erhalten, wollen wir eh alles auch, aber das hat noch nicht automatisch zur Folge, dass hier irgendjemand gesagt hätte, er wolle das Bargeld abschaffen.

Es besteht keine Gefahr, dass uns das weggenommen wird, was uns hier wichtig ist, zumindest nicht, was das Bargeld betrifft. Wer Geschäfte über 5.000 Euro tätigt, sollte das vielleicht schon so tun, dass das Geschäft auch versteuert werden kann. Wir sind uns doch auch einig darüber, dass Bargeldgeschäfte welche sind, die leicht auch an der Steuer vorbeigehen.

Wir sind uns sicher auch einig darüber, dass Transparenz ein wichtiges Element der Verhinderung von Steuerflucht ist, die uns zig Milliarden Euro kostet. Viel mehr als alles im Sozialbereich, an dem auch heute leider in diesem Saal noch gerüttelt werden wird. Wir GRÜNE wollen nichts verschleiern, nirgendwo!

Symptomatisch ist und das zeigt uns dieser Antrag - und das haben wir ja leider in den letzten Monaten schon häufiger gehabt hier - zuerst wird ein Bedrohungsszenario entworfen, etwas, das gar nicht Realität ist, dann bäumt sich eine Partei auf, gebärdet sich als Retter der bedrohten Nation und dann werden irgendwelche Lösungen vorgegaukelt, die nichts anderes sind, als das, was wir eh schon haben. Das ist ein sehr praktisches Spiel, man muss sich nämlich nichts Neues einfallen lassen und kann sich dennoch als rettender Held feiern lassen, zumindest von den eigenen Leuten und lenkt damit noch dazu die Aufmerksamkeit von jenen Problemen ab, die wirklich da sind, aber für die man gerade keine Lösungen parat hat.

Schade ist das, was hier und heute wieder im Landtag von der gesetzgebenden demokratischen Instanz des Burgenlandes aufgeführt wird. Ich hoffe, wir kommen in den nächsten Sitzungen zu mehr Prozent-Anteil an Anträgen, die wirklich Landesmaterie sind und tatsächlich alltägliche Probleme der Burgenländerinnen und Burgenländer betreffen.

Ich bitte deswegen dringend, in der Zukunft in der Antragseinbringung mehr darauf zu achten, dass wir hier über etwas diskutieren, was wir wirklich bewirken können in unserem Land, im Burgenland. Flüchten wir uns bitte nicht in Debatten, mit denen wir nichts, gar nichts, weiterbringen, außer einem Schauspiel an letztlich irrelevanten Debatten.

Natürlich, no na, auch die GRÜNEN wollen das Bargeld nicht abschaffen, wenn Sie das beruhigt. Wir werden dem natürlich dann zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, wie naiv kann man eigentlich sein? Sie haben jetzt selber lang und breit beschrieben, dass sich die Schlinge enger und enger zieht, dass die Wolken am Horizont näher und näher kommen, weil man nämlich schon beginnt, die Sache einzuschränken. Natürlich unter dem Vorwand, Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und solche Geschichten. Die Gefahr, die ist real. Wir kennen das gerade, wenn es ums Geld geht.

Was hat es da nicht schon alles für Geschichten gegeben, da ist ja die ÖVP ganz prominent zu erwähnen. Der Schilling bleibt, der Schilling bleibt, das war auch irgendwann einmal so eine Gefahr, dass der Schilling abgeschafft wird - heute ist er Geschichte. Die EU und der Euro, die machen alles billiger - heute sind wir gescheiter! Die Währungsunion ist eine Währungsunion und sie wird auf keinen Fall eine Transfer- und Haftungsunion werden - heute ist sie eine Transfer- und Haftungsunion,

Die Sparguthaben, die werden nicht angetastet werden - wir kennen Zypern: über Nacht schnipp-schnapp! Zehn Prozent weg vom Konto, vom Sparbuch. Das Bankgeheimnis wird bleiben - Bankgeheimnis ist erledigt, auch für den kleinen Mann - das gibt es nicht mehr. Es gibt also überhaupt keinen Grund, jenen über den Weg zu trauen, die jetzt behaupten, das Bargeld wird nicht abgeschafft. Wir haben eine Situation in Europa, wo wir die Finanzkrise oder die Staatsschuldenkrise noch lange nicht überwunden haben, im Gegenteil. In Berlin wird man schon nervös, weil man ganz genau weiß, man wird das, was in Griechenland momentan los ist, nicht mehr lange unter der Decke halten können und schnürt das nächste Hilfspaket. Man arbeitet am Schuldenschnitt, und das alles ist nicht finanzierbar.

Die Abschaffung des Bargeldes hätte vor allem einen Effekt: Man würde uns zwingen, unser Geld eben nicht mehr zu Hause zu haben und zu sichern und würde uns die Möglichkeiten nehmen und man würde alle ausnahmslos den Negativzinsen aussetzen können. Diese schleichende Enteignung haben wir in Wirklichkeit jetzt schon, wenn sie die Zinslage vergleichen mit der Inflationsrate, das Geld wird ja ohnehin jetzt schon immer weniger. Nur jetzt habe ich noch die Möglichkeit, dass ich es mir abhebe, zu Hause liegen lasse, zumindest einen Notgroschen. Die Möglichkeit hätte ich dann nicht mehr!

Ich bin froh … *(Abg. Ilse Benkö: Aber keine 500-er.)* Ja, der 500-er ist in Wirklichkeit schon ein erstes Vorzeichen, weil da geht es nicht nur um Terrorismusfinanzierung, also das ist geradezu lächerlich. Diese Herrschaften werden immer Mittel und Wege finden, das zu finanzieren, was sie so treiben möchten. Ich bin froh über den Antrag der ÖVP, den wir, das betone ich, unverändert annehmen werden, weil es immer heißt, wir wären dazu nicht in der Lage, Anträge einmal nicht abzuändern.

(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Habt Ihr ihn vergessen? Übersehen?) Ich hätte vielleicht den 500-er noch dazugenommen, Herr Kollege Wolf.

Das Bargeld muss bleiben, es ist in der Antragsbegründung ausreichend argumentiert - als Inbegriff und Grundvoraussetzung persönlicher Freiheit, der Freiheit des Einzelnen im Verhältnis zum Staat. Die Gefahr ist real und da bin ich der Meinung, Frau Kollegin Petrik, dass man auf allen Ebenen aufschreien muss. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Dieser von der ÖVP eingebrachte Antrag ist aus unserer Sicht ein notwendiger, weil das klare Bekenntnis zum Bargeld erstens ein politisches Statement ist und zweitens für die gelebte Demokratie spricht im Burgenland. Liebe Frau Kollegin, wir haben die letzten Monate, Jahre, darüber hinaus etliche Anträge diskutiert, die nicht im Geltungsbereich des Landes liegen. Ich glaube, wenn wir es auf das reduzieren, was wir an Gesetzen beschließen dürfen, wären wir bald einmal fertig und hätten nicht 33 Tagesordnungspunkte und dann hinterfragt man aber schon die einzelnen Gremien, die es in Österreich gibt.

Nichtsdestotrotz geht es in Österreich beim bargeldfreien Europa mit einem großen Fragezeichen darum, dass zunehmend in Europa das Bargeld am Prüfstand steht. In Deutschland wird die Begrenzung von Bargeldzahlungen auf 5.000 diskutiert und gefordert wird auch die Abschaffung vom 500 Euro-Schein, unter dem Argument, dami soll Geldwäsche und Terrorfinanzierungen bekämpft werden. Im Prinzip eine Augenauswischerei.

Die gezielte Zurückdrängung von Bargeld ist in Europa und auch in den skandinavischen Ländern mittlerweile sehr fortgeschritten. Gleichzeitig ist das elektronische Bezahlen aber dort auch bereits weitgehend verdrängt, das heißt, die dänische Regierung plant für kleine Geschäfte, für Tankstellen oder Restaurants beispielsweise den bisherigen gesetzlichen Annahmezwang für Bargeld aufzuheben und in Schweden, wo man zuvor das Bargeld hatte, läuft nun eine gewerkschaftlich getragene Kampagne zur Bargeldabschaffung. In Frankreich wurde die Bargeldzahlungsgrenze im vergangenen Jahr von 3.000 auf 1.000 abgesenkt, in Spanien liegt die Obergrenze bei 2.500 und Belgien hat die Bargeldgrenze von 5.000 auf 3.000 verringert.

Somit ist es ein europäisches Thema, in vielen Ländern wird darüber diskutiert und auch schon darüber beschlossen. Umso wichtiger ist es, dass wir unser Bekenntnis zum Bargeld abgeben, weil wir das Recht auf Wahlfreiheit und Privatsphäre beim Bezahlen gewahrt haben möchten, und wir wollen es auch schlussendlich in der Verfassung verankern. Bargeld ist für uns eine Art gedruckte Freiheit, weil man damit machen kann, was man möchte. Was die Burgenländer in ihrem Geldbörsel haben, das geht natürlich nur jeden einzelnen und nur sie selbst etwas an, dafür setzen wir uns ein und dafür möchten wir heute auch einen gemeinsamen Beschluss fassen.

Die Einschränkungen der Möglichkeiten, mit Bargeld zu bezahlen beziehungsweise Bargeldobergrenzen einzuführen, führt in Richtung Totalüberwachung und in Richtung Bevormundung des Staatsbürgers, und das ist abzulehnen, das wollen wir einfach nicht.

Auf unsere Initiative hin sind wir nun das neunte Bundesland in Österreich, das sich zum Bargeld bekennt, das ist aus meiner Sicht eine gute Sache. Ein schöner Schulterschluss.

Es freut uns als ÖVP, dass hier kein Abänderungsantrag eingegangen ist. Dass es jetzt keine anderen Sätze in unseren Anträgen gibt, dass man unseren nur ja nicht zustimmen muss. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, aber scheinbar herrscht hier doch ein breiter Schulterschluss.

In diesem Sinne, unser klares Bekenntnis zum Bargeld. Wir stimmen dem natürlich zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der nächste Redner ist der Herr Landtagsabgeordnete Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hoher Landtag! Seit dem Jahr 2010 hat es im europäischen Raum mehrere Initiativen gegeben, um das Bargeld zu beschränken. Wir haben es gehört, in Belgien und Italien liegt die Obergrenze bei 3.000 Euro, seit 2015 in Frankreich bei 1.000 Euro und in Schweden werden in gewissen Supermarktfilialen nur mehr Karten akzeptiert.

Mittlerweile gibt es in 14 EU-Ländern solche Beschränkungen, also nicht so unrealistisch, wie Sie gesagt haben, Frau Petrik. Für uns ist es wichtig, dass man jetzt diesem Trend entgegenwirkt. Das Bargeld hat eine wichtige psychologische Funktion, spielt im gesellschaftlichen Leben immer noch eine sehr bedeutende Rolle und ist ein unerlässlicher Bestandteil des Geldsystems. Zum Beispiel für Kinder ist es wichtig, das Bargeld und die Wirtschaft zu erlernen und zu verstehen. Für die ältere Generation genauso. Sie heben gerne das Geld bei sich zuhause auf, mit einer Abschaffung würde man sie ausgrenzen.

Das Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher in das Bargeld war schon in Schillingzeiten und ist nach wie vor groß. 90 Prozent aller Geschäfte werden heutzutage bar abgewickelt. Und dieses enorme Vertrauen in das Bargeld und in den baren Zahlungsverkehr muss aus unserer Sicht gewahrt werden. Wir werden uns gegen jene Initiative, die auf die Abschaffung des Bargeldes abzielt, aussprechen.

Die legale Verwendung von Bargeld darf nicht durch den sinnvollen und notwendigen Kampf gegen illegale Geschäfte eingeschränkt werden. Die Bekämpfung von Steuerhinterziehern, Drogenhändlern wird immer als Argument aufgegriffen, obwohl es keines ist, weil, denn wenn jemand einen Weg finden möchte, seine illegalen Geschäfte abzuwickeln, dann wird er einen Weg finden. Wenn es keine Euros mehr gibt, also der Euro, die Münze oder die Papierscheine abgeschafft werden, dann nimmt er US-Dollars. Und wenn die US-Dollars abgeschafft werden, dann nimmt er die Schweizer Franken, und wenn die Schweizer Franken abgeschafft werden, dann nimmt er die Norwegischen Kronen.

Also insofern müsste man das Ganze weltweit abschaffen, um den Steuerhinterziehern und Drogenhändlern entgegenzuwirken. Die Panama-Papers haben einmal mehr aufgezeigt, wie internationale Geldwäsche und Steuerhinterziehung funktionieren. Steuerbetrug und Geldwäschesind keine Kavaliersdelikte, sondern massive Vergehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es braucht hier Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene, um die Steuersümpfe trocken zu legen, aber nicht auf Kosten der Freiheit der

Endverbraucherinnen und Endverbraucher. So stellt sich die Frage: Warum gibt es Menschen, die sich vehement für einen bargeldlosen Zahlungsverkehr einsetzen? Wenn es kein Bargeld mehr gibt, also wenn quasi nur mehr ein Algorithmus auf einem elektrischen Konto, auf einem virtuellen Konto, ist, dann könnte man nicht mehr, wie es der Kollege Molnár gesagt hat, zum Geldautomaten rennen und das Geld jetzt herunterholen und es unter der Matratze parken. Nein, man ist quasi gezwungen, alle Einnahmen auf diesem Konto zu halten. Das heißt, man müsste alles über das Konto abwickeln und ist auch völlig von den Konditionen der Bank abhängig.

Natürlich könnte man von einer Bank zur anderen wechseln, aber wenn alle, wie der Kollege Molnar es gesagt hat, Negativzinsen einheben würden, das können sie natürlich jetzt im Moment nicht machen, weil sonst würde der kleine Sparer das Geld abheben und zu Hause in dem Tresor parken. Wenn es also kein Bargeld mehr gäbe, dann hätte man auch keine Chance, dem zu entgehen, denn wer kein Bargeld horten kann, der muss entweder investieren oder Leihen, also auf ein Konto legen und ist gezwungen, das Geld zu Verleihen und zu haften, wenn die Bank Pleite geht.

Dann wären die Endverbraucher ausgeliefert. Das ist ganz gefährlich und würde das Ende der Freiheit einläuten. Mit uns Sozialdemokraten wird es so etwas nicht geben. Wir lassen nicht zu, dass auf der einen Seite die schwächsten unserer Gesellschaft geschröpft werden, während andere die Finanzwirtschaft als Casino verwenden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Außerdem wird mit der Abschaffung des baren Zahlungsverkehrs das Projekt gläserner Mensch vorangetrieben. Hinter dem Vorwand Steueroasen auszutrocknen versteckt sich der Wunsch nach Kontrolle der Menschen, ihrer Konsumverhalten und Schaffung von intelligenter Werbung.

Wenn es kein Bargeld mehr gibt, kann alles, was wir kaufen, gespeichert werden. Bis zum letzten Kaugummi wird alles in der sogenannten „Big data“ vermerkt. Der Begriff „Big data“ bezeichnet die große Datenmenge, die durch jeden unserer einzelnen Klicks entsteht. Hier wird jeder Onlineeinkauf, jede Navigationseingabe, jedes Telefonat, jeder neue Freund auf Facebook verzeichnet, und einer Analyse unterzogen.

Diese Datenmenge sucht automatisiert nach Muster. Ein Beispiel kennt jeder von uns. Beim Onlineshopping auf Amazon. Freunde, die das gekauft haben, haben auch das gekauft. In einer Welt, wo alles über uns gespeichert wird, da ist es noch viel leichter, ein Profil von einzelnen Personen zu bekommen. Neigt diese Person zu Alkohol, raucht diese Person? Wenn solche sensiblen Daten an Arbeitgeber und Sozialversicherung gehen, dann ist das höchst gefährlich und zum Schutz der Privatsphäre der völlig falsche Weg. Damit hätten wir eine vollkommene Entmündigung der Verbraucher und eine völlig entfesselte Wirtschaft.

Eine völlig entfesselte Wirtschaft? Ist das nicht das, was die ÖVP möchte? Mich hat es gewundert, dass der Antrag von der ÖVP gekommen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die SPÖ wird auf jeden Fall diesen Antrag unverändert unterstützen. Wir sind uns einig, dass Bargeld zu schützen. Doch wie ist das Bargeld in Österreich verteilt? Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer. Ein Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzt ein Viertel des gesamten Vermögens. Bei solchen Zahlen wäre es auch hier angebracht, geeint einen Schulterschluss für eine gerechte Vermögensverteilung in Österreich zu kämpfen.

Wir brauchen eine gerechte Verteilung des Vermögens. Wir brauchen eine Millionärssteuer, damit es eine gerechtere Verteilung des Vermögens in Österreich gibt. Das Bargeld gibt den Menschen die Freiheit vor der Finanzwirtschaft. Mit dem Bargeld

sind sie nicht gezwungen das Geld bei der Bank zu halten und mit allen Risiken, mit denen es verbunden ist - siehe Zypern, oder die Finanzkrise. Jeder soll auch in Zukunft so zahlen, wie er möchte. Wir stehen auf der Seite der Endverbraucherinnen und Endverbraucher, auf der Seite der Burgenländerinnen und Burgenländer, die nicht wollen, dass die Großkonzerne und Banken jeden einzelnen ihrer Schritte kontrollieren. Das wollen wir nicht.

Wir brauchen eine Trendumkehr, denn die Menschen müssen den Banken und Großkonzerne wieder auf die Finger schauen, und nicht umgekehrt. Meine Fraktion wird diesen Antrag unverändert unterstützen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danker Herr Abgeordneter. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Beibehaltung des Bargeldes als Zahlungsmittel ist somit einstimmig gefasst.

17. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 267) betreffend „Reform des Finanzausgleichs - Ertragsanteile für Zweitwohnsitze“ (Zahl 21 - 192) (Beilage 344)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum 17. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 267 betreffend „Reform des Finanzausgleichs - Ertragsanteile für Zweitwohnsitze“, Zahl 21 - 192 Beilage 344.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Herr Präsident! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Reform des Finanzausgleichs - Ertragsanteile für Zweitwohnsitze“, in seiner 4. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt und stellte einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Kollegen Kölly und Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Reform des Finanzausgleichs - Ertragsanteile für Zweitwohnsitze“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht und erteile dem Abgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir hätten uns natürlich gewünscht, dass dieser Antrag, der jetzt vom Bündnis Liste Burgenland gekommen ist, genauso übernommen wird, wie der vorige und wir hätten ihn gleich beschließen können. *(Abg. Manfred Kölly: Vielleicht überlegen sie es sich noch.)*

Aber, dem ist nicht so. Die finanzielle Lage der burgenländischen Gemeinden ist nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise angespannt. Vor allem der Rückgang der Ertragsanteile trifft die Gemeinden besonders hart. Im Burgenland gibt es mehr als 40.000 Zweitwohnsitze. Weder das Land, noch die Gemeinden erhalten vom Bund Ertragsanteile für diese Zweitwohnsitze.

Obwohl Infrastruktureinrichtungen, wie Straßen, Kindergärten oder Schulen, natürlich auch für Zweitwohnsitze zur Verfügung stehen. Beachtet man die Aufteilung der Ertragsanteile, dann ist eine Bevorzugung der großen Städte feststellbar. Nach der aktuellen Verteilung erhält Wien mit 3.190 Euro die höchsten Ertragsanteile pro Einwohner und Jahr, gefolgt von Salzburg und Vorarlberg. An vorletzter Stelle liegt Niederösterreich mit Ertragsanteilen von 2.670 Euro pro Einwohner und Jahr. Weniger erhält nur noch das Burgenland. Die Gemeinde Wien zwing darüber hinaus mit der Wohnungsvergabe und der ständigen Ausweitung der Parkpickler-Regelung burgenländische Wochenpendler ihren Hauptwohnsitz nach Wien zu verlegen, was nach der derzeitigen FAG-Regelung wiederum zu Lasten der Ertragsanteile der burgenländischen Gemeinde geht.

Das Bündnis Liste Burgenland hat daher folgenden Entschließungsantrag eingebracht. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen eine Reform der FAG-Regelung für das Burgenland zu verhandeln, die hinsichtlich der Aufteilung der Ertragsanteile eine angemessene Berücksichtigung der Zweitwohnsitze im Burgenland beinhaltet. Dabei soll die Höhe der Ertragsanteile bei Zweitwohnsitzen die Hälfte der Ertragsanteile von Hauptwohnsitzen betragen.

Leider aber haben die Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen, den Antrag des Bündnis Liste Burgenland wie folgt abgeändert: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bundesminister für Finanzen heranzutreten, dieser möge im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen sicherstellen, dass dem Burgenland künftig mehr Finanzmittel zur Verfügung stehen, um konkret folgende Vorgaben umsetzen: Vereinfachung von gesetzlichen Bestimmungen im Finanzausgleich, Transparenz in den Finanzströmen (Entflechtung der Aufgaben, Mischfinanzierung und Transfers) Im ersten Verteilungsschritt ist jeder Bürger unabhängig von dessen Hauptwohnsitz gleich anzusetzen, aufgabenorientierter Finanzausgleich (Geld folgt Leistung), verbesserte Schutzmechanismen gegen den grauen Finanzausgleich oder sonstige Verschiebungen bei Aufgaben und Einnahmen während der BGV-Periode. Maßnahmen zur Verringerung des Gefälles zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Ländern durch den Bund.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgepasst haben, werden Sie merken, dass in diesem Abänderungsantrag sich kein einziges Wort betreffend die Ertragsanteile für Zweitwohnsitzer im Burgenland wiederfindet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie bereits schon sehr oft, wurde auch dieser Antrag eigentlich hier bis zur Unkenntlichkeit abgeändert. Ich kann mir aber an dieser Stelle nicht vorstellen, dass unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor allem hier auch von der Regierungskoalition kein Interesse daran haben, hier zusätzlich über die Zweitwohnsitzabgabe Geld für ihre Gemeinden in Zukunft zu lukrieren.

Das Bündnis Liste Burgenland ist auf jeden Fall der Meinung, dass Zweitwohnsitze eine Berücksichtigung bei der Aufteilung der Ertragsanteile hier im Burgenland finden müssen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Abgeordneten Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern einen Bericht des Rechnungshofes über den abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich erhalten. Ich habe jetzt noch nicht die Zeit gehabt diesen Bericht Seite für Seite durchzulesen. Aber, es bestätigt eines: Die Sache mit dem Finanzausgleich ist äußerst kompliziert.

Ich habe mich in letzter Zeit mit vielen Fachleuten zum Thema Finanzausgleich unterhalten, auch Veranstaltungen besucht. Ich habe immer eine Frage gestellt: Wie viele Leute gibt es in Österreich eigentlich, die diesen Finanzausgleich wirklich durchschauen. Nämlich, wirklich durchschauen und die mir sagen können, wie es funktioniert.

Der Kollege Steier zeigt mir jetzt, dass es nicht mehr sind, als Finger an meiner Hand. *(Abg. Manfred Kölly: Die Politiker müssen es durchschauen. Nicht die Menschen draußen. Dafür haben wir doch die Politiker.) Das* war genau die Antwort, die ich bekommen habe. Es hat Schwankungen gegeben, aber mehr als fünf, diese Zahl habe ich nicht gehört. Es hat immer gehört zwischen drei und fünf.

Es wird ja auch dadurch bestätigt, dass dieser Bericht in Bezug auf das Burgenland sagt, nämlich, die Geschichte mit der Berechnung der Ertragsanteile für die Gemeinden zwischen 2009 und 2013, weil diese Berechnung war vor allem eines, sie war durch und durch fehlerhaft, nicht nur im Burgenland, das muss man dazu sagen, sondern in fünf von neun Bundesländern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Sache ist so kompliziert, dass uns das ohne Rechnungshof, meine Damen und Herren, nicht aufgefallen wäre. Es ist niemanden aufgefallen, nicht einmal dem besten Landeshauptmann-Stellvertreter und Gemeindereferenten aller Zeiten, Mag. Franz Steindl, der alle anderen dafür verantwortlich macht. Den Herrn Tschürtz und den Herrn Bieler, wahrscheinlich auch noch den Portier, weil er den Mitarbeiter hereingelassen hat, der sich verrechnet hat. Das konnte anscheinend niemand auffallen, weil die Sache viel zu kompliziert ist.

Die Frage des neuen Finanzausgleichs wird zwischen Bund und Ländern und gemeinsam ja seit Jahren verzögert. Diese Sache schiebt man vor sicher her. Natürlich wird es irgendwann eine Einigung auf einen neuen Finanzausgleich geben. Natürlich werden dann alle sagen, wir haben gewonnen, wir haben uns durchgesetzt, die Lösung ist eine gute. Aber, ob in der Sache tatsächlich etwas grundvernünftiges und gerechtes herauskommen kann, das darf man angesichts dieses Fundamentes, das wir jetzt vorfinden und der negativen Auswüchse, die der Föderalismus auch zeitigt, bezweifeln, zumindest leise.

Der Weg, der am vernünftigsten wäre, ist wahrscheinlich gleichzeitig der Weg, der am wenigsten realistisch ist. Am vernünftigsten wäre es nämlich, wenn man alles, was bisher war, in Frage stellt, vielleicht wirklich bei null beginnt und von neuem aufbaut. Ich gehe jetzt gar nicht so weit, dem Finanzföderalismus das Wort zu reden, obwohl, was, zum Beispiel, die Steuerautonomie in gewissen Angelegenheiten angeht, dieses Modell, meines Erachtens, für das Burgenland durchaus seine Anreize hätte.

Aber, ein System, das allgemein durchschaubar und dazu auch noch gerecht ist, ob das unter den aktuellen Umständen wirklich realistisch ist, ich hoffe es, aber ich bezweifle es.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns zum Thema Finanzausgleich im Landtag schon öfter unterhalten und auch schon Beschlüsse gefasst. Ich halte den Abänderungsantrag, den wir eingebracht haben, für vernünftig. Vereinfachung, Transparenz, Gerechtigkeit pro Kopf, Aufgabenorientierung, Rücksichtnahme auf die Finanzkraft der jeweiligen Gebietskörperschaft sind die wesentlichen Parameter. Über Einzelforderungen kann man diskutieren.

Ich weise nur auf diese Zweitwohnsitze hin, dass das Geld in Österreich insgesamt nicht mehr wird, und dass natürlich dann auch alle anderen für einen Zweitwohnsitz etwas bekommen würden. Wir wissen alle sehr gut, dass es auch viele Burgenländer gibt, die in anderen Bundesländern einen Zweitwohnsitz haben. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! In einem Punkt kann ich dem Herrn Abgeordneter Molnár Recht geben, aber nur in dem einen Punkt, nämlich, dass der Finanzausgleich wirklich sehr kompliziert ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt eine interessante Grafik, die habe ich herauskopiert, die zeigt, dass 95 Prozent, also 94,5 Prozent der Steuern vom Bund eingehoben und dann verteilt wird. *(Der Abgeordnete Mag. Franz Steindl hält eine Grafik in Händen.)* Wenn man sich die Verteilung anschaut, dann ist das hochinteressant. Das ist aber jetzt eine sehr vereinfachte Darstellung. Daran sieht man, dass, zum Beispiel, 14,4 Milliarden Euro davon an die Länder und 8,9 Milliarden Euro an die Gemeinden gehen. Aber nicht nur die Steueranteile werden hier verteilt, sondern, es gibt dann an die Länder 1,1 Milliarden Euro an Zuschuss an die Gemeinden 0,2 Milliarden Euro an Zuschuss. Dann gibt es auch einen Kostentragungsteil des Bundes von 6,3 Milliarden Euro, wenn die Länder gewisse Aufgaben übernommen haben. Dann gibt es die Bedarfszuweisung in Richtung Länder, aber auch in Richtung Gemeinden.

Bei den Gemeinden werden wieder Vorwegabzüge gemacht. Dann gibt es auch noch die Landesumlage. Ein Konvolut an Transfers, die wirklich niemand mehr durchschaut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Insgesamt gibt es beim Finanzausgleich 216.000 Transfers. *(Abg. Manfred Kölly: Wieso macht man das so kompliziert?)* Das muss man sich einmal vorstellen. 216.000 Transfers und es gibt eine Kostenberechnung des Österreichischen Gemeindebundes. Die Kosten betragen alleine 33 Millionen Euro, um diese Transfers personalmäßig durchführen zu können. Da, glaube ich, gehört wirklich angesetzt. Ob das gelingen wird,

dass man wirklich neu ansetzt, das bezweifle ich deswegen, weil - genauso wie in der Schulpolitik und in der Gesundheitspolitik - eigentlich alle mitreden.

Von der obersten bis zur untersten Körperschaft. Bei den Interessensvertretungen geht am wenigsten weiter. So ist es auch beim Finanzausgleich und daher befürchte ich auch, dass sich hier sehr wenig bewegen wird, obwohl wir doch eines in den letzten Jahren erreicht haben, nämlich, dass dieser sogenannte abgestufte Bevölkerungsschlüssel abgeflacht wurde.

Abgestufter Bevölkerungsschlüssel bedeutet, große Städte erhalten mehr an Ertragsanteilen pro Kopf, kleinere Gemeinden weniger. Eine besondere Stellung hat hier Wien. Ich habe mir das angesehen. Wussten Sie, zum Beispiel, dass allein Wien 26,2 Prozent der gesamten Wohnbaufördermittel bekommt, obwohl der Bevölkerungsanteil bei 19,3 Prozent liegt? Wien bekommt also überverhältnismäßig mehr an Wohnbaufördermittel, an Zweckzuschüssen, als andere Bundesländer.

Oder, wussten Sie, zum Beispiel, das ist historisch bedingt, dass Wien jährlich zusätzlich 109 Millionen Euro für den U-Bahnausbau bekommt? Zusätzlich 109 Millionen Euro! Oder, dass es zusätzliche Sondermittel für den Nahverkehr gibt? , Dazu kommt noch die Parkpickerlregelung, wo man einführt hat, dass derjenige der seinen Hauptwohnsitz nicht nach Wien verlegt, besondere Schwierigkeiten hat.

Das betrifft vor allem viele Burgenländerinnen und Burgenländer. Daher glaube ich, dass es endlich einmal gelingen muss, dass hier der Finanzausgleich auch dementsprechend so geregelt wird, dass jeder Einwohner in Österreich gleich viel wert ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dafür sollten wir auch gemeinsam kämpfen. Hoch interessant Herr Kollege Molnár, da kann man streiten, ob das gescheit ist, dass die Bundesländer Steuerhoheit bekommen. Da gibt es sicher Pro und Contra, wenn Sie meine Meinung wissen wollen. Ich bin skeptisch, deswegen, denn was passiert denn dann? Es passiert Folgendes: Diejenigen Bundesländer, die sehr reich sind, und das sind vor allem die westlichen Länder, die werden dann, wenn sie Steuerhoheit haben, dieses Steuervolumen nie und nimmer ausnützen, weil sie es nicht brauchen.

Die ärmeren Bundesländer, wie es das Burgenland nach wie vor ist, werden es aber brauchen und damit gibt es schon eine Verzerrung. Wo geht man dann hin? Man geht dort hin, wo man weniger Steuern zahlt. Ob das im kleinen Österreich mit 8 Millionen Einwohner im kleinen Burgenland mit 290.000 Einwohnern zielfördernd ist, das kann man diskutieren. Ich bin, das sage ich ganz offen und ehrlich, da sehr skeptisch. Was man sich aber genauer anschauen sollte, ist eine Studie des Univ. Prof. Schneider. Der hat für das Burgenland, aber auch für Oberösterreich, er ist ein Linzer, berechnet, dass eigentlich das Burgenland das doppelte Steueraufkommen hat, als es über den Finanzausgleich vom Bund bekommt.

Das heißt, da hat man jetzt einmal die acht wichtigsten Steuern herangezogen, wo man im Burgenland lebt und wo der Steuertatbestand auch herrührt. Dann hat, zum Beispiel, das Burgenland über den Finanzausgleich 1,4 Milliarden Euro, wenn man aber das Steueraufkommen, das tatsächlich im Burgenland passiert gegenüberstellt, dann wären das 2,4 Milliarden Euro.

Das heißt, wir werden eigentlich jährlich um eine Milliarde Euro, das ist das Budget, das ist das Landesbudget, geprellt. Wir haben einen diesbezüglichen Abänderungsantrag einmal schon eingebracht. Ich glaube, es wäre wichtig, dass man derartige Studien heranzieht, wenn es darum geht, eine Gerechtigkeit beim Finanzausgleich zu erreichen.

Bevor ich jetzt unseren Abänderungsantrag einbringe, möchte ich, Frau Landesrätin, auf eines noch verweisen und ich möchte das auf eine sachliche Art und Weise tun. Es ist jetzt der Rechnungshofbericht über die Ertragsanteile veröffentlicht worden. Ich habe ihn genau durchgelesen. Ich kenne auch den Rohbericht. Ich kenne auch die Stellungnahme der Landesregierung deswegen, weil ich als Landeshauptmann-Stellvertreter bereits damit beschäftigt war. Von den acht Bundesländern, die geprüft wurden, und das haben Sie auch schon gesagt, gibt es in fünf Bundesländern Beanstandungen.

Ich habe mir das deshalb genau angesehen, weil das in den Medien wieder ein riesiges Echo hervorgerufen hat. Da wurde geschrieben, der Steindl hat Schuld, weil der der Gemeindereferent gewesen ist und der beste Landeshauptmann, wie sie das gesagt haben, Landeshauptmann-Stellvertreter des Burgenlandes.

Ich habe mir das angeschaut. Da geht es um ein Volumen bei den Ertragsanteilen zwischen 2009 und 2013 in der Höhe von 984.194.000,00 Euro. Wissen Sie wie hoch die Fehlerquote ist? Was schätzen Sie? Sagen Sie eine Zahl. *(Abg. Manfred Kölly: Sag etwas!)* Was schätzen Sie? Na, wie viel? Gut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Fehlerquote liegt bei der Berechnung bei 0,01 Prozent. Immerhin, aber nur da jetzt herzugehen und in der Öffentlichkeit irgendwen schlecht zu machen, weil ein Mitarbeiter sich verrechnet hat, ist schon schwer nachzuvollziehen. Nein, ich sage das nicht zu Ihnen, sondern insgesamt, weil ein Mitarbeiter damit ein bisschen überfordert war, weil es überall woanders Kontrollen gegeben hat. Ich bin nicht der Personalreferent gewesen. Weil man natürlich doppelt kontrolliert hat, das hat ja die Gemeindeabteilung berechnet und da gab es keine politischen Vorgaben, dass man das auch einmal weiß.

Es gibt einen Beamtenapparat und die haben das berechnet und dann wurden diese Berechnungen eins zu eins der Finanzabteilung übergeben. Ausgezahlt hat das die Finanzabteilung. Die Überprüfen das jetzt auch, die haben das aber vorher nicht überprüft. Wir haben bereits, und das möchte ich betonen, diese Fehlerbereinigung in meiner Amtszeit durchgeführt, Frau Landesrätin. Das möchte ich schon sagen, dass muss man fairerweise auch sagen, denn es gibt hier eine Regierungsvorlage, die ich auch zitieren kann. Die ist nämlich vom 26. Jänner 2015 mit der Zahl: 2-GL.G4225-10027-2. Diese Regierungsvorlage habe ich eingebracht und da wurde bereits aufgrund des Rohberichtes die Richtigstellung vorgenommen.

Was Sie gemacht haben Frau Landesrätin war, dass Sie im Jänner 2016 einen Regierungsakt eingebracht haben, wo das dann mit den Zahlungen im Jänner quasi auch durchgeführt wurde, aber die Richtigstellung erfolgte bereits in meiner Amtszeit. Das möchte ich schon sagen, weil, so fair muss man schon sein, wenn man jemanden anschuldigt, dass man dann sagt, in Ordnung, das sind die Fakten und so war es. Letztendlich geht es um eine interne Kontrolle, die bereits in Absprache mit dem Landesrat Bieler damals im Jahr 2013 jetzt für alle Jahre hindurch eingeführt wurde.

So etwas kann natürlich menschlich immer passieren, dass man sich verrechnet, aber es geht um eine Fehlerquote von 0,01 Prozent. Wobei die Berechnung der Rechnungshof durchgeführt hat, stimmt. Das möchte ich schon betonen und ich versuche das wirklich nicht polemisch zu sagen, sondern ersuche nur um Fairness bei der politischen Debatte. Ich war weder der Personalreferent, ich habe nur einen gehabt, der das berechnet hat.

Zweitens gab es damals im Jahr 2008 und 2009 eine absolute Mehrheit. Mir wurde damals das Budget auf null gekürzt. Zur Strafe, weil wir aufmüpfig waren, wurde mir ein

Abteilungsvorstand vorgesetzt, den Sie alle kennen. Das waren die goldigen Zeiten und die waren nicht die besten, das sage ich Ihnen ganz offen. Da gab es natürlich fehlerhafte Aktionen. Da könnte ich Ihnen noch einige aufzählen. Daher muss man schon die Kirche im Dorf lassen, wenn man dieses Thema auch dementsprechend, wir werden das, wenn der Rechnungshofbericht zur Debatte steht, nochmals tun, wenn man das diskutiert. Das möchte ich ganz einfach zum Schluss sagen. Jetzt bringe ich den Abänderungsantrag meiner Fraktion ein, nämlich: Wir unterstützen die Herrn Abgeordneten Kölly und Hutter selbstverständlich bei dieser Zweitwohnsitzregelung. Unserer Abänderungsantrag geht aber noch weiter, nämlich:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Verhandlungen zum Finanzgleich insbesondere für folgende Punkte einzusetzen:

- Aufhebung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels für Länder und Gemeinden;
- Aufgabenorientierter Finanzausgleich;
- Berücksichtigung der Altersstruktur der Einwohner bei der Zuteilung der Finanzmittel;
- Berücksichtigung der Siedlungsfläche, weil die Fläche sehr ausgabenintensive Aufgaben beeinflusst;
- Berücksichtigung der Nebenwohnsitze bei der Finanzmittel-Zuteilung;
- Einheitlicher Aufteilungsschlüssel über alle gemeinschaftlichen Bundesabgaben;
- Schaffung tragfähiger Verkehrsverbindungen im ländlichen Raum;
- Schaffung eines Ausgleichsfonds in der Höhe von 500 Mio. Euro pro Jahr für strukturschwache Gemeinden, weil die derzeitigen Ausgleichsmechanismen nicht ausreichend sind;
- Einrichtung wirksamer Schutzmechanismus gegen den sogenannten „grauen Finanzausgleich“.

Ich bedanke mich und darf Ihnen den Abänderungsantrag überreichen. *(Der Abgeordnete Mag. Franz Steindl überreicht den Abänderungsantrag dem Präsidenten. – Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Schlussformel wäre zu verlesen Herr Kollege. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP) *(fortsetzend)*: Das war die Beschlussformel.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Das war es schon. Gut. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird. Nächste Rednerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): *(Abg. Manfred Kölly: Machen wir dann eine Pause. Setzen wir uns zusammen, damit eine gescheite Lösung herauskommt.)* Sehr geehrter Herr Präsident! Werde Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Herr Kollege Steindl! Ich glaube, Polemik hat in dieser Causa wirklich nichts zu tun und auch ich möchte auf keinem Fall polemisch rüberkommen. Aber, ich darf Ihnen als Mandatarin, aber auch als betroffene Bürgermeisterin versichern, dass das, was Sie so wahrgenommen haben, in einem einfachen Gespräch mit der Frau Landesrätin zu klären gewesen wäre, denn als Sie das im SPÖ Landtagsklub und den Kolleginnen und Kollegen

mitgeteilt hat, ist es genauso passiert, wie Sie es eben zitiert hat, dass das unter Ihrer Amtszeit wahrgenommen wurde, dass es korrigiert wurde und Sie jetzt als nunmehrige Landesrätin quasi diese Rücküberweisungen und diese Ausgleiche auszuführen hat. Das, was in der Zeitung, oder in diversen Nachrichten und Medien kolportiert wird muss nicht immer der Wahrheit entsprechen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: ja, Sie haben recht, man hätte mit einem Gespräch hier alles ausräumen können.)*

Ich denke, und ich muss die Frau Landesrätin jetzt nicht in Schutz nehmen, aber ich bin Zeugin gewesen, weil ich bei dieser Sitzung dabei war. Es wäre einfacher gewesen. Ich glaube nicht, dass es da irgendeinen Angriff gegeben hat. *(Abg. Manfred Kölly: Ich sage es ja immer: Man muss sich zusammensetzen.)* Vor allem in Anbetracht dessen, dass ja jetzt mit dem Bericht von gestern, des Rechnungshofes nicht nur das Burgenland alleine, sondern auch einigen anderen Bundesländern ähnliche Fehler unterlaufen sind. Wie gesagt, wo Menschen arbeiten da menschelt es und soll auch niemand sein.

Es ist ja Gott sei Dank ja nichts passiert, es geht nicht um Menschenleben, wir sind ja noch in der glücklichen Situation, dass wir das entwirren können, im allerbesten Bundesland Österreichs wissen sie ja noch nicht einmal wie das Entwirren gehen wird. So gesehen ist das Burgenland auch hier wieder vorbildlich unterwegs. Das nur noch kurz zu Ihrer Wortmeldung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich bin ganz bei Ihnen, werte Kollegen, ein derart wichtiges Thema in der Kürze und im Detail zu diskutieren ist nicht möglich. dazu ist es viel zu komplex. Es war auch sehr interessant das zu hören, Herr Kollege, was Sie uns da berichtet haben, mit diesen vielen Geldflüssen die es da vom Land zum Bund in vice versa zu den Gemeinden gibt. Vielleicht hier nur das Kürzeste und Essentiellste, dass der Finanzausgleich, die Verteilung unserer Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden regelt, das wissen Sie natürlich als Mandatare hinlänglich. Es werden an die 78 Milliarden Euro, im Verhältnis 67 Prozent Bund, 21 Prozent und 12 Prozent Gemeinden aufgeteilt, auch das ist Ihnen sicherlich bekannt.

Wir haben als Land Burgenland in den vergangenen Jahren große Anstrengungen gemacht und viel unternommen um ausgeglichen zu budgetieren und das ist uns ja sehr, sehr erfolgreich gelungen, ebenso wie unseren Gemeinden mit punktuellen Ausnahmen und darauf können wir und sind wir auch sehr stolz. Diese positive Entwicklung des Landes, aber auch all unserer Gemeinden, muss natürlich auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte im Mittelpunkte unserer finanzpolitischen Überlegungen stehen. Gleichzeitig dürfen wir aber natürlich auch nicht vergessen, dass die Länder und die Gemeinden bereits seit vielen Jahren durch zusätzliche Aufgaben vom Bund belastet werden und dies sich in Zukunft bestimmt nicht verändern wird oder verbessern wird, im Gegenteil. Und auch diese zusätzlichen Aufgaben, das dürfen wir nicht vergessen, müssen natürlich in Zukunft adäquat abgegolten werden.

Einen Rückblick einen kurzen: Zuletzt haben wir 2007 Finanzausgleichsverhandlungen geführt, mit der Maßgabe diese sechs Jahre fortzuschreiben. Es ist länger geworden als diese sechs Jahre. Der Finanzausgleich wurde immer verlängert bis zum heurigen Jahr. Wir sind mitten in Verhandlungen und ab 2017, also ab dem kommenden Jahr, soll das neue Finanzpaket oder Ausgleichspaket stehen. Ein sehr schwieriges Vorhaben, wie wir schon besprochen haben. Zur Vorbereitung oder in der Vorbereitung für diese Verhandlungen hat der Burgenländischen GVV – Gemeindevertreterverband als größte Kommunalorganisation unseres Landes gemeinsam mit den Kollegen aus der Steiermark, aus Niederösterreich und aus Kärnten

eine Studie zur Verteilungsgerechtigkeit in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse, und ich glaube ich brauche das nicht zu betonen, waren überhaupt nicht befriedigend sondern sehr ernüchternd. Nicht jede Bürgerin und jeder Bürger in Österreich ist gleich viel wert. Strukturschwache Gemeinden und Abwanderungsgemeinden benötigen ganz, ganz dringend finanzielle Ausgleichszahlungen. Eine Ausgaben- aber auch eine Aufgabenreform ist unbedingt notwendig, genauso wie die Modernisierung der Einheitsbewertung, das heißt die Reform der Grundsteuer als Stärkung unserer Gemeinden. Was bedeutet das jetzt im Detail? Das ist Ihnen auch bekannt, Bundesländer im Westen haben viel, viel größere Vorteile und werden stark bevorzugt bei dem momentanen Finanzausgleich.

Ein Einwohner in Vorarlberg ist im Durschnitt 1.012 Euro wert, in Salzburg sogar 1.043 und der Burgenländer nur 741 Euro. Rechnen wir uns nun den Unterschied aus, so bekommt das Burgenland im Jahr im Vergleich zum Land Salzburg um 87 Millionen Euro weniger, oder auf den österreichischen Durchschnitt der geringer ist, 42,3 Millionen Euro weniger.

Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das sind Summen, die sehr erheblich sind und die wehtun. Wenn ich das als Bürgermeisterin einer kleinen mittelburgenländischen Gemeinde mit 1.300 Einwohnern umrechne, dann fehlen mir im Verhältnis zu Salzburg 390.000 Euro im Jahr und im Österreichschnitt 190.000 Euro im Jahr. Viel Geldd, das ich dringend für steigende Kosten *(Abg. Manfred Kölly: Wer sitzt denn in der Regierung in Wien?)* im Gesundheits-und Sozialbereich, für die Kinderbetreuung, für Schulerhaltung, Straßenbau und so weiter und so fort, jeder Kollege und Kollegin die hier sitzen wissen, wohin das Geld fließt, bräuchte. Genauso wie jede andere Bürgermeisterin und jeder andere Bürgermeister in jedem Bundesland.

Und das sehr geehrte Damen und Herren, stößt mir als Demokratin und Verfechterin des Gleichbehandlungsgrundsatzes sehr, sehr bitter auf. Daher war und ist die Kernforderung: Jede Bürgerin und jeder Bürger in ganz Österreich, vor allem in gleichgroßen Gemeinden muss gleich viel wert sein. Das ungleiche und unfaire Verhältnis zwischen gleich großen Gemeinden im Westen Österreichs und zu denen im Osten Österreichs muss schrittweise abgebaut werden.

Diese Forderung hat unser GVV-Präsident Erich Trummer mehrmals bereits im Gemeindebund eingebracht. Leider hat Präsident Mödlhammer von der ÖVP nie ein Ohr gehabt und hat diese Position unseres GVV-Präsidenten unterstützt. *(Abg. Manfred Kölly: Wieder ein Schwarzer.)*

Interessant ist natürlich auch in diesem Zusammenhang *(Zwischenruf des Abg. Mag. Franz Steindl.)* und da bin ich jetzt bei Ihnen, Herr Kollege, wo Sie bedauern, dass wir um eine Million Euro weniger an Steuern bekommen, ist auch interessant die doppelbödige Einstellung und das Verhalten Ihrer Partei. Der Herr Nationalrat Niki Berlakovich plädiert ja immer äußerst wortreich aber sehr tatenlos, für mehr Fairness, für mehr Gerechtigkeit, für mehr Transparenz in unseren Gemeinden.

Dagegen stimmen aber die schwarzen Gemeindebundvertreter, mit dem mit sehr geschätzten Gemeindebundpräsidenten Leo Radakovits aber auch Sie, der Herr Klubobmann Steiner ist leider nicht da, für die Resolution des Gemeindebundes in dem keine Beseitigung der Benachteiligung unserer burgenländischen oder im Osten vorhandenen Gemeinden vorgesehen ist.

Also einerseits predigen und dann den Wein - dieses Zitates glaube ich kennen Sie, Sie sind ja alle sehr gebildet, wenn es um die Bibel geht. *(Abg. Manfred Kölly: Wasser predigen und Wein trinken.)*

Vielleicht sollten Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, da Sie ja plötzlich für mehr Gerechtigkeit und Transparenz und für Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, in sich gehen und versuchen sich parteiintern mit den kommunalen Verbänden vor allem *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das liegt wahrscheinlich daran, dass wir sechs Landeshauptleute stellen.)* in Tirol, Vorarlberg und Salzburg kurz zu schließen und da für die faire Aufteilung der Mittel stehen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das scheitert nur an einem, der ist gleichzeitig Bürgermeister.)*

Wir Sozialdemokratinnen, Herr Kollege, und Sozialdemokraten setzen uns dafür schon seit vielen, vielen Jahren ein und *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja aber in Wien müsstet Ihr gehört werden, Frau Kollegin.)* daher ist vom Antragsteller her, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In Wien.)* Herr Kollege Kölly, unsere Unterstützung nicht einzufordern, wir unterstützen das schon seit jeher. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann fahren wir hin zum Häupl.)*

Die Adresse, die richtige, ist auch der Herr ÖVP-Finanzminister und eben wie gesagt die Vertreter seitens der ÖVP, denn das sind die wirklichen Verhinderer in dieser Causa*. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na geh.)*

Wenn ich ganz aktuell auch noch auf den Bericht des Rechnungshofs, wi ich leider auch nicht Zeit hatte ihn genau zu studieren, zitieren darf, dann finde ich mich schon alleine in der Kurzfassung auf den ORF-Seiten das bestätigt, das was wir schon seit langem fordern. Grundlegende Neuausrichtung des Finanzausgleiches, die Bedeutung hat sich verändert. Doppelgleisigkeiten sollen natürlich auch ausgeschieden werden, es ist fast fünf nach zwölf, tiefgreifende Reformen sind notwendig. All das was wir auch schon immer fordern. Statt immer nur den Wegfall des abgestuften Bevölkerungsschlüssels zu fordern, und damit Wien allen anderen Gemeinden anzugleichen, sollten Sie besser eine ordentliche und faire Reform des Finanzausgleiches auf den Weg bringen.

Die Punkte, die wir verlangen und fordern, sind in unserem Abänderungsantrag aufgelistet. Wir stehen dazu und wir werden unsere unermüdlichen Anstrengungen, die wir schon seit Jahren unternehmen, für einen fairen Finanzausgleich zur Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich, selbstverständlich vehement fortsetzen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ich möchte eine kleine sachliche Ergänzung anbringen. Ich habe gewartet, ob vielleicht jemand von den Kolleginnen oder Kollegen das in der eigenen Wortmeldung anbringt. Bei der weiteren Verhandlung des Finanzausgleiches bitte auch mitzudenken, dass die 180 Tage-Regelung für jene Gemeinden die viele Asylwerbende haben, die immer wieder wechseln, eine sehr große Belastung ist.

Gerade jene Gemeinden, die viele Menschen betreuen, kommen da zum Handkuss.Die Betreuung dieser Menschen ist finanzwirksam. Aber da sie weniger als 180 Tage in der Gemeinde ihren Aufenthalt haben werden sie nicht als Wohnsitzführende genannt.

Ich bitte das in die Verhandlungen mit aufzunehmen. Das ist ein ganz akutes und jetzt auch aktuelles Problem. *(Beifall bei den GRÜNEN, des Abgeordneten Walter Temmel und einigen Abgeordneten der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der Kollege Manfred Kölly hat sich zu Wort gemeldet.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man bringt einen Antrag ein der von allen goutiert wird und gesagt wird, es ist eigentlich alles sehr gut, man muss nur die Verhandlungen dementsprechend führen und man hat versucht seit Jahren schon etwas zu ändern. Wer führt denn die Verhandlungen mit dem Finanzausgleich? Wer sitzt in der Regierung wo die Verhandlungen getätigt werden? Nicht immer auf den Finanzminister ausreden, sondern unser Herr Landesrat Bieler führt Finanzausgleichsverhandlungen. *(Abg. Mag. Chritoph Wolf, M.A: Ach so.)*

Ach so und kommen *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Da schau her.)* Sie hier, Frau Kollegin und kommen Sie mit solchen Argumentationen daher und sagen, wir unterstützen gerne den Antrag, ändern diesen Antrag ab und kein einziges Wort von einem Nebenwohnsitz ist dort irgendwo gehört worden. *(Unruhe bei der SPÖ – Zwischenruf der Abgeordneten Klaudia Friedl.)*

Wo ist Euer Herr Landesrat, Finanzlandesrat, der schon seit Jahren verhandelt und nicht einmal einen Stein bewegt, nicht einmal irgendwas bewegt. Nicht einmal irgendwas bewegt er und Sie kommen immer daher und sagen der Schelling oder wer gerade der Finanzminister ist, ist schuld. Heutzutage werden alle ausgetauscht, egal, jeder kann alles. Da wird der Herr Stöger gleich Infrastrukturminister, *(Abg. Klaudia Friedl: Gesundheitsminister.)* dann ist er Gesundheitsminister, bei nächsten Mal wird der das.

Leute seid mir bitte nicht böse. Wenn wir einen Antrag einbringen der Sinn macht für die Gemeinden, und gerade Sie, Frau Kollegin aus Steinberg-Dörfl, denken Sie einmal nach was es heißt in einer Gemeinde - und Deutschkreutz hat 720 Nebenwohnsitze. Warum? Das haben Sie alles verschuldet, die *(Unruhe bei der SPÖ)* Sozialdemokraten, die müssen alle in Wien ein Parkpickerl haben, wenn sie Kinder haben die studieren eine Wohnung haben und was passiert dann? Wer ist in Wien haupteigentlich Argumentführer?

Ich glaube eine SPÖ die noch immer eine gewisse Mehrheit mit einem Häupl hat und schon vorher der Herr Maier und wie sie alle geheißen haben. Also seid mir bitte nicht böse von den Sozialdemokraten, das kann es ja nicht geben. Wenn ich mir das anschaue wie komplex als das tatsächlich ist, diese Verhandlungen, dann muss ich mir schon was dabei denken. Vielleicht kann man es vereinfachen? Denn nicht die Liste Burgenland sitzt oben im Bund und führt Verhandlungen. *(Abg. Ilse Benkö: Noch nicht.)*

Vielleicht sollten sie wir einmal führen, Ilse Benkö, da bin ich bei Dir. Da könnten wir vielleicht was bewegen. Aber nicht Jahre und Jahrzehnte haben Sie etwas versucht, höre ich da gerade, dann hat man es wieder auf sechs Jahre erweitert und dann hat man es wieder erweitert. Seid mir bitte nicht böse. Da muss ich dort oben schon jemandem auf die Füße steigen und sagen, so kann es nicht gehen.

Nicht über Vorarlberg schimpfen, dass die mehr bekommen und Salzburg mehr bekommt wie das Burgenland. Dann sind wir selber schuld, weil wir uns nicht bemüht haben das abzuändern. Dankeschön. *(Beifall der der LBL und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung. *(Allgemeine Unruhe.)*

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe in den Abgeordnetenbänken. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ mit dem Abgeordneten Manfred Kölly. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Wir kommen zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ mit dem Abgeordneten Manfred Kölly. – Abg. Ilse Benkö: Hallo! - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl vor.

Ich lasse daher zunächst über diesen Abänderungsantrag abstimmen. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt steht auf!)*

Ich ersuche jede Damen und Herren Abgeordneten, die diesem die Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – *(Abg. Manfred Kölly: Alles auf!)*

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend eine faire Reform des Finanzausgleichs ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

18. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen, auf Fassung einer Entschließung (Beilage 304), betreffend finanzielle Unterstützung zur Anschaffung von Registrierkassen (Zahl 21 – 214) (Beilage 345)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der 18. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen, auf Fassung einer Entschließung, Beilage 304, betreffend finanzielle Unterstützung zur Anschaffung von Registrierkassen, Zahl 21 - 214, Beilage 345.

Die Berichterstattung wird vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. vorgenommen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Vielen Dank Herr Präsident. Geschätzte Damen und Herren! Der Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian

Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf M.A., Kollegin und Kollegen, auf Fassung einer Entschließung, Beilage 304, betreffend finanzielle Unterstützung zur Anschaffung von Registrierkassen, Zahl 21 - 214, Beilage 345 liegt uns vor und wurde in Ihrer 3. Sitzung am Mittwoch, dem 30.März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen, auf Fassung einer Entschließung, betreffend finanzielle Unterstützung zur Anschaffung von Registrierkassen, unter Einbezug der vom Abgeordneten Mag. Drobits beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke für den Bericht Herr Berichterstatter. Die erste Wortmeldung stammt vom Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort. Bitte sehr.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Also, wir von der Liste Bündnis Liste Burgenland haben diesbezüglich bereits einen Antrag im November 2015 betreffend einmaligen Zuschuss bei der Anschaffung von Registrierkassen hier eingebracht. Dabei sollte ein einmaliger finanzieller Zuschuss in der Höhe von 50 Prozent der Anschaffungskosten für den Kauf von Registrierkassen gewährt werden. Dieser Antrag wurde natürlich abgeändert, dass er mit dem Antrag eigentlich nichts mehr gemeinsam hatte. Burgenländische Unternehmer müssen bei der Umsetzung der Registrierkassenpflicht finanziell unterstützt werden.

Im Zuge der aktuellen Steuerreform wurde als eine von mehreren Maßnahmen zur Gegenfinanzierung die sogenannte Registrierkassenpflicht eingeführt. Fest steht, dass durch die Registrierkassenpflicht Unternehmen nicht nur finanziell stark belastet werden, sondern es auch zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand kommen wird. Aus diesem Grund scheint es sinnvoll und zielführend, die betroffenen Unternehmer des Burgenlandes durch einen einmaligen finanziellen Zuschuss zu unterstützen. Als Unterstützung zur Finanzierung der vorgeschriebenen Systeme ist aus heutiger Sicht eine Prämie von 200 Euro pro Kassensystem im Rahmen der jährlichen Steuererklärung vorgesehen.

Es ist davon auszugehen, dass die Anschaffung von technisch geeigneten Registrierkassen wesentlich höhere finanzielle Belastungen für die Unternehmer des Burgenlandes mit sich bringt. Hier geht es hauptsächlich um die kleinsten Unternehmen und die Kleinunternehmen, die gerade an dieser Einkommensgrenze, an dieser Umsatzgrenze, kratzen und diese Prämie von 200 Euro daher deutlich zu gering angesetzt ist.

Das Bündnis Liste Burgenland fordert daher, weil wir es für sinnvoll erachten, dass Unternehmer die eine Registrierkasse benötigen, mit einem finanziellen Zuschuss von 50 Prozent der Anschaffungskosten unterstützt gehören.

Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke sehr vielmals. Was für mich unverständlich ist, wie man eine Berufsgruppe da bevorzugen kann und die anderen nicht, deswegen finde ich den Antrag von Haus aus gut. Ich habe in letzter Zeit mit einigen Unternehmern und Unternehmerinnen gesprochen bezüglich der Registrierkasse und man muss sagen, dass das Thema teilweise wirklich sehr stark übertrieben wird. Viele verwenden eine Gratissoftware, die auf jedem Laptop oder Tablet läuft, das sind eher die kleinen Betriebe, für die läuft das relativ problemlos, die müssen gerade um 50 Euro oder um 70 Euro, im schlimmsten Fall einen Drucker für die Rechnungen kaufen, das heißt das sind wirklich Minimalbeträge. Dazu gibt es noch Förderungen.

Also da sehe ich nicht wirklich ein, warum man da ein so großes Theater darum macht? Was mir auch aufgefallen ist, dass viele Unternehmer jetzt teilweise viel größere Registrierkassen kaufen als sie eigentlich vom Gesetz her brauchen würden. Sie sagen, wenn ich schon etwas kaufe, kaufe ich gleich etwas, wo ich Warenflusskontrolle *(Abg. Manfred Kölly: 2017 wird es eine Änderung geben, dafür braucht man jetzt gleich was Gescheites.)* und ähnliches auch machen kann. Da kommt noch eine Änderung, aber auch das ist relativ günstig machbar. Wir unterstützen beide Anträge, obwohl wir glauben, dass es auf der einen Seite zu wenig weit geht, weil wenn ich schon eine Unterstützung gebe, dann muss ich alle gleich behandeln und auf der anderen Seite diese Förderung, so komisch es jetzt klingt, gar nicht unbedingt notwendig ist.

Es gibt die Bundesförderung und wie gesagt, es gibt sehr günstige Möglichkeiten, an Registrierkassen zu kommen. Das Ganze wird hier ein bisschen hochgespielt. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke für die Wortmeldung. Zu Wort gemeldet ist Herr Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr! Ich muss sagen, der Antrag der ÖVP gefällt mir, der ist so klar und deutlich und so ein bisschen niedlich finde ich den. *(Allgemeine Heiterkeit)* Es ist schon klar, dass die Registrierkasse, das heißt, dieses elektronische Aufzeichnungssystem eine Belastung für Betriebe darstellt, die mehr als 15.000 Euro Jahresumsatz haben, beziehungsweise mehr als 7.500 Euro Bargeldzahlungen. Auch die Vereine werden massiv belastet und es können einem die ehrenamtlichen Helfer und Mitglieder der Vereine leidtun. Es gibt ja eine Anzeigenflut und so weiter, und so fort.

Vereine sind eigentlich auch massiv gefährdet. Wir haben aber jetzt dazu zwei Punkte. Wir haben ja bereits eine Vereinfachung hinsichtlich des Veranstaltungsgesetzes beschlossen und im Dezember gab es auch die Forderung, kleinen und mittleren Unternehmen und Vereinen rasch und unbürokratisch zu helfen, indem die Umsatzgrenzen erweitert werden sollten, sozusagen verdoppelt, von 15.000 auf 30.000 Umsatz und von 7.500 auf 15.000.

Dass die Landesregierung angekündigt hat, kleine Gastwirte zu unterstützen, hat meiner Meinung nach schon einen Sinn, denn gerade die, ich glaube gerade die kleinen Gastwirte sind bis jetzt sehr belastet worden, wenn man nur denkt an die Vorschriften, was die Barrierefreiheit anbelangt, was das Rauchergesetz anbelangt, was die Allergenvorschrift bewirkt hat und jetzt noch die Registrierkasse.

Also ich finde schon, dass es in Ordnung ist, die kleinen Gastwirte mit bis zu fünf Beschäftigten zu unterstützen. Alle Betroffenen zu unterstützen, wie es im Antrag der ÖVP steht, finde ich etwas komisch. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Warum?)* Denn das

könnte Schule machen und ich sage dann, der Bund beschließt und das Land zahlt. Das scheint das Motto der ÖVP zu sein, und das werden wir ja nicht schaffen. Das werden wir nicht schaffen, weil ein Prinzip der ÖVP scheint ja zu sein, in allen verschiedenen, in allen möglichen Bereichen zu fordern, mehr Geld, mehr Geld, mehr Geld. Das ist nicht sehr einfallsreich würde ich einmal sagen. Es wird nicht besser, wenn Sie immer dasselbe fordern. Wenden Sie sich vielleicht lieber an Ihre zuständigen Minister, die da vielleicht etwas erreichen könnten, wirklich etwas erreichen könnten.

Wir werden jedenfalls unseren Antrag, der die Sache eher trifft, unterstützen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Mag. Christoph Wolf M.A. ist zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zum Punkt Registrierkassen und zu Beginn möchte ich festhalten, was die Fakten sind. Die Fakten und warum es zur Einführung von Registrierkassenpflichten gekommen ist, liegt schlichtweg darin, dass die Einführung der Registrierkassenpflicht durch eine legistische Änderung auf Bundesebene erfolgt ist. Das ist ein Bundesgesetz, das ist die Bundesabgabenordnung und auf Basis dessen ist der Finanzminister ermächtigt, sogar verpflichtet, eine Verordnung hinauszugeben, wo genau definiert wird, wofür man dann eine Registrierkasse braucht.

In dieser Verordnung sind die 15.000 beziehungsweise die 7.500 Freigrenzen und Umsatzgrenzen festgelegt. Dieses Gesetz, wie gesagt, ist ein Bundesgesetz und wurde im Parlament mit einer Mehrheit beschlossen, unter dem großen Applaus der SPÖ, des ÖGB und auch der Arbeiterkammer. Das ist auch ein Fakt, weil, die Idee dieser Registrierkassenpflicht kommt ausschließlich von der linken Seite. Das sind die roten Gewerkschafter, die die zentrale Forderung eingebracht haben.

Die roten Nadelstreif-Sozialisten haben gesagt, sie wollen die Registrierkasse, weil sie den Unternehmen mit dieser Registrierkasse mehr Geld aus der Tasche ziehen können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so.)* Und das ist der einzige Sinn der Sache gewesen und da haben sich die linken Sozialisten in der Diskussion leider durchgesetzt.

Aber wie es halt in einer großen Koalition so ist, ist es ein Nehmen und ein Geben. Wir haben dafür andere, unsere Forderungen, mitnehmen können und haben dadurch auch eine Steuerreform auf den Tisch legen können, die am Ende des Tages eine Tarifreform mitgebracht hat. Natürlich mit nicht unbedingt immer guten Verbesserungsvorschlägen, aber trotzdem liegt eine auf dem Tisch. Fakt ist auch, dass die roten Verhandler eine Methode gewählt haben, um diese Gegenfinanzierung zu argumentieren und das war leider auf Kosten der Unternehmerinnen und Unternehmer, durch diese Registrierkassenpflicht. Wie es halt in Österreich so ist, herrschen viel zu hohe Steuern, nicht nur für die Unternehmen, sondern auch viel zu hohe Abgaben auf Arbeit, wodurch sich in Österreich die Leistung kaum mehr lohnt.

Das ist aus unserer Sicht, der Sicht der ÖVP eine Katastrophe, das gehört massiv und dringend geändert, um wieder ein unternehmerfreundliches Österreich zu schaffen. Weil nur dann werden wir es schaffen, Unternehmerinnen und Unternehmer, Unternehmen in Österreich anzusiedeln und nur dann wird es möglich sein, dass Arbeitgeber, die Unternehmer, auch Arbeitsplätze schaffen.

Der Klassenkampf, der immer wieder propagiert wird von der Arbeiterkammer und von der Gewerkschaft, den haben wir schon längst abgelegt, weil aus unserer Sicht geht es darum, dass Arbeitgeber mit Arbeitnehmern gemeinsam für die Sache kämpfen und nicht gegeneinander. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir wollen eine Entlastung der Unternehmer in Form der Änderung der Registrierkassenpflicht. Wir wollen aber auch, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir haben als ÖVP in den letzten Monaten viele Initiativen im Landtag eingebracht, wo die Regierungsparteien leider immer dagegen waren. Wir wollen Bürokratie abbauen, wir wollen eine Rechtsbereinigung schaffen. Wir brauchen keine Gesetze mehr die unnötig oder veraltet sind. Wir haben ein Investitionspaket für den Tourismus eingebracht. Wir wollten ein Gemeindepaket schnüren, durch Abschaffung der Landesumlage.

All diese Punkte hat Rot-Blau blockiert und nicht mitbeschlossen und das zeigt, wie unternehmerfreundlich Rot-Blau heutzutage wirklich ist. Was Rot-Blau im Burgenland leider nicht behaupten kann ist, dass sie in irgendeiner Weise etwas für die Unternehmer gemacht hat. Es entstanden durch die Landschaftsschutzabgabe mehr Hürden, durch ein neues Tourismusgesetz haben die Unternehmer mehr Belastungen bekommen und Mehrkosten durch einen aufgeblähten Landesapparat, den gibt es mittlerweile sowieso, weil vor kurzem ja die Objektivierung ausgeschaltet wurde.

Das sind alles Dinge, die nicht unbedingt für ein unternehmerfreundliches Bundesland sprechen. Als Volkspartei werden wir mit aller Kraft, mit vollem Elan aber auch mit voller Begeisterung dagegen ankämpfen, gegen diesen selbstherrlichen Machtzentralismus, weil nichts anderes ist es. Es ist ein zentrales Geldverteilen in der Hoffnung, das man gewählt wird, aber keine strukturellen Veränderungen für Unternehmer, keine Änderungen für einen wirtschaftsfreundlichen Standort.

Leider hat dieses Gesetz im Zuge der Steuerreform die Registrierkassenpflicht bekommen. Hier wollen wir die Unterstützung nicht nur für die kleinen Gastronomiebetriebe, sondern wir wollen die Unterstützung für alle Branchen, für alle Unternehmer, die klein sind und auch eine Registrierkassenpflicht haben.

Das betrifft viele private Unternehmer die unterwegs sind im Land, die einen kleinen Betrieb haben aber zufällig doch über 15.000 Umsatz machen und dementsprechend eine Registrierkasse brauchen. Ich glaube, diese sollten wir unterstützen, nicht um eine kleine Gruppe zu unterstützen, sondern wirklich um hier breit gegen dieses Gesetz auf Bundesebene einen kleinen Polster vorzuschieben. Das Gesetz hat aber auch die Nebenerscheinung, dass für Vereine die Registrierkassenpflicht gilt. Zwar gibt es eine Ausnahme für begünstigte Vereine und Organisationen die in einem bestimmten Zeitraum die Registrierkassenpflicht erlassen.

Aber trotzdem ist es so, dass wenn ein Sportverein einen begünstigungsschädlichen Betrieb hat, zu Deutsch, eine Kantine betreibt, dann hat dieser Sportverein für jeden Standort der Kantine auch eine Registrierkasse anzuschaffen, diese zu bedienen und auch nachzuweisen, wenn das Finanzamt prüfen kommt. Und dies ist aus unserer Sicht nicht tragbar. Da wollen wir mit aller Gewalt und so schnell als möglich eine Lösung herbeiführen, damit die Vereine hier wieder begünstigt sind, damit wir das Ehrenamt wieder hochleben lassen können und die Freiwilligkeit wieder im Vordergrund steht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Damit brauchen wir für die kleinen Betriebe und für die Vereine, die ja unsere Lebensadern und Triebfedern in den Gemeinden sind, eine Lösung die auf Bundesebene nur gemeinsam funktionieren kann.

Wie die Mehrheit auf Bundesebene in diesem Fall ausschaut, wird uns wahrscheinlich allen gemeinsam nicht so wichtig sein, sondern das Ziel ist, das Ziel in dieser Sache, dass es eine Mehrheit gibt für die Änderung dieses Gesetzes. Und ich glaube, dass wir mit einer heutigen Entschließung, die hoffentlich unserer folgt, auf Bundesebene ein großes Zeichen setzen können.

Wir bringen daher einen Abänderungsantrag ein, die Beschlussformel dazu lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, allen von der Registrierkassenpflicht auf Grund der Steuerreform 2016 Betroffenen, einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 200 Euro zur Anschaffung einer Registrierkasse zu gewähren. (Abg. Géza Molnár: Finanzierungsvorschlag? Haben wir nicht. – Unruhe bei der ÖVP)

Damit darf ich diesen Antrag abgeben. Wir unterstützen natürlich unseren Abänderungsantrag. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Mag. Christoph Wolf, M.A. übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen. Als nächster Redner zu Wort ist gemeldet Herr Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist gar nicht so leicht, am Schluss eines Tagesordnungspunktes zu sprechen, wenn ein Redner von einem „niedlichen Antrag“ und der letzte Redner oder Vorredner vor mir relativ derbe Worte im Hinblick auf die Entstehung dieses Antrages abgibt.

Nun, uns geht es hauptsächlich um den Schutz derer, die unzumutbare Belastungen tragen müssen. Die Steuerreform 2015 war ja an und für sich eine Erfolgsgeschichte, dass der Eingangssteuersatz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer endgültig von 36 Prozent auf 25 Prozent reduziert worden ist.

Viele wollten dafür als Gegenfinanzierungsmaßnahme endlich haben, dass Vermögende zur Kasse gebeten werden, und die Gegenfinanzierung darstellen. Heute wurde bereits erwähnt bei einem anderen Tagesordnungspunkt, dass ein Prozent der Reichsten in Österreich rund 35 Prozent des Vermögens haben und 90 Prozent aller, ungefähr den gleichen Betrag, 37 Prozent, haben. Das ist ungleich.

Sinnhaft wäre es gewesen, bei der Steuerreform die Gegenfinanzierung über Vermögenssteuern zu machen und in diesem Punkt auch etwas zu tun. Sinnhaft wäre es auch gewesen, wenn man jetzt weiß, dass es Panama Papers gibt, wo Steueroasen sind. Diese Steueroasen sind, meiner Meinung nach, Gerechtigkeitswüsten, die dazu führen, dass die Kleinsten in unserem Land die Finanzierung, die Gegenfinanzierung, dieser Steuerreform durchführen müssen.

Ich bin nicht Ihrer Meinung, Kollege Wolf. Sie haben zwar die Fakten dargestellt, ja, es ist richtig, dass es eine Bundesabgabenordnung gibt und eine Ermächtigung gibt, aber ich glaube auch, dass sehr wohl der Finanzminister, der aus Ihrer Fraktion stammt, die Möglichkeit gehabt hätte, diese Gegenfinanzierung über die Registrierkassenpflicht zu verhindern und nicht durchzuführen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Warum habt Ihr es überhaupt eingeführt?)*

Ich glaube, dass es gerade für uns als Burgenland und für unsere Betroffenen, die die unzumutbaren Belastungen haben, das Schlechteste ist. Es ist ein Kahlschlag für unsere ländliche Region. Ich möchte nur kurz darauf eingehen, was das eigentlich bedeutet, was wir gemacht haben. Wir haben gesagt, die Schwächsten, und das sind jene, die in den letzten Jahren mehrfach betroffen waren, die kleinen Gastronomiebetriebe, die kleinen Dorfwirte, sie haben eine Lebensmittelkennzeichnung mittragen müssen, sie haben den Nichtraucherschutz mittragen müssen und sie haben in kürzester Zeit jetzt auch diese Registrierkassenpflicht auf dem Tisch.

Es ist, glaube ich, redlich und auch richtig, dass man dieser Gruppe jetzt unter die Arme greift und ihnen mit einer Einmalzahlung von 200 Euro in Cash und nicht als Steuergutschrift, wie es andere Förderungen machen, unterstützend agiert. Das heißt, diese Aktionslinie, Registrierkassenbonus für burgenländische Gastronomiebetriebe ist, meiner Meinung, die richtige Antwort, um den Überlebenskampf der Dorfwirte im Burgenland, wo sie einen wichtigen Stellenwert hat, weiter zu unterstützen. Die Richtlinie sagt aber auch, dass die 200 Euro Cash natürlich auch daran gebunden ist, inwieweit maximal fünf Arbeitnehmer beschäftigt sind, und dass auch ein Investitionsvolumen von zumindest 400 Euro gegeben ist.

Insgesamt wurden 100.000 Euro dotiert, sodass zumindest 500 kleine Gastwirte unterstützt werden könnten. Ich glaube aber, dass die Thematik weitergeht, und nicht nur auf die finanzielle Unterstützung der Dorfwirte geht. Ich glaube, dass vor allem das Ehrenamt und die Vereine durch diese Registrierkassenpflicht unmittelbar betroffen sind.

Dies hat der Kollege Wolf richtigerweise auch angemerkt, dass die Vereine, und das Ehrenamt, die zentralen Säulen unserer Gesellschaft sind. Diese wurden mit dieser Registrierkassenpflicht unmittelbar betroffen und direkt angesprochen. Meiner Meinung steht auch unsere Fraktion weiterhin dafür, dass wir den Vereinen neben den bürokratischen Erleichterungen im Oktober, anlässlich der Landtagssitzung, weiterhin Unterstützung gewähren, indem wir die Erhöhung der Jahresumsatzgrenze oder Prämie von 15.000 auf 30.000 und der Barumsätze von 7.500 auf 15.000 weiterhin begehren, aber auch die drei-Tages-Regelung für Festveranstaltungen auf eine Befreiung im Ausmaß von fünf Kalendertagen anregen wollen.

Nun. Ich sehe diese Registrierkassenpflicht durchaus als Angriff auf die burgenländischen Dorfwirte und auch die Vereine und glaube deshalb, dass dieses Instrument der Gegenfinanzierung unangemessen ist. Es ist deshalb auch doppelbödig und grotesk, wenn man nunmehr alle, von der Steuerreform Betroffenen einbinden will, und diese Wirtschaftsförderung diesen zukommen lassen will.

Ich sehe in jedem Abänderungsantrag keinen Bedeckungsvorschlag. Ich sehe keine Budgetverantwortlichkeit. Ich bin nicht der Meinung, dass wir jeden Unsinn, der vom Bund gemacht wird, im Land kompensieren. Ich glaube auch, dass eine Politik der bargeldlosen Schecks oder der ungedeckten Barschecks keinen Sinn hat. Deshalb ist meine Fraktion weiterhin der Meinung, dass der durch die Registrierkassenpflicht ausgelöste Kahlschlag auf die ländliche Region insofern begegnet werden kann, dass der Überlebenskampf der Dorfwirte mittels dieser Wirtschaftsförderung unterstützt wird, und dass wir weiterhin auch die Vereine und das Vereinsleben begleiten und unterstützen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank erteile ich dem Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Es kommt nicht oft vor, aber ich möchte dann die Gelegenheit doch nutzen, um dem Abgeordneten Spitzmüller zu seiner Wortmeldung zu gratulieren, die ist diesmal zu 100 Prozent zu unterstützen.

Ich bin auch der Meinung, dass das Thema Registrierkassen im Grunde genommen, wenn man es wirklich von einer etwas überhöhten Position einmal anschaut, überstrapaziert wird, beziehungsweise dramatisiert wird. Es gibt online verfügbare Lösungen, die im Prinzip kostenlos sind. Es gibt Leasinglösungen um einige wenige Euro im Monat, also ich glaube, an der Registrierkasse wird kein einziges Unternehmen und kein einziger Verein in diesem Land scheitern.

Vielleicht zum Kollegen Wolf, der doch eine etwas… *(Abg. Gerhard Steier: Steuerlich nicht absetzbar, oder?)* Leasingaufwendungen sind steuerlich absetzbar. Zum Kollegen Wolf, weil er doch eine etwas pointierte Wortmeldung hier zum Besten gegeben hat. Er hat dann noch versucht die Kurve zu kratzen, aber die Bundesabgabenordnung liegt schon beim Finanzminister. Sie wurde auch als Regierungsvorlage eingebracht, die Änderung. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Beschließen tut es das Parlament!)* Beschließen tut es zuerst die Bundesregierung, einstimmig, mit ÖVP-Stimmen und der Nationalrat natürlich mit… *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Damit das Gesetz gilt, braucht man das Parlament!)* Ja, und der Nationalrat natürlich.

Nachdem die FPÖ nicht zugestimmt hat, gehe ich davon aus, dass die ÖVP zugestimmt hat. Jetzt kann man natürlich Tauschgeschäfte oder sonstige Geschäfte sehen, sei dahingestellt. Es fällt nur auf, dass eben hier sozusagen eine gewisse Janusköpfigkeit zum Vorschein kommt. Ich erkenne selbstverständlich auch an, dass sich die ÖVP Burgenland hier gegenteilig positioniert. Da gibt es zum Beispiel ein Schreiben, das vom Landesparteiobmann Steiner und vom Wirtschaftsbundpräsident Nemeth an die Unternehmerinnen und Unternehmer verschickt wird, wo man davon wieder Abstand nimmt.

Es gibt Medienberichte, wie zum Beispiel hier vom Kurier vom 13. April, dass es hier in der ÖVP sehr unangenehm ist, weil halt Flügel dafür, Flügel dagegen sind. Ich verstehe das alles. Es freut mich, wenn die ÖVP Burgenland hier eine andere Linie verfolgt, als zum Beispiel der Bundesminister für Finanzen. Ich glaube, Sie sind damit auf dem richtigen Weg.

Den Ausflug ins Tourismusgesetz… *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ja!)* Ja, das kann man ja wohl anerkennen. Den Ausflug ins Tourismusgesetz will ich jetzt ehrlich gesagt nicht kommentieren, das haben wir ohnehin schon gemacht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kommt als nächstes!)* Ja, kommt als nächstes.

Die Mehrheit für die Abänderung der Bundesabgabenordnung, die wir das letzte Mal schon diskutiert haben, und die Sie auch heute hier thematisiert haben, um darauf vielleicht noch einmal zurückzukommen, ich habe mit dem Klubobmann im Nationalrat, Strache, telefoniert, wie versprochen das letzte Mal, es wird von der FPÖ einen Antrag auf eine Sammelnovelle kommen. Das auszuarbeiten ist mit den Mitteln der Opposition halt nicht von heute auf morgen machbar.

Ich glaube, das ist nachvollziehbar. Aber das wird kommen und ich bin heute schon gespannt, wie dann das Abstimmungsverhalten sein wird. Dann sollte es an und für sich kein Problem sein, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hätten wir deponiert!)* die Bundesabgabenordnung entsprechend wieder zu novellieren und wie sich zumindest die Abgeordneten oder der Abgeordnete der ÖVP Burgenland sich verhalten wird, also wie gesagt, das wird man dann ja sehen.

Es scheint hier generell ein bisschen eine neue Strategie Platz zu greifen. So nach dem Motto, bisher hat es ja geheißen, alles was die Landesregierung macht ist irgendwie schlecht, und eigentlich nichts wert. Jetzt ist es eigentlich doch in Ordnung, weil die Registrierkassenförderung per se ist ja in Ordnung, man will nur einfach mehr haben.

Das hat der Klubobmann Molnár vorher schon gesagt, einfach immer mehr zu fordern ist irgendwie ein bisschen witzlos, da gehört schon ein bisschen mehr an Argumenten dazu. Wenn wir vielleicht auf diese Argumente noch einmal kurz eingehen wollen. Zum einen, ebenfalls voll inhaltlich zuzustimmen ist dem Abgeordneten Drobits. Es steht nicht an, dass wir mit den Mitteln der Wirtschaftsförderung jeden Unsinn der vom Bund hier herunterkommt ausmerzen. Da bin ich vollkommen dagegen und vollkommen Ihrer Meinung, Herr Abgeordneter. Bei den Problemen sind wir vollkommen d‘accord.

Aber die Sinnhaftigkeit mit den Mitteln, die wir hier eventuell über Steuermehreinnahmen lukrieren, dasselbe wieder über Förderungen herzugeben, um sozusagen bestenfalls ein Nullsummenspiel zu kreieren, also das hält sich in sehr engen Grenzen, und das ist mit dieser Landesregierung und dieser Mehrheit sicherlich nicht zu machen. Der zweite Punkt ist einmal die Frage der Mittelherkunft. Wie ebenfalls schon thematisiert.

Unseren Berechnungen und den jenen unserer Abteilung zufolge, würde Ihre Forderung zwischen 2,8 und 3,4 Millionen Euro kosten. Das ist jetzt die Frage, woher sollen wir es nehmen? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das Kindergeld des Kollegen Tschürtz, das er 25 Jahre gefordert hat, hätte auch mehr gekostet!)* Ja, schon. Ja. Mag ja sein. Aber momentan liegt dieser Antrag am Tisch und der würde das kosten. Da hätte ich mir zumindest erwartet, dass man sagt, woher will man es nehmen.

Soll man es bei den Bauern streichen, oder soll man es, weiß ich nicht, bei den Gemeinden streichen, oder soll man vielleicht die Schulden erhöhen? *(Abg. Manfred Kölly: Bei öffentlichen Bauten einhalten, was es tatsächlich ist!)* Oder sollen wir Lutzmannsburg zusperren? Keine Ahnung. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Landesschulratspräsident abschaffen!)*

Der Antrag ist ja von Euch gekommen. Daher haben wir ja gehofft, dass es einen Bedeckungsvorschlag gibt. Das ist nicht der Fall. Insofern ist die Mittelherkunft leider eine Nullmeldung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das Zweite, ja die Kostenseite, wie bereits gesagt, es ist halt die Frage ob es dafürsteht. Ob hier Kosten und Nutzen tatsächlich in einer Relation stehen. Unserer Meinung nach ist das nicht der Fall.

Vielleicht abschließend noch zum Argument der Bevorzugung. Ich sehe das ehrlich gesagt nicht so. Abgesehen davon, dass die Situation im Burgenland, insbesondere in den mittleren und südlichen Landesteilen, wo ja tatsächlich der Dorfwirt eines der letzten sozialen Zentren in den Kommunen in den Gemeinden darstellt, der ja tunlichst erhalten werden sollte, ist es schon so, dass die Gastwirte von der Bundesregierung, ich gebe Ihnen schon Recht, in den letzten Monaten und Wochen mehr sekkiert worden sind als andere Berufsgruppen.

Das geht jetzt vom Rauchergesetz über die Allergieverordnung, *(Abg. Walter Temmel: Buschenschänken genauso!)* jetzt auf einmal muss man angeblich alle möglichen Kalorientabellen und so weiter ausweisen. Also ich glaube, dass Gastwirte hier wirklich überstrapaziert worden sind und ich glaube, dass niemand von denen wegen 200 Euro, die man vom Land hier draufzahlt, neidig sein muss, sondern das ist, wie auch in der Pressekonferenz mit dem Landeshauptmann gesagt wurde, ein Anerkennungsbeitrag, um hier sozusagen auch zum Ausdruck zu bringen, wir anerkennen die wichtige

kommunale Rolle, die soziale Rolle in den Gemeinden und gleichzeitig schauen wir natürlich auch darauf, dass das Budget nicht überstrapaziert wird.

Was den nicht ganz zu Unrecht erhobenen Einwand betrifft, was Vereine und Buschenschänke betrifft, so muss ich mich leider da zurückziehen, da ich weder für die Vereinsförderung noch für die Buschenschänken zuständig bin. Ich kann Ihnen aber zusagen, sollte ein entsprechender Antrag von Kollegen kommen, so werde ich den in der Regierung sicherlich nicht blockieren. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Es liegen keine Wortmeldungen vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Ich darf Sie um Konzentration bei der Abstimmung bitten.

Es war bei dem Tagesordnungspunkt der Mag. Wolf Berichterstatter. Der Mag. Wolf hat auch einen Abänderungsantrag eingebracht. Deshalb bitte ich Sie um Konzentration. Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Wolf eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und darf jene Damen und Herren Abgeordneten bitten, die diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Schutz der Vereine und KMUs vor unzumutbaren Belastungen durch die Registrierkassenpflicht ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

19. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 269) betreffend Investitionspaket für die burgenländische Tourismuswirtschaft (Zahl 21 - 194) (Beilage 346)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 19. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 269, betreffend Investitionspaket für die burgenländische Tourismuswirtschaft, Zahl 21 - 194.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist neuerlich Mag. Christoph Wolf M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Vielen Dank. Geschätzte Damen und Herren! Der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 269, betreffend Investitionspaket für die burgenländische Tourismuswirtschaft, Zahl 21 - 194, Beilage 346, liegt uns vor.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der bereits genannten Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Investitionspaket für die burgenländische Tourismuswirtschaft, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke für den Bericht. Ich teile mit, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Zu Wort gemeldet ist der Mag. Johann Richter.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bedeutung des Tourismus für das Burgenland ist unumstritten. Wenn man sich die Fakten ansieht - 740 Millionen Wertschöpfung, über eine Milliarde Euro Umsatz im Jahr, 14.000 Beschäftigte, das sind also beachtliche Zahlen. Im Antrag der ÖVP stehen auch richtigerweise Dinge, wie dass es ein Nord-Süd-Gefälle gibt, dass es ein Minus bei - ich glaube 1 Stern und 2 Sterne Hotels gibt, da wurde übrigens schon reagiert.

Ich bilde mir ein, mit 400.000 Euro für Privatzimmeranbieter und eben 1 Stern und 2 Sterne Hotels. Die ÖVP tut, glaube ich, überhaupt so, als wäre das etwas ganz Neues, als ob sie die Lösung für alles hätten, abgesehen von der Vergangenheit. Wie weit da jemand von Euch zuständig war… *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Immer positiv!)* Wissen Sie wie ihre Lösung schon wieder aussieht? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na ganz sicher!)* Mehr Geld, mehr Geld, mehr Geld - das ist sehr kreativ, es ist sehr nützlich.

Dabei habe ich hier schon an dieser Stelle einmal erklärt, dass im Zuge des Additionalitätsprogrammes Burgenland sehr viele Geld für den Tourismus bereits gestellt werden soll und zwar *(Abg. Robert Hergovich: 20 Millionen!)* die Förderung des Tourismus und der Tourismus- und Freizeitbetriebe 7,64 Millionen Euro, Tourismusmarketing, Organisationen, Tourismusinfrastruktur vier Millionen Euro und kulturelle Ressourcen und Angebote in Verbindung mit dem Tourismus acht Millionen Euro. Also insgesamt 19,64 Millionen Euro sind vorgesehen, konkret für den Tourismus. Konkret gefördert werden sollen verschiedenste Dinge.

Ich möchte da nur kurz aufzählen: Gesundheit, Wellnesstourismus, Ganzjahrestourismus, neue Kommunikationstechnologien, Fortbildung in den Tourismusorganisationen und so weiter und so fort.

Es wird also viel geschehen im Tourismusbereich. Ich habe es schon einmal gesagt und sage es wieder, Sie hinken wieder einmal hinterher, aber das sind wir schon gewohnt von Ihnen. Wir werden natürlich unserem Antrag, unserem abgeänderten, zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Mag. Christian Sagartz BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein wenig scherzhaft reagierend auf den Kollegen Richter: Sie haben natürlich Recht, Oppositionsparteien haben es so in sich, dass sie sagen, wir möchten in diesem Bereich mehr Geld investieren. Sie könnten ja ganz einfach den Beweis antreten mit uns, geben Sie uns die Verantwortung in der Regierung, wählen Sie uns als die zuständigen Mitglieder und wir werden Ihnen dann beweisen, *(Allgemeine*

Heiterkeit – Abg. Walter Temmel: So schaut es aus!) wo wir die Gelder umschichten und anders einsetzen, denn von Verschuldung ist bei keinem einzigen Projekt die Rede gewesen. Sie können uns beruhigt zutrauen, wir können auch umschichten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das traue ich übrigens auch dem Kollegen Petschnig zu, dass er ganz genau weiß, wenn er eine politische Zielsetzung verfolgt, er hat halt jetzt für sich festgelegt, dass es die Gastwirte mit bis zu fünf Mitarbeitern sind, dann gibt es 200 Euro. Er hätte ja genauso gut als zuständiger Politiker sie überzeugen können, dass es die Buschenschänker sind oder er hätte Sie überzeugen können, es müssen die Frisöre sein - natürlich man setzt politische Prioritäten. Aber eines ist uns schon unbenommen, wir werden natürlich auch unsere Prioritäten setzen und dort aufzeigen und dort sagen, wo wir glauben, dass Förderungen und Investitionen notwendig sind. Das ist Auftrag der Opposition, hier klar zu sagen, was wir wollen und deshalb auch ein Antrag im Bereich Tourismus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist natürlich bewusst, dass durch die europäischen Programme, die ja schon in der vergangenen Gesetzgebungsperiode verhandelt wurden, die Förderperiode lautet ja nicht umsonst, 2014 bis 2020, Gelder zur Verfügung stehen. Das Additionalitätsprogramm mit 20 Millionen Euro für den Tourismus ist uns bekannt, wurde von uns in der Landesregierung mitbeschlossen und Ihnen auch bekannt in dieser Gesetzgebungsperiode, auch mit den Stimmen der ÖVP wiederum hier im Landtag mitbeschlossen. Glauben Sie wirklich, wir haben uns überhaupt nichts dabei gedacht, wenn wir dann zehn Millionen zusätzlich fordern?

Ich kann Ihnen auch sagen, wie es zu zehn Millionen kommt: In Stegersbach hat ein Privater, auch mit Unterstützung öffentlicher Gelder, 1,5 Millionen Euro investiert. Wenn Sie sich die Zahlen in der Region Stegersbach ansehen, dann werden Sie feststellen, dass genau deshalb, weil es dort einen Investitionsschub gegeben hat, die Tourismuszahlen, die Nächtigungszahlen, gestiegen sind. Genau deshalb haben wir gesagt, wenn wir das hochrechnen auf alle Regionen, wenn wir hier im Tourismus einen Schub erreichen wollen, dann brauchen wir zehn Millionen jetzt. Ich bin ja nicht dagegen, dass wir 20 Millionen investieren aus dem Additionalitätsprogramm, nur wenn Sie es auf fünf Jahre verteilen, ist es eben nicht jener Schub, denn wir mit zehn Millionen erreichen wollen und dabei bleiben wir. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt insgesamt ja mehrere Stoßrichtungen. Der Kollege Richter hat sie alle angemerkt, sie sind auch in unserem Abänderungsantrag wieder erwähnt. Ich möchte dem auch gar nichts hinzufügen, bis auf eine Kleinigkeit: Wie doppelbödig oft Politik funktioniert, und ich möchte daher nicht einmal eine böse Absicht unterstellen, zeigt die Tatsache, dass wir jetzt das erreicht haben, alle wollen wir Vereine unterstützen, alle wollen wir Vereine entlasten, das Ehrenamt ist uns allen wichtig. Ich bin überzeugt davon, das ist nicht nur eine leere Floskel, das ist hier in diesem Hohen Landtag allen bekannt. Weil wir ja allesamt wissen, was Bürgergesellschaft, was Zivilgesellschaft leistet und trotzdem flattert dieser Tage Sportvereinen, die einen Kantinenbetrieb haben, die Aufforderung ins Haus, die Tourismusabgabe zu erheben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eben eine Tatsache, wo wir genau das Gegenteil, was wir plakatieren, das Gegenteil, was wir inserieren, den Menschen zumuten. Man unterscheidet eben nicht im Anwenderbereich, ob jetzt das neu ist, ob das jetzt eine Entscheidung der SPÖ war, der FPÖ, der ÖVP, der GRÜNEN, der LBL - um niemanden zu vergessen - oder auch eines unabhängigen Mandatars. Die Menschen hören nur die Botschaft, es sollte den Vereinen besser gehen. Tatsache ist,

dieses Tourismusgesetz hat ermöglicht, dass auch Sportvereine nunmehr von den Einhebungen und Erhebungen betroffen sind. Auch hier ein Grund mehr, warum ich glücklich und zufrieden sagen kann, dem nicht zugestimmt zu haben. Ich möchte seitens meiner Fraktion einen Abänderungsantrag einbringen und das ist exakt jener Antrag, den wir im Original bereits eingebracht haben und bitte mich auf die Beschlussformel konzentrieren zu können, da allen anderen der Inhalt bereits bekannt ist.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbindung der betroffenen Interessenvertretung und der im Landtag vertretenen Parteien umfassende Maßnahmen zur Stärkung der heimischen Tourismuswirtschaft umzusetzen und folgende Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen:

- **Investitionspaket für die burgenländische Tourismuswirtschaft** in den Bereichen Gesundheits- und Wellnesstourismus, Tages- und Kulturtourismus und das Bekenntnis zu kleinen Einheiten und Unterstützung der Betriebe bei Investitionen in die Qualitätsverbesserung. Darüber hinaus soll das Ziel der Barrierefreiheit im Tourismus angestrebt und dementsprechend gefördert werden.
- **Deregulierung und Bürokratieabbau** zur Reduzierung der bürokratischen Auflagen und Mehrfachprüfungen
- **Neubewertung der Tourismusförderung** im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das sind alles hehre Ziele, uns ist bewusst, dass sie auch finanzielle Auswirkungen haben. Aber seien Sie sich dessen bewusst, ich wiederhole es noch einmal: Wir haben zehn Millionen Euro gefordert, um eine Anschubfinanzierung zu leisten.

Wir wollen nicht, dass der Tourismus aufgrund fehlender Investitionsmöglichkeiten im Burgenland absackt, das kann nicht unser Ziel sein. Das ist auf jeden Fall das Grundverständnis österreichischer Tourismuswirtschaft und auch der Österreichischen Volkspartei. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Der mir so eben überreichte Abänderungsantrag des Abgeordneten Mag. Sagartz, BA und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Der Präsident Christian Illedits ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte sehr.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann den Tourismus fördern, unterstützen oder man kann versuchen, dass was viele gemeinsam erreicht haben, ein bisschen schlecht zu reden. Die Frage, die ich Ihnen stelle: Was hilft den Touristikern, was hilft somit dem Tourismus im Burgenland?

Ich glaube, wir können, auch in die Vergangenheit blickend, zufrieden, nicht ganz, aber doch irgendwo auf eine erfolgreiche, auch in der letzten Koalition, Arbeit zurückblicken, auch den Tourismus betreffend.

Ich glaube, dass sehr viele gemeinsame Initiativen auch den Tourismus in die richtige Richtung gebracht haben. Wir hatten uns Ziele gesetzt. Ziele, die man sich setzt, hofft man, zu erreichen, aber nicht alle sind es, die man im ersten Anlauf erreicht. Wir

hatten uns Nächtigungszahlen als Ziel gesetzt, wir haben manche Ziele gesetzt, manche eben nicht. Wenn ich jetzt zuhöre, auch in der letzten Landtagssitzung schon, dann denke ich, es ist jetzt nicht einmal ein Jahr her und alle Strategien, die damals im Tourismus diskutiert wurden, auch gemeinsam, im Vorstand, in den Strategien beschlossen wurden, die hat es eigentlich nur teilweise gegeben.

Deshalb, denke ich, dass es eigentlich nicht Platz greifen sollte, dass man den Tourismus über die politische Seite diskutieren und auseinander dividieren sollte, sondern hier den Tourismus aus verschiedenen Faktoren und Benchmarks als ganz wichtig für das Burgenland betrachten und somit gemeinsam vorantreiben sollte. Zum einen, dies ist der beständigste Arbeitgeber und egal ob wir jetzt diskutieren, brauchen wir viele Arbeitsplätze aus dem benachbarten Ausland, ja!

Brauchen wir im Bereich des Tourismus! Das wissen wir, weil wir in der Gastronomie, im Tourismus eben nicht das Auslangen mit den Einheimischen im Moment finden. Aber es ist Wertschöpfung, die dadurch entsteht und der Tourismus ist ein Wirtschaftsfaktor, der nicht abwandern kann. Der ist beständig, der bleibt hier und der ist auszubauen und der ist ausbaufähig.

Was wir tun müssen, um bei der Arbeitsplatzsituation zu bleiben, noch mehr Menschen zu motivieren, mit verschiedenen Maßnahmen, beginnend in der Schule, in der Ausbildung, attraktiver gestalten, eine bessere Kollektivvertragssituation herstellen und so mehr Menschen diesen Beruf, auch denen die hier schon sind, im Burgenland, in Österreich, noch interessanter und schmackhafter zu machen.

Ich denke, dass es diese Möglichkeit gibt und dass es diese Möglichkeit als quasi Arbeitsplatz vor der Haustür gibt. Das darf man nicht vergessen, obwohl es natürlich familienfeindlich erscheint, weil man am Wochenende, am Abend manchmal arbeiten muss. Aber trotzdem ist ein Arbeitsplatz, der eigentlich sehr nahe am Wohnort ist. Diese Wohnortnähe kann auch schon seine Attraktivität haben in Verbindung mit dem Arbeitsplatz.

Zum zweiten denke ich, dass es eine große Wertschöpfung bedeutet, auf die man achten sollte. Wenn wir die eine Milliarde geschafft haben im Jahr 2015, dann denke ich, ist es allemal wichtig, dies auch im Zusammenhang mit der Regionalität weiter voranzutreiben und auszubauen. Also hier spielen sehr viele Faktoren, auch wieder arbeitsplatzschaffende, aber sehr viele identitätsstiftende, eine große Rolle. Das heißt, die regionalen Produkte, die schlussendlich von den regionalen Betrieben verarbeitet und den Kunden weitergegeben, verkauft werden, sind, glaube ich, ganz wichtig auch für die Identität des ganzen Landes.

Sie sind Botschafter des Landes, weil die Produkte natürlich, weil sie hervorragend sind, auch gerne mitgenommen werden. Das ist, glaube ich, schon so, ein gutes Credo für die Tourismuswirtschaft, wenn du eine tolle Destination, ein tolles Land, eine tolle Region besucht hast, dann sprichst du auch positiv darüber. Das ist eigentlich so auch mein Appell, das was verbesserungswürdig ist, natürlich sachlich zu diskutieren, ist allemal, auch natürlich im Sinne der besten Ideen, zulässig und gewünscht, aber man sollte hier das Positive in den Vordergrund rücken, und vielleicht doch das, was noch verbesserungswürdig ist, auch in entsprechenden Gremien und im Rahmen dieser Verbände diskutieren.

Somit bin ich bei dem Ansatz, dass dieses Tourismusgesetz, und Herr Kollege Sagartz, wir haben dieses Tourismusgesetz im Jahr 2014 gemeinsam beschlossen, und das hat Gültigkeit. Wir haben es nur in manchen Facetten novelliert. Diese Facetten haben aber nicht diesen Ausschlag gegeben, den Sie vorher erwähnt haben, wo Sie hier

diese Aussendung auch anscheinend in der Begründung finden. Ich glaube, dass man dieses Gesetz, das wir damals mit doch einigen Geburtswehen, mit doch auch Kompromissen beschlossen haben, jetzt in der Umsetzung unterstützen sollte. Es ist noch nicht vollzogen, weil die Novelle eben eine Umsetzung bis Ende des Halbjahres heuer hier gewährleistet. Aber diese neue Konstellation, und ich sehe, dass die Leute viel diskutieren. Überall ist es nicht einfach, weil natürlich hier oftmals und das bitte nicht negativ zu verstehen, das Kirchturmdenken vorherrscht und weil sich viele - und ich bin es auch bei Gott nicht - als Touristiker, als Experten betrachten.

Aber man muss wirklich sagen, der Richtige am richtigen Platz, wenn der das Richtige tut, dann ist er es. Aber es glauben manche, das zu können und tun das auch im positiven Sinne, aber sie sind nicht alle Touristiker. An dieser Stelle möchte ich denen, die es wirklich tun, auch die das Bemühen haben, danken, weil die sind schlussendlich verantwortlich, die vielen Klein- und Mittelbetriebe, die vielen regionalen Wirte, weil wir von denen, die ja auch mit vielen Belastungen und somit manche auch vom Aussterben bedroht sind, mitverantwortlich zeichnen. Und natürlich auch die Gemeinden. Weil die Landschaft ist bei uns neun Bundesländern ganz wichtig und deshalb leisten auch die Gemeinden wesentliche Beiträge, da das Erscheinungsbild des Burgenlandes auch im touristischen Sinne ganz wichtig ist.

Auch das Land, weil natürlich auch viele von der Straßenbauabteilung dafür sorgen, dass wir saubere Straßen haben. Auch das ist ein Erscheinungsbild, das die Touristen als ersten Eindruck, wenn sie in ein Land, in eine Region kommen, sehr gerne mitnehmen. Ich denke, die Chance, auch diesem neuen Gesetz in die Umsetzung zu helfen, quasi von der Geburt jetzt zum Gehen, die sollten wir uns nicht verderben. Wir sollten deshalb schauen, dass sich diese Verbände, und ich bin ganz dabei, dass wir es auch irgendwo schaffen, mit und es muss nicht immer alles bis ins kleinste Detail gesetzlich geregelt sein, weil es vielleicht nicht geht mit den zwei Kurorten, die wir haben, auch hier eine Symbiose schaffen, weil sie schlussendlich wirklich sehr viel Erfahrung, natürlich spezielle Erfahrung im Bereich des Kur- und Gesundheitstourismus haben.

Wenn wir auf diesen Schwerpunkt aus dem gesamten Burgenland setzen wollen, dann müssen wir schauen, dass wir auch diese erfahrenen Tourismusorte miteinbinden und nicht nebeneinander Strukturen einfach schaffen und diese nicht miteinander stark verknüpfen, weil ich glaube, auch das ist ganz wichtig. Das Burgenland ist hier viel zu klein, um hier ein vielleicht Nebeneinander entstehen zu lassen, sondern ich glaube, dass hier Symbiosen und Ressourcen genutzt werden müssen, nicht können, klar, aber müssen, damit, wenn man sagt, zumindest eine festgeschriebenen Kooperation müsste möglich sein.

Wir haben Benchmarks gemacht. Das sind einmal die 50.000 oder dann 100.000 Nächtigungen, das ist klar. Das ist die eine Seite. Die andere ist eben das Zusammenarbeiten. Man kann gesetzlich nicht immer alles bis ins Detail aufs Erste - ich sage einmal - lösen. Aber das Bestreben muss zweifelsohne aus meiner Einschätzung da sein, dass wir das versuchen.

Ich weiß, es geht ums Geld. Und jeder will natürlich auch seine Stimmrechte dort in der Vertretung haben. Wir sind alle große Demokraten und deshalb weiß ich, es gibt die Vertretungen in den Tourismusverbänden und es gibt dann natürlich in den Kurorten auch die Gremien, aber, ob die alle nach der Zeit angebracht sind, wenn ich mit Bürgermeistern aus diesen Orten rede, die sagen auch, man könnte schon nachdenken und etwas zukünftig anders gestalten. Also noch einmal, eine Chance sich zu geben.

Ein Satz noch zu „Rot-Blau zockt Sportvereine ab“. Erstens einmal ist es eine Umsetzung eines Gesetzes. Man kann jetzt denen natürlich den Schwarzen Peter in die Schuhe schieben, die das machen, was andere beschlossen haben, das heißt der Landtag. Dann kann man sagen, die schicken das jetzt aus, weil sie es früher auch schon gemacht haben. Nur, wir haben natürlich etwas verändert. Wir haben natürlich die Ortsklassen eliminiert und haben gesagt, jetzt sind alle dabei. Alle sind zur Abgabe eines Tourismusförderbeitrages eben aufgefordert. Jetzt kriegen natürlich manche Sportvereine und ja, ich habe auch ein paar Mails da, die auch nett sind. In manchen Sätzen aber erinnernd, also so ein „habt's sonst nichts“, aber sie wissen es nicht, wieso. Aber viele andere sind schon lange in dieser Verpflichtung. Alle, die schon örtlichen Tourismus gehabt haben und die natürlich, weil es die Gastronomie, um die es schlussendlich geht ist, die auch zweifelsohne schon länger dabei sind. Vereine sind Gastrobetriebe und es gibt viele, die zweifelsohne schon auch in der Vergangenheit diese Meldungen abgefertigt haben. Das, was jetzt neu ist, ist ein Teil, der neu mit dieser Situation konfrontiert ist.

Ich bin natürlich, weil wir vorher Registrierkassen, Vereine, alles diskutiert haben, schon der Meinung, ich bin auch Sportfunktionär und mit diesen Themen mannigfaltig seit vielen Monaten beschäftigt, dass man natürlich nachdenken muss, um nicht diese Funktionäre, die ehrenamtlich arbeiten, jetzt auch noch damit auseinandersetzen zu lassen. Vielleicht gebe es auch hier eine Möglichkeit, aus dem Bauch heraus, ich kann das jetzt auch nicht sagen, aber man könnte vielleicht auch hier wirklich sich das doch anschauen, ob es nicht doch eine Möglichkeit gibt, hier die Vereine, in der Pflicht müssen alle sein, vor dem Gesetz sind alle gleich, wissen wir, auch wir Menschen, aber man müsste hier doch schon nachdenken, ob man da nicht auch hier, ob das die Absicht des Gesetzgebers ist, ich behaupte nein. Das war es natürlich nicht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Herr Präsident, die haben eine Konzession.)*

Da müsste man natürlich auch schauen, natürlich ich weiß das, wir haben ja auch eine, jeder Verein hat eine, und die müssen es, ja, nur man kann natürlich auch mit Untergrenzen arbeiten. Man hat Möglichkeiten. In der Zwischenzeit habe ich natürlich auch mit anderen Bundesländern telefoniert, die schon länger auch Tourismusabgaben für viele einheben. Nicht wir, weil wir haben es erst im Vorjahr, wir sind da erst draufgekommen, Frau Landesrätin außer Dienst, wen wir alle zur Tourismusabgabe verpflichten können. Die anderen haben das schon lange kassiert und das Geld schon wieder ausgegeben. Wir haben es auch vollzogen. Das meine ich, was ich vorher gesagt habe, vor fünf Minuten, wir haben uns auch hier in dieser Umsetzung sicher verbessert.

Aber, dass wir auch die erwischen, die man nicht jetzt eigentlich belasten wollte, ich glaube, da sind wir uns einig, und deshalb wenn das so der Fall ist, dann sollten wir nachdenken, dass wir die Vereine, die schlussendlich, und jetzt komme ich zu dem Aspekt, für den Tourismus auch wesentliche Beiträge leisten, weil Fußball ist nicht nur im Sinne von Sponsoring der Nationalmannschaft wichtig, sondern auch Trainingslager im Burgenland. Diesbezüglich brauchen wir schlussendlich die Vereine auch dazu, weil wo sollen die Fußballmannschaften ihr Trainingslager durchführen, wenn nicht auf Fußballplätzen, die von ehrenamtlichen Funktionären und Funktionärinnen betreut werden.

Deshalb muss man schauen, dass man dort nicht eine zusätzliche unbeabsichtigte Belastung wieder auf die Vereine niederprasseln lässt. Ich denke, dem Tourismus auch jetzt im Sinne Unterstützung der Vereine für Fußball als wichtigen, 40.000 Nächtigungen im Jahr machen wir mit Fußball in der Nächtigungsstatistik, sollten wir auch unterstützen. Deshalb glaube ich, dass wir beruhigt hier zustimmen sollten und können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Gerhard Steier.

Bitte zum Rednerpult.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer der wichtigsten Wirtschaftszweige unseres Bundeslandes ist der Tourismus. Er war es, er wird es auch in Zukunft sein. Daher ist es notwendig, auf zeitliche Faktoren beziehungsweise auch auf Notwendigkeiten zu reagieren. Die bedeuten unter anderem, dass ich durch die Hitzewelle des Vorjahres eine Situation habe, dass private Zimmervermieter in der Regel entweder durch gewisse Einschränkungen, die mit Registrierkassa, mit Allergen-Verordnung und wie immer auch im Zusammenhang stehen, auch wegen Investitionsnotwendigkeiten, sei es in Klimaanlagen oder in die Ausstattung ihrer Räumlichkeiten, auf Grund von Alterung oder auch aufgrund von Gegebenheiten nicht mehr reagieren wollen und ihre Zimmer damit nicht mehr am Markt sind.

Der Herr Landesrat, zuständig für den Tourismus weiß, dass er Zuwachsraten nur dann verantworten wird können, wenn er entsprechende Bettenkapazitäten hat. Diese Bettenkapazitäten sind gerade in den letzten Jahren, wo wir enorme Zuwächse im Bereich des Qualitätstourismus durch neue Betten erzielen konnten, Gegebenheit gewesen. Das heißt, es gibt eine direkte Steigerung auf touristische Kennzahlen mit Nächtigung, Ankunft und wie immer auch sie dargestellt werden, mit den Gegebenheiten, die auf Betten im Zusammenhang stehen.

Das stimmt nicht überall, weil wir heute schon Lutzmannsburg diskutiert haben. Im Zusammenhang mit Bettenkapazitäten hat man sehr wohl dort darauf geachtet, dass private Zimmervermieter, sprich Hoteliers, die selbst Geld in die Hand genommen haben, das Handtuch werfen mussten, weil sie durch Einschränkungen in der Thermensituation durch eine bestimmte Zuspitzung auf einen bestimmten Gast bezogen, diese Auslastungen nicht mehr gehabt haben.

Ich kann mich sehr wohl daran erinnern, dass es geheißen hat, wir sollten schauen, dass auch die anderen nachziehen. Nur die haben es sich nicht leisten können, weil eine allgemeine Studie beweist österreichweit, dass die meisten Hoteliers zu 81 Prozent in Bankenhand sind, das heißt, fremdfinanziert sind. Und derjenige, der jetzt auf gewisse Notwendigkeiten reagiert, sei es durch die Installierung von Freibecken, oder durch Hallenbäder, oder wie immer auch, hat ein Problem, wenn er jetzt die Auslastung nicht zusammenbekommt, dann geht sich das auch in den Investitionen nicht aus.

Wir haben hier verschiedenste Instrumente. Unter anderem, und das ist ja heute auch Antragstellung, ist die Investitionsförderung ein ganz gewichtiges Instrument. Dies sollten wir auch nie außer Acht lassen, weil sie in den Möglichkeiten den Einzelnen unterstützt, auf der anderen Seite aber auch die Bettenkapazitäten mit Sicherheit erhalten lassen kann.

Wir wissen alle, das werden Sie dann auch bestätigen, dass die Qualität inzwischen ein unabdingbarer Faktor in der Entscheidung eines Konsumenten, einer Tourismusperson ist, einen Urlaubsort aufzusuchen. Und wenn das Gesamtbild nicht stimmig ist, dann funktioniert es nicht. Zum Zweiten. Auf Tourismusabgaben bezogen möchte ich den Einwand führen, wir hatten in der Vergangenheit beim alten Tourismusgesetz und wir haben es heute bei der Novellierung des neuen Tourismusgesetzes auch, dass die Abgabenleistung auf Gewerbebetriebe immer in Diskussion steht und viele Unternehmer sich in den Gemeinden fragen, warum sie überhaupt etwas im Abgabensinne dazu beitragen sollen, den Tourismus zu unterstützen.

Wo wir uns aber überhaupt nicht fragen, was Unterstützungen anlangt und wo wir aber vieles an Investitionsmöglichkeiten für den Einzelnen auch in privater Hinsicht lukrieren können, ist unsere Großzügigkeit als Land Burgenland bezogen auf Sponsoring. Unlängst, nämlich vergangene Woche, habe ich wieder eine Verkleidung des Herrn Tourismuslandesrates mit dem Herrn Landeshauptmann gesehen. Wir als Burgenland unterstützen den Österreichischen Judoverband. Ich finde das großartig. Ich glaube, inzwischen ist die Auswahl auf Sponsoring darauf bezogen, welche Kleidungsvarianten zur Verkleidung unserer Regierungsmitglieder zur Verfügung stehen. *(Abg. Géza Molnár: Waren eh fesch.)* Ich bin der neue, der dann … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Er hat ein blaues Judokagewand angehabt, der andere hat ein weißes Judoka angehabt. Was unsere wichtigste Investitionssituation auf Sportförderung oder Förderung touristischer Art anlangt, ist aber die Fußballförderung.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Es wird zwar darüber berichtet und immer wieder festgehalten, die Förderung oder das Sponsoring der Österreichischen Fußballnationalmannschaft - ich glaube, die heuer das 19. Jahr von statten geht, die unter Landesrat Kaplan eingeleitet wurde - würde eine Wertschöpfung für das Burgenland, für den Tourismus Burgenland, von 5,5 Millionen Euro pro Jahr lukrieren. Wird immer wieder gesagt. Es wird aber gleichzeitig nie gesagt, welchen Betrag für die Sportförderung von Seiten des Tourismusverbandes zur Verfügung gestellt wird. Mein Vorredner, der Herr Präsident Illedits, hat einmal nach der neuen Beschlussfassung gemeint, in einem „Kurier“-Artikel ist er zitiert worden, es soll sich im Betragssinne um zirka 350.000 Euro pro Jahr bewegen.

Jetzt nehmen wir alle als geeichte Burgenländerinnen und Burgenländer an, dass das die niedrigste Stufe der Förderungssituation sein wird, da werden noch einige sogenannte Zusätze laufen. Tatsache ist - und das möchte ich jetzt in Altwährung, in der sogenannten Hartwährung, die wir vormals einmal hatten, hochrechnen, weil es damit plastischer ist. Auf die letzten 20 Jahre hat das Land Burgenland der Österreichischen Fußballnationalmannschaft fast 100 Millionen Schilling gesponsert. Diesen Betrag umgesetzt und hochgerechnet, würde natürlicherweise in die Tourismusförderung einiges bewegen lassen. Wenn ich jetzt hochrechne, was sich dort im Grunde genommen mit sieben Millionen Euro tun ließe, dann würde bestimmt manchem etwas einfallen.

Wichtig ist, dass ein Aspekt, der heute auch von meinem Vorredner erwähnt wurde, wie viele Nächtigungen wir aus dem Sportsponsoring ziehen würden, folgenden Vergleich mit Sicherheit standhalten lassen kann. Ich möchte aus einer Tageszeitung zur Kenntnis bringen, welche in- und ausländischen Fußballvereine in Salzburg heuer ein sogenanntes Sportfußballcamp beschreiten werden. Norwich City, Schalke 04, RB Leipzig, Athletico Bilbao, die Ungarische Nationalmannschaft, Hannover 96, RSC Anderlecht, Südkorea, St. Pauli, Spartak Moskau, Fortuna Düsseldorf, Bayer Leverkusen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, das Land Salzburg sponsert die Österreichische Nationalmannschaft nicht, aber der Ertrag aus Fußballcamps stellt sich trotzdem ein. Die Frage ist, ich kritisiere nicht das Engagement, das wir bereitstellen, die Frage ist, ob wir daraus auch den wirklichen Kontrakt ziehen und damit unsern Kontrakt umsetzen in dem Sponsering für das. Herr Landesrat, ich darf Ihnen zur Kennzeichnung dessen, was Sie gerade sagen, ich weiß bis heute den Betrag nicht und wenn der Ansatz sein soll, mit dabei sein, die Situation, die auf die Österreichische Fußballnationalmannschaft Geltung hat, ist eine mehr oder weniger sehr klein geratene Gesellschaft, die das umsetzt, auf der anderen Seite, die Situation, die auf Sportförderung stattfindet, sollte auch beim Tourismus entsprechend den Ertrag bringen und ich bezweifle es, weil es auch Beispiele gibt, die andererseits ohne diesen Betrag diese Ergebnisse

erzielen, wobei sie aber zeitgerecht darauf geachtet haben, dass entsprechende Investitionen in die Ausstattung, in die Güte und in die Qualität der Tourismusbeherbergungsbetriebe geboten ist.

Ich wünsche mir und dem Tourismuslandesrat, dass in Zukunft durch private Investitionen - öffentliche werden nicht gehen und werden auch nicht mehr stattfinden -, durch private Investitionen, die durch ein Investitionspaket unterstützt werden, der Tourismus im Burgenland den Aufschwung erreicht, dass wir die angepeilten drei Millionen Nächtigungen auch erzielen können. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke für die Wortmeldung.

Herr Abgeordneter Steier, ich kann mich zwar jetzt nicht erinnern, dass ich irgendwo im „Kurier“ mit irgendeinem Betrag zitiert worden bin*, (Abg. Gerhard Steier: Im „Kurier“ stand 350.000.)* aber nicht von mir gesagt. *(Abg. Gerhard Steier: Da sind Sie auch angeführt.)*

In diesem Zusammenhang sicher nicht. *(Abg. Gerhard Steier: Fragen Sie den Herrn Orovits!)* Gut, ich werde das machen.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum vorliegenden Antrag, er wurde ja gegenüber medialen Aussendungen in den vergangenen Wochen und Monaten ein wenig entschärft, weil nämlich früher die Summe von zehn Millionen gefordert worden ist. Das steht in dem Antrag, zumindest in der Nummer 21 - 194, der mir hier vorliegt, nicht mehr, weil der Klubobmann Sagartz selbst schon gesagt hat, dass ein Paket beschlossen worden ist, natürlich mit EU-Programmen, natürlich mit Additionalitätsprogrammen, das diese Zehn-Millionen-Grenze bei weitem überschreitet.

Es ist allerdings nicht die 50 Millionen, wenn man die Linie auch durch fünf durchdividiert, die fünf Jahre Legislaturperiode kommt man nicht auf zehn Millionen, das ist auch wieder richtig. Das heißt aber nicht, dass man jedes Jahr gleich viel ausgeben, also man kann da sehr wohl kürzen. Sie wissen aber auch, dass man bei EU-Programmen und bei Additionalitätsprogrammen aus Projektdesign gewisse Anforderungen stellt. Sie haben heute einen Rechnungshof hier diskutiert über Lutzmannsburg, wo ein Projekt nach etlicher Millionenhöhe abgewickelt worden ist, wo etliches danebengegangen ist, das ist nicht mein Anspruch, das zu wiederholen, sondern es besser zu machen.

Das heißt, solche Projekte haben natürlich eine Vorlaufzeit, daher wird man sich, bis man diese zehn Millionen erreicht, ein bisschen gedulden müssen. Wir sind auf jeden Fall entschlossen, die rund 30 Millionen, die hier im Topf liegen, zur Gänze auszunutzen, wir werden das nicht liegen lassen. Wir sind auch entschlossen, die Mittel des ordentlichen Haushaltes auszunutzen, keine Frage, und dann werden wir dieses Investitionspaket bei weitem überboten haben.

Vielleicht auch noch die eine oder andere Replik auf Wortmeldungen. Der Abgeordneter Steiner, er ist leider nicht da, hat vorher einmal gesagt, zum Tourismusgesetz, die Übergangsbestimmungen wären – Zitat – „grauslich“. Ich weiß nicht ganz, was er da gemeint hat, nachdem wir in der Novelle 2015, die die rot-blaue Mehrheit im Landtag verabschiedet hat und die mit 1. Jänner 2016 in Kraft getreten ist, 99 Prozent

also beibehalten haben. Es gab nur folgende Änderungen: Es wurde die Bezeichnung des bisherigen Landesverbands Burgenland Tourismus in Burgenland Tourismus GmbH geändert. Das ist richtig. Ich glaube, das ist nicht sehr anspruchsvoll und es wurde eine einzige Frist geändert.

Also insofern glaube ich, dass das nicht so wirklich grauslich ist, sondern dass man da schon darüber hinwegsehen kann. Dann gibt es zur Tourismusabgabe für die Vereine, das ist richtig, das ist ein Problem, das jetzt hochgepoppt ist, ist aber durch die rechtliche Situation des Tourismusgesetzes zum Stand 1.1.2015 gegeben, weil wie der Präsident in seiner Wortmeldung geschildert hat, die Ortsklassen abgeschafft worden sind und daher gewisse Kommunen, die bisher keinen Tourismusverband gehabt haben, plötzlich unter dieses Gesetz gefallen sind und daher Vereine, die dort ihren Sitz haben, oder den Ort der Geschäftsleitung haben, eben abgabepflichtig geworden sind.

Das ist eine unbefriedigende Situation, da gebe ich Ihnen recht, werden wir novellieren müssen, aber bitte dies nicht uns in die Schuhe zu schieben, sondern das uns in die Schuhe zu schieben, sondern das ist ein Ausfluss aus dem Gesetz von 2014. *(Abg. Gerhard Steier: Nein!)* Doch, doch, definitiv! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist halt ein Gedankenaustausch.)* Aber Du verstehst mich.

Zum Antrag selbst, wie schon im vorigen Tagesordnungspunkt gesagt, es fehlt halt ein bisschen die Argumentation, wo man die Mittel hernehmen will. Die Mittelherkunft ist, der Klubobmann Sagartz hat gesagt, von Verschuldung ist keine Rede, das ist richtig, das ist überhaupt von der Mittelherkunft keine Rede, daher ist es schwierig, darüber zu diskutieren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir haben einen Vorschlag unterbreitet. Die Regierung zu übernehmen und umzuschichten, das ist ein Vorschlag.)*

Ja, in Ordnung, wie gesagt, ich glaube nicht, dass es die Mittelherkunftssituation so ad hoc löst, da ist keine Rede davon. Auch die Mittelverwendung fehlt mir ein bisschen, es wurden zwar die Säulen des Burgenland Tourismus, also Kultur- und Tagestourismus, Thermen und so weiter aufgezählt, das ist korrekt, aber konkrete Projekt- oder Investitionsvorhaben blieben Sie schuldig.

Da ist Ihnen vielleicht ein Nationalratsabgeordneter Berlakovich einen Schritt voraus, der hat diese zehn Millionen konkret für Lutzmannsburg gefordert, darüber kann man natürlich diskutieren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es sind 20, haben wir gerade gehört.)* Zehn Millionen hat er für Lutzmannsburg gefordert. Darüber kann man diskutieren, da komme ich wieder auf den Rechnungshofbericht von heute zurück, also ich glaube, das sollte schon sehr gut geplant sein und da ist natürlich in erster Linie einmal der Geschäftsführer der GmbH *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nach einem Jahr wäre es schon Zeit.)* vor Ort in Erziehung zu sagen, was er überhaupt mit dem Ressort will und wie er sich das weitere vorstellt, und dann werden die entsprechenden Gremien, Aufsichtsräte und so weiter darüber befinden.

Kurz und gut, das Vorhaben, die Investitionen entsprechend auch tätigen zu wollen, unterstützen wir selbstverständlich, das werden wir auch machen. Wir werden aber sicherlich die Anregungen des Landes-Rechnungshofes sehr ernst nehmen. Wir werden sie auch umsetzen, und ich wünsche natürlich uns allen, nicht nur mir, um sozusagen das auf meine Fahnen heften zu können, sondern uns allen und insbesondere den Touristikern und den Touristikern im Land draußen, dass wir diese Nächtigungsgrenzen von drei Millionen erreichen, dass wir die entsprechenden Umsatzsteigerungen aufweisen können, denn das Geld gehört nicht mir, das gehört natürlich den Betrieben und den Unternehmerinnen und Unternehmer vor Ort.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit in touristischen Belangen und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Investitionspaket für die burgenländische Tourismuswirtschaft ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

20. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thoms Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 307) betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen (Zahl 21 - 217) (Beilage 347)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 20. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thoms Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 307, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen, Zahl 21 - 217, Beilage 347.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 307, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen, Zahl 21 - 217, Beilage 347, vor.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Edith Sack beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist jetzt schon ein bisschen eine Farce, ich habe das immer wieder überprüfen müssen, ob ich mich nicht irre. Wir haben am 30. 3. diesen Abänderungsantrag für die heutige Sitzung hereinbekommen.

Dieser Abänderungsantrag ist wortident mit einem Antrag, den wir bereits in der letzten Sitzung beschlossen haben. Ich könnte das jetzt alles vorlesen, es ist immer dasselbe. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wir werden nicht müde, immer wieder darüber zu reden.)* Nun frage ich mich: Wozu soll das gut sein? Ein Antrag, den dieses Haus bereits beschlossen hat, noch einmal einzubringen? Ich frage mich: Was wollen die Regierungsparteien damit? Glauben sie, die Landesregierung hat es beim ersten Mal nicht kapiert, wozu wir sie aufgefordert haben, dass wir das jetzt wiederholen müssen? Oder nehmen sie uns hier als Abgeordnete nicht ernst, dass sie uns etwas, wo bereits eine Zustimmung in diesem Hohen Haus erfolgt ist, in der nächsten Sitzung wortident wieder vorlegen?

Ich muss ehrlich sagen, diese Vorgangsweise halte ich für demokratiepolitisch und auch von der Haltung diesem Haus gegenüber und den Abgeordneten, aber auch der Regierung gegenüber, die ja bereits einen Auftrag hat, nicht für besonders hochwertig und qualitätsvoll. Ich könnte jetzt auch meine Wortmeldung von der letzten Landtagssitzung noch einmal halten, weil das Thema ist das Gleiche, aber ich habe jetzt mehr Hochachtung vor der Zeit und vor diesem Hohen Haus und ich mache die Farce nicht mit.

Bitte reden Sie nicht vom Gleichen, sondern tun Sie was! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir sprechen hier über ein Thema, das nicht nur in unserem Bundesland existiert, sondern österreichweit. Wir wissen auch, dass wir hier langfristige Lösungen brauchen, eintägiger Aktionismus ist hier zu wenig. Seit Jahren gibt es den sogenannten „Girls‘ Day“, um gerade junge Frauen zu fördern. Es gibt zwar Fortschritte, diese sind aber noch überschaubar.

Unsere zuständige Landesrätin gibt sich Mühe und dafür bedanke ich mich auch bei ihr. Dies ist eine Maßnahme, aber hier benötigt es mehr als nur auf einer Ebene zu agieren. Ich spreche mich hier aber klar gegen eine Frauen- oder Mädchenquote aus. Das haben wir nicht notwendig, denn genau so eine Quote bewirkt, dass wir uns minder fühlen und als minder angesehen werden und das brauchen wir nicht, denn wir wissen, was wir leisten und das wird in unserer Gesellschaft auch mehr geschätzt als das Beharren auf eine gegenderte Hymne. Was ich mich hier nur frage: Wo bleiben die langfristigen Maßnahmen der Bundesregierung und der zuständigen Ministerin? Oder wo sind hier die Interessensvertretungen der Wirtschaft? Ein großes Problem ist die mangelnde Infrastruktur an Ausbildungsmöglichkeiten im ländlichen Bereich. Wenn es in der Umgebung nur einen Supermarkt, ein Gasthaus und ein Frisörgeschäft als Ausbildungsstätte im Lehrlingsbereich gibt, ist die Auswahl doch sehr eingeschränkt.

Junge Frauen haben dann nur die Möglichkeit, entweder dieses Angebot wahrzunehmen oder ihre Heimat und ihr soziales Umfeld zu verlassen. Auch im schulischen Bereich ist das oft nicht besser. Nicht nur junge Frauen sind die Leidtragenden. Ihre Abwanderung führt auch zur Verödung ganzer Landstriche.

Ich möchte hier unsere Landesrätin zitieren: Mit den Frauen lebt das Land! Das sollten wir uns immer vor Augen halten. Also, liebe ÖVP „Wirtschaftspartei“: Wo bleiben die Maßnahmen Eurer Kollegen? Nicht immer mit dem Finger auf andere zeigen und selber züchtet Ihr Euch eine Männerpartei heran. Wir können als Bundesland einen Teil zur Besserung beitragen. Aber, ich will hier endlich das Bundesländerdenken weg haben.

Wir sind ein Land und hier sollten wir auch zusammen halten. Zum Thema Girls-Day auch noch einige kleine Bemerkung meinerseits: Wir sprechen eine wirklich schöne Sprache und ich glaube nicht, dass es notwendig ist, englische Begriffe heranzuziehen. Ich bin mir sicher, dass wir hier noch Aufholbedarf haben, aber ich garantiere auch, dass wir gemeinsam mit unserer Landesrätin daran arbeiten, des Problems Herr zu werden. Wir werden unserem Antrag daher die Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin ans Rednerpult bitte ich Frau Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar.

Bitteschön.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Frauen haben es im Berufsleben, im Vergleich zu Männern, noch immer nachweislich schwerer. Seit diese Rot-Blaue-Regierung amtiert, haben viele Ankündigungen stattgefunden, aber in Wahrheit gibt es keine konkreten Verbesserungen für die Situation der Frauen. Weder durch den Anteil der Frauen in der Technik, auch dieser konnte nicht gesteigert werden, noch konnte die Frauenarbeitslosigkeit gesenkt werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn die Frau Abgeordneten-Kollegin Stampfl meint, es gibt Fortschritte, aber die sind überschaubar, dann brauche ich den Satz nicht wirklich weiter zu erklären. Kommen wir aber, was wir heute auch in den anderen Reden diskutiert haben, nämlich um Beschäftigung, von der Theorie zur Praxis.

Leider Gottes ist der Herr Klubobmann Abgeordnete Hergovich nicht da, der gemeint hat, die Politik kann Rahmenbedingungen festlegen, die Wirtschaft muss die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Jetzt möchte ich nicht unbedingt lehrerhaft werden, trotzdem würde ich die SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten gerne fragen: Wer von Ihnen hat Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter beschäftigt? Wieviel war das genau? Ich glaube, wenn ich richtig recherchiert habe, dann gibt es keinen einzigen FPÖ- und SPÖ-Abgeordneten, der einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin beschäftigt hat. Das ist irgendwie schon beschämend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe leider bei der letzten Sitzung vom 17. März 2016 den Zwischenruf beziehungsweise die Frage von der Abgeordneten Prohaska nicht gehört, die mich gefragt hat: Wie viel Frauen haben Sie in Ihrem Betrieb angestellt? Ich habe zwei Betriebe! In einem ist eine Frau beschäftigt, da habe ich eine 100-prozentige Frauenquote und im zweiten Betrieb sind drei Mitarbeiter beschäftigt. Also, wenn jeder vier Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen beschäftigt hätte, würden wir schon ein schönes Stück zusammen bekommen. *(Abg. Edith Sack: Wenn wir jetzt auch die Putzfrauen dazurechnen würden, dann haben wir alle Angestellte.)*

Herr Präsident Illedits! Ich hätte mich zum Tourismus überhaupt nicht gemeldet. Aber ich muss schon eines klar stellen: Wenn Sie davon gesprochen haben, dass sehr viele über den Tourismus mitreden wollen und sich nicht wirklich auskennen, dann frage ich mich, dann möchte ich vielleicht auch vielleicht feststellen, dass Sie sich bestimmt auskennen, wie es im Tourismus zugeht.

Ich bin wieder auf dem Boden der Realität gekommen. Ich weiß, was es heißt, wenn man jeden Tag kämpfen muss. Sie haben die Kurorte angesprochen. Sie wissen ganz genau, dass die Kurorte im Heil- und Kurortegesetz geregelt werden und wenn man das auf eine gleiche Basis bringen möchte, dann ist auch der Herr Bollwerk Landesrat für das zuständig. Wenn Sie zur Nächtigungszahl und mit den Vereinen, die jetzt gegründet werden sollen, sich geäußert haben, dann hoffe ich, dass Sie sich kein Beispiel an Tirol genommen haben, weil Sie so oft immer wieder Tirol erwähnt haben. Tirol alleine hat 42 Millionen Nächtigungen. Natürlich haben die viel zusammengelegt. Beispielsweise wurde das gesamte Zillertal zusammengelegt. Das hat aber auch doppelt so viele Nächtigungen, wie das gesamte Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deshalb glaube ich, dass das alte Gesetz richtig war. Wir werden erst sehen, wie sich das neue entwickelt. Wir haben es ohnehin schon gesehen, dass es einige Stolpersteine geben wird. Kommen wir zurück auf die Frauen. Die Arbeitslosenzahl ist bei den Frauen im Vergleich zum Vorjahr nach wie vor um 9,9 Prozent gestiegen. Ich habe Ihnen das schon letztes Mal gesagt: Mir müssen Sie nichts erklären. Ich habe, Gott sei Dank, eine Beschäftigung. Ich habe auch eine Frau beschäftigt. Aber Sie müssen 4.915 Frauen erklären, warum sie arbeitslos sind. Frauen haben es nach wie vor schwerer. Sie sind um vieles schlechter gestellt, obwohl sie oft eine viel bessere Ausbildung haben.

Im Jahr 2014 verdienten Frauen laut Statistik um 18 Prozent weniger, als Männer, bezogen auf das Einkommen bei Vollzeitbeschäftigung. Zudem hat sich auch die Gehaltsschere zwischen Frauen und Männern seit 2011 nur um 1,5 Prozent verringert.

Ein Teil dieser Lücke ist natürlich dadurch zu erklären, dass Frauen öfter in niedriger entlohnten Branchen und Berufen arbeiten, wie beispielsweise im Dienstleistungssektor. Außerdem spielen längere familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und der anschließende Wiedereinstieg in Teilzeit eine Rolle. Daher bleiben wir bei unseren Forderungen, dass die Anrechnung von Karenzzeiten bei den Gehaltsvorrückungen in allen Kollektivverträgen zu verankern ist. Ich darf auf eine Wortmeldung des Herrn Präsidenten Steier zurückkommen, der in Bezug auf das Sponsoring gemeint hat: Das ist mir nur eingefallen, das ist mir auch ganz wichtig, weil ich das immer wieder auch thematisiert habe: Bernd Wiesberger ist ein sehr erfolgreicher Sportler, unglaublich sympathisch, international tätig.

Man hat ihn nicht einmal gefragt, dass man ihn in irgendeiner Form mit einbezieht. Schade darum, denn da könnte man auch den Tourismus international positionieren. Weil angesprochen wurde, dass die Wirtschaft nichts macht: Fast 50 Prozent der Kleinstunternehmer werden von Frauen geführt und die haben dann zum Teil auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Übrigens werden 50 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe von Frauen geführt. Eine Initiative, Frau Stampfl, Frau in der Wirtschaft mit dem Projekt „„Non.Plus.Weiblich“ ist ein Vorzeigeprojekt von unserer Bundesrätin.

Hier geht es darum, dass Unternehmerinnen, vor allem Frauen, in den Weg der Selbständigkeit begleitet und unterstützt werden. Auch die Erfahrungen weiter geben. Dazu möchte ich unserer Bundesrätin Hackl ganz herzlich gratulieren und dafür Danke sagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie, liebe SPÖ und FPÖ, sind die Ankündigungsriesen und übrig bleibt ein Umsetzungszwerg. Es muss alles daran gesetzt werden, die Lebenswirklichkeit von Frauen nachhaltig zu verbessern. Wir haben einen Antrag mit konkreten Vorschlägen eingebracht, um für Frauen eine berufliche Verbesserung zu erreichen.

Das Land kann mit Sicherheit mit gutem Beispiel voran gehe, indem Leistungsfunktionen auch als Teilzeitjobs angeboten werden. Denn laut Gleichbehandlungsbericht für den Zeitraum 2012 - 2014 lag der Anteil der weiblichen Landesbediensteten, Gott sei Dank, und gratuliere bei 65 Prozent. Aber, wenn man den Anteil der Frauen in Leitungspositionen sieht, liegt man, leider Gottes, nur mehr bei 30 Prozent. *(Abg. Edith Sack: Von 19! Von 19 Prozent! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Da wäre ich sofort für eine 50:50 Klausel. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Durch entsprechende Rahmenbedingungen könnte man mit Sicherheit auch Arbeitsstunden in Form von Home-Office und Telearbeit erbringen. Das wäre mit Sicherheit auch ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Anteil der Mädchen und Frauen in technischen Berufen soll entsprechend durch Qualifizierungsmaßnahmen, durch Anreizsysteme erhöht werden, denn der Frauenanteil in technischen Berufen in Österreich ist, leider Gottes, nur bei 15 Prozent.

Deshalb werden wir einen Abänderungsantrag einbringen, der da in der Beschlussformel lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbindung der betroffenen Interessenvertretung und der im Landtag vertretenen Parteien umfassende Maßnahmen zu setzen, um eine berufliche Besserstellung von Frauen zu erreichen:

- Der Landesdienst geht mit gutem Beispiel voran, indem Leitungsfunktionen auch als Teilzeitjobs angeboten werden.
- Durch entsprechende Rahmenbedingungen wird im Landesdienst die Möglichkeit geschaffen, eine gewisse Anzahl der Arbeitsstunden in Form von Homeoffice beziehungsweise Telearbeit zu erbringen.
- Der Anteil der Mädchen und Frauen in technischen Berufen soll durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen und Anreizsysteme erhöht werden.
- Die bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen werden weiter ausgebaut und es werden weitere Initiativen gesetzt, die zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.

Ich sage Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – Die Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt und wird gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen.

Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneten Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich freue mich natürlich, dass heute Frauenpolitik wieder auf der Tagesordnung steht. Aber, irgendwie, wenn ich mir den Antrag von der ÖVP anschaue, steigt in mir ein Gefühl hoch, wo ich mir denke, dass die die Frauenpolitik gar nicht ernst nehmen.

In Wirklichkeit ist dieser Antrag eine Schmähparade. Alles, was hier angeführt wurde, ist bereits, umgesetzt oder es gibt dazu bereits Maßnahmen. Tatsache ist, und da gebe ich allen Fraktionen recht, dass bei der Gleichberechtigung noch einiges im Argen ist. Frauen verdienen in der Privatwirtschaft nach wie vor viel weniger als Männer, obwohl sie im Vergleich zu Männern einen höheren Anteil an Studienabschlüssen besitzen.

Frauen arbeiten oft nicht freiwillig in Teilzeit und sind in den Chefetagen kaum zu finden, das stimmt. Dafür verrichten sie aber einen Großteil der unbezahlten Arbeit. Das habe ich von keiner Fraktion gehört. Das sind aber Fakten, die habe ich jetzt kurz zusammengesetzt. *(Abg. Manfred Kölly: Das haben wir doch schon in der letzten Sitzung besprochen.)* jetzt fehlen mir, geschätzte Damen und Herren der anderen Fraktionen, aber vor allem der Dame und den Herren von der ÖVP, Ihre Vorschläge, Ihre Ideen.

Wir von der SPÖ, wir sind natürlich sehr bemüht und das seit Jahrzehnten, Maßnahmen zu setzen, *(Abg. Thomas Steiner: Zusammengebracht habt Ihr aber nichts.)* Strategien zu entwickeln, um die Hemmnisse zu beseitigen, die Frauen am Arbeitsmarkt bei der Berufstätigkeit und bei der Vereinbarkeit entgegenstehen. Dass Männer in Österreich mehr verdienen als Frauen, das hat viele Gründe. Diese Gründe werde ich heute nicht mehr aufzählen, einige wurden heute bereits genannt. Wir haben das auch bei der letzten Landtagssitzung besprochen. In diesen vier Wochen hat sich das natürlich nicht zum Positiven geändert. Zur Frau Kollegin Petrik möchte ich kurz sagen: Wir haben den gleichen Abänderungsantrag noch einmal deswegen geschrieben, weil wir über den Antrag der ÖVP diskutieren wollten, weil das eine Schmähparade ist.

Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Allgemeine Unruhe – Abg. Mag. Franz Steindl: So reden Sie über Frauenpolitik? Na bumm!)

Ich möchte einen neuen Ansatz einbringen: In direktem Zusammenhang mit der Beschäftigung von Müttern mit kleinen Kindern steht die Beteiligung von Vätern bei der Kinderbetreuung. Hier herrschen österreichweit große Unterschiede, während in Wien rund 28 Prozent der Väter in Karenz gehen sind es im Burgenland nur 10,3 Prozent. *(Abg. Manfred Kölly: Weißt eh warum?)* Dabei…. *(Abg. Manfred Kölly: Weißt eh warum?)*

Sprich schnell! *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Ganz einfach. Das sind finanzielle, logischerweise finanzielle, Gründe! Zieht doch nach Wien!)*

Dafür fordern wir ja auch 1.700 Euro Lohn, dann könnten wir uns das alles aufteilen, wenn die Frauen auch mehr verdienen. Ich begrüße daher wirklich sehr das gemeinsame Projekt von unserer Frauenministerin Gabi Heinisch-Hosek und vom Herrn Minister Stöger, die gemeinsam mit der EU dieser Diskrepanz begegnen wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mit diesem Projekt sollen Grundlagen und praktische Strategien für mehr Väterbeteiligung geschaffen werden. Das Ziel ist eine gerechte Verteilung von Karenzzeiten, Betreuungszeiten und Arbeitszeiten. Elternkarenz, Elternteilzeit und hoffentlich bald ein Papa-Monat für die Privatwirtschaft sind eine gute Ausgangsbasis. Im öffentlichen Dienst gibt es diesen Papa-Monat ja bereits schon längst.

Jetzt müssen Unternehmen endlich ihren Beitrag leisten, damit Väterbeteiligung in der Arbeitswelt erleichtert wird. Das habe ich zwar auch in der letzten Sitzung gesagt, aber, ich glaube, ich muss das immer wieder sagen, damit das auch hängen bleibt. In der Arbeitswelt und in den einzelnen Unternehmen muss eine Kultur entwickelt werden, die Männer ermutigt, Careaufgaben zu übernehmen. In den Skandinavischen Ländern ist das bereits ganz selbstverständlich. Bei uns muss sich diese Kultur leider erst entwickeln.

Geschätzte Damen und Herren! Daten, Maßnahmen die gesetzt wurden, um die berufliche Situation von Frauen zu verbessern, tragen die Handschrift der Sozialdemokratie. Einiges hat sich zum Positiven verändert, vieles ist noch zu tun. Ich werde mich jetzt bestimmt nicht wiederholen.

Eines möchte ich auch noch sagen: Bei der Kinderbetreuung sind wir im Burgenland top Wir werden hier natürlich, wenn es gebraucht wird, ausbauen. Aber, was wir brauchen, wäre die Einführung einer Ganztagsschule, denn mit sieben Jahren oder sechs Jahren, wenn die Kinder in die Schule kommen, sind sie auch noch nicht alt genug, um alleine zu Hause zu bleiben. *(Abg. Manfred Kölly: Dann sehe ich meine Kinder aber gar nicht!)*

Ich gebe der ÖVP jetzt auch Recht, wenn Sie im Antrag haben dass es wichtig ist, dass junge Mädchen sich für technische Berufe interessieren und ausbilden lassen. Weil gerade in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen mehr Geld zu verdienen ist und weil gerade dort auch die Karrierechancen viel höher sind. In diesem Bereich hat unsere Frau Landesrätin Verena Dunst gemeinsam mit dem Frauenreferat sehr viel geleistet und verschiedene Projekte initiiert. Wir wissen, dass hier vieles getan wurde und dass auch vieles getan wird, damit der Anteil von Mädchen und Frauen in technischen Berufen durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen und Anreizsysteme erhöht werden. Schade, dass die ÖVP erst jetzt nach 15 Jahren darauf kommt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum 15 Jahre?)*

Auch geht unser Landeshauptmann, das habt Ihr auch in Eurem Antrag, als Personalreferent mit gutem Beispiel voran. Der Frauenanteil im Bereich des Landes wurde von 38,3 Prozent auf 43,2 angehoben. In Leitungsfunktionen wurde der Frauenanteil von 19 Prozent auf 31,4 Prozent angehoben und so soll es natürlich kontinuierlich weiter gehen.

Wir haben da Frauenförderpläne, wir haben da Quoten, also das wird auch passieren. Aber, mich wundert, Frau Resetar, dass Sie diese Steigerung kleinreden. Wenn ich aber jetzt schaue, dann sind Sie in der ÖVP die einzige Frau. *(Abg. Doris Prohaska: Genau!)* Da ist nichts Ihr verdoppelt Euch auch nicht und im Bund habt Ihr Euch auch wieder verringert. Bitte selber an der Nase nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist doch kein Angestelltenverhältnis. - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ich bin doch keine Angestellte. Ich bin gewählt! - Abg. Ingrid Salamon: Aber eine Politikerin! - Abg. Manfred Kölly: Weil die ÖVP halt so geschrumpft ist!)*

Alles, was Sie …. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Keine Angestellte!)* na sicher, als Abgeordnete sind wir auch angestellt. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wie viele Angestellte habt Ihr denn? Wie viele Angestellte habt Ihr als SPÖ und ÖVP? Angestellt? - Abg. Manfred Kölly: Angemeldet? Hast Du sie auch angemeldet? - Abg. Doris Prohaska zum Abg. Manfred Kölly: Das hat sie doch gerade gesagt. Wieso fragst Du denn so oft? - Allgemeine Unruhe - Abg. Thomas Steiner: Das ist Sozialdemokratie pur!)*

Also alles, was Sie von der ÖVP in Ihrem Antrag fordern ist im Landesdienst bereits Realität. Guten Morgen geschätzte Damen und Herren der ÖVP! *(Abg. Thomas Steiner: Erbärmlich! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie haben eine Frau angestellt. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Thomas Steiner: Das ist Sozialdemokratie pur! – Abg. Doris Prohaska: Angemeldet!)* Super, wir werden uns jetzt alle selbständig machen und werden eine Frau anstellen! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Na, hoffentlich!)* Ich hoffe, Sie haben eine Burgenländerin angestellt, super. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ja, eine Burgenländerin!)* Dann gratuliere ich Ihnen! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Aber keine Putzfrau! Eine Putzfrau habe ich nicht angestellt!-*

Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen - Abg. Manfred Kölly: Da sieht man, was dabei rauskommt, wenn Frauen reden!)

Schämen Sie sich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* So, es ist vorbei. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

So, Sie fordern, dass im Landesdienst Leitungsfunktionen auch als Teilzeitjobs angeboten werden sollen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Es ist vorbei!)*

Herr Präsident, ich bin eigentlich am Wort.

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Abg. Manfred Kölly: Damen! Damen!)* Frau Abgeordnete Sack! Die Dame spricht, meine Damen und Herren!

Frau Abgeordnete Sack, bitte, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) *(fortsetzend)*: Sie fordern auch, dass im Landesdienst die Möglichkeit geschaffen werden soll, für Homeoffice beziehungsweise Telearbeit. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Schämen Sie sich! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie ist ja eine Keifen!)* Im Landesdienst gehen bereits 283 Frauen und 30 Männer einer Teilzeitbeschäftigung nach. Das ist bei den Frauen 33 Prozent und bei den Männern drei Prozent. In Führungspositionen sind sechs Frauen in Teilzeit, das sind zehn Prozent, Vollzeit arbeiten 52 Frauen und 136 Männer. Zwei Personen arbeiten im Landesdienst in Telearbeit, ein Mann, eine Frau und 29 Personen haben eine Homeoffice-Genehmigung, das sind sechs Frauen und 23 Männer.

Sie sehen, alles was Sie fordern wird angeboten und angenommen. Ich zitiere Goethe: Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen, liebe ÖVP. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir von der SPÖ wir werden weiterhin Initiativen setzen, die zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen, *(Abg. Thomas Steiner: Sind Sie gar eine Schriftstellerin? - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Schriftstellerin?)* wir werden aber auch weiterhin Maßnahmen von der Wirtschaft, Maßnahmen von der Bundesregierung fordern, damit die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern verschwinden und zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen und der Vereinbarkeit beitragen.

Dazu darf ich alle Fraktionen einladen, mitzuarbeiten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: So, jetzt haben wir eine Wortmeldung von einem Abgeordneten. Der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller ist zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke. Warum sollen nur Frauen zu Frauenthemen reden? Liebe ÖVP und liebe Michaela Resetar! Ich gieße nur ungern Öl ins Feuer, aber ich muss schon sagen, das finde ich schon ein bisschen peinlich, wenn Ihr Euch herstellt, oder vor allem die Abgeordnete Resetar, mit elf Abgeordneten, davon ist eine, eine Frau.

In der Bundesregierung gab es vor kurzer Zeit eine Umstrukturierung. Das heißt, es gibt im Moment im ÖVP-Teil der Bundesregierung mehr Wolfgangs, wie Frauen. Wir sind unter einem Viertel Frauenanteil in der Bundesregierung. In Oberösterreich sitzt keine einzige Frau in der Regierung. *(Abg. Karin Stampfel: Genau! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei Euch in Oberösterreich sitzt aber auch keine Frau. Wie schaut es damit aus?)* Ich meine, seid mir nicht böse. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Liebe Frau Kollegin Stampfel! Die Grünen haben eine Quote! Deswegen sind wir auch die einzigen, die ziemlich genau 50:50 Frauen und Männer haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: In Oberösterreich, in der Landesregierung habt Ihr aber keine Quote! Da sitzt keine Frau!)* Wenn nur ein Sitz offen ist, ist es manchmal ein Mann, richtig. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Wir haben nun zu diesem Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag vorliegen und ich lasse daher zuerst über den von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Beseitigung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

21. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 305) betreffend mehr Fairness bei der Auszahlung von Sozialleistungen(Zahl 21 - 215) (Beilage 348)

Präsident Christian Illedits: Der 21. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 305, betreffend mehr Fairness bei der Auszahlung von Sozialleistungen Zahl 21 - 215, Beilage 348.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Patrik Fazekas: Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Fairness bei der Auszahlung von Sozialleistungen, in ihrer 05. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Antrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Fairness bei der Auszahlung von Sozialleistungen, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich Frau Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das nun vorliegende Thema ist ein nicht minder ernstes und es wird ganz verheerende Folgen haben, wenn es in die Richtung weitergeht, wie es hier mit diesem Antrag und dem Abänderungsantrag eingeschlagen wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was will die ÖVP in Oberösterreich in der Koalition mit der FPÖ? Aber auch hierzulande gibt es ja viel Applaus dazu. Es geht um die Kürzung von Familienleistungen. Es geht um die Kürzung von Familienbeihilfe und zwar für ganz bestimmte Personengruppen.Es wird immer so gerne das Wort Fairness hergenommen, wenn man einem etwas weg nimmt und dem anderen etwas geben möchte. Wie auch immer man das dann nennt, reden wir bitte wirklich über die Sache, worum es hier geht.

Eine kurze Erinnerung, weil ich auch schon jetzt über Facebook von manchen Leuten gefragt worden bin, wie das denn jetzt mit den Familienbeihilfen läuft. Nun, Familienbeihilfen werden aus dem FLAF gezahlt, aus dem Familienlastenausgleichsfonds. In diesen zahlen Dienstgeberinnen und Dienstgeber ein und in diesen zahlen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich ein. Nämlich 4,5 Prozent von ihrem Bruttolohn. Das heißt, es geht hier darum, dass diskutiert wird, dass in einen Fonds, in den alle einzahlen, ein Teil derer, die einzahlen ihren Anteil nicht herausbekommen.

Wie wird uns hier von den Antragstellern die Argumentationslinie gelegt? Es wird auf Großbritannien Bezug genommen. Nun, das ist für mich schon ein wenig schauerlich, wie gerne plötzlich Großbritannien in verschiedenen Belangen als Vorbild für vorgeschlagene Änderungen genannt wird. Großbritannien, jenes Land, das sozialpolitisch laufend Abstriche macht. Jenes Land, das unwillig ist, sich in die EU zu integrieren, und das immer wieder Exklusivprivilegien einfordert, das soll uns ein Vorbild sein? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese Entsolidarisierung in Europa ist in Ihren Augen ein Beispiel für eine gute Entwicklung und für Fairness? Die Verknüpfung mit der Armutsbekämpfung in dieser Antragstellung legt wieder einmal die gemeinsame politische Linie dar, die wir leider hier in diesem Landtag zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ immer häufiger sehen. *(Abg. Ilse Benkö: ÖVP? Was jetzt?)*

Ich habe es gerade wiederholt, nochmal für Sie gerne, Frau Kollegin, SPÖ, ÖVP und FPÖ und natürlich auch für die Liste Burgenland. Sie sagen immer wieder den Armen, die Ärmsten wären an der Misere schuld, aber das Gegenteil ist der Fall. Wir müssen die Armut bekämpfen, nicht die Armen. Wir müssen die Armut bekämpfen, aber doch nicht in Form der Kürzung von Sozialleistungen. Das ist doch eigentlich absurd.

Armut bekämpft man, indem man endlich das Aufgehen der Schere zwischen Arm und Reich bekämpft. In Österreich werden Reiche immer noch reicher und Arme werden immer noch ärmer. In Österreich, und damit nehme ich aber alle mit hinein, die hier ihr Geld verdienen, passiert es immer häufiger, dass Steuerbetrug wie ein Kavaliersdelikt behandelt wird, aber die Kavaliere machen andere Menschen arm. Sie sagen jetzt, diese Armut können wird dadurch bekämpfen, indem wir anderen, die noch ärmer sind, das wegnehmen, was wir ihnen geben. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist Ihre Auslegung.)*Armut in jenen Ländern zu bekämpfen, aus denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen, hilft doch geradezu, dass sich die nächste Generation Vorort etwas aufbauen kann. Wo ist hier Ihre so oft genannte Forderung der Hilfe Vorort?

Die Wirtschaftskraft in osteuropäischen Ländern zu stärken ist doch langfristig die einzige Möglichkeit, damit die nächsten Generationen nicht auch noch darauf angewiesen sind, sich ihre Arbeit weit weg von ihren Familien zu suchen. *(Abg. Ilse Benkö: So einen Blödsinn habe ich noch nie gehört.)*

Ich weiß nicht, ob Sie sich schon einmal damit auseinandergesetzt haben, mit der Situation in den Frauen sind. *(Abg. Ilse Benkö: So ein Blödsinn.)* die ihre Familie zwei Wochen, drei Wochen, vier Wochen alleine lassen müssen, um hier als Pflegerin zu arbeiten, um mit dem Mindesten dann wieder nach Hause zu kommen. Das ist nicht eine Situation, in die man sich begibt, weil man sich reich machen möchte. Das ist eine Situation in die man sich begibt, weil man keine andere Möglichkeit sieht. Die Situation wird für niemanden besser, wenn wir hier anfangen Abstriche zu machen.

Wir GRÜNE sind auch für Fairness in der Auszahlung von Sozialleistungen. Für uns sind auch alle Kinder gleich viel wert. Wenn wir einmal anfangen herumzudoktorn und zu sagen, dort wo Lebenshaltungskosten geringer sind, dort müssen auch die Zuwendungen geringer sein, dann frage ich mich, wo hört das Rechnen auf?

Fairness bedeutet für mich auch, dass all jene, die etwas in ein System einzahlen, auch das gleiche Recht haben, etwas aus dem System herauszubekommen, für das es geschaffen ist. Alles andere knüpft an eine widerliche Tradition des Abzockens bei den Ärmsten an. Wir können auch dem zweiten Teil dieses Antrages leider nicht zustimmen, weil es hier heißt, dass das effektive Sozialsystem weiter entwickelt wird, dass das genutzt wird. Unser Sozialsystem ist schon längst nicht mehr effektiv, wir brauchen ein neues Sozialsystem.

Wir brauchen ein System, in dem die Reichen nicht immer reicher und die Armen nicht immer ärmer werden, um das sollten wir uns kümmern. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube in erster Linie geht es um die Erhaltung unseres Sozialsystems. Österreich kann natürlich nicht das Sozialamt der ganzen Welt sein, auch nicht der angrenzenden Nachbarländer, vor allem im Osten, auch wenn es sich manche noch so sehr wünschen.

Österreich ist leider zu einer richtigen Sozialinsel für andere geworden und wir lassen dabei in manchen Bereichen unsere eigene Bevölkerung zurück, um ja international nicht anzuecken. Welch eine verkehrte Politik für unsere Bürger und welch eine Ungleichbehandlung gegenüber unserer Leute, die jahrelang in das Sozialsystem eingezahlt und dieses aufgebaut haben.

Ich glaube die Österreicherinnen und Österreicher haben nicht nur im letzten Jahr, sondern auch immer wieder genug Herz bewiesen und bei der Bewältigung der neuen Völkerwanderung auf vielen Ebenen mitgeholfen. Nun muss aber Schluss sein, bevor unser Sozialsystem noch ins Wanken gerät. Die Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder steigt weiter an. Dies zeigt eine Beantwortung des Finanzministeriums aufgrund einer parlamentarischen Anfrage der Freiheitlichen. Im Jahr 2013 wurden 206 Millionen Euro überwiesen, im Jahr 2015 bereits 223 Millionen Euro.

Die Zeit ist gekommen, endlich entgegenzuwirken und auf die jahrelange Forderung der FPÖ zu hören, damit wir unser gutes österreichisches Sozialsystem erhalten können. Deshalb muss mit dem millionenschweren Export an Familienleistungen Schluss sein! Dieser Export der Familienbeihilfe muss gestoppt werden!

Diese Finanzierung geht ausschließlich zu Lasten der Österreicher und Österreichinnen und unseres Sozialsystems. Es ist nicht einzusehen, dass ein Geldbetrag der im Ausland eine viel, viel höhere Kaufkraft hat als in Österreich, dass dieses Geld dann exportiert wird, weil dies umgekehrt ja den Fall bedeutet, dass die Menschen in Österreich um das gleiche Geld viel weniger bekommen.

Das Beispiel Großbritannien hat eben gezeigt dass es möglich ist, dem Sozialtourismus und auch in gewissen Fällen Sozialmissbrauch einen Riegel vorzuschieben. Familienleistungen sollen deshalb nach dem Herkunftslandprinzip gestaltet sein. Ohne Änderungen wird es schwer sein, unser Sozialsystem eben aufrecht zu erhalten. Die Frage erhärtet sich, warum Österreich diese Forderung nicht endlich gegenüber Brüssel durchsetzen kann? Österreich überweist zum Beispiel für zwei Kinder unter zehn Jahren 300 Euro nach Rumänien, das entspricht fast einem rumänischen Durchschnittseinkommen. Die rumänische Kinderbeihilfe oder Familienbeihilfe macht hingegen nur 30 Euro aus. Die Niederlassungsfreiheit wird anscheinend nur gewählt nach den sozialen Leistungen des Landes.

Also in diesen Bereichen gehört unbedingt etwas getan. Die nachkommenden Generationen werden uns dafür dankbar sein. Nur nett zu sein und Geld zu verschenken oder zu versenden ist aus österreichischer Sicht *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Verschenken?)* jedenfalls keine Option. Denn sollte es noch ein paar Jahre so weitergehen wie im Jahr 2015, wird das soziale Gefüge, das soziale Netz, auf welches wir sehr stolz sind, reißen.

Das trifft dann nicht nur natürlich die Familienbeihilfenbezieher im Ausland, nicht nur die Flüchtlinge, nicht nur Mindestsicherungsbezieher, sondern uns alle in Bereichen wie Gesundheitswesen, die Sicherung der Pensionen, eben bei Sozialleistungen, Pflegewesen und so weiter.

Das gut ausgebaute Sozialsystem in Österreich zieht nicht nur Asylwerber an, sondern Zuwanderer aus allen Herren Ländern, auch aus den EU-Oststaaten. Daher fordern wir ja schon lange die Einführung eines Herkunftslandprinzips. Volle Sozialleistungen darf es nur für Österreicherinnen und Österreicher geben. Für alle anderen nur gemäß den Regelungen beziehungsweise Lebenserhaltungskosten in ihrem Heimatland, so eben auch bei der Familienbeihilfe.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Da ich bereits den Standpunkt meiner Fraktion bei einem vorangehenden Tagesordnungspunkt ausführlich dargelegt habe, darf ich nur mehr einen Abänderungsantrag einbringen. Da er den Fraktionen bekannt ist, darf ich mich auf das Lesen der Beschlussformel beschränken:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, an die Europäische Union heranzutreten

- um eine Änderung der gesetzlichen Bestimmung für den Bezug der Familienbeihilfe dahingehend zu erreichen, dass diese für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten angepasst werden und
- um die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass der Bezug von Sozialleistungen für zugewanderte Arbeitnehmer aus anderen EU Staaten in Österreich erst nach vier Jahren zusteht.

Danke. *(Der Abgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In dem Tagesordnungspunkt 21 geht es um einen Entschließungsantrag betreffend Fairness bei der Auszahlung von Sozialleistungen. Nun, Faktum ist, dass das österreichische Sozialsystem im Ranking in Europa im Spitzenfeld liegt.

Es ist auch ein klares Bekenntnis in der Verfassung gegeben, dass wir dem sozialen Rechtsstaat Rechnung tragen wollen. Dies wird natürlich auch im Burgenland gewährleistet. Das zeigt sich im Indikator, dass wir die niedrigste Armutsgefährdung haben, die mit 7,1 Prozent die Hälfte des Österreichschnittes und gegenüber dem EU Schnitt von 16,5 Prozent weit darunter liegt. Deshalb muss das Ziel sein, eine nachhaltige Sicherung dieses Sozialstaates, einerseits gegen Missbrauch im Interesse unserer Versicherten, aber auch der Umstand muss gewährleistet werden, dass die Einzahler ins Sozialsystem auch im Bedarfsfall profitieren können.

Dieser Sozialstaat, den ich angesprochen habe, wird, oder scheint jedoch durch den offenen Arbeitsmarkt gefährdet. Heute im Tagesordnungspunkt 15 wurde bereits die Fairness für burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angesprochen. Dadurch hat sich ergeben, dass gerade das Burgenland durch die angrenzenden Nachbarländer und aufgrund des Umstandes, dass das Lohn- und Sozialleistungsgefälle nicht vergleichbar ist, natürlich davon betroffen ist, dass diese Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer im Sinne von Tages- und Einpendlern nunmehr den burgenländischen Arbeitsmarkt auswählen.

Es gibt gute Erwerbschancen und einen ausgebauten Sozialstaat. Das bedeutet natürlich, dass sich dadurch die Zahlen von 2010 bis 2015 von 15,33 auf 22 Prozent an ausländischen Beschäftigten am burgenländischen Arbeitsmarkt erhöht haben. Davon wurde heute die Zahl 16,65 Prozent an täglichen Ein- und Auspendlern bereits erklärt.

Nun, über die Zugangsbeschränkungen zum burgenländischen Arbeitsmarkt möchte ich nicht mehr reden. Aber ich möchte festhalten, dass es notwendig sein wird, den Arbeitsmarkt und den Wirtschaftsstandort zu stärken, damit genau dieser Sozialabbau und die Armutsgefährdung hintangehalten werden kann.

Im konkreten Fall geht es um zwei Forderungen: Einerseits die Familienbeihilfe. Die Familienbeihilfe ist ein Instrument der Armutsbekämpfung und wird bei Familien und Kindern angewandt. Grundsätzlich soll durch die Familienbeihilfe die finanzielle Mehrbelastung für Familien und Kinder in Folge der Ernährung, Kleidung, Wohnung und auch schulischen Ausstattung abdecken oder abfedern.

In Form des Umstandes, dass die Familienbeihilfe auch auf die Tages- und Einpendler aus dem Ausland weitergeht, geht einerseits Wertschöpfung verloren, aber andererseits wird auch eine Familienbeihilfe österreichweit im Ausmaß von 223 Millionen Euro jährlich ins Ausland bezahlt. Dabei wird aber nicht auf die finanzielle Mehrbelastung für die Familien Rechnung getragen.

Wie vorher bereits erwähnt, geht es darum, dass niedrigere Lebenserhaltungskosten und ein niedrigeres Niveau im Ausland bestehen. Und ich glaube, es ist sachlich gerechtfertigt, dass nunmehr auch diesem Niveau Rechnung getragen wird, weil nämlich diese finanzielle Mehrbelastung gerade für diese täglichen Ein- und Auspendler ins EU Ausland, ob Ungarn oder Rumänien, viel weniger ist. Deshalb ist meine Fraktion durchaus bereit, in Folge dieser Forderung die Reduzierung dieser Familienbeihilfe auf das Niveau des jeweiligen Wohnsitzlandes der Familienangehörigen unter Berücksichtigung des Bedarfsprinzips anzustreben, sodass unser Sozialsystem nicht übermäßig belastet wird.

Unabhängig davon halte ich weiterhin daran fest, dass Schritte gegen Lohn- und Sozialdumping, wie die Verstärkung der Finanzpolizei, über die heute schon gesprochen worden ist, und auch die Ausweitung der Kontrollen unabdingbar sind. Hingegen, die zweite Forderung, die seitens der Fraktion der ÖVP aufgestellt worden ist, ist meiner Meinung nach nicht sachlich gerechtfertigt.

Es ist eine diskriminierende Maßnahme, weil einerseits eine Ungleichbehandlung insofern vorliegt, dass in Österreich lebende arbeitende Menschen, EU Bürger, die ihre Wertschöpfung und auch ihre Kaufkraft in Österreich einsetzen, nach der Ansicht der ÖVP erst nach vier Jahren Beschäftigung erhalten sollen. Ich finde da gibt es keinerlei sachliche Rechtfertigung dafür. Ich finde das überhaupt als ein äußerst unsolidarisches Verhalten und glaube damit, dass diese Menschen, als Menschen zweiter Klasse bezeichnet werden dürfen.

Wir, meine Fraktion, produzieren keine Kinderarmut. Wir sind für ein effektives Sozialsystem in Österreich. Es müssen Fairnesszustände herrschen.

Ich glaube deshalb, dass meine Fraktion jedenfalls nur diese Forderungen betreiben wird, die weiterhin die Armutsgefährdung bekämpfen und keinen Sozialabbau zulassen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Fairness bei der Auszahlung von Sozialleistungen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

22. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 324) betreffend Aufstockung der budgetären Mittel des Österreichischen Bundesheeres (Zahl 21 - 234) (Beilage 349)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 22. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 324, betreffend Aufstockung der budgetären Mittel des Österreichischen Bundesheeres, Zahl 21 - 234, Beilage 349.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden in einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Uns liegt der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 324, betreffend Aufstockung der budgetären Mittel des Österreichischen Bundesheeres, Zahl 21 - 234, Beilage 349, vor, der in seiner 8. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten wurde.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Aufstockung der budgetären Mittel des Österreichischen Bundesheeres, unter Einbezug der vom Abgeordneten Hergovich beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger als erstem Redner und zu seiner Premierenrede hier im Hohen Hause zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Verehrte Zuschauer, die noch heute da sind! Ich möchte, bevor ich ins Thema gehe, noch ganz kurz mein Erlebnis, also den heutigen Tag, den Vormittag, die Angelobung Revue passieren lassen. Also, als ich da herein gekommen bin, natürlich mit ein bisschen Bauchweh, musste ich oder durfte ich feststellen, eigentlich ist es eine familiäre Aufnahme gewesen. Es waren alle, gleich über alle Fraktionen hinweg, sehr zuvorkommend, höflich, nett.

Also ich freue mich auch weiterhin, in diesem Rahmen, in diesem Kreis, sein zu dürfen, aber es muss und da darf ich vielleicht auch unseren Bundespräsidentschaftskandidaten Norbert Hofer bemühen bei dem Zitat: In der Sache müssen wir da hart argumentieren, auch wenn man persönlich freundlich und wir zuvorkommend untereinander sind.

So darf ich auch gleich in das Thema einsteigen: Die ÖVP hat sich hier jetzt heute zum Thema genommen, das Österreichische Bundesheer zu unterstützen. In Wirklichkeit gibt sie nicht einmal einen Bruchteil von dem zurück, was sie seit dem Jahr 2007 dem Österreichischen Bundesheer durch die Finanzminister Molterer bis Fekter über heute bis Schelling, dem Bundesheer weggenommen hat. Weil es war ja nicht nur ein roter Bundesminister, sondern es waren ja im Wesentlichen immer die ÖVP Finanzminister, die das Budget vorgegeben haben und dieser Antrag, und den möchte ich hier dann schon noch kurz zitieren:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, das Budget des Österreichischen Bundesheeres in einer ersten kurzfristigen Maßnahme auf 2,5 Milliarden Euro zu erhöhen. Das würde bedeuten, also im heurigen Jahr oder vielleicht meinen Sie das Jahr 2017 um eine halbe Milliarde Euro zu erhöhen. Das ist und da darf ich jetzt wieder einen ehemaligen Generalstabschef zitieren, den General Entacher „als würde ich einem Todkranken oder Verhungernden ja gerade so viele Kalorien zur Verfügung stellen, dass er nicht stirbt“, aber das war es dann schon.

Das heißt also, eine Sicherstellung der Aufgaben, nämlich den Schutz des österreichischen Territoriums und des österreichischen Staatsvolkes zu übernehmen, wäre mit dieser Größe nicht möglich. Dann erst sukzessive schrittweise auf das ein Prozent, das ja von der Zilk-Kommission damals gefordert war, zu erhöhen, ist auch zu kurz gegriffen. Da bin ich wirklich dankbar, dass im Prinzip die beiden Parteien SPÖ und FPÖ hier einen Abänderungsantrag eingebracht haben, damit sich das Land Burgenland nicht ein bisschen zum Gelächter in der Großstadt Wien macht, nämlich hier wirklich in die Hand zu nehmen, was notwendig ist, nämlich eine Anschubfinanzierung. Da ist es gut, dass wir hier nicht genau im Betrag uns äußern, weil es die Beurteilung des jetzigen Ministeriums und der Regierung ist, was ich jetzt bei der Anschubfinanzierung brauche. Und da sind wir nämlich genau ungefähr bei dem, was Sie jetzt da steigern wollen oder auf was Sie steigern wollen. Weil wenn man es genau hernimmt, ist in diesen zehn Jahren, die ich zuerst gerade zitiert habe, dem Bundesheer ein ganzes Budget verloren gegangen.

Da sind wir bei zwei Milliarden oder bei 2,5 Milliarden Euro und da darf ich nicht auf 2,5 Milliarden erhöhen, sondern ich muss 2,5 Milliarden Euro einmal als Anschubfinanzierung in die Hand nehmen. Aber, weil wir halt aus dem Landtag heraus nicht obergescheit sein wollen, werden wir das der Regierung überlassen, aber die Anschubfinanzierung ist der wesentliche Ansatz in Wirklichkeit.

Der zweite Ansatz ist, mit dem Jahr 17 beginnend das eine Prozent des BIP. Nur so glaube ich, können wir sicherstellen, dass das Bundesheer genau das bekommt, was es braucht, um das erfüllen zu können, was wir eigentlich alle von ihm erwarten. Nämlich wir erwarten von diesem Bundesheer den Schutz der Republik Österreich, so wie es in der Verfassung festgeschrieben ist. Wir haben voriges Jahr, da waren wir die Ersten, die sofort danach gerufen haben, als in Nickelsdorf mehr oder weniger die Grenze übergegangen ist, weil das mit dem Innenministerium nicht mehr allein von Statten gegangen ist. Das heißt, wir brauchen das Bundesheer. Endlich sind in ganz Österreich so ziemlich alle Politiker mittlerweile dort angekommen, dass das Österreichische Bundesheer jetzt unterstützt werden muss.

Da ist uns vielleicht wie dazumals die Lawine in Galtür auch diese Situation der Bedrohung Österreichs entgegengekommen, dass der Politik wieder einmal vor Augen geführt wird, dass das Bundesheer nicht ein Instrument ist, das wir halt auch mitnehmen und miterhalten müssen, sondern es eigentlich die Grundlage unserer Existenz ist, weil ohne Sicherheit ist alles nichts.

Darum lade ich alle ein, diesen Abänderungsantrag, wo wir in Wirklichkeit vielleicht eine gute Dynamik der ÖVP aufgenommen haben, wie beim Judo, aber in die richtige Richtung geworfen haben, mitzugehen und uns dabei zu unterstützen und auch diesen Abänderungsantrag im Sinne der Sicherheit Österreichs gemeinsam so auch abstimmen zu können. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Präsidenten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Usance dieses Hauses ist, dass man neu angelobte Mandatare herzlich willkommen heißt und das es auch eine Usance ist, eine gute Usance, bei der ersten Rede durch keinen Zwischenruf gestört zu werden. Herr Kollege herzlich willkommen, wie wohl mir das sehr schwer gefallen ist, sage ich Ihnen auch, aber wir haben es getan. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So sind wir. – Heiterkeit bei der ÖVP)*

Die Finanzierung des Österreichischen Bundesheeres liegt hier dem Hohen Haus, Ihnen und mir mindestens genau so am Herzen, wie den meisten Österreicherinnen und Österreichern. In meinem früheren Leben war ich Berufssoldat. Sie sind glaube ich, dienstfreigestellter Zivilbediensteter, Amtsdirektor beim österreichischen Bundesheer. *(Abg. Ilse Benkö: Personalvertreter, er vertritt uns.)* Sie sind auch in der Verantwortung als Freiheitlicher Personalvertreter.

Ich habe gedacht, der Antrag der ÖVP kann eigentlich in diesem Landtag nicht abgelehnt werden. Alle Vertreter aller politischen Parteien haben in den letzten eineinhalb Jahren sonst nichts gesagt, als das dieses österreichische Bundesheer, *(Zwischenruf der Abgeordneten Ilse Benkö)*, wenn wir Schutz und Hilfe brauchen, auch noch imstande sein muss, diesen Schutz der Grenzen sicherzustellen und das hier auch die entsprechenden finanziellen Mittel hergestellt werden müssen.

Ich habe auch mit dem ehemaligen Verteidigungsminister gesprochen und ich war sicher keiner, der ihn gelobt hat, als er Minister war. *(Abg. Manfred Kölly: Vielleicht sollte er sich auch zu Wort melden.)* Ich habe aber mit ihm ein Gespräch geführt und ich habe innerlich schon Abbitte geleistet. Ich habe gedacht, es geht nicht schlechter, aber da sind nur mehr „kluge“ Worte gekommen.

Also er war nicht der schlechteste Verteidigungsminister, wir haben dann aber noch einen Klug gehabt. Jetzt ist mit Doskozil, und das sage ich obwohl er nicht meinem politischen Couleur angehört, einer da, der auch imstande ist, auf politischer Ebene zu bewegen, dass die entsprechenden notwendigen finanziellen Mittel kommen. Ich sage Ihnen unter Freunden, unter Kameraden *(Abg. Ilse Benkö: Kameraden. – Abg. Manfred Kölly: Freundschaft.)*, wenn wir imstande sind, alle gemeinsam für das nächste Budget statt zwei Milliarden Euro, 2,5 Milliarden Euro aufzubringen, dann haben wir Großes geleistet.

Zu glauben, dass hier dieser Kriegsbaum ist, wo nur herumgebeutelt wird und da fallen noch die Millionen und die Milliarden Euro herunter, die wird es wohl nicht sein bei den Budgetverhandlungen. Aber es trennen uns nur zwei Dinge in dieser Situation, nämlich das Wort Anschubfinanzierung, bei uns stehen eben 500.000 Euro drinnen, bis auf ein Prozent des BIP sind wir uns einig, dass das das Bundesheer braucht und in der Traditionspflege.

Da freue ich mich, dass ich mit Ihnen einen habe, dem die Traditionspflege mindestens genauso am Herzen liegt wie mir. Und wir wissen, dass der neue Minister Doskozil auch angetreten ist und gesagt hat, er möchte die Militärmusiken wieder dort hinführen wo sie waren. Die Militärmusiken sind in der Traditionspflege des österreichischen Bundesheeres sehr wichtig. Diese Leistungen, die dort erbracht werden, sind nicht nur für das österreichische Bundesheer, sondern sie sind insgesamt für alle Musikvereine nahezu unabkömmlich. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)*

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, freue ich mich und ich freue mich, dass ich das gefunden habe, dass Sie als Personalvertreter gegen die Zerstörung unserer Militärmusik eintreten. Sie werden daher, und da bin ich überzeugt davon, unserem Antrag die Zustimmung erteilen, weil dort steht das Wort „Traditionspflege“ drinnen. *(Heiterkeit bei der FPÖ – Abg. Ilse Benkö: Der ist gut.)* SPÖ und FPÖ haben das bewusst nicht hineingenommen. Deshalb freue ich mich ja im blauen Leiberl, gegen die Zerstörung unserer Militärmusik, mit Ihnen einen Verbündeten in der derzeitigen Regierungsfraktion zu haben, der mit uns diesen Antrag auch unterstützen wird.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, bringe ich mit Freude unseren ursprünglichen Antrag wieder als Abänderungsantrag ein und ich darf die Beschlussformel verlesen, sie lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, das Budget des Österreichischen Bundesheeres in einer ersten kurzfristigen Maßnahme auf 2,5 Milliarden Euro und in weiterer Folge schrittweise auf ein Prozent des BIP zu erhöhen, um die Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgaben und jene der Traditionspflege uneingeschränkt zu ermöglichen.

Ich freue mich, dass dieser Antrag dann auch eine Mehrheit bekommen wird, wenn alle das, was sie vorhin gesagt haben, auch entsprechend halten.

Ich möchte auch noch etwas sagen - Herr Präsident - und dann mache ich bei dem Tagesordnungspunkt mit der Nummer 21 - 193 keine Wortmeldung mehr. Es geht darum, dass die Kollegen Kölly und Hutter einen Antrag eingebracht haben auf Einsatz von Drohnen zur Sicherung der grünen Grenze.

Wir als ÖVP können diesem Antrag, den die Liste Burgenland eingebracht hat, genauso unterstützen, wie den Abänderungsantrag, den FPÖ und SPÖ im Ausschuss gemacht haben, wo also die Beschlussformel dann lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, das Grenzmanagement wie vorgesehen umzusetzen und die Finanzierung sicher zu stellen.

Im Text sind auch die Drohnen erwähnt, das heißt, wir werden auch diesem Tagesordnungspunkt unsere Zustimmung erteilen.

Herr Präsident, ich darf nunmehr den Abänderungsantrag, den ich vorher zitiert habe, überreichen. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Ing. Rudolf Strommer übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Danke, Herr Präsident. Ich nehme ihn mit Freude entgegen. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs.3 der GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Kollege Haidinger, den ich natürlich auch sehr willkommen heiße, hat es sehr klar formuliert und sehr übersichtlich dargestellt und soweit liegen wir alle miteinander nicht auseinander.

Wir als SPÖ-Fraktion stehen natürlich voll und ganz hinter den Bemühungen vom Verteidigungsminister Hans-Peter Doskozil, der heute auch hier gelobt worden ist. Und wir sprechen uns natürlich für eine Aufstockung des Budgets des Österreichischen Bundesheeres aus, weil auch jetzt eine Terrorgefahr in ganz Europa gegeben ist, wenn wir uns zurückerinnern an die furchtbaren Anschläge in Paris und in Brüssel und an anderen Orten, die uns alle miteinander schockiert haben.

Wir sagen, bei der Sicherheit darf jetzt nicht gespart werden und der Herr Verteidigungsminister muss einlenken und die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Ich möchte dort anschließen, wo der Kollege Haidinger aufgehört hat. Wir würden als das Burgenland massiv von den Plänen des Herrn Verteidigungsministers profitieren. Wir würden nämlich, das Doskozil-Konzept sieht vor, eine Stärkung der Militärkommanden, ein Punkt, dem wir voll und ganz zustimmen können. Denn Militärkommanden sollen eben ihrer Führungsrolle bei Einsätzen auch eine Truppe zugeordnet werden. Was ja derzeit nicht so ist und das Militärkommando soll auch eine Rolle bei der Ausbildung der Rekruten und Grundwehrdiener spielen. Das würde bedeuten, eine höhere Auslastung der Kasernenstandorte.

Nicht angesprochen wurde hier die Rolle der ÖVP, als die Kaserne Güssing gebaut worden ist, was hier und ich kann mich noch gut erinnern, was hier aufgeführt worden ist. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was ist denn aufgeführt worden? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Was denn?)* Aber der Kollege Darabos hat das damals durchgezogen und dem Burgenland die modernste Kaserne Europas beschert.

Um auf die Bedrohungen noch rascher reagieren zu können, sieht das Doskozil-Konzept eine Aufstockung des Personalstandes vor, das Jägerbataillon 19 soll davon auch wiederum stark profitieren. Es sollen deutlich mehr ausgebildete Berufs- und Zeitsoldaten dazu kommen.

In Güssing soll auch eine KIOP oder eine KPE, also KIOP - Kräfte für internationale Operationen und KPE - Kaderpräsenzeinheiten - eingerichtet werden. Also auch eine

deutliche Aufwertung des Burgenlandes mit dem Kasernenstandort Güssing. *(Abg. Walter Temmel: Bravo!)*

Der dritte Punkt: Das Jägerbataillon 19 wird, so die Pläne des Verteidigungsministers so die nötige Finanzierung vorhanden sein wird, auch gepanzerte Fahrzeuge erhalten, also noch besser als bisher ausgerüstet sein. Aus burgenländischer Sicht ist es auch wichtig, mit einem Assistenzeinsatz jetzt auf die Herausforderungen der Zeit reagieren zu können. Es wird derzeit diskutiert einen Grenzzaun zu schaffen, von Moschendorf bis nach Heilgenkreuz, an der grünen Grenze. Es sind dabei auch zwei Flussläufe betroffen. Es sind betroffen öffentliche Grundstücke, wo Wasserrechte vorhanden sind. Vielleicht wird nicht überall ein Zaun sein. Hier wäre die Exekutive, also sprich die Polizei, überfordert. Da brauchen wir das Bundesheer, damit das auch ordentlich funktioniert. Wenn die Drohnen angesprochen worden sind, natürlich können wir uns einen Einsatz von Drohnen vorstellen, wenn die Testphase erfolgreich ist.

Das ist auch der Grund, warum ich beim übernächsten Tagesordnungspunkt mich dann nicht mehr zu Wort melden werde. Also wenn das sinnvoll ist, wenn das im Verteidigungsministerium für sinnvoll befunden wird, dann werden wir diesem Antrag auch zustimmen.

Das Reformkonzept des Ministers, wenn dann ein Prozent des BIP mit Geld ausgestattet ist, wird ein Mehr an Sicherheit bringen, das ist genau das was wir jetzt brauchen. Es wird eine deutliche Aufwertung des Burgenlandes mit dem Standort Güssing bringen. Auch das ist von uns zu befürworten. Wir stimmen natürlich unserem Abänderungsantrag zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde ein Antrag eingebracht seitens der ÖVP, der wichtig und richtig ist, meiner Meinung, und dann abgeändert wurde, ja fast keine großen Differenzen ergibt. Daher glaube ich, Herr Kollege Haidinger, also ein Prozent steht dort drinnen und auch in Eurem Antrag, im Abänderungsantrag steht ein Prozent. *(Abg. Ilse Benkö: Wie immer!)* Die einen sagen natürlich jetzt sofort 500.000 und dann die Milliarde, das ist ja wurscht. Aber was ich jetzt weiß, Herr Kollege, hat der Herr liebe Doskozil, der wirklich das Amt hervorragend ausfüllt, schon verhandelt.

Ich glaube, wir brauchen diesen Antrag gar nicht mehr hinaufschicken. Er macht sich das sehr wohl selber mit dem Herrn Finanzminister aus. Lest einmal ein bisschen die Zeitung, oder lest im Computer nach. Dann werdet Ihr über diese Anträge sagen können, das war eigentlich einmal unnötig. Aber ich möchte, ich möchte, Herr Kollege, ich möchte eines klar stellen. Wieder einmal gibt es Diskussionen um das Bundesheer.

Wenn Sie den früheren Verteidigungsminister Darabos angesprochen haben, das hat ihm nicht gut getan. Auch der SPÖ nicht gut getan. Er hätte ruhig das Amt ablehnen sollen, wäre eine vernünftige Lösung gewesen. Nicht immer hergehen und sagen der Finanzminister ist schuld wenn er kein Geld bekommt für sein Ressort, für sein Bundesheer. Dann muss ich schon eines klar festhalten oder feststellen. Es wird auch hier im Lande verhandelt. Ein jeder hat ein Ressort, das auch mit finanziellen MitteIn ausgestattet wird.

Wie sich jeder hier einbringt und ein jeder seine Forderungen stellt und sich durchsetzen kann, dann ist das einmal Fakt. Auch im Bund ist das so. Wenn ich zu

schwach bin als Verteidigungsminister mein Ressort auszustatten wie es sich gehört, dann muss ich den Hut nehmen. Das ist auch geschehen. Dann kommt aber der Nächste nach. Und der unter dem Vorzeichen Herr Klug. Das ist überhaupt sehr klug gewesen, dass man den hingesetzt hat, denn der hat überhaupt nichts weitergebracht.

Der hat sich noch mehr kürzen lassen. *(Abg. Ewald Schnecker: Genau!)* Das Nächste ist das, was wir fordern seitens des Bündnis Liste Burgenland, dass wir sagen, warum können wir nicht überhaupt Einsparungsmöglichkeiten treffen, weil immer die Frage gestellt wird, wie finanzieren wir das, wenn wir diese Forderungen stellen. Ganz einfach. Ein Sicherheitsministerium gründen. Innenministerium mit Verteidigungsministerium zusammenlegen, die sind eh schon Hand in Hand gegangen die beiden, jetzt haben wir sie ausgetauscht, der Pröll geschwind, weil die haben sich vielleicht schon zu gut verstanden.

Daher glaube ich, dass man vielleicht das nicht aus den Augenwinkeln lassen soll, sondern wirklich gezielt einmal dort hinsteuern sollte. Ich glaube, dass der Herr Doskozil sehr wohl geeignet wäre, dieses Sicherheitsministerium zu führen. Um Einsparungsmöglichkeiten, um Effizienz und Schnelligkeit, Herr Kollege Tschürtz, was Du immer sagst, auch dementsprechend umzusetzen. Warum ist das nicht möglich? Habt Ihr schon einmal nachgedacht über so etwas?

Ihr sitzt in der Regierung in Wien, in der Bundesregierung, Ihr könnt ja das einbringen. Wenn wir das einbringen, ändert Ihr es wieder einmal 97 Mal ab. Dann kommt heraus, dass wahrscheinlich irgendwo vom Seewinkel irgendwo ein Schilfschneider irgendetwas machen soll, anstatt vernünftiger Lösungsansätze. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Lösungsansatz. Die Chance ist jetzt da, die Chance ist da, weil Doskozil zeigt, dass er etwas versteht von der ganzen Geschichte. Doskozil zeigt, dass er auch Verhandlungsgeschick hat.

Denn wie ich weiß, hat er sich schon eine Milliarde herausgeholt. Ich finde das toll. Wir im Burgenland können ihm dazu nur gratulieren. Wir können nur schauen, dass das Bundesheer wieder aufgewertet wird, dass das Bundesheer, auch die Musik, wieder seinen Stellenwert bekommt. Ich glaube, das wäre der richtige Weg und nicht ein ein politisches Hickhack, sondern klare Zeichen setzen, auch hier im Landtag, dass wir für diese Aktion eine Möglichkeit haben Innenministerium, Verteidigungsministerium auf ein Sicherheitsministerium zusammenzulegen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: So, als Nächster zu Wort gemeldet ist abermals Herr Abgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist mir noch einmal ganz besonders ein Bedürfnis, auch für den Herrn Kölly klarzustellen, warum es eigentlich geht. *(Abg. Manfred Kölly: Na super!)* Es geht darum, dass wir uns natürlich freuen, auch beim Österreichischen Bundesheer freuen, wenn, so wie kolportiert wird, 1,2 bis 1,3 Milliarden durch den Minister Doskozil jetzt über sein Verhandlungsgeschick beim Minister Schelling herausgeholt hat. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass das für die Jahre 2016 bis 2020 gilt. Jetzt dividiere einmal die 1,2 Milliarden durch vier und dann schaut das wieder einmal alles anders aus.

Da hätten wir ja ein tolles Angebot gehabt, sogar beim Antrag von der ÖVP mit 500 Millionen Euro, da sind wir nämlich bei mehr dabei. Das ist genau die Gefahr, auf die dieser Antrag von uns Rücksicht genommen hat. Es geht um eine Anschubfinanzierung, nicht bezogen auf die nächsten vier Jahre, sondern auf eine ad hoc Anschubfinanzierung.

Was bei dieser 1,3 Milliarden Geschichte, die jetzt kolportiert wird, auch vergessen wird, es wird das Regelbudget nicht erhöht. Wir bleiben bei 0,55 Prozent.

Das ist die zweite wesentliche Forderung, nämlich das eine Prozent ab 2017. Wenn wir da nicht weit auseinander sind, dann kann ich der Einladung auch vom Kollegen Strommer nicht nachkommen, oder vom Herrn Präsidenten nicht nachkommen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie dürfen nicht, Sie können!)* damit aufzustehen bei Eurem Antrag. Es tut mir sehr herzlich leid, das geht einfach nicht, weil das eine Unterdotierung des Österreichischen Bundesheeres ist und dem kann ich nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da jetzt keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Deshalb lasse ich zuerst über den vom Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

23. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 294) betreffend Beibehaltung der Schulnoten (Zahl 21 - 204) (Beilage 350)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 23. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 294, betreffend Beibehaltung der Schulnoten, Zahl 21 - 204, Beilage 350.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden in einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 294) betreffend Beibehaltung der Schulnoten (Zahl 21 - 204) (Beilage 350) vor.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.

Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Beibehaltung der Schulnoten unter Einbezug der von der Abgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun als erster Rednerin der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Wir haben wieder einen Antrag, der nicht auf Landeskompetenz angesiedelt ist, aber gut. Wir haben immer Anträge, nur damit irgendetwas hier diskutiert wird. Heute geht es um die Schulnoten. Also diskutieren wir die Schulnoten, soll mir recht sein, ist ja durchaus ein Gebiet, das meinem Herkunftsberuf sehr nahe liegt. Ich habe auch als Mutter von drei Kindern, die das Schulsystem fast alle schon vollständig durchwandert haben, auch einiges und auch verschiedenes miterlebt.

Auch von Lehrerinnen aus der ÖVP, ganz konkret die zum Beispiel sich sehr gegen die Notengebungen in der jetzigen Form aussprechen. Fragen Sie bitte auch Ihre eigenen Expertinnen aus den eigenen Reihen. Gerade zum Beispiel in Eisenstadt im Gemeinderat. Die ÖVP möchte gerne, dass die Schulnoten auf jeden Fall beibehalten werden. Es hat jetzt keinen besonderen pädagogischen Wert, es hat auch keine besondere Argumentation, es ist Ihnen offensichtlich einfach wichtig, dass wir etwas beibehalten, das wir haben und nur nicht ändern.

Was mich ein bisschen enttäuscht ist, dass auch die SPÖ auf diese Argumentation aufspringt und sagt, was auch immer kommen mag, aber es möge sich bitte nichts verändern. Der Landtag hat beschlossen, so wollen es jetzt die Regierungsparteien, dass die Burgenländische Landesregierung aufgefordert wird, an den Bund heranzutreten, bewährte Beurteilungsformen - vor allem per Noten - keinesfalls abzuschaffen und daneben „Alternative Leistungsbeurteilungen“ weiterhin zu ermöglichen. Das haben wir jetzt ungefähr seit 30 Jahren.

Botschaft ist: Bitte nichts verändern. Und das in der Schulpolitik seitens der SPÖ, wo eigentlich sonst aus diesen Reihen von Kollegen und Kolleginnen immer sehr viel auch Neues und Alternatives und Weiterdenkendes gekommen ist. Das finde ich wirklich sehr schade. Auf die SPÖ ist leider im Burgenland bei echten Reformfragen, gerade im Bildungsbereich, kein Verlass. Vielleicht sind einige von Ihnen auch schon sehr weit weg von dem, was jetzt Realität in den Schulen ist, ich weiß es nicht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wir haben schulpflichtige Kinder!)*

Lieber werden hier konservative Linien weiterhin vertreten, nur nichts wirklich Bahnbrechendes in der Bildungspolitik. Es ist leider kein Mut da, hier wirklich einen Schritt zu gehen.

Aber überlegen wir uns einmal wirklich, worum es geht. Was sagen Noten eigentlich wirklich aus? Also zum Beispiel, wenn wir jetzt benoten sollten, einzelne Abgeordnete hier in ihrer Tätigkeit. Da hat jemand vielleicht eine Drei, jemand anderer eine Eins oder eine Fünf. Die Ziffern sagen uns nichts aus, außer, dass die Person, die etwas beurteilt hat, hier eine gewisse Note zugeordnet hat.

Heißt das, dass man richtig spricht, zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten oder dass man keinen Fallfehler gemacht hat in seiner Wortmeldung? Heißt das, dass man sich gehörig benommen hat oder dass man viel anwesend war? Was soll das heißen? Genauso schwierig ist die Notengebung in der Schule. Sagen wir, Sie haben in Deutsch

einen Zweier, sagt das nichts aus. Wir wissen nichts, durch die Note wissen wir überhaupt nichts.

Wir wissen nur, dass nicht alles erreicht wird, was erreichbar ist. Aber wir wissen nicht, kann dieses Kind oder dieser Jugendliche gut formulieren, ist er oder sie gut in der Rechtschreibung oder gut im Lesen? Oder wo sind die Schwächen? Das ist alles durch eine Note nicht ausgedrückt. Das sagen uns Pädagoginnen und Pädagogen schon lange. Sie sagen, das ist eigentlich nicht die richtige Rückmeldung.

Die Kollegin Stampfel würde jetzt sicher auch sagen, weil hier in der Antragsbegründung steht, es braucht ein messbares Feedback. Sie würden wahrscheinlich sagen, Rückmeldung. Es ist eigentlich keine differenzierte Rückmeldung. Eltern wissen nicht wirklich, wo ihr Kind steht, wenn sie einfach eine Note mitgeteilt bekommen.

Was schon funktioniert ist, wir sind es in unserer Gesellschaft gewohnt, Menschen zu klassifizieren, in eins, zwei, drei, vier, fünf. Und wir haben eine Vergleichbarkeit. Sie kennen das vielleicht auch, wenn meine Kinder heimgekommen sind, und sie haben ihrer Oma erzählt, welche Note sie auf die Schularbeit haben, war nicht die erste Frage, was hast du gut gekonnt und was hast du nicht so gut gekonnt, sondern die erste Frage war, und deine Nachbarkinder? Also die Noten sind sehr stark dafür da, um sich in ein Ranking mit anderen zu begeben.

Ich möchte kein pädagogisches Feld bereiten und weiterführen, indem Kinder und Jugendliche sich zuerst in Rankings bewegen und nicht den Bezug zur eigenen Leistung bekommen.

Es gibt schon eine Menge gut erprobter Leistungsbeschreibungsmöglichkeiten, Methoden, wie man auch Leistungsfortschritt formulieren kann. Es ist nicht nötig, dass man sich immer auf diese Noten konzentriert, die fördern eigentlich eher die mangelhafte Kreativität und dass alles über einen Leisten geschert wird. Befürworter halten den Noten meist drei Dinge zugute. Erstens, *(Zwischenrufe von Landeshauptrmann Niessl)* über verbale Beurteilung können wir gerne nachher auch reden.

Notenbefürworter sagen, und das kann man nachlesen… *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das haben wir schon vor 20 Jahren gehabt!)* Bitte, das ist jetzt keine Polemik von mir. Ich zitiere nur, ja. Noten können einen Konkurrenzkampf zwischen den Schülern forcieren.

Nun, es darf uns doch in der Bildungspolitik und in der Pädagogik nicht darum gehen, Konkurrenzkämpfe zu forcieren. Wir müssen doch vielmehr Kooperation forcieren. Wir müssen forcieren, dass man selber Leistung erbringen will und dass Kinder und Jugendliche eine Freude an der Arbeit haben und am Leistungerbringen, und nicht in erster Linie an Konkurrenz. Was dauernde Konkurrenz anrichtet, das sehen wir hier bei jeder Landtagssitzung in der Art und Weise, wie miteinander geredet wird.

Noten machen anscheinend manche Schüler fleißiger, das kann für manche Schüler schon stimmen, für andere wieder ist der permanente Konkurrenzkampf ein fürchterlicher Kampf, dem sie sich sehr schnell geschlagen geben. Zweitens, ein Argument von Notenbefürwortern. Ohne Noten haben Lehrer kein Druckmittel gegen faule Schüler in der Hand. Nun ich glaube gute Lehrerinnen und Lehrer, und wir haben im Burgenland Gott sei Dank viele davon, wissen sehr wohl, wie sie Schülerinnen und Schüler motivieren, die brauchen nicht die Noten dazu. Wer es anders nicht kann, bei dem helfen die Noten auch nicht.

Möglicherweise gibt es ein Kind oder einen Jugendlichen, bei dem das schon geklappt hat, aber es ist kein pädagogisches Konzept, das lange weiterhilft. Drittens, ein drittes Argument, das öfter vorgebracht wird, Noten müssen auf das echte Leben in der Gesellschaft vorbereiten, in der ständig bewertet und beurteilt wird. Den Facebook-Daumen, so als Lebensprinzip, muss ein Lehrer allerdings nicht vermitteln, das echte Leben ist auch schon in der Schule.

Der Konkurrenzkampf, dem wir Kinder dort aussetzen, den erleben sie echt. Das ist keine Spielerei für sie. Das echte Leben sollte ganz im Gegenteil von uns zu mehr Kooperation geführt werden und nicht zu mehr Konkurrenzkampf.

Es soll so bleiben wie es ist, ist nicht die Botschaft, die den GRÜNEN wichtig ist, wenn es um Schulpolitik geht und ist nicht die Botschaft, die den GRÜNEN wichtig ist, wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche zu motivieren, bessere Leistungen zu erbringen. Deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr Landtagsabgeordneter Mag. Richter.

Bitte um Ihren Redebeitrag, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich kann hier nahtlos anschließen, gleich bei den Nachteilen von Schulnoten. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass auch Noten nicht objektiv sind. Man braucht nur das Beispiel hernehmen, dass dieselbe Arbeit von verschiedenen Lehrern beurteilt wird. Interessanterweise können total verschiedene Noten herauskommen.

Das Nächste, da gebe ich Ihnen schon recht, ein Kind mit sehr komplexem Charakter mit einer Note zu beschreiben versuchen, wird auch nicht gelingen. Wobei ich aber sage, dass zum Beispiel mit einem Zeugnis eigentlich nur Einzelleistungen mit der Note beurteilt werden und es ergibt sich ein Gesamtbild. Noten, das ist auch ein Nachteil, meiner Meinung nach, erzeugen einen gewissen Stress bei Kindern.

Das heißt, vielleicht wären irgendwelche Lernentwicklungsbeschreibungen nicht schlecht. Manche behaupten auch, es würde bestanden oder nicht bestanden in verschiedenen Fällen und Klassen reichen. Aber ich möchte jetzt doch auf das kommen, was sagen die direkt Betroffenen dazu? Mir ist eine Befragung von 200 Schülern in der Grundschule, zugegeben in Deutschland, untergekommen, und da war die weitaus größte Mehrheit der Kinder in der Grundschule für Noten.

Da war ein ganz ein liebes Beispiel. Ich zitiere, ein Mädchen hat gesagt: Wenn es keine Noten im Zeugnis gibt, und dort steht, Lisa, du bist eigentlich gut in Deutsch, aber bitte mehr aufpassen, dann hat sie gesagt, ja, welche Note habe ich jetzt, muss ich mehr üben oder nicht? Ich habe das recht lieb gefunden und es sagt einiges aus. Ein weiterer Vorteil ist natürlich, dass sich die Kinder leicht untereinander in der Klasse vergleichen können.

Eltern, auf der anderen Seite, wollen eigentlich kurze Antworten, wollen kurz eine Note wissen. Sie haben auch ein Recht darauf, kurz und verständlich informiert zu werden. Es kommt halt leider auch vor, dass viele Eltern mit einer verbalen oder mit einer Beschreibung der Leistung der Kinder, ich sage einmal, leicht überfordert sind.

Sie werden aus diesen Berichtszeugnissen oft nicht schlau, möchte ich sagen. Für Unternehmer, ich rede jetzt von Betroffenen, es waren Kinder, Eltern, für Unternehmer

sind Noten auch ein wichtiges Auswahlkriterium, aber sicher nicht das einzige, das ist schon richtig. Die Firmen und Unternehmer sind immer mehr auch daran interessiert, wie das Verhalten eines Kindes in der Schule ist.

Aber es ist einmal die Note selbst ein wesentliches Kriterium für Unternehmer. Schließlich, last but not least, sind Noten notwendig in höheren Klassen und in höheren Schulen, weil es einfach um Zugangsberechtigungen geht. Da ist es natürlich schwierig, irgendein Rezept zu finden. Da ist die Note eigentlich das einfachste Mittel, um das halbwegs objektiv zu regeln, die Zugangsberechtigungen.

Zusammenfassend müsste man fast sagen, eine kurze Beschreibung mit einer Note, oder ich sage einmal, ein kurzes Kommentieren der Note selbst, wäre vielleicht eine optimale Lösung. So ähnlich oder so steht es auch in unserem abgeänderten Antrag, den wir in dieser Form auch unterstützen werden.

Erlauben Sie mir jetzt bitte auch gleich Bezug zu nehmen auf den Tagesordnungspunkt 27, da es auch um Schulen, um Schüler geht, und zwar geht es um die Digitalisierung in Schulen. Es gibt ja einen Antrag der ÖVP, wo auf ein Projekt in Eisenstadt hingewiesen wird, quasi ein Vorzeigeprojekt. Ob das wirklich so optimal ist, in Schulen Laptops und Computer und so weiter zu verteilen und herzuschenken, das mag dahingestellt bleiben.

Die Begründung, anders verschlafe das Burgenland den Weg von der Kreidezeit in die Zukunft, obwohl mir das gefällt, Kreidezeit in die Zukunft, geht wahrscheinlich am eigentlichen Ziel einer Schule vorbei. Aber, Samsung Electronics wird Ihnen dankbar sein, apropos Samsung, dazu gibt es ein Beispiel. In Deutschland gibt es eine Initiative, die nennt sich „Digitale Bildung neu denken“. So auf die Art, je früher das Tablet benützt wird, desto höher ist die Qualität der Bildung, heißt es da.

Finanzier dieser Initiative ist Samsung Electronics. No na. Natürlich spricht einiges dafür, ich weiß aus eigener Erfahrung, es gibt didaktische Überlegungen. Ich habe selbst in Laptop-Klassen unterrichtet, keine Frage, es hat seine Vorteile, aber es hat eigentlich noch nie jemand nachweisen können, dass eine Ausstattung mit je einem Computer für je einen Schüler wirklich etwas bringt und er dadurch bessere Leistungen bringt. Das ist bis jetzt noch nicht erwiesen worden.

Zweitens, ein ganz wesentlicher Punkt, Schüler lernen nicht von Maschinen, sondern ob man das glaubt oder nicht, sie lernen vom Lehrer durch Mimik, durch Gestik, durch den Blickkontakt. Das ist unglaublich, das darf man ja nicht unterschätzen. Blickkontakt mit dem anderen, Sympathie mit dem Lehrer, Motivation am Inhalt, die Dinge sind entscheidend für den Lernerfolg.

Ein guter Lehrer tritt über den Stoff quasi in Beziehung mit dem Schüler. Tablets sind da eher, ich sage einmal, etwas untalentiert. Natürlich sollen Lehrer kritischen Umgang mit den Medien, mit den neuen Medien vermitteln. Aber entscheidend für den Lernerfolg sind sicher die menschliche Beziehung und die Lernmotivation.

Darüber wird sich die Wissenschaft immer einiger, sage ich einmal. Es setzt sich immer mehr die Ansicht in wissenschaftlichen Kreisen durch, raus mit den Computern aus niedrigen Klassen, sie sind eigentlich kontraproduktiv. Erst ab dem 12. Lebensjahr sind Computer zielgerichtet für einen Lernprozess einzusetzen.

Im Privaten, weil das auch in dem Antrag erwähnt wird, ist das Ganze kein Problem. Natürlich muss der Umgang mit diesen Medien von den Eltern bewusst und verantwortungsvoll begleitet und kontrolliert werden. Unser vorliegender geänderter

Antrag geht viel weiter in die Richtung analoges Lernen und daher werden wir diesen auch unterstützen.

Danke sehr für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Landtagsabgeordneter Fazekas hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den verschiedensten Bereichen werden Menschen gemessen. Sie werden beurteilt und mit Feedback konfrontiert. Das passiert im Ausbildungsleben, das passiert aber genauso im späteren Berufsleben.

Ich bin überzeugt davon, dass Feedback einen wichtigen Beitrag zur Selbsteinschätzung leistet, aber vielmehr uns alle und auch die Kinder zur persönlichen Weiterentwicklung motiviert. Gerade in der heutigen Zeit, wo speziell Kinder mit steigendem Leistungsdruck konfrontiert werden, ist es wichtig, früh genug zu beginnen zu lernen, mit Bewertungen und Beurteilungen umzugehen. Noten sind deswegen, meiner Meinung nach, ein konkretes Instrument, um Feedback zur schulischen Leistung geben zu können.

Als ÖVP-Fraktion haben wir einen Antrag für den Erhalt der Noten in allen Schulformen einzutreten, eingebracht. Ich freue mich, dass damit auch die Fraktionen der SPÖ und FPÖ überzeugt wurden, bei dieser Forderung mitzugehen und geschlossen aufzutreten.

Wenn wir schon bei der Diskussion rund um die Bildung sind, dann erlaube ich mir, wie mein Vorredner, eine zentrale Zukunftsfrage, die wir heute im Tagesordnungspunkt 27 diskutieren, in meine Ausführungen miteinzunehmen. Die Digitalisierung und der technologische Fortschritt schreiten unaufhaltsam voran.

Das Internet und die digitale Welt ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. 85 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind täglich online. 86 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher nutzen jeden Tag ihr Smartphone. Das Internet und Social Media haben unser Berufs- und Privatleben in den vergangenen Jahren maßgeblich verändert. Die damit zusammenhängenden Veränderungen, meine geschätzten Damen und Herren, stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Die Art und Weise wie wir künftig lernen, wie wir künftig uns fortbewegen und arbeiten werden, wird sich rasant ändern. Die heutigen Berufsfelder werden sich durch die technologischen Fortschritte verschieben und gerade deswegen darf das Burgenland diesen Trend nicht als Zaungast betrachten, sondern aktiv werden und zum eigenen Vorteil nutzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb heißt es, die Zeichen der Zeit zu erkennen und gerade in der Bildungspolitik den richtigen Weg einzuschlagen, um die Schülerinnen und Schüler rechtzeitig auf die Chancen und die Herausforderungen innerhalb der digitalen Welt vorzubereiten.

Herr Kollege Richter! Ich gebe Ihnen Recht, man lernt nicht mit Maschinen, aber man lernt in der Schule mit technischen Geräten umzugehen und die Kinder auf die digitale Technologie vorzubereiten. Deswegen darf meiner Meinung nach die digitale Revolution nicht länger vor den Klassenzimmern Halt machen.

Aus diesem Grund ist es meiner Meinung nach unbedingt notwendig, die Schulen im Burgenland mit moderner Infrastruktur im IT-Bereich auszustatten. Mit gutem Beispiel vorausgegangen, es wurde schon erwähnt, ist die Landeshauptstadt Eisenstadt, die im Jahr 2015 bereits in allen Schulen die notwendigen Maßnahmen getroffen hat und Computer, Tablets und Notebooks sowie notwendige Software besorgt hat. Insgesamt wurden 76.000 Euro in die Hand genommen.

Dieses Eisenstädter Vorzeigeprojekt, meine geschätzten Damen und Herren, muss im Burgenland Schule machen, damit das Burgenland den Weg von der Kreidezeit in die Zukunft nicht verschläft. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine geschätzten Damen und Herren! In der heute sehr schnelllebigen Zeit wird innerhalb der Arbeitswelt der Umgang mit verschiedensten Technologien vorausgesetzt, gerade deswegen müssen wir eine digitale Revolution hier bei uns im Burgenland, speziell in Burgenlands Schulen starten. Nur so können wir rechtzeitig unsere Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen, auf die Chancen der Digitalisierung vorbereiten.

Dazu muss das Land die notwendigen Anforderungen in der digitalen Welt erkennen. Dazu muss das Land den technologischen Fortschritt mitgehen und sich seiner Verantwortung bewusst sein. Denn, wie sagt man so schön, wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön.

Frau Abgeordnete Doris Prohaska ist als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Als ich diesen Antrag der ÖVP gesehen habe, habe ich mir gedacht: Warum?

Mir ist überhaupt nicht klar, warum es jetzt diesen Antrag gibt. Im Schulunterrichtsgesetz, Paragraph 18, steht ganz genau geregelt, dass es die Noten, die Ziffernnoten gibt und dass das Schulforum oder das Klassenforum in Volksschulen, Sonderschulen oder Neuen Mittelschulen zusätzlich eine verbale Beurteilung beschließen kann. Warum Sie jetzt diese Angst haben, weiß ich nicht.

Es gibt nämlich auch im neuen Schulreformpaket - *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Eure Unterrichtsministerin hat es ja gefordert.)* na dann hast Du das aber nicht genau gelesen, Frau Kollegin -, weil im neuen Schulreformpaket steht ausdrücklich drinnen - *(Abg. Mag. Franz Steindl: Frau Oberlehrerin!)* hören Sie mir zu, dann kennen Sie sich aus -, steht ausdrücklich drinnen, dass die ganzen Schulversuche eingespart werden. In den Schulversuchen ist es jetzt so, dass das Klassenforum beschließen kann, in der Volksschule, ob es Ziffernnoten geben soll oder verbale Beurteilung. Selbst wenn die Mehrheit beschließt, die ganze Klasse soll verbal beurteilt werden, können Eltern, die sagen, ich möchte für mein Kind trotzdem Ziffernnoten, diese Ziffernnoten einfordern und sie bekommen sie.

Das heißt, es besteht nie die Gefahr, dass die Ziffernnoten abgeschafft werden. Also ich sehe die Notwendigkeit dieses Antrages absolut nicht. Aber wahrscheinlich, weil wir zu wenige Tagesordnungspunkte haben, oder weil man sich zu wenig informiert hat.

Bei den nordischen Staaten, die bei allen internationalen Bildungstests so gut abschneiden, gibt es keine Ziffernnoten bis zur achten Schulstufe. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Es wurde bereits erwähnt, Noten können Motivation sein - Sie können sich nachher melden, Herr Kollege Steindl, wenn Sie dazu reden wollen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Sie sind oberlehrerhaft. Wissen Sie das?)* Ja, es tut mir leid, ich bin Oberlehrer und ich kann nichts dafür, dass Sie keiner sind. Tut mir leid. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Manfred Kölly: Oberlehrerin! -in!)* Lehrerin, genau!

Noten sind Motivation, freut mich, dass Sie sich so aufregen, bei meiner Rede. Das heißt, sie kommt gut an. Danke schön! *(Abg. Mag. Franz Steindl: Sie sind die Einzige, die aufregt.)*

Noten sind Motivation für gute Schüler, das stimmt, aber für schlechte Schüler sind Ziffernnoten in der derzeitigen Form absolut keine Motivation, sondern wirklich ein Druckmittel. Das unterstreicht auch die Bildungspsychologin Christiane Spiel von der Uni Wien.

Ich darf jetzt ganz konkret ein Beispiel nennen, es ist jetzt immer wieder erwähnt worden, Deutsch. Ich habe jahrelang Englisch unterrichtet und jetzt in der Neuen Mittelschule ist es ganz konkret aufgeteilt und ich bin der Meinung, Noten sind dazu da, dass der Schüler ganz genau weiß, was kann ich und was kann ich nicht, wo muss ich arbeiten, dass ich besser werde.

In Englisch ist zum Beispiel eine jede Schularbeit geviertelt. 25 Prozent der Schularbeit müssen aus einer Hörverständnisübung, 25 Prozent aus einer Leseverständnisübung, 25 Prozent eine Schreibübung, freies Textschreiben, und dann die restlichen 25 Prozent „words in context“ und „English in use“. Jetzt muss ganz genau ausgerechnet werden, bei welchem Teil der Schüler, wie viel Prozent erreicht hat.

Das heißt, er weiß dann ganz genau, hat er bei der Hörverständnisübung gut abgeschnitten, dann muss er das nicht lernen, kann er aber keinen freien Text schreiben, dann weiß er ganz genau, das muss ich üben. Oder kann er die Wortverständnis-, Wortschatzübung nicht, dann kann ich die Vokabeln nicht.

Ich denke, es ist wichtig, dass der Schüler weiß, was muss ich verändern, dass ich meine Note verändere. Und wenn dort nur steht, ich habe einen Dreier in Englisch, dann weiß er nicht, was er üben soll. Meiner Meinung nach sind Noten Ausdruck dessen, den Schüler zu unterstützen und ihm zu zeigen, was er verändern kann.

In der Neuen Mittelschule gibt es die Möglichkeit der verbalen Beurteilung, und es gibt noch etwas Neues in der Neuen Mittelschule, nämlich nicht mehr die althergebrachten Elternsprechtage, sondern die sogenannten KEL-Gespräche. Das sind Kinder-Eltern-Lehrer-Gespräche. Da bringt das Kind Hefte, Unterlagen, Mappen selbst mit zu diesem Gespräch und der Lehrer fragt das Kind, erzähl mir was, welcher Gegenstand gefällt dir, welcher fällt dir leicht, zeig mir, was du kannst, zeig mir, was du nicht kannst. Das heißt, vor den Eltern zeigt das Kind, spricht das Kind über seine Erfahrungen und wie es sich selbst einschätzt.

Meiner Meinung nach sind das wirklich Fortschritte. Es ist gut, dass auch die FPÖ bereit ist, sich darüber mit uns zu unterhalten, neue Wege einzuschreiten, denn das war mit der ÖVP in der Bildungspolitik bisher nicht möglich.

Auf alle neuen Ideen, die von uns gekommen sind, war sofort ein klares Nein. Die FPÖ sagt, reden wir und schauen wir uns das an. Und das gefällt mir. So kann man arbeiten. Wir sind natürlich weiterhin für Noten und verbale Beurteilung. Wir sind für die Kinder in unserem Lande. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich darf jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuchen, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Schulnoten ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

24. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 268) betreffend „Einsatz von Drohnen zur Sicherung der Grünen Grenze“ (Zahl 21 - 193) (Beilage 351)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 24, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 268, betreffend „Einsatz von Drohnen zur Sicherung der Grünen Grenze“, Zahl 21 - 193, Beilage 351.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Präsidentin Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einsatz von Drohnen zur Sicherung der Grünen Grenze“ in seiner 8. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Anschließend erfolgte eine Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Klubobmann Sagartz, BA, wobei dieser am Ende einen Vertagungsantrag stellte.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde zunächst der vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA gestellte Vertagungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich abgelehnt und anschließend der von mir gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einsatz von Drohnen zur Sicherung der Grünen Grenze“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin.

Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Kürze ein Antrag und ich denke, auch der gehört diskutiert und wenn es halt bis 24 Uhr ist oder eins, zwei in der Früh, ist es noch immer

wichtig und richtig, dass man, wenn man Anträge einbringt, auch die Möglichkeit hat, zu diskutieren.

Seitens des Bündnis Liste Burgenland haben wir einen Antrag eingebracht, der lautet, man kennt Drohnen aus militärischen Einsatzgebieten, aber der Einsatz von Drohnen kann vielseitig sein.

Gerade im Alpenland Österreich ist das mögliche Einsatzspektrum für zivile Drohnen groß. Bei der Suche nach Lawinenverschütteten oder vermissten Bergsteigern etwa, stoßen Hubschrauber bei Nacht oder Nebel schnell an ihre Grenzen. GPS-unterstütze Drohnen hingegen, ausgerüstet mit Lawinensuchgeräten, Wärmebildkameras und optischer Ausrüstung können problemlos ein definiertes Gebiet abfliegen und dabei lebensrettende Nachrichten und Informationen senden.

Zivile, auch militärische Drohnen sind in breiter Form praktisch anwendbar. Das Spektrum potentieller Einsatzgebiete ist sehr groß. Neben der Suche nach vermissten Bergsteigern und Lawinenverschütteten können Drohnen auch zur Übertragung von Luftbildern und zur Überwachung der Grünen Grenze zum Einsatz kommen, wo eine flächendeckende Überwachung mit Hubschraubern zu teuer wäre.

Wir haben den Entschließungsantrag wie folgt an den Landtag geschickt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit der Bundesregierung in Kontakt zu treten, um rechtliche Rahmenbedingungen dahingehend zu schaffen, damit der Einsatz von militärischen als auch von zivilen Flugdrohnen zur Überwachung der Grünen Grenze im Burgenland möglich ist. Nach sechs Monaten ist dem Landtag über den Verlauf der Gespräche jedenfalls zu berichten.

Und siehe da, was passiert? Man hat ihn wieder abgeändert und der Abänderungsantrag ist auch nicht viel anders, im Gegenteil, er lautet zum Schluss: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, Grenzmanagement wie vorgesehen umzusetzen und die Finanzierung sicher zu stellen.

Jetzt muss mir einer erklären, wo da der große Unterschied ist zu unserem Antrag oder zu dem anderen. Ich denke einmal, wenn man so etwas macht, noch einmal zusammensetzen, noch einmal darüber diskutieren, denn es wären Möglichkeiten genug, dass wir hier gemeinsam etwas schaffen, was eh schon ist, Herr Kollege. Das gibt es, die Flugdrohnen gibt es schon beim Bundesheer, die schaffen das, die machen das, und ich denke einmal, wenn man bereits, wie in den Medien berichtet, sollen im Süden und Osten Österreichs zwölf weitere gesicherte Übergänge entstehen. Zwei davon im Burgenland und zwar in Heiligenkreuz und einer in Nickelsdorf. Und da glaube ich, könnte man diese Flüchtlingsströme sehr wohl besser kontrollieren.

Daher freut es mich, dass die SPÖ und FPÖ unsere Ideen unterstützen.

Noch einmal die Frage: Warum macht man dann einen Abänderungsantrag, wenn im Endtext das Gleiche eigentlich herauskommt? *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Herr Abgeordneter.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag. *(Abg. Manfred Kölly: Schaut Euch die Regierungsbank an. Super!)*

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich darf gleich einmal damit beginnen, dass nicht alles, was hinkt, ein Vergleich ist beziehungsweise nicht all das, was wir gefordert haben, dasselbe ist wie eine Drohne.

Also da ist schon ein wesentlicher Unterschied, ob ich von Drohneneinsatz spreche oder ob ich von Grenzmanagement spreche. Weil ich muss schon ein bisschen im Auge behalten, was will ich denn. Will ich jetzt nur haben, dass im Prinzip an der Grenze mit irgendwelchem technischen Gerät, sogenannten Drohnen, die Grenze abgeflogen wird und irgendwie überwacht wird?

Nein, wir wollen ja etwas verhindern. Und da gilt es nicht nur die Beobachtung durch die Drohne zu nutzen, sondern im - und da sagt ja das Militär dazu - Kampf der verbundenen Waffen - um einen Fachbegriff zu verwenden -, in Abstimmung mit verschiedenen anderen Elementen der Grenzraumsicherung die Drohnen einzusetzen.

Hätten wir diese Forderung der LBL aufgenommen und 1:1 wahrscheinlich dann übernommen und der Regierung vorgelegt, hätten wir das erste Problem bei der Landesregierung gehabt, wie wäre denn die in Kontakt getreten mit der Bundesregierung. Hätte dann der Herr Landeshauptmann angerufen? Ist auch ein bisschen unglücklich. *(Heiterkeit des Abg. Manfred Kölly: Der ist ja wirklich gut. Das halte ich nicht aus.)*

Aber die wesentliche Forderung hier von Ihnen ist halt, dem Einsatz von militärischen als auch zivilen Flugdrohnen soll durch die Bundesregierung rechtliche Rahmenbedingungen gemacht werden.

Das werden wir ihnen sagen müssen, dass die, wenn die irgendetwas Neues einsetzen, nicht auch rechtliche Rahmenbindungen schaffen müssen. Also das ist ein bisschen gar schwach. Also der Bundesregierung zu sagen, wenn du etwas einsetzt, entweder militärisches oder ziviles Gerät, dann musst du vorher rechtliche Rahmenbindungen schaffen. Gott sei Dank haben wir uns diesem Antrag nicht angeschlossen und kommen mit so einem Antrag bitte nicht nach Wien.

Es geht hier darum, dass wir im gesamten Verbund, nämlich im gesamten Grenzraummanagement, ein Wirken des Bundesheeres verbunden mit den Kräften aus dem Bundesminister für Inneres zum Einsatz bringen und das in einer gestaffelten, dementsprechenden Strategie beziehungsweise Operation.

Und um den Konsulenten der Drohnen vielleicht noch einen Termin mitgeben zu können. Am 20. 4. 2016 um 09.45 Uhr haben Sie die Möglichkeit auf der Flugfeldkaserne Wr. Neustadt, das erste Mal den Einsatz von Drohnen vorführungsmäßig zu besichtigen. Das ist heute vom Bundesministerium für Landesverteidigung ausgeschrieben worden, dazu wird eingeladen, jeder, der interessiert ist, oder der ein besonders Faible für Drohnen hat, wie unser Kollege Kölly, kann sich die Drohen vor Ort ansehen. *(Beifall bei der FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Wenn ich sonst nichts anderes zu tun hätte, dann würde ich sie mir anschauen.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Grenzmanagement ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

25. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar, Georg Rosner, Bernhard Hirczy und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 295) betreffend Schaffung eines zeitgemäßen, öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland (Zahl 21 - 205) (Beilage 352)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 25. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar, Georg Rosner, Bernhard Hirczy und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 295, betreffend Schaffung eines zeitgemäßen, öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland, Zahl 21 - 205, Beilage 352.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Rosner.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Georg Rosner: Danke Frau Präsidentin! Uns liegt ein Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar, Georg Rosner, Bernhard Hirczy und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 295) betreffend Schaffung eines zeitgemäßen, öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland (Zahl 21 - 205) (Beilage 352) vor.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Antrag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar, Georg Rosner, Bernhard Hirczy und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schaffung eines zeitgemäßen, öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Schnecker beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter.

Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht. *(Abg. Manfred Kölly: … Minuten.)*

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Kollege Kölly, was ist los? Geht es Dir eh gut? Weil Du nicht reden willst? *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Kölly: Was ist passiert, Spitzmüller?)* Ich werde es relativ …

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Ich ersuche, die Würde des Hohen Hauses aufrecht zu erhalten, Herr Kollege.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Da zu diesem Thema schon sehr viele gesprochen haben, werde ich es kurz machen. Wir haben vor allem im Mittel- und Südburgenland nach wie vor ein großes Problem mit dem öffentlichen Verkehr. Leider ändert sich da eher was zum Nachteil als zum Vorteil.

Es gibt zwar große Versprechungen, was die Bahn im Südburgenland betrifft, und auch erste Schritte, nur wurde da schon so viel versprochen und so viel Geld reingesteckt, dass wir immer noch sehr skeptisch sind, was das betrifft.

Warum ist der öffentliche Verkehr dermaßen wichtig? Das habe ich auch schon oft ausgeführt, vor allem weil Menschen, die noch nicht, oder nicht mehr mit dem Auto unterwegs sein können, auch mobil sein müssen. Immer mehr müssen, weil sich eben auch die Infrastruktur aus den Orten zurückzieht, die Banken, die Postinstitute und Ähnliches. Ohne öffentlichen Verkehr wird auch die Zukunft im Südburgenland, wo immer mehr ältere Menschen, nicht nur im Südburgenland, aber dort besonders angeblich, sehr schwierig werden.

Wir sind gefordert, endlich mit dem Straßenbau aufzuhören und das Geld, das wir dann auch später brauchen, um diese Strukturen zu erhalten, um die Straßen zu erhalten, in den öffentlichen Verkehr zu stecken.

Was mir auch sehr wichtig ist, ist, dass man immer wieder evaluiert. Ich habe es auch schon öfter versucht. Die Busverbindung, die ich oft nutze, ein bisschen effizienter zu gestalten. Es fühlt sich irgendwie niemand zuständig. Es geht ein Bus um 6.00 Uhr, der super besucht ist. Und ein Bus um 8.00 Uhr, wo ich um halb zehn in Eisenstadt bin, da sitzen so gut wie keine Leute drinnen. Der, der fehlt um 7.00 Uhr, der geht nicht. Und umgekehrt fährt gerade, wenn keine Schule ist, der spätere Bus, der für Arbeitende interessant wäre nicht, wo sowieso keine Schülerinnen und Schüler fahren.

Also das System ist hinten und vorne unausreichend und dann teilweise noch schlecht, mit wenigen Ausnahmen, wie die Linie G1, die aber habe ich bei der letzten Landtagssitzung weit ausgeführt, finanziell für die, die sie nützen und nutzen müssen, unattraktiv ist.

Es braucht hier eine neue, würde ich sagen, Verkehrsstrategie, dringendst, auch wenn die jetzige noch nicht sehr alt ist. Wir unterstützen natürlich den Antrag der ÖVP. Der Abänderungsantrag ist natürlich bei Weitem viel zu wenig, er geht immerhin in die richtige Richtung.

Wir werden daher beide Anträge unterstützen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrten Damen und Herren! Der Punkt Schaffung öffentliches Verkehrssystem Südburgenland ist natürlich ein äußerst umfangreiches, ein schwieriges Kapitel. Ich steige gleich ein.

Auch ich habe diese berühmte Verpflichtungserklärung mit den zehn Punkten, die den Insidern bekannt sind, oder allen bekannt ist, unterschrieben, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Danke schön!)* weil ich sage, das ist wichtig, obwohl der Bezirk Güssing konkret praktisch fast nicht vorkommt.

Übrigens, da könnte ich gleich das Auditorium fragen: Wissen Sie eigentlich, dass der Bezirk Güssing der einzige Bezirk ist, in ganz Österreich - *(Abg. Walter Temmel: Stimmt nicht mehr.)* nicht mehr -, wo es keinen Toten bei einer Eisenbahnkreuzung gegeben hat? Und bis jetzt noch keinen Geisterfahrer? Das ist halt so.

Ich gebe zu, als ich das unterschrieben habe, habe ich nicht gewusst, was in Planung ist, was möglich ist, und so weiter und so fort.

Am Ende dieser Verpflichtungserklärung steht, die Ziele sollen zum ehestmöglichen Zeitpunkt einer Umsetzung zugeführt und insbesondere deren budgetäre Bedeckung gewährleistet werden. Es geht also im Prinzip einfach gesagt um Zeit und Geld.

Eingebundene Länder wie Wien, Niederösterreich, Steiermark, Ungarn erschweren natürlich die ganzen Bestrebungen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Immer auf die anderen ausreden.)* EU-Förderungen müssen lukriert werden und so weiter und so fort.

Der wesentliche Punkt bei der ganzen Sache ist also die Erreichbarkeit der Zentren Wien, Eisenstadt, Graz aus dem Südburgenland. Diese Ziele habe ich auch, ich habe mir das angeschaut, in der Gesamtverkehrsstrategie Burgenland 2014 gefunden. Das heißt, diese Ziele sollen demnach auch umgesetzt werden. Und es laufen zurzeit Projekte, Planungen, Machbarkeitsstudien und so weiter.

Meiner Meinung nach entspricht die Umsetzung der Ziele der Gesamtverkehrsstrategie Burgenland im Wesentlichen den Forderungen der Initiative Pro Bahn. Die Abänderungsformel bedeutet für mich keinesfalls die inhaltliche Ablehnung dieser Punkte.

Übrigens möchte ich auf den Antrag hinweisen, der heute eingelaufen ist. Ich weiß nicht, ob den jeder schon gesehen hat, oder sich angeschaut hat, den wir eingebracht haben, und zwar steht da drinnen, Projekte und Maßnahmen weiterhin zielstrebig zu verfolgen, dem Landtag über den Fortschritt zu berichten. Da stehen verschiedene Dinge drinnen, wie Breitbandoffensive, Grenzraumüberwachung und so weiter.

Der wichtige Punkt ist aber dann der folgende: Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs (Südburgenland als Musterregion für den öffentlichen Verkehr), Prüfung des 10-Punkte-Forderungskataloges der Initiative Pro Bahn auf Bedarf, Umsetzbarkeit, Finanzierbarkeit und Realisierungswahrscheinlichkeit in zeitlicher Hinsicht.

Unter diesen Aspekten werden wir dem Abänderungsantrag vorerst einmal zustimmen. Ich finde es - ich sage einmal, unseriös, diese 10 Punkte zu verlangen. Das ist ja wirklich ein sehr umfangreiches Paket, ein äußerst kostenintensives Paket, das sicher lange Planung und lange Vorbereitungszeit braucht. *(Abg. Bernhard Hirczy: Aber unterschrieben hast Du es.)* Ich finde es - ich sage es noch einmal - etwas unseriös, diese 10 Punkte so auf die Art ruck zuck zu verlangen, ohne Möglichkeiten in finanzieller und zeitlicher Hinsicht genau zu ermitteln.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang auch den Tagesordnungspunkt 26 dazu zunehmen und zwar den Zuschuss für Kindergartenbusse. Auch der sollte in dieses Gesamtverkehrspaket eingeplant werden, eingearbeitet werden. Es gibt Richtlinien über die Förderung kommunaler Regionalverkehrsvorhaben im Burgenland. Es wäre notwendig, das wirklich als Gesamtheit zu sehen, und wir werden auch hier dem Abänderungsantrag zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ – Abg. Ilse Benkö: Gut gebrüllt, Löwe.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Rosner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, es ist Krieg und keiner geht hin. Dieses Zitat, glaube ich, kennen alle.

Keine Angst, ich habe jetzt nicht die falsche Rede und ich werde auch keine Grundsatzrede zur Landesverteidigung halten, aber man stelle sich vor, es gibt einen Bahnhof und kein Zug fährt hin. Und genau um das geht es nämlich heute.

Wir in Oberwart haben genau diese Situation und zwar seit 2011. Wir haben zwar noch den Eisenbahngüterverkehr, übrigens, Sie wissen schon, warum wir den überhaupt noch haben.

Und zwar ganz einfach, weil sich einige Unternehmer wie Unger Stahlbau voll ins Zeug geworfen haben und weil sich auch die ehemalige Landtagsabgeordnete Gottweis hier massiv engagiert hat und das, obwohl aktive Infrastrukturpolitik eigentlich von der Landesregierung ausgehen sollte. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass der Herr Landeshauptmann der Frau Abgeordneten Gottweis damals noch den Vorwurf gemacht hat, wegen der Erhaltung des Güterverkehrs. Der Herr Landeshauptmann hat gefragt, wie man als Wirtschaftsvertreterin unwirtschaftliche Maßnahmen fordern kann? Es wurde auch damals öffentlich darüber berichtet. Kein Wunder, dass die ÖBB dann den Güterverkehr auch nicht mehr länger betrieben hat, wenn der Herr Landeshauptmann der ÖBB beim Einstellen schon freie Hand lässt.

Von Ihrer Seite, also vom Herrn Landeshauptmann, hat es also keine Unterstützung für diese Region gegeben. Aber, wie erwähnt, war die Region selbst, zum Glück, aktiv. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nur so ist es gelungen, eine Lösung zu finden, nämlich, dass die „Steiermark Bahn“ seit 2013 den Güterverkehr für die ÖBB abwickelt. Wissen Sie, wie sich die Tonnagen entwickelt haben? Sie haben sich verdoppelt. Fast verdoppelt.

Soviel nur einmal vorweg zum Totschlagargument Wirtschaftlichkeit, weil dieses Argument von ÖBB und auch seitens der Landesregierung immer schnell verwendet wird.

Aber, nun zurück zum Zitat: „Stell dir vor, es gibt einen Bahnhof und kein Zug fährt hin.“ Ja, genau diese Situation, wie gesagt, haben wir in Oberwart. Wir haben keinen Eisenbahn-Personenverkehr mehr. Der Bahnhof ist seither trotzdem besetzt und in der Personenverkehrskassa sitzt sogar ein sehr netter Mitarbeiter, denn ich kenne ihn persönlich, er verkauft Zugtickets für ganz Europa.

Man kann bei ihm einen Fahrschein von München nach Paris kaufen, super, aber nur Zugtickets von Oberwart aus kann er leider nicht verkaufen, denn es fährt ja kein Zug.

Wenn wir schon jetzt einen Personenverkehr in Oberwart hätten, dann wäre dieser hochqualifizierte Mitarbeiter wahrscheinlich viel intelligenter eingesetzt, aber, was die ÖBB und die SPÖ vom Wirtschaften verstehen, haben wir ja gerade am Beispiel des Güterverkehrs erklärt. Aber, ich will heute eigentlich gar nicht in Oberwart beginnen, sondern in Wien bei der ÖBB und beim Ministerium.

Denn, man sagt ja, der Fisch fängt bekanntlich beim Kopf zum Stinken an, und so ist das auch, gerade im Bahnbereich. *(Abg. Robert Hergovich: Der Pongracz hätte das schon längst umgesetzt! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, Sie wissen alle, alle haben es gelesen, was ich gemeinsam mit Pro Bahn in einer Pressekonferenz aufgezeigt habe, dass nämlich das Burgenland im Rahmenplan der ÖBB fast gar nicht vorkommt.

Da geht es nicht um irgendwelche theoretischen Planungen, nein, da geht es um Milliarden Euro. In diesem Rahmenplan sind nämlich die wichtigsten Bahninvestitionen für die nächsten Jahre festgeschrieben. Ich will diesen Rahmenplan aber jetzt einmal nur auf zwei Zahlen reduzieren.

Pro Kopf werden darin für das Burgenland weniger als 75 Euro, für alle anderen Österreicher fast 6.000 Euro für konkrete Projekte festgeschrieben. Also, frage ich mich, hat man in Wien auf das Burgenland vergessen?

Ja, und es ist auch die Frage, wie gut ist das Gesprächsklima des Herrn Landeshauptmann in Richtung Verkehrsministerium, wenn unser Land hier so benachteiligt wird?

Genau wie im Bund, so könnte man auch aufzeigen, was alles im Burgenland im Verkehrsbereich schiefläuft. Ich will auf die zahlreichen Versäumnisse nicht näher eingehen, aber ich möchte hier nur einige Zukunftsprojekte für die Mobilität im Burgenland hervorheben.

Da freue ich mich sehr, dass wir mit dem 10 Punkte-Programm von Südburgenland Pro Bahn eine wirkliche solide Entscheidungsgrundlage haben, denn das ist auch der Grund, wieso der ÖVP-Klub den aktuellen Antrag eingebracht hat.

Ich freue mich auch, dass es nicht nur von meinem Klub, sondern auch bei den GRÜNEN, bei der LBL volle Unterstützung dafür gibt, und dass auch die meisten FPÖ-Abgeordneten, der Herr Richter hat es ja vorher erwähnt, diesen unterschrieben haben.

Was ich nicht verstehe, ist die Tatsache, warum unser Antrag, der genau dem entspricht, im Ausschuss vollkommen umgedreht wurde? Ich könnte jetzt erklären, wieso jeder einzelne Punkt des Programmes von Südburgenland Pro Bahn aus unserer Sicht voll und ganz unterstützt wird, aber in dieser langen Sitzung will ich nur zwei Elemente herausgreifen.

Das erste Element ist die Verlagerung des Güterverkehrs vom Stadtzentrum von Oberwart an die Bundesstraße nach Rotenturm. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Als Bürgermeister von Oberwart habe ich nicht nur großes Interesse an der Bahn, ich habe auch großes Interesse, dass schwere Holz-LKWs dort verladen können, wo sie hingehören. Nämlich, an die Bundesstraße, nicht bei uns mitten in der Stadt, denn das ist gefährlich, unpraktisch und zerstört die Straße in der Innenstadt.

Sie ist schon zerstört, kann ich da auch berichten. Also, da stehe ich auch voll dahinter. Aber nicht nur ich, sondern hinter diesem Ziel steht auch die Frau Präsidentin. Ich weiß nicht, wo sie jetzt hingekommen ist, aber Sie hat diese Güterverkehrsverlagerung noch knapp vor der Landtagswahl vehement gefordert.

Die Frau Präsidentin hat in einer Aussendung uns auch vorgeworfen, hat mir vorgeworfen, zu langsam vorzugehen. Nicht nur mir, sondern auch dem Verkehrskoordinator hat sie da Versäumnisse vorgeworfen. Sie hat da geschrieben, ich darf das zitieren: „Weder Bürgermeister Rosner, noch der vom Landeshauptmann eingesetzte Verkehrskoordinator Zinggl sehen sich offenbar imstande, Verhandlungen zielgerecht zu führen, obwohl stimmig Konzepte, wie jenes der Initiative Südburgenland Pro Bahn, schon seit langem vorliegen. Ich kann nur klarstellen, dass ich diesem Durcheinander nicht mehr lange zusehen werde."

Hat die Frau Präsidentin vor einem Jahr großmündig angekündigt. Anscheinend hat sie jedoch seither die Rolle gewechselt, sonst würde sie heute vielleicht unserem Antrag zustimmen, aber nicht nur die Rolle hat sie geändert, sondern anscheinend auch das Tempo.

Denn knapp vor der Wahl hat sie auch geschrieben: „Bei etwas gutem Willen könnte das Thema Holztransport in einer Woche erledigt sein.“ Eine Woche. Das ist ja wirklich sehr rasch. Aber, da frage ich mich, wieso braucht die Umsetzung der Güterverkehrsverlagerung, für die alleine eine Woche veranschlagt war, mit SPÖ-Unterstützung plötzlich bis zum Jahresende?

Das wurde nämlich vorige Woche medial und in einer Pressekonferenz angekündigt, dass das in einer Woche, ah, in einem halben Jahr, bis Ende des Jahres erledigt wird.

Wieso wird also aus einer Woche plötzlich mehr als ein halbes Jahr? Was ist das für ein Klotz an dem Bein, was jetzt die Frau Präsidentin hat, dass das jetzt so lange dauert? Ich sage ganz einfach, ja, vielleicht ist das wirklich der Ballast einer SPÖ-Partei.

Aber, jetzt noch zu einer anderen Dauerbaustelle der Verkehrspolitik, nämlich, zur Museumsbahn. Das ist die zweite Sache, was ich noch erwähne. Die Museumsbahnstrecke der FrOWOS, der Freunde der Bahnlinie Oberwart, Oberschützen.

Auch zu diesem Projekt wurde bereits viel Papier produziert. Viele Sitzungen haben stattgefunden. Der Herr Landesrat Bieler hat das vielfach wiederholte Versprechen, die Bahnlinie von Oberwart über Bad Tatzmannsdorf bis Oberschützen anzukaufen, bis heute nicht umgesetzt. Im Gegenteil.

Bei der letzten Sitzung in Oberschützen, bei der ich persönlich dabei war, wurden von Landesseite vor allem neue Aufgaben an die Gemeinden verteilt. Es wurde versucht, so viel Verantwortung wie möglich auf den Museumsbahnverein zu verschieben.

Auf den Museumsbahnverein, der durch die Versprechen von Landesseite ohnedies schon vertrieben wurde, denn wir sind ja mittlerweile schon am Semmering. Der wurde existenzgefährdend ausgehungert.

Am kommenden Montag wird es übrigens schon wieder einen Runden Tisch geben. Ich glaube, das ist der achte. Irgendwann, beim fünften habe ich aufgehört zu zählen. Vielleicht können beide Regierungsparteien ja heute wenigstens beantworten, was uns als Bürgermeister dieser Gemeinden und was den Museumsbahnverein diesmal erwartet. Auch das ist in diesem 10 Punkte-Programm miterfasst.

Ich habe jetzt bewusst zwei relativ kleine Projekte herausgegriffen, die Museumsbahn Oberwart und die Güterverkehrsverladung nach Rotenturm, denn das sind zwei Vorhaben, die sich mit etwas politischem Willen wirklich in kürzester Zeit umsetzen lassen.

Natürlich ändert das nichts daran, dass es auch für andere Projekte ebenso viele gute Argumente gibt, und das ist auch hinlänglich bekannt. Ich will deshalb an dieser langen Sitzung zum Ende meiner Rede kommen und noch schnell ein Zitat an das Ende meiner Rede stellen.

Ich möchte Sie aber vorher darauf aufmerksam machen, dass die Zeit drängt und dass ein klares und ehrliches politisches Bekenntnis für die Bahn im ganzen Burgenland dringend abgegeben werden muss, denn eine Entwicklung darf man nicht aus den Augen verlieren, die mit dem Rahmenplan zusammenhängt, den ich am Anfang meiner Ausführungen erwähnt hatte. Nämlich, dass nicht nur die gesamte Strecke im Bezirk Oberwart im ÖBB Zielnetz 2025+ nicht mehr erhalten ist.

Nein, nicht einmal zwischen Aspang und Fehring soll es noch einen Personenverkehr geben. Das ist immerhin die Linie direkt neben der burgenländischen

Landesgrenze. Das ist jedenfalls das Ziel des SPÖ-Infrastrukturministeriums und der ÖBB.

Aber, jetzt zum Zitat und das möchte ich da wörtlich ausführen: „Tatsache ist, dass diese Bahnlinie Oberwart - Szombathely von allen gewünscht und unbedingt benötigt wird. Das ist auch für die Wirtschaftsregion und für Oberwart sehr wichtig.

Auf alle Fälle ist die Bahnlinie eine ganz wichtige Linie, die mit aller Vehemenz gebaut werden muss und wo auch alle Vertreter dahinter stehen, dass diese gebaut wird. Im Generalverkehrsplan Österreich ist die Wiedererrichtung dieser Bahnstrecke festgeschrieben. Die Realisierung liegt im Zuständigkeitsbereich des Bundes beziehungsweise der ÖBB."

Wer die dort hineinverhandelt hat? Soll ich Ihnen das zum x-ten Mal erklären? *(Aus den Reihen der SPÖ-Abgeordneten: Nein!)* Das war Landeshauptmann Hans Niessl.

„Die Realisierung ist für den Zeitraum 2002 bis 2011 vorgesehen. Derzeit wird die Bahnstrecke Oberwart - Großpetersdorf - Hannersdorf wieder hergestellt beziehungsweise so ertüchtigt, dass der Personenverkehr aufgenommen werden kann."

Wissen Sie, wer das hier im Landtag gesagt hat? *(Aus den Reihen der SPÖ-Abgeordneten: Nein!)* Mein Amtsvorgänger, Bürgermeister der SPÖ, Abgeordneter Gerhard Pongracz. Wissen Sie, wann das war? Am 10. November 2004. Also vor mehr als zehn Jahren. *(Allgemeine Unruhe)*

Dazu kommt noch, dass die SPÖ seit 2007 immer den Verkehrsminister beziehungsweise die Verkehrsministerin und den Landeshauptmann und den Infrastrukturlandesrat gestellt hat.

Ich denke, das wissen Sie, und Sie wissen auch, dass es seither immer ganz klare Verantwortlichkeiten im Land gegeben hat. Der Herr SPÖ-Verkehrslandesrat und der Herr SPÖ-Landeshauptmann sitzen ja noch heute hier in der Landesregierung. Was hat aber die SPÖ in der Zwischenzeit mit ihrer Machtfülle getan? Das Einzige, wo die SPÖ Fortschritte gemacht hat, ist bei den Versprechen, denn die sind größer geworden. Heute hört man, dass das Land mit EU-Unterstützung über 100 Millionen Euro zwischen Szombathely und Oberwart investieren will.

Das ist das Grenzbahn-Projekt, das aktuell angekündigt wird. Hat das die SPÖ Eisenbahn im Südburgenland aber auch irgendwie weitergebracht? Ich sage Ihnen ganz offen, dass wir heute noch viel weiter davon entfernt sind, als damals, als Sie das vollmundige Versprechen abgegeben haben, denn damals, im Jahr 2004, hat es einen Personenverkehr in Oberwart gegeben.

Damals hat es auch südlich von Oberwart bis Rechnitz noch einen Güterverkehr gegeben, wo jetzt Firmen geschlossen sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man also vergleicht, wieviel versprochen wird, dann hat sich die SPÖ bekanntlich nach vorne entwickelt. Wenn man aber sieht, wieviel gehalten wurde, dann kommt man zu dem Schluss, dass gar nichts gehalten oder eigentlich sogar weniger als gar nichts gehalten wurde. Es hat hier sogar eine Rückentwicklung stattgefunden.

Ich kann nur eines sagen: Stellen wir uns vor, die SPÖ arbeitet weiterhin in diesem Tempo und mit dieser Ernsthaftigkeit an der Realisierung ihrer Versprechen, da sind wir alle hier in Pension, bis die Bahn von Friedberg über Pinkafeld, Oberwart, Großpetersdorf wirklich fährt.

Denn, wer die Versprechen von gestern bis heute nicht hält, der wird auch die Versprechen von heute bis morgen nicht halten. Davon muss ich jedenfalls leider ausgehen. Aber, beweisen Sie mir bitte das Gegenteil. Ich würde mich freuen. Sowohl als Landtagsabgeordneter, der versucht, die Interessen des Landes im Auge zu behalten, als auch als Verkehrssprecher der ÖVP, aber genauso und ganz besonders als Bürgermeister der Stadt Oberwart. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist echt ein Wahnsinn!)*

Ich glaube, ich muss nicht hinzufügen, dass Sie alle meine volle Unterstützung haben, wenn es darum geht, auf der Sachebene etwas weiterzubringen. Das umzusetzen, dass Sie alle, sowohl von der SPÖ, als auch von der ÖVP immer selbst gefordert haben, die SPÖ-Versprechen über Jahrzehnte, die FPÖ zuletzt sogar durch Unterschriften für das 10 Punkte-Programm von Pro Bahn.

Auch wenn Sie in Oberwart einen rot-blauen Arbeitssaloon bilden, ich unterstütze Sie gerne, wenn es dem Land etwas bringt. Im Gegenzug, ich hoffe, ich darf das Wort „Zug“ verwenden, ohne Sie zu provozieren, erwarte ich aber auch von Ihnen, liebe KollegInnen von SPÖ und FPÖ, dass Sie sich endlich parteipolitisch hinter das Sachthema stellen. *(Allgemeine Unruhe)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Abgeordneter. Bitte.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP) *(fortsetzend)*: Denn immerhin geht es hier nicht um weniger als um die Zukunft unseres Bundeslandes.

Ich darf jetzt den Abänderungsantrag einbringen und die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Schaffung eines zeitgemäßen, öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland folgende Punkte im eigenen Wirkungsbereich umzusetzen beziehungsweise sich bei der Bundesregierung und den Nachbarländern Ungarn, Steiermark und Niederösterreich für die Umsetzung einzusetzen:

1) Attraktivierung der Bahnstrecke St. Gotthard-Jennersdorf-Graz.
2) Elektrifizierung sämtlicher Bahnlinien in Südösterreich.
3) Ehestmögliche Inbetriebnahme der Güterverkehrsverbindung bis Großpetersdorf.
4) Abgabe einer schriftlichen Garantieerklärung zur Aufrechterhaltung dieser Bahninfrastruktur mindestens bis zum Jahr 2025, um Rechtssicherheit für Unternehmen und Private zu gewährleisten.
5) Anschluss des Bezirks Oberwart an das internationale Bahnnetz durch Herstellung des Lückenschlusses nach Szombathely und Umsetzung des Gesamtprojekts „Grenzbahn“.
6) Vernetzung dieses Bahnsystems mit Bussen im Linienverkehr zur Flächenversorgung der Bezirke Jennersdorf, Güssing und Oberwart.
7) Ehestmöglicher Ankauf der Eisenbahnstrecke Oberwart Richtung Bahnhof Bad Tatzmannsdorf.
8) Einbeziehung der Tourismuswirtschaft in ein flächenhaftes Konzept „sanfter Tourismus samt Anreise mit der Bahn“ für das Südburgenland.
9) Einrichtung eines Beirats, bestehend aus je drei Vertretern von Politik, unabhängigen Planern, NGOs sowie Betreibern, und dessen aktive Einbindung bei der Verfolgung dieser Ziele in Form öffentlicher, monatlicher Sitzungen.

10)Kooperationen mit Ungarn, mit den Ländern Steiermark und Niederösterreich und dem Bund sowie den betroffenen Unternehmen zur Umsetzung der geforderten Punkte.

Das ist genau der, dass ist diese Verpflichtungserklärung, die sehr viele von Ihnen unterschrieben haben. Dieser wird jetzt als Abänderung eingebracht. *(Abg. Ing. Rudolf Stromer: Bravo! - Beifall bei der ÖVP - Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Ewald Schnecker das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rosner! Das war eine beeindruckende Performance. Der Burgenländische Landtag ist aber keine Gemeinderatssitzung in Oberwart. Der geschmähte Bürgermeister, der das Thema Bahnhof schon längst umgesetzt hätte. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie sind auch einer, der glaubt, dass das Burgenland nur aus dem Bezirk Oberwart besteht. Aber, nun zum Antrag.

Wir haben 133.000 erwerbstätige Burgenländerinnen und Burgenländer. Wir haben rund 49.000 Menschen, die aus dem Land auspendeln. 26.000 nach Wien, 16.000 nach Niederösterreich, 6.500 in die Steiermark, 500 in andere Bundesländer. 85 Prozent sind Tagespendler, 15 Prozent sind Wochenpendler. Wir haben Angebote für die Menschen gemacht, denn um das geht es, und nicht um Garantieerklärungen, um Holztransporte und so weiter, wenn Sie einen Antrag für den öffentlichen Verkehr stellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Viele Geschichten, die sich als Erfolgsgeschichten herausgestellt haben. Ein Angebot für die Menschen ist das Mehrfachticket. Zehn Karten bekommen, sieben bezahlen. Der G1-Bus ist eine Erfolgsgeschichte, das gestehen Sie uns allen zu. 1.400 Burgenländerinnen und Burgenländer nutzen ihn jeden Tag. 13 Park & Ride-Anlagen, 3.500 Stellplätze im Burgenland und das Semesterticket, das ein Angebot für unsere Jugendlichen ist und zu 50 Prozent gefördert wird.

Viele Gemeinden gibt es, die fördern das Top-Jugendticket zusätzlich. Wir haben es eingeführt, aber Sie sind mit Ihrer Familienministerin gegen die Ausweitung auf weitere Jugendliche. Der Kollege Illedits und der Herr Landeshauptmann haben die WIPARK-Garagen in Wien ins Leben gerufen. Das ist ein Angebot für unsere Pendlerinnen und Pendler, für die Menschen, die täglich zur Arbeit fahren müssen.

Das sind tatsächliche Angebote und nicht nur eine Rederei. Der Fahrtkostenzuschuss des Landes ist auch ein Angebot, das immer wieder erhöht und angepasst wurde. All das sind auch die Angebote im öffentlichen Verkehr, die wir auf Basis der Gesamtverkehrsstrategie 2014, dem größten Bürgerbeteiligungsprojekt des Landes, schnüren wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier geht es vor allem um Dorfbusse, um ein Angebot. Hier wird auch von der Dorferneuerung in Person von der Frau Landesrätin die Konzepterstellung gefördert. Derzeit geschieht das, zum Beispiel, im Bezirk Jennersdorf in allen Gemeinden des Bezirkes. Hier gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit.

Wir stimmen unserem Antrag zu. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordnetem Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist fast zum Weinen, wenn ich mir diese Diskussionen über das Südburgenland, über den öffentlichen Verkehr anhöre. Das geht schon seit Jahren so, die ÖVP bringt im Feber einen Antrag ein, dann wird er von der SPÖ natürlich abgeändert. Dann bringt die ÖVP wieder einen Abänderungsantrag ein, der gleichlautend ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vielleicht sind wir in einem Kabarett *(Abg. Ingrid Salamon: Das habe ich heute schon festgestellt.)* oder schön langsam sonst schon irgendwo, aber ich frage mich einmal, und ich mache das diesmal wirklich ganz kurz: Ich bin auch ein Verfechter für den öffentlichen Verkehr, aber auch für Straßen, für die GRÜNEN. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke, dass es notwendig wäre, höchst notwendig wäre, dass im Südburgenland endlich einmal etwas umgesetzt wird, was auch Landtagsabgeordnete hier im Hohen Haus unterschrieben haben. *(Abg. Walter Temmel: Genau! - Beifall bei der LBL und ÖVP)*

Ich glaube, das wäre einmal ein Zeichen, dass man gemeinsam einen Weg sucht und geht, den man schlussendlich auch für die Menschen in diesem Land braucht, dringend braucht. Ich sage eines klipp und klar. Nicht gewisse Dinge bei den Reden hineininterpretieren und diskutieren im Hohen Haus, sondern wirklich umsetzen.

Wenn ich denke, was der Herr Landeshauptmann alles schon versprochen hat, da unten im Südburgenland, vor den Wahlen, Spatenstechereien, Fotos klick, klick, klick, Kronen Zeitung, Jud hin und her, alle wie sie heißen, aber geschehen ist tatsächlich nichts. *(Beifall bei der ÖVP)*

Daher glaube ich, dass wir uns wirklich hier finden sollten, nicht nur unterschreiben, weil es lustig ist, weil gerade dort Pro Bahn das uns untergewischt hat, dann unterschreiben wir geschwind, weil da müssen wir mit dabei sein, sondern tatsächlich nicht nur Worte, sondern Taten folgen lassen. Mehr sage ich jetzt nicht mehr dazu. Es wäre höchst angebracht. Danke schön. *(Beifall bei der LBL und ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Rosner eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nur zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Verbesserung des öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

26. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 306) betreffend eines finanziellen Zuschusses für die Kindergartenbusse (Zahl 21 - 216) (Beilage 353)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 26. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 306, betreffend eines finanziellen Zuschusses für die Kindergartenbusse, Zahl 21 - 216, Beilage 353.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Franz Steindl: Sehr geehrter Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eines finanziellen Zuschusses für die Kindergartenbusse in ihrer 8. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Antrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Kovacs stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Kovacs gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eines finanziellen Zuschusses für die Kindergartenbusse unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kovacs beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Noch einmal kurz zum vorherigen Tagesordnungspunkt. Ich finde das schon ein bisschen traurig, wenn man sich über ein Bahnprojekt lustig macht,

das, glaube ich, nicht nur für das Südburgenland, sondern für das Burgenland generell, sehr wichtig ist. Es ist da so viel passiert.

Es war übrigens am Samstag das Fernsehteam von „Bist du deppert“ in Oberwart. Die machen eine Geschichte über die ganze Entwicklung dieser Bahn. Es kommt nicht von ungefähr, denke ich, weil, was da an Geld verludert und den Leuten versprochen worden ist, und bis jetzt nichts passiert ist, oder sogar das Gegenteil passiert ist. Das ist kein Wunder.

Ich finde es traurig, dass wir nach dem Krankenhaus Oberwart jetzt auch schon wieder in der gleichen Sendung Thema sind, aber offensichtlich ist es notwendig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun aber zum Kindergartenbus. Wir haben heute schon über den Finanzausgleich gesprochen. Es gibt, ich möchte hier meine Gemeinde nur als Beispiel nehmen, in Oberschützen fünf Ortsteile. Natürlich haben wir dadurch wesentliche Mehrkosten, als eine Gemeinde, die ein sehr kompaktes Ortszentrum, einen sehr kompakten Ort und eben keine Ortsteile hat. Auch hier gehört beim Finanzausgleich ein Unterschied gemacht. Natürlich sind diese Gemeinden auch benachteiligt, was den Kindergartenbus angeht.

Unsere, wie sagt man da, Töchterorte sind noch dazu relativ entlegen. Das heißt, der Bus fährt relativ weit. Ich fände es eigentlich notwendig, diesen Gemeinden, die ohnehin schon einen höheren Finanzbedarf haben, hier finanziell unter die Arme zu greifen. Wie es so ist, wird auch dieser Antrag von den Regierungsparteien abgeändert. Im Prinzip könnte man „bla, bla“ auch hinschreiben.

Wir werden diesem Antrag natürlich nicht zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Mag. Michaela Resetar das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete. *(Abg. Manfred Kölly: Machen wir halt einen Gemeindebus!)*

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde nicht müde, über die Förderung des Kindergartenbusses zu sprechen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir diesen Antrag einbringen können, zumal das vielleicht auch ein Mittel- und Südburgenland-Problem ist, *(Abg. Manfred Kölly: Auch Mittelburgenland!)* denn im Nordburgenland gibt es ja kompakte Gemeinden. Mittelburgenland habe ich auch erwähnt.

Aber, ab dem Mittelburgenland, Oberwart, Güssing und Jennersdorf und Oberpullendorf haben wir die Gemeinden mit den Ortsteilen. Im Konkreten gibt es in meinem Heimatbezirk 32 Gemeinden und 91 Ortsteile. Da habe ich ein bisschen recherchiert, was so die einzelnen Gemeinden zahlen. Das reicht von 5.000 bis zu 35.000 Euro pro Jahr. Es mag vielleicht 35.000 Euro für größere Gemeinden nicht viel sein, aber wenn ich nur denke, dass das eine ganz kleine Gemeinde mit nicht vielen Betrieben ist, dann ist 35.000 Euro sehr viel Geld.

Auf die Gemeinden kommen immer mehr Aufgaben zu. Ich bin sehr dankbar dafür, das kann man nicht oft genug betonen, denn ich stehe nicht an, dass ich allen Abgeordneten, die auch Verantwortung in den jeweiligen Gemeinden tragen, auch danke sage für die gute Kinderbetreuung, die es im Burgenland gibt.

Wir sind die Nummer eins bei den Drei- bis Fünfjährigen, und bei den unter Dreijährigen. Bei den Kinderkrippen nehmen wir den Platz zwei ein. Auch im Bereich der

schulischen Tagesbetreuung sind wir sehr gut unterwegs. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Insgesamt werden 10.525 Kinder im Burgenland betreut. Auf die Gemeinden kommt aber nicht nur die Kinderbetreuung zu, sondern es wird auch immer mehr hinsichtlich verlängerte Öffnungszeiten oder Mittagstisch sowieso gefordert. Wahrscheinlich wird es die eine oder andere Gemeinde auch treffen, dass sie am Samstag öffnen müssen.

Weiters bieten einige Gemeinden natürlich diesen besagten Kindergartenbus an. Dieser Kindergartenbus dient auch dazu, weil oft in Familien nur ein Auto zur Verfügung steht, dann die Eltern wegfahren und die Großeltern dann auf die Kinder aufpassen beziehungsweise diese dann zum Kindergartenbus bringen. Deshalb ist es auch nicht nur ein zutiefst familienpolitisches Thema, dass man auch den Gemeinden unter die Arme greift.

Die Volkspartei tritt für die Gemeinden an, im Speziellen auch für die Zweckbindung der Landesumlage, das möchte ich auch erwähnen. Die derzeitige Regelung kommt einer Gemeindestrafsteuer gleich. Wir fordern daher auch die Zweckbindung dieser Budgetmittel für kommunale Infrastruktur und es ist da ein Zusatzpaket und auf einen Schlag werden 18 Millionen Euro in die heimische Wirtschaft investiert.

Alles in allem bin ich sehr froh und dankbar darüber, dass die Gemeinden sehr viele Aufgaben übernehmen, für die sie zum Teil auch gar nicht mehr zuständig sind, aber sie machen es. Was jetzt Kindergärten betrifft, was Wegenetze betrifft, was Kanal- und Wassernetz betrifft, also eine Fülle von Leistungen, die auf die Gemeinden zukommen. Vor allem der Kindergartenbus ist ja nicht die erste Aufgabe, die eine Gemeinde zu tragen hat.

Nichtsdestotrotz, viele Gemeinden im Mittel- und im Südburgenland fühlen sind auf Grund der Ortsstruktur dazu verpflichtet, einen Gemeindebus, einen Kindergartenbus einzuführen. Es darf keine Frage des Geldes sein, ob dieser Bus für die Kinder angeboten wird oder nicht, sondern es sollte eigentlich vielmehr die Frage lauten, was brauchen wir, um für unsere Kinder die besten Voraussetzungen zu schaffen?

Wir haben daher einen Antrag eingebracht, und ich möchte auch den Abänderungsantrag, die Beschlussformel, vorlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, Kindergartenbusse in burgenländischen Gemeinden durch die Gewährung eines finanziellen Beitrages zu unterstützen.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – Die Abgeordnete Mag. Michaela Resetar übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, der Abänderungsantrag, beginnt mit

dem Satz, das Burgenland ist ein Land der kleinen Einheiten, gerade das macht es so besonders.

Die Frau Kollegin Resetar hat es bereits angesprochen, das Burgenland hat 171 Gemeinden mit insgesamt 290 Ortsteilen, im Durchschnitt 1.686 Einwohner je Gemeinde. Somit von allen Bundesländern Österreichs die geringste durchschnittliche Einwohneranzahl jeder Gemeinde. Ein kleines, aber ein feines Land, das jüngste Land Österreichs.

Viele Jahre, ja, viele Jahrzehnte in vielen Bereichen das Armenhaus Österreichs, die tote Grenze. Und wir wissen sicherlich noch alle, wie es die Burgenländerwitze gab, die gibt es nicht mehr. *(Abg. Manfred Kölly: Ich kann Dir einen erzählen.)*

In vielen Bereichen hat das Burgenland, haben wir uns im Ranking an die Spitze Österreichs gearbeitet, erarbeitet. Verantwortlich dafür ist natürlich die Politik, aber vor allem die Menschen in unserem Land, ob es erneuerbare Energie ist, ob es Bildung ist.

Wenn ich auf meine Gemeinde, die Gemeinde Olbendorf kommen darf, mit 1.477 Hauptwohnsitze, über 300 Nebenwohnsitze und wenn man sich die Entwicklung anschaut unserer Gemeinde, die letzten 15 Jahre zurück, 2001 - 1.394 Hauptwohnsitze, im Jahr 2011 - 1.417 Hauptwohnsitze und, wie gesagt, mit 1.1.2016 - 1.477 Hauptwohnsitze.

Eine Gemeinde, die größte Streusiedlung des Burgenlandes, mit 120 Kilometern asphaltierten Gemeindestraßen, 120 Kilometern beschotterten Wald- und Feldwegen, ein Kanalnetz und ein Wasserleitungsnetz von zirka 50 Kilometern. Dabei wird der gesamte Winterdienst mit eigenem Personal bewerkstelligt.

Und trotzdem eine positive Entwicklung. Es gibt nicht nur immer das Südburgenland, das in dieser Form arm ist, das eine Abwanderung hat. Wir sehen, es gibt auch Gemeinden im Südburgenland, die sich positiv in dieser Form entwickeln. *(Abg. Manfred Kölly: Ist eh gut, oder?)*

Kinderbetreuungseinrichtung: insgesamt vier Gruppen, eine Kinderkrippe, alterserweiterte Kindergartengruppen, zwei Kindergartengruppen, schulische Nachmittagsbetreuung. Im kommenden Schuljahr kommt es von zweiklassig in der Volksschule zumindest auf dreiklassig, wenn nicht vierklassig. Und natürlich wird auch der Kindergartenbus seitens unserer Gemeinde angeboten. Das ist auch in dieser Form keine Frage.

Und ich möchte jetzt auf eines den Focus legen, die politischen Verantwortungsträger, hier gerade an der Spitze unser Herr Landeshauptmann, haben sich immer für die Beibehaltung kleiner Strukturen unserer Gemeinden ausgesprochen. *(Abg. Manfred Kölly: Außer beim Tourismus, dort legen wir alles zusammen.)*

Wir kennen auch die politische Vorgangsweise unserer Nachbarn in der Steiermark, wo die Gemeinden zusammengelegt wurden. Hier hat sich die Politik in unserem Land klar ausgesprochen, wir wollen dies nicht haben.

Und wenn ich hier gerade - und das ist sehr wichtig für uns Gemeinden - die Transferleistungen zwischen Land und Gemeinden ansprechen darf, da ist hier das Land Burgenland ein starker und ein verlässlicher Partner der Gemeinden. Das Burgenland hat bei der Finanzierung gemeinsamer Aufgaben einen Verteilungsschlüssel zwischen Land und Gemeinden von 74 zu 26 Prozent.

Und damit unterstützt unser Bundesland seine Gemeinden mehr als jedes andere Bundesland, denn der österreichische Durchschnitt beträgt bei den Transferleistungen der

Länder an die Gemeinden 61 Prozent. In Vorarlberg oder Oberösterreich beträgt dieser Schlüssel beispielsweise 55 Prozent.

Diesen partnerschaftlichen Weg wird das Land Burgenland auch weiterhin bestreiten. Ich darf im Namen aller objektiven burgenländischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dafür recht herzlich danken. *(Abg. Manfred Kölly: Objektiven? – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit möchte ich nur einige kurze Beispiele der Zweckzuschüsse ansprechen, zum Beispiel im Bildungsbereich, die an die Gemeinden ergehen. Zweckzuschüsse an die Gemeinden zum Schulbau mit einer Million Euro.

Zweckzuschüsse zum Kindergartenbau mit 1,4 Millionen Euro, Personalaufwand Kinderkrippen, Kindergarten bis zu 70 Prozent wissen wir, wenn es hier Kooperationsverträge mit anderen Gemeinden gibt, in der Größenordnung von 22,5 Millionen Euro. Zweckzuschüsse ganztägige Schulformen, rund 3,3 Millionen Euro.

Förderungen, die seitens der Frau Landesrätin Dunst in ihren Aufgabenbereich fallen, wie die Kinderbetreuungsförderung von 4,3 Millionen Euro. Weitere zusätzliche Transferleistungen, Beiträge zur Erhaltung von Güterwegen 1,6 Millionen Euro, Beiträge zum Neuausbau 240.000 Euro, Rettungswesen, zirka 50 Prozent mit 1,5 Millionen Euro.

Geschätzte Damen und Herren, unser Land Burgenland ist und bleibt ein starker und verlässlicher Partner für unsere Gemeinden. Ich bedanke mich im Namen unserer Gemeinden und derer Bürger für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung, bei der Burgenländischen Landesregierung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, damit kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den von der Frau Landtagsabgeordneten Mag. Resetar eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters, und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Mobilität im ländlichen Raum ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

27. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 325) betreffend Digitalisierung in Schulen (Zahl 21 - 235) (Beilage 354)

Präsident Christian Illedits: Der 27. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas,

Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 325, betreffend Digitalisierung in Schulen, Zahl 21 - 235, Beilage 354.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Geschätzte Damen und Herren! Der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 325, betreffend Digitalisierung in Schulen, Zahl 21 - 235, Beilage 354, liegt uns vor und wurde in ihrer 8. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Digitalisierung in Schulen unter Einbezug der von der Abgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneten Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, wir schaffen noch die nächsten Runden. Wir haben noch einiges vor uns, ein bisschen Schokolade täte mir jetzt nicht schaden.

Vorweg, Herr Kollege Richter, das freut mich, es gibt doch hin und wieder ein paar Punkte, wo wir beide übereinstimmen. Bei Ihrer letzten Wortmeldung, was die Schulnoten anbelangt, und auch *(Abg. Manfred Kölly: Die Abstimmung war aber anders.)* Ihr Verständnis von Unterricht und Beziehung im Klassenraum hat *(Abg. Manfred Kölly: Die Abstimmung.)* mich sehr gefreut.

Nun möchte ich doch noch etwas kurz sagen, weil ich das vorher bei meiner Wortmeldung noch nicht untergebracht habe, wie andere, die die zwei Tagesordnungspunkte für sich zusammengezogen haben, betreffend Digitalisierung in Schulen.

Wichtig ist bei einer Frage, wenn es um neue Techniken und Technologien geht, wie der digitalen Revolution, muss man sagen, ist auch in der Schule zu differenzieren. Zu differenzieren nach dem, was wir wirklich wollen und hier auch speziell im Schulwesen zu differenzieren nach Altersstufen.

Ich denke mir, es ist ganz schwierig, wenn wir in dieser Diskussion über die Schüler und die Schulen schlechthin reden, weil es ist - und darauf haben ja schon einige Kolleginnen und Kollegen vorhin hingewiesen, ein großer Unterschied, ob wir von der Primarstufe reden - die Kolleginnen und Kollegen unterhalten sich da schon sehr gut in der zweiten Reihe, - oder ob wir von den höheren Schulen reden.

Digitalisierung muss immer auch reflektiert werden. Wir müssen reflektieren, welche Kulturtechniken sind heutzutage wichtig und welche Kulturtechniken sollen unsere Kinder und Jugendlichen erlernen? Wir müssen aber auch reflektieren, was wollen wir nicht vorantreiben?

Eines muss uns nämlich immer bewusst sein, so wichtig es auch ist, dass Kinder und Jugendliche lernen mit digitalen Medien umzugehen, und diese auch gut im Unterricht für sich zu nutzen, und auch für weiteres Lernen nutzen, so muss uns doch auch klar sein, dass durch das, welche Materialien verwendet werden, ob die Kreide oder - Kreide gibt es nimmer so viel, - aber etwas, das ich in die Hand nehme, das ich taktil spüre, oder ob ich etwas nur anschaue und zweidimensional sehe, da muss es immer klar sein, was hier auch gefördert und was hier vernachlässigt wird.

Das heißt, wenn wir über Digitalisierung in der Schule reden, dann ist es schon auch wichtig, dass wir uns Gedanken darüber machen, ob es das ist, was wir fördern wollen, wenn Kinder nur mehr wischen und nicht mehr hingreifen.

Ich war unlängst in einer Volksschule eingeladen, die war ganz toll eingerichtet, wirklich pipifein und alles vom Neuersten. Dort, wo andere Kinder, wenn sie zum Beispiel zwei Vokabel zusammen kombinieren sollen, einmal dahingreifen, und einmal dorthin greifen und etwas zusammenschieben, dreidimensional, brauchte man dort nur mehr zu wischen.

Wo woanders Kinder auf einer Tastatur gespielt haben, war es in dieser Schule durch ein Sponsoring möglich, dass fünf Kinder oder mehr im Kreis sitzend, alle mit kleinen Tablets auf die digitalen Tasten drücken und dann irgendwelche digitalisierten Geräusche hören.

Ich muss sagen, ich als Pädagogin war bei dem Eindruck etwas irritiert und gar nicht erfreut, weil hier nämlich anderes vergessen wird und anderes vernachlässigt wird und auch die Gehirnaktivitäten nicht entsprechend angeregt werden, wie wir es haben, wenn wir in der dreidimensionalen Welt leben.

Also, wichtig ist, dass bei aller Digitalisierung, bei allen neuen Unterrichtsmethoden, bei allem, wie auch Computer in der Didaktik eingesetzt werden können, das Dreidimensionale erleben und das Greifen und das Fühlen nicht vernachlässigt wird.

Eine kleine Geschichte noch: Kollege Spitzmüller war ja in seinem früheren Leben auch viel in Schulen unterwegs, zum Beispiel um mit den Kindern Brot zu backen. Und es ist halt schon ein Unterschied, ob man noch in den Brotteig hineingreift und spürt, wie sich das anfühlt und was daraus wird, wie es der Kollege gemacht hat, und sicher einige von Ihnen auch, die in der Schule früher tätig waren, oder ob ich per Tablet festlegen kann, welcher Schritt beim Backen nach dem anderen kommt.

Dann, ein nächster Punkt. Es braucht eine Auseinandersetzung mit Datenspeicherung, wenn wir uns mit digitalisierter Welt in der Schule beschäftigen. Es muss gelernt werden, wie gehen wir mit den Daten um? Es muss gelernt werden, wie gehen wir mit dem Netz um, mit dem Internet? Es muss aber auch reflektiert werden, was auf schulbehördlicher Ebene zum Beispiel gespeichert wird und was nicht gespeichert wird?

Hier sind viele Fragen offen, wenn wir von Digitalisierung reden. Natürlich ist es sinnvoll, wenn ich jetzt an die Oberstufe denke, dass dort, wo Schülerinnen und Schüler sowieso mit ihren Laptops und Tablets bereits arbeiten und sehr vertraut sind, das auch in den Schulbetrieb einzubauen. Und hier die Möglichkeiten zu eröffnen, eine Hausübung die man bis Punkt Mitternacht noch eingeschickt haben muss, hat dort auch ihren

richtigen Wert, und man muss am nächsten Tag in der Schule nicht darüber diskutieren, ob man es eh gemacht hat und nur zuhause vergessen. Das gibt es dann nicht mehr.

Was es hingegen schon weiterhin auch geben würde, ist das Argument, das Netz war leider nicht gut, oder irgendwas ist zusammengebrochen. Das wiederum kann viele Schulen im Südburgenland treffen. Das wäre einmal ein erster wichtiger Schritt, dass alle Schulen im Burgenland wirklich einen guten Zugang zum Internet haben.

Wir haben einzelne Schulen, da kann sich eine Klasse nicht einmal miteinander ein YouTube-Video anschauen, weil die Verbindung zu schlecht ist. Also da muss schon noch einiges ausgebaut werden.

Aber, was in dem Zusammenhang schon auch wichtig ist, sind zwei Dinge, das eine ist auf der Ebene der Lehrerinnen und Lehrer, die schon sehr viel digital machen müssen. Die schon viele Formulare in digitalisierter Form ausfüllen müssen, und zusätzlich auch noch in Papierform. Solche Verdopplungen sollten dann bald ein Ende haben, weil das ist nur die doppelte Arbeit und keine Vereinfachung.

Und was wir auch, wenn wir über Digitalisierung reden, bedenken müssen, wir müssen sehr behutsam damit umgehen, damit nicht neue soziale Gräben aufgetan werden, nämlich bei der Frage, wer kann sich die besseren Geräte leisten? Wer hat den besseren Drucker zuhause? Wer hat die nötigen Druckerpatronen?

Mir ist das schon auch in der Schulumgebung meiner Kinder immer wieder aufgefallen, dass hier einzelne Schülerinnen und Schüler im Nachteil waren, wo dann die Lehrpersonen ohne lange nachzudenken Aufträge gegeben haben, die zuhause am Computer zu erledigen waren, und wo nicht alle die gleichen Möglichkeiten hatten.

Insofern ist das eine neue Herausforderung und bedarf einer Reflexionsschiene.

Es gefällt uns nicht alles, wie es in den Anträgen drinnen steht, aber die Richtung ist in Ordnung und deswegen werden wir das auch unterstützen. *(Beifall bei den GRÜNEN, SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herrn Abgeordneter Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits vorher die Position hinsichtlich Digitalisierung bezogen, möchte aber noch einmal unterstreichen, dass wir die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen nicht in Frage stellen wollen und nicht in Frage stellen werden. Sie sind wichtig und richtig und sind die Grundvoraussetzung für das weitere Leben.

Gleichzeitig müssen wir aber Kinder auf die Herausforderungen dieser Zeit bestens vorbereiten. Eine Herausforderung ist der Umgang mit der digitalen Welt. Insofern ist es notwendig, auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Ich darf nun zum vorliegenden Antrag einen Abänderungsantrag einbringen und die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Gemeinden und Bildungseinrichtungen durch ein gezieltes Förderprogramm bei der Umstellung in Richtung Digitalisierung finanziell zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Patrik Fazekas übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächste Rednerin bitte ich Frau Abgeordnete Doris Prohaska zum Rednerpult.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir können und wir dürfen uns der Realität und der Gegenwart nicht verschließen und ich denke, wir müssen bei uns selber beginnen. Wenn ich Ihnen jetzt irgendein schwieriges Wort sage oder irgendein Wort, wo man momentan nicht genau weiß, wie man das richtig schreibt, was tun Sie?

Warten Sie bis Sie zuhause sind und suchen Sie aus dem Bücherregal das Lexikon oder das Wörterbuch heraus oder nehmen Sie den Computer und schauen Sie im Internet nach, wie man das schreibt? Wenn Sie wissen wollen, wie weit Entfernungen zwischen zwei Orten sind, warten Sie bis Sie zuhause den Atlas zur Hand nehmen können, mit Lineal und Maßstab die Kilometer ausmessen oder schauen Sie im Routenplaner nach?

Wenn Sie eine Telefonnummer wissen wollen, schauen Sie im Telefonbuch nach oder nehmen Sie das Internet her? Ich denke, wir können den Kindern nicht etwas verbieten, was sie ohnehin schon machen und was wir auch machen.

Jetzt konkret zum Antrag der ÖVP, Smartphones in der Pause, Kreidezeit in den Klassen. Ich frage mich, wo und wann war die ÖVP das letzte Mal in einem Klassenzimmer? Wirklich, das ist unglaublich.

Wirklich unglaublich, denn, seit dem Jahr 2004 gibt es LMS als fixen Bestandteil und er steht allen burgenländischen Schulen zur Verfügung, für selbst organisiertes Lernen, Kompetenz orientierten Unterricht und für transparente Leistungsdokumentation, das ist Lernen mit System.

Das heißt, die Schulen und die Lehrer können das bereits seit damals, seit dem Jahr 2004, das ist zwölf Jahre her, verwenden. Das heißt, die Schüler können jederzeit in jedem Gegenstand über LMS einsteigen und schauen, auf welcher Note stehe ich momentan. Da schreibt der Lehrer oder die Lehrerin jede Hausübung, jede Schulübung, jede Mitarbeit, jeden Test, jede Schularbeit hinein, und der Schüler oder die Schülerin kann nachschauen - seit zwölf Jahren.

Die digitale Kompetenz ist im Lehrplan seit 2008 verankert und dann kommt ein Antrag der ÖVP, wo sie sich damit brüsten, dass in Eisenstadt 76.000 Euro von der Stadtgemeinde investiert werden in die Infrastruktur der Eisenstädter Schulen für mit Laptops, mit Computern. Das wird als Vorzeigeprojekt hingestellt und dann muss ich mir noch anhören, das Burgenland ist Zaungast. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Es ist erfreulich, dass die Stadtgemeinde Eisenstadt dieser gesetzlichen Verpflichtung endlich nachkommt und die NMS ausstattet, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schauen Sie in die anderen Schulen.)* denn, ja, das werde ich Ihnen jetzt sagen, denn es gibt Kollegen, Bürgermeister Ihrer Fraktion, zum Beispiel den Bürgermeister von Jennersdorf. *(Abg. Manfred Kölly: In Deutschkreutz haben wir das schon lange. – Unruhe bei der ÖVP)*

Die NMS Jennersdorf - *(Unruhe bei der ÖVP)* hören Sie mir zu - hat 200.000 Euro investiert, sie haben neun iPad-Klassen, 220 iPads im Einsatz, die erste eLSA zertifizierte Schule Österreichs, schulinterne ECDL-Testcenters, zehn Smartboards, eine komplette WLAN-Ausstattung an der Schule, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja.)* Glasfaseranbindung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben wir auch alles.)* 30 Router im Schulgebäude.

NMS Markt Allhau: 12 Klassen mit interaktiven Tafeln *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dort ist ein guter Bürgermeister.)*, Smartboards, 60 Laptops. Oder zum Beispiel kleinere Schulen, und die kennt der Herr Abgeordnete Fazekas, wie die NMS Stoob, die haben auch 50.000 Euro investiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben das in einem Jahr investiert, liebe Frau Abgeordnete.)*

Und da brüstet sich wirklich Eisenstadt mit 76.000 Euro. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In einem Jahr. – Unruhe bei der ÖVP)* Und Sie wollen Vorreiter sein? Vorreiter, wo es das schon seit zwölf Jahren im Burgenland gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben schon vorher investiert, das war in einem Jahr.)* Und dann spricht die ÖVP von der Kreidezeit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben keine Ahnung, wie immer.)*

Ich hoffe, Sie meinen nicht die Kreidezeit, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben keine Ahnung.)* die vor 145 Millionen Jahren begonnen hat und vor 66 Millionen Jahren aus war. Das war auch die Zeit, in der die meisten Dinosaurier lebten, zum Beispiel der größte Raubdinosaurier, der Tyrannosaurus. *(Landesrat Helmut Bieler: Rex.)*

Und ich bin froh, dass wir dort weg sind, weil, wenn es die ÖVP gäbe, dann wären wir im Bildungssystem so weit, da müssten sich die Dinosaurier auch noch nicht vor dem Aussterben fürchten.

Wir werden gerne dem Antrag die Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. *(Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters, und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend digitale Unterrichtsszenarien ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

28. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 326) betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates (Zahl 21 - 236) (Beilage 355)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 28. Punkt der Tagesordnung, dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 326, betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates, Zahl 21 - 236, Beilage 355.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Strommer.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Ing. Rudolf Strommer: Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte Bericht über die Sitzung des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses, wo der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 326, betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates, Zahl 21 - 236, Beilage 355, die in ihrer 8. Sitzung am Mittwoch, dem 20. März 2016, behandelt wurde.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte der Landtagsabgeordnete Schnecker einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Schnecker gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Schnecker beantragten Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Hutter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Es hat ja jetzt zu fortgeschrittener Stunde schon ein paar lustige Szenen hier gegeben, ein paar komische, und ich denke mir, dieser nächste Tagesordnungspunkt, das passt auch so ein bisschen in das Humoristische herein und ich möchte ein paar Worte als Liste Burgenland dazu verlieren.

Die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates, dazu gibt es einen selbständigen Antrag der ÖVP vom 17. März 2016 und einen Abänderungsantrag vom 14. April 2016, der inhaltlich eh das Gleiche ist, aber okay, das ist so, wurde mir gesagt, Aber nur, was ich hier herausstreichen möchte ist Folgendes:

Da wird gefordert, in jeder burgenländischen Gemeinde soll ein Sicherheitsgemeinderat installiert werden, um durch Information das subjektive Sicherheitsgefühl zu heben. Wie die bestehenden Beispiele des EU- beziehungsweise Umweltgemeinderates zeigen, haben besonders geschulte Gemeinderäte eine wichtige Funktion.

Der Sicherheitsgemeinderat soll als Anlaufstelle für Bürger und als Bindeglied zwischen den Einsatzorganisationen und der Bevölkerung dienen. Probleme und Anliegen sollen so auf kurzem Weg einer Lösung zugeführt werden.

Der Sicherheitsgemeinderat soll die Bürger auch über Maßnahmen zur Sicherung des Eigenheimes informieren und gegebenenfalls an Experten weiterleiten können. Ebenso gehört Informations- und Präventionsarbeit im Sicherheitsbereich zu seinem Portfolio.

Ziel ist es, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch die Möglichkeit einer direkten und unbürokratischen Hilfe zu stärken und in weiterer Folge die Kriminalität in den Gemeinden noch weiter zu senken.

Um die Sicherheitsgemeinde bestmöglichst auf ihre Tätigkeit vorzubereiten, soll die Akademie Burgenland Kurse anbieten, in denen die Gemeinderäte in allen sicherheitsrelevanten Materien geschult werden.

Ich frage mich, endet das mit einem Bachelor? Hängen wir dann noch bisschen was drauf und machen wir gleich einen Master, einen Gesundheitsgemeinderat. Machen wir dann einen Master daraus?

Meine Herrschaften seid mir bitte nicht böse, aber ich bin nicht der 16. Landtagsabgeordnete SPÖ und auch nicht der 7. der FPÖ, aber der Zugang *(Abg. Ilse Benkö: Noch nicht!)*, den die jetzt dazu haben, ist wieder ein wesentlich vernünftigerer, als Ihr da habt. Also was da gefordert wird! Wisst Ihr, Ihr habt ja selber Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, und Stellvertreter und Stellvertreterinnen in den Gemeinden. Wisst Ihr, was Ihr da fordert?

Wir finden ja so schon keine Gemeinderäte mehr, die etwas machen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, Du nicht!)* Was soll denn der für eine Ausbildung machen? Wie soll denn das funktionieren? Da muss ich Euch eines sagen: Dieser Abänderungsantrag, der seitens der SPÖ und der FPÖ eingebracht wurde, der jetzige Vorstoß des BMI zur Einrichtung sogenannter Sicherheitsgemeinderäte unter dem Titel „Gemeinsam sicher“ ist ein Eingeständnis des sicherheitspolitischen Scheiterns, denn die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)* und soll vom hierfür zuständigen Ministerium nicht aktiv auf Bürger und Gemeinderäte abgewälzt werden.

Also, meine Herrschaften, wir müssen die Kirche schon im Dorf lassen. Ein Gemeinderat kann das nicht machen, was Ihr hier fordert. Daher werden wird als Liste Burgenland auch dem Antrag der SPÖ und der FPÖ zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun, angefangen hat dieses Jahr mit einem Vorstoß des Landeshauptmann-Stellvertreters zu den Sicherheitspartnern. Was ich davon halte und was meine Fraktion davon hält und was auch ein paar hundert andere Burgenländerinnen und Burgenländer davon halten, das haben wir schon in verschiedener Weise kundgetan. Mittlerweile wurde auch eine entsprechende Petition schon vielfach unterschrieben.

Was ist das Problem bei den Sicherheitspartnern? Ich glaube, das ist wichtig, dass man das herausarbeitet, damit man sieht, warum auch ein Sicherheitsgemeinderat dieses Problem nicht lösen wird.

Die Sicherheitspartner, die hier vorgeschlagen wurden, kamen eher als Spontanreaktion auf ein Gefühl, dass man irgendetwas tun müsse, weil viele Menschen sich unsicher fühlen. Es gab kein besonderes Konzept dazu. Es gab einmal ein Vorgespräch auch mit dem damaligen Noch-Landespolizeidirektor Doskozil, und dann ist eigentlich der Kontakt dorthin abgebrochen.

Obwohl der auch schon davor gewarnt hatte, uninformierte Leute mit irgendwelchen Plaketten durch die Gegend zu schicken, um dann den Leuten zu sagen, jetzt könnt ihr euch sicherer fühlen. Was ist die Botschaft, wenn wir den Menschen permanent sagen, ihr braucht so etwas wie Sicherheitspartner, von denen noch nicht einmal klar ist, welche Aufgaben sie haben? Wenn die nicht genau beschrieben werden können?

Nur, was schon klar ist ist, sie werden uniformiert sein und Dienstfahrzeuge haben. Ja, das ist auch ein Konzept. Wenn sie gerade nichts zu tun haben, dann sollen sie Leuten beim Einkaufen helfen. Nun, das ist wirklich nicht die Aufgabe irgendeines uniformierten Sicherheitsmenschen, jemandem, der soziale Unterstützung braucht, hier diese zu geben. Das ist eine ganz andere Schiene.

Es gibt aber, und das finde ich besonders interessant, es gibt ja im Burgenland nicht weniger Sicherheit als es noch vor einigen Jahren war, sondern mehr Sicherheit. Es gibt mehr Integrationsbedarf, um den wir uns in den Gemeinden kümmern müssen, es gibt soziale Unsicherheit. Die soziale Unsicherheit ist die Sicherheit, unter der die Menschen am meisten leiden und diese soziale Unsicherheit müssen wir bekämpfen.

Aber unsicher sind wir im Burgenland nicht. Sie sagen es ja selber in Ihren Ausführungen. Ob das jetzt von Ihrer Seite ist, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, oder auch in diesen Anträgen, Sie sprechen immer von Gefühlen. Na, ich finde es schon gut, wenn man auf Gefühle in der Politik Rücksicht nimmt. Aber Sie sprechen permanent, und da unterscheiden Sie sich in Nichts voneinander, ob das der Antrag oder der Abänderungsantrag ist, von der Hebung des Sicherheitsgefühls und von dem allgemeinen Steigen eines Unsicherheitsgefühls.

Aber was ist es denn, das ein Unsicherheitsgefühl bei Menschen hervorruft? Wenn man Menschen sehr oft sagt, dass sie unsicher leben, dass sie in Gefahr sind, dass sie von irgendjemanden oder irgendetwas bedroht sind, dann fühlen sich Menschen unsicher.

Menschen müssen gar nicht wirklich bedroht sein, um sich bedroht zu fühlen. Das haben Sie ja in den letzten Monaten wunderbar exerziert, wie man das macht. Menschen möglichst oft zu sagen: „Wir sind bedroht.“ Die Regierung hat jetzt sogar den Notstand ausgerufen. Ich frage mich wirklich, ob Sie wissen, was Notstand ist? Malawi hat den Notstand ausgerufen, weil dort die Leute verhungern. Bei uns hat die Regierung einen Notstand ausgerufen, weil sie gerade keine bessere Idee hatte. Das schafft Unsicherheitsgefühl.

Wenn man Menschen immer einredet, dass sie bedroht sind. Aber wir sind real nicht bedroht. Alle Daten zeigen uns das. Bedroht ist man dann, wenn man eine Herausforderung hat, bei der man keine Idee hat, wie man damit umgeht. Also, wenn Sie den Menschen sagen, ihr seid alle unsicher und ihr fühlt euch jetzt unsicher, dann ist es ein Zeichen, dass es hier keine Idee gibt, wie man damit umgeht.

Wer Waffen verteilt, vermittelt: „Ihr braucht Waffen." Da muss vorher noch gar nichts passiert sein. Wer Menschen permanent sagt: „Ihr müsst euch mehr schützen", denen sagt man auch: „Ihr seid jetzt unsicher." Unser Problem ist nicht die fehlende Sicherheit im Burgenland, sondern das Verbreiten dieser Stimmung. Wir wissen das schon lange.

Ich darf auf meinen Ursprungsberuf ein bisschen zurückschauen - aus der Erziehungswissenschaft. Es gibt auch schon lange Studien, die das Sicherheitsgefühl und den Umgang mit Unsicherheitsgefühlen, - das ist interessant, was ich Ihnen erzähle, Kollegen in der letzten Reihe. Hören Sie mir zu! Das ist interessant was kommt.

Da wurde etwas untersucht. Damals war der erste Irakkrieg und im ersten Irakkrieg wurden die Angstzustände von deutschen Schulkindern und von israelischen Schulkindern untersucht. Israelische Schulkinder, die in einer tatsächlich bedrohten Situation gelebt haben, die haben gewusst, jederzeit kann die Bombe fliegen. Und deutsche Schulkinder, die real nicht bedroht waren, sondern denen die Bilder vom Irakkrieg allgegenwärtig waren, durch Erzählungen, durch Fernsehen, durch darüber sprechen. Es wurde untersucht, welche Kinder mehr Angst haben und wie gehen sie mit dieser Angst um.

Was - ich möchte jetzt abkürzen zur späten Stunde - unterm Strich rauskam, war ganz klar: Die deutschen Kinder, die in einer real nicht bedrohten Situation gelebt haben, hatten viel größere Angst und haben sich unsicherer gefühlt als die israelischen Kinder, die tagtäglich von Bomben bedroht waren. Warum? In den israelischen Schulen war ganz klar, wenn der Bombenalarm losgeht, dann packt man sein Zeug zusammen, die Lehrkraft hat gewusst, wohin man geht, es ist alles klar, was man tut.

Die sind miteinander in den Schutzkeller gegangen und wenn die Bedrohung vorbei war, sind sie wieder herausgekommen und haben weiter gelernt. Eine fürchterlich anstrengende und wirklich lebensbedrohliche Situation. Die Kinder hatten weniger Angstzustände und haben sich sicherer gefühlt, weil sie eine Lösung hatten für das, wo sie wirklich bedroht sind.

Die deutschen Schulkinder, die real überhaupt nicht bedroht waren, haben Angstzustände bekommen, haben zum Teil in der Nacht nicht schlafen können, weil sie diesen Bildern der Bedrohung ausgesetzt waren, aber keinerlei Lösungen bei der Hand hatten, wie sie damit umgehen können.

Ich glaube, das ist auch in der heutigen Situation bei uns immer wieder wichtig zu betrachten. Ich habe manchmal den Eindruck, dass es hier weniger um die Hebung eines Sicherheitsgefühls geht, sondern um die Selbstdarstellung von Politik. Beim Thema Sicherheit fühlen sich einfach hier im Saal viele wohl.

Da wird hinausposaunt: „Schaut, was wir alles für euch tun", egal welche Folgen das Handeln hat, Hauptsache, wir können davon sprechen und sagen, wir erhöhen das Sicherheitsgefühl. Wir hatten das Thema heute schon einmal. Zuerst wird ein Klima der Unsicherheit geschaffen, um nachher zu sagen, wir retten euch. Wir wissen von vielen Untersuchungen, dass so etwas wie Videoüberwachungen zum Beispiel nicht tatsächlich die Sicherheitssituation in einem Land erhöht.

Wir wissen aber, dass das Unsicherheitsgefühl dadurch erhöht wird. Wir wissen mittlerweile, und das ist jetzt nicht meine Auffassung, sondern ich habe mich einfach erkundigt, und ich habe geschaut und nachgeforscht, was es alles schon so gibt. Das steht ja anderen Menschen auch frei, sich kundig zu machen. Wir wissen, wenn auf Straßen mehr uniformierte Menschen herumlaufen, fühlen sich die Leute nicht sicherer,

sondern unsicherer, weil ihnen permanent vermittelt wird: Achtung, hier ist die Situation so, dass man bewacht werden muss.

Das heißt, weder dieser Vorschlag der Sicherheitsgemeinderäte, den ich auch weit überzogen halte, ist von uns zu unterstützen, noch der Vorschlag, der dann von den Regierungsparteien eingebracht wird, im Abänderungsantrag, das Konzept der Sicherheitspartner voranzutreiben.

Was ich schon für sinnvoll erachte ist, dass wir in den Gemeinden den direkten Kontakt zwischen Bevölkerung und Polizei mit Gelassenheit immer natürlicher machen, dass die Menschen auch wissen, womit wende ich mich an wen, wenn ich irgendwelche Fragen habe, wenn ich das Gefühl habe, irgendetwas ist jetzt unsicher in meinem Leben.

Aber eine riesige Glocke einer neuen Struktur da drüber zu stülpen, löst kein Problem, sondern erhöht ein Unsicherheitsgefühl. Das kann nicht dienlich sein.

Wir werden weder dem einen, noch dem anderen Antrag zustimmen, weil beide in der Form keineswegs tauglich sind, das Sicherheitsgefühl in unserem Land zu heben. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor nicht allzu langer Zeit kamen vom sehr geschätzten Kollegen Walter Temmel laut Protokoll folgende Worte: Trotz aller Fakten, dass wir das sicherste Bundesland sind, nicht nur österreichweit, sondern auch fast in ganz Europa, werden noch immer Menschen verunsichert, wo es keinen Grund dazu gibt. Weiters sagt er, sie haben überhaupt kein Konzept, nichts ist geklärt, die Befugnisse der sogenannten Sicherheitspartner sind nicht bekannt.

Man will den Ablauf wissenschaftlich begleiten, weiß aber nicht wie, welche Uni, welche Fachhochschule das tun soll. Jede und jeder von uns ist für Sicherheit in unserer Gemeinde. Aber ist es wirklich notwendig, einen eigenen Sicherheitskörper zu schaffen? Haben wir nicht mit unseren Polizistinnen und Polizisten bestens ausgebildete Sicherheitsorgane, die ihre Arbeit bestens erledigen, so Walter Temmel laut Protokoll.

Sehr geschätzte Kollegen! Zunächst zu Ihren Ausführungen, er ist leider jetzt nicht anwesend. Es ist schön, wenn wir eines der sichersten Bundesländer sind, trotzdem ist jeder einzelne Einbruch, jeder einzelne Diebstahl, jedes einzelne Verbrechen eines zu viel genau für den Betroffenen, den es betrifft. Man kann da nicht so einfach wegschauen.

Zum Sicherheitsgefühl und zu den Ängsten, Frau Kollegin Petrik. Sicher kommen die Gefühle und die Ängste, aber auf Grund der Tatsachen eben, dass es diese Einbrüche, Diebstähle gibt. Deswegen kommen auch die Gefühle. Heute in dieser Ortschaft, morgen in der nächsten. Oder reden Sie mit einem Betroffenen. Wenn eingebrochen wird, das ganze Haus durchwühlt ist, da kommen die Sicherheitsgefühle und die Ängste hoch.

Zu der Behauptung, dass es kein Konzept gibt, ist eine eigene Ignoranz. Ich glaube nicht, dass der Herr Kollege Temmel im Büro des Landeshauptmann-Stellvertreters war und sich über das Konzept informiert hätte. Zur wissenschaftlichen Begleitung nur keine Panik. Auch das wird es geben. Auch das wird geschehen. Dies ist eine der wesentlichen Merkmale. Man sollte im Sinne der Sicherheit, der Bürger, das nicht ins Lächerliche

ziehen. Ich nehme an, auch die ÖVP, Sie werden wissen, dass das nachgeahmte Konzept des BMI auf Seite 6 unter Punkt 5 steht.

Das Pilotprojekt wird auch wissenschaftlich begleitet. Na siehe da! Das Ganze nennt sich Community Policing. Also die ältere Generation kann mit diesem sicher etwas anfangen und kann sich darunter wahrscheinlich etwas Besseres vorstellen. Zu guter Letzt haben Sie angeführt, haben wir nicht genug ausgebildete Polizisten und Polizistinnen, ja, die haben wir, aber leider viel zu wenig, um der Bevölkerung eben ein entsprechendes Sicherheitsgefühl zu vermitteln.

Hier hat es eben Personalabbau und Dienststellenschließungen gegeben. Wer daran schuld ist, wissen wir.

Die Burgenländische Landesregierung hat auf das Versagen des BMI reagiert und ein Konzept für Sicherheitspartner in den Gemeinden verankert, um damit das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen. Das Sicherheitsprojekt umfasst mehr als nur die Sicherheit. Es ist auch Bürgerservice, Nachbarschaftshilfe und die Förderung von Alarmanlagen inbegriffen.

Das burgenländische Sicherheitsprojekt soll als Unterstützung zur Sicherheit beitragen. Soll kein Ersatz für fehlende staatliche Sicherheitsorgane sein. Das Projekt des BMI eben, unter dem Titel „Gemeinsam sicher“, wo auch Sicherheitsgemeinderäte inbegriffen sind, ist hier ein Eingeständnis, dass eben die staatliche Sicherheit fehlt. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist natürlich eine staatliche Kernaufgabe. Ich verstehe hier die ÖVP nicht.

Sicherheitspartner in den Gemeinden, initiiert vom Landeshauptmann-Stellvertreter, will man nicht. Sicherheitsgemeinderäte, Community Policing, Community Referenten und Sicherheitsbürgerinnen und -bürger schon. Also steht hier wieder Parteipolitik im Vordergrund, statt der Politik für den Menschen und deren Sicherheit. Ich sage dazu, diskussionswürdig ist natürlich alles, was zur Sicherheit der Bevölkerung beitragen kann. Das heißt, das eine schließt das andere nicht aus. Nicht eben so wie die ÖVP-Meinung schon im Vorhinein, dass die Sicherheitspartner nichts Gutes sind.

Doch uns geht der Sicherheitsgemeinderat nicht eben weit genug. Wir meinen aber gleichzeitig, dass der Bürgermeister genau in diesem Bereich die erste Ansprechperson ist. Er muss auch bei Notstand, bei Gefahr im Verzug, insbesondere zum Schutz der Sicherheit von Personen oder des Eigentums einstweilige unaufschiebbare Verfügungen treffen.

Das burgenländische Projekt Sicherheitspartner soll unterstützend zur Seite stehen und vorbeugende Wirkung haben. Zu sagen, jetzt sind wir eh sicher und jetzt brauchen wir nichts mehr tun, ist sicher ein verkehrter Ansatz. Außerdem treffen hier eben mehrere Komponenten zusammen für eine Gemeinde, die nur unterstützend sein kann.

Zusammengefasst, es ist keine Ersatzpolizei, Serviceleistungen für Bürger, sprich Urlaubsnachschauhaltungen, Einkaufstätigkeiten für ältere Menschen, eben auch ein sozialer Zweck, dann lokale Schwerpunktemittel, sprich Beobachtungen, Objektschutz oder auch Nachbarschaftshilfen ermitteln. Es gibt geförderte Alarmanlagen, auch ältere Personen, 50plus können vielleicht auch wieder eine Arbeit finden.

In diesem Sinne möge der Landtag beschließen und die Landesregierung wird aufgefordert, bevor die Gewährleistung der Öffentlichen Sicherheit durch den Einsatz staatlicher Organe nicht sichergestellt ist, ist das burgenländische Konzept Sicherheitspartner in den Gemeinden umzusetzen.

Die Aufrechterhaltung aller Polizeidienststellen im Burgenland ist zu garantieren. Keine Dienstzuteilungen in andere Bundesländer vorzunehmen und Vorsorge zu treffen, für die kommenden Pensionierungen der Polizisten und Beamten.

Das sind im Wesentlichen die Forderungen, zu denen wir stehen und denen wir auch gerne zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dort beginnen, wo die Frau Kollegin Petrik geendet hat. Wir leben in einem sehr sicheren Land. Ich glaube auch, und ich bin davon überzeugt, wenn Sie alle Zahlen, Fakten und Daten der letzten Jahre vergleichen, dass wir heute wirklich ein Mehr an Sicherheit haben als noch vor zehn oder vor 15 Jahren.

Schauen Sie in Ihrem Umfeld, wann war der letzte Mord? Wann war der letzte Raubmord? Wissen Sie, das sind Fakten, gefühlte Sicherheit ist etwas Anderes. Die Zahlen, Fakten, Daten sprechen dafür. Die Kriminalstatistik, die in den letzten zwei Wochen, glaube ich, erschienen ist, hat uns wieder gezeigt, dass wir in einem sehr sicheren Bundesland leben.

Die Intention der ÖVP war – und das war auch der Inhalt des Antrages –, dass wir zur Unterstützung des Bürgermeisters, der ja für die Sicherheit verantwortlich ist, mit einem eigenen Sicherheitsgemeinderat ein Bindeglied im Gemeinderat zwischen im Gemeinderat und der Bevölkerung schaffen. So, wie wir das mit einem Umweltgemeinderat, mit einem EU-Gemeinderat, mit einem Jugendgemeinderat gemacht haben. Bedürfnisse, die in der Bevölkerung da sind, sollen mit einem in besonderer Verantwortung stehenden Gemeinderat auch wahrgenommen werden. Das ist Intention dieses unseres Antrages.

Die Zahlen, Daten und Fakten, noch einmal, wir leben in einem sehr sicheren Bundesland, Gott sei Dank. Deshalb haben wir das auch in unseren Antrag hineingeschrieben, dass wir in Österreich insgesamt von allen Polizisten rund sechs Prozent im Burgenland haben. Im Burgenland! Wobei wir maximal drei Prozent der österreichischen Bevölkerung stellen.

Bisher hatten wir im Burgenland zirka 1,5 Prozent aller Delikte von ganz Österreich. Das ist jetzt ein bisschen mehr geworden, es sind jetzt 1,86 Prozent, glaube ich, weil wir gerade im Bereich des Bezirkes Neusiedl am See, rund um Nickelsdorf, durch das vermehrte Schlepperaufkommen in diesem Bereich, wir jetzt sehr viele Delikte haben.

Aber alle anderen Delikte sind nahezu gleich geblieben. Wir haben eine Aufklärungsquote innerhalb Österreichs, wo wir uns mit unserer Polizei nicht verstecken müssen. Ein Kompliment an alle Uniformierten, an die Exekutive, die für unser aller Sicherheit tagtäglich Kopf und Kragen riskiert, wenn es sein muss. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das war unsere Zielsetzung. Wir wollen mit diesem Antrag hier im Burgenländischen Landtag eine Meinungsbildung herbeiführen. Im Gemeinderat soll ein Gemeinderat mit der besonderen Aufgabe als Sicherheitsgemeinderat einfach installiert werden, um hier ein Bindeglied zu sein, Anlaufstelle für die Bürger bei all diesen Fragen.

Das wollen wir ganz bewusst als keine zusätzlich bürokratische Aufgabe für den Gemeinderat, für die Bürgermeister sehen, sondern mit einem kurzen Briefing, das könnte also die Akademie Burgenland für alle Gemeinderäte machen, diese kurze Ausbildung.

Herr Kollege Hutter, da geht es weder um ein Bachelor-, noch um ein Masterstudium, überhaupt nicht. Ich weiß, Sie überzeichnen, ich überzeichne, da geht es darum, dass man diese Menschen, die sich bereit erklären, in diesem Bereich zu arbeiten, die in der Gemeinde Verantwortung tragen, in diesem besonderen Bereich schult, weil es ein sehr sensibler Bereich ist.

Da geht es nicht darum, und wenn Sie wissen, dass in Österreich von allen Polizisten sechs Prozent im Burgenland sind, na die Frau Innenministerin hat schon auf das Burgenland geschaut. Das weiß auch der Herr Landeshauptmann.

Denn ich weiß auch, dass er von der Innenministerin immer gut spricht, weil die Frau Innenministerin weiß, dass dieses Bundesland Burgenland an sehr exponierter Stelle hier Sicherheitsdienstleister für ganz Österreich ist und hier auch mit besonderen Einrichtungen immer geschaut hat. Wir haben auch, und der Kollege Schnecker weiß das zumindest genauso gut oder noch besser als ich, einen Ausbildungskurs und bilden auch im Burgenland junge Polizisten aus, die im Burgenland Dienst machen werden.

Es ist natürlich an niemandem vorübergegangen, dass auch Menschen, die bei der Polizei tätig sind, Jahr für Jahr älter werden, irgendwann einmal in Pension gehen werden und von Jüngeren ersetzt werden sollen. Auch das haben wir sichergestellt.

Hier tagtäglich zu sagen, wir haben ein Sicherheitsdefizit, das ist nicht richtig. Herr Kollege Tschürtz! Seit zehn Monaten sind Sie in Amt und Würden. Heute in der Fragestunde, wo wir dieses Thema abgehandelt haben, sagen Sie wieder, ja, das Konzept ist in Arbeit und einmal ist es eine Bürgerwehr und Ihre Vorgänger, manche andere in dieser Landesregierung, nein, in vorherigen Landesregierungen, wollten pensionierte Jäger einmal durch die Ortschaften schicken.

Was soll denn ein pensionierter Jäger tun? Nur weil er ein Schrotgewehr umgehängt hat? Um Gottes Willen! Wir haben ja schon allerhand Dinge gehört. Das, was Sie wollen, das geht nicht.

Sie können nicht an der Grenze keine „Kofferraum auf, Kofferraum zu“-Kontrollen anordnen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wieso nicht?)* Weil es nicht Ihre Kompetenz ist. Sie können anordnen, dass die LKW, die drüberfahren, kontrolliert werden, ob sie sicher sind, ob die Bremsen funktionieren. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das kann ich!)* Genau das können Sie, aber Kofferraum auf, Kofferraum zu, können Sie nicht.

Ich mache keinen Kofferraum auf, nur weil der Herr Tschürtz das sagt und lass mir reinschauen. Niemand lässt sich hineinschauen. Die Polizei kann anderes tun. Die Polizei kann sagen, zeigen Sie mir Ihr Warndreieck und wenn das im Kofferraum ist, dann wird er es vom Kofferraum holen müssen. Wenn ich es unter dem Fahrersitz habe, dann zeige ich es unter dem Fahrersitz. Aber nicht den Kofferraum. Das steht Ihnen nicht zu und das wissen Sie. Sie machen seit zehn Monaten eine Ankündigungspolitik, ohne dass konkrete Zahlen und Fakten da sind.

Sie haben kein Budget dafür. Sie haben keine Organisation dafür. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Budget habe ich!)* Nein. Dafür haben Sie kein Budget! Da müssen Sie Umschichtungen vornehmen. Für diese Aktionen haben Sie kein Budget.

Sie erzählen der Bevölkerung im Burgenland, und ich habe mich doch sehr gewundert, als ich diese Sendung im ORF gesehen habe, wo Sie an Ihrem Schreibtisch interviewt wurden, wo Sie gesagt haben, wir werden jetzt eine Aktion in ganz Burgenland machen: Um 1.000 Euro gibt es eine Alarmanlage. Die Ankündigung der Alarmanlage,

glauben Sie, hält irgendjemanden ab, wenn er das will, einen Einbruch zu tätigen? Das ist es nicht.

Mit einer Alarmanlage um 1.000 Euro, sagt Ihnen jeder Fachmann, können Sie eine Tür sichern. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist ja unglaublich! Fragen Sie den Wagner Herbert!)* In derselben Sendung, wo Sie interviewt wurden, ist ein ORF-Redakteur mit Kamera mit einem Sicherheitsfachmann, mit einem Menschen, der auch Alarmanlagen verkauft, durch ein Haus gegangen. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)*

Die Frage, was das kostet, sagt er, 4.500 bis 5.000 Euro. Um 1.000 Euro können Sie eine Tür sichern, hat er gesagt. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Nein, Rudi!)* Ich bin nicht der Fachmann. Der Fachmann wurde gefragt und hat das so gesagt.

Dann ist es Ihre große Errungenschaft zu sagen, von diesen 1.000 Euro fördern Sie ein Drittel. Na ja, das ist ja eine Verschlechterung der bisherigen Situation. Wir fördern derzeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, über die Wohnbauförderung den Einbau von Alarmanlagen mit bis zu 1.000 Euro Zuschuss, maximal ein Drittel. Ein Drittel der Anschaffungskosten! Das heißt, wenn ich um 3.000 Euro eine Alarmanlage installiere, kriege ich über die Wohnbauförderung 1.000 Euro.

Ihre Aktion ist genau ein Drittel der derzeitigen Wohnbauförderung wert, nämlich mit maximal 1.000 Euro wären 333 Euro gefördert. Das funktioniert derzeit auch über die Wohnbauförderung und geht sogar noch weiter. Wenn mit dieser Alarmanlage auch eine Videoüberwachung kombiniert ist, liegt die Förderung über die Wohnbauförderung derzeit bei 1.500 Euro.

Wenn Sie in Wohnhäusern zusätzlich noch eine einbruchsichere Tür einbauen, dann ist die Förderung 2.500 Euro. Das haben die Wohnbaubeiräte, das hat der Landtag in der letzten Periode beschlossen, das wird von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen. Maximale Förderung für Sicherheitseinrichtung daher 2.500 Euro.

Dann kommt der Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz und sagt, ich mache eine Sonderaktion, 1.000 Euro eine Alarmanlage, die an die Polizeidienststelle in irgendeiner Art und Weise technisch verbunden ist, und fördere diese mit maximal 30 Prozent.

Nein danke für Ihre Förderung. Ich meine, das ist eine Verschlechterung, die wir bisher nicht gehabt haben. Wo ist denn der Kollege Wiesler? Sie sind schon gut, muss ich schon sagen. Sie stellen sich da… *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist die Unwahrheit! Richte Dich an die Polizei und Du wirst es sehen!)* An die Landessicherheitszentrale, nehme ich zurück, an die Landessicherheitszentrale.

Sie sagen, der Abgeordnete, oder wer auch immer, soll in das Büro vom Regierungsmitglied kommen, von wem auch immer, und soll sich informieren. *(Zwischenruf des Abg. Markus Wiesler)* Also diese Informationspflicht sehe ich schon da, wenn ich zehn Monate etwas ankündige und nichts auf den Tisch legen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist für mich das Regierungsmitglied in der Pflicht, diese Informationen nicht nur an den Landtag, sondern auch an die Bevölkerung zu geben.

Das ist aber nicht die Intention unseres Antrages. Die Intention unseres Antrages ist hier etwas ganz anderes. Wir wollen kein zusätzliches Sicherheitsorgan, das besonders mit einer Uniform ausgestattet ist, mit einer Mütze oder wie auch immer, mit einer Taschenlampe, von Kittsee bis Kalch, durchgestylt, wie Sie das möglicherweise

vorhaben, sondern wir wollen in jeder Gemeinde eine Ansprechstelle im Gemeinderat haben, wo derjenige, der als Sicherheitsgemeinderat installiert ist, sich dieser besonderen Thematik annimmt.

Deshalb werden wir, Herr Kollege Hutter, genauso wie Sie es gesagt haben, unseren Antrag, der im Ausschuss nicht durchgegangen ist, neuerlich als Abänderungsantrag wortident wieder einbringen. Die Geschäftsordnung sagt mir, dass ich die Beschlussformel zu verlesen habe.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der Akademie Burgenland einen eigenen Ausbildungskurs für Sicherheitsgemeinderäte einzurichten und die Gemeinden bei der Einrichtung eines Sicherheitsgemeindesrates zu unterstützen.

Ich darf Sie einladen, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen unseren Abänderungsantrag im Interesse der Sicherheit, der gefühlten Sicherheit in unseren Gemeinden, zu unterstützen. Die Zahlen, die tatsächlichen Zahlen, sind ausgezeichnet in der letzten Kriminalstatistik nachlesbar. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abg. Ing. Rudolf Strommer übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Schnecker das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist zu sensibel, um es polemisch zu diskutieren. Herr Kollege Strommer, Sie tun fast immer so, als wäre Ihnen das gar nicht, ich weiß, dass es anders ist, die Sicherheit liegt Ihnen auch am Herzen, das ist doch klar, aber Sie tun immer so, als wäre das ein Nachteil, wenn viele Polizisten im Burgenland Dienst versehen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein!)* Ja. Aber so kommt es rüber.

Dann wird immer verglichen mit der Einwohnerzahl und mit der Kriminalstatistik. Zur Kriminalstatistik nur noch ein Einwand, ich meine, es gilt dann eh für ganz Österreich. Man hat in den letzten zehn Jahren die Zählweise einige Male verändert.

Also auch darum ist mit ein Grund, warum die Delikte sinken. Zu den beiden von Ihnen geforderten Einrichtungen, Community Polizist und Sicherheitsgemeinderat. Das eine ist eine Kopie und das andere ist ein Schmäh. Die Kopie ist der Dorfpolizist, der Community Polizist wird genauso wie der Dorfpolizist, wenn er Zeit hat, herumgehen, mit den Leuten reden, was auch der normale Polizist macht, wenn er Zeit hat. Wenn ich Zeit habe, mache ich das. Der Sicherheitsgemeinderat ist der Schmäh an der ganzen Sache. Er hat keine Kompetenzen. Wenn das jemand in der Gemeinde hat, dann ist es der Bürgermeister, in gewissen Bereichen, *(Abg. Klaudia Friedl: Und die Bürgermeisterin!)* und die Bürgermeisterin natürlich.

Und insgesamt ist dann tatsächlich zu sagen, dass hier schon das Bundesministerium für Inneres ein wenig das Scheitern eingesteht. Strasser hat Dienststellen zugesperrt, Fekter hat Dienststellen zugesperrt, und daraus ist dieser Bedarf, den Sie jetzt kreieren, eigentlich erst entstanden. Wenn das alles noch da wäre, dann hätten wir diese Probleme gar nicht.

Dass die Sicherheit eine staatliche Kernaufgabe ist, *(Abg. Manfred Kölly: Den Konsum haben wir auch zugesperrt, das weißt Du eh. Das Bundesheer hätten wir auch bald zugesperrt.)* das steht für uns außer Zweifel und unser Antrag zielt dahin ab, dass das Innenministerium natürlich die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch den Einsatz der staatlichen Organe zur Verfügung zu stellen hat. Es gibt nur eine Polizei.

Dass wir die Aufrechterhaltung der Dienststellen im Burgenland wollen, das ist doch klar. Die Dienstzuteilungen tun uns intern immer weh. Wenn Sie dann vom hohen Personalstand in der burgenländischen Polizei sprechen, dann muss man wissen, dass 150 Kolleginnen und Kollegen immer außerhalb des Bundeslandes Dienst zugeteilt sind. Also die fehlen, das ist ja keine Zahl, die klein ist, und dass für die kommenden Pensionierungen, ja, das stimmt, es wurden jetzt einige Lehrgänge einberufen. Der Herr Landeshauptmann hat sich ganz stark dafür eingesetzt und auch der ehemalige Landespolizeidirektor. Da sind wir, denke ich, jetzt auf einem guten Weg.

All das soll die Außendienstpräsenz der Exekutive natürlich steigern. Aber das geht Hand in Hand. Wenn es mehr Polizisten gibt, werden auch mehr draußen gehen und das subjektive Sicherheitsgefühl und auch das objektive werden sich natürlich erhöhen.

Also werden wir unserem Antrag natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz.

Bitte.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ich versuche, mich ganz kurz zu halten. Für die Schließung der Polizeiinspektionen ist einzig und alleine die ÖVP zuständig. Das heißt, es wurden alle Polizeiinspektionen zugesperrt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sicher, vorher waren es Gendarmeriedienststellen.)*

Was mir natürlich auffällt, wirklich, das fällt mir jetzt definitiv auf, dass der Kollege Strommer, der zweite Präsident des Landtages, und ich habe immer so höchste Wertschätzung, da ich davon ausgehe, dass er ganz genau weiß, welche Thematik er anspricht. Faktum ist, diese Alarmanlagen werden nicht zur Polizei geschalten, sondern zur Landessicherheitszentrale.

Aber alleine die Tatsache, dass man sagt und zur Polizei geschalten, und es ist eh alles wurst, also das finde ich nicht gut. Ich glaube, dass durch die Sicherheitspartner Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ich glaube, dass durch dieses Sicherheitssystem das Sicherheitsgefühl auch deshalb gestärkt wird, weil definitiv auch etwas geboten wird. Man kann jetzt zu dem Sicherheitsgemeinderat stehen wie man will. Jetzt können wir uns überlegen, ob wir nicht auch einen Sozialgemeinderat einführen, einen Gehsteiggemeinderat, einen Tennisgemeinderat, einen Fußballgemeinderat, einen Irgendwas-Gemeinderat. Was hat bitte dieser Sicherheitsgemeinderat für Kompetenzen? Was macht denn der? Kann mir das irgendjemand erklären, was ein Sicherheitsgemeinderat für Kompetenzen hat? Oder was macht denn ein Sicherheitsbürger? Was tut der? Was macht dieser Sicherheitsgemeinderat?

Das heißt, das ist genau wieder die gleiche Ankündigung, die wir schon einmal gehabt haben. Der Kollege Schnecker hat vollkommen Recht. Entweder wir machen einmal Nägel mit Köpfen oder wir machen gar nichts. Und einfach nur zu sagen, das ist alles schlecht, und in Eisenstadt bekommen wir jetzt einen Sicherheitsbürger und da ist

alles gleich sicher, okay, ich möchte das auch nicht schlechtreden, weil ich glaube, dass man, wenn man das koordiniert mit dem Konzept des Sicherheitspartners, dass das, glaube ich, in Ordnung geht.

Und wenn man von den GRÜNEN auch schon sagt, diese Uniform oder so, da geht es nicht um eine Uniform. Da geht es darum, dass man präsent in der Gemeinde ist. Da geht es darum, dass man eine Dienstkleidung hat. Da geht es darum, dass man eine Dienstleistung anbietet. Da geht es darum, dass man ein Bürgerservice der Bevölkerung anbietet. Da geht es darum, dass man Nachschau hält, wenn jemand im Urlaub ist. Da geht es darum, dass man einfach präsent ist und zeigt, wir sind hier.

Gekoppelt mit den Alarmanlagen ist das ein System, glaubt mir das, Ihr werdet alle noch eine Freude damit haben. Denn es ist nicht so, wie der zweite Präsident sagt, dass die Alarmanlagen sowieso irgendwie und irgendwas sind. Faktum ist natürlich, wenn wir eine Alarmanlage mit einem gewissen Standard unter 1.000 Euro anbieten, dass dann viele Menschen danach fragen. Und das wird kommen. Das ist nicht so, wie man im ORF irgendjemanden interviewt hat, der hat ein Haus mit 5.000 Quadratmeter Grünfläche und vielleicht 1.000 Quadratmeter Wohnfläche und vielleicht 37 Fenster, dann kostet natürlich die Alarmanlage vielleicht 2.500. Aber es wird ein Konzept entwickelt, wenn eine Alarmanlage angeboten wird, die direkt zur Landessicherheitszentrale geschalten wird, wo es auch einen Überfallknopf gibt, das heißt, wenn ich überfallen werde, wenn ich den drücke, kommt sofort die Polizei.

Wenn eine Alarmanlage installiert wird, die direkt zur Landessicherheitszentrale geschalten wird, wo auch natürlich das Land mit der 30 Prozent-Förderung, aber die gibt es ja schon zwei Jahre, dazu beiträgt, und wo auch natürlich die Energie Burgenland die Bonuspunkte oder die doppelten Bonuspunkte dafür zur Verfügung stellt.

Das heißt, dieses Konzept schlechtzureden, verstehe ich einfach gar nicht. Ich weiß auch gar nicht, warum man das schlechtredet, was da so schlimm ist, wenn ich jemandem eine Alarmanlage unter 1.000 Euro gebe. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Weil es eine schlechtere Förderung als bisher ist. Ist das so schwer zu verstehen?)* Also das muss mir irgendeiner erklären, dass direkt zur Landessicherheitszentrale geschaltet wird. Das muss mir irgendeiner erklären, warum das so schlimm ist für die Bevölkerung, ich verstehe es nicht.

Aber das ist typisch die ÖVP, typisch die ÖVP, sperren alle Polizeiposten zu, das ist typisch die ÖVP, die sagt, wir brauchen keine Grenzkontrollen, typisch die ÖVP, die sagt, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Du kriegt gleich einen Herzinfarkt.)* wir brauchen in keinen Kofferraum reinschauen, typisch die ÖVP, Ankündigungsweltmeister, aber bei Euch ist leider Gottes nichts dahinter. Daher werdet Ihr Prozent für Prozent verlieren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Ing. Strommer eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Sicherheitspartner für die burgenländischen Gemeinden ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

29. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 83) betreffend Rechtsbereinigungsgesetz für weniger Hürden und Vorschriften für Bürger, Gemeinden und die Wirtschaft (Zahl 21 - 66) (Beilage 356)

Präsident Christian Illedits: Der 29. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 83, betreffend Rechtsbereinigungsgesetz für weniger Hürden und Vorschriften für Bürger, Gemeinden und die Wirtschaft, Zahl 21 - 66, Beilage 356.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 83) betreffend Rechtsbereinigungsgesetz für weniger Hürden und Vorschriften für Bürger, Gemeinden und die Wirtschaft (Zahl 21 - 66) (Beilage 356) vor.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rechtsbereinigungsgesetz für weniger Hürden und Vorschriften für Bürger, Gemeinden und die Wirtschaft unter Einbeziehung der vom Landtagsabgeordneten Hergovich beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Ilse Benkö das Wort.

Bitte Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geschätzter Herr Bürgermeister von Oberwart, trotz später Stunde zwei Sätze, auf die ich reflektieren muss.

Es ehrt mich und es freut mich, dass Sie sich mit meiner Person so viel beschäftigen, dass Sie das auch hier in Eisenstadt machen müssen, nicht nur in Oberwart. Sie sind noch Bürgermeister, ich muss Ihnen sagen, Sie werden es nicht mehr

lange sein, Sie haben keine Mehrheiten, Sie sind handlungsunfähig und Sie werden die Rechnung der Wähler von Oberwart und St. Martin präsentiert bekommen.

Die SPÖ und die FPÖ haben ein Arbeitsübereinkommen gegründet. Wir werden Sie vorantreiben, wir werden Ihnen zeigen, wie gearbeitet werden muss. Sie werden die Rechnung präsentiert bekommen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zu später Stunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, versuche ich mich zum gegenständlichen Antrag kurz zu halten.

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister von Eisenstadt, Kollege Steiner! Ein Antrag, der für Rechtsbereinigung und für weniger Hürden und Vorschriften für Bürger, Gemeinden und natürlich auch für die Wirtschaft eintritt, gestellt von den Kollegen der ÖVP, das entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Gerade Herr Kollege Steiner, die Partei, die in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und nicht zuletzt EU, Verantwortung trägt und der Inbegriff des Papiertigers ist. Soll so sein!

In der Sache, da gebe ich Ihrer Fraktion und Ihnen Recht, die Stoßrichtung ist in Ordnung, dem ursprünglichen Antrag könnte ich durchaus zustimmen.

Rechtsbereinigung, meine Damen und Herren von der ÖVP, das passiert laufend, das haben wir heute schon erlebt. Da denke ich nur, vor einigen Stunden haben wir gesprochen über das Sprengelhebammengesetz, und das ist auch in dieser Form beschlossen worden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, abgesehen davon, hält niemand etwas davon ab, und auch Sie nicht, Herr Kollege Steiner, selbst konkrete Vorschläge zu machen und vielleicht entsprechende Anträge zu stellen. Wie das Geschäft funktioniert, Herr Kollege, das ist Ihnen nicht fremd, das wissen Sie ganz genau.

Wo ich aber skeptisch bin und wovon ich persönlich ehrlich gesagt nichts halte, das ist das, was eigentlich im ÖVP-Antrag als „Sunset Legislation“ daherkommt und auch die Forderung, die Sie, Herr Kollege Steiner im neuen ÖVP-Programm haben. Ich habe nachgelesen und Sie wollen nicht, dass alle Gesetze automatisch quasi ein Ablaufdatum haben, mit einem Ablaufdatum versehen werden. Nein - nur manche!

Ich persönlich, Herr Kollege Steiner, stelle mir die Frage, wie man dann und wer das dann entscheidet, das ist mir nicht ganz klar. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Landtag.)* Aber ich gehe davon aus, Herr Kollege Steiner, Sie werden mir das dann erklären.

Ich halte den Weg, Herr Kollege Steiner, den wir bisher beschritten haben, zumindest nicht für den falschen und wir sollten - auch Sie vielleicht - schon bei der Gesetzgebung selbst etwas aufmerksamer sein.

Das ist mein Standpunkt dazu. Wir werden dem Abänderungsantrag unsere Zustimmung erteilen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Mag. Sagartz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, dass mein Kollege Thomas Steiner bereits beim Tagesordnungspunkt 8 die Standpunkte der Österreichischen Volkspartei zu unserem jetzigen Antrag in Sachen Rechtsbereinigung geäußert hat.

Ich möchte nur eines anmerken, ich glaube, es ist uns allen gut geraten, wenn wir uns über Ablaufdaten und Ausscheidedaten anderer Mandatare eher stillschweigend verhalten. Das entscheidet einzig und allein der Wähler, und ein wenig Demut hat uns in diesem Zusammenhang sicherlich allen miteinander nicht geschadet. *(Beifall bei der ÖVP)*

Im Übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich festhalten, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag einbringen. Es ist unser ursprünglicher Antrag. Die einzige Frage, die ich diesbezüglich noch beantworten möchte - wer soll entscheiden, wann eine Automatik greifen soll, dass ein Gesetz nach fünf, nach drei, nach zehn Jahren eventuell ausgeschaltet, *(Abg. Ilse Benkö: Machen wir es nach „goodwill".)* nein, das machen wir nicht nach „goodwill", das machen wir nach Mehrheitsverhältnissen bei einer Abstimmung. Wenn die Mehrheit der Auffassung ist, in fünf Jahren müsste ein derartiges Gesetz wieder überprüft werden, dann werden das fünf Jahre sein. Und wenn es in zehn Jahren sein soll, dann in zehn Jahren. Vielleicht gibt es auch Gesetzesbeschlüsse, wo wir allesamt der Auffassung sind, dass sie nicht auslaufen sollten. Dementsprechend ist es so, so wie wir alle immer vorlesen am Ende unseres Ausschussberichtes, eine verfassungsmäßige Zustimmung wird das entscheiden.

Ich darf deshalb einen Abänderungsantrag einbringen, der Ihnen allen bekannt sein dürfte und darf deshalb die Beschlussformel verlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung aller im Landtag vertretenen Parteien, der Sozialpartner und der Gemeindeverbände einen Entwurf für ein Rechtsbereinigungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Deregulierung ausarbeiten zu lassen. *(Abg. Mag. Sagartz, BA übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Hergovich das Wort.

Bitte.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich sehr kurz halten, vielleicht nur eine Vorbemerkung, weil der Kollege Sagartz sagt, wir sollten in Demut uns hüllen und sollten nicht über abgelaufene Legislaturperioden oder dergleichen sprechen. Schon wieder nicht … *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Über das Ablaufdatum des jeweiligen Mandatars.)* Ich weiß nicht, was Du dann vorher gesagt hast. Ja, über Ablaufdaten, okay, gut.

Ich stelle nur fest, dass vor wenigen Monaten der Kollege Wolf und Sie halt herumgegangen sind mit Sand und haben gesagt, dieses rot-blaue Regierungsübereinkommen ist auf Sand gebaut und ist eh bald wieder aus und so weiter. Aber Sie dürfen das ja, die anderen dürfen das nicht. Ich verstehe das eh alles, passt schon.

Zum Rechtsbereinigungsgesetz der ÖVP. Ich darf hier nur anmerken, dass wir 180 Gesetze und rund 800 Verordnungen haben. Das heißt, wir sprechen von 1.000 Rechtsnormen, die wir im Burgenland haben. 1.000 Rechtsnormen, und ich darf sagen, dass diese Rechtsbereinigung eigentlich laufend notwendig ist und auch geschieht. Das beste Beispiel heute in der Landtagssitzung, wo wir ja auch wirklich darauf schon reagiert

haben, mit dem Sprengelhebammengesetz. Aber nicht fünf oder zehn Jahre, das muss laufend funktionieren, und ich glaube, das ist auch gut so.

Dieses „Sunset“ wurde in den USA erfunden. Das Kleingedruckte hat die ÖVP hier offensichtlich nicht gelesen, denn nach kurzer Zeit haben das diese vielen Bundesstaaten, die das eingeführt haben, gleich wieder abgeschafft. Auch Deutschland hat das versucht. Auch Australien hat es versucht. Alle haben es wieder abgeschafft, weil sie gesehen haben, viel Aufwand, viel Bürokratie, kein Nutzen.

Und ich erinnere: 1.000 Rechtsmaterien, die wir im Burgenland haben, die jährlich zwingend zu überprüfen. Oder auch in fünf oder zehn Jahren, wann immer, halte ich nicht für gut, sondern sollte man laufend machen.

Ihre Idee würde mitbringen, dass es mehr Kosten geben würde, mehr Bürokratie, aber wenig Nutzen. Daher ist es sicher sinnvoller, das normal zu machen und laufend zu machen.

Außerdem bin ich auch der Meinung, dass ein gewisser Vertrauensschutz notwendig wäre, die Bürger und auch die Unternehmungen sollen sich auch verlassen können auf das, was wir hier beschließen.

Das machen wir auch beispielsweise beim Veranstaltungsgesetz oder Hebammengesetz.

Wir werden dem Abänderer sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend effiziente Gesetzgebung und Vollziehung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

30. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 308) betreffend Einführung einer Integrationsvereinbarung zwischen Flüchtlingen und dem Land Burgenland (Zahl 21 - 218) (Beilage 357)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 30. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 308, betreffend Einführung einer Integrationsvereinbarung zwischen Flüchtlingen und dem Land Burgenland, Zahl 21 - 218, Beilage 357.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Geschätzter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 308) betreffend Einführung einer Integrationsvereinbarung zwischen Flüchtlingen und dem Land Burgenland (Zahl 21 - 218) (Beilage 357) vor.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Integrationsvereinbarung zwischen Flüchtlingen und dem Land Burgenland unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen in dieser doch zweitätigen Sitzung! Nun haben wir den Vorschlag einer sogenannten Integrationsvereinbarung vorliegen, der zwischen Flüchtlingen und dem Land Burgenland abzuschließen ist.

Wir haben einen Abänderungsantrag dazu bekommen, der sich in Details unterscheidet, aber die Zielrichtung ist im Grunde genommen dieselbe.

Ich möchte eines vorweg klarstellen. Ich halte es für eine der ganz großen Herausforderungen und Aufgaben von Politik und Gesellschaft in diesen Jahren und in diesen Zeiten, sehr umsichtig und sorgsam für gute Integration von Menschen, die in unser Land kommen, zu sorgen. Auch von Menschen, die schon länger da sind, auch von Menschen, die vielleicht schon in der dritten, vierten, fünfundzwanzigsten Generation da sind, und sich immer wieder auch die Frage stellen müssen und sich stellen lassen müssen: Wie gut sind wir hier integriert?

Dazu ist Verschiedenes möglich und nötig.

Zum einen muss man sich orientieren können, wie denn hier das Leben und das Zusammenleben so funktioniert. Welche Regeln es gibt, welche Rahmenbedingungen es gibt und welche Gebräuche und Sitten es gibt.

Das kann ich in Orientierungskursen kennenlernen. Vor allem aber lerne ich das kennen und übe ich das ein im Kontakt mit recht vielen konkreten Menschen vor Ort. Werte kann ich nicht durch ein paar Stunden in einem Kurs, der mir verordnet wird, lernen, Werte erlerne ich nur, wenn ich mit Menschen zusammen bin, die diese Werte leben.

Orientierung ist das Erste, das Menschen brauchen, um sich gut integrieren zu können.

Das Zweite ist, sie müssen die Sprache sprechen können. Also: Wir brauchen ausreichend Deutschkurse. Wir brauchen Deutschkurse sowohl für welche, die bereits den Asylstatus haben, dafür gibt es auch die verpflichtenden Zusagen, aber wir brauchen auch schon Deutschkurse für Menschen, die noch in der ersten Phase der Integration sind, damit sie überhaupt einen Start da hinein finden können und überhaupt kommunizieren können.

Diesbezüglich gibt es bei uns noch ganz große Lücken und wir haben einfach das Angebot nicht.

Und dann braucht es noch etwas Drittes. Wenn wir wollen, dass Menschen sich in einer Gesellschaft integrieren können: Sie müssen die Möglichkeit haben, für sich selber zu sorgen. Und das wollen auch die allermeisten Menschen. Faule gibt es überall. Da ist es wurscht, von wo man herkommt und welche Eltern man hat und wo man aufgewachsen ist, aber die allermeisten Menschen möchten sich selber erhalten können und möchten selber arbeiten dafür, dass sie sich erhalten können und von niemandem abhängig sein. Also braucht es hier auch für Menschen, die das tun wollen und sich in dieser Weise integrieren wollen, die Möglichkeit und die Erlaubnis zu arbeiten.

Hier gibt es also unterschiedliche Zugänge, Möglichkeiten und Verpflichtungen, von verschiedenen Seiten, damit Integration möglich ist. Integration ist immer etwas, wo zwei Teile oder mehrere Teile aufeinander zugehen. Das ist nicht Unterwerfung oder reine Anpassung oder Assimilation. Integration ist etwas sehr Bewegtes und etwas, das auch in sich verändert und Menschen verändert.

Nun halte ich es nicht für besonders dienlich, wenn hier von einer Seite der Integration eine Regel aufgestellt wird, die sagt, wir knallen dir da jetzt eine Vereinbarung hin, die musst du unterschreiben, und wenn du dich nicht daran hältst, oder wenn du sie nicht unterschreibst, dann kümmern wir uns weiter nicht um dich. Das kann es nicht sein.

Was es sehr wohl sein kann, ist, dass es diese Angebote gibt und dann werden sie Menschen auch gerne annehmen. Je höher sozusagen die Selbstverständlichkeit ist, dass wir hier auch miteinander leben wollen und dass diese Menschen auch merken, sie sind hier willkommen, desto stärker wird auch das Bedürfnis sein, all diese Angebote wahrzunehmen.

Es wird mir dann nachher wahrscheinlich in Wortmeldungen, ich weiß nicht wie ausführlich oder wie kurz, die dann ausfallen werden, aber wenn sie ausführlicher ausfallen würden, würde sicher vorgehalten werden, wo welche GRÜNEN in welchen Bundesländern schon irgendwelche Integrationsvereinbarungen unterschrieben hätten oder nicht.

Es gibt im konkreten Fall eines, das war in Vorarlberg, da war aber das Zustandekommen so einer Integrationsvereinbarung eine ganz andere. Und ich muss auch sagen, auch da sehe ich einiges kritisch.

Es ist bei uns nicht so, dass wir bei diesen Themen einfach in allen Landtagen überall dasselbe sagen, sondern wir haben hier auch zum Teil durchaus unterschiedliche Zugänge.

Aber, ich möchte mich da durchaus auch an einer Kollegin orientieren und mich auf sie beziehen, die in einem Land Regierungsverantwortung dafür hat, nämlich in Tirol, die Kollegin Christine Baur, die auch dort ganz klar sagt, Tirol geht konsequent den Weg des gesellschaftlichen Miteinanders und es ist wichtig, weitreichende Integrationsmaßnahmen zu setzen. Aber diese Integrationsmaßnahmen beinhalten nicht, dass irgendjemand die

Frage stellt oder gar verlangt, dass Menschen, die hier nicht ganz mitkommen, Mindestsicherung zum Beispiel gestrichen oder gekürzt wird.

Wichtig ist, dass soziale Ausgrenzung verhindert wird. Wichtig ist, dass wir die Grundauffassung haben, dass wir hier friedlich zusammenleben wollen.

Eine Integrationsvereinbarung würde immer beinhalten, dass ein Teil, der diese Integrationsvereinbarung vorlegt, bereits alles erfüllt.

Wir sind aber im Burgenland weit davon entfernt, dass all das erfüllt wird, was dann von anderen auch erwartet wird, zu konsumieren oder daran teilzunehmen. Wenn Sie wirklich über so etwas reden wollen, über eine Integrationsvereinbarung, dann muss das Land Burgenland schon noch einmal ein paar Schritte weitergehen, um überhaupt in die Lage zu kommen, all das hier auch anzubieten, was dann vom Gegenüber verlangt wird anzunehmen.

So gesehen ist völlig klar, dass wir so einem Antrag, weder dem vorgelegten Antrag, noch dem Abänderungsantrag zustimmen können.

Ich hoffe auch sehr, dass wirklich das umgesetzt wird, was von der Landesregierung uns schon immer wieder vorgekaut wird, das Burgenland ist das Land der kleinen Einheiten und es dürfen keine Massenquartiere, und Sie haben mir noch nie definiert, was ein Massenquartier ist, aber so etwas darf nicht vorkommen, und ich finde das auch nicht gut, wenn Massen irgendwo auf einem Haufen sind.

Es dürfen also keine sehr großen Quartiere sein, die haben wir aber zum Teil noch im Burgenland. Es gibt auch Ortschaften, wo wirklich einfach zu viele Menschen auf engem Raum miteinander untergebracht sind.

Wir haben hier im Saal auch Bürgermeister sitzen, die noch überhaupt keine Asylwerbenden oder Flüchtlinge bei sich aufgenommen haben, Kollege Friedl, oder es gibt … *(Abg. Werner Friedl: Das stimmt doch nicht.)* Sind jetzt schon welche da in Zurndorf? *(Abg. Werner Friedl: Sicher.)* Fein. Na dann gratuliere. Danke schön für die Aktualisierung. Denn auf der letzten Liste, die ich ausgedruckt bekommen habe, da war Zurndorf noch gar nicht dabei, da war auch Winden nicht dabei. Da waren einige Gemeinden noch gar nicht dabei, die andere sehr wohl entlasten könnten.

Bevor wir anfangen, von anderen irgendwelche Vereinbarungen einzufordern, legen wir einmal unsere Arbeit dorthin, wo wir uns auch selber die Latte legen. Dann sind wir schon ein großes Stück weiter. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Themen Migration und Integration haben wir meines Erachtens zwei Hauptprobleme. Das erste Hauptproblem ist, dass wir unangenehme Wahrheiten nicht zur Kenntnis nehmen und schon gar nicht klar aussprechen oder das nur selten tun.

Und das Zweite ist, dass wir schon viel zu lange mit Placebos arbeiten. Schauen wir uns doch bitte an, was die letzten Jahre und Jahrzehnte passiert ist, wie sich die Lage entwickelt hat!

Wir hatten doch schon vor dem Katastrophenjahr 2015 Integrationsprobleme. Wir hatten doch schon vor dem Katastrophenjahr 2015 parallel- und gegengesellschaftliche Strukturen, mit denen wir kämpfen mussten.

Wir hatten schon vor dem Katastrophenjahr 2015 das Thema Islamisierung, radikaler Islam, im Amedi, im öffentlichen rechtlichen Rundfunk gesagt haben, sie pfeifen auf die österreichische Verfassung.

So und jetzt sind es mit einem Schlag 90.000 Leute mehr. Zumindest offiziell. Und jetzt soll das auf einmal alles funktionieren?

Im Grunde genommen stehen in dieser Integrationsvereinbarung lauter Selbstverständlichkeiten. Für mich ist das, was in Saudi-Arabien selbstverständlich ist, auch nicht selbstverständlich, aber wenn ich dorthin fahre, dann wäre es für mich eine Selbstverständlichkeit, mich an die dortigen Gepflogenheiten zu halten.

Und da brauche ich keine Übersetzungen, so bin ich erzogen worden. Abgesehen davon weiß ich, was mir dort blüht, wenn ich mich nicht an die Sitten und Moralvorstellungen dortigen Zuschnitts halte. Das wirkt!

Ich glaube, dass diese Vereinbarung im Endeffekt jeder unterschreiben würde, der sich etwas davon verspricht, oder der zumindest nicht ungut auffallen möchte, im Endeffekt also wertlos. Ein Placebo.

Wertlos auch deshalb, weil wir von denen, die die Verinnerlichung dieser Vereinbarung und was da drinnen steht am notwendigsten hätten, am wenigsten ernst genommen werden. Wir haben ja mit denen ein Problem, die sich nicht integrieren wollen.

Und wir signalisieren ständig, dass wir nicht bereit sind, Konsequenzen zu ziehen. Wir schieben kaum bis gar nicht ab. Wir sperren nicht ein. Wir schicken Polizisten in Kurse, um ihnen dort beizubringen, dass man mit kriminell gewordenen Asylwerbern möglichst vorsichtig umgehen muss, weil sie ja eine, das stimmt, Frau Kollegin Petrik, ich bringe Sie da gerne einmal mit einem Kollegen zusammen, der Ihnen das erklären wird, da hat es eine interessante Schulung in Innsbruck gegeben, wo eben Polizisten beigebracht wird, wie vorsichtig man mit kriminell gewordenen Asylwerbern umgehen muss, weil man muss ja immer im Auge haben, dass die eine tragische Vorgeschichte haben. Das sind dann auch oft dieselben Polizisten, die miterleben müssen, dass diese Leute Kollegen angreifen und so weiter und so fort.

Wir kennen die Problematik der Förderung islamischer Kindergärten in Wien. Ich glaube, das brauche ich nicht lange auszuführen.

Wir nehmen uns da in Wirklichkeit selber nicht ernst. Und ich verstehe daher auch, wenn Zuwanderer, Migranten, Asylwerber die Position Österreichs nicht ernst nehmen.

Und wenn sich jemand nicht an diese Integrationsvereinbarung hält, dann passiert ja auch nichts. Der Grund dafür liegt darin, dass es an gesetzlichen Grundlagen fehlt.

Das ist auch ein Stichwort. Wie „toll“ die gesetzlichen Grundlagen sind, das hat gestern erst der ÖVP-Klubobmann in Wien zum Besten gegeben, der das Staatsbürgerschaftsrecht kritisiert hat, das er selbst mitgeschlossen oder mitverhandelt hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sechs Jahre legaler Aufenthalt ist gleich Staatsbürgerschaft. Na, das ist ein furchtbar toller Ansporn. Da pfeife ich erst recht auf diese Integrationsvereinbarungen. Sechs Jahre, das ist überhaupt bei den jetzigen Asylverfahren ein überschaubarer Zeitraum, wenn dann die NGOs noch kräftig genug finanzieren und andrücken, dann kann man die Verfahren schon so verzögern und noch gewisse andere Kniffe anwenden, dass die Zeit eben vorbeigeht. Wenn ich dann lange genug dem Staat auf der Nase herumgetanzt habe, dann steht am Schluss die Staatsbürgerschaft.

Also, das ist in sich nicht schlüssig. Ich kann diese Beteuerungen nicht ernst nehmen. Wir in unserer Situation im Burgenland sind ja da noch gesegnet, aber ob wir uns in den Ballungszentren, speziell in Wien, wo die Anteile ja sehr hoch sind, überhaupt noch helfen können, das ist fraglich.

Weil die Frage ist: Was bedeutet dort überhaupt noch Integration? Also, wenn ich in ein Kaffeehäferl ein Häferl Zucker hineinleere, dann wird sich der darin nicht auflösen. Das wird uns nicht passieren.

Es kann die Devise daher nur lauten, dass wir auch die gesetzlichen Grundlagen schaffen, dass wir konsequent sind, dass wir unangenehme Wahrheiten ansprechen, dass wir das auch endlich zur Kenntnis nehmen, dass wir natürlich nicht immer schmerzlose Prozesse haben werden. Überhaupt, was die ganze Wanderungsthematik angeht, da ist die wirklich traurige Wahrheit die, dass es keine schmerzlose Lösung gibt. Zumachen ist nicht schmerzlos, offenlassen ist aber auch nicht schmerzlos.

Das ist das, was wir viel zu lange ausgeblendet haben. Ich frage mich außerdem, und das sollten wir uns alle fragen: Wer ist die Zielgruppe von Integration? Ich sage ganz ehrlich, ich bin dagegen, dass wir Asylwerber integrieren. Ich bin dafür, dass wir Asylwerber die deutsche Sprache soweit beibringen, dass sie ihre Wege erledigen können und sich bei uns zurechtfinden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, die Frage von Integration stellt sich bei jenen, die dauerhaft Aufenthalt in Österreich haben, die einen entsprechenden Titel haben. Auch dieses Spiel kennen wir. Wir waren da in den letzten Jahren viel zu lasch. Wir haben die Bereiche Asyl und Zuwanderung vermischt, dann haben wir das humanitäre Bleiberecht geschafft, da war dann genau das das Argument. Die sind schon so lange da und so gut integriert und auch wenn sie keinen Asylanspruch haben, die müssen doch hierbleiben dürfen.

Ich gestehe schon zu, dass es da Härtefälle gibt und Verfahren, die sechs Jahre oder länger dauern, das ist menschlich natürlich nachvollziehbar. Ich verstehe das, wenn Kinder da auf die Welt kommen und dann in die Schule gehen, das leuchtet mir alles ein, aber wir sind unterm Strich zu lasch unterwegs. Meines Erachtens müssen wir vor allem in dem Bereich härter werden, wenn es, und das wäre die Zielgruppe, um Leute geht, die nicht integrationswürdig sind. Wir dürfen bei all dem auch nicht vergessen, dass Integration in erster Linie, es gibt natürlich eine zweite auch noch, eine Bringschuld ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einigen Monaten regiert ein Thema unseren Alltag. Es ist die Asylkrise, welche die Politik vor gewaltige Herausforderungen stellt. Österreich hat im vergangenen Jahr, speziell gemeinsam mit wenig anderen Ländern innerhalb der Europäischen Union, große Solidarität und große Hilfsbereitschaft gegenüber Hilfssuchenden unter Beweis gestellt.

Gleichzeitig darf aber nicht vergessen werden, dass es auch bei uns Grenzen der Belastbarkeit gibt und, dass Kapazitäten erschöpft sein können und die nationale Ordnung nicht gewährleistet werden kann. Dementsprechend musste gehandelt werden.

Nachdem die Europäische Union keine gemeinsame Linie innerhalb der Asylpolitik auf den Weg gebracht hat, musste Österreich nationale Maßnahmen zur Begrenzung

setzen, die ich inhaltlich zur Gänze mittrage. Neben der Suche nach Lösungen auf europäischer Ebene wird vor allem die Integration der Flüchtlinge eine gewaltige Herausforderung darstellen. Menschen kommen aus Ländern mit anderen Kulturen, mit anderer Sprache und anderen Werten. Die Grundwerte Europas sind ihnen nicht bekannt. Deswegen ist es wichtig, dass es für die Eingliederung von Menschen, die einen positiven Asylbescheid haben, konkrete Maßnahmen innerhalb der Sprachenvermittlung, der Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt und bei der Wertvermittlung gibt.

Nur durch Sprache kann Bildung vermittelt werden, die schließlich zu Jobchancen und zur Integration in unserer Gesellschaft führt. Gleichzeitig ist aber auch das Augenmerk auf die Wertvermittlung zu legen.

Es geht darum, den Zugang zum Rechtsstaat und zur Demokratie zu vermitteln. Es geht darum, ein Bekenntnis zur Gleichstellung von Mann und Frau abzulegen und vielen weiteren Zugängen und Bekenntnissen, die für uns ein Selbstverständnis darstellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin überzeugt, meine geschätzten Damen und Herren, dass Integration auf Basis klarer Regeln gelingen kann. Unser Ziel ist es, jenen Menschen, die das Aufenthaltsrecht zugesprochen bekommen haben, zu helfen, sich innerhalb der Gesellschaft zu integrieren. Umgekehrt verlangen wir aber auch die Bereitschaft und den Willen, einen Beitrag für ein gutes Zusammenleben zu leisten.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich sage ganz klar: Integration darf keine Einbahn sein, denn es geht in dieser Diskussion nicht um links oder rechts, es geht nicht darum, wo jemand herkommt, welche Sprache er spricht, welche Hautfarbe er hat.

Für mich zählt, dass sie sich an Regeln halten. Wer Teil unserer Gesellschaft sein will, muss sich an unsere Regeln halten, wer bleiben will muss unsere Werte akzeptieren. Aus diesem Grund fordern wir eine Einführung einer Integrationsvereinbarung zwischen den Flüchtlingen und dem Land Burgenland.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ein wichtiger Schritt im Bereich der Integration wurde vor zwei Tagen im Ministerrat gesetzt, nämlich, dass Anerkennungsgesetz. Sebastian Kurz und sein Team haben in den letzten zwei Jahren intensive Verhandlungen geführt, damit Migranten ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen auch in Österreich schneller und einfacher anerkennen lassen können und somit auch entsprechend ihrer Qualifikation beschäftig werden können.

Gerade jetzt, wo wir durch die Flüchtlingskrise vor einer besonderen Herausforderung stehen, ist das Anerkennungsgesetz eine gute Basis für eine rasche Integration derer, die nach Österreich gekommen sind.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, dass Integration dann funktionieren kann, wenn Leistung erbracht wird. Wer die deutsche Sprache beherrscht, wer Werte akzeptiert und im Arbeitsmarkt Fuß fasst, rückt in die Mitte unserer Gesellschaft.

Ich darf zum vorliegenden Antrag einen Abänderungsantrag einbringen und die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Integrationsvereinbarung mit folgendem Inhalt zu erlassen und mit den Betroffenen abzuschließen:

Integrationsvereinbarung:

Die Republik Österreich gewährt Ihnen als Konventionsflüchtling oder subsidiär Schutzbedürftige beziehungsweise Schutzbedürftiger ein Aufenthaltsrecht in Österreich. Österreich und das Burgenland erbringen einen großen Einsatz für die Integration von Flüchtlingen. Wir erwarten daher von Ihnen die aktive Mitarbeit im Rahmen der Integration. In Österreich leben Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Geschichte friedlich zusammen. Das ist durch Gesetz gesichert und den Menschen wichtig. Das Land Burgenland möchte Sie über diese Grundregeln des Zusammenlebens informieren. Weiters möchten wir Ihnen vermitteln, welche Integrationsmaßnahmen von Menschen in Österreich erwartet werden, um soziale Sicherheit und ein positives Zusammenleben zu sichern.

Wichtige Grundregeln des Zusammenlebens:

- Österreich ist eine Demokratie. Die Gesetze entstehen durch Diskussion und Abstimmung auf Basis von Regeln. Sie werden von Vertreterinnen und Vertretern des Volkes gemacht.
- Das Gesetz verbietet jegliche körperliche und psychische Gewalt, insbesondere gegen Kinder und Frauen. Das gilt im öffentlichen und im privaten Bereich und gegenüber allen Menschen.
- Der Staat handelt nach den demokratisch vereinbarten Gesetzen, welche von allen Religionen einzuhalten sind.
- Jeder Mensch kann in Österreich das eigene Leben (Glauben, Tradition, Interessen, Sexualität) selbst gestalten. Er darf dabei aber nicht gegen die Gesetze verstoßen.
- Frauen und Männer haben in Österreich die gleichen Rechte; beide bestimmen selbst über alle Aspekte ihres Lebens.
- Es besteht Kindergarten- und Schulpflicht für Mädchen und Buben.

Integration:

Integrationsmaßnahmen sind die Basis dafür, dass Menschen in Österreich für sich und ihre Familie sorgen sowie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Alle Menschen, die in Österreich bleiben können, haben folgende Integrationsleistungen zu erfüllen:

- Erlernen der deutschen Sprache – Verpflichtender Besuch von Deutschkursen.
- Aneignen von Kenntnissen über die Grundwerte unserer Gesellschaft durch Besuch von Werte- und Orientierungskursen.
- Erwerb von Qualifikationen, die auf eine Erwerbstätigkeit abzielen sowie Bereitschaft zur Aufnahme einer Arbeit.

Der Verstoß gegen Gesetze sowie die Verweigerung von Integrationsmaßnahmen ziehen Sanktionen nach sich. Diese reichen von Strafen über Leistungskürzungen bis hin zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen.

1. Ich nehme die Information über die grundlegenden Regeln des Zusammenlebens in Österreich zur Kenntnis und akzeptiere diese Regeln.

2. Ich nehme die Information über die Integrationsleistungen zur Kenntnis.

Danke. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als nächsten Redner erteile ich Herrn Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit möchte ich meine Rede so anlegen, dass ich auf die Vorredner repliziere und ein paar kurze Anmerkungen dazu mache.

Nun, es ist richtig, wie Mag.a Petrik bereits erwähnt hat, dass es drei Elemente gibt, die durchaus im Bereich der Integration anzusetzen sind. Orientierung, Spracherwerb und schließlich die Selbsterhaltungsfähigkeit.

Es ist auch richtig, was der Kollege Molnár bereits erwähnt hat, nämlich, dass die Integration in erster Linie eine Bringschuld ist und es ist auch richtig, was der Kollege Fazekas angesprochen hat, dass Integration keine Einbahnstraße sein darf. Im Prinzip bedeutet das, wir haben momentan den Status, wo wir seit letztem Jahr im Rahmen der Asylgipfel ein Motto geprägt haben: Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz!

Wir versuchen diejenigen, die Unterstützung brauchen, in unsere Gesellschaft zu integrieren. Ein Punkt war und ist sicherlich die Schaffung von Unterbringung in kleinen Einheiten. 80 Prozent der Unterbringungsmöglichkeiten bestehen mit bis zu fünf Personen. Es ist auch wichtig, dass es keine größeren Quartiere sind, weil in kleinen Einheiten diese Integration besser gewährleistet werden kann.

Ich glaube auch, dass Integration ganz am Anfang beginnen muss. Das wurde auch bereits erwähnt, dass sie im frühkindlichen Alter, eventuell auch ab dem Zeitpunkt der Schulbildung, eintreten muss. Themen, wie Einführung einer politischen Bildung und Ethik, um diese Wertekultur zu lernen, Themen, wie Wertekurse, Themen, wie Sprachkurse sind heute auch schon erwähnt worden.

Der letzte Stand ist der, dass mittlerweile auch seitens des Landesrates die Sprachkurse und Wertekurse auf Schiene gebracht wurden. Im Hinblick auf Sprachkurse gibt es bei der Erlernung der deutschen Sprache bereits laufende Kurse. Besonders betroffen davon sind natürlich die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

Wir haben momentan 195, die in diesem Bereich eingelangt sind und die im Endeffekt auch davon betroffen sind. Nun, wichtig ist auch, dass Integration ein öffentlicher Auftrag ist, und nicht an Privatinitiativen und auf engagierte Bürger abgewälzt werden darf.

Was bedeutet die Aussage vom Kollegen Molnár, dass eine Integration in erster Linie eine Bringschuld zu sein hat? Ich glaube schon, dass es um die Integrationswilligkeit geht, denn integrationswillig ist man dann, wenn man die jeweiligen Werte, sprich, den Spracherwerb, die Anerkennung der Gesetze, sowie die Bereitschaft zur Arbeit jedenfalls annimmt und damit die Grundregeln des Staates akzeptiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn jemand diese Integrationswilligkeit nicht besitzt und integrationsunwillig ist, ist es rechtens, auch nach bisherigen rechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen, dass man Leistungskürzungen macht.

Das gibt es bereits beim Pensionssystem, das gibt es bereits im Arbeitslosenversicherungsrecht, das gibt es aber auch im Mindestsicherungsbereich.

Ich glaube, es wird auch wichtig sein, in diesem Bereich der Integration diese Leistungskürzungen ansprechen zu dürfen. Ich bin auch der Meinung, dass bei

Straffälligkeit - und diese Beispiele können immer wieder auftreten - auch durchaus aufenthaltsbehindernde Maßnahmen vorzuschreiben sind, denn dafür haben wir auch rechtliche Bestimmung. Ich glaube deshalb auch, dass wir mit dem momentanen System nicht unbedingt eine Integrationsvereinbarung brauchen, weil die bloß einen Ethos aufstellt, der momentan nicht notwendig ist.

Ich glaube, wir haben seit einigen Tagen ein intaktes Integrationsreferat im Bereich der Landesregierung. Wir haben eine Integrationsleitlinie und wir haben auch den Einsatz eines Integrationsbeauftragten.

Wenn wir diese Kräfte bündeln, können wir gewährleisten, dass die Integration in diesem Ausmaß erfolgt. In diesem Sinne glaube ich, dass es im Interesse aller Fraktionen sein kann, dass unter dem Motto „Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz“ weiterhin diejenigen Maßnahmen, die wir bereits gesetzt haben, angepasst werden und schließlich und endlich dazu beigetragen werden, dass eine Zusammenführung in der Gesellschaft erfolgen kann.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön. Eine Integrationsbeauftragte oder einen Integrationsbeauftragten gibt es, meiner Meinung nach, noch nicht. Auf die warten wir noch, soweit ich informiert bin. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte nur kurz auf den Kollegen Molnár ergänzend bezüglich des Staatsbürgerschaftsrechtes nach sechs Jahren eingehen. Das stimmt nur für Menschen, die mindestens, nein nicht mindestens, die drei Jahre hindurch 1.000 Euro, ohne Sozialleistungen verdient haben. Die weiters unbescholten sind, Deutschkenntnisse B1 haben und Verwaltungsgebühren von 2.000 Euro in Kauf nehmen.

Das Ganze gilt nicht nur für anerkannte Flüchtlinge, sondern auch für EU-BürgerInnen und für Menschen oder Personen, die mit einem Österreicher oder einer Österreicherin verheiratet oder in einer eingetragenen Partnerschaft stehen. Also, die Hürden sind da doch ein bisschen mehr als sechs Jahre hier zu sein. Das war es auch schon. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters, und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Integrationsmaßnahmen im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

31. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 313) betreffend der Förderung der Umstellung auf biologische Landwirtschaft (Zahl 21 - 223) (Beilage 358)

Präsident Christian Illedits: Berichterstatter zum 31. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 313, betreffend der Förderung der Umstellung auf biologische Landwirtschaft, Zahl 21 - 223, Beilage 358, ist Herr Landtagsabgeordneter Werner Friedl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Werner Friedl: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Förderung der Umstellung auf biologische Landwirtschaft, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung, am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Anschließend erfolgte eine Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Förderung der Umstellung auf biologische Landwirtschaft unter Einbeziehung der vom Landtagsabgeordneten Friedl beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Wir haben uns absichtlich bemüht, Anträge zu stellen, die das Land Burgenland betreffen und wo die Landesregierung beziehungsweise der Landtag etwas machen kann.

Der Abänderungsantrag richtet sich an die KonsumentInnen und an die Bundesregierung. Gut und schön. Aber, eigentlich nicht in unserem Sinne. Es geht darum, dass wir die Bioförderung etwas aufpeppen wollten und für Betriebe, die bis Ende 2017 auf Bio umstellen, eine zusätzliche Landesförderung gewähren wollten.

Warum? Weil immer mehr Leute Bio kaufen wollen. Weil es eine größere Nachfrage gibt, als im Moment die Produktion leisten kann. Das betrifft vor allem den Bereich Tierhaltung.

Ganz konkret gibt es zu wenig Bio-Eier. Es gibt zu wenig Bio-Geflügel und es gibt zu wenig Bio-Schweinefleisch. Das heißt, das wären konkrete Möglichkeiten, wo man Landwirten, die, wie wir aus dem Grünen Bericht wissen, in den letzten Jahren es ohnehin nicht leicht hatten, gute Standbeine zu schaffen.

Wir wissen auch aus dem Grünen Bericht, dass die Bio-Betriebe jene Betriebe sind, denen es weniger schlecht geht und sogar besser geht, wie den konventionellen Betriebe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dazu kommt noch, deswegen wollten wir auch die tierhaltenden Betriebe hier besonders berücksichtigen: Einen Ackerbaubetrieb von konventionell auf Bio umzustellen, geht auch nicht nebenbei. Aber, einen Tierhaltungsbetrieb umzustellen, ist wesentlich aufwendiger, wesentlich schwieriger, braucht intensivere Beratung.

Damit komme ich auch gleich zur Beratung. Leider wurden auch hier in den letzten Jahren - zugegebenermaßen noch unter schwarzen Agrarlandesräten - die Gelder zurückgefahren. Der Verein Bio Austria hat hier leider weniger Gelder zur Verfügung wie früher. Gerade die Umstellungszeit ist aber eine sehr wichtige Zeit, wo es vieler Informationen und Beratungen bedarf.

Deswegen hoffe ich, dass sich das, weil das Agrarreferat in roter Hand ist, in der nächsten Zeit ein bisschen verbessern wird. Eigentlich wollen alle, auch wir, die wir hier sitzen, nehme ich einmal an, Lebensmittel ohne Chemie. Wenn es dann darum geht, hier die entsprechenden Grundlagen zu schaffen, wird leider zu wenig bis gar nichts getan.

Ein Riesenproblem ist natürlich auch das drohende Freihandelsabkommen TTIP. Nicht nur für Bio-Betriebe, sondern generell. Es freut mich sehr, dass da - ganz entgegen der ÖVP im Burgenland - der Landwirtschaftsminister um einiges weiter ist und hier das TTIP als ein totes Pferd bezeichnet, welches man nicht mehr satteln soll.

Das Institut für Höhere Studien und auch das österreichische Forschungsinstitut für internationale Entwicklung kommen zu ähnlichen Ergebnissen, nämlich, dass TTIP vor allem die Landwirtschaft und die Lebensmittelbranche sehr negativ beeinträchtigen wird. Sie sprechen davon, dass vor allem die Kleinbetriebe unter oder bis zu 20 Hektar, die uns doch besonders am Herzen liegen, besonders betroffen sind.

Wir könnten, wenn wir den Bio-Landnau fördern, auch gleich wesentlich positivere Effekte im Klimawandel mitnehmen, da der Bio-Landbau wesentlich weniger Treibhausgase verursacht wie die konventionelle Landwirtschaft. Das heißt, wir hätten zwei Fliegen mit einer Klappe. Der Abänderungsantrag der Regierungsparteien, ich habe es erwähnt, wendet sich hier, unserer Meinung nach, an die Falschen.

Wir werden daher dem Abänderungsantrag nicht zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Wahrheit einer Absicht ist die Tat. Ein Zitat von Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Dieses Zitat, lieber Herr Kollege Spitzmüller, drucke ich Ihnen gerne aus. Sie können es nachher bei mir abholen.

Sie heften sich das Thema Bio-Landwirtschaft an die Fahne, und Ihre Kollegin konsumiert im Landtag ein Produkt, das in Großbritannien hergestellt und nach Österreich

lediglich geliefert wird. Das ist aber auch schon der einzige Bezug zu Österreich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das hat nichts, aber auch absolut gar nichts mit Bio und schon überhaupt gar nichts mit Bio-Landwirtschaft in Österreich zu tun. *(Abg. Ilse Benkö: So schaut es aus!)* Die Stärkung und Weiterentwicklung der Bio-Landwirtschaft sowie das Bio-Aktionsprogramm 2015 bis 2020 sind im Regierungsübereinkommen des Bundes festgeschrieben.

Jetzt liegt es am Landwirtschaftsminister der Volkspartei, auch endlich zu handeln. Die ÖVP nennt sich Wirtschafts- und Landwirtschaftspartei. Die ÖVP fordert von der neuen, revolutionären und effizienten Landesregierung immer mehr Geld. Die ungedeckten Schecks klingen gut, aber sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind.

Die ÖVP hatte in diesem Land lange genug Zeit und Möglichkeiten, Veränderungen herbeizuführen, doch es ist nichts passiert. Jetzt geht endlich etwas weiter, und die Bevölkerung spürt das auch. Wir stimmen unserem Abänderungsantrag zu und hoffen, dass der Landwirtschaftsminister endlich handelt und unsere Landesrätin sich nicht wieder um Bundesagenden kümmern muss, nur weil der Minister versagt und untätig bleibt.

Ein gutes Beispiel dafür war auch der Uhudler, die Uhudler-Problematik. Vielen Dank Frau Landesrat, dass Sie hier doppelten Einsatz zeigen und sich neben Ihren Agenden im Land auch noch um die Agenden im Bund kümmern, damit endlich etwas weitergeht. Der Bund muss endlich tätig werden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! *(Abg. Ilse Benkö: Kommt jetzt der Uhudler?)* Zu fortgeschrittener Stunde ist es irgendwie verständlich, wenn man statt 328 Ortsteile 290 im Burgenland sagt. Was weniger verständlich ist, ist die geringe Aufmerksamkeit bei einem wesentlichen Punkt für das Südburgenland, und zwar beim Verkehrssystem.

Da habe ich überhaupt nicht verstanden, warum das alles so lustig war. Dieser Punkt, den der Kollege Rosner vorgetragen hat, war wichtig, weil dort wirklich überhaupt nichts passiert ist. Dann haben Abgeordnete der FPÖ ein Schreiben unterschrieben, zu dem sie sich heute scheinbar nicht mehr bekennen. *(Abg. Ilse Benkö: Wir bekennen uns zu allem.)*

Vielleicht wird es jetzt besser, wenn Ihr in Oberwart eine Koalition habt. *(Abg. Ilse Benkö: Schau, dass Du zur Sache redest!)* Vielleicht wird das jetzt in Zukunft besser. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun aber zu TTIP, Kollegen Spitzmüller, denn Sie kennen ohnehin vielleicht den gemeinsamen Antrag des Landtages, den es zu TTIP gegeben hat. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Landwirte des Burgenlandes in vielen Punkten Vorreiter in der Einhaltung ökologischer Richtlinien und somit in der nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Betriebe in Österreich und Europa sind.

Dies trifft vor allem auf die biologische Produktion zu, da wir mittlerweile rund 27 Prozent der Ackerfläche biologisch bewirtschaften. Das ist der höchste Anteil von Österreich. Die Bioackerbauflächen sind in den letzten fünf Jahren von 2010 auf 2015 um

über 10.000 Hektar in Österreich und fast 2.000 Hektar, also fast ein Fünftel davon, im Burgenland gestiegen.

Immer mehr landwirtschaftliche Betriebe schließen sich diesem Trend zu gesunden biologischen Lebensmittel an. Selbstverständlich hat sich auch die Landwirtschaftliche Fachschule Güssing bereits 2012 zur Umstellung auf biologische Wirtschaftsweise entschlossen, was nicht nur ein gutes Beispiel, sondern auch ein Vorbild für andere Betriebe und die Zukunft ist.

Bei der Entwicklung des neuen Umweltprogrammes von 2015 bis 2020 wurde auf eine nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung besonderes Augenmerk gelegt. So wurden in mehreren Maßnahmen Weiterbildungsveranstaltungen eingebaut, womit die Landwirte noch intensiver mit nachhaltiger und ökologischer Bewirtschaftung vertraut werden.

Die biologische Wirtschaftsweise wird neben der burgenländischen Landwirtschaftskammer selbstverständlich auch von diversen anderen Initiativen, wie, zum Beispiel, Bio Austria, Berta, und so weiter, in zahlreichen Veranstaltungen propagiert und entsprechend beraten.

Derzeit werden fast 1.000 Bio-Betriebe betreut. Weiters nehmen 80 Prozent der Flächen im Burgenland am Umweltprogramm teil und werden so nach ökologischen Richtlinien bewirtschaftet.

Deshalb sollten neben der notwendigen Kofinanzierung der Flächenprämien auch Projekte und Institutionen, welche die Bewirtschaftung nach biologischen und ökologischen Gesichtspunkten durch Abwicklung und Beratung vorantreiben, entsprechend unterstützt werden.

Wichtig ist dabei, dass die Umstellungen auf biologische Wirtschaftsweisen nur Schritt für Schritt und wie es der Markt verlangt, bewerkstelligt wird. Die Gefahr dabei ist nämlich ein Preisverfall, wenn zu viel Angebot vorherrscht. Das haben wir schon vor einigen Jahren erlebt und dass der Selbstversorgungsgrad durch die burgenländische Landwirtschaft noch weiter abnimmt. Das ist auch eine wesentliche Gefahr.

Im Südburgenland zum Beispiel, also den drei südlichen Bezirken, haben wir keinen Selbstversorgungsgrad. Bei Rindfleisch haben wir um rund 500 Schlachtrinder, bei Schweinefleisch um rund 28.000 Mastschweine, bei Schafen und Ziegen um rund 1.800, bei Masthühnern um rund 450.000, bei Milch um rund 1.400 Kühen zu wenig. Das setzt sich in anderen Bereichen noch fort.

Zur Erreichung dieser Selbstversorgung wird ein Investitionsvolumen von über 27 Millionen Euro geschätzt, mit einer Arbeitszeit von über 130.000 Stunden, sowie einer Schaffung von rund 70 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Deshalb geht allein im Südburgenland sehr viel an Wertschöpfung und Arbeitsplätzen verloren. Insgesamt ist der Trend zu biologischen Produkten, wie bereits erwähnt, selbstverständlich weiter vorhanden und vom Konsumenten ausdrücklich gewünscht. Umfragen zeigen, dass 85 Prozent der Konsumenten über die Herkunft der Lebensmittel Bescheid wissen wollen.

Vor allem dort, wo es man sich nicht aussuchen kann, was auf den Teller kommt, also in Kantinen, Mensen, Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern oder Kasernen, haben sie das Recht, zu wissen, woher das Fleisch oder die Eier in ihren Mahlzeiten stammen.

Ich kann mich nur der Landwirtschaftskammer Österreichs anschließen, dass die Verbraucher volle Klarheit über den Ursprung von Lebensmittel haben. Allen Bäuerinnen

und Bauern danke ich für die wertvolle Arbeit, damit wir alle tagein, tagaus gesunde regionale Lebensmittel zur Verfügung haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zum weiteren Tagesordnungspunkt heute gleich - Reduktion Glyphosat: Die Verwendung von Glyphosat sorgt in der EU seit Jahren für Streit. Die Mitgliedsstaaten haben Bedenken gegen eine weitere Zulassung geäußert. Umweltschützer machen geltend, dass das Pflanzengift in den menschlichen Organismus gelangt und möglicherweise krebserregend ist.

Das Europaparlament hat sich gestern mit klarer Mehrheit für eine weitere Zulassung des umstrittenen Pflanzenschutzmittels Glyphosat *(Abg. Ingrid Salamon: Mit klarer Mehrheit?)* ausgesprochen, allerdings nur für sieben anstatt 15 Jahren, wie von der Kommission geplant.

Gleichzeitig forderte das Parlament die Kommission auf, eine Liste von Beistoffen zu erstellen, die in Insektenvernichtungsmitteln nicht mehr verwendet werden dürfen. Weiters soll die Kommission einen Plan erarbeiten, um den Einsatz zu reduzieren und mehr Informationen über mögliche gesundheitsschädliche Wirkungen zu erfahren.

In diesem Zusammenhang schließe ich mich unserem Bundesminister Andrä Rupprechter an, der wiederum auf die Wissenschaft basierte Entscheidungskompetenz der EU-Kommission verwiesen hat und dass die Sikkation, also die Spritzung zur Abreifebeschleunigung in Österreich verboten sei und die heimischen Landwirte den Herbizidwirkstoff nur auf knapp drei Prozent der 1,4 Millionen Hektar Agrarflächen ausbringen.

Wesentlich größere Mengen hingegen werden von der ÖBB und den Klein- und Hobbygärtnern eingesetzt. Deshalb fordert die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, also die AGES, Anwendungseinschränkungen unter anderem für den Haus- und Küchenbereich.

Zudem soll laut AGES bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat auf nationaler Ebene den indirekten Auswirkungen auf die Artenvielfalt Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Zum Tagesordnungspunkt - Förderung der biologischen Landwirtschaft, bringe ich einen Abänderungsantrag ein. Er ist allen zugestellt worden, und deshalb komme ich gleich zur Beschlussformel:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Kofinanzierung des Umweltprogrammes sicherzustellen, damit die in diesem Programm vorgesehenen nachhaltigen und ökologischen Maßnahmen durch die Betriebe des Landes bestmöglich umgesetzt werden können und
- Projekte und Institutionen, die die Ökologisierung und Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung beraten und abwickeln, weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Walter Temmel übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordnetem Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft hat im Vergleich zu anderen Bundesländern gerade hier in unserem Bundesland Burgenland eine überdurchschnittliche Bedeutung. Der Agrarbereich ist daher im gesamten Burgenland nach wie vor ein tragender Wirtschaftsbereich.

Derzeit haben wir im Burgenland - Gesamtstand 2014: 929 Bio-Betriebe - davon sind 626 Betriebe im Jahr 2016 bei BIO AUSTRIA Burgenland gemeldet, das sind beachtliche 68 Prozent aller Bio-Betriebe. Das Burgenland ist im Bio-Bereich Vorreiter - rund 23 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen im Burgenland sind Bio.

Damit liegt unser Bundesland im Spitzenfeld des europäischen Vergleichs. Die Bio-Landwirtschaft kann mittlerweile auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken. Von 25 Bio-Betrieben, im Jahre 1990 stieg die Zahl auf derzeit 929. Die bewirtschaftete Fläche von 100 auf rund 42.000 Hektar hat sich hiermit auch erhöht.

Damit liegt die burgenländische Bio-Landwirtschaft mit einem Flächenanteil von rund 23 Prozent, wie gesagt, im europäischen Spitzenfeld. Es ist aber auch für die weitere Entwicklung nach oben hin natürlich Spielraum.

Derzeit erlebt der Bio-Markt europaweit enorme Zuwächse. Um die Wertschöpfungschancen für die heimische Landwirtschaft bestmöglichst nützen zu können, müssen wir unsere Produktion der steigenden Nachfrage auch anpassen. Letztendlich muss es aber gelingen, faire Preise auch für faire Leistungen zu erzielen. Ein Wettbewerb der Besten und nicht der Billigsten.

Damit die Leistungen auch honoriert werden, muss es zu einem Umdenkprozess bei den Konsumentinnen sowie auch bei den Konsumenten kommen.

Vielleicht haben Sie auch gestern, eigentlich schon vorgestern, die Dokumentation „Mutter Erde“ gesehen, die mich eigentlich sehr nachdenklich gemacht hat, bis hin schockiert hat. Weltweit landet ein Drittel der Lebensmittel auf dem Müll. In der EU fallen pro Person geschätzte 173 Kilogramm Lebensmittelabfälle und Lebensmittelverluste im Wert von geschätzt rund 143 Milliarden Euro an.

Umgerechnet auf Österreich sind das 143 voll beladene Sattelschlepper täglich. Lebensmittelabfälle sind ein massives Problem für die Umwelt und es passiert viel zu wenig dagegen. Wir sollten uns auch die Frage stellen, warum werden so viele Lebensmittel weggeworfen? Die Auswirkungen und die Folgen sind fatal.

28 Prozent der weltweiten Anbauflächen nehmen Lebensmittel ein, die es nie in den Magen der Konsumenten schaffen. Wir sind gefordert, eine Bewusstseinsbildung zu betreiben und ehrlich mit diesem Thema umzugehen. Das heißt, nicht Wasser predigen und Wein trinken!

Die Frau Kollegin Stampfel hat es angesprochen und ich weiß und möchte hier auch nicht polemisch sein, Frau Kollegin Petrik, und ich weiß, dass Sie Bio in dieser Form auch forcieren. Ich weiß es von meiner Gattin, sie macht Smooties zu Hause Bio, ich *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke, ich mache sie auch selber.)* kann Ihnen gerne oder sie wird Ihnen gerne das Rezept auch geben und nicht hergestellt in Großbritannien. *(Zwischenruf der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik.)*

Wenn man von Qualität und Regionalität spricht, spielt natürlich Bio eine große Rolle. Der Bio-Landbau ist das Aushängeschild unserer Landwirtschaft im Burgenland. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Temmel eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters, und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend biologischer Landwirtschaft ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

32. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 314) betreffend der Reduktion von glyphosathaltigen Mitteln (Zahl 21 - 224) (Beilage 359)

Präsident Christian Illedits: Der 32. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 314, betreffend der Reduktion von glyphosathaltigen Mitteln, Zahl 21 - 224, Beilage 359.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden in einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Reduktion von glyphosathaltigen Mitteln in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Reduktion von glyphosathaltigen Mitteln unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ein bisschen schade, dass der wichtige Antrag jetzt ganz zum Schluss kommt. Ich hoffe, Ihr seid noch ein bisschen konzentrationsfähig. Es geht um das wohl inzwischen viel geschmähteste Spritzmittel der Welt - Glyphosat.

Es gibt unterschiedliche Studien darüber, klar ist, es ist ein Agrargift, das sehr viel eingesetzt wird, das teilweise jetzt schon verboten ist, zumindest zur Abreife von Getreide.

Es ist erfreulich, muss ich schon sagen, dass hier einmal ein Abänderungsantrag zustande gekommen ist, der weitestgehend eigentlich so ist, wie ich mir das vorstelle. Fast weitgehender als mein Urantrag - ich bin ganz verwundert, Danke schön!

Warum ist das so wichtig? Erstens einmal, wollen die Leute spritzmittelfreie Nahrungsmittel und vor allem glyphosatfreie Nahrungsmittel und ich denke, es gilt immer noch das Vorsorgeprinzip. Wenn man nicht weiß, ob etwas wirklich sehr giftig ist oder weniger giftig ist, dann sollte man es möglichst nicht einsetzen.

Auch hier ist übrigens der Agrarminister schon um einiges weiter als die ÖVP, die sich hier auf die AGES-Linie zurückbeschränkt. Nur, der Agrarminister hat erst vor kurzem gesagt, die Landwirtschaft braucht überhaupt kein Glyphosat. Er geht sogar noch einen Schritt weiter und stellt Importe, vor allem von Soja, in Frage, die wir ja nach wie vor sehr stark aus Anbaugebieten beziehen, die sehr weit weg sind - erstens einmal - und wo eigentlich flächendeckend Glyphosat eingesetzt wird.

Übrigens noch ein kleiner Hinweis zu dem Abstimmungsverhalten von gestern: Das war keine eindeutige Mehrheit, sondern das war eine sehr knappe Geschichte. Es haben 294 Abgeordnete dafür gestimmt und 278 dagegen und 134 haben sich enthalten, also da von einem eindeutigen Ergebnis zu sprechen, ist sehr mutig.

Ich würde auch sagen, dass das hoffentlich für die EU-Kommission bedeutet, dass sie da auch wesentlich vorsichtiger sind und zumindest die Frist wesentlich verkürzen, die die Verlängerung des Glyphosats noch hat, wenn nicht sogar gleich verbieten. Da wird man sehen, wie sich die Kommission hier verhalten wird.

Ich denke mir, wichtig ist, wir sollten mit Glyphosat anfangen und ein Ende des Spritzmitteleinsatzes in der Landwirtschaft generell einfordern. Wir brauchen das „Klumpert“ nicht, das sieht man an den Bio-Betrieben, die der Kollege Temmel vorher sehr stark erwähnt hat. Es gibt jede Menge Ackerbaubetriebe im Burgenland, die ohne Spritzmittel auskommen, das ist auch für alle anderen möglich.

Wir werden natürlich auch dem Abänderungsantrag jetzt der Regierungsparteien, nicht dem der ÖVP, zustimmen. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN, der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau AbgeordnetenStampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, zum Thema Glyphosat muss ich hier nicht allzu viel

sagen, wir alle wissen, dass es sich hier nachweislich um ein krebserregendes Produkt handelt.

Bedanken möchte ich mich beim Herrn Kollegen Spitzmüller für das Lob zum Abänderungsantrag. Mit diesem Abänderungsantrag stehen wir dazu, dass wir uns dem Kampf gegen den Einsatz von Glyphosat angenommen haben und alles dafür tun werden, damit dieser Stoff nicht mehr angewendet wird.

Ein Verbot jedoch kann ja nur auf EU-Ebene erreicht werden. Ich hoffe sehr, dass sich hier unser Landwirtschaftsminister endlich einmal stark macht und auch etwas zum Wohle der Österreicher erreicht. Ich hoffe es nicht nur, ich erwarte es mir!

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei unserer Landesrätin Astrid Eisenkopf bedanken. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Sie hat auch seit kurzem zu diesem Thema eine Online-Petition laufen, die ich schon unterschrieben habe, und ich würde mir wünschen, dass sie von allen Seiten und allen Fraktionen unterstützt wird, um hier ein Zeichen zu setzen.

Vor allem, damit unserem Landwirtschaftsminister endlich klar wird, dass er für das Wohl der Österreicherinnen und Österreicher zu sorgen hat. Er hat es zumindestens gelobt.

Wir werden daher diesem Abänderungsantrag zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die Information von der Abstimmung dargespiegelt, 374 Stimmen dafür, 226 dagegen, über 100 Stimmenthaltung.

Ich komme gleich zum Abänderungsantrag, den Sie alle erhalten haben. Ich komme deshalb gleich zur Beschlussformel:

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag unterstützt die österreichische Position der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit - AGES betreffend die Zulassung von Glyphosat.

(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Walter Temmel übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen eingezogen wird.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Glyphosat ist jetzt schon in vieler Munde gewesen und ich muss den Herrn Abgeordneten Spitzmüller natürlich Recht geben, die Zahlen, die er genannt hat im EU-Parlament, sind die richtigen Zahlen.

Und es ist für mich mehr wie verwunderlich, wenn in der EU, im Parlament diese Abstimmung jetzt zustande gekommen ist, was vor ein paar Wochen ja gar nicht denkbar gewesen wäre. Zustande gekommen ist es aber nur deshalb, weil sehr viele EU-Mitgliedsstaaten sich dagegen ausgesprochen haben.

Und jetzt habe ich kurz eine Frage: Habe ich richtig gehört, Ihr Abänderungsantrag zielt auf Zulassung von Glyphosat ab oder was? *(Abg. Walter Temmel: Ja. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die AGES überprüft gerade.)* Bitte? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die AGES überprüft gerade, in welchem Ausmaß es Alternativen gibt. Und genau das möchten wir abwarten. – Abg. Manfred Kölly: Hättet Ihr das nicht vorher diskutieren können? – Zwiegespräche des Abgeordneten Manfred Kölly mit den Abgeordneten der ÖVP.)*

Gut okay, nichtsdestotrotz, lieber Herr Kollege Kölly, ich muss jetzt noch ein paar Minuten um Deine Aufmerksamkeit bitten, weil ich schon glaube, dass das ein ganz, ganz wichtiger Punkt ist. Und mir tut es auch leid, das der wirklich jetzt zu dieser Tageszeit diskutiert wird, weil, eines ist natürlich auch klar, Glyphosat ist in Verdacht, dass es krebserregend ist. Glyphosat wird nachgewiesen zumindest in Deutschland in Lebensmittel. Ich weiß nicht, worauf man wirklich da warten will, um hier eine Notbremse zu ziehen.

Und wenn selbst der Bundesminister sagt, dass die Landwirtschaft diese Spritzmittel nicht braucht, dann verstehe ich es nicht, dass die ÖVP im Burgenland da anderer Meinung ist und es für sie sehr wichtig ist, dieses Spritzmittel nach wie vor verwenden zu können. *(Abg. Walter Temmel: Die AGES.)*

Ich muss ganz einfach sagen, es ist ganz einfach nicht nachvollziehbar, welche Politik und ich frage mich, für wen Sie diese Politik machen? Aber nichtsdestotrotz möchte ich mich bei meinen anderen zwei Vorrednern bedanken. Ich kann das nur unterstreichen, was sie gesagt haben.

Wir brauchen, wenn wir jetzt unsere Abänderungsanträge und wenn wir an die Bundesregierung und an die EU etwas senden, damit für dieses Thema Glyphosat etwas gemacht wird, dann darf ich Sie auch alle herzlichst einladen, die Petition, die von der Frau Landesrätin gemacht worden ist, zu unterschreiben.

Und ich gehe noch einen Schritt weiter, es besteht natürlich auch die Gelegenheit, dass im Gemeinderat Petitionen beschlossen werden. Ich glaube, der Herr Bürgermeister von Eisenstadt verwendet es nicht mehr, die Stadt Mattersburg verwendet das Glyphosat seit 2009 nicht, Oberwart verwendet es nicht mehr. *(Abg. Manfred Kölly: Die ÖBB verwendet es.)* Das freut mich, dass doch einige Politiker der ÖVP dabei sind, die sich Gedanken um die Zukunft machen. *(Abg. Manfred Kölly: Aber die ÖBB verwendet es.)*

Aber natürlich gehört das auch dazu gesagt. Wenn ich Ihnen jetzt gesagt habe, dass wir das in der Stadt Mattersburg nicht mehr verwenden, dann ist es für mich nicht abgetan, dass ich es bei mir, bei der öffentlichen Hand und bei Straßen- und Straßenbanketten nicht mehr verwende, *(Abg. Manfred Kölly: Was gibt es als Ersatz?)* sondern wir machen auch diese Information, dass die Bevölkerung informiert wird.

Es gibt dafür wirklich auch immer Vorträge und ich glaube, wir sind natürlich auch gefordert, der Bevölkerung das näher zu bringen. eine Bewusstseinsbildung zu machen, damit Glyphosat wirklich nicht mehr verwendet wird.

Ich kann natürlich von meiner Fraktion nur sagen, dass wir dem Abänderungsantrag, unserem Abänderungsantrag, der auch der richtige ist, zustimmen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ mit dem Abgeordneten Manfred Kölly. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich lasse daher über den vom Landtagsabgeordneten Temmel eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Frau Berichterstatterin, und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Glyphosat ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist somit erledigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sie haben Kondition bewiesen.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, für Donnerstag, den 19. Mai 2016, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 2.00 Uhr in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 01 Uhr 52 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 13. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 19. Mai 2016

10.04 Uhr – 19.00 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Aktuelle Stunde zum Thema: „Sprache, Werte, Leitkultur - Bausteine zur erfolgreichen Integration“;

3. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Burgenland, Berichtszeitraum 2013 bis 2015, zur Kenntnis genommen wird;

4. Bericht des Rechnungshofes betreffend der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich;

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Handwerkerbonus;

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ein "Südburgenland-Paket";

7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den europaweiten Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung ;

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in den burgenländischen Kindergärten und Schulen;

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend Erteilung eines Ortskernzuschlages auch ohne Genehmigung einer Wohnbauförderung;

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Ausbau der Elektromobilität im Burgenland ;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1796)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 49 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Korrekturen an der Registrierkassenpflicht
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 1800)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 1800), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 1801), Günter K o v a c s (S. 1802) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1802)

Anfrage Nr. 47 des Abgeordneten Georg Rosner an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Missstände im Rahmen der Planung um die Sanierung des Krankenhauses Oberwart
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1803)
Zusatzfrage: Georg R o s n e r (S. 1803 u. S. 1804) und Mag.[a] Michaela R e s e t a r (S. 1805)

Anfrage Nr. 50 der Abgeordneten Ingrid Salamon an Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf betreffend Maßnahmen der „Aktionstage Nachhaltigkeit“
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.[a] Astrid E i s e n k o p f (S. 1806)
Zusatzfrage: Ingrid S a l a m o n (S. 1807 u. S. 1808), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 1808), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 1810)

Anfrage Nr. 51 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Maßnahme von Landesseite zur Fortsetzung des Aufwärtstrends bezüglich Tourismus
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 1811)
Zusatzfrage: Günter K o v a c s (S. 1812 u. S. 1813) und Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1814)

Anfrage Nr. 52 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Debatte über Beschränkungen der Arbeitnehmer-Freizügigkeit
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1815)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 1816) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1818)

Anfrage Nr. 53 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Durchgriffsrecht des Bundes zur Errichtung von Asylquartieren
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1818)
Zusatzfrage: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 1819 u. S. 1820), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 1821), Markus U l r a m (S. 1821) und Manfred K ö l l y (S. 1822)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde zum Thema: „Sprache, Werte, Leitkultur - Bausteine zur erfolgreichen Integration“;

(auf Verlangen des ÖVP-Landtagsklubs)
Redner: Mag. Thomas Steiner (S. 1823), Géza Molnár (S. 1827), Robert Hergovich (S. 1830), Mag.[a] Regina Petrik (S. 1833), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 1835), Landesrat Helmut Bieler (S. 1836), Patrik Fazekas (S. 1838), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 1839), Mag. Johann Richter (S. 1840), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 1842), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 1843), Wolfgang Spitzmüller (S. 1845), Manfred Kölly (S. 1846), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 1847) und Günter Kovacs (S. 1848)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 361), mit dem der Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Burgenland, Berichtszeitraum 2013 bis 2015, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 241) (Beilage 392);
Berichterstatterin: Edith Sack (S. 1849)
Redner: Manfred Haidinger (S. 1849), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 1850), Edith Sack (S. 1850), Mag.[a] Regina Petrik (S. 1851), Gerhard Steier (S. 1852) und Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 1854)
Annahme des Beschlussantrages (S. 1855)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 369) betreffend der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich (Zahl 21 - 249) (Beilage 393);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 1856)
Redner: Manfred Kölly (S. 1856), Mag.[a] Regina Petrik (S. 1863), Géza Molnár (S. 1865), Mag. Franz Steindl (S. 1866), Klaudia Friedl (S. 1870), Gerhard Steier (S. 1872) und Landesrat Helmut Bieler (S. 1876)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 1878)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 376) betreffend Handwerkerbonus (Zahl 21 - 256) (Beilage 394);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 1878)
Redner: Gerhard Hutter (S. 1878), Wolfgang Spitzmüller (S. 1879), Mag. Johann Richter (S. 1881), Mag. Thomas Steiner (S. 1881), Robert Hergovich (S. 1882) und Gerhard Steier (S. 1883)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1884)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 377) betreffend ein "Südburgenland-Paket" (Zahl 21 - 257) (Beilage 395);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 1884)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1885), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1890), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 1892), Markus W i e s l e r (S. 1895), Walter T e m m e l (S. 1898), Landesrat Helmut B i e l e r (S. 1903), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 1906), Ewald S c h n e c k e r (S. 1906), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 1910), Manfred K ö l l y (S. 1910) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 1914)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1915)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 378) betreffend den europaweiten Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung (Zahl 21 - 258) (Beilage 396);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 1916)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1916), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1918), Karin S t a m p f e l (S. 1920), Bernhard H i r c z y (S. 1920), Ingrid S a l a m o n (S. 1921), Gerhard S t e i e r (S. 1923) und Landesrätin Mag.[a] Astrid E i s e n k o p f (S. 1925)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1926)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 370) betreffend Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in den burgenländischen Kindergärten und Schulen (Zahl 21 - 250) (Beilage 397);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 1927)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 1927), Mag. Johann R i c h t e r (S. 1930), Patrik F a z e k a s (S. 1931), Doris P r o h a s k a (S. 1932) und Gerhard S t e i e r (S. 1934)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1936)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter (Beilage 373) betreffend Erteilung eines Ortskernzuschlages auch ohne Genehmigung einer Wohnbauförderung (Zahl 21 - 253) (Beilage 398);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 1937)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 1937), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1940), Manfred H a i d i n g e r (S. 1941), Markus U l r a m (S. 1943), Mag. Kurt M a c z e k (S. 1944), Gerhard S t e i e r (S. 1946) und Manfred K ö l l y (S. 1947)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1949)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 379) betreffend den Ausbau der Elektromobilität im Burgenland (Zahl 21 - 259) (Beilage 399);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 1949)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1950), Karin S t a m p f e l (S. 1952), Patrik F a z e k a s (S. 1952) und Wolfgang S o d l (S. 1954)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 1956)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1796)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 04 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten. Ich e r ö f f n e die 13. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtlichen Verhandlungsschriften der 11. und 12. Sitzung sind geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie sind unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der Sitzung haben Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. bis 11.00 Uhr und Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger bis zu Mittag entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 13. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 19. Mai 2016.

Von der Landesregierung sind folgenden Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Rettungsgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 275) (Beilage 403);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird (Zahl 21 - 279) (Beilage 407);
3. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 280) (Beilage 408);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 281) (Beilage 409);

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Recycling-Baustoffverordnung (Zahl 21 - 262) (Beilage 382);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Recycling-Baustoffverordnung" (Zahl 21 - 270) (Beilage 390);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Umfahrung Schützen (B 50) (Zahl 21 - 277) (Beilage 405);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zu Lehre und Lehrlingsausbildung im Burgenland (Zahl 21 - 278) (Beilage 406);

5. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte (Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz - Bgld. HeiKuG) geändert wird (Zahl 21 - 282) (Beilage 410);
6. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung der Energiewende durch Novellierung des Ökostromgesetzes (Zahl 21 - 283) (Beilage 411);
7. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend TTIP, CETA und TiSA (Zahl 21 - 284) (Beilage 412);
8. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Bankomatgebühren (Zahl 21 - 285) (Beilage 413);
9. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung (Zahl 21 - 286) (Beilage 414);
10. der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Neubau des Krankenhauses Oberwart (Zahl 21 - 287) (Beilage 415);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Frauenlauf (Zahl 21 - 260) (Beilage 380);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Trinkwasser (Zahl 21 - 261) (Beilage 381);
3. des Landtagsabgeordneten Robert Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Kinder- und Jugendwohlfahrt der Stadt Eisenstadt (Zahl 21 - 266) (Beilage 386);
4. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Semesterticket (Zahl 21 - 267) (Beilage 387);
5. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Krankenhaus Oberwart, Regierungsbeschlüsse (Zahl 21 - 271) (Beilage 391);
6. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Hochschüler-Monatskarten (Zahl 21 - 272) (Beilage 400);
7. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Bericht des Rechnungshofes, Qualitätssicherungsmaßnahmen (Zahl 21 - 274) (Beilage 402);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 212) betreffend Drogenkonsum (Zahl 21 - 263) (Beilage 383);
2. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Kulturförderungen und Investitionen des Landes Burgenland (Zahl 21 -

264) (Beilage 384);

3. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 213) betreffend Semesterticket (Zahl 21 - 265) (Beilage 385);
4. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 219) betreffend Fahrtkostenzuschuss(Zahl 21 - 268) (Beilage 388);
5. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 220) betreffend B 50 Umfahrung Schützen am Gebirge (Zahl 21 - 269) (Beilage 389);
6. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 238) betreffend Elektrifizierung der Jennersdorfer Linie (Zahl 21 - 273) (Beilage 401);
7. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Zuteilung von Marketingmitteln des Burgenland Tourismus (Zahl 21 - 276) (Beilage 404);

Ebenso sind die Petitionen

1. der Gemeinde Pilgersdorf auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 15);
2. der Gemeinde St. Michael im Burgenland auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 16);
3. der Gemeinde Weichselbaum auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 17);
4. der Marktgemeinde Großhöflein betreffend Verkehrslärm (E 18);
5. der Marktgemeinde Mariasdorf auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 19);
6. des Burgenländischen Bauernbundes betreffend Frostversicherung im Obstbau und Dürreversicherung für burgenländische Landwirte, Soforthilfe für extreme Frostschäden (E 20);
7. der Marktgemeinde Ollersdorf i.Bgld. auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbus (E 21);
8. der Stadtgemeinde Stadtschlaining auf finanziellen Zuschuss zum Kindergartenbonus (E 22)
9. der Marktgemeinde Neuhaus am Klausenbach für die Einführung einer Übergangsregelung bei Auflassung von Neuen Mittelschulen (E 23);
10. betreffend "Sichere Gemeinden ohne Sicherheitspartner" eingebracht von den GRÜNEN Burgenland (E 24);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits|: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 275, Beilage 403, und Zahl 21 - 280, Beilage 408, weise ich dem Rechtsausschuss und Sozialausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 279, Beilage 407, weise ich dem Agrarausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 262, Beilage 382, und Zahl 21 - 270, Beilage 390, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 281, Beilage 409, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 277, Beilage 405, Zahl 21 - 278, Beilage 406, Zahl 21 - 282, Beilage 410, Zahl 21 - 283, Beilage 411, Zahl 21 - 285, Beilage 413 und Zahl 21 - 287, Beilage 415, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 284, Beilage 412, und Zahl 21 - 286, Beilage 414, weise ich dem Rechtsausschuss und

die Petitionen E 15 bis E 24 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 260, Beilage 380, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 261, Beilage 381, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 266, Beilage 386, Zahl 21- 267, Beilage 387, Zahl 21 - 271, Beilage 391 und Zahl 21 - 274, Beilage 402, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 272, Beilage 400, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 263, Beilage 383, Zahl 21 - 264, Beilage 384, Zahl 21 - 265, Beilage 385, Zahl 21 - 268, Beilage 388, Zahl 21 - 269, Beilage 389, Zahl 21 - 273, Beilage 401, und Zahl 21 - 276, Beilage 404, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Hohes Haus! Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger hat auf Grund des § 6 Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetzes, des BGBl. Nr. 330/1983, i.d.F. BGBl. Nr. 141/2013 eine Leermeldung abgegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt die Fragestunde - es ist 10 Uhr 15 Minuten - mit dem Aufruf der ersten Anfrage.

Die erste Anfrage wurde gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT vom Fragesteller Mag. Sagartz, BA fristgerecht zurückgezogen.

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits an Herrn Landesrat MMag. Petschnig gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die niedrig angesetzten Umsatzgrenzen bei der seit 1. Jänner 2016 geltenden Registrierkassenpflicht bringen viele kleine Gewerbetreibende, aber auch Vereine unter

Druck. Das Land Burgenland unterstützt eine besonders exponierte Wirtschaftssparte - die Dorfwirte - mit einem Förderbonus bei der Anschaffung von Registrierkassen.

Um die Situation generell zu entschärfen, hat der Burgenländische Landtag in seiner Sitzung am 10. Dezember 2015 mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ, LBL und GRÜNEN einen Antrag beschlossen, der eine Verdoppelung dieser Umsatzgrenzen fordert. Mittlerweile haben sich auch andere Landtage dieser Forderung angeschlossen.

Ist Ihnen bekannt, ob der zuständige Finanzminister die von vielen Seiten geäußerte Kritik ernst nimmt und Korrekturen an der Registrierkassenpflicht in die Wege leitet?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Burgenländische Landesregierung ist in ihrer Sitzung am 13. Jänner 2016 der Aufforderung des Hohen Landtages nachgekommen, hat ein Schreiben an die Bundesregierung beschlossen, wurde am 19. Jänner verschickt.

Es kam eine Rückmeldung vom Bundeskanzleramt als zuständigem Vorsitzenden der Bundesregierung, der Bundeskanzler vom 17. Februar 2016, wo Erstens einmal, der Einlauf bestätigt wurde und zum Zweiten die Verteilung an die zuständigen Ministerien, also das Finanz-, das Innen- und das Wirtschaftsministerium bekannt gegeben wurde.

Wir haben leider bis dato von den genannten Ministerien und damit auch vom von Ihnen angesprochenen Finanzminister noch keine Antwort bekommen und ich kann diese Frage daher auf Basis gesicherter Daten nicht beantworten.

Ich kann nur bestimmte Zeitungsartikel zitieren, die ungefähr zehn Tage alt sind, dass der Finanzminister überlegt, nicht die Registrierkasse per se zu Fall zu bringen, aber die Umsatzgrenzen anzuheben - im Wirtschaftsblatt vom 6. Mai war zum Beispiel ein entsprechender Artikel. Das sind aber Medienberichte und keine gesicherten Informationen.

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Was würde die von der ÖVP geforderte Ausweitung zur Förderung auf alle Branchen und Vereine kosten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe da in einer Wortmeldung anlässlich einer der letzten Landtagsitzungen bereits eine Bandbreite genannt, möchte hinzufügen, dass das eine grobe Schätzung ist, weil das natürlich sehr, sehr schwierig ist, Erstens einmal, mangels valider Daten zu sagen, wie viele Betroffene es gibt und Zweitens, wie viele Erfassungseinheiten es gibt. Das ist ja nicht mit der Kassa per se getan.

Es wurde in Übereinstimmung mit der zuständigen Abteilung eine Bandbreite von 2,8 bis 3,4 Millionen Euro beziffert. Wie gesagt, bei aller Vorsicht dieser Zahlen gegenüber.

Was hier hervorgehen soll ist aber, dass die von der Landesregierung zur Verfügung gestellte Summe von 100.000 Euro hier natürlich um Potenzen steigen würde und das natürlich ein Finanzierungsproblem aufwirft und wir deshalb diesem Vorschlag nicht näher getreten sind. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Welche Schritte setzen Sie selbst als zuständiges Regierungsmitglied nach der im Landtag beschlossenen Novellierung des Veranstaltungsgesetzes um die Vereine zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die zuständigen betroffenen Bediensteten in der Abteilung, die Juristen, sind am Werk, das sozusagen für die Kunden, für die Antragsteller, bestmöglich zu lösen.

Es gibt hier noch im Monat Mai eine sogenannte Produktgruppensitzung betroffener Bediensteter, es gibt Anfang Juni eine Behördenleiterkonferenz unter Einbeziehung der Behördenleiter der Statutarstädte, wo eben die juristisch geschulten Beamten hier herausarbeiten, wie man das am besten umsetzen kann.

Wir haben gestern vereinbart mit der zuständigen Abteilung, dass spätestens nach dieser Behördenleiterkonferenz Anfang Juni ein Formular aufgelegt wird, wo für die Benutzer, für die Antragsteller, für die Funktionäre in den Vereinen festgelegt wird, welche Daten das Land braucht oder welche Daten die entsprechenden Behörden brauchen, um hier die Anträge entsprechend bearbeiten zu können. Das wird sowohl auf der Website zum Herunterladen sein als auch natürlich in Hardcopy bei den Behörden aufliegen.

In weiterer Folge muss das natürlich auf eine gesicherte allgemeine Basis gestellt werden. Hier gibt es noch zwei unterschiedliche Meinungen. Entweder die Verordnungsermächtigung, die ja im Gesetz drin steht, zu nutzen, da gibt es aber andererseits auch von bestimmter Seite Bedenken, dass hier das Korsett dann enger geschnallt wird als es jetzt Usance ist, und das wollen wir natürlich auch nicht, dass man den Vereinen das Leben schwerer macht.

Das wäre dann eine Regelung auf einem Erlasswege, das überantworte ich den Behördenleitern, wie das am bestmöglichen umgesetzt werden kann. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Herr Landesrat, Sie haben eben für eine Berufsgruppe, wie schon genannt wurde, nämlich für Wirte, eine zusätzliche Förderung für Registrierkassen in Aussicht gestellt, sofern diese Kosten von 400 Euro oder mehr verursachen. Alle anderen Berufsgruppen sind ja nach dieser Förderung mit öffentlich zur Verfügung stehenden Mitteln ausgeschlossen, zumindest können wir nach öffentlich zugänglichen Informationen nichts Anderes sehen.

Fördern Sie ausschließlich Registrierkassen oder auch kostengünstigere Systeme wie Softwareprogramme, Drucker und so, weil ja viele Betriebe und auch Vereine bereits Hardwaremöglichkeiten haben, aber eine neue Software brauchen? Oder ist das nur auf die Geräte beschränkt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Nein, das ist nicht nur auf die Hardware beschränkt, das geht natürlich auf für Softwarelösungen. Was allerdings nicht geht, sind Leasinglösungen, die es ja auch gibt, weil das ohnehin absetzbare Positionen sind. Also das wollten wir bewusst ausschließen.

Aber natürlich, wenn jemand das über einen Computer *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Absetzbar ist das andere auch!)* macht und damit eine Softwarelösung einkauft, was ja im Prinzip das Gesetz genauso erfüllt, das ist natürlich auch drinnen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Gab es bereits vor Ihrer Amtszeit konkrete Überlegungen zur Entbürokratisierung des Veranstaltungsgesetzes?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Vorgänger fragen!)*

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Das ist für mich jetzt natürlich schwierig zu beantworten, da ich in der Vorperiode weder Mitglied der Landesregierung noch im Hohen Landtag gesessen bin, noch Mitglied in einem Regierungsbüro gewesen bin. Ich habe in nicht allzu vertieften Gesprächen mit der Abteilung entsprechend einmal vorgefühlt. Die Rückmeldung aus der Abteilung war, dass es nicht wirklich substantielle in ihrer Formulierung konkrete Schritte gegeben hat. Ob es da informelle Gespräche gab, entzieht sich meiner Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wir wissen ja, die Registrierkassenpflicht verdanken wir einer Initiative des ÖGB und der AK-Fraktion innerhalb der Sozialdemokratie und ich denke *(Heiterkeit bei den Abgeordneten)* es wird interessant, dass gerade von dort die Frage kommt, wie man helfen kann.

Aber ganz konkret zu Ihrer Idee die Unterstützung für die Wirte, Sie haben uns gerade vorgerechnet eine Unterstützung für alle käme zu teuer. Welche Berufsgruppe würden Sie dann als Nächstes Step by Step als unterstützungswürdig sehen? Direktvermarkter, Vereine, wer ist der Nächste?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Schauen Sie Herr Abgeordneter, es ist natürlich eine sehr, sehr schwierige Frage, weil wir haben Wirte besonders hervorgehoben, weil Wirte in der Akkumulation der Belastungen, die von der Bundesregierung ausgesprochen worden sind, aus unserer Überzeugung nach besonders unter die Räder genommen sind, also von der Allergenverordnung über das Rauchergesetz und so weiter und so fort.

Da gibt es ja eine Menge Kosten die den Wirten aufgebürdet wurde, die sich nicht rechnen im betriebswirtschaftlichen Sinn, denken Sie an die Abtrennung von Raucherräumen und dergleichen. Daher haben wir speziell diese Berufsgruppe, dieses Gewerbe, hervorgehoben. Ich glaube es wäre nicht fair, jetzt sozusagen eine Rangliste zu machen, was wir machen würden, wenn wir das täten. Das sind ein bisschen viele Konjunktive und daher, wie gesagt, haben wir uns auf die Wirte geeinigt.

Der Rest, die Anderen, werden natürlich vom Finanzministerium gefördert, auch in der Höhe von 200 Euro wie man weiß. Ich glaube, das ist eine faire Regelung und bei der wollen wir es auf Landesebene auch bewenden lassen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Rosner an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Rosner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Aus mehreren Medienberichten ergeht der begründete Vorwurf, dass im Rahmen der Planung um die Sanierung des Krankenhauses Oberwart viel Geld verschwendet wurde. Das widerspricht den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, zu denen das Land verpflichtet ist.

Wie erklären Sie als zuständiger Landesrat für Gesundheit diese Missstände?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir stehen ja kurz vor der EURO und vorm Champions League Finale. Man könnte ja sagen, das ist ein aufgelegter Elfer, den Sie mir da jetzt bieten oder ein klassisches Eigentor. Jedenfalls möchte ich Ihnen heute sagen, und Sie hätten diese Frage auch zurückziehen können, ich hoffe, Sie sind auch so zufrieden wie ich, dass wir in Oberwart ein Krankenhaus-Neu bauen können.

Das größte Projekt im Gesundheitsbereich des Burgenlandes, in der Geschichte des Burgenlandes. Dieses Projekt werden wir auch hoffentlich gemeinsam realisieren können.

Auf Ihre Frage zurückkommend, es gibt keine Missstände, es gibt auch keine Verschwendung von Geldern. Wir haben die Gelder, die in den letzten Jahren hier ausgegeben worden sind - übrigens mit Zustimmung der ÖVP in der Regierung damals - zweckmäßig eingesetzt und haben dafür gesorgt, dass das Krankenhaus Oberwart bis zum Tag, wo das neue Krankenhaus eröffnet wird, im Jahr 2020/2021 hoffentlich, ich gehe davon aus, dass das jetzt passen wird, dass dieses Krankenhaus das modernste, neben dem Schwerpunktkrankenhaus in Eisenstadt, auch sein wird im Burgenland und dass wir diese Gelder auch zweckmäßig nicht nur eingesetzt haben, sondern auch dafür gesorgt haben, dass die Patienten bis zu dem Tag, wo das neue Krankenhaus eröffnet werden wird, auch gut eingesetzt sind und zwar mit einer Qualität, die wir auch hoffentlich gemeinsam wollen.

Denn es ist so, dass wir in den letzten Monaten auch sehen, dass die Zustimmung steigt, was die Frage der Zufriedenheit mit den Patienten betrifft und insofern ist diese Frage aus meiner Sicht obsolet. Das Geld, das hier eingesetzt wurde, ist auch steuermäßig gut eingesetzt worden, weil es auch um die Zukunft des Krankenhauses geht, beziehungsweise auch um einen guten Übergang in Richtung des neuen Krankenhauses. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Bei einem Projekt in dieser Dimension ist es wichtig, umfassende Maßnahmen zu setzen, damit der Bau des Krankenhauses Oberwart und die damit verbundenen Infrastrukturmaßnahmen zeitgerecht und im Rahmen des geplanten Budgets umgesetzt werden. Dabei sind aus unserer Sicht die betroffenen Interessensvertretungen und die im Landtag vertretenen Parteien einzubinden und die

einzelnen Planungsphasen transparent und nachvollziehbar darzustellen. Dem Landtag soll jährlich ein detaillierter Bericht vorgelegt werden.

Wie sehen Sie diese Maßnahmen? Wie stehen Sie zu diesen Maßnahmen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich habe kein Problem damit, dass man den Landtag informiert, ganz im Gegenteil, ich bin für Transparenz. Aber ich möchte schon sagen, dass dieses Projekt so transparent wie ganz wenige Projekte österreichweit abgehalten wurde. Preisrichterkommission, mit Preisrichtern die nicht aus dem Burgenland gekommen sind, sondern aus Westösterreich und aus dem benachbarten Ausland.

Renommierte Preisrichter, die dafür gesorgt haben, und das möchte ich auch noch einmal sagen, dass endlich jetzt der Generalplaner bestellt werden konnte. Das ist die Firme Ederer und Haghirian aus der Steiermark, die wird jetzt an die Planung gehen. Ich freue mich darauf.

Wir haben die Planer festgelegt, wir haben dann in weiterer Folge den Generalunternehmer festzulegen und ich habe überhaupt kein Problem hier auch sozusagen das Hohe Haus zu informieren. Ganz im Gegenteil, ich bin ja dankbar für jeden Input von Ihrer Seite. Den habe ich aus Oberwart bis jetzt noch nicht so genau eruieren können.

Also ich würde mir auch wünschen, dass sich der Bürgermeister von Oberwart, der auch Landtagsabgeordneter ist, sich in diesen Prozess noch stärker und positiver einbringt als bisher. Denn ich glaube es ist in unserem Interesse, dass wir 1.000 Beschäftigte in diesem Bereich auch absichern können und dass wir der Bevölkerung auch die Sicherheit geben, dass sie gesundheitspolitisch in der Südregion gut und bestens versorgt werden.

Insofern würde ich Sie einladen, diesen Prozess etwas positiver zu begleiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sehe ich positiv, nur, nicht positiv sehe ich folgenden Umstand: In der Beantwortung der schriftlichen Anfrage zum Krankenhaus Oberwart, Zahl 21 – 245, verweisen Sie auf drei Regierungsbeschlüsse, vom 22.7.2014, 9.4.2013 und 23.2.2010. Am 27. April, also fast schon vor einen Monat, habe ich ein Schreiben an Sie gerichtet, in dem ich die Einsicht in betreffende Regierungsbeschlüsse verlange. Bis dato wurde mir die Einsicht nicht gewährt.

Wie erklären Sie diesen Missstand, also diese Missachtung des Burgenländischen Landtags. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Jetzt wird es ein bisschen tief. Natürlich bekommen Sie die Antwort in fristgerechter Zeit und Sie können die Akten einsehen. Sie werden sehen, dass das, was ich immer hier im Landtag gesagt habe, nämlich, dass die ÖVP diese Beschlüsse in der Regierung mitgetragen hat, auch nachvollziehbar ist.

Sie bekommen das in den nächsten Tagen, im Rahmen der Frist, und Sie werden überrascht sein, dass Beschlüsse, ich weiß nicht, ob Sie damals schon im Landtag waren,

das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis, dass diese Beschlüsse in der Regierung mit den Stimmen der ÖVP und dem Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl *(Abg. Doris Prohaska: Das haben sie wahrscheinlich schon wieder vergessen. – Abg. Wolfgang Sodl: Redet Ihr nicht mehr miteinander?)* auch so gefasst worden sind, und es waren richtige Beschlüsse. *(Beifall bei der SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage... *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe noch aufgezeigt.)*

Frau Kollegin, man sollte schon so aufzeigen, dass man die Hand sieht. Ich habe jetzt konzentriert in Richtung ÖVP geschaut.

Bitte Frau Abgeordnete Mag. Resetar.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat, in Ihrer Zeit als Verteidigungsminister haben Sie gesagt, dass die Wehrpflicht in Stein gemeißelt ist. Um im Fachjargon von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz zu bleiben, haben Sie dann eine Kehrtwendung von 380 Grad gemacht.

Der Neubau, Zu- und Umbau des Krankenhaus Oberwarts geht auf jeden Fall in die Geschichte ein. Wir hatten die meisten Spatenstiche, die meisten Ankündigungen und die meisten Pressekonferenzen. Ich komme nun zu meiner Frage und komme auf mein Eingangsstatement zurück.

Ist für Sie auch in Stein gemeißelt, dass beim Neubau des Krankenhauses Oberwart entsprechend des Regierungsprogramms der schwächsten SPÖ-FPÖ-Regierung aller Zeiten nur burgenländische Firmen zum Zug kommen, auch wenn das Projekt EU-weit vergeben wurde? *(Abg. Doris Prohaska: Aber wir wissen, dass ein Kreis 360 Grad hat und nicht 380. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war ein Zitat vom Landeshauptmann-Stellvertreter.)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Bitte Herr Landesrat.

Ich bitte um Ruhe. Der Herr Landesrat ist am Wort. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Frau Lehrer!)*

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ehemalige Landesrätin, ich habe noch in Erinnerung, dass Sie angeblich gesagt hätten, ich weiß nicht, ob das verifizierbar ist, weil ich war damals noch in der Bundespolitik, dass zwei Krankenhäuser im Burgenland genügen. Das sehe ich nicht so, also fünf Krankenhäuser sind genau die richtige Balance im Burgenland.

Ich komme auf Ihre Frage. Ich bin der Meinung, dass burgenländische Firmen zum Zug kommen sollten, wir haben aber natürlich europaweite Ausschreibungsverfahren zu berücksichtigen, und ich hoffe auch auf die Unterstützung Ihrer Freunde aus der Wirtschaftskammer, dass wir dann auch in diesem Bereich eine burgenländische Firma zum Zug kommen lassen, denn ich bin da bei Ihnen, auch wenn das von Ihnen süffisant formuliert wurde, ich möchte, dass burgenländische Firmen zum Zug kommen, und ich hoffe, das wird auch passieren.

Wir sind auch deshalb, und das ist ein Thema, über das dieses Krankenhaus hinausgeht, dabei, dafür zu sorgen, dass es vom Billigstbieter-Prinzip in Richtung Bestbieter-Prinzip geht, damit kann man auch Kriterien einziehen, die dafür sorgen, dass burgenländische Firmen zum Zug kommen können, und das ist in meinem Sinne.

Wir haben als SPÖ Burgenland, ich habe da von der ÖVP wenig gehört, auch im Bereich der Entsenderichtlinien beispielsweise und in anderen Bereichen auch

Maßnahmen gesetzt, die dafür sorgen sollen, dass burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht nur burgenländische Firmen, auch zum Zug kommen sollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Jetzt sehe ich aber keine Hand mehr in der Höhe. Somit kommen wir zur vierten Anfrage. Sie ist von der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Von 25. Mai bis 10. Juni finden in ganz Österreich die „Aktionstage Nachhaltigkeit“ statt.

Welche Maßnahmen und Initiativen werden von Ihnen in dieser Aktionswoche gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Zunächst einmal möchte ich erwähnen, dass diese „Aktionstage Nachhaltigkeit“ bereits zum vierten Mal österreichweit stattfinden. Ich finde, diese Aktionstage sind eine großartige Gelegenheit für verschiedenste NGOs, Unternehmen, Privatpersonen, aber auch für Vereine oder Gemeinden in zahlreichen Veranstaltungen zu demonstrieren, wie sie sich im jeweiligen Bundesland oder in der jeweiligen Region für eine lebenswerte Zukunft in ihrer Region einsetzen.

Auch seitens des Burgenlandes haben in den vergangen vier Jahren oder in den vergangen drei Jahren, jetzt finden sie zum vierten Mal statt, zahlreiche Aktionen stattgefunden. Wir haben damit gezeigt, dass uns das Thema Nachhaltigkeit wirklich am Herzen liegt. Alleine im letzten Jahr haben zehn verschiedene Aktionen zu den verschiedensten Themenbereichen stattgefunden und auch heuer werden wir hier natürlich zahlreiche Aktionen starten - in Kooperation mit Gemeinden, mit Vereinen, aber auch mit Unternehmen.

Letztendlich muss es darum gehen, dass wir unsere Zukunft entsprechend enkeltauglich gestalten und da müssen wir deswegen dran bleiben. Ein spezieller Höhepunkt wird, wie auch in den vergangenen Jahren, wieder die Auszeichnung mit dem burgenländischen Nachhaltigkeitspreis sein. In diesem Rahmen sind alle Schülerinnen und Schüler aller burgenländischen Schulen aufgerufen worden, Projekte einzureichen, die sich mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigen. Diese Aktionen sollen dazu dienen, dass sich die Schüler hier präsentieren können und auch gegenüber den Familien aufzeigen können, wie sie sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Weiters werden wir natürlich gemeinsam mit dem Naturschutzbund, aber auch mit den Naturparken zahlreiche Veranstaltungen, Exkursionen anbieten. Beispielsweise wird es verschiedenste Erlebnistouren für Kinder geben, es wird eine Wildkräuterwanderung geben, Angebote zu „green cooking“, das heißt also, klima- und umweltbewusstes Kochen, aber ganz allgemein werden sich die sechs burgenländischen Naturparke im Jahr 2016 mit einem sehr breiten Programm präsentieren.

Es wird hier verschiedenste Erlebnistouren geben, um auch die Natur - mit Schwerpunkt auf Kinder und Jugendlichen - erlebbar und spürbar zu machen. Also in dieser Woche natürlich besonders verstärkt, aber wir werden uns das ganze Jahr darauf konzentrieren.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht noch auf den Fotowettbewerb hinweisen, der jetzt bereits läuft. Der Fotowettbewerb „Auf Natursafari im Burgenland“. Zu diesem Fotowettbewerb können sich alle Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen sieben und 18 Jahren beteiligen, entsprechende Bilder machen, das vielfältige Natur- und Artenspektrum im Burgenland entsprechend abbilden und aus den Einsendungen wird dann eine Jury entsprechende Gewinner küren. Diese Fotos werden dann im Rahmen einer Fotoausstellung präsentiert werden.

Zu den „Aktionstagen Nachhaltigkeit“ habe ich auch die Gemeinden aufgerufen, sich an diesen Aktionstagen zu beteiligen. Als schönes Beispiel möchte ich hier zum Beispiel Wulkaprodersdorf besonders erwähnen. Diese Gemeinde wird an zwei verschiedenen Tagen entsprechende Projekttage zu diesem Thema anbieten. Es wird darum gehen, dass sich auch vor allem Kinder und Jugendliche beispielsweise mit der Herstellung von Mehl und mit Vollwertbacken auseinandersetzen und auch vielleicht Bekanntschaft mit regionalem Gemüse und Kräuterprodukten machen.

In diesem Sinne möchte ich auch alle Anwesenden natürlich aufrufen, alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sich noch hier zu beteiligen, denn ich glaube, dass wir nur hier gemeinsam viel erreichen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Zum Thema Nachhaltigkeit zählen sicherlich auch ökologische Begrünungs- und Gestaltungsmaßnahmen im eigenen Garten und in den Gemeinden.

Welche Initiativen werden hier von Ihnen gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Dieses Thema „naturnahe und ökologische Gemeinde“ bietet natürlich für die Gemeinden einen großen Handlungsspielraum.

Wenn man sich mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt, sollte man sich meiner Meinung nach auch mit ökologischen Begrünungs- und Bepflanzungsmaßnahmen auseinandersetzen, denn gerade die öffentlichen Grünräume sind Treffpunkte und Aufenthaltsräume für die Bevölkerung und haben einen besonderen Stellenwert für die Menschen. Hier ist für mich eine naturnahe Pflege besonders wichtig.

Daher werden wir beispielsweise im Rahmen des burgenländischen Blumenschmuckwettbewerbs, der ist jetzt heuer auf etwas neue Beine gestellt worden, es wird dieses Jahr erstmals ein Sonderpreis für die naturnaheste und ökologischste Gemeinde vergeben.

Ich werde hier gemeinsam mit meinen RegierungskollegInnen dadurch bedeutende Impulse und Maßnahmen für eine nachhaltige Ortsbildgestaltung und Ortsbildpflege setzen, denn ich glaube, was wichtig ist, ist die Bevölkerung auch zu sensibilisieren, vor allem auch auf ein bisschen ein verändertes Schönheitsideal der Natur und der Umwelt hin. Es muss nicht immer der schöne grüne Golfrasen sein, sondern es kann ruhig auch ein Mix aus intensiver und extensiver Bewirtschaftung in den Grünräumen geben, der kann schön aussehen, der kann den Erlebniswert steigern und trägt zusätzlich noch zu mehr Biodiversität bei.

Ausgehend vielleicht vom Thema Glyphosat, das auch in den letzten Wochen und Monaten sehr im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung stand, habe ich die Initiative „glyphosatfreie Gemeinde“ ins Leben gerufen. Dabei wollen wir die Gemeinden aufrufen

und dabei unterstützen, die Grünraumbewirtschaftung auf ökologische Maßnahmen umzustellen.

Hier möchte ich mich auch gleich vorweg bei den burgenländischen Gemeinden bedanken. Wir unterstützen das mit einem Musterantrag, der im Gemeinderat beschlossen werden kann. Es gibt Gott sei Dank bereits zahlreiche Gemeinden. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es noch viel mehr werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weiterer Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Frau Landesrätin! Sie haben schon erwähnt, es gibt sechs Naturparks im Burgenland, die sehr wichtig sind. Meine Frage, die jetzt für mich noch interessant ist:

Welche Maßnahmen werden Sie für die Naturparke im Burgenland in den nächsten Jahren für Nachhaltigkeit setzen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Gerade die Naturparke stehen oft vor der ständigen Herausforderung, die Interessen der Natur mit den Interessen der Wirtschaft und des Umfelds in Einklang zu bringen, aber ich glaube, gerade die burgenländischen Naturparke haben in den vergangenen Jahren sehr gut bewiesen, dass das sehr wohl unter einen Hut zu bekommen ist.

Ich glaube, dass die Naturparke noch sehr großes Potenzial haben, denn immer mehr Menschen suchen Erholung in einer intakten Natur. Deswegen werden auch in der aktuellen Förderperiode 2014 bis 2020 zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, in Summe sind es etwa 200.000 Euro, die für eine Projektlaufzeit von drei Jahren erstmalig zusätzlich für die Naturparke zur Verfügung gestellt werden, hin zu einem nachhaltigen Natur- und Umweltschutz-

Ziel dieser Projekte wird es vor allem sein, einer breiten Bevölkerung des Burgenlandes, aber auch mit Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche, das Interesse an der heimischen Fauna und Flora zu wecken, aber auch das Wissen und deren Lebensbedingungen und um den Natur- und Umweltschutz hier zu wecken und zu vermitteln. Also es wird einerseits bewusstseinsbildende und naturpädagogische Maßnahmen verstärkt in den Naturparken geben, aber ergänzend zu dieser Wissensvermittlung werden auch verschiedenste Lehrbehelfe, Anschauungsobjekte und Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt werden.

Ich glaube, damit werden die burgenländischen Naturparke in einigen Bereichen noch nachhaltiger werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Brandstätter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Klimawandel und Nachhaltigkeit sind zwei politische Handlungsfelder, die nicht isoliert voneinander betrachtet werden können. Eine nachhaltige Entwicklung und der Kampf gegen den Klimawandel können nur mit engagierten Initiativen und Maßnahmen sichergestellt werden.

Welche Schwerpunkte werden Sie im Bereich nachhaltiger Klimaschutz zukünftig setzen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Aufgabe und die Ziele des Klimaschutzes müssen natürlich immer sein, entsprechende Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Lebensstil zu schaffen.

Ich glaube, es ist hier wichtig, das Bewusstsein bei den Menschen zu wecken, dass größerer Wohlstand genauso mit weniger Ressourcen- und Energieverbrauch möglich sein kann. Das heißt, so ein Bewusstsein wird man zwar nicht zur Gänze verordnen können, aber man kann hier entsprechende Anreize setzen und positiv Überzeugungsarbeit leisten.

Was mich sehr positiv stimmt, ist dieser gemeinsame Beschluss zum Weltklimavertrag in Paris. Der stellt uns aber natürlich auch vor sehr großen Herausforderungen, denn die Anforderungen sind hier sehr hoch. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir hier, wenn wir gemeinsam anpacken und da meine ich, Bund und Länder, dass wir mit einer gemeinsamen Vorgehensweise und geschlossen, politisch Verantwortung übernehmen können und uns in eine positive Richtung entwickeln werden.

Bei meiner ersten Länderkonferenz, das war die Landesklimareferentenkonferenz im Februar, hat das Burgenland insgesamt fünf von 17 Tagesordnungspunkten eingebracht. Das waren unter anderem eine Aufforderung zu weiterem Ausbau von erneuerbaren Energien, zu einer Novellierung des Ökostromgesetzes, Emissionseinsparungsmaßnahmen in Gebäuden war ein Thema, aber auch die verstärkte Bildungsarbeit im Bereich des Klimaschutzes.

Alle diese klimarelevanten Maßnahmen, das habe ich immer sehr stark betont, dass es mir vor allem um soziale Verträglichkeit geht. Das heißt, all diese Maßnahmen, auch die vom Bund, diese wirksamen Sofortmaßnahmen, wie eine Ökologisierung des Steuersystems, das man all diese Maßnahmen immer auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Verträglichkeit sehen muss.

Und wenn man möchte, dass diese Maßnahmen von einer breiten Öffentlichkeit mitgetragen werden, muss es auch in einem entsprechend verträglichen Ausmaß geschehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat MMag. Petsching gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Kovacs um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe noch eine Zusatzfrage.)*

Präsident Christian Illedits: Nein! Das kann nicht sein. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, Entschuldigung! Ich habe mich gemeldet. Sie haben zu mir hergeschaut.)* Das ist jetzt das zweite Mal, also noch einmal.

Sie können sich immer zeitgerecht zu Wort melden und wenn Sie immer warten, bis ich abläute, dann ist es schwierig für uns, das wahrzunehmen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, ich hatte mich bitte gemeldet, sofort nach der ersten Wortmeldung der Kollegin Eisenkopf. Sie haben zu mir herübergeschaut.)*

Ich schaue die ganze Zeit schon irgendwo in die Runde. Aber nur alle hier auf der Bank sehen keine Wortmeldung mit der Hand. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Dann schauen Sie sich bitte mehr um.)* Ich schaue mich genug um.

Frau Abgeordnete, ich nehme Ihre Frage jetzt zur Kenntnis und bitte Sie, können Sie die Hand auch früher heben. Das ist kein Problem. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Vor der Wortmeldung?)*

Auf jeden Fall. Ich bitte um Ihre Wortmeldung.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön! Das nächste Mal werde ich nachfragen, ob Sie mich gemeint haben.

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Zum einen freut es mich sehr, dass Sie auf die Glyphosat-Initiative der Grünen aufgesprungen sind. Wir haben schon vor einem Jahr den Gemeinden diesbezügliche Musteranträge auch zur Verfügung gestellt. Aber es ist gut, wenn das weiter verfolgt wird.

Was wir hier jetzt erlebt haben, ist etwas, was wir bei der Fragestunde oft erleben. Es stellen Abgeordnete eine Frage an eine Landesrätin und die Antwort ist sehr weitschweifend, oft aber gar nicht zu dem, wozu eigentlich gefragt wurde. Aber so kann man halt den eigenen Regierungsmitgliedern eine Bühne bieten, eigene Positionen darzulegen.

Meine Zusatzfrage bezieht sich aber auf die Ausgangsfrage.

Präsident Christian Illedits: Bitte die Frage.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)***:** Diese war folgende: Welche Maßnahmen und Initiativen haben Sie zu den Nachhaltigkeitstagen gesetzt?

Sie haben sehr viele, sehr interessante und wirklich gute Veranstaltungen und Angebot aufgezählt, die von verschiedenen Gemeinden und Initiativen schon längst angeboten wurden.

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete, stellen Sie Ihre Frage!

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)***:** Was außer dem burgenländischen Nachhaltigkeitspreis ist jetzt tatsächlich Ihre Maßnahme? Initiative konnten Sie noch keine setzen, weil Sie ja das Ressort erst übernommen hatten.

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Frau Abgeordnete! Wie gesagt, ich habe die Frage bereits beantwortet. Und diese Initiativen habe ich gemeinsam, teilweise in Kooperation mit Naturschutzbund, mit den Naturparken, und die Initiative ist auch von mir aus gegangen, dass ich wieder die Gemeinden dazu aufgerufen haben, hier bei diesen „Aktionstagen Nachhaltigkeit“ mitzutun.

Ich glaube, dass die Antwort für sich spricht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum Aufruf der fünften Anfrage. Sie wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat MMag. Petschnig.

Bitte Herr Abgeordneter Kovacs um Verlesung Ihrer Anfrage.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Tourismus ist mit einem Arbeitsplatzpotenzial von rund 14.000 Personen und einem jährlichen Gesamtumsatz von zuletzt über einer Milliarde Euro zu einem nachhaltig wachsenden Wirtschaftsbereich des Burgenlandes geworden. Die für das Winterhalbjahr 2015/16 vorliegenden Tourismuszahlen weisen einen weiteren Anstieg bei Nächtigungen und Ankünften aus.

Welche Maßnahmen sind von Landesseite geplant, um diesen Aufwärtstrend fortzusetzen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte die Beantwortung mit wirklichem Dank und Anerkennung beginnen, allen Unternehmerinnen und Unternehmern, allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den entsprechenden gastronomischen Betrieben, allen Funktionären in den Tourismusverbänden, und natürlich allen anderen Verantwortungsträgern ausdrücken, weil wir im ersten Quartal des Jahres 2016, des heurigen Jahres, monatlich geglättet ein Plus von 10,6 Prozent bei den Nächtigungen verzeichnen konnten.

Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis. In absoluten Zahlen ein Plus von in etwa 48.000 gegenüber dem Vergleichsquartal 2015. Das heißt für mich, die Stimmung ist gut, der Weg stimmt. Und wir sind einmal auf dem richtigen Weg, wie Sie es ja auch formuliert haben. *(Beifall bei der FPÖ)*

2016 ist natürlich insofern ein etwas ambivalent zu sehendes Jahr, weil es natürlich eine Umsetzungsphase impliziert. Das heißt, das Tourismusgesetz befindet sich noch in Umsetzung, weil es ja am 30.6. eine Fallfrist für die Konstituierung der Tourismusverbände gibt. Das ist natürlich immer mit Unsicherheiten verbunden und trotzdem haben wir diese schöne Zahlen, was das noch einmal unterstreicht.

Was die Zukunft betrifft, ist es so, dass heute ein erster, ein wichtiger Schritt gesetzt wurde, vorher wurde vom Herrn Präsidenten ja der Einlauf des Heilvorkommen- und Kurortegesetzes verlesen. Wir haben im Burgenland zwei Kurorte, Bad Sauerbrunn - der Bürgermeister ist ja hier ebenfalls als Abgeordneter unter uns - und Bad Tatzmannsdorf. Das sind natürlich touristische Hotspots für das Burgenland. Und wir wollen denen ermöglichen, dass sie sich mit den Tourismusverbänden zusammenschließen, um hier noch stärker, noch geeinter in ihren Regionen aufzutreten und die gemeinsam zu bewerben. Das wird also ein ganz wichtiger Schritt sein.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist, dass wir abkehren wollen von der bisherigen, nicht nur im Tourismus, sondern weithin geübten Politik, im Bund zum Teil immer noch geübten Politik der Gießkanne und wirklich die Förderungen zusammenballen wollen.

Wir haben eine erste Initiative zur Verbesserung der Situation bei den Privatzimmervermietern, bei den kleinen gewerblichen Zimmervermietern eingeleitet. Diese läuft jetzt seit zirka eineinhalb Monaten. Sie läuft sehr erfolgreich, wie mir von der Förderstelle gemeldet wird. Ungefähr die Hälfte der für das Erste reservierten Mittel sind bereits vergeben und überwiesen worden.

Das ist natürlich sehr erfolgreich und, was mir gesagt wurde, eine der erfolgreichsten Aktionen dieser Art, die im Burgenland durchgeführt wurde. Ich glaube, das ist aber auch wichtig, weil wir Erstens einmal, keine touristische Monokultur haben wollen und natürlich andererseits gewissen Problematiken, zum Beispiel bei den Übergangsregelungen von einer Generation auf die nächste und so weiter, erleichtern wollen, dass wir hier mit rund 40 Prozent Förderung einen sehr attraktiven Zuschuss geben, damit den Unternehmerinnen und Unternehmern, den Privatzimmervermietern, das Leben möglichst erleichtert wird.

Wir wollen auch einen verbesserten Außenauftritt pflegen. Zum Beispiel, indem wir zum ersten Mal das Burgenland in der TV-Werbung bewerben, ich weiß nicht, wer es schon gesehen hat, das ist zum Beispiel im ORF vor dem Wetter, da kommen also immer schöne Bilder, die Lust machen sollen auf Urlaub im Burgenland. Ich glaube, das ist auch vom Programmplatz her sehr gut präsentiert.

Beispielsweise aber auch mit Events, wo es uns gelungen ist, die hier ins Burgenland zu holen. Zum Beispiel „Mei liabste Weis“ in Rust, zu Beginn des Jahres, oder

vor einigen Wochen die „Starnacht am Neusiedler See“, die sehr gute Bilder, nicht nur ins gesamte Bundesgebiet, sondern auch darüber hinaus in den süd- und mitteldeutschen Raum ausgesendet hat, zu einem Millionenpublikum, wo wir uns natürlich die entsprechenden Rückflüsse erhoffen.

Und dann natürlich die Verbesserung der Kooperationen mit Bereichen, die jetzt nicht ich verantworte, wo aber natürlich ein Zahnrad ins andere greift. Denken Sie an die Kultur, denken Sie an den Wein, an die Kulinarik. Denken Sie an die Naturparke oder zum Beispiel auch an den Sport.

Der Kollege Darabos hat es vorher schon gesagt, es steht ja die Fußballeuropameisterschaft vor der Tür. Burgenland fördert den ÖFB, auf den wir momentan alle sehr stolz sind. Ich glaube, das ist der richtige Weg, das Burgenland nach außen hin zu … *(Abg. Manfred Kölly: Köln in Deutschland wird auch gefördert. Der Fußballverein.)* Natürlich kostet das auch Geld, das ist klar, gratis bekommen wir es nicht.

Es gibt sogar ein weiteres Sponsoring mit dem Judoverband, auf das ich sehr stolz bin. Es stehen ja olympische Sommerspiele vor der Tür. Auch dort wollen wir natürlich entsprechend auftreten. Und Judo ist immer wieder ein Bewerb, wo wir eine Medaille nach Hause gebracht haben und wo das Burgenland also unmittelbar in Kontakt mit Medaillengewinnern steht, dann ist das, glaube ich, ein guter Weg.

Auf diese Weise wollen wir fortsetzen. Das heißt, ganz konzentriert auf unsere Stärke setzen. Unsere Schwächen, wo sie eben speziell im Bereich der Unterbringung vorhanden sind, so gut als möglich ausmerzen und weiter den Weg nach oben gehen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Also eine erfreuliche Bilanz, ein erfreulicher Ausblick.

Wie ist eigentlich die Tourismusbilanz in Eisenstadt? Ist die auch so erfreulich? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Du bist ja traumatisiert mit Eisenstadt. – Abg. Gerhard Steier: Er ist ja mitverantwortlich.)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bitte um Verständnis, dass ich als Mitglied der Landesregierung, das für den Tourismus im gesamten Land verantwortlich ist, mich natürlich sehr freuen würde, wenn, oder mich sehr freue, wenn es allen Gemeinden möglichst gut geht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist eine Rede.)* Das inkludiert natürlich auch unsere Landeshauptstadt, und was dort möglich ist, oder was an Initiativen an uns herangetragen wird, das werden wir natürlich auch von Landesseite in der Landeshauptstadt unterstützen.

Vielleicht zwei Hinweise, die ich persönlich wahrnehme. Ich vermisse zum Beispiel immer noch die Meldung von Eisenstadt - es gibt ja vier Abgeordnete hier im Hohen Haus, aus der Landeshauptstadt -, was die Gründung des Tourismusverbandes betrifft, auch über die Stadtgrenze hinaus. Es sind noch etwas über fünf Wochen Zeit, ich hoffe das kommt noch.

Ich hatte vor Kurzem auch die Ehre, bei einer Tagung von Immobilienmaklern und so weiter teilzunehmen, wo auch touristische Aspekte zur Sprache kamen. Da ging es - also unter diesen Experten - relativ einhellig zu, dass Eisenstadt eine Initiative hinsichtlich der Unterbringungskapazitäten im gehobenen Bereich vertragen könnte.

Denken Sie daran, oder es ärgert auch mich persönlich, dass beispielsweise die Festspiele in St. Margarethen, in Mörbisch weit über 200.000 Besucher ins Land bringen, davon die große Masse aber wieder das Land unmittelbar nach Konsumation der Darbietung verlässt und dann die Nächtigung mitsamt der Wertschöpfung in Wiener Neustadt, in Baden, in Wien tätigt, was dort natürlich Umsätze bewirkt.

Ich glaube, da sollten wir gemeinsam etwas ändern und da ist natürlich die Landeshauptstadt gefragt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Herr Landesrat, Sie haben es kurz angesprochen:

Wie läuft eigentlich aus Ihrer Sicht die Gründung der neuen Tourismusverbände?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben mit Stichtag gestern doch schon etliche Neugründungen feiern oder begrüßen können. Am unproblematischsten ist es im Südburgenland gelaufen, da hat es als Erstes den Tourismusverband in Oberwart gegeben, mit 31 Gemeinden, die ganz hervorragend - meiner Wahrnehmung nach - zusammenarbeiten.

Wird das Heilvorkommen- und Kurortegesetz auch noch umgesetzt, käme mit Bad Tatzmannsdorf die 32-ste dazu, zumindest ist da die übereinstimmende Willensäußerung mir gegenüber zum Ausdruck gebracht worden. Die hätten dann zusammen deutlich über 600.000 Nächtigungen. Ich glaube, das ist eine geballte Macht, auch im Marketingbereich, wo man sich gegenüber steirischen und niederösterreichischen Konkurrenten natürlich entsprechend bewähren kann.

Wir haben die Golf- und Thermenregion Stegersbach mit neun Gemeinden. 250.000 Nächtigungen.

Wir haben den Tourismusverband in Güssing, mit den restlichen Gemeinden des Bezirkes.

Und ab 1. Jänner 2017 auch Jennersdorf und die anderen Gemeinden des Bezirkes, mit dann in Summe 166.000 Nächtigungen. Also ich glaube, der Süden ist da einmal sehr gut aufgestellt.

Wir haben die Gründung eines Tourismusverbandes am Neusiedler See mit elf Gemeinden bisher. Da wird mit 1. Jänner 2017 um weitere 18 Gemeinden auf insgesamt 29 verbreitert. Die haben dann ebenfalls über 220.000 Nächtigungen, also stellen schon eine gewisse Macht dar.

Wir haben natürlich rund um den Neusiedler See sozusagen althergebrachte, große touristische Zentren, die noch eigene Tourismusverbände haben: Illmitz, Neusiedl, Parndorf, Rust, Mörbisch, Pamhagen, Podersdorf und St. Andrä. Ich vernehme aber aus, nicht allen, aber einigen dieser Verbände, dass hier der Wunsch nach Zusammenschluss mit dem großen Neusiedler-Verband besteht, und ich glaube, das ist der richtige Weg. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Ing. Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben angesprochen, für Privatzimmervermieter und für kleine gewerbliche Betriebe eine starke Förderung, es ist zwar von der Summe her nicht so stark, aber diejenigen, die diese Förderung in Anspruch nehmen, können bis zu - glaube ich - 40 Prozent auch an Förderung in Anspruch nehmen.

Sehr geehrter Herr Landesrat, denken Sie auch daran, etwas größere Betriebe, also über 20 Betten, hier mit einem ähnlichen Modell zu fördern? Ich glaube, genau das, was Sie vorher gesagt haben, nämlich nicht nur Eisenstadt, sondern auch andere Regionen brauchen starke Betriebe, entweder bestehende oder neue, das wäre ein starker Anreiz.

Planen Sie so etwas?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sehr geehrter Herr Präsident! Natürlich überlegen wir das auch. Natürlich werden wir alles Mögliche tun. Natürlich auch, was die Bereitstellung der budgetären Mittel betrifft, dass wir auch in größeren Segmenten entsprechende Initiativen setzen können. Es ist nur so, dass eine Initiative dieser Natur - meines Wissens nach - in jüngerer Vergangenheit, zumindest zum ersten Mal umgesetzt wurde.

Es konnte daher weder vom Burgenland Tourismus noch aus der Abteilung ungefähr abgeschätzt werden, wie die Mittelauslastung, wie die Ausnützung aussieht. Es ist halt schwierig, sozusagen, mehrere Programme gleichzeitig laufen zu lassen, mit einer entsprechenden Mittelreservierung, die dann vielleicht zu viel ausgenutzt werden oder nicht ausgenutzt werden. Wir müssen dann natürlich entsprechende Erfahrungswerte generieren.

Das Programm läuft jetzt einmal bis 30. September, der Abrechnungszeitraum ist natürlich etwas länger. Dann besteht natürlich die Möglichkeit, entweder das zu verlängern oder, so, wie Sie es angedeutet haben, auch sozusagen, die nächste Größenkategorien entsprechend zu fördern.

Das ist unsere feste Absicht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Hergovich um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte schön.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich werde eine sehr sachliche Frage an Sie richten. Ich bedauere es sehr, dass die ÖVP offensichtlich noch nicht erkannt hat, dass ganz Österreich einen anderen politischen…

Präsident Christian Illedits: Ich bitte um Verlesung der Anfrage.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ) *(fortsetzend)*: Daher meine sehr sachliche Anfrage.

Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Situation am burgenländischen Arbeitsmarkt ist trotz deutlichen Beschäftigungszuwächsen auch stark von importierter Arbeitslosigkeit geprägt. Der Anteil von einpendelnden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus benachbarten EU-Staaten ist im Burgenland mit fast 17 Prozent so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Aufgrund dieser Situation hat sich zuletzt auch eine intensive Debatte über Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit entwickelt.

Welche Schritte erwarten Sie in dieser Hinsicht von der Bundesregierung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage ist nicht nur sachlich, sondern sie ist aus meiner Sicht derzeit auch die wichtigste politische Frage in Österreich. Weil wir auch sehen, und das muss man auch offen sagen, dass es ein Auseinanderklaffen beispielsweise gibt zwischen der Entwicklung in Österreich und jener in Deutschland, wo sich Deutschland besser entwickelt hat als Österreich.

Und ich hoffe, dass auch der Wechsel in der Bundesregierung dazu beiträgt, dass hier auch ein Kurswechsel vonstattengeht.

Wir haben tatsächlich im Burgenland einen Beschäftigungsrekord von über 100.000 Beschäftigten, davon allerdings 20.000, also 20 Prozent, ausländische Beschäftigte. Das ist nicht ausländerfeindlich, das ist nur eine Feststellung. Punkt eins.

Punkt zwei. Wir haben den höchsten Anteil an Tagespendlern in Österreich, mit knapp 17 Prozent. Das ist in der Anfrage auch so festgeschrieben und das stimmt auch. Was nicht drinnen steht, und das möchte ich auch dazu sagen, dass wir in anderen Bundesländern einen Schnitt haben von ungefähr fünf Prozent oder sogar darunter.

Und das zeigt, dass die Entwicklung im Burgenland eine spezielle ist. Nicht zuletzt auch deshalb, weil im Umkreis des Burgenlandes, in ganz kurzer Kilometerumgebung, auch sehr viele Arbeitskräfte verfügbar sind, die von ihrem Lebensstandard in den Ländern Slowakei, Ungarn und Slowenien ein bisschen abgeschwächt sind, denn die sind schon besser entwickelt, und hier auch natürlich auf den österreichischen Arbeitsmarkt und in dem Sinne auf den burgenländischen Arbeitsmarkt drängen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deswegen, ich hoffe, ich überziehe die Zeit nicht, habe ich einige Forderungen an die Bundesregierung, nämlich, zehn an der Zahl. Erstens, neue Schutzklauseln für den heimischen Arbeitsmarkt. Die Freizügigkeit muss neu verhandelt werden. Der Arbeiterkammerdirektor Mumm, der nicht in Verdacht steht, irgendwie politisch ganz weit rechts zu stehen sondern eher links zu stehen, hat gesagt: Kapitalismus ist auch eine Frage der Zugangsweise und wir müssen auch in diesem Bereich über die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt nachdenken.

Ich bin nicht bereit, das auch so zu akzeptieren, wie es da und dort auch kolportiert wurde, denn das ist auf europäischer Ebene beschlossen worden und deswegen ist das unverrückbar oder in Stein gemeißelt. Es ist also, aus meiner Sicht, schon verrückbar, weil es einfach wichtig ist, dass wir auch auf diese neuen Herausforderungen auch so reagieren, wie zu reagieren ist. Weil, es steht ja, zum Beispiel auch, und ich bin jetzt schon ein bisschen weg vom Thema, Kroatien vor der Tür, und Kroatien ist nicht soweit von Österreich weg. Wenn die Freizügigkeit dort kommt, kann das Ganze noch weiter werden.

Ich werde jetzt kürzer werden. Zweitens muss es, aus meiner Sicht, auch Verschärfungen der Gleichstellung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt geben. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss lückenlos gelten. Da geht es darum, dass man durch gewisse Maßnahmen Menschen, Stichwort Entsenderichtlinie, nach Österreich bringen kann und sozialpolitisch nicht im österreichischen Konkurrenzkampf steht, weil dort die Sozialabgaben in den Ländern, wo die Menschen herkommen, geleistet werden. Damit ist es ein Wettbewerbsnachteil für Österreichische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Drittens, die Frage des Sozialsystems. Ich bin als Sozialdemokrat 100 prozentig davon überzeugt, dass es gerecht ist, wenn man in Österreich arbeitet und man in Österreich Kinderbeihilfe bezieht.

Das ist in Ordnung, aber dass man Kinderbeihilfe österreichischer Prägung bezieht, wenn die Kinder in Rumänien, Bulgarien, oder wo auch immer sind, dann ist das nicht gerecht. Das sieht in Österreich auch keiner ein. Auch das ist eine Maßnahme, die man setzen muss.

Der vierte Bereich, übrigens hier auch in Abstimmung mit dem Wirtschaftskammerpräsident Nemeth, ist der Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping. Österreichische Firmen sind auch interessiert, dass dieses Lohn- und Sozialdumping nicht bestehen kann und dass dieses Lohn- und Sozialdumping auch abgeschafft werden muss.

Ich bin schon zu lange, deswegen ganz kurz. Als fünfter Punkt ist die Aufstockung der Finanzpolizei von 18 auf mindestens 50 Personen zu nennen.

Weiters der Ausschluss von öffentlichen Aufträgen für Firmen, die hier gegen diese Richtlinien verstoßen.

Die Forcierung der Lehrlingsausbildung und zwei wichtige Punkte. Die Frage der SOKO-Bau nach deutschem Vorbild, das wir hier auch in diesem Bereich eine Sonderkommission einsetzen können.

Als letzter Punkt ist auch die Maßnahme zu nennen, dass man bei Großbaustellen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser kontrollieren kann, ob sie wirklich in Österreich eine Arbeitsgenehmigung haben.

Diese Maßnahmen gemeinsam, die an die Bundesregierung gerichtet sind, aber natürlich auch von der Bundesregierung nach Europa gerichtet sein müssen, würden dazu führen, dass wir zwar diesen schönen Rekord an Arbeitskräften im Burgenland weiter feiern können, aber dass wir gleichzeitig auch dafür sorgen, dass es noch besser wird und dass dieser Druck am Arbeitsmarkt für burgenländische Arbeitskräfte nachlässt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben zuvor die Bundesrepublik Deutschland angesprochen. In Deutschland gibt es ein System, ein Chip-System, auf Großbaustellen, wonach sichtbar ist, welche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort arbeiten, dass es zu keiner Schwarzarbeit kommen kann. Dann ist immer klar, wann welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort sind.

Ist ein solches System auch für Sie in Österreich beziehungsweise auch im Burgenland bei Großbaustellen möglich?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es ist, aus meiner Sicht, nicht nur möglich, sondern unbedingt notwendig. Ich habe am letzten Mittwoch eine Pressekonferenz gegeben, wo ich diese Dinge auch thematisiert habe. Am nächsten Tag, am Donnerstag oder Feiertag, habe ich gesehen, wie auf einer Baustelle in meiner Heimatgemeinde gearbeitet wurde. *(Abg. Manfred Kölly: Ist aber keine Großbaustelle gewesen.)*

Nein, das möchte ich aber kurz auch dann noch erwähnen. Nur, es ist schon interessant, dass dann am Montag, die österreichischen Arbeiter, die burgenländischen Arbeiter zur Baustelle kommen und vielleicht verwundert sind, oder auch nicht, warum dort weiter gearbeitet wurde? Das sind Dinge, die man mit einer SOKO-Bau beispielsweise bekämpfen kann. Dass wir das alles nicht abstellen können, ist auch klar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, der zweite Punkt, dieses Chip-System, ist, aus meiner Sicht, 100 prozentig wichtig bei Großbaustellen, weil wir auch dort wissen, dass über das Wochenende beziehungsweise in vielen anderen Bereichen Heinzelmännchen offensichtlich unterwegs sind, die hier auch weiterbauen.

Wir müssen Maßnahmen setzen, die das auch einigermaßen eindämmen, weil es auch für österreichische Firmen und burgenländische Firmen wichtig ist, dass Wettbewerbsgleichheit gegeben ist und das kann man mit diesem Chip-System sicherlich zumindest erleichtern und verbessern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneten Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben jetzt sehr ausführlich aufgezählt, was die Bundesregierung Ihrer Meinung nach tun sollte, insbesondere im Hinblick auf die Entsenderichtlinie. Aktuell, was bedeutet das für das Burgenland? Arbeitsmarktdaten April 2016 - die Arbeitslosenquote bei Ausländern ist um minus 2,8 Prozent gesunken, bei den Inländern leider um plus 1,3 Prozent gestiegen. Jetzt können wir uns von der Bundesregierung viel wünschen.

Klammern wir einmal die Entsenderichtlinie aus: Was tut das Land Burgenland, also was tun Sie als zuständiger Landesrat, um die Arbeitslosigkeit im Burgenland zu senken?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Man kann das ja nicht trennen, weil die Firmen ja auch für die Beschäftigten zuständig sind. Was wir tun können, und das tun wir auch, ist beispielsweise, jetzt auch stärker darauf zu schauen, dass wir in landesnahen Betrieben auch Inländer und Burgenländerinnen und Burgenländer beschäftigen.

Beispielsweise haben wir von der neuen Geschäftsführung in der Therme Lutzmannsburg die Zusage, dass hier auch mehr Österreicherinnen und Österreicher und in dem Fall auch Burgenländerinnen und Burgenländer beschäftigt werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir können als Land einige Maßnahmen setzen. Ich habe, zum Beispiel, eine gesetzt und sie auch weiter verlängert, nämlich, die Initiative „50+“, dass man auch mit den Gemeinden in Kooperation dafür sorgt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier auch im Burgenland, in den Gemeinden beschäftigt werden. Die Gemeinden nehmen dieses System auch sehr gut an. Das sind Maßnahmen, die wir von uns aus setzen können.

Wir können über Projekte des Europäischen Sozialfonds einige Projekte auch im Burgenland umsetzen und dafür sorgen, dass wir, was wir von Landesseite her machen können, auch tun. Es ist… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was wurde zum Beispiel aus dem burgenländischen Beschäftigungspakt?)* Von welchem Pakt? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was wurde aus dem burgenländischen Beschäftigungspakt?)* Der wird ohnehin umgesetzt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ah so? Das merkt man aber*

als Betroffener relativ schwach.) Die Maßnahme „50+“ ist beispielsweise eine Maßnahme, die aus diesem Beschäftigungspakt entstanden ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was wir von Landesseite her tun können, ist evident und auch gut vorbereitet. Ich verhehle nicht, dass wir auch beim AMS noch Verbesserungspotential haben, was Maßnahmen betrifft, aber grundsätzlich können wir von Landesseite dafür sorgen, dass hier auch die Menschen in Beschäftigung kommen.

Letzter Punkt: Es gibt kein Land, das einen so hohen Beschäftigungsanteil an Lehrlingen hat, wie das Burgenland - was jetzt das Verhältnis von Lehrlingen, die im privaten Bereich beschäftigt werden, betrifft. Was mir auch wichtig ist und ich für richtig halte, sind Lehrlinge, die aus dem öffentlichen, oder öffentlich nahen Bereich kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der letzte Punkt: Wir arbeiten auch daran, eine triale Ausbildung zu schaffen, wo es auch darum geht, dass das Land noch stärker eingebunden werden kann.

Im Übrigen habe ich die renommiertesten Firmen des Burgenlandes auch eingeladen, mit mir in den nächsten Wochen einen Beschäftigungsgipfel abzuhalten. Da wird keine heiße Luft produziert werden, sondern da werden wir versuchen, Nägel mit Köpfen zu machen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die siebente Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Durchgriffsrecht des Bundes zur Errichtung von Asylquartieren ist auch im Burgenland bereits schlagend geworden.

Warum war das Land nicht in der Lage, dies abzuwenden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, die hier auf dem Tisch liegen, dann werden Sie sich diese Frage sicher selbst beantworten können. Es ist so, dass es einen Beschluss gegeben hat, einer Regierung auf Bundesebene, einer Rot-Schwarzen Regierung, die dieses Durchgriffsrecht auch zum Inhalt hat.

Derzeit ist es so, dass das Burgenland die Asylquote zu 100 Prozent erfüllt, Kärnten zu 88 Prozent, Niederösterreich zu 100 Prozent - allerdings mit Traiskirchen, also 1.500 vom Bund bereitgestellte Quartiere, also Niederösterreich liegt eigentlich grundsätzlich ganz tief, Oberösterreich 95 Prozent, Salzburg 91 Prozent, Steiermark 99 Prozent, Tirol 85 Prozent, ein ÖVP-dominiertes Bundesland und Vorarlberg 102 Prozent - vorbildlich.

Das heißt, wir sind jetzt in diesen 100 Prozent und wir liegen damit im Spitzenfeld an dritter Stelle, vierter Stelle zwischen allen Bundesländern in Österreich. Das Durchgriffsrecht des Bundes gilt für alle Bundesländer. Ich würde mir auch denken, dass es auch möglich gewesen wäre, in Tirol dieses Durchgriffsrecht umzusetzen. Es ist bei uns umgesetzt worden und zwar im Konsens mit der Gemeinde Bruckneudorf, wo derzeit im Konsens mit der Bevölkerung 35 Flüchtlinge untergebracht sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich verstehe den Hintergrund der Frage dann nicht mehr, weil wenn es gelingt, auch die Quote zu erfüllen und mit einer Maßnahme, die die Bevölkerung auch mitträgt und auch die politische Führung in den Gemeinden mitträgt, dann stehe ich auch dazu. Wir sind jenes Bundesland, das auch dafür gesorgt hat, dass, aus meiner Sicht, vorbildlich dafür gesorgt wurde, dass wir kleine Einheiten schaffen, damit wir in den Gemeinden wenig Widerstand haben.

In jenen Gemeinden, wo wir die Flüchtlinge untergebracht haben, nämlich, 2.800 an der Zahl, ist - im Gegensatz zu Großquartieren in anderen Bundesländern - eine Akzeptanz da.

Ich bin mit der Entwicklung, wie wir sie haben, zufrieden, denn es ist ein Ausgleich zu schaffen, auf der einen Seite jenen zu helfen, die Hilfe brauchen, auf der anderen Seite auch dafür zu sorgen, dass jene, die die Hilfe nicht benötigen, auch relativ rasch wieder dorthin zurückkehren müssen, wo sie hergekommen sind. Dieses Problem sehe ich nach wie vor als großes Problem.

Das ist ja in den letzten Tagen auch politisch aufgeschlagen. Da würde ich mir auch von der Bundesregierung eine etwas engagiertere Vorgangsweise wünschen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wenn Sie sagen, dass die schwarz-rote Bundesregierung auf Bundesebene das beschlossen hat, ist das zum Teil richtig. *(Ein Zwischenruf aus den SPÖ-Reihen: Rot-Schwarze Regierung!)* Beschlossen hat es das Parlament, denn das haben die SPÖ-Nationalratsabgeordneten Erwin Preiner und Schabhüttl genauso mitgestimmt.

Herr Landesrat! Die Unterbringung von Asylwerbern und die Erfüllung der Quote ist die eine Sache, die andere Sache ist die Integration, eine langfristige Integration. Die ÖVP hat in der vergangenen Landtagsitzung, wir erinnern uns gemeinsam, die Einführung oder den Abschluss einer Integrationsvereinbarung zwischen Flüchtlingen und dem Land Burgenland gefordert. In Vorarlberg ist so etwas gängige Praxis.

Können Sie sich solche - wie immer wir das nennen - Integrationsvereinbarungen auch im Burgenland vorstellen? *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir werden ja auch noch die Möglichkeit haben, das nachher in der Aktuellen Stunde zu diskutieren. Aber, grundsätzlich kann ich mir alles vorstellen. Ich sehe nur den Mehrwert dieser Vereinbarung derzeit in Vorarlberg nicht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bemüht.)*

Wir haben im Burgenland als erstes Bundesland mit dem Integrationsminister, der auch Außenminister ist, und in der Integration nicht so oft aufgefallen ist, aber in dieser Frage, in diesem Bereich haben wir einen guten Konsens gefunden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sind als Burgenland das erste Bundesland, das in Kooperation mit dem Herrn Außenminister, der auch da war, wie Sie wissen, Wertekurse angeboten hat. Zu dem stehe ich auch und wir arbeiten auch daran, die Deutschkurse so auszuweiten, dass das, was notwendig ist, nämlich, Integration durch Sprache, und das ist das beste Beispiel, das es gelingen kann, auch möglich wird.

Wir werden über diese Vereinbarung mit Vorarlberg oder über Vorarlberg, die da gefasst wurde, noch sprechen können. Aber, grundsätzlich sehe ich den Mehrwert der Vereinbarung nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Der Mehrwert von solchen Vereinbarungen ist schon, weil es ja auch mit Sanktionen belegt ist und diese Dinge, wenn wir da auf einen Nenner kommen, sehr geehrter Herr Landesrat, dann haben Sie in uns, in der Österreichischen Volkspartei sowie auf Bundesebene mit dem Herrn Integrationsminister einen Partner.

Wie gesagt, musste der Bund bereits einmal von seinem Durchgriffsrecht Gebrauch machen. Das droht nunmehr wieder, denn bis auf einen Tag im April, wo wir diese 100 Prozent erfüllt haben, erfüllen wir ja die 100 Prozent nach wie vor nicht.

Wie erklären Sie das jetzt den Burgenländerinnen und Burgenländern, dass trotz Ihrer Anstrengungen, das bisher nicht gelungen ist und es wieder droht, dass der Bund dieses Durchgriffsrecht anwendet?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es wäre aus meiner Sicht infam, wenn der Bund im Burgenland jetzt ansetzen würde. Wir haben in den letzten Tagen diese 100 Prozent mehrfach überschritten. Ich kann Ihnen gerne die Zahlen, auch über Tirol mit 85 Prozent, oder anderen Bundesländern, die weit unter 90 Prozent sind, nennen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bitte!)* Insofern glaube ich, dass es auch nicht sinnvoll wäre, beziehungsweise auch politisch nicht adäquat wäre, wenn man hier das Durchgriffsrecht zur Anwendung bringt.

Ich habe ein anderes Problem, das sage ich Ihnen ganz offen, es sind sehr viele Quartiere, die gefüllt sind. Die Flüchtlinge gehen dann in die Bundeshauptstadt, aus welchen Gründen auch immer. Wir haben dann in einem Tag nur 99,4 Prozent, weil einige weggehen, weil sie auch in Wien offensichtlich andere Bedingungen vorfinden. Das sage ich jetzt sehr wertfrei.

Aber, ich kann Ihnen ganz offen sagen, die Abteilung 6, mit dem Herrn Hauptmann an der Spitze, der Ihnen nicht ganz fremd sein wird, arbeitet toll und versucht jeden Tag neue Quartiere zu finden. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich behaupte auch nicht das Gegenteil.)* Der Unterschied zu anderen Bundesländern ist, dass wir wirklich auf diese kleinen Quartiere setzen, was jetzt bürokratisch natürlich einen viel höheren Aufwand bedeutet, als große Quartiere zu betreuen.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei denen ich mich wirklich herzlichst bedanken möchte, müssen täglich sozusagen auch schauen, dass diese Quartiere adäquat ausgestattet sind. Ich halte das aber auch für den politisch richtigen Weg. Deswegen haben wir im Burgenland auch keine Probleme, was die Bevölkerung betrifft, dass es hier große Aufstände gibt.

Ganz im Gegenteil, denn ich habe das Gefühl, dass das Konzept der Kleinquartiere auch von den Menschen im Burgenland akzeptiert wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön! Vorweg möchte ich sagen, und ich habe das auch schon im Herbst gesagt: Dieses herumreiten auf Quoten, Erfüllung ja oder nein, hat man diese 100 Prozent oder ist ein bisschen darunter, halte ich angesichts der Größe des Problems und auch der stetigen Änderung von Zahlen jetzt nicht für hilfreich.

Was ich für wichtig finde, ist, dass wir auch die Qualität in den Quartieren sichern und das wäre jetzt meine Frage. Es freut mich, dass Sie mit mir in der Einschätzung übereinstimmen, dass es im Burgenland keine gesellschaftlichen Probleme gibt. Bürgermeister und Bürgermeisterinnen können im Burgenland, wie auch in Tirol, manchmal schwierig sein.

Aber wie ist im Burgenland die Qualität der Quartiere gesichert, dass hier die Standards auch wirklich stimmen und dass man nicht nur, damit man Quoten erfüllt schnell irgendwelche Häuer vollfüllt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich habe es in der vorigen Frage von Herrn Abgeordneten Strommer schon kurz angedeutet. Durch die Überprüfung durch die Abteilung 6 sichern wir auch die Qualität der Quartiere und wir sind auch der Meinung, dass diese Qualität gegeben ist. Wenn es Probleme gibt, dann gibt es auch rigorose Maßnahmen, beispielsweise eine Schließung eines Quartieres.

Auch das gibt es im Burgenland und hat es auch schon gegeben. Das wollen wir auch so beibehalten, denn es ist so, wenn die Menschen zu uns kommen, muss es gewisse Kriterien geben, wie sie versorgt werden. Das ist, glaube ich sagen zu können, durch die Überprüfung, was, wie gesagt, einen sehr hohen Aufwand bedeutet, auch gewährleistet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Ulram.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Landesrat! Wie der Bund vom Durchgriffsrecht in Bruckneudorf Gebrauch gemacht hat, waren in den Vorgesprächen dazu Ihre Mitarbeiter vom Büro und Mitarbeiter des Landes dabei. Sie sagten in der Öffentlichkeit von nichts gewusst zu haben.

Wenn die Quote weiter nicht erfüllt wird und vom Durchgriffsrecht wieder Gebrauch gemacht werden wird, ihre Mitarbeiter vom Büro beziehungsweise von der Abteilung in diesen Vorgesprächen wieder dabei sein werden, können wir davon ausgehen, dass Sie in der Öffentlichkeit wieder sagen werden, von nichts gewusst zu haben?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Auf diese polemische Frage möchte ich gar nicht antworten, weil das ist doch ehrlich gesagt ein Witz. Sind Sie mir nicht böse, aber das Durchgriffsrecht gilt für ganz Österreich. *(Allgemeine Unruhe)* Die Innenministerin hat damals der ÖVP angehört und gehört noch immer der ÖVP an und wir haben darum gekämpft. Ich habe dort keinen ÖVPler gesehen, der irgendwie, so wie ich, dafür gekämpft hat, dass das hinunter gesetzt wird und das haben wir auch geschafft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Derzeit sind 35 Menschen in Bruckneudorf als Flüchtlinge dort und wir müssen noch andere Dinge auffangen, wo eine private Betreiberin eines Quartieres dort, aus welchen Gründen auch immer, nein gesagt hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Frage hat doch jetzt mit dieser Antwort nichts zu tun.)*

Die Frage des Wissens können Sie dann an Ihre eigene Partei stellen, das sage ich Ihnen jetzt ganz offen, denn wenn mich die Innenministerin nicht informiert, dann kann ich sagen, dass ich davon nichts gewusst habe. Das ist auch so.

Ich gehe davon aus, dass der neue Innenminister eine bessere Kommunikationskultur in dem Bereich an den Tag legen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich bin einmal froh, dass wir diese 100-Prozent-Quote fast erfüllen, denn mit dem Durchgriffsrecht haben wir dort oder da auch unsere Probleme. Aber, jetzt gibt es einen anderen Ansatz von Ihren Kollegen. Ich glaube, das ist ein Kollege, ein Sozialdemokrat, nämlich, der Wiener Bürgermeister. Der sagt: Wir wollen, wenn hier das nicht umgesetzt wird, Strafzahlungen an die Gemeinden richten.

Was halten Sie von dieser Schnapsidee?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich halte von dieser Idee nichts, *(Abg. Manfred Kölly: Bravo!)* weil wir gemeinsam versucht haben, auch in Ihrer Gemeinde, Herr Landtagsabgeordneter und Bürgermeister, zu einer Lösung zu kommen, die aus anderen Gründen gescheitert ist. Ich halte es also schon für wichtig, dass auch die Akzeptanz der Bevölkerung und auch der Gemeinden da ist.

Die Strafzahlungen halte ich für den falschen Weg. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nachdem sich niemand mehr zu Wort gemeldet hat, ist die Fragestunde durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „Sprache, Werte, Leitkultur – Bausteine zur erfolgreichen Integration“

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung, zur Aktuellen Stunde zum Thema: „Sprache, Werte, Leitkultur -Bausteine zur erfolgreichen Integration“, die vom ÖVP-Landtagsklub beantragt wurde.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen; sodann ist je einem Sprecher jener Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf 5 Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf 5 Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt, noch Beschlüsse gefasst werden können.

Und schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Ihre Redezeit, Herr Abgeordneter, ist, wie bereits erwähnt, auf 15 Minuten beschränkt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Meine Fraktion, die Volkspartei Burgenland, der ÖVP-Klub, hat für den heutigen Landtag eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Sprache, Werte, Leitkultur - Bausteine zur erfolgreichen Integration“ beantragt. Das ist ein Thema, das wahrlich aktuell ist. Nicht erst jetzt, sondern seit vielen Monaten aktuell ist und wahrscheinlich noch viele Monate aktuell sein wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sind damit konfrontiert, dass insbesondere seit dem letzten Jahr hundert tausende Menschen nach Europa gedrängt haben. Viele davon auf der Flucht vor Krieg und persönlicher Verfolgung, viele andere auch aus anderen Gründen, auch aus wirtschaftlichen Gründen. Es gibt weltweit gesehen eine ganze Reihe von Krisengebieten, von Krisenherden, wo es jederzeit zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen kann und in deren Folge dann auch mit Fluchtbewegungen zu rechnen ist.

UNHCR hat einen Bericht im Jahr 2015 herausgegeben, wo steht, dass sich im Jahr 2014 weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht befunden haben. Das ist die höchste Zahl die es in den vergangenen Jahren und fast Jahrzehnten gegeben hat, seit dem zweiten Weltkrieg die höchste Zahl. Wenn man nur vergleicht, im Jahr davor waren es knapp 50 Millionen und zehn Jahre davor 37 Millionen.

Diese Entwicklung hat in Wirklichkeit mit dem Krieg in Syrien massiv eingesetzt. Dieser Krieg in Syrien hat, wenn man es vergleicht und betrachtet, überhaupt zur größten Fluchtbewegung, zur größten einzelnen Fluchtbewegung geführt. Wenn man sich diesen Bericht anschaut, dann merkt man schon irgendwie, dass man in einer Art Paradigmenwechsel lebt.

Wir sind in einer Epoche, wo das Ausmaß der globalen Flucht und Vertreibung, sowie deren Bewältigung eigentlich alles andere was vorher war in den Schatten stellt. Was für mich persönlich auch traurig und erschreckend ist, dass diejenigen, die diese Fluchtbewegungen im Grunde verursachen, die Kriege anzetteln, meistens ungeschoren davon kommen und die internationale Staatengemeinschaft bislang nicht in der Lage ist, Kriege zu beenden und Frieden zu sichern.

Ich glaube, dass das eine große Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft sein wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wenn man diesen Bericht

genauer liest, dann sieht man aber auch, dass nicht nur diese Krisenherde und Konfliktherde im Nahen Osten ein Thema sind, sondern dass in der öffentlichen Diskussion andere Krisengebiete, wie zum Beispiel in Afrika, in der Diskussion eigentlich völlig untergehen.

Aber, wenn man dort schaut, im Süd Sudan, in Somalia, Nigeria, Kongo, wo es ebenfalls riesige Fluchtbewegungen gegeben hat, allerdings meistens auf den Kontinent bezogen, dann muss man sagen und man muss auch deutlich erkennen, dass das Problem der Flucht eigentlich all gegenwertig ist.

Wegschauen und so zu tun, als könnte man sich alleine durch Worte oder durch abschieben von Verantwortung, oder Kleinkariertes suchen von Sündenböcken irgendwie durchlavieren, das ist sicherlich keine Lösung. Für uns als Volkspartei ist klar, dass Menschen, die wegen Krieg und persönlicher Verfolgung auf der Flucht sind, auch geschützt werden müssen, schon alleine aufgrund des Asylrechtes, schon alleine aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention.

Aber Asylrecht und Genfer Flüchtlingskonvention gilt ja nicht nur in Österreich, gilt ja nicht nur in Deutschland und nicht nur in Schweden, sondern gilt ja in fast allen Staaten der Welt und natürlich in allen Staaten der europäischen Union gleichermaßen. Daher ist, aus unserer Sicht, die viel beschworene Solidarität höchst notwendig. Solidarität in Europa, in Österreich und auch im Burgenland und auch unter den Gemeinden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Solange die Europäische Union keine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik entwickelt und festgeschrieben hat, solange, glaube ich, ist es richtig, dass die am stärksten betroffenen Nationalstaaten auch eigenständige Maßnahmen treffen. Dazu zählt eben auch Österreich.

Zwei Politiker in Österreich haben sich um das bereits vor einem Jahr - oder länger als einem Jahr - klar gesagt und gefordert, nämlich, der heute schon genannte Integrations- und Außenminister Sebastian Kurz und die ehemalige Innenministerin Mikl-Leitner. *(Abg. Markus Wiesler: Auch Strache!)* Die haben mit ihren Forderungen, mit ihren Argumentationen auch dafür gesorgt, dass am 20. Jänner 2016, am sogenannten Asylgipfel der Bundesregierung, eine klare Linie festgelegt wurde, insbesondere mit der Festlegung einer kapazitätsorientierten Aufnahmeobergrenze.

Das war eine schwierige Aufgabe, weil die SPÖ sich nicht so sicher war, ob das richtig ist oder nicht richtig ist, weil es sehr divergierende Strömungen innerhalb der SPÖ gegeben hat. Schlussendlich hat man sich aber durchgerungen und diese Linie der Bundesregierung auch festgelegt.

Die SPÖ hat ja jetzt in den letzten Wochen viel Zeit vor allem damit zugebracht und zu tun gehabt, den jetzt schon ehemaligen Bundeskanzler Faymann zu stürzen. Ich meine, es ist auch bezeichnend, wenn man einen der Kanzlerkandidaten in der ZIB 2 sieht und hört, wenn er sagt: Er und der jetzige Bundeskanzler Kern haben ja schon ein Jahr lang ein Komplott geschmiedet. Da sieht man, womit sich die SPÖ hier beschäftigt hat. *(Abg. Wolfgang Sodl: Was habt Ihr denn in der Zwischenzeit gemacht? – Allgemeine Unruhe)*

Ich denke mir, wichtig ist, dass der Kurs gehalten wird. Ich sage das deswegen, Sie brauchen sich nicht aufregen, weil es einen Grund dafür gibt, warum ich das sage. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Besonders, wenn man sich nicht durchsetzen kann.)*

Ja, ich weiß schon, das ist eben so. Nein, das wollte ich jetzt gar nicht sagen, aber das ist eben auch Tatsache gewesen, dass es in der SPÖ nur zwei Landespolitiker

gegeben hat, die den Faymann noch halten wollten und eben düpiert worden sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist so, das muss man zur Kenntnis nehmen. Aber, das ist ja gar nicht das Thema.

Ich habe das nur deswegen gesagt, weil ich es für wichtig halte, dass jetzt in der neuen Konstellation der Bundesregierung, dass dieser Kurs auch gehalten wird. Das ist auch ein Gradmesser für die jetzt neu zusammen gestellte Bundesregierung, Stichwort Obergrenze und Deckelung der Mindestsicherung. Da wird die Frage sein, ob sich der neue Kanzler durchsetzen kann, ob er sozusagen sich den linkslinken Kräften in der Partei ergeben muss. *(Abg. Edith Sack: Ihr macht es immer ganz anders!)*

Der Unsicherheitsfaktor in der Frage bleibt halt einmal die SPÖ. Das ist so, das kann man nicht wegdiskutieren und nicht wegleugnen. Es ist eine unglaubliche Zerrissenheit in der SPÖ, - das werden Sie ja hoffentlich selber nicht leugnen, - so quasi vom links linken Lager bis zum rechts rechten Lager gibt es alles, ist da alles vertreten. Und daran wird hängen, ob sich dieser neue Bundeskanzler auch durchsetzen kann, ob er der einen oder der anderen Strömung nachgegeben wird. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist gut um von den eigenen Problemen abzulenken.)*

Ich hoffe es nicht. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist super.)* Ich gehe davon aus, und so wie er es vermittelt hat, wird er den Kurs der ÖVP und damit der Bundesregierung auch halten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Weil so ist es ja nicht, so ist es ja nicht. Es ist momentan medialer Honeymoon, aber das wird auch vielleicht bald der Kanzler, *(Abg. Geza Molnar: Der Django-Effekt. – Allgemeine Heiterkeit.)* genau, das wird vielleicht bald der Kanzler erkennen, dass das schnell einmal vorbei sein kann und dass er möglicherweise irgendwann einmal so sprichwörtlich vor einer Kernspaltung seiner Partei stehen könnte.

Aber das wünsche ich ihm nicht. Das wünsche ich ihm nicht, im Gegenteil, ich wünsche mir, dass diese Bundesregierung ordentlich und gut zusammenarbeitet im Sinne der Menschen in Österreich. *(Abg. Ingrid Salamon: Die nehmen sich ein Beispiel an der SPÖ im Burgenland.)*

Der Vorteil, der größte Vorteil, dass größte Essay was diese Bunderegierung hat, was die Menschen in dieser Bundesregierung haben, das ist ja die ÖVP, vor allem mit Minister Kurz an der Spitze in der Frage der Asylpolitik und darauf können sich die Menschen durchaus verlassen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Für uns als Volkspartei im Burgenland - *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler.)* Sie können sich dann eh melden. *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler.)* Sie können sich dann eh melden, *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler – Unruhe bei der SPÖ.)* - nein der Herr Zeiler, neben uns. Das hast Du nur falsch verstanden. *(Landesrat Helmut Bieler: Komplott hat er nicht gesagt. – Unruhe bei der SPÖ)*

Der Herr Zeiler hat gesagt, er und der jetzige Bundeskanzler haben ein Jahr lang ein Komplott geschmiedet. Das habe ich gesagt, ich habe ja nur zitiert. *(Landesrat Helmut Bieler: Es ist ja immer das gleiche. – Abg: Doris Prohaska: Wie man sich um 380 Grad drehen kann.)* Natürlich hat der das gesagt. Kannst Du nachlesen. Na Komplott hat er nicht gesagt. Aber es war klar was gemeint war. (*Landesrat Helmut Bieler: Du verdrehst die Tatsachen.)* Das war jetzt meine Interpretation. Helmut, Du hast Recht, das war meine Interpretation*. (Landesrat Helmut Bieler: Du verdrehst die Tatsachen. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Jedenfalls bei uns als Volkspartei im Burgenland ist eines ganz klar, Asylpolitik ist nicht nur Politik für die Menschen die zu uns kommen, sondern vor allem auch Politik für

die eigenen Menschen, für die eigene Bevölkerung. Das muss man auch tun, weil man die Menschen in diesen Fragen mitnehmen muss. Eine Kopf-in-den-Sand-stecken-Politik, das ist nicht angebracht.

Ich glaube die Menschen erwarten sich zu Recht von allen Regierungen, auf allen Ebenen, dass nicht nur Schuld zugewiesen wird *(Heiterkeit bei der SPÖ)* und nicht nur Verantwortung abgeschoben wird, sondern dass man auch selber etwas tut.

Ich möchte nur in Erinnerung rufen, die Volkspartei Burgenland war es ja schon vor einem Jahr in etwa, wo wir uns ganz klar festgelegt haben. Wir haben als erste Partei im Burgenland gesagt, wir wollen Asyl auf Zeit.

Wir waren es, die gesagt haben einschränkende Maßnahmen im Familiennachzug sind wichtig. Wir haben auch die Mindestsicherung in die Diskussion gebracht und für uns gilt auch ein zentraler Satz, nämlich, unser Wertesystem gilt auch und besonders für Asylwerber und Flüchtlinge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die aktuelle Zuwanderung von so vielen Menschen nach Österreich stellt den Staat und die Gesellschaft vor Herausforderungen, vor große Herausforderungen. Und wir erwarten von all diesen Menschen, die in Österreich Schutz suchen, zu Recht auch Schutz suchen, egal ob sie nur kurzfristig da sind, oder längerfristig hier bleiben wollen, dass sie sich zu diesem Wertekonsens auch bekennen. Zu einem Wertekonsens im Sinne einer österreichischen, einer europäischen Leitkultur.

Auch das haben wir vor einigen Monaten bereits klar deponiert. Was meinen wir damit? Das ist Erstens, das Bekenntnis zur Demokratie und zum Gewaltmonopol des Staates. Das ist für uns selbstverständlich, dass das Gewaltmonopol in einem Rechtsstaat ausschließlich der Staat hat und alles andere nicht möglich ist.

Zweitens, Bekenntnis zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. Auch das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Auch das muss von jenen Menschen, die zu uns kommen, akzeptiert werden. Alle haben ein gleiches Recht auf freie Meinungsäußerung und können über ihr Leben auch selbst bestimmen.

Der dritte Punkt, den wir formuliert haben, die klare Trennung von Kirche und Staat. Auch das glaube ich, ist allgemeiner Konsens in Österreich, dass die Verfassung über allen religiösen Schriften, ob das die Bibel, der Koran oder sonst eine religiöse Schrift ist, steht. Und auch das ist Teil der österreichischen Leitkultur.

Viertens, Bekenntnis zum Leistungsprinzip, für die ÖVP sowieso selbstverständlich, aber ich glaube, auch akzeptiert in den breitesten Schichten der Bevölkerung. Der Sozialstaat darf keine Einbahn sein. Der Sozialstaat heißt für uns Hilfe zur Selbsthilfe und daher kann es eine Trittbrettfahrermentalität nicht geben. Es geht nicht darum woher jemand kommt, sondern es geht darum was jemand in und für Österreich zu leisten bereit ist.

Und der fünfte Punkt, das ist das Bekenntnis zur Bildungspflicht. Auch das ist ein wesentlicher Punkt. Wer bei uns bleiben will muss Deutsch lernen. Das ist gerade vom Integrationsminister und Außenminister Sebastian Kurz sehr massiv in die Diskussion gebracht worden.

Da gibt es viele gute Initiativen wo sich auch der Herr Soziallandesrat des Burgenlandes angehängt hat, dankenswerter Weise. Ich finde das auch gut, dass Sie hier die Initiative von Sebastian Kurz aufgreifen und aufnehmen.

Es muss dafür gesorgt werden, dass die Menschen, die bei uns sind auch wirklich Deutsch lernen. Das ist die erste und wichtigste Integrationsmaßnahme. Aber dieses Bekenntnis zur Bildung geht weitdarüber hinaus. Es muss auch für alle klar sein, dass Bildung in einem umfassenden Sinn für alle geboten werden muss und auch angenommen werden muss.

Und wer sich gegen diese Bekenntnisse stellt, meine Damen und Herren, der kann auch nicht Teil unserer Gesellschaft sein. Wer sich an diese Bekenntnisse nicht hält, der muss auch mit Konsequenten rechnen müssen, etwa im Bereich von Sozialleistungen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber all jene, die sich zu dieser österreichischen, zu dieser europäischen Leitkultur bekennen, und die auch Integrationswillen erkennen lassen und bekunden, all jenen müssen wir die Möglichkeiten bieten, wir müssen ihnen diese Möglichkeitsintegration bieten auf allen Ebenen, ob das in der Bildung ist, ob das in der Sprache ist oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die wichtigsten Bausteine zur Integration das sind nun einmal Sprache, Werte und Leitkultur, so wie der Titel unserer Aktuellen Stunde auch heißt. Daher ist es höchst notwendig, dass Asylsuchende und Asylberechtigte rasch diese Möglichkeit bekommen, rasch die Möglichkeit bekommen Deutsch zu lernen.

Und es ist notwendig, dass Ihnen die Werte auch vermittelt werden, die uns wichtig sind, und die die Basis für das Zusammenleben unserer Gesellschaft auch sind.

Meine Damen und Herren, diese Herausforderungen gehen uns alle an, insbesondere das Land ist auch gefordert jene Gemeinden, Institutionen und Vereine, die sich massiv um Integration bemühen auch zu unterstützen. Bis jetzt muss man ehrlich sagen, ist davon nicht viel zu sehen. Aber vielleicht ist die heutige Aktuelle Stunde auch Anstoß dafür.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine spannende Diskussion zu einem, glaube ich, sehr, sehr wichtigen Thema. *(Beifall bei der ÖVP und des Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Molnar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Sprache, Werte, Leitkultur als Bausteine zur erfolgreichen Integration, das ist nicht nur ein spannendes Thema, es ist vor allem ein entscheidendes Thema, wenn es um unsere Heimat und um unsere Zukunft geht.

Es ist ein Thema das Stoff für stundenlange Debatten böte. Es ist aber auch ein Thema, das viel Platz einräumt für Fehlinterpretationen und Missverständnisse, das beginnt schon beim Begriff der Leitkultur. Einen Begriff der die politische Debatte seit etwa 15 Jahren belebt.

Wir mussten und müssen in vielen dieser politischen Diskussionen erleben, dass wir zum Kern der Sache gar nicht vordringen, weil es eben schon beim Begriff der Leitkultur beginnt, weil sich die Debatte eben schon am Begriff der Leitkultur spießt.

Ich für mich ziehe es in meinem Beitrag vor, mich an die allgemeine Definition zu halten. An eine Definition mit der wir, glaube ich, alle leben können. Ich werde diesen

Begriff hier jetzt nicht zerpflücken. Der Kollege Steiner hat es gesagt, was sind die tragenden Säulen? Was sind die Werte die man unter Leitkultur subsumiert?

Das ist Demokratie, das ist Laizismus, das sind Menschenrechte, das ist die Zivilgesellschaft, das sind die Werte der Aufklärung. Ich bin mir sicher, dass wir mit dieser Definition alle leben können und hoffentlich auch wollen.

Die genannten Werte, meine Damen und Herren, das sind jene Werte, auf die wir stolz sind. Das sind jene Werte, für die wir kämpfen und das sind jene Werte, die wir verteidigen. Wir erwarten uns alle, dass jene Menschen die zu uns, warum auch immer, ein- oder zuwandern, diese Werte zumindest achten und im besten Fall verinnerlichen.

Das ist das, was man wohl auch allgemeinhin als Integration versteht. Und das Erlernen der Sprache, das ist eine Selbstverständlichkeit, das ist so sehr eine Selbstverständlichkeit als Grundvoraussetzung für Integration, dass ist, glaube ich, gar nicht notwendig das länger zu beleuchten. Ich komme unumwunden zum Kern der Sache.

Ob Integration gelingt, ob Integration überhaupt gelingen kann, das hängt nicht zuletzt und vielleicht sogar in erster Linie von jenen ab, die nach Europa, und in unsere Heimat Österreich kommen. Es geht um die Qualität der Ein- und Zuwanderer, es geht aber auch um die Quantität.

Einen Teelöffel Zucker kann ich in einer Kaffeetasse auflösen, das versüßt sogar noch den Geschmack, wenn mir aber das Salzfass in die Suppe fällt, dann ist die Suppe ungenießbar. In diesem Sinne ist es auch hochgradig besorgniserregend was sich derzeit an unseren Grenzen abspielt.

Wie wir aus Sicherheitskreisen hören, das wird jetzt natürlich vor dem Wahlsonntag offiziell von keiner Stelle wirklich bestätigt, sind die Zahlen der derzeit aufgegriffenen illegalen Migranten stark im Steigen begriffen und liegen momentan sogar über den Werten des Vorjahres. Also was die Zahlen im Vergleichszeitraum des Vorjahres angeht.

Und die Bundesregierung ist in diesem Fall dringend aufgefordert alle Maßnahmen zu treffen, um den Migrationsdruck auf Österreich soweit wie möglich zu minimieren. Es ist verantwortungslos auch nur einen Meter Grenze unbewacht zu lassen und tagtäglich wiederrum 100, 200, 300 illegale Migranten alleine über das Burgenland auf Staatsgebiet kommen zu lassen.

Es ist geradezu verantwortungslos von der romantischen Annahme auszugehen, wir könnten die Integration all jener problemlos bewerkstelligen, ohne sozusagen den Nachschub zu stoppen. Und es ist auch verantwortungslos eine Obergrenze festzulegen, aber nicht zu sagen was passiert, wenn der erste nach dem 37.500 Flüchtling vor unseren Grenzen steht.

So gesehen, Herr Kollege Steiner, sehe ich noch keine Lösung. Das wird sich in wenigen Wochen zeigen, wenn diese Obergrenze erreicht sein wird. Also es gibt alleine schon quantitative Grenzen wenn es um das Machbare und auch um das Erträgliche geht und das hat dieser Landtag in mehreren Beschlüssen mehrheitlich auch schon so zum Ausdruck gebracht.

Damit zur Qualität: Wissen Sie, als Enkelkind eines ungarischen Flüchtlings des Jahres 1956 stört es mich, dass die heutige Situation, - und es stört im Übrigen auch meinen Großvater, der Gott sei Dank noch lebt, - stört es mich, dass die heutige Situation auch und vor allem was die Integration angeht, mit der Situation von 1956 oder mit den 90-er Jahren, als es am Balkan geknallt hat, verglichen wird.

Hand aufs Herz, über welche Gruppe reden wir wenn es um Integrationsprobleme geht? Reden wir über Osteuropäer, über Polen, über Ungarn? Reden wir über Leute die vom Balkan kommen? Reden wir über Südeuropäer, über Spanier, Portugiesen? Reden wir über Asiaten?

Asiaten haben es manchmal an sich, dass Sie sich nicht integrieren, aber halt ihr Leben leben und uns unser Leben leben lassen. Das ist jetzt nicht die Vorstellung von Integration, aber das ist auch kein größeres Problem.

Es ist eine ganz bestimmte Gruppe mit denen wir Probleme haben im Alltag, und mit denen wir Integrationsprobleme haben. Und das sind in erster Linie jene Menschen, die aus muslimisch geprägten Teilen zu uns ein- und zuwandern. Das ist der Kern der Sache, meine Damen und Herren, aus freiheitlicher Sicht.

Das ist ein Kern, den viele nicht laut aussprechen, den viele scheuen in der Diskussion wie der Teufel das Weihwasser, aber wir haben ein Problem mit dem Islam.

Ich weiß schon, es gibt Kollegen die sagen, es geht um Menschen und nicht um Religionen. Das ist aber bestenfalls die halbe Wahrheit. Der Punkt ist der, sagen Sie mir ein Land der Welt, in dem Muslime in der Mehrheit sind und das auch nur annähernd eine freiheitliche demokratische Grundordnung hat.

Sagen Sie mir ein Land der Welt, in dem Muslime die Mehrheit stellen und das auch nur annähernd so demokratisch organisiert ist wie wir das sind. Und sagen Sie mir ein Land der Welt, in der Muslime die Mehrheit bilden und das Laizismus, die Werte der Aufklärung, nicht zuletzt auch die Werte der Reformation, das Menschenrechte und Zivilgesellschaften fördert, ja überhaupt existieren lässt - es gibt keines.

Und wenn jetzt jemand mit der Türkei oder mit Tunesien kontert, dann kann ich dazu nur sagen, das sind allesamt keine Länder die zum Vorbild taugen. Der Islam ist eben, und das hat Kollege Steiner angesprochen, aber eben nicht vollständig angesprochen, der Islam ist eben nicht ausschließlich Religion.

Der Islam ist zwar auch Religion, aber er ist auch Recht, er ist ein komplettes Gesellschaftssystem und nicht zuletzt auch Politik und Demokratie ist ihm fremd, Laizismus ist ihm fremd, Aufklärung ist ihm fremd, Menschenrechte und Zivilgesellschaft sind ihm fremd.

Der einzelne Muslime, damit da keine Missverständnisse aufkommen, der einzelne Muslime ist nicht das Problem. Ich habe selbst beste Bekanntschaften und Freundschaften zu Muslimen. Aber der Islam insgesamt und zu viele Muslime sind das Problem und mittel- bis langfristig die Gefahr.

Und bevor wir uns das nicht eingestehen, und zwar in breiter politischer Mehrheit, bevor wir uns das nicht eingestehen, werden wir auch nicht die richtigen Antworten auf die Fragen und Herausforderungen der Integration geben können.

Das ist auch der Grund dafür, warum aus Wien seit Jahr und Tag die falschen Antworten kommen. Und warum wir auf gewisse Entwicklungen gerade in den Ballungszentren den Deckel nicht mehr draufbekommen. Gerade wenn es um Integrationsverweigerung geht, gerade wenn es um Straftaten geht, sind die Antworten der Regierenden die falschen.

Das mit der zweiten Backe, das funktioniert vielleicht bei unser eins, aber das funktioniert bei vielen Zuwanderern aus dem muslimischen Bereich nicht, sie schlagen zu. Und die strafrechtlichen Entschärfungen, die wir in den letzten Jahren in Österreich erlebt haben, die haben ja einen Sinn gemacht, wenn es um eine gewisse Zielgruppe geht.

Aber was soll sich ein Gewalttäter der ein anderes, viel härteres System gewohnt ist, der in diesem System groß geworden ist, der da sozialisiert worden ist, der das auch mitträgt, was soll sich der denken, wenn er selbst nach der x-ten Tat auf freiem Fuß bleibt und vielleicht auch noch mit Sozialleistungen alimentiert wird?

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, das es zu viele Zuwanderer gibt, die es nicht zu schätzen wissen, das wir ein System haben in Österreich, gottseidank, und so soll es auch bleiben, ein System haben, das es gut meint, das eine zweite Chance gewährt, eine dritte Chance gewährt, das auf Vernunft basiert und an Vernunft appelliert.

Das mit der Quantität ist eben die eine Sache. Und da gibt es glaube ich, auch zumindest grundsätzlich einen Konsens. Das mit der Qualität ist aber die andere Sache. Und wenn wir uns diese traurige Wahrheit nicht eingestehen, so weh sie auch tut, dann wird es auch nicht zu den richtigen Antworten kommen.

Kollege Steiner hat als Bürgermeister völlig recht, wenn er infolge von gewissen Straftaten die unter Flüchtlingen in Eisenstadt passiert sind sagt, wer das Gastrecht missbraucht, der soll woanders sein Glück finden. Das ist nett, das ist richtig.

Aber wir alle miteinander wissen und die Zeitungen sind voll von Beispielen, dass es in viel zu vielen Fällen einfach keine Konsequenzen gibt und da geht es vor allem auch um Signale. Und Härte ankündigen aber Milde und Nachlässigkeit walten lassen, das ist ein falsches, das ist ein fatales Signal.

Im Übrigen ist es gerade in diesem Zusammenhang auch ein falsches Signal wenn ein Bewerber um das höchste Amt im Staate keine Befürchtungen im Hinblick auf eine muslimische Mehrheit in Österreich hegt und auch noch in Fremdsprachen auf Stimmenfang geht. Das halte ich überhaupt für ein fatales Signal.

Wir reden hier von Sprache als Grundvoraussetzung für Integration. Wir werben für Wahlen in ausländischen Sprachen und signalisieren damit, Sprache erlernen selbst ist für eingebürgerte Wahlberechtigte nicht erforderlich.

Integration ist eine Bringschuld. Es geht vor allem darum, dass man sich die unangenehmen Wahrheiten eingesteht. Und wer nicht bereit ist sich zu integrieren, der hat hier in Österreich nichts verloren, gleich aus welchem Grund er zu uns gekommen ist. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Das Burgenland hat einen wesentlichen und großartigen Beitrag geleistet wie es darum ging im Sommer diese Ausnahmesituation zu bewerkstelligen.

Und im Nachhinein betrachtet wird man feststellen, dass das ein historischer Akt war, ein historisches Ereignis. Denn damals wurden über 300.000 Menschen hoch professionell und vor allem menschlich erstversorgt. Und ich betone 5.000 Notquartiere wurden quasi über Nacht in wenigen Stunden, in wenigen Tagen, im Burgenland organisiert um die Menschen auch unterzubringen.

Ich glaube, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, darauf können wir, das Hohe Haus hier im Landtag aber auch alle Burgenländerinnen und Burgenländer stolz sein und

wir müssen allen die hier beigetragen haben ein lautstarkes und kräftiges Dankeschön entrichten.

Die Polizistinnen und Polizisten, die Rettungsorganisationen, die Soldatinnen und Soldaten des Österreichischen Bundesheeres, die Gemeinden aber auch vor allem die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer die stunden- und tagelang, wochenlang hier unentgeltlich und ehrenamtlich oft hier einen Beitrag geleistet haben, dass hier hochprofessionell und menschlich die Menschen versorgt wurden. Und dafür gebührt der höchste Dank und Respekt allen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und GRÜNEN)*

Seither bemühen sich das Land und die Gemeinden auch unsere Quote einzuhalten. Das ist nicht einfach, das variiert auch von Tag zu Tag weil man nie weiß, wie viele kommen morgen, wie viel Quartiere muss ich wieder schaffen, um diese Quote auch einzuhalten? Aber die gute Botschaft ist, dass das Burgenland diese rund 100 Prozent einhält und das ist auch wichtig damit die Menschen gut versorgt sind.

Der Dank gebührt hier den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Gemeindevertretern, den vielen privaten Frauen und Männern im Burgenland die hier Quartiere anbieten. Auch natürlich dem zuständigen Landesrat Mag. Darabos und der Abteilung 6, insbesondere dem Herrn Hauptmann mit seinem Team, eine großartige Leistung. Ich freue mich, dass Rot-Blau im Burgenland diese 100 Prozent an Quote vorweisen kann. Die anderen Bundesländer wären ebenfalls gut beraten diese Quote auch einzuhalten.

Geschätzte Damen und Herren! Das Burgenland ist aufgrund seiner regionalen Lage und das bleibt es auch, Hotspot. Und daher war der Assistenzeinsatz im Burgenland ganz, ganz wesentlich und notwendig. Er wird jetzt auch in diesen Tagen ausgebaut und auch das ist wichtig. Denn ich darf eine kleine Zahl hier nennen: In zwei Wochen kam es zu 685 Grenzgängern die hier aufgegriffen wurden und dazu muss man sagen, dass durch diesen Assistenzeinsatz auch die Schlepperkriminalität hintangehalten wird.

Auch das ist ein wichtiger präventiver Teil der hier vollzogen wurde und jetzt könnte man eine Lobeshymne auf den Hans Peter Doskozil, den Verteidigungsminister, halten. Das will ich nicht. Ich gehe einen anderen Weg, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das glaube ich eh.)* denn der Minister Doskozil macht einfach nur seinen Job. Dafür ist er zuständig und das macht er bravourös und dem ist nichts hinzuzufügen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Sozialdemokratie des Burgenlandes, aber auch andere Vertreter die hier im Landtag arbeiten, aber insbesondere der Landeshauptmann haben immer gesagt, wir brauchen auch temporäre Grenzkontrollen an unseren Grenzen. Damals gab es nicht von Allen Applaus.

Heute ist es gelebte Praxis und eine wichtige Maßnahme um eben hier diesen Schleppern Riegel vorzuschieben. Denn das ist für mich das Allerpeinlichste und Schlechteste, dass man auf dem Rücken von Menschen die flüchten noch Kapital schlägt und hier durch Schlepperei Millionen umgesetzt werden. Und daher sind diese Grenzkontrollen auch unheimlich wichtig.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und ich stehe auch persönlich zu diesem vereinbarten Richtwert von 37.500. Warum? Weil ich der Meinung bin, Hilfe muss mit Ordnung und Sicherheit einhergehen. Und ich sage ganz klar, Menschen die flüchten weil sie aus Kriegsgebieten flüchten müssen, denen müssen wir auch helfen. Das kann sich Österreich leisten. Das müssen wir auch tun. Hier geht es um Menschen die unter Umständen zu Tode kommen wenn sie nicht ihr Heimatland verlassen.

Ich sage gleichzeitig aber dazu, dass wir eine starke Trennung zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen machen müssen weil sonst die Kompetenz und die Kapazität nicht ausreicht und daher ist es notwendig hier eine Trennung von Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen vorzunehmen. Daher die Aufnahme mit Maß und Ziel von 37.500. Ich glaube zum Wohle der Bevölkerung aber auch zu Wohle der Menschen die nach Österreich flüchten.

Es muss auch sichergestellt sein, dass das Sozialsystem das alles verträgt und ich glaube auch dieser Richtwert von 37.500 der bringt auch mit, dass das Sozialsystem da nicht überfordert wird und daher glaube ich, dass diese 37.500 ein ganz notwendiger Schritt waren.

Außerdem waren viele weitere andere Maßnahmen sehr, sehr wichtig, die Verschärfung beim Familiennachzug beispielsweise. Die Umstellung von Geld auf Sachleistung bei der Mindestsicherung, auch das ist im Burgenland schon in Umsetzung. Auch Asyl auf Zeit ist ein wesentliches Signal das wir hier aussenden müssen und ebenso sind die verpflichtenden Werte- und Deutschkurse im Burgenland notwendig. Diese verpflichtenden Deutsch- und Wertekurse sind ja auch im Burgenland gelebte Praxis. Das wird ja auch gemacht und ist absolut notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Thema ist viel zu wichtig um hier unangebrachte Polemik walten zu lassen. Ich glaube Sacharbeit und kühler Kopf ist hier notwendig und das tun wir auch im Burgenland.

Und im Burgenland haben wir unsere Hausübungen gemacht. Ich meine damit nicht die Regierung, die Abgeordneten, das Land, das sowieso, sondern die vielen anderen die hier mithelfen diese Situation zu bewerkstelligen. Ich meine damit beispielsweise die Deutschkurse und die Kompetenzchecks des Arbeitsmarktservice die hervorragend funktionieren und wo hier die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsmarktservice eine tolle Arbeit leisten.

Ich möchte insbesondere die Volkshochschule hervorheben weil die sich mit den Flüchtlingen, vor allem mit den Kindern sehr gut auseinandersetzen und hier Deutschkurse machen die seinesgleichen suchen. Da sieht man den Erfolg tagtäglich. Die lernen Deutsch und das ist unumgänglich wenn man auch Integration leben will.

Auch die mobilen Integrationsteams für die Gemeinden sind eine wichtige Einrichtung. Wenn eine Gemeinde diese mobilen Integrationsteams benötigt, dann sind die auch vor Ort. Ich glaube auch das ist ein wichtiges Angebot an unsere Gemeinden.

Auch Integrationsprojekte werden gesondert gefördert mit einer Sonderförderung des Innenministeriums und das Land stellt auch, das muss man auch in dem Rahmen sagen, 1,4 Millionen Euro dafür zur Verfügung für Deutschkurse aber auch für EDV- oder Pflegehelferkurse. Ich weiß schon, die sind ja nicht nur für Asylwerber, aber sie werden vor allem sehr gerne von Asylwerbern angenommen und ich glaube daher ist es auch ein wichtiger Beitrag damit Integration funktionieren kann.

Der Landesschulrat krempelt die Ärmel hoch und macht Sprachförderungskurse für Flüchtlingskinder. Auch ganz ein wesentlicher Beitrag damit Integration von Kindern in Schulen funktioniert.

Meine Damen, meine Herren! Ich sage aber auch Null Toleranz für straffällig gewordene Menschen. Wenn man nach Österreich kommt, dann muss man sich an die Gesetze halten, an die Spielregeln halten und da gibt es eine Null-Toleranz-Grenze. Da kann man nicht sagen, na da muss man wegschauen. Das geht nicht.

Wenn jemand zu uns kommt, dann hat er sich auch an alle Gesetze zu halten die in Österreich vorhanden sind, egal ob Asylwerber oder auch Österreicher. Die Gesetze müssen eingehalten werden!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Asyl und Integration sind Themen die werden uns die nächsten Wochen, Monate, ja sogar Jahre beschäftigen. Kein einfaches Thema, keine einfache Aufgabe. Aber gemeinsam müssen wir uns dieser Aufgabe stellen, die Gemeinden, die Länder, der Bund, ja alle Staaten der Europäischen Union.

Ich kann sagen für meine Fraktion, wir werden dieser Aufgabe gewachsen sein. Wir werden uns dieser Aufgabe stellen und werden alles dafür tun, damit Flüchtlinge die Hilfe brauchen auch Hilfe bekommen. Aber auch, dass Integration funktioniert und die Menschen auch in Sicherheit und in Ordnung in Österreich leben können.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Wir sehen leider an dem Tagesordnungspunkt der Aktuellen Stunde was das für Auswirkungen hat, wenn in einer Geschäftsordnung schnell einmal der Klubstatus von zwei auf drei Mandatare hinaufgesetzt wird.

Nachdem vor mir drei Mal 15 Minuten Redezeit war, bleiben *(Abg. Manfred Kölly: Richtig!)* mir nun, für meine Wortmeldung hier, nur mehr fünf Minuten zu einem ausdrücklich umfangreichen und auch sehr grundsätzlichen Thema. *(Zwiegespräche des Abg. Manfred Kölly mit einigen Abgeordneten der SPÖ)*

Ich möchte jetzt auch ausschließlich auf dieses Thema der Aktuellen Stunde eingehen. Und ich frage mich, warum wurde in den letzten Jahrzehnten so selten eine Diskussion über unsere Identität geführt, unsere Identität im Burgenland? Jetzt fühlt man eine Bedrohung derselben und dann erst fangen wir an darüber nachzudenken was uns eigentlich ausmacht.

Leitkulturdebatten brauchen - und ich zitiere hiermit eine evangelische Pfarrerin Petra Bahr: "Leitkulturdebatten brauchen Mut und Ehrlichkeit. Möglicherweise ist das was wir verteidigen müssen gar nicht mehr da weil es uns schon lange nicht mehr wichtig war. Die, die als Fremde zu uns kommen und wissen wollen wie sie hier leben sollen haben aber eine Antwort verdient. Sie nötigen uns auch dazu, uns über uns selbst nichts mehr vorzumachen".

Nun frage ich mich, was sind denn die Eckpunkte österreichischer und europäischer Leitkultur? In Europa haben wir in den letzten 100 Jahren und darüber hinaus erlebt, wie Nationalismus verbunden mit materieller Not zu Krieg und Zerstörung führen.

Wir haben aber auch erlebt das es möglich ist, mit viel Kooperation untereinander, mit engagierter Arbeit, mit gegenseitigem Wohlgesonnen sein, eine Ordnung zu schaffen und Regeln des Miteinanders zu errichten, in der die Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch eingeklagt werden können.

In der man die eigene Meinung öffentlich äußern darf und auch dafür demonstrieren darf. In der es Religionsfreiheit gibt, in der demokratische Instrumente zur

Verfügung stehen, zum Beispiel auch um Politikerinnen und Politiker abzuwählen und rechtliche Instrumente um korrupte Politiker auch einmal einzusperren.

Ich möchte hier auch Helmut Brandstädter vom „Kurier“ vom 17.10.2015 zitieren der schreibt:" Die europäische Leitkultur der schmerzlichen Erfahrungen und der gelebten Aufklärung ist eine vorzeigbare Identität, die Zuwanderern zeigen kann, in welche Gesellschaft sie sich integrieren müssen.

Aber dann müssen wir uns auch selbst ernst nehmen. Wer von einem Neuankömmling erwartet, dass er die Gleichheit von Mann und Frau anerkennt, muss hier auch gleiche Löhne bezahlen.

Wer fordert, dass Zuwanderer die Gleichheit aller Menschen akzeptieren, darf nicht die Errungenschaften der Menschenrechtskonvention in Frage stellen. Und wer für Religionsfreiheit eintritt muss jedem zugestehen, dass er seinen Glauben lebt." - Zitatende.

Das Burgenland müsste es ja eigentlich schon gewohnt sein, mit Zuwanderung umzugehen. Schon die Integration von sogenannten "Zuagrasten" aus Wien oder Vorarlberg oder gar aus Deutschland, stellt für so manche kleine Gemeinde eine Herausforderung dar, das sich unser Heimatland kulturell und damit auch in seiner Identität weiterentwickelt, ist offensichtlich.

Das dies auch durch Zuzug von Menschen aus weit entfernteren Kulturkreisen geschieht, ist heute offenbar. Wir müssen uns darauf einstellen, unser Land wird dauerhaft pluralistischer, also ethnisch und religiös und kulturell vielfältiger. Wir können dies als Bereicherung sehen oder Angst davor haben.

Und natürlich unsere Gesellschaft wird widersprüchlicher werden. Aber wir können das als Herausforderung annehmen oder es als Auslöser für Abwehrreaktionen gegen Menschen wahrnehmen. Und - das sage ich auch - dieser Pluralismus wird keine Idylle sein. So sagte es auch Wolfgang Thierse am 16.Mai 2016 der „Frankfurter Allgemeine“.

Dieser Pluralismus steckt voll von politisch sozialem und religiös kulturellem Konfliktpotenzial, keine Frage. Aber wie jede Krise birgt auch dieses Konfliktpotenzial eine immense Chance. Nämlich jene, im intensiven Dialog unsere gemeinsame leitende, anleitende Kultur im 21. Jahrhundert zu beschreiben und damit wieder ein Stück weit mehr gemeinsame Realität und gemeinsame Identität zu finden.

Diese Leitkultur soll auch Menschen - und davon bin ich zutiefst überzeugt - die sich hier niederlassen wollen, anleiten, sich daran einzufinden und sich anzuschließen. Leider ist mir meine Redezeit jetzt schon unterbrochen worden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank hat sich Mag. Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! In aller Kürze, es wurde schon sehr viel gesagt - auch in der Fragestunde. Möchte nur einige Punkte noch anschließen.

Der neue Bundeskanzler hat gesagt, Integration geht für ihn vor die Frage, wie man mit Asylpolitik insgesamt umgeht. Weil wenn wir Menschen nach Österreich lassen und

ihnen auch die Möglichkeit geben, Asyl gewährt zu bekommen, dann muss man sich nachher auch integrieren.

Denn - da möchte ich anschließen an Klubobmann Hergovich - 300.000 Menschen sind durch das Burgenland gezogen. Damals war die Stimmung sehr positiv und das ist auch sehr gut gehandelt worden. Wir haben nach 1956 mit dem Ungarnaufstand und nach 1968 mit der Krise in der Tschechoslowakei und nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Osteuropa und auch - und das sollten wir nicht vergessen, das wird oft unter den Tisch gekehrt - nach den Jugoslawienkrisen bewiesen, dass wir bereit sind, zu helfen.

Im Übrigen zum letzten Punkt kommend: Ich bin Burgenland-Kroate, wie Sie wahrscheinlich alle wissen, und die Integration hat dort bestens funktioniert von den Menschen, die meistens aus Bosnien, aus Kroatien, aber auch aus Serbien nach Österreich im Allgemeinen und ins Burgenland im Speziellen gekommen sind, sicherlich einfacher. Da bin ich auch beim Kollegen Molnár, weil der Kulturkreis ein anderer ist und weil auch die Sprache in den burgenländisch-kroatischen Gemeinden dazu beigetragen hat, dass die Integration relativ rasch funktionieren konnte.

Integration als wichtiges Thema, auch der neuen Bundesregierung offensichtlich. Ich möchte noch einmal bestärken, was schon heute einmal gefallen ist. Das Burgenland ist das erste Bundesland, das Wertekurse über Parteigrenzen hinweg - andere Koalitionsformen im Burgenland, als auf Bundesebene - durchgesetzt hat und auch umgesetzt hat. Wir haben mit dem Herrn Außenminister und Integrationsminister Kurz - nachdem er mich gebeten hat, das zu machen - in kurzer Zeit dafür gesorgt, dass das auch gelingen kann.

Ich halte es für ganz wichtig, denn Integration kann nur über die Sprache und über Werte funktionieren. Ich sage jetzt auch sehr kritisch, vielleicht ist das nicht gern gehört, aber wenn ich als Sozial- und Gesundheitslandesrat höre, dass sich Flüchtlinge in der Untersuchung in einem Spital, ich sage jetzt nicht welches es ist - es ist egal, nicht von einer Frau behandeln lassen wollen, dann muss ich ehrlich sagen, dann ist Integration schon vorher gescheitert, bevor sie noch begonnen hat.

Das ist auch nicht unser Zugang zu diesem Thema. Aber wir müssen versuchen, diese Hol- und Bringschuld einzufordern, sowohl von den Flüchtlingen selbst, von den Integrationswilligen, als auch von uns selbst, indem wir eben diese Deutschkurse und Wertekurse zur Verfügung stellen.

Ich war in sehr vielen Flüchtlingsquartieren in den letzten Monaten und habe gesehen, dass sehr viele Menschen - vor allem aus Syrien, sage ich auch offen dazu, es gibt andere Länder, wo es schwieriger ist - auch integrationswillig sind, relativ rasch auch bereit sind, die deutsche Sprache zu erlernen, sich mit unseren Werten auseinanderzusetzen.

Es gibt übrigens - das habe ich gar nicht vorbereitet gehabt, das ist mir jetzt nur eingefallen, weil ich mit dem Herrn Bischof gesprochen habe - irrsinnig viele, die auch konvertieren. Ist auch interessant. Also aus welchen Gründen auch immer, aber es ist jedenfalls so.

Es ist eine große Bereitschaft auch da, sich hier zu integrieren, aber es gibt eben auch Gruppen, die sich nicht integrieren wollen und die werden dann auch sozusagen zurückzuweisen sein. Das ist auch eine Frage, die man auch diskutieren könnte auf einer Ebene, die wahrscheinlich auch mehrere Stunden - wie schon heute angesprochen wurde - dauern würde, sind sie wirklich bereit sich zu integrieren oder nicht.

Wenn sie nicht bereit sind, dann muss man auch die Abschiebungsgeschichte noch stärker ins Auge fassen als bisher. Es bringt uns nichts, wenn das nicht diskutiert wird und auch nicht angesprochen wird.

Letzter Punkt: Positives Abschlussbeispiel. Ich darf heute hier verkünden, dass wir eine Integrationsbeauftragte auch im Burgenland bekommen werden, die sich um diesen Bereich kümmern wird. Eine Frau, eine junge Frau, eine dynamische Frau mit Migrationshintergrund. Damit wollen wir auch vom Burgenland signalisieren, dass wir dieses Thema ernst nehmen, aber auf Basis dessen, was ich am Beginn gesagt habe.

Jene, die sich bei uns niederlassen wollen und die dann auch die Chance haben sich niederzulassen zu wollen, weil sie eben den Bescheid bekommen haben, dass sie hier bleiben können, die sind herzlich willkommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Zeitablauf Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ) *(fortsetzend)*: Letzter Satz. Danke. Entschuldigung. Die sind herzlich willkommen und wir werden auch im Burgenland signalisieren, dass wir das auch begleiten werden mit einer neuen Integrationsbeauftragten, die ich dann in den nächsten Tagen auch öffentlich vorstellen werde.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön für diese Ankündigung. Landesrat Bieler ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte sehr Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte die Ausführungen des Herrn Landesrates Darabos bestärken und bekräftigen und noch um den kulturellen Aspekt erweitern. Wenn wir heute über konkrete Maßnahmen reden, die wir zur funktionierenden Integration im Burgenland leisten können - dann ist das vielfältiger Natur.

Ich darf auf meine Budgetrede am 19. November 2015 hinweisen, wo ich den deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck zitiert habe, der gesagt hat: "Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich".

Das heißt aber für uns, wir alle müssen uns hier und jetzt der Aufgabe und den Herausforderungen der Integration stellen, alle. Daher muss auch eine Integrationsleistung der Flüchtlinge, beziehungsweise der Asylwerber eingefordert werden. Toleranz für Intoleranz - habe ich gesagt - darf es bei uns nicht geben. Unsere Werte wie Demokratie, Freiheit, Gleichstellung der Frau, Trennung von Kirche und Staat, Religionsfreiheit, Solidarität und ich füge jetzt aktuell dazu Pressefreiheit, wenn man sich anschaut, was in der Türkei gerade passiert, stehen nicht zur Disposition.

Aber wir wissen ganz genau, dass wir diejenigen, denen wir unsere Hilfe bieten und geben, auch integriert werden müssen und dass wir daher auch Maßnahmen setzen müssen.

Daher aus dem Kulturbereich einige Beispiele, die hier in der letzten Zeit gesetzt wurden. Die sprachliche und kulturelle Vielfalt ist, meiner Meinung nach, das Herzstück unserer burgenländischen Identität und daher auch ein wichtiger Teil bei Integrationsmaßnahmen.

Wir haben Tanztage initiiert. Fotowettbewerbe, wo Asylwerber dabei waren. Eine interkulturelle Musikschule, grenzenloses Singen mit Asylwerbern ins Leben gerufen. Das

heißt, wirklich konkrete Maßnahmen im kulturellen Bereich, weil über die Sprache, über Musik, über Tanzen, hier die Grenzen leichter überbrückbar sind.

Aber ganz gezielt setzen wir auch Maßnahmen für kulturelle Aktivitäten der Volksgruppen, der Volksgruppenkultur, der Jugendkultur in der KUGA, im OHO, Cselley Mühle, Hianzenverein, Volksliedwerk und Projekte für Roma, für Kroaten, für Ungarn. Es gibt viele Beispiele, die ich hier anführen könnte.

Ich habe ganz bewusst das Jahr 2016 - voriges Jahr schon - als das „Jahr der Vielfalt“ ausgerufen. Als Ausdruck des Bewusstseins unserer kulturellen Vielfalt. Als Ausdruck des Bewusstseins des gelebten Miteinanders und als Vorbild und Chance für eine gelebte Integration für die Menschen, die neu zu uns gekommen sind.

Diese Vielfalt unseres Landes macht auch unsere Stärke aus. Das sollten wir uns bewusst sein und gleichzeitig aber wissen, dass diese kulturelle Vielfalt die Demokratie, die Toleranz, soziale Gerechtigkeit und den gegenseitigen Respekt fördert. Das hat uns in den letzten Jahrhunderten viel geholfen und das hilft uns auch heute.

Ich bin stolz darauf, dass wir von der österreichischen UNESCO-Kommission die Schirmherrschaft für dieses „Jahr der Vielfalt“ bekommen haben, weil ganz klar damit zum Ausdruck kommt, dass diese Vielfalt ein Mit- und Nebeneinander unabhängiger qualitativ gleichwertiger Teile ist, die zusammengenommen ein großes Ganzes bieten.

Des kulturellen Reichtums sollten wir uns bewusst sein und daher setzen wir viele Aktivitäten im heurigen Jahr, die uns betreffen, die aber auch ein Teil der Integration derjenigen sind, die zu uns gekommen sind.

Abschließend - alle müssen einen Teil dazu leisten. Wenn das nicht der Fall ist, wird es nicht funktionieren. Aber es gibt sehr viele, die sich integrieren wollen und es gibt offensichtlich nicht so viele, die das nicht wollen.

Daher müssen wir daran arbeiten und müssen schauen, wie wir diese Aufgabe auch lösen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Als Nächster hat sich der Landtagsabgeordnete Patrick Fazekas zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer sehr fordernden Zeit. In einer Zeit des Umbruchs. In einer Zeit, in der viele Menschen sehr viele offene Fragen in sich tragen. Wir erleben, dass die Politik, egal auf welcher Ebene, vor großen Herausforderungen steht und große Herausforderungen zu bewältigen hat. Grund für diese Entwicklungen sind Krisen, sind Konflikte, sind Kriege auf der Welt. Das sind Geschehnisse, die Menschen dazu bewegen, ihr Heimatland zu verlassen und in ein anderes, wohl sicheres Land zu flüchten.

Ausgehend von dieser Betrachtungsweise resultiert ein großes Konfliktpotenzial. Ein Konfliktpotenzial innerhalb der politischen Auseinandersetzung und auch innerhalb der Gesellschaft. Ich möchte deswegen heute bewusst nicht darüber diskutieren, ob die Einladungs- und Willkommenspolitik gut oder schlecht war.

Ich möchte bewusst nicht darüber diskutieren, ob diverse bauliche Maßnahmen an der Grenze, als Zaun, als Türchen oder als Tor bezeichnet werden, sondern es geht mir darum darüber zu reden, welche konkreten selbständigen Maßnahmen wir im Rahmen der eigenen Verantwortung, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten setzen können.

Es geht mir um die Kernfrage, wie wir es schaffen, die Menschen hier bei uns zu integrieren. Diese Herausforderung, meine geschätzten Damen und Herren, wird man nicht damit bewältigen, indem man eine Ghettoisierung, eine Abschottung meistert. Diese Herausforderung wird man dahingehend meistern, wenn konkrete Maßnahmen innerhalb der Sprachenvermittlung, der Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt und bei der Wertevermittlung gesetzt werden.

Neben der verstärkten Sprachförderung mit Sprachförderkursen an den Nachmittagen, oder auch bei verpflichtenden Sommerkursen, wo bei Bedarf auch beispielsweise pensionierte Lehrer aus dem Ruhestand geholt werden könnten, sehe ich eine weitere Möglichkeit Sprache und Werte zu vermitteln.

Unser Land kennzeichnet sich durch eine große Besonderheit, nämlich durch ein reges Vereinsleben und genau dieses rege Vereinsleben, meine geschätzten Damen und Herren, ist meines Erachtens nach ein wichtiges Puzzleteil in der Integrationsfrage. Ich bin überzeugt, dass gerade unsere Vereine ein starker Impulsgeber sein können, wenn es darum geht, aktiv Sprachen, aktiv Werte zu vermitteln.

Wenn die Vereine den Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit geben sich bei uns ehrenamtlich zu engagieren und wenn Jene das auch tun, dann ist das ein riesengroßer Schritt zur gelungenen Integration, ein riesengroßer Schritt in Richtung funktionierendes Zusammenleben. Deswegen sind, meiner Meinung nach, alle Bemühungen und Bestrebungen die in diesen Bereichen gesetzt werden, unterstützens- und begrüßenswert. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Wir leben in einem wundervollen Land, in einem Land voller Möglichkeiten. Deswegen sage ich ganz klar und mit Überzeugung, es ist egal wo jemand geboren ist, es ist egal welche Hautfarbe jemand hat. Es ist egal welche Sprache jemand spricht. Was zählt, ist zu wissen was man will, was zählt ist zu wissen was man erreichen möchte und wenn man hart für etwas arbeitet dann bin ich überzeugt davon, dass man es schaffen kann.

Deswegen glaube ich, dass Integration dann funktionieren kann, wenn Leistung erbracht wird. Wer die deutsche Sprache beherrscht, wer Werte akzeptiert, wer im Arbeitsmarkt Fuß fassen möchte, der rückt in die Mitte der Gesellschaft. Wenn wir heute eine Diskussion über Sprachen führen, dann gestatten Sie mir abschließend einen Kommentar zum Vorstoß des RFJ Deutsch in den Unterrichtspausen zu etablieren.

Meine geschätzten Damen und Herren! Für mich ist das Retropolitik der allerschlimmsten Sorte. Wie man derartig absurde Ideen in einem Land verwirklichen möchte, das von der Mehrsprachigkeit kulturell, wirtschaftlich und gesellschaftlich profitiert hat, ist mir schleierhaft.

Für mich ist diese Forderung kein Vorstoß, für mich ist diese Forderung eine Anleitung zum gesellschaftlichen Rückschritt und gegen diese Forderung werde ich mich als überzeugter Burgenlandkroate vehement verwehren. *(Beifall bei der ÖVP)* Was ich sehr positiv betrachte ist, dass sich mittlerweile zwei Regierungsmitglieder gegen diesen Vorstoß ausgesprochen haben. Der Herr Landesrat Darabos hat heute erwähnt wie stolz er auch ist, dass er selbst Burgenlandkroate sein kann.

Was mich aber besonders interessieren würde, wie der Rest der Landesregierung, an der Spitze Sie Herr Landeshauptmann, wie Sie zu dieser Forderung stehen. Sie haben ja bisweilen sehr zurückhaltend gewirkt. Eventuell ergibt sich am heutigen Tag die Möglichkeit, eine klare Haltung zu beziehen. Es sei denn, Sie brauchen auch dazu eine

Mitgliederbefragung mit einem ausgedehnten Interpretationsspielraum. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank ist Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, Herr Abgeordneter Fazekas. Ich weiß nicht was da dabei sein soll, wenn jemand in der Pause Deutsch spricht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist ein Zwang! Ihr wollt es verpflichten!)* Warum das so schlecht sein soll, weiß ich nicht. Ich glaube auch, dass das sehr gut ist, wenn man auch das forciert. Ich glaube auch, dass sogar, wenn Sie das ansprechen, Kroaten auch gerne am Sportplatz Deutsch reden.

Ich glaube auch dass es wichtig ist, dass man die Sprache, die deutsche Sprache, auch am Sportplatz, in der Schule, auch im Pausenhof spricht. Ich verstehe nicht was da so schlimm sein soll. Aber bitte, das ist halt die Anschauung der ÖVP. Zu dem heutigen Thema muss man halt hinzufügen und der Klubobmann Géza Molnár hat es schon angesprochen.

Ich glaube wir sollten wirklich froh sein, dass man dieses Thema so offen diskutieren kann. Dass dieses Thema jetzt definitiv österreichweit ein Thema ist. Das war vor zwei Jahren nicht möglich, so darüber zu sprechen wie man jetzt sprechen kann. Es geht darum, es geht wirklich darum, dass die radikalen Kräfte hintangehalten werden sollen und es geht auch darum, dass man erkennt, dass natürlich der Islam in seiner radikalsten Form eine Bedrohung ist. Nicht nur für Österreich, sondern für die ganze Welt. Das wissen wir alle. Es geht nicht um Menschen die sich hier anpassen, um Menschen die hier Fuß fassen wollen, um Menschen die unsere Heimat anerkennen, sondern es geht um den Radikalismus.

Wenn man verschiedene Studien betrachtet, dann sind ein Prozent Derjenigen die kommen, fast schon Dschihadisten. Sie wollen einen heiligen Krieg. Sie wollen auch diesen Radikalislam nach Europa bringen und das erzähle nicht nur ich, sondern das ist auch definitiv so. Um das geht es.

Aber man muss natürlich auch diese Wertediskussion führen. Diese Wertediskussion ist auch deshalb wichtig, der Landesrat Darabos hat das schon angesprochen, es kann ja nicht so sein, dass man den Mädchen in den Schulen den Turnunterricht verbietet. Es kann ja nicht so sein, dass es eine Zwangsheirat gibt. Es kann auch nicht so sein, dass man sich nicht von Ärztinnen behandeln lässt und einen Wunsch hat auf einen Arzt und so weiter und so fort.

Das heißt, hier muss man definitiv Akzente setzen und das ist auch wichtig. Wenn wir schon von einer Obergrenze sprechen oder heute auch schon von einer Obergrenze gesprochen haben, dann glaube ich, dass diese Diskussion auch gar nicht richtig läuft. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Obergrenze mit 37.500 hält, denn wir bekommen alleine schon von Deutschland an die 100 oder 150 oder sogar bis zu 300 pro Tag zurück.

Das heißt, wir bekommen einmal aus Deutschland allein schon über 100.000 zurück. Es ist wahrscheinlich so, dass jetzt schon wieder 100 pro Tag kommen. Das heißt, diese Diskussion ist zwar jetzt gedämpft und sachte, aber ich sage Ihnen, diese Diskussion wird noch einmal eine Dimension bekommen mit der wir gar nicht rechnen werden.

Da wird sich natürlich auch die Bundesregierung damit stark auseinander setzen müssen. Insgesamt muss man sagen, diese Wertediskussion ist deshalb wichtig, denn wenn ich in ein anderes Land fahre, mit meiner Gattin zum Beispiel, und ich möchte eine Kirche besuchen, dann ist das für mich selbstverständlich, dass man ein Tuch aufsetzt oder die Schultern bedeckt. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Daher erwarte ich mir auch, wenn jemand nach Österreich kommt, dass man die Heimatwerte, die Werte unserer Kultur anerkennt und ich glaube, das ist auch wichtig und zur Einwanderungspolitik, man könnte sich vielleicht ein Beispiel an Australien nehmen.

Also so locker ist ja das nicht, dass wir sagen, in Ordnung, jetzt wandern schnell ungefähr zwei Millionen nach Australien aus, das ist einfach nicht möglich. Daher ist es auch wichtig, diese Politik so streng festzusetzen und fortzusetzen, denn niemand weiß, wie es keine Registrierungen gegeben hat, wie man 300.000 über das Burgenland geschleppt hat, niemand weiß wer diese Menschen waren.

Niemand weiß, was diese Menschen getan haben. Stellt man sich einmal vor, da hätte irgendjemand ein Gewaltverbrechen gemacht im Burgenland, man hätte gar nicht die Möglichkeit gehabt den Täter auszuforschen, weil ja der Täter gar nicht da ist. Den gibt es einfach gar nicht.

Diese Dimensionen muss man halt auch diskutieren. Auch wenn der Herr Abgeordnete Steier jetzt ein bisschen verzwickt dreinschaut, aber das sind Tatsachen und die muss man auch ansprechen. Es sei denn wir sagen, das ist alles egal. Wir brauchen nie mehr Registrierung. Alle können kommen. 60 Millionen sind auf der Flucht, uns geht es eh so gut, wir können alle Menschen bei uns aufnehmen.

Ein abschließendes Beispiel vielleicht, um es ein bisschen bildlich darzustellen: Wenn man heute ein Fußballstadion hat, wo 30 Personen hineinpassen, dann wird das nie und nimmer gelingen, dass dort 100.000 Menschen Platz finden oder sitzen können. Das ist einfach so die Realität, die wir jetzt diskutieren, jetzt gibt es die Diskussion der Realität und das ist mir auch sehr wichtig. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Als Nächstes ist Herr Abgeordneter Mag. Johann Richter zu Wort gemeldet.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Integration ist ein sehr lang andauernder, sehr differenzierter Prozess des Zusammenfügens, des Zusammenführens. Ich möchte trotzdem versuchen diese sehr komplexe Thematik einfach, und ich sage einmal wertfrei, auf drei Punkte zu reduzieren.

Worum geht es im Wesentlichen? Es geht um Anforderungen an die Menschen mit Migrationshintergrund, damit sie an unserem gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das ist der erste Punkt. Dazu gehört der Erwerb von bestimmten Fähigkeiten, von Kenntnissen, es geht um die Einstellung, es geht um den Willen dieser Menschen.

Wichtig dabei sind auf jeden Fall das Erlernen der Sprache und eine gewisse Kommunikationsbereitschaft. Der zweite Punkt ist, es werden Anforderungen an die Aufnahmegesellschaft, also an unsere Gesellschaft gestellt. Wir haben die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese Integration funktioniert. Dazu gehören ganz wesentliche Dinge wie Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, der Zugang zu Bildung, nicht nur Bildung sondern auch Ausbildung. Dieser Zugang soll die Integration natürlich beschleunigen.

Der dritte Punkt ist, der ist jetzt ganz wesentlich. Für ein friedliches Zusammenleben dieser beiden Personengruppen ist natürlich die Einhaltung einer gewissen, ich sage einmal Rechtsordnung, notwendig. Es sind schon öfter hier die wesentlichen Dinge wie Humanismus, Demokratie, Religion gefallen, da wird jeder zustimmen. Aber in diese Rechtsordnung kommen auch Dinge, ich sage einmal Kleinigkeiten in dem Zusammenhang, die aber sehr oft Anlass sind für Unmut und für Unwillen in der Bevölkerung.

Zum Beispiel der Schutz des Eigentums ist ein wesentlicher Aspekt in dem Zusammenhang oder auch, so nebensächlich das auch klingen mag, die Einhaltung der Nachtruhe. Ja, seien wir ganz ehrlich, wie oft diese Dinge Anlass geben zu großen Schwierigkeiten und Problemen.

So, das wären die drei wesentlichen Punkte. Relativ objektiv betrachtet. Ich muss jetzt erstens als Bildungssprecher, zweitens weil vorher der Kollege Fazekas darüber geredet hat, trotzdem auf das Erlernen der Sprache zurückkommen. Da gibt es ja zwei Aspekte.

Erstens im Schulbereich, dass in diesem Bereich ein zu hoher Ausländeranteil der Integration oder dem Erwerb der Sprache sicherlich hinderlich ist und ein Problem darstellt, darüber ist sich wohl jeder einig, der ein bisschen eine Ahnung hat vom Bildungswesen und von Pädagogik.

Außerdem, damit komme ich wieder zurück auf eine von meinen alten Forderungen, dass vorher Deutsch in eigenen Klassen unterrichtet werden sollte, das ja fast schon auch in Umsetzung ist und wofür ich natürlich schwer kritisiert worden bin wegen Ghettoisierung und ähnlichen Dingen.

Aber noch einmal. Ein zu hoher Ausländeranteil in Klassen ist für den Erwerb der Sprache sicher hinderlich und in weiterer Folge ein Problem für die Integration. Ich halte auch nicht sehr viel davon von diesem so oft zitierten Wertekatalog, Wertekanon, den man so quasi in der Schule auswendig lernen lässt. Viel vernünftiger wäre, meiner Meinung nach, diese Werte in konkrete sprachliche Texte, inhaltliche Übungen einfließen zu lassen und damit würde das von automatisch bewerkstelligt werden.

Außerdem sind das Problem meistens nicht die Kinder, sondern aus Erfahrung und aus verschiedensten Meldungen wissen wir, dass sehr oft oder fast immer eigentlich nur die Eltern das Problem sind, die leider unsere Werte sehr oft in dem Bereich ablehnen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Die nächste Wortmeldung kommt vom Mag. Christoph Wolf, M.A.

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Diese Aktuelle Stunde ist unser Schwerpunkt der Volkspartei Burgenland seit dem vorigen Jahr. Danke für die zustimmenden Worte aller Parteien in der letzten Stunde. Das ist für uns ein großer Zuspruch und, glaube ich, signalisiert auch Zustimmung, dass wir hier einen breiten Konsens finden.

Für uns als Volkspartei haben wir bewusst dieses Thema gewählt und legen nochmals jetzt zum Schluss unsere Standpunkte klar. Wer die Regeln unseres Zusammenlebens und auch unsere Leitkultur respektiert und akzeptiert, vor allem auch gegenüber den Frauen, der hat Platz bei uns in unserer Gesellschaft, der darf auch Gast bei uns sein.

Es kann aber nicht sein, dass Frauen oder vor allem andere Menschen ihr Verhalten an diese Gäste anpassen sollen. Wer bei uns lebt muss die Gesetze, die Regeln und auch unsere Werte akzeptieren. Für uns ist der dritte Punkt auch ganz klar, dass man zuerst etwas einzahlen muss, bevor man bei uns Sozialleistungen beziehen kann. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist wirklich komisch! Ihr sitzt eh in der Bundesregierung!)*

Umso wichtiger ist es, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Das bedeutet ganz konkret Integration wo es notwendig ist. Wir haben es bereits gehört, durch Sprache, durch Werte und auch durch ein gelebtes Zusammenleben. Es braucht auch einen Aufnahmestopp an den Grenzen durch Kontrollen, durch den Assistenzeinsatz. Das ist eine Forderung, die wir als Volkspartei Burgenland bereits vergangenen Juli öffentlich und medial kundgetan haben. Nun sind wir froh, dass alle auf unseren Zug aufgesprungen sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Nachweislich in den Medien zu verfolgen. Der dritte Punkt der für uns wichtig ist, ist die Reformierung der Mindestsicherung, weil das auch ein wesentlicher Punkt ist. Wir müssen Anreize schaffen, damit sich Arbeit und Leistung wieder lohnen. Wir brauchen die Hilfe zur Selbsthilfe.

Wir müssen Sozialleistungen an die Verhältnisse im Empfängerland anpassen. Das hat unser Außenminister und Integrationsminister bereits kundgetan und hat auch sehr viel Zuspruch dafür erhalten. Denn für uns darf unterm Strich die Mindestsicherung keine Hängematte sein. Wir brauchen somit mehr Sachleistungen anstatt Geldleistungen *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat es denn beschlossen?)* und die Gesamtsumme pro Monat darf nicht mehr als 1.500 Euro enthalten.

Die kürzlich diskutierte Reform der Mindestsicherung ist aus unserer Sicht eine Schmähparade, weil hier die SPÖ ganz bewusst blockiert und gemeint hat, ab dem siebenten Kind soll es reduziert werden, das ist für uns keine echte Politik. Das ist keine wahrhaftige, und hier, Herr Landeshauptmann Niessl, muss man sich schon fragen, was die Mutterpartei in Wien alles macht.

Unser Programm steht damit aber klar fest, mit der ÖVP auf Bundesebene und auch mit Sebastian Kurz als Außen- und Integrationsminister. Aber bei all diesen Punkten, und das ist für uns leider klar, hat die Burgenländische Landesregierung versagt oder auch blockiert. Die haben in letzter Zeit scheinbar mehr Zeit damit verbracht, in Wien irgendwelche Gräben aufzumachen oder Streitereien in der eigenen Partei vorzuführen, anstatt im eigenen Land zu arbeiten und was weiter zu bringen.

Liebe rot-blaue Landesregierung! Jetzt hat es einen herben Schlag ins Gesicht für den Herrn Niessl und auch für Herrn Häupl in der SPÖ gegeben. Sie wurden scheinbar intern abgesägt und haben nichts mehr zu melden. *(Abg. Werner Friedl: Wo lebt der? – Abg. Edith Sack: Ich weiß nicht, was für Zeitungen der liest.)* Natürlich ist es als Landeshauptmann im Burgenland, wo man es anders gewohnt ist, natürlich schwer und auch nicht leicht zu verkraften.

Das schmerzt, das ist uns klar, aber umso wichtiger ist es, dass man den Fokus wieder auf das Burgenland richtet und alle Arbeit und alle Kraft und Zeit ins Burgenland investiert, weil wenn wir uns jetzt an die letzten Monate zurückerinnern, fällt mir wenig ein, vor allem im Bereich der Integration, der Asylpolitik, aber auch der Arbeitsplätze. Hier ist eigentlich nichts passiert.

Wenn man sich Puls 4 in letzter Zeit angesehen hat, so sieht eine Medienberichterstattung österreichweit aus. Auch ohne eine SPÖ Zensur. Jetzt weiß ganz Österreich wie unser Landeshauptmann tickt.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte vor allem der SPÖ einen kleinen Tipp mit auf den Weg geben. Ich darf hier Euren neuen Bundeskanzler zitieren, der dieser Woche angelobt wurde. Ich zitiere wörtlich: „Aus meiner Sicht ist es sonnenklar, dass am Ende Grundsätze immer vor dem nackten Machterhalt gehen müssen."

Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kollegen der SPÖ! Das könnte Ihr Euch wohl ans Herz nehmen. In der Vergangenheit habt Ihr das nicht gelebt. Ich möchte auch hinterfragen, viel Sozial von Eurer Politik ist eigentlich nicht mehr übrig. Wenn jetzt nur Initiativen für die Menschen im Burgenland angekündigt werden, dann hoffe ich auch, dass diese endlich umgesetzt werden. Weil wo bleiben die Taten, geschätzte, liebe rot-blaue Landesregierung? Bis heute habe ich keine einzige Tat gesehen, was die Arbeitsplätze betrifft, was Unternehmer betrifft oder auch was die Ausländer betrifft.

Liebe FPÖ! Ich würde gern mehr zu Euch sagen, nur da fällt mir leider nichts mehr ein. Ihr habt großmundig angekündigt, es wird weniger Ausländer geben, es wird keine Muslimen geben, aber es gibt heutzutage weder weniger Ausländer im Land, noch mehr Arbeitsplätze für Burgenländer. Also das ist scheinheilige Politik, die wir als Volkspartei verurteilen. Umso wichtiger ist es, dass wir diese …

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Zeitablauf! *(Beifall bei der ÖVP)* Als Nächstes zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es muss offensichtlich in der ÖVP in jedem Landtag einen Lopatka geben. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* Wir haben ihn gerade gehört. Das ist so die niederste Stufe der ÖVP, Gratulation. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich bin ausnahmsweise sogar der Meinung des Abgeordneten und Bürgermeisters Steiner, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, geh!)* denn er hat Erfahrung beim „Absageln" und beim Umstürzen. Er hat das in Eisenstadt bei der Bürgermeisterin gemacht und er hat das im Landtag auch gemacht. Also insofern kann er jetzt auf Bundesebene weitermachen, um den Herrn Kurz dort hinzubringen, wo der fünfte Vorsitzende dann in den letzten zwei Legislaturperioden ist, also einer der größten Erfahrungen.

Dass ich bei diesen Dingen nicht mitmache, das spricht eher für mich. Sie haben da sehr große Erfahrungen. *(Beifall bei der SPÖ)* Machen Sie ruhig weiter so! Sie können da vielleicht noch Konsulent werden. Also insofern kommen wir zurück zur Aktuellen Stunde. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt sind wir wieder zurück.*) Burgenland, und das haben einige gesagt, hat in den vergangen Jahren und Jahrzehnten Weltgeschichte geschrieben, nämlich im Bereich der Integration.

Da brauchen wir von niemanden normalweise eine Aktuelle Stunde, weil wir wissen, wie wir damit umzugehen haben, weil wir auch Erfahrung haben und weil auch unsere Vor- und Vorgängergenerationen auf dem Gebiet Herausragendes geleistet haben, wie auch die Klubobleute von SPÖ und FPÖ gesagt haben.

Wir haben im Jahr 1956, 1989 und 2015 Weltgeschichte geschrieben. Und ich sage auch, dass kein Bundesland und auch kein anderes Land in Europa so viel geleistet hat wie Österreich. Das Burgenland war hier federführend dabei, dank auch einer Zivilgesellschaft, Freiwilligen, Ehrenamtlichen, die hier Herausragendes geleistet haben.

Dazu muss man sagen, das ist das Herz der Burgenländer. 300.000 über Nickelsdorf zu versorgen, das ist eine herausragende Leistung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich bekenne mich auch dazu, dass wir, nämlich neun Landeshauptleute mit Vertretern der Bundesregierung, natürlich diese Menschlichkeit gehabt haben, weiterhin haben wollen, aber dass es natürlich auch Grenzen gibt. Es gibt eine Grenze der Toleranz der Bevölkerung. Es gibt eine Grenze der Integration in den Schulen. Es gibt eine Grenze beim Wohnungsbau. Es gibt eine Grenze am Arbeitsmarkt. Und das heißt auch, verantwortungsvoll mit dieser Frage umzugehen. Nämlich welche Voraussetzungen schaffen wir für die Integration? Die Sprache ist das eine.

Ich kann Ihnen sagen, wir geben 2014 bis 2017 1,8 Millionen Euro Förderung vom Land Burgenland für die sprachliche Ausbildung aus. Also das ist nicht wenig Geld. Ich traue mir sagen, dass das umgelegt auf die Einwohner die höchste Summe ist, um jetzt mit wem auch immer Kontakt haben und einen Vertrag haben. Wir haben die Volkshochschule, die 1,8 Millionen Euro bekommt, um hier im Burgenland Deutsch anzubieten, damit rasch Deutsch gelernt wird, weil die Sprache die wesentlichste Voraussetzung dafür ist, dass man integriert werden kann, dass man einen Beruf ausüben kann.

Ich denke, da ist auch das Burgenland vorbildlich. Sagen Sie mir ein Bundesland, wo mehr für Integration ausgegeben wird, wie in unserem Heimatland Burgenland! Da sind wir vorbildlich und das werden wir bis zum Jahr 2017 auch gesichert zur Verfügung stellen. Das ist die Basis für die Integration, wo wir wieder Vorbild sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Da muss man aber auch eines dazu sagen. Wer ist für Rückführungen zuständig auf Bundesebene? Das hat niemand gesagt. Dazu hat sich überhaupt niemand geäußert, auch von der ÖVP nicht. All jene, die kein Asyl bekommen, müssen ja wieder zurückgebracht werden. Das hat in den letzten Jahren überhaupt nicht funktioniert. Das ist Aufgabe des Innenministeriums. Das ist Aufgabe des Außenministers, um die entsprechenden Verträge abzuschließen.

All jene, die kein Asyl haben, sind zurückzubringen. All jene, die Frauen vergewaltigen, sind zurückzubringen, die haben das Asyl auch verwirkt. Also man kann die Gastfreundschaft nicht so ausnützen, dass man kriminelle Handlungen sieht. Auch dazu bekenne ich mich.

Da ist Menschlichkeit auf der einen Seite, die haben wir auch mit 300.000 Versorgungen bewiesen. Aber es muss auch Ordnung und Sicherheit sein. Und was bin ich in der Vergangenheit kritisiert worden, wie ich Grenzkontrollen gefordert habe, als ich den Assistenzeinsatz gefordert habe, als ich Sanktionen für jene gefordert haben, die integrationsunwillig sind. Ich werde Ihnen die Landtagsprotokolle ausdrücken, werde sie Ihnen vorhalten, und werde auch die APA-Aussendungen von gewissen Abgeordneten der ÖVP sagen, was sie davon gehalten haben, und das im wörtlichen Zitat.

Heute haben wir das. Wir sind für Menschlichkeit, aber für Ordnung und Sicherheit und für Integration. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Als Nächstes zum Rednerpult bitte ich den Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte nach der Geschäftsordnung § 64 Abs. 4 von meinem Recht Gebrauch machen, wo es heißt, sobald ein Redner zu Wort gelangt, kann er einem anderen Landtagsabgeordneten sein Recht abtreten. Jedoch darf das Wort einem Redner, der über den Verhandlungsgegenstand schon zweimal gesprochen hat, nicht abgetreten werden.

Ich nutze mein Recht und gebe meiner Kollegin, Frau Petrik, damit das Wort.

Danke. *(Abg. Manfred Kölly: Du hast jetzt schon geredet.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Kollege Spitzmüller! Sie haben Ihr Rederecht soeben auch in Anspruch genommen. Sie waren am Rednerpult, wir hätten das also hier auch klären können.

Außerdem ist diese Form der Redeübertragung nur bei regulären Landtagssitzungen, bei Tagesordnungspunkten möglich, nicht aber bei der Aktuellen Stunde. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wo steht das?)* Bei der Aktuellen Stunde steht das so. *(Abg. Mag.a Regina Petrik, die schon am Rednerpult steht: Das ist nicht ausgeschlossen bei der Aktuellen Stunde.)*

Frau Abgeordnete, ich habe Ihnen das Wort nicht erteilt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik, am Rednerpult stehend: Herr Abgeordneter Spitzmüller hat mir seine Wortmeldung …)*

Es geht nicht, Frau Abgeordnete. *(Abg. Mag.a Regina Petrik, nach wie vor am Rednerpult: Ich bitte das zu prüfen, bei der Aktuellen Stunde. – Abg. Ilse Benkö: Was redet die? Sie ist ja gar nicht am Wort.)*

Frau Abgeordnete, die Juristen sagen mir, dass es nicht möglich ist, somit ist diese Form der Redezeitübertragung in der Aktuellen Stunde nicht möglich. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wo steht das konkret?)*

Der Herr Abgeordnete Spitzmüller hat am Rednerpult sein Rederecht in Anspruch genommen und hat seine Rede geschlossen. *(Abg. Manfred Kölly: Wenn Du angefangen hast, kannst Du nicht abtreten.)* Der Herr Abgeordnete Spitzmüller hätte vor Beginn seiner Rede, wozu er sich zu Wort gemeldet hat, zu mir kommen können und mir erklären, dass er auf sein Rederecht verzichtet, dann hätten wir über diese Sache reden können. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sicherlich darf sie reden.)*

Schlussendlich steht im § 31, die Redezeit ist mit fünf Minuten beschränkt. Jeder Redner darf sich zu den, es sei denn es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung, nur einmal zu Wort melden. Die Bestimmungen über die tatsächlichen Berichtigungen finden keine Anwendung. *(Abg. Mag.a Regina Petrik, nach wie vor am Rednerpult: Ich habe mich nicht ein zweites Mal zu Wort gemeldet.)*

Nein, Frau Kollegin, der Abgeordnete Spitzmüller hat sich zu Wort gemeldet, er ist zum Rednerpult gegangen und hat sein Rederecht hier auch ausgeübt. Er hat hier Dinge gesagt, die wir zur Kenntnis nehmen. Er hat seine Rede Ihnen vorher nicht übertragen. Er hat sein Rederecht in Anspruch genommen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik verlässt das Rednerpult. – Abg. Ilse Benkö: Es hilft nichts, Sie haben einen Formalfehler gemacht.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Manfred Kölly.

Bitte Herr Kollege Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich sind die Minderheitsrechte zu akzeptieren und auch so zu sehen, jedoch in diesem Fall muss ich dem Herrn Präsident Recht geben. Sobald der Herr Spitzmüller hinausgeht und mit seiner Rede anfängt, ist es vorbei. Das ist leider so. Aber zurück zu den Minderheitsrechten.

Frau Kollegin Petrik, Sie haben Recht, ein jeder Klub hat 15 Minuten und noch etliche Redner. Wir sind leider in der Minderheit und dürfen das nicht. Nur weil irgendjemand von der ÖVP der Meinung war, dass man von zwei Mandataren auf drei Mandataren den Klubstatus hinaufsetzen muss.

Sehr geehrte ÖVP! Heute haben wir ein ganz wichtiges Thema zur Aktuellen Stunde. Und da bin ich bei Ihnen, vollkommen richtig. Nur das begleitet uns schon seit Monaten, seit Jahren, und wird uns auch noch weiterhin begleiten. Wenn Sie sich heute herstellen und es hat ja ein Zeitungsjournalist geschrieben, Debatte zwischen Integration und Grenzsicherung, Aktuelle Stunde der ÖVP zur Integration. Sehr lieb und nett, sagt die FPÖ. Aber an den Grenzen spitzt sich die Lage zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Vorfeld wird schon geschrieben, was sich heute hier im Landtag eigentlich ergeben wird. Diesbezüglich glaube ich, dass wir alle gefordert sind und sein müssen, denn alle, die hier sitzen, bemühen sich, dass wir hier diese schwere Zeit auch dementsprechend gemeinsam schaffen können, denn im Endeffekt sollten wir jetzt das Ganze an der Wurzel einmal anpacken.

Es sind Leute in unser Land hereingekommen, die um Asyl ansuchen werden oder auch nicht, egal wie auch immer. Ob es Wirtschaftsflüchtlinge sind oder Kriegsflüchtlinge, auch wir sagen eindeutig, Kriegsflüchtlinge sind aufzunehmen, sind dementsprechend auch einzugliedern, aber auch, und das ist das Entscheidende, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht ein politisches Hick-Hack daraus zu machen, sondern wir sollten gemeinsam einen Weg finden, und da bin ich beim Landesrat Darabos, der sich wirklich bemüht, diese Quote einzuhalten und nicht immer wieder seitens der ÖVP herkommen, der hat nur 99 Prozent geschafft oder 98, und der Herr Landesrat Darabos sagt, in Tirol haben sie nur 80 Prozent geschafft. Das muss doch völlig egal sein. Wir haben diese Last zu schultern, die gibt es derzeit im Burgenland. Es haben sich sehr viele Gemeinden bemüht, schlussendlich auch das Bestmögliche zu machen.

Werte Kollegin von den GRÜNEN, ich kann nicht sagen, die Bürgermeister sind schwierig. Sie haben keinen Bürgermeister, keinen Vizebürgermeister, daher können Sie auch nicht mitreden, was es in einer Gemeinde heißt, sich gegen eine Bevölkerung zu stellen beziehungsweise auch mit den Leuten zu leben, die sich hier integrieren wollen, die das Bestmögliche natürlich im Endeffekt wollen, und es gibt auch genug, die sich integrieren wollen. Das kann ich nur aus Deutschkreutz bestätigen.

Herr Landesrat Darabos hat es aufgezeigt, wir haben inzwischen 44 dementsprechende Asylanten, die sich auch eingliedern wollen, die sich aber auch, und das ist das Gute und Wichtige, auch der deutschen Sprache bemächtigen wollen. Und hier hilft auch eine Ex-Ministerin, das muss ich jetzt gesagt haben, die Frau Dr. Krammer bei Deutschkursen, unentgeltlich. Vielleicht sollten wir das auch in anderen Gemeinden einmal machen und sagen, welcher Mensch oder welche Personen stellen sich zur Verfügung, um das zu verwirklichen.

Da kann ich nur ein großes Lob aussprechen. Ich denke, wenn der Herr Landeshauptmann hergegangen ist und bei den Rückführungen gesagt, ja, selbstverständlich, alle, die sich hier dementsprechend nicht an Gesetze halten, sind sofort abzuschieben, aber sofort abzuschieben. Es gibt leider Gottes in diesem Land noch

immer Leute, und das hat man in der Vergangenheit oder als letztes Beispiel gesehen, die jahrelang hier als U-Boot leben und sogar dann morden und Frauen belästigen.

Das darf es und kann es nicht sein und dafür treten wir ein und das haben wir seit Jahren auch schon gesagt, gemeinsam mit der FPÖ übrigens, die auch diesen Wert genauso gesehen hat, für unsere Menschen in diesem Land und für uns zählt einmal der Mensch in unserem Land als Erster. Und dann müssen wir schauen, wie können wir das meistern und schultern, dass wir hier diese Integration auch dementsprechend abarbeiten können.

Aber wir sollten einmal schauen, wir haben die höchsten Arbeitslosenzahlen in diesem Land seit der Zweiten Republik, wir haben die höchste Armut in diesem Land und wir haben 58.000 Pendler. Wie sollen wir dann die Leute dementsprechend auf einen Arbeitsplatz bringen? Das muss mir irgendeiner erklären, seid mir bitte nicht böse.

Alles gut und schön, aber auch das müssen wir ins Kalkül ziehen und sagen, welche Möglichkeiten gibt es hier. Wenn ich mir dann anschaue, es wird nur immer zwischen ÖVP und SPÖ die Schuld zugewiesen, der Herr Kurz kann nichts, der Herr Lopatka ist schlecht und alle anderen auch. Ich glaube, wir müssen gemeinsam einen Weg suchen, um diese schwere Last, die wir zu tragen haben, auch zu meistern.

Danke schön. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die nächste Wortmeldung ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur anmerken, ich hätte jetzt auch mich zu Wort gemeldet und versucht, das Rederecht meiner Kollegin Petrik abzutreten, aus der Prinzipienfrage heraus, dass ich glaube, eine Aktuelle Stunde sollte die Möglichkeit bieten, sich auszutauschen, hier fallen keine Beschlüsse, hier gibt es keine anderen Diskussionsmöglichkeiten als die Debatte. Es ist mir auf Grund der herrschenden Rechtsansicht nicht möglich. Ich nehme das als Demokrat zur Kenntnis. Was ich aber nicht so stehen lassen kann, ist ein Zugang, den unser Landeshauptmann will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht haben Sie das beobachtet? Wir führen eine relativ sachliche Debatte ab - *(Abg. Doris Prohaska: Das liegt im Auge des Betrachters!)* bis auf eine Wortmeldung, bis auf eine einzige Wortmeldung. Wenn es eine Aufgabe gibt, die man als Landeshauptmann hat, wenn es eine Aufgabe gibt, die man als Bundespräsident hat, dann ist es wohl die, dass man verbindet und eint.

Und ich glaube nicht, dass diese Aufgabe heute dem Herrn Landeshauptmann zugekommen ist. Im Gegenteil, er hat heute bewiesen, dass er ein Spaltpilz ist innerhalb der Österreichischen Bundesregierung und wenn, … *(Abg. Günter Kovacs: Das steht Dir auch nicht zu, was Du gesagt hast. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihm steht alles zu.)*

Entschuldige, Herr Kollege, ich glaube, ich kann mich zu Wort melden und das sagen, was ich glaube, weil das ist das demokratische Rederecht. Wenn Sie glauben, dass das jemandem nicht zusteht, dann sollten Sie überlegen, warum Sie Mitglied dieses Hohen Hauses geworden sind. Das ist nämlich dann die Frage. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb möchte ich eines ganz betont sagen. Es gab heute mehrere Wortmeldungen, die sachlich und richtig in eine gemeinsame Linie sogar geführt haben. Ich denke mir, was kann es für ein besseres Beispiel geben, als wenn das Burgenland unter einem sozialdemokratischen Landesrat gemeinsam mit dem Integrationsminister

das erste Bundesland ist, ein Pilotbundesland, das hier in diesem Bereich Akzente setzt. Offensichtlich gibt es Teile in der Burgenländischen Landesregierung, die suchen den Konsens, das Miteinander, und andere spalten die Republik.

Machen Sie sich Ihr eigenes Bild! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, ist die Debatte … *(Abg. Günter Kovacs: Doch!)*

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte doch noch auf die Wortmeldung, vor allem von Herrn Mag. Sagartz, jetzt noch eingehen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gerne!)*

Der Vorsitzende der ÖVP - Zitat vorige Woche -, Herr Mag. Wolf, wenn Sie kurz die Aufmerksamkeit teilen mit mir: „Das Querschießen muss auf allen Ebenen ein Ende haben, was die Regierungs- und Parlamentstätigkeit anbelangt. Ich würde einfach sagen, ein neuer Anfang und neue Spielregeln, die müssen wir einhalten, daran werden wir gemessen werden." Also Ihr Vorsitzender Mitterlehner hat das gesagt.

Was haben Sie vorige Woche gemacht? Am Mittwoch oder am Donnerstag? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was machst Du die ganze Zeit? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Auf allen Ebenen! Was war mit Eisenstadt, beim Tourismus? – Abg. Mag. Michaela Resetar: Was für eine Aufregung?)* Die Presseaussendung, wo Sie unseren Landeshauptmann bezichtigt hätten, dass er der Spaltpilz der Republik ist. Ich merke schon, wenn Sie sich aufregen, dann liegen wir wahrscheinlich sehr richtig.

Also da würde ich mich eher rausstellen, würde ich mich bei einem Landeshauptmann entschuldigen, würde sagen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also bitte!)* es tut mir leid, ich glaube, das wäre der richtige Zugang. Die ÖVP lästert und die ÖVP ist auch jene Partei - und das sage ich heute auch einmal ganz klar raus -, die eigentlich immer Personen verunglimpft, das immer wieder versucht und eigentlich nie auf die sachliche Ebene hinkommt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf. M.A.: Das war doch eh sachlich.)* Das versucht die ÖVP immer, auch heute sogar bei der Aktuellen Stunde. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Nachdem niemand mehr zu Wort gemeldet ist, ist die Debatte geschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 361), mit dem der Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Burgenland, Berichtszeitraum 2013 bis 2015, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 241) (Beilage 392)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrte Damen und Herren! Berichterstatterin zum 3. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 361, mit dem der Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Burgenland, Berichtszeitraum 2013 bis 2015, zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 241, Beilage 392, ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Edith Sack: Geschätzter Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Burgenland, Berichtszeitraum 2013 bis 2015, zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 9. Gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 27. April 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Burgenland, Berichtszeitraum 2013 bis 2015, wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet ist als erster Redner Herr Abgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Die Damen und Herren von der Regierungsbank! Hohes Haus! Wir haben heute den zweiten Antidiskriminierungsbericht des Landes Burgenland auf der Grundlage des Antidiskriminierungsgesetzes vorliegen und können eigentlich mit Freude oder sogar mit Stolz sagen, die Inhaltsschwere, die hier nicht gegeben ist, basiert auf der Grundlage, dass wir im Burgenland eben eine gute Begleitung mit diesem Gesetz geschaffen haben, eine gute Institution eingerichtet haben, um auch bei der Gesetzwerdung und bei der Gesetzgebung das im Auge zu halten. Also auch hier haben wir keine Problematiken durch diese Einrichtung.

Unterm Strich gesagt, kennen wir, wenn wir aus dem Bericht herausnehmen, es gibt nur ein Anliegen, das überhaupt den Status einer Gutachtenswürdigkeit bekommen hat, also nicht wirklich viel Anlass im Burgenland, auch das ist natürlich dem geschuldet, dass eben die Diskriminierung noch nicht von Wien oder die Antidiskriminierung noch nicht von Wien ins Burgenland heruntergeflossen oder herübergeflossen ist, was uns aber nicht dazu hindert, in Zukunft auch ganz besonders aufmerksam zu sein und zu beobachten, wo hier die einen oder anderen kleinen Pilze schon aus dem Boden kommen, die nämlich in die Diskriminierung hineinschlagen.

Ich habe da leider eine Diskriminierung durch Assoziierung mittlerweile schon für dieses Gremium, nämlich für den Antidiskriminierungsbeauftragten, gefunden und das ist einfach das Posting von unserer Landtagsabgeordneten, die hier einfach nicht zur Kenntnis nehmen will, dass das, was dem Hofer bei der ATV-Show angetan wurde, eine Diskriminierung ist und jetzt wissen Sie, ganz Österreich weiß es schon, aber das Posting ist noch immer da.

Und da muss ich schon sagen, Diskriminierung muss gelebt auch werden. Diskriminierung muss gelebt werden, so wie Sie, und wir stehen für Antidiskriminierung. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Ich darf mich kurz und sachlich dem Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Burgenland widmen, vor allem deshalb, weil man festhalten darf, im Jahr 2015 wurde insgesamt ein Anliegen an den Beauftragten herangetragen. Dieses Anliegen war dann der Antrag auf Erstattung eines Gutachtens und dann war schon wieder alles vorüber. Im Berichtszeitraum gab es einige Anfragen allgemeiner Natur, welche in der Regel kurzfristig und unmittelbar erledigt werden konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daraus könnte man schließen, der Beauftragte hätte wenig Aufgabengebiet. Ich würde es aber umgekehrt sehen. Ich glaube, dass in vielen Fällen die Hemmschwelle von Betroffenen noch viel zu hoch ist, sich an einen Beauftragten zu wenden. Das gilt auch in vielen anderen Bereichen.

Die Hemmschwelle, Hilfe und Unterstützung zu suchen, ist sehr hoch, insbesondere in einem Land der kleinen Einheiten, wo viele einander persönlich bekannt sind und damit natürlich es immer schwieriger wird, etwas in dem Bereich an den Mann, an die Frau zu bringen.

Es gab eine personelle Änderung bei der Beauftragten auf einen Beauftragten, etwas zu bewegen. Ich glaube, hier sind wir alle gefordert, das wäre ganz im Allgemeinen Hemmschwellen, Hilfe und Schutz zu suchen, abzubauen. Daran sollte auch der Burgenländische Landtag einen kleinen Beitrag leisten.

Meine Fraktion wird dem Bericht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Abgeordnete Edith Sack ist die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Uns liegt, wie gesagt, heute der Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes Burgenland über den Berichtszeitraum 2013 bis 2015 vor.

Der Bericht besteht aus insgesamt zehn Seiten und gibt uns einen Überblick über die Entwicklung des Burgenländischen Antidiskriminierungsgesetzes, über die Aufgaben des Antidiskriminierungsbeauftragten, bis hin zu deren Tätigkeit, über Beschwerden, über Anfragen und über Stellungnahmen. In Österreich gibt es mehr als 20 Bundes- und Landesgesetze zum Thema Antidiskriminierung. In den letzten zehn Jahren wurden auch EU-Gesetze verbessert und erweitert.

Die Gleichheit vor dem Gesetz ist uns allen klar und der Schutz der Menschen vor Diskriminierung ist ein grundlegendes Menschenrecht und, obwohl gesetzlich untersagt, ist Diskriminierung leider Realität. Diskriminierung ist nicht nur unmenschlich, sie ist auch ein großer Hemmschuh, denn sie hindert Menschen daran, sich frei zu entfalten, nimmt ihnen gerechte Chancen, untergräbt so ihre schöpferische Teilhabe an unserer Gesellschaft.

Daher gilt es, Diskriminierung in allen Erscheinungsformen entschieden entgegenzutreten. Der Antidiskriminierungsbeauftragte und alle Organisationen und Kommissionen, die sich mit diesem Thema befassen, sind ein ganz wesentlicher Schlüssel dazu. Durch die Einrichtung dieser Stellen wird zum einen Bewusstsein geschaffen, Bewusstsein dafür, was Diskriminierung überhaupt ist weil oft ist den

Menschen gar nicht klar, weder wenn sie diskriminiert werden oder wenn sie selbst diskriminieren.

Zum anderen soll der Antidiskriminierungsbeauftragte auch dazu beitragen, dass Diskriminierung auf lange Sicht gesellschaftlich unerwünscht und ihr auch im Alltag verlässlich couragiert begegnet wird. Im Burgenland, das haben wir heute auch schon gehört, haben wir gute Strukturen, eine gute Kommunikations-, eine gute Informationskultur, die dazu beitragen, dass es weniger Beschwerden und Anfragen gibt, als in anderen Bundesländern.

Ich danke allen, die sich unermüdlich dafür einsetzen, und an dieser Stelle besonders dem Antidiskriminierungsbeauftragten, Herrn Mag. Florian Dinhobl, und seiner Vorgängerin, Frau Mag.a Maria Erdt, die ja noch bis 2015 Antidiskriminierungsbeauftragte war, sehr herzlich für ihre Tätigkeit.

Ich danke sehr herzlich für diesen Bericht. Meine Fraktion nimmt diesen Tätigkeitsbericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Haidinger, die Aufforderung, dass man Diskriminierung leben muss, dem kann ich nicht nachkommen, das kann ich nicht, und das mit den Hass-Postings ist wahrscheinlich auch jemand anderer. Ich habe gar nicht so viel Hass in mir, dass ich das irgendwohin posten sollte. Aber gut.

Ich möchte hier an dieser Stelle auch dem Herrn Mag. Dinhobl meinen Dank aussprechen, denn er hat morgen sein einjähriges Dienstjubiläum. Wir wissen ja alle, wenn wir in einem neuen Arbeitsbereich tätig sind, kommt man nach einem Jahr erst so richtig in Fahrt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte auch noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz regelt im § 1 die Gleichbehandlung ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung des Alters oder der sexuellen Orientierung im Landes- und Gemeindedienst. Ich schließe mich zum einen der Einschätzung von Kollegen Sagartz an, dass es im Burgenland noch eine große Hemmschwelle gibt, sich an solche Stellen zu wenden.

Wir erleben das sicher alle auch, da bin ich nicht die Einzige in diesem Raum, im Gespräch mit Bürgern und Bürgerinnen, die sich oft unfair behandelt fühlen. Mitunter handelt es sich hier doch auch um Fälle von Diskriminierung. Aber, nachdem man im Alltag immer wieder mit diesen Personen zusammenkommt, über die man sich beschwert, traut man sich oft nicht an eine offizielle Stelle zu gehen.

Ich denke mir, das was auch hier die Antidiskriminierungsstelle sich selber vornimmt, nämlich, im Bereich der Bewusstseinsbildung noch stärker tätig zu sein, erweitert um mehr Information darüber, dass es diese Stelle gibt und dass man sich getrauen darf, sich an diese hinzuwenden wäre hier durchaus angebracht.

Wenn ich hier zitiere: Die guten Strukturen des Landes sowie die gelebte Kommunikations- und Informationskultur könnten ursächlich für die Besonderheit sein, das hier weniger Beschwerden an die Antidiskriminierungsstelle kommen, dann meine ich,

dass könnte auch ein Grund sein, warum es so wenige sind, eben weil die Strukturen sehr klein sind und man sich hier weniger getraut.

Ich möchte aber noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen, den natürlich so ein Antidiskriminierungsbericht nicht erfassen kann, der aber in unserem Land allgegenwertig ist: Das ist nämlich die Diskriminierung aufgrund der falschen Parteizugehörigkeit oder auf einer tatsächlichen oder vermuteten Parteizugehörigkeit einer Person. Hier gibt es sehr viel politische Diskriminierung im Land. Jeder von uns hier wird das kennen, denn aus der Oppositionspartei heraus hat man das zuhauf, dass Menschen, die auf Listen stehen, die auf Wahllisten stehen, Hinweise bekommen, ob ihnen klar ist, dass das jetzt für ihren beruflichen Werdegang schwer werden könnte. *(Abg. Christian Illedits: Das ist so nirgends verbrieft.)*

Auf der anderen Seite, auch das ist einfach nicht zu verleugnen, ist es so, dass jeder, der hier im Saal schon irgendeinmal einer nahestehenden Person zugesagt hat, ich helfe dir, dass du einen Job bekommst, hat das sicher gut gemeint und hilft auch dieser Person. Nur muss uns auch klar sein, dass sobald jemand bevorzugt wird, weil er einem persönlich nahe steht, sei es jetzt familiär oder politisch, dann ist das möglicherweise gleichzeitig eine Diskriminierung jener Person gegenüber, die auch die Qualifikationen mitbringt, aber nicht diese persönliche Nähe - ob privat oder politisch - aufweisen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben hier tatsächlich noch viel zu tun, denn einige hier im Raum, wie ich jetzt an den Reaktionen merke, kennen das noch gar nicht aus ihrem eigenen Leben. Ich kann Ihnen sagen, als Oppositionspolitikerin kennt man das, aber ich bin zuversichtlich, wenn wir zusammenarbeiten werden, dass wir auch da in unserem Land ein Stück weiter kommen. Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Gerhard Steier: Dankeschön. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Gesundheit! Wir diskutieren ein Thema, das an sich in der Vielschichtigkeit ein Problem geschichtlicher Art, von der Gegenwartsituation, aber auch in Zukunft ein ungelöstes Problem wird. Wir werden uns auch nicht mit einem Antidiskriminierungsbericht dieses Problems entledigen, weil der Mensch als solches so ist wie er ist.

Wir werden ihn als solches auch nicht ändern, wir sollten es aber Tag täglich versuchen und die Besserung herbeiführen. Ich habe mit Erstaunen aber wahrgenommen, jetzt, bei der Aktuellen Stunde, Frau Kollegin Petrik, dass Sie einem männlichen Vorbild nachgeeifert sind. Wenn Sie sich erinnern oder es gesehen haben: In der deutschen Bundeslieger wurde der Spielertrainer von Bayer Leverkusen vom Schiedsrichter ausgeschlossen. Er hat sich beharrlich geweigert, was auch Sie am Rednerpult getan haben, das Spielfeld zu verlassen beziehungsweise den Spielfeldrand zu verlassen und sich auf die Tribüne zu setzten.

Sie haben auch gemeint, Sie können das, was sie quasi umsetzten wollten, mehr oder weniger jetzt erzwingen. Es funktioniert im Leben aber nicht so. Das hat mit der Geschäftsordnung nichts zu tun, aber Sie sollten sie wirklich beharrlich studieren, denn dann kommen Sie auch darauf, dass jemand, der das Rednerpult als solcher nutzt, der Redner ist und nicht jetzt in der Übergabe eine Art von Volleyballspiel möglich macht. Das funktioniert in diesem Rechtssystem als solches nicht. Das sollten Sie auch einhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Grundlage des Antidiskriminierungsberichts ist von meinen Vorrednern in Vielschichtigkeit erzählt worden. Wir haben es auch festgehalten, dass es eine Änderung in der Personalsituation gegeben hat und Herr Mag. Dinhobl nun seit einem Jahr das umsetzt.

Wir haben auch in der Darstellung die verschiedensten inhaltlichen Anführungen gehört, die an die Kommission herangetragen worden sind. Wir wissen aber, dass das eigentlich nicht viel war und daher ist jetzt von Haus aus nicht in irgendeiner Form daran zu zweifeln oder daran zu rütteln, dass es diese Kommission gibt. In Wirklichkeit ist sie ein Resultat einer Aufklärungsarbeit und man sollte sie auch ernstnehmen beziehungsweiße immer mit den Gegebenheiten setzten.

Die Frau Kollegin Sack ist herausgetreten und hat auch über die verschiedensten Umstände, was Diskriminierung anlangt, in sehr formaler Form berichtet. Ich habe die letzten Wochen in verschiedenster Form etwas mitbekommen, dass mich mehr als traurig stimmt - im Speziellen auch was das Parteiensystem anlangt in der sogenannten Forderung, nach der Notwendigkeit das weibliche Geschlecht immer in einer besonderen Form auch zu berücksichtigen und in der die Frau in unserer Gesellschaft eine besondere Rolle spielen.

Ich frage mich aber gleichzeitig, was es damit auf sich gehabt hat bei der Bundespräsidentenwahl? Erstmals bei sechs Kandidaten ist eine Frau als Kandidatin angetreten. Was war das Resultat? Sie ist in die Ausscheidung quasi nicht hineingekommen und nunmehr haben wir zwei Männer in der Vertretung in der Umsetzung auf den Anspruch, Bundespräsident werden zu wollen.

Für mich war es ein Trauerbeispiel im Sinne des Genderprinzip und auch der Umsetzung von Inhalten, wo es immer in der Forderung plakativ um Frauenrechte geht. Dann hat man einmal die Chance, die erste Frau des Staates stellen zu können und was hat sich ergeben? Ein klägliches Scheitern, wobei man der Frau Griss zugestehen muss, dass die Dame eine Leistung geboten hat, die durchaus anerkennenswert ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Sie hat auch etwas bewegt, was im Sinne von Demokratisierung eine Umsetzung gebracht hat die, glaube ich, auch nachahmenswert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Bezug auf Diskriminierung bietet dieses Haus nach der letzten Wahl zum Burgenländischen Landtag ein aktuelles Beispiel und ein Beispiel, dass sich sehen lassen kann. Die Kollegin Titzer, die diesem Haus angehört hat, hat in diesem Wahlgang mit Sicherheit ein Mandat erworben. Dieses Mandat ist ihr in der Umsetzung auf den Einzug in diesen Landtag verwehrt worden beziehungsweise weggenommen worden.

Wenn wir über Diskriminierung reden, dann sollten wir das auch in den inhaltlichen Gegebenheiten offen tun. Nämlich so, wie es sich abspielt, und nicht etwas vorschützen, was dann quasi Grundlage einer Diskussion ist, die nicht statthaft ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über das Beispiel Integration in der Aktuellen Stunde haben wir beim Tagesordnungspunkt 7 noch mehrere Möglichkeiten darauf einzugehen. In Wirklichkeit zu diesem Zeitpunkt etwas, das in der Antidiskriminierungsdiskussion statthaft ist.

Wenn ich Beispiele einer Stadt, die vor kurzem eine Bürgermeisterwahl hatte, und wo dem neu gewählten Bürgermeister die Magistratsdirektorin nicht zu Gesicht passt in der Umsetzung auf eine Ablöse beziehungsweise Absetzungsdiskussion aus einem Magistratsbereich Beamte eine Kommission bilden, die dann zur Erkenntnis gelangt, dass

die Magistratsbeamtin sich möglicherweise in dem einen oder anderen nicht so verhalten hat und der Bürgermeister daraus schließt, er könnte sie aus dem Amt quasi setzten, dann macht mich das nicht nur traurig, sondern ist ein Zeichen dafür, wohin wir in unsere Gesellschaft wandern.

Wir sollten mit Vehemenz nicht nur darauf hinweisen, dass wir zum richtigen Zeitpunkt und jeder Zeit etwas kritisieren sollten, wir sollten auch Haltung dazu beweisen. Es kann nicht sein, wenn dann von der Regierungsbank auf die Integrationsgeschichte der Anspruch gehegt wird, wir sollten im Grunde genommen Integration als etwas Globales betrachten.

Integration findet, um nochmals auf diese Stadt zurückzukommen, in den Einzelheiten, in den einzelnen Bereichen statt. Wenn ich Integration nicht vorlebe, dann wird sie auch nicht stattfinden. Die deutsche Sprache als solche ist immer ein grundlegendes Element dieser Republik gewesen. Sie wird es auch in Zukunft bleiben, aber es ist ein Unterschied, ob ich die Vielsprachigkeit in einem integrierten Europa diskutiere, oder vom Anspruch her setzte, Deutsch muss - mit Sanktionen behaftet - quasi im Kindergarten schon umgesetzt werden.

Darum geht es und das ist strikt abzulehnen. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): In aller Kürze jetzt außerhalb vom Thema, weil der Herr Abgeordnete Steier das angesprochen hat. Demokratische Entscheidungen sind zur Kenntnis zu nehmen. Ich kann das auch schmerzlich sagen, was da im April passiert ist, aber dass die Frau Griss nicht gewählt wurde, ist Ausdruck des Wählerwillens und nicht sozusagen einer Diskriminierungsmaßnahme. *(Abg. Gerhard Steier: Sie ist gewählt worden.)* Ja, als Dritte. *(Abg. Gerhard Steier: Nein. Wir können das gerne diskutieren. Die Dame ist gerechtfertigt gewählt worden. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nicht Titzer, er spricht von Frau Griss. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist eine demokratische Entscheidung der Österreicherinnen und Österreicher. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Dass sie uns nicht gefällt, ist eine andere Sache, aber es ist einfach so. Das sollte man zur Kenntnis nehmen. Das sollte man auch im Burgenländischen Landtag - aus meiner Sicht - nicht thematisieren, zumindest nicht in dieser Form.

Nun aber zum gegenständlichen Tagesordnungspunkt und zum Thema selbst. Es war mir etwas zu negativ, muss ich ganz offen sagen. Ich meine das, was von der ÖVP und von den Grünen gekommen ist. Es war ein Meilenstein, dieses Gesetz zu beschließen. Überhaupt vor Jahren, wo es dieses Gesetz noch nicht gegeben hat. Ich möchte mich auch bei der ausgeschiedenen Maria Erdt und beim jetzigen Beauftragten für Ihre Arbeit bedanken. Ich würde schon als gutes Zeichen sehen, wenn es nicht so viele Anträge gibt.

Ich kann nur für mich sagen, für mich persönlich sagen, wenn es im Burgenland Anzeichen von Diskriminierung gibt, im Bereich der Burgenländischen Landeregierung, dann sollen die auch artikuliert werden. Ich rufe jetzt hier nicht dazu auf, aber wenn jemand das Gefühl hat, dass er diskriminiert wird, dann soll er das auch artikulieren und dann auch zum Beauftragten gehen. Dass es in diesem Berichtzeitraum praktisch nur

einen Fall gegeben hat zeigt, aus meiner Sicht, schon, dass im Burgenland auch dieses Thema ernst genommen wird und sensibilisiert worden ist, weil wir auch im Behindertenbereich auch Maßnahmen gesetzt haben, die nicht immer einfach auch infrastrukturell dazu geführt haben, dass im Bereich Diskriminierung - zumindest was die Außenwirkung betrifft - nicht absehbar war.

Die anderen Geschichten sind ja auch nicht ganz unsensibel. Ethnische Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, sexuelle Orientierung. Dass es im Burgenland so wenige Beschwerden gegeben hat, praktisch keine, zeigt schon, dass wir hier ein offenes Verhältnis haben. Wir haben uns immer darüber gefreut - und zu dem stehe ich auch - ich habe es auch heute schon mal angesprochen, dass wir im Zusammenleben mit den ethnischen Gruppen im Burgenland zwischen Roma, Ungarn, Kroaten und Deutschsprachigen in den letzten Jahren im Gegensatz zu anderen Bundesländern oder einem anderen Bundesland wenig Probleme gehabt haben.

Das muss man auch sagen, denn ich glaube, dass das schon auch eine objektive Nabelschau ist, die durch diesen Bericht hier auch abgeliefert worden ist. Insofern noch einmal gesagt: Ich freue mich, dass dieser Bericht so ausgefallen ist. Er ist ja über einen Zeitraum, der noch vor meiner Zeit war, begonnen worden, nämlich, im Jahr 2013.

Ich glaube, wir sollten uns eigentlich gemeinsam darüber freuen, dass das im Burgenland offensichtlich so gut abgewickelt werden konnte und dass es hier auch die nötige Sensibilität im öffentlichen Bereich gibt, dass es eben nicht zu Diskriminierungsmaßnahmen gekommen ist.

Ich kann ihnen aus einem anderen Bereich etwas erzählen. Ich war sechs Jahre Verteidigungsminister. Ich habe mir die Berichte der Bundesheerbeschwerdekommission sehr genau angesehen. Die haben sich nicht in vielen Punkten mit diesem Bericht überschnitten beziehungsweise geähnelt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Insofern danke noch einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem Zeitraum die Funktion der Beauftragten und des Beauftragten inne gehabt haben. Ich bin stolz, dass dieser Bericht so ausgefallen ist. Ich bedanke mich auch, dass alle im Landtag vertretenen Fraktionen diesem Bericht so zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat Mag. Darabos für Ihre Ausführungen. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht des Antidiskriminierungsbeauftragen des Landes Burgenland, Berichtszeitraum 2013 bis 2015, wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 369) betreffend den abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich (Zahl 21 - 249) (Beilage 393)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 369, betreffend den abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Zahl 21 - 249 Beilage 393.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend den abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich in seiner 9. Sitzung am Mittwoch, dem 27.4.2016, beraten.

Gem. § 42 Abs. 3 GeOLT wurde beschlossen, vom Rechnungshof MR DI Klaus Pichler, MBA und Mag. Dr. Richard Mühlmann, MBA den Beratungen beizuziehen.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den gegenständlichen Bericht des Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

MR DI Klaus Pichler, MBA gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Berichtes. Am Ende ihrer Wortmeldungen stellten die Landtagsabgeordneten Mag. Steindl und Kölly Fragen, die von MR DI Klaus Pichler beantwortet wurden.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen. Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen: Der Bericht des Rechnungshofes betreffend den abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einer Aktuellen Stunde und auch Minderheitsdiskussionen und -rechte darf ich doch auch ein paar Worte zur Minderheitssache dazu sagen.

Liebe Freunde von den Grünen, wenn ich mich so dementsprechend auch äußern darf. Es gibt immer wieder auch klare Geschäftsordnungspunkte, die man einhalten muss. Das ist in diesem Fall gegeben. Wir sollten eigentlich das Grundübel bei den Wurzeln packen, würde ich einmal sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ihr hört mir zwar jetzt nicht zu, aber es ist so. Auch Ihr werdet diejenigen sein, die davon profitieren, wenn Ihr jetzt ein bisschen zuhört, aber der Herr Ex-Präsident hält Euch jetzt mit einem anderen Punkt auf. Aber, soll so sein. Aber, ich glaube, die GRÜNEN stellen sich hier immer wieder selber ein Bein, denn ich glaube, der Herr Kollege Spitzmüller kann für sich selber reden und muss nicht das Wort an die Dame übergeben.

Ich glaube, das ist auch nicht notwendig. Ich wiederhole mich nicht gerne, aber in diesem Fall, wiederhole ich mich, denn wir sollten gemeinsam schauen, dass wir die Minderheitsrechte endlich dorthin bekommen, wo sie uns auch zustehen. Auch da sollte die FPÖ dahinterstehen und auch die ÖVP schlussendlich. Hier geht es nicht um finanzielle Dinge, sondern hier geht es wirklich um die Rechte, die uns in diesem Hohen Haus zustehen.

ich darf aber nun zu dem Bericht kommen, zu diesem 4. Tagesordnungspunkt, der auch einmal mehr aufzeigt, wie auch bereits in den vergangenen Sitzungen, dass der Rechnungshof das ganze sehr penibel aufgearbeitet hat. Er zeigt auch auf, was sich in diesem Land oder in dieser Machenschaft eigentlich alles getan hat. Die einen oder anderen bekommen das im Landtag anscheinend ja gar nicht mit, denn denen ist das auch egal. Man hebt einfach die Hand für eine Fraktion und der Fall ist erledigt.

Dieser Rechnungshofbericht betreffend der Abstufung des Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich ist ein Zeichen von wirklichen Fragen, denen wir uns schon seit Jahren auch in der Opposition stellen, wo wir immer wieder im Vorfeld schon darauf hinweisen, dass da oder dort einiges nicht so funktioniert, wie es immer wieder bei Sonntagsreden von den Regierungsmenschen dargestellt wird.

Ich sage einmal, ein Abgeordneter oder ein Landesrat, oder ein Landeshauptmann oder ein Landeshauptmann-Stellvertreter, der es auch in der Vergangenheit war, und jetzt sich das Ganze leider fortsetzt. Wenn ich jetzt den Rechnungshofbericht wirklich dementsprechend auch ein bisschen zitieren darf, dann hat der die Jahre 2009 bis 2013 geprüft - eine Querschnittsprüfung der Verteilung der Gemeindeertragsanteile. Mit dem Ziel, die Verteilungswirkung des sogenannten abgestuften Bevölkerungsschlüssel zu beurteilen.

Das heißt, jede Kollegin oder jeder Kollege, der hier sitzt, denen muss man auch klar sagen, dass die Gemeinden oft, wie dieser Bericht jetzt auch aufzeigt, auch benachteiligt geworden sind. Man hat in der Regierung einfach einiges entschieden, was ich nicht ganz nachvollziehen will und kann.

Unter dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel versteht man jene gesetzlichen vorgegebenen Werte, mit dem die Volkszahl einer Gemeinde multipliziert wird, um daraus die Verteilung der Erträge aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf die Gemeinden (auf Gemeindeertragsanteile) zu berechnen.

Der Rechnungshofbericht für das Burgenland ist von besonderer Bedeutung, weil im Burgenland 95 Prozent der Bevölkerung in den Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern leben. Ein wesentlicher Kritikpunkt des Bundes-Rechnungshofes besteht darin, dass der abgestufte Bevölkerungsschlüssel das Ergebnis einer rein politischen Entscheidung zwischen SPÖ und ÖVP war und im Wesentlichen der Erhaltung des Status Quo bestimmter Gemeinden dienen sollte.

Der Bundes-Rechnungshof kritisierte, dass sachlich begründete Argumente und finanzielle Notwendigkeiten der Gemeinden ungeachtet ihrer Größe und Lage bei diesem abgestuften Bevölkerungsschlüssel nicht berücksichtigt wurden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als damals der Herr Landeshauptmann Niessl alles in der Hand auch gehabt hat und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter - seines Zeichens damals auch zuständig für die Gemeinden - sich bemüht hat, und eigentlich nur über gewissen Bedarfszuweisungen über die Gemeinden das alles spielen hat müssen, wenn er irgendwelche Vereine unterstützen wollte. Bewusst auch, aber das war vollkommen richtig, keine Diskussion.

Aber, die Möglichkeit war halt nicht gegeben. Sondern, der Herr Landeshauptmann hat das frei mit Händen hinausgeschüttet und wie man halt so richtig sagt im Burgenland, der uns zum Gesicht gestanden ist, der hat etwas bekommen und der andere eben nicht.

Das ist genauso passiert und ich glaube, das sollte man auch als Verantwortliche in einer Gemeinde auch dementsprechend der Bevölkerung klar legen, was sich da abgespielt hat. Aus dem Rechnungshofbericht geht klar hervor, dass die kleineren Gemeinden in strukturschwachen Regionen durch diese Form der Berechnung eindeutig benachteiligt wurden.

Dies ist von dem Hintergrund der burgenländischen Gegebenheit von besonderer Brisanz. Jetzt haben wir heute das Südburgenland als Thema. Das ist das nächste Thema, wo wir genau schauen können, wie es gelaufen ist und wie es ausschaut. Heute diskutieren wir ja, was wir mit dem Südburgenland machen werden.

Aber, grundsätzlich ist es so, dass die Ertragsanteile durchschnittlich etwa ein Drittel der Gemeindeeinnahmen ausmachen. Im untersuchten Zeitraum betrugen die gesamten Ertragsanteile pro Kopf für das ganze Österreich durchschnittlich - und jetzt hört einmal her - 918 Euro, für das Burgenland hingegen lediglich 697 Euro pro Kopf. Wer hat da verhandelt? Wer war eigentlich derjenige, der sich für die stark gemacht hat? Anscheinend Niemand, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Bundes-Rechnungshof kritisiert aber weiters, dass die hochkomplexen Berechnungen für die Gemeinden kaum nachvollziehbar werden. Zudem wird das System jener österreichischen Gemeinden bevorzugen, die traditionell hohe Einnahmen aus der Getränkesteuer hatten (Tourismusregion). Für das Burgenland, wo zahlreiche Gemeinden in strukturschwachen Regionen liegen, und entsprechend hohe Aufwendungen im Bereich der Daseinsvorsorge und Verkehrsanbindung haben, sprich Südburgenland, wirkt sich dieses System des abgestuften Bevölkerungsschlüssels besonders negativ aus.

Zudem gibt es im Burgenland - im Vergleich beispielsweise zu den alpinen Regionen in Westösterreich - kaum Gemeinden mit einer traditionell hohen Getränkesteuer. Da in den letzten Jahren - bedingt durch Finanzkrise und Sparpakete - den Gemeinden wiederum ungeachtet ihrer Größe immer mehr Aufgabe übertragen wurden, stellt sich auf Basis des Ergebnisses des Bundes-Rechnungshofes eine eindeutige Missverhältnis zwischen den Aufgaben und ihrer Finanzierung über die Ertragsanteile.

Dann haben sie uns in den Gemeinden gestutzt, denn die KGs haben sie uns weggenommen. Vorsteuerabzugsberechtigung. Wir haben einen Antrag eingebracht, sich auch bei den Feuerwehren, bei der Freiwilligkeit, die Vorsteuer zu ersparen. Bis dato ist nichts passiert. Ich weiß nicht, wo sie es hingelegt haben und was sie damit machen, aber das gehört auch so rasch als möglich diskutiert und auch beschlossen.

Ich weiß schon, das ist alles eine Bundessache, da schiebt man es wieder dem einen oder anderen in die Schuhe. Da ist der Finanzminister schuld. Aber, ich denke, jetzt ist ein neuer Kanzler da. Vielleich kann der einmal ein bisschen etwas bewegen. Er kommt von der Wirtschaft. Wir werden schauen, denn, ich glaube, er ist aalglatt. Er weiß auch, wie man mit solchen Dingen umgeht. Er soll sie auch dementsprechend verwenden. Oder gehen wir im Oktober wählen, dann ist die Welt schon wieder eine andere. Dann können wir andere Dinge ansprechen.

Aber, ich denke, dass - so das Resümee des Bundes-Rechnungshofes - durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich keinesfalls das wichtige Ziel des regionalen Ausgleichs erreicht ist. Die komplexe Intransparenz und die für die Gemeinden kaum nachvollziehbare Berechnung ist im Burgenland im untersuchten Zeitraum 2009 bis 2013 tatsächlich in keinem einzigen Rechnungsjahr durch das Land vollständig richtig erfolgt.

Jetzt kann ich sagen, dass der Beamte schuld ist. Das ist natürlich auch möglich. Nobody is perfect. Wir machen alle Fehler. Zwischen dem vom Land in den Jahren 2009 und 2013 an die burgenländischen Gemeinden angewiesenen Ertragsanteilen und jenen Beiträgen, die in den Gemeinden als Einnahmen verbucht wurden, steht im Burgenland eine Abweichung von drei Prozent gegenüber.

Jetzt gibt es dann natürlich die Möglichkeit, dass man sagt, dass der Beamte schuld ist, denn der andere ist immer schuld. Jeden schiebt man die Schuld zu. Nur, und jetzt kommt es eigentlich, wo ich auch noch darauf hinweisen will. Diese fehlerhaften

Buchungen wirken sich sowohl auf die Rechenabschlüsse der Gemeinden, als auch auf sämtliche Gebarungsstatistiken, die darauf aufbauen, und auf weitere Berechnungen, aus.

Was wir schon immer gefordert und gesagt haben: Warum schaut man nicht im Vorfeld? Wenn man beispielsweise, sage ich einmal, einen Voranschlag macht, dann schicken wir den hinauf, dann sollen die sich den anschauen, denn dann gibt es nicht mehr diese Diskussionen in den Gemeinden. Weil wenn man bei einem Voranschlag nicht zustimmt, glauben alle die Welt geht unter.

De facto ist es so, dass die sich den anschauen sollten. Ist der Voranschlag gerechtfertigt, ist er umsetzbar oder nicht? Das gleiche gilt für den Rechnungsabschluss, wo ich wirklich die tatsächlichen Zahlen auf dem Tisch habe, denn da weiß ich ja, um was es geht. Ich weiß das noch als Opposition - auch in den Gemeinden, da hat man müssen von oben hinunter, da muss man ganz einfach dagegen sein, weil das ist ja ein Witz, was da passiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Falsch. Man sollte auch den Bürgermeistern unbedingt eine Schulung zukommen lassen. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Es sollten Kontrollausschussmitglieder Schulungen machen, dass sie überhaupt wissen, was sie zu kontrollieren haben und wie es dort ausschaut.

Ich glaube, solche Dinge sind wichtig. Da sind wir jetzt gerade mit der Frau Landesrätin in Diskussion. Ich finde das nämlich sehr wertvoll und sehr wichtig, dass alle Fraktionen da miteingebunden werden. Aber auch die Bürgermeister müssen unbedingt gefragt werden, aber nicht nur die Bürgermeister, sondern ich würde einmal sagen auch die Amtfrauen und Amtmänner, die sich ja auch darum bemühen müssen.

Denn es gibt Gemeinden, und das ist sehr lustig, da sagt der Bürgermeister nur ein Grüß euch und das andere macht die Amtfrau oder der Amtmann und der Fall ist erledigt. Die ganze Geschichte gehört auch einmal hinterfragt. Wer trägt die Verantwortung? Wie schaut das aus? Aber, da sind wir, denke ich, in Vorbereitung. Wir werden schauen, dass wir auch dort eine Lösung finden.

Aber, ich würde bitten, hier keine politische Lösung zu suchen, sondern tatsächlich eine für die Gemeinden, weil es ohnehin immer schwieriger wird, denn es wird auch der Bürokratieaufwand immer schwieriger und es wird immer mehr auf uns zukommen. Wir können fast nur mehr verwalten und nicht mehr gestalten.

Da sollten wir uns wirklich Gedanken machen, wie wir das erleichtern können und nicht noch einmal auf dem Rücken der Bevölkerung ein politisches Hick-Hack anfangen. Ich glaube auch, dass es entscheidend war, und das ärgert mich an der ganzen Sache, dass auch die Gemeindevertreterverbände und der Bund einfach die meisten links liegen lassen und sterben lassen.

Es gibt auch andere Bürgermeister. Es gibt auch andere Gemeinden, die nicht Rot und Schwarz sind, sondern es gibt Namenslisten, die nicht unbedingt zur LBL gehören, sondern auch in ihrer Gemeinde hervorragende Arbeit leisten. Auch die gehören miteingebunden. Das ist ein Beispiel, was mich wirklich stört, was da passiert ist.

Wenn man sich das anschaut, und da hat ja der Rechnungshof vollkommen recht, dass man hergegangen ist, und das hat nicht einmal der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter anscheinen gewusst, dass man dem Roten Kreuz, so mir nichts dir nichts, mit Zustimmung, und jetzt haltet Euch einmal an, des Gemeindevertreterbundes und des -verbandes einfach ein Geld angewiesen hat.

Ohne Wissen der burgenländischen Gemeinden hat das Land im Jahr 2008 und 2009 zweimal Abzüge bei den Ertragsanteilen vorgenommen und zwar in der Höhe von 525.000 Euro. Im Jahr 2008 waren es 300.000. Im Jahr 2009 etliches Geld. Diese Geldmittel wurden vom Land Burgenland an das burgenländische Rote Kreuz überwiesen.

Darüber hinaus erhielt das burgenländische Rote Kreuz im vergangenen Zeitraum zusätzlich Landesmittel in selber Höhe, was einen gesamten Sanierungszuschuss von 1,65 Millionen Euro ausmacht. Ich habe damit kein Problem, wenn sie es brauchen.

Das gehört aber diskutiert und das gehört für mich als verantwortungsvoller Bürgermeister, und ich nehme an, die alle, die das Amt ausüben, sehen das genauso, auch mit den Gemeinden besprochen. Nicht nur besprochen, Frau Landesrätin, es muss in Zukunft auch ein Beschluss gefasst werden.

Es kann nicht so sein, dass diese Herrschaften, egal, es sitzt ohnehin keiner mehr im Landtag, der uns vertritt, einfach hergehen und sagt, wir haben kein Problem damit. Wir stimmen dem zu.

Das geht so nicht. Das geht auch in den Gemeinden nicht. Ich habe das noch einmal deutlich unterstrichen. Diese Abzüge von den Ertragsanteilen fanden ohne Wissen und Zustimmung der burgenländischen Gemeinden statt. Es gab lediglich eine Vereinbarung vom 12.8.2008 zwischen dem Land Burgenland und dem burgenländischen Gemeindebund und dem Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverband Burgenland und dem Österreichischen Städtebund.

Es ist ja auch bezeichnend, in ganz Österreich gibt es den Gemeindebund, außer in Niederösterreich und im Burgenland. Warum gibt es nicht auch im Burgenland eine starke Vertretung für alle Gemeinden? Weil, ich glaube alle Gemeinden… *(Landesrat Helmut Bieler: Hätte auch nichts geändert.) Bitte? (Landesrat Helmut Bieler: Das hätte auch nichts geändert.)* Seid mir bitte nicht böse!

Herr Landesrat, Du kommst heute ohnehin noch ein bisschen dran. Ich sage Dir jetzt etwas, das hätte sehr wohl etwas geändert, wenn ich eine starke, eine starke Vertretung habe, mit der ich kooperieren kann, und nicht nur Rot und Schwarz und anders sehe, sondern das Farbenspiel einmal weglasse und man sich einsetzt, für die Bevölkerung und für die Menschen in diesem Land.

Und nicht, weil ich ein Roter oder ein Schwarzer bin. Und deshalb ist das auch in den Verbänden so, das ist überall das gleiche Spiel. Das gehört einmal weg. Das wären Reformschritte, wo wir uns dementsprechend einbringen können.

Und da nützt uns der ganze Rechnungshofbericht nichts, der wirklich super aufgearbeitet ist, weil wir eh machen was wir wollen. Weil nachher sagen wir, lass den Kölly reden, ist ohnehin egal. Vergessen wir, tun wir ohnehin schubladieren, ist Vergangenheit.

Daher hoffe ich auch, mit der Frau Landesrätin Eisenkopf, dass wir da eine Lösung finden werden, gemeinsam mit allen Fraktionen. Und da erhoffe ich mir auch eine Unterstützung seitens der FPÖ. Weil die haben ja auch immer, in Zeiten bevor sie Verantwortung getragen haben, auch immer das gleiche Thema gehabt, Transparenz und, und, und auch dergleichen mehr.

Daher noch einmal, auch das müssen wir machen, und auch andere Dinge mehr. Und ich muss dazusagen, es ist ja auch entscheidend gewesen, ich habe geglaubt ich sehe schlecht und höre schlecht, mir haben sie, Deutschkreutz hat zu viel Geld bekommen bei den Ertragsanteilen, 27.000 Euro. Die haben sie mir sofort im Jänner

abgezogen, wo ich schon einen Voranschlag gemacht habe, wo wir im Endeffekt, - keiner hat das gewusst, das wird dir einfach abgezogen.

Na wo leben wir, in welchem Land? Fünf Jahre lang? Das wird auf einmal abgezogen. Ich habe mich dagegen gewehrt und ich werde mich dagegen auch wehren. Denn eines ist klar, im Nachhinein, wenn ich das machen würde in der Gemeinde, ich ziehe das einfach ab, na Grüß Gott, die werden sich was dabei denken. Ich schreibe ihnen, ich kann es ihnen gar nicht vorschreiben, ich ziehe es ihnen einfach ab. Auf das bin ich neugierig, ob das geht.

Ich kann auch nicht einem Schuldner, der in der Gemeinde Schulden hat, einfach etwas abziehen, ohne dass ich ihn verständige, ohne dass ich ihm was sage. Und das sind genau die Dinge, die unsere Landesregierung ständig macht und das interessiert aber keinen. Daher wehre ich mich, und ich werde auch rechtliche Schritte einleiten. Das Geld so von mir aus, ich habe ja kein Problem, wenn jährlich zu viel bezahlt wird, auch jährlich dann abgezogen wird. Ich finde das aber überhaupt für einen Witz, dass es mir gleich abgezogen wird, und gar nicht zu fragen. Das ziehen sie einfach ab.

Oder, der Rot-Kreuz-Schilling, das ist ja auch so eine lustige Geschichte immer wieder gewesen, gell? Rot-Kreuz-Schilling heißt für mich, einen Schilling haben wir damals gezahlt für das Rote Kreuz. Brav. Jetzt zahlen wir 9,40 Euro, das ist einfach. Nach dem Voranschlagbeschluss kommt ein Schreiben daher vom Land, das ist zu berappen. Super ist das.

Herr Kollege Finanzreferent, das ist nämlich nicht unbedingt eine gute Art und Weise, wie man mit den Gemeinden umgeht und sich dann immer herstellt und sagt: Danke den Gemeinden. Danke, wie gut ihr seid, dass ihr dazu beigetragen habt, bei den Schulen, bei den Kindergärten. Überall das gleiche.

Jetzt sage ich Ihnen etwas! Sie haben andere Probleme! Ich wäre nur neugierig, wie Sie jetzt über Schützen fahren demnächst, wenn wir die Straße nicht mehr haben, wenn die abgetragen wird, oder wenn die gesperrt wird, und nicht sich hinstellen und dauernd sagen, das ist alles nicht wahr. Das stimmt alles nicht.

Ich weiß nicht, sind unsere Gerichte alle oder alle gesetzlichen Rahmenbedingungen eigentlich eine Katastrophe in diesem Land? Dann weiß ich nicht, in welchem Land wir leben. Und das sind genau die Dinge. Es können Fehler passieren. Es werden auch Fehler passieren, gar keine Diskussion. Aber dann muss man dazu stehen.

Ist ja kein Problem, Ihr habt ohnehin hier die Mehrheit. Werden wir schon abwinken, ist schon in Ordnung. Aber dann muss ich auch dazu stehen, zu solchen Berichten, was der Rechnungshof penibel aufarbeitet und nicht sagen, der Rechnungshof, ein Witz, was der da schreibt.

So ist es nicht. *(Zwischenruf der Abgeordneten Klaudia Friedl.)* Das sind lauter Fakten und Daten, Frau Kollegin, Sie wissen das ganz genau. Sie tun sich halt auch schwer, weil Sie halt in der Fraktion drinnen sind. Wenn Sie eine Liste hätten, würden Sie auch anders agieren. Ich weiß schon, in einem Klub muss man halt den Klubzwang einhalten. Ist mir alles klar.

Aber es kann nicht so sein, dass ich über alle Gemeinden drüber fahre und einfach sage, das ist so. Ende der Durchsage. Lasst den Kölly reden. Ich sage noch ein Beispiel, wo sich der Herr Gemeindevertreterverband und der Herr Gemeindebund ganz wichtig gemacht haben, Energiepreise. Ist auch sehr interessant.

Das sind ja burgenländische Arbeitsplätze wenn man nicht bei der Energie Burgenland den Strom bezieht. Super ist das. Dann haben wir ausgeschrieben, dann wurde ich sogar angezeigt, als Gemeinde Deutschkreutz, weil ich ausgeschrieben habe, und einen billigeren Strom um 16.000 Euro, sparen wir im Jahr alleine Energiekosten.

Ich rede jetzt gar nicht von den Leuten, von Netz und von Leitung, weil dort verdient ja die Energie Burgenland eine Katastrophe, die verdienen sich „krumm und deppert“. Nur damit sie solche Geschichten machen können, wie sie es bis jetzt machen und weiterhin machen werden mit Eurer Unterstützung. Ich sage das auch noch einmal.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, Herr Landesrat! Es werden Zähler getauscht, von der Energie Burgenland. Sie wissen das, oder? Ich meine, in Ihrem Haus wahrscheinlich auch. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen oder nur Ihre Frau das weiß, dass die Zähler getauscht werden.

Siehe da, wir haben eine Produktion im Burgenland, an Zählern, gell, die Zähler erzeugen, und vor kurzem haben die ein Riesen Jubiläum gefeiert. Super. Landeshauptmann dort, alles dort und toll. Und wie gut und schön. Wisst Ihr, von wo wir die Zähler beziehen? Was glaubt ihr? Aus Taiwan. Nicht von der BECOM in Hochstrass, sondern aus Taiwan. Und das kann es bei Gott nicht sein. Wir reden immer von Wirtschaft, Arbeitsplätzen in diesem Land und dann passiert so etwas.

Oder, wenn eine Therme den Strom auch von der KELAG bezieht! Gehört die Therme nicht dem Land Burgenland zu 100 Prozent? Und dergleichen mehr! Aber, das sind Themen, das interessiert ja eh keinen da oben in diesem Land. Was ist mit den Medien? Denen ist das sowieso völlig wurscht. Die bringen das, wie es ihnen passt. Und wer am meisten zahlt. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit.

Warum sage ich das? Weil auch die Medien an uns herantreten und sagen, wir bringen dir den Artikel, wenn du das und das tust. Das lassen wir nicht zu. Bei uns ist Ehrlichkeit, Transparenz im Vordergrund.

Das ist genau das, Herr Landesrat, wo ich mich wundere. Wo ich mich wundere, Herr Landesrat, dass Sie nicht längst das Handtuch genommen haben und gesagt haben, eigentlich hat der Rechnungshof bei allen Berichten recht gehabt, und ich stehe mitten drinnen, als Finanzlandesrat, als zuständiger Landesrat für Kultur, als zuständiger Landesrat auch in allen Bereichen, auch für die Therme Lutzmannsburg und dergleichen mehr, wo Millionen den Bach runter gehen. *(Landesrat Helmut Bieler: Geh bitte.)*

Sie haben sich heute hergestellt, haben erzählt über die Minderheiten und über was weiß der Teufel was Sie alles erzählen und über Kultur und dementsprechend. Der Punkt kommt erst als 8. dran oder als 7. was ich mich erinnern kann.

Aber ich denke mir, man sollte jetzt wirklich nachdenken. Es gibt einen Herrn Ostermayer, dem seine „Hackn“ haben sie aufgehoben, vielleicht wäre der gut im Burgenland auch für die Kultur, ich sage nur, als Kulturverwalter oder dergleichen mehr. Über das sollte man einmal nachdenken und ehrlich diskutieren.

Was bringt das dem Burgenland, wenn man wirklich Leute an der Spitze hat, die etwas weiterbringen wollen. Und wenn der Rechnungshof das aufzeigt, und das nur von Euch schubladiert wird und nicht weiter getragen wird, auch nicht von den Medien, dann ist der Landtag unnötig da, und das wisst Ihr auch.

Im Endeffekt, nach einem Voranschlag, sagt der Herr Bieler, abgehakt, ist schon erledigt. Jetzt können wir das ganze Jahr über arbeiten wie wir wollen, weil die Regierung das alles beschließt. Heute ist von der ÖVP gefallen, und das ist ja interessant, sie hätten

gerne Regierungsbeschlüsse gesehen. Ich wundere mich. Ich weiß nicht, habt Ihr nicht in Euren Akten die Beschlüsse in einem Büro liegen oder in einer Lade liegen? Also ich denke mir, Ihr könnt sie von mir haben, wenn Ihr sie wollt, ich kann sie Euch kopieren! *(Heiterkeit bei der FPÖ)*

Das ist schon eine Möglichkeit, aber dass man sich herstellt, und den Landtag eigentlich damit lächerlich macht und sagt, wir fordern Regierungsbeschlüsse an, wo wir selber in der Regierung gesessen sind. Das verstehe ich überhaupt *(Abg. Gerhard Steier: Normalerweise beklagt er sich, dass er keine Informationen hat.)* nicht mehr. Ende.

Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ja, wozu braucht man einen Finanzausgleich? Wir hier im Raum wissen es, einige verfolgen über Livestream die Sitzung mit, daher, diesen Einleitungssatz. Der Finanzausgleich verfolgt durch mehrere vereinzelte Zahlungsströme das Ziel, die Finanzkraft innerhalb eines Landes auszugleichen.

Nun ist die Frage, gelingt das? Der Rechnungshof weist nach, dass dies oft nicht der Fall ist und verlangt deswegen eine tiefgreifende Reform, weil viele Regeln und Praktiken zu einer völligen Verzerrung beitragen. Einige Beispiele: Die Unterschiede vom niedrigsten zum höchsten Pro-Kopf-Betrag je Gemeinde waren in den vergangenen Jahren beträchtlich. Darauf hat schon Kollege Kölly hingewiesen. Die Spanne reichte von 653 Euro je Einwohner bis zu 2.189 Euro je Einwohner oder Einwohnerin. Eher bevorzugt waren Gemeinden mit höheren Bevölkerungszahlen, aber nicht immer und durchgehend.

Wie intransparent und kompliziert die ganze Geschichte aber ist, zeigt im Burgenland ja schon leidlich die erfahrene Fehlerhaftigkeit und Lückenhaftigkeit in der Berechnung der Ertragsanteile - auch darauf wurde gerade vorher eingegangen - der Ertragsanteile der Gemeinden durch das Land.

Was halt das Auffallende ist, es ist auch den Gemeinden praktisch nicht mehr möglich, die Berechnung ihrer Ertragsanteile nachzuvollziehen. Aber das ist längst noch nicht alles. Die Berechnung der Abzüge des ehemaligen Landespflegegeldes im Jahr 2013 und damit auch der Ertragsanteil Ansprüche musste aufgrund von Fehlern bei der Verbuchung der Kommunalsteuer vom Land Burgenland korrigiert werden.

Auch darauf wurde vorhin kurz hingewiesen, es wird in diesem Bericht kritisch angemerkt, dass das Land Burgenland eigenmächtig Geldmittel fließen ließ, für die es eigentlich Gemeinderatsbeschlüsse hätte geben sollen.

Aber im Burgenland ist das Abwarten von gültigen und nötigen Beschlüssen oder Genehmigungen ja nicht immer ernst genommen worden, das kennen wir ja auch aus anderen Zusammenhängen. Wir haben da auch so eine große Umfahrung bei Schützen, die das betrifft.

Es gab, das steht aber nicht in diesem Rechnungshofbericht, - darum geht es jetzt nicht, - es gab viele Ungereimtheiten und Folgeschäden. Im Bericht wird festgehalten, dass in vielen Fällen fehlerhafte Buchungen durch zusätzliche Informationen, beziehungsweise klare Anweisungen des Landes an die Gemeinden hätten vermieden werden können.

In seiner Stellungnahme hat das Land Burgenland diverse Nachbesserungen ausgeführt. Besonders auffallend, auch aus burgenländischer Perspektive ist der Getränkesteuerausgleich, der laut Rechnungshofbericht im Prüfungszeitraum nach drei verschiedenen Systematiken berechnet wurde. Das ist auch ein bisschen verwirrend.

Die Berechnung gewann dabei mit jeder Änderung an Komplexität und so kritisiert der Rechnungshof diese Komplexität der Berechnung des Getränkesteuerausgleiches und diese Komplexität wäre nicht geeignet, eine transparente Mittelverteilung sicherzustellen. Wir sehen, es geht also immer wieder um Intransparenz und Komplexität bei den Zahlungsströmen.

Die Fehlberechnungen sind keine Überraschung, einerseits werden die Steuermittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt, und zusätzlich gibt es unzählige Verflechtungen zwischen den Gebietskörperschaften, die in unzähligen Gesetzen geregelt sind. Diese extreme Unübersichtlichkeit und Komplexität resultiert aus der Nichtübereinstimmung der Einnahmen, Ausgaben und Aufgabenverantwortung in vielen Bereichen.

Die Mittelverteilung an die Gemeinden erfolgt derzeit vor allem auf Basis der Bevölkerungszahl, konkret der Hauptwohnsitzler, Hauptwohnsitzer. Wie sage ich es richtig? *(Abg. Günter Kovacs: Hauptwohnsitzer.)* Hauptwohnsitzer und Hauptwohnsitzerinnen. Danke. Ich brauche einen Kaffee.

Auch wir betrachten es als kritisch, dass größeren Gemeinden mehr Mittel pro Kopf zugestanden werden als kleineren, aber umgekehrt erhalten kleinere Gemeinden Transfer von den Ländern über Bedarfszuweisungen.

Der Rechnungshof zeigt nun, dass kleinere Gemeinden durchaus auch bevorzugt werden können. Das heißt, und das zeigt uns das auch deutlich, einfach alles über einen Leisten zu scheren ist auch nicht der Weisheit letzter Schluss. Die Mittelzuweisung für die Gemeinden muss vielmehr aufgabenorientiert, also anhand der definierten, zu erfüllenden Aufgaben erfolgen. Größere Gemeinden haben eine zentralörtliche Funktion. Zusätzlich ist die Verteilung der Steuermittel etwa im Bedarf beim öffentlichen Verkehr, an den neu zu errichtenden Wohnungen oder an der Anzahl der zu betreuenden Kinder auszurichten.

Andererseits ist doch zu berücksichtigen, dass etwa Streugemeinden ganz andere infrastrukturelle Herausforderungen zu meistern haben als Ballungsgebiete. Wir sehen das auch ganz aktuell bei den vielen Petitionen die jetzt einlangen, um Unterstützung und Zuschüsse zur Finanzierung der Kindergartenbusse.

Also, der Finanzausgleich ist kompliziert, intransparent, unfair und veraltet. Dringend notwendig ist die Vereinfachung des Finanzausgleiches und eine Verteilung der Steuermittel auf die Gemeinden, die sich an Aufgaben, die die Kommunen zur Verfügung haben, orientiert.

Dieser Prozess, auch der Prozess der Neugestaltung muss transparent gestaltet werden. Nur so können derzeitige Blockadehaltungen seitens der Länder überwunden werden. Weil es ist auch hier so, dass Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt werden, und das bringt nie etwas, das sehen wir in unterschiedlichen politischen Bereichen.

Auch Grüne Landesregierungsmitglieder und seit 2013 sind ja die GRÜNEN in sechs Landesregierungen vertreten, machen sich für den neuen Finanzausgleich stark, der nicht mehr pro Kopf, sondern pro Ausgabe der Kommune berechnet wird.

Sie plädieren dafür und da kann ich mich nur anschließen, zielsicher zu analysieren, wo es sinnvoll ist, damit die Länder mehr Rechte erhalten und offen zu diskutieren, welche Kompetenzen besser beim Bund aufgehoben sind. Dazu gehört etwa die Bauordnung, dazu gehört der Jugendschutz. Mir fällt noch einiges andere ein.

Etwas anderes zeigt sich seit Jahren auch schon sehr deutlich, diese einfache Zuteilung in Haupt- und Nebenwohnsitze ist nicht mehr zeitgemäß. Das gleichwertige Bestehen zweier Lebensmittelpunkte, zum Beispiel unter der Woche in der Großstadt, am Wochenende in der ländlichen Heimatgemeinde, ist für viele Menschen Lebensrealität. Da gibt es kein "Haupt" und "Neben", da gibt es zwei Hauptwohnsitze.

Auch Kinder haben zunehmend mehr als einen Lebensmittelpunkt. Sei es durch Schulbesuch bedingt oder dadurch, dass sie gleichermaßen von ihren getrennt lebenden Eltern betreut und versorgt werden. Dieses Modell ist durchaus weit verbreitet. Diese Kinder sollten nicht in die Lage gebracht werden, einen Wohnsitz, jenen bei Mama oder jenen bei Papa als mehr oder weniger wichtig zu qualifizieren, wenn es der Fall wäre, dass beide Wohnsitze, als gleichwertig erlebt werden. *(Abg. Gerhard Steier: Das war noch nie.)*

Also wir sehen, wir haben hier ein breites Feld, das auch hier grundsätzlich diskutiert werden sollte, weil sich unsere Gesellschaft weiterentwickelt und wir das auch in unseren Gesetzen und in unseren Berechnungen von Finanzausgleichszahlungen berücksichtigen sollten. *(Abg. Gerhard Steier: Da geht es um das Familienrecht.)*

Wir kommen also wieder zu dem Schluss, dass es eine grundlegende Analyse der Aufgaben der Kommunen geben muss, ehe eine Aufteilung der Finanzmittel festgelegt wird. Denn die Grundlage dafür sollte nicht politisches Kalkül sein, sondern eine sinnvolle und faire Lösung für alle in Österreich lebenden Menschen sein. Der alte Berechnungsschlüssel entspricht jedenfalls nicht dem modernen Gesellschaftsbild und der Lebensrealität vieler Menschen.

Den Bericht nehmen wir natürlich zur Kenntnis. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsident. Meine Damen und Herren! Ich halte mich kurz aus zwei Gründen. Erstens, wurde schon sehr viel gesagt, und ich kann mich dem was die Vorrednerin gesagt hat weitgehend anschließen, und auch nach mir kommt noch ein profunder Kenner der Materie, der sich sicherlich mit den Detailfragen auseinandersetzen wird.

Zweitens, haben wir uns in den letzten Sitzungen ja regelmäßig mit dem Thema Finanzausgleich beschäftigt, es wurde schon sehr viel diskutiert. Und wo wir als Burgenland hin wollen, das haben wir auch in mehreren Beschlüssen festgehalten, die nicht einhellig getroffen wurden, wobei man dazu sagen muss, dass das oft an Details gescheitert ist.

Was bestätigt uns der Rechnungshof, was wissen wir? Es wurde schon gesagt, der Finanzausgleich ist kompliziert. Es ist daher auch nicht transparent und in vielen Fällen nicht nachvollziehbar. Er ist in vielen Fällen antiquiert und daher auch nicht zweckmäßig und vor allem auch, es wurde schon referiert, ungerecht, wovon wir Burgenländer ein Lied singen können.

Die Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes beziehungsweise des Rechnungshofes in Wien fallen in diesem Sinne aus. Es wird empfohlen, sich von sämtlichen Modi zu verabschieden, die auf historische Werte Bezug nehmen.

Die Kollegin Petrik hat es gesagt, es solle vielmehr auf die aktuelle Situation der Gemeinden Bezug genommen werden, Beispielsweise was Fixschlüssel, Vorausanteile, den Getränkesteuerausgleich oder auch den Werbesteuerausgleich angeht. Er empfiehlt eine Verringerung der Verteilungskriterien und ganz generell Maßnahmen zur Vereinfachung und Maßnahmen die zu mehr Transparenz und besserer Planbarkeit führen.

Der Rechnungshof empfiehlt, und auch das wurde schon erwähnt und es ist auch wirklich eine der zentralen und wichtigen Empfehlungen, eine Aufgabenkritik und eine sachgerechte Aufgabenteilung und in weiterer Folge auch eine Zusammenführung der Aufgaben, Ausgaben und Finanzierungsverantwortung.

Das klingt alles sehr vernünftig, ist es wohl auch. Hoffen wir bei aller Skepsis, (*Abg. Gerhard Steier: Es fehlt der Glaube.)* dass der große Wurf gelingt. Dem Kollegen Steier fehlt der Glaube. Ich schlage vor, geben wir den Glauben erst dann auf, wenn es wirklich passiert ist.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und des Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Es liegt der Bericht des Rechnungshofes vor, der die Ertragsanteile an die Gemeinden im Zeitraum vom 28.11.2014 bis 15.06.2015 überprüft hat. Der Prüfungszeitraum umfasst vier Jahre, 2009 bis 2013 und es wurden außer Wien alle Bundesländer überprüft.

Von diesen acht Bundesländern gab es in fünf Bundesländern Beanstandungen, in Niederösterreich, in Kärnten, in Salzburg, in der Steiermark und auch im Burgenland. Lediglich die Gemeinde Wien wurde nicht überprüft. Nun, die Fakten sind Folgende, es geht um eine Summe bei den Ertragsanteilen in der Höhe von 914,53 Millionen Euro. Also dieser Betrag wurde zwischen 2009 und 2013 an die burgenländischen Gemeinden ausgeschüttet.

Die Berechnung der Verteilung erfolgte natürlich aufgrund von verschiedenen Parametern. Da geht es um Getränkesteuer, Werbeabgaben, Unterschiedsbetrag, Ausgleichsvorausanteil, aber vor allem um den abgestuften Bevölkerungsschlüssel, der ja 90,9 Prozent im Burgenland ausmacht.

Ja und wenn man sich die Informationen anschaut, wie diese Verteilung berechnet wird, dann stellt der Rechnungshof fest, dass insgesamt 14 Informationsquellen notwendig waren, um diesen Betrag auf die 171 Gemeinden zu verteilen, und kommt zum Schluss, das hat ein Beamter des Rechnungshofes auch im Ausschuss gesagt, nämlich es würden lediglich drei Dateiquellen genügen und wir hätten genauso eine korrekte Berechnung.

Um was geht es eigentlich jetzt in diesem Rechnungshofbericht? Es geht darum, dass aufgrund dieser aufgezeigten Berechnung der Rechnungshof meint, dass man diese Berechnungen transparenter, einfacher, in Zukunft vollziehen könnte. Das ist eine

Aufgabe aller Bundesländer mit dem Finanzminister, mit den Gebietskörperschaften, dass hier ein neuer Finanzausgleich entwickelt wird.

Ich habe einmal schon diese Grafik gezeigt, ich zeige sie gerne wieder. *(Der Abg. Mag. Franz Steindl zeigt eine Grafik.)* Weil sie verdeutlicht, wie intransparent die Aufteilung der Steuergelder passiert, sehr intransparent. Insgesamt, das letzte Mal betont, 216.000 Transfers, das muss man sich einmal vorstellen. 216.000 Transfers sind möglich, und die kosten alleine, um das transferieren zu können, 33 Millionen Euro.

Also das bedeutet, hier ist Handlungsbedarf angesagt. Ob es einen Durchbruch bei den Verhandlungen geben wird, wenn es um den neuen Finanzausgleich geht, wage ich zu bezweifeln. Das wissen wir alle, denn viele Köche verderben den Brei. Und wenn natürlich alle mitreden, dann wollen natürlich alle den größeren Kuchen haben und haben natürlich subjektiv betrachtet einen ganz anderen Gerechtigkeitssinn, als vielleicht das objektiv auch messbar wäre.

Um was geht es eigentlich? Es geht um die Fehlerquote. Es geht um eine Fehlerberechnung in der Höhe von 984.194,48 Euro. Ich habe das letzte Mal im Ausschuss aufgepasst, nachdem ich jetzt das Prozedere der Ausschüsse schon lange kenne als Regierungsmitglied, was macht man? Man winkt sehr schnell diese Tagesordnung durch, man ist froh, wenn man in den Ausschuss geht, man hat dann eine halbe Stunde Zeit vielleicht für den Ausschuss, hat 20 Tagesordnungspunkte abgewickelt.

Die Rechnungshofbeamten vom Bund kommen, das ist ganz interessant, die kommen immer zu zweit, dritt oder zu viert, setzen sich da her, verrechnen ihr Kilometergeld, ihre Diäten, fahren dann wieder nach Hause, werden kaum gefragt, geben irgendeinen Bericht ab und damit hat es sich.

Ich habe gefragt, ich wollte wissen, oder wollte das bestätigt haben, wie hoch die Fehlerquote ist, bei einem Betrag von 914 Millionen Euro? 984.000 Euro ist die Summe, wo sie sich verrechnet haben. Wie hoch ist die Fehlerquote? Ich habe bis jetzt, es geht mir nicht darum, dass ich jetzt eine korrekte Antwort oder eine Antwort die mir genügt, bekomme. Ich habe gar keine bekommen.

Der Ausschuss-Obmann Peter Rezar hat das entgegen genommen und ich warte bis heute auf eine Antwort. Wissen Sie, und das glaube ich, das sollte man auch einmal da hier besprechen. *(Abg. Dr. Peter Rezar: Aber nicht von mir.)*

Wie geht man eigentlich mit der Arbeit von Abgeordneten um? Der Rechnungshof ist eigentlich in Wahrheit nicht ein Instrument der Regierung, sondern der Legislative, der Abgeordneten. Die Fehlerquote, wissen Sie, liegt bei 0,01 Prozent. Wo gearbeitet wird, da passieren auch Fehler. Die Fehlerbereinigung ist bereits erfolgt, und jetzt kann man diskutieren, wie das der Manfred Kölly gesagt hat, ob das gescheit war, gleich im Jänner 2016 alles abzuziehen und zu planieren, oder ob man das nicht auf Monate machen sollte. Da kann man diskutieren.

Auf was ich eingehen möchte ist die politische Beurteilung. Denn, interessanterweise, diese Rechnungshofrohberichte landen nie bei den Abgeordneten, wie auch, die bekommen wir gar nicht zu Gesicht, die landen immer wo? Bei den Medien. Und die Medien berichten dann über diese Rohberichte und man hat dann gar keine Chance, als ehemaliges zuständiges Regierungsmitglied, darauf zu replizieren.

Wie auch, wenn du den Rohbericht nicht hast. Und da meine ich, da sollten wir auch diskutieren, wenn wir schon von politischer Kultur oder Unkultur sprechen, ob das wirklich sinnvoll ist, dass man über die Öffentlichkeit eigentlich Rohberichte, wo nicht einmal die Stellungnahmen eingearbeitet sind, zu Gesicht bekommt über die

Öffentlichkeit, ohne dass man die Möglichkeit hat, sich dementsprechend zu artikulieren. Wir sollten das insgesamt diskutieren, ob das wirklich fair ist?

So, und jetzt komme ich zu dem ohne - da mache ich jetzt, das sage ich ganz bewusst, eine Gratwanderung. Ich möchte jetzt bei der politischen Beurteilung nichts verschönern, ich möchte das genau aufzeigen. Wie war damals 2009, 2010 die politische Situation?

Wir hatten eine absolute Mehrheit, und Sie wissen, dass gerade in diesem Zeitraum wir mit einem Budget konfrontiert waren, wo wir außer den Pflichtausgaben keine Möglichkeit hatten, etwas zu verändern. Darüber hinaus wurde mir vom Personalreferenten ein Mann vorgesetzt als Abteilungsvorstand, ich sage immer, das waren die „goldenen“ Zeiten, damals, wo nicht nur ich unzufrieden war, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeint haben, das war der schlechteste Dienst, den man eigentlich einer Gemeindeabteilung oder den 171 Gemeinden erweisen hat können.

Der zweite Punkt ist, dass diese Berechnungen von einer Person vorgenommen wurden, wo sogar die Frau Landesrätin in ihrer Regierungsvorlage hineingeschrieben hat, dass erschwerend hinzukommt, dass aufgrund von Pensionierungen und Kündigungen der Sacharbeiter es ständig einen Wechsel gegeben hat und daher keine Kontinuität.

Das sage nicht ich, sondern das sagt die Frau Landesrätin Eisenkopf in ihrer Regierungsvorlage, die sie der Regierung im Jänner 2016 vorgelegt hat. Dazu kommt noch, und das muss man auch sagen, dass es von der Abteilung 3 keine Kontrolle gegeben hat. Die hat es nicht gegeben.

Wir haben uns dann geeinigt 2013, dass es hier ab sofort in Zukunft eine Kontrolle geben wird, das haben wir vereinbart, und die gibt es auch jetzt. Das ist auch in Ordnung. So weit, so gut. Nur, was mich zum Beispiel stört, ist, dass über Medien gewisse Dinge mir ausgerichtet werden.

Nämlich, dass zum Beispiel dann die Frau Landesrätin Eisenkopf sagt, zum Beispiel im „Kurier“ und ich zitiere: Seit meinem Amtsantritt hat die Gemeindeabteilung intensiv an der Aufarbeitung der Fehler gearbeitet, und die beanstandeten Jahre neu berechnet. - so Eisenkopf. *(Landesrätin Astrid Eisenkopf: Ja, haben sie.)*

Oder ich zitiere die „BVZ“: Seit meinem Amtsantritt …- eigentlich der gleiche Wortlaut. So, das möchte ich auch korrigieren. Weil, wenn, dann sollte man bei der Wahrheit bleiben. Die Wahrheit schaut so aus, dass nämlich aufgrund des Rohberichtes, aufgrund eines Gesprächs der Beamten des Rechnungshofes damals mit mir als Regierungsmitglied, Landeshauptmann-Stellvertreter, wir einen Regierungsakt mit der Zahl: 2-GLG-4225-10027-2-2016, arbeiten haben lassen und den haben wir eingebracht.

Damals wurde in der Regierung einstimmig beschlossen auf meinen Antrag, dass eben diese Fehlerquote bereinigt wird. Also die Kontrolle wurde 2013 gemeinsam eingeführt. Es wurden personell Aufstockungen gewährleistet seitens der Gemeindeabteilung, damit das nicht mehr passieren kann.

Drittens, es wurde bereits diese Fehlerquelle und die Aufteilung auf die Gemeinden in meiner Amtszeit durchgeführt, und lediglich der Regierungsakt wurde jetzt im Jänner 2016 so bearbeitet, dass es dann letztendlich zur Auszahlung gekommen ist.

Ich möchte schon bitten, dass man das auch dementsprechend in der Öffentlichkeit berücksichtigt. Ansonsten entsteht nämlich der Eindruck, ja da hätten doch 15 Jahre oder ich hätte da irgendwie gefuhrwerkt und hätte fuhrwerken lassen und dann kommt so ein Desaster heraus.

Also man muss immer im Verhältnis der Zahl die ausgeschüttet wurde, die Fehlerquote sehen und dass vorher schon, nämlich vor einem Jahr, von uns aus, von der Regierung, dementsprechende Maßnahmen gesetzt wurden, das muss man, glaube ich, auch dazu sagen. Da bitte ich wirklich bei der Diskussion, wenn schon nicht in der Öffentlichkeit über die Medien, aber da im Landtag um eine Fairness. Das fordere ich schon ein. *(Beifall bei der ÖVP)*

So und jetzt möchte ich ganz kurz nur auf eines replizieren, nämlich auf die Finanzausgleichsverhandlungen. Wir haben uns damit im Landtag des Öfteren beschäftigt. Ich weiß vom Finanzminister, dass es hier zwar eine Arbeitsgruppe gibt, dass es Verhandlungen gibt, aber noch keinen Durchbruch. Ich fürchte, dass sich nicht viel ändern wird.

Leider, wissen Sie warum? Weil gerade der abgestufte Bevölkerungsschlüssel in dieser Art und Form die großen Gemeinden begünstigt, ab 50.000 mit einem Faktor, Multiplikationsfaktor, pro Einwohner mal 1,45 und damit die kleinen Gemeinden, und das Burgenland besteht aus lauter kleinen Gemeinden - der Bürgermeister aus Eisenstadt wird mir das verzeihen, wenn ich das sage, 14.000 Einwohner sind auch keine Größe – benachteiligt werden.

Da, glaube ich, da gibt es sehr wohl einen Handlungsspielraum. Wir sollten uns konzentrieren, dass dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel, wenn er schon nicht weg kommt, was ich befürchte, noch mehr abgestuft wird. Dass er Zweitens aufgabenorientiert erstellt wird, transparenter erstellt wird, dass man sich wirklich dementsprechend orientieren kann und dann bin ich mit dem Gemeindebund und mit dem sozialdemokratischen Gemeindevertreterverband eins, dass wir einen Ausgleichsfonds bekommen, 500 Millionen Euro. Wenn dieser Ausgleichsfonds steht, dann könnten wir gerade im Bereich der strukturschwachen Gemeinden hier Hilfe leisten.

Das ist eine Grafik vom Finanzministerium *(Abg. Mag. Franz Steindl zeigt eine Grafik)* die ich bekommen habe, alles was Sie jetzt da gelb eingezeichnet sehen, sind die Bezirke, die als sehr strukturschwach eingestuft sind. Wenn man da in die Tiefe geht, in die Gemeinden, dann merkt man zum Beispiel auch, dass im Nordburgenland viele Gemeinden als noch strukturschwach gelten.

Sie sehen hier, das ist südost-lastig und daher sollten wir hier auch Maßnahmen setzen. Es ist wert, dass wir hier gemeinsam an einem Strang ziehen, dass wir versuchen das Bestmöglichste für das Burgenland herauszuholen und noch einen Gedanken bitte, mag sein, dass ich unrecht habe, es wird jetzt diskutiert, ob nicht die Bundesländer eine Steuerhoheit bekommen sollten. Ich warne davor.

Ich warne deswegen davor, weil ich fürchte, dass erstens einmal der Behördenapparat aufgebläht wird, es mehr Bürokratie geben wird, denn dann ist nicht eine zentrale Behörde Einnahmestelle, sondern in neun Bundesländern. Schauen Sie sich das, wie sich das dann multipliziert. Da brauchen Sie mehr Personal und zweitens einmal, das Burgenland war zweimal Ziel 1-Gebiet, dann waren wir im Phasing Out und jetzt sind wir Übergangsregion. Wissen Sie warum? Sie wissen das. Weil wir nach wie vor als strukturschwach eingestuft werden.

So und jetzt kriegen wir eine Steuerhoheit und sollen mit Vorarlberg, mit Salzburg, mit Tirol konkurrieren, damit der Finanzreferent das Budget zusammen kriegt. Da frage ich Sie, wo ist hier dann ein Vorteil für das Burgenland zu erwarten?

Ich würde mir das wirklich sehr gut überlegen, bevor ich hier einen Schnellschuss starte und meine, dass hier eine Steuerautonomie greifen sollte. Ich warne davor. Denn

das könnte genau das Gegenteil auslösen. Bis jetzt haben wir über Förderungen versucht einen Aufholprozess zu starten.

Mit der eigenen Steuerhoheit erzeugen wir mehr Bürokratie. Was will die Bevölkerung? Die Bevölkerung möchte weniger Bürokratie, mehr Transparenz. Dann gibt es noch mehr Intransparenz, weil in jedem Bundesland eine eigene Steuerhoheit passiert, womöglich mit eigenen Steuersätzen. Also ich halte davon nichts.

Ich glaube es ist wichtig, dass wir einen fairen Finanzausgleich für das Burgenland erwirken. Wenn das passiert, dann können die Gemeinden durchatmen, auch das Land. Ich glaube, das haben wir notwendig. Denn ich behaupte, als ehemaliger Gemeindereferent, dass alle 171 Gemeinden, Hut ab vor den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, hervorragende Arbeit leisten und dass sie jeden Euro zehnmal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben.

Daher haben es sich die Gemeinden des Burgenlandes verdient, dass sie auch beim Finanzausgleich behandelt werden, danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Klaudia Friedl.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Meinem Vorredner, meiner Vorrednerin und den Vorrednern kann ich eigentlich im Großen und Ganzen absolut zustimmen. Viele Dinge die auch mir aufgefallen sind und die auch zu beanstanden sind.

Vielleicht noch kurz einmal zum Herrn Kollegen Steindl. Wenn man diesen von Ihnen jetzt schon zum zweiten oder dritten oder vierten Mal zitierten Kurierartikel der Kollegin Astrid Eisenkopf noch einmal anschaut, dann, ohne sie jetzt irgendwie verteidigen zu müssen, und wenn man das unpolemisch ein bisschen oder sagen wir objektiv liest, dann lese ich nichts anderes heraus, als das sie als Ihre Rechtsnachfolgerin das umgesetzt hat, was eigentlich der Rechnungshof empfohlen hat, nämlich nachzurechnen, zu korrigieren und das den Gemeinden in Abzug zu bringen oder wieder zu überweisen.

Also, ich weiß nicht, warum Sie jetzt so beleidigt sind, Herr Kollege. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich bin nicht beleidigt!)* Wenn man das unpolemisch liest, dann ist das nichts Anderes als ein Auftrag des Rechnungshofes, den die Kollegin ausgeführt hat. Nicht mehr und nicht weniger. Ich denke, vielleicht ist das mit dem jetzt auch aus der Welt geschafft.

Die Ergebnisse des Rechnungshofes mit der Aufgabenstellung unter anderem, die Verteilungsgerechtigkeit und wie mir scheint die zeitgemäße Sinnhaftigkeit des abgestuften Bevölkerungsschlüssels der vergangenen Jahre 2009 bis 2013 zu überprüfen, lesen wir eben in diesem 128 Seiten schweren Bericht des Rechnungshofes. Eine sehr komplexe und auch für Laien, wie wir ja letztendlich alle sind, schwer lesbare Lektüre und die man, um sie zu verstehen, genauer beleuchten muss. Natürlich auch über den Finanzausgleich.

Das Finanzausgleichsgesetz gehört wohl zu den wichtigsten Materien der Republik, wo riesige Steuersummen bewegt werden. Mehr als 75 Milliarden Euro waren es zum Beispiel 2014 und die, laut unserer Bundesverfassung, einzig und allein vom Bund

eingehoben werden können und zwar in Form von Einkommenssteuer, Körperschaftssteuern, Umsatzsteuer, Tabaksteuern und so weiter und so fort.

Riesige Summen also, die wir uns nur schwer vorstellen können. Vielleicht um ein Bild davon zu haben. Ungefähr eine Summe die sechs Steuerreformen ausgemacht hat oder zwei Hypo Alpe Adria-Pleiten, beziehungsweise letztendlich ein Zehntel unseres Bruttoinlandsproduktes.

Zuerst einmal landen all diese Einnahmen über die Finanzämter in die Kassen des Finanzministers, der dann über den Finanzausgleich den einzelnen Mitgliedern unserer Republik, wenn ich unsere Bundesländer so nennen darf, damit versorgt oder verteilt in einem Schlüssel, der schon oft erwähnt wurde. 67 Prozent beim Bund, 22 Prozent an Länder und 11 Prozent an Gemeinden.

Dann beginnt es mit der weiteren Aufteilung, die wir und ich als Bürgermeisterin natürlich auch im Besonderen betrachte und kritisiere, eben die Gemeindeertragsanteile, die dann im überwiegenden Teil, und das wurde auch heute schon mehrmals gesagt, auf Grundlage des abgestuften Bevölkerungsschlüssels und der Volkszahl erfolgt.

Das klingt einerseits sehr simpel und auch logisch, aber ist natürlich sehr, sehr komplex und kompliziert. Wäre es nicht so, dann wäre diese Fehlerquelle, wie in diesen fünf Bundesländern passiert, nicht zu Tage getreten.

Ja, und um Ihnen ein Beispiel zu geben, das ist auch schon erwähnt worden. Im Burgenland, bei den kleinstrukturierten Gemeinden mit der Größe von unter 10.000 Einwohnern beträgt dieser Faktor, den wir da auch noch mal multiplizieren müssen, ich hoffe ich kann das jetzt richtig aussprechen, ein einundvierzigsiebenundsechzigstel, das da als Multiplikator, als Wert, dazugezählt werden muss.

Bei Gemeinden oder Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern, mit denen ja das Land Burgenland nicht gesegnet ist, ist es zweieindrittel. Wenn Sie jetzt noch wissen wovon ich spreche und mir folgen konnten, dann sind sie gut, denn alleine das zeigt schon, wie komplex und kompliziert das alles ist und das es höchst an der Zeit ist, das zu ändern. Aber vielleicht wäre das eine gute Idee, das auszurechnen als Rechenaufgabe bei der Mathematik-Matura, bei der Zentralmatura.

Ja, bei der Zuteilung der Ertragsanteile sieht das Finanzausgleichsgesetz 2000 auch eine Reihe von Finanzfixschlüsseln vor, wie Sie ja alle wissen. Zum Beispiel der Getränkesteuerausgleich, die Werbeabgabe und et cetera. Diese Schlüssel sind überwiegend natürlich historisch geprägt und haben aber den aktuellen Entwicklungen, wie wir wissen, seien sie demographischen Ursprungs oder abgabenrechtlichen Änderungen unterlegen, keine Berechtigung mehr. Das heißt, auch hier sind Reformen an der Zeit.

Wie ist dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel eigentlich entstanden? Das fragen sich vielleicht einige. Historisch begründet ist dieser abgestufte Schlüssel damit, dass vor allem die Städte nach dem Zweiten Weltkrieg eine höhere Aufwendung für den Wiederaufbau hatten und benötigten.

Diese Argumente sind, wie wir wissen, natürlich schon längst obsolet und obwohl, wie der Herr Kollege Steindl auch schon gesagt hat, der Schlüssel schon abgeflacht wurde, kommt er dem, was wir jetzt abbilden nicht zugute. Gemeinden drängen schon sehr, sehr lang, egal welchen Couleurs.

Wenn der Herr Kollege Kölly immer wieder auf SPÖ und ÖVP hinweist, dann muss ich darauf hinweisen, dass die Anzahl der Gemeinden im ganzen Bundesland Österreich

halt einfach in Mehrheit von SPÖ- und von ÖVP-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister… *(Abg. Manfred Kölly: Es gibt ja auch Gemeindevertreter!)* Natürlich Herr Kollege, aber das so zu sagen, als würden alle anderen Gemeinden übergangen, *(Abg. Manfred Kölly: Beschlossen haben es die Zwei!)* es ist halt einfach eine kleine Minderheit der Listen-Bürgermeister die wachsen, und das ist gut so. *(Abg. Manfred Kölly: Wir setzen uns zusammen!)*

Wir werden Sie einladen, damit wir uns zusammensetzen und damit wir etwas Gescheites, natürlich Herr Kollege mit Ihnen gemeinsam, ausarbeiten werden.

Ja wie gesagt, der Rechnungshof hat unterm Strich genauso wie wir alle wissen festgestellt, dass kleine Gemeinden die „Verlierergemeinden“ sind und die größeren Gemeinden mehr bekommen. Am Schluss dieses Rechnungshofberichtes gibt es 25 Empfehlungen, die sehr interessant sind.

Ich denke die mir besonders wichtig erscheinenden, sind eine gerechte Verteilung, dann die Evaluierung all dieser Fixschlüssel, beziehungsweise sogar die Abschaffung, eine Verringerung der Kriterien für die Verteilung, vor allem auch natürlich die Transparenz für die Gemeinden per se, damit die nachvollziehen können, wie es denn zu dieser Aufteilung gekommen ist.

Damit die Daten auf der Website veröffentlicht werden, dafür bin ich auch und das Kontrollsystem durch die interne Revision aller Länder sollte eigentlich normal sein. Es sei noch gesagt, und das möchte ich jetzt vielleicht auch noch in die Richtung meines Herrn Kollegen sagen, dass ohne die Segnungen des Finanzausgleiches, lieber Herr Kollege Kölly, keine Straße gebaut, kein Platz eröffnet werden würde, keine Bezirkshauptfrau, kein Bezirkshauptmann bezahlt werden könnte, auch kein Feuerwehrhaus und kein Gemeindezentrum. Ergo ist Finanzausgleich notwendig und gewollt. *(Abg. Manfred Kölly: Wir reden von einem Rechnungshofbericht!)*

Ein gerechter Finanzausgleich, Herr Kollege, mit dem dementsprechenden Schlüssel oder einem neuen System, das ist das Gebot der Stunde, beziehungsweise des im Moment verhandelten zukünftigen Finanzausgleiches 2016.

Meine Fraktion nimmt diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Dieser Rechnungshofbericht, und das möchte ich vorneweg betonen, ist deswegen in Auftrag gegeben worden, weil eine Neuordnung und die Neudiskussion des Finanzausgleiches angestanden ist.

Das heißt, man hat speziell den Punkt des abgestuften Bevölkerungsschlüssels als Thema gewählt, um in dieser Sache Klarheit zu schaffen für diejenigen, die sich in dieser Auseinandersetzung um einen neuen Finanzausgleich bemühen. Für das Burgenland wird der Landesfinanzreferent Helmut Bieler, was er schon laufend tut, diese Verhandlungen führen. Wir alle wünschen ihm, dass es ihm gelingt, einen, ich betone es, einen fairen Finanzausgleich zusammen zu bekommen.

Denn eines ist für alle nachvollziehbar, die die Diskussion der letzten Wochen und Monate verfolgt haben, bundesländermäßig regional gibt es einen großen Aufschrei, was die Möglichkeit des Auseinanderdividierens anlangt, beziehungsweise der Neuordnung

betrifft, die westlichen Bundesländer versus die östlichen Bundesländer, der Süden gegen den Norden.

Die industriestarken Bundesländer gegen diejenigen, die jetzt auf rein touristische Nutzung aus sind, alle Gemeinden die im Grunde genommen noch immer über den sogenannten Getränkesteuerausgleich profitieren, die sich natürlich diese Gegebenheiten nicht nehmen lassen wollen. Die Gemeinden, die im Grunde genommen über den Werbeausgleich, Werbesteuerausgleich, profitieren, weil sie davon eigentlich Mehreinnahmen haben, die lassen sich diesen Wegfall auch nicht bieten.

Das heißt, wir haben eine Diskussion, die so breit gefächert ist, dass wir am Ende des Tages wahrscheinlich nur eine Veränderung in minimalen Stufen erreichen werden. Tatsache ist, dass in den letzten Jahren der letzte Finanzausgleich insbesondere eine zumindest versuchte aber auch stattgefundene Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels gebracht hat.

Wobei dieser Rechnungshofberichtnachweis - es gibt noch immer dezidiert österreichweit ganz unterschiedliche Zugänge zu den einzelnen Einwohnern. Die einzelnen Einwohner der einzelnen Bundesländer werden unterschiedlich beurteilt, sie haben quasi pro Kopf bezogen eine ganz andere Finanzmasse in der Zuteilung und das ist im 21. Jahrhundert mit Sicherheit ein Relikt.

Das Relikt - meine Vorrednerin hat darauf hingewiesen - rührt eigentlich noch aus der Nachkriegssituation, wo es im Verhältnis ganz andere Aufgabenstellungen in größeren Einheiten gegeben hat. Daher ist auch diese Unterschiedssituation zu erklären. Sie ist als solches erklärbar, historisch gesehen, sie ist realitätsbezogen, aber nicht mehr für jemanden verdeutlichbar. Es war ein Unterschied, möglicherweise in der Vergangenheit, was die heutige Zeit anlangt ist es mit Sicherheit so nicht hinzunehmen.

Wir werden, und das habe ich schon vorher gesagt, daran auch nach dem Festzurren des neuen Finanzausgleiches wahrscheinlich kritisch die Situation anmerken. Wir werden sie wahrscheinlich nicht verändert haben. Tatsache ist, dass dieser Rechnungshofbericht auf das Burgenland bezogen, eines festhält, dass es keine Nachvollziehbarkeit gibt. Nachvollziehbarkeit im Sinne dessen, der jetzt quasi der Empfänger ist und das sind in der Aufteilung die Gemeinden.

Ich habe mir immer gewünscht, dass es eine Lösung geben hätte sollen, die einfach für jeden Bürgermeister oder jeden Gemeindeverantwortlichen auf den Punkt genau die Nachvollziehbarkeit sichergestellt hätte. Das gibt es nicht und daher ist eine Diskussion, die wir jetzt führen auf Grund des Rechnungshofberichtes, darüber ob jetzt in gewissen Bereichen der Schlüssel nicht richtig angewendet wurde und die Umsetzung auf die Gemeinden nicht richtig stattgefunden hat, eine rein akademische.

Es ist, und das merkt der Rechnungshofbericht an, es ist für diejenigen, die sich mit dieser Materie tagaus, tagein beschäftigen nicht leicht, die Wirklichkeit abzubilden und diese verschiedensten Parameter, diese fast 1.000 Parameter, die hier Gültigkeit erlangt haben, sind eine Herausforderung in der Umsetzung, die nicht einfach ist, und daher gibt es eben auch diese Intransparenz, diese nicht gegebene Nachvollziehbarkeit.

Was wir im Burgenland hatten, mein Vorredner Mag. Steindl hat darauf hingewiesen, gab es kein internes Kontrollsystem. Diese Situation hat auch dazu geführt, dass diese Nachvollziehbarkeit ausgeschaltet wurde. Was aber im Rechnungshofbericht für jeden interessant in der Darstellung ist, auf die einzelnen Prüfungsjahre 2009, 2010, 2011, 2012 und 2013 hat sich eines erwiesen, dass das Burgenland gelernt hat. Wenn ich

die letzte Tabelle 2013 hernehme, dann sind eigentlich von den einzelnen aufgegliederten Passagen nur mehr zwei, die falsch berechnet wurden.

Im Grunde genommen war das auch eine Situation, die quasi in der Ausführung einen Umlernprozess verbucht hat. Es ist nicht verwunderlich, wenn der Rechnungshof in der Kontrolle die Möglichkeit hat, quasi bei fünf Bundesländern in der Einsicht die falsche Berechnungsart zu kritisieren.

Von neun Bundesländern haben fünf die Berechnungsformel als solche nicht richtig angewandt und es ist niemandem ein Stein aus der Krone gefallen, als sie es richtiggestellt haben, worüber sich diskutieren lässt, das hat der Kollege Kölly gesagt, dass quasi mit dem ersten Tag, Wissenstag, auch die Umsetzung in der Abzugssituation vollzogen wurde. Den Bürgermeister Steiner in Eisenstadt hat es aber gefreut.

Er hat sich gefreut über einen Zuwachs an Finanzmittel, die anderen haben sich natürlich weniger gefreut. Aber Tatsache ist, dass diese Möglichkeit, des sogenannten Einzugs, in der Gewährleistung von oben nach unten gegeben ist und ich glaube auch, keine Bank wird es sich lange gefallen lassen, eine Überzahlung so schnell wie möglich zu korrigieren.

Tatsache ist, über einen Antrag wäre es vielleicht möglich gewesen, dass die Gemeinde Deutschkreutz eine sogenannte Aufschubsituation erreicht hätte. Aber das ist jetzt nicht Aufgabenstellung der heutigen Diskussion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Rechnungshofbericht hat aber einen Punkt, der uns alle eigentlich als Abgeordnete und als Bürgerverantwortliche mehr als kritisch einen Sachverhalt beäugen lassen muss. Wenn ich dahingehend die Argumentation lese und höre, dass das Land Burgenland 825.000 Euro in der Vereinbarung mit den Gemeindeverbänden in Abzug gegenüber den Gemeinden gebracht hat, weil der Sachverhalt ist eindeutig und klar, das Rote Kreuz die entsprechende Unterstützung zugestanden bekommen hat.

Herr Kollege Kölly, es war immer so und wird auch in Zukunft so sein, dass die Verdoppelung so stattfindet, dass die Gemeinden die gleiche Betragsform zu entrichten haben, wie es das Land tut. Das sieht dieser sogenannte Rettungsschilling vor und das hat sich auch nicht verändert.

Aber was sich nicht zutragen darf ist, dass Gemeindeverbände in der Entscheidung über die Köpfe der Gemeinden einen Zusammenschluss bilden und damit eigentlich ohne Gemeinderatsbeschluss eine Aufhebung einer Gegebenheit stattfindet, die eigentlich jede Form von Verwaltung als solche ignoriert und wenn es auch ein sogenannter gemeinsamer Beschluss ist und eine gemeinsame Tragweite bildet, die auch nachvollziehbar ist - wir alle wissen, dass zu dem Zeitpunkt das Burgenländische Rote Kreuz mehr als Bedarf hatte und in der Umsetzung eigentlich die Wirtschaftlichkeit überhaupt nicht mehr gegeben war.

Daher ist es auch naheliegend, dass es eine schnelle Handlungsreaktion gegeben hat. Aber es kann nicht sein, dass nicht, wie wir es auch zum Beispiel bei der BEGAS, beim Ankauf der Gemeindeanteile, gehabt haben, dass jede Gemeinde einen Gemeinderatsbeschluss gefasst hat. Das Gleiche hätte auch hier stattfinden können, wenn es auch im Nachtrag stattgefunden hätte. Wenn ich den Zeitraum aber richtig beurteile, handelt es sich hier mindestens um vier, fünf Monate, und innerhalb dieses Zeitraumes hätte diese Beschlussfassung stattfinden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was die Zukunft des Finanzausgleiches anlangt, sehen wir uns immer wieder mit der Tatsache konfrontiert, dass die Festhaltung

stattfinden soll, wir brauchen einen sogenannten aufgabenorientierten Finanzausgleich. Das zu beurteilen und abzurücken davon, dass ich x Parameter als sogenannten Schlüssel kennzeichne und jetzt quasi den Gemeinden nach ihrer Aufgabenorientierung eine finanzielle Unterstützung oder die Zuteilung der Finanzmittel gewähre, das, glaube ich, würde eine ganz besondere Manipulationsmöglichkeit offerieren und offenlegen.

Da bin ich nicht der Meinung, dass jetzt die Bemessung nach Kindergarten in allen Gemeinden gleich ist, dass es auf Schulen bezogen nach gleichem Standpunkt gibt, dass es nach Hallenbädern auf gleichen Standpunkt gibt und schon gar nicht auf Freibäder.

Tatsache ist, wir brauchen in der Handhabung von Finanzmitteln, die und das möchte ich auch auf meinen Vorredner Mag. Steindl betonen, zentral in der Einhebung richtig angelegt sind. Wir brauchen hier aber feststehende objektive Kriterien und die auszuverhandeln und festzulegen, wie gesagt, obliegt dem Landesfinanzreferenten in der Möglichkeit mit allen anderen Finanzreferenten einen Einklang und ein harmonisches Kapitel auf den neuen Finanzausgleich zu setzen.

Was den abgestuften Bevölkerungsschlüssel zum Schluss anlangt, wir werden hier, und die Kollegin Petrik hat davon gesprochen, auf Hauptwohnsitzer, Nebenwohnsitzer, mit Sicherheit nie eine Abstufung festhalten. Es hat die verschiedensten Aufhebungen gegeben in der Verwaltungsumsetzung auf sogenannte Nebenwohnsitzer, wo sich Gemeinden zum Beispiel getraut haben nicht als Hauptwohnsitz gemeldete Personen mit einer höheren Abgabenlast zu malträtieren.

Das wurde aufgehoben und nicht festgelegt und daher bin ich auch der fixen Überzeugung, wir werden es nicht schaffen, diesen Nebenwohnsitz in eine ordentliche Situation beim Finanzausgleich hineinzubringen. Tatsache ist, dass den Gemeinden, die über die Nebenwohnsitzer in einer höheren Zahl verfügen, auch hier höhere Aufgabenstellungen zuzuordnen sind und die gehören auch ausgeglichen.

Damit komme ich zum Schluss auch in dem Punkt, der mir sehr wichtig erscheint. Der Bund hat in den letzten Jahren in der Verantwortung die verschiedensten Aufgabenstellungen auf die Länder und speziell auf die Gemeinden übertragen. Diese Aufgabenstellungen wurden aber nie entsprechend finanziell dotiert und honoriert.

Wenn der Finanzausgleich eine Leistung im Sinne einer Fairness erbringen kann, dann sollte er dahingehend eine Lösung auch anbieten, dass den Gemeinden, beziehungsweise den Ländern, für die ihnen zugetragenen und zugegangenen Leistungen auch die entsprechende Dotation sichergestellt wird. Dann kann man davon sprechen, dass wir einen fairen und ausgleichenden Finanzausgleich haben.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte schön Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zum besseren Verständnis möchte ich noch einmal einige Erläuterungen zu den Finanzausgleichsverhandlungen, wie sie tatsächlich laufen, Ihnen näher bringen.

Die momentanen Gespräche gehen dahin, dass der vertikale Finanzausgleich, das heißt, der Finanzausgleich, der dem Bund zusteht, den Ländern, Gemeinden und Städten zusteht. Diskutiert wird, welche Aufgaben hat der Bund, welche Aufgaben haben die Länder, welche Aufgaben haben die Städte und Gemeinden, und danach zu bewerten, wie viel Geld ist dafür notwendig.

Das heißt, wie viele Prozente vom gesamten Steueraufkommen bekommt der Bund, bekommen die Länder und bekommen die Städte und Gemeinden. Da ist es ein wichtiger Teil momentan auch, wo wir noch zu keinem Ergebnis gekommen sind, wie der sogenannte graue Finanzausgleich behandelt wird. Das sind die Aufgaben, die vom Bund den Ländern, den Gemeinden und Städten übertragen wurden, ohne eine Gegenleistung.

Das macht momentan mehr als eine Milliarde Euro aus. Das heißt, die ersten Gespräche waren und sind noch dabei, diesen grauen Finanzausgleich einmal auszugleichen, sodass wirklich alle an diesen neuen oder auch alten Aufgaben beteiligt sind, fair beteiligt.

Der nächste Schritt ist dann, wie wird das Geld verteilt. Die Situation des Bundes ist eher prekär, weil der Schuldenstand sehr, sehr hoch ist, weil die Situation im Gegensatz zu den Ländern, Städten und Gemeinden des Bundes sich nicht wesentlich stabilisiert hat. Das heißt, noch lange nicht ausgeglichen sein wird, wie bei den Ländern.

Wir haben uns im Stabilitätsabkommen und im Stabilitätspakt dazu bekannt, dass die Länder und Gemeinden im gesamtstaatlichen Bereich ihren Beitrag dazu leisten, und dass der Bund dann erst später ausgeglichen budgetieren kann und darf.

Der nächste Punkt ist, wie kann man dann, und ich rede jetzt als Landesfinanzreferent nicht als Gemeindevertreter, weil bei diesen Gesprächen bin ich nicht dabei. Das heißt, die Landesfinanzreferenten sind nicht involviert in die Verhandlungen der Städte und Gemeinden, wie das Geld aufgeteilt wird, genauso wenig wie die Städte- und Gemeindevertreter involviert sind bei den Aufteilungsgesprächen der Länder.

Auch der Finanzminister ist nicht dabei. Den interessiert das im Prinzip auch gar nicht, außer, dass er die Länder gegen die Städte ausspielen kann, um hier für den Bund einen Vorteil zu haben. Werden wir nicht zulassen, da sind viele schon sehr lange dabei und wissen genau, wie das passieren kann und dass es nicht passieren soll.

Jetzt gibt es dann im horizontalen Finanzausgleich, nämlich wie die Länder das Geld unter den Ländern verteilen und wie die Städte und Gemeinden das tun. Da gibt es die unterschiedlichsten Zugänge. Nämlich diejenigen, die jetzt jahrzehntelang davon profitiert haben, die das System natürlich nicht oder nur ganz wenig ändern wollen, und wir, das Burgenland, die nicht davon profitiert haben und sehr viel verändern wollen.

Da haben wir momentan die Achse Oberösterreich - Niederösterreich - Burgenland - Steiermark und wir, das Burgenland, die nicht davon profitiert haben und sehr viel verändern wollen. Da haben wir momentan die Achse Oberösterreich, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark, Kärnten - ist ein bisschen eine Ausnahmesituation - gegen Wien, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, die extrem von dem alten Finanzausgleich profitieren.

Wir haben das große Handicap, dass wir die sogenannte Gastpatientenregelung beachten müssen. Wenn wir alle Gastpatienten, die in Niederösterreich, in Wien oder auch in der Steiermark in die Spitäler, in die Universitätskliniken gehen und dort behandelt werden, einzeln abrechnen müssten, würde uns das rund 70 Millionen Euro kosten.

Das heißt, wenn wir sagen, alles neu, dann haben wir einen Startnachteil von rund 70 Millionen Euro. Da müssen wir schauen, ob wir das durch die anderen Maßnahmen ausgleichen können. Diese Vorwegabzüge, die Wien zum Beispiel bekommt, oder auch die Steiermark, überall dort, wo es Universitätskliniken gibt, macht bei uns zirka ein Prozent des Verteilungsschlüssels aus. Das sind rund 30, 40 Millionen Euro.

Wenn wir das nicht dadurch kompensieren können, dass wir eine gerechtere Verteilung zwischen den Ländern auch bekommen, nämlich aufgabenorientiert, nämlich darauf Rücksicht nehmend, ist das Land ländlich strukturiert, wie ist die Größe des Landes, wie ist der Bevölkerungsschlüssel natürlich auch, aber da sind wir im Nachteil.

Aber wir haben so viele Gemeinden vergleichsweise wie kein anderes Land, daher auch so viel Infrastrukturnotwendigkeiten wie kein anderes Land, das finanziert werden muss. Wir haben eine Überalterung, weil sehe viele junge Menschen in Wien arbeiten, nachher aber in der Pension wieder ins Land zurückkehren. Das heißt, das muss alles finanziert werden. Das ist im alten Finanzausgleich nur wenig berücksichtigt.

Das heißt, all diese Punkte müssen berücksichtigt werden und dann muss jedes Land schauen, dass es bei diesen Neuordnungen nicht draufzahlt. Das Burgenland genauso wie jedes andere Land.

Diese Finanzausgleichsverhandlungen sind so schwierig wie eigentlich keine noch, weil sich mehrere Länder, auch wir, festgelegt und gesagt haben, dem alten horizontalen Finanzausgleich werden wir auf keinen Fall zustimmen. Wir würden sofort einer Verlängerung des vertikalen Finanzausgleiches zustimmen, weil da geht es ja „nur“ um die Prozente und um die Masse, die dann intern verteilt wird. Wir werden aber auf keinen Fall ohne Veränderungen dem horizontalen Finanzausgleich zustimmen. Und da gibt es eben momentan die Berechnungen von allen Seiten.

Wie gesagt, der Finanzminister ist da nicht dabei. Interessiert ihn im Prinzip auch gar nicht, sondern da sind die Interessen der Länder, die Notwendigkeiten in den einzelnen Ländern im Vordergrund und genauso handhaben es auch die Gemeinden und die Städte.

Das heißt, dort bekomme ich nur von den gemeinsamen Diskussionen was mit. Ich bin ich aber nicht Verhandler und auch nicht verantwortlich und berechtigt, dort zu verhandeln, was die Gemeinden und was die Städte untereinander ausmachen.

Wir werden seitens des Landes alle Notwendigkeiten, alle Partnerschaften ausnutzen, damit das Burgenland einen besseren Finanzausgleich bekommt. Jetzt ist momentan, um das noch einmal abschließend zu sagen, der vertikale Finanzausgleich, das heißt, das Verhandeln mit dem Bund im Vordergrund und dann, wenn wir das haben, wird der horizontale Finanzausgleich auf allen Ebenen verhandelt. Ich hoffe, dass wir hier unter den Ländern, aber auch unter den Gemeinden und Städten einen faireren Finanzausgleich als der letzte gewesen ist, ausarbeiten können.

Weil der Finanzausgleich an sich, der jetzt da ist, wo es heißt, wenn viel Einnahmen da sind, bekommen alle mehr, wenn wenig Einnahmen da sind, bekommen alle weniger, ist der fairste Finanzausgleich, den wir je hatten. Aber die Ebene, die wir heute diskutiert haben, ist eben die horizontale Verteilung, und das ist etwas ganz anderes als die Verhandlungen mit dem Bund.

Das wollte ich zur Information und zur aktuellen Situation Finanzausgleich noch dem Hohen Landtag näher bringen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend die abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 376) betreffend Handwerkerbonus (Zahl 21 - 256) (Beilage 394)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 5. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 376, betreffend Handwerkerbonus, Zahl 21 - 256, Beilage 394.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Handwerkerbonus in ihrer 9. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 27. April 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Handwerkerbonus die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrätin! Hohes Haus! Zum Handwerkerbonus. Der Handwerkerbonus wurde im Jahr 2014 als Förderaktion der Bundesregierung eingeführt. Über 65.000 Privatpersonen nahmen die Förderung für handwerkliche Tätigkeiten wie Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten von Wohnraum in Anspruch. Rund 30 Millionen Euro wurden dabei ausgeschüttet. Der Handwerkerbonus lief vom Juli 2014 bis August 2015. Nach Ausschöpfung des Fördertopfes 2015 endete dieser Handwerkerbonus.

Im Burgenland wurde der burgenländische Handwerkerbonus heuer initiiert. Mit dieser Aktion konnten für die Sanierung eines Hauses oder einer Eigentumswohnung beziehungsweise bei der Schaffung von barrierefreien Maßnahmen eine Förderung der Arbeitskosten beantragt werden, wenn die Leistungen eines Handwerkers in Anspruch genommen wurden.

Natürlich aufgrund der Größe des Burgenlandes ein wesentlich kleineres Gesamtvolumen, aber bei der möglichen Förderhöhe für Nutzer eine viel höhere Hilfestellung. Natürlich könnte es immer mehr sein, aber es muss ja auch in irgendeiner Art und Weise leistbar und finanzierbar bleiben.

An dieser Stelle darf ich als Unternehmer und auch als davon profitierender Betrieb der Landesregierung gratulieren, die jetzt leider nicht da sitzt. Diese Maßnahmen gehen

für unsere burgenländischen KMUs absolut in die richtige Richtung. Also so viel nur angemerkt, auch ÖVP, es ist gar nichts passiert. Das ist eine relativ gute Maßnahme, muss ich sagen, in der Vergangenheit.

Das Bündnis Liste Burgenland begrüßt diese Förderaktion Handwerkerbonus und wird diesem Antrag natürlich auch seine Zustimmung erteilen. Dennoch darf ich anmerken, dass dieser Entschließungsantrag der Abgeordneten Robert Hergovich und Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend Handwerkerbonus, da möchte ich darauf hinweisen, dass das für mich eher eine Werbung in eigener Sache ist.

Dieser Finanzzuschuss ist bereits im Nationalrat als Handwerkerbonus 2016/2017 behandelt worden und ein Entwurf zum Bundesgesetz über die Förderung von Handwerkerleistungen vorgelegt worden.

Also das Ganze ist ja schon bereits im Laufen. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Der Handwerkerbonus. Ich sehe das ein bisschen kritischer wie mein Vorredner, muss ich sagen, wobei ich gleich vorwegnehmen möchte, dass wir dem Handwerkerbonus trotzdem zustimmen werden.

Es gibt sehr viele Studien inzwischen und auch ein Rechnungshofbericht aus Deutschland zeigt, dass der Handwerkerbonus lang nicht diesen Effekt hat, den wir uns von ihm erwarten. Der sogenannte Mitnahmeeffekt, das heißt, dass viele Leute, die ohnehin vorgehabt haben, etwas zu sanieren, zu richten, Ähnliches hier diesen Handwerkerbonus kassieren beziehungsweise beantragen und dann auch bekommen. Das hat natürlich auch seine Berechtigung.

Aber der Handwerkerbonus hat einen anderen Effekt, nämlich dass er Schwarzarbeit verhindern soll, dass er den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft ankurbeln soll. Dieser Effekt ist laut einigen Studien leider nur sehr gering. Gut, besser ein geringer Effekt als gar keiner.

Zur Erklärung: Handwerkerbonus heißt, es können Leistungen, die über Handwerker bezogen werden, mit 20 Prozent, allerdings höchstens 600 Euro, unterstützt gefördert werden, ist gestern in der Bundesregierung beschlossen worden. Deswegen kommt dieser Antrag eigentlich weit zu spät, muss man dazu sagen und wäre auch gar nicht mehr notwendig gewesen.

Es geht insgesamt für die nächsten zwei, also zumindest einmal für dieses Jahr um 20 Millionen, eventuell je nach Konjunktur im kommenden Jahr ebenso noch einmal um 20 Millionen.

Ein weiterer Problempunkt ist meiner Ansicht nach, wir stehen mitten im Klimawandel, beim Handwerkerbonus habe ich praktisch null Effekt, was Ökologie oder klimarelevante Auswirkungen hat. Ganz anders wäre das bei einer anderen Maßnahme, die hundertmal mehr Wirkung hätte, und das ist die Sanierungsförderung. Der Sanierungscheck, so wie es ihn im Burgenland gab, die Sanierungsförderung auf Bundesebene, die leider genau im letzten Jahr genau um die Hälfte reduziert wurde.

Als Beispiel, wie viel Effekt diese Maßnahme im Vergleich zum Handwerkerbonus, der sich da wirklich lächerlich ausnimmt, ein paar Zahlenbeispiele. Wenn wir von 100

Millionen Euro staatlicher Förderung ausgehen, können 50.000 Tonnen CO_2 pro Jahr eingespart werden. Das ist eine ziemliche Menge.

Um diese Menge zu reduzieren, müsste Österreich jährlich sehr viel, also wenn ich diese Menge nicht reduziere müsste, Österreich wesentlich mehr Zertifikate zukaufen. Das Umweltministerium bestätigt, dass der CO_2-Einspareffekt bezogen auf eine Nutzungsdauer von 30 Jahren, weil wenn ich mein Haus dämme, spare ich ja langfristig CO_2 ein, auf 2,55 Millionen Tonnen geschätzt wird.

Das ist einmal der ökologische und der Klimaeffekt, zu dem lösen diese 100 Millionen, die ich in Sanierungsvolumen stecke, mindestens 650 Millionen an Wertschöpfung im Inland aus. Damit werden zirka 7.000 Arbeitsplätze in der Bauausführung sowie in der vor- und nachgelagerten Branche gesichert.

95 Millionen werden an Arbeitslosengeld eingespart, weil natürlich mehr Arbeitsplätze möglich sind. Das bringt dem Finanzministerium, wir sind immer noch bei den 100 Millionen, die praktisch in die Sanierung gesteckt werden, 70 Millionen mehr an Lohnsteuer, der Sozialversicherung 104 Millionen an zusätzlichen Beitragszahlungen und 65 Millionen an Umsatzsteuer, wenn man von Privatgebäudensanierung spricht.

Das ist eigentlich ein Schuss ins eigene Knie, wenn ich solche Maßnahmen runterfahre oder gänzlich streiche, weil damit habe ich ein Füllhorn an weiteren Möglichkeiten, die ich eben genannt habe. Leider wurde eben auch der Sanierungscheck im Burgenland nicht verlängert und - wie gesagt - die Förderung auf Bundesebene halbiert.

Angesichts dieser Lage, muss man sagen, ist es unverständlich, wie man das so machen kann, weil man eben wesentlich mehr Geld eigentlich lukriert als man hineinsteckt. Ich weiß, ich habe das schon oft gesagt und ich werde es hier auch noch oft sagen, wir dürfen keine Chance auslassen, die Treibhausgasemissionen massiv zu reduzieren.

Der Klimawandel wird uns wesentlich mehr in der Zukunft kosten, als wir uns jetzt auch nur im Entferntesten vorstellen können. Ein Temperaturanstieg von drei Grad, wir sind im Moment in Österreich bei zwei Grad, hat ganz massive Auswirkungen nicht nur auf die Wirtschaft und die Landwirtschaft, auf den Tourismus, auf die Gesundheit.

Wir dürfen uns diese Möglichkeiten hier nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich und arbeitskraftmäßig etwas zu tun, nicht nehmen lassen und müssen hier vermehrt reinstecken. Deswegen finde ich die Sanierungsoffensive, ein Sanierungsscheck, hundertmal besser wie den Handwerkerbonus.

Zu kritisieren ist beim Handwerkerbonus auch noch, dass zum Beispiel auch Fahrtkosten mitreingerechnet werden, was auch nicht sehr ökologisch ist. Die Verwaltungskosten enorm sind, weil ja verhindert werden muss oder sollte, dass es Doppelförderungen gibt. Es wird davon ausgegangen, dass das pro Jahr bis zu einer Million allein an Verwaltungskosten, die der Handwerkerbonus verursacht, bringt.

Alles in allem ist der Handwerkerbonus ein guter Versuch, aber es gibt wesentlich bessere Maßnahmen, hier massiv den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft anzukurbeln und auch noch den ökologischen und Steuereffekt zu haben.

Deswegen werden wir weiter versuchen, auf der Sanierungsebene mehr zu tun und den Handwerkerbonus hoffentlich langfristig unnötig zu machen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist einmal sehr positiv zu bewerten, dass dieser von uns gemeinsam beantragte Handwerkerbonus vom Bund her weitergeführt wird. Ich möchte vielleicht nur ein paar Fakten noch dazu sagen.

Für 2016 und 2017 voraussichtlich sind jeweils 20 Millionen Euro zur Verfügung. Das heißt, Privatpersonen können sich konkret bei Wohnraumrenovierungen 20 Prozent des Rechnungsbetrages zurückholen, maximal 600 Euro jährlich pro Wohnobjekt.

Arbeitsleistungen von 200 bis höchstens 3.000 Euro ohne Mehrwertsteuer werden praktisch gefördert. Einen Rechtsanspruch auf diesen Bonus gibt es nicht. Es gilt das Prinzip „first come, first served“. Das heißt, wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Wenn der Fördertopf ausgeschöpft ist, dann kann keine Förderung mehr bezogen werden. Das sind einmal wesentliche Fakten. Insgesamt recht gut.

Mir bleibt nur übrig, diesen ganzen Bereich mit dem burgenländischen Handwerkerbonus zu vergleichen und da stellt sich schon eindeutig heraus, dass unser Handwerkerbonus schon weitaus effektiver und besser ist.

Faktum ist, er wird über die Wintermonate ausgeschüttet. Es werden 25 Prozent der Kosten gefördert, bis maximal 5.000 Euro. Im vergangenen Zeitraum waren 1.279 Anträge genau eingelangt. Es geht um ein Investitionsvolumen von acht Millionen Euro. Und daher - aufgrund der großen Nachfrage - wurde dieser Fördertopf von 400.000 Euro auch aufgestockt.

Ich glaube schon, dass diese Aktion einen Motivationsschub auslöst. Dass es ein kleiner Konjunkturmotor ist. Dass der Arbeitsmarkt gestärkt wird. Ob diese Aktion dem Schwarzmarkt wirkungsvoll entgegenwirkt, das sei dahingestellt. Es gibt wahrscheinlich andere Gründe für Schwarzmarkttätigkeit. Dafür sind meiner Meinung nach die hohen Steuer- und Lohnnebenkosten verantwortlich.

Aber ich glaube - insgesamt - trotzdem ist es eine gute Sache. Ich als Neuling im Landtag weiß jetzt natürlich nicht, ob wir das beschließen müssen. Diesen Antrag? Doch - sehr wohl. Okay, wir sind natürlich dafür. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Auch vorweg, wir werden diesem Antrag ebenfalls zustimmen, auch wenn er - wie schon vorher angesprochen worden ist - eigentlich obsolet ist, weil die Bundesregierung oder der Nationalrat gestern den Beschluss schon gefasst haben.

Ich möchte zum burgenländischen Handwerkerbonus auch etwas sagen. Es tut mir heute ein bisschen in der Seele weh, eine Landtagssitzung, wo ich zweimal die Regierung loben muss. Vormittag das Bollwerk, den Herrn Darabos. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Die hören Dich eh nicht!)* Dafür dass er die Initiative von Außen- und Integrationsminister Kurz aufgegriffen hat und jetzt muss ich die Landesregierung dafür loben, dass sie den

Handwerkerbonus eingeführt hat. Einen Handwerkerbonus, der - glaube ich - gut durchdacht ist. Wir haben das von Anfang an begrüßt.

Wir haben vorgeschlagen, man sollte doch die Fördersumme verdoppeln. Ist gesagt worden, nein, das geht nicht und man hat kein Geld. Ein paar Monate später hat man es mehr als verdoppelt. So gesehen finde ich das auch gut, dass unsere Vorschläge aufgenommen werden.

Und man sieht, das ist vielleicht für die rot-blaue Landesregierung überhaupt eine Möglichkeit, eine Strategie für die nächsten Monate und Jahre zu finden. Weil wenn man die letzten elf Monate hernimmt, viel ist ja nicht passiert. Aber es gibt ein paar gute Dinge, die passiert sind, und das kommt dann immer davon her, wenn man auf gescheite Leute hört, wenn man sich beraten lässt.

Andererseits der Herr Landesrat Darabos vom Außenminister Kurz und die Landesregierung, was den Handwerkerbonus betrifft, von der Wirtschaftskammer beziehungsweise vom Wirtschaftsbund.

Ich denke, das ist eine gute Strategie und da sind wir natürlich dabei. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, das Hohe Haus ist oft doch sehr kritisch, wenn wir über die Bundesregierung sprechen, oder Maßnahmen, die in der Bundesregierung gefasst werden, und daher ist es - glaube ich - auch sehr gut, wenn man hin und wieder einmal Lob ausspricht. Das möchte ich jetzt auch der neuen Bundesregierung tun.

Egal, ob man es „New Deal“ oder Kampfansage an die schlechte Laune nennt, was jetzt in der Politik gefragt ist, ist - glaube ich - Mut. Mut, um gute Stimmung zu erzeugen. Gute Stimmung, die für die Wirtschaft sehr wichtig ist. Gute Stimmung, die natürlich auch für den Arbeitsmarkt sehr wichtig ist.

Und gute Stimmung wurde durchaus mit dem Handwerkerbonus erzeugt, nämlich zum einen gute Stimmung natürlich bei jenen Burgenländerinnen und Burgenländern, die diesen Handwerkerbonus in Anspruch nehmen konnten, und natürlich auch gute Stimmung bei jenen Unternehmungen des Burgenlandes, die hier Aufträge erhalten haben. Ich glaube, dieser burgenländische Handwerkerbonus war ein Erfolgsrezept, und ich möchte betonen, dass diese Initiative von wirklich sehr konstruktiven Kräften erarbeitet worden ist.

Wenn man irgendwas erreicht, sagt man, ja, super und klopft sich auf die Schulter. Aber dazu muss man schon sagen, dass das nicht nur die Landesregierung, sondern vor allem die Arbeiterkammer und die Wirtschaftskammer waren - also die Sozialpartner waren -, die sich hier zusammengesetzt und nachgedacht haben, was können wir tun, um vor allem in den Wintermonaten Aufträge an burgenländische Unternehmungen zu ermöglichen. Und was können wir tun, um Beschäftigung im Burgenland zu erreichen? Das ist durchaus gelungen.

Was mich persönlich freut, ist, dass 90 Prozent aller getätigten Leistungen von burgenländischen Unternehmungen vollbracht wurden. Das ist wirklich etwas Tolles.

Das war auch unser Anspruch, dass wir die burgenländische Wirtschaft, Firmen des Burgenlands, die natürlich - wenn möglich - auch Burgenländerinnen und Burgenländer beschäftigen, davon profitieren sollen.

Ich war zu Beginn, kann ich durchaus persönlich sagen, doch ein wenig skeptisch, ob das System so funktioniert. Ich muss sagen, ich bin eines Besseren belehrt worden, denn Anträge wurden hier gestellt und in der Höhe von 1.051.599 Euro wurden hier an Förderungen ausbezahlt.

Ich denke, das ist schon eine sehr beeindruckende Zahl. Deswegen, weil viel ausgelöst wurde. In diesem Punkt unterscheide ich mich ein wenig bei meinen Vorrednern. Ja, das Modell wurde von der Bundesregierung natürlich beschlossen, aber nicht das Modell, das wir im Burgenland haben. Da ist der wesentliche Unterschied.

Denn man muss schon sagen, dass hier der Topf des Bundes relativ schnell leer ist. Das ist im Burgenland nicht der Fall. Da konnten alle Anträge auch abgearbeitet werden. Vor allem die Investitionen, die ausgelöst werden, hier verhält sich das burgenländische Modell völlig anders wie jenes des Bundes, denn im Burgenland wurden zehnmal so viele Investitionen ausgelöst wie an Förderungen ausgeschüttet, beim Bund lediglich viermal so viel.

Daran sieht man schon, dass wir über zehn Millionen Euro ausgelöst haben mit einer Million Förderung. Das ist durchaus eine sehr beeindruckende Anzahl an Investitionen, die hier getätigt wurden.

Daher auch dieser Antrag an den Bund, nämlich das Bundessystem an das burgenländische eher anzulehnen. Ich glaube, das ist eine sehr gute Vorgangsweise. Es profitiert die heimische Wirtschaft, es profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Burgenlands.

Daher sollte der Bund auch nachdenken, ob das burgenländische Modell nicht in diesem Fall etwas besser ist.

Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke schön! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Handwerkerbonus in der Ausführung des Bundes und des Landes dient mit Sicherheit einem, nämlich der Ankurbelung der Wirtschaft, und er hat etwas bewirkt, nämlich, dass - auf Burgenland bezogen - die Wintermonate ein absoluter Renner, was die Möglichkeiten des Ausschöpfens dieses Sanierungsschecks waren. Auf der anderen Seite, der Bund, der übers Jahr verteilt diese Leistung bietet, hat ebenfalls der Wirtschaft damit eigentlich auf die Sprünge geholfen.

Wir sind uns einig in der Ausführung, dass diese beiden Möglichkeiten - sowohl bundes-, als auch ländermäßig - umgesetzt wurden. Es gibt Unterschiede in der Darstellung, wobei im Speziellen die Konsequenz, dass das Burgenland 25 Prozent bis maximal 5.000 Euro auf die Summe hin in der Förderung hat und der Bund eben die niedrigere Quote in der Umsetzung setzt, trotzdem eine Bereicherung des Gesamten.

Ich darf nur eines festhalten. Auf die abgelaufene Förderperiode, die den Bund betrifft, 2014 und auf die 2015 hat es insgesamt - auf den Bund bezogen - 47.000 und ein

paar mehr Anträge gegeben, was ein Gesamtvolumen von 18,9 Millionen Euro bezogen dargestellt hat.

Und wenn ich mir ansehe, wie von den einzelnen Bundesländern bezogen, diese Förderanträge gestartet wurden, dann sieht man, das vorher beim Finanzausgleich angesprochene West-Ost-Gefälle.

Im Burgenland wurden auf den Bund bezogen 2.772 Anträge gestellt. Das wurde nur unterboten noch von Vorarlberg mit 1.752 und in der Umsetzung von Tirol. Diese zwei Bundesländer waren unter den burgenländischen Anträgen. Und ausgeschöpft wurde vom Burgenland, von der Bundesförderung, sechs Prozent. Das heißt, die Bundesländer Tirol, Vorarlberg waren eigentlich unter uns und die Salzburger haben um 0,1 Prozentpunkte höher ausgelöst als die Burgenländer.

Wir sind uns einig - nochmal gesprochen -, dass dieser Handwerkerbonus eine gute Einrichtung ist. Es gilt auch - wie meine Vorredner betont haben - hier entsprechend zu adaptieren und anzupassen.

Insgesamt ist es aber ein Instrument, das wirtschaftsfördernd, konjunkturfördernd ist, und daher sollten wir es auch in jeder Form unterstützen. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herr Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Handwerkerbonus ist somit einstimmig gefasst.**6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 377) betreffend ein „Südburgenland-Paket“ (Zahl 21 - 257) (Beilage 395)**

Präsident Christian Illedits: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 377, betreffend ein „Südburgenland-Paket“, Zahl 21 - 257, Beilage 395.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ein „Südburgenland-Paketes“, Zahl 21 - 257, Beilage 395, vor.

Bei der Abstimmung im Ausschuss wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Abgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ein „Südburgenland-Paket“ die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Südburgenland ist immer wieder in aller Munde. Immer wieder gefragt, aber auch immer wieder diskutiert. Auch heute mit diesem Antrag seitens der SPÖ und der FPÖ. Ich frage mich, wie lange und wie oft gibt es noch solche Anträge, bis tatsächlich in diesem schönen Südburgenland etwas passiert? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wir heute vom Herrn Landesrat Bieler eine Tabelle gesehen haben, wie es tatsächlich ausschaut, wo auch das Südburgenland total benachteiligt ist, dann müssen wir uns wirklich fragen, was oder wie wir uns stark machen können, dass auch dort dementsprechend aufgeholt wird?

Wenn ich mir durchlese, seitens der SPÖ und FPÖ, was sie alles schreiben, was alles zu erledigen wäre und wie schlecht es denen dort unten geht, dann weiß ich nicht, wie viele Jahre die SPÖ-Landeshauptmann-Partei mit der ÖVP im Boot war?

Jetzt bekomme ich solche Anträge herein und dann wieder einmal einen Abänderungsantrag von der ÖVP. Im Endeffekt werden die Anträge nichts nützen, wenn wir nicht den Mut fassen, endlich einmal in eine Richtung etwas zu tun, damit das auch passiert. Natürlich stehen das Südburgenland und auch das Mittelburgenland dabei im Mittelpunkt, denn man darf auch nicht vergessen, dass auch Teile des Mittelburgenlands dazugehören, das wir uns wirklich anders orientieren müssen. Das ist einmal Faktum.

Der Herr Landeshauptmann erwähnt das ohnehin immer wieder. Die Frau Landesrätin Dunst ist eine Kämpferin für das Südburgenland, das muss ich auch dazu sagen. Sie hat eines erreicht, nämlich, unseren Antrag dorthin zu bringen, dass das mit dem Uhudler umgesetzt geworden ist. Das muss jetzt auch einmal klar und deutlich gesagt werden. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und der LBL)*

Aber, wir stehen zu dieser Sache, Frau Landesrätin, weil es Sinn macht. Dafür zu stehen und dafür zu arbeiten. Mir fällt keine Perle aus der Krone, wenn ich das auch so erwähne. Genau das ist es nämlich, was ich Euch immer als Kolleginnen und Kollegen sage, setzen wir uns zusammen, denken wir darüber nach, was man echt am besten umsetzen kann, von dem, was wir alles als Antrag beziehungsweise an Vorstellung haben.

Aber, wenn der Herr Kollege Hergovich, der jetzt nicht da ist, davon spricht, dass jetzt mit dem neuen Bundeskanzler eine neue Ära aufgebrochen wurde und es ganz anders gehen wird, dann muss ich mir einen Zeitungsartikel von heute hernehmen, wo es mich fast aus die „Bock gehaut hat“.

Was soll sich ein Südburgenländer und eine Südburgenländerin dabei denken, dass der Herr Kern als Erstes, gemeinsam natürlich mit seinem Koalitionspartner, dem Vizekanzler Reinhard Mitterlehner, beschlussgleich beim ersten Ministerrat verkündet hat,

dass der jetzige Bundespräsident Fischer in Pension ein Büro, ein Dienstauto und Personal vom Staat bekommt?

Leute, seid mir bitte nicht böse, wir diskutieren über das Südburgenland und dabei geht es für das Südburgenland um nicht wenig, und auf der anderen Seite sagt man, der ist jetzt der neue Macher, der wird das alles jetzt umdrehen. Es geht in diesem gleichen Ton, in dieser Tonart leider weiter. Die Menschen haben es schon satt.

Ihr seid bereits bei elf Prozent - nicht mehr, die ÖVP gar bei zehn Prozent. Ihr werdet Euch wundern, wenn Ihr so weiter tut. Das sind Ansagen, die mir so wehtun. Der Herr Kollege Hergovich stellt sich hin und sagt, mein Gott, wir müssen jetzt, es gibt eine neue Welt, wir sind jetzt so gut und müssen positiv denken. Ja, wir wollen alle gemeinsam positiv denken. Aber wenn ich das lese, Herr Landeshauptmann, dann sollten Sie sich auch einmal stark machen, weil das ist wirklich ein Witz. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Seit Monaten war man im Umfeld von Heinz Fischer sehr intensiv bemüht, dass der Bundespräsident auch nach seinem Abgang in die Pension am 8. Juli weiterhin ein Büro, Personal und ein Fahrzeug auf Staatskosten erhält. Dafür wurden beim ersten Ministerrat unter Bundeskanzler Christian Kern am Mittwoch die Weichen gestellt. Vom Bundeskanzler Christian Kern, Kanzler, SPÖ, und Vizekanzler Reinhard Mitterlehner, ÖVP, dass er das nach Ende der Amtszeit als Bundespräsident bekommen soll.

Das geht aus einer unter dem Titel „Koordinationsbüro“ der „Kronen Zeitung“ vorliegenden Vorlage an den Ministerrat hervor. Irgendeinen Titel brauchen wir ja, das ist einmal klar. Leute, solche Dinge gibt es nicht nur jetzt, die gibt es schon lange. Jetzt sage ich Euch noch etwas. Ich bin neugierig, wenn der Hofer Bundespräsident wird, und ich denke er wird es, ob er da jetzt nicht auch gleich einschreiten soll oder einschreiten muss?

Das ist in der Nationalbank das Gleiche. Das spielt sich wie ein roter Faden und schwarz ummantelt durch das Land. Ich meine, wo leben wir? Da diskutieren wir heute über einen Antrag vom Südburgenland? Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten eigentlich aufstehen und sagen, das lassen wir nicht zu. Ich weiß schon, dass wir fast keine Handhabung haben, aber die Bevölkerung spürt und sieht das. Warum ist das Ergebnis bei der Bundespräsidentenwahl, weil es heute kurz andiskutiert wurde, so ausgegangen?

Weil wir glauben, wir haben eine Farbenlehre. Wir haben keine Farbenlehre. Man hat Menschen in diesem Land, die sich Gedanken machen. Die schlussendlich, und das sage ich auch mit dieser Deutlichkeit, sich auch Gedanken machen, wie es in Zukunft, für die nächsten Generationen, weitergeht.

Dieser Antrag ist schön und gut, den werde ich unterstützten. Selbstverständlich werde ich den unterstützen. Nur, so kann es nicht sein, dass ich auf der einen Seite mit Geld herumwerfe und auf der anderen Seite sage, wir müssen für das Südburgenland, für die armen Leute, etwas tun. Die müssen nach Wien auspendeln, die müssen nach Graz auspendeln, die Armut wird im Südburgenland immer größer. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ja, den Uhudler haben wir gerettet. Schön und gut, aber viele andere Dinge sind nicht in Ordnung, denn die haben beispielsweise fast keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr. Wie oft haben wir dementsprechende Anträge eingebracht? Auch die FPÖ und dergleichen mehr, wo wir gesagt haben, packen wir es an, tun wir etwas. Das ist Jahre her.

Jetzt kommt schon wieder der nächste Antrag. Das schaut zwar für die Medien gut aus, für den ORF und für ein paar „Zeitungsmaxerl“, die sich dann hinstellen und sagen, super Antrag. Genau das ist es.

Herr Kollege Hergovich, er ist leider noch nicht da, aber in Medien vertreten zu sein, ist zu wenig. Das sage ich Euch auch gleich mit der Deutlichkeit. Man muss tatsächlich etwas umsetzen. Jetzt komme ich wieder auf den Gemeindevertreterverband und Gemeindebund zurück. Diese Herrschaften bekommen auch öffentliche Gelder - und nicht wenig.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zahlt Ihr von Eurem Budget von den Gemeinden dort in den Topf freiwillig eine Menge Geld ein. Habt Ihr da ein Kontrolle über das? Gibt es da eine Kontrolle über das? Ich würde mir das gerne anschauen, was die Präsidenten für eine Gage bekommen, was für Aufwandsentschädigungen dort laufen. Das hätte ich mir gerne angeschaut.

Dort ist nämlich öffentliches Geld. Das ist eine freiwillige Zahlung in den Gemeinden. Dann lasse ich mir aber von den Herrschaften, was wir vorher gehört haben, zwei Punkte davor, nicht einfach hergehen und sie bestimmen in der Landesregierung wer das Geld bekommt. Das Rote Kreuz, ohne einen Beschluss in einer Gemeinde einzuholen. Das kann nicht richtig sein und das ist auch nicht richtig.

Um jetzt eine Beruhigungspille für die Südburgenländer zu haben und so darzustellen, bringen wir jetzt einen Antrag ein. Die ÖVP bringt natürlich daraufhin einen Abänderungsantrag ein. Faktum ist, dass in den letzten Jahren, leider muss ich sagen, dort fast gar nichts passiert ist. Ich bin schon beim Herrn Landeshauptmann Niessl, wenn er sagt, dass man doch auch viel Geld ins Südburgenland investiert hat, das ist keine Frage. Aber, irgendwo hängt etwas.

Wenn man die S7 nicht bald durchbringt und wenn der Herr Bundesminister Klug, den sie jetzt ohnehin anscheinend in die Wüste geschickt haben, gesagt hat, dass das nicht seine Geschichte ist, denn das geht ihn gar nichts an, dann frage ich mich schon schön langsam, was wir für Personen in der Bundesregierung oben sitzen haben? Die steigen nur auf, die fallen immer nur hinauf.

Das ist ja das Komische. Aber, jetzt haben wir, Gott sei Dank, eine Änderung. Ich hoffe, dass sich da wirklich etwas bewegt. Mir ist es egal, wer dort oben sitzt. Entscheidend ist, dass etwas bewegt wird, dass wir gemeinsam einen Weg gehen können, wo wir ja zu Österreich sagen können. Das ist einmal ein ganz wichtiger Faktor. Ja, zu dieser Regierung, die sich für die Menschen und nicht für eine Partei einsetzt, denn das gehört geändert.

Ich glaube, wenn man ins Südburgenland hinunterschaut, und ich bin doch sehr oft unten, dann wird man feststellen, dass das Südburgenland wirklich schön ist. Ich fühle mich dort wohl. Hervorragende Weine, muss ich dazu sagen. Schöne Gegend, liebe Leute, alles bestens. Dann geht man her und macht natürlich Starterwohnungen für ein leistbares Wohnen.

Dann frage ich mich, wie viele Wohnungen dort unten und wie viele im Norden gebaut werden? Das werdet Ihr ja hoffentlich ohnehin alle mitbekommen, was sich da tut. Das heißt, es kommt so eine Kluft in das Land hinein - und das muss man verhindern. Wir müssen uns zusammensetzen, ich sage das nur einmal, und versuchen, Möglichkeiten zu finden, wie man das ändert.

Was nützt die billigste Startwohnung im Südburgenland, wenn ich keinen Arbeitsplatz habe, Herr Landeshauptmann? Das hilft mir nichts. Dann wandere ich aus

nach Wien oder nach Graz und dann bekommt der Wiener, der Kollege Häupl, das Dreifache, obwohl er im Burgenland der gleiche Mensch ist.

Das verstehe ich alles nicht, und das verstehen auch die Leute nicht mehr dort unten im Südburgenland. Die sagen, das kann es ja nicht geben. Dann werden öffentliche Verkehrsmittel versprochen. Die werden wir machen. Wir schaffen das, alles super. Bis dato ist nichts passiert.

Ich spreche schon dauernd B50. Wenn wir jetzt das Spital bauen, und das werden wir bauen. Ich hoffe, denn das ist ein wichtiger Faktor. Für unsere Gesundheit sollten wir das tun. Es soll aber alles im Rahmen bleiben. Das muss man auch dazu sagen. Ich habe gestern ein Gespräch mit dem KRAGES-Geschäftsführer gehabt und muss sagen, Hut ab, der hat ganz gute Ansichten und ich denke, da sind wir auf dem richtigen Weg. Lob, Herr Landeshauptmann, dass wir den auch für die KRAGES bekommen haben, denn der ist in Ordnung, das kann ich Dir nur bestätigen.

Weil, ich denke, der Ansatz ist der richtige. Der sieht das wirklich von der Wirtschaft her, pragmatisch sieht er das, was man alles machen kann und wie man das Oberwarter Spital angehen kann. Nicht Millionen verpulvern, wie in den letzten Jahren, für Planungen, für unnötige Planungsgelder. Da frage ich mich, was da passiert ist? Aber, egal, ist ja schon Schnee von gestern, das haben wir schon wieder schubladiert. Lutzmannsburg detto, denn das wurde auch schubladiert, denn das zählt nicht.

Jetzt machen wir uns Gedanken, wo man dort vielleicht den Ruhebereich machen kann, damit man die Region wieder ein bisschen stärkt. Auch das sind Gedanken, die einfließen müssen. Aber, noch einmal zurück zu den Starterwohnungen. Was hilft mir das, wenn die OSG oder irgendeine Wohnbaugenossenschaft dort sechs Wohnungen baut? Die zahlen fünf oder sechs oder sieben Euro, weil das vorgegeben ist, Herr Landeshauptmann.

Aber, ich kann sie nicht an den Mann oder an die Frau bringen, denn die sind weg aus dem Burgenland. Dort haben wir die Abwanderung massiv. Aber auch in unserem Gebiet, im Mittelburgenland, passiert uns das. Das muss man auch dazu sagen. Daher gehören viele Dinge überlegt. Wenn ich dann in diesem Antrag höre oder lese, dass wir für Bezirkshauptmannschaften und für die Gerichte eine Standortgarantie abgeben, dann ist das sehr interessant.

Jetzt frage ich mich schön langsam, ob wir nicht umdenken sollten? Ich weiß schon, in der Steiermark haben sie dafür politisch ihre Ohrfeigen bekommen, alle miteinander. Aber das zählt nicht. Ich glaube, dass sie am richtigen Weg waren und jetzt auch die Bestätigung bekommen.

Auch bei den Feuerwehren müssen wir ein bisschen umdenken. Da hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter zu einem Gespräch eingeladen. Das finde ich für in Ordnung. Schauen wir uns das einmal an. Wer war am Sonntag in Deutschkreutz, hat sich das angeschaut und war Feuer und Flamme, dass das so funktionieren kann? Na ja, er hätte eben auch früher hinausgehen und sich dort das anschauen müssen. Jetzt geben wir ihm den Weg vor und wir schauen uns das an.

Aber, es ist nicht in jeder Gemeinde möglich, das muss man auch klar sagen. Daher glaube ich, kann man nicht einfach darüber fahren, sondern im Detail auf Sachen eingehen und diskutieren. Ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor - auch in der Politik. Ich stelle mir oft die Frage, wenn man 58.000 Pendler hat und eine Rückholaktion gestartet wurde, warum sie nicht weniger geworden sind? Ich kann mich schon weiß ich wie lange noch an FPÖ-Zeiten zurückerinnern, aber es sind immer mehr geworden, anstatt weniger.

Herr Landeshauptmann, wir sollten da wirklich einmal darüber nachdenken. Auf der einen Seite ist es ohnehin gut, dass die dort oben eine Arbeit haben. Heute hat der Herr Landesrat Bieler gesagt, wir bekommen die ja alle wieder zurück, die schon in Wien Hauptwohnsitz gemeldet waren, aber leider bekommen wir die erst im Altersbereich wieder zurück.

Auf die müssen wir dann auch dementsprechend schauen, dementsprechend unterstützen und auch ihre Lebensqualität aufrechterhalten. Da muss man umdenken. Es nützt mir nichts, wenn ich andauernd von 100.000 Arbeitsplätzen rede, die ich geschaffen habe, denn 20 Prozent sind ausländische Arbeitsplätze. Da habe ich auch kein Problem damit, weil wir die nicht wegbekommen werden.

So, wie es Ihr sagt, denn beim EU-Beitritt, Herr Landesrat Bieler, habt Ihr alle gerufen. Ja, das ist die große Chance, was wir jetzt haben. Dann haben wir Übergangsregelungen geschaffen und jetzt rufen wir, es darf keiner mehr da herein. Hallo Freunde, so nicht. Aber, das wird es nicht geben.

Man ist bei der EU und hat dort ja dazu gesagt. Man kann sich jetzt schon darüber aufregen, aber das Burgenland ist ja so groß in der EU, das ist ein Wahnsinn, das ist ja unglaublich. Die werden uns fragen, wie es uns geht. Manche haben geglaubt, Eisenstadt-Umgebung wird gewählt. Das war damals. Ich habe die zehn Punkte jetzt noch immer vor mir, die damals von Seiten der FPÖ aufgelistet wurden, welche genau jetzt eingetroffen sind, was damals gesagt wurde. Das ist das Interessante.

Jetzt kommt man mit Anträgen, wir müssen das alles schützen, wir müssen da jetzt schauen, dass wir das machen. Ja, das ist ein guter Ansatz, aber es wird sich leider nicht umsetzen lassen. Glaubt mir das. Denn eines muss schon klar sein, wenn ich mir anschaue, was für Lohnnebenkosten in unserem Land entstehen, dann kostet, wenn sie einen Handwerker brauchen, eine Stunde zwischen 60 und 80 Euro und bei einem EDV-Techniker 120 und 140 Euro.

Der andere fährt eben herüber und macht es um 10 und 15 Euro, weil es dort finanztechnisch andere Möglichkeiten und andere Lohnnebenkosten gibt. Da werden wir uns schwer tun. Das ist gar keine Diskussion. Aber, ich bin bei Ihnen, Herr Landeshauptmann, der Versuch muss es wert sein.

Daher noch einmal. Ich brauche keine zwei Anträge. Einen Abänderungsantrag, wo ich dort hergehe und sage, ich will es wieder abändern, weil ich die ÖVP bin, ich lasse das jetzt nicht zu, weil Rot und Blau das eingebracht hat. Machen wir einmal eine gemeinsame Geschichte. So, wie beim nächsten Punkt mit der Atomsache.

Dafür bin ich der Frau Landesrätin sehr dankbar. Zudem komme ich ohnehin noch, zu diesem Tagesordnungspunkt. Das macht Sinn. Das ist nämlich genau das, wo ich immer wieder den Finger draufhalte. Steter Tropfen höhlt den Stein. Wenn da einer immer sagt, heute kommst du ohnehin noch oft genug zum Reden, und du redest ohnehin so viel, dann muss ich sagen, dass wir nur zwei sind und uns jeden Punkt genau anschauen und diskutieren müssen, wie wir damit umgehen und was wir damit machen.

Aber, wir sind zwei Abgeordnete, die aus der Wirtschaft kommen. Wir sind beide Bürgermeister und wir wissen ganz genau, wo der Schuh drückt.

Das ist nämlich interessant. Das kostet jetzt vielleicht dem einen oder anderen einen Schmunzler, Herr Landeshauptmann, aber es ist so. Das sind die Fakten, weil der weiß, um was es geht. Wenn er viele Angestellte hat, die muss er jeden Monat abrechnen und muss schauen, dass er eine dementsprechende Arbeit bekommt. Es muss nicht der

Billigste sein, sondern, das haben wir ja auch gefordert im Land, sondern der Bestbieter sein.

Das schaue ich mir dann auch an, das Bestbieterprinzip, das Ihr glaubt, wer das überhaupt einmal kontrolliert. Ein Bestbieterkonzept, auf das bin ich schon gespannt. Auch beim Oberwarter Spital. Der Landesrat Darabos ist nicht da. Wenn ich einen Generalunternehmer habe, der beim Auftrag alles in der Hand hat, dann schaue ich mir aber gerne an, was der dann tut. Weil dann ist er der, der die Arbeit vergibt, und nicht das Land. Bei einem Generalunternehmer solltet Ihr auch ein bisschen nachdenken, Herr Landeshauptmann und Herr Finanzreferent, was dann passiert, wenn man einen Clou hat, der die Arbeiten dann vergibt.

Dann schau ich mir an, was los ist, wie viele burgenländische Firmen tatsächlich eine Arbeit bekommen, wenn er nach dem Bestbieterprinzip geht und er selber entscheiden kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher, jeder Antrag, der für das Südburgenland und für das ganze Burgenland ist, sind wir d'accord, dass wir da einiges machen, aber dass ich für Gerichte und Bezirkshauptmannschaften eine Standortgarantie abgebe, also, seid mir nicht böse, das wird nicht gehen. Das geht nicht so einfach.

Ihr werdet Euch wundern, denn auch der Herr Kern kommt aus der Wirtschaft. Wenn er wirklich als Wirtschaftsfachmann denkt, dann wir er übrigens sagen, jetzt müssen wir umdenken und müssen andere Strukturen machen. Ansonsten wird es die SPÖ und die ÖVP bald unter zehn Prozent geben. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Nächste zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! Als ich den Antrag das erste Mal gesehen habe, habe ich wirklich lachen müssen. Das ist jetzt eigentlich der zweite Antrag nach dem vorherigen, der heute eigentlich völlig unnötig ist.

Das Südburgenland, ich bin selber Südburgenländer, aber wenn ich mir anschaue, dass wir jetzt die tolle Genussakademie in Donnerskirchen, also im Norden, haben, wo kaum jemand hinfährt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die ganzen Angebote können kaum genutzt werden, weil das nicht zentral liegt. Wir haben das Tierheim im Norden.

Wenn man sich anschaut, wie das Verhältnis öffentlicher Verkehr Nord und Süd ist, ist ohnehin auch alles klar. Dann kommt Ihr mit so einem Antrag, wo null Neues steht, wo eigentlich nur Überschriften enthalten sind. Normalerweise müsste ich für den Antrag stimmen, aber wir werden dagegen stimmen, weil das einfach ein Witz ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Als Beispiel darf ich gleich die Breitbandoffensive anführen. Eine super Geschichte. Finde ich super. Ich habe diese Initiative damals gelobt, weil das Burgenland hier das Geld vorgestreckt hat. In Wirklichkeit schaut das aber eher nach einem Rohrkrepierer aus, denn in Wirklichkeit tut sich überhaupt nichts.

Dort, wo das Internet ohnehin schon ganz gut war, sind jetzt die Glasfaserkabel und in den kleinen Ortsteilen tut sich genau überhaupt nichts, null, also zumindest im Südburgenland. Ich hoffe, im Nordburgenland ist es anders.

In meiner Heimatgemeinde, zum Bespiel, in Oberschützen liegt jetzt das Glasfaserkabel im Hauptort in Oberschützen, aber die vier Ortsteile schauen durch die Finger. Da tut sich nichts. Ich meine, vielleicht habt Ihr eine andere Information, aber das sind die Informationen, die wir als Gemeinde haben.

Nun zur Aufrechterhaltung von wohnortnahen Schulen. Soweit ich jetzt diese zwei Jahre im Landtag bin, bemüht sich das Land schon lange darum. Das ist sehr begrüßenswert. Aber um welche Schulen geht es konkret? Um welche Zeiträume geht es? Das steht nicht da. Es geht nur prinzipiell um die Aufrechterhaltung.

Ein weiteres Thema betrifft die Grenzraumüberwachung. Was ist da genau neu? Die haben wir seit Schengen - soweit ich weiß. Was bedeutet das genau? Welche Zeiträume? Wo genau? Welche Grenzbereiche?

Beim Gemeindesicherheitskonzept ist es genau dasselbe. Da haben wir einiges von sogenannten Gemeindewächtern oder wie man sie nennen will gehört. Wir halten das nach wie vor für kontraproduktiv und entbehrlich, aber gut, es sei dahingestellt. Wo und was genau steht hier auch nicht in diesem Antrag.

Bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs erwähne ich positiv, dass diese zehn Punkte, die die Initiative Pro Bahn Südburgenland aufgesetzt hat, zumindest erwähnt werden. Wenn ich mich recht erinnere, das war bei der letzten Landtagssitzung, hat die ÖVP genau diesen 10-Punkte-Forderungskatalog vorgelegt. Wir haben lange darüber diskutiert und Ihr seid dagegen gewesen beziehungsweise habt Ihr das so abgeändert, dass ohnehin nichts mehr übriggeblieben ist.

Das wirklich ernst zu nehmen, ist etwas anderes. Bei dieser Gelegenheit ein kleiner Hinweis. Am 31. Mai kommt genau diese Bahngeschichte Friedberg-Oberwart-Rechnitz in der eigentlich sehr traurigen Sendung „Bis du deppert“ vor. Auch wenn es auf Puls 4 sarkastisch aufgezogen wird, da ist wieder einmal das Burgenland mit einem Bahnhof in Oberwart zu Gast, wo es einen Fahrkartenschalter gibt, wo man aber nicht fahren kann. Man kann zwar Tickets kaufen, aber fahren kann man nicht.

Ein Schweinegeld, was in diese Strecke hineingesteckt worden ist. Jetzt ist diese Strecke auch noch gekauft worden. Ich bin neugierig, wie das weitergeht. Bisher waren es Versprechungen, Spatenstiche und Ähnliches, aber auch nicht mehr. Eigentlich ist das ein Trauerspiel.

Der nächste Punkt ist der Neubau des Krankenhauses Oberwart und die Standortgarantie für das Krankenhaus Güssing. Das finde ich besonders lustig. Das gehört eigentlich auch zu dieser Sendung „Bist du deppert“. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Ich habe mir das angeschaut.

Fast auf den Tag genau vor einem Jahr, gibt es ein Foto, da sitzt die Frau Landesrätin Dunst gemeinsam mit dem damaligen noch für Gesundheit zuständigen Landesrat Rezar bei einer Pressekonferenz und sagt wörtlich: „In den vergangenen Jahren wurden rund 15 Millionen Euro in das Krankenhaus Güssing investiert. Schon alleine diese Tatsache ist eine der zahlreichen Eckpfeiler einer absoluten Standortgarantie für den Erhalt des Krankhauses Güssing.“

Das war vor einem Jahr. Jetzt gibt es einen Antrag, wo wir das beschließen müssen? Vielleicht verstehe ich da etwas falsch. Ihr könnt es mir ja nachher erklären. Zum Krankenhaus Oberwart hat der Herr Landesrat Darabos bei der letzten Landtagssitzung groß und breit erklärt, dass das ganz sicher kommt und dass das gebaut wird. Er hat sogar gesagt, wann begonnen wird und wann das stehen wird. Alles wunderbar. Wozu

haben wir das heute bitte auf der Tagesordnung? Ich meine, entschuldige, ich habe geglaubt, das ist hier der Landtag.

Die Standortgarantie für die Bezirkshauptmannschaften ist der nächste Punkt. Das ist auch sehr originell. Was heißt das konkret? Welche Bezirkshauptmannschaften betrifft das? Welche betrifft das nicht? Gilt das für das ganze Burgenland? Das ganze Paket heißt nämlich „Südburgenlandpaket“. Es ist dann zwar auch das Mittelburgenland genannt, aber gut.

Leistbares Wohnen, Starterwohnungen, sind ebenfalls in diesem Antrag inkludiert, aber wie viele sind es, wann, wozu, und zu welchen Preisen wird es sie geben? Konkret - gibt es nicht.

Wie gesagt, ein mehr als entbehrlicher Antrag. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dem Punkt, dass das Südburgenland gefördert gehört, würde ich natürlich prinzipiell zustimmen, aber das, entschuldigt, ist ein Scherz. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Hans Niessl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, Sie leben in einer Scheinwelt, in der grünen Scheinwelt, denn die Realität schaut ja zum Glück anders aus, als Sie hier das alles negativ malen.

Ich darf nur einige Punkte sagen, die Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit wahrscheinlich entgangen sind, nämlich, die größte Siedlungsgenossenschaft des Burgenlandes ist die OSG mit 200 Beschäftigten. Die hat ihren Sitz im Südburgenland.

Der größte Stahlbauer Europas, nämlich Stahlbau Unger, hat seinen Sitz im Südburgenland mit weltweit rund 1.000 Beschäftigten und vielen hunderten MitarbeiterInnen im Südburgenland. Der Forschungs- und Bildungsschwerpunkt für das Burgenland ist im Südburgenland, nämlich in Pinkafeld. Wir haben in Güssing Forschungsprojekte, wo das Joanneum dabei ist. Wir haben in Jennersdorf Forschungsprojekte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Forschungsschwerpunkt mit einer deutlichen Steigerung der Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation ist im Südburgenland. Das dürfte Ihnen auch entgangen sein.

Wir haben und werden in den nächsten Tagen das nächste Busprojekt mit fünf Gemeinden im Südburgenland präsentieren, wo Gemeindebusse installiert werden. Wo sich fünf Gemeinden zusammengeschlossen haben, wo das Land Burgenland einen bis zu 50-prozentigen Kostenanteil leistet, damit der Nahverkehr zwischen diesen fünf Gemeinden optimiert wird. Da gibt es viele Pilotprojekte im Süden des Landes, also auch eine Vorreiterrolle.

Sie haben gesagt, wozu es denn notwendig war, die Eisenbahn anzukaufen? Wir haben für das Südburgenland, nicht für mich, ich bin kein Eisenbahner, ich bin kein Fahrdienstleiter, diese Eisenbahn angekauft, damit sie in Betrieb bleibt, weil die Österreichischen Bundesbahnen den Eisenbahnbetrieb und den Güterverkehr eingestellt haben.

Deswegen bemühen wir uns und haben erreicht, dass dieser Betrieb aufrecht bleibt. Deshalb kauft das Land diese Eisenbahn. Wo haben wir irgendwo im Norden schon

eine Eisenbahn gekauft? Das ist aktuell einzigartig für das Südburgenland, weil wir der Meinung sind, dass das Südburgenland diese Eisenbahn sehr wohl braucht. *(Abg. Manfred Kölly: Dann sperren wir halt wieder zu.)*

Wir reden von Standortgarantien. Dass die größte Bezirkshauptmannschaft, nämlich Neusiedl am See, nicht zur Diskussion steht, das muss man ja hoffentlich niemandem sagen. Wer eins und eins zusammenzählen kann, weiß, dass wir natürlich Standortgarantieren für das südliche Burgenland abgeben. Für die BH in Jennersdorf und für die BH in Güssing, weil diese standortnahen Einrichtungen notwendig sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt neoliberale Gesundheitspolitiker, die sagen, du kannst die Gesundheitsversorgung, da hat es ja auch Meldungen vor den Wahlen gegeben, mit zwei Schwerpunktkrankenhäusern abdecken. Nämlich, mit Eisenstadt und mit Oberwart. Diese Meinungen gibt es. Da gibt es Presseaussendungen, wo gesagt wird, dass zwei Krankenanstalten im Burgenland reichen.

Wir sagen, wir wollen das wohnortnahe Spital. Natürlich wollen wir Oberpullendorf, natürlich wollen wir Güssing, natürlich wollen wir Kittsee. Weil das wohnortnahe Spitäler sind und weil der kurze Weg ins Krankenhaus heißt, ein längeres Leben zu haben. Es ist ein Unterschied, ob ich nach einem Herzinfarkt oder Schlaganfall in 15 Minuten im Krankenhaus bin oder in einer dreiviertel Stunde. Für wen machen wir das? Für Eisenstadt brauchen wir es nicht machen oder für Oberwart, das steht außer Zweifel. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja wirklich super.)*

Genau für unsere peripheren Regionen machen wir das. Auch die wohnortnahe Schule ist dabei ein Thema, denn wir haben von allen österreichischen Bundesländern die kleinsten Volksschulklassen und die meisten umgelegt auf die Einwohner.

Wir haben die meisten Kinderbetreuungseinrichtungen umgelegt auf die Einwohner. Das kann man natürlich lächerlich finden. Das ist ja auch lustig, wenn man sich selbst nicht auskennt, irgendwas erzählt und dann sagt, das ist nicht so, wie die Fakten und Daten sind. Ich kann Ihnen die offizielle Statistik - auch jene, die ich gerade in meinen Unterlagen gehabt habe, gerne übermitteln. *(Abg. Manfred Kölly. Warum brauchen wird dann das, wenn ohnehin alles in Ordnung ist?)*

Das Burgenland und seine, Moment, ich komme jetzt zum nächsten Teil, warum man noch viel braucht, denn das ist der Ist-Stand. Das habe ja nicht ich gesagt. Wer hat denn das gesagt, außer Ihnen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich gehe weiter zur Statistik, aber das ist nicht meine Statistik, sondern das ist die offizielle Statistik der Arbeiterkammer und die ist österreichweit wissenschaftlich erhoben. *(Abg. Manfred Kölly: Eine Studie der Arbeiterkammer!)* Da ist keine Manipulation dabei, die haben das wissenschaftlich gemacht.

Nun aber zur Bevölkerungsentwicklung im letzten Jahr im Burgenland. Wo sind die Rückgänge? Plus 0,9 Prozent. In keinem Bezirk hat es einen Bevölkerungsrückgang gegeben - laut offizieller Statistik der Arbeiterkammer, die auch von Statistik Austria übernommen wurde.

Man muss schon sagen, dass nicht alles schlecht ist, was im Burgenland passiert, denn das haben sich die Burgenländerinnen und Burgenländer nämlich nicht verdient. Wir haben einen Bevölkerungszuwachs von 0,9 Prozent. Wir haben die niedrigsten Mietpreise, was auch in dieser Statistik verankert ist.

Ich bin gerne bereit, die Arbeiterkammer wird noch ein paar Exemplare übrig haben, ihnen welche zu übermitteln, denn wer es nicht glaubt, soll es sich anschauen, soll es verifizieren, soll bei Statistik Austria nachschauen, ob das tatsächlich stimmt, was die burgenländische Arbeiterkammer gemacht hat. Ich glaube ihnen.

Wir haben mit durchschnittlich sechs Euro die niedrigsten m²-Mietpreise. Wir sind hier ganz vorne dabei. Vor fünf Minuten habe ich mir das gerade angekreuzt und durchgelesen, denn das ist die Entwicklung der Arbeitskräfte in Österreich, in allen Bundesländern in den letzten Jahren, genau von 2010 bis 2015. An der Spitze aller Bundesländer liegt das Burgenland. Das ist eine offizielle Statistik, nachzulesen bei Statistik Austria.

Es ist auch einmal wichtig, den Ist-Zustand zu erheben und zu sagen, es ist sehr viel in diesem Land passiert. Strengen Sie sich in Ihrer Gemeinde noch mehr an, dann werden Sie mit dem Gemeindebus auch noch mehr erreichen. Insofern haben Sie einen sehr großen Handlungsbedarf.

Jetzt komme ich dorthin, Herr Kollege Kölly, wo Sie hinwollen. Das ist mir auch ganz wichtig, nämlich, in die Zukunft. Wir leben nicht von der Vergangenheit, wir leben von der Zukunft. Da haben wir ein klares Investitionspaket vor, das sollte man auch wissen.

Nämlich, wir haben für Förderungen Mitte und Süd, mit Mittelburgenland Südburgenland, 400 Millionen Euro vor. Das soll protokolliert werden. Da könnt Ihr mich beim Wort nehmen. *(Abg. Manfred Kölly: Das haben wir doch schon einmal gehabt! Schon einmal. Nichts ist weitergegangen.)*Jetzt beginnend bis zum Jahr 2020. Der Norden wird 350 Millionen Euro bekommen.

Wir haben bei der Wohnbauförderung vor, 148 Millionen Wohnbauförderung bis zum Jahr 2020 für das Südburgenland, Schulbau 40 Millionen Euro, Straßenbau.

Natürlich heißt es, die S7 wird nicht gebaut. Aber, wer ist denn der Verursacher? Warum wird es nicht gebaut? Wenn zu allem ein Einspruch gemacht und der Bau durch Einsprüche verzögert wird, dann liegt das ja nicht an uns. Erstens einmal sind wir nicht der Auftraggeber und zweitens einmal, machen wir nicht die Einsprüche.

Da muss man schon immer ein bisschen bei der Wahrheit bleiben und nicht irgendetwas erzählen. Die Ursache, warum die S7 nicht gebaut wird, sind permanente Einsprüche. Dass vielleicht im Ministerium auch das eine oder andere Mal nicht optimal gearbeitet wurde, sondern schlampig gearbeitet wurde, das möchte ich auch nicht in Abrede stellen. *(Abg. Manfred Kölly: Was machen wird denn in Schützen. Wer ist denn da schuld?)*

Auch zur Umfahrung Schützen am Gebirge noch ein Wort. Danke für das Stichwort. *(Abg. Manfred Kölly: Kein Problem!)*

Ich bin sehr froh darüber, dass viele Fernsehsendungen darüber berichten. *(Abg. Manfred Kölly: Na, sicher.)* Na super, die beste Werbung. Hat irgendwer schon die Leute in Schützen gefragt? *(Allgemeine Unruhe)* Ja, ja, 90 Prozent der Leute, die dort leben, haben gesagt, wir haben 18.000 Fahrzeuge gehabt, die durch die Gemeinde gefahren sind. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt sind es weniger geworden.)* 18.000 und jetzt haben wir 2.500.

Eine viel, viel höhere Lebensqualität. Deswegen ist die Umfahrung Schützen wichtig, weil wir die Menschen entlasten, weil wir eine gesündere Umwelt den Menschen dort bieten. *(Zwischenruf des Abgeordneten Manfred Kölly.)* Weil es weniger Emissionen

dort gibt und weil es eine höhere Lebensqualität für die Menschen gibt und das ist uns wichtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und da können schon ein paar Leute bei „Puls 4“ nicht irgendetwas, die waren ja nicht einmal in Schützen und haben die Leute gefragt. Also wie ernst können wir die nehmen? Entschuldigung. Ja, mir sind die Leute wichtig, die Burgenländerinnen und Burgenländer und nicht die, die in Wien irgendeine Fernsehsendung machen. *(Abg. Manfred Kölly: Aber es gibt Richtlinien. – Allgemeine Unruhe)*

Also, wir strengen uns an, damit es zirka 1,5 Milliarden Euro Investitionen gibt und das ist dann die Summe im Südburgenland bis zum Jahr 2020. Das ist unser Bestreben, natürlich inklusive der S7, natürlich mit den Schulbauten.

Sie können sich dann herstellen 2020, Herr Kollege Spitzmüller, und können sagen, im Süden ist nichts passiert, obwohl 1,5 Milliarden Euro investiert werden. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das habe ich nicht gesagt.)* Das ist Ihr Zugang, gegen alles zu sein. Ich glaube, irgendwo hat man das als Nihilismus bezeichnet. *(Abg. Günter Kovacs: Genau!)*

Also insofern bemühen wir uns, wir strengen uns an und wir werden für den Süden sehr viel erreichen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Als Nächster ist der Herr Landtagsabgeordnete Wiesler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ohne auf den Norden zu vergessen. – Heiterkeit bei der SPÖ)*

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident. Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! „Des Burgenland ist des schönste Land der Wöt. Da is ma wer und braucht zum Lustig sein ka Göd. Da kennt a jeder jeden, und wie des so wa, wenn i ohne di mei Burgenland des Lebn owidra.“ *(Landeshauptmann Hans Niessl geht zum Abgeordneten Markus Wiesler ans Rednerpult und gibt ihm die Hand: Gratuliere! – Allgemeine Heiterkeit)*

Besungen wird hier das Südburgenland, von einer Wiener Musikgruppe, die jahrelang oder jahrzehntelang bei Zeltfesten verschiedener Unterhaltungen gespielt hat und die eben die schönen Eindrucke des Südburgenlandes besungen hat.

Nun ganz so einfach ist das eben nicht, keine Frage. Das Burgenland ist einer der schönsten Plätze, wo Leute gemütlich zusammensitzen und feiern können. Im Südburgenland ist mit dem Feiern und Zusammensitzen aber meistens und spätestens am Sonntagnachmittag Schluss. Ein Buschenschank-Besuch mit den Eltern am Nachmittag zum Beispiel, geht sich leider nicht mehr aus. Zusammenpacken ist angesagt für die kommende Arbeitswoche in Wien.

Das Fußballspiel ist vorbei, schnell duschen, eine kurze Verabschiedung von den Fußballkameraden und es geht ab nach Wien. *(Abg. Walter Temmel: Bei der Frau auch.)* Und jede Woche das gleiche traurige Bild auf den Straße und in den Ortschaften im Südburgenland. Junge Leute, Arbeiter treffen sich, finden sich bei den Bushaltestellen ein, um nach Wien zu pendeln und man schaut oft in nicht so fröhliche Gesichter. *(Abg. Walter Temmel: Stimmt genau.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch diese Bilder prägen sich ein und prägen das Südburgenland. Zum einem ist das richtig, dass das Burgenland insgesamt in vielen Bereichen in den letzten Jahren aufgeholt hat, blickt man aber genauer hin, kann man trotzdem Unterschiede zwischen dem Nord- und Südburgenland erkennen. Wer

etwas anderes behauptet, wendet sich von der Realität ab. *(Abg. Walter Temmel: Der Landeshauptmann.)*

Es braucht vermehrt Maßnahmen und gut investiertes Geld für die Infrastruktur und Wirtschaft, damit sich die Wirtschaft parallel entwickeln kann und gleichzeitig Arbeitsplätze entstehen für Familien und für unsere Gesellschaft besonders im Südburgenland. Es herrscht ein gewisser Entwicklungsrückstand im Südburgenland und dieses Hinterherhinken muss aufhören beziehungsweise minimiert werden.

Damit eben die Lebensqualität stimmt und die Menschen da bleiben können, beziehungsweise sich ansiedeln, bedarf es entsprechender Voraussetzungen, um die Lebensqualität im Südburgenland besser gestalten zu können. Ich spreche davon, dass die Pendler oft zwei Wohnsitze erhalten müssen, eben einen im Südburgenland und einen in Wien, dass man auf Familie, auf Freunde verzichten muss, meistens über 30 oder 40 Jahre hindurch.

Arbeitnehmer aus dem Südburgenland müssen also einen Mehraufwand betreiben und es leidet eben die Lebensqualität. Oder junge Menschen fragen sich, soll ich überhaupt im Südburgenland ein Haus bauen? Eben aus den vorhin genannten Gründe. Anderswo kennt man solche Gegebenheiten nur vom Hörensagen. Nur so einfach wie sich der Befund in der Theorie darstellt und die Probleme kennen wir alle, so schwierig ist es, in der Praxis alles umzusetzen, damit das eben nicht so ist.

Alles in Worte zu fassen, in Worte zu gießen, ist natürlich leichter wie in Zahlen, zumal in Zahlen alles begrenzt ist. Ich meine damit natürlich die finanziellen Mittel. Es braucht deshalb eine Ergebnisorientierung mit einer klaren Zielsetzung und dass eben die begrenzten Mittel so nutzungsbringend wie möglich eingesetzt werden, für spätere Generationen und nicht alles kurzfristig und kurzsichtig gesehen und bemessen wird.

Denn ohne nachhaltigem Wirtschaftswachstum können keine Entwicklungsziele, keine Fortschritte, besonders für das Südburgenland erreicht werden, oder vielleicht schon Erreichtes gehalten werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, meiner Meinung nach bedarf es vorweg drei wesentlicher Punkte, wenn man dem Süden positive Impulse geben will.

Erstens, es benötigt den politischen Willen, den hat ohne Zweifel die Landesregierung.

Zweitens, das Bekenntnis zur einer Nachhaltigkeit und nicht zu einer für Augenscheinliches.

Drittens, ehrliche Pläne, insbesondere für die Bedürfnisse und Belange des Südburgenlandes. Sagen was geht, sagen was nicht geht, sagen was möglich ist, und eben was nicht möglich ist, aus finanziellen Gründen.

Das ist auch das Wesen der neuen Politik der Landesregierung, wie man an die Sache herangeht, Willen, Nachhaltigkeit, Ehrlichkeit zur Bevölkerung. Es braucht keinen Sand in die Augen für die Bevölkerung, die dort wohnt. Es braucht keine leeren Versprechungen, denn die hat es zu manchen Themen en masse in der Vergangenheit gegeben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz: Wo?)*

Und um genau das geht es. Die rot-blaue Landesregierung stellt sich diesen Herausforderungen ehrlich gegenüber, die mit der FPÖ leider in der Vergangenheit nicht möglich waren. *(Abg. Manfred Kölly: Mit der FPÖ? – Abg. Mag. Richter: Mit der ÖVP! – Heiterkeit bei der ÖVP)* ÖVP natürlich!

In einer Aussendung der ÖVP heißt es, Rot-Blau präsentiert Mogelpackung für das Südburgenland. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist ganz korrekt.)* Die starke Alternative für das Südburgenland bleibt die Volkspartei Burgenland. *(Abg. Georg Rosner: Richtig! – Beifall bei der Abg. Mag. Michaela Resetar)* Na bumm.

Bei jeder Aussendung und bei jeder Wortmeldung der ÖVP fällt den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr auf, was die ÖVP alles nicht gemacht und erledigt hat und welche Versäumnisse die ÖVP eigentlich hinterlassen hat. *(Abg. Walter Temmel: Die Straße.)*

Einer spricht von einer Zweiklassengesellschaft im Südburgenland, der andere, das Verkehrskonzept für den Süden wurde verschlafen, weil die ÖBB jetzt schon bald auf Knopfdruck fahren, innerhalb kürzester Zeit, wahrscheinlich auch gleich zweistöckig.

Auf Knopfdruck hätte bei der ÖVP auch schon jedes Haus im Südburgenland einen Breitbandinternetanschluss. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo steht denn das?)* Wieder ein anderer hätte schon am liebsten das Geld für die Frostschäden ausbezahlt, bevor der Frost überhaupt gekommen ist. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Walter Temmel: Sehr sympathisch.)* Mehr Geld für alle, sowieso. (*Abg. Walter Temmel: Sehr sympathisch.)* Also, wenn wer unglaubwürdig ist, und wenn man unglaubwürdiger wird, dann ist es die ÖVP. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Nur die ÖVP ist immer unschuldig. Egal, was man macht, ist es schlecht. Obwohl man jahrzehntelang ja Versäumnisse gemacht hat. Natürlich brauchen manche Dinge Zeit und es geht eben nicht auf Knopfdruck und manche Entscheidungen liegen eben ganz wo anders.

Deshalb ist der Juli 2016, wie im Abänderungsantrag angedacht, nicht geeignet, Details vorzulegen, aber laufend Ergebnisse, wenn sie vorliegen, auf den Tisch zu legen, ist mit Sicherheit kein Problem. Marktwirtschaftliche Entwicklungen und die Stärkung des ländlichen Raumes, vor allem im Süden, müssen natürlich vorangetrieben werden. Wirtschaftlicher Aufschwung ist ein wichtiger Punkt für die Verbesserung der Lebensbedingungen, das ist gar keine Frage.

Die jetzige Landesregierung ist natürlich bemüht und wird durch den Antrag aufgefordert, dem Südburgenland nötige Impulse zu geben, damit das Leben durch Wohlstand und Lebensqualität lebenswert bleibt. Ich möchte das nicht nochmals anführen, der Herr Landeshauptmann hat dies bereits alles ausgeführt.

Natürlich besonders wichtig ist die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs, wo man sich natürlich mit dem 10-Punkte-Programm, dem Forderungskatalog der Initiative „Pro-Bahn“, intensiv auseinandersetzen wird.

Rolle wird natürlich spielen der Bedarf, die Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit. Es steht außer Zweifel, dass schlechte Verkehrsanbindungen ein Abwandern von Unternehmen und Arbeit und somit auch das Abwandern von Menschen bewirken.

Deshalb sind der Erhalt und der nötige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eine dauerhafte Aufgabe. Ganz ohne Bus und ohne Straßen wird das natürlich nicht gehen und funktionieren. Aber auch die Bahnverbindung im Südburgenland ist, beziehungsweise wäre in vielerlei Hinsicht, eine wirtschaftliche, lebensnotwendige Lebensader.

Nicht miterleben möchte ich, dass das Südburgenland einmal ein Rentnerareal wird, das wäre mir zu traurig und zu wenig. Das ist natürlich die eine Seite, die andere Seite habe ich eingangs erwähnt.

Es gehört natürlich alles in Zahlen gegossen und bekanntlich sind die finanziellen Mittel begrenzt. Weiters hat sich die Landesregierung für das Budget 2016 einen Schuldenabbau vorgenommen. Und natürlich ist weiterhin die Flüchtlingskrise finanziell zu bewältigen. Also allesamt eine große Herausforderung.

Ich bin mir aber sicher, wir schaffen das. Und das Südburgenlandpaket trägt sicher für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes bei. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist Herr Landtagsabgeordneter Temmel zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Kollege Wiesler! Wer so abfällig über die größten Frostschäden des Burgenlandes spricht, und dann so sarkastisch sagt, die ÖVP hätte das am liebsten schon vorher beantragt. Also das ist einer Weinregion nicht würdig. *(Abg. Ingrid Salamon: Vergessen zu klatschen. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist eh alles gesagt.)* Wirklich nicht würdig.

Kollege Kölly, ich muss Dir wirklich zum Großteil Recht geben, außer dieses Scharmützel immer gegen die SPÖ und ÖVP. *(Zwischenruf des Abgeordneten Manfred Kölly.)*

Zum Kollegen Spitzmüller, alles was Sie, Herr Kollege Spitzmüller, gesagt haben, kann ich wirklich nur unterstreichen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Und dann stellt sich ein Landeshauptmann her und redet über die großen Firmen, auf die wir alle gemeinsam stolz sind. Ist ganz klar. Aber eine Politik mit einer guten Infrastruktur kann nur solche Firmen schaffen, beziehungsweise sie auch zeitlich sichern, anders ist es nicht möglich. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Und dann von einer Scheinwelt zu sprechen, dass der Kollege Spitzmüller nur Scheinwelt und so weiter, und wegen dem Eisenbahnankauf. Sie wissen ganz genau, für die Eisenbahn geben wir ungefähr 7,7 Millionen Euro aus, zum Großteil ÖBB, ein kleinerer Teil die Raab-Ödenburger-Bahn.

Aber dann zu erwähnen, der Ankauf, dieser kleine Teil, was sicher nur ein kleiner Teil für das Südburgenland gewesen ist. Wir würden uns alle wünschen, wir würden uns wirklich im Südburgenland alle wünschen, wenn wir jene Verkehrsanbindungen hätten, das heißt, 25 bis 30-mal eine Verbindung in den Bezirksvorort, beziehungsweise in die Bundeshauptstadt, modern mit modernen Zügen zu fahren und den Abgang bezahlt Land und Bund.

Und da werden wir abgespeist mit Gemeindebussen. Da müssen die Gemeinden wesentlich dazu zahlen. Die Gemeindebusse fahren ungefähr dreimal in der Woche in den Bezirksvorort vielleicht öfters. Wir haben ein anderes System, wir fahren zirka drei- bis viermal. Aber wir müssen kräftig dazu legen.

Die „reichen“ Gemeinden des Südburgenlandes müssen kräftig dazu legen. Und das müssen wir uns dann anhören von einem Landeshauptmann, der 15 Jahre Verantwortung trägt und der solche Ungerechtigkeiten gegenüber dem Südburgenland nicht ändert und heute noch verteidigt. *(Beifall bei der ÖVP und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Eines ist wirklich bemerkenswert und auch begrüßenswert, die Landesregierung wird von ihren eigenen Abgeordneten aufgefordert, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja.)* endlich ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen und für das Südburgenland tätig zu werden.

Das ist wirklich begrüßenswert, liebe Kolleginnen und Kollegen, und dieses Eingeständnis und diese Selbsterkenntnis ist natürlich sehr, sehr begrüßenswert. Und die Selbsterkenntnis ist natürlich eine Verbesserung. (*Unruhe bei der SPÖ)* Und ohne Selbsterkenntnis gibt es keine Verbesserung, denn das Südburgenland darf kein Stiefkind dieser Landesregierung bleiben*. (Abg. Mag. Christoph Wolf: Bravo! – Beifall bei der ÖVP)*

Zu hinterfragen, Herr Kollege Wiesler, ist natürlich schon, warum all diese Punkte aus dem Regierungsprogramm, wie zum Beispiel Mobilität, durch den Breitbandausbau bereits erwähnt, oder die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Südburgenland noch nicht umgesetzt beziehungsweise angefangen wurden? Es ist Ihr Verantwortungsbereich. Sie sind jetzt verantwortlich.

Und für den Verkehr, war die ÖVP nicht verantwortlich. *(Abg. Géza Molnár: Ihr wart für gar nichts verantwortlich.)* Für den Verkehr selbst gibt es, da gibt es Regierungsmitglieder. *(Abg. Robert Hergovich: Ihr wisst nichts, Ihr seht nichts, Ihr wart bei gar nichts dabei. – Abg. Wolfgang Sodl: Ihr habt es schon vergessen. – Allgemeine Unruhe – Abg. Ewald Schnecker: Ihr wart überall dabei, ganz sicher.)*

Nun ist der Druck der Bevölkerung, der Politik und der überparteilichen Initiativen wie „Pro-Bahn“, mehrmals erwähnt, groß genug, um endlich Bewegung in diese Sache zu bekommen. Es wurde sehr viel von der Regierung angekündigt, das sind wir schon gewohnt, aber bis jetzt wenig umgesetzt.

Sie stimmen unserem Antrag zu, dem Forderungskatalog der Initiative „Pro-Bahn“, behandeln im Landtag wieder, beziehungsweise Sie haben ihn verwässert. Der Kollege Spitzmüller *(Abg. Géza Molnár: Verbessert!)* hat es bereits ausgeführt, das ist wirklich sehr unglaubwürdig.

Wir begrüßen und unterstützen die Initiativen der Bürgerinnen und Bürger, wie zum Beispiel „Pro-Bahn“, wie bereits erwähnt, aber auch die öffentliche Petition. Jetzt bin ich neugierig, welche Südburgenländerinnen und Südburgenländer diese öffentliche Petition von Florian Höfler „Südburgenland vor - lasst uns nicht sterben“, unterstützen werden.

Weil uns die Forderungen von „Pro-Bahn“ sehr wichtig sind, werde ich diese zehn Punkte gerne in Erinnerung rufen. Diese zehn Punkte haben auch fast alle von der FPÖ-Fraktion unterschrieben, fast alle. Die unterfertigten Personen verfolgen gemeinsam folgende Ziele zur Schaffung eines zeitgemäßen, öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland.

Erstens, die Attraktivierung der Bahnstrecke Sankt Gotthard - Jennersdorf - Graz.

Zweitens, die Elektrifizierung sämtlicher Bahnlinien in Süd-Ost Österreich.

Drittens, die ehestmögliche Inbetriebnahme der Güterverkehrsbedienung bis Großpetersdorf, in Verbindung damit die Verlegung der Holzverladung aus dem Stadtzentrum von Oberwart Richtung Rotenturm. Die Absicherung der Eisenbahnstraße bis Rechnitz beziehungsweise bis zur Staatsgrenze bevorzugt durch die Rücküberführung der Liegenschaften in das Eigentum der öffentlichen Hand.

Viertens, die Abgabe einer schriftlichen Garantieerklärung zur mindestens zehnjährigen Aufrechterhaltung dieser Bahninfrastruktur, um Rechtssicherheit für Unternehmen mit bestehenden und zukünftig zu schaffenden Anschlussgleisen zu gewährleisten.

Fünftens, der Anschluss des Bezirkes Oberwart an das internationale Bahnnetz durch Herstellung des Lückenschlusses nach Szombathely (Steinamanger). Umsetzung des Gesamtprojekts „GrenzBahn“ in Etappen, wobei die Bestellung beziehungsweise die Ausschreibung eines attraktiven Personenverkehrs Großpetersdorf-Oberwart-Wien Hauptbahnhof so rechtzeitig zu erfolgen hat, dass sie mit Fahrplanwechsel 2017/18 wirksam wird.

Das, glaube ich, ist nicht realistisch, da hat der Herr Kollege Wiesler Recht. Aber Kollege Wiesler, bei den Plänen hast Du gesagt, wir brauchen auch Pläne. Da gebe ich Dir Recht, zu diesem Punkt komme ich noch später. Aber der Plan soll nicht unbedingt bis zum Sankt Nimmerleinstag aufgeschoben werden.

Dieser Personennahverkehr ist auch unabhängig vom Erfolg des Ausbaues nach Szombathely und nach Möglichkeit in Form von Flügelzügen für die beiden Äste von Fehring-Hartberg beziehungsweise Großpetersdorf-Oberwart Richtung Wien umzusetzen, um Umstiegsfreiheit zu gewährleisten.

Sechstens, die Vernetzung dieses Bahnsystems mit Bussen zur Flächenversorgung der Bezirke Jennersdorf, Güssing und Oberwart mit Linienverkehr und die Umsetzung von Kooperationsmodellen mit Gemeinden zur Implementierung von Mikro-ÖV-Systemen.

Siebtens, den ehestmöglichen Ankauf der Eisenbahnstecke Oberwart Richtung Bahnhof Bad Tatzmannsdorf in Kooperation mit den betroffenen Gemeinden, nach Möglichkeit auch mit einer Erweiterungsoption nach Oberschützen zur Erhaltung des zusammenhängenden Bahnhofsareals, die Schaffung langfristig, tragfähiger Ausgangsbedingungen für den dort über Jahre erfolgreich aktiven Verein „Schiene Südburgenland“ FrOWOS oder einem anderen zukünftigen Betreiber.

Achtens, die Einbeziehung der Tourismuswirtschaft in ein flächendeckendes Konzept samt der Tourismus, samt Anreise mit Bahn, mit der Bahn für das Südburgenland. Die Einrichtung eines Beirates, der sich aus je drei Vertretern von Politik, unabhängigen Planern, NGOs sowie Betreibern zusammensetzt und dessen aktive Einbindung bei der Verfolgung dieser Ziele in Form öffentlicher, monatlicher Sitzungen. Das ist auch ein Teil davon.

Die genannten Ziele sind soweit erforderlich in Kooperation mit Ungarn, mit den Ländern Steiermark und Niederösterreich und dem Bund sowie den betroffenen Unternehmen anzustreben.

Und jetzt geht es wieder, ganz zum Abschluss, um etwas, was sehr wichtig ist: Zu diesem Zweck verpflichten sich die unterfertigten Personen als gegenwärtige oder zukünftige Mitglieder des Burgenländischen Landtages eine gemeinsame Initiative gemäß den oben angeführten Punkten anzustreben.

Unabhängig von einer etwaigen Regierungsbeteiligung sollen die Ziele nach der Wahl zum Burgenländischen Landtag am 31. Mai 2015 durch Einbringung und Beschluss eines entsprechenden Initiativantrags zum ehestmöglichen Zeitpunkt einer Umsetzung zugeführt und insbesondere deren budgetäre Bedeckung gewährleistet werden.

Warum man gegenüber Ihrem jetzigen Antrag sehr skeptisch sein muss, begründe ich mit einigen Beispielen: Unser Verkehrssprecher Bürgermeister Georg Rosner hat bezüglich des Bahnverkehrs im Landessüden eine Anfrage an den Landeshauptmann im Dezember gestellt, nach konkreter Attraktivität des Güterverkehrs auf der Strecke Oberwart – Friedberg.

Der Landeshauptmann hat geantwortet, es sollen attraktive Verladeplätze in Rotenturm und Großpetersdorf eingerichtet werden. Weiters ist die Einrichtung eines gemeinsamen Gremiums mit den betroffenen Gemeinden und den Unternehmen geplant.

Tatsächlich ist aber: bis heute noch nichts passiert. Also, ich hoffe doch, Herr Landesrat, dass Sie das … *(Landesrat Helmut Bieler: Bin ich für das auch zuständig? – Heiterkeit bei der SPÖ)* Ich habe gehört, bis zum Jahresende soll zumindest in Rotenturm dieses Problem erledigt werden.

Zweites Beispiel, die wahrscheinlich berühmteste Straße des Südburgenlandes. Die berühmteste Straße des Südburgenlandes habe ich mehrmals erwähnt und mache es heute genauso. 330 Meter von der ungarischen Gemeinde Szentpéterfa auf Kroatisch „Petrovo selo“ auf Deutsch „Postrum“, eine grenzüberschreitende Straße wartet seit dem Schengen-Beitritt von Ungarn, seit dem Jahre 2007, auf ihre Fertigstellung. *(Landesrat Helmut Bieler: Gemeindestraße.)*

Frau Landesrätin Dunst fährt jeden Tag vorbei, *(Abg. Klaudia Friedl: Gemeindestraße. – Unruhe bei der SPÖ)* sie sieht wahrscheinlich den schlechten Zustand dieser Straße nicht, weil sie so viel beschäftigt ist.

Drittes Beispiel, was wirklich schon lächerlich ist, ist die Behandlung der kleinen Park & Ride Anlage in Ollersdorf. Da hat man überhaupt kein Einsehen gegenüber den Pendlerinnen und Pendlern, *(Abg. Wolfgang Sodl: Wem sagst Du das. Wirklich lächerlich macht Ihr Euch.)* gegenüber den Pendlerinnen und Pendlern.

Lieber Herr Pendlersprecher, bitte erledige das. (*Abg. Wolfgang Sodl: Super.)* All diese doch sehr kleinen Beispiele zeigen, dass diese Regierung die Belange und Probleme des Südburgenlandes und ihrer Bürger scheinbar egal sind. *(Abg. Wolfgang Sodl: Ihr macht Euch wirklich lächerlich.)*

Ich will jetzt nicht alle Investitionen speziell im Bahnbereich, die in den letzten Jahren ins Burgenland geflossen sind, aufzählen, ich freue mich über jede Investition, egal wo. Ich freue mich über jede Investition.

Frau Kollegin Salamon, auch natürlich in Mattersburg, Bahnausbau. Ich freue mich über jede Investition, aber es muss gerechter aufgeteilt werden. Auch wir im Südburgenland haben ein Recht auf eine zeitgerechte Infrastruktur. Dass es aufgrund der geographischen Lage natürlich im Südburgenland schwieriger ist, ist uns allen bekannt.

Aber gerade deshalb ist es notwendig und gerechtfertigt. Es ist notwendig und gerechtfertigt, dass wir mehr Ressourcen bekommen, mehr finanzielle Mittel bekommen und auch natürlich mehr Personalressourcen bekommen. Das müsste, wenn es der Landesregierung wirklich so wichtig wäre, das Südburgenland, das müsste eine Selbstverständlichkeit sein. Gerade bei so wichtigen Zukunftsprojekten ist es natürlich auch notwendig, die Bevölkerung einzubinden.

Aufgrund Ihrer Untätigkeit werden wir als Volkspartei die Initiative ergreifen, einen Südburgenlandkongress veranstalten und die erarbeiteten, gesammelten Ideen und Maßnahmen für die Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf werden wir Ihnen dann übergeben und warten, aber nicht so lange wie bis jetzt, auf Grund Ihrer Untätigkeit.

Zu Ihrem Antrag:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der Umsetzung des „Zukunftspaketes Burgenland“ insbesondere die Bedürfnisse und Belange des

Südburgenlands zu berücksichtigen, folgende Projekte und Maßnahmen weiterhin zielstrebig zu verfolgen: Unter anderem:

- Breitbahn
- bedarfsgerechte Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs
- Prüfung des 10-Punkte-Forderungsprogramms „Pro-Bahn“
- Neubau des Krankenhauses Oberwart und Standortgarantie für das Krankenhaus Güssing und so weiter, - wie bereits von meinen Vorrednern erwähnt.

Jede und jeder von uns, und jetzt komme ich noch einmal zurück zum Kollegen Wiesler, der schon Projekte umgesetzt hat, weiß ganz genau das Vorhaben wie die vorhin angesprochenen folgende Projektziele brauchen: Ehrliche Pläne - haben Sie selber gesagt, einen Zeitplan mit konkreten Terminen, mit einer Kostenaufstellung, einen genauen Finanzierungsplan und so weiter. Das alles fehlt in diesem Antrag. Das alles fehlt in diesem Antrag, deshalb ist er auch wenig glaubwürdig, dass diese Vorhaben alle umgesetzt werden.

Uns ist es wichtig, Sie haben es erwähnt, dass der Landtag bis spätestens Juli 2016 alle diese geforderten Maßnahmen zeitgerecht erhält. Wenn Ihnen das Südburgenland wirklich so wichtig ist, werden Sie unserem Abänderungsantrag, der auch im Unterschied zu Ihrem Antrag einen Zeit- und Kostenplan enthält, zustimmen. Deshalb unser Abänderungsantrag:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der Umsetzung des „Zukunftspakets Burgenland“ insbesondere die Bedürfnisse und Belange des Südburgenlandes zu berücksichtigen, folgende Projekte und Maßnahmen weiterhin zielstrebig zu verfolgen:

- Breitbandoffensive
- Aufrechterhaltung der wohnortnahen Schulen
- Grenzraumüberwachung
- Gemeindesicherheitskonzept
- bedarfsgerechte Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs („Südburgenland als Musterregion für den öffentlichen Verkehr“)
    - Prüfung des 10-Punkte-Forderungskatalogs der Initiative „Pro-Bahn“ auf Bedarf, Umsetzbarkeit, Finanzierbarkeit und Realisierungswahrscheinlichkeit in zeitlicher Hinsicht und Abfassung eines entsprechenden Berichtes
- Neubau des Krankenhauses Oberwart und Standortgarantie für das Krankenhaus Güssing
- Standortgarantie für Kompetenz-Bezirkshauptmannschaften
- leistbares Wohnen, Starterwohnungen und
- dem Landtag spätestens im Juli 2016 einen detaillierten Zeit- und Kostenplan vorzulegen, dass die oben genannten Projekte und Maßnahmen bis zum Ende der 21. Legislaturperiode umgesetzt werden.

(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Walter Temmel übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 62 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Als Südburgenländer muss ich mich natürlich nach diesem Scharmützel zu Wort melden, um aufzuzeigen, was der Unterschied ist zwischen Oppositionsrhetorik und Regierungsarbeit, nämlich 99 Prozent. Ein Prozent reden und 99 Prozent arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und das ist auch im Prinzip in Ordnung. Die Opposition ist eben, da um zu kritisieren*, (Abg. Manfred Kölly: Nein!)* nur man darf nicht so maßlos übertreiben, wie Sie das tun. *(Abg. Manfred Kölly: Aufzeigen tun wir Eure Fehler.)* Da würde ja überhaupt nichts passieren. *(Abg. Manfred Kölly: Der Rechnungshof zeigt eh dauernd auf. Es passiert ja etwas, aber nicht aufgrund der Regierungsarbeit. – Unruhe bei der SPÖ)*

Jetzt redest Du eh schon so viel den ganzen Tag, kannst Du nicht einmal zuhören? *(Abg. Manfred Kölly: Oja, gerne.)* Gut.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Fahren Sie fort, Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): *(fortsetzend)* Nein, ich bleibe da.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Nein, Sie wissen, ich meine in Ihrer Rede.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): *(fortsetzend)* Gut. *(Abg. Manfred Kölly: Wie geht es weiter? Bitte.)* Es ist unglaubwürdig, weil Sie das gerade so sagen, was Sie tun, nämlich, dass nichts passiert. *(Abg. Manfred Kölly Warum?)* Weil das ist einfach unrealistisch, man könnte auch ignorant sagen. Das geht an der Realität vorbei.

Niemand kann wirklich sagen, dass nichts passiert. Nicht einmal die schlechteste Regierung tut gar nichts. Daher sollten Sie sich die Rhetorik, gerade Ihr, *(Allgemeine Unruhe)* eigentlich ein Kabarett, irgendwie Ihr kabaretthafter Auftritt, der übrigens dazu führt, dass Sie die Lieferanten für „Bist du deppert“ sind. Da kann man nur sagen, „bist du deppert“, weil Sie machen das Land im Fernsehen schlecht mit falschen Meldungen.

Sie gehören dazu! Sie gehören auch dazu, dass die Futter haben mit falschen Unterlagen. *(Abg. Manfred Kölly: Entschuldige, der Verwaltungsgerichtshof. Nein, ich melde mich zu Wort. – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Daher kommt es zu diesen kabaretthaften Auftritten. *(Abg. Manfred Kölly: Ich will das jetzt richtigstellen.)*

Um Ihnen das ganz klar und deutlich zu sagen, weil das haben wir nicht notwendig, dass man mit Falschmeldungen das Land schlechtmachen lassen muss. Das braucht man nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Ich mache niemanden schlecht. Das sind Tatsachen. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ihre Tatsachen sind andere, das wissen wir. *(Abg. Manfred Kölly: Bitte, da gibt es eine Verwaltungsgerichtshofentscheidung.)*

Und wenn ich mir anhöre, was der Herr Kollege Temmel so sagt, da kommt mir immer das Gerücht unter, das so im Lande herumgeht, nach dem Krieg haben wir den

Beschluss gefasst, wir sind im Südburgenland arm und den haben wir dann jedes Jahr erneuert, bis wir es selber geglaubt haben. Wir sind nicht arm!

Wir haben eine Entwicklung im Südburgenland, die nachweislich genauso gut ist wie die im Norden und im nördlichsten Teil des Landes. Und warum? Weil wir gezielt die Förderungen, seit wir Ziel 1-Förderungen und Nachfolgeförderungen haben, mehr Förderungen prozent- und anzahlmäßig im Südburgenland gehabt haben.

Daher haben wir die gleiche wirtschaftliche Entwicklung, die gleiche Einkommensentwicklung, und das war vorher nicht der Fall. Man muss nämlich unterscheiden zwischen einer geografischen Benachteiligung und einer politischen. Die geografische Benachteiligung gibt es. Die werden wir aber auch nicht wegdiskutieren können. Wir können nicht das Land nehmen *(Abg. Walter Temmel: Verbessern kann man!)* und in die Nähe von Graz setzen. Das wird nicht gehen. Aber die politische Benachteiligung, die gibt es nachweislich nicht.

Ganz im Gegenteil. Wir haben sehr viele Projekte umgesetzt. Gerade aus meinem Bereich ist es eklatant, wenn ich das Beispiel Oberwart hernehme. Nur, da gehören zwei dazu. Nicht nur das Land, sondern auch die Gemeinde.

Wenn die Gemeinde nichts tut, geht auch nichts mehr weiter. Das ist eine Tatsache. Wenn der Herr Bürgermeister seit seinem Amtsantritt nicht einmal mit mir redet über die Entwicklung des Verkehrs, über Ansiedlungen, über Infrastrukturmaßnahmen, dann ist das nicht meine Schuld. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber was ist dann die Antwort?)* Zum Beispiel. Wir haben es getan. Wir haben in die Umfahrung und in die Infrastruktur von Oberwart zig Millionen gesteckt. Der Effekt ist, dass dort 900 neue Arbeitsplätze im Gewerbegebiet Neu Nord entstanden sind.

Dass wir die Gemeinde abgesichert haben, nicht nur vom Verkehrsfluss, sondern auch vom Hochwasser, weil das ein gemeinsames Projekt war, das passiert ja nicht zufällig.

Genauso wenig wie es in Parndorf zufällig passiert ist. Da muss man ja entsprechende Maßnahmen setzen. Und das tun wir auch.

Daher können wir nachweisen, was getan wird. Und dass dauernd dieses Mehr an Förderungen ins Südburgenland fließen. Wenn man das einfach so wegwischt, und man glaubt, die anderen reagieren nicht darauf oder wissen das nicht, dann nenne ich das ignorant. Absolut ignorant und eine Oppositionsrhetorik, die eben falsch ist.

Klar muss die Regierung sagen, was sie getan hat, ist nicht schlecht. Ist auch ganz klar. Das tun wir auch. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber doch nicht in Form dieses Antrages bitte!)* Aber wir lassen es nicht zu, dass man die Arbeit, die getan wurde, auch mit der ÖVP-Regierung zusammen, und da war gute Arbeit dabei, weil sonst hätten wir diese Erfolge und die positiven Projekte der EU-Förderungen nicht gehabt. Wenn man das jetzt selber schlechtredet, nur weil man jetzt in der Opposition ist, das ist auch nicht okay. Das soll Ihre sein. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber zufrieden waren die Südburgenländer auch nicht!)*

Unsere Fraktionen im Landtag fordern nicht auf, dass die Regierung arbeitet, sondern sie fordern auf, zielstrebig zu verfolgen, nämlich weiter zu verfolgen, was schon angefangen wurde und was schon passiert.

Das ist der Unterschied. Wenn man in einem politischen Gremium, wie dem Burgenländischen Landtag solche Anträge formuliert, weil es eben dauernd diese Zwischenrufe gibt, es passiert nichts, und das dann kabarettistisch versucht abzutun, na

ja, Armutszeugnis würde ich dazu sagen. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, aber für wen?)* Nein. Das gehört genauso wie bei der Opposition zum Spiel der Kräfte im Landtag. Ich meine jetzt nicht Spiel als tatsächliches Spiel, sondern als politische Darstellung.

Das ist ein Teil der politischen Darstellung, die legitim ist. Daher gibt es diesen Antrag, Gott sei Dank. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber die Regierung wird nicht entscheiden müssen, was legitim und was nicht legitim ist!)* Weil wir damit die Gelegenheit haben, und das ist kein Verkehr, das ist kein fertiges, kein fertiges Konzept für irgendeine Projektausarbeitung. Und weil man da sagt, das und das fehlt. Natürlich. Das ist ja ein Antrag. Das ist ein Rahmenkonzept.

Die einzelnen Projekte werden ganz genau so abgewickelt, wie tausende andere auch. Mit Zeitplan, wo Sie gesagt haben, das ist ja keine Neuerfindung. Wir sind ja auch nicht auf der Nudelsuppe daher geschwommen. Wir wissen schon, wie das geht. Daher wird es auch so umgesetzt werden.

Dieser Antrag ist ein äußerst positives Beispiel dafür, was gerade im Süd- und Mittelburgenland passiert ist, beziehungsweise noch passieren wird. All die Beiträge der Redner, die heute, vom Abgeordneten Schnecker zum Beispiel, noch kommen werden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das weißt Du schon?)* gehen genau in die Richtung.

Na entschuldige, was haben Sie geglaubt, was der Abgeordnete Schnecker sagen wird? Glauben Sie, der wird nicht Beispiele aufzählen? Na was haben Sie geglaubt? *(Zwiegespräche zwischen den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP)*

Ich kenne seine Rede nicht. Aber ich kann es mir vorstellen. Na entschuldige, na was wird der Abgeordnete Schnecker sagen? Es war auch klar, was der Abgeordnete Temmel sagen wird. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber bei Dir weiß er es nicht!)*

Das hätte ich Ihnen vorher schon sagen können, was der Walter Temmel sagen wird. Der sagt immer dasselbe.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat, das Glockenzeichen gebend)*: Geschätzte Damen und Herren! Der Herr Landesrat Bieler ist am Wort.

Bitte Herr Landesrat, fahren Sie fort.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ) *(fortsetzend)*: Frau Präsidentin! Recht herzlichen Dank. Das ist auch so eine Unart.

Was Sie gesagt haben, Herr Abgeordneter, hätte ich auch vorher gesagt, und was der Kölly sagt, habe ich schon hundertmal von ihm gehört, also weiß ich das auch, was er gesagt hat, ist eh immer dasselbe. *(Abg. Manfred Kölly: Und Recht habe ich! Bis jetzt habe ich immer Recht gehabt!)* Daher ist es auch relativ klar, was der Abgeordnete Schnecker sagen wird, nämlich aus dem Burgenland heraus seine Bereiche aufzuzeigen. Ist ja ganz klar ist ja logisch. *(Allgemeine Unruhe)*

Genauso wie Du heute gesagt hast, Du willst den Kurz für den Mitterlehner austauschen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was habe ich gesagt? Das hat ja der Niessl gesagt!)* wird der Abgeordnete Schnecker sagen, was für Beispiele es gibt. *(Beifall bei der SPÖ)* So einfach ist das.

Gut. Um zum Abschluss zu kommen. Dieser Antrag ist ein hervorragendes Beispiel dafür, einerseits was passiert ist, was noch passieren wird für das Südburgenland und dass es uns sehr wohl bewusst ist, dass das Südburgenland geografisch benachteiligt ist

und daher mehr an Förderungen, mehr an Projekten benötigt. *(Abg. Walter Temmel: Genau! Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zu einer tatsächlichen Berichtigung!)* Herr Mag. Steiner, zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ich verstehe das, wenn die Aufregung groß ist, wenn man sich selber bei manchen Dingen ertappt, aber man soll trotzdem bei der Wahrheit bleiben, lieber Herr Landesrat Helmut Bieler. Ich habe nicht gesagt, dass der Mitterlehner durch den Kurz ausgetauscht werden soll, das hat der Herr Niessl gesagt. Der Herr Niessl hat das gesagt und hat sich das irgendwie in seinen Fantasien zusammengesponnen, so wie der Herr Kern und der Herr Zeiler sich über ein Jahr lang hinweg damit beschäftigt haben, wie sie ein Komplott schmieden können, um den Faymann abzusägen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Alle wollen den Schnecker hören. So oft bin ich tatsächlich noch nie genannt worden im Vorfeld. Aber danke.

Aber, nach sechs oder genau sieben Rednern jetzt ist eigentlich alles gesagt. Ich weiß nur nicht, was an diesem Antrag so schlecht sein soll, der sich damit beschäftigt, wie wir das Südburgenland weiterentwickeln wollen.

Was kann daran schlecht sein? Ich denke, da sind wir uns in der Sache ohnehin alle einig. Mir geht es auch darum, nicht den Norden gegen den Süden ausspielen zu lassen. Ich denke, mit dem sollten wir auch aufhören, weil das einfach nichts bringt. Das „Südburgenland-Paket“, so wie es jetzt genannt wird, ist ein Paket, wo halt verschiedene Maßnahmen drinnen sind, die zum Teil begonnen sind, die zum Teil in der Umsetzung sind, sollen tatsächlich im Rahmen eines konkreten Zeitplanes dann auch dem Südburgenland zur Weiterentwicklung etwas bringen.

Wenn der Kollege Temmel das immer alles schlechtredet, dann sagen wir ganz klar, *(Abg. Walter Temmel: Das tue ich nicht!)* wir brauchen Anpacker und keine Anpatzer. Und mit dem Anpatzen, das ist tatsächlich so eine Sache. Sie machen das Burgenland außerhalb des Landes und auch im Land schlecht, und im Süden noch viel mehr, und damit ist niemandem gedient. *(Abg. Walter Temmel: Das stimmt überhaupt nicht! Das stimmt überhaupt nicht!)*

Der Herr Landesrat Bieler hat gesagt, es war ja nicht alles schlecht, was passiert ist, na da hat er hundertprozentig Recht. Mit Ihnen als ÖVP. Sie sind jetzt zehn Jahre Leader+ oder Südburgenland Plus-Obmann. Sie werden ja nicht sagen, dass das alles schlecht war, was Sie getan haben, oder? *(Abg. Walter Temmel: Das sag ich eh nicht! Ich habe gesagt, das stimmt nicht!)*

Na also. Also sind ja auch gute Dinge für das Südburgenland passiert. Oder Ihr Kollege Steindl war 15 Jahre Wirtschaftsreferent. Na wenn das alles so jetzt wäre, wie Sie es dauernd darstellen, jetzt weil Sie in Opposition sind, dann wäre ja alles schlecht gewesen, was wir bis jetzt gemacht haben, auch gemeinsam.

Also die Situation des Südburgenlandes ist ja nicht vom Himmel gefallen. Dafür sind wir alle gemeinsam verantwortlich. Auch Sie. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Einmal noch!)*

Einmal noch, was Leader Südburgenland Plus betrifft, und da bin ich unverdächtig, wenn ich das sage, Ihr Vorgänger hat da schon einiges mehr weitergebracht, wenn ich das so jetzt sagen darf, und da bin ich wirklich unverdächtig. Sie wissen, wer das war. *(Abg. Walter Temmel: Wer war denn das?)*

Zum Krankenhaus Oberwart. Der Landesrat Darabos hat es ausgeführt. Das größte Projekt in der Geschichte des Burgenlandes. Hat er sehr gut dargestellt oder darstellen können in der Fragestunde. Es wird das modernste Krankenhaus sein. Die Preisrichter sind mit der Materie befasst. Also alles, was notwendig ist, um Transparenz hineinzubringen, wurde getan. Der Generalplaner ist bestellt, haben wir gehört. Als nächster Schritt kommt der Generalunternehmer und dann wird mit dem Bau begonnen werden. 2021 soll es fertig sein.

Jetzt denke ich mir, der Kollege Rosner ist auch so einer, der das immer wieder schlecht macht. *(Abg. Georg Rosner: Ich habe es nicht schlecht gemacht!)* Na was kann Ihnen Besseres passieren, als dass Sie in Oberwart ein neues Krankenhaus bekommen? Was kann Ihnen Besseres passieren, als Bürgermeister von Oberwart, dass Sie dieses Krankenhaus bekommen? Im Wert von 160 Millionen Schilling. Na hören Sie doch auf, das immer schlechtzureden. Euro natürlich.

Und mit den burgenländischen Firmen, dass diese zum Zug kommen können, das wollen wir mit dem Bestbieterprinzip sicherstellen. Die Aussagen der Frau Resetar möchte ich gar nicht weiter besprechen, die da sagt, es reichen zwei Krankenhäuser. Ich denke, das hat der Herr Landeshauptmann ausführlich gemacht.

Komme ich zum Arbeitsmarkt. Über das Bestbieterprinzip. Trotz des Jammerns, trotz des Schlechtredens ist die Arbeitslosigkeit, und jetzt rede ich vom Bezirk Jennersdorf, zurückgegangen. Natürlich wird es nur eine Momentaufnahme sein, denke ich. Aber es ist eigentlich mit einem Wert von 5,6 Prozent Rückgang ein schöner Wert, auf den wir jetzt einmal stolz sein können. Dass wir belastet sind mit den Tageseinpendlern, haben wir auch mehrfach gehört. Da gilt es halt Anstrengungen zu unternehmen. Das ist eben auch mit dem „Südburgenland-Paket“ gut vorgesehen. Wieder die Frage: Was soll daran schlecht sein?

Bei der Breitbandoffensive, das ist schon eine ganz eine besondere Sache. Unser damaliger Klubobmann Christian Illedits hat das verhandelt. Jetzt ist er Präsident. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gut verhandelt!)* Dann wurden in Folge viele Sendemasten eingeschaltet, beziehungsweise die Leistung erhöht. Es wird trotzdem immer gesagt, es passiert nichts, es geht nichts weiter. Der Kollege Spitzmüller, der wirklich unverdächtig ist, von inhaltlichem Wissen betroffen zu sein, *(Heiterkeit unter den Abgeordneten – Abg. Walter Temmel: Na servas!)* sagt, es geht nichts weiter. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Entschuldige, das ist eine Frechheit!)*

Ich meine nur, immer wenn etwas gut gemacht wird, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Inhaltlich disqualifiziert!)* dann war es der Telekom Unternehmer. Und wenn etwas schlecht ist, dann waren es die Regierungsparteien.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich habe geläutet und daher bin ich am Wort. Sehr geschätzter Herr Abgeordneter Schnecker, ich ersuche Sie höflich, Ihre Wortwahl etwas anders zu wählen. Danke. *(Abg. Manfred Kölly: Er soll sich entschuldigen, das ist ein Witz!)*

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ) *(fortsetzend)*: Im Burgenland haben wir 83 Prozent der BürgerInnen, die eine gute Breitbandversorgung in Anspruch nehmen können. Natürlich wollen wir, dass es 100 Prozent werden. Aber die 83 Prozent sind ein sehr, sehr guter Wert. Auch da gilt es natürlich, und da gibt es Initiativen, die von den Providern kommen, und wo jetzt die Ausschreibung erfolgt ist und wo sich die Provider auch schon beworben haben, und manche auch für die Gemeinden definitiv im Südburgenland, dass hier die neueste Technologie zum Einsatz kommt.

Ich darf nur darauf verweisen, der Kollege Sodl macht das ausgezeichnet. Der hat neun solche Zirkel, ich möchte nicht sagen Ortsteile, mit einem sehr, sehr langen Straßennetz, 120 Kilometer, weil es der Herr Temmel vorher angesprochen hat. Aber auch beim Breitbandausbau ist er vorbildlich unterwegs, weil er sich darum kümmert, weil er hier in diesem Bereich etwas weiterbringt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die wohnortnahen Schulen, natürlich ist uns das ein Anliegen, weil wir nicht die Kinder zu Pendlern machen wollen. Gemeinsam mit dem Landesschulrat arbeitet die Landesregierung daran, die 41 Neuen Mittelschulen im Burgenland abzusichern. Hier sollen die Expositurschulen, natürlich die Schaffung von Expositurschulen, ermöglicht und vereinfacht werden. 2013 haben, und auch das ist ein Faktum, die SPÖ und die ÖVP gemeinsam das Pflichtschulgesetz beschlossen.

Wenn jetzt die zwei Schulen, Deutschkreutz, glaube ich, und die Neue Mittelschule Neuhaus am Klausenbach in eine Expositurlösung kommen sollen, dann kann ich das nur befürworten, weil der Schulstandort erhalten bleibt.

Wenn Sie heute Ihre Anfrage nicht zurückgezogen hätten, dann hätte Ihnen der Herr Landeshauptmann das sicher sehr gut erklären können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Entschuldigung, es ist ein Gesetz eingelaufen, warum soll man etwas erklären, wenn Sie es schriftlich haben!)*

Aber, die Neue Mittelschule Neuhaus am Klausenbach, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie können wahrscheinlich nicht lesen!)* auch dafür können wir im Rahmen dieser Expositurlösung eine Standortgarantie abgeben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nächste Frechheit!)*

Bei der Grenzraumüberwachung, auch das wurde angesprochen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich muss ihm Recht geben!)* wir wollen sofort damit beginnen. Findet nicht überall statt. Die Aufgriffszahlen steigen, das stimmt. Wir sind froh, dass wir mit dem Hans Peter Doskozil, einem Burgenländer, einen sehr vernünftigen Bundesminister haben, der in der Bundesregierung den Ton angibt.

Beim Gemeindesicherheitskonzept, um das jetzt nicht zu lange zu machen, haben wir neun Pilotgemeinden ausgewählt. Die werden mit wissenschaftlicher Begleitung dieses Gemeindesicherheitskonzept einmal umsetzen. Vielleicht einen Ausflug noch vom „Community Policing“ des Bundesministeriums für Inneres, das ist der sogenannte Dorfpolizist, den wir im Burgenland schon seit ein paar Jahren haben.

Das ist eigentlich immer dasselbe. Ich habe schon versucht, es mehrere Male zu erklären. Wenn der „normale“ Polizist Zeit hat, dann geht er herum und redet mit den Leuten. Wenn er eine andere Amtshandlung hat, macht er das nicht, aber genau um das geht es.

Die Sicherheitsgemeinderäte, ja, meine Damen und Herren von der ÖVP, das ist ein Schmäh. Die Sicherheitsgemeinderäte sind ein Schmäh. Die haben nämlich null Kompetenzen und können nichts tun.

Bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs, alles auf Basis des Generalverkehrsplanes.

Eines wollte ich noch sagen, im Bezirk Jennersdorf gibt es dieses Hickhack nicht, das muss ich heute einmal hier anführen. Der Kollege Hirczy und ich versuchen, zusammenzuarbeiten und ich möchte als Beispiel auch sagen, dass es eine Initiative gibt, wo alle zwölf Bürgermeister an einem Tisch sitzen, um dieses Konzept umzusetzen, nach Lösungen suchen, nach Möglichkeiten suchen, das finanzierbar zu halten und den Menschen ein Angebot zu machen.

Das verstehe ich unter Politik. Gleichzeitig wird die Konzepterstellung über die Dorferneuerung, in dem Fall von der Frau Landesrätin Dunst sehr gut gefördert. Auch dann danach, wenn es einmal läuft, gibt es die Abgangsförderung des Landes, die derzeit unbefristet ist. Also ich denke, wir werden da auf einen guten Weg kommen.

Die Buslinie G1 haben wir schon sehr, sehr häufig besprochen. Eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht.

Wenn die Bezirkshauptmannschaften angesprochen worden sind, ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Bezirkshauptmannschaften. Natürlich im Südburgenland, das hat der Herr Landeshauptmann gesagt, dass wir die großen BHs nicht zur Disposition stellen können. Wenn es nach einem Beweis bedurft hätte, dass hier der Standort erhalten werden soll mit allen Mitteln, dann ist es der, dass derzeit auf der BH Jennersdorf die Ausbauarbeiten oder Sanierungsarbeiten stattfinden. Eine Investitionssumme haben wir, glaube ich, von 2,9 Millionen Euro.

Zur Zusammenarbeit noch einmal im Bezirk Jennersdorf. Es haben diese Initiative für die Bahn und für die S7 gemeinsam alle Bürgermeister und alle Abgeordneten damals unterschrieben, auch das ist ein Zeichen, wie man Politik machen kann. Zur S7 ist es halt so, auch das wurde schon gesagt. Der Bescheid wäre konsumierbar, ist aber beeinsprucht in einem Rechtsstaat, auf den wir sonst immer so stolz sind, ist natürlich klar, dass der Ausgang des Verfahrens abgewartet wird.

Aber ich hoffe doch, dass wir die Straße, die wir brauchen, um den Wirtschaftsstandort Südburgenland weiterzuentwickeln, dann recht bald bauen können.

Der Herr Landeshauptmann hat diese Statistik hergezeigt mit den Investitionen. Er hat es auch gesagt. Ich möchte nur noch das Breitband vielleicht herausheben. Für Mitte Süd sind 22 Millionen Euro vorgesehen. Für Nord neun Millionen. Ohne jetzt die Regionen gegeneinander auszuspielen.

Aber man sieht, hier ist der Plan, dass vielmehr Geld von diesen zur Verfügung stehenden Mitteln in das Süd- und Mittelburgenland fließen soll. Insgesamt ist die Aufteilung 53 Prozent im Süden und in der Mitte und 47 Prozent im Norden. Also auch das zeigt, dass wir nicht immer so benachteiligt sind und so schlecht sind, wie es immer herbeigeredet wird. Was Sinn macht und was möglich ist, das soll auch umgesetzt werden und wird auch umgesetzt werden.

Die rot-blaue Regierung wird das tun. Also schlage ich vor, dass wir gemeinsam anpacken, dass wir gemeinsam diesen Antrag unterstützen und zustimmen, anstatt immer nur schlechtzureden, anzupatzen und krankjammern.

Wir stimmen unserem Antrag natürlich zu. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Hätte der Herr Landeshauptmann einfach zugehört bei dem, was der Herr Kollege Spitzmüller gesagt hat, hätte er sich gar nicht so aufregen brauchen. Er hat sich nämlich unheimlich aufgeregt, wobei einiges überhaupt nicht gesagt wurde. Auch andere haben nicht wirklich zugehört, aber leider ist es halt so, dass sich die Regierungsmitglieder jederzeit melden können in diesem Hohen Haus und dann wieder gehen und nicht mehr zuhören müssen.

Aber ich möchte eines hier schon sehr klar festhalten. Der Herr Spitzmüller sagte, dass wir hier einen Antrag vorgelegt bekommen, von dem Teile bereits beschlossen sind oder bereits durchgeführt werden. Was uns auch hier immer wieder gesagt wird. Er kritisiert und das, finde ich, ist ein wesentlicher Beitrag, er kritisiert, dass hier etwas beschlossen wird, was bereits beschlossen wurde oder was bereits durch die Regierung umgesetzt wird. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist ein Paket!)*

Das ist kein Ernstnehmen dieses Hohen Hauses, wo wir politische Maßnahmen diskutieren oder auch miteinander analysieren, aber etwas, was sowieso schon rennt, uns als Beschluss, als Antrag vorzulegen, ist ein bisschen eigenartig.

Oder auch etwas, was in der letzten Sitzung abgelehnt wurde, in dieser Sitzung wieder in einem Sammelantrag vorzulegen. Diese Dinge hat er kritisiert. *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja nicht!)* Sich jetzt darüber zu beschweren, dass er irgendetwas schlechtgeredet hätte, zeigt bloß, dass man gar nicht hingehört hat. Wir diskutieren hier über Integration und Sprache. Es wäre schon gut, wenn man hinhört, auch auf das, was andere sagen und dann erst reagiert.

Ich möchte jetzt nicht weiter inhaltlich zum Antrag eingehen, das haben schon einige andere getan. Ich möchte nur schon eines sagen, Herr Kollege Schnecker. Wenn Sie hier von diesem Pult aus einem Landtagskollegen sagen, ich zitiere „er ist unverdächtig, mit Wissen gesegnet zu sein“, dann kann Ihnen das vielleicht einmal passieren, *(Abg. Robert Hergovich: Das hat er so nicht gesagt!)* weil an so einem Tag mit schlechter Luft kommt vor, dass man nicht immer jedes Wort kontrolliert. *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja nicht!)*

Ich erwarte schon, dass Sie sich bei ihm entschuldigen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muss sich in diesem Hohen Haus schon sehr viel gefallen lassen. Als Opposition, aber auch als Mensch und Person, die sich wirklich dafür einsetzen. Bin ich Verteidiger der GRÜNEN? Im Gegenteil, weil ich auch oft nicht ihrer Meinung bin, aber eines ist klar.

Wenn Sie als Abgeordnete hier herinnen sitzen und nicht einmal wissen, was in der Regierung beschlossen wird und ständig die Hand heben bei Berichten oder bei gleichen Beschlüssen, was mich wirklich wundert. Und wenn sich der Herr Landesrat Bieler herstellt und sagt, 99 Prozent wird in der Regierung gearbeitet und ein Prozent wird geredet. Das glaubt er wohl selber nicht. Er sagt dann, er weiß im Endeffekt schon genau, was der Kölly sagt und was der Schnecker sagt, das weiß er alles genau. *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt aber!)*

Jetzt sage ich Euch etwas! Gott sei Dank, Herr Kollege Hergovich, traurig, sehr traurig, dass Sie als Klubobmann Anträge stellen müssen an den Landtag, die Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der Umsetzung des „Zukunftspakets Burgenland“ insbesondere die Bedürfnisse und Belange des Südburgenlandes zu berücksichtigen, folgende Projekte und Maßnahmen weiterhin zielstrebig zu verfolgen.

Weiterhin! Wisst Ihr was Ihr gemacht habt in den letzten Jahren? Das zeigen die Zahlen und die Daten. Ihr wart säumig. Dann stellt sich der Herr Landeshauptmann her und sagt, wie wunderschön alles ist. Dann stellt sich der andere hin, der Herr Schnecker, und sagt, na mir genügen eigentlich 53 Prozent für den Süden, die Förderung, und 47 Prozent für den Norden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie leben im Süden. Die einzige Frau Landesrätin, die sich wirklich und verstärkt dafür einsetzt in den Süden. Ich weiß nicht, warum Ihr Abgeordnete dort unten seid. Man hört Euch nicht, man sieht Euch nicht. Was macht Ihr? Pendlersprecher, habe ich gehört, ist der Herr Kollege. Ich habe noch nichts gehört, dass Ihr Euch eingesetzt hättet für die Bahn, für die Straße und dergleichen mehr.

Das sind genau die Dinge, die mich wundern. Die wundern mich. Von einer roten Fraktion, von einer Sozialdemokratischen Fraktion, die selber an ihre Regierungsmitglieder gemeinsam mit der FPÖ Anträge stellt. Die FPÖ war vor ihrer Möglichkeit in der Regierung zu sitzen… *(Abg. Robert Hergovich: Aber ich habe gewusst, was Du sagst!)* Herr Kollege Hergovich, ja, und steter Tropfen höhlt den Stein. Wissen Sie warum, Herr Kollege Hergovich?

Ein jeder Rechnungshofbericht, den haben wir vorausgeschaut, was kommen wird, genau das ist eingetroffen. Therme Lutzmannsburg, was haben wir getan mit dem Geld? 3,2 haben wir irgendwo, das ist verschollen. *(Abg. Robert Hergovich: Setzen wir uns zusammen!)* Andere Dinge, Schützen Umfahrung, da sagt der Herr Bieler und genau auf den Punkt komme ich jetzt. Der Herr Bieler sagt, wir liefern den Medien falsche Zahlen und Daten.

Ich glaube, der Herr Bieler ist in einem anderen Land geboren oder lebt in einem anderen Land und bekommt das alles nicht mit, was sich abspielt, was die Gerichte sagen. Auch die Medien sagen das. Nicht wir liefern das als Liste Burgenland, Bündnis Liste Burgenland, oder vielleicht die GRÜNEN. Streit um Umfahrung - Enteignung ungültig. Die Menschen in diesem Land werden sich hoffentlich wehren dürfen. Sie müssen sich auch wehren gegen so eine Politik, die da betrieben wird.

Das ist dem Herrn Landesrat Bieler sein Akt. Ich sage das bewusst. Das ist ein Akt, was er dort aufführt. Er will mit Gewalt über die Leute drüberfahren. Das wurde jetzt aufgehoben und klargestellt, dass die Grundstückseigentümer wieder Grundstückeigentümer sind. Warum muss man nicht Gesetze einhalten wie jeder normale Bürger oder jede Bürgermeisterin oder jeder Bürgermeister in diesem Land?

Wir haben kein Wasserrecht. Nichts haben wir da. Wir brauchen keine Umweltverträglichkeitsprüfung, hat es geheißen. Das umgehen wir, weil da machen wir die Straße ein paar Meter kürzer. Ist das notwendig? Sie, Frau Kollegin Salamon, reden immer, Wasser ist das wichtigste Gut.

Das Wasser steht dort auf den Äckern. Wir wissen gar nicht, was dort passiert. Was ist denn los? Warum setzen Sie sich nicht dafür ein und fragen Ihren Kollegen Bieler, hallo, was habt ihr denn gemacht? Aber Sie dürfen ja nicht, weil im eigenen Klub man das alles nicht machen darf.

Das ist genau der Punkt. Der Verwaltungsgerichtshof, wenn Ihr Euch das durchgelesen habt, ich hoffe, Ihr kennt diesen „Schrieb“, oder? Ihr werdet ja wissen, was da drinnen steht. Das ist das Traurige. Das ist das Traurige, dass man über Menschen drüberfährt, über Menschen, die gerne Gespräche geführt hätten und gerne bereit gewesen wären, unter diesen Voraussetzungen das so herzugeben wie es ihnen zusteht.

Da hat der eine mehr bekommen und der andere weniger für den Quadratmeter. Dann hat man eben einfach die anderen, die nicht hergegeben haben, die gesagt haben, ich will auch etwas anderes haben, hat man enteignet. Wunderbar, weil man gesagt hat, diese Straße ist ganz wichtig. Das hat heute der Herr Landeshauptmann gesagt, der Mensch ist ihm wichtig in Schützen. Ja, und die anderen Menschen sind ihm egal im ganzen Burgenland?

Wo etwas anderes passiert? Dem Herrn Bieler sowieso. Da frage ich mich, warum der noch dasitzt? Das ist das Nächste. Das ist eine Sauerei, Entschuldigung, ich nehme das sofort zurück, das ist nämlich genau der Punkt, wo ich sage, so kann man mit Menschen in diesem Land nicht umgehen. Sich dann herstellen und sagen, alle Zahlen, die wir den Medien liefern, jetzt sage ich Euch etwas, die Medien horchen uns wahrscheinlich gar nicht an, weil da schickt der SPÖ-Klub etwas aus und die müssen das so schreiben wie es tatsächlich ist. Ich kann Euch das beweisen.

Wir kommen zum nächsten Punkt, wo drinnen steht, klares Nein zum Atomstrom. Heute, Donnerstag, beschließen alle Parteien im Landtag einen Antrag, in dem ein europaweiter Ausstieg aus der Atomkraft gefordert wird. Der Anlass: Der Super-GAU von Tschernobyl, bla, bla, bla. Wisst Ihr, wann der Donnerstag war? *(Abg. Robert Hergovich: Vorige Woche!)* Der 12. Mai. Der SPÖ-Klub hat es hinausgeschickt, der Herr Piersner hat es geschrieben, wieder einmal.

Dann habe ich ihn angerufen und habe gesagt, hallo, wir haben keine Landtagssitzung. Das ist ihm wurscht. Alles, was Ihr tut, wird geschrieben. Nicht was wir sagen, wir halten uns nur an Fakten und Daten. Wir halten uns an Fakten und Daten. *(Abg. Wolfgang Sodl: Das kann ja keiner schreiben, was Du sagst!)* Ja, genau das ist der Punkt. Und so geht das weiter. Wenn ich dem Herrn Piersner etwas sage oder gegen den Herrn Piersner etwas sage, ich sage ja nicht mehr, er soll das korrigieren, sagt er, na, die haben mir das geschickt.

Na eh super, wenn die das geschickt haben, dann schreiben wird das auch so. Das ist ja super. Ich muss ehrlich sagen, schaut Euch das einmal an. Genau das sind die Punkte. Dann heißt es: Na eine gute Rutsche hast jetzt nicht mehr beim Piersner. Ich brauche keine gute Rutsche. Bei keinen Medien. Denn für mich zählen Fakten und das ist das Entscheidende. Und nicht eine Farbe, das muss auch klar sein.

Daher fordere ich die FPÖ auf, die FPÖ, die jetzt die Chance hat, in der Regierung etwas zu verändern. Ich habe ihnen die Chance gegeben. Wir haben mitgestimmt damals zu dieser Regierungskonstellation, zum Landeshauptmann, weil wir gesagt haben, geben wir ihnen die Möglichkeit. Geben wir ihnen die Möglichkeit, dass sie sich profilieren, weil in der Vergangenheit, in der Opposition, haben sie es hervorragend gemacht, weil sonst würden sie nicht in der Regierung sitzen.

Merkt Euch das. Genau das ist es. Wir werden auch so lange drauf bleiben, steter Tropfen höhlt den Stein, bis wir vielleicht auch in der Regierung sitzen werden und sagen können, liebe Freunde, da ist etwas falsch gelaufen damals. Daher haben wir jetzt die Möglichkeit, etwas zu verändern. Das wollen wir verändern und dazu sind wir gerne bereit.

Dem Herrn Landesrat Bieler ins Stammbuch geschrieben: Wir liefern keine falschen Zahlen. Wir sind dafür, dass Leute in diesem Land arbeiten und sich auch einsetzen, auch für das Südburgenland. Weil dieser Antrag, den kenne ich schon was weiß ich wie lange. Der Herr Landeshauptmann stellt sich her und sagt 400 Millionen werden wir wieder investieren dort unten. Na gut und schön. Super ist das.

Ich kann mich an Tage erinnern, an Landtagssitzungen, wo er gesagt hat die EU-Fördermittel sind dort nach unten gelaufen überall. 400.000 haben die genauso bekommen wie das Nordburgenland. Na wo sind die hingekommen? Da stimmt ja etwas nicht.

Heiligenkreuz tot - tut sich nichts. S7 sagt er, da ist er nicht schuld. Na bin ich Landeshauptmann und habe meinen Kollegen oben vom Infrastrukturministerium oder vom Wirtschafts- und Umweltministerium?

Na, Frau Kollege Salamon, Frau Kollege Salamon, *(Abg. Ingrid Salamon: Bitte Kollegin!)* genau, Kollegin, *(Abg. Ingrid Salamon: Danke sehr!)* tut mir leid. Frau Kollegin Salomon, tut mir leid, ich bin da eh immer sehr vorsichtig, ist mir herausgerutscht.

Die Situation in Schützen zeigt einmal mehr, wie man mit Leuten eigentlich umgeht, wie man mit den Menschen umgeht. Und dann sich hinzustellen und zu sagen, die Opposition und speziell der Kölly füttert die Medien mit falschen Zahlen. Das lasse ich nicht auf mir sitzen, das will ich korrigiert haben. Wir füttern niemanden mit falschen Zahlen, wir informieren nur die Bevölkerung, ob sie es dann aufnehmen oder nicht, ist die andere Sache.

Aber dass ich mich als verantwortlicher Landesrat da herstelle und sage, so quasi, was wollt Ihr denn, Ihr seid eh alle niemand, weil 99 Prozent arbeiten wir und ein Prozent reden wir nur, die anderen, Ihr seid ja sowieso unnötig, falls Euch das nicht aufgefallen ist, was er damit gemeint hat. Das heißt, der Landtag ist unnötig und das ist das Problem an der ganzen Situation.

Und nicht alles ist in der Vergangenheit schlecht gewesen, auch nicht mit der ÖVP und ich will das noch einmal sagen. Nicht alles ist schlecht, was der Herr Spitzmüller heute gesagt hat, er hat ja nur gemeint, dass halt nicht alles so in Ordnung war, was ja eh nachweisbar ist, aber es ist vieles umgesetzt worden. Auch mit der ÖVP.

Ich wünsche mir, dass die FPÖ endlich einmal dort hinkommt, was sie in der Opposition gemacht haben, dass sie sagen, jetzt geben wir Gas, jetzt schauen wir uns an und machen das, was wir in der Opposition gefordert haben. Das wäre mein Wunsch.

Wenn das funktioniert, ist das in Ordnung, aber lasst Euch ja nicht von einer SPÖ, die ohnehin nur mehr elf Prozent ist, über den Tisch ziehen. Glaubt mir das einmal. Das sind genau die Dinge, warum die Wahl so ausgegangen ist, das wisst Ihr auch und Ihr werdet über diese elf Prozent nicht mehr wegkommen, auch nicht bei der Landtagswahl. Ich sage Euch das und gebe Euch das schriftlich. *(Abg. Christian Illedits: Das unterschreibst Du mir gleich.)*

Weil eines ist klar. Wenn solche Verantwortliche wie ein Landesrat Bieler, wenn ein Landesrat Bieler sich hinstellt und sagt, wir geben falsche Zahlen vor, wir so quasi belügen die Bevölkerung, wir geben den Medien falsche Zahlen. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Er hat die Unwahrheit gesagt.)*

So ist es und das sollte er sich einmal ins Stammbuch einschreiben lassen, und Ihr solltet nicht dauernd nur zuschauen und die Hand heben. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Regierungskolleginnen und Regierungskollegen! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Als Südburgenländerin ein klares Bekenntnis: Ja, unsere Region ist unglaublich schön, wir haben viel zu bieten, die meisten Sonnentage werden oft genug mit anderen Teilen dieser Welt verglichen und das ist immer ein Kompliment für uns.

Ja, ich sage auch ganz klar, es ist schwierig bei uns, Arbeitsplätze zu schaffen, Unternehmen anzusiedeln, obwohl es höhere Förderungen gibt, das ist schwierig. Ich stehe dazu, dass es schwer ist, öffentlichen Verkehr für wenig Menschen zu organisieren, es ist noch nie irgendwo in einer Region so viel an Pilotversuchen investiert worden. Von einem Roten Bus bis zu einem Pinkatalbus und einem Rufsammeltaxi und einem Dorfbus und so weiter, das waren alles viele, viele Gelder.

Nur am Ende kommt immer wieder das Gleiche heraus, es fahren wenig Menschen damit, weil es dort wenig Menschen gibt. Nicht vergleichbar mit städtischen Regionen.

Ja, ich stehe auch dazu, dass man alle Anstrengungen bündeln muss, weil es dort nicht einfach ist. Aber eines sage ich Ihnen gleich, ich sage ein klares Nein dazu, was dort und ständig mit dem Südburgenland passiert, dass es da Menschen gibt, die ständig die Region schlechtreden. *(Abg. Walter Temmel: Wer redet die Region schlecht? – Abg. Christian Illedits: Nur der Temmel. Steht immer am Parkplatz in Ollersdorf. – Abg. Walter Temmel: Blödsinn!)*

Egal wer heute das alles wieder schlechtgemacht hat. *(Abg. Walter Temmel: Tatsachen!)* Aber jetzt stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, wenn man dort wohnt. Und dort wohnen Menschen, die sehr viel zufriedener sind, die sehr genau wissen, wer was für sie tut und die auch eines von uns allen erwarten, nämlich Lösungen.

Aber stellen Sie sich vor, Sie wohnen dort und kriegen mindestens einmal in der Woche einen Artikel, da steht drinnen: Schrecklich! Das Südburgenland ist die letzte, schlechteste Region Österreichs. Da passiert nichts und alles ist schlecht. *(Abg. Walter Temmel: Die Straße … ist die schlechteste.)*

Ich frage Sie, jeden einzelnen da im Landtag und jene, die das ständig machen. Stellen Sie sich das vor, Sie wohnen dort und kriegen das jede Woche ausgerichtet. Mich wundert, dass überhaupt dort noch jemand heute hoch erhobenen Hauptes geht und sagt, ich bin stolzer Südburgenländer und ich bin stolze Südburgenländerin. *(Abg. Christian Illedits: Demoralisieren könnt Ihr.)*

Was der Region seit vielen Jahren passiert, nämlich anstatt zu sagen, wir haben Zukunftspotential, wir haben Zuzug, bei uns wohnen Menschen, die sagen, ich will nicht mehr in Vorarlberg und in Tirol wohnen, ich will nicht in Wien und Niederösterreich wohnen, *(Abg. Walter Temmel: Das wissen wir eh.)* ich ziehe ins Südburgenland und dann kriegen sie jeden Tag ausgerichtet, das ist aber schlecht. Also das tut mir leid, das kann den Menschen nicht helfen, das kann die Menschen nicht unterstützen. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)*

Ich kann Sie als Südburgenländerin - wurscht, ich bin schon da gesessen, da gesessen, ich war im Parlament in Wien, aber so etwas habe ich für eine Region in Wien, auch im Parlament, und seitdem ich hier im Haus arbeiten darf, weil ich sehe das demütig

und als Auftrag und als Verantwortung, ich habe noch nie gehört, dass eine Region jede Woche so schlechtgemacht wird.

Hören Sie doch endlich auf damit! Sie ruinieren die Region und die Menschen, das ist ein Witz, das ist ein Witz. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Michaela Resetar: Nichts bringt Ihr zusammen. – Abg. Walter Temmel: 330 Meter Straße!)*

Hören Sie doch auf mit Ihrer Straße, das hängt allen raus, genauso wie mit jedem anderen, nur anpatzen und schlechtreden. Hören Sie doch endlich auf!

Meine Damen und Herren, das zahlt sich nicht aus. Lieber Abgeordnete, Du brauchst mir nicht helfen, schau, ganz Burgenland weiß, das sind 300 Meter, die einer Gemeinde gehören *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Abg. Mag. Michaela Resetar: Breitband! Christian, hingestellt hast Du Dich großartig in Schachendorf. Ich gebe Dir das schriftlich. – Abg. Christian Illedits: Das gibt es nicht. Ich war schon jahrelang nicht in Schachendorf.)* und diese 300 Meter kann die Gemeinde nicht herrichten, ist halt so, Gemeindestraße.

Nur schlechtreden, tun Sie nur weiter, Frau Kollegin, tun Sie nur weiter! Ich sage Ihnen nur eines klar und deutlich. Wenn Sie sich heute beispielsweise daher stellen und dann auch hin- und herdiskutieren, wer mit wem umgeht, verbal, dann stehe ich darauf, dass man sagt, ja, es gehört, egal in welcher Rolle man ist, in diesem Hause mit Respekt umgegangen.

Meine Damen und Herren! Ich bin Südburgenländerin, ich bin von der kommunalen Ebene im ÖVP-dominantesten Bezirk. *(Abg. Christian Illedtis: Gibt es dort noch schwarz dominierte?)* Auf Landtagsebene und auf Nationalratsebene haben wir gemeinsam mit guter Arbeit für die Menschen geschafft, diesen Bezirk zu drehen. Aber was ich dort inklusive meiner Kinder, nur weil ich eine sozialdemokratische Abgeordnete und Regierungsmitglied bin, genauso wie das Südburgenland, persönlich diffamiert und angegriffen wurde, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Geh, bitte!)* da sagen Sie einmal noch ein Wort. Das muss einmal wer aushalten, das ist typisch Ihr Stil. Tagtäglich, tagtäglich. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Walter Temmel: Du hast alle Deine Vorgänger beschimpft.)*

Aber, gut. *(Abg. Christian Illedits: Das ist hoffnungslos.)* Ich bedanke mich bei Ihnen als Südburgenländerin, dass heute, ich bin überzeugt, fast alle der gleichen Meinung sind wie ich. Das Südburgenland und die Menschen verdienen es, dass wir was für sie tun, dass wir es positiv bewerten und froh sind, dass wir ein Südburgenland haben, wo man herrlich leben kann und wo es tolle Menschen gibt.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Landesrätin. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Bitte bei der Abstimmung um etwas Ruhe. Herzlichen Dank.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Walter Temmel eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend ein „Südburgenland-Paket“ ist somit mehrheitlich gefasst.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 378) betreffend den europaweiten Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung (Zahl 21 - 258) (Beilage 396)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 7. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 378, betreffend den europaweiten Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung, Zahl 21 - 258, Beilage 396, wird Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salomon vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Danke Frau Präsidentin! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Wolfgang Spitzmüller und Manfred Kölly betreffend den europaweiten Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 27. April 2016, beraten.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den europaweiten Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als erster Redner zu Wort gemeldet, hat sich Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich hoffe, die Gemüter haben sich beruhigt. Es geht nämlich wirklich um einen wichtigen Antrag und ich denke um eine wichtige Sache, die schlussendlich unsere Lebensqualität in unserem Land und um unser Land dementsprechend auch beeinflussen kann.

Wenn wir heute einen Antrag, denke ich, beschließen werden, der weitreichend ist, aber auch schon in der Vergangenheit nicht einmal diskutiert ist worden, sondern des Öfteren diskutiert ist worden, und da war damals noch die Frau Landesrätin Dunst federführend, war ich gerne bereit, auch hier auf dieser Plattform gegen Atomkraft mit

dabei zu sein. Und das muss man einmal unterstreichen, auch in einer Situation, wo sich vielleicht der eine oder andere gedacht hat, was tut denn jetzt der da auf dieser Plattform.

Mir ist es ein Anliegen, hier dabei zu sein, um gegen Atomstrom aufzutreten. Gegen Atomstrom auch dementsprechend in der Öffentlichkeit zu informieren. Die Leute zu informieren, wie steht das Land dazu, wie steht man als Gemeinde dazu und wie steht man als Person dazu.

Wenn wir heute oder des Öfteren über das Wasser reden - das Wasser ist eines der wichtigsten Güter und da diskutieren wir sehr oft im Landtag, und ich hoffe, dass dort auch endlich einmal „Vernunft“ einkehrt, wo man mit Niederösterreich und Burgenland - vielleicht doch Frau Landesrätin - das Gespräch suchen könnte und noch einmal das auf den Punkt bringt, weil es auch wichtig ist. Und Atomstrom ist ja auch nichts anderes, ich meine, das ist zwar anscheinend die reinste Stromerzeugung, aber leider die tödlichste. Das muss man auch dazu sagen.

Und das ist das Problem, was niemand noch so richtig ins Auge gefasst hat. Denn alles schön und gut, dass man halt Atomwerke wohin baut und sagt, wird schon nichts geschehen, hinter mir die Sintflut.

Ich glaube, gerade wir als Abgeordnete sind gefordert. Gefordert, hier Zeichen zu setzen, auch für die zukünftigen Generationen, um auch hier die Lebensqualität und überhaupt das Leben abzusichern.

Ich denke, wenn ich dann die EU wieder einmal mir ins Auge fasse, und immer wieder die Diskussionen höre, und ich glaube, dieser Antrag ist ja auch in dieser Richtung genau passiert, dann frage ich mich schon schön langsam, ob wir nicht auch nicht nur mit einem solchen Antrag, sondern wirklich demonstrativ einmal nach Brüssel fahren sollten und ihnen erklären, was es heißt, rund um uns eigentlich Kraftwerke zu haben, welche leider Schrottwert haben und jeden Tag zum Zittern ist, dass irgendwas passiert. Und das können wir nicht zulassen.

Daher denke ich, dass dieser Antrag sehr wichtig ist. Ich hoffe, es wird auch weiter oben so gedacht. Im Bund und auch in der EU, dass man endlich einmal hier das erkennt und nicht immer wieder das aufflackert.

Es ist immer ein Jammer, nach ein, zwei Jahren kommt wieder die Diskussion und die EU sagt, ja, wir unterstützen sie. Die EU will Atomkraft stark ausbauen.

Wenn ich so etwas lese, da läuft mir die Gänsehaut - auf Deutsch gesagt -, und das kann es nicht sein. Daher glaube ich, es gibt ja EU-Gemeinderäte, es gibt ja auch dementsprechende Vertreter vom Land, die sich in der EU stark machen können. Herr Präsident Illedits ist anscheinend ständig draußen.

Wir werden ihm auf den Weg mitgeben, oder ich denke, wir sind in der nächsten Zeit auch draußen, wo wir uns mit diesem Antrag auch dementsprechend positionieren wollen, auch in Brüssel, in der EU draußen, und ich glaube, es würde Sinn machen, hier ein Zeichen zu setzen, weil es verdammt wichtig ist, einmal zu erklären, was das für Folgen haben kann.

Folgen insofern, weil wir nicht einmal jetzt noch wissen, wo gibt es ein Endlager, wo gibt es Möglichkeiten, diese Brennstäbe, die ausgebrannten oder nicht ausgebrannten Brennstäbe, unterzubringen.

Daher war dieser Antrag meiner Meinung nach höchst notwendig, sehr wichtig. Daher werden wir ihn natürlich gerne unterstützen.

In diesem Sinne glaube ich, könnten wir in Zukunft mehrere gemeinsame Möglichkeiten suchen, um solche Anträge einzubringen, um uns ein Hickhack wie davor zu ersparen, sondern wirklich für die Menschen des Landes Besseres zu erreichen. Danke. *(Beifall bei der LBL, bei der SPÖ und bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Ich freue mich natürlich auch, dass dieser Allparteienantrag zustande gekommen ist. Ein Thema, wo, glaube ich, kaum ein Blatt zwischen unsere Meinungen passt und alle an einem Strang ziehen. Gerade das Burgenland beweist tagtäglich, wie ökologisch und wie sicher Energie produziert werden kann.

Ich habe mir ein bisschen angeschaut, wie es eigentlich in der EU grundsätzlich aussieht. Ich muss sagen, ich war selbst überrascht. Es gibt derzeit in der EU sage und schreibe 131 Atomkraftwerke in 14 verschiedenen Mitgliedstaaten. Das ist eine anständige Menge. In 14 Ländern sind Atomkraftwerke geplant. Also der Ausbau oder Neubau.

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft aus dem Jahre 1957 heißt es übrigens, dass die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt und dass die Europäische Kommission die Atomforschung in den Mitgliedstaaten zu fördern und zu erleichtern habe. Das ist ein altes Bekenntnis, gilt leider nach wie vor.

Dem nicht genug gibt es nun einen Entwurf für ein Strategiepapier der EU-Kommission, welcher dazu anregt, die Mietgliedstaaten sollen stärker kooperieren, was die Erforschung, Entwicklung, Finanzierung beim Bau neuer innovativer Reaktoren angeht. Gedacht sind da laut „Spiegel Online“ sogenannte Miniatomreaktoren. Man sieht leider auch in Europa, nicht nur in Europa, in der EU ist die Atomlobby ziemlich stark. Deshalb müssen wir als Antiatombewegung dem etwas dagegensetzen und dieses stärken.

Ich habe bereits im Büro von der Landesrätin Eisenkopf darum ersucht, dass auch das Burgenland der Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg beitritt. *(Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf: Ist schon passiert.)* Ist schon passiert, sagt sie gerade, wunderbar.

Wir brauchen diese Allianz, um die atomkritischen Regionen, Länder auf EU-Ebene zu stärken. Lobbyisten für Atomkraft gibt es in der EU wahrscheinlich ausreichend. Vielleicht ist es möglich, langfristig über diese Allianz, wenn die ausreichend groß ist, in Europa, in der EU einen Lobbyisten, eine Lobbyistin für eine atomkraftfreie EU zu installieren.

Ich möchte noch auf ein konkretes Problem beziehungsweise Atomkraftkraftwerk ganz in der Nähe von uns eingehen. Es ist das in Ungarn. Das Kernkraftwerk Paks. Das läuft jetzt bereits und soll ausgebaut werden. Es sind schon letztes Jahr dank Benedek Jávor, einem Abgeordneten in Ungarn, geheime Papiere, Studien zutage gekommen, die eigentlich sehr bedenklich machen. Nämlich, dass dort die Machbarkeitsstudie für die Umweltverträglichkeitsprüfung auf Grund von veralteten Datenmaterial ausgeht.

Auch das Atomkraftwerk in Paks ist übrigens ein Kraftwerk, das keine riesigen Kühltürme hat, sondern da ist die Donau daneben und das wird mit Wasser gekühlt. Ein

Riesenproblem, weil wir, wenn ich etwas kühle, wird etwas anderes aufgeheizt. Das ist in diesem Fall die Donau. Wenn sie jetzt ausbauen, ist die Gefahr, dass genau der Bereich dort, die Donau, aufgeheizt wird, gerade in den Sommern ist das sehr kritisch, und das kann zu so „extremen“ Temperaturen führen, da reichen bereits 30 Grad, dass dort die Lebewesen in der Donau absterben.

Etwas weiter südlich von Paks ist übrigens ein Nationalpark, wo die Donau dazugehört. Also auch ökologisch ein sehr großes Problem. Weit gefeit davon, dass Atomkraftwerke ökologisch oder gar klimaschonend sind.

In Deutschland hat man bereits jetzt das Problem, wo es auch solche Kraftwerke gibt, die mit Wasser gekühlt werden, dass die im Sommer oft heruntergefahren müssen werden, weil die Flüsse durch die Hitze im Sommer, die durch den Klimawandel noch angeregt wird, bereits so hohe Temperaturen hat, dass man das gar nicht mehr kühlen kann. Die fahren dort im Sommer teilweise die AKWs runter.

Deswegen sei hier noch einmal gesagt, ganz wichtig, dass wir hier diese Allianz stärken, dass wir gemeinsam diesen Beschluss fassen, dass wir uns sowohl auf nationaler, auf internationaler, auf EU-Ebene ganz stark dafür aussprechen, dass die Atomkraft langfristig zu den veralteten Technologien gehört.

Wir haben neue Technologien, die sehr viel besser sind. Das Burgenland ist, glaube ich, ein Paradebeispiel, und ich hoffe, wir können das den Ungarn auch ein bisschen schmackhaft machen dadurch.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Vor 30 Jahren, genau am 26.4.1986, hielt die Welt den Atem an, als es im Atomkraftwerk Tschernobyl zu einer Explosion eines Reaktors kam. Dieser Super-GAU, aber nicht zuletzt auch die Katastrophe von Fukushima haben der Weltöffentlichkeit in dramatischer Art und Weise das unglaubliche Gefährdungspotential der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie vor Augen geführt.

Kilometerweite verwüstete und kontaminierte Landstriche bis hin nach Westeuropa. Erschreckende Bilder tausender toter Menschen. Sowie in erschreckendem Ausmaß Bilder der durch die Strahlung hervorgerufenen genetischen Veränderungen sowie Schäden am Organismus, die sich bis zum heutigen Tag in Fehlgeburten und Missbildungen zeigen.

Doch nicht nur diese Katastrophe, sondern auch die Gefährdung und das unverantwortbare Sicherheitsrisiko durch grenznahe Atomkraftwerke und Atomrestmülllager, welche sich in einem erhöhten Aufkommen verschiedener Krebsarten verstärkt im Osten Österreichs niederschlägt, müsste die Bundesregierung unverzüglich zum Umdenken und Handeln bringen.

Diese scheint jedoch bis heute dadurch nicht wirklich beeindruckt zu sein. Im Gegenteil, der Grundkonsens zur Atomfrage ist durch die seinerzeitige Entsendung Wolfgang Schüssels in den Aufsichtsrat des RWE-Konzerns zu Grabe getragen worden.

Die Lehren aus diesen Katastrophen und den dadurch auch auf Österreich entstandenen Einwirkungen müssen sein, unverzügliche Richtungsänderung von

EURATOM oder Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag. Ausstieg aus dem Kyoto-Vertrag und die Verwendung der dadurch freiwerdenden Mittel für den Ausbau erneuerbarer Energie.

Gerade das Burgenland ist hier ein Vorreiter und zeigt vor, dass es auch anders geht. Das Burgenland hat im Bereich der Windenergie eine einmalige Erfolgsgeschichte vorzuweisen. Es wird hier bereits deutlich mehr Strom aus erneuerbarer Energie produziert als das Land selbst braucht.

Um diese Erfolgsgeschichte fortzusetzen, ist unter anderem aber auch eine Verbesserung des Ökostromgesetzes, die mehr Mittel und weniger Bürokratie für Investitionen in erneuerbare Energie bringt, die Förderung von Alternativenergie und eine Zertifizierung des Atomstroms notwendig.

Für uns ist unverständlich, dass hier auf EU-Ebene noch kein Umdenken stattgefunden hat. Im Gegenteil, Atomkraftwerke werden, obwohl sie nachweislich unwirtschaftlich sind, noch immer gefördert.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass es uns aber auch bewusst sein muss, dass die Ausweitung von alternativen Energiequellen auch mit höheren Kosten verbunden ist, welche sich dann natürlich auch auf den Strompreis niederschlagen werden.

Meine Fraktion wird dem Entschließungsantrag natürlich die Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Burgenländische Landtag muss sich für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Krenkraft einsetzen. Dieser Antrag liegt vor, das haben wir, ich denke, schon bei den letzten Wortmeldungen eindeutig gehört.

Gerade Atomkraft in Grenznähe, egal ob in Slowenien, Ungarn oder Slowakei, stellen ein Sicherheitsrisiko für uns im Burgenland dar. Die Kernkraft ist generell ein Risiko für die Menschheit, egal ob für Österreich oder für unseren Planeten.

Nehmen wir daher unsere globale Verantwortung durch eine ambitionierte Klima- und Antiatomkraftpolitik wahr. Nehmen wir Verantwortung für unsere nächsten Generationen wahr. Die Probleme der Atomkraft sind vielseitig. Egal ob es sich um Störfälle in Reaktoren handelt, ob es sich um gefährliche Transporte handelt. Um das Thema Endlager, um das Thema Halbwertszeit und vieles mehr.

Aber denken wir auch positiv. Es gibt Musterbeispiele für Wasserkraft, Windenergie, aber auch Fernheizwerke, und auch diese Projekte sind nicht immer unumstritten. Viele regionale Projekte wurden von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern forciert. Viele Projekte wurden unterstützt. Ich denke hier auch an das Thema Photovoltaik. Auch hier gibt es noch viel Potential. Ich wünsche mir daher eine moderne Umwelt-, Natur- und Klimaschutzpolitik.

Kollege Fazekas wird heute noch zum Thema E-Mobilität einiges erläutern, denn auch hier sind kluge und nachhaltige Maßnahmen und Initiativen gefragt. Ein positives Beispiel für mich ist neben dem Thema Photovoltaik auch die Optoelektronik. Hier gibt es

ein Beispiel in Jennersdorf. Die Firmen Tridonic und Lumitech im Technologiezentrum Jennersdorf arbeiten am Thema LED. Mehr als 180 Arbeitsplätze wurden hier bereits geschaffen. Und gemeinsam mit Dr. Stefan Tasch haben wird dort die Lichtregion gegründet.

Ziel ist es, einerseits die LED-Technologie voranzutreiben, aber auch den Menschen die Nachhaltigkeit zu zeigen. Unser ambitioniertes Ziel war es, den Bezirk glühbirnenfrei zu machen. Inzwischen setzen wird weitere Schwerpunkte und wollen unter anderem in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden hier notwendige Maßnahmen setzen und den Menschen zeigen, wie es geht.

Ich denke, das ist der Weg, wo wir alle gemeinsam hin wollen. Wir müssen auch gemeinsam versuchen, Energie einzusparen, um hier dementsprechende Schritte zu setzen.

Dieser Antrag, der hier vorliegt, ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn Atomkraft ist nicht der optimale Weg. Erneuerbare Energien werden forciert und die Kernkraft ist zu überdenken.

Die ÖVP wird diesem gemeinsamen Antrag zustimmen und somit die Zustimmung erteilen.

Ich darf zur vorangegangen Diskussion vielleicht noch ergänzen. Als Südburgenländer blutet mir ein wenig das Herz, wenn man hört, wie über das Südburgenland geredet wird. Und ich wünsche mir hier, dass wirklich alle gemeinsam mehr für das Südburgenland tun.

Als Südburgenländer bin ich dennoch stolz, und ich gebe das allen mit auf dem Weg, dass die Ziel 1-Förderung nur möglich war, durch die damals strukturelle Benachteiligung des Südburgenlandes. Dass viele Förder-Euros auch in den Norden geflossen sind, das stört mich nicht. Ganz im Gegenteil. Jeder Arbeitsplatz im Burgenland ist wichtig. Jeder investierte Euro ist wichtig.

Ich wünsche mir daher, dass wir gemeinsam für die Themen S7, Bahn, Breitband, Mobilität und Arbeitsplätze arbeiten. Ich denke, das sind wir den Menschen im Burgenland, speziell im Südburgenland, schuldig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Hohes Haus! Es haben alle meine Vorredner, und ich glaube, das ist ja für den heutigen Tag wirklich einmalig, dass man das sagen kann, dass ich das hier in diesem Hohen Haus noch erleben darf, dass ich alles, was meine Vorredner gesprochen haben, unterstreichen kann. Hätte ich, glaube ich, auch nicht geglaubt, dass so etwas passiert.

Ich wünsche mir für unser Burgenland, für Süden, für Norden, für Mitte, dass wir uns vielleicht wirklich besinnen, wofür wir von den Wählern gewählt worden sind und dass wir, wenn wir für unser Burgenland etwas Gutes machen wollen, vielleicht nicht so lange warten, wenn es um lebensbedrohliche Dinge, wie hier bei Atomstrom geht, bei Atomkraftwerken geht, dass wir es nicht so weit kommen lassen, dass wir nur dann positiv zusammenarbeiten können, wenn wirklich sonst nichts mehr geht.

Wenn auch jetzt keiner herschaut von den Abgeordneten, die sich vorher so massiv aufgeregt haben, dann werden Sie mich wahrscheinlich hören. Vielleicht ist es das

schlechte Gewissen, dass sie mir nicht in die Augen schauen können. Ich bin nämlich schon davon überzeugt, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wen schauen Sie jetzt an? Mich?)* dass dieses Hickhack, Frau Kollegin, Sie können sich gerne melden. Ich halte das ruhig aus, wenn Sie mir dann eine Kritik vorwerfen.

Aber ich glaube, es ist wirklich an der Zeit und angebracht, und ich würde das gerne vergleichen, weil ich von Mattersburg bin, mit einem Fußballspiel. Wenn eine Mannschaft beim Fußball nicht in eine Richtung geht, nicht das gleiche Ziel vor den Augen hat, einen Sieg zu erreichen, dann wird das nicht funktionieren. Weil wenn die Stürmer oder die Verteidiger es anders sehen wie der Trainer, dann kann das nicht funktionieren. Und so oft kann ich das vergleichen, hier heute im Landtag, wie ich das erlebt habe.

Und Sie, meine Damen und Herren, die uns vielleicht mit iPhone oder Internet zu Hause zusehen, wenn Sie es bis jetzt ausgehalten haben, hier zuzuhören, dann meine Hochachtung. Aber dieses Thema, das wir heute hier besprechen zeigt, wenn es wirklich um wichtige Dinge geht, so sehe ich es, Atomstrom, dann gibt es doch die Möglichkeit und wir sollten die Hoffnung nicht aufgeben, gemeinsam für dieses Land zu arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine Vorredner haben wirklich schon gesagt, 30 Jahre Tschernobyl, fünf Jahre Fukushima. Sie werden sich wahrscheinlich alle erinnern oder vor 30 Jahren kleine Kinder zu dieser Zeit gehabt haben, wo es ziemlich lang gedauert hat, bis wir Österreicher eigentlich eine Information bekommen haben, bis Kommunalpolitiker und Landespolitiker reagieren konnten, was man eigentlich durch dieses Atomunglück noch verhindern kann.

Ob es jetzt im Kindergarten war, nicht mit Sand zu spielen und so fort. Jetzt ist das 30 Jahre her. Vor fünf Jahren war ein noch größeres Unglück und zu dieser Zeit, so ist es mir zumindest gegangen, war ich der Meinung, dass Europa aus der Atomkraft aussteigen wird. Fünf Jahre sind vergangen. Es ist immer weniger in Erinnerung, was dort passiert ist und es verwundert mich, und der Kollege Spitzmüller hat es ja schon gesagt, dass die EU weiter Atomkraftwerke fördert und dass man aus dem Atomstrom nicht aussteigt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass diese Energie nach wie vor natürlich in der EU vertreten wird. Ich bin davon überzeugt, dass es sehr wichtig ist, wenn wir heute im Spiegel oder gestern im Spiegel online lesen, dass man sagt, es soll jetzt neue Forschungen für diese Miniatomreaktoren geben. Ich glaube, wenn wir alle eines wissen, egal wie klein so ein Reaktor ist, wenn es mit Atom zu tun hat, wird die Bevölkerung, die Natur und die Menschen letztendlich wirklich den Schaden davon tragen.

Für mich ist es sehr wichtig, dass dieser Antrag heute an die Bundesregierung weitergegeben wird. Dass diese Bundesregierung das an die EU weiterträgt. Wir sollten uns vielleicht wirklich andere Alternativen überlegen. Da würde ich auch die Frau Landesrätin ersuchen, weil es doch so ist, dass auch in Zeiten der EU - und ich spreche jetzt nur von Glyphosat - doch einiges möglich ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben und wenn Glyphosat, es ist, glaube ich, heute gleichzeitig in der EU verhandelt worden, aber zumindest eines wird erreicht werden, dass zumindest die Zeit von der Genehmigung herabgesetzt wird.

Wünschen würde ich mir, dass es überhaupt nicht mehr genehmigt wird. Aber dieses Beispiel sollte uns zeigen, dass es sehr wohl sehr wichtig ist in Gemeinden, in Städten, im Land und eine Bundesregierung hier das sehr massiv in der EU zu vertreten.

Dass das natürlich möglich ist, das ist auch schon gesagt worden. Das zeigt unser kleines Burgenland, wenn wir im Jahr 2000 drei Prozent der Energie selbst gemacht haben ist es so, dass wir 2013 mehr Strom erzeugen, wie das gesamte Burgenland verbraucht. Das heißt, wir können vielleicht wirklich hier eine Region sein, wo wir EU-weit ein Vorbild sind.

Ich glaube, auf dieser Forderung sollten wir vom Land und vom Bund natürlich dranbleiben, weil es schon eines zeigt: Auch wenn wir kein Atomkraftwerk haben, liegen wir geographisch so, dass um unsere Grenzen genug Atom vorhanden ist.

Wir alle wissen, dass wir uns vor den Wolken nicht schützen können, dass sie vor Grenzen nicht Halt machen. Umso mehr sind wir auch gefordert, hier ständig weiter zu fordern und es weiter anzutreiben, dass Europa wirklich atomkraftfrei wird.

Meine Fraktion stimmt natürlich auch gerne diesem Entschließungsantrag zu. Ich danke Ihnen allen, dass wir das gemeinsam machen. Vielleicht sollten wir uns für den Landtag vornehmen, wenn dieser kleine gemeinsame Nenner für die Umwelt für uns so wichtig ist, dass wir zumindest bei der Umweltpolitik gemeinsame Anträge und Beschließungen machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren ein Thema, das im Bund und europaweit aber auch global eigentlich seit vielen Jahren nicht nur im Mittelpunkt von Diskussionen steht, sondern den Menschen immer stärker ein Anliegen wird. Leider, und das muss man aus österreichischer Sicht mehr als betonen, nachdem wir einen fertigen Reaktor gehabt haben, haben wir durch eine Volksbefragung diese Situation geschaffen, dass er nicht aufgedreht wurde und dass kein Atomstrom produziert wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Leider, noch einmal zurückgreifend, ist in unseren Nachbarländern angefangen 100 Kilometer von uns entfernt zweimal Bohunice, viermal Dukovany und 200 Kilometer entfernt haben wir zweimal Temelin und zweimal Mochovce. Diese Atomkraftwerke sind vorhandene Realität und alles was diese Länder, die Eignungsländer im Sinn haben, ist die Tatsache, dass sie weiterhin ohne Einschränkung auf diese Atomstromproduktion setzen und dadurch eigentlich diese Atommeiler laufend noch erweitert ausgebaut werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese Situation, die wir hier vorfinden und diskutieren, ist für die Bevölkerung mit Sicherheit nicht akzeptabel. Auf der einen Seite Österreich im Bekenntnis keinen Atomstrom zu produzieren, auf der anderen Seite haben wir 100 und 200 Kilometer von unseren Grenzen entfernt Beitrittsländer zur Europäischen Union, die in der Regel die Atomkraft voll und ganz nutzen und das auch zukünftig tun wollen.

Ich will hier an dieser Stelle nicht darüber diskutieren, wie eigentlich weltpolitische Interessen und speziell auch wirtschaftspolitische Interessen hier das System prägen und wie viel man schon darauf verwandt hat, dass ein Land das bereit war, den Ausstieg zu setzen, noch einmal die Retourkutsche gesetzt hat und wieder die Wertigkeit auf Atomstrom gelegt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für uns ist eine Entscheidung wichtig, nämlich, die der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland hat sich entschlossen, nachdem über viele Jahr ein aufgeschobener Diskurs stattgefunden hat, über Zeitpunkte

die erst eintreten werden, wenn die Atomkraft abgeschafft werden soll, hat Deutschland diesen Ausstieg aufgrund von Fukushima eindeutig geprägt.

Wir haben auch im 30jährigen quasi Urheberjahr auf das Ereignis in Tschernobyl jetzt die Sicherheit, dass einer der größten und auch von der Produktionssystematik her stärksten als Partnerland, nämlich die Bundesrepublik, diesen Schritt gesetzt hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang klar festhalten, dass alle die von Atomstromerzeugung reden und meinen, dass die eine günstige Variante ist, eine sichere Variante ist, durch die letzten Beispiele, die ich angeführt habe, nicht nur den falschen Weg gehen, sondern dass sie auch aufs falsche Pferd setzen.

Wir können heute davon ausgehen, dass Ereignisse, und jetzt will ich gar nicht von englischen Kernkraftwerken reden, die im Grunde genommen auch von der Bausystematik ganz schwierig und schwerwiegend beeinträchtigt zu betrachten sind, dass die Bausituation und die Entwicklungssituation gerade in Zeiten wie diesen, diesen Weg nicht mehr braucht und eindeutig ablehnt.

Die Bevölkerung hat es geschafft, diese bewusstseinsbildende Form aufzunehmen. Ohne Rücksichtnahme auf die Kernkraftwerke, die an unseren Grenzen stehen, gibt es jetzt immer wieder Initiativen, europaweite Initiativen, die sich speziell um eines handeln. Nämlich um die Endlagerung des aufgebrauchten Materials, wo es bis heute keine grundlegende Endlösung gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher ist die Schwierigkeit, die man betrachten muss, auch die finanzielle Grundlage dieser sogenannten Entsorgungssituation. Wenn jetzt in der Bundesrepublik von Milliardenzahlungen der Stromkonzerne, denen diese Atommeiler gehören, gesprochen wird, dass dann noch darüber gesprochen wird, dass ein Aufschlag in Milliardenhöhe gesetzt werden soll, um für den Zeitpunkt wann die Entsorgung stattfinden muss, entsprechend finanzielle Vorsorge getroffen zu haben, dann kann man sich vorstellen, was das für eine große aktiengebundene Einrichtung wie einen dieser Energieversorger in der Bundesrepublik für einen Einschnitt bedeutet.

Herrschaften, die bisher auch auf Kohle gesetzt haben, auch aus verschiedenen anderen Überlegungen, nur nicht aus umweltrelevanten Themenbereichen, haben genauso ein Problem, dass sie für Einrichtungen bezahlt haben. Einrichtungen quasi auch dann schlussendlich endlösen müssen, aber auf der anderen Seite wenig Vorkehrungen getroffen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland, aber auch ganz Österreich, setzt seit Jahren auf alternative Energien. Wie meine Vorrednerin betont hat, sind wir auf diesem Weg sehr erfolgreich. Wir werden aufgrund dessen, was klimaschutzrelevante Ziele in Paris in der Beschlussfassung anlangt, nicht durch ein Festhalten an alt hergebrachten Mustern in der Entwicklung auf Stromerzeugung oder andere Energien quasi weitergehen können, sondern wir werden radikale Schritte setzen müssen, um das zu ändern.

Natürlich ist im Grunde genommen ein schwerwiegendes Kapitel die finanzielle Ausstattung. Aber, ich habe gerade davon gesprochen, wenn wir alles berücksichtigen, was die Entsorgung von Atomstäben anlangt, die sichere Entsorgung, das ist ja ein in sich geschlossener Kreis beziehungsweise auch ein Problem. Wenn diese Entsorgung finanziell dotiert ist, dann ist diese Atomstromenergie keine billige und auch keine, die es zu nutzen gilt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur der Beschluss, der heute wieder eine Art von Aufforderung an die Bundesregierung und auch Europa ist, bedeutet

einen richtigen Schritt, sondern es gehören auch die entsprechenden außenpolitischen Maßnahmen gesetzt, dass Länder, die noch immer aus bestimmten wirtschaftspolitischen Gründen diesen Weg der Atomstromproduktion gehen, entsprechend geschult, entsprechend aufgeklärt und auch entsprechend unterstützt werden, um die Situation auf alternative Produktionen umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Kapital möchte ich zum Schluss noch erwähnen. Die Euratomsituation in der Europäischen Union ist ein Problem das langatmig schon im österreichischen Nationalrat diskutiert wird, weil es nämlich darum geht, dass Euratom von Österreich entsprechende Zahlungen bekommt und diese Zahlungen oft dazu verwendet werden, um wirtschaftlich beziehungsweise risikoreiche Atommeiler entsprechend ausstatten zu können.

Das ist nicht im Interesse Österreichs und kann auch für die Zukunft kein Weg sein. Österreich hat sich mit all seinen Bundesländern für eine atomstromfreie Nutzung oder beziehungsweise Energiegewinnung entschieden und es sollte auch in einer entsprechenden Ausführung auf diese Euratomgegebenheiten Gültigkeit haben.

Es kann nicht sein, dass österreichische Finanzmittel für andere Länder im Sinne der Atomnutzung gewährt werden beziehungsweise als Unterstützung dienen. Ich unterstütze diesen Antrag vollinhaltlich.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Das Datum haben wir jetzt schon einige Male gehört. Der 26. April 1986 war der Tag des Atomsupergaus in Tschernobyl. Er hat sich heuer zum 30. Mal gejährt und auch das Burgenland hat dieser Katastrophe am 25. April heuer im Kulturzentrum in Eisenstadt mit einer Veranstaltung gedacht.

Diese Katastrophe hat tausenden Menschen das Leben gekostet, hunderttausende mussten evakuiert werden. Die Umwelt ist weitläufig verseucht worden und auch die Anzahl der Krebserkrankungen ist enorm angestiegen. Nun können wir Tschernobyl oder Fukushima nicht mehr rückgängig machen, aber wir können aus diesen Ereignissen lernen und entsprechend Verantwortung übernehmen.

Wenn man bedenkt, dass immer noch rund fünf Millionen Menschen in verseuchten Gebieten wohnen, in Weißrussland, der Ukraine und Russland, dann sollte uns das, meiner Meinung nach, sehr nachdenklich stimmen. Es gibt auch eine neue unabhängige wissenschaftliche Studie, die die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Tschernobylkatastrophe analysiert und zu dem Ergebnis kommt, dass weltweit mindestens 40.000 Todesfälle auf diese Reaktorkatastrophe zurückzuführen sein werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bisher sind 6.000 Schilddrüsenkrebsfälle diagnostiziert worden, weitere 16.000 sind noch zu erwarten und es werden erhöhte Inzidenzen von Leukämie, Herz-Kreislauferkrankungen und Brustkrebse registriert, aufgrund dieser Katastrophe. Wir haben es heute schon einige Male gehört, es gibt leider trotz all dieser Inzidenzen noch immer auf EU-Ebene kein Umdenken, sondern, ganz im Gegenteil.

Obwohl die Atomenergie nicht nur gefährlich ist, sondern auch noch nachweislich unwirtschaftlich ist, werden hier öffentliche Gelder in Atomkraftwerke und in den Ausbau von Atomkraftwerken gesteckt, um hier die Atomstrombetreiber weiterhin im rentablen Bereich die Kosten halten zu können.

Es ist noch immer eine Tatsache, dass viele unserer Böden zum Teil noch immer radioaktiv verseucht sind. Das zeigt, glaube ich, wie verantwortungslos es ist und wie menschenfeindlich diese Energieform ist.

Außerdem sucht man in Europa, das haben wir auch schon gehört, seit Jahrzehnten nach Endlagerungsmöglichkeiten für Atommüll, die eine Sicherheit von einer Million Jahre gewährleisten.

Nun frage ich mich, was das für eine Bauweise sein soll, die eine Sicherheit von einer Million Jahre gewährleistet? Ich kenne keine. Ich nehme an, Sie auch nicht. So ist es eine Tatsache, dass wir noch immer weltweit keine Lösung für die Endlagerung von Atommüll haben. Das heißt also, die Atomlobby hat hier hunderten Generationen wirklich eine verantwortungslose Hypothek hinterlassen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Hinblick auf diese Tschernobylkatastrophe, aber auch auf die Vorkommnisse in Fukushima möchte sich natürlich auch das Land Burgenland hier beteiligen und einen Beitrag leisten. Wir haben es auch schon gehört, die Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg, initiiert vom Landesrat Anschober, die haben wir bereits. Es ist eine wichtige Initiative, die wir natürlich absolut begrüßen und unterstützen werden.

Auch der heutige Entschließungsantrag ist eine wichtige Gelegenheit - meiner Meinung nach - um dieses Thema wieder verstärkt in die Öffentlichkeit zu bringen. Ich bin sehr froh, dass wir hier alle in dem Landtag diese Chance gemeinsam nutzen und dieser Antrag wirklich von allen Parteien unterstützt wird. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend den europaweiten Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung ist somit einstimmig gefasst.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 370) betreffend Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in den burgenländischen Kindergärten und Schulen (Zahl 21 - 250) (Beilage 397)

Präsident Christian Illedits: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 370, betreffend Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in den burgenländischen Kindergärten und Schulen, Zahl 21 - 250 Beilage 397.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in den burgenländischen Kindergärten und Schulen in ihrer 09. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 27. April 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in den burgenländischen Kindergärten und Schulen unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik als erster Rednerin das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier wieder einmal zu einem Antrag einen Abänderungsantrag vorliegen und ich werde dann auch in meinen Ausführungen kurz erläutern, wie so ein Antrag, der viel Gehalt hat, der sehr konkrete Maßnahmen, sehr klare Vorschläge beinhaltet, zusammengestutzt wird auf einen Satz, der eigentlich nicht viel aussagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, zunächst einmal zum Inhalt unserer Anliegen. Das Jahr 2016 ist im Burgenland das Jahr der kulturellen Vielfalt. Das Jahr 2016 wurde von Landeshauptmann Niessl zum Jahr der Bildung ausgerufen. Beides in einer Kombination ist - meiner Meinung nach - Auftrag an den Burgenländischen Landtag, sich der kulturellen Vielfalt auch in den burgenländischen Bildungsinstitutionen, in denen Kinder und Jugendliche gesellschaftliches Miteinander in seiner Vielfalt erleben und einüben, zu widmen.

Wir Burgenländerinnen und Burgenländer erfreuen uns ja eines besonders vielfältigen Reichtums an Kulturen und Sprachen. Durch das Miteinander deutschsprachiger Bürgerinnen und Bürger und der vier gesetzlich anerkannten autochthonen Minderheiten.

Auch Globalisierung und Migrationsbewegungen beeinflussen natürlich die Sprachenlandschaft und das kulturelle Leben in Österreich und bereichern sie. Daher sind in den burgenländischen Kindergärten und Schulen längst nicht mehr nur Deutsch, Kroatisch, Ungarisch und Romanes in der Alltagskommunikation vertreten. Ich hoffe sehr, es wird dort auch nie verboten werden.

Natürlich braucht es dafür auch die nötigen personellen Ressourcen, wenn wer kulturelle und sprachliche Vielfalt in Kommunikation leben will. Hierbei handelt es sich gleichsam um Investitionen, die sich vielfach bezahlt machen.

Denn Mehrsprachigkeit ist eine große Chance für jedes Kind. Sie öffnet Tore zu einer anderen Welt und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte anderer Menschen. Sie weitet den Blick und hilft Verständnis für andere Kulturen zu entwickeln. Insofern ist auch eine Einengung auf eine Sprache, in der man sich nur miteinander unterhalten dürfte, eine immense Einengung des Denkens.

Die Sprachwissenschaft ist schon längst zur Erkenntnis gekommen, dass Ablehnung, Leugnung, oder Verdrängung der Erstsprache, oder der Erstsprachen zu Störungen im Selbstwertgefühl führen und das Erlernen einer neuen Sprache zusätzlich erschweren. Kinder und Jugendliche, die sich in ihrer Bildungslaufbahn auch in ihrer Alltagskommunikation mit verschiedenen Sprachen befasst haben, weisen - und das zeigen unterschiedliche internationale Studien auf - mehr und auch bessere Strategien im Sprach- und Sprachenerwerb auf und entwickeln tendenziell größere Toleranz - auch anderen gegenüber.

Das heißt, die positive Nutzung der Diversität im Klassenzimmer und im Gruppenraum ist ein gesellschaftspolitischer und bildungspolitischer Auftrag. Ihn zu erfüllen braucht eine breite Unterstützung der Lehrenden, aber auch durch die Politik.

Auch der Landesschulrat des Burgenlandes machte sich dies schon vor mehreren Jahren zum Anliegen. In einem Homepage-Eintrag kann man lesen: „Die oft zitierte, noch öfter aber argwöhnisch betrachtete Mehrsprachigkeit stellt eine unbedingt notwendige Voraussetzung für den interkulturellen Dialog und die kulturelle Vielfalt in unserem Umfeld dar.“ - Zitat vom 13.12.2010.

Im Abschlussbericht des Projektes „Sag`s - Sprachen aus guter Schule“ - auch von unserem Landesschulrat - wird festgestellt, das Ziel des ehrgeizigen Vorhabens, die sprachliche Diversität als ungeahntes und oft viel zu wenig beachtetes Potenzial für die Schulentwicklung wahrzunehmen, wurde voll und ganz erreicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier gibt es also etwas, worauf wir aufbauen können und wo wirklich gute Erfahrungen gemacht wurden. Der vernünftige Umgang mit sprachlicher Vielfalt beugt der Bildung von Rassismus und kulturellen Konflikten vor. Er öffnet Räume für kritisches Denken und gesellschaftlicher Partizipation.

Einigen hier im Saal ist das, glaube ich, mit mir gemeinsam sehr wichtig. Dieses wiederum ist die beste Grundlage für Verständigung und gelingende Integration, die heute ja auch schon ein Thema war. Darum sollte es dem Burgenländischen Landtag ein vordringliches Anliegen sein, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Kindergärten und Schulen zu fördern und zu unterstützen.

Wir halten es für höchst förderlich, wenn im Burgenland - anlässlich des Jahres der kulturellen Vielfalt, sowie des Jahres der Bildung - verstärkt Initiativen gesetzt werden.

Verstärkt, nicht einfach fortführend, die die sprachliche und kulturelle Vielfalt in der Alltagskommunikation, in Kindergärten und Schulen fördern. Dazu gibt es unterschiedlichste Möglichkeiten. Es geht darum in Veröffentlichungen und Schriften zum Bildungswesen im Burgenland, aber auch bei Veranstaltungen mit Pädagoginnen und Pädagogen auf die Stärkung des positiven Zugangs zu je eigener Herkunft, zu je eigener Kultur besonderen Wert zu legen.

Es geht darum, die Förderung der Mehrsprachigkeit in der Alltagskommunikation, in Kindergärten und Schulen besonders zur Sprache zu bringen und sich dazu fortzubilden. Es geht um die Stärkung der Kommunikation über unterschiedliche Kulturen, sowie die Unterstützung der Vermittlung von Kommunikation über österreichische Kulturen und deren Werthaltungen.

Auch das hatten wir in der Aktuellen Stunde schon mal kurz angesprochen. Ich konnte es leider nicht konkret länger ausführen. Es sollte in den kommenden Jahren in der Fortbildung der Pädagoginnen und Pädagogen einen besonderen Stellenwert bekommen, weil hier auch die Herausforderungen wachsen werden.

Der Landesschulrat sollte gebeten werden, sich um den Einsatz von Lehrern und Lehrerinnen mit Migrationserfahrung zu bemühen, weil hier wird - wenn wir bereits in den Lehrerkollegien die Diversität vorfinden, die Diversität im pädagogischen Alltag noch einmal besser zur Sprache gebracht - reflektiert und die taktisch auch genutzt.

Es wäre auch gut, wenn wir im Land Burgenland eine Motivationskampagne mit dem Ziel starten würden, mehr Studierende mit Migrationserfahrung für ein Studium an der Pädagogischen Hochschule Burgenland zu motivieren. Ebenso wie an der BAKIP in Oberwart. Es gäbe hier viel zu tun. Wie wichtig für Integration und Sprache und der Auseinandersetzung mit Kultur Bücher sind, das wissen viele von uns auch. Deswegen wäre es wichtig, dass Schulbibliotheken einmalig eine finanzielle Unterstützung zur Anschaffung mehrsprachiger Literatur und fremdsprachiger Kinder- und Jugendliteratur erhielten.

Ebenso wäre es gut, wenn Kindergärten finanzielle Unterstützung zur Anschaffung mehr- und fremdsprachiger Kinderbücher bekämen. Hier gibt es - gerade in den letzten Jahren - einen richtigen Boom an sehr wertvollen pädagogischen Büchern. Bilderbüchern, die mehrsprachig verfasst sind. Eine Förderung von Bildung von Schulpartnerschaften über Landesgrenzen hinweg wäre auch ein guter Beitrag zu einer weiteren Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt.

Denn nur in der positiven Kommunikation miteinander, und nicht in abwertenden Sprachen übereinander, können Vorbehalte abgebaut, kann Integration vollzogen werden, kann gutes, bereicherndes Leben miteinander ermöglicht werden. Nun liegt uns ein Abänderungsantrag vor. Warum gibt es Abänderungsanträge? Weil man findet, dass das, was im Antrag steht, nicht ganz zu unterstützen ist. Das müsste in eine andere Richtung gehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun zitiere ich aus dem Abänderungsantrag:

„Im Jahr der Bildung und der kulturellen Vielfalt 2016 ist ein besonderer Schwerpunkt der Mehrsprachigkeit, sowie der interkulturellen Bildung gewidmet.“ Es kommen dann einige Ausführungen, aber was ist die Beschlussformel? All die Maßnahmen, die ich Ihnen erläutert habe, waren in unserem Vorschlag, in unserem Antrag enthalten. Ganz konkrete Vorschläge, was ist denn zu tun, damit kulturelle Vielfalt hier gelebt werden kann und gut gelebt werden kann und Integration möglich ist. Was ist davon übrig geblieben?

Die Landesregierung wird aufgefordert, die bisherigen förderlichen Maßnahmen zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt im Bildungsbereich weiterhin zu unterstützen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist keine konkrete Maßnahme dabei. Sie sagen damit aus, weiter wie bislang, wir brauchen keine neuen Ideen. Ich finde das ist ein Armutszeugnis, im Jahr der Bildung mit null neuen Ideen zu kommen. Ich finde es ist ein Armutszeugnis, im Jahr der

kulturellen Vielfalt einfach nur zu sagen, wir machen weiter, wie bisher. Wir müssen doch den kulturellen Wandel im Auge haben. Wir müssen ihn doch anschauen. Wir dürfen doch die Realität nicht verleugnen. Wie viel sich ändert, wie viel auch dieses Jahr, das letzte Jahr, an Änderung bei uns mit sich bringt und nachher wird gesagt, weiter wie bisher?

Wir brauchen nichts Neues? Keine neue Maßnahme? Keine neue Idee? Sie lassen einen Abgeordneten über Leitkultur sprechen, aber zur Umsetzung im Bildungswesen fällt ihnen nicht mehr ein, als weitermachen wie bisher? Sie sagen wegschauen, weitermachen. Das sagen Sie mit der Abänderung dieses Antrages. Dabei bräuchten sie gar nicht so kreativ zu sein, denn die Ausarbeitung der Maßnahmen haben wir als GRÜNE ohnehin schon übernommen.

Es hat mich sehr gewundert, dass heute Landesrat Bieler wieder gesagt hat, der Unterschied zwischen Regierung und Opposition sei ein Prozent reden, 99 Prozent arbeiten. Ich habe mich gefragt, ob er uns wirklich unterstellen will, wir würden nichts arbeiten? Das hat mich wirklich sehr getroffen.

In diesem Fall haben wir bereits Arbeit geleistet. Gut ausgearbeitet, aber das will man ohnehin nicht haben. Man streicht es weg und sagt - weiter wie bisher. Die Regierungsparteien sagen zu dieser Arbeit „papperlapapp“. Was von den GRÜNEN kommt, lehnen wir ohnehin ab. So schaut es mit diesem Antrag aus. Sie haben also mit der Abänderung des Antrages, mit dem Einbringen des Abänderungsantrages sich auch gegen alles ausgesprochen, was wir hier vorgeschlagen haben.

Ich kann es nur wiederholen. Der Abänderungsantrag ist ein Armutszeugnis für das ausgerufene Jahr der Bildung und das ausgerufene Jahr der kulturellen Vielfalt. Dieser Abänderungsantrag ist eine Bankrotterklärung an zukunftsorientierte, lösungsorientierte, kreative und vernünftige Politik. Diesem Abänderungsantrag können wir wegen Irrelevanz leider nicht zustimmen. Das wäre zu peinlich und ein Affront gegenüber dem Anliegen des ursprünglichen Antrages.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Johann Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegin Petrik und Kollege Spitzmüller. Es fasziniert mich immer wieder, wie sehr Sie sich für ihr Lieblingsthema einsetzen. Das sind Personen mit Migrationshintergrund, das ist die Asylfrage oder das Kapitel Integration. Ich denke mir oft, vielleicht könnten Sie das in diesem Ausmaß auch für Burgenländerinnen und Burgenländer versuchen.

Zuerst möchte ich auf Ihre Begründung, praktisch des Entschließungsantrages, auf zwei Punkte eingehen und zwar

Erstens: Wenn Sie sagen, dass die Globalisierung und Migrationsbewegungen die Sprachenlandschaft und das kulturelle Leben in Österreich beeinflussen, dann gebe ich Ihnen schon Recht. Die Frage ist nur ob positiv oder negativ?

Weiters meinen Sie, die Sprachwissenschaft sei zur Erkenntnis gekommen Ablehnung, Leugnung oder Verdrängung der Erstsprache führe zu Störungen im Selbstwertgefühl und erschwere das Erlernen einer neuen Sprache. Das mag schon stimmen, aber erstens, ist das nicht notwendig und zweitens, ist der Erwerb der deutschen Sprache für diese Menschen sicherlich essentiell wichtig.

Ich habe heute schon in der Aktuellen Stunde darauf hingewiesen, dass ein zu hoher Anteil an Ausländern in Schulklassen ein großes Problem darstellt und den Sprachenerwerb praktisch behindert. Ich sage einmal behindert.

Tatsache ist, das ist meine Meinung, es passiert sicher genug hinsichtlich der Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt an burgenländischen Kindergärten und Schulen.

Man denke nur an die diversen Sonderformen die Sie ja tunlichst nicht erwähnt haben, die im Abänderungsantrag stehen, wie zum Beispiel diverse Sonderformen, Schulversuche, spezielle Unterrichtsmaterialien, Sprachförderkurse, internationale Schulpartnerschaften, Curricular der neuen Lehrerausbildung und so weiter und so fort.

Außerdem hat der Herr Landeshauptmann heute schon erwähnt, dass bis 2017 1,8 Millionen Euro für die sprachliche Förderung vorgesehen sind.

Ich glaube, Sie sollten sich weniger Sorgen um zu wenig sprachliche Vielfalt in den burgenländischen Schulen und Kindergärten machen, sondern Ihren jungen Genossen etwas demokratisches Verhalten beibringen, das wäre wichtiger. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Genossen sind bei der SPÖ, bitte.)*

Obwohl jedermann klar ist, dass parteipolitische Werbung an Schulen verboten ist, werden Sie wissen, dass die Jungen GRÜNEN in Oberösterreich, konkret in Wels, nicht nur vor den Schulen sondern auch in den Schulen Hetzschriften gegen den FPÖ Präsidentschaftskandidaten verteilt haben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Komm auf das Burgenland zu reden.)*

Die GRÜNEN, die mit dem Kandidaten Van der Bellen immer von Fairnessabkommen geschwafelt haben, zeigen damit einmal mehr was Sie von Fairness halten, nämlich gar nichts, von Demokratieverständnis wirklich sehr wenig, wenn nicht meilenweit davon entfernt sind.

Man ist fast, ich bin fast versucht zu sagen "bist du deppert" aber das sage ich nicht und sage nur unglaublich was in dieser Partei alles verbreitet wird und gemacht wird.

Danke *(Beifall bei der FPÖ).*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, dass mir die Vorbereitungen zu dieser Wortmeldung nicht ganz leicht gefallen sind. Das ist wohl zum einen darin begründet, dass der Ursprungsantrag der GRÜNEN viele Themen in sich verschwimmen lässt, die man meiner Meinung nach nicht kollektiv betrachten kann.

Zum anderen ein rot-blauer Abänderungsantrag vorliegt, der den Anschein erweckt nur deswegen produziert worden zu sein, um halt auch etwas vorzulegen. Insofern tue ich mir persönlich sehr schwer und meine Fraktion, diesem Antrag die Zustimmung erteilen zu können.

Gestatten Sie mir trotzdem die wesentlichsten Punkte zu unterstreichen, die ich im Bereich der sprachlichen- und kulturellen Vielfalt in der Bildungspolitik beziehungsweise im Bildungsbereich für wichtig erachte. Denn es geht einerseits um die Frage, wie man die Besonderheit unseres Bundeslandes, nämlich die spezielle Volksgruppensituation mit den

Volksgruppensprachen stärker in den Alltag der Kindergärten und Schulen miteinfließen lassen kann.

Und es geht andererseits um die Frage, wie und ob sich die Bedeutung der Sprachenvielfalt aufgrund der Migrationsentwicklung verändert? Diesen Punkt haben wir bereits in der heutigen Aktuellen Stunde große Aufmerksamkeit geschenkt.

Ich persönlich bin dreisprachig groß geworden und weiß welch unbezahlbar großen Wert Sprachen für mich haben, speziell in einer globalisierten Welt wie wir sie heute vorfinden.

Deshalb ist es mir wichtig, dass im Bereich des Minderheitenwesens vor allem alles dazu beigetragen wird, dass sich Kinder und Jugendliche mit dieser Vielfalt, die wir im Burgenland vorfinden, identifizieren können. Das wird uns dann gelingen, wenn die Sprachenvermittlung verstärkt in die Schulen und in die Kindergärten verlagert wird.

Und die zweite große Wichtigkeit liegt für mich im Können der deutschen Sprache, speziell in Bezug auf Migrantinnen und Migranten. Besonders für Kinder ist es meiner Meinung nach wichtig, dass sie Deutsch beherrschen weil sie dann die gleichen Chancen haben wie Kinder mit deutscher Muttersprache.

Was in dieser Diskussion nicht außer Acht zu lassen ist, ist das Beherrschen der eigenen Muttersprache. Infolgedessen investiert Österreich im OEZD Durchschnitt sehr viel in den muttersprachlichen Unterricht. Ich möchte aber betonen die Muttersprache alleine zu können reicht für das österreichische Bildungssystem nicht aus, weil dadurch trotzdem Kinder mit Migrationshintergrund die Schule viel zu oft ohne Abschluss verlassen.

Deswegen spreche ich mich ganz klar dafür aus, dass Kinder mit nicht deutscher Muttersprache intensiver gefördert werden müssen. Ich halte dabei nichts von Ghettoklassen.

Natürlich müssen wir uns auch mit der Frage befassen, wie man die Migrationsentwicklung positiv nutzen kann. Ein wichtiger Durchbruch, und ich habe es in einer der letzten Landtagssitzungen bereits erwähnt, ist das neue Anerkennungsgesetz, welches im Ministerrat bereits beschlossen wurde.

Sebastian Kurz und sein Team haben in den vergangen zwei Jahren sehr intensive Verhandlungen darüber geführt, damit Migranten ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen auch in Österreich schneller, einfacher anerkennen lassen können, damit sie auch entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt werden können.

Geschätzte Damen und Herren, die bei uns erlebbare und spürbare Vielfalt durch die Mehrsprachigkeit die wir vorfinden, ist nicht nur eine Bereicherung für das Burgenland an sich. Diese Sprachenvielfalt bietet gerade in einem gemeinsamen Europa vielen jungen Menschen bessere Bildungs- aber auch vor allem Berufschancen.

Gerade deshalb gilt es Sprachen zu wahren und diese Vielfalt zu leben. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Ja sehr geehrter Herr Präsident, ich habe heute sehr, sehr genau aufgepasst und möchte mich jetzt an die GRÜNEN wenden. Ich zitiere jetzt einmal den Herrn Kollegen Spitzmüller zu einem anderen

Tagesordnungspunkt heute, wo er über einen Antrag der SPÖ folgenden, ich habe nicht ganz genau den Wortlaut aber inhaltlich gesagt hat:

"Als ich diesen Antrag gesehen habe, habe ich lachen müssen. Da ist ja nichts Neues drinnen, das ist ja ein Rohrkrepierer." Ich hätte es nicht mit diesen Worten gesagt, ein bisschen anders, aber zu diesem Antrag der GRÜNEN sind mir die gleichen Gedanken gekommen.

Und wenn ich dann Sie höre, Frau Kollegin, dann denke ich mir, die GRÜNEN wissen wirklich alles besser. Ihr seid nicht nur Besserwisser sondern Bestwisser, wenn Sie sich herstellen und sagen, Sie zeigen uns jetzt einmal wie ein inhaltlich guter Antrag auszusehen hat, haben Sie gesagt.

Das heißt, wir haben das alle bisher nicht beherrscht. Dann lesen Sie uns diesen Antrag fast vollständig nochmal vor. Also wenn ich diesen Antrag kriege und ich weiß das ich dazu reden muss, dann lese ich mir den sowieso durch, dann brauchen Sie mir den nicht noch einmal vorzulesen. Und dann sagen Sie, das ist ja ein Armutszeugnis im Jahr der Bildung nichts zu tun und eine Bankrotterklärung.

Wir im Burgenland brauchen nicht das Jahr der Bildung um draufzukommen wie wichtig Sprachen sind. Seit 1994 gibt es das Minderheitenschulgesetz Seit 1994 ist im Kindergartengesetz verankert die Mehrsprachigkeit. Und ich wünsche mir jetzt eigentlich, und für uns ist das eine Selbstverständlichkeit, seit damals mit allen Projekten und Initiativen in die Kindergärten, in die Schulen zu gehen um verstärkt die Mehrsprachigkeit zu fördern.

Dazu brauchen wir eben nicht dieses Jahr der Bildung. Und ich wünsche mir das sehr, sehr viele PädagogInnen mit großem I aus dem Kindergartenbereich und aus dem Schulbereich Ihre Rede jetzt gehört haben, denn die wissen ganz genau, was es heißt und was sie bisher in diesen Jahren in diesem Bereich geleistet haben und das die Decke erreicht ist. Das auch Zeit sein muss für irgendetwas anderes.

Und wenn Sie sich hier herstellen und sagen es bedarf noch mehr, dann werden Ihnen diese Kollegen sagen, bitte kommen Sie zu uns und schauen Sie sich an was wir leisten. Und meinen großen Respekt und mein Lob an die KollegInnen in den Kindergärten und in den Schulen, was die im Bereich der Mehrsprachigkeit bisher geleistet haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir haben das gehört, das Gehirn hat Platz für viele Sprachen. Mehrere Sprachen zu beherrschen ist eine wertvolle Fähigkeit. Die Sprachen werden integrativ und im regulären Schulunterricht verschränkt unterrichtet. Und diese Kindergärten und Schulen, diese mehrsprachigen, sind ein Spiegel der Gesellschaft.

Und auch wie Sie gesagt haben, Lehrer mit Migrationshintergrund fehlen noch. Die Bezirkshauptmannschaften werben aktiv für mehr Studenten mit Migrationshintergrund und in der Lehrausbildung in der neuen gibt es das Pflichtmodul zum Thema Spracherwerb.

Und vielleicht sollten Sie sich einmal das Curriculum der Mehrsprachigkeit von Krumm und Reich anschauen (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Das kenne ich.)* wie es dort möglich ist Sprachen zu lernen ohne Migrantensprachen zu können.

Ich bin sehr viel unterwegs, ich habe selbst 27 Jahre unterrichtet, ich bin sehr viel auf Veranstaltungen. Zum Beispiel kürzlich ist mir erst bewusst geworden als ich in der Volksschule in Oberwart war, die das eTwinning-Qualitätssiegel verliehen bekommen hat, wie weit der Horizont von Volksschulkindern jetzt ist.

Wenn ich vergleiche vor 50 Jahren wie weit mein Horizont war, bis Oberwart und Wien war bereits ein Tagesausflug. Die Kinder heute lernen automatisch Sprachen, andere Kulturen. Und wenn Sie jetzt sagen, es muss mehr getan werden, ich habe es mir aufgelistet was im Burgenland alles möglich ist.

Es gibt die Comenius Projekte, es gibt Schulen mit Sprachenschwerpunkt, es gibt auf der Interpädagogika unter anderem spezielle Unterrichtsmaterialien, in der Lehrerfortbildung schauen Sie sich einmal die Kurse an der pädagogischen Hochschule an, Native Speaker an Schulen, Sprachwochen, bilingualer Unterricht, Schulpartnerschaften wo mit Skype gearbeitet wird.

Es gibt eine kroatische Kinderzeitschrift regelmäßig, Erasmusprogramme, school education gateway. Das sind Kurse für Pädagogen aus ganz Europa, dazu gibt es die Tools for Schools, dann gibt es LMS - Lernen mit System, global peace education für Pädagogen aus ganz Europa.

Das österreichische Sprachenkompetenzzentrum hat unter anderem den Videowettbewerb „MitSprachen - MitSprechen: Brücken bauen Türen öffnen“, die SPIN Messe, die Schulentwicklung und Sprache, das Seminar Diversität und Sprachpolitik, das UMITZ das Ungarische Medien und Informationszentrum bietet mehrsprachige Bücher für Kinder. Im Beirat für mehrsprachige Kindergartenpädagogik gibt es eine neue Hörbuchserie.

An der pädagogischen Hochschule gibt es den Lehrgang für zweisprachigen Unterricht, ungarisch und kroatisch, es gibt den europäischen Sprachenwettbewerb, den Jugendkulturwettbewerb, Sachs Multikulti, Österreich sucht Orte des Respekts, „Respekt Zusammenleben und Gleichstellung von Männern und Frauen“ - ein Workshop, schreiben zwischen den Kulturen 2016, Macht Schule Theater, “Der große Wunsch“ - Sensibilisierung zum Thema Flucht. Und dass alles im und zum regulären Unterricht.

Noch einmal, mein Lob an die Kolleginnen und Kollegen. Wir werden dieses Angebot weiter unterstützen und tragen, aber wir werden niemanden überfordern. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Jahr der kulturellen Vielfalt, sprachliche und kulturelle Diversität im Bildungsbereich. Es ist vieles jetzt ausgesagt worden und auch diskutiert worden, wo wir einer Meinung sind.

In der Konsequenz, Frau Kollegin Prohaska, kann man aber davon ausgehen das es nie genug ist und das es immer mehr sein kann in der Umsetzung von Inhalten, von gewissen Grundlagen von Personen, handelnden Personen, die jemanden die Möglichkeit bieten seine sprachliche und kulturelle Ausführung noch breiter umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Burgenland ist seit jeher ein Schmelztiegel, nicht nur der verschiedenen Kulturen sondern auch der verschiedenen Sprachen und auch der religiösen Gegebenheiten.

Und wenn wir davon ausgehen was dieses Land in seiner gesamten historischen Entwicklung bis zur Gegenwart zu leisten im Stande gewesen ist, wo man vielen nicht nur geholfen, vielen auch entsprechende Perspektiven eröffnet hat, dann ist davon

auszugehen, was immer wieder auch betont wird, das gerade diese Vielfalt ein prägendes Moment burgenländischer Identität ist.

Und diese Vielfalt quasi auch zu konservieren, sie weiterzuvermitteln und für die Zukunft entsprechend zu gestalten, bedeutet eine Auseinandersetzung nicht nur mit den gegebenen Ressourcen sondern auch darauf aufbauend eine Entwicklung für die Zukunft.

Wir wissen, dass wir im sprachlichen Kompetenzbereich bei Familien, wo jetzt ein Mitglied dieser Familie nur deutschsprachig ist, die Mutter möglicherweise jetzt der kroatischen Sprache auch mächtig ist, dass durch diese Eheschließungen in der Regel bei den Kindern auch die sprachliche Kompetenz verloren geht.

Da hilft uns in der grundsätzlich positivsten Art und Weise, die Vermittlung vom Kindergarten über das Pflichtschulwesen überhaupt nichts, weil die Möglichkeit nicht geboten ist, dass sich die Kinder mit den Eltern austauschen können, weil die Sprache nicht im Alltag auch entsprechend gelebt wird.

Diese Fundamente gehen uns verloren und daher sind alle Statistiken die in der Diskussion um sprachliche Gegebenheiten kreisen, in diese Richtung geprägt, dass leider davon ausgegangen werden muss, dass irgendwann in Zukunft diese Sprachkompetenz in den regionalen Besonderheiten verloren gehen wird.

Dem entgegenzuwirken bedeutet, Einsatz zu zeigen und der Einsatz, Frau Kollegin Petrik, ist gerade auf Volksgruppen bezogen, über die letzten Jahre, was Bundesförderungen anlangt, und die ist ja die Haupteinnahmequelle der Vereine die diesen Volksgruppen zuarbeiten, beziehungsweise aus ihnen heraus entstanden sind, diese Volksgruppenförderung ist in der Regel und in der Hauptsache darauf abgestellt, entsprechendes Bildungsmaterial sprich Bücher und andere Grundlagen zu erarbeiten und die den Kindergärten und den Schulen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Da ist entsprechend sehr, sehr viel Potential geschaffen worden, das es in der Vergangenheit nicht gegeben hat und hier gilt es auch eines zu erwähnen, dass diese Bücher auch länderübergreifend nicht nur in anderen Bundesländern, sondern speziell auch im Ausland quasi, zur Sprachvermittlung sehr hohen Anerkennungswert haben, aber auch sehr oft genutzt werden.

Das heißt, dort entsprechend noch nachzubessern und das auch entsprechend auszubauen ist durchaus geboten. Hat aber etwas, das Sie nicht so gesagt haben, hier gibt es eine Grundlage, die es vor 15, 20 Jahren in keinster Form in der Vermittlung gegeben hat.

Diese Diversität innerhalb der burgenländischen Bevölkerung hat ja auch Besonderheiten in der Umsetzung auf gewisse Berufsfelder gegeben. Und man sagt ja in der Ausführung speziell den Kroaten nach, dass sie sehr ehrgeizig wären und dass sie daraufhin auch eine besondere Leistungsstärke aufweisen, die sich auch ausdrückt darin, was immer wieder politisch in der Forderung ist, man braucht eigene Vertreter auch in politischer Hinsicht.

Das haben wir im Grunde genommen im Burgenland nicht notwendig gehabt, weil es in der Durchmischung auch in den verschiedensten politischen Ebenen, sprich in den Gemeinden, aber auch darüber hinaus diese Kompetenz in der Sprache gegeben hat und immer dafür Sorge getragen wurde, hier entsprechenden Einsatz zu leisten.

Integration die auch verknüpft mit diesen Gegebenheiten, von Ihnen aufs Burgenland angesprochen wurde, haben wir in der Aktuellen Stunde diskutiert. Tatsache ist, und hier sehen wir uns im Einklang, dass ich nicht darauf ausschließlich pochen darf -

und das ist mein persönlicher Zugang, eine Einzelsprache in dem Sinne zu überstrapazieren.

Natürlich ist es von absoluter Notwendigkeit, dass Migrantenkinder, wenn sie hier in den Kindergartenprozess einsteigen, dass sie diese Sprache vermittelt kriegen. Aber wieweit ist es her, und es ist zeitlich gar nicht so lange her, dass wir Migrantensituationen gehabt haben, wo gerade auf die ältere Generation bis heute, keine Sprachvermittlung funktioniert hat und deswegen diese solitären, elitären Zirkel entstanden sind, wo in gewissen städtischen Bereichen ausschließlich in gewissen Muttersprachen kommuniziert wird und die deutsche Sprache eigentlich nur am Rande noch lebt.

Aber es kann auch nicht der Fall sein, dass ich quasi dann den Anspruch in der Definition habe, dass die deutsche Sprache in Schulpausen gesprochen wird mit den Sanktionsgegebenheiten, wenn da jemand widerspricht. Hier hat man sich dann schnell besonnen und den Antrag, der ja beim Parteitag war, abgemindert auf burgenländische Verhältnisse, nämlich mit den Gegebenheiten auf Kroatisch, auf Ungarisch, auf Romanes, in der Umsetzung.

Das sind natürlich die Sachen, die man im Grunde genommen bei solchen Gegebenheiten nicht berücksichtigt, aber grundsätzlich sehe ich es nicht als Notwendigkeit, schon gar nicht als Gegebenheit, dass eine Sprache, wenn sie in der Pause nicht in dem Sinne umgesetzt wird, Sanktionen nach sich ziehen muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns glaube ich einig, dass Sprache das Grundelement menschlichen Daseins ist und ich erinnere daran, dass es schon Barbarossa war, der experimentiert hat, wenn Kinder in Isolation aufwachsen, dass sie der Sprache nicht mächtig werden und dass sie dann im sozialen Kontakt absolut nicht genehm und nicht gegenwertig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen Sprache und wir brauchen in einem integrierten Europa eine Vielfalt an Sprachen, wo wir gerade mit der deutschen Sprache im europäischen Kontext nicht die Headliner sind, sondern dass das Englische, das Französische, das Spanische, das sind die Sprachen die im Grunde genommen dieses europäische Feld beherrschen.

Wir haben danach zu trachten, dass diese Vermittlung auf unsere Kinder nicht nur umgesetzt sondern auch vermittelt wird. Wir haben danach zu trachten, dass die allgemeine Situation auch Sprachkompetenz im Erwerb hat. Und wir sollten mit Sicherheit und mit allem Bestehen darauf achten, dass die Grundlagen burgenländischer Identität, und das sind alle Volksgruppensprachen, auch mit den religiösen Gegebenheiten nicht nur beschützt wird sondern ausgebaut wird.

Und hier spreche ich Ihnen nochmals zu, dass die Grundlagen die in der Vermittlung für diese Kompetenz notwendig sind, nicht nur mit dem weiterhin zu fördern sind, sondern mit einem höheren Maß zu dotieren sind, damit dieser Ausbau entsprechend auch funktioniert.

Danke schön*. (Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend sprachliche und kulturelle Vielfalt im Bildungsbereich ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter (Beilage 373) betreffend Erteilung eines Ortskernzuschlages auch ohne Genehmigung einer Wohnbauförderung (Zahl 21 - 253) (Beilage 398)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 9. Punktes der Tagesordnung, dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter, Beilage 373, betreffend Erteilung eines Ortskernzuschlages auch ohne Genehmigung einer Wohnbauförderung, Zahl 21 - 253, Beilage 398.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Klubobmann.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Kollegen Kölly und Hutter betreffend Erteilung eines Ortskernzuschlages auch ohne Genehmigung einer Wohnbauförderung in ihrer 9. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 27. April 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Als Berichterstatter stellte ich nach meinem Bericht einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldungen mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Kölly und Hutter betreffend Erteilung eines Ortskernzuschlages auch ohne Genehmigung einer Wohnbauförderung unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordnete Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schwer genug in einem Ort im Südburgenland mitten im Ort ein Haus zu erwerben, ein altes Gebäude wegzureißen und auch zu entsorgen. Schwer genug, dort planlich durchzukommen, mitten im Ort.

Schwer genug mit einer Landesregierung, die nicht einsehen will, dass man gerade im Ortskern, und gerade der Herr Landeshauptmann hat immer wieder erwähnt, dass es wichtig ist, dass man in den Ortskern auch wieder Strukturen hineinbringt, dass man dementsprechend Unterstützungen geben soll.

Und gerade der Herr Landeshauptmann ist ein Verfechter gewesen - ja er ist hinaus gegangen, das interessiert ihn ja eh nicht, - ist eines, dass man gesagt hat nicht auf die grüne Wiese alles bauen.

Und wenn ich mir die Flächenwidmungsabteilung anschaue bin ich verwundert, dass man hier nicht aufschreit und sagt - ja es gibt genug alte Häuser, es gibt genug Möglichkeiten, im Ortskern oder mitten im Ort zu bauen, wenn man eine Erleichterung, oder wenn eine Erleichterung dabei ist und das Land das auch unterstützt.

Denn es ist interessant, wenn man um eine Wohnbauförderung ansucht - man bekommt sie. Ja weil man eh weniger verdient oder weil man das erfüllt, mit der Dämmung und mit dem Ganzen, was ja eh schon ein Wahnsinn ist, heutzutage eine Wohnbauförderung zu bekommen. Ich weiß schon, warum das nicht einfach gemacht wird. Weil das Land finanziell ein Problem hat.

Weil man nicht diese Millionen an Wohnbauförderungen die man im Budget vorgesehen hat auch für Wohnbau verwendet. Und das ist genau das Thema. Ich weiß schon, dass das Thema jetzt für Euch nicht sehr interessant ist, aber wehe Ihr habt einmal eine Konfrontation oder ein Gespräch, liebe Bürgermeisterkollegen und –kolleginnen, dann stehen wir da und sagen, ja das Land hat das so beschlossen, das sind die Rahmenbedingungen, was sollen wir machen.

Ja aber Sie sitzen auch im Landtag und hätten auch genauso diesen Antrag unterstützen können und sagen können, ja warum nicht? Da geht es nicht um große Mengen, sondern da geht es um ganz etwas anderes.

Wenn ich mir anschaue was die Gemeinde für Infrastruktur heute erhalten muss, die Kosten will ich jetzt gar nicht genau ansprechen, es ist ein Wahnsinn, was sich da auftut. Nur ein Beispiel: Heutzutage hat man wieder das Trennsystem eingeführt bei der Kanalisation.

Ein Kanalschacht kostet der Gemeinde zwischen 5.000 und 6.000 Euro, die sie einmal vorfinanzieren muss. Im Ortskern besteht bereits der Kanal und der Kanalschacht. Das würde man sich schon ersparen, wenn man die Möglichkeit hätte, mehr im Ortskern zu bauen, zu renovieren, zu gestalten.

Es ist auch sehr interessant, weil das Land Burgenland eine sehr hohe Lebensqualität hat und das erzählt uns immer der Herr Landeshauptmann. Das ist ja super, er stellt sich her und sagt, Ihr habt alle keine Ahnung. Ihr lebt alle auf einem anderen Planeten auf Deutsch gesagt, Ihr GRÜNEN und alle miteinander, die Opposition betreiben, weil nur wir sind die Guten.

Bereits vor 25 Jahren hat das Land Burgenland, da hat es den Herrn Niessl noch nicht gegeben, gell, mit einer Dorferneuerung begonnen, auch in Deutschkreutz. Viele Projekte wurden umgesetzt, wertvolle Projekte. Es ist viel Geld investiert worden in Ortskerne, wunderschön gestaltet und auch vom Land unterstützt.

Der eine oder andere wird sich fragen, was erzählt er da jetzt, das interessiert uns ja alles nicht. Ich sage Euch, warum ich Euch das erzähle. Weil wenn man durch die Ortschaften fährt, auch im mittleren Bezirk und wo anders, ist der Ortskern tot. Da rennt nicht einmal mehr eine Katze über die Straße und es wird immer schwieriger.

Und im Südburgenland, was wir heute diskutiert haben, das wunderbare Südburgenland-Paket, ist ja herrlich. Ich meine, außer in Pinkafeld und in ein paar "Großstädten" wo sich noch etwas tut, das muss ich dazu sagen, aber ansonsten, in der Peripherie im Südburgenland und im Mittelburgenland und speziell in den kroatischen Ortschaften, ich nenne hier Kroatisch Geresdorf, ich nenne hier Minihof, weil der Herr Landesrat von dort ist, Nikitsch, wenn man da um 19.30 Uhr, 20.00 Uhr durchfährt, hat man Angst. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wie in Eisenstadt.)* Es ist alles ausgestorben.

Ja und da hat man viel Geld investiert, viel Geld investiert für Ortskerne. Und jetzt ist man hergegangen, und lässt draußen bauen. Und wenn ich mit der Abteilung spreche, die zuständig ist für Flächenwidmungen und dergleichen mehr, geben sie uns Recht und sagen, setzt Euch dafür ein, dass im Ortskern mehr passiert.

Und dann stellt das Bündnis Liste Burgenland einen Antrag, etwas Sinnvolles zu machen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Manfred Haidinger)*

Herr Kollege, beim Bundesheer ist das ein bisschen etwas anders, aber es ist halt einmal so. Du solltest auch einmal Verantwortung tragen in einer Gemeinde, dann wirst Du sehen, wie schwierig es ist, wenn Du durch eine Straße fährst, die Hauptstraße, und nichts mehr ist da, außer alte Häuser stehen noch. Das ist traurig.

Das ist nicht nur traurig, das ist oft beschämend für eine Gemeinde, für den Tourismus. Ich weiß ja nicht wo der Herr Landesrat ist, es sitzt ja wieder niemand auf der Regierungsbank - ich werde einen Antrag einmal einbringen, dass man auch das ändert, das sage ich Euch auch gleich. Es kann nicht so sein, dass bei einer Landtagsitzung kein einziges Regierungsmitglied da sitzt. Das kann es nicht geben.

Wir müssen uns alle bemühen, speziell die kleinen Fraktionen, dass wir immer da sind und dass wir zu jedem Punkt auch eine Stellungnahme abgeben können, weil wir interessiert sind, dass man für dieses Land etwas tut. Denen ist das völlig egal.

Und ich denke einmal, jeder der sich wirklich Gedanken gemacht hat und Verantwortung trägt in einer Gemeinde, hat auch die Verpflichtung, dass er den Ortskern dementsprechend belebt, dementsprechend gestaltet.

Wenn ich mir anschaue, dass wir jetzt vom Bund noch eine hinaufgedrückt bekommen, wo es noch schwieriger wird im Ort ein altes Haus wegzureißen, zu entsorgen. Ihr kennt das neue Gesetz, wo sie uns 35 bis 40 Prozent an Mehrkosten auferwachsen oder aufgebrummt werden, Baustoff-Recyclinggesetz und das ist das Interessante. Auch hier haben wir schon das Wort erhoben, wenn der Herr Landesrat Bieler, der Herr Wuzzi, der Herr Überwuzzi, was er glaubt er hat alles im Griff.

Muss ich aber eines ausrichten. Es ist nicht so einfach wie er es gehabt hat, dass ich in Bernstein sage, da ist kein Baugrund aber nächste Woche baue ich und es wird umgewidmet. So geht es ja nicht in anderen Ortschaften. Das muss man auch einmal klar und deutlich sagen, dass es nicht so einfach ist.

Wenn ich 35 oder 40 Prozent mehr zahlen muss, dass ich ein altes Haus wegreiße, entsorgen muss und noch - und jetzt kommt es - gesondert einmal aufschließen muss die ganze Geschichte, dann kommt ein Sachverständiger und schaut sich das Material an und sagt das, das und jenes, Kosten Länge mal Breite.

Dann verzichtet ein jeder der ein bisschen aufs Geld schaut. Der ein bisschen aufs Geld schaut sagt, ich bau auf der grünen Wiese draußen. Bürgermeister schau, dass ich dort draußen bauen kann, schau, dass wir das umwidmen und dergleichen mehr. Ihr könnt das alle, wie wir da sind. Ich bin nur froh, dass in Mattersburg die Bauernmühle erhalten geblieben ist und solche Dinge mehr. Da ist man stolz darauf, dass wir es schaffen.

Daher wäre auch notwendig, dass man sich diesen Antrag noch einmal überlegt uns sagt, warum nicht. Was vergeben wir uns, wenn ausgegliedert von der Wohnbauförderung jemand ansucht im Land und sagt, ich baue jetzt in Deutschkreutz. Drei Häuser reißen wir weg. Drei werden gebaut.

Übrigens auch die Siedlungsgenossenschaften machen das sehr gerne seit kurzem. Ich finde das für in Ordnung, dass mehr in der Ortschaft drinnen bleiben und nicht draußen irgendwelche Wohnungen hinbauen, zwei Stock, drei Stock.

Das brauchen wir nicht, sondern wir sollen ja den Ortskern wirklich stärken. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass uns viele Recht geben werden, dass man das natürlich unterstützen sollte. Ich verstehe das Land, weil natürlich alles mit finanziellen Mitteln verbunden ist. Ich verstehe aber auch nicht, dass man solche Dinge dann, die der Gemeinde aufgepfropft werden, mit Infrastruktur, mit Umwidmungen und dergleichen mehr und den Ortskern einfach aussterben lässt, wo dann, wie gesagt, nicht einmal mehr eine Katze in der Nacht über die Straße rennt und sich nichts tut.

Dass wir da keinen Tourismus bekommen werden. Wie willst du das machen? Wie willst du das schaffen? Du kannst Hausplätze im Ort hergeben um zehn oder 20 Euro. Wird sie dir keiner abkaufen, weil er einen Haufen Nebenkosten hat. Und daher dieser Antrag. Wir haben uns ja dabei etwas überlegt. Es ist ja nicht aus Jux und Tollerei, wenn wir Anträge einbringen, sondern weil wir uns etwas überlegen.

Daher appelliere ich noch einmal an Euch nicht einen Abänderungsantrag einzubringen der lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, den Ortskernzuschlag im Rahmen der Wohnbauförderung unverändert beizubehalten. Das ist überhaupt ein lustiger Satz. Habt Ihr Euch das schon auf der Zunge zergehen lassen? Das ist ja wirklich sehr interessant. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Ortskernzuschlag im Rahmen der Wohnbauförderung unverändert beizubehalten. Das ist der Abänderungsantrag.

Eine tolle Sache. Wie wir heute schon ein paar Mal erlebt haben, der Landtag stellt an die eigenen Freunde an Rot und Blau den Antrag. Macht endlich einmal etwas im Südburgenland, weil Ihr seid bis jetzt nicht fähig gewesen, dass Ihr dort irgendetwas macht.

Ich sage, es ist eh etwas passiert. Aber halt nicht dementsprechend was man sich vorstellt. Daher noch einmal. Ich glaube, dass der Antrag noch einmal anzudenken wäre und ich hätte bald gesagt, nehmen wir ihn zurück. Auch den Abänderungsantrag, und setzen wir uns jetzt tatsächlich zusammen und schauen, welche Möglichkeiten es wirklich gibt. Weil ansonsten werde ich den in den nächsten Landtagssitzungen wieder einbringen. Ich werde viele Bürgermeister unterschreiben lassen, die das genauso sehen wie ich das sehe oder wie viele von uns das sehen.

Nur Ihr müsst Euch einmal trauen die rosarote Brille abzulegen und sagen, dieser Antrag ist toll. Den unterstützen wir. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Lieber Kollege Kölly! *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* Wenn Du den Antrag wieder einbringst, kannst Du uns gleich mit drauf schreiben. *(Abg. Manfred Kölly: Danke sehr!)* Ich finde den Antrag wirklich gut. Ich nehme einmal an, da steckt gar nicht so viel Geld dahinter, wenn der umgesetzt wird. Es ist wirklich schade, wenn wieder einmal das Übliche passiert, eine Abänderung die in Wirklichkeit keine Abänderung ist, sondern nur damit man ihn nicht ablehnen braucht.

Wir brauchen einen Ortskernzuschlag. Nicht nur deswegen weil unsere Ortskerne teilweise veröden. Weil man halt außerhalb fleißig baut. Nicht nur Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser, Genossenschaften sondern auch Einkaufszentren, weil wenn man durchs Burgenland fährt sieht man, dass immer mehr die Orte ihre Charakteristik verlieren.

Durch die Zersiedelung, durch das Sterben des Ortskerns und das ist eigentlich eine Katastrophe. Da geht es nicht nur um die optische Geschichte, da geht es auch um Lebensqualität und um dieses Ortszentrum, wo man sich trifft, wo man gemeinsam etwas unternimmt.

Das verkommt komplett, wenn wir so weitermachen. Beispiel Rotenturm, wenn man sich anschaut. Ein sehr netter Ort, jetzt noch dazu mit dem neu restaurierten Schloss außerhalb des Siedlungsgebiets.

Also ich kann mir nicht vorstellen, dass das irgendjemand von uns hier herinnen schön findet und gut findet, dass es so etwas gibt. Klar, die Gemeinden brauchen Bürger, Bürgerinnen, Zuzugähnliches. Nur das kann man auch anders machen. Der Ortskernzuschlag wäre sicher nur der erste Schritt. Ich würde da viel weiter gehen. Ich würde auch, habe ich, glaube ich, hier schon gesagt, die Wohnbauförderung staffeln. Je weiter außerhalb man baut, desto weniger gibt es Förderung.

Je weiter im Ortskern man baut, desto mehr gibt es Förderung. *(Abg. Mag. Kurt Maczek: Du bist ein Träumer!)* Wir müssen schauen, dass wir die Zersiedelung, die nicht nur, wie gesagt, eine optische Auswirkung hat, sondern auch eine ökologische. Letztendlich, wenn die Leute, die jetzt dann außerhalb wohnen einmal alt werden, dann haben sie schon wieder ein Mobilitätsproblem.

Weil wie kommen die dann in den Ortskern, wo eventuell der Greißler noch lebt oder wieder lebt? Das ist das nächste Problem. An das wird hier noch gar nicht gedacht und deswegen muss ich sagen, wieder einmal ein Abänderungsantrag als Armutszeugnis.

Schade um den guten Antrag. Das war es. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN, LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Abgeordnete Haidinger ist der Nächste der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn ich jetzt die Augen schließen würde und mir vorstellen würde der Saal hier herinnen wäre voll, würde ich auch keinen finden, der nicht für die Wiederbelebung des Ortskernes ist. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Wir brauchen das im Burgenland, vom Norden über die Mitte bis in den Süden.

Der Ortskern muss wieder belebt werden, aber der Antrag von der LBL ist aus unserer Sicht - und da möchte ich gleich vorweg nehmen - dass wir natürlich dem Abänderungsantrag zustimmen werden *(Abg. Manfred Kölly: Was steht in der Abänderung?)* und nicht dem selbständigen Antrag der Liste Burgenland, weil er einfach wieder, und das ist jetzt wirklich meine persönliche Meinung, ein Antrag ist, der schnell heruntergeschrieben ist.

In zwei, drei Minuten, ohne vielleicht wirklich das ganze Problem durchzudenken, niedergeschrieben wurde. Die Lösung des Problems, das Sie im Prinzip erreichen wollen, liegt nicht in diesem Antrag. In diesem Antrag haben Sie nur eine Problemlösung, dass

alle jene die genug Geld haben um auf die Wohnbauförderung zu verzichten, locker jetzt im Ortskern bauen können. *(Abg. Manfred Kölly: So ein Blödsinn!)*

Das ist das Einzige was dieser Antrag in sich trägt. Das heißt, die oberen 100.000 bei uns im Burgenland, die unterstützen Sie mit diesem Antrag. Die auf die Wohnbauförderung und damit auch auf die Regelung der Wohnbauförderung, nämlich an die Bedingungen die geknüpft sind, verzichten können. *(Abg. Manfred Kölly: Frag Deine Landesrätin, die sagt Dir das!)*

Das sind die einzigen die Sie damit unterstützen. Das ist genau der Zugang den wir nicht haben. Weil wir sind auf der einen Seite soziale Heimatpartei und damit nicht jene der oberen 100.000 oder auch nicht der Hautevolée, sondern wir sind im Prinzip die Partei des kleinen Mannes. *(Abg. Manfred Kölly: Das war jetzt ein Scherz, oder?)* Darum muss man das an die Wohnbauförderung knüpfen und kann es nicht alleine stehen lassen. Nichtsdestotrotz.

Vereinigen wir uns sicher unter dem Dach, dass der Ortskern gefördert gehört. Nur das wie, nämlich einen halben Antrag da vorzulegen, ja tun wir es einfach heraus aus der Wohnbauförderung, *(Abg. Manfred Kölly: Sag mir eine Quelle!)* knüpfen wir den Ortskernzuschlag an gar nichts mehr, tun wir einfach eine Förderung erfinden oder lassen wir sie so stehen ohne sie an irgendetwas zu binden, das, glaube ich, wäre einmalig in Österreich, dass es eine Förderung gibt, die an keine Bedingung gebunden ist.

Ist natürlich eine Erfindung der LBL, eine einmalige, und die wird es auch nicht spielen. *(Abg. Manfred Kölly: Das glaube ich, Du wirst Dich wundern! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Deshalb glaube ich, dass wir noch nicht ganz fertig sein werden mit diesem Thema. Aber es wäre doch vernünftig bei solchen Ad hoc-Anträgen vielleicht vorher Gespräche zu führen.

Auch die LBL muss mitkriegen, dass rundherum andere Fraktionen…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Abgeordneter, wenn ich das Glockenzeichen gebe, bin ich am Wort.

Herr Kollege Kölly! Ich bin ein Freund einer lebendigen Demokratie. *(Abg. Manfred Kölly: Ich weiß!)* Sie können sich jederzeit zu Wort melden. Sie haben sich heute schon sehr oft zu Wort gemeldet. Zwischenrufe sind durchaus möglich, aber bitte stören Sie nicht den Redefortgang des Kollegen der jetzt gerade am Wort ist.

Bitte fahren Sie fort Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ) *(fortsetzend)*: Jetzt hätte ich schon gleich den Faden verloren. Aber wir sind ja dort, dass wir beim halben Antrag waren und wenn es darum geht solche Anträge zu machen, die inhaltlich hier fast eine Einstimmigkeit hätten, nämlich die Belebung des Ortskerns, dann müsste man sich halt vorher zusammensetzen und nicht etwas in den Landtag schmeißen und dann darauf warten, *(Abg. Manfred Kölly: Wie lange bist Du schon im Landtag?)* dass man niedergestimmt wird.

Weil für nichts anderes ist dieser Antrag, meiner Meinung nach, da und daher *(Abg. Manfred Kölly: Wie lange bist Du schon im Landtag?)* war er auch natürlich abzuändern. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der Nächste der zu Wort gemeldet ist, ist der Abgeordnete Ulram. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ortskernförderung. Das Thema ist immer ein sehr würdiges Thema zu diskutieren, weil es im Großen und Ganzen immer um den wichtigsten Teil in unseren Gemeinden geht. Um den Ortskern, wie der Name sagt. Die Zersiedelung, die ja weitreichend in fast allen Gemeinden, um nicht zu sagen in allen Gemeinden passiert, ist natürlich schon immer ein Thema.

Mit dem Landesentwicklungsprogramm 2011 - und das darf ich auch dazu sagen - dass ich mich damals auch schon dagegen ausgesprochen habe, weil ich denke, dass mit diesen Maßnahmen, die dort geschrieben worden sind im Jahr 2011, nicht die richtigen Maßnahmen gesetzt worden sind.

Mit der Einschränkung in der Raumplanung, wo ich nur mehr zurückgreifen kann auf das bestehende Gewidmete, auf die sogenannten Baureserven, wo alle Gemeinden im Prinzip ein Problem dadurch bekommen, um keine neuen Widmungen durchführen zu können und natürlich im schlechtesten Fall alle bereits gewidmeten Flächen in privater Hand sind und Privatbesitz sind.

Das ist natürlich das Grund- und Ursachenproblem. Das hätten wir wahrscheinlich schon 1970 oder früher angehen sollen. Tatsache ist, dass wir natürlich mit den Umständen heute leben müssen. Aber dennoch darf ich auch in diesem Bereich sagen, dass man doch Regelungen finden sollte, um auch diese Regelung abzuändern, damit man in gewissen Fällen mit einer Diskussion darüber, mit Argumenten darüber, auch Widmungen heute setzen kann.

Aber zu den Ortskernen zurück. Der Ortskern ist natürlich auch jetzt in der Wohnbauförderung verankert, mit 50 Euro, maximal 10.000 Euro förderbar. Die Wohnbauförderung mit einem Gesamtvolumen von 124 Millionen Euro, wo der Handwerkerbonus ebenfalls aus diesem Topf bezahlt wird, wie viele andere Maßnahmen die gesetzt werden über die Wohnbauförderung.

Der Herr Landeshauptmann sagt immer, wir haben die Beste in Österreich. In der letzten Broschüre die herausgekommen ist, "Bauen und Sanieren - Ratgeber" wird im Vorwort von zehn Häuser gesprochen, die gebaut werden, wo neun über Wohnbauförderung gefördert werden.

Ich denke, dass, so wie auch einige Vorredner das schon erwähnt haben, nicht mehr neun von zehn die Wohnbauförderung in Anspruch nehmen. Über die Anstrengungen, die gemacht werden müssen, über das AV-Verhältnis, über den Gesamt-U-Wert, der, glaube ich, dennoch soweit schon heruntergeschraubt ist, wo es einem jeden Häuslbauer schon schwer genug fällt diese Richtlinien für die Wohnbauförderung einhalten zu können.

Ich muss heute bei einem Wohnbau schon so viel Geld in die Hand nehmen, um diese Maßnahmen zu setzen. Auch wenn ich Energiesparmaßnahmen habe, aber dennoch ist es schwer genug, wenn ich gerade beim Bauen bin, wo ich heute schon rund 2.000 Euro pro Quadratmeter Wohnnutzfläche brauche, um mir ein Eigenheim schaffen zu können.

Da ist natürlich die Wohnbauförderung als Gesamtes eine wertvolle Hilfe und Stütze. Aber das heißt nicht, dass man nicht Änderungen durchführen kann. In der Diskussion, die bis jetzt geführt worden ist im Hohen Landtag über die Wohnbauförderung, ist immer gesagt worden, wir haben eh die beste Wohnbauförderung. Wir brauchen eh nichts ändern.

Sind wir froh, dass es so ist, wie es ist. Tatsache ist, dass wir den Umständen in den Gemeinden entsprechend natürlich auch umdenken sollten. Und nicht nur immer sagen, dass wir die beste Förderung haben. Die Ortskerne sterben immer mehr aus und mit der neuen Recycling-Baustoffverordnung, die gerade wieder umgeändert oder novelliert werden soll - der Entwurf ist ja bereits ergangen - wo ich genauso bei den Abbruchkosten, und da reden wir bei einem Einfamilienhaus je nach Kubatur von 30 - 80.000 Euro, eine wesentliche Belastung habe.

Natürlich überlege ich mir dreimal, ob ich im Ortskern baue, oder wo ich vielleicht eine Möglichkeit eines Bauplatzes am Ortsrand habe. Da darf ich - glaube ich nicht - pauschal sagen, weil der Herr Kollege Haidinger das angesprochen hat, dass ich sage, ich fördere da jetzt die oberen 100.000 im Burgenland, um beim Wortlaut zu bleiben, die es sich leisten können und die gerade dort ihr Haus haben, dass man die mitfördert. Das kann man natürlich genauso mit Richtlinien verfestigen, wo ich aber dennoch nicht am Ziel vorbeigehe und den Ortskern fördern kann.

Es gibt natürlich mehrere Maßnahmen dafür, die man setzen kann. Wenn ich dem Abänderungsantrag der Regierungsparteien Glauben schenken darf, dann reden wir von rund 1,1 Prozent - nicht mehr. Von 1,1 Prozent Ortskernförderung, die über die Wohnbauförderung bis dato im Jahr 2015 ausgeschüttet worden ist. Ich glaube, am Gesamtbudgetvolumen in der Wohnbauförderung von 124 Millionen Euro, wo wir sehr viele Maßnahmen gesetzt haben, über Handwerkerbonus und und und.

Wo wir aber gleichzeitig vor kurzer Zeit die Einstellung des Sanierungsschecks aber eigentlich wieder außer Kraft gesetzt haben, kann man sehr wohl wieder Maßnahmen setzen, um die Belebung des Ortskernes zu fördern und zu unterstützen und eine Ortskernförderung entkoppelt von den Richtlinien der Wohnbauförderung.

Das heißt, auch wenn ich keine Wohnbauförderung in Anspruch nehme, dennoch eine Unterstützung dafür bekommen kann. Das muss auch weiterhin das Ziel sein und darum kann ich dem Antrag der Liste Burgenland sehr viel abgewinnen und leider sehr wenig dem Abänderungsantrag, wo die Regierungsparteien im Landtag der eigenen Regierung den Auftrag erteilen, alles beim Alten zu lassen.

Wir denken eigentlich gar nicht mehr weiter nach, was wir dazu tun, sondern wir lassen es einfach so wie es ist. Ich denke, dass wir sehr wohl in diesen Bereichen sehr viel ändern können. Wir dürfen auf keinen Fall die AV-Werte für die Wohnbauförderung erhöhen. Wir müssen eine Festlegung der Ortskerne innerhalb der Gemeinden auch machen und zulassen, damit wir das klar definieren können. Das wäre ein mittelbarer und unmittelbarer Lösungsvorschlag dafür und dass wir auch ohne Wohnbauförderung einen Ortskernzuschlag oder eine Ortskernförderung machen können.

Ich glaube, dass es sicher noch einige Diskussionen und Beratungen dafür geben muss. Aber ich denke auch, dass wir gemeinsam - und wie der Kollege Kölly immer sagt - setzen wir uns zusammen - doch eine Änderung herbeiführen können, wo wir in naher Zukunft vielleicht auch den Ortskern im Sinne aller Häuslbauer so fördern können, dass der Ortskern wieder attraktiv und belebt wird, so wie es die einzelnen Gemeinden es verdienen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mag. Maczek.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute hier im Landtag über den

Ortskernzuschlag als Bestandteil der burgenländischen Wohnbauförderung diskutieren, dann muss schon einmal erwähnt werden, dass die gesamte Wohnbauförderung ein Gesamtpaket ist.

Ein Gesamtpaket von verschiedenen Faktoren und dieses in den letzten Jahren unter dem Motto "Arbeitsplätze sichern und leistbaren Wohnraum für die Burgenländerinnen und Burgenländer zu schaffen" stand. Insgesamt hat das Burgenland von 2011 bis 2015 655 Millionen Euro an Wohnbaufördermitteln zur Verfügung gestellt. Mit diesem Fördervolumen wurden fast 20.000 Wohneinheiten im Land gefördert. *(Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir eh alles!)*

Mehr als 90 Prozent der Arbeiten wurden von burgenländischen Firmen ausgeführt. Die Wohnbauförderung ist aber nicht nur ein Konjunkturmotor, wie wir es heute schon öfter gehört haben, sie ist in erster Linie ein unverzichtbares sozialpolitisches Instrument, weil wir damit nicht nur leistbares und ökologisches Wohnen ermöglichen, sondern auch junges und betreutes Wohnen.

Wenn wir die Statistik Austria anschauen, so können wir sagen, dass heute im Schnitt eine 75 Quadratmeter Wohnung im Burgenland 402 Euro kostet. In Salzburg 649 Euro im Monat und in Wien 558 Euro im Monat. Ich glaube, darauf können wir schon stolz sein. Wir wollen ja im Burgenland unseren Bürgern weiterhin leistbaren und qualitativen Wohnraum ermöglichen. Dafür stellen wir für die Wohnbauförderung auch im Jahr 2016 mehr als 124 Millionen Euro zur Verfügung. Davon für die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen oder Bauvereinigungen im sozialen Wohnbau 33,5 Millionen Euro.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu investieren ist der richtige Weg und ein gutes Beispiel. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist eh der richtige Weg!)* Dafür ist natürlich auch der burgenländische Handwerkerbonus, von dem wir heute schon einiges gehört haben und letztendlich ist es ein Mosaikstein, der das Gesamtbild der besten Wohnbauförderung Österreichs prägt. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt ja nicht, die beste Wohnbauförderung!)* Das stimmt schon, Herr Kollege. Wenn Sie heute die burgenländische Wohnbauförderung schlechtreden wollen, dann glaube ich, ist das schon sehr tief gegriffen.

Der soziale Aspekt steht im Mittelpunkt unserer Förderungen. Die Wohnbauförderung ist geprägt durch gesetzlich vorgeschriebene Einkommensgrenzen, durch festgelegte Einkommensgrenzen. Diese festgelegten Einkommensgrenzen dürfen nicht überschritten werden. Die festgelegten Mindesteinkommen müssen auch dementsprechend erreicht werden. Die Wohnbauförderung gewährt einen Ortskernzuschlag bei Neubauten, umfassender Sanierung und Ankauf von Objekten, sowohl im Eigenheimbereich, als auch im mehrgeschossigen Wohnbau.

Herr Kölly, hier sind viele Aspekte berücksichtigt. Bei Ihnen geht es ja nur um die Einkommensgrenzen und letztendlich ist die… *(Abg. Manfred Kölly: Mir geht es nicht um die Einkommensgrenzen!)* Doch, Ihnen geht es um die Einkommensgrenzen. Worum geht es dann? Es geht Ihnen nur um die Einkommensgrenzen. Wir wollen haben, dass die Spielregeln der Wohnbauförderung auch in diesem Bereich beibehalten werden. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ein Blödsinn!)*

Es gibt hier verschiedene Kriterien für den Ortskernzuschlag. Ab dem Jahr 2015 muss für jeden Wohnbauförderungsantrag ein konkretes Gutachten vorgelegt werden. Kriterien sind hier aufgelegt. Die Ortskernförderung ohne Kriterien der Wohnbauförderung würde aber am Grundprinzip der Förderung insgesamt vorbeigehen. Zusätzlich zu dieser Wohnbauförderung hat es in den letzten Jahren im Bereich der Dorferneuerung

verschiedene Fördermöglichkeiten für den Ortskern gegeben. Das aber für Gemeinden, für Gemeindeverbände, Vereine, Kirchen und so weiter.

Insgesamt trägt das Burgenland mit der Wohnbauförderung und mit der Dorferneuerung sehr viel für die Belebung der Ortskerne bei. Ihr Antrag - Herr Kollege Kölly - würde Spekulanten Tür und Tor öffnen und die burgenländische Wohnbauförderung, die die Beste Österreichs ist, die zielorientiert ist, die sozial ausgewogen ist, dementsprechend gefährden.

Wir werden unserem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Herr Abgeordnete Gerhard Steier hat sich als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Täglich werden in Österreich 30 Fußballplätze verbaut. Diese Fläche als solches birgt das Problem der Erosion von nutzbaren Flächen, die für landwirtschaftliche Zwecke, für die Natur insgesamt, zur Verfügung stehen.

Wir tun alles dafür, um quasi weiterhin an den Ortsrändern, speziell auch im Burgenland, an den Ortsrändern zuzulassen, dass Wohnbau sich entwickelt und gleichzeitig bleibt damit im Ortskern die Situation - und hier sind einige Bürgermeister, die das kennzeichnen - im Ortskern die Situation, dass manches devastiert wird. Aber im Grunde genommen, weil es nicht bewohnt ist. Es steht aber auch nicht zur Verfügung, weil es gewisse Erbschaftsangelegenheiten gibt. Auf der anderen Seite, wenn es zur Verfügung steht, ist niemand bereit, die Situation dort in Anspruch zu nehmen, weil er sagt, draußen baue ich billiger.

Die Wirklichkeit, die von diesem Antrag innewohnt, ist eine Lenkungsmaßnahme. Dieser Lenkungsmaßnahme steht nichts entgegen, auch nicht die Wohnbauförderung. Natürlich ist das ideal, wenn Wohnbauförderung mit diesem Anspruch gekoppelt werden kann. Was aber die Absicht ist, und die unterstelle ich dem Kollegen Kölly jetzt vollinhaltlich, die Absicht ist, dass von den peripheren Bereichen wieder zurück in den Kern investiert wird.

Hier ist in Deutschkreutz einiges geschehen, wo viel in der Ausbreitung der Ortschaft doch über Jahre nur an die Peripherie gesetzt wurde, mit der der Aussiedlung der Gewerbebetriebe ins Neue die Umfahrung auch sicher ist. Aber Tatsache ist, dass im Ortskern einiges möglich ist, dass mit einer entsprechenden Unterstützung auch für den Einzelnen die Gewährleistung bietet, dass er sich das leisten kann.

Es geht nicht darum, dass ich jetzt einen adäquaten Ersatz für die Wohnbauförderung mit dem Ortskernzuschlag sicherstellen will, aber es sollte eine Anerkennung der Möglichkeit sein, diese Ortskerne wieder zu beleben, entsprechend auszustatten. Wenn ich jetzt nur eines allen in Erinnerung rufen darf, was die Vergangenheit geboten hat auf städtischen Entwicklungen. Gerade die Städte waren es, wo in der Umsetzung aller Gegebenheiten, was den Wohnbau anlangt, an die Peripherie gedrängt wurde.

Zum Teil auch jetzt noch - speziell in Ballungsgebieten. Tatsache ist, dass es vermehrt in den letzten Jahren eine Entwicklung gibt, wo wieder zurück in den direkten Nucleus, in den Kern der Städte, die Auftragslage ist und dass sich Genossenschaften, die jetzt mit Wohnbauförderungsmittel diesen sozialen Wohnbau, den mehrstöckigen umsetzen, auch sehr gerne bereitfinden, diese Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Gleichzeitig - und das ist auch vom Kollegen Maczek jetzt angesprochen - auf Österreichvergleiche, wo es jetzt Quadratmeterpreise in der Errichtung von Wohnbauten gibt, die unterschiedlich aufs Burgenland wir noch immer die günstigsten im Verhältnis sind, was auch der Landeshauptmann mit der Statistik von Jahrbuch Arbeiterkammer angesprochen hat.

Wir sollten alles daran setzen, dass die Entwicklungsschritte, die auf eine Gemeinde bezogen stattfinden, diesen Ortskern, der natürlicherweise schon dadurch leidet, dass sich immer weniger Betriebe, Handwerkerbetriebe, aber auch Versorgungsbetriebe dort ansiedeln, oder dass sie davon wegziehen, weil sie in der Konkurrenz nicht statthaben. Tatsache ist, dass wir hier eine Fördermaßnahme zur Verfügung hätten, die diesem Schwund der Ortskerne sowohl in gesellschaftlicher, in bautechnischer Hinsicht, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht entgegentreten ließen.

Daher ist es zu unterstützen. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es hier noch Diskussionen notwendigerweise brauchen könnte. Aber eines steht fest, wenn wir nicht bereit sind, auf Zukunft bezogen - und hier ist die Zeit schon weit vorangeschritten, das heißt unmittelbar eigentlich - entsprechende Schritte zur Belebung dieser Ortskerne in unseren Gemeinden zu setzen, dann sind wir schuld an einer Entwicklung, die die Peripherie immer stärker in den Vordergrund rückt und den Menschen, die - und das wissen wir - alterungsmäßig im Burgenland ein Lebensdurchschnittsalter erreichen, das vor Jahren nicht denkbar war, in Zukunft überhaupt keine Versorgung sicherstellen lassen wird.

Dem sollten wir entgegenwirken durch entsprechende Maßnahmen. Eine dieser Lenkungsmaßnahme, die positiv zu bewerten ist - meiner Ansicht nach - ist dieser angesprochene Ortskernzuschlag.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Abgeordneter Kölly, Sie haben sich neuerlich zu Wort gemeldet. Sie konnten in parteiübergreifenden Gesprächen die unterschiedlichen Dinge nicht aufklären.

Dann bitte ich Sie zum Rednerpult.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ja, ich will es nicht in die Länge ziehen bis zwei Uhr in der Früh, wie beim letzten Mal, aber ein paar Worte doch verlieren. Ich verzeihe dem Herrn Kollegen Haidinger, wenn er sich herstellt und von dem spricht, was er glaubt, in seinem Leben alles schon gesehen zu haben und auch durch Deutschkreutz gefahren ist und durch viele Ortschaften, wo er das nicht anscheinend erkannt hat, was es heißt, einen Ortskern zu erhalten und einen Ortskern dementsprechend auch wieder zu gestalten.

Man hat vor 25 Jahren, wenn Ihr mir richtig zugehört habt, vor 25 Jahren hat man eine Ortkernförderung ausgeschüttet und es war eine gute und eine sinnvolle Sache der Landesregierung. Ich hoffe, dass auch hier ein Umdenken stattfindet. Aber, lieber Herr Haidinger, Du sagst dann zu mir, es ist ja eh nur alles Show hier drinnen, was wir hier machen. Ich soll es nicht so ernst nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme es sehr ernst und es ist keine Show. Da geht es tatsächlich nicht nur um Arbeitsplätze, da geht es nicht nur um Wirtschaft. Da geht es um die Zukunft einer Ortschaft. Wie lebt man in einer Ortschaft? Daher noch einmal:

Die Show ist vorbei, Herr Kollege. Es geht da wirklich um sachliche Dinge, die uns sehr wertvoll sind und wo die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr wohl das erkennen und vielleicht der eine oder andere in der Regierung auch sagt, warum nicht, schaut man sich das halt noch einmal an. Das ist ja nicht die Welt. Denn derzeit wird aus dem Budget 1,1 Prozent für Ortskernförderung ausgegeben, das ist gar nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Und wenn der Herr Kollege aus Pinkafeld sagt, ich weiß nicht, von was er geredet hat, aber ist ja völlig egal, er hat die Wohnbauförderung wieder gut dargestellt. Ist schon in Ordnung alles, aber er hat das Thema verfehlt. Da geht es um etwas anderes. Da geht es um eine Ortskernerhaltung und in Dörfern, nicht in Pinkafeld, sondern wir sind kleinstrukturiert, und heute wieder das Thema gehabt, Südburgenland. Auch dort gibt es Ortschaften, die in der Peripherie sind, und auch gerne den Ortskern erhalten wollen. Aber finanziell das die Gemeinden gar nicht „dablosn“. Das heißt, hier sollte es Unterstützung geben.

Wir haben gerade gehört, die Recycling-Geschichte um 35 Prozent mehr und jetzt sage ich ein Beispiel. Der Herr Landeshauptmann stellt sich hin und sagt, wir brauchen günstige Bauplätze, dann können wir günstig bauen. Jawohl, so ist es. Aber wenn ich im Grünen draußen baue, die Infrastruktur hinleiten muss, die erhalten muss, was ist dann günstig?

Und in der Ortschaft verfallen mir die Häuser, weil niemand das Haus kauft, das zum Beispiel jetzt 40.000 Euro kostet, dass ich es überhaupt bekomme, und dann noch 30.000 oder 40.000 Euro zusätzlich für das Wegräumen zahlen muss. Und da, glaube ich, gehört eine Unterstützung für die Zukunft her. Sonst schon gar nichts. Und nicht, ich denke an die Reichen, weil die können sich aufführen.

Ich sage noch ein Beispiel, Herr Haidinger, fahren Sie durch Deutschkreutz. Wir haben einen Sparmarkt im Ort erhalten können. Der wollte auch hinausgehen. Wissen Sie, warum er hinausgehen wollte? Weil der Hofer und die anderen Märkte viel größer bauen können als er im Ort. Das ist ja das Lustige. Das haben wir erst vor kurzem beschlossen, da waren Sie ja noch nicht einmal herinnen. Das sollten Sie sich einmal anschauen.

Das sind die Dinge, die mir so sauer aufstoßen und nicht eine Show sehen, die wir im Landtag machen. Ja vielleicht, das eine oder andere ist eine Show, leider Gottes, verkommen, weil leider Gottes ein Farbspiel betrieben wird.

Aber das sind für mich ganz wichtige Punkte. Auch für die Zukunft und auch für die, die noch einen Bürgermeister überhaupt anstreben. Weil heutzutage ist das gar nicht so einfach, Bürgermeister zu sein, mit allem drum herum, mit allen Rechten und Pflichten wird es immer schwieriger.

Das wäre auch ein Ansatz, wo man auch sagt, liebe Freunde, liebe Kollegen, kandidiert, macht etwas, weil wir unterstützen euch seitens des Landes. Daher ist mir dieser Antrag so wichtig.

Ich habe vernommen, dass wir den in Zukunft der nächsten Zeit wieder einbringen werden und ich hoffe, dass wir doch Parteiengespräche führen können, wo wir eine Lösung finden. Aber wenn Ihr mir sagt, es gibt einen anderen Topf als die Wohnbauförderung, habe ich kein Problem, aber was gehört denn zur Wohnbauförderung? Na bauen! Und bauen in einer Ortschaft gehört eben zu einer Wohnbauförderung.

Oder ich weiß nicht, verstehe ich dann die Welt nicht mehr, lieber Herr Haidinger? Danke schön. *(Beifall bei der LBL, ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Ortskernzuschlag im Rahmen der Wohnbauförderung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 379) betreffend den Ausbau der Elektromobilität im Burgenland (Zahl 21 - 259) (Beilage 399)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 10. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 379, betreffend den Ausbau der Elektromobilität im Burgenland, Zahl 21 - 259, Beilage 399.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Ausbau der Elektromobilität im Burgenland in ihrer 9. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 27. April 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Gleichzeitig stellte der Abgeordnete Kollege Mag. Drobits einen Abänderungsantrag, der mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Ausbau der Elektromobilität im Burgenland unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich dem Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Die Elektromobilität ist die Mobilität der Zukunft, die bereits begonnen hat. Immer mehr Leute steigen auf E-Autos um, das sind zugegebener Maßen im Moment noch sehr wenig, aber gerade das Frühjahr, seit 1.1., hat gezeigt, dass sich da sehr viel tut.

Nicht ganz von alleine, eine große Firma ist da sehr dahinter, die Firma Tesla, die für ihren Tesla Nummer 3 bisher über 400.000-mal Bestellungen hat, und das sind nicht nur Leute, die Bestellungen abgegeben haben, sondern die einen 1.000-er auch für ihre Reservierung eingezahlt haben. *(Abg. Günter Kovacs: 80.000 Euro!)*

Die Frage ist zwar, ob die Firma es schaffen wird, in kurzer Zeit so viele Autos zu bauen. Aber es ist ja Gott sei Dank nicht die einzige Firma. Opel kommt noch heuer wahrscheinlich mit einem Modell auf den Markt, das auch ungefähr 300 Kilometer Reichweite haben wird, und es werden sicher auch endlich die deutschen und die herkömmlichen Autobauer und Autobauerinnen folgen.

Was es dazu braucht, ist auf der einen Seite eine Förderung, ein kleiner Ankick, damit das ein bisschen in Fahrt kommt. Das gibt es im Land. Ich würde sagen, es wäre nicht schlecht, wenn man das noch ein bisschen aufpoppt, ein bisschen stärker macht. Aber was auch ganz wichtig ist, ist natürlich die Infrastruktur. Die gibt es zum Teil, aber das ist noch viel zu wenig.

Konkretes Beispiel, meine Kollegin wird in Kürze auch ein Elektroauto ihr Eigen nennen. In dem Haus, wo sie wohnt, in der Garage, gibt es keine einzige Steckdose. Das darf es in Zukunft nicht mehr geben. Wir müssen schauen, dass zumindest im geförderten Wohnbau, bei den Genossenschaften, das Mindeste ist eine Leerverrohrungen, wenn nicht schon bei jedem Parkplatz eine Steckdose fix ist.

Das Zweite, was wir brauchen werden, ist über das Land verteilt, Schnellladestationen. Die Ladung an jeder normalen haushaltsüblichen Steckdose ist bei den meisten, nein, bei allen Autos möglich, aber das dauert doch relativ lang, man muss so um sechs Stunden Ladezeit rechnen, wenn das Auto ganz leer ist.

Bei einer Schnellladung kann man innerhalb von 20 bis 30 Minuten 80 Prozent der Akkuleistung aufladen. Das geht aber nur an speziellen Ladestationen, die ungefähr 50 Kilowattstunden Leistung haben. In Eisenstadt gibt es eine. Im Mittelburgenland ist mir keine bekannt. Im Südburgenland muss man in die Steiermark rüberfahren, um das zu bekommen. Das wäre ganz wichtig, hier etwas zu machen.

Warum ist das so wichtig? Auf der einen Seite, für mich war das selbst ein bisschen ein Aha-Erlebnis, man muss sich das einmal vor Augen führen. Die modernen Verbrennungsautos, die wir heute haben, produzieren zu 80 Prozent Wärme und Hitze und zu 20 Prozent Fortbewegungsenergie. Beim Elektroauto ist das fast genau umgekehrt.

Das heißt, das Auto, das wir heute fahren, der Verbrenner ist eigentlich ein Energiefresser, ein Energieverschleuderer. Beim Elektroauto ist es genau anders. Und deswegen, und natürlich auch aus vielen anderen Gründen, Abgasemissionen und Ähnliches. Klarerweise wird sich da noch einiges in der Technologie tun müssen. Da tut sich auch schon sehr viel, auch in Österreich.

Es gibt im Mühlviertel einen innovativen Betrieb mit drei Brüdern, die jetzt eigentlich, wenn man es nachher anschaut, auf sehr simple Weise die Akkus wesentlich verbessert haben, und zwar haben sie die Lötstellen einfach besser gemacht. Allein dadurch erreichen sie schon einen wesentlich höheren Wirkungsgrad, können kleinere Akkumulatoren bauen, die die gleiche Leistung haben.

Es tut sich sehr viel. Aber es macht trotzdem schon Sinn, auch jetzt einzusteigen, weil die Autos inzwischen ganz gut ausgereift sind. Viele Modelle inzwischen jahrelang gute Dienste leisten. Und man sieht, dass man im Alltag damit fahren kann. Ein Problem ist sicher noch die Reichweite. Aber ich glaube, da müssen wir uns auch ein bisschen von einer Illusion verabschieden.

Tatsache ist, die meisten Wege sind unter 50 Kilometer. Und wenn man weiter fahren muss, gibt es heute schon Modelle, Firmen, die ihren Mitarbeitern Elektroautos anbieten. Sie bieten ihnen - zum Beispiel - für den Urlaub einen sparsamen Verbrenner an. Damit habe ich mit der Distanz dann überhaupt kein Problem mehr.

Oder Carsharing-Modelle. Wo ich mir halt dann ein Auto, das eine größere Reichweite, oder auch wieder einen Verbrenner bei der Gemeinde oder beim nächsten KFZ-Händler günstig mieten kann, wenn ich einmal weiterfahren muss. In der Praxis schaut es bei den meisten oder bei vielen zu Hause wahrscheinlich so wie bei mir aus, wir haben jetzt ein, eigentlich fast das Gegenteil vom Tesla, einen kleinen Citroen C-Zero, der ist nur ein Viersitzer, ein ganz ein schmales kleines Auto, 100 km Reichweite. Im Winter sind es noch ein bisschen weniger, das reicht für den Alltag komplett. Für Einkaufsfahrten, Kinder wohin fahren, Termine in der Region machen, reicht vollkommen aus.

Es gibt inzwischen auch Autos, die 200 bis 300 km fahren. Aber allein als Zweitauto, so wie wir ihn jetzt haben, reicht das vollkommen aus. Der Diesel steht eigentlich den größten Teil, weil jeder bei mir in der Familie nur mehr mit dem Elektroauto fahren will.

Der Trend ist eindeutig da. Ich glaube, dass wir in den nächsten ein, zwei Jahren einen echten Boom erleben werden, auch weil das Auto einfach natürlich im Erhalt günstiger ist. Nicht nur, was die Stromkosten angeht, diese Autos haben keine Auspuffanlage, diese Autos haben kein Öl, diese Autos haben viele, viele Teile nicht, die einfach Verschleißteile sind, kaputt werden können. Von Zahnriemen, Zündkerzen und Ähnlichem will ich gar nicht reden. Das heißt, sie sind im Erhalt um einiges günstiger. Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, diesen Trend, diesen Boom rechtzeitig zu erkennen, oder erkannt zu haben, muss man eigentlich inzwischen sagen, und das noch zu fördern.

Die Energie Burgenland versucht auch einiges. Es gibt vier oder fünf Carsharing-Projekte in den Gemeinden mit Elektroautos, in Pilotgemeinden. Und ich denke, hier ist es notwendig, mehr zu machen.

Wie es fast schon in der Natur der Dinge hier herinnen liegt, ist der Abänderungsantrag zwar ganz nett, aber geht natürlich bei Weitem nicht so weit wie notwendig und nicht so weit wie der eigene Antrag.

Wir werden dem Abänderungsantrag zähneknirschend zustimmen, obwohl das eindeutig zu wenig ist, wenn man hier wirklich was erreichen will. Gerade in einem Land, wo das Auto so wichtig ist, gerade im Südburgenland wie bei uns, glaube ich, hätten wir viele Vorteile, wenn mehr Elektroautos unterwegs wären.

Auch für den Tourismus ist es sicher eine gute Geschichte, wenn wir hier als Burgenland - so oft zitiert vom Herrn Landeshauptmann - das Vorreiterland, das beste Land in Österreich sind oder europaweit oder weltweit.

Danke schön. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Im Universum! - Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danker Herr Abgeordneter. Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Karin Stampfel zu Wort gemeldet.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die fossilen Vorräte neigen sich mehr oder weniger langsam aber sicher dem Ende zu. Es gilt, Alternativen zu finden. Eine mögliche Alternative im Bereich der Fortbewegung ist die Elektromobilität.

Das Land Burgenland nimmt auf vielen Gebieten eine Vorreiterrolle ein. Unter anderem auch auf dem Gebiet der Ökologie und der Umwelt. Im Burgenland wird bereits deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen produziert als das Land selbst braucht. Daher sind wir auch auf die Entwicklung im Bereich der Elektromobilität vorbereitet. Von Seiten des Landes wird bereits der Ankauf von Elektrofahrzeugen gefördert und auch die Konzepte für einen raschen und bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur liegen vor.

Im Land gibt es bereits zwölf E-Tankstellen und im Zuge des Sicherheitskonzeptes unseres Landeshauptmann-Stellvertreters werden für die Sicherheitspartner Elektrofahrzeuge zur Verfügung gestellt und in den Pilotgemeinden weitere Ladestationen errichtet.

Ein weiterer Schritt in Richtung Elektromobilität ist die Mitgliedschaft der Energie Burgenland mit der Marke „TANKE“, unter der alle Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität der gesamten Ostregion gebündelt sind. Fahrer von Elektroautos genießen hier den Vorteil, im Burgenland, Wien und Niederösterreich mit einer Karte tanken zu können. Längere Strecken in der Ostregion können somit problemlos gemeistert werden. Derzeit wird an einer österreichischen Kooperation gearbeitet, damit Energie Burgenland „TANKE“-Kunden bald in ganz Österreich an öffentlichen Ladestationen tanken können.

Man sieht, dass hier von Seiten des Landes im Hinblick auf Klima und Umweltfreundlichkeit schon sehr viel getan wurde und auch getan wird. Dass auch in Zukunft alle Möglichkeiten im Hinblick auf den Einsatz von E-Mobilität genützt, unterstützt und ausgeweitet werden, ist eine Selbstverständlichkeit.

Meinen Schlusssatz widme ich diesmal der ÖVP. Ihr E-Mobilitätsantrag ist das Paradebeispiel unseriöser Politik. Ein ellenlanger Forderungskatalog, dessen Umsetzung zig Millionen verschlingen würde, ohne auch nur ansatzweise vorzuschlagen, wie man das finanzieren soll. Unseriöser geht es nicht, liebe Wirtschaftspartei ÖVP.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Kollege Fazekas hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte zum Rednerpult.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Stampfel! Unseriöse Politik, glaube ich nicht. Ich würde es eher als zukunftsorientierte Politik bezeichnen, *(Abg. Walter Temmel: Bravo!)* die sich darin definiert, all sein Handeln und Tun vor allem mit Weitblick in Richtung der nächsten Generation auszurichten. Dazu gehört verantwortungsvolle Politik und nachhaltiger Umgang mit Ressourcen. Dazu gehört es, den Schutz unserer Lebensgrundlagen zu gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Gerade das Burgenland zählt zu den lebenswertesten Regionen in ganz Europa. Genau das muss auch für unsere Kinder und Kindeskinder sichergestellt werden. Dafür ist es - meiner Meinung nach - notwendig, in den unterschiedlichsten Bereichen

zukunftsweisende Maßnahmen zu setzen und ein Bereich ist beispielsweise der Energiebereich und der Mobilitätsbereich.

Gerade im Burgenland, wo an vielen Tagen mehr elektrische Energie aus Windkraftanlagen erzeugt wird, als das Burgenland verbrauchen kann, muss überlegt werden, wie wir diese Energie optimal nutzen können.

Eine Möglichkeit, wo ich ein großes Potenzial sehe, ist die Forcierung der Elektromobilität. Ziel muss es sein, meine geschätzten Damen und Herren, dass man den Windstrom auf die Straße bringt. Am Angebot der Fahrzeuge oder der Technologien kann es nicht scheitern. Wie der Herr Kollege Spitzmüller schon erwähnt hat, gibt es viele Hersteller wie BMW, Volkswagen, Renault, Toyota oder Tesla, die in diese Zukunftstechnologie am Mobilitätssektor investieren.

Die Frage ist für mich, warum auf der Nachfrageseite dieser Hype nicht besteht. Ich glaube, dass diese Distanz gegenüber diesen sehr fortschrittlichen Technologien einerseits im mangelnden Bewusstsein begründet werden kann, aber auch in der Sorge darin, dass diese Entwicklung noch nicht fortgeschritten und breitenfähig ist.

Deswegen bin ich überzeugt, ohne ein klares Bekenntnis und ohne ein Wollen durch die Landespolitik wird der Umstieg in diesem Bereich schwer werden, und ich appelliere gerade deswegen, weil wir als Burgenland ein Pendlerland sind, ein Bekenntnis zur umweltschonenden und positiven Elektromobilität auszusprechen.

Ich weiß, dass man sich nun auf Pilotprojekte in den einzelnen Gemeinden beruft, meine geschätzten Damen und Herren, das ist meiner Meinung nach zu wenig. Ein wirklicher Wille in diesem Bereich, etwas zu bewegen, muss vor allem eines mit sich bringen, nämlich Breitenwirksamkeit.

Wie man Elektroautos für die Bürger attraktiver machen kann, hat erst unlängst die deutsche Regierung ganz klar bewiesen. 4.000 Euro Kaufprämie für Elektroautos und 3.000 Euro Kaufprämie für Hybridautos, das ist eine klare Willenserklärung in Richtung Ausbau der Elektromobilität, die für mich eine Vorbildwirkung hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin überzeugt, alternativen Antrieben gehört die Zukunft. Der vorliegende Antrag, Abänderungsantrag seitens der SPÖ-FPÖ-Fraktion ist mir und meiner Fraktion zu wenig und zu wenig über den Tellerrand blickend.

Ich glaube, dass unser Land mehr kann, als sich auf kleine Einzelmaßnahmen zu berufen. Aus diesem Grund stelle ich einen Abänderungsantrag, der konkrete und weitrechende Punkte zum Ausbau der Elektromobilität im Burgenland mit sich bringt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Punkte zum Ausbau der Elektromobilität im Burgenland umzusetzen:

Erstens, Ausbau der Forderung bei der Schaffung von Elektrofahrzeugen,

Zweitens, Förderungen von Betrieben bei der Umstellung von Fuhrparkfahrzeugen auf Fahrzeuge mit Elektroantrieb,

Drittens, Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Bereich von Park & Ride-Anlagen im Burgenland,

Viertens, Förderung von Parkplatz und Parkgaragenanbietern zur Errichtung von Ladeinfrastruktur,

Fünftens, sukzessive Umstellung des öffentlichen Fuhrparks des Landes auf Elektrofahrzeuge und Unterstützung der Gemeinden bei der Umstellung des Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge mit 30 Prozent der Anschaffungskosten. *(Abg. Géza Molnár: Finanzierungsvorschlag? Haben Sie keinen? – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wann hat die FPÖ jemals einen Finanzierungsvorschlag gehabt? Noch nie haben wir einen gekriegt. - Abg. Patrik Fazekas übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung mit einbezogen wird.

Herr Landtagsabgeordneter Sodl hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte um Ihre Ausführungen Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir behandeln den Antrag „Ausbau der Elektromobilität in unserem Land Burgenland“. Das ist natürlich sehr wichtig und auch gut. Für meine Begriffe gehört natürlich mehr dazu, auch Energie, Gesamtenergiesektor, vor allem die erneuerbare Energie.

In weiterer Folge daraus der Klimaschutz, die CO_2-Einsparungen. Wie wir wissen, eine sehr komplexe Materie. Wir stellen uns die Frage, wo stehen wir, wo ist der Status quo? Wo wollen wir hin? Wo geht der Weg Richtung Energie?

Natürlich international, auf europäischer Ebene, auf nationaler Ebene, in unserem Land, in unseren Kommunen, unsere Menschen, unsere Gebäude und Häuser. Ja, jeder Einzelne, jede einzelne Person ist davon betroffen.

Für mich stellt sich nicht nur die Frage, wie erzeugen wir zukünftig Energie, vor allem, wie gehen wir mit Energie um? Wie sparsam, wie effizient gehen wir mit Energie um? Und vor allem, wie sieht die Zukunft, die Energiezukunft in Zusammenhang mit dem Klimaschutz aus? Was sind die Folgen?

Die Atmosphäre ist eine dünne Schicht, es ist kein Ersatz vorhanden. Wir kennen nicht korrekt die Folgen, die daraus erwachsen. Meeresströmungen, die sich ändern, schädliche Strahlungen nehmen zu, Klima wird unwirtlicher bis hin zu Lebensmittelknappheit und Wasserknappheit. Die Veränderung auf der Erde, der Anstieg der Meeresspiegel, Völkerwanderungen, Aufeinanderprallen von Kulturen, daraus Radikalisierung, Gefahr, bis hin Gefahr von Kriegen.

Wenn ich die Ziele der Energiestrategie Burgenland sehe, die wir hier anstreben, so war es immer wiederum das Ziel, 2013 in unserem Land autonom in der Erzeugung des elektrischen Stromes zu sein. Das war ein sehr hohes Ziel, das hier gesetzt wurde, und das Burgenland hat es als eine der ersten Regionen Österreichs erreicht.

2020 - ein sehr hohes Ziel, größer, gleich 50 Prozent des gesamten Energieverbrauches aus erneuerbarer Energie zu erzeugen und 2050 - eine vollständige Energieautarkie hier anzustreben.

Die Problematik, die wir gerade jetzt haben, wissen wir. Um diese Ziele erreichen zu können, muss das Ökostromgesetz hier auch verändert werden.

Was trägt aber die Politik dazu bei und was sind die Ziele? Was trägt jeder Einzelne von uns dazu bei? Hier im Land, in unseren 171 Gemeinden? Ich bin immer dafür, dass wir sehr ehrlich mit der Materie umgehen, nach dem Motto „nicht Wasser zu predigen und Wein zu trinken“. Und ich möchte es wiederum auf unsere Kommune, auf unsere Gemeinde sehen.

Unsere Gemeinde hat vor drei Jahren eine Photovoltaikanlage in der Größenform von 20 Kilowatt Peak errichtet und versorgt die ganze Volksschule sowie auch den Kindergarten und auch die Mehrzweckhalle. Diese Photovoltaikanlage in dieser Größe ist auch wirtschaftlich deshalb geworden, weil wir hier die Zählerpunkte zusammengelegt haben und natürlich durch die Förderung hier im Land, durch die Dorferneuerung.

Vor zwei Jahren haben wir in unserer Gemeinde, obwohl wir die größte Streusiedlung sind, eine Baum-, Strauch- und Grünschnitte-Deponie errichtet und haben inzwischen zirka 400 Kubikmeter Baumschnitt daraus erzielt, genauso viel Strauchschnitt. Der Baumschnitt wird natürlich weiter an die Heizanlagen geliefert, der Strauchschnitt wird zu Kompost verarbeitet und beim Grünschnitt gibt es Verhandlungen und Gespräche in jene Richtung, dass dieser in den nächsten Biogasanlagen eingebracht werden.

Genauso hat es heuer eine Initiative seitens unseres Herrn Landeshauptmannes gegeben, um hier in den Kommunen und auf gemeindeeigenen Gebäuden, Photovoltaikanlagen zu errichten, um diese auch über die Bedarfszuweisungen zu fördern. Auch hier haben wir am Dach unseres Feuerwehrhauses sowie am Dach des Bau- und des Wirtschaftshofes jeweils eine Photovoltaikanlage in der Größenform von fünf Kilowatt Peak errichtet.

Ich möchte mich hier für diese Maßnahmen, die seitens des Landes gesetzt wurden, bei Ihnen, Herr Landeshauptmann, und auch über die Dorferneuerung im Namen der Gemeinden und deren Bürger recht herzlich dafür bedanken.

Ich habe auch vor drei Jahren privat eine Photovoltaikanlage, eine relativ kleine, an unserem Wohnhaus errichtet. 3,9 Kilowatt Peak und im vergangenen Jahr die Abrechnung für den Gesamtstrombedarf ist bei 230 Euro im Jahr. Natürlich muss man diese auch wirtschaftlich in jener Form betreiben, dass man den Strom dann auch in Anspruch nimmt, wenn natürlich der Strom erzeugt wird. Gerade dann ist er nur wirtschaftlich.

Ich möchte doch einige Worte auch über die E-Mobilität verlieren und gerade hier die Energie Burgenland hervorheben, die als größter Leitbetrieb im Burgenland mit einem guten Beispiel vorangeht. Eine gute Ökobilanz ist dem Unternehmen sehr wichtig. Daher setzt man nicht nur auf nachhaltige, ökologische Stromproduktion, sondern auch auf die sinnvolle Verwendung von sauberer Energie.

Mit Elektroautos nützt man erprobte Technik zugunsten einer positiven Umweltbilanz und das zu leisten und Investitionen und Betriebskoten hier auch zu sparen. Von insgesamt 361 Fahrzeugen, die seitens des Unternehmens der Energie Burgenland betrieben werden, werden bereits 118 Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten betrieben.

Wenn man derzeit von Elektroautos spricht, dann gibt es sofort eine Frage, die wir auch immer wiederum hören: Wie groß ist die Reichweite und ein Vorurteil nicht alltagstauglich? Spricht man aber mit den Betroffenen, so hört man dann eine klare Antwort. Es ist kein Problem, es gibt neue Schnellstationen und diese werden auch geschaffen und wir haben schon gehört, mein Vorredner hat es gesagt, dass diese bis zu 30 Minuten die Batterien zur Gänze aufladen.

Die Energie Burgenland baut bereits emsig das Netz der Ladestationen aus - mit dem Ziel, in den nächsten drei Jahren nicht weiter als zehn Kilometer bis zur nächsten Lademöglichkeit fahren zu müssen. Sprich, in wenigen Jahren wird sich sowohl bezüglich der Reichweite als auch der Ladedauer noch einiges verbessern.

Ich möchte abschließend natürlich hier hervorheben und mich bedanken bei der Energie Burgenland, aber gleichzeitig auch bei der Burgenländischen Energieagentur,

beim Dipl.Ing. Binder mit seinem Team, aber auch bei den politisch Verantwortlichen, hier bei Dir, geschätzter Herr Landeshauptmann.

Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte um Aufmerksamkeit beim Abstimmungsvorgang.

Meine Damen und Herren! Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend E-Mobilität ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung ist erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 9. Juni 2016, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet nunmehr in 15 Minuten, also um 19.15 Uhr statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr 00 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 14. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 09. Juni 2016
10.03 Uhr - 20.34 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Aktuelle Stunde zum Thema: „New Deal: Arbeitsmarkt schützen - Wirtschaft stärken - BurgenländerInnen in Beschäftigung bringen!“;

3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016);

4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Rettungsgesetz-Novelle 2016);

5. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird;

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte (Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz - Bgld. HeiKuG) geändert wird;

7. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung zur Kenntnis genommen wird;

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend TTIP, CETA und TiSA;

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung der Energiewende durch Novellierung des Ökostromgesetzes;

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Bankomatgebühren;

11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 382) betreffend Recycling-Baustoffverordnung;

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 390) betreffend "Recycling-Baustoffverordnung";

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 406) betreffend Maßnahmen zu Lehre und Lehrlingsausbildung im Burgenland;

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 414) betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1966)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 54 des Abgeordneten Patrik Fazekas an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Versorgung der Bürger im Burgenland mit Trinkwasser
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1969)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s (S. 1970 u. S. 1970) und Markus U l r a m (S. 1971)

Anfrage Nr. 55 des Abgeordneten Patrik Fazekas an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Drogenprobleme im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 1971)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s (S. 1972 u. S 1972), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1973), Georg R o s n e r (S. 1973) und Günter K o v a c s (S. 1973)

Anfrage Nr. 56 der Abgeordneten Mag.[a] Michaela Resetar an Landesrätin Verena Dunst betreffend Erfolge für Frauen bei unterschiedlichen Spendenveranstaltungen
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 1974)
Zusatzfrage: Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 1975 u. S. 1976) und Karin S t a m p f e l (S. 1977)

Anfrage Nr. 61 der Abgeordneten Mag.a Michaela Resetar an Landesrätin Verena Dunst betreffend Frauenarbeitslosigkeit
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 1978)
Zusatzfrage: Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 1980 u. S. 1981) und Georg R o s n e r (S. 1982)

Anfrage Nr. 57 der Abgeordneten Edith Sack an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bilanz der Förderperiode „Phasing Out 2007-2013“ inklusive grenzüberschreitender Programme
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 1983)
Zusatzfrage: Edith S a c k (S. 1984 u. S. 1985) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 1986)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde
Aktuelle Stunde zum Thema: „New Deal: Arbeitsmarkt schützen - Wirtschaft stärken - BurgenländerInnen in Beschäftigung bringen!“;

(auf Verlangen des SPÖ-Landtagsklubs)
Redner: Robert H e r g o v i c h (S. 1988), Géza M o l n á r (S. 1991), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 1993), Manfred K ö l l y (S. 1997), Mag.a Regina P e t r i k (S. 1999), Edith S a c k (S. 2000), Manfred H a i d i n g e r (S. 2002), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2003), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2005), Gerhard S t e i e r (S. 2006) Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 2008) und Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2010)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 409), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 281) (Beilage 425);
Berichterstatterin: Dr. P e t e r R e z a r (S. 2011)
Redner: Mag. Johann R i c h t e r (S. 2012), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2013), Doris P r o h a s k a (S. 2015), Landeshauptmann H a n s N i e s s l S. 2016), (Gerhard S t e i e r (S.2018), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2019), Robert H e r g o v i c h (S. 2020) und Manfred K ö l l y (S. 2021)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2022)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 403), mit dem das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Rettungsgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 275) (Beilage 426);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 2023)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 2023), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2024), Ewald S c h n e c k e r (S. 2025), M a n f r e d H a i d i n g e r (S. 2028), Gerhard S t e i e r (S. 2029) und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 2029)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2030)

Bericht des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 407), mit dem das Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird (Zahl 21 - 279) (Beilage 427);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 2031)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2031), Karin S t a m p f e l (S. 2031), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2032), Günter K o v a c s (S. 2033), Gerhard S t e i e r (S. 2034), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2035), Robert H e r g o v i c h (S. 2037) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 2038)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2039)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag.a Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Burgenländischen Landwirtschaft (Zahl 21 - 308) (Beilage 448);
Begründung der Dringlichkeit: Walter T e m m e l (S. 2040)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 2042), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2043), Karin S t a m p f e l (S. 2045), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 2046), Wolfgang S o d l (S. 2049), Gerhard S t e i e r (S. 2051) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 2053)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 2057)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Gesetz (Beilage 410), mit dem das Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte (Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz - Bgld. HeiKuG) geändert wird (Zahl 21 - 282) (Beilage 428);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 2057)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 2057), Mag. Johann R i c h t e r (S. 2058), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2059), Christian I l l e d i t s (S. 2060), Gerhard S t e i e r (S. 2062) und Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2063)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2064)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 408), mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 280) (Beilage 429);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 2064)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 2065), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2068), Mag. Christian D r o b i t s (S. 2069), Géza M o l n á r (S. 2071), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2073) und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 2074)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2075)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 412) betreffend TTIP, CETA und TiSA (Zahl 21 - 284) (Beilage 430);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S.2075)
Redner: Manfred Kölly (S. 2076), Wolfgang Spitzmüller (S. 2077), Mag. Johann Richter (S. 2078), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 2078), Mag. Christian Drobits (S. 2080), Gerhard Steier (S. 2081), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 2084), Landesrätin Verena Dunst (S. 2085) und Mag.a Regina Petrik (S. 2086)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2086)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 411) betreffend Umsetzung der Energiewende durch Novellierung des Ökostromgesetzes (Zahl 21 - 283) (Beilage 431);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 2087)
Redner: Manfred Kölly (S. 2087), Wolfgang Spitzmüller (S. 2089), Karin Stampfel (S. 2090), Walter Temmel (S. 2091), Wolfgang Sodl (S. 2092), Gerhard Steier (S. 2094) und Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 2097)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2098)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 413) betreffend Bankomatgebühren (Zahl 21 - 285) (Beilage 432);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 2099)
Redner: Manfred Kölly (S. 2099), Géza Molnár (S. 2101), Bernhard Hirczy (S. 2102), Mag. Christian Drobits (S. 2103) und Landesrätin Verena Dunst (S. 2105)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2105)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 382) betreffend Recycling-Baustoffverordnung (Zahl 21 - 262) (Beilage 433);
Berichterstatter: Kilian Brandstätter (S. 2106)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2118)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 390) betreffend „Recycling-Baustoffverordnung“ (Zahl 21 - 270) (Beilage 434);
Berichterstatterin: Ilse Benkö (S. 2106)
Manfred Kölly (S. 2107), Wolfgang Spitzmüller (S. 2110), Karin Stampfel (S. 2111), Markus Ulram (S. 2112), Mag. Kurt Maczek (S. 2114), Gerhard Steier (S. 2116) und Landesrat Helmut Bieler (S. 2117)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2118)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 406) betreffend Maßnahmen zu Lehre und Lehrlingsausbildung im Burgenland (Zahl 21 - 278) (Beilage 435);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 2119)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 2119), Mag.a Regina P e t r i k (S. 2121), Manfred H a i d i n g e r (S. 2124), Bernhard H i r c z y (S. 2126) und Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 2127)
Annahme des Entschließungantrages (S. 2129)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 414) betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung (Zahl 21 - 286) (Beilage 436);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2129)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 2130), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2132), Doris P r o h a s k a (S. 2133), Mag. Johann R i c h t e r (S. 2136) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 2137)
Annahme des Entschließungantrages (S. 2138)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1966)

Beginn der Sitzung 10 Uhr 01 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen und e r ö f f n e die 14. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 13. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner und Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon entschuldigt. Ebenso hat sich Herr Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas von 16.45 Uhr bis 20.00 Uhr von der Sitzung entschuldigt.

(Nachruf für Frau NR a.D. Ottilie Rochus)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie ersuchen, sich von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Am Samstag, dem 21. Mai 2016, ist das ehemalige Mitglied des Burgenländischen Landtages, Frau Ottilie Rochus, im 88. Lebensjahr verstorben. Ottilie Rochus wurde am 27.11.1928 als Ottilie Michalitsch in St. Andrä am Zicksee geboren.

Sie besuchte die Volksschule sowie die Frauenoberschule in Wien. Nachdem sie am Bundesrealgymnasium in Bruck a.d. Leitha maturierte, besuchte sie den Lehrgang für Lehrerinnen an der Landwirtschaftlichen Fachschule in Tullnerbach und war bei der Burgenländischen Landwirtschaftskammer von 1950 - 1953 als landwirtschaftliche Lehrerin tätig. Danach fungierte sie als Beraterin, Hauswirtschaftsreferentin und Landjugendreferentin. Ab 1960 war sie zudem Landwirtschaftsinspektorin. Sieben Jahre später übernahm sie die Leitung der Abteilung ländliche Hauswirtschaft an der Burgenländischen Landwirtschaftskammer. Für ihre Verdienste wurde ihr im Jahr 1972 der Titel „Oberlandwirtschaftsrätin“ verliehen.

Ottilie Rochus begann bereits sehr früh, sich politisch zu engagieren, nämlich ab 1945 in der österreichischen Jungbauernschaft. Ab 1950 als Mitglied des ÖAAB, später wurde sie Mitglied des österreichischen Bauernbundes und der österreichischen Frauenbewegung, in der sie mitunter als Landesleiterin und stellvertretende Bundesleiterin fungierte. Des Weiteren war sie Landesobfrau des Burgenländischen Hilfswerkes sowie Mitglied der ÖVP Bundesleitung. Als erste weibliche Abgeordnete der ÖVP wurde sie am 17. April 1968 im Burgenländischen Landtag angelobt. Diesem gehörte sie ohne Unterbrechung bis zum 3. November 1975 an.

Einen Tag später, am 4. November 1975, wurde sie als Abgeordnete zum Nationalrat angelobt und erfüllte dieses Amt bis zum Jahr 1984. Ihre politische Laufbahn bestritt Ottilie Rochus in einer Zeit, die keine leichte war. Es war eine Zeit, die den burgenländischen Volksvertreterinnen und Volksvertretern besonders viel persönliches Engagement und persönlichen Einsatz abverlangte. Zum Amtseintritt von Ottilie Rochus im Jahr 1968 amtierte Theodor Kery als Landeshauptmann. Die SPÖ und ÖVP koalierten. Der politische Zeitgeist war getragen von der Stärke des Kollektivs, der Hoffnung und dem Ziel der Verbesserung.

Kein anderer Zeitabschnitt prägte die politische Entwicklung des Burgenlandes vom Armenhaus Europas hin zur Vorzeigeregion in vielerlei Hinsicht und die Basis seiner heutigen demokratischen Haltung so sehr, wie diese Ära. Es war dies eine Ära der

Modernisierung. Das als rückständig geltende Burgenland wurde umgebaut, es wurde modernisiert und es wurde investiert. Die Wiedererrichtung des Landes, der wirtschaftliche Aufbau und der politische Neubeginn nach 1945 verliefen schleppend. Besserung stellte sich erst ab 1955 ein. Langsam wurde das Straßennetz ausgebaut, Schulen, Krankenhäuser und Industriebetriebe gegründet.

Als Ottilie Rochus in den Burgenländischen Landtag eintrat, befanden sich all diese Entwicklungen im Entstehungsprozess. Die Volksvertreterinnen und Volksvertreter rund um die siebziger Jahre haben erfolgreich den Grundstein für unser modernes Burgenland gelegt.

Mit Ottilie Rochus gedenken wir heute einer Persönlichkeit, die für das Burgenland und die Menschen eine sehr wertvolle Arbeit geleistet hat. Namens des Burgenländischen Landtages und der Bevölkerung unseres Heimatlandes zeigen uns wir heute für ihren Einsatz dankbar und wollen ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Vielen Dank für Ihre Anteilnahme. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Mitteilung des Einlaufes

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 14. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 9. Juni 2016.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird (3. Grundstücksverkehr-Änderungsvereinbarung - 3. GruVe-ÄVE) zugestimmt wird (Zahl 21 - 294) (Beilage 422);
2. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels „Investitionen im Wachstum und Beschäftigung“ und des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ für die Periode 2014-2020 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 296) (Beilage 424);
3. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2015 genehmigt wird (Zahl 21 - 299) (Beilage 439);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen) geändert wird (Zahl 21 - 300) (Beilage 440);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 301) (Beilage 441);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der

1. Prüfungsbericht Follow-Up Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Verwendung der finanziellen Mittel der Jubiläumsgabe anlässlich 90 Jahre Burgenland (Zahl 21 - 290) (Beilage 418);

eingelangt.

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag.a Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Burgenländischen Landwirtschaft (Zahl 21 - 308) (Beilage 448) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Starke Wirtschaft. Starkes Land“: Flexibilisierung statt neue Steuern (Zahl 21 - 302) (Beilage 442);
2. der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausweitung der „Semesterticket“-Förderung für burgenländische Studierende (Zahl 21 - 303) (Beilage 443);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Trennung von Betreuungs- und Vorbereitungszeit für KindergartenpädagogInnen (Zahl 21 - 305) (Beilage 445);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Aufstockung der amtlichen Naturschutzorgane (Zahl 21 - 306) (Beilage 446);
5. der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Ing. Rudolf Strommer, Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Erhöhung der Transparenz im Landtag und Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes (Zahl 21 - 307) (Beilage 447);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend LKW-Maut (Zahl 21 - 288) (Beilage 416);
2. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Buslinie G1 (Zahl 21 - 289) (Beilage 417);
3. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Alarmanlagen (Zahl 21 - 297) (Beilage 437);
4. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Integration von Flüchtlingen (Zahl 21 - 298) (Beilage 438);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 260) betreffend Frauenlauf (Zahl 21 - 291) (Beilage 419);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 261) betreffend Trinkwasser (Zahl 21 - 292) (Beilage 420);
3. des Landtagsabgeordneten Robert Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Nobert Darabos (Zahl 21 - 266) betreffend Kinder- und Jugendwohlfahrt der Stadt Eisenstadt (Zahl 21 - 293) (Beilage 421);
4. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 267) betreffend Semesterticket (Zahl 21 - 295) (Beilage 423);
5. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 271) betreffend Krankenhaus Oberwart, Regierungsbeschlüsse (Zahl 21 - 304) (Beilage 444);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 294, Beilage 422, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 445, und Zahl 21 - 307, Beilage 447, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 296, Beilage 424, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 299, Beilage 439, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen, Zahl 21 - 300, Beilage 440, und Zahl 21 - 301, Beilage 441, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 303, Beilage 443, und Zahl 21 - 306, Beilage 446, weise ich dem Rechtsausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 302, Beilage 442, weise ich dem Rechtsausschuss und Wirtschaftsausschuss,

den Bericht des Landes-Rechnungshofes, Zahl 21 - 290, Beilage 418, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 288, Beilage 416, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 289, Beilage 417, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 297, Beilage 437, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 298, Beilage 438, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos

zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 291, Beilage 419, Zahl 21 - 292, Beilage 420, Zahl 21 - 293, Beilage 421, Zahl 21 - 295, Beilage 423, und Zahl 21 - 304, Beilage 444,

habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag.a Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Burgenländischen Landwirtschaft, Zahl 21 - 308, Beilage 448, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1.Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr16 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet.

Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Unser Trinkwasser und dessen Qualität sind unabdingbar für unser Leben und unsere Lebensqualität im Burgenland. Regelmäßig steigen die Anforderungen an die Qualitätssicherung des Trinkwassers.

Wer versorgt unsere Bürger im Burgenland mit Trinkwasser?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin sehr froh, dass die meisten Anfragen an mich gerichtet werden, weil das auch zum Ausdruck bringt, dass diese Themen, die ich zu verantworten habe, auch die wichtigsten landespolitischen Themen sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Diese Frage ist allerdingt nicht wirklich an mich zu richten, denn ich bin lediglich für die Kontrolle des Trinkwassers aus gesundheitspolitischer Sicht zuständig. Aber, ich sage Ihnen trotzdem, wer dafür verantwortlich ist.

Es gibt sehr viele Verbände, die dafür verantwortlich sind. Das ist in erster Linie der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland, der größte Verband, der Wasserverband Südliches Burgenland, der Wasserverband Mittleres Burgenland, der Wasserverband unteres Lafnitztal, der Wasserverband Lockenhaus Umgebung, der Wasserverband Bad Tatzmannsdorf, der Wasserverband Thermenland, der Wasserverband Oberwart, Pinkafeld, Oberpullendorf, Stögersbachtal, unteres Raab Tal.

Diese Verbände stellen, neben vielen anderen Einrichtungen, die Versorgung des Trinkwassers für das Burgenland sicher. Die Behörde, wenn das vielleicht die Frage ist, die Sie anschließen möchten, überprüft, ob von den Betreibern, also von diesen Verbänden, die entsprechende Qualität auch geliefert wird. Es wird durch die Behörde durch notwendige Kontrollen auch kontrolliert und wir setzten auch die erforderlichen Maßnahmen, wenn Mängel festgestellt werden.

Alle Unternehmen, die ich aufgezählt habe und auch darüber hinaus noch dutzende Unternehmen im Burgenland, sind verpflichtet, die Untersuchungsdaten über die Wasserqualität an die Behörden zu übermitteln. Die Qualitätsdaten sind den Behörden daher bekannt und das ich auch wichtig, weil wir ja alle wollen, da bin ich mir sicher, dass wir uns da in einem Konsens befinden, dass wir eine gute Wasserqualität im Burgenland haben.

Es gibt darüber hinaus vom Gesundheitsministerium gemeinsam mit der Österreichischen Vereinigung für das sogenannte Gas- und Wasserfach ÖVGW genannt, und die Arbeitsgemeinschaft die Internetplattform „Infoportal Trinkwasser“ auch eine zusätzliche Möglichkeit, die Versorgungssicherheit zu garantieren und auch dafür zu sorgen, dass man sieht, ob das Wasser im jeweiligen Bereich auch gut ist.

Insgesamt meine ich, dass wir eine gute Trinkwasserversorgung im Burgenland haben. Wir haben in den letzten Jahren in diesem Bereich kaum Beschwerden gehabt. Österreichweit gesehen, bin ich der Meinung, dass wir in diesem Bereich sehr gut aufgestellt sind, dass die Qualität im Burgenland passt. Ab und zu gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen, was die Härte des Wassers betrifft. Das wissen Hausfrauen,

Hausmänner. Aber, grundsätzlich ist die Qualität im Burgenland gut und ich glaube auch, dass sozusagen, das System, das wir im Burgenland hier aufgestellt haben, ein gutes ist und damit die Versorgung österreichweit und auch im Burgenland vorbildlich ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Bezugnehmend auf Ihre Aussage der Wichtigkeit, wäre es dann wahrscheinlich sinnvoller gewesen, fünf statt sieben Regierungsmitglieder für diese Legislaturperiode zu installieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zu meiner Zusatzfrage: Im Regierungsübereinkommen hat die rot-blaue Regierung angekündigt, durch eine neue Ressorteinteilung besser, schneller und erfolgreicher zu werden. Bei der Beantwortung der schriftlichen Anfrage zum Trinkwasser kam aber genau das Gegenteil zum Vorschein. Um Antworten auf alle Fragen zu bekommen, musste die schriftliche Anfrage letztendlich an drei Regierungsmitglieder gestellt werden. Entspricht das Ihrer Auffassung von Verbesserung?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist eine sehr eigenartige Frage. *(Abg. Patrik Fazekas: Warum?)* Ich bin zuständig für die Qualität des Trinkwassers und für diesen Bereich kümmere ich mich auch sehr gut und das Trinkwasser im Burgenland ist sehr gut. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Hervorragend!)* Wenn es irgendwo Qualitätsmängel gibt, dann bitte ich, das auch zu melden. Aber, wir haben durch unser System, das die Behörden regelmäßig prüfen, hier auch die Möglichkeit, was die Qualität betrifft, auch auf dem Standard und der Qualität zu bleiben, auf der wir sind.

Das ist meine Aufgabe, meine politische Aufgabe. Ihre Interpretation ist eine eigene, die habe ich jetzt nicht zu kommentieren. Ich kann nur sagen, dass ich für meinen Bereich hier auch allen Anforderungen nachkomme. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Keine Interesse also an einer Zusammenlegung, Herr Landesrat! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Unsere Bürger haben einen Anspruch auf qualitativ einwandfreies Trinkwasser. Dazu gehört auch eine entsprechende Infrastruktur mit neuwertigen, gut ausgebauten Anlagen. Große Teile des Leitungsnetzes stammen aus den 50er, 60er und 70er Jahren. Sind Sie für die Trinkwasserqualität zuständig? Was ist aus Ihrer Sicht nötig, um Trinkwasserqualität langfristig abzusichern?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sie lesen die Frage herunter! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es ist jedenfalls so, dass wir im Burgenland die erforderliche Qualität haben. Das ist, glaube ich, auch in Ihrem Sinn. Jetzt muss ich aber schon ein bisschen emotional werden, denn es gibt sehr viele Gemeinden im Burgenland, die auch von ÖVP Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern geführt werden.

Es gibt keinen einzigen Bürgermeister, den ich kenne, der nicht dafür sorgen würde, dass die Qualität auch aufrecht bleibt. Darüber hinaus hat es im Burgenland vor Jahrzehnten einen sehr visionären Beschluss gegeben, dass wir auch verbandsmäßig in

diesem Bereich tätig werden. Diese Verbände sind gut geführt und bieten auch die entsprechende Qualität und diese Qualität ist auch von den Verbänden zu gewährleisten.

Ich sehe über diese Aufgabe der Gemeinden und der großen Wasserleitungsverbände hinaus keine Aufgabe meinerseits, hier noch einen zusätzlichen Aspekt einzubringen. Wir sind im Burgenland mit Trinkwasser gut versorgt und ich würde Sie auch bitten, dass nicht irgendwie sozusagen in Abrede zu stellen, sondern ganz im Gegenteil, eher dafür zu plädieren, dass das Burgenland mit Trinkwasser gut versorgt ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Ulram.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Landesrat! Im Zeitalter der digitalen Information stehen dem Bürger viele Daten zur Verfügung. Während bei Lebensmittel die Qualitätskennzeichnung üblich ist, wird über die Qualität des Trinkwassers eher wenig informiert. Wie stehen Sie zu einer verpflichtenden und regelmäßigen Veröffentlichung der Daten zur Wasserqualität?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Da habe ich kein Problem damit. Da können wir gerne darüber reden, dass wir auch das sozusagen auf eine neue Qualität bringen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Na, bitte! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Machen wir hier ein Gesetz.)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Super, Herr Landesrat!)* Ich bitte daher wieder Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung dieser Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Drogenkonsum ist nach wie vor eine gesellschafts- und gesundheitspolitische Problematik, zu der es sehr kontroverse Meinungen gibt. Gibt es Ihrer Meinung nach im Burgenland ein Drogenproblem?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Tatsächlich gibt es ein Drogenproblem in Österreich. Im Burgenland hat sich das, zumindest was die statistischen Daten betrifft, etwas entschärft. Wir haben, laut dem Drogenbericht aus dem Jahr 2015, erstellt vom Gesundheitsministerium, eine Zahl bekommen, die einen Wert aufweist, der zurückgehend ist. Das ist erfreulich.

Wir hatten im Jahr 2010 ungefähr 500 Personen, die drogensüchtig waren. Im Jahr 2011 zwischen 400 und 600 Personen, im Jahr 2012 ungefähr im Schnitt 500 Personen und im Jahr 2013 einen Wert zwischen 301 und 461 Personen. Diese Zahlen ergeben sich natürlich aus Schätzungen, weil man das ja nicht ganz genau weiß, aber es ist auch klar nachweisbar und signifikant, dass die Zahlen im Burgenland von Jahr zu Jahr sinkend sind.

Im Bericht ist klar darauf hingewiesen worden, dass hinsichtlich Abhängigkeit, isoliert auf Opioide betrachtet, eine rückläufige Tendenz festzustellen ist. Angemerkt wird, dass diese Schätzung isoliert von einem risikoreichen Drogenkonsum betrachtet werden muss. Es gibt, wie bereits gesagt, im Burgenland eine rückläufige Tendenz.

Die genannten Zahlen zeigen aber auch, dass wir mit dem risikoreichen Drogenkonsum im Burgenland statistisch rückläufig sind, aber dass wir dieses Thema durchaus auch ernstnehmen müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir haben den Psychosozialen Dienst, der sich dieser Thematik sehr stark annimmt und der auch vom Land Burgenland sehr stark hier unterstützt und auch finanziell unterstützt wird.

Insgesamt möchte ich auf Ihre Frage sagen „JA“ - es gibt ein Drogenproblem im Burgenland, aber es ist, wie gesagt, im Zeitraum zwischen 2010 und 2016 rückläufig. Das ist insgesamt auch ein gutes Zeichen und wir haben vom Land her, eben durch den Psychosozialen Dienst, auch die Möglichkeit, auf jene Fälle, die eben abhängig geworden sind, zu reagieren und können damit auch die politische Aufgabe wahrnehmen, dass man den Menschen, die abhängig geworden sind, auch hilft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Herr Landesrat! Ihrer schriftlichen Anfragenbeantwortung geht hervor, dass aufgrund der Existenz von neuartigen Drogen im Bereich der Drogenabhängigkeit eher ein Steigen und nicht ein Sinken, wie Sie gerade bemerkt haben, vorhanden ist. Wie reagieren Sie auf diese konkrete Entwicklung?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sie haben recht. Wir haben gesagt, dass wir im Bereich insgesamt ein Sinken haben, in diesem Bereich, den Sie angesprochen haben, aber ein Steigen feststellen müssen. Wir können auch auf diese Situation nur durch präventive Maßnahmen reagieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, wir müssen den Psychosozialen Dienst auch noch besser ausstatten und dafür sorgen, dass Menschen, die in diesem Bereich abhängig geworden sind, auch eine Beratung bekommen. Politisch ist es natürlich, da bin ich schon bei Ihnen, eine sehr schwierige Herausforderung. Weil, wie soll ich persönlich auf das reagieren? Wir müssen versuchen, eben präventiv zu wirken. Diese Präventivwirkung kann eben nur über Einrichtungen, wie der Psychosoziale Dienst, erfolgen und das werden wir auch in Zukunft tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Landesrat! Sind für Sie die geltenden Strafgesetze beim Konsum von Drogen streng genug gefasst, oder braucht es Ihrer Meinung nach eine noch restriktivere Drogenpolitik?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich glaube die gesetzlichen Bestimmungen sind in dem Rahmen in dem wir sie brauchen und ich sehe keine strengere Auslegung dieser Gesetze als notwendig, weil wir es mit Gesetzen nicht verhindern können, dass Menschen drogenabhängig sind, sondern durch eine gesellschaftspolitische Arbeit.

Das ist wichtiger als sozusagen die Strafe in diesem Bereich, weil die Menschen in diesem Bereich auch das, wenn sie dann abhängig werden, ja nicht absichtlich machen, sondern ein Problem haben und das Problem muss man gesellschaftspolitisch lösen und nicht durch Gesetze. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Zunächst herzlichst willkommen den jüngsten Zuschauern und Zuschauerinnen und Hörer und Hörerinnen da oben auf der Tribüne. Ich erkläre kurz was wir jetzt machen.

Wir sind die gewählten Abgeordneten und haben eine Stunde lang Zeit *(Allgemeine Unruhe)* an die Regierungsmitglieder Fragen zu stellen. Deswegen sind hier die Fragen und dort die Antworten. *(Abg. Doris Prohaska: Das machen die Pädagoginnen eh schon. Die haben das sicher gerne gemacht.)*

Herr Landesrat Darabos! Die Freigabe von Cannabis ist ja auch ein breit diskutiertes Thema. Verschiedene Jugendorganisationen, sehr stark die jungen GRÜNEN, aber auch die SJ setzen sich ja ein für die Entkriminalisierung von Besitz und Gebrauch von Cannabis.

Wie stehen Sie dazu?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja diese Diskussion sprengt aus meiner Sicht die Fragestunde, weil das eine gesellschaftspolitische Diskussion ist und keine politische. Ich bin nicht für die Freigabe von Drogen in welcher Form auch immer. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Rosner. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! In Ihrer schriftlichen Anfragebeantwortung meinten Sie, dass derzeit im Burgenland aufgrund der Krankenanstaltenstruktur eine stationäre Betreuung nicht möglich ist.

Wie bewerten Sie dieses Manko?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Dieses Manko bewerte ich so, dass ich mich darum bemühen werden es zu schließen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Herr Landesrat, können Sie uns ein paar Details nennen zur Frage der Anzahl der in Drogentherapie befindlichen Menschen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter. Ja, das kann ich. Es ist so, dass wir in den letzten Jahren mehrere Leitdrogen hier zu konsultieren hatten. Im Opiumbereich waren 38 Personen in Therapie, im Kokainbereich 25 Personen, bei Stimulaten waren es 25 Personen, bei Hynotikern 63 Personen und bei Cannabis und Alkohol 13 Personen.

Wir haben insgesamt im Jahr 2015, Stichtag im Oktober des letzten Jahres, 227 Personen, davon 159 Männer und 68 Frauen in Behandlung gehabt und insgesamt waren laut Drogenbericht im Jahr 2015 2.008 Personen und mit Stichtag 212 in Behandlung.

Eine Aufteilung dieser Personen, das würde wahrscheinlich zu weit führen, aber es ist schon auffällig, dass die Suchtabhängigen bei Frauen unter 30 Jahren sind und bei Männern ungefähr bei 30 Jahren. Das heißt, die Altersverteilung ist bei beiden Geschlechtern ähnlich und es gibt eine steigende Tendenz von Personen die dieser Behandlung bedürfen. Damit höre ich schon auf, der Herr Präsident hat schon abgewunken, ich möchte nur sagen…

Präsident Christian Illedits: 20 Sekunden.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): *(fortsetzend)* Also wie gesagt, wir bemühen uns über den Psychosozialen Dienst diese Menschen auch gut zu behandeln, denn sie haben auch absolut die Möglichkeit beziehungsweise auch die Chance von ihrer Sucht wegzukommen und das ist auch eine politische Aufgabe unter Hilfe des Landes mit dem Psychosozialen Dienst. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die dritte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag. Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Resetar um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im Land werden unterschiedliche Veranstaltungen durchgeführt, deren Erlös für Spendenzwecke verwendet wird. Auch Sie haben in den letzten Jahren unter Verwendung von Steuergeldern diverse Veranstaltungen durchgeführt.

Welche Erfolge haben Sie damit für die Frauen erreicht?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Anfrage. Es war in den letzten Jahren sehr, sehr viel zu tun in Frauenangelenheiten und um Rahmenbedingungen für Frauen zu erreichen.

Es ist mir immer wieder darum gegangen und ich glaube, dass man mir das abnehmen kann, dass mir die Frauen sehr am Herzen liegen und Frauenangelegenheiten hier sehr, sehr wichtig sind. Es ist mir immer darum gegangen: Erstens, Frauen zu unterstützen und Zweitens, für Frauen Rahmenbedingungen zu schaffen und Drittens, natürlich auch sie vor den Vorhang zu holen und eine Wertschätzung der ehrenamtlichen aber auch der bezahlten Tätigkeit und für außergewöhnliche Verdienste Frauen einfach hier die Wertschätzung zu zeigen.

Ich bin im Jahr 2000 in die Regierung vom Landeshauptmann geholt worden. Drei Monate später, und das habe ich als ganz wichtiges Instrumentarium gesehen, konnten wir beide schon das Frauenreferat eröffnen und in all diesen 15 Jahren hat das Frauenreferat und die Mitarbeiterinnen vor Ort Großes geleistet, sodass wir eine Anzahl, eine riesen Anzahl von Projekten, Unterstützungsmöglichkeiten, Fördermöglichkeiten und so weiter für die Frauen im Land hier bieten konnten. Um hier einige zu nennen, wir sind das einzige Bundesland mit einer Frauenberatungsstelle pro Bezirk. Österreich beneidet uns darum. Frauenhauseröffnung, Sozialhaus, alles notwendig, unzählige Projekte au, vor allem EU-Töpfen bezahlt, um Frauen zu motivieren in die Arbeit wieder einzutreten, oder eine Arbeitsstelle zu bekommen wo vorher keine Chancen da waren.

Wichtige Veranstaltungen, hier wirklich und Sie haben diese Veranstaltung angesprochen, um hier Frauen die Möglichkeit zu geben an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, sich informieren zu lassen, sie zu unterstützen, Netzwerke aufzubauen.

Ganz besonders wichtig finde ich beispielsweise auch die kostenlose juristische Erstberatung. Wenn man sich die Zahlen anschaut, dann sehe ich, dass beispielsweise im Jahr 2015 die Juristinnen 583 Beratungen durchgeführt haben - die kostenlos sind. Es geht immer um das Geld, und Frauen haben nicht immer die verfügbaren Gelder. Heuer alleine im ersten Quartal 2016 haben wir eine Steigerung von 14 Prozent im Vergleich zu 2015.

Natürlich, und das ist klar, gibt es immer wieder auch Schwerpunkte. Einer dieser Schwerpunkte und ich kann jetzt nicht alle aufzählen, das würde den Zeitrahmen sprengen, ist immer die Frauengesundheit. Frauen haben Mehrfachbelastungen, dass ist hundertmal bewiesen, durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ihren Beruf wo sie tüchtig sind. Sie haben natürlich auch oft schon die Pflege und die Betreuung und Begleitung der älteren Generation im oder außer Haus zu bewerkstelligen und viele andere Dinge auch.

Daher ist immer Work-Life-Balance wichtig, damit Frauen all diese Dinge auch bei guter Gesundheit behalten zu können und damit natürlich auch beispielsweise der Frauenlauf. Ich habe bereits im Jahr 2009 mit dem ersten Frauenlauf begonnen. Das war damals ein Staffellauf und wir sind für Frauenrechte gelaufen im ganzen Burgenland. Da ging es auch um eine Symbolik, nämlich die Frauen zu stärken und zu sagen, wir sind auch als Frauen etwas wert. Wir haben Rechte, wir haben Pflichten, beides nehmen wir ernst und wir wollen dass wir ernst genommen werden. Ich denke noch gerne an diese großartige Veranstaltung zurück wo viele Frauen durch das ganze Burgenland mitgelaufen sind.

Eben durch diese große Anzahl von Teilnehmerinnen für Frauenrechte, das hat mich motiviert und das Frauenreferat, bereits ein Jahr später den ersten und danach den zweiten Frauenlauf zu organisieren. Wir haben bei diesen ersten zwei Frauenläufen 1.000 Teilnehmerinnen, als Läuferinnen oder als Nord-walkingerInnen begrüßen dürfen.

Den dritten Frauenlauf, und jedes Jahr sind die Zahlen gestiegen, haben wir bereits im Jahr 2015, also im Vorjahr, mit 700 Teilnehmerinnen gehabt. Und da geht es darum den Frauen einfach die Chance zu geben, um sich dort zu vernetzen. Vorher natürlich auch schon hier gemeinsam sich vorzubereiten. Natürlich und dazu stehe ich, verbinde ich das gerne auch mit Spendenaktionen. Ich bin stolz darauf, dass wir 700 Euro der Krebshilfe Burgenland geben können. Ich sage Ihnen für welches Projekt und ich nehme nicht an, dass Sie gegen so ein Projekt sind. Ein Projekt, das heißt „Mama, Papa hat Krebs“.

Wir haben jedes Jahr Neuerkrankungen und die Krebshilfe Burgenland hilft Kindern und Jugendlichen, die plötzlich das Problem haben, dass die Mama Krebs hat. Und jetzt kann man sich vorstellen, was das heißt, wenn die Mama oder der Papa an Krebs erkrankt ist. Was das für die Kinder heißt! Daher, ja ich bin stolz auf die Arbeit die wir in 15 Jahren geleistet haben. Ja, ich bin stolz, dass es auch für Frauengesundheit vieles dabei gibt, auch beispielsweise die Gesundheitsmesse und ja, ich bin stolz, dass wir das mit Spendenaktionen verknüpfen. Ja und ich bin stolz Kindern und Jugendlichen zu helfen deren Eltern an Krebs erkrankt sind und diese 700 Euro habe ich gerne an die Krebshilfe weitergegeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage Frau Abgeordnete? - Bitteschön.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Das ist Wasser auf meine Mühlen, weil, sehr geehrte Frau Abgeordnete, wenn Sie das ansprechen, dann *(Abg. Doris Prohaska: Frau Landesrätin!)* begrüße ich das, dass Sie 700 Euro an die Kinderkrebshilfe

bezahlen haben können. Ich habe auch eine Veranstaltung gemacht, da habe ich kein einziges Steuergeld verprasst und habe 40.000 Euro eingebracht. Das war damals für die Organisation „Hilfe im eigenen Land“.

Aber zu meiner Zusatzfrage: Sie haben die schriftliche Frage beantwortet und die ist am 30. Mai 2016 eingelangt. Laut Beantwortung der schriftlichen Anfrage hat der Frauenlauf 34.046,83 Euro gebraucht. Das sind im „echten Geld“, so wie es Ihr Kollege gerne sagt, 468.494,59 Schilling, also fast eine halbe Million Schilling, davon werden 14.084,08 Euro für Marketing ausgegeben.

Präsident Christian Illedits: Bitte die Frage Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): *(fortsetzend)* Wie begründen Sie den hohen Anteil der hohen Werbekosten an den Gesamtkosten?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Abgeordnete. Schön, dass ich noch Landesrätin bin, Sie sind jetzt Abgeordnete, ich möchte es nur klarstellen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Habe ich gesagt. – Abg. Doris Prohaska: Sie haben gesagt, Frau Abgeordnete.)* Ich würde Sie auch bitten, dass Sie mich als Landesrätin ansprechen. Sie haben nämlich vorher gesagt Abgeordnete, aber das macht nichts, ich war lange auch im Nationalrat und im Landtag und kann mich genauso damit identifizieren.

Zweitens, ja ich freue mich, dass Sie und nicht ich jetzt Ihnen die Frage stellen muss. Sie haben wohl kein Problem damit, wenn wir einer Spendenorganisation wie es die Krebshilfe ist 700 Euro überweisen.

Drittens, ja schön und dazu stehe ich auch und ich mache persönlich vier ehrenamtliche Arbeiten nach wie vor, wo ich Organisationen, aber nicht nur mit einer Organisation und mit einem Tag, sondern jährlich und täglich zur Verfügung stehe, weil mir das wichtig ist, dass ich Vorbild bin und lasse mich dort nicht bezahlen.

Aber zum Vierten. Ich weiß nicht warum Sie das verdrehen und hier vor allen, auch vor den Zuschauerinnen und Zuschauern ein Bild zeichnen, das einfach falsch ist. Sie wissen, Sie haben zweimal gefragt und ich habe mich schon dauernd gewundert, ich habe mir gedacht die Frau Abgeordnete kann ja nichts gegen Frauenläufe haben, ja auch nichts gegen Spenden, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wie beim Uhudler, da habt Ihr auch nichts dagegen gehabt.)* was möchte Sie eigentlich mit dieser Frage? Jetzt weiß ich es wenigstens, *(Abg. Mag. Franz Steindl: 34.000 Euro.)* Sie wollen einfach, wie typisch ÖVP, verdrehen. Hier ist die Anfragebeantwortung, die haben Sie mir ja schon zweimal gestellt.

Zweimal können Sie das gleiche lesen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie haben nicht geantwortet.)* das nämlich das Frauenreferat nur 11.000 Euro in die Hand genommen hat und der Rest waren Sponsorgelder und beteiligte Firmen, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Es hat 34.000 Euro gekostet.)* die dazu noch die Frauen ausgestattet haben mit tollen Incentivs. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Steuergelder und nicht Spenden.)* 11.000 Euro um das klarzustellen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Beim Frauenlauf 700 Euro spenden, dass man sich das sagen traut auch noch. – Unruhe bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Meine Herren Abgeordneten, Sie können sich jederzeit mit einer Frage zu Wort melden. Ich frage jetzt die Frau Abgeordnete ob sie noch eine Zusatzfrage stellen wird? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja.)*

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Die habe ich schon deponiert. Ich habe sie ja deshalb ein zweites Mal schreiben müssen, weil Sie beim ersten Mal nicht

beantwortet wurde, aber Tatsache ist, dass Sie 34.046,83 Euro gekostet hat, dass hier sehr viele Marketinggelder geflossen sind und das ist ja nicht wegzudenken.

Gegen den Frauenlauf hat ja keiner etwas. Für die Durchführung des Frauenlaufs werden trotz Bezahlung eines Startgeldes der Teilnehmerinnen Landesmittel benötigt, während bei anderen Veranstaltungen sogar Erlöse für Spendenzwecke erzielt werden.

Wie begründen Sie auch den Bedarf dieser Landesgelder?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Danke, dass Sie das jetzt endlich klargestellt haben, dass Sie nichts gegen Spenden und Frauenläufe haben. Das wollte ich auch von Ihnen wissen. Danke für die Beantwortung. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Abgeordneten fragen, nicht die Regierung.)*

Zweitens, bei beiden Antworten Ihrer schriftlichen Fragen war ganz klar, dass wir immer geantwortet haben und auch da versuchen Sie das irgendwie in den Raum zu stellen um hier Fragezeichen hinten zu lassen. Beide Male wurde exakt geantwortet, wir haben da keine Geheimnisse, steht Ihnen zu und jedem Steuerzahler in diesem Land, dass er weiß, wofür wir was tun. Es gilt für alle und ich glaube, ich kann das sagen, auch für Ihre Regierungszeit und es gibt auch für die jetzige Regierung Offenlegung.

Wir haben nur das erste Mal - und das haben Sie auch gelesen - nicht genau noch abrechnen können, weil nur einige Firmen einbezahlt haben und ich möchte es noch einmal klar stellen: Wir haben jedes Mal exakt, das Frauenreferat, jede Zahl die wir zu dem jeweiligen Zeitpunkt gehabt haben, ganz klar hier auf dieses Papier gegeben. Sie haben alle Informationen die Sie brauchen. Ich sage es noch einmal ganz klar, es waren 11.000 Euro. Dass hier ein Marketinganteil war, ist ja klar. Na Entschuldigung, Frau Abgeordnete, ich hoffe, Sie haben das wirklich genau studiert, weil es wird Ihnen auffallen, dass vor allem regionale Firmen sich beteiligt haben.

Die gekommen sind und gesagt haben, Sie haben hier auch Frauen aus Niederösterreich, sie haben Frauen bei dem Frauenlauf aus Wien, sie haben burgenländische Frauen. Wir wollen diesen Werbemarkt nützen und haben hier sehr, sehr vieles investiert, haben Startersackerl und viele Give-aways gegeben. Und daher ist ja klar, dass diese regionalen burgenländischen Firmen Gott sei Dank hier investiert haben und auch auf Marketing gesetzt haben.

Ich bedanke mich bei allen Firmen, die Frauen unterstützen. Hervorragend! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Stampfel. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrat! Haben Sie in diesem Jahr noch weitere Veranstaltungen für Frauen geplant?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, Frau Abgeordnete, natürlich sind wir bereits immer im Herbst des vorhergehenden Jahres in der Planung für das ganze Jahr. Es sind heuer etliche Veranstaltungen wieder geplant und ich freue mich, dass Sie mir jetzt die Gelegenheit geben, auch für den Frauenlauf schon Werbung zu machen.

Es wird heuer die ersten Frauenläufe, die ersten vier haben im Nordburgenland stattgefunden, auch hier den südburgenländischen Frauen Rechnung getragen mit ihrer Forderung auch im Südburgenland einen Frauenlauf abzuhalten - und nächstes Jahr wird

das im Mittelburgenland stattfinden. Es wird der fünfte Frauenlauf im Südburgenland stattfinden und ich darf Sie herzlich dazu einladen.

Natürlich, Frau Abgeordnete, hat auch dieses Plakat beispielsweise etwas gekostet. *(Die Landesrätin Verena Dunst zeigt ein Plakat.)* Ich freue mich darüber, dass wir sie aufhängen können. Natürlich hat es auch eine burgenländische Firma produziert und das ist die Einladung zum fünften burgenländischen Frauenlauf. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Vierten. – Abg. Walter Temmel: Vierter steht da.)*

Vierter burgenländischer Frauenlauf - danke, dass Sie so gut aufpassen, Der vierte burgenländische Frauenlauf wird hier in Rauchwart stattfinden. Ich darf Sie schon einladen und gleichzeitig darf ich Sie schon einladen, Sie alle, dass Sie spenden. Wir werden natürlich hier auch wieder eine Spendenaktion durchführen.

Danke für die Aufmerksamkeit und ich freue mich schon auf Sie alle. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Unruhe bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist wieder von Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Mag. Michaela Resetar um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Seit Angelobung der Landesregierung ist die Frauenarbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr gestiegen! Juli 2015 plus 3,2 Prozent, August 2015 plus 5, 6 Prozent, September 2015 plus 10,8 Prozent, Oktober 2015 plus 11,1 Prozent, November 2015 plus 7,7 Prozent, Dezember 2015 plus 3,9 Prozent, Jänner 2016 plus 8,1 Prozent, Feber 2016 plus 9,6 Prozent, März 2016 plus 9,9 Prozent, April 2016 plus 6,3 Prozent.

Wie rechtfertigen Sie diesen Anstieg als für Frauenpolitik zuständige Landesrätin?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Eines einmal klar vorweg, jede Frau, jeder Mann, jeder jugendliche Mensch der arbeitslos ist, braucht unsere Unterstützung. Das ist nicht gut und da gehört etwas dagegen gemacht, das möchte ich gleich am Anfang feststellen.

Ich bin sehr froh, dass wir im Burgenland zu Hause sind, wenn wir die Beschäftigungsrekorde und das Wirtschaftswachstum des Burgenlandes anschauen. Jedes andere Bundesland beneidet uns um diesen Fortschritt. Wir sind im Wirtschaftswachstum österreichweit auf Platz eins, auch in den letzten Jahren. Einmal hatten wir den zweiten Platz.

Das Wirtschaftswachstum ist natürlich Voraussetzung für Arbeitsplätze. Nur in einem gut wirtschaftlich organisierten Bundesland, wie das das Burgenland ist, ist es möglich, überhaupt neue Arbeitsplätze zu schaffen. Und daher bin ich sehr, sehr stolz auf unser Burgenland weil wir uns wirtschaftlich deutlich besser als andere Bundesländer entwickeln. Und wie gesagt, den Neid den muss man sich erst erarbeiten, den haben wir von den anderen Bundesländern. Wir haben auch in der Beschäftigung ein sehr großes Wachstum von 2010 bis 2015, Frau Abgeordnete, Hoher Landtag, Sie kennen diese Zahlen, hier haben wir die Beschäftigten um 8,1 Prozent erhöhen können. Ich bin sehr froh auch, dass gerade die Frauen aus den letzten Jahren seit 1995 die Gewinnerinnen der EU-Förderperiode sind, denn gerade in dieser Zeit sind die Frauenarbeitsplätze, die Frauenerwerbsquote enorm in die Höhe gegangen.

Wir haben heuer beispielsweise im Mai 2016, wieder ein Rekord, 103.000 unselbständig Beschäftigte gehabt. Das heißt, wir zeigen, das Burgenland kann es besser in Zeiten wie diesen, wirtschaftlich schwierigen Zeiten, trotzdem Wirtschaftswachstumssieger und auch in der Beschäftigung ganz vorne an der Spitze Österreichs aller Bundesländer zu stehen, das kommt nicht von alleine und bedeutet viel Arbeit. Ganz klar ist aber auch, und dazu stehe ich und Sie kennen auch die Ausführung und ich hoffe auch, dass der ÖVP-Klub hier in Zukunft Dinge unterstützt die wir vorschlagen, wie beispielsweise wenn wir sagen, Aufstockung der Finanzpolizei und Sie stimmen dagegen, denn warum?

Beschäftigung und gerade Frauenbeschäftigung braucht Rahmenbedingungen. Zum Unterschied vom Großteil der Männer, wir haben ja auch immer mehr alleinerziehende Väter, haben Frauen natürlich immer in Gleichklang zu bringen vom Arbeitsbeginn bis zum Arbeitsende: Wo sind meine Kinder? Wo kann ich meine Kinder gut gefördert und betreut abgeben? Wo weiß ich, dass meine Kinder gut sich aufgehoben fühlen und gut begleitet sind? Daher ist es immer wichtig auch, diese Rahmenbedingungen für Frauen und Frauenarbeitsplätze im Fokus zu haben.

Daher sind wir alle sehr stolz, dass wir auch hier an der Spitze Österreichs mit einer Betreuungsquote der Drei- bis Sechsjährigen stehen, aber auch in der Kinderkrippenstatistik Österreichs an zweiter Stelle. Was notwendig ist - und auch hier fordere ich Sie ganz klar, alle im Landtag vertretenen Parteien auf - dass Sie einsehen, dass gerade Mütter die vor allem die Vereinbarkeit auch am Nachmittag der Schulkinder merken, endlich einmal zustimmen, damit wir die Kinder zumindest bis 16.00 Uhr in guter Betreuung, Begleitung und Förderung brauchen, unabdingbar eine Ganztagsschule, wie immer und in welcher Form sie geführt wird.

Auch hier brauche ich nicht Frauenarbeitslosigkeit zu beklagen wenn ich dann für wichtige Rahmenbedingungen die berufstätigen Frauen brauchen, dagegen bin. Das möchte ich in aller Klarheit sagen. Was natürlich uns zunehmend zu schaffen macht - und Sie kennen wie ich alle Statistiken - dass natürlich von diesen 103 Beschäftigten der Ausländeranteil in diesem Fall der Ausländerinnenanteil immer größer wird.

Jetzt ganz klar eine Frage an alle. Ich frage Sie, wer beschäftigt Frauen *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir fragen!)* nur in Teilzeit, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir fragen!)* obwohl die Frauen mehr arbeiten wollen und auch viel mehr verdienen müssten? *(Abg. Manfred Kölly: Soll ich hinausgehen zum Rednerpult, anworten?)* Ich hoffe, ich werde es dann kriegen. Nur heute diskutieren wir zur Aktuellen Stunde und da bin ich überzeugt davon, dass Sie Stellung nehmen. Wer beschäftigt in diesem Land Frauen nur geringfügig, obwohl sie mehr Einkommen brauchen? *(Abg. Manfred Kölly: Warte ein bisschen.)* Wer öffnet die Türen für Ausländerinnen weil hier Lohn- und Sozialdumping an der Tagesordnung steht?

Ich stehe für Beschäftigung der Frauen. Ich bin dagegen, dass sie ausgenützt werden, dass sie nur geringfügig angemeldet sind. Ich stehe dafür, dass die Frauenarbeitslosigkeit schlecht ist und ich stehe für gute sinnvolle Maßnahmen damit Frauen alle wieder in Beschäftigung kommen.

Ich hoffe Sie tun da mit, ich werde Sie an Ihren Taten und Zustimmungen messen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Nachdem wir beide Pädagoginnen sind, müsste ich fast sagen, setzen, Themaverfehlung und eine glatte Fünf. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Das gibt es nicht mehr. Das war zu Ihrer Schulzeit so.)* Frau Abgeordnete, Sie, Frau Landesrätin, Sie haben keine einzige konkrete Maßnahme, *(Abg. Doris Prohaska: Sehr pädagogisch.)* keine einzige konkrete Maßnahme gesagt *(Abg. Doris Prohaska: Sehr pädagogisch.)* was zu tun wäre für diese vielen arbeitslosen Frauen.

Sie brauchen mir nichts erklären. Aber erklären Sie den vielen arbeitslosen Frauen, was da abgeht. Das ist ein Wahnsinn und Sie haben keinen einzigen konkreten Vorschlag. Sie fragen uns als Landtag. Fragen Sie, wer Beschäftigte hat. Na fragen wir einmal durch. Zeigt auf, wer hat denn da Beschäftigte bei uns? *(Die Abgeordneten Manfred Kölly, Gerhard Hutter, Ing. Rudolf Strommer und Mag. Michaela Resetar heben die Hand. – Abg. Manfred Kölly: Genau das ist es.)*

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete, bitte die Frage zu stellen.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): *(fortsetzend)* Bitte, keine Einzigen. *(Unruhe bei der SPÖ)* Ja, mir wird heiß. So, meine Zusatzfrage: Ein starkes Land braucht starke Frauen - da sind wir uns hoffentlich einig. Im Burgenland haben wir viele hochqualifizierte Frauen, dennoch sind die beruflichen Perspektiven im Vergleich zu Männern immer noch schlechter und sie verdienen nach wie vor weniger.

Was tun Sie konkret um Frauen eine berufliche Besserstellung zu ermöglichen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie werfen mir vor ich hätte nicht geantwortet welche Maßnahmen ich setze. Ich darf Ihre Frage vorlesen,. Sie haben mich ganz falsch gefragt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe richtig gefragt.)* Sie haben gefragt, wie rechtfertigen Sie diesen Anstieg?

Gerne habe ich versucht diese Frage zu beantworten. Maßnahmen haben Sie mich leider nicht gefragt. Aber gerne, *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* ich weiß da viele. Ich weiß sie nicht nur, sondern ich setze sie auch um. Liebe Frau Landesrätin außer Dienst, Frau Abgeordnete. Ich muss ganz klar sagen, wenn Sie mich fragen, ja wie schaut denn das jetzt aus? Die Frauen die gut gebildet sind und dann frage ich Sie als Landtag und die haben alle miteinander keine Chance. Sie stehen da immer auf und sagen, wir die ÖVP ist die Wirtschaftspartei*. (Abg. Mag. Michaela Resetar: Das stimmt.)*

Ja, das stimmt eh, deswegen haben Sie wieder einmal nicht verstanden, warum ich Sie frage, was Sie als Wirtschaftsvertreterin tun, damit die Frauen nicht geringfügig ausgenützt werden, Teilzeitbeschäftigt sind, überhaupt nicht angemeldet sind? *(Abg. Edith Sack: Arbeitsplätze schaffen! – Unruhe bei der SPÖ)*

Warum die ÖVP als Wirtschaftspartei es zulässt, dass *(Abg. Walter Temmel: Was ist das jetzt?)* die Unternehmen im Burgenland lieber eine Ausländerin nehmen als eine Inländerin. *(Abg. Walter Temmel: Was ist das jetzt?)*Deswegen habe ich Sie gefragt. Aber die Frage ist nicht angekommen und nicht verstanden worden. *(Abg. Walter Temmel: Sie müssen beantworten, nicht fragen.)*

Aber, sehr geehrte Frau Abgeordnete, gerne, ich arbeite wirklich und tatsächlich jeden Tag an Frauenmaßnahmen und da gibt es genug Frauenmaßnahmen, beispielsweise flexible Arbeitszeiteinteilung. Zweitens, Carsharing-Systeme, weil das noch immer teilweise ein Thema ist. Drittens, jenen die nicht die Chance haben weil sie nicht reich auf die Welt gekommen sind, dass sie noch weiter studieren können, sich ausbilden

können, qualifizieren können, dass hier viel Geld in die Hand genommen wird, vom Kollegen Darabos, von mir. Das sind konkrete Maßnahmen.

Gerne zähle ich Ihnen noch mehrere auf, aber dann stellen Sie mir bitte jeweils bitte die richtige Frage, weil, dann kann ich Ihnen auch antworten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Unruhe bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: So. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Ja, sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben den Tourismus angesprochen. Ich war lange Zeit Geschäftsführerin der Burgenlandtherme und wir haben glaube ich 95 Prozent burgenländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehabt. Ich möchte eine konkrete Frage stellen zum Bereich Tourismus.

Im Tourismus gibt es natürlich viele Chancen, viele Jobchancen und dennoch ist der Anteil der Burgenländerinnen in manchen Betrieben, nicht in allen, sehr gering. In 15 Jahren ist es Ihnen nicht gelungen, dass viele unserer arbeitslosen *(Abg. Edith Sack: 15 Jahre haben Sie Zeit gehabt.)* Frauen im Tourismus arbeiten. Die Hoffnung stirbt zuletzt und deshalb meine Frage: Was werden Sie tun, damit möglichst viele burgenländische Frauen im Tourismus arbeiten? *(Abg. Doris Prohaska: Das Gleiche was Sie getan haben. – Abg. Edith Sack: 15 Jahre haben Sie nichts getan. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe viel gemacht, Sie nicht!)*

Präsident Christian Illedits: Die Damen bitte! *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Frau Landesrätin, bitteschön.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Frau Landesrätin außer Dienst, Sie waren 15 fast 13 Jahre Tourismuslandesrätin. Ich nehme an, dass Sie da alles versucht haben *(Abg. Mag. Michaela Resetar: So ist es.)* um Frauen in Beschäftigung zu bringen, dann hätten wir heute nicht so eine hohe Frauenarbeitslosigkeit offensichtlich. Also da scheint etwas nicht aufgegangen zu sein. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist jetzt Vergangenheitsbewältigung.)*

Aber konkret und real. Ich denke die Frauen verdienen sich hier außerhalb parteipolitischer Anfragen hier wirklich klare Antworten. Ja, das ist ein Thema das gerade im Tourismus viele Ausländerinnen arbeiten, auch in manchen anderen Branchen. Und ich habe vorher der ÖVP als Wirtschaftsfraktion hier im Landtag die zumindest so tun als hätten sie hier die Kompetenz, fragen Sie draußen die Wirtschaftstreibenden, die werden Ihnen eine andere Antwort geben.

Fakt ist aber, dass der Tourismus mit seinen Arbeitszeiten natürlich schwieriger ist, aber wir versuchen - und ich habe das viele Jahre konkret gemacht - mit teilweise Vermittlungsquoten bis zu 80 Prozent. Wir haben hier gerade im Südburgenland sehr, sehr Vieles machen können, mit Frauen 50+, die auch von den Firmen gerne vor die Tür gestellt werden, obwohl sie hohe Kompetenz haben, aber manchmal den Firmen anscheinend zu teuer sind. Ich stehe darauf, dass auch diese Frauen, die lange genug gearbeitet haben und viel Kompetenz haben, eine Chance haben. Die haben wir vermittelt in die Tourismusbetriebe.

Im Mittelburgenland haben wir jetzt auch die richtigen Schritte gesetzt und im Nordburgenland sind wir immer wieder dabei Frauen zu qualifizieren und vor allem zu motivieren, hier den Tourismus anzunehmen auch als wichtige, als enorme Zukunftschance. Das sage ich Ihnen aber auch gleich, ich bringe sie nicht dorthin, sehr geehrte Frau Abgeordnete, wo es keine Betriebsräte gibt.

Denn dort wo es eine geregelte Arbeitszeit gibt, haben Frauen kein Problem, weil da wissen sie ganz genau sie können rechtzeitig nach Hause gehen und das brauchen sie, weil vielleicht der Vater zu Hause zu pflegen ist oder das kleine Kind zu Hause ist. Dort merkt man, dass es schwieriger ist. Aber dort, wo wir Betriebsräte haben und auch wirklich gut geschaut darauf wird, da haben wir weniger Probleme. Insgesamt sind wir stolz auf die Entwicklung des Tourismus.

Wir haben alle damit zu tun, dass wir natürlich gerade im Tourismus aber auch in anderen Bereichen Inländerinnen beschäftigen. Wenn das so wäre und man hätte Ausländerinnen hier (besser) sozusagen auch über alle Maßen hinweg, ich sage nur Lohn- und Sozialdumping als Beispiel, dann hätte man wahrscheinlich auch nicht so eine große Frauenarbeitslosigkeit. Sie sagen da immer die Politik schafft keine Arbeitsplätze. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Bitte? Stimmt doch!)* Dann frage ich mich, warum fragen Sie mich das dann? Sie sagen immer die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze. Dann gebe ich gerne an die Wirtschaft zurück. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Frau Landesrätin, Dankeschön. Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Rosner. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Als Bürgermeister war ich sehr von der Schließung von Triumph Oberwart betroffen. Viele Frauen sind nach wie vor arbeitslos. Wir in der Stadt Oberwart uns ist es zumindest gelungen, dass wir das Triumph Outlet erhalten konnten und somit fünf bis sechs Arbeitsplätze erhalten konnten. Vom Land wurde am 23. März 2015 diesen Frauen Unterstützung zugesagt.

Meine Frage: Wann sind hier finanzielle Mittel geflossen und wie hoch waren die?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Lieber Herr Abgeordneter und Bürgermeister! Gerne könnte ich sagen, für den Bereich bin ich nicht zuständig, weder für die Stiftung noch für das. Aber gerne beantworte ich, weil es mir wichtig ist und ich das natürlich als Frauenlandesrätin gerne begleitet habe. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wer ist dann zuständig?)*

Die Triumph-Schließung ist wieder ein Beispiel, dass bei uns irgendetwas im System nicht stimmt. Ich sagen Ihnen beispielsweise, Triumph, Zielpunkt, das sind ja Beispiele, wo vor allem Frauen draufzahlen. Da geht es nicht darum, dass die Firmen Triumph oder Zielpunkt wirtschaftlich so schlecht waren, da geht immer um Gewinnmaximierung. Dann geht man halt dort weg und macht in Pakistan und wo anders hier die Firmen auf. Daher bin ich auch, ich habe vorher schon gesagt es braucht Maßnahmen, es braucht Möglichkeiten, immer einer höheren Qualifizierung. Da wäre es gescheiter, wenn wir auf Bundesebene endlich einmal wirklich die Millionärssteuer einführen, dann hätten wir mehr Gelder für Qualifizierung.

Ganz Konkret zu Triumph. Fakt ist, es wurde eine Stiftung eingerichtet. Das ist das Erste. Das Zweite, wo ich mich bemüht habe die Frauen, ich war dort dreimal auf einem Sprechtag. Das heißt, ich wusste ja Bescheid. Ich habe immer wieder gesagt, ich nehme mir einen halben Tag Zeit und bin dort wirklich gesessen und habe mit denen, die nicht gewusst haben soll ich in die Stiftung gehen, soll ich nicht, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wie viel Geld ist geflossen?)* bringt mir das noch etwas, zusätzlich hier dort Sprechtage abgehalten.

Was herausgekommen ist, dass viele in die Stiftung gegangen sind, viele die Qualifizierungsangebote nützen. Das Dritte, was natürlich auch herausgekommen ist,

dass genau die Frauen, die ich vorhin genannt habe, die beispielsweise schon 55 und darüber sind, die gesagt haben, bringt mir die Stiftung noch was und gratuliere wenn sie sich hier bemüht haben. Ich glaube, dass es wichtig ist, sich hier besonders dieser Altersgruppe anzunehmen. Habe jetzt ein neues Projekt über die Frauenberatungsstelle initiiert, Sie kennen das Projekt sicherlich. Da geht es darum, dass wir junge Designerinnen in einer neuen Manufaktur in Oberwart, diese Frauen die Jahrzehnte genäht haben, die wirklich Künstlerinnen auf der Nähmaschine sind, dass die für die jungen Designerinnen hier arbeiten werden.

Ich habe 50.000 Euro zur Verfügung gestellt, damit das etwas wird. Ich freue mich wenn es etwas wird, dann gehen wir im Burgenland nach der Triumph-Schließung wieder einen ganz neuen Weg. Junge Designerinnen mit qualifizierten Näherinnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Auch wenn keine direkte Zuständigkeit vorliegt bei einer Frage, wenn sie das zuständige Regierungsmitglied beantworten will, dass die Beantwortung erfolgt.

Die fünfte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack um Verlesung ihrer Anfrage. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Nach der umfangreichen Ziel 1-Förderung durch die Europäische Union erhielt das Burgenland für den Zeitraum 2007-2013 einen sogenannten „Phasing-Out“-Förderstatus.

Wie sieht die Bilanz der Förderperiode „Phasing-Out 2007-2013“ inklusive grenzüberschreitender Programme aus?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Ich denke, dass das insofern eine wichtige Frage ist, weil genau in dieser Förderperiode 2007-2013 im Burgenland insgesamt 1,7 Milliarden Euro investiert wurden. 1,7 Milliarden Euro, wo das Land Burgenland 107 Millionen an Förderungen zur Verfügung gestellt hat. Der Bund 96 Millionen Euro und die Europäische Union 210 Millionen Euro.

Man kann sich vorstellen, was ein Investitionsschub von 1,7 Milliarden Euro für das Burgenland bedeutet. Das sind Investitionen in die Wirtschaft, das sind Investitionen in neue Arbeitsplätze, das sind Investitionen für eine gute Zukunft des Burgenlandes. Was wurde damit erreicht? Es wurde erreicht, dass 12.000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, beziehungsweise erhalten geblieben sind, wo durch Investitionen diese Arbeitsplätze abgesichert wurden. Dass die Wirtschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, natürlich auch die Unternehmer hier den Großteil der Leistung erbracht haben, ist klar. Und dass dort, wie immer gesagt wird, Arbeitsplätze geschaffen werden, ist auch klar.

Aber wir haben die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt. Das Burgenland ist heute nicht nur in Österreich, sondern in Europa anerkannt für eine effiziente Einsetzung der Förderung. Es gibt keine Region in ganz Europa, die die Fördergelder so effizient, nachhaltig und erfolgsbringend eingesetzt hat, wie wir im Burgenland. Da sage ich einmal ein ganz großes Danke an all jene die hier mitgewirkt haben, ich habe sie schon erwähnt. Die Arbeitnehmer, die hart arbeiten für dieses Land, die Unternehmer, die auch ein entsprechendes Risiko eingehen und die Vertreter des Landes Burgenland, weil wir in der

Vergangenheit und auch in der Gegenwart, das betone ich auch, die richtigen Weichenstellungen gesetzt haben.

Ich glaube das ist ganz, ganz wichtig, dass es hier ein gutes und positives Miteinander gegeben hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Damit wurde auch ein gutes Fundament gelegt, denn wir sind auch aktuell stark unterwegs. Österreichweit war im vergangen Jahr das Wirtschaftswachstum 0,9 Prozent. Wir im Burgenland haben ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent gehabt. Wir haben im Tourismus bei den Nächtigungen Zuwachsraten von über sieben Prozent.

Auch da liegen wir sehr weit vorne innerhalb Österreichs und auch die Beschäftigung hat deutlich zugenommen. Also alles eine Erfolgsbilanz, die teilweise durch Förderungen, teilweise durch neue Initiativen entstanden ist. Wenn man das Wirtschaftswachstum mit 2,2 Prozent im Burgenland betrachtet, dann muss man schon schauen, wo es einmal in Österreich überhaupt nirgends dieses Wirtschaftswachstum gegeben hat, auch in anderen Ländern.

Deutschland hat ein Wirtschaftswachstum gehabt von 1,6 oder 1,7 Prozent im Durchschnitt. Also wir liegen im Burgenland im Wirtschaftswachstum über dem Durschnitt der Bundesrepublik Deutschland. Welche Auswirkungen hat es noch gegeben? Die gesamten Förderungen seit wir seit 1995 Förderungen ins Burgenland bekommen. 1995 sind wir mit einem Bruttoinlandsprodukt von 64 Prozent gestartet. Wir haben das bis zum Jahr 2013, auf die Frage beziehend, auf 87 Prozent gesteigert. Ich bin überzeugt, wir sind da schon deutlich drüber. Wir werden ungefähr bei 90 Prozent sein, bei dieser Dynamik, die ich soeben aufgezählt habe.

Wir haben bei den Beschäftigten 1995 bei 79.000 Beschäftigten gestartet und wir sind jetzt 2014 bei 103.000 Beschäftigten gewesen. Wir liegen jetzt deutlich über diese 103.000 Beschäftigten. Es hat auch seit dem Jahr 1995 eine Gründeroffensive gegeben, nämlich mit 8.000 neuen Betriebsgründungen im Burgenland, weil die Rahmenbedingungen auch für neue Betriebsgründungen sehr, sehr gute sind und ich darf auch dazusagen, dass seit dem Jahr 1995 die Förderungen zurückgegangen sind, dass wir aber diese Gelder effizient eingesetzt haben. Wir müssen uns jetzt vorbereiten, weil im Jahr 2020 die Förderungen nochmals deutlich zurückgehen werden und da muss das Burgenland fit sein, um unter diesen noch schärferen Bedingungen national und international bestehen zu können.

Abschließend, der Export ist auf über zwei Milliarden Euro gestiegen, der Umsatz im Tourismus über eine Milliarde, also deutlich nach oben gegangen. Ich denke, mit Unterstützung der Europäischen Union, auch des Bundes, und mit Geldern, die wir vom Land eingesetzt haben, über 100 Millionen Euro, ist in dieser Förderperiode sehr viel Positives geleistet worden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Landeshauptmann! Eine funktionierende Breitbandinfrastruktur ist unverzichtbar für die Nutzung von wirtschaftlichen Chancen und Perspektiven. Wie sind die derzeitigen Entwicklungen im Hinblick auf den Ausbau von Breitbandinfrastruktur im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Auch da muss man mit einem Märchen aufklären, nämlich dass im Bereich des Breitbands nichts weitergegangen ist in den letzten Jahren.

Darf grundsätzlich sagen 82 Prozent des Burgenlandes sind derzeit ausreichend mit Breitband versorgt. 18 Prozent eher schlecht oder sehr schlecht. Das heißt, es gibt Handlungsbedarf. Nicht das Bewahren, der Fortschritt ist burgenländisch und deswegen setzen wir auf den Ausbau des Breitbandinternets. Da ist in den letzten beiden Jahren sehr viel passiert. Wir haben 2014 im Dezember einen Breitband-Pakt geschlossen mit den Providern T-Mobile, mit A1 und mit Hutchinson.

Was ist investiert worden 2015 und 2016? Zehn Millionen Euro. Dieser Breitband-Pakt sagt, dass wir bis zum Jahr 2019 zu 100 Prozent im Burgenland mit dem Hochleistungsinternet versorgt sind, zehn Millionen Euro haben wir zum Start, da haben wir nicht nur eine Unterschrift geleistet, sondern das wird Schritt für Schritt umgesetzt. Immerhin zehn Millionen Euro, die hier investiert wurden und wo wir, das ist auch die aktuelle Zahl, die habe ich mir heraussuchen lassen, 14.000 Haushalte zusätzlich mit Breitbandinternet versorgt haben.

2015 und 2016, davon 37 Prozent im Nordburgenland, 16 Prozent im Mittelburgenland und 47 Prozent von diesen 4.000 im Südburgenland, weil es dort den größten Aufholbedarf gibt. Also wir sind hier auf einem guten Weg und ich darf auch dazusagen, Anfang 2015 haben wir 27 Prozent LET-Hochleistungsinternet gehabt und jetzt haben wir zwei Drittel LET-Netz im Burgenland. Also von 27 Prozent eine Steigerung auf zwei Drittel. Auch das ist ein großartiger Erfolg und damit wollen wir die gute Entwicklung des Burgenlandes, ob im Norden oder im Süden, auch weiter fortsetzen. Mit dem Breitbandinternet ist eine gute Zukunft für das Burgenland gegeben und hoffentlich auch aufgeklärt die Märchen, dass im Breitbandinternetausbau nichts passiert ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? - Frau Abgeordnete Sack, bitteschön.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche weiteren Infrastrukturmaßnahmen werden im Burgenland gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Natürlich ist ein Schwerpunkt das Breitbandinternet. Ich habe schon gesagt, immerhin wurden 14.000 Haushalte zusätzlich versorgt, von 27 Prozent auf 67 Prozent LET-Ausbau, Hochleistungsinternet, da sind moderne Kupferkabel verwendet worden, neue Technologien und so weiter.

Das ist ein wesentlicher Teil einer modernen Infrastruktur. Aber wir haben vor, bis zum Jahr 2020 aus dem öffentlichen Bereich heraus Investitionen zu tätigen, die es im Burgenland noch nie gegeben hat. Wir werden im Bereich der Straßeninfrastruktur, da gibt es entsprechende Aussagen auch des zuständigen Finanz- und Straßenbaulandesrates sehr, sehr viel Geld zur Verfügung stellen.

Das werden zirka 700 Millionen sein bis zum Jahr 2020. Wir haben die Verlängerung der S31, die A4 wird weiter ausgebaut, wir kämpfen um die S7 wir hoffen, dass die Einsprüche dort weniger werden. Wir haben auch vor, dort entsprechenden Druck beim neuen Infrastrukturminister zu machen. Aber gegen Einsprüche sind wir auch nicht gefeit. Wir stellen für die Wohnbauförderung 425 Millionen Euro zur Verfügung, bis

zum Jahr 2020. Das ist in unserem Finanzplan drinnen. Jeder der im Burgenland ein Haus baut, jeder der eine Wohnung will, soll das auch haben. Im Burgenland wird wohnen leistbar bleiben, durch diese Förderung von 425 Millionen Euro im Bereich des sozialen Wohnbaus.

Ich darf auch aber hinweisen, dass wir immerhin als Übergangsregion insgesamt 750 Millionen Euro an Förderungen, Gesamtförderungen, zur Verfügung haben. Es gibt ein gesamtes Infrastrukturprojekt für das Burgenland, und daran will ich schlussendlich im Jahr 2020 gemessen werden, von zirka 2,8 Milliarden Euro. Ein Konjunkturpaket, ein Infrastrukturpaket, wie es das im Burgenland noch nie gegeben hat, inklusive der Krankenanstalten, inklusive des Schulbaus, wo ich vor wenigen Tagen in der HTL war, wo manche nicht in der Lage waren, das Projekt HTL umzusetzen, bis das Land es übernommen hat.

40 Millionen Euro, das Gymnasium in Eisenstadt, wo wir Druck gemacht haben. Wo der erste Bauabschnitt in der HTL schon fertig ist. Pinkafeld muss weiterverhandelt werden, auch wieder harte Arbeit, intensive Arbeit, um auch dort die entsprechenden Millionen zu lukrieren. Größtes Konjunkturpaket bis zum Jahr 2020. Das Burgenland hat damit gute Voraussetzungen und Bedingungen. Auch für die kommenden Generationen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke. Wieder zurück zur Ausgangsfrage. Nur, weil ich kurz verwirrt war, ich nehme an LTE-Verbindungen, nicht LET-Verbindungen? Darum ging es wahrscheinlich. Für das Protokoll dann.

Eine Rückfrage. Sie haben sehr ausführlich und gut, finde ich, dargelegt, wie stark das Burgenland profitiert hat von den Zuwendungen der EU. Es gibt ja keine Region in Österreich, die so viel Geld aus der EU bekommen hat wie das Burgenland. Stimmen Sie mit mir überein, dass man sagen kann, eigentlich hat das Burgenland der EU und seinen Zuwendungen doch auch viel zu verdanken. Wäre der Aufschwung ohne diese massiven Mittel aus der EU nicht möglich gewesen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zunächst zahlt Österreich mit unserem Steuergeld sehr viel Geld nach Brüssel. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Richtig!)* Ja. Also alles was wir aus Brüssel bekommen, ist auch österreichisches Steuergeld. Da bin ich nicht primär der EU dankbar, sondern den österreichischen Steuerzahlern, denn die zahlen das. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Also insofern ist das, glaube ich, klar. Wir wollen natürlich, und das ist unser Ziel, auch in Zukunft Gelder der Europäischen Union, die vom österreichischen Steuerzahler stammen, lukrieren. Das ist unsere Aufgabe.

Da gibt es viele Gespräche, dass wir auch im grenzüberschreitenden Bereich entsprechende Projekte forcieren, dass wir auch in diesem Bereich mit unseren Nachbarn in Ungarn, in der Slowakei gut kooperieren, ich glaube, gute nachbarschaftliche Beziehungen haben. Da wird es einige Impulse auch in den nächsten Wochen wieder geben. Ich glaube übrigens, dass auch die Republik gut beraten wäre, mit den Nachbarn gut zusammenzuarbeiten.

Auch die aktuelle Situation an unserer Grenze wird wichtig sein, dass man mit den Nachbarn gut kooperiert, EU-Gelder auslöst, damit neue Arbeitsplätze im Burgenland

schafft. Unser Ziel ist klar. Das ist das Kernziel. Wir wollen mit Unterstützung der EU, mit unseren eigenen Mitteln, Sie müssen auch sagen, 100 Millionen Euro in dieser Förderperiode von Seiten des Landes, wo Sie übrigens nicht mitgestimmt haben, ist auch keine kleine Summe, 1.000 neue Arbeitsplätze im Land schaffen. Also insofern lade ich Sie ein, beim nächsten Budget mitzutun, dann können Sie auch sagen, ja auch mit meiner Stimme haben sie sinnvolle Projekte umgesetzt. *(Abg. Manfred Kölly: Wartet ein bisschen! Ich werde Euch gleich sagen, was los ist!)* Also insofern bemühen wir uns auch da, gute Rahmenbedingungen *(Abg. Manfred Kölly: Rechenabschluss 2015!)* und Voraussetzungen zu schaffen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „New Deal: Arbeitsmarkt schützen - Wirtschaft stärken - BurgenländerInnen in Beschäftigung bringen!“

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung, zur Aktuellen Stunde zum Thema: „New Deal: Arbeitsmarkt schützen - Wirtschaft stärken - BurgenländerInnen in Beschäftigung bringen!“, die vom SPÖ-Landtagsklub beantragt wurde.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen. Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen; sodann ist je einem Sprecher jener Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist jeweils auf 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf 5 Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf 5 Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden können.

Schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Ihre Redezeit, Herr Abgeordneter, ist, wie bereits erwähnt, auf 15 Minuten beschränkt. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen! Geschätzte Kollegen! Die SPÖ hat diese Aktuelle Stunde heute eingebracht, weil wir den Aufschwung des Burgenlands weiter vorantreiben wollen, weil wir aber vor allem Maßnahmen für den weiteren Aufstieg unseres Heimatlandes Burgenland sehr breit hier im Hohen Landtag mit allen Fraktionen diskutieren wollen. Ich möchte auch alle Fraktionen einladen, in einem Wettbewerb der besten Ideen einzusteigen, und gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg darauf zu trachten, dass dieser Aufstieg des Heimatlandes Burgenland vorangetrieben wird und weiter geschieht.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen hat das WIFO, das Wirtschaftsförderungsinstitut, die neuen Daten hinsichtlich des Wirtschaftswachstums in Österreich bekanntgegeben. Es wurde heute schon einige Male erwähnt, dass das Burgenland hier hervorragend unterwegs ist. *(Abg. Robert Hergovich zeigt eine Grafik)*

Das Burgenland, meine sehr geehrten Damen und Herren, verzeichnet ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent. Das ist im Vergleich mit allen anderen Bundesländern eine hervorragende Anzahl an Wirtschaftswachstum. Auf Platz 2 liegt das Bundesland Vorarlberg, mit lediglich 1,6 Prozent Wirtschafswachstum. Im Vergleich dazu, das Burgenland 2,2 Prozent.

Der österreichische Durchschnitt liegt lediglich bei 0,9 Prozent. Das muss man schon im Vergleich sehen. Wenn der österreichische Durchschnitt bei 0,9 Prozent Wirtschaftswachstum zum Liegen kommt, und das Burgenland 2,2 Prozent Wirtschaftswachstum aufweist, dann sieht man, dass das eine durchaus beachtenswerte Anzahl an Wirtschaftswachstum ist. Damit sind wir wieder Wirtschaftswachstumssieger aller österreichischen Bundesländer.

Nach dem ersten Platz im Jahre 2012 und ebenfalls im Jahre 2013 haben wir ja im 2014er Jahr den zweiten Platz im Bundesländerranking erreicht. Jetzt mit dem Jahr 2015 sind wir wieder auf das Siegerpodest gestiegen. Mit dem besten Wirtschaftswachstum aller österreichischen Bundesländer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich hier bedanken. Bei allen Unternehmerinnen und Unternehmer, die hier wirklich tolle Arbeit leisten. Bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die hier ebenfalls dazu beigetragen haben, dass dieser Wirtschaftsaufschwung möglich war, aber auch bei allen, die die Rahmenbedingungen dafür geschaffen haben. Allen voran die Sozialpartnerschaft, die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer und natürlich auch das Arbeitsmarktservice und die Landespolitik.

Herzlichen Dank für diese gemeinsame Anstrengung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Hohes Haus! Diese wirtschaftliche Entwicklung unseres Heimatlandes Burgenland ist sehr wesentlich. Weil damit Hand in Hand auch der Arbeitsmarkt funktioniert. Gott sei Dank haben wir dieses Wirtschaftswachstum vorzuweisen, weil damit verbunden auch zusätzliche Arbeitsplätze im Burgenland geschaffen werden konnten.

Wenn wir die Jahre vergleichen, vom Jahr 2010 bis 2015. Warum das Jahr 2010? Weil es ab dem Jahr 2010 zur Freizügigkeit am Arbeitsmarkt gekommen ist. Dann dürfen wir feststellen, dass wir durchschnittlich rund 1.500 Arbeitsplätze netto im Burgenland geschaffen haben. Das ist schon eine großartige Leistung, wenn wir hier durchschnittlich 1.500 neue Netto-Arbeitsplätze schaffen konnten.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich zuletzt zumindest eingebremst, wenn wir die Daten vergleichen. Im April, plus 1,2 Prozent. Im Mai, plus 1,3 Prozent. Also er konnte zumindest eingebremst werden. Auch das ist bemerkenswert und muss hier auch erwähnt

werden. Verantwortlich für die gute Entwicklung sind unsere Unternehmerinnen und Unternehmer im Burgenland sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber auch das Land hat hier ein Maßnahmenpaket geschnürt und ordentliche Rahmenbedingungen geschaffen. Was hat das getan? Diesen New Deal für das Burgenland, den wir mit dem heurigen Jahr begonnen haben, und wie wollen wir ihn auch weiter führen?

Wir haben beispielsweise das Jahr 2016 zum Investitionsjahr gemacht. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Was habt Ihr investiert?)* Wir, Herr Kollege Wolf, haben immerhin 232,6 Millionen Euro im Budget beschlossen, Sie leider nicht mit Ihrer Fraktion, wir haben es getan, *(Abg. Manfred Kölly: Was redest Du von einem Budget?)* die in Wachstum und in Beschäftigung laufen. *(Abg. Manfred Kölly: Das rennt mit den Gemeinden mit!)*

Immerhin, Herr Kollege Kölly, jeder fünfte Euro der hier in Wachstum und in Beschäftigung *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt ja keine Ahnung von der Wirtschaft!)* des Landesbudgets 2016 fließt. 20 Prozent des gesamten Budgets, 20 Prozent, werden hier in Investitionen geleitet. Auch ein Spitzenwert, wenn wir das mit anderen Bundesländern vergleichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die konstruktiven Kräfte des Landes haben sich vor den Wintermonaten zusammengesetzt und haben überlegt: Wie können wir in diesen schwierigen Zeiten im Winter trotzdem dafür sorgen, dass es Aufträge für die heimische Wirtschaft gibt, und damit verbunden, auch Arbeitsplätze geschaffen werden können? *(Abg. Manfred Kölly: Die hätte es genauso gegeben!)* Die Wirtschaftskammer und die Arbeiterkammer, gemeinsam mit dem Landeshauptmann, haben den sogenannten Handwerkerbonus gemeinsam entwickelt.

Dieser Handwerkerbonus war natürlich eine Erfolgsstory. Über 1.200 Burgenländerinnen und Burgenländer haben diesen Handwerkerbonus in Anspruch genommen. Immerhin eine Förderung bis zu 5.000 Euro, die ja möglich wären. Damit konnten zehn Millionen Euro an Investitionen ausgelöst werden. Eine beachtliche Anzahl an Investitionen in schwierigsten Zeiten. Im Winter, wo normalerweise der Arbeitsmarkt einbricht, konnten hier zehn Millionen Euro an Investitionen ausgelöst werden. Auch mit dem Additionalitätsprogramm konnten 20 Millionen Euro für den Tourismusstandort lukriert werden. Bis zum Jahr 2020 auch ein ganz wichtiger Impuls für die heimische Tourismuswirtschaft.

Aber dieser New Deal, wie zeichnet sich der aus? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es Probleme gibt, und wenn der Präsident Nemeth kommt und sagt: Unternehmen haben Probleme! Dann müssen diese Probleme beseitigt werden. Daher ist dieser neue Wirtschaftsdialog ins Leben gerufen, wo Vertreter… *(Abg. Manfred Kölly: Den gibt es schon lange!)* Nein, Herr Kollege Kölly, der *(Abg. Manfred Kölly: Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und andere!)* ist auch heuer in das Leben gerufen worden, wo die Wirtschaft gemeinsam mit dem Landeshauptmann bemüht ist, wenn es Probleme gibt, diese Probleme zu lösen. *(Abg. Manfred Kölly: Haben wir immer gehabt!)*

Herr Kollege Kölly, und das ist der Unterschied, dass lösungsorientiert versucht wird, genau diese Probleme zu beseitigen. Mit der Verwaltung. Mit den Unternehmen. Mit der Wirtschaftskammer als zuständige Interessensvertretung. Dieser Wirtschaftsdialog ist ebenfalls ein Teil des New Deals für das Burgenland. Aber auch wichtige Qualifizierungsmaßnahmen wurden gemeinsam mit den Unternehmungen vor Ort, mit den Playern in den Regionen erarbeitet.

Mit den Arbeitsmarktgipfeln, die der Landesrat Darabos ins Leben gerufen hat, mit den Playern in der Region sich zusammensetzt und sagt: Welche Qualifikation benötigen wir, damit wir Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung bringen.

Auch dieses Puzzle gehört zum gesamten Bild des New Deals für das Burgenland. Aber man muss auch selbstkritisch sagen, wenn wir noch Defizite haben, dann müssen wir versuchen, diese Defizite auszubessern. Und das haben wir im Bereich der Forschung, Entwicklung und Innovation. Da haben wir eine Forschungsquote von 0,55 Prozent aufzuweisen gehabt. Das ist deutlich zu wenig. Wir konnten diese Forschungsquote zwar von 0,5 auf 0,9 erhöhen, also fast verdoppeln. Aber das ist immer noch zu wenig. Wir müssen hier noch weiter investieren, um eben die angewandte Forschung auch im Burgenland so zu etablieren, dass weiter Arbeitsplätze damit geschaffen werden.

All diese Maßnahmen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Erhöhung von der Forschung- und Entwicklungsquote bis zum Wirtschaftsdialog, bis zu den Arbeitsmarktgipfeln, sind der neue Deal für unser Heimatland Burgenland. Die Ergebnisse, die schon getroffen wurden und die jetzt gerade aktuell getroffen werden, haben dazu geführt, dass wir im Burgenland seit 2010 immerhin 7.456 zusätzliche Arbeitsplätze netto schaffen konnten. Eine beeindruckende Zahl, die an neuen Arbeitsplätzen im Burgenland entstehen konnte. Das ist auch ein Beschäftigungsplus von 7,5 Prozent in fünf Jahren. Hinter Vorarlberg das beste Ergebnis ebenfalls aller österreichischen Bundesländer. Trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, und darauf muss man auch hinweisen, steigt die Arbeitslosigkeit. Der Grund ist klar. Es hat der Direktor der Bundesarbeiterkammer, Mag. Muhm darauf hingewiesen, dass es ein Arbeitskräftepotential gibt, das deutlich höher ist als die geschaffenen neuen Jobs.

Meine Damen, meine Herren, rund 30 Minuten rund um das Burgenland wohnen eine Million Menschen, die, wenn sie sich in das Auto setzen und in das Burgenland fahren, drei-, ja bis sogar viermal so viel verdienen können wie in ihren Herkunftsländern. Wir leben in der sogenannten Wohlstandskante und das ist auch am Arbeitsmarkt sichtbar. Dementsprechend geteilt ist auch ganz Österreich. Während das Ostösterreich mit einer steigenden Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, so verhält es sich im Westen Österreichs anders. Dort sinkt die Arbeitslosigkeit.

Warum? Weil Oberösterreich und Niederösterreich, Wien, das Burgenland und die Steiermark in dieser sogenannten Wohlstandskante leben und dort natürlich viele Arbeitskräfte aus dem benachbarten Ausland nach Österreich, in das Burgenland, in die anderen östlichen Bundesländer kommen, um dort auch mehr Geld zu verdienen.

Kontrollen der Finanzpolizei und auch der Bauarbeiterurlaubskassa haben bestätigt, dass Lohn- und Sozialdumping stattfindet, nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich. Auch die Zahl der Einpendlerinnen und Entsendungen steigt jährlich an. Jährlich an! Während die Zahl der österreichischen Beschäftigten bundesweit, aber auch im Burgenland leider stagniert, in manchen Bundesländern sogar leicht rückläufig ist, steigt die Zahl der ausländischen Beschäftigten deutlich an. Seit dem Jahr 2010 im Burgenland ein Plus von 35,8 Prozent.

Die Ursachen für die steigende Arbeitslosigkeit im Burgenland sind zu Dreiviertel auf zwei Maßnahmen zurückzuführen. Zum einen, Einpendlerinnen und Einpendler aus dem Ausland, die im Burgenland beschäftigt sind. Die haben natürlich einen besonders starken Einfluss darauf und auch hier haben wir eine Sonderstellung. Denn, wenn wir das mit den anderen Bundesländern vergleichen, dann wird man feststellen, dass es lediglich bis zu fünf Prozent Einpendlerinnen und Einpendler in anderen Bundesländern gibt. Das Burgenland hat hier leider den traurigen ersten Platz errungen, mit leider 16,62 Prozent und das sagt auch schon eine klare Sprache. Der Druck, der am Arbeitsmarkt herrscht, hier kommt es zum Verdrängungswettbewerb. Die Leidtragenden sind Beschäftigte über

50 Jahre und auch Ausländerinnen und Ausländer, die schon lange in Österreich in Beschäftigung stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und zum anderen sind es die Entsendungen aus dem Ausland, die uns Kopfschmerzen bereiten. 7.555 Entsendungen gab es im Vorjahr schon alleine bei uns im Heimatland Burgenland. Das ist ein Plus von 16,1 Prozent gegenüber dem Jahr 2014. Die Entsendungen steigen also enorm an und auch da leidet unsere heimische Wirtschaft und hier gibt es auch große Probleme. Die Entsenderichtlinie ist eine Regelung für Sozial- und Lohndumping, die wir auch gemeinsam bekämpfen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn sie trägt auch dazu bei, dass wir Schwierigkeiten am burgenländischen Arbeitsmarkt haben.

Deshalb brauchen wir Maßnahmen. Maßnahmen, um den unlauteren Wettbewerb zu verhindern. Beispielsweise müssen wir die Entsenderichtlinie völlig verschärfen. Es muss sein, dass ab dem 1. Tag, wenn ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin aus dem Ausland im Burgenland, in Österreich arbeitet, dass hier die gleichen Spielregeln bestehen. Es kann nicht sein, dass ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter günstiger sind, wie jene, die hier im Burgenland oder in Österreich beschäftigt werden. Der Kollektivvertrag müsste schon bezahlt werden, das wissen wir schon. Die Betonung liegt auf - sie müsste bezahlt werden -, weil das nicht stattfindet. Aber bei den Sozialversicherungsbeiträgen gibt es große Unterschiede.

Ich muss jetzt ein wenig auf die Zeit schauen. Daher brauchen wir auch eine Schutzklausel für den heimischen Arbeitsmarkt. Wir brauchen sozusagen eine Obergrenze, auch am burgenländischen Arbeitsmarkt, beispielsweise im Bau- und Baunebengewerbe, das ist der Zustand, den wir bei der sogenannten Übergangsfrist gehabt haben, wo sich Vertreter der Wirtschaft, Vertreter der Arbeitnehmerinteressensvertretung gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice zusammensetzen und festlegen, gibt es Kontingente, müssen wir hier restriktiver umgehen oder können wir wirklich aufmachen.

Ich bin schon am Ende meiner Ausführung. SOKA-BAU, Chipsysteme, mehr Finanzpolizei und vieles mehr, benötigen wir. Ich freue mich sehr, wenn hier alle Parteien Maßnahmen einbringen, damit dieser Aufschwung unseres Heimatlandes Burgenland weiter so erfolgreich geschehen kann. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Das haben wir schon gemacht.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine funktionierende und eine florierende Wirtschaft und ein entsprechendes Arbeitsplätzeangebot ist natürlich das Um und Auf in jedem politischen Aufgabenkatalog einer Regierung, gleich welcher Ebene, gleich welcher Zusammensetzung. Österreich war insgesamt vor zehn Jahren in einer anderen Situation. Wir waren Musterschüler in Europa und Musterschüler in der Europäischen Union, wir waren das bessere Deutschland. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer war damals in der Regierung? Bundesregierung?)* Heute sieht die Situation vollkommen anders aus.

Die Wirtschaft kommt nur schwerlich in Gang, weil die Regierung in Wien nicht in Gang kommt. Entsprechend steigt die Arbeitslosigkeit. Sie erreicht Monat für Monat neue Rekordwerte, leider auch bei uns. Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig. Aber die Gründe, die vorliegen, sind mittlerweile sicher nicht mehr ausschließlich auf die Krisen, die

wir in den letzten Jahren zu bewältigen hatten, zurückzuführen. Dass das so ist, das zeigt ein Blick in die Nachbarländer, die genau dieselben Krisen zu bewältigen hatten und wo die Entwicklung heute im Großen und Ganzen schon eine andere ist. Das heißt, die Gründe sind hausgemacht

Im Burgenland finden wir eine besondere Situation vor, Kollege Hergovich hat es schon gesagt. Strukturell aufgrund der geographisch exponierten Lage. Wir kennen die Problemstellung alle. Wir leben an der Wohlstandskante, und die Grenznähe und die offenen Grenzen sind natürlich einerseits ein Segen, aber andererseits auch ein Fluch, wobei in diesem Themenbereich der Fluch überwiegt. Wenn statistisch gesehen, jeder neu geschaffene Arbeitsplatz im Burgenland an einen Ausländer geht, dann kann man nicht zur Tagesordnung übergehen.

Wenn Lohn- und Sozialdumping der Fall und unlauterer Wettbewerb die Folge ist, meine Damen und Herren, dann kann man nicht einfach darüber hinweggehen. Und da haben wir als Landespolitiker und als Landtag die verdammte Pflicht, wenn wir das Ganze schon nicht selbst ändern können, laut aufzuschreien und auf den Tisch zu hauen und den Herrschaften in Wien und vor allem in Brüssel mitzuteilen, dass die Situation so nicht hinnehmbar ist. Ich bin hier der Landesregierung, an der Spitze dem Herrn Landeshauptmann, sehr dankbar, dass er sein ganzes Gewicht in die Schale wirft und nicht müde wird, darauf hinzuweisen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Im eigenen Bereich, meine Damen und Herren, machen Rot-Blau ihre Hausaufgaben im Gegensatz zu Rot-Schwarz in Wien. Wenn ich mir das Landesbudget ansehe, jeder fünfte Euro geht in Wachstum und Beschäftigung. Wenn ich mir die Investitionen in der Verantwortlichkeit vom Landesrat Petschnig ansehe, in die Tourismuswirtschaft. Die Nächtigungszahlen, es wurde heute schon erwähnt, sind Monat für Monat eine Freude. Wenn ich mir den landesnahen Bereich anschaue, wo wir vom Lehrling bis zum 50+ die Unternehmen anhalten, auf die Burgenländerquote in den Unternehmen zu achten. Wenn ich mir die öffentliche Hand oder das Land als Auftraggeber ansehe, wo wir natürlich unter schwierigen rechtlichen Rahmenbedingungen, aber auf jeden Fall versuchen, über das Bestbieterprinzip in erster Linie heimische Unternehmer und heimische Arbeitnehmer ins Profitieren zu bringen.

Wenn ich mir die Wirtschaftsförderung ansehe, die Wohnbauförderung, wenn ich mir die Qualifizierungsmaßnahmen beim Herrn Landesrat Darabos ansehe. Wir setzen im eigenen Bereich alle Hebel, die uns zur Verfügung stehen, in Bewegung und es wirkt ja auch. Wachstumssieger! Natürlich gibt es nach wie vor ein großes weinendes Auge und das ist die nach wie vor wachsende Arbeitslosigkeit. Wenn ich mir diese Woche so die Reaktionen der ÖVP ansehe, ja, einerseits haben Sie schon recht. Die 12.000 Arbeitslosen im Burgenland können sich für diesen Wachstumssieger nichts kaufen, aber ich sage Ihnen auch, abgesehen davon, dass ich seit Jahrzehnten für die wesentlichen Bereiche, wenn es um Wirtschaft und Finanzen geht, zuständig sind und auch im Burgenland waren, ohne Wachstumssieger könnten sich noch mehr Burgenländer nichts kaufen. Und das, meine Damen und Herren, kann doch bitte nicht unser Ziel sein.

Im Übrigen verstehe ich bei der ÖVP auch nicht, warum man die Zahlen des letzten Jahres schlechtredet, die gehen ja zu einem Gutteil auch noch auf ihre Kappe. 2,2 Prozent Wirtschaftswachstum, 4,3 Prozent bei der Industrie, sogar 7,8 Prozent bei der Industrieproduktion. Das sind Zahlen, die sich sehen lassen können. Und das ist eine Entwicklung, die wir auch nicht gefährdet sehen wollen. Wir brauchen daher auch keine Diskussionen über neue Steuern. Wir brauchen daher auch keine Diskussionen über Arbeitszeitverkürzung, weil das gleichzeitig eine Diskussion über niedrigere Einkommen

wäre. Wir brauchen daher auch keine Diskussionen über den rascheren Zugang für Asylwerber auf den Arbeitsmarkt. Ich halte das in einer Situation von Rekordarbeitslosigkeit für den völlig falschen Weg, um es freundlich auszudrücken. Das sind alles Diskussionen und Vorschläge, die dem Wirtschaftsstandort schaden, die der Beschäftigung schaden und die damit dem einzelnen Arbeitnehmer schaden.

Was wir brauchen, das ist eine Diskussionen über die Änderungen der unionsrechtlichen Bedingungen. Was wir brauchen, das ist eine Diskussionen über die Entlastung der Wirtschaft, Lohnnebenkosten. Was wir brauchen, das ist eine Diskussion über Flexibilisierungen und Entbürokratisierungen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass die ÖVP im Bund zum gefühlten 20.000ten Mal eine Entrümpelung der Gewerbeordnung angekündigt hat. Schauen wir mal, ob diesmal was herauskommt. Wir brauchen natürlich auch eine ganz grundlegende Diskussion zum Thema Fachkräftemangel über unser Bildungs- und Ausbildungssystem.

Für so gut wie alle diese Bereiche, meine Damen und Herren, ist Wien oder ist Brüssel zuständig und in den meisten Bereichen ist Wien zuständig. Das sei den Herren von der ÖVP gleich im Vorhinein ausgerichtet, das heißt, allfällige Kritik, die Sie uns vielleicht zum ersten Geburtstag heute auch wieder schenken wollen, richten Sie bitte an Ihre eigenen Minister in Wien. Wir in Eisenstadt machen unsere Hausaufgaben, diese Koalition macht ihre Hausaufgaben, die Landesregierung macht ihre Hausaufgaben und sie macht sie gut. Kämpfen wir gemeinsam für eine starke Wirtschaft, kämpfen wir gemeinsam für den Schutz des heimischen Arbeitsmarktes und kämpfen wir gemeinsam für mehr Beschäftigung im Burgenland. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mitglieder des Landtages und der Landesregierung! Eines kann man sicherlich unterstreichen. Die große, neue soziale Frage ist, wie gehen wir um, mit einer neuen und völlig im Umbruch befindlichen Arbeitswelt? Und damit verbunden mit einer sehr hohen Anzahl von Arbeitslosen in ganz Österreich und - explizit gerade auch von meinem Vorredner angesprochen - auch hier im Burgenland? 12.000 arbeitslose Menschen, das bedeutet persönliche Schicksale, das bedeutet, Menschen, die erstens einmal finanzielle Probleme haben, zweitens aber auch soziale Probleme haben, gesellschaftspolitisch einfach ausfallen, weil sie sich zurückziehen, im Freundeskreis, in Familien für eine sehr schwierige Lebenssituation sorgen.

Deshalb ist jeder Anstieg und jeder Arbeitslose, jede Arbeitslose mehr, eine Herausforderung und ein Auftrag an alle Politiker. Ich glaube, dass auch das gemeint war, als die Österreichische Bundesregierung unter einem neuen Bundeskanzler davon gesprochen hat, einen New Deal auszurufen.

Ich muss Ihnen sagen, ich habe diese Formulierung des New Deals so nicht in Erinnerung gehabt. Ich habe mich ein wenig schlau gemacht, was damit gemeint war, und habe dann recherchiert, dass es in den dreißiger Jahren, exakt ab 1933 in Amerika ein Bündel an Wirtschafts- und Sozialreformen, eingeleitet durch den US-amerikanischen Präsidenten Roosevelt gegeben hat, die dann schlussendlich unter dem Stichwort „New Deal“ zusammengefasst wurden.

Leider muss man auch sagen, auch hier sind sich die Wirtschaftshistoriker einig, allein schon der damals desolate Zustand der US-amerikanischen Wirtschaft hätte jede Initiative, die der Staat gestartet hätte, zumindest ein wenig Linderung für den Wirtschaftsstandort gebracht. Man ist sich bis heute nicht einig, ob ein derartiger New Deal überhaupt irgendwelche Auswirkungen schlussendlich auf die Wirtschaftskraft gehabt hätte. Trauriger Nebensatz: Viele sind der Auffassung, dass die aufziehende Rüstungs- und Schwerindustrie im Hinblick auf den kommenden Zweiten Weltkrieg schlussendlich dann erst die wirtschaftliche Entwicklung in der USA möglich gemacht hat.

Ein zweites Mal verwendete ebenfalls ein Politiker das Wort „New Deal“. Es war die Labour-Regierung in Großbritannien, die Ende der 90-er Jahre, 1998 einen New Deal für Arbeitslose ins Leben rief, Verringerung von Arbeitslosigkeit, staatliche Finanzierung von Arbeitsplätzen, das freiwillige Weiterarbeiten durch Arbeitslose. Auch hier ist der Erfolg umstritten.

Ich wünsche mir, dass es die Österreichische Bundesregierung zusammenbringt, nicht diese historische Weiterführung zu machen, sondern etwas anderes in die Geschichtsbücher der Wirtschaftsökonomen unter dem Stichwort „New Deal“ zu schreiben. Denn worum geht es? Es geht um die Frage, wie flexibel sind die Arbeitszeiten? Es geht um die Frage, wer wird noch Überstunden leisten wollen, wenn die Besteuerung derart hoch ist, dass es keinen Anreiz bietet, mehr zu leisten? Wer wird überhaupt noch in der Lage sein, sich etwas zu leisten von dem, was er verdient?

Denn auch das wissen wir: Viele Beschäftigungsverhältnisse bedürfen dann einem Ausgleich durch die Mindestsicherung, weil die Menschen nicht mehr genug verdienen, um den Lebensalltag zu bestreiten. Genau das ist die Herausforderung, die eine neue Bundesregierung - und so neu ist sie ja nun auch wieder nicht, es sind noch immer dieselben Koalitionspartner, aber eine Person wurde geändert, da muss man schon auch ein wenig selbstkritisch sagen, die alte Bundesregierung mit einigen neuen Köpfen -, aber das sind die Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben und auch im Burgenland.

Ich möchte diesen Ball aufgreifen und für die Österreichische Volkspartei einige Punkte vorbringen, wie auch mein Vorredner das getan hat, was aus unserer Sicht der Dinge zu erneuern ist. Was könnten wir uns vorstellen? Wo könnte die Reise hingehen? Zunächst möchte ich festhalten, ich kenne keinerlei Initiative des Landes Burgenland, auch nicht der Burgenländischen Landesregierung, wie man mit dem Phänomen der Digitalisierung, auch in der Arbeitswelt umgeht. Es gibt viele interessante Startups, die in diesem Bereich arbeiten. Wir selbst haben als ÖVP-Klub eine Veranstaltung, die lautet „Klub im Gespräch“, und möchten diesmal mit einem jungen Startup in Verbindung treten und dem ein wenig eine Bühne bieten, das sich in Siegendorf angesiedelt hat. Im ersten Gespräch war es sehr ernüchternd.

Natürlich gibt es auf dem Papier sehr viele Möglichkeiten, wenn man ein Startup gründet, an Förderungen zu kommen. In der Praxis ist es für jemanden, insbesondere für einen Techniker, der vielleicht nicht Betriebsführung oder Wirtschaft studiert hat oder sich in dem Bereich sattelfest fühlt, überhaupt die Hürden zu nehmen, in Erfahrung zu bringen, welche Möglichkeiten der Förderung es gibt. Im Bereich der Digitalisierung, sprich einem sehr innovativen Bereich der Wirtschaft und der Arbeitswelt, gibt es noch zu wenig Erfahrungen, aber wir wissen alle, es gibt eine Generation, die beispielsweise jede Art der Mediennutzung über das Smartphone nutzt oder über ein Tablet oder über den Computer, keine Zeitung mehr liest, keinen Radio mehr hört und kein Fernsehprogramm mehr sieht.

Wie gehen wir mit diesen künftigen Konsumenten, wie gehen wir mit diesen künftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern um? Hier gibt es keinerlei Möglichkeit

aus meiner Sicht, wo das Land Burgenland bisher Aktivitäten gesetzt hätte. Was tun wir mit den neuen Finanzierungsformen, die auf dem Markt sind, Stichwort „Crowdfunding“? Wo ist hier die burgenländische Initiative? Ob sie jetzt aus privater Natur kommt oder aus staatlicher Hinsicht, wäre mir egal. Aber ich sehe im Burgenland hier wenige Akzente.

Ich glaube, dass es auch im Burgenland genügende Menschen gäbe, die Interesse hätten, privates Geld, Erspartes in ein Jungunternehmen zu stecken, wenn die Rahmenbedingungen passen. Und die Rahmenbedingungen auf der vorher so gescholtenen Bundesebene passen seit Kurzem. Es wurde hier in diesem Bereich der neuen Finanzierungsmöglichkeiten etwas geschaffen.

Das Zweite ist die Art der Beschäftigungsverhältnisse. Auch Arbeitnehmer haben natürlich die Situation, dass sie manchmal mehr leisten möchten und müssen, weil saisonale Spitzen abzudecken sind, und es funktioniert derzeit nicht, das im gesetzlich ordnungsgemäßen Rahmen abzuwickeln. Ich glaube, wir müssen uns sehr genau überlegen, ob wir nicht in vielen Bereichen der Arbeitswelt flexibler werden müssen, denn der beste Arbeitnehmerschutz ist noch immer nur dann für jene Menschen gut, die auch Arbeit haben. Unser Anspruch muss sein, mehr Leute in Beschäftigung zu bringen und nicht mehr Leute, die unternehmerisch tätig sind, davon abzuhalten. Das ist aus meiner Sicht nur eine kurze Möglichkeit, wie wir als ÖVP-Fraktion sehen, dass man eigentlich im Bereich der Arbeitsplätze und im Bereich der Beschäftigung etwas tun könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat die österreichische Bundesregierung dazu präsentiert. Während die eine Seite, die ÖVP-Seite, davon spricht, Flexibilisierung der Arbeitszeiten durchzuführen, kommt auf Seiten der SPÖ ein klares Nein, es darf in diesem Bereich nichts geschehen, im Gegenteil, man kramt in der kommunistischen Mottenkiste und sucht nach neuen Steuern, die Maschinensteuer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ein ehemaliger, vermeintlicher Spitzenmanager der Republik bei einem verstaatlichten Unternehmen für eine Maschinensteuer eintritt, ja, das verstehe ich. Denn wer wird am Ende des Tages diese Steuer bezahlen? Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Steuerzahlerin, der Steuerzahler werden bei einem verstaatlichen Unternehmen jede zusätzliche Steuerbelastung ausgleichen.

Ich habe für mich selber festgestellt, wenn das der erste Anspruch eines neuen Spitzenpolitikers ist, dann muss der Herr Bundeskanzler Kern aus meiner Sicht diese Vorschusslorbeeren, wo man ihn als Spitzenmanager aus der Wirtschaft gefeiert hat, schnell wieder ablegen, dann damit, mit solchen Forderungen aus der Mottenkiste längst vergangener Tage, macht er sich in Wirklichkeit schlichtweg zum Parteisekretär eines verstaatlichten Unternehmens. Das ist sicherlich nicht der Weg der ÖVP Burgenland! *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir haben heute mit sicherlich großer Leidenschaft vom Herrn Landeshauptmann Niessl vorgetragen gehört, dass 1,7 Milliarden EU-Gelder in unserem Land investiert wurden. Ja, dazu stehen wir!

Viele Projekte sind auch in der Vergangenheit auf breiter Basis so beschlossen worden, und da rede ich nur von ÖVP und SPÖ. Es gibt viele, viele Gemeindeprojekte, wo sich auch andere Fraktionen eingebracht haben. Wo wir versucht haben, mit Unternehmern, die sich in keine dieser politischen Kasten einordnen lassen, wirtschaftlich etwas zu Stande zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am Ende des Tages ist es immer das Geld der Steuerzahler. Es gibt in diesem Land und auch in unseren Nachbarländern kein

anderes staatliches Geld, als jenes der Bürgerinnen und Bürger. Ich glaube, es würde uns gut tun, wenn wir nicht auf der einen Seite predigen, dass wir aus europäischen Töpfen versuchen, auch die Frau Landesrätin Dunst hat das heute gesagt, viele ihrer Projekt sind aus europäischen Töpfen gespeist worden. Wenn wir uns darüber freuen, dann ist es aber so, innerhalb eines großen Unternehmens, innerhalb einer großen Familie, da gibt es nicht nur Vorteile. Ich stimme mit Rot-Blau überein, die Entsenderichtlinie der EU ist nicht nur mit Vorteilen für unser Heimatland gespickt. Aber diese grundsätzlich abzulehnen und sie außer Kraft zu setzen, bedeutet auch, gegen den Export, gegen die heimische Wirtschaft - und es arbeiten auch viele Burgenländer nicht nur im Burgenland - zu agieren und aufzutreten.

Diese populistische Ansage, hier alles in einen Topf zu werfen, auf der einen Seite Lobhudelei für die Gelder, die man selbst mit der Hilfe der EU ausgeben konnte, auf der anderen Seite dieser aggressive, unnötige Angriff, dieser Populismus, die Leute hier aufzufordern, daran zu glauben, man könnte mit solchen populistischen Ansagen etwas bewegen, das ist dieser rot-blauen Landesregierung nicht würdig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auf eines ganz bewusst noch eingehen - es wurde heute sehr genau betont - die neue Sozialpartnerschaft und ich sage deshalb, die neue Sozialpartnerschaft, denn ich glaube, die alte Sozialpartnerschaft, so wie wir aus Geschichtsbüchern das gelernt haben, die ist tot.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Staat ist im Umbruch, das merken wir! Nicht nur anhand der Wahlergebnisse, das merken wir auch beim Zuspruch. Auch die Menschen lassen sich nicht mehr in Berufsgruppen so fassen und eingliedern, wie wir das als Politiker vielleicht denken oder können. Es ist nicht die Wirtschaft, es ist nicht der Arbeitsnehmer, es ist nicht die Sozialpolitik in diesem Land, die etwas bewegt, sondern es ist alles sehr viel komplizierter geworden, um es mit einem ehemaligen, aus dem Burgenland stammenden Bundeskanzler zu sagen.

Ich gebe allen meinen Vorrednern Recht, dass es hier schwierige Herausforderungen geben wird, die wir nicht nur auf der Landesebene meistern können. Ich bin vollends davon überzeugt, wenn wir es nicht schaffen, dass die österreichische Bundesregierung bald und sehr rasch Akzente setzt in der Entbürokratisierung, beim Schaffen von Arbeitsplätzen, bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit, dann werden wir von allen diesen Strömungen und politischen Umbrüchen überholt werden und dann wird sich auch diese Sozialpartnerschaft nicht mehr so wiederfinden können. Es braucht eine neue Sozialpartnerschaft, es braucht auch das Einbinden von anderen Gruppen der Gesellschaft, nicht alle sind in Kammern und Parteien organisiert. Und ich glaube, das wird die soziale Frage, die große Herausforderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Umgang mit dem Unternehmer ist dann schon die eine Sache, weil was bedeutet es, wenn ich pauschal in den Raum stelle, wir brauchen mehr Finanzpolizisten, wir brauchen noch mehr Auflagen und noch mehr Kontrollen im Rahmen der Sozialgesetze oder des Lohndumpinggesetzes. Was bedeutet das? Im Umkehrschluss ist es eine pauschale Verdächtigung, dass es im Land Mitarbeiter gibt, die ausgebeutet werden, Unternehmer, die das zulassen oder noch begünstigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe höchsten Respekt vor all jenen, die den Mut haben, *(Abg. Gerhard Steier: Es gibt Beispiele.)* natürlich gibt es Beispiele, aber ich rede von einer pauschalen Verdächtigung, sehr geehrter Kollege. Ich glaube, dass da ein riesiger Unterschied zwischen einem Beispiel zu nennen und pauschal zu verdächtigen ist. Ich glaube, dass es das Allerwichtigste wäre, ein Klima zu schaffen, wo jene, die den Mut haben, sich selbständig zu engagieren, sich motiviert fühlen.

Derzeit schafft es die Republik Österreich und das Land Burgenland sicher nicht, dazu gibt es viel zu viele Auflagen und Hürden, die auch (selbstkritisch gesagt) meine Partei und auch die Sozialdemokraten dieses Landes in den letzten Jahren noch angezogen haben und nicht erweitert haben. Ich glaube, diese Zeit muss vorbei sein, deshalb glaube ich an eine neue Sozialpartnerschaft unter neuen Voraussetzungen und ich garantiere Ihnen, die ÖVP Burgenland wird Teil dieser neuen Bewegung sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend einige Worte zur Fragestunden sagen, ohne das zu werten. Wir haben heute Folgendes gehört: Der Herr Landesrat Darabos hat sich ein wenig beschwert, warum er so viele Anfragen bekommt. Andere Mitglieder haben sich wiederum beschwert, warum sie keine Anfragen bekommen. Ja, das Recht des Abgeordneten ist es, Fragen zu stellen. Das Recht des Abgeordneten! Heute haben wir sogar gehört, dass die Regierungsmitglieder die Abgeordneten befragen möchten. Dann hat der Herr Kollege Darabos gesagt, gesellschaftspolitische Diskussionen haben hier im Landtag nicht den Platz. Ich gehe davon aus, er hat nur gemeint, die Fülle dieses Drogenproblems kann man in einer Fragestunde nicht gesellschaftspolitisch diskutieren. Ansonsten würde ich sagen, wäre die Aussage für mich ein Wahnsinn und fatal.

Ich freue mich, dass er einerseits sagt, warum fragen wir ihn und dann gleichzeitig sagt, dass er beide Anregungen der ÖVP aufnimmt. Was hat der Kollege Fazekas gefragt? Was will er in der Sache tun? Er hat gesagt, er möchte die Prävention stärken, er möchte hier einen Schulterschluss vom PSD und anderen. Sehr gerne, wir werden unsere Ideen einbringen, wir werden versuchen, hier mitzuarbeiten.

Was war die Frage zu den ambulanten Spitalsplätzen für Drogensüchtige?

Er will das aufgreifen! Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann kann ich nur sagen, Kollegin Dunst hat gesagt, man hätte falsch gefragt. Falsche Fragen, das lernt man in der Schule, Kollegin Prohaska hat das immer so gerne zitiert, gibt es nicht, nur falsche Antworten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bemerkenswert eine Aktuelle Stunde zu machen, wo der Hut brennt, auf Deutsch gesagt, schon länger. Und ich sage Ihnen, warum! Kann Euch klar und deutlich vom 5. 3. 2009 zitieren: Burgenländische Arbeitsplätze für Burgenländer. 5. 3. 2009! Vielleicht kann sich die FPÖ an das erinnern? Da wurde vorgeschlagen, der burgenländische Arbeitsmarkt leidet unter einer Reihe von Problemen. Ich gehe jetzt auf die Probleme ein und Sie wissen, ich habe nur fünf Minuten. Das ist das Nächste, was ich kritisiere. *(Abg. Edith Sack: Ich habe auch nur fünf Minuten.)*

Sind wir weniger wert als Fraktion hier im Landtag als die Klubs, die man dann irgendwann einmal auf die Seite geschoben hat und hat gesagt, man braucht drei Abgeordnete und daher hat man die Möglichkeit gar nicht, eine Aktuelle Stunde einzubringen, an einer Präsidiale teilzunehmen und dergleichen mehr. Uns geht es nicht ums Geld! Uns geht es um die Minderheitsrechte. Aber zurück zu dieser Situation. Geringes Lohnniveau im Burgenland, höherer Pendleranteil, hohe Ausländerbeschäftigungsquote, ineffiziente Weiterbildungseinrichtungen - 5. 3. 2009!

Was ist vorgeschlagen worden? Senkung der Lohnnebenkosten, Steigerung der durchschnittlichen Einkommen durch einen Zuschuss von maximal 400 Euro, wobei maximal der Lohnnebenkosten bei Personen mit 25 Jahren auch darüber hinaus pro burgenländischen Arbeitnehmer gefördert werden soll, ausschließlich für Privatwirtschaft. Finanzierung aus den bisherigen Fördertöpfen aus Mitteln des Arbeitsmarktservices, aus der Einsparung in der Verwaltung - Verwaltung! Ich kann das gar nicht mehr hören: Einsparung in der Verwaltung!

Verbleibende Förderungen bleiben nur eine Gründerförderung und eine Agrarförderung für ländliche Familienbetriebe. Vorteile des Modells: geringere Verwaltungskosten, Schaffung langfristiger, hochwertiger Arbeitsplätze - wurde heute schon öfters angesprochen - Steigerung der Einkommen, Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der burgenländischen Betriebe, Beseitigung der Abhängigkeit von politischer Willkür. Von politische Willkür, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und noch einmal - eingebracht am 5. 3. 2009! Jetzt fragt einmal, wer das eingebracht hat und dann können wir darüber diskutieren. Ich komme aber auf meine Vorredner zurück, Herr Kollege Hergovich.

Wir wollen Arbeitsplätze schaffen und wir wollen verhindern, dass ausländische Arbeitskräfte auf unseren Arbeitsmarkt hineindrängen. Sie sagen, derjenige der bei diesem Voranschlag nicht mitstimmt, hat da nichts zu reden. Sie sagen das ausdrücklich. Das höre ich immer wieder. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Frau Landesrätin Dunst hat das heute in der Fragestunde auch erwähnt. Darf ich Ihnen etwas sagen Frau Landesrätin und Herr Klubobmann. Schauen Sie sich den Rechnungsabschluss 2015 an. Die hochgelobte Wohnbauförderung, 124 Millionen Euro im Voranschlag, 78 Millionen Euro ausgegeben. Was passiert mit dem Rest? Was machen Sie damit? *(Abg. Ingrid Salamon: Bleibt der Wohnbauförderung.)* Na warte ein bisschen. Nein Frau Kollegin, du bist, Gott sei Dank, Bürgermeisterin. Dann lese ich, und das finden Sie nirgends im Voranschlag, dass von den Wohnbaufördergeldern 25 Millionen Euro Rücklagen geschaffen werden beziehungsweise wurden. Mit 25 Millionen Euro kann man sehr viele Arbeitsplätze in diesem Land und ganz andere Möglichkeiten schaffen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Kollege Hergovich! Heute ist die Frage gestellt worden: Wer ist eigentlich hier selbständig beziehungsweise für Wirtschaft? Ich habe zwei oder drei Hände maximal gesehen, die aufgezeigt haben. Sonst gibt es lauter, Entschuldigung, wenn ich das so sage, Pädagoginnen, Pädagogen, Parteisekretäre, und dergleichen mehr.

So, und jetzt frage ich Sie, Herr Kollege Hergovich: Wenn Sie hergehen und erzählen, wie super jetzt das alles läuft. Wir waren Wachstumssieger, aber da war die ÖVP mit der SPÖ noch in einer Koalition. Da waren wir tatsächlich vor ein paar Jahren Wachstumssieger. Nur, noch einmal, man kann sich davon nichts kaufen. Wenn ich arbeitslos bin und das soziale Gefüge in den Familien darunter leidet, und sie dann erzählen, wie wichtig es ist, dass wir eine Kinderbetreuung haben, dass man am sechs Uhr in der Früh das Kind, und das habe ich richtig gehört, abgeben soll. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen, wegen Zeitablauf.)*

Dann frage ich mich. Herr Präsident! Der Herr Landeshauptmann hat fünf Minuten überzogen und ich darf nicht einmal eine halbe Minute überziehen? Aber, macht ja nichts, ich komme ja heute sicher noch ein paar Mal auf das zurück.

Ich bin dafür, dass wir einen gemeinsamen Weg gehen, dass wir schauen, dass wir für unsere Arbeitnehmer und Arbeitgeber vernünftige Lösungen finden. Das können wir aber nur gemeinsam machen. Danke. *(Beifall bei der LBL und Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie, besonders die Schülerinnen und Schüler aus der HAK. Herzlich willkommen! Ein Thema, das ja alle sehr berührt und auch beschäftigt. Ich finde es sehr wichtig, dass das nun Thema dieser Aktuellen Stunde ist.

Die Frage des Arbeitsmarktes ist in der Tat einer der brennendsten dieser Jahre. Wie schön, das Motto „New Deal“ voranzustellen, denn wir werden wirklich neue Lösungen brauchen, um mit den neuen Herausforderungen fertig zu werden. Einige davon sind schon skizziert worden.

Gar nicht schön ist meines Erachtens, was uns weitläufig an alten Lösungen präsentiert wird. In Zeiten des Zusammenwachsens der Länder auf Abschottung zu setzen, kann langfristig keine guten Auswirkungen haben. Auf kurzfristige Effekte zu setzen, bringt vielleicht ein paar Wählerstimmen mehr, aber keinen nachhaltigen Umschwung in der Wirtschaft. Was wir brauchen ist ein wirklich neuer Ansatz.

Wir können die Probleme einer Krise ja nicht mit denselben Methoden lösen und beantworten, die diese Krise auch ausgelöst haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wenn jemand wegen einer falschen Lebensweise, beispielsweise einen zu hohen Blutdruck hat, dann nützt das auch nichts, wenn er erst einmal einen fetten Schweinsbraten isst und sich mit der täglichen Bewegung so lange Zeit lässt, bis er sich wieder besser fühlt und weniger Stress hat. Er muss schon grundsätzlich seine Lebensweise ändern, um ein gutes, gesundes, langes Leben zu haben.

So ist es mit der Wirtschaft auch. Wir müssen die Wirtschaft grundsätzlich neu überdenken, wenn der Arbeitsmarkt länger als bis zur nächsten Wahl davon profitieren soll. Ich habe als Abgeordnete, Kollege Kölly hat es erwähnt, ja auch, nur fünf Minuten Zeit, weil wir keinen Klubstatus haben. Deswegen kann ich nur ein paar kleine Beispiele anbringen.

Punkt 1 Einpersonenunternehmen und Klein- und Mittelunternehmen. Hunderttausende Menschen haben in den letzten zwei Jahrzehnten als EinpersonenunternehmerInnen und -unternehmer in Österreich, die sogenannten abgekürzten EPUs, sich selbständig gemacht. Gerade das Burgenland ist ein Land der EPUs. Sie sind alle kreativ, flexibel, leistungsbereit und nehmen ein hohes Risiko bei einem geringen Einkommen auf sich, um ihren Traum von der Selbständigkeit zu verwirklichen.

Doch die Sozialpartner verstehen diese Welt nicht, unser Steuersystem, unser Sozialsystem, viele Gesetze wurden für die klar getrennten Welten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschaffen, nicht für Einpersonenunternehmerinnen und -unternehmer, die sich selbst Arbeit geben, oft zwischen selbst- und Unselbständigkeit wechseln oder gar auf beide Arten Einkünfte beziehen. EPUs, das ist oft leider doch noch Tatsache, werden derzeit diskriminiert, brauchen dringend eine Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Hier werden viele neue Arbeitsplätze für Burgenländerinnen und Burgenländer ermöglicht und gestützt. Gerade das Südburgenland ist, zum Beispiel, so eine Region, wo sich viele Menschen, gerade auch Frauen, selbständig machen und als Einpersonenunternehmerinnen neue Akzente im Wirtschaftsleben setzen. Weil vorher vom Crowdfunding die Rede war, es gibt schon im Burgenland auch ein paar

Crowdfunding Projekte, Kollege Sagartz, aber die sind von der Landesregierung nicht unterstützt sondern sind reine Privatinitiativen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch die KMUs könnten große Erleichterungen brauchen, um damit wieder Arbeitsplätze schaffen können, wenn wir, etwa um ein konkretes Beispiel zu nennen, einen Freibetrag von bis zu 100.000 Euro für Kleinunternehmen geltend machen können, wenn sie Investitionen setzen. Aber das nur als ein kleines Beispiel. Ein zweiter Punkt betrifft die Gewerbeordnung. In Österreich gibt es insgesamt 80 reglementierte Gewerbe, die nur ausüben darf, wer detaillierte Ausbildungs- und Befähigungsbeweise erbringen kann. Das ist in ganz Europa einzigartig. In diesem Fall meine ich das gar nicht positiv. Wenn von einem Gewerbe für die Umwelt oder für Konsumenten, Konsumentinnen, für die Gesundheit Gefahr ausgeht, dann ist das klar. Das es da ganz klare Regeln und Vorschriften geben muss, wer unter welchen Voraussetzungen dieses Gewerbe auch ausüben darf.

Aber, müssen Berufe, wie Gärtnerin, Buchbinder, Schneiderin wirklich reglementiert sein? Zweiter Punkt zur Gewerbeordnung, dass diese wirklich endlich ordentlich entrümpelt gehört, darin sind wir uns, glaube ich, einig. Es muss nun endlich etwas geschehen.

Abschließend ein wichtiger Punkt, in dem wir uns, glaube ich, auch einig sind, ist die Kontrolle. Die größte Gefahr für die burgenländischen Unternehmerinnen und Unternehmer sind jene Unternehmen, die sich an der Grenze ansiedeln, außerhalb von Österreich und gesetzeswidrig und gesetzumgehend sich einen Wettbewerbsvorteil erschleichen. Das gehört abgestellt.

Schließlich mein letzter Satz. Noch immer sind die hohen Lohnnebenkosten eine besondere Bedrohung des Arbeitsmarktes. Der Faktor Arbeit muss endlich weniger besteuert werden, denn auch auf dem Arbeitsmarkt hätte das eine positive Auswirkung. *(Beifall bei den Grünen)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächstes bitte ich die Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack zum Rednerpult.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Der burgenländische Arbeitsmarkt steht vor großen Herausforderungen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Auf der einen Seite kann das Burgenland eine Rekordbeschäftigung vorzeigen, und auf der anderen Seite müssen wir aber auch eine Rekordarbeitslosigkeit verzeichnen.

Am Arbeitsmarkt gibt es einen großen Druck durch billigere Arbeitskräfte aus dem Ausland und da möchte ich einen Satz zur ÖVP sagen. Auf der einen Seite erzählt uns die ÖVP, dass die Wirtschaft und nicht die Politik Arbeitsplätze schafft. Auf der anderen Seite sagen sie, wir Politiker, vor allem der Landeshauptmann, die Landesrätin Dunst, sind an der hohen Arbeitslosigkeit schuld. Das ist meiner Meinung ein Widerspruch, der ist nicht nur schlecht, der ist sogar böse. Das geht gar nicht. Fakt ist, die Politik schafft Rahmenbedingungen, damit Unternehmen den Wirtschaftsstandort Burgenland attraktiv finden. Jetzt frage ich Sie, aber das wurden Sie heute schon einige Male gefragt, auch von mir schon einige Male gefragt: Wer stellt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben ein? Der Unternehmer, der Landeshauptmann oder die Verena Dunst?

Wer stellt ausländische Arbeitskräfte ein? *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Was ist mit Lutzmannsburg?)* Der Unternehmer oder die Politiker? Wer stellt ausländische Arbeitskräfte ein und macht burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitslos? Der Unternehmer macht das, nicht die Politik! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Lutzmannsburg!)* Mir stellt sich jetzt die Frage, nehmen Sie die Situation im Burgenland, in Österreich wirklich nicht ernst? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Erkennen Sie den Ernst der Lage nicht? Oder sind Ihnen die Burgenländerinnen, die Menschen unseres Burgenlandes egal? Diese Frage drängt sich mir auf. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Die Zahl der unselbständig Beschäftigten steigt weiter. Wir haben Ende Mai im Burgenland rund 103.000 Beschäftigte gehabt. Das ist eine Zunahme von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Trotzdem ist aber auch die Arbeitslosigkeit leicht gestiegen. Herausfordernd ist vor allem die Arbeitsmarktlage für Frauen, für ältere Menschen und für Menschen, die gesundheitlich beeinträchtigt sind und Vermittlungsprobleme haben. Wir arbeiten ständig an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen. Die Frau Landesrätin hat bereits in der Fragestunde einiges erzählt, was sie für Frauen weiterhin machen möchte. Wir wissen, dass sie die Frauen in ihren Lebenssituationen begleitet und unterstützt.

Es hat sich vieles zum Positiven gewendet, aber es gibt natürlich noch Baustellen im Frauenbereich - sowohl im Burgenland, als auch in Österreich insgesamt. Wir sind Spitzenreiter in der Kinderbetreuung. Der Gratiskindergarten hat diese Spitzenposition bestimmt begünstigt. Frauen sind die Gewinnerinnen der Bildungsoffensive. Das höhere Bildungsniveau und die guten Rahmenbedingungen bei der Kinderbetreuung beeinflusst in Folge natürlich auch die Frauenbeschäftigungsquote. 2013 waren im Burgenland um ein Fünftel mehr Frauen beschäftigt als noch 2008.

EU-Gelder waren und sind, weil wir heute schon gehört haben, was mit EU-Geldern alles gemacht wird, die natürlich auch im Frauenbereich wichtig. Viele Frauen konnten durch zahlreiche Initiativen in Beschäftigung gebracht werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In der letzten Förderperiode haben an die 600 Frauen an diversen vom Frauenreferat in Kooperation mit der EU geförderten Maßnahmen teilgenommen. Die Vermittlungsquote lag hier bei 45 Prozent.

Wir haben im Burgenland 47.000 unselbständig beschäftigte Frauen, 4.314 Frauen sind arbeitslos. Im Handel, zum Beispiel, werden viele Frauen entlassen und die Arbeitsplätze werden mit Frauen aus der Slowakei oder Ungarn besetzt. Das ist natürlich eine schwierige Situation, denn daher ist es wichtig, bedarfsorientierte Maßnahmen zu setzen.

Wir fordern einen Mindestlohn von 1.700 Euro, Teilzeit auf Vollzeit muss leichter werden und auch die Höhe der zukünftigen Pensionen wird dadurch positiv beeinflusst. Was nicht getan werden darf ist, Frauen mit Forderungen, wie es die ÖVP tut, zu verunsichern, dass das Frauenpensionsalter rascher angehoben werden soll, als vereinbart. Wir wissen alle, dass gerade jetzt schon Frauen mit 50+ am Arbeitsmarkt nicht mehr erwünscht sind.

Oder auch mit der Informationsoffensive der ÖVP Frauen, wo es hauptsächlich darum geht, dass Frauen Pensionslücken mit eigener Pensionsvorsorge schließen sollen. Viele Frauen können sich das nicht leisten. Es haben nicht viele Frauen geerbt oder reich geheiratet. Bei einem sind wir uns einig:

Alle müssen an einem Strang ziehen, um am burgenländischen Arbeitsmarkt, am österreichischen Arbeitsmarkt, etwas zu bewegen und Fairness am Arbeitsmarkt zu erreich. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Herr Abgeordneter Manfred Haidinger ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Danke sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Auch ein Grüß Gott an die Zuschauerränge. Da sitzen, glaube ich, auch die richtigen Menschen da oben, die es in der Zukunft betrifft, wovon wir sprechen, nämlich, unseren jungen, zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beziehungsweise Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir sprechen heute von New Deal. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich persönlich halte nicht sehr viel von diesen neuhochdeutschen Ausdrücken. Wenn mit diesem Wortlaut New Deal der Hausverstand bei der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt und die Liebe und die Priorität zu den eigenen Leuten, nämlich unseren Burgenländern, gemeint ist, dann bin ich auch mit dabei.

Was mich aber ganz besonders jetzt aus den Vorrednern, insbesondere aus der ÖVP, ein bisschen durcheinander bringt, ist, ständig werden hier von der ÖVP, seit dem sie in der Opposition sind, Reformen, Reformen, Reformen gefordert. Jetzt bin ich 53 Jahre und sage einmal, seit meinem vielleicht 12. oder 15. Lebensjahr ein bisschen politisch denkend.

Für mich hat sich die ÖVP in ganz Österreich und auch hier im Burgenland eigentlich immer nur als Betoniererpartei und noch nie als reformeifrige Partei dargestellt, es sei denn, es geht um ihre Klientelpolitik. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Also, das wollte ich nur einmal da als „Sidestep“ hier anbringen, weil ich es in den letzten Jahren als Zeitzeuge einfach so erlebt habe. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir werten es auch so. Als Sidestep!)*

Zu den beiden Dingen, die mir wichtig sind, nämlich bei der Wirtschaft, beim Arbeitsmarkt, nämlich bei dem, dass die Menschen auch anständig ihrer Arbeit nachkommen können, beziehungsweise, ein Unternehmen gründen können. Mir fehlt der Hausverstand *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt! Das stimmt!)* und der fehlt in Wirklichkeit, meiner Ansicht nach, der Österreichischen Bundesregierung, die es mehr oder weniger innehat, hier die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Solange es diese Bundesregierung, nämlich diese beiden Parteien nicht zusammenbringen, ihre grundsätzlichen Haltungen in ihrer generellen Verschiedenheit für die Wirtschaft und für die Arbeitnehmer nicht können, eine goldene Mitte zu finden, wird es den Österreicherinnen und Österreicher am Arbeitsmarkt, aber auch im Unternehmertum, nicht besser gehen. Das ist eigentlich genau das, wo es, aus meiner Sicht, krankt. Hier fehlt uns allen der Hausverstand. Hier im Burgenland haben wir ihn aber, nämlich, mit dieser Regierungskonstellation und auch mit dieser Mehrheit im Landtag. Jetzt sind wir aufgerufen, und, ich glaube, wir sollten auch diese Möglichkeit nutzen, so lange und so stark über Landeshauptmänner- oder hauptfrauenkonferenz, aber auch über die verschiedenen Fraktionen hinweg, so laut anzuklopfen bei der Bundesregierung, das hier eine Möglichkeit geschaffen wird, das hier der Hausverstand wieder einkehrt.

Dass zurzeit mit der neuen Regierung eigentlich das Bisschen, das da war, wieder verschwunden ist, zeigt, mein Vorredner aus der ÖVP. Er hat es ohnehin schon kurz angedeutet, diese Maschinensteuerforderung, die ja nicht wirklich das Gelbe vom Ei ist beziehungsweise weit weg von jeder Vernunft ist, in der heutigen Zeit. Also, da sind wir schon auf derselben Linie. Aber auch bei der SPÖ bin ich auf derselben Linie mit sehr vielen Dingen. Ich komme, unter anderem, auch aus der Personalvertretung und aus der Gewerkschaft. Da kann man nicht alles zur Kenntnis nehmen, was das freie Unternehmertum fordert. Weil die Masse derer, die für einen Umsatz, die für ein Produkt, die für einen Verdienst eines Unternehmers sorgen, sind einfach die Arbeitnehmer.

Dort wird einfach durch die ÖVP komplett darüber gefahren. Die Mehrheit sind die Arbeitnehmer und denen ist auch das geschuldet, dass das Produkt der Wirtschaft auch dementsprechend auch aufgeteilt wird. Da kommen wir eben überhaupt nicht zusammen. Das ist ja genau diese Problematik, die uns jetzt die ÖVP hier vorzeigt. Sie wollen mit der Dynamisierung und der Flexibilisierung des Arbeitsplatzes das Recht des Arbeitsnehmers in Wirklichkeit komplett zurück drängen. Da können wir nicht mit und da dürfen wir auch nicht mit.

Wie ich eingangs gesagt habe, der Schluss ist es, grundsätzlich in der goldenen Mitte zu sein. Da muss man sich noch sehr einordnen und so, wie wir auch als FPÖ hier im Landtag sitzen, glaube ich, finden wir uns unter unserer Ideologie weit besser für die Zukunft der Burgenländerinnen und der Burgenländer, aber auch für die Österreicherinnen und Österreich als so weit auseinander. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Die Wirtschaft befindet sich im Umbruch. Dabei sind wir uns alle einig. Die Digitalisierung, neue Arten von Beschäftigungsverhältnissen, aber auch die Selbstständigkeit, stellen uns alle, die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, die Gesetzgebung vor große Herausforderungen.

Das trifft uns alle gleicher Maßen. Nicht nur eine Gruppe der Gesellschaft. Auch wenn man gerne kategorisiert. Deshalb möchte ich nochmal daran erinnern, dass die Zeiten des Klassenkampfes schon lange vorbei sind. Heutzutage funktioniert ein gemeinsamer Weg nur dann, wenn Arbeitgeber mit seinen Arbeitnehmern gemeinsam in eine Richtung marschiert, gemeinsam an einem Strang zieht und das noch in dieselbe Richtung.

Wir müssen uns als Politik wieder an die Lebensrealitäten anpassen. Wenn ich höre, dass die Arbeitgeber gegen den Arbeitnehmer oder umgekehrt kämpfen, so ist das lange vorbei und überholt. Das sind alte Strukturen. Meine Generation, die junge Generation, denkt nicht daran, dass man gegen den Chef arbeitet oder dass der Chef vielleicht gegen seine Mitarbeiter arbeitet.

Es braucht einen neuen Weg, den die SPÖ mittlerweile schon lange verschlafen hat. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Forderung von Kanzler Kern, nach einer Maschinensteuer, nach einer Vermögenssteuer, das ist bei Weitem kein „New Deal“, kein neuer Deal, sondern das ist „Old School“, das ist aus der kommunistischen Mottenkiste. Das sind verstaubte Ideen, die keiner mehr hören kann und die auch nicht zum Ziel führen. Umso wichtiger ist es, dass man gemeinsam einen Weg findet. Entscheidend ist in einem Unternehmen, in einem „Start up“, auch in einem großen Betrieb, dass der

Arbeitgeber ein offenes Ohr für alle Mitarbeiter hat. Dazu braucht es, Gott sei Dank, keine Gewerkschaft mehr *(Unruhe bei den SPÖ-Abgeordneten)*

Das ist eine interessante Sache. Nur, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich weiß schon, der Großteil von Ihnen ist in der Gewerkschaft groß geworden, wurde dort gelehrt und lebt auch noch zum Teil davon. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, sprechen Sie einmal mit Unternehmern im Burgenland, die 50+ Mitarbeiter haben, die keine gewerkschaftliche Organisationen im Betrieb haben, die arbeiten sehr gut, die Mitarbeiter sind sehr zufrieden und wollen keine Gewerkschaft haben.

Das soll heute nicht das Thema sein. Umso wichtiger ist es, dass auch die SPÖ erkennt, dass kluge und gerechte Politik alle Berufsgruppen trifft, nicht nur einen kleinen Klientelbereich. Wir müssen gezielt Initiativen setzen. Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes ist ein Wort, das keiner mehr hören kann.

Aber, wo bleiben da die Maßnahmen? Wir brauchen eine starke Wirtschaft und ich bin bei Ihnen, dass nur die Politik die Rahmenbedingungen schaffen kann. Aber die Arbeitsplätze schafft der Unternehmer. Jene Person, die den Mut hat, die Risikobereitschaft und auch das Engagement zeigt, für sich selbst und für andere Verantwortung zu übernehmen. Das sind jene Personen, die wir als ÖVP unterstützen möchten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn nicht umsonst haben wir uns als Motto „Starke Wirtschaft. Starkes Land“ zum Jahresschwerpunkt gemacht. Dieses Motto ist ja schon öfter von anderen Parteien kopiert worden. Umso mehr zeigt es uns, dass es der richtige Weg ist. Wir mussten diesen Jahresschwerpunkt setzen, weil die Regierung regelmäßig beweist, in diesen Bereichen nichts auf die Reihe zu bringen.

Ich möchte nur einen kleinen Punkt hervorheben. Die Arbeitslosigkeit, die steigt und steigt und seit elf Monaten steigt sie weiter. Voriges Jahr wurde großmundig verkündet, dass Rot-Blau alles zum Guten wenden wird. Es wird schließlich keine Ausländer mehr im Burgenland geben, die arbeiten. Nur mehr die Burgenländer werden beschäftigt. Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wo bleiben die Maßnahmen, wo die Aktionen, um mehr Beschäftigung für die Burgenländer zu bekommen? Weil nur die Ausländer aus dem Burgenland zu schicken, das wird wohl zu wenig sein.

Wir sind klar als Volkspartei gegen eine Ausgrenzungspolitik. Ihr wollt doch nur aufgrund populistischer Politik, alle Ausländer aus dem Burgenland verbannen. Wir wollen stattdessen, und das ist ganz klar, dass die Regierung endlich arbeitet und dass die Regierung für die Burgenländer Arbeitsplätze schafft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Da muss auch die Regierung vor der eigenen Haustüre kehren. Was ist mit der Therme Lutzmannsburg? Was ist mit den landesnahen Beteiligungen? Was ist mit der Therme in Frauenkirchen? Ich könnte mich nicht erinnern, dass da nur Burgenländer beschäftigt sind.

Deswegen ist es wichtig, dass man in einem gemeinsamen Europa einen gemeinsamen Weg findet, um zu mehr Beschäftigung zu kommen! Dass man Ausländern verbietet, in Österreich oder im Burgenland zu arbeiten, kann nicht der richtige Weg sein. Vor allem, wenn man von der EU enorm profitiert hat. Das hat die Regierungsbank heute oft gesagt, wie viele Millionen und Milliarden Euro in das Burgenland geflossen sind. Deswegen glaube ich, dass es hier einen solidarischen gemeinsamen Weg braucht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist von der Regierungsbank Herr Landeshauptmann Hans Niessl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Was wir jetzt gehört haben, *(Abg. Edith Sack: Alles aufgenommen!)* das hat es im Burgenländischen Landtag noch nie gegeben. *(Abg. Robert Hergovich: Ein Skandal! – Abg. Edith Sack: Ein Skandal ohne gleichen!)* Ich finde das als Ungeheuerlichkeit der Extraklasse. Nicht einmal in einem kommunistischen oder faschistischen System hat man gesagt, wir brauchen keine Gewerkschaft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Insofern ist das eine Ungeheuerlichkeit der Extraklasse. Ich sage auch eines dazu. Wer gegen Gewerkschaften ist, kann nie Partner der Sozialdemokratie sein und das sage ich da auch ausdrücklich und so lange Sie das verwenden, werden Sie niemals Regierungspartner der SPÖ sein können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es dürfte auch der Aufmerksamkeit entgangen sein, was die Gewerkschaft und auch die Sozialdemokratie, das sage ich jetzt auch dazu, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Republik Österreich erreicht haben. Die soziale Absicherung, die Urlaubsregelungen, die 40-Stunden-Woche, um nur einige Beispiele zu nennen.

Oder auch die Gehaltserhöhungen. Oder glaubt jemand, dass man freiwillig Gehaltserhöhungen zahlt? Dass jeder Unternehmer sagt: „Natürlich bekommt er eine Gehaltserhöhung von mir.“ Also ein größerer neoliberaler Zugang zu einer Gesellschaftspolitik in unserem Heimatland Burgenland und in diesem Landtag, ich weiß nicht, wann das jemals einer vor Jahrzehnten gefordert hat, dass wir praktisch keine Gewerkschaften brauchen.

Wir brauchen Vertreter der Arbeitgeber. Wir brauchen Vertreter der Arbeitnehmer und das soll dann eine Brücke sein. Das ist eine Erfolgsgeschichte für die Republik Österreich. Das ist eine Erfolgsgeschichte für unser Heimatland Burgenland und das lassen wir uns sicherlich von niemandem madig reden, schlecht machen und schon gar nicht abschaffen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber, Sie können mit Ihren Freunden natürlich auch eine Aktuelle Stunde beantragen, wo sie die Abschaffung der Gewerkschaften fordern. Auch da diskutieren wir dann natürlich auch länger als eine Stunde gerne darüber. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Zum Arbeitsmarkt schützen, Wirtschaft stärken, Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung bringen: es wurde vieles gesagt. Wir im Burgenland sind in einer schwierigen Situation. Ich behaupte, die schwierigste Situation in Europa von allen EU-Ländern und natürlich auch innerhalb Österreichs. Warum sind wir in der schwierigsten Situation?

Weil eine Million Menschen und ich glaube der Robert Hergovich, der Klubobmann hat das gesagt, leben eine halbe Autostunde von Burgenland entfernt und der Mindestlohn beträgt 350 Euro in diesen Ländern. Dass sehr viele von dieser einer Million Menschen sagen, ich möchte mehr als 400 oder 500 Euro verdienen und damit im Burgenland, in Österreich arbeiten, ist nachvollziehbar.

Ich würde das gleiche wollen, würde ich dort leben. Das ist legitim. Aber nicht legitim ist, dass es auch Firmen von dort gibt, die Lohn- und Sozialdumping betreiben, wo unsere Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See eine Million Euro an Strafen ausspricht und Firmen aus dem Ausland zahlen da nur 2.000 Euro. Das ist ein Zustand, der nicht geht. Man kann nicht sagen, wir haben die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt. Firmen können

da anbieten und unsere Firmen sind benachteiligt, weil wenn sie irgendwelche Verstöße haben, müssen sie Strafe zahlen. Mit der Androhung, wenn du die Strafe nicht bezahlst, dann musst du ein, zwei Tage in die Justizanstalt.

Das ist der Unterschied, den keiner mehr versteht. Wo es viele Frustrierte gibt, wenn burgenländische Firmen bestraft werden, dann gilbt das genauso für Firmen, die aus dem Ausland hier arbeiten, und dass müssen wir ganz einfach in Zukunft verstärkt durch die Bundesregierung, da sind viele Minister gefordert, nämlich die Abkommen so zu machen und es sind viele Minister von der ÖVP, die hier diese Abkommen schließen müssen.

Gleiches Recht natürlich für inländische Firmen und das andere der Strafe entgehen, das ist ein Zustand, der ist nicht tragbar und der gehört ehest möglich abgeschafft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

„New Deal“, man kann das Wort lieben oder nicht lieben. Ich sage, der neue Burgenländische Weg oder New Deal, das heißt wissensbasierte Wirtschaft. Bildung und Ausbildung ist das Fundament für den neuen burgenländischen Weg. Forschung, Entwicklung und Innovation ist der neue burgenländische Weg. Industrie 4.0, das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Digitalisierung und Ausbau des Breitband Internets sind Gebote der Stunde.

Das schafft natürlich auch in Zukunft Arbeitsplätze. Dem müssen wir uns stellen. Wir können auch von Deutschland ein bisschen etwas lernen. Auch bei der Finanzpolizei. Nicht das Abschaffen der Finanzpolizei. Die zweite Forderung, die absolut absurd ist, sondern mehr Rechte muss die Finanzpolizei haben, wie, zum Beispiel, in Deutschland, wo es Beschlagnahmungen gibt, Verhaftungen gibt, die das im großen Stil machen und wo man gar nicht als illegal Beschäftigter auf die Baustelle gehen kann, weil es eine Zutrittskarte gibt, wie bei uns in der Landesregierung.

Auch das kann man sich abschauen. Auch wenn wir ein besseres Wirtschaftswachstum als Deutschland haben, gibt es gewisse Dinge, was die Deutschen besser machen. Eine dieser Dinge ist eine Finanzpolizei, die Zähne hat, die gegen Lohn- und Sozialdumping entsprechen vorgeht. Auch da ist die ÖVP zuständig und hat bisher die Maßnahmen nicht gesetzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Beim letzten Punkt des vom Herrn Landeshauptmann angesprochenen Kapitels für den Einsatz von Finanzpolizisten kann man nur zustimmen.

Ich glaube, dass die Gesamtdiskussion auf Kontrolle aufgebaut, mit der Zurverfügungstellung von entsprechendem Personal, um Wirtschaft zu schützen, um Arbeitnehmer zu schützen, der richtige Weg ist.

Es würde sich anbieten, und diesen Weg hat zum Teil die Österreichische Bundesregierung schon beschritten, aber dann ist das Ganze zum Stillstand gekommen. Es gäbe verschiedenste Bereiche, angefangen von der Post, angefangen von Finanzmöglichkeiten, Personal umzuschichten und damit eigentlich der Finanzpolizei zur Verfügung zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Möglichkeit der Diskussion über den burgenländischen Arbeitsmarkt und die burgenländischen Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer empfinde ich als äußerst positiv, weil sie Möglichkeiten bietet, manches was im Versteckten in irgendeiner Form schlummert, entsprechend darzustellen.

Wir haben im Burgenland einen Zuwachs der Arbeitslosigkeit, seit einem Jahr ungefähr, der sich sehen lassen kann und der mit Sicherheit jedem einzelnen Arbeitnehmer und jeder einzelner Arbeitnehmerin wehtut. Tatsache ist, dass wir im Mai 2016 8.769 Personen als arbeitslos gemeldet hatten und 2.128 gleichzeitig in Schulung sich befunden haben. Das heißt, es hat einem Zuwachs gegenüber dem Vormonat von 1,3 Prozent gegeben.

Diese Tatsache ist nicht wegzudiskutieren und sie ist ein Manko aller Darstellungen die auf der einen Seite bedeuten, wir sind so gut. Natürlich haben wir mehr Beschäftigte, insgesamt an die 103.000, aber auf der anderen Seite ist auch diese Arbeitslosigkeit gestiegen. Man darf nicht den Fehler machen, dass man das rein als burgenländisches Phänomen kennzeichnet, sondern österreichweit ist die Arbeitslosigkeit ein Problemfaktor der darauf resultiert, noch immer leider, weil die Wirtschaft nicht entsprechend Wachstum generiert und daraus resultierend auch die Arbeitslosigkeit, oder gekoppelt die Arbeitslosigkeit gestiegen ist.

Das Problem der Wirtschaft insgesamt ist ja seit der letzten Darstellung nicht nur für das Burgenland auf 2015 bezogen mit 2,2 Prozent Wachstum, sondern für Österreich, jetzt mit der Präsentation auf die vorangegangenen Monate, besser in der Darstellung, besser im Wachstum begriffen, als wir immer wieder jetzt betonen mussten.

Wir sind jetzt angeglichen an Deutschland in einer gleichen Wachstumskurve und darauf generierend werden sich auch mit Sicherheit mehr Arbeitsplatzsituationen ergeben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber was wichtig ist und darauf möchte ich auf die aktuelle Diskussion auch eingehen, der neue Bundeskanzler hat davon gesprochen und das sollten wir uns alle eigentlich auf die Fahnen heften, der wichtigste Moment von Wirtschaft ist die Motivation. Ein positiver Ausblick. Die Möglichkeit etwas zu befördern im Sinne einer positiven Darstellung. Es geht nicht darum, dass man nur etwas schlecht reden sollte, sondern man kann nur durch entsprechende Initiativen, durch entsprechenden Geist dieses Wirtschaftswachstum generieren, auf der anderen Seite auch den Menschen Beschäftigung geben.

Wenn ich davon ausgehe, die Regularien die in Österreich gegeben sind, von Basel II, Basel III über Solve für das Versicherungswesen. Diese Situation des Gängelns und Einschränkens ist natürlich nicht förderlich für eine Entwicklung die der Wirtschaft von Vorteil sein kann. In der Entsprechung auf eine kurze Redezeit darf ich einen Artikel zitieren der in den Salzburger Nachrichten erschienen ist wie der Kammerstaat Arbeit verhindert.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie sich das nur kurz auf der Zunge zergehen: Noch immer ist die Ausübung von 214 Berufen reglementiert, noch immer sind 82 Gewerbe reglementiert. Die komplizierteste Gesetzeslage zwingt uns Unternehmer dazu mehrere Gewerbe anzumelden für die dann Grundumlage zu bezahlen ist, was wiederum die Einnahmen ausschließlich der Wirtschaftskammer sprudeln lässt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der aktuelle OECD - Bericht schreibt eindeutig auf den Österreichsektor vor, eine strenge Regulierung im Dienstleistungssektor bremst die Arbeitsproduktivität und erklärt zum Teil die relativ hohe Inflation. Würden die Standstrukturen im Dienstleistungssektor aufgebrochen, wäre es möglich die Produktivität zu steigern um bessere Arbeitsplätze in diesem Sektor zu schaffen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und GRÜNE)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächster ist von der Regierungsbank der Herr Landesrat Alexander Petschnig zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich möchte mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen, dass dieses doch sehr breite und sehr heterogene Thema, vielleicht mit Ausnahme der Wortmeldungen vom Abgeordneten Wolf, sehr sachlich und sehr fundiert hier diskutiert wird. Ich glaube, das wird dem Anspruch an dieses Thema auch gerecht.

Es sind ja viele richtige Dinge gesagt worden, ich möchte da vielleicht stellvertretend den Klubobmann Sagartz herausheben. Ich kann mich in vielen seiner Ausführungen anschließen was neue Finanzierungsformen betrifft, was die Arbeitszeitflexibilisierung betrifft, was die Ablehnung einer Maschinensteuer vulgo Wertschöpfungsabgabe betrifft. Natürlich unter den Bedingungen zumal eines Hochsteuerlandes, wenn man das weiter erhöht, wird es vermutlich nicht in die richtige Richtung gehen. Natürlich die Kritik an der Bundesregierung und dann eher, wie Sie es nennen Altensozialpartnerschaft, die glaube ich, wirklich nicht mehr aktuell und aus der Mode gekommen sind und entsprechender Reformen bedürfen. Das ist alles richtig, sind aber einmal mehr halt prinzipiell Bundesthemen auch was die Gewerbeordnung betrifft.

Was die Lohnnebenkosten betrifft und so weiter und da können wir natürlich Tage um Tage darum diskutieren, ändern würden wir es nicht können, vielleicht können wir Entschließungsanträge fassen, oder unserem Begehren Ausdruck verleihen, aber ändern muss man das schon auf der Bundesebene.

Zwei Dinge die mir einen Widerspruch abnötigen sind Folgende: Das eine ist, ich finde nicht, dass die Forderung nach mehr Kontrolloren, genannt wurde da zum Beispiel, die Finanzpolizei ist gleichzusetzen mit einer pauschalen Verdächtigung der Unternehmer, das sehe ich nicht so. Zwar deswegen, weil die Aufgabe der Finanzpolizei ist ja die Einhaltung der Gesetze, diese zu überprüfen und überwachen, das heißt, das herausfiltern "schwarzer Schafe". Dieses herausfiltern „schwarzer Schafe“ oder auch der Begriff „unlauterer Wettbewerb“ ist heute schon gefallen, dient ja in letzter Konsequenz auch jenen Betrieben und jenen Unternehmen die im Inland situiert sind und hier gesetzeskonform ihre Leistungen anbieten.

Also ich sehe da diesen Widerspruch nicht und glaube, dass die Forderung nach mehr Finanzpolizei, nach mehr Kontrolle, ob es jetzt die Krankenkassen sind, ob es die Finanzverwaltung ist, oder auch dritte Stellen, dass das sehr wohl ein Teil eines umfassenden Paketes sein sollte und entsprechend haben wir ja auch unsere Anträge schon formuliert.

Das Zweite ist, zur Entsenderichtlinie - die lehnen wir nicht grundsätzlich ab. Es geht darum um eine sektorale, *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.)* ja, aber eine sektorale Schließung, das steht ja bereits in Papieren und ist bereits verankert, eine sektorale Schließung des Arbeitsmarktes und zwar dort wo wirtschaftswissenschaftlich, statistisch erwiesen es Probleme gibt. Dort muss man eben entsprechend handeln, das wird auch vom Wirtschaftsforschungsinstitut so gesehen. Wir hatten ja mit dem Herrn Landeshauptmann vor kurzem die Freude dieses Rekordwirtschaftswachstum über den Platz 1 im Bundesländervergleich präsentieren zu dürfen. Da war der Forschungsleiter vom WiFO dabei, der ganz klipp und klar davon gesprochen hat, dass auch angebotsseitige Maßnahmen, gemeint ist ja das Arbeitskräfteangebot, angebotsseitige Maßnahmen nötig sind.

Das heißt, man muss den Zugang zum Arbeitsmarkt einschränken, das werden wir nicht bei den Burgenländerinnen und Burgenländer tun, sondern bei jenen die von jenseits unserer Ostgrenzen hier ins Land strömen. Wir werden uns auch nicht, auch wenn wir uns einig sind, dass die EU-Beiträge und die Ziel-1-Förderungen sehr viel für das Burgenland getan haben, das ist glaube ich unstrittig, aber nur weil wir viel Förderungen bekommen haben, werden wir uns sicherlich nicht "das abkaufen lassen", dass wir keine Kritik an der EU, an den herrschenden Zuständen mehr üben dürfen. Also, käuflich sind wir in diesem Sinne sicherlich nicht.

Die Frage was demotiviert die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Sie aufgeworfen haben, ist wahrscheinlich so zu beantworten: Der Stillstand in der Bundesregierung und die Rahmenbedingungen die in der alten Sozialpartnerschaft mitsamt ihrer Zwangsmitgliedschaft insbesondere in der Wirtschaftskammer gegeben sind, also da frage ich mich wirklich, ob das State of the Art ist?

Wenn Sie neun von zehn Unternehmer, oder wenn Sie zehn Unternehmer fragen, werden neun von zehn Unternehmer sagen, na eigentlich brauchen wir die Zwangsmitgliedschaft mitsamt ihren Beiträgen nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Das heißt die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft?)* Da bin ich mir nicht sicher, ob hier nicht eine *(Abg. Manfred Kölly: Passt das?)* Urabstimmung unter den Unternehmerinnen und Unternehmer, *(Abg. Manfred Kölly: Heißt das Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft?)* Urabstimmung, ich habe keinen Gewerbeschein, ich wäre dann nicht wahlberechtigt, aber Sie wissen, das ist eine uralte Forderung aus den Reihen der FPÖ. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Eine Kammer oder alle Kammern, Herr Landesrat?)*

Ich würde die Urabstimmung in allen Kammern durchführen, aber ich orte, *(Unruhe bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* ich persönlich orte, dass es zum Beispiel in der Arbeiterkammer sehr hohe Zustimmungsraten gibt. Von den Unternehmerinnen und Unternehmer sehe ich das persönlich nicht so, das mag ja in der entsprechenden Urabstimmung anders ausgehen. *(Allgemeine Unruhe)* Ich glaube ein interessantes Projekt wäre das.

Vielleicht zum Abschluss noch, wenn wir die Situation am Arbeitsmarkt wirklich nachhaltig lösen wollen, dann wird es halt noch zwei Möglichkeiten geben: Entweder es gilt für uns das Wirtschaftswachstum entsprechend zu steigern, es gibt dieses eher triviale Okunsche Gesetz in der Volkswirtschaftslehre, das sagt, wenn man über 2,5 Prozent wächst, dann sinkt parallel die Arbeitslosigkeit. Wir sind halt nur bei 2,2 zu liegen gekommen, wenn wir steigen, dann werden wir das lösen, oder man wird sich beim Arbeitskräfteangebot etwas überlegen müssen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): *(fortsetzend)* Wir haben auch entsprechende Forderungen schon gebracht, oder Vorschläge schon gebracht, nach bundesdeutschem Vorbild einen Niedriglohnsektor mit Kombilohn zu schaffen, um eben dieses Arbeitsmarktwunder, das wir in der BRD sehen unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler eingeführt, zumal dass wir das auch in Österreich umsetzen werden müssen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön und ebenfalls von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich halte es für eine spannende Debatte, weil *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jawohl!)* es ist ja auch jetzt herausgekommen wie die Unterschiede auch sind, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jawohl! Jetzt schon.)* auch politisch sind. Es gibt keine Einheitsparteien.

Ich bekräftige was der Herr Landeshauptmann gesagt hat, ich bin schon etwas konsterniert, nicht so echauffiert wie er, aber eher konsterniert über die Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften in Österreich.

Das glaube ich, dass die ÖVP jetzt auch in sich gegangen ist, ich habe das jetzt hier in den Gesprächen gesehen, dass das auch *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war jetzt die Stunde des Herrn Landeshauptmann.)* sozusagen in der ÖVP nicht besonders gut ankommt, weil Gewerkschaften sind ein wichtiger Bestandteil unseren demokratischen Systems *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir uns eh alle einig. Sind wir uns ehrlich.)* und die sollte man so nicht geringschätzen, wie es die ÖVP getan hat.

Zweitens, auch wenn es von meiner Redezeit jetzt abgeknabbert wird, aber Maschinensteuer und Vermögenssteuer sind Punkte, wo man durchaus aus meiner Sicht darüber reden kann. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Historisch.)* Wir haben weniger Menschen die in Beschäftigung sind durch die Maschinen und insofern muss es auch legitim sein darüber zu diskutieren, ob nicht sozusagen dieser Steuernachteil durch weniger Beschäftigte auch in einen Steuervorteil durch eine Maschinensteuer umgewandelt werden kann und über die Vermögenssteuer und das wird auch der ÖVP in der Bundesregierung nicht erspart bleiben.

Leider hat die SPÖ nicht 50 Prozent plus, aber das wird auch nicht notwendig sein diese Vermögenssteuer auch in Zukunft zu diskutieren, weil, derzeit leisten jene den meisten Steueranteil die wenig verdienen und nicht jene die viel verdienen. Aber jetzt zum Thema heute: Wir haben, noch einmal, ich möchte es nochmals ansprechen, wir haben 103.000 Beschäftigte und das ist der Höchstwert. Kollege Steier hat kurz etwas angesprochen, er war ja selbst lange Zeit auch Teil der Sozialdemokratie und wie wir vor 10, 15 Jahren diskutiert haben, hätten wir uns das nie vorstellen können, dass es über 100.000 Beschäftigte im Burgenland gibt.

Das ist durch eine gute Politik, auch Wirtschaftspolitik, gelungen. Und auf der anderen Seite haben wir natürlich auch und das muss auch offen angesprochen werden, einen hohen Anteil an Arbeitslosen. Wir haben knapp 17 bis18 Prozent an Menschen, die einpendeln ins Burgenland, die aus dem Ausland hier beschäftigt sind und damit es auch erschweren, das Burgenländerinnen und Burgenländer am Arbeitsmarkt Platz greifen können.

Ich habe in den letzten Wochen zwei Beschäftigungsgipfel initiiert. Ein Gipfel schafft noch keine Arbeitsplätze, aber er kann dazu führen, dass ein Umdenken stattfindet. Und wir haben es auch geschafft, und das ist das Neue an diesem Gipfel gewesen, dass hier am Tisch gesessen sind Vertreter der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer, der Industriellenvereinigung und vor allem, das war mir ganz wichtig, sehr renommierte und erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer des Burgenlandes. Ich habe auch gesehen, dass es da ab und zu auch unterschiedliche Meinungen gibt, was die Einschätzung der Unternehmerinnen und Unternehmer betrifft und jene der Wirtschaftskammer, aber das ist jetzt nicht das Thema. Es ist nur wichtig, dass wir ernst nehmen, was uns die gesagt haben. Die haben uns eben gesagt, dass wir versuchen müssen, in verschiedenen Maßnahmen hier auch tätig zu werden.

Ich möchte nur einige Maßnahmen noch ganz kurz ansprechen: Es darf kein Tabu sein, weder aus bundespolitische Sicht und schon gar nicht aus landespolitischer Sicht, dass man beispielsweise darüber diskutiert, die Entsenderichtlinie neu zu diskutieren auf europäischer Ebene. Denn wenn es darum geht, dass Unternehmer zwar kollektivvertraglich bezahlen in Österreich, aber wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland kommen, hier bessere Bedingungen vorfinden weil sie aufgrund der Sozialabgaben im Heimatland sozusagen fokussiert sind beziehungsweise verankert sind, dann ist das schon eine Frage die wir zu diskutieren haben und die auch diskutierbar ist.

Wir brauchen, noch einmal gesagt, aus meiner Sicht eine sektorale Begrenzung des Arbeitsmarktes, vor allem im Bereich des Bau- und Nebengewerbes. Der dritte Punkt ist, wir brauchen mehr Finanzpolizei und das ist kein Angriff auf die Unternehmerinnen und Unternehmer, sondern es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Und der Wirtschaftskammerpräsident Nemeth hat das in einem Lohn- und Sozialdumpinggipfel auch sehr offen ausgesprochen. Er setzt sich ein für die „weißen Schafe“ in der Wirtschaft im Burgenland, nicht für die „schwarzen Schafe“ und damit ist es auch total okay, diese Finanzpolizei zu fordern. Wir brauchen eine SOKO Bau.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: *(das Glockenzeichen gebend)* Zeitablauf!

Landesrat Norbert Darabos (SPÖ) *(fortsetzend)*: Letzter Punkt: Ja, und wir brauchen Zutrittskontrollen auch auf den Baustellen so wie es in Deutschland auch der Fall ist. Ich glaube, dass wir im Burgenland eine gute Entwicklung am Arbeitsmarkt haben, aber dass wir noch einige Luft nach oben haben, auch was die Entwicklung betrifft um gegen die Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 409), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 281) (Beilage 425)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen nun zu Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 409, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016), Zahl 21 - 281, Beilage 425.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte, Frau Abgeordnete. *(Die Berichterstatterin Doris Prohaska ist nicht im Landtagssaal.)* Ich bitte sie in den Saal zu holen. *(Abg. Manfred Kölly: Mittagszeit ist.)*

Die Berichterstatterin Frau Doris Prohaska ist nicht da, wir könnten den Obmann des Rechtsausschusses, den Dr. Peter Rezar um seinen Bericht bitten.

Bitte Herr Obmann.

Berichterstatter Dr. Peter Rezar: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich komme dieser Aufforderung natürlich gerne nach für meine Kollegin einzuspringen. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und

Haushaltsausschuss hat sich in seinen letzten Beratungen darauf verständigt, dass der Antrag gestellt wurde, dem Landtag zu empfehlen, den gegenständlichen Gesetzesentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Obmann des Rechtsausschusses. Als Erstes erteile ich dem Abgeordneten Mag. Johann Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht wie gesagt, um die Änderung des Burgenländischen Pflichtschulgesetzes 1995. Es ist ein Änderungsbedarf gegeben durch eine neue Regelung und zwar geht es um die Errichtung und um den Erhalt von Expositurklassen bei sozusagen Unterschreitung der gesetzlich festgelegten Schülerzahl.

Die Gründe sind einsichtig, die Gründe sind meiner Meinung nach in Ordnung. Es geht um Regionalität, es geht um die Vielfalt jeder speziellen Schule, es geht um wohnortnahe Schulen. Daher, ich sage einmal, im Großen und Ganzen ist die Änderung gar nicht so gravierend. Die Erhaltung der Expositurklassen liegt nach wie vor bei der Standortgemeinde. Und was offensichtlich ist, ist eigentlich, dass es nur mehr einen Direktor gibt.

Ich möchte aber doch auf drei nicht unwesentliche Punkte eingehen und zwar: Erstens: Sind in Zukunft schriftliche Vereinbarungen notwendig, erforderlich und zwar erstens einmal, zwischen dem gesetzlichen Schulerhalter und der Standortgemeinde der Expositurklassen und den beitragspflichtigen Gebietskörperschaften und zwar geht es hier um den Schulaufwand.

Zweitens: Vereinbarungen, schriftliche Vereinbarungen zwischen der Standortgemeinde und dem Land wegen des Kostenbeitrags zur Erhaltung des Standortes. Auf die Erhaltungskosten selbst hat es keine direkten Auswirkungen, Veränderungen könnte es hinsichtlich Schul-, Sachaufwand und Schulstandorterhaltung geben, weil ja das auf Vertragsbasis neu geregelt wird.

Der zweite Punkt ist, dass vom Bund pro neuer Mittelschulklasse sechs zusätzliche Lehrpersonenstunden zur Verfügung gestellt werden. Es geht um die Individualisierung, Differenzierung vor allem in den Kerngegenständen Deutsch, Mathematik und lebende Fremdsprache.

In einem Zusatz ist aber auch geregelt, dass es eine Ausweichmöglichkeit auch auf andere Gegenstände gibt, was nicht so verkehrt ist, weil es zu Differenzierung und Flexibilisierung vor allem in diesem Bereich beiträgt. Der letzte Punkt hinsichtlich, beschäftigt sich mit der Tagesbetreuung an ganztägigen Schulformen. Und zwar geht es da um die Freizeitbetreuung in dem Bereich wo normalerweise Lehrer oder Erzieher oder Freizeitpädagogen beschäftigt sind.

In Zukunft können auch andere geeignete, die Betonung liegt auf geeignete Personen, bestellt werden, das heißt, zum Beispiel Sportler, Trainer, Musiker, die bei einem Unternehmen oder bei Vereinen angestellt sind. Voraussetzung ist natürlich die Vertrauenswürdigkeit solcher Personen und eine entsprechende Ausbildung. Last but not

least auch eine Strafregisterbescheinigung die nicht älter als drei Monate sein darf und vor allem hinsichtlich eventuell vorgefallener vergangener sexueller Belästigungen und im Zusammenhang mit Kindern abzielt.

Noch einmal, die Gründe für diese Änderungen sind einsichtig, sind in Ordnung, daher werden wir auch dafür sein.

Danke. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung stammt von Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Richter hat eigentlich alle sachlichen Beweggründe bereits erwähnt. Ich möchte Sie deshalb hier nicht einfach des Wiederholens Willen noch einmal nennen. Ich kann einfach nur hinzufügen, es geht um ein Stück weit mehr Selbstverantwortung und Eigenverantwortung.

Um ein Stück weit, denn all diese Dinge die hier angesprochen sind, nämlich die Möglichkeit einer Expositurklasse, die sind ja nicht ein neuer Gedanke. Sie sind längst in der Diskussion gewesen seit es diese Änderung gegeben hat im Pflichtschulgesetz insbesondere im Bereich wo wir festgelegt haben, dass eine bestimmte Schülerzahlunterschreitung dann zum Schließen dieses Standortes führt.

Die ÖVP hat - und das möchte ich hier noch einmal festhalten - schon damals die Idee eingebracht, man könnte regionale, man könnte infrastrukturelle Merkmale, aber auch verkehrstechnische Merkmale eines Standortes auch ins Kalkül ziehen, wenn es darum geht, soll eine Schule geschlossen werden oder nicht? Ich glaube, mit dieser Schaffung der Möglichkeit eine Expositurklasse oder mehrere Klassen zu errichten, ist ein wenig diesem Gedanken zumindest Rechnung getragen.

Kollege Richter hat erwähnt, es geht darum Verträge zu schließen. Verträge bedeuten, dass es aber auch Fairness und Augenhöhe geben muss beim Vertragsverhandeln. Und ich glaube, es wird sehr viel Arbeit in der Praxis auf die Landesschulratsmitarbeiter hier zukommen, aber auch auf die Vertreter der einzelnen Gemeinden. Denn eines ist klar, diese Privatautonomie selbst Verträge zu schließen, hier selbst sich einig zu werden, ist auch ein politisches Tauziehen am Ende des Tages. Denn es geht um Geld. Es geht um die Verantwortlichkeit am Ende des Tages auch ein langfristiges Konzept zu haben.

Ich glaube nicht, dass es Ziel dieses Gesetzes sein darf, kurzfristig Standorte zu erhalten und dann nur später, einige Jahre vielleicht später, schon daran zu denken, sie wieder zu schließen. Dann wäre das auch unfair gegenüber den betroffenen Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen die ja darauf setzen, dass langfristig hier in den Standortgemeinden eine klassische Schulausbildung in diesen Gemeinden gesichert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb wird meine Fraktion diesem Gesetzesbeschluss zustimmen und auch mittragen und ich bin sehr gespannt, wie in der Praxis dann die Umsetzung erfolgen wird. Ich bin auch mir völlig dessen im Klaren, dass hier nach dem Gesetzesbeschluss erst die eigentliche Arbeit beginnen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss diesen Tagesordnungspunkt auch dazu nutzen um heute etwas klar zu stellen, was mir besonders wichtig ist, das ich auch hier in der Landtagssitzung betone. Kollege Georg Rosner hat einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt im Hinblick auf Wortmeldungen des Landesrates Darabos. Nach

doch hinlänglicher Wartezeit wurde ihm heute diese Akteneinsicht gewährt. Ich habe mich bei mehreren Kollegen informiert, es war bisher Usus, dass auch ein weiterer Abgeordneter, im Regelfall war es der Klubobmann, bei der Akteneinsicht dabei war.

Frau Dr. Neuhold hat mir heute mitgeteilt, dass dies nicht möglich ist und ich möchte deshalb bitten, dass in der heutigen Präsidialsitzung das Thema „Akteneinsicht“ genauest besprochen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nämlich erst durch die Akteneinsicht, ein starkes Recht eines jeden Abgeordneten, *(Abg. Manfred Kölly: Das glaube ich.)* konnte heute festgestellt werden, was wir schon eigentlich seit Wochen wissen, weil Herr Landesrat Norbert Darabos in einer der vergangenen Sitzungen entweder bewusst oder unbewusst hier den Hohen Landtag falsch informiert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Norbert Darabos hat in den Raum gestellt, dass die ÖVP Burgenland bei allen Beschlüssen und bei allen Abläufen voll inhaltlich eingebunden war, die einen Neubau des Krankenhauses Oberwart bedingen. Tatsache ist, und die Akteneinsicht meines Kollegen hat das heute eindeutig belegt, es gab hinlänglich drei Beschlüsse. Mehrere davon waren sogar nur formalrechtlich weil sie bedeuten, dass nur Vertreter in die Vollversammlung der KRAGES entsandt wurden mit diesen Beschlüssen. Niemals waren irgendwelche Inhalte, die schlussendlich dazu geführt haben, dass fast 13 Millionen Euro Fehlplanungskosten und Verschwendung, sowie öfters hier schon im Burgenländischen Landtag vermerkt, passieren konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fordere den Herrn Landesrat Norbert Darabos deshalb auf das richtig zu stellen und nicht sich hinter einer Anfragebeantwortung zu verstecken und das so lange hinauszuzögern, bis halt heute hier dann um 8.30 Uhr dem Kollegen ja nolens volens halt dann doch statt gegeben wird.

Ich glaube das ist kein ordentlicher Umgang mit dem Burgenländischen Landtag, Norbert Darabos sollte sich entschuldigen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines möchte ich auch noch festhalten, ich bin hier sicherlich nicht der Anwalt meines Kollegen Christoph Wolf. *(Abg. Wolfgang Sodl: Das wäre aber gut nach der Aussage.)* Er wird ganz klar festhalten, was er gemeint hat, meine sehr geehrten Damen und Herren. Er ist ein erwachsener Mann und wird die richtigen Worte finden.

Ein anderer erwachsener Mann erweckt bei mir immer den Eindruck, als nützte er im Landtag seine - es wird ihn jetzt nicht freuen - sogenannte „Rapid-Viertelstunde“. Der Landeshauptmann hat dann 15 Minuten hier seinen Auftritt. Schreit Dinge in den Raum, die meines Erachtens überhaupt nichts mit der Debatte zu tun haben.

Der Vergleich heute mit faschistischen und kommunistischen Systemen war völlig überzogen *(Unruhe bei der SPÖ)* und hat für mich bewiesen, dass es ihm einmal mehr nicht um die Sache gegangen ist. *(Abg. Wolfgang Sodl: Nur um die Sache.)* Denn ein Landesvater, den er gerne spielt, *(Unruhe bei der SPÖ)* ein Landesvater den er gerne spielt, hätte *(Abg. Wolfgang Sodl: Nur um die Sache.)* sich hier hergestellt und hätte nicht auf diesem Niveau geantwortet, im Gegenteil. Er hat wieder einmal kurz das genutzt, um populistisch etwas in den Raum zu stellen, um davon abzulenken, in *(Abg. Werner Friedl: Das ist eine Frechheit.)* der Sache etwas zu sagen. *(Abg. Wolfgang Sodl: Nur um die Sache.)*

Denn was ist passiert? Zu Arbeitsplätzen für 12.000 Burgenländer, zu Wirtschaftswachstum, zum "New Deal" hat er gar nichts gesagt. Er hat die Sache genutzt um abzulenken. Das - und genau diesen Vorwurf - macht er Sebastian Kurz. Am nächsten

Tag macht der Herr Doskozil denselben Vorschlag. Wo war der Herr Landeshauptmann? Offensichtlich gibt es nur einmal in der Woche eine „Rapid Viertelstunde“. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Als Nächste ist die Frau Abgeordnete Doris Prohaska zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn der Herr Kollege Sagartz jetzt von Niveau redet *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Darauf habe ich schon gewartet, Danke.)*

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn der Herr Kollege Sagartz jetzt von Niveau redet, ich begebe mich nicht auf Ihres und werde Ihre Wortmeldung nicht kommentieren, weil das ist mir wirklich viel zu einfach wenn Sie da vorgeben, was der Herr Landeshauptmann zu sagen hätte oder nicht. Ich spreche zum Burgenländischen Pflichtschulgesetz, zu den Expositurklassen, es ist bereits erwähnt worden.

Es geht um eine Änderung des Verfahrens, damit Expositurklassen eingerichtet oder erhalten werden können, wenn die Voraussetzungen für den Bestand einer eigenen Schule nicht mehr gegeben ist. Wir haben im Pflichtschulgesetz im Burgenland die Mindestzahl von 18 Schülern festgelegt. Dort ist unter anderem eben als Begründung, wenn es die geographische Lage oder fehlende Verkehrsverbindungen erschweren oder ermöglichen, dass die Schüler eine andere Schule besuchen.

Ich komme jetzt doch auf Sie zurück, Herr Kollege Sagartz, aber eben inhaltlich zu diesem Antrag. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Darauf habe ich schon gewartet!)* Wenn Sie gesagt haben das ist ja schon ein bisschen etwas, dass infrastrukturelle Gründe jetzt diese Expositurklassen zulassen. Ich darf Ihnen nicht sagen, wie das in anderen Bundesländern wo die ÖVP in der Regierung ist, wie es dort mit Schließungszahlen ausschaut. Ich fange gleich einmal mit Niederösterreich an, wo die ÖVP ja ganz alleine in der Regierung ist.

Da gibt es keine Volksschule unter 30 Schülern und die Mindestzahl der Schüler pro Klasse darf zehn nicht unterschreiten. Was glauben Sie wie groß die Neuen Mittelschulen sein müssen, um nicht zugesperrt werden zu müssen? 167 Schüler! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Kommen Sie auf das Burgenland zu sprechen!)*

In Oberösterreich, Sie dürfen reden was Sie wollen im Landtag und ich was ich will, Dankeschön. In Oberösterreich sind Sie auch in der Regierung, da darf keine Volksschule unter 100 zugesperrt werden und keine Neue Mittelschule unter 120. In Salzburg die Volksschulen mit 30 und die Neuen Mittelschulen mit 120. Wir im Burgenland haben momentan die größte Bildungsinitiative und Investitionen mit 111 Millionen Euro. Die größte in der Geschichte im Burgenland. Wir investieren sehr, sehr viel Geld aus dem Landesbudget, damit wir unsere kleinen Schulen aufrechterhalten, den Kindern wirklich die wohnortnahe Schule geben, was zum Teil mit den Ressourcen auf Kosten der größeren Schulen geht. Also wir investieren wirklich so, dass es für die Kinder ankommt. Aber in der Opposition ist es einfach das allerleichteste immer über alles zu schimpfen was gut ist und alles schlecht zu reden.

Sie haben auch erwähnt, Sie sind schon gespannt wie die Umsetzung in der Praxis heißt. Ich nehme an, Sie leben doch auch mit oder verfolgen mit in den Medien, dass es bereits so eine Expositurlösung gibt, nämlich die Neue Mittelschule Lockenhaus hat als Expositurklassen die ehemalige Neue Mittelschule Bernstein und bereits das zweite Jahr. Es gibt hervorragende Ergebnisse. Ich habe noch nie gehört, dass irgendetwas dort nicht

funktioniert und jetzt obliegt die Entscheidung nicht mehr dem bösen Land, das als böser Schulzusperrer hingestellt wird, sondern den Standortgemeinden.

Da ist mir jetzt im konkreten Fall schon etwas aufgefallen. Während dieses Gesetz in der Begutachtung war gab es keinen Einspruch. Kaum ist die Begutachtungszeit aus kommt eine Petition der Gemeinde Neuhaus am Klausenbach, wo der Bürgermeister, ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der ÖVP, der damals dem Pflichtschulgesetz zugestimmt hat und jetzt kommt er drauf, dass er da vielleicht irgendetwas unternehmen könnte.

Denn diese Lösung wie Lockenhaus hätte man ja schon lange machen können, denn es gibt im Pflichtschulgesetz die Vorgabe, die Schülerzahl die am 1. Oktober eines Jahres feststeht ist dafür ausschlaggebend, ob die Schule im darauffolgenden Schuljahr geschlossen oder aufrechterhalten wird.

Nachdem anscheinend Neuhaus am Klausenbach am 1. Oktober 2015 bereits weniger als 18 Schüler hatte war klar, im Schuljahr 2016/2017 wird es diesen Standort in der bisherigen Form nicht mehr geben. Die Begutachtungszeit war im April. Das heißt, der Herr Bürgermeister hätte ein halbes Jahr Zeit gehabt um zu agieren.

Was tut er? Nach der Begutachtungsfrist gibt es einen Gemeinderatsbeschluss wo er fordert, nachdem er glaubt oder vielleicht die Anmeldezahlen so sind, dass im nächsten Jahr 81 Schüler da sein werden, wir sollen eine dreijährige Beobachtungsphase einräumen. Also es muss in Gesetzen ganz einfach Grenzen geben, Eckzahlen geben und das erfordert auch ein Einhalten. Denn diese Dinge müssen planbar sein.

Ich kann nicht rechnen mit so und so viel Lehrern und dann zieht eine Familie mit zwei Schülern weg, dann ist die Zahl wieder weg, dann brauche ich weniger Lehrer, dann regen sich natürlich die Eltern auf. Vor allem was ist, wenn jetzt im dritten Jahr nach diesem Beobachtungszeitraum fürs vierte Jahr die Zahl wieder unter 80 fällt? Fordert er dann einen fünfjährigen Beobachtungszeitraum? Na, so kann es aber wirklich nicht sein.

Wir im Burgenland stehen eindeutig dafür eine sehr, sehr gute Bildungsstruktur zu haben, das Niveau hoch zu halten, den Kindern das Beste zu geben. Das Geld muss ganz einfach bei den Schülern ankommen und nicht in der Verwaltung auf irgendwelchen Schreibtischen. Wir im Burgenland zeigen vor wie es geht und wir werden es auch weiter so machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank hat sich Landeshauptmann Hans Niessl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben im Burgenland in vielen Bereichen diesen burgenländischen Weg eingeschlagen der heißt, wohnortnahe Schule, wohnortnahe Krankenanstalten, wohnortnahe Bezirkshauptmannschaften. Andere Bundesländer gehen einen anderen Weg. Die haben Bezirke zusammengelegt, haben Spitäler aufgelassen, Schulen aufgelassen, Bezirkshauptmannschaften aufgelassen. Der Erfolg gibt uns Recht, denn wir haben bei unseren Bildungstests die besten Ergebnisse. Bei allen Maßnahmen geht es um eines, die beste Qualität der Bildung zu liefern.

Es geht um Standorte. Aber am Ende des Tages ist, wo profitieren und wie profitieren die Kinder am meisten. Vor sechs Wochen hat BIFIE die zehnjährigen getestet, keine burgenländische Einrichtung, sondern eine österreichweite Einrichtung, die eindeutig zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die burgenländischen Zehnjährigen am

besten sinnerfassend lesen können und dass die burgenländischen Zehnjährigen auch am besten Texte verfassen können.

Ich glaube, das ist einmal ein gutes Ergebnis und ich bin überzeugt, dass es auch bei anderen Ergebnissen so sein wird. Wir warten jetzt die Zentralmatura ab, war gestern in einer Schule, ich kann es Ihnen sagen, in der HTL Eisenstadt, wo gerade in einer Klasse drei Nicht genügend waren. Also in Deutsch und Mathematik hat es insgesamt drei Nicht genügend gegeben, was ebenfalls dafür spricht, dass es sehr, sehr gute Ergebnisse an dieser Schule gegeben hat. Auch diese Expositurlösung, die wir mit einer großen Mehrheit beschließen werden, zeigt wieder, dass wir nicht nur reden über wohnortnahe Lösungen, sondern dass wir diese wohnortnahen Lösungen auch im Schulbereich umsetzen und nicht Schließung, sondern Kooperation ist angesagt.

Die Expositur bedeutet die Kooperation zwischen zwei Standorten in Form von Expositurlösungen. Zwei Schulen kooperieren und das Entscheidende ist wieder das Pädagogische und da möchte ich schon darauf eingehen. Das Pädagogische ist deswegen das Entscheidende, weil die Lehrer flexibler sein müssen, um alle Fächer abzudecken. Wenn ich kleine Schulen habe, dann kann ich an der Schule gar nicht alle Lehrer mit allen Gegenständen haben wo sie die Prüfung haben. Das geht sich gar nicht aus, weil ich nicht so viele Lehrer dort habe. Also muss man zwischen diesen beiden Schulen auch Lehrer austauschen, damit wir alle Gegenstände entsprechend unterrichten können und das ist wieder Qualität, dass der Englischlehrer, die Englischlehrerin, die Englischprüfung hat und das der Deutschlehrer die Deutschprüfung hat und der Mathematiklehrer die Mathematikprüfung und der Biologielehrer natürlich auch.

Es ist gar nicht bei kleinsten Schulen möglich wenn wir nicht die Expositurlösung haben, weil es sich ganz einfach auf Grund der Anzahlen nicht ausgeht. Von Qualität zu reden und keine Prüfungen zu haben, ist ein bisschen schwierig das auch glaubhaft umzusetzen.

Deswegen bin ich froh, dass wir zu diesem Ergebnis gekommen sind. Es geht darum, die wohnortnahe Schule zu haben, es geht um Kooperation, es geht um den Austausch von Lehrern und es geht darum, und das ist das Hauptziel, weiterhin im Burgenland eine sehr gute Qualität im Bildungsbereich zu haben.

Das Burgenland ist jetzt schon das Land mit einer sehr guten Bildung. Das Land der guten Bildung und wir wollen ganz einfach das Land der besten Bildung sein mit unseren berufsbildenden mittleren- und höheren Schulen, mit unseren Fachhochschulen, aber schon beginnend im Kindergarten, im Bildungsgarten, wo wir im Kindergarten die höchste Betreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen aller österreichischen Kinder haben.

Natürlich auch mit großer, und das muss ich auch dazu sagen, Anstrengung der Gemeinden, weil auch die Expositurlösungen kosten natürlich den Gemeinden einiges an Geld. Den Sprengelgemeinden, den Sitzgemeinden also insofern muss man auch das bei dem Gesetz betonen, dass in den ganzen Pflichtschulbereich, Kindergartenbereich, Pflichtschulbereich, das Land große Beiträge leistet, auch der Bund, aber selbstverständlich auch unsere burgenländischen Gemeinden. Ich glaube da können wir schon mit unseren Bürgermeistern, mit den Gemeindevertretern, aber vor allem im Sinne der Kinder froh darüber sein, dass wir das auf die Beine gestellt haben.

Im Augenblick sind wöchentlich Bürgermeister wieder bei mir, die den Kindergarten ausbauen, die die Volksschule ausbauen, die die Hauptschule modernisieren mit riesen Investitionen. Gemeinden mit 2.000 Einwohnern, drei, vier Millionen zu investieren in eine Neue Mittelschule.

Das ist wahrscheinlich die größte Investition innerhalb von Jahrzehnten. Also das ist ein gutes Miteinander, da wird es ein tolles Bauprogramm in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren geben und schlussendlich tragen die Expositurlösungen dazu bei. Das ist ja nicht nur für eine Schule, für Neuhaus, sondern das ist natürlich für alle Schulen, gleiche Regeln für alle und keiner hat die Absicht, dass wir von diesem Weg der Kooperation der wohnortnahen Schulen, der wohnortnahen Verwaltung, der wohnortnahen Krankenanstalten auch abgehen.

Was wir sagen halten wir! Wir schließen keine Bezirke zusammen, wir schließen keine Krankenanstalten, wir haben die Standortgarantie, unsere BHs wird es auch in Zukunft geben und es wird auch die wohnortnahe Schule geben.

Abschließend, wir haben im Burgenland die kleinsten Klassen, die kleinsten Volksschulklassen aller österreichischen Bundesländer und das trägt auch dazu bei, dass unsere Kinder, und das sage ich auch, eben in kleinen Gruppen betreut werden können und kleine Gruppen auch dazu geeignet sind, sodass die BIFIE Ergebnisse, die Testergebnisse, deutlich über dem österreichischen Durschnitt liegen und da muss man sagen ein gutes Miteinander. Gemeinden, Pädagoginnen und Pädagogen, gemeinsam auch mit den Eltern.

Das Land Burgenland schafft hier wieder mit diesem Beschluss noch bessere Rahmenbedingungen für das modernste Schulsystem in der Republik Österreich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Abgeordneten Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich hoffe, dass neben dem politischen Willen der diesen Output in unseren Pflichtschulen ermöglicht und auch durch verschiedene Tests sicherstellt, beziehungsweise ausweist, dass auch die Finanzierbarkeit auf Jahre hin gegeben ist und dass die Möglichkeiten als solche auch für alle Kinder die noch in die Schule kommen werden eine klare Möglichkeit ergibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns einig, dass die kleinste Klasseneinheit das beste Ergebnis in pädagogischer Vermittlung ergibt und dass die Möglichkeiten auf unsere Kleinstschulen eigentlich der Ausweis für unsere positiven Ergebnisse sind. Auf der anderen Seite hat meine Vorrednerin angesprochen die Planbarkeit. Die Planbarkeit eines schulischen Standorts ist leider eben in der Hauptabhängigkeit von den Kindern und von den Schülerinnen und Schülern gegeben. Wir haben im Pflichtschulgesetzbereich die Festlegungen auf Zahlen gesetzt und damit eigentlich festgeschrieben, welche Größenordnungen diese Schulstandorte gewährleisten sollen, wo es nicht auf die Gemeinde ankommt, sondern eben auf die Schülerzahlen.

Deswegen ist es heute notwendig, aufgrund sinkender Schülerzahlen, in manchen Standorten die Möglichkeit zu schaffen, die flexible Gestaltung zu schaffen, eben dislozierte oder feststehend einen zweiten Standort in einer Schulgemeinschaft zu begründen. Ein weiterer Vorredner hat davon gesprochen es wird auf die Bürgermeister ankommen, wie sie sich untereinander verständigen und wie sie diese gemeindeübergreifenden Schulen dann auch finanziell absichern.

Ich kenne ein Beispiel, und mein Nachredner wird es dann festhalten, ich kenne ein Beispiel aus dem mittleren Burgenland, wo eindeutig ein Schulstandort zu schließen wäre, der jetzt auf Grund dieser gesetzlichen Änderung profitieren wird. Was mir dabei aber

einigermaßen komisch, und das sollten wir auch berücksichtigen in der Gesamtdiskussion, vorkommt, ist die finanzielle Gegebenheit auf beide Schulstandorte. Der Schulstandortgeber in Zukunft, nämlich Horitschon, wird, soweit mein Wissen reicht, die Notwendigkeit haben, seinen Standort zu erweitern. Die werden den Schultyp ausbauen müssen.

Gleichzeitig haben wir Deutschkreutz, und Deutschkreutz hat erst ausgebaut, und wird leer stehende Klassen haben. Da wird es auf die beiden Bürgermeister ankommen, auch ihrer Bevölkerung zu erklären, wie sie aufgrund der neuen Gegebenheiten zwar die Schule erhalten, aber diese finanziellen Auswirkungen auch so abfedern, dass eine vernünftige Lösung stattfindet, die in der Ausführung auch nicht nur die entsprechenden Resultate, sondern auch die Leistung in der Finanzierbarkeit sicherstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Grundsätzlich ist dieses Gesetz zu befürworten, weil es eine Lösung für die Schülerinnen und Schüler, damit auch für unsere Eltern ist, und das Burgenland insgesamt nur aufwertet. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung stammt vom Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu meiner letzten Wortmeldung darf ich mich in aller Kürze nochmals melden. Und für mich auch festhalten, dass Gewerkschaften natürlich ihre historischen Verdienste haben. Das ist ganz unbestritten. Im Burgenland, und das ist auch unbestritten, gibt es viele Betriebe, die keine gewerkschaftliche Vertretung benötigen.

Viele Arbeitnehmer im Burgenland, die weder Kammervertretungen noch freiwillige Interessensvertretungen benötigen, sind zufrieden, weil der gemeinsame Weg im Mittelpunkt steht. Wofür ich persönlich einstehe, das ist vielleicht bei meiner Wortmeldung nicht in dieser Klarheit hinübergekommen, deswegen möchte ich es nochmal unterstreichen. *(Abg. Wolfgang Sodl: Wir haben es verstanden!)* In der Hitze des Gefechts war meine Wortmeldung für alle nicht deutlich. Es braucht eine neue Sozialpartnerschaft und die starren verkrusteten Systeme aus der Vergangenheit, die müssen bald aufgebrochen werden.

Das ist eine Aussage, die die neue Regierung, der Kanzler und der Vizekanzler auch getätigt haben. Es braucht eine neue Sozialpartnerschaft, und dieser Meinung bin ich auch.

Auch der Landesrat Petschnig hat das bekräftigt in seiner Wortmeldung, und deswegen glaube ich, dass wir nicht „more of the same“ in der Politik machen sollen, sondern die Menschen erwarten von uns Veränderungen, und nicht den alten Trott.

In diese Richtung wollen wir gemeinsam gehen. Da sind alle Kammern gefordert. Da sind alle Interessensvertretungen gefordert. Wir, als Politik, sollten uns eher wieder näher an die Lebensrealitäten der Menschen orientieren, anstatt in irgendwelchen kleinen Gremien Politik zu machen versuchen.

Deswegen ist für uns ganz wichtig, dass wir für mehr Mut eintreten, für die Veränderungen, aber auch für eine Kultur des Scheiterns. Wir brauchen mehr Zuspruch für jene, die etwas leisten, die etwas auf die Reihe bringen wollen, die in Österreich für sich etwas aufbauen möchten. Deswegen braucht es unterm Strich Bereitschaft zur Veränderung. Wir brauchen eine Aufbruchsstimmung. Sei es jetzt im Bereich der

Arbeitszeit, im Bereich der Überstunden oder auch im Bereich der Sozialpartnerschaften. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Abgeordneter Hergovich, Herr Klubobmann, Sie sind zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte gerne die BIFIE Ergebnisse in die Debatte eingebracht, aber das hat ohnehin jetzt schon der Herr Landeshauptmann getan, weil die unter 10-Jährigen oder die 10-Jährigen im Burgenland wirklich ausgezeichnete Leistungen erbracht haben hier. Die besten Ergebnisse aus ganz Österreich, und dafür hauptverantwortlich sind natürlich die PädagogInnen, die Schulleitung und vor allem die Kinder.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aber eines muss ich jetzt schon sagen. Dieser missglückte Ablenkungsversuch vom Kollegen Sagartz zuvor, das jetzt dem Herrn Landeshauptmann zuzuschieben, ist wirklich missglückt. Denn eines ist klar, das Zitat bleibt das Gleiche. Auch wenn sich der Herr Wolf jetzt noch da so herstellt und sagt, ja ja, ich wurde da missinterpretiert.

Der Feind des Abgeordneten ist immer das Wortprotokoll. Das ist nachzulesen, wahrscheinlich auch vom Tonband relativ klar zu hören. Denn Sie haben schon ganz klar gesagt: Heutzutage braucht man keine Gewerkschaften mehr. Da haben Sie Ihr wahres Gesicht gezeigt und das ist der unglaubliche Skandal, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Jesus Maria!)* der heute hier im Landtag stattgefunden hat. Denn sowas hat es seit 1945 in diesem Hohen Haus nicht gegeben.

Herr Kollege Wolf, lassen Sie mir Ihnen eines ins Stammbuch schreiben: Die *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich habe kein Stammbuch!)* Gewerkschaften tragen zum sozialen Frieden in Österreich bei. Das haben sie die letzten Jahrzehnte gemacht, gemeinsam mit der Sozialpartnerschaft, mit der Wirtschaftskammer, mit der Landwirtschaftskammer, mit der Industriellenvereinigung, mit der Arbeiterkammer, und vor allem die Gewerkschaften. Leistungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie Urlaub, wie Weihnachtsgeld, wie Urlaubsgeld, wie Entgeltsfortzahlung bei Krankheit und dergleichen, wurden alle hart erkämpft durch Gewerkschaften. Gewerkschaften infrage zu stellen ist unglaublich.

Der soziale Frieden kann nur funktionieren, wenn es einen Interessensausgleich gibt. Zu sagen, Gewerkschaften braucht man heutzutage nicht mehr, ist in Wahrheit ein Anschlag auf die demokratischen Grundpfeiler unserer Republik Österreich, Herr Kollege Wolf.

Ich verstehe das schon, weil Sie das schon ganz bewusst gesagt haben. Denn Ihre Wortmeldungen in der Aktuellen Stunde zu „Wir brauchen mehr Flexibilisierung." Was heißt denn „mehr Flexibilisierung" aus Sicht der Volkspartei?

Na mehr arbeiten um weniger Geld. Das steckt hinter der Flexibilisierung der Arbeitszeit der ÖVP und daher haben Sie schon ganz bewusst gesagt, wir brauchen keine Gewerkschaften. Ich sage Ihnen das noch einmal, was der Herr Landeshauptmann zuvor schon formuliert hat. Eine Partei, die die Gewerkschaften, die die demokratischen Grundpfeiler infrage stellt, die ist für uns sicher kein Partner. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Die, sage ich einmal, vorerst letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt kommt vom Herrn Abgeordneten Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Eingang gleich, Pflichtschulgesetzänderung finde ich nicht nur deswegen interessant weil ich ein Betroffener bin, sondern weil es insgesamt ein Thema ist, das hätte schon in der Vergangenheit Thema sein müssen. Ich sage das mit dieser Klarheit, Herr Landeshauptmann, weil wir ja mit dieser Zahl gespielt haben, 90, 80, und vielleicht irgendwann um Mitternacht wären es halt 70 geworden. Auch das sollte man jetzt einmal gesagt haben und die Vergangenheit weglassen.

Aber, ich bin froh, dass diese Möglichkeit besteht, als Betroffener, aber auch als Vertreter im Landtag, der vielen Gemeinden, die auch da und dort Probleme haben und bekommen haben und bekommen werden, das sage ich auch gleich mit dieser Deutlichkeit. Aber heute wurde ganz klar und deutlich gesagt, es muss zukunftsweisende Möglichkeiten geben. Expositur. Hervorragend.

Ich bin schon immer einer gewesen der gesagt hat, ich habe kein Problem, wenn es für zwei Schulen oder drei Schulen einen Direktor gibt, oder eine Direktorin. Na, wir haben ja in der pädagogischen Landschaft meistens nur mehr Pädagoginnen und das sollten wir auch einmal überdenken. Vielleicht sollten wir auch dort eine Möglichkeit finden, auch wieder Männer in diesen Beruf mehr hineinzubringen.

Wenn wir von zusammen, von Expositur und dergleichen mehr sprechen, Herr Landeshauptmann, muss ich Ihnen beipflichten, man kann über alles nachdenken, man kann oder muss über alles reden. Dieser Tagesordnungspunkt zeigt einmal mehr, wenn man einen Willen zeigt, über politische Grenzen hinweg, und wenn heute diskutiert wurde, und der Kollege Steier gesagt hat, es müssen die Bürgermeister miteinander können, dann kann ich nur sagen, im Blaufränkischland, egal ob rot, ob schwarz, ob Liste, wir können miteinander.

Wir haben ein Blaufränkischland pur gegründet. Wir werden tourismusmäßig gemeinsam arbeiten. Auch hier im Schulwesen. Nur eines, Herr Landeshauptmann, es ist schon sehr bedenklich, wenn Horitschon ausbauen muss, und Deutschkreutz ausgebaut hat, um einige Millionen, und ich glaube nicht, dass hier irgendjemand das überprüft hat, warum das notwendig ist. Wenn wir jetzt eine Expositur haben, wo wir Räume haben, Räume frei haben, und dort oben dazu gebaut wird.

Oder in Nikitsch, eine neue Schule gebaut wird, wo Räume frei sind. Auch das sollen wir in Zukunft berücksichtigen. Und vielleicht doch den einen oder anderen Bereich überprüfen.

Welche Möglichkeiten gibt es als räumliche Möglichkeiten und dergleichen mehr? Jetzt noch zu einem Punkt, Herr Landeshauptmann, vielleicht könnte man sich im Bund ja einmal dafür verwenden, denn uns sind 17 Schüler abhandengekommen ins Gymnasium nach Oberpullendorf. Interessanterweise, das haben die Kinder wollen, weil sie so eine klasse Partie sind. Ich habe mit den Eltern gesprochen, dann hätten wir noch Asylwerber gehabt, die waren auch angemeldet, die haben sich halt nachher oder vor dem 2. Oktober wieder „vertschüsst“, sind woanders hingekommen, und somit haben wir nur 78 SchülerInnen gehabt. Jetzt kommt es.

Interessant ist an der ganzen Situation, dass ungarische Kinder, wenn die in Deutschkreutz in die Schule gehen wollen, oder in anderen Ortschaften in die Schule gehen wollen, das ist sehr interessant, müssen sie gemeldet sein. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ja!)* Müssen gemeldet sein in dieser Ortschaft. Ungarische Kinder können ins Gymnasium gehen, brauchen nirgends gemeldet sein. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar:*

Ja!) Das sind Punkte, die uns zu denken geben müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch dort müssen wird den Hebel ansetzen und sagen: Was gibt es da jetzt für Unterschiede?

Da ist ja in der Vergangenheit entstanden, dieses Hickhack, in dieser Situation. Ich glaube, aber auch das gehört einmal angesprochen im Bund, warum das dort möglich ist. Die gehen ins Gymnasium in Oberpullendorf, muss ich dazu sagen, und wir haben die größten Probleme. Egal, nicht nur Deutschkreutz, sondern ich sitze im Landtag, ich bin Bürgermeister und trage eine Verantwortung wie alle anderen da drinnen, denke ich einmal.

Das sollte man einmal andenken. Weil es für mich ein wichtiger Punkt ist. Ich bin aber soweit schon am Ende, weil ich glaube, man muss auch eines machen, und das hoffe ich in Zukunft, Herr Landeshauptmann, dass man gemeinsam einen Weg geht und sagt, diese Möglichkeit sollte man ausloten, diese Möglichkeit soll es geben, um nicht, und da bin ich ja eh bei Dir Herr Landeshauptmann, dass ich sage, nahe des Wohnortes diese Standorte zu erhalten.

Nur in der Vergangenheit hat man das leider nicht gemacht. Ich möchte jetzt nur einmal darauf aufmerksam machen. Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen und das Bestmögliche auch damit machen und umgehen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 403), mit dem das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Rettungsgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 275) (Beilage 426)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 403, mit dem das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Rettungsgesetz-Novelle 2016), Zahl 21 - 275, Beilage 426.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Präsidentin Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben über den Gesetzentwurf (Beilage 403), mit dem das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Rettungsgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 275) (Beilage 426).

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Gesetzesentwurf gemeinsam in der Sitzung am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der Antrag der Berichterstatterin ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ja, es ist gut, dass mit der vorliegenden Novellierung des Rettungsgesetzes etwas nachgeholt wird, nämlich ein Zustand, den es faktisch gibt, auch gesetzlich zu fundieren.

Natürlich muss aber auch darauf geachtet werden, dass jene Organisationen, die beauftragt werden, hier für unser Leib und Leben schützend tätig zu sein, diese Aufgabe auch flächendeckend erfüllen können, denn das höchste Gut, um das es in diesem Gesetz geht, ist die Sicherheit für Leib und Leben der Menschen hier im Burgenland.

Es muss auch darauf geachtet werden, dass es in Zukunft zufriedenstellend weitergeht. Zum Beispiel in der Hinsicht, dass eine Gemeinde immer nur mit einer Rettungsorganisation einen Vertrag abschließen kann, damit es nicht zu verdoppelten Infrastrukturkosten kommt und damit es nicht zu Reibereien kommt im Alltagsvollzug.

Da werden wir bei einer Weiterentwicklung noch genau darauf schauen. Ich hoffe, das wird bei der nächsten Novelle berücksichtigt. Was aber aus unserer Sicht höchst kritisch ist, ist eine Verschiebung der Ebenen, wenn es um Anerkennung und Aberkennung geht. Was beschließen wir heute? Wir beschließen das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Burgenland, mit dem Sitz in Eisenstadt und die Samariterbund Burgenland Rettung und Soziale Dienste gemeinnützige GmbH, mit dem Sitz in Weppersdorf, gelten für das gesamte Burgenland als anerkannte Rettungsorganisationen im Sinne dieses Gesetzes. Die Anerkennung ist durch Bescheid der Landesregierung zu widerrufen, wenn gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen im Sinne dieses Gesetzes auf Dauer nicht mehr erfüllt werden. Der Widerruf ist im Landesamtsblatt für das Burgenland zu verlautbaren.

Was hier passiert, ist gar nicht gut. Im Landtag beschließen wir die für das Burgenland anerkannten Rettungsorganisationen, hier jetzt namentlich. Die Aberkennung allerdings will sich die Landesregierung für sich alleine vorbehalten. Das finden wir nicht in Ordnung. Hier werden die Beschlussebenen willkürlich gewechselt und das öffnet auch anderer Willkür Tür und Tor.

Richtiger wäre es auch, über den Widerruf beziehungsweise die Aberkennung den Landtag befinden und beschließen zu lassen. Dieser Verschiebung der Kompetenzen weg

vom Landesparlament hin zur Regierung können die GRÜNEN nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat vorhin davon gesprochen, dass die Ergebnisse für burgenländische Schülerinnen und Schüler bei den 10-Jährigen besonders gut sind. Dass wir beim sinnerfassenden Lesen bei den 10-Jährigen ausgezeichnete Werte haben. Das freut mich.

Auf der anderen Seite wundere ich mich aber, dass - und die Frau Landesrätin Dunst hat sich darüber beklagt - wir so viel an Nachhilfestunden im Burgenland brauchen und dass es notwendig ist, dass das Land Burgenland eingreift und den Eltern Unterstützung bei der Finanzierung der Nachhilfe gibt.

Ich bin auch in die Schule gegangen. Bei uns war es damals überhaupt kein Thema, dass Nachhilfe gebraucht wird. Ich glaube, wir sollten alles daran setzen, dass wir so gute Schulen haben, dass wir keinen Nachhilfeunterricht brauchen. Das ist das, was mir eigentlich vorschwebt.

Ich habe mich auch über den Herrn Landesschulratspräsidenten Zitz gewundert, der gesagt hat, im Burgenland haben wir ein sozialdemokratisches Bundesland. Ich sehe das nicht so. Wir haben einen sozialdemokratischen Landeshauptmann, der von der FPÖ gewählt wurde, weil es eben sachlich damals so und rechtlich in Ordnung ist. Aber man kann nicht sagen, wir haben ein sozialdemokratisches Bundesland.

Ich glaube, wir haben auch keinen sozialdemokratischen Landtag. Es sind 14 sozialdemokratische Abgeordnete hier, 15 wären es gewesen, 41 Komma irgendwas an Prozenten. Die GRÜNEN würde ich vielleicht auch irgendwo, wenn ich den Verfassungsbogen so ansetze, *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Ingrid Petrik)* eher in der Mitte links ansiedeln, aber alles andere würde ich schon Mitte bürgerlich rechts nennen.

Ich könnte genauso sagen, wir haben einen bürgerlichen Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und der Zugang, zu sagen, weil wir ein sozialdemokratisches Land sind, müssen wir Nachhilfe seitens des Landes unterstützen, das ist schon ein eigener Zugang.

Ich glaube, wir sollten alles daran setzen, dass wir ein Schulsystem haben, in dem Kinder, auch ohne dass sie Nachhilfe brauchen, dem Lernerfolg bringen können.

Immer zu sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, da ist die Gehrer schuld –das ist zu einfach. Das ist schon zehn bis 15 Jahre her. Zehn Jahre wäre sicher Zeit gewesen, das zu ändern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das in Rede stehende Gesetz, das heute geändert werden soll, das Burgenländische Rettungsgesetz, und ich sage es gleich zu Beginn, aus grundsätzlichen Erwägungen und Überlegungen wird die ÖVP heute dieser Gesetzesnovelle nicht zustimmen. Vieles von dem, was ich sagen wollte, hat die Frau Kollegin Petrik mir vorweggenommen. Es kann nicht sein, dass der Landtag Dinge beschließt und die Regierung dann mit Verordnung das eigentlich eigenmächtig ändern kann.

Ich bin auch verwundert, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass all diese Gesetze, heute hier auf der Tagesordnung sind. Das soeben geänderte Pflichtschulgesetz, das jetzt in Rede stehende Rettungsgesetz, dann kommen wir noch zu dem Pflanzenschutzgesetz und das vierte wird mir schon noch einfallen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Heilvorkommen- und Kurortegesetz.)* Heilvorkommen- und Kurortegesetz, all diese Gesetze waren in Begutachtung, aber es hat zumindest mit den Mandataren der ÖVP keine Parteienverhandlungen gegeben.

Das ist kein guter Stil, es ist rechtens, aber ist kein guter Stil, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass große Teile des Landtages in der Vorbereitung, in der Gesetzeswerdung nicht eingebunden werden. Sie waren auch nicht eingebunden.

Das, was die Frau Kollegin Petrik gesagt hat, unterstreiche ich. Grundsätzlich haben wir derzeit ein System, dass das Rote Kreuz als Gesamtdienstleister im Burgenland tätig ist. Es haben die 171 Gemeinden, die ja für Krankentransport auch zuständig sind, mit einem Gesamtdienstleister Rotes Kreuz in der Regel Verträge abgeschlossen, ob das im Bereich des Krankentransportes ist, der Altenversorgung und so weiter.

Es gibt auch den Arbeitersamariterbund. Ich verstehe auch, dass der in manchen Teilen, die profitabel sind, auch versucht, die entsprechenden Dienste anzubieten, und hier versucht - und das verstehe ich auch -, gesetzlich die entsprechenden Stellungen zu bekommen. Wir sagen das noch einmal, wir sind in die Verhandlungen nicht eingebunden gewesen, deshalb sind wir aus grundsätzlichen Erwägungen nicht bereit, heute dieser Novelle zuzustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber die Gelegenheit wahrnehmen, mich bei jenem, der bis vor wenigen Wochen an der Spitze des Roten Kreuzes Verantwortung getragen hat, bei Präsidenten Bruno Wögerer zu bedanken. Er hat in einer sehr schwierigen Situation dieses Rote Kreuz übernommen. Es ist ihm gelungen, als Milizoffizier wie ich, mit seinem eigenen Zugang zu Problemen, zielorientiert zu arbeiten. Es ist ihm gelungen, auch unter großen Einschnitten, die gemacht werden mussten, diesen Bereich entsprechend zu sanieren.

Er konnte vor wenigen Wochen an eine neue Präsidentin, im Übrigen die erste Rot Kreuz-Präsidentin, die in einem Bundesland gewählt wurde, an die Friederike Pirringer, ein wohlbestelltes Haus übergeben.

Ich wünsche dem Roten Kreuz, der Frau Präsidentin Pirringer, viel Erfolg und alles Gute und bin überzeugt, dass alle Rettungsdienste, die im Burgenland tätig sind, ihren wichtigen Beitrag leisten. Ob alle innerhalb dieses Gesetzes so behandelt werden sollen, wie sie sich das wünschen, ist eine andere Sache, aber ich sage noch einmal, es kann nicht sein, dass der Landtag beschließt und die Regierung mit Verordnung das, was der Landtag beschlossen hat, wieder ändern kann.

Aus diesen Erwägungen heraus, meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir heute nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Vorweg auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön für den einstimmigen Beschluss, was die Schule betrifft, das

Pflichtschulgesetz. Es ermöglicht damit mehreren Schulen, aber jetzt für mich vor allem der Schule in Neuhaus am Klausenbach, im Bezirk Jennersdorf, den Weiterbestand und das ist gut so.

Der Herr Landeshauptmann hat es angesprochen, wir sind in vielen Bereichen Spitzenreiter in der Bildung, so auch im Bereich der Sicherheit. Wenn wir heute dieses neue Rettungsgesetz diskutieren, dann enthält es im Wesentlichen zwei Änderungen. Betroffen sind insgesamt am heutigen Tag, in der heutigen Debatte, vier Rettungseinsatzhilfsorganisationen.

Das ist zum einen das Rote Kreuz, nicht tatsächlich betroffen, aber es bekommt einen neuen Partner im Rettungsgesetz. Ich bedanke mich da auch natürlich beim gewesenen Präsidenten, den Bruno Wögerer, und wünsche seiner Nachfolgerin alles Gute.

Das Rote Kreuz wurde angesprochen, ist hier quasi ein Standbein im Burgenland mit 95 hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rettungsdienst, mit 540 Mitarbeitern auf freiwilliger Basis, mit fast 160 Zivildienstleistenden, mit sieben Bezirksstellen, also flächendeckend über das Land verteilt. Nicht zu vergessen auch die First Responder als eine ganz wichtige Einrichtung, wo wir uns vollkommen bewusst sind, dass wir diese Organisation brauchen.

Gleichgestellt dem Roten Kreuz wird mit dem heutigen Rettungsgesetz der Arbeitersamariterbund. An dieser Stelle darf ich begrüßen den Herrn Präsidenten und den Geschäftsführer, den Herrn Präsidenten Grillenberger auf der Tribüne und den Geschäftsführer Mag. Dihanits und darf mich auch, nachdem es hier einen Führungswechsel gegeben hat, beim gewesenen Präsidenten, dem Paul Habeler, sehr herzlich für seine Arbeit bedanken.

Der Arbeitersamariterbund betreibt im Bereich der Rettung drei Stützpunkte im Burgenland: Hornstein, Andau und Weppersdorf. Im Rettungsdienst sind an die 50, genau, glaube ich, 54 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Im Vorjahr hat es einen neuen Rekord an Einsatzstunden gegeben. Das heißt, mehr als 100.000 Einsatzstunden wurden in zirka 1.200 Einsätzen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Arbeitersamariterbundes geleistet.

Natürlich ist die Aufteilung eine ganz andere. Der Hauptteil wird vom Österreichischen Roten Kreuz geleistet und dieser Anteil, den ich eben gesagt habe, vom Arbeitersamariterbund. Das entspricht zirka 15 Prozent der anfallenden Einsätze, der Leistungen, welche im Burgenland geleistet werden und hier, meine Damen und Herren, haben wir auch ein Ungleichgewicht. 15 Prozent werden an Leistungen erbracht und drei Prozent bekommt der Arbeitersamariterbund derzeit nur abgegolten. Hier werden Gespräche notwendig sein. Hier werden Gespräche auch geführt, und ich denke, wir werden auch auf eine gute Lösung für die Zukunft kommen.

Nicht zu vergessen im Pflegebereich, hier betreibt der ASB sieben Kompetenzzentren im Burgenland. Vorzeigeprojekt ist unter anderem - es sind alle sehr gut geführte Häuser - also der Pflegebereich hat sich ganz toll entwickelt, unter anderem auch beim Kollegen Wolfgang Sodl in Olbendorf, wo das tadellos funktioniert, wo die ältere Generation, die dieses Land so hervorragend aufgebaut hat, betreut und gepflegt werden kann.

Eine weitere Organisation, die heute von der Änderung dieses Rettungsgesetzes betroffen ist, nämlich in der Anerkennung, dass sie eben als Rettungsorganisation im Rettungsgesetz per Verordnung anerkannt werden kann, ist die Österreichische

Rettungshundebrigade. Auch hier sind Vertreter auf der Tribüne, der Herr Landesleiter Hans Moser ist anwesend.

Rettungshundebrigade im Burgenland, eine wichtige und wesentliche Aufgabe speziell mit der Zielsetzung, Hunde und Hundeführer in der Vermissten- und Verschüttetensuche auszubilden und den Menschen, sofern sie es brauchen, beizustehen.

Das haben alle Organisationen, von denen wir heute reden, gemein. Die Zusammenarbeit mit den anderen Rettungsorganisationen wie der Exekutive, den Feuerwehren, Bundesheer, Rot Kreuz, alles, was es gibt, Arbeitersamariterbund, Wasserrettung, die heute auch betroffen ist, in In- und Auslandseinsätzen funktionieren immer perfekt.

Zurzeit gibt es eben vier Staffeln im Burgenland, Güssing, Riedlingsdorf, Oberpullendorf und Rohrbach bei Mattersburg, mit insgesamt 50 Mitgliedern, und diese 50 Mitglieder betreuen oder führen 30 Hunde und der Leitsatz dieser Organisation ist: Wir helfen jedem und wenn es dann noch heißt „vermisst - gesucht und gefunden“, dann ist der Erfolg perfekt und der Einsatz erfolgreich verlaufen.

Im Übrigen gratuliere ich zum 30-jährigen Bestandsjubiläum, welche die Österreichische Rettungshundebrigade Burgenland am 25. 6. in Riedlingsdorf feiern wird, hier schon alles Gute dazu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Für die Wasserrettung Burgenland: Auch die Mitglieder der Wasserrettung oder die Wasserrettung als Organisation sind von dieser Gesetzesänderung betroffen. Ich darf auch begrüßen den Herrn Präsidenten Ferschich mit seinem Landeseinsatzleiter, den Walter Reitter. Auch hier ein herzliches Willkommen. 400 Mitglieder im Burgenland, 60 aktive Mitglieder in Einsatzstellen in Oggau vom Norden - natürlich hauptsächlich zuständig für den Neusiedler See - über Pöttsching, zuständig für den Steinbrunner und Neufelder See, mit der mobilen Einheit, die dort besteht.

Die auch allen Burgenländerinnen und Burgenländern im gesamten Gebiet des Burgenlandes zur Verfügung steht, bis hin zur Einsatzstelle in Jennersdorf, wo das Hauptaugenmerk auf der Ausbildung liegt, wo sehr viel mit Jugendlichen, mit Schülerinnen und Schülern gearbeitet wird, wo es Juniortage gibt, wo in Jennersdorf in den Freibädern Jennersdorf, Neuhaus am Klausenbach und in Heiligenkreuz eben hier Tage und Kurse angeboten werden.

Eine sehr soziale, humanitäre und auch sportorientierte Einrichtung, die mit Hauptaugenmerk auf den Rettungs-, auf den Bergungsdienst und auf den Katastrophenhilfsdienst ausgerichtet ist.

Geschätzte Damen und Herren! All diese Leistungen kommen allen zu Gute, wenn es jemand eben braucht, und das ist gut so, das zeichnet unser Heimatland Burgenland aus. Diese Organisationen haben eines gemein, sie arbeiten für die Menschen in unserem Land. Es besteht eine hohe Motivation, es besteht eine hohe Leistungsbereitschaft und es besteht eine hohe Professionalität in all ihren Tätigkeiten. Dafür ein herzliches Dankeschön an Sie alle, die heute hier anwesend sind. Ihnen gebührt unser Dank, unser Respekt, unsere Anerkennung und unsere Wertschätzung.

Wir stimmen dieser Änderung natürlich sehr gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine Damen und Herren! Auch den Besuchern von den Rettungsorganisationen, die wir heute hier zum Thema haben, einen schönes Grüß Gott und den anderen Damen und Herren, die uns jetzt noch folgen.

Die Gesetzgebung grundsätzlich ist eine sehr wichtige, meiner Meinung nach. Und wenn ich das aus meinem Metier, nämlich aus dem Soldatentum, ein bisschen nachvollziehen kann, dann würden wir hier von „Verdichten“ sprechen. Also, um einen Bedarf abzudecken, bedarf es halt aller möglicher Ressourcen, und wenn ich hier mehr als eine Ressource habe, dann nutze ich die, um in Wirklichkeit das gesamte Land verdichtend auch in diesem Bereich unsere Aufgabe sicherzustellen, nämlich die Gesundheit und auch die Ungefährdetheit der körperlichen Sicherheit und dem Schutz der Bevölkerung, das umzusetzen.

Was mich erschreckt ist aber, vielleicht ein bisschen weniger bei der Abgeordneten Petrik, aber gerade beim Abgeordneten Präsidenten Strommer mit einer Begründung hier aufzutreten, warum er die Wasserrettung und warum er die Rettungshundebrigade jetzt nicht in diesem Gesetz haben will, sich hinter der Formulierung, wie heißt es so schön hier im Gesetz „die Anerkennung ist durch den Bescheid der Landesregierung zu widerrufen, wenn gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen im Sinne dieses Gesetzes auf Dauer nicht mehr erfüllt werden“.

Hier ordnet der Gesetzgeber, und das sind in dem Fall wir alle miteinander, mit Stimmenmehrheit an, dass diejenigen Organisationen, die hier zitiert sind, auch wenn manche nur beispielsweise zitiert sind, aufgenommen werden und ordnet auch gleichzeitig an, wie es zu funktionieren hat, dass so eine Aufnahme in Wirklichkeit beendet werden kann.

Damit sind wir genau in der Rechtsstaatlichkeit. Wir legen die normativen Grundsätze hier fest und schreiben der Verwaltung oder in dem Fall der Regierung halt vor, was sie zu tun hat, nämlich die Grundlage bleibt das Gesetz und wenn sie dem nicht mehr entsprechen, dann ist mit Bescheid abzuerkennen.

Was ist das Schöne im österreichischen Rechtsstaat an einem Bescheid? Dass man ein Einspruchsrecht hat! Wenn wir da nämlich hergehen würden und das wieder rausschmeißen würden oder eine dieser Organisationen wieder rausschmeißen, dann können sie zu niemandem mehr gehen und sich berufen, das darf aber nicht sein, der Landtag hat mich da rausgeschmissen.

Weil dann haben wir ein Gesetz novelliert, wo sie nicht mehr drinnen stehen, dann haben sie keinen Stufenbau der Rechtsordnung, wo sie sich im Prinzip als betroffene Organisation anhängen können, um zu sagen, ich will da wieder hinein. Mit dieser Regelung haben wir den allergrößten Schutz für diese Organisationen geschaffen, die wir hier aufnehmen, weil nämlich die Verwaltung verpflichtet ist, mittels Bescheid da hinaus zu gehen oder der Organisation das abzuerkennen.

Was gibt es für einen höheren Stellenwert für einen Rechtsschutz in Österreich, als die bescheidmäßige Verfügung, darum würde ich, wenn das wirklich Euer einziges Argument ist, lieber Kollege Strommer oder Frau Kollegin Petrik, schon ersuchen, hier mitzugehen, weil das lasse ich als Begründung nicht gelten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Diese gesetzliche Umsetzung ist eigentlich eine langatmige und über viele Monate, wenn nicht Jahre, geforderte, aber auf der anderen Seite nicht vollzogene Maßnahme und daher ist es heute mehr als begrüßenswert, den Status zu erreichen und gesetzlich festzulegen, dass alle vier nominierten beziehungsweise festgelegten Rettungsorganisationen die Grundlage erhalten, die ihnen zusteht und die ihre Arbeit, von meinem Kollegen Schnecker vorher definiert, in höchster Weise zu loben im Stande ist, weil sie nicht nur qualitativ, sondern auch in der inhaltlichen Besorgung und oft durch Ehrenamtliche und Freiwillige noch dazu eine höchst mögliche Sicherheit im Burgenland garantiert.

Ich gratuliere auch den anwesenden Vertretern der Rettungsorganisationen, aber im Speziellen auch dem ASB, der im Grund, und das darf ich zu diesem Zeitpunkt an dieser Stelle auch wiederholen, ins Burgenland geholt wurde, mit der Sicherheit, eigentlich eine Rettungsorganisation mit Gegebenheiten gesetzlicher Ausführung auch sein zu dürfen, und es hat lange gedauert, bis nunmehr diese Umsetzung erfolgte.

Der ASB - und das darf ich allen ins Gedächtnis rufen - ist aus Konkurrenzgründen auch ins Land geholt worden, um auch in der Ausführung Möglichkeiten auch der Preisgestaltung beziehungsweise der Rettungssituation in der Finanzierbarkeit eine entsprechende wirtschaftliche oder gemeinwirtschaftliche Grundlage zu bieten.

Heute haben wir mit dem ASB, mit der Hundestaffel, mit der Wasserrettung und dem Roten Kreuz, das sein 70-jähriges Bestandsjubiläum im Burgenland feiern wird, einen Stand erreicht, der - wie gesagt - Rechtssicherheit bietet, auf der anderen Seite auch denen, die geholt wurden, endlich einen Status zugesteht, der ihnen zusteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle sind auf der einen Seite bedacht, gewisse Leistungen im Rettungssinne und wir haben es unlängst erst bei den großen Flüchtlingsströmen unter Beweis gestellt bekommen, Rettungsorganisationen zur Hand zu haben, zu Hilfe zu nehmen, die sich um das Geschehen qualitativ, organisatorisch, inhaltlich wirklich zum Besten bemühen können.

Diese Chance ist nicht in allen Staaten, auch in unseren Nachbarstaaten auf diesem Niveau und in dieser Organisationsform geboten. Daher ist es mehr als recht und richtig, diese gesetzliche Umsetzung zu erreichen, und wie mein Vorredner betont hat, auch in dieser rechtlichen Ausführung zu setzen.

Daher stimme ich auch dieser Maßnahme zu. Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Zuseher! Liebe Wasserrettung! Liebe Rettungshundebrigade! Es ist halt wirklich schade, dass die ÖVP nicht zustimmt. Schon seit Jahren hätte das passieren können oder passieren müssen. Man hat jetzt wirklich sehr viele Jahre gewartet und niemand hat sich hier getraut, ich weiß gar nicht warum.

Ich weiß auch jetzt noch nicht, warum man da dagegen ist. Was spricht dagegen, dass die Wasserrettung und die Rettungshundebrigade im Rettungsgesetz verankert ist? Auch wenn die ÖVP jetzt den Kopf schüttelt. Da geht es um Organisationen, auch wenn Sie noch einmal, Herr Abgeordneter Steindl, den Kopf schütteln. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Du musst nicht alles wissen.)* Ich weiß es nicht.

Okay, die ÖVP stimmt dem nicht zu, ist in Ordnung. Wenn man jetzt diese beiden Organisationen vergleicht mit dem Roten Kreuz und dem ASB, dann gibt es verschiedene Mitgliederzahlen, das ist mir schon klar, Leben zu retten, ob das hier die Wasserrettung ist oder die Rettungshundebrigade.

Herr Präsident Strommer, ich kann mir nicht vorstellen, dass Du gegen die Wasserrettung oder die Rettungshundebrigade bist, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Um das geht es ja gar nicht.)* im Rettungsgesetz zu verankern, hat keine finanziellen Auswirkungen und ist in Ordnung.

Ich selbst freue mich, ich war selber zu Besuch bei der Rettungshundestaffel und auch bei der Wasserrettung, dass da so viele engagierte Mitstreiter für unsere Gesellschaft sind, es die Wasserrettung gibt, das Rote Kreuz, den ASB und natürlich die Rettungshundestaffel, für mich unglaublich, dass das neue Rettungsgesetz heute beschlossen werden kann.

Ich sage Danke, und Herzlich willkommen im neuen Rettungsgesetz! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Rettungsgesetz-Novelle 2016) ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuchen jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Rettungsgesetz-Novelle 2016) ist somit in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

5. Punkt: Bericht des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsauschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 407), mit dem das Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird (Zahl 21 - 279) (Beilage 427)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 5. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsauschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 407, mit dem das Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird, Zahl 21 - 279, Beilage 427.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Frau Präsidentin. Der Agrarausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird, in ihrer 2. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Agrarausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihren Bericht. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Frau Präsidentin! Geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine sehr positive Änderung im Pflanzenschutzgesetz liegt vor uns, was ehemals die Vogelscheuche war, ist jetzt die Drohne sozusagen. Es freut mich, dass man mit Technologie langsam auf Giftmitteleinsatz und recht problematische Mitteln ausweichen kann, so wie das jetzt hier beschlossen wird, um den Staren in den Weingärten und den Obstanlagen mit den Drohnen auf den Leib zu rücken - ist jetzt zu heftig gesagt -, sie zu verscheuchen.

Das ist eine positive Entwicklung, die nicht die einzige in der Landwirtschaft ist. In der Landwirtschaft wird schon seit längerer Zeit auf Drohnen gesetzt. Es werden mit Hilfe von Drohnen sogar Nützlinge ausgebracht, in Maiskulturen zum Beispiel.

Es gibt kameragesteuerte Hackgeräte, die auch den Spritzmitteleinsatz maßgeblich reduzieren bis unmöglich machen. Im Biolandbau tut sich da sehr viel, Gott sei Dank, und das ist eine Entwicklung, die wir natürlich nur gutheißen können, da es für die Natur positiv ist und für unsere Gesundheit ganz wesentlich ist.

Ich mache es daher ganz kurz. Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen und freuen uns, dass hier in dieser Richtung vorgegangen wird. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Uns liegt hier eine Gesetzesnovelle vor, mit welcher das Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert werden soll. Mit dieser Novelle soll auch gleichzeitig der zugrundeliegenden EU-Richtlinie besser entsprochen werden.

Eine doch wesentliche Änderung darin betrifft den § 6: Hier wird nach dem Wort „Kleinflugzeug“ die Wortfolge „unbenannte Luftfahrzeuge der Klasse 1“ angeführt. Es

handelt sich umgangssprachlich hierbei um sogenannte Drohnen, welche für die Abwehr der Stare in Weingärten eingesetzt werden sollen.

Ein Soundmodul würde dabei Geräusche imitieren, etwa einen Greifvogel oder einen Hund und damit die Stare in die Flucht treiben. Seit meiner Kindheit bekomme ich mit, welche Probleme die Bauern mit den Staren und den durch sie verursachten Schäden haben. Alljährlich stürzen sich Schwärme dieser Vögel auf die Weinreben und dezimieren die Ernte.

Gerade heuer, wo die Weinbauern schon durch den Frost schwere Schäden erlitten haben, wäre ein weiterer Schaden, unter anderem durch Stare, eine Katastrophe. Verschiedenste Abwehrmaßnahmen durch Kleinflugzeuge, Personen mit Schreckschusspistolen, automatischen Schussapparaten und Vernetzung der Weinstöcke wurden und werden seit langer Zeit eingesetzt. Wirklich in den Griff bekommen hat man das Problem jedoch dadurch nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mit der vorliegenden Gesetzesnovelle und den dadurch möglich werdenden Einsatz der Drohnen, auch als Alternative zur Abwehr mit Flugzeugen, soll nun eine weitere Verbesserung zur Abwehr der Stare und zum Schutz der Weingärten durch eine neue Technologie genutzt werden.

Wir werden daher diesem Gesetzesentwurf unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Hohes Haus! Im Oktober des Vorjahres hat die ÖVP die Ermöglichung von Einsätzen von Flugdrohnen zur Vertreibung von Staren gefordert. Die Kollegin Stampfel hat die fachliche Sicht ausgeführt. Es ist oft für Weinbauern ein ganz schwerer Tag, wenn sie merken, dass die Arbeit eines Jahres möglicherweise komplett vergebens war, wenn sich Schwärme von Staren, gerade im Seewinkel, auf diese Weingartenflächen stürzen.

Die bisherige gesetzliche Regelung hat nicht ausgereicht, um auch den Einsatz von unbemannten Flugdrohnen zu ermöglichen. Eine Änderung des Pflanzenschutzgesetzes war daher notwendig. Ich bin sehr froh, dass es der ÖVP relativ rasch gelungen ist, die Meinungsbildung so weit zu dominieren, dass wir mit diesem Antrag damals auch imstande waren, so eine rasche gesetzliche Regelung hier im Burgenländischen Landtag zustande zu bringen. Ich bin sehr froh, dass das heute auch geschehen soll.

Sie wissen, dass es bisher möglich war, mit Verordnung der Gemeinden, mit Verordnung der Landesregierung, mit Kleinflugzeugen, mit Knallkörpern, mit Jägern, mit Weingartenhütern, aber auch mit Greifvögeln unter Aufsicht einer zur Beizjagd ausgebildeten Person, die Starebekämpfung durchzuführen. Wenn nunmehr mit dem heutigen Beschluss dieses Pflanzenschutzgesetz so geändert wird, dass auch der Einsatz von Flugdrohnen möglich ist, so freuen wir uns. Die ÖVP wird dem gerne zustimmen.

Ich möchte nur noch einen Satz dazu sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil heute dieser Sager immer wieder gefallen ist. Er ist nicht so gefallen, wie er bei mir angekommen ist. Angekommen ist er bei mir so in Richtung GRÜNE, ich habe dem Budget nicht zugestimmt, ihr habt da überhaupt nichts mehr mitzureden. So ähnlich tönt es hin und wieder von der Seite der Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem ist natürlich nicht so! Ich spreche also für meine Partei, also für die Österreichische Volkspartei, wir haben einem Budget zugestimmt, wir haben einen Abänderungsantrag zu diesem Budget, das beschlossen wurde, eingebracht.

Dieser Abänderungsantrag hat in insgesamt drei Punkten in dem von der Landesregierung vorgelegten Budgetentwurf differiert. Es ist nämlich, und wir werden heute noch darüber reden, um eine Dürreversicherung, über einen Beitrag zur Dürreversicherung in der Landwirtschaft, gegangen.

Es ist darum gegangen, dass die Landesumlage für die Gemeinden abgeschafft werden soll. Es ist darum gegangen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Handwerkerbonus verdoppelt werden soll. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Handwerkerbonus, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist mittlerweile genau dort, wo wir ihn hin wollten, nämlich, verdoppelt im Interesse der Wirtschaft, im Interesse jener, die „nicht mit Schwarzarbeit“ sich zu Hause Kleinigkeiten erledigen lassen wollen. Die Landesumlage ist das, was geblieben ist. Denn, ich hoffe doch, dass es gelingen wird, gerade wegen der Dürreversicherung hier eine entsprechende Meinungsbildung auch auf Landesebene zu erreichen.

Frau Landesrätin! Sie sind aufgerufen, hier im Interesse der Landwirte im Interesse der Landwirtschaft, tätig zu werden, dass das, was notwendig ist, dass auf Landesebene die Kofinanzierung sichergestellt wird, damit auf Bundesebene die bereitgestellten 50 Millionen Euro auch entsprechend ausgelöst werden können. Aber, ich bin überzeugt, dass das heute am Nachmittag noch ein Thema sein wird. Als einer der Weinbauern, und das sage ich auch ganz klar, lege ich großen Wert darauf.

Die Weinbauerinnen und Weinbauern können sich auf die Österreichische Volkspartei, so wie in der Vergangenheit, auch künftig hin verlassen. Der Gesetzesnovelle stimmen wir gerne zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Bevor ich in diese Thematik einsteige, ein kleiner Sidestep noch, und zwar zu einer Presseaussendung der ÖVP von voriger Woche, wo die ÖVP sich vor das Landhaus gestellt und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Rechtsberatung angeboten hat. Ich finde das auf einer Seite skurril, auf der anderen Seite sehr zynisch, denn das eine zu sagen vor dem Landhaus vorige Woche, und das andere 300 Meter von da entfernt zu leben.

Was passiert da im Rathaus vorne, wenn mehrere Mitarbeiter in den letzten Jahren klagen mussten? Klagen um ihr Gehalt, um ihr Einkommen. Sie haben 15 bis 20.000 Euro bekommen. Der Bürgermeister von Eisenstadt, Steiner, hat nichts daran gefunden, externe Rechtsanwälte für diese Anliegen zu bestellen und wollte eigentlich, dass diese Mitarbeiter das nicht bekommen. Er wollte ihnen das streitig machen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es zieht sich heute wirklich schon in der ganzen Debatte durch, dass der Herr Wolf hergeht, den ÖGB praktisch schlecht redet, dann werden Rettungsorganisationen schlecht geredet oder einem einfachen Gesetz, wo man sagt, man will die Wertschätzung

gegenüber allen Rettungsorganisationen, nicht zugestimmt. Es ist also wirklich unglaublich, wie sich die ÖVP hier verhält. Aber, der Herr Parteiobmann ist ja heute nicht anwesend. Er ist heute in Innsbruck, aber wahrscheinlich gibt es irgendetwas Wichtigeres.

Meine Damen und Herren! Kommen wir zum Gesetz, zur Änderung des Burgenländischen Pflanzenschutzgesetzes 2003, die den Einsatz von Drohnen ermöglicht. Wie ist eigentlich der bisherige Stand? Die Vertreibung der Stare war durch Schussanlagen und Kleinflugzeuge möglich.

Das bedeutete aber Nachteile für Umwelt und Tourismus. Aber, nicht nur das, sondern auch Lärmbelästigung durch Schüsse und Flugzeugmotoren störten Touristen und Anrainer und natürlich auch die Schadstoffemissionen durch Flugzeuge.

Aber auch die Gefahr der Flugzeugeinsätze, der tiefffliegenden Flugzeuge, ist gleichermaßen für Piloten und Umwelt gegeben. Wir haben das vor zwei Jahren im Burgenland leidvoll erkennen müssen. Da ist ein Pilot wieder tragisch ums Leben gekommen. Daher ist eine zeitgemäße Lösung unbedingt notwendig, nämlich, der Einsatz von elektrisch betriebenen Drohnen. Das ist ein schon lang gehegter Wunsch von vielen Winzerinnen und Winzern.

Dir, Frau Landesrätin, darf ich wirklich einmal Danke sagen im Namen der Winzerinnen und Winzer. Viele haben mich angesprochen und gesagt: Endlich tut sich hier etwas, endlich geht da etwas weiter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dieses Gesetz schafft die Voraussetzungen, in einem Pilotversuch den Einsatz von Drohnen möglich zu machen. Den werden wir auch demnächst dann präsentieren. Aber natürlich ist auch der verantwortungsvolle Einsatz der Technologie sichergestellt. Der Einsatz von Drohnen der Klasse 1 erlaubt, dass über 150 kg verboten sind, und die Austro Control hat natürlich sehr strenge Richtlinien für diesen Drohneneinsatz.

Die Verordnung regelt den Einsatz aller Vertreibungsmethoden von Staren in jeder Gemeinde, die um Maßnahmen angesucht hat. Die bestehenden Naturschutzbedingungen, zum Beispiel Vogelschutz, werden natürlich nicht tangiert, denn der Umweltschutz muss weiter in vollem Ausmaß auch gewährleistet sein. Das ist dabei ganz wichtig.

Die Landesregierung geht neue Wege, auch bezüglich der Problemlösung mit den Staren. Wir setzen auf innovative, moderne Lösungen. Hier spiegelt sich die Entwicklung des burgenländischen Weines eigentlich wider. Diese Gesetzesänderung, meine Damen und Herren, bringt mehr Sicherheit, als wie ich vorher erwähnt habe. Weniger Flugzeugunfälle, weniger Lärm und Schadstoffemissionen. Dieser Drohneneinsatz wurde sehr lange diskutiert und jetzt endlich von Landesrätin Dunst möglich gemacht. Herzlichen Dank dafür.

Wir werden natürlich diesem Gesetz zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Interessant bei dieser gesetzlichen Änderung ist, dass wir auf Pflanzenschutzgesetz ausschließlich mit dem Einsatz von Drohnen reagieren. Aber, grundsätzlich ist diese gesetzliche Maßnahme, dieses Gießen einer Variante und einer an sich in der Landwirtschaft schon in vielen Bereichen üblichen Einsatzvariante, nämlich auf

Flugdrohnen bezogen auf Starebekämpfung, absolut zu unterstreichen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe unlängst im Hohen Haus über das Kapital Smart-Farming gesprochen. Alles, was den technologischen Einsatz in der Landwirtschaft bedeutet, wird eigentlich in Zukunft noch viel stärker betont werden. Wir haben GPS und andere technische Innovationen schon lange in der direkten landwirtschaftlichen Nutzung.

Ein Kapitel, das heute auf der Tagesordnung steht, ist eigentlich zum Schutz von Menschen, aber in der Hauptsache zum Pflanzenschutz angedacht. Es ist ein sehr CO2 neutraler Einsatz, der stattfinden wird und der aber hauptsächlich auch menschengerecht stattfinden wird, weil ein absolut umstrittenes Kapitel hoffentlich damit der Vergangenheit angehören wird, nämlich, der Einsatz von Flugzeugen zur Starebekämpfung und, wie es meine Vorredner schon angesprochen haben, damit zum Leidwesen oft mit Menschenleben geahndet beziehungsweise mit Menscheneinsatz, wo Menschen ums Leben kommen, weil sie sich für diesen Einsatz zur Verfügung stellten.

Meine sehr geehrter Damen und Herren! Die Zukunft dessen, was landwirtschaftlich Sicherung anlangt, wird aufgrund des Klimawandels auch in anderen Bereichen von absoluter Notwendigkeit sein. Wir werden demnächst eine Diskussion führen, wo es auch darum geht, welche Möglichkeiten zur Vorsorge zur Prävention auf eventuelle Schadensfälle den Landwirten zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Landwirtschaft kann auf Dauer unter den Voraussetzungen, die der Weltmarkt bei der Preisgestaltung bietet, nicht reüssieren.

Daher ist das nicht nur im Milchbereich, sondern auch in anderen Bereichen gegeben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Problem auch herunterzubrechen auf die Fördersituation, zum Beispiel bei Trockenheit und Dürre, Hagel und wie immer auch, und der Beitrag des Landes, der heute eingefordert wird, ist mit Sicherheit keine umstrittene, sondern eine gebotene Maßnahme, denn jede Art von Katastrophe, die nachträglich behandelt werden muss, ist mit Sicherheit teurer in der Umsetzung, als eine vorher gesetzte Unterstützung bei der Milderung, wenn eine Eventualität in diesem Sinne stattfindet.

In der gesetzlichen Umsetzung auf den Einsatz von Drohnen zur Starebekämpfung ist eigentlich nur zuzustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich könnte man ja ein bisschen flapsig sagen: Macht Euch das im Eisenstädter Gemeinderat aus. Aber, Herr Kollege Kovacs, wenn Sie heute hier sich Sorgen um die Rechtsberatung und Rechtskosten machen, dann darf ich etwas hier im Landtag erwähnen, was mich eigentlich erschüttert hat und was weit über die heute schon genannte wenige Wertschätzung gegenüber dem Burgenländischen Landtag hinausgeht.

Sie haben vielleicht mitbekommen, die ÖVP hat in zwei E-Mails an alle Mitarbeiter des Landes das Angebot gerichtet, kostenlose Rechtsberatung für alle anzubieten, die gerne möchten, die versuchen, gleichzeitig parallel neben anderen Möglichkeiten, ob das

über die Personalvertretung ist oder die gewerkschaftliche Vertretung, sich auch über den ÖVP-Klub Rechtsberatung zu holen.

Jetzt wollte ich, nachdem mittlerweile sieben Personen das Angebot angenommen haben, persönlich mit einem Anwalt zu reden, im Übrigen einen, den uns die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst empfohlen hat. Zehn Personen haben dann per E-Mail oder am Telefon den Kontakt mit diesem Rechtsanwalt gesucht und sich beraten lassen, sind 17 Personen. Kann man sagen, bei tausenden Angestellten vielleicht nicht die Masse. Aber, trotzdem ist es ein Angebot. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Daraufhin haben wir gewusst, es gibt jetzt die endgültige Veränderung innerhalb der Struktur in der Landesverwaltung.

Wir haben dieses Angebot wiederholen wollen. Siehe da! Diese E-Mail lässt sich nicht, wie gewöhnlich, an den Verteiler versenden, damit alle Mitarbeiter des Landes diese Information haben können.

Nach kurzer Recherche wurde uns mitgeteilt, die Landesamtsdirektion hat angeordnet, verboten, dass die Klubs, natürlich alle Klubs, es ist ja auch nicht notwendig, man hat ja auch die Möglichkeit noch über Regierungsmitglieder Informationen an alle Mitarbeiter zu versenden. Alle Klubs wurden von dieser Möglichkeit abgeschnitten, die Mitarbeiter per E-Mail zu erreichen. Ich lasse mir schon einreden, dass man dieses Instrument nicht Übergebühr nutzen darf, dass man hier sorgsam damit umgehen muss, welche Informationen man hinausgibt. Nicht nur deshalb, damit natürlich auch die Information gelesen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daraufhin hat die ÖVP einen möglichen Schritt gemacht. Wir haben gesagt, wir werden dann eben die Mitarbeiter mittels Brief und mittels übergroßen Briefs vor dem Landhaus informieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir lassen uns von niemandem den Mund verbieten, denn es geht hier nicht um parteipolitisches Interesse, *(Abg. Robert Hergovich: Sehr wohl! Natürlich! Die Mitarbeiter hier politisch zu instrumentalisieren!)* sondern es geht darum, dass Menschen die Gelegenheit bekommen, zu ihrem Recht zu kommen. Damit die Menschen die Möglichkeit haben, die im Landesdienst sind, die Chance haben, sich völlig unabhängig an einen Rechtsanwalt zu wenden, den die Gewerkschaft, die Sie heute hier verteidigt haben, uns genannt hat. *(Abg. Robert Hergovich: Ihr wollt die Gewerkschaft abschaffen. Für das ist die Personalvertretung da.)* Darum geht es. Um recht zu bekommen und die Möglichkeit, die Betroffenen direkt zu erreichen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch ein Beispiel bringen, das mich doch ein wenig nachdenklich stimmt. Im Jänner dieses Jahres haben wir eine Initiative gestartet. Gemeinsam mit Vertretern der Landwirtschaft wurde ich darauf hingewiesen, dass es eigentlich schade ist, dass regionale Produkte, die im Burgenland zumindest saisonal in bester Qualität vorhanden sind, nicht Eingang in die Küchen der landesnahen Betriebe und Unternehmungen finden.

Was hat Rot-Blau aus diesem Antrag gemacht? Es bleibt alles beim Alten. Am 25. Feber haben wir einen Abänderungsantrag bekommen. Es ist alles in Ordnung. Bei bester Qualität. Es muss ja nur beim Bestbieterprinzip auf die Regionalität geschaut werden. Was sehe ich im Juni? Im Juni - einige Monate später - präsentiert die Frau Landesrätin Dunst genau diese Idee und favorisiert es. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bedanke mich, Frau Landesrätin. Ich finde das auch in Ordnung. Wir haben uns selbst den Anspruch gestellt, eine starke Alternative zu sein, Ideen zu bringen und anzubieten, auch wenn wir nicht die Möglichkeit haben, in Regierungsfunktionen das umzusetzen. Ich finde es nur schade, dass man zuerst einen Abänderungsantrag braucht, der erst alle anderen zeigen lässt: Wir sind hier diejenigen, die sagen, wo es lang geht. Dann greift man die Idee später selber auf.

Dasselbe ist beim heutigen Gesetzesbeschluss. Wir haben einen Initiativantrag eingebracht hinsichtlich der Verwendung von Drohnen bei der Starebekämpfung. Wir waren sogar soweit, dass wir gesehen haben, in dem Moment wo die Begutachtung begonnen hat, braucht es doch keinen Entschließungsantrag im Landtag. Wir müssen doch nicht dreimal zum selben Thema reden nur des Redens willen. Wir haben diesen Antrag zurückgezogen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind zwei kleine Beispiele, wie wir uns als Oppositionspartei einbringen. Ich möchte hier nur anmerken, es wäre gut, wenn diese Chancen auch wahrgenommen werden. Wir unsererseits sind dazu bereit.

Wenn heute, Kollege Haidinger, so genau erklären konnte, warum er aus seiner Sicht absolute Rechtsstaatlichkeit hier die Rede hält, nämlich dass es keinerlei Probleme gibt beim vorigen Gesetzesbeschluss, wenn mittels Bescheid eines Regierungsmitgliedes, oder dann des Kollegialorganes Regierung, der Landtagsbeschluss ausgehebelt wird, sehr geehrter Herr Kollege, das stimmt.

Aber, das ist eine Auffassung von Rechtsstaatlichkeit. Man kann genau dasselbe Beispiel umgekehrt sehen und das hat die Kollegin Benkö und Kollege Strommer hier kundgetan. *(Ein Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Petrik!)* Entschuldigung, Petrik, kundgetan.

Das möchte ich Ihnen sagen. Genau darum geht es. Verschiedene Meinungen zu haben ist notwendig und dann wird eben abgestimmt. Aber daraus herauszulesen, dass man irgendjemanden gering schätzt, Kollege Kovacs, da haben Sie uns nicht verstanden oder uns nicht zugehört. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke, Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter, Herr Klubobmann um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es war ja jetzt ziemlich demaskierend und eigentlich hat man jetzt die Intention dahinter gesehen, was da wirklich im Schilde geführt worden ist. Es ist richtig, allen Klubs wurde der Zugang entzogen. Ich kann mich nicht erinnern, dass sich der Kollege Molnár aufgeregt hat, ich habe damit auch kein Problem, nur ein einziger Klub hat damit ein Problem.

Die Frage stellt sich: Warum? Ich könnte schon interpretieren warum, weil unter Umständen sie eigentlich nur die Parteipolitik in die Verwaltung tragen wollen und jedes Mittel ist ihnen da offenbar recht. Denn es ist grundsätzlich die Aufgabe der Personalvertretung, für Ordnung zu sorgen, wenn irgendwo etwas beim Dienstgeber nicht stimmt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Personalvertretung, ich darf das so sagen, macht es über die Parteigrenzen hinweg ausgezeichnet. Jetzt frage ich mich: Ist die FCG kein verlässlicher Partner mehr für sie? Ich würde das so nicht behaupten. Oder haben Sie etwas anderes im Schilde?

Nämlich, Parteipolitik in die Verwaltung zu tragen? Das lehnen wir ab. Egal von welcher Partei!

Das gehört sich nicht und es wäre auch gut, wenn Sie sich daran halten würden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin um Ihre Ausführungen.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Herzlichen Dank für die Zustimmung, die Sie durch Ihre Rednerbeiträge geliefert haben. Ich denke, es geht um die Winzerinnen und Winzer. Unser burgenländischer Wein ist hervorragend aufgestellt. Der Export ist sehr hoch. Man findet kaum Länder, wo unsere guten burgenländischen Weine nicht gut aufgestellt sind, vor allem auf den Weinkarten zu finden sind und auch gerne nachgefragt werden.

Von hier aus eine herzliche Gratulation an alle Winzerinnen und Winzer. Ich würde mir in vielen Bereichen wünschen, dass wir so gut aufgestellt sind, wie im Wein. Hervorragende Qualität, Internationalität und vor allem auch Verlässlichkeit. Daher Gratulation, glaube ich, an alle, von uns allen. Wir sind stolz darauf, was sich hier in den letzten Jahren getan hat. Eine wichtige Voraussetzung, damit diese Erfolgsgeschichte im Wein weiter geht, ist natürlich, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen passen.

Das ist und war immer ein Teil: Wie kann man sich von anderen Ländern und deren Weinprodukten unterscheiden? Ich denke, dass es hier dem Bundesgesetzgeber, der Regierung, aber vor allem auch dem Nationalrat gelungen ist, mit der letzten Novellierung zum österreichischen Bundesweinbaugesetz, dass hier mit der Qualität und Regionalitäts-Marke, nämlich, dass bei uns in Zukunft, nachdem das Gesetz dann in Kraft tritt, wird dann stehen: Aus dem Burgenland.

Herkunft und Regionalität findet sich also noch mehr als bis jetzt auf unseren Weinflaschen und Weinerzeugnissen. Ich denke, genau das wird es ausmachen, dass wir diesen guten burgenländischen Weg des Weines hier fortsetzen können. Aber, eines sage ich, meine Damen und Herren, zurücklehnen und auf den Erfolg anzustoßen ist gut und richtig, aber wir müssen auch schauen, dass wir die Winzerinnen und Winzer auf ihrem Weg weiterhin begleiten. Nämlich, an der Weltspitze, an der Österreichspitze zu bleiben.

Das wird nicht einfach werden, aber ich schaue jetzt da den Abgeordneten Brandstätter an. Gols ist die größte Weinbaugemeinde Österreichs. Da müssen wir natürlich auch daran arbeiten und das ist auch gut und richtig so. Innovation - auch im Weinbau - ist angefragt. Wir haben heute, die ÖVP gibt uns ja, Gott sei Dank, und ich freue mich sehr darüber, die Möglichkeit im Rahmen der dringlichen Anfrage, hier die Landwirtschaft in den Mittelpunkt zu stellen.

Da wird vieles noch kommen, aber vor allem auch, dass wir uns überlegen müssen, wie schaut der innovative Weg aus in neuen Sorten und auch im Wein? In Rebsorten, die einfach mehr aushalten, die resistenter sind gegen das, was uns die Wetterkapriolen, das ist uns vorher auch schon gesagt worden, da von oben her beschert.

Der nächste Schritt war zu tun, Bundesgesetz und so weiter. Klar ist, dass wir auch jetzt den Schritt setzen. Ich setze ihn gerne. Ich freue mich, dass das ohnehin alle haben wollen. Gut, dass ich das jetzt auch mache. Der Drohnenansatz ist unbedingt notwendig. Sie haben das vorhin auch schon klar gesagt. Nachdem vieles passiert ist und Menschen zu Schaden gekommen ist, und da gebe ich ihnen recht. Einer von Ihnen hat gesagt, es

geht auch um den Schutz der Menschen - stimmt. Es geht um den Schutz der Natur, letztendlich auch über das Thema Tourismus wäre zu reden.

Es wundert mich nicht, dass der eine oder andere Tourist und Touristin sich schon darüber oft beschwert hat, dass man sich manchmal wie im Kriegsgebiet vorkommt, wenn dann die Zeit der Stare ist, verstehe ich. Auch die Anrainer, da gibt es viele Anrainerbeschwerden. Da können wir jetzt natürlich sukzessive schauen. Was tue ich? Nicht nur, dass ich hier das alles vorbereitet habe, sondern gleichzeitig kann ich Ihnen sagen, dass ich bereits an einem Pilotprojekt arbeite, weil das Gesetz natürlich dann auch in die Praxis umgesetzt gehört.

Ich werde in wenigen Tagen, es hat mir zwar niemand einen Antrag geschickt, oder einen Abänderer oder mir den Rat gegeben, Gott sei Dank gibt es viele Winzerinnen und Winzer, mit denen ich im Gespräch bin, ein Start-up, das unglaublich gut vorbereitet ist und dann auch burgenländisch begleitet wird. Mit einem Projekt, das zeigt, wie man diese Drohnen dann auch einsetzen kann.

Ich kann allen, die hier vielleicht Sorge gehabt haben im Vorfeld auch sagen, dass natürlich auf den Naturschutz hier sehr Acht gegeben wird und in der Vorbereitung hier auch der Dr. Ranner zuständig ist, meine Regierungskollegin, das alles begleitet hat und auch diesen Piloten begleiten wird, den ich in wenigen Tagen vorstellen werde.

Daher noch einmal, herzlichen Danke für Ihre Zustimmung. Der nächste Schritt, innovative Winzer, innovativer Weinbau braucht auch diesen Einsatz. Herzlichen Dank dafür und ich freue mich, dass ich nach dem Uhudler jetzt mit dem Drohneneinsatz den nächsten Punkt setzen kann. Danke Ihnen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordnete, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflanzenschutzgesetz 2003 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag.a Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Burgenländischen Landwirtschaft

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zu Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag.a Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Burgenländischen Landwirtschaft, Zahl 21 - 208, Beilage 448. Da die Behandlung spätestens und 15.00 Uhr zu erfolgen hat und ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Es sollte uns bei allem bewusst sein, dass auf den Feldern die Lebensmittel angebaut werden, die uns jeden Tag ernähren. Wir sollten ebenso klar sehen, dass auf den Weiden und in den Ställen, aber auch in den Teichen und Seen, jene Tiere heranwachsen, die viele Menschen genussvoll essen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Unsere Landwirtschaft ernährt uns auf hohem Niveau und mit ausgezeichneten Leistungen der Menschen, die in diesem Bereich arbeiten. Diesem Vorwort der Frau Landesrätin, vielleicht können Sie sich erinnern, im Grünen Bericht 2014, wo die hervorragenden Leistungen der Burgenländischen Landwirtschaft beschrieben werden, stimme ich voll inhaltlich zu.

Ich freue mich auch über Ihr Lob, dass diese Beschlussfassung über die Starebekämpfung über die Drohnen heute erfolgt ist. Ich freue mich auch über Ihre Einsicht, dass auch in landesnahen Betrieben und in Landesbetrieben endlich regionale Produkte forciert werden und ich hoffe doch, dass hier auch dieser Ernteversicherung schneller wie bei anderen Beschlüssen, zustimmen werden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ganz einfach zu wenig immer wieder die Wichtigkeit der burgenländischen Landwirtschaft bei den verschiedensten Anlässen und Angelegenheiten zu betonen, gleichzeitig aber unsere Anträge zur Unterstützung der bäuerlichen Betriebe, wie in anderen Bundesländern geschehen, ich erinnere auf unseren Antrag auf Übernahme von 25 Prozent der Sozialversicherungskosten für das vierte Quartal im Jahr 2015 und auch natürlich an die Prämie von 25 Prozent für die Ernteausfallversicherung, dass das immer wieder abgelehnt wird.

Unbestritten ist jedoch, dass die burgenländischen Landwirte mit ihren Erzeugnissen und durch die Landschaftspflege einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, neben der ohnehin schon angespannt gesamtwirtschaftlichen Situation, wie geringe Getreide-, Fleisch- und Milchpreise, sowie dem Russlandembargo, sorgt der Klimawandel und die damit zusammenhängenden immer öfter auftretenden Wetterextreme für teilweise existenzgefährdende Probleme.

Aus der bereits erwähnten Gründung ist die Lage für die bäuerliche Bevölkerung sehr ernst und in vielen Fällen existenzbedrohend. Auf Grund dieser schwierigen Lage bringen wir heute diesen Dringlichkeitsantrag ein, um der bäuerlichen Bevölkerung und somit allen vor- und nachgelagerten Bereichen des ländlichen Raumes zu helfen.

Viele Arbeitsplätze hängen davon ab. Wenn wir noch mehr Wertschöpfung in diesem Bereich verlieren steigen hier automatisch die Arbeitslosenzahlen und das darf nicht sein. *(Beifall bei der ÖVP – Die Abgeordneten der ÖVP stellen Taferl mit der Aufschrift „Stirbt der Bauer – stirbt das Land!“ auf ihre Tische.)*

Wir wissen natürlich, dass seit Jahren die globale Durchschnittstemperatur zunimmt, mit steigender Tendenz auf die Folgen für die Landwirtschaft unter anderem hohe Hitzebelastung auf ganz spezielle Kombination mit Trockenheit, ein Anstieg der Niederschlagsintensität bei Gewitter, die Verlagerung des Niederschlages aus der Vegetationsperiode im Winter dadurch Sommertrockenheit und Hitzebelastung und stark reduzierter Bodenwassergehalt in der zweiten Sommerhälfte. Aber die in den letzten Jahren häufiger werdenden extremen Wettersituationen, Hagel, Überschwemmungen durch Starkregen und Gewitter, sowie Dürre durch anhaltende Hitze setzen der heimischen Landwirtschaft immer schwerer zu. Die daraus resultierenden massiven Schäden und Ernteeinbußen bewegen sich in Millionenhöhe.

Damit unsere Bauern weiterhin für Produkte mit bester heimischer Qualität und Vielfalt sorgen und einen wesentlichen Beitrag zur Kultur- und Landschaftspflege leisten können, bedarf es daher entsprechender Unterstützung. Es braucht tragfähige Lösungen um die erwähnten Risiken abzufedern.

Der Nationalrat, Herr Landesrat, hat als Reaktion auf diese Probleme mit großer Mehrheit, mit Ausnahme der NEOS beschlossen, die staatliche Bezuschussung der Versicherungsprämien für Witterungsschäden auf Dürre, Sturm, starke oder anhaltende Regenfälle auszuweiten. Denn bisher wurden, nur zur Information, die Versicherungsprämien für Frost und Hagelschäden bezuschusst. Diese umfassende Versicherung ist wirklich ein gutes Angebot an die Bäuerinnen und Bauern die es sich leisten können. Es ist ein wichtiger Anreiz sich zu versichern.

Es ist auch eine wesentliche Weiterentwicklung des Versicherungssystems in Richtung einer umfassenden Ernteversicherung. Der Bund übernimmt damit 25 Prozent der entsprechenden Versicherungsprämien, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sich auch das jeweilige Bundesland mit ebenfalls 25 Prozent Prämienbezuschussung beteilig.

Ohne die entsprechende Bezuschussung durch das Land Burgenland werden daher die burgenländischen Landwirte massiv benachteiligt, da sie auch nicht in den Genuss der bundesweiten Unterstützung gelangen können.

Zur Unterstützung von betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben bei Akutschäden durch die heurige Frostkatastrophe stellt der Nationalrat zusätzlich eine einmalige Soforthilfe seitens des Bundes zur Verfügung, auch hier ist das Land Burgenland daher dringend gefordert ebenso aktiv zu werden.

Wir bereits in der Petition des Burgenländischen Bauernbundes gefordert, erwarten wir von der Burgenländischen Landesregierung den bestehenden Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Bundesländern wie Niederösterreich, Oberösterreich oder die Steiermark, die die Kofinanzierung bereits umgesetzt haben, zu beseitigen und endlich aktiv zu werden. *(Zwischenruf von Landesrat Norbert Darabos.)*

Endlich aktiv zu werden! Deshalb fordern wir mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag die Landesregierung auf: Erstens, die öffentlichen Prämienzuschüsse in Höhe von 25 Prozent für Hagel und Frost auf weitere wesentliche Elementarversicherungsprämien wie Schäden nach ungünstigen Witterungsverhältnisses, Dürre, Stürme, starke oder anhaltende Regenfälle zu erweitern und somit die Voraussetzung zu schaffen, dass auch die Übernahme von weiteren 25 Prozent die entsprechende Versicherungsprämie durch den Bund in Anspruch genommen werden kann. *(Beifall bei der ÖVP)* Zweitens, den im heurigen Jahr betroffenen Landwirten zur Unterstützung bei Akutschäden eine finanzielle Soforthilfe für frostgeschädigte, landwirtschaftliche Betriebe im Burgenland zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der ÖVP)

Sie können mit Ihrer heutigen Zustimmung beweisen, dass Ihnen die Bäuerinnen und Bauern mit ihrer wertvollen Arbeit für die Gesellschaft wichtig sind und nicht nur in Sonntagsreden. Schaffen wir doch gemeinsam gute Rahmenbedingungen für unsere bäuerliche Landwirtschaft, damit wir auch in Zukunft mit täglichen, frischen, einheimischen Lebensmitteln versorgt werden.

Uns muss jeder Arbeitsplatz im ländlichen Raum wichtig sein, denn: Stirbt der Bauer, stirbt das Land! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dringlichkeitsantrag, selbstverständlich, aber liebe ÖVP, wie viele Jahre habt Ihr die Landwirtschaft in diesem Land geführt? Wie viele Jahre habt Ihr im Bund die Landwirtschaft über gehabt und noch immer in der Hand und da frage ich mich, nicht nur ich mich, sondern viele Zuschauer und Zuhörer – „Stirbt der Bauer, stirbt das Land".

Ich komme aus einem Bauernhaus und ich weiß was sich dort alles in der letzten Zeit getan hat. Es wurde ihnen wirklich die Existenz entzogen und das geht so weiter. Und jetzt sind Sie nicht mehr in Verantwortung im Land, aber im Bund sehr wohl. Aber da gibt es viele Dinge die ich aufzeigen will und wo ich mich erinnern darf, wo die Bauern tatsächlich vieles dazu beigetragen haben, dass ein Land so klein strukturiert und so schön ist, das darf man nicht vergessen.

Pflege der Landschaft, Frau Landesrätin, unser guter Wein unsere vielen Möglichkeiten die wir haben. Dann gibt es den großen Aufschrei, die Milchbauern! Die Milchbauern sind in welchen Händen? Wer bestimmt das Ganze? Wer bestimmt den Preis? Wenn ich mir das anschaue, in den Medien lese ich unsere Bauern brauchen dringend Hilfe der Politik. Sie bringen einen Dringlichkeitsantrag ein, wo Sie Jahrzehnte eigentlich die Möglichkeit gehabt hätten hier in diesem Land, im Bund und auch in der EU, und wenn wir die EU strapazieren wollen und müssen, dann muss ich Euch schon eines dazusagen. *(Abg. Walter Temmel: Das werden wir eh tun.)*

Das ist eine Erweiterung, Herr Kollege, das tut mir direkt weh, wenn ich das wirklich mir anschauen muss, weil ich gebe Ihnen schon Recht: Stirbt der Bauer, stirbt das Land! Was haben wir dazu beigetragen? Was haben Sie dazu beigetragen in den letzten Jahren oder Jahrzehnten, dass die sterben meine ich, das ist das Problem. Ich bin der festen Überzeugung, dass es fast schon fünf nach 12 ist mit unseren Bauern. Denn, was geschieht mit unserer Landschaft? Ich sehe nur mehr überdimensionierte Traktoren, Geräte durch die Gegend fahren. Wir müssen uns als Bürgermeisterin und Bürgermeister auch jetzt einmal umschauen, wie schauen unsere Güterwege aus? Wie schaut das Ganze aus? Da hat sich noch niemand Gedanken gemacht.

Dann hat es Förderungen gegeben. Dann hat es ja diese Transparenzliste gegeben, wo man nachschauen konnte, was tatsächlich die Bauern alles subventioniert bekommen haben, oder Förderungen gekriegt haben. Soll so sein. Ich bin auch dafür, dass man das unterstützt. Nur, ich denke, die Politik hat in den letzten Jahren einiges verabsäumt. Jetzt noch einmal, wenn heute ein Dringlichkeitsantrag ins Haus steht und wir darüber diskutieren, dann sollte man sich aber tatsächlich bei der eigenen Nase nehmen und sagen, wie können wir unser Klientel, wo ihr glaubt, dass das Euer Klientel ist, das ist es schon lange nicht mehr, das sage ich Euch auch gleich, die wählen auch andere, das ist das Nächste nämlich was passiert.

Ihr geht nicht hinaus zu Euren Leuten. Geht in eine Landwirtschaft, in eine kleinstrukturierte Landwirtschaft, nicht die, die 500, 600 Hektar haben, geht in kleinstrukturierte Landwirtschaften! Ich kann mich noch erinnern, „SS-Bauern" haben sie uns genannt. Samstag-, Sonntagbauern, wo ich noch brav mitarbeiten musste, Samstag und Sonntag. Jetzt, der Bauer arbeitet selber ja nichts mehr, der Landwirt der große.

(Abg. Walter Temmel: Na geh. – Abg. Mag. Michaele Resetar: Geh bitte.) Na wartet ein bisschen, Entschuldigung, aber jetzt sage ich Euch schon etwas.

Ich nehme Euch einmal mit auf eine Rundreise durch das Burgenland und auch der Herr Niki Berlakovich ist so einer. Ich sage es Euch gleich mit dieser Deutlichkeit, weil er immer in den Medien aufscheint und er ist der große Vertreter der Bauern. Da tut mir das Herz weh, wenn ich das sehe und höre. (*Abg. Walter Temmel: Geistige Arbeit ist auch eine Arbeit.)*

Da bin ich schon bei Dir, aber da müsstest Du einmal nachdenken. Das sage ich Dir jetzt auch gleich mit dieser Deutlichkeit, weil so kann es bei Gott nicht sein, dass ich hergehe, mir ungarische Arbeitskräfte hereinhole, die Weingärten schneiden lassen, die Traktorfahrer sind und dergleichen mehr, weil wir heute hier über Arbeitsplätze und ausländische Arbeitskräfte diskutiert haben.

Macht einmal eine Aufstellung in der Landwirtschaft, wie viele Helferinnen und Helfer aus dem Ausland in dieser Branche arbeiten. Und ich habe mich einmal vor der Wahl klar und deutlich ausgedrückt und habe gesagt, wir haben genug Arbeitslose die diesen Job machen können. Aber die Frage ist, (*Abg. Walter Temmel: Wollen.)* wollen und wer zahlt wie viel und das ist der Punkt und da ist der Kreislauf der sich schließt, irgendwann einmal.

Ich bin nicht gegen die Bauern. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar.)* Frau Landtagsabgeordnete, ehemalige Landesrätin, Sie haben die Chance gehabt zehn Jahre lang das zu ändern*. (Abg. Doris Prohaska: Genau.)* Ich hoffe, dass heute durch diese Diskussion endlich einmal alle munter werden, weil es wäre wirklich schade, wenn unsere Landwirtschaft, speziell im Süden und auch im Norden gibt es dementsprechend Flächen die so bewirtschaftet werden müssen.

Und heute haben wir die Diskussion gehabt, oder Fragestunde, Wasser, Abwässer und dergleichen mehr, und auch hier hat die Landwirtschaft eine große Rolle eingenommen. Ich hoffe, dass wir auch dort einen gemeinsamen Weg finden mit Nitrate und dergleichen mehr, weil, das war auch nicht alles in Ordnung.

Oder, beim Uhudler haben wir diskutiert, über den Uhudler über den Wein, aber nicht das sie ausgesetzt haben über die Gesetzeslage. Das war eigentlich das Entscheidende. Das wir den Uhudler jetzt auf eine richtige Schiene gebracht haben, ist in Ordnung.

Eines muss ich schon sagen, seitens der ÖVP, liebe Freunde. Die Frau Dunst und jetzt bin ich nicht ihr Verteidiger, oder irgendwas, hat in den letzten Wochen, Monaten, so glaube ich, mehr auf die Füße gebracht, wie Ihr die letzten 10 Jahre.

Dankeschön*. (Beifall bei der LBL, SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Rednerbeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen von der ÖVP! Lieber Kollege Temmel! Ich bin ja grundsätzlich bei Euch, natürlich haben es die Bauern und Bäuerinnen, übrigens auf die Ihr wieder einmal vergessen habt, nicht leicht zurzeit. (*Unruhe bei der ÖVP)*

Das ist ja keine Frage. Ich meine, wer ist mit daran schuld, verantwortlich? Soweit ich mich zurückerinnern kann, solange ich auf der Welt bin, glaube ich, liegt das Ressort

in schwarzen Händen. *(Abg. Manfred Kölly: Stimmt nicht.)* Und jetzt ist klar, dass die Landwirtschaft *(Abg. Manfred Kölly: War Rot auch.)* ganz massiv unter den Belastungen, die wie heute haben und auch unter dem Klimawandel leidet. Nur die Bauern und Bäuerinnen jetzt alleine als Opfer hinzustellen ist ein bisschen einfach. Was nämlich immer vergessen wird, dass die moderne Landwirtschaft, vor allem die Intensivlandwirtschaft, die kommerzielle Landwirtschaft, den Treibhauswandel ganz gehörig anheizt.

Ich habe mir ein paar Zahlen herausgesucht. Insgesamt stammen bis zu einem Drittel der Treibhausgase weltweit aus der Landwirtschaft. In den letzten 50 Jahren hat sich der Stickstoffeinsatz weltweit verachtfacht. Das heißt, wir tragen, und die Landwirtschaft trägt, ganz massiv dazu bei, dass es zu den Problemen kommt unter denen wir heute leiden.

Jetzt ist klar, dass wir den Bauern und Bäuerinnen helfen müssen, letztendlich weil es ja um unsere Lebensmittel geht. Nur, ich habe das bei einen der letzten Landtagssitzungen schon gesagt, wie stellt Ihr Euch das langfristig vor? Wir müssen damit rechnen, dass wir jedes Jahr derartige Probleme haben werden, Starkregen, sehr später Frost, Dürren, Hagel ähnliches. Man sieht das ja ganz massiv, dass sich das nicht verbessert, sondern Jahr für Jahr verschlechtert.

Normale Jahre, glaube ich, gibt es überhaupt nicht mehr. Und wir werden diese Ausfälle der Landwirtschaft, langfristig werden wir uns das nicht mehr leisten können das zu stützen und zu unterstützen und den Bauern und Bäuerinnen hier zu helfen. Das wird sich finanziell nicht ausgehen. Das Nächste ist nämlich, es wird noch ein paar Jahre dauern, aber jetzt kommt nämlich dann die Forstwirtschaft ganz massiv dazu. Weil wir haben in den letzten Jahren ganz massiv auf die Fichte gesetzt die überhaupt nicht hitzeresistent ist und die ganz massiv ein Problem kriegen, die werden wir dann auch stützen müssen.

Das wird sich hinten und vorne nicht ausgehen, weder im Burgenland, noch österreichweit, noch weltweit. Das heißt, wir müssen endlich aufhören eine Landwirtschaft zu betreiben, die auf der einen Seite Probleme schafft und dann darunter leidet.

Probleme schafft sie, unter anderem habe ich eh kurz skizziert, unter dem massiven Einsatz von Agrarchemie, von Kunstdünger, aber auch von der übertriebenen Ausbringung von Tiergülle, Mist. Das sind alles hausgemachte Probleme. Deswegen muss ich wirklich sagen - und das sage ich als Bauer, überzeugter Bauer nebenbei - müssen wir hier die Landwirtschaft schon auch in die Pflicht nehmen und endlich Schritte setzen, dass wir wegkommen von dem Einsatz von Spritzmitteln und von Kunstdünger, zumindest von diesem massiven den wir zur Zeit haben und der ist ziemlich massiv.

Der Biolandbau zeigt seit vielen Jahren das es auch anders geht. Der Biolandbau braucht kein Glyphosat. Ich verstehe auch nicht, bei der letzten Landtagssitzung haben wir löblicherweise mehrheitlich einen Beschluss gefasst, dass auf Landesebene kein Glyphosat mehr eingesetzt werden soll. Da habt Ihr dagegen gestimmt, da ist es nicht einmal um die Landwirtschaft gegangen. Das verstehe ich überhaupt nicht. Wir haben jetzt Gott sei Dank auf EU-Ebene ein relativ großes Fenster, das Glyphosat der Vergangenheit angehören wird. Ich glaube, dass das ganz wichtig ist, aber es ist nur ein erster Schritt. Langfristig müssen wir schauen, dass wir den Biolandbau stärken, weil der Klimagase ganz massiv einspart, weil er einfach viel weniger ausbringt und hier ökologisch wirtschaftet und wesentlich mehr in der Kreislaufwirtschaft.

Deswegen Ja zu Eurem, jetzt kurzfristigen Antrag, hier den Bauern und Bäuerinnen zu helfen, aber bitte denkt auch darüber nach, wie wir das langfristig angehen werden,

weil ehrlich gesagt in den nächsten Jahren wird das nicht mehr machbar sein. Wir werden uns das nicht mehr leisten können hier ewig zu stützen und zu fördern. Wenn Ihr Euch den Grünen Bericht anschaut, weil das nächste Problem der Landwirtschaft ist ja, dass sie jetzt inzwischen seit drei Jahren Einkommensverzicht haben weil die Preise sehr weit unten sind, weil der Betriebsmitteleinsatz immer höher wird, weil natürlich auch auf moderne Technologie zurückgegriffen werden muss oder kann. Das kostet alles Geld.

Wenn man sich anschaut wie das dann wirklich ist, es leiden ja nicht alle Betriebsformen darunter, beim Biolandbau schaut es gleich ganz anders aus. Die haben nicht so große Einbußen was den Lohn angeht. Das heißt, es gibt eigentlich keinen Grund den Biolandbau nicht zu fördern und als Leitziel für das Burgenland, für Österreich zu sehen.

Da müssen wir aber auch Geld in die Hand nehmen. Wir sollten dem Landesverband, der BIO AUSTRIA, mehr Geld zur Verfügung stellen, dass sie mehr in die Umstellung, in die Weiterbildung stecken kann, damit Betriebe, die Interesse haben umzustellen besser informiert sind, besser den Umstieg schaffen. Das wird ganz dringend notwendig sein. Weil nachher immer zu jammern, das ist ein bisschen einfach und billig und eigentlich nicht verständlich, weil wie gesagt, die Landwirtschaft ist nicht Opfer alleine. Soweit dazu.

Wir werden wie gesagt, dem Antrag jetzt dennoch zustimmen, aber ich bitte Euch wirklich und auch den Bauernbund hier umzudenken und endlich Schritte zur Ökologisierung und zu einer klimafreundlichen Landwirtschaft zu schaffen, damit sich die Landwirtschaft nicht selber die Probleme der nächsten Jahre und Jahrzehnte schafft.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Landwirtschaft ist wichtig, sehr wichtig sogar. Der Klimawandel mit Wetterextremen wie Dürre, Stürme, Starkregen, Frost gefährdet immer öfter die Ernten und hier ist es wichtig zu helfen. Das ist keine Frage.

Im Nationalrat wurden 50 Millionen Euro Soforthilfe beschlossen und gleichzeitig sollen 50 Millionen Euro auch von den Ländern bereitgestellt werden. Unsere Landesrätin hat sich mit dem Agrarminister bereits ein Bild gemacht und ist dabei eine Lösung zu finden. In diesem Dringlichkeitsantrag der ÖVP geht es aber trotzdem wieder einmal nur um Effekthascherei. Wie gesagt, unsere Landesrätin arbeitet schon längst daran. Das es aber nicht von heute auf morgen geht ist auch klar. Das fordert nur die ÖVP, da ihnen wieder einmal jeglicher Bezug zur Realität fehlt und sie mit Zahlen einfach nicht umgehen können und das als ehemalige Wirtschaftspartei. Das ist sehr traurig.

Die Hilfe wird kommen, denn wir lassen die Bauern sicher nicht im Stich. Was in diesem Zusammenhang aber forciert werden muss ist, dass sich mehr Bauern für eine Versicherung entscheiden. Das Angebot ist da. Es soll ja nicht der Eindruck entstehen, dass der Staat oder das Land für eine Vollkaskoversicherung verantwortlich sind.

Vorrangiges Ziel des Pakets, welches im Nationalrat beschlossen wurde, ist nämlich die Eigenversicherung. Es ist einfach nicht möglich, alle versicherbaren Schäden immer aus dem Katastrophenfonds zu decken. Zumal wir im Burgenland auch immer wieder, wie auch erst vor kurzem, von Katastrophen heimgesucht werden und hier nicht

vergessen werden darf, dass auch hier mehr Geld benötigt wird, das sehr viele Menschen sogar das Dach über den Kopf und ihre komplette Existenzgrundlang verlieren oder verloren haben.

Etwas schmunzeln muss ich nur wenn wir über Soforthilfe sprechen. Wo bleibt die Soforthilfe nach Überschwemmungen zum Beispiel? Die Schäden, die durch den Frost et cetera angerichtet wurden, sind ja noch nicht einmal genau zu beziffern. Hilfe ja, aber bitte nicht wie immer mit dem verschwenderischen und ineffektiven Gießkannensystem.

Also, lieber Herr ÖVP-Finanzminister und lieber Herr ÖVP-Agrarminister! Eine Lösung zu versprechen und gleichzeitig die Last auf die Länder abzuschieben finde ich nicht in Ordnung. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Dann haben Sie es nicht kapiert. – Zwischenruf des Abg. Markus Ulram.)* Es bedarf hier einer Aufstockung des Katastrophenfonds. Das Geld ist ja da. Wenn ich daran denke was wir für Durchreisende ausgeben. Also wieso sollte das Geld nicht auch für unsere Bevölkerung und unsere Bauern da sein?

Also wie gesagt, dieser Antrag ist wieder einmal typische Effekthascherei der ÖVP. *(Abg. Markus Ulram: Im Liegen umgefallen, das darf doch nicht wahr sein.)* Beide Minister die etwas bewegen können, kommen aus der schwarzen Fraktion und trotzdem passiert nichts. *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram.)* Und der Bevölkerung wird wieder einmal nur etwas vorgespielt aber die Hilfe bleibt aus. *(Abg. Markus Ulram: Im Liegen umgefallen.)* Zu den Taferln will ich nur sagen, „Stirbt der Bauer - stirbt das Land!“. Ein wahrer Satz. Nur, was hat die ÖVP in den letzten zehn Jahren dagegen unternommen, dass das Bauernsterben rapid weitergegangen ist? Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram. - Die Dritte Präsidentin Ilse Benkö gibt das Glockenzeichen.)*

Herr Kollege, ich bin am Wort. *(Abg. Markus Ulram: Das darf nicht wahr sein.)*

Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Michaela Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren des Hohen Landtags! Unsere Landwirtschaft - und ich hoffe, dass ist jedem hier bewusst - befindet sich in einer ganz schwierigen Situation, in den letzten vier Folgejahren haben die burgenländischen Bäuerinnen und Bauern immer wieder ein Minuseinkommen. Die Hintergründe sind zum Teil schon genannt worden, aber ich möchte ins Detail gehen. Die Weltmarktsituation ist wie sie ist und in einer freien Marktwirtschaft sind Preise einfach nicht beeinflussbar. Ein besorgter Österreicher schreibt dazu in einem Lesebrief: „Prinzipiell ist die Marktwirtschaft in normalen Zeiten der Planwirtschaft turmhoch überlegen, doch in Kriegs- und Krisenzeiten sieht das völlig anders aus. Wenn es ums nackte Überleben geht, gibt es keine Marktwirtschaft. Diesen Punkt haben unsere Bauern dank der EU inzwischen erreicht. Wenn es ums Überleben geht ist es für jedes Land wichtig, dass es einen hohen Grad an Selbstversorgung durch Lebensmittel unserer Bauern geht. Setzen wir dies aufs Spiel, setzen wir unser eigenes Leben und das nicht nur unserer Wohlstandsbürger aufs Spiel. Leben und Tod dürfen kein Verdikt des Marktes werden“, so der besorgte Österreicher abschließend.

Tatsache ist, dass die Produktpreise in vielen Sparten wie vor dem Beitritt vor der Europäischen Union sind. Ja bäuerlich gesagt, sie sind nicht nur im Keller, sondern sie sind schon weit tiefer. Getreide kostet derzeit, eine Tonne 130 Euro. Im Jahr und vor 1995 kostete eine Tonne 260 Euro bis 330 Euro, je nach Qualität. Auch die Politik hat zu

diesem Minuseinkommen beigetragen. Selbstverständlich - und ich sage es Ihnen auch warum. Denken wir nur an das Russlandembargo gegen das sich unsere Bauern und speziell der Bauernbund immer wieder ausgesprochen haben. Dieses Embargo schadet sowohl unserem Vieh-, unseren Milch- aber auch unseren Obstbauern. Und es geht wirklich um ihre Existenz.

Aber auch politische Entscheidungen die auf Bundesebene getragen wurden und da war ja die SPÖ federführend dafür um ein bisschen Neid zu schüren, nämlich den Agrardiesel abzuschaffen, ersatzlos zu streichen, obwohl es diesen verbilligten Agrardiesel in fast allen EU-Staaten gibt und der auch von den Bauern konsumiert wird. Es ist eine massive Wettbewerbsverzerrung für unsere Landwirte in Österreich und da bedeutet es auch. Ein wesentlicher Grund zum Minuseinkommen unserer Bauernfamilien, hier haben mit Sicherheit auch die Wetterkapriolen der letzten Jahre beigetragen.

Herr Abgeordneter Spitzmüller, wenn Sie behaupten, die Bauern müssten umdenken was zum Beispiel Kunstdünger und so weiter betrifft, ja. Sie wissen ganz genau als Bauer, dass man Kunstdünger nicht in großen Mengen austragen kann, sondern da ist man auch reglementiert, pro Hektar darf man nur so und so viel Kunstdünger ausstreuen. Aber ich weiß nicht was Sie für ein Bauer sind, aber das müssten Sie normalerweise wissen, wenn Sie über das sprechen. *(Zwischenruf des Abg. Wolfgang Spitzmüller.)*

Die zweite Sache, der Abgeordnete Kölly ist nicht da, aber ich werde ihn mit Sicherheit nachher einladen. Na bitte, im Burgenland, wie viele Großbauern gibt es die nicht auf das Feld fahren? Jeder Bauer, ob er jetzt groß oder klein ist, fährt genauso auf das Feld und hat nicht vielleicht Mitarbeiter. Er hat zusätzlich Mitarbeiter, aber er muss genauso auf das Feld fahren und muss tagtäglich das Feld anschauen, wie letztendlich dann auch die Ernte ist. Also das zu sagen, die Großbauern die sitzen nur am Schreibtisch das ist ja fern von Gut und Böse. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Habe ich nicht gesagt.)* Das hat der Abgeordnete Kölly gesagt.

Tatsache ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern, ja das kann man sagen, zu 70 bis 80 Prozent vom Wetter abhängig ist. Und eine Bauernfamilie kann sich von früh bis spät abrackern, ja, kann die beste Arbeit verrichten, wenn dann solche Naturkatastrophen wie in den letzten Jahren, nämlich Hagel, Dürre, Sturm, Überschwemmungen oder Frost kommen, dann war in Wahrheit alles umsonst.

Witterungsbedingt durch den Klimawandel entstehen in der gesamten Landwirtschaft immer wieder sehr große wirtschaftliche Schäden. Die Naturkatastrophen haben viele Bauern an den Rand ihrer Existenz gebracht. Und die Antwort auf diesen Klimawandel ist mit Sicherheit eine umfassende Ernteversicherung. Denn es ist mit Sicherheit günstiger für die öffentliche Hand die Versicherung auszuweiten, als im Nachhinein Schäden abzugelten. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier.)*

Ich möchte Sie gar nicht verantwortlich machen für die derzeitige miserable triste Situation der Bäuerinnen und Bauern, sehr geehrte Frau Landesrätin Dunst, *(Unruhe bei der SPÖ)* es wäre ja mehr als gefährlich, könnten Sie, Frau Landesrätin, über Wohl oder Wehe eines Landwirts entscheiden. Aber Sie tragen die volle Verantwortung für jene Bereiche wo Sie längst etwas tun hätten können. *(Abg. Edith Sack: Wieso sie?)*

In den letzten Jahren - ich werde es Ihnen dann erklären, ich erkläre es Ihnen gleich - in den letzten Jahren haben heimische Landwirte, die ich bereits erwähnt habe durch extreme Wetterbedingungen enorme wirtschaftliche Schäden erlitten.

Alleine im Dürrejahr 2015 betrug der Schaden in der Landwirtschaft österreichweit 175 Millionen Euro und gleichzeitig sind im Vorjahr die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern zum vierten Mal gesunken. Durch diesen Klimawandel werden die Bedingungen für die Bauern noch unsicherer. Dort wo man positiv einwirken könnte, wie etwa im Ausbau der Dürreversicherung, hat die rot-blaue Landesregierung bisher kläglich versagt. Denn wir von der ÖVP haben im Landtag bereits einen Antrag gestellt, *(Abg. Robert Hergovich: Ihr seid so super!)* aber Ihr habt ihn wieder abgelehnt, beziehungsweise so abgeändert als in der Früh geht die Sonne auf, na sicher. *(Abg. Robert Hergovich: Aber das stimmt!)*

So und jetzt gut aufpassen, ich versuche es noch einmal zu erklären, denn ich habe manchmal das Gefühl, Ihr bekommt gar nicht mit worum es wirklich geht. *(Abg. Robert Hergovich: Ihr kriegt alles mit!)* Im Ministerrat vom 26.4.2016 wurde eine Gesetzesnovelle zur staatlichen Bezuschussung der Versicherungsprämie für Witterungsschäden auf Dürre, Sturm und stark anhaltende Regenfälle beschlossen. Vorgesehen sind Zuschüsse zu den jeweiligen Versicherungsprämien von 25 Prozent aus Mitteln des Bundes und 25 Prozent aus Mitteln des Landes. Dem Bauern sollen diese Mittel bis 2020 zur Verfügung stehen. Dadurch erfolgt der Ausbau der Katastrophenvorsorge. Die Zusicherung der Bezuschussung der Dürreversicherung seitens des Bundes bis 2020 ist mit Sicherheit ein wichtiger und richtiger Schritt für die Unterstützung der heimischen Bauern und Bäuerinnen.

Es ist auch ein wichtiges Instrument gegen Ernteausfälle zu machen. Damit haben die Bäuerinnen und Bauern erstmals ein ganz umfassendes Instrument zur Risikovorsorge in der Hand, das Versicherungen nicht nur gegen Frost und Hagel sondern auch gegen Dürre, Sturm und Starkregen nach dem Vorsorgeprinzip aus Katastrophenfondsmittel unterstützt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Bereitstellung des Bundes ist aber von einer Mitfinanzierung der Länder im gleichen Ausmaß abhängig denn die Versicherungsprämien werden zu 25 Prozent aus dem Katastrophenfonds und zu 25 Prozent aus den Länderbudgets bezuschusst. In Summe stehen, wie gesagt, bis 2020 76 Millionen Euro für aktives Risikomanagement der Landwirte bereit.

Die ÖVP hat den Antrag zum Ausbau der Dürreversicherung bereits mehrmals im Landtag eingebracht. Frau Abgeordnete Stampfel, wenn Sie auch noch so eine Lobeshymne an Ihre Landesrätin abgeben, warum ist es dann gelungen in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich oder Steiermark diese Dürreversicherung bereits umzusetzen? Warum sind die viel schneller als wir? Das kann ja nicht möglich sein! Es erwarten sich unsere Bauern, dass Sie seitens der SPÖ, FPÖ-Regierung, endlich aufwachen und endlich dieses auch beschließen.

Es kann nicht sein, dass unsere Bäuerinnen und Bauern schlechter gestellt sind als die Kollegen aus Niederösterreich, aus Oberösterreich und aus der Steiermark. Wir seitens der ÖVP fordern, diesen Wettbewerbsnachteil so rasch als möglich zu beseitigen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb guten Morgen liebe rot-blauen Damen und Herren, wacht endlich auf und haltet keine Sonntagsreden! *(Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich)* Beseitigt diesen Wettbewerbsnachteil für die burgenländischen Bauern und Bäuerinnen! Denn gerade in schwierigen Zeiten ist es notwendig den Bäuerinnen und Bauern Hoffnung und Mut zu geben. Es ist ihnen zu helfen, nicht nur mit Worten, nicht mit Presseaussendungen, sondern auch mit Taten.

Heute, Frau Landesrätin, können Sie den Beweis antreten, ob Sie und Ihre Partei mit Ihrem Regierungsanhängsel der FPÖ zu unseren Bauern und Bäuerinnen stehen. Ob Sie in schwierigen Zeiten unsere bäuerlichen Familien unterstützen. Denn eines ist ganz gewiss, stirbt der Bauer, dann stirbt auch das Land! Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte doch die Möglichkeit auf Grund meines Rednerbeitrages nutzen, nochmals einzugehen auf den Herrn Klubobmann Sagartz, der heute den Herrn Wolf verteidigt hat. Er hat gemeint, er ist nicht der Anwalt, er ist der Klubobmann. Herr Klubobmann, es wäre gescheiter, Sie würden Ihren Kollegen nicht verteidigen, Sie würden sich entschuldigen. Es ist ungeheuerlich diese Aussage, die Sie heute getätigt haben.

Herr Kollege Temmel, Sie sitzen daneben, Sie sind ehemaliger ÖAAB, FCG-Funktionär, Sie stellen die Gewerkschaft infrage. Ich würde Sie bitten, dass Sie sich mit Ihren Kollegen bei allen die hier in der Gewerkschaft sehr, sehr viel geleistet haben, entschuldigen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Applaus! – Abg. Doris Prohaska: Wartet, es kommt noch dicker!)*

Wie unkoordiniert die ÖVP Burgenland in dieser Form arbeitet, haben wir heute nebenbei schon in der Früh gesehen wie der Dringlichkeitsantrag an die Parteien versendet wurde. Das natürlich wiederrum Fehler passieren können und dürfen ist klar. Aber das an die FPÖ der Antrag an den verstorbenen Kovasits gesendet wird, glaube ich, zeigt einfach die Arbeitsweise, die nicht koordinierte Arbeit der ÖVP Burgenland derzeit. Ich möchte auch die Frau Kollegin, ehemalige Landesrätin Michaela Resetar zitieren, weil sie gemeint hat, es ist zu wenig Sonntagsreden zu halten und Presseaussendungen zu machen.

Frau Kollegin, Sie haben ja Ihre Presseaussendung zitiert, die seitens der ÖVP heute schon rausgegangen ist mit dem Wortlaut: SPÖ-Landesrätin Dunst und die rote-blaue Mehrheit können heute beweisen, dass sie es mit der Unterstützung für die Bauern erst meinen. Bislang versteckte sich Rot-Blau hinter Sonntagsreden und Ankündigungen. Bislang haben Agrarlandesrätin Dunst und die rot-blaue Koalition im Burgenländischen Landtag wenig für die Landwirte übrig. Die rot-blaue Untätigkeit bei der Hilfe für Burgenlands Landwirte ist bedauerlich.

Ich habe es schon einmal gesagt. Die Frau Landesrätin ist in ihrer Funktion als Agrarlandesrätin ein Jahr in Funktion. Sie vergessen anscheinend das immer wiederrum das Agrarresort seitens der ÖVP in der zweiten Republik gestellt wurde und hier verantwortlich war über Jahrzehnte. Ich möchte hier nur einige Dinge nennen, Sie sprechen es an. Was haben Sie in der ganzen Causa Uhudler gemacht? Nichts. *(Abg. Walter Temmel: Obstwein!)*

Sie haben überhaupt nichts gemacht! Im Gegenteil, Sie sind auf der Bremse gestanden wenn es wahr ist. Ihr habt damals auf Ministerebene einen Burgenlandminister gehabt. Ich war damals im Bundesrat, ich habe ihn gebeten, er möge in der Causa Uhudler etwas unternehmen. Er hat mich ignoriert in dieser Form. Das halte ich schon aus, nur ignoriert hat er auch jene die den Uhudler produzieren. Ihr stellt Euch heute hin, jahrzehntelang habt Ihr überhaupt nichts gemacht! Jetzt stellt Ihr wunderbar die Taferl hin,

die ich ja unterstreiche und unterschreibe. „Stirbt der Bauer, stirbt das Land“. Ja, Ihr habt ihn ja jahrzehntelang in dieser Form sterben lassen! *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack)*

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte auch festhalten und möchte auf den Antrag doch auch eingehen, dass die Wetterphänomene der vergangen Jahre natürlich Hilfestellung des Landes erfordern. Was allerdings, wie im Falle der Spätfrostschäden, auf keinen Fall möglich ist, sind Schnellschüsse und auch Alleingänge einzelner betroffener Bundesländer. In dieser Situation ist das sicherlich absolut ein falsches Zeichen.

Unsere Landesagrarreferentenkonferenz, die auf Initiative von unserer Landesrätin Verena Dunst ausschließlich zu diesem Thema Anfang Mai einberufen wurde, hat sich auf einen nationalen Schulterschluss geeinigt. Man hat sich dort klar verständigt, keinesfalls nach einem Gießkannenprinzip in Schnellschussmanier aus Steuergeldern Auszahlungen zu tätigen. Man braucht hier eine gesicherte Grundlage. Dazu gehören fundierte Schadenszahlungen, auch Richtlinien nach denen entschädigt werden soll.

Agrarlandesrätin Verena Dunst hat bereits wenige Tage nach dem Auftreten der Frostschäden in einer Aussendung betont, dass nur der der effektiv hilft auch nachhaltig hilft. Darauf zielt auch der nun eingebrachte Abänderungsantrag ab, den ich in weiterer Folge einbringen werde. Es geht darum betroffenen und existenzbedrohten Agrarproduzentinnen und -produzenten auch zu helfen.

Die Bezuschussung des Landes aufgrund der Änderung des Hagelversicherungsförderungsgesetzes ist aus meiner Sicht auf Grund der geänderten Witterungssituation im Land Burgenland auch dringend notwendig. Im dritten Teil unseres Abänderungsantrages soll abermals dem Klimawandel in unserer Region Rechnung getragen werden. Es ist dringend notwendig Projekte für alternative Sortenfindung zu unterstützen, damit man dadurch in weiterer Folge auf rezensierende Kulturen und Ausplanzungen zurückgreifen kann. Das ist ein nachhaltiger Weg um Unterstützungen, die ansonsten in einem Katastrophenfall immer im Nachhinein getätigt werden, hintanzuhalten und innovativ den klimatischen Änderungen begegnen zu können.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte es aber nicht verabsäumen hier auch allen Landwirten, allen Bäuerinnen und Bauern recht herzlich zu danken. Wir wissen, dass sie eine hervorragende Arbeit leisten. Jeden Tag im Jahr, zu jeder Zeit und natürlich auf die Witterungseinflüsse von diesen auch abhängig sind.

Wir wissen auch als Verantwortliche in unseren Gemeinden und Kommunen, dass unsere Landwirte auch Landschaftspfleger sind und hier dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Ich darf den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 108 welcher abgeändert wird, wie folgt einbringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. die öffentlichen Prämienzuschüsse in Höhe von 25 Prozent für Hagel und Frost auf weitere wesentliche Elementarversicherungsprämien, wie Schäden nach ungünstigen Witterungsverhältnissen, Dürre, Stürme, starke oder anhaltende Regenfälle zu erweitern und somit die Voraussetzung zu schaffen, dass auch die Übernahme von weiteren 25 Prozent der entsprechenden Versicherungsprämie durch den Bund in Anspruch genommen werden kann. Diese Bezuschussung soll auch für künftige und zukünftige Versicherungsangebote im Bereich der Elementarversicherung gelten.

2. den durch den Spätfrost im April 2016 betroffenen Landwirten finanzielle Unterstützung besonders zur Absicherung ihrer Existenz zu gewährleisten. Dies soll jedenfalls durch eine bundeseinheitliche Richtlinie und Entschädigung erfolgen.

3. Projekte im Rahmen der Forschung mit Schwerpunkt Sortenzüchtung zur Anpassung der landwirtschaftlichen Kulturen an den Klimawandel (Trockenheit, Staunässe, Frost) zu unterstützen.

(Abg. Wolfgang Sodl übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gem. § 61 Abs. 2 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube wir würden uns allen und dieser, der österreichischen Gesellschaft, absolut Gutes tun wenn wir von vornherein festhalten, dass die gesellschaftspolitische Diskussion über den Bauern beziehungsweise den Bauernstand in dieser Causa absolut nicht zielgerichtet ist und auch nicht Platz hat.

Tatsache ist, dass der Bauernstand in seiner gesamten Produktionsschiene zur Ernährung der österreichischen Bevölkerung nicht nur den Beitrag leistet, sondern das davon abgeleitet und das nur zur Unterscheidung vom Kollegen Spitzmüller, mit Sicherheit nicht nur ausschließlich über Bio Lebensmittel dieser Sicherungsschutz gewährleistet werden könnte, sondern wir brauchen auch die konventionelle Landwirtschaft, weil es in dem Sinne rein um die Welternährung nicht anders bestellt sein könnte. Wir würden es so alleine nicht schaffen. Es braucht einen Mix, aber das ist wieder eine politische Anschauung, die wir heute auch nicht diskutieren müssen. Was wir heute diskutieren, und das möchte ich auch nicht so im Raum stehen lassen, dass die Bereitschaft zur Sicherung in der präventiven Möglichkeit auf Dürre, Katastrophen und andere Unwegbarkeiten unserer Natur, nicht ein allgemeines Anliegen dieses Hohen Hauses wäre.

Ich glaube die Kollegin Dunst hat vor Monaten schon angedeutet, dass es diese Beschlussfassung im Nationalrat braucht und anschließend auch der Burgenländische Landtag mit dieser Entwurfssituation konfrontiert werden wird. Ich glaube es steht außer Zweifel, jetzt nicht allein bezogen auf den burgenländischen Landwirt oder die Landwirtin, sondern auf die burgenländische Bevölkerung und das Gesamtvermögen der burgenländischen Bevölkerung. Dass es absolut Not tut, präventiv auf den Einzelnen bezogen, den Bundes- und Landeszuschuss zu gewähren, um Allgemeinschäden in der Form nicht in dieser Dimension handhaben zu müssen. Das heißt, es ist eine "Win-win-Situation", sowohl auf der Seite der Landwirte und Landwirtinnen, auf der anderen Seite aber auch der Volkswirtschaft.

Das hat auch der Bund erkannt und daher diese Ausweitung von Frost- und Hagelschäden auf die anderen Naturwidrigkeiten auch umgesetzt. Daher wird das Land, meiner Ansicht nach, hier auch nachziehen, weil es von absolutem Vorteil ist. Ich möchte bei der Gelegenheit nachwirkend auf die Vergangenheit und eine Diskussion auf die Hagelversicherung etwas festhalten. Es wird einem Landwirt, einem Bauern, nur dann der 50-prozentige Zuschuss, sprich von Bund und Land gewährt, wenn er den 50-prozentigen

Eigenerlag auf eine Versicherungsleistung erledigt. Das heißt, es ist eine festgeschriebene Anzahl auf diejenigen, die freiwillig diese Dienstleistung in Anspruch nehmen. Und davon abgeleitet auch der 50-prozentige Anteil von Bund und Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns einig, dass landwirtschaftliche Produktion in den letzten Jahren immer stärker in Mitleidenschaft gezogen wird. Aber ich möchte zu dem Zeitpunkt auch hier betonen, es war auch in der Vergangenheit der Fall. Nur hat es diese vielschichtigen Möglichkeiten nicht gegeben. Die österreichische Hagelversicherung ist hier ein Vorreiterinstitut in Bezug auf den Schutz der landwirtschaftlichen Produktion. Was im Grunde genommen aber politisch jetzt notwendig ist, ist diese Bezuschussung, weil ohne die der Bauer diese Handhabe und diese Möglichkeit nicht leisten kann.

Daher ist es volkswirtschaftlich eine enorme Verbesserung, dass sich hier alle, der Bund und das Land bereitfinden, diese Leistung zu erbringen. Sie ist eine absolute Notwendigkeit auf die Gegebenheiten, die wir zum Beispiel im Vorjahr erlebt haben auf die Dürreschäden. Wenn die Entwicklung so voranschreitet, dann wird es mit Sicherheit eine Gesamtbelastung geben, wo man darüber diskutieren muss, ob sie leistbar ist.

Auf der anderen Seite wird sie leistbar sein müssen, weil die Katastrophenschäden im Allgemeinen diese Leistung, die den Landwirten zugutekommt in der Produktionssicherung bei weitem übersteigen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deren Unterschied in der Kennzeichnung von Lebensmitteln und den Bezug auf die österreichische Situation kann man, meiner Ansicht nach, auch in der Verschiedenheit auf europäisch, österreichisch, nationalstaatlich diskutieren und sehen. Nur eines muss man festhalten. Das vom Kollegen Spitzmüller angesprochene Entwicklungspotential auf Getreidepreise, Kollegin Resetar hat auch darüber gesprochen, auf einzelne Produktionssorten, Sparten und Ergebnisse, ist mit Sicherheit durch Freigabe von weltpolitischen Maßnahmen, nicht nur europäischen, sondern weltpolitischen Maßnahmen der Fall gewesen. Nur dürfen wir in Österreich nicht vergessen, dass wir Ausgleichszahlungen dafür empfangen, und diese Ausgleichszahlungen im Grunde genommen heute Vieles überwiegen, was den Preisdruck anlangt.

Andererseits, und das ist jetzt die neueste Entwicklung, durch das Auslaufen der Zuckerregelungen der Regulierung im Zuckermarkt, wird sich hier etwas wieder ergeben, wo es nicht nur jetzt im landwirtschaftlichen Bereich Einschränkungen in der Zuckerrübenproduktion geben wird, weil sich kein Bauer das mehr antun wird in der Preissituation, sondern es wird auch Auswirkungen auf die österreichische Zuckerrübenproduktion im Sinne der Industriellenverwertung geben, weil sich diese Standorte in der Zahl nicht halten lassen werden, weil der Weltmarktzuckerpreis das umsetzen lassen wird, das wir im Grunde genommen jetzt beklagen, nämlich einen absoluten niedrigen Preis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten alles daran setzen, im volkswirtschaftlichen, im gesellschaftspolitischen Interesse den Landwirten in dieser Causa zur Hand zu gehen, den Schaden abzuwenden, der im Grunde genommen bei Katastrophenfällen eintritt, wenn es auch nicht die vollständige Abwicklung ermöglicht, sondern mit Sicherheit eine materielle Abwicklung, die einen Ausgleich schafft.

In Wirklichkeit ist hier eine Eigenleistung, wie gesagt, des Bauern auch notwendig, und die sollten wir in dieser Diskussion am stärksten betonen. Es gibt Fördersituationen, die viel, viel schwerwiegender in der Summe, in der Größenordnung in unserem System vorhanden sind. Hier geht es aber auch um den Schutz der Landschaft und um das

Vermögen, dass Personen, die sich dafür einsetzen, und zwar Tag für Tag, die entsprechende Förderung auf eine Vorsorge bei Eventualitäten, bei Eventualschäden bekommen.

Es ist daher der Antrag in dem Sinne nur zu unterstützen, dass das Burgenland die entsprechenden Vorsorgemaßnahmen finanziell unterstützt. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist von der Regierungsbank Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich habe vorher am Beginn der Diskussion zur Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes bereits gesagt, es ist gut, dass wir heute in der Landwirtschaft den Obstproduzenten, aber auch den Winzerinnen und Winzer Raum lassen im Landtag und uns damit beschäftigen zu diesem Thema, weil ich glaube, dass dies auch notwendig ist.

Zunächst einmal, vier Fakten, die ich am Beginn sagen möchte. Das Erste, Sie wissen ganz genau, wenn Sie diesen dringlichen Antrag heute einbringen, dass das, was Sie da sagen und erwarten, nicht möglich ist. Sie wissen das. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wieso?)*

Es hat der Abgeordnete Steier schon klar gesagt, Sie wissen es genauso, Sie haben in allen anderen Bundesländern, ich bin ja mit der Kollegin Sima die einzige Sozialdemokratin, alle anderen Bundesländervertreter seitens der Agrarreferenz sind meistens Bauernbundvorsitzende. Sie wissen genau, dass das gar nicht geht, dass man sagt Sofortmaßnahmen und morgen zahlen wir aus und fahren durch die Lande und bringen die Tausende Euro vorbei, das geht gar nicht, weil… *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Steiermark und Oberösterreich haben…!)*

Ist falsch! Was Sie da sagen ist ganz einfach wieder, wie vorher irgendwann in der Früh, Sie beschwören da eine Situation herauf, die es nicht gibt. Aber das wissen Sie ja. *(Abg. Walter Temmel: Stimmt nicht!)*

Meine Damen und Herren, erstes Faktum: Sie waren ja auch schon einmal im Bundesrat, Sie waren in der Regierung, andere waren schon im Nationalrat, *(Abg. Walter Temmel: Drei Bundesländer haben es beschlossen!)* Sie wissen, wie die Sache jetzt funktioniert. Wir haben, und das stimmt, danke Herr Abgeordneter, dass Sie das nochmal in Erinnerung gerufen haben, ich habe damals angerufen den Herrn Minister Rupprechter und auch dem Vorsitzenden der Agrarreferentenkonferenz des ersten halben Jahres, habe gesagt, bitte, setzen wir uns zusammen, mit dem Frost, das Burgenland ist in manchen Kulturen, vor allem Wein und Obst, aber auch teilweise in Gemüsekulturen sehr betroffen, hier ist dringend ein Erlag einzusetzen.

Wurde dann vier Tage später gemacht und seitdem sind wir ständig in Kontakt, täglich am Telefonieren und haben Arbeitsgruppen eingesetzt. Sie wissen ganz genau wie es funktioniert, nämlich dass der Bund jetzt in einem Ministerratsbeschluss festgelegt hat, den Katastrophenfonds zu erhöhen und um 15 Millionen Euro hier zu dotieren.

Dass die Länder ihre Gelder, wie Sie das heute schon gesagt haben, auch dazugeben, dass wir wirklich etwas auszahlen, was ja denen die geschädigt sind, absolut zusteht, das will ja jeder. Da muss es natürlich zu Verhandlungen kommen. Dann kommt es, wir haben in wenigen Tagen die nächste Landesagrarreferentenkonferenz, wo wir uns inhaltlich zu der Höhe der Entschädigungen und so weiter einmal wieder treffen.

Inzwischen arbeiten viele Stunden alle Vertreter der Landesregierungen aus den Bundesländern, die Landwirtschaftskammer und aus dem Ministerbüro, beziehungsweise aus dem Ministerium Landwirtschaft arbeiten *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Alle arbeiten, nur die Landesregierung arbeitet nicht!)* ständig und treffen sich wöchentlich mehrfach, um hier zu den einzelnen Entschädigungen Lösungen zu finden.

Also tun Sie nicht so, als würde kein Mensch etwas tun. Aber, um die 50 Millionen Euro von den Ländern abzuholen, wissen Sie genau, dass es erstens notwendig ist, dass es hier einmal einen Finanzreferentenkonferenzbeschluss gibt. Dann kommt es in die Landeshauptleutekonferenz. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Alles keine Beschlussorgane!)* Dann werden wir und Sie als Hoher Landtag eine 15a-Vereinbarung treffen und werden sagen, ja so schaut das aus. Das Burgenland, natürlich wird das Burgenland zu seiner Bedingung stehen. Natürlich, wie andere Bundesländer auch. Aber diese Schritte braucht es, wenn der Bund und die Länder Gelder auslösen. Daher bringen Sie da nicht einen Zustand aufs Tapet, den es nicht gibt. Das Burgenland steht zu den Menschen, die jetzt dringend Entschädigungen brauchen, damit ihre Existenz nicht gefährdet ist.

Unterstellen Sie nicht, als wenn die anderen Bundesländer und wir nichts tun würden. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Die anderen tun etwas! Die haben es schon beschlossen! Niederösterreich, Steiermark und Oberösterreich!)* Wir arbeiten seit Wochen hinter den Kulissen.

Schauen Sie, ich versuche es noch einmal. Ich versuche es noch einmal. Macht nichts. In der Früh habe ich es auch probiert, aber manche Dinge wollen Sie nicht akzeptieren, *(Abg. Walter Temmel: Wir stimmen eh zu!)* aber es ist schade drum, dass Sie das immer wieder so herstellen. Ich komme dann eh noch auf Ihre Wortmeldung zurück, auf alle Ihre Wortmeldungen, weil ich denke es steht Ihnen auch zu, dass man Ihnen zuhört und dann auch auf Ihre Meinung antwortet. Das Zweite, was ganz klar ist, diese Schritte sind zu tun, damit es dieses allumfassende Paket geben kann. Das gilt für alle Bundesländer, das gilt für den Bund, damit die Bundesländer die Gelder auslösen. Diese Schritte werden rasch getätigt werden und dann wird man natürlich zu diesen Entschädigungen kommen.

Das Zweite ist, dass wir natürlich ringen hinter den Kulissen, wie und welche Schäden sind wirklich tatsächlich eingetreten. Was weiß man heute und was weiß man dann, wenn die Ernte fällig ist. Es sind im Burgenland, wie in allen anderen Bundesländern, bereits die Sachverständigen der Landwirtschaftskammer mit einem Sachverständigen der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft, wenn Sie die Menschen fragen, bitte lassen wir sie nicht im Stich, sagen Sie das auch, es wird ständig aufgenommen, draußen sind die Schädigungen, wir haben jetzt einmal eine geschätzte Zahl, so passiert das in allen Bundesländern.

Dass es nicht heißt, die Landwirtschaftskammer würde beispielsweise jemand bevorteilen, es ist immer ein Vier-Augen-Prinzip, weil von der Bezirkshauptmannschaft auch jemand dabei ist. Die Schädigungen im Burgenland, wie gesagt, sind Schätzungen wie in allen Bundesländern auch. Manche Ernteausfälle gibt es jetzt schon, wie beispielsweise erster Durchgang Gemüse oder erster Durchgang Erdbeeren, da sind aber teilweise auch Dinge nachzusetzen, Gott sei Dank. Oder gab es einen Ernteausfall schon?

Aber andere Ernteausfälle sind dann wirklich, wie beispielsweise beim Wein die Meldung, wenn dann tatsächlich gesagt wird, so viel haben wir voriges Jahr gehabt, und heuer werden wir so viel haben, heißt so viel weniger. Die Entschädigungshöhen beziehungsweise der Unterschied zwischen versicherten und nichtversicherten Kulturen,

solche Kulturen, die im vorigen Jahr gar nicht zu versichern waren, wie beispielsweise manche Obstkulturen, und das ist das, nur damit Sie wissen, was hinter der Meldung der ÖVP steht. Wir sollten endlich nachziehen, ist ein absoluter Humbug, weil Fakt ist, nicht die Steiermark, bitte tun Sie sich erkundigen, ich rede jeden Tag mit dem Kollegen Hautzinger, ich gebe Ihnen seine Telefonnummer, rufen Sie ihn an, der Agrarlandesrat. *(Abg. Walter Temmel: Ja, die stimmt ja nicht!)* Die einzigen die versichert haben und freiwillig dazugezahlt haben, aber nicht der Bund, sondern nur die Länder, waren Oberösterreich und Niederösterreich, und das im Obstbereich.

Schauen Sie nach, tun Sie gescheit recherchieren, wenn nicht holen Sie sich gerne die Unterlagen von mir! Das Dritte was ich ganz klar sagen möchte, mit diesen Aktionen, sage ich Ihnen nur, tun Sie den Landwirten, den Obst- und Gemüseproduzenten und den Winzerinnen und Winzer keinen Gefallen. Fragen Sie bitte die Landwirtschaftskammer, fragen Sie Betroffenen, die wissen, dass wir auf sie schauen, die Landwirtschaftskammer beziehungsweise natürlich auch die Landesregierung und die Sachverständigen die bestellt sind seitens der Bezirkshauptmannschaft.

Wenn sie mit Forderungen hinausgehen, wo jeder Landwirt und jeder Produzent sagt, jetzt sind wir schon wieder in Diskussion. Jetzt heißt es schon wieder, man würde uns ein Geld zuschicken und unbedingt auf uns schauen. *(Abg. Walter Temmel: So denkst Du!)*

Entschuldigung, redet Ihr mit niemand? Ihr seid ja, bis jetzt habt Ihr immer gesagt, Ihr seid die Agrar … *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wir sind selber Bauern!)* Na super. Bitte erkundigt Euch! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ich brauche mich nicht erkundigen.)* Diese Diskussion, Ihr schadet! Das haben sich weder die Winzer und Winzerinnen noch die Obstbauern, noch die Gemüsebauern, noch vor allem aber natürlich auch jene, die jetzt im Obstbereich ein großes Problem haben, nicht verdient. Dass Ihr wieder diskutiert und dann heißt es in der Öffentlichkeit wieder, dann werden die natürlich dementsprechend an agitiert, na ja, jetzt schieben sie uns wieder das Geld hin. Denen stehen die Ausfallsentschädigung auch zu. *(Abg. Walter Temmel: Beschließen musst Du es! Beschließen!)*

Hört auf mit den Sofortmaßnahmen, wenn man nicht einmal noch weiß, wie groß der Ernteausfall ist! *(Abg. Walter Temmel: Du musst es beschließen.)* Ihr tut niemandem einen Gefallen. Lasst uns auf Bundesregierungsebene arbeiten! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Nationalrat hat die erste Arbeit schon getan, auch im Ministerrat haben wir es, jetzt kommt es auf die Landesebene. Lasst bitte die Schätzungen vornehmen, schauen wir wirklich, wer wie geschädigt ist, und dann wird jeder, der geschädigt ist, natürlich einen Ausgleich braucht. Weil, was wir wirklich brauchen, ist einfach, dass uns nicht noch mehr Struktur in der bäuerlichen Landschaft wegfällt, weil das einfach nicht geht. Daher noch einmal: Diese Sofortmaßnahmen zu verlangen, ist wirklich etwas, was niemandem etwas bringt, weil niemand das noch genau weiß, auf Bundesebene noch nicht die Entschädigungen festgelegt sind, wenn kein Mensch noch irgendwie heute sagen kann, was er wirklich dann braucht, um wie viel er weniger hat.

Das Letzte, was ich zum Vierten noch sagen möchte, ist: Wir haben ein Riesenproblem und ich möchte Ihnen einige Zahlen sagen, damit Sie wissen, wie wir im Burgenland jetzt im Moment die ersten Schätzungen haben.

Sie wissen in etwa, dass wir an die 12.000 Hektar Weinbaufläche haben, 13.000 haben wir, gute 12.000 werden also bewirtschaftet. Die ersten Schätzungen haben ergeben, dass wir in diesem Bereich doch 7.530 Hektar jetzt haben, wo wir keine

Vollerträge haben, wie groß der Ausfall 30, 50, 70, 80 Prozent sein wird, werden wir eben erst sehen nach der Einmeldung der Weinernte. Das weiß man erst, wenn man geerntet hat und vorher kann man das nicht sagen.

42 Prozent sind davon versichert, der Wein ist eine versicherbare Kultur, das heißt, was tun wir jetzt beispielsweise mit den restlichen 56 Prozent, die sich nicht versichert haben, obwohl die öffentliche Hand aus Steuermitteln 50 Prozent davon zahlt. Trotzdem sind 56 Prozent nicht versichert. Im Obstbereich sind es beispielsweise 215 Hektar geschädigte Äpfel, 104 Hektar Holunder, 36 Hektar Erdbeeren, 16 Hektar Walnüsse, 43 Hektar Marillen, 13 Hektar Birnen, 11 Hektar Kirschen, also an die 500 geschädigte Kulturen. Dort gibt es teilweise nach Kulturen einen sehr hohen Versicherungsgrad. Bei Äpfel und Birnen einen relativ niedrigen Versicherungsgrad. Daher: Das muss man sich alles anschauen.

Zusammengefasst, ich sage in aller Klarheit, dass Sie sich darauf verlassen können, wir sind es auch jenen Produzenten schuldig, wir brauchen die regionale Versorgung, dass wir uns darum kümmern. Das tun wir seit vielen Wochen, sowohl der Bund, als auch die Bundesländer und natürlich auch das Burgenland. Natürlich wird das Burgenland, wie alle anderen Bundesländer diesen neuen Möglichkeiten zustimmen und die Entschädigungen natürlich auch dementsprechend, wie sie anfallen, auch zu entschädigen haben. Das geht sowieso nur im Bundesländerverbund mit 15a-Vereinbarungen und Landtagssitzungen, die dann auch Entscheidungen zu treffen haben.

Als letzter Punkt: Sie werden jetzt wahrscheinlich sagen, wir haben ja einen Antrag eingebracht, warum stimmt denn jetzt die SPÖ und andere nicht mit?

Meine Damen und Herren! Sie sind wieder leider nicht weit genug gegangen, weil Sie es nicht wirklich ernst mit den Menschen im Land meinen, die ländliche Produkte erzeugen. Warum? Sie schreiben da - ich gebe Ihnen absolut recht, zu einem Großteil, was da drinnen steht - nur, was Sie nicht drinnen haben, *(Abg. Walter Temmel: Ohne uns hättet Ihr gar nichts gemacht.)* natürlich Entschädigungszahlungen und so weiter. Aber wissen Sie, was Sie nicht reingetan haben, das hat Ihnen der Kollege Spitzmüller ganz klar gesagt, das hat Ihnen der Kollege Sodl gesagt, das hat Ihnen auch der Herr Landtagspräsident außer Dienst gesagt, bitte schauen wir in die Zukunft.

Was ist, wenn heuer, jetzt haben wir, also ich bin beispielsweise seit diesen wenigen Monaten eingestiegen mit Dürre, dann war Hochwasser, dann haben wir Hagel gehabt, dann war der Frost und so weiter. Ich frage Sie, wie wird das in Zukunft sein, das haben Sie heute diskutiert, was tun wir? Man kann nur produzieren unter dem freien Himmel. Daher sind Sie zu wenig weit gegangen in Ihrem Abänderungsantrag. Unser Abänderungsantrag sieht dann das vor, worum ich Sie ersuche, nämlich in die Zukunft zu schauen und zu sagen, Versicherungspaket allumfassend, aber wir müssen auch resistente Rebsorten, wir müssen resistentere Samen und so weiter in der Forschung forcieren, weil sonst ist es einfach zu wenig und allen steht auch zu, nicht jedes Jahr quasi ein Geschenk zu bekommen, sondern abgesichert produzieren zu können.

In dem Sinn, ein Schuss in das Knie, würde ich zusammenfassen, wie immer, obendrüber aber nicht bei den Menschen, aber es ist ohnehin nicht das erste Mal. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse daher vorerst über den vom Landtagsabgeordneten … *(Zwiegespräche in den Reihen)* Abstimmung!

Ich lasse daher vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Sodl eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Regierung wird aufgefordert.)*

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag ist somit einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der burgenländischen Landwirtschaft ist somit mit den beantragten Abänderungen einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Gesetz (Beilage 410), mit dem das Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte (Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz - Bgld. HeiKuG) geändert wird (Zahl 21 - 282) (Beilage 428)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 6. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Gesetz, Beilage 410, mit dem das Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte (Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz - Bgld. HeiKuG) geändert wird, Zahl 21 - 282, Beilage 428, wird Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte (Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz - Bgld. HeiKuG) geändert wird, in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte (Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz - Bgld. HeiKuG) geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Tagesordnungspunkt ist einmal grundsätzlich zu sagen, dass diese Gesetzestextänderung also einmal ein guter Vorschlag ist. Die beiden

Kurorte Bad Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf sollen natürlich auch in Zukunft keine Insellösungen darstellen.

Es muss uns hier schon bewusst sein, wie groß das Land Burgenland ist, weil wenn wir hergehen und schauen Sie, wir haben 290.000 Einwohner, wir haben heute mehrfach gehört, dass in einer Umgebung von einer halben Stunde eine Million Menschen sind, die die Möglichkeit haben, hier auf den Arbeitsmarkt zu drängen, dann muss uns die Größenordnung auch bewusst sein.

Bei dieser Größe kann man im Prinzip nur touristisch zusammenarbeiten, gemeinsame Werbe- und Vermarktungsstrategien einsetzen. Dabei müssen wir aber diese tourismuspolitische Brille abnehmen und ein bisserl über den Tellerrand blicken. Alle Leitbetriebe des Burgenlandes gehören hier mit in das Boot genommen. Hier muss auch die touristische landesweite Koordination mit den Esterházyschen Betrieben gesucht werden.

Bei fast 700.000 Übernächtigungen in den beiden Kurorten spielen wir natürlich auch eine wichtige Rolle im gesundheitstouristischen Bereich im Burgenland. Würden wir uns jetzt aber mit einem Tourismusverband zusammenschließen, ohne zu berücksichtigen, wo die Übernachtungen herkommen und somit auch die Einnahmen, könnten wir über diese Gelder auch später nicht mehr verfügen. Bei Betrachtung der Übernachtungszahlen muss uns bewusst sein, dass wir im Bezirk Mattersburg jetzt, wo die Gemeinde Bad Sauerbrunn auch ist, an die 160.000 Übernachtungen haben und 123.000 Übernachtungen davon alleine auf den Kurort Bad Sauerbrunn fallen und 19 restliche Gemeinden unter 40.000 sind. Bei Bad Tatzmannsdorf ist das natürlich noch viel krasser. Hier haben wir so an die 600.000 Übernächtigungen in diesem Bereich, wobei Bad Tatzmannsdorf allein 560.000 Übernächtigungen hat und sich die anderen Gemeinden so in etwa 40.000 teilen.

Im Heilvorkommen- und Kurortegesetz ist klar definiert, dass die Einnahmen aus diesen Kurübernächtigungen auch für kurrelevante Aktivitäten wieder eingesetzt werden müssen. Ist bei dem Zusammenschluss eine der beiden Kurorte mit einem Tourismusverband gewährleistet, dass die Entscheidungsträger über Verwendung der Einnahmen nach Übernachtungen besetzt werden, so gibt es, glaube ich, kein Problem eines Zusammenschlusses. Wir aus den Kurgemeinden in Bad Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf betreiben jetzt schon nicht nur den kurtouristischen, sondern auch die touristische Werbung in unseren Regionen.

Übrigens, wenn wir es schaffen würden, dass wir die Meldungsmoral von einigen schwarzen Schafen etwas heben würden oder könnten, dann glaube ich, würden wir überhaupt nicht mehr unter die drei Millionen Grenze der Übernachtungen im Burgenland kommen.

Wir werden dem Gesetz zustimmen, obwohl wir als Kurort leider mit keiner Tourismusgemeinde unter diesen Voraussetzungen zusammengehen können, aber grundsätzlich ist es die richtige Richtung, dass man hier gemeinsam arbeitet. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht, wie gesagt, um die Änderung des

Heilmittel- und Kurortegesetzes. Notwendig wird diese Änderung wegen der Anpassung an neue Begrifflichkeiten und sozusagen Verweisanpassungen an die neue Rechtslage.

Im Prinzip geht es, wie schon vorher ausgeführt wurde, um eine Kooperation beziehungsweise Zusammenarbeit zwischen den Kurfonds Bad Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf mit einem oder mehreren angrenzenden Tourismusverbänden zu einem mehrgemeindigen Tourismusverband.

Der Kurfonds selbst besteht weiter und auch die Aufgaben, Rechte und Pflichten nach dem Heilmittel- und Kurortegesetz bleiben natürlich aufrecht. Es geht nur um den Tourismusgesetzbereich in diesen Kurorten. Das Ganze beruht - kein unwesentlicher Punkt - auf Freiwilligkeit und betrifft, wie gesagt, nur den Bereich für den Kurfonds nach dem Tourismusgesetz. Ich wiederhole das noch einmal. Und die Aufgabenpflichten des Heil- und Kurortegesetzes bleiben aufrecht. Natürlich sind in dem Zusammenhang, weil es um viele finanzielle Verbindlichkeiten geht, übereinstimmende Beschlüsse zu fassen und schriftliche Vereinbarungen sind eben notwendig.

Ich erwähne vielleicht noch ein paar vielleicht nicht unwesentliche Punkte. Es wird festgestellt, dass zum Beispiel zehn Prozent des Grundbetrages der Kurtaxen und der Marketingbeitrag der Kurtaxen zur Gänze an die Burgenländische Tourismus GmbH geht.

Ein weiterer Punkt: Der Geschäftsführer des angrenzenden Tourismusverbandes oder des mehrgemeindigen Tourismusverbandes sind zukünftig in der Kurkommission vertreten. Das ist insofern wichtig, da es sehr oft und sehr häufig um Koordination von Marketingangelegenheiten geht und um Koordination von Projekten.

Aufgaben der Kurversammlung: Die Kurversammlung sind die Unternehmervertreter, die verringern sich etwas und zwar werden sie nur mehr Delegierte in die Kurkommission entsenden und hinsichtlich der Beratung der Kurkommission in touristischen, wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Zusammengefasst möchte ich sagen, große Einheiten sind effektiver, haben mehr finanzielle Möglichkeiten, es können Synergieeffekte genutzt werden. Ich finde, mehr Mittel für touristische Aufgaben ist ein ganz wesentlicher Punkt, vor allem für den Süden des Burgenlandes.

Ich glaube, dass es ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ist - jetzt wollte ich sagen, sagt der Richter, weil so viele „Richter“ waren - und wir sind natürlich für diese Änderung des Gesetzes. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz soll also mit heutigem Tag geändert werden. Grundsätzlich darf ich sagen, dass die Österreichische Volkspartei dieser Gesetzesänderung zustimmen wird.

Das, was der Kollege Hutter gesagt hat, unterstreiche ich. Ich habe mich im Vorfeld auch mit den Freunden aus Bad Tatzmannsdorf unterhalten. Richtig ist, dass das vorerst nur zwei Gemeinden betrifft: Bad Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich auch die Kurfonds mehrgemeindlichen Tourismusverbänden anschließen können. Die Frage ist, ob die Kurfonds das wollen? Was ich aus Ihren Worten, Herr Kollege Hutter, gehört habe, wollen Sie das eher nicht.

Nicht nur, weil dann die finanziellen Mittel nicht mehr nur in der Hand von Bad Sauerbrunn - sage ich einmal - im Kurfonds wären, sondern es wären ja auch dann die Geschäftsführer anderer Tourismusverbände - wenn man sich mit so großen Verbänden zusammenschließt -, auch mit Sitz und Stimme im Kurfonds vertreten. Das wollen aber die Kurfonds schon gar nicht, daher beschließen wir heute etwas, das eine theoretische Möglichkeit ist, schlussendlich wird sich aber auf Grund dieser Gesetzesänderung nichts ändern.

Notwendig ist es, weil ein gut funktionierendes Tourismusgesetz, aus welchen Gründen auch immer, - nicht aus sachlichen Gründen - geändert wurde und wir heute de facto zum vierten Mal darauf reagieren müssen. Man geht heute daran, auch die Verweise insgesamt wieder anzupassen, was durch diese Änderung notwendig geworden ist.

Der Kollege Hutter hat auch eines angesprochen, nämlich den Bereich von möglicherweise nicht genauen Meldungen. Da muss ich den Bürgermeistern schon sagen, Meldebehörde sind die Bürgermeister. Und ich glaube, dass wir in der Neusiedlersee-Tourismus GmbH ein Mittel gefunden haben, das einerseits ein ausgezeichnetes Kundenbindungsprogramm ist, auf der anderen Seite auch ein ausgezeichnetes Mittel ist, um einen möglichst kleinen Graubereich im Bereich der Meldemoral zu haben.

Das Mittel dazu ist die Neusiedler See Card, weil die Gäste mittlerweile wissen, was sie an dieser Neusiedler See Card haben, wie sie damit ihren Urlaub weit effektiver und finanziell weit günstiger gestalten können. Mit solchen innovativen Produkten, im Gegensatz zur Burgenland-Card, bin ich überzeugt, dass wir auch künftighin gute Tourismuswerbung machen können.

Wir stimmen dieser heutigen Novelle gerne zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Präsident Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Gesetz selbst gibt es eigentlich nichts mehr Ergänzendes hinzuzufügen. Es ist alles gesagt, was diese Änderung im Heilvorkommen- und Kurortegesetz beinhaltet und wo die Intention liegt.

Ich bin etwas anderer Meinung als Kollege Strommer. Ich glaube schon, dass es möglich ist, dass man einen Zusammenschluss - ich gehe jetzt einmal von meinem Heimatbezirk aus - in Mattersburg - schaffen kann, damit wir mit Bad Sauerbrunn nicht nur kooperieren, sondern einen Zusammenschluss überlegen, weil sich natürlich sehr viel mehr an finanzieller Schlagkraft entwickelt, wenn man den jetzt neu begründeten und - es war nicht einfach, aber wir haben es doch geschafft, einen Tourismusverband mit der nötigen Nächtigungszahl zusammenzuschweißen mit 21 Gemeinden, 19 aus dem Bezirk Mattersburg und zwei aus dem Bezirk Eisenstadt.

Ich glaube schon, dass diese dann, weil es in der Vergangenheit bei uns schon lange Tradition hat, dass es ja aufgrund anderer gesetzlicher Vorgaben zweifelsohne nicht verboten und sogar deshalb nicht untersagt war, zusammenzuarbeiten.

Bad Sauerbrunn war immer ein Bestandteil des gesamten touristischen Bezirkes, natürlich der wichtigste Ort mit den meisten Nächtigungen. Und jetzt ist es so, dass der Rest, wenn man die Nächtigungszahl von Bad Sauerbrunn wegrechnet, 70.000 Nächtigungen beinahe aufweist. Damit hat man auch dementsprechende Einnahmen, weil

es nicht nur um Nächtigungseinnahmen, sondern auch aus Einnahmen aus sogenannten Feriensiedlungen geht. Auch das bringt Geld, obwohl die Nächtigungszahlen hier nicht zählen. Aber es ermöglicht viele Chancen. Chancen nämlich - und die gibt es auch genauso in Bad Tatzmannsdorf und im Bezirk Oberwart. Auch dort ist es so, dass der Kurort selbst 511.000 von 578.000 Nächtigungen im Bezirk eben auch bringt. Das heißt, Chancen für das Auslösen von Förderungen.

Wir haben vor kurzem hier in einer Landtagssitzung über die Möglichkeiten touristischer Förderungen über das EFRE-Programm gesprochen und das ist natürlich hier die Voraussetzung, dass man auch selbst Eigenmittel hat, um diese Projekte und somit die Fördergelder auslösen zu können. Deshalb sehe ich es als große Chance. Das Gesetz ist, glaube ich, eine verbriefte Möglichkeit. Die Möglichkeit vorher, das in privatrechtlichen Verträgen zu tun, war schon immer gegeben.

Wir haben einen Stufenplan entwickelt, 2014 - ein Tourismusgesetz, danach eine Novelle. Dort war eigentlich nur die Zahl 50.000 als eine Unterzahl verpflichtend festgelegt und jetzt eben ein anderes Gesetz, das zweifelsohne auch in der Kooperation Tourismusverbände, aber auch diese zwei Kurorte nicht ermöglicht, sondern ein wenig mehr auch definiert und deshalb vielleicht auch greifbarer machen kann und machen wird.

Zur Meldemoral: Ich denke, das ist eine Bewusstseinsgeschichte. Die Neusiedlersee-Card als quasi das Heilmittel aller Heilmittel für das Bewusstsein, die Meldemoral zu heben, stelle ich in Frage. Ich nächtige öfters im Bezirk Neusiedl, die erste Frage am Telefon ist, brauchen Sie eine Neusiedlersee-Card. Die brauche ich dann nicht und damit gibt es auch keinen Meldezettel *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wieso?)* und beim Gehen keine Rechnung.

Auch das ist Faktotum, auch das gibt es, das sind Ausnahmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Ist mir passiert, kann ich nur sagen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Kannst ja trotzdem gemeldet sein.)* Ohne Meldezettel kann ich nicht gemeldet sein, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Oh ja!)* ich glaube nicht, dass es das gibt. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: In Tatzmannsdorf gibt es keinen Meldezettel mehr. Gemeindeverbund. – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Klar. Der weiß ja nicht, wie ich heiße. Frau Abgeordnete, was willst Du mir da erzählen? Nein, die haben mich nicht gefragt, wie ich heiße. Wahrscheinlich haben sie es gewusst. Ich gehe davon aus, dass es nicht allein die Karte ist, die diese Meldemoral alleine hebt. In Bad Tatzmannsdorf gibt es andere Mittel, Frau Landtagsabgeordnete, da machen die Gemeinde und der Kurfonds andere Mittel schlagend, die dann geholfen haben. Es gibt das in anderen Tourismusgemeinden nicht in dieser Art. Aber ich denke, es ist eine Frage des Bewusstseins und das ist für mich das Entscheidende, was jetzt passiert.

Wir haben irgendwann vor einem Jahr gesagt, ich habe das nachgelesen, weil ich ja dauernd zu diesem Thema reden darf. Da haben wir gesagt, 20 Tourismusverbände sind so in Aussicht gestellt. Jetzt gehe ich davon aus, dass wir zehn haben werden.

Das heißt, es hat sich dann doch sehr viel in der permanenten Diskussion verändert und jetzt sind in Eisenstadt/Neusiedl 26 Gemeinden zusammen, Mattersburg 21 Gemeinden, Bezirk Jennersdorf - mit Ausnahme einer Gemeinde - alle. Bezirk Oberwart - Ausnahme Bad Tatzmannsdorf - alle. In Mittelburgenland werden es zwei sein. Das heißt, es sind nicht so viele wie man irgendwann vermutet hat und das Bewusstsein ist auch hier schon eingekehrt und hat Einzug gehalten. Ich denke, wenn jetzt bis 30. 6. alle Vollversammlungen abgehalten worden sind - müssen sie ja, sie haben einen Stichtag -, dann wird man das eben machen, was man machen muss, nämlich tun.

Die Ersten, die sich da melden und sagen, ja, ich bin einer von Sieben, die da drin arbeiten mit einer Geschäftsführung, die werden dann wirklich den Karren ziehen und die anderen müssen ihn mitanschieben und dann wird auch dort, wo bis jetzt noch weniger Tourismus gelebt wurde, tatsächlich passieren, davon bin ich überzeugt, weil viele natürlich wissen und etliche Jubiläen oder auch Statistiken zeigen uns, wie wichtig der Tourismus ist.

Arbeitsplatz schaffend, erhaltend, sehr beständig und ich denke, im Steigen begriffen, weil Qualität im Bettenangebot immer schwer bewertet wird, aber auch vom Gast angenommen wird. Zum Zweiten natürlich, wie wir hier Intentionen schon in der Überlegung haben oder in der Umsetzung, auch die Zwei-Drei-Sternqualität doch auch zu verbessern, um dieses Angebot auch zu schärfen. Es geht bei meiner Überlegung auch noch mehr in den Jugendtourismus.

Auch dort, denke ich, haben wir noch viele Chancen und Optionen, wo wir noch weiterhin punkten können, weil wir wissen, der Jugendliche, der einmal irgendwo war und es hat ihm gefallen, der kommt als Erwachsener mit Familie vielleicht wieder. Deshalb gibt es diese dynamische Entwicklung aus vielerlei Gründen. Weshalb kommen die Menschen zu uns? Weil sie sich erholen wollen, weil sie die Landschaft, die Natur schätzen, weil sie Wellness schätzen und Gesundheitsangebote und weil sie natürlich die Kulinarik und den Wein sehr gerne hier bei uns in Anspruch nehmen, weil diese in höchster Qualität angeboten wird.

Ich denke, heute ein Beschluss mehr, der uns einen Schritt näher zu mehr Nächtigungen, zu mehr zufriedenen Gästen und somit zu einer positiven Entwicklung im Tourismus allgemein bringen wird.

Ein Danke an alle Tourismusverantwortlichen, die vor Ort wirklich den Job machen und in ihren Betrieben arbeiten. Wir stimmen sehr gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident für Ihren Redebeitrag. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke schön. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In kurzer Zeit verändern wir zum dritten Mal im Tourismusbereich die gesetzliche Lage und bei diesem letzten jetzt gesetzlichen Änderungspunkt, der Abgeordnete Illedits hat es eindeutig gesagt, ist es eine Anlasssituation, die auch dazu verleitet, quasi Kurorte in eine gemeindeübergreifende Situation einzubinden, und diese Anlassgegebenheit ist durchaus im Grunde genommen nichts Negatives. Sie hätte meiner Ansicht nach nur von Anfang an schon stattfinden können und wäre eigentlich jetzt in einer zweiten oder einer dritten Phase des verändernden Tourismusgesetzgebens nicht notwendig gewesen. Tatsache ist, dass ich durch größere Verbände - und das war ja die Absicht mit der ersten Änderung - mehr Kraft habe, mehr Möglichkeiten in der Ausnutzung der Bewerbung auf den Gast bezogen.

Es kommt mit Sicherheit nicht darauf an, wie viele Mandatare aus den Gemeinden, Gewerbetreibende aus Gemeinden in irgendeiner Form einer Tourismusgesellschaft oder im Tourismusverband zusammengeschlossen sind, wer jetzt die Köpfe stellt, die dort in diesem Verband im Grunde genommen politische Entscheidungen treffen sollen. Tatsache ist, dass es um eine regionale, aber insbesondere um die Landespositionierung in der touristischen Bewerbung geht.

Ich habe mit wirklich positiver Einstellung und Dafürhalten gesehen, dass wir es nach vielen Jahren geschafft haben, endlich auch in Medien als Burgenland Tourismus aufzutreten und das Burgenland meiner Ansicht nach sehr gut zu bewerben und zwar zu Spitzenzeiten, nämlich vor der „Zeit im Bild 1“, in der Umsetzung also eine, glaube ich, wie andere Bundesländer, es uns vorgezeigt haben, schon langatmig notwendige, jetzt durch den Schritt der finanziellen Vermehrung auf den Burgenland Tourismus eigentlich statthafte und schlagkräftige Option, die auch umgesetzt wurde. Es ist beispielhaft und sollte auch anregen, quasi die regionale touristische Förderung.

So wie es der Kollege Strommer angedeutet hat, wird es natürlich auf die beiden Kurorte ankommen, was sie sich gefallen lassen werden, wie sie es zulassen werden in der Umsetzung auf ihre Gegebenheiten. Diese Möglichkeit zu nutzen, ist ihnen natürlich nicht abzusprechen, weil sie ja auch nicht nur, wie es vorher gesagt wurde, das Potential der höchsten Nächtigungen haben, sondern auch die entsprechenden qualitativen Ausführungen an ihrem Standort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insgesamt ist eine touristische Zusammenstellung, eine Ballung der Möglichkeiten, in finanzieller Hinsicht nur von Vorteil. Wir sollten aber nie vernachlässigen, dass ein kleinkariertes politisches Denken in diesen neuen Gegebenheiten sicherlich nicht zum Vorteil für die Tourismuswerbung und für den touristischen Standort Burgenland ist.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich könnte eigentlich der Rede des Herrn Kollegen Steier fast nichts mehr hinzufügen. Das war an und für sich eine sehr treffende Darstellung der Situation. Bis auf den letzten Satz, denn es geht ja nicht um kleinkariertes politisches Denken, sondern es geht hier, unter anderem, auch um die wichtigsten Kurorte im Burgenland.

Wir haben im Burgenland derzeit 1.300 Kur- und Reha-Betten, in den Kurorten, eben in Sauberbrunn und in Bad Tatzmannsdorf. Ich erspare Ihnen jetzt diese Darstellung, wie das aufgeteilt ist. Aber, es ist für uns nicht nur touristisch wichtig, sondern eben auch als Kurstandort innerhalb Österreichs eine ganz wichtige Situation mit diesen beiden Leitgemeinden.

Ich sage auch offen dazu, wir brauchen diese Leitgemeinden und es ist, aus meiner Sicht, ein sehr sperriger Titel dieses Heilvorkommen und Kurortegesetz, aber es geht darum, dass wir einen Qualitätszusatz anbieten können und dieser Qualitätszusatz ist aus meiner Sicht gegeben. Es wird in diesem Gesetz die Möglichkeit gegeben, dass Kurfonds und Tourismusverbände miteinander zusammenarbeiten und damit auch wechselseitig voneinander profitieren können.

Ich freue mich wirklich, das sage ich offen, denn es haben sich, glaube ich, die GRÜNEN nicht zu Wort gemeldet, aber sonst habe ich das Gefühl gehabt, dass zumindest alle anderen im Landtag vertretenen Parteien diesem Gesetz auch zustimmen werden. Ich freue mich wirklich darüber, weil es auch zeigt, dass es in diesem Bereich ein Miteinander gibt.

Der zweite Punkt ist, es geht auch um operative Möglichkeiten. Beispielsweise die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Tourismusverbände in die Kurfonds und

vice versa von angrenzenden Gemeinden mit dem Ziel einer besseren Kommunikation und eines besseren Informationsflusses und abgestimmten Maßnahmen, insbesondere im Marketingbereich, hier auch zusammenzuführen.

Es geht wie gesagt darum, ein zusätzliches Angebot zu schaffen. Kollege Strommer hat das auch angesprochen. Die Gemeinden müssen es nutzen, oder auch nicht. Aber grundsätzlich halte ich dieses Gesetz für ein gutes Gesetz und auch für die Möglichkeit, dass wir in dem Bereich einen Schritt nach vorne tun. Insofern bedanke ich mich bei allen im Landtag vertretenen Parteien, dass sie offensichtlich diesem Gesetzentwurf zustimmen werden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat für Ihre Ausführungen. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte (Burgenländisches Heilkommen und Kurortegesetz - Bgld. HeiKuG) geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte (Burgenländisches Heilvorkommen und Kurortegesetz – Bgld. HeiKuG) geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 408), mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 280) (Beilage 429)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 408, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 280 Beilage 429.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a BVG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 6. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich seit Dezember liegt diese Vereinbarung auf dem Tisch. Am 9. Dezember ging sie durch den Nationalrat, am 17. Dezember 2015 durch den Bundesrat. In der Zwischenzeit sind fünf Landtagsitzungen verstrichen, in denen wir diese Vereinbarung nicht vorgelegt bekommen haben. Alle anderen Bundesländer haben sie schon beschlossen, nur das Burgenland hinkt hinterher. Ein paar Tage noch und die Vereinbarung wäre für alle Bundesländer gefallen, wenn der Burgenländische Landtag nicht auch noch seine Zustimmung gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe mich zwischendurch in den letzten Monaten schon öfter gefragt, welches Kalkül denn da dahintersteckt, wenn so eine wichtige 15a Vereinbarung so lange hinausgeschoben ist, wo doch alle anderen Bundesländer auch daran hängen, weil sie, vielen von ihnen zumindest, die Tagsätze auch erhöhen wollen? Fakt ist, dass in den vergangenen Monaten Quartiergeberinnen, Quartiergeber und Hilfsorganisationen in einer Dauerunsicherheit gelassen wurden.

Sie konnten nicht kalkulieren. Einige von ihnen wissen noch immer nicht, mit welchen Kosten sie in Zukunft tatsächlich abrechnen können. Wir haben gestern auch erfahren, über einiges wird wohl noch geredet werden. Es ist wahrscheinlich noch ganz offen, was rückwirkend geltend gemacht werden kann.

Fakt ist, dass wir im Burgenland eben eine Rot-Blaue Landesregierung haben und dass es hier offensichtlich bei Entscheidungen dieser Art nicht nur um Sachverstand und Berechnungen über tatsächliche Kosten geht, die entstehen, sondern auch darum, ein gewisses Wählerklientel zu befriedigen. Ganz egal was faktenbasierte Berechnungen mit sich bringen würden, die FPÖ glaubt, ihren Wählerinnen und Wählern gegenüber nicht vertreten zu können, dass die Unterbringung und Betreuung von Asylwerbenden eben Geld kostet und angepasst werden muss.

Anscheinend, das ist für mich der noch schmerzvollere Teil der Geschichte, agieren weite Teile der SPÖ Burgenland auch so. Fakt ist aber auch, dass wir hier von Menschen und von Institutionen reden, die ihr Bestes geben, um gute Integration möglich zu machen. Um welche Zahlen geht es konkret? Der Nationalrat hat bereits im Zuge der Verankerung des Durchgriffsrechts des Bundes bei der Schaffung von Asylquartieren beschlossen, die Tagsätze für die Grundversorgung von Asylwerbern und Asylwerberinnen in organisierten Unterkünften in zwei Schritten von 19 auf 21 Euro zu erhöhen.

Im Rahmen der Bund-Ländervereinbarung wird, unter anderem, der Höchstkostensatz für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge in kleinen Wohngruppen bis zu zehn Personen erhöht. Rückwirkend ab August können hierfür 95 Euro laut dieser Vereinbarung statt 77 Euro pro Tag geltend gemacht werden. Keine Änderungen gibt es hingegen beim Taschengeld, denn dieses bleibt bei 40 Euro monatlich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was bedacht werden muss, ist die Tatsache, dass die Kostensätze seit dem Jahr 2004 erst einmal angehoben worden sind und auch nach der nunmehrigen Erhöhung in vielen Fällen nicht kostendeckend sein werden. Die gestern verlautbarten Tagsätze im Burgenland machen es unmöglich, das einzulösen, was die Landesregierung vor Kameras und Publikum als Linie kundtut. Ich spreche hier vom Postulat der kleinen Einheiten. Seit gestern ist öffentlich, was sich die Landesregierung hier ausgedealt hat. Konkret wird hier als Tagsatz für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge deren Betreuung, deren Gesamtversorgung und alles was sie hier brauchen, um gut untergebracht zu werden, an die Institutionen 82,50 Euro ausbezahlt.

Zum Vergleich: In den Bundesländern Tirol, Salzburg und Oberösterreich werden die Möglichkeiten, die in der § 15 a Vereinbarung angeboten werden, im Sinne des Kinder- und Jugendwohlfahrtsgesetzes voll ausgeschöpft. In Ländern, wo GRÜNE Regierungspartner für die Versorgung der jungen Flüchtlinge zuständig sind, sind Jugendliche etwas wert, egal welcher Herkunft sie sind. Denn allen sollen die gleichen Entwicklungschancen geboten werden. Das ist langfristiges Denken und nachhaltige Politik. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Im Regierungsübereinkommen ist nachzulesen, es ist ein knappes Jahr alt: Die Koalitionspartner bekennen sich zu gesteigerten Anstrengungen des Landes Burgenland, um verstärkt entsprechende Unterkünfte für unbegleitete Minderjährige Fremde zu schaffen. Ihre Worte. Also erstens: Die Landesregierung bekennt öffentlich, wir wollen uns um unbegleitete Minderjährige kümmern. Zweitens: Die Landesregierung sagt immer, wir wollen kleine Einheiten, keine Massenquartiere. Drittens: Die Landesregierung legt Tagsätze fest, die es schlichtweg unmöglich machen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in kleinen Einheiten zu betreuen.

So etwas nennt man Doppelbödigkeit! Betreuungsorganisationen, die so arbeiten, dass Integration möglich ist, dass die Untergebrachten in unsere Lebensart, in unser Wertegerüst eingeführt werden können, Quartiergeber, die so arbeiten, dass es im Umfeld und in der Gemeinde keine Schwierigkeiten gibt, werden möglicherweise irgendwann aufgeben müssen, weil die zur Verfügung stehenden Mittel einfach nicht reichen.

Es kann ja nicht sein, dass für den Normalbetrieb Spendengelder eingesetzt werden, weil die öffentliche Hand zu knausrig ist. Wer kleine Einheiten sagt, muss auch kleine Einheiten finanziell möglich machen. Das ist eine Nagelprobe für diese Landesregierung. Warum der für Sicherheit zuständige Landeshauptmann-Stellvertreter sich in der öffentlichen Präsentation der beschlossenen Tagsätze mit an den Tisch setzt, entbehrt jeglicher Nachvollziehbarkeit, wenn man rein sachlich arbeitet. Er ist schlichtweg nicht zuständig.

Nun, vielleicht ist das ja der New Deal in der Landesregierung. Landeshauptmann Niessl setzt sich nach Belieben in die Pressekonferenzen der blauen Regierungsmitglieder, um hier nach Bedarf eingreifen zu können. Im Gegenzug darf Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz sich in Pressekonferenzen von roten Regierungsmitgliedern setzen, *(Abg. Géza Molnár: Entschuldigung. In einer Koalition*

muss man sich doch einigen, oder?) um die Gelegenheit zu nutzen, um bei einer Pressekonferenz seine, wenn auch nicht immer zum Thema passenden Botschaften, auch anzubringen.

Gestern verlautete Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, ich zitiere: „Das hießt, wir haben jetzt im Burgenland die niedrigste Erhöhung, weil wir natürlich auch die eigene Bevölkerung im Fokus haben wollen.“ In diesem Satz wird offenbar, es geht gar nicht um die Berechnung dessen, was nötig ist im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes und der guten Betreuung, es geht nur darum, die eigene Bevölkerung gegen die neu Hinzukommenden auszuspielen.

Die Sozialpolitik der FPÖ, wie sie Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz präsentiert, erstreckt sich darin, Armen etwas wegzunehmen, wenn noch Ärmere dazukommen. Er spricht davon, dass unsere Mütter und Kinder Priorität haben. Auch hier wird Spaltung wieder herbeigeredet. Die Gesellschaft wird in „Wir“ und „die Anderen“ aufgeteilt. Der Ansatz der GRÜNEN ist da ein anderer. Wir meinen, wenn es bei den Ärmsten an Mitteln fehlt, dann sollte es von den Reichsten abgeknöpft werden, und nicht bei den Armen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, das passt doch ziemlich punktgenau in die Linie der FPÖ, wenn ich schau, was sie im Nationalrat tut. Die FPÖ stimmte beispielsweise gegen folgendes, wenn wir den Pflegefonds anschauen: Am 11. Dezember 2014 stimmte die FPÖ gegen die Erhöhung des Pflegegeldes ab dem Jahr 2016. *(Abg. Géza Molnár: Weil es ein Witz war. Ein Witz!)* Einem Ausbau des Pflegefonds mit dem mobile stationäre und teilstationäre Dienste weiter ausgebaut werden, stimmte die FPÖ am 4. Juli 2013 im Nationalrat als einzige Partei nicht zu. Schon bei der Einführung am 8. Juli 2011 stimmte die FPÖ dagegen. Sozialpolitik. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mindestsicherung: Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung auf Bundesebene zur Armutsbekämpfung war wirklich ein sozialpolitischer Meilenstein. Ich nehme an, da werden mir die Kollegen der SPÖ zustimmen. Die FPÖ stimmte am 7. Juli 2010 dagegen.

Wenn wir an einen Jobwiedereinstieg von Österreicherinnen und Österreichern denken, gegen eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung für den Wiedereinstieg älterer arbeitssuchender Menschen in der Höhe von 350 Millionen Euro bis zum Jahr 2016 stimmte die FPÖ am 27. März 2014. Auch wenn es um Lohn- und Sozialdumping geht, schauen wir wieder in den Nationalrat und das Verhalten der FPÖ dort. Am 20. November 2014 wollte die FPÖ ein Gesetz verhindern, das Lohn- und Sozialdumping stärker bekämpft - etwa durch die Anhebung von Strafen und eine automatische Information bei Unterentlohnung.

Nun setzt sich die FPÖ auch dafür ein, dass im Burgenland die Mindestsicherung gekürzt wird. Das ist nämlich die tatsächliche Sozialpolitik der FPÖ. Letztendlich bedeutend für die Menschen ist nämlich nicht was auf Plakaten steht, sondern was konkret beschlossen und umgesetzt wird. Hier outet sich die FPÖ als unsoziale Partei, die in ihrem Kürzungswahn bei den Armen auch vor den Burgenländerinnen und Burgenländern nicht Halt macht. So schaut es nämlich in echt aus. Leider hat die Sozialdemokratie im Burgenland in den Tagsatzkostenverhandlungen sich von ihrem kleinen Regierungspartner ganz schön über den Tisch ziehen lassen. Was einst Kernthema der SPÖ war, nämlich verantwortungsvolle Jugendwohlfahrt wird zugunsten der Klientelpolitik der Rechten und Rechtspopulisten aufgegeben. Leidtragende sind in diesem Fall Kinder und Jugendliche, denen es verwehrt wird, die besten Chancen zur Integration in unserer Gesellschaft zu bekommen.

Das, was hier in der Artikel 15a Vereinbarung zur Erhöhung ausgewählter Kostensätze der Grundversorgungsvereinbarung von uns heute zur Kenntnis genommen wird, gebe uns im Land wesentlich bessere Möglichkeiten unserem Auftrag gerecht zu werden. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung ist von Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser 15a-Vereinbarung geht es ja schlussendlich nur darum, dass wir als Landtag diese zur Kenntnis nehmen. Die Regierung hat letztlich die Verantwortung darüber, welche Sätze übernommen werden. Da obliegt es nicht uns als Landtag darüber abzustimmen, sondern wir werden diese natürlich zur Kenntnis nehmen, aber es wird wohl eine große Diskussion in der Koalition gewesen sein, zumal der Landeshauptmann-Stellvertreter im Feber gesagt hat, dass die 77 Euro für die UMF also für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nicht erhöht wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt entnimmt man gestern aus den Medien, dass 82,50 Euro der Kompromissvorschlag war. Das muss jede Partei für sich selbst in ihren Bereichen verantworten. Ich möchte aber mitgeben, dass ich mich informiert und gehört habe, dass beispielsweise die Betreuungsheime für Jugendliche im Burgenland schon mit Tagsätzen von um die 140 Euro rechnen.

Das heißt, das wurde mir gestern gesagt. Dementsprechend sind wir mit 82,50 Euro weit darunter. Ich glaube, dass vor allem für jene, die es wirklich brauchen, die Unterstützung und die Hilfe hier noch etwas zu machen gewesen wäre.

Gleichzeitig aber glaube und hoffe ich, dass die Regierung sich diesen Mehrkosten bewusst ist. Es wurde hier von zwei Millionen Euro, von vier Millionen Euro medial gesprochen. Ich nehme an, man weiß, wie man diese Beträge finanziert. Man hat sich das schon überlegt. Im Burgenland jedenfalls, gerade im Asyl- und Flüchtlingsbereich, möchte ich ein großes Lob dem Wolfgang Hauptmann und seinem Team aussprechen, der hier sehr gut für den Umgang mit den Quartieren, mit den Flüchtlingen sorgt, dass wir tagesaktuell einmal die Quote erfüllen, einmal nicht erfüllen. Schlussendlich aber das das Durchgriffsrecht nicht im Burgenland greift, brauchen wir durchwegs eine Quote von 100 Prozent über ein Monat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im letzten Monat, das wissen wir alle, ich glaube daran müssen wir arbeiten, aber nichts desto trotz ein großes Lob an den Wolfgang Hauptmann stellvertretend für sein Team. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zusätzlich ist es wichtig, als ÖVP hier nochmals klar zu sagen, dass wir für die Obergrenze sind, die Sebastian Kurz federführend ab dem vergangenen Herbst verhandelt und auch initiiert hat. Es geht hier um maximal 37.500 zugelassene Asylverfahren. Ich glaube, dass das ein notwendiger Schritt ist, um die österreichische Gesellschaft, um unsere Mitmenschen, so weit zu bewahren, dass es nicht zu Unruhen kommt. Man kennt die Bilder, man kennt die Diskussionen und mit dem heutigen Tag wurden bereits zirka 22.000 Asylanträge gestellt. Ich glaube, dass wir im Sinne unserer Mitmenschen diese gemeinsame Linie, die es hier auf Bundesebene gibt, über die Parteien hinweg beibehalten müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Für das Burgenland haben wir als ÖVP klargelegt, und das schon sehr oft, dass es notwendig ist, die Integration voranzutreiben. Hier hat Sebastian Kurz mit dem Landesrat

Darabos die ersten Kurse bereits ins Laufen gebracht, denn hier geht es um Sprache, Werte und um Zusammenleben, auf gut Deutsch um unsere Leitkultur. Ein weiterer Punkt ist, dass wir ein gemeinsames Vorgehen in der EU brauchen. Es wird nicht möglich sein, dass wir uns als Österreich abschotten, wenn wir in einem gemeinsamen Europa leben. Solange die Europäische Union nicht gemeinsam auftritt und hier Lösungen sucht, wird es zu keiner Lösung kommen, denn die grüne Grenze rund um Österreich werden wir nie gänzlich zu 100 Prozent schützen oder bewachen können. Deswegen glaube ich, dass es wichtig ist, den Vorschlag, den Sebastian Kurz in die Diskussion eingebracht hat, mitzunehmen.

Hans Peter Doskozil hat als Verteidigungsminister einen weiteren Vorschlag gebracht. Nämlich, diese Verfahren, die Asylanträge, bereits außerhalb Europas zu prüfen. Denn wir glauben, dass das Abkommen mit der Türkei zwar richtig ist, aber wir uns nicht in eine gänzliche Abhängigkeit begeben dürfen. Wir als Europa brauchen einen eigenen Plan, einen Plan A und den hat unser Außenminister skizziert. Es geht hier um die Sicherung der Außengrenzen, die gemeinsam bewältigt werden muss. Es geht darum, dass nur jemand Asyl bekommt, darüber wir entscheiden, und nicht jemand anders. Denn Rettung aus der Seenot darf kein Freibrief werden. Wir müssen hier aufpassen, dass es im Schlepperwesen nicht dazu kommt, dass nur weil man in ein Boot steigt automatisch in Europa aufgenommen wird. Wir brauchen auch die verstärkte Hilfe vor Ort in den Flüchtlingszentren und auch in den Registrierzentren außerhalb Europas. Die Priorität liegt da klar auf der Hand. Wir müssen dem Schlepperwesen die Grundlage entziehen.

Ein dritter Punkt, der uns ganz wichtig ist, ist auch die Reformierung der Mindestsicherung. Wir brauchen raschere Formen zum Anreiz, vor allem für den Wiedereinstieg in die Beschäftigung. Wir wollen mehr Sachleistungen anstatt der Geldleistungen und eine Deckelung von 1.500 Euro pro Monat, weil es uns auch wichtig ist, dass die Fleißigen das Geld bekommen, das sie verdienen und dass für uns ganz entscheidend ist, weil das kann nur fair sein, um auch das Sozialsystem langfristig am Laufen zu halten. Wer etwas leistet soll auch wesentlich mehr bekommen, im Gegensatz zu jemandem, der nichts dazu beiträgt. Deswegen stehen wir ja zu dieser Grundversorgung und zur Mindestsicherung, aber zur reformierten.

Wir wollen einen Richtungswechsel hin zu den Fleißigen und wir stehen natürlich ein für die Unterstützung, gerade für alle, die dringend Hilfe brauchen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landtagsabgeordneter. Herr Mag. Christian Drobits ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Bevor ich auf diesen Tagesordnungspunkt eingehe, würde ich gerne hinsichtlich des heutigen Hoppalas vom Kollegen Mag. Wolf kurz replizieren. Ich glaube, als bekennendes Gewerkschaftsmitglied und als praktizierender Arbeitnehmervertreter kann nichts Ärgeres passieren, wie wenn jemand den Gewerkschaften und der Gewerkschaft das Leben abschreibt. Diese Aussage heute war eine Aussage, die in der Geschichte nur einmal vorgekommen ist. Ich glaube schon, dass diese Aussage, dass die Gewerkschaften heutzutage nicht mehr gebracht werden, eine wesentliche essentielle Aussage in diesem Hause war. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Gewerkschaften sind das Fundament der Arbeitnehmerpolitik. Ich selbst als Arbeiterkind weiß es zu schätzen, dass mein Vater als schlichter Fliesenleger, als

Arbeiter, die Möglichkeit gehabt hat, mit den Errungenschaften der Gewerkschaften und der Gewerkschaft das Leben für uns und auch das Studium für mich zu finanzieren.

Wenn jemand heute herkommt und sagt, Gewerkschaften braucht man nicht mehr, glaube ich, ist das ein wesentlicher Einstieg für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande. Damit distanziert man sich eindeutig von den Arbeitnehmern und vertritt sie sicherlich nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Wir haben im Burgenland 40.000 Gewerkschaftsmitglieder. Diese 40.000 sind davon betroffen. Deshalb appelliere ich nochmals an ihre Vernunft, diese, ihre Aussage in der Form zu korrigieren, dass Sie mit einer Entschuldigung entsprechend korrigiert wird. Die Abschwächung, die bisher getätigt worden ist, lässt noch etwas offen. Nun, wenn ich dann noch in weiterer Folge in den letzten Monaten ihre Aussagen auch hinsichtlich der Verstärkung der Finanzpolizei und der Stärkung der Kontrolle im Hinblick auf Lohn- und Sozialdumping in Kenntnis habe, muss ich auch feststellen, dass für die kleinen und mittleren Unternehmer auch keinerlei Vertretung da ist.

Ich frage mich, wo befinden Sie sich? Sind Sie im Niemandsland? Oder vertreten Sie nur mehr die ein Prozent der reichsten Burgenländerinnen und Burgenländer, die 37 Prozent des Vermögens in unserem Lande hat? Ich würde Sie wirklich bitten, Ihre Aussage hinsichtlich dieser Ausgrenzung und Abschaffung der Gewerkschaft nochmal zu überdenken. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun aber zur Grundversorgungsvereinbarung. Diese gegenständliche Artikel 15a-Vereinbarung ist grundsätzlich auch im Einklang mit dem EU-Recht zu setzen. Das ist bislang nicht erwähnt worden. Es gibt eine EU-Richtlinie 2013 aus 33, die genau diese Grundversorgung besagt. Diese 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern steht im Einklang mit dieser.

Die Grundversorgungsvereinbarung im Artikel 15a ist grundsätzlich mit 1. Mai 2004 in Kraft getreten. Darin werden gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde geregelt. Heute sprechen wir über den Artikel 9, worin die Kostenhöchstsätze für die Aufgaben der Grundversorgung determiniert werden sollen.

Es ist richtig, was Mag. Petrik vorher erwähnt hat, dass einmal, nämlich bereits im Jahr 2012, moderate Anapassungen dieser Kostensätze erfolgt sind. Da ist es notwendig geworden, dass mittlerweile den finanziellen Anforderungen der Grundversorgung entsprochen werden muss. Bereits 2014 wurde anlässlich einer Landeshauptleutekonferenz im Anschluss dann im Zuge einer Einigung in der Bundesregierung, diese 15a-Vereinbarung entworfen.

Es ist auch richtig, dass diese Vereinbarung nunmehr von allen Bundesländern bis spätestens 30.6. dieses Jahres zur Kenntnis genommen werden muss. Nun - diese Vereinbarung beinhaltet sieben Artikel. In diesen sieben Artikeln gehen drei wesentliche Faktoren hervor. Der eine ist, die Kostentragung ist nach einem Schlüssel 60 zu 40 Bund und Land geregelt. Das Zweite ist, und das soll nicht unerwähnt bleiben, wir haben die Möglichkeit, aufgrund dieser Vereinbarung, rückwirkend eine Gegenverrechnung der Kostenhöchstsätze ab August 2015 tätigen zu können.

Das Dritte - es ist eine lange Kündigungsfrist von 18 Monaten für die Vertragspartner geregelt. Während dieser Kündigungsfrist ist jedoch die Wirksamkeit der Vereinbarung geregelt.

Nun wurde im konkreten von meinen Vorrednern hinsichtlich der Leistungsersätze und der Kostenhöchstsätze bereits einiges erwähnt. Ich möchte nur zwei Punkte

ansprechen. Erwähnen möchte ich, dass die Erhöhung der Unterbringung, Verpflegung und Betreuung organisierten Einrichtungen durchaus einen Satz, wie es vorher erwähnt worden ist, von 20,5021 Prozent 21 Euro gemacht wurde.

Es ist richtig, dass bei der Betreuung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen der Kostenhöchstsatz auf 95 Euro gesteigert worden ist. Gerade dieser Aspekt ist wichtig. Da bin ich bei Ihnen, Frau Mag. Petrik. Ich glaube auch, dass die Integration von nunmehr 127 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Burgenland ganz wichtig sein wird, damit diese nicht abdriften, eventuell in Bereiche, dass sie fliehen zu islamistischen Splittergruppen oder eventuell zu Hassprediger.

Ich glaube auch deshalb, dass insgesamt momentan im Jahr 2015 rund 50.000 Personen von der Grundversorgung profitiert haben. 2016 sollen es 70.000 sein. Nun aber zu den Kostensteigerungen, denn vorher ist richtigerweise angesprochen worden, dass eigentlich durch einen Regierungsakt die Tagsätze beschlossen werden und nicht in diesem heutigen Tagesordnungspunkt.

Bei dieser Kostensteigerung, die ich gestern auch mitgeteilt bekommen habe, kann ich vermerken, dass wir im Burgenland rund 3,3 Millionen Euro an Steigerungen haben. Bei einem Gesamtvolumen für die Grundversorgung von 9,8 Millionen Euro ist das ein wesentlicher Wert. Darum glaube ich auch, dass der zuständige Landesrat Darabos sicherlich auch im Hinblick auf die Steigerungen entsprechende Kompromissvorschläge eingegangen ist. Ein Wert, der heute unterblieben ist: von 2004 bis zum heutigen Tag, bis dato, haben wir im Gesamtkontext, auf Basis des Verbraucherpreisindexes 2000, eine Steigerung von 23,91 Prozent. Ich glaube, wenn man den Gesamtkontext sieht von 2004 bis jetzt, sieht man durchaus bei rund 24 Prozent die Steigerung im Kostenbereich.

Nun wir werden sicherlich diese 15a Vereinbarung zur Kenntnis nehmen entsprechend der Fristen die vorgegeben worden sind und ich glaube auch, dass diese Steigerungen natürlich immer mehr sein können. Momentan ist der Wert von 6,5 Prozent, wenn ich richtig orientiert bin, der bei den Tagsätzen erfolgt ist.

Ich denke mir auch, dass die Kostenhöchstsätze mit 95 Euro bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durchaus Werte sind, an denen man sich orientieren kann. Aber ich bin der Meinung, dass es in diesem Tagesordnungspunkt nur darum geht, dass man grundsätzlich auch die Kenntnisnahme dieser 15a Vereinbarung vornimmt.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es hat sich zu Wort gemeldet der Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu allererst ein offenes Wort: Der Weg zu dieser 15a Vereinbarung war kein einfacher und da war jetzt wieder weniger Kalkül im Spiel als der Umstand, dass halt die Standpunkte weit auseinander lagen. Und es hat natürlich viele Gespräche gebraucht, es hat lange Gespräche gebraucht und es hat natürlich auch kontroversielle Gespräche gegeben innerhalb unseres Klubs, aber auch mit dem Koalitionspartner um zu einer Einigung zu finden. Aber der Weg dorthin und wie das gelaufen ist, das zeigt die Qualität dieser Koalition. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Genau!)* Da war Verständnis da, für den Standpunkt des anderen, Verständnis unsererseits für die SPÖ und für die Grundlage, auf der man die Berechnung dieser Tagsätze vollzieht und da war aber auch umgekehrt Verständnis für unseren Standpunkt da. Jetzt gibt es eine Lösung,

mit der beide Parteien leben können, leben müssen, und mit der auch die Betroffenen leben werden können.

Frau Kollegin Petrik, das, was Sie jetzt vorhin gemacht haben, nämlich da relativ hilflos versuchen die FPÖ als sozial kalte Partei darzustellen, also da muss ich sagen, die Art und Weise wie sie das gemacht haben, das hat mich jetzt schon etwas überrascht, eigentlich Ihrem Niveau nicht würdig, da aus irgendwelchen Abstimmungsprotokollen zu zitieren aus dem Nationalrat. Ich meine, wir könnten jetzt alle miteinander auch hinausgehen und sagen, Sie haben heute am 9. Juni gegen den ASB als Rettungsorganisation gestimmt, ja. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Machen Sie auch.)* Man muss sich ja anschauen was dahinter steckt *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Machen Sie eh.)* und daher war das ein recht hilfloser Versuch von Ihnen.

Niemand von uns stellt in Frage, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, wenn sie schon einmal da sind, natürlich adäquat untergebracht und betreut werden müssen, auch im eigenen Interesse. Das wurde ja schon erwähnt. Jeder der weiß, was die Betreuung, die Fremdunterbringung von Kindern kostet, nämlich auch von inländischen Kindern, der weiß auch, dass es jedenfalls um eine Menge Geld geht und dass es da teilweise Tagsätze gibt, die noch viel, viel höher liegen, als das, was da jetzt in dieser 15a Vereinbarung vorgesehen ist.

Ich für mich halte fest, dass es auch an den bisherigen Tagsätzen nicht gescheitert ist und man darf natürlich auch nicht vergessen, dass alles woran Geld und Arbeitsplätze hängen, in gewisser Hinsicht natürlich auch eine Lobby hat und natürlich Interesse da ist, dass möglichst viel fließt.

Natürlich haben wir mittlerweile einen nicht unerheblichen Anteil von Leuten in Österreich, die im Zusammenhang mit Asyl ihren Arbeitsplatz haben und natürlich dementsprechend daran interessiert sind, dass Geld fließt, dass die Grenzen offen bleiben und dass es Nachschub gibt.

Ich halte die Einigung und Lösung für vertretbar in allen Belangen, wenngleich ich sagen muss, dass es natürlich da und dort Diskussionen geben wird. Der Herr Landesrat hat es gestern gesagt, er wird wohl noch Diskussionen mit der einen oder anderen Organisation führen müssen. Wer bei uns auf die Facebook-Seite schaut, der sieht ganz genau, dass wir mit Funktionären und Wählern sicherlich noch die eine oder andere Diskussion führen müssen. Ich sage es ganz offen, und das richte ich jetzt an die Kritiker in den eigenen Reihen, die es unter Umständen gibt. Für uns hat es zwei Möglichkeiten gegeben, die ganze Geschichte platzen zu lassen und damit ein anderes Ergebnis zuzulassen, oder zu schauen, dass man mit dem Koalitionspartner in vernünftigen Verhandlungen zu dem Ergebnis kommt, das wir jetzt haben.

Natürlich geht es bei der jetzigen Lösung und Einigung auch um die Verhältnismäßigkeit, Frau Kollegin Petrik, weil wir haben es schon gehört, eine Steigerung von fast 25 Prozent, das wäre diese Erhöhung auf 95 Euro. Ich meine, sagen Sie mir bitte einen Bereich in Österreich, wo es das in den letzten Jahren gegeben hat. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Genau!)* Ich verstehe Familien, ich verstehe Mütter und Väter die sagen, entschuldigt bitte, das Kinderbetreuungsgeld leidet unter enormen Wertverlust und wird nicht angepasst. Ich verstehe, wenn man kritisiert, dass die Familienbeihilfe ja in lächerlichen Beträgen jetzt erhöht wird, ja.

Ich verstehe Pflegegeld - Stichwort Pflegegeld, wo man einen Wertverlust von einem Drittel in gewissen Stufen schon hat seit seiner Einführung. Ich meine, das ist ja nicht so lustig und auch das ist ein Faktor, den wir als Politik natürlich im Auge haben müssen, weil, auch das sorgt für Spaltung, wenn man der einen Gruppe den Eindruck

vermittelt, es geht nichts, weil wir kein Geld haben und bei einer anderen Gruppe aber so tut, als wäre das Geld abgeschafft. *(Beifall beim Abg. Manfred Haidinger.)* Daher muss man hier auch eben mit der entsprechenden Sensibilität vorgehen. Man muss ja auch die Gesamtkosten im Auge haben, die spielen natürlich eine Rolle. Und jeder der ins Landesbudget hineinschaut der sieht ja, dass die Kosten durch die Decke gehen. Bei einer Bundesregierung die ja nicht gerade signalisiert, dass sie der illegalen Einwanderung jetzt tatsächlich einmal den Riegel vorschieben will, weiß man ja nicht, was noch alles kommen kann. Das färbt letztendlich dann auch alles auf den Landeshaushalt und auf das Budget ab.

Das ist zwar lieb und nett, wenn jetzt der Herr Außenminister wieder neue Versuche unternimmt, da den harten Mann zu spielen, aber ich habe aus der Bundesregierung jetzt ehrlich gesagt noch kein Signal wahrgenommen, dass man jetzt wirklich einmal daran gehen möchte, hier auf Dauer eine Lösung zu schaffen. Ich sage im Zusammenhang mit dieser 15a Vereinbarung auch - Staatsverträge, und die 15a Vereinbarung ist ein Staatsvertrag, werden unter der Annahme geschlossen, dass sich alle Vertragsparteien an geltendes Recht halten.

Wir haben im Vorjahr erleben müssen, dass sich die Bundesregierung nicht an geltendes Recht gehalten hat, indem man hunderttausende durchs Land durchließ und 90.000 zumindest im Land belassen hat. Daher ist es auch gut aus meiner Sicht, dass es innerhalb dieser 15a Vereinbarung natürlich auch eine Kündigungsklausel gibt, weil das wird man sich auf Dauer nicht bieten lassen können, wenn hier nicht der Riegel vorgeschoben wird. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Richtig!)*

Ja zur überschaubaren Erhöhung der Tagsätze. Vielen Dank an alle Beteiligten, 82,5 statt 95 Euro ist aus unserer Sicht nicht das schlechteste Ergebnis, es ist ein angemessenes Ergebnis, sonst hätte die SPÖ ja auch nicht zugestimmt.

Frau Kollegin Petrik, Sie können sich sicher sein, dass wir unsere Verantwortung auch in diesem Bereich wahrnehmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! In aller Kürze, das Sachliche wurde schon ausgeführt von allen Seiten. Ich möchte nur drei Zahlen Ihnen ins Gedächtnis rufen: 1.005 minus, 762 minus, 539 minus. Das sind die Bundesländer Tirol Oberösterreich und Salzburg, wo die Zahlen nicht eingehalten werden, was den Status der Asylsuchenden, die um Quartier ansuchen betrifft. Das sind drei Länder, die ÖVP-dominiert sind, aber drei Landesräte und Landesrätinnen, die von den GRÜNEN gestellt werden.

Das möchte ich schon vorausschicken, weil wir dieser Verpflichtung nachkommen, jeden Tag nachkommen und hart kämpfen und das Lob an den Herrn Hauptmann kann ich nur bestätigen. Das Land Burgenland, mit der Philosophie, dass man in diesem Bereich kleine Quartiere schafft und damit auch Mehraufwand an Bürokratie im Land hat, das nehmen wir in Kauf und wir kommen unserer Herausforderung nach und versuchen in diesem Bereich auch jeden Tag diese 100 Prozent zu schaffen.

Wir liegen immer zwischen 99 und 101 Prozent. Aber diese Länder, die wie gesagt von GRÜNEN Landesräten in diesem Bereich den ich hier im Burgenland zu betreuen habe, betreut werden, kommen ihrer Verpflichtung nicht nach. Tirol – noch einmal gesagt, minus 1.000, Tirol, das ist für mich irgendwie nicht nachvollziehbar. *(Abg. Mag.a Regina*

Petrik: Die Bürgermeister sind nicht GRÜN.) Ich werfe jetzt dem einzelnen Politiker oder Politikerin nichts vor, aber im Gegenzug müssen wir uns hier auch nichts vorwerfen lassen. Punkt 1.

Punkt 2 - wir haben derzeit im Burgenland 2.900 Asylwerberinnen und -werber, die wir in Betreuung haben in 327 Quartieren, in 96 Gemeinden. Ich wünsche mir auch, dass die eine oder andere Gemeinde noch dazu kommt. Aber ich habe das Gefühl, subjektiv - gebe ich zu, dass wir im Burgenland durchaus Akzeptanz haben, eben weil wir diese kleineren Quartiere geschaffen haben. Sie Frau Petrik, waren ja auch dabei in einigen Bereichen, wo das durchaus aus meiner Sicht funktioniert. Ich glaube - und das ist natürlich ein Kompromiss gewesen, das sage ich ganz offen, diese 82,5 Euro für die unbegleiteten Minderjährigen, wir haben ungefähr 155 an der Zahl und sind hier auch in Verhandlung beziehungsweise in Kooperation mit den Kinderdörfern, mit der Diakonie, mit der Caritas - um nur drei zu nennen, aber ich glaube, dass das auch in Ordnung ist.

Wir haben das nicht aus Jux und Tollerei gemacht, sondern wir haben diesen Betrag so festgelegt, weil wir auch sehen, dass wir eine unterschiedliche Zugangsweise haben können - Gott sei Dank, als beispielsweise Wien. Die Wohnflächen sind im Burgenland Gott sei Dank günstiger und insofern halte ich es auch für einen richtigen Kompromiss, den wir hier gefunden haben. Die 15a Vereinbarung die wir heute beschließen, ist eine Rahmenvereinbarung, also es geht um Höchstsätze von 77 Euro bis 95 Euro. Ich glaube, dass wir mit diesen 82,50 Euro auch jenen, die die Jugendlichen betreuen, auch entgegenkommen können, und dass wir in den anderen Bereichen - bei den erwachsenen Asylwerbern die hier auch zu betreuen sind, mit der Steigerung um 6,5 Prozent auch dem gerecht werden, was finanziell auch den Quartiergebern zuzumuten ist und was auch den Asylwerbern zuzumuten ist.

Insgesamt glaube ich, dass es ein guter Kompromiss ist, dass das Burgenland in dem Bereich eine gute Entscheidung getroffen hat, und dass wir auch rückblickend sagen müssen, diese Vereinbarung ist am Höhepunkt dieser Flüchtlingskrise entstanden, wo es 300.000 Menschen gegeben hat, die über das Burgenland in die Europäische Union hineingedrängt haben, die meisten nach Deutschland weitergezogen sind.

Österreich hat einen tollen Beitrag geleistet, im Allgemeinen, und das Burgenland einen sehr hervorragenden Beitrag im Besonderen. Auch das freut mich, dass das von der ÖVP auch anerkannt wird und wir auch mit dem Außenminister Kurz dafür gesorgt haben, dass wir im Bereich der Werte- und Deutschkurse dafür sorgen, dass im Burgenland hier auch vorbildlich gearbeitet wird.

Ich halte den Beschluss zu dieser 15a Vereinbarung für richtig. Und ich halte es auch für richtig, dass wir diese 6,5 prozentige Erhöhung, das ist ja nicht ganz wenig, auch gemeinsam in der Regierung beschlossen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Ebenfalls von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, werte Damen und Herren Abgeordneten! In aller Kürze, die Ausführungen unseres Klubobmannes Géza Molnar waren aus meiner Sicht exzellent, auch die Ausführungen des Herrn Landesrates. Was ich da so aus der Diskussion mitnehme ist, dass die ÖVP dieser Beschlussfassung zustimmt. Mir gefällt zum Beispiel auch, dass seitens der ÖVP gesagt wird, mehr Sachleistungen statt Geldleistungen, eine Obergrenze von 1.500 Euro. Das heißt, es wird

natürlich auch eine Diskussion geben in Bezug auf Mindestsicherung, dass die GRÜNEN dann natürlich damit nicht einverstanden sind, ist auch in Ordnung. Das ist halt eine andere politische Ausrichtung. Es soll so sein.

Wobei ich hinzufügen möchte, dass diese Erhöhung der Tagsätze, man geht immer davon aus, dass das die unbegleiteten Minderjährigen sind, es sind mehrere Tagsätze. Das ist aus meiner Sicht eine unglaublich tolle, zielorientierte Diskussion. Das heißt, man hat nicht gestritten, man versucht einen Konsens zu finden, man hat auch versucht Qualität hineinzubringen, und das ist im Gegensatz zur Situation in der Bundesregierung.

Ich möchte mich bedanken beim Norbert Darabos, für diese wirklich tolle Gesprächsführung. Ich möchte noch hinzufügen, in Bezug auf die Äußerungen der GRÜNEN, na ja wirklich in aller Ehrlichkeit, also, wenn wir auf 95 Euro erhöht hätten, am Beispiel der unbegleiteten Minderjährigen, wäre das eine Erhöhung gewesen von 25 Prozent. Das Kindergeld für österreichische Mütter ist seit fünf oder sechs Jahren gleich mit 436 Euro. Wenn Sie das verantworten können, eine Erhöhung von 25 Prozent, dann ist das Ihre Sache.

Ich möchte das nicht, ich möchte, dass wir immer im Auge haben, dass es auch in Österreich Mütter gibt, die auch Kinder betreuen, auch minderjährige Kinder. Wichtig ist, dass man erkennt, dass diese neue Regierung auf Kleinstquartiere setzt, dass diese neue Regierung auch Kompromisse macht und diese neue Regierung auch versucht in jedem Bereich lösungsorientiert zu arbeiten. Das ist hier der Fall gewesen.

Ich sage nur einfach Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Die Rednerliste ist erschöpft, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG einstimmig – Entschuldigung, LBL, Pardon - mehrheitlich zur Kenntnis genommen, ich korrigiere, mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 412), betreffend TTIP, CETA und TiSA (Zahl 21 – 284) (Beilage 430)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Berichterstatter zum 8. Punkt der Tagesordnung dem Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 412, betreffend TTIP, CETA und TiSA, Zahl 21 – 284, Beilage 430 ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte um Ihren Bericht.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung

betreffend TTIP, CETA und TiSA, in seiner 10. Sitzung am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend TTIP, CETA und TiSA die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ja, Herr Präsident, Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! TTIP, CETA, TiSA ist in aller Munde, ständig hört man das und eine klare und deutliche Information ist eigentlich noch nie angekommen. Wir wissen alle gemeinsam und wir haben heute schon darüber diskutiert – „Stirbt der Bauer - stirbt das Land."

Auch das gehört hier dazu zu diesem Thema und wir wissen ganz genau das unsere Landwirtschaft tolle Erzeugnisse liefert, die jedoch weit unter dem Preis liegen und verkauft werden müssen. Wir wissen aber auch im Endeffekt, wenn wir dieses TTIP machen oder beschließen, dass es dann massive Probleme geben wird für uns.

Das wissen wir alle gemeinsam und wir diskutieren ja trotzdem darüber und ja, vielleicht dort oder da. In der EU haben sie das schon längst beschlossen, das wir dort zustimmen werden und im Bund vielleicht auch, nur wir sagen klipp und klar und da bin ich auch bei den GRÜNEN, das wir klar sagen, wir machen hier nicht mit. Ich sage das gleich vorausschauend und vorausblickend, wir lehnen das Ganze ab! Und ich hoffe, dass auch die anderen Fraktionen hier im Landtag das genauso sehen.

Denn eines ist schon klar, wenn wir immer die Kleinstrukturiertheit in den Vordergrund stellen im Burgenland, die Landwirtschaft dementsprechend auch immer wieder unterstützen mit Förderungen und Möglichkeiten, dann haben wir auch bei diesem TTIP und CETA und TiSA nichts verloren.

Und es wird seitens der GRÜNEN einen Abänderungsantrag geben, auch mit uns, wo wir klar sagen, es ist ab sofort abzubrechen, diese Gespräche sind sofort einzustellen! Und ich glaube das wäre der richtige Weg.

Denn, wenn wir noch Wochen, Monate darüber diskutieren und auch in den Medien darüber diskutiert wird, aber im Vorfeld schon bei der EU und im Bund alles klar ist und wir die Informationen nur mehr spärlich bekommen und dann ein Beschluss besteht und so wie heute der Kollege sich vorgesetzt hat, er hat gesagt, Kompromisse werden gefunden und das ist ja das mit der Situation gewesen, mit der Tagsatzung und mit der Minderheitssituation, wo man einen Kompromiss gefunden hat, na schön.

Dort finden wir vielleicht auch noch einen Kompromiss. Daher klar, wir sagen Einstellen der Verhandlungen, gar nicht mehr darüber diskutieren. Wir können alleine unsere Produkte, glaube ich, dementsprechend vermarkten. Und ich bin der guten Hoffnung, dass wir auch schlussendlich unseren Bauern damit etwas Gutes tun können. Schlussendlich glaube ich, dass es auch mit den Standards natürlich für unsere Produkte massiv schlechter werden wird, wenn das wirklich so passieren sollte. Daher kurz und bündig, sofort abbrechen diese Verhandlungen!

Ich glaube, das ist in aller unserer Sinne und somit glaube ich sind wir auf einem guten Weg. Danke. *(Beifall bei der LBL und GRÜNE)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Herr Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller von den GRÜNEN ist der Nächste der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter zum Rednerpult.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ja vielleicht ganz kurz vor lauter Abkürzungen ganz kurz zur Erklärung, TTIP kennen die meisten eh, da geht es um das Freihandelsabkommen zwischen Amerika und der EU. Bei CETA geht es um das Freihandelsabkommen zwischen Canada und der EU. Und TiSA ist ein Abkommen da geht es vor allem um den Dienstleistungssektor, da sind noch viel mehr Länder drinnen bis Australien, Türkei und natürlich die EU und viele andere.

Was sich in den letzten Jahren gezeigt hat, während die Diskussion hauptsächlich über TTIP läuft ist, das ganz sicher die, die für Österreich ganz wesentlich stehen, nicht davon profitieren werden oder im Gegenteil sogar durch diese Freihandelsabkommen mehr Probleme haben werden und geschädigt werden. Auf der einen Seite sind das die Einzel-, Klein- und Mittelbetriebe, das ist die kleinstrukturierte Landwirtschaft und natürlich letztendlich auch der Konsument oder die Konsumentin.

Da geht es nicht so sehr darum das jetzt die Gefahr besteht das das Chlorhuhn oder das Hormonfleisch bei uns auf dem Teller landet, sondern es geht darum das der Preiskampf dadurch härter wird und das natürlich dann die günstigere Produktion, die mit Hilfe von Hormon und Chlor zum Beispiel hier besteht, den Preisdruck auf lokale Produkte noch mehr stärkt. Was ist dazu noch zu sagen? Also der ursprüngliche Antrag hat ja diese acht Punkte die aus den Verhandlungen praktisch herausgenommen werden. Das Problem ist halt immer bei Verhandlungen, man geht mit einem Vorsatz hinein und dann sagen die, naja gut dann nehmen wir halt Punkt eins und fünf und sechs heraus aber der Rest bleibt und das wollen wir nicht. Wir wollen, dass alle diese Punkte herauskommen, herausgenommen werden und deswegen stellen wir auch diesen Abänderungsantrag der im Prinzip gleich lautet, nur mit der wesentlichen Änderung, wie der Kollege Kölly im Vorhinein schon gesagt hat.

Die Beschlussformel lautet dann:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung möge sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dahingehend auf allen Ebenen der EU einzuwirken, die Verhandlungen zu TTIP und TiSA unverzüglich abzubrechen und CETA im Europäischen Rat nicht zu beschließen. CETA ist ja schon fertig beschlossen, das liegt schon vor und die Gefahr ist eben da CETA sehr ähnlich ist wie TTIP, dass das der Türöffner ist für TTIP und wir wollen beides nicht.

Ich bringe deshalb diesen Antrag ein, herzlichen Dank. *(Der Abg. Wolfgang Spitzmüller übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei den GRÜNEN, LBL und einigen Abgeordneten der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich bitte Sie die Beschlussformel auch zur Verlesung zu bringen *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Habe ich.)* Nur der eine Satz. *(Abg. Robert Hergovich: Hat er.)*

Der Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, entsprechend der Geschäftsordnung beziehen wir ihn selbstverständlich in die Verhandlungen mit ein. Abgeordneter Mag. Johann Richter ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident, Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese völkerrechtlichen Verträge, über die hier gesprochen wird, sollen im Prinzip irgendwelche Handelshemmnisse beseitigen, dazu gehören Zollbarrieren, Mengenbeschränkungen, gesetzliche Standards, alle Dinge die quasi Hemmnisse sind, wie es so schön heißt. Ich möchte nur ein paar wesentliche Dinge herausarbeiten. Laut Befürwortern, laut auch wissenschaftlichen Studien, laut Expertenmeinungen und so weiter und so fort, gibt es folgende Vorteile: eine Belebung des Wirtschaftswachstums, eine Senkung der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung des Durchschnittseinkommens der Arbeitnehmer.

Das klingt recht gut, aber wieder andere Experten, Gegner, wissenschaftliche Studien, behaupten, die Zunahme des transatlantischen Handels, quasi mit Amerika, wird durch die Abnahme des innereuropäischen Handels und des Handels mit anderen nicht europäischen Staaten praktisch kompensiert. Und das heißt nichts anderes als die Vorteile sind äußert fraglich und wahrscheinlich nicht in dem Ausmaß vorhanden, wie das von den Befürwortern propagiert wird. Was sind hier aber die großen Kritikpunkte an diesem Abkommen?

Erstens, unsere gesetzlichen Standards die sehr hoch sind hinsichtlich Umwelt, Verbraucherschutz, Gesundheit, Arbeit, Soziales und so weiter, werden geschwächt wenn nicht sogar teilweise beseitigt. Das kann nicht im Sinne des Großteils der Bürger sein.

Zweitens, der zweite große Kritikpunkt, private internationale nicht staatliche Schiedsgerichte entscheiden über Schadensersatzansprüche von Unternehmen gegen die Vertragsstaaten. Das bedeutet einen Angriff auf die Souveränität von Einzelstaaten, auf Prinzipien der Demokratie, auf Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Schließlich der dritte schwere Kritikpunkt, sehr verdächtig ist der, ich sage einmal, ist der intrasparente und fast geheime Verhandlungsprozess. Es gibt nur beschränkten Einblick sogar für EU Abgeordnete, für Kommissionsmitglieder. Es gibt eine Verpflichtung zur Geheimhaltung. Ja bitte was gibt es zu verbergen?

Das heißt, die Nachteile überwiegen bei weitem, Standards werden wie gesagt aufgeweicht. Man muss sich vorstellen es gibt in Europa 28 Mitgliedsstaaten, es gibt unterschiedlichste Bevölkerungsschichten und Strukturen, unterschiedliche Wirtschaftsformen, Sozialstrukturen, Tarifstrukturen, unterschiedlichere Regionen. Ich frage mich nur, wie soll das überhaupt funktionieren? Das ist ja graue Theorie. Vielleicht weiß es aber vielleicht der Vizekanzler Django Mitterlehner, der ja angeblich ein Befürworter dieses Katastrophendeals ist.

Vernünftige Bürger Österreichs können nur dagegen sein. Daher sage ich: Nein danke ohne uns. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke, klare Aussage. Abgeordneter Mag. Christian Sagartz ist der Nächste.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Interessant, Kollege Richter und ich sind heute schon mehrfach im Befund der Situation einer Meinung. Auch ich sehe das so, wie er das formuliert hat. Die Therapie ist vielleicht eine wenig andere, die ich empfehlen würde, aber der Befund ist gleich. Wozu braucht es Geheimniskrämerei? Wozu braucht es diese „Verhandlungen hinter verschlossenen Türen“? Ja wenn man das System der amerikanischen und der nordamerikanischen Politik kennt, das eben dort in breiten

Kreisen Lobbyisten und Einzelinteressen und nicht ein klassisches Parteienspektrum wie bei uns am Verhandlungstisch sitzt. Dort gibt es beispielsweise Republikaner und Demokraten, die sich keinesfalls bei jeder Abstimmung an ihre Parteikollegen und an so etwas wie einen Klubzwang gebunden fühlen. Natürlich ist es dann verständlich, dass diese Kultur der Demokratie und des Miteinander ein anders Verhandeln zulässt.

Und ich bin bei meinen Vorrednern, das ist nicht jene Wertehaltung, das ist nicht jene Einstellung, die wir als westeuropäische Demokraten an Verhandlungen eben anlegen, und genau deshalb ist Vorsicht geboten. Vorsicht ist insbesondere auch bei unserer Landwirtschaft geboten. Ich glaube, ich erzähle ihnen nichts Neues, dass die meisten Agrarvertreter innerhalb meiner Fraktion der Auffassung sind, das alle drei Handelsabkommen die Gefahr bergen eine kleinstrukturierte familiäre Landwirtschaft eher zu gefährden als zu bevorteilen, völlig klar.

Auch derartige Kleinstbetriebe auf familiärer Basis kennen die Nordamerikaner nicht, auch hier gibt es teils börsennotierte Unternehmungen die im Fleisch- oder Getreidehandel und auch in der Erzeugung tätig sind. Da braucht es keinen Familienzusammenhalt und schon gar keine Landschaftspflege, da geht es rein um Agrarindustrie. Wenn man das zusammenfassend festhält muss man sagen, aber was wären die Vorteile aus derartigen Verhandlungen? Tatsache ist, Österreich ist ein Exportland, auch das Burgenland profitiert vom Export. Wir können es uns als 8-Millionen-Einwohner-Land auch gar nicht leisten nicht über den Tellerrand zu blicken und versuchen mit Handelsabkommen in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zu punkten.

Genau deshalb möchte ich anmerken, ja es stimmt, Reinhold Mitterlehner ist ein Befürworter der TTIP Verhandlungen. Ich habe jetzt extra noch einmal nachgesehen weil ich mir gedacht habe, nicht das ich jetzt da vielleicht noch auf den falschen, auf die falsche Fährte mich begebe. Die Verhandlungen und ein positives Ergebnis würde die Zustimmung der ÖVP finden. Da es aber nicht zu erwarten ist, das derartige Geheimverhandlungen automatisch zu einem positiven Ergebnis führen, ist Vorsicht geboten und deshalb hätten wir auch sehr gerne heute das unterstützt, was die rot-blaue Mehrheit im Ausschuss beschlossen hat. Ich glaube sogar mit unseren Stimmen im Ausschuss beschlossen hat, nämlich die Überprüfung, die begleitende Kontrolle der Verhandlungen.

Dann liegt es ja auch an uns, die Druck machen können, auf die nationalen Regierungen. *(Abg. Manfred Kölly: Ein Kompromissbeschluss, oder?)* Denn, wenn man verhandelt gibt es Ergebnisse, aber nicht zwangsläufig den Zwang, dieses Ergebnis anzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In anderen Bereichen haben *(Abg. Manfred Kölly: Rechnungshofpräsident!)* wir Verträge und Verhandlungen geführt über Tage, über Monate, über Jahre, manche Entwicklungen sind tagesaktuell. Trotzdem kann sich die Politik noch immer frei entscheiden, bleiben wir heute sitzen, oder stehen wir auf, stimmen wir heute zu oder lehnen wir heute ab. Auch das, glaube ich, ist unserer Bundesregierung, die ja als Verhandlungspartner in diesem Bereich eingebunden werden muss, zuzutrauen.

Deshalb werden wir diese Form der radikalen Ablehnung der gesamten Verhandlungen nicht unterstützen können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Herr Mag. Christian Drobits hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte um Ihre Ausführungen, Herrn Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Der Abschluss vom Freihandelsabkommen war bereits in der Vergangenheit in diesem Hause öfters ein Thema. Dabei geht es im Grundtenor immer um die Beibehaltung der Transparenz, um die Beibehaltung der österreichischen Standards, um die Hintanhaltung der Einsetzung von Schiedsgerichten und auch der Hintanhaltung der Marktöffnung im Bereich der Daseinsvorsorge. Diese vier Pfeiler waren bisher in den Behandlungen des Themas TTIP, CETA und TiSA grundlegend in diesem Hause. Nun, wenn man die seit 2013 laufenden Verhandlungen beobachtet, muss man sich eine Frage stellen. Ist TTIP und die anderen Abkommen, CETA und TiSA als eine Chance oder eine Falle zu sehen?

Anders formuliert: Kann durch den Abschluss dieser Abkommen das versprochene Wirtschaftswachstum und die Arbeitsplatzzuwächse erreicht werden oder handelt es sich um eine Mogelpackung, wo österreichische Standards im Datenschutzrecht, Konsumentenrecht und auch in anderen Rechtsbereichen, vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge verloren gehen?

Genau diese Frage, die man sich stellt, zeigt auf, dass genau bei der Transparenz in den Verhandlungen ein Riesenproblem steckt. Es sind anscheinend geheime Verhandlungsmandate, sodass die Ausgestaltung der Verhandlungen sehr intransparent ist. Dies wurde vor kurzem auch durch die Berichterstattung der Plattform TTIP-Lex zusätzlich verstärkt. Mir ist bis zum heutigen Tage keinerlei Berechnung bezüglich positiver und negativer Auswirkungen für Österreich bekannt.

Somit stellt sich zweifelsohne eher das Bild, dass wir unsere hohen erworbenen Standards abtauschen gegen eine ungewisse Chance auf Wirtschaftswachstum. Es sieht so aus, dass wir eine „Hinterzimmer-Diplomatie“ wie in vergangenen Jahrhunderten säen und die demokratisch legitimierte Willensbildung im Hintergrund steht. Meiner Meinung nach war ja die Idee TTIP eigentlich dazu da, um die Wirtschaftskrise seit 2008 mit einer Allianz zu bekämpfen. Nun, wenn man sich nunmehr die prognostizierten Wachstumsraten realistisch anschaut, sieht man anhand einer Studie der Londoner Forschungsinstitution, dass der Anstieg der Wirtschaftsleistung in der EU nur 0,5 Prozent über einen Zeitraum von zehn Jahren beträgt.

Das heißt, pro Jahr 0,05 Prozent. Dieser Beitrag zum BIP von 0,05 Prozent ist aber der optimistische Beitrag. Es wird eher von 0,03 Prozent ausgegangen. Wenn man diesen Berechnungen des Forschungsinstitutes folgt heißt das, dass ein Wachstum minimal gegeben ist, die aber keiner Weise Rechtfertigung gibt, dass wir unsere Standards und unsere erworbenen Rechte aufgeben.

Außerdem wird in dieser Studie auch erklärt, dass eher nicht mit Jobzugängen, sondern es werden sogar laut Studie 430.000 bis 1,1 Millionen Arbeitnehmer, ihren Job verlieren. Auch Einkommensverluste sind realistisch. Eigentlich sollten wir an dem Beispiel eines Abkommens, das Österreich mit Südkorea vor einigen Jahren abgeschlossen hatte, vorsichtig sein.

Mit Südkorea wurde ein Abkommen, ein Handelsabkommen, Freihandelsabkommen, abgeschlossen, wo nach heutigen Gesichtspunkten die Zahl der Handelsbilanz von Österreich zu Südkorea schlechter geworden ist. Das heißt, es gab keine Steigerung. Man sieht daraus, dass solche Abschlüsse von Abkommen durchaus auch nicht dieses Wirtschaftswachstum nach sich ziehen.

Deshalb ist auch dieser Angstgedanke des Verlustes der staatlichen Souveränität und der Liberalisierung des Handels, den auch die Landesrätin Verena Dunst, aber auch der Landwirtschaftskammerpräsident Hautzinger ausgesprochen haben, durchaus

nachvollziehbar. Es muss uns eindeutig darum gehen, dass Österreich den Schutz der strengen Standards aber auch der Souveränität als selbstbewusster Mitgliedsstaat einfordert. Das wurde heute bereits mehrmals erwähnt. Es darf keine Privatisierung durch die Hintertür erfolgen. Vor allem gilt für das Burgenland zweifelsohne, Hände weg, oder Finger weg von der Daseinsvorsorge.

Wenn man noch zwei Aspekte betrachtet, sieht man noch klarer, ob dieses TTIP nun eine Chance oder eine Falle ist. Einerseits das Vorsorgeprinzip der EU, das in Amerika oder in den USA als Nachsorgeprinzip gestaltet ist. Das bedeutet, dass die Verbraucher erst dann zum Zug kommen wenn sie krank sind.

Und zweitens, ein wesentlicher Aspekt, gerade aus rechtsstaatlichen Gründen, dass gedacht ist durch TTIP Schiedsgerichte für Verfahren zwischen Staaten und Investoren einzuführen, wo, meiner Ansicht nach und auch nach Ansicht vieler Experten, gerade ausländische Konzerne privilegiert werden. Das will niemand.

Ich glaube auch, dass CETA als kleineres Modell, oft als Bruder verschrien, genau die gleichen Intensionen hat, weil auch dort ausländische Konzerne privilegiert werden und die großen Gewinner sind. Meiner Einschätzung nach verhandeln derzeit einerseits die EU mit der Kommission und die USA nicht auf gleicher Augenhöhe. Deswegen besteht genau das, was momentan gegeben ist, diese Intransparenz.

Ich glaube deshalb, dass momentan diese Abkommen eher nicht als Chance, sondern als Mogelpackung, als Falle, zu sehen sind. *(Abg. Manfred Kölly: Bravo!)*

Derzeit gibt es bereits eine breite Linie in Österreich die Widerstand erhebt. Der Widerstand ist zum Beispiel auch, dass Unterschriftenaktionen gestartet werden, um ein Volksbegehren einzuleiten, das im Sinne der direkten Demokratie genau über diese Thematik absprechen soll.

Wenn nunmehr die Entscheidung getroffen werden muss, ob wir weiterhin Dialog führen und eventuell eine Analysierung und eine Evaluierung der Ergebnisse einfordern, und auch mehr Information wollen, oder ob wir gänzlich für eine Unterbrechung und eine Aussetzung der Warnungen stehen, glaube ich, dass seit einiger Zeit, wo man auch weiß, dass CETA vor der Tür steht und mit 1.1.2017 in Kraft treten soll, auch ein Abbruch der Verhandlung durchaus realistisch ist.

Wenn ich jetzt die Meinungen meiner Vorredner nochmal anhöre, glaube ich sehr wohl, dass auch in diesem Fall der Abänderungsantrag der GRÜNEN durchaus eine mögliche Zustimmung hier finden kann, weil ich glaube, so wie es sich momentan gestaltet, diese Geheimverhandlungen zu keinem positiven Ergebnis führen werden und vielleicht, dass wir auch noch rechtzeitig vor Abschluss von CETA auch eine gemeinsame Linie finden können.

Deshalb schlage ich meiner Fraktion vor, auch diesem Abänderungsantrag zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Abgeordneter Gerhard Steier hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte sehr Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vielschichtigkeit der Redekommentare beweist, dass wir ein Thema besprechen, das uns alle wirklich zur Vorsicht gemahnt. Wir sollten in der Diskussion von Vornherein eines berücksichtigen: Was hat es? Was gibt es? Und was wird immer wieder herangetragen an kritischen Stimmen bezogen auf die Globalisierung?

Natürlich hat es auch Vorteile gegeben. Aber denken Sie nur an folgenden Sachverhalt: Alles was die Freigabe des Finanzwesens im globalen Markt bedeutet hat, nämlich eine schrankenlose Verschiebung von Geldmengen, ohne dass sich in irgendeiner Form eine Kontrolle staatlicherseits mehr einstellen kann, hat nicht zum Niedergang nicht nur gewisser Systeme beigetragen, sondern ist insgesamt für die Volkswirtschaften eine Katastrophe.

Ich leite jetzt einen Punkt auf die österreichische Diskussion der letzten Monate ab. Wenn wir dieses freie Finanzwesen, das Verteilen beziehungsweise Vollziehen von Finanzdeals über die Welt betrachten, dann kann es doch im Grunde genommen der österreichischen Volkswirtschaft nur zum Schaden gereichen. Was auch tatsächlich, auch mit Sicherheit der Fall ist, dass große Konzerne, amerikanische Konzerne in der Hauptsache, in Europa produzieren beziehungsweise verkaufen und auf der anderen Seite keine Steuern zahlen.

Hinter diesen Abkommen in dieser Art der Verhandlungsführung steckt mit Sicherheit, und das setze ich jetzt von Vornherein voraus, eine Art von Verhandlungstaktik dahinter, die nicht zum Vorteil der Konsumentinnen und Konsumenten, sprich der Bürgerinnen und Bürger zu führen hat, sondern es geht darum, gewisse Zollbeschränkungen, gewisse Beschränkungen des freien Austausches für große Einheiten zu erwirken.

Diejenigen, die sich dann quasi nachträglich über gewisse Sicherheiten im Sinne von Rechtsmitteln in der möglichen Anwartschaft auf eine Prozessführung sicher fühlen oder besichern lassen, die sind, meiner Ansicht nach, hier falsch beraten.

Worum geht es im Prinzip? Tatsache ist, wir haben in Europa 507 Millionen Einwohner. Wir haben in Amerika 321 Millionen Einwohner. Das heißt, wir haben um ein Drittel ein höheres reines Einwohnerpotential, wir haben ein Wachstum in Amerika von 2,4 Prozent, das momentan höher liegt als in Europa, das mit 1,9 Prozent festhält.

Die wahren Exporte weltweit, in Milliarden Euro bezogen, sind aus Amerika 1,393 Billionen Euro und aus Europa bezogen nach Amerika 1,789 Billionen Euro. Das heißt, der europäische Fortbestand oder die europäische Ausführung auf freie Warenströme ist höher als die amerikanische.

Ich möchte, oder ich könnte eine Vielfalt von Argumenten anführen, die grundsätzlich dazu, begleitend für diese Diskussion anzuführen, beziehungsweise festzuhalten wären. Mir schaudert aber schon im Prinzip davor, wenn ich die letzten Diskussionen verfolgt habe im österreichischen Fernsehen oder auch im deutschen Fernsehen, wie sich diejenigen, die Verhandlungsführer in dieser Diskussion sind, verhalten und der Bevölkerung erklären wollen, was für Vorteile oder welche Vorteile wir haben.

Mich erinnert manches in dieser Diskussion an die fatalistischen Anführungen, an die Traumata die erzeugt worden sind in Bezug auf den EU-Beitritt Österreichs. Es sind einige, oder die meisten eigentlich in diesem Raum, die damals schon mitbekommen haben, was man der Österreicherin oder dem Österreicher einreden wollte, was die Europäische Union für uns alle bedeuten würde. Der Zugang hat sich in vielerlei Hinsicht leider noch nicht quasi normalisiert. Manche sind noch immer der Meinung, dass das was Europa bedeuten würde, im Grunde genommen eine Verschlechterung des Nationalstaates bedeutet hat, im Gegenteil. Unsere Vorteile sind in vielerlei Hinsicht nicht nur durch Exportorientierung gegeben, sondern auch in der Sicherung der sozialen Standards.

Diese Standards sind mit den Gegebenheiten, die sich auf CETA, TiSA oder auch TTIP ergeben, mit Sicherheit nicht gewährleistet, und daher unterstütze ich auch diesen Antrag, der die Abänderung betrifft, der jetzt zur Beschlussfassung vorliegenden Situation, dass wir nämlich die Einstellung dieser Verhandlungen führen. Diese Einstellung der Verhandlungen ist mehr als geboten unter der Voraussetzung, dass eigentlich für die Bevölkerung und für die meisten Nationalstaaten oder überhaupt für Europa nichts Positives herauskommen kann.

Wenn ich mir ansehe, welche Darstellung die österreichische Industrie in ihrer letzten Ausgabe gesetzt hat und meint, wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass bei jeglichen Freihandelsabkommen die europäischen Standards erhalten bleiben, das gilt für Lebensmittel sowie Produktsicherheit, dann ist die Stoßrichtung schon vorgegeben. Hier geht es ausschließlich um die Produkte in der Umsetzung auf den Außenhandel.

Ich habe angeführt, dass der Europäische Außenhandel um etliches größer ist als der amerikanische. Wenn dann als konkretes Beispiel die Industriellenvereinigung genannt wird, wird eine Maschine im Wert von einer Million Euro in die USA exportiert, müssen 35.000 Euro Zoll abgeführt werden und der sogenannte Verhandlungsführer Österreichs gegenüber der Europäischen Union spricht bei diesem Freihandelsabkommen, erklärt dann dazu, kommt TTIP bleibt diese Summe im Unternehmen und kann in Forschung, Innovation und so weiter investiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine Sichtweise, die man nur einem Verhandler anlegen kann und ansetzen kann, der quasi für sich den Vorteile herausholen möchte, aber in Wirklichkeit ihn nicht verkaufen kann. Einen Umstand möchte ich bei der Gelegenheit in dieser Diskussion um TTIP, CETA und TiSA anführen, der mir sehr wichtig erscheint. Im Grunde genommen, sind die europäischen Standards, dass sowohl im Pharmabereich als auch in der Lebensmittelsituation und in allen anderen Bereichen im Vorfeld des Inverkehrbringens eines Produktes entsprechende Sicherheiten und Standards in der Kontrolle, in der Umsetzung eingehalten werden müssen, damit überhaupt ein Produkt in den Verkehr kommen kann.

In Amerika, und das wissen wir aus ganz besonderen Diskussionen die geführt werden, in Amerika ist das Umgekehrte der Fall. In Amerika ist ein Produkt sofort und gleich ohne Diskussionen in den Verkehr zu bringen. Anschließend hat der Konsument über die Diskussion der nachträglichen Betrachtung, wenn er nicht gestorben ist, die Möglichkeit, Haftungsklagen einzubringen. Wenn das quasi Zielsetzung europäischer Politik ist, um zu einem Freihandelsabkommen mit den Amerikanern zu gelangen, dann Gute Nacht.

Dann braucht es auch keine Darstellungen im Sinne von Chlorhuhn und wie immer auch. Mir ist der Standard, und ich glaube allen Burgenländerinnen und Burgenländern, wo es mit Sicherheit auf eine Produktsituation geboten ist im Vorfeld zu wissen, was wir konsumieren, wie wir es konsumieren, wie es in der Herstellung, in der Betrachtung auf welchem Niveau es umgesetzt wird, lieber, als eine unsichere Situation, die nachträglich erkennen lässt, ui jetzt haben wir es überlebt, weil wir es gegessen haben.

Das kann nicht ein Zufall sein, dass hier quasi über dem Deckmantel von gewissen Möglichkeiten eine Art von Produktfreiheit erzielt werden soll, die, meiner Ansicht nach, nicht im Sinne der europäischen Konsumentinnen und Konsumenten und auch nicht Europas sein kann. Diese Entwicklung macht mich insgesamt eigentlich mehr als unglücklich, oder stimmt mich unglücklich, weil es wieder einmal beweist, es geht im Grunde genommen erst dann wenn die Öffentlichkeit darüber informiert wird und mit

Sicherheit Klage darüber führt, was wie und wie immer auch etwas beschlossen wird, darum Sachen in einer normalen Diskussion zu erklären.

Wenn es diese sogenannten Leaks nicht gegeben hätte, die die Freigabe gewisser Verhandlungsstände, die dann nachträglich in der Beurteilung - das waren eh nur so zusammengefasste Zwischenstände, ohne dass darüber noch in irgendeiner Form das Schlusswort gesprochen wurde - wenn das eine Beteuerung einer offenen Verhandlungsführung ist, dann bin ich heute, wie ich eingangs gesagt habe, strikt dafür, dass diese Verhandlungen abgebrochen werden und dass es nicht darauf ankommt, so quasi im Schlussakkord auf den abtretenden Präsidenten Obama eine Lösung auf ein Problem herbeizuführen, dass den Europäerinnen und Europäern auf Zukunft bezogen keine positiven Aussichten gibt.

Daher unterstütze ich auch diesen Abänderungsantrag der GRÜNEN, die die Einstellung der Gespräche fordern. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich habe zwei Wortmeldungen von der Regierungsbank. Es beginnt der Landesrat MMag. Alexander Petschnig und dann die Frau Landesrätin Verena Dunst.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze. Ich möchte meine positive Stimmung und Haltung artikulieren hier im Hohen Haus über die sich abzeichnende Beschlusslage hier in diesen Reihen, die über viele Parteigrenzen hinweg sich abzeichnet. Aus meiner Sicht liegt dem gegenständlichen Abkommen die irrige Annahme zu Grunde, dass ausschließlich Größe zählt.

Je mehr Einwohner ein Wirtschaftsraum hat und je größer er kontinentalen Ausmaßes ist, umso höher sollen Wohlstand und Wachstum und ähnliche makroökonomische Kennzahlen sein. Würde das aber stimmen, würden Staaten wie Indien oder Indonesien oder Pakistan oder Nigeria, beispielsweise Staaten wie Singapur, die Schweiz oder Norwegen weit in den Schatten stellen. Ein Blick in jede Statistik wird Ihnen zeigen, dass genau das Gegenteil wahr ist. Daher stelle ich schon einmal massiv in Frage, ob dieser Weg überhaupt von der grundsätzlichen Intention her richtig sein kann.

Die zugrunde liegenden ökonometrischen Modelle sind äußerst fraglich. Das sind im Prinzip Gleichungssysteme, wo jetzt die Gleichungen stimmen können oder auch nicht, man weiß es nicht. Man sieht es nur hinterher, was dabei rauskommt. Sie sind auf keinen Fall eine exakte Wissenschaft, sondern sie sind bestenfalls eine Schätzung. Bei einer Schätzung kann man natürlich einen entsprechenden Spielraum walten lassen, welcher natürlich von Interessen getragen sein wird.

Über die Themen wie Geheimniskrämerei, wie die Schiedsgerichte, wie die Privatisierung der Daseinsvorsorge wurde schon viel gesagt, viel Richtiges gesagt. Entscheidend ist aber auch, und das ist aus meiner Sicht ebenfalls eine gesicherte Erkenntnis, dass der Wegfall von Regularien in erster Linie den großen Playern am Markt nutzt. Das sind einfach Skaleneffekte, die zum Tragen kommen.

Aber die Frage ist, wie die dadurch gewonnenen Produktivitätssteigerungen, die Effizienzgewinne, wie sind die verteilt? Ich behaupte sogar, wenn es Wirtschaftswachstum gibt, ist das nicht gleich verteilt über die gesamte Bevölkerung, sondern es kommt vor allem Konzernen und ihren Aktionären zugute. Sicherlich aber nicht den Konsumenten und sicherlich nicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wie es der Abgeordnete Richter auch schon gesagt hat, es werden Exportsteigerungen erwartet. Dieser Export

würde aber natürlich den internen Handel in den Wirtschaftsräumen verdrängen. Das ist ganz klar. Entsprechend sind die Effekte eben sehr, sehr fraglich.

Zum Abschluss noch, wenn der Herr Wirtschaftsminister sagt, oder wenn auch das bestätigt wird, er wäre ein Befürworter von Verhandlungen, dann stellt sich grundsätzlich die Frage, na ja wozu verhandelt man, wenn man nicht einen Abschluss herbeiführen will, was nur rein zum Zeitvertreib dient oder ich glaube schon, dass da eine, zumindest eine grundsätzliche Willensbekundung drinnen liegt, dass man auch zu einem entsprechenden Abschluss kommen will.

Ich glaube, dass diese ganze Intension dieser Abkommen und auch andere, es gibt ja Teile davon auch in anderen Abkommen, die in Verhandlung stehen, in die falsche Richtung sehen. Das Ganze ist ein Irrweg und ich bin glücklich darüber, wenn der Burgenländische Landtag hier ein deutliches Signal setzt. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Bitte Frau Landesrätin Verena Dunst.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Nur kurz aus der Sicht der Agrarwirtschaft im Burgenland und in Österreich, um das Bild einfach noch zu finalisieren, das sich von allen Rednern ergibt. Dass das ein sehr großes Risiko ist, wenn wir tatenlos zuschauen. Ich denke als Landtag und wir als Regierung Gewählte haben eine ganz klare Verpflichtung.

Die Menschen wollen, dass wir ihre Stimmung, ihre Meinung hereinbringen. Und dass wir uns der Verantwortung bewusst sind. Fakt ist, dass die Menschen haben wollen, dass wir gegen TTIP, CETA und so weiter sind. Ich habe keine Begegnung in meiner täglichen Berufswelt, dass irgendwer sagt, super geh schauen Sie bitte, dass das zu Wege kommt, sondern jeder sagt, tun Sie, was Sie tun können um das zu verhindern.

Wenn wir also die Menschen in unserm Land vertreten wollen, dann gibt es eine eindeutige Meinung: Alle haben gesagt, was es zu sagen gibt, dass ist undurchsichtig, intransparent, wirtschaftlich hilft es den Größeren, Ich sehe das genauso wie mein Regierungskollege, aber das gilt auch für die Agrarwirtschaft. In der Agrarwirtschaft ist ganz klar, das hilft den großen Konzernen, mit denen können wir nicht mit. Die regionalen Wertschöpfungen werden dann nur mehr wirklich innerstaatlich weiterzugeben sein, weil wir sicher mit unserer kleinen minimalen Anzahl von regionalen Produkten nicht mit diesen großen Konzernen noch irgendwie in Konkurrenz treten können. Die „Marke Burgenland“, die man in vielen regionalen Produkten merkt, geht unter.

Wissen Sie, was mich am meisten eigentlich stört ist, Geneinsatz erlaubt, Antibiotika erlaubt. Sie haben sicher genauso wie ich vor drei Wochen die Meldung gehört, die uns alle aufhorchen ließ, dass eine Dame in Pennsylvania erkrankt ist, und inzwischen gibt es mehrere Erkrankungen, es gibt kein Mittel mehr dagegen und die Nachsorgeuntersuchungen haben klar ergeben, diese Krankheiten können mit nichts mehr bekämpft werden, weil die Menschen in Amerika, aber nicht nur in Amerika, sondern auch in Kanada, so viel Antibiotika von Haus aus zu sich nehmen, wundert mich ja auch nicht, dass sie immun sind gegen Antibiotika, die in der Medizin durch die Medizin wirken sollten.

Nur einfach ein Argument noch: Weil wir in einem großen, ich nehme nochmals das Wort Konzern her, leben, dort sind ja auch keine Landwirtschaften, das sind ja landwirtschaftliche Konzerne. Dort ist genau das. Da geht es nicht um 100, um 200 oder um 1.000 Hektar Weizen, oder um 1.000 Schweine, da geht es um 100.000 Schweine, um

100.000 Hektar von Getreiden. Mit denen können wir sicher nicht in irgendeiner Weise in Konkurrenz treten. Das was mich am meisten eigentlich schockiert hat bei meinen vielen Gesprächen, und ich habe auch einige Veranstaltungen dazu organisiert und habe dann von einem Experten dort gehört und nachgeschaut, es stimmt. Der sagt ganz klar, in Amerika gibt es Rückstände von Pestiziden in Lebensmitteln, nämlich 500mal so hoch. Was heißt das?

Der hat dann erklärt, und ich habe dann nachgeschaut und es stimmt wirklich, dass in Folge in Amerika und in Kanada 82 Pestizide, die bei uns längst verboten sind, zugelassen sind. Ich glaube, das muss man ganz einfach sagen. Daher, ich erwarte auch von der ÖVP entweder ja oder nein, „jein“ gibt es da nicht. Sind Sie dagegen, dann entsprechen Sie den Menschen, die das von uns wollen, sind Sie dafür, werden Sie hoffentlich bestraft werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Frau Mag.a Regina Petrik hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ich möchte jetzt nur kurz meinem Respekt Ausdruck verleihen, dass es möglich ist, dass ein Abänderungsantrag einer Oppositionspartei auf einen Antrag der Regierungsparteien *(Abg. Manfred Kölly: Er ist noch nicht abgestimmt, pass auf!)* hier möglicherweise *(Allgemeine Heiterkeit)* eine breite Zustimmung bekommt.

Das ist hier nicht üblich. Ich freue mich, dass es auch da möglich ist. Mitunter braucht es halt manchmal eine Oppositionspartei, *(Abg. Manfred Kölly: Wieso eine? Zwei!)* dass man noch ein Stück weit mutiger ist beim nächsten Schritt und das ist schön, dass wir hier Viele miteinander an einem Strang ziehen können. Dankeschön.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Schauen wir einmal. Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Zu diesem Tagesordnungspunkt - bitte um Aufmerksamkeit - zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend TTIP, CETA und TiSA ist somit mit der beantragten Abänderung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 411) betreffend Umsetzung der Energiewende durch Novellierung des Ökostromgesetzes (Zahl 21 - 283) (Beilage 431)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 411,

betreffend Umsetzung der Energiewende durch Novellierung des Ökostromgesetzes, Zahl 21 - 283, Beilage 431.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Abgeordnete Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung der Energiewende durch Novellierung des Ökostromgesetzes, in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung der Energiewende durch Novellierung des Ökostromgesetzes die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als Erstes ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ökostromgesetz, wenn wir das heute zu diskutieren haben, dann bin ich recht glücklich und froh darüber, weil es ein Zeichen ist, und da sind wir tatsächlich Vorreiter gewesen im Burgenland.

Da möchte ich mich auch bedanken beim Herrn Landeshauptmann Niessl, der dann schlussendlich erkannt hat, dass wir auf dem richtigen Weg unterwegs sind und dass, ja das muss ich immer wieder anbringen, Deutschkreutz eine Vorreiterrolle gespielt hat. Sei es bei den Windrädern, wo SPÖ, ÖVP und die Weinbauern dagegen waren, dass dort Windräder errichtet werden sollten, und das ist genau der Punkt wo ich jetzt dastehe und mit Stolz erfüllt bin und sagen kann, ja eine Gemeinde die sich dagegen gestemmt hat, gegen Atomstrom.

Ich denke, dass wir uns alle bei der letzten Sitzung klar ausgedrückt haben, dass wir keinen Atomstrom wollen. Wir haben uns klar ausgedrückt, dass wir Bioenergie fördern wollen, dass wir die unterstützen wollen. Wir haben uns klar ausgedrückt, Photovoltaik gehört unterstützt. Wir haben uns klar ausgedrückt, dass gewisse Bereiche, wo das Burgenland wirklich Vorreiter ist und war und in Zukunft auch sein soll, und jetzt mit einem Gesetz anscheinend, das vielleicht doch verhindert werden soll, dass da nichts mehr weitergeht und dergleichen mehr, denn Sie wissen ja, wenn ich mir das hier genau anschaue, um was es hier geht. Ich denke, wenn die Österreichische Bundesregierung den Anlass genommen hat, bei der UNO-Klimakonferenz in Paris für Österreich klar und deutlich auszusprechen, dass wir zu 100 Prozent aus den erneuerbaren Energieträger das Ganze abzudecken, finde ich das für eine wichtige und richtige Entscheidung, dass das passieren soll.

Jedoch, wenn ich mir anschaue, dass hier im Bund das immer wieder verschoben wird, hin- und hergetragen wird und immer wieder neue Vorschläge eingebracht werden,

dann ist das wieder einmal so, wie wir das vorher diskutiert haben, aber vielleicht gibt es irgendeinen Kompromissvorschlag in der ganzen Situation.

Ich sage klar und deutlich, wir wollen das, was das Burgenland vorgezeigt hat, auch in ganz Österreich haben. Denn noch einmal, ich bin gegen Atomstrom, ich bin für Bio und bin erneuerbarer Energie-Freund und Fan geworden. Warum auch?

Weil ich jetzt genau den Beweis habe - in meiner Ortschaft in Deutschkreutz -, wo es so viele Gegner gegeben hat, die kommen jetzt zu mir und sagen, Herr Bürgermeister, ich hätte ein Feld, kannst du dort nicht ein Windrad aufstellen? Dann schaue ich nach und dann hat er eine Unterschriftenaktion gestartet gehabt und war der größte Gegner! Das ist ja sehr interessant. Daher bin ich dankbar - noch einmal - der damaligen Landesregierung auch, die sich dann schlussendlich dazu entschieden haben, Windräder aufzustellen. Ich möchte nur eines noch vorausschicken, auch die ÖVP war am Anfang sehr skeptisch und hat am Anfang dagegen gestimmt - im Land auch. Das muss man sich einmal vorstellen!

Unter Zeiten, da ward Ihr wahrscheinlich noch nicht im Landtag, ich war damals schon und da hat es mich verwundert, ich verstehe das schon, da hat man gesagt, im Seewinkel, da verschandelt man das und das ist Weltkulturerbe und dergleichen mehr, verstehe ich auch, dass dort ein Wald schon entstanden ist. Ich muss auch dazusagen, muss nicht sein, soll nicht sein! Man hat andere Möglichkeiten.

Wenn ich mir jetzt anschaue, dass Horitschon, Raiding, Oberloisdorf, Nikitsch erweitert und dergleichen mehr, wo die Bürgermeister, als ich das auf Schiene bringen wollte, dagegen waren. Als Nachbargemeinden! Jetzt machen sie es selber, die gleichen Personen. Daher sage ich immer, der Landesrat, … *(Abg. Gerhard Steier: Warum?)* Bitte? Warum sie dagegen waren? *(Abg. Gerhard Steier: Warum machen sie es jetzt?)* Weil sie dort dementsprechende … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)* Ich denke nicht nur an das Geld, sondern ich denke an die Umwelt. Ich denke klar und deutlich auch, dass wir eine zukunftsweisende Möglichkeit schaffen. Das haben wir getan und das ist genau der Punkt. Viele denken wirklich nur an das Finanzielle. Das brauche ich nicht und das will ich nicht, sondern ich will umweltbewusst auch hier was machen. Die Frau Landesrätin sitzt hier, die das dementsprechend auch, glaube ich auch, unterstützt und auch dementsprechend forcieren wird wollen.

Ich unterstütze sie da voll, auch in dieser Sache, weil ich der Überzeugung bin, dass wir die Ressourcen haben, dass wir die Möglichkeiten haben und dann soll man das auch nützen. Daher glaube ich, mit diesem Ökostromgesetz - die Novellierung - sollten wir sehr wohl ein Zeichen setzen, auch im Lande, wo wir uns wirklich stark dort einbringen können, wo wir neue Anreize für Investitionen schaffen können, Abbau bürokratischer Hürden natürlich auch dementsprechend schaffen wollen, das gehört auch dazu.

Wo wir Abbau der Warteschlangen im Bereich der Windkraft - das sind genau die Punkte, wo wir derzeit stehen, das heißt, es sind zig Windräder in Warteposition, in Schleife und können nicht umgesetzt werden und nach drei Jahren, wenn die Verträge da sind, laufen die aus und dann gibt es das nicht mehr. Daher bin ich recht dankbar für diesen Antrag, den wir natürlich seitens des Bündnis Liste Burgenland unterstützen werden, gar keine Frage. Daher glaube ich, dass wir einen Schritt hier tun im Burgenland, ein Vorzeigeland in der Energiewende zu sein. Das haben wir gezeigt und das wollen wir auch in Österreich so weiter vertreten.

Aus diesem Grund unterstützen wir diesen Antrag natürlich ganz vehement. Wenn es irgendwelche Debatten noch in dieser Richtung gibt, glaube ich, können wir uns gemeinsam auf die Beine stellen und können sagen, kommt und schaut Euch das an, denn auch in Deutschkreutz - komme ich wieder zurück - kommen Schulen, schauen Sie

sich das an. Wir haben in Deutschkreutz eine Fernwärmeanlage, die wir gekauft haben, leider von der BEGAS, die 38 Millionen Euro Defizit geschrieben haben. Jetzt führen wir sie hervorragend - sehr positiv, wirtschaftlich. Wir haben Photovoltaik auf der Gemeinde, wir wollen Photovoltaik auf die Schule, aufs Vinatrium geben, und das ist, glaube ich, Vorzeige genug.

Was wir noch in Zukunft wollen: Man kann mit Windenergie und vielleicht können wir das mitnehmen, Wasserstoff erzeugen. Wasserstoff ist vielleicht auch Zukunft und Wasserstoff kann man auch in Biogas umwandeln, das ist vielleicht auch eine Möglichkeit.

Da heißt, wir haben viele Möglichkeiten, hier ein Programm aufzustellen, wo sich andere Bundesländer wirklich von uns vieles abschauen können. Daher noch einmal: Dieser Antrag wird von uns massiv unterstützt. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wunderbar die Begeisterung, Herr Kollege Kölly. Ich bin ähnlich begeistert.

Das Ökostromgesetz, das ursprüngliche, war eigentlich ein Meilenstein zu der damaligen Zeit, inzwischen ist es halt leider überholt und bedarf dringendst einer Novelle. Damals ist eigentlich der Ausbau der erneuerbaren Energie gerade aufgrund des Ökostromgesetzes erst so richtig ins Rollen gekommen. Inzwischen kann man es sich ohne dem gar nicht mehr vorstellen.

Ein Grund, warum es dringend novelliert gehört, ist leider ein negativer, und der liegt sehr stark in unserem Nachbarland Deutschland. Der Strompreis ist im Moment im Keller. Daran sind die deutschen Braunkohlekraftwerke sehr stark schuld, die leider im Vollbetrieb laufen. Deutschland produziert ungefähr ein Viertel seines Stroms im Moment mit dieser besonders schädlichen Form der Energiegewinnung. Es kann davon ausgegangen werden, dass man, wenn man Strom mit Braunkohle produziert, ungefähr doppelt so viel CO_2-Emissionen hat, wie bei der Verbrennung von Gas.

Inzwischen gibt es dort glücklicherweise auch eine sehr große Protestbewegung. Erst vor kurzem, im Mai, sind 3.500 Aktivisten aus zwölf verschiedenen Ländern auf die Braunkohleanlage beziehungsweise auf den Tagabbau gestürmt und haben diese Anlage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall blockiert und hier auf die Problematik ganz stark aufmerksam gemacht. Was soll das neue Ökostromgesetz vor allem können?

Eine Intention ist, weg von den Einspeisetarifen hin stärker zu Investitionszuschüssen. Wir finden das grundsätzlich nicht verkehrt, allerdings vielleicht nicht unbedingt bei allen Förderungen, hier wird man in Verhandlungen noch schauen können, wie man das am geschicktesten löst. Das Geld soll natürlich den neuen Gegebenheiten angepasst sein und da ist auch ganz stark hervorzuheben, dass es ermöglicht werden soll, was bisher schwer oder gar nicht möglich war, dass man Photovoltaikanlagen auf Mehrfamilienhäusern förderbar macht und damit die Photovoltaik auch verstärkt in die Städte gelangt. Natürlich auch Wien ist da angedacht.

Leider hat sich die Bundesregierung mit der Reform ein bisschen Zeit gelassen, eigentlich war geplant, eine kleine Reform, damit man sich einmal über die nächste Zeit retten kann, vor dem Sommer noch über die Runden zu bekommen. Das ist jetzt leider auf nach dem Sommer verschoben worden. Das ist deswegen so ärgerlich, weil das Klima, die Klimaveränderung nicht wartet und wir hier wirklich große und schnelle Schritte

machen müssen, damit wir den Klimawandel zumindest ein großes Stück nur eindämmen können.

Hier bin ich ausnahmsweise einmal ähnlich euphorisch wie der Herr Landeshauptmann und muss das Burgenland besonders loben, dass hier rechtzeitig die Notwendigkeit … *(Abg. Gerhard Steier: Es ist keiner da. – Abg. Manfred Kölly: Wir können nicht einmal abstimmen, weil zu wenige Leute da sind.)* Ich rede eh noch länger. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Wir brauchen hier große Sprünge, um den Klimawandel einzudämmen und da ist die Energieversorgung ganz wesentlich.

Nichtsdestotrotz möchte ich natürlich auch auf die E-Mobilität der Autos hinweisen. Wir haben bei den Autos Energieverschwender - hier sind die Energieeffizienz und auch die Energieeinsparung auch wichtig.

Wir dürfen nicht einfach jetzt nur auf erneuerbare Energien umsteigen, sondern wir müssen schon auch schauen, dass wir energieeffizientere Systeme haben, energieeffizientere Geräte haben und letztendlich natürlich ist die Einsparung ein ganz wesentlicher Punkt.

Ich hoffe, dass unsere Begeisterung auf das Parlament in Wien umschlagen wird und unser hoffentlich einstimmiger Beschluss dort auch etwas bewirken wird. *(Beifall bei den GRÜNEN und der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Frau Abgeordnete Karin Stampfel bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Als Erstes: Ich schließe mich der Begeisterung meiner Vorredner an. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ziel der Österreichischen Bundesregierung ist es, wie bei der UN-Klimakonferenz in Paris dokumentiert, die Stromversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern zu decken. Das Burgenland hat dieses Ziel bereits 2013 erreicht. Das Burgenland ist hier Vorreiter und zeigt bereits jetzt vor, wie es geht.

Wir haben im Bereich der erneuerbaren Energie, gerade im Bereich der Windenergie, eine einmalige Erfolgsgeschichte vorzuweisen und produzieren hier bereits deutlich mehr Strom als das Land selbst braucht. Insgesamt 412 Windkraftwerke sorgen dafür. Um hier weiter erfolgreich zu sein, ist unter anderem eine Verbesserung des Ökostromgesetzes erforderlich. Mehr Fördermittel für Alternativenergie und weniger Bürokratie, welche den Ausbau erneuerbarer Energieträger zusätzlich behindert, ist hier ein Gebot der Stunde.

Was hier aber immer zu berücksichtigen ist, solch eine Novellierung darf nie - und das betone ich nochmals - nie auf dem Rücken der Konsumenten ausgetragen werden.

Was ich hier genau meine, ist die Tatsache, dass Strom zurzeit eigentlich sehr günstig ist und die Konsumenten es eigentlich in ihrer Rechnung deutlich spüren müssten. Dies ist jedoch nicht der Fall, da sich die Ökostromförderung in der Rechnung des Endkonsumenten niederschlägt.

Hier muss ein System geschaffen werden, in dem nicht, wie leider des Öfteren, der Endkonsument für alles belangt wird. Durch neue Rahmenbedingungen ist eine Novellierung in diesem Bereich längst überfällig. Wir fordern die Bundesregierung auf, hier endlich zu handeln.

Meine Fraktion wird diesem Antrag somit die Zustimmung erteilen und hofft, dass der Bund hier endlich tätig wird. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Abgeordneter Walter Temmel ist der Nächste.

Bitte zum Rednerpult Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Im Großen und Ganzen kann ich natürlich die Vorrednerin, die Vorredner bestätigen. Vieles wurde schon erwähnt. Schön sind die Windräder nicht, aber sie sind sehr effektiv, effizient, erneuerbare Energie! Die Schwierigkeit ist halt, man hat den Strom nicht immer dann, wenn man ihn braucht. Und ich glaube, das ist auch die Schwierigkeit - der Kollege Spitzmüller hat es erwähnt - in Deutschland, dass man von Norddeutschland den Windstrom nicht nach Bayern, Süddeutschland, transportieren kann wie man ihn möchte.

Ich glaube, nach den heurigen Wetterkapriolen ist es jedem einsichtig, dass wirklich der Klimawandel um sich greift und wir müssen etwas dagegen tun, den CO_2-Ausstoß verringern.

Wir haben immer, wenn Sie sich erinnern können, schon bei der ökosozialen Marktwirtschaft durch Vizekanzler Josef Riegler die erneuerbare Energie forciert. Ich denke auch an Landesrat Rittsteuer, mit der Umsetzung der ersten Biomasseanlagen und der Gründung von Klima- und Energiemodellregionen durch Bundesminister Niki Berlakovich bewiesen, dass wir Vorreiter immer wieder bei der erneuerbaren Energie waren.

Gerade diese von den Gemeinden und Regionen geführten Klima- und Energiemodellregionen sind sehr wichtig, da viele ökologische Klimamaßnahmen dadurch verwirklicht werden. Unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“!

Auch Bundesminister Andrä Rupprechter startet mit seiner Initiative für einen europaweiten Energiewendevertrag einen Diskussionsprozess, der sehr wichtig ist und der die Verwendung erneuerbarer Energie und umweltfreundlicher Energieformen noch stärker als bisher in den Fokus setzt.

Der Energiewendevertrag soll auch ein starkes politisches Gegengewicht zum EURATOM-Vertrag sein, mit dem der Nuklearenergie nach wie vor eine Sonderstellung eingeräumt wird. Wenn wir das historische Klimaabkommen von Paris erfolgreich umsetzen wollen - es wurde von den Vorrednern bereits erwähnt -, brauchen wir diese Energiewende, denn nur mit einer zukunftsorientierten Energiepolitik können wir den Klimawandel bewältigen.

Das Netzwerk für erneuerbare Energie des 21. Jahrhunderts hat im Rahmen des 7. Klimaenergieministertreffens Anfang Juni den Bericht 2015 vorgestellt, der den historisch größten Zuwachs von erneuerbarer Energiekapazität für Strom ergeben hat.

Dieser Bericht zeigt ganz deutlich, die erneuerbare Energie ist die Zukunft. Erfreulich ist auch, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer inklusive China aufgeholt haben, Europa überholt haben und sie investieren mehr als die Industriestaaten erstmals in diese erneuerbare Energie. Mit 286 Milliarden Dollar haben alle zusammen, also die erneuerbaren Energieträger, den konventionellen Kraftwerksbau überholt, was auch sehr erfreulich ist. Auch Österreich leistet selbstverständlich seinen Beitrag.

Als ersten Schritt haben Wirtschafts- und Umweltministerium in Zusammenarbeit mit dem Sozial- und Verkehrsministerium sowie weiteren Experten ein Grünbuch für integrierte Energie- und Klimastrategie erarbeitet. Das ist auch auf den Ministeriumswebseiten online zu finden. Jetzt beginnt der Startschuss. Ab Juli können alle

Interessierten auch ihre Meinungen einbringen. Das Ökostromgesetz 2012 hat in Verbindung mit dem damaligen Wartelistenabbau zu einem enormen Ausbau bei Windkraft und Photovoltaik geführt. Deshalb auch natürlich verstärkte Aufwendungen für Ausgleichsenergie bei der Ökostromabwicklung und deshalb auch sehr viel Ausgleichsenergiemengen infolge, weil wesentlich höhere volatile Einspeisemengen durch Windkraftanlagen die Folge waren.

Nach aktuellem Stand lassen sich allerdings nur zwei Wege skizzieren, nämlich einerseits Änderungen im Rahmen des bestehenden Ökostromgesetzes oder andererseits eine umfassende Neugestaltung des Ökostromförderregimes. Im Rahmen des bestehenden könnten durchaus einzelne Punkte verbessert werden.

Beispielsweise die Anerkennung als Ökostromanlage per Bescheid vom jeweiligen Landeshauptmann, um eben Abbau bürokratischer Hürden vorzunehmen und mit einer Verlängerung der Verfallsfrist könnte ebenfalls ein positiver Beitrag zur Rechtssicherheit geschaffen werden. Diese Punkte könnten in einer kleineren Novelle des bestehenden Ökostromgesetzes rasch und einfach umgesetzt werden.

Wobei jene Lösungsvorschläge, die zusätzliche Kosten für den Endverbraucher, wurde auch bereits erwähnt, insbesondere bei den Biomasse- und Biogasanlagen von der Arbeiterkammer nach meinem Wissen vehement ausgeschlossen werden. Man könnte auch natürlich ein Marktprämienmodell entwickeln, wo niedere Förderkosten auch einen Beitrag zur Reduktion von Ausgleichsenergieaufwendungen bringen würden.

Ich glaube, die erneuerbare Energie ist mittlerweile so konkurrenzfähig, dass sie es schaffen könnte. Vernünftig sind auch die Forderungen der Novellierung des Ökostromgesetzes, in den laufenden Prozess des Grünbuches der Bundesregierung einzubinden. Bei all den Neuerungen und Veränderungen sollten wir dabei nie vergessen, erneuerbare Energie kostet natürlich kurzfristig Geld, das aber für die nachfolgenden Generationen bestens angelegt ist.

Als überzeugte Vertreter der erneuerbaren Energie werden wir selbstverständlich diesem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke für die Ausführungen. Die nächste Wortmeldung ist vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Die Vorrednerin, die Vorredner haben zu diesem Tagesordnungspunkt, zu der Novellierung des Ökostromgesetzes, eigentlich sehr viel gesagt. Energieerzeugung im Burgenland, die Entstehungsgeschichte, die Historie, der Status quo und vor allem, wo geht auch der Weg hin, was bringt uns die Zukunft?

Wir wissen, jahrzehntelang war damals die BEWAG reiner Energiehändler, sprich, sie hat Strom, Energie eingekauft und hat diese verkauft. Jahrzehntelang wurde quasi im Burgenland keine Energie erzeugt. Ich habe mir eine Studie ausgedruckt, geographisch ganz einfach bildnerisch abgebildet. Hier sieht man die Entwicklung alleine der Erzeugung der erneuerbaren Energie und zwar vom Jahre 2000 weg, wie sich eigentlich diese Erzeugung der erneuerbaren Energie aus dem vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2015 von einer Million Megawattstunden in Richtung vier Millionen Megawattstunden hier entwickelt hat. Das heißt, eine wunderbare Entwicklung hier im Lande. Vor allem in der Windenergie und in der Photovoltaik.

Die ersten Windräder wurden 2000 in Zurndorf in Betrieb genommen und man sieht eigentlich, wir hatten eigentlich keine Erzeugung von Wind- und Photovoltaik im Jahre 2000 und sind dann doch bis ins Jahr 2015 auf zirka zwei Millionen Megawattstunden. Im September 2015 und - mein Vorredner hat es angesprochen - haben wir in unserem Bundesland Burgenland erstmalig die doppelte Strommenge erzeugt, die eigentlich im Land verbraucht wurde. Die Anteile der erneuerbaren Energieträger insgesamt sind vom Jahre 2005 mit 25 Prozent bis zum Jahre 2015 mit zirka 50 Prozent, sprich in den letzten zehn Jahren hat sich der Anteil der erneuerbaren Energie insgesamt mehr als verdoppelt und liegt in den Zuwachsraten natürlich in Österreich an erster Stelle.

Bei der Fernwärme mit Biomasse hat sich seit 2000 diese Energie etwa verdreifacht. Also das heißt: Die Kollegin hat das gesagt und der Kollege auch, gerade unser Land Burgenland hat sich hier hervorragend entwickelt. Hier hat die Politik die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt. Nicht nur innerhalb Österreichs sind wir an erster Stelle im Ranking, sondern wir spielen sicherlich hier in der Champions League europaweit mit.

Wir kennen aber auch die Problematik, die sich in dieser Form ganz einfach abspielt. Es gibt jetzt einen gewissen Stillstand. Ich möchte trotzdem auch in jene Richtung hinweisen, was uns natürlich massiv erschüttert hat, war vor 30 Jahren die Atomkatastrophe in Tschernobyl. Vor fünf Jahren hat uns genauso erschüttert das Unglück in Fukushima und wir kennen heute noch die dramatischen Folgen, die dadurch entstanden sind.

Bedenklich - und das wissen wir auch alle - ist natürlich die globale Temperatur-Erderwärmung, die sich hier in dieser Form abspielt. Im März 2016, wenn man hier die letzten elf Monate von März hernimmt, so gibt es einen traurigen Rekord, dass hier die globale Erderwärmung dieser elf Monate die höchste war, die man eigentlich, seit man Aufzeichnungen in dieser Form hier hat, misst.

Das sind natürlich handfeste Argumente, die Energieversorgung hier natürlich auf einen nachhaltigen Weg zu bringen. Ursprünglich war das Ökostromgesetz - und wir haben es heute schon gehört - 2012 ein gutes Gesetz. Jetzt besteht ein massiver Reformstau. Seit 2012 hat sich natürlich viel in der Elektrizitätswirtschaft verändert. Die Stromimporte sind mit über 15 Prozent des Stromverbrauches so hoch wie nie. Die Großhandelspreise an der Strombörse mehr als halbiert.

Die Realität ist, der Ökostromausbau in Österreich wird durch einen massiven Reformstau extrem gebremst. Auch im Burgenland gibt es zwölf Projekte, Windanlagenprojekte, die in der Warteschlange stehen, das ist Bruckneudorf, Parndorf, Potzneusiedl, Zurndorf, Nickelsdorf, Mönchhof, Andau, Neudorf, Gols, Pama, Nikitsch und auch Gattendorf.

Also grundsätzlich ist man … *(Abg. Manfred Kölly: Deutschkreutz auch. Wir bauen schon.)* Deutschkreutz. Nicht bekannt, dann sind es 13. Hier gibt es für alle zwölf Gemeinden bereits die Genehmigungen, stehen in der Warteschleife und würden hier natürlich auch gerne diese Projekte umsetzen.

Ich bin überzeugt, hier müssen wir diesen erfolgreichen Weg mit Unterstützung auch seitens des Bundes, mit der gesetzlichen Grundlage, hier im Burgenland weiterhin verfolgen. Unsere Fraktion wird diesem Antrag natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Abgeordneter Gerhard Steier ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist, glaube ich, in diesem Raum und auch auf das Burgenland mittlerweile bezogen gesamtburgenländisch niemand mehr da, der öko-alternative Energieerzeugung als solches nicht befürwortet. Wir haben es geschafft und es ist leidlich jetzt, über die letzten Monate und Jahre vermittelt worden, quasi vom reinen, wie der Abgeordnete Sodl jetzt vorher gesagt hat, vom reinen Handel von unserem Energieversorger zu einem produzierenden Energieversorger auch zu werden.

Das Burgenland hat diese Stromautarkie auch zu Wege gebracht. Eines Umstandes, dessen sich jetzt auch mittlerweile andere Bundesländer rühmen. Das sei im Grunde genommen auch kein Diskussionsgegenstand. Wir sind uns einig in der Betrachtung. Alles, was alternative Energie anlangt, ist im Zeichen und im Bild eines Klimawandels von absoluten Nöten. Sogar die Bundesrepublik Deutschland hat es zu Wege gebracht, aus der Atomproduktion auszusteigen.

Mit Fristverlängerungen und wie immer auch. Aber nach den letzten Beispielen und wir haben ja in der vorigen Landtagssitzung über atomfreies Europa gesprochen, auch in der Perspektive nach Fukushima, dass Deutschland aus der Atomproduktion aussteigt. Deutschland hat - und das führe ich jetzt auch im Zusammenhang mit einem darauf folgenden Punkt an - Deutschland hat es auch geschafft, im Bereich der alternativen Energien eine Macht zu werden, die Spezielles auch zu Wege gebracht hat, Offshore-Anlagen in das Meer zu stellen, die nicht an das Netz angebunden sind.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Deutschland hat eine Produktion von Windflächen, von Windrädern zu Wege gebracht, die erstens nicht alle, zum Teil sind sie an das Stromnetz angeschlossen, sind aber nicht in Produktion. Andere sind überhaupt nicht angeschlossen, weil ein Produktionsproblem in den letzten Jahren aufgetaucht ist. Ein Produktionsproblem, das insgesamt den Strommarkt betrifft. Deutschland hat auch mit diesen sogenannten sinkenden Preisen zu kämpfen, die allgemein eine Situation bescheren, wo man davon ausgehen kann, dass die ursprüngliche Variante bei der Stromerzeugung ein Preisniveau signalisiert hat, wo sich nach gewissen Zeiten jede Subvention eigentlich aufgelöst hätte, weil eine eigene Situation geschaffen wird, mit einem bestimmten Strompreis, der auch die Produktion sicherstellt.

Deutschland hat - und das möchte ich jetzt anführen -, vorgestern einen Regierungsbeschluss gesetzt, der eine neue Art der Förderung des Ökostroms, der alternativen Energie ausmacht. Und zwar hat sich die deutsche Regierung zur Neuregelung, zum Ausbau der Wind-, Solar- und Biogasenergie entschlossen. Das Kabinett billigte am Mittwoch die Novelle der erneuerbaren Energiegesetzgebung, um die Entwicklung genauer zu steuern und Ökostrom billiger zu machen.

Die Reform sieht einen massiven Wechsel im Fördersystem vor. Künftig werden größere Ökostromprojekte ausgeschrieben und nicht mehr über einen Garantiepreis gefördert.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob das jetzt die richtige Wegweisung ist, aber Tatsache ist, wir haben ein massives Problem und Deutschland hat es ebenfalls und daraus resultierend ist diese Änderung eingetreten, dass die Haushalte, die privaten Haushalte inzwischen österreichweit, glaube ich, oder im Burgenland sind wir bei 120, 130 Euro in der Belastung pro Jahr. Und dass die Haushalte österreichweit ein wachsendes Belastungsproblem im Sinne der Ökostromförderung haben.

Andererseits - und das ergibt jetzt eine neue Perspektive - ist nicht nur die Windkraft eine alternative Stromenergielieferantin, sondern es gibt auch andere, die ich jetzt vorher in dem Artikel zitiert habe, nämlich Photovoltaik und so weiter. Wir haben eine durchaus sinnvolle Nutzungsmöglichkeit, gerade an solchen Gebäuden, die sich eignen, von ihren Dächern her diese Möglichkeit auch weiter auszubauen, ohne dass wir mittlerweile extrem in das Naturbild beziehungsweise in Naturgegebenheiten eingreifen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Sodl hat vorher - auf das Burgenland bezogen - die ausbaufähigen Projekte genannt, wo es im Seewinkel die meisten oder alle gibt, außer einem, glaube ich, wenn mir das richtig aufgefallen ist, im mittleren Burgenland. Tatsache ist, und da sind sich alle Experten einig und auch die Stromquellenhersteller einig.

Jedes Repowering, jede Erneuerung eines bestehenden Stromlieferanten, eines Energiemastes, sprich eines Windrades in der Höhe ergibt am Standort bei gegebenen Ableitungsfunktionen, nämlich der Anschlusssituation, die gewährleistet ist, eine viel höhere Produktivität und eine höhere Kapazität. Wenn ich das Windrad pro Meter in die Höhe schraube, habe ich in der Produktivität einen viel höheren Ertrag und das ist eigentlich die Konsequenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind nicht gefordert, und das habe ich vorher beim Kollegen Kölly eingewandt, in der sogenannten Streuung von neuen Anlagen in der Bereitschaft von manchen Gemeinden noch einmal irgendetwas zur Verfügung zu stellen, nämlich, an freier Natur, die bisher keine Windräder zieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die wahre Argumentation hinter Windradaufstellungsversuchen, in Richtung Neuerungen, besteht ausschließlich in der sogenannten finanziellen Zurverfügungstellung für die Gemeinden. Das ist der wahre Hintergrund und das ist meistens das Lockmittel. Ich verstehe bis heute nicht, warum diese sogenannten Umsetzungen auf Gemeinden basieren. Dass der Grundstücksbesitzer eine gewisse Ertragssituation, eine Pachtsituation eingeht, das verstehe ich sehr wohl, aber ich verstehe es nicht in der Umsetzung darauf. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein Aspekt, jetzt abgesehen von dem, wo die Antragstellung sowohl auf Windstromanlagen oder hauptsächlich auf diese zielt, weil, wie wir gehört haben, gewisse Projekte in der Warteschleife stehen und dass nach einer gewissen Zeit, wenn sie nicht vollzogen werden können, sie verfallen, und so weiter. Hier will man eine Erweiterung auf die Möglichkeit des Antragstellers auf ein paar Jahre erreichen, damit sie nicht verfallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können alles tun, um dieser Industrie, die wir ja auch im Burgenland haben, entsprechend Unterstützung zu gewähren. Nur eines sollten wir wirklich nicht vergessen. Wir reden - vorher über zwei Tagesordnungspunkte über Tourismus. Der Tourismus und alles was Lebensqualität bei unserer Bevölkerung betrifft, ist inzwischen ein höheres Gut geworden, als es noch vor Jahren der Fall war.

Wir sollten Lebensqualität nicht daran jetzt quasi scheitern lassen, dass wir quer durch das Burgenland auch die Landschaftsgebiete quasi opfern und darstellen, um einer möglichen Industrieleistung Vorschub zu gewähren.

Tatsache ist, wir sind uns alle einig, und ich habe es eingangs betont, jede Form von alternativer Stromerzeugung ist von absoluten Nöten und von Vorteil. Wir sollten aber die bestehenden Möglichkeiten nutzen und wir sollten auch das nutzen, dass wir, zum

Beispiel, keine Projekte auf Photovoltaik, auf Grund und Boden aufstellen, der bisher landwirtschaftlichen Flächen gestellt wurde, was an manchen Beispielen der Fall ist, wo ich überhaupt nicht verstehe, dass eine Grundstückswidmung auf ein Industriegebiet plötzlich Hektarweise für Ökostromproduktion „Photovoltaik“ zur Verfügung gestellt wird. Wenn das die Zielsetzung einer Raumplanung ist, na dann habe die Ehre und gute Nacht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen Aspekt auf die sogenannten Energieunternehmungen. Ich weiß nicht, ob allen von Ihnen bekannt ist, dass es mit Beginn 2016 auch ein Energieeffizienzgesetz in der Umsetzung gibt, das jeden Energieversorger auf eine jährliche Reduktion von 0,6 Prozent seiner Stromerzeugung beziehungsweise -lieferung festlegt. Wenn das nicht der Fall ist, dass diese Reduktion eintritt, dann haben wir ein spezifisches Produkt geschaffen, nämlich, sogenannte Ausgleichszahlungen.

Es wird einigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in diesem Raum schon untergekommen sein, aber vielen Bürgermeistern im Burgenland, dass Energieunternehmen an sie herantreten, um ihnen etwas zu verkaufen, das im Grunde genommen im Hintergrund immer einen Vorteilnehmer hat. Nämlich das Unternehmen, das zu Lasten der Gemeinden eine Chance sieht, diese 0,6 Prozent durch entsprechende Vertragskompositionen, sei es bei PPP-Modellen oder anderen in der Erzeugung, zum Beispiel, von gewissen Alternativenergien oder bei LED-Ausstattungen zur Verfügung stellt.

Diese sogenannte Ausgleichszahlungssituation aufgrund des Energieeffizienzgesetzes ist mit 1.1.2016 in Kraft. Es gibt über die Austria Energie Agency eine Monitoringstelle und so weiter. Tatsache ist, es ist ja nichts schlechtes daran, dass sich quasi auch die Unternehmen zu solchen Reduzierungen von in der Regel auch naturschädigenden oder CO_2-schädlichen Emissionen bereitfinden müssen, weil es ein Gesetz, das auch europaweit der Fall ist.

Nur die Auswirkungen von solchen Sachen sollte man nicht kaschieren, sondern man sollte sie auf den Tisch legen. Genauso wenig ist es vielen Haushalten bekannt, dass eben Ökostromförderung eine gewisse Sockelbetragssituation für jeden österreichischen Haushalt hat. Daher sind alle Wechsel von Stromunternehmungen zum Vorteil für den Einzelnen, weil er dadurch quasi diese Ausgleichszahlungen automatisch wegbekommt.

Wir sollten aber eines bei aller sogenannten Diskussion um alternative Energien nicht vergessen - und das möchte ich auch an diesem Punkt und an dieser Stelle hier ausführen. Wir haben ein burgenländisches Unternehmen. Dieses burgenländische Unternehmen hat eine ganz wesentliche Funktion für unser Bundesland. Nicht nur in der Energieversorgung für die Bevölkerung, für die Industrie und andere Einrichtungen, sondern es hat ein wesentliches, ja ein fundamentales Bestreben des Landes, *(Abg. Manfred Kölly: Ins Budget!)* dass nämlich jährlich mindestens acht bis neun Millionen Euro in den Haushalt fließen müssen, um das sicherzustellen, was das Burgenland an sogenannter alternativer Finanzierungsversorgung aufgestellt hat.

Wenn wir es mit diesem Unternehmen nicht schaffen, diese Beiträge zu lukrieren, dann haben wir ein riesiges Problem in unserer gesamten sogenannten Finanzierungssituation. Das aber nur am Rande, denn das ist nicht das Wichtigste.

Bei den Ökostromgegebenheiten sollten wir darauf achten, dass wir sinnvolle Investitionen auch mit Fördergegebenheiten nutzen. Wir sollten aber, zum Beispiel, Gesundheit, eines berücksichtigen, und das ist die Wahrheit.

Wir sollten eines berücksichtigen, wir sollten nicht Förderungen auf gewisse Anlagen setzen, die vom ersten Betriebstag, von der ersten Betriebsstunde an keine wirtschaftliche positive Rechnung aufstellen lassen. Das sind zum Teil oder in der Regel Biokraftanlagen.

Wir haben eines dort zur Verfügung gestellt, nämlich große Fördersituationen. Wir haben in der Hoffnung, dass die Waldbesitzer eine freie Zugangsform auf die sogenannten Bruchhölzer und so weiter, gewährleisten, die Spekulation ohne die Waldbesitzer gemacht. Inzwischen sind sie darauf gekommen, dass sie eine hohe Substanz haben, die man ohne irgendwelche Einschränkungen verkaufen kann. Sie tun es nutzbringend, sie tun es auch zu ihrem Vorteil und die Leidtragenden sind dann diejenigen, die sich verlassen haben, dass sie das kostengünstig einkaufen oder sogar gratis bekommen können.

Im Endeffekt ist es wieder der Steuerzahler, der hier einen Ausgleich schafft. Ich bin der festen Überzeugung und wiederhole es zum dritten Mal. Wir sind gefordert, im Ökostromsinne alles Mögliche zu unternehmen. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir auf gemeinschaftlichen Anlagen - wie zum Beispiel Gemeindeämter, Kindergärten und Schulen in der Lösung auf Photovoltaikprojekte mit einer Gemeinschaftsfinanzierung, über Crowdfunding, wie immer auch, die besseren Alternativen zur Verfügung haben, als in irgendeiner Form eine nutzbringende Situation zu nutzen, die absolut ein finanzielles Desaster ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wir jetzt auf eine Ökostromförderung-Novelle drängen, bin ich dafür. Wir sollten uns aber Beispiele nehmen, wo sie auch sinnvoll gestaltet werden und finanziell ein positives Ergebnis bringen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist von der Regierungsbank Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Vorrednerin und meine Vorredner haben jetzt schon sehr viel zur Novellierung des Ökostromgesetzes gesagt. Ich möchte jetzt nicht allzu viel wiederholen und möchte nur noch ein paar abschließende Worte dazu sagen.

Wir haben unter anderem gehört, dass die Österreichische Bundesregierung für Österreich das Ziel ausgegeben hat, anlässlich der Klimakonferenz in Paris, die Stromversorgung bis 2030 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern abzudecken. Wir haben auch schon mehrfach gehört, dass wir dieses Ziel im Burgenland bereits 2013 erreicht haben. Ebenso gibt auch die burgenländische Energiestrategie für die Zukunft sehr ehrgeizige Ziele vor.

Um eben alle diese Ziele erreichen zu können, ist eine Änderung einiger gesetzlicher Rahmenbedingungen von Nöten, unter anderem des Ökostromgesetzes. Das war auch schon bei der Landesklimareferentenkonferenz in Linz ein großes Thema. Ich werde es auch bei der Umweltreferentenkonferenz nächste Woche nochmals ansprechen und dort nochmal dem Ganzen Nachdruck verleihen.

Im Burgenland gibt es insgesamt 412 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 1.000 Megawatt. Die Tendenz ist steigend, auch im Hinblick auf das Repowering. Aber, bedingt durch einige geänderte Rahmenbedingungen ist es mittlerweile erforderlich, das Ökostromgesetz einer Änderung zuzuführen. Da haben wir schon einiges gehört, wo es hier zu Problemen führt. Zum einen ist der Strommarkt von einem ziemlich massiven

Preisverfall betroffen, die Erzeuger stehen stark gestiegenen Systemnutzungsentgelten und auch hohen Ausgleichsenergiekosten gegenüber. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Warteschlange ist jetzt auch schon vom Abgeordneten Kölly und auch vom Abgeordneten Sodl erwähnt worden, die reicht mittlerweile bis ins Jahr 2021. In Summe sind österreichweit 230 Windkraftanlagen betroffen. Darunter sämtliche im Burgenland noch geplanten Anlagen.

Nicht genug ist es eben auch noch so, nach derzeitiger Lage, dass die Anträge nach dem Ökostromgesetz 2012 nach Abschluss des dritten, oder nach Ablauf des dritten Folgejahres nach Einlangen des Antrages bei der OeMAG ganz einfach erlöschen.

Deswegen ist eine Novellierung des Ökostromgesetzes dringend notwendig. Vor allem dahingehend, dass einerseits neue Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien geschaffen werden, dass es zu einem Abbau eben dieser genannten Warteschlangen kommt und vor allem auch, dass Rechtssicherheit durch möglichst frühzeitige Vertragsabschlüsse mit der OeMAG zu Stande kommt.

Was bei alledem auch nicht vergessen werden darf, da bin ich ganz bei der Frau Abgeordneten Stampfel, die auch erwähnt hat, dass unzumutbare Belastungen für Konsumenten hier wirklich vermieden werden sollten. Zusammengefasst kann man also sagen, dass wir hier nicht Gefahr laufen dürfen, die geschaffenen potentiellen Arbeitsplätze und Investitionen zu verlieren. Das kann man nur durch ein adäquates Ökostromgesetz erreichen. Hier braucht es stabile und vor allem vorhersehbare Rahmenbedingungen. Deswegen freut es mich besonders, dass dieser Antrag hier im Burgenländischen Landtag eine so breite und teilweise auch euphorische Unterstützung erfährt.

Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Umsetzung der Energiewende durch Novellierung des Ökostromgesetzes ist somit einstimmig gefasst.

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 413) betreffend Bankomatgebühren (Zahl 21 - 285) (Beilage 432)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 10. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 413, betreffend Bankomatgebühren, Zahl 21 - 285, Beilage 432.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Bankomatgebühren in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Bankomatgebühren die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Saal hat sich wieder gefüllt. Es sind wieder Zuhörer da. Das ist sehr erfreulich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Mitglieder der Landesregierung glänzen auf der Regierungsbank leider wieder einmal mit Abwesenheit. Die haben Arbeit, die sind irgendwo unterwegs.

Wenn wir heute einen Antrag über Bankomatgebühren diskutieren oder auch beschließen wollen, der schon in aller Munde war und in den Medien schon verbreitet und auch im Bund diskutiert wurde, dann sollten sich die Banken hier wirklich einmal bei der Nase nehmen. Denn mehr, als uns die Banken in ein Loch gezogen haben, in ein finanzielles Loch. Die Banken haben genau das erreicht, wo sie jetzt da stehen und so tun, als würden und müssen sie ständig unterstützt werden.

Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, wo die Banken gelaufen sind und uns als Kunden wirklich umworben haben. Jetzt schaut es so aus, dass sie uns eigentlich gar nicht mehr wollen, wenn man es genau nimmt. Das ist ein Wink, wenn ich das so sehe, wenn sie sagen: Ja was sollen wir? Wir bekommen keine Zinsen mehr, wir können kein Geld dementsprechend auch mehr unter die Leute bringen. Da komme ich zu vielen Punkte, wo ich mir denke, wenn ich jetzt schon für das Geldabheben auch noch bezahlen muss, dann lasse ich das Geld lieber wirklich zu Hause liegen.

Schauen Sie sich das an, wie in alten Zeiten das die Großmutter getan hat, es unter dem Polster liegen gehabt hat. Wir haben es auch irgendwo versteckt gehabt. Wir haben eben geschaut, dass wenn wir eines gebraucht haben, wir eben ein paar „Netsch“ gehabt haben.

Die Banken gehen einfach her und verlangen ständig, aber wirklich ständig, irgendwelche Gebühren. Es wird ständig irgendetwas erhöht. Wenn Ihr Euch Eure Kontoauszüge anschaut, was da abgezogen wird, dann frage ich mich schön langsam, was das für einen Sinn macht? Wenn ich dann nur daran denke, wenn ich wirklich einmal

ein Geld von der Bank benötige. Aber es ist vielleicht ohnehin besser, man gibt es in die Wirtschaft, bevor man es auf die Bank legt, denn dann kommt ein Nullsummenspiel heraus beziehungsweise muss man sogar schon dafür etwas bezahlen, dass man Geld in die Bank trägt.

Wenn ich dann diesen Antrag seitens der SPÖ und der FPÖ lese, dann muss ich mir denken, Entschuldigung, wer sitzt jetzt im Bund und wer hat hier einiges zu verantworten? Die FPÖ tut sich mit dieser Möglichkeit noch ein bisschen leichter, aber im Endeffekt sollte eigentlich der Bund klar und deutlich ein Signal setzen und sagen: Das kommt für uns überhaupt nicht in Frage, denn wir geben den Banken schon so viel Geld, dass das eine Belastung für Kunden und für Kleinanleger wäre beziehungsweise aber auch für Leute, die auf eine Bank angewiesen sind.

Wenn ich hier nur dann daran denke, wenn gewisse öffentliche Institute, sei es jetzt der Müllverband, der Abwasserverband und dergleichen mehr ihr Geld in Banken anlegen und auch hier glauben, dass sie horrende Zinsen bekommen. Der Müllverband hat an die 100 Millionen Euro an Rückstellungen und Rücklagen.

Gestern hatten wir eine Kontrollausschusssitzung, wo ich verwundert bin, dass auf der Bank Burgenland, zum Beispiel, drei Millionen Euro auf dem Konto liegen. Auf einem Konto! Das ist ja super, denn da muss ich mir schon etwas dabei denken. Da brauche ich nicht über Bankomatgebühren reden, sondern da muss ich mir schon etwas anderes überlegen und muss mich fragen, denn das ist eigentlich alles öffentliches Geld, was da passiert.

100 Millionen Euro an Rücklagen und Rückstellungen zu haben und jedes Jahr drei Millionen Euro dazukommen und keiner von meinen Kolleginnen oder Kollegen kommt einmal auf die Idee und sagt: Hallo, warum gibt man denn nicht den Gemeinden das zurück, die schlussendlich auch das bezahlt haben? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da muss ich mich schon bei Vollversammlungen oder anderen öffentlichen Auftritten fragen, aber man macht sich keine Gedanken. Aber, siehe da, steter Tropfen höhlt den Stein, gestern habe ich schon einige, sage ich unter Anführungszeichen, Bürgermeisterkollegen auf meine Seite bringen können, die auch sagen, dass es nicht sein kann, dass man die Bevölkerung immer mehr belastet. Das geht nicht.

Wir wollen endlich einmal dass wir auch etwas zurückgeben, weil noch einmal 100 Millionen Euro ja nicht irgendwas ist. Wo wir keine Zinsen bekommen, wo am Konto drei Millionen nur gleich so herumliegen. Das ist für mich unverständlich. Dann gibt es einen Antrag, die Bundesregierung soll schauen, dass keine Gebühren mehr eingehoben werden sollen.

Wir hätten eine andere Arbeit, aber, sei es wie es sei, eines macht mich noch stutzig. Jetzt ist nur der Herr Kollege Molnár da. Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, im Interesse der Konsumenten alle Möglichkeiten zur Verhinderung von Bankomatgebühren zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Was heißt denn das? Ist das deutsch geschrieben oder was ist das? Normalerweise muss es dort heißen, es gibt für uns keine oder eine klare Aussage, wo ich sage, dass darf es nicht geben, meine liebe Bundesregierung, denn wir setzen uns da als Land dafür ein, dass das so eintritt und nicht zu prüfen und gegebenenfalls zu verhindern.

Also, irgendwo frage ich mich, was das Ganze soll? Das sind aber die typischen Anträge oder Abänderungsanträge, zu dem komme ich heute noch, Recycling Baustoff,

Recyclingantrag, wo ich mich auch wundere, wie das abgeändert wird und dergleichen mehr.

Daher noch einmal, in Ordnung, ich will das auch nicht, aber es sollte im Endeffekt ein Telefonanruf bei Euren Ministern, die Ihr dort oben, bei Eurem neuen Herrn Bundeskanzler sitzen habt, genügen. Der hat sich ja ausgezeichnet. Er hat eine gute Antrittsrede gehalten, der Herr Kern. In der nächsten Sekunde hat er jedoch dem Herrn Fischer ein Büro und einen Chauffeur und ein Auto besorgt.

Dem von Euch verlassenen Faymann hat man das auch zugesagt. Daher brauche ich über so etwas gar nicht zu diskutieren, sondern nur anzurufen und zu sagen, Herr Kern, stelle das sofort ein, denn du bist der Chef! Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: So der nächste Redner der sich zu Wort gemeldet hat ist der Herr Landtagsabgeordnete Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Herr Kollege Kölly! Selbstverständlich lehnen wir Bankomatgebühren ab, wie auch immer die Formulierung in der Beschlussformel zu bewerten ist, aber die Bankomatgebühr ist nur einer von vielen Aspekten, wenn es um Banken geht und ist nur einer von vielen Aspekten, vor allem wenn es um Bankkunden geht. Das heißt, auch diese Medaille hat zwei Seiten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist jetzt vielleicht ein bisschen ein Drahtseilakt, aber die eine Seite, die hat der Kollege Kölly schon beleuchtet, das ist die Einführung und Erhöhung von Spesen und Gebühren. Das ist die Problematik, dass die Kreditvergabe stockt, das heißt jetzt überspitzt formuliert, nur weil jene einen Kredit bekommen, die keinen brauchen und das heißt natürlich umgekehrt, dass es für Guthaben keine Zinsen mehr gibt und das Geld auf der Bank immer weniger wird.

Kollege Kölly hat das so irgendwie in den Raum gestellt. Die Frage verstehe ich schon, denn man fragt sich manchmal, wozu brauchen wir die Banken eigentlich noch? Es gibt aber auch noch eine zweite Seite der Medaille. Der Bankensektor in Österreich ist aufgebläht, denn das Filialnetz ist zu dicht. Wir erleben seit einiger Zeit eine Struktur- und Marktbereinigung, wo auch tausende Arbeitsplätzte auf dem Spiel stehen.

Die Vorschriften betreffend Eigenkapital werden strenger und strenger. Banken müssen in diverse Rettungsfonds einzahlen, Banken sind bei der EZB Negativzinsen ausgesetzt und dann gibt es in Österreich noch eine Bankensteuer, wie es sie in dieser Form in kaum einem anderen Land gibt.

Ich schlage mich jetzt weder auf die eine Seite, noch auf die andere Seite, aber wenn sie meiner Aufzählung gefolgt sind, dann sind dort zumindest einige Punkte für die die Politik dabei, die Verantwortung trägt. Eines der Hauptprobleme, wenn wir über die Kunden reden. Der Profit, den Kunden von Bankgeschäften haben oder haben sollten, ist sicherlich die Zinsentwicklung. Der Leitzins, der bei null liegt, die Negativzinsen, die bei der EZB gelten und all das. Wir wissen, warum es das alles gibt, um all das, um eben auch die Staatsverschuldungen irgendwie in den Griff zu bekommen und Staatspleiten zu vermeiden. *(Abg. Gerhard Steier: Auf der anderen Seite haben aber auch die Banken ihre Probleme.)* Natürlich hat alles zwei Seiten. Ich bin gerade dabei, das zu referieren, Herr Kollege.

Im Endeffekt haben die Politiker Schulden gemacht, die Zeche zahlt der Bürger - egal auf welchem Weg. Allfällige Bankomatgebühren, auch wenn wir selbstverständlich

und strikt dagegen sind, sind im Vergleich dazu, was Sparer ansonsten momentan noch so an Guthaben, an Wertverlusten verlieren, in Wirklichkeit eine Kleinigkeit.

Die Enteignung die da de facto schleichend aufgrund der Zinslage und der Inflation auf der anderen Seite stattfindet, das hat ja eine Dimension, die kaum vorstellbar ist. Da geht es ja europaweit um zig Milliarden Euro Jahr für Jahr. Diese Zinssituation ist übrigens auch ein Grund dafür, warum die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird.

Ein Grund ist auch vollkommen klar, denn der kleine Sparer hat seinen Notgroschen oder spart auf Investitionen, auf Anschaffungen im Haushalt. Derjenige, der mehr auf der Seite hat, kann sich eben anderer Finanzierungsinstrumente bedienen, kann mit dem Geld spekulieren, kann auch riskieren das er etwas verliert und hat daher natürlich auch eine größere Chance, dass er eine höhere Rendite erzielt.

Vom Problem der Zukunftsvorsorge rede ich hier gar nicht. Das wird natürlich bei der Zinsentwicklung ein langfristiges Problem sein. Wie sorgt man als Privatmann für seine eigene Zukunft vor - überhaupt wenn es im staatlichen Pensionssystem Probleme gibt?

Wir lehnen Bankomatgebühren selbstverständlich ab, aber ich wollte damit jetzt vermitteln, dass die dicken Bretter in diesem Bereich - was Banken und was Kunden angeht - in Wirklichkeit ganz wo anders zu bohren sind. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herrn KollegInnen hier im Landtag! Uns liegt ein Antrag vor, der aus mehreren Blickwinkeln betrachtet werden kann und muss. Denn gemäß den österreichischen Kontoverträgen sind die Banken derzeit in der Lage, die Bankomatkartengebühren in die bestehenden Verträge inkludiert abzurechnen.

Man muss aber auch die Banken verstehen - ohne diese zu verteidigen, dass natürlich die Banken bankfremde Kunden, die kein eigenes Filialnetz haben, die keine eigenen Bankomat- oder Geldautomatenterminals haben diese auch nutzen.

Das heißt, es geht hier speziell um bankfremde Kunden. Grundsätzlich möchten wir als ÖVP zu diesem Thema festhalten, dass wir den Vorschlägen von Minister Alois Stöger nicht folgen können und dass wir eines nicht wollen, nämlich, dass immer alles reglementiert wird. ÖVP Finanzminister Schelling geht hier in die Offensive.

Auch Nationalbankgouverneur Ewald Nowotny schließt sich dieser Meinung an. Wir sehen daher ein Gesetz gegen Bankomatgebühren sehr kritisch. Dies hat Minister Schelling auch beim Bankengipfel bereits deponiert und artikuliert. Ziel sei es jedoch, und das haben wir heute bei den Vorrednern auch schon gehört, dass es keine zusätzlichen, keine extrigen Bankomatkartengebühren geben soll.

Sie alle kennen die Beispiele, Sie alle wissen welche Fälle es gibt. Es gibt unterschiedliche Zugänge, es gibt Onlinekunden, die hauptsächlich per Smartphone oder Netbanking arbeiten und die Karte nur selten benützten. Es gibt Menschen, die die Bankomatkarte nur als backup verwenden. Das heißt, die hauptsächlich mit Bargeld hantieren und nur im Notfall auf die Bankomatkarte zurückgreifen.

Es gibt aber auch die achtzigjährige Oma, die ihre Pension auf das Konto bekommt und auf einmal abhebt. Es gibt auch diejenigen, die die Bankomatkarte tagtäglich

mehrfach nutzen. Wir wollen hier Fairness. Hier gibt es den Vorschlag, dass die Banken künftig Pakete anbieten sollen, wo sich jeder darin wiederfindet. Ähnlich den Mobilfunkanbietern. So kann jeder Kunde wählen, welches Service er haben möchte, welches er bezahlen möchte, denn die Botschaft für Fairness muss sein, dass niemand für etwas zahlt, was ein anderer nützt.

Wir als ÖVP werden diesem Antrag daher die Zustimmung erteilen. Wir wollen verhindern, dass es keine zusätzlichen Bankomatkartengebühren gibt. Dafür setzt sich Minister Schelling ein. Ein spannendes Detail am Ende: Ich finde es manchmal sehr seltsam, dass die SPÖ Burgenland hier gegen Gebühren ist, aber deren großer Chef oder neuer derzeitiger Chef, Bundeskanzler Kern, für neue Steuern auf Bundesebene eintritt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann an der Spitze der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus!

In diesem Tagesordnungspunkt soll den Bestrebungen der Bank und Finanzinstitute eine klare Absage erteilt werden, dass zusätzliche Bankomatgebühren eingehoben werden dürfen. Die Banken und Finanzinstitute sehen in den letzten Jahren durch die Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank, dass der Druck auf die Zinsmagen, dass die schwache Wirtschaft vorhanden ist und sie sehen auch das die kostspieligen Bankomatdienste immer höher werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nunmehr wird über die Grenzen geschaut und wird versucht, eine zusätzliche Bankomatgebühr zumindest anzuregen. In Österreich gibt es seit 1980 die ersten Geldausgabeautomaten. Mittlerweile besitzen neun Millionen Österreicherinnen und Österreicher Bankomatkarten. Wenn man eine generelle Bankomatgebühr einführen würde, kann man, glaube ich, von einer Kundenvertreibungsaktion sprechen. Erst vor kurzem ist in einer Pressemeldung aufgrund einer Blitzumfrage in Tirol von den Kunden klar erklärt worden, dass sie bei Einführung einer Bankomatgebühr jedenfalls am Monatsersten ihr Geld abheben würden und wie in alten Zeiten den Sparstrumpf nehmen und im Endeffekt ihr Geld zu Hause verwalten würden. Da mittlerweile noch 90 Prozent aller Österreicherinnen und Österreicher weiterhin bar bezahlen, wäre bei der Einführung einer sogenannten Bankomatgebühr ein Großteil der österreichischen Bevölkerung betroffen. Unter dem Strich ist das viel Aufregung und Unruhe mit dem Ergebnis, wenig Nutzen.

Zum Beispiel für den Einzelhandel, der erst vor kurzem durch die Registrierkassenpflicht betroffen wurde, wäre es ein weiteres Ärgernis. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Monaten haben wir einen klaren einstimmigen Beschluss zum Bekenntnis zur Beibehaltung des Bargeldes als Zahlungsmittel beschlossen, oder getroffen. Ich glaube, wenn man diesen Beschluss kennt, muss man zwangsweise auch den Zugang zum Bargeld weiterhin kostenlos möglich machen.

Dies umso mehr, weil in angrenzenden Nachbarländern bereits Gebühren in unterschiedlicher Höhe bestehen. In Österreich haben wir vor einigen Jahren die verbindliche und obligatorische Einführung eines Lohnkontos mit Verrechnungszeilen

gehabt. Das ist längst vergessen. Außerdem ist für die Ausstellung einer Bankomatkarte eine Gebühr zu entrichten, 20 bis 25 Euro - auch das ist vergessen.

Nach neuesten Erhebungen im Konsumentenbereich zahlen wir bereits jetzt ein nicht unwesentliches Entgelt für die Bankomatkarte und die Girokontengebühren im Ausmaß von 108 Euro pro Jahr. 108 Euro pro Jahr ist dieser Betrag, der bereits jetzt bezahlt wird.

Weiters muss man erwähnen, dass gerade in den letzten Jahren in den Banken die Tendenz war, dass Schalter geschlossen wurden und die Kunden zu den kostenlosen Selbstbedienungsbankomaten weitergeleitet worden sind. Es wäre, glaube ich, unverfroren und es wäre auch der falsche Weg, nunmehr diesen Kunden auch zusätzlich noch eine Bankomatgebühr aufzuerlegen, für das, dass sie selbst eigentlich diese Bankomattätigkeit durchführen.

Eine Zahl, die mir im Zuge der Vorbereitungen bekannt geworden ist, ist die, dass durch die Verweisung vom Schalter auf die Automaten die fünffachen Einsparungskosten für die Banken gefunden werden konnten. Das heißt, wir haben bereits mehrfach in den letzten Jahren Einsparungen gehabt und die Bankomatnutzung ist längst durch die Kontoführung gedeckt.

Eine vor kurzem erhobene AK-Erhebung zeigt, dass mittlerweile im Durchschnitt vom Vorjahr zum heurigen Jahr am Gehaltskonto eine 23-prozentige Steigerung zu versehen ist. Das heißt, die Spesen steigen. Und dann noch von einer zusätzlichen Gebühr den Zugang zum eigenen Geld zu erschweren ist absolut ungerechtfertigt.

Wir fordern daher, dass unsere Landesregierung an den zuständigen Minister herantritt, um im Interesse der Kunden, Konsumenten, kleinen Sparern, alle Möglichkeiten zur Verhinderung von Bankomatgebühren prüft und auch mit legistischen Maßnahmen umsetzt.

Momentan haben wir bestehende Vereinbarungen über Kontogebühren, die auch die Abhebung beinhalten. Aber es wäre zweckdienlich, und das ist der Weg, den auch der Kollege Kölly vorher beschritten hat, es wäre zweckdienlich, ein gesetzliches Verbot zwecks Verhinderung dieser Bankomatgebühren zu setzen. Dieses Verbot ist meiner Einschätzung nach auch möglich. Es ist zwar die sachliche Rechtfertigung im Hintergrund aufgrund des vorher Erwähnten, bei den Konsumenten zu suchen und zu begründen, vor allem im Hinblick auf die Preisregelung.

Aber meiner Einschätzung nach wäre es durchaus möglich, dass auch eine sachliche Rechtfertigung für das gesetzliche Verbot gewährleistet werden kann. Weiters sind auch kartellartige Maßnahmen von Banken zu Lasten der Konsumenten entsprechend zu prüfen und festzustellen.

Faktum ist jedenfalls, meine Fraktion wird keinesfalls einer zusätzlichen Bankomatgebühr zustimmen. Für uns ist wichtig, dass jetzt nicht der kleine Sparer und der Konsument wieder unter die Räder kommt und im Sinne des Gießkannenprinzips die Fehlhaltungen und die Lasten der Banken übernehmen muss.

Uns wäre wichtig, dass genauso wie bei der Ambulanzgebühr klar aufgezeigt wird, dass es unnötig ist und die Kosten-Nutzenanalyse nicht stimmt und dass durch gesetzliche Verbote dies verhindert wird.

Wenn man schon über Einnahmequellen für Banken und Finanzinstitute spricht, sollte man nicht unerwähnt lassen, dass mittlerweile ein Prozent der Österreicher 37 Prozent des Vermögens besitzen. Man sollte sich diese Einnahmequelle anschauen.

Danke für Eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Als Konsumentenschutzlandesrätin bedanke ich mich dafür, dass Sie absolut mit mir einer Meinung sind, dass wir uns alle klar sind, es geht nicht, dass der Konsument, der Bankenkunde und die Bankenkundin noch weiter belastet werden. Es gibt genug, was schon in den letzten Jahren erhöht wurde. Der Abgeordnete Drobits hat gerade von 108 Euro jährlich zusätzlich gesprochen.

Zweitens, als das für die Schuldnerberatung zuständiges Regierungsmitglied klar, niemand verwehrt sich des Bankomaten. Ich sage Ihnen nur, dass wir aber ein gutes Drittel der jungen verschuldeten Menschen, und es werden im Burgenland auch immer mehr, dafür gerade stehen, dass sie durch Bankomat und bargeldlose Bezahlungsweisen, verschiedene, absolut den Überblick verlieren und nicht wissen, wo das Geld hinkommt und wofür sie es ausgeben.

Das heißt, wir müssen uns insgesamt überlegen, wie wir damit umgehen, dass wir Menschen, die es sich nicht leisten können, einfach sozusagen ins Ungewisse ihr Geld ausgeben, wie sie sich hier einen Überblick schaffen können. Das ist ein Auftrag der Stunde. Das ist eine Aufgabe der nächsten Jahre.

Denn, wir können sicher nicht zuschauen und nicht Rahmenbedingungen schaffen, die dagegen arbeiten, dass junge Menschen schon beispielsweise ihre Lehrstelle verlieren, weil es dort schon zu ersten Problemen kommt und die Lehrstelle dann natürlich weg ist, wenn dann plötzlich die Lehrlingsentschädigung durch Exekution einfach weg ist.

Also da haben wir viele Aufgaben vor uns. Ja, ich werde mich bemühen als Konsumentenschutzlandesrätin. Ich habe bereits vor einigen Tagen zwei Dinge in Auftrag gegeben: Erstens ein Treffen mit Vertretern der Bundesregierung, das betrifft eigentlich zwei.

Zweitens, ich werde eine zusätzliche Sitzung aller zuständigen Regierungsmitglieder für Konsumentenschutz Österreichs einberufen und versuchen, unseren, Ihren, Landtagsbeschluss hier noch an Vehemenz ein bisschen zu unterstützen.

Danke, dass Sie für Ihren Konsumenten geradestehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Wortmeldungen liegen keine mehr vor… *(Zwiegespräche des Abg. Manfred Haidinger und Landeshauptmann Hans Niessl. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Herr Abgeordneter, bitte.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Bankomatgebühren ist somit einstimmig gefasst.

11. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 382) betreffend Recycling-Baustoffverordnung (Zahl 21 - 262) (Beilage 433)

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 390) betreffend "Recycling-Baustoffverordnung" (Zahl 21 - 270) (Beilage 434)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 11. und 12. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 11. und 12. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 11. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 382, betreffend Recycling-Baustoffverordnung, Zahl 21 - 262, Beilage 433.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Killian Brandstätter.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Kilian Brandstätter: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Recycling-Baustoffverordnung in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung, am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Recycling-Baustoffverordnung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Berichterstatterin zum 12. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 390, betreffend "Recycling-Baustoffverordnung", Zahl 21 - 270, Beilage 434, ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den

selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Recycling-Baustoffverordnung", in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen. Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Recycling-Baustoffverordnung", unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Präsidentin für Ihren Bericht.

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ziel ist das gleiche, doch mit diesen zwei Anträgen sieht man deutlich, dass man wieder einmal mit Abänderungsanträgen hier arbeitet, die für mich unverständlich sind.

Für mich unverständlich, warum überhaupt ein Abänderungsantrag hier eingelaufen ist, seitens der SPÖ und FPÖ, denn wenn ich mir das anschaue, die Anträge, da habt Ihr nur einen Satz vergessen, SPÖ und FPÖ. Sonst ist gar nichts, sonst ist das alles gleich, nur einen Satz habt Ihr vergessen zum Dazuschreiben.

Der lautet: Nach sechs Monaten dem Burgenländischen Landtag über den Verlauf der Gespräche jedenfalls Bericht zu erstatten. Und meiner Meinung nach, sollte das unbedingt drinnen sein, in jedem Antrag sogar, den wir irgendwo versenden oder schubladieren, dann hätte ich gerne gewusst nach sechs Monaten, was ist denn eigentlich passiert in diesem Land oder im Bund, oder was geschieht denn? Das haben wir noch nie eigentlich gehabt, und daher wäre dieser Satz unbedingt wichtig.

Ansonsten haben wir das gleiche Ziel, da bin ich d‘accord mit Euch. Nur, ich verstehe eines noch nicht, warum hat man sich nicht zusammengesetzt und hat einmal gesagt, na ja, die Idee ist ja die gleiche und könnten wir da nicht gemeinsam einen Antrag einbringen, so wie wir in einem Abänderungsantrag mit den GRÜNEN oder mit dem Gerhard Steier eingebracht haben. Warum hätte man das nicht machen können? Das ist für mich verwunderlich und auch für die Zuhörer oder Zuschauer.

Denn es kann ja nicht so sein, bei so einem Thema, das ist ein wichtiges Thema für mich, im Speziellen auch für die Bevölkerung und auch für das Burgenland. Weil das Burgenland so klein strukturiert ist, weil das Burgenland Ortskerne noch hat wo alte Gebäude stehen, die vielleicht saniert werden können oder die vielleicht teilweise zum Abriss freigegeben werden seitens der Gemeinde, seitens eines Abrissbescheides.

Und was geschieht? Der Bund geht her und macht sich überhaupt keine Gedanken, beschließt ein Baustoff Recycling Gesetz, das ich nicht nachvollziehen kann.

Und daher war es die große Aufregung, auch bei uns, beim Bündnis Liste Burgenland, und ich hoffe auch bei den anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die ja massiv damit zu kämpfen haben, dass der Ortskern erhalten bleibt, beziehungsweise erneuert wird, beziehungsweise kulturelle Möglichkeit schaffen kann.

Durch dieses neue Gesetz, wenn ich mir das auf der Zunge zergehen lasse, erhöhen sich ganz klar und deutlich die Kosten, bei einem Gebäude das ich sanieren will oder beziehungsweise teilweise oder komplett schleifen will, zwischen 30 und 50 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und wenn ich jetzt hergehe und als Gemeinde wohlwollend eine Ortskernförderung zahle, mit 2.800 Euro, kommt der junge Mann oder die junge Familie zu mir und sagt, super, dass du eine Ortskernförderung hast, aber wenn ich das Haus wegreißen muss im Ortskern und neu bauen will, das was du willst oder wir wollen, dann kostet mir der Grundpreis 30 Euro oder 50 Euro und das wegschleifen oder wegreißen kostet mir aber 50.000 und 60.000 Euro.

Dann habe ich noch immer Probleme, weil ich mich nicht so ausbreiten kann wie auf der grünen Wiese, wo alles vorhanden ist. Und daher hat es ja von unserer Seite, des Bündnis Liste Burgenland, einen Antrag gegeben, wenn Ihr Euch erinnern könnt, bei der letzten Sitzung, den Ihr ja abgelehnt habt.

Ich sage Euch auch warum Ihr ihn abgelehnt habt, nämlich aus finanziellen technischen Situationen in diesem Land. Wo ich mich dann schon wundere wenn im Rechenabschluss drinnen steht, 25 Millionen Euro an Rücklagen, von der Wohnbauförderung werden Rücklagen gemacht. Und da redet man von einer Wirtschaft, davon Arbeitsplätze ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Das ist genau auch ein Punkt wo ich mich wundere, dass das so passiert. Und wenn wir heute diese Anträge diskutieren, das sind zwei Anträge die ja ein Ziel haben, dann wurde ja im Bund schon schön langsam kapiert, das da etwas nicht stimmen kann. Es ist in Arbeit, sie werden das noch einmal reformieren und sich Gedanken machen. Sie hätten uns vorher fragen sollen, die Zuständigen im Land oder die Bürgermeister. Aber wir haben ja Bürgermeistervertretungen im Burgenland, da sind der Gemeindevertreterverband und der Gemeindevertreterbund. Die entscheiden ja über die Gemeinden und vergessen, dass es andere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch noch gibt und dass sie nicht über alles drüberfahren können.

Genau das sind die Dinge, die mich so sauer heraufstoßen lassen, weil ich mir denke, genauso, weil wir heute geredet haben über die BEWAG. Früher, da haben sie Strom zugekauft und verkauft. Da haben wir wenigstens noch etwas verdient, muss ich dazu sagen. Jetzt, wenn ich mir das anschaue, da lasse ich mir als Gemeinde anbieten, weil es ja dort drinnen steht, ich muss ja sparsam und wirtschaftlich arbeiten in der Gemeinde, macht der Gemeindevertreterverband und der Gemeindevertreterbund, den es eh nur gibt in Niederösterreich und im Burgenland, sagt einfach, wir haben super verhandelt, wir haben das toll verhandelt, das sind die besten Preise.

Mir macht es schon Spaß, dass ich hergehe und diese Herrschaften vor den Vorhang bitte und sage, ihr habt wirklich super verhandelt. Ich habe 3,37 Euro und bei der Burgenland Energie zahle ich 4,50 Euro. Das ist ja sehr interessant die ganze Geschichte. Und genau das sind die Dinge, warum fragt man da nicht im Vorfeld die zuständigen Bürgermeister, die sich damit auseinandersetzen, oder die Landesregierung, die was zum Kämpfen auch hat, bei solchen Dingen?

Denn bei der Wohnbauförderung ist es auch lustig, ich bekomme nur einen Ortskernzuschlag, wenn ich eine Wohnbauförderung bekomme. Warum soll ich nicht eine Ortskernförderung kriegen, wenn ich keine Wohnbauförderung beantrage oder auch gar

keine bekomme? Da sagen die Herrschaften von der Sozialdemokratie, du willst ja nur die Reichen unterstützen. Ich will nicht die Reichen unterstützen, sondern eine Gemeinde dementsprechend auch, die Gemeinden dementsprechend auch einmal dort hinbringen, damit das Ortsbild erhalten wird, das Ortsbild verbessert wird. Denn in vielen Gemeinden wo ich durchfahre, und ich fahre durch das schöne Burgenland sehr gerne und schaue mir die Ortschaften an, wo ich mich wundere, wie viele Häuser leer stehen.

Wo ich mich wundere, wenn in der Peripherie draußen neu gebaut wird und der Ortskern eigentlich verfällt total. Und dann kann es nicht Sinn machen, dass ein Bund so ein Gesetz beschließt.

Daher noch einmal, wir wissen schon, die haben jetzt alle zwei einen Antrag eingebracht, LBL, Rot und Blau, wo wir schon wissen, dass sich im Bund etwas tun muss. Wir sind eh schon zu spät dran. Aber ich hoffe, dass dort endlich einmal Klarheit herauskommt und wo es heißt, im Gegenteil, man muss es sich leichter machen und nicht nur beschwerlicher in dieser Art und Weise.

Ich kann Euch ein Beispiel sagen. In Deutschkreutz wird ein altes Haus weggerissen, der Besitzer „schreddert“ das gleich vor Ort. Heutzutage ist das ja überhaupt kein Problem. Da liegen sechs Haufen und dann kommt einer, der wird bestellt, der macht es so, greift hin wie beim Staubzucker, schaut einmal, was ist das für ein Material und dergleichen mehr. Und dann muss das gesondert weggeführt werden. Ich wundere mich nur mehr, wer soll dann noch in Deutschkreutz oder in anderen Ortschaften alte Häuser kaufen, sanieren oder neu hinbauen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und das sind die Dinge, die den Leuten auch draußen in den Ortschaften massiv auffallen und dann sagen sie, Bürgermeister, tu etwas, weil das ist nicht normal. Du redest zwar immer, Ortskern super, wir müssen das erhalten. Wir sind ja Gott sei Dank in der glücklichen Lage noch in Deutschkreutz einige Häuser zu haben die wir saniert haben. Aber schon im Vorfeld, jetzt wo 50 Prozent Mehrkosten sind, tut uns das sehr weh. Das muss ich klar und deutlich sagen. Daher noch einmal, wenn wir solche Anträge einbringen, bitte, das war nur ein, zwei Tage auseinander. Dann sollte man anrufen, Kölly komm herauf, machen wir einen gemeinsamen Antrag daraus, versuchen wir das gemeinsam zu lösen. Vielleich geht auch die ÖVP mit, vielleicht gehen die GRÜNEN mit, egal wer auch immer.

Dann hätte das Sinn, dann brauchen wir nicht heute über so etwas diskutieren, wo ich nur einen Satz vergessen habe. Ansonsten habe ich eigentlich das Gleiche gemacht, was das Bündnis Liste Burgenland gemacht hat. Ich denke, das ist genau das, was leider Gottes die jetzige Regierung nicht will. Das ist Transparentheit, weil, sonst hätten sie diesen Satz nicht herausgenommen, sondern hätten gesagt, ist ja kein Problem, informieren wir sie halt nach sechs Monaten. Aber das ist genau die Taktik, die diese Regierung verfolgt. Ich hoffe, dass die FPÖ einmal draufkommt und sagt, warum soll man nicht Transparentheit herrschen lassen? Warum soll man nicht die Möglichkeit geben, dass man das macht, nämlich Einsichtnahme. Heute haben wir gehört, Einsichtnahme ist verpönt gewesen. Na warum dürfen wir das nicht?

Wir sitzen hier als Abgeordnete, wir haben das Recht und die Pflicht sogar, das nachzuschauen zu kontrollieren, et cetera. Da wundere ich mich oft über gewisse Aussagen. Ich will ja hier nicht querulieren sondern ich will, dass man wirklich die Möglichkeit hat, genauso in Regierungsbeschlüsse Einsicht zu nehmen. Ich denke, dass das auch in diesem Fall, bei dieser Sache, ganz klar war. Die haben gesagt, das tun wir uns nicht an, was will denn der Kölly jetzt da? Dass wir alle sechs Monate ihm sagen, wie die Verhandlungen ausschauen, oder wie es das gibt?

Daher werde ich keine Ruhe geben und wir werden keine Ruhe geben und werden immer wieder darauf hinweisen. Das hat ja die FPÖ auch getan in den früheren Zeiten, dass man schaut und sagt, so wie weit ist das eigentlich, was tut sich da? Dafür fordern wir jetzt immer wieder bei jedem Antrag, dass wir informiert werden, was mit dem Antrag überhaupt geschehen ist, beim Bund und dergleichen, weil ich fürchte ja, dass er in einem Rundordner oder irgendwo landen wird und wir wissen nicht einmal was zurückgekommen ist. Oder kriegt die Regierung ein Schreiben und die sagen, ja auch Wurst, man legt es einmal ab und wir sind schon fertig mit der Geschichte.

Daher noch einmal, Recyclinggesetz, das ist fatal was da passiert ist. Sie sollten sich Gedanken machen, wie man das zurücknimmt, um eine Erleichterung und nicht eine Verschärfung zu machen. Heute reden wir über Bankgebühren oder Bankomatgebühren und dergleichen mehr. Das ist noch wilder, das ist eine Katastrophe, glaubt mir das. Und wenn Sie im Bund und im Land Verantwortung tragen, dann sollten wir uns das wirklich überlegen. Daher glaube ich, dass man diesen Antrag eigentlich, ja jetzt geht es leider nicht mehr Herr Präsident, als einen Antrag abstimmen hätten sollen lassen und nicht mit Abänderungsanträgen arbeiten oder überhaupt einmal einen Antrag zusammenfassend machen. Das, glaube ich, sollte man sich überlegen in Zukunft, weil, dann brauchen wir solche Diskussionen nicht führen.

Ich glaube, dass wir uns in diesem Fall auch alle einig sind, dass man da etwas ändern muss. In diesem Sinne hoffe ich, dass da eine einstimmige einhellige Meinung ist.

Danke. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier.)*

Landtagspräsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Lieber Kollege Kölly, ich muss dich leider enttäuschen, ich bin da ziemlich anderer Meinung und zwar aus zwei Gründen. Erstens inhaltlich und zweitens ablaufmäßig. Ablaufmäßig aus einem einfachen Grund. Auch der Satz der Dir fehlt, ist eigentlich unnötig. Weißt Du was das ist, was ich da in Händen halte? *(Der Abg. Wolfgang Spitzmüller hält Papiere in der Hand. – Abg. Gerhard Steier: Die Bundesregelung.)*

Genau, die Novelle, die vor sieben Tagen die Begutachtung abgeschlossen hat. Die ist fix und fertig im Prinzip und braucht nur mehr von der Regierung beschlossen werden. Da steht im Großen und Ganzen das drin was Ihr beide heute fordert und ich habe keine Ahnung wozu wir diese beiden Anträge heute haben. *(Abg. Manfred Kölly: Wenn wir es im Ausschuss haben, müssen wir es auch hier behandeln.)*

Bei Euch verstehe ich es ja noch, ja. Ihr habt im Parlament niemanden sitzen. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist aber so.)* Bei der SPÖ und bei FPÖ ist mir das ehrlich gesagt ein komplettes Rätsel. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist einfach so.)* Entweder kommuniziert da niemand mit den Klubs im Parlament, oder das ist halt ein Showprogramm. Worum geht es eigentlich in der ganzen Geschichte? *(Zwiegespräche der Abgeordneten der SPÖ mit dem Abg. Manfred Kölly.)* Manfred bitte! *(Abg. Manfred Kölly: Geht schon.)* Das ist eigentlich ein sehr wichtiges Gesetz, das mit 1.1.2016 in Kraft getreten ist. Und da geht es bitte um Problemstoffe.

Es gibt Häuser, die haben heuten noch Bleirohre drinnen, die haben Asbest, Welleternit, die haben, ich habe mir das herausgeschrieben, FKW-haltige Kohlenwasserstoffe, Bauschäume, Teere, PCP-haltige Dichtungsmassen. *(Zwiegespräche des Abg. Gerhard Steier mit dem Abg. Manfred Kölly.)* Manfred bitte! Das

sind wirklich hochproblematische Stoffe, die sich auch in der Nahrungskette wiederfinden und dort können wir sie überhaupt nicht brauchen, die sich so gut wie gar nicht abbauen.

Das dauert Jahrzehnte bis Jahrhunderte, bis sich diese Stoffe abbauen. Und das sind wirkliche Problemstoffe. Deswegen ist dieses Gesetz eigentlich sehr gut, grundsätzlich. Wo ich Euch schon Recht gebe, ist, dass es ein bisschen übertrieben ist, bereits ab 100 Tonnen nicht ab zehn Tonnen, so wie es Ihr fälschlicherweise angegeben habt, dass man hier eine - wie heißt das so schön – *(Abg. Manfred Kölly: Wo steht das?)* Störstofferkundung braucht. Das ist ein bisschen übertrieben.

In der Novelle wird das jetzt abgeändert von 100 Tonnen auf 750 Tonnen. Dadurch fallen eigentlich alle Einfamilienhäuser heraus, weil bei einem Einfamilienhaus da kann man von 300 bis 400 Tonnen ausgehen. Es ist grundsätzlich schlecht, aber leider ein bisschen übertrieben, weil das jetzt nämlich alles herausfällt. Das heißt, ich brauche zwar keine Störstofferkundung, aber wie auch alle Umweltanwaltschaften anmerken, das Problem ist, dass ich gar keine Stoffe trennen muss. Und das hätte ich eigentlich schon gerne da drinnen gehabt, eine Trennpflicht zumindest für Problemstoffgruppen, die ich gerade angeführt habe. Und das fällt jetzt komplett heraus. Das ist der Grund, warum wir sachlich dem Antrag nicht zustimmen werden, weil ich das für hochproblematisch halte, und das letztendlich auch auf Kosten unserer Gesundheit oder der unserer Kinder geht.

Ganz kurz vielleicht noch, was sonst noch geändert wird in der Novelle. Es kommt zusätzlich zu einer Streichung der Verpflichtung eines Rückbaues für Linienbauwerke, eine Erleichterung bei der Verwertung auf derselben Baustelle unter 750 Tonnen, Streichung der Vorgaben von Einkehrsplit und Regelung wie bisher durch den Bundesabfallwirtschaftsplan. Es gibt da noch ein paar andere Punkte, die hier geändert werden.

Was ich schon auch noch anmerken muss, dass eigentlich die ganze Geschichte, das ist der dritte wesentliche Kritikpunkt, ein Trauerspiel ist. Dieses Gesetz ist seit 1.1.2016 in Kraft. Aufgrund von Übergangsregelungen ist kein einziger Abbruch noch geschehen, aufgrund dieses Gesetzes, also wo das Gesetz angewandt werden hätte müssen. Und jetzt gibt es schon eine Novelle. Das ist eigentlich eine Blamage, das muss man wirklich sagen, für den zuständigen Minister, das ist der Umweltminister, der gleichzeitig Landwirtschaftsminister ist. Hier hat offensichtlich die Wirtschaftskammer sehr gutes Lobbying bis Druck betrieben und aufgrund der ist jetzt diese Novelle zu Stande gekommen.

Gut und schön, aber nicht in unserem Sinne und damit ist, so wie letztes Mal der Handwerkerantrag von Euch, dieses Mal der Antrag für die Novelle der Recyclingbaustoffverordnung völlig „für die Fisch“, keine Ahnung wozu wir hier drüber diskutieren.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Mit 1.1.2016 trat die am 29.6.2015 erlassene Baustoffrecyclingverordnung in Kraft. Diese Verordnung betrifft Bauherren, Baufirmen, Recyclingunternehmen sowie Prüfanstalten und wirkt sich auf jedes Bauvorhaben aus. In dieser Verordnung wird geregelt, wie Abbrucharbeiten durchzuführen sind und welche Stoffe wie in den Recyclingprozess kommen. Schon kurz nach Inkrafttreten zeigte sich in

der Praxis, dass es bei der Umsetzung erhebliche Probleme gibt. Nicht nur der bürokratische Aufwand hat sich massiv erhöht. Vor allem kommt es auch zu einer deutlichen Verteuerung für den Bauherrn. Die Abrisskosten können um bis zu 40 Prozent steigen.

Sinnvolles Recycling wird unattraktiv gemacht und die Schaffung von neuem Wohnraum ist fast nicht mehr leistbar. Die FPÖ hat schon am 16.3.2016 im Nationalrat diesbezüglich einen sehr umfangreichen Antrag eingebracht und eine Novellierung gefordert, um Recycling auch in der Praxis wirtschaftlich umsetzen zu können. Dieser Antrag wurde leider von SPÖ, ÖVP und auch von den GRÜNEN abgelehnt. Spät aber doch hat man im Bund wieder einmal eingesehen, dass die FPÖ Recht hatte und ist unserem Antrag doch nachgekommen, wenn auch nicht auf offiziellem Weg.

Es ist halt anscheinend noch immer schwer für die ÖVP sich selbst einzugestehen, dass sie am absteigenden Ast ist und nicht mehr die Leistung bringt, die sich der Bürger verdient hat. Wie in den Medien verlautbart wurde, ist demnächst eine Novellierung dieser bauherrnfeindlichen Verordnung geplant. Ich habe mir den Entwurf angesehen und muss sagen, dass der Umweltminister wirklich eingesehen hat, dass die letzte Verordnung definitiv nach hinten losgegangen ist. Man kann nur hoffen, dass diese neue Verordnung des ÖVP-Umweltministers, die unzumutbare Kostensteigerung bei der Wohnraumbeschaffung eindämmt und Recycling endlich wieder attraktiv macht.

Meine Fraktion wird daher unserem vorliegenden Entschließungsantrag die Zustimmung erteilen, auch wenn die Novellierung schon im Gange ist.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Landtagspräsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bei einem muss ich dem Kollegen Kölly schon Recht geben, also das Gleiche abschreiben mit dem letzten Satz wegzulassen, wobei er doch vielleicht nicht ganz unsinnig ist, macht meistens sehr wenig Sinn. Wir haben es heute schon einmal erlebt, dass doch auch ein Antrag der Opposition auch angenommen worden ist und in vielen anderen Bereichen wäre das natürlich genauso wünschenswert. Bei der Recycling-Baustoffverordnung, wie vorher schon angesprochen, die vor wenigen Wochen und Monaten in Kraft getreten ist und mittlerweile schon die Begutachtung mit 2.6. beendet worden ist und, ich gehe davon aus, in Kürze beschlossen wird, hat natürlich Gott sei Dank wesentliche Änderungen in dieser Novelle gebracht.

Dennoch muss man trotzdem anmerken, nicht so wie der Kollege Spitzmüller gemeint hat, dass es eigentlich jetzt eh für die Fische ist, das zu diskutieren, so sehe ich das nicht. Aus dem einfachen Grund, da es natürlich auch trotz Änderung und Novelle trotzdem für den Häuselbauer nicht billiger wird. Sondern auch, wenn von 100 auf 750 Tonnen erhöht wird, habe ich trotzdem eine Kubatur von 3.500 Kubikmeter an verbautem Raumvolumen drinnen stehen und das kann bei vielen Gebäuden sehr wohl ein Problem werden, wo ich dann sehr wohl die analytische Untersuchung benötige durch ein fachkundiges Organ und wo ich genauso dann nicht mehr auf eigenem Grund und Boden diese Baurestmassen verwerten kann.

Da sind wir eigentlich schon bei einem wesentlichen Punkt auch in der Praxis, wo wir gerade durch überbordende Vorschriften, oftmals gefordert auch von den GRÜNEN,

wo man ja immer alles sehr heilig betrachtet, dennoch schon sagen muss, dass man in einem gewissen Augenmaß an diese Sache herangehen muss.

Weil wenn wir schon, so wie bei der letzten Landtagssitzung, den Ortskern nicht in dieser Form fördern wollen, sondern ausschließlich über die Wohnbauförderung und sich die rot-blaue Regierung trotzdem hinstellt und sagt, na alles was wir jetzt haben, brauchen wir nicht verändern, weil das das Beste ist was wir haben, dann ist es meines Erachtens auch zu wenig, dass man sagt, alles belassen wir wie es ist.

Weil dennoch laut Rechnungsabschluss bei 124 Millionen Euro, der Herr Finanzlandesrat sagt immer wir brauchen das ganze Geld. Anscheinend doch nicht. Da fehlen 48 Millionen. Dann wird ein Teil (50 Prozent davon ist Rücklage) zumindest gebucht, wie auch immer das dann in der Praxis ausschaut.

Da muss man sich schon fragen warum nachher gewisse Dinge abgelehnt werden, wie die Erhöhung des Förderungsgrundbetrages, die Erhöhung des Kindersteigerungsbetrages, was seit über 15 Jahre eigentlich nicht angepasst worden ist und wo man eigentlich immer das Geld mehr oder weniger für das Löcherstopfen in den Budgets hernimmt und wo man eigentlich bei vielen Verflechtungen ja gar nicht weiß, wo es überhaupt hingeht. Eigentlich kann man die Ortskernförderung durchaus auch als Opfer betrachten, das bei den Abbrucharbeiten durch die Recycling-Baustoffverordnung schon verstärkt wird. Darum, glaube ich, sollte man sehr wohl darüber diskutieren, wie man, auch wenn jetzt eine Novelle in Begutachtung war und sicherlich eine Verbesserung passieren wird, wie man trotzdem an diesen Vorschriften und Normen Verbesserungen durchführen kann.

Allein beim Bauen haben wir eine Vielzahl an Vorschriften. Die ÖNORM von A-Z, die ganze Litanei, die ÖNORM EN ISO, die ÖNORM ISO, das Baugesetz, die Bauverordnung, die OIB-Richtlinien, wo ja viele Dinge ja nicht nachvollziehbar sind, die zumindest der Häuselbauer nicht versteht, nur einen kleinen Teil daraus. Wenn ich heute eine Garage über 50 m^2 baue und ich brauche eine Querlüftung mit 1.000 cm^2 dann wird das keiner verstehen, warum man das überhaupt in diesem Ausmaß machen kann. Da gibt es viele andere Beispiele dazu, wo man Vorschriften, Normen verändern kann, wie zum Beispiel mit der Barrierefreiheit bei Wohnungen oder bei Reihenhäusern, wo man 100 Prozent vorschreibt. Die Frage ist, ob man 100 Prozent braucht. Weil wenn ich heute einen Siedlungsbau habe, wo 20 bis 30 Wohnungen am Stück in einem Gebäude passieren, so wird es vielleicht dort oder da angebracht sein, wenn ich vielleicht nur 50 Prozent barrierefrei mache, um den Regelablauf des barrierefreien Wohnens ganz einfach gewährleisten zu können.

Dass es wichtig ist, da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Aber ob wir davon immer 100 Prozent umsetzen müssen und bei vielen Dingen Vorreiter sein müssen sei dahingestellt. Bei Abbrucharbeiten, bei der Recycling-Baustoffverordnung, gebe ich Ihnen ebenfalls nicht ganz Recht, wenn Sie sagen, dass nur die Problemstoffe entsorgt werden müssen, sondern es geht genauso um Baureste, um Ziegel oder um Fassadenteile und so weiter. Da haben wir sehr wohl bis jetzt auch die Trennung gehabt, ob das Asbest oder andere Dinge sind, es hat sich bis dato in der gelebten Praxis ja nichts verändert, sondern im Gegenteil, das hat ja auch funktioniert.

Tatsache ist, dass ich schon darüber froh bin, dass wir zumindest jetzt in dieser Novelle diese 750 Tonnen ohne analytische Untersuchung dabei haben, wo ich auf eigenem Grund und Boden das einer Verwertung wieder als Unterbau oder wie auch immer zuführen kann. Das ist schon ein entscheidender Schritt.

Angemerkt dazu möchte ich bei diesem Punkt nicht verabsäumen, dass wir an Normen und Vorschriften verbesserungswürdige Punkte haben und wo wir durch eine Zweckbindung der Wohnbauförderung, wo wir durch Änderung im Landesentwicklungsprogramm 2011 eine teilweise, nicht ganz, aber zumindest eine teilweise Aufweichung bei den freien Grundstücken die Möglichkeiten schaffen kann, um billiger bauen zu können.

Genauso mit den Dämmwerten und U-Werten, die derzeit ebenfalls sehr, sehr streng geregelt sind, bis hin zum Bürokratieabbau. Insgesamt kann ich das nur unterstützen und ich denke, dass wir in diese Richtung auch weiterarbeiten sollten. Das gemeinsam über Parteigrenzen hinweg auf Bundesebene genauso, auch wenn es danach einer Novellierung bedarf. Da muss ich dem Kollegen Kölly schon Recht geben, da muss man sich natürlich schon vorher überlegen, wie das in der Praxis ausschaut.

Nicht dass man ein Gesetz beschließt, wo ich nach vier, fünf Monaten eine Novelle einleiten muss. Ich kann für meine Fraktion nur sagen, dass wir diesem Antrag zustimmen können und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Kurt Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gehört, seit 1. Jänner regelt die neue Recycling-Baustoffverordnung vom Umweltminister Rupprechter die Abbrucharbeiten bei Gebäuden. Ziel der Recycling-Baustoffverordnung ist es, die Recyclingquote von Bau- beziehungsweise Abbruchabfällen zu steigern. Gemäß EU-Abfallrahmenrichtlinie sollen zumindest 70 Prozent der nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle recycelt beziehungsweise verwertet werden. Mit der aktuellen Verordnung sollte ein Beitrag zur Erreichung dieses Zieles geschaffen werden. Wir haben gerade gehört, dass dieser Beitrag eben nicht der Fall ist. In der Praxis stellt sich diese Neuregelung allerdings als sehr, sehr problematisch dar.

So wird von Seiten der Wirtschaft von Experten befürchtet, dass aufwändige und impraktikable Regelungen dem eigentlichen Ziel zuwiderlaufen. Mehrkosten und unnötiger Verwaltungsaufwand könnten sogar zu einer verstärkten Deponierung von Bau- und Abbruchabfällen führen. Auch der Entwurf zu den Erläuterungen zur Recycling-Baustoffverordnung lässt keine andere Einschätzung erwarten. Insgesamt muss gesagt werden, dass dadurch sinnvolles Recycling unattraktiv gemacht wird und stattdessen die Deponierung forciert.

Mit dieser Verordnung hat der Umweltminister weit über das Ziel geschossen, wenn das Bauen dadurch dementsprechend verteuert wird. Mit diesen verordneten Grenzwerten werden private Häuselbauer, aber auch der soziale Wohnbau und die Gemeinden unnötig belastet. Zu den konkreten Problemen der neuen Verordnung wäre folgendes zu sagen. Lediglich Recyclingbaustoffe der höchsten Qualität U und A, es gibt acht neu geschaffene Qualitätsklassen, erreichen nun mit der Übergabe an Dritten de facto das Abfallende. Werden also Produkte. Es erfolgt im Vorfeld jedoch keine konkrete Abschätzung, wie viel dieses Materials tatsächlich hergestellt werden kann und wie die Stoffströme der Behandlung, insbesondere hinsichtlich Deponierung zukünftig aussehen werden.

Die Aufwände an Schadstofferkundung auch für Kleinstbauwerke, die Dokumentation, sowie der Untersuchungsaufwand wurden zur früheren Rechtslage

jedoch deutlich erhöht. Dies führt, wie wir schon in den anderen Ausführungen gehört haben, zu höheren Kosten, die an die Bauherren weitergegeben werden. Vor allem Recyclingunternehmen, die Abbrüche nicht selbst vornehmen, werden aufgrund des Risikos, keine entsprechenden Qualitäten herstellen zu können, Baurestmassen direkt einer Deponierung zuführen.

Dies entzieht eben diesen oftmals kleinen Recyclingbetrieben die Lebensgrundlage. Zudem ist ein erhöhtes Aufkommen an deponierten Baurestmassen zu erwarten, also das Gegenteil des Zieles der Verordnung. Es steht außer Zweifel, dass Gesundheits- und Umweltschutzaspekte wesentliche Kriterien für Sekundärprodukte darstellen. Daneben stellt aber auch der für alle Beteiligten erforderliche Aufwand mit Dokumentation und Kontrolle sowie entsprechende Klarheit in der Verantwortung, äußerst wichtige Aspekte einer derartigen Regelung dar. Insbesondere sollten folgende Punkte - es wurden ja schon einige angesprochen - einer nochmaligen kritischen Prüfung und Anpassung unterzogen werden.

Das ist die Mengenschwelle von 100 Tonnen. Experten sagen, dass diese Mengenschwelle von 100 Tonnen zumindest auf 1.000 Tonnen angehoben werden soll. Dann der Nachweis der Umweltverträglichkeit von Recyclingbaustoffen. Neben der Erhöhung der erforderlichen Probenanzahl wurde auch der zu untersuchende Parameterumfang deutlich erweitert. Dies stellt eine sachlich nicht gerechtfertigte Verschärfung und Verteuerung dar, insbesondere da früher nur im Verdachtsfall auf Gesamtgehalte untersucht werden musste und nun bei jeder Charge der Gesamtgehalt analysiert werden muss.

Abfallende: In der Verordnung fehlt eine Klarstellung unter welchen Voraussetzungen alle Klassen außer der U-A-Klasse ein Abfallende erreichen. Das Abfallende soll am Ende des Produktionsrecyclingsprozesses eintreten und nicht erst mit der Übergabe an einen Dritten. Das lange Lagern darf das Produkt nicht wieder zum Abfall werden lassen. Dokumentationspflicht ist auch ein wichtiger Punkt. Fast alle Bauherren von Einfamilienhäusern, sollten diese abgebrochen werden, müssen sowohl die Schad- und Störstofferkundung als auch den Rückbau dokumentieren und diese Unterlagen sieben Jahre aufbewahren.

Die Hersteller von Recyclingprodukten müssen die Eingangskontrollen und den Recyclingsprozess dokumentieren und alle Dokumente auch wiederum sieben Jahre aufbewahren. Das ist einfach ein Aufwand, der nicht dafür steht. Hier gibt es viele Dinge, die zu kritisieren wären. Insgesamt ist aufgrund dieser neuen Verordnung, und das haben wir auch schon gehört, zwischen 20 und 40 Prozent der Abrissmehrkosten vorhanden. Die Schaffung von Wohnraum wird daher deutlich kostspieliger und das Burgenland ist dank seiner hervorragenden Wohnbauförderung das Bundesland mit den niedrigsten Wohnkosten.

Diese Verordnung würde diesen Kurs behindern, weil damit die Kosten und die Bürokratie ausufern könnten. Sinnvolles Recycling würde behindert werden und die Deponierung von Bauschutt würde gefördert. Weitere Auswirkungen wären, weil die Sanierung alter Gebäude zu teuer käme, auch schon der heute erwähnte oder das heute erwähnte Ortskernsterben. Auch die Müllentsorgung nach dem Prinzip der Nähe würde in Frage gestellt sein, weil nur mehr bestimmte Deponien Bauabfälle entgegennehmen werden.

Das bedeutet, ein Sterben von Kleinstdeponien ist damit vorprogrammiert. Daher fordern wir eine praxistaugliche und unbürokratische Überarbeitung der Recycling-

Verordnung vorzulegen, damit Hausbau und Recycling weiterhin finanziell erschwinglich sind. Wir werden unserem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Dankeschön. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Baustoffrecycling, so wie es jetzt vom Vorredner angetragen und vorgetragen wurde, gipfelt in dem so wie wir es zuletzt diskutiert haben in der Novelle seitens der Bundesregierung und in dem eingebrachten Umstand, dass das was quasi mit 1. Jänner in Kraft getreten ist, Kollege Spitzmüller hat es ja auch physisch vorgezeigt, dass das verändert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nehmen wir bei diesem Punkt etwas zur Kenntnis, das mir absolut den kalten Schauer über den Rücken laufen lässt. Das Kapitel, diese Gesetzmäßigkeit ist ein Kammerprodukt. Ja. In der Begutachtung, in der Umsetzung dieses Baustoffrecycling-Kapitels haben die Sozialpartner in ein ganz wesentliches Merkmal eine ganz wesentliche Rolle gespielt.

Daraus resultierend muss man festhalten, es ist etwas rausgekommen, wo man sich nachträglich total verwundert gezeigt hat, dass das Ganze das gesamte Baugeschehen um etliches verteuert. Die Idee, der Kollege Spitzmüller hat es angesprochen, im Sinne der Umwelt gewisse Maßnahmen zu setzen, gewisse Parameter zu setzen, die auch berücksichtigt werden sollten, hat man die letzten Jahre zumindest bei jeder Art von Bauentsorgung ohne diese Festlegung von jeder Baufirma schon berücksichtigt. Jedes Recyclingunternehmen war darauf aus, die Reststoffe, das was quasi Bauaushub von Bauabbruch in der Beseitigung betroffen hat, eindeutig zu trennen und eindeutig abzuklären, was auch den Zusammenhang hatte, dass ja alles was Materiealien anlangt in der sogenannten Kostensituation ein hohes Preisniveau gehabt hat. Ob es Alteisen, Aluminium wie immer auch der Fall war, war alles quasi preislich im Abbruch eine Einnahmequelle für den sogenannten Bauabrissunternehmer und er hat sich quasi seine Bauabbruchkosten über den Verkauf dieser Materialien refundiert. Er selbst hat dazu Beiträge geleistet und für viele war es ein lukratives Geschäft in der Umsetzung dieser Gegebenheiten.

Das was quasi dann Resultat einer Neuerung bedeutet hat, hat alle verwundert, betroffen gemacht und die Feststellungen, die jetzt mein Vorredner getroffen hat, waren zielgerichtet korrekt, weil sie nämlich jede Art von Bau der nachträglich erfolgen sollte, in der Abbruchsituation verteuert hat. Eines nur meinem Vorredner Kölly auch geschuldet, wir als burgenländische Ortskernbesitzer in unseren Gemeinden haben einen Vorteil. Alte Häuser werden so recycelt, dass eigentlich kein Bauunternehmen kommen muss, sondern die Abbrucharbeiten, begonnen von den alten Tramen bis zu den Sandsteinen werden in der Regel von allen möglichen ortsansässigen Nachnutzern abgeholt, selbst auch recycelt, weil sie aus diesen Materialien heute entweder Kellergewölbe oder anderes, bis zu Steinmauern machen. Aber das ist jetzt eine Sache, die das Land betrifft.

Im städtischen Bereich und zukünftig auch im ländlichen Bereich wird Baustoffrecycling ein riesen Problem darstellen. Wenn ich nur daran denke, was die ganzen Fassaden vom Mörtel, von den Klebematerialien bis zu den sogenannten Styroporgeschichten bedeuten werden. Hier wird ein riesen Problem auf uns zukommen, das in der Entsorgung jetzt schon evident ist und wo es mit Sicherheit großer Kraftanstrengungen bedürfen wird, um zu einer Lösung zu kommen.

Ich möchte in diese Materie nicht stärker eindringen, weil der Kollege Spitzmüller hat es angesprochen, eigentlich sich diese Diskussion durch die Vorlage seitens des Umweltressorts oder seitens des Umweltministeriums erübrigt hat. Weil wir General- und Spezialdebatte in einem führen, gestatten Sie mir einen Nebenschauplatz zu betreten, der mir ein Herzensanliegen ist, auch so wie es bisher in der Umsetzung und heute auch auf ORF-online passiert ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es betrifft die Wahlanfechtung der Freiheitlichen Partei bezogen auf die Bundespräsidentenwahl.

Ich erkläre eingangs dieser Diskussion, es ist absolut nicht sakrosankt, es ist eine gegebene rechtliche Möglichkeit, und daher ist sie auch statthaft, so wie sie stattgefunden hat. Was mich zutiefst betrübt, und da sollten Sie auch nachdenken, wie Sie das handhaben, was mich zu tiefst betrübt ist, dass auf alle 171 Gemeinden des Burgenlandes - ich bleibe nur in unserem Bundesland, ich möchte nicht darüber hinaus gehen, mit Sicherheit alle Ehrenamtlichen und auch alle Funktionäre, alle Gemeindebediensteten, die da an diesem Tag, an diesen zwei Sonntagen, gearbeitet haben und darüber hinaus auch alle, die in den übergeordneten Bezirksstellen und wo immer auch tätig gewesen sind, mit Sicherheit keinen wie immer gearteten Zweifel daran haben gelassen, dass sie ordentlich, ordnungsgemäß und auftragsgemäß gearbeitet haben.

Das was jetzt unterschwellig die ganze Zeit anklingt und jetzt in einer Aussendung im ORF-online steht, ist quasi eine Unterstellung auf die Ehrenamtlichen, auf die Gemeindebediensteten, auf alle, die sich bei dieser Wahl zwei Sonntage um die Ohren geschmissen haben, dass sie etwas Unredliches getan hätten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verstehe, dass man eine Wahlniederlage nicht einfach hinnehmen will, speziell wenn sie eine derart geringe Differenz österreichweit aufweist. Aber eines sollten wir zur Kenntnis nehmen:

Wenn ich nicht selbst beteiligt bin in der Abhandlung eines Wahlvorganges, und ich unterstelle Ihnen jetzt Folgendes - Sie sind nicht in allen Wahlbehörden vor Ort vertreten, und haben aber dort, wo Sie vertreten sind alle unterschrieben, nämlich Ihre Funktionärinnen und Funktionäre, und anschließend daher zu kommen, und die zu vergewaltigen, die zu verunglimpfen, die sich ehrenamtlich für diese Aufgaben zur Verfügung stellen, das finde ich absonderlich und hier sollten Sie sich dementsprechend entschuldigen. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner von der Regierungsbank ist zu Wort gemeldet Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Vom Recycling der Wahl wieder zurück zu Recycling der Baustoffe. Ich denke die Diskussion hat gezeigt, und ich habe bis jetzt niemanden in der Fachabteilung, vom Dipl.-Ing. Hüller angefangen, über Verbände, über Vertreter der Wirtschaft gefunden, die diese Verordnung gut geheißen haben. Sondern ganz im Gegenteil. Sie waren alle der Meinung, dass hier über das Ziel geschossen wird und dass hier Veränderungen notwendig sind und dass man sinnvolle Veränderungen und Maßnahmen setzen soll, weil ja ganz klar ist, dass einerseits diese Baustoffrestmassen getrennt werden müssen, das steht ja nicht in Frage, das muss ja trotzdem getan werden, auch aus wirtschaftlichen Gründen, wie wir richtigerweise gehört haben.

Aber es ist ganz klar, dass diese Verordnung zu einer wesentlichen Verteuerung der Beteiligten führt. Speziell auch für die Häuselbauer, durch den Prüfumfang, durch die Aufzeichnungspflichten und den zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Aber, was auch

aus umweltrelevanter Sicht zu diskutieren ist, dass es hier zu einer Schwächung des Recyclings kommt und zu einer vermehrten Deponie, was wiederum zu mehr Einsatz von Primärstoffen führt, was auch nicht in unserem Sinn sein kann, sondern wir wollen ja den Kreislauf erhalten. Wir wollen ja das recyceln und wiederverwenden. Da besteht die Gefahr, dass die Recyclingquote, die ja sehr hoch ist im Burgenland, nämlich sinken wird. Und nicht wie das Ziel ursprünglich dieser Verordnung war, dass die Recyclingquote steigen wird. Das wird es in der Realität nach Einschätzung der Experten und auch nach meiner Einschätzung eigentlich nicht sein.

Daher wird das am kommenden Freitag, bei der Landesumweltreferentenkonferenz und - referentinnenkonferenz auch ein Thema sein, wo die Vertreter der Länder und federführend Niederösterreich und Burgenland, hier eine sinnvolle Überarbeitung fordern, auch so wie es heute diskutiert wird, so wie heute gefordert ist, dass es hier keine unzumutbaren Kostensteigerungen gibt. Dass es hier für die Schaffung von Wohnraum, genau - was auch heute diskutiert wurde, für das Wohnen im Ortsgebiet möglich ist, dass auch mit entsprechenden nicht zu hohen Kosten zu tun, weil sonst wird jeder wieder draußen bauen und jeder wird am Ortsende bauen. Daher ist es auch gescheit, diese Mengenschwelle von 100 Tonnen - wie Sie richtig gesagt haben - anzuheben.

Ob es jetzt 750 sind oder 1.000 Tonnen, das ist dann nicht so das Entscheidende, aber es muss auf alle Fälle erhöht werden, sodass hier sinnvolle und praktikable Anwendungen geschaffen werden. Ich hoffe, eigentlich spüre ich, dass wir hier seitens des Hohen Hauses der Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf einen wesentlichen Rückhalt für diese Forderungen nächsten Freitag mitgeben können, weil eigentlich von allen Seiten Bedenken gekommen sind. Einmal mehr, einmal weniger, sodass wir hier zu einer sinnvollen, leistbaren und auch zu einer umweltverträglichen Lösung kommen werden. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die beiden Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 11. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 382, betreffend Recycling-Baustoffverordnung, Zahl 21 - 262, Beilage 433.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Recycling-Baustoffverordnung ist somit mehrheitlich gefasst.

Es folgt nun die Abstimmung über den 12. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 390, betreffend „Recycling-Baustoffverordnung“, Zahl 21 - 270, Beilage 434.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Recycling-Baustoffverordnung ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 406) betreffend Maßnahmen zu Lehre und Lehrlingsausbildung im Burgenland (Zahl 21 - 278) (Beilage 435)

Präsident Christian Illedits: Der 13. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 406, betreffend Maßnahmen zu Lehre und Lehrlingsausbildung im Burgenland, Zahl 21 - 278, Beilage 435.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss, und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zu Lehre und Lehrlingsausbildung im Burgenland, in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, beraten.

Namens des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zu Lehre und Lehrlingsausbildung im Burgenland unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Schnecker beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Bevor ich zu diesem Tagesordnungspunkt Lehre und Lehrlingsausbildung komme, aber es hängt schon auch zusammen, möchte ich vielleicht noch zwei Sätze zur Gewerkschaft sagen, die ja heute hier schon mehrfach gefallen ist.

Also ich kann Euch eines sagen, ich beginne in drei, vier Wochen mein 36. Arbeitsjahr und ich habe mit einer Lehre angefangen, ja. Damals, als ich diesen Lehrberuf machte, hat mir in meinem Arbeitsverhältnis die Gewerkschaft sehr viel geholfen. Ich kenne diese Situation aus zwei Betrachtungsweisen. Einerseits als Arbeitnehmer und andererseits als Arbeitgeber.

Ich kann Euch eines sagen, das ist meine Meinung dazu. Die Gewerkschaften haben bei uns in Österreich über die vergangenen Jahrzehnte einen riesen Anteil für unser soziales Netz. Das muss man wertfrei sagen. Aber man darf aus einem Netz keine soziale Hängematte werden lassen. Also das auch in Richtung der Gewerkschaften. Ich bin nun seit 28 Jahren selbständig und seit dieser Zeit bilde ich auch Lehrlinge aus. Es ist eigentlich traurig, dass seit dem Jahr 2005, also im Vergleichszeitraum 2005 auf 2014 von

1.098 Betrieben wir zurückgefallen sind auf 871 Betriebe, die Lehrlinge ausbilden. Das ist ein Rückgang von 35 Prozent.

Wir hatten diese Thematik, in einer ähnlichen Form, auch schon im vergangenen Jahr. Das Land Burgenland wendet 4,5 Millionen Euro pro Jahr für Lehrwerkstätten auf. Ich habe das auch im vorigen Jahr bereits gesagt, ich bin kein Freund von Lehrwerkstätten. Ich glaube, dass man hier das Ganze anders regeln könnte.

Dass man hier den Betrieben mehr Unterstützung zukommen lassen müsste, denn ich bin immer wieder auch damit konfrontiert, dass wir aus Lehrwerkstätten Lehrlinge bekommen, die dann bei uns zwei, drei, vier Wochen so Schnupperwochen machen und aus Erfahrung weiß ich, dass das Ausbildungsniveau dieser Lehrlinge bei weitem nicht das hat, als wenn Lehrlinge wirklich in Firmen ausgebildet werden.

Einen Betrieb zu betrachten, dass er sich mit Lehrlingen quasi eine goldene Nase verdient, also das ist relativ falsch, eine falsche Betrachtungsweise. Ich habe das auch im vorigen Jahr hier an dieser Stelle genauso gesagt. Ein Lehrling bekommt natürlich und selbstverständlich wie jeder andere Mitarbeiter 14 Monatsgehälter.

Aber wenn ich jetzt die Zeit abziehe, die zehn Wochen die er in der Berufsausbildung in der Schule ist, wenn ich dann den Urlaub abziehe und wenn ich den durchschnittlichen Krankenstand abziehe, dann habe ich einen Lehrling acht Monate in einer Firma und in diesen acht Monaten muss ich ihm auch etwas lehren. Da kann ich ihn nicht als Mitarbeiter verwenden, den ich ausquetsche und bei dem ich viel verdiene.

Wenn ich ihn am Ende der Lehrzeit so haben möchte, dass er auch etwas kann, dann muss ich ihm auch etwas lehren. Das ist ein Aufwand in der Firma. Ich möchte Ihnen jetzt vielleicht ganz kurz an unserem Beispiel, an der Firma Hutter und Stifter, das erzählen. Wir sind zurzeit 17 Mitarbeiter in unserer Firma. Ich habe mir das vorher herausgeschrieben, acht meiner Mitarbeiter haben bei mir die Lehre begonnen und auch die Lehre abgeschlossen.

Als ich gewusst habe, dass ich in den Landtag komme, habe ich mich bei meiner Firma etwas rausgenommen. Ich habe ein Mitarbeiterbeteiligungsmodell gemacht. Ich habe 52 Prozent noch Anteile, damit ich auch noch wirklich die Weichen stellen kann, aber 48 Prozent meiner Firma habe ich drei meiner Mitarbeitern gegeben und einer davon ist einer, der vor 22 Jahren bei mir zu lernen begonnen hat. Ich sage es jedes Mal und jedem, dass die Lehre etwas Hochwertiges ist. Dass man mit einer Lehre heutzutage wirklich etwas anfangen kann. Dass das keine Zweiklassengesellschaft ist, also nur die, die studieren und die, die dann quasi in die Lehre gehen und einen Lehrberuf machen. Das hat was! Und das kann was!

Und wenn heute ein Lehrling gut ausgebildet ist, dann hat er wirklich ganz tolle Chancen, im Berufsleben auch weiterzukommen. Wir haben sehr viele Pädagoginnen und Pädagogen hier im Landtag und Ihr alle wisst, dass das Ausbildungsniveau natürlich leider nicht steigt, sondern gleich bleibt und eher sinkt und die Anforderungen an einen Beruf, im Berufsleben, werden immer vielfältiger. Es endet mit keiner Lehre, man muss das ganze Leben lernen!

Ich versuche, meine Mitarbeiter hier anzuhalten, versuche als Firma mir natürlich die besten Mitarbeiter zu holen, selbstverständlich auch zu einem Eigenzweck, damit ich selber entlastet bin, keine Frage. Aber ich glaube, wir haben hier ein ganz sehr gutes, vernünftiges Modell in unserer Firma umsetzen können. Einen Satz oder zwei Sätze noch zu Lehrmöglichkeiten: Wir haben seitens der Liste Burgenland schon einmal darauf

aufmerksam gemacht, man könnte ja auch das Pilotprojekt „Pflegelehre“ einführen, das ist auch nichts ganz Neues in Österreich.

Das gibt es in Vorarlberg, hier hat es schon einmal so ein Pilotprojekt gegeben und in der Schweiz gibt es das schon seit längerem, dort werden zurzeit 6.000 Jugendliche als Pflegelehrlinge ausgebildet. Wenn man Lehrplätze sucht, ist vielleicht auch das ein Thema, weil das ist wieder so ein Markt, der mit Sicherheit nicht weniger wird. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es freut mich, wir haben heute so eine Landtagssitzung, wo wir uns öfters bei Punkten einigen, wo es vor einigen Monaten noch so ausgeschaut hat, als wäre das grundsätzlich schwer, und es freut mich, dass es auch da wieder gelungen ist.

Wir haben mit dem Thema Lehre und Berufsschule auch gemeinsam ein Thema in die bildungspolitische Diskussion wieder eingebracht, das allzu leicht untergeht und das wenig Beachtung findet in der allgemeinen Schuldebatte.

Es freut mich, dass es gelungen ist, im Jahr der Bildung auch einmal die Lehrausbildungen in den Mittelpunkt zu stellen. Dass sich gerade heute der Hohe Landtag mit Lehre und Berufsschule, mit Lehrlingen befasst, hat noch einen passenden Rahmen. In diesen Tagen finden in Eisenstadt die Bundessommerspiele 2016 statt, bei denen sich die Berufsschülerinnen und Berufsschüler aus allen österreichischen Bundesländern, auch aus Südtirol, in Teambewerben messen. An dieser Stelle will ich auch den jungen Menschen zu ihren sportlichen Leistungen gratulieren, wenn ich richtig informiert bin, finden jetzt gerade im Kulturzentrum die Siegerehrungen statt. Ich hoffe, das ging alles unter der Devise „Vernetzen statt verletzen“ über die Runden.

Am Dienstag dieser Woche tagte auch die burgenländische Gewerkschaftsjugend in Eisenstadt. Auch sie widmete sich unter anderem den Problemen von Lehrlingen. Im Rahmen eines Lehrlingsmonitors wurde festgestellt, dass die Mehrheit der Lehrlinge im Burgenland zufrieden ist, dennoch leiden einige unter schlechtem Arbeitsklima, unfreiwilligen Überstunden und zu wenig Interesse der Ausbildner. Also es scheint geradezu die Woche der Lehrlinge zu sein, die wir hier in diesen Tagen in Eisenstadt begehen.

Ich selbst habe mich im Vorfeld dieses Antrages, der ja dann in Zusammenarbeit mit den Regierungsfraktionen zu einem gemeinsamen Abänderungsantrag umgearbeitet wurde, auch intensiv in die Thematik eingelebt, um einen unmittelbaren intensiven Einblick zu bekommen, wie so der Alltag eines Lehrlings in einem Industriebetrieb ausschaut und wie es einem in der Berufsschule so ergeht, hatte ich mit der Firma Bohrer in Neusiedl einen Lehrvertrag abgeschlossen in Mechatronik und habe so die ersten Stationen eines Lehrlings selber miterlebt. Es war auch dem Lehrherrn damals sehr wichtig, dass ich genau mitkriege, wie die einzelnen Schritte sind, auch bis zum Kontakt mit der Wirtschaftskammer. Das Elterngespräch ist bei mir ausgeblieben!

Dann habe ich, weil ich ja als Lehrling auch die Verpflichtung habe, in die Berufsschule zu gehen, auch eine Woche und zwei Tage als Berufsschülerin verbracht und bei den 45 Wochenstunden Unterrichtszeit kriegt man schon einiges mit, so über die Freuden und Leiden der Schülerinnen und Schüler, ebenso wie den Herausforderungen

an das Lehrpersonal und der Schulleitung. Ich verstand nicht immer, ob auf dem Pausenhof über mich gesprochen wurde, da ich auch Kollegen aus dem Seewinkel hatte, die sich in ihrer seewinklerischen Muttersprache unterhalten haben, aber das ist eine andere Geschichte.

Die Erfahrungen, die natürlich jetzt nur ein erstes Hineinschnuppern waren, können nicht das bringen, was andere hier im Landtag erlebt haben. Kollege Hergovich, Kollege Hutter hat ja selber auch berichtet - aber es ist einmal eine Initialzündung für mich gewesen, mich mit einigen Dingen noch intensiver zu beschäftigen.

Mir war zum Beispiel davor nicht bewusst, dass es Fachbereiche gibt, in denen nur mehr ein geringer Teil der Lehrlinge direkt in einem Lehrbetrieb lernen. Kollege Hutter hat es vorher angesprochen. Von meinen 15 Schulkollegen und zwei Schulkolleginnen des ersten Jahrganges der Mechatronikerlehre machen zwölf ihre Ausbildung in überbetrieblichen Lehrwerkstätten, also nicht in einem Lehrbetrieb.

Das brachte mich schon zum Nachdenken darüber, wie sich Lehrbetriebe und Lehrstellenangebote verändern müssen, um den überbetrieblichen Lehrwerkstätten, da stimme ich dem Kollegen Hutter zu, wieder jenen Platz zu geben, an dem sie ursprünglich ihre Funktion hatten, nämlich einzuspringen, wenn Jugendliche keinen Lehrplatz finden, wenn es absolut nicht möglich ist.

Ich persönlich bin aber der Überzeugung, dass dies immer die Ausnahme sein sollte, weil das Lernen in einem oder auch mehreren Lehrbetrieben am unmittelbarsten auf das Berufsleben vorbereitet. Lehrwerkstätten sollten immer dort bereit stehen, das ist, denke ich, im Burgenland zurzeit der Fall, wo Betriebe nicht alles an Ausbildungen bieten können, was für einen bestimmten Lehrberuf erforderlich ist.

Was habe ich noch beobachtet? Interessant für mich war auch das Selbstverständnis der Schülerinnen und Schüler. Gut die Hälfte der Schülerinnen und Schüler äußern ihr Selbstverständnis als Jugendliche, die nicht gut lernen können und für die die Entscheidung zu einer Lehre auch davon beeinflusst war, möglichst nicht mehr in die Schule gehen zu müssen.

In der Berufsschule stehen die Lehrkräfte daher vor besonderen Herausforderungen, das nötige und erforderliche Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln und andererseits sich in ihrer Unterrichtsweise von früheren, für diese Schülerinnen und Schüler meist unangenehmen Schulerfahrungen der Lehrlinge, abzuheben. Daher ist es zu begrüßen, dass Lehrkräfte in der Berufsschule vertieft in Zukunft, diese Reform hat erst jetzt begonnen, auch in Pädagogik und Didaktik ausgebildet werden.

Etwas, was mir auch erst in diesen zweieinhalb Wochen so richtig bewusst wurde, auch das wurde vom Kollegen Hutter schon angesprochen, ist, dass die Unterrichtszeit gleichzeitig Arbeitszeit ist. Das ist für eine, die nicht aus dem System Berufsschule kommt, zunächst einmal etwas eigenartig, wenn mir als Schülerin gesagt wird, die Unterrichtszeit, die du hier verbringst, ist Arbeitszeit und wenn du nicht hier bist, müssen wir deinen Lehrherrn davon in Kenntnis setzen und wenn du vier Stunden nicht da bist, dann ist das fehlende Arbeitszeit im Betrieb.

Wenn ich mir das genauer anschaue, halte ich diese Vermischung nicht für sehr zielführend. Ich denke, Unterrichtszeit und Arbeitszeit unterscheiden sich in ihrem Wesen sehr grundsätzlich voneinander und mein Vorschlag wäre, das ist jetzt nicht in dem Antrag schon eingebaut, das ist ein weitergreifender und längerfristiger Vorschlag, hier deutlicher zu trennen, Lehrlingsentschädigung durchaus zu erhöhen, aber wirklich nur für die Zeit für den Betrieb auszuzahlen, in der die Lehrlinge auch wirklich im Betrieb sind.

Soziale Härten müssten natürlich durch Stipendien ausgeglichen werden, unterm Strich dürfte für die Lehrlinge nicht weniger rausschauen, aber die Zuordnung müsste klarer sein. Was mir auch aufgefallen ist in der Berufsschule, Allgemeinbildung und Sport haben nur eine geringere Bedeutung. Gerade der Sport, Bewegung und Sport wird als Freigegenstand geführt, man ist also darauf angewiesen, dass sich in einer Schulklasse 15 Schülerinnen und Schüler anmelden, damit der Gegenstand überhaupt stattfinden kann, außer die Schulklasse hat schon von vornherein weniger SchülerInnen als 15, dann müssen sich halt alle anmelden, damit der Gegenstand auch durchgeführt wird. Das ist in einer Zeit, wo wir auf anderen Ebenen darüber diskutieren, die tägliche Turnstunde umzusetzen, doch etwas befremdlich. Hier sollten wir auch noch weitere Gedanken entwickeln lassen.

Ich glaube auch, dass es wichtig wäre, in Kooperation mit anderen Schulen und Schultypen zu gehen, um auch Lehrlingen ein umfassendes und über den eingeschränkten Bereich ihres beruflichen Zuganges hinausgehendes Bildungsangebot machen zu können. Das hätte auch zur Folge, dass es eine punktuelle Durchmischung von SchülerInnengruppen und Jugendlichenmilieus gäbe. Das hätte Vorteile für mögliche Umstiege von der einen zur anderen Ausbildungsform und wäre meines Erachtens auch gesellschaftspolitisch ein wichtiger Akzent, dass die Jugendlichen nicht nur aufgeteilt werden, je nachdem, welchen Schultyp sie besuchen.

Hier braucht es natürlich auch das Verständnis der Wirtschaftskammer, die maßgeblich an der Erstellung der Lehrpläne beteiligt ist. Dass Bewegung und Sport dem Burgenländischen Landesschulrat ein vordringliches Anliegen ist, das auch gefördert wird, hat Landesschulratspräsident Heinz Zitz auch bei der Eröffnung der Sommersportspiele betont, da aber Bewegung und Sport eben als Freigegenstand geführt werden, gibt es immer wieder ein Zittern. Ich hoffe, da bringen wir etwas weiter.

Ein weiterer Bereich, der mir aufgefallen ist, das erzählen mir schon längere Zeit immer wieder Lehrlinge, mit denen ich zu tun habe, sind die Sprengelgrenzen, die mitunter große Hürden sind. Also es geht darum, dass man dort die Berufsschule besucht, wo ein Betrieb angesiedelt ist, in diesem Bundesland. Jetzt kann es vorkommen, dass jemand aus dem Burgenland weit weg pendeln muss, obwohl die Berufsschule näher wäre, bloß weil der Betrieb im anderen Bundesland ist. Oder im Südburgenland umgekehrt, da wäre eine Berufsschule durchaus näher *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Graz!)* und man muss durch das ganze Burgenland pendeln.

Das ist natürlich logistisch und in der Verwaltung kein kleines Problem, das ist mir schon klar, aber es ist für die Lehrlinge oft ein großes Problem. Deswegen denke ich, dass wir in den nächsten Jahren hier auch noch an Lösungen weiterdenken sollen, wo à la longue die Sprengelgrenzen aufgehoben werden können.

Zur Frage des Lehrlings- und Fachkräftebedarfs, es gibt ja immer wieder Unklarheiten bezüglich Bedarf an Lehrlingen und Ausbildungsstandorten, gerade auch bei den Mechatroniklehrgängen im Burgenland, da bräuchte es schon eine wissenschaftliche Bedarfserhebung, um zu einer Nachvollziehbarkeit über den tatsächlichen Fachkräftebedarf zu gelangen.

Ein anderes großes Anliegen, das da gewachsen ist - und das hat auch mein Vorredner schon betont und ich nehme an, die anderen werden es auch tun, es geht auch um das Image der Lehrberufe. Ich bin auch überzeugt davon, dass eine Lehrausbildung eine sehr wichtige und hochwertige Ausbildung ist und ich weiß auch aus eigener Erfahrung, man kann in so manchen Berufen, in denen man eine Lehrausbildung macht, wesentlich mehr verdienen, als in Berufen, die man als AkademikerIn ausüben kann. Ich

habe das selber ja durchaus auch erlebt. Ich habe damals am Bau mehr verdient, als in manchen Jahren als Akademikerin.

Besonders wichtig ist mir auch der Zugang, den Mädchen bekommen können, gerade auch in technischen Berufen. Ich freue mich sehr, dass wir das dann auch in den gemeinsamen Abänderungsantrag hineingebracht haben. Dass es nicht nur gezielte Programme in Neuen Mittelschulen oder Unterstufen der AHS braucht, damit auch Mädchen mehr Interesse an technischen Berufen bekommen. Es bräuchte eigentlich eine Art Kampagne an die Väter, Großväter und Onkeln dieses Landes: Nehmt auch die Mädchen mit in eure Werkstätten und Garagen und zeigt ihnen bereits zuhause, was sie alles selber machen können.

Bereits am ersten Schultag haben mir die Mädchen in meiner Klasse erzählt, dass sie einen Startnachteil haben, den sie nur mühsam ausgleichen können, weil ihnen einfach viele praktische Alltagserfahrungen fehlen, die die Burschen natürlicherweise von klein auf von zuhause mitbekommen. Also Sommercamps für Mädchen, die eine technische Ausbildung machen wollen, könnten zum Beispiel eine Kompensation sein, aber auch da, denke ich, werden wir schon wieder gemeinsam Ideen haben, wie wir in dem Bereich auch gesellschaftspolitisch etwas verändern können.

Wir sehen, es gäbe noch eine Menge zu bedenken, was natürlich nicht alles in einen Antrag gepackt werden kann. Es gibt vieles zu bearbeiten und weiter zu entwickeln, um Lehrausbildungen und Lehrlingen breitere, größere Perspektiven bieten zu können. Aber der vorliegende Abänderungsantrag ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wichtig ist mir, dass er die Sicherung der Qualität der Lehrbetriebe und die Weiterentwicklung der Lehrlingsausbildung in der Berufsschule im Auge hat.

Ich denke mir, das ist auch im Sinne der verantwortungsvoll geführten Lehrbetriebe, dass diejenigen, die die schwarzen Schafe in der Branche sind, genau kontrolliert werden und dass ihnen dann auch die Berechtigung entzogen wird, wenn es nötig ist, weil sonst kommen diejenigen, die sich wirklich gut um ihre Lehrlinge kümmern, völlig zu Unrecht in Verruf.

Ich hoffe sehr, dass es bei dem Passus zur Förderung der Mädchen in technischen Berufen nicht beim Lippenbekenntnis bleibt, dass wir hier am Ball bleiben. Ich möchte zum Schluss kommen: Ich nehme mal an, zum Ausbildungsfonds wird der Herr Kollege Brandstätter einiges ausführen, weil dies auch ein großen Anliegen der SPÖ ist, auch darüber, dass wir gezielt Imagekampagnen brauchen, gibt es breite Einigkeit.

Umgesetzt werden muss es halt noch. Aber mit dem heutigen Beschluss setzen wir einen wichtigen Schritt in der Weiterentwicklung der Lehrlingsausbildung, auf den wir uns dann auch in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder berufen können. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Frau Landesrätin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt die Medaille von der einen Seite erlebt, durch die Kollegin Petrik, nämlich aus der Brille der Lehrlinge. Auch wenn es vielleicht unserer nichtunterstellten Kompetenz entspricht, für die Wirtschaft zu reden, tue ich das trotzdem.

Wir wissen ja nicht, ob die ÖVP das tut, also werde ich hier den Part der ÖVP vielleicht wahrnehmen und zwar die ganze Lehrlingsgeschichte muss man natürlich auch aus Sicht der Betriebe sehen. Es hilft nichts, wenn wir als Staat, wenn wir als Land, als Gesetzgeber, alles Mögliche machen, um Lehrlinge so gut wie möglich auszubilden und trotzdem nehmen uns die Betriebe diese Lehrlinge nicht und später dann auch nicht als Fachkräfte, weil uns zwei wesentliche Aspekte dabei fehlen, meiner Meinung nach, und das ist auf der einen Seite, solange wir, und da haben wir auch in der letzten Gesetzgebung in den letzten Jahren ein bisschen zu sehr auf den Bereich der Lehrlinge geachtet, zum Nachteil der Unternehmer. Solange wir die Lehrlinge so hinstellen, dass der Unternehmer mehr Nachteile hat, wenn er einen Lehrling nimmt als Vorteile, werden wir die Unternehmer nicht dazu bringen, dass sie mit Freude Lehrlinge nehmen.

Solange wir die Unternehmer und damit meine ich alle in einem Land und da kann man Vorarlberg als Bespiel herannehmen, weil dort heißt es ja so schön, der lernt oder hat beim Blum gelernt und das ist so ähnlich wie ein Ritterschlag in diesem Bereich oder eben im Steirischen, puh, der lernt beim Red Bull oder beim Mateschitz, das ist auch so eine Anerkennungsgeschichte. Da ist das etwas, aber deshalb, weil sich die Betriebe am Vorarlberger Modell zusammengeschlossen haben und hier einen gegenseitigen Unterstützungsfonds geschaffen haben.

Jetzt haben wir das hier drinnen in diesem Antrag und das ist auch im Prinzip hier die Synergie, die wir aus den zwei verschiedenen Seiten hier haben, nämlich aus der reinen Betrachtungswelt der Lehrlinge und auch aus der Betrachtungswelt der Unternehmer. Wenn wir hier in die Richtung kommen, dass wir es schaffen, nicht nur im Bundesland Burgenland, sondern überhaupt im Bund und die Bundesregierung dazu zu bringen, nicht immer die beiden Situationen aufeinander prallen zu lassen, wie in einem Clash von unterschiedlichen Interessen, sondern in ein Miteinander bringen, so dass auf der einen Seite und da bedarf es Unterstützung und nicht dabei, dass jetzt der Betrieb unterstützt wird, indem man zusätzliche Lehrwerkstätten schafft. Hat dieser Betrieb nämlich Interesse, dass er seine Lehrlinge, seine zukünftigen Facharbeiter gut ausbildet, weil ihm keine Hemmnisse dazwischen gelegt werden, dann wird er das auch tun.

Da kann man natürlich schon einsetzen bei der Förderung. Da können wir eine alte Forderung der FPÖ wieder aufleben lassen, nämlich, indem wir sagen, es muss die Ausbildung überhaupt in der Berufsschulzeit zum Teil von der öffentlichen Hand getragen werden. Aber auch es muss im Zuge der Ausbildung zum Lehrling die Möglichkeit geschaffen werden, dass hier der Betrieb auch wirklich den Lehrling nutzen kann. Auf der einen Seite in der Produktion und wenn man sich da Studien anschaut, sind wir bei über 70 Prozent, was Betriebe das eigentlich tun, ohne wirklich speziell auszubilden, weil sie es ja auch brauchen. Weil in großen Bereichen sind Lehrlinge auch sehr billige Arbeitskräfte. Da müssen wir schon einen Riegel vorschieben.

Aber wenn es darum geht, das Zusammenwirken nämlich des Lehrherren und des Lehrlings in so einen Einklang zu bringen, dass es eine wirkliche Win-Win-Situation wird, in dem Fall können wir und sollen wir als öffentliche Hand auch dementsprechend fördern und unterstützen.

In diesem Bereich sind wir jetzt, glaube ich, schon auf einem guten Weg, wenn wir nicht nur einseitig betrachten. Wir haben uns ja in diesem Antrag mehr oder weniger zusammengefunden, weil auch die letzte Statistik des Arbeitsmarktes Mai 2016 ist die Problematik nicht wirklich die, die Lehrstellensuchenden, also die Lehrlinge oder die Lehrlinge sein mögen oder wollen, weil da sind wir ja mit 79 höher als offene Lehrstellen. Das heißt, im Moment haben wir die eigentliche Problematik, dass die Betriebe keine

Lehrlinge nehmen wollen oder weniger Lehrlinge nehmen wollen, als wir Lehrstellensuchende haben und gerade meine Vorrednerin, wenn man jetzt unbedarft dem zugehört hätte, hätte es den Anschein gehabt, als gäbe es eine Unzahl von offenen Lehrstellen und keine Lehrlinge, die das interessiert. Also wir haben eigentlich den umgekehrten Effekt.

Um beides im Prinzip miteinander hochzufahren und in einen Einklang zu bringen, haben wir diesen Abänderungsantrag auch mit dem ursprünglichen, mit der ursprünglichen Antragstellerin, soweit zusammen, dass wir jetzt vielleicht den Bund dazu bringen, das Blum-Modell von Vorarlberg auf ganz Österreich auszubreiten. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Abgeordnetenkollegen und -kolleginnen! Um den Lehrberuf attraktiver zu machen, braucht es mehr als Ankündigungen, braucht es mehr als ein Ankündigungspaket. Wir haben von Landeshauptmann Niessl schon öfter gehört, das Burgenland hat die höchste Akademikerquote, *(Abg. Doris Prohaska: Maturantenquote!)* das ist großartig, aber gleichzeitig führt es aber zu einem anderen Problem, nämlich dem Facharbeitermangel.

Ich bin der Meinung, die Politik sendet hier vielleicht die falschen Signale aus. Wir müssen die Lehre in ein positives Licht stellen, wir müssen die Eltern davon überzeugen, dass die Kinder, wenn sie eine Lehre besuchen, einen vernünftigen Beruf erlernen können, und die Eltern müssen stolz sein, dass ihre Kinder einer vernünftigen Arbeit nachgehen können. Ich sehe die Lehre, ich sehe den Facharbeiter als eine Chance mit einem geregelten Einkommen, mit einem vernünftigen Einkommen, den Lebensmittelpunkt im Burgenland zu belassen, und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, gerade die Vereine, die Feuerwehren, die Gemeinden sind dankbar, wenn die Menschen in unserem ländlichen Raum bleiben.

Wir haben über Medienberichte natürlich auch schon gehört, dass Facharbeiter aus den Nachbarländern nicht immer willkommen sind. So muss ich aber festhalten, dass unseren Betrieben langsam aber sicher die Facharbeiter ausgehen könnten und ich stelle mir da die Frage, wer soll künftig die Arbeiten verrichten, die wir benötigen? Denken wir an die Zünfte der Maler, der Zimmerer, der Fliesenleger, der Maurer. Karriere mit Lehre darf deshalb nicht nur ein Slogan sein. Vom Lehrling bis zum Meister, zum Unternehmer, egal ob in der Schule, im Elternhaus, in der Bevölkerung und natürlich auch in den Betrieben muss das wieder stärker verankert werden. Eine starke Wirtschaft braucht gut ausgebildete Lehrlinge.

Ich will hier nicht kritisieren, sondern aufzeigen und wir haben es auch bei den Vorrednern schon durchklingen hören. Es ist leider so, dass wir teilweise hier in eine Zweiklassengesellschaft abrutschen, wo es heißt, die, die etwas können, die gehen studieren, die, die nichts können, gehen arbeiten und das möchte ich aufs Schärfste zurückweisen, denn gerade qualifizierte Facharbeiter sind das, was wir benötigen und kompetente Lehrlinge sind das, was wir suchen.

Es ist deswegen unbedingt erforderlich, eine grundlegende Allgemeinbildung zu vermitteln, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern nach den Interessen, Neigungen, Begabungen und Fähigkeiten, dass wir sie auf das Berufsleben vorbereiten. Wir wollen

den jungen Menschen aufzeigen, dass es den Weg über die Lehre gibt, aber natürlich auch über weiterführende Schulen, das wäre schon mal ein Teilerfolg. Es gibt noch immer Defizite aus der Vergangenheit, wir alle kennen die Beispiele. Wenn man darüber nachdenkt, dass ein Bäckerlehrling in der Früh nicht arbeiten darf, dass ein Zimmererlehrling nicht auf das Dach hinaufklettern darf oder dass eine Rezeptionistin nicht um 21.30 Uhr den Schlussdienst machen kann. All das sind Punkte, die es für junge Menschen auch erschweren, in den Lehrberuf einzusteigen.

Ich habe auch den Antrag der GRÜNEN sehr aufmerksam gelesen und finde darin viele positive Ansätze und Punkte. Auch ich bin für Erleichterung und für Lehrlinge. Wenn man Sprengelgrenzen hernimmt, so gibt es die Beispiele, dass junge Menschen aus den Betrieben heraus nach Niederösterreich müssen, aber nicht wollen, genauso auch umgekehrt. Speziell im Südburgenland gibt es auch Berufsgruppen, die in Fürstenfeld die Berufsschule besuchen könnten, aber ich möchte das dezidiert festhalten, natürlich gehört all das zuerst evaluiert.

Wir wollen auf alle Fälle dafür sorgen, dass unsere Berufsschulen dementsprechend vorhanden bleiben. Ich warne deswegen auch bei dem Punkt der neuen Berufsbilder, dass es hier zu Abspaltungen kommt, dass es derzeit Klassen gibt, die gerade noch vorhanden sind im Burgenland. Wenn wir ein bisschen zurückblicken, gab es in manchen Jahrgängen drei, vier Klassen gleichzeitig, jetzt haben wir noch eine. Wenn man da noch einige Schüler weggibt, dann könnte auch das in Gefahr sein.

Das heißt, hier besteht Diskussionsbedarf, hier gehört einiges evaluiert. Es gibt noch weitere Möglichkeiten, es geht hier um Talentchecks, es geht um Eignungsfeststellung und es gibt auch die Option, die Lehrlinge zu motivieren. Junge Menschen mit Wettbewerben zu motivieren und natürlich auch damit, dass man die Begabungen besonders fördert und damit Auszeichnungen bewirbt.

Für mich bleibt abschließend die Frage: Wer sind unsere Facharbeiter von morgen? Denn es geht hier um Arbeitsplätze von morgen, um Arbeitsplätzte in der Region. Wir als ÖVP sind jederzeit für Gespräche bereit, wir wollen die Lehre aufwerten und uns sind Ankündigungen zu wenig.

Dem vorliegenden Antrag von Rot und Blau werden wir nicht die Zustimmung erteilen, denn ein Fonds ist aus unserer Sicht nicht die richtige Lösung. Wir wollen die Betriebe motivieren, denn dort passiert die beste Ausbildung. Wir wollen die Lehrlinge in den Mittelpunkt rücken und den Betrieben die Gelegenheit geben, die jungen Menschen auszubilden, dass sie langfristig erfolgreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Livestream-Zuschauerinnen und Zuschauer! Die Antwort ist: Die Facharbeiterinnen und Facharbeiter von morgen sind die Lehrlinge von heute, ganz einfach. Ich war vor zwei Tagen erst bei der Landeskonferenz der ÖGJ Burgenland und hier wurde eine neue Doppelspitze gewählt, eine junge engagierte Frau, die Jasmin Zeilbauer wurde zur neuen Vorsitzenden gewählt und die Geschicke der Geschäftsführung wird in Zukunft Kevin Sifkovits leiten. An dieser Stelle möchte ich mich beim alten Team bedanken, bei Markus Melcher und Patricia Neuwirth für den Einsatz für

die Lehrlinge und darf die besten Gratulationen aussprechen und alles Gute für die Zukunft wünschen. *(Allgemeiner Beifall)*

Außerdem wurden dort viele interessante Anträge diskutiert, ich habe viele Inputs mitgenommen. Unter anderem auch Inhalte, die wir in dieser Entschließung wiederfinden, so wie zum Beispiel im Antrag kein Aushungern der überbetrieblichen Lehrwerkstätten, die Entwicklung der letzten 25 Jahre angesprochen.

Wir haben es bereits gehört, die Zahl der lehrlingsausbildenden Betriebe ist von 1.500 auf rund die Hälfte gesunken und das, obwohl es Anreize gibt und diese im Vergleich nicht weniger werden.

Umso mehr sind die überbetrieblichen Lehrwerkstätten eine notwendige Maßnahme und eine europaweite Erfolgsgeschichte, denn hier finden Jugendliche, die keinen Lehrplatz finden, einen Ausbildungsplatz. Viele Lehrlinge aus diesen überbetrieblichen Lehrwerkstätten aus dem BFI, aus dem DIALOG, waren bei dieser ÖGJ-Landeskonferenz dabei und sie alle hätten keinen Job, keine Perspektive, keine Vision würde es diese tollen Einrichtungen nicht geben.

Das AMS und das Land Burgenland investieren sehr viel Geld in den Erhalt der überbetrieblichen Lehrwerkstätten. Während im Jahr 2000 78 Jugendliche in ÜBAs beschäftigt waren, sind es im Jahr 2015 bereits 470 gewesen. Jeder fünfte Lehrling im Burgenland wird in einer überbetrieblichen Werkstätte ausgebildet. Gäbe es diese Lehrwerkstätten nicht, hätten wir im Burgenland eine höhere Jugendarbeitslosigkeit. Nicht weit von uns in Spanien, in Portugal, in Griechenland gibt es Jugendarbeitslosigkeitsraten bis zu 50 Prozent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte stellt Euch vor, das wäre genauso als würde man hier in der Mitte einen Strich ziehen. Die eine Hälfte hätte einen Job und die andere Hälfte hätte keinen Job und keine Perspektive. Es ist unpackbar und das bestätigt, dass wir auf einem richtigen Weg sind.

Das Land Burgenland hat eine Vorreiterrolle eingenommen, für die uns viele beneiden. Mit der vom Ministerrat beschlossenen Ausbildungspflicht bis 18 Jahre ist ein weiterer sozialpolitischer Meilenstein gelungen. Wir müssen den Kreislauf Bildungsabbruch, Hilfsarbeit und Arbeitslosigkeit durchbrechen.

Wer nur einen Pflichtabschluss hat, wird dreimal öfters arbeitslos und viermal öfter Hilfsarbeiter. Das können wir nicht akzeptieren. Jeder Jugendliche, der keinen Job hat, ist sicher einer zu viel.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Kein Jugendlicher darf zurückgelassen werden. Das Land hat viele Maßnahmen gesetzt, um jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen und die Lehre aufzuwerten. Ich denke dabei an die Lehrlingsoffensive zur Ausbildung von Lehrlingen in der Landesverwaltung sowie in den landesnahen Betrieben. Die Landesförderung für Lehrlinge über die Arbeitnehmerförderung. Viele Gemeinden, wie zum Beispiel auch meine Heimatgemeinde, gibt zusätzlich eine Lehrlingsförderung her, der Lehrlingsbonus für Betriebe, eine Zusatzförderung für die Lehrlingsausbildung.

Ein weiteres burgenländisches Erfolgsprodukt ist die Lehre mit Matura. Eine Kombination aus Facharbeiterausbildung und Reifeprüfung. Die perfekte Mischung aus Theorie und Praxis. Österreichweit gibt es natürlich das Phänomen, das auf der einen Seite die Wirtschaft beklagt, dass sie keine Fachkräfte am Arbeitsmarkt findet. Andererseits ziehen sich immer mehr Unternehmen, trotz vieler Förderungen, aus der Lehrlingsausbildung zurück.

Mit der heutigen Entschließung setzen wir noch weitere wichtige Maßnahmen, um für mehr lehrausbildende Betriebe zu sorgen. Es gäbe auch genug Betriebe im Burgenland, die Lehrlinge ausbilden könnten, diese große Chance für den Betrieb und den auszubildenden jungen Menschen jedoch nicht wahrnehmen.

Ein Ausbildungsfonds, wie vorher schon genannt, ähnlich dem Beispiel Vorarlberg, würde daher jene Betriebe belohnen, die teilweise schon jahrelang in vorbildlicher Art und Weise Lehrlinge ausbilden und jene in die Pflicht nehmen, die es können, aber sich dagegen wehren. Ganz im Sinne des heute schon genannten New Deal würde ein bundesweiter Ausbildungsfonds daher eine Win-win-Situation für Lehrlinge und dem Unternehmen darstellen.

Da diese Entschließung ein wichtiges Signal für die Jugend ist, wäre es angebracht, wenn heute alle Parteien diesem Antrag zustimmen. Für die Lehrlinge von heute, die die gefragten Facharbeiter von morgen sind und für die Zukunft unserer jungen Menschen in diesem Land. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Die Entschließung betreffend Lehrlingsausbildung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 414) betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung (Zahl 21 - 286) (Beilage 436)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 14. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 414, betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung, Zahl 21 – 286, Beilage 436.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung, in seiner 10. Sitzung am Mittwoch, dem 01. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt. Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Antrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Regina Petrik als erste Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Jetzt kommt der Tagesordnungspunkt, wo ich einiges sehr Kritisches anzubringen habe. Es wird uns nämlich leider gar nichts Neues vorgelegt. Weder von der ÖVP, noch im Abänderungsantrag. Schon im ersten Antrag der ÖVP, aber das haben wir ohnehin schon mehrmals hier diskutiert, kommt irgendetwas Neues.

In der Zwischenzeit haben Sie sich offensichtlich noch immer nicht kundig gemacht, was denn eigentlich die gemeinsame Schule mit einem inneren differenzierten Unterricht wirklich ist, denn wenn Sie das wüssten, würden Sie nicht von einem Einheitsbrei reden. Aber gut.

Sie haben auch in den eigenen Reihen viele Expertinnen und Experten, die sich hier wirklich schon gut auskennen. Was ich auch interessant fand, Kollege Strommer hat es sogar selber heute hier gesagt, wir brauchen ein Schulsystem, in dem keine Nachhilfestunden nötig sind. Wir haben aber jetzt ein Schulsystem, in dem Nachhilfestunden nötig sind.

Ihr Antrag möchte dieses System einzementieren. Es gibt in Österreich hunderttausende Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können. Das System, das auch diese hervorgebracht hat, wollen Sie einzementieren. Also, gar nichts Neues. Wir wissen es, denn wir haben den Befund.

Es muss sich etwas verändern. Aber, Sie wollen extra in einem Antrag festhalten: Nein, es soll sich nichts verändern. Was auf der anderen Seite leider auch festzustellen ist, auch im Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen, gibt es jetzt nichts wirklich Neues. Ich habe inhaltlich Verständnis dafür, weil ich mir vorstellen kann, dass es gerade in Fragen der Bildungspolitik unheimlich schwer ist, den Spagat zwischen SPÖ und FPÖ zu spannen, weil hier in den grundsätzlichen Programmen sehr unterschiedliche Meinungen vorhanden sind. Aber, es liegt keine konkrete Initiative zur Verbesserung der Bildungssituation vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was für mich schon deutlich wird: Dieses Prozedere zeigt eigentlich die ganze Tragik um den Stillstand der Bildungspolitik in Österreich auf. Generell viele Worte, Austauschen von Positionen und Interessen vielleicht gerade noch, aber keine konkreten großen Reformen. Etwas anderes ist mir im Bereich der Bildung auch aufgefallen, denn unser Herr Landeshauptmann spricht so gerne in Superlativen und wo wir die Besten und die Besten und die Besten sind.

Bildung ist keine Konkurrenzveranstaltung. Es muss uns doch darum gehen, dass wir in ganz Österreich überall für alle Kinder und Jugendlichen die bestmögliche Bildung schaffen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ob in einem Ranking bei manchen Zahlen, wo es Messgrößen gibt, ein Bundesland vorne liegt oder das andere hinten liegt, ist für unseren Zusammenhang, nämlich, dass wir die gesamte Bildungslandschaft in Österreich neu gestalten müssen, eigentlich irrelevant. *(Abg. Christian Illedits: Zentralistisch organisiert.)*

Im Gegenteil, wenn wir über Schule reden und über Bildung reden, müssen wir sehr stark den Gedanken prägen und damit wird er auch in der Schule geprägt, dass wir gemeinsam vor allem weiterkommen und nicht weil wir uns da in Konkurrenz zu anderen sehen.

Auf einen kleinen Punkt, oder eigentlich nicht großen Punkt, aber scheinbar kleinen Punkt, möchte ich eingehen, der doch sehr verräterisch ist. Im Abänderungsantrag steht: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit den Forderungen heranzutreten, sozusagen man muss an die Bundesregierung herantreten.

Jetzt steht hier, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Kindergartenpädagogen weiter aufgewertet werden. Das ist jetzt, ich weiß nicht verräterisch oder ohnehin eindeutig, sind jetzt nur Männer gemeint. *(Abg. Christian Illedits: Weil wir so viel Männer haben? – Abg. Werner Friedl: Wie viele gibt es denn? Wie viele?)*

So, wie ja auch Mädchen in technischen Berufen gefördert werden, ist es vielleicht das Anliegen der Regierungsfraktionen jetzt gezielt Männerkindergartenpädagogen aufzuwerten, dann sollten aber doch auch hoffentlich die Rahmenbedingungen für die KindergartenpädagogInnen verbessert werden, weil das ihnen ja sicher nicht entgangen ist, dass die überwiegenden Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen, der Arbeitnehmer im Kindergartenbereich Frauen sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie stellen hier einen Antrag, in dem Sie formulieren, Sie wollen die Rahmenbedingungen für die Kindergartenpädagogen, und ich nehme an, Sie meinen auch die Kindergartenpädagoginnen, verbessern. Gleichzeitig wird an anderer Stelle eine Novelle des Gemeindebedienstetengesetzes vorgelegt, die genau diese Rahmenbedingungen für die Kindergartenpädagogen verschlechtert. Was uns nämlich vorgelegt wurde in der Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz, das ja auch schon die Begutachtung hinter sich hatte, und einige Rückmeldungen bekam, die nicht eingearbeitet wurden, ist folgendes. Hier steht geschrieben, dass es möglich ist, dass die Vorbereitungszeit zur Hälfte im Kindergarten absolviert werden soll. In Ordnung, da kann man darüber diskutieren. Aber, sie kann auch gleichzeitig Kinderbetreuungszeit sein. Nun das ist eine ganz klare Verschlechterung von den paar Stunden Vorbereitungszeit, in die, die meisten hier wissen das, nicht nur die Vorbereitungs- und die Nacharbeit hineinfallen, sondern auch die Reflexion, Teamgespräche, Elterngespräche.

Diese Vorbereitungszeit soll im Kindergarten gleichzeitig Kinderbetreuungszeit sein. Das ist eine Qualitätsminderung. Das ist eine Qualitätsminderung den Eltern gegenüber, denen nicht garantiert werden kann, dass die volle Aufmerksamkeit in der Kinderbeaufsichtigungszeit auch wirklich gewährleistet ist, weil man nebenbei ja auch noch Vorbereitungsarbeiten leisten muss.

Es ist eine Qualitätsminderung in der Möglichkeit für die Pädagoginnen und Pädagogen, sich gut und intensiv dieser Vor- und Nacharbeit zu widmen. Elterngespräche neben der Kinderbetreuung zu führen, ist überhaupt nicht besonders sinnvoll.

Da bitte ich doch sehr, dass Ihr Euch das noch einmal anschaut. Wir haben das heute im Einlauf gehabt. Diese Stelle des Gemeindebedienstetengesetzes, die novelliert werden soll, ist ein klarer Widerspruch zu dem, was in dem Antrag im ersten Satz formuliert ist. Aus diesem und den anderen genannten Gründen können wir weder dem einen, noch dem anderen Antrag zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska. Verzeihung als Nächster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Landtagsabgeordnete Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hinsichtlich unseres Antrages zur Wahlfreiheit im Schulsystem für eine innere und auch äußere Differenzierung darf ich nur festhalten, dass für uns als Österreichische Volkspartei auch mittlerweile als einzige Fraktion das Gymnasium in seiner Langform acht Jahre lang einen wichtigen Stellenwert hat und auch einen richtigen.

Ich glaube, Sie wissen, dass uns das ein besonderes Anliegen ist und deshalb kam es auch zu diesem Antrag. Weil wir einmal mehr in einer Diskussion in einer Veranstaltung bei uns in den eigenen Klubräumlichkeiten dieses Thema aufgegriffen haben und die Inhalte in einer Positionierung, wie man es eben als Mandatar tut, in Form eines Landtagsantrages einzubringen.

Kollegin Petrik hat etwas angezogen, was zwar nicht jetzt im ursprünglichen Sinne in unserem Antrag steht. Ich möchte aber auch darauf Bezug nehmen. Mir ist auch bekannt, dass KindergartenpädagogInnen natürlich derzeit, ich nenne es einmal in Aufregung sind. Es ist immer bei einer Neuordnung im gesetzlichen Maßstab natürlich so, dass nicht alle Anregungen aufgenommen werden können und nicht alles, was sich die KindergartenpädagogInnen wünschen gleichzeitig auf offene Ohren in der Gemeindepolitik stößt und umgekehrt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich gebe Ihnen Recht, dass man hier vielleicht das eine oder andere noch nachüberlegen muss. Auch in der Begutachtungsphase jenen Stellungnahmen noch einmal Rechnung geben sollte, die sich hier kritisch geäußert haben. Ich habe das für mich und meine Fraktion in Anspruch genommen und werde noch eine Besprechungsrunde mit KindergartenpädagogInnen zu diesem Thema haben.

Ja, ich gebe Ihnen hier Recht. Natürlich ist es immer ein Tauziehen zwischen der Frage, inwieweit gehe ich hier auf pädagogische Erfordernisse ein und wie weit kann ich mir das in Wirklichkeit leisten? Oder möchte ich das unseren Gemeinden zumuten?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine sehr interessante Veranstaltung war die heurige Generalversammlung der Raiffeisenlandesbank. Es waren mehrere Mandatare dort anwesend. Interessanterweise gab es dort ich würde sagen einen Referenten, der abseits von Zahlen und Fakten zum Jahresabschluss eine sehr bemerkenswerte Äußerung getätigt hat. Er hat für seine Branche, für seine Firma gesagt, wer ist der größte Mitbewerber? Wer ist der größte Gegner innerhalb unserer Branche? Aus der Versicherungsbranche kommend.

Die Antwort war nicht der eine oder andere Konkurrent, sondern die Antwort war, Kollege Petschnig war ja auch anwesend, Desinteresse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, in der österreichischen Bildungspolitik haben wir es zusammengebracht, dass durch das ständige Aufreiben der

jeweiligen Player im System auf der einen Seite jene, die reformwillig sind und meinen, sie müssen eben aus ideologischen Beweggründen heraus, manche Schultypen favorisieren, jene die meinen, es braucht eben harten Beton in Verhandlungen und man müsse einzementieren, was es eben zum Einzementieren gilt, nichts mehr geht.

Ich möchte für mich festhalten, dass eines immer weiter zurückgedrängt wird, nämlich, die Frage der Eigenverantwortung. Ich würde mir auch wünschen, und wir arbeiten gerade in einer kleinen Arbeitsgruppe daran, wie können wir ganz real erlebbar an Schulstandorten Eigenverantwortung leben. Mehr Freiheit für jene, die in der Praxis arbeiten. Ich werde hoffentlich in diesem Bereich nach dem Sommer ein Paket vorstellen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich hoffe, dass ich mit Unterstützung vieler Landtagsfraktionen hier vielleicht das eine oder andere umsetzen kann, aber ich sehe nur eines, die Bildungsdiskussion steckt.

Ob das jetzt die Frau Bildungsministerin Schmied war, ob das jetzt ihre Nachfolgerin Heinisch-Hosek war oder jetzt Hammerschmid. Tatsache ist, dieser Vertrauensverlust der uns hier entgegenkommt, von allen Betroffenen, ob das die Schüler sind, ob das die Eltern sind oder die Pädagogen, auch die Gemeinden die dort verantwortlich sind, am Ende des Tages müssen wir in Bewegung kommen.

Ich habe das sehr erfrischend gefunden, denn die neue Bildungsministerin hat gesagt: Das Wichtigste ist, zu einem Abschluss zu kommen. Das signalisiert, dass es Veränderungen gibt. Es gibt nämlich nichts Schlimmeres in der Bildungspolitik, als den Stillstand. Deshalb darf ich für meine Fraktion noch einmal unseren Antrag, unseren Willen hier in Form eines Abänderungsantrages, klar dokumentieren den ich hiermit einbringe. Ich darf die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für den Erhalt eines differenzierten Schulsystems einzutreten, um für die Schüler und Eltern die Wahlfreiheit bei der Schulausbildung und Nachmittagsbetreuung zu garantieren. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 68 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden wird. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich habe jetzt genau zugehört, Frau Kollegin Petrik. Sie haben gesagt, alles ein alter Hut, nichts Neues, alles war schon da und ich habe immer geglaubt, aber jetzt kommt die große Idee, jetzt kommt der gute Vorschlag. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sagen Sie mir, was gut zu machen ist. Alles was wir tun, ist falsch, aber Sie haben die guten Ideen. Warum lassen Sie uns an diesen guten Ideen nicht teilhaben, dann hätten wir vielleicht schon viel weiter gebracht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Lesen Sie einfach die früheren Protokolle durch. Dort steht alles.)* Das tut mir wirklich sehr leid. Nun zum Kollegen Sagartz, denn das finde ich schon spannend, Desinteresse derer, die ständig reformieren wollen und derer, die betonieren. Dann sind Sie ja eigentlich mit schuld daran, dass nichts weiter geht. Weil die Betonierer kommen ja aus Ihrer Partei. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Heute haben wir schon einmal das Thema gehabt, nämlich, die Abschaffung der Gewerkschaft. Ich denke mir, das kann es nicht sein - nur weil die ÖVP es nicht schafft, einen Gewerkschafter aus der ÖVP auszuschließen, gleich die ganze Gewerkschaft abschaffen zu wollen.

Ich habe da nämlich gefunden: August 2013, vor der Nationalratswahl, der ehemalige niederösterreichische Wirtschaftsbunddirektor Herbert Lehner schreibt: Ich überlege gerade, eine Facebook-Gruppe zu gründen, unter dem Titel, „Schließt endlich den Neugebauer aus der ÖVP aus." Schließt den aus, dann brauchen wir die Gewerkschaft nicht abzuschaffen und im Bildungssystem geht einiges weiter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

So, wir haben dieses Thema jetzt wirklich schon sehr oft durchdiskutiert. Ich muss mich ständig wiederholen, warum diese gemeinsame Schule so wichtig ist. Wir wissen ganz genau, dass uns in Österreich diese soziale Segregation bewiesen wird. Kinder unterschiedlicher Herkunft, Kulturen und Begabungen sollen zusammengebracht werden. Wir brauchen mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Chancengerechtigkeit bei den Sechs- bis 14-Jährigen.

Lustiger Weise haben auch viele in der ÖVP das bereits erkannt. Die ÖVP Tirol, Vorarlberg, Salzburg, die Industriellenvereinigung, alle sprechen sich für die gemeinsame Schule aus. Nur gibt es ein paar Hardliner in der ÖVP, deren Gesellschaftsbild es anscheinend nicht zulässt, dass gleiche Chancen für alle Menschen gut sind. Die ÖVP will anscheinend die sozialen Unterschiede in der Bevölkerung nicht beseitigen.

Wir sind im Burgenland Vorreiter und jetzt muss ich schon was zum Wort „Wahlfreiheit der schulischen Ausbildung" sagen. Die ÖVP spielt immer mit dem Wort Zwangstagsschule. Erklären Sie mir, wo Eltern im Burgenland die Wahlfreiheit haben zwischen einer echten Ganztagsschule in einigen Standorten und Halbtagsschulen. Es gibt bei uns die Zwangs-Halbtagsschule. Niemand kann sich aussuchen, sein Kind in eine echte Ganztagsschule zu schicken und das nur, weil das immer an der Blockade der ÖVP scheitert. Da sprechen Sie von Wahlfreiheit? Also ich finde das schon sehr eigenartig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Die Kosten für die Nachhilfe sind angesprochen worden, und das ist das Nächste. Wer kann sich das leisten? Im Jahr 2015 wurden im Schnitt pro Kind… *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Warum brauchen wir überhaupt Nachhilfe? Überlegt Euch das doch einmal!)* Richtig, weil wir nicht die Gesamtschule haben und weil wir nicht die Ganztagsschule haben.

Die Frau Gehrer hat schon mit dem Einzubröckeln angefangen und Ihr sieht das noch immer nicht ein. Der durchschnittliche Nachhilfeunterricht kostet pro Kind, pro Jahr 720 Euro. *(Allgemeine Unruhe)* Na ja, so Intelligente gibt es eben anscheinend nicht - so viele momentan. In der Volksschule sind die Durchschnittskosten 627 Euro und jetzt wird es interessant. In der Neuen Mittelschule gibt es leider auch noch hohe Kosten, nämlich 494 Euro, aber in der AHS-Unterstufe sind die Nachhilfekosten pro Schüler, pro Jahr im Durchschnitt 768 Euro.

Das sind fast um 300 Euro mehr, wie in der Neuen Mittelschule. Es geht ganz einfach an der Entwicklung der Gesellschaft vorbei, dass Frauen berufstätig sind, dass es eben Kinder gibt, deren Eltern ihnen nicht bei den Hausübungen helfen können, und es kann ganz einfach nicht am Elternhaus hängen bleiben.

Ich habe mir jetzt einiges herausgesucht, denn ich war bei einem Vortrag von der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, „Bildung und Ausbildung: Realität und Vision",

und da sind einzelne Beispielschulen genannt worden. Ich denke mir, vielleicht ist das für Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ganz interessant.

Da gibt es, zum Beispiel, den Malmö-Effekt. Da gab es in Malmö die Johannesschule, eine Schule, wo sehr viele Schüler die Schule geschwänzt haben und die Leistungen ganz miserabel waren. Da hat sich ein Deutscher Privatsender hergestellt und hat gesagt, ich werde das filmen, denn wir werden eine Soap-Doku machen und es gab eine Ausschreibung.

In Schweden ist das nämlich so, dass die Lehrer beurteilt werden und es wurden die besten Lehrer Schwedens an diese Schule geschickt und es wurde ein halbes Jahr lang in der 9A live unterrichtet. Was glauben Sie, was mit dieser Schule passiert ist? Diese 9A-Klasse wurde zur drittbesten Klasse in ganz Schweden, innerhalb eines halben Jahres. Das heißt, es ist auch sehr wichtig, dass die Bildung der Lehrer und auch dass es wirklich nur der machen soll, der es wirklich gerne macht, den Lehrerberuf zu ergreifen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Anderes Beispiel. Da gibt es ein ehemaliges Gymnasium in der Klusemannstraße in Graz. Das ist eines der ersten Gymnasien, das sich bereiterklärt hat, auf die Neue Mittelschule - die Unterstufe umzustellen. Dort gibt es offenes Lernen. Es gibt so, wie es geplant ist, in der gemeinsamen Schule - keine 50 Minuten-Stunde sondern 135 Minuten, denn das ist ja auch lebensnah. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weil wenn ich, zum Beispiel, daheim anfange, irgendetwas zu kochen, höre ich auch nicht nach 50 Minuten auf, wenn das nicht fertig ist, sondern muss ich auch schauen, dass das fertig wird und genau so soll im Unterricht gearbeitet werden. Nicht wenn die Glocke läutet, soll man aufhören an dem zu arbeiten. Diese Klusemannstraße-Schüler haben in den Bildungsstandards besser abgeschnitten, als die Gymnasien der Stadt Graz. Es gibt zwei Lehrer im Hauptfach Team-Teaching, obwohl es die ungleiche Bezahlung der Lehrer gibt, die Hauptschullehrer und die AHS-Lehrer einen zwanzigprozentigen Ausländeranteil und Kinder mit körperlicher und geistiger Behinderung.

Es gibt daneben die ehemalige Marschall-Schule KLEX, genauso umgewandelt in eine gemeinsame Schule, aber das ist ein bisschen eine elitärere Schule, wo die Eltern bessergestellte Leute sind, Akademiker, aber auch die sind begeistert von der gemeinsamen Schule. Gearbeitet wird nach dem Vorbild Göttingen in Deutschland - seit 1970 Gesamtschule. Dort gibt es statt dem Frontalunterricht Tischgruppen.

In der Klusemann-Schule hat der Direktor einen Versuch unternommen, um die Eltern zu überzeugen. Er hat an einem Elternabend die Eltern alle in Tischgruppen zusammengesetzt, hat ihnen Arbeitsaufträge gegeben, und die Eltern haben wirklich das praktiziert, wie der Unterricht aussieht und die waren wirklich überzeugt, und sind wirklich Verfechter der gemeinsamen Schule.

Dann noch vielleicht die Neue Mittelschule in Wolfurt in Vorarlberg - eine integrative Gesamtschule mit verschränkter Ganztagesform. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte nur noch zusammenfassen, was bereits im Antrag enthalten ist. Die Elementarpädagogik muss wichtiger genommen werden. Das beste Beispiel, dass die gemeinsame Schule wirklich funktioniert, sind die einzelnen Volksschulen. Dort gibt es keine Aufteilung in bessere und schlechtere Schüler, wissenschaftliche Begleitung ist notwendig, die Ganztagsschule in verschränkter Form als gemeinsame Schule. Man kann nicht die Eltern verpflichten. Natürlich die neue Lehrerausbildung. Nach der neuen

Lehrerausbildung ist es ohnehin nur mehr eine Frage von Jahren, bis es nur mehr Lehrer nur Lehrer gibt, die alle die gleiche Ausbildung haben. Dann stelle ich mir die Frage: Warum sollen Lehrer, die alle die gleiche Ausbildung haben, die Kinder in ein und derselben Altersgruppe unterschiedlich unterrichten?

Wir werden natürlich unseren Antrag unterstützen. Keine Umwandlung natürlich der Schulform ohne Einbindung und Befragung der Eltern. Jetzt ist es einfach daran, dass wir alle gemeinsam Überzeugungsarbeit bei den Eltern leisten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir, die Chance hier zu ergreifen, zu diesem Tagesordnungspunkt einige Dinge ins rechte - ist natürlich gleich richtiges Licht zu rücken. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die ÖVP hat in einem Brief an die burgenländischen Schuldirektoren, den ich hier habe, Folgendes geschrieben. Auch die FPÖ konnte sich nicht für den Erhalt der Gymnasien aussprechen. Landtagsabgeordneter Johann Richter kann sich sogar, laut seiner Rede im Landtag am 9.12.2015, die Umsetzung der Gesamtschule vorstellen.

Sie sollten schon den zusammenhängenden Wortlaut zitieren, und nicht irgendeinen Satz formulieren, wobei ich nebenbei gesagt diesen Brief mit Kopf ÖVP-Burgenland an Schuldirektoren als - ich sage einmal bodenlose Anmaßung und Impertinenz betrachte.

Ich habe damals wörtlich gesagt - ich zitiere wörtlich: „Und wenn - die Betonung liegt auf wenn – es, zum Beispiel, auch eine Gesamtschule schafft, dass wirklich jeder einzelne Schüler entsprechend seinen Fähigkeiten optimal gefördert wird, dann hat das etwas für sich.“

Nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt. Wenn Sie das nicht verstanden haben, sind Sie selber schuld oder Sie haben selbst eine Gesamtschule besucht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber, jetzt kommt das große Aber: Gesamtschule bedeutet, dass nicht nur eine neue Schule geschaffen wird, sondern dass eigentlich auch alle bestehenden Schulen dieser Altersstufe abgeschafft werden. *(Abg. Doris Prohaska zu Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Besser Du hörst zu, denn ich kenne mich da aus!)* Das heißt, kein Gymnasium, keine Hauptschule, keine Neue Mittelschule, keine Sonderschule, keine Schwerpunktschulen mit Schwerpunkt Sport, Informatik, Musik und ähnliches. Das soll mit 15 Prozent Grenze für jedes Bundesland und Ausnahme von Privatschulen funktionieren. Ich wage das, meiner Meinung nach, zu bezweifeln.

Die ÖVP behauptet, wie ein Löwe für den Erhalt der Gymnasien-Langform zu kämpfen, aber 15 Prozent der gymnasialen Unterstufe will sie auch gegen den Willen der betroffenen Schulpartner abschaffen. Na was jetzt, wie jetzt?

Da gebe ich dem Klubobmann Sagartz Recht, denn ich stehe nicht an zu sagen, dass eine Schulpolitik nicht ideologisch, nicht parteipolitisch geprägt sein sollte. Ich bin ehrlich gesagt dagegen, dass sozusagen lieber alle Kinder gleich schlecht, als unterschiedlich gut gemacht werden. Jeder Mensch hat ein Talent, etwas dass ihn besonders macht. Ideal wäre ein Bildungssystem, in dem sich jeder nach seinen Fähigkeiten entwickeln kann. Das ist wahrscheinlich, meiner Meinung nach, in einer

Gesamtschule aller Sieben- bis 14-Jährigen nicht so leicht möglich. Ich nehme an, dazu wäre ein hoch modernes in verschiedene Schultypen eventuell gegliedertes leistungsorientiertes Bildungssystem eher geeignet.

Zusammenfassend sage ich aber schon aus Überzeugung, dass es in erster Linie nicht auf die Schulstruktur ankommt, sondern, ich weiß das aus Erfahrung, dass entscheidend ist, was im Unterricht passiert.

Glauben Sie mir, dass das so ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Ich gehe davon aus, meine Damen und meine Herren von der ÖVP, dass Sie auch diesmal wieder alle Direktoren schriftlich über meine Wortmeldung informieren werden. *(Abg. Manfred Kölly: Die schauen ohnehin zu!) Lassen* Sie sie ganz lieb grüßen von mir. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich neuerlich die Frau Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Nur ganz kurz, Frau Kollegin Prohaska: Ich finde das nur schade, wenn ich etwas lange sage, beschweren Sie sich, dass ich möglicherweise alles besser weiß. *(Abg. Manfred Kölly: Könnt Ihr Euch nicht zusammensetzen?)* Im Protokoll der Landtagssitzung vom Dezember hatten wir schon einmal diese Debatte. Da war ich auch ausführlicher, aber das kann man nachlesen.

Was ich bemerkenswert finde ist die Tatsache, dass alles, was Sie hier gesagt haben, ich richtig gut und unterstützenswert finde. Wir wollen ja dasselbe, es steht nur leider bloß nicht im Antrag. Im Abänderungsantrag steht es leider nicht und ich wünsche Ihnen sehr, dass Sie sich in all diesen Schulfragen, wie Sie sie hier vertreten haben, in Ihrer eigenen Fraktion stärker durchsetzen können, weil das würde ich sofort mitbeschließen. *(Abg. Doris Prohaska: Ich habe nur das gesagt, was im Antrag steht! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Kölly: Vielleicht sollte man einen Abänderungsantrag stellen. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe eh einen gestellt.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Mag. Sagartz eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir befinden uns, Herr Kollege, bei der Abstimmung und ich ersuche um Aufmerksamkeit damit keine Abstimmungspannen passieren. Herzlichen Dank.

Ich lasse daher zunächst über den von Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Sagartz eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen zur Abstimmung und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Bildungsreform ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt. Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, für Donnerstag, den 14. Juli 2016, vorgesehen ist.

Meine geschätzten Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 20 Uhr 45 Minuten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 20 Uhr 34 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 15. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 14. Juli 2016

10.03 Uhr - 19.12 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Aktuelle Stunde zum Thema: „Das Recht geht vom Volk aus - die Zukunft unserer Demokratie in Europa“

3. Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen) geändert wird;

4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird;

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Trennung von Betreuungs- und Vorbereitungszeit für KindergartenpädagogInnen;

6. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2015 genehmigt wird;

7. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird (3. Grundstücksverkehr-Änderungsvereinbarung - 3. GruVe-ÄVE) zugestimmt wird;

8. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels "Investitionen im Wachstum und Beschäftigung" und des Ziels "Europäische Territoriale Zusammenarbeit" für die Periode 2014-2020 zur Kenntnis genommen wird;

9. Prüfungsbericht Follow-Up Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Verwendung der finanziellen Mittel der Jubiläumsgabe anlässlich 90 Jahre Burgenland;

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausweitung der "Semesterticket"-Förderung für burgenländische Studierende;

11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Aufstockung der amtlichen Naturschutzorgane;

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Pilotprojekt und Modellvorhaben" Pflegelehre für Österreich";

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend "Starke Wirtschaft. Starkes Land": Flexibilisierung statt neue Steuern;

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Einrichtung eines Schuldenmonitors für das Burgenland per Gesetz";

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2146)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 62 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Vorstandsmandat des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 2150)
Zusatzfragen: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2151 u. S. 2152), Markus U l r a m (S. 2152) und Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 2152)

Anfrage Nr. 58 der Abgeordneten Klaudia Friedl an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Maßnahmen zur Umsetzung der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 2153)
Zusatzfragen: Klaudia F r i e d l (S. 2154 u. S. 2155), Ingrid S a l a m o n (S. 2155) und Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2156)

Anfrage Nr. 59 des Abgeordneten Wolfgang Sodl an Landesrätin Verena Dunst betreffend Initiativen zur Entwicklung des ländlichen Raumes
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 2157)
Zusatzfragen: Wolfgang S o d l (S. 2158 u. S. 2159), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 2159) und Günter K o v a c s (S. 2161)

Anfrage Nr. 64 des Abgeordneten Georg Rosner an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Umsetzungen der Empfehlungen aus dem Rechnungshofbericht zu den Qualitätssicherungs-Maßnahmen in der Patientenbehandlung in burgenländischen Krankenanstalten
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2162)
Zusatzfragen: Georg R o s n e r (S. 2163 u. S. 2163) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2163)

Anfrage Nr. 60 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU im Hinblick auf die Situation am burgenländischen Arbeitsmarkt
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2164)
Zusatzfragen: Robert H e r g o v i c h (S. 2165 u. S. 2166)

Anfrage Nr. 72 des Abgeordneten Ewald Schnecker an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Sicherung des Standortes der NMS Neuhaus am Klausenbach
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2167)
Zusatzfragen: Ewald S c h n e c k e r (S. 2168 u. S. 2169)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde zum Thema: „Das Recht geht vom Volk aus - die Zukunft unserer Demokratie in Europa“

(auf Verlangen des FPÖ-Landtagsklubs)
Redner: Géza Molnár (S. 2170), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 2173), Robert Hergovich (S. 2176), Mag.a Regina Petrik (S. 2179), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 2181 und S. 2190), Ilse Benkö (S. 2182), Mag. Thomas Steiner (S. 2184), Christian Illedits (S. 2185), Gerhard Steier (S. 2187) und Manfred Kölly (S. 2189)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 440), mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen) geändert wird (Zahl 21 - 300) (Beilage 461);
Berichterstatterin: Edith Sack (S. 2192)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 2192)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2193)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 441), mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 301) (Beilage 462);
Berichterstatterin: Edith Sack (S. 2193)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2209)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 445) betreffend Trennung von Betreuungs- und Vorbereitungszeit für KindergartenpädagogInnen (Zahl 21 - 305) (Beilage 463);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 2193)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 2194 und S. 2204), Géza Molnár (S. 2198), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 2200), Edith Sack (S. 2201), Gerhard Steier (S. 2205) und Landeshauptmann Hans Niessl (S. 2207)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2210)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 439), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2015 genehmigt wird (Zahl 21 - 299) (Beilage 464);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 2210)
Redner: Manfred Kölly (S. 2210), Wolfgang Spitzmüller (S. 2220), Géza Molnár (S. 2222), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 2223), Robert Hergovich (S. 2226), Landesrat Helmut Bieler (S. 2228) und Gerhard Steier (S. 2232)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2234)

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 422), mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird (3. Grundstücksverkehr-Änderungsvereinbarung - 3. GruVe-ÄVE) zugestimmt wird (Zahl 21 - 294) (Beilage 465);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 2234)
Redner: Markus W i e s l e r (S. 2235), Markus U l r a m (S. 2236) und Mag. Kurt M a c z e k (S. 2237)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2238)

Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 424), mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels "Investitionen im Wachstum und Beschäftigung" und des Ziels "Europäische Territoriale Zusammenarbeit" für die Periode 2014-2020 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 296) (Beilage 466);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 2238)
Redner: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2239), Christian I l l e d i t s (S. 2241) und Gerhard S t e i e r (S. 2243)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2245)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht (Beilage 418) Follow-Up Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Verwendung der finanziellen Mittel der Jubiläumsgabe anlässlich 90 Jahre Burgenland (Zahl 21 - 290) (Beilage 467);
Berichterstatter: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2245)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 2246), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2250), Géza M o l n á r (S. 2251), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2252) und Dr. Peter R e z a r (S. 2253)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 2253)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 443) betreffend die Ausweitung der "Semesterticket"-Förderung für burgenländische Studierende (Zahl 21 - 303) (Beilage 468);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2254)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 2254), Mag.a Regina P e t r i k (S. 2255), Markus W i e s l e r (S. 2257), Patrik F a z e k a s (S. 2259), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 2261) und Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2263)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2265)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 446) betreffend Aufstockung der amtlichen Naturschutzorgane (Zahl 21 - 306) (Beilage 469);

Berichterstatterin: Klaudia F r i e d l (S. 2265)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2266), Karin S t a m p f el (S. 2266), Markus U l r a m (S. 2268), Ingrid S a l a m o n (S. 2269) und Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 2271)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2273)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 124) betreffend "Pilotprojekt und Modellvorhaben" Pflegelehre für Österreich" (Zahl 21 - 82) (Beilage 470);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 2273)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 2273), Mag.a Regina P e t r i k (S. 2274), Manfred H a i d i n g e r (S. 2277), Georg R o s n e r (S. 2278), Mag. Christian D r o b i t s (S. 2279) und Manfred K ö l l y (S. 2283)
Annahme des Entschließungsantrage (S. 2284)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 442) betreffend "Starke Wirtschaft. Starkes Land": Flexibilisierung statt neue Steuern (Zahl 21 - 302) (Beilage 471);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2285)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 2285), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2289), Manfred H a i d i n g e r (S. 2291), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 2294), Robert H e r g o v i c h (S. 2297), Gerhard S t e i e r (S. 2300) und Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 2302)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2304)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 82) betreffend "Einrichtung eines Schuldenmonitors für das Burgenland per Gesetz" (Zahl 21 - 65) (Beilage 472);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 2304)
Redner: Géza M o l n á r (S. 2305), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2306), Klaudia F r i e d l (S. 2306) und Manfred K ö l l y (S. 2309)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2309)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2146)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank und den Damen und Herren Abgeordneten des Hohen Hauses.

Ich e r ö f f n e die 15. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 14. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Herren Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Mag. Franz Steindl und Mag. Johann Richter entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 15. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 14. Juli 2016.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem die Finanztabelle sowie die operationellen Programme Slowakei - Österreich 2014-2020, Österreich - Ungarn 2014-2020 und Slowenien-Österreich 2014-2020 zur Kenntnis genommen werden (Zahl 21 - 328) (Beilage 480);
2. Beschlussantrag, mit dem der Burgenländische Sportbericht 2014/2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 329) (Beilage 481);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016) (Zahl 21 - 335) (Beilage 487);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 336) (Beilage 488);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertrags-bedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 - 337) (Beilage 489);
6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird (Zahl 21 - 338) (Beilage 490);
7. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesver-waltungsgerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 339) (Beilage 491);
8. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2014 und 2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 340) (Beilage 492);
9. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Funktionsperioden 2010-2014 bzw. 2015-2019 der Tierschutzombudsfrau des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 341) (Beilage 493);
10. Beschlussantrag, mit dem der 1. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 342) (Beilage 494);

11. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 345) (Beilage 497);
12. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 346) (Beilage 498);

Vom Rechnungshof ist der Bericht

1. betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden, Forschungsfinanzierung in Österreich (Zahl 21 - 327) (Beilage 479);

eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Bürgerrechte (Zahl 21 - 315) (Beilage 455);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung des Erste-Hilfe-Auffrischungskurses (Zahl 21 - 316) (Beilage 456);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Erste-Hilfe-Maßnahmen in Schulen (Zahl 21 - 317) (Beilage 457);
4. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Fachärztemangel im Burgenland (Zahl 21 - 318) (Beilage 458);
5. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend eine umfangreiche Informations-, Anreiz- und Förderoffensive der Burgenländischen Landesregierung zur Bekämpfung des drohenden Technikermangels im Burgenland (Zahl 21 - 319) (Beilage 459);
6. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Abschaffung der Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats (Zahl 21 - 320) (Beilage 460);
7. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend "Einberufung eines Runden Tisches betreffend Änderung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes - Bgld. MSG" (Zahl 21 - 321) (Beilage 473);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend "Mindestsicherung-NEU" (Zahl 21 - 325) (Beilage 477);
9. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für die Ostregion (VOR) (Zahl 21 - 330) (Beilage 482);
10. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Eindämmung von invasiven Pflanzen- und Tierarten im Burgenland (Zahl 21 - 344) (Beilage 496);
11. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und

Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Buschenschankgesetz geändert wird (Zahl 21 - 347) (Beilage 499);

12. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission (Zahl 21 - 348) (Beilage 500);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Beratung und Diagnostik für Kinder und Jugendliche (Zahl 21 - 309) (Beilage 449);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Eingliederungshilfen (Zahl 21 - 310) (Beilage 450);
3. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Top-Jugendticket (Zahl 21 - 312) (Beilage 452);
4. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Ärztemangel (Zahl 21 - 322) (Beilage 474);
5. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Nachhilfekurse der Volkshilfe Niederösterreich (Zahl 21 - 323) (Beilage 475);
6. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Alarmanlagen (Zahl 21 - 324) (Beilage 476);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Mailversand (Zahl 21 - 326) (Beilage 478);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Lehre (Zahl 21 - 333) (Beilage 485);
9. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Facharbeiter (Zahl 21 - 334) (Beilage 486);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Personal (Zahl 21 - 343) (Beilage 495);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 272) betreffend Hochschüler-Monatskarten (Zahl 21 - 311) (Beilage 451);
2. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 297) betreffend Alarmanlagen (Zahl 21 - 313) (Beilage 453);
3. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 274) betreffend Bericht des Rechnungshofes, Qualitätssicherungsmaßnahmen (Zahl 21 - 314) (Beilage 454);
4. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 289) betreffend Buslinie G1 (Zahl 21 - 331) (Beilage 483);

5. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 288) betreffend LKW-Maut (Zahl 21 - 332) (Beilage 484);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 328, Beilage 480, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 348, Beilage 500, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 329, Beilage 481, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 - 327, Beilage 479, sowie die selbständigen Anträge Zahl 21 - 315, Beilage 455, Zahl 21 - 320, Beilage 460, Zahl 21 - 347, Beilage 499, und die Regierungsvorlage Zahl 21 - 339, Beilage 491, weise ich dem Rechtsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 316, Beilage 456, Zahl 21 - 317, Beilage 457, Zahl 21 - 319, Beilage 459, Zahl 21 - 325, Beilage 477, Zahl 21 - 330, Beilage 482, und die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 335, Beilage 487, Zahl 21 - 336, Beilage 488, Zahl 21 - 337, Beilage 489, Zahl 21 - 338, Beilage 490, Zahl 21 – 345, Beilage 497, und Zahl 21 - 346, Beilage 498, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 318, Beilage 458, und die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 340, Beilage 492,

und Zahl 21 - 342, Beilage 494, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 341, Beilage 493, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 344, Beilage 496, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss

zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 309, Beilage 449, Zahl 21 - 310, Beilage 450, Zahl 21 - 322, Beilage 474 und Zahl 21 - 334, Beilage 486, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 312, Beilage 452, Zahl 21 - 326, Beilage 478, Zahl 21 - 333, Beilage 485, und Zahl 21 - 343, Beilage 495, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 323, Beilage 475, habe ich der Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 324, Beilage 476, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz,

zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 311, Beilage 451, Zahl 21 - 313, Beilage 453, Zahl 21 - 314, Beilage 454, Zahl 21 - 331, Beilage 483 und Zahl 21 - 332, Beilage 484,

habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Des Weiteren möchte ich bekannt geben, dass Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel die an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtete mündliche Anfrage Nr. 63 am 1. Juli 2016 zurückgezogen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da der selbständige Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly nicht gehörig unterstützt ist, werde ich gemäß § 22 Abs. 2 GeOLT die Unterstützungsfrage stellen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den selbständigen Antrag Zahl 21 - 321, Beilage 473, betreffend „Einberufung eines Runden Tisches betreffend Änderung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes – Bgld. MSG“ unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – *(Abg. Manfred Kölly zu den Abgeordneten der SPÖ und FPÖ: Was ist mit Euch, Burschen?)*

Der selbständige Antrag ist gehörig unterstützt, sodass ich ihn dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss zuweise.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 18 Minuten - mit dem Aufruf der ersten Anfrage.

Die erste Anfrage ist von Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut Referatseinteilung sind Sie für Angelegenheiten des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel und damit für die Kontrolle zuständig und auch verantwortlich. Gleichzeitig sind Sie Mitglied des Vorstandes des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel und üben damit operative Geschäfte aus. Der Grundsatz der Gewaltentrennung würde hier eine Trennung der Funktionen vorsehen.

Warum legen Sie Ihr Vorstandsmandat nicht wegen Befangenheit zurück?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich kann Ihnen versichern, dass wir diesen Sachverhalt natürlich bereits im Vorfeld, sprich bevor ich das Vorstandsmandat angenommen habe, rechtlich sehr gut überprüfen haben lassen. Das Ergebnis dieser rechtlichen Prüfung möchte ich Ihnen natürlich sehr gerne mitteilen und auch auf einzelne Paragraphen des Nationalpark-Gesetzes vielleicht an dieser Stelle kurz eingehen.

Gemäß § 15 Abs. 3 Ziffer 1 - 12 des Nationalpark-Gesetzes hat der Vorstand des Nationalparks vielfältige Aufgaben wahrzunehmen. Es sind insgesamt hier 12 Aufgaben aufgezählt, ich möchte jetzt nicht auf jede einzelne dieser Aufgaben im Detail eingehen,

es sind im Wesentlichen aber Vorstandsaufgaben wie sie auch in anderen Organisationen beziehungsweise Vereinen üblich sind, beispielsweise die Beschlussfassung über den Voranschlag, Aufnahme von Personal, et cetera.

Des Weiteren ist im § 21 Abs. 1 des Gesetzes geregelt, welche Vorstandsbeschlüsse einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen, beispielsweise der Rechnungsabschluss oder die Verwertung von Grundstücken.

Die Aufsichtsbehörde darf die Genehmigung unter gewissen Voraussetzungen untersagen, das wäre beispielsweise wenn die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit verletzt werden, die Maßnahmen den finanziellen Möglichkeiten des Nationalparks widersprechen, die budgetmäßige Vorsorge nicht gegeben ist, oder aber die Bestimmungen dieses Gesetzes verletzt werden.

Und gemäß § 32 des Nationalpark-Gesetzes ist die Landesregierung - und das ist der entscheidende Punkt - Aufsichtsbehörde über die Nationalparkgesellschaft Neusiedler See-Seewinkel.

Kommen wir also zum Punkt. Ich bin also ressortmäßig für die Nationalparkgesellschaft Neusiedler See-Seewinkel zuständig, Aufsichtsbehörde und damit für die Genehmigung dieser Beschlüsse nach § 21 Abs. 1 ist jedoch die Landesregierung als Kollegialorgan.

Diese rechtliche Stellungnahme die wir in Auftrag gegeben haben, hat also ganz klar ergeben, dass sich ein generelles Verbot meiner Bestellung als Vorstandsmitglied hier nicht ableiten lässt. Ich werde mich allenfalls bei Beschlüssen des Vorstandes betreffend, aufsichtsbehördlich genehmigungspflichtiger Beschlüsse, meinem Stimmrecht enthalten.

Herr Abgeordneter, ich hoffe ich konnte damit Ihre Bedenken aus dem Weg räumen, wir passen schon auf eine gesetzeskonforme Umsetzung der Beschlüsse im Vorstand auf. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitteschön.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In den Vorgängerregierungen war es immer eine Selbstverständlichkeit, dass das fachlich zuständige Regierungsmitglied nicht im Vorstand des Nationalparks vertreten war.

Ich erinnere, der Erste war der Landesrat Eduard Ehrenhöfler, war Vorstandsmitglied - Regierungsmitglied Paul Rittsteuer war in der Landesregierung fachlich zuständiges Regierungsmitglied. Als Rittsteuer in den Vorstand berufen wurde war es für die damalige Landesregierung eine Selbstverständlichkeit, dass die Ressortzuständigkeit von Rittsteuer damals zur Landesrätin Resetar wanderte.

Sehen Sie für sich wirklich nicht diese Unvereinbarkeit?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nur weil es in der Vergangenheit so üblich war, heißt es nicht, dass das auch richtig war.

Ich persönlich muss sagen, dass es gerade deswegen, weil ich für den Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel als Regierungsmitglied zuständig bin, meine Aufgabe sein sollte, mir auch vor Ort ein Bild über die Vorgänge im Vorstand zu machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitteschön.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Die Auslegung dieser Rechtsauskunft ist natürlich Ihre Sache Frau Landesrätin, das nehme ich zur Kenntnis.

Derzeit laufen Verhandlungen, wenn Sie verantwortlich sind, dass der Nationalpark um 140 Hektar auf Illmitzer Hotter erweitert werden soll. Diese geplante Erweiterung würde zu einer Abrundung und zu einem Lückenschluss führen.

Wie werden Sie sich für diese Erweiterung einsetzen, damit der Nationalpark noch attraktiver wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist natürlich, wie alle Beschlüsse, eine Vorstandsangelegenheit. Das heißt, das kann nicht ich alleine entscheiden, das wird der Vorstand als Kollegialorgan des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel entscheiden.

Natürlich muss man hier auch die Gesichtspunkte und den Ansatzpunkt des Bundes hier mit in Betracht ziehen, denn der Bund ist immerhin zur Hälfte Finanzier des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel. Wie Sie bereits erwähnt haben laufen die Verhandlungen mit der IG Illmitz, mit den Grundeigentümern.

Über diese Erweiterung, und wie gesagt wir sind mit dem Bund in Verhandlungen, ob der Bund auch hier bereit ist, diese 50-prozentige Finanzierung, vor allem auch in welchem Ausmaß und vor allem zu welchen Bedingungen, zu akzeptieren. Das ist gerade am Laufen und der Vorstand wird dann als Kollegialorgan eine Entscheidung treffen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Ulram.

Bitteschön Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Ein Teil des Nationalparks steht im Eigentum der Esterhazy Privatstiftung.

Wie sehen Sie die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der Esterhazy-Gruppe?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bis jetzt hat es in meiner persönlichen Zuständigkeit noch keine Reibungspunkte *(Abg. Manfred Kölly: Aber mit dem Bieler.)* mit der Esterhazy Privatgruppe gegeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Der Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel sorgt ja bekanntlich dafür, dass einzigartige Landschaften und Lebensräume für seltene, charakteristische und bedrohte Tier- und Pflanzenarten dauerhaft erhalten bleiben.

Welche Zusammenhänge gilt es zwischen dem Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel und Arbeitsmarkt und Wirtschaft zu berücksichtigen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Neben den direkt im Nationalpark beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sind 28 Vollzeit- und zwei Teilzeitbeschäftigte, 35 freie Mitarbeiter, drei Praktikanten und Praktikantinnen, zirka 12 Experten die mit Forschungs- und Monitoringprojekten betraut sind, sind hier auch indirekte Beschäftigungsverhältnisse natürlich vorhanden. Beispielsweise sind ungefähr 50 landwirtschaftliche Familienbetriebe, die direkt in das Flächenmanagement des Nationalparks eingebunden sind, vorhanden.

Zirka 300 Tourismusbetriebe mit engem Bezug zum Besucherangebot des Nationalparks profitieren hier durch den Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel genauso, wie zirka 60 Betriebe mit engem Bezug zur Nationalparkverwaltung und dessen Besucher-Infrastruktur, beispielsweise im Baugewerbe, im Transportgewerbe, im Landmaschinenhandel.

Ich glaube, die Effekte für die regionale Wirtschaft rund um den Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel sind auch nicht zu vernachlässigen.

Und was auch noch dazu kommt, das Jahresbudget des Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel beträgt rund 5,8 Millionen Euro, wovon zirka in Form von Entschädigungszahlungen an die rund 1.200 Grundeigentümer 55 Prozent des Gesamtbudgets aufgewendet werden, wo an Löhnen und Gehältern, sowie für das Flächenmanagement, wirklich der überwiegende Anteil hier in der engeren Region bleibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl an Frau Landesrätin Mag.a. Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Klaudie Friedl um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die 2015 beschlossene Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung – kurz: „VRV“ genannt, bringt natürlich auch große Herausforderungen für all unsere burgenländischen Gemeinden.

Welche Maßnahmen zur Umsetzung dieser neuen Verordnung wurden von Ihnen bereits gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Eingangs möchte ich betonen, dass die ganze Landesregierung diesem Projekt "VRV-Neu" wirklich sehr positiv gegenübersteht. Natürlich einerseits weil diese Haushaltsreform die Grundlage für eine zukünftige moderne Verwaltung darstellt und andererseits dann natürlich auch mehr Transparenz für unsere ländlichen Strukturen damit gewährleistet ist.

Natürlich ist uns bewusst, dass diese Umstellung auf allen Ebenen, in den Gemeinden aber auch im Land natürlich große Herausforderungen mit sich bringt und hier noch viel Arbeit vor uns liegt.

Lassen Sie mich vielleicht bitte kurz zusammenfassen, worum es in der "VRV 2015" eigentlich geht: Diese VRV ist Ende 2015 vom Bund beschlossen worden und regelt in erster Linie die Form und die Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder und in weiterer Folge auch der Gemeinden.

Im Unterschied zum alten System der Kameralistik basiert dieses neue System der VRV auf einer 3-Komponenten-Rechnung, nämlich dem Ergebnishaushalt, dem Vermögenshaushalt und dem Finanzierungshaushalt, wobei der Ergebnishaushalt grundsätzlich mit einer Gewinn- und Verlustrechnung vergleichbar ist, der Vermögenshaushalt mit einer Bilanz und der Finanzierungshaushalt mit einer Cash-Flow-Rechnung.

Wenn man sich aber dieses neue Regelwerk nun etwas genauer ansieht, dann wird man feststellen, dass die VRV-Neu gewisse Spielräume offen lässt, beziehungsweise wirklich nur die Form der Darstellung im groben Rahmen regelt.

Das heißt, es fehlen beispielsweise klare Bestimmungen zur Vermögensbewertung, was wieder für die Eröffnungsbilanz natürlich von großer Bedeutung ist. Was auch nicht geregelt ist, ist welche politischen Steuerungselemente hier weiterhin noch zur Verfügung stehen sollen.

Und damit wir jetzt all diese Fragen bestmöglich aufarbeiten können, haben wir einen groben Projektzeitplan aufgestellt, seitens der Abteilung 2 – Gemeinden. Am 21. Juni hat hier eine erste Kick-off-Veranstaltung in der Landesregierung stattgefunden in größerer Runde, wo wir diesen Projektzeitplan bereits präsentiert und auch diskutiert haben.

Mitglieder dieser Kick-off-Veranstaltung waren Experten einerseits natürlich auch der Fachabteilung, engagierte Amtsleiter die ihre Mitarbeit angeboten haben, Vertreter der Gemeindevertreterverbände, Steuerexperten, IT-Experten und aus diesem Pool an Projektmitarbeitern wird, neben verschiedenen Kernteams, auch ein Lenkungsausschuss gebildet werden. Ziel dieser Projektteams soll dann sein, zu einzelnen Schwerpunkten fachliche Vorarbeiten zu leisten und auch Empfehlungen zur Umsetzung dann abzugeben.

Eine der größten Herausforderungen wird in diesem Zusammenhang wahrscheinlich die Vermögensbewertung sein. Das wird auch das sein, was uns die nächsten sechs bis neun Monate in erster Linie beschäftigen wird. Das ist natürlich für die Eröffnungsbilanz und auch für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von großer Bedeutung.

Unser Zugang seitens der Landesregierung ist, dass wir ein möglichst einheitliches System hier schaffen und möglichst einheitliche Vermögensbewertungsrichtlinien schaffen, auch in Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Vor allem eine realistische Bewertung ist uns ein sehr großes Anliegen, also keine zu positive noch zu negative Bewertung, weil das dann wieder negative Auswirkungen auf die Abschreibungen in weiterer Folge hat.

Eine eigene Arbeitsgruppe wird sich beispielsweise auch mit EDV-Angelegenheiten beschäftigen, eine weitere mit Schulungsmaßnahmen. Man sieht, es liegen hier viele Herausforderungen vor uns. Das wird uns die nächsten Jahre beschäftigen, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir hier gut gemeinsam diesen Weg gehen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Bereits jetzt sind ja verschiedenste Anbieter von Kommunalsoftware im Burgenland sehr aktiv unterwegs, um im Hinblick auf die VRV-Neu natürlich ihre jeweiligen Lösungen zu verkaufen.

Haben Sie dabei einen Tipp, worauf man achten sollte?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete! Wir haben bereits mit allen vier im Burgenland vertretenen Anbietern erste Gespräche geführt. Was ich hier aber besonders betonen möchte *(Abg. Manfred Kölly: Gemeinsam ausschreiben!)* ist, dass wir hier seitens der Landesregierung keine Kaufempfehlung herausgeben werden.

Wir berücksichtigen hier selbstverständlich die Gemeindeautonomie, das heißt, das liegt bei den Gemeinden für welchen Softwareanbieter sie sich letztendlich entscheiden. Allerdings werden wir hier natürlich sehr gerne beratend zur Seite stehen, falls dies gewünscht ist. Genauso ist uns wichtig, dass wir diese Gelegenheit auch nutzen, um hier die Schnittstellen zwischen Gemeinden und Land möglichst zu optimieren, um hier Synergien zu nutzen.

Mein Tipp allgemein ist, dass sich die Gemeinden hier nicht allzu sehr unter Druck setzen lassen sollen von den Softwareanbietern. Das Paket mit der VRV ist vielleicht ein Teil in diesem ganzen System, aber es gibt, glaube ich, auch noch viele andere Anwendungen die man sich in diesem Zusammenhang seitens der Gemeinde anschauen soll. Also bitte nicht zu sehr unter Druck setzen lassen und sich wirklich Zeit nehmen für die Entscheidung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Frau Abgeordnete, bitteschön.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Ja, zum Thema Zeitnehmen habe ich noch eine Zusatzfrage: Ab wann ist dann aus heutiger Sicht mit dieser verpflichtenden Anwendung der VRV-Neu im Burgenland zu rechnen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete! Grundsätzlich gilt, dass diese Regelungen für die Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern spätestens ab dem Finanzjahr 2019 beziehungsweise mit Gemeinden unter 10.000 Einwohnern spätestens ab dem Finanzjahr 2020 anzuwenden sein werden. Aus jetziger Sicht, und das haben wir auch in der Projektgruppe am 21. Juni so diskutiert und uns darauf auch geeinigt, werden alle Gemeinden im Burgenland bereits ab 2019 verpflichtet sein, die neue VRV anzuwenden.

Da eben in den letzten Monaten und auch im Vorjahr bereits erste Vorarbeiten geleistet worden sind, ist das, meiner Meinung nach, auch ein realistischer Zeitplan. Wie ich auch vorhin schon erwähnt habe, die nächsten sechs bis neun Monate werden wir uns vor allem mit der Vermögensbewertung beschäftigen, damit dann auch schon Beginn 2017 erste Schulungen in diesen Bereichen angeboten werden müssen. Was in diesem Zusammenhang natürlich auch wichtig ist, dass man die Gemeindebediensteten nicht überfordert, indem man vielleicht zu früh startet. Das ist auch ein Punkt, auf den wir natürlich großen Wert legen. Das heißt meine Antwort: Aus jetziger Sicht wird mit 1.1.2019 die VRV in den Gemeinden starten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Salamon. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Frau Landesrätin, Sie haben eingangs erwähnt, dass die VRV-Neu zwar Form und Gliederung einzelner Bereiche regelt, allerdings Steuerungselemente nicht definiert. Was bedeutet das für die Kommunalpolitiker?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete! Das ist richtig, generell regelt die VRV nur die Form und die Gliederung des Kontenplans des Vermögenshaushalts, welche Abschreibungsdauer beispielsweise anzuwenden ist. Aber klassische und wichtige Steuerungselemente, wie sie in der Gemeindeordnung beispielsweise zur Anwendung kommen, die kommen hier nicht vor.

Ich denke da beispielsweise an die Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich der Bürgermeisterin beziehungsweise des Bürgermeisters nach § 25 der Gemeindeordnung, wonach zum Beispiel der Erwerb und die Veräußerung von beweglichen Sachen im Rahmen des Voranschlages bis zu einem Betrag von 0,5 Prozent der Einnahmen des ordentlichen Voranschlages möglich sind. Für solche Dinge, die auch in der Gemeindeordnung festgelegt sind, gibt die VRV keine Vorgaben. Das wird man sich beispielsweise mitüberlegen müssen.

Genauso ob die Ausnützung eines Kassenkredites nach § 74 bis zu einem Sechstel der ordentlichen Einnahmen in dieser Art und Weise fortgeführt werden kann. Also nach der Umstellung gibt es auch zum Beispiel keinen außerordentlichen und ordentlichen Haushalt mehr. Diese Unterscheidung wird dann wegfallen.

Genau in diese Richtung soll es dann gehen, dass wir uns hier gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit den Gemeindebediensteten überlegen, welche dieser Steuerungselemente, die auch in der Gemeindeordnung vorgesehen sind, hier nach wie vor bestehen bleiben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Frau Landesrätin! Die Umstellung auf die VRV wird den Gemeinden viel Geld kosten, vor allem hinsichtlich der IT-Umstellung.

In welchem Ausmaß können Sie sich vorstellen die Gemeinden in finanzieller, organisatorischer und auch personeller Hinsicht zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist uns natürlich bewusst. Auf der anderen Seite ist es in sehr vielen Gemeinden ohnehin notwendig, dass sie die IT umstellen, das heißt, es kommt nicht unbedingt in jeder Gemeinde zu erheblichen Zusatzkosten allein durch die VRV. Wir werden natürlich hier in jeglicher Hinsicht unterstützend zur Hand gehen. Wir werden natürlich beratend zur Seite stehen.

Genauso werden wir ein umfassendes Schulungsprogramm erarbeiten gemeinsam mit Vertretern des Gemeindevertreterverbandes, des Gemeindebundes, mit Amtsleitern, Bürgermeistern, die uns hier auch beratend zur Seite stehen werden. Also wir werden hier sicherlich ein umfassendes Konzept vorlegen, um die Gemeinden bestmöglich bei dieser Umstellung unterstützen zu können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die dritte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Sodl an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Sodl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Welche Initiativen zur Entwicklung des ländlichen Raumes haben Sie in Ihrem ersten Jahr als Agrarlandesrätin gestartet?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung! Hoher Landtag! Liebe ZuseherInnen, Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Frau Landesrätin hat dem Herrn Präsidenten vorher einer klare Antwort gegeben auf die Frage, warum es nicht mehr so gut ist, dass alles so bleibt wie es einmal war. Es ist gut, dass nicht alles so bleibt wie es einmal war.

Ich habe daher 371 Tage sehr voll gefüllte Tagespläne erlebt, aber habe auch gerade in diesem Jahr sehr, sehr vieles für die Menschen, um die es uns letztendlich geht, weiter bewegen können. Gutes, und das habe ich von Anfang an betont, Gutes, Bewährtes fortführen, aber gerade in der Erzeugung von Wein, Gemüse, Obst, landwirtschaftlichen Erzeugnissen letztendlich unserer Nahrungsmittel ist es wichtig, auch neue und innovative Wege zu gehen.

Daher habe ich, und das bin ich immer wieder gefragt worden, auch anlässlich diesen Montag, anlässlich der Jahresbilanzpressekonferenz als Agrarlandesrätin: Wie geht es Ihnen denn so mit manchen Skeptikern? Gibt es die noch? War eine Frage und ich habe gesagt: Wissen Sie, es hat einige wenige gegeben die versucht haben, die Skepsis sehr hoch zu halten *(Abg. Gerhard Steier: Der Temmel ist gar nicht da!)* und es sind wenig übergeblieben.

Herr Abgeordneter, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Aussage. *(Abg. Ilse Benkö: Der ist schon krank! – Abg. Manfred Kölly: Der sucht schon den Uhudler!)* Ich konnte dort klar sagen, dass es jenen, die die Skepsis hoch halten wollten, wenig gelungen ist und nur einige wenige Unbelehrbare über geblieben sind, die den Eindruck erwecken wollen auch heute nach einem Jahr - die kann nix, die versteht nix und überhaupt es ist alles falsch was sie macht.

Danke vor allem auch jenen Abgeordneten, die sich gerade jetzt zu Wort gemeldet haben, dass das nicht so ist. Ich bedanke mich für diesen gemeinsamen Weg. Letztendlich geht es ja um einen gemeinsamen Weg.

Es wird mir in diesen wenigen Minuten natürlich nur eine Aufzählung einiger großer Überschriften möglich sein. Aber keine Details. Gerne stelle ich die Presseunterlagen zur Verfügung, die ich am Montag natürlich ausführlicher präsentieren konnte. Jeder oder Jede die interessiert ist, damit hier auch klar ist, was in diesem Jahr passiert ist. Daher erstens: Es war ganz, ganz wichtig, das erleben wir jeden Tag, dass die Landwirtschaft, Obst-, Gemüse-, Weinproduzenten und so weiter, unter freiem Himmel produzieren.

Was natürlich bedeutet, dass sie absolut ungeschützt von Wetterkapriolen sind. Allein die letzten Tage und die letzten Monate waren unglaublich schwierig und hart für diese große aber sehr, sehr wichtige Branche. Das Wichtigste war daher - und ich bedanke mich hier wirklich ausdrücklich auch beim Bund, beim Bundeskanzler, beim Vizekanzler aber auch bei den zuständigen Regierungsmitgliedern - aber auch hier auf der Ebene beim Landeshauptmann und beim Landesrat Bieler als Finanzlandesrat, weil wir natürlich auch hier als Land überall kofinanzieren müssen.

Aber, meine Damen und Herren, es ist uns gelungen zum ersten Mal österreichweit für jedes Bundesland hier ein umfassendes Netz, ein umfassendes Hilfspaket für die

erzeugenden Produzenten am Tisch zu legen, wo jetzt fast alle Unwetterkapriolen abgedeckt sind durch Versicherungsvarianten wo, und das sage ich auch gleich, jeder Steuerzahler mitzahlt, denn 50 Prozent all dieser Versicherungsleistungen im Hagel, das hat es ja schon gegeben, jetzt auch im Frostbereich bei Unwetterschäden, wie viel zu viel Wasser oder Dürre gerade vor einem Jahr, schauen wir einmal was jetzt noch kommt, oder eben in den letzten Tagen wieder Hagel.

Da heißt es 50 Prozent für den Steuerzahler mitzuzahlen. Der Weg ist aber wichtig, weil wir sonst nicht nur von regionalen Produkten reden können, sondern weil wir sie dann einfach als Lebensmittel nicht mehr haben, wenn unsere Produzenten im Land aufhören zu produzieren. Das Zweite war natürlich, ob es jetzt Stare-Vertreibung ist, Pflanzenschutzgesetz, haben Sie alle einstimmig mitbeschlossen. Der Uhudler ist schon gekommen, neues Bundes- und Weingesetz, keine Frage, dass das für mich als Südburgenländerin wichtig war oder wir werden heute, das haben Sie schon gehört, das neue Buschenschankgesetz am Tisch haben oder ich schaffe zur Zeit eine regionale Datenbankgeschichte.

Das bedeutet, zum ersten Mal werden alle landeseigenen Beteiligungen hier mit regionalen Erzeugern zusammen kommen.

Präsident Christian Illedits: Frau Landesrätin, bitte Ihren Schlusssatz.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Herzlichen Dank Herr Präsident, den letzten Satz. Das bedeutet, viele junge Menschen durch sehr viele Förderungen für die Landwirtschaft und für die neue Welt wieder zu begeistern. Das ist wichtig. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Dankeschön. Wie sehen Sie die Wichtigkeit regionaler Produkte im Burgenland im Kontext der aktuellen Agrarmarktsituation?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ich habe vorher schon gesagt, dass es ganz, ganz wichtig ist, dass wir eben auf diese regionalen Produkte nicht verzichten können. Ein Beispiel, das sehr stark jetzt zurzeit diskutiert wird, zeigt TTIP. Wir haben es gemeinsam geschafft - natürlich hat auch der amerikanische Bundespräsidenten-Wahlkampf damit zu tun, dass wir heuer zumindest nach inoffiziellen Aussagen nicht mehr mit TTIP rechnen müssen.

Aber auch hier darf ich diese Fragestunde, weil es um regionale Produkte geht, dazu nützen, Sie herzlich einzuladen, aus dem niederösterreichischen Landtag auch hier diese regionale Versorgung abzusichern, indem Sie durch Ihre Unterschrift auf Ihrem jeweiligen Gemeindeamt sicher sein können, dass hier ein Volksbegehren, wenn die notwendigen Unterschriften zusammen kommen, auch gestartet wird, das ich sehr stark als Agrar- aber auch als Konsumentenschutzlandesrätin unterstütze, weil es wichtig ist für unsere regionalen Produkte, denn wir reden immer von Lebensmitteln die eigentlich Heilmittel sein sollten, die uns ja nicht krank machen sollen, sondern der Gesundheit zugutekommen sollten.

Das bedeutet, dass wir sie auch brauchen. Wir verzichten in jeder Weise natürlich auf hormon- bzw. gentechnikbehandelte Lebensmittel. Die haben wir hier im Burgenland Gott sei Dank nicht, aber das sollte auch so bleiben. Ganz wichtig sind natürlich regionale Netzwerke. Was ich immer wieder merke ist, beim Masterplan habe ich das sehr oft auch

gehört, dass wir kleine Strukturen in den produzierenden Betrieben hoch halten müssen, vernetzen müssen.

Daher zusammengefasst: Die Regionalität ist wichtig, ist für uns alle wichtig, damit wir in Zukunft auch gesunde Lebensmittel zu uns nehmen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Sie haben den Masterplan angesprochen. Können Sie uns den Masterplan „Land und Leben“, den Sie mit Ihrem Amtsantritt im Juli 2015 als eines der Vorzeigeprojekte beschrieben haben, nun ein Jahr danach näher erläutern?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herzlichen Dank für die Frage. Den Masterplan, den haben Sie alle - und ich bedanke mich da wirklich gleich eingangs bei vielen Abgeordneten, die zu diesen Masterplan-Veranstaltungen gekommen sind - ja alle mitbegleitet. Gerade vor einem Jahr habe ich ganz klar gesagt, nicht ich bilde mir ein alles zu wissen, im Gegenteil ich möchte hier mit Expertinnen und Experten ins Gespräch kommen, ich möchte aus all diesen produzierenden Branchen von den Winzerinnen und Winzern eben bis zu allen regionalen Erzeugern, Direktvermarktern und so weiter, aber auch mit unseren 13 Genussregionen, mit den Schmankerlwirten und, und, und ins Gespräch kommen.

Das habe ich mit dem Masterplan getan. Das war sehr, sehr, sehr wichtig. Ich durfte gerade diese Woche auch im Rahmen der Regierungssitzung all meinen Kolleginnen und Kollegen, dem Landeshauptmann an der Spitze, den Masterplan und die Ergebnisse überreichen, weil es wichtig war, weil es sehr, sehr viele Projekte gegeben hat, nämlich ganz konkret 60 Projekte in sieben Workshops, Bezirksworkshops, und einem zusätzlichen Workshop für Frauen, weil da viele Projekte drinnen sind, die auch meine Regierungskollegen und Regierungskolleginnen betreffen. Und wo ich das weiter gegeben habe, weil das natürlich auch Steuermittel in Anspruch genommen hat. Regionale Bezirksergebnisse waren ganz verschieden, meine Damen und Herren.

Das wird Sie nicht wundern. Sie alle kommen aus verschiedenen Bezirken, leben in verschiedenen Welten. Herr Präsident, zuletzt den Schlusssatz einleitend, meine Masterplan-Ergebnisse stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung. *(Landesrätin Verena Dunst zeigt eine Grafik)* Ich habe hier auch die Bezirke zusammengefasst. Die Projekte. Es tut uns allen gut, wenn wir das eine oder andere Projekt auch umsetzen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Zunächst möchte ich auch der Bundesregierung danke sagen. Sie haben das ja angesprochen, dass es eine gute Zusammenarbeit gibt. Die Bundesregierung hat erst vor kurzem ein 170 Millionen-Paket beschlossen. Damit wird den heimischen Bäuerinnen und Bauern mit Sicherheit auch geholfen. Da lohnt sich wieder, weil wer rasch hilft, hilft mit Sicherheit auch doppelt.

Das ist mit Sicherheit der Verhandlungserfolg des Vizekanzlers Reinhold Mitterlehner, es ist Rupprechter und dem Bauernbund-Präsident Jakob Auer zu

verdanken. Es ist mit Sicherheit auch eine große Erleichterung für die österreichische Landwirtschaft.

Österreich hat einen von der EU genehmigten Masterplan. Maßgeblich daran beteiligt sind die ÖVP und der Bauernbund. Sie haben Ihren Masterplan schon angesprochen, es dürfte sich aber noch um einen Geheim-Masterplan handeln, der nur der Regierung vorgestellt wurde. Aber ich hoffe, dass er irgendwann auch der Öffentlichkeit einmal zugänglich wird.

Präsident Christian Illedits: Bitte Ihre Frage!

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Welche konkreten Maßnahmen und Verbesserungen gibt es für die Bäuerinnen und Bauern in Ihrem Masterplan?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Um es klar zu stellen. Bei der letzten LAG vor einigen Wochen haben wir bereits diesen Beschluss, der noch nicht im Parlament und nirgendwo von einem Ministerrat beschlossen wurde, einstimmig schon besprochen. Da hat übrigens der Bauernbund noch gar nicht gewusst, um was es geht. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Aber macht nichts. Der Herr Minister Rupprechter ist in täglichen Gesprächen mit mir, weil er natürlich auch versucht, weil er weiß, dass er ohne… *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Konkrete Verbesserungen! – Abg. Manfred Kölly: Da bahnt sich irgendetwas an, da ist etwas im Busch!)*

Ist einfach so. Es hilft nichts. Es ist einfach so. Das heißt, die Versuche seitens des Bauernbundes noch alles am Leben zu erhalten sind redlich, aber meistens leider nicht die Realität. Bedeutet ganz konkret. Erstens, dass wir bei der LAG das alles bereits besprochen haben, was an diesem Dienstag im Ministerrat beschlossen wurde.

Zweitens. Ich bin natürlich im ständigen Gespräch als Agrarlandesrätin *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Konkrete Verbesserungen für die Bauern! Ich habe keine einzige Verbesserung gesehen!)* mit dem Herrn Minister Rupprechter, der mich dann am Montag auch vor dem Ministerrat natürlich noch um Unterstützung gebeten hat. Ich freue mich sehr, dass wir jetzt den bäuerlichen Produzenten egal in welcher Weise helfen haben können. Auch da braucht es natürlich alle Parteien, damit dieses Geld auch aufgestellt wird.

Der Fahrplan ist klar. Masterplan, ob der so geheimnisvoll ist, da bitte ich Sie die letzten Monate Revue passieren zu lassen. Leider haben Sie zum Unterschied von allen anderen Kolleginnen und Kollegen im Landtag, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Eine konkrete Verbesserung für die Bauern, das war die einzige Frage!)* das nicht mitbegleitet. Schauen Sie bitte hinein. Vom ersten Tag an habe ich Sie eingeladen unter www.landundleben.at sich zu beteiligen, Ihre Meinung zu schreiben.

Ich habe das auch allen Landwirtinnen und Landwirten zur Verfügung gestellt. Ich habe hunderte Rückfragen bekommen *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe noch keine einzige Verbesserung gesehen!)* und ganz konkret gibt es dort 14 Projekte. Aber ich werde sie eines nach dem anderen vorstellen. *(Abg. Manfred Kölly: Setzt Euch Ihr zwei einmal zusammen!)* Dann werden Sie leider wieder etwas blass und werden mich beschimpfen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Frau Landesrätin, Sie haben schon sehr vieles erwähnt vom Masterplan, vom wichtigen Vorzeigeprojekt. *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Frau Landesrätin, welche Schritte haben Sie eben umgesetzt, zum Bespiel im Rahmen der Dorferneuerung, die Mobilität im ländlichen Raum zu erhöhen? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was hat das mit den Bauern zu tun!)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Masterplan ist natürlich auch wichtig, ich habe das vorher auch ganz klar gesagt, die ländliche Entwicklung inklusive natürlich der Dorferneuerung. Das kann man ja auch nicht trennen mit der Landwirtschaft, mit der Forstwirtschaft, mit all den Dingen.

Wir haben ja auch viele Diskussionen gerade zum neuen Jagdgesetz. Das bedeutet, dass natürlich gerade auch im Rahmen des Masterplanes sehr viel in diesem Masterplan von den Bezirken gekommen ist, und ich kann Ihnen das gerne zeigen. Das wissen wir ja. Wir leben ja alle, wie gesagt, in der realen Welt. Dass natürlich das Thema, wie öffentlicher Verkehr und Mikro-ÖV-Systeme immer wieder kam, vor allem natürlich in den südburgenländischen Gemeinden, aber auch genauso in der mittelburgenländischen Gemeinschaft, im mittelburgenländischen, zentralburgenländischen Bezirk.

Das bedeutet, dass hier der öffentliche Verkehr und Mikro-ÖV-Systeme immer wieder ein Thema waren. Das Letzte, das wir gemeinsam, der Landeshauptmann und ich, mit der Dorferneuerung unterstützen haben können. Wir haben auch sehr viele positive Rückmeldungen bekommen, sodass wir gemeinsam mit der Burgenland-Energie hier eine sehr gute Möglichkeit haben. Und an verschiedenen Standorten mittels erneuerbarer Energie, worüber auch meine Kollegin natürlich bestens informiert und mit an Bord ist.

Dass wir dort ein Carsharing-System anbieten finde ich sehr, sehr gut und innovativ. Gerne berichte ich Ihnen weiter, wenn wir hier nach einem halben Jahr schauen, wie das angenommen wird in diesen ausgewählten Gemeinden. Also die Gemeinden haben mit Gemeinderatsbeschluss gesagt, Ja, wir wollen. Wir wollen uns da beteiligen. Das geht vom Norden bis in den Süden, für Menschen die kein Auto haben, die kein Auto haben wollen.

Die sich auch des öffentlichen Verkehrs bedienen. *(Abg. Markus Ulram: Carsharing gibt es schon seit zwei Jahren!)* Und schauen wir einmal, ich glaube ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung für Mikro-ÖV-Systeme ein Carsharing-System, von dem ich schon lange rede, zu machen. Masterplan hat es vorgesehen. Und das wird auch hier schon realisiert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Rosner an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Rosner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Rechnungshofbericht zu den Qualitätssicherungs-Maßnahmen in der Patientenbehandlung in burgenländischen Krankenanstalten wurden Mängel festgestellt und Empfehlungen ausgesprochen, die im Interesse der betroffenen Patienten, Ärzte und Pflegekräfte raschest umgesetzt werden sollten.

Welche dieser Empfehlungen wurden bisher umgesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte zwei Sachen vorwegschicken. Das ist ein Bericht der das Jahr 2014 spätestens betrifft. Also vor meiner Amtszeit war. Aber ich sage auch als zweiten Punkt dazu, jede Empfehlung des Rechnungshofes ist eine gute und, ich meine, ich war sechs Jahre Verteidigungsminister, mit allen Empfehlungen war ich nicht immer einverstanden. Aber es ist eine ganz wichtige Kontrolleinrichtung insgesamt in der Republik Österreich, neben dem Landes-Rechnungshof, den wir ja auch haben.

Also ich kann Ihnen nur sagen, wir sind bemüht, alle Empfehlungen des Bundes-Rechnungshofes in diesem Fall umzusetzen. Aber ich möchte auch eine persönliche Anmerkung noch am Beginn hinstellen. Ich hätte mir gewünscht, dass Bundes-Rechnungshofberichte in meiner Funktion als Bundesverteidigungsminister auch so positiv ausgefallen sind. Weil es ist ein positiver Bericht. Mit einigen Anmerkungen. Auf Ihre Frage zurückkommend. Wir werden diese Empfehlungen des Rechnungshofes zu 100 Prozent umsetzen.

Wir haben in einigen Bereichen, das ist sehr technisch, was die Implementierung von Fehlermeldesystemen sowie die Frage der Infraktionsüberwachung hier auch registriert. Wir setzen das auch um. Ich möchte nur kurz auch dazu sagen, dass wir in sehr vielen Bereichen mehr umgesetzt haben, als der Rechnungshof vorschlägt.

Beispielweise haben wir unter meiner Ressortführung in den Bereichen Anästhesie, Intensivmedizin, Chirurgie, Innere Medizin, Orthopädie, Gynäkologie, Radiologie, Kinderheilkunde, Augenneurologie, Psychiatrie, Hals-, Nasen- Ohrenarzt, sowie auch die Frage der Turnusärzte, es geschafft, dass wir 57 Ärzte jetzt im Burgenland mehr haben als vor einem Jahr.

57 Ärzte mehr, damit wird die vertikale Qualität erhöht. Damit wird auch das, was wir immer gesagt haben, nämlich, dass wir diese fünf Krankenhäuser nicht nur erhalten wollen, sondern mit neuen Qualitätskriterien ausstatten wollen, auch sozusagen mit Leben erfüllt.

Ich möchte nicht ohne Stolz darauf hinweisen, dass wir diesen Spitälern damit auch ein neues Leben eingehaucht haben. Und dass wir auch eine überdurchschnittlich hohe Zufriedenheit in den Spitälern sehen, was der neue Gesundheitsparameter auch zeigt, mit einer Zufriedenheit von über 80 Prozent.

Einen ganz besonderen Bereich möchte ich noch herausgreifen. Das betrifft ja auch Sie, in Ihrer Funktion als Bürgermeister. Wir haben die MRT-Untersuchung so flexibel gestaltet, dass wir unter der Woche länger MRT anbieten können, am Wochenende anbieten können. Dass das einen Effekt hat, der einen Anzieheffekt von anderen Bundesländern auch hat, das war nicht geplant. Aber das zeigt ja, dass die Qualität hier vorhanden ist. Das zeigt vor allem, dass die Gesundheitspolitik im Burgenland auch in der Lage ist, auf Herausforderungen zu reagieren und diese Herausforderungen im Sinne der Menschen auch zu bewältigen. Das ist schon etwas, um das uns andere Bundesländer beneiden.

Die Steiermark beispielsweise. Viele Menschen aus der Steiermark kommen jetzt ins Burgenland. Das sind zwei Bereiche, die auch zeigen, dass wir die Empfehlungen des Bundes-Rechnungshofes nicht nur ernst nehmen, sondern auch umsetzen und vielleicht auch noch darüber hinaus. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Laut Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2014, Internationales, Zahl 21 - 160, wurden noch nicht alle Missstände behoben.

Sie sagen richtig, es ist einiges wirklich Positive geschehen. Vor allem im Bereich der Hygiene. In den Gesundheitseinrichtungen gab es einige offene Empfehlungen durch den Rechnungshof.

Können Sie ausschließen, dass es durch verzögerte Umsetzung der Empfehlung im Hygienebereich zur Gefährdung von Patienten kommt, beziehungsweise bereits gekommen ist?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das kann ich ausschließen. Und das ist genau der Punkt, der als erster umgesetzt wurde. Auch vonseiten der KRAGES. Ich bin ja Eigentümervertreter und Aufsichtsratschef der KRAGES. Aber die KRAGES ist diese operative Einrichtung, die also auch umsetzen muss. Und das war der erste Punkt, den wir auch umgesetzt haben.

Ich kann das aus meiner Sicht ausschließen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Ja, sehr geehrter Herr Landesrat! In Österreich kommt es trotz vieler Maßnahmen jährlich zu rund 90.000 Spitalsinfektionen. 2.400 Patienten sterben an diesen Folgen.

Wie stehen Sie zum Vorschlag Infektionszahlen an den Spitälern zu veröffentlichen, als Anreiz zu Verbesserungen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Dazu stehe ich positiv. Das ist ja kein Problem. Wir sind ja alle auch Patientinnen und Patienten. Wir wissen genau, dass, wenn man eine Krankheit hat, diese Krankheit behandelt werden muss. Wenn man sich dann zusätzlich etwas „einhandelt“, unter Anführungszeichen, ist das nicht gut. Also insofern habe ich kein Problem damit, die familiengeforderte Sache hier auch anzusprechen.

Weil das auch ein Punkt ist, der dann für mehr Transparenz sorgt. Wir sind aber auch inhaltlich aufgerufen, das auch zu verhindern. Das können wir nur mit einer hohen Qualität unserer Spitäler. Und die, glaube ich, garantieren zu können. Ich hoffe, dass Sie das auch so sehen. Sie kennen das Krankenhaus Oberwart. Wir haben dort ein anderes Projekt momentan, ein sehr engagiertes Projekt laufen. Aber grundsätzlich ist es wichtig, dass wir diese Frage angesprochen haben, auch sehr transparent und offen ansprechen und lösen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ihre Antwort jetzt zur Frage der Veröffentlichung der Infektionszahl ist interessant. Da würde ich Sie dann noch bitten, dass Sie auf Bundesebene mit Nachdruck auch Ihre Kollegen davon überzeugen. In der Sozialdemokratie sieht man das nämlich noch anders, meines Wissens nach.

Ich möchte aber auf ein anderes Thema hinlenken. Sie haben am 20.6.2016 eine schriftliche Anfrage beantwortet, wo Sie sagen, dass die Implementierung eines regionalen Strukturplanes für Gesundheit bereits Ende 2016 erledigt sein soll und sich in Umsetzung befinden soll.

Die ganz konkrete Frage dazu: Wann werden Sie die Vertreter des Burgenländischen Landtages oder alle Landtagsparteien hier in diesen Strukturplan in die Vorbereitungen einbinden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir sind derzeit in der Endphase was die operative Frage dieses Strukturplanes betrifft. Dann werden wir diese Diskussion eröffnen. Wo natürlich alle Parteien, die im Landtag auch vertreten sind, auch eingeladen werden, sich dazu zu äußern.

Es ist eine sehr herausfordernde Aufgabe, sage ich ganz offen, weil es hier auch um Bettenzahlen geht, inhaltliche Ausrichtungen der Krankenhäuser.

Aber ich bin daran interessiert, dass ein möglichst breiter Konsens da ist, und deswegen werden wir auch dann die Landtagsparteien einladen, mit uns gemeinsam diesen vorentwickelten Plan der regionalen Sozial- und Gesundheitspolitik zu diskutieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich um Verlesung seiner Anfragen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie stehen Sie zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU im Hinblick auf die Situation am burgenländischen Arbeitsmarkt.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist eine ganz zentrale politische Frage, die wahrscheinlich den Rahmen einer Fragestunde sprengt, aber ich sage ganz offen, ich glaube, es ist wichtig, dass man diese Frage der Freizügigkeit diskutiert und nicht die Diskussion beendet, indem man sagt, die Europäische Union sagt, diese Freizügigkeit ist da und dann sagt, die Diskussion ist beendet, weil da ist nichts zu ändern.

Wir sind Mitglieder der Europäischen Union und wir wissen ganz genau, dass gewisse Fragen und wir haben das jetzt auch in den letzten Wochen ja augenscheinlich tatsächlich vor Augen geführt bekommen, mit dem Brexit, dass die Menschen in Europa, mit der Europäischen Union in diesem Ausmaß wie sie jetzt agiert, nicht zufrieden sind.

Und insofern muss ich auch sagen, als kleines Bundesland Burgenland, aber doch als Mitglied erstens der österreichischen Familie und zweitens der Europäischen Union, dass man über diese Dinge diskutieren muss und diese Freizügigkeit auch in Frage stellen muss.

Wir stehen vor der Situation, dass in einigen Monaten ein neuer Partner auf den Arbeitsmarkt drängen wird, auch im Burgenland. Ein Burgenlandkroate, Kroatien, wird die Freizügigkeit auch bekommen. Das kann den Druck auf den Arbeitsmarkt erhöhen.

Warum sage ich das? Wir haben derzeit einen Höchststand an Beschäftigten am Arbeitsmarkt. Über 104.000, 105.000 Menschen, die hier im Burgenland beschäftigt sind.

Wir haben aber auch einen Höchststand an Menschen, die als Pendler, oder auch direkt im Land beschäftigt sind, über 20.000 Menschen. Diese Freizügigkeit führt dazu, dass diese Frage auch für unsere Arbeitnehmer eine sehr brisante ist.

Ich glaube, dass wir dafür sorgen müssen, dass diese Geschichte noch einmal auf europäischer Ebene aufs Tablett kommt und das gilt auch für die Bundesregierung, egal welche Couleur die Ministerinnen und Minister angehören.

Ich glaube, dass das eine ganz wichtige Sache ist, wenn wir hier eine ganz eklatante Steigerung bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem ausländischen Bereich haben. Das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, sondern einfach auch mit einem Schutz für inländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Allgemeinen und für Burgenländerinnen und Burgenländer im Besonderen.

Wir werden versuchen, diese Thematik auch weiter auf europäischer Ebene am Köcheln zu halten, nicht nur am Köcheln, sondern auch eine Lösung zu finden. Ich orte hier schon von gewissen Ländern auch durchaus Gesprächsbereitschaft und Sensibilität, weil das ja nicht nur für Österreich gilt, sondern auch für andere Länder.

Letzter Punkt. Wir haben andere Probleme auch noch in den Bereichen. Mit der Entsenderichtlinie, wo gewisse soziale Verwerfungen kommen, weil eben zwar Kollektivverträge in Österreich bezahlt werden, aber Sozialabgaben im Ausland getätigt werden, die niedriger sind als bei uns und damit ein Wettbewerbsvorteil für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen wird.

Zusammenfassend gesagt, ich glaube, wir müssen darum kämpfen, dass diese Freizügigkeit am Arbeitsmarkt auf europäischer Ebene neu diskutiert wird und dass man das, was am Beginn der Mitgliedschaft Österreichs gestanden ist, nämlich auch darauf zu schauen, wie das ausschaut im Verhältnis zu den Nachbarn, neu diskutiert wird.

Aus meiner Sicht wäre eine Änderung dieser Freizügigkeit wünschenswert im Sinne, dass damit mehr österreichische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Zug kommen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Maßnahmen sollen getroffen werden, um noch mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung zu bringen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich glaube, wir haben von Landesseite sehr viele Maßnahmen gesetzt. Wir sind natürlich nicht alleine für den Arbeitsmarkt zuständig. Was wir machen können, ist, dass wir beispielsweise Beschäftigungsprogramme wie 50+ mit den Gemeinden gemeinsam initiieren. Sehr finanziell aufwendige Projekte, aber wir kommen unserer Aufgabe hier nach.

Wir haben, das möchte ich auch noch kurz anmerken, fast 50 Prozent der Lehrlinge sind in Landesbetrieben oder landesnahen Betrieben beheimatet und das ist doch ein Zeichen, dass wir das ernst nehmen, nämlich Vollbeschäftigung für unsere Menschen zu schaffen, auf der einen Seite, und wenn man jetzt konkrete Maßnahmen jetzt restriktiver Natur auch andenkt, dann wäre beispielsweise die Angleichung an das deutsche Modell, beispielsweise SOKO Bau wichtig, dass man sagt, wir versuchen eine Sonderkommission, oder wir wollen eine Sonderkommission einsetzen, um auch dafür zu sorgen, dass österreichische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht schlechter behandelt werden als andere und dass diese Maßnahmen auch gesetzt werden.

Denn, wenn ich sehe, kann man sagen, dass eine Gemeinde mit 350 Einwohnern, dass am Wochenende „heinzelmann-mäßig“ ausgebaut wird, mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die, ich meine, nicht zu hundert Prozent legal beschäftigt sind, dann sind das Sachen, die kann man anzeigen.

Das ist das eine, aber noch besser wäre es, auch mit offiziellen Maßnahmen, wie auch beispielsweise der SOKO Bau dafür zu sorgen, dass man das auch von öffentlicher Seite mitbegleitet.

Und der letzte Punkt, dass man auch dafür sorgt, dass bei Baustellen, die mehr als eine Million Euro Umsatz machen, auch Zutrittskontrollen zu realisieren sind, um dafür zu sorgen, zu signalisieren, dass wir hier bereit sind, Missbrauch in diesem Bereich vorzubeugen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat.

Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Möglichkeiten zur Verbesserung dieser Situation haben Unternehmerinnen und Unternehmer?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich sage Ihnen, ich bin sehr froh, dass der Herr Wirtschaftskammerpräsident Nemeth auch öffentlich in einem Gipfel gesagt hat, was Lohn- und Sozialdumping betrifft, dass er auf der Seite der weißen Schafe und nicht auf der Seite der schwarzen Schafe ist.

Das heißt, auch wir können von Unternehmerseite her dafür sorgen, dass wir durch diese Kontrollen - die ich schon angesprochen habe - dafür sorgen, dass es keine schwarzen oder weniger schwarze Schafe gibt, denn ich bin froh, dass der Herr Nemeth auch gesagt hat, er ist der Meinung, man muss auch die bestrafen, die hier mit illegal Beschäftigten arbeiten, die möglicherweise auch dafür sorgen, dass Menschen, die 40 Stunden beschäftigt sind, oder 38 Stunden, dann in weiterer Folge aber auch 60 Stunden arbeiten und das in Kauf nehmen, weil sie eben aus Ungarn kommen und da das Lohnniveau ein anderes ist.

Diese Kooperation mit der Wirtschaftskammer ist aus meiner Sicht wichtig und das ist auch gelebte Sozialpartnerschaft, um es hier auch nochmals offen anzusprechen, wenn wir es schaffen, auch gemeinsam mit der Wirtschaftskammer dafür zu sorgen, dass die Kontrollen verstärkt werden, dass damit auch einigermaßen Einhalt geboten wird, was illegale Beschäftigung, was Beschäftigung betrifft, die eigentlich über das Ausmaß des Gesetzlichen hinausgeht, „toleriert“ wird, dann haben wir schon einiges gewonnen.

Wir würden, da bin ich auch der Meinung, dass wir die Finanzpolizei aufstocken müssen, in Österreich im Allgemeinen, im Burgenland im Besonderen, und wenn wir dieses Maßnahmenbündel schaffen, dann wird es auch möglich sein, mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung zu bringen.

Ich freue mich über diese 104.000 Beschäftigten, aber es wäre mir wichtig und noch wichtiger, dass wir von den 20.000, die nicht aus dem Burgenland kommen, noch einige als Burgenländerinnen und Burgenländer ausweisen können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nach § 31 Abs. 3 GeOLT hat Herr Abgeordneter Mag. Wolf seine Frage zurückgezogen.

Wir kommen daher zum Aufruf der siebenten Anfrage. Sie wird gestellt vom Herrn Landtagsabgeordneten Schnecker an Herrn Landeshauptmann Niessl. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Schnecker um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Mit der jüngsten Novelle zum Burgenländischen Pflichtschulgesetz soll - anstelle von Schulschließungen - die Errichtung von Expositurstandorten erleichtert werden.

Kann durch diese Maßnahme der Standort der NMS Neuhaus am Klausenbach für die nächsten Jahre gesichert werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Das Burgenland, und ich glaube, das ist das Allerwichtigste, ist das Land der guten Bildung.

Wenn wir das letzte Schuljahr passieren lassen, dann können wir aus Sicht des Burgenlandes sagen, dass wir zum Beispiel bei den Bifie-Tests, die österreichweit durchgeführt wurden, die besten Ergebnisse bei den 10-Jährigen beim sinnerfassenden Lesen und beim Texterfassen liefern konnten. Ich glaube, das ist ganz wichtig, weil in jedem Bildungssystem die Qualität im Vordergrund stehen muss.

Auch bei der Zentralmatura hat sich gezeigt, dass wir doch im Spitzenfeld auch zu liegen gekommen sind, was die Gesamtbeurteilung der Zentralmatura anbelangt hat. Da gibt es noch Potential nach oben, weil unser Anspruch kann nur sein, dass wir auch da ziemlich an die Spitze kommen wollen. Und das werden wir auch schaffen.

Wir wollen vor allem zunächst die Qualität, die eine sehr gute ist. Wir wollen aber auch die wohnortnahe Schule. Die wohnortnahe Schule im ländlich strukturiertesten Gebiet zu haben, ist natürlich eine besondere Herausforderung.

Im städtischen Bereich den Schulbetrieb zu organisieren, ist relativ einfach. Im ländlichen Bereich die Schulen, Kindergärten zu organisieren, ist deutlich anspruchsvoller. Wir haben im Burgenland den Anspruch, dass wir zum Beispiel sechsjährige Kinder nicht zu Pendlern machen wollen, sondern dass diese wohnortnahe Schule sowohl im Volksschulbereich gegeben sein soll, aber natürlich auch im Bereich der Neuen Mittelschule.

Wie gesagt, eine Herausforderung. Ich bin sehr froh darüber, dass der Landtag doch bei der letzten Sitzung einstimmig beschlossen hat, dass es Expositurlösungen gibt. Expositurlösungen heißt, die Qualität wird eine sehr hohe sein, weil eine Schule für die gesamten Lehrer zuständig ist und je nach Bedarf die entsprechenden Fachgegenstände in die eigene Schule beziehungsweise auch in die Expositur geschickt werden können.

Und damit ist gewährleistet, dass es in einem deutlich höheren Ausmaß geprüfte und qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen in den Schulen sind, die die einzelnen Fachgegenstände in kompetenter Form unterrichten können.

Das ist nicht bei jeder Struktur möglich, denn wenn eine Schule 60 Schüler hat, kriegt sie sechs Lehrer und damit gehen sich alle Fachkombinationen und alle Gegenstände überhaupt nicht mehr aus.

Insofern ist das auch ein Weg, die Qualität mit geprüften Pädagoginnen und Pädagogen hochzuhalten, denn die Überprüfungen zeigen, ob das Pisa, Bifie oder auch andere Bereiche sind, wie die Qualität in den einzelnen Schulen ist.

Deswegen, wie gesagt, ist die Schule Neuhaus am Klausenbach, aber da geht es nicht um eine Neue Mittelschule, sondern da geht es im gesamten Burgenland um unser Bildungssystem und wir haben natürlich auch in anderen Gemeinden, in anderen Neuen Mittelschulen, aktuell diese Lösungen mit den Expositurschulen.

Ich glaube, man muss kein Prophet sein, um zu sagen, da werden jedes Jahr natürlich noch Schulen dazukommen, die in genau der gleichen Form zu organisieren sind, nämlich die wohnortnahe Schule zu erhalten, Kinder im jungen Alter nicht zu Pendlern zu machen. Also insofern, kurze Beine, kurze Wege, also junge Kinder, also Kleinkinder sollen nicht einen weiten Weg in die Schule haben und das, glaube ich, ist uns sehr wichtig.

Das ist nicht einfach zu organisieren, aber wir haben das auf Grundlage des Beschlusses des Burgenländischen Landtages nach vielen Gesprächen mit Pädagoginnen und Pädagogen, Vergleichen mit anderen Bundesländern, aber auch anderen Staaten, auch in dieser Organisation ein sehr modernes Bildungssystem im Burgenland.

Es geht uns nicht um die großen Einheiten, sondern im Burgenland sind wir ein ländlich strukturiertes Land. Die wohnortnahe Schule hat einen hohen Stellenwert, und wir werden auch in Zukunft schauen, dass diese wohnortnahe Schule durch diesen Beschluss der letzten Landtagssitzung auch erhalten bleibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Natürlich eine Thematik für das ganze Land, aber immens wichtig für den Bezirk Jennersdorf. Dafür Danke.

Eine Zusatzfrage: Die Gemeinden beziehungsweise die Gemeindeverbände haben als Schulerhalter die Möglichkeit, ihre öffentlichen Pflichtschulen ganztägig zu führen.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie stehen Sie als Bildungsreferent des Burgenlandes zu diesem ganztägigen Schulformat?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen kurz berichten, dass ich schon in den 70er Jahren in einer der damals wenigen Hauptschulen des Burgenlandes unterrichtet habe, Mitte der 70er Jahre, die ganztägig geführt wurde, und ich seit dieser Zeit - manche Diskussionspunkte sind heute noch dieselben - ein Befürworter der ganztägigen Schulformen bin. Wir haben schon Mitte der 70er Jahre an dieser Schule, wo ich unterrichtet habe, die Nachmittagsbetreuung gehabt, wir haben das Mittagessen gehabt, wir waren eine der Vorbildschulen sozusagen, nicht nur im Burgenland, sondern in der gesamten Region, und das hat sich dann eben entwickelt, dass immer mehr Schulen ganztägig geführt wurden.

Diese wohnortnahe Schule zeigt sich auch darin, dass wir 236 Standorte für allgemeine Pflichtschulen haben. 171 Gemeinden und 236 Standorte für allgemeine Pflichtschulen. Das sind die kleinsten Strukturen aller österreichischen Bundesländer, die wir haben, und wir haben auch einen sehr großen Anteil von ganztägigen Schulformen. Wir liegen hier im Österreichvergleich wieder an der Spitze, nämlich - nach Wien - Nummer zwei bei den ganztägig geführten Schulen. Ob das im Volksschulbereich oder auch im Hauptschulbereich ist. Es sind insgesamt zirka 6.000 Schülerinnen und Schüler

im Jahr 2015/2016 gewesen, die auch ganztägig unterrichtet wurden. Nummer zwei nach Wien in Österreich! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gibt es Maßnahmen und wenn ja, welche, um vor allem auch Kindern aus einkommensschwachen Familien den Besuch der schulischen Tagesbetreuung zu ermöglichen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ein Leitmotto von mir im Bildungsbereich ist „Herkunft darf kein Schicksal sein“. Das heißt, wir dürfen keine Barrieren aufbauen, dass Kinder aus sozial schwächeren Familien, vielleicht aus bildungsferneren Familien, nicht die gleichen Chancen haben wie jedes andere Kind. Das ist natürlich eine Herausforderung, aber auch dieser Herausforderung stellen wir uns, denn es gibt sehr gute Förderungen. Es sind alle Gemeinden eingeladen, bis zu 18.000 Euro im Jahr zu bekommen, wenn Kinder am Nachmittag betreut werden.

Da gibt es eine 15a-Vereinbarung Bund - Land, 18.000 Euro, also zweimal 9.000 Euro für die ganztägigen Schulformen, die die Gemeinden bekommen können, um damit auch entsprechend qualifiziertes Personal anzustellen und diese 19.000 Euro auszulösen.

Der zweite Punkt ist die Strukturkostenförderung, wo bei Neubau einer ganztägigen Einrichtung, die für den ganztägigen Betrieb notwendig ist, 55.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Also gute Rahmenbedingungen, eine Entlastung der Gemeinden, immerhin 55.000 Euro pro Freizeitraum oder pro Speiseraum oder wie auch immer, was man für den ganztägigen Betrieb eben braucht, Damit haben wir auch die Kosten festgelegt, dass maximal 88 Euro von den Gemeinden für diesen ganztägigen Betrieb verlangt werden können, weil es diese guten Förderungen gibt.

Insofern wollen wir hier natürlich die Bildungsqualität im Vordergrund haben, die Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit und selbstverständlich für Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das sind unsere drei Schwerpunkte für den ganztägigen Schulbereich, und wir werden uns bemühen, dass diese Gelder durch gute Informationen der Gemeinden auch tatsächlich ausgeschöpft werden, nämlich jene Gelder, die dem Land Burgenland aufgrund der 15a-Vereinbarung auch zur Verfügung stehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die Fragestunde ist durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „Das Recht geht vom Volk aus - die Zukunft unserer Demokratie in Europa“

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung, zur Aktuellen Stunde zum Thema: „Das Recht geht vom Volk aus - die Zukunft unserer Demokratie in Europa“, die vom FPÖ-Landtagsklub beantragt wurde.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen; sodann ist je einem Sprecher jener Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls hat aber der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf 5 Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf 5 Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt, noch Beschlüsse gefasst werden können.

Und schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde.

Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Molnár das Wort.

Ihre Redezeit, Herr Abgeordneter, ist wie bereits erwähnt, auf 15 Minuten beschränkt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Präsident der EU-Kommission hat vor einigen Tagen eine Aussage getroffen, die mir im Gedächtnis geblieben ist und wahrscheinlich auch Ihnen. Er hat gesagt: „Hören Sie mit dem österreichischen Klamauk auf.“ Eine Aussage, meine Damen und Herren, die für mich so ziemlich alles symbolisiert, was dazu führt, dass immer mehr Bürger in Österreich und in Europa auf Distanz zur Europäischen Union gehen.

Diese Aussage des Präsidenten der EU-Kommission nur wenige Tage nach der direkt demokratischen Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, diese Aussage zeigt, dass man dort, wo man es endlich verstehen sollte, nichts, ja rein gar nichts, verstanden hat.

Was soll der Bürger auch von einem Kommissionspräsidenten halten, der auf die Forderung nach nationalstaatlicher Mitbestimmung in einer Sachfrage mit einer solchen Aussage reagiert – „Hören Sie doch mit diesem Klamauk auf!“? Einem Kommissionspräsidenten, der ja auch schon durch andere fragwürdige Aussagen aufgefallen ist, wie „Wenn es ernst wird, muss man lügen“.

Das Hauptproblem dieser Europäischen Union besteht genau in dieser Abgehobenheit, das Hauptproblem besteht genau in dieser Ignoranz, in dieser Besserwisserei, in dieser Bevormundungsmentalität ihrer höchsten Vertreter.

Meine Damen und Herren! Wenn wir die Bürger fragen, wollt ihr ein gemeinsames Europa? Wollt ihr ein Europa als Projekt des Friedens und des Wohlstandes? Dann werden die Bürger ja sagen. Wenn wir die Bürger fragen, wollt ihr ein Europa der selbstbestimmten Völker und Vaterländer? Ein Europa, das nach den Grundsätzen der

Subsidiarität und des Föderalismus zusammenarbeitet? Dann werden die Bürger ja sagen. Und wenn wir die Bürger fragen, wollt ihr ein Europa, das von der Gestaltungsfreiheit der einzelnen Staaten geprägt ist? Ein Europa, das echte Demokratie lebt? Ein Europa, das den mündigen freien Bürger respektiert? Dann werden die Bürger ja sagen. Ich persönlich kenne niemanden, der auf diese Fragen mit nein antworten würde.

Das Problem ist aber, dass wir dieses Europa derzeit nicht haben und dass sich die Europäische Union in viel zu vielen Bereichen und viel zu rasch eher in die Gegenrichtung entwickelt.

Frieden und Wohlstand sind gefährdet. Das liegt einerseits an einer unkontrollierten Zuwanderungs- und Einwanderungspolitik und andererseits an einer massiven Umverteilung von wohlhabenderen Staaten zugunsten ärmerer Staaten - Währungsunion, Schuldenunion, Haftungsunion, die Bankenunion wird derzeit wieder ein aktuelles Thema aufgrund der faulen Kredite in Italien. Der Arbeitsmarkt. Auch die Subsidiarität existiert in vielen Fällen nur auf dem Papier. Es ist der Regulierungs- und Vereinheitlichungswahn, die Gleichmacherei und die Bevormundung, die immer neue Höhepunkte erreicht, und das haben die Bürger satt.

Und von einer echten Demokratie und vom mündigen freien Bürger, der respektiert wird, kann in viel zu vielen Fällen keine Rede sein.

Wenn Referenden nicht so ausgehen, wie man es sich in Brüssel wünscht, dann werden Referenden wiederholt. Wir mussten das bereits erleben.

Und wir haben auch schon oft die Forderung gehört, dass man über unionspolitische Fragen überhaupt keine direkt demokratischen Entscheidungen mehr treffen sollte, dass man entsprechende Referenden überhaupt verbieten sollte.

Das sind aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, denkbar schlechte Voraussetzungen für eine gedeihliche Zukunft in einem gemeinsamen Europa. Europa - und Europa ist ja mehr als bloß die Europäische Union -, Europa soll ein Projekt der Bürger sein, soll ein Projekt für die Bürger sein und kein Projekt irgendwelcher Eliten, die alles besser wissen und die sich vielleicht auch noch von irgendwelchen Lobbyisten lenken lassen, wiederum zu Lasten der Bürger.

Das Recht geht vom Volk aus. Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur der erste Satz in unserem Bundesverfassungsgesetz. Das sollte auch der unionspolitische Leitsatz sein.

Natürlich hätte das seinen Preis, natürlich wären manche Schritte der europäischen Integration nicht so rasch umsetzbar, würden sich verzögern, wären vorerst nicht machbar. Aber diesen Preis zahle ich gerne, wenn ich dafür die Gewährleistung bekomme, dass das gemeinsame Europa von den Bürgern wirklich mitgetragen wird, aus Überzeugung unterstützt wird und damit wirklich Zukunft zum Wohle und im Interesse von uns allen hat.

Die Entscheidung der Briten müssen wir ernst nehmen, und wir dürfen es nicht zulassen, dass diese Entscheidung jetzt in Brüssel quasi als Kriegserklärung an die Europäische Union betrachtet wird. Es darf jetzt keinesfalls darum gehen, an den Briten ein Exempel zu statuieren und zu beweisen, dass diese Entscheidung, der Austritt aus der Europäischen Union, die denkbar schlechteste Entscheidung war. Wer es genau darauf anlegt, meine Damen und Herren, der bestätigt in Wirklichkeit all die Vorwürfe, die man den Herren in Brüssel machen kann und derzeit auch machen muss.

Im Gegenteil, ich meine, Großbritannien wäre jetzt eigentlich die Gelegenheit, zu beweisen, dass es, wenn es um das gemeinsame Europa geht, nicht nur im Lippenbekenntnisse geht, sondern dass man das jetzt mit Leben erfüllt und mit den Briten eine entsprechende Lösung im Interesse beider Seiten findet, zugegebener Maßen unter schwierigen Bedingungen.

Meine Damen und Herren! Wir sind auf allen Ebenen mit der Situation konfrontiert, dass die Bürger das Vertrauen verlieren, das Vertrauen in die Politik, das Vertrauen in die Parteien und letztendlich damit das Vertrauen in die Demokratie in Österreich, nicht zuletzt aufgrund der ewigen Diskussionen um die Unzulänglichkeiten des Wahlrechts oder jetzt auch der Bundespräsidentenwahl, Kollegin Benkö wird darauf noch eingehen.

Wir sind auf jeden Fall auf allen Ebenen mit dieser Situation konfrontiert und sind hier in einer Negativspirale. Wir haben im Bund zwei Regierungsparteien, und ich sage das jetzt betont wertfrei, wir haben im Bund zwei Regierungsparteien, die seit vielen, vielen Jahren stetig an Vertrauen verlieren und mittlerweile sehr weit weg sind von ihrer einstigen Stärke.

Je weiter es mit dem Wahlergebnissen nach unten geht, desto mehr Sand kommt ins Getriebe, desto größer wird die Scheu davor, notwendige und richtige Entscheidungen zu treffen, desto größer wird er Reformstau, desto schlechter wird der Gesamtzustand unseres Staates. Und dann kommen wir zum Schluss, und desto mehr nimmt am Ende wiederum das Vertrauen in die Parteien, in die Politik und in die Demokratie ab.

Ich zitiere jetzt noch einmal Jean Claude Juncker, der einmal gesagt hat, „Jeder weiß, welche Reformen wir brauchen, aber niemand weiß, wie wir diese Reformen umsetzen und danach noch eine Wahl gewinnen können.“ Das ist eine Problemstellung, die uns auf allen Ebenen bekannt ist. Das geht jedem Bürgermeister so, das geht sicherlich der Landesregierung so, der Bundesregierung und auch den Herrschaften in Brüssel, ich verstehe dieses Problem.

Ich glaube, dass es, wenn überhaupt, nur eine richtige Antwort darauf gibt, und das ist die direkte Demokratie. Ich behaupte nicht, dass die direkte Demokratie perfekt ist, ich behaupte nicht, dass die direkte Demokratie ohne Fehler ist, ich behaupte auch nicht, dass die direkte Demokratie ohne Risiko ist. Aber welches Modell ist das schon? Unser jetziges auch nicht.

Wir würden die direkte Demokratie sicherlich auch nicht von heute auf morgen lernen und beherrschen, aber mir persönlich erschließt sich kein anderer Weg. Die Schweiz, die natürlich auf eine entsprechende Tradition verweisen kann, die Schweiz zeigt, dass es funktionieren kann. Und da gibt es auch ganz interessante Ergebnisse.

In der Schweiz ist es vorgekommen, dass Bürger gegen mehr Urlaubswochen stimmen. In der Schweiz ist es vorgekommen, dass Bürger gegen niedrigere Steuern stimmen. Das sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass die Bürger sehr wohl im Stande sind, sorgsam abzuwägen, mögliche Konsequenzen zu berücksichtigen und letztendlich weise zu entscheiden. Wenn sie es nicht tun, das sage ich auch ganz offen, dann gibt es eben einen gesunden Lerneffekt, auch das ist ja sicherlich nicht das Allerschlechteste.

Mir ist bewusst, dass die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild bei vielen nicht auf die allergrößte Gegenliebe stößt, aber solange es keinen besseren Vorschlag gibt, um aus dieser Misere heraus zu kommen, und ich kenne keinen besseren Vorschlag, solange werden wir als Freiheitliche, als Freiheitliche Partei, an unserem Vorschlag als Forderung festhalten.

Wesentlich ist, meine Damen und Herren, dass die Bürger nicht noch mehr Vertrauen in die Politik, in die Parteien und damit in die Demokratie verlieren, und wesentlich ist, dass wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Das gilt für alle Ebenen, wenn sie so wollen, von Badersdorf bis Brüssel, und das liegt in unserer Verantwortung als gewählte Mandatare gleich welcher Ebene.

Binden wir die Bürger ein, fragen wir sie nach ihrer Meinung, fragen wir sie um Rat. Ich halte das für keine Schande. *(Abg. Manfred Kölly: Machen wir das jetzt nicht?)* Lassen wir sie gerade in großen und wichtigen Fragen ein wesentlicher Teil der Entscheidung sein, im Interesse unserer Demokratie, im Interesse Österreichs und nicht zuletzt im Interesse eines Europas, das andernfalls - und in diesem Fall auch vollkommen zu Recht - zerbrechen wird. *(Abg. Manfred Kölly: Machen wir das nicht?)* Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine Aktuelle Stunde, die gleich den ersten Satz der Bundesverfassung zum Titel hat, hat eine hohen Anspruch. Nämlich, sie hat den Anspruch, dass wir offensichtlich über Grundwerte reden und über Grundeinstellungen. Wie wollen wir Politik und Demokratie erlebbar, greifbar und fassbar machen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mein Vorredner hat es kurz angesprochen, denn es gibt ein sehr anschauliches Beispiel, dass eigentlich allen politischen Verantwortungsträger zu denken geben muss.

Die Entscheidung in Großbritannien hat weitreichende Folgen. Die erste Folge war, dass jene, die vorangegangen sind, die diese Abstimmung gefordert und den Ausstieg aus der Europäischen Union geradezu herbeigeschworen haben, und hier populistisch wie selten in der Geschichte der Demokratie vorgegangen sind, am darauffolgenden Tag die Verantwortung gleich abgelegt haben.

Die Populisten haben gleich nach der Abstimmung, die ihnen vom Volk anvertraute Verantwortung abgestreift und haben gesagt, mein Geschäft ist beendet. Ich habe jetzt die Abstimmung herbeigeführt, ich habe das Abstimmungsergebnis, das ich wollte, geschafft und jetzt ist meine Arbeit erledigt. Ich glaube, das ist beispielhaft für viele politische Verantwortungsträger, die in die Populismusfalle tappen.

Das ist allerdings sicherlich nicht der Weg, den verantwortungsvolle Politiker vorleben müssen. Die Bürger haben dort in Großbritannien eine Entscheidung getroffen. Sie war denkbar knapp. Viele Bauchentscheidungen sind gefallen, wenige, aus meiner Sicht, sachlich betonte Diskussionen geführt worden. Aber, eines ist vor Augen geführt worden, Verantwortungsträger, die sich gleich nach der Abstimmung über die Häuser hauen, die sind eine Mahnung auch an Populisten in unseren Reihen.

Die Wahrheit ist, wer mit populistischen Argumenten versucht, Stimmung und Stimmen zu machen, der muss sich dann auch gefallen lassen, dass all diese Dinge, die er auf das Plakat geschrieben hat, die er den Menschen versucht hat, weißzumachen, er dann auch umzusetzen hat.

Ich rate allen, die in die Populismusfalle tappen, dass sie vielleicht morgen aufwachen und all das, was sie noch vollmundig versprochen haben, dann auch umzusetzen haben, denn ansonsten wird die Wahlentscheidung von morgen schon die

Rache dafür sein, dass man die Menschen nur mit Populismus hinters Licht geführt hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedes System hat seine Währung. Die Währung in der Demokratie ist das Vertrauen. Das Vertrauen in das gesamte System, aber auch das Vertrauen in die politischen Verantwortungsträger. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, nach den Ereignissen und der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes eines deutlich zu sagen. Wir haben in allen unseren Gemeinden und Ortsteilen viele ehrenamtliche Beisitzer und Wahlzeugen, die in ihrer Gesamtheit und deren Arbeit ganz pauschal in den letzten Tagen und Wochen immer wieder in Frage gestellt wurde.

Ich möchte einmal festhalten, dass der Verfassungsgerichtshof bei all seinen Entscheidungen auch eines festgehalten hat. Konkrete Manipulationsvorwürfe und erwiesene Manipulation gab und gibt es in diesem Fall nicht. Nur die Möglichkeit dieser Manipulation war in dem Fall die Grundlage für die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte eines deutlich machen, ohne dass ich die Entscheidung in Frage stelle. Aber, ich glaube, es ist hier ein irrsinniger Schaden für die Demokratie entstanden, denn viele, die damals dort gesessen sind, die Wahlkommissionen besetzen, fragen sich heute, warum habe ich das notwendig? Warum habe ich es notwendig, dass ich mir pauschale Vorwürfe gefallen lassen muss? Hier müssen wir alle daran arbeiten, auch insbesondere jene Parteien, die nicht unbedingt mehrheitsfähig in diesen Gemeinden sind, und damit nur Wahlzeugen innerhalb dieses Abstimmungsverfahrens besetzen können, dass wir hier mit der Ernsthaftigkeit daran gehen, auch insbesondere jene, die nicht einmal zu den Sitzungen und behördlichen Zusammenkünften gekommen sind, aber danach laut aufgeschrien haben. Ich glaube, das ist nicht fair.

Ich kann Ihnen nur eines sagen, wir als Österreichische Volkspartei stehen zu den demokratischen Grundsätzen dieser Wahlordnung und insbesondere hinter den Beisitzern und Wahlzeugen unserer Fraktion, aber auch vieler anderer Fraktionen. Diesen Menschen müssen wir jetzt den Rücken stärken und gemeinsam sagen, dass ihre wichtige Arbeit von uns wertgeschätzt wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Bevor ich ganz konkret auf zwei Punkte eingehe, die wir im Burgenland als beispielhaft sehen, wo wir sagen können, hier haben wir uns demokratiepolitisch weiterentwickelt, möchte ich zu meinem Vorredner noch eines sagen: Ich bin in der Analyse mit ihm einer Meinung. Der Vertrauensverlust in die politischen Systeme unseres Landes ist gewaltig. Viele Menschen haben Angst, haben Existenzängste, haben Angst etwas zu verlieren. Dass die politischen Verantwortungsträger dieser Tatsache nicht Einhalt gebieten können, das stimmt.

Aber, ich möchte auch hinterfragen, ob es nicht auch hier im Burgenland politische Kräfte gibt, die genau auf diese Ängste setzen? Dass man hier versucht, noch ein wenig Öl ins Feuer zu gießen. Diese Prozesse, die beschrieben wurden, dieser Vertrauensverlust, der wird ja auch befeuert. Ich glaube, dass man sich auch selbst hinterfragen muss, insbesondere als Antragsteller dieser Aktuellen Stunde, ob man es mit den Argumenten immer so genau nimmt, ob man immer so sachlich betont, wie heute diese Rede war, auch die politische Diskussion außerhalb des Hohen Hauses führt, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* denn auch hier wird vieles befeuert, das dann zu noch einem größeren Vertrauensverlust führt.

Ich betone noch einmal, wenn man schon kritisch diese Dinge hinterfragen soll, dann sollte man als Freiheitliche Fraktion auch die eigene Rolle innerhalb dieses demokratischen Gefüges deutlich hinterfragen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was kann man selbst tun? Was können wir als Burgenland, als Burgenländische Landtagsfraktion tun, um dem entgegenzuwirken? Ich habe zwei ganz konkrete Antworten. Die Österreichische Volkspartei hat 2014 eine Statutenänderung unseres Landesparteiorganisationstatutes zum Anlass genommen, um insbesondere den Stellenwert der Gemeindeparteien, aber auch der einzelnen Mitglieder zu erhöhen. Fünf Prozent unserer fast 28.000 Mitglieder haben die Möglichkeit, eine Urabstimmung zu einem landespolitischen Thema oder zu einer Entscheidung zu verlangen.

Das ist deutlich weniger. Eine Halbierung zu den bisher auch im Vereinsgesetz festgelegten Hürden von zehn Prozent. Das ist ein Signal. Natürlich wird nicht jede Frage in der Politik durch eine Urabstimmung in direkt demokratischer Weise abzuhandeln sein. Aber, die Möglichkeit, das zu können auch als einzelnes Parteimitglied, als Funktionär auf Gemeinde-, Bezirks- oder Landesebene etwas in Gang zu setzen, ist für mich ein ganz ein klares Zeichen und war vorbildhaft.

Ich glaube, das ist etwas, was man zumindest auch in anderen Parteistatuten vergebens sucht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das aktuellste Beispiel, das möchte ich Ihnen auf dieser Weise mitgeben, ist die vor kurzem angestoßene Diskussion um ein Gemeinderechtspaket.

Die Österreichische Volkspartei hat 1.370 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Sie werden die direkt Betroffenen sein, über die Entscheidungen, die getroffen werden, wenn die Gemeindeordnung, die Gemeindewahlordnung, die Bezügegesetze und vieles mehr geändert werden. Wir sind der Auffassung, dass es uns nicht einzig und allein als Landtagsfraktion zusteht, alle wesentlichen Entscheidungen dort einfach über die Köpfe dieser 1.370 Funktionäre hinweg zu treffen.

Wir haben uns geeinigt, unser Landesparteiobmann Thomas Steiner hat diesen Vorschlag unterbreitet, den wir alle gern unterstützen. Geben wir in der Diskussion eine breite Möglichkeit der Beteiligung. Wir haben alle unsere Gemeinderäte eingeladen, sich zu melden, Vorschläge zu erstatten, Kritik anzubringen. Was möchtet ihr in der alltäglichen Arbeit ändern? Diese Frist läuft bis 20 Juli. Auch hier sind schon einige Anregungen hereingekommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben unsere Vertreter im Gemeindebund eingeladen, sich dieser Diskussion in der Landtagsfraktion anzuschließen. Dann werden wir ein Paket schnüren. Dann wird es Dinge geben, die sind eine Selbstverständlichkeit, da werden wir alle einer Meinung sein quer über alle Fraktionen. Dann wird es unterschiedliche Standpunkte geben, nämlich, der Standort bestimmt ja bekanntlich den Standpunkt.

Insbesondere dann, wenn man in seiner Gemeinde eine Situation vorfindet, wo man vielleicht seit Generationen in einer Mehrheitsposition ist, oder vielleicht seit langem in einer Minderheitsposition ist, oder gerade ein Wechsel stattgefunden hat.

So sind dann eben völlig unterschiedlich die Ansätze, wie man die derzeitige Gemeindeordnung sieht. Was vorher ein Vorteil war, ist dann ein Nachteil und müsste raschest geändert werden. Deshalb ist klar, es wird nicht einhellige Meinungen über alle Änderungswünsche und Punkte geben. Wir werden am Ende dieses großen Beteiligungsprozesses eine Abstimmung haben. 1.370 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte werden die Linie der Burgenländischen Volkspartei im Landtag schlussendlich bestimmen.

Ich glaube, das ist vorbildhaft. Gerade in dieser Frage als direkt demokratische Möglichkeit der Betroffenen, eine tolle Möglichkeit, einzubinden, aufzunehmen, das was von der Basis kommt und dann gemeinsam zu beschließen.

In diesem Sinne glaube ich, dass wir gut daran tun, die Währung unseres politischen Systems, nämlich das Vertrauen, nicht mit Füßen zu treten und sehr sorgsam mit den Stimmen, die uns anvertraut wurden, umzugehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf für die Burgenländische Sozialdemokratie gleich zu Beginn festhalten, dass Österreich, aber insbesondere das Burgenland sehr gut in der großen europäischen Familie aufgehoben ist.

An dem Ziel, in einer Friedens- und Wohlstandsunion leben zu dürfen, leben zu wollen, sollte auch nicht gerüttelt werden. An diesem Ziel soll auch festgehalten werden. Ich möchte in dieser Debatte heute einem besonderen Mann, einer besonderen charismatischen Persönlichkeit Dank und Respekt zollen. Es war nämlich der ehemalige Landeshauptmann Karl Stix, der dafür gesorgt hat, dass ordentliche Rahmenbedingungen mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union eingeführt wurden und dem Burgenland von damals bis jetzt auch hervorragende Rahmenbedingungen zur Verfügung gestanden sind.

Es war Karl Stix, der nach Brüssel geflogen ist und dafür gesorgt hat, dass das Burgenland zum Ziel 1-Gebiet wurde. Das wurde nicht von allen so gut geheißen. Da gab es auch Kritiker, die gesagt haben, na ja, was der Herr Landeshauptmann da tut, ob das so gut ist?

Heute sind wir eines Besseren belehrt und wissen, dass er es war, der dafür gesorgt hat, dass das Burgenland eine so gute Entwicklung nehmen konnte, die wir jetzt vorfinden. Ich möchte dabei auch eine Zahl nennen, denn insgesamt hat die Europäische Union mit dem Bund und auch mit dem Land Burgenland in der Ziel 1-Phase und in der Phasing Out-Phase 1,8 Milliarden Euro an Investitionen im Burgenland ermöglicht. Ich betone das noch einmal: 1,8 Milliarden Euro an Investitionen für unser Heimatland Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist wirklich eine beeindruckende Bilanz. Wir haben uns daher in vielen Bereichen vom Schlusslicht in das Spitzenfeld entwickeln können. In vielen Benchmarks, wo wir damals rückständig waren, sind wir heute Spitze. Ich möchte einige nennen: Im Wirtschaftswachstum. Kein anderes Bundesland wächst so schnell in der Wirtschaft, wie unser Heimatland Burgenland. Wir haben das sechste Mal in Folge Rekordbeschäftigung zu verzeichnen. Auch das ist natürlich eine Auswirkung dieser Politik und dieser guten Rahmenbedingungen, die wir vorfinden. Wir sind Bildungsmeister, wir sind Spitze in der Kinderbetreuung und wir haben Rekordzuwächse im Tourismusbereich.

All das wird ermöglicht, weil wir optimale Rahmenbedingungen durch die Europäische Union vorfinden. Während der Phasing Out-Phase ist die Wirtschaft im Burgenland um 17 Prozent schneller und rascher gewachsen, als in Österreich. Auch das ist eine besondere Leistung.

Der große Gewinner, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Südburgenland. Denn wenn wir hier auch vergleichen, wie sich die Wirtschaft dynamisch

entwickelt, dann sieht man, dass sich das Südburgenland noch besser macht. Denn hier hatten wir ein Wachstum von 12,4 Prozent zu verzeichnen, im ganzen Burgenland 9,1 und im österreichischen Schnitt 8,2 Prozent. Auch hier ist der große Gewinner unser südliches Burgenland.

Das kann man natürlich sehr abstrakt diskutieren, oder man kann das an konkreten Beispielen festmachen. Das möchte ich tun. Denn seither sind viele Dinge entstanden, konnten Projekte entwickelt werden, die sonst wahrscheinlich kaum möglich gewesen wären. Ich spreche hier von den großen Leitbetrieben im Tourismus, ich spreche hier beispielsweise von unseren hervorragenden Thermen mit höchster Qualität.

Ich spreche hier auch von unseren Technologiezentren, wo hunderte Menschen tagtäglich ihrer Arbeit nachgehen können und Einkommen haben. Ich spreche hier von unserer Stromautarkie des Burgenlandes, der erneuerbaren Energie.

Eine Trendwende, die hier eingeleitet wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sind damit Musterregion in ganz Europa geworden. Ich spreche hier aber auch von der Vitalisierung unserer Gemeinden. Unserer schönen Gemeinden, die durch die Dorferneuerung modernisiert werden konnten. Ich spreche hier von unseren Fachhochschulen. Investitionen in den Bildungsstandort Burgenland. Nicht zuletzt über die Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von der natürlich auch unsere Unternehmungen im Burgenland profitieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland ist Musterschüler bei der Auslösung von EU-Förderungen und das ist gut und wichtig so, denn damit schaffen wir ordentliche Rahmenbedingungen, dass unser Heimatland sich auch weiterhin gut entwickeln kann.

Die Auswirkungen des Brexits sind zu spüren. Die sind deutlich zu spüren, nämlich, in Großbritannien. Das britische Pfund ist auf einem Tiefstand seit 1985, während sich alle anderen Währungen gut entwickeln, hat der Brexit dafür gesorgt, dass das Pfund deutlich in den Keller rasselt. Die Börsen sind auf Talfahrt. Auch jetzt noch. Die Prognosen sind weiter düster. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es kommt zu Abwanderungen von Unternehmungen, insbesondere im Finanzbereich, der ja London großartig entwickelt hat und für Großbritannien große Auswirkungen gehabt hat. Das Erfreuliche dabei ist, dass viele Unternehmungen den Standort Wien als sehr sexy empfinden und überlegen, sich hier in Österreich anzusiedeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine nationale Rezession droht Großbritannien seit der Entscheidung des Brexits. Ein Machtvakuum ist in Großbritannien entstanden. Keiner weiß, wie es weiter geht. Alle Parteien und die Bürger sind verunsichert. Sogar der Zerfall des vereinigten Königsreichs steht im Raum.

Viele gebrochene Versprechen sind im Vordergrund und ich sage ganz offen, ein EU-Austritt Österreichs wäre das Schlimmste, was uns passieren könnte und der ist deshalb absolut abzulehnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das hat auch das WIFO errechnet, denn ein Exit würde Österreich vier bis neun Prozent des BIPs kosten und was das bedeutet, das wissen wir.

Weniger Aufträge, weniger Wirtschaftswachstum, weniger Arbeitsplätze und das wollen wir nicht. Wer also mit dem Exit liebäugelt, liebäugelt mit dem Verlust von

Arbeitsplätzen und mit dem Verlust von Wohlstand. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das wollen wir nicht, ganz im Gegenteil. Das heißt aber auch nicht, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass wir zu allem ja und Amen sagen müssen, was aus Brüssel kommt. Ganz im Gegenteil. Wir halten an dem Konstrukt Europäische Union fest. Aber wir wollen da mitreden. Wir wollen mitbestimmen. Daher muss die EU auch mehr Demokratie zulassen.

Ich möchte nur zwei Stichwörter nennen. TTIP oder CETA. Nicht hinter verschlossenen Türen, sondern in der Öffentlichkeit muss man das diskutieren. Die Bürger der Europäischen Union sind mündig genug, hier sich eine Meinung selbst bilden zu können und auch klar zu sagen, was sie hier wollen. Auch das Herauspicken von Rosinen muss ein Ende haben.

Auch das geht nicht. Ich möchte vielleicht hier ein Beispiel konkret nennen, nämlich, das Thema Asyl, wo hier Rosinen gepickt werden und es an einer gesamteuropäischen Lösung fehlt. Ich spreche hier von einer gemeinsamen Antwort. Nämlich, wie schützen wir gemeinsam unsere EU-Außengrenze? Das muss nicht jeder Staat selbst machen. Wenn die Europäische Union funktionieren würde, müsste es heißen, wir sichern die EU-Grenzen gemeinsam ab.

Wir wollen aber auch ein einheitliches Asylsystem und auch Verfahren sehen. Auch da hinkt die Europäische Union deutlich nach und insbesondere mit der Verteilung der Asylwerber gibt es ein großes Problem, denn es kann nicht sein, dass Österreich und Deutschland hier einen Großteil der Last tragen müssen, während sich andere gemütlich zurücklehnen und da zusehen.

Hier bedarf es einer gesamteuropäischen Lösung, einer gesamteuropäischen Antwort. Aber auch der europaweite Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muss zum Thema werden. Nicht nur die Wirtschaft muss profitieren, sondern die Menschen müssen von diesem wirtschaftlichen Aufschwung mitpartizipieren.

Viele Dinge, die hier wichtig sind. Ich glaube, dass wir uns hier auch mehr einmischen müssen. Die Europäische Union muss die großen Probleme angehen. Sie muss auf die großen Fragen der Jetztzeit auch Antworten geben können. Die nationalen Probleme kann man durchaus auch national lösen.

Trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, halten wir an dieser großen Friedens- und Wohlstandsunion fest, auch wenn es hier natürlich immer zu Verbesserungen kommen muss.

Nun aber noch einige Worte noch zur Wahl beziehungsweise zur Wahlanfechtung und zur Wiederholung. Die Wahl - und das ist unbestritten - muss genauestens nach den Buchstaben des Gesetzes abgehalten werden und das wurde im Burgenland auch so gemacht. Da bin ich auch froh so, denn hier gibt es keine Verfehlungen und konnten auch keine Verfehlungen kundgemacht werden.

Trotzdem bin ich für die Verschärfung der Briefwahl nach burgenländischem Vorbild. Wir haben hier unsere Hausübungen schon gemacht und ich glaube, dass Burgenland könnte hier als Musterschüler gelten und dieses burgenländische Modell könnte man durchaus auch im Bund übernehmen.

Ich bin auch der Meinung, dass der zweite Wahltag auch ein „Best Practise“ wäre, das der Bund übernehmen könnte. Denn es hat gezeigt, dass die Burgenländerinnen und

Burgenländer diesen zweiten Wahltag sehr gern angenommen haben und er könnte auch eine starke Alternative zur Briefwahl sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich aber nicht im Raum stehen lassen will und kann, ist dieser Pauschalvorwurf an tausende Wahlbeisitzer.

Da muss die Politik einen gemeinsamen Schulterschluss machen. Vertreter aller Parteien, das wünsche ich mir, müssen hier aufstehen und sagen, das geht so nicht. Pauschal die Menschen zu verurteilen, die ehrenamtlich, unentgeltlich hier am Sonntag sitzen, eine Wahl durchführen, die kann man nicht verurteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Im Gegenteil, meine Damen und Herren, sie leisten wertvolle und ehrenamtliche Arbeit. Sie sind unverzichtbar für die Demokratie.

Ich möchte in diesem Zusammenhang schon auch anmerken, dass wir überlegen und wirklich ernsthaft diskutieren sollten, ob hinkünftig nicht auch eine finanzielle Entschädigung für diese Wahlbeisitzer notwendig wäre. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich und insbesondere das Burgenland sind in der großen Europäischen Union sehr gut aufgehoben. Lassen Sie uns an diesem Ziel, an einer Friedens- und Wohlstandsunion, auch weiter festhalten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage, wenn es um die EU geht, kann nicht sein, ist mehr oder weniger Europa nötig? Die Frage ist vielmehr, wie kann ein demokratisches Europa möglich sein? Wie schaut es jetzt aus? Weil es sind ja viele Bilder im Kopf, die nicht ganz mit der Realität in der EU übereinstimmen. Grundlage der jetzigen Arbeit in der EU ist der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2007. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das oberste Organ dieser EU ist der Europäische Rat. Zusammengesetzt aus Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. Das heißt, von demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertretern. Die Aufgaben dort sind, die Grundsatzentscheidungen zu treffen, die großen Leitlinienziele und den Handlungsrahmen zu stellen. Das heißt, hier haben wir demokratisch gewählte Vertreter und Vertreterinnen auch aus unserem eigenen Land.

Dann gibt es den Ministerrat. Das sind die Fachminister und Ministerinnen der Mitgliedsstaaten. Auch diese sind aufgrund von demokratischen Wahlen zu ihrem Amt gekommen. Jene Person, die nicht direkt demokratisch wohin geschickt wurde, das ist der Kommissionspräsident, der wurde heute schon erwähnt. Der wird nämlich vom Europäischen Rat mit einer qualifizierten Mehrheit nominiert. Es wird das Wahlergebnis berücksichtigt, wer europaweit bei der Wahl die stimmenstärkste Partei war. Aber das ist sozusagen eine nominierte Person.

Dann gibt es die Kommission. Auch da werden Menschen aus den Mitgliedsstaaten hingeschickt. Jene müssen nicht unbedingt einer demokratischen Wahl vorher standgehalten haben, weil sie Delegierte aus dem Land und nicht unbedingt auf Wahllisten gestanden sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Wesentliche aber ist das Europäische Parlament. Hier werden alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier direkt vom Volk gewählt. Wir hatten 2014 die letzte Wahl. 750 Abgeordnete aus 27 Mitgliedsstaaten - noch 27 Mitgliedssaaten, aber es

ändert sich ja - sitzen dort beisammen. Das Parlament berät über die Gesetzesvorschläge der Kommission und bringt Abänderungen darüber ein. Darüber gibt es, und das ist etwas ganz Spannendes, die Delegation des Burgenländischen Landtages hat es ja in Brüssel auch selber ein bisschen miterlebt, da gibt es sehr intensive Diskussionen. Da stimmen auch nicht alle Abgeordneten im Parlament, die einer Fraktion angehören, immer gleich ab.

Da gibt es innerhalb der Fraktionen heftige Auseinandersetzungen. Da ist der einzelne Abgeordnete, die einzelne Abgeordnete, von wesentlich höherer Bedeutung, als wir es bei uns in den Landes- oder im Nationalparlament gewohnt sind. Aber - und das ist jetzt ein Schwachpunkt der Europäischen Union - das Parlament kann von sich aus, zum Beispiel, keine Gesetzesvorschläge einbringen.

Das Parlament kann immer nur warten, was uns die Kommission vorgibt und kann dazu etwas befinden. Wenn wir hier dem Europäischen Parlament, jenem Organ, das von den Bürgerinnen und Bürgern der EU direkt gewählt ist, eine höhere Bedeutung geben würden, dann wäre das ein wichtiger demokratischer Schritt.

Die großen Richtungsentscheidungen treffen in der EU immer die Staats- und die Regierungschefs. Das ist ein bisschen so, wie unsere Landeshauptleutekonferenz, nur dass da die Staats- und Regierungschefs auch formal eine Kompetenz haben. Dass das nicht immer das ideale Szenario ist, das erleben wir in Österreich auch.

Aber, das große Problem zwischen den Mitgliedsstaaten, den Nationalstaaten und der EU ist die Kommunikation. Wir können uns nämlich gar nicht darauf verlassen, dass das, was unsere Regierungschefs, Minister und Ministerinnen hier im Land bei uns sagen, auch in Brüssel vertreten. Wir können uns gar nicht darauf verlassen, dass das, was dort miteinander entschieden wird, auch im Heimatland verantwortungsvoll vertreten wird.

Das ist das große Problem in der EU, dass wir hier Menschen haben, Verantwortliche haben, die oft da und dort mit zwei verschiedenen Sprachen und manchmal mit ganz verschiedenen Inhalten sprechen. Auch wir mussten das miterleben. Unser Landtagspräsident hat in Brüssel nicht sehr aktiv kommuniziert, welchen Beschluss wir hier in Bezug auf TTIP und CETA gefasst haben. Ich hatte auch eher den Eindruck, dass das dort jetzt nicht so laut bekannt gegeben werden soll.

Die Kommunikation ist das Problem, und nicht so sehr die Tatsache, dass wir hier sozusagen zu wenig demokratische Mittel haben. Ein Hinweis noch zu den Volksabstimmungen. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich habe leider nur fünf Minuten Zeit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In der Schweiz läuft es schon ein bisschen anders ab. In der Schweiz gibt es nämlich eine sehr ausführliche Sachinformation. Es gibt ganze Büchlein, die vorher dazu erstellt werden, mit den Grundlagen zur Entscheidung, mit Informationen dazu, mit Information über die Auswirkungen, die diese Entscheidung haben würde.

Da sind wir in Österreich leider noch fernab und gerade Ihr Parteichef, Herr Kollege Molnár, ist ein Musterbeispiel dafür, dass fehlende und falsche Sachinformation weitergegeben wird, wenn Bilder mit sinkender Kriminalstatistik dann mit den Worten, wir haben eine steigende Kriminalität, erläutert werden, spricht das für sich.

Präsident Christian Illedits: *Zeitablauf!*

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Seien wir ehrlich in unserer Sachdebatte, dann können wir auch bei der Volksabstimmung getrost auf das Ergebnis warten. Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Abgeordnete! Zum einen muss man einmal sagen, Gott sei Dank gibt es die Möglichkeit, über dieses Thema zu sprechen. Daher bin ich auch stolz darauf, dass unser Freiheitlicher Landtag dieses Thema auch auf die Tagesordnung genommen hat.

Zur Frau Abgeordneten nur ganz kurz. Sie haben gesagt, die Parlamentarier werden in der EU direkt vom Volk gewählt. Das stimmt natürlich nicht. Da haben Sie sich ein bisschen vertan. Das ist nicht so, dass die direkt vom Volk gewählt werden.

Die werden dann von Parteien bestimmt und nicht vom Volk gewählt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Haben Sie denn keine Liste bei der FPÖ?)* Aber, in Ordnung, das ist etwas anderes.

Ich habe das bei der Lehrstunde gemerkt, aber, leider Gottes, hat es nicht gestimmt. Gut. Zu der heutigen Diskussion noch, weil man die EU so quasi jetzt versucht… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Natürlich ist es so, wie Klubobmann Geza Molnár gesagt hat. Die EU sollte eine EU des Friedens, des Wohlstandes sein. Die EU sollte eine EU der Demokratie sein, sie sollte eine Wirtschaftsunion sein, aber nicht eine zentralistisch ausgerichtete Gemeinschaft und genau das ist das Thema. Genau dieses Thema ist jetzt hier und genau dieses Thema ist das Thema, wo man jetzt endlich nach dem Austritt der Engländer darüber sprechen kann, wie kann man es besser machen, wie man es insgesamt besser machen kann, denn man darf auch nicht vergessen, zum Beispiel Griechenland, das wissen wir alle, die Haftungssituation, die die EU eingegangen ist.

Nach Griechenland kommt jetzt, zum Beispiel, das nächste Problem in Italien auf uns zu. Die italienischen Banken haben 360 Milliarden Euro an Schulden. 360 Milliarden Euro! Das ist das nächste Thema, das auf uns zukommt. Das heißt, in der EU muss natürlich sehr viel geregelt werden und die direkte Demokratie in der EU sollte natürlich eine besondere Wichtigkeit haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Man schaut sich nur die Schweiz an, wie es funktionieren kann. Da geht es so weit, dass man die sechste Urlaubswoche abgelehnt hat, bis hin zur Steuerhoheit in den Kantonen, wo Überschüsse in den Kantonen produziert werden.

Den Brexit, die Möglichkeit ,mit China, mit Russland, ein Handelsübereinkommen. Anscheinend sind 360 Millionen Euro in der Woche mehr für Großbritannien zur Verfügung. Das mag alles stimmen oder auch nicht.

Der Klubobmann Hergovich hat schon gesagt, natürlich sollte es nicht so sein, dass man hier diesem Beispiel folgt. Ich glaube, das sollte man nicht tun. Aber trotzdem sollte man darüber reden, wie man die EU anders ausrichten kann.

Und zur ÖVP, weil der Herr Klubobmann Sagartz gesagt hat, das ist alles ein Wahnsinn, was da passiert ist, gibt es Neuwahlen, Briefwahl und so weiter und so fort. Es haben 14 Höchstrichter entschieden und diese Entscheidung dieser 14 Höchstrichter muss man deshalb schon zur Kenntnis nehmen, weil das sogar in über 170 Seiten dokumentiert ist.

Höchstrichter von ÖVP und SPÖ bestimmt. *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Ilse Benkö: Noch. - Allgemeine Unruhe - Abg. Gerhard Steier: Die Regierung schlägt das vor.)*

Die Regierung, wer sitzt denn in der Regierung? *(Allgemeine Unruhe – Zwischenruf des Abg. Gerhard Steier.)*

Und zur ÖVP noch - weil man gesagt hat, da ist überhaupt nichts vorgefallen und keiner hat irgendetwas gemacht. Also der Erste, der etwas gemacht hat, war der Bürgermeister Heißenberger, ein ÖVP-Bürgermeister, der definitiv sogar dann verurteilt worden ist. Also so kann man das nicht im Raum stehen lassen. *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Markus Ulram: Das darf doch alles nicht wahr sein.)*

Es ist wichtig, dass die Briefwahl neu überdacht wird. Und wenn Sie von Populismus sprechen - es gibt hier keinen Populismus, wenn die Wahl wiederholt wird, 14 Höchstrichter entschieden. Den zweiten Wahlgang im Burgenland wollte die ÖVP überhaupt nicht, weil der Herr Abgeordnete Kölly sich gerade meldet - zu sagen, die Regierungsbüros verdienen dreimal so viel wie alle anderen, die hier im Haus beschäftigt sind. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Manfred Kölly: Vor einem Jahr hast Du noch ganz anders geredet, das muss man auch einmal festhalten. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Das ist eine Oppositionspolitik, die ist. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Manfred Kölly: Vor einem Jahr hast Du ganz anders geredet, das ist eine Sauerei.)* Das sage ich Ihnen schon. *(Abg. Manfred Kölly: Du bist wirklich schwach! Punkt. – Abg. Doris Prohaska: Na Moment.) (Abg. Manfred Kölly: Das ist traurig. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Ja ich komme schon zum Schluss. Gut, dann kommt der Nächste dran*. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Meine Damen und Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Ich bitte Sie, Ihre Wortwahl der Würde dieses Hauses anzupassen, sowohl vom Rednerpult, von der Regierungsbank, als auch bei den Zwischenrufen aus den Bänken.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Präsidentin Ilse Benkö.

Bitte Frau Präsidentin. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das sind Tatsachen. – Abg. Manfred Kölly: Da haben sich die Werte vor einem Jahr aber komplett geändert.)*

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herzlichen Dank. Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nach den bisherigen Debattenbeiträgen stelle ich eigentlich fest, dass weitgehend Einigkeit über die grundsätzlichen Problemstellungen herrscht in Bezug auf Europäische Union, das schwindende Vertrauen der Bürger, die Unzulänglichkeit des Wahlrechtes.

Und ich bleibe auch gleich beim Thema Wahlrecht, Kollege Klubobmann Molnar hat es ja angekündigt, das Wahlrecht - und das wissen wir alle - ist von fundamentaler Bedeutung, wenn es natürlich um das Vertrauen der Bürger geht. Inwieweit das Vertrauen der Bürger schwindet, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das liegt vor allem in den Händen der Politiker und der Parteien.

Das beginnt nicht erst - geschätzte Kolleginnen und Kollegen - bei den Wahlen, wenn Mutmaßungen über mögliche Unregelmäßigkeiten gewälzt werden. Nein, liebe Kollegen, das beginnt bereits bei der Entstehung der Gesetze, bei der Gesetzgebung und ich denke da, egal ob es die Zweitwohnsitzregelung, ob es die Absenkung des Wahlalters ist.

Egal, ob es die Briefwahl ist, zumindest bei einzelnen Novellierungen, die die letzten Jahre und Jahrzehnte gemacht worden sind, liegt der Verdacht nahe, dass es -

sagen wir so - in einem zu großen Ausmaß um die Frage letztendlich gegangen ist, welche Änderung nützt welcher Partei?

Das beste Beispiel dafür, das ist sicher die Briefwahl - meine Damen und Herren. Und die Briefwahl in der heutigen Form steht seit ihren Anfängen - und das ist auch keine Neuigkeit - in Verdacht bewusst, oder man könnte sagen zumindest grob fahrlässig, nicht wasserdicht geregelt worden zu sein.

Und damit meine ich jetzt gar nicht die Frage, ob die Briefwahl in der heutigen Form praktikabel ist, letztendlich vor allem für die Wahlbehörden. Ich erinnere daran - und das wird Ihnen allen auch noch im Gedächtnis sein, dass es von allem Anfang an Bedenken gegeben hat, dass Bedenken bestanden haben, was die Umstände der Beantragung angeht, was der Ablauf in den Pflegeheimen, was den angeht, oder auch letztmöglich der Zeitpunkt des Einlangens bei der Wahlbehörde selbst.

Letztendlich sind all die Zweifel, die bestehen und letztendlich ist auch die Aufhebung der Bundespräsidentenwahl ursächlich auf den Gesetzgeber zurück zu führen, der sich schon bei der Gesetzgebung - warum auch immer - ich bin der felsenfesten Überzeugung, zu sorglos verhalten hat, was einzelne Beamte und Behörden selbstverständlich auch nicht aus ihrer Pflicht nimmt.

Man mag von der Anfechtung, Herr Kollege Sagartz, der Bundespräsidentenwahl halten was man will, Fakt ist, aus juristischer Sicht - auch vom Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, kann man halten was man will, - aber was wirklich Fakt ist, für das Vertrauen der Bürger und in unsere Demokratie und unserem Rechtsstaat war das wirklich von allergrößter Bedeutung, dass der Verfassungsgerichtshof gesagt hat, soweit und nicht weiter, zurück zum Start. Das war sehr wesentlich.

Für den Gesetzgeber muss diese Entscheidung jedenfalls ein Weckruf sein, nicht nur in Bezug auf Wahlbehörden und Beisitzer, das Prozedere und weitere Umstände, vor allem auch in Bezug auf die Briefwahl. Ich persönlich sage Ihnen, ich bin natürlich nicht für die Abschaffung der Briefwahl, halte aber gewisse und folgende Änderungen für unausweichlich, wenn man wirklich ein sauberes und möglichst wasserdichtes Wahlrecht haben möchte.

Erstens: Die Übernahme der Wahlkarte, glaube ich, muss persönlich erfolgen. Am besten wäre es, die Wahlkarte müsste persönlich am Gemeindeamt abgeholt werden.

Zweitens: Im Inland soll nur vor einer Wahlbehörde gewählt werden dürfen, also *(Zwiegespräch der Abg. Manfred Kölly, Abg. Geza Molnar und der Abg. Klaudia Friedl. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* mit der Wahlkarte in einem Wahllokal meiner Wahl, aber nicht mit der Post.

Drittens: In Altersheimen und ähnlichen Einrichtungen sollte nur vor einer Kommission gewählt werden dürfen. Das bedeutet:

Viertens: Die Briefwahl in derzeitiger Form, die sollte es weiter geben.

Geschätzte Damen und Herren! Es geht nicht darum, die Ausübung des Wahlrechtes zu erschweren. Es geht mir einfach darum, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, die die Einhaltung aller Wahlgrundsätze - nämlich persönlich, geheim, unbeeinflusst, bestmöglich gewährleistet.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Den Schlusssatz bitte.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ) *(fortsetzend)*: Geschätzte Damen und Herren, das wollen wir alle nicht, dass die Demokratie das Vertrauen verliert, das dürfen wir nicht zulassen und ich sehe uns daher alle gefordert.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Als Nächster hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Steiner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, meine geschätzten Damen und Herren! Herr Präsident! Der Titel dieser Aktuellen Stunde, das ist vorher von den Vorrednern das eine oder andere Mal gesagt worden, ist angeblich der erste Satz unserer Bundesverfassung. Das ist natürlich nicht so. Der erste Satz unserer Bundesverfassung lautet nämlich: "Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volk aus". Nur um das einmal genau zu sagen. *(Abg. Geza Molnar: Danke!)*

Das hat auch einen bestimmten Grund, warum ich das sage, Herr Kollege Molnar, das ist so. *(Abg. Geza Molnar: Du sitzt auf einem hohen Ross - steig endlich herunter!)* Das hat auch einen bestimmten Grund, warum ich das sage, weil das schon einen Unterschied macht und dieser Satz ist ja nur eine programmatische Bestimmung.

Das System, das demokratische System ergibt sich ja aus dem Sinn-Zusammenhalt der gesamten Bundesverfassung und die sieht - wenn man sich das anschaut, wenn man sich das genau anschaut - eben im Wesentlichen ein mittelbar demokratisch aufgebautes System vor.

Das heißt, dass das Recht erzeugt wird, nicht vom Volk direkt, sondern nur mittelbar vom Volk durch die Wahlen *(Abg. Günter Kovacs: Genau!)* und die direkte Erzeugung des Rechts erfolgt eben durch Repräsentanten, durch Abgeordnete, dem Nationalrat, dem Bundesrat und auch in den Landtagen.

Meine Damen und Herren! Jetzt kann man durchaus trefflich diskutieren und streiten, welches demokratische System das bessere sei. Und die Bandbreite - auch das ist heute schon einige Male gefallen - geht ja von der Schweiz zum Beispiel, mit vielen direkten demokratischen Elementen, bis hin zu anderen demokratischen Systemen, wo direkte demokratische Elemente fast gar nicht vorgesehen sind.

So wie in Deutschland zum Beispiel, wo man auch darüber diskutiert, welche direkten demokratischen Elemente kann man einführen, welche sind sinnvoll. Und jetzt glaube ich, ist es schon sehr, sehr schwierig ein Urteil darüber zu fällen, ob jetzt das eine demokratische System besser ist, als das andere. Ich selber würde das nicht tun und ich finde das auch relativ gewagt.

Und das Beispiel, das auch heute schon natürlich des Öfteren gefallen ist, das Beispiel der Volksentscheidung in Großbritannien über den Austritt aus der EU, das hat schon auch gezeigt, dass auch direkte demokratische Instrumente an die Grenzen der Vernunft stoßen können.

Großbritannien hat sich damit, so sehe ich das zumindest, in eine äußerst schlechte Position gebracht. Es ist vom Klubobmann Hergovich angesprochen worden, was die Auswirkungen für Großbritannien sind, zumindest jetzt spürbar sind und ich denke, dass sich das auch nicht verändern wird.

Und ich bin jetzt nicht einer der sagt, ja jetzt haben die Briten gesagt, sie wollen aus der EU heraus und jetzt sind sie die Bösen in Europa, sondern im Gegenteil. Ich bin dafür,

dass man die Briten genauso behandelt, wie alle anderen, und das bedeutet, wenn sie mit der EU zusammenarbeiten wollen, dann werden sie auch die Bedingungen der EU erfüllen müssen. So wie Norwegen, oder auch die Schweiz übrigens, die ja auch sehr eng mit der Europäischen Union verwoben sind, um das so zu sagen.

Aber ich denke, wenn es noch eine Abstimmung gäbe in Großbritannien, dann würde die Abstimmung ganz, ganz anders ausgehen. Vor allem auch deshalb, weil sich die großen Brexit-Befürworter - das ist auch schon gesagt worden - sofort „vertschüsst“ haben und sofort, sogar am Wahlabend, auch zugegeben haben, dass sie das britische Volk belogen haben.

Und das finde ich ist genau der Punkt, wo man aufpassen muss und das hat die Frau Kollegin Petrik gesagt, genau das geht ja in diese Richtung, dass man, wenn man direkte demokratische Instrumente verwendet, dass man die Wählerinnen und Wähler auch ordentlich sachlich und objektiv informieren muss.

Das Bekenntnis zur Europäischen Union ist für die Österreichische Volkspartei selbstverständlich, wir sind eine Europapartei immer gewesen und werden das auch immer sein, weil wir an die Sinnhaftigkeit eines gemeinsamen Europas glauben und fest daran glauben.

Und ich finde es manchmal auch einigermaßen schade, wenn man alles auf die EU schiebt. Denn wer ist denn die EU? Die EU sind ja wir alle miteinander. Das sind unsere Vertreter, die Staats- und Regierungschefs.

Und da braucht man sich heute nicht herstellen und sich darüber beschweren, dass es keine gemeinsame Asylpolitik gibt, wenn genau diese Vertreter der Staaten über Jahre hinweg das verhindert haben und jetzt unter dem Druck der großen Migration es vielleicht anders sein wird. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Ich höre, dass ich schon am Ende meiner Redezeit angekommen bin und möchte aber einen Punkt noch sagen, wenn ich das darf. Ich glaube, dass man über Veränderungen in demokratischen Systemen diskutieren muss und soll. Ich persönlich trete ja dafür ein, dass wir überhaupt eine große Änderung machen in Richtung Mehrheitswahlrecht auf allen Ebenen, weil das klare Verhältnisse schafft, weil es politischen Kuhhandel verhindert.

Und ich denke auch diese Rot-Blaue Proporzgemeinschaft würde es nicht geben, hätten wir ein Mehrheitswahlrecht. Aber egal in welche Richtung man immer auch denkt, es ist notwendig ordentlich zu diskutieren, ausgiebig zu diskutieren, seriös zu diskutieren.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Ihr Redebeitrag heute der war außer dümmlich, nur dümmlich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Das was ich vorhin gesagt habe, gilt auch jetzt*. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Nehme ich zur Kenntnis.)*

Als Nächstes spricht der Landtagsabgeordnete Präsident Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja es ist - wie bei jedem Thema auch - das europäische Thema natürlich genauso auch zu bewerten, wie andere politische Diskussionen.

Herr Abgeordneter Steiner, Sie haben es jetzt im Schlusssatz eben gesagt, der Standort bestimmt den Standpunkt. Es hilft nichts, wenn Sie es bejammern, dass wir ein anderes politisches System haben, wo Sie eben jetzt nicht in der Regierung sind.

Das zu bejammern, ist gleichzustellen mit Systemen in *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht jammern, das ist eine Feststellung.)* Europa oder wenn Sie erwähnen, dass natürlich die Entscheidungen auf anderen Ebenen zu treffen oder getroffen sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht jammern.)* Doch - Sie haben es festgestellt, Sie haben gesagt, hätten wir das, dann wäre die Situation anders, dann würde es diese Regierung nicht geben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht jammern, das ist eine Feststellung.)* Na, ja, dann habe ich das Jammern nur zwischen den Zeilen vernommen. Es war eine Feststellung - gut - das ist jetzt richtig. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Aber das wird oft auch so im europäischen Kontext, das hat der Kollege Wolf auch so gemacht, dass man eben genau am jeweiligen Standort das sagt, wo es eben politisch genau in die Schublade passt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war nicht der Kollege Wolf, das hat die Kollegin Petrik gesagt.)* Das ist so. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das hat die Kollegin Petrik gesagt.)*

Da müssen wir uns natürlich alle irgendwo klarerweise bei der Nase nehmen, das ist so. Aber es ist ja nicht so schlecht und böse, weil wenn es eine Kommunalwahl im nächsten Jahr gibt, werden natürlich dann sehr viele Projekte dann präsentiert und sehr viele Eröffnungen stattfinden und es wird vielleicht der eine oder andere vergessen, dass europäisches Geld da mit drin ist, es wird halt dann Gemeindegeld sein. Und wenn eine andere Wahl ist, dann wird das Geld hauptsächlich von wo anders kommen.

Faktum ist es aber, dass wir natürlich aber sehr viel von der Europäischen Union erhalten haben und unser Wohlstand, den wir heute haben, zweifelsohne mit dem Beitritt zur Europäischen Union unweigerlich zu verbinden ist. Und ich glaube auch, alle Skeptiker können das schwerlich unter den Tisch kehren oder auch negieren oder auch leugnen.

Es ist ja schon lange her, 1994 am 12. Juni, und dort fängt für mich bei vielen Ländern die Geschichte an: Abstimmung, wer ist dafür, dass wir beitreten? Österreich: 66 Prozent, Burgenland: 74,7 Prozent, meine Heimatgemeinde Drassburg: 86 Prozent. Wahlbeteiligung 82,3 Prozent in Österreich.

Wenn man neue Mitgliedsländer jetzt hernimmt und aufs Radar legt - unter 50 Prozent Ja zu sagen zu einem Referendum kann ja nur zur Folge haben, dass sich irgendwann nachher ein schlimmeres Unzufriedenheitsverhältnis natürlich wieder darstellt.

Also für mich ist das nicht so überraschend, weil auch das Beitrittsvotum in vielen Ländern, jetzt angrenzende Nachbarländer, nicht in dieser Art und Weise erfolgt ist, wie das ist. Und dass dort natürlich auch diese 50 Prozent gleichzeitig auch den nationalen Gedanken und nicht den europäischen mehrheitlich mitgetragen haben, kann man am heutigen Tage nicht nur lesen, sondern Vielerorts auch verspüren.

Der Vergleich, Herr Klubobmann, mit der Schweiz ist natürlich einer, den man allemal anstellen kann, aber natürlich hinkt der Vergleich, ist ganz klar - andere politische Rahmenbedingungen und ich glaube, die Schweiz ist in einer besonderen Situation. Die Schweiz hat sehr vieles mit Europa zu tun, will auch sehr vieles zu tun haben, hat aber sehr viele Vorteile natürlich nicht, die wir als Mitglieder der Europäischen Union haben.

Der Kollege Sagartz hat gesagt, das ist eine Frage des Vertrauens. Natürlich ist es eine Frage des Vertrauens, aber wenn Sie sagen, man befeuert das auch mit Ängsten, dann befeuert man das genauso mit Negation.

Also wenn man gewisse Dinge einfach sagt, es ist nicht so schlecht, wie es sich darstellt - Arbeitsmarktsituation, wenn man die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt, wo wie Sie das zweifelsohne tun, als nicht so schlechte Situation darstellt, weil es ja der Wirtschaft hilft, ja es hilft den Unternehmen, aber nicht der Wirtschaft im Allgemeinen und schon gar nicht den Arbeitnehmerinnen und den Arbeitsnehmern im Burgenland, dann befeuert man indirekt genauso die Situation von der anderen Seite. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Frau Kollegin, ich habe in Brüssel wenig oder nichts gesagt zu CETA oder TTIP, das kann sein. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich mit Ihnen gemeinsam irgendwo so in einer Diskussion in Brüssel, wie wir gemeinsam waren, geführt habe. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich war schon bei vielem dabei.)*

In den entscheidenden Gremien tue ich das zweifelsohne, aber zum gegebenen Zeitpunkt glaube ich nicht, mein Erinnerungsvermögen ist nicht so weit, dass ich das eben irgendwo gekonnt hätte.

Friedensprojekt stimmt, das sollten wir nicht vergessen, Frieden heißt zum einen kein Krieg! Haben wir geschafft - aber Frieden heißt auch sozialer Frieden.

Und einen sozialen Frieden - werden und können wir nur herstellen, wenn wir zweifelsohne den Menschen mehr zuhören, mehr auf ihre Bedürfnisse, in der Region, in den Gemeinden, in den Kommunen versuchen einzugehen, umsetzen probieren und das alles natürlich auch in die Gesetzgebungsmaschinerie in Brüssel implementieren.

Das geht - in der Kommissionspolitik wird das momentan versucht, in die Regionen Förderungen zu geben, aber auch zweifelsohne beim wichtigsten Thema Arbeitsmarkt. Dort arbeiten wir daran, dass hier auch die regionalen Bedürfnisse auch Berücksichtigung finden und so unseren Menschen direkte Hilfestellung geben können, dann wird es Vertrauen auch in unsere Politik im europäischen Konsens geben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Präsident.

Als Nächster ist der Landtagsabgeordnete Gerhard Steier zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir führen eine Diskussion, die die Grundlagen unseres Staates betrifft und eigentlich jedem Bürger nicht nur ein Anliegen, sondern auch eine Herausforderung und Aufgabe darstellt.

Wir sollten nie vergessen, dass mit einer gewissen Aufgabenstellung auch eine Pflicht verbunden ist und dieses Pflichtbewusstsein im Einmahnen ist, glaube ich, ein ganz besonderes Zeichen und eine besondere Forderung auch an die Politik.

Und ich erinnere daran, dass gewisse von der Abgeordneten Benkö angesprochenen Tatsachen im Wahlrecht durchaus einem Umstand geschuldet sind, in der Entwicklung dieses Wahlrechts, nämlich in der Partizipation der Teilnahme der Bevölkerung an Wahlen.

Und deswegen, weil diese Wahlbeteiligung eine sinkende war, hat man verschiedenste Instrumentarien auch in Anleihen an andere Länder genutzt, um sie quasi der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Unter anderem ist die Briefwahl ein derartiges Instrument, um der Bevölkerung die Chance zu geben, an einer Wahl teilzunehmen und damit gesamtgesehen die Partizipation an einer Wahl zu steigern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was mich tief betroffen macht, ist die Situation in England, jetzt auch im Zusammenhang mit allem, was diese Möglichkeit der Mitbestimmung anlangt. Was hat Europa, was haben alle Mitgliedsländer für England im Sinne der Entwicklung dieses Landes nicht alles geleistet?

Sogar bis zum Tunnel ist es gekommen, um den Anschluss an die Insel quasi ohne irgendwelche Schiffe zu gewährleisten, was in der Vergangenheit ja immer zu Invasionen geführt hat, nur über die See möglich.

Tatsache ist, dass von allen Gegebenheiten in finanzieller Hinsicht Großbritannien immer nur seine Vorteile gesucht hat. Großbritannien als Mitgliedsstaat zur Europäischen Union hat einen außerordentlichen Status, der unter anderem seit Thatcher begründet, darin definiert wurde, dass Großbritannien einen sogenannten Nachlass bekommen hat auf die gesamte Beitrittszahlung im Gegensatz zu allen anderen Staaten.

Und ich möchte eines in diese Diskussion auch einwerfen, sowohl die angesprochene Schweiz als auch das angesprochene Norwegen, haben als Nichtmitgliedsländer, aber in der Kooperation mit der Europäischen Union einen Punkt, der vorher auch vom Landeshauptmann-Stellvertreter definiert worden ist, beide Staaten und im speziellen Norwegen, zahlen als Nichtmitgliedsländer einen ähnlich hohen Beitrag wie Großbritannien als Mitgliedsland.

Das sollten wir uns immer auch vor Augen führen in der Diskussion mit der Bevölkerung. Nichtmitgliedsstaaten, um die Vorteile der EU nutzen zu können, sind bereit, einen finanziellen Beitrag zu leisten, der höher ist in dem Fall von Norwegen gegenüber England.

Auf der anderen Seite wird ins Treffen geführt, dass England, dass Großbritannien, auf Grund der Austrittssituation jetzt quasi mehr Geld zur Verfügung hätte, wie es Farage und auch Johnson gesagt haben, nämlich im Zuge des Austritts würden 320 Millionen Euro pro Woche zur Verfügung stehen für den Einsatz im Gesundheitswesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten uns in demokratischer Legitimation eines vor Augen führen: England ist ein Paradebeispiel neoliberalen politischen Handelns. Und vieles was in England passiert ist, ist immer nur im Schielen auf Europa zum Vorteil des Landes passiert.

Eines der größten Argumente ist, dass Frankreich mehr Gelder für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt bekommt als England. Und England hat immer wieder ins Treffen geführt, dass gewisse Sachen für sie eigentlich nicht in Frage kommen.

Nachdem meine Redezeit sehr beschränkt ist, möchte ich darauf eingehen, dass in sozialpolitischer Hinsicht ein typisches Beispiel England jetzt in der Abstimmung auch war, wohin sich das Land verändert.

Wir haben festzustellen, dass es eine gewisse Elitebildung gibt und auf der anderen Seite, dass sogenannte Volk. Dieses Volk immer mehr abgestimmt von den Entscheidungen, immer stärker betroffen von einer Entwicklung, die nicht direkt in der Erklärung bei der Bevölkerung ankommt, erklärt in einer Abstimmung, dass es quasi nicht zu Europa gehören möchte.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Den Schlusssatz bitte.

Abgeordneter Gerhard Steier *(fortsetzend)*: Tatsache ist, und das möchte ich ins Treffen führen als Schlusssatz, wir sollten eines zur Kenntnis nehmen und das sollte auch jede Demokratie aushalten, weil es nicht zuletzt auch auf das Wahlrecht gemünzt ist:

Wenn ich eine derartige Abstimmung setze, wird jeder sagen, dass die Grundlage eine Zweidrittelmehrheit sein sollte, die als quasi Maßstab für eine Entscheidung Gültigkeit hat.

Entscheidungen mit 51 Komma etlichen Prozent ist eine mit Sicherheit treffsichere und eine klare Entscheidung, aber für derart schwierige und quasi nicht allgemein bekannte inhaltliche Abstimmungen sollte, wie auch sonst verfassungsmäßig notwendig, eine Zweidrittelmehrheit geboten sein.

Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Kollege Kölly ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter zum Rednerpult.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aktuelle Stunde - aktueller wie nie zuvor! Brexit, England, Bundespräsidentenwahl, Wiederholung - daher hat auch der Antragsteller genau diese Punkte eingebracht und hat es genauso gesehen.

Auch ich habe meine Bedenken bei gewissen Punkten. Und ich glaube, meine Vorredner haben schon vieles gesagt, das war wichtig, aber einige sind heute über das Ziel geschossen, wie es halt üblich ist, dass es das und jenes nicht gibt und haben schon längst ihre Werte über Bord geschmissen, denn vor einiger Zeit haben sie noch ganz anders gedacht und auch gesprochen.

Die sitzen jetzt in Positionen, denen sie noch nicht ganz Herr geworden sind. Ich sage dies mit dieser Deutlichkeit, denn sonst könnte es solche Aussagen nicht geben. In einer Oppositionsrolle schaut das ein bisschen anders aus, als wenn man Regierungsverantwortung trägt.

Ich bin sehr oft und ich komme ja auch aus dieser Riege FPÖ und habe meine Werte nicht über Bord geschmissen, werte Kolleginnen und Kollegen, sondern ich stehe dazu, damals bei der Abstimmung, dass ich bei gewissen Punkten mich dazu geäußert habe, was in Zukunft hier passieren wird.

Wenn wir die EU-Abstimmung 1994 noch einmal hervornehmen, wie der Herr Präsident das gesagt hat und in seiner Gemeinde eine sehr hohe Zustimmung war, Eisenstadt Umgebung. Aber egal wie auch immer, es war eine tolle Zustimmung zu dieser EU.

Und das Land Burgenland und das traue ich mir auch sagen, hat massiv profitiert davon, Herr Landeshauptmann. Und ich glaube, da sind wir uns einig, ob Rot oder Schwarz, ob vielleicht Grün oder vielleicht auch Blau eines zugeben mussten, hätten wir diese Ziel 1-Förderung und diese Möglichkeiten nicht gehabt, wären wir ganz, ganz großes Schlusslicht - aber zwar überall! Das muss man einmal klar und deutlich sagen.

Aber was können wir dazu beitragen, damit wir einiges ändern in dieser EU, dass ich aber auch kritisch hinterfrage bei etlichen Punkten. Heute wurde das schon von vielen angesprochen, von meinen Vorrednern, da müssen wir auch den gemeinsamen Weg suchen.

Und ich bin vor kurzem mit einer Delegation von Abgeordneten in Brüssel gewesen. Ich habe mich gewundert, dass nicht Fragen gestellt wurden, auch nicht zu TTIP. Und wenn schon das angesprochen wurde, aber der Herr Bundespräsident, der zukünftige, - er glaubt, er wird es, der Hofer Norbert, - hat sich klar geäußert dazu, dann soll es so sein.

Aber die FPÖ hat sich auch schon zu etwas Anderem ganz offiziell geäußert: Raus aus dieser EU! Und jetzt frage ich Sie - in der Regierung sitzend und Verantwortung tragend - die FPÖ Mandatare, wollt Ihr, dass wir aus dieser EU unter diesen Umständen derzeit austreten oder wollt Ihr mitarbeiten und vielleicht das eine oder andere korrigieren und auch für das Land das Bestmögliche herausholen? *(Abg. Geza Molnar: Du hast mir heute nicht zugehört.)*

Dann - ich habe gesagt, sachlich gut diskutiert, weil wir jetzt vor einer Bundespräsidentenwahl wieder stehen, wo die FPÖ gesagt hat, wir brauchen gar keinen Bundespräsidenten und jetzt dieser große Zirkus und dieses große Spiel, soll so sein.

Und eines lasse ich auch nicht zu, ich bin in der Verantwortung in einer Gemeinde und viele meiner Kolleginnen und Kollegen, die bei der Wahl Wahlleiter sind - wer fehlt immer? Sie lassen sich zwar auf die Liste draufschreiben als Wahlzeugen - die FPÖ, sind nie anwesend bei Wahlen. *(Abg. Doris Prohaska: Na geh. – Unruhe bei der FPÖ und SPÖ)* Wir müssen das - langsam! In Ortschaften und ich weiß es wirklich aus einigen Ortschaften, wo sie nur sagen, ja, ich werde schon einmal vorbeischauen

Und ich weiß es aus Ortschaften, wo sie wirklich nur einmal vorbeischauen, den Zettel unterschreiben. Ist ja österreichweit vorgekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das können Sie nicht wegdiskutieren, sondern das ist so. Wenn ein Verwaltungsgerichtshof das aufhebt, aufhebt wegen anderen Dingen, und nicht, weil dort Ungereimtheiten passiert sind, lassen wir uns das nicht gefallen, meine sehr geehrten Damen und Herren, als zuständige Verantwortliche in den Gemeinden.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe. Ich darf die Abgeordneten ersuchen, der Redner hat das Recht, dass er hier frei sprechen kann.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Denn ich glaube, dass ein jeder das Recht hat, der sich freiwillig meldet, dort hingeht, und stundenlang seine Zeit dort verbringt. Wir haben Öffnungszeiten von 07.00 bis 16.00 Uhr. Das ist eine schöne Zeit, die er verbringen muss und will, um Gerechtigkeit und Klarheit zu haben. Das lasse ich von der FPÖ hier nicht so sitzen. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Neuerlich von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Abgeordnete! Hat irgendjemand heute gesagt, dass er aus der EU austreten möchte? Gibt es so eine Aussage? Nein, die gibt es natürlich nicht. Alle, die hier im Haus heute mitdebattieren wollen das nicht. Die FPÖ hat noch nie gesagt, raus aus der EU, das ist einfach falsch! *(Abg. Manfred Kölly: Die FPÖ österreichweit!)*

Aussage, es gibt eine Presseaussendung vom Abgeordneten Kölly, wo er definitiv sagt, diejenigen die arbeiten, verdienen dreimal so viel als alle anderen. Das stimmt halt nicht. Oder die Alarmanlagen die jetzt gefördert werden, sind nicht der ÖNORM entsprechend. Das ist nicht gut.

Die ÖVP in der Opposition, das ist die schlechteste Landesregierung aller Zeiten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Schwächste!)* Die schwächste Landesregierung aller Zeiten, das hat man schon nach zwei Monaten gesagt. Oppositionspolitik stelle ich mir anders vor. Oppositionspolitik sollte mit Lösungen verbunden sein. *(Abg. Manfred Kölly:*

Ich weiß nicht, kannst Du Dich gar nicht mehr erinnern was Du einmal gesagt hast? Unglaublich!)

Deshalb glaube ich, dass diese Unwahrheiten, die da präsentiert werden, nicht gut sind. Es gibt in der Regierung einen neuen Stil, den es noch nie gegeben hat. Das heißt, es wird hart gearbeitet, es wird täglich gearbeitet, es gibt ein Zusammenarbeiten. Es gibt ein ehrliches Zusammenarbeiten, es gibt ein konstruktives Zusammenarbeiten.

Man möchte einfach nur Lösungen präsentieren. Ich glaube das ist wichtig. Wenn man schon von der direkten Demokratie spricht, erstmalig wird es eine Umfrage zwischen allen Feuerwehrmännern und Feuerwehrfrauen geben, wo sie selbst mitbestimmen können, wie sieht das neue Feuerwehrgesetz aus.

Das ist direkte Demokratie. So etwas hat es noch nie gegeben. Auch wenn der Abgeordnete Kölly wieder die Hände zusammenklatscht. *(Abg. Manfred Kölly: Du hast keine Ahnung, danke!)*

Noch abschließend zur EU-Diskussion, wo man jetzt die Möglichkeit hat, auch aus Sicht des Burgenlandes, stärker und kräftiger EU-Argumente zu liefern über die Bundesregierung in Bezug zum Beispiel auf die Entsenderichtlinie. Denn das wird wirklich immer ärger. Landesrat Darabos hat das schon gesagt, wenn der Arbeitsmarkt zu Kroatien geöffnet wird, schaut es noch schlechter aus.

Das heißt, da muss man einfach Lösungen finden. Schließungen des Arbeitsmarktes vornehmen. Brexit - auch mehr Druck zu machen, auch bundeseinheitlich. Daher, glaube ich, sollte man das Positive an dem sehen, was wir hier heute diskutieren und niemand, niemand in diesem Raum hat etwas gesagt von einem Austritt aus der EU, niemand! *(Abg. Manfred Kölly: In diesem Raum! – Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Niemand ist hier zu Wort gemeldet, die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunde damit beendet.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 440), mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen) geändert wird (Zahl 21 - 300) (Beilage 461)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 440, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen) geändert wird, Zahl 21 - 300, Beilage 461.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Edith Sack: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen) geändert wird, in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen) geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet wäre die Frau Mag.a Regina Petrik. Sie ist nicht im Saal. Ihre Redemeldung ist verwirkt.

Als Nächstes wäre… *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Sie ist schon da!)* Ich nehme es noch zur Kenntnis Frau Magister. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Entschuldigung! Bin ich noch dran oder ist es vorbei?)* Nein, Sie sind dran.

Bitte kommen Sie zum Rednerpult.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön für die Nachsicht. Ich halte mich auch kurz. Ich möchte nur auf zwei Dinge hinweisen. Natürlich ist es gut, da stimmen wir ganz überein, dass die notwendige Qualität in der Ausbildung für Angestellte in der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung nochmal klar zum Ausdruck gebracht wird.

Es ist gut, dass diese Anerkennung von Ausbildungen, die in anderen Ländern absolviert wurden, jetzt gesetzlich geregelt ist. Aber der vorliegende Gesetzentwurf macht wieder einmal auf zwei kritische Aspekte aufmerksam. Einer bezieht sich grundsätzlich auf das Kindergartenwesen in Österreich und der andere auf implizierte Botschaften bei Berufsbezeichnungen.

Zum Ersten: Die vorliegende Gesetzesanpassung wird in neun Bundesländern durchgeführt. Es werden neunmal Beamtinnen und Beamte damit befasst. Das macht neunmal Arbeitsstunden für ein- und demselben inhaltlichen Vorgang. Wir haben in Österreich neun verschiedene Gesetze, die das Kindergartenwesen in jedem Bundesland anders regeln. Hier wird der Verwaltungsaufwand und der politische Aufwand zu ein- und demselben Bereich verneunfacht.

Dabei handelt es sich immer um Kinder. In dem Fall um Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind. Man fragt sich, sind denn die Kinder im Burgenland so anders, als die Kinder in Vorarlberg? Sind denn die Bildungsziele für Kinder aus dem Burgenland in Wien, in Salzburg, so unterschiedlich anzusetzen? Wir sehen an dem Beispiel, es ist eigentlich unsinnig, das Kindergartenwesen derart zu föderalisieren.

Was wir viel mehr brauchen, ist ein österreichweiter Rahmenplan für alle. Es reicht ein Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz für alle Kinder in Österreich. Es müssen für alle Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in Österreich die gleichen Qualitätsstandards gelten. In diesem Bereich kostet der österreichische Föderalismus viel Geld, das in die Qualität und nicht in die Verwaltung investiert gehört.

Ein zweiter Punkt: Sprachlich ist das Burgenland leider ein bisschen hinten nach mit dieser Vorlage. Es wird gerade im ausgerufenen Jahr der Bildung von der Wichtigkeit und dem Wert der Pädagoginnen und Pädagogen und der Bildungseinrichtungen gesprochen. Der Wichtigkeit und dem Wert der Pädagoginnen und Pädagogen wird aber in der sprachlichen Ausführung des Gesetzestextes nicht wirklich Rechnung getragen. Während in der Fachwelt schon längst von Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen die Rede ist, beschließen wir im Jahr 2016 noch immer einen Gesetzestext in dem die Bezeichnung "Kindergärtnerin" einzementiert wird.

Es ist noch ärger - Kindergärtner(innen). Ich bitte sehr, bei zukünftigen Novellierungen hier auch in der Berufsbezeichnung nachzuziehen, das sind wir unseren Pädagoginnen und Pädagogen schuldig. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen) geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen) geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 441), mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 301) (Beilage 462)

5. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 445) betreffend Trennung von Betreuungs- und Vorbereitungszeit für KindergartenpädagogInnen (Zahl 21 - 305) (Beilage 463)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 4. und 5. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 4. und 5. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diesen Vorschlag von mir ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 441, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, Zahl 21 - 301, Beilage 462.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Edith Sack: Sehr geehrter Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014

geändert wird, in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Wir kommen zur Berichterstattung zum 5. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 445, betreffend Trennung von Betreuungs- und Vorbereitungszeit für KindergartenpädagogInnen, Zahl 21 - 305, Beilage 463.

Frau Abgeordnete Doris Prohaska, bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Trennung von Betreuungs- und Vorbereitungszeit für KindergartenpädagogInnen, in seiner 11. Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Trennung von Betreuungs- und Vorbereitungszeit für KindergartenpädagogInnen unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin.

Ich darf mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Frau Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer da und an den Bildschirmen. Zuerst einmal möchte ich ein sehr großes Lob dafür aussprechen, dass nun die Entlohnung der Pädagoginnen und der Pädagogen im Kindergarten endlich eine Erhöhung erfährt, die den Herausforderungen und den Belastungen der Arbeit entsprechen.

Wir GRÜNE haben das schon seit vielen Jahren gefordert. Es freut mich, dass das nun endlich gut umgesetzt wird. Ja, das belastet das Budget, ist keine Frage. Aber es ist eine Investition in gutes Personal im Bildungsprozess unserer Kinder.

Aber auf einen zweiten Punkt muss ich hier hinweisen. Das betrifft eben jenen Punkt, den wir auch in einem eigenen Antrag versucht haben, noch einmal in die Diskussion einzuwerfen. Ich habe auch wirklich im Vorfeld dieser heutigen Beschlussfassung versucht, viele Gespräche zu führen. Mit manchen Personen ist es gelungen, mit manchen weniger.

Da heißt es nämlich zum einen, mindestens die Hälfte der Vor- und Nachbereitungszeit ist in der Kinderbetreuungseinrichtung abzuleisten. Die in der

Kinderbetreuungseinrichtung abzuleistende Vor- und Nachbereitungszeit ist unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse durch einen Dienstplan möglichst gleichmäßig bleibend aufzuteilen.

Nun da kann man ja noch mit. Ich täte mich freuen, wenn nicht immer nur dienstliche oder wirtschaftliche Erfordernisse vorkämen, sondern auch pädagogische Erfordernisse. Aber gut, das kommt vielleicht woanders noch einmal vor.

So und jetzt kommt der nächste Punkt. Zu den Vor- und Nachbereitungsarbeiten zählt auch die Beaufsichtigung der Kinder vor Beginn und nach Ende der Gruppenzeit (Randzeit). Die pädagogischen Fachkräfte sind, ich zitiere weiter, wenn dies angeordnet wird, verpflichtet, von der in der Kinderbetreuungseinrichtung abzuleistenden wöchentlichen Vor- und Nachbereitungszeit höchstens zwei Stunden wöchentlich die Kinder in den Randzeiten zu beaufsichtigen.

Worum geht es nun in der Vor- und Nachbereitungszeit? Auch das ist im Gemeindebedienstetengesetz geregelt. Dazu gehört die Vorbereitung und Dokumentation der pädagogischen Arbeit, es gehört die Zusammenarbeit mit den Eltern dazu, das sind Elternabende. Die sind ja auch vorgeschrieben. Das sind Elterngespräche, da wird immer mehr erwartet von den Pädagoginnen und Pädagogen.

Das sind Besprechungen zur Koordinierung gemeinsamer Fragen bei Bildungs- und Erziehungsarbeit im Team, das sind fachspezifische Fortbildungen an Arbeitstagen soweit dies im Dienstplan vorgeschriebene Gruppenzeiten überschreitet, administrative Aufgaben und bei heilpädagogischen Kindergartengruppen und Hortgruppen überdies die Vorbereitung von spezifischen Fördermaßnahmen.

Das muss sich alles in acht Stunden ausgehen. Das kann man hinkriegen, aber nebenbei auch noch die Kinderbetreuung, da geht das dann nicht mehr ohne großen Qualitätsverlust. Dann steht drinnen, wenn diese angeordnet ist - jetzt ist die Frage, von wem angeordnet, von der Leitung des Kindergartens, von der Bürgermeisterin, vom Bürgermeister - angeordnet werden kann es immer, hier ist keine Einschränkung vorgesehen, wie oft das geschehen darf.

Es ist nicht gewährleistet, dass es hier nicht zu einer Regelmäßigkeit kommt, wenn nämlich jede Woche angeordnet wird, weil es halt jetzt gerade nötig ist, dann haben wir eine schleichende Reduktion der Vorbereitungszeit, weil das durch dieses Gesetz ja doch irgendwie gedeckt ist.

All dies müsste nun in einer nachfolgenden Verordnung klargestellt werden, damit diese Kann-Bestimmung, wie es ja auch den Pädagoginnen und Pädagogen, die sich dagegen gewehrt haben immer wieder gesagt wurde, wirklich nur für Notfälle, etwa im Krankheitsfall einer Kollegin einzusetzen ist.

Wir werden genau beobachten, wie es die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hier halten: Zu sagen, ihr verdient jetzt mehr, also brauchen die Kinder die in den Randzeiten zu beaufsichtigen sind, weniger Aufmerksamkeit, wäre ja wohl unsinnig und ich möchte das auch niemandem unterstellen. Bei manchen Pädagoginnen und Pädagogen ist das leider durch einen Brief, den sie bekommen haben, so angekommen.

Auch wenn das nicht so gesagt wird, darf es nicht dazu führen, dass die pädagogische Betreuung vernachlässigt werden muss, weil etwa Team- und Elterngespräche nebenbei geführt werden müssen. Oder weil Reflexionen niedergeschrieben, Vorbereitungsarbeiten geleistet werden müssen und dann auch noch viel bürokratische Erfordernisse geregelt werden müssen.

Wenn dies nicht geschieht, wenn hier nicht noch eine Verordnung all dies klarstellt, dann ist es offensichtlich, dass es hier um eine de facto Verkürzung der Vorbereitungszeit um zwei Stunden in der Woche geht. Das wäre ein Rückschritt in der Qualität der Kinderbetreuung und das darf gerade im Jahr der Bildung im Burgenland nicht geschehen.

Bildung darf auch hier nicht unter dem finanziellen Aspekt gesehen werden, sondern es geht um Kinder und ihre Entwicklungschancen, es geht um das Recht von Eltern denen höchste Qualität in der Kinderbetreuung versprochen wird, über die Medien, sehr oft aber auch direkt. Es geht um das Recht der Eltern sich darauf verlassen zu können, dass ihr Kind diese Qualität ganz konkret spürt.

Es geht um die Pädagoginnen und Pädagogen, die die nötige Zeit dafür zur Verfügung brauchen, sich um jene Kinder auch zu kümmern. Manche von Ihnen kennen es vielleicht, gerade jene Kinder die schon sehr früh in den Kindergarten kommen müssen, aus familiären Erfordernissen oder besonders lange bleiben müssen, brauchen diese Aufmerksamkeit dringend und brauchen es nicht, nachher nebenher laufen zu müssen.

Im Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen können wir lesen - einem wesentlich erhöhten Anfangsbezug und einer deutlich angehobenen Lebensverdienstsumme stehen lediglich zwei Aufsichtsstunden und dies nur im Fall der ausdrücklichen Anordnung gegenüber. Das klingt jetzt dann schon ein bisschen nach einem Kuhhandel, gerade diese Formulierung. Wenn Pädagoginnen und Pädagogen endlich angemessen bezahlt werden, dann darf halt nicht mehr jedes Kind, das in der Randzeit im Kindergarten ist mit voller Aufmerksamkeit rechnen.

Oder anders ausgedrückt, wer sich für das Modell der besseren Bezahlung ausspricht, soll es selbst den Eltern erklären, warum man sich leider nicht mehr so aufmerksam bis zum Schluss und ganz am Anfang um jedes Kind kümmern kann. *(Abg. Robert Hergovich: Nimmst Du das ernst?)*

Wer nicht viel mit dem Alltag im Kindergarten zu tun hat denkt sich vielleicht, was sind schon zwei Stunden? Aber ich kann Ihnen sagen, gerade diese zwei Stunden können sehr wesentlich sein. Wer nicht viel im Alltag im Kindergarten zu tun hat denkt sich vielleicht, die Pädagoginnen und Pädagogen plaudern eh oft untereinander, wenn ich mein Kind bringe oder abhole.

Aber ich kann Ihnen sagen, manche von Ihnen wissen es noch, ich habe auch einen Monat lang im Kindergarten gearbeitet und habe es selber miterlebt, die meisten dieser scheinbaren Plaudereien sind pädagogische und organisatorische Gespräche, die nötig sind, weil eben sowieso nicht alles in der Vorbereitungszeit unterzubringen ist. Viele die hier sitzen, kennen das auch aus eigener Erfahrung.

Wie gesagt, das ist eine Frage der Qualität. Auffallend ist für mich, dass diese für die alltägliche Arbeit im Kindergarten so wesentliche Änderung an allen mit dem Kindergartenwesen inhaltlich Befassten vorbei in dieser Novelle des Gemeindebedienstetengesetzes gerutscht ist oder hineingeschwindelt wurde. Man wollte sich offenbar nicht im Vorfeld der Diskussion stellen.

Weder die Kindergarteninspektorin, noch Elternbeiräte, noch fachliche Einrichtungen wurden eigebunden. Ich fürchte dem ist man bewusst ausgewichen. Im Burgenländischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ist in der Präambel unter § 1 festgehalten: Das Land Burgenland bekennt sich zur qualitätsvollen Bildung, Erziehung, Betreuung und Pflege für alle Kinder die im Burgenland leben. Jede Kinderbetreuung

nach diesem Gesetz hat unter Beachtung anerkannter Erziehungsgrundsätze dem Wohl des Kindes zu dienen.

Es ist mir schon klar, für die Gemeinden stellt das eine große Herausforderung dar, die Notwendigkeiten familiengerechter Öffnungszeiten und den Anspruch qualitätsvoller Kinderbetreuung im Kindergarten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu vereinbaren. Keinesfalls darf es bei diesen Bemühungen zu einem Qualitätsverlust in der Kinderbetreuungseinrichtung kommen. *(Abg. Robert Hergovich: Wir geben um 1,8 Millionen Euro mehr aus! Was redest Du da?)*

Das wäre unausweichlich, wenn hier Vorbereitungszeiten und Betreuungszeiten stundenweise zusammenlegen möglich wird. Es haben sich im Vorfeld ja etliche Institutionen, Organisationen auch gemeldet, es hat die Gewerkschaft sich dazu geäußert, es hat die Berufsvertretung der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen sich dazu geäußert, es hat sich die Caritas dazu geäußert und auch die Grünen Gemeindevertreter und -vertreterinnen, aber das wurde einfach nicht ernst genommen.

Dass also in diesem Punkt zwischen den GRÜNEN und den Regierungsfraktionen unterschiedliche Auffassungen herrschen, das ist halt so, man kann ja unterschiedlicher Meinung sein, das liegt ja hier auf dem Tisch. Die Regierungsfraktionen wollen das aber verschleiern, und das ärgert mich, dass sie nicht öffentlich in dieser Sitzung bekennen, dass sie die konsequente Trennung der Arbeitsbereiche - wie es die GRÜNEN einfordern - ablehnen.

Weil ich finde es nicht sehr ehrlich, aber das müssen Sie selbst vor Ihren Wählerinnen und Wählern oder den Pädagoginnen und Pädagogen und den Eltern verantworten, auf der einen Seite einen Antrag so umzuändern, dass er mit dem einhergegangenen gar nichts mehr zu tun hat. *(Abg. Robert Hergovich: …Unwahrheiten!)*

Wollen Sie mir unterstellen, dass ich die Unwahrheit sage? *(Abg. Robert Hergovich: Das habe ich nicht gesagt! Mit Halbwahrheiten arbeiten Sie!)* Aha, gut danke schön. Wollen Sie mir unterstellen, dass ich mit Halbwahrheiten arbeite? *(Abg. Robert Hergovich: … von Ehrlichkeit!)* Ja ich bin sehr ehrlich, ich habe viele Gespräche geführt, Sie können nachher dazu Stellung nehmen. So, Sie bringen einen Antrag, einen Abänderungsantrag zum GRÜNEN Antrag ein, der lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu den Zielen der unter Zahl 21 - 301 vorgesehenen Novellierung des Burgenländischen Gemeindebedienstetengesetzes 2014 - insbesondere der Anhebung und Neuverteilung des Aktiveinkommens - von dem war in meinem Antrag gar nicht die Rede, das ist ohnehin selbstverständlich - sowie der qualitätsvollen und leistbaren Kinderbetreuung im Burgenland. *(Abg. Robert Hergovich: Dürfen wir das nicht?)*

Sie wollen bei einem Tagesordnungspunkt beschließen, dass sich der Landtag zu dem bekennt, was er im vorigen Tagesordnungspunkt bereits beschlossen hat. *(Abg. Robert Hergovich: Wir leben immer noch in einer Demokratie oder?)*

Natürlich wollen Sie die GRÜNEN damit auch in die Situation bringen, sich entweder Ihrem Abänderungsantrag zu unterwerfen oder Gefahr zu laufen, dass Sie dann herumerzählen können, die GRÜNEN wären gegen eine Gehaltserhöhung der Pädagoginnen und Pädagogen gewesen. *(Abg. Robert Hergovich: Nur rückwärts!)* Davor fürchte ich mich jetzt weniger, weil außer Ihren eigenen Funktionären, glaubt Ihnen das niemand.

Weil wir weiten Teilen der Gesetzesvorlage zustimmen wollen, aber in einem Punkt die Qualität der Arbeit der Elementarpädagoginnen und -pädagogen behindert wird abweichen, stelle ich einen Antrag auf getrennte Abstimmung des Paragraphen.

Mein Antrag auf getrennte Abstimmung lautet: "Die Abgeordnete Mag.a Regina Petrik verlangt die getrennte Abstimmung der Ziffer 45 und hier im Speziellen im dritten Abschnitt der Position 151o Abs. 2: „Zu den Vor- und Nachbereitungsarbeiten zählt auch die Beaufsichtigung der Kinder vor Beginn und nach Ende der Gruppenarbeitszeit (Randzeit).

Die pädagogischen Fachkräfte sind - wenn dies angeordnet wird - verpflichtet, von der in der Kinderbetreuungseinrichtung abzuleistenden wöchentlichen Vor- und Nachbereitungszeit höchstens zwei Stunden die Kinder in den Randzeiten (Abs. 1) zu beaufsichtigen".

Ich bitte um getrennte Abstimmung dieses Punktes. *(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt den Antrag dem Präsidenten.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Es gibt keinen Abänderungsantrag *(Abg. Edith Sack: Eine getrennte Abstimmung!)* nur einen Antrag auf getrennte Abstimmung. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Beim Gemeindebedienstetengesetz!)* Danke.

Landtagsabgeordneter Klubobmann Molnár ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Wenn man der Kollegin jetzt zugehört hat, dann müsste man fast zum Schluss kommen, dass wir heute hier unter dem Strich etwas Schreckliches beschließen. Im Gegenteil, wir haben heute eine Gesetzesnovelle vorliegen, auf die wir als Koalition durchaus stolz sind, die Novelle zum Gemeindebedienstetengesetz.

Ursprung ist das Übereinkommen zwischen SPÖ und FPÖ für die laufende Gesetzgebungsperiode, wo wir uns im Kapitel 9 - Verwaltung zum Ziel gesetzt haben, Maßnahmen zu treffen, die das Land, die Gemeinden, den öffentlichen Arbeitgeber als attraktiven Arbeitgeber bestehen lassen und fördern. Nicht zuletzt deshalb, um die Konkurrenzfähigkeit mit anderen öffentlichen Arbeitgebern, aber auch mit privaten Arbeitgebern, abzusichern und zu verbessern.

Ein wesentliches Instrument in diesem Zusammenhang, ein wesentlicher Hebel ist natürlich das Besoldungsschema. Die Gebietskörperschaften sind begehrte Arbeitgeber, nicht nur in Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit. Aber es gibt natürlich auch hier die eine oder andere Unzulänglichkeit und entsprechenden Verbesserungsbedarf. Eine Unzulänglichkeit liegt im öffentlichen Dienst eben im Besoldungsschema.

Wir sind im öffentlichen Dienst mit der Situation konfrontiert, dass sie als Einsteiger, am Anfang als junger Mensch verhältnismäßig wenig verdienen bis sehr wenig verdienen, und dass die Kurve dann aber relativ steil ansteigt und sie am Schluss dann umso mehr verdienen. Im Ergebnis ist es gerade für junge Leute nicht übermäßig attraktiv, in den öffentlichen Dienst zu gehen, denn tendenziell findet die Existenzgründung, findet die Gründung der Familie, findet die Wohnraumschaffung, in jüngeren Jahren statt. In dieser Zeit in der das stattfindet, kann ich mir nichts davon kaufen, dass die Bezüge in 20, 30 Jahren vielleicht einmal eine erklägliche Höhe erreichen.

Das heißt, die Devise lautet Besoldungsschema-Neu, höhere Einstiegsgehälter, flachere Verdienstkurve. Genau das war uns die Handlungsanleitung zur Novelle des

Gemeindebedienstetengesetzes, konkret für die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, Betreuungspersonen in der Nachmittagsbetreuung beziehungsweise für Freizeitpädagoginnen und -pädagogen. Die Anfangsbezüge werden von rund 1.855 Euro brutto auf rund 2.335 Euro brutto angehoben, also um etwa 481 Euro, das werden netto so um die 250 bis 270 Euro sein und das bei gleichzeitiger Anhebung der Lebensverdienstkurve um mehr als vier Prozent.

Wir erreichen damit österreichweit im Vergleich den zweiten Platz, was die Einstiegsgehälter angeht. Das ist eben ganz wesentlich, wenn es darum geht, dass wir die Konkurrenzfähigkeit der öffentlichen Hand, der Gemeinden, als Dienstgeber erhalten. Wir sind ja gerade im Bereich der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen doch einem entsprechenden Konkurrenzdruck ausgesetzt. Wir erleben es, dass viele zwar beispielsweise in Oberwart die Ausbildung machen, aber dann in die Ballungszentren in der Steiermark oder auch nach Wien abwandern, weil dort die Bedingungen andere sind.

So, jetzt gibt es auch Kritik. Wir haben es gehört von der Kollegin Petrik, und zwar an der stundenweisen Zusammenlegung der Vorbereitungszeiten und Betreuungszeiten, wie es im Entschließungsantrag formuliert ist. Ich sage Ihnen ganz deutlich, Frau Kollegin, wenn es tatsächlich so käme, wie Sie es befürchten und jetzt minutenlang an die Wand gemalt haben, wenn es tatsächlich so käme, dann würde ich bei Ihnen sein. Ich glaube nur, dass Sie das etwas zu dramatisch sehen.

Abgesehen davon, dass die Personalvertretung kein Problem gesehen hat, dass auch niemand gezwungen wird in dieses neue Schema zu wechseln, gibt es eine Optionsmöglichkeit, das werden manche ziehen, manche nicht. Das wird auch davon abhängen, wie lange die Mitarbeiter schon im Dienst sind, wie alt sie sind. Und abgesehen davon, dass es ja auch eben eine andere Seite gibt, höhere Bezüge, und da muss man dazu auch sagen, also es wird ja da eine Menge Geld von den Gemeinden - Herr Bürgermeister Kölly - in die Hand genommen. *(Abg. Manfred Kölly: Sondern?)* Von den Gemeinen, *(Abg. Manfred Kölly: Das musst Du auch einmal gesagt haben!)* na sage ich ja, auch in Deutschkreutz, ich betone es jetzt extra.

Ja natürlich entspringt der Wunsch hier flexibler zu werden dem Dienstgeber *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt keinen Bürgermeister! Ihr werdet auch keinen kriegen!)* vor Ort, der eben mit einer gewissen Problemstellung konfrontiert ist, aber das Wesentliche ist, dass die Beaufsichtigung von Kindern in den Randzeiten für höchstens zwei Stunden pro Woche vorgesehen ist, und das auch nur auf ausdrückliche Anordnung hin.

Ich schaue mir den Bürgermeister an der es riskiert, dass die Qualität unter dieser Möglichkeit eben anzuordnen allzu sehr leidet. Ich glaube diesen Bürgermeister gibt es nicht und so eine Anordnung ist nur für den Ausnahmefall vorgesehen. Ich bin ehrlich gesagt bei Ihnen, man hätte das legistisch wahrscheinlich etwas klarer regeln können *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)* oder etwas klarer betonen können.

Aber wir haben auch bei den Presseterminen, die der Kollege Hergovich und ich wahrgenommen haben, und Sie werden es auch heute wahrscheinlich von der Kollegin Sack hören, wir haben immer klargestellt, dass es da um Ausnahmefälle geht und *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein Pressetermin ist ja kein Gesetz!)* dass das jetzt nicht sein soll. Es kommt in meiner Rede im Übrigen zu den parlamentarischen Materialien vor, falls einmal Zweifel entstehen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Und das ist ein Gesetz?)* Es ist kein Gesetz, aber es ist durchaus etwas, woran man sich orientieren kann.

Wenn wir umgekehrt, Frau Kollegin Petrik, und das sage ich Ihnen auch ganz offen, wenn wir umgekehrt in einem Jahr sehen, dass dieses Anordnungsrecht zu exzessiv

genutzt wird oder nicht im Sinne des Erfinders genutzt wird, dann werden wir uns natürlich Schritte überlegen müssen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern.

Ich halte diese Novelle unter dem Strich für einen großen Wurf. Ich halte die Änderung des Besoldungsschemas, höhere Einstiegsgehälter, flachere Verdienstkurven für eine Sache die uns Vorbild sein muss in allen anderen Bereichen.

Es ist natürlich in der Zentralverwaltung im Land sicherlich um einiges schwieriger in diese Richtung zu gehen. Wir haben uns das als Koalition aber fest vorgenommen, weil wir konkurrenzfähig bleiben wollen und weil wir natürlich wollen, dass Einsteiger in den Landesdienst kommen, ohne befürchten zu müssen, *(Abg. Manfred Kölly: Wie viele Pädagoginnen und Pädagogen suchen einen Job?)* dass sie ihre Lebensziele nicht verwirklichen können.

Wir stimmen gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Als Nächster ist der Klubobmann Mag. Sagartz zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP) *(nachdem gerade der Präsidentenwechsel erfolgt ist)*: Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zu drei Tagesordnungspunkten Stellung nehmen und das gleich in einem Debattenbeitrag.

Ich möchte vorweg eines festhalten: Ich glaube, dass auf alle Bediensteten im öffentlichen Bereich und insbesondere auch die Gemeindebediensteten, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kindergarten eine große Herausforderung zukommt. Die Menschen werden und das merken wir alle, die in der Kommunalpolitik tätig sind, fordernder.

Es ist das Miteinander und der sogenannte Toleranzpegel des Miteinanders im Sinken. Viele Aufgaben, die im gemeinschaftlichen Bereich erledigt werden oder früher Teil der Dorfgemeinschaft waren, zu keinerlei Konflikten geführt haben, sind heute Teil von Gerichtsprozessen. Viele Menschen vertrauen lieber in ihre Rechtsschutzversicherung als auf das Gespräch mit Nachbarn und Mitbewohnern.

Ich glaube, das ist ein Trend der Zeit, der sich leider sehr negativ auch auf unsere Dorfgemeinschaften auswirkt. Im Brennpunkt vieler Diskussionen und vieler Probleme stehen da auch die Gemeindebediensteten.

Ich möchte deshalb ganz deutlich sagen, meine Fraktion wird dieser Gehaltserhöhung zustimmen und auch dieser Änderungen im Besoldungssystem. Die Anhebung des gesamten Gehaltsniveaus ist Teil eines politischen Kompromisses, wie alle Verhandlungen in der Politik enden die in einem Kompromiss. Verhandlungspartner A fordert ein Maximum, Verhandlungspartner B erhofft, dass er ein Minimum davon erfüllen muss, und heute stehen wir eben einmal mehr vor einem politischen Kompromiss in Gesetzesform. Wir tragen diese Änderungen mit.

Ich möchte aber nicht verschweigen, dass es insbesondere bei den Veränderungen im Bereich der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen massive Diskussionen gab. Auch bei mir und bei anderen Kollegen des ÖVP-Klubs waren Vertreter des Berufsstandes und haben sehr deutlich gemacht, dass sie die Befürchtung haben, dass die jetzt angesetzte Veränderung bei der Vorbereitungszeit und bei der Beaufsichtigung der Kinder durchaus nicht unproblematisch ist.

Ich glaube, dass wir gut daran wären, diese Veränderungen auch rechtzeitig und zeitnah zu evaluieren, ob die Befürchtungen der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen eintreten, oder ob das, was in der Vorbereitung und in der Diskussion zu diesem Gesetz vereinbart wurde, nicht eintrifft.

Ich glaube, dass eines aber unzweifelhaft ist, die Wertschätzung der Arbeit für diese Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen ist hoch. Ich glaube, das zeigt auch die hohe Betreuungsquote im Burgenland und die Zufriedenheit generell mit dem Angebot der Gemeinden.

Hier ist ein großes Dankeschön auszusprechen für all jene, die hier aktiv mitarbeiten und ich glaube, dass insbesondere die Verantwortlichen auf Gemeindeebene genau wissen, welch hohen Stellenwert die Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen in der jeweiligen Gemeinde genießen.

Ich glaube, es ist an der Zeit, auch deshalb hier das Gehaltsschema anzupassen, eine Veränderung vorzunehmen und hoffentlich auch mit der derzeitigen geplanten Novelle, die wir in wenigen Minuten beschließen werden, gute Rahmenbedingungen auch für die Betreuung und Aufsicht in Randzeiten zu schaffen.

Ich glaube, dass das durchaus ein tragfähiger Kompromiss ist für alle Dinge, die im Kindergartenbereich auf uns zukommen. In diesem Sinne darf ich festhalben, dass meine Fraktion den vorliegenden Gesetzesbeschlüssen zustimmen wird, dem Abänderungsantrag, den Rot-Blau mehrheitlich im Ausschuss festgelegt und beschlossen hat, aber nicht die Zustimmung erteilen wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Klubobmann. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Heute steht eine Novelle des Burgenländischen Gemeindebedienstetengesetzes auf der Tagesordnung, mit der eine Besoldungsreform der Freizeit- und KindergartenpädagogInnen umgesetzt wird. Im Wesentlichen wurde heute schon einige Male erwähnt, geht es in dieser Novelle darum, dass es für Pädagoginnen und Pädagogen ein höheres Einstiegsgehalt und eine Anhebung der Lebensverdienstsumme geben soll.

Das heißt, es gibt mehr Geld für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen. Das war natürlich schon lange Zeit von uns eine Forderung und wird jetzt endlich umgesetzt. Eine Kindergartenpädagogin oder ein Kindergartenpädagoge bezieht ein Anfangsgehalt von 1.853,60 Euro und dieser Anfangsbezug wird nun auf 2.334,40 Euro angehoben. Das ist ein Plus von 480,80 Euro, das ist eine Gehaltsanhebung von 26 Prozent.

Mit diesem neuen Anfangsgehalt sind die burgenländischen Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen österreichweit nunmehr an zweiter Stelle. *(Abg. Manfred Kölly: Bravo!)* Darüber hinaus wird auch die Lebensverdienstsumme um 4,21 Prozent angehoben, diese erhöht sich um 72.969,40 Euro. Auch hier liegt das Burgenland im Bundesländervergleich im Spitzenfeld.

Ich möchte auch festhalten, dass jene pädagogischen Fachkräfte, die sich bereits im Dienst befinden, von dieser neuen Regelung nicht betroffen sind. Es besteht für sie aber sehr wohl die Möglichkeit, freiwillig in das neue Gehaltsschema zu wechseln.

Interessant wird das vor allem für jene Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen sein, die erst wenige Jahre im Dienst sind oder eben aus der Schule kommen und dann neu einsteigen. Es war höchst an der Zeit, diese Anpassung der Gehaltskurve vorzunehmen. Höhere Einstiegsgehälter erleichtern den Gemeinden nicht nur bestens qualifiziertes Personal zu finden, sondern steigern auch die Mitarbeitermotivation und Zufriedenheit am Arbeitsplatz.

Die Gemeinden investieren durch diese Novelle 1,8 Millionen Euro jährlich mehr in die Verwaltung und in die Kinderbetreuung.

Frau Kollegin Petrik, entweder möchten Sie uns die Unwahrheit sagen oder Sie sind einfach nicht genug informiert. Das ist jetzt die Frage. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Was war die Frage?)* 1,8 Millionen Euro mehr für Gemeinden und da reden wir nicht vom Sparen, - mehr! Und Sie haben gesagt, bei den Gemeinden wird eingespart. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das habe ich nicht gesagt.)* Nein, das Gegenteil ist der Fall. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Hören Sie mir bitte zu!)*

Ich habe zugehört. Und es haben alle zugehört. Und es haben alle das Gleiche gehört, was ich gehört habe. Wir passen damit das Gehaltsschema an die veränderte Gesellschaft an.

Die Menschen bekommen dann mehr Geld und das hat der Kollege Molnàr schon angesprochen, wenn sie es brauchen, nämlich in jungen Jahren. Weil gerade in jungen Jahren steht eine Familiengründung an, steht Wohnraumschaffung an. Der Finanzierungsbedarf findet gerade in jungen Jahren statt.

Ein weiterer sehr wichtiger Aspekt ist auch, dass das Berufsbild der Kindergartenpädagogin und des Kindergartenpädagogen attraktiv bleibt, beziehungsweise attraktiver wird und dass das Burgenland im Bereich der Kinderbetreuung konkurrenzfähig bleibt. Damit ist gewährleistet, dass der Bedarf an Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen gedeckt ist und unsere Kinder weiterhin eine qualitätsvolle Betreuung bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Wesentlichen ist eigentlich festzuhalten, dass die Gesetzesnovelle für neu eintretende Kindergartenpädagoginnen oder -pädagogen eine deutliche Verbesserung gegenüber dem jetzigen System darstellt. Es gibt um 26 Prozent mehr Geld für unsere Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen.

Bereits im Dienst befindliche Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen sind von der Novelle nicht betroffen, können aber freiwillig auf das neue Modell umsteigen und ich denke, dass unsere jungen Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen dies auch tun werden.

Kleine Änderungen gibt es auch bei der Vor- und Nachbereitungszeit. Diese beläuft sich weiterhin auf acht Stunden pro Woche. Aufgrund der Neuregelungen sind nunmehr vier dieser acht Stunden in der Kinderbetreuungseinrichtung abzuleisten. Um die Beaufsichtigung von Kindern jederzeit, auch bei kurzfristiger Personalknappheit, bei Krankheitsfall und Ähnliches, gewährleisten zu können, können zwei der acht Vorbereitungsstunden wöchentlich, aber nur auf Anweisung des Bürgermeisters und im Ausnahmezustand, in Aufsichtsstunden umgewandelt werden - im Ausnahmezustand.

Ich denke, das ist eine flexible Lösung und kein Mehraufwand für die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen. Es gibt aber die Gewährleistung, dass auch im Ausnahmefall die Kinder gut betreut sind, und das haben mir auch Kindergartenpädagoginnen, sehr motivierte Kindergartenpädagoginnen, so bestätigt.

Geschätzte Frau Kollegin Petrik! Lassen wir die Kirche im Dorf! Wir sprechen hier genau von 120 Minuten in der Woche. Also 20 Minuten pro Tag in den Randzeiten. Das sind zehn Minuten in der Früh, wenn man es so aufteilen möchte, und zehn Minuten am Abend, und das auch nur in Ausnahmefällen.

Ich habe mir auch die anderen Bundesländer angesehen und einen Vergleich bei den Vorbereitungszeiten angestellt, weil Sie gesagt haben, wenn weniger sind, dann ist keine Qualität vorhanden und so weiter. Als einziges Bundesland hat die Steiermark zehn Vorbereitungsstunden. Ansonsten: Burgenland acht Stunden, Vorarlberg acht Stunden, Oberösterreich sieben Stunden, Salzburg sechs Stunden, Tirol fünf Stunden, Kärnten 2,5 Stunden, Niederösterreich und Wien haben gar keine Vorbereitungszeit. Also haut dort die Qualität gar nicht hin? *(Beifall bei der SPÖ)*

Frau Kollegin Petrik, ich war wirklich schockiert, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich auch.)* ich habe mir die Mails durchgelesen, die Sie den Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen geschickt haben. Und ich sage es Ihnen ganz ehrlich, auf Tadtnerisch täte man sagen, sie haben da „einen leeren Saustall bärat gemacht“. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)*

Aber wirklich, das ist ein Wahnsinn, was Sie da aufgeführt haben. Sie haben sogar versucht, die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen zu missbrauchen und haben sie aufgefordert, den Eltern zu erzählen, dass, wenn wir das heute im Landtag beschließen, ihre Kinder nicht mehr gut betreut sind.

Finden Sie das richtig? Ich nicht! Ich war wirklich über Sie schockiert und bin jetzt auch noch emotional sehr aufgebracht. Das muss ich ehrlich sagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich kann nur feststellen, das Burgenland ist Spitze bei der Kinderbetreuung und damit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit einer Betreuungsquote von 98 Prozent bei den drei- bis fünfjährigen Kindern liegt das Burgenland an der Spitze aller Bundesländer. Bei den null- bis Zweijährigen sind wir bei 30,9 Prozent auf Platz zwei. Seit 2009 gibt es im Burgenland bis zu 1.000 Euro Krippenförderung pro Jahr pro Kind und Gratiskindergarten *(Abg. Manfred Kölly: Gratiskindergarten gibt es nicht.)* gibt es auch mit bis zu 500 Euro Förderung pro Jahr für jedes Kind.

Ich denke, da kann es keinen Zweifel geben, dass hier die Politik gut gearbeitet hat, dass hier die Politik die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen hat.

Wozu Sie, Frau Kollegin Petrik, keinen Anteil geleistet haben. Im Gegenteil, ich habe gehört, dass Sie in Eisenstadt gemeinsam mit der ÖVP gegen den Gratiskindergarten gestimmt haben. *(Abg. Robert Hergovich: Da schau her! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das hat mich auch schockiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist gelogen.)*

Jetzt gehen wir den nächsten Schritt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Zur Richtigstellung! – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Ja, wenn ich fertig bin. Jetzt bin ich am Wort, Frau Kollegin, und dann melden Sie sich.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Sehr geschätzte Frau Abgeordnete! Ich habe geläutet, jetzt bin ich am Wort.

Ich ersuche Sie höflich, Ihre Wortwahl dem Hohen Haus entsprechend anzupassen. *(Abg. Christian Illedits: Was hat Sie denn gesagt?)*

Und das Gleiche gilt auch für die Bank. *(Abg. Manfred Kölly: Für die Bank? – Heiterkeit bei der Abg. Mag. Michaela Resetar)* Das war der Bürgermeister Steiner, der Zwischenruf, der geht auch nicht in Ordnung. Ich ersuche Sie auch höflich, Ihre Wortwahl dementsprechend dem Hohen Haus anzupassen.

Frau Abgeordnete Resetar, der Zwischenruf ist aus den Bänken von Ihrer Fraktion gekommen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) *(fortsetzend)*: Darf ich weiterfahren, Frau Präsidentin?

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Bitte fahren Sie fort.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) *(fortsetzend)*: 28,3 Millionen Euro, geschätzte Damen und Herren, werden vom Land in die Kinderbetreuung investiert, um ein flächendeckendes und ein qualitätsvolles und für Eltern auch leistbares Kinderbetreuungsangebot schaffen zu können. Auf der einen Seite gibt es die Infrastruktur, die Bürgermeisterinnen und unsere Bürgermeister in ihren Gemeinden zur Verfügung stellen und einen großen Teil für eine funktionierende und großteils auch kostenlose Betreuung leisten, und dafür gebührt Ihnen ein ganz großes Dankeschön.

Auf der anderen Seite aber sind unsere rund 1.000 Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen der Dreh- und Angelpunkt in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Sie leisten wirklich hervorragende und wertvolle Arbeit und sind dafür verantwortlich, dass die Qualität in unseren Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen enorm zugenommen hat. Ein herzliches Dankeschön für diese ausgezeichnete und verantwortungsvolle Arbeit an unseren kleinen Burgenländerinnen und Burgenländern! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Fraktion stimmt der vorliegenden Gesetzesnovelle zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Mag.a Regina Petrik zur tatsächlichen Berichtigung. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Auf die bin ich neugierig.)*

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Eine tatsächliche Berichtigung. Abgesehen davon, Herr Landeshauptmann, ich bitte sehr, auch sich hier an die Regeln zu halten. Wenn ich etwas berichtigen möchte und Sie sagen, Sie seien eh noch am Wort, dann hat das eine mit dem anderen nichts zu tun. Ich vertraue nicht darauf, dass Sie etwas richtigstellen können, wo ich falsch zitiert wurde. (*Landeshauptmann Hans Niessl: Berichtigen Sie die Unrichtigkeit!)*

Zur Richtigstellung. Im Eisenstädter Gemeinderat gab es eine Abstimmung, die GRÜNEN haben dort keinen Klubzwang, da haben zwei Gemeinderäte so gestimmt und ich habe dagegen gestimmt.

Bitte, bitte berichten Sie hier richtig. Und lesen Sie vielleicht die Protokolle nach und lassen Sie sich nicht alles vom Kollegen Kovacs einfach so sagen. *(Abg. Günter Kovacs: Mehrheitlich! - Abg. Doris Prohaska: Sie haben für oder gegen den Gratiskindergarten gestimmt? - Landeshauptmann Hans Niessl: Dafür oder dagegen? - Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen geben)***:** Ich bitte um Ruhe in den Reihen. Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf darum bitten, Eisenstädter-Abstimmungsverhältnisse im Eisenstädter Gemeinderat zu diskutieren und nicht als burgenländisches Gesamtproblem darzustellen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute eine Diskussion über die Änderung des Gemeindebedienstetengesetzes, im Speziellen auf die Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen bezogen. Ich glaube, wir sind uns grundsätzlich darin einig, dass alles, was in der Bildungssituation, die der Herr Landeshauptmann schon in der Fragestunde behandelt hat, in der Bildungssituation von absoluten Nöten ist, nämlich dass unsere Kinder, und das schon im Kleinstkindalter nicht nur entsprechend geschult, nicht nur entsprechend betreut, sondern auch die entsprechende und die beste Möglichkeit zur Verfügung gestellt bekommen, die eine Betreuungseinrichtung zu bieten hat.

Dazu gehört nicht nur die Infrastruktur, dazu gehören auch Personal und entsprechende Begleitutensilien, die dieses Gesamtpaket Kindergarten beziehungsweise auch Kinderkrippe mit einschließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle, die in Bezug auf Wirtschaft, auf Europäische Union, nach dem Best practice-Beispiel der sogenannten wissensbasierten Gesellschaft in die Zukunft blicken, meinen, dass die größten Ressourcen in der Entwicklung auf unsere Bevölkerung in der Entwicklungssituation, in der Bildungssituation auch schon im Kindergarten beginnen.

Und dieses Beispiel der besten pädagogischen Betreuungssituation ist heute gekoppelt an eine Änderung des Gemeindebedienstetengesetzes, wobei es hier im Speziellen um die Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen geht, aber auch um die Freizeitpädagoginnen und -pädagogen.

Ich darf in diesem Zusammenhang einen Einwurf setzen, der in meiner vormaligen Funktion auch als Bürgermeister zu sehen ist. Und ich war mit Sicherheit bis heute nicht absolut froh darüber, welche Änderungen mit dem Gesamtpaket auf Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern, Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen im ursprünglichen Sinne gefasst wurden, nämlich wo es darum geht, dass wir in den Gemeinden oder die Gemeinden jetzt, eine zusätzliche Personalbedarfssituation im Laufe der letzten Jahre nehmen mussten, die im Grunde genommen explosionsartig bis zu den Helferinnen und Helfern der Fall war.

Was wir heute erleben, ist eine Rücknahme, wenn wie auch in Teilen dann betont werden wird, möglicherweise nur marginal. Sie betrifft aber diejenigen, die im Vorfeld zu Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen gemacht worden sind, die unterstützt werden durch Helferinnen und Helfer, die im Grunde genommen die beste Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen.

Und in der Gesamtdarstellung heute, in Randbereichen, wie es heißt, wo der Herr Klubobmann Molnàr davon gesprochen hat, es wird nur in den äußersten Fällen in Anspruch genommen. Ich habe den Kollege Kölly und meinen Nachbarn, meinen Sitznachbarn, als Bürgermeister jubilieren gehört, wie es möglich sein wird, auch quasi gewisse bisher durch Überstunden abzugeltende Einrichtungen plötzlich durch eine neue Dienstsituation zu schaffen. Es ist auch logisch, dass sich das mit dieser Aufweichung ergeben wird.

Auf der anderen Seite ergibt sich, und ich glaube, einige von Ihnen, wenn nicht alle, haben in den letzten Wochen damit zu tun gehabt, dass sich die Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen über die Änderungen, die jetzt ins Haus stehen, mit den Abgeordneten ins Einvernehmen gesetzt haben. Möglicherweise auch durch politisch bedingte Anmerkungen, die über Mails oder anderes, wie es vorher ausgedrückt wurde, Ihnen vermittelt worden sind.

Tatsache ist, dass alle, die jetzt neu in den Dienst eintreten werden, eine Situation vorfinden, wo sie gegenüber den Bestandspädagoginnen und -pädagogen Änderungen erfahren. Sie erfahren eine Änderung in positivster Hinsicht, dass sie mehr Geld bekommen, was im Einklang steht mit einer Entwicklungssituation, die für alle Bereiche vom Beamtendienstschema bis zum Gemeindebedienstetenschema sich entwickeln wird, davon bin ich überzeugt, dass das in Zukunft noch viel stärker zum Tragen kommen wird.

Auf der anderen Seite in einem hoch sensiblen Bereich, wie den Kindergarten, kriegen wir mit einem Schlag, mit 1. September, eine zweite Schiene an Betreuungspersonal, mit einer anderen Ausführung auf Entlohnungssituation beziehungsweise auf dienstrechtliche Regelungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen direkt in den letzten Jahren mit Kindergärten im Zusammenhang stehen. Die Gewerkschaftsfunktionäre sitzen auf der Galerie oben und wissen davon wahrscheinlich ein Lied zu singen, wie ingrimmig, wie klar und deutlich Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen formulieren können, was ihre Wünsche betrifft.

Ich kann mir aber mit Sicherheit nicht vorstellen, dass dieser Abtausch, der jetzt passiert, auf der einen Seite ein neues Entlohnungsschema, auf der anderen Seite die Einschränkung auf das Dienstrecht, dass das im Wohlgefallen auf die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen stattfindet.

Auf der anderen Seite, es ist eine Mär, dass man Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen nicht im Burgenland beschäftigen kann, weil sie nicht zur Verfügung stehen. Was mit Sicherheit der Fall ist, dass wir im zweisprachigen Bereich ein riesengroßes Problem haben, Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen zu finden. Was zu begrüßen ist, ist auf der einen Seite die Situation mit der Entlohnung. Was nicht im Einklang steht damit, ist, dass berufsbedingt, berufsqualifikationsmäßig irgendetwas Neues dem entgegenstehen würde.

Die Ausbildungsschiene ist ident. Und ich bin der großen Hoffnung, dass das, was eigentlich im Krankenpflegebereich jetzt stattfindet, zukünftig auch im Bereich der Kleinkindpädagoginnen und -pädagogen stattfinden wird, dass nämlich eine tertiäre Ausbildungsschiene eröffnet wird, die im Einklang mit der Pädagogischen Hochschule auch stattfindet. Wo die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner entsprechend jetzt die Qualifikation wirklich in pädagogischer Hinsicht über die Matura hinaus erwerben können, und dann im Einklang auch eine entsprechende Entlohnung erfahren werden.

Das, was sie heute leisten, ist in Worten gar nicht zu fassen. Das, was die Möglichkeiten anlangt, ist in den letzten Jahren, wie ich schon eingangs betont habe, für alle verbessert worden.

Wenn wir heute aber nur argumentieren, dass wir damit mit den Änderungen im besoldungs- und im dienstrechtlichen Bereich quasi an die zweite Stelle im Bundesländervergleich rücken, dann ist das keine Leistung, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern das ist eine Veränderung in dienstrechtlicher Hinsicht, die meiner

Ansicht nach nicht zum Vorteil des Kindergartens reicht, obwohl es verwaltungstechnisch natürlich eine Vereinfachung bedeutet.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zunächst ein großes Danke an die Abgeordnete Sack, an den Klubobmann Molnàr und auch an den Abgeordneten Sagartz. Ich glaube, sie haben das in wesentlichen Worten gesagt, worum es geht, nämlich ein sehr gutes System, wo die Gemeinden großartige Leistungen erbracht haben, für die Zukunft abzusichern.

Der Bildungsbereich, ich habe es in der Fragestunde gesagt, ist ein ganz wesentlicher und wichtiger Bereich. Und der Bildungsbereich beginnt im Kindergarten. Das ist die erste Bildungseinrichtung. Es ist unser Kinderbildungsgesetz, das wir beschlossen haben und das wir in den letzten 16 Jahren meiner Tätigkeit als Landeshauptmann immer wieder verändert haben.

Wenn manche glauben, sie können Rosinen picken, und ich muss natürlich auch etwas sagen zur Frau Abgeordneten Petrik. Also ich betone, Sie haben nicht gelogen, aber Sie informieren die Eltern falsch. Ja, da frage ich mich nur, wo der große Unterschied besteht? Das kann man nämlich sehr leicht machen, zu den Eltern zu sagen, die Qualität sinkt, obwohl die Absicherung des Kindergartens im qualitativen Bereich verbessert wird.

Das ist Ihre Vorgangsweise, wo Sie zur Bildung einen Beitrag leisten, nämlich dass Sie einen Monat im Kindergarten gearbeitet haben. Gratuliere Ihnen dazu! Und von dort stammen Ihre Erfahrungen offensichtlich ab. So werden wir Burgenland nicht weiter bringen, wenn wir so agieren wie Sie.

Wir brauchen Innovation, wir brauchen neue Ideen, wir brauchen die Absicherung unseres Bildungssystems. Und da vertraue ich den Bürgermeistern. Ich bedanke mich auch bei den Präsidenten Erich Trummer und Leo Radakovits, denn die haben das federführend auch mitverhandelt, mitgetragen und genau die Bürgermeister wissen das, was sie in ihren Gemeinden brauchen und deswegen auch die breite Zustimmung. Zunächst danke dafür! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dass wir uns gut vorbereitet haben, in den Verhandlungen und viele, viele Tage verhandelt haben, ist auch klar. Burgenland Anfangsbezug 2.334 Euro. Die Frau Abgeordnete Sack hat es gesagt, immerhin ein Plus von 480 Euro in Zeiten wie diesen. Das ist nicht so wenig.

Wenn ich mir hernehme, Vorarlberg, die ja viel höhere Lebenshaltungskosten haben, Anfangsgehalt 2.100 Euro, Tirol 1.900 Euro. Tirol hat die höchsten Mieten, hat die höchsten Lebenshaltungskosten und hat deutlich niedrigere Anfangsbezüge wie das Burgenland. Bei uns sind die Lebenshaltungskosten und die Mieten am niedrigsten von ganz Österreich. Die zweithöchsten Bezüge, und in Wahrheit liegen wir bei den Bezügen, wenn ich die Lebenshaltungskosten gegenrechne an erster Stelle mit den besten Bezahlungen aller Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen in Österreich, wenn ich die Lebenshaltungskosten in Relation stelle.

Das ist eine Leistung, die man den Gemeinden auch in dieser Form zumutet. Das muss ich in den Vordergrund stellen und dass man die Qualität der Bildung eben

absichern kann. Wenn ich auch die Vorbereitungszeit hernehme, dann kann man das auch, ich will es ja gar nicht wiederholen, weil es wurde ja treffend gesagt. Es gibt Länder ohne Vorbereitungszeit. Ob das jetzt sechs, acht Stunden sind, das obliegt dem Bürgermeister, das zu machen, die bezahlen das. Wir schaffen ein Gesetz für die Gemeinden, die das entsprechend anwenden können.

Keine Kindergartenpädagogin oder -pädagoge, die im Dienst ist, muss das System annehmen. Wer sagt, dass sie das annehmen müssen? Nur werden es die meisten annehmen, die kurz im Dienst sind. Na selbstverständlich. Also alles, was Sie hier erzählen, wird man an Hand der Statistik ad absurdum führen können, weil sehr viele, die im Dienst sind und noch nicht allzu lange im Dienst sind, natürlich ins neue System optieren. Weil die auch leistungsbereit sind, weil sie sagen, wenn ich 460 Euro mehr verdiene, na dann bin ich auch bereit, fallweise die Aufsicht der Kinder auch mitzuübernehmen.

Wo ist denn für diese Leute das Problem? Das sind junge Leute, die motiviert sind, die gut ausgebildet sind, die Idealisten sind und die ganz einfach auch eine Leistung, eine pädagogische Leistung bringen wollen. Das sind unsere jungen Leute im Burgenland. Die sehen das ganz anders wie Sie das sehen.

Also insofern haben wir das schon beim Gemeindebedienstetengesetz auch gesehen, dass der Anstieg der Eingangsbezüge dazu beigetragen hat, dass viele in das neue System optiert sind. Wir bieten gute Bedingungen.

Und ich sage, das sind die besten Bedingungen aller österreichischen Bundesländer. Es gibt kein Bundesland, wenn man die Bezahlung in Relation zu der Vorbereitungszeit sieht, wo ein Bundesland besser ist als das Burgenland.

Und wir sichern das Kindergartenwesen ab. Das sind doch Riesenherausforderungen an die Gemeinden, die hier im Bildungsbereich entstehen. Wenn wir uns die Statistik ansehen, wo die Kosten vor fünf oder zehn Jahren waren, wo sie heute sind, das ist ein Schwerpunkt der Bildungsbereich für unsere burgenländischen Gemeinden.

Mit dem Gesetz sichern wir die Qualität und den Betrieb des Kindergartens ab. Und genau deswegen gibt es diese breite Zustimmung im Burgenländischen Landtag. Weil hier Pragmatiker am Werk sind, die nicht die Eltern falsch informieren, sondern die von sich aus klare Bedingungen, klare Vorgaben und eine möglichst hohe pädagogische Qualität haben wollen.

Ich muss mich wirklich bedanken und auch darauf hinweisen, wir haben auch das beste Kinderbetreuungssystem in Österreich. Wir haben die höchste Kinderbetreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen. Wir sind an zweiter Stelle - vor Wien noch. Obwohl es schwieriger bei uns zu organisieren ist, mit dem wohnortnahen Kindergarten. Das haben wir heute schon gehabt.

Aber wir haben auch bei den unter Dreijährigen die zweithöchste Betreuungszahl - das sind Leistungen, die einzigartig sind - von allen österreichischen Bundesländern. Sonst würden wir sagen, wir schaffen hier etwas sehr gutes, in erster Linie natürlich für die Kinder. Natürlich auch für die Eltern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss ja auch in Zukunft gegeben sein.

Die Bürgermeister und die Gemeinden sind damit konfrontiert, dass sie mehr Kinderkrippen brauchen, dass sie längere Öffnungszeiten brauchen. Dass in der Sammelphase, in der Abholphase, in den Randzeiten, wie man sagt, eben weniger Kinder anwesend sind. Das ist ja eine direkte Leistung für die Eltern, die berufstätig sind.

Genau das schaffen wir mit diesem Gesetz, nämlich, eine möglichst hohe Qualität, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Absicherung auch in der Zukunft, weil die Kosten weiter steigen werden. Das ist eine riesengroße Herausforderung und deswegen bin ich sehr dankbar, sowohl den Vertretern der SPÖ, der FPÖ, aber auch der ÖVP, dass sie diesem Gesetz durch ihre Wortmeldung schon die Zustimmung geben.

Ich gehe davon aus, dass dies der Herr Abgeordnete Kölly als Bürgermeister ähnlich sieht, wie die Pragmatiker in diesem Raum. Ich bedanke mich für die große Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann. Wortmeldung liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die beiden Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 4. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses- und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 441 mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, Zahl 21 - 301, Beilage 462.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein von der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik eingebrachter Antrag auf getrennte Abstimmung vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie verlangt, dass über die Ziffer 45 und hier im Speziellen im 3. Abschnitt des § 151 o, Abs. 2, getrennt abgestimmt wird. Ich lasse daher zuerst über die Ziffer 45 und hier im Speziellen im 3. Abschnitt, dem § 151 o, Abs. 2 des vorliegenden Gesetzesantrages sowie der von der Frau Berichterstatterin beantragt, abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse nun über den restlichen Antrag der Frau Berichterstatterin abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir befinden uns noch in Abstimmungsvorgang und daher ersuche ich im Saal bitte um Ruhe. Herzlichen Dank.

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 5. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten, Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer

Entschließung, Beilage 445, betreffend Trennung von Betreuungs- und Vorbereitungszeit für KindergartenpädagogInnen, Zahl 21 - 305, Beilage 463.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Besoldungsreform im Bereich der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

6. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 439), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2015 genehmigt wird (Zahl 21 - 299) (Beilage 464)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 439, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2015 genehmigt wird, Zahl 21 - 299, Beilage 464.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte nun um Ihren Bericht, Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2015 genehmigt wird, in seiner 5. Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgende Beschlüsse fassen:

1. Der Bericht der Burgenländischen Landesregierung über die Gebarung im Rechnungsjahr 2015 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.
2. Der Rechnungsabschluss des Landes Burgenlandes für das Jahr 2015 sowie die im Rechnungsabschluss vorkommenden Abweichungen zum Landesvoranschlag werden genehmigt.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zum Landesrechnungsabschluss 2015 komme, vielleicht noch ein paar Sätze zum Kindergartengesetz, oder Pädagoginnen mit weniger, sage ich einmal so, oder erhöhte 26 Prozent. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Man kann in ein neues System optieren und dergleichen mehr, wie der Herr Landeshauptmann das so dargestellt hat. Im Endeffekt ist immer die Frage, wer finanziert das, wie schaut das tatsächlich aus? Wenn ich mich frage, oder im Antrag dann steht,

dass es fast keine Kindergartenpädagoginnen oder -pädagogen gibt, dann muss ich widersprechen und insofern sagen, dass ich jede Woche fast bis zu 10 Bewerbungsschreiben am Tisch liegen habe. Herr Landeshauptmann, ich schicke Ihnen die gerne.

Im Antrag steht, man muss eben aufpassen, dass die da nicht irgendwo abhandenkommen - vielleicht nach Wien abwandern und dergleichen mehr. Dann höre ich und gerade Sie haben das gesagt, Herr Landeshauptmann, in Wien gibt es überhaupt keine Vorbereitungsstunden. Dann werden sie nicht dorthin gehen, wenn sie da die Stunden bekommen und vielleicht ihr pädagogisches Wissen tatsächlich in den Gemeinden hervorragend umsetzen können.

Daher glaube ich, auch hier wird immer das so dargestellt, wir sind die Besten und die Schönsten in ganz Österreich, wir sind Vorreiter und jetzt komme ich genau zu diesem Punkt, nämlich, zum Landesrechnungsabschluss 2015, der wieder einmal genau das aufzeigt. Sie sprechen immer, man soll bei der Wahrheit bleiben, man soll das offen diskutieren.

Ich sage Ihnen jetzt ein paar Zahlen, Herr Finanzreferent, Herr Landesrat. Wir kennen das, denn Sie setzen sich hin zu einer Pressekonferenz und sagen, wie wunderbar alles ist und jetzt haben wir eingespart und haben das und jenes gemacht, oder, man geht her, und sagt, man hat das höchste Wirtschaftswachstum österreichweit.

Ich weiß zwar nicht woher das alles genommen wird, denn eines ist klar, wir haben noch immer den niedrigsten Verdienst im Burgenland. Das muss man auch einmal klar sagen, Herr Landesrat.

Man kann aber auch klar und deutlich sagen, und das hat die Arbeiterkammer ausgehoben, dass der Herr Landeshauptmann am Irrweg ist und zwar insofern, denn das Burgenland braucht nicht weniger, sondern mehr Öffnung, zumal es seine Entwicklungsprobleme allein nicht heben kann, schreibt irgendein Journalist, der sich damit auseinandergesetzt hat.

Zufrieden zieht der Burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl, SPÖ, bereits Bilanz über ein Jahr Rot-Blau. So habe man mit 2,2 Prozent im vergangenen Jahr das größte Wirtschaftswachstum im Österreichvergleich erzielt. Das ist korrekt. Der Vollständigkeit halber muss allerdings auch hinzugefügt werden, worauf das laut WIFO zurückzuführen ist. Nämlich nicht nur auf eine kräftige Baunachfrage, sondern auch auf einen erheblichen Wachstumsbeitrag des öffentlichen Sektors, sprich, es wurde mit Steuergeldern erkauft.

Ich weiß nicht, ob Ihr das kennt? Liest Euch das einmal durch. Ich zitiere nur: Wenn es gut investiert ist, dann ist das in Ordnung. Niessl‘s Kurs spricht aber nicht dafür. Das Burgenland braucht nämlich nicht weniger Öffnung, sondern viel mehr, sonst wird es nie zum bundesweiten Durchschnitt aufschließen, geschweige die rote Laterne abgeben können. Was ich gerade gesagt habe, was die Arbeiterkammer auch dementsprechend dokumentiert hat, steht in einem sehr aufwendigen, dicken Letter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In Punkto pro Kopf Wirtschaftsleistung rangiert das Burgenland mit 6.500 Euro im Jahr 2014 im Bundesländervergleich auf dem letzten Platz. Die Kärntner, denen dieser Platz fälschlicherweise immer wieder zugeschrieben wird, kommen auf 32.000. Ganz vorne liegen die Salzburger mit 45.200 Euro.

Nur damit wir wissen, wovon wir reden. Wir sind die Besten und die Schönsten. Das, und der Umstand, dass das Burgenland auch ein bescheidenes

Bevölkerungswachstum hat, beschränken die Entwicklungsmöglichkeit im Land selbst naturgemäß. Anders ausgedrückt, als Insel würde sie nicht weit kommen.

Potentiale würde es vor allem im Handel, in wachsenden Märkten geben. Gerade hier hat das Burgenland noch sehr viel Luft nach oben. Seine Exporte machen 2014, laut Statistik Austria, rund zwei Milliarden Euro aus. Also etwa nur ein Viertel des Bruttoregionalproduktes.

Zum Vergleich, in Vorarlberg ist es mit 8,9 Milliarden Euro mehr als die Hälfte der dortigen Wirtschaftsleistung, nämlich, 15,5 Milliarden Euro. International ist Niessl‘s Sache jedoch nicht. Mehr Jobs für Burgenländer lautet sein Ansatz seit einem Jahr. Weit gekommen ist er dabei noch nicht. Die Zahl der beschäftigten Inländer ist von Mai 2015 bis Mai 2016 laut AMS-Statistik von 78.484 auf 78.589 Personen gestiegen.

Ich lasse das jetzt so einmal im Raum stehen und komme zum Rechnungsabschluss. Der ordentliche Haushalt des Rechnungsabschlusses 2015 schließt mit einer Gesamtsumme von Einnahmen beziehungsweise Ausgaben in der Höhe von 1.205.490.618,27 Euro. Damit hat das Land Burgenland 2015 um nahezu 71 Millionen Euro mehr ausgegeben, als veranschlagt. Das lassen wir auch einmal so stehen.

Ich will ein paar Zahlen dazu nennen. Im außerordentlichen Haushalt belaufen sich die Gesamtsummen von Einnahmen beziehungsweise Ausgaben auf nunmehr 38.903.385,87 Euro. Im Vergleich zum Voranschlag wurden mehr als 16 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben. Das heißt, man gibt immer mehr aus. Jetzt fragt man sich, wo man dieses Geld hernimmt? Ich komme auch noch dazu.

Ich komme aber zu einem Gesamtergebnis 2015 nach Maastricht. Das beträgt, laut den vorliegenden Unterlagen, 99.029.829,65 Euro als Überschuss. Die Einnahmen im ordentlichen Haushalt 2015 sind fast um fünf Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr gestiegen, was vor allem auf steigende Ertragsanteile beziehungsweise Bedarfszuweisungen sowie Kostenersatz für Personalaufwand zurückzuführen ist.

Der Rechnungsabschluss weist für das Jahr 2015 einen abschließenden Darlehensstand in der Höhe von 278.000.000,00 Euro aus. Der Schuldenstand des Landes, inklusive Landesanleihe, die Haftungen des Landes, betrugen am 31.12.2015 rund 495.000.000,00 Euro. Dazu kommen die vom Land behafteten Verbindlichkeiten bei der Bank Burgenland, die zum 31.12.2015 rund 1,1 Milliarden Euro betrugen.

Der Herr Landesrat hat das bei einer Pressekonferenz dargestellt - und sehr positiv dargestellt. Soll so sein. Die Zahlen werden schon stimmen, glaube ich schon, weil die Abteilung da sicherlich sehr gut arbeitet. Ich komme aber noch dazu - denn addiert man die aushaftenden Darlehen sowie die Haftungen des Landes Burgenland, so ergibt sich am Ende des Jahres 2015 eine Gesamtsumme von rund 1.800.075.000,00 Euro. Das heißt, dass ist nicht so wenig.

Ausgewählte Beispiele für Mehrausgaben im Rechnungsabschluss 2015. Nur das man sieht, dass man sehr wohl sich immer wieder Gedanken macht und das durchgeht und liest. Ich weiß nicht, ob sich viele das überhaupt so genau anschauen.

In der Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. In der Landesdirektion sind Mehrausgaben in der Höhe von rund 290.000,00 Euro durch Bedienstete mit Sondervertrag entstanden. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, es gibt Sonderverträge, nur damit man das auch weiß und das wissen auch alle Mitarbeiter und alle Angestellten hier in diesem Haus. Dass das so ist, ist ja kein Problem. Warum streite ich dann so etwas ab?

Oder, wie viele Überstunden und Urlaubstage gibt es noch von Leuten, die nicht mehr in Amt und Würden sind, aber vielleicht als weiße Elefanten irgendwo umhergehen? Das hätte ich auch gerne gewusst, Herr Landesrat, nur ein paar Punkte. Sonst finde ich das alles soweit in Ordnung. Das Zahlenwerk ist in Ordnung. Nur, wer sind diese Herrschaften, die noch immer arbeiten sollten, aber weil sie so viel Urlaub haben und weil sie so viel Zeitausgleich hätten, nicht mehr hier sind und arbeiten, sondern ein anderer die Arbeiten bewältigen muss?

Das sind diese Dinge, die mich als Opposition und als Kontrolle und vielleicht auch die FPÖ interessieren sollte. Sie hat es vor einem Jahr noch interessiert, jetzt haben wir das über Bord geschmissen, aber, es ist so. Ich will nicht mehr und nicht weniger, als dass ich weiß, wie das hier zugeht. Das muss mir auch klar sein.

Dann der Amtssachaufwand stieg im Vergleich zum Rechenvoranschlag um fast 500.000,00 Euro, was unter anderem auf unvorhersehbare Rechts- und Beratungskosten zurückzuführen sind. Ich denke jetzt, auch die Umfahrung Schützen wird wahrscheinlich eine Kleinigkeit kosten, weil da haben wir die besten Anwälte, oder das Krematorium in Deutschkreuz, wo sie mir einen Bescheid aufgehoben haben, einem Bürgermeister, und dann die ganze Partie verloren haben. Ich möchte nur wissen, was diese Rechtskosten ausgemacht haben, weil das ist nicht normal, Herr Landesrat.

Es ist nichts dabei, wenn Sie mir das sagen, aber wie kommen wir dazu, oder wie komme ich dazu, wo alles klar und deutlich ist. Das ist nämlich klar und deutlich gewesen, nur weil politisch dieses Krematorium nicht nach Deutschkreuz passt, waren wir dagegen und das hat Kosten verursacht.

Liebe FPÖ! Forscht es nach und schaut es Euch an! Ihr habt dazu die Möglichkeit, denn ich kann in die ganze Geschichte nicht einmal hineinschauen. Aber, ich werde demnächst auch den Rechnungshof bemühen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aufgrund von Prämienerhöhungen von KFZ-Versicherungen musste der Aufwand für den Dienstwagenbereich, -betrieb, im Vergleich zum Voranschlag um mehr als 76.000 Euro erhöht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das soll passieren, dass die Versicherungen teurer werden, aber, ich glaube nicht, dass sie teurer geworden sind. *(Abg. Gerhard Steier: Abschlagszahlung!)* Ich sage eher, dass die billiger werden, weil ich die Versicherungen jedes Jahr in der Gemeinde ausschreibe und siehe da, bei den Versicherungen gibt einiges zu sparen.

Gut, das macht nichts, aber 76.000 Euro wäre auch ein schönes Geld, was man auch für Kindergärten und vielleicht andere Dinge mehr brauchen könnte.

Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit. Der Herr Kollege Tschürtz ist nicht da, denn der muss mit ein paar, die da oben gesessen sind, wieder feiern. In dieser Gruppe finden sich kaum Veränderungen zum Jahresvoranschlag, allerdings wurden nicht verbrauchte Kreditmittel sowie aus der Rücklage des Vorjahres schon entnommen, nicht verbrauchte Mittel für Feuerwehreinsatzgeräte einer Rücklage zugeführt und zwar 1,6 Millionen Euro.

Wenn ich um ein Feuerwehrauto ansuche, wenn ich um irgendetwas ansuche, musst du dich unter den Teppich hineinhauen, damit man ein bisschen eine Förderung bekommst. Die 50 Helme anschaffen müssen für die Feuerwehr, dass die eine gewisse Sicherheit haben, Herr Kollege Schnecker, da höre ich nichts von der

sozialdemokratischen Seite, denn da lese ich, 1,6 Millionen Euro werden an Rücklagen gemacht, weil wir anscheinend nicht gescheit angesucht haben.

Ich meine nicht ich, sondern viele andere. Das verstehe ich nicht. Da muss ich zur Feuerwehr hergehen und, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter sollte sich das einmal anschauen, und sollte sagen: Das kann ich noch unterstützen, weil noch finanzielle Mittel gegeben sind, Herr Kollege Schnecker von der Sicherheit.

Wir habe jetzt ein Sicherheitsressort geschaffen und man hat in diesem Hohen Landhaus eigentlich alles ausgeräumt und hinunter ins Technologiezentrum gebracht, das im Sommer nicht kühl und im Winter nicht warm zu halten ist. Ich meine, da frage ich mich schon schön langsam, wo wir sind?

Aber, das ist ja nur die Spitze des Eisberges. Ich bekomme ja hoffentlich eine Antwort dafür, aber dann heißt es wieder, das ist die Rede von vorigem Jahr oder von vor zwei Jahren. Es ändert sich ja nichts, das ist ja Euer Problem. Oder, unseres vielleicht insgesamt, weil wir sind ja für das Land da, und das ist öffentliches Geld.

Gruppe 2, Unterricht, Sport und Wissenschaft. In dieser Gruppe fallen Minderausgaben bei den Ruhe- und Versorgungsbezügen, Ruhe- und Versorgungsbezügen an öffentlich rechtliche Bedienstete in der Höhe von mehr als zwei Millionen Euro. Jetzt sind wir wieder auf diesem Punkt.

Dieser Umstand rührt daher, dass im Jahr 2015 weniger Landeslehrer als bei der Erstellung des Landesvoranschlages 2015 angenommen, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind. *(Abg. Gerhard Steier: Das ist das alte Pensionsrecht!)*

Jawohl, weitere Einsparungsmaßnahmen haben ihre Ursache darin, dass im Bereich der Landesschulen nicht alle Dienstposten nach- oder besetzt wurden.

Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, in dieser Gruppe gibt es keine besonderen Veränderungen gegenüber dem Rechnungsvoranschlag. Das macht er hervorragend, der Herr Landesrat. Das hat er gut im Griff, denk ich einmal. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Na ja, das muss man ja auch lobend sagen, denn etwas Positives gehört auch gesagt. Ich zitiere nur Zahlen.

Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Davon sind wir als Gemeinden massiv betroffen, denn wir machen ja Gesetze. Das ist alles lustig. In der Gemeinde macht man dann ein Budget, einen Voranschlag, und dann einen Rechnungsabschluss und dann bekommst du die Gesetze aufgebrummt, so, wie beim Rot-Kreuz-Schilling. Das heißt Rot-Kreuz-Schilling, aber wissen wir was das heißt? Einen Schilling hat es geheißen pro Einwohner, jetzt zahlen wir 9,70 Euro pro Mann und Nase.

Aber, es stört keinen, außer mich als Gemeinde, weil ich nach dem Voranschlag immer überrascht werde, wenn ich ihn gemacht habe, dass das dann schlussendlich eintrudelt, was in der Regierung beschlossen wird und wir gar nicht gefragt werden. Aber, das ist nun einmal so.

Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Hier sticht sofort eine Mehrausgabe in der Höhe von 1,4 Millionen Euro bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung ins Auge. Jetzt sind wir wieder dort, was wir immer diskutieren und wo sich vielleicht die eine oder andere Partei ihre positiven Abstimmungen oder ihre Sachen holt.

Die Aufwendung für die Mindestsicherung können jeweils nur grob abgeschätzt werden. Sie betrugen im Jahr 2013 für das Burgenland bereits fast acht Millionen Euro. Für das Jahr 2015 muss mit einem Betrag von mehr als neun Millionen gerechnet werden. Bin neugierig, was 2016 und 2017 dann ist. Ein enormer zusätzlicher Budgetposten ist in

dieser Gruppe durch den sprunghaften Anstieg der Zahl der Asylwerber im Jahr 2015 entstand.

Dadurch musste im Rechnungsabschluss ein zusätzlicher Betrag von 4.582.000 Euro für die Grundversorgung für Fremde verbucht werden. Ein Teil der Mehrausgaben, mindestens 60 Prozent, wird vom Bund refundiert. Der Differenzbetrag beziehungsweise das Vorstrecken der Mittel muss allerdings vom Land Burgenland finanziert werden. Das haben wir heute schon von der Frau Abgeordneten Sack gehört. Insgesamt schlägt sich die Grundversorgung für Fremde 2015 mit nahezu 12 Millionen Euro zu Buche.

Im Bereich der Wohnbauförderung zeigt der Rechenabschluss, dass in verschiedenen Bereichen Auszahlungen nicht wie geplant in Anspruch genommen wurden und daher die Differenzbeträge einer Rücklage zugeführt wurden. Diese betraf den Bereich der Wohnbauförderung mit 17.861.000 Euro. Die Wohnbeihilfe mit rund 300.000 Euro, die Sanierungsdarlehen mit rund 3,5 Millionen Euro und die Wohnhaussanierung mit 5,2 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ein Wohnbaudarlehen zu bekommen oder überhaupt anzusuchen ist ja eine Rallyefahrt. *(Abg. Gerhard Steier: Die beste Wohnbauförderung!)* Da musst du ja, denn das ist ja wirklich interessant, was für Auflagen man da braucht und was es alles gibt und das ist eben die Beste österreichweit, sowieso.

Das wir 124 Millionen Euro im Budget haben, Herr Landesrat, das erwähnen nicht nur Sie und ich dauernd, sondern auch der Herr Landeshauptmann. Siehe da, was wird ausgegeben? Interessant, anstatt Arbeitsplätze zu schaffen, den Bau noch weiter zu forcieren, schicken wir 58.000 Pendler aus diesem Land weg. Das tut weh.

Dann sich auch noch herzustellen und zu sagen, wir haben 2,2 Prozent Wirtschaftswachstum, wir sind die Besten und die Schönsten, das stimmt einfach nicht. Wir haben die höchsten Arbeitslosenzahlen seit Jahrzehnten. Dort muss man ansetzen. Wenn sich der Herr Landesrat Darabos herstellt, er kann ja nichts dafür, dass das so gelaufen ist früher mit den Spitälern, da war sein Vorgänger nicht ganz tätig oder war er untätig, ich weiß es ja nicht, denn jetzt haben wir auf einmal 79 oder was weiß ich wie viele Ärzte mehr.

Angeblich soll das aber auch nicht so genau stimmen, aber da muss man auch noch recherchieren. Aber, soll so sein, ist ja auch in Ordnung. Für die Gesundheit, das ist ein wichtiges Gut, soll man etwas machen. Aber, anscheinend hat das vorher nicht funktioniert. Wir reden heute von einem Rechnungsabschluss 2015. Da war der Herr Darabos noch nicht in seinem Amt - außer in Wien. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ja, Gesundheit, da bin ich jetzt genau angekommen. Ich glaube, in dieser Gruppe hat es fast keine Veränderungen gegeben. Das finde ich auch oft in Ordnung, wenn es welche geben würde, weil man doch diese Herausforderung hat, denn Gesundheit ist ein wichtiges und sehr wichtiges Gut für alle Menschen in diesem Lande.

Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Im Vergleich zum Voranschlag mussten die Ausgaben für den Neubau beziehungsweise Ausbau und Instandhaltung von Straßen und Brücken um mehr als 19 Millionen Euro höher angesetzt werden.

Diese Ausgabenbeschreibung ist hauptsächlich durch den Straßenbau der B61a und der Umfahrung Schützen gegeben. Nach Angaben des Landes würden diese Mehrausgaben den Landeshaushalt nicht belasten, weil entsprechende Rücklagen beziehungsweise gesetzliche zugestandene Mittel des Bundes zur Verfügung stehen. Da

frage ich mich, denn jetzt kostet die Umfahrung oder die Erweiterung bis Rattersdorf 31 B61a 37 Millionen Euro zahlt die ASFINAG.

Warum zahlt die uns das? Das ist ja das Nächste, und haben keine Einnahmen. Da müsste ich den Bund wirklich einmal fragen, was ist denn da oben passiert? Ist schön und gut, dazu muss ich gratulieren, Herr Landesrat, dass wir das geschafft haben. Aber wieso findet sich das alles im Budget wieder? Die Umfahrung Schützen will ich gar nicht weiter diskutieren, weil das wird noch ein Thema, das uns noch lange begleiten wird.

So, wie die Bank Burgenland uns noch immer fest im Würgegriff hat. Aber, das macht nichts. Die Umfahrung Schützen ist eine interessante Situation, denn da sieht man, wie es eigentlich zugeht. Jetzt kommen wir auf einen Punkt.

Oberwart, denn in Oberwart ist auch das Phänomen gegeben, dass man dort Grundstücke enteignen wird müssen, dass man überhaupt dazu kann, dass man dort diesen Turbokreisverkehr und was weiß der Teufel was man alles dort schafft, wie sie es groß in den Medien angekündigt haben. Da ist ja alles auf Schiene, da passt alles. Dann kommt allerdings ein Klient zu mir und sagt, dass noch nichts auf Schiene ist, denn ich habe nichts unterschrieben.

Na gut, dann wird er enteignet, Punkt aus sowie in Schützen. Ist ohnehin egal. So geht man heute mit den Menschen in diesem Land um. Ich will jetzt das nur kurz in den Raum gestellt haben, aber macht Euch hier Gedanken.

Ich glaube, solche Dinge sollte man eigentlich nachhaltig sehen, denn wenn ich einen Ausbau von Schützen mache, dann muss ich mir Gedanken machen, weil ich jetzt auch öfters nach Neusiedl am See fahre. Leider nicht mehr über Ungarn, weil in Ungarn die nächste Gefahr ist, denn das ist eine Katastrophe was dort mit dem Straßenbau passiert. Jetzt muss ich gezwungener Maßen da fahren. Ich wünsche keinem von Neusiedl am See nach Eisenstadt zu fahren oder umgekehrt. Nicht einmal dem Niessl, der einen Chauffeur hat, das sage ich jetzt auch gleich dazu, weil du da Nerven dazu brauchst.

Warum denkt man nicht weiter? Jetzt sagen die Grünen natürlich, Straßenausbau gilt nicht, man hat ohnehin einen Zug geschaffen. Ja, aber es funktioniert nicht immer mit einem Zug. Ich bin dafür, dass beides funktioniert. Das sollte auch im Süden endlich einmal funktionieren. Denn da sind ja die Blauen gefordert, die immer gerufen haben - Süden, Öffentlicher Verkehr! Ich höre nichts, ich sehe nichts, wo sind denn die überhaupt hingekommen?

Denn Tourismus macht der Illedits, die Wirtschaft machen der Landeshauptmann und noch ein paar andere. Wo sind denn die eigentlich hingekommen? Was arbeiten denn die? Das frage ich mich. Wo ist meine Leistung? Dann regt er sich auf, wenn ich sage, ein paar Sonderverträge gibt es, die es aber tatsächlich gibt, denn das wissen wir ja. Ist ja nichts Schlechtes. Wenn sie es sich verdienen in den Regierungsbüros.

Da kann ja die ÖVP auch mitsingen, denn die hat die gleichen Verträge gehabt. Das ist auch egal. Es ist eben jetzt einmal so. Dann muss man zu den Punkten stehen, das ist eben einmal so.

Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ist vielleicht auch noch ein wichtiger Punkt. Auffällig ist hier, dass ein Betrag von mehr als drei Millionen Euro im Bereich der Bedarfszuweisungen als Zuführung zur Rücklage verbucht wurde. Bedarfszuweisungen! Entschuldigung, die brauchen wir mehr als nötig in den Gemeinden. Sie wissen ganz genau, wie schwierig es ist, in einer Gemeinde zu arbeiten, wo sie uns alles abdrehen.

Wo der Herr Landesrat bei der Straßen-, ja Landesstraßen, haben wir alles, wir haben den Antrag eingebracht, dass das übernommen wird. Jetzt mähen sie nur bis zur Ortsstafel, gell? Oder den Kanal und die ganzen Sanierungen müssen wir alles tragen. Das heißt, das sind Belastungen für die Gemeinde.

Da wundert es mich, da gibt es einen Gemeindevertreterverband und einen Gemeindebund. Was machen die für die Gemeinden? Ich sage einmal beinhart NICHTS! Außer kassieren und was ich jetzt gehört habe, wenn das auch noch stimmt, dass dort vielleicht, ihr seid ja dabei bei den Verbänden und bei dem Bund, dass ihr euch anschaut, was für Gagen dort bezahlt werden. Aber das geht uns nichts an, denn das sind fast keine öffentlichen Gelder, sage ich jetzt einmal. Ich lasse das einmal so stehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, man bildet Rücklagen von Geldern, die wir schon längst in der Wirtschaft brauchen würden, dass man Arbeitsplätze schafft. Ich glaube, dass sollte man einmal so sehen, ohne jetzt irgendwo einen Populismus oder irgendwo hereinzubringen oder vielleicht zu sagen, ihr macht so viel falsch. Ihr macht nichts falsch. Der Herr Landesrat Bieler macht es ohnehin richtig. Er schaut, dass er seinen Rechnungsabschluss zusammen bekommt, egal, wie auch immer.

Dann sagt er, wisst ihr was, das Geld geben wir in die Rücklagen hinein und die werden wir ohnehin wieder brauchen, weil wir sie nächstes Jahr ohnehin wieder auflösen, das ist logisch.

Aber, dass diese Gelder, die eigentlich Bedarfszuweisungen für die Gemeinden wären, einfach in eine Rücklage kommen oder die Wohnbaufördergelder, 27 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren. 27 Millionen Euro werden an Rücklagen von Wohnbaugeldern zurückgelegt. Na da hat es ja was. Da muss ich ja etwas überdenken. Dann stimmt ja mit dem System etwas nicht.

Denn, wenn ich will, dass eine Wohnbauförderung, das sind ja Bundesgelder wie wir wissen, wir zahlen auch etwas dazu, dass man dort etwas tut, Arbeitsplätze schafft und erhält. Noch einmal, wir haben 58.000 Auspendler. Ich glaube, das sollten wir sehr wohl ins Auge fassen.

Das sind für mich einfach Punkte und da könnte ich, wenn ich mir den Rechnungsabschluss anschaue ja viele Dinge noch aufzeigen. Aber, ich bin immer einer der sagt, es wird nicht alles hundertprozentig sein, es gibt ja auch dort oder da Möglichkeiten.

Noch einmal, grundsätzlich Gratulation zum Rechnungsabschluss, weil denn musst du einmal so zusammenbringen. Mit vielen Dingen, mit vielen Punkten, da muss ich eigentlich der Abteilung gratulieren, dass das alles so funktioniert, dass das wirklich möglich ist. Auf der anderen Seite sollte man sich aber nicht dauernd hinstellen und sagen, wir sind die Besten und die Schönsten.

Wenn ich das ein bisschen zusammenfassen darf und dann bin ich fertig. *(Landesrat Helmut Bieler: Wir dürfen nicht lügen.)* Wie bitte? Brauchst nicht lügen. Die Zahlen sagen es ohnehin aus. Herr Landesrat, die Zahlen sagen ohnehin alles aus, nur sollten sich auch die Leute dafür interessieren, die nicht in Gemeindeverantwortung sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die in Gemeindeverantwortung sind, die müssen ohnehin mit den Zahlen auch dementsprechend umgehen und müssen auch schauen, dass sie einen Rechnungsabschluss zusammenbringen oder einen Voranschlag zusammenbringen.

Vielleicht wird das im neuen System leichter zu erkennen sein, was tatsächlich ist. Ich bin auch dafür, dass das so rasch als möglich umgesetzt wird, weil in den ganzen Gesellschaften wir ohnehin schon Bilanzen und anderes haben. Also, so schwierig wird das auch nicht, aber, es ist nur so, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter natürlich schon gefordert sind, wenn man das über die Bühne bringen muss und da muss es schon ein Miteinander geben.

Das wurde heute in der Fragestunde ohnehin angekündigt, dass es da ein Miteinander geben wird, dass man sagt, wie können wir das leichter abwickeln? Das muss so sein, denn es ist im Land auch nicht einfach, das ganze umzusetzen. Das muss man auch ganz klar sagen.

Aber, vielleicht zum Rechnungsabschluss 2015 noch zusammenfassenden: Er zeigt nur auf den ersten Blick ein verhältnismäßig ausgeglichenes Bild. Wenn ich es näher betrachte, bestätigt sich die bereits beobachtete Tendenz der letzten Jahre. Nämlich, dass die Sanierung des burgenländischen Haushaltes, die Senkung des Schuldenstandes und die Verhinderung eines Budgetdefizits aus der Substanz heraus erfolgt.

Das heißt, Rücklagen saugen wir immer wieder ab. Wir machen zwar welche, aber wir haben schon wieder um die 100 Millionen Euro mehr ausgegeben. Aber, wenn wir es brauchen, habe ich kein Problem. Aber, man sollte die Wahrheit sagen. Man sollte sagen, das haben wir gebraucht, das haben wir gemacht und nicht sagen, SPÖ und jetzt die FPÖ hat das gemacht oder früher SPÖ und ÖVP hat es gemacht.

Wenn ich mich erinnere, wenn ich das kritisiert habe, habt ihr gesagt, die ÖVP hat sich aufgeregt, warum ich das sagen kann. Der Kurt Lentsch ist da gestanden, der Bürgermeister einer hoch verschuldeten Gemeinde und hat über das Budget diskutiert und über den Rechenabschluss. Da hat es mich aus den Socken gehaut, wenn ich ehrlich bin.

Im Endeffekt redet er jetzt ganz anders, denn jetzt sieht er es anders. Aber, da waren wir in Verantwortung und müssen so reden, wie bei der FPÖ, wo ich alle Werte über Bord geschmissen habe. Ich kann nicht vor einem Jahr so reden und jetzt sehe ich das komplett anders. Das stimmt nicht, weil das ist ein Rechnungsabschluss 2015.

Frau Kollegin Benkö, da sollte man sich etwas überlegen. Du denkst Dir ohnehin Deinen Teil - auch dabei. Das weiß ich ja, was da eigentlich rennt. Aber, noch einmal, wenn man das gut verkaufen kann, wenn die Medien mitspielen. Unter anderem gibt es da eine Zeitung, ein Printmedium, da frage ich mich schön langsam, sollte da nicht etwas anderes darauf stehen?

Aber, das ist so, denn die, die sich angesprochen fühlen, die werden das ohnehin wissen, was ich jetzt meine. Aber ja, passt, weil alles, was Herr Schnecker auch in der Zeitung sagt, dass nämlich in Deutschkreutz, er ist schon wieder einmal nicht da, der Sicherheitssprecher, stellt sich hin und sagt, das ist ja ein Witz, was da die armen Polizisten oder das Bundesheer, was die mitmachen, es gibt kein WC, die müssen draußen stehen.

Dann frage ich Sie, Herr Schnecker, wann waren Sie das letzte Mal in Deutschkreutz? Dann frage ich Sie, warum gehen Sie in die Medien mit solchen Aussagen? Kommen Sie nach Deutschkreutz, ich lade Sie gerne ein und führe Sie dorthin, wo die Herrschaften tatsächlich ihren Dienst versehen, wunderbar Dienst versehen.

Ich bin auch froh, dass Herr Minister Doskozil mit dem Bundesheer auch dort seine Stellung bezogen hat. Ich bekomme meine Miete, ich bin recht glücklich, die sind glücklich, die sind zufrieden - Polizei und Bundesheer.

Ich lade ihn herzlich ein, richtet es ihm aus, dass tatsächlich für die Qualität einer Unterbringung gesorgt ist und weiterhin auch sein wird. Denn die Bevölkerung goutiert das und als Bürgermeister stehe ich auch dahinter, das muss man klar sagen.

Natürlich kann man jetzt sagen, wenn man die Rücklagen nicht gebildet hätten täte es ein bisschen anders ausschauen, aber Auflösung von Rücklagen ist etwas Einfaches – das muss ich auch dazu sagen - wenn man sie hat.

Das ist so wie beim Müllverband. Beim Burgenländischen Müllverband da haben wir jetzt an die 100 Millionen Euro, Herr Landesrat, da können Sie sich ein Beispiel nehmen. 100 Millionen Euro haben wir jetzt an Rücklagen und Rückstellungen.

Und wenn jetzt endlich einmal auch die Sozialdemokraten, die dort drinnen sitzen, mit mir im Ausschuss dann sagen, na sollten wir nicht schön langsam den Gemeinden auch ein bisschen etwas zurückgeben, weil die müssen ohnehin so viele Abgaben zahlen. Na ja, dann werden sie auf die Seite geholt und es wird gesagt, Hallo aufpassen, du redest schon so wie der Kölly vor etlichen Jahren. Aufpassen Herr Bürgermeister, wir müssen da schon, da setzen wir uns schon zusammen und machen dann etwas.

Na setzt Euch zusammen! Wenn es passt und wenn die Gemeinden davon profitieren, habe ich überhaupt kein Problem damit. *(Abg. Ingrid Salamon: Die profitieren jetzt schon davon, die Gemeinden.)*

Frau Kollegin Salomon, als ehemalige Obfrau und jetzt im Vorstand, ist klar, dass Du so redest, das ist immer so. *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist aber so.)* Das ist so, Du kennst Dich wieder einmal nicht mehr aus, weil wenn ich als Gemeinde *(Abg. Ingrid Salamon: Ich kenne mich schon aus.)* sage seit 13 Jahren, sie bezahlen, liebe Bürger, keine Müllgebühren mehr für die Tonne, na nona, bei 100 Millionen Euro, aber auf der anderen Seite hole ich es mir von den Gemeinden wieder rein, von den Abfuhren, Dankeschön.

Oder Grünschnitt, wenn Du Dich erinnern kannst, der Herr Schneemann, ein Obmann, eh nur ein Kurzzeitobmann, in Pullendorf. Da hat er gesagt, neun Euro pro Tonne zahlen wir, aber wir zahlen jetzt vier dazu, sage ich sechs Euro das ist ein Traum, Herr Obmann, das ist wirklich eine Geschichte. Ich habe ihm gesagt, ich zahle einen Euro für die Tonne, aha, da hat es Gott sei Dank durch meinen Antrag eine Änderung gegeben, Gott sei Dank.

Macht ja nichts, es ist ja nicht alles schlecht, was ich tue, gell. Das muss ich auch dazu sagen, weil, manches Mal denke ich mir, alles was ich da sage ist eigentlich eh für - das bringt ohnehin nichts.

Daher glaube ich, dass man in Zukunft auch die Opposition mehr einbinden sollte, das gelingt teilweise jetzt schon bei der Gemeindeordnung. In vielen Bereichen werden wir jetzt dazu eingeladen. Ich finde das für in Ordnung, dass man dabei ist und auch eine Stellungnahme abgeben kann und soll und darf. Weil es wichtig ist und dann kann ich noch immer sagen, ja das habe ich eingearbeitet oder nicht eingearbeitet, weil das gefällt mir nicht oder gefällt mir doch.

Ich bin seit drei Perioden Bürgermeister in einer Gemeinde wo ich sage, die Lebensqualität passt, wo viele zum Rotweinfestival gekommen sind und gesagt haben, super, passt, die Gemeinde ist in Ordnung. Aber ich habe noch nie eine absolute Mehrheit

gehabt. Und ich sage Euch eines, ich brauche sie auch nicht, entscheidend ist, dass etwas geschieht und für die Bevölkerung, dass die erkennen, dass wir einen gemeinsamen Weg gehen und das ist auch in Ordnung.

Ich freue mich schon auf die nächste Gemeinderatswahl, weil, da wird es wieder losgehen, nächstes Jahr, wie schlecht und wie schlimm alles ist. Und dann haben wir einen „Runden Tisch“ gehabt, eine Podiumsdiskussion, mit Schwarz, Rot und Grün und Blau war auch dabei. Herausgekommen ist, da hat der Journalist gefragt, na was könnten sie verändern? Es ist eh alles in Ordnung in Deutschkreutz.

Danke schön, mehr sage ich jetzt nicht mehr dazu. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ja, wie soll man sagen, das Problem ist, die Zahlen des Rechnungsabschlusses sprechen halt leider nicht für sich. Das ist die GRÜNE Kritik, die eigentlich eh jedes Jahr dieselbe ist. Wir können diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen, da die Darstellung der Landesfinanzen eben nicht gegeben ist.

Ob zum Beispiel, so wie in den Medien kommuniziert, die 5,5 Millionen Euro Haftungen reduziert wurden, ist halt so eine Sache, denn es sind einfach etliche Haftungen nicht im Rechnungsabschluss eingerechnet.

Zum Beispiel ist zwar ein Hinweis darauf, dass es eine Haftung gegenüber der Bank Burgenland gibt, nach wie vor, aber im Rechnungsabschluss ist sie nicht zu finden. Auch die Haftungen für die Kredite der Holding sind nicht angeführt. *(Landesrat Helmut Bieler: Da sind sie drinnen! – Abg. Manfred Kölly: Das ist drin, die Ausfallsbürgschaft ist drinnen. – Landesrat Helmut Bieler: Das ist die falsche Rede. – Allgemeine Heiterkeit)*

Gut, ich nehme die andere. Die Landesholding Vermögensverwaltung, Haftungen, die das Land übernommen hat, sind zum Beispiel nicht drinnen. *(Landesrat Helmut Bieler: Alles ist drinnen. Was redest Du für einen Blödsinn?)* Also es sind einige Sachen hier nicht vorhanden. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist die falsche Rede - alle sind da drinnen. – Abg. Manfred Kölly: Die Bank Burgenland ist drinnen.)*

Einige andere Sachen *(Landesrat Helmut Bieler: Alle sind drinnen.)* sind zwar drinnen, aber doch höchst eigenartig, zum Beispiel das Glückspielwesen. 2014 waren im Voranschlag zwei Millionen Euro vorgesehen. Tatsächlich waren dann im Rechnungsabschluss nicht einmal 140.000 Euro.

2015 waren im Voranschlag wieder zwei Millionen Euro drinnen, obwohl man eigentlich schon wissen hätte müssen, dass sich das nicht ganz ausgeht. Da ist jetzt eine gute halbe Million Euro drinnen - ist ein bisschen mehr geworden.

Das interessante ist, - wenn man noch weiter zurückschaut, - dass 2012 und 2013 überhaupt vier Millionen Euro budgetiert waren, da aber Null Euro eingeflossen sind, laut Rechnungsabschluss.

Wenn man sich das dann auf der Ausgabenseite anschaut, sollten ja eigentlich - war geplant, budgetiert, diese Einnahmen aus dem Glückspielwesen zum Teil den Gemeinden zu Gute kommen. Budgetiert waren da 2015 eine Million Euro, die an die Gemeinden fließen sollten.

Jetzt hat man weniger eingenommen, gut, gibt man den Gemeinden auch weniger. Tatsächlich sind aber genau Null Euro drinnen. Wozu man dann im Budget so viel vorsieht, ist eine interessante Sache und das zieht sich ja über viele, viele Jahre hinweg.

Die nächste Geschichte habe ich beim damaligen Budget schon kritisiert, wird auch immer interessanter, das Kulturzentrum Mattersburg. Zur Vorinfo, ist vielleicht nicht unwichtig, das Kulturzentrum Mattersburg ist seit 1. September 2014 geschlossen, das heißt, das steht im Moment leer, der Spielbetrieb findet in Eisenstadt im Kulturzentrum statt.

Für den Spielbetrieb und die Betriebskosten sind allerdings noch vor einem Jahr 204.500 Euro vorgesehen worden, wo der Betrieb stattgefunden hat, und heuer, interessanter Weise braucht man - also nicht heuer, im Jahr 2015, hat man dann mehr Geld gebraucht.

Also im ersten Jahr wo das Kulturzentrum komplett leer gestanden ist, waren es plötzlich 232.400 Euro, wohlgemerkt für ein abrissbereites Haus, der Großteil des Hauses soll ja abgerissen werden. Damit braucht das Kulturzentrum Mattersburg, welches ja eigentlich nimmer mehr existiert, das meiste Geld aller Kulturzentren im ganzen Burgenland.

Zum Vergleich das Kulturzentrum Eisenstadt hat 2015 176.600 Euro benötigt, wie gesagt, das Kulturzentrum Mattersburg über 200.000 Euro. *(Abg. Gerhard Steier: Weil Eisenstadt neu ist.)*

Obwohl man eigentlich da ja Synergien nutzen können muss, wenn zwei Kulturzentren in einem Haus spielen, ich sage nur Personal, Heizung, Strom, da kann man ja nicht das Doppelte brauchen, wird hier plötzlich mehr ausgegeben. Eine Besonderheit wie gesagt, die ich schon im Budget erwähnt habe.

Die nächste Geschichte ist das leidige Thema mit den Zinstauschgeschäften. Wie wir inzwischen wissen, verlieren wir hier Jahr für Jahr viel Geld durch Zinsspekulationen. Laut dem letzten Rechnungsabschluss 2014 waren das sechs Millionen Euro. Heuer nehme ich einmal an, müssen es wieder sechs bis sieben Millionen Euro sein.

Interessanterweise finden sich aber im Rechnungsabschluss 2015 Einnahmen sage und schreibe 6,5 Millionen Euro und eine Buchung bei den Ausgaben von acht Millionen Euro. Das würde bedeuten, wir hätten nur ein Minus von 1,5 Millionen Euro. Das wäre sehr schön, ein Wunder könnte man meinen, Landesrat Bieler schafft das Unmögliche, ein Minus von 5,5 Millionen Euro verschwindet ganz einfach.

Aber in Wahrheit zeigt das, wie wenig man dem Rechnungsabschluss trauen kann. Er mag schon im Groben seine Richtigkeit haben, aber es sind einfach viele, viele Punkte drinnen, die wesentliche Ungereimtheiten ergeben.

Dazu kommt noch das Problem mit der Transparenz. Viele Punkte - ich habe gerade diese Zinsspekulationen angesprochen, sollten ja wenn man sich die Einnahmen und Ausgaben anschaut, immer unter demselben Ansatz zu finden sein. Das ist aber nicht so. Man muss herumsuchen, damit man die Ausgabe für die Zinsspekulationen findet, weil sie nicht unter demselben Ansatz zu finden sind.

Das heißt, wenn *(Landesrat Helmut Bieler: Es gibt keine Zinsspekulationen, das sind Zinsabsicherungen.)* Sie - Zinsabsicherungen, für mich sind es Zinsspekulationen, *(Landesrat Helmut Bieler: Nein, das ist falsch.)* falsch - das ist meine Auslegung, das nehme ich mir, diese Freiheit.

In dem Abänderungsantrag den wir heute noch haben werden zum Thema Schuldenmonitoring heißt es in Eurem Abänderungsantrag, die Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre wurden und werden jeweils nach Beschlussfassung im Burgenländischen Landtag, auf der Homepage des Burgenlandes veröffentlich. So weit, so gut.

Dadurch ist es jedem interessierten Bürger möglich, Einschau in die Finanzgebarung des Landes Burgenland zu halten, um sich auf diesem Weg die gewünschten Informationen zu schaffen. Genau das stimmt eben leider nicht.

Natürlich kann man sich einen groben Überblick verschaffen, das mag schon stimmen, aber genau anschauen kann man sich das nicht und dadurch ist leider auch keine Transparenz gegeben. Das kritisiert ja auch der Rechnungshof in seinen Kontrollen zum Rechnungsabschluss regelmäßig.

Damit ich nicht nur negative Punkte anführe, auch ein positiver. Sehr positiv ist, dass Jahr für Jahr im Rechnungsabschluss die Beteiligungen ein größeres Gewicht bekommen. Es sind die Beteiligungen jetzt zumindest recht genau dargestellt, sogar optisch dargestellt. Die Beträge fehlen leider nach wie vor, aber gut, wir haben jetzt 2016 - neues Jahr, neue Chance.

Sehr nett finde ich als kleine Nebenerwähnung, dass ich das erste Mal gelernt habe, dass das Land nicht nur Töchter sondern sogar Urururenkel hat. Zum Beispiel die Bad Tatzmannsdorf Sport- und Freizeitinfrastruktur GmbH. ist ein Urururenkel. Sehr interessante Geschichte.

Summa summarum wie gesagt, uns fehlt nach wie vor die Transparenz, es sind viele Ungereimtheiten drinnen, wie das Kulturzentrum Mattersburg, das Glücksspielwesen, die Zinstauschgeschäfte oder Zinsspekulationsgeschäfte und daher können wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter! Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das was meine Vorredner als Kritik formuliert haben, der Kollege Kölly und der Kollege Spitzmüller, das waren zum Großteil reine Mutmaßungen.

Ich erinnere anlässlich der Behandlung des Rechnungsabschlusses im Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stand der Herr Landesrat für Fragen zur Verfügung und es war die zuständige Mitarbeiterin der Finanzabteilung anwesend, um Fragen zu beantworten. Und wer hat darauf verzichtet, Fragen zu stellen? Das war die Opposition. Das waren vor allem auch die GRÜNEN und die Liste Burgenland.

Der Herr Landesrat Bieler hatte einen ruhigen Nachmittag, die Dame aus der Finanzabteilung ist ohne auch nur den Mund aufzumachen, wieder gegangen. Und heute stellen Sie sich hier öffentlich her und lassen Sie vom Stapel und tun so, als wäre hier niemand bereit, Ihnen die Informationen zu gewähren, die Sie haben wollen.

Das, meine Damen und Herren, hat mit einer seriösen Auseinandersetzung mit dem Rechnungsabschluss nichts zu tun. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Vieles von dem was man heute inhaltlich besprechen könnte, war schon Gegenstand der Debatte zum Nachtragsvoranschlag. Was ist das Wesentliche an diesem Rechnungsabschluss?

Das Wesentliche ist, Erstens: keine Neuverschuldung unter Rot-Blau und ein bisschen Schwarz ist auch noch dabei.

Zweitens: Reduzierung der Haftungen unter Rot-Blau und

Drittens - es wurde gerade vom Vorredner erwähnt, mehr Transparenz unter Rot-Blau, soviel Transparenz wie noch nie.

Im Detail lässt sich sicherlich diskutieren, wenn die Opposition etwa darauf verweist, dass die Entwicklung bei der Wohnbauförderung für die Budgetgestaltung jetzt kein großer Nachteil ist, dann ist das sicherlich nicht falsch. Aber es ist ja ganz generell keine Neuigkeit, dass der Landeshaushalt, wie jeder Haushalt in Zeiten wie diesen, natürlich eine Gratwanderung ist.

Es ist generell keine Neuigkeit, dass es Bereiche gibt, wo die Kosten relativ flott galoppieren, etwa bei der Grundversorgung oder bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Es ist daher generell auch keine Neuigkeit, dass es entsprechende Risikopotentiale gibt, innerhalb des Haushaltes aber natürlich auch im ausgelagerten Bereich, ein Erbe, über das die Kollegen von der ÖVP wahrscheinlich noch viel besser Bescheid wissen.

Und es ist auch generell keine Neuigkeit, dass die Rahmenbedingungen nicht gerade einfacher werden. Man denke nur an die Auswirkungen der sogenannten Steuerreform, die ja den Landeshaushalt unmittelbar betreffen werden. Trotz dieser widrigen Umstände und Voraussetzungen hat es die rot-blaue Landesregierung geschafft, ihren Budgetpfad einzuhalten - keine neue Verschuldung 2015.

2016 wird es zum Schuldenabbau kommen. Wir sehen in diesem Rechnungsabschluss gerade bei den Ermessensausgaben, dass es diese Landesregierung ernst meint, dass der Wille einzusparen da ist, dass Rot-Blau fest entschlossen ist, den Haushalt im Griff zu behalten. Das ist für uns selbstverständlich.

Es ist ja nicht überall so, dass es selbstverständlich wäre, etwa sichtbar in der Landeshauptstadt, am Gegenmodell der Volkspartei, wo die Neuverschuldung schon zum alljährlichen Pflichtprogramm gehört und der Schuldenstand immer neue Höhen erreicht.

Und auch auf Landesebene versucht es ja die ÖVP mit Stafetten von Anträgen, die ungedeckten Schecks gleichkommen - 80 bis 100 Millionen Euro wären das bis jetzt gewesen. Sie versuchen es zwar recht beständig, aber wir werden das nicht zulassen, dass sie uns unseren Haushalt durcheinander bringen und uns gegen die Wand fahren.

Die ÖVP steht für Schulden machen, auf Kosten der Zukunft - Rot-Blau steht für Schuldenabbau und einen soliden Haushalt im Interesse unserer Kinder und Kindeskinder. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Mag. Wolf.

Bitte um Ihren Beitrag Herr Abgeordneter. *(Zwiegespräche der Abgeordneten der ÖVP und FPÖ)*

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! *(Allgemeine Unruhe)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: *(das Glockenzeichen gebend)* Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP) *(fortsetzend):* Die geschönten Details des Rechnungsabschlusses brauche ich nicht zu wiederholen, die kamen von meinen Vorrednern. Deshalb möchte ich nur auf jene Punkte eingehen, die aus meiner Sicht brisanter sind.

Zu den Highlights: Wir geben pro Jahr mittlerweile 15 Millionen Euro für unsere Schulden aus, also für die Kreditzinsen und nochmal 2,2 Millionen Euro für etwaige Bürgschaften. Das ist eine enorme Summe, die für nichts Anderes zur Verfügung steht.

Gleichzeitig geben wir acht Millionen Euro für Zinsspekulationen aus - und Herr Landesrat, das sind Spekulationen, weil es kein konkretes Grundgeschäft dahinter gibt. Das heißt, wir haben einen Zinsswap in dem Fall sogar ins Blaue getätigt, weil wir als Land Burgenland eine Wette eingegangen sind.

Eine Wette darauf, dass der Zinssatz *(Landesrat Helmut Bieler: Eine Versicherung.)* irgendwann über 5,5 Prozent steigt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist keine Versicherung, das ist eine Wette.)*

Und geschätzte Damen und Herren, das ist eine Wette, die wir verloren haben. Mittlerweile kostet uns diese Wette 35 Millionen Euro und ich bin schwer dafür, dass wir so schnell als möglich aus dieser Wette aussteigen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Gleichzeitig, *(Landesrat Helmut Bieler: So ein Blödsinn, wirklich.)* Das ist kein Blödsinn, Herr Landesrat. *(Landesrat Helmut Bieler: Ich werde es Ihnen dann erklären.)* Nein, ich brauche keine Erklärung, weil, Sie haben eine andere Auffassung. Sie müssen genau nachlesen, dann werden Sie sehen, dass sowohl der Rechnungshof als auch Fachexperten das anders sehen. Weil wenn es eine Wette ohne Grundgeschäft gibt, ist es eine reine Spekulation, das ist so per Definition, ganz einfach.

Die Repräsentationen des Landes - nur als kleines Schmankerl nebenbei, sind voriges Jahr in den letzten sechs Monaten des Jahres um 100.000 Euro gestiegen auf ein Niveau von 500.000, aber das ist jetzt nicht der Fokus meiner Rede.

Was ein entscheidender Punkt ist, das betrifft die Verwaltungsentwicklung, so wird es im Rechnungsabschluss genannt. Das Projekt Verwaltungsentwicklung, aus unserer Sicht *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Säuberungsaktion.)* die größte Säuberungsaktion im Landesdienst, hat mittlerweile Beratungskosten von 500.000 Euro verschlungen, ohne dabei nur irgendetwas bewegt zu haben. Das war aber erst das Jahr 2015.

Wir wissen alle mittlerweile ganz genau, dass es zu keiner einzigen Einsparung gekommen ist, ganz im Gegenteil, es wurden mehrere Verwaltungsebenen eingezogen und am Ende des Tages wird diese Säuberungsaktion mehr kosten, als jemals zuvor. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und was noch hinzukommt, das ist aus unserer Sicht überhaupt die Krönung, Sie haben allen den Mund verboten, *(Abg. Ingrid Salamon: Säuberungsaktion, das ist wieder ein Wortspiel.)* und glauben selber nur das, was Sie sich vorsagen.

Sie haben die Mitarbeiter eingeschüchtert und niemand traut sich dies mehr der Öffentlichkeit zu sagen. Hinter vorgehaltener Hand passiert das sehr wohl und schlussendlich haben Sie, weil Sie nicht mehr aus wussten, unsere e-mail-Accounts gesperrt, dass wir nicht einmal die Rechtsberatung als gute Personalvertretung ausschicken dürfen.

Ein weiterer Punkt sind unsere Pendler. Geschätzte Damen und Herren! Der neue VOR-Tarif kostet vielen Pendler im Burgenland enorm viel Geld, das wissen wir mittlerweile auf Grund der kritischen Rückmeldungen und auch aus Presseartikeln. Nicht nur die ÖVP im Bezirk Neusiedl, sondern die ÖVP im ganzen Land hat sich hier massiv stark gemacht. Wir sammeln diese Kritikpunkte und versuchen konkret für die einzelnen Menschen Verbesserungen herbeizuführen.

Das Land zahlt aber im Jahr 2015 um zwei Millionen Euro mehr an die ÖBB und trotzdem müssen die Burgenländer draufzahlen. In Summe sind das 17 Millionen Euro, die leider nicht beim Pendler ankommen.

Und zu guter Letzt das Highlight: Die steigende Arbeitslosigkeit haben wir nun seit 12 Monaten. Es wird immer davon gesprochen, wie viel Geld wir in die Arbeitslosigkeit investieren, damit mehr Menschen in Beschäftigung kommen. Aber die Statistik spricht ein anderes Bild. Seit Rot-Blau am Werken ist, steigen die Arbeitslosenzahlen und immer mehr Burgenländer haben keine Arbeit. *(Abg. Geza Molnar: Das war vorher anders?)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zu den Schulden. Der Rechnungsabschluss weist einen Schuldenstand von knapp 280 Millionen Euro aus, das ist aber leider nicht alles. Hinzu kommen in Summe nochmal eine Milliarde Euro an Schulden in den Beteiligungen. Wir sind hier bei 1,2 Milliarden Euro Schulden, die das gesamte Land mit allen Beteiligungen hat. Eine enorme Summe, das sind 100 Prozent unseres Landesvoranschlages.

Der Haftungsstand, der glücklicherweise im Rechnungsabschluss angeführt wird, *(Abg. Geza Molnar: Das ist absichtlich nicht glücklicherweise.)* - na schon glücklicherweise, das ist jetzt das erste Mal, weil wir scheinbar immer wieder mit Kritik darauf hingewiesen haben, - beträgt Sage und Schreibe 2,5 Milliarden Euro – inklusive der Bank Burgenland, der Kommunalkredit und der Wohnbauförderungshaftungen.

Wenn ich alles zusammenrechne, was am Ende des Tages Schulden für die Bürger des Landes sein können, so muss jeder Burgenländer, jede Burgenländerin 12.000 Euro an Schulden schultern, 12.000 Euro pro Person, pro Burgenländer und Burgenländerin.

Wenn wir das jedem aus der Tasche ziehen würden, dann würde man leider spüren, wie sehr wir im Land auf großem Schuh leben, und es braucht endlich Einsparungen. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Geza Molnar: Wer hat denn diese Schulden gemacht? – Abg. Ingrid Salamon: Das ist ein Wahnsinn.)* Wir müssen diese Schulden unbedingt reduzieren, sonst können wir das als Land nicht langfristig bewältigen.

Und liebe FPÖ, Ihr habt nun ein Jahr lang Zeit gehabt, Einsparungen herbeizuführen, außer, dass Ihr vom Bollwerk umzingelt werdet oder unterdrückt von der SPÖ, habe ich nichts gesehen und das finde ich sehr, sehr schade. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was die Explosionen im Kostenbereich betrifft und dringenden Handlungsbedarf mit sich bringt, sind einerseits die Ausgaben für Personal und Pensionen. Hier sind wir auf einem Stand von 460 Millionen Euro. Das sind 15 Millionen Euro mehr, als im Vorjahr, das ist ein Bereich, den wir in irgendeiner Weise reduzieren müssen.

Im Gesundheitsbereich brauchen wir jährlich mehr, im Vorjahr waren es zehn Millionen Euro. Und dann der große Sozialbereich, bei dem wir wissen, dass Reformen herbeigeführt müssen, beispielsweise die Grundversorgung und die Mindestsicherung. Der Sozialbereich hat 15 Millionen Euro mehr gekostet, wir sind hier auf einem Niveau von 320 Millionen, das ist ein Viertel des Rechnungsabschlusses.

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist nun bei neun Millionen Euro und kostet um eineinhalb Millionen mehr, wobei hier noch die Flüchtlingszahlen für das Jahr 2016 natürlich noch nicht eingerechnet sind. Die Grundversorgung für Fremde erhöhte sich ebenfalls um 4,5 Millionen Euro.

Jetzt kann ich mich erinnern, irgendwann einmal hat die FPÖ hier vollmundig und lautstark geschrien, wir brauchen Veränderungen, wir brauchen Reformen. Bis heute ist nichts passiert, man hat einen faulen Kompromiss mit der SPÖ so verkauft, als wäre es der große Erfolg auf Basis der Grundwerte der FPÖ. Das ist weit gefehlt, hier hat die FPÖ sicher noch Hausaufgaben zu machen.

Und der Straßenbereich - lieber Herr Kollege Kölly, da bin ich voll bei Ihnen, hier wurden um 20 Millionen Euro mehr als veranschlagt, ausgegeben. Ich glaube nicht, dass wir vor allem in Bezug auf die Umfahrung Schützen am Gebirge bei 20 Millionen Euro bleiben werden. Ich befürchte, dass hier die Kosten explodieren werden. Aber das ist nicht Thema im Rechnungsabschluss 2015. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Geza Molnar: Das war die ÖVP nicht dabei, oder?)*

Geschätzte Damen und Herren! Und was macht die Regierung nun gegen diese Kostenexplosionen? Wo bleiben die wirklichen Reformen in der Finanzgebarung Richtung "VRV-Neu"? Wo sind hier die Akzente in Richtung gläsernen Abschluss?

Wo bleiben die Initiativen für die Pendler, im Gesundheitsbereich oder in vielen anderen Themen, das Südburgenland betreffend?

Ich glaube, die Burgenländer wissen, dass keine spürbaren Akzente gesetzt wurden. Die FPÖ jammert am Ende des Tages selbst über die eigene Untätigkeit. Die Performance war „nicht genügend“, die schwächste Landesregierung ist ihrem Ruf gerecht geworden und SPÖ und FPÖ sind nun die große Einheitspartei im Burgenland.

Die FPÖ ist der große Trittbrettfahrer *(Abg. Ingrid Salamon: Die ewige Jammerei.)* ohne Verantwortung, ohne Initiativen, ohne Tätigkeiten, *(Abg. Ewald Schnecker: Anpatzen ohne Ende.)* auf der Rückbank sitzend, und am Ende des Tages überschatten diese Tatsachen die Schandtaten dieser Regierung. *(Abg. Ingrid Salamon: Schandtaten?)*

Und deswegen können wir leider diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. Wir wollen nicht die Verantwortung für *(Abg. Edith Sack: Aber der bekommt jetzt schon einen Ordnungsruf für Schandtaten.)* sechs Monate Rot-Blau übernehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kölly hat heute von einem Artikel zitiert, der mir selbst bekannt ist. Er sagt selbst - also nicht ich, der Kollege Kölly sagt selbst, von irgendeinem Journalisten.

Das will ich nicht weiter kommentieren, aber wahr ist, dass er wirklich ausschließlich im Internet publiziert, also nicht irgendwo abgedruckt ist und dergleichen. Ich kenne diesen Artikel und habe ihn auch gelesen, von der Seriosität dieses Artikels kann sich jeder überzeugen, das kann man „googlen“, findet man auch.

Die Grundaussage hat aber der Kollege Kölly verschwiegen, denn die Grundaussage dieses Artikels war etwas anderes. Burgenland braucht nicht weniger

sondern mehr Öffnung und das ist der kleine Unterschied, den Sie hier verschwiegen haben. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, das habe ich vorgelesen, da braucht man nur im Protokoll nachschauen.)*

Das sehe ich etwas anders, sehe ich etwas anders, denn *(Abg. Manfred Kölly: Du musst nur zuhorchen, oder im Protokoll nachlesen. Ich gebe Dir das gerne.)* das Burgenland hat jetzt schon 16 Prozent an Einpendlern und diese Sache noch zu verschärfen, das halte ich für nicht gut, *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe kein Problem damit.)* das halte ich sogar für negativ.

Aber gut, die Burgenländerinnen und Burgenländer wissen schon, was im Burgenland weiter geht und wir lassen uns auch nicht von - Sie sagen von irgendeinem Journalisten - unser Heimatland Burgenland schlecht reden. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, ist eh richtig.)* Ich glaube, wir wissen das schon gut einzuschätzen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Rechnungsabschluss 2015, einmal mehr zeigt sich, der Standort bestimmt den Standpunkt. Insbesondere die Aussagen der ÖVP die untermauern das sehr klar.

Es ist trotzdem sehr amüsant, denn, Herr Kollege Wolf, der Rechnungsabschluss 2015 - Sie wissen schon, dass Sie da noch in der Regierung waren? Das heißt, Sie stellen sich heute her und kritisieren Ihr eigenes Handeln und das ist schon sehr aufmerksam und schon beeindruckend eigentlich.

Aber das müssen Sie sich dann selber ausmachen, denn Sie waren ja schon im Landtag damals. Hinter Ihnen sitzt ein ehemaliges Regierungsmitglied. Vielleicht können Sie diese Kritik einmal intern besprechen und sagen, was haben wir da falsch gemacht? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ab 8. Juli war alles falsch, ist ja logisch.)*

Vielleicht könnte man in diese Richtung etwas argumentieren, aber so ist es, der Standort bestimmt immer den Standpunkt. In diesem Fall war der Standort noch ein etwas anderer, da hat man dann jetzt die Meinung auch noch gewechselt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bis zum 8. Juli hat alles gepasst.)* das finde ich auch sehr schade.

Zum Rechnungsabschluss insgesamt kann man sagen, das ist sehr, sehr wesentlich, es gibt keine neuen Schulden, das wurde vom Kollegen Molnár auch schon im Detail erörtert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sind eh die alten.)*

Es gibt sogar einen Maastricht-Überschuss der erwirtschaftet wurde, nämlich von 99 Millionen Euro um 57 Millionen Euro mehr als im Landesvoranschlag eigentlich eingeplant war. Durchaus eine beeindruckende Anzahl, notwendig wären nur zwei Millionen Euro gewesen.

Der Gesamtschuldenstand wir auch schon im Jahr 2014, daher wundert es mich, dass es die ÖVP so kritisiert, ist mit 278 Millionen Euro unverändert, da hat sich auch nichts getan. Möglich deswegen, weil die Kreditsperre sehr diszipliniert eingehalten wurde. Da muss man sich auch bei den Regierungsmitgliedern bedanken.

Die Haftungen bei dem Rechnungsabschluss sind ebenfalls ersichtlich, sie sind um 5,5 Millionen Euro reduziert und die Schuldenquote ist auch leicht gesunken. Das ist auch die Basis, dass wir im Jahr 2016 den Schuldenabbau zusammenbekommen und unser Ziel ist hier zwei Millionen Euro an Schulden auch zurückzuzahlen.

Stabile Finanzen sich wichtig, wir brauchen das für eine Investitionspolitik, die uns gelingt. Jeder fünfte Euro wird im Jahr 2016 in Investition gesteckt.

Aber trotzdem ist interessant, dass sich der Kollege Wolf hier herstellt und mehr Ausgaben kritisiert, das ist sehr interessant. Weil keine Woche vergeht, wo die ÖVP nicht wieder einen Vorschlag hat, Geld auszugeben. *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Du hast schon wieder nicht zugehört.)*

Also einerseits zu sagen jede Woche, wir müssen mehr Geld ausgeben, dort und da, und dort investieren und da investieren, in 12 Monaten hätten Sie das Burgenland um 100 Millionen Euro neu verschuldet. 100 Millionen Euro Neuschulden auf dem Rücken unserer Jugend.

Herr Kollege Wolf und dann stellen Sie sich da her und kritisieren in einzelnen Bereichen Mehrausgaben, da *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Den Landesschulrat hättet Ihr abschaffen können. Das wären zwei Millionen Euro mehr gewesen.)* bin ich mir nicht ganz sicher, wie ernst Sie sich selber nehmen. Ich glaube, die Bevölkerung nimmt Sie nicht mehr ernst. *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Landesumlage, 20 Millionen Euro.)*

Was mir aber wirklich missfällt, Herr Kollege Wolf, und das will ich Ihnen schon sagen, was Sie inhaltlich dazu beitragen, das ist Ihnen überlassen, das ist völlig egal, aber die Wortwahl die Sie benutzen, da *(Abg. Ingrid Salamon: Ja genau. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Schaut bei Euch einmal.)* würde ich Sie schon ersuchen, von *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Wer im Glashaus sitzt.)* Formulierungen wie „Säuberungen“ und dergleichen, Abstand zu nehmen. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau, das ist wirklich ein Witz.)*

Das ist einfach nicht in Ordnung und ist auch nicht notwendig, da würde ich Sie bitten, auch künftig das zu beachten. *(Allgemeine Unruhe)*

Wir werden diesem Rechnungsabschluss natürlich sehr, sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet... *(Zwiegespräche der Abgeordneten der ÖVP und SPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr lügt ja und dann stellt Ihr Euch her. – Abg. Robert Hergovich: Hallo, hallo aufpassen! – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen. – Abg. Robert Hergovich: Aufpassen! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, ja, Du kannst mich gerne klagen. – Abg. Robert Hergovich: Das passt alles zu Euch. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Ich bitte die Herren Abgeordneten um etwas mehr Aufmerksamkeit. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landesrat Helmut Bieler. *(Allgemeine Unruhe)*

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Als Finanzreferent des Landes Burgenland muss ich natürlich und tue das auch gerne, zu diesem Rechnungsabschluss Stellung nehmen, weil gerade im Rechnungsabschluss alle Zahlen stehen, die nachvollziehbar sind, die im vorigen Jahr getätigt wurden an Zahlungen, an Einnahmen und wo hier alles drinnen steht. Ich werde Ihnen dann auch anhand von Beispielen zeigen und sagen, dass nicht jeder Redner sich an dieses Wahrheitsgebot gehalten hat.

Ich bin stolz darauf, dass wir das Land Burgenland finanziell auf stabilem Kurs halten und dass hier ein Rechnungsabschluss ohne Neuverschuldung für 2015 vorgelegt werden kann. Erstmals seit 2010 wo wir ganz bewusst in der Folge 72 Millionen Euro in die Hand genommen haben, um aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise das Burgenland besser durch diese Krise manövrieren zu können, was sich auch ausgezahlt

hat, was wir anhand der Wirtschaftsdaten, anhand der Entwicklung im Lande auch nachweisen und sehen können.

Wir haben im Rechnungsabschluss Mehreinnahmen von 70,8 Millionen Euro, gleichzeitig auch mehr Ausgaben von 70,8 Millionen Euro. Jetzt einen einzigen Satz zu den Rücklagen, weil er das nach 16 Jahren offensichtlich noch immer nicht versteht, er nach sechs Jahren noch immer nicht versteht. *(Abg. Manfred Kölly: Und Du bis jetzt nicht, das ist das Problem!)*

Eine Rücklagenzufuhr ist auch eine Ausgabe und nicht eine Ausgabe die irgendwohin bezahlt wird. *(Abg. Manfred Kölly: Im Voranschlag habt Ihr es falsch tituliert!)* Rücklagen werden deshalb getätigt, damit wir das Geld, das wir zur Verfügung haben, auch im nächsten oder in den nächsten Jahren weiterhin sinnvoll einsetzen können und nicht so wie im Bund am Ende des Jahres ausgeben müssen.

Daher dieses sinnvolle System der Rücklagenentnahme und Rücklagenzufuhr. Das ist eine gescheite Geschichte und wir werden sie auch machen, auch wenn es einige nicht verstehen. *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe eh gelobt! Ich habe eh gesagt, das ist okay!)* Das heißt, die neue Summe für den Rechnungsabschluss beträgt 1.205.000.000 Euro.

Wir haben einen gesunden Finanzhaushalt. Nicht weil wir das sagen und weil wir uns auf die Schulter klopfen wollen, sondern weil das Standard & Poor´s sagt. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, kaufen kann man viel!)* Darf ich das Standard & Poor´s sagen? *(Abg. Manfred Kölly: Bitte, sagen Sie es denen! Es freut mich!)* Ich bin überzeugt davon, dass sie Sie klagen werden. *(Abg. Manfred Kölly: Kaufen kann man sehr viel!)* Bitte das im Protokoll zu vermerken. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, unbedingt!)* Abgeordneter Kölly sagt, Standard & Poor´s ist gekauft vom Land. *(Abg. Manfred Kölly: Kaufen kann man viel!)*

Weißt Du was Du gesagt hast? *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* Ist Dir das bewusst? *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* Ist okay. *(Abg. Manfred Kölly: Mach Dir keine Sorgen!)* Gut. Ich sage es noch einmal, Landtagsabgeordneter Kölly sagt, *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* Standard & Poor´s hat sich bei der Bewertung vom Land kaufen lassen. *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe gesagt, kaufen kann man viel!)*

Standard & Poor´s sagt, wir haben eine solide Haushaltsentwicklung und das in Kenntnis aller Zahlen, Daten, Darlehen, Anleihen sowohl des Landes als auch aller Beteiligungen, Töchter, Enkel, Urenkel, Ururenkel.

Wir haben eine sehr niedrige haushaltsabhängige Verschuldung und einen guten Zugang zur Liquidität und vor allem, wir haben einen stabilen Ausblick für die nächsten zwei Jahre, sagt Standard & Poor´s, eine der härtesten Ratingagenturen auf der Welt, die sich schon mit vielen Staaten angelegt hat. Kölly sagt, haben wir gekauft. Super. *(Abg. Manfred Kölly: Ich lege mich auch an mit ihnen!)* Gut. *(Abg. Manfred Kölly: Hab ich auch kein Problem!)* Da braucht man nichts mehr dazu zu sagen. *(Abg. Manfred Kölly: So wie der Klöckl….!)* Es ist überraschend, aber doch entlarvend. *(Abg. Manfred Kölly: Ich möchte nur wissen was der mit Euch …!)* Wir werden dieses Protokoll Standard & Poor´s zukommen lassen. *(Abg. Manfred Kölly: Selbstverständlich!)*

Dadurch haben wir Spielraum für Investitionen und dadurch die Möglichkeit, den Wirtschaftsstandort Burgenland, den Arbeitsplatz und den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und weiter zu entwickeln. Wir haben den Begriff des wachstumsorientierten Konsolidierungskurses gewählt und das ist kein Widerspruch, weil wir nachweislich keine Neuverschuldung haben und weil wir im Wirtschaftswachstum zu den führenden Bundesländern gehören. Einmal Erster, einmal Zweiter, einmal Erster. Das kann man

nicht verändern, weil diese Daten außerhalb des Burgenlandes zusammengestellt worden sind.

Natürlich kann die Opposition und jeder andere auch sagen, das stimmt alles nicht. Tatsache ist, dass dieses Wirtschaftswachstum im Vergleich zu dem bestehenden vorhanden ist und nichts anderes wird gesagt.

Dadurch haben wir auch einen stabilen Schuldenstand von 278 Millionen Euro, was einem Verschuldungsgrad von 23 Prozent entspricht. Wir haben die Forderungen, die möglich waren, seitens des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes erfüllt. Die Anregungen, die Wünsche, die sich auf die VRV beziehen, die gesetzlich nicht vorgesehen sind, werden in der neuen VRV auch umgesetzt werden.

Aber was wir haben - und das möchte ich dem Abgeordneten Spitzmüller schon sagen - es sind alle Haftungen enthalten und wenn er es sich nicht durchliest, auch die Beilagen gehören zum Rechnungsabschluss. Dort sind alle angeführt. Alle. Es sind der gesamte Beteiligungsschlüssel und die Beteiligungslisten aufgelistet, bis hin zu den Vereinen. Also da einen Vorwurf zu machen, schwer nachvollziehbar und eigentlich falsch. Zu den falschen Zahlen. Abgeordneter Wolf sagt richtig, der Personalaufwand hat sich im Jahr 2015 um 14,6 Millionen Euro erhöht, sagt aber nicht, dass sich die Ersätze um 10,2 Millionen Euro erhöht haben.

Das heißt, dass der tatsächliche Nettoaufwand um vier Millionen Euro gestiegen ist. Zufällig, vergessen natürlich. Weil sonst passt es ja in die Kritik nicht hinein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Vier Millionen ist eh eine Kritik!)* Nur das zum Wahrheitsgehalt. Oder, der Abgeordnete Kölly sagt, wir wollen beim Kreisverkehr in Oberwart enteignen. Wir haben alle Gründe freiwillig bekommen. Lüge. Falsch. *(Abg. Manfred Kölly: Da kommt in Dein Büro etwas hinein und dann …!)* Entschuldigung, ich nehme es zurück. Eine bewusst falsche Aussage. Eine bewusst falsche Aussage und ist genau das, wie die Qualität dieser Rede zu betiteln ist. Ist einfach falsch.

Was die Swaps betrifft: Wir haben bestehende 150 Millionen Euro abgesichert mit einstimmigem Beschluss der Landesregierung, SPÖ, ÖVP. Nach vorheriger Diskussion, nach vorheriger Information. Weil wir zu dem Zeitpunkt, wo wir das getan haben, die Gefahr gesehen haben, dass die Zinsen steil hinauf fahren. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Damals!)* Ja, damals, richtig.

Die Entscheidung ist auch damals zu bewerten. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Jetzt muss man aufpassen!)* Jetzt wollen Sie mir erklären, dass wir wissen hätten sollen 2003, dass es eine Finanzkrise gibt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich nicht gesagt!)* Dass die Zinsen in den Keller fallen? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Sie haben mir schon wieder nicht zugehört! Das habe ich nicht gesagt!)* Hören Sie mir zu. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Hören Sie zu!)* Jetzt erklären Sie mir, das ist eine Spekulation? Jeder Fixzinssatzabschluss ist eine Spekulation.

Weil wenn man entweder variabel oder fix macht. Wenn man sagt fix, ist es eine Spekulation, weil man glaubt, dass es nachher teurer werden wird. Wenn man es variabel macht ist es eine Spekulation, weil man glaubt jetzt ist es günstiger und nachher weniger günstig. Jede Entscheidung wenn man es auf dieser Ebene nimmt, ist eine Spekulation. Wir haben das ganz gezielt als Zinsabsicherung gesehen und auch so beschlossen, einstimmig. *(Abg. Manfred Kölly: Einstimmig!)* Jetzt diese Zinsabsicherung rückgängig zu machen mit 100 Millionen Euro und wir dann keinerlei Absicherungen bis 2033 gegen etwaig ansteigende Zinsen hätten, hielte ich für einen sehr absurden Vorgang.

Das heißt, wir können den Schuldenstand nicht plötzlich um 100 Millionen Euro erhöhen, werden wir auch nicht tun und hätten dann auch keine Absicherung. Was ja die Intension der Landesregierung war, das zu tun mit Stimmen der ÖVP. Wir hätten das nicht getan, wenn nicht die Gefahr dieser steigenden Zinsen gegeben gewesen wäre *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Was war mit dem Verlust?)* und das war auch da. Sehen Sie, eine Autoversicherung, eine Hagelversicherung als Verlust? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das war keine Versicherung, das war eine Spekulation!)* Das sind die Kosten für die Versicherung. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Eine reine Spekulation!)* Das sind die Kosten für die Versicherung.

Jetzt kann man natürlich als Opposition her gehen und sagen, das ist Spekulation. Es gibt kein Grundgeschäft, obwohl wir die *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat auch der Rechnungshof festgestellt!)* 150 Millionen bestehenden Schulden abgesichert haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat der Rechnungshof ganz anders gesehen!)* Das ist genau… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du brauchst nur im Rechnungshofbericht nachlesen!)* Das werden wir jedes Jahr so diskutieren und die Opposition wird dieses Thema jedes Jahr aufgreifen, weil der Rechnungshof sagt, es gibt keine Grundgeschäfte. Tatsache ist, wir haben die bestehenden 150 Millionen Euro variabel abgesichert durch diese Swaps *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also hat der Rechnungshof nicht recht?)* und das ist die Auslegung des Rechnungshofes. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Einer muss ja dann unrecht haben!)*

Das habe ich ja bei jeder Diskussion in den letzten Jahren bis jetzt gesagt. Das wird jedes Jahr immer wieder kommen, weil der Rechnungshof das immer wieder so hineinschreiben wird. Das ist der elementare Unterschied zwischen den Bewertungen. Wenn 150 Millionen Euro da sind, kann man natürlich sagen das ist kein Grundgeschäft, wir haben sie aber. Das kann der Rechnungshof auch nicht abstreiten und tut es auch nicht. Es ist eine Auslegungssache. Wir haben als Regierung damals einstimmig diese Zinsabsicherung beschlossen und diese Versicherung für diese Zinsabsicherung kostet Geld, wie jede andere Versicherung auch. Wir haben die Kosten dafür, bekommen den Euribor zurück. Momentan ist der Euribor sehr niedrig, daher bekommen wir auch sehr wenig zurück. Das ist der Unterschied.

Aber hier zu sagen wir haben spekuliert, da muss man sagen, die ÖVP hätte auch spekuliert. Hat sie aber nicht. Hat sie aber nicht. Das sind eben die Elemente, die so eine Rede unglaubwürdig gestalten. Es ist einfach schlicht und weg falsch. Wir haben alle Haftungen aufgeschlüsselt. Es sind ja auch die Zahlen genannt worden, sind alle enthalten.

Wenn wir irgendetwas nicht aufgezählt hätten, was wir nicht haben, würde das auffallen und würde man auch sehen. Es ist alles da. 2017 fallen die Haftungen für die Bank Burgenland zum größten Teil weg, dann sind mehr als eine Milliarde Euro an Haftungen weg. Die anderen, die wir sowieso behaften, teilweise doppelt behaften, die enthalten sind, bleiben natürlich. Weil wir ja auch etwas damit getan haben. Warum haben wir denn die Beteiligungen an die BLH verkauft? Weil wir das Bank Burgenland-Erbe zu bewältigen hatten mit 500 Millionen Euro. Weil wir die Kofinanzierung für die Europäische Förderkulisse mit 530 Millionen Euro bis jetzt zu bewältigen haben. Das sind mehr als eine Milliarde Euro die wir nicht im Budget hatten.

Das heißt, da waren wir sehr gut unterwegs wie wir das gehändelt haben und wir haben es geschafft, dass wir die Förderungen erhalten haben, ausgenutzt haben und dadurch das Burgenland auf diese Stufe der Entwicklung und auf dieses moderne Bundesland gebracht haben, wie wir es haben. Da muss man natürlich Maßnahmen

setzen. Das ist ja selbstverständlich. Aber da ist nichts, irgendetwas nicht transparent. Sondern da gibt es die einstimmigen Beschlüsse dazu, überall und da kann man natürlich die Kritik des Rechnungshofes hernehmen und sagen, da ist kein Grundgeschäft. Ich kann es nicht ändern. Wenn das der Rechnungshof so sieht. Wir hatten die Schulden. Der Rechnungshof sagt, das ist kein Grundgeschäft. Gut. Müssen wir mit dieser Kritik leben.

Werden wir die Kritik des Herrn Spitzmüllers seit fünf Jahren oder andere weiterführen, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich bin erst seit zwei Jahren im Landtag!)* soll so sein. Wir können es nicht ändern. Wir werden es auch nicht ändern, weil wir diese Maßnahme auch als sehr positiv und sehr gescheit anschauen.

Natürlich ist es jetzt in der niedrigen Zinssituation leicht Kritik zu üben. Noch einmal, ich schau mir an, wer von Ihnen 2003 gewusst hat, dass es damals oder ein paar Jahre später, fünf Jahre später zu einer Wirtschafts- und Finanzkrise dieses Ausmaßes kommt. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: … 30 Jahre Geschichte!)*

Ich habe es Ihnen versucht zu erklären, wenn Sie es nicht akzeptieren wollen, ich kann es auch weiter nicht ändern. Das heißt, wir haben hier eine sehr positive Situation, nicht nur was die Schulden betrifft, sondern auch was das Maastricht Defizit oder den Maastricht Haushalt betrifft. Wir haben einen Überschuss im Haus, im Kernhaus von 99 Millionen Euro, hätten aber nur 1,97 Mio. Euro erwirtschaften müssen und mit den ESVG-Einheiten ausgelagert, haben wir einen Maastricht Überschuss von 71 Millionen Euro.

Das kann uns fast kein anderes Bundesland nachmachen. Vier Bundesländer gibt es sogar, die keinen Maastricht Überschuss erwirtschaftet haben und daher auch eine relativ problematische Situation vorsehen. Die Schuldenquote liegt bei 23 Prozent. Wenn wir den Bund anschauen, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, sind das 87,7 Prozent, mittlerweile schon fast über 90 Prozent gerutscht. *(Abg. Manfred Kölly: Wer ist dort verantwortlich in der Regierung?)* Wenn man unseren Vergleich hernimmt, was die Schulden betrifft, nämlich des Bruttoregionalproduktes, dann sind das 3,7 Prozent des Kernhaushaltes und *(Abg. Manfred Kölly: Wer ist verantwortlich in der Regierung?)*

14 Prozent wenn man die ESVG-Einheiten dazu nimmt. Das heißt, hier tut sich die Opposition schon schwer, etwas Negatives zu finden. Daher sucht sie Einzelheiten heraus, um das Bild schlechter darzustellen. Blöd ist nur wenn man draufkommt, dass falsche Zahlen verwendet werden.

Blöd ist nur wenn man draufkommt, dass das was gesagt wird nicht stimmt. *(Abg. Manfred Kölly: Was hat jetzt nicht gestimmt?)* Daher gibt es diesen Rechnungsabschluss mit den Zahlen, die nachvollziehbar sind. Das ist ja der Sinn eines Rechnungsabschlusses, wo man nicht Prognosen hineinschreibt, sondern Zahlen und Fakten. Wo alles nachvollziehbar ist und wo wir auch von der Transparenz her, das nachweisen können. Daher bin ich sehr stolz darauf und bin überzeugt davon, dass dieser Rechnungsabschluss weiterhin mit den folgenden Budgets des heurigen Jahres und der kommenden Jahre eine stabile finanzielle Basis für das Burgenland bietet.

Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Dankeschön. Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich wollte mich an sich nicht zu Wort melden, aber aufgrund der

Wortmeldung des Herrn Landesrates ist es quasi auch ein Erfordernis manches hier auch in anderer Sichtweise, nicht in seiner, in anderer Sichtweise zu Protokoll zu geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diesen Rechnungsabschluss werden nicht wir abschließend bewerten, sondern der Landes-Rechnungshof wird sich diesen Rechnungsabschluss zu Gemüte führen und er wird so, wie alljährlich, auch seinen Bericht vorlegen. Das ist die eine Situation. Daher ist jetzt, heute, eigentlich angebracht, nur die Standpunkte auszutauschen und im Speziellen auf die Darstellung der sogenannten Zinsabsicherungsgeschäfte, wie Sie sie bezeichnet haben, möchte ich meine Wortmeldung anlegen.

Sehr geehrter Herr Landesrat! Es ist schon möglich Ihre Sichtweise an den Tag zu legen. Sie sollten aber auch Zugeständnisse an diejenigen machen, die in der Beurteilung dieses Geschäftes nicht Ihrer Meinung sind. Zum einen ist es das freie Recht des Abgeordneten, zum anderen ist durchaus geboten anzunehmen, dass es einen Unterschied ausmacht, ob Sie als Privatperson, wir hatten das schon in der Diskussion um die BLh, ob Sie als Privatmann einen Versicherungsvertreter Glauben schenken und als Privatmann eine bestimmte Polizze zeichnen.

Es ist aber ein riesengroßer Unterschied zu Ihnen als Privatmann, zu dem was sie als Amt hier im Amt der Burgenländischen Landesregierung ausüben. In politischer Verantwortung ein eigenes Geschäft aufzutun, dafür jetzt über die letzten Jahre in der Gesamtabwicklung fast 40 Millionen Euro herzugeben und das dann quasi zu vergleichen mit einem direkten Zinssatz, wo Sie möglicherweise einen Fixzinssatz gestaltet hätten. Das ist ein spekulatives Geschäft mit der Absicht es abzusichern. Ein fixer Zinssatz wäre eine Möglichkeit gewesen, um etwaigen Aussonderungen in bestimmter Position hin Rechnung zu tragen.

In der Verantwortung als Bürgermeister wird das jeder handhaben, ohne zu wissen, dass jetzt möglicherweise die Zinsentwicklung so wie in den letzten Jahren sich nach unten bewegt. Wir haben jetzt über die letzten Jahre jährlich eine Zuzahlung zu einem Geschäft, das quasi zur Absicherung, zur gewinnsichernden Absicherung, auf die Zinslandschaft basieren hätte sollen. Wir haben eine Zuzahlung, die sich irgendwo bei 40 Millionen Euro bewegt. Und das in Altwährung, ich wende das nicht gerne an, aber in Altwährung sind 40 Millionen Euro sehr viele Millionen Schilling gewesen, die mit Sicherheit, zudem wie Sie das Budget 2015 bezeichnet haben, im wachstums- und beschäftigungsorientierten Hinsicht/Bereich zu nutzen gewesen wären.

Wir haben - und das ist die Ultima Ratio - neben allen Zahlen, die das Finanzjahr 2015 belegen, wir haben im Finanzjahr 2015 bis heuer im Juni eine steigende Zahl von Arbeitslosen. Und wir haben - die letzte Zahl im Juni ist ja besorgniserregend genug - einen Anstieg zu verzeichnen, der sich zum Beispiel bei Schulungen mit 1.873 Personen um 7,1 Prozent mehr als 2015 bewegt. Das heißt, wir haben ausgelagert, zudem was an Arbeitslosen da ist, noch zusätzlich eine Schulungsqualifizierung, die mit 7,1 Prozent über dem Jahr 2015 liegt.

Herr Landesrat, ich gestehe Ihnen zu, dass der Rechnungsabschluss nach bestem Wissen und Gewissen absolviert wurde und auch alle die zugearbeitet haben hier mit Sicherheit alles daran gesetzt haben, um steuertechnisch und wie immer auch, alles Mögliche in den Griff zu bekommen. Auf der anderen Seite, wenn Sie sagen und festhalten, wir haben alles untergebracht, es können auch Fehler passieren und hier reflektiere ich auch den Herrn Abgeordneten Kölly. Ich erinnere Sie nämlich daran, dass es im Rechnungsabschluss 2014 in der Beurteilung durch den Landes-Rechnungshof sehr wohl zu einer nichtvollzogenen buchhalterischen Feststellung gekommen ist, nämlich

das, was sie als Verantwortlicher bei den Seefestspielen in Mörbisch als Kredit aufgenommen haben, wurde in der Haftung im Rechnungsabschluss nämlich nicht qualifiziert.

Aber das sei nur am Rande vermerkt, im Sinne der Wahrheitsfindung, die Sie vorher so hoch angesprochen haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Aspekt, der immer wieder in der Betonung heute war, wir tun vieles auch für unsere Pendler. Es ist Kritik geäußert worden auf die neuen Tarife im VOR-Bereich. Tatsache ist, dass mich eines - und das möchte ich zum Abschluss zu diesem Tagesordnungspunkt anführen, auch im Sinne der Wahrheitsfindung, oder einen Teilbereich der Wahrheit anführen.

Es wurde nämlich vor kurzem die vierte Pendlertankstelle im Bezirk Eisenstadt eröffnet und dabei heißt es in einer Aussendung der SPÖ vom Klubobmann Robert Hergovich: Die gemeinsame Initiative komme vor allem den Pendlern zugute. Mehr als 165.000 Liter und so weiter konnten vom Staat veranschlagt und umgesetzt werden. Diese Tankstelle jetzt bei Klingenbach, ist die jetzt für die Pendler die von Österreich nach Ungarn rüber pendeln gedacht, oder für die ungarischen Pendler, die nach Österreich kommen? *(Abg. Robert Hergovich: Hat Klingenbach keine Pendler?)*

Die Tatsache, dass hier etwas vermengt wird und vermischt wird, macht mich einigermaßen schockiert. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landesrechnungsabschluss 2015 wird somit mehrheitlich genehmigend zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 422), mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird (3. Grundstücksverkehr-Änderungsvereinbarung - 3. GruVe-ÄVE) zugestimmt wird (Zahl 21 - 294) (Beilage 465)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 7. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 422, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird zugestimmt wird, Zahl 21 - 294, Beilage 465.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Beschlussantrag mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird

(3. Grundstücksverkehr-Änderungsvereinbarung - 3. GruVe-ÄVE) zugestimmt wird, in seiner 11. Sitzung, am Mittwoch, dem 22.Juni 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird (3. Grundstücksverkehr-Änderungsvereinbarung - 3. GruVe-ÄVE), wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der nächste Tagesordnungspunkt ist vielleicht nicht so spannend, dennoch wichtig. Sehr geschätzte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Entwurf ist beabsichtigt, die Vereinbarung über zivilrechtliche Bestimmung betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken und den Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken für Ausländer zu überarbeiten.

Den unmittelbaren Anlass für die Überarbeitung ergab die EU-Erbrechtsverordnung über die Zuständigkeit welches Recht anzuwenden ist, die Anerkennung und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen, sowie die Einführung eines europäischen Nachlasszeugnisses. Im Wesentlichen behandelt der Bund-Länder-Vertrag eben die Erbrechtsfolge. Also worum geht es?

Vereinfacht ausgedrückt heißt das zum Beispiel es geht um Grundstücke im Ausland, bei den ohne dieser neuen Anpassung die Gefahr bestünde, dass sie im Erbfall dem Staat und nicht den in Österreich lebenden Erben, zum Beispiel, zufallen würden oder könnten.

Es soll somit mit der Änderung mehr Rechtssicherheit geschaffen werden. Die Änderung umfasst folgende Maßnahmen. Die Anpassung über den Erwerb von Grundstücken von Todes wegen an die neuen europarechtlichen, aber auch mit dem Erbrechts-Änderungsgesetz geänderten innerstaatlichen Voraussetzungen. Weiters sollen somit gleich notwendige Anpassungen an das Außerstreitgesetz und an die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle vorgenommen werden. Diese Vorhaben dienen eben der Anpassung der innerstaatlichen Rechtslage an die EU-Erbrechtsverordnung und zur Herstellung eines Gleichklanges mit dem Außerstreitgesetz und der Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle.

Die bisherige Systematik der Vereinbarung wurde beibehalten. Die Änderung der Vereinbarung hat zunächst keine unmittelbare Auswirkung für den Gesetzesanwender, solche treten vielmehr erst durch die Transformation in den entsprechenden Landesgesetzen auf. Gegenstand ist natürlich auch die Kontrolle des Bodenmarktes im grundbücherlichen Sinne. Für die Grundbuchseintragung ist ein Genehmigungsbescheid, oder eine bestimmte landesgesetzliche Erklärung Voraussetzung. Vorher kann das Eigentumsrecht nicht in das Grundbuch eingetragen werden.

Wir die Genehmigung versagt, wird das zivilrechtliche Rechtsgeschäft rückwirkend rechtsunwirksam. Ausnahmen ergeben sich durch Entscheidungen des Verlassenschaftsgerichtes. Keine Beschränkungen bestehen derzeit für Erben, beziehungsweise Vermächtnisnehmer, die zum Kreis der gesetzlichen Erben zählen und

die Liegenschaft von Todes wegen erwerben. Den Erläuterungen ist zu entnehmen, dass es Fälle geben kann, in denen sich die Erbfolge nach Fremdenrecht richtet, das den Kreis der gesetzlichen Erben anders sieht, als eben das österreichische Recht.

Aus diesem Grund werden im Vorschlag die nächsten Angehörigen, die nach österreichischem Gesetz zur gesetzlichen Erbfolge berufen sind, ausdrücklich angeführt. In den einzelnen Landesgesetzen kann der Personenkreis, die von der Nachweispflicht befreit sind, zwar enger, jedoch nicht weiter gezogen werden. Falls ein nichtösterreichisches Gericht aufgrund der EU-Erbrechtsverordnung zuständig sein sollte und ein außerbücherlicher Erwerb stattgefunden hat, kann dem Vorschlag folgend ein österreichisches Gericht einen Rechtsanwalt oder Notar als Kurator bestellen, der für die Verbücherung Sorge zu tragen hat.

Zusammenfassend festzuhalten ist, dass durch die 15a-Vereinbarung es zu einer höheren Rechtssicherheit kommt, zumal künftig die Behörde, beziehungsweise das Verwaltungsgericht eine Einantwortung im Falle eines ausländischen Erbanfalles genehmigen, beziehungsweise bestätigen kann. Besonders im Falle von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen kann dies zu großen Vorteilen führen. So könnte beispielsweise der Verwaltungsgerichtshof einen Erbfall nur dann bestätigen, wenn sich eben der ausländische Erbe zur Weiterführung der bestehenden Landwirtschaft verpflichtet.

Jedenfalls wäre ausgeschlossen, dass ein Erbverfahren im Ausland ohne Beteiligung einer Behörde durchgeführt wird und dieses Verfahren unmittelbar Einfluss auf das Grundbuch hätte. Wir werden der Vereinbarung zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Zur Beschlussfassung über die 15a-Vereinbarung ist es sicher ein richtiger Schritt in die gelebte Gemeinschaftspolitik im Sinne der EU und wo man sicher aufgrund solcher Vereinbarungen einiges verbessern kann. Weil vorher auch der Rechnungsabschluss 2015 diskutiert worden ist und mit Grund und Boden natürlich auch in unserem Land sehr vieles zu tun hat, muss man schon dazu noch bemerken, dass, so wie heute schon angesprochen worden ist, die Wohnbauförderung, die immer wieder berechtigt strapaziert wird in diesem Kreise, von 124 Millionen Euro 27 Millionen nicht ausgeschöpft worden sind. Wo sich diese rot-blaue Regierung damit brüstet, was alles in diesem Land weitergeht.

Wenn ich nur an den Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz denke, dass diese Alarmanlagen-Nullnummern-Förderung, darf man das eigentlich bezeichnen, wo ein jeder Unternehmer, ein jeder draußen sagt, dass es eigentlich keine Verbesserung, keine Änderung ist, wenn ich für eine Eingangstüre eine Alarmanlage finanziert kriege oder gefördert kriege, wobei bei den Türen eher wahrscheinlich weniger eingebrochen wird, sondern eher über die Fenster. Die Inanspruchnahme dieser Förderung wird auch zeigen, dass das eigentlich zur bis jetzt schon geltenden Förderung von 30 Prozent, die es ja vorher schon gegeben hat, nicht in Anspruch genommen wird.

Zu den Bedarfszuweisungen muss ich schon dem Kollegen Kölly zu 100 Prozent Recht geben. Bedarfszuweisungen als Rücklage zu verbuchen, ist eigentlich schon eine Verhöhnung der Gemeinden. Jede Gemeinde rauft mit seinem Budget und wenn drei

Millionen dann aus Bedarfszuweisungen, die vom Bund an das Land eben bedarfsorientiert aufgeteilt werden sollen, dann als Rücklage verbucht werden, dann muss man sich schon wundern, warum dieses Geld an die Gemeinden nicht ausgeschüttet wird. Im Gegenteil, wo eigentlich jetzt genauso jongliert wird über die Bedarfszuweisungen, wer wie viel Geld bekommt.

Zum Landesentwicklungsprogramm 2011 - weil es gerade dazu passt - habe ich ebenfalls schon öfters dazu angeregt, dass auch hier Gemeindepolitik gelebt werden soll, wo man diese Auslegung des LEP 2011 ganz einfach projektbezogen machen und das auch in der Raumplanung dementsprechend überdacht werden soll.

Im Grunde genommen ist es dieser Regierung bis auf die 15a-Vereinbarung, die jetzt beschlossen werden soll, nicht gelungen, etwas weiterzubringen. Das, was über Bund und Land ausgemacht worden ist, soll natürlich auch bei uns gelten.

In diesem Sinne werden wir auch dieser 15a-Vereinbarung zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Kurt Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Wie gesagt, der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, liegt uns vor.

Diese Vereinbarung war in mehrfacher Hinsicht überarbeitungsbedürftig. Den unmittelbaren Anlass über die Verarbeitung gab die Verordnung über die Zuständigkeit. Das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines europäischen Nachlasszeugnisses vom 27.7.2012.

Zuletzt wurde das berichtigt durch die Europäische Erbrechtsordnung vom Dezember 2014, nach deren Zuständigkeitsregelung der Fall eintreten kann, dass über die Rechtsnachfolge von Todeswegen nach dem Eigentümer eines österreichischen Grundstückes von einem Gericht abgesprochen wird, das nicht in Österreich liegt oder nach dem anzuwendenden Recht die Rechtsnachfolge von Todes wegen ohne gerichtliche Abhandlung eintritt. Zu diesem Zweck musste insbesondere der Abschnitt VI über den Erwerb von Todes wegen an die neuen europarechtlichen, aber auch mit dem Erbrechtsänderungsgesetz 2015 geänderten innerstaatlichen Voraussetzungen angepasst werden.

Bei dieser Gelegenheit sollen auch notwendige Anpassungen an das Außerstreitgesetz und an die Verwaltungsgerichtsnovelle 2012 vorgenommen werden. Diese Anpassungen waren Gegenstand mehrerer Besprechungen der Länder im Bundesministerium für Justiz. Das gefundene Einvernehmen soll nun durch die Änderung der Vereinbarung umgesetzt werden. Der vorliegende Entwurf stützt sich auf Artikel 15 a Abs. 1 der Bundesverfassung.

Zur Problemanalyse: Es wurde schon vieles gesagt. Für einen Fall trifft die geltende Vereinbarung über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken nicht Vorsorge im Speziellen. Ziel dieser Verordnung ist die Rechtssicherheit insbesondere für die Bundesländer, wie sie die grundverkehrsrechtlichen

Verfahren in den Landesgesetzen an die geänderten Verhältnisse bei der Rechtsnachfolge von Todes wegen anpassen können. Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahmen. Anpassung von Abschnitt VI über den Erwerb von Todes wegen an die neuen europarechtlichen, aber auch mit dem Erbrechtsänderungsgesetz 2015 geänderten innerstaatlichen Voraussetzungen und weiter die notwendigen Anpassungen an das Außerstreitgesetz und an die Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle.

Die Änderung der Vereinbarung hat keine unmittelbare Auswirkung, solche treten erst durch die Transformation in den entsprechenden Landesgesetzen ein. Nachdem sich die Änderungen stark an die bisherige Systematik anlehnen, sind kaum irgendwelche Auswirkungen zu erwarten. Das Vorhaben enthält die erforderlichen flankierenden Regelungen zu Verordnungen der Europäischen Union.

Wir werden dem Beschlussantrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15 a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird (3. Grundstücksverkehr-Änderungsvereinbarung - 3. GruVe-ÄVE) wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 424), mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ für die Periode 2014-2020 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 296) (Beilage 466)

Präsident Christian Illedits: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 424, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ für die Periode 2014-2020 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 296, Beilage 466.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit haben den Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die

Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ für die Periode 2014-2020 zur Kenntnis genommen wird, in ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ für die Periode 2014-2020 wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Berichterstatterin. Als erster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Präsident Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ein sperriger Titel. Der Tagesordnungspunkt lautet: Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ für die Periode 2014-2020 zur Kenntnis genommen wird. Die Zahl ist: 21 - 296.

Ein sperriger Titel, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber relativ einfach zu erklären. Es gibt in Österreich keine alleinverantwortliche Stelle, ein Amt oder eine Behörde, die zur Abwicklung von EU-Programmen alleine befähigt wäre. Es sind immer mehrere Partner. In der Regel sind es zwei Partner, nämlich der Bund und die Länder. Deshalb ist es auch so, wie in der Förderperiode 2008 - 2013, wo sich das bereits bewährt hat, man behilft sich auch jetzt mit einer 15a-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern, um auch von 2014 - 2020 ordnungsgemäß administrieren zu können.

Meine Damen und Herren! Die 15a-Vereinbarung, die bisher gegolten hat, muss auch geändert werden, weil sich im EU-Recht einiges verändert hat. Insgesamt, und das darf ich sagen, geht es dabei um Regelungen zur koordinierten Abwicklung des Programms des EU-Strukturfonds. Das betrifft uns im Burgenland natürlich sehr stark. Dafür bedarf es bestimmter Einrichtungen wie einer Verwaltungsbehörde, einer Bescheinigungsbehörde, einer Prüfbehörde, einem Begleitausschuss. Ich möchte nicht näher darauf eingehen. Insgesamt geht es dabei um die Koordination. Es geht auch darum, wie bei Beschwerden vorgegangen wird, ob der Gleichstellung von Mann und Frau auch entsprechend Rechnung getragen wird. Wie verhalten wir uns bei Streitigkeiten? Gibt es ein Konsultationsverfahren? Schlussendlich Organisatorisches.

Was für uns im Burgenland aber wichtig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es geht um die europäische territoriale Zusammenarbeit mit Ungarn, Slowakei und Slowenien. Natürlich wird hier auch die ETZ mit Italien und Bayern erwähnt. Das betrifft uns lokal nicht so. Aber Ungarn, Slowakei und Slowenien, das sind die wichtigsten Dinge, die uns betreffen. Es werden doch auch einige Programme hier entsprechend koordiniert und grenzüberschreitend abgewickelt.

Es geht um die effiziente und ordnungsgemäße Programmverwaltung für den EFRE (Europäischer Fonds für Regionalentwicklung) und genauso geht es um die effiziente und ordnungsgemäße Programmverwaltung für den ESF, den Europäischen Sozialfonds. Dass diese Programme auch entsprechend ordnungsgemäß in einer Finanzverwaltung korrelieren, ist selbstverständlich und soll mit dieser 15a-Vereinbarung sichergestellt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nahezu alle unsere EU-Programme im Burgenland werden über diese Fonds abgewickelt. Man kann guten Gewissens dem Burgenländischen Landtag empfehlen, diese 15a-Vereinbarung anzunehmen. Meine Fraktion, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird das tun. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es ist heute schon bei der Aktuellen Stunde angesprochen worden, einige wenige Sätze zu Brexit. Ein Premierminister ist über diese Abstimmung gestolpert. Die neue Premierministerin, eine Theresa May - - ich habe sie bisher nur als Innenministerin wahrgenommen -, sagt klar, „Brexit means Brexit“. Das heißt, Austritt heißt Austritt. Wie das funktionieren soll, wenn der neue Außenminister Johnson einer der Kampagnenführer beim Austrittsbegehren war, muss sich die Regierung in England eigentlich selbst ausmachen. Ich bin nur etwas beruhigt, weil ich heute Mittag auch gelesen habe, dass er einer von drei Außenministern sein wird. Es wird der neuen Regierung ein eigener Außenminister angehören, der den Brexit mit der Europäischen Union verhandelt. Es wird einen Außenminister geben für internationale Angelegenheiten. Es wird einen Außenminister Johnson geben. Was immer er dann für ein Portfolio hat, ich weiß es nicht.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, eines sollten wir klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Die Lehre aus der Abstimmung in England und aus der Situation in England kann nur sein: Wehret den Anfängen. Wehret den Anfängen, wenn Populisten hier Lehren verkünden, die nicht stimmen. Das heißt, Populisten keinen Raum geben, sondern sofort mit Sachargumenten umfassend argumentieren. Nur mit Sachargumenten kann man Populisten begegnen.

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie heute nach London schauen, ist der Finanzplatz London gefährdet. Wenn die Headquarters von Banken überlegen abzuwandern, weil England nicht mit in der Europäischen Union ist, dann Bedarf es hier schon einiges Vorstellungsvermögens, was hier mit einem Land passieren kann, wenn das auf Finanzpolitik doch stark aufgebaute Vereinigte Königreich hier möglicherweise wanken könnte. Man muss sich auch vorstellen, dass die KFZ-Industrie, die ja nicht mehr ausschließlich in englischer Hand ist, sondern ganz andere Teile auf dieser Welt hier de facto in England produzieren, aber nur deshalb, weil sie über England einen Zugang zum europäischen Markt haben. Was hier passiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden die nächsten Jahre zeigen.

Für uns ist jedenfalls klar: Friede, Freiheit sind die Eckpfeiler dieser Europäischen Union. Die vier Grundfreiheiten, ich brauche sie hier nicht wiederholen, eine wurde heute schon heftig auch debattiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Stützpfeiler dieser starken Friedensunion, dieser Europäischen Union, der wir als Österreicher gerne angehören

Eines möchte ich noch sagen, es hat der Kollege Klubobmann … *(Abg. Robert Hergovich: Hergovich! – Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* Hergovich heute den Herrn Landeshauptmann - wie kann ich den Namen vergessen - den Herrn Landeshauptmann Stix erwähnt: Ja, Karl Stix hat seinen Anteil, seinen starken Anteil am Zustandekommen eines starken Wahlergebnisses im Burgenland bei der Abstimmung „Europäische Union - ja oder nein“.

Der Wahrheit halber und um der Geschichte auch entsprechend Rechnung zu tragen, muss man schon zwei Personen erwähnen. *(Abg. Manfred Kölly: Darabos.)* Auch Darabos war dabei damals, aber es war ein gewisser Universitätsprofessor Dr. Matthias Schneider vom Wirtschaftsforschungsinstitut, ein Agrarrechtsexperte, der zu Beginn der 90-er Jahre an die Verantwortlichen in der Landwirtschaftskammer herangetreten ist und gesagt hat, Freunde, wir haben die Chance, so wie Sizilien, so wie Süditalien, so wie Portugal, so wie Spanien, ein besonders förderungswürdiges Land zu werden, weil wir unter 75 Prozent des EU-BIPs leben und weil wir eine Verwaltungseinheit sind, nämlich Burgenland.

Es hat innerhalb der ÖVP genauso Skeptiker gegeben wie innerhalb der SPÖ. Und innerhalb der ÖVP war man schneller auf dieser Linie. Dann hat es eine entscheidende Sitzung gegeben und jene, die dabei waren - Darabos war dabei - in der Landwirtschaftskammer, wo Wissenschaftler - im Beisein von Rittsteuer und dem damaligen Landeshauptmann Stix - die Zahlen, Fakten und Daten präsentiert haben. Ab diesem Zeitpunkt war klar, wir können, wenn wir wollen, Ziel 1-Gebiet werden.

Mir war wichtig, dass hier im Burgenländischen Landtag auch der Name des Universitätsprofessors Matthias Schneider genannt wird, der dann gemeinsam mit einem gewissen Dr. Balthasar Huber, das war ein Bayer, Generaldirektor von der Generaldirektion 6, schlussendlich die Programme für das Burgenland mit allen hier in der Landesregierung im Abwickeln von EU-Programmen Unerfahrenen, dies gemeinsam auf Schiene gebracht hat. Mir ist wichtig, hier der Wahrheit die Ehre zu geben und auch diese Namen hier genannt zu haben. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Präsident Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Lauter Präsidenten! Frau Präsidentin, Danke schön! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem uns vorliegenden Beschlussantrag „Wachstum und Beschäftigung, ETZ“, glaube ich, Rudi Strommer hat das schon erklärt, das waren die gesamten Förderungen, die wir bis zum Erreichen des Status „Übergangsregion“ erhalten haben.

Insgesamt - und das ist doch eine große Summe seit dem Beitritt - und das Burgenland ist eben auch deshalb größter Profiteur, eine knappe Milliarde wurden seit dem Jahr 1995 aus den Töpfen der Europäischen Union ins Burgenland transferiert und natürlich durch Bund und Land kofinanziert. Gesamtfördersumme insgesamt: 1,9 Milliarden Euro, seit wir den Förderstatus, seit 1995 eben, haben.

Jetzt sind wir Übergangsregion, 102,9 Fördermillionen stehen uns jetzt aus diesem Topf zur Verfügung. Was EFRE und ESF eben beinhalten, wurde schon erwähnt, Forschung, Technologie, Innovation - dort haben wir zweifelsohne Nachholbedarf und die Notwendigkeit von Förderungen, eben auch hier gegeben, aber auch in der Nutzung.

Klein- und Mittelunternehmen - KMUs, mehr Wachstum und Innovation und die Wettbewerbsfähigkeit soll gestärkt werden. Die Verringerung von CO_2-Emissionen in allen Bereichen der Wirtschaft, mehr Energieeffizienz, Steigerung der Nutzung der erneuerbarer Energien in Unternehmen. Auch hier ist es ganz klar mit unseren Leitzielen in Einklang und natürlich Förderung für die Entwicklung Einsatz kohlenstoffarmer Technologien.

Beschäftigung und Mobilität - auch das war heute schon ein Thema, Mobilität in der Fragestunde kurz angedeutet, im Speziellen im Südburgenland schon in der Umsetzung.

Gleichstellung von Mann und Frau und natürlich die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben - also ich denke, auch ganz wichtig. Anpassung - und das ist für uns ein einschneidender Punkt, wo man Ausgleichsmaßnahmen braucht, die Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmerinnen und Unternehmer im Wandel zu unterstützen, aber auch, weil es ja um die Gesundheit von ArbeitsnehmerInnen geht, aktiv und gesundes Altern.

Soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung, Maßnahmen von sozial benachteiligten und arbeitsmarktfernen Personen - auch hier eine, glaube ich, notwendige Maßnahme, weil wir natürlich über eine zu hohe Arbeitslosigkeitsrate verfügen im Moment und natürlich auch das Thema Migration, das nicht außer Acht gelassen werden darf. Und im Speziellen - Armut ist weiblich, das wissen wir, - die Maßnahmen zur Bekämpfung der Frauenarmut. Auch hier sind Gelder bereitgestellt. Natürlich der Grundstock von allem, von einer Entwicklung eines Landes, ist natürlich Bildung, Kompetenzen auch im Bereich lebenslanges Lernen.

Diese Maßnahmen sollen natürlich nicht nur den wirtschaftlichen Erfolg garantieren, sondern auch bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen positiv unterstützend wirken und dies natürlich im Burgenland, in Österreich, aber auch in ganz Europa. Es soll die unterschiedlichen Entwicklungsstände der Europäischen Regionen ausgleichen. Das stimmt, das ist das Ziel, seit es die EU gibt. Der Befund, den wir feststellen müssen, ist aber ein anderer - der Ausgleich ist zweifelsohne nicht passiert. Wenn ich mir die Statistik kurz hernehme, wir haben uns, Rudi Strommer hat es erwähnt, wir hatten damals den Ziel 1-Status erhalten, weil wir eben ein durchschnittliches BIP, damals war es unter 75 hatten. Wir hatten 64 Prozent im europäischen Durchschnitt Bruttoinlandsprodukt, jetzt haben wir 87! Das heißt, zweifelsohne müssen logischerweise die Mittel gut eingesetzt und umgesetzt worden sein, sonst hätten wir nicht diese Entwicklung.

Was uns natürlich auch in der nächsten Förderperiode aber klarerweise nicht mehr diesen Status, den wir jetzt haben in der Förderkulisse geben wird können, weil wir - und das ist ja das Ziel - über 90 kommen werden. Wir haben entgegen anderen Regionen - Rudi Strommer hat die italienischen Regionen genannt - befreundete Regionen, die zweifelsohne das nicht geschafft haben.

Dort ist etwas nicht so gelaufen, wie es laufen hätte sollen, wenn ich beginne mit 65 oder 70 und ich bin nach 20 Jahren noch immer dort, dann habe ich zweifelsohne die Fördergelder wahrscheinlich nicht richtig und nicht optimal einsetzen können. Was hatte das natürlich zur Folge? Positiv zur Folge, dass sich das österreichische BIP in den letzten 20 Jahren von 176 Milliarden Euro auf 337 Milliarden eben entwickelt hat, das heißt, ein eklatanter großer Aufstieg natürlich. Was aber negativ zu bemerken ist, ist, dass wir in der Einkommensschere weit auseinander klaffen in Europa und das bringt für uns natürlich am Arbeitsmarkt diese schon heute in der Aktuellen Stunde angesprochenen Probleme.

Wenn man nimmt, das reale verfügbare Einkommen in Österreich beträgt 25.850 Euro, in Ungarn 13.102 Euro. In allen Nachbarländern - Slowakei 15.000, Slowenien 16.000, damit liegt es auf der Hand, dass es logischerweise auch hier zu Verschiebungen und für uns zu Problemen am Arbeitsmarkt kommen kann und kommen muss. Was tut der AdR? Ich bin hier schon ein paar Mal hier in die Diskussionen miteingebracht worden - er beschäftigt sich mit diesem Thema, um die Regionen einzubinden.

Wir hatten vor kurzem, nachdem der Ratsvorsitzende jetzt in der Slowakei ist, in Bratislava eine Konferenz, da gibt es immer eine Erklärung: Erklärung von Bratislava hat sich eben mit diesem Thema beschäftigt, und er zielt eindeutig darauf ab, dass in den

Regionen mehr Unterstützung hinkommen soll, weil dort die meisten Investitionen in den Kommunen, in den Städten passiert.

75 Prozent der gesamten Investitionstätigkeiten passieren nämlich dort in den Städten und Kommunen und diese gehören unterstützt, weil zweifelsohne diese Unterstützung in den letzten Jahren gefehlt hat und somit die Investitionstätigkeiten um 15 Prozent in diesen Bereichen zurückgegangen sind. Das heißt, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften müssen hier eindeutig zu mehr Unterstützung gelangen, das ist ein eindeutiges Zeichen auch, dass man doch in der Vertretungsbefugnis der Regionen, der Städte, die Probleme erkennt und auch artikuliert. Man muss es natürlich nach oben hin auch transportieren, wo die Entscheidungsträger sitzen und die Entscheidung eben treffen.

Was ist im ETZ-Programm in der Vergangenheit passiert, um ein bisschen zu sensibilisieren, zu versinnbildlichen, was haben wir damit gemacht? Grenzüberschreitender Nationalpark, Ausbau Neusiedlerseebahn, Kulturfestival j:opera, Investitionen in grenzüberschreitende Naturparks und gemeinsame grenzüberschreitende Energiestrategie für den europäischen Raum. Das war in der Vergangenheit.

Was wollen wir in der Zukunft mit diesen ETZ-Fördermöglichkeiten machen? Die grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen in Kooperation mit Ungarn, Straße und Bahn - das Thema kennen wir schon seit längerem, „Grenzbahn“ als Schlagwort. Investitionen in den Umwelt- und Wasserbereich, hier gibt es schon ein tolles Projekt mit dem Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland Richtung Sopron, jene Initiativen zur Stärkung des gemeinsamen Arbeitsmarktes, hier gibt es Gewerkschaftskooperationen und auch schon Projekte in der gemeinsamen Lehrlingsausbildung mit allen Nachbarn, ganz speziell im Bereich von Ausbildung im Bereich der Windkraftanlagentechniker, schlussendlich erneuerbare Energiegewinnung als Ziel des Burgenlandes in der Vergangenheit, Gegenwart und in der Zukunft.

Zusammenfassend: Ein Ziel für das Burgenland als europäische Region formuliert: Die operationellen Programme, die eben heute diskutiert werden, sollen eingehend mit den Mitteln des Landes unter sich vereint werden, um eben optimal auch zielorientiert eingesetzt zu werden. Was wollen wir erreichen? Den Zusammenhalt als Grundstein allen Erfolges erachte ich als ganz wichtig, nämlich den Zusammenhalt im Burgenland, den offenen Dialog innerhalb Österreichs und die Kooperation über die Staats- und Landesgrenzen hinaus. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Präsident.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese 15a-Vereinbarung ist eigentlich ein rein formaler Aspekt, um gewisse Fördersituationen auch technischer Natur und organisatorischer Art abwickeln zu können. Meine Vorredner haben darauf zur Genüge schon Stellung genommen.

Tatsache ist, dass wir das Bundeskanzleramt und das Sozialministerium zur Abwicklung dieser Programminhalte haben - in der Umsetzung auf die Richtigkeit dieser Förderrichtlinien. Auf der anderen Seite ist es auch wichtig, diese Mittel dementsprechend effizient einzusetzen. Die gesamte Diskussion, die wir schon in der Aktuellen Stunde über die Auswirkungen der Abstimmung Brexit in Großbritannien gesetzt haben, die gesamte Diskussion über die europäischen Inhalte bezogen auf alle Mitgliedsländer und die

Bemühungen der Europäischen Kommission, quasi ausgleichend zu wirken, um neben dem ursächlichen Aspekt, nämlich der Friedenssicherung und dem friedenspolitischen Ansatz auch die wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit in Europa zu stärken, sollte eigentlich im Vordergrund stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt die verschiedensten Zugänge zu dieser Europäischen Union und wir haben auch in den einzelnen Wortmeldungen davon eigentlich Kenntnis erlangt, wie jetzt Freiheitliche Partei, Volkspartei, Sozialdemokratie, GRÜNE zu diesem europäischen Projekt stehen.

Es gibt die unterschiedlichsten Verwerfungen, die dann zu Diskussionen führen, ob gewisse Maßnahmen, die von europäischer Seite gesetzt worden sind, die richtigen Auswirkungen haben oder wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Genauso wie auf nationaler, genauso wie auf landespolitischer Ebene sollte eigentlich nie die Chance verwirkt werden, dass man besser werden kann.

Diesen Zugang zu einer besseren Entwicklungssituation setzt die Europäische Union mit grenzüberschreitenden Projekten, mit transnationalen Projekten und dieser Status sollte eigentlich vom Gedanken her das Zusammenwachsen dieser europäischen Mitgliedsstaaten möglich machen. Wenn wir dann das Beispiel der sogenannten Mitgliedsstaaten einzeln betrachten, dann haben wir in politischer Konsequenz eines immer stärker im Werden, nämlich die Betonung der einzelnen Nationalstaaten. Das, was gemeint wurde, dass im 21. Jahrhundert überwunden wäre, ist im Wachsen begriffen, weil immer stärker das Prinzip des Nationalstaatlichen betont wird. Ich möchte daran erinnern, welche Ursachen im Grunde genommen zwei Weltkriege gehabt haben, nicht nur auf die Entwicklung der Menschheitsgeschichte, sondern was nationalstaatliche Interessenskonflikte in der Umsetzung auf kriegerische Auseinandersetzungen für Leid produziert haben und woraus Interessenskonflikte in der Umsetzung auf kriegerische Auseinandersetzungen für Leid produziert haben und woraus dann im Grunde genommen auch der Gedanke auf ein europäisches Gesamtbild entstanden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unbestritten ist die Konsequenz, dass wir im Burgenland in der regionalen Entwicklung am meisten von den europäischen finanziellen Zuwendungen profitiert haben. Es ist mit Sicherheit begründet auf diesen damals gegebenen BIP-Vorsprung der anderen Bundesländer oder auch anderer Regionen, dass wir diesen Status zuerkannt bekommen haben, nämlich den Ziel 1-Status und anschließend jetzt die Nachfolgeförderungen einheimsen können.

Tatsache ist aber, und ich habe schon einmal oder ein paar Mal darauf hingewiesen, alles, was sich bisher von europäischer Seite mit finanziellen Zuwendungen für das Burgenland ergeben hat, wird gemessen werden in der Nachhaltigkeit nach dem Auslaufen des letzten Programmschemas, nämlich 2020. Dann wird sich weisen, wie die Situation als Wirklichkeit auch in der Bestimmung, in der Situation auf die Burgenländerinnen und Burgenländer Wirkung hat. Wenn es uns gelingen sollte, hier entsprechend auch nach 2020 ohne die entsprechenden finanziellen Zuwendungen eine klare und deutliche Steigerung, nicht nur des regionalen BIPS zu erreichen, sondern auch Wachstum zu generieren, das zur Beschäftigung der Bevölkerung führt, dann hat dieses Projekt in der Gestehung durchaus einen hohen Stellenwert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eins zur Klarstellung das heute auch gefallen ist, das mir auch sehr wichtig erscheint. Es wurde im Zusammenhang mit der Entsenderichtlinie der Begriff der Wirtschaft definiert, und zwar in einer sehr kurzsichtigen und sehr eingeschränkten Form. Tatsache ist, dass Wirtschaft nicht nur in der Umsetzung und in der Notwendigkeit oder in der Brauchbarkeit von Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmern funktioniert, beziehungsweise ihr Wachstum generieren kann, sondern es ist auch von diesen wirtschaftspolitischen Ansätzen abzuleiten, dass auch die Kaufkraft die entsprechende Einsatzform des Erlöses, sprich der Löhne, in der Region von absolutem Vorteil ist.

Ich glaube niemand in diesem Raum, und auch alle Burgenländerinnen und Burgenländer werden negieren, dass wir durch einen mit Sicherheit überzogenen Ansatz von durch die Entsenderichtlinie gegebenen Arbeitskräften zwar beeinträchtigt sind, was die Entwicklung für die burgenländischen Arbeitnehmer anlangt, auf der anderen Seite ist aber mit Sicherheit nicht von der Hand zu weisen, dass gerade durch diese Arbeitssituation von auswärtigen Menschen im Burgenland die Kaufkraft erhöht worden ist.

Dieses Prinzip, das die letzten Jahre auch immer wieder lobend zu gewissen Zeitpunkten hervorgestrichen wurde, sollte man nie in einer Form isoliert betrachten, sondern damit verknüpfen, dass wir auf der einen Seite über Jahre eine Beschränkung des Zuganges zu unserem Arbeitsmarkt gehabt haben. In der Zubilligung der Europäischen Union. Auf der anderen Seite. Jetzt wo alle eigentlich, das Land inbegriffen, die letzten Jahre diese Zugänge genutzt haben, beziehungsweise ganz positiv also optisch ausgewertet haben, jetzt sollte man nicht mit absoluter Klarheit und Innbrünstigkeit darauf drängen, dass die hier gegebenen Arbeitssituationen quasi obsolet sind und bereinigt gehören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser 15a-Vereinbarung ist zuzustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Hohes Haus! Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a BVG, über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ für die Periode 2014-2020 wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG einstimmig zur Kenntnis genommen.

9. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht (Beilage 418) Follow-Up Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Verwendung der finanziellen Mittel der Jubiläumsgabe anlässlich 90 Jahre Burgenland (Zahl 21 - 290) (Beilage 467)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 9. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht, Beilage 418, Follow-Up Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Verwendung der finanziellen Mittel der Jubiläumsgabe anlässlich 90 Jahre Burgenland, Zahl 21 - 290, Beilage 467.

Der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller ist Berichterstatter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Wolfgang Spitzmüller: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Uns liegt der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfbericht (Beilage

418) Follow-Up Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Verwendung der finanziellen Mittel der Jubiläumsgabe anlässlich 90 Jahre Burgenland (Zahl 21 - 290) (Beilage 467) vor.

Ich bitte um Eintritt in die Diskussion und Abstimmung. Dankeschön.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Manfred Kölly.

Bitte um Ihren Redebeitrag. Sie sind am Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, wenn das Burgenland feiert, dann sind wir alle gut drauf, dann ist das auch in Ordnung. 90 Jahre Burgenland, 2014. Wir haben ein bisschen ein Geld bekommen, ein Körberlgeld, eine Jubiläumszulage vom Bund. Vier Millionen Euro, das ist ja nicht eine Kleinigkeit, aber was soll es. Ist in Ordnung.

Jedoch eines muss man klar festhalten. Wieder einmal hat der Rechnungshof akribisch gearbeitet. Lange, in der Follow-Up Prüfung schon darauf hingewiesen, dass das eine oder andere nicht so sein kann. Dann wurden ja die Punkte nachgebracht. Das ist ja das Interessante, und dann wird großteils auch getrickst, ich weiß nicht wie ich das sagen soll, auf einmal gibt es Unterlagen. Das ist ja sehr interessant. Ich kann nur eines klar sagen, damals wurde nicht im Burgenland so richtig gefeiert, sondern in Wien. Das hat mich schon ein bisschen stutzig gemacht.

Dass dort der Wein ausgegangen ist, der burgenländische, und dass wir niederösterreichischen Wein getrunken haben und dass die Würstel ausgegangen sind, von unseren Fleischhackern im Burgenland und dass wir von wo anders etwas zum Essen bekommen haben. Das ist die eine Seite. Aber dass die VIPs ganz etwas anderes bekommen haben, ist die andere Seite wieder in dieser Sache.

Daher glaube ich, bewusst zu sagen, schön zu feiern, aber auch der Koordinator der damals, und ich weiß wer das ist, und ich sage es auch, der Herr derzeitige Präsident Illedits, ja meiner Meinung das nicht unbedingt im Griff gehabt hat. Weil sonst hätte das nicht passieren dürfen. Es ist einfach erfreulich, dass die Empfehlung des burgenländischen Landes-Rechnungshofes noch einmal gesagt, schlussendlich umgesetzt wurde. Jedoch möchte ich anmerken, dass sich anscheinend nur wenn vom Rechnungshof Projekte überprüft werden, sich dann schön langsam etwas tut.

Ich will gar nicht wissen, wo nicht überprüft wird, was sich dort tut. Das haben wir heute beim Herrn Landesfinanzreferenten gehört. Wir sind alle so quasi nicht fähig, so etwas zu machen. Ich kann ihm nur eines sagen, auch Herr Kollege Molnár, wir müssen uns ständig in den Gemeinden damit beschäftigen, mit Voranschlägen, tagtäglich sind wir am Puls von den Menschen. Tagtäglich müssen wir auch Rechnungsabschlüsse erstellen, wenn es auch oft schwierig ist. Aber es gibt es. Seit 15 Jahren mache ich Rechnungsabschlüsse, ich brauche keinen Nachtragsvoranschlag.

Ich brauche das nicht. Weil wir während des Jahres sehr wohl eine Überwachungsliste führen, und sagt was passiert. Ja, Herr Kollege Friedl, Du bist auch Bürgermeister, in Zukunft, *(Abg. Werner Friedl: Das kannst Du wem anderen erzählen!)* in Zukunft gibt es, wie wir gehört haben, gibt es das alles nicht mehr. Es ist ja auch nicht notwendig. Ich habe da ein bisschen eine Vorreiterrolle in dieser Sache gespielt, aber das macht ja nichts. Wenn man mit Geld arbeiten kann, und es gibt den Gerhard Hutter und meine Wenigkeit von der Wirtschaft, die, glaube ich, auch ihren Privatbetrieb in Ordnung halten müssen und schauen, dass wir unsere Leute dementsprechend auch jeden Ersten bezahlen und auch der Gebietskrankenkasse das Geld abliefern und dem Finanzamt.

Dann kann man dazu sagen, jawohl, wir verstehen etwas. Ich denke, dass es auch wichtig ist, hier im Lande auch das positiv zu sehen.

Ich habe dem Herrn Landesrat Bieler ja gesagt, es ist ja nicht schlecht, einen Rechnungsabschluss so zusammen zu stoppeln. Aber bei ihm darf man anscheinend nicht sagen, dass man Rücklagen genommen hat und dort hinein gegeben hat. Und dass man ja dementsprechend Kredite aufgenommen hat, mit einem Fixzinssatz. Das passt ihm halt nicht.

Das ist seine Anschauung. Die andere ist unsere. Auch in der Opposition und als Kontrollpartei. Da werden wir weiterhin drauf bleiben, aber auch als mitarbeitende Fraktion in diesem Land, wollen wir auch mitgestalten. Da brauchen wir dementsprechende Möglichkeiten und Ressourcen, die es anscheinend in diesem Land nicht gibt. Man redet ja immer von den Minderheitsrechten.

Wie wichtig die sind. Sich hier zu positionieren, hier nicht Bittsteller zu sein, sondern wirklich im Landtag vertretene Fraktion. Ich glaube, da sind wir bei den GRÜNEN und auch bei der FPÖ, die ja das jahrelang gefordert hat, aber jetzt anscheinend anderer Meinung geworden ist. Aber das ist halt einmal so, wenn man auf der anderen Seite sitzt und noch immer nicht ganz klar geworden ist, wo gehöre ich eigentlich hin.

Dann muss ich sagen, sollten wir das auch einmal ins Auge fassen. Denn heute ist ein Antrag, das habe ich bewusst gemacht, wo ich nur eine Unterschrift drauf gesetzt habe und war neugierig, wer eigentlich da zustimmt, dass wir überhaupt als demokratisches Recht, das abhandeln dürfen. Wer ist nicht aufgestanden? Die FPÖ.

Genau Ihr Thema war das, Herr Kollege Molnar. Dies ist ein bisschen zu bedenken. Das sollten sich die Leute draußen einmal zu Gemüte führen, was die FPÖ vor einem Jahr gesagt hat und was sie jetzt tun. Ich gratuliere dem Landeshauptmann. Er macht das hervorragend. Überhaupt keine Diskussion.

Aber ich frage mich, warum brauchen wir sieben Regierungsmitglieder, wenn zwei sowieso nichts tun? Ich sage das mit dieser Deutlichkeit. Ich entnehme keinen Medien, ich entnehme keiner klaren Anforderung seitens der FPÖ, was die eigentlich wollen. Außer Alarmanlagen zu fördern, das hat der Landeshauptmann schon gemacht vor zig Jahren, mit 30 Prozent. Wo ich ihm auch gratuliert habe dazu. Ist eine tolle Geschichte.

Jetzt kommt der Herr Tschürtz daher und sagt, 1.000 Euro darunter. Dann stellt sich heraus, dass die nicht einmal ÖNORM-gerecht ist. Nur die Hauseingangstür ist das, was man machen kann, mit dieser Anlage. Sonst nichts. Die Fenster nicht. Aber Herr Kollege Schnecker, Du bist ja von der Exekutive, Du wirst das ja bestätigen können, dass das nicht in Ordnung ist.

Aber das sind so Dinge, wo wir die Leute eigentlich immer am Schmäh halten draußen. In dem Landtag, wo man immer sagt, alles super, alles passt. Aber ich komme jetzt zu dieser Jubiläumsgabe, das ist ja höchst interessant, was da eigentlich von statten gegangen ist. Da kann weder der Landeshauptmann etwas dafür, noch vielleicht Sie, weil da waren einige noch nicht in diesen Positionen, wie sie heute sind. Damals genauso, und ich kann mich erinnern, vielleicht ein paar Zitate seitens der FPÖ. Wo sie gesagt haben: „Das ist ja eine Katastrophe, was da aufgeführt wird, mit den Geldern, das ist eine Sauerei und das kann man nicht zulassen und wir werden uns dagegen wehren“.

Siehe da, sie sind nicht einmal mehr da, wenn es eine Diskussion gibt. Außer ja - sage ich einmal der Herr Klubobmann und eine Person noch. Die anderen interessiert das alles nicht mehr, weil wir sind ja wir. Wir leben jetzt in einem anderen Zeitalter, das interessiert mich nicht mehr.

Sehr wohl, weil das öffentliche Gelder sind, das muss ich auch einmal klar sagen. Weil ich der Überzeugung bin, wenn man für 90 Jahre, und ich habe eingangs erwähnt, ist ja schön, dass man feiern kann. Burgenländer sind es gewohnt zu feiern. Vier Millionen haben wir dazu bekommen. Nur es stellt sich heraus, dass es für die organisatorische Abwicklung des Jubiläumsjahres kein spezifisches und verbindliches Organisationskonzept gegeben hat und keinen gesamtverantwortlichen Projektkoordinator, dafür aber 14 involvierte Organisationseinheiten des Landes Burgenland. Das ist super.

Es wurden keine Förderschwerpunkte und keine quantifizierbaren Förderziele definiert. Sagt der Rechnungshof. Bei der Prüfung des Landes-Rechnungshofes konnte kein Nachweis über die widmungsgemäße Verwendung der Jubiläumsgabe erbracht werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, na, wenn wir das zu Hause auch so machen, und in den Gemeinden, dann schauen wir nicht gut aus.

Der Verwendungsnachweis war intransparent sowie lückenhaft und beinhaltete lediglich Planwerte und keine Istwerte. Muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Die Ursache für diese festgestellten Mängel sah der Burgenländische Landes-Rechnungshof insbesondere im Fehlen eines gesamtverantwortlichen Projektkoordinators. Ich erwähne das immer wieder, weil interessant ist, man hat sich ja damals gerühmt, wie super und gut das alles funktioniert hat, und ich habe schon ein paar Beispiele gebracht, wo das nicht so war.

Ja, in der intransparenten Projektsuche und Projektauswahl, in der uneinheitlichen Dokumentation sowie in den unzureichenden Berichtspflichten im Rahmen der organisatorischen Abwicklung des Jubiläumsjahres. Nach Angaben des Landes-Rechnungshofes wurde der Landesanteil an der Jubiläumsgabe in der Höhe von 1,43 Millionen nicht zur Gänze ausgeschöpft. Aha, ist auch interessant. Ist es wirklich so oder fehlen nur die Belege dafür? Das hat sich dann herauskristallisiert, hat man eben irgendwo Belege hergebracht. Das ist ja, ich weiß nicht wie das geht, aber es ist gegangen.

Der Landes-Rechnungshof stellt fest, dass keine präzisen Nachweisberichtsdokumentationspflichten der KSB - Kultur-Service-Burgenland GmbH. und des Landesverbandes Burgenland-Tourismus gegenüber dem Land Burgenland für die Verwendung der Mittel der Jubiläumsgabe bestanden.

Da lasse ich jetzt nicht die ÖVP aus der Ziehung, da wart Ihr mit dabei. Ich will Euch das auch noch einmal klar sagen und auch ins Stammbuch schreiben. Ich kann mich erinnern, wie ich das zum ersten Mal gesagt habe, hat auch die FPÖ, groß aufgeschrien, das ist ein Wahnsinn, was da passiert. Hat es immer geheißen, was redet ihr, es war alles in Ordnung, das ist alles wasserdicht. Der Landes-Rechnungshof nach ein paar Jahren leider immer wieder, das ist unser Problem, was wir haben. Da bin ich ja jetzt noch einmal beim Oberwarter Spital, wo wir sagen begleitende Kontrolle zu haben, kann nicht schaden. Das tut auch nicht weh, im Gegenteil.

Da wäre es genauso gut gewesen, wenn man eine begleitende Kontrolle gehabt hätte, da hätten wir mithelfen können, hätten wir einiges wahrscheinlich anders gemacht oder besser gemacht. Wie gesagt, Spritzer aus Niederösterreich, ist ja auch nicht schlecht. Würstel aus Wien, ja soll auch gut sein. Auf alle Fälle, dies ist ein weiterer Schritt in Richtung Intransparenz bei der Verwendung öffentlicher Mittel bei ausgelagerten Landesgesellschaften.

Weil der Herr Landesfinanzreferent immer sagt, da ist alles eingepackt im Rechenabschluss. Ja, das ist auch nur die halbe Wahrheit, ich bin eh bei Dir, Herr Kollege

Spitzmüller. Wenn Du es Dir genau anschaust, ja da ist die Bank Burgenland mit der Haftung. Ansonsten will ich mich nicht auslassen. Da ist der Herr Landeshauptmann am richtigen Weg, dass wir jetzt endlich einmal alle die ausgelagert sind auf einen Nenner zusammenbringt und dass man da dementsprechend auch in der Richtung agiert.

Ich höre zwar wenig, Herr Landeshauptmann, vielleicht gibt es einmal einen Bericht was sich dort bei den ausgelagert… *(Landeshauptmann Hans Niessl: Einen Bericht? Gerne! Die nächste Fragestunde kommt bestimmt und ich bin gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten!)*

Ja, schön freut mich und ich weiß, wenn der Herr Landeshauptmann das sagt, dann wird das auch funktionieren. Gegenüber den Klubs und anderen Dingen mehr, die sich bemüßigt fühlen hier vielleicht das eine oder andere zu verschweigen oder auch anders darzustellen.

Daher sage ich nochmals, in diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass das Geflecht der Landesgesellschaften mittlerweile so dicht war, das selbst der Landeskontrollausschuss und der Landes-Rechnungshof keine detaillierten Übersichten geben können. Zudem stehen diese beiden demokratiepolitischen zentralen Organe, die die Regierung und ihre Geschäfte kontrollieren sollen, selbst unter Druck. Dem Landtag wird seit Jahren, mit Verweis auf ein Rechtsgutachten der Landesamtsdirektion, die Auskunft in Bezug auf diese Landesgesellschaften verweigert.

Jetzt hört einmal. Genau das ist der Punkt. Dem Landtag wird seit Jahren, mit Verweis auf ein Rechtsgutachten der Landesamtsdirektion, die Auskunft in Bezug auf diese Landesgesellschaften verweigert. Das ist vor Jahren passiert. Wir haben keine Chance gehabt, dass wir das machen können. Das sollten wir auch, Herr Landeshauptmann, noch einmal in das Auge fassen, sich das nochmals anschauen, ich finde das nicht transparent heute! Ich finde das ist kein Demokratieverständnis mehr, wenn man diese Möglichkeit nicht hat.

Der Landes-Rechnungshof soll aktuell mit einer Novelle zum Landes-Rechnungshof-Gesetz in seinem Initiativprüfrecht sowie in seiner Prüfautonomie beschnitten werden. Das ist, wo ich mich immer frage, wenn es die Diskussion gibt, sollten wir nicht hergehen und sollten wir, wenn man schon so viele Prüfaufträge gibt, auch mit dem Rechnungshof das letzte Mal diskutiert in den Ausschüssen, auch Personal dementsprechend zur Verfügung stellen?

Wo Arbeit geleistet wird, soll auch dementsprechend Personal da sein, wo gute Arbeit geleistet wird, und das macht der Landes-Rechnungshof denke ich, mit allen seinen in letzter Zeit vorgelegten Rechnungshofberichten, die ja leider immer wieder der Vergangenheit angehören und dann immer wieder schubladiert werden und die Medien gar nicht mehr interessiert daran sind, müsste man eines klarstellen.

Der Rechnungshof braucht Personal, wir erhöhen heute die KindergartenpädagogInnen um 26 Prozent, muss man sich auch auf der Zunge zergehen lassen. Die Gemeinden zahlen. Das ist ja lustig. Die Gemeinden zahlen, na wer soll es zahlen, Herr Landeshauptmann? Die Gemeinden. Ihr beschließt in der Landesregierung den Rotkreuz Schilling auf 9,70 Euro ohne uns zu fragen in den Gemeinden. Gemeinden zahlt!

Wenn Sie sich die Abgaben anschauen, Frau Kollegin oder Kolleginnen und Kollegen, was wir für - sage ich einmal so - Ertragsanteile bekommen und was unter dem Strich herauskommt, was uns das Land schon abzieht, von dem rede ich gar nicht, dass Ihr uns das jetzt abgezogen habt.

Fünf Jahre habt Ihr uns zu viel ausbezahlt. Eisenstadt bekommt jetzt einen Zinszuschuss für einen Kredit von 350.000 oder 450.000 Euro, die sie damals aufnehmen haben müssen, weil zu wenig ausbezahlt wurde. Du weißt was ich meine.

Es geht darum, dass wir bei den Ertragsanteilen jedes Jahr ein bisschen zu viel bekommen haben. Fünf Jahre lang. Das haben die uns dann auf einmal in einem Monat alles abgebucht. Das finde ich nicht für in Ordnung, denn das, glaube ich, ist nicht rechtens. Darüber werden wir uns noch unterhalten müssen. Es kann nicht so sein, dass ich in einem Jahr 12.000 Euro zu viel bekommen habe, im nächsten Jahr 6.000 und so fort. Dann zieht man es nach fünf Jahren einfach ab ohne Diskussion im Landtag, ohne Diskussion mit den Gemeinden.

Das sollten wir uns ansehen. Ansonsten, glaube ich, ist der Rechnungshofbericht wieder einmal ein sehr ein guter. Es wird ja hoffentlich in Zukunft, seit die FPÖ in der Regierung ist, besser werden, dass wir solche Rechnungshofberichte nicht immer noch als Minus sehen. Der Bericht eigentlich nicht, sondern die Aussagen die da drinnen stehen und was tatsächlich war, sondern in der Vergangenheit hat die FPÖ immer aufgezeigt und hat gesagt, wir sind die einzige Kontrollpartei.

Wir sind die einzige Oppositionspartei, die etwas tut. Jetzt haben Sie die Möglichkeit in der Regierung mitzuarbeiten, mitzureden und vielleicht Sparmaßnahmen zu setzen, sei es betreffend zwei Landesräte sich noch einmal Gedanken darüber zu machen, wie man da was machen kann. Sind immerhin 20 Millionen Euro. Da hat der Herr Landeshauptmann bei den Verhandlungen gesagt, er hat kein Problem damit.

Die FPÖ auch nicht und jetzt haben wir das Problem? Das verstehe ich nicht ganz. Das musst Du einmal draußen der Bevölkerung klarlegen. Ich habe kein Problem damit. Genauso in den Gemeinden. Ich brauche keine 25 Gemeinderäte. Ich muss mir nur jemanden holen, der mitarbeiten möchte und nicht nur am Blatt Papier steht. Das ist in der Regierung genauso. Ich brauche keine sieben Landesräte, sondern zwei, glaube ich, könnten wir irgendwo einsparen, zusammenlegen, das machen wir jetzt beim Tourismus. Man legt jetzt auch alles zusammen, dass es einfacher wird. Warum sollten wir es dort nicht auch können? Herr Landeshauptmann, ich glaube Sie sind am richtigen Weg, wenn wir das so weiterhin diskutieren. Aber vielleicht gelingt uns nächstes Jahr, in zwei Jahren der Wurf, dass man sagt, in Ordnung Einsparungsmaßnahmen nicht nur in der Verwaltung, das was groß angekündigt war oder was schon umgesetzt wurde.

Ich muss mir das leider noch einmal anschauen, weil ich denke, die Einsparungsmaßnahmen, die schaue ich mir gern an, wenn die Zahlen da sind, ob das tatsächlich so ist. Ansonsten ist der Weg der richtige, aber nochmals zur Regierungssache und der Minderheitsrechte, da sollten wir uns nochmals zusammensetzen, nochmals überdenken, ob man nicht andere Möglichkeiten finden kann.

Die FPÖ war immer dafür, die SPÖ war auch nicht abgeneigt und die ÖVP hat auch Signale ausgeschickt, vielleicht können wir das in diesem Sinne einmal zusammenbringen. Dem Rechnungshofbericht werden wir natürlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist der Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Géza Molnár: In der Viertelstunde hätten wir es geschafft, den ganzen Bericht durchzulesen!)*

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident, ich möchte ein bisschen auf die Follow-Up Prüfung eingehen, weil Du hast jetzt eigentlich die

ursprüngliche Rechnungshofkritik vom Jahre 2013 hervorgezogen, obwohl ich schon auch sehe, dass man die erwähnen muss, weil der Rechnungshofbericht jetzt, die Follow-Up Prüfung klingt natürlich sehr, sehr toll, weil wenn man liest von einem Umsetzungsgrad von 97 Prozent, dann ist das natürlich eine tolle Geschichte und auch positiv zu bewerten, dass man das, was im Nachhinein zu ändern war, auch geändert hat.

Das finde ich auch sehr gut. Nichtsdestotrotz hast Du Kollege Kölly natürlich vollkommen recht, die ursprüngliche Kritik ist davon weitgehend unbenommen oder hat sich nicht geändert. Zitat: Nach Ansicht des Landes-Rechnungshofes hätte durch eine präzisere Regelung der förderbaren Ausgaben sowie des Förderungsgegenstands eine breitere Wirkung mit den vorhandenen Fördermitteln erzielt werden können. Allein das, finde ich, ist schon einmal etwas das man in Zukunft etwas anders macht.

Du hast auch erwähnt, dass das Organisationskonzept gefehlt hat, der Projektkoordinator, -koordinatorin, dazu will ich jetzt gar nicht mehr viel sagen, weil Du das ohnehin schon angeführt hast. Was ich der Landesregierung schon zugutehalte ist, dass sie am Ende dieser Follow-Up Prüfung ja auch eine Stellungnahme abgibt und da steht der schöne Satz, ich hoffe er wird dann in der Praxis auch umgesetzt: In Bezug auf die Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes teilt das Land Burgenland mit, dass diese im Zuge der Verwendung weiterer Jubiläumsgaben beachtet werden.

Deswegen verzichte ich jetzt auf weitere Worte. Das finde ich sehr schön. Man sollte das vielleicht noch etwas ausweiten nicht nur jetzt auf Jubiläumsgaben, sondern grundsätzlich auf Fördermittel, die kein ursprüngliches Förderprozedere durchlaufen. Da muss man grundsätzlich schauen, wie kann man das in Zukunft klarer und einheitlicher regeln, sodass, wie der Landes-Rechnungshof das auch erwähnt, eben auch eine breitere Wirkung möglich ist.

Das war es schon von unserer Seite, wir werden dem Bericht natürlich zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Herr Klubobmann Géza Molnár ist der Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte sehr.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Ich bin doch einigermaßen fasziniert, wie man einen solchen Bericht über 15 Minuten lang behandeln kann, *(Abg. Manfred Kölly: Stundenlang wenn Du willst!)* was in Wirklichkeit ja nicht geschehen ist, Herr Kollege Kölly.

Wenn Sie so möchten, finden die Feierlichkeiten zu 90 Jahre Burgenland heute ihren parlamentarischen Abschluss. Es ging um die Verwendung der finanziellen Mittel. Wir haben es gehört, Jubiläumsgabe des Bundes, rund vier Millionen Euro. Heute liegt uns der Bericht über die Nachschauprüfung vor. Danke, Herr Kollege Spitzmüller, dass Sie uns darauf aufmerksam gemacht haben, weil es war nach der Wortmeldung vom Herrn Kollegen Kölly ja nicht ganz klar worum es hier geht.

Die Ergebnisse des ursprünglichen Berichts waren für die Landesregierung wenig uneigen das ist bekannt und wurde ebenfalls schon erwähnt. Hauptkritikpunkt waren Aufbau und Inhalt des Verwendungsnachweises an das Bundesministerium für Finanzen.

Der Landes-Rechnungshof zeigt sich nunmehr zufrieden, sieht seine Empfehlungen als umgesetzt an, vielmehr ist dazu auch nicht zu sagen. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und wir freuen uns schon auf eine ordnungsgemäße Abwicklung der 100 Jahr Feierlichkeiten im Jahr 2021. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Abgeordneter Mag. Christoph, M.A., Sie sind am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich ein großes Lob dem Landes-Rechnungshof aussprechen, der immer wieder Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge vorbringt. Ich finde seine Leistung extrem wichtig für die tägliche Arbeit im politischen Umfeld, aber auch für die Landesregierung, um selbstkritisch an sich selbst heranzugehen und Dinge, die nicht rund laufen, zukünftig besser zu machen.

Ich glaube, auch wenn der Herr Landesrat Bieler es anders sieht, dass der Rechnungshof wiederum wichtige Arbeit leistet, nicht nur beim Rechnungsabschluss, sondern nun beim 90 Jahr Follow-Up Bericht. Die 13 Änderungen, die festgestellt wurden, wurden umgesetzt. Ein Umsetzungsgrad von 97 Prozent ist sehr vorbildlich. Ich möchte hier das Lob an die Mitarbeiter der zuständigen Abteilungen weitergeben, weil ich glaube, dass sie hier nachträglich alles wieder sauber gelöst und gemacht haben. Herzlichen Dank dafür.

Es freut uns, dass die Empfehlungen so vorbildlich umgesetzt wurden und frage mich gleichzeitig, warum es bei anderen Berichten des Rechnungshofes nicht funktioniert. Jetzt haben wir immer wieder Follow-Up Berichte, in denen steht, dass der Umsetzungsgrad bei nicht einmal zehn Prozent liegt. Dann denke ich mir schon, warum funktioniert es bei dem einen so gut und warum bei den anderen nicht.

Aus meiner Sicht hat es viel mit Selbstkritik oder mit dem Willen zur Verbesserung zu tun. Im Grunde genommen geht es darum, dass die Finanzgebarung wirtschaftlicher, sparsamer und effizienter gestaltet werden soll. Wir haben uns darüber Gedanken gemacht und vor kurzem vier konkrete Forderungen präsentiert, um die gesamte Finanzgebarung im Land noch transparenter zu gestalten.

Wir wollen, dass die einzelnen Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern auch im Landtag darüber abgestimmt wird, damit man die einzelnen Landesregierungsmitglieder noch besser und noch intensiver in die Pflicht nehmen kann.

Zum Zweiten wollen wir transparente Stellungnahmen, weil die Landesregierung ja dazu verpflichtet ist, einmal im Jahr zu diesen Berichten eine Stellungnahme abzugeben, was aus den Empfehlungen geschehen ist, was daraus gemacht wurde. Bisher habe ich so eine Empfehlung oder eine Stellungnahme noch nicht gesehen. Ich glaube aber, dass vor allem auch im Sinne der Steuerzahler diese Empfehlungen öffentlich gemacht werden sollten.

Ein dritter Punkt ist, dass im Lande-Rechnungshofausschuss auch die Berichte des Bundes-Rechnungshofes diskutiert werden sollten, weil ich glaube, dass unter Ausschluss der Öffentlichkeit intensiver diskutiert werden kann. Der Vorwand, dass der Landes-Rechnungshofausschuss seinen Namen trägt und deswegen keine Bundes-Rechnungshofausschussberichte diskutieren können, das finde ich ein bisschen eigenartig.

Zum vierten und letzten, ist es wichtig, dass man die Landesbeteiligungen und auch, was darin passiert, offenlegt.

Im Rechnungsabschluss werden zirka 12 Prozent der Ausgaben in die Landesbeteiligungen gepumpt, das sind knappe 150 Millionen Euro jedes Jahr. Wir als

Abgeordnete im Landtag beschließen dieses Budget und am Ende des Tages sollten wir darüber Bescheid bekommen, was mit diesem Geld geschieht.

Umso wichtiger ist es, dass wir als Abgeordnete und auch die Öffentlichkeit darüber Bescheid wissen und bekommen. Die Auskünfte über die Beteiligungen im Zuge von Anfragen, Anträgen oder Prüfungen des Rechnungshofes wird uns verwehrt. Zurzeit beruft man sich immer auf ein Gutachten aus dem Jahr 2005, das sich auf eine deutsche Rechtslage bezieht. Das gilt aus meiner Sicht nicht für unser Bundesland und wenn man wirklich Transparenz lebt, dann sollte man das tatsächlich leben.

In diesem Sinne nehmen wir den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Abgeordneter Dr. Peter Rezar ist als Nächster zu Wort gemeldet. Ich bitte Sie zum Rednerpult.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes befasst sich mit einer Follow-Up Prüfung im Hinblick auf die Verwendung der sogenannten Jubiläumsgabe anlässlich des 90jährigen Bestandsjubiläums unseres Heimatlandes.

Es wurde bereits mehrfach ausgeführt, dass man es auf den Punkt gebracht darauf beschränken könnte zu sagen, wir haben alles erfüllt. Die Follow-Ups lernen uns auch entsprechend die Dinge zu erfüllen.

Für die Zukunft gesprochen könnte man vielleicht noch anmerken, dass wir künftighin Vereinbarungen entsprechend schriftlich machen, nachvollziehbar dokumentieren, das gilt natürlich auch für Rückabrechnungen. Als Fazit dieser Prüfung könnte man es auch sehr vereinfacht und kurz sich darauf verständigen Ende gut, Alles gut. Wir lernen beim Tun. Das nächste Jubiläumsgeld steht schon vor der Tür, wie der Herr Klubobmann bereits ausgeführt hat. Wir haben dem Rechnungshof nicht nur für die sehr strengen Prüfungen zu danken, sondern auch dafür, dass wir für die nächste Jubiläumsgabe gewappnet sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In diesem Sinne stimmt meine Fraktion diesem vorliegenden Bericht sehr gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht Follow-up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Verwendung der finanziellen Mittel der Jubiläumsgabe anlässlich 90 Jahre Burgenland wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 443) betreffend die Ausweitung der „Semesterticket“-Förderung für burgenländische Studierende (Zahl 21 – 303) (Beilage 468)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der

Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 443, betreffend die Ausweitung der „Semesterticket“-Förderung für burgenländische Studierende, Zahl 21 - 303, Beilage 468.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA, der soeben hereinkommt.

Ich werde daher noch mitteilen, dass die General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausweitung der „Semesterticket“-Förderung für burgenländische Studierende, in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016 beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Antrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Schnecker stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Schnecker Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausweitung der „Semesterticket“-Förderung für burgenländische Studierende, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Schnecker beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Dieser Tagesordnungspunkt ist momentan nicht so präsent, weil die Betroffenen alle gerade in Ferienlaune sind, aber in wenigen Wochen werden wir diese Diskussion wieder haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, bevor ich zu diesem Punkt komme, möchte ich noch in ein paar kurzen Sätzen zur heutigen Aktuellen Stunde zum Thema „Das Recht geht vom Volk aus - die Zukunft unserer Demokratie in Europa“ Bezug nehmen. Dazu möchte ich, aus meiner Sicht betrachtet, folgendes sagen: Ich bin ein überzeugter, ein absolut überzeugter Europäer! Ich bin vor allem aber ein stolzer Österreicher! Noch stolzer bin ich, dass ich aus dem Land Burgenland in Österreich komme. *(Beifall bei der LBL)*

Es freut mich auch, dass in dieser Abstimmung damals sich die Bevölkerung in Österreich zu zwei Drittel hier für den EU-Beitritt ausgesprochen hat. Ich glaube, wenn ich es richtig mitbekommen habe, 74 Prozent der Burgenländer haben sich dafür

ausgesprochen und ich glaube, wir alle können sehen, wie sich dieser Beitritt zur EU aufgrund dieser ganzen Förderungen auch hier im Burgenland ausgewirkt hat.

Ich weiß aber auch sehr wohl, dass es hier in der EU einen sehr großen Reformbedarf gibt. Das wissen wir alle. Ich glaube aber auch, dass die Engländer an diesem BREXIT noch sehr lange nagen werden. Ich glaube, dass auch für uns, für Österreich, ein ÖXIT absolut fatale Folgen hätte.

Jetzt aber zu meinem Beitrag zum heutigen Tagesordnungspunkt Semesterticketförderungen. Die Mobilität ist ein Grundbedürfnis für junge Menschen, doch die Mobilitätspreise steigen von Jahr zu Jahr und werden für die jungen Menschen immer belastender. Mit der Einführung der TOP-Jugendtickets im Rahmen des Verkehrsverbunds Ostregion haben die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland einen Entlastungsimpuls für Schüler und Lehrlinge gesetzt.

Zur bisherigen Schülerfreifahrt wird derzeit auch das TOP-Jugendticket um 60 Euro zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im Bereich des Verkehrsverbundes Ostregion mit ganzjähriger Gültigkeit angeboten. Derzeit sind Schüler und Lehrlinge bis zum 24. Lebensjahr nutzungsberechtigt. Darüber hinaus gewährt das Land Burgenland Studierenden mit Hauptwohnsitz im Burgenland, die außerhalb des Burgenlandes studieren, eine Förderung zu den Kosten für die Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln am Studienort in der Höhe von 50 Prozent des tatsächlichen Kartenpreises.

Viele Studenten müssen täglich von ihrem Heimatort zum Studienort pendeln. Hier ist bis dato jedoch kein Zuschuss für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel vorgesehen. Das bedeutet, dass die Studierenden finanziell belastet werden. Für junge Menschen ist es jedoch wichtig, nicht nur am Studienort mobil zu sein, sondern auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln kostengünstig vom Heimatort an den Studienort zu gelangen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher fordern wir als Liste Burgenland eine Ausweitung des Semestertickets wie folgt:

Anhebung des TOP-Jugendtickets von 24 auf 26 Jahre. Zusätzlich zu den bisherigen Nutzungsberechtigten sollen auch Studenten bis zum 26. Lebensjahr mit Hauptwohnsitz im Burgenland ein TOP-Jugendticket in Anspruch nehmen können. Für Studierende in der Steiermark müssen die gleichen Konditionen gelten, wie in der VOR-Region Wien, NÖ und Burgenland.

Studierende dürfen hier keinesfalls um ein Vielfaches mehr bezahlen, als den Preis des TOP-Jugendtickets. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Mag.a Regina Petrik ist die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke. Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es? Es geht schon um eine aktuelle Frage, weil auch in den Ferien wollen Studierende kostengünstig zu ihrem Heimatort gelangen, aber sonst geht es einmal generell um die Möglichkeit der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln für Jugendliche, die noch in Ausbildung sind.

Ich finde interessant, wenn wir hier wieder Antrag und Abänderungsantrag gegenüberstellen. Der Antrag der ÖVP lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, die „Semesterticket“-Förderung von burgenländischen Studierenden, zusätzlich zur

Unterstützung bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel am Studienort, auf die Strecke vom Heimat- zum Studienort auszuweiten, sowie eine Online-Beantragung des Zuschusses zu ermöglichen.

Der Abänderungsantrag geht auf die Frage der Fahrten zwischen Studienort und Heimatort gar nicht ein, sondern lautet, es ist dann eben ein anderer Antrag, aber wird als Abänderungsantrag hier eingebracht: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine Erweiterung der Nutzungsberechtigung des TOP-Jugendtickets auf Studierende und eine Ausweitung des Geltungsbereiches auf ganz Österreich hinzuwirken. Nun das ist jetzt nichts Neues. Das wollen alle seit langer Zeit. Das haben wir auch schon in der kurzen Zeit, in der ich erst hier im Hohen Haus mitarbeiten darf, schon diskutiert. Ist das ein Eingeständnis, dass die Landesregierung in dieser Sache leider bis jetzt noch nichts weitergebracht hat und darum noch einmal aufgefordert werden muss, Richtung Bundesregierung tätig zu werden? Dort sitzt aber auch die gleiche ÖVP-Ministerin, mit der es schon im Herbst 2013 keine Einigung gab.

Täglich grüßt das Murmeltier. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*Aber, worin wir alle einig sind, ist, das scheint mir doch so, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel muss für Jugendliche, so lange sie in einer Ausbildung sind, billiger werden. Ich nehme an, wir sind auch darin einig, dass es gerade für das Burgenland wichtig ist, dass der Bezug zur Heimatgemeinde bei jungen Menschen, die eine Ausbildung in einiger Entfernung absolvieren, nicht daran scheitern darf, dass sie sich die Fahrkarten für die Heimreise nicht leisten können.

Wir brauchen es dringend, dass unsere Jugendlichen den kontinuierlichen Kontakt zu ihrer Heimatgemeinde auch wirklich leben können. Ich erlebe das auch bei meinen eigenen Kindern. Auch wenn das nicht die einzige Kompetenz ist, die ich aufweisen kann.

Es muss immer mitgerechnet werden, wieviel das Monatsbudget jetzt die Fahrt nach Hause und wieder in den Studienort kostet und das ist manchmal ein beträchtlicher Prozentsatz. Wir scheinen hier weitgehend inhaltliche Einigkeit zu haben.

Der Unterschied, die ÖVP fordert die Landesregierung auf und die SPÖ fordert die Bundesregierung auf. Die ÖVP will, dass der SPÖ Landeshauptmann tätig wird, die SPÖ will, dass die ÖVP Ministerin tätig wird. Bei diesem Ping Pong Spiel des Zuschiebens von Verantwortung zwischen SPÖ und ÖVP bleibt aber eines auf der Strecke, nämlich, das eigentlich gemeinsame Anliegen und in dem Fall die betroffenen Jugendlichen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie kommt man nun aus diesem Dilemma heraus? Wir haben seitens der Grünen jetzt auch schon einen neuen Vorschlag dafür eingebracht, hier auch noch einen Schritt weiter zu gehen. Unser Vorschlag würde allen Burgenländerinnen und Burgenländern helfen, nämlich, den Jungen, den Älteren und den Alten. Wir schlagen vor, dass das, was für die Schülerinnen und Schüler in der Ostregion mit dem TOP-Jugendticket um 60 Euro im Jahr bereits erfolgreich umgesetzt wurde, Gratulation dazu, für alle ÖFFI-Fahrgäste in der Ostregion möglich gemacht wird. Wir wollen ein 365 Euro Ticket für die gesamte Ostregion, das also in Wien, NÖ und Burgenland gültig ist. In jenen Bundesländern also, die im Verkehrsverbund Ostregion bereits zusammen arbeiten. Ich weiß schon, das ist jetzt noch nicht die Lösung für diejenigen, die in die Steiermark pendeln, aber das muss man dann als nächstes verhandeln. Wir beziehen uns jetzt einmal auf einen bereits vorhandenen Organisationskörper.

In der Niederösterreichischen Landesregierung wurde bereits ausgerechnet, was die Umsetzung dieser grünen Idee kosten würde. Insgesamt ging es da um 86,5 Millionen Euro für die gesamte Region. Das ist, wenn man es sich genau anschaut, ein Bruchteil

dessen, was in der Ostregion, zum Beispiel, von Bund und Ländern in den weiteren Straßenbau gebuttert wird.

Laut Aufteilungsschlüssel in den drei Bundesländern würden davon 12 Prozent auf das Burgenland fallen. Die Aufteilung ist immer 44 Prozent Wien, 44 Prozent Niederösterreich, 12 Prozent das Burgenland. Das sind 10,38 Millionen Euro. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Vergleich zu kleineren Umfahrungsstraßen ist es ein jetzt nicht so großer Betrag, in dessen Genuss aber alle Burgenländerinnen und Burgenländer kommen können. Natürlich würde es wieder eine Herausforderung für das Budget bedeuten, aber man muss manchmal Prioritäten setzen. Unser Vorschlag ist die Priorität beim Ausbau und beim günstigen Anbieten von Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel einzusetzen.

Wir hätten damit auch für die Jungen einen großen Wurf und vor allem eine entscheidende Vereinfachung gebracht, weil der Tarifdschungel auch jetzt nach der Tarifreform des VOR noch ein gewaltiger ist. Wir schlagen vor, wenn es ein gemeinsames Anliegen gibt, dann soll es nicht in Zänkereien und Zuständigkeit oder Fehlverhalten aufgehen, sondern dann soll es gemeinsam umgesetzt werden.

Ich bin neugierig, zu welchem Ziel wir beim Antrag der Grünen, der dann in der nächsten Landtagssitzung debattiert wird, in unseren Gesprächen kommen. Vielleicht ist es ja doch das 365 Euro Ticket, wo man ein ganzes Jahr lang im ganzen Verbundraum Wien, NÖ, Burgenland umwelt- und klimaschonend und sicher mobil sein kann. Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Obwohl die ÖVP erst eine recht junge Oppositionspartei im Lande ist, ist sie dennoch in kurzer Zeit zu einer Altfordererpartei für mehr Geld für alles Mögliche mutiert. Keine Frage, die Forderungen hängen oft natürlich fast auch immer mit sachlichen Themen zusammen oder sind es schlicht weg populistische Fallen. Man weiß es nicht genau. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber all diese Forderungen in den letzten Monaten zeigen auch immer wieder, was die ÖVP in den letzten Jahren versäumt hat und was auch jetzt auf Bundesebene von der ÖVP nicht erledigt beziehungsweise eingehalten wird, obwohl es im Koalitionspapier vereinbart wurde und in der Kompetenz der ÖVP liegt. *(Abg. Mag.a. Michaela Resetar: Bei deinen Kollegen!)* Nämlich, die Ausweitung des TOP-Jugendtickets auf die Studenten.

Heute geht es natürlich mit der Förderforderlawine weiter - eben mit der Ausweitung des Semestertickets für burgenländische Studierende. Was aber auffällt und was typisch jetzt schon für die Wirtschafts-ÖVP ist, dass sie nicht wissen, wie man sämtliche Forderungen, die gestellt wurden, finanzieren will oder was die Forderungen kosten. Auch bei der Ausweitung der Förderung des Semestertickets laut der ORF-Pressemeldung.

Solche Aussagen von einer Wirtschaftspartei sind sehr verwunderlich. Hier kann man nicht von einer starken Wirtschaft von Seiten der ÖVP reden oder sind das Populismusfallen? *(Abg. Mag.a. Michaela Resetar: Endlich kommt einmal eine!)*

Finanziell zu Tode gewirtschaftet oder gefördert oder gefordert ist nämlich auch gewirtschaftet. Wenn das das Ziel der ÖVP ist, Forderungen am laufenden Band zu

produzieren, wo immer mehr Geld gefordert wird, grenzt dies in gewisser Weise an eine fahrlässige Tötung des Burgenlandes im wirtschaftlichen ÖVP Sinn.

Oder sind dies Populismusfallen? So kann von einer starken Wirtschaft, wie sie von der ÖVP gerne gesehen wird, keine Rede sein und auch nicht infolge von einem starken Land. Es gibt eine starke Wirtschaft im Burgenland. Die Zahlen beweisen und sagen das. Hier wird gut Funktionierendes einfach madig gemacht. Das hat sich das Burgenland nicht verdient. Hier versucht man wieder einmal Kosten und Verantwortung auf das Land abzuwälzen, anstatt die eigene ÖVP-Ministerin in die Pflicht zu nehmen und vehement das Top-Jugendticket für Studierende einzufordern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Kollege Fazekas, die Ministerin pfeift anscheinend auf die jungen Studenten. *(Abg. Patrik Fazekas: Warum?)* Ich denke, dass das Land Burgenland seine Hausaufgaben macht, indem für die Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln am Studienort das Semesterticket zu 50 Prozent gefördert wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Junge Menschen brauchen Rahmenbedingungen, die eine Grundlage für ein Leben in sozialer Sicherheit sind. Voraussetzung dafür ist eine gute Ausbildung. Junge Menschen müssen daher in ihrer Ausbildung gefördert und unterstützt werden. Deshalb gibt es einen Zuschuss für das Semesterticket von Seiten des Landes für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel am Studienort.

Was gar nichts kostet, ist auch nichts wert, denke ich. Man sollte auch nicht einen gewissen Leistungsgedanken außer Acht lassen. Jeder Schritt, den man im Leben setzt oder tut, muss nicht unbedingt mit einer Förderung zusammen hängen. Ich bin eher der Meinung, es soll eine leistungsstarke Gesellschaft heranwachsen und man muss nicht alles jedem und jeder hinterher werfen. Es haben Leute ihr Studium geschafft, wo die Zeiten viel schlechter und nicht so rosig waren. Dennoch möchte die ÖVP auf der einen Seite die Gewerkschaft abschaffen, also passt hier einiges nicht zusammen. *(Abg. Patrik Fazekas: Zwangsbeglückung!)* Andererseits, wenn man die Klientelpolitik der ÖVP betrachtet, passt doch wieder alles zusammen.

Ich glaube nicht, dass die Ausweitung der Förderung in irgendeinem Zusammenhang mit der Abwanderung steht und sie dadurch eingedämmt werden könnte. *(Abg. Markus Ulram: Wird doch schon zu 50 Prozent finanziert!)* Aus dem Südburgenland würde kein Student täglich oder mehrmals während der Woche von Wien pendeln. Wir alle kennen das Studentenleben. Hier braucht man sich nicht der Realität zu verschließen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist ein schöner Wunschgedanke und es sind Träumereien, dass die Ausweitung die Attraktivität des Wohnortes steigt, die Nahversorgung in den Gemeinden gestärkt wird und die Kaufkraft in den Gemeinden bleibt. Das mag vielleicht für die Bezirke Neusiedl am See und Eisenstadt gelten oder noch vielleicht für Mattersburg, jedoch nicht für das Südburgenland. *(Abg. Markus Ulram: So ein Blödsinn!)* Leider ist der Bürgermeister beim Mittagessen,, der könnte aus der Praxis sicher mehr die Sichtweise erzählen. Generell kommen die Studenten nicht zu jedem Wochenende nach Hause, das wissen wir. Aber generell zahlen Traditionsfesten in den Gemeinden. Ich denke nicht, dass die Studenten durch die Ausweitung der Förderung öfters nach Hause kommen. Zumal bilden auch die Pendler mit den Studenten oder Studenten untereinander Fahrgemeinschaften. Auch das ist Tradition im Südburgenland.

Sollte es dennoch etwas bringen, dass dadurch die Studenten öfters nach Hause kommen und dies ernsthaft im Interesse der Gemeinden liegt, steht es den Gemeinden

natürlich frei, den Studenten analog zur Landesförderung einen Zuschuss zu gewähren. *(Abg. Patrik Fazekas: Graue Zukunftsmusik!)*

Herr Kollege Fazekas! Ich könnte mir gut vorstellen, dass sie in den ÖVP-geführten Gemeinden eine Initiative starten, damit die Studenten einen Zuschuss bekommen für die Mobilität vom Heimatort zum Studienort, damit die Attraktivität des Wohnortes steigt, damit die Nahversorger gestärkt werden und die Kaufkraft in der Gemeinde bleibt. Einige Gemeinden gibt es ja, auch unsere in Deutsch Schützen, die einen Teil zum Semesterticket sowieso zuschießen.

Abschließend, sehr geehrte Damen und Herren: Leider wurde das Anliegen der Jugendlichen, die Ausweitung des Top-Jugendtickets, von der Ministerin auf das Abstellgleis gestellt. Wir nehmen diesen ÖVP-Umfaller jedoch nicht zur Kenntnis. Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung erneut heranzutreten, um eine Erweiterung des Top-Jugendtickets auf Studierende auf ganz Österreich hinzuwirken. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Nächste zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Patrik Fazekas.

Ich bitte um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Wiesler! Ich finde es sehr schade, dass Sie sich herstellen und von populistischen Fallen reden. Das, was Sie gerade gemacht haben, ist Populismus. Wir gehören zu jenen, die die Anliegen der jungen Generation ernst nehmen. Sie gehören zu denjenigen, die auf die Anliegen der jungen Generation pfeifen. *(Unruhe bei einigen Abgeordneten - Beifall bei der Abgeordneten Mag.a Michaela Resetar.)*

Ein Satz zur Finanzierung. Wir haben es heute gehört, ich darf erinnern, Verluste bei Zinsswaps innerhalb von acht Jahren in Höhe von 36,3 Millionen Euro, der Rechnungshof hat berichtet, dass 112 Millionen Euro jährlich in Beteiligungen fließen, wo man nicht weiß, wo die Gelder wirklich hinfließen. Ich glaube, alleine wenn man sich diese Fakten ansieht, könnte man schon die Finanzierung auf die Beine stellen.

Geschätzte Damen und Herren! Die demographische Entwicklung hat vielfältige und sehr weiterreichende Auswirkungen auf sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen, des politischen und auch des wirtschaftlichen Lebens. Insofern sollte es für uns als politische Entscheidungsträger von großer Bedeutung sein, Trends, die wir hier, auch im Burgenland erleben, richtig abschätzen zu können.

Gerade der ländliche Raum, gerade das Burgenland, steht vor einer großen Herausforderung, nämlich, der steigenden Abwanderung und das gerade im Bereich der jungen, einer sehr aktiven Bevölkerungsgruppe. Die Gründe dafür sind beispielsweise ein fehlendes Verkehrsangebot, aber auch die immer wieder steigenden Mobilitätskosten. Deswegen ist für mich der Ausbau von leistbaren Mobilitätskonzepten von großer Bedeutung. Ziel muss es sein, meine geschätzten Damen und Herren, dass der Lebensraum attraktiver gestaltet wird, dass die Bedürfnisse der jungen Generation erfüllt werden.

Besonders eine Schicht innerhalb der vorher erwähnten sehr aktiven Bevölkerungsgruppe im Burgenland bedarf einer spezielleren Konzentration, das sind die Studierenden. In Anbetracht der Tatsache, dass die Mobilitätspreise und -kosten von Jahr zu Jahr immer wieder steigen, dass Studierende darüber hinaus sehr hohe Kosten zu tragen haben, gilt es jene Gruppe zu unterstützen. Ich weiß, das Land tut das in einem

gewissen Ausmaß, bis zu einem gewissen Grad. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der hier vorliegende Antrag beschreibt es. Das Land gewährt Studierenden, die außerhalb des Burgenlandes studieren, ein Studium absolvieren, eine Förderung zu den Kosten für die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln in Höhe von 50 Prozent. Wir haben es heute schon gehört, so weit, so gut. Der Haken liegt, meiner Meinung nach, im Detail, denn der Zuschuss gilt nur für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel am Studienort. Ebenso wichtig, meine geschätzten Damen und Herren, ist es mir, dass die Studierenden mit öffentlichen Verkehrsmitteln kostengünstig vom Heimatort an den Studienort gelangen können und gleichzeitig auch all jene eine Unterstützung erfahren, die an einen der zwei Fachhochschul-Burgenlandstandorten in Eisenstadt, in Pinkafeld studieren, preisgünstig zum Studienort gelangen können. Denn jene bekommen derzeit keine Unterstützung.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn wir wollen, dass die Lebensqualität der jungen Generation im Burgenland steigt, dann braucht es nachhaltige Mobilitätskonzepte zur Entlastung der Jugendlichen im Burgenland. Daraus resultiert nicht nur eine Steigerung der Lebensqualität, sondern auch eine gezielte Maßnahme gegen die fortschreitende Abwanderung, die wir hier im Burgenland erleben. Gleichzeitig kann damit, meiner Meinung nach, auch die Attraktivität des Wohnortes gesteigert werden. Die Nahversorgung kann in den Gemeinden gestärkt werden, weil mehr Kaufkraft im Burgenland beziehungsweise in den Orten bleibt.

Ich weiß, dass wir in diesem Hohen Haus bereits einige Male die Ausweitung des Top-Jugendtickets, bzw. die Einführung eines Studententickets, diskutiert haben. Gemündet hat diese Diskussion darin, dass Verantwortungen weggeschoben wurde. Wenn ich mir den heutigen Abänderungsantrag von Rot-Blau durchlese und anschaue, dann werde ich das Gefühl nicht los, dass speziell diese beiden Parteien das sogenannte Florianiprinzip der Politik besonders gut inhaliert haben, denn dieses bezeichnet jene Verhaltensweisen, die potenziellen Gefahrenlagen, und das ist meiner Meinung nach die Abwanderung, nicht löst, sondern auf eine andere Ebene verschiebt.

Ich persönlich, meine geschätzten Damen und Herren, definiere Politik und meine Politik als Abgeordneter im Burgenland nicht darin, dass man Verantwortungen wegschiebt, dass man Grenzen aufzeigt, sondern darin, dass man Trends, die eventuell nicht so positiv sich auf ein Land, wie das Burgenland, auswirken, und das ist die Abwanderung, meiner Meinung nach, darstellen, , rechtzeitig zu erkennen, um dann eigenständige Möglichkeiten zu schaffen, um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken.

Gerade im Bereich der Mobilität ist es, meiner Meinung nach, wichtig, dass man eigene Möglichkeiten ausschöpft. Es reicht nicht aus, dass man Verantwortungen wegschiebt und der heimischen Jugend keine Anreize gibt, hier zu bleiben. Ein Bereich, der im rot-blauen Abänderungsantrag keine Berücksichtigung gefunden hat, ist die Ermöglichung einer Online-Beantragung des derzeitigen „Semesterticket“-Zuschusses über ein Online-Portal des Landes. Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung, wo man Bankgeschäfte, wo man Buchungen, wo man Reisen oder Einkäufe über das Internet abwickelt. Gerade in Zeiten wie diesen sollte es möglich sein, dass man auch Förderansuchen direkt über eine Plattform stellen kann.

Um etwaigen Missinterpretationen jetzt entgegen zu wirken: Unter dieser Plattform verstehe ich nicht eine Internetseite, wo man sich eine pdf-Datei herunterladen kann, diese ausdrucken muss, ausfüllen muss, einscannt und dann an eine E-Mail Adresse

schickt, sondern eine Oberfläche, wo man direkt, bequem, einfach, besser, schneller und effizienter eine Förderung abwickeln kann.

Ich darf an das letzte Jahr erinnern, wo der Herr Landeshauptmann höchstpersönlich sich zum Ziel gesetzt hat, besser, schneller, effizienter und dadurch überall bürgernäher zu werden. Insofern sollte die Zustimmung zu diesem Punkt kein Problem darstellen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Da sich der Abänderungsantrag, den ich gleich einbringen werde, mit zwei Punkten befasst und ich annehme, dass rot-blau sich nicht verantwortlich fühlt, eigenständige Mobilitätskonzepte zu verwirklichen, appelliere ich, dass zumindest diese Online-Plattform unterstützt wird.

Ich stelle daher den Antrag auf getrennte Abstimmung gemäß der Geschäftsordnung, damit das Versprechen des Herrn Landeshauptmannes keine leere Worthülse bleibt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Vision von unserem Burgenland lautet, wir müssen wachsen, wo andere schrumpfen. Es bleiben immer weniger junge Menschen im Burgenland. Wenn wir dem entgegenwirken wollen, müssen wir selbst handeln anstatt Verantwortungen wegzuschieben. Ein erster Schritt, der das ermöglicht ist es, Mobilität für Jugendliche beziehungsweise Studierende zu fördern, um junge Menschen an unser Land zu binden. Deswegen mein Abschlussappell. Rot-blau, pfeif nicht auf die Anliegen der Jungen. Ich stelle den Antrag auf getrennter Abstimmung gemäß der Geschäftsordnung und darf die Beschlussformel des Abänderungsantrages verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, die „Semesterticket“-Förderung von burgenländischen Studierenden, zusätzlich zur Unterstützung bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel am Studienort, auf die Strecke vom Heimat- zum Studienort auszuweiten, sowie eine Online-Beantragung des Zuschusses über das Online-Portal des Landes Burgenlands zu ermöglichen.

Danke schön! *(Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen mit einbezogen.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Edith Sack: Jetzt pfeif Du ihnen etwas!)*

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Fazekas! Ich kann es nur immer wieder betonen: Die Ausweitung des Top-Jugendtickets steht im Regierungsübereinkommen der Bundesregierung!

Das ist nicht irgendein Papier. Ich weiß nicht, ob die ÖVP das noch immer nicht kapiert hat, dass das dort steht und einfach das Regierungsübereinkommen nicht akzeptiert, aber ich werde euch mit ein paar Fakten auf die Sprünge helfen. Ich bin eher der Typ, der Fakten auf den Tisch legt und dann darüber redet, wie die ganze Sache ausschaut! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Die heutige Entschließung ist ein wichtiger Schritt, um die Mobilität junger Menschen leistbarer zu gestalten. Wie wir gehört haben, in

den meisten Fällen sind die Jugendlichen gezwungenermaßen mobiler durch Schule, Studium, Arbeitsplatz, Berufsschule. Neben einem guten Ausbildungsplatz oder Job und den eigenen vier Wänden, die man sich schaffen möchte, ist natürlich Mobilität eine Grundvoraussetzung, um sich als junger Mensch ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.

Um hier bei den Jugendlichen unter die Arme zu greifen, hat das Land Burgenland wichtige Meilensteine gesetzt. Diese wurden bereits genannt. Meilensteine, die sich im Ländervergleich sehen lassen können, die nicht selbstverständlich sind und die wir uns sicher von keinem madig reden lassen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mit der „Semesterticket“-Förderung unterstützen wir die Studentinnen und Studenten die außerhalb des Burgenlandes ein Studium an einer Universität, Hochschule oder Fachhochschule absolvieren mit einer Förderung von 50 Prozent des Semestertickets oder der Semesternetzkarte genannt. Rund 5.500 jungen Menschen hat das Land Burgenland in den letzten beiden Semestern damit geholfen. Viele Gemeinden leisten hier eine vorbildliche Jugendarbeit. Das gehört gesagt, weil viele Gemeinden übernehmen die restlichen 50 Prozent. Dafür ein großes Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber, da im Vorfeld wieder diese aufgezwungene Oppositionsrhetorik vorgeführt wurde, werde ich jetzt, wie bereits gesagt, einen Faktencheck durchführen. Wie bereits gesagt, greift eine überragende Mehrzahl an Gemeinden greift den Studierenden unter die Arme. Seit dem Jahr 2012 ist auch meine Heimatgemeinde dabei. Wir haben in Gols, im Jugendkongress das beschlossen. Ich habe den Antrag eingebracht und er ist einstimmig angenommen worden.

Aber betrachtet man die Gemeinden die das nicht machen, so wird man eine prominente Stadt finden, nämlich Eisenstadt. Hier gibt es keinen zusätzlichen Zuschuss zum Semesterticket *(Abg. Ewald Schnecker: Da schau her.)* und ich frage mich, warum das so ist? Es gehört schon sehr viel dazu sich dann her zu stellen und den Verfechter der leistbaren Mobilität zu spielen *(Abg. Ingrid Salamon: Im eigenen Haus.)* und im eigenen Wirkungsbereich nicht das Geforderte umzusetzen. Wie heißt es so schön, Wasser predigen und Wein trinken. *(Abg. Doris Prohaska: Na das ist das Florianiprinzip, oder? – Abg. Günter Kovacs: Das ist unglaublich, Wahnsinn.)* Das ist es, genau.

Neben dem günstigen Semesterticket - und das ist auch nicht gesagt worden - beteiligt sich das Land Burgenland an der Finanzierung der Hochschülermonatskarte für Studierende aus dem Burgenland mit einem Kostenbeitrag von rund 184.000 Euro pro Studienjahr. Und das trägt dazu bei, dass Studierende aus dem Burgenland ihre Hochschülermonatskarten um 30 Prozent bereits vergünstigt schon bekommen. Durch die Finanzierungsbeteiligung des Landes Burgenlands werden die Hochschülermonatskarten auch in den Ferienmonaten vergünstigt angeboten. Dies stellt wiederum einen wesentlichen Vorteil für Studierende dar. In Summe wurden hier vom Land Burgenland für die Hochschülermonatskarten 1,4 Millionen Euro aufgewendet. Dadurch konnten bisher 11.000 Monatskarten durch das Land Burgenland gefördert werden. Somit werden Studierende für die Fahrtstrecke zum Studienort indirekt bereits unterstützt. Diesen vorbildlichen Weg werden wir als Land Burgenland natürlich selbstverständlich fortschreiten.

Oft auch schon genannt, natürlich nicht zu vergessen das Top-Jugendticket für alle, Lehrlinge und Schülerinnen und Schüler unter 24 Jahren, mit dem sie um 60 Euro ein Jahr lang zur Schule oder zur Arbeit auf allen Strecken in Wien, Niederösterreich und dem

Burgenland sich bewegen können. Es ist ein wichtiger Entlastungsimpuls für Schüler und Schülerinnen und Lehrlinge, aber auch für die Eltern.

Natürlich wollen wir noch besser auf die Mobilitätsbedürfnisse von Jugendlichen eingehen und dafür sorgen, dass Mobilität nicht zum Privileg einiger Weniger wird. Und deshalb ist es ja gerade so wichtig, dass wir eine Ausweitung des Top-Jugendtickets auf alle jungen Menschen in Ausbildung unter 26 Jahren in ganz Österreich haben - Thema Steiermark – und das würde natürlich eine beträchtliche Entlastung für junge Menschen bringen. Wie gesagt, obwohl das im aktuellen Regierungsübereinkommen drinnen steht, ist es noch immer nicht passiert. Hier hat die ÖVP-Familienministerin Karmasin die gesetzten Mittel aus dem FLAF, aus dem Familienlastenausgleichsfonds, einfach nicht freigegeben und damit bleiben die Jugendlichen auf der Strecke.

Wir haben im vergangenen Jahr, also der Burgenländische Landtag hat im vergangenen Jahr in seiner Sitzung vom 29. Jänner 2015 dieses Thema bereits behandelt und mit den Stimmen der ÖVP wurde beschlossen, dass die Landesregierung an die Bundesregierung herantritt um eine Erweiterung der Nutzungsberechtigung des Top-Jugendtickets zu erwirken. Und heute möchten wir eben erneut ein Signal nach Wien schicken.

Im Laufe des letzten Jahres haben wir deshalb zusätzlich mehrere Initiativen gestartet um die Bundesregierung in die Pflicht zu nehmen. Uns haben verschiedene Organisationen und 2.000 Menschen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten dabei unterstützt und jetzt gilt es diesen Druck noch zu erhöhen.

Wer Erfolge für Burgenlands Jugend erzielen möchte, der muss zusammenarbeiten. Und durch eine Politshow wurden in der Vergangenheit noch nie Arbeitsplätze, noch Ausbildungsplätze, noch das Top-Jugendticket geschaffen, also keine Erfolge für die Jungend erzielt und ich sage bewusst Politshow.

Zum Abschluss eine brisante Statistik, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den 171 Gemeinden im Burgenland sind 20 Gemeinden dabei die das Semesterticket nicht fördern, die andere Hälfte, und davon sind 15 Gemeinden der ÖVP zugehörig.

Also was ist das für eine Politshow da? *(Abg. Günter Kovacs: Das ist ja unglaublich.)* Also bitte vor der eigenen Haustüre kehren, bevor man die Arbeit des Landes schlechtredet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Unruhe bei der ÖVP)*

Erfolge erzielt man nicht durch eine Show, Erfolge erzielt man gemeinsam. Und deshalb lade ich alle noch einmal ein, die sich wirklich für leistbare Mobilität einsetzen, gemeinsam für dieses längst überfällige Top-Jugendticket einzusetzen damit Mobilität leistbar für alle wird und nicht zum Privileg einiger Weniger wird. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Landesrat Mag. Norbert Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr verehrten Herren und Frauen Abgeordneten! In aller Kürze.

Herr Abgeordneter Fazekas, Sie werden ja nicht glauben, dass durch ein Ticket von Kroatisch Minihof nach Wien die Abwanderung gestoppt werden kann? Das hat andere Gründe und das sind auch Gründe die wir auch auf anderer Ebene zu beraten haben. *(Abg. Ilse Benkö: Die Realität ist anders.)*

Ich war selbst Student, ich bin nie in den Genuss gekommen, dieses jetzigen Ticket insgesamt, das möchte ich schon sagen und das ist in der Diskussion ein bisschen untergegangen, ohne dass ich jetzt wen kritisieren möchte, aber das ist nicht unsere Aufgabe grundsätzlich. Wir machen sie aber gerne. 50 Prozent der Kosten abzudecken durch das Land ist nicht unsere Aufgabe, sondern es ist eine freiwillige politische Leistung und zu der stehen wir und da war ja auch Ihre Partei dabei wie das beschlossen wurde. Und ich freue mich, dass das auch so passiert ist und ich stehe auch dazu, es ist eine gute Leistung für die Studentinnen und Studenten und für die Burgenländerinnen und Burgenländer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Und damit würde die Abwanderung auch nicht gestoppt?)*

Bitte? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Und damit würde die Abwanderung auch nicht gestoppt, Ihrer Meinung nach?)* Nein, aber es ist eine gute Leistung, die haben Sie ja mitbeschlossen. *(Heiterkeit bei der ÖVP - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das kommt auf dasselbe heraus.)* Sie sollten sich nicht schämen für das was Sie in der Vergangenheit auch mitbeschlossen haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das kommt auf dasselbe heraus.)*

Das Thema ist zu ernst. Es ist einfach eine Leistung *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war ja auch höchst polemisch.)* die das Land bildet. Ich möchte, nachdem der Kollege Brandstätter eigentlich inhaltlich schon alles gesagt hat, möchte ich nur kurz darauf hinweisen, dass wir momentan in der Situation sind, ja, in vielen Bereichen, im Sozialbereich, Gesundheitsbereich aber auch in anderen Bereichen, dass der Bund alles auf uns abwälzen möchte und Maßnahmen die er verspricht - und das gilt jetzt auch für meine Partei - nicht einhält, ja.

Beim AMS sehe ich es am deutlichsten, pausenlos wird gesagt, na gut wir kürzen die Leistungen und dann? Ja das Land kann sich das nicht leisten, dass die Leistung zurückgefahren wird. Dann macht das halt das Land und ehrlich gesagt, es geht einfach nicht mehr, ja. Ehrlich gesagt, dass dieses Top-Jugendticket vom Bund versprochen wurde und in dem Bereich auch umzusetzen ist, das ist eine Forderung die aus meiner Sicht berechtigt ist und in diesem Antrag auch zum Ausfluss kommt. Zweiter Punkt: noch einmal gesagt, das ist eine Leistung des Landes. Mir ist schon klar, positive Leistungen werden nie gut bewertet, weil das irgendwann einmal abgehakt wird, aus, ja.

Wir haben im Jahr 2009 angefangen ungefähr einen Schnitt von 580.000 Euro über 600.000, 416.000, jetzt momentan 400.000 Euro pro Jahr bezahlt für dieses Semesterticket der jungen Menschen, die in Wien als Burgenländerinnen und Burgenländer studieren und die damit auch in den Genuss dieser Leistungen kommen.

Dieser Genuss der Leistungen ist kein geringer. Es sind immerhin 5.500 Anträge die im Durchschnitt pro Jahr gestellt werden. Aus meiner Sicht ist es ein wesentlicher Beitrag dazu, dass auch Burgenländerinnen und Burgenländer in Wien dazu kommen können, studieren zu können und vor allem auch eine Leistung die für sozial Schwächere ausgeformt ist.

Aber noch einmal gesagt zum Schluss kommend: Wir fordern vom Bund eben diese ergänzende Maßnahme, wir leisten sehr viel mit 50 Prozent, der Bund sollte durchaus in dem Sinn, auch wie es im Antrag drinnen steht, diese Leistung vom Land in die Landeshauptstadt oder wo auch immer hin, oder in die Stadt wo halt die Universität ist, mitbezahlen. Aber das können wir jetzt aus meiner Sicht nicht mehr stemmen.

Wir haben mit unserem Beitrag von 50 Prozent, eine super Leistung aus meiner Sicht geboten und dazu stehen wir auch und deswegen ist dieser Antrag der heute hier

auch zu Abstimmung gelangt aus meiner Sicht sehr gerechtfertigt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor. -

Ebenso wurde vom Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas zu seinem eingebrachten Abänderungsantrag ein Antrag auf getrennte Abstimmung eingebracht. In der Beschlussformel des Abänderungsantrages gibt es zwei Punkte. Es soll demnach laut Antrag über jeden Punkt extra abgestimmt werden.

Ich lasse daher über den Punkt 1 der Beschlussformel des von Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas eingebrachten Abänderungsantrages abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Punkt 2 der Beschlussformel des von Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas eingebrachten Abänderungsantrages abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordnete die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Die Entschließung betreffend Ausweitung des Top-Jugendtickets ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 446) betreffend Aufstockung der amtlichen Naturschutzorgane (Zahl 21 - 306) (Beilage 469)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum 11. Punkt der Tagesordnung. Die Berichterstattung über den 11. Punkt der Tagesordnung, den Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 446, betreffend Aufstockung der amtlichen Naturschutzorgane, Zahl 21 - 306, Beilage 469 die wird von Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl vorgenommen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Klaudia Friedl: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Aufstockung der amtlichen

Naturschutzorgane, in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Aufstockung der amtlichen Naturschutzorgane, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Wir hätten den Antrag eigentlich schon viel, viel früher einbringen müssen, aber in gutem Vertrauen und Versprechen von Zusagen von der Landesrätin Eisenkopf auf Verbesserungen haben wir uns hier Zeit gelassen. Leider ist bis heute nichts passiert, im Gegenteil, es ist sogar immer schlechter geworden.

Früher waren einmal sechs bis sieben Naturschutzorgane in den sieben Bezirken zuständig, im Moment aktuell sind es drei und zwar in Eisenstadt, in Mattersburg und zusammengelegt in Jennersdorf und Güssing. Einer davon ist aktuell gerade auf Urlaub, das heißt es gibt im Moment zwei, die sich um den amtlichen Naturschutz im Land kümmern.

Das ist eigentlich eine mehr als traurige Nachricht. Auch deshalb, weil der Naturschutz immer mehr Bereiche umfasst und immer mehr wichtige Punkte umzusetzen hätte. Wir beschließen ja nicht umsonst im Land regelmäßig auch Verschärfungen im Naturschutz, zusätzliche Gesetze, Verordnungen, die irgendjemand der eigentlich auch dann vor Ort handhaben, sanktionieren, anzeigen oder kontrollieren soll.

Ich lasse mir einreden, dass man Jennersdorf und Güssing zusammenlegt, das ist sicher eine Kompromissvariante, aber sechs Naturschutzorgane im Land sind doch wesentlich notwendig, mindestens notwendig.

Wesentlich ist das nicht nur um jetzt auf der einen Seite, natürlich schon dem Naturschutz das Gewicht zu geben das er braucht um Pflanzen und Tiere zu schützen vor dem Zugriff der Menschen und letztendlich brauchen wir den Naturschutz auch für den Tourismus ganz stark. Nicht nur für den Tourismus, auch für unsere eigene Lebensqualität. Wir leben ja, die meisten von uns nicht umsonst gerne am Land, rundherum Natur pur möglichst. Der Tourismus ist deswegen auch ein erwähnenswerter Punkt, weil der Tourismus, was Natur erleben, in der Natur Urlaube machen, immer mehr Gewicht bekommt. Wir haben mit den Naturparken und den Naturschutzgebieten teilweise Leute die kommen extra deswegen. Die kommen wegen dem Vogelzug, die kommen wegen den Besonderheiten landauf, landab, die wir alle haben. Ihr kennt sie selber alle, weil Ihr sie jeden Tag hoffentlich genießen könnt.

Es braucht dazu, wie gesagt, diese amtlichen Naturschutzorgane. Es braucht sie auch aus einem noch weiteren Punkt. Wir hatten bis vor kurzem einen Umweltanwalt, der hieß Hermann Frühstück. Der Hermann Frühstück ist zwar in Pension gegangen, aber wer

ihn kennt weiß, dass er nicht in Ruhestand gesetzt wurde, sondern jetzt dabei ist, Naturschutzorgane ehrenamtlich aufzubauen.

Das ist in den letzten Jahren ein bisschen vernachlässigt worden hier darauf zu schauen. Hermann Frühstück schaut gerade, dass das wieder funktioniert. Das hat aber nur einen Sinn wenn analog zu diesen Ehrenamtlichen, die sehr oft sehr gute Arbeit machen, auch amtliche Naturschutzorgane zur Verfügung stehen für sie, um Problemstellungen, Anzeigen und Ähnliches weiter zu leiten. Das macht natürlich für die Menschen vor Ort einen Unterschied ob ein ehrenamtliches Naturschutzorgan vor ihnen steht, oder eben ein Mitarbeiter der Bezirkshauptmannschaft.

Ich weiß auch von den Bezirkshauptmannschaften, dass die dringend diese Naturschutzorgane brauchen, weil immer wieder Problemstellungen an sie herangetragen werden, die sie ohne Naturschutzorgane nur sehr schwer erfüllen können.

Laut meinen Informationen hat es auch Versuche gegeben Naturschutzorgane einzustellen beziehungsweise es gab Ausschreibungen, leider hat sich da keiner gemeldet, das liegt aber nicht daran, weil es niemanden gibt, der diesen Job gerne machen würde, sondern, soweit mir bekannt ist, ist es einfach an der Einstufung der Lohn- und Gehaltspyramide gelegen. Der Anreiz ist da einfach nicht hoch genug, beziehungsweise weiter unter dem was eigentlich notwendig ist. Es sind ja doch meistens Fachleute die sich sehr eindringlich, auch sehr viele Jahre davor, oft schon beschäftigen mit dem Thema Naturschutz. Viele kommen aus der Naturschutzbewegung selber.

Soweit ich weiß, haben Sie, Frau Landesrätin, selber schon gesagt, in Oberwart konkret gibt es jemanden der das gerne machen würde. Im Moment scheitert es offensichtlich am Geld und daran, dass man hier mehr Gewicht hereinlegt, woran es dann letztlich wirklich scheitert, werde ich hoffentlich von Ihnen hören. Ich denke mir, es ist ganz wichtig, dass wir hier diesen Naturschutzorganen wieder das Gewicht geben, das sie eigentlich brauchen.

Wieder einmal muss ich leider auch auf den Abänderungsantrag der Regierungsparteien eingehen, der da heißt:

Durch Nutzung von Synergien, Verwaltungsvereinfachungen soll ein adäquates, modernes System im Bereich des Naturschutz geschaffen werden, damit weiterhin effiziente Vollziehung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten ist.

Und ein klares Bekenntnis zum Naturschutz im Burgenland ist da auch noch dabei. Das klingt sehr technisch, ist es auch und heißt in Wirklichkeit nicht viel, weil eben weiterhin gegeben ist, eben ein Problem, weil im Moment ist es leider nicht gegeben, wir müssten da eigentlich ein paar Monate, wenn nicht Jahre zurückgreifen wo das ganze sehr gut funktioniert hat.

Ja, damit bleibt unsere Forderung, natürlich trotz des „Wischiwaschi“-Abänderungsantrages - wie wir es leider oft gewohnt sind - aufrecht und ich hoffe, dass sich da in Bälde etwas verbessert.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Karin Stampfl.

Ich bitte um Ihren Beitrag, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Naturschutz hat im Burgenland einen sehr hohen Stellenwert.

Eine intakte Natur ist nicht nur für die Lebensqualität der Burgenländerinnen und Burgenländer, sondern auch für den Tourismus von großer Wichtigkeit. Um diesen hohen Standard, welchen unser Heimatland schon jetzt vorweisen kann, zu erhalten, beziehungsweise noch zu erhöhen, bedarf es einer dauernden Evaluierung.

Die Landesumweltanwaltschaft und die Naturschutzorgane in den Bezirken und die Umweltgemeinderäte leisten hier jetzt schon im Rahmen des burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes hervorragende Arbeit zur Aufrechterhaltung einer intakten Natur. Ihre tägliche Arbeit erstreckt sich von Überwachungstätigkeiten in Schutzgebieten, Erheben von Sachverhalten bis hin zu Anzeigen bei Verwaltungsübertretungen.

Im Zuge dieser Tätigkeiten konnte auch schon oft im Hinblick auf den Tierschutz zum Beispiel bei der Bergung verletzter Tiere Hilfestellung geleistet werden. Uns liegt heute ein Antrag vor, in welchem die Aufstockung der amtlichen Naturschutzorgane gefordert wird. Anlass ist die Situation im Bezirk Oberwart und auch im Bezirk Neusiedl am See, wo die Posten eines fachlich geeigneten und hauptberuflichen Naturschutzorganes derzeit nicht besetzt sind.

Die sich darauf ergebende Problematik ist uns sehr wohl nicht erst durch diesen Antrag bewusst. Natürlich ist es auch für die Zukunft unabdingbar durch sinnvolle, klare und schlanke Strukturen unter anderem auch, in Zusammenarbeit mit den Naturschutzorganen dafür Sorge zu tragen unseren Kindern eine intakte Natur zu hinterlassen. Um Fachleute zu finden, welche die Arbeit eines Naturschutzorganes hauptberuflich machen möchten, ist im Zuge der Verwaltungsreform eine Neustrukturierung beziehungsweise Neuausrichtung der Naturschutzorgane sowie auch eine besoldungsmäßige Aufwertung geplant. Dadurch soll auch mehr Effizienz und eine klare und rasche Entscheidungsfindung gewährleistet werden.

In unserem Abänderungsantrag wird daher die Landesregierung aufgefordert, durch Nutzung von Synergien und Verwaltungsvereinfachungen ein adäquates, modernes System im Bereich des Naturschutzes zu schaffen und damit weiterhin nicht nur die Vollziehung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten, sondern dadurch auch für die Zukunft eine intakte Natur und eine hohe Lebensqualität in unserem Heimatland Burgenland sicherzustellen.

Wir werden daher unserem Antrag die Zustimmung ersteilen. Danke*. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster hat sich der Abgeordnete Markus Ulram zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verwaltungsreform ist in letzter Zeit ja ein großes Schlagwort gewesen, wo man die Referate politisch umfärbt und besetzt und wahrscheinlich ist man sich in der Regierung noch nicht einig geworden, wen man jetzt dort als Naturschutzorgan hinsetzt, weil ja da bei den Blauen noch nicht viel sichtbar gewesen ist, weil da anscheinend weniger Personalkapazitäten da sind.

Tatsache ist, wenn man das richtige Personal mit der richtigen Farbe gefunden hat, wird es wahrscheinlich zu dieser Besetzung in Oberwart und in Neusiedl kommen. Tatsache ist aber auch, dass der Abänderungsantrag der Regierung eigentlich eine Grundvoraussetzung darstellt, das man Synergien sucht. Die Verwaltungsvereinfachung

in ein adäquates und modernes System in diesem Bereich zu schaffen, dass setze ich grundsätzlich voraus.

Tatsache ist aber auch, dass viele Beteiligten eigentlich im Naturschutz hier zusammenarbeiten, beziehungsweise auf die Natur und auf den Schutz derer auch schaut ob Bund, Länder und vor allem auch die Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich von der Flurreinigung angefangen, bis zu den Altstoffsammelzentren, Umweltgemeinderäte, vom Jagdausschuss bis zu den Jägern, von der Bezirkshauptmannschaft bis zur Landwirtschaft, von der Landesumweltanwaltschaft bis hin zu den gesetzlichen Vorgaben der Natur- und Landschaftsschutzgesetze sogar in der Raumplanung, UVP außer bei der Umfahrung Schützen, da hat man das nicht ganz so genau genommen seitens des Landes, Tourismus und UNESCO Weltkulturerbe, Nationalparke wo ich genauso die Aufsichten habe, bis hin zur AMA und der landwirtschaftlichen beziehungsweise ländlichen Entwicklung über die Dorferneuerung, ehrenamtliche Naturschutzorgane et cetera.

Da sieht man eigentlich wie viele Beteiligte da schon dabei sind. Wenn man in jedem Bezirk zumindest ein Naturschutzorgan hat, dann ist das sicherlich adäquat und vorstellbar, aber was es nicht sein soll, dass man dann einen Hilfssheriff dann im Prinzip kriegt, so wie es dort und da einmal passiert ist und über Jahre hinweg nur über Anzeigen eigentlich gewirkt wird. Ob das über Auftrag war, oder im eigenen Wirkungsbereich lasse ich im Raum stehen. Tatsache ist, wenn es natürlich funktionieren sollte und wenn man auf die Natur schaut, so wie es auch sein soll in diesen ganzen Bereich, dann wird es auch funktionieren.

Tatsache ist und abschließend zu diesem Thema, dass durch den Abänderungsantrag der Regierungsparteien die Einfallslosigkeit einfach wieder gegeben ist. Bevor dort die Personalbesetzung durchführt wird, so wie es bis jetzt vorgesehen wäre, machen wir einen lapidaren Abänderungsantrag mit der Nutzung von Synergien und Verwaltungsvereinfachung.

Das zeugt für die Arbeit dieser Regierung, das eigentlich nicht wirklich viel weitergeht und vieles auf der Strecke bleibt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist von der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon.

Bitte um Ihren Beitrag. *(Abg. Ingrid Salamon: Sehr gerne, Herr Präsident.)*

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Ja, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr aufmerksam habe ich wirklich so die Wortmeldungen aller politischen Parteien verfolgt und ich muss sagen, ich bin stolz, dass ich der Sozialdemokratie angehöre. Ich bin stolze Österreicherin und stolze Burgenländerin.

Sie haben heute selbst bewiesen in welches Eck Sie sich stellen und nur, weil wir einen Landeshauptmann Hans Niessl mit einer Mehrheit sehr lange in diesem Land haben, sind wir in diesem Land genau dort Spitzenreiter wo es wichtig ist.

Es ist heute schon ein paar Mal gesagt worden und ich denke mir auch, die Zuhörer zu Hause, die fahren sicher mit offenen Augen und Ohren durch unser schönes Burgenland und wenn ich heute hier diese Miesmacherstimmung hier sehe, denke ich mir, ich glaube oft, Sie sind Abgeordnete eines anderen Bundeslandes, weil, sonst ist das ja gar nicht möglich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es ist schon gut, wenn man Oppositionspolitik macht, aber man sollte sich ein bisschen überlegen, wie lange man selbst in der Regierung war und dann sollte man sich

überlegen, wie wichtig die Wählerinnen und Wähler sind, die auch Sie in diesen Landtag gewählt haben. Die haben Sie sicher nicht gewählt, dass Sie bei jeder Landtagssitzung das gleiche herunterpredigen wie schlecht es uns geht, was wir alles nicht haben. Also irgendwo glaube ich ja, es ist irgendwie so eingeimpft vom neuen Parteiobmann vielleicht, oder von der Jugend die meint jetzt alles nieder zu reißen.

Bitte macht eine Klausur, überlegt Euch wo Ihr lebt, überlegt Euch, was Ihr in Zukunft tut, weil, es ist wirklich, es ist wirklich ein Jammer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Alleine, wenn ich jetzt nur zu diesem Tagesordnungspunkt komme, lieber Herr Kollege der ÖVP, glauben Sie allen Ernstes, wenn wir jetzt nur die Naturschutzorgane in diesem Land haben, dass wir hier alles, was wir im Bereich der Naturparks haben, alles was wir im Bereich des Tourismus durch unsere Landschaft haben, dass das wirklich das alleine ist? Also ich denke, ich kann Ihnen das gerne vorlesen, wenn Sie es vielleicht nicht wissen, wir haben eigentlich im Burgenland 14 Natura 2000 - Gebiete, sechs Naturparks, einen Nationalpark, 35 Naturschutzgebiete, gesamt sind das 136.000 Hektar. Das sind 34 Prozent unserer Fläche und genau, durch diese 34 Prozent dieser Fläche, weil hier die Natur intakt ist und weil man drauf achtet, haben wir den Genuss, dass wir Tourismus kriegen durch unsere Natur.

Sich heute hierher zu stellen und das auch noch Krankzujammern, ich meine, ist Ihnen aufgefallen, dass Sie eigentlich Ihren Kollegen, den Herrn Landesrat, den Vorgänger, oder den Herrn Landesrat Liegenfeld damit irgendwie treffen? Anscheinend nicht, nur weil er nicht da sitzt, hat es ihn als Landesrat gegeben. *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram.)* Nein, nein, ja, jammern Sie sich weiter krank. *(Abg. Markus Ulram: 14 Beiräte haben Sie aufgelöst.)* Wir haben es gehört, umfärben, Änderungen, *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Markus Ulram: 14 Beiräte.)* es muss Änderungen in diesem Land geben, damit wir uns weiter positiv entwickeln. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir sind positiv und werden auch in Zukunft positiv sein und das schaffen wir ganz sicher ohne dass wir jammern. *(Zwischenruf des Abgeordneten Markus Ulram.)* Ja, Sie können sich gerne wieder zu Wort melden mit Ihrer Parteipolitik, die interessiert in Wahrheit niemanden. *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie offensichtlich am meisten, Sie reden ja schon zehn Minuten über uns.)*

Lieber Herr Kollege, ich rede solange ich will *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber über uns. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*. Wenn Ihnen etwas nicht passt, können Sie gerne den Saal verlassen. So, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, die Wahrheit tut weh, *(Abg. Edith Sack: Ja.)* Sie werden trotzdem damit leben müssen, auch wenn Sie noch manches Mal versuchen, durch die Lautstärke irgendetwas zu übertrumpfen, es wird Ihnen nichts nutzen.

Also noch einmal, ich habe schon gesagt, dass wir eigentlich im Naturschutz eine Vorreiterrolle haben, die haben wir, die zeigen wir durch die Zahlen, die wir haben, durch den Tourismus, die zeigen wir, dass wir sagen, allein 34 Prozent unserer Fläche steht unter Naturschutz. Ich glaube, das ist ganz etwas Tolles und in dieser Richtung müssen wir natürlich weiter arbeiten. Wenn Sie sich, Herr Kollege Spitzmüller, auch hier herstellen und sagen, die Frau Landesrätin tut nichts, dann gilt das Gleiche, was ich vorher gesagt habe, dass das alleine mit den Naturschutzorganen dann natürlich nicht abgetan ist.

Es ist auch so, ich bitte, ich verwehre mich, dass in Zukunft unser Abänderungsantrag mit diesen Worten, die Sie vorher hier gesagt haben, hier vom Rednerpult, so für sich können Sie sie auffassen, aber haben Sie mich schon gehört, dass ich über irgendeinen Antrag, der von den GRÜNEN gekommen ist, so gesprochen habe?

Ich nehme mein Amt ernst und ich würde Sie bitten, wenn Ihnen der Naturschutz so am Herzen liegt, dann sollte man vielleicht, damit man auch ernst genommen wird, ein bisschen auf die Wortwahl achten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie haben ja selber gesehen und für mich, schau für mich ist es wirklich so, dieser Abänderungsantrag beinhaltet viel mehr, wie Sie letztendlich in Ihrem Antrag gefordert haben. Man muss natürlich schon sagen, man braucht Zeit, und Sie haben selbst gesagt, dass Naturschutzorgane ausgeschrieben worden sind. Also es ist in diesem Antrag hineinzufassen, oder das kann man herauslesen, dass man sagt, es muss Synergien ergeben, es muss es mit den Naturschutzorganen geben. Es muss es mit den Gemeinden geben. Es muss es mit den Umweltgemeinderäten geben und natürlich die Aufwertung der Naturschutzorgane.

Aber Sie selbst wissen, dass das natürlich nicht von jetzt auf gleich geht. Und außerdem glaube ich auch, dass es sehr wichtig ist, hier die Gemeinden für die Pflege des Naturschutzes einzubinden. Wir sind ein großes Land. Es ist auch wichtig, Schulen einzubinden und vielleicht ist es Ihnen entgangen, dass es mit der jetzigen Umweltanwaltschaft und mit dem Umweltanwalt und mit den Schulen schon etwas gegeben hat, um die Artenvielfalt des Burgenlandes sozusagen festzuhalten. Mit einem Fotowettbewerb, wo es letztendlich an die Schulen weitergegeben worden ist. An die Kinder.

Also ich glaube, hier geht es wirklich nur einen Schritt nach dem anderen zu machen und wenn wir als Burgenländer und mit dieser Bilanz, die wir ziehen können, ist es ja wirklich für mich nicht verständlich, dass man sich hierher stellen kann und dass man sagt, es wird nichts für den Naturschutz oder für die Natur gemacht. Ich habe es so empfunden. *(Zwiegespräche bei den GRÜNEN – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Sie können gerne meinen Redebeitrag bekommen.)* Dann ist das jetzt mein Empfinden gewesen, wie Sie sich zu Wort gemeldet haben.

Ich möchte nur noch erwähnen, dass es auch in Zukunft sehr wichtig sein wird, dass man die Artenvielfalt, egal ob es Pflanzen oder Tiere sind, im Burgenland erhält. Das ist auch ein Projekt, das in Zukunft im Prinzip jetzt weiterentwickelt wird. Ich bin dieser Meinung, dass dieser Antrag, dieser Abänderungsantrag und der von der Berichterstatterin vorgelesen worden ist, das eigentlich aussagt, wo man sich hin entwickelt. Dass es sehr wohl wichtig ist, sehr viele Personen im Umweltbereich miteinzubeziehen. Ob es jetzt das Land ist. Ob es die offiziellen Organe sind. Ob es die Ehrenamtlichen sind. Ob es vor Ort die Gemeinden sind.

Weil ich glaube, jeder hat ein Stückchen damit beizutragen, und es ist sehr wichtig, auch die Bevölkerung dazu irgendwie zu motivieren, dass sie das mittragen. Weil ich davon überzeugt bin, dass jeder einzelne Burgenländer und Burgenländerin dazu beitragen kann und wird, und ich bin davon überzeugt, dass unsere Bevölkerung das gerne tut.

Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Es ist jetzt schon sehr viel über die Naturschutzorgane und vor allem über ihre Bedeutung und vor allem auch über ihre Wichtigkeit im burgenländischen Natur- und

Landschaftsschutz gesagt worden. Ich möchte jetzt nicht alles noch einmal wiederholen. Aber ich möchte die Gelegenheit vor allem nutzen, um mich bei den amtlichen, aber auch vor allem bei den ehrenamtlichen Naturschutzorganen an dieser Stelle für ihre Arbeit sehr herzlich zu bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das einmal zum einen. Denn die Aufgaben der Naturschutzorgane - sei es jetzt die der amtlichen, aber auch der ehrenamtlichen - sind sehr vielfältig. Wir haben jetzt schon viel darüber gehört. Es geht darum, die vielfältige Naturlandschaft und den besonderen Artenreichtum im Burgenland zu schützen und nachhaltig sicherzustellen, für eine intakte Natur zu sorgen. Wichtig ist auch, Aufklärungsarbeit vor Ort in den Gemeinden zu leisten. Vor allem auch im Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Die Gemeinden, die hier auch sehr viel zu diesem Natur- und Umweltschutz im Burgenland beitragen. Genauso um Sensibilisierung zu sorgen und Konflikte zu entschärfen.

Also man sieht hier, es ist wirklich viel notwendig, um diese Arbeit gut erledigen zu können.

Was jetzt immer wieder diskutiert worden ist, warum bis jetzt diese Naturschutzorgane nicht nachbesetzt worden sind. Auf der einen Seite ist es wirklich so, dass ausgeschrieben wurde. Es hat sich im Moment niemand beworben, was möglicherweise auch an der finanziellen Einstufung liegt. Genau das werden wir aber ändern. Und ich habe mehrmals gesagt, auch zu Ihnen, Herr Abgeordneter Spitzmüller, dass wir das im Zuge der Verwaltungsreform berücksichtigen werden.

Die ist jetzt im Moment am Laufen und es gibt ein großes Kooperationsprojekt, was die Besetzung der Naturschutzorgane und vor allem die Neustrukturierung und Neuorientierung dieser Naturschutzorgane betrifft. Gemeinsam mit den Bezirkshauptmannschaften, damit man vor allem hier zu einer sinnvollen Lösung für alle Beteiligten kommt, aber natürlich auch für den Natur- und Umweltschutz im Burgenland im Sinne, hier dies alles aufrecht zu erhalten.

Und was auch ein ganz wichtiges Thema ist, ist dass die rechtlichen und vor allem auch die fachlichen Herausforderungen für die Naturschutzorgane immer mehr werden. Ich glaube, allein schon in diesem Zusammenhang ist es hier mitzudenken, dass einerseits auch die monetäre Entlohnung angepasst wird. Denn es ist eine wichtige Arbeit, die sie hier leisten. Die Naturschutzorgane müssen auch immer mehr zusätzliche Aufgaben bewerkstelligen und zusätzlich soll auch ein weiteres Bildungsangebot für diese Naturschutzorgane geschaffen werden.

Das alles in diesem großen Paket, um hier wirklich eine gute und engagierte Arbeit sicherstellen zu können und diese auch dann entsprechend zu honorieren. Das heißt, mein Ziel ist es hier, diese Arbeit der Naturschutzorgane entsprechend auch aufzuwerten. Das wird passieren.

Das ist jetzt im Zuge der Verwaltungsreform in naher Zukunft geplant, und ich kann Ihnen versichern, dass wir hier zu einer wirklich guten Lösung kommen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Landesrätin für Ihre Ausführungen.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Naturschutzorgane ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 124) betreffend Pilotprojekt und Modellvorhaben „Pflegelehre für Österreich“ (Zahl 21 - 82) (Beilage 470)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zum 12. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 124, betreffend Pilotprojekt und Modellvorhaben „Pflegelehre für Österreich“, Zahl 21 - 82, Beilage 470.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Sehr geehrter Herr Berichterstatter, bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Frau Präsidentin! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Pilotprojekt und Modellvorhaben „Pflegelehre für Österreich“ in ihrer 2. und abschließend in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss- und Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Pilotprojekt und Modellvorhaben „Pflegelehre für Österreich“ unter Einbeziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Hutter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Es ist natürlich wichtig, dass es genug für die Naturschutzorgane gibt. Keine Frage. Aber ich glaube, noch wichtiger ist es, dass wir zu dem jetzigen Tagesordnungspunkt rechtzeitig die Weichen stellen und in der Pflege etwas ändern. In Pflegeberufen auch.

Aufgrund der demografischen Entwicklung und der Überalterung der Gesellschaft werden wir in Zukunft im Burgenland wesentlich mehr bestens ausgebildete Pflegefachkräfte benötigen. Aktuell ist es ein besonderer Nachteil, dass genau im Alter zwischen fünfzehn und siebzehn Jahren, wo die allermeisten Jugendlichen ihre Berufsentscheidung treffen, keine Pflegeausbildung, Pflegelehre möglich ist. Dabei gibt es viele junge Menschen, die über eine soziale Ader verfügen und sich eine Tätigkeit in diesem Berufsfeld vorstellen können.

Heute ist schon mehrfach die Schweiz als Vorbild genannt worden. Und auch hier - in der Schweiz - gibt es schon seit vielen Jahren eine Pflegelehre. Ich habe das bereits in der letzten Landtagssitzung erwähnt, auch im Bereich „Schaffung von neuen Lehrstellen“. Und dort werden derzeit rund 6.000 Jugendliche ausgebildet.

Das Land Vorarlberg hat bereits im September 2011 ein Pilotprojekt in Richtung Sozial- und Pflegelehre initiiert, wo zwanzig Jugendlichen eine qualitativ hochwertige und solide vierjährige Ausbildung geboten wird. Dieses Projekt hat sich absolut bewährt und soll langfristig mithelfen, den steigenden Personalbedarf im Pflegebereich abzudecken.

Da in Österreich ein Mangel an Pflege- und Betreuungspersonal herrscht und in dieser Sparte große Berufs- und Zukunftschancen für junge Menschen liegen, ist es dringend notwendig, wertvolle Lehr- und Ausbildungsplätze in diesem Bereich zu schaffen. Man kann hier ohne weiteres sich an dem - meiner Meinung nach - sehr gut geführten und dualen Ausbildungssystem anlehnen, wobei man hier mitunter die Ausbildungszeit dann schulmäßig auch erweitern könnte.

Von der Bundesregierung wurde bereits vor Monaten angekündigt, dass man dem drohenden Pflegekräftemangel durch entsprechende Ausbildung und Aufwertung des Pflegeberufes an sich entgegenwirken werde. Leider ist es - meines Wissens - bis jetzt aber nur eine Ankündigung. Mein Kollege, der Christian Drobits, hat mir einmal gesagt, also es hat bereits eine Entscheidung gegeben, laut unserer Recherche war es noch nicht so weit, aber er wird mich dann wahrscheinlich in diesem Punkt verbessern.

Die FPÖ war hier - meines Wissens - auch immer ein Befürworter der Pflegelehre und ich denke, dass gerade die SPÖ, die sozialdemokratische Partei unter der Führung von Landesrat Norbert Darabos in diesem Ressort hier nur das gleiche Interesse für unsere Bevölkerung haben kann. Daher fordern wir als Liste Burgenland unsere Landesregierung auf, in der Thematik Pflegelehre nicht die Pflegelehre auf die lange Bank zu schieben, sondern hier eine Vorreiterrolle für Österreich anzustreben. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Abänderungsantrag zum Antrag der Liste Burgenland birgt zwei unterschiedliche Aspekte in sich. Der eine betrifft die Ausbildung, der andere die Bedarfsentwicklung im Bereich der Pflege im Burgenland. Ein laufendes Monitoring zur Erhebung des aktuellen Bedarfs im Bereich der Pflege und zur Überprüfung der Qualität von Ausbildungsvorgängen ist zu begrüßen. Und das sichert langfristig eine gute Pflegequalität bei stetig steigendem Bedarf.

Das möchte ich positiv hervorheben. Ich glaube, ich muss das noch einmal betonen, weil das wird dann oft überhört, wenn ich auch etwas positiv hervorhebe, wenn nachher die Kritik kommt. *(Abg. Manfred Kölly: Zwei verschiedene Anträge.)*

Worauf dabei ein besonderes Augenmerk zu legen sein wird, ist die Zeit, die Pflegekräfte für die Pflegenden zur Verfügung haben. Ich darf jetzt nicht sagen, dass ich da auch eine bestimmte Erfahrung gemacht habe, weil das hören manche nicht gerne. Aber ich habe Erfahrungen und auch mit vielen Expertinnen und Experten geredet und wir wissen, es ist eine Art Experiment, so eine Pflegelehre durchzuführen. Ich werde das später noch einmal erläutern, was das Schwierige daran ist.

Grundlegend ist, gute, qualitätsvolle Pflege braucht Zeit. Menschen, die auf die Hilfe anderer angewiesen sind, um überleben zu können, dürfen nicht möglichst schnell abgefertigt werden.

Menschen, die seit vielen Jahren in der Pflege tätig sind, formulieren zunehmend, und ich hoffe, das wird in den Monitorings dann auch berücksichtigt. Und ich zitiere jetzt: „Ich fühle mich, als müsste ich Fließbandarbeit machen." Das haben mir unabhängig voneinander drei Menschen aus der Pflegearbeit gesagt.

Gewaschen, gepflegt, medizinisch versorgt zu werden, darf nicht ausschließlich aus der Perspektive von Minutenvorgaben und Effizienz erfolgen. Auch nicht dann, wenn die öffentliche Hand die Kosten dafür trägt. In einer an Menschen und Menschenrechten orientierten Gesellschaft wie unserer schon gar nicht.

Ich plädiere daher dafür, die verschiedenen Monitorings auch unter dem Aspekt der Qualität für Zeit für Pflegeaktivitäten durchzuführen. Es gibt nämlich nicht nur den Bedarf an Pflegeplätzen, sondern auch den Bedarf an qualitätsvoller Arbeit in der Pflege. Ich bin aber zuversichtlich, dass das hier aufgenommen wird.

Gleich mit hineingenommen wurde dann im Antrag eine Ausbildung zum Betriebsdienstleiter. Nun, die Inhalte der Lehre, wie sie im Vorarlberger Modell vorgesehen sind, haben mit einer Ausbildungsdauer von drei Jahren nichts mit dem Berufsbild der Pflege zu tun, sondern zielen auf etwas ganz anderes ab. Was ist ein Betriebsdienstleiter? Der ist zuständig für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. Für die Gestaltung und Reinigung von Zimmern und Aufenthaltsräumen, Speisesälen. Gäste und BewohnerInnen, KundInnen sollen beraten werden. Das Personal wird eingeteilt. Reparaturen veranlasst. Briefe und E-Mails werden geschrieben. Das hat nichts mit einer pflegerischen Tätigkeit zu tun. Das ist etwas völlig anderes. Das in einem Satz mit der Pflegeausbildung abzuhandeln, halte ich jetzt für ein untaugliches Mittel einer Fachdiskussion.

Ich komme aber jetzt zum zweiten Aspekt des Abänderungsantrages, der sich direkt auf den Antrag der LBL bezieht. Dabei geht es um die Ausbildung von Pflegefachkräften. In der Erläuterung zur Beschlussformel führen die Regierungsparteien gut nachvollziehbar aus, wie es derzeit um die Ausbildung von Pflegekräften im Burgenland steht. Gerade in diesem Bereich hat sich wirklich viel getan im Burgenland. Seitens der GRÜNEN sind wir aber sehr skeptisch in Bezug auf die Vorschläge zur Etablierung einer Pflegelehre. Das sehen übrigens auch die GRÜNEN im Vorarlberg so. Auch wenn dieses Modell dort bereits diskutiert wurde.

Die Pflegelehre richtet sich an eine Zielgruppe, die für diesen Beruf noch sehr jung ist. Die Konfrontation mit Menschen, die so schwer krank sind, dass ein Satz, wie es wird schon wieder gut werden, wie eine plumpe Lüge aus Hilflosigkeit der Realität gegenüber wirkt.

Die tägliche Auseinandersetzung mit dem Tod, der Beziehungsaufbau mit Menschen, die nicht zu einer für uns gewohnten Beziehungsaufnahme fähig sind, das ist nicht so einfach. Dem können wir nicht einfach 15-, 16-Jährige gleich nach ihrer Schulzeit aussetzen. Jugendliche, die im Normalfall in Persönlichkeit noch längst nicht so gereift sind, wie es für die Pflegeberufe erforderlich ist, dem auszusetzen, ist allen Beteiligten gegenüber aus unserer Sicht unverantwortlich.

Pflegeausbildung muss weiterhin den Fachexperten und -expertinnen aus der Pflege obliegen. Nur so kann nachhaltig das Pflegequalitätsniveau, wie wir es im Burgenland weitgehend haben, erhalten und weiterentwickelt werden.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Ausbildungsniveau und PatientInnen-Outcome. Das ist durch verschiedene Studien belegt. Ich kann sie auch gerne zitieren. Es gibt internationale Studien, es gibt eine ausführliche Studie, diese ist aus dem Jahr 2014,

der Universität Bremen, die genau geschaut haben, was für Auswirkung hat eine höherwertige Ausbildung in der Pflege auf die Zufriedenheit und die Gesundheit der Patientinnen und der Patienten in der Pflege und auf die Zufriedenheit der Angehörigen.

Viele dieser Erkenntnisse und vielfältig erhobene und evaluierte Erfahrungen haben sich in einer umfangreichen Novelle zum Gesundheits- und Krankenpflegegesetz niedergeschlagen und ich nehme an, dass das der Kollege Hutter gemeint hat, was sich eh schon im Bund getan hat. Diese wurde am 7. Juli 2016, also gerade mal vor einer Woche, im Nationalrat beschlossen. Das wurde von Abgeordneten aller Parteien verhandelt und natürlich auch mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Es geht dabei, kurz zusammengefasst, um eine neue Struktur für die Ausbildungen im Pflegebereich und um eine Neustrukturierung der Berufsbilder.

Das betrifft sowohl den gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege. Diese Ausbildung wird auf ein tertiäres Niveau angehoben. Das heißt, man kann dort einen Fachhochschulbachelorstudienlehrgang besuchen. Bis 2024 sind andere Schulen auch noch möglich. Aber es ist eh schon eine sehr lange Übergangsfrist. Zusätzlich kann man dann auch noch Spezialisierungen machen. Das ist der eine Bereich, der gehobene Dienst.

Dann gibt es die Pflegefachassistenz. Die macht eine Ausbildung von zwei Jahren in einem Ausmaß von 3.200 Stunden.

Und es gibt die Pflegeassistenz. Das ist eine Ausbildung von einem Jahr und einem Ausmaß von 1.600 Stunden.

Die Novelle, die vor einer Woche im Nationalrat beschlossen wurde, ist nicht in allen Details das sozusagen einzig Ideale, aber es wurde hier ja schon öfter gesagt, man kann nicht immer nur die Idealvorstellungen von allen unterbringen. Aber ein wirklich guter Wurf.

Es bringt das Ende der speziellen Grundausbildungen, wie in der Kinder- und Jugendlichenpflege und in der Psychiatrie. Die Ausbildung wird jetzt generalistischer, und es können aber auch mehr Kompetenzen übertragen werden, zum Beispiel die Weiterverordnung von Medizinprodukten.

Das ist in dem konkreten Pflegealltag sehr wichtig. Es gibt dafür andere Spezialisierungen, die den modernen Erfordernissen nahe kommen, zum Beispiel die Palliativversorgung oder die psychogeriatrische Pflege. Das heißt, wir haben hier bereits einen großen Wurf einer Reform in der Ausbildung.

Dazu die Pflegefachassistenz, die wieder eine Entlastung für den gehobenen Dienst bei der Durchführung von pflegerischen, therapeutischen und diagnostischen Maßnahmen bekommt. Und dann eben die Pflegeassistenz, wo es bei der Ausbildung mehr Spielraum gibt zwischen Theorie und Praxis. Da kommt dann noch eine gesonderte Verordnung zur genauen Ausgestaltung.

Es gibt eine Flexibilität in der Schwerpunktsetzung für Langzeitpflege und für mobile Pflege. Das heißt, wir haben hier einen großen Wurf mit einer wirklich gut gegliederten Möglichkeit der Ausbildung in der Pflege. Das ist zu unterstützen. Und anstatt, dass wir jetzt alles daran setzen, diese Novelle in Einklang mit den Entwicklungen im Ausbildungssektor im Burgenland umzusetzen, kommt jetzt wieder ein neuer Vorschlag. Noch eine Ausbildungsform soll geprüft werden. Und da fragt man sich halt schon, wie da die Kommunikation funktioniert, wenn vor einer Woche im Parlament etwas beschlossen wird und heute soll man noch mal hinten nach reagieren und sagt, aber bitte, wir hätten da noch etwas anderes, das auch gar nicht in diese Gesamtstruktur

hineinpasst. *(Abg. Manfred Kölly: Am 14. 10. 2015 haben wir den Antrag eingebracht und so „schnell“ wird der Antrag behandelt.)*

Ich habe jetzt gerade über den Abänderungsantrag gesprochen, der hier zur Abstimmung gelangt. Daher werden wir diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen.

Da aber aus unserer Sicht nichts gegen die Monitoringpläne der Regierungsparteien spricht, stelle ich auch hier einen Antrag zur getrennten Abstimmung. Frau Präsidentin, ich bitte, kurz meinen Platz verlassen zu dürfen, um mir den Antrag zu holen. Danke. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, nein! Geht das?)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herr Kollege Kölly, wir erlauben das selbstverständlich.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Ich bitte um die getrennte Abstimmung des Punktes: Die Landesregierung wird aufgefordert, das Vorarlberger Projekt einer Ausbildung zum Betriebsdienstleiter und Pflegehelfer zu evaluieren und einen Modellversuch im Burgenland zu prüfen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt der Präsidentin den Antrag)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Der Antrag von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik ist ein Antrag auf getrennte Abstimmung, der in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren oder Dame und Herr auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir haben sachlich jetzt schon den Zugang vom Kollegen Kölly gehört, vertieft sachlich haben wir die Fakten aufbereitet jetzt bekommen von der Kollegin Petrik. Ich darf jetzt vielleicht ein bisschen auf den politischen Zugang auch eingehen.

Es handelt sich hier, und das möchte ich jetzt vorweg nachfragen, weil das habe ich nicht verstanden. Ich habe zwar recherchiert - auch im Kärntner Landtag - das Ganze 15er Jahr, ob das nicht vielleicht in der Einleitung ein bisschen abgeschrieben war. Weil beim Satz „durch die Überalterung der Gesellschaft werden wir in Zukunft in Kärnten wesentlich mehr bestens ausgebildete Pflegekräfte brauchen“ verstehe ich überhaupt nicht den Bezug zum Burgenland. Aber vielleicht ist Kärnten im Prinzip das demografische Beispielland für Österreich, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* und deshalb müssen wir auf die Kärntner Probleme reagieren, das mag vielleicht auch sein, dass das vom 15er Jahr bis jetzt gedauert hat, weil man auch selber feststellen musste, was jetzt Kärnten wirklich in der Verbindung im Burgenland zu tun gehabt hat. Aber es waren auch andere fachliche Dinge notwendig, nämlich Stellungnahmen einzuholen, um zu wissen, worum es geht beziehungsweise wo wir hinwollen.

Auf der anderen Seite fällt es mir jetzt schon auf, nicht nur beim Landtagsabgeordneten Kölly, sondern auch bei der ÖVP, dass sie beide, die ganze ÖVP oder irgendein Sachverständiger *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt es übrigens auch schon eingebracht, damit Du es nur weißt. Da warst Du aber noch nicht.)* oder die LBL irgendwen haben, der penibel die vierte Auflage des Handbuches Freiheitlicher Politik durcharbeitet und immer dann diejenigen Punkte, die Ihnen gerade in den Kram passen, auch hier einzubringen. Bedanken wir uns natürlich dafür.

Nur dass, wie ich es mache und der Zugang, das ist halt der Grund, warum die LBL nicht mehr bei der FPÖ ist und die ÖVP das eigentlich nicht versteht, warum es da geht, was wir da meinen. In diesem Falle muss uns aber allen klar sein, wenn ich heute einen Antrag durchwinken würde, oder beschließen würde, der hier lautet: Der Burgenländische Landtag wolle beschließen, die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, dass diese umgehend eine Initiative vorlegt, welche die Pflegelehre als Pilotprojekt und als das Modellvorhaben für den gesamten Bundesbereich vorsieht, dann schicke ich diesen Brief oder diese Verhandlungen auf die Reise. Bei der Bundesregierung werden wir nichts mehr zusammenbringen.

Und darum haben wir diesen Abänderungsantrag gemacht. Weil wir uns doch denken, wir können es als Modellregion im Laborversuch im Burgenland selber einmal beginnen. Darum dieser Abänderungsantrag. *(Abg. Manfred Kölly: Weißt Du, um was es da überhaupt geht? Weißt Du das überhaupt?)*

Darum auch im Prinzip der Zugang hier, das selber mal zu testen, vorzubereiten und im 18er Jahr mit einem dementsprechenden Bundesminister und freiheitlicher Handschrift in der Bundesregierung werden wir die Pflegelehre auch entsprechend umsetzen können. *(Abg. Manfred Kölly: Das halte ich nicht aus, was der da redet.)* In dem Fall war es aber einfach notwendig, etwas in Richtung Wien nicht abzuschicken, weil sonst würden wir uns vielleicht auch blamieren. *(Abg. Manfred Kölly: Alter Vater! - Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kölly, ich glaube, ich weiß, um was es geht. *(Abg. Manfred Kölly: Danke!)* Es geht um Pflegeberufe, Pflegelehre, wo 15-jährige Jugendliche eine Lehre im Pflegebereich beginnen sollen. *(Abg. Manfred Kölly: Es geht nicht um Kärnten! Nicht um Vorarlberg!)* Also um das geht es. Ich glaube, da liege ich richtig.

Und es ist, glaube ich, wirklich ein aktuelles Thema, denn die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in Österreich mittlerweile schon bei 80 Jahren und so wird sich die Zahl der über 85-Jährigen in den nächsten 15 Jahren mehr als verdoppeln. Das heißt, beinahe 90.000 Personen sind im Pflegebereich tätig und davon 80 Prozent Frauen. Ein Job in der Pflege ist sowohl psychisch als auch körperlich belastend. Sie müssen körperlich in der Lage sein, einem anderen Menschen zum Beispiel aus dem Bett zu helfen. Psychisch werden sie mit Krankheit, Verlust und Tod konfrontiert.

In einem Sozial- oder Pflegeberuf warten täglich vielfältige verantwortungsvolle und oft sehr herausfordernde Tätigkeiten. Nicht jeder ist diesen Herausforderungen gewachsen - das muss man sagen -, weil mit 15 Jahren ist man halt noch nicht ganz erwachsen. *(Abg. Manfred Kölly: Als Maurer musst du dich auch anstrengen. Wo lebst Du denn? Das ist ein Wahnsinn. Du kannst es dir freiwillig aussuchen.)* Und die Pflegeberufe setzen eine hohe emotionale Belastbarkeit voraus, die von einem heranwachsenden Menschen, der sich gerade in der Pubertät befindet, nicht erwartet werden kann.

Auch in dieser Branche ist die Ausfallsquote aufgrund von Burnout besonders hoch. Das muss man vielleicht auch dazu sagen. Es müsste ein starker supervisorischer

Aufwand betrieben werden, um den Lehrlingen die nötige Unterstützung zu geben, mit belastenden Situationen umzugehen und diese verarbeiten zu können.

In der Pubertät entwickelt der junge Mensch seine sexuelle Identität, was oftmals mit viel Unsicherheit und Scham verbunden ist. Darum ist es fragwürdig, ob sie in dieser Situation der eigenen Identitätsfindung mit vielen pflegerischen Maßnahmen, wie beispielsweise der Körperpflege bettlägeriger oder dementer Patienten, nicht komplett überfordert sind. *(Abg. Manfred Kölly: Was tut er denn in einer Schwesternschule?)* Ja, aber die sind 17 Jahre. Herr Kollege Kölly, die sind 17 Jahre. *(Abg. Manfred Kölly: Manche Mädchen sind mit 15 schon weißt eh wie weit.)* Und ich habe mit Pädagogen oder mit diesen Lehrenden gesprochen. Hast Du mit diesen diplomierten Lehrern gesprochen? Auch diese sagen, dass mit 17 Jahren sogar dort schon die Altersgrenze vielleicht fast zu niedrig ist, weil diese großen Herausforderungen ausgesetzt sind. Die Experten auf Bundesebene sehen das genauso, so wie wir das sehen.

Wir werden diesem Antrag aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

Vielleicht nur noch eines. Die Frau Kollegin Petrik hat es angesprochen. Und es ist ja auch vom Vorredner angesprochen worden, es ist eine Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes verabschiedet worden. Das heißt, künftig läuft die Ausbildung der Pflegekräfte über drei Bereiche. Das ist - ich will das nicht wiederholen: der gehobene Dienst, die diplomierten Pflegekräfte, Pflegefachassistenz und Pflegeassistenz. Dieses Gesetz ist die Chance, die wichtige Rolle und die Qualität der Pflege im Gesundheitswesen abzusichern. Für den Bereich der Basisversorgung in der Behindertenbetreuung und in kleinen Wohngemeinschaften sind neue Delegationsmöglichkeiten an Behindertenpädagogen vorgesehen. Also ich glaube, dass das auch der richtige Weg ist und wir werden diesem Antrag, wie gesagt, nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Frau Präsidentin! Vertreter der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nun zu diesem Tagesordnungspunkt. Hinblicklich der Pflege und der Pflegevorsorge in unserem Bundesland möchte ich vordergründig auf das Gemeinsame aller Redner hinweisen. Allen Rednern bislang ging es darum, bei der gleichen Ausgangssituation, dass durch aktive Lenkungsmaßnahmen sämtlichen Burgenländerinnen und Burgenländern Unterstützung, Betreuung und Pflege in vollstem Ausmaß zukommen soll, sofern sie benötigt wird. Das ist die Ausgangsbasis.

Wir haben im Burgenland derzeit, und das sagt der letzte Sozialbericht, zirka 27.000 Menschen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind. Davon sind rund 90 Prozent dieser betreuungsbedürftigen Personen zu Hause lebend.

Dieser informelle Sektor, so wie er genannt wird, beträgt damit im Vergleich zu anderen Bundesländern einen hohen Wert, weil die Heimunterbringungsrate im Burgenland mit zehn Prozent nur mehr besteht. Wesentlicher Faktor im Burgenland ist auch, dass wir insgesamt eine Anzahl von 18.250 Pflegegeldbeziehern haben. Das spielt natürlich eine wesentliche Rolle, wenn man diese Thematik behandelt.

Außerdem ergibt sich aus dem letzten Bericht und auch aus dem heute geschilderten Handbuch der Arbeiterkammer Burgenland, dass jede oder jeder zehnte Beschäftigte im Burgenland mittlerweile im Gesundheits- und Sozialbereich tätig ist, davon

80-prozentiger Anteil von Frauen, also exorbitant hoch. Nun, bei genauerer Betrachtung und nicht nur vordergründig, ergeben sich doch nun mehr Unterschiede bei der zukünftigen Gestaltung der Pflegevorsorge von den einzelnen Fraktionen.

Ich möchte beginnen beim Entschließungsantrag der Liste Burgenland. Der Kollege Haidinger hat es versucht zu erklären, es dürfte oder es ist ein Fehler im Antrag gegeben, dass grundsätzlich der Eindruck entstehen könnte, dass die Liste Burgenland die zukünftige Gestaltung der Pflegevorsorge des Bundeslandes Kärnten meint und nicht des Bundeslandes Burgenland. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja so etwas von wurscht. Das ist unglaublich. Ich schreibe es schnell um.)*

In der Ausgestaltung des Antrages steht nämlich wortgemäß drinnen, dass in Zukunft in Kärnten wesentlich mehr bestens ausgebildete Pflegefachkräfte benötigt werden. Also ich glaube, das kann nur ein Fehler oder Irrtum sein, weil gemeint wird wohl sein das Bundesland Burgenland.

Außerdem ist im Entschließungsantrag der Liste Burgenland ein Vergleich hergestellt worden mit der Schweiz, aber auch mit Vorarlberg, Kollege Hutter hat das ausgeführt, und darin, in diesem Antrag, wird dann am Schluss eine Aufforderung getätigt, dass die Landesregierung an die Bundesregierung zwecks Einführung eines bundesweiten Pilotprojektes der Pflegelehre machen soll. Ich glaube, dieser Antrag ist im Hinblick auf die letzte Novellierung - wie bereits heute mehrfach geschildert - obsolet, geht einfach nicht mehr, wir haben mittlerweile eine neue Struktur des GuKGs, und deshalb ist es auch nicht richtig.

Ein dritter Punkt zu diesem Entschließungsantrag, ja, es hat im Jahr 2010 in diesem Haus einen ähnlichen Antrag gegeben, aber dieser ähnliche Antrag war von der Schlussfolgerung her ein bisschen anders gestaltet. Nur mir ist aufgefallen, bei diesem Antrag, dass die Liste Burgenland bei der Beschlussfassung nicht anwesend war. Diese Aspekte einmal zur Liste Burgenland und deren Ausführungen.

Frau Mag.a Petrik hat heute diesen heutigen Tagesordnungspunkt zweigeteilt. Bei der Bedarfs- und Entwicklungsplanung sind wir d‘accord, bei der Ausbildung größtenteils auch. Ich denke mir, Sie haben klar eine Absage zur Pflegelehre getätigt. Ich muss mich dem anschließen. Grundsätzlich ist eine Pflegelehre oder die Lehre eines Pflegeberufes nicht möglich, weil es auch keine Lehrberufseignung gibt.

Das hat nicht nur die Arbeitnehmervertretung und die Arbeitgebervertretung gesagt, sondern auch eine im Jahr 2006 eingesetzte Arbeitsgruppe, mit dem Thema Zukunftsarbeitsgruppe von der damaligen Landeshauptfrau Klasnic, die haben nämlich schon gesagt, dass die Lehrberufseignung für einen Lehrberuf „Pflege“ nicht gegeben ist.

Gleichzeitig wäre es auch nicht möglich, dass die Regelungen des Berufsausbildungsgesetzes zur Anwendung kommen können, weil nämlich das in die Kompetenz des Bundesministeriums für Gesundheit fällt und die für die Ausbildung und für die Ausbildungsverordnungen im Bereich der Pflegekräfte zuständig sind.

Nun, heute ist auch schon gefallen, und das hat der Kollege Rosner angesprochen, hinblicklich der Meinung, dass eine Herabsetzung des Ausbildungsalters von Pflegekräften nicht möglich, seiner Meinung nach sinnvoll wäre, er meint es aus teilweise entwicklungstechnischen Gründen, teilweise aus pietätischen Gründen.

Ich meine, der internationale Weg geht dahin, dass man sagt, Pflege ist sehr wichtig, man soll sorgsam umgehen, und international wird das Ausbildungsalter aus Gründen des Pflegequalitätsniveaus eher gehoben, das wird auch schon im Bereich des tertiären Bildungssektors - zu dem ich noch kommen werde - auch klar und eindeutig

gesagt. Darum sollte man vorsichtig sein, diese Lehre mit 14, 15 Jahren zu installieren, weil es einfach die Voraussetzungen nicht gibt.

Ein letzter Punkt zu diesem Vorarlberger Modell, das heute mehrfach erwähnt worden ist, es ist ein Kombimodell von Betriebsdienstleistungslehre und Pflegelehre, aber es gilt unter dem Schlagwort „Fachsozialbetreuung“. Das heißt, es ist keine klassische Lehre, es ist nicht vergleichbar mit unserer Ausbildung, wie wir sie im vorher geschilderten GuKG haben. Deshalb meine ich, dass es zwar sinnvoll ist, sich Modelle anzuschauen, sie zu evaluieren und sie zu überprüfen, aber wenn es so ist wie im gegebenen Fall, wird es wahrscheinlich in der Form nicht schlagend werden können.

Nun zu unserem Abänderungsantrag. Wir wollen natürlich, dass der Bedarfs- und Entwicklungsplan zwecks Pflegevorsorge wie auch im Sozialbericht verankert ist, mittel- und langfristig notwendig und eingehalten wird.

Wir wollen auch, dass der Personalsektor im Bereich der Pflegevorsorge laufend evaluiert und überwacht wird und zeitgerechte Lenkungsmaßnahmen wie in meinem Eingangsstatement gemacht werden.

Nun, im Burgenland haben wir einen Rechtsträger für die Schule der Allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflege, mit der KRAGES. Diese hat bereits in den letzten Jahren einige wichtige Maßnahmen getätigt, so zum Beispiel wurde in den Jahren 2009 bis 2013 neben einer Klasse eine zweite Klasse installiert, damit 60 Ausbildungsplätze geschaffen.

Oder, es wurde 2008 - wie heute in einem anderen Tagesordnungspunkt bereits erwähnt - eine Expositur in Frauenkirchen eingesetzt, damit auch im Nordburgenland die Ausbildung von Pflegekräften erfolgen kann, mit 20 Ausbildungsplätzen.

Ich glaube, eine wesentliche Einrichtung war es und ist es 2014 gewesen, den ersten Bachelor-Studiengang mit Gesundheits- und Krankenpflege an der FH Burgenland in Pinkafeld vorzunehmen. Warum war das wichtig? Weil wir nämlich im Hintergrund eine EU-Richtlinie haben, wo es notwendig sein wird, die Ausbildung nicht an Schulen, sondern im tertiären Bildungssektor an Fachhochschulen durchzuführen. Und wir waren bereits 2014 fortschrittlich in diese Richtung unterwegs.

Von meinen Vorrednern ist diese Novellierung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes bereits getätigt worden, ich möchte nur darauf hinweisen, damit gibt es mehr Transparenz, damit gibt es mehr Hintanhaltung von Kompetenzkonflikten. Gesagt wurde bereits, dass der ehemalige Pflegehelfer nunmehr Pflegeassistent heißt, aber wesentlich ist der zweite Schritt, die Einführung oder Neueinführung einer sogenannten Pflegefachassistenz. Diese mit zweijähriger Ausbildung ausgestatteten Pflegekräfte können nunmehr den gehobenen Dienst entlasten und unterstützen. Und um das ist es gegangen, um diese Schnittstellenproblematik.

Wesentlich ist der dritte Schritt dieser GuKG-Novelle, dass eine vollständige Überführung der Ausbildung des gehobenen Dienstes nunmehr mit Übergangsfrist geregelt auf Fachhochschulenniveau erfolgt. Wir waren bereits 2014 Vorreiter, aber nunmehr ist es vollständig und wird der EU-Richtlinie Rechnung getragen.

Wichtig ist auch, dass durch die GuKG-Novelle qualitativ hochwertig eine Ausbildung vorgesehen ist. Wir tun uns nicht schwer, diese neue Novelle umzusetzen, weil bereits die Parameter vorliegen. Wir müssen sie nur schärfen. Und wichtig ist auch, dass berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten bestehen. Diese wurden nunmehr geregelt und das ergibt damit, dass es nicht Bildungssackgassen und Einbahnstraßen gibt und eine Durchlässigkeit im gesamten Pflegebereich vorliegt.

Es können nunmehr nicht nur Jugendliche, sondern Menschen unterschiedlichen Alters mit unterschiedlichen Zugängen die Pflegetätigkeit erwerben und damit können wir auch dem demografischen Gedanken Rechnung tragen, der sicherlich in den nächsten Jahren bis 2030 ein Thema darstellt.

Wir dürfen aber nicht vergessen, dass diese GuKG-Novelle, die nunmehr beschlossen worden ist, noch Verordnungen bedarf, die hinblicklich des Ausbildungsalters zukünftig wesentlich sein werden. Es gibt Bestrebungen, eventuell das Ausbildungsalter, das derzeit 17 Jahre ist, auf 16 Jahre zu senken. Ob das im Sinne der internationalen Entwicklung sinnvoll ist, habe ich schon besprochen, aber auch diese Thematik der Verordnungen müssen wir zukünftig durchaus bedenken.

Nun, abschließend kann gefolgert werden, dass wir im Burgenland mit den nunmehr geschaffenen rechtlichen Rahmenbedingungen, einerseits vom Bund her, andererseits auch von uns, und den vorhandenen Strukturen im Burgenland, die ich bereits geschildert habe, aktive Lenkungsmaßnahmen gesetzt haben. Dazu muss ich auch erwähnen, das Instrument der Sozialbetreuungsgesetze, wo wir die Möglichkeit haben, Altenfachbetreuer und Behindertenbetreuer zum Beispiel in Pinkafeld auszubilden, wesentlich dazu beiträgt.

Wir sind gerüstet, jedoch muss es ein laufendes Monitoring geben, und das steht auch in unserem Antrag drinnen. Dieses Monitoring soll aber unter Einbindung aller Pflegeeinrichtungen im Sinne einer direkten Unterstützung erfolgen. Wir dürfen uns auch nicht den Projekten, wie es zum Beispiel das vorher erwähnte Projekt ist, zur Gänze verschließen. Es ist wichtig, dass wir offen sind, weil nämlich gerade der Gesundheits- und Sozialbereich auch zukünftig ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor sein wird und Arbeitsplätze im eigenen Land geschaffen werden können.

Abschließend möge mir nur erlaubt sein, vielleicht drei Anregungen zu machen, die auch in diesem Pflegevorsorgebereich in den nächsten Jahren schlagend werden. Es wird auch wichtig sein anzuregen, dass eventuell, so wie es in skandinavischen Staaten üblich ist, einen Unterricht von Pflege im Volksschulalter vorzunehmen. Das wäre eventuell wichtig, um Bewusstseinsbildung auch bereits in frühem Alter zu schaffen, und den sogenannten informellen Sektor zu schärfen.

Dann ist es, glaube ich, auch wichtig, diese 24-Stunden-Personenbetreuung neu anzuschauen, ob wir nicht aus dem Pflegekräftereservoire doch mehr profitieren können, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Und schließlich, heute hat Landesrat Darabos bereits in einem anderen Zusammenhang angesprochen, dass der Bund sich vieler Sachen entledigt. Auch in diesem Bereich der Pflege muss ich mit Bedauern feststellen, dass das AMS seit zirka zwei Jahren im Bereich des Fachkräftestipendiums säumig ist und deshalb gerade im Pflegebereich die Unterstützung für WiedereinsteigerInnen und BerufseinsteigerInnen nicht gegeben ist. Deshalb wird es auch in diesem Bereich notwendig sein, auf das zu drängen, dass der Bund wieder seinen Verpflichtungen nachkommt.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Abänderungsantrag. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gott sei Dank hat es so einen Antrag gegeben, auch in Kärnten übrigens, Herr Haidinger, gibt es diesen Antrag. Sie sollten sich ein bisschen mehr informieren, dort dauert er genauso lange anscheinend wie im Burgenland, weil am 14.10.2015 wurde er eingebracht von uns, und schon vorher hat ihn die FPÖ eingebracht - im Übrigen. Nur dass wir das auch wissen, liebe FPÖ-Leute, und daher denke ich, dass man mit der Pflegelehre auch einen Weitblick hat.

Einen Weitblick insofern, weil wir haben Rumänen, wir haben Polen, die brauchen keine Ausbildung, dass sie eigentlich die Pflege machen können, Geld kassieren, zwischen 1.200 und 1.600 Euro, das Geld nehmen und nach Hause transportieren. Da bleibt keine Wertschöpfung in diesem Lande. *(Abg. Manfred Haidinger: Das ist ein ganz anderer Bereich.)*

Ich bin aber froh, dass es diese Herrschaften gibt, ich bin froh, dass es diese Leute gibt, aber eines muss klar sein. Wir müssen endlich einmal denken, dass wir auch Lehrlinge ausbilden können. Ein Dachdecker darf auch nicht auf das Dach rauf, ein Lehrling muss aber ein Dachdeckerlehrling sein. Seid mir bitte nicht böse.

Und wenn ich freiwillig den Beruf wählen will, dass ich Pflege gerne mache, warum sollte ich mich nicht dafür entscheiden können und vielleicht sollten wir auch daran denken, dass es Leute in Zukunft gibt, weil es wird immer mehr, das wissen wir, das haben wir heute gehört, bei Debattenbeiträgen heute schon.

Und dass sich die ÖVP hinstellt und sagt, das ist ein Witz, mit 15 Jahren eigentlich so etwas zu machen, das ist ja eine Katastrophe. Aber nur der Herr Rosner erzählt da vorher am Rednerpult, mit 15 Jahren darf man so etwas nicht machen.

Entschuldige, in jedem Lehrberuf - und wir werden uns noch wundern, wenn uns die Arbeitskräfte auch in anderen Bereichen ausgehen und wenn ich Pflege gerne machen will, warum soll ich das nicht tun.

Wenn ich mit 15 Jahren anfange und dann dementsprechend meine Frau oder meinen Mann dort stehen kann, dass uns geholfen wird, und dass wir vielleicht die „Ausländer“ - Entschuldigung - nicht mehr brauchen werden, dann haben wir eines geschaffen, Arbeitsplätze im Burgenland.

Zweitens haben wir geschaffen, dass die Wertschöpfung im Land bleibt und drittens, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, dass es zukunftsweisend ist, dass man solche Berufe eigentlich tatsächlich angeht.

Wenn das schon beschlossen worden ist im Bund, dann bin ich recht glücklich und froh. Dann hätte man eigentlich keinen Abänderungsantrag einbringen müssen in diesem Sinne, sondern sagen, okay, der Bund hat eigentlich seines schon geleistet, wo wir hin wollen. Und dann bekomme ich einen Abänderungsantrag daher, im Endeffekt, sehr geehrter Herr Kollege Rosner, was ist jetzt da viel anders. Da sagt man ja auch das Gleiche, es soll möglich sein. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Stimmen eh nicht zu.)*

Ach so, da stimmt Ihr ja ohnehin nicht zu, da haben wir das Nächste wieder. Wir stimmen eh nicht dazu, dass man Lehrlinge ausbildet und wir haben immer und das sage ich jetzt auch mit der Deutlichkeit, die höchste Maturantenquote. Warum kann einer mit einer Matura keine Pflegelehre angehen? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Weil es eh schon die Ausbildung gibt.)*

Frau Kollegin, Frau Oberkollegin, nur ein Beispiel. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Ich habe in der Gemeinde ständig Meldungen von rumänischen, von polnischen Helferinnen, Pflegehelferinnen. *(Abg. Manfred Haidinger: Das ist ein anderer Bereich.)* Das ist kein anderer Bereich, aufpassen, und ich muss jetzt schon ausbilden, dass ich es schaffe, dass ich Lehrstellen schaffe, dass ich Arbeitsplätze schaffe und dass die Wertschöpfung in diesem Land bleibt, Herr Haidinger.

Nicht konzentrieren, ob Kärnten draufsteht, Vorarlberg draufsteht, Niederösterreich oder egal. Sache ist, zukunftsweisend ist dieser Beruf. Und wir werden drauf bleiben, weil es viele Wünsche gibt, die an uns herangetreten sind, und an die FPÖ, weil sonst hätten sie diesen Antrag auch nicht vor einiger Zeit eingebracht.

Daher glaube ich, dass man mit diesem Antrag, egal wie er lautet, auch mit der Abänderung von SPÖ oder FPÖ, kein Problem hat, weil es Sinn macht. Und alles, was Sinn macht, sollte man unterstützen, Herr Kollege Haidinger. Danke schön! *(Abg. Manfred Haidinger: Kannst ja den Abänderungsantrag unterstützen, oder? - Beifall bei der LBL - Zwiegespräche in den Reihen - Abg. Manfred Haidinger: Burgenland haben wir draufgeschrieben.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter Kölly für Ihren Redebeitrag.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Antrag von der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik auf eine getrennte Abstimmung vor. Sie verlangt, dass über den ersten Punkt in der Beschlussformel, das ist der Text „das Vorarlberger Projekt einer Ausbildung zum Betriebsdienstleister und Pflegehelfer zu evaluieren und einen Modellversuch im Burgenland zu prüfen“ gesondert abgestimmt wird.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem ersten Punkt des Antrages des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse nun über die restlichen Punkte der Beschlussformel des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Pflegekräfte im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 442) betreffend „Starke Wirtschaft. Starkes Land“: Flexibilisierung statt neue Steuern (Zahl 21 - 302) (Beilage 471)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 13. Punk der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 442, betreffend „Starke Wirtschaft. Starkes Land“: Flexibilisierung statt neue Steuern, Zahl 21 - 302, Beilage 471.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Starke Wirtschaft. Starkes Land“: Flexibilisierung statt neue Steuern, in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den soeben genannten Antrag unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Hergovich beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Starke Wirtschaft. Starkes Land“ - eingebracht von der ÖVP. Selbstverständlich, die Wirtschaftspartei schlechthin, die sich ständig für die Wirtschaft und für die Arbeitsplätze stark gemacht hat. Auch in der Vergangenheit und auch jetzt in der Zukunft. Ich finde das in Ordnung. Ich finde das Thema auch dementsprechend für wichtig.

Natürlich werden wir uns alle dementsprechend sachlich verhalten. Aber bevor ich auf das Thema eingehe, wenn die Frau Petrik der Meinung ist, wir haben falsch abgestimmt, dann liegt sie auch falsch. Wir hätten gerne halt den anderen Antrag oder das andere gesehen. Das ist ja kein Problem. *(Abg. Géza Molnár: Du hast allem zugestimmt, nur nicht der Pflegelehre.)*

Oja. Warte ein bisschen, Herr Kollege Molnár. Immer wieder das Gleiche mit Dir. Als Klubobmann solltest Du Dich schön langsam einarbeiten, dann würdest Du das mitkriegen. Aber macht ja nichts. *(Heiterkeit des Abg. Géza Molnár)*

Ich komme zum Thema „Starke Wirtschaft. Starkes Land“. Der Wirtschaftslandesrat sitzt hier, von dem habe ich schon lange nichts gehört.

Vielleicht sagt er auch ein paar Wörter dann am Schluss dazu, was er davon hält, von dem „Starken Land. Starke Wirtschaft“. Denn eines ist klar, wenn ich höre, im Bund Maschinensteuer einführen, das hat der Herr Kern wieder zitiert und gleichzeitig, ich war ja gleich begeistert, wie ich das das erste Mal gehört habe, habe ich mir gedacht, da geht es jetzt ein bisschen rund, da wird sich etwas bewegen.

Ja, es hat sich bewegt. Neue Ehrenämter samt Büro für Faymann und Fischer, das war der erste Tagesordnungspunkt, den sie beschlossen haben. Das war super. War ich gleich wieder voll begeistert. Ich habe mir gedacht, naja, geht der Zirkus schon wieder weiter.

Maschinensteuer, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wunderbar! Wer soll das noch bezahlen? Die Allgemeinheit dann, wenn man die Maschinensteuer auch noch hinaufrechnet? Oder sollten wir nicht andenken, Lohn-/Nebenkosten senken? Wäre das

nicht vielleicht ein vernünftigerer Ansatz? Und warum haben wir die Arbeiter aus den Nachbarländern bei uns herinnen? Weil dort andere Kosten sind. Vielleicht sollte man sich darüber Gedanken machen. Und das macht ja die Gewerkschaft, wie ich weiß, sich mit denen zusammensetzen und diskutieren. Wir sagen immer, die dürfen nicht herein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es bauen sehr viele ein Haus. Wer kann sich das tatsächlich noch leisten? Wenn ich mir heutzutage anschaue, ein Haus mit ein bisschen Komfort hinzustellen, dann fragt man sich, wer finanziert das oder wie kann man das finanzieren.

Wohnbauförderung bekomme ich keine. Weil ich will die ganzen Vorschriften nicht mehr hören und sehen und dann bekomme ich 70.000 Euro und der Bau kostet mich 300.000, 400.000, 500.000 Euro. Ungeschauter kostet er das. Ich sage Euch das. Und da redet man immer von billigen Bauplätzen.

Billige Bauplätze und nach Eisenstadt, da können sie noch so teuer sein, ziehen die Leute. In Nikitsch bekommst du einen Bauplatz um einen Euro und keiner zieht nach Nikitsch. *(Abg. Christian Illedits: Wieso nicht?)* Jetzt frage ich mich, sollten wir nicht in der ganzen Situation umdenken? Der Wohnungsbau boomt und wir haben einen Antrag eingebracht, dass wir auch für Dorf Ortskernförderungen machen sollten.

Was war? Abgelehnt wurde er. Abgelehnt wurde das und ich habe das nicht nur einmal schon zitiert, wenn Sie durch eine Ortschaft fahren und viele Ortschaften und der Norbert Darabos, seines Zeichen Landesrat, weiß das genau.

Wenn ich nach Minihof um zehn Uhr am Abend hinüberfahre. Da ist tote Ruhe. Das sind die Gehsteige aufgeklappt. Viele Häuser sind verwaist.

Und wer soll in Nikitsch bauen? Wer soll in Nikitsch bauen, wenn er um einen Euro dementsprechend einen Platz bekommt? Niemand baut in Nikitsch. Aber wenn ich Anreiz biete, dass ich in Nikitsch ein Haus saniere oder im Ortskern etwas mache, dann muss das Land auch ja dazu sagen, weil die Gemeinden sagen das.

Als Gemeinde sage ich, ihr bekommt einen Ortskernzuschlag. Und das ist im Land auch ausverhandelt. Da gibt es eine gewisse Fläche, wo sie dabei sind. Aber nur mit Wohnbauförderung. Und viele bekommen keine Wohnbauförderung und können auch nicht, ja, ist es nicht möglich, dass sie eine beziehen können.

Daher muss ich schauen, dass ich auch mit dem neuen Gesetz, mit dem Abfallwirtschaftsgesetz, auch dementsprechend etwas mache. Wir haben auch über die Recyclingsache geredet, wo ich bis zu 35 Prozent jetzt mehr bezahlen muss. Vielleicht sollte sich der eine oder andere als Bürgermeister - und da sitzen ja doch einige herinnen - auch mit dem auseinandersetzen, wie schwierig es im Ortskern ist, wo wirklich verschandelte Häuser stehen, einmal dort Unterstützung zu geben.

Wir machen das als Gemeinde, aber viel zu wenig. Weil wenn ich heute hergehe, einen Grund in Deutschkreutz um 30 Euro den Quadratmeter kaufe, wo ein Haus darauf steht, 1.000 Quadratmeter sind 30.000 Euro und dann muss ich für das Wegschieben des alten Gebäudes auch 30.000 bis 50.000 Euro rechnen, dann wird keiner … *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe schon ein Haus weggerissen.)*

Das ist Faktum, Frau Kollegin. Das ist Faktum. 30.000 bis 50.000 Euro kostet es, ein Haus wegzureißen. Also Ihr solltet Euch einmal genau erkundigen! Hast Du eine ungarische Firma gehabt, oder was? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, eine österreichische.)* Ich weiß ja nicht. Das gibt es normal nicht. Aber das sind genau die Dinge. Tatsächlich, Frau Kollegin, jeden Tag habe ich die Probleme mit der Jugend. Die

sagt, das Haus würde mir gefallen. Das muss ich aber wegreißen und das kostet mir zu viel Geld. Ich will im Grünen bauen und da sind wir uns hoffentlich einig. Daher glaube ich auch, dass … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* Vielleicht sollten Sie zuhören, die Damen.

Ich glaube auch, dass es entscheidend sein wird, wenn wir von „Starke Wirtschaft. Starkes Land“ reden, dann haben wir auch gewisse Voraussetzungen zu schaffen, dass man wirklich auch Arbeitsplätze erhält. Auch Arbeitsplätze schafft, insofern dass man solche Anregungen gibt.

Wir haben vorher ein paar Punkte gehabt, wo wir unterstützend vom Land dabei sind. Super! Die ganzen Unterstützungen im Kindergarten und dergleichen. Der muss uns allen etwas wert sein, nur befürchte ich, wenn die nicht in der Ortschaft herinnen bauen können und nur auf der grünen Wiese bauen, dann können wir als Gemeinde die Infrastruktur noch ausweiten, erhalten und dergleichen mehr. Das wird uns irgendwann einmal auf den Kopf fallen.

Zum Entschließungsantrag vom 28. Jänner 2016 mit bedarfsorientierter Mindestsicherung haben wir auch eingebracht, dass man auch dort schaut, dass man den Leuten zum einen wirklich auch die Möglichkeit gibt, zu Geld zu kommen und dass sie wieder das Geld für bauliche Maßnahmen verwenden. Für Sanierungen, wenn es Gebäude in einer Ortschaft gibt. Ich glaube auch, dass es entscheidend wird sein, dass man gemeinsam einen Weg findet, wie man aus dieser Möglichkeit herauskommt, wo es derzeit so viele Arbeitslose in dem Land gibt.

Heute haben wir gehört, in Schulungsmaßnahmen sind auch so viel unterwegs. Daher ist es unsere Aufgabe als Politiker, die Rahmenbedingungen so zu setzen, auch Fördergelder in die Hand zu nehmen, dass wir durch das Tal einmal durchkommen und sagen, machen wir in der Richtung etwas. Ich glaube auch, dass es entscheidend wird sein, dass die Bevölkerung endlich einmal erkennt, dass das Land gemeinsam mit den Gemeinden nicht nur - und jetzt sage ich das bewusst - mit Asylanten - und jetzt werden sich die GRÜNEN wieder aufregen - das Gleiche bald bekommen wie die, die jahrelang gearbeitet haben. *(Abg. Markus Ulram: Die Blauen haben 6,5 Prozent die Grundversorgungsgebühr erhöht.)*

Das ist eine andere Sache, aber im Endeffekt ist es so, mit der Mindestsicherung von 825 Euro und der, der jahrelang gearbeitet hat, in den Topf eingezahlt hat und bekommt eine Pension von 700 Euro, die tun sich natürlich schwer, dass sie ihre Kinder oder Enkelkinder bei einem Hausbau unterstützen. Das hat es früher nicht gegeben. Jetzt kriegen die Herrschaften die Mindestsicherung, und heute haben wir beim Rechnungsabschluss gehört, wie viele Millionen da aufgebracht werden müssen. Das ist nicht ohne.

Daher sollten wir auch in dieser Richtung umdenken, und daher haben wir als Bündnis Liste Burgenland klipp und klar gesagt, Halbierung der Mindestsicherung für Asylwerber. Wo liegt jetzt das große Problem? Denn Österreich und das Land Burgenland geht her und wir sagen, das ist das Paradies. Warum gehen die nicht nach Rumänien oder nach Polen hinüber? Weil sie dort nur 200 Euro Mindestsicherung bekommen. Weil wir sagen, kommt herein zu uns. 835 Euro das ist eine klasse Geschichte und haben noch sämtliche Sozialleistungen frei.

Ich glaube, da gehört ein Umdenken her, und ich glaube auch, dass man - und es gibt viele Punkte, wo man hergeht und sagt, man kann die Wirtschaft beleben, wenn man ein Geld hat. Wenn man es dazu gibt. Heute hat man gehört, die EU war wichtig für uns

als Ziel 1-Förderungen, als Phasing out-Phase und dergleichen mehr. Weil wir es geschafft haben, auch diese Gelder dementsprechend unter die Leute zu bringen.

Es ist halt schade, dass das wohl bald vorbei wird sein und bei unserer Wirtschaft wird der Motor schön langsam ins Stottern kommen. Heute ist vom Südburgenland geredet worden, und im Südburgenland gibt es Abwanderung genug. Das heißt, auch dort sollte endlich einmal erkannt werden - ich weiß schon, ich höre schon auf, Robert.

Nur, es ist einfach so. Das ist Faktum. Wenn wir reden und wenn die ÖVP das eingebracht hat, kann ich nur sagen, super. Ist ganz gut, dass man sich darüber Gedanken macht. Aber dann ändert Ihr halt wieder den Antrag ab und macht wieder etwas anderes daraus.

Ich glaube, wenn wir nicht bald alle erkennen, dass es nicht nur eine Regierung gibt, die aus Rot und Blau jetzt besteht, auch dass wir uns miteinbringen können und wir vertreten ja auch die Gemeinden. Das muss man auch klar sagen. In den Gemeinden wird Arbeit geschaffen. Aber auch dort haben sie uns schon längst den Hahn auf Halbgas abgedreht.

Weil wenn ich denke, die ganzen KGs, die 20 Prozent Vorsteuerabzugsberechtigung ist weg. Was haben sie uns noch? Vom Bund kommt es auf Land und vom Land kommt es in die Gemeinden. Das heißt, der Druck kommt auf die Gemeinden. Heute habe ich schon erwähnt, wenn ich einen Straßenbau mache, wo früher der Kilometer eine Million Schilling gekostet hat, kostet heute eine Million Euro. Das muss alles die Gemeinde einmal aufbringen. Da gibt es keinen Cent Förderung.

Außer beim Güterwegebau. Das finde ich dort in Ordnung, dass man da eine Förderung bekommt. Jedoch auch dort sollte man nachjustieren, denn dreieinhalb Meter Breite ist heutzutage nicht mehr dem Stand entsprechend. Weil heute fahren wir Geräte, die breiter bald schon sind. Heute hat man Tonnagen, die viel größer sind. Solche Dinge sollten wir eigentlich diskutieren.

Herr Wirtschaftslandesrat, ich habe kein Problem damit, wenn Du sagst, wie schaut das aus und dergleichen mehr. Was können wir machen? Wir können Erfahrung einbringen. Du kannst dementsprechend Erfahrung einbringen. Aber auch - und das sage ich auch gleich - mit Technologiezentren, mit Thermen könnte man einiges gemeinsam bewegen.

Denn in Technologiezentren sehe ich kein einziges Technologiebüro oder irgendein Büro, das mit Technologie mehr zu tun hat. In Neutal nicht. In Eisenstadt wird übersiedelt, die Landesregierung kommt jetzt wieder hinunter. Die Umweltanwaltschaft und dergleichen mehr. Auch dort haben wir Aufholbedarf, und ich hoffe, dass Du das genauso siehst, Herr Landesrat, dass man dort Bedarf hat, das zu ändern.

Ich glaube auch, schlussendlich mit dieser Ortskernförderung. Hier gebe ich nicht auf, weil ich denke, das ist eine wichtige Sache, um Arbeitsplätze zu schaffen. Dass man dort vom Bund einiges wieder herunterbrechen und sagen kann, das kann mit dieser Baustoffrecyclingnovelle oder mit diesem Gesetz nicht sein, dass man nicht etwas ändern kann.

Es wurde angedacht, es schon vom Bund ein bisschen herunterzunehmen oder wegzunehmen, aber es ist noch nichts geschehen. Daher glaube ich, dass man in der Richtung einen gemeinsamen Antrag wieder einbringen sollte, um hier im Bauwesen vieles zu tun. Aber auch, Herr Landesrat, 25 Millionen von der Wohnbauförderung als Rücklagen sehe ich leider falsch investiert.

Weil er gesagt hat, das sind Ausgaben, der Herr Landesrat Bieler. Das sollte man eigentlich in einer dementsprechenden Arbeitsplatzschaffung und -sicherung machen. Vielleicht kann man sich gemeinsam dafür einsetzen, und ich glaube, das wäre der richtige Weg, um die „Starke Wirtschaft. Starkes Land“ eigentlich zu forcieren, so wie es die ÖVP will.

Daher würde ich den Antrag sehr gerne unterstützen, aber der Abänderungsantrag immer wieder da ist. Wir haben halt leider nicht die Mehrheit.

Aber vielleicht ergibt sich einmal in der Richtung etwas, dass wir gemeinsam einen Antrag einbringen, das haben wir schon einmal geschafft, vielleicht gibt es auch bei der Wirtschaft und von den Arbeitsplätzen einen gemeinsamen Antrag. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Starke Wirtschaft. Starkes Land“ klingt wie ein Antrag zum Thema Wirtschaft und zum Thema Burgenland.

In Wirklichkeit kommt dann eigentlich ganz etwas anderes daher. Ich muss ehrlich sagen, ich war ein bisschen entsetzt, wie ich Euren Antrag gelesen habe. Einmal mehr müssen die herhalten, denen ohnehin nur das Mindeste bleibt.

Die Mindestsicherung ist das Mindeste, sie zu kürzen ist das Letzte. *(Beifall der Abg. Klaudia Friedl und Gerhard Steier)* Natürlich bleibt in Eurem Antrag auch die soziale Hängematte nicht unerwähnt und Ihr scheut Euch auch nicht davor zu reden, dass man mit der Mindestsicherung ein Vielfaches von dem verdienen kann, wenn man arbeiten geht.

Also, entschuldige, das ist Populismus pur und entweder habt Ihr keine Ahnung, was es heißt, von Mindestsicherung zu leben, oder Ihr braucht einfach einen Buhmann ähnlich wie die FPÖ und viele andere. Wenn man sich im Moment die Medienlandschaft, Politiklandschaft überhaupt anschaut, denkt man sich überhaupt, es geht darum, die ungeeignetste Forderung zu platzieren.

Ein-Euro-Jobs, Zwölf-Stunden-Arbeitstag, der Druck auf die ArbeitnehmerInnen steigt ohnehin auch ohne solche Forderungen immer stärker. Tatsächlich liegt das Problem nämlich ganz woanders und das sagen nicht nur ich und die GRÜNEN, sondern das sagen vor allem die Wirtschaftsforschungsinstitute. Wesentlich wäre, endlich den Faktor Arbeit von Steuern und Abgaben zu entlasten.

Erstens, eine Ökosteuer, die den Namen verdient, die Umwelt und fossile Energie stärker besteuert. Noch immer ist zum Beispiel die Mineralölsteuer auf Diesel wesentlich geringer als die auf Benzin, allein das würde 600 Millionen Euro bringen. Die ÖVP steckt aber offensichtlich mit ihrer Wirtschaftspolitik im 20. Jahrhundert fest. Was wir wirklich brauchen würden, wäre ein Ausbildungsprogramm in den Zukunftsbranchen Ökowirtschaft, Gesundheit, Bildung, einen Masterplan für den öffentlichen Verkehr, auch das würde Arbeitsplätze bringen.

Wir wissen heute, dass eine Investition in Schiene Radweg, Gehweg, wesentlich mehr Arbeitsplätze schafft als in die Straße. Wir brauchen schnellstens eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken, um einfache SparerInnen zu schützen, der Staat

übernimmt hier leider nach wie vor auch Kursverfall, Risiko und Ähnliches. Ein großes Reformpaket zum Thema Sozialversicherung ist notwendig.

Klimaschutz, brauche ich nicht groß erwähnen, auch hier wäre es eigentlich möglich, Arbeitsplätze zu schaffen und viele zukünftige Investitionen, die getätigt werden müssen. Wir brauchen uns nur anschauen, alleine in der Landwirtschaft, aber auch jetzt gerade in den Katastrophen, die passiert sind. Ich bin erst vor kurzem durch Litzelsdorf, im Raum Großpetersdorf und Umgebung gefahren, einfach unglaublich wie es da ausschaut.

Da sind von landwirtschaftlichen Betrieben bis zu Häuselbauern wirklich viele Menschen geschädigt, langfristig teilweise, weil die Kulturen kaputt sind, weil ein kompletter Arbeitsentgang ist und weil leider, muss man auch sagen, viele dort gar nicht hagelversichert sind von den Bauern und Bäuerinnen, weil es dort kaum nennenswerte Hagelschäden gegeben hat.

Das ändert sich jetzt alles. Mit ein Grund wird wohl, oder ist mit Sicherheit, der Klimawandel. Rund 500.000 Menschen in Österreich bekommen für ihre Arbeitskraft mehr oder weniger einen Hungerlohn und müssen trotz steigender Lebenserhaltungskosten mit diesem Geld auskommen. Insbesondere niedrige Einkommensgruppen haben seit 1991 de facto keine Reallohnzuwächse natürlich erzielt. Wir müssen auch bei diesen Personen meistens dafür sorgen, dass sie aus der fossilen Energiearmutsfalle herauskommen.

Viele hängen hier noch an den alten fossilen Energieträgern, haben ihre alten Heizungen. Hier gehört erneuerbare Energie stärker gefördert, günstige Möglichkeiten der Dämmung, damit diese Menschen sich auch das Heizen im Winter leisten können. Aber auch ein Paket für einzelbetriebliche Unternehmen, Klein- und Einzelunternehmen, wäre ganz wichtig.

Zusätzlich, ich habe es vorher erwähnt, wäre natürlich auch die Sozialversicherung ganz schnell, was die Mindestbeitragsgrundlagen zum Beispiel angeht, auf ein ASVG-Niveau zu heben. Abschaffung des 20-prozentigen Selbstbehaltes bei ÄrztInnenbesuchen, Krankengeld auch für einzelbetriebliche Unternehmen und Kleinstunternehmen, ab dem vierten Tag die Möglichkeit, in Krankenstand zu gehen.

Wir können nicht Menschen immer mehr in die Selbständigkeit drängen und ihnen dann auch noch die Stecken zwischen die Beine zu werfen. Wir brauchen dringendst eine neue Erbschaftssteuer mit einem Freibetrag, der es verhindert, dass hier Einfamilienhäuser und die sogenannten Normalerbschaften eingeschlossen sind.

Spätestens mit dem jetzt geplanten Wegfall der Bankenabgabe ist eine Erbschaftssteuer mehr als notwendig, zusätzlich was andere OECD-Staaten schaffen, sollte für Österreich längst möglich sein und zwar eine moderate Vermögensbesteuerung unter 100.000 Euro Freibetrag pro Person. Das würde bei einem konstanten Steuersatz von 0,5 Prozent sicher einiges an Geld bringen und die Kleinst-, … *(Abg. Markus Ulram: Und auf was?)* Bitte?

Auf Privatvermögen. *(Abg. Markus Ulram: Auf was? Auf Schmuck?)* Das muss man sich genau anschauen, wie das dann im Detail ausschaut. Ganz oben auf der Liste, auf Bundes- und EU-Ebene, besser heute als morgen muss Schluss sein mit Steuerflucht.

Wir haben nach wie vor auch in Österreich Betriebe wie Starbucks, IKEA und Co, die ihre Steuern nicht bezahlen. Bei den kleinen Steuerflüchtlingen ist man hier sehr restriktiv bei diesen Großkonzernen geht wirklich viel Geld verloren.

Die Kosten für die Bankenrettung beliefen sich übrigens auf 13 Milliarden Euro, dem stehen Einnahmen durch die Bankenabgabe bis jetzt von 3,2 Milliarden entgegen.

Jetzt ist geplant, mit einer Einmalzahlung diese Bankenabgabe massiv zu reduzieren. Wer wird den Hyposkandal und die Bankenrettung weitertragen? Das sind die Steuerzahlerinnen und der Steuerzahler. Alles in allem kann der Antrag natürlich von uns nicht unterstützt werden, da er, wie gesagt, genau jene belangt, die sowieso schon finanzielle Probleme haben.

Ganz möchte ich aber bei der Gelegenheit, weil mir gerade das Zitat von Emmerich Tálos zuerst auf dem Bildschirm aufgeschienen ist, nicht unerwähnt lassen und hier nicht nur die ÖVP in Verantwortung ziehen, auch die FPÖ, die sich immer hinstellt als die Partei für die kleinen Leute. Ihr sagt, glaube ich, immer nur kleiner Mann, Emmerich Tálos hat gesagt, er kennt kein Sozialgesetz auf Bundesebene in letzter Zeit, wo dieser Aussage Rechnung getragen werde.

Wir werden daher diesem Antrag nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Haidinger verteilt Zettel an die ÖVP-Abgeordneten – Abg. Mag. Michaela Resetar: Fang bitte endlich einmal zu reden an! Wir sind privilegiert, die anderen haben nichts bekommen!)*

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Seit zehn Uhr, seitdem wir hier die Sitzung begonnen haben, bei der Fragestunde, bei der Aktuellen Stunde, auch bei jedem einzelnen Tagesordnungspunkt, immer dann, wenn die ÖVP zum Rednerpult getreten ist, hat sie uns als FPÖ, hat sie die Regierung Rot-Blau hier im Burgenland ständig als Populisten bezeichnet.

Populismus hier, Populismus da, Populismus everywhere. Jetzt behandeln wir einen Tagesordnungspunkt der ÖVP, es sind ja nicht einmal alle da.

Ist ja auch ein Zeichen, wie sehr Sie Ihre eigenen Tagesordnungen oder Tagesordnungspunkte wertschätzen beziehungsweise für wichtig halten. Es ist schade, dass ein paar nicht da sind, aber gerade der Herr Klubobmann geht mir ab, weil ja auch der im Prinzip einer der lautesten Populismusschreier ist. Da darf ich kurz den Duden zitieren, weil Wikipedia habe ich schon mitgekriegt in diesem Hohen Haus ist ja nicht unbedingt, das was als vorrangig beziehungsweise als Beispiel geführt werden darf, also nehmen wir den Duden.

Populismus. Der Populismus, Substantiv, maskulin, in der Politik steht es für Opportunismus geprägt, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage, die Gunst der Massen im Hinblick auf Wahlen zu gewinnen.

Jetzt eine kurze Denksportaufgabe: Was tut die ÖVP seitdem sie seit ihrer Abwahl in der Opposition ist? Na, genau das, was der Duden als Populismus beschreibt! Das macht die ÖVP seitdem sie in der Opposition ist.

Zum Antrag selbst, oder in der Sache, um das so schön zu sagen, der Antrag ist aufgebaut, wunderbar, wie jeder andere auch, mit einer Präambel. Die ersten beiden Absätze kann man ja noch grundsätzlich, zu denen kann man ja grundsätzlich okay sagen, die kann man mittragen und damit kann man auch feststellen, dass grundsätzlich die ÖVP intellektuell den Sachverhalt eigentlich erfasst hat.

Aber, die Werkzeuge, die Sie hier dann ab dem Absatz drei zu fordern beginnen, sind natürlich weit weg von Gut und Böse. Weil nämlich die Forderung, „daher braucht es

flexiblere Arbeitszeitenregelung sowie Steuerfreiheit für Überstunden ab der ersten mehr geleisteten Arbeitsstunde“, da muss ich Ihnen als Gewerkschaftler der ÖVP schon in das Stammbuch schreiben: Flexiblere Arbeitszeitmodelle sind arbeitnehmerunfreundlich und sind im Wesentlichen zum Vorteil des Arbeitgebers und, das haben Vorredner von mir eh schon gesagt, wie sehr der Arbeitnehmer eigentlich schon unter Druck ist.

Jetzt noch einmal mehr zu flexibilisieren, damit man vielleicht nicht nur mit zwei Jobs das Leben fristen kann, sondern einen dritten auch noch braucht, na das ist genau das, was wir im Burgenland brauchen. Ein Dankeschön an die Herren und Damen der ÖVP, im Prinzip so auf unsere Arbeitnehmer Druck auszuüben.

Aber warum reden wir überhaupt über das Ganze? Warum bringt eigentlich die ÖVP hier in diesem Landtag so einen Antrag ein? Sitzt nicht der Landesparteiobmann und Mitglied hier im Landtag im Bundesvorstand der ÖVP? Rühmt sich nicht die ÖVP auf einer Homepage im Wirtschaftsbund, die ARGE Wirtschaftsbund zu haben und wie steht es hier so schon drinnen? Die ARGE Wirtschaftsbund ist die Arbeitsgemeinschaft der Nationalrats-, Bundesrats- und Europaabgeordneten des Österreichischen Wirtschaftsbundes im Österreichischen Parlament. Der ARGE-Wirtschaftsbund kommt für die Durchsetzung unserer Interessen und Positionen im Rahmen der Gesetzgebung eine wichtige und bedeutende Rolle zu.

Na nehmt die wichtige und bedeutende Rolle doch wahr und macht das im Parlament des Nationalrates, aber nicht da Anträge stellen, dass die Bundesregierung dann das, was eine Regierungspartei doch könnte, über den Ministerrat und dann über den Nationalrat die Gesetze dementsprechend herstellen.

Nein, da muss der Landtag des Burgenlandes beübt werden, weil Fakt ist schon eines, dass alle diese Forderungen wie Arbeitsrecht, die Arbeitszeitregelungen oder das Abgabenrecht, die Steuerbefreiungen bezüglich Einkommenssteuer auf Grund der Kompetenzverteilungen, und deshalb habe ich das ausgeteilt und darf den anderen auch nicht vorenthalten, was ich jetzt ausgeteilt haben, *(Abg. Manfred Haidinger stellt ein Schild auf das Rednerpult.)* damit sich die ÖVP das mit nach Hause nehmen kann, die Kompetenzregelungen der Bundesverfassung. Paragraf 10 bis 15. Dort steht eindeutig und klar festgeschrieben, wer für was in diesem Staat zuständig ist.

Da steht bei der Arbeitsrechts- und Arbeitszeitregelung, bei der Abgabenregelungen und bei anderen Forderungen, die hier in diesem Antrag der ÖVP drinnen sind, steht nirgendwo der Landtag Burgenland. Da stehen auch nirgendwo die Länder, oder da gibt es auch keine Ausnahmeregelung.

Wir haben auch keine Kompetenz-Kompetenz, dass wir das vielleicht der Bundesregierung beauftragen könnten. Auch in der Kompetenz-Kompetenz des Bundes ist es nicht drinnen, dass hier zum Ausdruck gebracht wird, ja, das darf der Burgenländische Landtag.

Nein, wir sind da komplett am falschen Dampfer und das, was Ihr hier macht, ist nichts anderes als Populismus. Genau das, was Ihr die ganze Zeit jetzt der rot-blauen Regierung vorgehalten habt, seit zehn Uhr Vormittag, was Ihr jetzt im Prinzip auch immer wieder der FPÖ vorgehalten habt. Na schön, langsam füllen sich die Reihen der ÖVP. Mittlerweile sind ja fast alle eingetroffen, die heute nicht entschuldigt sind.

Herzlichen Dank für die Ehre, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Gerne!)* dass doch noch der Rest des schwarzen Lagers eingetroffen ist. Ich freue mich ganz besonders. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Musst nicht von vorne anfangen, einfach weiterreden! – Abg.*

Mag. Michaela Resetar: Bei Euch sind nicht einmal die eigenen Leute da, wenn einer redet! Da ist kein Einziger gesessen!)

Es geht ja um Euren Antrag. Da brauche ich ja nicht meine Leute. Da brauche ich Euch. Ich muss ja Euch ansprechen und nicht die FPÖ. Ich bitte Dich gar schön. Das ist ja jetzt schwer übertrieben. Gut. Also kurz gesagt. Bringen wir es auf den Punkt. Der Burgenländische Landtag ist schlicht und einfach der falsche Ort, solche Begehren zu äußern.

Wenn Ihr es nur deshalb tut, dass Ihr nachher oder vorher wieder in einer Pressekonferenz oder in irgendeinem Statement kundtun könnt, wie Ihr Euch für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer einsetzt. „Starke Wirtschaft. Starkes Land. Stirbt der Bauer. Stirbt das Land".

Diese markigen Sätze sind halt typische Sätze, die man braucht, um etwas zu vermarkten, was man nicht „daheben" kann. Also es ist ein reiner Marketing-Gag und auch das muss den Bürgerinnen und Bürgern gesagt werden. Dinge hier zu bearbeiten, die man nicht bearbeiten kann, weil sie nicht in den Zuständigkeitsbereich des Landes fallen, ist reines Marketing, und das steht Ihnen als Opposition natürlich zu. Aber Sie müssen es auch aushalten, wenn Ihnen dann gesagt wird, dass das im Prinzip reine Schaumschlägerei ist.

So etwas brauchen wir nicht, und deshalb haben wir auch den Antrag abgeändert. Nämlich insofern, dass man ihn inhaltlich noch mittragen kann. Nicht irgendetwas fordern, was es nie geben wird. Weil dann macht Ihr es ja da. Weil Ihr es selber in der Regierung nicht zusammenbringt, müsst Ihr es über Umwege machen, und deshalb haben wir so abgeändert, dass er eben nun lautet:

Durch Entbürokratisierung der Gewerbeordnung. Das passt Euch ja nicht. Die Wirtschaftskammer hätte ja dann nichts mehr zu tun. Also kann man ja hier auch nicht Eurem Klientel die Arbeit wegnehmen. *(Allgemeine Heiterkeit)* Aber wir wollen das schon. Insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe entlasten. Das wollen wir. Wo sitzt denn die ÖVP zurzeit? In den Schößen der jeweiligen großen Konzerne. Die Klein- und Mittelbetriebe, über die Ihr Euch hochgearbeitet habt, sind ja gar nicht mehr interessant für die ÖVP. Es geht nur mehr um Konzernklientel. Das findet natürlich bei uns keine Berücksichtigung.

Gleichzeitig zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ein gesundes Alter und einen Job ohne zusätzliche Belastung ermöglichen. Das ist eine Forderung, die man stellen muss. Die haben wir auch gestellt. Die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, wird auch nicht möglich sein - nehme ich einmal an, dass die ÖVP das mitträgt. Weil auf der Seite der Konzerne waren sie auch immer dabei, so rasch und so viel wie möglich billige Arbeitskräfte ins Land zu bekommen. Wenn ich nur daran denke, wie die Frau Merkel dazu angehalten hat, dass im Prinzip jetzt diese Schleusen voriges Jahr aufgemacht wurden.

War es die Autoindustrie, oder war sie es nicht? Gerüchte sagen, es war die Autoindustrie, die jetzt nichts anfangen kann mit den Migrantenströmen. Auch hier im eigenen Land war es natürlich die ÖVP-gestützte Industriellenvereinigung, die sich hier im Prinzip billige Arbeitskräfte versprochen hat.

Aufgegangen ist es halt nicht. Sowie die bedarfsorientierte Mindestsicherung so zu gestalten, dass einerseits Anreize bestehen, einer Beschäftigung nachzugehen und andererseits Familienarmut wirksam bekämpft wird. Da muss man schon ein Augenmaß haben.

Da sind wir zum Teil schon auch im selben Boot, wenn es darum geht, dass auf der einen Seite sich Leistung lohnen muss und auf der anderen Seite man nicht Leute, die zu Hause sitzen, überbezahlt. Da sind wir schon auf derselben Welle. Aber grundsätzlich ist der Ansatz der ÖVP ein abzulehnender.

Der Abänderungsantrag eben der Regierungsparteien ist daher zu beschließen. In diesem Sinne hoffe ich, dass auch die ÖVP das versteht und mitgeht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sicher! – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Herr Kollege Haidinger - Sie sind ein witziger Mensch. Muss man schon sagen. Es war sehr kurzweilig, Ihnen zuzuhören, auch wenn es natürlich inhaltlich völlig daneben und völlig falsch war. Was aber besonders witzig ist, Sie stellen sich hierher, teilen uns dann irgendwelche Zetteln aus mit den Kompetenzen, die in der Bundesverfassung festgelegt sind. Regen sich darüber auf, dass wir einen Entschließungsantrag einbringen, der an den Bund gerichtet ist und dann erklären Sie, wir sollen mitstimmen bei einem Entschließungsantrag von Ihnen, der ebenfalls an den Bund gerichtet ist.

Also irgendwie ist die Argumentation nicht schlüssig. *(Beifall bei der ÖVP)* Da sollten Sie sich beim nächsten Mal genauer vorbereiten. *(Abg. Manfred Haidinger: Das habe ich erklärt, da haben Sie nicht aufgepasst!)* Im Übrigen sind Sie ja noch nicht so lange im Landtag. Viele von uns sind ja schon länger hier, oder beschäftigt im Umfeld. Das war immer so. Wenn Sie alle Anträge, die an die Bundesregierung gerichtet sind, von der Tagesordnung wegtun, na dann wären wir schnell fertig.

Das muss ich schon auch sagen. Ich werde mir vielleicht die Arbeit einmal machen, die Anträge der FPÖ der letzten Monate und Jahre herauszusuchen, die an die Bundesregierung gerichtet waren, damit Sie das einmal wissen, wie das halt auch bei Ihnen üblich war und ist.

Daher kann ich das zwar jetzt so entgegennehmen als nett gemeinten Scherz, aber ich nehme es nicht besonders ernst. Ernst ist allerdings die Frage der Wirtschaft im Land. Wir sind wirklich davon überzeugt, dass eine starke Wirtschaft notwendig ist. Das ist nicht nur ein Marketingspruch oder ein Marketingschmäh, sondern wir glauben daran, dass es notwendig ist, eine gut funktionierende Wirtschaft zu haben, um auch ausreichend Arbeitsplätze für die Menschen im Land zu haben.

Wenn Sie sich herstellen und sagen, die Flexibilisierung ist so schrecklich und so grauslich und da werden die Leute unterdrückt, dann würde ich Ihnen raten, einmal in Firmen zu gehen, mit den Leuten zu reden, mit den Arbeitnehmern zu reden.

Wir waren vor kurzem im Bezirk Neusiedl am See bei der Firma Mareto, wo es ja ein flexibilisiertes Arbeitszeitmodell gibt und wo die Mitarbeiter hoch zufrieden sind. Wo wirklich das wunderbar funktioniert und wo die Zufriedenheit der Mitarbeiter extrem hoch ist. Über 500 Mitarbeiter - übrigens die Betriebsleitung hat uns auch mitgegeben, sozusagen auf den Weg - diese unselige Maschinensteuer von der politischen Agenda zu nehmen. Ich habe gesagt, wir sind da die falschen Ansprechpartner. Da gibt es einen gewissen Herrn Kern, der aus irgendwelchen unerfindlichen Gründen diese Maschinensteuer aus der politischen Mottenkiste hervorgezogen hat.

Aber deswegen - das wollte ich nur damit sagen - verteufeln Sie nicht alles. Sagen Sie nicht, das ist alles ein Blödsinn und die Leute werden unterdrückt. Sondern es gibt gute Modelle, wo auch die Mitarbeiter zufrieden sind, gut bezahlt sind und einen sicheren Arbeitsplatz haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deswegen sind wir zu 100 Prozent davon überzeugt, dass es notwendig ist, ein wirtschaftsfreundliches Klima im Land zu haben, um eben diese Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig aber auch den sozialen Frieden zu gewährleisten.

Denn nur wenn es den Leuten gut geht, wenn sie Arbeit haben, wenn sie Einkommen haben und damit für ihr Auskommen sorgen können, dann gibt es auch den sozialen Frieden, den wir hoffentlich alle miteinander wollen.

Wenn es das Ziel der Politik ist, dafür zu sorgen, dass es weniger Arbeitslosigkeit gibt, dann muss man sich auch darum kümmern. Man muss sich darum kümmern, dass die Betriebe funktionieren können, und man muss sich darum kümmern, dass es sich für Menschen auch lohnt, arbeiten zu gehen. Dazu ist es aus unserer Sicht notwendig, einen klaren Unterschied zu machen zwischen jemandem, der arbeiten geht, der 40 Stunden seine Arbeit verrichtet, jeden Tag in der Früh aufsteht und arbeiten geht und zwischen Menschen, die das eben nicht tun.

Stichwort Mindestsicherung. Da sind wir schon der Meinung, dass es eine Reform braucht. Da kann man streiten und diskutieren über die Art und Weise und was man ändern soll. Aber wir glauben, dass es einen deutlichen Unterschied geben muss zwischen jemandem, der arbeiten geht, und jemandem, der eben nicht arbeiten geht. Wiewohl ich schon - und das möchte ich auch sagen, weil das immer so in der Diskussion dann untergeht -, wir sind absolut dafür, dass man Menschen, die Hilfe brauchen, auch unterstützt.

Aber die Mindestsicherung muss so konzipiert sein, dass es Anreize für die Menschen gibt, wieder arbeiten zu gehen, und dass nur die, sozusagen diese Sozialleistungen in Anspruch nehmen, die es ganz einfach nicht mehr können.

Zum Kollegen Spitzmüller, weil er auch in diese Richtung gesprochen hat. Ich habe den Eindruck, dass Sie zum Thema Mindestsicherung in der Theorie zwar wissen, worum es geht. Sie wissen, wie die Situation ist. Aber in der Praxis - glaube ich - haben Sie noch nicht gearbeitet. Ich kann Ihnen schon sagen, die Frage der Deckelung der Mindestsicherung ist schon eine wichtige Frage. Wenn Fälle vorkommen und das ist so, das kann ich Ihnen aus der Praxis berichten, dass es hier Auszahlungsbeträge gibt von 2.500, 2.800, 3.000 Euro.

Und derjenige, der auszahlt, der übrigens 40 Stunden arbeiten geht und nicht einmal die Hälfte davon verdient, dann können die Menschen das nicht mehr nachvollziehen. Da muss man ganz einfach einen Deckel einziehen und muss sagen, dort, wo die Hilfe notwendig ist, da soll man sie gewähren, aber nicht überbordend gewähren. Weil die Mindestsicherung allein ist es noch nicht.

Die Mindestsicherung allein ist es noch nicht! Da kommt ja noch das Kindergeld dazu. Da kommen viele Sozialleistungen dazu. Die müssen auch für viele andere Leistungen nichts zahlen, und daher braucht man da ein ausgewogenes System, wo die Menschen das auch nachvollziehen können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Daher ist das auch ein wichtiger Teil unserer Politik, dass man diesen Unterschied auch spürt, wenn man arbeiten geht oder eben nicht arbeiten geht.

Meine Damen und Herren! Die Bilanz der rot-blauen Regierung der letzten zwölf Monate, weil das ja natürlich immer Thema sein muss, kann man unterschiedlich bewerten. Das ist klar, die Regierung hebt alles in den Himmel und erklärt, wie super alles funktioniert und alles geht. Die objektiven Tatsachen sehen natürlich anders aus.

Ein Bereich dieser eigentlich traurigen Bilanz ist das Thema Arbeitslosigkeit. In den zwölf Monaten dieser Regierungskonstellation hat es Monat für Monat mehr Arbeitslose im Burgenland gegeben. Das liegt einfach daran, dass es keine Initiativen gibt, dass es keine Maßnahmen von der Regierung gibt. Ich muss ehrlich sagen, ich muss da ja unseren Klubobmann zitieren, der gesagt hat, es hat zwar Beschäftigungsgipfel gegeben - zwei an der Zahl, glaube ich - aber der Einzige, der da wirklich Beschäftigung gefunden hat, das war der Herr Landesrat Darabos, den ich als Menschen wirklich sehr schätze. Der wahrscheinlich auch nichts dafür kann, aber der hat ganz einfach nichts auf den Weg gebracht. Die Regierung ebenso nicht.

Meine Damen und Herren! Sie sitzen offenbar in Ihren Büros und hoffen, dass sich die Zeiten irgendwie bessern werden. Aber von Maßnahmen, Initiativen oder Ähnlichem ist nichts zu sehen. Rot-Blau steht für Stillstand. Eigentlich für Rückschritt.

Daher glaube ich, dass es wichtig ist, dass es eine politische Kraft im Burgenland gibt. *(Abg. Edith Sack: Schau einmal nach Eisenstadt! Dort geht nichts weiter!)* Dass es eine starke Alternative gibt, die dieser schwächsten Regierung immer wieder den Spiegel vors Gesicht hält. Die immer wieder das Thema Wirtschaft und Arbeit auf den Tisch bringt - auch wenn natürlich mit der Mehrheit drüber gefahren wird und alles abgeändert wird. Ist okay.

Aber uns geht es vor allem darum, das Thema in der politischen Diskussion zu halten, und daher werden wir nicht müde werden, das zu thematisieren. *(Abg. Edith Sack: In Eisenstadt geht nichts weiter!)* Ich glaube, dass wir hier eine große Mehrheit der Bevölkerung auch hinter uns haben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte daher, nachdem ja - so wie immer - ein Antrag, ein Abänderungsantrag von der rot-blauen Proporzgemeinschaft eingebracht worden ist, möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen, den ich dann auch vorlegen werde und darf den Beschlussantrag zur Verlesung bringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich für folgendes Maßnahmenpaket zur Stärkung der österreichischen Wirtschaft einzusetzen:

1. Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen.
2. Steuerfreiheit für Leistungsprämien und Überstunden ab der ersten mehrgeleisteten Arbeitsstunde.
3. Senkung der Attraktivität Österreichs als Zielland und damit Begrenzung des Zustroms von Flüchtlingen.

Reform der bedarfsorientierten Mindestsicherung, insbesondere Deckelung der Geldleistungen für Mehrpersonenhaushalte mit einer bundesweit einheitlichen Obergrenze von 1.500 Euro pro Familie und Monat. Ein Verhältnis von 50:50 von Geld- zu Sachleistungen, beziehungsweise Direktzahlungen für Nahrung, Wohnen, Energie und Weiterbildung. Eine verpflichtende Reduktion der Geldleistungen um 25 Prozent nach dem ersten Bezug für jene Bezieher, die dem Arbeitsmarkt voll zur Verfügung stehen. Wer arbeitsfähig, aber nicht arbeitswillig ist, dem sollen

Leistungen gekürzt werden. Erhöhung des Arbeitsanreizes für Bezieherinnen und Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Es braucht einen spürbaren Unterschied von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen.

4. Sicherstellung der Leistungsgerechtigkeit für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

5. Nachhaltige Absicherung des burgenländischen Sozialsystems vor Überlastung.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie ersuchen, diesem Antrag zuzustimmen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Thomas Steiner übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen! Herr Kollege Steiner, ich werde mich jetzt nicht herstellen und sagen, wie toll wir gearbeitet haben. Wie gut Rot-Blau funktioniert. Ich bin genauso nicht objektiv, wie Sie zuvor, sondern mein Zugang ist, das sollen die Burgenländerinnen und Burgenländer bewerten.

Und die haben vor kurzem in einer Umfrage *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir waren auch in der Regierung, wir kennen das!)* das relativ klar gemacht und haben im Südburgenland der Regierungsarbeit ein deutliches Zeichen ausgesprochen. Ich verstehe das schon, dass Sie das nervös macht, denn Sie haben ja versucht, insbesondere im Burgenland, im Südburgenland, schlechte Stimmung zu streuen.

Es ist Ihnen misslungen, die Menschen sind zufrieden mit Rot-Blau. Und das zählt für mich. Am Ende zählt immer, was? Recht haben immer die Wählerin und der Wähler.

Und nur das zählt und nicht, was Sie oder ich hier beurteilen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Aber was die Burgenländerinnen und Burgenländer, was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Burgenland nicht brauchen, sind im Moment neoliberale Ideen, die wir auch heute wieder von der ÖVP leider erfahren müssen. Denn die ÖVP spricht von Flexibilität und meint damit, länger arbeiten für weniger Geld. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt überhaupt nicht! – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist schon wieder eine Interpretation. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist unwahr.)* Ganz einfach. Das ist Ihr Rezept.

Ich verstehe das eigentlich nicht, Herr Kollege Steiner, denn für uns ist eines klar, Leistung muss sich auch lohnen. Und wenn Menschen ordentlich arbeiten und Überstunden leisten, dann sollen diese auch abgegolten werden. Leistung soll sich lohnen. Das ist unser Zugang. *(Beifall bei der SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)*

Herr Kollege Steiner, ich war in der Vorwoche auf einer Baustelle im Bezirk Eisenstadt. Auf dieser Baustelle waren zehn Bauarbeiter, und ich habe mit denen im Baucontainer beim Frühstück gesprochen. Davon waren acht Burgenländer und zwei

Steirer anwesend. Ich habe ihnen gesagt, wie sie zu diesem Vorschlag der ÖVP stehen, zwölf Stunden zu arbeiten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du musst Ihnen den richtigen Vorschlag sagen.)* Ich hätte Sie gerne eingeladen, dass Sie in diesem Baucontainer gewesen wären, oder vielleicht ist es gescheiter, Sie waren nicht dort, weil Sie wären mit diesen Antworten wahrscheinlich nicht zufrieden gewesen. Was Sie aber wissen würden, wenn Sie hin und wieder mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sprechen würden, dass es diese Möglichkeit gibt. Denn wir haben eine gesetzliche Arbeitszeit von zehn Stunden, die auf zwölf Stunden verlängert werden kann, nämlich für sechs Monate, also 24 Wochen. Wenn das nämlich im öffentlichen Interesse oder wenn Gefahr in Verzug ist oder wie auch immer in der Baubranche relativ oft möglich und auch gelebte Praxis.

Sie haben zuvor die Firma Mareto angesprochen. Ich war, glaube ich, sieben- oder achtmal in der Firma Mareto. Ich schätze die Geschäftsführung dort sehr und vor allem, was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch vor allem die Lehrlinge dort machen. Nur wenn Sie bei der Firma Mareto waren, dann haben Sie gesehen, dass es keinen Bedarf von dem gibt, was Sie hier fordern. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum darf er das machen?)* Denn Schichtbetrieb, versetzte Arbeitszeit, Arbeitszeitmodelle, das ist alles möglich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, warum? Warum?)* weiß nicht, warum Sie sich da jetzt so aufpudeln. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat das initiiert?)* Ich will Ihnen nur sagen, dass das alles funktioniert. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sozialdemokraten und Volkspartei haben das damals initiiert. Die, die er jetzt verteufelt, in diesem Moment.)*

Moment, Moment, Herr Kollege Sagartz! Man muss schon bei der Wahrheit bleiben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, sicher! Sogar bedankt sind wir dafür worden.)* Vereinbart haben das die Sozialpartner. Ich weiß schon, Sie wollen die Gewerkschaft nicht, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer war es? – Abg. Edith Sack: Die Sozialpartner. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Offensichtlich waren wir jetzt nicht mehr dabei.)* ich verstehe das schon alles, dass Sie das nicht hören wollen. Aber das ist das Ergebnis einer funktionierenden Sozialpartnerschaft und das ist es. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist das jetzt schlecht oder gut? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist das schlecht oder gut? Das wäre jetzt die Frage.)* Und da brauchen Sie nicht sagen, Sie waren es oder andere waren es. Das ist ausschließlich der Sozialpartnerschaft zuzuführen.

Herr Kollege Sagartz, ich verstehe es auch eigentlich nicht, denn das Einzige, was Sie damit bezwecken wollen, sind Überstundenzuschläge den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wegzunehmen und das ersparen sich Konzerne.

Wenn Sie nämlich mit kleinen und mittleren Betrieben sprechen, also mit Geschäftsführern und Inhabern von kleinen und mittleren Betrieben, die verstehen Ihren Vorschlag gar nicht. Die burgenländische Wirtschaft versteht und will Ihren Vorschlag überhaupt nicht. Reden Sie einmal mit denen! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Du hast ja mit allen Partnern geredet.)* Wissen Sie, was sie sagen? Dieser Vorschlag nützt ausschließlich Konzernen und Unternehmungen, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das stimmt doch nicht.)* die groß produzieren. Reden Sie mit Ihnen! Sie werden es Ihnen schon sagen. Sie schaden mit diesem Vorschlag nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Sie schaden auch den kleineren und mittleren Unternehmungen, weil diese dort nicht mitkönnen.

Ich weiß nicht, wen Sie hier vertreten, ich sehe diese Konzerne im Burgenland nicht. Diese Vorschläge, die Sie da formulieren, die gehen wirklich völlig an burgenländischen Interessen vorbei. Und außerdem, heutzutage ist es ja relativ leicht.

Man muss immer nur schauen, wo liegen wir im internationalen Vergleich. Hätten Sie das getan, dann hätten Sie festgestellt, dass Österreich auf Platz drei im Vergleich der gesamten Europäischen Union liegt. Kaum ein anderes Land ist so flexibel in der Arbeitszeitgestaltung wie Österreich.

Also diese neoliberalen Zugänge, die kann ich eigentlich nicht verstehen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP. Sie schaden den Unternehmungen, Sie schaden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Burgenlandes.

Aber ich höre schon, der Kollege Kern *(Abg. Ilse Benkö: Kollege? – Abg. Edith Sack: Na, unserer!)* hat einen Vorschlag gemacht und hat gesagt, wir müssen auch nachdenken, Steuern anders zu verteilen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Politische Mottenkiste.)* Und wer gut zugehört hat, der hat auch gehört, dass es nicht darum geht, neue Steuern einzuführen, Sie sagen die Maschinensteuer. Er hat davon gesprochen, Steuern gerecht zu verteilen. Und jetzt kann man natürlich sagen, nein, das kommt mit uns nicht in Frage, die ÖVP ist gegen alles. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gegen die Maschinensteuer auf jeden Fall.)* Ist in Ordnung. Dann will ich Sie nur informieren, dass unser Sozialsystem auf lohnbezogene Abgaben beruht und aufgebaut ist. Und diese lohnbezogenen Abgaben werden jährlich weniger.

Dann stellt sich die Frage, wie finanzieren wir mittel- und langfristig eine Arbeitslosenversicherung, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Millionärssteuer ist ja auch gekommen, von der Ihr eineinhalb Jahre geredet habt.)* ein Pensionssystem, eine Krankenversicherung, *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Die Mindestsicherung!)* die Mindestsicherung. Diese Fragen werden alle auf uns zukommen. Und dann ist die Frage: Was tun wir? Belasten wir den Faktor Arbeit weiter und noch mehr? Dagegen bin ich.

Ich bin der Meinung, die Arbeit ist zu hoch belastet. Oder denken wir auch darüber nach, dass internationale Konzerne Technologien einsetzen, Millionen verdienen und kaum einen Beitrag zu Sozialversicherungssystemen leisten.

Ich bin der Meinung, wir dürfen uns dieser Diskussion nicht verweigern, wir müssen sie führen. Denn es wäre nur gerecht, damit können wir die KMUs entlasten, damit können wir die Lohnnebenkosten senken, den Faktor Arbeit senken, wenn hier ein faires System auch eingeführt werden würde. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch zwei Wörter zur Mindestsicherung. Ich halte es für eigenartig, dass man in diesem Antrag Überstunden und Wirtschaft mit der Mindestsicherung verbindet. Aber gut, war Ihr Zugang. Es ist hier relativ klar.

Wir wollen mehr Sach- statt Geldleistung. Wir wollen auch einen degressiven Kinderzuschlag. Aber da muss man schon die Kirche im Dorf lassen. Denn die Mindestsicherung macht 0,7 Prozent der gesamten Sozialabgaben aus. Wir diskutieren im Moment ausschließlich über die Mindestsicherung, wir diskutieren über 0,7 Prozent der Ausgaben im gesamten Sozialbereich. Das will ich nur einmal hier im Raum stehen lassen.

Ich glaube, wir haben ganz wichtige andere Dinge auch zu erledigen. Und wir sind gut beraten, diese Dinge auch anzugehen.

Wir werden natürlich dem Abänderungsantrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir diskutieren einen Entschließungsantrag, der es, glaube ich, wert ist, diskutiert zu werden. Auf der anderen Seite hat jetzt die Diskussion gezeigt, dass es vielfältigste Zugänge zu einem Thema gibt, das eigentlich die Grundlage unseres Staates darstellt, nämlich Wirtschaftsgegebenheiten, damit verbunden Arbeitsplätze, damit gegeben soziale Sicherheit, damit gegeben auch eine Wertschätzung im gesellschaftlichen Rahmen und überhaupt der gesellschaftliche Anspruch insgesamt.

Ich darf einleitend etwas wiedergeben, was mir sehr wichtig erscheint und verschiedentlich jetzt von Diskutanten auch außer Acht gelassen wurde.

Die Anzahl der Minijobs ist kräftig gestiegen. Jeder Dritte in Österreich ist atypisch beschäftigt. Das ist eine Schlagzeile aus 2015, Zahlen der Statistik Austria, die jedem, der hier diskutiert, aber auch allen Verantwortlichen den kalten Schauer über den Rücken laufen lassen sollte. Denn hier heißt es, erstmals seit 2011 gab es im Vorjahr mit plus 13.000 Stellen eine leichte Zunahme an Normalarbeitszeitverhältnissen, allerdings nur bei männlichen Beschäftigten. Seit 2008 ist die Zahl der unselbständigen Beschäftigten in Österreich um 156.000 gestiegen. Jedoch ging die Anzahl der Normalarbeitszeitverhältnisse im gleichen Zeitraum um 72.000 zurück, berichtet Statistik Austria. So war 2015 jeder Dritte, in Summe 1,21 Millionen Menschen atypisch beschäftigt. Das heißt, entweder in Teilzeit, geringfügig, in Leiharbeit, befristet oder mit einem freien Dienstvertrag versehen. Jobs mit weniger als zwölf Arbeitsstunden pro Woche legten seit 2008 um ein Viertel auf 189.400 Personen zu. Befristete Beschäftigungsverhältnisse ohne Lehre stiegen um 16,5 Prozent auf 210.000. Die Zahl der Teilzeitjobs stieg seit 2008 um 26,5 Prozent auf eine Million im Vorjahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist etwas, das vom Zahlenspiel alleine Betroffenheit für Menschen ausdrückt, die hinter diesen Zahlen stehen. Wir reden über Flexibilisierung, wir reden über Zugänge, die die Wirtschaft quasi auf Grund von neuen Situationen im Produktionsbereich möglicherweise braucht.

Auf der anderen Seite ist gerade aber von Seiten der Wirtschaft innerhalb der letzten Jahre vieles in einer Richtung gedrängt worden, wo normale Vollzeitarbeitsplätze - und hier rede ich nicht von Überstunden, das ist ein ganz anderes Kapitel, das in der Regel nur im Sparsinne, weil kein neuer Beschäftigter aufgenommen werden soll, oder dann ein Leiharbeiter sein soll - die Situation eigentlich ausmacht.

Diese Zahlen spiegeln etwas wider, was im gesellschaftlichen Rahmen eines dann auch als Folge gehabt hat, nämlich die Mindestsicherung. Die Mindestsicherung als Ausdruck einer sozialen Verantwortung, der man sich stellen muss, um quasi etwas nicht zuzulassen, nämlich alle durch das sogenannte Netz fallen zu lassen.

Und wenn man heute davon ausgeht, dass 840 Euro ein sogenanntes Maß der Dinge sein soll, wo man daran rütteln muss, weil das quasi nicht zulässig ist, dann möchte ich nur darauf verweisen, was grundsätzlich eigentlich Wohnungsmieten im Burgenland darstellen. So im Durchschnitt unter 400 Euro kriegt man normalerweise gar nichts. Und daher dahingehend etwas als übertrieben zu kennzeichnen und zu qualifizieren, glaube ich, ist absolut nicht zulässig, und daher auch nicht diskussionswürdig. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen Zugang zur Wirtschaft zu haben, der die Flexibilisierung im Grunde genommen als Hauptforderung stellt, ist unter den Gegebenheiten der burgenländischen Wirtschaftsverhältnisse auch nicht im konkreten

Sinne eine Hauptforderung. Wir haben auf der einen Seite nicht diese Anzahl von Betrieben, die diese Flexibilisierung brauchen.

Und wie es vorhin gerade gesagt wurde, gerade diejenigen, die es brauchen, haben es sich über die Sozialpartner im Kollektivvertragssinne in der Regelung gerichtet. Denen ist nicht in irgendeiner Form irgendetwas auf Zukunft bezogen in der Notwendigkeit erschienen, wir brauchen so etwas, sondern die haben als Ausdruck einer Notwendigkeit und auch im Verständnis der Arbeitnehmer gegebenen Forderung war, dass sie sich mit dieser Forderung zusammen gesetzt haben und Lösungen gefunden haben.

Wenn man auch oft bekrittelt, dass Sozialpartnerschaft quasi eine lange Wegstrecke braucht, um zu Resultaten zu kommen, in dieser Hinsicht haben sehr wohl Arbeitnehmerinteressen und auch Wirtschaftstreibendeninteressen einen Kompromiss gefunden, der die Möglichkeit zulässt, Produktionsgegebenheiten, Produktionszeiten auf bestimmte Längen zu ziehen, um damit eigentlich auch sicherzustellen, dass es zu keinen Ausfällen, auf der anderen Seite aber auch zu Ausgleichssituationen zu Zeiten kommen kann, wo quasi keine Produktion notwendig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirtschaftsverflechtungen und Wirtschaftsgegebenheiten sind nicht nur regional, lokal zu sehen. Vieles, was sich im Burgenland abspielt und weil der zuständige Landesrat für den Tourismus bei mir sitzt, ist eigentlich auch für ihn und, glaube ich, für alle, die damit beschäftigt sind, in den letzten zwei Wochen mit Schockerlebnissen verbunden. Wenn ich auf der einen Seite die Schließung des COM.INN-Hotels festhalten muss und zum zweiten das Life Resort. Zwei Gegebenheiten in touristischer Hinsicht mit Bettenkapazitäten weit über 200.

Auf der anderen Seite das eine Hotel von der Unger Steel Group aufgebaut und umgesetzt. Und wenn sich die Unger Steel Group, in Oberwart sesshaft, entschließt, ein Hotel zu sperren, quasi auf den Markt zu werfen, ohne es weiterzuführen, dann kann man davon ausgehen, dass es nicht an den finanziellen Möglichkeiten liegt, sondern, dass dieses Hotel mit Sicherheit nicht den wirtschaftlichen Gegebenheiten entspricht.

Viele in der Branche sagen, und alle wissen es auch von Bankenseite her, ein Hotel, das neu errichtet wird, und an diesen Umständen wird auch die Tourismuswirtschaft im Burgenland ihr Manko erleben, weil wir nicht die Kapazitäten aufbauen können, denn viele sagen, wenn ein Hotel frisch errichtet wird, gibt es in der Regel nur einen wahnsinnigen Financier. Erst bei der dritten Konkursantragsgeschichte kann man das Hotel ordentlich wirtschaftlich führen, weil eigentlich alle sogenannten Entwicklungskosten und alle Kosten, die dieses Hotel in der Entstehung gehabt hat, wegrationalisiert worden sind und damit eigentlich nur der übrig bleibt, der dann in der Folge ist.

In Wirklichkeit ist Wirtschaftsgegebenheit nicht nur abhängig davon, ob ich eine bestimmte Idee umsetze, wie es zum Beispiel jetzt im Eisenstädter Bezirk in der Freistadt Rust heißt, dass der Betreiber des Katamaran ein Hotel baut, sondern es ist davon abhängig, ob ich die entsprechenden Rahmenbedingungen setze. Die, die sich die Politik immer auf ihre Fahnen heftet, egal ob es jetzt ein normales Wirtschaftsproduktionsbetriebsgeschehen ist oder eine touristische Einrichtung.

Unser Zugang ist oft eben nur eingeschränkt. Wir fördern das und dann soll sich das entwickeln. Das funktioniert leider nicht so. Daher müssen auch die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden. Wenn es eine Entwicklung gegeben hat, die positiv, glaube ich, war, dann ist diese Konzentration in touristischer Hinsicht auf eine Reduktion verschiedener Ebenen, die jetzt in den letzten 1,5 Jahren gesetzt wurde, von absolutem Vorteil und was wir auch allgemein als Burgenländerinnen und Burgenländer

gesehen, endlich ist auch eine Schiene in der touristischen Werbesituation eingeschlagen worden, mit den Fernsehbildern, die, glaube ich, mehr als nachhaltig etwas bewirkt.

Ich will in dem Zusammenhang jetzt nicht dazu sagen, man könnte sich gewisse Gelder gespart haben, zum Beispiel bei der Förderung der Nationalmannschaft und die sinnvoller in andere wirtschaftliche Gegebenheiten … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist reine Blasphemie, das hat jetzt in dem Zusammenhang nichts zu suchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirtschaft in der Umsetzung. Wir haben etwas mit dem Brexit erlebt, wo sich ein Land entschließt, aus der Europäischen Gemeinschaft zu treten, wo gleichzeitig aber alle wissen, dass die größten Abhängigkeitsfaktoren gerade in wirtschaftlichen Verflechtungen bestehen.

Jetzt danach zu suchen, quasi in den Ausstiegszenarien, die besten Arrangements mit der Europäischen Union im Freihandelssinne zu erwerben. Gleichzeitig die größten Gegner dieses Abkommens oder der Europäischen Union, die Brexit-Befürworter in die Regierung zu nehmen. Ich glaube, das ist eine besondere Chuzpe und wird auch eigentlich nicht dem Rechnung tragen, was sich die Engländer vorstellen.

Aber worum es mir geht, ist folgender Umstand: Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Jahren immer wieder davon gehört, dass eigentlich Großbritannien der größte Gegner und überhaupt der Hauptgegner der sogenannten Finanztransaktionssteuer ist oder gewesen ist.

Diese Finanztransaktionssteuer, und jetzt schließe ich alle Diskussionspunkte, die um die sogenannte Maschinensteuer gefallen sind, aus. Diese Steuer würde unabhängig von dem, dass Länder jetzt Großkonzerne nicht zur Kasse bitten, sondern ihnen noch Freizügigkeiten gewähren, um ja nicht ihrer Steuerpflicht nachkommen zu müssen. Diese Finanztransaktionssteuer ist seit Jahren eines der Hauptziele aller, die um sogenannte Steuerfinanzierungen rittern und eine Chance suchen, quasi neben den sogenannten Belastungen auf dem Arbeitsmarkt die Lohnnebensteuern senken zu können.

Wenn wir uns schon nicht darauf einigen können, dass ein Diskussionspunkt die Maschinensteuer sein kann und es geht darum, quasi einen Ausgleich zu schaffen im Sinne der Lohnnebenkostensenkung, der sogenannten Perspektive der Industrie 4.0, dann sollte jetzt mit dem Austritt der Engländer aus der Europäischen Union die Chance ergriffen werden, die Finanztransaktionssteuer in den Griff zu bekommen und sie endlich auch durchzusetzen. Das wäre eine Aufgabe aller 27 verbliebenen nationalen Staaten, das wäre eine Aufgabe in der Sicherstellung der Finanzierung auch europäischer Verhältnisse. Dann würden auch viele Möglichkeiten der immer wieder in der Kritik stehenden Nettofinanzierung durch Mitgliedsstaaten wegfallen, denn das wäre ein Ansatz, wo gerade die Banken, die heute auch schon in mancher Hinsicht in der Diskussion gestanden sind, speziell die amerikanischen, die ihren Einfluss in den englischen Banken sichergestellt sind, dass die zu dem Obolus gezwungen würden, der eigentlich sicherstellen würde, dass vieles auf die sogenannten Lohnnebenkosten bei den Arbeitnehmern und bei den Arbeitgebern auch in Österreich wegfallen sollte und könnte. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat MMag. Petschnig das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Abgeordnete Kölly schon meine Stimme

vermisst hat, möchte ich dieser Bitte natürlich gerne nachkommen und mich hier zu Wort melden. *(Abg. Manfred Kölly: Freut mich!)*

Ganz ehrlich bin ich ein wenig verwundert, dass ein inhaltlich sicherlich nicht falscher, aber doch thematisch etwas schmaler Antrag, solche Emotionen zu erwecken vermag, denn wir hatten hier ein Potpourri von Themen - von Wohnbau über Gemeinden, Güterwege, Gehwege bis hin zum Heizen, die allesamt weder mit dem Antrag, noch mit dem Abänderer, noch mit neuerlichen Abänderungsanträgen irgendetwas zu tun haben. Und sind dann doch irgendwie so zwischendurch immer wieder auf das Thema Wirtschaft im eigentlichen Sinn zu sprechen gekommen.

Vom Begriff der kleinen Steuerflüchtlinge abgesehen einmal und davon, dass eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken seit den 1980er Jahren zumindestens bei der FPÖ auf der Agenda steht und das auch nachweislich, ist es so, dass halt irgendwie wieder gewisse Steuerphantasien hier im Raum schweben - unterschiedlichster Natur: Maschinensteuer, Vermögenssteuer, Bankenabgabe, Erbschaftssteuer. Da ist die Frage, wie man hier einen Konnex zu bilden vermag, die noch dazu mit 0,5 Prozent angegeben wird. Die Bemessungsgrundlage bleibt leider unbekannt. Bis hin zu einer Finanztransaktionssteuer, wie soeben gehört, die ja nicht nur die Briten, soweit ich informiert bin, blockiert haben, sondern es genügten ja eigentlich, wenn zehn von 28 bisherigen Mitgliedern hier mitgemacht hätten. Nur diese zehn haben sich nicht gefunden.

Also auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs bleiben immer noch mindestens 17 Staaten übrig, die diese Finanztransaktionssteuer ablehnen und im Übrigen sollte die Rest-EU diese Finanztransaktionssteuer einführen. Da würden die Briten sich natürlich bestärkt fühlen in ihrem Schritt, weil der Finanzplatz London dann sicherlich keine großen Gedanken über seine Zukunft machen muss.

Zum Antrag selbst. Es sind sicherlich Punkte drinnen, die, wie gesagt, nicht falsch sind, die man sicherlich unterstützen kann, teilweise natürlich noch zu diskutieren wären, aber im Prinzip hat der Abgeordnete Haidinger alles darüber gesagt.

Es sind halt Punkte, die entweder die Sozialpartner betreffen oder die eben die Bundesregierung betreffen. Und es ist schon ein kleiner Unterschied, weil da ein bisserl eine Blödelei Einkehr gehalten hat, ob man den Antrag an eine Bundesregierung formuliert oder ob man halt bittet, nahelegt, ersucht, das doch mit dem Sitznachbarn in einem anderen Gremium, nämlich im Bundesparteivorstand der ÖVP, zu besprechen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Tun wir eh. Ihr werdet das wohl auch machen.)* Das wäre wahrscheinlich - wir haben keinen Minister -, also hätten wir einen Minister, kann ich mir schon vorstellen, dass ich das eher auf kurzem Wege machen würde, aber gut.

Ich glaube, das war der Sukkus der Aussagen vom Abgeordneten Haidinger. Ich finde, das … *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: ... im kurzen Wege.)* jetzt also nicht so lächerlich, sondern ich finde das eigentlich vollkommen richtig, möglicherweise wäre man an der Umsetzung schon etwas näher, als wie wenn ein Burgenländischer Landtag hier diese oder jene Entschließung fassen würde.

Wie gesagt, was den Inhalt betrifft, ist sicherlich viel richtig, aber ich glaube - schließe mich dem Abgeordneten Haidinger an, dass das hier wohl der falsche Ort ist, um hier lang und breit über solche Themen zu diskutieren.

Im Übrigen, ich glaube, es besteht auch kein Grund, hier die Wirtschaft oder das Land oder den Tourismus krankzujammern. Die Zahlen sind allen bekannt, wie gesagt, da brauchen wir uns, glaube ich, nicht auf die Schulter zu klopfen. Wirtschaftswachstum wurde ja bekannt für das Jahr 2015, das war ein Jahr der geteilten Verantwortung, also da

hat ja die ÖVP daran mitgewirkt. Insofern ist das, glaube ich, eine sehr, sehr gute Geschichte.

Wir sind natürlich nicht im luftleeren Raum, wir sind natürlich abhängig von der Wachstumsentwicklung unserer Handelspartner, unserer Nachbarn, unserer Export- und Importmärkte, und daher sind diese Wachstumsraten von 2,2 Prozent sehr schön, sind aber nach dem in der letzten Sitzung bereits zitierten Okunschem Gesetz zu gering, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken. Da braucht man ein Wachstum von rund 2,5 Prozent plus. Das wurde knapp verfehlt. Mal sehen, ob sich das im heurigen Jahr dann ausgehen wird.

Wie gesagt, für ein Krankjammern besteht kein Grund, es gibt immer wieder Grund zur Verbesserung, Anlass zur Verbesserung. Das macht die Landesregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen, die ihr zur Verfügung stehen. Für alles andere ist natürlich der Bund gefordert, an den ich diesen Ball auch weiterspielen darf. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Steiner eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend „Starke Arbeitnehmer. Starke Wirtschaft. Starkes Land“ ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 82) betreffend „Einrichtung eines Schuldenmonitors für das Burgenland per Gesetz“ (Zahl 21 - 65) (Beilage 472)

Präsident Christian Illedits: Der 14. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 82, betreffend „Einrichtung eines Schuldenmonitors für das Burgenland per Gesetz“, Zahl 21 - 65, Beilage 472.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf

Fassung einer Entschließung betreffend „Einrichtung eines Schuldenmonitors für das Burgenland per Gesetz“ in ihrer 3. und abschließend in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22.Juni 2016, beraten.

Als Berichterstatter stellte ich nach meinem Bericht einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einrichtung eines Schuldenmonitors für das Burgenland per Gesetz“ unter Einbeziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich zitiere aus dem ursprünglichen Entschließungsantrag und zwar aus der Begründung: „Im Sinne echter Transparenz muss den Bürgern die Möglichkeit geboten werden, sich umfassend, unbürokratisch, rasch und jederzeit über alle Aspekte des aktuellen Schuldenstandes des Burgenlandes samt der Gemeinden und deren ausgelagerten Gesellschaften sowie sonstiger Beteiligungen informieren zu können.“

So begründen die Kollegen Kölly und Hutter ihren Antrag auf Einrichtung eines Schuldenmonitors, und ich stimme den beiden zu. Umfassend, unbürokratisch, rasch und jederzeit, ich mache darauf aufmerksam, zumindest was die Gemeinden betrifft, gibt es das bereits, nämlich auf www.offenerhaushalt.at. *(Abg. Manfred Kölly: Bis zu den ausgelagerten Gesellschaften. Aufpassen!)* Man kann sich dort stundenlang mit den Details der Gemeindegebarung auseinandersetzen. Graphisch ganz hübsch aufbereitet über die letzten 1,5 Jahrzehnte.

Voraussetzung dafür, dass sich der Bürger in diesem Sinne umfassend, unbürokratisch, rasch und jederzeit informieren kann, ist allerdings der an Transparenz interessierte Bürgermeister. Was muss man feststellen, wenn man auf www.offenerhaushalt.at nach der Gemeinde Deutschkreutz sucht oder nach der Gemeinde Bad Sauerbrunn sucht? Ja, alles Grau in Grau, nichts mit Daten befüllt, also offensichtlich sind die beiden keine Bürgermeister, die an Transparenz interessiert sind und die wollen, dass sich ihre Bürger, wie heißt das jetzt, „umfassend, unbürokratisch, rasch und jederzeit“ mit den jeweiligen Gemeindefinanzen auseinandersetzen können.

Soviel zur Ernsthaftigkeit Ihres Antrages, meine Herrn Kollegen Kölly und Hutter. Ich hoffe, es ist Ihnen wenigstens ein bisschen peinlich.

Was das Land betrifft, so haben wir heute anlässlich der Behandlung des Rechnungsabschlusses zum Thema Transparenz schon einiges gehört. Die Transparenz wird besser, die Transparenz wird mehr. Über die Darstellungsform kann man natürlich immer streiten. Es ist immer verbesserungswürdig beziehungsweise, was die Benutzerfreundlichkeit angeht, wobei es auch jedem von uns als Partei freisteht, das so zusammenzufassen, zu veröffentlichen, dass es auch wirklich auf den ersten Blick erkennbar ist.

Die wesentlichen Fragen, wenn es um die Umsetzung einer Aufstellung einer Übersicht geht, werden sich, glaube ich, im Zuge der Haushaltsrechtsreform von selbst lösen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Grundidee eines Schuldenmonitors können wir nur befürworten, vor allem deswegen, weil es unser Ziel sein muss, auf die Finanzen und das Burgenland aufzupassen. Die Zeichen stehen in Richtung Finanzkarussell, das sich in schwindelerregender Höhe dreht.

Wir wurden aufgrund der Finanzprüfberichte des Landes-Rechnungshofes auf dieses Karussell aufmerksam. Es geht um viele Millionen, um viele Milliarden, die verschleudert werden. Somit hätten wir diesen Antrag gerne unterstützt.

Dieser Abänderungsantrag zeigt ein anderes Bild, weil zu sagen, es steht sowieso alles im Internet, ist ein bisschen zu einfach. Der Weg dorthin mag durch das Internet einfach gelingen, aber das hat nichts mehr mit einem Schuldenmonitor zu tun, wie wir uns das vorstellen.

Umso wichtiger ist es, bei unserem hohen Schuldenstand den Monitor einzuführen und so schnell als möglich einen Konsolidierungspfad einzuschlagen, um die Finanzen des Landes langfristig zu retten.

Wir können diesem Abänderungsantrag leider nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Klaudia Friedl.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Das Thema Finanzen und damit einhergehend auch das Thema Verschuldung - sei es nun auf Bundes-, Landes- oder auf Gemeindeebene - ist ein nie enden wollendes und erhitzt daher auch immer und auch bei uns regelmäßig unsere Gemüter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Bandbreite an Sichtweisen, an Interpretationsvarianten und unterschiedlichen Zugängen zu diesen Themen sind mannigfaltig. Wir erleben sie bei jeder Sitzung und würden natürlich in weiterer Folge den Sitzungsverlauf heute sprengen.

Daher freut es mich aber, dass gerade rechtzeitig zu diesem interessanten Tagesordnungspunkt das Bonitätsranking 2015 zur Lage der österreichischen Gemeinden vom Magazin „Public“ veröffentlicht wurde. Ich betone das deshalb so sehr, weil gerade Sie, werte Kollegen, und da möchte ich mich der Meldung von meinem Kollegen Molnár anschließen, der so gerne burgenlandfremde Zahlen und Statistik aus dem Ärmel zaubern und diesen witziger Weise oder interessanter Weise mehr Glauben schenken als den eigenen Werten auch vom Land und von den Gemeinden.

Warum das so ist, das sei dahin gestellt, aber, glauben Sie mir, die Ergebnisse dieser Experten des KDZ, des Zentrums für Verwaltungsforschung, die mit der Analyse aller unserer österreichischen Gemeinden beauftragt wurden, darf ich Ihnen jetzt nahelegen. Dieser Bericht, diese Analyse und dieses Ranking ist mehr als erfreulich.

So liest man gleich zu Beginn des Berichtes Folgendes: Die besten Bonitätswerte weisen die Gemeinden im Burgenland und in Salzburg auf. Die burgenländischen Gemeinden haben auch heuer wieder hervorragend abgeschnitten und behielten den höchsten Anteil im obersten Zehntel.

Die Ursachen liegen nicht in der Finanzkraft, oder nicht nur in der Finanzkraft, die im Österreichvergleich eher gering ist, sondern insbesondere in den sehr geringen laufenden Transferzahlungen an das Land. Beispielsweise ist angegeben, dass für die Krankenanstalten nur zehn Prozent des Betriebsabgangs von den Gemeinden getragen werden müssen, denn den Rest bringt das Land auf. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Auch die geringen Personal- und Sachausgaben sind im Burgenland besonders hervorgehoben worden.

Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Diese Analyse basiert auf sehr fundierte Kennzahlen, mit denen alle Gemeinden in Österreich vergleichbar gemacht werden können. Sie werden aufgrund von vier Dimensionen analysiert, darauf entspringen dann folgende Kennzahlen, die dann zum Gemeindevergleich herangezogen werden die da sind. Die öffentliche Sparquote, die Verschuldungsdauer, die Schuldendienstquote, die Eigenfinanzierungsquote, die finanzielle Leistungsfähigkeit und der Verschuldungsgrad. Kennzeichen also, die eindeutig einer Interpretation bedürfen, denn ich traue mir das hier zu sagen, verzeihen Sie mir das, dass keiner von uns, weder Dame noch Herr der Anwesenden hier mit diesen Quoten und diesen Kennzahlen etwas anfangen können.

Wir bedürfen da Fachleuten, die uns das erklären und die natürlich auch die einzelnen Kennzahlen nebeneinanderstellen, um die Transparenz und die Vergleichbarkeit aller Gemeinden in Österreich sichtbar machen können.

Dieses erfreuliche Abschneiden, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, stellt aber nicht nur unseren Gemeinden ein sehr gutes Zeugnis aus, sondern auch dem finanzpolitischen Kurs des Landes Burgenland. Das Land ist ein fairer, ein starker, aber vor allem ein verlässlicher Partner für unsere Gemeinden - und das schon seit Jahrzehnten.

Neben den bereits im Bericht vom „Public“ erwähnten österreichweit niedrigsten Transferzahlungen bei den Krankenanstaltenfinanzierungen von eben zehn Prozent sind auch die Transferausgaben an das Land Burgenland, gleich nach Niederösterreich, mit nur 13 Euro pro Kopf am niedrigsten. Bei der Gesamtumlagenbelastung, also bei Landes-, Sozialhilfe und Spitalumlage, hat das Burgenland, und jetzt bitte genau hinhören, Herr Kollege Kölly, den niedrigsten Wert. Das Burgenland unterstützt seine Gemeinden damit und mit diesem Ergebnis mehr als alle anderen Bundesländer das tun. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich glaube, darauf, sehr geschätzte Damen und Herren, können wir sehr stolz sein. Diesen einzigartigen burgenländischen Weg gehen wir natürlich auch im Land, nämlich, ein verantwortungsvoller Umgang mit den vorhandenen Finanzen. 2015 keine Neuverschuldung mehr! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir schaffen damit eine Basis für eine gute Zukunft und vor allem bereiten wir das Land für die nächsten Generationen und für unsere Jugend vor. Jede interessierte Bürgerin, Herr Kollege Kölly, und jeder interessierte Bürger in unserem Land hat die Möglichkeit, sich auf der Homepage des Landes den jeweiligen Landes-Rechnungsabschluss, die Finanzgebarung anzusehen.

Seit dem Rechnungsabschluss 2014, Herr Kölly, wurden erstmalig auch ein Beteiligungs- sowie ein Haftungsspiegel angefügt. Sämtliche direkte, als auch indirekte Beteiligungen des Landes, sowie alle Haftungen sind dort abgebildet.

Also, ich denke, dass das Land seine Aufgaben sehr wohl erfüllt. Gleichzeitig ist das Land aber auch verpflichtet, falls das nicht allen bekannt ist, vierteljährlich Daten über Rechnungsabschluss, Bilanzen, Daten der Gewinn- und Verlustrechnung und auch Maastricht-Salden und vieles mehr an die Statistik Austria zu melden.

Diese Daten können wiederum auf der Homepage der Statistik Austria eingesehen werden.

Die vom Rechnungshof geforderte Reform der VRV, die ja heute schon oftmals erwähnt worden ist, auch bei der Fragestunde, ist im Burgenland, wie uns unsere Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf schon bestätigt hat, auf Schiene.

Die dadurch notwendige Umstellung kostet natürlich viel Zeit und viele Ressourcen. Wir haben da schon begonnen, das alles in die Wege zu leiten. Viele Arbeitsgruppen sind damit beschäftigt, Richtlinien zu erarbeiten, damit wir 2019 reibungslos und vor allem ohne Probleme für unsere Gemeinden und Bürger diese Umstellung durchführen können. *(Abg. Manfred Kölly: Wunderbar! Wunderbar!)*

Unser Ziel ist es, bereits 2019 auf Landes-, als auch auf Gemeindeebene diesen Voranschlag, wie die Frau Landesrätin schon berichtet hat, umzustellen. Viele österreichische, aber auch burgenländische Gemeinden haben bereits auf der KDZ-Plattform und das darf ich jetzt noch einmal erwähnen, Herr Kollege Molnár hat es schon gesagt, offener Haushalt, sich präsentiert und zeigen ganz offen ihre Daten. Auch ich, Herr Kollege Kölly, wenn ich Sie jetzt namentlich noch einmal erwähnen darf, bin ein bisschen erstaunt, wenn man schon so in das Füllhorn bläst und lauthals poltert und etwas einfordert, dann sollte man vielleicht die Hausaufgaben gemacht haben.

Ich hätte mich schon gefreut, wenn Sie als Deutschkreutzer auf dieser Plattform ihre Daten transparent freigeschaltet hätten, *(Abg. Manfred Kölly: Ich werde es gleich umschalten!)* aber vielleicht machen Sie das ja dann ab morgen. Wenn man sich im Landtag dafür einsetzt, dann sollte man den ersten Schritt tun.

Zum Abschied darf ich Ihnen noch mitteilen, dass unter den 250 gelisteten Gemeinden im Magazin „Public“ 38, das sind 15,2 Prozent, aus dem Burgenland sind. Fünf davon sind unter den ersten 30. Diese 38 sind immerhin 22,2 Prozent, also fast ein Viertel aller unserer 171 burgenländischen Gemeinden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir darauf nicht stolz sein können, dann weiß ich nicht mehr. Letztendlich darf ich mich, und möchte ich mich wirklich auch als Bürgermeisterin bei allen bedanken, die zu diesem guten Ergebnis, zu diesen Leistungen auf der Gemeinde-, auf der Kommunal- und auf der Landesebene beigetragen haben. Danke schön! Es geht um den Wohlstand unseres Landes, unserer Gemeinden und letztendlich von uns allen.

Meine Fraktion wird natürlich diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin aus Steinberg-Dörfl! Es ist ohnehin alles wunderbar, wenn alles so gut läuft.

Warum hat man dann Angst vor Transparenz, von einem Schuldenmonitor? Ich hätte da kein Problem damit, im Gegenteil! *(Abg. Géza Molnár*: *Passt! – Abg. Klaudia Friedl: Wir auch nicht! Wir haben damit auch kein Problem.)* Übrigens, das wird morgen gleich umgeschaltet, dass Ihr das auch seht, es ist ja kein Problem und wir wissen ja auch und das ist interessant, dass SPÖ und FPÖ demnächst einen Antrag einbringen werden, nämlich betreffend Transparenzregister über die EU.

Aber über unsere Gemeinden und das Land brauchen wir keines. Das ist ja sehr interessant, werte Kolleginnen und Kollegen. Mehr sage ich jetzt nicht mehr dazu, weil das, glaube ich, sagt alles aus.

Warum hat man Probleme, wenn man das einführt? Ich glaube nicht einmal der Herr Landesrat für Finanzen hat Probleme damit, weil wir dann alle genau wissen, wie es tatsächlich ist. Warum müssen wir dann herumdiskutieren?

Heute ist eines gefallen von Herrn Haidinger. Wir sollten überhaupt keine Anträge mehr an den Bund bringen, weil das eigentlich total unnötig ist. Herr Haidinger, ich bin bei Ihnen! Danke, dass Sie das eingebracht haben, aber Sie sagen eines dann auch gleichzeitig, dann brauchen wir keinen Landtag mehr. Danke schön. *(Beifall bei der LBL - (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Da nun keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend transparente Darstellung der finanziellen Lage von Land und Gemeinden ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich die 15. Sitzung des Burgenländischen Landtages schließe, lassen Sie mich noch einige Worte an Sie richten.

Die heutige Sitzung beendet die ordentliche Tagung 2015/2016 und beschließt damit ein intensives Landtagsjahr. Die Konstituierung des Landtages im Vorjahr brachte viele Neuerungen mit sich. Zahlreiche der Damen und Herren Abgeordneten, einige Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, und auch ich als Präsident des Landtages haben am 9. Juli 2015 ein neues Amt angetreten. Unbeirrt von allen neuen Umorientierungen konnten wir, wie ich meine, gemeinsam doch gute Arbeit für das Burgenland leisten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Außerhalb des Sitzungssaales setzte der Burgenländische Landtag zahlreiche Initiativen im Bereich der politischen Bildung und legte den Grundstein zur Öffnung und Transparenz des Hohen Hauses. Die Implementierung des Live-Streams möchte ich als Meilenstein dieser Offensive hervorheben.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Schließlich bleibt mir nur mehr, mich aufrichtig zu bedanken, bei allen Abgeordneten für ihre Mitarbeit im Dienste der Burgenländerinnen und Burgenländer, bei den Mitgliedern der Burgenländischen

Landesregierung, an der Spitze Herr Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz, für die konstruktive Zusammenarbeit.

Nicht minderer Dank gebührt allen Bediensteten der Landtagsdirektion für die Unterstützung der Landtagsarbeit. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen allen, auch nach der Sommerpause wieder positive Akzente im Landtag setzen zu können.

Bis dahin darf ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, erholsame Urlaubstage wünschen.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 22. September 2016, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehen Präsidialkonferenz findet um 19.30 Uhr bei mir im Büro statt.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für g e s c h l o s s e n und damit die ordentliche Tagung für 2015/2016 für beendet.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr 12 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 16. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 22. September 2016

10.03 Uhr - 20.42 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird;

3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016);

4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird;

5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird;

6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird;

7. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz-Novelle 2016);

8. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016);

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Buschenschankgesetz geändert wird;

10. Beschlussantrag, mit dem die Finanztabelle sowie die operationellen Programme Slowakei - Österreich 2014-2020, Österreich - Ungarn 2014-2020 und Slowenien-Österreich 2014-2020 zur Kenntnis genommen werden;

11. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Funktionsperioden 2010-2014 bzw. 2015-2019 der Tierschutzombudsfrau des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird;

12. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2014 und 2015 zur Kenntnis genommen wird;

13. Beschlussantrag, mit dem der 1. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird;

14. Beschlussantrag, mit dem der Burgenländische Sportbericht 2014/2015 zur Kenntnis genommen wird;

15. Bericht des Rechnungshofes betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden, Forschungsfinanzierung in Österreich;

16. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission;

17. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für die Ostregion (VOR);

18. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Eindämmung von invasiven Pflanzen- und Tierarten im Burgenland;

19. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Abschaffung der Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats;

20. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 457) betreffend Erste-Hilfe-Maßnahmen in Schulen (Zahl 21 - 317) (Beilage 561);

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2319)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 66 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Entsenderichtlinie - Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 2325)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2326)

Anfrage Nr. 73 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend „Jahr der Bildung“ - Maßnahmen um mehr Bewegung im Schulalltag
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2327)
Zusatzfrage: Doris P r o h a s k a (S. 2329 u. S. 2330)

Anfrage Nr. 67 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Digitalisierung im Gesundheitsbereich
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2331)
Zusatzfrage: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2332 u. S.2333), Patrik F a z e k a s (S. 2334) und Günter K o v a c s (S. 2334)

Anfrage Nr. 69 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Außen- und Sicherheitspolitik
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 2335)
Zusatzfrage: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2335 u. S 2336), Markus U l r a m (S. 2337) und Manfred H a i d i n g e r (S. 2337)

Anfrage Nr. 70 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend aktuelle Lage der Asylpolitik
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2338)
Zusatzfrage: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2339). Mag. Thomas S t e i n e r (S. 2340), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2341) und Mag. Christian D r o b i t s (S. 2341)

Anfrage Nr. 71 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Ablehnung von Subventionsansuchen im Bereich Förderung von Vereinen
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2342)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2344) und Mag. Kurt M a c z e k (S. 2344)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 491), mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 339) (Beilage 543);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 2346)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2353)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 487), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016) (Zahl 21 - 335) (Beilage 544);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 2346)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2353)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 489), mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 - 337) (Beilage 545);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 2347)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2354)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 490), mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird (Zahl 21 - 338) (Beilage 546);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 2347)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2354)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 488), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 336) (Beilage 547);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 2347)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2348), Manfred H a i d i n g e r (S. 2349), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 2350) und Werner F r i e d l (S. 2351)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2354)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 497), mit dem das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 345) (Beilage 548);
Berichterstatterin: Edith S a c k (S. 2355)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2366)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 498), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 346) (Beilage 549);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 2356)

Redner: Gerhard H u t t e r (S. 2356), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2357), Mag. Johann R i c h t e r (S. 2360), Mag.[a] Michaela R e s e t a r (S. 2361), Edith S a c k (S. 2363) und Doris P r o h a s k a (S. 2364)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2367)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 499), mit dem das Buschenschankgesetz geändert wird (Zahl 21 - 347) (Beilage 550);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 2367)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2367), Karin S t a m p f e l (S. 2368), Walter T e m m e l (S. 2369), Wolfgang S o d l (S. 2371), Gerhard S t e i e r (S. 2373), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2374), Manfred K ö l l y (S. 2375) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 2377)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2378)

Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 480), mit dem die Finanztabelle sowie die operationellen Programme Slowakei - Österreich 2014-2020, Österreich - Ungarn 2014-2020 und Slowenien-Österreich 2014-2020 zur Kenntnis genommen werden (Zahl 21 - 328) (Beilage 551);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 2379)
Redner: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2379), Christian I l l e d i t s (S. 2381) und Gerhard S t e i e r (S. 2383)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2385)

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 493), mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Funktionsperioden 2010-2014 bzw. 2015-2019 der Tierschutzombudsfrau des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 341) (Beilage 552);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 2385)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2385), Karin S t a m p f e l (S. 2387), Walter T e m m e l (S. 2388), Günter K o v a c s (S. 2389), Gerhard S t e i e r (S. 2390), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2391), Manfred K ö l l y (S. 2391), Landesrätin Verena D u n s t (S. 2393), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2395) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 2396)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2398)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 492), mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2014 und 2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 340) (Beilage 553);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 2398)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2398), Markus W i e s l e r (S. 2400), Patrik F a z e k a s (S. 2402), Mag. Christian D r o b i t s (S. 2402) und Gerhard S t e i e r (S. 2405)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2406)

Debatte über die schriftliche Beantwortung (Zahl 21 - 362) (Beilage 514) der Anfrage des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer (Zahl 21 - 324) (Beilage

476) betreffend Alarmanlagen
Redner: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2406), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 2410), Manfred K ö l l y (S. 2412), Manfred H a i d i n g e r (S. 2416), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2418), Ewald S c h n e c k e r (S. 2420), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2421), Géza M o l n á r (S. 2424), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2426), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 2427), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S.2427), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2430), Gerhard S t e i e r (S. 2431), Robert H e r g o v i c h (S. 2433), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 2434)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 494), mit dem der 1. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 342) (Beilage 554);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 2436)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2436), Manfred H a i d i n g e r (S. 2439), Georg R o s n e r (S. 2440), Mag. Christian D r o b i t s (S. 2441), Géza M o l n á r (S. 2443) und Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2445)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2445)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 481), mit dem der Burgenländische Sportbericht 2014/2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 329) (Beilage 555);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 2445)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 2446), Markus W i e s l e r (S. 2448), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2450), Robert H e r g o v i c h (S. 2451), Gerhard S t e i e r (S. 2453) und Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2455)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2457)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 479) betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden, Forschungsfinanzierung in Österreich (Zahl 21 - 327) (Beilage 556);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 2457)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 2458), Mag. Johann R i c h t e r (S. 2461), Markus U l r a m (S. 2463) und Dr. Peter R e z a r (S. 2465)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 2468)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 500) betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission (Zahl 21 - 348) (Beilage 557);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 2468)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2468), Géza M o l n á r (S. 2469), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2470), Christian I l l e d i t s (S. 2471) und Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2472)
Annahme des Antrages (S. 2473)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina

Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 482) betreffend Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für die Ostregion (VOR) (Zahl 21 - 330) (Beilage 558);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 2473)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 2473), Markus Wiesler (S. 2476), Bernhard Hirczy (S. 2478), Wolfgang Sodl (S. 2479), Gerhard Hutter (S. 2481) und Gerhard Steier (S. 2483)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2484)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 496) betreffend der Eindämmung von invasiven Pflanzen- und Tierarten im Burgenland (Zahl 21 - 344) (Beilage 559);
Berichterstatterin: Ingrid Salamon (S. 2485)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 2485), Karin Stampfel (S. 2488), Walter Temmel (S. 2489), Ingrid Salamon (S. 2489) und Gerhard Steier (S. 2491)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2492)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 460) betreffend Abschaffung der Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats (Zahl 21 - 320) (Beilage 560);
Berichterstatterin: Ilse Benkö (S. 2493)
Redner: Manfred Kölly (S. 2493), Mag.[a] Regina Petrik (S. 2496), Mag. Johann Richter (S. 2498), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 2499) und Doris Prohaska (S. 2500)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2502)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 457) betreffend Erste-Hilfe-Maßnahmen in Schulen (Zahl 21 - 317) (Beilage 561);
Berichterstatter: Géza Molnár (S. 2502)
Redner: Gerhard Hutter (S. 2502), Manfred Haidinger (S. 2503), Georg Rosner (S. 2504), Doris Prohaska (S. 2505) und Mag.[a] Regina Petrik (S. 2506)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2506)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2319)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abgeordnete des Hohen Hauses! Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Liebe Zuseher und Zuhörer auf den Tribünen! Meine sehr verehrten Damen und Herren, die uns per Livestream heute mit dabei unterstützen! Einen schönen guten Morgen! Ich eröffne die 16. Sitzung des Burgenländischen Landtages und damit die ordentliche Tagung 2016/2017.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 15. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landesrat Helmut Bieler entschuldigt.

Mitteilung des Einlaufes

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 16. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 22. September 2016.

Von der Landesregierung ist folgende Vorlage eingelangt:

1. Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Burgenländisches Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 - Bgld. BPMG 2016)(Zahl 21 - 395) (Beilage 566);

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau und Verlängerung der S31 bis Oberwart (Zahl 21 - 353) (Beilage 505);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31 (Zahl 21 - 354) (Beilage 506);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Adaptierung der Förderrichtlinien für Güterwegeneubau (Zahl 21 - 355) (Beilage 507);
4. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Ärzteausbildung (Zahl 21 - 385) (Beilage 537);
5. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung eines Mediationsverfahrens in der Causa „Umfahrung Schützen“(Zahl 21 - 387) (Beilage 539);
6. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“ (Zahl 21 - 388) (Beilage 540);

7. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einführung des Burgenländischen Erziehungsgeldes“ (Zahl 21 - 391) (Beilage 562);
8. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Atomkraft-Stopp (Zahl 21 - 392) (Beilage 563);
9. der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Regina Petrik, Manfred Kölly, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiedereinsetzung des Kontrollrates im burgenländischen Landesschulrat in der bewährten Zusammensetzung (Zahl 21 - 393) (Beilage 564);
10. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Christoph Wolf, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf (Zahl 21 - 405) (Beilage 576);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Verwaltungspraktikanten (Zahl 21 - 349) (Beilage 501);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Ferialpraktikanten (Zahl 21 - 350) (Beilage 502);
3. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend qualitative Jugendarbeit (Zahl 21 - 352) (Beilage 504);
4. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Meinungsumfrage Südburgenland (Zahl 21 - 359) (Beilage 511);
5. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Digitalisierung im Bildungssektor (Zahl 21 - 360) (Beilage 512);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Arbeitslose (Zahl 21 - 361) (Beilage 513);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Zinstauschgeschäfte (Zahl 21 - 366) (Beilage 518);
8. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Förderungen (Zahl 21- 367) (Beilage 519);
9. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Förderungen (Zahl 21 - 368) (Beilage 520);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Förderungen (Zahl 21 - 369) (Beilage 521);
11. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Förderungen (Zahl 21 - 370) (Beilage 522);
12. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Förderungen (Zahl 21 - 371) (Beilage 523);

13. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Förderungen (Zahl 21 - 372) (Beilage 524);
14. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Förderungen (Zahl 21 - 373) (Beilage 525);
15. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Landesmuseum (Zahl 21 - 374) (Beilage 526);
16. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend öffentliche Verkehrsmittel (Zahl 21 - 375) (Beilage 527);
17. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend öffentliches Verkehrsnetz (Zahl 21 - 376) (Beilage 528);
18. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Postenbesetzung Hauptreferat Sicherheit (Zahl 21 - 383) (Beilage 535);
19. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Landestankstellen (Zahl 21 - 384) (Beilage 536);
20. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Parkplatz vor dem Landhaus (Zahl 21 - 396) (Beilage 567);
21. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Glücksspiel (Zahl 21 - 397) (Beilage 568);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 298) betreffend Integration von Flüchtlingen (Zahl 21 - 351) (Beilage 503);
2. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 309) betreffend Beratung und Diagnostik für Kinder und Jugendliche (Zahl 21 - 356) (Beilage 508);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 310) betreffend Eingliederungshilfen (Zahl 21 - 357) (Beilage 509);
4. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 312) betreffend TOP-Jugendticket (Zahl 21 - 358) (Beilage 510);
5. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 324) betreffend Alarmanlagen (Zahl 21 - 362) (Beilage 514);
6. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 322) betreffend Ärztemangel (Zahl 21 - 363) (Beilage 515);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 326) betreffend Mailversand (Zahl 21 - 364) (Beilage 516);
8. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 323) betreffend Nachhilfekurse der Volkshilfe Niederösterreich (Zahl 21 - 365) (Beilage 517);

9. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 334) betreffend Facharbeiter (Zahl 21 - 377) (Beilage 529);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 333) betreffend Lehre (Zahl 21 - 378) (Beilage 530);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Personal (Zahl 21 - 379) (Beilage 531);
12. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 349) betreffend Verwaltungspraktikanten (Zahl 21 - 380) (Beilage 532);
13. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 350) betreffend Ferialpraktikanten (Zahl 21 - 381) (Beilage 533);
14. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 352) betreffend qualitative Jugendarbeit (Zahl 21 - 382) (Beilage 534);
15. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 359) betreffend Meinungsumfrage Südburgenland (Zahl 21 - 386) (Beilage 538);
16. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 360) betreffend Digitalisierung im Bildungssektor (Zahl 21 - 389) (Beilage 541);
17. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 361) betreffend Arbeitslose (Zahl 21 - 390) (Beilage 542);
18. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Bieler (Zahl 21 - 366) betreffend Zinsaustauschgeschäfte (Zahl 21 - 394) (Beilage 565);
19. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 369) betreffend Förderungen (Zahl 21 - 398) (Beilage 569);
20. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 368) betreffend Förderungen (Zahl 21 - 399) (Beilage 570);
21. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 370) betreffend Förderungen (Zahl 21 - 400) (Beilage 571);
22. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 367) betreffend Förderungen (Zahl 21 - 401) (Beilage 572);
23. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 371) betreffend Förderungen (Zahl 21 - 402) (Beilage 573);
24. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 373) betreffend Förderungen (Zahl 21 - 403) (Beilage 574);
25. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 372) betreffend Förderungen (Zahl 21 - 404) (Beilage 575);

eingelangt.

Ebenso sind die Petitionen

1. des Herrn Florian Höfer, Smaragdgasse 8, 7511 Rohrbach, betreffend SÜDBURGENLAND VOR – „Lasst uns nicht sterben“ (E 25);
2. von den Neos für mehr Demokratie, Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung und Transparenz in der Gemeinde (E 26);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die selbständigen Anträge, Zahl 21 - 353, Beilage 505, Zahl 21 - 354, Beilage 506, Zahl 21 - 391,Beilage 562, und die Regierungsvorlage Zahl 21 - 395, Beilage 566, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 355, Beilage 507, weise ich dem Agrarauschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 385, Beilage 537, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 387, Beilage 539, und Zahl 21 - 393, Beilage 564, weise ich dem Rechtsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 392, Beilage 563, und Zahl 21 - 405, Beilage 576, weise ich dem Rechtsausschuss und Umweltausschuss,

die Petition E25 und E26 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 349, Beilage 501, Zahl 21 - 350, Beilage 502, Zahl 21 - 359, Beilage 511, Zahl 21 - 360, Beilage 512, Zahl 21 - 373, Beilage 525, Zahl 21 - 375, Beilage 527, Zahl 21 - 376, Beilage 528, Zahl 21 - 383, Beilage 535, und Zahl 21 - 396, Beilage 567, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 352, Beilage 504, und Zahl 21 - 367, Beilage 519, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 361, Beilage 513, und Zahl 21 - 370, Beilage 522, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 366, Beilage 518, Zahl 21 - 372, Beilage 524, Zahl 21 -374, Beilage 526, und Zahl 21 - 384, Beilage 536, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 368, Beilage 520, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 369, Beilage 521, und Zahl 21 - 397, Beilage 568, habe ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 371, Beilage 523, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 351, Beilage 503, Zahl 21 - 356, Beilage 508, Zahl 21 - 357, Beilage 509, Zahl 21 - 358, Beilage 510, Zahl 21 - 362, Beilage 514, Zahl 21 - 363, Beilage 515, Zahl 21 - 364, Beilage 516, Zahl 21 - 365, Beilage 517, Zahl 21 - 377, Beilage 529, Zahl 21 - 378, Beilage 530, Zahl 21 - 379, Beilage 531, Zahl 21 - 380, Beilage 532, Zahl 21 - 381, Beilage 533, Zahl 21 - 382, Beilage 534, Zahl 21 - 386, Beilage 538, Zahl 21 - 389, Beilage 541, Zahl 21 - 390,

Beilage 542, Zahl 21 - 394, Beilage 565, Zahl 21 - 398, Beilage 569, Zahl 21 - 399, Beilage 570, Zahl 21 - 400, Beilage 571, Zahl 21 - 401, Beilage 572, Zahl 21 - 402, Beilage 573, Zahl 21 - 403, Beilage 574, und Zahl 21 - 404, Beilage 575 habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly nicht gehörig unterstütz ist, werde ich gemäß § 22 Abs. 2 GeOLT die Unterstützungsfrage stellen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den selbständigen Antrag auf Fassung einer Entschließung, Zahl 21 - 388, Beilage 540, betreffend, „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“ unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der selbständige Antrag ist gehörig unterstützt, sodass ich ihn dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuweise.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von den Landtagsabgeordneten der ÖVP-, GRÜNEN- und LBL-Fraktion sowie des Landtagsabgeordneten Steier ist ein Verlangen gemäß § 29 Abs. 6 in Verbindung mit § 29 Abs. 6a der GeOLT eingelangt.

Dabei handelt es sich um die Durchführung einer Debatte zur schriftlichen Beantwortung, Zahl 21 - 362, von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz der schriftlichen Anfrage des Landtagsabgeordneten Ing. Strommer, Zahl 21 - 324.

Gemäß § 29 Abs. 6 GeOLT findet diese Debatte spätestens um 15.00 Uhr statt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 22 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Die erste Anfrage ist von Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landesrat MMag. Petschnig gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Land Burgenland fördert die burgenländische Wirtschaft im Rahmen vielfältiger Förderungsprogramme. Ihr Koalitionspartner in der Burgenländischen Landesregierung - allen voran SPÖ-Landesparteivorsitzender Hans Niessl - hat sich in der jüngsten Vergangenheit mehrfach für die Abschaffung beziehungsweise massive Verschärfung der Entsenderichtlinie ausgesprochen.

Welche Auswirkung hätte dies aus Ihrer Sicht als Wirtschaftslandesrat - somit als zuständiger Landesrat für die Wirtschaftsförderung - auf die heimische Wirtschaft?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Klubobmann! Vielleicht eingangs kurz zur Rekapitulation. Die Richtlinie 96/71EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen normiert in Abweichung zur generellen Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb des Binnenmarktes eine sogenannte Transnationalisierung. Das heißt, der Ort einer Dienstleistung und das darauf anwendbare Recht fallen auseinander. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man es also an einem Beispiel festmachen will: Ein Arbeitnehmer aus dem Land U, verklausulieren wir es einmal so, fährt in das westlich gelegene Land Ö, um dort - beispielsweise auf einer Baustelle - eine Dienstleistung, also nicht selbständige Dienstleistung, zu erbringen Das Recht, das darauf anzuwenden ist, ist aber jenes aus U. Das heißt, die arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften, wie Lohnnebenkosten, Krankenkassen- und sonstige Versicherungsbeiträge und so weiter kommen alle von den Standards aus U.

Das ist prinzipiell kein großes Problem, wenn zwischen diesen beiden Staaten annähernd gleiche Standards und annähernd gleiche Lohnniveaus bestehen. Wenn das jetzt, zum Beispiel, ein Arbeitnehmer aus Ö seinerseits in das westlich gelegene Land D pendelt, dann wird das wahrscheinlich kein großes Problem sein, weil die Standards, die Abgabenbelastungen des Faktors Arbeit und so weiter ähnlich sind.

Probleme entstehen aber sicherlich dann, wenn es anhand einer Wohlstandsgrenze stattfindet, eben zwischen Ö und U. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Uganda?)* Ich glaube, es ist jetzt klar, was damit gemeint ist, denn hier werden praktisch relativ billige Arbeitskräfte über derartige Maßnahmen importiert. Das kann natürlich zu vielfältigen Konsequenzen führen.

Zum einen ist es so, dass die Arbeitskraft, die hier aus U, also im Bestimmungsland in Ö, in Österreich, jetzt können wir es, glaube ich, aufdecken, antritt, praktisch als Konkurrenz auftritt und hier natürlich einen Kostenvorteil beschert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man also den Tellerrand sehr eng sieht, und Sie haben den Begriff die Wirtschaft verwendet, wenn man das rein als die Unternehmer betrachtet, dann ist es kurzfristig sicherlich so, dass der Unternehmer, der als erstes Arbeitskräfte aus U und eben nicht mehr aus Ö beschäftigt und diese praktisch substituiert, also entsorgt, dann hat er natürlich einen Kostenvorteil. Wenn er das über entsprechende Preiskalkulation an den Kunden weitergibt, dann hat er natürlich einen Wettbewerbsvorteil, das ist keine Frage.

Es ist aber nicht so, das möchte ich auch klarstellen, wie Sie es bei einer Klausur im Juli diesen Jahres festgestellt haben, dass nämlich nicht billigere, sondern qualifiziertere Ausländer die Jobs bekommen, denn es ist genau umgekehrt, dass das rein auf der Preisschiene stattfindet. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sagt das AMS, der Herr Johannes Kopf.)*

Ja, in einer ÖVP Klausur. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das Foto da unten zeigt Sie und den Abgeordneten Steiner. Also, ich nehme einmal an… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Aussage bleibt doch hoffentlich die Gleiche!)*

Gut, Sie werden aber mir zugestehen, dass ich diese Meinung nicht teile, sondern dass hauptsächlich über die Preisschiene dieser Konkurrenzkampf ausgefochten wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, dass es, auch wenn man noch auf der unternehmerischen Ebene bleibt, dieser kurzfristige Vorteil wieder annihiliert wird, weil natürlich andere Wettbewerber in

diesen betroffenen Branchen, die in der Regel ja personalintensiv sind, denn nur dort schlägt sich dieser Kostenvorteil ja wirklich nieder, nachziehen werden.

Das heißt, wenn man, zum Beispiel, die Baubranche hernimmt und das Unternehmen A beginnt mit dieser Maßnahme und hat kurzfristig einen Kostenvorteil, bringt Aufträge und so weiter, dann werden die anderen Unternehmen in der Baubranche nachziehen und sie haben eine ganze Branche, wo Arbeitnehmer aus Ö durch solche aus U ersetzt werden.

Wenn man sich das jetzt längerfristig anschaut, -insbesondere volkswirtschaftlich und gesamtheitlich, dann bedeutet das zuerst einmal, dass in den betroffenen Branchen das Lohnniveau sinken wird. Das ist einmal sicherlich nicht von Vorteil, das bedeutet zum zweiten, dass bei den freigesetzten Arbeitnehmern in Ö die Arbeitslosigkeit steigen wird.

Das ist etwas, was wir statistisch sehr gut nachweisen können, was die Statistik Austria insbesondere für das Burgenland als Land an der Grenze, aufzeigt. Dass parallel dazu Rekordbeschäftigung besteht, die in erster Linie Arbeitnehmern aus U zugutekommt, ist auch erwiesen beziehungsweise auch, dass Arbeitnehmer die freigesetzten Arbeitnehmer aus Ö dann zum Auspendeln genötigt werden.

Es wird also die Kaufkraft in die Nachbarländer abfließen. Die Arbeitnehmer aus den Nachbarländern, die hier herkommen, um ihre Leistung zu erbringen, werden hier vielleicht nachfragewirksam einkaufen, aber sie werden die hauptsächlichen Ausgaben in ihren Heimatländern tätigen. Dieser Nachfragerückgang betrifft dann natürlich auch andere Branchen, sodass sie in eine Stagnation oder Abwärtsspirale fallen werden.

Das kann nicht das Ziel einer volkswirtschaftlichen Maßnahme sein. Daher ist das, was die FPÖ beziehungsweise auch der Herr Landeshauptmann, den Sie hier zitiert haben, zurecht fordern, nämlich, dass diese Richtlinie ehebaldigst aus dem Rechtsbestand zu nehmen, das heißt abzuschaffen ist, vollends zu unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Manchmal hat man den Eindruck, dass der Unterschied von den vorher zitierten und Ihren Aussagen gar nicht mehr so groß ist. Aber, blank ist in dem Fall reine Theorie.

Was haben Sie getan, um diese Forderung, die Sie nochmal postuliert haben, auf irgendeiner Ebene im Europäischen Bereich oder auf Bundesebene voranzutreiben? Sie werden jetzt sicherlich wieder kontern, dass Sie nicht in der Bundesregierung sind. Andere können es sich nicht so leicht machen. Sie, als Wirtschaftslandesrat, sollten dort vorstellig werden.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist richtig, dass ich als Wirtschaftslandesrat für das Land Burgenland noch nicht in Brüssel vorstellig geworden bin, weil es die Europäische Kommission wahrscheinlich nicht wirklich interessieren wird. Es gibt aber entsprechende Gremien. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Andere haben da eine große Delegationsreise unternommen.)*

Es gibt da entsprechende Gremien, die darüber beschließen. Das ist in erster Linie die Kommission, da sitzt ein gewisser Herr Dr. Hahn, der ja aus Ihren Reihen kommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt bestimmte Gremien, die darüber bestimmen, das ist, zum Beispiel, der Europäische Rat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wann wart Ihr dort? Was habt Ihr gemacht?)* Es gibt ja in diesen Gremien österreichische Politiker, die berufen sind, unsere Interessen zu vertreten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihre Ideen!)*

Präsident Christian Illedits: Sie können, liebe Kollegen der ÖVP, diese Fragen dann natürlich zum gegebenen Zeitpunkt stellen. Es ist die Fragestunde.

Bitte Herr Landesrat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau! Deswegen fragen wir!)*

Ja, aber nicht durch Zwischenrufe, Herr Abgeordneter Steiner. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ah so! Verstehe!)*

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ)| *(fortsetzend)*: Danke Herr Präsident! Um das vielleicht noch fertig auszuführen, wäre das der Ecofin-Rat, wo der Wirtschafts- und der Finanzminister drinnen sitzen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Habt Ihr schon einmal mit denen geredet?)* Wirtschaftsminister Mitterlehner, ÖVP, Finanzminister Schelling ÖVP.

Insofern wäre das an diesen Herrschaften gelegen dies zu ändern. Sie wollen es nicht, das ist ja politischer Wille offensichtlich, das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Ich kann nur sagen, würden wir dort sitzen, würden wir das ändern. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann können Sie das gleich sagen und nicht da herumreden.)* Das werden wir bei der nächsten Nationalratswahl thematisieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann können Sie das gleich sagen. – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein. Sinnlos. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Sinnlos. – Unruhe bei der SPÖ)*

Die zweite Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! 2016 ist im Burgenland das Jahr der Bildung. Regelmäßige Bewegung für unsere Kinder ist von enormer Wichtigkeit, Bewegungsarmut fördert insbesondere Haltungsschäden, Übergewicht und Verletzungsgefahr.

Welche Maßnahmen werden im Burgenland im Jahr der Bildung gesetzt um mehr Bewegung in den Schulalltag zu bringen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Bewegung im Schulalltag ist immer gut. *(Abg. Gerhard Steier: Nicht nur im Schulalltag.)*

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Bildung ist ein Schwerpunkt der burgenländischen Landespolitik. Es ist auch im Budget nachzulesen, dass ein Schwerpunkt des Budgets für Bildung, nämlich vom Kindergarten bis zu den Fachhochschulen den Gemeinden, den Bildungseinrichtungen, auch zur Verfügung gestellt wird.

Und ich denke, dass uns auch in den vergangenen Jahren gemeinsam, ja ich möchte da überhaupt niemanden ausschließen, alle die sich dabei positiv eingebracht

haben, etwas wirklich Großartiges gelungen ist, weil viele objektivberichtende Medien ganz einfach festgestellt haben, dass das Burgenland der Bildungsaufsteiger Österreichs ist, mit der höchsten Maturantenquote, mit einer Rekordanzahl von Studentinnen und Studenten im Bereich der Fachhochschule mit der höchsten Kinderbetreuungsquote.

Aber ein kleiner Schwerpunkt der uns wieder gelungen ist und der nicht so ein kleiner Mosaikstein im Bildungsbereich ist, ist zum Beispiel die tägliche Turnstunde. Jede Pflichtschule die die tägliche Turnstunde einführen will, kann das machen, nämlich schulautonom dort wo Lehrer und Eltern das in entsprechende Form auch beantragen.

Das gibt es in keinem Bundesland, das ist ein Pilotprojekt für Österreich, für das gesamte Schulsystem, wo wir begonnen haben im Burgenland das umzusetzen. Da bin ich auch sehr dankbar einerseits dem Verteidigungsminister und Sportminister Hans Peter Doskozil, der immerhin 1,45 Millionen Euro für dieses Projekt zur Verfügung stellt.

Wir haben auch bei der schulischen Tagesbetreuung, mit dem Unterrichtsministerium eine 15a Vereinbarung abgeschlossen, von dort kommen 1,8 Millionen Euro, sodass wir im Pflichtschulbereich diese tägliche Turnstunde flächendeckend angeboten haben. Schulen die das wollen, die entsprechend abgestimmt haben, machen das auch in diesem Schuljahr 2016/2017.

Also insofern ein ganz neuer Weg, das hat es noch nie in Österreich gegeben, nämlich, dass die tägliche Turnstunde eingeführt werden kann. *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat es abgeschafft?)* Wir haben - da hat es andere Regierungen auf Bundesebene gegeben, ja. *(Abg. Doris Prohaska zum Abg. Manfred Kölly: Das ward Ihr aber auch dabei. – Abg. Manfred Kölly: Wir nicht. Da hat es uns noch nicht gegeben.)* Das war auch, - die tägliche Turnstunde ist nie abgeschafft worden, weil es sie nie gegeben hat. Also insofern ist das absolut ein neuer Weg der hier eingeschlagen wurde. *(Zwiegespräche der Abgeordneten der SPÖ mit dem Abg. Manfred Kölly.)*

Wir haben auch hier ein Zehn-Punkte-Programm festgelegt, dort wo die tägliche Turnstunde eingeführt wurde, soll es auch eine Bewegungs-App geben. Es sollen Kinder Bewegungspunkte sammeln können. Es soll dann auch eine Preisverleihung geben, wo besonders viel Bewegung gemacht wurde.

Es soll auch einen fächerübergreifenden Unterricht geben. Ich glaube, das ist auch in einer modernen Schule ein neuer sinnvoller Weg, nämlich, dass zum Beispiel im Zuge des Wandertages ebenfalls Biologieunterricht stattfindet. Nämlich, dass man einen Lehrausgang macht, um auch den Biologieunterricht in der Natur zu machen, gewisse Bereiche erleben zu können, zu wandern, sich zu bewegen. Auch das werden wir in entsprechender Form durchführen.

Es wird auch eine „School-Tasting-Sporteinheit“ geben mit Lernzielkontrollen, Bewegungseinheiten, mit digitalen Medien, das soll synchronisiert werden. Und es gibt auch die Vernetzung mit den Vereinen, das heißt, auch diese Möglichkeit besteht, dass 9.000 Euro zum Beispiel über die 15a-Vereibarung zur Verfügung gestellt werden.

Damit Vereine in die Schule kommen, damit Vereine und Schule noch besser vernetzt werden. Sport und Integration, Betreuung der Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten, Ferienbetreuung durch Trainer, all das soll in diesem neuen Konzept drinnen sein.

Wir sind die Ersten im Burgenland und werden dieser Bezeichnung, nämlich „Bildungsaufsteiger in Österreich“ zu sein, gerecht, auch in der Bewegung, was ganz, ganz wichtig ist, für die Gesundheit der Kinder, für den Schulsport.

Ich glaube, dass das wieder ein Weg nach vorne ist, wo das Burgenland voraus ist und das kommt den Kindern natürlich zu Gute, weil die Gesundheit ein ganz wichtiger Faktor ist und die Bewegung für die Gesundheit einen ganz großen Stellenwert hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage Frau Abgeordnete?

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Gibt es neben den von Ihnen erwähnten, neben der erwähnten täglichen Turnstunde noch weitere Maßnahmen im Schulwesen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es gibt einerseits, da sind wir nach Wien Zweiter, das Bundesland wo die ganztägige Betreuung von 34 Prozent der Pflichtschülerinnen und Pflichtschüler in Anspruch genommen wird.

Von den Flächenbundesländern sind wir die Nummer Eins, österreichweit betrachtet nach Wien die Nummer Zwei. Und selbstverständlich obliegt es auch im Rahmen der Schulautonomie, dort wo ganztägige Schulformen auch durchgeführt werden den sportlichen Schwerpunkt, die Bewegung in den Freizeitbereich zu verlegen und dort auch schulautonom Sport anzubieten.

Wir haben darüber hinaus unsere x-fache Kickboxweltmeisterin ja im Land engagiert, wo sie ein sportliches Bewegungskonzept erarbeitet hat, dass sie auch in den letzten Jahren sehr, sehr intensiv umgesetzt hat.

Wo wir in 47 Volksschulklassen, 83 Gruppen, 1.441 Kinder über dieses Konzept "UR-FIT" mitbetreuen, wo es in den Volksschulklassen diesen Impuls gibt. Wo es in den ganztägigen Schulformen die Möglichkeit gibt Sport auch anzubieten. Und mit der schulischen Tagesbetreuung über die 15a-Vereinbarung mit dem Bund, können wir, wie gesagt, pro Gemeinde 19.000 Euro auslösen, wenn zum Beispiel Freizeitpädagogen angestellt werden am Nachmittag, wenn die Kooperation mit den Sportvereinen in entsprechender Form auch durchgeführt wird.

Also das sind alles auch Initiativen, oder die Frau Landesrätin Eisenkopf hat auch die Möglichkeit die Landesförderung für Sport und Projekttage vor allem Dingen für Kinder aus sozialschwächeren Familien in entsprechender Form auch zu unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Frau Abgeordnete, bitte.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Welche Maßnahmen werden neben den Initiativen zum Schulwesen zur Förderung von Bewegung und Sport landesweit gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich glaube einen Zukunftsweg den wir versuchen zu gehen, den wir im Burgenland auch als erstes Bundesland intensiv eingeleitet haben mit unserem Projekt "UR-FIT", aber auch mit der täglichen Turnstunde, ist natürlich auch die Vereine zu stärken.

Weil im Burgenland, das muss man sich wirklich zweimal anhören, 1.500 Sportvereine, 1.500 Sportvereine haben wir im Burgenland. Wir haben im Sportbudget des Landes vorgesehen 3,8 Millionen Euro, wenn wir alles zusammenfassen.

Zum Beispiel 80.000 Euro für das Projekt "UR-FIT", für die Fußballakademie, für die Errichtung wurden 1,2 Millionen Euro in den letzten zweieinhalb Jahren ausgegeben um die Sanierung und Neuerrichtung von Sportanlagen in entsprechender Form zu unterstützen. Also wir haben hier eine Sportförderung für 1.500 Sportvereine im Burgenland.

Wir haben noch zusätzlich den Sportpool Burgenland wo Firmen in diesen Sportpool Unterstützungsgelder, Sponsorengelder für den Sport auch einzahlen. Wo jedes Jahr zusätzlich zu diesem Landesbudget 150.000 Euro zusammenkommen, die dem Spitzensport im Burgenland zur Verfügung gestellt werden.

Ich darf auch dazu sagen, dass gerade auch unsere Spitzensportler die einzige österreichische Medaille in Rio gemacht haben. Für burgenländische Vereine starten die, die wir von Seiten des Landes Burgenland, vom Sportpool, viele Jahre unterstützen.

Also die Tanja Frank und Tom Zajac, einzige Bronzemedaillengewinner Österreichs in Rio, werden vom Burgenlandsport unterstützt, über die Vereinsförderung unterstützt, über die Spitzensportförderung unterstützt und über den Sportpool unterstützt und natürlich auch die 1.500 Vereine.

Auch hier haben wir viele Vereine in den letzten Jahren unterstützt, je nach Investitionen, je nach Infrastruktur. Und der Sportbeirat hat meines Wissens in den letzten 16 Jahren, solange bin ich für den Sport verantwortlich, alle Beschlüsse einstimmig für diese Sportförderung, für diese 1.500 Sportvereine auch getroffen. wofür ich sehr dankbar bin und wir im Burgenland noch nie so erfolgreich waren im Sport, als das aktuell der Fall ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann.

Die dritte Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Mag. Wolf an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Digitalisierung ist nicht aufzuhalten, sie greift in die Arbeitswelt genauso wie in das Privatleben ein. Vor allem im Gesundheitsbereich erfordert das eine zusätzliche Ausbildung.

Ist die neue Ausbildungsschiene mit einer Lehrpraxis für den niedergelassenen Arzt dafür passend?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich könnte mir das jetzt etwas leicht machen und das mit einem einfachen Ja beantworten. Das tue ich jetzt nicht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist auch besser.)*

Das Zweite ist, wir sind ja, wie Sie wissen, und das sollten Sie auch wissen als Abgeordneter, ich bin dafür *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nicht zuständig.)* nicht zuständig, das ist richtig. Für den intramuralen Bereich bin ich zuständig, nicht für den extramuralen Bereich, wäre ich gerne.

Aber wenn Sie diese Frage stellen und Sie ist eine ganz wichtige gesundheitspolitische Frage, darf ich Ihnen Folgendes auch mitteilen: Wir haben seit dem Juni des Jahres 2015 eine neue Ärzteausbildung in Kraft, mit einem Ärztegesetz auch auf

Bundesebene fundamentiert und ein zentraler Pfeiler dieser reformierten Ausbildung ist die verpflichtende Lehrpraxis die Sie auch in Ihrer Frage ansprechen.

Die wird in den kommenden Jahren schrittweise von sechs auf neun Monate ausgedehnt und schließlich auf 12 Monate ausgedehnt und ich halte das für gut und für richtig.

Diese Basisausbildung wird im Anschluss an das Studium absolviert und umfasst zumindest neun Monate insgesamt, ob es jetzt um chirurgische Fächer, oder konservative Fächer geht, das ist eine Fachfrage die wir hier glaube ich, in dem Rahmen nicht diskutieren müssen.

Grundsätzlich ist es so, dass diese Basisausbildung die Ärztinnen und Ärzte, dazu befähigen soll und muss den Patienten, die Patientin von der Aufnahme bis zur Entlassung zu betreuen, also auch den Stationsalltag zu händeln. Und wenn wir ins Detail gehen, ein bisschen zumindest, dann heißt das, 27 Monate Spitalsturnus. Also ich glaube nicht, dass es viele Länder gibt auf der Welt die eine derart fundierte Ausbildung auch ermöglichen.

Neun Monate innere Medizin, drei Monate Kinder- und Jugendheilkunde, drei Monate Frauenheilkunde und Geburtshilfe, drei Monate Orthopädie, drei Monate Psychiatrie. Zusätzlich gibt es dann auch noch Wahlfächer, dass möchte ich jetzt auch noch in diesem Rahmen nicht näher strapazieren. Aber auch hier ist klar, dass es hier eine Ausdehnung, was die Fachgebiete betrifft, gibt.

Also dieser Spitalsturnus schließt diese Lehrpraxis, die Sie angesprochen haben, ein. Und insgesamt heißt es, dass Ärztinnen und Ärzte die in Österreich dann tätig werden und für die Patientinnen und Patienten da sein sollen, mindestens 42 Monate Ausbildung, nach Ausdehnung der Lehrpraxis, in Anspruch nehmen können.

Und ich glaube, damit können wir auch sagen, dass diese Praxis eine gute Sache ist für die neu anzustellende Ärztinnen und Ärzte.

Die Frage die Sie noch angeschlossen haben, Digitalisierung. Wir haben, die anderen acht Bundesländer auch, das sogenannte ELGA Paket beschlossen, das wird im ersten Quartal 2017 implementiert, damit ist gewährleistet, dass alle Ärztinnen und Ärzte für ihre Tätigkeit auch sichtbar, die Dokumente vor einer Befundung auch bekommen.

Das war eine politische Diskussion die auch Ihre Partei mitbeschlossen hat auf Bundesebene. Und ich glaube, dass das ELGA-System jetzt nach einer gewissen Evaluierungsphase auch als gutes System anerkannt wird, dass dann auch dazu beiträgt, dass es eine Verbesserung noch gibt, wenn ein anderer Arzt sieht, welche Befundung schon vorgenommen wurde.

Die Diskussion, die es vorher gegeben hat, das sage ich auch ganz offen, ist auch für mich ein bisschen zum Nachdenken anregend gewesen. Nämlich dass man heute auch Befunde von Patientinnen und Patienten über einen gewissen Zeitraum auch sehen kann und nicht weiß, ob diese Befundungen dann auch geheim bleiben, wie es eigentlich im Gesetz vorgesehen ist.

Aber grundsätzlich halte ich diese Digitalisierung für richtig und für gut, wenn es keinen Missbrauch gibt. Insgesamt haben Sie, glaube ich, auch einen kurzen Überblick erhalten, wie es jetzt im Bereich der Lehrpraxis ausschaut in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter, bitteschön.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat, ich glaube, es ist in unser aller Sinn, dass wir auch Lehrpraxen in Burgenland etablieren können.

In welcher Art und Weise wird das Land solche Lehrpraxen unterstützen beziehungsweise auch Ärzte, niedergelassene Ärzte, bei den Investitionen unterstützen? In welcher Art und Weise wird das Land die Ärzte bei der Etablierung der Lehrpraxen unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Zwei Fragen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP) *(fortsetzend)*: Beziehungsweise.

Präsident Christian Illedits: Trotzdem.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP) *(fortsetzend)*: In welcher Art und Weise wird das Land die Ärzte bei der Etablierung der Lehrpraxen unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Danke. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Die Frage ist eine gute Frage, eine berechtigte Frage. Es ist so, dass wir, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann kommt die Antwort.)* ja die Antwort kommt gleich. Wir sind derzeit noch in Verhandlung, wir werden das unterstützen.

Aber noch einmal gesagt, ich bin eigentlich für diesen Bereich gar nicht zuständig, aber ich sage Ihnen heute, dass wir in Verhandlungen auch mit dem Bundesministerium für Gesundheit sind, wo wir versuchen werden, diese Lehrpraxen so zu finanzieren, dass 25 Prozent der Bund bezahlt, 25 Prozent die Länder, 25 Prozent die Sozialversicherung und 25 Prozent die Ärzteschaft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits:: Eine weitere Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter, bitteschön.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat, als Gesundheitslandesrat sind Sie wohl eher auch für die Ärzte zuständig in irgendeiner Weise, wenn das Land dann auch mitfinanzieren muss.

Aber grundsätzlich, Ihr Landeshauptmann, die SPÖ und auch die FPÖ wollen natürlich Jobs für das Burgenland schaffen, man hört da sind sie einer Meinung, und ich glaube auch, dass Sie das wollen.

In welcher Art und Weise werden Sie im Gesundheitsbereich dieses Ziel erreichen, zukünftig nur mehr Burgenländerinnen und Burgenländer einzustellen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Also wir versuchen in allen Bereichen Burgenländerinnen und Burgenländer einzustellen, auch im Ärztebereich. Wir sind derzeit noch in Verhandlungen auch mit den Gewerkschaften oder mit der Gewerkschaft, was das Pflegepersonal betrifft. Wir versuchen, soweit es möglich ist, hier auch Burgenländerinnen und Burgenländer in Jobs zu bringen.

Allerdings muss ich auch offen sagen, dass es im Ärztebereich durchaus auch einen Mangel gibt, das ist auch eine weitere Frage glaube ich, am heutigen Tag, dass wir auch schauen müssen, dass eben Burgenländerinnen und Burgenländer beziehungsweise Österreicherinnen und Österreicher zum Zug kommen.

Aber ich kann sozusagen nicht „mit der Karotte vor dem Esel“ dafür sorgen, dass es Österreicherinnen und Österreich gibt. Wir können nur ein gutes Gehaltsystem anbieten und das bieten wir auch an.

Wir haben über die KRAGES einen Träger im Krankenhausbereich, der auch dafür sorgt, dass wir täglich darauf schauen, dass Österreicherinnen und Österreicher zum Zug kommen, und wir haben in meiner Zeit als Landesrat, seit einem Jahr, 87 Ärztinnen und Ärzte im Burgenland untergebracht und in eine Funktion gebracht, die dann auch gewährleistetet, dass die Qualität im Spitalsbereich gewährleistet ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat. Wie Sie vorher erwähnt haben, ist die Digitalisierung auch im Gesundheitswesen angekommen. Mit der heutigen Technik werden unzählige Daten erhoben, die bei der Diagnose beziehungsweise Therapie wichtige Informationen liefern können.

Wie stehen Sie zum Vorschlag, dass ein Arzt auf jene Daten zurückgreifen kann, die der Patient selbst über Fitnessarmbänder oder diverse Apps sammelt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich stehe zu 100 Prozent zu dem Gesetz, das die SPÖ und die ÖVP im Nationalrat beschlossen haben was ELGA betrifft. Ich möchte nicht darüber hinausgehen.

Es gibt da und dort durchaus Bedenken, was die Weitergabe von Daten betrifft, aber so wie es im Gesetz jetzt festgelegt ist, halte ich es für richtig und dazu stehe ich auch. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wie verläuft die Ausbildung zurzeit zum Allgemeinmediziner im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich *(Abg. Geza Molnar: Da sind Sie ja nicht zuständig, oder?)* habe es eigentlich schon gesagt, es ist so, dass diese Ausbildung gut verläuft und dass wir mit der Frage, wie lange wer ausgebildet werden soll, im internationalen Vergleich an der Spitze liegen. Wir haben diese Ausbildung so auch angelegt, dass wir bis zum Jahr 2022 sechs Monate gewährleisten und ab 2027 sogar 12 Monate gewährleisten.

Also es gibt kein anderes europäisches Land, das eine derartig gute Ausbildung für Allgemeinmediziner auch vorschreibt. Was natürlich auch schwierig ist, weil die Menschen, die jetzt in die Allgemeinmedizin gehen möchten, ja genau wissen, dass sie einen sehr harten Weg vor sich haben. Und wir sehen auch täglich in der Diskussion, dass es nicht ganz einfach ist, das möchte ich gar nicht verschweigen, dass wir Allgemeinmediziner bekommen.

Wir haben im Südburgenland da und dort ein Problem gehabt, nach zu besetzen, auch in meinem Heimatbezirk gibt es ein Problem nach zu besetzen, in Großwarasdorf. Es ist so, im Gegensatz zu den Vorjahren, vor ja 20 Jahren, ist es schon schwieriger geworden hier Allgemeinmediziner auch für die Versorgung im ländlichen Raum zu bekommen.

Es ist, noch einmal gesagt, nicht meine Kompetenz grundsätzlich im Burgenland, aber natürlich schauen wir und müssen wir auch schauen, gemeinsam mit der Gebietskrankenkasse dafür zu sorgen, dass wir auch in den ländlichen Regionen diese Allgemeinmediziner haben, denn das Vertrauen der Menschen in Ärzte in ihrem unmittelbaren Umfeld ist wichtig.

Insofern halte ich diese Ausbildungsschiene, die ich kurz skizzieren durfte für richtig, aber hoffe, dass wir auch durch Maßnahmen, dieses Motivationsschubes dafür sorgen können, dass in allen Regionen des Burgenlandes auch diese Medizinerinnen und Mediziner tätig werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Steindl an Herrn Landesrat Bieler gerichtet. Da Herr Landesrat Helmut Bieler für die heutige Sitzung entschuldigt ist, wird diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Landtages zum Aufruf gelangen.

Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist eine der Säulen der Europäischen Union. Seit der Erweiterung 2004 ist das Burgenland von EU-Mitgliedstaaten umgeben.

Wie wirkt sich diese Tatsache auf Ihre Aufgaben in den Angelegenheiten der geistigen und zivilen Landesverteidigung aus?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ja, ich würde die Frage nicht so stellen, dass das Burgenland zumindest, dass die EU *(Abg. Manfred Kölly: Er hat sie aber so gestellt.)* in der Sicherheitspolitik und in der Außenpolitik eine Säule ist, das würde ich nicht so sagen.

Es sind 65 Millionen Menschen auf der Flucht oder möchten flüchten und es gibt derzeit keinen Schutz der Außengrenze. Es gibt derzeit kein gemeinsames Konzept der EU in Bezug auf Flüchtlingsbewegung. Es gibt eigentlich kein Konzept, daher würde ich das nicht so bezeichnen.

Wenn man der Anregung der Freiheitlichen Partei, die schon vor Jahren gekommen ist, nachgekommen wäre, würde die ganze Situation sich anders darstellen. Wir haben immer gesagt, dass im kulturnahen Raum Flüchtlingsstätten errichtet werden sollen, wo fünf, sechs, sieben, acht Millionen Menschen Platz haben. Diese Flüchtlingsstätten sollen mit Wasseraufbereitungsanlagen, mit Schulsystemen, mit Nahrungsmöglichkeiten versorgt sein.

Und wenn der Krieg beendet ist, dann soll man diesen Menschen wieder helfen, in ihr eigenes Land zurückzukommen und dort beim Wiederaufbau helfen, Geld in die Hand

nehmen. Aber vorerst ist es notwendig, einmal wirklich kulturnahe Flüchtlingsstätten zu errichten, denn das Entwurzeln der Bevölkerung hat ja keinen Sinn.

Wir können ja nicht 65 Millionen Menschen nach Europa holen und alle aus dem afrikanischen Raum entwurzeln. Das war immer schon das Konzept. Was die EU macht, ist nicht nachvollziehbar.

Deshalb würde ich nicht von einer Säule sprechen. Wichtig ist natürlich auch, dass die geistige und zivile Landesverteidigung aber nicht im ursächlichen Zusammenhang steht, mit den EU-Problemen.

Was wir nur machen können im Land ist Information, Information, Information und Aufklärung und Aufklärung. Aber einen direkten Vergleich oder einen ursächlichen Zusammenhang herzustellen mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, also diese Frage ehrlich gesagt, ist aus meiner Sicht nicht relevant. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter, bitteschön.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Ich werde die Relevanz gleich wieder herstellen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Sie wissen die umfassende Landesverteidigung ist beschlossen, ist im Artikel 2 des Bundesverfassungsgesetzes ganz einfach verankert. Und die umfassende Landesverteidigung besteht aus der militärischen, der wirtschaftlichen, der zivilen und der geistigen Landesverteidigung.

Meine Frage war ganz einfach nach geistiger und nach ziviler Landesverteidigung, Sie haben mir die Welt erklärt. Gut, ich frage noch einmal nach zur geistigen Landesverteidigung. Hier geht es um die Vermittlung von demokratischen Werthaltungen, um die Schaffung eines umfassenden Bewusstseins für demokratische Freiheiten für Bürgerrechte, für Menschenrechte und für Minderheitenrechte.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sind dafür verantwortlich - wie kommen Sie dieser, Ihrer Verantwortung nach?

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ich komme dieser Verantwortung selbstverständlich nach. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wie? – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wie, war meine Frage.)* Wenn die ÖVP ein bisschen warten kann, dann kann ich natürlich fertig ausführen.

Wir kommen dieser Verantwortung selbstverständlich nach. Es gibt Informationsprogramme, es gibt Schulungssysteme, es gibt zum Beispiel in der Landessicherheitszentrale einen Katastrophenschutzplan, einen digitalen Katastrophenschutzplan, den es in den anderen Bundesländern so in der Weise auch nicht gibt.

Es gibt Schulungsmaßnahmen, es gibt auch schon Initiativen im Bereich des Trinkwasserschutzes. Und das sind alles Initiativen, die man natürlich nicht von außen erkennen kann, denn die zivile und geistige Landesverteidigung hat natürlich auch den Sinn, dass mit dem Bund koordiniert werden muss, mit dem Bund abgesprochen wird. Das ist ja im Großen und Ganzen Bundesverantwortlichkeit und keine Landesverantwortlichkeit.

Die Landesverteidigung und Bundesverteidigung hat keine landesverantwortliche Priorität, aber im Zusammenwirken natürlich mit dem Bund ist es notwendig Aufklärungsarbeit zu leisten, in den Schulen Aufklärungsarbeit zu leisten, in allen Institutionen. Und da sind wir dabei für nächstes Jahr auch ein sehr starkes, umfangreiches Programm auszuarbeiten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter, bitteschön.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Das ist eine der wenigen Sicherheitskompetenzen, die Sie wirklich haben, im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung, ich sage es Ihnen nur, geistige und zivile Landesverteidigung und natürlich im Straßenverkehr, alles andere ist Bundessache.

Für die geistige Landesverteidigung, habe ich Sie gefragt, zur zivilen Landesverteidigung gibt es eine Organisation, das ist der Zivilschutzverband. Ich weiß nicht ist er da, draußen habe ich ihn gesehen vorhin, der Präsident Preiner, steht dem vor, gemeinsam mit dem Abgeordneten außer Dienst Hans Loos.

Welche Vorbereitungen treffen Sie im Bereich der zivilen Landesverteidigung, außer dass es den Verein gibt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Abgeordneter! Das reduziert sich nicht nur auf die zivile Landesverteidigung, auch wenn Sie das so suggerieren wollen. Der Bereich Sicherheit hat schon einen größeren Arbeitsbereich. Da ist die Feuerwehr verankert, da ist das Rote Kreuz verankert, da sind Einsatzorganisationen verankert, und wer den Tag der Sicherheit miterleben durfte, hat gesehen, wie breit das Spektrum Sicherheit ist.

Es gibt im Land ein neues Hauptreferat Sicherheit. Es gibt im Bereich Sicherheit Aktivitäten, wie es sie noch nicht gegeben hat, wie zum Beispiel das neue Gemeindesicherheitskonzept. Also es tut sich sehr viel im Bereich Sicherheit und einfach das zu reduzieren, auf Aufklärungsarbeit und - *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich glaube Ihnen das schon, nur ich habe das nicht gefragt.)*.

Selbstverständlich, nur zu reduzieren auf Schulungsmaßnahmen und Verbindung mit dem Bund - also ich habe nicht die Möglichkeit Verteidigungsminister zu spielen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gott sei Dank.)* und ich habe auch nicht die Möglichkeit Innenminister zu spielen, wenn Ihr das als ÖVP könnt, dann tut es bitte, aber unterstellen Sie mir nicht irgendwelche Dinge, die es so nicht gibt.

Die Landessicherheitszentrale wird wahrscheinlich jedem bekannt sein. Die Landessicherheitszentrale koordiniert das gesamte Sicherheitswesen, die Einsätze, die Notrufe. Aber wir werden ja heute noch über die Alarmanlagen plaudern, damit Sie auch hier den Zusammenhang haben.

Denn der Unterschied ist natürlich, dass gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann wir diese Alarmanlagenaktion ausgeweitet haben, dass selbstverständlich der Herr Landeshauptmann aus seinem Budget das fördert, das ist aber okay, dafür gibt es eine Zusammenarbeit.

Ich will nicht streiten, sondern wir müssen zusammenarbeiten und nur die Zusammenarbeit bringt das Land weiter, nicht so wie in der Bundesregierung, zum Beispiel mit ÖVP und SPÖ. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Ulram.

Bitteschön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Landeshauptmann-Stellvertreter! Das Bundesheer im Assistenzeinsatz und die Polizei verrichten derzeit einen wertvollen Dienst an unserer Grenze. Die Errichtung eines Zaunes im Grenzübergangsbereich im Sinne des Grenzmanagement wird zurzeit vorbereitet.

Ist diese Vorbereitung des Zauns, mit einer Länge von rund 1,8 km neben dem Grenzübergang in Nickelsdorf aus Ihrer Sicht ausreichend?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Aus meiner Sicht ist diese Vorgehensweise in Ordnung aber sicherlich nicht ausreichend. Das heißt, wir alle wissen, dass die Freiheitliche Politik das breiter haben möchte. *(Abg. Markus Ullram: Breiter oder länger?)* Aber natürlich das ist eine Bundesentscheidung und da habe ich keine Möglichkeit hier Einfluss zu nehmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt klatschen nicht einmal mehr die Eigenen.)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Haidinger, bitteschön.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die zivile Landesverteidigung ist ja in Verbindung mit der Bedrohungslage mittlerweile eine die subjektiv bei der Bevölkerung gefährdet ist.

In Deutschland - hören wir - werden die Bürger schon informiert. In Wien, dem Vernehmen nach, gibt es auch schon die eine oder andere Aussendung der Regierenden, die Bevölkerung möge sich vorbereiten.

Wie gedenken Sie, Schwergewichte im nächsten Jahr zu legen? *(Abg. Manfred Kölly: Was vorbereiten?)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, danke Herr Abgeordneter. 2017 - der Schwerpunkt 2017 wird sicherlich darin liegen, die *(Abg. Manfred Kölly: Was vorbereiten? Es hat keine Frage gegeben!)* Katastrophenschutzpläne, die digitalen Katastrophenschutzpläne so auszubauen, dass sie wirklich flächendeckend vorhanden sind. Ich möchte natürlich auch, dass die Feuerwehr und das Rote Kreuz dann auch Zugang haben zu diesen Katastrophenschutzplänen. Denn nur so kann man natürlich auch in einer Katastrophe schnell und sicher vorbereitet sein.

Zusätzlich darf man auch nicht vergessen, dass das Pilotprojekt "Gemeindesicherheit" oder "Sicherheitspartner" jetzt zu laufen beginnt. Dort ist es so, dass Beobachtungen in den Gemeinden durchgeführt werden und diese Beobachtungen ausgewertet werden, gemeinsam mit der Polizei ausgearbeitet werden. Dass diese Beobachtungen auch natürlich in ein Bürgerservice übergehen und dass diese Beobachtungen natürlich auch im Hinblick auf Katastrophenschutz sehr wertvoll sein können.

Denn im Katastrophenschutzplan werden natürlich auch verschiedene Geräte von verschiedenen Menschen aufgenommen, wo man sagen kann, wenn eine Katastrophe ist, kann ich sofort bei den Herren zugreifen, oder befindet sich diese gefährliche Stelle dort oder diese gefährliche Stelle da.

Das heißt, diese wissenschaftliche Begleitung dieses Gemeindesicherheitskonzeptes und natürlich auch der digitale Katastrophenschutzplan

mit Zugang für die Feuerwehr und Rotes Kreuz, wird natürlich Hauptaufgabe 2017 sein. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Strommer an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Für ein konfliktfreies Zusammenleben zwischen der burgenländischen Bevölkerung und Flüchtlingen ist eine umfassende Asylpolitik wichtig. Wir haben einige Male schon darüber diskutiert.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage im Asylbereich?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben das Jahr 2016. Es ist 60 Jahre her, seit es den Ungarnaufstand gegeben hat, wo das Burgenland erstmals eine sehr starke Rolle gespielt hat, was die Frage von Flüchtlingen betroffen hat, 1968 ebenfalls vorbildhaft in Europa das Burgenland gearbeitet hat.

Dann beim Fall der Berliner Mauer, beziehungsweise vorher schon beim Zusammenbruch des Systems des Kommunismus in der DDR, eine vorbildliche Rolle gespielt hat und auch eine sehr vorbildliche Rolle gespielt hat, das vergisst man oft, in den Jugoslawienkriegen. Sehr viele Menschen von damals, die als Flüchtlinge gekommen sind, sind nach wie vor im Burgenland zu Hause und nicht nur nach wie vor, sondern sind auch hier integriert und beheimatet.

Ihre Frage, wir haben derzeit in Österreich 82.000 Menschen, die in der Grundversorgung sind. Wir haben genau vor einem Jahr, also auch das wäre sozusagen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein Jubiläum!)* ein Jubiläum will ich nicht sagen, aber zumindest ist es ein Fakt, dass wir vor einem Jahr über 300.000 Menschen im Burgenland gehabt haben als Flüchtlinge.

Der jetzige Verteidigungsminister hat tolle Arbeit geleistet damals und hat dafür gesorgt, dass das auch friktionsfrei abgelaufen ist. Nicht einfach, denn wir haben 290.000 Einwohner im Burgenland und 300.000 Menschen sind in kurzer Zeit durch das Burgenland gekommen.

Nicht sehr viele sind bei uns geblieben, viele sind nach Deutschland weitergegangen. Aber jetzt - ganz konkret - wir haben derzeit 2.800 in der Grundversorgung im Burgenland. Wir haben mit unserem Konzept kleine Einheiten zu forcieren - aus meiner Sicht - richtig gehandelt. Wir haben dafür gesorgt, dass es wenige Verwerfungen gibt. Da und dort gibt es Probleme, das möchte ich gar nicht weg reden, vor allem wenn es um größere Quartiere geht. Wir versuchen eben kleinere Quartiere zu schaffen.

Insgesamt ist das Burgenland österreichweit jetzt an dritter Stelle, was die Versorgung von Flüchtlingen betrifft. Es gibt zwei Länder, die permanent die 100 Prozent erfüllen, das sind Wien und Vorarlberg. Burgenland ist immer so an dieser 100 Prozent Schwelle.

Es gibt Länder, die haben nur 85 Prozent. Sowohl Sozialdemokratisch geführte als auch ÖVP-geführte Bundesländer. Aber grundsätzlich beurteile ich die Situation im

Burgenland als befriedigend und gut und ich weiß nicht, ob sie einen Hintergrund haben in dieser Frage, ich habe jedenfalls wenige negative Nachfragen, was unser Handling im Bereich der Flüchtlingspolitik betrifft.

Ich glaube, dass wir resümierend sagen können, mit diesen 2.800, die wir im Burgenland auch versorgen, das ist weniger als ein Prozent der Bevölkerung des Burgenlandes, sind wir gut gefahren und haben es auch geschafft, auch in Abwehr beispielsweise aus ihrem Heimatbezirk von Geschichten wie in Bruckneudorf, wo es darum gegangen wäre, 400 Flüchtlinge vom Innenministerium bei uns zu etablieren, hier einen vernünftigen Weg zu gehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitteschön.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Landesrat! Es gibt keinen wie immer gearteten Hintergrund, außer dass ich Informationen haben möchte und im Rahmen meines Rechtes der Interpellation nehme ich das ganz einfach wahr. Es ist eine großartige Leistung, die hier insgesamt erbracht wird. Kern und Doskozil haben das damals bewerkstelligt. Manche sagen, das waren Schlepper, nehme ich an kann man das auch sagen, wenn sie organisiert Menschen über die Grenzen bringen.

Herr Landesrat! Wie bereiten wir uns vor, dass dieses Jahr 2015, wo wir de facto überrascht wurden, dass solche Dinge nicht mehr so passieren? Gibt es von Ihrer Seite hier Vorkehrungen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist eine etwas - Entschuldigung - wertend darf ich nun mal nicht sagen, aber eine etwas eigenartige Frage. Wir bereiten uns nicht vor im Burgenland. Wir bereiten uns vor mit den Quartieren. Das ist meine Zuständigkeit. Diese Quartiere sind da. Wir haben sogar sehr viele Quartiere die frei sind.

Die andere Geschichte ist eine Sache der Bundesregierung, wie dafür zu sorgen ist, dass das auch was beschlossen wurde, und zu dem stehe ich zu 100 Prozent, die Quote beispielweise per Verordnung, erfüllt wird.

Es gibt ja ein Gesetz, das auch festlegt, dass 37.500 Menschen - nicht mehr - nach Österreich kommen können. Zu dem stehe ich zu 100 Prozent. Wir haben jedenfalls die Quartiere auch derzeit vorrätig. Die paradoxe Situation ist, dass wir derzeit in Österreich über 3.000 Quartiere haben, die frei sind für Flüchtlinge. Gott sei Dank brauchen wir sie nicht. Wir sehen, ich sehe das ja täglich, Gott sei Dank reduziert sich die Zahl jener, die in die Grundversorgung kommen wollen. Wir haben am Beginn des Jahres 84.000 gehabt. Jetzt haben wir 82.000 österreichweit.

Im Burgenland sind wir auch bei der Zahl von 2.800. Also wir könnten auch einen Flüchtlingsstrom, wenn er kommt, bewältigen, weil wir auch viele freie Quartiere haben. Ich hoffe, er kommt nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter bitte.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Danke für diese Information. Eine Zusatzfrage, Herr Landesrat, gestatten Sie mir noch.

Auf Bundesebene wird diskutiert, die skandinavischen Länder sind ja ihre Sozialleistungen zurückgefahren, in Deutschland wird diskutiert, wir sind international im Sozialbereich sehr attraktiv, deshalb ist Österreich auch ein starkes Zielland.

Wie stehen Sie zur Diskussion auf Bundesebene - Mindestsicherung für jene, die nicht lange genug in Österreich leben herunterzufahren, um als Zielland nicht so attraktiv zu sein?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wird überraschend für Sie sein, ich gebe Ihnen fast zu 100 Prozent Recht. Wir haben natürlich eine Diskussion auf europäischer Ebene, die darauf abzielt, dass Österreich, Schweden und Deutschland die attraktivsten Zielländer sind. Wenn das Ziel attraktiv ist, dann sind auch die Schlepper, die Sie angesprochen haben, natürlich angehalten, diese Attraktivität kommunikativ weiter zu tragen.

Also insofern bin ich der Meinung, wir müssen auch über die Mindestsicherung reden. Das gilt aber nicht nur für Asylwerber, gilt auch für Österreicherinnen und Österreicher, dass wir schauen müssen, dass wir in diesem Bereich zielgerichteter vorgehen.

Es gibt momentan auf Bundesebene Verhandlungen, die auch darauf abzielen, eine gewisse Deckelung, die durchaus mit Ihrer Partei auch kompatibel ist, auch einzuführen. Ich stehe persönlich auch dafür und wir werden auch im Burgenland schauen, dass wir gewisse Dinge, die vielleicht ein bisschen überbewertet sind, das möchte ich auch dazusagen, als das was gewisse Medien geschrieben haben mit 5.200 Euro und so weiter, das sind so Sachen, die sind etwas eigenartig aufgesetzt. Ja, wenn man elf Kinder hat, stimmt es. Aber elf Kinder sind ein bisschen hoch gegriffen, ich sage einmal so.

Aber, noch einmal gesagt, eine gewisse Deckelung ist aus meiner Sicht auch berechtigt, weil das ja auch insofern ausstrahlt auf Menschen, die ihr Leben lang in Österreich gearbeitet haben, jetzt nach 40 Jahren in Pension gegangen sind und weniger Geld bekommen. Insofern halte ich das auch für politisch ganz wichtig denen zu signalisieren, dass da auch in anderen Bereichen - aber noch einmal gesagt, das gilt auch für österreichische Staatsbürger - genauso hier auch ein Riegel vorgeschoben wird.

Also ich bin sehr offen in der Diskussion, das können wir jetzt nicht ausdiskutieren, aber ich bin sehr offen und ich stehe zu einer gewissen Deckelung und zu einem Bereich, wo wir dann auch - glaube ich - vielleicht auch auf Bundesebene zu einer Einigung kommen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Mein letzter Satz: Mir wäre nur wichtig, dass es auf Bundesebene alle neun Bundesländer gemeinsam regeln können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Steiner.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Dankeschön Herr Landesrat. Es hat vor wenigen Tagen, es war auch in den Medien zu lesen, eine Diskussion in Bezug auf die Stadt Güssing gegeben, wo es darum gegangen ist, zusätzliche Zuweisungen seitens des Landes von Flüchtlingen in Quartiere zu machen.

Dann hat es seitens der Stadt Güssing das Argument gegeben, es seien 70 Flüchtlinge da, damit ist die Quote erfüllt. Sie haben dann gemeint, ja das stimmt und wenn die Quote erfüllt ist, gibt es seitens des Landes auch keine zusätzlichen Zuweisungen.

Meine Frage ist: Gilt das nur für die Stadt Güssing oder gilt das für alle Städte und Gemeinden im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das gilt natürlich für alle Städte und Gemeinden des Burgenlandes. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dankeschön!)* Ich finde, dass wir einen guten Weg gefahren sind.

Danke für die Frage, weil diese Frage ermöglicht mir noch einmal kurz darauf hinzuweisen, dass wir im Burgenland Übereinkommen haben, ob es der Eisenstädter Bürgermeister ist oder der Güssinger Bürgermeister, dass wir dafür sorgen, damit Konsens da ist und Akzeptanz da ist. Bei der Bevölkerung, bei den politisch Verantwortlichen, egal ob es in Güssing ist, in Neusiedl oder in Eisenstadt. Zu dem stehe ich.

Ich sage Ihnen vielleicht noch einen Punkt dazu. Es gibt aber schon Leute, die gerne hätten, dass wir mehr Flüchtlinge aufnehmen, obwohl es nicht notwendig wäre und wo ich nicht immer sicher bin, ob der humane Hintergrund da ist, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da meinen Sie aber nicht mich!)* sondern ob es vielleicht auch möglicherweise darum geht, ein Geschäft zu machen. Die Diskussion können wir jetzt im Landtag nicht führen.

Aber ich wollte Ihnen nur sagen, abschließend Ihre Frage beantworten, ja das gilt für alle Gemeinden des Burgenlandes. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Sehr geehrter Herr Landesrat! Anlässlich ein Jahr dieser rot-blauen Landesregierung hat der Herr Landesrat Petschnig eine Leistungsbilanz gezogen und mit dem Logo, also der Wortbildmarke von Burgenland Tourismus gepostet "Leistungsbilanz ein Jahr Landesrat Petschnig - niedrigster Tagessatz für Asylanten in Österreich".

Meine Frage an Sie, als zuständiger Landesrat ist, welchen Einfluss hat der Herr Landesrat Petschnig auf die Tagsatzgestaltung im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Keinen.

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Tribünen!

Wie sieht die Vorgangsweise des Landes bei Asylwerbern aus, die bereits einen gültigen Asylbescheid besitzen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, die Vorgangsweise ist die, dass die einem Österreicher gleichgestellt sind, sowohl was den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft, als auch was die Möglichkeit betrifft, finanzielle Leistungen zu bekommen. Wir sehen natürlich in der Praxis, dass sehr vielen Asylberechtigten, also die wirklich aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention in Österreich anerkannt sind als Flüchtlinge, dass der Zug in Richtung Bundeshauptstadt nach Wien geht.

Was wir im Burgenland anbieten können, das tun wir auch gemeinsam mit sehr vielen Institutionen im Burgenland, beispielsweise Wertekurse anzubieten, Sprachkurse anzubieten und diese Dinge. Nicht offensiv, aber doch ist es aus meiner Sicht auch wichtig, dass die Integration dann auch funktioniert. Das tun wir und da sind wir - glaube ich - österreichweit vorbildlich.

Ich war der erste Landesrat, der gemeinsam mit dem Minister Kurz diese Werte- und Sprachkurse angeboten hat im Burgenland *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Habt's eine gemeinsame Kompetenz entdeckt!)* und zu dem stehen wir auch. Wenn Menschen das Recht haben hier in Österreich zu bleiben, dann müssen wir auch versuchen, oder es ist unsere Pflicht, das auch zu tun, sie zu integrieren.

Das tun wir eben mit diesen Maßnahmen, wie beispielsweise Werte- und Sprachkurse, in Zusammenarbeit mit sehr vielen wichtigen Institutionen. Ich muss jetzt aufpassen, damit ich niemanden vergesse. Aber die Volkshochschule ist eine Institution, die sehr vorbildlich ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die siebente Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Unsere Vereine leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben. Viele Vereine stellen an Sie als zuständiges Regierungsmitglied Subventionsansuchen zur Durchführung von Aktivitäten und Veranstaltungen.

Nach welchen Kriterien lehnen Sie Ansuchen ab?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Seit 16 Jahren bin ich unter anderem auch für die Vereinsförderungen zuständig. Es hat sich in diesen 16 Jahren das burgenländische Vereinsleben sehr bunt entwickelt. Ich habe schon eingangs gesagt bei meiner Frage: 1.500 Sportvereine, in Summe 4.900 Vereine im Burgenland.

Natürlich heißt es manchmal, es gibt Nachwuchsprobleme, aber die Statistik sagt uns, dass es deutlich mehr Vereine gibt, als zum Beispiel vor zehn oder 15 Jahren. Wir haben im Burgenland, wie gesagt, diese 4.900 Vereine.

Wir haben im Jahr zirka 600 Förderansuchen, zwischen 500 und 600 Förderansuchen von Vereinen, die zu einem großen Teil auch Förderungen bekommen. Das reicht von Kirchen-, Sportvereinen, Sozialvereinen und so weiter, Verschönerungsverein. Auch hier ist das Burgenland vorbildlich, dass eben diese große Anzahl von Vereinen Förderungen auch bekommen.

Natürlich ist eines der Kriterien, dass in der Regel Vereine, die nicht auch dem Burgenland sind, zu einem sehr hohen Anteil eben keine Förderungen bekommen können. Dass mehr als 90 Prozent von mir diese Förderung auch erhalten und dass es auch im letzten Jahr überhaupt keine Beschwerde gegeben hat, von einem Verein, dass das System nicht funktioniert hat, das seit Jahrzehnten immer gleich gehandhabt wird, das ich seit 16 Jahren immer gleich mache.

Ich bin auch sehr froh darüber, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr gut arbeiten, weil wir eine Fehlerquote von zirka einem Prozent haben. Das ist ein

Spitzenwert, nämlich nur ein Prozent Fehler zu haben. 600 Förderungen sind sechs bei einem Prozent, ist unangenehm, das ist auch keine Frage, aber das ist schon herzeigbar, dass unsere Abteilungen da wirklich ganz top sind, was sie in einem großen Ausmaß machen.

Als insofern geht es um diese Förderungen, die seit Jahrzehnten gleich gehandhabt werden. Wenn wer nicht Burgenländer ist, wird das Ansuchen ausgeschieden, wenn wer zum Beispiel in den Jugendbereich oder in den Kulturbereich fällt, in den Sicherheitsbereich fällt, wird es weitergegeben an die zuständigen Vereinsmitglieder.

Aber zirka 93 Prozent aller Förderungen werden von meiner Abteilung in entsprechender Form auch behandelt, die Gelder auch relativ kurzfristig angewiesen. Wir haben ja nicht nur die Vereinsförderungen, das wäre ja sowieso ein bisschen wenig, sondern wir haben viele, viele Aktivitäten, die wir für die Vereine in nächster Zeit wieder setzen, zum Beispiel den Tag der Vereine, wo wir diesmal, vor allem im Bereich der Volkskultur, alle Vereine einladen, um nach Eisenstadt zu kommen, um auch eine Bühne geboten zu bekommen.

Es gibt die Erleichterungen, dank unserer Initiative, die auch vom Burgenland in einem großen Ausmaß ausgegangen ist, dass diese scharfe Regelung der Registrierkassa für Vereine nicht kommt. Da ist uns, glaube ich, etwas sehr Gutes gemeinsam gelungen, nämlich dass die Veranstaltungen der Vereine 72 Stunden dauern können. Auch die Vereinskantinen bei unseren, ich sage jetzt einmal Fußballvereinen, aber auch anderen Vereinen, die es gibt, sind hier schonender behandelt worden.

Ich denke, dass ist hier im Wesentlichen ein großer Erfolg des Burgenlandes. Es hat hier der Burgenländische Landtag auch das Veranstaltungsgesetz in den letzten Monaten reformiert. Auch eine Entbürokratisierung der Vereinsarbeit, also auch eine Erleichterung und damit ein Zeichen der Wertschätzung für die zigtausend freiwillig und ehrenamtlich Tätigen, die wir auch haben.

Es wird auch im Herbst wieder der Vereinsmanager ausgebildet. Auch das ist eine einzigartige Einrichtung in Österreich. Der zertifizierte Vereinsmanager, der über die Akademie Burgenland angeboten wird, den hat kein anderes Bundesland. Die erste Ausbildung mit zirka 30 Teilnehmern ist schon abgeschlossen. Zirka 20 haben das Zertifikat auch erworben und im Herbst gibt es schon wieder die nächste Ausbildung.

Am Tag der Vereine wird auch Mag. Rebernig anwesend sein, der jedem Vereinsvertreter zur Verfügung steht, um wieder Auskunft zu geben. Da gibt es viele Fragen: Steuerrecht, Veranstaltungsrecht, kostenlose Auskunft von Mag. Rebernig, einem anerkannten Rechtsanwalt.

Also nicht nur die Förderungen gibt es, sondern vor allem auch die Information, die Änderung des Veranstaltungsgesetzes, und dann gibt es auch die Telefonhotline des Mag. Rebernig, der für die Burgenländische Landesregierung diese Aufgabe übernommen hat, wo eben angerufen werden kann, und er kostenlose Auskunft für die Vereine erteilt.

Abschließend wird es im Mittel-, Nord- und Südburgenland wieder einen Informationsabend geben, mit sehr gut ausgebildeten Fachkräften, vom Veranstaltungsgesetz bis hin zu finanztechnischen Angelegenheiten. Das machen wir zusätzlich, was eine sehr, sehr große Hilfe ist.

Präsident Christian Illedits: Zeitablauf, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Was bei den Vereinen gut ankommt. Wir haben sogar Anfragen aus anderen Bundeländern, die zu uns kommen wollen, und die Ausbildung zum zertifizierten Vereinsmanager machen wollen.

Eine breite Palette, kaum Beschwerden, funktioniert perfekt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Der Verein "Initiative Kellerviertel Heiligenbrunn" hat ein Theaterstück aufgeführt. "Alles in einem Rausch" nennt sich ein "Theaterrüscherl" um den Uhudler, auf Grund einer Idee von Martin Weinek und seiner Gattin Eva. Stattgefunden hat es an drei Terminen, einmal eine Generalprobe am 9. September, sowie zwei Termine am 10. und am 11. September.

Haben Sie diese Initiative, dieses Theaterstück, aus Mitteln des Landes unterstützt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ich freue mich, dass Sie dieses Theaterstück angesprochen haben. Ich habe sehr viele positive Rückmeldungen bekommen. Es haben sich die Gäste, die dort waren, sehr gut unterhalten - soweit meine Rückmeldungen. Ich war gestern in Niederösterreich, auch dort haben die mir das gesagt. So bekannt ist der Uhudler überhaupt noch nicht gewesen, wie unter der Landesrätin Dunst.

Wenn die dort ein Theaterstück machen, das ein bisschen lustig ist, dann finde ich das grundsätzlich gut. Ich habe es nicht gesehen, aber ich habe sehr viele positive Rückmeldungen bekommen. Ob ich das jetzt unterstützt habe, es gibt 600 Förderungen pro Jahr, die kann ich Ihnen nicht einzeln aufzählen, ob, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber probiert hätte ich es, Herr Landeshauptmann!)* wie hoch und überhaupt das unterstützt wurde, also insofern können Sie wieder - Sie haben schon 15 schriftliche Anfragen gestellt, da können Sie nun auch wieder eine stellen, und dann bekommen Sie es schriftlich von mir - danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe aber noch keine einzige Antwort bekommen!)*

Präsident Christian Illedits: Gibt es noch eine Frage? Gut. – Herr Abgeordneter Mag. Maczek, bitte.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Welche Initiativen werden von Seiten des Landes gesetzt, um unsere Vereine im Burgenland weiter zu stärken?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erstens gehe ich davon aus, dass der Hohe Landtag bei der Budgetdebatte, die noch in diesem Jahr stattfinden wird, wieder das Vereinsbudget beschließen wird. Also all jene, die dieses Budget mitbeschließen im Bereich der Vereine, unterstützen natürlich auch die Vereine.

Ich nehme an, da wird es kaum eine Gegenstimme geben, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das haben Sie 15 Jahre der FPÖ erzählt!)* also insofern ist es eine wesentliche Voraussetzung, dass wir immer wieder die finanziellen Mittel auch dafür bekommen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 15 Jahre haben Sie das der FPÖ erzählt!)*

Wie gesagt, wir haben das schon in Vorbereitung, und das wird auch in entsprechender Form wieder bestens organisiert, dass wir diesen Tag der Vereine durchführen, wo wir wahrscheinlich einigen 100 Vereinsobmännern und Mitgliedern im Bereich der Blasmusik, der Volkskultur, eine Bühne bieten.

Wir verbinden das auch mit dem Tag der offenen Tür in der Burgenländischen Landesregierung. Nämlich alle sind eingeladen, auch wieder die Regierungsbüros zu besichtigen, den Landtagssitzungssaal zu besichtigen. Es werden unsere Fachleute, der Jungendanwalt, Mag. Rebernig, und so weiter, anwesend sein, wo man sich Informationen holen kann. Man wird auch die Landessicherheitszentrale besichtigen können.

Ich glaube, der Tag der Vereine kommt bei den Vereinen sehr gut an, weil es ein Zeichen der Wertschätzung ist und, wie gesagt, der ständige Informationsfluss, wo Vereine Probleme haben, hinzuhören, auch entsprechende Änderungen vorzunehmen, siehe Veranstaltungsgesetz. Aus- und Fortbildungsangebote zu machen, nämlich in einer Qualität und in einer Intensität, die kein anderes Bundesland bietet. Das, glaube ich, ist eine Herausforderung, 4.900 Vereine zu servicieren.

Eine deutlich steigende Zahl gegenüber den letzten Jahren. Das, glaube ich, haben wir relativ gut hingekriegt, aber da passt noch einiges dazu. Da gibt es noch Potential Informationsveranstaltungen in den einzelnen Bezirken zu machen, Nord-, Mittel- und Südburgenland, wo wir alle Vereinsvertreter einladen, um sie aus erster Hand zu informieren, dann in weiterer Folge auch Broschüren herausgeben, worauf man besonders achten muss als Vereinsobmann, als Vereinsfunktionär.

Wir haben im Augenblick leider auch den einen oder anderen Verein, wo es eine finanzielle Schieflage gibt, wo man vielleicht durch nicht Wissen oder wie auch immer, diese Schieflage bekommen hat, und da zu informieren, dass es zu keiner finanziellen Schieflage im Verein kommt, dass es zu keinen Steuernachzahlungen kommt.

Da gibt es Feuerwehen, die zigtausend Euro bezahlen müssen, weil sie freiwillig, ehrenamtlich und unentgeltlich gearbeitet haben. Für das Ehrenamt müssen dann Steuern an den Finanzminister bezahlt werden. Genau das wollen wir nicht. Denen müssen wir helfen und nicht das Geld, welches Freiwillige erwirtschaften, dem Finanzminister an Steuern zu schenken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann.

Die Fragestunde ist somit durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 491), mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 – 339) (Beilage 543)

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 487), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016) (Zahl 21 – 335) (Beilage 544)

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 489), mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 – 337) (Beilage 545)

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 490), mit dem das

Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird (Zahl 21 – 338) (Beilage 546)

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 488), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 – 336) (Beilage 547)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 2., 3., 4., 5. und 6. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 2., 3., 4., 5. und 6. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über einen Gesetzentwurf, Beilage 491, mit dem das Burgenländische Verwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 339, Beilage 543.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, in seiner 12. Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Mag. Drobits ist Berichterstatter zum 3. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 487, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016), Zahl 21 - 335, Beilage 544.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016), in der 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke. Berichterstatter zum 4. Tagesordnungspunkt, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 489, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, Zahl 21 - 337, Beilage 545, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits ist auch Berichterstatter zum 5. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht der Rechtsauschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 490, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird, Zahl 21 - 338, Beilage 546.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird, in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun Herrn Berichterstatter Landtagsabgeordneter Drobits um seinen Bericht zum 6. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschuss und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, Beilage 488, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, Zahl 21-336, Beilage 547.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss- und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Jugendliche! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer verschiedenen Alters auf der Galerie! Danke, dass Sie solange durchhalten und auch noch der Abgeordnetendebatte beiwohnen.

Ich möchte mich von den vielen Tagesordnungspunkten, die jetzt zur Debatte stehen, nur einmal auf einen beziehen, es geht um das Gesetz, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väterkarenzgesetz geändert wird.

Hier haben wir eine deutliche Ausweitung, die wir hier beschließen, und das ist ein guter und wichtiger Schritt, und das freut mich sehr. Jetzt kommen ja Gesetze aus unterschiedlichen Motiven zur Abstimmung. Es gibt manchmal Gesetze, die legt eine Regierung vor, um einen Schritt vorzugeben, um damit gesellschaftlich auch etwas vorzulegen, um zu sagen, in die Richtung wollen wir uns weiterentwickeln.

Manchmal müssen Gesetze der Realität nachziehen. Das ist hier so ein Gesetz. Es ist Gott sei Dank so, dass nicht nur immer mehr Väter in Karenz gehen, sondern, dass es auch unterschiedliche Lebensformen gibt, die anerkannt sind, die sich nicht mehr verstecken müssen, dass es unterschiedliche Arten gibt, wie Menschen sich ihr Familienleben gestalten. Dieses Gesetz ermöglicht eine breitere Gestaltungspallette für die Betroffenen. Das ist sehr gut.

Das gesellschaftspolitische Signal ist nicht geringzuschätzen. Wesentlich ist aber auch, wie in der Öffentlichkeit und wie wir im privaten Umfeld von Kindern, von Partnerschaften, über Rollenverteilungen in der Familie sprechen.

Einige Beispiele: Herr Kollege Wolf ist erst kürzlich Vater geworden. Herzliche Gratulation auch von dieser Seite her. *(Beifall des Abg. Walter Temmel)*

Das bringt nichts zu der Frage und dem Gedanken, wie oft werden Väter eigentlich in so einer Situation gefragt, oder dann, wenn die Kinder ein bisschen älter sind: Und wie machen Sie es mit der Kinderbetreuung? Frauen werden das in der Regel immer gefragt. Kaum taucht man bei der Abendveranstaltung auf, wird man gefragt: Wer schaut auf die Kinder? Der Vater meiner Kinder wurde das kaum gefragt. Es wurde eh davon ausgegangen, dass eine Frau bei den Kindern ist.

Nach wie vor wird damit das Bild geprägt, dass die Frauen für die Kinderbetreuung zuständig wären und die Männer nur dann einspringen und auf den Plan gerufen werden, wenn die Frauen gerade nicht zur Verfügung stehen.

Das jetzige Gesetz ist ein Schritt auch in die Richtung zu zeigen, nein, es ist Normalität, es muss Normalität sein, dass sich Männer und Frauen, dass sich Mütter und Väter gemeinsam und partnerschaftlich um ihre Kinder kümmern.

Ein anderes Beispiel: Ein Mediziner, der in einem Krankenhaus arbeitet und zum Schutz der Person nenne ich hier weder Namen noch Arbeitgeber, aber es ist kein „Gschichterl“, sondern es kommt wirklich und öfter vor, lässt im Rahmen der Verlautbarung, dass er Vater wird, in einem Gespräch die Bemerkung fallen, dass er gerne in Väterkarenz ginge, und daraufhin wird ihm von seinem Vorgesetzten die Frage gestellt, ob er dann in diesem Spital noch Karriere machen wolle oder ob er sich lieber ganz ins Familienleben zurückziehen wolle.

So etwas erleben Frauen auch, sie sind es einfach schon mehr gewohnt. Das ist mit ein Grund, warum Frauen zum Beispiel im Gesundheitswesen nicht so gut Karriere machen können wie Männer, aber es werden auch Männer, es werden Ärzte, die hier ihr Ansinnen, Väterkarenz in Anspruch nehmen zu wollen, wahrnehmen und äußern, dann oft auch vor die Frage gestellt: Willst du hier überhaupt noch arbeiten?

In diesem Bereich haben wir gesellschaftspolitisch einiges zu tun. Das Gesetz gibt uns mehr Möglichkeiten dazu.

Es geht aber auch darum, ernsthaft zu reflektieren, wie etwa in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen Kindern gegenüber kommuniziert wird. Wie oft wird einem Kind gesagt, sag der Mama, dass sie dir morgen einen Apfel mitgeben soll. Dabei wird automatisch davon ausgegangen, dass immer die Mamas zuhause zuständig sind, die Versorgung der Kinder zu gewährleisten. Auch hier können wir einiges nachbessern, um das Familienbild, das uns das Väterkarenzgesetz hier darlegt, nochmals zu unterstützen.

Heute wird also gesetzlich nachgebessert, das ist gut so. Wir sollten uns intensiv darum bemühen, dass wir uns im gesellschaftlichen Leben, im politischen Dialog, dementsprechend auch ausdrücken und verhalten.

Natürlich stimmen wir den vorliegenden Gesetzen zu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, die jetzt noch interessiert sind! *(Abg. Gerhard Steier: Sie haben erst begonnen.)* Ich darf gleich ad hoc natürlich auf einige Ausführungen meiner Vorrednerin antworten, die auf der einen Seite das Gesetz als sehr positiv bezeichnet hat und auch die Zustimmung signalisiert hat, jedoch auch gemeint hat, es geht ihr nicht weit genug hinein, um sicherzustellen, dass auch der Mann gleich oft und gleich in die Tiefe gefragt wird, wer sich um seine Kinder kümmert, wie es bei der Frau ist.

Ich vermeine und wir vermeinen, dass diese Gesetzgebung nämlich der Versuch eines Gesetzgebers ist, das Zusammenarbeiten oder das Zusammenbringen zwischen Beruf und Familie so gut wie möglich zu regeln, jedoch nicht so weit geht, wie es von Seiten GRÜN erwartet wird, nämlich bis in die Zweisamkeit der Lebenspartner eingeht und innerhalb der eigenen vier Wände Regelungen trifft.

Ich glaube also, soweit ist der Gesetzgeber gar nicht befugt, die dementsprechenden Zusammenlebensgrundlagen festzulegen, sondern eher Angebote zu machen. Angebote zu machen, sodass im Prinzip Partnerschaften entstehen können, auf der einen Seite, in welcher Ausfertigung auch immer, aber innerhalb der Partnerschaft es noch immer diesen zwei Menschen vorbehalten ist, wie sie das tun.

Ich selbst bin hier ein ganz besonders Betroffener, weil ich am Abend nicht überall hingehen kann. Ich musste mich sogar in Gattendorf dann rasch entscheiden, weil ich eben die Kinderbetreuung über gehabt habe. Nach der Kindergarteneröffnung und wenn man das auch wirklich lebt, ohne dass es der Gesetzgeber vorgibt, dann wird das auch funktionieren und dass kann ich aus dem eigenen Leben so weit berichten.

Ich werde oft genug gefragt, weil ich es auch einfach lebe, weil wann ich hinausgehe und sage, ich muss jetzt gehen, weil ich habe die Kinder und wir haben heute ein Fußballmatch, oder dieses oder jenes, dann ist das etwas, was man auch leben muss. *(Beifall bei der FPÖ)*

Vielleicht wird das auch nicht durch die heutige Gesellschaft so gelebt, aber der Gesetzgeber ist hier nicht gefordert, sondern die Gesellschaft ist in sich gefordert.

Zu den anderen, uns vorliegenden Gesetzesvorlagen. Wir haben in Wirklichkeit mit den Punkten zwei, drei und vier - diese möchte ich kurz streifen - eine Anpassung an die besoldungsrechtliche Stellung, die schon mehr oder weniger 2015 durch die Sozialpartner sichergestellt wurde, und das wird jetzt gesetzlich sichergestellt, damit unsere Bediensteten in Gemeinde, Land und auch im Landesverwaltungsgerichtshof entsprechende gesetzliche Grundlage für die Besoldung haben.

Besonders interessant und wichtig, und das ist bis jetzt verloren gegangen, scheint mir hier eine Ungerechtigkeit bereinigt zu werden, und das finde ich sehr gut, weil eines kann ja nicht sein, dass jemand bestraft werden würde, wenn er durch Krankheit früher in Pension geht, im Gegensatz zu jemandem, der von sich aus seinen vorzeitigen Ruhestand erklärt.

Damit sind wir beim Pensionsgesetz, wobei ich diese Vorlage äußerst vorausschauend finde beziehungsweise natürlich auch aus der Lage heraus richtig, dass hier im Prinzip die Abschlagsprozentsätze gleichgesetzt werden, sodass jemand, der krankheitsbedingt in Pension geht, nicht mehr Abschläge hat, als jemand, der einfach vorzeitig vor dem 65. Lebensjahr, aber innerhalb des Korridors seine Pension antreten möchte.

So gesehen kann ich nur verlauten, die FPÖ wird natürlich allen Punkten 2 bis 6 zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie am vorigen Samstag zum Kürbisfest der SPÖ Eisenstadt gegangen wären und einen Kürbis geschnitzt hätten, dann hätten Sie mehr Kreativität aufbringen müssen, als diese Gesetze, über die wir jetzt reden, auf den Weg zu bringen.

Das sind Gesetze, die einfach abgeschrieben werden, nachvollzogen werden. Bundesregelungen. Ich glaube, man könnte durchaus überlegen, ob man sich nicht andere Techniken überlegt, wie Verweisungen auf die Bundesgesetze, um sich derartige

Dinge zu ersparen, oder es ist vielleicht notwendig, irgendwann einmal eine Leistungsbilanz zu legen, um zu sagen, wir haben so und so viele Gesetze beschlossen.

Ich habe diese Vermutung fast, weil, gerade der Kollege Molnár macht ja das mit Vorliebe, Dinge als Leistung zu verkaufen, die eigentlich keine Leistung sind.

Inhaltlich ist das für uns okay, ist keine Frage. Interessant ist für mich, wie wir gerade gehört haben, die FPÖ wird zustimmen. Das Verhalten der FPÖ, so wie in vielen Punkten, könnte man fast glauben, das politische Rückgrat ist eher ein Gartenschlauch.

Ich kann mich noch erinnern, vor wenigen Jahren ist übertrieben, vor zwei Jahren, hat es gerade bei diesen Gesetzen immer die Stellung von der FPÖ gegeben, dagegen zu sein, und zwar deswegen dagegen zu sein, nämlich immer dann, wenn gleichgeschlechtliche Partnerschaften der Ehe gleichgestellt worden sind, und heute ist das auch der Fall. Jetzt bin ich schon sehr neugierig, wie sich hier die FPÖ bei der Abstimmung verhalten wird.

Der Kollege Molnár hat sogar im Gemeinderat der Stadt Eisenstadt gegen eine Tarifordnung gestimmt, nur weil wir einen Tarif für die Durchführung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft beschlossen haben. Ich bin schon sehr neugierig, wie Sie das heute tun werden.

Aber es ist wahrscheinlich notwendig, ganz einfach aus pragmatischen Gründen zuzustimmen, wenn man Steigbügelhalter ist, dann muss man das tun, weil dann gibt es auch ein paar Reste vom reichlich gedeckten Tisch der SPÖ. *(Abg. Ilse Benkö: Das habt Ihr ja immer gemacht.)* So kann ich es verstehen, aber anders kann ich es nicht verstehen.

Wir werden natürlich zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Friedl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst einmal möchte ich auf Sie eingehen, Herr Bürgermeister, Herr Abgeordneter. Vor einigen Jahren haben Sie noch mitgestimmt und jetzt sagen Sie, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir stimmen heute auch mit. – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Keine Sorge!)* die Freiheitlichen haben ein Rückgrat wie ein Gartenschlauch.

Folgende Änderungen sind zu vollziehen und zwar, beim Landesverwaltungsgerichtsgesetz, beim Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz, beim Landesbeamten-Pensionsgesetz und Landesvertragsbedienstetengesetz. Ich möchte nicht alle Änderungsvorschläge ins kleinste Detail vortragen, aber lediglich ein paar Ziele und Inhalte kurz erwähnen.

Landesverwaltungsgerichtgesetz: Das letzte Gehaltsabkommen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst endete am 31.12.2015. Für die Zeit danach ist eine Neuregelung vorzunehmen. Ziel und Inhalt sind daher, Erhöhung der Gehälter sowie die Dienstzulagen und die Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes. Die vorgeschlagenen Regelungen haben keine unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen oder Männer.

Der zweite Punkt ist das Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz, in Folge des EuGH-Urteils in der Rechtssache Schmitzer. In der vorgenommenen Besoldungsreform 2015 erfolgte eine Überleitung aller Landesbediensteten in ein neues Besoldungssystem.

In der Verwaltungspraxis hat sich gezeigt, dass Rechtsunklarheiten hinsichtlich des zeitlichen Geltungsbereiches der Besoldungsreform bestehen und vom Gesetzgeber nicht indentiert Auswirkungen ergeben haben.

Ziele sind die Erhöhung der Bezüge der Landesbediensteten unter Berücksichtigung der Bezugserhöhung im Bundesdienst und die Klarstellung, dass die Besoldungsreform 2015 die besoldungsrechtliche Stellung der Bediensteten ohne zeitmäßige Einschränkung als auch vor dem 1. November 2015 umfassend neu regelt.

Inhalt der Erhöhung sind die Gehälter ab 1. Jänner 2016 um 1,3 Prozent bei einer Laufzeit bis 31.12.2016.

Ein Teil der vorgesehenen Regelung betrifft die Umsetzung beziehungsweise Ergänzung der Besoldungsreform 2015, die infolge des EuGH-Urteiles in der Rechtssache Schmitzer vorgenommen wurde. Sie hat das für die Landesbediensteten maßgebliche Besoldungssystem einer grundsätzlichen Reparatur unterzogen und soll die unionsrechtliche Diskriminierungsfreiheit gewährleisten.

Landesbeamten-Pensionsgesetz: Die Pensionsanpassungen 2016 wurden legistisch noch nicht umgesetzt. Eine Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit ist mit höheren Pensionsabschlägen verbunden als in antragsgemäße vorzeitige Versetzung in den Ruhestand.

Ziel und Inhalt sind daher die Anpassungen der Pensionen der Beamtinnen und Beamten im Landes-, Gemeindedienst mit dem Anpassungsfaktor 1012 beziehungsweise mit einer über der Höchstbeitragsgrundlage liegenden Pensionserhöhung um einen Fixbetrag sowie die Angleichungen der Abschlagsprozentsätze in den Pensionsantrittsfällen der dauernden Dienstunfähigkeit und der vorzeitigen Ruhestandversetzung.

Der vierte Punkt ist das Landesvertragsbedienstetengesetz. Dies ist dann auch ähnlich wie bei den Beamten. Es geht darum, dass die Erhöhung 1,3 Prozent erfolgt, Laufzeit ist auch von 1.1.-31.12.2016.

Neben den Landes-Pensionsgesetzen ist natürlich auch notwendig, dass das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird, was von Ihnen auch angesprochen wurde. Denn wer unmittelbar an den Anschluss an die Mutterschutzfrist des nicht unselbständig erwerbstätigen Elternteiles die Betreuung des Kindes übernimmt, kann nach der derzeitigen Rechtslage später vom unselbständigen erwerbstätigen Elternteil keine Karenz mehr angemeldet und angetreten werden.

Außerdem können freie Dienstnehmerinnen zwar Wochengeld beziehen, sie haben jedoch keinen Anspruch auf Freistellung gegenüber dem Dienstgeber.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass in der Vergangenheit immer wieder Arbeitsverhältnisse durch Arbeitgeber nach einer Fehlgeburt der Arbeitnehmerin gelöst wurden.

Ziele dieser Änderung sollen sein, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Anpassung an Bedürfnissen der betrieblichen Praxis. Inhaltlich geht es um die Schaffung eines zweiten Meldezeitpunktes für Elternkarenz, um die Einbeziehung der Arbeitsnehmer ähnlichen freien Dienstnehmerinnen in die allgemein individuellen Beschäftigungsverbote, um die Festsetzung eines Kündigung-,

Entlassungsschutzes nach Fehlgeburten und um die Möglichkeit der Elternkarenz für Frauen, die gemäß § 144 Abs. 2 und 3 ABGB Elternteile sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Welche sind das?)*

Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist notwendig, dass Änderungen durchgeführt werden. Daher wird meine Fraktion die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor. Wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die vier Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 2. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 491, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 339, Beilage 543.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir nun zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den 3. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 487, mit dem das Burgenländische Landesbeamte-Besoldungsrechtsgesetzes 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016), Zahl 21 - 335, Beilage 544.

Ich ersuche jenen Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Landesbeamten-Besoldungsnovelle 2016), ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den

Gesetzentwurf, Beilage 489, mit dem Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, Zahl 21 - 337, Beilage 545.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den 5. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 490, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird, Zahl 21 - 338, Beilage 546.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Als Letztes erfolgt die Abstimmung über den 6. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 488, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, Zahl 21 - 336, Beilage 547.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 497), mit dem

Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 345) (Beilage 548)

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 498), mit dem Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) (Zahl 21 - 346) (Beilage 549)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 7. und 8. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 7. und 8. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 497, mit dem Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz-Novelle 2016), Zahl 21 - 345, Beilage 548.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Edith Sack: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz-Novelle 2016), in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz-Novelle 2016), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Berichterstatterin zum 8. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 498, mit dem Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016), Zahl 21 - 346, Beilage 549, ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016), in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin.

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Landesrätinnen! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist der 8. Tagesordnungspunkt, der Kölly hat noch nicht gesprochen, also es geht heute dahin. *(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)*

Bevor ich aber zu den zwei Tagesordnungspunkten komme, darf ich aber vielleicht noch ganz kurz dem Landtagsabgeordneten Gerhard Steier zu seinem 60. Geburtstag recht herzlich gratulieren. Alles Gute, lieber Gerhard! *(Allgemeiner Beifall)*

Zu den beiden Tagesordnungspunkten, die jetzt an der Reihe sind, möchte ich seitens der Liste Burgenland Folgendes anmerken und zwar: Es ist natürlich erfreulich, dass zum Wohl unserer Kinder das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz novelliert wird.

Unsere Kinder sind unsere Zukunft, und deshalb ist natürlich besonders auf die bestmögliche Betreuung und Bildung zu achten.

Der vorliegende Gesetzentwurf umfasst im Wesentlichen folgende Inhalte: Festsetzung eines ermäßigten oder sozial gestaffelten Elternbeitrages für Kinder im vorletzten Jahr vor Schulpflicht für die halbtägige Inanspruchnahme des Kindergartens, sofern der Elternbeitrag nicht generell niedrig gehalten ist.

Beratungsgespräch für Eltern von Kindern im vorletzten Jahr vor Eintritt der Schulpflicht, die ihre Kinder noch nicht zum Kindergartenbesuch angemeldet haben und Ausweitung der gerechtfertigten Verhinderung von Kindern im verpflichtenden Kindergartenjahr von drei auf fünf Wochen.

Das Bündnis Liste Burgenland wird dieser Gesetzesnovelle zustimmen.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt - Burgenländisches Pflichtschulgesetz - ist Folgendes anzumerken: Die vorgesehenen Änderungen im Burgenländischen

Pflichtschulgesetz umfassen im Wesentlichen die Inhalte, die bereits im Schuljahr 2015 und 2016 teilweise Anwendung gefunden haben.

So wurde beispielsweise bereits in den Neuen Mittelschulen zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerpersonalressourcen in schulautonomen Schwerpunktfächern eingesetzt. Das war bereits im vergangenen Schuljahr Gang und Gäbe.

Betreffend die schulische Tagesbetreuung möchte ich anmerken, dass Sport und Bewegung für Kinder wichtig ist und die Lernfähigkeit und Konzentration natürlich erhöht. Wir von der Liste Burgenland unterstützen natürlich die tägliche Turnstunde zu 100 Prozent. Meiner Meinung nach könnten wir auch eine wöchentliche politische Stunde einführen, damit man hier mehr Wissen auch in die Schulen reinbringt.

Aus diesem Grund freut es mich, dass die Möglichkeit geschaffen wurde, auch andere qualifizierte Personen im Freizeitteil des Betreuungsteiles einzusetzen, zum Beispiel Fußballtrainer oder Tennistrainer, wie auch immer.

Das Bündnis Liste Burgenland wird auf jedem Fall auch dieser Gesetzesnovelle zustimmen. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Wir hätten jetzt mit dem Abstimmungsmarathon der vorigen Punkte auch schon unsere tägliche Turnstunde hier abgehandelt.

Ein paar Worte zum Pflichtschulgesetz: Wir unterstützen sehr - gerade auch, wenn wir Schulformen ganztägig ausbauen -, dass hier etwas mehr Vielfalt in die Gestaltung hineingebracht wird. Wir müssen nur, glaube ich, aufpassen, dass das nicht überhandnimmt, dass dann Tätigkeiten, die sehr wohl auch von den Lehrpersonen selber vollzogen werden können und die vielleicht auch dann noch Spaß machen in der Beziehung mit ihren Schülerinnen und Schülern, dann nach außen verlagert werden.

Auch eine tägliche Turnstunde sollte nicht dazu führen, dass der Normalunterricht, die Bewegung, gar nicht mehr einbezogen wird. Also, ein gutes Gesetz, gute Möglichkeiten die hier eröffnet werden, aber, wir müssen Obacht haben, damit es nicht überbordet und am Nachmittag dann fast ausschließlich irgendwelche Sporttrainer in die Schule kommen und das dieser Vielfalt des Unterrichts eigentlich nicht mehr entgegen kommt.

Ein bisschen länger möchte ich mich jetzt dem Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz widmen. Auch da ist eine gute Neuerung enthalten. Nämlich, es wurde bereits ausgeführt, dass dort, wo Kinder noch nicht für das zweite Jahr Vorschulbeginn im Kindergarten angemeldet sind, hier sozusagen eine größere Motivation bekommen soll, durch zwei Maßnahmen.

Die eine Maßnahme ist, die Eltern werden seitens der Gemeinde eingeladen, in den Kindergarten zu kommen, um dort ein Gespräch zu führen, wo sie auch wahrscheinlich neue Einblicke bekommen können, warum es gut für ihr Kind ist, auch dieses zweite Jahr vor Schulbeginn bereits im Kindergarten zu sein.

Das ist ja fernab jeglicher ideologischer Überlegungen mittlerweile ganz klar auf den Tisch und das ist auch quer durch Europa durchaus mit wissenschaftlichen Studien

belegt, dass ein Besuch eines zweiten Jahres im Kindergarten vor der Schule die Leistung auch später fördert und dass diese Kinder auch später besser mitkommen.

Dies deshalb, weil sie viele Leistungen bereits vollbracht haben, weil sie viele Gewöhnungstätigkeiten vollzogen haben, zum Beispiel, in einer Gruppe die gemeinsame Aktivität, sich einfinden, aber sich auch als einzelne Person in einer Gruppe behaupten, die andere erst zu Schulbeginn oder erst kurz vor Beginn der Schule einüben, hier bereits vollzogen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist eine gute Maßnahme. Das soll auch unterstützt werden. Wir haben bloß ein anderes Problem. Das ist wieder eine zusätzliche Aufgabe für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen. Eine Aufgabe, die sie inhaltlich und mit der Qualität, die hier gefordert ist, durchaus ausführen können.

Ich erinnere daran, dass wir in der letzten Sitzung beschlossen haben, dass aus der Vorbereitungszeit der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, in dieser Zeit finden ja die Beratungsgespräche mit den Eltern statt, bedarfsweise bis zu zwei Stunden in der Woche gekürzt werden können. Es ist eine Kürzung, weil ich nicht gleichzeitig mit Eltern, denen ich erklären muss, dass ihr Kind doch bitte in den Kindergarten kommen soll, gleichzeitig nebenbei andere Kinder betreue, in der Randstunde. Es ist schon ganz klar. *(Abg. Gerhard Steier: Nicht nur! Nicht nur die Betreuung mit den Eltern, sondern auch die Betreuung der Kinder.)*

Genau. Noch dazu, im Gesetz steht auch, dass bei diesem Beratungsgespräch auch das betroffene Kind, das vierjährige Kind, anwesend zu sein hat. Das ist schon eine Tätigkeit in der Beratung, wo eine Pädagogin, ein Pädagoge die volle Aufmerksamkeit braucht.

In finde es gut, dass die Pädagoginnen oder Pädagogen diese Gespräche führen werden. Es werden jetzt, das ist ein kleiner Vorteil, nicht so wahnsinnig viele sein, weil wir im Burgenland schon eine sehr hohe Betreuungsquote haben. Es werden nicht so wahnsinnig viele Fälle dazukommen. Aber, gerade jene, die es wirklich brauchen, werden dazukommen.

Ich finde es auch gut, dass das für den sozusagen, ich habe es jetzt einmal sehr pauschal gesagt, den Halbtagsbesuch, festgelegt ist. Ein Halbtagsbesuch im Kindergarten ist jedem Kind zuzumuten. Das ist nicht eine Ganztagsbetreuung, wo man vielleicht bei machen Kindern sagt, das schaffen sie jetzt von ihrer emotionalen Entwicklung her noch nicht ganz.

Entwicklungspsychologisch ist das kein Problem. Das es hie und da Schwierigkeiten geben kann, wenn gerade eine bestimmte Pädagogin oder ein Pädagoge mit einem bestimmten Kind oder einer bestimmten Familie nicht zurande kommt, das wird man immer wieder vorfinden. Da wird es dann Lösungen geben müssen. Aber, grundsätzlich ist es schon gut, dass wir hier einen starken Impuls setzen.

Was mir aber in diesem Zusammenhang schon auch aufgefallen ist: Es wird über die Transition, also den Übergang von einer Bildungsinstitution in die nächste, jetzt auch viel diskutiert. Es gibt auch schon im Burgenland in einigen Gemeinden Projekte, wo es um den Übergang vom Kindergarten in die Schule geht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, eine Grundstimmung erleben die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen doch noch landläufig sehr häufig. Nämlich, das ihnen gesagt wird, ihr bereitet die Kinder nicht gut genug auf die Schule vor. Sei es jetzt, dass es um eine Stifthaltung geht, oder sei es dass es jetzt um ein Sozialverhalten geht. Das hören noch immer viele

Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen. Dann hören viele Pädagogen und Pädagoginnen in der Volksschule von den mittleren Schulen, die Kinder kommen nicht mehr mit so vielen Leistungsmöglichkeiten in die Mittleren Schulen.

Mittlere Schulen hören von den Höheren Schulen oft: Leider ist das, was jetzt zu uns in die Oberstufe kommt, nicht mehr das, was wir vor 20 Jahren vorgefunden haben. Die Universitäten sagen, die Schulen bilden nicht gut für die Universitäten vor und die Wirtschaft sagt, die Universität bringt uns nicht das, was wir in der Wirtschaft brauchen.

Die Eltern wiederum brauchen aber dringend die Kinderbetreuung, weil auch die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt sehr viel von ihnen abverlangen. So haben wir einen Kreislauf von gegenseitigen Vorwürfen.

Unser Ziel muss es sein, die Rahmenbedingungen im Bildungsbereich so zu gestalten, dass jede Bildungseinrichtung ihren Job gut machen kann. Wir sind da im Burgenland auf einem guten Weg, aber wir brauchen noch viel stärker das Bewusstsein der Eigenwertigkeit des einzelnen Bildungsabschnitts und das Wegkommen von dem Kopfschütteln und der Schuldzuweisung wenn in einer Bildungseinrichtung etwas nicht gut gelingt zu sagen, naja, das was die Vorige geleistet hat, das bringt uns leider zu wenig.

Das heißt, gegenseitige Wertschätzung gerade auch den Elementarpädagoginnen und -pädagogen gegenüber von jenen, die woanders pädagogisch tätig sind. Aber auch den Volksschulpädagoginnen und -pädagogen gegenüber Pädagogen und Pädagoginnen, die an Höheren Schulen tätig sind.

Was in diesem Zusammenhang schon auch auffällt, wenn ich mich jetzt auf den verpflichtenden niedrigeren Kindergartenbeitrag beziehe. Das ist auch sehr gut und er zeigt aber eine Schwierigkeit im burgenländischen Kindergartensystem auf. Nämlich, das Land macht Vorgaben, mittlerweile auch die finanziellen, die Gemeinden haben umzusetzen.

Schade, dass der Herr Kollege Kölly jetzt nicht da ist. Jetzt würde er endlich einmal wahrscheinlich rufen: Ja, das ist das Los der armen Bürgermeister, die da wirklich eine große Last zu tragen haben. Ich sage das hier auch ganz bewusst, obwohl die Grünen - und das weiß ich auch, auch wenn es der Herr Kölly mir diesmal nicht sagt - noch keinen Bürgermeister und keine Bürgermeisterin im Burgenland stellen.

Also. Das Personal hat pädagogische Aufgaben laut Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Aufgaben wird aber über das Gemeindebedienstetengesetz geregelt und zum Teil beschnitten. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen. Daher braucht es hier aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, einen grundsätzlichen Systemwechsel.

Die Gemeinden müssen eigentlich auf Dauer von dieser zunehmenden Last befreit werden und die öffentlichen Kindergärten sollten Schritt für Schritt in Landeskindergärten umstrukturiert werden. *(Abg. Ingrid Salamon: Aus was für einen Grund? Das verstehe ich jetzt nicht!)* Ich weiß schon, die Zeit ist vielleicht jetzt noch … *(Der Abgeordnete Gerhard Steier deutet einen Beifall an.)* Herr Kollege Steier! Sie dürfen ruhig lauter klatschen.

Ich sage diesen Satz noch einmal. Die öffentlichen Kindergärten sollten Schritt für Schritt in Landeskindergärten umstrukturiert werden. Diesen langen Weg werden wir hoffentlich irgendwann einmal beginnen. Es wird hier von den GRÜNEN sicher noch Initiativen geben. Wir werden einmal anfangen darüber ins Gespräch zu kommen.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes ist der Abgeordnete Mag. Hans Richter zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf den Tribünen! Lassen Sie mich ebenfalls so wie meine Vorrednerin, mit den Änderungen des Pflichtschulgesetzes beginnen. Es geht im Wesentlichen um drei Inhalte:

Erstens um die Umbenennung der Sonderschule für schwerstbehinderte Kinder, schwerstbehinderte Schüler in Sonderschulen für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf.

Das Zweite ist die Einsatzmöglichkeit zusätzlicher Lehrerpersonalressourcen in der Neuen Mittelschule.

Und beim dritten Inhalt geht es um die schulische Tagesbetreuung und zwar um die Möglichkeit, auch andere Personen im Freizeitteil ganztägiger Schulformen einzusetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der erste Punkt, da erübrigt sich jeder Kommentar, ist natürlich in Ordnung.

Zum zweiten Punkt nur zur Erklärung: Vom Bund werden zusätzlich sechs Lehrpersonenstunden pro Neue Mittelschulklasse zur Verfügung gestellt. Das führt zu Individualisierung, führt zu besserer innerer Differenzierung vor allem in den Kerngegenständen Deutsch, Mathematik und lebende Fremdsprache.

Aber, nun soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass diese Stunden auch in anderen schulautonomen Fächern eingesetzt werden, was zu mehr Flexibilität in diesen Schulklassen führt. Einfach ausgedrückt, es können dadurch Lehrer für die Kerngegenstände freigespielt werden - einfach ausgedrückt.

Der dritte Punkt liegt mir sehr am Herzen. Da geht es um die Möglichkeit, auch andere Personen in der Betreuung einzusetzen. Wie ja bekannt ist, werden für gegenstandsbezogene Lernzeiten Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt. Für die individuelle Lernzeit werden Lehrer und Erzieher eingesetzt, für die Freizeit selbst Lehrer, Erzieher oder Freizeitpädagogen.

Jetzt können für diese Freizeitperiode in Zukunft auch Personen herangezogen werden, die nicht Bedienstete einer Körperschaft oder eines Gemeindeverbandes sind, sondern in einem Arbeitsdienstrechtsverhältnis zu einer physischen oder juristischen Person stehen.

Das können also Unternehmen sein, das können Vereine sein, die sich zur Erfüllung von Erziehungsaufgaben verpflichtet haben. Natürlich muss sichergestellt werden, dass diese Personen befähigt sind und auch vertrauenswürdig sind. Es ist jedem bekannt, dass gerade in diesem Bereich bei Minderjährigen sehr verabscheuungswürdige Dinge - gerade in sexueller Hinsicht - passieren.

Daher wird von diesen Personen eine Strafregisterbescheinigung plus eine Strafregisterbescheinigung für Kinder- und Jugendfürsorge verlangt, die darf nicht älter als drei Monate sein darf. Die Qualifikation dieser Personen wird durch Verordnung des Bundesministeriums für Bildung und Frauen festgelegt. *(Abg. Gerhard Steier: Das sollte auch für die Sicherheitsbeamten gelten, für die zukünftigen.)*

Damit wird halbwegs garantiert, ich glaube eine 100-prozentige Sicherheit wird es in diesem Bereich nie geben, dass geeignete und berechtigte Personen diese wichtigen Aufgaben im Dienste der Bildung und Erziehung in unserer Gesellschaft leisten können,

nämlich, die Beaufsichtigung, die Betreuung, die Erziehung, die Pflege und die Ausbildung von Minderjährigen.

In diesem Themenblock, Debattenblock kommt, wie bereits gesagt, auch das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz zur Diskussion. Erlauben Sie mir ein paar abschließende Sätze dazu. Die Änderungen sind natürlich Teil einer 15a Vereinbarung, die hier im Landtag bereits ausführlich diskutiert wurde.

Schwerpunktmäßig führen wir einerseits für das vorletzte Kindergartenjahr ermäßigte oder sozial gestaffelte Elternbeiträge ein beziehungsweise wird dies den Gemeinden vorgeschrieben. Das ist, ich sage einmal, ein erfreulicher Schritt.

Andererseits führen wir ein verpflichtendes Beratungsgespräch zum halbtägigen Besuch des Kindergartens im vorletzten Jahr vor der Schulpflicht ein. Aufgrund der Betreuungsquoten, die eigentlich in diesem Bereich nicht mehr zu steigern sind, hat das, glaube ich, für das Burgenland nur symbolischen Charakter.

Dennoch halte ich der Vollständigkeit halber für uns Freiheitliche folgendes prinzipiell fest. Im Sinne der Privat- und Familienautonomie lehnen wir Pläne zur Einführung eines verpflichtenden zweiten Kindergartenjahres entschieden ab, genauso wie wir die Zwangstagsschule ablehnen. Ich glaube, es weiß jeder, was damit gemeint ist.

Für ein staatlich oktroyiertes Familienbild a la DDR werden wir auch weiterhin nichts übrig haben. Dankeschön. *(Abg. Walter Temmel: Was sagt denn da der Koalitionspartner dazu? - Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Michaela Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete!

Ich weiß nicht, Herr Richter, an wen diese Botschaft jetzt gerichtet war. Ich kann das nur begrüßen, dass wir ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr nur für jene wollen, die es wirklich brauchen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese Zwangstagesschule wollen wir natürlich auch nicht. *(Abg. Géza Molnár: Sollten wir vielleicht der Familienministerin auch sagen.)* Da solltet Ihr auch mit Euren Koalitionspartnern darüber reden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Jegliche Verbesserung im Bereich der Kinderbetreuung ist natürlich zu begrüßen und wir werden selbstverständlich auch seitens meiner Fraktion, der ÖVP, diese Novelle unterstützen. Wenn heute aufgrund der 15a-Vereinbarung die halbtätige und kostenlose und verpflichtende und frühe Förderungen in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung im Kindergartenjahr 2015/2016, 2016/2017 und 2017/2018, das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz geändert wird, so ist das mit Sicherheit ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Kinderbetreuung.

Ich darf in Ergänzung meines Kollegen Herrn Hutter auch sagen, dass Kinder nicht nur unsere Zukunft, sondern auch unsere Gegenwart sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir müssen für jene Kinder, die heute in Kinderbetreuung sind, auch die besten Voraussetzungen schaffen. Deshalb möchte ich auch danke sagen, stellvertretend allen Damen und Herren Abgeordneten, die auch in den Gemeinden Verantwortung tragen, denn nur durch die gute Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden ist es uns

gelungen, Nummer eins bei den Drei- bis Sechsjährigen und Nummer zwei bei den unter Dreijährigen zu sein. Dankeschön für ihre Unterstützung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Konkrete Inhalte zu diesem Gesetz betreffen die Festsetzung eines ermäßigten, oder sozialgestaffelten Elternbeitrags für Kinder im vorletzten Jahr, vor Schulpflicht für die halbtägige Inanspruchnahme des Kindergartens, sofern der Elternbeitrag nicht generell niedrig gehalten ist.

Weiters ein verpflichtendes Beratungsgespräch, über das schon gesprochen wurde, aber auch die Ausweitung der gerechtfertigten Verhinderung von Kindern in einem verpflichtenden Kindergartenjahr von drei auf fünf Jahren betreffend die Abwesenheit auf Grund von Urlaub. Die 15a-Vereinbarung über die halbtägige kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen ist mit Sicherheit ein wichtiger Schritt für eine positive Entwicklung unserer Kinder.

Das verpflichtende Kindergartenjahr, das schon angesprochen wurde, ist eine gute Basis, aber dieses zweite Kindergartenjahr nur für jene, die es auch wirklich brauchen. Auch das Angebot des kostenlosen, beziehungsweise ermäßigten halbtägigen Besuchs von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen dieses letzten Kindergartenjahres vor der Schulpflicht ist eine ganz wichtige und wesentliche Unterstützung für die Eltern.

Vor allem für Flüchtlingskinder ist mit der Förderung der Deutschkenntnisse so früh wie möglich anzusetzen. Daher ist das zweite verpflichtende Kindergartenjahr natürlich nur für jene die es tatsächlich brauchen, aber dann ist es auch unabdingbar.

Es besteht aber noch immer ein großer Bedarf an weiteren Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zwar für jene Eltern, die am Wochenende arbeiten müssen, Samstag, Sonntag, oder vielleicht auch länger. Vielen Eltern sind durch die Ausübung ihrer Berufe natürlich auf längere Öffnungszeiten angewiesen, oder es müsste auch alternativ andere Möglichkeiten geben, die Kinder betreuen zu lassen.

Wir haben im April 2016 einmal einen Antrag gestellt. Demnach sollten die bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen weiter ausgebaut werden. Es wäre vielleicht aber auch sinnvoll, auf Initiativen wie, zum Beispiel, Oma- oder Opa-Dienst, oder auch auf die Tagesmütter zu setzen, damit es auch am Samstag oder am Sonntag, wo die öffentlichen Kinderbetreuungsplätze geschlossen sind, auch eine Möglichkeit gibt, dass diese betreut werden.

Kindeswohl, Wahlfreiheit, Vereinbarkeit stehen natürlich auch im Mittelpunkt der ÖVP-Familienpolitik. Für uns ist klar, dass unsere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, unsere Gemeinderäte und Gemeinderätinnen vor Ort am besten wissen, was zu tun ist.

Frau Abgeordnete Petrik! Ich kann nicht verstehen, warum Sie immer wieder darauf drängen, dass die Kindergärten Landeskindergärten werden sollen. Ich glaube, nicht ich glaube, ich bin überzeugt davon, dass die Gemeinden in allen 171 Gemeinden hervorragende Arbeit leisten, dass jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin genau weiß, wo der Schuh drückt. Warum soll man also ein gutes System, das super funktioniert, auch ändern? *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb bin ich auch dafür, dass das System so beibehalten wird, denn über einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote wissen die Gemeinden am besten Bescheid. Seitens der ÖVP werden wir dieser Novelle selbstverständlich auch zustimmen.

Dankeschön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack, Sie sind als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Uns liegt heute der Gesetzentwurf vor, mit dem das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz novelliert werden soll.

Seit dem Jahr 2009 wird das geändert. Diese Novelle umfasst im Wesentlichen drei Punkte, die heute hier schon einige Male genannt wurden. Es geht um ermäßigte oder sozial gestaffelte Elternbeiträge für Kinder, die das vorletzte Jahr vor der Schulpflicht den Kindergarten besuchen.

Es soll Beratungsgespräche für Eltern geben, deren Kinder noch nicht zum Kindergartenbesuch zum vorletzten vor Schulbeginn angemeldet sind und es soll die gerechtfertigte Verhinderung von Kindern im verpflichtenden Kindergartenjahr bei Urlaub von maximal drei Wochen auf maximal fünf Wochen ausgeweitet werden.

Ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 haben sich ja die Länder durch eine 15a-Vereinbarung verpflichtet, diese Beratungsgespräche zu führen. Im Burgenland ändert sich eigentlich fast nichts, weil es ja praktisch schon das verpflichtende Kindergartenjahr, das zweite verpflichtende Kindergartenjahr, gibt. 99,7 Prozent unserer Kinder besuchen unseren Kindergarten. Bei den Drei- bis Fünfjährigen sind wir deshalb auch an erster Stelle im Bundesländervergleich. Bei den unter Dreijährigen liegen wir auf Platz zwei, gleich nach Wien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildung zahlt sich mehrfach aus. Das zeigt auch die OECD-Studie 2016 zum Thema Bildung auf einem Blick. Je höher der Bildungsstand, desto geringer ist das Risiko, arbeitslos zu werden und desto höher ist auch das Einkommen.

Wer einen Kindergarten besucht hat, hat ein deutlich geringeres Risiko später ein schlechter Schüler zu sein, sagt auch die Studie. Warum ist der Kindergarten eigentlich so wichtig? Weil sich Kinder im Kindergarten auch schon sozial entwickeln können, weil sie im Umgang miteinander voneinander lernen können, weil sie nicht nur Sprachkompetenz sondern auch soziale Kompetenzen erwerben und weil sie manuelle Fähigkeiten entwickeln können.

Auch Experten bestätigen, dass diese Zeit, die Kinder in Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen verbringen, eine der entwicklungsintensivsten für Kinder ist, welche die umfassende Persönlichkeitsbildung für die Kinder ermöglicht.

Kindergärten sind die erste Bildungsstätte in der neben Wissen auch Werte wie Menschlichkeit, Teamfähigkeit und soziale Kompetenz vermittelt werden. Auch für die Persönlichkeitsentwicklung ist der Kindergarten neben dem Elternhaus, das möchte ich besonders hervorheben, natürlich von ganz großer Bedeutung.

Uns ist es sehr wichtig, dass alle Kinder die besten Bildungsmöglichkeiten und Startchancen für das spätere Berufsleben bekommen - unabhängig von ihrer Herkunft und auch von der Geldbörse der Eltern.

Was mich bei der Bildungsreform besonders freut, ist die Tatsache, dass nun auch die Bundesregierung festgeschrieben hat, dass der Kindergarten die erste wichtige Bildungsstätte ist. Dieser Tatsache sind wir uns im Burgenland natürlich schon lange bewusst. Im Burgenland waren wir in diesem Bereich schon lange Vorreiter.

Seit 2008 gibt es das neue Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz im Burgenland, dass die Handschrift von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten trägt. Seit 2009 gibt es bei uns die Kinderbetreuungsförderung. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung hat sich in den letzten Jahren im Burgenland sehr viel getan.

Die Investitionen in dem Betreuungsausbau sind enorm, denn seit dem Jahr 2009 hat das Burgenland rund 25,8 Millionen Euro für die Kinderbetreuung investiert. Die Anzahl der Kinder, die eine Krippe besuchen, sind seit 2000 von 193 auf 1.064 gestiegen. Das, denke ich, ist enorm und wir sehen auch, wie viele Eltern unsere Kinderbetreuungseinrichtungen brauchen.

Parallel dazu ist natürlich die Anzahl der KindergartenpädagogInnen gestiegen. Es wurden dadurch sehr viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt werden im Burgenland in 288 Einrichtung 10.693 Kinder von 1.024 Pädagoginnen und Pädagogen betreut.

Zur Kollegin Regina Petrik möchte ich auch noch etwas sagen: Als wir damals das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz geändert haben, war es uns sehr wichtig, dass die Gemeinden autonom entscheiden können, was die Familien und auch die Kinder brauchen. Ich denke, dass dieses System sehr gut ist und dass wir das auch so fortsetzen sollten, weil gerade unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und unsere Gemeiderätinnen und Gemeinderäte wissen, was in ihrem Ort gebraucht wird.

Ich bedanke mich deshalb auch sehr herzlichen bei den Gemeindevertreterinnen und bei den Gemeindevertretern für die tolle Arbeit, die sie in den Gemeinden leisten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Mit der heutigen Novelle gehen wir wieder einen Schritt weiter. In Beratungsgesprächen sollen die Eltern von den Vorteilen einer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung - beginnend schon zwei Jahre vor Schuleintritt - überzeugt werden.

Kinder, die Sprachdefizite aufweisen, müssen entsprechend gefördert werden, weil der Übergang vom Kindergarten zur Schule dann ein leichterer wird. Die Kinder werden besser gefördert, denn hier bekommen die Kinder das beste Rüstzeug für ihren zukünftigen Weg.

Fähigkeiten und Werte, die in der Kindheit nicht erlernt wurden, sind zu einem späteren Zeitpunkt schwer, oder nur mit großer Mühe, oder manchmal auch gar nicht mehr nachzuholen.

Meine Fraktion stimmt daher dieser Novelle gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Nunmehr zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Inhaltlich brauche ich jetzt nicht mehr allzu tief bei diesem Antrag auf die einzelnen Punkte eingehen, weil meine Vorredner da sehr vieles schon erklärt haben. Nur vielleicht Einiges rein informativ dazu. Wenn es darum geht, diese sechs zusätzlichen Lehrerstunden für mehr Schulautonomie einfach zur erklären.

Eine große Klasse hat 25 Schüler, ab 26 kann eine Klasse geteilt werden. Hätte eine Klasse 25 Schüler, stehen ihr für die Hauptgegenstände, so war es bisher, zwei

Lehrer zur Verfügung. Wären es 26 Kinder, teilt sich die Klasse in 13 und 13. Das heißt, es ist eine sehr kleine Gruppe, wo auch ein Lehrer dann ausreichend ist. Da ist es dann möglich, diesen Zweitlehrer, ohne dass es eine Beeinträchtigung oder eine Minderung in der Qualität des Unterrichtes gibt, trotzdem zusätzlich für einen schulautonomen Schwerpunkt einzusetzen. Das finde ich wirklich für einen großen Fortschritt.

Der zweite Punkt ist ebenfalls für die schulische Tagesbetreuung, dass man eben zusätzliche Personen außerhalb des Lehrpersonals in die Schule hereinholen kann, die den Freizeitteil in Betreuungsteil abdecken. Vorrangig ist natürlich jetzt die tägliche Turnstunde.

Da möchte ich jetzt schon zum Vorwurf der ÖVP an uns kommen, dass wir da verschiedene Dinge nur nachmachen oder irgendwoher kopieren würden. Das stimmt, es ist eine 15a-Vereinbarung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Sie haben hier gesagt, sie verkaufen irgendetwas als etwas Neues, was eigentlich nur eine Bundesvorgabe ist.

Nicht die Frau Kollegin Resetar, das wurde heute zu Beginn erwähnt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei den ersten fünf Gesetzen stimmt es ja auch!)* Richtig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es ist eine Bundesvorgabe 15a-Vereinbarung, aber ich frage jetzt nur umgekehrt: Würden Sie uns vorschlagen, dass wir das nicht machen sollten? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber nicht als eigene Leistung verkaufen!)* Dann würden wir in der Bildung einen Rückschritt machen, wenn wir die Anpassungen nicht machen.

Wir im Burgenland sind da natürlich noch weiter vorn und haben noch einen größeren Schritt gemacht, das wissen Sie alle, mit dieser täglichen Turnstunde. Wir sind das einzige Bundesland in dem diese tägliche Turnstunde als Pilotprojekt für dieses Schuljahr durchgeführt wird. Finanziert durch das Sport- und Bildungsministerium, wo eigenartiger Weise beides SPÖ-Minister sind, die dort vorsitzen. Sogar der Bildungsminister ist natürlich dabei.

Es gilt freiwillig für alle Volksschulen und für alle Hauptschulen. Wir wissen, dass es in einzelnen Bezirken des Burgenlandes sogar 100 Prozent der Pflichtschulen betrifft, die und unseren Kindern zusätzlichen Bewegungsunterricht erteilen. In den Volksschulen ist es so, dass in der ersten und zweiten Klasse ohnehin drei Turnstunden pro Woche vorgesehen sind, in der dritten und vierten je zwei. Das heißt, die Aufstockung, dass jeden Tag eine Turnstunde ist, erfolgt eben dann durch diese geprüften Trainer, durch die geprüften Coaches.

Eines noch dazu, zu dem was vorher noch erwähnt worden ist, wo vielleicht sich die ÖVP auch ein bisschen freut, weil der Kollege von der FPÖ gesagt hat, mit uns wird es die Zwangstagsschule nicht geben. *(Abg. Walter Temmel: Aha.)*

Wer aufgepasst hat - wir hatten einen Antrag dazu vor dem Sommer bereits. Und da ist *(Unruhe bei der ÖVP)* – richtig, einen Antrag, und den haben die SPÖ und die FPÖ gemeinsam, und vielleicht wissen Sie, war unsere gemeinsame Forderung war, keine gemeinsame Schule ohne Einbeziehung der Schulpartner.

Jetzt frage ich in der umgekehrten Richtung. Wenn immer mehr Menschen das brauchen, und mehr Schulen, und immer mehr Klassen sich dazu entscheiden, weil es die Eltern wollen, dass es die verschränke Ganztagsschule gibt, werden Sie dann hintreten, liebe Kollegen von der ÖVP, und auch sagen, sie dürfen das nicht machen?

Wir haben gesagt, mit uns gibt es keine Ganztagsschule, keine verschränkte Form, keine Zwangstagsschule. Wir stehen zu unserem Wort, egal ob das die Eltern wollen oder

nicht. Das schaue ich mir an. Und sich dann daher stellen und sagen, mit uns wird es das nicht geben, davor würde ich mich hüten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Eines, was mich noch sehr stört - immer alles schlechtreden. Eine Schulombudsfrau einzurichten, die nur kritisiert am burgenländischen Schulsystem. Wir haben die höchste Maturantenquote mit 52,5 Prozent, 35 Prozent der Schüler sind in der schulischen Tagesbetreuung. Von den 234 Pflichtschulen nehmen 141 an der ganztätigen Schulform teil. Wir sind Platz Eins bei den Bildungsstandards in Deutsch. Die kleinsten Volksschulklassen haben wir.

Wir haben es vielen Schulen ermöglicht, durch Expositur-Klassen den Standort zu erhalten. Wir haben die Gesamtschule bereits seit vielen Jahren umgesetzt in den Bezirken Jennersdorf und Güssing. Und da frage ich mich wirklich jetzt noch, das Projekt mit der täglichen Turnstunde, ist das eine negative Bilanz des Schulsystems oder des Bildungssystems im Burgenland?

Nein, das ist es absolut nicht. Wir wissen, wir sind auf dem richtigen Weg, und diesen Weg gehen wir weiter, ohne uns von links und rechts irgendwie beeinflussen zu lassen. Dankeschön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die beiden Tagesordnungspunkte.

Meine Damen und Herren, ich lasse zuerst über den 7. Punkt der Tagesordnung abstimmen.

Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und den Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 497, mit dem das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz-Novelle 2016), Zahl 21-345, Beilage 548.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz-Novelle 2016), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 geändert wird (Burgenländische Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz-Novelle 2016), ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es folgt nun die Abstimmung über den 8. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 498, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) Zahl 21 - 346, Beilage 549.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) ist somit einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (2. Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2016) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 499, mit dem das Buschenschankgesetz geändert wird, (Zahl 21 – 347), (Beilage 550)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum 9. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 499, mit dem das Buschenschankgesetz geändert wird, Zahl 21-347, Beilage 550.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burschenschankgesetz geändert wird, in seiner 12. Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Buschenschankgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal und vor den Computern oder TV-Geräten!

Es geht hier um eine Änderung des Buschenschankgesetzes, die sich aus zwei Teilen zusammensetzt, auf der einen Seite eine sehr erfreuliche, auf der anderen Seite, leider eine traurige. Zuerst zur Erfreulichen, es soll dem Buschenschank in Zukunft möglich sein, auch Wein der Obstwein genannt wird, auszuschenken, möglich sein.

Das war deshalb notwendig, wir wissen das alle, auf Grund der Uhudler-Diskussion und der großen Probleme, die der Uhudler auf gesetzlicher Grundlage hatte, Nun wird es

auch möglich sein, nachdem wir dieses Gesetz beschlossen haben, in einem Buschenschank Obstwein auszuschenken.

Die zweite Geschichte ist leider eine traurigere Geschichte. Das ist eigentlich eine so genannte Anlassgesetzgebung, die aber wirklich notwendig ist, diesmal. Wir haben heuer im Frühjahr leider einen sehr starken Spätforst gehabt, wo natürlich nicht nur der Wein im Norden sondern auch die Uhudler-Trauben im Südburgenland sehr stark betroffen waren.

Man hat zuerst damit gerechnet, dass sogar bis zu 90 Prozent der Trauben vernichtet sind. Gott sein Dank hat sich die Uhudler-Traube relativ schnell wieder erholt. Man geht jetzt etwa von 50 Prozent Ausfall aus. Das hat aber trotzdem natürlich den Nachteil, dass ungefähr die Hälfte der Trauben und damit auch des Sturms und des Weines fehlen wird.

Jetzt soll zukünftig in dem Buschenschankgesetz geregelt sein, dass in solchen Jahren, wo es zu solchen Katastrophen kommt, allerdings nur auf Beschluss der Landesregierung es möglich sein wird, hier Trauben zuzukaufen. Für alle die, die vielleicht jetzt in den letzten Tagen, Wochen schon Sturm gekauft haben, wird aufgefallen sein, dass auf den Flaschen ein sehr eigenartiges schwarzes Schild, oder ein eigenartiger schwarzer Hinweis zusätzlich war. Da steht drauf, „Verschnitt aus den Erzeugnissen zweier oder mehrerer Länder der EG“.

Das heißt, dass sind einfach zugekaufte Trauben, die jetzt auch, wo das Produkt jetzt auch nicht Sturm genannt werden darf, aus diesen Gründen, und das ist eben eine Möglichkeit, die bei vielen Produkten schon bestanden hat, aber im Bereich der Buschenschank war das bisher nicht möglich. Das werden wir hier jetzt ermöglichen. Vielleicht kurz noch zum Uhudler zurück.

Wir haben den Uhudler jetzt praktisch dreifach abgesichert. Auf der einen Seite eben durch die Möglichkeit, Uhudler-Trauben auch als Obstwein anzubieten, auf der anderen Seite durch diese gentechnische Feststellung, dass die meisten der Trauben, die angebaut werden, auch zu einer Edeltraube dazugehören.

Diese beiden, und dann noch die dritte, ist die geographische Unterschutzstellung des Uhudlers machen aus dem Uhudler eigentlich oder sollten für die nächsten 10 oder 100 Jahre den Uhudler sichern, festigen. Wir hoffen natürlich, dass wir dadurch vor allem im Südburgenland den Uhudler, die Frau Landesrätin hat das ja schon angekündigt, hier zu einem Tourismusprojekt machen. Der Begriff „Uhudler-Land“ wurde schon geprägt.

Ich denke mir, es wäre die Möglichkeit hier, analog zu dem was schon passiert ist, das zu verstärken, den sanften Tourismus, die Reise zu den Quellen des Uhudlers im ganzen Burgenland und weit darüber hinaus, interessant zu machen und mehr Leute ins Südburgenland damit zu locken.

Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen, weil wir das für notwendig finden, und diese Zukaufsgeschichte ja nur eine Ausnahme ist, die wir hoffentlich die nächsten Jahre nicht benötigen werden. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön! Die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat, ist die Frau Abgeordnete Karin Stampfl.

Bitte sehr Frau Abgeordnete.

Karin Stampfl kommt aus der größten Weinbaugemeinde Österreichs, aus Gols und ist prädestiniert dazu zu sprechen. *(Abg. Karin Stampfel: Danke, Herr Präsident.)*

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren, auch auf der Tribüne! Uns liegt hier ein Antrag vor, mit welchem das Buschenschankgesetz geändert werden soll. In dieser Gesetzgebungsperiode ist es schon gelungen, durch eine Änderung des Weingesetzes, die Möglichkeit zu schaffen, auch Obstwein zu produzieren, bekannt vor allem als Uhudler.

Dies war vor allem für kleinere Weinbauern im Süden des Burgenlandes sehr wichtig, da der Uhudler dort einen wesentlichen Faktor für die Land- und Forstwirtschaft und auch zu einem Markenzeichen für den Tourismus geworden ist. In den letzten Jahren wurden unsere Landwirte burgenlandweit und auch durch heuer besonders heftig auftretende Wetterkapriolen besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Die Frostschäden, besonders im Frühjahr 2016, sowie als Draufgabe noch die Hagelschäden und Überflutungen haben hier einige, vor allem kleinere Betriebe, welche sich im Rahmen des Buschenschankes ein zweites Standbein aufgebaut haben, an den Rand ihrer Existenz gebracht.

Manche Betriebe können sich aufgrund des Spätfrostes keine oder nur eine sehr geringe Ernte erwarten. Aus diesen Gründen war die vorliegende Gesetzesnovelle dringend erforderlich. Es darf nun mehr der Ausschank von Obstwein, der aus den Direktträgersorten, welche nicht in der Burgenländischen Weinbauverordnung angeführt sind, erfolgen. Der Ausschank von zugekauften Wein oder aus zugekauften Trauben hergestellter Wein, war bisher verboten.

Mit der vorliegenden Novelle wird nunmehr die Möglichkeit geschaffen, dass dieses Verbot mit Verordnung der Landesregierung für die Dauer eines Jahres aufgehoben werden kann. Dies soll das Fortbestehen von Betrieben, welche unter anderem durch die oben genannten Elementarereignisse in Mitleidenschaft gezogen wurden, ermöglichen, vor allem jedoch erleichtern.

Wir werden dieser Novelle selbstverständlich unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Landtagsabgeordneter Walter Temmel ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer an den EDV-Geräten! Geschätzte Damen und Herren! Wir stimmen gerne dieser Änderung des Buschenschankgesetzes zu, weil sie nicht nur für die Betreiber wichtig ist, sondern auch für die Wertschöpfung und für den Tourismus.

Es freut mich auch, dass meine Vorredner, die Frau Kollegin Stampfel und der Herr Wolfgang Spitzmüller die Obstweinlösung gelobt haben. Das Wesentliche wurde gesagt, will ich nicht verlängern. Dieses Gesetz ist eine Verbesserung, ist notwendig und sinnvoll und ich danke Ihnen, dass wir damit dem steirischen Beispiel folgen und einen Zukauf für Buschenschankbetriebe ermöglichen.

Sie kennen aber sicher alle das bekannte Sprichwort: Ausnahmen bestätigen die Regel. Dieses passt deshalb so treffend, weil Sie als Einheitspartei bisher alle Initiativen abgelehnt haben, die *(Abg. Ilse Benkö: Bis jetzt war alles gut.)* unseren bäuerlichen Betrieben geholfen hätten. Das hat sich wiederum vor zwei Tagen bestätigt, Frau

Landesrätin Dunst hat nur den Medien das neue Jagdgesetz präsentiert. Dieser Entwurf lässt alle demokratischen Spielregeln vermissen und ist einer sogenannten Agrarlandesrätin unwürdig. *(Abg. Gerhard Steier: Sie ist keine Jägerin.)*

Ein neues Jagdgesetz sollen ein Ausgleich zwischen Jägern, Landwirten, Grundeigentümern, Gemeinden und Naturschutz schaffen. Mit Ihrem Entwurf haben Sie dazu beigetragen, dass das Verhältnis zwischen Bauern und Jäger sicherlich nicht besser wird. *(Abg. Wolfgang Sodl: Reden wir jetzt über das Jagdgesetz oder den Buschenschank? Ich weiß nicht, das musst Du entscheiden.)* Im Großen und Ganzen mit ganz wenigen Ausnahmen hat die bisherige Entschädigung für Wildschäden funktioniert.

Dieser Entwurf ist ein grober Eingriff ins Eigentumsrecht und auch eine weitere finanzielle Belastung der Bauern. Mit diesem Gesetzesentwurf zeigen Sie ganz deutlich, was Sie von dieser Berufsgruppe halten und dass Ihnen das Schicksal der fleißigen Bäuerinnen und Bauern, die gerade in den letzten Jahren sehr viele Einkommensverluste gehabt haben, total egal ist. *(Abg. Ilse Benkö: Von was redet er jetzt?)*

Zeigen Sie mir einen Vorteil in diesem Gesetz für die Landwirtschaft. Sie machen mir deutlich, wie man über diese Berufsgruppe darüberfährt. *(Landesrat Norbert Darabos: Jeder hat eine andere Meinung.)* Sie als Landesrätin haben mehrmals sehr abwertend über Ihre Vorgänger gesprochen. Aber so einen Entwurf nur gegen die Landwirtschaft wäre niemanden von Ihren Vorgängern eingefallen.

Wenn Sie für die Land- und Forstwirtschaft nichts übrig haben, sollten Sie sich *(Abg. Ilse Benkö: Von was redest Du, bis jetzt ist nichts passiert.)* überlegen, ob Sie dieses Amt nicht abgeben sollten. *(Allgemeine Unruhe)* Nachdem Sie ganz bewusst die Politik herausgelassen haben, frage ich Sie, warum bekleiden Sie ein Regierungsamt? Das könnten ja auch Experten vielleicht besser machen.

Mit diesem Gesetzesentwurf zeigen Sie ganz konkret, was Sie von den Grundeigentümern, Bewirtschaftern und den demokratischen Spielregeln halten, nämlich gar nichts. *(Landesrat Norbert Darabos: Wer hat das geschrieben, der Wolf?)*

Dann behaupten Sie noch in Ihrem ORF-Interview es waren alle Experten eingebunden, was nach Einigkeit klingt. Und bei Nachfragen stellt sich heraus, dass die Jagdvertreter den letzten Entwurf im Juni erhalten haben und die Vertreter der Landwirtschaftskammer über einige Paragraphen sehr unangenehm überrascht waren, weil sie davon nichts wussten. *(Abg. Geza Molnar: Du weißt aber schon, dass das der Tagesordnungspunkt zum Buschenschankgesetz ist. – Abg. Ilse Benkö: Wovon redest Du?)*

Wie nennt man Menschen, die etwas behaupten, das nicht richtig ist? Glauben Sie wirklich, dass durch diesen Gesetzesentwurf sich mehr Burgenländerinnen und Burgenländer die Jagd leisten können? Oder werden durch diesen Entwurf die Jagden noch teurer werden. *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ)*

Die eventuellen *(Abg. Klaudia Friedl: Zum Buschenschankgesetz!)* Wildschäden mit höheren Jagdvergaben auszugleichen, *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ)* Sie und Ihre sogenannten Experten sind hier nicht nur einseitig sondern auch sehr realitätsfern. *(Abg. Doris Prohaska: Herr Präsident! Also ehrlich.)*

Solche gravierenden Änderungen in der laufenden Jagdperiode müssen zu einer Neuausschreibung der Jagd führen. *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ)* Was aber nicht sinnvoll ist. Für so einen einseitigen Gesetzentwurf, der nur gegen eine Berufsgruppe *(Abg. Klaudia Friedl: Das ist nicht zum Buschenschankgesetz.)* gerichtet ist, sollte man

auch bei Ihnen, als zuständige Landesrätin, einen Selbstbehalt einführen. *(Abg. Doris Prohaska: So wichtig sind Euch also die Buschenschänken.)*

Deshalb fordere ich Sie auf im Begutachtungsverfahren und den Parteienverhandlungen, dass auch die Anliegen der Landwirte erfüllt werden *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Wolfgang Sodl: Thema verfehlt!)* und nicht über diese Berufsgruppe drübergefahren wird.

Das hat sich niemand in unserem Land verdient, auch nicht jene Menschen, die *(Abg. Klaudia Friedl: Herr Präsident!)* täglich für unsere Umwelt und unsere gesunden Lebensmittel sorgen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes bitte ich den Herrn Abgeordneten Sodl zum Rednerpult, der hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Die Jäger wollen auch Wein trinken. – Allgemeine Heiterkeit)*

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! *(Allgemeine Unruhe)* Ich glaube auch, dass die Jäger gerne in die Buschenschank gehen, dafür kommen wir jetzt wiederum zum Tagesordnungspunkt zurück.

Der Buschenschank hat nicht nur Tradition sondern regionale, wichtige Wertschöpfung in vielen Bereichen in der Land- und Forstwirtschaft, vor allem im regionalen Tourismus, aber vor allem für unsere Winzerinnen und Winzer und für unsere Buschenschankbetriebe.

2015 wissen wir, sprachen die Winzer von einem Jahrhundertwein. Topqualität, eine sehr gute Quantität an Menge über 720.000 Hektoliter, die hier im Burgenland geerntet wurde. Wir wissen aber leider auch, dass im heurigen Jahr und es wurde schon angesprochen, es Frostschäden im Frühjahr gegeben hat, dass es Hagelschauer im Sommer gegeben hat und letztendlich ergibt das einen Weinmangel, zu wenig Wein.

Wir wissen, dass diese Verordnung, diese Änderung im Buschenschankgesetz notwendig ist. Ich weiß nicht, Herr Kollege Temmel, vielleicht können Sie mir behilflich sein. *(Abg. Geza Molnar: Na ja. – Allgemeine Heiterkeit)* In der Regierung Niessl 1 von 2000 bis 2005 gab es dazu zwei Landesräte in der Regierung, das waren Rittsteuer und Berlakovich.

2005 bis 2010 war es Landesrat Dipl. Ing. Berlakovich und Falb-Meixner. 2010 bis 2015 gab es die Landesräte Falb-Meixner und Liegenfeld. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Und gut war es. – Heiterkeit bei der ÖVP)* In der Regierung Niessl 4 ab 2015 gibt es dafür politisch zuständig unsere Frau Landesrätin Dunst.

Ich habe jetzt an und für sich nicht für die letzten 70 Jahre gesprochen, ich habe eigentlich nur von 2000 die zuständig politischen Landesräte hier im Burgenland genannt und dann gab es einen, der ging in jener Zeit nach Wien in die Bundesregierung, Niki Berlakovich. Weil Sie Ihre Obst-, Weinlösung hier angesprochen haben, *(Abg. Gerhard Steier: Gelobt.)* gelobt haben, in Ordnung, dann würde ich grundsätzlich sagen, es hat uns niemand geholfen in der Causa Uhudler. *(Abg. Manfred Kölly: Wer, wo, wo – hallo! – Abg. Walter Temmel: Hallo!)*

Weder hier die burgenländischen dafür zuständigen Landesräte und schon gar nicht auf Bundesebene. Ich möchte noch einmal wiederholen. Seit 31. Mai 2015 ist hier in Burgenland für das politische Ressort *(Abg. Walter Temmel: Stimmt ja nicht. Stimmt ja*

nicht!) Land- und Forstwirtschaft, und ich komme schon noch auf das Jagdgesetz auch gerne zurück, die Frau Landesrätin Dunst zuständig.

In dieser kurzen Zeit ist *(Abg. Walter Temmel: Seit Mai nicht.)* hier viel mehr weiter gegangen, auch und vor allem für die Landwirtschaft, das möchte ich nur sagen *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* und Dir, Frau Landesrätin, ein großes Kompliment und Hochachtung dafür auszusprechen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dass diese Novellierung, und man kann ja nicht nur sagen im heurigen Jahr hat es Schäden gegeben in der Landwirtschaft und vor allem beim Wein, also ich glaube, es hat ja auch Jahre vorher viele Schäden gegeben und die Zuständigen haben in dieser Form in keiner Weise darauf reagiert. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt aber auch nicht.)*

Dieses Gesetz, Sie haben es angesprochen, ermöglicht, dass hier die Buschenschankbetriebe Trauben in der Größenordnung von 2.000 Kilogramm pro Hektar beziehungsweise 1.500 Liter Wein pro Hektar ankaufen können, nach Verordnung der Landesregierung, das ist sehr, sehr wichtig und notwendig geworden.

Ich möchte hier auch noch jenes Projekt ansprechen, das auch in weiterer Folge, vor allem für das Südburgenland, hier in Zukunft umgesetzt werden soll, das RMB-Projekt Nutzung Kellerstöckl, „Kellerstöckl-Ressort Südburgenland“, wo es bereits 70 Interessenten gibt um hier vor allem auch die Nutzung des touristischen Potentials zu vergrößern. Eine sehr gute, eine sehr wichtige Initiative.

Ich möchte in dieser Form noch sagen, dass das vorbereitete Jagdgesetz, das vorbereitete Jagdgesetz sehr gut, ausgezeichnet vorbereitet wurde. Kollege Temmel, Sie haben es polemisiert, nur wiederum in keiner einzigen Aussage, sind Sie auf einer Sachebene geblieben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo?)* Was ist das große Problem das Jagdgesetz, das heuer noch beschlossen wird? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo? Welches Gesetz?)*

Ich habe in vielen Bereichen sowohl mit Jägerinnen und Jägern aber auch mit Landwirten darüber gesprochen. Und ich habe keine einzige Kritik in dieser Form bekommen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Welches Gesetz? Wolfgang, wo ist das Gesetz.)* Ein sehr gutes Gesetz *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo?)* mit sehr vielen Gruppierungen, die sich dazu eingebracht haben.

Natürlich wo Licht ist, ist auch Schatten. *(Abg. Walter Temmel: Sehr viel Schatten.)* Aber in dieser Form in keiner Weise, dass Sie sich heute hier her stellen, wo wir eigentlich über das Buschenschankgesetz sprechen und Sie an und für sich gerade aus jenem Gebiet des Südburgenlandes kommen, wo es die meisten Buschenschänken gibt.

Sie haben die in keiner Weise angesprochen, die haben Sie einfach ignoriert, wie in vielen Bereichen die ÖVP das macht, nicht einmal an und für sich jene Menschen zu unterstützen und zu verteidigen, die in der eigenen Region sind. Das ist wichtig!

Dieses Buschenschankgesetz ist sehr wichtig, dafür möchte ich Dir, Frau Landesrätin, recht herzlich danken, im Namen unserer Winzerinnen und Winzer, vor allem unserer Buschenschankbetriebe, unserer zukünftigen Gäste, die diese Buschenschänken besuchen werden, für die Burgenländerinnen und Burgenländer, vor allem für die Südburgenländer. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: *(die den Vorsitz übernommen hat.)* Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Dankeschön. Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Nachdem wir eine Grundsatzdebatte von zwei Standpunkten erlebt haben, die fundamental auf der einen Seite, auf der anderen Seite jetzt lobend für die Initiativen und für die Tatkraft der Frau Landesrätin ausgefallen sind, kommen wir zur Sache zurück.

Dieses Buschenschankgesetz ist in Wirklichkeit durchaus mit dem Anspruch diese ausschließlich auf Eigentrauben basierende Ausschanksituation zu erweitern und für einen besonderen Anlassfall die Möglichkeit zu gewähren, Wein zuzukaufen, mehr als begrüßenswert.

Es sind von meinen Vorrednern in dieser Diskussion mehrere Punkte eingebracht worden, die für diese gesetzliche Maßnahme sprechen. Unter anderem möchte ich aber wirklich darauf verweisen, dass dieser Buschenschank über den lokalen Charakter inzwischen eine Wegweisung in Richtung Tourismus eingenommen hat, die absolut sehens- und beachtenswert ist.

Wir sollten uns nicht darüber hinwegschwindeln, sowie es mein Vorredner gerade gesagt hat, im Landessüden einen wichtigen Punkt, ein wichtiges Standbein im Sinne der Vermarktung von regionalen erwirtschafteten Trauben, beziehungsweise auch den Wein in der Umsetzung haben, und auf der anderen Seite viele Konsumentinnen und Konsumenten die diesen Anspruch in geselliger Runde entsprechend umsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleichzeitig möchte ich darauf verweisen, weil ja die Ursache dieser Erweiterung oder der Ankaufsmöglichkeit vom Wein mit diesem Gesetz verordnet wird, und möglich gemacht wird, möchte ich darauf verweisen, wo unter anderem auch die Agrarlandesrätin einen wichtigen Beitrag in der Gestehung geleistet hat auf das sogenannte Frostschäden-, Hagelversicherungsgesetz.

Wo es in der Ausführung auf alles was sich im heurigen Jahr im Besonderen im Frühjahr schon ereignet hat mit den Frostschäden auf die Weingartenflächen, mit den Hagelunwettern in den Sommermonaten, vieles gewährleistet wird, was über Jahre nicht möglich war.

Endlich eine erwerbsmäßige Grundlage in Sicherstellung für den Landwirt zu geben, das ist ein Meilenstein in der Entwicklungssituation und wir werden zukünftig noch viele Wettersituationen zu diskutieren haben, die es weiterhin erfordern werden, gerade in diesem Freiraum der Wirtschaftsentwicklung, nämlich so wie der Bauernstand, aufgestellt ist, ein Sicherheitsnetz zu spannen.

Dass sich die Bundesregierung beziehungsweise der Nationalrat im Mai zu dieser Diskussion von dieser Diskussion zum Beschluss durchgerungen haben ist aufgrund der Gegebenheiten der Nationalrat im Mai von dieser Diskussion zum Beschluss durchgerungen haben, ist aufgrund der Gegebenheiten zwar jetzt naheliegend gewesen, aber es hat bis zum Schluss gegen diese neue gesetzliche Maßnahme Einwendungen gegeben und daher finde ich es absolut begrüßenswert, dass diese Maßnahme nunmehr den Bauern eine Sicherheit gibt. Wobei ich bei dieser Diskussion nicht außer Acht lassen möchte, dass es im § 3 dieses Bundesgesetzes folgenden Passus gibt:

Hagel- und Frostschäden an landwirtschaftlichen Kulturen und Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse, das sind Dürre, Stürme, sowie starke und anhaltende Regenfälle, sind nicht anzuerkennen, soweit sie versicherbar gewesen sind.

Das heißt, dieses Gesetz enthält ausdrücklich, nachdem es über den Katastrophenfonds finanziert wird, vom Bundesanteil her und auch vom Landesanteil her, ausdrücklich die Verpflichtung für den Landwirt, auch selbst die Vorsorge zu treffen, mit

seinem 50-prozentigen Anteil an diesem Versicherungsschutz teilzunehmen. Nur wenn er es tut, hat er auch den Anspruch, diese Vergütung in Form eines Ausfalles, eines Ernteausfalles, einzuholen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Monaten über den Uhudler mehr Stimmung gemacht, als über irgendetwas anderes, was als regionales Produkt erzeugt wird.

Tatsache ist, dass wir mit dieser Buschenschank-Gesetzlichkeit auch hier eine Regelung treffen, die über die Sommermonate, wie es in der Aussendung oder in einer Pressekonferenz geheißen hat, die Klubolympioniken von SPÖ und FPÖ geschafft haben, den Schneller, - Höher,- Stärker-Olympiarekord noch einzustellen.

Sie haben Maßnahmen gesetzt, die wichtig sind. Dieses Gesetz und viele andere, die wir jetzt vorher beschlossen haben, sind grundsätzlich oft in einem Wort, beziehungsweise in ein paar Wörtern abgehandelt. Aber das hat nichts mit der Sache zu tun. Was es auf sich hat ist, dass wir hier in diesem Raum als Hohes Haus, als Landtag verpflichtet sind, den Bürgerinnen und Bürgern und ihnen gewährleisten sollen, nicht nur ihr Wirtschaften, ihr Handeln, sondern auch ihre Gegebenheiten, die sie das Leben meistern lassen, beziehungsweise in geordneten Verhältnissen umsetzen lassen.

Was mir ein Anliegen ist, Frau Landesrätin, das haben Sie im Grunde genommen, und das ist jetzt eine Schlussbemerkung zu diesem Buschenschankgesetz, Sie haben vor kurzem ein Interview in einer österreichischen Tageszeitung über das Südburgenland als Florida und anderes im Sinne der älteren Generation im Zuzug gehalten.

Wenn es Ihnen möglich gewesen wäre, hätten Sie auch Ihren Wunsch hier unterbringen können, nämlich neben dem Buschenschankerweiterungsgesetz, vielleicht auch ein Kaffeehaus hier mit dem zu verknüpfen. Dann wäre dem Südburgenland auch dahingehend geholfen gewesen.

Dankeschön. *(Beifall der Abg. Mag.a Regina Petrik)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Zu früh gestartet. Ich habe jetzt schon sehr brav zum Buschenschankgesetz gesprochen: Nachdem jetzt das Jagdgesetz so intensiv Diskussion war, sehe ich mich genötigt, auch dazu etwas zu sagen. Ich habe als Abgeordneter bis heute dieses Gesetz nicht bekommen und das, *(Abg. Ingrid Salamon: Ist ja in Begutachtung!)* obwohl vor mehr als einer Woche *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Er ist ja schon gelobt worden dafür! Wie kann das sein?)* bereits die Pressekonferenz dazu angekündigt war. Die ist bloß durch einen unglücklichen Unfall eines der Beteiligten abgesagt worden. Das heißt, das Gesetz muss damals schon fertig gewesen sein.

Ich muss ehrlich sagen, ich sehe es schon - Ihre Anliegen in Ehren, Frau Landesrätin - das ohne politischen Einfluss auszuarbeiten, aber ich sehe es schon als eine etwas sonderbare Vorgangsweise, das so auszuarbeiten und uns so lange hintanzuhalten. Sie haben bereits die Pressekonferenz gehabt. Sie sind damit rausgegangen.

Wir haben nicht einmal die Möglichkeit, dies wirklich zu präsentieren. Sie haben uns zwar kurz geschildert was drinnen steht, aber das war halt aus Ihrer Sicht. Ich würde das gerne selber lesen.

Ich erwarte mir in Zukunft, dass das ein bisschen anders abläuft. So finde ich das nicht okay. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wollte mich nicht zu Wort melden heute und wirklich die Debatte über mich ergehen lassen, *(Allgemeine Heiterkeit)* aber in gewissen Punkten kann man einfach nicht nur zuhören und zusehen, was sich hier alles tut, sondern muss ganz einfach einmal das Wort ergreifen.

Eine Grundsatzdiskussion, wie es der Kollege Steier gesagt hat, finde ich für in Ordnung. Wir sind in einer Demokratie. Wir können eigentlich sehr breit aufgestellt über gewisse Dinge sprechen und auch dementsprechend Vorwürfe machen jenen, die die Verantwortung tragen. Möchte aber eines klarstellen. Nicht allein die Frau Landesrätin Dunst hat wirklich tolle Arbeit geleistet - das unterstreiche ich - sondern auch wir haben uns miteingebracht.

Ich glaube auch, Herr Kollege Sodl, man sollte auch ab und zu, bei allen politischen Verständnissen zu Ihnen, dass man nur seine Seite sieht, auch die anderen Seiten sehen. Wir haben das gerne gemacht übrigens, weil wir der Meinung sind, da wurde geholfen. In vielen Punkten sollten Sie eigentlich auch uns unterstützen bei unseren Anträgen, die sehr wertvoll und sehr sinnvoll sind. Das machen Sie nicht. Heute - eine Abstimmung - Elektroauto vielleicht doch als Dienstfahrzeuge anzuschaffen, haben Sie nicht einmal ein Ohr gerührt. Das finde ich nicht für in Ordnung.

Umwelt: Die Frau Landesrätin Dunst hat in ihrer vorigen Periode auch die Umwelt gehabt und hat diese gut vertreten. Ich will jetzt nicht über den grünen Klee loben, sondern ich will nur eines festhalten, dass auch hier eine Möglichkeit besteht *(Abg. Wolfgang Sodl: Gehört auch zur Landwirtschaft, ganz wichtig!)* und Sie die Möglichkeit haben, diesem Antrag dann zuzustimmen und nicht wieder abändern und vielleicht dort hinschreiben: Ja, wir werden uns bemühen in nächster Zeit in den nächsten 50 Jahren zu schauen, ob das passieren soll.

Komme ich aber auf den ursprünglichen Antrag zurück, das Gesetz. No na werden wir dem zustimmen. Selbstverständlich. Wissen Sie warum, Herr Kollege? Ich komme aus einem Blaufränkischland, aus einem Weinland, aus einer Region, wo tolle Weine gekeltert werden. Wie der Uhudler im Süden. Im Norden ganz tolle Weine gekeltert werden und auch produziert werden und verkauft werden müssen im Übrigen.

Dann komme ich zu den Frostschäden, zu dem Thema wo ich sage, nur dann bekommt er die Möglichkeit Wein zuzukaufen, wenn Frostschäden oder Hagelschäden eintreten. Ich finde das nicht für gut, das sollten wir uns auch überlegen. Denn in der Vergangenheit, vielleicht wissen Sie es, ich bin mit sehr vielen Buschenschankbetrieben sehr gut und bin auch sehr oft dort.

Sie sollten dort auch hingehen, damit Sie sehen, was sich dort abspielt. Der kauft jetzt schon Wein zu. Wir tun sie ja nur legalisieren. Wir tun ja sonst nichts anderes, was eh schon passiert. Seid mir bitte nicht bös. Das muss man auch einmal gesagt haben. Finde ich total für in Ordnung. Eines ist auch noch klar. Dass wir alle, die in der Wirtschaft stehen und die sich bemühen, für die Wirtschaft etwas zu tun, für unseren Arbeitsmarkt etwas zu tun, aber auch für unser Vergnügen etwas zu tun, die werden wir unterstützen.

Nicht parteipolitisch, sondern weil es mit Grips gemacht wird. Weil wir sagen, da passiert etwas, da geschieht etwas, Herr Kollege Sodl. Nur dazu diese eine Seite. Eine Grundsatzdiskussion über das Jagdgesetz soll es auch geben. Bin auch Eurer Meinung. Aber das gehört noch nicht hier her. Die Medien haben das aufgeschnappt, natürlich und haben gesagt, der große Wurf wieder. So wie der Kollege Hergovich von der Gemeindeordnung redet.

Da haben wir uns schon sehr weit hinausgelehnt. Im Endeffekt sind wir noch nicht so weit. Wir werden es diskutieren. Wir werden auch die Möglichkeit haben zuzustimmen, wenn gewisse Dinge in Ordnung sind. Ganz einfach.

Mehr sage ich ja nicht dazu. Wenn die nicht in Ordnung sind, wird es halt ein Problem geben. Das sind die Diskussionen, die wir im Landtag führen müssen. Und nicht, ob das Jagdgesetz alleine gemacht worden ist, das haben wir zu diskutieren, wenn der Tagesordnungspunkt an der Reihe ist.

Ich habe es auch noch nicht in der Hand, aber ich freue mich, dass ich es mir durchschauen kann. Weil vor zig Jahren haben wir das mit dem Herrn Mezgolits ausverhandelt. Zwei Jahre lang, sage ich Euch nur. *(Allgemeine Heiterkeit)* Das war eine interessante Geschichte.

Da kenn ich mich jetzt auch schon aus bei den ganzen Sachen, obwohl ich nichts mit dieser Seite zu tun habe. Das war eine super Partie - muss ich ganz ehrlich sagen. Da habe ich den Menschen inn- und auswendig kennengelernt. Aber nichtsdestotrotz, ich denke man sollte nicht parteipolitisch denken, sondern man sollte für das Land denken, für die Menschen, die sich in diesem Land wirklich einsetzen und arbeiten. Viele Dinge sind in der vorigen Periode sehr wohl umgesetzt worden.

Möchte ich Ihnen auch noch ans Herz legen und in das Stammbuch schreiben. Auch ÖVP und SPÖ haben damals - auch wenn Frostschäden waren, oder irgendwelche anderen Dinge passiert sind - sehr wohl Förderungen oder Unterstützungen flüssig gemacht.

Jetzt ist halt eine andere Konstellation. Ist mir schon klar. Faktum ist - und dann höre ich auf - wir müssen für das Land arbeiten und nicht für eine Politik, für eine Parteipolitik. Danke. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Frau Präsidentin! Ein Gesetz, das ein Anlassfall ist. Ja, ich bin nicht immer dafür, Sie haben gesagt Anlassfall, aber okay. Bin nicht immer dafür, dass man aus Anlassfällen, aus aktuellen Themen, Stellungen, Gesetze macht. Habe aber auch auf dem Verordnungswege die Möglichkeit, ich hoffe, dass wir das nächstes Jahr nicht mehr brauchen, weil ich sonst gegen Zukauf bin und schon gar nicht, wenn er regional zugekauft werden kann, dort muss es auch bleiben.

Nämlich regionale Zukäufe und wirklich aus der Region Weine, oder eben Uhudler. Aber in diesem Fall - glaube ich - können wir alle mit dieser Anlassgesetzgebung gut umgehen.

Ich bedanke mich bei allen - und ich glaube da sind sich alle hier im Landtag vertretenen Parteien einig - wichtig ist, dass dieses Buschenschankgesetz hier heute eine

Änderung widerfährt, weil wir heuer es nicht schaffen, mit eigenen Weinen, inklusive Uhudler, die Buschenschänken auszustatten.

Das ist auch von Ihnen richtig gesagt worden, dass es heuer auch weniger Sturmangebote gibt und geben wird, weil einfach die Trauben für die Weinproduktion gebraucht werden. Auch das finde ich schlecht, weil natürlich es klar ist, dass gerade auch die Sturmangebote in den Buschenschänken sehr gut angenommen werden und genau um das hintanzuhalten, bedanke ich mich bei Ihnen jetzt im Voraus als Landtag, dass Sie dem zustimmen und habe dieses Gesetz über die Landesregierung eingebracht.

Worum geht es? Sie haben vorher schon gesagt, wir haben heuer ein Jahr, dass zwar für den Wein inklusive Uhudler unglaublich gut ausfallen wird, weil die Witterung gut gepasst hat, die Niederschläge, die Sonnentage, gut gepasst haben, aber mittendrinn, und eigentlich teilweise auch schon davor, haben wir Frost erlebt.

Haben wir Hagel erlebt und wir haben eine große Reduktion der Weintrauben für den Sturm, aber natürlich auch für die Veredelung. Dem entgegenzutreten kann ich nur auf beiderlei Weise. Das Erste ist ganz klar, das Land Burgenland hat heuer, und wird hoffentlich nie mehr so viel Gelder in die Hand nehmen, wie es jetzt notwendig ist. Noch nie zuvor haben Landwirte, haben Winzer, haben Weinbauern und Weinbäuerinnen so viele Gelder und werden so viele Gelder - genauso wie Obstproduzenten - von der Landesregierung, vom Landesbudget bekommen, wie heuer.

Noch nie zuvor haben wir also die Winzer, beziehungsweise die Obstproduzenten und die Landwirtschaft unterstützen müssen. Ich sage das auch ganz klar, weil es die Situation notwendig macht. Wir wären also alleine, nur dass Sie Kenntnis darüber haben, wir haben alleine jetzt schon 3,5 Millionen an Hagelversicherungsprämie, nämlich die 25 Prozent Zuschuss zur Hagelversicherung an die Österreichische Hagelversicherung überwiesen. Bisher sind wir durchschnittlich mit 2,5 bis maximal drei Millionen Euro ausgekommen.

Diese Aufstockung des Budgets war notwendig, um alle einzuladen, sich an der Hagelversicherung zu beteiligen. 25 Prozent - wie Sie wissen - zahlt die öffentliche Hand seitens des Landes und 25 Prozent der Bund, sodass Landwirte, Obstproduzenten und Winzer nur 50 Prozent für die Hagelversicherung einbringen müssen. Ich denke, das ist wichtig und richtig. Wir können nicht über regionale Produkte reden die notwendig sind und auf der anderen Seite nicht unterstützen.

So können wir die regionalen Produkte bewahren, unterstützen und hoffen, dass 2017 kein Jahr, wie es heuer ist, kommen wird. Ich bedanke mich hier schon vorab beim Landeshauptmann, beim Finanzreferenten, bei der gesamten Landesregierung – die hier Millionen aufbringen werden für die Entschädigung an die Obstbauern, an die Obstproduzenten, natürlich auch an die Winzer und Winzerinnen und an die Landwirte im Agrarbereich, im engeren Agrarbereich und Millionen von Frostentschädigung auszahlen werden. Teilweise heuer, teilweise für die Winzer nächstes Jahr. Heuer wird eben der erste Teil an die Obstproduzenten im Land notwendig sein.

Daher bedanke ich mich bei Ihnen heute, dass dieses Buschenschankgesetz breite Zustimmung erfahren wird, wie ich Ihren Wortmeldungen entnehmen habe können und ich möchte aber nicht nur hier stehen bleiben und sagen: Wir brauchen Buschenschänken, wir brauchen regionale Produkte in den Buschenschänken. Wir haben damit Arbeitsplätze, wir haben damit regionale Wertschöpfung unterstützt, sondern ich möchte Ihnen auch ankündigen, dass ich Sie auch als Botschafter und Botschafterinnen brauche.

Ich werde in den nächsten Jahren ungefähr 700.000 Euro für neue Buschenschänken zur Verfügung haben. An einer guten Förderung, die österreichweit gilt. Ich bitte Sie, auch hier eben hinauszutragen, dass es notwendig ist, die Touristen aber auch die Einheimischen sind sehr, sehr erpicht darauf, dass wir Buschenschänken haben. Es gibt viel zu wenig. Mit dieser Maßnahme kann ich in Zukunft versprechen, neue Buschenschänken auch zu unterstützen, wenn sie neu beginnen.

Ich werde aber nicht stehen bleiben damit, sondern ich habe vor, eine Programmänderung in ELER einzubringen, sodass ich ab 2018 auch Buschenschänke weiter unterstützen kann, nämlich jene, wovon Sie mehrere von Ihnen schon zitiert haben, dass es möglich sein wird, auch bestehende Buschenschänke, die gerade sozusagen vor dem Aus sind und sagen, ich will nicht so viel investieren, dass wir auch bestehende Buschenschänke noch besser unterstützen können.

Touristisches Angebot, Angebot für viele einheimische Menschen, aber wie gesagt, regionale Produkte, die man dort verkostet und die brauchen wir, die brauchen wir vor allem auch für die zukünftige Wertschöpfung und Kaufkraft, damit die im Land bleibt.

Daher herzlichen Dank. Eine wichtige Entscheidung, die heute der Landtag fällt. Ich bedanke mich dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Landesrätin für die Ausführungen. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Buschenschankgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Buschenschankgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 480), mit dem die Finanztabelle sowie die operationellen Programme Slowakei - Österreich 2014-2020, Österreich - Ungarn 2014-2020 und Slowenien-Österreich 2014-2020 zur Kenntnis genommen werden (Zahl 21 - 328) (Beilage 551)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 480, mit dem die Finanztabelle sowie die operationellen Programme Slowakei - Österreich 2014-2020, Österreich - Ungarn 2014-2020 und Slowenien-Österreich 2014-2020 zur Kenntnis genommen werden, Zahl 21 – 328, Beilage 551.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit haben den Beschlussantrag, mit dem die Finanztabelle sowie die operationellen Programme Slowakei - Österreich 2014-2020, Österreich - Ungarn 2014-2020 und Slowenien - Österreich 2014-2020 behandelt und zur Kenntnis genommen werden, in ihrer 02. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Die Finanztabelle sowie die operationellen Programme Slowakei - Österreich 2014-2020, Österreich - Ungarn 2014-2020 und Slowenien-Österreich 2014-2020 werden gemäß Art. 83 Abs. 1 Z 2 L-VG zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Mrs. President! Ladies and Gentlemen! It’s an honor for me to speak to a gender of the European Union, to speak to the description of the Cooperation Programmes, Slovakia - Austria, Hungary - Austria and Slovenia - Austria. *(Beifall der Abg. Mag.a Regina Petrik - Abg. Werner Friedl: Geht das auch auf Kroatisch?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Doris Prohaska: Na weiter!)* Es ist überhaupt kein Problem weiterzusprechen, Frau Abgeordnete! Nur ich weiß nicht, ob Sie es sich angesehen haben, dieser gesamte Wälzer ist in Englisch. Er trägt die Nummer 21 - 328. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Deshalb melden sich nur zwei!)*

Ich weiß nicht, ob alle Abgeordneten das gelesen haben, aber wir reden hier von einem Programm, von einem Interreg V-A-Programm mit Slowakei - Österreich, mit einem Interreg V-A-Programm Ungarn - Österreich und mit einem Interreg V-A-Programm Slowenien - Österreich.

Ich hätte mir schon gewünscht, dass auch die entsprechenden Beschreibungen hier in der Verhandlungssprache in Deutsch sind. Alles was hier in Deutsch ist, ist auf dieser ersten Seite, auf diesem Blättchen drauf. Es ist dies der, na ja, der Beschluss 21 - 328, der Landtag hat beschlossen:

Die Finanztabelle sowie die operationellen Programme Slowakei - Österreich 2014-2020, Österreich - Ungarn 2014-2020 und Slowenien - Österreich 2014-2020 werden gemäß Art. 83 Abs. 1 Z 2 L-VG zur Kenntnis genommen.

Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, für das Verständnis eines Mandatars wäre es hier meines Erachtens doch notwendig, die entsprechenden Begleitinformationen auch in der Verhandlungssprache zu bekommen. Ich habe gedacht, nur ich es habe es auf Englisch bekommen. Nein. Auch die gesamte Vorlage ist so. Also, so wollte ich testen, ob sich das jemand auch angesehen hat.

Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es um grenzüberschreitende Kooperationen, bei denen es doch um viel Geld geht. Österreich,

vor allem das Burgenland, hat große Erfahrungen mit Programmen der Europäischen Union. Wir haben auch gute Erfahrungen damit gemacht und können doch auch stolz sein, was wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln hier gemeinsam erreicht haben.

Zwei Perioden im Ziel 1-Gebiet haben uns durch Fördermöglichkeiten, die wir durchaus gut genützt haben, in eine Situation gebracht, wo wir vor Ort die Infrastruktur und die Wirtschaft in eine Position bringen konnten, in der wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein können.

Daraufhin folgte eine Phase im Phasing Out, wo wir wieder gegenüber anderen Bundesländern österreichweit besser mit Fördermöglichkeiten bedacht wurden und nunmehr eine sogenannte region in transition - also Übergangsregion - sind, wo wir nunmehr auch bis 2020 diese Möglichkeit haben. Die burgenländische Wirtschaft, den Wirtschaftsstandort Burgenland so zu positionieren, dass, wenn irgendwann diese besonderen Förderungen für das Burgenland aus sein sollten, wir diesen besonderen Vorteil auch entsprechend genützt haben.

Insgesamt beträgt das Förderprogramm Österreich - Ungarn 5.493.000 Euro, Slowakei - Österreich 1.149.000, Slowenien - Österreich 677.647 Euro. Es gibt mit den transnationalen Kooperationen Interreg V-B und Interreg V-C eine Gesamtsumme von 8.970.000 Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese drei Programme sind natürlich nicht für das gesamte Burgenland immer abrufbar, weil es hier natürlich um Nachbarn geht. Wenn ich mir das Programm Slowakei - Österreich ansehe, dann ist die programme area in diesem Fall Wien, Niederösterreich, Burgenland - das Nordburgenland und Mittelburgenland - sowie Bratislava und Trnova. Wir reden hier von einer Bevölkerung von 4,7 Millionen. Wenn man die Bevölkerung von Österreich und der Slowakei zusammenzählt, sind das 13, 14 Millionen Menschen.

Zirka ein Drittel der Bevölkerung dieser beiden Staaten ist von diesen Fördermöglichkeiten betroffen. Natürlich auch Wien. Diese Twin City-Situation mit Wien und Bratislava, dass auf 60 Kilometer Luftlinie zwei Metropolen hier sehr nahe beieinanderliegen, das gilt es auch durch Synergien zu nützen.

Nicht nur durch den Twin City-Liner, der auf der Donau hin und her verkehrt, sondern dass man auch diese Möglichkeit der wirtschaftlichen Kooperationen hier besonders nützt. Das heißt, das Nord- und Mittelburgenland sind in diesem Programm mit der Slowakei dabei.

Das zweite Programm mit Ungarn, ich habe es mir hier angesehen, ist im Prinzip ähnlich wie in der letzten Periode, nur erweitert um Graz. Das heißt, wir reden von der Region Nordburgenland, Mittelburgenland und Südburgenland, also alles drei Landesteile. Das gesamte Burgenland ist in diesem Programm mit Ungarn dabei. Niederösterreich Süd, das Wiener Umland, der Südteil von Wien, Graz und die Oststeiermark sind Teil des Gebietes. Auf ungarischer Seite sind es die Komitate Györ-Moson-Sopron, Vas und Zala.

Neu ist also diese Situation, dass Graz auch dabei sein soll. Natürlich sind das Mittel- und das Südburgenland wegen der extrem schlechten Erreichbarkeit hier mit der Situation mit Vas und mit Zala ähnlich gelagert. Auch die haben eine ähnliche Situation innerhalb Ungarns, weil sie von den entsprechenden Metropolen relativ weit entfernt sind und schlecht erreichbar sind.

Interessant ist also das südlichste Programm, das hier für die Region gilt. Es sind insgesamt 17 Regionen ausgewiesen. In aller Kürze, da geht es um 3,4 Millionen Menschen, die in dieser kurzen Zusammenfassung hier genannt sind.

Graz, Laibach, Marburg, Leoben, Kapfenberg sind hier genannt, die Oststeiermark, Klagenfurt, Villach und natürlich auch die drei südburgenländischen Bezirke. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insgesamt sehen wir, dass die Europäische Union in Regionen handelt, in Regionen denkt und auch Regionen fördert.

Dieses Überwinden von Staatsgrenzen auch in unseren Köpfen, das, glaube ich, hat noch nicht ganz so stattgefunden. Wenn man sich aber diese drei Programme wirklich anschaut, und ich habe mich bemüht, einen Großteil davon auch zu lesen und auch zu verstehen, dann merkt man die Intensionen dahinter, dass Menschen diesseits und jenseits von Staatsgrenzen gemeinsam einen Wirtschaftsraum bilden. Der soll auch entsprechend gefördert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden dem entsprechend zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Strommer hat da schon sehr viel, was ich mir jetzt teilweise ersparen darf, gesagt. Was das Zahlenwerk betrifft und worum es eigentlich hier in dieser Finanztabelle für dieses operationelle Programm mit unseren Nachbarn geht.

Die englische Übersetzung haben wir alle bekommen. Es ist oftmals so, dass Dokumente eben von der Europäischen Union über die Verbindungsstelle nur in Englisch übermittelt werden. Das kennen wir leider schon aus der Vergangenheit. Aber es ist nicht immer so. Die Anmerkungen werden wir wieder an die Verbindungsstelle weitergeben, bei so umfangreichen Programmen wäre es sicher gut, auch in Deutsch eine Übersetzung zu liefern.

Gestern war der Tag der europäischen Zusammenarbeit. Deshalb ist es zufällig auch passend, dass wir natürlich über dieses Thema sprechen, in der Zusammenarbeit auch mit unseren Nachbarn und das Interreg-Programm und die Umsetzung, die auf drei Ebenen passiert ist, besonders für das Burgenland in der Vergangenheit aber auch in der Zukunft sehr wichtig. Zum einen forcieren wir ja, wollen wir und tun das auch, grenzüberschreitende Projekte fördern. Es ist aber auch ein transnationaler und ein interregionaler Ansatz drinnen.

Ich möchte die drei Ansätze sicherlich gleich bewerten. Die europäische territoriale Zusammenarbeit, wo uns hier eben 14 Förderprogramme zur Verfügung stehen, sind, wie ich meine, besonders wichtig. Aus dem EFRE-Programm doch diese 257 Millionen Euro. Die burgenländische Beteiligung insgesamt sind neun Millionen Euro. Das Volumen eben mit der Slowakei - Ungarn und der Slowakei sind zusammengefasst sieben Millionen Euro. Detailliert gibt es das natürlich auch.

Wichtig sind aber die Kooperationsfelder, wo wir eben diese Gelder auslösen können. Im Bereich der Wirtschaft, im Bereich der Kultur, des Tourismus, der Gesundheit, des Naturschutzes und im Bereich der Energie. Also sehr viele Schwerpunktthemen, die auch im Fokus der burgenländischen Landespolitik stehen.

Wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit von KMU´s steigern wollen, und das wollen wir, dann haben wir natürlich auch hier die Steigerung von Forschung und Innovation mit implementiert. Wenn wir die Bildungssysteme ausbauen wollen, dann müssen wir die

ohne Beachtung von Grenzen auch in den Köpfen ausarbeiten. Ausbau grenzüberschreitender Bildungssysteme, ist, wie ich meine, ein sehr wichtiger Ansatz.

Auch natürlich der Umweltschutz, weil es hier auch in der Gesetzgebung unterschiedliche Parameter noch gibt, jenseits und diesseits der ehemaligen Grenzen in Slowenien, der Slowakei, Ungarn, aber speziell bei uns, wo wir sicher die höher entwickelten Umweltschutzprogramme haben. Natürlich Verkehrssysteme, die sind natürlich auch nicht nur im Süden des Landes, sondern allgemein eigentlich im Fokus der Überlegungen.

Wir hatten erst vor kurzem in Sopron eine diesbezügliche Veranstaltung. Vor zwei Tagen hat es auch bei uns den Auftakt zum Europäischen Jahr der Mobilität gegeben, wo auch diese Themen andiskutiert, ausdiskutiert und auch dann in Programme gegossen werden sollen.

Der grenzüberschreitende Verkehr, öffentlicher Personennahverkehr, im Speziellen natürlich mit Ungarn hat große Priorität auch bei uns im Burgenland. Im Süden diskutieren wir natürlich über die Grenzbahn. Wir diskutieren über das Ausbauen von weiteren Bahnverbindungen, die den Süden des Landes über Ungarn auch mit dem Norden beziehungsweise mit der Bundeshauptstadt in Zukunft verbinden sollen.

Wir diskutieren aber auch über regionale grenzüberschreitende Verkehre und hier über Makrosysteme, aber auch über Mikrosysteme in der Kombination, im Angebot auch über die Grenzen hinweg. Die Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und einer öffentlichen Verwaltung. Auch hier darf man nicht vor Grenzen haltmachen. Auch hier muss man sich weiterentwickeln und dies gemeinsam.

Das heißt, die Strategie 2020 hat den Anspruch, intelligenter, nachhaltiger und integrativer zu sein, um auch hier einen Wachstum in unseren Regionen zu gewährleisten. Die schnellstwachsende Wirtschaftsregion ist der Raum mit der Slowakei und hier mit den Hauptstädten Wien und Bratislava, wo es natürlich sehr viele universitäre Einrichtungen gibt, sehr viele große Wirtschaftszentralen, aber auch Forschungsinstitutionen. Deshalb ist hier die Anknüpfung von burgenländischer Seite als eine Drehscheibe dorthin sehr wichtig.

Die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu Ungarn habe ich schon erwähnt. Hier wurde schon in der Fragestunde auch der Begriff von Disparitäten im Bereich des Arbeitsmarktes erwähnt. Auch hier gibt es natürlich Überlegungen, diese abbauen zu können. Slowenien ist aufgrund der geopolitischen Lage mit der Grenzregion natürlich auch ein wichtiger Partner.

Beispiele aus der Vergangenheit, um zu versinnbildlichen, was heißt ETZ in der Umsetzung. Als Abschluss: Der grenzüberschreitende Nationalpark, dort diese Ausbaumaßnahmen zu fördern. Das ist ETZ 2007-2013. Neusiedler Seebahn. Auch im Förderprogramm ETZ.

Im Süden das Kulturfestival jOPERA, die grenzüberschreitenden Naturparke, ebenfalls aus diesem Programm, eben Förderungen entnehmen, und die Initiierung von grenzüberschreitenden Energiestrategien für den europäischen Raum, wo wir intensiv nicht nur nachdenken, sondern auch diskutieren und Fördermöglichkeiten und auch Möglichkeiten in der Umsetzung mit den Partnern in Ungarn, in der Slowakei besprechen, zum Beispiel gemeinsame Projekte im Bereich der Windenergie, sprich Windparks grenzüberschreitend auch zu installieren und zu errichten.

Hier sieht man, dass man gemeinsam sehr viel nachdenkt, um diese Vernetzung tatsächlich und auch mit dem Gedanken der Integration vor Ort umzusetzen. Natürlich für

uns ganz wichtig als ein Land, das sehr kleinstrukturiert ist, die Verknüpfung zwischen ländlicher und städtischer Region und dieses auch vom urbanen Bereich, aber auch natürlich aus unseren kleinen Gemeinden hier doch auf gleicher Augenhöhe abarbeiten zu können.

Ich denke, in der Vergangenheit wurden an diesen aufgezählten Beispielen sehr viele Projekte erfolgreich in die Tat umgesetzt, von denen wir in der Zukunft profitieren werden. Ich denke, auch beim neuen operationellen Programm mit dieser Finanztabelle, die wir heute zur Kenntnis nehmen, wird dies so der Fall sein.

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über den Inhalt dieser Finanztabelle oder der Finanztabellen im Zeitrahmen bis 2020 wurde nun wirklich alles gesagt. Im Grunde genommen möchte ich mich bei diesem Tagesordnungspunkt auf meiner Ansicht nach die wichtigsten Elemente dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stützten beziehungsweise darauf eingehen.

Der Punkt heißt: Europäische Integration. Was tun wir nicht alles, um diesen Punkt entgegenzusprechen beziehungsweise ihn eigentlich zu desavouieren? Wir sind Mitglied dieser Europäischen Union und bekritteln zu Recht manches, was im Grunde genommen im Geist dieses Europas nicht funktioniert beziehungsweise geändert gehört.

Aber auf der anderen Seite haben wir heute und wir werden es dann in der Folge noch erleben, einige Diskussionspunkte gehabt, wo es nur darum geht, neue Barrieren im nationalen Bereich aufzustellen. Neue Grenzsituationen zu schaffen und sie nicht aus den Köpfen der Menschen herauszubringen, sondern sie noch sinnbildlich erstehen zu lassen und mit Grenzzäunen Verschiedenes auszuführen.

Es ist von meinem Vorredner angesprochen worden, dass Bildung eine ganz gewichtige und die wichtigste Voraussetzung für ein europäisches Gelingen bedeutet. Vom Kindergarten an, von der Kinderkrippe an, bis zu dem Punkt, wo eigentlich in der Sprachkompetenz heutzutage die Vermittlung mehrerer Sprachen ein entscheidender Schritt zum Verständnis für ein gemeinsames Europa bedeutet, wären die wichtigsten Voraussetzungen zu geben.

Im Grunde genommen, gibt es kleine Projekte, wo die Sprache der Nachbarn in den Kindergärten quasi miteinfließt. Es gibt ein paar Projekte, wo neben den sogenannten Minderheitensprachen gewisse Möglichkeiten genutzt werden, um Sprachverständnis über die Grenzen hinweg zu erzeugen. Aber in der Regel findet etwas statt, das diesen Austausch, diese Kommunikation, dieses Binden zueinander und miteinander verhindert. Es kann meiner Ansicht nach hunderte Programme geben, die es schaffen sollten, diesen Grenzcharakter auszuschließen.

Wir sollten aber einen Punkt wirklich mitberücksichtigen. Nicht nur den Austausch von Studenten über die Erasmus-Programme, sondern wir sollten etwas zumindest jetzt bis 2020 in Realisierung bringen, wo das wichtigste Kapitel dessen, was Menschen miteinander verbindet, nämlich die Mobilität. Diese Mobilität, das wissen wir, im beginnenden 21. Jahrhundert, kann nicht nach althergebrachten Mustern stattfinden, sondern sie muss quasi auf etwas zurückkehren, das umweltverträglich, das

umweltschonend und auf der anderen Seite auch leistbar für die Menschen in Regionen ist.

Eine wichtige Komponente grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit Slowakei, Ungarn und Slowenien, bis runter noch, über Slowenien hinaus nach Kroatien wäre die Mobilität, nämlich im Eisenbahnsinne. Es gibt bestehende Streckenführungen, es gibt eine Absichtserklärung der Europäischen Union, die eindeutig und klar festlegt, dass man alles, was transnationale Gegebenheiten einschließt, hier in der Region so umsetzen könnte, um das Burgenland an dieses übergeordnete Streckennetz anzubinden.

Der angesprochenen Wirtschaft die Möglichkeit, die Meeresanbindung von den Häfen Koper und Rijeka zu gewährleisten, das sind wegweisende Parameter für eine zukunftsträchtige Gestaltung europäischen Gedankens, und nicht die Ausschließung von irgendetwas und von irgendjemandem unter dem Anspruch, der Wirtschaft könnte das nutzen.

Die Wirtschaft leidet unter diesen Ausschlüssen am meisten. Speziell die burgenländische Wirtschaft ist in den letzten Monaten mehr als betroffen, weil ihr dieses grenzüberschreitende, vom europäischen Gedanken her gewährleistete Miteinander inzwischen verwehrt und ausgeschlossen wird, dass es stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von den Mitteln, die hier bis 2020 angesprochen werden, bei der neun Millionen Beteiligung des Burgenlandes könnte es meiner Ansicht nach viel mehr Potential geben. Hier würde viel mehr finanzielle Möglichkeit bereitstehen und sollte auch eingesetzt werden.

Wenn wir es nämlich bis 2020 nicht schaffen, diese unter dem Schlagwort „Disparitäten“ auszugleichen, nicht nur zwischen dem Norden und dem Südburgenland, sondern darüber hinaus, werden wir über 2020 darunter leiden, dass die sozialen Unterschiede das gewichtigste Problem für europäisches Verhältnis und Verständnis ist.

Diese nationalen Unterschiede sind bedingt durch soziale Ursachen, und daher sollte dieser Ausgleich gerade durch solche transnationalen Programme in einer besonderen Art und Weise gewährleistet werden. Ich bin dafür, dass diese Programmsituationen auch verbesserungswürdig wären, dass sie finanziell erweiterbar wären, aber das ist wieder eine Sache, die uns hier im burgenländischen Landtag nur als Wunsch beschäftigt. Die Wirklichkeit ist, dass sie festgelegt sind.

Wir sollten aber eines gewährleisten: Über diese Programmsituation hinweg mit den Nachbarn in der Slowakei, in Ungarn, in Slowenien und darüber hinaus in Kroatien, die Mitglieder der Europäischen Union sind, die Gesprächsbasis so zu erweitern, dass es über die vormaligen Grenzpunkte hinweg ein Verständnis füreinander gibt, wo es auch nicht dieses Zurückweisen des anderen in der Diskussion gibt, weil er noch nicht so weit mit finanzieller Ausstattung ist und weil er sich das nicht leisten kann.

Die meisten Vorbehalte rühren aus persönlichen Umständen, die durch nichts begründet sind. Daher fordere ich eigentlich und wünsche mir, dass es der Burgenländische Landtag in der Vermittlung an die burgenländische Bevölkerung schaffen könnte und sollte, das Verständnis für Europäische Integration nicht an Programmen festzuhalten, sondern im Zwischenmenschlichen zu fördern und der Wirtschaft und damit auch den Menschen die entsprechende Unterstützung zu gewähren.

Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Finanztabelle sowie die operationellen Programme Slowakei - Österreich 2014-2020, Österreich - Ungarn 2014-2020 und Slowenien - Österreich 2014-2020 werden gemäß Art. 83 Abs. 1 Z 2 L-VG einstimmig zur Kenntnis genommen.

11. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 493), mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Funktionsperioden 2010-2014 beziehungsweise 2015-2019 der Tierschutzombudsfrau des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 – 341) (Beilage 552)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 11. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 493, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Funktionsperioden 2010-2014 beziehungsweise 2015-2019 der Tierschutzombudsfrau des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 341, Beilage 552.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Herr Berichterstatter, bevor ich Ihnen das Wort erteile, halte ich fest, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Funktionsperioden 2010-2014 beziehungsweise 2015-2019 der Tierschutzombudsfrau des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Anschließend erfolgte eine Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Funktionsperioden 2010-2014 beziehungsweise 2015-2019 der Tierschutzombudsfrau des Landes Burgenland wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Frau Präsidentin! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Sehr ungewöhnlich, immer der Erste zu sein, lieber Manfred. *(Abg. Manfred Kölly: Was?)* Kein Problem, ich schaffe es. *(Abg. Manfred Kölly: Denke ich doch.)*

Uns liegt der Bericht der Tierschutzombudsfrau vor, der ist im Gegensatz zum letzten Bericht, den wir vorliegen hatten, sehr dünn, das ist auch kein Wunder, da das eine One-Woman-Show sozusagen ist. Ich möchte allerdings die Gelegenheit ergreifen, bezüglich der Tierschutzarbeit im Burgenland Grundsätzliches zu sagen.

Abgesehen von der Tierschutzombudsfrau und dem Tierheim im Südburgenland ist nämlich die Tierschutzarbeit im Burgenland nach wie vor allem in Händen von Ehrenamtlichen. Das sind Vereine, aber auch Einzelpersonen, die sich sehr stark im ganzen Land dafür einsetzen, dass Hunde, die entlaufen sind, wieder dorthin kommen, wo sie hin sollen oder in ein Heim kommen, dass Katzen kastriert werden, dass das Katzensterilisationsprogramm funktioniert und Ähnliches.

Die Arbeit des Landestierschutzheimes in Eisenstadt und der Ombudsfrau ist wichtig, aber zu wenig. Vor allem im Süden sind wir hier sehr auf die Vereine und die Ehrenamtlichen angewiesen. Ein Beispiel: Die neue Regelung, dass prinzipiell Katzen, die einen Freigang haben, kastriert werden müssen, was jetzt eben auch für Tiere, die auf einem Bauernhof leben, da gab es früher eine Ausnahme, gilt, ist sehr zu begrüßen und wichtig, aber das Ganze muss natürlich auch wer machen.

Jetzt ist es gut, wenn das die Leute machen, die Katzen selber haben, aber es gibt eben nach wie vor viele Katzen, die verwildert sind oder die ausgesetzt werden und Ähnliches und genau um diese Tiere kümmert sich ein Verein, der zum Beispiel in Oberwart daheim ist, „Wir fürs Tier“, oder das Tierheim Parndorf oder ganz im Süden das Tierheim „Dreiländereck“.

Leider sind die Bezirke Oberpullendorf und Mattersburg im Moment wirklich nur von sehr wenigen Einzelpersonen „besetzt“ beziehungsweise versorgt. Dadurch greift auch die Gutscheinaktion, die vom Land zur Verfügung gestellt wird, dort nicht so gut. Überall anders hat sich inzwischen eingebürgert, dass die Gemeinden diese Gutscheine anfordern und dann teilweise auch an diese Ehrenamtlichen weitergeben.

Tierschutzarbeit ist schon lange kein Randthema mehr, Tiere sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Gerade bei den Katzen muss man auch sagen, dass verwilderte Katzen ein sehr großes Naturschutzproblem sein können, da Katzen natürlich oder Tiere generell, die nicht gefüttert werden, sich vielmehr an der Natur bedienen und dann teilweise geschützte Tiere oder überhaupt Singvögel erbeuten und sich davon ernähren. Deswegen ist die Arbeit dieser Vereine und der Ehrenamtlichen so wichtig.

Was aber fehlt, ist meiner Meinung nach eine vermehrte Unterstützung dieser Vereine und dieser Ehrenamtlichen. Es ist schön, dass es diese vorher schon angesprochene Gutscheinaktion gibt, wobei die Kastration einer Katze zur Hälfte das Land und zur Hälfte der Tierarzt beziehungsweise die Tierärztin bezahlt. Nur es sind zu wenige Gutscheine, und die Spanne, wo die Gutscheine vergeben werden, ist viel zu knapp. Das ist dann praktisch innerhalb von wenigen Tagen, da müssen sich die Vereine, die Gemeinden darum kümmern.

Wir wollen, dass beispielsweise mit Beginn des Jahres diese Aktion stattfindet und gedeckelt ist und wenn es aus, ist es halt aus. Aber dass man sich nicht innerhalb von kürzester Zeit um diese Gutscheine bewerben muss und das innerhalb von wenigen Tagen verbraucht ist.

Wir wollen mindestens eine Verdoppelung dieser Gutscheinaktion. Wir erwarten oder wünschen uns, dass der Landestierschutzpreis, der bisher eigentlich vom Vorgänger der Landesrätin Dunst in erster Linie an Nutztierbetriebe gegangen ist, was ja in Ordnung

ist, aber wir wollen, dass dieser Tierschutzpreis umbenannt wird in einen Preis wie artgerechte Nutztierhaltung.

Zusätzlich soll es einen reinen Tierschutzpreis geben, der vor allem Tierengagement von Einzelpersonen, Vereinen und Ähnlichen zur Verfügung steht. Außerdem benötigen viele Vereine, die durch die Arbeit, die ich vorher erwähnt habe, aber auch durch sehr wesentliche Öffentlichkeitsarbeit - es gibt, ich weiß das aus meinem Bezirk, regelmäßig Infoabende zur Hundehaltung, zum Beispiel, wo Expertinnen und Experten, die teilweise sogar vom Bund Zertifikate haben, geladen werden und dort wirklich vor vollen Sälen Tipps für die Hundehaltung geben. Aber auch die Vereine setzen sich sehr ein für Tiere, für Wildtiere, die verunglückt sind.

Es gibt in diesem Bereich ein sehr großes Spektrum von Arbeiten, die eigentlich für die ganze Gesellschaft wichtig sind, für den ganzen Bezirk, für die Gemeinden. Eigentlich ist der Tierschutz der Auftrag der Gemeinden, hier vor allem, dass wir hier das stärker unterstützen. Es geht nicht um Riesenbeträge, aber mit finanziellen Beiträgen wäre diesen Vereinen sehr geholfen, und sie würden dem Land und auch den Gemeinden die Arbeit, die sie jetzt schon abnehmen, vielleicht noch stärker abnehmen können.

Abschließend möchte ich mich gerade bei diesen Leuten, die diese wichtige Arbeit leisten, bedanken, aber natürlich auch bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Tierschutzhauses in Eisenstadt und letztendlich auch bei der Ombudsfrau, die uns diesen Bericht vorgelegt hat.

Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich mit meinem vorbereiteten Text beginne, möchte ich ein paar Worte zu Herrn Kollegen Spitzmüller sagen und zwar: Ihr Vortrag war sehr schön und bei Fragen des Tierschutzes bin ich sicher überall offen, nur eines verwundert mich sehr, Sie haben jetzt wirklich alle Tierarten angesprochen, aber ich vermisse bei einer Partei, die sich auch Tierschutzpartei nennt - das geht bis zum Bund hinauf -eine Äußerung zu den Schächtungen, die in der Steiermark vorgefallen sind.

Weil wenn man sich so für den Tierschutz stark macht und so viel darüber redet, glaube ich, wäre das das wichtigste Thema gewesen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Es gibt Äußerungen dazu. Haben Sie sie nicht gelesen?)* Nein, habe ich nicht gelesen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Na dann.)*

Zu meinem Text. Gemäß § 41 Abs. 6 Tierschutzgesetz hat die Tierschutzombudsfrau der Landesregierung über ihre Tätigkeit zu berichten. Uns liegt hier der Tätigkeitsbericht 2014/15 vor.

Das Aufgabengebiet der Tierschutzombudsfrau ist sehr umfangreich. Mit nur einer Mitarbeiterin und einer ständig ansteigenden Bürokratie wird ganz hervorragende Arbeit für den Tierschutz geleistet. Dafür ein Dank an Frau Dr. Velich und Frau Koller!

Im vorliegenden Bericht finden sich viele Punkte, die bereits in den Berichten der Vorjahre angesprochen wurden. Zum Beispiel verschiedene Schulprojekte, welche auch durch die intensive Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule, welche bereits internationales Interesse vorgerufen hat, weiterentwickelt werden konnten.

Prägungsspieltage für Welpen, Verhaltenstherapie bei Hunden, wo in Zusammenarbeit mit Hundeschulen noch im Jahr 2016 weitere Kooperationen zu erwarten sind. Weiters gibt es das Prokjekt „Erlebnis Bauernhof“, welches nicht nur den Schutz der landwirtschaftlichen Nutztiere fördert, sondern auch unsere Landwirte durch ein zusätzliches Standbein in ihrem nicht immer leichten Überlebenskampf unterstützt.

Ein weiterer mir persönlich sehr wichtiger Punkt ist das Thema Streunerkatzen. Hier gibt es seit 2013 eine Initiative des Landes Burgenland in Form der Kastrationsgutscheine. Die Erfahrung zeigt, dass diese Gutscheine in kürzester Zeit von den Gemeinden aufgekauft sind. Eine Weiterführung und Ausweitung dieser Aktion ist daher dringend erforderlich.

Es gäbe zu jedem Punkt in dem uns vorliegenden Bericht noch viel zu sagen, dies würde jedoch den Zeitrahmen sprengen. Abschließend möchte ich noch anmerken, dass sich im vorliegenden Tätigkeitsbericht nicht nur die internationalen Kontakte, die Zusammenarbeit der Tierschutzombudsfrau mit den verschiedensten Institutionen, sondern auch der weit über ihre dienstliche Verpflichtung hinausgehende Einsatz von Frau Dr. Velich in Sachen Tierschutz widerspiegelt. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Wir werden diesem Tätigkeitsbereich natürlich unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ und der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Tierschutz soll allen Tieren ein artgerechtes Leben ohne Zufügung von Leiden, Schmerzen, Schäden und unnötigen Beeinträchtigungen ermöglichen.

Deshalb ist das Bundesgesetz über den Schutz der Tiere, das mit 1.1.2005 in Kraft getreten ist und die Rechtsstellung von Tierschutzombudsleuten regelt, sehr wichtig.

Vieles haben wir bereits von den Kollegen Spitzmüller und Stampfel gehört, deshalb nur einige Ergänzungen: Seit April 2010 ist Frau Dr. Gabriele Velich als Tierschutzombudsfrau bestellt beziehungsweise wurde im Dezember 2014 für die Periode 2015 bis 2019 verlängert. Gemeinsam mit dem Sekretariat für die Jugendanwaltschaft steht Frau Annemarie Koller als Mitarbeiterin im Sekretariat zur Verfügung. Die Kollegin Stampfel hat es bereits ausgeführt.

Wesentliche Aufgaben sind die Vertretung der Interessen des Tierschutzes als Organpartei in Verwaltung- beziehungsweise Verwaltungsstrafverfahren, Öffentlichkeitsarbeit und die Mitgliedschaft im Tierschutzrat.

Wichtig ist auch gerade in der heutigen Zeit, dass die Tierschutzombudsfrau an keine Weisungen gebunden ist, und die Behörden haben sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Mit diversen Schulprojekten wurde die Zusammenarbeit mit den Schulen intensiviert beziehungsweise mit der Pädagogischen Hochschule weiterentwickelt. Ebenfalls schon erwähnt!

Mit der Ausbildung als Verhaltenstherapeutin für Hunde besteht für die Tierschutzombudsfrau auch die Möglichkeit, Wesensüberprüfungen bei Hunden, die im Schulunterricht eingesetzt werden, durchzuführen. Im Rahmen dieser Spezialausbildung wird auch eine Referententätigkeit in der Hochschule wahrgenommen.

Ein Schwerpunkt der neuen Periode soll der Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere mit dem Projekt „Erlebnis Bauernhof“ sein. Grundidee ist, dass Kinder anhand eines Bauernhofes die Haltung von Nutztieren, die Tierbetreuung und die Verwertung von Tieren erleben, sowie den Umgang mit natürlichen und gesunden Nahrungsmitteln - Kochen und Küche - kennenlernen.

Dass ökologische Landbau und naturnahe Tierhaltung in der Erziehung der Schüler - das wurde erwähnt - vor allem in der Landwirtschaftlichen Fachschule in Güssing vermehrt einfließen sollen, das passiert bereits seit mehreren Jahren an unserer Schule.

Ein weiterer Schwerpunkt ist ebenfalls schon Geschichte, wurde bereits erwähnt, die Kastrationspflicht für alle Freigängerkatzen, also inklusive der Katzen in bäuerlicher Tierhaltung ab 1.4.2016. Begrüßenswert sind auch die internationalen Kontakte von Tierschutz- und Ethikexperten aus Deutschland, Schweiz und Österreich sowie mit den Tierschutzobleuten der anderen Bundesländer, da hoffe ich doch, dass unsere Tierschutzobfrau diese Kontakte bei unserer national eingestellten Landesregierung nicht schaden werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Erfreulich finde ich auch die Aktion „Sektknall statt Feuerwerksknall“ und den Appell an alle Burgenländerinnen und Burgenländer zum Jahreswechsel das Abschießen von Feuerwerkskörpern einzuschränken oder zu reduzieren.

Herzlichen Dank an alle, die sich immer wieder für den Tierschutz einsetzen, an Tierschutzombudsfrau Dr. Gabriele Velich und Kollegin Frau Annemarie Koller und an die Amtstierärzte sowie an alle, die oft freiwillig Tierschutz betreiben, das hat vorhin schon mein Kollege Wolfgang Spitzmüller sehr ausführlich erwähnt.

Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Wortmeldung.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin! Ich weiß jetzt nicht, Herr Abgeordneter Temmel, was Sie gerade gesagt haben. Eine national ausgerichtete Landesregierung - habe ich das richtig verstanden? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: National eingestellte.)* Eine national eingestellte Landesregierung? In Ordnung. Wieder ein Redebeitrag vom Herrn Temmel, schon ziemlich verhaltensauffällig, würde ich mal meinen, Frau Präsidentin. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich, bevor ich auf Details des Tätigkeitsberichtes der Tierschutzombudsfrau eingehe, ein oft verwendetes Zitat von Schriftsteller Milan Kundera loswerden: „Die wahre menschliche Güte kann sich in ihrer absoluten Reinheit und Freiheit zu denen gegenüber äußern, die keine Kraft darstellen und die wahre moralische Prüfung der Menschlichkeit, die elementarste Prüfung, äußert sich in der Beziehung der Menschen zu denen, die ihnen ausgeliefert sind, zu den Tieren.“

Diese menschliche Güte gepaart mit viel Fachkompetenz und Engagement trifft voll auf Dr. Gabriele Velich zu, der ich für die verdienstvolle Arbeit als Tierschutzombudsfrau, eine Tätigkeit, die sie seit 2010 bereits ausübt, danken möchte. Aus diesem umfangreichen Tätigkeitsbericht - es wurde schon einiges von meinen Vorrednern erwähnt - möchte ich doch noch einige Projekte erwähnen:

Zum Beispiel das Schulprojekt, das sich aus einer intensiven Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule entwickelte, die mittlerweile auch international Beachtung

findet. Hintergrund dieser Zusammenarbeit ist die wissenschaftlich untermauerte Erkenntnis der gesundheitsfördernden Wirkung der Mensch-Tier-Beziehung.

Dazu zählen, unter anderem, auch die Reduktion von Angst und Stress durch die Anwesenheit und Interaktion mit Tieren. Für die Schule bedeutet das, dass Kinder durch die Präsenz von dafür geeigneten Tieren im Lernen unterstützt werden können. Den Lehrgang „Hundegeschützte Pädagogik in der Schule“ kann man mittlerweile auch als Erfolgsgeschichte bezeichnen und daran trägt Tierschutzombudsfrau Velich einen wesentlichen Anteil. Ihre Mitarbeit beschränkt sich nicht nur auf die Vortragsfähigkeit und Tätigkeit, sondern umfasst auch die Beurteilung der Hunde im Zuge der Arbeit mit den Pädagoginnen und Pädagogen.

Ebenfalls, und es wurde vorher auch von der Karin Stampfl erwähnt, der Lebensbauernhof, der sehr gut ankommt und dann natürlich die Streunerkatzen. Diese Gutscheinvariante, wo eben das Land, die Tierärztekammer des Burgenlandes und die Gemeinden zu gleichen Teilen die Kosten tragen. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der umfangreiche Tätigkeitsbereich der Tierschutzombudsfrau reicht von den bereits erwähnten Punkten über die Aufgaben als Mitglied des Tierschutzrates bis hin zum Pflegen von internationalen Kontakten und der wichtigen Öffentlichkeitsarbeit. Diese tägliche Arbeit, so ist es auch im Tätigkeitsbericht nachzulesen, von unzähligen Anrufen, Briefen und E-Mails bestimmt, wo es vor allem um Beschwerden und Anzeigen von tierschutzrelevanten Haltungsbedingungen geht.

Eine Arbeit, die sich oft nicht nur mit einem kurzen Telefonat oder den Verweis zum zuständigen Amtstierarzt erledigen lassen. Um sich einen Überblick zu schaffen, ob es sich wirklich um ein tierschutzrelevantes Vergehen handelt, ist immer wieder ein Lokalaugenschein sowie eine umfangreiche Aufklärungsarbeit der Tierschutzombudsfrau notwendig.

Wenn es zu Tierschutzanzeigen kommt, muss sehr oft mit mehreren Referaten, den Bezirksbehörden zusammengearbeitet werden da - und ich zitiere aus dem Tätigkeitsbericht – „Tierschutzvergehen fast immer Hand in Hand mit sozialen, familiären oder baulichen Maßnahmen einhergehen.“ In diesem Zusammenhang erwähnenswert sind nicht gerade so die seltenen Fälle des sogenannten Animalhoardings, damit ist das krankhafte Sammeln und Halten von Tieren gemeint. Bei diesen heiklen Tierschutzkontrollen unterstützt die Tierschutzombudsfrau auf Wunsch die Amtstierärzte.

Frau Doktor Velich, ich möchte Ihnen für den interessanten Tätigkeitsbericht danken, auch der Frau Koller, es wurde vorher erwähnt, für die engagierte Arbeit, für den Tierschutz unseres Landes Burgenland und wünsche alles Gute für die Zukunft. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt von Abgeordneten Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Über den Tierschutz im Allgemeinen wurde jetzt schon viel gesprochen. Tatsache ist, dass es mir ein ganz besonderes Anliegen ist, dem seit, glaube ich, jetzt drei Jahren gegebenen Tierschutzhaus im nördlichen Burgenland Respekt und Anerkennung zu zollen für eine Dienstleistung auf Tiere bezogen die, glaube ich, österreichweit vorbildhaft ist.

Auf der anderen Seite auch den Verantwortlichen, die diese Investition zugelassen haben beziehungsweise verantwortet haben, was sicherlich nicht einfach war. Auch unter dem Aspekt, dass man gewissermaßen den Tierschutz eine ganz besondere Aufmerksamkeit in Form des Baues dieses Hauses geliefert hat. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es hat sich aber erwiesen, dass die burgenländischen Tierschutzverhältnisse in dieser Anlage einen ungeheuren Schub und Aufwertung ihrer Möglichkeiten zur Verfügung gestellt bekommen haben und es schlussendlich auch damit gelungen ist, eine Basis zu schaffen, die zwischen Mensch und Tier in einer mehr als ausreichenden Form die Parameter anzuwenden, die einen geordneten Tierschutz möglich machen.

Diese Dienstleistung in der Wirklichkeit ist eigentlich hervorragend gelungen. Der Bau hat sich bewährt und er wird zunehmend auch von vielen Besuchergruppen aus dem In- und Ausland besichtigt, um quasi auch in der Nachahmung diesen hohen Standard zu gewährleisten.

Das, was dieser Bericht jetzt in der Diskussion möglich macht, ist das gesamte Dienstleistungsportfeuille des Tierschutzes kennenzulernen beziehungsweise auch auszudrücken. Dafür ist es auch notwendig, diese Berichterstattung quasi nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie auch entsprechend zu verfolgen.

Ich glaube, es hat mit dieser Berichterstattung nicht nur die Wertigkeit des Tierschutzes einen enormen Auftrieb genommen, sondern es sind auch die Verantwortlichen und speziell möchte ich an dieser Stelle auch diejenigen betonen, die im Hintergrund für diesen Tierschutz die entsprechenden Dienstleistungen erbringen, vor den Vorhang zu bitten.

Diese Dienstleistung mit den Personen in Verknüpfung ist eigentlich ein Aushängeschild unseres Bundeslandes geworden. Dafür möchte ich Anerkennung zollen und auf der anderen Seite festhalten, dass ich diesen Bericht zur Kenntnis nehmen werde. Dankeschön.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Kollege Wolfgang Spitzmüller hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Ja, ganz kurz nur zur Kollegin Stampfl. Erstens ist das in der Steiermark passiert. Ich bin burgenländischer Landtagsabgeordneter und ich kann nicht zu jedem Tierschutzereignis Stellung nehmen. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die steirischen GRÜNEN haben natürlich darauf reagiert. Sie haben gesagt, es gibt dazu Gesetze und Behörden und damit reicht es. Danke.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Landtagsabgeordneter Manfred Kölly ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tierschutz ist ein wichtiger Punkt. Tierschutz ist auch lebbar und muss lebbar sein. Genau das ist der Punkt, wo ich diesem Bericht sehr gerne meine Zustimmung gebe, weil es wichtig ist, auch Tierschutz zu leben. Ich unterstreiche das noch einmal mit der Deutlichkeit, Tierschutz zu leben.

Denn wir als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind ja fast tagtäglich auch mit den Tieren befasst, seien es entlaufene Katzen, seien es entlaufene Hunde und dergleichen mehr. Aber, auch weit über die Grenzen hinweg, denn wenn ich an ungarisches Gebiert denke, wo eigentlich vieles passiert, wo Massenvernichtungsmaschinerien von Tieren sind.

Das kann und will ich nicht zulassen und da werde ich mich dafür verwenden, dass das auch dort in der EU endlich einmal geändert wird. Weil wir immer von der EU sprechen.

Es ist eine fatale Situation in Ungarn, wo es tatsächlich diese Vernichtungsmaschinerie noch gibt. Daher wird auch von unserer Seite schlussendlich einmal Klartext gesprochen. Hier sollte sich auch ein Vertreter des Landes, des Bundes und der EU dafür verwenden dass das nicht mehr so sein darf.

Wir haben tagtäglich Hunde, die entlaufen sind, aus Ungarn zu uns kommen. Wir müssen uns als Bürgermeister darum kümmern, was und wo sie hinkommen. Schlussendlich gibt es, Gott sei Dank, dieses Tierschutzhaus endlich einmal im Norden. Jedoch wurde das auch für den Süden gefordert, das noch nicht gekommen ist. Aber, es gibt etliche Private, die man unterstützen muss und soll. Ich denke, Frau Landesrätin, auch kann. Wenn man gewisse Möglichkeiten hat und, ich glaube, das werden wir auch gemeinsam schaffen, hier mit Mensch und Tier eine wichtige Kombination zu schaffen.

Denn, eines ist klar: Deutschkreutz hat ein Schulprojekt gestartet und wahrscheinlich viele andere Ortschaften auch, nämlich, in den Schulen mit den Hunden dementsprechend den Unterricht zu gestalten. Den Unterricht zu gestalten, um mit Pferden hinauszugehen. Das man sieht, wie reagieren die, wie kann man eigentlich mit Tieren umgehen? Ich glaube, das fehlt uns und es fehlt uns seit Jahren.

Denn, eines kann ich sagen: In Deutschkreutz gibt es keine einzige Kuh mehr seit zehn, 12 oder 15 Jahren. Die Kinder können sich gar nicht mehr vorstellen, wie eine Kuh ausschaut oder sogar jetzt schon auch die Schweine, die nicht mehr in der Ortschaft irgendwo zu finden sind, die sich in Ställen oder in anderen Möglichkeiten für die Schüler dementsprechend auch vorstellbar, machbar sind.

Daher ist es wichtig, dass wir hier eine Tierschutzombudsfrau haben, die sich um diese Dinge kümmert. Wir können das seitens des Bündnis Liste Burgenland nur unterstützen. Ich glaube, vielleicht noch eines dazu sagen zu müssen und ich hoffe, dass die FPÖ auch meiner Meinung ist.

Vor langer Zeit hat sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, damals noch Abgeordneter, auch dafür verwendet, Feuerwerke einzustellen oder nur in einen kleinen Rahmen zu tun. Hier wird ein Antrag von unserer Seite kommen, denn Feuerwerke und speziell am Silvester, wo zwei Tage lang das ganze über die Bühne gehen soll, einzuschränken.

Auch hier kann ich mich erinnern, hast Du Hans immer gesagt, das Mörbisch gefällt dir überhaupt nicht, was da verpulvert wird nach jeder Vorstellung, das und jenes. Auch hier werden wir diesen Antrag einbringen und werden das dann, ich hoffe mit eurer Unterstützung, auch durchbringen.

Danke für diesen Bericht. Danke an die Frau Doktor. Ich glaube, das ist sehr sinnvoll. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich die Frau Landesrätin Verena Dunst zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich Ihnen anschließen. Als für den Tierschutz und die Tierhaltung im Burgenland zuständiges Regierungsmitglied kann ich Ihnen nur Recht geben. Frau Doktor Velich und ihre Mitarbeiterin leisten unglaubliches. Gestatten Sie mir auch an dieser Stelle mich bei allen zu bedanken, so, wie Sie es zum Großteil getan haben, nämlich, bei Menschen, die täglich den Tierschutz leben.

Menschen, die ehrenamtlich in Vereinen für den Tierschutz arbeiten. Menschen, die nicht um Zeit und Stunde fragen und schon gar nicht um Geld. Vielen herzlichen Dank. Genauso bedanke ich mich gerade im Bereich der Katzenkastration und vieles andere mehr. Bei den Tierärzten, bei der Tierärztekammer, aber natürlich auch bei den Gemeinden, meine Damen und Herren.

Viele von Ihnen sind Gemeindevertreterinnen und Vertreter. Auch da gebührt Ihnen unser Dank. Denn mir ist klar und bewusst, dass hier vieles von der Gemeinde, von der Verwahrungsstätte an begonnen geleistet wird und das ist nicht selbstverständlich. Die Frau Doktor Velich, Sie haben einige Erfahrungswerte die Sie in diesen Bericht lesen, übernommen und haben auch absolut recht. Hier ist Einsatz wirklich rund um die Uhr. Die Frau Doktorin Velich lebt das und ist wirklich eine Tierschützerin der ersten Stunde.

Auf eines lassen Sie mich vielleicht noch hinweisen. Auf andere Dinge haben Sie schon hingewiesen, das sich hier in diesem Bericht findet. Zur Zeit, und da möchte ich mich auch bei ihr bedanken, gemeinsam mit dem Amtstierarzt Doktor Gernot Michalek, Amtstierarzt in Oberwart, aber auch bei Gerhard Pongratz, wird sehr danach gestrebt, dass ein tierähnliches Verwahrungshaus hier im Zusammenhang mit Schule, aber auch mit einem Ort des Ablebens in Oberwart in der Nähe errichtet wird. Zwischen Großpetersdorf und Oberwart. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf das ein bisschen begleiten und glaube, dass das dort eine hervorragende Institution wird, wo man auch beeinträchtigte Menschen, psychisch kranke Menschen, dort einbinden möchte. Ich finde das großartig. Freue mich schon. Das wird in etwa noch eineinhalb Jahre bis zur Realisierung dauern.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei allen drei und insbesondere bei der Frau Doktor Velich bedanken. Gestatten Sie mir, dass ich kurz darauf eingehe, was gesagt wurde, weil mir auch Ihr Output wichtig ist. Ich nehme den natürlich selbstverständlich auf. Zunächst einmal geht es darum, wie kann man Vereine unterstützen, die im Land auf verschiedener Ebene arbeiten?

Hier ist es die Möglichkeit - und bitte das auch weiterzusagen - dass wir vom Land nicht nur mit sehr viel Geld das Tierschutzhaus im Norden, sondern auch gerne mit Verwahrungsverträgen an diese Vereine uns anschließen, damit wir ihnen helfen können. Diese Verwahrungsverträge bitte einfach mit dem Veterinärdirektor Doktor Fink, der für diese Angelegenheit zuständig ist, Kontakt aufzunehmen. Das ist eine Möglichkeit, Vereine zu unterstützen.

Das zweite, Doktorin Velich, und das haben Sie auch erwähnt, das ist auch wichtig, dieses Tierschutzhaus zu unterstützen, das wirklich sehr gut funktioniert und dort wirklich ein Muster für ganz Österreich ist. Sie haben mehrfach auf die Katzenkastration hingewiesen.

Herr Abgeordneter Spitzmüller! Ich gebe Ihnen absolut Recht. Ich werde und habe schon im Frühjahr heuer angeordnet, dass ab dem nächsten Jahr der Beginn der Katzenkastrationsverteilungsgutscheine früher beginnen muss.

Ich gebe Ihnen da absolut Recht. Das werde ich ab dem nächsten Jahr verändern. Sie haben auch auf die Tierschutzpreise hingewiesen. Ja, ich werde heuer, und das ist alles schon in Bearbeitung und in Auftrag, zwei Tierschutzpreise vergeben. Weil, ich glaube, gerade in Richtung agrarisch genützter Tiere ist es wichtig, auch dort Nutztierpreise herzugeben.

Aber, ich möchte auch den Tierschutzpreis, so wie bisher, halten. Im Vorjahr habe ich ja den ersten Tierschutzpreis vergeben. Heuer wird es zwei Tierschutzpreise eben für Nutztiere, aber auch für den allgemeinen Tierschutz geben. Ich freue mich schon, wenn Sie mit dabei sind und auch bei der Bewerbung dabei sind, weil es da viele Menschen gibt, die sich diese beiden Preise sicherlich schon verdient hätten.

Da geht es einfach um vor den Vorhang bitten und ganz einfach um bedanken. Ich möchte auch dazu Stellung nehmen, weil einige von Ihnen gesagt haben, diese Katzenkastration ist wichtig. Absolut. Daher ist es auch an den Gemeinden und vielen Dank, dass Sie da mitarbeiten und 50/50 wird ja bezahlt.

50 Prozent das Land, 50 Prozent die Gemeinde. Entschuldigen Sie, die Tierärztekammer. Weil die Tierärzte hier mitarbeiten. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich glaube, dass diese Katzenkastration unbedingt notwendig ist. Ich bin jeder Zeit bereit, hier, wenn es notwendig ist, auch, das nächste Jahr möchte ich früher beginne, zu schauen, ob diese Mittel reichen, und wenn nicht, hier aufzustocken, weil das eigentlich Katzenleid ist. Da passiert sehr vieles. Auch dazu haben Sie Stellung genommen.

Noch einmal herzlichen Dank an die Frau Doktor Velich. Ich kann von mir aus sagen, dass ich wirklich bekennende Tierschützerin bin. Ich möchte auch noch kurz, obwohl ich das ungern tue, aber ich möchte diese Dinge, die vorher zum Buschenschankgesetz gekommen sind, was zwar nicht dazu gepasst hat, die möchte ich aber nicht im Raum stehen lassen, weil es doch mehrere Bemerkungen gibt. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum Tierschutz passt es gut dazu, weil mir auch der Tierschutz im neuen Jagdgesetz sehr wichtig ist. Sie werden einige Dinge, und Sie waren ja bei der Besprechung, Herrn Abgeordneter Spitzmüller, dabei, genauso wie der Herr Klubobmann und andere.

Ich habe diesen Dienstag eingeladen, dass ich gesagt habe, ich möchte die Erfassung, diesen Entwurf vorstellen. Da waren Sie dabei. Möchte nur abschließend daher sagen, wie gesagt, das ist ein anderes Thema. Das passt aber dazu. In aller Klarheit, ich habe, wie noch nie zuvor, endlich einmal auch zu großer und breiter Beteiligung aufgerufen. Ich bedanke mich bei allen von Ihnen, die damals meinem Aufruf im November, Dezember, gefolgt sind, dass alle Interessenvertretungen uns Anregungen zum neuen entstehenden Jagdgesetz schicken.

Wir haben über 1.000 Seiten erhalten, und ich habe das an verschiedene Gruppierung von verschiedenen Meinungen, und ich habe das dann auch der ARGE Jagd zur Verfügung gestellt, und die haben das auch mit eingearbeitet. Die ARGE Jagd hat unglaublich viel gearbeitet. Einige, das ist auch klar, Entscheidungen mussten von mir getroffen werden.

Deswegen ist der Vorwurf absolut falsch angebracht. Die ARGE Jagd sei da nicht informiert. Das war ganz klar. Weil hier in der ARGE Jagd natürlich auch verschiedene Interessensvertretungen sind und es hier zu keiner Einigung kam. Aber, da bin ich mir meiner Verantwortung klar bewusst. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte nur feststellen, und hier ganz ohne Emotion, das ist ein Entwurf. Wir haben natürlich nach unserem ersten Gespräch am Dienstag um 12.00 dem Verfassungsdienst diesen Entwurf zugeleitet. Morgen wird der Verfassungsdienst, wie sich das gehört, wie das bei jedem Gesetz ist, Ihnen allen natürlich diesen Entwurf zustellen. Wir freuen uns schon in der Begutachtungsphase und natürlich auf viele Anregungen.

Natürlich werde ich gerne alle, und das ist auch mit dem Koalitionspartner so abgesprochen, dass wir gerne alle im Landtag vertretenen Parteien zu Parteiengesprächen einladen. Auch darauf freue ich mich schon. Ich bin überzeugt, dass Sie dann erkennen, dass dieses Jagdgesetz in Österreich für viele ein Vorbild sein kann. Ich habe mich auch bemüht, vor allem die ARGE, die unabhängigen Experten, die beispielsweise zwei Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Forstdirektion, natürlich auch andere, die hier mitgewirkt haben und auch natürlich seitens des Hauses. *(Abg. Gerhard Steier: Das sind die Mitglieder der ARGE Jagd?)*

Die waren alle in der ARGE Jagd. Das heißt, Landwirtschaftskammer, der Herr Dipl. Ing. Reheis, für die Agrarinteressen der Landwirtschaftskammer, der Herr Dipl. Ing. Stummer. Ich schätze beide sehr, weil sie wirklich Fachexperten sind. Für den Forst, aber auch natürlich, wie bereits gesagt, der Landesjagdverband. Hier hat man seitens des Landesjagdverbandes den Herrn Geschäftsführer entsendet, den Herrn Dipl. Ing. Duscher. Genauso wie natürlich seitens des Hauses ein Sachverständiger mit dabei war, und natürlich auch zwei Juristen.

Der ARGE Vorsitzender war in diesem Fall der Herr Fleischacker, der Herr Kommerzialrat Fleischacker, *(Abg. Manfred Kölly: Mezgolits!)* der mein absolutes Vertrauen hat. Hier ist die ARGE wirklich über 350 Stunden zusammengesessen, weil es mir wichtig war, als Nicht-Jägerin, aber im Sinne der Interessensvertretungen aller, auch in der Zuständigkeit als Agrarlandesrätin, hier einmal Experten zu Wort kommen zu lassen.

Jetzt ist die Politik an der Reihe. Ich freue mich schon auf Sie, dass Sie hier mitwirken. Herzliche Einladung. Ich bin überzeugt, dass Sie da alle mit dafür sind, ein modernes, innovatives Jagdgesetz unter Beobachtung auch des Tierschutzes und hier schließt sich der Kreis, zu beschließen.

Das wird im Dezember im Landtag wahrscheinlich der Fall sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Zu Wort gemeldet hat sich der Landtagsabgeordnete Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In aller gebotenen Kürze und Sachlichkeit eine Klarstellung. Frau Landesrätin, wäre es so erfolgt, wie Sie das hier geschildert haben, könnte man ja wirklich sagen, Gratulation. Alle eingebunden, alle auf Augenhöhe mitgesprochen und dann ein gemeinsames Ergebnis präsentiert.

Sie haben zu Beginn dieses Jahres einen Brief mit der Aufforderung versandt, Ideen zu sammeln. Diesem Brief bin ich als Klubobmann der ÖVP Fraktion nachgekommen und habe Ihnen drei grundsätzliche Anmerkungen übermittelt.

Seit dieser Zeit, seit diesem Brief, gibt aus der Gerüchteküche, außer ständige Besprechungen und Mutmaßungen innerhalb der Interessensvertretung keine einzige

offizielle Stellungnahme zum Jagdgesetz. Der Herr Abgeordnete Wolfgang Sodl stellt sich dann heute heraus und sagt, er erhält bereits die Lobesbekundungen und Anerkennungen aus der Bevölkerung für ein Jagdgesetz, das Sie wie erwähnt haben, das erst morgen vom Verfassungsdienst übermittelt werden soll.

Ich kann Ihnen nur sagen, die Vorgangsweise, die Medien zu informieren und ihnen darzulegen, wie Sie das Jagdgesetz sehen, ist Ihnen unbenommen. Das können Sie jeden Tag tun. Das ist tagtägliches Politgeschäft. Tun Sie es. Sagen Sie es laut. Sagen Sie es deutlich, aber sagen Sie bitte nicht die Unwahrheit.

Sie haben behauptet, dass Leute eingebunden sind. Ich bin nicht der Anwalt der Interessensvertretungen. Sie haben gestern die Antworten der Opposition, auch die Antworten der Kammern und Institutionen diesbezüglich gehört. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das unter Einbindung zu verstehen ist.

Wenn Sie sagen, Sie möchten uns etwas präsentieren und dann sagt Ihr Mitarbeiter im Vorfeld bereits, es wird kein Gesetzestext übermittelt, es wird auch nicht eine Regierungsvorlage geben. Es gibt nur eine von Ihnen präsentierte Faktensammlung, die Sie eine Stunde vorher den Medien übermitteln. Warum ist die Einladung, nicht einmal 24 Stunden vorher, an die Opposition erfolgt? Da ist Ihnen ein Kunststück gelungen, denn keinem Ihrer Vorgänger in keinem anderen Ressort ist das gelungen. Legen Sie bitte ein Gesetz auf den Tisch.

Sagen Sie, das ist mit dem Koalitionspartner oder mit wem auch immer vereinbart, aber machen Sie uns nicht glaubhaft, dass Sie irgendjemanden eingebunden haben. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie sind drüber gefahren, Sie haben keinen Interessensausgleich geschafft und jetzt stehen Sie vor diesem Trümmerhaufen.

Das ist die Wahrheit, nichts anderes! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Walter Temmel: Genau!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Neuerlich von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Verena Dunst. *(Abg. Manfred Kölly: Setzt Euch halt zusammen!)*

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Um es noch einmal klar zu stellen. *(Abg. Gerhard Steier: Das ist aber jetzt nicht Thema!)* Sie könnten, das ist jetzt nicht Thema. Tut mir leid. *(Abg. Gerhard Steier: Nicht Thema!)* Aber, Sie werden mir verzeihen, dass ich das so nicht stehen lassen kann.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: In meiner großer Güte und Spezial- und Generaldebatte lasse ich das zu.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Ich glaube, und damit möchte ich kurz beginnen, dass es allen Interessensvertretungen, die sich im Jagdgesetz finden werden, und es wird wohl kaum viele weitere Gesetze geben, die so divergierend und absolut nicht zueinander passende Meinungen haben, wie hier, dass es hier gelungen ist, alle einzubinden. Den Naturschutz, den Tierschutz, die Forstverantwortlichen, aber natürlich auch die Landwirtschaft, die Agrarier und so weiter. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deswegen habe ich mit einer großen Einbindung begonnen, wo ich vorher schon gesagt habe, dass mehr als 1.000 Seiten zurückgekommen sind. Das Sie hier urgieren,

Sie hätten da eine Antwort erwartet, das glauben Sie doch wohl selber nicht. Wenn das erst eingearbeitet wird, ist das ja gar nicht möglich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Seit Feber 2016? Seit Feber?)* Wenn hier über 700 Menschen geschrieben haben und dort ihre Meinung gesagt haben, was hätten Sie erwartet? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Seit Feber 2016?)* Sie wollen ja ein Gesetz haben, das wirklich von allen Interessensvertretungen getragen wird.

Zweitens: Warum sagen Sie nicht einfach, und das wäre ehrlich, weil wenn ich eine ARGE einberufe und auch ganz klar vorher gesagt habe, die über 350 Stunden getagt haben? Ich möchte mich jetzt schon dafür bedanken. Natürlich auch der Vorsitzende darüber hinaus, der noch mehr Zeit investiert hat.

Ich habe vorher ganz klar gesagt, dass die Interessensvertretungen in einigen wenigen Punkten nicht überein gekommen sind und dass das klar ist, dass ich dann die politische Verantwortung übernehme, wenn die sich nicht einigen können, dass ich gesagt habe, diesem Entwurf habe ich natürlich auch meine Meinung dazugeben können, aber dann brauche ich ja nicht zuständig sein und dann den Entwurf dem Verfassungsdienst zur Verfügung stelle in dem Moment, wo wir fertig sind.

Es hat auch noch am Dienstagvormittag Gespräche gegeben. Dann haben Sie an einem Beteiligungsprozess, wie er noch nie da war, heute schon, obwohl es gar nicht Thema ist, nur Kritik anzubringen. Also, warum sagt die ÖVP einfach nicht, zum Unterschied von allen anderen, wir wollen nicht, dass die Verena Dunst ein modernes, gutes, vor allem ein vorbildhaftes Jagdgesetz zu Wege bringt? *(Allgemeine Unruhe)*

Warum sagen Sie das nicht gleich? Dann brauchen wir da nicht herum diskutieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nehmen Sie sich nicht so wichtig. Es haben Sie hier doch alle kritisiert.)* Ich möchte noch einmal danke an die Frau Doktor Velich sagen, denn das ist eigentlich ihr Bericht und der ist zur Verfügung gestanden.

Nur, warum sagen Sie nicht gleich, ich will nicht, dass es da den Jägern besser geht als je zuvor und dem Tierschutz auch? Hätten Sie es gleich gesagt, dass Sie in Frontalopposition sind und gegen alles und jedes sind, was wir vorbereiten. *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin überzeugt, dass sich auch in Ihren Reihen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Einstimmige beschlossene Gesetze! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Alle Gesetze sind heute einstimmig beschlossen worden!)* Das hilft ja nichts, wenn Sie noch lauter und lauter werden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Einstimmig! Alles Gesetze einstimmig!)* denn es wird Ihnen nichts helfen.

Sie werden irgendwann einmal sagen müssen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Traurig! Echt traurig!) in Ordnung*, wir sind auf Seiten der Jäger, die sich gewünscht haben, seit langem, dass diese heiße Kartoffel endlich einmal angegriffen wird. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Schauen wir einmal nach der Bundespräsidentenwahl!)* Wildschäden 1954, die letzte Änderung. Ich glaube, es ist Zeit, hier den Menschen im Land und vielen Interessengruppen ein modernes Jagdgesetz zur Verfügung zu stellen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Auseinanderdividiert hast Du alles. Das ist alles!)*

Herzlichen Dank noch einmal an die Frau Doktor Velich! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Es liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen vor der Abstimmung zurück zur Tagesordnung. *(Abg. Christian Illedits: Haben wir sie verlassen?)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es geht um den Tätigkeitsbericht der Tierschutzombudsfrau des Landes. Bitte künftig, auch wenn wir General- und Spezialdebatte unter einem durchführen, doch zumindest annähernd beim Thema zu bleiben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht 2014/2015, der Funktionsperioden 2010-2014 beziehungsweise 2015-2019 der Tierschutzombudsfrau des Landes Burgenland wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen. *(Abg. Manfred Kölly: Schon wieder einstimmig!)*

12. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 492) mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2014 und 2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 221 - 340) (Beilage 553)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 492, mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2014 und 2015 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 340, Beilage 553. Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Es gilt, was ich vorher gesagt habe. Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2014 und 2015 zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 8. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2014 und 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Wir steigen in die Debatte ein und die erste Wortmeldung kommt von Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren - auch auf der Galerie! *(Zweigespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der vorliegende Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft zeigt, was jemand, der ambitioniert und engagiert ist mit sehr wenig budgetären Mitteln auf die Beine stellen kann. Er zeigt vor allem, dass eine gute Kooperation von verschiedenen Ebenen zu einer effizienten Arbeit führen kann.

Das Jahresbudget der Kinder- und Jugendanwaltschaft nimmt sich mit 5.000 Euro sehr gering aus. Es ist hier praktisch ausschließlich möglich in Kooperationsprojekten mit anderen einiges auf die Beine zu stellen.

Einiges davon möchte ich hervorheben. Hervorheben möchte ich etwa, dass im Rahmen des Kooperationsprojektes des Österreichischen Studienzentrums für Frieden- und Konfliktforschung in Stadtschlaining, mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr erfolgreich Schulklassen und Kinder- und Jugendgruppen eingeladen werden zu Projektwochen, zu Projekttagen, wo es um verschiedene Methoden der konstruktiven Konfliktlösung geht, und des guten Umgangs miteinander in Konfliktsituationen.

Die angebotenen Module beinhalten außerdem auch Elemente der umfassenden Friedenserziehung und dieses Thema denke ich, ist zurzeit, aktueller denn je. Mittlerweile gibt es auch Seminare für Pädagoginnen und Pädagogen, das ist sehr sinnvoll, weil sie sind ja die Schlüsselfiguren dafür, wie Kinder und Jugendliche in der Schule, aber auch im Kindergarten mit Konflikten umzugehen lernen.

Aus den verschiedenen Aktivitäten und Publikationen der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist eine Linie klar erkennbar, es gibt hier ein großes Engagement für Gewaltfreiheit unter Kinder und Jugendlichen und eine Hilfe dazu auch zu kommen.

Es gibt hier die klare Linie sich für konstruktive Konfliktlösung einzusetzen untereinander, aber auch, und das ist ja eine wesentliche Aufgabe der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Konfliktlösung zwischen verschiedenen Beteiligten, wenn Jugendliche sich benachteiligt fühlen. Dieser Aspekt kommt im Burgenland im Vergleich zu anderen Kinder- und Jugendanwaltschaften weniger zum Tragen.

Wir haben hier eine Stelle die weniger als woanders direkt von Jugendlichen aufgesucht wird, was aber auch damit zu tun hat, dass wir natürlich rein regional im Burgenland eine Form haben, wo es nicht so leicht möglich ist an eine zentrale Stelle zu gehen und sich dorthin zu wenden, das passiert dann noch online, oder in sozialen Netzwerken.

Da die Kinder- und Jugendanwaltschaft ressourcenmäßig, also sehr knapp gehalten ist, kommen leider einige Aspekte hier gar nicht zu tragen, die in anderen Bundesländern sehr wohl gestaltet werden. Mir fehlt die Möglichkeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft hier auch Vertretern von Kindern und Jugendlichen in Richtung Gesetzesgeber dazustellen.

Ich vermisse etwa einen Aufschrei der Kinder- und Jugendanwaltschaft in der Debatte um die Deckelung der Mindestsicherung, wie sie von der ÖVP forciert wird, denn hier sind eindeutig Kinder und Jugendliche Leidtragende, wenn hier etwas gekürzt wird.

Ich vermisse die Ermahnung der Kinderarmut im Burgenland einen Riegel vorzuschieben. Rund 8.000 Kinder und Jugendliche sind im Burgenland von Armut betroffen. Vor knapp einem Jahr wurde die Zahl der akut von Armut betroffenen Kinder im Burgenland durch die Volkshilfe mit 4.500 Kinder und Jugendlichen beziffert. Das sind 4.500 zu viel, das es diese gibt ist nicht zu verleugnen.

Auch Landesrätin Dunst und Abgeordneter Kovacs haben eine Kampagne der Volkshilfe gegen Kinderarmut medienwirksam unterstützt. Das zeigt, dass es diese

Kinderarmut im Burgenland gibt, denn wieso sollte man aufrufen für eine Kampagne zu spenden, wenn man nicht überzeugt wäre, dass es einen bestehenden Missstand gibt.

Ich vermisse Stellungnahmen zu Gesetzesänderungen die auf Kinder und Jugendliche Auswirkungen haben. Sowie ich den Jugendanwalt kenne hätte er durchaus Wesentliches beizutragen, wenn Gesetzesvorgaben diskutiert werden.

Ich weiß aber nicht ob diese Kritik seitens einer anwaltschaftlichen Stelle im Burgenland auch erwünscht ist und das bringt mit zu einer Überlegung, nämlich die Frage, wozu sind Anwaltschaften eigentlich da? Anwaltschaften auf Landesebene sind da um Bürgern und Bürgerinnen zu Recht zu verhelfen, wo Behörden versagen, oder wo sich jemand ungerecht behandelt fühlt.

Im Burgenland habe ich aber zunehmend den Eindruck, dass die Anwaltschaften jeden emanzipatorischen Anspruch verloren haben und eher dazu dienen sollen die Landesregierung in ihren eigenen Anliegen zu unterstützen und weniger hier auch bewusst ein Korrektiv darzustellen.

Ich wünsche mir von unserem Landesjugendanwalt, dass er mithilft auch hier deutlicher zu werden, sich mehr zu Wort zu melden und ich wünsche mir auch und das wird uns vielleicht zu anderer Stunde noch beschäftigen, dass er auch mithilft das Instrument des Jugendlandtages fachlich zu begleiten, das wird uns ja wahrscheinlich noch beschäftigen. Ich hoffe heuer wird der Jugendlandtag anders ablaufen als in den vergangenen Jahren, wo es ja nur darum ging, dass Jugendliche eingeübt werden, in zum Teil sehr unsinnige Rituale, wie wir sie hier untereinander vorfinden, aber das liegt noch vor uns.

Insgesamt möchte ich hier abschließend noch einmal dazu aufrufen, dass wir uns eventuell im Rahmen einer Enquete im Landtag mit der Aufgabe und den Anforderungen an die Anwaltschaften beschäftigen, dass wir uns ernsthaft damit auseinandersetzen welche Funktion haben Bürgeranwälte, haben Patientenanwälte, haben Kinder- und Jugendanwälte, hat ein Umweltanwalt im Burgenland und wie gibt es hier eine gute Struktur in der hier weitergearbeitet werden kann.

An der Stelle möchte ich mich jetzt einmal für die Arbeit vom Herrn Jugendanwalt bedanken und wir stimmen dem Bericht zu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg möchte ich von unserer Seite herzlichen Dank aussprechen an den Leiter der Kinder- und Jugendanwaltschaft Mag. Christian Reumann, für die Fülle der Aktivitäten, Veranstaltungen und Projekte die geleistet und im Tätigkeitsbericht dokumentiert wurden.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft ist als weisungsfreie Interessensvertretung Anlauf-, Information- und Beratungsstelle für junge Menschen, für Eltern und für alle die mit Jugendlichen privat oder beruflich zu tun haben. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft fungiert als Ohr und Sprachrohr für alle Anliegen, Probleme und Bedürfnissen von Kinder und Jugendlichen und als Vermittlerin bei Konflikten in die Kinder und Jugendliche involviert sind.

Eine weitere wesentliche Aufgabe betrifft die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in den Familien und der Gesellschaft.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft bietet in Fragen der Obsorge und des Besuchsrechts nach Scheidungen, bei Schulproblemen, bei Erziehungsschwierigkeiten, bei strafrechtlichen Problemen, sexuellen Missbrauch, oder Misshandlungen und generellen Fragen um Rechte von Kindern und Jugendlichen, kompetente Beratung und Information.

Man kann vereinfacht sagen, die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat die Aufgabe die Rechte und das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu vertreten und zu beachten. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat in den Jahren 2014 und 2015 dahingehend wieder zahlreiche Aktivitäten gesetzt und Projekte durchgeführt um die Kinder- und Jugendlichen in verschiedensten Bereichen zu unterstützen. Man sieht im Tätigkeitsbericht auf Seite 31, dass diese Aufgaben erfüllt wurden.

Wenn man sich die Statistik im Bericht ansieht, war die Anwaltschaft mit Fragen von sexuellen Missbrauch, Gewalt, psychischen Problemen, Obsorge, Familienproblemen, Suchtgefahr und vieles andere beschäftigt, das ist leider Gottes die Realität.

Diese Probleme verdeutlichen auch die einschneidenden, gesellschaftlichen Veränderungen wonach es vielen Eltern nicht, oder nur mit größter Anstrengung gelingt für eine körperliche und seelische gesunde Entwicklung ihrer Kinder zu sorgen. Das zeigt auch die Statistik wo 59 Prozent der Kontakte zur Kinder- und Jugendanwaltschaft von den Erwachsenen aufgenommen wurde. Das an erster Stelle geäußerte Anliegen sind Fragen zu kinder- und jugendrelevanten Gesetzen, dahinter folgen Anliegen in Bezug auf Obsorge, Familienprobleme und Gewalt.

Ich befürchte, dass die Statistik insgesamt in den kommenden Jahren schlechter werden wird aus aktuellen Gründen der verschiedenen Krisen. Die Folgen der Krisen, angefangen von der prekären Arbeitsmarktsituation bis hin zu einer zunehmenden Instabilität sozialer Beziehungssysteme, treffen besonders Kinder und Jugendliche.

Es ist daher wichtig, dass es unkomplizierte Hilfe und Beratung, Rat und Tat in Form der Kinder und Jugendanwaltschaft gibt. Hier wird ein überaus wertvoller Beitrag dazu geleistet, dass sich die Kinder und Jugendlichen mit ihren Anliegen und Problemen nicht alleingelassen fühlen. Es kann natürlich jeder dazu beitragen, dass sich Kinder- und Jugendliche positiv entwickeln.

Kinder suchen sich nicht aus wer ihre Eltern sind, wo sie geboren sind, wie ihre gesundheitliche und materielle Versorgung ist, oder welche Bildung sie erhalten können. Sie werden in die sozialen Situationen und Umgebungen geboren, ohne einen Einfluss auf all diese, für ihr Leben wichtigen Grundlagen, zu haben.

Für Kinderrechte einzutreten und sie auch einzuhalten bedeutet Kinder und Jugendliche in ihrem Sinn zu unterstützen und ihre Lebensumstände zu verbessern. Das Kindeswohl hat auch im Rahmen unserer politischen Tätigkeit absolute Priorität, wenn es gilt sie auf die Zukunft vorzubereiten und es geht vor allem darum ihnen überhaupt eine gute Zukunft bieten zu können.

Es braucht die gesellschaftliche Haltung und den politischen Einsatz für die Kinder die auf die Erwachsenen angewiesen sind. Es braucht natürlich alle, die in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen eine wichtige Rolle spielen, das sind die Eltern, Familie insgesamt, Verwandte, Kindergarten, Schule, Lehrplatz, Nachbar, Freunde und viele mehr.

Ich glaube aber zum Abschluss am wichtigsten sind die Eltern. Leider hat aber der Stellenwert einer Familie an Bedeutung in der Gesellschaft verloren, somit sind auch

leider Gottes, viele Werte verloren gegangen und die Problemfelder sind vielschichtiger und mehr geworden.

Wir nehmen den Tätigkeitsbericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Landtagsabgeordnete Patrik Fazekas hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter, zum Rednerpult.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Ansicht, dass gerade in diesem, sehr sensiblen Bereich, nie genug getan werden kann, denn das Wohl der Kinder- und Jugendlichen im Burgenland muss uns in jeder Hinsicht wichtig sein und am Herzen liegen.

Ich habe den Bericht sehr aufmerksam gelesen und möchte an dieser Stelle sehr herzlich dem Mag. Reumann und seinem Team Danke sagen, Danke, für die wertvolle Arbeit die mit sehr viel Herzblut und Leidenschaft geleistet wird. Der umfangreiche Bericht verdeutlicht uns das breite Betätigungsfeld der Kinder- und Jugendanwaltschaft im Burgenland.

Ich darf an dieser Stelle aber auch einen Input beziehungsweise einen konstruktiven Appell anbringen der mir bei der Auseinandersetzung mit dem Bericht aufgefallen ist. Überraschend ist, dass nur 25 Prozent der Kontaktnehmerinnen und Kontaktnehmer Kinder und Jugendliche sind, wobei gerade jene Zielgruppe die Hauptzielgruppe der Kinder- und Jugendanwaltschaft sein sollte.

Ich habe mir dann die Frage gestellt, warum das so ist? Ich habe recherchiert, beziehungsweise auch die Website der Kinder- und Jugendanwaltschaft gesucht und musste feststellen, dass es relativ schwierig ist Informationen zur Kinder- und Jugendanwaltschaft zu finden, beziehungsweise eine Plattform zu finden wo eine anonyme Kontaktaufnahme möglich ist.

Meine geschätzten Damen und Herren, Kinder- und Jugendliche kommunizieren vorwiegend online im Internet und sollten daher meiner Meinung auch auf diesen Kanälen abgeholt werden, bei Fragen, bei Problemen soll auch über das Internet Zugang zu Hilfsmöglichkeit gewährleistet werden.

Primäres Ziel muss es meiner Meinung sein, dass die Einstiegshürden zur Informationsbeschaffung und zur Kontaktaufnahme so gering wie möglich gehalten werden, beziehungsweise natürlich auch die anonyme Nutzung an höchster Stelle steht.

Wir sind im Zeitalter der Digitalisierung angekommen, insofern ist es meiner Meinung nach notwendig, dass auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft im Burgenland schnell, einfach im Internet zu finden ist.

Zusammenfassend möchte ich nochmal ein herzliches Dankeschön aussprechen und der Arbeit sehr wertschätzend entgegenblicken. Meine Fraktion wird diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung stammt von Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Im Tagesordnungspunkt 12 der

heutigen 16. Landtagssitzung im Rahmen der Legislaturperiode geht es um die Kenntnisnahme eines Tätigkeitsberichtes der Kinder- und Jugendanwaltschaft während der Berichtsjahre 2014 und 2015.

Dazu muss erwähnt werden, dass seit 2013 grundsätzlich das Burgenländische Kinder- und Jugendhilfegesetz gilt und in weiterer Folge ein Ersatz für das Jugendwohlfahrtsgesetz entstanden ist. In diesen sogenannten Kinder- und Jugendhilfegesetz wird im Paragraf 39 und 40 der Aufgabenbereich der hier angesprochenen Kinder- und Jugendanwaltschaft determiniert.

Wichtig ist vor allem auch die Verfassungsbestimmung in diesem Gesetz, dass diese Kinder- und Jugendanwaltschaft grundsätzlich weisungsfrei handeln darf, aber jedoch dienstrechtlich und organisatorisch der Landesregierung beigestellt wurde.

Gemäß Paragraf 39, Absatz 3, dieser gesetzlichen Grundlagen ergibt sich weiters eine zweijährige Berichtspflicht an die Landesregierung und eine umgehende Vorlage an den Landtag. Diesem Auftrag wird nunmehr Folge geleistet und der Tätigkeitsbericht vorgelegt.

Vordergründig kann meinerseits festgehalten werden, dass der zuständige Kinder- und Jugendanwalt mit seinem Team quantitativ eine Menge an Informationsveranstaltungen, Bewusstseinsbildungen, Vorträge aber auch andere Aktivitäten gesetzt hatte.

Hinblicklich der inhaltlichen Aufgabenerfüllung, seitens der Kinder- und Jugendanwaltschaft, kann unter Berücksichtigung des Kindeswohls und auch der Rechte die dahinter stehen, Nachstehendes dargelegt werden. Als Erstes möchte ich die Beratungstätigkeit anführen, die im Tätigkeitsbericht skizziert wird. Gemäß den Bestimmungen des Außenstreitgesetzes ist nunmehr eine verpflichtende Elternberatung vor einvernehmlichen Scheidungen vorgesehen.

In diesem Spektrum hat meiner Meinung nach die Kinder- und Jugendanwaltschaft einen wesentlichen Part übernommen und zwar besteht der darin, dass die qualifizierten Berater ausgesucht werden müssen. Und in diesen Empfehlungslisten der qualifizierten Berater spielt der Kinder- und Jugendanwalt eine wesentliche Rolle.

Weiters hat er auch bei den Qualitätskriterien, die erstellt werden müssen, im Hinblick der Ausbildung dieser Berater, auch eine entsprechende Rolle zu tragen. Die Beratungstätigkeit geht aber weiter, sie geht soweit, dass Kindergarten- und Hortpädagogen die Kinder- und Jugendanwaltschaft aufsuchen dürfen.

In einem besonderen Fall, da geht es um Misshandlungen im Kindes- und jugendlichen Bereich ist ein Handlungsleitfaden entstanden, der meiner Meinung nach essentiell ist und ganz wichtig ist in diesem Bereich. Vorher hat bereits die Kollegin Mag.a Petrik erwähnt, dass eine Kooperation mit dem ÖSFK Studieninformation in Sachen der Friedens- und der Konfliktlösungen in Schlaining besteht. Ich finde dies ganz wichtig und das wird auch im Tätigkeitsbericht unterstrichen.

Gerade gestern war der Weltfriedenstag und ich weiß, dass Friedenserziehung und auch Konfliktlösung eine wesentliche Rolle spielen wird. Und ich finde es toll, dass gerade in unserem Land, in Schlaining auf der Burg, diese Friedenserziehung österreichweit stattfindet.

Laut Bericht sind jährlich 1.000 Kinder und Jugendliche in Schlaining, die in diesen Bereichen Friedenserziehung und Konfliktlösung geschult werden. Und vor allem die Nachhaltigkeit dieses Effektes zeigt sich durch eine wissenschaftliche Studie, die von der

Universität Graz begleitet worden ist. Ich glaube daher auch, dass gerade dieses Thema Bewusstseinsbildung ein Wesentliches ist und in der Kinder- und Jugendanwaltschaft gut aufgehalten wird.

Ein zweiter Punkt ist der Bereich Mobbing. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat in diesem Bereich zwei Tätigkeitsmerkmale. Das eine ist, dass sie dem Phänomen Rechnung trägt, indem sie ein eigenes Buch mit dem Thema „Mobbing - keine Geschichten zum Einschlafen“ herausgegeben hat.

Zweitens, dass sie bei Gesetzesänderungen aktiv dabei ist mit Stellungnahmen und Empfehlungen, insbesondere beim Strafrechtsänderungsgesetz, wo der Tatbestand Cybermobbing und auch die Diversion behandelt worden ist.

Für mich ist auch wichtig, dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft, wie es im Bericht dargestellt wird, Positionspapiere erarbeitet. Und gerade die Positionspapiere in diesen Berichtsjahren zum Thema Rauchen im Jugendalter aber auch zur Intersexualität zeigen auf, dass die Bewusstseinsbildung oder die Förderung der Bewusstseinsbildung und auch die Verhinderung oder Hintan-Haltung der Diskriminierung ein wesentlicher Bereich ist und die Kinder- und Jugendanwaltschaft bietet ihren Teil dazu.

Wie bereits angeführt, dass im gesetzlichen Bereich, weil das heute auch von der Mag.a Petrik angesprochen worden ist, schon Tätigkeiten durchgeführt werden, wie zum Beispiel beim Strafrechtsänderungsgesetz, aber auch Stellungnahmen zum Jugendgerichtsänderungsgesetz und zur Asylgesetznovelle wurden seitens der Burgenländischen Kinder- und Jugendanwaltschaft vorgenommen.

Wesentlich ist für mich Eines zu sagen, wir haben einen Sozialbericht und in diesem Sozialbericht 2013/2014, der auch in unserem Hohen Haus in einer der letzten Sitzungen dargelegt worden ist, ergibt sich eindeutig, dass der Aufgabenbereich bei Kindern und Jugendlichen qualitativ und quantitativ gestiegen ist.

Und wir als Land, insbesondere der zuständige Landesrat Darabos, hat insofern reagiert, indem er den Bereich als eigenes Referat der Kinder- und Jugendhilfe geschaffen hat und diese Kinder- und Jugendhilfe mit dem Referat arbeitet eng mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft zusammen.

Das ist glaube ich ganz wichtig, weil das Prinzip des Kindeswohls, wie es heute bereits von den Vorrednern angesprochen worden ist, aber auch er der Leitgedanke auf Gleichbehandlung unbedingt beachtet werden muss. Es gilt nunmehr nämlich folgendes:

Im Rahmen dieser Kinder- und Jugendhilfe gilt, dass Kinder und Jugendliche nunmehr als Träger von Rechten und Pflichten und nicht mehr als Objekte wohlmeinender Fürsorge betrachtet werden. Ist ein wesentlicher Paradigmenwechsel, bedeutet natürlich auch unterschiedliche und geänderte Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendanwaltschaft.

Deshalb ist gerade dieses Problembewusstsein, das die Kinder- und Jugendanwaltschaft durch den Tätigkeitsbericht schärft, sehr wichtig, wenn man sich die Anzahl der Kindeswohlgefährdungen pro Jahr im Burgenland anschaut. Die bezieht sich laut einer mir mitgeteilten Meldung auf rund 800 Fälle pro Kalenderjahr.

Deshalb glaube ich, dass durch den gesellschaftlichen Wandel, durch das Problembewusstsein, aber vor allem aber auch durch die Flüchtlingssituation, in der wir seit doch einem Jahr auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben, dass durch diese steigenden Fallzahlen und durch das neue Spektrum es unbedingt notwendig ist,

diese Kinder- und Jugendanwaltschaft weiterhin mit den notwendigen Mitteln auszustatten.

Ich bin auch der Meinung, dass die Schaffung des Kinder- und Jugendhilfereferates gerade unter diesem Aspekt sehr wichtig war. Deshalb möchte ich zum vorliegenden Tätigkeitsbericht in seiner Gesamtheit sagen, dass er selbstverständlich zur Kenntnis genommen wird.

Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion einerseits bei den Verfassern Mag. Christian Reumann und seinem Team bedanken, aber ich möchte es nicht missen auch denjenigen, die in den Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen tätig sind, ein Danke zu sagen, weil diese ja auch die wichtige Arbeit im Sinne des Kindeswohles und im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe durchführen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile nunmehr dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Ansehung der um 15.00 Uhr stattfindenden Debatte darf ich ganz kurz nur aufgrund der verbliebenen Zeit folgendes festhalten. Der Kollege Drobits hat jetzt die inhaltlichen Darstellungen dieses Berichtes bis ins kleinste Detail referiert.

Ich möchte aber dem Kollegen Wiesler etwas zur Kenntnis bringen, nachdem er in sehr breiter und ausführlicher Form die Kinderrechte betont und sie eindringlich beschrieben hat, eine Stellungnahme, die in diesem Bericht enthalten ist, zum Vortrag bringen, die die Kinderrechte in einer besonderen Art und Weise aufzeigt.

Die…KIJA aus Österreich weisen insbesondere auf die verfassungsrechtliche Verpflichtung gemäß Artikel 1 BVG Kinderrechte hin, wo es sich, jetzt zusammengefasst, bei allen Kindern bei Maßnahmen, die Kinder betreffen, öffentlicher und privater Einrichtungen, das Kindeswohl an erster Stelle um vorrangige Erwähnung handeln soll.

Auch auf völkerrechtlicher Ebene ist Österreich gemäß Artikel 3 der UNO Kinderrechtskonvention zur Beachtung des Kinderwohls verpflichtet. Artikel 2 der Konvention sieht vor, dass sämtliche in ihr verbürgten Rechte auf alle Kinder unterschiedslos, das heißt, ohne Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen und sonstigen Anschauung, der nationalen, ethischen oder sozialen Herkunft des Vermögens einer Behinderung der Geburt oder des sonstigen Status angewendet werden müssen.

Daraus ergibt sich, dass das Kindeswohl auch bei einer flüchtlingskinderbetreffenden Gesetzgebung eine vorrangige Erwägung sein muss, sodass bei allen Maßnahmen zum Schutze des Kindeswohls bei Flüchtlingskindern derselbe Maßstab anzuwenden ist, wie bei einheimischen Kindern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war eine Resolution, die die gesamte Kinder- und Jugendanwaltschaft Österreichs an die österreichische Bundesregierung gerichtet hat, in der appellativen Form nicht nur darüber zu sprechen, sondern auch danach zu handeln, was wir unterschrieben, mitbeschlossen und als aufrichtigen Standpunkt in Bezug auf Kinder, die nicht nur national geboren sind, sondern auch über europäische und globale Verhältnisse die gleichen Rechte zu beanspruchen haben, die auch unseren Kindern zusteht.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN und einigen Abgeordneten der SPÖ und ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: *(der den Vorsitz übernommen hat.)* Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2014/2015 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Debatte über die schriftliche Beantwortung, Zahl 21 – 362, Beilage 514, der Anfrage des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, (Zahl 21 – 324) (Beilage 476) betreffend Alarmanlagen durch Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Debatte über die schriftliche Beantwortung, Zahl 21 – 362, Beilage 514, der Anfrage des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Zahl 21 - 324, Beilage 476, betreffend Alarmanlagen durch Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Ich mache darauf aufmerksam, dass bei der Debatte über eine Anfragebeantwortung kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Il Distratto“ - der Zerstreute, *(Abg. Edith Sack: Was?)* das ist die 60. Symphonie von Joseph Haydn. Am letzten Tag der Haydn-Spiele aufgeführt von Adam Fischer mit der Österreichisch-Ungarischen Haydnphilharmonie. Ein bemerkenswertes Konzert, wie Adam Fischer hier diese Österreichisch-Ungarische Haydnphilharmonie den vergangenen Sonntag dirigiert hat.

Ein Konzert, wo viel Emotionen lagen, war es doch das letzte Konzert nach rund 30 Jahren in dieser Art und Weise wie die Haydntage hier in Eisenstadt, im Schloss Esterhazy, im Haydnsaal über die Bühne gegangen sind. Er hat auch gesagt, wenn die Streitereien zu Ende sind, würde er sich freuen, wieder dort dirigieren zu können.

Derjenige, der heute nicht da ist, dessen Füße wir im Internet heute bewundern können, dem hätte ich das auch gerne gesagt. Wir können auch das Röntgenbild im Internet, nein auf Facebook anschauen. Nein, Spaß beiseite. Aber bei „Il Distratto“ - der Zerstreute, ist man schon auch in der Situation nachzudenken, ob das nicht auf Andere auch möglich wäre hinzudeuten. Ich habe sehr positiv begonnen, weil Haydn immer positiv besetzt ist und ich gehe auch positiv weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Positiv deshalb, weil wir im Land Burgenland eine ausgezeichnete Wohnbauförderung haben und über diese ausgezeichnete Wohnbauförderung auch eine Alarmanlagenförderung haben, die sich in Österreich sehen lassen kann.

Ich rufe keinen Geringeren in den Zeugenstand, als unseren Landeshauptmann Hans Niessl, der in den letzten Jahren, seit dem Jahr 2000 als Wohnbauverantwortlicher in der Landesregierung, hier federführend dafür verantwortlich war und ist. Bis auf ein Jahr und die letzten 15 Jahre davor durfte ich im Beirat Mitglied sein, im Wohnbaubeirat,

bis die jetzige Regierung, den Regierungsproporz eingeführt hat, die bisherige Art und Weise der Informationsweitergabe, die bisherigen Beiräte gecancelt hat und andere Formen. Soll so sein.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich sagt jeder Landeshauptmann, wir haben die beste Wohnbauförderung. Die burgenländische ist sicher einer der besten, das muss man sagen, wenngleich das eine oder andere doch noch an einem Schräubchen gedreht werden könnte.

Die Wartezeiten sind nicht sehr lange. Es sind auch nicht so viele Ansuchen wie früher, die ärgsten Wohnungsnöte sind also gestillt. Die Zinssituation am freien Markt macht es möglich, dass die Wartezeiten wirklich sehr, sehr kurz sind, und auch für andere Dinge Geld da ist.

Ich möchte dem Werner Gradwohl hier deshalb erwähnen, weil er innerhalb des ÖVP-Landtagsklubs als Sprecher für den Wohnbau, aber auch mit mir gemeinsam im Beirat, immer dafür gekämpft hat und darauf gedrängt hat, dass auch Alarmanlagen, dass Sicherheitstüren und Videoüberwachungen über die Wohnbauförderung gefördert werden, damit auch die Burgenländerinnen und Burgenländer, wenn es notwendig ist, sich entsprechende Sicherungsmaßnahmen finanzieren können.

Das ist nicht immer konfliktfrei abgegangen, aber schlussendlich haben wir uns immer auf einen Konsens geeinigt. Und die Wohnbauförderung bei allen unterschiedlichen Standpunkten und Zugängen stand de facto parteipolitisch in den letzten Jahrzehnten außer Streit. Wir erinnern uns an andere Zeiten, als ein Theodor Kery dafür verantwortlich war, wo ganz andere Sitten hier geherrscht haben. Aber im Großen und Ganzen war das eine Fördermöglichkeit für die Burgenländerinnen und Burgenländer, für den Mittelstand, nicht nur für Wohnbau, sondern auch für Alarmanlagen.

Ich möchte Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wirklich sehr genau vorrechnen. Die Wohnbauförderung förderte und fördert, die Anschaffung von Alarmanlagen in Burgenland mit bis zu 30 Prozent, nein, mit 30 Prozent maximale Förderungssumme 1.000 Euro.

Jetzt rechnen Sie mit, in den Taschenrechner reintippen, das heißt bis zu einer Anschaffungssumme von 3.333 Euro kriegen Sie im Burgenland über die Wohnbauförderung, wenn Sie eine Alarmanlage anschaffen, 1.000 Euro gefördert.

Wenn zusätzlich eine Sicherheitstür installiert wird, und das war das letzte, was wir debattiert haben, denn das war nur für Wohnungen möglich, jetzt ist das auch für Einfamilienhäuser und für Reihenhäuser möglich, wenn zusätzlich eine Wohnungstür installiert wird, so erhöht sich die Förderung um 500 Euro, maximal ein Drittel.

Wenn das kombiniert ist mit einer Videoüberwachung, dann ist die Fördersumme insgesamt maximal 2.000 Euro, 30 Prozent Maximalförderung. Jetzt rechnen Sie wieder mit Ihrem Taschenrechner. Wenn Sie um insgesamt 3.333 Euro eine Alarmanlage installieren, sich eine Sicherheitstür und eine Videoüberwachungskamera mit einem Bildschirm, Aufzeichnungsgerät, noch einmal 3.333 Euro installieren lassen, so investieren sie insgesamt 6.666 Euro. Kriegen dafür vom Land Burgenland, wenn das ordnungsgemäß gemacht ist, 30 Prozent Förderung, das sind 2.000 Euro. Über die Wohnbauförderung.

Da, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren wir uns und sind uns im Landtag einig, dass dies eine ausgezeichnete und gute Förderung ist.

Herr Landeshauptmann, er ist jetzt nicht da, wir haben das gemeinsam für die Burgenländerinnen und Burgenländer gemacht. Dann will uns ein Landeshauptmann-Stellvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren, weismachen, dass die jetzige Förderung, die maximal 428 Euro beträgt, besser ist als die bisherige. Warum 428 Euro? Nehmen Sie Ihren Taschenrechner, tippen Sie ein 1.428 Euro mal 0,3, kommen Sie genau auf 428 Euro.

Das ist nämlich das, was das politische Versprechen bei seinem Amtsantritt war, des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Tschürtz, als er gesagt hat, die Burgenländerinnen und Burgenländer sollen sich um 1.000 Euro, mehr darf es nicht kosten, eine Alarmanlage zulegen können.

Jetzt gibt es Firmen, die solche Alarmanlagen anbieten. Fachleute sagen uns, dass damit maximal die Eingangstür, maximal noch zusätzlich eine Balkontür, aber sonst schon nichts mehr gesichert werden kann. Geschweige denn ein Fenster, geschweige denn andere Dinge. Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Herr Landeshauptmann dem mit Wohlwollen zustimmt, dass der Herr Landesfinanzreferent dem mit Wohlwollen zustimmt, das verstehe ich ja. Ist ja billiger für die Landeskassa als die bisherige Regelung.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Uns und den Burgenländerinnen und den Burgenländern das weismachen zu wollen, dass das was Sie in einem Jahr hier getan haben, nämlich alte Hüte als neue Hüte verkaufen zu wollen, eine schlechtere Förderung als gut anpreisen, als das bisher sowieso - ob Sie das anbieten oder nicht - die bessere Förderung gibt es ja sowieso, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist schon ein starkes Stück. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der damalige Berliner Bürgermeister im Jahr 48 hat gesagt, Sie wissen, dass es nicht möglich war, erstmals als die Blockade eingesetzt hat und es nicht möglich war, einen gemeinsamen Bürgermeister in Berlin zu haben: „Ihr Völker dieser Welt, schaut auf diese Stadt.“ Hier muss ich sagen: „Ihr Medien dieses Landes, schaut auf diese Vorgangsweise.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ja ein doppelter Trick. Der alte Hans Karall hätte gesagt, das ist Theater spielen ohne Vorhang.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um genau das zu hinterfragen, habe ich an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter zwei schriftliche Anfragen gerichtet. Eine, die dann im Juni beantwortet wurde. Eine zweite darauf, weil sich dann, aufgrund dieser ersten Anfragebeantwortung, weitere Fragen ganz einfach ergeben haben. Somit möchte ich das heute diskutiert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn mir ein Regierungsmitglied, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, zurückschreibt auf die Frage, warum über seine Förderschiene, die nachweislich schlechter ist als die des Herrn Landeshauptmannes über die Wohnbauförderung, nach wie vor selbstverständlich anbietet. Warum jene, die über die Tschürtz-Förderung laufen sollen, *(Abg. Manfred Kölly: Vielleicht ist das zusätzlich!)* nicht zusätzlich, sich bereit erklären müssen, dass sie einen Verein beitreten, nein, dass sie dem Verein Daten bekanntgeben. Dass Firmen, die diese Alarmanlagen verkaufen, und mir liegen hier Zustimmungserklärungen und Kooperationsverträge vor, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Knebelungsvertrag.

Jeder, der über die Hans Tschürtz Förderschiene verkauft, muss zustimmen, dass die Daten dem Verein weitergegeben werden. Wissen Sie wer der Verein ist, meine sehr

geehrten Damen und Herren? Der Vereinsregisterauszug vom Stichtag 22. Juni 2016 liegt mir hier vor. Obmann ist ein gewisser Jürgen Karall.

Ja, kennen wir schon lange. Ist ja nichts Ehrenrühriges einen Verein in Bezug auf Sicherheit zu haben. Nur was der Verein mit den Daten macht, meine sehr geehrten Damen und Herren, weiß ich nicht. Die übrigen Mitglieder des Vereins sind uns ja keine Unbekannten. Einer heißt Sigi Zeltner, FPÖ Parteisekretär. Der Nächste heißt Erwin Preiner, Nationalratsabgeordneter der SPÖ.

Der Nächste heißt Ewald Schnecker. Sitzt hier, SPÖ-Abgeordneter. Sandra Krutzler ist mir persönlich nicht bekannt. Die Dame kenne ich nicht. Den Jany Oliver, der ist im Büro des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters, wenn ich richtig informiert mit.

Aber das Stärkste, meine Damen und Herren, ist die Zustelladresse dieses Vereins. Haben Sie das schon einmal angeschaut? Die Zustelladresse dieses Vereins ist das Amt der Burgenländischen Landesregierung, 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1/1/103. Bin heute durchgegangen. Das ist das Büro des Herrn Landeshauptmannes.

Das ist das, was mich ein bisschen verwundert, warum ein privater Verein beim Herrn Landeshauptmann seine Adresse hat, was dieser Verein mit den Daten macht. Ich habe das natürlich auch in der schriftlichen Anfrage an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter hinterfragt, warum das notwendig ist, dass diese Daten an den Verein weitergehen sollen.

Wissen Sie, was er mir geantwortet hat? Um zählen zu können, wie viele Förderfälle es gibt. Naja zum Zählen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das geht also ohne Zahlen, Daten, Fakten. Das geht einfach, indem man abzählt, wie viele Anträge hereinkommen und wie viele genehmigt werden.

Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, all das macht einen Anschein, dass hier Daten über Bürgerinnen und Bürger gesammelt werden, die nicht dazu dienen zu zählen, wie viele Alarmanlagen hier im Burgenland ganz einfach gefördert werden, sondern um Zahlen, Daten und Fakten über Bürgerinnen und Bürger zu bekommen, die man aus irgendeinem Grund vielleicht einmal brauchen kann.

Sie verkaufen uns hier, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, alte Hüte. Eine weit bessere Förderung gab es, gibt es und wird es in Zukunft geben. Dazu haben Sie ein Jahr in der Landesregierung gebraucht. Es ist alarmierend, wie planlos hier gearbeitet wird. Ich war entsetzt, als ich bei der Anfragebeantwortung heute bei der mündlichen Anfrage feststellen musste, dass Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, mit Ihren Agenden im Bereich der umfassenden Landesverteidigung, was die geistige Landesverteidigung und was die zivile Landesverteidigung betrifft, nicht wissen, wie Sie damit umgehen sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das und vieles mehr haben uns bewogen, das hier und heute zur Diskussion zu stellen. Ein Vereinsregisterauszug, der mir hier vorliegt. Eine Vereinbarung, dass Firmen die aufgrund dieser Aktion Alarmanlangen verkaufen, sie nur über einen Verein verkaufen dürfen. Dass die Daten hier an einen Verein weitergegeben werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist bedenklich, hat in einer Demokratie, in einer westlichen Demokratie nichts zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe positiv begonnen mit Haydn. Ich ende auch positiv mit Haydn. Geendet hat das Konzert so wie jedes Jahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der vierte Satz, die letzten Takte der Abschiedssymphonie gespielt wurden. *(Abg. Géza Molnár: Da kannst Du lange warten! – Allgemeine Heiterkeit)*

Das ist die 45. Symphonie. Ich sage nur für jene, die es nicht wissen, *(Abg. Manfred Kölly: In der Politik geht das schnell!)* ein Akteur nach dem anderen, ein Musiker nach dem anderen verlässt die Bühne. Der Letzte schaltet das Licht aus.

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich habe etwas vergessen. Ich habe eine ganz entscheidende Sache vergessen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gem. § 29 Abs. 9 GeOLT bringe ich einen Antrag ein.

Die schriftliche Beantwortung der Zahl 21 - 362 vom Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz wird gem. § 29 Abs. 9 GeOLT als nicht ausreichend begründet erachtet. Ich habe hier zwei Begründungen, die zwar formell nicht notwendig sind, aber ich habe sie vorhin erläutert. Ich darf diesen Antrag selbstverständlich übergeben. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer übergibt den Antrag dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Der Antrag ist gehörig unterstützt und wird natürlich in die Beratungen miteinbezogen und in der Abstimmung berücksichtigt.

Ich habe mir nur gedacht, dass diese Begründung doch noch früher kommt, Herr Abgeordneter Strommer, weshalb die Beantwortung Ihnen unzureichend erscheint. Also viel war es diesbezüglich nicht. Aber es war interessant Ihnen zuzuhören. *(Abg. Manfred Kölly: Wir werden es jetzt gleich begründen! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Als Nächster zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Abgeordnete! Frauen Abgeordnete und Herren Abgeordnete! Ja, ehrlich gesagt, wenn das alles ist, was die ÖVP in der Opposition zu bieten hat, na dann gute Nacht, liebe ÖVP. Ehrlich gesagt, ich weiß gar nicht, worum es geht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja das Problem! Abg. Manfred Kölly: Mach Dich nicht lächerlich! Das ist traurig, wenn Du nicht weißt worum es geht! – Beifall bei der ÖVP)*

Ja, Herr Abgeordneter Kölly, Sie verstehen das anscheinend nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja lächerlich, er weiß nicht worum es geht! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenigstens ehrlich ist er! - Abg. Manfred Kölly: Weiß nicht worum es geht und ist Regierungsmitglied!)*

Präsident Christian Illedits| *(das Glockenzeichen gebend)*: Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist am Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ) *(fortsetzend)*: Herr Abgeordneter Kölly, ich gehe ja nicht davon aus, dass Sie da mitkommen bei der Geschichte. Von dem gehe ich eh nicht aus. *(Allgemeine Heiterkeit)* Aber mit der ÖVP, da muss ich, wenn das alles ist, was Ihr zu bieten habt, dass Ihr beanstandet, dass ein Alarmanlagenfördermodell zusätzlich zu dem bestehenden Fördermodell entwickelt wurde - anhand eines Moduls - ich habe nie gesagt, es ist eine bessere Alarmanlagenförderung wie vorher. Das kann ich auch gar nicht sagen, weil die Alarmanlagenförderung gibt es.

Ich kann das nur bewerben und kann nur sagen, wir wollen leistbare Alarmanlagen für Menschen, die sich nicht so viel leisten können - Alarmanlagen unter 1.000 Euro. Und das ist es! Nicht mehr und nicht weniger. Jetzt weiß ich nicht worum es geht. Wo liegt hier die Quintessenz? Was habe ich getan? Dass ich gesagt habe, bitte kauft euch

Alarmanlagen. Ich schaue gemeinsam mit dem Landeshauptmann, dass diese Alarmanlagen leistbar sein können.

Na wo liegt hier der Fehler? Ich sage Euch eines, es haben sich unglaublich viele gemeldet - so viele wie schon lange nicht. Im August zum Beispiel 2015 hat es 40 Alarmanlagen gegeben. Warum? Weil natürlich viele Alarmanlagenbetreiber auch sehr hohe Alarmanlagen anbieten. Um 4.000, 5.000 Euro. Im August 2016 hat es 103 Alarmanlagen gegeben, weil, natürlich die auch leistbar sind für eine Bevölkerungsschicht, die nicht ein Einkommen hat, wie ungefähr ein ÖVP-Abgeordneter.

Aber genau das ist ja nämlich die Quintessenz. *(Abg. Markus Ulram: Hat ein FPÖ-Abgeordneter weniger?)* Oder ein SPÖ-Abgeordneter oder ein FPÖ-Abgeordneter oder ein Abgeordneter. Ich sage Euch das nur. *(Abg. Markus Ulram: Das ist so wie beim Verein! Wenn das jemand anders gemacht hätte, würdest Du es zerreißen! Einen Verein in einem Regierungsbüro zu melden!)*

Ja, zu dem komme ich noch. Langsam! Der Landeshauptmann sagt das Gleiche wie ich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Er weiß es auch nicht. Wir wissen alle nicht, worum es geht. Das muss Dir einmal irgendeiner vorhalten, wenn Du eine Aktion im Rahmen des Gemeindesicherheitskonzeptes mit fünf Modulen machst, dass man gemeinsam mit dem Landeshauptmann eine Alarmanlagenaktion macht, wo man unter 1.000 Euro eine Alarmanlage bekommt, damit sich auch jemand eine leisten kann, *(Abg. Manfred Kölly: Was hilft das, wenn sie nicht funktioniert?)* der nicht so viel verdient.

Wer sagt denn das, dass es nicht funktioniert, Herr Abgeordneter Kölly? Wer sagt das? *(Abg. Manfred Kölly: Du kennst Dich wirklich nicht aus! Ich werde es Dir dann erklären!)*

Ich kenne mich nicht aus. Das mache ja nicht ich. Ich installiere die Alarmanlagen nicht. Das sind 24 burgenländische Unternehmen. *(Abg. Manfred Kölly: Das funktioniert nicht! Das funktioniert nicht!)* Herr Abgeordneter Kölly, Sie sind eh der Beste auf der ganzen Welt. Aber 24 burgenländische Alarmanlagen-Errichter sind da beteiligt, die diese Alarmanlagen errichten. Nicht ich! Ich kann das gar nicht montieren und errichten. Ich kann das nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Gott sei Dank!)*

Das sind diejenigen, die gemeinsam mit der Wirtschaftskammer hier bei diesem Projekt mitarbeiten. So, das ist zum Ersten.

Zum Zweiten. Dieser Verein Nachbarschaftshilfe - nein, das ist nicht zum Lachen, wenn man zuerst blöd redet, dann ist das wirklich nicht zum Lachen. Zum Zweiten geht es um den Verein Nachbarschaftshilfe. *(Abg. Gerhard Steier: Also blöd reden ...)* Also ich würde mir wirklich verwehren zu sagen, dass man da irgendwo eine Bespitzelung macht. Das ist ja gar nicht der Fall.

Präsident Christian Illedits: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Bitte bei der Wortwahl ein wenig achtsamer sein.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ) *(fortsetzend)*: Gut, nehme ich zurück. Faktum ist, der Verein Nachbarschaftshilfe macht diese Abwicklung, gemeinsam mit der Wirtschaftskammer hat man die Möglichkeit, das Portal anzuklicken und zu sagen, ich habe die Möglichkeit, eine der vier leistbaren Alarmanlagen zu bestellen. Gleichzeitig stehen alle 24 burgenländischen Unternehmen. Da sage ich, wenn ich vom Süden bin, bestelle ich diese Alarmanlage bei dem Hersteller oder bei dem Unternehmen, das im Süden montiert.

Das heißt, das sind burgenländische Unternehmer, die diese Alarmanlage errichten. Die preisgünstig, natürlich auch leistungsfähig und leistungsstark ist. Wenn jemand jetzt sagt, ich will eine Alarmanlage, die ausreichender ist, oder die 4.000 oder 7.000 oder 12.000 Euro kostet, dann ist das auch kein Problem. Wenn er ein riesengroßes Haus hat, kauft er sich eine Alarmanlage, die halt massiv teurer ist.

Um das geht es ja gar nicht. Es geht nur darum - und das ist die Quintessenz -, eine leistbare Alarmanlage für jeden Burgenländer anzubieten. Das war es einfach. Es hat sich einfach herausgestellt, dass das definitiv wirklich ankommt und von der Bevölkerung auch erwünscht ist.

Zusätzlich gibt es sogar noch von der Energie Burgenland einen Bonus von bis zu 100 Euro, damit noch zusätzlich jemand, der wirklich einkommensschwach ist, sich auch diese Alarmanlage leisten kann. Und nicht mehr und nicht weniger. *(Abg. Gerhard Steier: Du brauchst einen höheren Tarif dafür!)* Bitte? *(Abg. Gerhard Steier: Du brauchst einen höheren Tarif dafür!)*

Gut. Okay. Passt. Ich glaube, ich habe das ausreichend erklärt. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt wisst Ihr vielleicht, warum ich mich am Vormittag ein bisschen zurückgenommen habe, weil dieses Thema kocht in mir und ich hoffe, es kocht auch in den Seelen der vielen Menschen im Burgenland, die sich gefrotzelt fühlen. Mit solchen Situationen, die sich wirklich darstellen als Flop sondergleichen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wenn das umgekehrt wäre, und es hätte damals die ÖVP oder die SPÖ das herausgebracht, hätten Sie oder die FPÖ, aber wie aufgeschrien und hätten gesagt: Könnt Ihr nicht rechnen? Könnt Ihr nicht schauen, was da los ist?

Ich sage Ihnen warum, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ganz einfach. Der Herr Kollege Strommer hat es Ihnen vorgerechnet. Vielleicht nachrechnen! Wir haben eine wunderbare Wohnbauförderungsaktion. Wo auch ÖVP und SPÖ damals das beschlossen haben, diese Aktion, die der Herr Strommer klar und deutlich vorgerechnet hat.

Ich habe mitgeschrieben, und ich komme zum gleichen Ergebnis wie der Herr Kollege Strommer. Man muss dazu sagen, das ist in Ordnung. Denn ein Haus besteht nicht nur aus einer Hauseingangstür und einer Terrassentür. Sie schreiben da von zwei Magnetkontakten. Wissen Sie, was zwei Kontakte sind? Gar nichts. In einem Haus, in einem normalen Einfamilienhaus, das von der Wohnbauförderung gefördert wird.

Leider hat er Recht, sagen die schon wieder. Leider hat er Recht, der Kölly. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)* Warte ein bisschen! Du hast eh geredet, aber leider hast Du es nicht erklären können. Aber macht ja nichts. Ich werde es Dir jetzt erklären.

Da gibt es ein paar Pakete, und da kommt jetzt genau der Punkt heraus, Alarmzentrale, Außensirene, Bewegungsmelder gibt es auch sogar, stell Dir vor, zwei Magnetkontakte für Eingangstür und Terrassentür, ein Funkbedienteil, ein

Funkhandsender, ein Funknotruftaster. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das war nicht Inhalt dieser Anfrage!)*

Warte ein bisschen, ich will Dir nur erklären, dass dieses Blatt, das Du rausgegeben hast, eigentlich nur eine Daseinsberechtigung von Dir ist, sonst gar nichts. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit. Denn der Landeshauptmann hat damals klar und deutlich gesagt, es gibt diese Alarmanlagen unter diesen Umständen. Ich glaube, da haben wir uns alle gefreut, dass es das gibt und dass das in Ordnung ist. Jetzt kommt eine neue Idee, die wesentlich schlechter ist, wie damals der Herr Landeshauptmann das gemacht hat.

Jetzt frage ich mich, der Landeshauptmann hat zugeschaut, hat wahrscheinlich gelacht und hat gesagt, da sparen wir uns jetzt ein Geld, wenn der das so durchbringt, soll er es haben. Ist ja keine Frage. Jetzt frage ich mich, wir haben in der Wohnbauförderung 125 Millionen Euro budgetiert, was immer kolportiert wird, wie gut und schön wir unterwegs sind. 125 Millionen Euro! Lese ich und höre ich immer.

Die Journalisten, ich frage mich, ob es die überhaupt noch in dem Land gibt, die wirklich objektiv berichten. Denn eines ist klar, wir geben nur 78 Millionen aus, 25 legen wir beim Rechnungsabschluss aufs Depot sagen wir, als Rücklagen, und dann lösen wir es halt wieder auf.

Wir haben so viele Arbeitslose in diesem Land, dass man sich vielleicht Gedanken machen sollte, ob wir nicht mit diesem Geld Arbeitsplätze schaffen können. Das sind keine Arbeitsplätze, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Jetzt komme ich noch zu etwas. Die Energie Burgenland, wie kommt die dazu, wer hat das beschlossen, dass die Energie Burgenland das noch fördert? Mit unserem Geld! Ich sage das noch einmal. Wer hat das beschlossen? Das will ich auch gerne wissen.

Dann kommt die nächste Anfrage, die schriftliche, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ich verstehe schon, Ihr Personal ist noch nicht so drinnen in der Geschichte wie die von der SPÖ und der ÖVP. Die haben das schon im kleinen Finger gehabt, wenn sie schriftliche Sachen zum Beantworten gehabt haben. Da haben wir halt noch ein bisschen ein Problem, aber das wird schon werden. Soll so sein.

Da frage ich mich, abzüglich Energie Burgenland 100 Euro, abzüglich Bonuspunkte Energie Burgenland. Ich habe gar keine Bonuspunkte, weil, ich habe halt keine Bonusgeschichte. Nein, das ist so! Und die Kärntner sind im Burgenland, das ist das Gleiche. Jetzt muss ich schon eines sagen, heute wurde schon diskutiert, dass der teure Strom im Burgenland, und da frage ich mich, wo sind eigentlich die Gemeindevertreter? Der Gemeindevertreterverband und der -bund, die sich hier massiv gleich aufregen und sagen: Moment, wir zahlen einen wesentlich höheren Tarif wie alle anderen, da höre ich nichts von den lieben Freunden.

Da denke ich mir schon etwas dabei. Wenn ich 125 Millionen sage, und gestern ist es wieder in der Zeitung gestanden, der Beirat hat beschlossen, wieder eine Wohnbauförderung so und so viel, und das ist so gut und so schön. Ja, Faktum ist, dass wir nur 78 Millionen Euro ausgeben, das andere für Budgetlöcher stopfen nehmen. Jetzt haben wir bei der Wohnbauförderung noch eine gute Situation, weil wir das nicht zahlen müssen mit den Alarmanlagen, was damals als gut beschlossen wurde, als sehr gut rübergekommen ist, jetzt haben wir die schlechtere Situation.

Da frage ich mich, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ohne Dir nahezutreten: Würdest Du Dir so eine Alarmanlage in dein Haus einbauen? (*Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Ja!)*

Du würdest sie Dir einbauen? Bei den Fenstern können sie überall rein wie sie wollen und bei, (*Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wenn Du Dich nicht auskennst!)* egal, ja, nein, entschuldige, ich war bei Fachleuten, ich bin auch kein Fachmann. Das kann ich jetzt da behaupten. Aber, ich setze mich tagtäglich mit solchen Dingen auseinander, weil das in der Gemeinde aufliegt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das liegt bei mir in der Gemeinde auf.

Ich habe es mir zur Hand genommen und habe mir die Herren herkommen lassen. Wissen Sie, was die alle gesagt haben? Sie haben gesagt: Wie ist das möglich? Wovon reden die?

Ein Haus kannst du mit so etwas nicht absichern. Das ist einmal ganz klar und deutlich. Ich kann eine Wohnung absichern. Das ist schon okay. Das muss ich aber dazusagen, dass ich damit kein Haus absichern kann. Da fehlen mir noch 15 solche Magnetkontakte, oder wie die schon heißen. Der hat mir das genau erklärt. Der hat mir das aufgeschrieben.

Er hat gesagt: So schaut das aus. Würde so und so viel kosten. Wenn Du willst, gebe ich Dir einen Rabatt. Aber eine Förderung gibt es eh vom Land über die Wohnbauförderung in dieser Höhe. Habe ich gesagt, na dann ist es natürlich zum Nachdenken. Dann kommt der Herr Tschürtz daher, und macht uns weiß, er ist der Beste, weil er sich da am besten auskennt.

Ich denke mir, das kann es nicht sein. Warum belügen die sich eigentlich selber in diesem Fall? Wenn noch einmal so etwas ist, bitte die Fachleute am Tisch. Ich gebe Dir einen guten Tipp, der das wirklich tagtäglich installiert, die Alarmanlagen, der sagt, schön und gut. Mich freut, dass das gefördert wird. Aber es macht keinen Sinn. Die Leute kommen zu mir und sagen: Ich will eine Anlage um 1.000 Euro. Die musst du mir machen, weil das Land sagt, das ist 1.000-prozentig und da gibt es ja die Medienaussendungen und dergleichen mehr und da steht es ja drin.

Sage ich: Hast du schon hingeschaut? Wie viele Magnetkontakte eigentlich da sind? Was heißt Magnetkontakt? Genau das ist es. Wo ich was aufmache, dass dann die Sirene angeht, der das Fenster eigentlich nicht aufmachen darf, und dergleichen mehr.

Oder. Das Nächste ist das, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass man direkt mit einem Verein das Ganze bearbeitet. Ist ja super. Datenschutz uninteressant. Interessiert ja keinen. Ich meine, in Zeiten wie diesen gibt es ja eh keinen Datenschutz mehr. Aber dass man das so verteidigt. Wenn Sie damals oder jetzt noch in der Opposition wären, na Grüß Gott. Mehr könnten wir uns nicht anhören, alle miteinander. Das muss ich jetzt dazusagen. Geben Sie zu, dass das ein Fehler war. Das ist eine Daseinsberechtigung - und das war es im Endeffekt - , weil sonst kann es nichts sein.

Klar, wenn ich ein Dienstauto habe, einen 7er BMW mit Chauffeur und viel Geld dafür kriege, muss ich halt auch irgendetwas tun. Wenn es halt nur eine Alarmanlage ist und wirklich sachliche Arbeit für das Land leisten.

Der Landeshauptmann hat das gemacht. Das war in Ordnung mit den Alarmanlagen. Wir haben das aus der Wohnbauförderung genommen, wo ich auch nicht immer ganz einverstanden war, weil, mit Wohnbauförderung hat das auch nichts zu tun, aber es war das bessere System, zu dem muss man einfach stehen. Tut mir leid, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dieses Blatt kommt in Deutschkreutz in der Gemeinde vom Tisch. (*Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Vielleicht redest Du einmal mit dem Henk!)* Henk? Wer ist Henk?

Ich meine, seid mir bitte nicht böse. Das sind Sachen. Rede einmal mit dem Henk! *(Allgemeine Heiterkeit! - Aus den Reihen der Abgeordneten: Der Herr Wagner!)*

Wer ist Henk? Ah, der Herr Wagner. Entschuldigung. Der steht da drauf und hat sich bei einer Pressekonferenz hingesetzt, wo ich nachher gefragt habe, warum, sagt er: Na ja, wenn Du die Variante haben willst. Du kaufst Dir ja auch ein Auto mit ein bisschen etwas anderem und nicht so eines. Aber ja, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat es so haben wollen, und dann machen wir das. Ist ja klar. Der macht ein Geschäft damit. Blöd wäre er. Seid mir bitte nicht böse.

Genau das sind die Dinge, wo ich mich frage. Und dann diese schriftliche Beantwortung dieser Frage. Ich meine, ich weiß, dass das nicht einfach ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die haben viel zu tun.

Die sind auch ein bisschen „gfianzt“ gewesen. Natürlich, aber dann hole ich mir einen Spezialisten und lasse das beantworten. Aber diese Beantwortung war ein Hohn, muss ich ehrlich dazusagen, wie das über die Bühne gegangen ist. Ich glaube, vielleicht sollten wir uns wirklich einigen auf etwas, wenn man so eine Geschichte macht, dass man sich auch zusammensetzt. Jetzt bin ich wieder bei dem, und darüber redet und sagt, das hätte ich vor, was haltet ihr davon, dass wir diese Aktion starten.

Da fällt Euch ja keine Perle aus der Krone. Wenn ich sage, Frau Salamon, wir haben, oder Ingrid, wir hätten das in den Gemeinden vor, könntest Du Dir vorstellen, dass Du das auch machst? Machen wir ein Projekt draus, reden wir miteinander! Du hörst nichts. Das kommt raus. Die Medien schreiben positiv. Tschürtz hat jetzt eine super Geschichte erfunden und, und, und. Richtig. Erfunden!

Das ist der Punkt. Nicht mehr und nicht weniger. Das muss man sich einfach gefallen lassen. Und zu sagen, so quasi Ihr kennt Euch nicht aus, Ihr habt gar keine Ahnung und was weiß der Teufel, das lasse ich mir in diesem Hohen Haus nicht bieten. Denn ich muss mich überall informieren. Bei jedem Tagesordnungspunkt muss ich mich informieren, weil ich nicht der Fachmann bin, muss ich dazusagen. Dafür gibt es die Fachleute.

Ihr habt es leicht, Regierungsbüros aufblasen, überall groß, 100.000 Juristen sitzen, 100.000 Beamte, Angestellte. Wir müssen uns, Gerhard Hutter und meine Wenigkeit, alles selbst erarbeiten. Aber wir kommen von der Wirtschaft und wissen vielleicht, dass es ein bisschen anders geht.

Daher noch einmal, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, bei der nächsten Partie, das, was vielleicht auch jetzt rauskommt, setzen wir uns zusammen und reden wir darüber. Genauso, unsere Anträge kommen auf das auch zurück, und diese Anträge, die wir einbringen, Herr Kollege Sodl, die kommen nicht von der Luft daher, *(Abg. Ilse Benkö: Die meisten sind von uns abgeschrieben!)* sondern werden uns von der FPÖ abgeschrieben. Jetzt können Sie nicht anders aus, müssen Sie halt dagegen sein, oder abgeändert oder vertagt am Nimmerleinstag, oder wenn man sagt, Erste Hilfe Kurs in den Schulen ausbessern, schreibt man dazu, es soll weiter so bestehen bleiben. Ich weiß schon warum.

Weil man kein Geld hat im Land. Dann wird hingeschrieben, tut leid, keine finanziellen Möglichkeiten seitens des Landes und dafür wird es abgelehnt. Das darf es nicht sein, sondern es muss eine Diskussion entstehen, was können wir uns leisten und was ist notwendig in diesem Land. Diese Alarmanlagengeschichte ist ein Rohrkrepierer sondergleichen gewesen. Aber ich hoffe, dass Du neue und bessere Ideen in nächster Zeit hast.

Das würde mich sehr freuen. Dann würde mich sehr freuen, wenn Du sagst, „Kölly komm her da, Du bist eh so gscheit“, hast Du gerade gesagt, „sag uns irgendwas!"

Ja, gerne sage ich Dir etwas. Weil ich der Meinung bin, dass wir aus Erfahrung als Bürgermeister reden. Wir reden aus Erfahrung von der Wirtschaft. Wir reden auch, wo wir politisch mit anderen Fraktionen zusammensitzen, auch in den Gemeinden, und darüber diskutieren. *(Beifall bei der LBL und der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen! Ja, ich könnte jetzt natürlich kabarettmäßig so fortfahren wie mein Vorredner, der Abgeordnete Kölly. Ich habe aber nicht den Anspruch oder ich stelle nicht den Anspruch, auch ins ORF-Archiv als vielleicht zukünftiger potentieller Staatskünstler zu kommen, *(Abg. Manfred Kölly: Man redet von Erfahrung! Die hast Du nicht!)* sofern der ORF mit seinen GIS-Beiträgen entsprechend, mit seinen GIS-Beiträgen, auch vielleicht den Abgeordneten Kölly einmal verpflichten wird, sondern ich möchte wieder ein bisschen die Emotion rausnehmen.

Der Herr Abgeordnete oder Präsident Strommer hat ja eigentlich eher noch auf der seriösen Ebene hier den Antrag in die Debatte gebracht, obwohl er uns eigentlich schuldig geblieben ist, wo jetzt die Begründung ist, außer die schriftliche Vorlage. Da haben wir zwei Punkte drinnen, die ja nicht wirklich den Anschein erwecken, wo hier eine Begründung für eine Ablehnung oder für eine Feststellung durch den Landtag sein solle, dass hier die Anfrage nicht entsprechend war.

Es sei denn, es hat irgendwo im Leseverständnis etwas gegeben. Die Anfragen oder die Fragen dieser Anfrage sind entsprechend beantwortet. Es ist hier auch dann noch breit debattiert worden vom Abgeordneten Kölly, ja, die sachliche oder fachliche Fähigkeit des Landeshauptmann-Stellvertreters, die hier überhaupt nicht infrage gestellt war. Es geht hier, und das wissen wir alle, um Alarmanlagen und um ein großes Spektrum von Fachleuten, die zusammengesessen sind.

Möglicherweise ist nicht der einzige Fachmann, den der Abgeordnete Kölly im Burgenland akzeptiert, dabei gewesen. Das ist vielleicht ein Riesenversäumnis gewesen, das uns jetzt zu einem „10-Minuten-Schauspiel“ verholfen hat. Aber wenn wir die Vorwürfe meines Vorredners zusammenfassen, dann ist übrig geblieben: Setzen wir uns zusammen. Seine Anträge werden eigentlich im Prinzip nicht beschlossen. Das ist halt einmal so, wenn die Mehrheit andere Ansichten hat als die Minderheit.

Das zeichnet auch die Demokratie aus, dass das so ist. Die Spezialisten von ihm wurden nicht eingeladen, was man natürlich auch wieder in die Kehle bekommen kann. Vielleicht hat er unten in Deutschkreutz einen Spezialisten und will dem die gesamte Alarmanlage, den Einbau oder die Einrichtung zukommen lassen?

Was ich mir auch nicht vorstellen kann, weil wir haben in Wirklichkeit über die 24 Errichter quer vom Norden über Mitte bis in den Süden des Burgenlandes regionale Errichter, die alle im Prinzip Spezialisten auf ihrem Gebiet sind, (*Abg. Manfred Kölly: Hast Du schon mit einem von diesen gesprochen?)* die sich überhaupt ihren Namen nicht kaputt machen lassen würden, wenn sie hier Klump, so wie es bezeichnet wird, verbauen, und sie tun das auch nicht. Wir haben hier zu der eigentlichen Förderung, die schon angesprochen war, noch eine zusätzliche Förderung.

Zusammengefasst scheint es mir, als wäre die gesamt ÖVP und auch der Abgeordnete Kölly gegen mehr Sicherheit. *(Abg. Manfred Kölly: So ein Blödsinn.)*

Aber das war im Prinzip die Quintessenz dieser Anfrage beziehungsweise dieses Antrages, Ihr wollt nicht mehr Sicherheit, obwohl im Prinzip das dem Bürger nicht mehr kostet und andere Dinge nicht wegfallen. Das ist das Endergebnis. *(Abg. Manfred Kölly: Dich haben wir hier gerade noch gebraucht. Na super! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Zum Verein möchte ich auch noch ein paar Worte verlieren, nämlich warum sich die ÖVP da jetzt so darüber mokiert, dass dieser Verein beim Landeshauptmann oder hier auf dieser Adresse angesiedelt ist, und dass dieser Verein diese Aufgaben erledigt.

Das hat er doch schon vor 2015 getan. Vor dieser Landtagswahl, wo jetzt die neue Konstellation entstanden ist, hat er das schon getan. Das war im Prinzip etwas, das seit 2012 und länger rennt. Das aufgesetzt war, dass ein jeder Bürger im Burgenland im Prinzip gekannt hat. Es wäre doch ein Wahnsinn gewesen, würde man jetzt hier so ein Produkt über irgendetwas Neues auf einmal dem Bürger näher bringen wollen, um wieder was Neues zu erfinden, was der Bürger nicht gewöhnt ist.

Das ist eine Institution gewesen und ist sie noch immer, die schon dem Bürger bekannt ist, die der Bürger im Burgenland assoziiert hat mit Sicherheit per se, und daher hat man natürlich diese Plattform gewählt.

Also wo jetzt das große Problem ist, einen Verein hier mehr oder weniger kaputt zu reden, der ja während der Periode, wie die ÖVP noch in der Regierung war, mitentstanden ist, also das zeichnet sich ja wirklich eher im Bereich des Absurdistans ab als sonst wo. Weil es kann ja wohl nicht sein, dass ich zuerst mit dabei bin, nur aufgrund einer demokratischen Entscheidung bin ich nicht mehr in der Regierung und dann ist alles auf einmal schlecht, was ich dazumal mitgetragen habe.

Also, meine Damen und Herren der ÖVP, ganz besonders Dir, lieber Rudi, würde ich mir schon die Frage stellen, warum ziehe ich jetzt was auf, was in Wirklichkeit überhaupt nicht Thema sein sollte, weil Ihr habt das ja mitbegonnen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch.)*

Also hat es noch nicht gegeben in der Zeit, wie die ÖVP in der Regierung war? *(Abg. Manfred Kölly: In der Wohnbauförderung! – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Naja, Regierungsbeteiligung oder Nicht-Regierungsbeteiligung. Also, ein bissi mit und ein bissi net mit. Da hüpfen wir mit, da sind wir dagegen! Also das spielt es in einer Regierung nicht! Das müsst Ihr wissen, beziehungsweise Ihr seid das Opfer genau dieser Politik, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr seid die Steigbügelhalter.)* da Ihr im Prinzip nicht paktfähig ward, hat Euch ja auch die Bevölkerung im Prinzip vom hohen Thron gestoßen. Ist ja im Prinzip so. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was sagen die anderen? Die anderen, mit denen Ihr Euch zusammengesetzt habt?)* Und jetzt natürlich lauthals schreien, Zeter und Mordio für das, was Ihr im Prinzip in der Vergangenheit mitgetragen habt, sei ja wohl eher unanständig.

Zusammengefasst möchte ich noch zum Ausdruck bringen, diese 24 Errichter - um es nochmals auf den Punkt zu bringen - sind alles anerkannte Spezialisten im Bereich des Burgenlandes und auch national und international. Sie haben die Befähigung, sie haben die Zertifikate, das zu tun. Sie haben alle miteinander einen entsprechenden Namen, den sie sich nicht kaputtmachen lassen, wenn durch eine Installierung einer nichtfunktionalen Anlage beziehungsweise einem nicht so entsprechenden Produkt.

Wir sind in etwa jetzt bei zirka 200 Antragstellern. Wir liegen in Wirklichkeit 121 Alarmanlagen über dem dazumaligen Vergleichszeitraum.

Abschließend kann man es nur so zusammenfassen. Zuerst wurde der Landeshauptmann mit seiner Idee nicht einmal von der Opposition erst genommen. Dann ist er verspottet worden und jetzt, wo Ihr alle mitbekommt, dass das in Wirklichkeit ein Superprodukt für die Burgenländerinnen und Burgenländer ist, beginnt Ihr ihn zu bekämpfen. Nein, danke schön, also da kann man nur sagen, Ihr arbeitet eigentlich gegen die Burgenländerinnen und Burgenländer und nicht dafür, sondern nur für Eure Interessen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Werte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn einmal die Feststellung: Wenn freie Abgeordnete das Recht, wie es in der Verfassung steht, wahrnehmen, obliegt es keinem Präsidenten, ob diese Beantwortung würdig ist oder nicht, sondern es steht klar geschrieben, dass, wenn vier Abgeordnete der Meinung sind, dass die Anfragebeantwortung unzureichend ist, haben wir diese Thematik im Landtag zu diskutieren. Auch wenn es der Regierung nicht passt. Noch sind wir in keiner Diktatur, und deswegen ist das unser sehr gutes Recht. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Liebe FPÖ! Vor der Landtagswahl hattet Ihr Forderungen, für die Ihr angeblich gewählt wurdet. Ich möchte nur daran erinnern, welche fünf Punkte das beispielhaft waren. Nachzulesen auch im Online-Kurier. Das war zum Thema Bildung: Die Abschaffung des Amtsführenden Landesschulratspräsidenten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da kommen wir eh hin.)* Zum Thema Gesundheit: Die Posse um das Krankenhaus Oberwart beenden.

Zum Thema Verkehr: Der Ausbau der A4 statt der S7. Zum Thema Arbeit: Nur mehr Arbeitsplätze für Burgenländer schaffen, und zum Thema Sicherheit: Eine vom Land geförderte Gemeindewache installieren und lückenlose Videoüberwachung.

Sie sind damit, liebe FPÖ, fünfmal umgefallen. Ohne irgendwelche Muckser haben Sie bei unseren Anträgen nicht mitgestimmt. Fünfmal an der Zahl seid Ihr mittlerweile umgefallen. *(Abg. Ilse Benkö: Wie viele Jahre seid Ihr umgefallen?)*

Nun sind 14 Monate vergangen, wir blicken zurück, und das Ergebnis der 14 Monate ist leider sehr traurig. Mittlerweile ist die FPÖ zu einer Einheitspartei auf der Regierung verkommen. Ihr habt alle Werte, Eure angeblichen Werte, über Bord geworfen, und Ihr habt nicht einmal ein Wahlversprechen gehalten.

Ihr habt die Arbeitslosenzahlen in den letzten 14 Monaten steigen lassen. Kein einziger Burgenländer mehr hat im Burgenland einen Job bekommen, abgesehen von Freunden und Verwandten der FPÖ. Ihr steht einfach nicht für den kleinen Mann, wie Ihr es immer so groß behauptet.

Aber zum heutigen Thema, der Sicherheitsabteilung, zu Arbeitsplätzen in der Sicherheitsabteilung, die die Alarmanlagenförderungen verwalten sollen. Ihr habt es geschafft, dass die Arbeitslosigkeit steigt, aber Ihr habt keine Akzente für die Burgenländer geschaffen, obwohl die Unterstützung für Burgenländer Euer Aufhänger im Wahlkampf und in den Jahren zuvor war.

Ihr seid sogar so unverschämt, dass Ihr Verwandte und Freunde von Euch unterbringt, ohne in irgendeiner Weise diese Jobs auszuschreiben, obwohl Ihr immer groß verkündet habt, die Objektivierung ist Euer großer Meilenstein. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ach!)*

Und Herr Landeshauptmann, Sie brauchen sich nicht empören, Sie haben sich diese Regierungspartner eingebrockt, *(Abg. Ilse Benkö: Ein Wahnsinn!)* das war Ihre Entscheidung, dass Sie diesen Sitznachbar haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und FPÖ – Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl – Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Er hat nur normal geredet.)* Geschätzte Damen und Herren, jetzt bin ich am Wort, und Sie können sich gerne melden, Herr Landeshauptmann. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir wollen eh nicht mehr mit Dir.)*

Aber nichtsdestotrotz, um zurück zum Thema zu kommen. Ihr habt nicht einmal ein schlechtes Gewissen. Ihr habt als FPÖ immer so groß getrommelt, die Objektivierung gehört unbedingt eingehalten und es muss ausgeschrieben und objektiv angestellt werden. Aber auf einmal werden alle Günstlinge der FPÖ in den Landesdienst aufgenommen, ohne eine Ausschreibung. Zusätzlich weiß die FPÖ nicht einmal, was diese Menschen verdienen, geschweige denn im Burgenland überhaupt. *(Abg. Edith Sack: Aber Ihr wisst es? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist ja simpel, das steht eh drinnen.)*

Ihr kolportiert 1.700, 1.500 Euro, aber im Grunde genommen ist das nicht einmal das Minimum, was diese Personen verdienen. *(Abg. Doris Prohaska: Ihr behauptet da einen Blödsinn.)*

Schaut Euch, liebe FPÖ, bitte nicht diese Machenschaften der SPÖ ab. Das Land ist kein Selbstbedienungsladen, wie es vielleicht vom Regierungspartner vorgelebt wird. Ihr macht aus Eurer kleinen Sicherheitsabteilung leider einen Familienbetrieb, und das ist für die Burgenländer eindeutig zu wenig. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)*

Ihr stellt den Bruder von Norbert Hofer an, Ihr stellt den besten Freund vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter an, auch andere Familienangehörige, Verwandte und Bekannte sind eingestellt worden. *(Abg. Manfred Kölly: Das habt Ihr auch gemacht. Das muss man dazusagen.)* Also das ist die Politik der FPÖ und vor allem unter dem Deckmantel, dass Ihr 15 Jahre groß geschrien habt, man müsse objektiv sein.

Das kann es nicht sein. *(Abg. Ingrid Salamon: Das schmerzt schon, wenn man nicht mehr in der Regierung sitzt. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na Ihr werdet erst schauen! Dann wärest Du als Erste weg, Ingrid. – Abg. Doris Prohaska: Jetzt wissen wir wenigstens wie Ihr tickt.)* Jetzt habt Ihr als FPÖ nur ein Prestigeprojekt in den letzten 14 Monaten auf den Tisch gebracht und dieses Prestigeprojekt ist die Förderung von Alarmanlagen.

Geschätzte Damen und Herren, dieses angebliche Prestigeprojekt ist leider gescheitert. Sachlich betrachtet ist es einfach ein großer Flop. Wenn man mit Experten, mit anderen Experten als jenen, die dafür bezahlt werden, und wenn man mit Elektrikern spricht, dann sagen die dir unter vier Augen, dass diese Alarmanlagen, die angepriesen werden, nicht dem neuesten Stand der Technik entsprechen - das habe ich am eigenen Leib erfahren - und gleichzeitig, dass zwei geförderte Sicherheits-Kontaktfelder für ein normales Einfamilienhaus einfach zu wenig sind. Also ist dieses Projekt ein Flop und auch gescheitert. *(Beifall bei der ÖVP – Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist ein Wahnsinn.)*

Außerdem, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, nur nochmals kurz sachlich hinterfragt: Sie haben mit der Polizei dieses Projekt nicht abgestimmt. Die wissen nicht darüber Bescheid, wie es abläuft. Sie haben auch mit der Landessicherheitszentrale keinen Prozess gestartet, wie beispielsweise Fehlalarme gehandhabt werden.

Die Polizei weiß nicht, wem sie die Rechnung schickt, wenn ein Fehlalarm anschlägt. Das sind Dinge, die die Menschen uns fragen und sie sagen: Okay, ich kann das Projekt nicht unterstützen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist die Antwort?)* weil ich nicht weiß, ob ich den Fehlalarm bezahlen muss. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sag es uns! Wer zahlt das?)*

Geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das sagen uns die Menschen. Das erfinden wir nicht. Also bitte finden Sie Lösungen für dieses Problem! *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist ein Wahnsinn.)*

Und außerdem, was den Verein betrifft, haben wir als ÖVP keine persönlichen Daten als Voraussetzung für eine Förderung gesammelt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wie funktioniert es?)* Das ist nicht die Politik, die die ÖVP gemacht hat, aber scheinbar läuft das jetzt anders, und das muss man auch den Menschen erklären.

Im Prinzip hat die FPÖ das Unmögliche möglich gemacht. Ihr habt Euch entzaubert in den letzten 14 Monaten, Ihr seid eigentlich eine Kopiermaschine ohne eigene Akzente, weil auch die Alarmanlage eigentlich ein abgeschautes Projekt darstellt. *(Abg. Doris Prohaska: Der Todeskampf ist extrem.)* In diesem Fall sogar vom Sitznachbarn. Wenn man nun zum Steighalter der Nation verkommt und auch Mehrheitsbeschaffer ist, dann kann man sich nicht wundern, das habt Ihr leider selbst zu verantworten.

Umso wichtiger und notwendiger ist es, … *(Zwiegespräche in den Reihen der FPÖ und ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Keine Sorge, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wir haben sachlich kritisiert, wir haben Ihre Anfragebeantwortung kritisiert, weil Sie unzureichend ist. Ich meine, da sind Sie nicht der Einzige von der Regierungsbank, aber jetzt sind Sie einmal an der Reihe.

Wir haben auch darauf hingewiesen, dass die FPÖ hier ihre Wahlversprechen nicht einhält. Umso wichtiger ist es, dass wir als ÖVP das Gegenkonzept zu diesem rot-blauen Einheitsbrei darstellen und nicht tatenlos zuschauen. *(Abg. Edith Sack: 15 Jahre habt Ihr zugeschaut.)*

Weil für uns ist ganz klar, dass wir für Einbindung statt Ausgrenzung stehen, für Freiheit statt Totalüberwachung und auch für Eigenverantwortung statt Bevormundung. *(Abg. Doris Prohaska: Wunschliste an das Christkindl. Das ist ein Armutszeugnis.)* Das ist die Politik, die wir als Volkspartei machen, entgegen zu Eurem gesellschafts- und machtpolitischen Zwang, den wir nicht teilen können.

In diesem Sinne glaube ich, dass zukünftig eine Anfragebeantwortung wesentlich detaillierter und inhaltsreicher sein sollte und dass man das Recht eines freien Abgeordneten akzeptieren muss, auch wenn man auf der Regierungsbank sitzt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wenn sich die Opposition heute so einig ist, dann hat das offenbar nur einen Grund, einen Keil zwischen die Regierungsparteien zu treiben. *(Abg. Mag.*

Thomas Steiner: Das geht ja gar nicht. – Abg. Manfred Kölly: Wie kommst Du auf so etwas? – Landeshauptmann Hans Niessl: Mit solchen Argumenten.)

Es ist sehr offensichtlich, dass Sie hier das einzige Ziel verfolgen, mit fadenscheinigen Argumenten einer absoluten Schmähparade, die überhaupt nicht begründet ist, hier untergriffig - sehr, sehr untergriffig - auch gegen den Herrn Landeshauptmann agieren *(Abg. Manfred Kölly: Wieso? Hat es eh gut gemacht.)*, was wir natürlich zurückweisen.

Hat die ÖVP gemacht, die anderen Oppositionsparteien ja, darüber freuen wir uns, dass Sie die Leistungen, die Ideen und die Vorreiterrolle des Herrn Landeshauptmann im Bereich der Wohnbauförderung gewürdigt haben.

Fakt ist, Sie missbrauchen eine Landtagssitzung für ihre scheinheiligen Zwecke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Welche Dringliche habt Ihr denn gemacht?)*

Sie missbrauchen eine Landtagssitzung! Die wirkliche Intention der Alarmanlagenförderung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter ist, zu einem bestimmten Preis mehr Alarmanlagen zu bekommen, als es vorher war, weil es mit den Kooperationspartnern einen besseren Einkaufspreis gibt und der damit erzielt werden kann. *(Abg. Manfred Kölly: Falsch! Was er jetzt gesagt hat, ist eindeutig falsch.)*

Das ist der Unterschied zu vorher, und die Burgenländerinnen und Burgenländer werden entscheiden, welche Alarmanlage sie sich anschaffen und wie viele Tür- und Magnetkontakte sie eben brauchen. *(Abg. Manfred Kölly: Das lasse ich so nicht stehen.)*

Herr Kollege Kölly, auch zu Ihnen noch. Sie kaufen einen billigen Atomstrom ein - offenbar - und wollen dafür die Bonuspunkte der Energie Burgenland noch haben. Beides wird nicht gehen, auch das ist wiederum scheinheilig, das haben Sie jetzt selber gesagt. *(Abg. Manfred Kölly: Ich kaufe günstigen Strom ein.)*

Vielleicht noch einige Fakten, und dann bin ich schon mit meinen Ausführungen am Ende, um das Ganze auf eine sachliche Ebene zurückzubringen. In den drei Wohnbauförderungsbeiratssitzungen des heurigen Jahres wurden 485 Anträge für Alarmanlagen, Sicherheitstüren und Videoüberwachungen positiv erledigt.

Dafür wurden 402.000 Euro an Förderungen genehmigt.

Zum Verein Nachbarschaftshilfe Sicherheit. Sie können versichert sein, dass der Verein mit den Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes umgehen wird, mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Mag. Sagartz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Benkö ist gerade zu uns herübergegangen und hat gesagt, man muss aufpassen, dass man die Würde des Hohen Hauses nicht verletzt.

Das stimmt, aber ich glaube, dann muss man zur Abrüstung auf allen Seiten aufrufen, denn die Wortwahl, die in den letzten beiden Debattenbeiträgen angekommen ist, nämlich insbesondere bei der Aussage vom Herrn Kollegen Schnecker, die möchte ich ganz deutlich zurückweisen.

Herr Abgeordneter Schnecker, Sie sprechen von einem Missbrauch einer Landtagssitzung. Missbrauchen kann man etwas, wenn man im Unrecht ist.

Ich möchte ganz kurz die Fakten aufzählen. Wir haben in der Geschäftsordnung, im § 29, dort steht drinnen, dass ein Drittel der Abgeordneten das Recht hat, eine schriftlich beantwortete Anfrage im Landtag zum Tagesordnungspunkt zu machen. Heute haben 16 Abgeordnete von 36 ein solches Begehren gestellt. Das ist weder unredlich, das ist weder nicht möglich, noch ist es ein Missbrauch. Es ist eine Möglichkeit, ein Thema, das uns offensichtlich so wichtig ist, dass wir schon seit einigen Minuten jetzt lauthals darüber streiten können, zum Thema machen.

Wenn das ein Missbrauch des Landtages ist, Herr Abgeordneter Schnecker, wenn das der Missbrauch eines Instrumentes der Geschäftsordnung für Sie ist, dann haben Sie die Verfassung und Ihre Rolle als Abgeordneter nicht verstanden. Nehmen Sie das zurück! *(Beifall bei der ÖVP, bei der LBL, bei den GRÜNEN und beim Abg. Gerhard Steier)*

Das kann man nicht ohne Emotion sagen, das möchte ich Euch auch sagen, weil, Missbrauch ist ein ganz schwerer Vorwurf, und den lasse ich zumindest für die 16 Personen, die diesen Antrag unterschrieben haben, den ich geschrieben habe, nicht gelten. Das möchte ich hier noch einmal betonen.

Ich möchte auch noch etwas festhalten, im § 29 steht weiters: Punkt 9, bei einer solchen Debatte kann nur ein allfällig begründeter Antrag gestellt werden, dass der Landtag die Beantwortung als begründet oder als nicht ausreichend begründet erachtet. Dieser Antrag ist schriftlich einzubringen und muss von mindestens vier Landtagsabgeordneten unterstützt sein.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Illedits! Da steht drinnen begründet, dieser Antrag war mit zwei Punkten begründet. Ob dieser Antrag aus Ihrer persönlichen Wahrnehmung gut genug, schlecht genug oder inhaltlich verfehlt ist, das bleibt Ihnen unbenommen, aber darüber abzustimmen und darüber zu befinden, macht ausschließlich der Burgenländische Landtag, und ich glaube, dass diese Wortwahl, die Sie getroffen haben, nicht in Ordnung war. *(Beifall bei der ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden heute über Sicherheit im Burgenland, und ich weiß, das ist ein emotionales Thema, und ich möchte nur einen einzigen Punkt bei den Alarmanlagen anmerken - wir haben das nachgerechnet.

Ich habe schon mehrfach hier in einigen Landtagsreden betont, Mathematik ist nicht meine Stärke, aber selbst bei der besten Berechnung und bei den besten Zielen, die wir uns setzen, es kommt einfach kein Vorteil für die Burgenländerinnen und Burgenländer heraus, wenn man sich das vom Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz erwähnte Modell hernimmt und es vergleicht mit der jetzigen Wohnbauförderung. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wo liegt denn das Problem?)* Das es keinen Vorteil daraus gibt, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Genau darüber wollten wir reden.

16 Abgeordnete haben nur gesagt, reden wir darüber, das heißt weder, dass Sie gezwungen sind, unserer Meinung zu folgen, noch dass wir gezwungen sind, Ihrer Meinung zu folgen. Wir reden darüber und wir stimmen später darüber ab.

Aber es ist auch genauso wichtig … *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Die geringste Möglichkeit. Es bleibt eh alles wie es ist.)* Es bleibt eh alles wie es ist, und Sie sind 14 Monate jetzt in der Verantwortung und haben versucht, etwas aufzuziehen, ein Projekt zu gestalten. Wenn Sie sagen, es bleibt eh alles wie es ist, dann

kann ich nur mehr dort anschließen, wo die Kollegin Sack geendet hat, nämlich - oder war es die Kollegin Prohaska, ich kann mich jetzt nicht erinnern -, es tut schon weh, wenn man nicht mehr in der Regierung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, was noch viel mehr weh tut? Dass man sieht, welche Möglichkeiten in diesen letzten 14 Monaten versäumt wurden.

Wir können uns schon herstellen und über Personalpolitik reden, aber es gab eine Partei, werte Kollegen von der FPÖ, die hat plakatiert, dass das so nicht weitergehen darf, dass sich vieles im Land ändern muss. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Hat sich eh alles geändert.)*

In Wirklichkeit hat sich nur die Zusammensetzung der Farben auf der Regierungsbank geändert und dass viele Projekte hinausgezögert wurden und in Wirklichkeit all jene Sachargumente, die vorkommen, jetzt halt unter anderen Mehrheiten und unter anderen Vorzeichen abgestimmt werden, und da kann man nicht davon reden, dass etwas schneller, effizienter oder besser gelungen ist, wie das manche andere auf der Regierungsbank manchmal behaupten.

Im Gegenteil - seit 14 Monaten herrscht in diesem Land ein geduldeter Stillstand. Ich sage Ihnen auch warum! Es ist ja ganz einfach.

Wir alle spüren, dass die Bundesregierung unter ÖVP und SPÖ - sagen wir mal - gewisse Probleme hat. Selbstverständlich hat die FPÖ auf Bundesebene überhaupt kein Interesse, dass da die Blauen im Burgenland Fehler machen. Das beginnt schon bei der Ressortzuteilung. Ich habe mir die Verwaltungsreform angesehen. *(Abg. Klaudia Friedl: Das gehört jetzt zu diesem Thema?)*

Ich habe leider mein Schild nicht mitgenommen, ich werde es Ihnen gerne übermitteln. Jetzt haben wir sieben Abteilungen, davon ist eine halbe Abteilung - der Vorstand - in einer FPÖ-Verantwortung und darunter zwei Punkte.

Alle anderen - 90 Führungsebenen - sind ein roter Punkt - zuständig ein SPÖ Regierungsmitglied. Nein, ich rede von Zuständigkeiten, nicht von … *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ, ÖVP und FPÖ - Abg. Klaudia Friedl: Das haben wir uns so ausgemacht.)* Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich rede nicht von der parteipolitischen Zugehörigkeit einer Person, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht persönlich. Politische Zuständigkeit!)* nein, von Zuständigkeiten der Regierung, nicht die Person, die dort sitzt, sondern wer ist für sie ressortzuständig.

Sieben Mitglieder haben wir in der Landesregierung, wir haben uns das angeschaut, 90 Führungsposten, davon bleibt, sagen wir, ein halber Abteilungsvorstand, wenn man jetzt fair ist, für den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter und den Landesrat. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Jetzt hat es gerade geheißen, es geht nicht um Personen.)*

Es geht um die Zuständigkeiten von Ihnen und dem Herrn Landesrat Petschnig, habe ich gerade erwähnt. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, vorher waren es 80, jetzt sind es 90. Ich kann schlecht rechnen, aber es sind um zehn mehr. Wo ist die Verschlankung um Gottes Willen? Es gibt keine Verschlankung, entweder hat man Ihnen das weisgemacht oder man möchte Sie da hinters Licht führen.

90 Führungskräfte gibt es heute, in dem Organigramm, das Sie aus welchen Gründen auch immer als Regierung beschlossen haben, sind 90 Führungskräfte, vorher waren es 80. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Schlank ist da nichts.)* Das Einzige, was ich mir angesehen habe, war, es gibt sieben Regierungsmitglieder, - und wer hat auf welche

Positionen dort, Referate, Hauptreferate Einfluss? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Politische Zuständigkeit.)* Politische Zuständigkeit - ich wiederhole es zum dritten Mal.

Ein Vorstand dieser neuen Abteilung, zur Hälfte, kann man sagen, ressortiert in der Verantwortung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters und des Landesrates Petschnig, darunter folgen zwei kleine Einheiten, wo man sagen kann, okay, das ist direkt das Ressort von den beiden.

Alles andere regiert in diesem Land die SPÖ und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man das nicht mehr zur Debatte bringen kann, dass wenn wir nach 14 Monaten darüber reden, was wurde aus dem Prestigeprojekt „Alarmanlagen“, dann verstehe ich das Problem nicht. *(Abg. Wolfgang Sodl: Was hat das mit den Alarmanlagen zu tun?)*

16 Abgeordnete wollten über das Thema reden, 16 Abgeordnete sind der Auffassung, dass dieses Thema für das Land wichtig ist, und Sie sagen, was brauchen wir da darüber reden. *(Abg. Ingrid Salamon: Geht es um das Personal oder um die Alarmanlagen? Reden Sie über das Personal oder über die Alarmanlagen?)*

Das ist nicht in Ordnung! Das werden wir so nicht zur Kenntnis nehmen. Deshalb bin ich darüber entsetzt, dass solche Wortmeldungen wie „Missbrauch eines Landtagsinstrumentes“ hier nicht geahndet werden. *(Beifall bei der ÖVP – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Ewald Schnecker: Ein einziger Fehlalarm.)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Kollege Schnecker! Ich korrigiere, es ist kein Fehlalarm, wenn es in diesem Land eine Alarmanlage für eine erfolgreiche Regierung gibt, dann ist das die ÖVP, denn je lauter die schreit und schrillt, desto sicherer können wir sein, dass wir gut unterwegs sind, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Ich halte den Vorwurf, dass ein Regierungsmitglied eine Anfrage nicht entsprechend beantwortet, für schwerwiegend. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kein Vorwurf, das ist ein Antrag.)* Dass hinter diesem Vorwurf wenig Substanz steckt, das sieht man auch an diesem Antrag, der ist jetzt nicht besonders umfangreich, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Es gibt keine Formvorschriften.)* und ich halte ihn auch für entsprechend substanzlos. Wenn der Herr Kollege Wolf sagt, er sieht hier Nachweisungsbedarf, dann werde ich meinem Kollegen, Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz empfehlen, dass er bei Ihrem Innenminister in die Lehre geht.

Ich werde Ihnen jetzt einmal präsentieren, wie der Anfragen beantwortet, und da sehen wir einmal - und das hängt auch mit Sicherheit zusammen - da sehen wir einmal, wie anständig Anfragen hier von unseren Regierungsmitgliedern beantwortet werden - im Übrigen: Ich glaube, es hat in der Geschichte niemanden noch gegeben, der eine Anfrage, eine schriftliche, so wie die aus dem Juni so rasch beantwortet hat, wie der Landeshauptmann-Stellvertreter, der die Frist nicht ausgeschöpft hat, sondern binnen elf Tagen zurückgeschrieben hat, also so viel zu dieser Kritik.

Es gibt eine Anfrage an den Innenminister aus dem Nationalrat, aus dem Sommer. Da geht es um die Migrationskrise und da wurden dem Innenminister 21 Fragen gestellt.

Die erste war: Wie viele Aufgriffe illegaler Migranten hat es im ersten Halbjahr in Österreich gegeben? Das waren 130.000, es wäre ein interessantes Thema, das jetzt eigens zu behandeln.

Aber dann gibt es natürlich Zusatzfragen. Da gibt es so Fragen, wie viele illegale Personen wurden in den Monaten Jänner bis Juni 2016 österreichweit aufgegriffen und zwar aufgeschlüsselt nach Aufgriffen durch die Polizei und durchs Bundesheer? Die Antwort des Innenministers: Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Wie viele wurden an den österreichischen Grenzübergängen aufgegriffen? Antwort des Innenministers: Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Soll er lügen?)*

Wie viele dieser österreichweit aufgegriffenen Personen haben einen Asylantrag gestellt? - Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Wie viele Personen wurden in die Aufgriffstatistik aufgenommen? - Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Das geht noch viele Fragen so weiter, bis zu einer sehr zentralen Frage aus meiner Sicht: Wie viele Personen, die 2015 und 2016 nicht zum Asylverfahren zugelassen wurden, haben Österreich nachweislich wieder verlassen? - Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Das sind Antworten, die man von ÖVP-Regierungsmitgliedern bekommt. Das einmal als Beispiel für eine Anfragebeantwortung, die wirklich nicht in Ordnung ist.

Sich dann im Vergleich über so etwas zu beschweren, das ist ja geradezu lächerlich, und wenn man über Planlosigkeit redet, wenn man über Planlosigkeit redet, gerade im Bereich der Sicherheitspolitik, meine Damen und Herren von der ÖVP, wenn man über Planlosigkeit redet, dann ist das das Paradebeispiel. Bitte da geht es doch um etwas! Und wir haben keine Ahnung, was da los ist.

Der Minister sagt, wir führen die Statistik gar nicht, wir haben keine Ahnung, wer hier ist, welchen Status die haben, wer das Land wieder verlassen hat. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sitzt in der Regierung?)*

Was die Sicherheit auf Landesebene angeht, hätte ich einen Wunsch: Ich hätte den Wunsch, dass sich diese Landesregierung, die aus historisch guten Gründen im Bereich der Inneren Sicherheit keine Kompetenzen hat - im Großen und Ganzen. Ich würde mir wünschen, dass diese Landesregierung im Bereich der Inneren Sicherheit nicht genötigt wäre, sich überhaupt solche Aktionen ausdenken zu müssen, wie eine Alarmanlagenförderung oder Sicherheitstüren.

Das ist nämlich nur deshalb notwendig, weil seit Jahren und Jahrzehnten die Planlosigkeit, die wir jetzt im Migrationsbereich haben, die ÖVP-Innenminister auch im Bereich der Sicherheit im Allgemeinen, der Kriminalitätsbekämpfung Platz greifen lassen, und deswegen gibt es solche Aktionen.

Deswegen ist man auch genötigt, als Land hier entsprechend einzugreifen. Das ist Planlosigkeit, und das ist ein Beispiel für eine miserable Anfragebeantwortung.

Also dieser Vergleich, da hält jede Anfragebeantwortung dieser Landesregierung dem Vergleich stand.

Was die restlichen Anwürfe angeht, darauf gehe ich nicht näher ein. Nett, wenn diese Anwürfe von Seiten einer Partei kommen, wo der Parteiobmann in einer Stadt residiert, die er quasi als sein Eigentum betrachtet. Das hat er gestern in einer

erfrischenden Ehrlichkeit sogar im Gemeinderat zu Protokoll gegeben, die Stadt bin ich – ja, das ist halt die Einstellung, die es in diesem Fall gibt, und ich kann mich nur wiederholen:

Solange Sie laut aufschreien und schrillen als Alarmanlage, wissen wir, dass wir als Regierung und Koalition gut unterwegs sind. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Herr Kollege Molnár, ich habe eine Bitte. Schlagen Sie nie vor, den Herrn Bundesminister für Inneres, Herrn Sobotka, als Vorbild für irgendetwas in seiner Amtsführung hier herzunehmen. *(Abg. Géza Molnár: Habe ich nicht vor.)* Das ist eine ganz andere Debatte, da können wir uns auch gar nichts positiv abschauen.

Ein erster Punkt zur jetzigen Debatte: Herr Kollege Schnecker, parlamentarische Rechte der Opposition und deren Nutzung, als scheinheilig zu bezeichnen, das weise ich wirklich zurück. Ich muss mich nicht emotional hier besonders stark einbringen, aber wir haben als Oppositionspartei sehr wohl das Recht, *(Abg. Manfred Kölly: Die Pflicht haben wir sogar.)* der Kollege Klubobmann Sagartz hat es bereits erläutert, wir haben das Recht, uns hier einzubringen. Ich halte es für äußerst problematisch, dass uns diese Debatte hier als scheinheilig unterstellt wird, ich weise das zurück.

Was ich auch in mehreren Debatten feststelle: Es gibt seitens der SPÖ generell sehr schnell eine Gekränktheit, wenn die Opposition das tut, was halt ihre Aufgabe ist, nämlich die Arbeit einer Regierung kritisch zu kommentieren. Da gibt es manchmal Zustimmung, und da gibt es manchmal Ablehnung, und das wird manchmal auch sehr heftig sein. *(Abg. Manfred Kölly: Bis jetzt war alles einstimmig.)*

Einige Kollegen und Kolleginnen reagieren hier sehr schnell emotional, wenn es auch so etwas wie Kritik gibt.

Ich habe einen Vorschlag, wie wir weitere solche hitzige Debatten eher vermeiden, indem zum Beispiel schriftliche Anfragen auch wirklich ordentlich beantwortet werden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wäre eine Rede.)* Ich muss gestehen, auch mir ist das schon so gegangen, dass ich bei einer Beantwortung einer schriftlichen Anfrage mir gedacht habe, warum bekomme ich hier eigentlich nicht wirklich ausführliche Antworten, die klar das beantworten, wonach ich gefragt habe.

Manchmal hat man schon den Eindruck, jemand, der so eine Anfrage beantwortet und die Beantwortung unterzeichnet, lacht sich ein wenig ins Fäustchen, wie viel jetzt möglich war, bei dem, was man unterschrieben hat, nicht zu sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Herr Landehauptmann lacht. Ich nehme an, er weiß, was ich meine. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Er weiß, was Du meinst. Stimmt's?)* Ein vierter Punkt. *(Zwiegespräch zwischen Landeshauptmann Hans Niessl und Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA.)* Die jetzige Debatte zeigt uns sehr deutlich, was wir in der österreichischen Politik, aber auch hier auf Landesebene ... *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau! Es stimmt doch! Es stimmt ja.)*

Meine Herren! Bitte, ich bin jetzt am Wort! Würden Sie das nachher ausdiskutieren? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist eine Art und Weise! Sind wir froh, dass das live ist. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* So. Was wir im

Burgenland und auf Österreichebene schon sehr häufig erleben und was wir hier betreiben, ist Symbolpolitik. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA in Richtung Landeshauptmann Hans Niessl: Was Du in Deinem Alter da abhältst. Das ist echt schrecklich!)* Wir haben hier seit geraumer Zeit in diesem Saal eine Sicherheitsdebatte, obwohl das Burgenland das sicherste Bundesland ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Obwohl wir wissen, dass wir nicht von irgendwelchen Kriminellen überrannt werden. Obwohl wir wissen, dass laut Statistik der Polizei … *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA in Richtung Landeshauptmann Hans Niessl: Beantworte meine Fragen! Beantworte sie einfach! Das hätte dann schon gereicht.)*

Herr Kollege Sagartz! Bitte streiten Sie nachher weiter. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Herr Landeshauptmann beantwortet gerade meine Fragen. Was soll ich jetzt machen?)* Ich bin gerade am Wort. Ja. Halten Sie sich zurück und warten Sie, bis ich ausgesprochen habe. Bitte.

Wir führen hier eine Scheindebatte zu einem Thema, das nur durch das Schlechtreden zu einem großen Thema geworden ist. Wir haben kein Sicherheitsproblem im Burgenland. Bitte beschäftigen wir uns von mir aus auch emotional und mit unterschiedlicher Positionierung. Es gibt wesentliche Punkte, die wir hier sehr beinhart und ausführlich diskutieren könnten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Ingrid Salamon: Einfach hier das Land schlechtreden. – Abg. Mag. Kurt Maczek: Einfach vom anderen Stern.)*

Bitte diskutieren wir das, was wir wirklich als Problem haben, und nicht etwas, was wir uns von einigen als Problem einreden lassen. Danke. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ich möchte mich jetzt nicht an dieser Debatte beteiligen. *(Abg. Doris Prohaska: Ist schon passiert!)* Ich möchte nur zu diesem letzten Satz vom Kollegen Molnár etwas sagen. Das ist natürlich die Unwahrheit. Das muss ich für das Protokoll sagen.

Man weiß, wie man jemanden nennt, der die Unwahrheit sagt. *(Abg. Géza Molnár: Sag´s! Was willst Du jetzt zu mir sagen? Sag´s, wenn Du dich traust!)* Wenn Du Zeuge bist und Du bezeugst das Falsche, dann ist es in dem Fall ein Meineid. Jedenfalls habe ich diesen Satz, den Du gesagt hast, natürlich nicht gesagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist dann auch im Protokoll der Gemeinderatssitzung sicherlich nachzulesen. *(Beifall bei der ÖVP - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem sehr viel gesagt oder geredet wurde, möchte ich zu einigen Punkten aufgrund von Fakten und nicht von irgendwelchen Äußerungen und Konstruktionen Stellung nehmen. Zunächst generell zu sagen, wir haben kein Sicherheitsproblem, halte ich für sehr überspitzt formuliert, denn es hat 71 Tote auf der A4 gegeben.

Es hat Situationen gegeben, wo die burgenländische Bevölkerung sehr sensibel reagiert hat, wo wir einen Kontrollverlust an der Grenze gehabt haben. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Was hat das mit Alarmanlagen zu tun?)* Dazu zu sagen, es gibt kein Sicherheitsproblem und das ist alles überspitzt formuliert, was man hier tut, halte ich absolut für den falschen Weg.

Wenn man das nicht mehr erleben will, was wir im vergangenen Jahr erlebt haben, dann braucht man ganz einfach Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, dass diese Fälle nie mehr eintreten, denn keiner will verantwortlich sein, dass hier Tote in Kühlwägen ins Burgenland gebracht werden. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Alarmanlagen ist doch das Thema.)* Weil hier reagiert wurde und weil hier ordentlich reagiert wurde, ist dieser Kontrollverlust jetzt nicht mehr gegeben und damit die Gefahr, dass solche Situationen entstehen, viel geringer.

Das ist der erste Punkt. Das heißt, wir brauchen Maßnahmen, denn wenn die Schengen Außengrenze nicht Standard ist, dann müssen die nationalen Grenzen kontrolliert werden. Da brauchen wir eine sehr gut koordinierte, eine gut durchdachte Vorgangsweise. Ich denke, dass der Verteidigungsminister hier auch ein sehr guter Mann ist, der diese Beiträge leisten wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Na, bitte!)*

Ein nächster Punkt ist die Wohnbauförderung. Wer ein bisschen die Medienberichte liest, weiß, dass die Wohnbauförderung in Salzburg zusammengebrochen ist. Mitten im Jahr ist das Geld aus und es gibt gar nichts mehr. Alle Anträge wurden zurückgewiesen. *(Abg. Manfred Kölly: Die hatten eine Landeshauptfrau!)*

Wie bitte? *(Abg. Manfred Kölly: Die hatten damals eine Landeshauptfrau.)* Nein, nein. Das hat mit der nichts mehr zu tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die neue Landesregierung hat eine Wohnbauförderung… *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt haben sie damit zu kämpfen.)*

Wenn man einen Zwischenruf macht, dann ist es, glaube ich, auch ganz gut, wenn man zuhört. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die neue Landesregierung hat dort eine Wohnbauförderung beschlossen, das hat mit dem alten gar nichts zu tun gehabt, die so unüberlegt war, dass man das Ganze nicht finanzieren kann und die Wohnbauförderung ist zusammengebrochen.

Die Leute bekommen keine Wohnbauförderung mehr und alle Anträge, die von August bis Jahresende kommen, werden wieder zurückgeschickt. Das hat mit Altem nichts zu tun. Das ist ein neuer Beschluss. Eine neue Wohnbauförderung, die so gut durchdacht ist, dass man all jenen, die irgendetwas gefordert haben - und hier gibt es ja auch Spezialisten - Recht gegeben hat. Damit ist alles kaputt und die Wohnbauförderung ist an die Wand gefahren.

Wir können sagen, und das ist nachzulesen bei Statistik Austria, dass wir die niedrigsten Mieten und die beste Wohnbauförderung haben. Was wir im Winter mit dem burgenländischen Sanierungsscheck gemacht haben, ist auch einzigartig in Österreich. Warum? Weil wir uns das mit Augenmaß auch leisten können.

Der burgenländische Wohnbauscheck hat vielen, über 1.000 Burgenländerinnen und Burgenländer, bis zu 5.000 Euro an Barmitteln in einer schwierigen Zeit ermöglicht.

Der österreichische Wohnbauscheck, den die Bundesregierung hat, gibt 600 Euro her. Wir sind bei 5.000 Euro gewesen. Das ist Wohnbauförderung mit Augenmaß, die bei der Bevölkerung ankommt, und diesen Weg mit Augenmaß müssen wir auch weitergehen

und nicht irgendwelchen Forderungen rechtgeben, wo man dann wie in Salzburg vielleicht Probleme bekommt.

Verantwortungsvoll, das Geld bei den Bürgern und die beste Wohnbauförderung Österreichs, das ist unser Weg. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie können auch bei jeder Landtagssitzung Ihr gutes Recht in Anspruch nehmen und hier irgendeine Anfrage diskutieren wollen. Das ist Ihr Recht. Aber es ist genauso das Recht der Regierung und auch der anderen Abgeordneten das zu sagen. Warum das politischer Missbrauch ist? Weil sich nämlich im Grunde von der Alarmanlagenförderung gar nichts geändert hat.

Sie stellen das so dar, da wird in der Sicherheitsabteilung gefördert, da wird der Verein gefördert. Das stimmt ja alles nicht. Das glaubt ja dann nicht einmal noch irgendwer. *(Abg. Manfred Kölly: Das hat ja keiner gesagt! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Nein, aber das Sicherheitsreferat fördert. Es hat sich gar nichts geändert. Es fördert die Burgenländische Wohnbauförderung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich komme ja noch zu dem Ganzen. *(Abg. Wolfgang Sodl: Information!)*

Es hat sich einmal überhaupt nichts geändert und die Alarmanlagenförderung ist eine burgenländische Erfolgsgeschichte. Warum? Weil wir 5.326 Anträge bereits in Summe bearbeitet haben, Tendenz jetzt steigend und 4,3 Millionen Euro an Förderungen zur Verfügung gestellt haben.

Jetzt erzählen Sie mir, dass das eine schlechte Sache ist, wenn es 5.300 bis jetzt in Anspruch genommen haben und jetzt eine deutliche Beschleunigung der Förderung gegeben ist. Was Sie sagen, ist falsch, Sie machen das schlecht. In Wahrheit ist es eine Erfolgsgeschichte und die Burgenländerinnen und Burgenländer haben 4,3 Millionen Euro dafür kassiert.

Ich denke, die Alarmanlagenförderung ist, um es noch einmal klar zu sagen, eine Erfolgsgeschichte. *(Abg. Manfred Kölly: Herr Landeshauptmann! Das hat niemand gesagt! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Manfred Kölly: Das habe ich auch nicht gesagt! Niemand hat das gesagt!)*

Nächster Punkt. Ich habe ja nicht gesagt, dass Sie das gesagt haben. Entschuldigung. Wir werden im Protokoll dann nachlesen, wer das gesagt hat, dass das Sicherheitsreferat die Alarmanlagen fördert und der Datenschutz verletzt ist, weil das über den Verein geht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Verein hat nicht die Aufgabe, Alarmanlagen zu fördern, das macht die Wohnbauförderung. Genauso wie wir das die letzten acht oder neun Jahre gemacht haben. *(Abg. Manfred Kölly: Na, dann passt es.)* Da ist ja überhaupt nichts verändert in dem Bereich. Da sind Dinge gesagt worden, die ganz einfach nicht stimmen. Da können noch fünf aufstehen und das behaupten, ist es trotzdem falsch. Wenn ich öfter die Unwahrheit sage, wird es dadurch nicht richtiger. *(Abg. Edith Sack: Genau!)* Der nächste Punkt betrifft den Landeshauptmann-Stellvertreter.

Wenn wir sagen, wir haben die Alarmanlage gehabt. Entschuldige, er macht sich Gedanken mit dem Innungsmeister, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Reden Sie einmal mit ihm!)* mit dem Installateurmeister Wirth. *(Abg. Manfred Kölly: Redet mit ihm doch einmal!)*

Ich habe ja geredet. *(Abg. Manfred Kölly: Was sagt er?)* Entschuldige, du kannst eine Alarmanlage um 1.000 Euro haben und du kannst eine um 5.000 Euro haben. Das ist ja genauso, wie wenn ich mir ein Auto kaufe. Ich kann mir eines um 12.000 Euro und ich

kann mir eines um 50.000 Euro kaufen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es bleibt doch jedem Burgenländer selbst überlassen, welche Alarmanlagenförderung und welche Alarmanlage er sich kauft. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)*

Der Landeshauptmann-Stellvertreter hat gesagt, da gibt es die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Innungsmeister, mit der Burgenländischen Wirtschaftskammer. Wir können hier günstiger auch anbieten und der Herr Wirth war bei der Pressekonferenz dabei und hat gesagt, ja, es gibt billigere, es gibt teurere und er bemüht sich, dass wir sagen, es gibt Alarmanlagen auch für Leute, die weniger Geld haben und nicht 2.000 beziehungsweise 3.000 Euro ausgeben können. Das muss man sich auch vorstellen. Das gibt es. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ja, wirklich. Ja, dass sich hier Leute auch eine einfachere Alarmanlage ankaufen können. Wo ist das Problem, wenn ein Regierungsmitglied sagt, jetzt schauen wir, dass wir das Ganze billiger machen, nehmen den Innungsmeister dazu und veröffentlichen die burgenländischen Betriebe, die Alarmanlagen installieren.

Das ist das Böse? Das ist ein komplett verkehrtes Denken. Wenn ich sage, ich schaue dass ich es billig bekomme. Arbeit und Geld sollen im Land bleiben und burgenländische Betriebe sollen das machen und die 24 burgenländischen Betriebe veröffentliche ich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass man die Leute hinweist, in jeder Region hast du Installationsmeister, die das tun. Dann soll das schlecht sein? Ich glaube, schlecht ist eher, wenn man nur kritisiert und keine gescheiten Vorschläge hat und das ist da offensichtlich in einem großen Ausmaß der Fall. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Insofern finde ich es für gut, dass die Möglichkeit aufgezeigt wird, du musst für eine Alarmanlage nicht 2.000, 3.000 oder noch mehr Tausend Euro ausgeben, es gibt auch billigere. Ich finde für gut, dass die burgenländische Wirtschaft angeführt wird und die Betriebe, welche Alarmanlagen installieren. Da frage ich mich, wo das Problem jetzt tatsächlich liegt?

Nämlich, dass ich die Möglichkeit habe, eine billige zu kaufen, eine etwas teurere oder noch eine teurere. Dass ich sage, wenn du eine Alarmanlage haben willst, dann gibt es burgenländische Betriebe, nämlich 24, die aufgelistet sind. Bitte wende dich an die. Du hast dort Qualitätsarbeit, du hast eine gute Installation. Insofern sollen Arbeit und Geld im Land bleiben. Das ist der erste Punkt und der zweite Punkt ist, dass sich jene Leute, die weniger Einkommen haben, auch eine Alarmanlage leisten können.

Problem sehe ich dabei keines. Das noch dringlich zu diskutieren, ist eine nette Sache. Ich freue mich darüber, aber das Ergebnis wird Null sein. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer das Wort. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre restliche Redezeit sechs Minuten beträgt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Ich habe zu Beginn meiner Rede die Wohnbauförderung als ein Musterbeispiel hingestellt. Sie können das jederzeit nachlesen. Sie waren nicht im Saal. Ich habe vor allem die Förderung der Alarmanlagen als besonderes Musterbeispiel hingestellt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das, was der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gemacht hat, ist nichts anderes, als das, was es durch die Wohnbauförderung schon gibt, nur eben billiger, kleiner. Deshalb habe ich auch gesagt, dass es unter dem Strich nichts kostet. Nur 14 Monate dazu verwenden, meine sehr geehrten Damen und Herren, um der Bevölkerung weiszumachen, man hat hier etwas Besonderes geleistet, dazu ist dieses Projekt nicht geeignet.

Das zweite Projekt, das Sie jetzt mit Ihrem Sicherheitspartner angegangen sind, das geht schon ins Geld. Da höre ich von 500.000 Euro. Das sind 23 Leute in Ausbildung, die 1.300 Euro im Monat bekommen werden. Das muss man sich dann genauer anschauen.

Wenn die umgehen wie Sheriffs in Uniform, mit einem Kapperl, eine Taschenlampe werden sie auch haben. Eigentlich haben sie aber nur jedermanns Rechte. Nicht mehr und nicht weniger. Jedermanns Rechte sind Notwehr und Nothilfe. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das gibt es ja nicht!)* Das ist dasselbe, was man bei der Wache beim Bundesheer lernt. Du hast zwar eine Waffe, aber trotzdem hast du nur jedermanns Rechte. *(Abg. Manfred Kölly: Das sage ich schon seit 15 Jahren! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das wird man sich genauer anschauen. Ansonsten, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sind wir genau auf Ihrer Linie. Genau auf Ihrer Linie. Das erste Projekt des Landeshauptmann-Stellvertreters kostet nichts, weil Sie das ja weit besser 15 Jahre lang schon gemacht haben und weit besser fördern.

Das Zweite, das er jetzt angegangen ist, das geht ins Geld. Das muss man sich dann anschauen. Mir war wichtig, das auch hier festzustellen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier in der Diskussion sehr viel Emotion erlebt. Jetzt, unter anderem, auch von der Regierungsbank, wo es in der Begründung bezogen, oder in der Darstellung dessen, wo jetzt die Antragsstellung gelegen ist, quasi nur die vorgeschobene Argumentation gibt, denn es ist ja im Grunde genommen alles nur gut.

Jetzt nehmen wir an, dass im Verhältnis auf die Burgenländerinnen und Burgenländer, auf unser gesamtes Bundesland, eine Notwendigkeit auf Alarmanlagen gegeben ist.

Das ist aber ein alter Hut. Dies ist aber auch in der Diskussion ein paar Mal angeführt worden, das gibt es im Rahmen der bestehenden Wohnbauförderung nicht seit gestern, sondern schon seit ein paar Jahren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist ausgebaut worden, es hat sich entwickelt und hat eben eine Fördersituation im neuen beziehungsweise auch im Sanierungsbereich gegeben, bezogen auf Alarmanalagen.

Was jetzt in der Umsetzung länger über Monate diskutiert wurde, dann mit einer oder mehreren sogenannten Pressekonferenzen dargestellt wurde, unter anderem begleitet mit einer Broschüre, ist eine Alarmanlagenförderung vom Sicherheitsreferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz.

Er ist der Mastermind hinter dieser Aktion und die hauptsächlichen Kritikpunkte, oder das, was quasi in der Diskussion jetzt angeführt wurde ist, erstens die Art und zweitens der Umfang der Alarmanlage. Es gibt im Grund genommen von verschiedensten Elektrounternehmungen beziehungsweise auch Sicherheitsleuten die Einwürfe, dass es sich um eine verkleinerte Form in der Summe um die 1.000 Euro bewegt und dass es für Einfamilienhäuser in der Regel nicht ausreichend ist.

Das wird ein jeder grundsätzlich sagen, und sie selbst bestimmen in ihren Darstellungen immer wieder, es handelt sich um kleine Wohneinheiten, die quasi auf die Tür und auf irgendetwas im Raumsinne als Sensor eingebaut ist, um die Alarmierung auszulösen.

Die zweite Frage, die sich stellt, ist die Verbindung zur LSZ. Unsere Landessicherheitszentrale, soweit mir bekannt ist und soweit ich sie kenne, ist auf eine Vielzahl von Alarmanlagen Einwendungen nicht ausgestattet. Das heißt, wir brauchen dort, wenn wir alle Alarmanlagen an die Landessicherheitszentrale anhängen, ein stärkeres und fassungsstärkeres Vermögen bezogen auf die EDV-Technik.

In der Ausführung ist das aber nur ein Problem, das sich stellt und das es zu bereinigen gibt. Auf der anderen Seite ist bei Ihrer Aktion die Energie Burgenland dabei, wo es vorher bei der Wohnbauförderung nicht der Fall war. Tatsache ist, und jetzt korrigieren Sie mich, dass mir jeder erzählt, wenn er jetzt eine Bonuspunkteaktion im Sinne der Alarmanlagenförderung auslösen möchte, einen teureren Tarif unterschreiben muss, damit er in den Genuss der Bonuspunkte in dieser qualifizierten Form auf den von Ihnen angesprochenen 100 oder 150 Euro kommt. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Falsch! Unrichtig!)*

Tatsache ist, dass das in der Darstellung immer wieder angeführt wird. Tatsache ist, und jetzt zurück auf die Elektrounternehmungen, es war am Anfang die Rede mit ihrer Präsentation, dass nicht alle burgenländischen Elektrounternehmungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Aktion „Installierung von Alarmanlagen“ sein können und dass sich erst im Laufe eines Prozesses ergeben hat, dass die vom Landeshauptmann angeführten 22 burgenländischen Elektrounternehmen diese Installation vornehmen dürfen.

Tatsache ist auch, und da reden Sie jetzt mit diesen Elektrounternehmungen, wenn jemand diese Anlage bestellt und mit dem Elektrounternehmer ins Gespräch tritt, stellt er kurzfristig fest, dass für sein Objekt diese in der grundsätzlichen Darstellung in der Broschüre gegebene Alarmanlage nicht ausreicht.

Das heißt, wir haben, und hier hat vorher in der Ausführung der Landeshauptmann von Anstoßfinanzierung gesprochen, mit dem, was Sie über Alarmanlagen hier predigen, in Wirklichkeit ein kleines Mosaiksteinchen bezogen auf die große Investition, die ein Bauherr zu treffen hat, wenn er eine vollwertige Alarmanlage haben möchte. Das ist quasi, in positiver Hinsicht sage ich, eine Anstoßfinanzierung für das Elektrounternehmen, weil es in der Regel nicht dabei bleibt, die kleine Form zu wählen, sondern eine große, die die Sicherheit gewährleisten soll. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt im Grunde genommen jetzt auch Verschiedenstes, das sich anführen ließe, denn wir haben es im Grund mit der Anfrage, oder mit der Diskussion jetzt in diesem Landtag heute auf den Punkt gebracht.

Es gilt nicht nur im Grund genommen in der Fragestellung etwas zu beantworten, sondern auch darauf einzugehen, dass die Wirklichkeit sich erst dann widerspiegelt, wenn die Abgeordneten es wünschen in einer bestimmten Art und Weise auch kennenzulernen.

Diesem Anspruch kann man nicht mit dem Vorwurf des Missbrauchs begegnen. Man kann aber auch nicht davon sprechen, wie es vorher in der Darstellung von Regierungsseite gefallen ist, dass wir diese Diskussion der Alarmanlagen als Schutzmantel für etwas, was als Kontrollverlust an der Grenze passiert ist, brauchen.

Das ist auch eine vorgeschobene Diskussion, und daher ist es vordergründig, dass hier in dieser Breite so darzustellen, als würden sich alle die Proponenten in der Interessensform auf diesen Antrag bezogen waren, ausschließlich darauf beziehen, dass sie die Vorhaltungen, es würde Österreich nicht entsprechend den Grenzschutz betreiben, gefallen lassen müssen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Als wir heute Vormittag erfahren haben, dass wir diese Debatte heute im Hohen Landtag führen, da haben wir uns gedacht, was ist denn so elementar, was ist denn so dringlich, was ist denn so wichtig, dass wir heute dem Hohen Landtag eine durchaus längere Pause gönnen müssen, um diese Inhalte hier zu debattieren und zu diskutieren? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich sage ganz offen, ich habe nicht an eine Schmähparade der ÖVP gedacht, nein, ich dachte, da werden jetzt Ideen eingebracht, da werden Vorschläge gemacht, da werden konstruktive Anregungen unterbreitet, die wir vielleicht aufnehmen können, die wir diskutieren und dann aufnehmen können. Naja, nach eineinhalb Stunden Debatte sind die konstruktiven Ideen Mangelware, sind die Vorschläge nicht gekommen.

Die Anregungen sind sozusagen nicht vorhanden. Ich frage mich also noch einmal: Welchen Sinn hat diese Debatte im Hohen Haus gehabt? Begründet wurde es, weil die Anfragebeantwortung vom Landeshauptmann-Stellvertreter unzureichend war. Naja, dann warten wir natürlich auf eine ordentlich begründete Argumentation, warum wir das heute diskutieren.

Es waren, glaube ich, drei ÖVP-Abgeordnete draußen *(Ein Zwischenruf: Vier Abgeordnete!)* und haben - vier Abgeordnete draußen, noch ärger - einige Minuten verwendet zu argumentieren. Aber begründet, warum wir das da heute machen müssen, ist es nicht geworden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es geht nur heute! Verfassung!)*

Keine einzige Begründung. Sie werfen jetzt dem Landeshauptmann-Stellvertreter vor, nicht ordentlich zu begründen und begründen selber nichts. Entschuldigung, das ist doch wie im Kindergarten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist diesen Hohen Haus nicht würdig, was da inszeniert wird. Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob jetzt der Landtag damit missbraucht wird oder nicht, das soll jeder für sich entscheiden. *(Abg. Manfred Kölly: Müsst Ihr den verteidigen?)* Rechtlich ist es natürlich völlig in Ordnung, das ist völlig klar. Politisch, meine geschätzten Kollegen von der ÖVP, war es doch entlarvend. Politisch hat man natürlich schon das Ansinnen gesehen, was dahintersteht.

Keine Ideen einzubringen, keine Vorschläge zu machen, keine Anregungen zu machen, aber dem Hohen Landtag das zuzumuten, das zeigt es schon. Aber, ich verstehe schon, dass das nicht einfach ist, *(Ein Zwischenruf: Macht Platz!)* wenn man das als ÖVP jetzt sieht, dass eine Regierungskoalition zusammenarbeitet, ordentlich diskutiert und

nach außen hin auch die Erfolge verkauft. Ich verstehe das schon, das war davor so nicht möglich, dass das nicht einfach ist.

Aber wenn der Herr Wolf heute hergeht und einige Fragen an den Hohen Landtag stellt und beispielsweise die politische Verantwortlichkeit in der Landesregierung kritisiert, da war ich doch ein wenig überrascht, weil diese Antwort hätte er sich eigentlich fast neben dem Sitznachbar holen können.

Da sitzt der Kollege Steiner, der ja auch Bürgermeister von Eisenstadt ist und den können Sie fragen, welche politische Verantwortlichkeiten die anderen haben. Die anderen Fraktionen. Da schaut es so aus, 100 Prozent ÖVP und sonst nichts. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann kritisiert Wolf weiter, hier wurden Leute aufgenommen ohne Ausschreibung und dergleichen. Na, so etwas, Sie hätten ja nur ihren zweiten Nachbarn fragen brauchen, den Kollegen Steiner, wie er das handhabt, ob es da eine Ausschreibung gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich!)* Der Kollege Opitz, ich weiß nicht, wie lange er noch da ist, aber man hört, er verlässt das Land, er wechselt in die Stadtgemeinde Eisenstadt. Ich bin neugierig, ob es eine Ausschreibung gegeben hat.

Aber, ich bin mir fast sicher, es hat keine Ausschreibung gegeben, macht ja auch nichts. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Was ich damit sagen will, wissen Sie, wenn man im Glashaus sitzt, dann soll man nicht mit Steinen werfen, *(Abg. Markus Ulram: Genau! Nimm es Dir zu Herzen!)* Sie brauchen sozusagen da nicht hinterfragen, Sie sollten einfach nur den Kollegen Steiner fragen.

Ich glaube, das Hohe Haus hat hier mehr verdient, wie solche Schmähparaden, dass wir das heute über uns ergehen lassen mussten. Es gibt heute noch wichtige Beschlüsse, die wir beschließen sollen.

Daher bin ich der Meinung, wir sollten zur Tagesordnung zurückkehren und ordentliche Beschlüsse fassen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Es ist wirklich immer interessant, wenn alle Argumente ausgehen, dann kommt man auf die Gemeinderatssitzungen in Eisenstadt zurück. Ich kann Ihnen sagen, dass es für das Bürgermeisterbüro natürlich keine Ausschreibung gegeben hat. Das ist ja keine Frage, so, wie es in den Regierungsbüros auch ist, das ist ja ganz klar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ansonsten gibt es überall Ausschreibungen bei uns und ich sage Ihnen etwas, denn es ist noch nicht lange her, da wurden in der Stadtgemeinde Eisenstadt die Tochter eines grünen Funktionärs und die Gattin eines blauen Funktionärs aufgenommen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ah so!)*

Wissen Sie warum? Weil es die besten waren und das ist unser Zugang in der Stadt und da geht es nicht um Parteipolitik. So, wie Sie eben Ihre eigene Einstellung haben, so glauben Sie das auf andere übertragen zu müssen, aber das ist eben nicht der Fall.

Das wollte ich nun einmal zu Eisenstadt sagen, damit das einmal klar ist. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, wenn ich schon hier bin, am Rednerpult, weil gerade

der Landesinnungsmeister Wirth als Zeuge aufgerufen worden ist. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Zeuge? – Abg. Ingrid Salamon: Er ist doch nicht vor Gericht!)* Er ist ja nicht da, aber ich kann etwas vorlesen, was er am 13. Juli 2016… *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist echt ein Wahnsinn. Zeugenaussage! - Landeshauptmann Hans Niessl: Was ist das für eine Aussage? Ich habe mich auf ihn berufen. – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Entschuldigung, das ist eine Redensart, Ihr tut mir schon richtig leid!

Egal. Sie haben sich auf den Herrn Wirth berufen, kann man so sagen. Jetzt lese ich Ihnen vor, was er am 13. Juli 2016 in einer Fachzeitschrift veröffentlicht hat. Mit Bild: Landesinnungsmeister Andreas Wirth: Diese Aktion, die durch die Burgenländische Landesregierung organisiert wurde, schlägt hier im Burgenland, aber wie man sieht österreichweit große Wellen. Mich haben schon sehr viele Alarmanlagenerrichter diesbezüglich kontaktiert und ihre Wut an mir ausgelassen.

Dazu möchte ich sagen, dass ich mich gut informiert habe, bevor ich dieser Aktion zustimmte. Leider sind einige Details, welche im Voraus besprochen wurden, dann aber doch unerklärlicher Weise untergegangen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nach der Norm!)* Bei der Eröffnungspressekonferenz habe ich vor dem ORF von sämtlichen anderen anwesenden Medien zweimal explizit verkündet, dass es sich lediglich um ein Startpaket handelt, das nur die Grundbasis, aber noch nicht einer nach der Norm errichtete Alarmanlage enthält. Auch über die Wichtigkeit einer Risikoanalyse für jedes einzelne Objekt habe ich dabei mehrmals darauf hingewiesen. Leider ist es offensichtlich untergegangen, da die Worte der Politik scheinbar interessanter waren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie man nun von den Burgenländischen Alarmanlagenerrichtern hört, ist diese Aktion eine wirklich große Werbekampagne gewesen, jedoch mit null qualitativen Botschaften, da im Prospekt einige Fehler aufgetreten sind. Es fehlten zum Beispiel Komponenten in den Auflistungen und es gab viele Druckfehler und Rechtschreibfehler. *(Abg. Markus Ulram: Ein Experte! - Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Ist doch eh ein „Schwarzer“!)*

Wer hat ihn gerade genannt? *(Allgemeine Unruhe)* Ja, entschuldige, jetzt sage ich Euch etwas: Der Experte, auf den Ihr Euch berufen habt, sagt. Das ist ja nicht mehr. Ich zitiere ja nur. Die Krönung ist außerdem, sagt er, dass die beworbene Gratisaufschaltung der Alarmanlagen auf die LSZ noch gar nicht funktioniert. Damit möchte ich „Ende des Zitates“ sagen.

Natürlich, Sie haben ihn ja bei der Pressekonferenz dabei gehabt und haben ihm andere Dinge erzählt. Im Nachhinein ist er draufgekommen, dass es so nicht stimmt und dass einfach die Elektriker die Alarmanlagen einbauen, voller Wut anrufen und sich über diese Aktion aufregen.

Punkt. So ist es und so müssen Sie es auch zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich lasse nun über den Antrag der Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Gerhard Steier, Kolleginnen und Kollegen, die Beantwortung der schriftlichen Zahl 21 - 362, Beilage 514, der Anfrage des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Zahl 21 - 324, Beilage 476, als nicht ausreichend begründet zu erachten, abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Die Behandlung ist erledigt, wir gehen in der Tagesordnung wieder ein.

13. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 494), mit dem der 1. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 342) (Beilage 554)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Berichterstatter zum 13. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 494, mit dem der 1. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 342, Beilage 554, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der 1. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 8. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der 1. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Herren auf der Regierungsbank! Kollegin und Kollegen! Ich finde es sehr bedauerlich, dass bei so einem wichtigen Tagesordnungspunkt wie dem Bericht aus dem Monitoringausschuss, der ein sehr junger Ausschuss bei uns im Land ist, sich hier die Reihen derartig lichten.

Ich habe Verständnis, dass man erschöpft ist, ich kenne das, ich sitze selber fast durchgehend hier in der Landtagssitzung, aber dass sich hier viele Kolleginnen und Kollegen offensichtlich nicht koordinieren, wer wann Pause macht, sondern bei einem so wichtigen Thema hier eine Leerung des Saales zulassen, finde ich jetzt persönlich nicht sehr angemessen.

Der vorliegende Bericht des Monitoringausschusses, der, wie gesagt, ja noch sehr jung ist, der Ausschuss, der wurde ja erst 2015 eingesetzt, ist einer, der uns aufzeigt, wie viel in kurzer Zeit sehr sinnvoll gearbeitet werden kann.

Etwas, was ich hier besonders von der Form hervorheben möchte, ist, das wird Ihnen aufgefallen sein, wenn Sie den Bericht gelesen haben, es gibt hier auch eine Zusammenfassung des Berichtes in leichter Sprache. Was das bedeutet, wird man dann ein bisschen später auch noch von mir hören. Es geht darum, hier Texte so zu

formulieren, dass es auch Menschen, die nicht gewohnt sind, lange Texte zu lesen oder sehr inhaltsvolle Texte zu lesen, schon gar nicht Gesetzestexte zu lesen, verstehen können, worum es geht.

Das würde, glaube ich, in vielen Zusammenhängen und Belangen schon ein wichtiger Schritt sein, wenn wir irgendwann einmal dazu kommen, dass man möglichst alle Gesetze, die wir vom Land hier verabschieden, auch in leichter Sprache nachzulesen wären, damit die Menschen auch wissen und alle Menschen wissen, worum es geht.

Aus einigen Empfehlungen möchte ich drei besonders herausheben und das ist ein weiterer Punkt, der mir bei dem Bericht des Monitoringausschusses gefällt, es gibt sehr konkrete Vorschläge, wie wir im Land hier weiterarbeiten können.

Zum Ersten. Der Monitoringausschuss empfiehlt einen Paradigmenwechsel in der Verwaltung des Landes, der Bezirke und der Gemeinden. Behinderte Menschen sollten nicht länger als Bittsteller, sondern als Konsumenten und Konsumentinnen wahrgenommen werden. Wir haben in vielen Behörden noch immer die Situation, dass Menschen generell, tendenziell nicht als Kunden und Kundinnen, sondern als Bittsteller und Bittstellerinnen betrachtet und behandelt werden. Menschen mit Behinderungen erleben das doppelt so stark. Ich halte das für einen ganz wichtigen Hinweis des Monitoringausschusses und hoffe, dass das an die Behörden auf allen Ebenen im Land weitergegeben wird.

Ein zweiter Punkt, dem werde ich mich hier jetzt ausführlicher widmen, weil er auch zum Schwerpunktthema im Monitoringausschuss für das Jahr 2016 gewählt wurde, es ist das Thema der Persönlichen Assistenz.

Was ist der Wert der Persönlichen Assistenz? Jeder Mensch, ob behindert oder nicht, muss selbst entscheiden können, wie er oder sie sein oder ihr Leben gestaltet.

Etwa wann er oder sie ins Bett geht oder aufs WC, ob man lieber eine Familie gründet oder als Single lebt, ob man sich einmal die Nächte um die Ohren schlägt oder die Abende zu Hause verbringt. Persönliche Assistenz schafft diese Möglichkeit auch für Menschen mit Behinderungen.

Persönliche Assistenten, Persönliche Assistentinnen leihen den Menschen mit Behinderungen ihre Augen, ihre Muskelkraft, ihre Hände - was sie jetzt gerade brauchen. Sie unterstützen die behinderten Personen bei all jenen Tätigkeiten, die Mann oder Frau auf Grund einer Behinderung nicht durchführen kann. Fährt beispielsweise eine Rollstuhlfahrerin morgens in die Arbeit, öffnet ihr der Persönliche Assistent die Autobustür und hilft der Person in den Bus hinein.

Geht ein nicht sehender Vater mit seinem Kind ins Museum, liest die Persönliche Assistentin vor, was das Kind zum Beispiel über Dinosaurier wissen will. Die Persönlichen Assistenten und Assistentinnen stellen den Kunden und Kundinnen ihre Augen, ihre Muskelkraft, Füße oder Hände zur Verfügung - das, was gerade gebraucht wird.

Der große Unterschied zum Leben in betreuten Einrichtungen liegt darin, dass die behinderte Person die Rolle der Auftraggeberin einnimmt und selbst entscheidet, welchen Lebensstil sie leben will und selbst bestimmen kann, was gut für sie ist.

Ich freue mich sehr, dass der Monitoringausschuss empfiehlt, dass dieses Modell der Persönlichen Assistenz im Burgenland noch stärker gestaltet wird.

Er empfiehlt, dass die derzeit von der Fachabteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung zu erarbeitenden Kriterien für die Persönliche Assistenz sich an den Kriterien der anderen österreichischen Bundesländer orientieren,

insbesondere sollten die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Steiermark und Burgenland vergleichbare Leistungen gewähren.

Das ist ja auch eine Frage, die uns in anderen Bereichen der Politik stark beschäftigt, zum Beispiel in der Jugendwohlfahrt, wo es unterschiedliche Tagsätze in unterschiedlichen Bundesländern gibt, und das, obwohl es permanent einen Austausch und grenzübergreifende Betreuung gibt. Hier wird es halt im Zusammenhang mit der Persönlichen Assistenz genannt.

Die burgenländischen Verantwortungsträger und -trägerinnen werden ersucht, dafür einzutreten, dass die Finanzierung der Persönlichen Assistenz sichergestellt ist. Das möchte ich auch von meiner Seite her unterstützen.

Der Monitoringausschuss empfiehlt, dass der Gesetzgeber in Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice für den Beruf „Persönlicher Assistent, Persönliche Assistentin“ ein definiertes Anforderungsprofil vorgibt. Die Verknüpfung mit der Ausbildung zur Arbeitsassistenz wäre sinnvoll, sagt der Monitoringausschuss. Die Persönliche Assistenz ist ein neues Berufsbild, eine Nische, die auch arbeitsmarktpolitisch interessant ist. Ich hoffe sehr, dass dieser Bericht und dieser Teil des Berichtes in der entsprechenden Abteilung ganz besonders ernst genommen werden. Ich gehe davon aus.

Ein dritter Punkt - zur Barrierefreiheit: Hier wird klar berichtet, obwohl öffentlichen Bauträgern die Barrierefreiheit vorgeschrieben ist, wird in der Regel bei Bauverhandlungen kein Sachverständiger für Barrierefreiheit hinzugezogen. Das bemängelt der Monitoringausschuss und empfiehlt, dass der Gesetzgeber eine Kontrollinstanz im Bereich der Barrierefreiheit verbindlich vorsieht. Ich denke, das sollten wir gesetzlich festhalten.

Ich habe das noch nicht gleich in einen Antrag der GRÜNEN hineinverpackt, auch wenn es uns jetzt schon ein dringliches und großes Anliegen ist, weil ich hoffe, dass hier auf baldige Initiative der Regierungsparteien ein gemeinsamer Antrag zustande kommt. Ich wollte keinen Antrag stellen, der dann schnell in einer Ausschusssitzung irgendwie in die Unverbindlichkeit umgewandelt wird. Unsere Unterstützung werden Sie jedenfalls dafür haben.

Nun möchte ich noch einen Zusatz aus aktuellem Anlass hier anbringen. Wir reden hier von einem Monitoringausschuss der beobachtet und bewertet, wie es Menschen mit Behinderung bei uns, in unserem Staat, geht. Wenn wir uns eine von der FPÖ angezettelte, aktuelle politische Diskussion zum Wahlrecht ansehen, dann könnte das eventuell auch einmal unseren Monitoringausschuss beschäftigen. Denn aus Ihren Reihen, Kollegen von der FPÖ, kommt die Forderung nach Beschränkung des Wahlrechtes für behinderte Menschen.

Die Teilhabe am politischen Leben ist ein wichtiger Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention und ist im Artikel 29 geregelt. Ich hoffe, daran will die FPÖ nicht rütteln.

Zu diesem Vorstoß aus Ihren Reihen muss eines ganz klar und deutlich gesagt werden und ich sage das jetzt bewusst in einfacher, für viele Menschen verständlicher Sprache. Das Recht zu wählen, ist ein Menschenrecht, es muss für alle Menschen gelten. Die EU sagt zum Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen:

Das Wahlrecht ist kein besonderes Recht für ein paar Menschen, jeder Mensch hat das Recht zu wählen. In unserer Zeit muss es klar sein, dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Rechte haben, wie alle anderen Menschen. Also auch das Recht zu wählen.

Wenn ein Land das schwer oder unmöglich für eine bestimmte Gruppe macht, dann kann es passieren, dass die Gesetze in diesem Land nicht ernst genommen werden. In Österreich ist es selbstverständlich, dass alle Menschen mit Behinderungen wählen dürfen. Das gilt auch für Menschen für Lernschwierigkeiten, das gilt auch für Menschen, denen das Erinnern und das Denken nicht immer leicht fällt. Das ist sehr erfreulich.

Gar nicht erfreulich ist es allerdings, dass in einer Zeit, in der es unser größtes gemeinsames Anliegen sein müsste, es tut mir sehr leid, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter gerade jetzt den Raum verlässt, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz bleibt noch im Landtagssitzungssaal. – Abg. Manfred Kölly: Er steht eh da!)* in einer Zeit, in der es unser größtes gemeinsames Anliegen sein müsste, saubere, gültige Wahlen hinzukriegen, die FPÖ schon wieder zu sticheln anfängt und eine weitere Bevölkerungsgruppe nicht nur an den Rand, sondern darüber hinaus drängen will.

Die FPÖ, beziehungsweise ihr Kandidat, stellen hier gerade das Wahlrecht von 50.000 Menschen in Österreich in Frage. Die ungefähr würde es betreffen, wenn das durchgesetzt wird, was sie vorgeschlagen haben.

Dabei gibt es in Österreich ganz klare Regeln, wer, wie, unter welchen Voraussetzungen wählen darf und jeder Missbrauch unterliegt einer Strafe. Mein Wiener Kollege Martin Margulies hatte im Jahr 2010 auf Grund eines Falles in seiner Familie von sich aus einen entsprechenden Missstand aufgezeigt, darauf wurde damals reagiert und die Regeln wurden klarer gefasst, die Missstände wurden beseitigt.

Nun wollen die FPÖ und ihr Kandidat als Gutachter über das Wahlrecht von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern entscheiden. Die mannigfachen Streitigkeiten zur Richtigkeit von Gutachten sind hier im Saal wohl den meisten bekannt. Sie schaffen damit noch mehr Probleme, sie lösen wieder einmal kein einziges.

Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, möglichst vielen Menschen die Teilhabe an demokratischen Prozessen zu ermöglichen und nicht einzelne Gruppen bewusst auszuschließen. Auch das zu überprüfen, ist Aufgabe eines Monitoringausschusses.

Ich bin neugierig, was im nächsten Bericht stehen wird, den vorliegenden nehmen wir mit Freude zur Kenntnis. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorweg einmal zu dem Abschlussstatement meiner Vorrednerin. Es tut mir wirklich weh, dass die jetzige Monitoringausschussdebatte plötzlich auf einmal in eine Wahlkampfdebatte hinsichtlich der Bundespräsidentschaftswahl abgleitet! Drum lassen wir das so stehen, ich will auch gar nicht mehr weiter auf das eingehen. Ich möchte nämlich wirklich beim Monitoringausschuss bleiben.

Erstens einmal freue ich mich, dass inhaltlich, da sind wir uns ja sehr ähnlich beziehungsweise fast gleich, dass dieser Monitoringausschuss existent ist. Darf herzlichen Dank sagen dem Vorsitzenden, Dr. Josef Weiss, der im Prinzip einen entsprechend hochqualitativen Tätigkeitsbericht abgegeben hat, brauche eigentlich nimmer im Detail auf die behindertengerechte Barrierefreiheit beziehungsweise auf die Persönliche Assistenz eingehen, sondern möchte, nachdem ich ja davon ausgehe, dass

dieser Tätigkeitsbericht einstimmig zur Kenntnis genommen werden wird, gleich einmal auch - auf Grund dieser Empfehlungen - einige Überlegungen oder Ableitungen treffen.

Wir haben hier neben der Barrierefreiheit das Hauptthema der Persönlichen Assistenz gehabt. Die Persönliche Assistenz ist durch das Sozialhilfegesetz beziehungsweise die angepasste beziehungsweise abgeleitete Verordnung der Landesregierung vom 25.01. für den Bereich der Arbeit gut geregelt. So darf ich das aus meiner Sicht und auch aus der Sicht von Vereinen, die sich der Menschen mit Behinderung angenommen haben, auch hier übermitteln.

Es fehlen uns hier nur zwei Segmente, die ganz explizit ausgenommen sind, weil wir im Sozialhilfegesetz einfach drinnen stehen haben, die „begünstigten Behinderten“. Die „begünstigten Behinderten“ sind halt ex lege nur die Behinderten, die im Arbeitsleben, um das jetzt einmal so herkömmlich zu sagen, stehen.

Das heißt, es wären alle vom nullten bis zum 15. Lebensjahr und auch diejenigen, die in der Lehre stehen, ausgenommen. Es sind auch all jene ausgenommen, die nicht mehr erwerbstätig oder pensioniert sind. Aber auch dort haben wir Menschen mit Behinderung, die eine Persönliche Assistenz brauchen, um ihr Leben so gestalten zu können, wie jeder andere von uns für sich in Anspruch nimmt, das Leben sich gestalten zu wollen. Das ist eigentlich die Sequenz, oder die Quintessenz, für mich aus diesem Tätigkeitsbericht.

Dass wir jetzt hier als Landesgesetzgebung und die Landesregierung, der zuständige Landesrat, durch diese Kenntnisnahme dieses Berichtes in der nächsten Zeit sich darüber Gedanken machen sollten, wie man hier entsprechend die Formulierungen im jeweiligen Gesetz hinbringt, sodass im Prinzip ein Gutteil unserer Menschen, besonders jener außerhalb, die ja doch noch mehr sind, als unsere Jungen, die in die Pension schon ausgeglitten sind, hier auch noch zu einer Persönlichen Assistenz verhelfen kann.

Die auch dann unter dieser unsäglichen jetzigen Gesetzesbegriffsbestimmung, nämlich der „begünstigten Behinderten“ fallen können, sodass auch ihnen die Möglichkeit gewährt werden möge, dass sie Persönliche Assistenz in Anspruch nehmen können.

Aber ganz besonders natürlich auch unseren Jungen, die sich im Kindergarten hart tun, die sich vorher schon in der Familie hart tun. Weil es ist ja nicht so, dass eine Familie, die jetzt ein behindertes Kind hat, automatisch eine Familie ist, die reich ist. Das heißt, also beide werden ins Berufsleben getrieben sein. Es wird das Kind dadurch nicht dementsprechend betreut werden können und bleibt der eine oder andere aus dem Berufsleben zurück, dann beginnt sich in Wirklichkeit die Armutsspirale zu drehen.

Da sollten wir schon noch als Gesetzgeber, beziehungsweise in der Regierung, ein Auge darauf haben, dass unseren Burgenländerinnen und Burgenländern, die eben von null bis 15, beziehungsweise ab dem 65. Lebensjahr, um es jetzt kurz zusammengefasst zu sagen, auch die Möglichkeit einer Persönlichen Assistenz gegeben wird.

Das wäre für mich der Anstoß, nämlich die Kenntnisnahme dieses Berichtes, der Anstoß für uns alle, dass wir in diese Richtung uns Überlegungen hinsichtlich der Gesetzgebung machen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Bürgermeister Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht vorab, weil das einzige Regierungsmitglied da ist, der Herr Landesrat Darabos, weil vorher die Anfragebeantwortung sehr hart diskutiert wurde. Ich glaube, das gehört auch gesagt. Ich muss sagen, ich bin mit der Anfragebeantwortung des Herrn Ministers sehr zufrieden.

Das - glaube ich - gehört auch gesagt. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Ex-Minister!)* Ich habe immer das Gefühl, ja, Ex-Minister, Landesrat, das muss man auch sagen, ich habe wirklich das Gefühl, dass inhaltlich und ausführlich berichtet wird. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Fleißigste von allen!)* Ich glaube, das muss man an dieser Stelle auch sagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es wurde schon sehr viel zum Monitoringausschuss, zur Tätigkeit des Monitoringausschusses und zu diesem Bericht gesagt. Es ist so, dass die UN-Behindertenrechtskonvention sagt, dass Menschen mit Behinderung die gleichen Rechte haben müssen, wie alle anderen Menschen. Dieser internationale Vertrag gilt natürlich auch für Österreich. Bund und Länder waren gemäß Art. 33 verpflichtet, für ihren Zuständigkeitsbereich Monitoringausschüsse einzurichten.

Der Burgenländische Monitoringausschuss setzt sich somit für hilfs- und unterstützungsbedürftige Menschen mit Behinderung und deren Rechte ein.

Der Monitoringausschuss hat die Burgenländische Landesregierung im Bereich der Behindertenpolitik zu beraten sowie Stellungnahmen und Empfehlungen zu erarbeiten. Ich glaube, das ist noch nicht von meinen Vorrednern gesagt worden. Ich möchte mich wirklich ganz herzlich bei den Mitgliedern dieses Monitoringausschusses für ihre Arbeit und den vorliegenden Bericht bedanken. Es ist von meinen Vorrednern auch schon erwähnt worden, kurz Empfehlungen im Bericht des Monitoringausschusses an die Landesregierung, das war die Persönliche Assistenz.

Breiter Raum wurde im Bericht auch den Behindertenorganisationen vorgebracht, unterschiedliche Entscheidungspraxis der Bezirksverwaltungsbehörde eingeräumt.

Der Monitoringausschuss formulierte die landesweite Harmonisierung der Handhabung der Leistungsgewährung als wichtiges Ziel seiner Tätigkeit. Es wurde auch eingegangen auf die behinderten Menschen. Sie sollten nicht als Bittsteller, sondern als Konsumenten wahrgenommen werden. Kann man natürlich auch nur zustimmen. Auch die Barrierefreiheit hat die Frau Petrik angesprochen.

Schlussendlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, müssen wir alles tun, damit hilfs- und unterstützungsbedürftigen Menschen eine möglichst selbstbestimmte Lebensführung ermöglicht wird.

Ich glaube, da sind wir alle gefordert und vor allem die Landesregierung, die diesen Bericht dieses Monitoringsausschusses, glaube ich, sehr ernst nehmen sollte.

Ich kann nur sagen, unsere Fraktion wird diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zur Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Wortmeldung.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werter Herr Landesrat! Geschätzte ZuhörerInnen auf der Tribüne! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nun bei einem Bericht, den eine Einrichtung wie der

Monitoringausschuss, der seit November 2015 eingerichtet wurde, gemacht hat, ist es bei drei Vorrednern schwierig, Neues vorzubringen. Trotzdem sei mir erlaubt, ein paar Gedanken in diese Richtung zu tätigen. Ich glaube, die Prämisse, die wir alle wollen, ist die, dass Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglicht werden muss.

Dieser Grundlage folgend hat auch die Arbeit des Monitoringausschusses im November 2015 begonnen. Mag. Darabos hat im November 2015 diesen Ausschuss dann konstituiert. Ich muss einmal gratulieren zu dieser fachkundigen Auswahl der sieben Mitglieder. Es sind sämtliche Einrichtungen in diesem Ausschuss enthalten. Es war - glaube ich - eine wesentliche Idee, auch einen wissenschaftlichen Beirat beizuziehen. Denn man sieht bereits bei dem Hauptthema Persönliche Assistenz, dass dieser wissenschaftliche Vertreter sehr wesentlich sein wird.

Die Tätigkeit des Monitoringausschusses bezieht sich, wie bereits erwähnt, auf Beratungen der Landesregierung, aber auch auf schriftliche Verfassungen seitens der Stellungnahmen und Empfehlungen und schließlich auf die einjährige Berichtspflicht. Dieser einjährigen Berichtspflicht wird nunmehr nachgekommen und dabei wird bereits aufgezeigt, dass in acht Monaten drei wesentliche Bereiche angesprochen wurden.

Der erste Bereich, der mir sehr wichtig ist, wo gezeigt worden ist, dass ein wesentliches Ziel die Harmonisierung der Entscheidungsprozesse in den Bezirksverwaltungsbehörden zu diesem Thema erreicht werden soll. Ich glaube, das ist auch wichtig. Dazu stehen auch die zuständige Abteilung und auch der zuständige Landesrat. Dieses Ziel soll in den nächsten Monaten auch angegangen werden, und ich bin überzeugt, dass das auch gelingen wird.

Ein wesentlicher Bereich ist die Persönliche Assistenz. Bevor ich aber darauf eingehe, möchte ich nochmals die Rechtsgrundlagen vor Augen führen. Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde bereits erwähnt. Was aber nicht erwähnt wurde, ist das Burgenländische Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaftsgesetz.

In diesem ist nämlich genau diese Einrichtung des Monitoringausschusses auch inkludiert. Wesentlich sind mir aber die Grundsätze. Diese Grundsätze machen die Arbeit dieses Monitoringausschusses aus. Grundsätze sind demonstrativ aufgezählt.

Dazu zählen Achtung der Menschwürde, Nichtdiskriminierung und vor allem auch die Chancengleichheit. Das war der Aspekt, warum dieser Monitoringausschuss auch im November 2015 installiert worden ist. Wie gesagt, sieben Mitglieder, und diese Mitglieder haben als Hauptthema die Persönliche Assistenz gewählt. Ich bin überzeugt, dass das ein sehr gutes Thema war, weil nämlich genau die Unterscheidung von Betreuungstätigkeiten zur Ermöglichung einer selbstbestimmten Lebensführung wesentlich ist.

Ich glaube auch, dass damit eine Abgrenzung zur Hauskrankenpflege, aber auch zur 24-Stunden-Betreuung vorgenommen werden kann. Für mich wesentlich ist, wie bereits vorher erwähnt, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung im Rahmen eines Symposiums oder einer Landtagsenquete erfolgen soll. Primär würde ich die Landtagsenquete präferieren. Ich glaube, das wäre eine Chance, genau für Menschen mit Behinderungen aufzuzeigen, wie wichtig die Arbeit ist.

Es ist auch notwendig - so glaube ich -, dass man andenken soll, um vielleicht auch dem Kollegen Haidinger bei seinen Expertisen zu folgen, was an Gesetzesänderungen gemacht werden könnte. Dass man überlegen soll, ob ein Rechtsanspruch auf diesen Monitoringausschuss, ein Rechtsanspruch auf die Persönliche Assistenz auch im Gesetz

geregelt werden soll. Oberösterreich ist ein Vorreiter. Man muss sich das anschauen, wie das im konkreten Fall ausschauen kann.

Ich möchte auch noch auf die Empfehlungen eingehen. Einiges ist gesagt worden. Ich unterstreiche das, was Mag.a Petrik gesagt hat, wenn es darum geht, dass behinderte Menschen nicht als Bittsteller dargestellt werden dürfen.

Behinderte Menschen, die eine selbstbestimmte Lebensführung haben sollen, müssen als Konsument, als Kunde, gesehen werden. Ich glaube, diese Umsetzung dieses Bildes ist wesentlich, wenn man davon spricht, das ist ein Spiegelbild der Sozialpolitik, wenn man davon spricht, was man für diese Menschen machen kann.

Ich glaube auch, dass es wichtig sein wird, eine Informationsoffensive zu starten, worin genau diese Themen auch nach außen hin gebracht werden. Das wurde auch bereits angeregt.

Zuletzt noch auf die Barrierefreiheit. Also es ist - glaube ich - noch nicht erwähnt worden, gerade das Land Burgenland wurde erst vor kurzem mit einem Gütesiegel vom ÖZIV Burgenland wegen Barrierefreiheit ausgestattet.

Ich glaube, auch dieses Thema ist bei uns sehr gut angekommen und es wird sicherlich auch in diesem Monitoringausschuss weiterverfolgt werden.

Letztendlich habe ich noch die Aufgabe, mich wirklich herzlich einerseits bei den Verfassern des Berichtes, das ist der Dr. Josef Weiss, aber auch die Dr. Gerlinde Stern-Pauer, zu bedanken. Ich möchte aber gleichsam auch Dank den Mitgliedern dieses Monitoringausschusses aussprechen, die bereits in acht Monaten zwei, drei Sitzungen getätigt haben. Letztendlich auch beim zuständigen Landesrat für die Installierung dieses Ausschusses, weil demnach werden auch dann den Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung getragen. Und das ist - glaube ich - sehr wichtig für eine Sozialpolitik des Landes.

Zuletzt noch, unsere Fraktion, oder meine Fraktion, wird zweifelsohne diesen Tätigkeitsbericht mit einem wertschätzenden Danke zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich sage jetzt trotzdem noch etwas zu den Vorwürfen der Kollegin Petrik. Die Kollegin Petrik und ich telefonieren im heurigen Jahr sehr oft und reden sehr oft über den Wahlkampf miteinander. Und - ich glaube - wenn wir einen Konsens haben, dann ist das der, dass sich die beiden Gruppen unterm Strich nichts schuldig bleiben, wie es in einem guten Wahlkampf auch sein soll. Aber fürs Protokoll, weil ja der Vorwurf, unser Kandidat betreibe den Ausschluss von Behinderten vom Wahlrecht, doch sehr schwerwiegend ist.

Ich weiß nicht, ob sie die Ö1-Sendung Klartext gehört haben, wo eine längere Passage diesem Thema gewidmet war und Norbert Hofer dazu auch ausführlich Stellung genommen hat. Es geht ganz und gar nicht um den Ausschluss von Behinderten vom Wahlrecht. Im Gegenteil, es geht um den Schutz von Behinderten vor Missbrauch. Norbert Hofer hat das mehrfach klargestellt. Sie kennen unseren Standpunkt zur Briefwahl. Ist auch mein persönlicher Standpunkt.

Gelegenheit macht halt Diebe. Wir müssen bei der Wahlrechtsgebung schauen, dass die Gelegenheiten halt möglichst sparsam, sagen wir einmal so, im Gesetz vorkommen. Gelegenheit macht Diebe. Wenn dann die Briefwahl noch mit Wahlberechtigten zusammentrifft, die geistig behindert sind, die dement sind, dann wird es unter Umständen doch problematisch.

Der Nachweis eines konkreten Wahlbetruges im Einzelfall ist natürlich schwierig, weil derjenige, der das Wahlrecht in diesem Fall mit einem Dementen missbraucht, der macht ja das bewusst und wird ja nicht eine große Runde zu seinem rechtswidrigen Akt einladen.

Wir haben alle diesbezüglich Wahrnehmungen. Wir haben Indizien. Wenn man sich etwa die Wahlkartenanteile, Briefwahlkartenanteile in Pensionistenhäusern anschaut, dann wundert man sich manchmal schon, überhaupt wenn man dann versucht, solche Anteile auch zu erheben. *(Abg. Gerhard Steier: Das sind reine Vermutungen!)*

Ich habe das im Burgenland versucht. Wenn man sich bei den Gemeindewahlbehörden erkundigt, dann lautet die Auskunft, sie bekommen einen Rückruf und der kommt dann interessanterweise direkt vom Innenministerium. Also es ist gar nicht so einfach.

Aber die Zentrale… *(Abg. Gerhard Steier: Verschwörung!)* Das habe ich nicht gesagt, Herr Kollege. Nur wer in dem Bereich behauptet, dass es nicht problematisch ist, vor allem in Kombination, *(Abg. Gerhard Steier: Die sind ausgeschlossen, die dürfen gar nicht!)* also der lebt auf einem anderen Planeten. Aber mir geht es um den Vorwurf, dass hier der Ausschluss von Behinderten gefordert worden wäre. Das ist natürlich nicht der Fall. Das ist falsch. *(Abg. Manfred Kölly: Sonst dürfte ja der Hofer auch nicht wählen!)*

Es geht um den Schutz von Behinderten vor Missbrauch. Dass gerade Norbert Hofer so ein Vorwurf gemacht wird, entbehrt ja nicht einer gewissen Komik. Denn Sie wissen, Norbert Hofer ist selbst behindert und ist im Nationalrat seit Jahren ein über alle Parteigrenzen hinweg - das wird die Kollegin Jarmer sicher bestätigen - anerkannter Behindertensprecher und Behindertenvertreter. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist ein ganz ein anderes Thema! - Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat um Ihre Ausführungen.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ganz kurz nur. Soweit ich jetzt mitbekommen habe, dürfte es einen einstimmigen Beschluss zu diesem Monitoringausschuss geben. Danke für das Lob. Ich bin ein bisschen verwirrt, Herr Kollege Rosner, aber, Spaß beiseite, es ist aus meiner Sicht auch noch zu kurz, die gesamte Arbeit zu bewerten.

Wir haben im November des Jahres 2015 diesen Monitoringausschuss gegründet. Die Empfehlungen, die jetzt am Tisch liegen, sind diskutiert worden, ausreichend diskutiert worden in diesem Haus, auch mit der Empfehlung, hier eine Persönliche Assistenz bekommen zu können, wenn man behindert ist. Ich bin aber schon sehr froh, das sage ich ganz offen, dass in diesem Ausschuss Persönlichkeiten sitzen, die erstens selbst betroffen sind, und zweitens, aus meiner Sicht, und ich glaube auch aus Ihrer Sicht, als unabhängig eingestuft werden können. Wir werden sicherlich in den nächsten Jahren hier durchaus auch noch Empfehlungen bekommen, die auch kritisch bewertet werden.

Es ist natürlich auch so, dass wir sehen, dass im Behindertenbereich, was die Barrierefreiheit und so weiter betrifft, jene, die selbst betroffen sind, auch einen schärferen Blick auf die Sache haben, als jene, die nicht betroffen sind. Wir nehmen das gerne auf und ich halte diesen Ausschuss, so wie er jetzt zusammengesetzt ist, für gut.

Ich möchte nur eine Lanze noch brechen für die Patientenanwaltschaft, die in diesem Bereich ganz besonders wichtig ist, mit dem Vorsitz des Kollegen Weiss, die leisten wirklich tolle Arbeit, teilweise auch im Verborgenen, was Vertretungen von Personen betrifft, die innerhalb des Gesundheitssystems im Burgenland, aus welchen Gründen auch immer, zu Schaden gekommen sind. Ich halte das, noch einmal gesagt, insgesamt als wichtigen, auch zusätzlichen Impuls im Gesundheits- und Sozialsystem. Ich sehe es nicht als Kontrollinstanz alleine, sondern einfach als eine Instanz, die uns im Gesundheitssystem helfen kann.

Insofern ist das der erste Bericht des Monitoringausschusses, nicht der letzte, und auch in einer kurzen Phase, von November bis jetzt, verfasst. Wir werden nächstes Jahr vielleicht noch einige kritische Anmerkungen auch noch bekommen, aber ich bin der Meinung, dass das eine gute Institution ist, die wir hier nicht nur aufgrund europäischer Vorgaben oder Vorgaben der UNO zu installieren hatten, sondern weil das auch uns hilft, in unserem System noch besser zu werden als wir sind.

Danke vielmals und danke auch für die Zustimmung für diesen Bericht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der 1. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

14. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 481), mit dem der Burgenländische Sportbericht 2014/2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 329) (Beilage 555)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 14. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 481, mit dem der Burgenländische Sportbericht 2014/2015 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 329, Beilage 555.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bevor ich dem Berichterstatter das Wort erteile, mache ich aufmerksam, dass General- und Spezialdebatte in einem durchgeführt werden.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Frau Präsidentin. Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Burgenländische Sportbericht 2014/2015 zur Kenntnis genommen wird, in seiner 6. Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Burgenländische Sportbericht 2014/2015 wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einmal mehr ein Bericht, der zuerst erfreulich beginnt, weil ich gratulieren will. Denn kein anderes Bundesland hat bei den heurigen Olympischen Sommerspielen mehr Medaillen gemacht wie das Burgenland. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Da muss man schon gratulieren, das muss man schon dazu sagen. Es wurde auch dementsprechend gewürdigt und auch dementsprechend dargestellt.

Ich finde das wirklich für in Ordnung und sehr gut. Denn hier sieht man eindeutig, dass mit Fleiß und Wille sehr viel erreichbar ist. Vielleicht sollte sich der eine oder andere im Hohen Haus auch einmal zu Herzen nehmen, dass man das auch schaffen kann - mit Fleiß und Wille. Betonen möchte ich auch, dass wir im Burgenland viele Sportlerinnen und Sportler haben, die sich ausgezeichnet in Szene setzen und bereits tolle Erfolge gefeiert haben.

Aber auch jenen, die sich stets bemühen, Erfolge einzufahren, und es ihnen nicht gelingt, kann man nur gratulieren, kann man nur Dankeschön sagen für das, was sie als Botschafter für das Burgenland hinaustragen in die weite Welt. Denn sie bemühen sich tatsächlich alle, um hier Erfolge einzufahren und ich glaube, das muss man auch dementsprechend würdigen.

Aber jetzt vielleicht zu dem Bericht. Der Herr Landeshauptmann hat heute schon - wir haben ja schon einiges diskutiert - gesagt, wie viele Vereine es im Burgenland gibt. Es gibt an die 1.000 Sportvereine. Ich bin nicht so optimistisch wie er, dass das alles so über die Bühne geht und so gut floriert, wie er das dargestellt hat und wie wir das unterstützen.

Sondern ich bin sehr skeptisch in gewissen Bereichen, wo wir uns wahrscheinlich in Zukunft vielmehr anstrengen müssen und vielmehr vielleicht auf das schauen, dass wir auch einheimischen Sportlern und Sportlerinnen die Möglichkeiten geben, hier zu spielen, hier ihren Sport auszuüben. Hier sage ich bewusst auch beim Fußball.

Denn gerade der Fußball zeigt ja immer mehr auf, dass die Spieler von auswärts kommen. Heute haben wir schon diskutiert, EU, Ausländer und dergleichen mehr. Auch hier sollte man sehr vorsichtig mit solchen Dingen umgehen. Man sollte die Jugend forcieren, man sollte auch nicht immer glauben, man muss in der höchsten Spielklasse mitspielen und hier Spieler dementsprechend lukrieren, die dann schlussendlich für eine Gesellschaft gar nicht mehr zu haben sind. Sie „vertschüssen“ sich nach dem Spiel und sind weg, Hauptsache sie haben kassiert. Aber da sind wir eigentlich alle miteinander in einem Boot.

Aber was ich klar und deutlich zu diesem Bericht sagen will, ist auch entscheidend, dass man sehr wohl unterstützend unterwegs sein muss. Das Land macht das. Da bin ich schon auch beim Herrn Landeshauptmann, dass man auch die Möglichkeit gibt zu ehren und ihnen klar sagt, ihr habt etwas geleistet.

Selbstverständlich! Nur muss man jetzt auch schon schön langsam aufpassen, weil, ich weiß gar nicht mehr, wen ich aufschreiben soll. Ehrungen gibt es in dieser Reihenfolge, wen können wir noch ehren? Wen wollt ihr noch draufhaben? Und dergleichen mehr. Viele sind schon zehnmal geehrt worden. Man sollte vielleicht auch an solche Leute denken, die sich bemühen und es nicht schaffen, auf ein gewisses Niveau zu kommen.

Auch dort sollte man einmal hinterfragen wie das ausschaut, ob man nicht auch solche Leute vor den Vorhang bittet und ihnen eine Ehrung zukommen lässt. Dieser Sportbericht gibt eine sehr detaillierte Auskunft über die sportlichen Leistungen, aber auch über die Aufteilung der finanziellen Mittel.

Wenn der Herr Landeshauptmann sagt, na ja, der, der dem Budget nicht zustimmt, hat quasi eh nichts zum Schwätzen da, bin ich ganz anderer Meinung.

Weil, das kann ich goutieren. Da kann ich sagen, jawohl. Aber auch das muss man auch kritisch hinterfragen, welche Punkte da sind, die dementsprechend gefördert werden. Jetzt sage ich nur, leicht angedeutet, Akademie in Mattersburg. Auch hier wird es demnächst einen Rechnungshofbericht geben. Der wird eine Prüfung machen. Ich bin schon sehr interessiert, was da herauskommt.

Ich habe kein Problem damit. Soll so sein, soll passen, weil man die Jugend und dergleichen mehr fördert. Aber man darf auch als Opposition kritisch hinterfragen, was da passiert. Das wollte ich nur einmal anbringen. Ich glaube auch, dass es entscheidend sein wird, dass die Erfolge oder Nichterfolge einer Sportlerin oder eines Sportlers nicht nur von ihm selber abhängen, sondern auch von denen, die dahinter und daneben stehen.

Und natürlich vieles freiwillig machen in Vereinen, in Sportvereinen speziell, wo sich Vorstände bereit erklären, hier mit allen negativen und positiven Seiten dort zu stehen. In der letzten Zeit ist schon öfters vorgekommen, dass sie sagen, ich gehe sicher in keinen Vorstand mehr rein, weil diese Haftungen und diese Auflagen tue ich mir nicht mehr an.

Auch hier sollte man ein Umdenken einmal stattfinden lassen, um hier das zu verändern. Ich glaube, diese vielen freiwilligen Helfer, wenn es die nicht gäbe, gäbe es viele Seiten vom Sport nicht, gäbe es viele Vereine nicht. Daher auch ein klares Dankeschön an diese Leute, die sich hier wirklich massiv engagieren und hier vieles dazu beitragen, dass unser Land, und das muss man ja sagen, dieses kleine Land sehr erfolgreich ist im Sport.

Es gibt genug Namen, die man aufzeigen kann, die man international, auch mit tollen Preisen ausgestattet hat, und die Erfolge gehabt haben, die sich sehen lassen können. Aus dem Sportbericht ist auch zu entnehmen, dass sehr viel Geld an die diversen Verbände und Vereine natürlich an Einzelsportler verteilt werden. Sei es wie es sei. Das habe ich gerade erwähnt.

Wie alle wissen, und es ist so, bleibt bei der Sportförderung im Burgenland ein ganz ein wichtiger Faktor, den ich auch noch einmal unterstreichen will, weil das einfach entscheidend ist. Weil viele Vereine brauchen einfach eine Unterstützung, aber das alles mit Augenmaß. Das muss man auch dazu sagen.

Heute ist schon diskutiert worden, na ja, wie viel hat der gekriegt, wie viel hat der gekriegt. Alles klar. Aber da ist es transparent. Heute ganz ein wichtiger Faktor. Man sollte wirklich schauen, welche Möglichkeiten schafft man tatsächlich. Nicht nur Parteipolitik in den Verein hineinzubringen, sondern wirklich Leistungen, aber auch das Umfeld anerkennen.

Ich bin auch der Meinung, dass die Sportförderung auch im Burgenland vieles bewegt hat und dass man, da muss ich jetzt eine Kritik anbringen, früher ist man, wenn es Ehrungen gegeben hat, in Pamhagen eingeladen worden als Abgeordneter. Beim letzten Mal ist man nicht mehr eingeladen worden, ich weiß zwar nicht warum, ich habe dort nicht zu viel gegessen und nicht zu viel getrunken.

Ich glaube, das wäre auch eine Anerkennung gewesen, dass auch andere Fraktionen dort auf diesen Tischen Platz nehmen dürfen und sich gemeinsam freuen mit diesen Personen, die hier geehrt werden und die vor den Vorhang gebeten werden.

Das habe ich ein bisschen für komisch empfunden. Ich verstehe zwar nicht ganz, warum das so ist, ich tue ihnen nicht weh, ich esse nicht zu viel, ich trinke nicht zu viel, ich bin zwar lustig, mit allen gut bekannt, aber mehr schon gar nicht. Aber, auch das sollte man vielleicht noch einmal aufnehmen, weil es wichtig ist, dass wir als Vertreter im Landtag ja einiges dazu beitragen.

Wenn der Herr Landeshauptmann sagt, ihr habt zwar nicht zugestimmt, sind wir trotzdem bei den Anträgen. Heute, fast alles einstimmig, das darf man nicht vergessen, Frau Präsidentin, außer dieser einen Geschichte da, ansonsten sind wir ja sehr zufrieden heute. Der Präsident ist nicht da. Der wird wieder morgen in den Medien rausgehen und sagen, was wollt ihr, ist eh alles einstimmig „owigounga“.

Schön. Freut mich, wenn etwas weiter geht. Freut uns, wenn sich etwas bewegt in diesem Land - für die Menschen in diesem Land. Das ist mir wichtig. Aber eines muss ich noch dazu sagen, ein paar Dinge brauchen wir sehr wohl. Da müssen wir uns auch gemeinsam einmal auf den Weg machen, denn es gibt keine vernünftige Leichtathletikbahn oder in der Richtung wettkampftaugliche Anlagen.

Dazu sollte man sich jetzt auch Gedanken machen und sich fragen, brauchen wir sie, wollen wir sie? Wen haben wir? Wen können wir damit unterstützen?

Ich glaube, das gehört auch einmal gesagt. Wenn wir einen Antrag stellen, Herr Géza Molnár, dann ändert ihn nicht ab, sondern schauen wir gemeinsam, dass wir das machen können.

Das wäre vielleicht… *(Abg. Géza Molnár: Dann stell ihn einmal Du vielleicht!)* Nein, stell ihn Du, mir ist es egal. Ich unterstütze Dich. Wer den einbringt, ist mir egal. Hauptsache es passiert etwas. Glaubt mir das. Das soll auch so bleiben.

Natürlich werden wir weiterhin immer gespannt sein, wenn Rechnungshofberichte rauskommen, was tatsächlich passiert. Weil in der letzten Zeit haben wir ein paar gröbere Dinge beim Rechnungshof gehabt, wo aufgezeigt wurde, dass einiges nicht so funktioniert hat, wie es funktionieren sollte.

Sei es wie es sei. Ich sage das noch einmal. Dann sollten wir daraus klüger und gescheiter werden, oder vielleicht etwas anders machen. Das gehört auch gesagt. Nicht immer nur, ja, es ist eh schon alles erledigt, und das ist zum Vergessen.

Daher, nehmen wir diesen Bericht sehr gerne zur Kenntnis und sagen ein Dankeschön an die Zuständigen, die das ausgearbeitet haben und die dahinter stehen. Noch einmal. Wir stehen gerne zu dieser Situation, immer gerne bereit zu diskutieren und auch Anträge einzubringen, die dann schlussendlich umgesetzt werden. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Was wäre die Welt ohne Sport? Sport ist ein dominierendes Phänomen unserer Alltags- und Freizeitkultur. Über alle sozialen Schichten und Altersstufen hinweg, ist er in der Gesellschaft tief verankert.

Es gibt mit Sicherheit viele Ebenen, auf denen Menschen Verständnis und Gemeinschaftsgefühl entwickeln können. Aber eben ein spannendes wie emotionales Feld ist natürlich dabei der Sport. Der vorliegende Sportbericht stellt fest, das möchte ich ganz vorne anstellen, dass unser Burgenland sowohl im Breitensport als auch im Spitzensport einiges aufzuweisen und vorzuweisen hat.

Im Zeitraum 2014/2015 konnten die burgenländischen Athleten 111 Medaillen bei Europa- und Weltmeisterschaften holen. 1.079 Medaillen bei österreichischen Staatsmeisterschaften und österreichischen Meisterschaften erobern und sogar eine Olympische Goldmedaille heimbringen.

Eine wichtige Grundlage für diese Erfolge ist natürlich die Sportförderung. Wenn man die 296 Seiten des Sportberichts liest, stellt man sehr schnell fest, dass mehr dahinter steckt, als nur abgedruckte Ergebnisse und Tabellen, die man in den täglichen oder wöchentlichen Zeitungen sieht. Sport ist wesentlich mehr als nur körperliche Ertüchtigung.

Der Sport leistet einen Beitrag dazu, dass verschiedene Generationen zusammenkommen und dass zwischen Menschen, die sich ohne den Sport vielleicht nie kennengelernt hätten, ein Zusammenhalt entsteht. Sport ist sozusagen auch ein sozialer Kitt in unserer Gesellschaft. Investitionen in den Breitensport, insbesondere in den Kinder- und Jugendsport, rentieren sich für die Gesellschaft mehrfach und allemal.

Ich rede von der Gesundheitspolitik, von Sozialpolitik und ganz sicher auch von Prävention, damit manche nicht ins Kriminelle abrutschen und einen Halt haben. Ich rede von der Wichtigkeit von funktionierenden Vereinsstrukturen mit allem dazugehörigen ehrenamtlichen Einsatz aller Funktionäre, für das Zusammenleben in unseren Gemeinden.

Deshalb ist es wichtig, dass die Sportförderung im kindlichen Alter beginnt. Dazu braucht es verschiedene Faktoren, die Schulen, die Vereine mit ihren Funktionären, die Fachverbände, die Dachverbände und auch die Politik, die die Rahmenbedingungen schafft, beziehungsweise die Fördermittel zur Verfügung stellt. In einer modernen Gesellschaft muss der Sport mehr sein als nur Wettlauf zu höheren und besseren Leistungen.

Durch Sport werden Werte vermittelt und wird eben die Gesundheit gefördert. Aber auch der Spitzensport leistet einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und für unser Burgenland insgesamt. Erfolgreiche Spitzensportler haben insbesondere für Kinder und Jugendliche Vorbildfunktion und stehen für Leistungswillen, Ausdauer, Fairness und Teamgeist.

Die Spitzensportler sind auch ein wichtiger Werbeträger und ein wichtiges Aushängeschild für unser schönes Burgenland. So verbindet der Sport im Burgenland viele wichtige Bereiche, die sich hervorragend ergänzen. Zum Beispiel Wirtschaft und Tourismus. Somit hat der Sport natürlich auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung. Man sieht es anhand der Sportstättenförderung, wie viel Geld investiert worden ist. Damit ist der Sport auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Burgenland.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, um nicht zu vergessen, dass viele Funktionäre oft selber Hand anlegen und einen Großteil durch Eigenleistung aufbringen bei Ausbau- und Umbauarbeiten ihrer Sportstätten und sehr viel Freizeit opfern.

Ohne sie würde vieles nicht gehen, auch das sei erwähnt. Sie erbringen somit sehr viele Leistungen für die Allgemeinheit. Um dies alles zu bewerkstelligen, braucht es

natürlich die nötigen Rahmenbedingungen und vor allem die vielen ehrenamtlichen Funktionäre vor Ort.

Das sind, glaube ich, die wichtigsten Grundsteine, damit es funktioniert. Ich denke, hier sind alle politischen Ebenen gefragt, dass Sport auch Sport bleiben soll, dass man die nötige Zeit für den Sport in den Vereinen findet, damit man die nötige Zeit in der Betreuung des Nachwuchses und der Jugendlichen findet, eben für das Eigentliche.

Und nicht so sehr Zeit aufwenden muss für Bürokratie und Verwaltungsarbeiten oder sich vielleicht mit der Registrierkasse herumschlagen muss. Ich glaube, das Burgenland hat hier seine Aufgaben für die Vereine, für die Zukunft gut gelöst und es hat auch dementsprechende Informationsveranstaltungen gegeben.

Ich glaube, dass der Sport auch in Zukunft sehr gut aufgestellt ist. Dazu beitragen werden sicher auch die tägliche Turnstunde und die Kooperation zwischen den Vereinen und Schulen, wo Bewegungscoaches in die Schulen kommen können. Ein weiterer wichtiger Punkt, der meiner Kollegin Benkö immer am Herzen gelegen ist und wo sich jetzt auf Bundesebene etwas tut, ist die Forderung des Ministers für Sport nach der Entpolitisierung.

Er hat eine Reform angekündigt und betont, nicht politische Funktionäre sollen im Mittelpunkt stehen, sondern eben Experten. Eine mutige Ansage. Unsere Unterstützung wird er dahingehend haben.

Zum Schluss danke ich allen ehrenamtlichen Funktionären für ihren Einsatz. Gratulation gilt natürlich auch allen Sportlerinnen und Sportlern für ihre Leistungen in diesem Zeitrahmen.

Ich darf noch die Transparenz des Burgenländischen Sportberichtes hervorheben. Er gibt wirklich genaue Auskunft über die Gewährung von Subventionen und Förderungen. Deshalb gilt auch der Dank der zuständigen Abteilung und der Mitarbeiter.

Wir nehmen den Sportbericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wie auch schon in den letzten Jahren wurden im Sportbeirat die Fördersummen für die einzelnen Vereine beschlossen. Das ist nichts Neues. Natürlich möchte ich an dieser Stelle ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sportabteilung sehr herzlich dafür danken, dass sie immer gesprächsbereit sind, mit Rat und Tat zur Seite für alle Vereine im Burgenland stehen, wenn sie Anfragen oder Anliegen haben. Ein herzliches Dankeschön.

Grundsätzlich beinhaltet das allgemeine Sportbudget zirka 3.000.000 Euro und wie es Kollege Kölly gesagt hat, zusätzlich zu den Fördersummen für den gesamten Sport im Burgenland eine Zusatzmillion rein nur für die Fußballakademie. Es war eine politische Entscheidung. Nur, glaube ich, dass es auf lange Sicht auch eine unverhältnismäßig hohe Summe ist.

Ich komme schon zum nächsten Punkt. Von uns als ÖVP wird immer gefordert, dass wir eine Alternative und einen Vorschlag auf den Tisch bringen. Das machen wir natürlich immer, aber manchmal werden diese Ideen überlesen. Auch im Sportbereich haben wir die Forderung nach einem Sportstättenatlas mehrmals artikuliert.

Weil das Land und der Herr Landeshauptmann als Sportreferent dieser Forderung nicht nachgekommen sind, haben wir die Umsetzung selbst in die Hand genommen und siehe da, das Feedback, die Rückmeldungen sind sehr, sehr positiv. Jeder ist erfreut darüber zu sehen, was im Burgenland alles möglich ist und welche Breitensportmöglichkeiten man in unseren Gemeinden ausüben kann.

Scheinbar, und das tut uns weh, wird das nicht von Landesseite betrieben. Dabei könnte man die Transparenz noch mehr erhöhen, wenn man eine langfristige Strategie im Sportbereich etablieren würde. Im Land Oberösterreich beispielsweise gibt es eine Sportstrategie 2020, wo klargelegt wird, in welchem Jahr in welcher Gemeinde welches Sportprojekt realisiert und welche Infrastruktur gefördert wird.

Das sind Dinge, die für uns sehr wichtig sind. Vor allem in Anbetracht dessen, dass es im Burgenland weder eine wettkampffähige Leichtathletikanlage gibt, geschweige denn ein wettkampffähiges Hallenbad für derartige Sportler und Sportvereine. Hier müssen die Burgenländer leider in andere Bundesländer oder gar andere Staaten ausweichen.

Da fühlen sich leider viele Vereine im Stich gelassen. Grundsätzlich, und das möchte ich hier nochmals betonen, finden wir das natürlich nicht bedenklich, dass der Sportbeirat von Rot-Blau gesäubert wurde. Wir haben uns in allen Jahren davor positiv eingebracht, haben immer mitgearbeitet und haben die Sache in den Vordergrund gestellt. Leider wurde über uns drübergefahren und wir wurden ausgegrenzt. Rot-Blau hat hier leider den Regierungsproporz eingeführt.

Aber im Grunde genommen und am Ende des Tages möchte ich die Erfolge der Sportlerinnen und Sportler und auch der Trainer und Vereine in den Vordergrund heben. Es ist der Erfolg dieser Einzelpersonen, die Tag und Nacht dafür kämpfen, diese sportlichen Erfolge zu erreichen und uns als Burgenland international und national zu vertreten.

Auf diese Menschen können wir sehr stolz sein und diesen möchten wir auch sehr herzlich gratulieren. Am Ende möchte ich noch ganz speziell vor allem den Eltern und den Jugendbetreuern der vielen Vereine gratulieren und Danke sagen, dass auf der einen Seite die Eltern ihre Kinder immer fleißig zum Training bringen und abholen sowie auf der anderen Seite den Jugendbetreuern ebenfalls, dass sie den notwendigen Fleiß an den Tag legen, damit aus unserem Nachwuchs im Burgenland irgendwann einmal Spitzensportler werden. Herzlichen Dank dafür!

Wir nehmen den Bericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Anders wie die ÖVP sehe ich den Sport im Burgenland durchaus positiv *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Ich habe ihn ja nicht schlechtgeredet, Du hast scheinbar nicht zugehört!)* und der vorliegende Bericht, glaube ich, zeigt, dass ein kleines Land wie das Burgenland großartige sportliche Leistungen erbringen kann. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich habe nichts Schlechtes über den Sport gesagt, ganz im Gegenteil!)*

Über 50 Sportarten werden vom Land Burgenland gefördert. Vom Breiten- bis zum Spitzensport und ich glaube, das ist auch der richtige Weg. Es wurde zuvor schon die beeindruckende Bilanz der Medaillen geschildert. Ich darf vielleicht die eine oder die

andere noch ergänzen. Unsere Athletinnen und Athleten waren noch nie zuvor so erfolgreich wie in den beiden Berichtsjahren. 1.190 Medaillen in insgesamt zwei Jahren. Durchaus beeindruckend.

Davon 1.078 Medaillen bei nationalen Bewerben, 69 bei Europameisterschaften, 42 sogar bei Weltmeisterschaften und erstmals in der Geschichte des Burgenlandes konnten wir eine Medaille bei den olympischen Winterspielen erreichen und dann gleich eine goldene Medaille. Das ist durchaus beeindruckend und ich glaube, das zeigt auch, wie die Spitzenleistungen unserer Sportler sind und die müssen auch anerkannt werden.

Natürlich möchte ich mich bedanken. Vor allem bei den Sportlerinnen und Sportlern, die hart dafür trainieren, um diese Leistungen dann im richtigen Moment auch abrufen zu können. Ich darf vielleicht einige namentlich nennen. Natürlich unsere Olympiasiegerin im Jahr 2014 und Vizeweltmeisterin im Jahr 2015, unsere Julia Dujmovits. Ich glaube, ich kann für alle hier im Hohen Landtag sprechen, wenn ich Julia hier besonders zu diesen einzigartigen Leistungen gratulieren kann.

Über die Medaillengewinne von Tanja Frank und Thomas Zajac, die sich 2014 für das Olympiaticket qualifiziert und sich das Olympiaticket geholt haben, bis zum Medaillennachwuchs, wie etwa die damals im Berichtszeitraum 8-jährige Hanna Pomper, die sich 2014 bei der WM Silber in Taekwondo geholt hat. Ich glaube, auch für so ein junges, sportliches Mädchen ist das durchaus beeindruckend. Herzlichen Dank für diese hervorragenden Leistungen. Stellvertretend für alle zuvor genannten Medaillen.

Darüber hinaus möchte ich mich bedanken bei allen Trainerinnen und Trainern, Funktionärinnen und Funktionären, weil, ohne diese wichtige Arbeit wäre kein Erfolg möglich und das ist auch ganz, ganz wichtig.

Ich darf vielleicht die drei großen Sportverbände stellvertretend für alle Funktionärinnen und Funktionäre und Trainerinnen und Trainer erwähnen und mich bedanken. Es ist natürlich der ASKÖ, die Sportunion und der ASVÖ. Ich glaube, dieser Dank ist auch angebracht.

Den dritten Dank, den ich entrichten möchte, ist die Sportförderung des Landes. Sie haben die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass unsere Sportlerinnen und Sportler so aktiv sein können und auch so erfolgreich sein können. Insgesamt wurden mehr als 4,5 Millionen Euro im Jahr 2014 und 2015 an Förderungen vergeben, also doch eine beeindruckende Summe für wirklich beeindruckende Erfolge und Leistungen.

Und zwar sowohl für den Breiten- als auch für den Spitzensport. Einige Zahlen dazu. Allgemeine Sportförderung und Fahrtkostenzuschüsse 1,26 Millionen Euro, Spitzensportförderung von 1,04 Millionen Euro, 772.000 Euro wurden für den Sportstättenbau investiert. 283.000 Euro für die Trainer investiert und auch für Sportmedizin und 1,16 Millionen Euro für Sportprojekte.

Ich bedanke mich ausdrücklich beim Sportreferenten, beim Landeshauptmann, der immer ein sehr offenes Ohr für unsere Trainer, Funktionäre und Sportlerinnen und Sportler hat. Aber natürlich beim gesamten Team Wolfgang Szorger, Nicole Trimmel, Günter Benkö und Andrea Pöllinger. Sie machen eine sehr erfolgreiche, professionelle Arbeit. Danke dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Einmal im Jahr lädt der Landeshauptmann zur Nacht des Sports ein. Dabei werden die erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler vor den Vorhang geholt. Ich glaube, dass das auch ganz wichtig ist, weil es die Wertschätzung zeigt. Aber nicht nur Sportlerinnen und Sportler, sondern auch die Mannschaft des Jahres und der Trainer des Jahres.

Andererseits, und das gefällt mir ganz besonders, gibt es hier im Rahmen der Wolfgang Mesko-Talentetrophy auch die Möglichkeit, junge Talente und Nachwuchstalente vor den Vorhang zu holen und das ist, glaube ich, sehr wichtig, weil es ein kräftiges Signal für junge Menschen ist, die Sport betreiben und die Wertschätzung zeigt.

Zum Nächsten, ein Kapitel im Sportbericht behandelt auch eine großartige Initiative, nämlich das Projekt UrFit. UrFit in unseren Schulen. Das setzt bei den Kleinsten an, also bei den Sechs- bis Zehnjährigen, das hier in den Schulen stattfindet. Bewegungseinheiten, wo spielerisch Sport betrieben wird und da möchte ich auch sagen, dass im Berichtsjahr 2014/2015 schon 48 Volksschulen beteiligt waren.

Insgesamt haben daran 1.536 Burgenländerinnen und Burgenländer zwischen sechs und zehn Jahren teilgenommen. Durchaus beeindruckend. Da möchte ich mich auch bei der Projektleiterin, bei der Nicole Trimmel, herzlich bedanken.

Vielleicht noch zwei Sätze zur täglichen Turnstunde. Das ist wirklich eine tolle Sache, schulische Ausbildung mit Sport zu verbinden. Ich glaube, dass es auch notwendig ist, weil jeder weiß, durch Bewegung ist man auch leistungsfähiger und aufnahmefähiger. Ich glaube, dass das Burgenland hier am richtigen Weg ist. Ich möchte mich dabei natürlich auch beim Sportminister Hans Peter Doskozil und bei der Bildungsministerin für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Ich glaube, das Burgenland hat hier eine Vorreiterrolle übernommen und die sollen wir auch weitergehen und wer weiß, vielleicht ist die eine oder der andere dabei, der dieses Projekt der täglichen Turnstunde macht, der vielleicht später einmal Spitzensportler des Burgenlandes wird. Herzlichen Dank.

Wir stimmen diesem Bericht sehr gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist jetzt in der Reihenfolge der dritte Bericht, der über Landesmittel beziehungsweise Landesgegebenheiten Auskunft erteilt. Wir können durchaus mit gewissem Stolz darauf blicken, dass es im Bereich speziell des Sports eine Entwicklung gibt, die auch mit anderen Bundesländern im Vergleich nicht hinten nachhinkt.

Es ist durchaus geboten, an dieser Stelle auch diejenigen noch in den Mittelpunkt zu stellen, die, meiner Ansicht nach, sehr wertvolle Beiträge für die Entwicklung unserer Sportlerinnen und Sportler leisten, das sind nämlich die Eltern, die Geschwister, die oft viele Mühen auf sich nehmen, um zum Beispiel Schwimmerinnen und Schwimmer in die Südstadt zu befördern, weil es im Burgenland keine adäquate Sportstätte gibt.

Damit komme ich eigentlich auch schon zu Kritikpunkten, die in der Überlegung sehr notwendig sind, auch quasi beseitigt zu werden. Gerade der Schwimmbereich leidet seit Jahren unter Gegebenheiten, dass wir im Burgenland nicht ausreichend die Sportstättensituation, Schwimmbäder und andere Einrichtungen zur Verfügung haben. Deswegen weichen auch immer mehr Sportler in andere Bundesländer aus, um diesen Sport nachgehen zu können.

Es gibt die verschiedensten Handicaps beziehungsweise auch nicht die notwendigen Mittel, um bei der Errichtung von derartigen Sportanlagen entsprechend

einzugreifen. Hier sind sowohl der Bund, aber auch das Land, jetzt, ohne dass es in irgendeiner Form übertrieben ist, nicht im Stande, die notwendigen Mittel aufzubringen.

Es sollte auch, da bin ich auch durchaus der Überzeugung, gewisse Schwerpunktstätten geben, wo man diesem Sport nachkommen kann. Aber man sollte sich dann überlegen, wie sie regional quasi von verschiedenen Orten her leichter erreichbar sind.

Man braucht nicht in jeder Bezirkshauptstadt und darüber hinaus eine Einrichtung, die dieser Sportart zum Vorteil gereicht. Aber man sollte in der strategischen Überlegung hier gewisse Grundlagen berücksichtigen, die diese Sportausübung möglich machen.

Daneben sind - und das kann man an dieser Stelle sehr wohl treffend anführen - die schon erwähnten ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre die Grundlage unseres gesamten Sportwesens. Ohne diese Funktionärsaktivitäten wäre es düster bestellt um vieles, was sich in diesem Bereich abspielt.

Das gilt für alle Sportvereine, und so, wie es einer meiner Vorredner ausgeführt hat, da sind die meisten Sportstätten eigentlich durch Initiativen, die von Ehrenamtlichen und von Funktionärinnen und Funktionären gesetzt wurden, auf den Stand gebracht worden, der die Sportausübung auch möglich macht.

Die Impulse, die von der Sportförderungsseite her eingebracht werden, dienen in der Regel nicht zur vollkommenen Finanzierung, sondern da bedarf es dann auch noch gewisser Veranstaltungen, bedarf es der Unterstützung der Gemeinden, bedarf es der Unterstützung von Gewerbetreibenden und anderer, die sich um diese Sportart bemühen, damit es quasi auch zu den entsprechenden Erfolgserlebnissen kommt.

Ich möchte einen Umstand, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute in diesem Zusammenhang auch anführen, der mir sehr wichtig erscheint.

Das Burgenland ist sehr fußballlastig. Diese Situation ist nicht neu, sondern die gibt es eigentlich seit Jahren. Dabei fällt auf, dass wir im Zusammenhang mit Fußballvereinsförderungen immer eine sehr - sagen wir - breit aufgestellte Spitzensportförderung haben, wo es sich um den Träger des gesamten Fußballs handelt, der 2015 130.000 Euro bekommen hat, nämlich der Burgenländische Fußballverband. Zwei Subventionen, eine 30.000, eine 100.000, und das Gleiche gilt für das Vorjahr, für 2014, wo ebenfalls ein sehr hoher Betrag dem Burgenländischen Fußballverband in der Organisation, aber das darf man nicht vergessen, zur Nachwuchsförderung im Sinne der Nachwuchsmannschaften zur Verfügung gestellt werden, wo es einen Bundesländerwettkampf gibt.

Auf der anderen Seite wird dem SV Parndorf und dem SV Mattersburg jährlich eine Subvention von über 70.000 Euro gewährt. Das sind nur quasi die höchsten Betragsformen, die auf den Spielklassen entsprechen und damit eigentlich der Sportförderung die Spitzensituation darstellt.

Dem Zusammenhang ist es, und das ist schon kurz erwähnt worden, auch von meinem Vorredner, dass es eine Art Veranstaltung gibt, wo Sportlerinnen und Sportler vor den Vorhang gebeten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorgenannte Galanacht oder die Nacht des Sports hat im Jahr 2014 den Betrag von 74.450 an Subvention gekostet und die Galanacht des Sports 2015 den Betrag von 64.882 Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind fast 150.000 Euro auf zwei Jahre, und ich habe vorher einige Beträge genannt, die diese Summen bei weitem überschreiten, wenn es um Sportförderung im Zusammenhang steht.

Ein Höhepunkt der Galanacht des Sports fand 2014 statt, wo der ORF für die Produktion unter der Bezeichnung „Produktion Galanacht des Sports“ noch zusätzlich eine Subvention erhalten hat, die sich, so glaube ich, bei 4.000 Euro bewegt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dabei im Zusammenhang ist es meiner Ansicht nach sehr wichtig, wenn man über Sport, Spitzensport und Breitensport diskutiert, das, was Bundesminister Doskozil nach den Olympischen Spielen in Rio nunmehr bieder einmal als Minister im Bund ausgeführt hat, zur Kenntnis zu nehmen, man kann nicht davon ausgehen, dass Geld, das zur Verfügung stünde, im Grund genommen direkt bei den Sportlerinnen und Sportlern ankommt.

Wir haben so viele zwischengeschaltete Stellen, so viele Einrichtungen, die sich darum bemühen, den Kuchen quasi zu verteilen, und auf der Wegstrecke von der Spitze bis zu den einzelnen Empfängern geht ein großer Betrag - wenn ich jetzt richtig war, hat er ihn qualifiziert mit 60 Prozent der Gesamtsumme - verloren.

Wenn das dem Anspruch von Sport entspricht und einer qualifizierten geordneten Sportförderung, dann weiß ich nicht, was die letzten Jahre hier in Verantwortung getan wurde.

Daher sind alle Maßnahmen, die sich um die wirkliche Zurverfügungstellung von Mitteln zu den einzelnen Sportlerinnen und Sportler, um dessen Bereitschaft zu fördern, entsprechende Leistungen zu erbringen, auch zu unterstützen.

Es wäre absolut zum jetzigen Zeitpunkt, nicht nur aus den Umständen, dass man hier davon spricht, die Politik aus dieser Verantwortung herauszuholen, absolut von Nöten, endlich durchzugreifen und diese Umstände nicht durchgehend walten zu lassen.

Auf der anderen Seite nur zum Abschluss, auch der Burgenländische Sportbericht enthält für beide sogenannten Sportjahre Organisationsförderungen für ASKÖ, für ASVÖ und für die UNION allgemein in den Fällen bis zu 30.000 Euro pro Jahr, also es ist nicht weit hergeholt, dass das nur im Bund stattfindet, es findet auch hier im Burgenland statt.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann um Ihre Ausführungen.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Das Schöne im Sport ist, dass Leistung zählt, und Leistungen sieht man im Spitzensport anhand von Medaillen und von Erfolgen, und da kann man natürlich das Gegenteil behaupten, aber die Medaillen sprechen natürlich die eigene Sprache.

Ich darf auch dazu sagen, dass wir erstmalig im Burgenland fünfzig verschiedene Sportarten in diesen zwei Jahren gefördert haben, also insofern eine so große Breite von verschiedenen Sportarten. Die hat es überhaupt noch nicht gegeben, ebenfalls eine Medaillenbilanz, die beeindruckend ist und die für die Qualität der burgenländischen Sportlerinnen und Sportler spricht. Natürlich auch der Trainer, der Funktionäre und so weiter.

Wie schaut die Medaillenbilanz aus im Laufe von zwei Jahren? Das ist ja das Entscheidende im Sport, da kann man reden und was weiß ich was. Natürlich ja. Ist ja demokratisch, kann man alles machen.

Wir haben bei den Europameisterschaften und Weltmeisterschaften 111 Medaillen errungen. 111 Medaillen von burgenländischen Sportlerinnen und Sportlern!

Bei österreichischen Staatsmeisterschaften und österreichischen Meisterschaften sind es 1.079 Medaillen. Also das hat es in der Geschichte des Landes noch nie gegeben. Ich habe immer in den letzten Jahren geglaubt, da sind wir bereits am Zenit, da geht es nicht mehr drüber. Nein, wir sind immer stärker geworden, sowohl im Spitzensport, als auch viele Aktivitäten im Breitensport, und wir haben alle Medaillen, wenn ich so sagen darf, bei Olympischen Spielen gewonnen.

Das hat es in der Geschichte des Burgenlandes überhaupt noch nicht gegeben. Eine Goldmedaille, eine Silbermedaille und natürlich auch eine Bronzemedaille.

Goldmedaille, wissen wir, Julia Dujmovits. Silbermedaille, Andi Geritzer. Bronzemedaille, Tanja Frank und Thomas Zajac. Das kleine Burgenland hat die einzige Medaille bei den Olympischen Spielen in Rio gewonnen, die Bronzemedaille. Kein anderes Bundesland hat eine Medaille in Rio bekommen.

Ich darf auch dazusagen, dass die Tanja Frank und der Tom Zajac schon jahrelang über die burgenländische Sportförderung entsprechend unterstützt werden. Dass die burgenländische Spitzensportförderung genau dort ankommt, wo diese aktiv den Sport betreiben und teilweise das Geld bei ihnen persönlich ankommt, auch mit Leistungsvereinbarungen, mit Prämienzahlungen, wenn sie extreme sportliche Erfolge haben.

Der zweite Punkt ist aber auch der Sportpool Burgenland, wo zirka 150.000 Euro jährlich und das über viele Jahre von Firmen gesponsert wird, das direkt bei den Sportlern ankommt, wo Sportler gefördert werden, um bessere Trainingsbedingungen zu haben, um im Winter in wärmeren Ländern zu trainieren, und die Tanja Frank und der Tom Zajac waren zum Beispiel im letzten Jahr sehr viel in Südamerika unterwegs.

Es kostet natürlich wahnsinnig viel Geld, um sich auf die Olympischen Spiele in adäquater Form auch vorbereiten zu können. Natürlich hat das der Sportpool unterstützt, die Spitzensportförderung unterstützt und genau bei denen ist auch das Geld angekommen.

Ich darf auch dazu sagen, dass wir eine sehr breite Sportförderung haben, das sollten Sie mit anderen Bundesländern auch vergleichen. Die Sportförderungen 2015, da ist die allgemeine Sportförderung, die Fahrtkostenzuschüsse, die Spitzensportförderung, die Sportstättenförderung, die Trainerförderung, sportmedizinische, leistungsdiagnostische Maßnahmen sowie weitere Fördermaßnahmen.

Also eine ganze Palette von Aktivitäten, die wir setzen, und wo ein sehr großer Teil direkt bei den Sportlern ankommt. Wenn zum Beispiel sportmedizinische Untersuchungen gemacht werden, dann kriegen sie von der Sportabteilung einen Gutschein, und mit diesem Gutschein können sie die sportmedizinischen Untersuchungen machen. Das geht zu keinem Verband, das geht zu keinem Verein, sondern das geht direkt zu den Sportlern.

Wenn ich mir die Erfolge nicht nur von den Olympischen Spielen ansehe, nämlich mit einer Goldmedaille, Silbermedaille und Bronzemedaille, in den letzten Jahren, was es in der 95-jährigen Geschichte des Burgenlandes überhaupt noch nicht gegeben hat, oder die 111 Medaillen bei Europameisterschaften und Weltmeisterschaften innerhalb von zwei Jahren. Ich meine, man muss wirklich den Hut vor den Sportlern ziehen.

Wir haben auch in den letzten fünf Jahren 19 Millionen Euro für den burgenländischen Sport ausgegeben. Ich könnte eine ganz große Liste vorlegen. Es geht

nicht nur um die Olympiamedaillen, die wir gewonnen haben, sondern natürlich auch um die Erfolge zum Beispiel im Basketball, auch werden da nicht die Verbände gefördert, da wird direkt der Verein gefördert.

Da geht es natürlich auch um Fußball, da geht es auch um die Regionalligavereine, da geht es um die Nachwuchsarbeit, da geht es um Fußballakademie, das geht es um die Leistungszentren, nicht nur im Fußball, sondern natürlich auch in anderen Sportarten.

Also insofern denke ich, ein sehr umfassender Bericht. Ich bin auch sehr froh, dass unsere Sportabteilung eine sehr gute Arbeit leistet. Ich kann auch dazu sagen, dass wir alle Beschlüsse im Sportbeirat immer einstimmig seit 16 Jahren gefasst haben, das auch aktuell der Fall ist, dass sehr verantwortungsvoll mit dem Geld umgegangen wird und dass das Geld natürlich im großen Ausmaß direkt bei den Sportlerinnen und Sportlern ankommt, und das eine wesentliche Grundlage für die beeindruckende Medaillenbilanz ist.

Danke an die Sportabteilung, die sehr, sehr gute Arbeit macht auf der einen Seite, aber natürlich ein ganz großes Danke an die Sportlerinnen und Sportler, Schulsport, Breitensport, Spitzensport, da gibt es viele Freiwillige und ehrenamtlich Tätige, da gibt es viele, die sich positiv einbringen, da gibt es viele, die innovativ wissenschaftlich tätig sind, um immer für den Erfolg zu arbeiten, und wie gesagt, das Schöne am Sport ist, dass die Erfolge zählen und die Leistung ist beeindruckend.

Die Medaillenbilanz ist beeindruckend, und ich denke, wir sollten diesen erfolgreichen Weg auch weiter fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Landeshauptmann.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Burgenländische Sportbericht 2014/2015 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

15. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 479) betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden, Forschungsfinanzierung in Österreich (Zahl 21 - 327) (Beilage 556)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Berichterstattung zum 15. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 479, betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden, Forschungsfinanzierung in Österreich, Zahl 21 - 327, Beilage 556, wird Herr Landtagsabgeordneter Hergovich vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden, Forschungsfinanzierung in Österreich in seiner 12. Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt damit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden, Forschungsfinanzierung in Österreich wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gratuliere zu diesem Sportbericht! *(Landeshauptmann Hans Niessl: Danke!)* Da sagen Sie, Sie waren nicht da, wie ich vorher das auch positiv erwähnt habe. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich habe mitgehört.)* Dann sind wir uns ja eh einig. Dann passt das eh.

Ich möchte nur ausrichten, dass wir „Urfit“ in Deutschkreutz schon vor Jahren gemeinsam gemacht haben, da war noch der Schweitzer Karl im Amt, und das war auch sehr erfolgreich. Wir haben das weitergeführt. Daher denke ich, wenn man gemeinsam etwas vorbereitet und umsetzen will, dann schafft man es auch. Daher noch einmal ein herzliches Dankeschön in diese Richtung!

Ich komme zu dem Tagesordnungspunkt und zwar „Tischvorlage Thema Schulwesen und Landesschulräte“ vom Rechnungshofbericht. Wieder ein Bericht, der schlussendlich auch wichtige Dinge aufzeigt, die dann schlussendlich, und ich hoffe oder glaube, dass man das umsetzen sollte oder müsste.

Da liegt uns ein Bericht des Bundesrechnungshofes betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden zur heutigen Debatte vor. Gegenstand der Prüfung war die österreichweite Beurteilung der durch die im Schulwesen gegebenen strukturellen Verflechtungen zwischen Bund und Ländern sowie die daraus entstandenen langjährigen vollzugspraktikablen Dinge.

Zentraler Kernpunkt der Rechnungshofberichte war: die Beschäftigung von Landesbediensteten bei der Schulbehörde des Bundes, in den Ländern, ohne gesetzliche Grundlage, die Zahlung von rechtlichen problematischen Zuwendungen der Länder an die Bediensteten der Schulbehörden des Bundes in den Ländern sowie unterschiedliche Kostentragungsvereinbarungen zwischen Bund und jenen Ländern, welche die Ausübung der Diensthoheit über die Landeslehrer an die Schulbehörden des Bundes übertragen hat. Dazu zählt auch das Land Burgenland.

Der Rechnungshof hat festgestellt, dass sich im Land Burgenland der historisch bedingte starke Einfluss der Länder auf die Schulbehörden des Bundes unter anderem darin manifestiert, dass die Funktion des Landesschulratsdirektors mit Landesbediensteten besetzt wird.

Das hat auch der Rechnungshof bei der Ausschusssitzung dargelegt. Dabei stellte er auch fest, dass die Landesschulratsdirektoren, die ein Dienstverhältnis mit dem Land unterhalten, im Gegensatz zum Bund keiner fünfjährigen Befristung ihrer Funktion unterliegen.

Allerdings fehlt nach Auffassung des Bundesrechnungshofes für die Beschäftigung von Landesbediensteten in den Ämtern der Landesschulräte eine positiv rechtliche Bundesregelung. Dieses betrifft vor allem die Regelung der Zuweisungen von Landesbediensteten zu anderen Rechtsträgern.

Der Bundesrechnungshof kritisiert in diesem Zusammenhang auch, dass rechtliche Grundlagen oft erst im Nachhinein geschaffen wurden.

Das ist halt sehr üblich, wie überall.

Das Land Burgenland versäumte es, im Zuge der Verwaltungsreform, die Schulbehörden im Jahre 2014 mit der Abschaffung der Bezirksschulräte gleichzeitig auch die Zuwendungen des Landes an Schulaufsichtsbedienstete des Bundes einzustellen.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Das heißt, das hat man komplett vergessen. Für mich unverständlich, aber anscheinend war es so, jetzt bin ich neugierig, was draus wird oder was rauskommt.

Der Rechnungshof kritisiert in seinem Bericht zudem, dass die Ausgaben der Länder für die aus Landesmitteln gewährten Zuwendungen an Bedienstete der Schulbehörden zum Teil mit unterschiedlichen und irreführenden Bezeichnungen und daher intransparent gekennzeichnet waren.

Immer wieder bei Rechnungshofberichten, die Transparentheit fehlt ganz einfach! Das verstehe ich nicht - oder ist das bewusst gemacht? Verschachtelt gemacht? Soll so sein!

Gott sei Dank haben wir einen Rechnungshof, der dieses alles aufzeigt und vielleicht doch dann das eine oder andere umgesetzt wird.

Aus diesem Grund schließt der Bundesrechnungshof, dass in ganz Österreich aufgrund der langjährigen Gewährung dieser Zuwendungen insgesamt sehr hohe Ausgaben für rechtlich bedenkliche und unzweckmäßige Zahlungen der Länder entstanden. Überprüft das keiner? Gut!

Nach Erhebung des Bundesrechnungshofes gewährte das Land Burgenland in den Jahren 2010 bis 2014 rund 600.000 Euro in Form von Zuwendungen der Länder an Bedienstete der Schulbehörden des Bundes. Diese Zahlungen erfolgen aus Landesmitteln.

Diese Praxis wurde vom Bundesrechnungshof mit Bezug auf alle österreichischen Bundesländer kritisiert, verbunden mit der Empfehlung, diese Mittel im Bereich der Schulverwaltung im Sinne einer sparsamen Verwaltung einzusparen. Dies wurde vom Land Burgenland im Rahmen einer Stellungnahme zugesagt.

Heute haben wir noch einen Tagesordnungspunkt, wo wir als Bündnis Liste Burgenland „Abschaffung des Landesschulratspräsidenten“ auch Einsparungsmöglichkeiten haben. Jetzt macht Euch inzwischen Gedanken darüber.

Zusammenfassend hob der Bundesrechnungshof folgende Empfehlung hervor: Im Sinne einer umfassenden Reform der Schulverwaltung sollten die Verantwortlichkeiten für Aufgaben, Ausgaben und Finanzierung mit Bezug auf die Landeslehrer in einer Hand konzentriert werden. In den Landesschulräten sollte nur mehr Bundespersonal eingesetzt werden. Die Funktion des Landesschulratsdirektors sollte künftig ausschließlich mit einem Bundesbediensteten besetzt werden, Zahlungen von Zuwendungen der Länder an Bedienstete der Schulbehörden des Bundes sollten künftig unterlassen werden.

Ich möchte nur ein paar Situationen vielleicht erzählen - wegen den Kollegen von der FPÖ -, weil in Oberösterreich ist das sehr interessant, dort ist die Regierungskonstellation, wo sich die FPÖ auch wiederfindet oder drinnen ist, und da muss ich vielleicht ein paar Zahlen sagen und Euch ein paar Dinge erklären.

Mit Anfang September ging die Vizepräsidentin des Amtsführenden Landesschulrates, Brigitte Leidlmayer, in den Ruhestand. Aufgrund des Ergebnisses der Landtagswahl 2015 hätte die FPÖ Anspruch, diese Position künftig zu besetzen. Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner hat allerdings klargestellt, dass die FPÖ auf diesen Posten verzichten würde. - Super! Das halte ich für eine gute Idee!

In Oberösterreich hat es zuletzt heftige Diskussionen um die Position des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates gegeben. Es liegt auch eine Kritik des Bundesrechnungshofes vor, wonach es weder zweckmäßig noch sinnvoll sei, dass der Landeshauptmann von Oberösterreich als eigentlicher Präsident des Landesschulrates einen Amtsführenden Präsidenten mit einem monatlichen Bruttogehalt von 10.300 plus Nebengeräusche bestellt.

Bis dato wurde diese Position von einer durch die SPÖ gestellten Vizepräsidentin besetzt. Die Freiheitlichen in Oberösterreich haben es zum Ziel erklärt, die Abschaffung des Landesschulrates als eigene Behörde und Eingliederung in die Bildungsdirektion des Landes durchzusetzen.

Das heißt, ich bin jetzt so gespannt, was heute die FPÖ dazu sagt und wie sie sich verhält. Na logisch, ich weiß es eh schon, brauchen wir nicht darüber diskutieren.

Vor zwei Jahren habt Ihr fest gesagt, der gehört weg, das gehört abgeschafft, das ist alles ein Wahnsinn. Jetzt freue ich mich auf Eure Reaktion. Heute ist es schon ein paar Mal gefallen, vielleicht die Werte über Bord geschmissen, vielleicht doch nicht, ich lasse mich bei dem Antrag überraschen, der demnächst kommt.

Das Gleiche gilt in Kärnten. Das ist interessant, es gibt ja neun Bundesländer, neun verschiedene Richtlinien, Gesetze und dergleichen mehr.

Im Bundesland Kärnten hat die Freiheitliche Partei erst in der vergangenen Woche über eine Presseaussendung die Zusammenlegung des Landesschulrates mit der Bildungsabteilung des Landes Kärnten gefordert. Der Rechts- und Verfassungsausschuss des Kärntner Landtages hat sich zudem unter anderem mit der Frage der Streichung des Postens des Vizepräsidenten des Landesschulrates auseinandergesetzt.

Die Freiheitliche Partei in Kärnten fordert die Abschaffung des Kontrollorganes, darüberhinausgehend aber auch die Abschaffung der Position des Landesschulratspräsidenten und begründet das mit finanziellen Einsparungen.

Nichts anderes steht in unserem Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, den wir als vorletzten Punkt auf der Tagesordnung haben, und ich bin wirklich gespannt, was die FPÖ daraus macht. Entweder Ihr geht hinaus und enthaltet Euch der Stimme oder ich weiß nicht, weil in jenen Bundesländern, wo Ihr Verantwortung trägt oder wo Ihr jahrelang in der Opposition ward, habt Ihr das gefordert. Jetzt auf einmal soll das anders sein. Habt Ihr irgendwas vergessen? Ihr werdet doch nicht irgendwo in eine Situation gekommen sein, wo Ihr überhaupt nichts mehr zu sagen habt?

Das würde ich mir nicht wünschen für eine Opposition, die jahrelang für gewisse Dinge gekämpft hat, das würde ich mir nicht wünschen, dass Ihr einmal wirklich alles wegschmeißt. Ich weiß ja, dass das nicht in Eurem Sinn ist.

Wenn ich heute schon gehört habe, wie viele Posten durch die SPÖ besetzt worden sind und was Ihr bekommen habt, soll so sein, ich habe kein Problem damit.

Aber das sind ganz wichtige Dinge, entweder man steht dazu, was man einmal gefordert hat, oder es hat sich wirklich etwas gravierend geändert und man macht nur mehr „Bussi-Bussi-Partie“ - das habe ich auch schon alles erlebt.

Weil, jetzt auf einmal ist man alles auf Bussi-Bussi, alles „leiwand“, vorher hat man sich beschimpft und ist eigentlich ein Witz, mit denen kann man nicht. Jetzt rennt das so!

Das brauchen wir nicht in diesem Land. Wir haben Politik zu machen für das Land, für diese Menschen in diesem Land. Daher bin ich gespannt wie eine Feder, die gerade vorm Zerreißen ist, was Ihr wirklich macht. Das ist sehr interessant!

Weil wir gerade darüber diskutieren, in Wien ist das auch interessant: Die FPÖ präsentierte daraufhin einen Alternativkandidaten, Ihr wisst ja eh die Diskussion, Kandidaten nachzubesetzen, dort hat es ja auch wilde Diskussionen gegeben, dort haben wir es auch geschafft. Lustigerweise kann man allerhand machen, wenn man will.

Dann Einsparungsbereich nur für Landesschulräte, ich will Euch das nur sagen, was sich in Summe ergibt: Es gibt Modellrechnungen, wonach allein die Abschaffung der Landesschulräte und die Übernahme der Schulverwaltung durch die Länder rund zehn Millionen Euro an Einsparungen pro Jahr bringen würden. Was könnten wir mit dem Geld alles machen? Das ist ein Wahnsinn!

Hinzu kommen drei Millionen Euro durch den Wegfall der Leitungsfunktionen in den Landesschulräten. 3,6 Millionen durch Personaleinsparungen im Ministerium und 2,3 Millionen Euro durch die Vereinheitlichung der Abrechnung der Lehrerbezüge. Das ist aus der Quelle der „Presse“ 16.11.2015 - Bildungsreform Gesamtschule.

Erwin Pröll und das liebe Geld habe ich mir da noch hergeschrieben. Ich glaube, nachdenken, liebe FPÖ! Den Antrag seitens des Bündnis Liste Burgenland unterstützen, weil ich glaube, es macht Sinn, es macht auch Sinn in der Bevölkerung draußen, wenn man das tut, weil ich glaube ja nicht, wenn man da einen Geräuschpegel hört, dass ein Landesschulratspräsident an die 110.000/120.000 Euro kostet plus Nebengeräusche. *(Abg. Manfred Haidinger: Zu welchem Tagesordnungspunkt redest Du?)*

Das gehört zur Schulreform dazu. Aufpassen, Herr Kollege! Du hast mit dem Bundesheer viel zu tun, nicht mit dem, ich weiß es eh.

Daher glaube ich, ich will Euch jetzt schon das sagen, denkt nach, geht in Euch, in Euren Klub und redet darüber - und vielleicht erfahren wir Positives?

Danke, wir werden diesem Bericht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der LBL – Abg. Manfred Haidinger: Setzen wir uns zusammen!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Mag. Richter.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht bei diesem Rechnungshofbericht um ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden.

Schon der Titel dieses Rechnungshofberichtes sagt einiges aus. Jedenfalls beim Lesen dieses Berichtes braucht man ein bisschen Durchhaltevermögen, ein Lieblingswort von mir ist „mühsam“. Es war mühsam, sich durch diesen Dschungel durchzukämpfen, und eine Formulierung hat mir gefallen: Es gibt eine kompetenzrechtliche Gemengelage

im österreichischen Schulwesen - hat es da geheißen - und es gibt österreichweit keine zweifelsfreie Einigung zwischen Bund und Ländern. Das wissen wir.

Kollege Kölly hat inhaltlich schon sehr viel beziehungsweise das meiste gesagt, ich versuche es nur ein bisschen zu strukturieren. Bei ihm ist es oft schwierig, seinen Gedankengängen zu folgen.

Das Ziel der Überprüfung des Rechnungshofes war die Beurteilung der strukturellen Verflechtungen zwischen Bund und Ländern. In diesem Zusammenhang hat der Rechnungshof festgestellt, dass die Beschäftigung von Landesbediensteten bei den Schulbehörden des Bundes in den Ländern ohne gesetzliche Grundlage erfolgte - eine Tatsache!

Zweitens, dass Zahlungen an diese Bediensteten der Schulbehörden des Bundes in den Ländern rechtlich problematisch waren und schließlich, dass es unterschiedliche Kostenvereinbarungen zwischen Bund und jenen Ländern gab, die die Diensthoheit über die Landeslehrer an die Schulbehörden des Bundes übertragen haben. Da gehört auch das Burgenland dazu, neben Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Wien.

Das Ganze kostete übrigens rund 4,98 Millionen Euro. Jedenfalls gibt es mangelnde Transparenz. Es fehlt ein wirklich strukturierter Überblick. Es ist ein sehr großer Verwaltungsaufwand. Also, ich würde einmal sagen, klassische Voraussetzungen für die österreichische Politik. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt komme ich zu den Empfehlungen des Rechnungshofes. Die sind auch schon vom Kollegen Kölly erwähnt worden. Er empfiehlt im Landesschulrat nur mehr Bundespersonal einzusetzen. Die Aufgaben, die Ausgaben und die Finanzierungsverantwortung sollten in einer Hand gebündelt sein. Dazu wäre natürlich eine umfassende Reform der Schulverwaltung notwendig.

Die Zuwendungen der Länder an Bedienstete der Schulbehörden des Bundes, so wie es im Burgenland eben ist, wären aus rechtlichen, wirtschaftlichen und auch zweckmäßigen Gründen einzustellen.

Übrigens empfiehlt auch der Nationale Bildungsbericht, der vom Mai 2016 stammt, eine einheitliche Bundesverwaltung der Schulen, zum Beispiel auch, unter anderem, für die Sekundarstufe 1.

Derzeit ist es so, dass Hauptschulen und Neue Mittelschulen unter der Hoheit des Landes sind, während zum Beispiel die AHS-Unterstufen Bundeshoheit sind. In der Hoffnung, dass sich der Bund zu einer umfassenden Reform bereit erklärt und diese auch durchführt, nehmen wir diesen Bericht natürlich zur Kenntnis.

Auch der zweite Bericht, und zwar die Forschungsfinanzierung in Österreich, war sehr mühsam. Auch dort taucht konkret das Wort „Dschungel“ auf. 2014 gab es 136 Forschungs- und Entwicklungsprogramme. Das wird hier als regelrechter Programmdschungel bezeichnet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist nur ein Aspekt. Es gab auch eine Vielzahl an Akteuren. 216 Organisationseinheiten des Bundes und der Länder sowie 24 sogenannte Intermediäre des Bundes und der Länder. Intermediäre sind Agenturen, Forschungsagenturen, die die Gelder nicht für sich verwenden, sondern diese an die Empfänger weitergeben. 2014 ging es jedenfalls um 3,106 Milliarden Euro.

Es ist daher kein Wunder, dass diese Zahlungsströme sehr komplex und sehr unübersichtlich waren. Das Prüfungsziel des Rechnungshofes war nicht nur die

Beurteilung dieser Zahlungsströme, sondern auch die Beurteilung des Personalaufwandes und der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

Die Forschungsquote ist übrigens auch vorgekommen. Das ist ein wesentlicher Aspekt in diesem Zusammenhang, denn die Bundesregierung hat sich als Ziel vorgenommen, die Forschungsquote bis 2020 auf 3,76 Prozent des BIP, des Bruttoinlandsproduktes, zu steigern. Mit 3,01 Prozent im Jahr 2015 war sie noch weit davon entfernt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Rechnungshof empfiehlt, dass die Forschungsquote nicht als isolierte Größe betrachtet werden sollte, so wie das eben ist, sondern sie sollte sich an Zielen und Ergebnissen orientieren. Da ja auch das Bruttoinlandsprodukt schwankt, sollte auch das berücksichtigt werden.

Dann sollte es auch eine einheitliche, ressortübergreifende, Richtlinie geben für die Erstellung der Beilage T des Bundes. Das ist recht interessant. Die Beilage T weist die forschungswirksamen Ausgaben des Bundes im Bundesvoranschlag aus.

Das ist eine ganz wesentliche Sache. Der Rechnungshof empfiehlt daher Schulungen für die Mitarbeiter, die mit der Erstellung dieser Beilage T betraut sind.

Dann fordert er eine einheitliche Datenbank und so weiter und so fort. Das sind nur einige wesentliche Maßnahmen. Eine grundlegende Reform der Forschungsfinanzierung scheint mir als Laien nach der Lektüre dieses Begriffes zwar unbedingt notwendig, aber fast nicht durchführbar zu sein. Wir nehmen den Bericht aber auf jeden Fall zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte KollegInnen! Nur kurz zu den Worten des Kollegen Richter, denn es sind aus diesem sehr umfassenden Bericht ja Aufzählungen gemacht und manche Feststellungen getätigt worden, wie die fehlende gesetzliche Grundlage, die große Verwaltung, die Kosten bei den Forschungsprogrammen oder der Programmdschungel. Es ist aber kein einziges Wort davon gefallen, was man eigentlich im Burgenland ändern soll oder muss. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei diesen Rechnungshofberichten, die wir allesamt bekommen, sei es vom Bund oder vom Land, sind immer auch einige Empfehlungen angeführt, die meinem Erachten nach immer eine positive Entwicklung herbeiführen sollen.

Leider wird das oftmals negiert. Teilweise gleich einmal schubladiert. Ich bin schon ganz gespannt, was mit diesem Rechnungshofbericht passiert.

Eigentlich hat man dann schon diesen Eindruck, wenn man die Regierungsbank ansieht, dass der zuständige Landesrat gar nicht da ist, und sicherlich von der roten Regierung mit der blauen Dankbarkeit, das wahrscheinlich 1:1 wieder schubladiert wird. *(Abg. Doris Prohaska: Wenn man krank ist, dann kann man nicht kommen! Ehrlich jetzt!)*

Es geht darum, wer für die Schulen zuständig ist? *(Abg. Doris Prohaska: Du hast doch vom Geld geredet, oder?)* Der Herr Landeshauptmann soweit ich weiß, oder? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Nicht wenn man krank ist, man muss das nachher schon genauer betrachten, und wenn man mit dem Handy spielt, dann muss man bisschen besser zuhören. *(Abg. Doris Prohaska: Hast recht!)*

Tatsache ist, dass, wie der Kollege Kölly schon angeführt hat, die FPÖ auch in der jüngsten Vergangenheit natürlich immer wieder die Abschaffung des Amtsführenden Landesschulratspräsidenten gefordert hat. Da bin ich genauso gespannt, wie viele andere in diesem Hohen Haus, wie heute bei einem nachfolgenden Punkt die Abstimmung erfolgen wird.

Die in der Behördenstruktur der Bundesverwaltung einzigartige politische Doppelspitze, so wie es auch der Rechnungshof so feststellt, mit dem Landeshauptmann als Präsident und dem Amtsführenden Landesschulratspräsidentensitz, gibt es eigentlich so in keiner anderen Verwaltungsebene.

Ob das immer positiv ist, das darf man gerne einmal hinterfragen, weil eigentlich, ja und zu dem komme ich noch, ja andere Feststellungen auch getroffen werden.

Bei der dienstrechtlichen Zuständigkeit wird vom Rechnungshof ebenfalls festgehalten, dass zwischen dem Amt der Landesregierung und dem Landesschulrat die aufgeteilten Zuständigkeiten in dienstrechtlichen Angelegenheiten eigentlich eine Erschwernis für die Steuerung der Personalkapazitäten darstellt.

Das heißt aber insgesamt, dass wir eigentlich schon dort ein Einsparungspotential sehen und diese Doppelgleisigkeit eigentlich den Apparat nur unnötig aufbläht.

Dann wird hier schon ein ganz interessanter Aspekt in diesen Berichten angeführt, wo, zum Beispiel, auch über die Zulagen gesprochen wird. Im Ausschuss haben wir schon gehört, dass 130.000 Euro alleine an Zulagen im Landesschulrat ausbezahlt werden.

Wenn man sich dann, zum Beispiel, einen Medienbericht vom Standard anschaut, wo eine Sekretariatskraft des Amtsführenden Landesschulratspräsidenten im Burgenland eine Repräsentationszulage für Schulaufsichtsbeamte bekommt, dann braucht man sich nicht wundern, warum wir 130.000 Euro nur für Zulagen ausbezahlen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Presseberichte zeigen gleichzeitig zu diesem Rechnungshofbericht auch auf, dass eigentlich ein Treuekonflikt mit der Bildungsministerin passiert, da der Amtsführende Landesschulratspräsident ja vom Landeshauptmann als Präsidenten bestellt wird und gleichzeitig aber abberufen werden kann.

Somit ist ja, so, wie es ja auch im Burgenland passiert, der Parteisekretär Zitz natürlich dem Land hörig. In manchen Bereichen braucht man sich dann nicht wundern, wenn nichts weiter geht, wenn sich das Land mit dem Amtsführenden Landesschulratspräsidenten natürlich entgegen stellt.

Im Prinzip kann man zu diesem Bereich nur sagen, und das ist eigentlich relativ einfach, das man ja die Abberufung relativ rasch auch durchführen und den Amtsführenden Präsidenten ersatzlos abschaffen kann.

Zur Forschung hat der Rechnungshof ja auch sehr viele Zahlen genannt. Auch im Ausschuss, wo der Bericht auch dementsprechend zu hören war, wo mehrere Feststellungen getroffen worden sind.

Neben der Feststellung, dass das Land Burgenland die Forschungsquote nicht erfüllt hat, mit 3,1 Prozent von den Soll Prozentsatz von 3,49 Prozent, war aber schon bemerkenswert, dass der Rechnungshof ebenfalls festgestellt hat, dass die Ausgaben im Land von 12,5 Millionen Euro nicht direkt nachvollziehbar sind, wohin diese genau geflossen beziehungsweise ob die überhaupt für Forschungszwecke verwendet worden sind.

Sechs Millionen sind nämlich insgesamt gleich direkt an Unternehmen geflossen und 6,5 Millionen Euro über die WiBAG oder in weiterer Folge über die WiBuG.

Wenn nicht einmal der Rechnungshof das nachvollziehen kann, ob das überhaupt eine Forschungsförderung war, so wie es auch im Budget dargestellt wird, na ja, dann sollte man sich, Herr Kollege Richter, schon überlegen, wie transparent man eigentlich im Lande ist und wie man damit umgeht.

Tatsache ist, dass da wieder mit Geldern irgendwo mit Verschachtelungen, so wie man es ja in den einzelnen Landesbeteiligungen genauso hat und immer wieder findet, genauso hier gespielt wird. Dem muss man entgegen wirken.

So sehe ich den zukünftigen Rechnungshofberichten schon sehr spannend entgegen, was die eigentlich alles von unseren einzelnen Gesellschaften halten und wie sie das sehen.

In diesem Sinne gibt es sicher einen Erklärungsbedarf in den einzelnen Bereichen mit der Abschaffung des Amtsführenden Präsidenten, mit der Erklärung, wo diese 6 Millionen Euro direkt hingeflossen sind beziehungsweise diese 6,5 Millionen Euro über die WiBAG beziehungsweise WiBuG, und ob das effektiv auch einen Beitrag zur Forschungsförderung geleistet hat.

Wir nehmen selbstverständlich den Rechnungshofbericht zur Kenntnis. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile dem nächsten Redner, Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar, das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schulgesetzgebung in Österreich ist ein Spezialkapitel. Sie kennen das alle.

Qualifizierte Mehrheiten, Verfassungsmehrheiten. Wenn man sich diesen Rechnungshofbericht vor Augen führt, erkennt man auch von der Struktur her und insbesondere schon vom Zugang in der mittelbaren Bundesverwaltung Besonderheiten. Besonderheiten, die heute bereits zitiert worden sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In der Form dieser Doppelführung in den Landesschulräten mit einem Präsidenten, mit einem Amtsführenden Präsidenten, das gibt es sonst in dieser Form in unserer Verfassung nicht. Man müsste die Väter unserer Verfassung fragen, ob man sich vielleicht dabei Tiefsinnigeres gedacht hat.

Vielleicht liegt eine der Wurzeln, der Kritik des Bundesrechnungshofes auch an dieser Verfassungsstruktur. Es wurde ja bereits im Hinblick auf die Ergebnisse, auf die Beanstandungen und auf die Empfehlungen Bezug genommen.

Ich glaube, wir sind hier einer Meinung, dass ohne gesetzliche Grundlagen die Beschäftigung von Landesbediensteten in Bundesbehörden schlicht und einfach ein No Go bedeuten. Das gleiche gilt für die Zuwendungen.

Ganz besonders interessant, auch im Sinne unseres Föderalstaates ist für mich der Punkt der Kostentragung, auf den ich noch etwas näher eingehen möchte. Die politische Doppelspitze hat natürlich zur Folge, dass die Schulbehörden im Laufe der Zeit einen landesspezifischen Touch bekommen haben.

Das mag Vorteile haben, das ist natürlich von der Struktur und von der Gesetzgebung aber nicht zulässig. Bereits im Jahr 1980 hat der Bundesrechnungshof darauf hingewiesen, dass 894 Bedienstete in den Schulbehörden des Bundes vorhanden waren und damals etwa rund 300 Landesbedienstete, also mehr als ein Drittel, in Bundesbehörden tätig waren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

1983, also vor 33 Jahren, hat das Finanzministerium per Erlass verfügt, dass in den Landesschulräten keine Landesbediensteten mehr beschäftigt werden sollten. Heute, beziehungsweise zum Überprüfungsstichtag 31.12.2014, waren es noch immer 65 Personen. In unserem Bundesland waren es noch drei.

In Vorarlberg war kein Landesbediensteter mehr beschäftigt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aufgezeigt wurde dabei weiters, dass 19 Bedienstete des Landes im steirischen Landesschulrat beschäftigt sind und die Erklärung dafür findet man in der Kostentragung, die nochmals gesagt aus rein föderalistischen Überlegungen her sich derart so darstellt. Im Burgenland, in Niederösterreich und in Wien gibt es einen Kostentragungsschlüssel von 60 zu 40. 60 Prozent trägt hierbei der Bund. 40 Prozent die Länder für den Personal- und Sachaufwand des Landesschulrates.

In Oberösterreich gibt es auch einen 40-prozentigen Schlüssel, allerdings nicht im Sinne der davor genannten Bundesländer, sondern hier wird der gesamte Personal- und Sachaufwand des Bundes und des Landes für die Landeslehrer inklusive einer Pensionstangente refundiert. Das Hochinteressante bei diesen 40 Prozent ist, dass das eigentlich einer Kostentragungsquote von 22 bis 26 Prozent entspricht. Hier wird Oberösterreich in Relation zu den von mir genannten Bundesländern, auch in Relation zu unserem Heimatland Burgenland, deutlich bevorzugt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Noch interessanter ist der Kostentragungsanteil im Bundesland Steiermark. Hier wendet das Bundesland Steiermark nur sieben bis acht Prozent auf, was natürlich fast eine Einladung ist, hier entsprechend Landesbedienstete in Beschäftigung zu bringen.

Ein eigenartiger Zugang zu unserem Föderalismus, denn alle 15a-Vereinbarungen sind in diesem Zusammenhang klassische Staatsverträge mit unterschiedlicher Bewertung, mit unterschiedlicher Zuordnung und mit einer klassischen Bevorzugung von einzelnen Bundesländern.

Der Bundesrechnungshof, dem das natürlich ein Dorn im Auge ist, stellt dazu fest, dass das damals historisch gesehen, vor 40, vor 35 Jahren den damaligen historischen Situationen entsprochen hat, aber seitdem sind ja einige Jahre ins Land gezogen. Du glückliches Österreich, könnte man hier sagen. Man hat halt so weiter gewirtschaftet, weil man es gewohnt war.

Im Burgenland, und das ist hier positiv hervorzustreichen, hat es eine ansatzweise Evaluierung gegeben. Das unterscheidet uns von den anderen acht Bundesländern. Da zeigt sich auch letztendlich, dass sich der Kostenanteil in den letzten Jahren um knapp 17 Prozentpunkte verringert hat aus der Sicht des Burgenlandes, was eigentlich dafür spricht, dass es gut ist, hier Evaluierungen durchzuführen.

Was wir allerdings verabsäumt haben, und das hat einer meiner Vorredner bereits ausgeführt, ist der Umstand, dass wir mit der Schulbehördenverwaltungsreform nicht die Abschaffung dieser Zuwendungen an die Schulaufsichtsbehörden verknüpft haben.

Man sieht, dass auch Reform nicht immer Reform sein muss, im engeren Sinne, im klassischen Sinne. Eine Feststellung, die uns eigentlich tagespolitisch sehr oft begleitet. Die insgesamt 23 Empfehlungen des Bundesrechnungshofes - nicht alle davon betreffen

unser Heimatland Burgenland, wären daher, aus meiner Sicht, ehebaldigst umzusetzen. Bleibt nur zu hoffen, dass es nicht wieder 33 Jahre dauert, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der zweite Teil dieses Rechnungshofberichtes betrifft die Forschungsfinanzierung in Österreich. Auch hier haben meine Vorredner sehr viele Punkte bereits ausgeführt. Trotz der Wichtigkeit der Forschung für die Wirtschaft, für die Wissenschaft, aber selbstverständlich auch für die Schaffung neuer qualifizierter, hochqualifizierter Arbeitsplätze, für die Wichtigkeit des Wirtschaftsstandortes gibt es in Österreich, in der gesamten Republik, keinen Gesamtüberblick der Forschungsfinanzierung. Eine bedauerliche Tatsache. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt auch keinen Gesamtüberblick über die Zahlungsströme, die hier passieren. Die Gründe wurden dargelegt. Die Vielzahl der Akteure, man glaubt es kaum, 216 Organisationseinheiten des Bundes, die 24 Intermediären des Bundes wurden genannt. Dazu gesellen sich noch 14 spezielle Rechtsträger der Länder. All diese Stellen beschäftigen insgesamt 811 Personen, was sich natürlich in Personalkosten niederschlägt.

Das ergibt fast automatisch Mehr- und Vielfachstrukturen, wobei hier der Bund in der Personalbewirtschaftung mit 1,69 Prozent wesentlich günstiger liegt, als vergleichsweise die Länder mit 2,85 Prozent. Die Ziele der Bundesregierung, nämlich bis 2020, wurden noch nicht erreicht. Das ist anzustreben. Der Programmdschungel wurde bereits vom Kollegen Richter dargelegt.

Interessant ist auch der Umstand, dass insgesamt im Jahr 2015 mehr als zehn Milliarden Euro in die Forschung in Österreich investiert wurden, 47 Prozent davon von Seiten der Unternehmungen, von Seiten der Wirtschaft, 38 Prozent vom öffentlichen Sektor.

Hier ist auch anzumerken, dass der Bund mit 84 Prozentpunkten deutlich vor den 12 Prozentpunkten der Länder liegt. Hier wäre sicherlich mehr machbar, das wäre wünschenswert. Wir sind trotz der steigenden Bruttoinlandsausgaben leider seit dem Jahr 2009 auch im Ranking zurückgefallen. Wir waren letztendlich am achten Platz, liegen derzeit am elften und vorletzten Platz. Das ist negativ anzumerken, auch aufgrund der Wichtigkeit der Forschungsinnovationen.

Ohne auf die Details näher eingehen zu wollen, vielleicht ein kleiner kurzer Blick auf das Burgenland. Im Burgenland arbeiten insgesamt 1,4 Vollzeitäquivalente im Bereich der Forschungsförderung. Das ist bescheiden. In Wien sind es 32,22. Zwischen 2011 und 2015 gab es im Burgenland eine Steigerung der Ausgaben von 119,4 Prozent, was per se positiv erscheint.

Allerdings sind wir im Österreichranking Schlusslicht mit 0,90 Prozent, also nicht einmal ein Prozentpunkt. Die Steirer, zum Beispiel, haben mit 4,81 Prozent deutlich die Nase vorn. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Als Fazit könnte man sagen, dass abgesehen von den 25 Empfehlungen des Bundesrechnungshofes, wovon wieder nicht immer das Burgenland betroffen ist, wir so rasch wie möglich darangehen sollten, diese im Sinne der Wirtschaft, im Sinne der Weiterentwicklung, im Sinne der Wissenschaft, natürlich auch im Sinne der Schaffung neuer moderner Arbeitsplätze, im Sinne eines modernen Wirtschaftsstandortes Burgenland, wo Investoren gerne ins Land kommen und vor allen Dingen im Sinne der Weiterentwicklung unseres wunderschönen Heimatlandes Burgenland und seinen Menschen umzusetzen.

Meine Fraktion nimmt diesen Bericht des Bundesrechnungshofes einstimmig zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend ausgewählte gebietskörperschaftübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden, Forschungsfinanzierung in Österreich wird zur Kenntnis genommen.

16. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 500) betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission (Zahl 21 - 348) (Beilage 557)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 16. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses, Beilage 500, betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission, Zahl 21 - 348, Beilage 557.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Abgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission in seiner 4. Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Berichterstatterin. Als erster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste, wo auch immer! Es geht um ein Transparenzregister. Das gibt es schon, das soll jetzt verschärft, aber auch verbessert werden, und weit über das hinausgehen, was bisher vorgesehen war.

Jetzt liegt uns ein Antrag der Regierungsparteien vor, der darin vorsehen würde, dass Regierung, Landtag und Gemeinden davon ausgenommen werden sollen. Ich verstehe nicht ganz warum, aber vielleicht ist da ein bisschen eine Verwechslung zwischen Transparenz und Lobbying auf der anderen Seite zu sehen.

Grundsätzlich ist es ja so, dass es beim Transparenzregister einfach um das, was das Wort ja ohnehin schon sagt, nämlich um Transparenz geht. Das heißt, wann redet wer wo mit wem und das vor allem auf EU-Ebene.

Dazu zu sagen ist ja noch, dass die wenigsten, ich nehme jetzt einmal die Landtagsabgeordneten, oder nicht alle, reine Landtagsabgeordnete sind. Viele sind bei einer Firma nebenbei, viele sind in irgendwelchen Interessensvertretungen und ähnlichem. Das heißt, ich sehe da eigentlich überhaupt keinen Grund, warum wir uns, oder Ihr Euch von dieser Transparenz, von diesem Transparenzregister ausnehmen sollten.

Noch dazu ist es zumindest bis jetzt so, dass das ohnehin in verschiedene Registrierungskategorien eingeteilt ist. Das sind sechs verschiedene. Die sechste betrifft lokale, regionale und kommunale Behörden. Das heißt, es wäre nicht gleichzusetzen mit Unternehmen oder anderen Lobbying-Organisationen.

Die Kommission hat da eigentlich ein recht ambitioniertes Papier vorgelegt, soweit ich mir das kurz angeschaut habe, hat sich selbst schon in die Pflicht genommen und hat seit Dezember 2014 eine Verpflichtung, dass alle Kommissionsmitglieder auf ihrer Website alle Kontakte mit Berufsverbänden und Selbständigen darlegen müssen - und zwar spätestens zwei Wochen nachdem dieser Kontakt stattgefunden hat.

Es gibt zwar zur Zeit noch Ausnahmen, die ich teilweise auch nicht ganz verstehe, zum Beispiel Kirchen und Religionsgemeinschaften, finde ich eigentlich nicht in Ordnung, dass es da Ausnahmen gibt, wo aber witziger Weise dann in der Ausnahme selber steht, es wird empfohlen, dass sich die trotzdem eintragen. Also das ist ein bisschen eine originelle Handhabung zurzeit. Ich hoffe, das konnte ich nicht herausfinden, dass auch das ändert und verschärft wird.

Summa summarum geht es um Transparenz. Das muss uns allen selbst am Herzen liegen und es geht auch vielleicht darum, um nach außen nicht einmal den Anschein erwirken zu lassen, dass wir uns da ausnehmen. Das fände ich besonders als Signal nach außen eigentlich sehr ungeschickt und daher können wir diesem Antrag nicht stattgeben und ersuchen eigentlich auch, dass wir alle diesem Antrag nicht stattgeben, weil das einfach schief ausschaut. *(Abg. Christian Illedits: Deswegen haben wir ihn wohl jetzt auch eingebracht!)*

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Kollege Spitzmüller hat bereits beschrieben, worum es geht, was die Gründe und Hintergründe dieser Debatte sind. Wobei wir zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

Vorweg - niemand von uns hat etwas gegen Transparenz, schon gar nicht hat jemand von uns etwas dagegen, dass man sich der Problemstellung Lobbyismus widmet. Jeder von uns ist wohl dafür, dass gerade die Tätigkeiten im Bereich der Rechtsetzung und Gesetzgebung für die Öffentlichkeit möglichst nachvollziehbar gestaltet werden.

Das derzeitige Transparenzregister auf europäischer Ebene basiert auf Freiwilligkeit, wobei es eben eine Konsequenz gibt, wenn man sich nicht einträgt, nämlich dass sich die Europäische Kommission, die Kommissare mit einem nicht treffen. Ich lasse das jetzt einmal dahingestellt, wie lebensnah das in der Praxis dann abläuft. Die interessantesten Gespräche sind ja bekanntermaßen die, die offiziell nie stattgefunden haben und nirgends aufscheinen.

Tatsache ist jedenfalls, dass der Anwendungsbereich des Transparenzregisters ausgeweitet werden soll, wie beschrieben. Einerseits eben auch auf den Rat der Europäischen Union und andererseits - und das ist der Stein des Anstoßes beziehungsweise Auslöser und Anlass für diesen Antrag - auch auf regionale Parlamente, also auch auf die Landtage und unter anderem auch auf die Gemeinde.

Jetzt könnte man natürlich sagen - wen juckt es, wem tut es weh? Das halten wir aus.

Aber ich denke, meine Damen und Herren, dass es da sehr wohl auch ums Prinzip geht. Wir als Landtag sind verfassungsrechtlich verankertes Element dieser Republik. Wir sind als Landtag und das ist ja nicht irgendetwas und als Mandatare direkt demokratisch legitimiert, und wir sind ja bereits integraler und hochoffizieller Bestandteil des unionsrechtlichen Rechtssetzungsverfahrens.

Es ist daher eine Frage des Prinzips, ob wir uns gegen diese Tendenzen auf europäischer Ebene wehren oder nicht. Wir sind dafür. Das ist der freiheitliche Standpunkt, dass wir uns wehren, wie viele andere Landtage im Übrigen auch. Und nicht nur in Österreich.

Es gibt auch einen entsprechenden Beschluss der Präsidenten der bundesdeutschen Landtage.

Dass wir als Mandatare Lobbyisten sind, das liegt auf der Hand. Wir sind Lobbyisten im Interesse unserer Bürger, unserer Wähler, unserer Regionen. Ich denke, viel transparenter als Abgeordnete und Landtage arbeiten, viel transparenter geht es eigentlicher nicht. Schon gar nicht im unionsrechtlichen Kontext. Wir Freiheitliche stehen dazu, dass wir uns als Mandatare - ich interpretiere es nämlich schon so, Herr Kollege Spitzmüller - nicht in einen Topf werfen lassen mit Nahrungsmittel-, Pharma- und Glücksspielkonzernen.

Ich glaube, das ist eine Frage des Prinzips, daher dieser Antrag, dem wir auch zustimmen werden. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Analyse sowohl vom Kollegen Spitzmüller als auch vom Kollegen Géza Molnár teile ich. Auch ich komme zu einem anderen Ergebnis.

Dadurch dass die Europäische Kommission hier einen Vorschlag gemacht hat und eigentlich in der sechsten Gruppe, im sechsten Register heißt es, die regionalen und auch die kommunalen Behörden vorgesehen hat, kann ich mir nicht vorstellen, dass hier eine Vermengung mit Lobbyisten von Firmen, von Großfirmen hier möglich ist.

Ich glaube, dass wir als Politiker alles vermeiden sollten, was nur den Anschein erwecken könnte, dass wir in irgendeiner Art und Weise irgendetwas tun, was nicht alle wissen dürfen, nicht alle wissen sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle, die redlich für ihre Interessen einstehen und auf europäischer Ebene agieren, egal wie auch immer, dürfen keine Angst haben, in irgendeinem Register aufzuscheinen. Das ist unser Befund, zu dieser Entscheidung sind wir gekommen.

Wir können dem vorliegenden Antrag daher nicht stattgeben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Präsident Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es jetzt kurz und bündig machen, nachdem jeder gesagt hat, eigentlich wollen wir das Gleiche, nur die Zugänge sind ein wenig anders.

Es ist schon alles aufgelistet worden, wie das Transparenzregister aussieht, wie es ausgesehen hat und was jetzt abgesichert wurde. Kollege Molnár hat das eindeutig gesagt, es gibt ganz klar, auch wenn es definitiv im sechsten Register eine Aufzählung gibt, eine taxative, doch einen riesigen Unterschied, der uns als gesetzgebende Körperschaften wichtig sein müsste, wo wir ohnehin Vertretungen haben.

Das heißt, Ausschuss der Regionen. Wir sind natürlich auch durch das Subsidiaritätsprinzip Bestandteil natürlich der Abwicklungen und der Abläufe in der Europäischen Union. Aber es ist von den LandtagspräsidentInnen eigentlich unisono und einheitlich in Vertretung natürlich der Landtage und deshalb habe ich es auch hier eingebracht, festgelegt worden, dass wir auch hier ganz klar Position beziehen wollen, weil wir eben als Vertreter der Landtage, der Kommunen, eindeutig Akteure im europäischen Rechtsetzungsverfahren sind.

Deshalb wollen wir eben nicht gleichgestellt sein und werden mit Lobbyisten. Wenn man es noch ein wenig hinterfragt, Herr Kollege Spitzmüller, dann muss man natürlich auch sehen, dass sich dieses Register zuerst auf Freiwilligkeit bezogen hat und jetzt natürlich noch immer sehr unvollständig ist.

Das heißt, man muss schon zum Ausdruck bringen, das hat auch der Antrag in sich, dass wir natürlich klarerweise wollen, die Transparenz, die Einsehbarkeit. Es ist wichtig, weil es eine vertrauensbildende Maßnahme ist und weil natürlich die Bürger schon die Möglichkeit haben sollen, Einsicht zu nehmen. Das ist klar. Bei uns wissen sie, wer alle Vertreter der Kommunen, der Länder sind. Das ist eindeutig von Landesregierungen oder von anderen Institutionen bekanntgegeben und unterliegt einem Beschluss. So wie auch hier.

Ich als Vertreter des Landes oder der Landeshauptmann werden in der Landesregierung mit Beschluss dorthin entsandt. Das heißt, wir sind definitiv bekannt, wer das ist und wer das für das Land in diesem Fall tut. Betrifft natürlich auch Mitglieder der Landesregierung, logischerweise, die dann bei den Kommissionen oder bei öffentlichen Stellen ständig in Kontakt sind.

Ein Beispiel mich betreffend. Ich habe im Rahmen meiner Tätigkeit im Ausschuss der Regionen permanent bei allen Sitzungen Kontakt mit Mitgliedern des Parlaments, mit Mitgliedern der Kommission, aber auch mit vielen anderen. Hier einen Gleichklang herstellen zu wollen mit Lobbyistentätigkeit im herkömmlichen Sinne wäre aus meiner Einschätzung, natürlich von vielen, eigentlich unrichtig und falsch. Also ja zum Register, aber ebenso deutlich nein zu regionalen Behörden als Partner und Bestandteile des europäischen Systems, auszuklammern, indem sie eben auf dieselbe Ebene wie spezifische Interessensvertreter gestellt werden, das sind wir in diesem Falle ganz klar nicht.

Nur wenn die Stellung der regionalen Gebietskörperschaft in Europa stark ist und auch mit dem Mandat ausgestattet ist und so die Kommunen, die Länder und die Gebietskörperschaften vertreten können, dann - denke ich - ist das eindeutig.

Wir haben auch eine Antwort schon aufgrund dieser Beschlüsse, die jetzt in den Landtagen, drei haben es ja schon gemacht, auf Initiative der ÖVP. In Salzburg, Niederösterreich und Vorarlberg gibt es schon drei Beschlüsse in diesen Ländern. Alle einstimmig angenommen.

Wir haben auch diese Botschaft an Juncker kommuniziert, und die Antwort habe ich hier vor mir liegen. Wir haben die Zusicherung, dass diese spezifische Rolle der Gebietskörperschaft im europäischen Kompetenzgeflecht Berücksichtigung findet. Also auch hier haben wir schlussendlich schon Gehör gefunden.

Ich ersuche Sie, diesen unseren Antrag zu unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich habe nur eine Nachfrage. Wenn ich jetzt aufmerksam genug zugehört habe, haben Sie gerade gesagt, Herr Präsident, dass Ihnen schon zugesagt wurde, dass das geändert wird? *(Abg. Christian Illedits: Ich habe ein Schreiben von Juncker.)* Von Juncker. Warum braucht es dann noch einmal extra hier einen Beschluss, wäre meine Nachfrage, wenn es schon eine Zusage gibt? *(Abg. Christian Illedits: Ich habe gesagt: „Berücksichtigung findet." – Abg. Mag. Kurt Maczek: Ist das eine Fragestunde?)*

Der zweite Hinweis war darauf, weil Sie in Ihrer Wortmeldung das jetzt wieder zusammengelegt haben, der Kollege Spitzmüller hat es klar erläutert.

Es geht nicht darum, um jene Mandatarinnen, Mandatare oder Vertreterinnen, Vertreter von Behörden, die ausschließlich in dieser Funktion reisen, sondern es geht um jene, die auch für andere Interessen und nicht nur im Auftrage ihrer Wähler und Wählerinnen unterwegs sind. Die müssen dann das nicht deklarieren und das ist eine Schwachstelle. Das bitte nur zu bedenken und auseinander zu dividieren. *(Abg. Christian Illedits: Ich habe das gehört. Ja!)*

Ich wollte es nur nochmals korrigieren, weil Sie hier so getan haben, als wäre diese Differenzierung nicht vorgenommen worden. *(Abg. Christian Illedits: Ich wollte nur unsere Position bestärken.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission ist somit mehrheitlich gefasst.

17. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 482) betreffend Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für die Ostregion (VOR) (Zahl 21 - 330) (Beilage 558)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zum Punkt 17. der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 482, betreffend Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für die Ostregion (VOR), Zahl 21 - 330, Beilage 558.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss- und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für die Ostregion (VOR) in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für die Ostregion (VOR) unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass der Großteil mir zustimmen wird, wenn ich sage, wir brauchen sichere Straßen, eine massive Einschränkung der Treibhausgase, um den Klimawandel zumindest noch abzufedern, bequeme, stressfreie Wege zum Arbeitsplatz, sichere Mobilität auch für junge und alte Menschen, weniger Unfälle und Verkehrstote, Arbeitsplätze.

Dies alles bietet der massive Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, parallel mit einer Attraktivierung des bestehenden Angebotes und die einfache und günstige Ticketwahl. Deshalb unser Antrag für dieses 365-Euro-Jahresticket für die ganze Ostregion.

Ein gutes Beispiel, wie gut diese Idee grundsätzlich schon funktioniert, kennen wir von der Jugend. Das Top-Jugendticket ist ein Erfolgsmodell, gilt auch hier für alle drei Bundesländer. Die Jugendlichen beziehungsweise die Schüler und Schülerinnen können hier um 60 Euro in allen Bundesländern unterwegs sein.

Das erfreut sich hoher Beliebtheit, und die Jugendlichen sind hier sicher unterwegs und vor allem können sie auch selbständig unterwegs sein, da sie oft nicht auf das Auto der Eltern angewiesen sind.

Zu den einzelnen Punkten vorher. 475 Menschen starben letztes Jahr auf Österreichs Straßen. Verkehrsminister Jörg Leichtfried hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 diese Zahl zu halbieren. Ein sehr ambitioniertes Ziel, das aber natürlich nicht nur die Verkehrstoten reduzieren wird, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit auch grundsätzlich die Unfälle und damit auch die Verletzten.

Je mehr Menschen wir von der Straße, vom PKW in Bus, Bahn, also die Öffis bringen, desto sicherer werden die Straßen für alle anderen, die auf das Auto nicht verzichten können. Deshalb wäre dieses 365-Euro-Ticket natürlich auch wieder ein Magnet für Menschen hier umzusteigen.

Ich habe vorher die Treibhausgase erwähnt. Der Verkehr ist nach wie vor einer der größten Treibhausgasverursacher, leider mit steigenden Emissionen, was vor allem auch daraus bedingt ist, dass es zwar Einsparungen bei den Autos gibt, aber leider der Trend zu SUV und Geländewagen ungebrochen ist. Man weiß, dass jeder vierte Neuwagen ein SUV oder ein Geländewagen ist, die um einiges schwerer sind, meistens PS-stärker und der VCÖ hat berechnet, dass der Schadstoff und der Spritverbrauch um ein Viertel höher sind als bei vergleichbaren Modellen.

Eine Zahl, die ich bei einer meiner letzten Anträge zum Thema Klimawandel in dem Bezug schon genannt habe, will ich hier auch noch einmal nennen, da es, finde ich, sehr anschaulich darstellt, wie hoch die CO_2-Belastung durch die Straße ist.

Laut Genehmigungsbescheid des Verkehrsministeriums werden über 27.500 Tonnen CO_2 pro Jahr durch 29 Kilometer Straße - und zwar die S7 - in Zukunft zusätzlich ausgestoßen werden.

Ich komme zu den Arbeitsplätzen, die ich vorher genannt habe. Beim Bau eines Bahnhofs werden fast zwei Drittel des investierten Geldes für Löhne verwendet. Beim Bau von Autobahnen und Schnellstraßen ist es weniger als ein Drittel. Das zeigt eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes WIFO, also man sieht, ich nehme hier keine Zahlen von irgendwelchen grünangehauchten Professoren und Professorinnen, sondern das sind Zahlen aus dem Verkehrsministerium und hier jetzt vom Wirtschaftsforschungsinstitut.

Das Investitionsprogramm der ÖBB sorgt laut einer Untersuchung der Industriellenvereinigung von 2013 bis 2020 für durchschnittlich 24.000 Arbeitsplätze pro Jahr. Da sieht man schon, da steckt auch wesentliche Wirtschaftskraft und natürlich Arbeitsplätze dahinter.

Fahren mit den Öffis muss günstiger, einfacher, attraktiver werden. Das ist natürlich so wie beim 60-Euro-Top-Jugendticket auch mit einem 365-Euro-Ticket wesentlich einfacher, wenn ich dieses Ticket habe, dann brauche ich mich nimmermehr um die Fahrkarte bemühen. Fahrkartenkauf will auch gelernt sein. Wenn man das vereinfacht, dann bin ich überzeugt davon, dass wesentlich mehr Leute umsteigen. Bewiesen hat das Wien, wo es dieses Ticket bereits gibt. Da haben sich nach der Einführung der 365-Euro-Jahreskarte die Verkäufe des Jahrestickets verdoppelt und die Fahrgastzahlen gehen Jahr für Jahr nach oben.

Zu den Kosten. Die Niederösterreichische Landesregierung hat berechnet, dass ein von uns gefordertes 365-Euro-Ticket insgesamt 86,5 Millionen Euro für alle drei Bundesländer kosten würde, wenn man das so wie alle Zahlen aufteilt auf die Bundesländer, würden auf das Burgenland zwölf Prozent davon entfallen, das wären 10,3 Millionen Euro.

Dadurch könnte man natürlich aber gleichzeitig viel Gelder einsparen, da die Straßen auch weniger belastet würden und, wie gesagt, weniger Verkehrstote, Klimawandel und Ähnliches.

Öffentlich Fahren ist grundsätzlich sicherer, bequemer und sollte günstiger sein. Wir sollten mehr Menschen diese Möglichkeit dazu geben. Das heißt, es reicht natürlich nicht, wenn wir jetzt dieses 365-Euro-Jahresticket anbieten, wir müssen natürlich auch den Öffentlichen Verkehr ausbauen.

Vielleicht noch, weil vor kurzem gerade in Eisenstadt das Thema Regionalbahnen ein Thema war. Auch hier wäre der Ausbau und nicht der Rückbau so, wie es Südburgenland, im Bezirk Oberwart, passiert ist, als Erfolgsmodell möglich, man sieht das an vielen Regionalbahnen österreichweit. Eine Zahl nur, knapp 36 Millionen Fahrgäste waren auf den 19 sogenannten Regionalbahnen im Jahr 2014 unterwegs, das war um eine Million mehr als in den Vorjahren. Also hier würden wir wirklich mit relativ geringen Mitteln eine wesentliche Verbesserung in vielen Bereichen bewerkstelligen können.

Natürlich liegt uns zu unserem Antrag ein Abänderungsantrag der Regierungsparteien vor, die jetzt gar nicht da sind. Wir sehen diesen Abänderungsantrag einmal mehr als nicht ausreichend und werden deshalb einen Abänderungsantrag stellen.

Ich darf diesen Abänderungsantrag vorlesen: Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Landtag hat beschlossen: Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Landesregierungen von Wien und Niederösterreich, mit dem Verkehrsverbund Ost-Region zur Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets zur Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland in Verhandlung zu treten. *(Abg. Spitzmüller übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller ist gehörig unterstützt und wird gemäß § 61 Abs 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie bekannt ist am 6. Juli eine neue Tarifregelung des Verkehrsverbundes Ost-Region in Kraft getreten. Damit haben die drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und das Burgenland ein einheitliches System erhalten, das im Vergleich zu den bisherigen Regelungen einfacher, umfassender und insgesamt fairer ist.

Die Zonen wurden abgeschafft. Der neue Tarif errechnet sich durch die Eingabe von Start und Ziel. Stichstrecken, Überlappungsbereiche und andere Ausnahmeregelungen fallen weg, wovon manche Fahrgastgruppen früher profitiert haben.

Natürlich hat eine Systemumstellung in diesem Ausmaß Auswirkungen auf alle Fahrgäste. Während zirka 20 Prozent davon profitieren, 70 Prozent davon nicht betroffen sind, gibt es auch Fahrgäste, bei denen eine Verteuerung der Ticketpreise zu verzeichnen ist.

Zumeist ist das dort der Fall, wo früher eben Fahrgäste profitiert haben. Insgesamt ist die Umstellung für den Verkehrsverbund aber einkommensneutral.

Es ist logisch, dass bei einer so großen Umstellung nicht alle restlos zufriedenzustellen sind. Es geht immerhin um 900 Linien, mehr als 18.000 Kilometer Netzlänge, und fast 3,8 Millionen Einwohner sind von der Tarifumstellung betroffen.

Ich denke, der Verkehrsverbund Ost-Region nimmt alle Rückmeldungen sehr ernst, und es wird dann vielleicht Evaluierungen bei Härtefällen geben. Außerdem gibt es Abfederungsmaßnahmen, wo das Land Burgenland mit einem gewissen Prozentsatz beteiligt ist, zumindest bei den Jahreskarten.

Positiv zu vermerken ist natürlich auch, dass es Ermäßigungen für Senioren, Menschen mit Behinderung oder Blinde gibt mit der neuen Tarifumstellung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Burgenland liegt im Zentrum Europas und befindet sich auch im Spannungsfeld zwischen Wien, Graz und unseren östlichen Nachbarn. Diese Situation gilt es natürlich zu nützen und die Chancen der zentralen Lage wahrzunehmen. Dazu ist es uns natürlich ein Anliegen, die besten Voraussetzungen für das moderne Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung und der Wirtschaft nachzukommen.

Zusammengefasst: Mobilität für alle Burgenländer, nachhaltig, innovativ und sicher zu gestalten. Der Fokus liegt also auf effiziente, leistbare, nachhaltige und komfortable öffentliche Verkehrsverbindungen für die Burgenländer und Burgenländerinnen in die Zentren zu schaffen.

Aber wir werden nicht den gesamten Verkehr auf Bus und Bahn verlagern können, das ist ein frommer Wunsch der grünen Fraktion, ebenso dürfte es ein Credo der GRÜNEN sein, in allen Bundesländern das 365-Euro-Ticket einzuführen.

Abgesehen vom Größenunterschied im Verbund und der Dichte von anderen Bundesländern ist es vor allem eine Kostenfrage. Das Ticket würde vielleicht etliche Abnehmer finden, unterm Strich würde aber ein Einnahmeverlust entstehen, so glaube ich. Auch die Kosten für die Einführung, die beim Entschließungsantrag angeführt sind, mit zirka zehn Millionen Euro wären sicher besser für Infrastrukturmaßnahmen.

Es wird viel Geld im Jahr in den Öffentlichen Verkehr investiert, man muss sich aber immer in einem engen Budgetrahmen bewegen. Es sind trotzdem Fortschritte erzielt worden, aber für ein 365-Euro-Jahresticket fehlen leider die Mittel. Wichtiger sind, Anreize zu schaffen, wie Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel, und das machen wir.

Burgenland hat die Straßen in den letzten Jahren mit sehr viel Geld gut ausgebaut, die nächsten Jahre werden mehr Angebot und mehr Attraktivität für den Öffentlichen Verkehr bringen.

Es braucht öffentliche Verkehrsmittel, die schneller und bequemer sind. Das 365-Euro-Ticket ist für das Land jedenfalls zu teuer und ist daher abzulehnen. Wie schon erwähnt, müsste das Burgenland zehn Millionen Euro dafür in die Hand nehmen. Dieses Geld ist sicher besser angelegt für eine Qualitätssteigerung der öffentlichen Verkehrsmittel, sprich bessere Erreichbarkeit und Vertaktung im ländlichen Raum, und die Qualität der Fahrzeuge und die Geschwindigkeiten zählen darüber hinaus.

Das Land Burgenland wendet im Jahr 2016 17,5 Millionen Euro für den Öffentlichen Verkehr auf. Gemeinsam mit dem Bund, den Eisenbahnunternehmen und den Gemeinden wurden im Burgenland in den letzten beiden Jahren mehr als 50 Millionen Euro in Bahnhöfe und Eisenbahninfrastruktur investiert.

Die Investitionen in den Öffentlichen Verkehr schlagen sich in jährlich steigenden Fahrgastzahlen bei Bus und Bahn nieder. Ganz klar, Mobilität und Transport sind enorm wichtige Funktionen für die Attraktivität regionaler Zentren.

Das Land Burgenland ist bemüht, die regionalen Zentren und Gemeinden mit den größeren Ballungszentren zu verbinden. Es geht natürlich um die Pendler, aber auch um die Wirtschaft, um die Wirtschaft zu stärken.

Die Mehrheit der Erwerbstätigen im Burgenland und Österreich arbeitet nicht in ihrer Wohngemeinde. Ungleiche regionale Verteilung des Arbeitsplatzangebotes und der Wohnorten der Beschäftigten erzeugt natürlich Verkehr. Verkehr verbindet aber nicht nur die Arbeit mit dem Wohnort, sondern Familie, Freunde, Einkauf, Freizeit, Urlaub, Arztbesuche und vieles mehr. Die Städte haben mit ihren Arbeitsplätzen, Schulen, Geschäften, Freizeiteinrichtungen und ihre medizinische Vorsorge zentrale Bedeutung für die Region.

Aufeinander abgestimmte öffentliche Verkehrsmittel und eine Mindestfrequenz sind die Basis für ein gutes Angebot - aber nach wem abgestimmt? Für die Schüler? Für die Arbeiter? Für die Pensionisten? Also für wen?

Funktioniert dann noch die Mindestfrequenz für den, der die öffentlichen Verkehrsmittel in Anspruch nehmen will. Die selbständige Erreichbarkeit der regionalen Zentren für alle Bevölkerungsgruppen zu einem bestimmten Zeitpunkt ist auch mit einem dichten Angebot des Öffentlichen Verkehrs nicht immer möglich, also ohne Auto wird es nicht gehen.

Eine gute Erreichbarkeit regionaler Zentren mit öffentlichen Verkehrsmitteln wäre natürlich wichtig und gut, muss aber nicht nur für den Kunden, sondern auch für das Land finanzierbar und leistbar sein. Dieses Ziel verfolgt das Land Burgenland. Ich glaube, ein 365-Euro-Ticket wäre extrem unfair, weil ein gewisser Bevölkerungsteil einen anderen Bevölkerungsteil finanzieren muss, weil die eine Hälfte ein 365-Euro-Ticket sehr gut in Anspruch nehmen kann, während die andere Hälfte trotzdem vermehrt auf ein Auto angewiesen ist, wenn es schlechter geht sogar auf ein zweites.

Unter dem Strich würden die Einnahmen fehlen, um den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel weiter voranzutreiben, damit auch die andere Hälfte der Bevölkerung in einen qualitativ höheren Genuss kommen kann. Ein billiges Ticket hilft denen nichts, wenn sie nicht alles erreichen können, was sie wollen, schon gar nicht wann sie müssen.

Das 365-Euro-Ticket ist somit nicht hilfreich für den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs, den die Landesregierung vorhat.

Es soll eine Mindestzahl für bestimmte Siedlungsgrößen für den täglichen Verkehr gelten. Direkte Bahnverbindung von Eisenstadt nach Wien, Verbesserung und Erreichbarkeit des Flughafens Wien, damit soll Zeit eingespart werden.

Verbesserung und Erreichbarkeit von Wien und Eisenstadt aus dem Südburgenland, hier ist natürlich ein großes Thema auch die Grenzbahn.

Elektrifizierung und Beschleunigungsmaßnahmen, um schneller und komfortabler zu reisen.

Man sieht, es werden also laufend wichtige Schritte zur weiteren Verbesserung des Öffentlichen Verkehrs getätigt.

Die Landesregierung wird somit aufgefordert, die Umsetzung dieser Ziele im Rahmen der budgetären Mittel mit dem Augenmerk auf die Leistungsverbesserung im Öffentlichen Verkehr hinzuwirken.

Wir hoffen auch, dass die grüne Fraktion unserem Antrag zustimmt, damit vielleicht, wenn alles gut ausgebaut ist, in 20 Jahren, das 365-Euro-Ticket eingeführt werden kann. *(Beifall bei der FPÖ – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Also doch wieder.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herr Landtagsabgeordneten Hirczy das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Kollege Wiesler, ich denke, 20 Jahre warten, das wäre doch zu lange.

Mobilität ist heute im Jahr 2016 viel mehr als Fortbewegung. Die Mobilität ist unverzichtbare Voraussetzung für die Teilnahme vieler Menschen am modernen Leben und deren Bedürfnisse, und sie muss der aktuellen Zeit gerecht werden. Denn gerade die Megatrends, egal ob es der Klimawandel, die Digitalisierung oder auch die Urbanisierung ist, verändert die Art der Menschen zu reisen, zu handeln und zu denken.

Damit sind natürlich auch demensprechende Ansprüche und Erwartungen an moderne Verkehrsmittel geknüpft. Bus und Bahn, auch als Alternative zum stressigen Autofahren, und wir kennen die Thematik mit den Stadteinfahrten, egal ob es sich um Graz oder Wien handelt. Wir kennen die Situationen auf Pendlerrouten, wo Montag in der Früh viel Verkehr ist oder auf der Rückreise am Freitag am Nachmittag.

Wir alle wissen, dass gerade die Burgenländerinnen und Burgenländer auf das Auto sehr oft angewiesen sind. Aber dennoch sagen wir, das 365-Euro-Ticket ist aus unserer Sicht ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Ein leistbares Ticket für viele Burgenländerinnen und Burgenländer.

Speziell hört man oft, lange Strecken sind oft nicht leistbar, obwohl es Tickets gibt, wo man um 39 Euro bis nach München oder sonst wohin fahren kann. Oft ist es der Glaube, der Berge versetzen kann. Wir müssen den Menschen das Gefühl geben, dass der Schritt zu Bahn und Bus nicht nur ein ökologischer Schritt ist, sondern auch ein nachhaltiger Schritt ist.

Ich sehe daher in diesem Ticket eine Chance für viele Menschen. Egal ob es sich um Arbeitnehmer, um Studenten, um Schüler oder auch um ältere Arbeitnehmer handelt.

Wir haben heute schon einige Zahlen gehört und es gibt ja auch Vorbilder, egal ob das Niederösterreich oder auch Vorarlberg ist, also der Weg funktioniert.

Die Erreichbarkeit ist ein wichtiges Gut in unseren Lebenswelten, und wir müssen unsere Region interessant halten. Ich freue mich, dass wir hier im Kleinen versuchen, die ersten Schritte zu setzen. Im Bezirk Jennersdorf versuchen wir, mit zwölf Gemeinden ein Mikro-ÖV-System voranzutreiben, wo ein leistbares Taxi die Menschen an die dementsprechenden Anbindungen heranführt. Sprich Bahnhof oder Park & Ride-Anlagen.

Ein weiteres Beispiel gibt es aus der Stadtgemeinde Jennersdorf. Hier greift die Stadt Studenten unter die Arme und unterstützt die Semestertickets vom Wohnort zum Studienort. Das heißt, nicht nur eine Förderung vor Ort am Studienort, sondern auch auf dem Weg dorthin. Hier stellt die Gemeinde eine Förderung von 169,20 Euro in Aussicht. Somit können Studenten mit 200 Euro Ausgaben ein Semester lang zum Studienort fahren und dort die öffentlichen Verkehrsmittel nützen.

Ich möchte aber auch das Thema Infrastruktur nicht vergessen, und ich halte fest: Ja, auch die Straße ist mir wichtig. Natürlich brauchen wir auch, um dem PKW-Verkehr gerecht zu werden, kleinräumige Umfahrungen beziehungsweise andere Projekte, aber auch das Thema S7 darf nicht vergessen werden.

Und ja, mir ist natürlich auch die Bahn sehr wichtig. Ich denke hier an das Thema Elektrifizierung. Kollege Steier hat das heute schon erwähnt, wir müssen hier entsprechend den Vorgaben, ich denke hier an den Korridor 5, ich denke hier an die großen Seehäfen, egal ob es sich um Rijeka, Triest oder Koper handelt. Wir müssen aufpassen, dass wir den Anschluss nicht verlieren. Denn gerade im Sektor Bahn ist es wichtig, dass wir beim Güterverkehr nicht auf der Strecke bleiben, und über den Güterverkehr können wir auch den Personenverkehr leistbar halten und leistbar machen.

Ich möchte auch festhalten, dass mir die Ostbahn wichtig ist. Diese hat sehr viel Tradition, aber auch die Grenzbahn dürfen wir nicht vergessen. Ich denke, es geht vor allem um eine Bewusstseinsbildung.

Wir müssen jungen Menschen die Bahn näherbringen, Stichwort Breitbandausbau. Im Zug sitzen, mit dem Laptop, mit dem iPad, mit dem Handy arbeiten, kann einfach entspannend sein. Wenn selbst die Deutsche Bahn mit dem Slogan „ökologisch, flexibel, effizient: Die Zukunft der geschäftlichen Mobilität ist Bahnfahren“ wirbt, so kann das auch nicht falsch sein.

Wir wünschen uns mehr Frequenz an den Bahnhöfen. Deswegen werden wir den Abänderungsantrag der GRÜNEN unterstützen.

Wenn heute im Postfach sogar vom VCÖ dieses Blatt zu finden war und der Mag. Markus Gansterer hier das Zitat abgibt: „Die große Mehrheit der Fahrgäste erlebt in Österreich eine verbesserte Qualität beim Bahnfahren, vor allem auf den Hauptverbindungen. Nun ist es wichtig, dass es auch in den Regionen eine Qualitäts- und Angebotsoffensive gibt.“ Ich denke, das ist nur zu unterstreichen. Hauptverbindungen sind wichtig. Wir müssen nun auch im kleinen Burgenland Akzente setzen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren! Laut Pendlerstatistik 2013, Statistik

Austria, pendeln im Burgenland 133 Menschen, erwerbstätige Burgenländerinnen und Burgenländer - Entschuldigung - von den 133.000 pendeln 97.000 Menschen. 48.000 Menschen innerhalb des Burgenlandes, zirka 26.000 Menschen nach Wien, 16.000 nach Niederösterreich, 6.500 in die Steiermark und zirka 500 in die restlichen Bundesländer Österreichs.

Davon beträgt der Anteil 85 Prozent, wonach dies Tagespendler sind, und 15 Prozent Wochenpendler. Der Verkehr, der Öffentliche Verkehr, ist natürlich ein sehr wichtiges Thema, ein sehr komplexes Thema. Und in vielen Punkten sind wir uns auch in dieser Form einig.

Das größte Ziel muss natürlich sein, dass unsere Menschen so weit wie möglich wohnortnah ihren Arbeitsplatz finden. Den Arbeitsplatz finden und bis hin, dass Menschen auch von zu Hause ihre Tätigkeiten machen können. Das muss natürlich unser größtes Ziel, unser Ziel seitens der Politik sein. Der Öffentliche Verkehr muss einfach so attraktiv sein, dass wir auch als Pendlerinnen und Pendler diesen in Anspruch nehmen können.

Dass in den letzten zehn Jahren hier in unserem Land Burgenland im Bereich des Öffentlichen Verkehrs viel gemacht wurde, viel investiert wurde und auch vor allem Verbesserungsmaßnahmen im Öffentlichen Verkehr und im Straßenverkehr hier konsequent umgesetzt wurden, ist uns allen klar.

Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik und der Herr Spitzmüller haben diesen Antrag auch eingebracht. Es ist ja auch prinzipiell legitim, einen Antrag mit 365 Euro einzubringen, aber wir müssen auch darüber sprechen, wie er finanziert wird und mit welchen Kosten er finanziert wird.

Im Prinzip ist er abgeleitet und in Wien kostet die Jahreskarte, das Jahresticket 365 Euro. Im Bereich Wien selbst. Sie sprechen aber jetzt natürlich nicht im gesamten VOR-Bereich, wie Ihr Antrag ja auch lautet.

Dass das Land oder unser Land mit öffentlichen Steuergeldern den Öffentlichen Verkehr, die letzten Jahre, mit 17 Millionen fördert, wissen wir alle. Dass hier die Wochen-, Monats- und die Jahreskarten im Öffentlichen Verkehr für die Burgenländerinnen und für die Burgenländer, aber vor allem auch für die Pendler das Doppelte kosten würde, würden diese Kosten seitens der Verkehrsbetriebe umgerechnet werden, wissen wir natürlich auch alle.

Ich möchte hier nur einige wenige Maßnahmen, die in der letzten Zeit gesetzt werden, auch im Bereich des Öffentlichen Verkehrs kurz ansprechen, wie zum Beispiel hier die Züge und die Triebwagen seitens der Raaberbahn, die neuen Siemensgarnituren und auch von der Neusiedler Seebahn, die hier angeschafft wurden.

Die Raaberbahn wurde auch ausgezeichnet für die Modernisierung und vor allem für die Barrierefreiheit der Gestaltung der Bahnhöfe Baumgarten, Neufeld, Müllendorf und Wulkaprodersdorf und erhielt hier vom VCÖ den Mobilitätspreis Österreichs.

Ich möchte doch auch eingehen, Kollege Hirczy, Sie haben damals mit Ihrem Vorgänger, mit Herrn Landtagsabgeordneten Helmut Sampt einmal eine Wegstrecke zurückgelegt, wo Sie angeblich - über die Medien - dann in Jennersdorf übernachten mussten, dass Sie weiterfahren können. Ich weiß jetzt nicht genau, wo das Ziel gewesen wäre. Sie haben auch Ihr Projekt, das ich sehr … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das war nicht der Hirczy.)* Wo haben Sie nächtigen müssen? Mit Ihrem Vorgänger, mit Helmut Sampt. *(Abg. Bernhard Hirczy: Ich bin in Jennersdorf zuhause.)* Okay. Gut.

Sie haben ja auch - und ich finde es sehr gut - diesen Vorschlag und diese Idee, die Sie eingebracht haben, mit dem Ein-Euro-Taxi, finde ich sehr gut. Ich glaube, inzwischen sind wir von einem Euro weit weg, und ich habe mir sagen lassen, die letzten dreieinhalb Monate wurde eigentlich mehr keine Sitzung abgehalten. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Von was redet der jetzt?)*

Frau Kollegin, Ihr Kollege hat vorher das Modell Ein-Euro-Taxi angesprochen, und ich habe darauf geantwortet. *(Abg. Bernhard Hirczy: Ich habe das Wort „leistbares Taxi" verwendet.)* Ich möchte auch in dieser Form noch auf das neue VOR-Tarifsystem eingehen, Frau Kollegin, das Sie angesprochen haben.

Es hat für das Burgenland größtenteils für die Pendlerinnen und für die Pendler, für die Fahrgäste, dieses VOR-Tarifsystem hat Entlastungen gebracht, sogar bis 12,8 Prozent.

Ich finde es gut, wenn man immer wiederum Dinge anspricht, aber dann sollte man auch in dieser Form nicht nur - und ich finde gar nicht nur negativ. Das sind wenig, wenig. Ich bin bei vielen Verhandlungen dabei gewesen. Ich habe auch die Kritik von den Menschen empfangen. Es wäre wunderschön, Kollege Hirczy, wenn Sie sich hier in dieser Form ganz einfach auch einbringen würden bei Veranstaltungen, bei Klausuren, bei vielem. Ich habe Sie eigentlich noch nie gesehen, wenn es darum gegangen ist, für die Menschen hier im Burgenland ganz einfach dabei zu sein und mitzuverhandeln und auch Verantwortung zu tragen.

Dass aus der Zeitung hier Presseaussendungen beziehungsweise Pressekonferenzen abgehalten werden, ich glaube, es ist unsere Aufgabe nicht nur, aus der Zeitung zu lachen, sondern auch für die Menschen in unserem Land zu arbeiten.

Frau Kollegin, ich möchte hier nur die Fahrstrecke, ich spreche jetzt das südliche Burgenland an, und hier hat dieses VOR-Tarifsystem wesentliche Entlastungen gebracht, wenn ich hier das Tarifmodell für die Fahrstrecke Jennersdorf – Wien, da hat die alte Jahreskarte inklusive der Kernzone Wien 2.698 Euro ausgemacht. Mit dem neuen Tarif kostet diese 2.494 Euro. Das ist eine Kostenersparnis von 8,2 Prozent. Ich darf jetzt aus dem Bezirk Jennersdorf, Heiligenkreuz im Lafnitztal nach Wien hat die Jahreskarte 2.698 Euro gekostet, jetzt kostet sie 2.391 Euro, das ist eine Ersparnis von 12,8 Prozent.

Ich möchte aber darauf eingehen, dass wir hier in diesem Haus, wo wir Vorreiter waren, und hier geht es mir um die Pendlerpauschale. Im Sinne unserer Menschen, die doch noch gezwungen sind, mit dem Auto auf ihren Arbeitsplatz zu fahren und ich/wir die SPÖ Burgenland, aber vor allem auch das Pendlerforum noch immer davon überzeugt ist, dass diese Form der Pendlerpauschale keine faire Abgeltung ist, sondern wir der Meinung sind, dass jeder gefahrene Kilometer unabhängig vom Einkommen für die Pendlerinnen und Pendler gleich viel wert sein muss.

Wir werden auch in Zukunft mit aller Kraft dafür kämpfen, und ich hoffe, hier auch Zustimmung von anderen Parteien zu finden, dass wir unabhängig vom Einkommen alle Menschen, die auf den Arbeitsplatz fahren oder vom Arbeitsplatz wiederum zu ihrem Wohnort zurückfahren müssen, gleich bewertet werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, und wir werden uns für unsere Menschen, für unsere Pendlerinnen und Pendler in unserem Land weiter einsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Im Gegensatz zu der heutigen Sicherheitsthematik im Burgenland, die wir heute zwischen 15.00 und 16.35 Uhr diskutiert haben, haben wir im Gegensatz zu den GRÜNEN hier ein bisschen einen anderen Zugang, auch was die Sicherheitsthematik betrifft. Wir glauben, dass wir im Burgenland sehr wohl ein Sicherheitsproblem haben und dass wir daran arbeiten müssen, das auch wegdiskutieren müssen.

Aber im Gegensatz eigentlich zu dieser differierenden Meinung haben wir zu dem 17. Tagesordnungspunkt heute eigentlich den gleichen Ansatz und die gleiche Meinung. Denn auch wir von der Liste Burgenland glauben und unterstützen, dass ein 365-Euro-Jahresticket möglich ist, dass wir das auch umsetzen können.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich und Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen, zeigt leider wieder einmal, dass man relativ viel Phantasie und Einfühlungsvermögen braucht, um ein Interesse zur Leistungsverbesserung für die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler zu erkennen.

Über 90 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer sind auf den Öffentlichen Verkehr, als auch auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen. Viele pendeln in Ballungsräume, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Ich habe hier eigentlich noch ganz andere, ich habe eigentlich geringere Zahlen, aber der Kollege Sodl hat es vorher gerade gesagt, 80.000 oder 90.000 sind davon betroffen. Jeder Fünfte davon in die Bundeshauptstadt nach Wien.

Um den Pendlerinnen und Pendler den täglichen Weg zur Arbeit so attraktiv wie möglich zu gestalten, wäre es unserer Meinung nach daher auch sinnvoll, ein 365-Euro-Jahresticket für die Ostregion einzuführen.

Ich erspare uns jetzt eigentlich die weiteren Details dazu. Wir haben hier bereits beim Tagesordnungspunkt 9 - Semestertickets - am 14.7. unsere Meinung dazu kundgetan. Zusätzlich aber, zu diesem 365-Euro-Jahresticket für die Ostregion wäre es auch sinnvoll, das Top-Jugendticket auszuweiten. Und zwar: Anhebung des Top-Jugendtickets von 24 auf 26 Jahre. Zusätzlich zu den bisherigen Nutzungsberechtigten sollten auch Studenten bis zum 26. Lebensjahr mit Hauptwohnsitz im Burgenland ein Top-Jugendticket in Anspruch nehmen können.

Für Studierende in der Steiermark müssen die gleichen Konditionen gelten wie in der VOR-Region - Wien, Niederösterreich und Burgenland. Studierende dürfen hier keinesfalls um ein Vielfaches mehr bezahlen als den Preis des Top-Jugendtickets.

Zum Thema Finanzierung möchte ich vielleicht nur eines anmerken, wenn man hier so mit den Millionen hin und her schmeißt, wenn ich das recht in Erinnerung habe, so wurde, glaube ich, die S4 zwischen Wiener Neustadt und Knoten Mattersburg vor einigen Jahren um 17 Millionen Euro saniert. Da hat man eine Fahrbahnverbreiterung gemacht, glaube ich, um einen halben Meter. Bei den Brückenabständen hat sich nichts geändert, da ist die Fahrbahnbreite nach wie vor die Gleiche wie sie damals war.

Und wenn ich das jetzt recht in Erinnerung habe, soll diese S4 im Jahr 2018/2019 wieder saniert, erneuert, erweitert werden. Ich denke, da werden wir mit 17 Millionen Euro nicht auskommen. Wenn ich dann mir das anschaue, was also so ein Ticket kostet, dem Land Burgenland kostet, dann glaube ich, dass wir hier auch eine Finanzierungsmöglichkeit haben, mit etwas guten Willen.

Wir werden diesem Abänderungsantrag, in dem wir wirklich keinen Willen und kein ehrliches Interesse zur Leistungsverbesserung für den burgenländischen Pendler erkennen, natürlich nicht zustimmen. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Hohes Haus! Die breite Fächerung in der Diskussion dieser Thematik ist eigentlich jedem inzwischen offensichtlich. Tatsache ist, wir kommen zurück auf einen der Gegenwart sehr angepassten beziehungsweise auch durch äußere Umstände notwendigen Schritt, nämlich der Förderung des Öffentlichen Verkehrs. Bedingt auch in der Zusage auf die Forderung 365-Euro-Ticket. Zusammenhang mit allen Gegebenheiten wie Klimaschutz, Umweltschutz und was immer auch bedeuten; auf der anderen Seite die strikte Behauptung, man kann quasi gewisse Sachen nur über den Individualverkehr lösen.

Jetzt gehen wir einmal davon aus, dass regionale, burgenländische Verhältnisse mit Sicherheit nicht so einfach in der Gestaltung Öffentlichen Verkehrs sind und dass viele Maßnahmen inzwischen auch gesetzt wurden in den letzten Jahren erst, die Möglichkeiten bieten, diesen Öffentlichen Verkehr auch dementsprechend wahrzunehmen.

Grundsätzlich muss man davon ausgehen, dass diese Investitionsfreudigkeit aber immer noch sehr stark und fast ausschließlich zu Lasten des Öffentlichen Verkehrs geht.

Wenn man dann behauptet, es gibt die Investitionssumme von 18 Millionen Euro pro Jahr, dann ist das ein kumulierter Betrag, der sich aus verschiedenen Positionen zusammensetzt. Unter anderem in der Förderung der Ankaufssituation der Züge für die Raab-Ödenburger-Eisenbahn oder für die GySEV.

Tatsache ist, es wird nicht ausschließlich in die Subventionierung der Tickets dieses Geld verwendet, sondern es geht auch in die Infrastruktur. Das ist eigentlich das Stichwort, um im Grunde genommen, Öffentlichen Verkehr möglich oder überhaupt zur Tatsache werden zu lassen.

Wir haben es leider in den letzten Jahren verabsäumt, Voraussetzungen in die Richtung auch umzusetzen, nicht nur zu diskutieren, sondern auch umzusetzen, wo Öffentlicher Verkehr in der Gegenwart für die Zukunft eine ganz unabdingbare Forderung ist. Das soll keine grüne Forderung sein, sondern die gilt inzwischen für alle politischen Vertreter, die sich dazu bekennen, dass Öffentlicher Verkehr, ich sage einmal mit dem Stichwort „gesünder“ ist als alles andere, das sich im Bereich der Mobilität abspielt. Auf der anderen Seite bezieht sich manche Wirklichkeit, die wir auch heute in der Diskussion gehört haben, ein wenig in der Überforderung der Möglichkeiten.

Wir müssen davon ausgehen, dass 365 Euro für den innerstädtischen und für den Verkehr rund um Wien durchaus etwas Realisierbares ist. Auf den Süden des Burgenlandes ausgebreitet, wird es mit Sicherheit zum heutigen Zeitpunkt damit ein Problem geben.

Aber dessen sind sich wahrscheinlich die Antragstellerin und der Antragsteller auch vollkommen bewusst. Nur ist es heute mehr als zeitgemäß für die Arbeitsplatzsituation, für die Notwendigkeit des Tagespendelns auch ein entsprechendes Angebot im Öffentlichen Verkehrssinne zu setzen.

Wenn der Kollege Sodl vorher ausgeführt hat, vom Südburgenland aus ist ein Jahresticket 2.200 Euro teuer, dann dürfte jedem, der hier vertreten ist, die Alarmglocke läuten, nicht die Anlage, sondern die Glocke, weil es entsprechend ein sehr hoher Betrag ist. Tatsache ist, dass über den Individualverkehr dafür aber auch die Förderung in der Fahrtkostenbezuschussung möglich wäre, die beim Individualverkehr wegläuft.

12,5 Prozent Teuerung, lieber Wolfgang Sodl, ist eine Situation, die nicht nur nicht einfach ist, sondern die auch sehr groß ausgefallen ist.

In Wirklichkeit, und das möchte ich auch von meiner Seite her ausdrücklich betonen, wären die 365 Euro im Sinne der Verfügbarkeit des Öffentlichen Verkehrs, vom Wohnort zum Arbeitsplatz zu gelangen, eine absolute Notwendigkeit unter den Voraussetzungen, wenn wir heute zum Beispiel in einer Diskussion gehört haben, wir haben vom Landesrat Petschnig ausgesprochen, wir haben ein Beschäftigungsplus.

Wie viele dieser Beschäftigten, die im Burgenland ein Jahreshoch im Verhältnis auf die Vergangenheit bedeuten, sind aber Teilzeit beschäftigt, sind Stunden beschäftigt oder haben Praktikumsplätze? Wenn wir das wieder wegnehmen von einer sogenannten Glorifizierung der Arbeitsplatzsituation im Burgenland, dann kommen wir zu dem Schluss, die meisten sind noch immer im tagespendlerischen und im wochenpendlerischen Sinne unterwegs.

Dafür müsste jedem, der hier in politischer Verantwortung steht, mit Sicherheit eines genehm sein, so billig beziehungsweise so günstig wie möglich, im Sinne auch der Umwelt und der öffentlichen Verkehrsanbindungen eine Leistung zur Verfügung zu stellen, die sich jeder auch ohne Einschränkung leisten kann, würde nicht nur der Umwelt gut tun, sondern dem einfachen Menschen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir nun zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Spitzmüller eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend öffentliches Verkehrssystem im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

18. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 496) betreffend die Eindämmung von invasiven Pflanzen- und Tierarten im Burgenland (Zahl 21 - 344) (Beilage 559)

Präsident Christian Illedits: Der 18. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller

auf Fassung einer Entschließung, Beilage 496, betreffend die Eindämmung von invasiven Pflanzen- und Tierarten im Burgenland, Zahl 21 - 344, Beilage 559.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend die Eindämmung von invasiven Pflanzen- und Tierarten im Burgenland in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend die Eindämmung von invasiven Pflanzen- und Tierarten im Burgenland unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe diesen Antrag initiiert und eingebracht, da ich in den letzten Jahren und heuer und letztes Jahr besonders merke, dass rund um uns herum viele Sachen plötzlich wachsen, die normalerweise dort nicht wachsen.

Jetzt ist es nichts Ungewöhnliches, das Pflanzen und Tiere aus anderen Ländern auf die verschiedensten Arten und Weisen eingeschleppt werden beziehungsweise bei uns auch leben, wachsen und gedeihen. Das muss nicht unbedingt außergewöhnlich und auch nicht automatisch problematisch sein.

Aber, vor allem aufgrund des Klimawandels, hat sich da in den letzten zehn, 20 Jahren doch ganz massiv was verändert, und plötzlich sind Pflanzen und Tiere hier, die sich hier wohlfühlen, weil es einfach grundsätzlich wärmer geworden ist, und die sich so wohlfühlen, dass man eigentlich von einer Invasion sprechen kann. Deshalb auch der Begriff invasive Arten.

Manchen von Euch wird das wahrscheinlich eh bekannt sein. Die bekannteste Pflanze, die jetzt in der letzten Zeit auch durch die Medien gegeistert ist, weil sie nicht nur heimische Arten verdrängt, sondern vor allem ein Gesundheitsproblem ist, ist Ragweed oder auch Ambrosia genannt. Eine gar nicht so auffällige Pflanze, die aber leider sehr stark blüht und sehr viele und leider auch sehr aggressive Pollen produziert, wo wirklich immer mehr Menschen damit ganz massive Gesundheitsprobleme haben, da diese Pollen eben so aggressiv sind.

Neben dieser Pflanze ist wahrscheinlich auch vielen inzwischen aufgefallen, auch wenn manche den Begriff nicht kennen, der Staudenknöterich oder der Japanknöterich, wächst vor allem an Straßenrändern und Ufern von Bächen und Flüssen. Eine sehr schnell wachsende Pflanze. Leicht roter Stängel. Herzförmige große Blätter. Jetzt blüht er gerade, weiß mit so ein bisschen federartigen Blüten.

Der ist gesundheitlich gar kein Problem, den kann man, wenn die Pflanzen sehr jung sind, sogar essen. Der macht aber ganz starke Probleme, nicht nur in der Natur, weil er einfach riesige dichte Pflanzenbestände schafft und dadurch heimische Arten verdrängt, sondern teilweise auch schon in die Landwirtschaft, in den Acker hinein wächst.

Wenn diese Pflanze einmal wo ist, bekommt man sie fast nicht mehr weg. Die Wurzelausläufer sind ganz extrem, da hilft es leider auch nichts, diese Pflanze einfach abzumähen und liegen zu lassen, sondern man muss das Mähgut wirklich entfernen und vernichten, weil liegengebliebene Pflanzenteile sehr schnell neu austreiben und sich neu verwurzeln. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dadurch wird er auch so schnell verschleppt, weil oft ein Stück am Bachufer abbricht und ins Wasser fällt. Es reicht oft schon, wenn der irgendwo angeschwemmt wird und schon ist eine neue Kolonie, möchte man fast sagen, entstanden.

Eine weitere Pflanze ist der Götterbaum. Schaut sehr ähnlich aus wie der Essigbaum, der vielleicht bei manchen im Garten steht. Diese Pflanze ist vor allem im Nordburgenland, zunehmend aber auch im Südburgenland zu sehen und bereitet dem Forst ganz massive Probleme. Auch diese Pflanze ist, wenn sie einmal wo Fuß gefasst hat, sehr schwer wegzubekommen. Wenn man den schlägert, treibt er sofort mit nicht 10 oder 20 sondern mit 30, 40 und mehr Seitenaustrieben aus, sogar aus den Wurzeln.

Ich war vor einem Jahr bei einer Exkursion am Truppenübungsplatz in Bruckneudorf, wo der dortige Förster uns diese Problematik ziemlich anschaulich geschildert hat. Also das ist für den Forst wirklich auch ein wirtschaftliches Problem.

Es gibt natürlich noch viele andere Pflanzen, wie beispielsweise der Riesenbärenklau, der auch gesundheitliche Probleme bereiten kann, das drüsige Springkraut, die Robinie, die Goldrute und ähnliche. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich habe den Antrag deswegen auch gewählt, weil mir im täglichen Agieren und mit offenen Augen umgehen immer wieder auffällt, dass da einfach das Wissen fehlt, dass hier damit komplett falsch umgegangen wird. Dass Gemeindemitarbeiter zwar die Uferbegleitvegetation mähen, aber interessanterweise gerade die Problempflanzen stehen lassen oder dann eben, so wie ich es vorher gesagt habe, liegen lassen. Die treiben dann neu aus oder es kommen sogar durch das Mähen Pflanzenteile in den Bach und damit wird das Problem eigentlich noch größer.

Auch Erdbewegungen sind oft ein großes Problem, wenn man solche Pflanzen durch Erdbewegungen, durch Traktorreifen, durch Kettenfahrzeuge weiterverschleppt. Hier gehört ganz massiv informiert und aufgeklärt. Das passiert zum Teil auch schon, denn es gibt beispielsweise von der Umweltanwaltschaft ein sehr gutes kleines Büchlein, das auf diese Maßnahmen eingeht. Das nennt sich „Naturnahe Pflege von Begleitgrün“.

Da werden im letzten Teil auch die Handlungsmaßnahmen dargestellt. Nur, diese Broschüre kennen leider viel zu wenige. Es liegt leider nicht einmal auf unserer Gemeinde auf, was ich jetzt auch ändern werde.

Die EU hat das Problem inzwischen auch erkannt, denn es gibt seit Juli auch eine Liste mit invasiven Arten. Da sind auch viele Tiere dabei. Zum Beispiel die Rotwangen-Schmuckschildkröte, die leider wenn sie zu groß wird oder ähnliches sehr viel von Terrarien- und Aquarienbesitzern ausgesetzt wird. Die Lobau kann inzwischen ein Lied davon singen, denn die fressen auch ziemlich alles zusammen, was sie in ihr Maul hineinbekommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ähnlich ist es mit dem Waschbären, der in Österreich, Gott sei Dank, noch nicht so ein Problem ist, in vielen anderen Ländern schon, denn auch der ist ein räuberisch lebendes Tier und verdrängt sehr stark heimische Arten.

Wir fordern deshalb ganz stark Fortbildungskurse vor allem für Menschen, die eben die Begleitvegetation von Bächen, Flüssen, Straßen pflegen, aber auch Vereinsmitglieder, Privatpersonen, Gemeindemitarbeiter sollten hier ganz massiv geschult werden, damit sie diese Pflanzen richtig erkennen können und dann auch wissen, wie man damit umgehen soll.

Auch das ist leider noch ein bisschen ein Problem. Der Müllverband nimmt diese Pflanzen teilweise gar nicht in den normalen Müll, kann ich sie oft gar nicht werfen, weil die Menge einfach zu groß ist. Da muss man sich noch einiges überlegen. Wichtig wäre auch bei Aktionstagen sowie bei der Flurreinigung, zum Beispiel, dass man das, wenn man genug Leute hat, mitnimmt und Hotspots, wo sich diese Pflanze erst neu angesetzt hat, kann man doch durch ausreißen, regelmäßiges mähen und dann vernichten vielleicht daran hindern, dass sie neue Gebiete erschließt.

Klar ist, wir werden uns von diesen Pflanzen und auch von den Tieren, die uns da neu heimsuchen, nicht ganz trennen. Es geht darum, dass wir sie eindämmen und dass wir vor allem natürlich die, die gesundheitsbedenklich sind, ganz massiv zurückdrängen, dass wir nicht auch noch gesundheitliche Probleme mitnehmen.

Ein Beispiel vielleicht noch, weil es aufgrund meiner Recherche mir jetzt vor kurzem aufgefallen ist: Man sollte es nicht glauben, aber sogar mit den Euro-Paletten werden Schadinsekten eingeschleppt und zwar ganz konkret der Asiatische Laubholzbockkäfer, gegen den unser Borkenkäfer ein „Lercherlschas“ ist, muss man wirklich sagen.

Es gab nämlich da bereits Vorkommen in Oberösterreich und in Bayern und da haben die dortigen Behörden wirklich schnell erkannt, was das für ein Problem ist. Da mussten dann in einem relativ großen Umkreis sämtliche Bäume gefällt werden, weil einfach die Gefahr zu groß war, dass sich der weiter ausbreitet und der killt wirklich innerhalb von relativ kurzer Zeit Bäume und ist auch interessanterweise so, wie es bei vielen Pflanzen und Tieren nicht der Fall ist, in den Herkunftsländern ein ganz massives Problem. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Man sieht, da kommen auch, wie bereits gesagt, durch den Klimawandel neue Probleme und Herausforderungen auf uns zu. Jeden Tag, den wir hier warten, und uns Zeit lassen, wird das Problem größer, weil die Ausbreitung größer ist. Deswegen ist es hier ganz wichtig, schnell zu handeln.

Jetzt gibt es da natürlich auch wieder einen Abänderungsantrag dazu, der ganz nett ist, der natürlich nicht die Auswirkung hat, die wir uns gewünscht hätten. Nämlich, dass mehr passiert, als bisher. In diesem Antrag steht, es soll das passieren, was bisher schon passiert ist. Vielleicht solltet Ihr irgendwann einmal die Formulierung ändern in - es ist ohnehin alles gut, wie es ist.

Wir lassen es wie es ist, dann tut man sich leichter bei der Formulierung. Aber, das kann nicht Sinn der Sache sein. Wir müssen hier einfach mehr tun, im Interesse der Wirtschaft, der Gesundheit und unserer Natur. Wir bauen unseren Tourismus letztendlich ja auch auf den Naturschätzen auf. Da haben wir, wenn man mit Leuten spricht, die sich da auskennen, schon ein ganz massives Problem. Da wird es nicht reichen, das Gleiche zu machen, wie wir es bisher gemacht haben, denn hier müssen wir eindeutig mehr machen.

Wir werden diesem Abänderungsantrag Zähne knirschend zustimmen, weil natürlich ist es besser, das zu machen, was man schon gemacht hat, aber ich möchte hier wirklich eindringlich darauf drängen, dieses Problem auch in Euren Gemeinden ernst zu nehmen, hier massiv zu informieren und massiv gegen diese Invasoren vorzugehen.

Danke schön. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Bei den sogenannten invasiven Pflanzen oder Tieren handelt es sich um relativ neue Pflanzen oder Tierarten in unseren Breiten. Sie sind auf unterschiedliche Art und Weise in unser Land gekommen, sei es als Nutzpflanze, als Forstpflanze, Heil- oder Zierpflanze.

Andere wurden mit Handelsgütern, pflanzlichen Erzeugnissen oder vor allem durch Tiere durch die weltweite Reisetätigkeit unbeabsichtigt oder beabsichtigt eingeschleppt. Bei den Pflanzen sind dies zum Beispiel Ragweed, Götterbaum, Bärenklau, Springkraut und bei den Tieren der Asiatische Marienkäfer, Amerikanische Rebzikade, Spanische Wegschnecke, Tigermücke, Amerikanisches Grauhörnchen, um hier nur einige der bekannteren Invasoren zu nennen.

Von den insgesamt zirka 12.000 neuen Pflanzenarten haben sich viele bereits in unserer heimischen Flora integriert. Zirka zehn Prozent davon gelten jedoch als problematisch für die heimische Flora und Fauna. Einige Pflanzen und Tiere sind jedoch wegen der Verdrängung standortgerechter einheimischer Tier- und Pflanzenarten zu einem richtigen ökologischen Problem geworden.

So werden sie, zum Beispiel, für den Rückgang von bisher zirka 43 Tierarten verantwortlich gemacht. Diese sogenannte Invasion verursacht aber auch wirtschaftliche Probleme. Gerade die Weinbauern bekommen das massiv zu spüren. Der Asiatische Marienkäfer, zum Beispiel, arbeitet sich in die Trauben hinein und diese werden dadurch unbrauchbar gemacht.

Ebenfalls ein Problem für die Weinbauern ist die Amerikanische Rebzikade. Für die Ackerbauern stellt der Maiswurzelbohrer ein großes Problem dar. In Österreich gelten bereits alle Maisanbaugebiete als von diesem Schädling befallen. Einige Arten können auch die menschliche Gesundheit beeinträchtigen.

Die EU hat mit der Verordnung Nr. 1143/2014 das Ziel vorgegeben, die Ausbreitung bereits eingeschleppter invasiver Arten einzuschränken und eine weitere Einschleppung neuer Neobiota zu verhindern. Diese Verordnung stellt zwar einen guten Ansatz dar, doch fehlt es in vielen Fällen noch an der praktischen Umsetzbarkeit. Österreich hat hier mit der Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes Anfang des Jahres

grünes Licht für die Umsetzung der EU-Richtlinie gegeben und damit einen weiteren wichtigen Schritt gesetzt.

Im Burgenland wird die Bekämpfung invasiver Pflanzenarten schon seit langer Zeit durchgeführt. Bei einigen ist eine Ausmerzung nicht mehr bewältigbar. Man kann daher nur versuchen, diese von ökologisch sensiblen Bereichen fernzuhalten.

Durch Information und Einbindung der Gemeinden, Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung, in Schulen, und die Umsetzung der EU-Richtlinie im Rahmen der Länderarbeitsgruppen wird von der Burgenländischen Landesregierung dieser Weg der Eindämmung invasiver Pflanzen- und Tierarten weiterhin intensiv fortgesetzt.

Wir werden daher unserem Antrag die Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zur Diskussion steht ein Entschließungsantrag der GRÜNEN betreffend die Eindämmung von invasiven Pflanzen- und Tierarten.

Wir erleben es immer wieder, die Opposition bringt einen Antrag ein und die Regierung ändert ihn so ab, dass man meinen könnte, es würde alles ohnehin schon bestmöglich laufen. Aber dem ist nicht so. Auch wenn man das aus Regierungssicht gerne so sehen würde. Für die Umsetzung der EU-Verordnung über die Prävention und das Management der Eindämmung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten sind die Bundesländer zuständig und verantwortlich.

Die Regierung schiebt die Verantwortung aber, wie schon so oft, auf die Bundesregierung ab, der hier aber ausschließlich eine koordinierende Aufgabe zukommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich rufe die Landesregierung daher auf: Stellen Sie sich der Verantwortung und geben Sie auch einmal zu, dass auch von den Oppositionsparteien gute Ideen und Entschließungsanträge eingebracht werden.

Die ÖVP im Burgenländischen Landtag ist jedenfalls nicht dafür zu haben, gute Ideen dadurch abzudrehen, dass darüber abgestimmt werden soll, dass alles besser bleibt, wie das von der Regierungsbank gerne vorgemacht wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke schön Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt wirklich sehr aufmerksam meinen Vorrednern zugehört und es ist wirklich von Ihnen, Herr Spitzmüller, sehr sachlich betrachtet worden. Die Aufzählung der neuen Pflanzen- und Tierarten, die es in Österreich und nicht nur in Österreich sondern auch in anderen EU-Ländern gibt, ist sehr sachlich gemacht worden.

Wir wissen, dass man das Rad hier nicht zurückdrehen kann, wir wissen, dass diese Tierarten und Pflanzen, die jetzt eigentlich in Mitteleuropa und auch in Österreich sind, ein Problem darstellen. Ein Problem für die Natur und ein Problem für die Landwirtschaft darstellen. Auch meiner Vorrednerin kann ich bei dem Recht geben, was sie gesagt hat.

Ihnen, Herr Kollege Temmel von der ÖVP, möchte ich ins Stammbuch schreiben, dass es keine Beweihräucherung der Regierung ist, wenn man einen Abänderungsantrag macht, der an und für sich gut gemeint ist, wo sie aber alle meine Vorredner im Prinzip schon angemerkt haben, dass es seit 2014 eine EU-Verordnung gibt.

Wenn es diese EU-Verordnung gibt und diese veröffentlicht ist, dann ist es so quasi Gesetz. Das heißt, jetzt noch einmal Ihren Antrag, der wirklich gut gemeint ist, noch einmal zu beschließen obwohl das schon seit 2014 der Fall, das, denke ich mir, ist sicher nicht Sinn der Sache und würde auch niemanden, auch nicht der Natur, auch nicht den Landwirten, etwas bringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn Sie, Herr Abgeordneter der ÖVP, uns einen Rat geben, dann würde ich Ihnen einen Rat geben, denn dann würde ich einmal sagen, kehren Sie einmal vor Ihrer eigenen Tür, weil diese Themen, wo die SPÖ zuständig ist, nehmen wir sehr ernst. Gerade im Burgenland sieht man ja, dass wir im Prinzip auf den Naturschutz in unserer Heimat schauen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf Ihnen vielleicht jetzt auch kurz nur sagen, was diese EU-Verordnung aussagt. Vorher will ich Ihnen aber noch sagen, dass dieses Thema, und das ist von meiner Kollegin angesprochen worden, ja nichts Neues ist und dass im Burgenland genau in diesem Bereich, nämlich im Naturschutz, schon sehr viel gemacht wird, um eben Tiere und Pflanzen, die nicht heimisch sind, dementsprechend zurückzudrängen, um unsere Natur zu schützen.

Das ist jetzt wirklich nicht etwas Neues, es ist jetzt nur öfters in den Medien, weil es eben diese Auflistung gibt. Man könnte jetzt meinen, es ist vielleicht auch ein bisschen attraktiv, wenn man dann einen Antrag stellt. Das will ich Ihnen aber nicht unterstellen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Danke!)*

Diese EU-Verordnung, die es seit 2014 gibt, verpflichtet natürlich selbstverständlich alle EU-Mitgliedsstaaten und es erwächst daraus dann eine Reihe von Verpflichtungen. So sind innerhalb von 18 Monaten nach einer Annahme der Liste, von der Sie schon gesprochen haben, die es seit Juli 2016 gibt, die Einbringungspfade der invasiven Arten zu ermitteln und innerhalb von drei Jahren Aktionspläne zur Unterbringung dieser Einbringungspfade zu erstellen.

Weiters ist innerhalb von 18 Monaten ein Überwachungssystem einzubringen und ebenfalls innerhalb von 18 Monaten eine Managementmaßnahme zur Eindämmung der in der Liste angeführten Arten zu erarbeiten.

Sie sehen, dass es hier wirklich schon Aufgaben gibt, die wir auch erfüllen werden und müssen. Wir tun das sicherlich auch sehr intensiv. Zusätzlich haben Sie ja auch vergessen zu erwähnen, dass es eine länderübergreifende Arbeitsgruppe gibt, die sich sehr wohl auch mit dieser Materie auseinandersetzt, weil es natürlich nicht so einfach zu lösen ist, wie man sich heute hier herstellt und sagt, man ist sich der Verantwortung nicht bewusst, man will das an den Bund abschieben.

Nein, diese Problematik, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, ist sehr vielfältig. Daher muss hier auch länderübergreifend und auch EU-übergreifend nach Lösungen gesucht werden. Ich bin deshalb davon überzeugt, dass diese Aufgabe auch ernst genommen und umgesetzt wird.

Ich würde Sie aber natürlich gerne einladen, dass Sie auch mitarbeiten und dass es vielleicht Vorschläge gibt, die Sie aus Ihrer Erfahrung machen können, die es vielleicht von allen anderen hier im Landtag vertretenen Parteien auch gibt. Aber solche Vorschläge, die nicht immer mit einem Vorwurf und mit einem, wie soll ich es sagen, mit

so einem ähnlichen Aspekt wie Arbeitsverweigerung gilt, dass man das nicht macht, sondern mit einem Einsatz, den man wirklich für das Land und für die Leute zeigt.

Ich gebe Ihnen auch Recht, Herr Kollege Spitzmüller, wenn Sie sagen, dass es wichtig ist, dass auch die Bevölkerung informiert wird. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass das sehr viele Kolleginnen und Kollegen als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister machen.

Ich kann nur von meiner Gemeinde sprechen, denn es ist wirklich so, dass uns diese Problematik bekannt ist. Wir setzen uns damit auseinander, dass die Bauhofarbeiter auch wirklich Bescheid wissen, wie man damit umgeht. Ich habe Ihnen auch extra noch die Stadtnachrichten der Gemeinde Mattersburg mitgebracht.

Wir haben in jeder Ausgabe auch schwerpunktmäßig Dinge, die sich mit der Thematik Umwelt beschäftigen und in diesem Fall ist es genau dieses Thema, dass wir heute hier besprechen.

Seitens meiner Fraktion werden wir natürlich diesem Abänderungsantrag zustimmen und ich lade Sie alle dazu ein, es auch zu tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Hohes Haus! Es ist schon alles gesagt, aber nicht von allen. Nach Karl Valentin möchte ich zu diesem Thema durchaus auch Stellung nehmen, weil es wahrscheinlich eines der brennesten Themen im Zusammenhang mit der Naturentwicklung beziehungsweise auch mit dem Umweltschutz ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es soll hier keine einschränkende Diskussion bezogen auf die Landwirtschaft stattfinden, denn das Thema betrifft eigentlich den Naturraum insgesamt, denn es ist genauso, wie bei den Tierarten, die sich inzwischen in den Häusern domestiziert haben - zumindest was jetzt ihre Unterkunfts- oder Lebenssituation anlangt, wie, zum Beispiel, den Marder oder anderes, das früher unbekannterweise in den Ortschaften war, eine laufend sich steigernde Entwicklung auf alles was Neophyten anlangt.

Etwas, das im Grunde genommen für uns alle schon über Jahrzehnte bekannt ist und wo es jetzt innerhalb der letzten Jahre bedingt auch oder Gott sei Dank durch EU-Fördermaßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich gekommen ist, ist der Versuch des Ausmerzens der sogenannten Robinie.

Diese Scheinakazie ist ein Produkt, das ebenfalls kein heimisches Holz ist, sondern das über Jahre in Europa beziehungsweise speziell auch im Burgenland eingeschleppt wurde und sukzessive durch ihren wilden Wuchs beziehungsweise durch ihre wirkliche Kraftsituation die heimischen Baumsorten verdrängt hat.

Hier gibt es innerhalb der letzten Jahre jetzt Versuche, diese Renaturierung bezogen auf heimisches Gehölz voranzutreiben. Ich kenne hier ein paar Beispiele, die wirklich Spitzenwerte erzielen, was die Eindämmung der Robinie beziehungsweise Scheinakazie bedeuten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben gesagt und ausgedrückt, dass es die verschiedensten Pflanzenarten gibt, die normalerweise in der Bevölkerung und in der Diskussion nicht bekannt sind, die aber deswegen schon bekannt

gemacht werden müssen, weil sie, zum Beispiel, bei Berührung oder auch nur beim Näherkommen schon eine Allergie auslösen, die sich furchtbar am Körper auswirken kann.

Daher ist absolut davon abzuraten, dass jemand, der keine Ahnung von diesem Gewächs hat, sich dem nähert und es ist auch denen abzuraten, die sich dann im Ausmerzen dieses Gewächses, diesem Gewächs nähern, abzuraten, es mit bloßen Händen zu tun. Sondern, hier braucht man eine Schutzkleidung, hier braucht man Vorkehrungen, die in den Maßnahmen einzeln gesetzt werden müssen.

Daher ist es immer notwendig, hier zielgerichtet vorzugehen und nicht eine Maßnahme nur quasi irgendwie anzudenken. Daher ist dieser Antrag, auch von der Bewusstseinsbildung her, schon eine sehr positive Ausführung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat auch darüber gesprochen, dass im Abänderungsantrag dann auch eine EU-Richtlinie festgehalten wird. Diese EU-Richtlinie, soweit ich es lesen konnte, ist auch im Antrag der Grünen vermerkt und zwar eindeutig als erster Punkt, wo der Burgenländische Landtag beschließen sollte beziehungsweise aufgefordert wird, in diese Richtung einen klaren Beschluss zu fassen.

Erstens die EU-Verordnung Nr. 1143/2014 zu unterstützen. Alles weitere in der Ausführung sind eigentlich ebenfalls identische Forderungen. Nur sind sie eben von der Regierungsbank und von den Regierungsfraktionen und nicht von den GRÜNEN, sprich vom Abgeordneten Spitzmüller, gerichtet.

Wir alle sind uns einig und es haben auch die Diskussionsbeiträge aller Fraktionen gezeigt, dass diese invasiven Pflanzen beziehungsweise Tierarten nicht nur unsere besondere Aufmerksamkeit brauchen, sondern auch dementsprechend, falls wir nicht überrannt und überrollt werden wollen, entsprechend eingedämmt werden müssen. Das kann nur damit passieren, dass es bewusstseinsbildende Maßnahmen gibt.

Ich erinnere mich vor zwei Jahren, denn da ist das, glaube ich, auch schon angesprochen worden, hat es auf dem Truppenübungsplatz in Bruckneudorf seitens des Bundesheeres und der dort stationierten Soldaten eine Aktion gegeben, wo über das Gelände querfeldein versucht wurde, die entsprechenden Pflanzen, die nicht heimisch waren, über eine klare und deutliche Rodung zu entsorgen.

Das sind Maßnahmen, die ebenfalls nicht nur auf die Gemeindebediensteten fallen, auf den einzelnen Bauhöfen, sondern der Abgeordnete Spitzmüller hat gesagt, wenn man Aktionstage veranstaltet, die entsprechenden Leute einlädt, dass hier bewusstseinsbildend eingewirkt wird, dann kann man den gleichen Erfolg erzielen, den manche Gemeindevertreter mit der Absage an Glyphosat erzielen konnten unter anderem auch die Bürgermeisterin der Stadtgemeinde Mattersburg.

In dieser Bewusstseinsform ist es durchaus von absoluter Notwendigkeit, hier in diesem Bereich klare Fortschritte zu erzielen. Die können aber nur dann stattfinden, wenn unsere Bevölkerung mobilisiert und aufgeklärt wird und das kann es nur geben, wenn neben Umweltanwaltschaft auch alle bereit sind, hier in den Schulen, in den Kindergärten, wo immer auch, diese Maßnahmen zu setzen, die in der Folge auch dazu beitragen, diese Neophyten, diese Pflanzen- beziehungsweise Tierarten, die es bei uns eigentlich im heimischen Sinne nicht gibt, auszumerzen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend invasive Pflanzenarten ist somit in der Form von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

19. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 460) betreffend Abschaffung der Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats (Zahl 21 – 320) (Beilage 560)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 19. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 460, betreffend Abschaffung der Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats, Zahl 21 - 320, Beilage 560, wird Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Abschaffung der Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats, in seiner 12. Sitzung am Mittwoch, dem 14. September 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Abschaffung der Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnung das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einmal mehr liegt uns ein Initiativantrag vom Bündnis Liste Burgenland in eine Richtung vor, wo wir alle wahrscheinlich sehr froh wären, wenn wirklich Einsparungsmöglichkeiten gegeben sind und tatsächlich Einsparungspotenzial in diesem Land, in dieser aufgeblasenen Konstellation, einiges zu bewegen wäre. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Warum sage ich das und warum haben wir diesen Antrag eingebracht? Weil es auch in anderen Bundesländern möglich ist, das zu schaffen. Ich habe heute schon vor drei oder vier Tagesordnungspunkten der FPÖ auch klar gesagt, um was es hier tatsächlich geht. Diesen Antrag hat die FPÖ schon einmal gestellt. Vor drei Jahren oder

wenn es nicht schon länger ist, denn ich weiß gar nicht mehr, wann wir den schon gestellt haben. *(Abg. Ilse Benkö: Zweimal!)* Ohnehin schon zweimal.

Wir haben uns gedacht, in Oberösterreich ist es jetzt möglich, in Vorarlberg ist es möglich, in Kärnten wird es möglich sein, warum nicht auch im Burgenland?

Man hat einen Präsidenten abgeschafft, den hat man, weil er ein ÖVPler ist einfach hinausgeworfen und hat gesagt, den brauchen wir nicht mehr. Wiederschauen! Egal. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher sagen wir vom Bündnis Liste Burgenland: Machen wir einen Initiativantrag zur Abschaffung der Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats. Jetzt ist das der Herr Heinz Zitz. Ich habe persönlich gegen diesen Herrn nichts, muss ich ehrlich sagen, nur diese Position brauchen wir nicht. Ich sage das ganz bewusst. Der könnte seine Arbeit gut woanders machen, aber das könnte man ruhig abschaffen.

Wir bringen diesen Antrag ein, der am Schluss lautet, die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Novelle des Burgenländischen Schulaufsichtsgesetzes vorzulegen, welche vorsieht, dass die Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats für Burgenland ersatzlos gestrichen wird.

Nicht dass er abgelehnt wird, sondern er wird abgeändert. Das ist das Schöne, das gefällt mir so gut! Abgeändert - Ihr werdet ihn eh alle kennen, Abgeordnetenkollegen, -kolleginnen - unten steht dann, der Landtag hat beschlossen, da schreiben Sie schon im Vorhinein, dass der Landtag schon beschlossen hat, das ist ja auch interessant. Da müsst Ihr natürlich schon zugesagt haben, dass Ihr mitgeht, ist doch gar keine Diskussion. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Burgenländische Landtag bekenne sich zu einem schlanken und effizienten Landesschulrat, der seine umfangreichen und wichtigen Aufgaben im Sinne eines kundenorientierten Dienstleistungsbetriebes erfüllt.

Das ist wirklich schön langsam haarsträubend. *(Abg. Ilse Benkö: So wie Ihr.)* Wenn ich beim Thema Schulwesen und Landesschulräte einiges aufgezeigt habe, was alles möglich ist, und Ihr das zur Kenntnis genommen habt und noch einmal darauf hinweise, dann würde ich mich wirklich freuen, wenn Ihr diesen Abänderungsantrag entweder schubladiert oder Ihr ihn selber einbringt - nochmals als FPÖ -, denn den habe ich echt von Euch mitgenommen, von sonst niemandem.

Dadurch dass Oberösterreich in der Regierung jetzt auch FPÖ besetzt ist, in Kärnten große Stimmung gemacht wird und in Vorarlberg es möglich ist, und wir die Vorzeigerepublik sowieso sind, das Burgenland, wir sind sowieso überall die Besten, dann könnten wir doch die Möglichkeit ins Auge fassen und sagen: Machen wir es!

Um den Heinz Zitz mache ich mir keine Sorgen, der kriegt irgendwo sicher eine „Hacken“, in der Energie Burgenland oder im Wasserleitungsverband oder was weiß ich wo. Völlig egal! Darüber mache ich mir keine Gedanken, dort kriegen wir den sicher unter. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Lehrlingsausbildung!)*

Uns geht es rein um die Abschaffung der Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats. Ihr kennt das: Gemäß § 6 Abs. 1 Bundesschulaufsichtsgesetz ist der Präsident des Landesschulrates der Landeshauptmann. Er sagt auch alles, er bestimmt auch alles, der Landeshauptmann. Das ist eigentlich nur … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ja, eine Marionette, danke!

Zudem sieht das Gesetz die Möglichkeit der Bestellung eines Amtsführenden Präsidenten vor. Das Land Burgenland hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und einen Amtsführenden Präsidenten bestellt. Ja, soll so sein!

Aber man kann doch gescheiter werden und man kann mit der FPÖ auch reden, dass man in der Richtung das wieder ein bisschen hochzieht, weil den Vizepräsident hat man auch gleich abgeschafft, weil, da weiß ich nicht, hat man nichts gehört. Aber soll so sein!

Diese hochdotierte Spitzenfunktion - horcht ein bisschen zu - ist ein Beispiel für massive Kostenfaktoren und überbordende Verwaltung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr wisst das ganz genau, Ihr kennt Euch leider politisch nicht aus. Das ist das große Problem in diesem Land. Da wird von oben herunter bestimmt, *(Abg. Klaudia Friedl: Wie in Deutschkreutz.)* es gibt jetzt eine SPÖ-FPÖ-Regierung, und man hat einfach vergessen, dass man vor einem Jahr oder vor eineinhalb Jahren ganz etwas anderes gesagt hat.

Das kann es nicht sein, zumindest würde ich mir erwarten, dass irgendwer als Redner von der FPÖ rausgeht und sagt, tut leid, wir können nicht anders, der Hans hat das so bestimmt. Der Hans hat das bestimmt, der Herr Landeshauptmann - es ist so!

Dann habe ich dafür noch ein Verständnis, aber dass ich mich dann herstelle, wahrscheinlich irgendeiner von den Herrschaften Richter und Konsorten, dass sie sich herstellen und sagen, das ist alles ein Blödsinn, was der Kölly sagt und das stimmt alles nicht, das ist genau das, was ich nicht will. Sondern wirklich meinen Charakter zeigen. Ja, ich stehe dazu, aber ich kann nicht anders. Dann habe ich kein Problem damit, und das würde ich mir wünschen.

Ich meine, Ihr wisst alle miteinander, nach dem Landesbezügegesetz ist eine Gage von 130.000 Euro plus Nebengeräusche, plus Auto, plus Chauffeur eventuell, plus rundherum noch eventuell, die da noch mittun. Ja, ich sage einmal so, wenn es andere Bundesländer können, sollten wir es auch versuchen, und wir könnten wieder einmal stolz sein, dass wir etwas weitergebracht haben, und dieses Geld könnten wir ganz woanders brauchen.

Kindererziehung, worüber Ihr eh immer so redet, Schule und dergleichen mehr - könnten wir viel Geld gebrauchen. Oder auch ganz woanders … *(Abg. Ewald Schnecker: Zahnfee!)* bei der Sicherheit, Herr Kollege, wo Du sagst und das ärgert mich noch immer, allgemein fährt er drüber und sagt, auf den Grenzübergängen, wo jetzt kontrolliert wird, ist ein Chaos pur, ist ein Wahnsinn, was da passiert und traut sich hinschreiben, auch in Deutschkreutz.

Er war noch nie in Deutschkreutz und hat sich das angeschaut und redet immer mit. Und die Medien, die Obergurus, die da schreiben: „In Deutschkreutz“. Jetzt habe ich angerufen, habe die Medien eingeladen, haben sie gesagt, etwas Schöneres kann es ja gar nicht geben, und auch das Bundesheer fühlt sich wohl, die Polizei fühlt sich dort wohl, wir haben alles, was es nur gibt, gerade dass wir nicht noch ein Laufhaus für sie gemacht haben. *(Heiterkeit und Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es ist auch alles super, also was will man mehr!

Daher denke ich auch, Herr Kollege Schnecker, bevor man sich immer wieder wichtigmacht und der Verkehrssprecher ist oder was weiß ich, wer Ihr dort alle seid, übrigens haben wir am 30. ein Pendlertreffen in Deutschkreutz, mit allem Drum und Dran. Ich lade Euch alle jetzt schon ein, weil, dann habt Ihr immer eine Ausrede, Herr Sodl, dass Ihr nicht kommen könnt, weil Ihr nichts gewusst habt.

Die Einladung steht, ist protokolliert, am 30., um 19.00 Uhr, im Gasthaus Grund - kannst hinkommen und dann bin ich neugierig, was Du dann zur Antwort gibst - nichts wahrscheinlich!

Genau das ist das Problem und genauso diese Abschaffung dieses Amtsführenden Präsidenten. *(Abg. Gerhard Steier: Das ist das Thema.)* Das gehört dazu, weil sich der Herr Schnecker gemeldet hat.

Ich sage Euch nur kurz, Einsparungspotential Verwaltung Landesschulrat. Abschaffung 130.000 Euro, Einsparung Dienstwagen, Kommunikation und Pressearbeit soll die Pressestelle des Landes Burgenland übernehmen. Ich glaube, die haben genug… *(Abg. Ilse Benkö: Den Präsidenten willst Du auch abschaffen? Den Bundespräsidenten.)* Den schaffen wir sowieso ab und den Bundesrat auch.

Dort könnten wir einsparen, weil, im Land sind so viele Presseheinis unterwegs, dass wir auch dort Einsparungspotential hätten beziehungsweise die, die Arbeit übernehmen könnten. Also nachdenken! *(Abg. Doris Prohaska: Das heißt, sie werfen Ihnen vor, …)*

Ich glaube, dieser Abänderungsantrag, Frau Kollegin Prohaska, wenn Du ihn Dir durchgelesen hast, ist ein Hohn eigentlich für jeden, der im Landtag herinnen sitzt, das ist echt ein Hohn. Weil das kann es wirklich nicht sein.

Ich appelliere noch einmal an die FPÖ, weil ich glaube, sie haben doch einen Grips und wissen schlussendlich, dass sie über den Schatten einmal springen könnten.

Wäre neugierig, was dann der Hans sagen würde, aber wäre ja wurscht, man sollte eigentlich einmal seine Marke als FPÖ klar und deutlich in diesem Land herausstreichen. *(Abg. Ilse Benkö: Aber wir haben keinen Bürgermeister.)* Ihr braucht keinen Bürgermeister in diesem Fall als Landesschulratspräsidenten abschaffen, Ihr braucht nur Mumm, einfach einmal sagen, das ist richtig, das haben wir schon immer gefordert und dafür stehe ich auch, dass ich morgen hinausgehe, in die Presse, und sage, die FPÖ hat sich mit diesem Antrag durchgesetzt. Darauf wäre ich ganz stolz!

In diesem Sinne bin ich noch immer guter Dinge, dass Ihr mitstimmen werdet, dass wir den abschaffen. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kölly, dass Ihr Glaube an die FPÖ derartig ungebrochen ist, erstaunt mich jetzt schon, aber gut! *(Heiterkeit und Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte doch auch auf diese besondere Formulierungssituation eingehen, wie Sie auch schon, Kollege Kölly, hier klargelegt haben.

Wir hören bei fast jedem Abänderungsantrag die Formulierung „Der Ausschuss empfiehlt, dem Antrag unter Einbeziehung der Änderungen zuzustimmen“, und dabei wird gar nicht einbezogen, sondern nur drüber gezogen, dass man das Erste gar nicht mehr sieht.

Das ist nun schon sehr bekannt, wenn aus der Formulierung „Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Novelle des Burgenländischen Schulaufsichtsgesetzes vorzulegen, welche vorsieht, dass die Funktion des

Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates für Burgenland ersatzlos gestrichen wird“, wenn diesem hier zugestimmt werden soll unter Einbeziehung einer Änderung, in der dann bloß vorkommt, dass man sich zu dem bekennt, was sowieso schon ist.

Ich hätte es auch an der Stelle ehrlicher und aufrichtiger gefunden, nein, das wollen wir nicht, wir lehnen das ab, wäre nicht meine Meinung gewesen, aber es wäre nicht so kompliziert gewesen und noch dazu, ich glaube, wir sollten uns wirklich schön langsam Gedanken darüber machen, wie für die Bürgerinnen und Bürger, die solche Sitzungen mitvollziehen, jetzt ist es ja möglich im Live-Stream, unsere Debatten auch transparenter werden können, weil man kann sich, wenn man nicht tagtäglich damit zu tun hat, manchmal wirklich kein Bild davon machen, worüber eigentlich gerade geredet und worüber eigentlich gerade abgestimmt wird.

Aber gut, ich verstehe schon, dass wir jetzt in einer schwierigen Situation stehen. Auf der einen Seite ist das eine Entscheidung auf Landesebene, auf der anderen Seite warten wir schon seit Jahren auf echte Bildungsreformvorschläge von Bundesebene. Es steht alles, weil die Bildungsreformgruppe letztes Jahr kein wirklich schlüssiges und nachhaltiges Ergebnis gebracht hat.

Der Termin 17. November 2015 wird einigen noch sehr im Gedächtnis sein. Unter Beteiligung auch unseres Landeshauptmannes wurde über Kompetenzen gestritten, und eigentlich ging es nur darum, wer die Macht der Personalauswahl für sich beansprucht.

Dass dieser Kampf über die Macht der Personalauswahl so akribisch geführt wird, ist schon auch ein Beleg dafür, dass wir es doch auch in unserem Schulwesen noch immer mit parteipolitisch motivierten Entscheidungen zu tun haben und auch mit parteipolitisch motivierten Postenbesetzungen.

Dass wir das bekämpfen wollen seitens der GRÜNEN, ist bekannt. Mir wird immer wieder gesagt, Frau Petrik, Sie können das schon probieren, das aufzubrechen, aber glauben Sie nur ja nicht, dass das so einfach ist.

Einfach ist es nicht, aber wir werden nicht aufhören!

Der Einzige, der sich dazu bekennt, dass er auf einem politischen Posten sitzt, ist der Amtsführende Landeschulratspräsident. Er hat das selber gesagt, und das finde ich sehr ehrlich. Ich persönlich schätze den Herrn Mag. Zitz sehr, mehr schätze ich an ihm noch seine Ehrlichkeit, aber meine persönliche Einschätzung einer Person beeinträchtigt nicht meine sachliche Herangehensweise und ändert nichts an meiner Position, dass dieses Amt, das er bekleidet, unnötig ist. Die Leitung kann die Amtsdirektorin übernehmen, der politische Kopf des Landesschulrates ist ja per Gesetz die Landeshauptfrau oder der Landeshauptmann. Da braucht es keine Verdoppelung.

Wenn die Aufgabe für unseren Landeshauptmann zu viel ist, dann muss er an dieser automatischen Zuordnung etwas ändern, aber nicht einen zusätzlich politisch besetzten Posten schaffen.

Dass wir das heute und hier diskutieren, *(Abg. Ilse Benkö: Verdanken wir dem Kölly.)* hat auch noch eine andere bekannte Geschichte. Wenn wir uns in alten Schlagzeilen umschauen, ich zitiere eine vom 4.9.2006, vor mehr als zehn Jahren, wurde uns schon angekündigt „Bildungsdirektion Burgenland ab September in Umsetzung“. Zehn Jahre später wissen wir noch nicht so viel davon.

2014, vor zwei Jahren, am 13. Oktober, konnte ich den Herrn Landeshauptmann Niessl loben, weil ich begrüßte seine geäußerte Überlegung, das Amt des Landesschulratspräsidenten und seines Vizepräsidenten, seiner Vizepräsidentin,

abzuschaffen und durch eine Bildungsdirektion zu ersetzen. Der Landeshauptmann hatte vor zwei Jahren bereits so einen Gedanken, aber er wurde offensichtlich nicht weitergedacht, irgendwo ist er hängengeblieben.

Auch das Regierungsübereinkommen dürfte schon in Vergessenheit geraten sein, denn da steht als Ziel drinnen, die Ziele dieser Schulverwaltungsreform müssen sein: Erstens, eine moderne Bildungsdirektion mit schlanken Strukturen anstelle des Landesschulrates.

Das, was wir heute hier beschließen, steht im Regierungsübereinkommen. Aber es steht noch mehr drinnen, nämlich nur mehr ein Bildungsdirektor, und Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz lobt, das kann man auf der FPÖ-Homepage nachlesen, das Regierungspapier. Ich zitiere: „Aus dem Landesschulrat wird eine Bildungsdirektion mit erstmalig nur einer Spitze."

In diesem Abänderungsantrag ist vom Inhalt des Regierungsübereinkommens nichts mehr zu lesen. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie auf Ihre eigenen Programme vergessen oder anders, wer bitte soll denn Ihr Regierungsprogramm ernst nehmen, wenn Sie es selbst nicht tun?

Es wird vielleicht nachher jemand sagen, es braucht zur Umsetzung dessen ein Bundesgesetz. Aber da frage ich wieder zurück: Wo ist denn die Durchsetzungskraft unseres Landeshauptmannes in Bildungsfragen geblieben? Oder hat er vielleicht auch jetzt weniger Einfluss, seit dem er im Burgenland eine Koalition mit der FPÖ geschlossen hat? Das weiß ich nicht. Aber in diesem Punkt wäre es schon fürs Burgenland sehr wichtig, wenn er auf Bundesebene auch noch guten Einfluss hätte.

Es ist höchste Zeit, dass wir eine Schulverwaltung bekommen, die frei ist von Parteipolitik. Es ist höchste Zeit, dass Lehrerinnen und Lehrer von Verwaltungsaufgaben befreit werden und wieder mehr Zeit für ihre pädagogische Kernaufgabe haben. Und es ist höchste Zeit, dass wir eine echte Reform in der Schulverwaltung bekommen mit Bildungsdirektionen und der Bundesverwaltung, die nicht am Gängelband der Landespolitik hängen.

Wir werden natürlich dem Abänderungsvorschlag nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Mag. Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Ich stehe hier als Bildungssprecher der Freiheitlichen Partei. Was früher war und was Kollege Kölly herumphantasiert hat, interessiert mich herzlich wenig. Ich nehme mir heraus, dass ich hier meine Meinung zum Ausdruck bringe. Mich stört nur, dass er mich als Konsorten bezeichnet hat. Das ist etwas desavouierend, aber das Wort wird er leider nicht verstehen.

Kollege Kölly beantragt, die Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates abzuschaffen. Es heißt im Antrag wörtlich: „Diese hochdotierte Spitzenfunktion ist ein Beispiel für massive Kostenfaktoren und überbordende Verwaltung und soll ehest abgeschafft werden."

In diesem Zusammenhang frage ich mich schon hinsichtlich des Kostenfaktors, warum er und die ÖVP - bei der ÖVP verstehe ich das noch - damals gegen die Abschaffung des total unnötigen Vizepräsidenten des Landesschulrates waren.

Er zitiert weiters die Länder Tirol, Vorarlberg, die diese Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates *(Abg. Manfred Kölly: Von was redest Du bitte?)* mit keiner eigenen Person besetzen. Auch hier muss man aufpassen und differenziert an die Sache herangehen, wozu Kollege Kölly - ich sage einmal - erwiesenermaßen nicht in der Lage ist.

In diesen Ländern ist die Verwaltung von Bundes- und Landeslehrern streng getrennt, während bei uns alle Bundes- und Landeslehrer in einer Verwaltungsvereinfachung, in einer Behörde verwaltet werden.

Kölly spricht von überbordender Verwaltung, übersieht jedoch geflissentlich, dass es in der Vergangenheit sehr wohl wesentliche Einsparungen gegeben hat. Im Landesschulrat gab es früher 80 Verwaltungsplanstellen. Jetzt gibt es um 19 weniger. Eingespart wurden zum Beispiel drei Pflichtschulinspektoren-Planstellen, vier Fachinspektoren-Planstellen, eine Landesschulinspektor-Planstelle. Die Bezirksschulräte sind weggefallen und so weiter und so fort.

Noch etwas Wesentliches. Wir haben noch einen Präsidenten des Landesschulrates, aber sobald im Bund die Bundesgesetze geändert werden, *(Abg. Manfred Kölly: Ist er weg.)* gibt es im Burgenland sofort eine Bildungsdirektion mit einem Bildungsdirektor. *(Abg. Manfred Kölly: Seit Jahren wird davon gesprochen.)* In diesem Bereich sollen dann auch die Kompetenzen von Kindergarten bis Fachhochschule und Pädagogische Hochschule integriert werden.

Übrigens sollte man sich einmal den riesigen Bereich näher ansehen. Es geht um rund 270 Schulen, über 4.300 Lehrer, 81.800 Schüler. Gibt es noch eine Abteilung mit so vielen Mitarbeitern, die keinen Verantwortlichen hat? Glaube nicht.

Dabei geht es in diesem Bereich um ganz verschiedene Dinge, wie etwa Allgemeinbildende Pflichtschulen, Berufsbildende Schulen, Berufsschulen selbst, Minderheitenschulwesen, Sonderpädagogik und so weiter und so fort. Das ist ein riesiger Aufgabenbereich, und es ist kaum vorstellbar, dass es dafür nicht einen Verantwortlichen gibt.

Sparen – ja, Herr Kollege Kölly. Aber dort, wo es sinnvoll ist. Übrigens zum Abschluss - schade er ist nicht mehr hier -, Kollegen Steiner wollte ich ausrichten, besser ein Gartenschlauch als gar kein Rückgrat. *(Beifall bei der FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Das ist erst ein Blödsinn. Bravo! – Abg. Mag. Franz Steindl: Das war selbstkritisch. – Abg. Manfred Kölly: So eine Katastrophe.)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Sprecher erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Von den Gartenschläuchen zurück zu den politischen Funktionen im Landesschulrat. Es gibt derzeit aus Sicht der ÖVP drei politische Funktionen im Landesschulrat. Auf der einen Seite die Funktion des Präsidenten. Die ist per Gesetz durch den Herrn Landeshauptmann auszuüben. Er macht von seinem Recht Gebrauch, einen Amtsführenden Präsidenten einzusetzen.

Dazu gibt es noch eine Landesschulratsdirektorin. Ebenfalls aus dem Bereich der SPÖ.

Ich gebe dem Antragsteller Recht, es wäre längste Zeit. Man hat mit dem Vizepräsidenten eine politische Funktion im Landesschulrat gehabt, die der zweitstärksten Fraktion zugestanden ist, und mit dem Amtsführenden Präsidenten eine politische Funktion, der der stärksten Fraktion zugestanden ist, oder in dem Fall eben der Landeshauptmann-Fraktion.

Ich hätte es sinnhaft gefunden und in dem Fall einleuchtend, wenn man sagt, okay, beide Funktionen, die politisch besetzt sind, haben im Landesschulrat nichts mehr verloren. Es gibt dann nach wie vor noch immer eine Landesschulratsdirektorin. Die wäre ja geblieben.

Jetzt wissen wir aus den Tagesordnungspunkten davor, dass es auch eine Diskussion seitens des Rechnungshofes gibt, wo kritisiert wird, dass das keine Bundesbedienstete ist und damit ein Interessens- und Loyalitätskonflikt besteht. Könnte man alles aufheben und ganz einfach lösen, indem die Bildungsdirektion, die lange Zeit versprochen ist und auf Bundesebene diskutiert wird, übrigens auch schon - glaube ich - über zehn Jahre, endlich kommen würde.

Für uns ist klar, Herr Kollege Richter, Sie haben gemeint, die Planstellen, die eingespart wurden. Das stimmt, aber diese Planstellen wurden jetzt schon länger eingespart, denn diese Dienstpostenveränderungen, das Ende der Bezirksschulinspektoren, das Ende der Bezirksschulratskollegien, das ist alles schon - wenn Sie wollen - eine Vergangenheitsbewältigung. Weil davon sprachen unendlich viele Landtagsabgeordneten vor Ihnen und vor mir, dass die Bezirksschulratskollegien abgeschafft werden müssen.

Das ist jetzt nicht unbedingt ein erfolgreicher Kurs, der hier verändert wurde, sondern der ist eben jetzt nachvollzogen worden und bestenfalls mitgetragen worden, was längst beschlossen war.

Ich glaube, dass es höchst an der Zeit ist, dass diese politischen Funktionen aus dem Landesschulrat entfernt werden. Ich möchte auch sagen, es ist immer eine Frage, wie man das auslebt. Gerhard Resch hat das überhaupt sehr exzessiv ausgelebt. Ich habe ihn bei jeder politischen Veranstaltung gesehen, aber wenn es dann Probleme vor Ort gegeben hat, dann hat er das oft delegiert. Da war dann oft sein Büroleiter Heinz Mock eher zur Stelle als er selbst.

Wenn man politische Funktionen ausübt, dann darf man sich aber auch vor der Verantwortung nicht schrecken. Das sehe ich bei Heinz Zitz anders. Er ist - Kollegin Petrik hat das lobend erwähnt, ich sehe das eher kritisch - ist aus meiner Sicht viel zu umtriebig und viel zu politisch wertend in seinen Aussagen, aber das muss der Herr Landeshauptmann wissen. Ist ja sein Politsekretär, den er hier eingesetzt hat.

Dementsprechend würden wir sehr gerne das Ansinnen der LBL, das wir ja schon einmal im Juli dieses Jahres im Landtag diskutiert haben, nämlich die Abschaffung des Landesschulrates, unterstützen.

Diese verwässerte Abänderung durch Rot-Blau tragen wir selbstverständlich nicht mit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist jetzt schon vieles von den Einsparungen gesagt worden. Ich habe mir natürlich,

Herr Kollege Kölly, wenn Sie jetzt sagen, ob ich mir das überhaupt durchgelesen habe, natürlich habe ich mir das durchgelesen. Ich beschäftige mich sehr genau mit der Materie.

Wenn dann der Vorwurf kommt, Tirol hat den abgeschafft. Sie wissen sehr wohl, dass es da auch einen politischen Hintergrund gegeben hat. Der Landeshauptmann von Tirol - damals Platter - war für die Neue Mittelschule. Er war für die Lehre mit Matura, und damit war er eigentlich für das schwarze Tirol ein bisschen ungeeignet und da hat man ihn als Landesschulratspräsident - *(Abg. Manfred Kölly: Die Schwarzen sind schon ein Wahnsinn, oder?)* einfach hat man den Landesschulratspräsidenten abgeschafft.

Im Vergleich zu diesen anderen Bundesländern, die erwähnt wurden, wo ein Regierungsmitglied die Bildungsagenden mitmacht - und zwar so nebenbei mitmacht - das kennen wir. Das hatten wir lange Jahre, bis eben alle Bildungsaufgaben in einer Hand konzentriert wurden. Sie wissen es ganz genau, es waren die Berufsschulen in einer anderen Hand. Es war die Fachhochschule in einer anderen Hand. Kindergärten, die Pflichtschulen, die Erwachsenenbildung und so weiter, auf viele Ressorts aufgeteilt.

Jetzt ist es gebündelt. Landes- und Bundeslehrer sind in einer Behörde zusammengefasst. Was natürlich sehr viele Vorteile bringt. Wir haben Einsparungen in der Verwaltung. Die zähle ich nicht noch einmal auf. Keine Probleme bei den Zuständigkeiten. Entscheidungen werden schnell, effizient und zugunsten der Kinder gefällt. Und es gibt keine langen Wege und Behinderungen.

Man muss sehr wohl erwähnen, dass diese Einsparungen ein vorheriger Schritt vor der Bildungsdirektion sind.

Wir müssen für die Bildungsdirektion sehr wohl auf Bundesgesetze warten. Aber was hält uns davon ab, vorher bereits Vorarbeit zu leisten. Es wurden 28 Prozent der Mitarbeiter im Landesschulrat eingespart. Wenn es um die Kosteneinsparungen geht, die derzeitigen Kosten, 90 Prozent dieser Kosten, entfallen auf Schulpersonal und nicht auf die Verwaltung. Es sind 4.000 Lehrer und 37.000 Pflichtschüler, die verwaltet werden, und die Einsparung des Vizepräsidenten hat uns immerhin 125.000 Euro erspart.

Wir sind auch neuen Herausforderungen vorgestellt. Die Schnittstelle zwischen Kindergarten und Volksschule, Lehre, Matura und, und, und vieles weitere. Dazu ist es einfach nötig, einen anerkannten Bildungsexperten, eine fachlich kompetente Person mit dieser Aufgabe zu betrauen. Heinz Zitz ist unumstritten fachlich sehr gut qualifiziert.

Jetzt ein Schmankerl zum Schluss. Wir haben das, so wie es bereits erwähnt wurde, des Öfteren diskutiert. Unter anderem auch in der Landtagssitzung im Oktober 2014. Ich darf jetzt ein Zitat vorlesen: „Ich will nochmal betonen, diese Person ist loyal, denke ich einmal, gegenüber dem ganzen System, und ich war beeindruckt von seiner Aussagekraft, was er hier getan hat. Und daher - denke ich - sollten wir überlegen, nicht den Landesschulratspräsidenten abzuschaffen, sondern einfach umzutaufen und den Vize abzuschaffen."

Was glauben Sie, liebe Kollegen, von wem dieses Zitat ist? Vom Antragsteller des heutigen Antrages. Vom Herrn Abgeordneten Kölly!

Sie werfen den anderen vor, Sie wissen vor eineinhalb Jahren nicht mehr, was Sie gesagt haben. *(Abg. Manfred Kölly: Entschuldige, was hat sich da jetzt geändert? Ich stehe noch immer dazu. Ich stehe dazu.)* Wir wissen, was wir gesagt haben. Wir fallen nicht im Liegen um.

Wir stehen zu unserem Antrag. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir nun zur Abstimmung.

Herr Kollege Kölly, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend den Landesschulrat für Burgenland ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

20. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 457) betreffend Erste-Hilfe-Maßnahmen in Schulen (Zahl 21 - 317) (Beilage 561)

Präsident Christian Illedits: Der 20. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 457, betreffend Erste-Hilfe-Maßnahmen in Schulen, Zahl 21 - 317, Beilage 561.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Klubobmann.

Berichterstatter Géza Molnár: Vielen Dank Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Erste-Hilfe-Maßnahmen in Schulen in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14 September 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt und stellte nach meinem Bericht einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Erste-Hilfe-Maßnahmen in Schulen unter Einbeziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner wartet schon Herr Landtagsabgeordneter Hutter in der Startbox.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! 20. und letzter Tagesordnungspunkt, aber ein doch wichtiger Tagesordnungspunkt. Erste-Hilfe-Maßnahmen, in dem Fall aber in Schulen.

Die perfekte Rettungskette nach einem Unfall funktioniert erst durch richtige Erste-Hilfe-Maßnahmen. Bereits Kinder und Jugendliche sollten im Ernstfall Erste Hilfe leisten können. Der erste Kontakt mit Erste-Hilfe-Maßnahmen erfolgt für die meisten

Jugendlichen, wenn der Moped-Führerschein ansteht, oder sogar erst bei der Führerscheinprüfung selbst.

Es ist wichtig, Schülerinnen und Schüler im Bereich Erste Hilfe kontinuierlich aus- und weiterzubilden. Bereits Schülerinnen und Schüler sind in der Lage, Erste Hilfe zu leisten. Ist ein Unfall passiert, vergeht bis zum Eintreffen der Rettung wertvolle Zeit, die durch ein paar richtige Erste-Hilfe-Handgriffe von jeder geschulten Schülerin und von jedem geschulten Schüler genutzt werden können.

Ein sehr gutes Beispiel dazu ist wohl jenes neunjährige Mädchen, das ihrer Mutter nach einem Wespenstich Erste Hilfe leistete und anschließend dem ÖAMTC-Nothubschrauber sogar beim Landen hilfreich war.

Im europäischen Vergleich hat Norwegen hier eine Vorreiterrolle, denn dort ist die Erste-Hilfe-Ausbildung bereits im Lehrplan zu finden. Durch eine frühzeitige Schulung wird die Angst davor genommen, bei der Erste Hilfe nach einem Unfall etwas falsch zu machen.

Es ist wichtig, auf altersadäquate Art und Weise zu vermitteln. Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler mit dem Thema vertraut gemacht werden und erlernen somit spielerisch wichtige Sofortmaßnahmen, die im Ernstfall Leben retten können. Langfristig kann damit auch die Bereitschaft zu einer Teilnahme an Grund- und laufenden Auffrischungskursen gefördert werden.

Daher unser Antrag. Der Burgenländische Landtag möge beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dahingehend einzusetzen, Erste-Hilfe-Kurse im Rahmen des Unterrichts in burgenländischen Volksschulen zu implementieren und in burgenländischen Kindergärten Projekte wie „Roko“ voranzutreiben.

Abänderungsantrag von SPÖ und FPÖ-Regierung: Der Landtag hat beschlossen: Die Landesregierung wird aufgefordert, die Vermittlung von Erste-Hilfe-Kenntnissen an Kinder und Jugendlichen weiter zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Robert! Lieber Géza! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn solche Abänderungsanträge, und da hatten wir heute ja doch schon einige auf der Tagesordnung, seitens der SPÖ und der FPÖ ein Oppositionspolitiker zu lesen bekommt, dann kann es in Zukunft ohne weiteres sein, dass die oder der dann sofort einen First Responder benötigt.

Bitte, statt solchen Abänderungen in Zukunft einfach ablehnen. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Das Österreichische Jugendrotkreuz hat sich das Ziel gesetzt, dass alle Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schulausbildung mehrere Erste-Hilfe-Kurse besuchen. Die Umsetzung beginnt bereits im Kindergarten - das ist einige Jahre vor dem Moped-Führerschein. Mit dem Kindergartenprogramm „Roko“ und dem Roten Kreuz lernen schon die Kleinsten, wie man sich im Notfall richtig verhält.

Das Burgenland ist das einzige Bundesland, welches dieses Programm flächendeckend aufgrund der Unterstützung der Burgenländischen Landesregierung anbieten kann. An den Volksschulen wird das Programm „Helfi hilft dir helfen“ ebenso burgenlandweit in Anspruch genommen.

Volksschule, sechstes bis zehntes Lebensjahr. Das beste Beispiel für das „Helfi hilft helfen“ ist wohl jene Neunjährige, die ihre Mutter nach einem Wespenstich Erste Hilfe leistete und anschließend den ÖAMTC-Notarzthubschrauber eingewiesen hat.

An weiterführenden Schulen werden ab der fünften Schulstufe Erste-Hilfe-Kurse angeboten. Diese werden in Form eines 16-stündigen Kurses abgehalten, welcher auch als Nachweis beim Erwerb des Führerscheins gilt. Jetzt sind wir beim Moped-Führerschein und bei den anderen Führerscheinen.

Das erlernte Wissen über Erste Hilfe stellen Kinder und Jugendliche bei Erste-Hilfe-Bewerben auf Landesebene sowie einmal im Jahr beim Erste-Hilfe-Bundeswettbewerb unter Beweis.

Damit noch mehr Kinder und Schulen erreicht werden, hat das Jugendrotkreuz gemeinsam mit dem Bildungsministerium und der AUVA die Initiative „Erste Hilfe FIT“ gestartet. „Erste Hilfe FIT“ ist ein Programm für mehr Sicherheit in der Schule. Es richtet sich an alle Personen in der Schulgemeinschaft und ist in drei Stufen aufgebaut.

Der Samariterbund Burgenland hat unter dem Titel „Schulsanitätsdienst“ ein wichtiges Instrument geschaffen, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, eine fachliche Qualifikation zu erlernen und die Entwicklung von sozialer Kompetenz zu fördern. Schülerinnen und Schüler können als ausgebildete Schulersthelferinnen und Schulersthelfer lernen, Verantwortung zu übernehmen, für andere zu sorgen und ein Bewusstsein für Gefahren zu entwickeln.

Dieser Status und auch in Verbindung damit, dass wir hier nicht noch zusätzlich in Volksschulen eigene Unterrichtsfächer aufnehmen, ist ein sehr guter im Gegensatz zum Antrag der Antragsteller, der inhaltlich im Prinzip nichts Neues bringt - außer die Implementierung in das Schulwesen, das aus unserer Sicht aber anzulehnen ist, ist somit alles abgedeckt. Der Abänderungsantrag wäre somit auch insbesondere deshalb, weil nicht einmal im Ausschuss die Antragsteller irgendeine Wehrmaßnahme unternommen haben, gegen diesen Abänderungsantrag, eben durch den Landtag anzunehmen.

Unsere Fraktion wird ihn unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Rosner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist der Antrag von den Herren Kölly und Hutter meiner Meinung nach sehr gut. Wir wollten nichts anderes als die Erste-Hilfe-Kurse im Rahmen des Unterrichts in den burgenländischen Volksschulen zu implementieren.

Es gibt Projekte wie „Roko“ im Kindergarten, worüber schon ausführlich berichtet wurde. Es gibt das „Helfi hilft dir helfen“. Das sind auch großartige Projekte, die in den Kindergärten und Schulen auch hervorragend angenommen werden. Aber ich glaube auch, dass die Idee, dieses im Rahmen des Unterrichts zu implementieren, eine gute ist.

Der Abänderungsantrag wurde auch schon vom Herrn Hutter verlesen und da bin ich ganz bei ihm. Es ist eigentlich so, dass alles beim Alten bleiben soll und es so weitergehen soll wie es bisher war.

Darum werden wir diesen Abänderungsantrag einfach nicht unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Prohaska an der Reihe.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In der Vorbereitung zu diesem Antrag habe ich mich mit einigen VolksschullehrerInnen unterhalten, die mir genau diese Maßnahmen, die es bereits jetzt gibt, diese Mittel in der Volksschule, die meine Vorredner bereits alle erwähnt haben, natürlich auch aufgezählt haben.

Unter anderem gibt es natürlich auch für die Pflichtschullehrer noch die Fachausbildung zum Lehrbeauftragten, dass sie die Schüler unterrichten können, und es wird im Rahmen anderer Projekte oder Abschlüsse, die die Schüler in der Schule machen, ebenfalls zur Sicherheit ausgebildet.

Zum Beispiel machen die Schüler das österreichische Schwimmabzeichen oder den Rettungsschwimmer. Sie machen in der Volksschule die Fahrradprüfung, Erste-Hilfe-Sicherheit am Wasser, im Straßenverkehr, das Pflege FIT wurde bereits erwähnt. Es gibt auch Kurse, wo die Kinder lernen, wie man Familienmitglieder nach einem Unfall, wenn sie besondere Betreuung brauchen, unterstützen kann.

Wie man sensibel mit der eigenen Gesundheit umgeht. Es gibt auch von der AUVA, vom Bildungsministerium und vom Jugendrotkreuz den Erste-Hilfe-FIT-Kurs, wo es im Burgenland bereits Pilotschulen gibt, nämlich die Volksschule Sankt Margarethen und die Neue Mittelschule Rust.

Ich habe mit den KollegInnen auch gesprochen, wie es mit der Stundentafel ausschaut. In der ersten bis zweiten Klasse haben die Volksschüler 20 bis 23 Stunden, dabei sind auch unverbindliche Übungen. In der dritten und vierten Klasse 22 bis 25 Stunden. Die KollegInnen haben einhellig gemeint, das ist ausreichend.

Sie machen auch immer wieder Besuche bei der Rettungsdienststelle, beim Flugplatz und dürfen den Christophorus-Hubschrauber besichtigen. Es kommen Mitarbeiter der Rettungshundestaffel und, und, und. Es ist so einiges.

Ich möchte jetzt nur den Kölly noch fragen: Ist der Antrag von Ihnen oder vom Kollegen Hutter? *(Abg. Manfred Kölly: Was hat das eine mit dem anderen zu tun?)* Das würde mich nur interessieren. Gut. *(Abg. Manfred Kölly: Die Freiheitlichen schreiben immer alles ab.)*

Dann darf ich jetzt den Herrn Kollegen Kölly fragen, ob Sie den Herrn Primar Univ.Prof. Dr. Harald Hertz kennen? Den kennen Sie? Kennen Sie auch diese Broschüre? *(Abg. Manfred Kölly: Wenn Du den Antrag nicht unterstützen willst, dann bist eh.)* Dann darf ich vorlesen, was da wortwörtlich drinnen steht: „Der erste Kontakt mit Erste-Hilfe-Maßnahmen erfolgt für die meisten Jugendlichen, wenn der Moped-Führerschein ansteht oder sogar …“ und so weiter. Das beste Beispiel ist die Neunjährige. Jetzt sage ich Ihnen noch etwas.

Erstens einmal empfinde ich das als ein reines Plagiat, da sind andere schon dafür zurückgetreten, und zweitens, was glauben Sie, aus welchem Jahr der Prospekt ist? Aus dem Jahr 2007, und das war das Vorwort, und Sie haben wortwörtlich Ihren Antrag aus einem Vorwort eines Prospektes abgeschrieben, was schon lange umgesetzt ist. *(Abg. Manfred Kölly: Du wärst schon lange nichts mehr in der Schule.)*

Sie haben uns vorgeworfen, solche Anträge sollen wir nicht mehr abändern, sondern ablehnen. Ich bitte Sie, stellen Sie solche veraltete Anträge überhaupt nicht

mehr, die Sie abgeschrieben haben. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Ob die alt oder neu sind. Das ist eine Katastrophe.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Eine kurze Erklärung zu unserem Stimmverhalten. Die Formulierung des Abänderungsantrags ist tatsächlich wieder genau in der Linie, wie wir sie schon oft kritisiert haben. Deswegen ist es auch so, dass wir einerseits dieser Formulierung dieses Antrags nicht zustimmen wollen, weil sie einfach zu banal ist. Deswegen wird der Herr Kollege Spitzmüller nicht zustimmen.

Inhaltlich aber stimmen wir auch darin überein, dass es hier schon sehr viele Projekte gibt, die weiterhin zu unterstützen sind. Deswegen werde ich dem Abänderungsantrag zustimmen. Ich deklariere das nur, weil die wenigsten hier gewohnt sind, dass man innerhalb einer Fraktion auch unterschiedlich abstimmen kann. *(Abg. Günter Kovacs: Super seid Ihr. - Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete.

Da jetzt keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Vermittlung von Erste-Hilfe-Kenntnissen an Kinder und Jugendliche im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 20. Oktober 2016 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 21 Uhr in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 20 Uhr 42 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 17. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 20. Oktober 2016

10.02 Uhr - 18.44 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Burgenländisches Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 - Bgld. BPMG 2016);

3. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Atomkraft-Stopp (Zahl 21 - 392) (Beilage 590);

4. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Christoph Wolf, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf;

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Ärzteausbildung;

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Neubau des Krankenhauses Oberwart;

7. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend "Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos";

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiedereinsetzung des Kontrollrates im burgenländischen Landesschulrat in der bewährten Zusammensetzung;

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Adaptierung der Förderrichtlinien für Güterwegeneubau;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2513)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 68 des Abgeordneten Mag. Franz Steindl an Landesrat Helmut Bieler betreffend burgenländische Kulturbetriebe
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut B i e l e r (S. 2517)
Zusatzfrage: Mag. Franz S t e i n d l (S. 2518 u. S. 2519)

Anfrage Nr. 75 des Abgeordneten Georg Rosner an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Verbesserungsmöglichkeiten in der Kooperation zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2520)
Zusatzfrage: Georg R o s n e r (S. 2521 u. S. 2522), Günter K o v a c s (S. 2522), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2523) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2524)

Anfrage Nr. 76 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Investitionen im burgenländischen Schulwesen in den nächsten Jahren
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2524)
Zusatzfrage: Doris P r o h a s k a (S. 2526 u. S. 2527)

Anfrage Nr. 74 der Abgeordneten Mag.[a] Regina Petrik an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Angebot zur fachlichen Beratung der Pädagoginnen und Pädagogen in den Kinderbetreuungseinrichtungen
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2528)
Zusatzfrage: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2529 u. S. 2529)

Anfrage Nr. 77 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Auswirkungen der Inbetriebnahme des ambulanten MRTs in Oberwart
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag Norbert D a r a b o s (S. 2530)

Anfrage Nr. 78 der Abgeordneten Ingrid Salamon an Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf betreffend Bilanz der Welterbeliste der UNESCO
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf (S. 2531)
Zusatzfrage: Ingrid Salamon (S. 2532 u. S. 2533) und Ing. Rudolf Strommer (S. 2533)

Anfrage Nr. 80 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend nachhaltige Trendwende bei der Arbeitslosigkeit
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 2534)

Anfrage Nr. 81 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend konkrete Aufgaben der Integrationsbeauftragten
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 2535)
Zusatzfrage: Mag. Christian Drobits (S. 2536)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 566) über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Burgenländisches Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 - Bgld. BPMG 2016) (Zahl 21 - 395) (Beilage 589);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 2537)
Redner: Mag. Johann Richter (S. 2537), Markus Ulram (S. 2539), Mag. Christian Drobits (S.2540), Gerhard Steier (S. 2543), Manfred Kölly (S.2545) und Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 2546)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2547)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 563) betreffend Atomkraft-Stopp (Zahl 21 - 392) (Beilage 590);
Berichterstatter: Kilian Brandstätter (S. 2548)
Redner: Manfred Kölly (S.2548), Wolfgang Spitzmüller (S. 2550), Karin Stampfel (S. 2551), Ing. Rudolf Strommer (S. 2552), Ingrid Salamon (S. 2555), Gerhard Steier (S. 2557), Karin Stampfel (S. 2559) und Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S.2560)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2561)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Christoph Wolf, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 576) betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf (Zahl 21 - 405) (Beilage 591);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 2561)
Redner: Gerhard Hutter (S. 2562), Mag.a Regina Petrik (S. 2563), Géza Molnár (S. 2565), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 2565), Günter Kovacs (S. 2567), Gerhard Steier (S. 2568), Manfred Kölly (S. 2569), Mag.a Regina Petrik (S. 2572), Manfred Kölly (S. 2572) und Landesrat Helmut Bieler (S. 2572)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2573)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 537) betreffend Ärzteausbildung (Zahl 21 - 385) (Beilage 592);
Berichterstatter: Günter Kovacs (S.2574)
Redner: Manfred Kölly (S. 2574), Mag.a Regina Petrik (S. 2575), Manfred Haidinger (S. 2577), Georg Rosner (S. 2578), Günter Kovacs (S. 2580), Gerhard Steier (S. 2581) und Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 2585)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2588)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 415) betreffend Neubau des Krankenhauses Oberwart (Zahl 21 - 287) (Beilage 593);
Berichterstatter: Georg Rosner (S. 2589)
Redner: Ilse Benkö (S. 2589), Mag. Franz Steindl (S. 2591), Günter Kovacs (S. 2595), Gerhard Steier (S. 2596) und Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 2597)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2589)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Mindestsicherung-NEU (Zahl 21 - 422) (Beilage 601);
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas Steiner (S. 2598)
Redner: Manfred Kölly (S. 2602), Mag.a Regina Petrik (S. 2603), Manfred Haidinger (S. 2606), Robert Hergovich (S. 2609), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 2612), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 2614), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 2615), Robert Hergovich (S. 2617) und Wolfgang Spitzmüller (S. 2617)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 2618)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend Rückführungen (Zahl 21 - 440) (Beilage 619);
Begründung der Dringlichkeit: Robert H e r g o v i c h (S.2618)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 2620), Géza M o l n á r (S. 2622), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2625), Ewald S c h n e c k e r (S. 2628), Manfred K ö l l y (S. 2631) und Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2633)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 2635)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 540) betreffend "Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos" (Zahl 21 - 388) (Beilage 594);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 2636)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 2636), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2638), Karin S t a m p f e l (S. 2641), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2642), Wolfgang S o d l (S. 2643) und Gerhard S t e i e r (S. 2644)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2646)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.[a] Regina Petrik, Manfred Kölly, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 564) betreffend Wiedereinsetzung des Kontrollrates im burgenländischen Landesschulrat in der bewährten Zusammensetzung (Zahl 21 - 393) (Beilage 595);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2646)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 2646), Mag. Johann R i c h t e r (S. 2647), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2648), Doris P r o h a s k a (S. 2650) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 2652)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2653)

Bericht des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 507) betreffend Adaptierung der Förderrichtlinien für Güterwegeneubau (Zahl 21 - 355) (Beilage 596);
Berichterstatterin: Karin S t a m p f e l (S. 2653)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 2654), Markus W i e s l e r (S. 2657), Walter T e m m e l (S. 2658), Wolfgang S o d l (S. 2659), Gerhard S t e i e r (S. 2660) und Géza M o l n á r (S. 2661)
Ablehnung des Entschließungsantrages (S. 2662)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2513)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen, die Damen und Herren des Hohen Hauses, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, die Besucherinnen und Besucher an den Zuseherrängen und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie uns über Internet heute zusehen und zuhören!

Ich e r ö f f n e die 17. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 16. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 17. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 20. Oktober 2016.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 420) (Beilage 599);

Weiters sind vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof die Prüfungsberichte

1. betreffend Güterwege; Planung, Bau, Instandhaltung und Förderung ab dem Jahr 2010 (Zahl 21 - 417) (Beilage 588);
2. betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 421) (Beilage 600);

eingelangt.

Des Weiteren sind die Dringlichkeitsanträge

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Mindestsicherung-NEU (Zahl 21 - 422) (Beilage 601);
2. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend Rückführungen (Zahl 21 - 440) (Beilage 619);

eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth“ (Zahl 21 - 418) (Beilage 597);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend kostenfreie Museumsbesuche für junge Menschen im Burgenland (Zahl 21 - 423) (Beilage 602);
3. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen (Zahl 21 - 424) (Beilage 603);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf

Fassung einer Entschließung betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in die Schule (Zahl 21 - 425) (Beilage 604);

5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Ausrichtung einer Neusiedlersee-Konferenz zur Erarbeitung eines Neusiedlersee-Entwicklungskonzepts 2025 (Zahl 21 - 429) (Beilage 608);
6. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Tagsatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten (Zahl 21 - 430) (Beilage 609);
7. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einführung Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018“ (Zahl 21 - 435) (Beilage 614);
8. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend „Nationale Volksabstimmung in Österreich betreffend Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA)“ (Zahl 21 - 436) (Beilage 615);
9. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter betreffend „GIS-Gebühren abschaffen - NEIN zu „ORF-Zwangsgebühren“ (Zahl 21 - 437) (Beilage 616);
10. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz aufgehoben wird (Zahl 21 - 438) (Beilage 617);
11. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die ausständige Genehmigung des Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“ (Zahl 21 - 439) (Beilage 618);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Anzahl der dienstlichen Mobiltelefone (Zahl 21 - 406) (Beilage 577);
2. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Netzanbieter der dienstlichen Mobiltelefone(Zahl 21 - 407) (Beilage 578);
3. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Kosten der dienstlichen Mobiltelefone (Zahl 21 - 408) (Beilage 579);
4. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Mobiltelefone (Modelle) (Zahl 21 - 409) (Beilage 580);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Theaterstück „Alles in einem Rausch“ (Zahl 21 - 411) (Beilage 582);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Anberaumung von Regierungssitzungen (Zahl 21 - 412) (Beilage 583);
7. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend SPÖ-Sommertour (Zahl 21 - 413) (Beilage 584);

8. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Landestankstellen (Zahl 21 - 414) (Beilage 585);
9. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend regionale Lebensmittel (Zahl 21 - 419) (Beilage 598);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Eingliederungshilfen (Zahl 21 - 426) (Beilage 605);
11. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Kulturzentrum Mattersburg (Zahl 21 - 431) (Beilage 610);
12. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Buslinie G1 (Zahl 21 - 432) (Beilage 611);
13. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Glashäuser in Frauenkirchen (Zahl 21 - 433) (Beilage 612);
14. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend schulische Tagesbetreuung(Zahl 21 - 434) (Beilage 613);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 374) betreffend Landesmuseum (Zahl 21 - 410) (Beilage 581);
2. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 375) betreffend öffentliche Verkehrsmittel (Zahl 21 - 415) (Beilage 586);
3. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 376) betreffend öffentliches Verkehrsnetz (Zahl 21 - 416) (Beilage 587);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 384) betreffend Landestankstellen (Zahl 21 - 427) (Beilage 606);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 383) betreffend Postenbesetzungen Hauptreferat Sicherheit (Zahl 21 - 428) (Beilage 607);

eingelangt.

Weiters ist die Petition

1. der Marktgemeinde Wiesen betreffend Bgld. Veranstaltungsgesetz (E 27)

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Den selbständigen Antrag Zahl 21 - 439, Beilage 618, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 420, Beilage 599, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 429, Beilage 608, weise ich dem Rechtsausschuss und Umweltausschuss,

die Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Zahl 21 - 417, Beilag 588, und Zahl 21 - 421, Beilage 600, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 418, Beilage 597, Zahl 21 - 423, Beilage 602, Zahl 21 - 424, Beilage 603, Zahl 21 - 424, Beilage 604, Zahl 21 - 437, Beilage 616, und

Zahl 21 - 438, Beilage 617, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 430, Beilage 609, weise ich dem Sozialausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss

und die Petition E 27 dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 406, Beilage 577, Zahl 21 - 407, Beilage 578, Zahl 21 - 408, Beilage 579, Zahl 21 - 409, Beilage 580, Zahl 21 - 411, Beilage 582, Zahl 21 - 412, Beilage 583, Zahl 21 - 413, Beilage 584, Zahl 21 - 432, Beilage 611, und Zahl 21 - 434, Beilage 613, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 414, Beilage 585, und Zahl 21 - 431, Beilage 610, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 419, Beilage 498, und Zahl 21 - 433, Beilage 612, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 426, Beilage 605, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos

zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 410, Beilage 581, Zahl 21 - 415, Beilage 586, Zahl 21 - 416, Beilage 587, Zahl 21 - 427, Beilage 606, und Zahl 21 - 428, Beilage 607, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da die selbständigen Anträge des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly nicht gehörig unterstützt sind, werde ich gemäß § 22 Abs. 2 GeOLT die Unterstützungsfrage stellen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Zahl 21 - 435, Beilage 614, betreffend „Einführung Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018“ unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der selbständige Antrag ist gehörig unterstützt, sodass ich ihn dem Rechtsausschuss zuweise.

Da auch der selbständige Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Zahl 21 - 436, Beilage 615, betreffend „Nationale Volksabstimmung in Österreich betreffend Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA)“ nicht gehörig unterstützt ist, werde ich die Unterstützungsfrage stellen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den selbständigen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der selbständige Antrag ist gehörig unterstützt, sodass ich ihn dem Rechtsausschuss zuweise.

Die von Frau Landtagsabgeordneter Edith Sack an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl gerichtete mündliche Anfrage Nr. 79 wurde heute von der Fragestellerin schriftlich zurückgezogen.

Der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Mindestsicherung-

NEU“, Zahl 21 - 422, Beilage 601, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr behandelt.

Des Weiteren ist ein Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rückführungen, Zahl 21 - 440, Beilage 619, eingelangt. Die Behandlung erfolgt nach Erledigung des Dringlichkeitsantrages Zahl 21 - 422.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 16 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Steindl an Herrn Landesrat Bieler gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steindl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Regierungsübereinkommen der rot-blauen Landesregierung wurde festgelegt, dass burgenländische Kulturbetriebe, an denen das Land Burgenland beteiligt ist, im „Konzern Burgenland“ zusammengefasst werden. Dazu ist eine Umwandlung der jeweiligen Rechtsform in eine GmbH notwendig, ebenso sind die leitenden Positionen neu auszuschreiben.

Welche burgenländischen Kulturbetriebe sind von dieser Vorgehensweise betroffen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Es steht tatsächlich im Regierungsübereinkommen unter Punkt 8 Kultur-Management Burgenland, dass wir ganz gezielt und bewusst die Aktivitäten der Kulturpolitik beziehungsweise der Kulturveranstalter bündeln wollen und die Ressourcen effektiv und effizient einsetzen wollen.

Es steht auch unter Punkt 10, dass eine Integration, das heißt, eine Zusammenführung der bedeutendsten Kulturangebote des Landes in der KSB - Kulturservice Burgenland geprüft und dann umgesetzt werden soll.

Wir haben diese betrieblichen Notwendigkeiten und die außerbetrieblichen Möglichkeiten und Chancen kritisch durchleuchtet und in Bezug auf Effizienz und Steuerungsqualität überprüft und sind dabei auf viele System- und Servicedienstleistungen gekommen, wie etwa Verwaltungsbereich, im Erhaltungsbereich oder auch was Marketing, Ticketing und Kundenmanagement betrifft. Natürlich war es klar, dass wir damit in erster Linie die Betriebe des Landes gemeint haben.

Zu diesem Zeitpunkt hatten wir sieben Gesellschaften: Event Burgenland, die Kulturservice, die Kulturzentren, die Haydn Festspiele, Franz Liszt Gesellschaft, die Seefestspiele Mörbisch und die Schlossspiele Kobersdorf.

Daraus haben wir als Zielstruktur drei Gesellschaften festgelegt, wobei die KSB die Mutter sein sollte, also die Muttergesellschaft und darunter die KBB - Kulturbetriebe Burgenland als eine GmbH und die FBB - die Festspielbetriebe Burgenland GmbH.

Zu den Kulturbetrieben sollen dazugehören: Landesmuseum, Landesgalerie, Haydnhaus und Liszthaus sowie die Kulturzentren. Zu den Festspielbetrieben Burgenland die Haydn Festspiele, Liszt Festspiele, Mörbisch und Kobersdorf.

Wir haben dann viele Spezialisten herangezogen, auch was das Steuerrechtliche betrifft, und haben dann die KSB als eine nicht gemeinnützige GmbH festgelegt, wo der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung installiert werden, die KBB als eine gemeinnützige GmbH mit den Beiräten aus den Städten Eisenstadt, Mattersburg, Raiding, Oberschützen und Güssing, einen wissenschaftlichen Beirat und die Geschäftsführung.

Wir haben diese Beschlüsse einstimmig mit den Gemeinden getroffen und hier eine, wie ich meine, sehr sinnvolle und sehr durchdachte Struktur gewonnen. Bei den Festspielbetrieben Burgenland ist Gesellschafter die KSB und im Beirat sind ebenfalls die betroffenen Gemeinden: Eisenstadt, Mörbisch, Kobersdorf und Raiding.

In der KSB, also im Kulturservice, ist die operative Steuerung, das Projektmanagement, der Eventbetrieb, Miet- und Pachtvertrag. Das ist die Gesellschaft, die nicht gemeinnützig ist. Das heißt, dort haben wir mit dem Finanzamt die Abrechnungen zu tun und da geht es nicht, dass sie gemeinnützig sind. Die Kulturbetriebe Burgenland wird als eine gemeinnützige GmbH gegründet, hier ist der Veranstaltungsbetrieb, der Museums- und Ausstellungsbetrieb, und so weiter.

In den Festspielbetrieben Burgenland wird der Konzertbetrieb für die Haydn Festspiele und für die Liszt Festspiele und der Musik- beziehungsweise Theaterbetrieb für die Seefestspiele und die Schlossspiele Kobersdorf enthalten sein. Natürlich werden wir dann, wenn dieses Modell funktioniert, das auch als Außenwirkung für andere Kulturveranstalter anbieten, damit sie Synergieeffekte hier nutzen können oder ähnliche Bereiche umstrukturieren. Wir haben, wie gesagt, in den Kulturzentren den einstimmigen Grundsatzbeschluss bereits im Feber gefasst und dann das auch umgesetzt. Das Gleiche oder Ähnliches mit anderen Daten ist mit Mörbisch passiert, mit dem Liszt Festival Raiding und mit Kobersdorf, und mit Haydn Festspielen werden wir das noch tun. Sie wissen ja, dass wir hier eine sehr unfeine Delogierung miterleben mussten, und daher wir vordergründig ein Zukunftskonzept „HaydnLandTage“ festgelegt haben.

Aber auch da werden wir die entsprechenden Beschlüsse fassen, sodass die Zusammenschließung - wie Sie sie vorhin angedeutet haben – im „Konzern Burgenland“, in der Säule Kultur, wirklich zügig voranschreiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Also die Antwort ist: Kobersdorf, Eisenstadt, Liszt Zentrum, die drei und ein viertes noch dazu. Vier werden umgewandelt in eine GesmbH. *(Landesrat Helmut Bieler: Alle fünf.)* - Alle fünf!

Dann die Frage von mir: In Mörbisch gab es eine Ausschreibung der Intendanz. Warum gab es dann auf Grund der Umwandlung nicht die Ausschreibung in allen Bereichen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Wir haben jeweils nach den Kriterien und Richtlinien der Stellenausschreibung für Leitende Beamte in allen Bereichen diese Ausschreibungen durchgeführt.

Ich weiß, worauf Sie hinwollen und werde es Ihnen dann erklären. Wir haben zum Beispiel den Geschäftsführer Mersich für die Liszt Festspiele ausgeschrieben, Dr. Reicher ausgeschrieben, obwohl er schon 25 Jahre Geschäftsführer ist, wir haben den Dietmar Posteiner ausgeschrieben, den Dr. Kuzmits genauso ausgeschrieben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Habt Ihr den Reicher ausgeschrieben oder den Posten? – Abg. Doris Prohaska: Also das war jetzt notwendig.)*

Herr Bürgermeister, wir haben natürlich … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war das jetzt mit der Notwendigkeit?)* Sie wissen, was gemeint ist, wenn Sie es semantisch genau zerlegen wollen, wir haben die Stelle des Geschäftsführers für die Haydn Festspiele ausgeschrieben, wo Dr. Reicher schon 25 Jahre Geschäftsführer ist, und haben das aber auch in den anderen Bereichen dann, Hans Peter Rucker für die BLh oder den Baudirektor Wolfgang Heckenast.

Wir haben in Mörbisch ganz klar festgelegt, dass wir eine objektive, kompetente, korrekte und diskrete Ausschreibung haben wollen und haben daher eine fünfköpfige Kommission, wobei die fachliche Kompetenz im Bereich Musiktheater von zwei Mitgliedern gegeben war, die wirtschaftliche Kompetenz im Theaterbetrieb, ein Kommissionsmitglied und die fachliche Kompetenz in Personalangelegenheiten Coaching.

Wir haben da ganz genaue Richtlinien - und, wie ich meine, vorbildlich gehabt, dass jeder nicht nur die Anonymität gehabt hat, das heißt, dass keiner gewusst hat, wer sich beworben hat, dass sich die Kommissionsmitglieder vorher nicht gekannt haben, auch nicht gewusst haben, wer sich beworben hat, erst am Tag des Hearings und die Konzepte da festgelegt wurden.

Jedes Kommissionsmitglied hat selbständig und eigenständig seine Punkte vergeben und dann, also am Abend dieses Tages, wurden die Punkte zusammengezählt, und es war ein ganz eindeutiges Ergebnis, dass Gerald Pichowetz mit Abstand dieses Hearing gewonnen hat, weil er nicht nur sehr gescheite Aussagen gemacht hat, sondern auch aufgrund von seiner Persönlichkeit, von seinem Fachwissen her und von seinem Charme und seinem Witz, hier die Kommission überzeugen konnte. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Eine ganz konkrete Frage: Wird dann auch die Intendanz in Kobersdorf ausgeschrieben?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Wir haben die Intendanz schon festgelegt gehabt und Verhandlungen geführt bevor Professor Mazal seine Rechtsmeinung geändert hat. Daher war es damals nicht notwendig beziehungsweise haben wir Handschlagqualität gezeigt und haben die Verhandlungen, die wir mit Wolfgang Böck geführt haben, auch so weitergeführt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Gibt es noch Zusatzfragen? - Keine!

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Rosner an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Rosner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Gesundheitsbereich kommen aus verschiedenen Gründen große Herausforderungen auf uns zu. Gerade hier ist es wichtig, alle betroffenen Interessensverbände und Entscheidungsträger einzubinden und Kooperationen sowie Vernetzungen zu forcieren.

Wo sehen Sie ganz konkrete Verbesserungsmöglichkeiten in der Kooperation zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Es ist tatsächlich so, dass wir im Burgenland eine gute Zusammenarbeit haben - zwischen den niedergelassenen Ärzten und den Krankenhäusern, die wir haben, fünf an der Zahl. Ich stehe auch dazu, dass wir diese fünf Krankenhäuser mit einer Standortgarantie nicht nur ausgestattet haben, sondern diese Standortgarantie auch leben. Das war nicht immer so, auch im letzten Wahlkampf habe ich gerade aus Ihren Reihen immer wieder vernommen, dass zwei Krankenhäuser im Burgenland auch reichen würden.

Die Zusammenarbeit, das möchte ich am Beginn feststellen, ist gut, aber es gibt natürlich auch einige Verbesserungspotentiale. Wir wollen hier Aufgaben zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhausärzten schärfen. Es gibt - und das traue ich mir zu sagen - seit sehr langer Zeit die beste Zusammenarbeit zwischen der Gebietskrankenkasse, die für die niedergelassenen Ärzte zuständig ist, und der Ärztekammer. Das war nicht immer so. Wir sehen auch andere Bundesländer, wo die Zusammenarbeit nicht so funktioniert wie im Burgenland, der KRAGES, Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, das in diesem Verbund dabei ist, aber natürlich eigenständig ist.

Um Ihre Frage konkret zu beantworten: Wir arbeiten derzeit daran, Pilotprojekte im Burgenland zu etablieren. Eines haben wir schon etabliert, in Ihrer Heimatgemeinde, in Oberwart, die Akutordination. Aus meiner Sicht ein hervorragendes Beispiel, wie niedergelassene Ärzte mit den Krankenhäusern noch besser zusammenkommen können.

Wir haben auf Grundlage des neuen PHC-Gesetzes, also „Primary Health Care“, auf Neudeutsch gesagt, mir gefällt das Wort „Primärversorgung im Burgenland“ besser, auch dafür gesorgt, dass im Bezirk Neusiedl ein Pilotprojekt gestartet werden wird, um dafür zu sorgen, dass die niedergelassenen Ärzte eine neue Aufgabe bekommen und gemeinsam mit den Krankenhäusern auch dafür sorgen können, dass es noch ein besseres Miteinander und eine Symbiose geben kann. Vielleicht zur Akutordination Oberwart. Das ist jetzt seit einigen Wochen in Betrieb, wir haben ein Pilotprojekt, das bis zum Ende des Jahres 2017 auch weitergeführt wird, ich habe nur positive Rückmeldungen bisher gehört.

Im Krankenhaus, niedergelassene Ärzte, die dafür sorgen, dass die stationäre Behandlung und die ambulante Behandlung im Oberwarter Spital entlastet wird, und dass Menschen, die mit Beschwerden ins Krankenhaus kommen, zuerst zu den niedergelassenen Ärzten kommen. Ich halte das für ein wirklich ganz wichtiges Projekt.

Darüber hinaus gibt es noch einige Projekte, aber dazu gibt es später noch eine weitere Frage.

Was jetzt auch die Zusammenarbeit betrifft, auch wieder das Krankenhaus Oberwart, betreffend den MR-Bereich und CT-Bereich, wo wir dafür gesorgt haben, dass wir nach den bisherigen Stunden dafür sorgen, dass von 16.00 bis 22.00 Uhr beziehungsweise am Samstag von 08.00 bis 16.00 Uhr auch das MR zu „bespielen“ ist, und dafür gesorgt wird, dass erstens, die niedergelassenen Ärzte hier 22 Uhr beziehungsweise am Samstag von acht Uhr bis 16 Uhr auch das MR zu „bespielen ist“ - unter Anführungszeichen. Damit wird dafür gesorgt, dass erstens die niedergelassenen Ärzte hier auch stärker eingebunden werden und zweitens für die Patientinnen und Patienten, und das sollte unser Ziel sein, wir auch dafür sorgen, dass die Wartezeiten verkürzt werden können und dass die Zufriedenheit der Bevölkerung stärker wird, als sie jetzt schon gegeben ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte dazu nur sagen, dass wir mit 83 Prozent eine hohe Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem im Burgenland haben. Wir werden auch, das habe ich schon letztes Mal gesagt, auch versuchen, die letzten 17 Prozent zu überzeugen.

Wir haben es in diesem Bereich mit einer Akutordination auch geschafft, dass es sogenannte Visitenärzte gibt, die dann die Hausbesuche, die jetzt auch noch durchgeführt werden, durchgeführt werden können. Wir glauben, dass wir damit auch den Landarzt, wenn man das so salopp sagen darf, aufwerten können und wieder dafür sorgen können, dass wir hier auch dafür sorgen, wie bereits gesagt, dass in allen Regionen die Versorgung geschafft werden kann. Es ist in enger Kooperation mit der Ärztekammer, auch das war nicht immer so, die darauf hingewiesen haben, dass sehr viele Landärzte in der Zukunft in Pension gehen werden, Initiativen gesetzt worden, denn wir müssen schauen, dass dieser Beruf attraktiv wird.

Wir haben heute auch einen Antrag im Landtag, wo wir das auch diskutieren werden. Grundsätzlich glaube ich, dass wir mit diesem Konzept der Akutordination in Oberwart, dem Pilotprojekt Primärversorgung in Bezirk Neusiedl am See einmal dafür sorgen, dass diese Kombination, diese Symbiose zwischen Krankenhaus und dem zuständigen Arzt in der Gemeinde, dem Hausarzt, auch verbessern und dahingehend auch intensiviert werden kann.

Ich bin auch für jeden Vorschlag zugänglich, aber grundsätzlich finde ich das die Zusammenarbeit zwischen der Gebietskrankenkasse, der Ärztekammer, der KRAGES, dem BURGEF, also dem Burgenländische Gesundheitsfonds, und uns als Land funktioniert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben dieses Pilotprojekt Akutordination angesprochen. Wann ist mit dieser Einrichtung vielleicht in anderen Instituten zu rechnen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Die Erfahrungen der ersten Wochen zeigen, dass ich bereit bin, das durchzusetzen und umzusetzen. Das Pilotprojekt läuft an und für sich bis zum Ende des Jahres zweitausendsiebzehn mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand des Landes, das möchte ich auch dazusagen. Aber, auch mit Unterstützung der Gebietskrankenasse.

Aber, so, wie es jetzt angelaufen ist, bin ich der Meinung, dass wir nach einer gewissen Evaluierungsphase das auch auf das gesamte Burgenland umsetzen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Auch das haben sie angesprochen, und zwar, in ländlichen Regionen wird es immer schwieriger, die Kassenarztstellen zu besetzten. Eine Möglichkeit wäre über den Gesamtvertrag regionale Zuschläge als Anreiz für neue Ärzte einzuführen. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ah Herr Landesrat. Herr Abgeordneter, Verzeihung. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Jetzt hab ich Sie auch schon gleich befördert.

Es ist so, dass wir, dass ich diesem Vorschlag durchaus positiv gegenüber stehe, wenn wir das diskutieren können. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir im Gesundheitsbereich weit über unsere Kompetenz hinaus jetzt schon Maßnahmen setzten.

Wir fordern, auch das wird heute diskutiert werden, dass Österreicherinnen und Österreicher zum Medizinstudium mehrheitlich zugelassen werden und diese Zulassungen nicht gesenkt werden. Ganz im Gegenteil, wir wollen, dass das bestehen bleibt. Wir wollen auch, dass gewisse Fristen aufgehoben beziehungsweise gewisse Zugangsbeschränkungen aufgehoben werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben als Burgenland auch finanzielle Mittel in die Hand genommen, um dafür zu sorgen, dass Ärztinnen oder angehende Medizinstudentinnen und Medizinstudenten, was die Aufnahmeprüfungen betrifft, leichter einen Zugang finden. Wir fördern Jungärztinnen und Jungärzte freiwillig vom Burgenland, freiwillig wenn sie Turnusärzte werden. Das ist, glaube ich, ein Zugang, der, aus meiner Sicht, auch wichtig und gut ist.

Aber, ich bin durchaus diesem Vorschlag, den Sie angesprochen haben, nicht negativ gegenüber eingestellt, aber man muss natürlich die Finanzierung auch absichern können und man muss sehen, wie das, wie bereits gesagt, auch in das Budget des Burgenlandes passt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Ich möchte nur einen Hinweis weitergeben, weil das jetzt schon aufgefallen sein dürfte, dass beim Sprechen in die Mikrofone doch manchmal ein sehr starker Hall zu hören ist. Das hat damit zu tun, dass wir die Anlage evaluiert beziehungsweise neu aufgesetzt haben und diese jetzt eingepegelt werden musst. Das kann man nur während einer Landtagssitzung bei vollem Haus tun.

Ich bitte hier um Verständnis. Sie könnten dann nur einen Schritt weiter zurückgehen vom Mikrofon *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zurücktreten!)*, aber das macht die Technik ohnehin, denn die pegeln jedes Mal ein. Bitte um Ihr Verständnis. Beim nächsten Mal wird das dann umso besser funktionieren und Sie werden noch besser zu verstehen sein.

Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Beispiele können Sie als Verschränkung zwischen dem extra- und dem intramuralen Bereich im Burgenland nennen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich hab es schon angesprochen. Das beste Beispiel, das wir nennen können, ist das MR in Oberwart. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben übrigens, dass möchte ich heute auch ankündigen, dieses Projekt auf die Krankenhäuser in Kittsee und in Güssing ausgeweitet, weil wir sehen, dass damit der extramurale und der intramurale Bereich, das ist ein Fachausdruck, also die niedergelassen Ärzte und die Krankenhäuser perfekt zusammenarbeiten können. Wir sehen, dass diese Maßnahme auch perfekt angenommen wird.

Mit einer kleinen Nebenwirkung, nämlich, dass auch aus den Nachbarbundesländern, beispielsweise in Oberwart, Menschen jetzt auch draufgekommen sind, dass es hier in Oberwart diese MR und CT Untersuchung gibt, die ab 16 Uhr beginnt und bis 22 Uhr dauert und die es auch am Samstag gibt. Natürlich kommen dann da auch die Menschen aus den Nachbarbundesländern.

Die Patientinnen und Patienten aus den Nachbarbundesländern kommen drauf, dass das hier für das Burgenland eine tolle Entwicklung ist und dass sie das auch mitaufnehmen können.

Aber, grundsätzlich würde ich das als Paradebeispiel einer guten Entwicklung zwischen dem extramuralen und intramuralen Bereich ansehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Herr Landesrat! Der Kollege Rosner hat es schon angesprochen. Wir haben gerade im ländlichen Bereich immer mehr Probleme an Ärzte zu kommen. Das betrifft nicht nur die niedergelassenen Ärzte, sondern auch die in den Spitälern.

Konkret in Oberwart, denn es gib praktisch keine Ausgabe der Ärztezeitung, wo nicht Inserate sind, wo Ärzte gesucht werden. Ihr Antrag ist mir natürlich bekannt, nur das Problem ist, wir haben Ärzte, die ausgebildet werden, die dann aber sehr viel in die Städte und nach Deutschland und in andere Länder gehen.

Welche Vorhaben sind hier geplant, um dieser Tendenz entgegen zu wirken? Danke.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Angeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich habe es bereits angesprochen. Erstens müssen wir schauen, dass wir diese Ausbildungsbarrieren durchbrechen. Ich bekomme täglich E-Mails von jungen Ärzten oder angehenden Ärzten, die ein Problem gehabt haben, was die Zulassung überhaupt zum Studium betrifft. Die mit eins Komma null maturiert haben, also lauter Einser bei der Matura und dann ein Problem bei der Zulassung zum Studium der Medizin gehabt haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin der Meinung, dass diese Barriere fallen muss, denn man sieht ja dann ohnehin nachher im Studium selbst, ob jemand in der Lage ist, diesen Beruf auszuüben. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass man auch dafür sorgen muss, dass Österreicherinnen und Österreichern den Zugang ermöglicht bekommen. Der dritte Punkt ist, dass seit ich Landesrat für Gesundheit und Soziales bin, wir 87 Ärzte im Burgenland aufgenommen haben. Es ist also nicht so, dass das Jobangebot in KRAGES-Anstalten ganz unattraktiv wäre. Es sind also 87 neue Ärzte, die hier ins Burgenland gekommen sind, durchaus

auch aus dem benachbarten Ausland, aber mehrheitlich auch aus Österreich. *(Abg. Gerhard Steier: Die 87 möchte ich gerne vorgerechnet bekommen.)*

Ja, diese 87 neuen Ärzte und Ärztinnen sind im Burgenland angestellt worden, *(Abg. Gerhard Steier: Hätte ich gerne vorgerechnet. - Abg. Mag. Thomas Steiner: 90 sind weggegangen.)* Herr Abgeordneter. Das können Sie gerne auch schriftlich haben, wenn Sie wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist jedenfalls so, dass die KRAGES diese Zahlen natürlich nicht erfunden hat, sondern die sind auch in der täglichen Praxis nachzuvollziehen. Diese von Ihnen angesprochenen Attraktivierungsmaßnahmen sind eben, dass man diese Zugangsbarrieren abschafft. Es ist uns also in vielen Bereichen gelungen, dass auch die Attraktivierung in den Krankenhäusern steigt. Beispielsweise haben wir im Krankenhaus Oberpullendorf eine Chirurgin aus dem Wiener Neustädter Bereich bekommen.

Die Fallzahlen sind sofort nach oben gegangen, weil sie auch das Gefühl gehabt hat, dass sie im Krankenhaus Oberpullendorf Arbeitsbedingungen vorfindet, die sozusagen ihrer Philosophie entgegenkommen. Wenn wir die Attraktivität steigern, …

Präsident Christian Illedits: Zeitlimit Herr Landesrat!

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ) *(fortsetzend)*: Bin ich schon drüber? Einen Satz noch. Wenn wir die Schwerpunktkrankenhäuser noch mehr stärken und auch in jedem Krankenhaus einen Schwerpunkt bilden können, dann werden auch noch mehr Ärzte als die jetzt genannten siebenundachtzig, die verbrieft sind, ins Burgenland kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Zahl 87 haben Sie als Neuzugänge genannt - auch aus unterschiedlichen Nationalitäten natürlich. Können Sie uns sagen, wie viele Abgänge es im selben Zeitraum gegeben hat, wenn Sie 87 als Plus nehmen? Wie viele Ärzte haben das Burgenland verlassen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich kann Ihnen die Zahl nicht genau sagen, aber es sind ungefähr um die 30. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Um unseren Kindern und Jugendlichen im Bildungsbereich die besten Rahmenbedingungen zu schaffen, bedarf es in den Bildungseinrichtungen auch laufender Investitionen. Welche Investitionen werden im burgenländischen Schulwesen in den nächsten Jahren getätigt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bildung ist für das Burgenland ein ganz ein wesentlicher und wichtiger Schwerpunkt der Landespolitik. Das Thema Bildung hat natürlich auch einen sehr wichtigen und hohen Stellenwert im Budget und bei der Budgetgestaltung.

Bildung braucht qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen. Die haben wir in einem großen Ausmaß. Bildung braucht aber natürlich auch moderne Räumlichkeiten, um einen modernen Unterricht gewährleisten zu können und Bildung braucht natürlich auch eine moderne Infrastruktur, zum Beispiel, Zugang zum Breitbandinternet, aber, auch das haben wir. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben doch viele Jahre sehr intensiv mit den zuständigen Stellen des Bundes verhandelt. Nicht einfach in Zeiten der Budgetkürzungen und haben erreicht, dass im Augenblick 23 Millionen Euro in das BRG hier in Eisenstadt investiert werden. Sie fahren immer, wenn Sie hier herfahren, an der Baustelle vorbei.

Es ist auch gelungen, die BAKIP in Oberwart mit 11,4 Millionen Euro auszubauen. Eine sehr lange Vorlaufzeit hatte auch der Ausbau des Bundesschulzentums, nämlich der Handelsakademie, der Handelsschule und der HTL in Eisenstadt. Da werden im Augenblick rund 47 Millionen Euro investiert. Wir haben also durch wirklich jahrelange, harte und intensive Verhandlungen ein Bundesschulbauprogramm erwirkt. Im Augenblick werden durch Investitionen in den Schulbau 82,8 Millionen Euro umgesetzt.

Wir planen aber weiter und führen weiterhin Gespräche, denn das soll noch nicht alles gewesen sein. Sondern, ich setzte mich dafür ein, dass auch das BG und BRG Mattersburg renoviert wird, dass dort investiert wird, aber da reden wir auch natürlich von zweistelligen Millionenbeträgen. Bei der HTL in Pinkafeld hat es jetzt Umplanungsarbeiten gegeben, um dort auch die neuen technischen Voraussetzungen und Vorgaben erfüllen zu können, um am letzten Stand zu sein, weil die Planungsarbeiten relativ lange gedauert haben. Wir verhandeln über die Schule in Oberschützen, denn auch dort soll im Gymnasium ein zweistelliger Millionenbetrag investiert werden. Soweit das Bundesschulbauprogramm, aber das finanziert in der Regel der Bund, die Bundesimmobiliengesellschaft, die BIG. Wir führen hier immer wieder Gespräche und setzten uns dafür ein.

Wir haben in unserem Landesbudget auch 1,2 Millionen Euro für Gemeindeinfrastrukturprojekte im Bereich der Pflichtschulen, wo wir ja 20 Prozent an Fördermittel für Renovierungsarbeiten beziehungsweise für Neubauten auch zur Verfügung stellen. 1,2 Millionen lösen mehr als 5 Millionen Euro an Gesamtinvestitionen in den Gemeinden aus.

Dort, wo wir unmittelbar verantwortlich sind, investieren wir ebenfalls. Zum Beispiel, in die Landesberufsschule in Pinkafeld, 8,4 Millionen Euro. Aktuell wird dieses Projekt umgesetzt. 8,4 Millionen für unsere Lehrlinge, damit auch sie beste Ausbildungsrahmenbedingungen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In der Landesberufsschule Eisenstadt werden auch aktuell 1,6 Millionen Euro investiert. Also auch gerade dort, wo das Land zuständig ist, investieren wir. Ich darf auch in Erinnerung rufen, dass eine der modernsten Fachschulen, die landwirtschaftliche Fachschule in Güssing ist, die ebenfalls das Land auf einen Top-Zustand gebracht hat. Das ist eine europaweit herzeigbare Schule, mit moderner Architektur, mit moderner Planung, engagierten Pädagoginnen und Pädagogen. So, wie wir das im Burgenland gewohnt sind.

Zusammengefasst haben wir Investitionen in Umsetzung Bund und Land von 98,7 Millionen Euro. Investitionen in Planung von über 40 Millionen Euro. Auf zirka 140 Millionen Euro beläuft sich also dieses gesamte Investitionspaket, Infrastrukturpaket, für die Bildung.

Noch eines, und das ist auch ein wichtiger Impuls für die Bauwirtschaft. Wir schauen und setzen uns auch dafür ein, wobei es natürlich Vergaberichtlinien gibt, gar keine Frage, aber dort wo wir das beeinflussen können oder es im Rahmen des Gesetzes ist, gilt für uns der Leitspruch „Burgenländisch bauen“, denn Arbeit und Geld sollen im Land bleiben.

Da gibt es natürlich auch von den Gemeinden wichtige Impulse, dass sie regional vergeben. Aber auch Generalunternehmer schauen, dass sie im Burgenland jene Firmen bekommen, die Qualität liefern und die zuverlässig sind. Das ist unser burgenländischer Weg, auch bei den Investitionen. Aktuell ist laut Statistik die Arbeitslosigkeit im Baubereich im Burgenland, in Ostösterreich, als einziges Bundesland zurückgegangen. Dieses Schulbaupaket trägt wesentlich dazu bei. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Herr Landeshauptmann! Welche Fördermittel stehen für den weiteren Ausbau der schulischen Ganztagesbetreuung im Burgenland zur Verfügung?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Frau Abgeordnete! Auch die schulische Tagesbetreuung ist seit Jahren ein Schwerpunkt der burgenländischen Landespolitik. Wir können einerseits sagen, weil für mich der Kindergarten die erste Bildungseinrichtung ist, dass wir die höchste Kinderbetreuungsquote im Kindergarten aller österreichischen Bundesländer haben.

Vor wenigen Tagen ist wieder die aktuelle Statistik von Statistik Austria eröffnet worden. Wir sind österreichweit die Nummer Eins. Das ist wichtig, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen einen ganz großen und für die Familie einen ganz großen und wichtigen Stellenwert hat. Das nächste ist, dass wir bei der Tagesbetreuung im Pflichtschulbereich die Nummer zwei von Österreich sind. Das heißt, dass 35 Prozent der Pflichtschüler eine ganztägige Schulform haben. Da sind wir nach Wien die Nummer zwei. Dass das Burgenland andere und schwierigere Voraussetzungen hat, im ländlichen Raum, das zu organisieren, glaube ich, muss ich nicht extra erwähnen.

Wir haben in Summe durch Bundesmittel 3,4 Millionen Euro an Förderungen für den Ausbau der schulischen Tagesbetreuung zur Verfügung und davon 1,8 Millionen Euro auch für infrastrukturelle Maßnahmen. Also Einrichtungen zu bauen, wo eben auch eine ganztägige Betreuung stattfindet.

Das ist auch sehr wichtig, dass man eben einerseits Pädagoginnen und Pädagogen beschäftigt, und andererseits auch den Raum und Platz dazu hat. Ich darf vielleicht noch dazu sagen, dass 141 Pflichtschulen im Burgenland ganztägig geführt werden. Das sind 60 Prozent der burgenländischen Pflichtschulen. Dort, wo der Bedarf gegeben ist, dort wird das auch in entsprechender Form organisiert. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. Ich bin auch allen sehr dankbar, die durch die Budgetgestaltung diese Möglichkeiten geschaffen haben, dass wir diese ganztägige Betreuung und diese Bildung auch weiterhin in den Vordergrund stellen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche finanzielle Unterstützung des Landes Burgenland gibt es für burgenländische Gemeinden im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtung?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Frau Abgeordnete! Ich bin den burgenländischen Gemeinden, allen BürgermeisterInnen und allen Gemeinderäten sehr dankbar dafür, dass sie in den burgenländischen Gemeinden sehr großen Wert auf Kinderbetreuung legen und auch selbst sehr viel Geld in die Hand nehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe bereits gesagt, wir unterstützen das mit 20 Prozent gemeindeübergreifend mit 30 Prozent. Das heißt umgekehrt, die Hauptlast ist natürlich in den Gemeinden, denn die finanzielle Belastung durch den laufenden Betrieb ist eine sehr hohe auch ein wesentlicher Budgetschwerpunkt jeder einzelnen Gemeinde. Ich weiß, wovon ich rede, weil ich das auch 13 Jahre in entsprechender Form organisieren musste. *(Abg. Manfred Kölly: Das war einmal! Das war damals noch besser!)* Nur haben wir damals mehr Kinder gehabt, denn jetzt sind es weniger.

Insofern sind die Herausforderungen zu jederzeit nicht wenig. Nachdem ich ja viel in den Gemeinden bin, erzählen mir die Bürgermeister nicht nur wie das Wetter ist, sondern wie auch die Situationen in den Gemeinden sind, und wo die großen Belastungen sind. Ihre Gemeinde, Herr Bürgermeister, werden wir ja auch bald wieder besuchen. *(Abg. Manfred Kölly: Sehr gerne!)*

Insofern stellen wir auch pro Jahr immerhin 22 Millionen Euro von Seiten des Landes an Personalkostenförderung zu Verfügung. Wir unterstützen hier immer wieder auch den Betrieb. Es sind ja nicht immer nur die Infrastrukturkosten, die mit 20 Prozent unterstützt werden, sondern natürlich auch die Personalkosten, denn die werden ebenfalls entsprechend unterstützt.

Also, wie bereits gesagt, 22 Millionen Euro. 1,9 Millionen Euro, und das muss ich auch dazu sagen, gibt es aus den 15a Mitteln ebenfalls für Krippen und Kindergärten. Auch das ist ganz wichtig. Damit hat man auch dort eine noch bessere Finanzierungsmöglichkeit.

Im Frühjahr 2016 haben wir bei den Gemeinden eine Erhebung bis zum Jahr 2020 über beabsichtigte Bauvorhaben gemacht. Das ist für unsere Budgetplanung natürlich auch sehr wichtig. Investitionen von 15 Millionen Euro an Bauvorhaben sind bis zum Jahr 2020 geplant und wir werden die Kofinanzierung bis zum Jahr 2020 natürlich voll aufrecht halten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die vierte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet.

Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Nun zu einer Anfrage, deren Beantwortung öffentlich noch nicht nachvollziehbar war.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im Jahr 2004 wurde im Burgenland das Projekt „Psychologisch-pädagogische Beratung in Kinderbetreuungseinrichtungen im Burgenland“ eingeführt, das es Pädagoginnen und Pädagogen in allen Kindergärten und Kinderkrippen im Burgenland möglich machte, bei pädagogischen Schwierigkeiten und für die Unterstützung in der Eltern- oder Teamarbeit fachliche Beratung beizuziehen.

Auf den jährlich im November obligatorisch eingebrachten Antrag zur Weiterführung des Projektes, dessen Trägerin die Caritas der Diözese Eisenstadt war, gab es keine Antwort. Im Jänner 2016 wurde auf Nachfrage die Auskunft erteilt, dass das Projekt ersatzlos gestrichen sei.

Herr Landeshauptmann, zu welchem Zeitpunkt wurden die Pädagoginnen und Pädagogen in den Kinderbetreuungseinrichtungen davon informiert, dass ihnen das Angebot zur fachlichen Beratung nach über zehn Jahren nun nicht mehr zur Verfügung steht?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Der Kindergarten und die Frühkindpädagogik gehören aufgewertet. Wir sind hier, das werde ich nachher erklären, auf einem hervorragenden Weg, wie wir das besser organisieren, mehr Geld in die Hand nehmen, als in der Vergangenheit.

Wir wollen den Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen einen noch größeren Stellenwert geben, und die Qualität in der Frühkindpädagogik noch weiter anheben. Das ist die Herausforderung, immer mehr Qualität auch in entsprechender Form liefern zu können. Wir brauchen die gleichen Strukturen wie in der Schule. Für mich gibt es hier zwischen dem Kindergarten und einer Volksschule keinen Unterschied. Wir müssen auch diesen Übergang vom Kindergarten zur Volksschule noch besser machen.

Wir wollen die gleichen Strukturen wie in der Schule. In die Schule kommt ja auch nicht die Caritas und sagt, ich berate euch, sondern in die Schule kommt der Schulpsychologe, kommt der Bezirksschulinspektor, kommt der Landesschulinspektor. Genau dieses System, dass wir im Pflichtschulbereich haben, wird auch beim Kindergarten ausgeweitet. Nämlich, dort jemanden zu haben, der eine hohe Qualifikation hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir beginnen jetzt mit einer neuen Kindergartenmitarbeiterin. Früher hat es geheißen Inspektorin. Das ist eine Beratung, die eine hohe Ausbildung im Kindergartenbereich hat, mit allen Zusatzausbildungen, mit Sonderpädagogik, mit Kindergartenpädagogik, mit verhaltensauffälligen Schülern im Kindergarten.

Diese neue Mitarbeiterin hat das. Sie hat ein abgeschlossenes Psychologiestudium. Damit kommen wir in den Rang des Pflichtschulwesens und können damit die Kindergärten aufwerten, denn die Frühkindpädagogik hat damit einen größeren Stellenwert. Die kostet natürlich mehr, als das Caritas-Projekt, die weder in den Schulen, noch im Pflichtschulbereich sind, sondern, das war eine Übergangslösung. Das war so, das nehme ich so zur Kenntnis.

Aber jetzt, glaube ich, müssen wir, weil das ganz einfach ein internationaler und nationaler Trend ist, sagen, dass wir hier auch von Seiten des Landes eine Psychologin zur Verfügung stellen müssen. Konkret zur Antwort: wir haben die Pädagogische

Hochschule. Das hat nicht jedes Bundesland. Wir organisieren auch die Fortbildung der Kindergartenpädagogen und -pädagoginnen über die Pädagogische Hochschule.

Wir haben dort die Coachinggruppe für Pädagoginnen und Fachseminare im Rahmen der Fort- und Weiterbildung. So, wie die diesjährige Sommerhochschule, die das Thema Kultur und Beachtsamkeit zum Inhalt hat. Genau darum geht es, nämlich, dass all jene dort auch Ansprechpartner, Kolleginnen und Kollegen, der Pädagogischen Hochschule haben. Das ist Qualität, auch wenn Sie den Kopf schütteln, das hat Höchstniveau.

Was Sie sagen ist weniger Qualität. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag.a Regina Petrik: Würden Sie bitte meine Frage beantworten!)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Entschuldigen Sie bitte. Ich kann keine Zusatzfrage stellen, denn die Frage wurde nicht beantwortet.

Präsident Christian Illedits: Sie können nur eine Zusatzfrage stellen, Frau Kollegin.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann! Meine Zusatzfrage, die hier schriftlich steht, die seit Wochen nicht beantwortet wurde: Wann wurden die Pädagoginnen und Pädagogen davon informiert, dass ihnen das Angebot, das zehn Jahre lang zur Verfügung stand, nicht mehr zur Verfügung steht?

Das war meine ganz konkrete Frage. Es hätte nur ein Datum gebraucht, das Sie mir nennen. Kein Grundsatzstatement, nach dem ich gar nicht gefragt habe.

Bitte würden Sie meine Frage beantworten.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Wenn Sie es einfach haben wollen. Durch die Fachabteilung und durch die Frau Fachinspektor. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Also kein Datum! Ein Datum können Sie mir hier nicht nennen.)*

Da müssen Sie die Frau Fachinspektor und die Fachabteilung fragen. Ich führe nicht Protokoll, welche Telefonate hier geführt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Frau Abgeordnete! Die Antwort war auch da.

Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur fünften Anfrage und die ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet.

Ich bitte daher Herr Landtagsabgeordneten Kovacs um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Das gut gelungene Projekt MRT wurde schon vorher angesprochen. Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben in den burgenländischen Spitälern einige Verbesserungen bei Untersuchungen für Patienten durchgesetzt. Beispielsweise gibt es im Burgenland im Gegensatz zu anderen Bundesländern, keine lange Wartezeiten auf MRT-Untersuchungen. Wie hat sich diese Inbetriebnahme des ambulanten MRTs in Oberwart konkret ausgewirkt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich könnte das mit einem Satz sagen: Sehr gut! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es ist so. Sie müssen sich nur umhören, Herr Abgeordneter, es ist nämlich tatsächlich so, dass in Oberwart, durch die Installierung dieses neuen Systems, es dazu kommt, dass die Wartezeiten erheblich verkürzt werden konnten. Mit dem einen Nebeneffekt, dass natürlich auch andere Bundesländer auf dieses System zugreifen wollen.

Ich möchte nur ganz kurz dazu sagen: Es geht, und das sollte man nicht vergessen, dabei um Gesundheitspolitik, und nicht in erster Linie um Geld, aber so ein Gerät in der Art kostet 2,9 Millionen Euro. Wir haben eine hervorragende Qualität in Oberwart, die wir bieten können. Was wir noch bieten können in Oberwart, ist, dass wir, ohne die niedergelassenen Ärzte geringschätzen zu wollen, ein Fachkollegium haben, dass wir in der Radiologie Experten haben, dass damit auch die Expertise verbessert werden kann und dass die Geräte, die auch in Oberwart eingesetzt worden sind, hervorragende Geräte und die besten in Österreich sind.

Ich möchte natürlich schon sagen, dass es das in ganz Österreich nicht gibt, denn dieses System, das im Burgenland als Pilotprojekt eingeführt worden ist, hat sich bewährt.

Ich bin ein Gegner einer Zweiklassenmedizin. Insofern ist es auch wichtig, dass man dieses Gerät hier in Oberwart anbietet. Wenn man zu einem Privatarzt geht, zahlt man zwischen 150 und 250 Euro für so eine Untersuchung. Im Krankenhaus Oberwart zahlt man dafür nichts. Die Wartezeiten wurden verkürzt. Wir haben die Ordinationszeiten oder die Zeiten, wo man das auch verwenden kann, von Montag bis Freitag von 16.00 bis 22.00 Uhr und am Samstag von 08.00 bis 16.00 Uhr ausgedehnt, dass die Patientinnen und Patienten nicht so lange warten müssen. Das ist eine Ausweitung von 38 Stunden. Ein hoher Prozentsatz, der aber auch mit Kosten verbunden, aber, aus meiner Sicht, gesundheitspolitisch ganz wichtig ist.

Ich kann Ihnen eine Zahl sagen, wir haben in dieser Zeit von 170 Patientinnen und Patienten, die vor diesem System MR-Untersuchungen in Anspruch nehmen mussten, auf 370 im Monat ausgeweitet. 170 auf 370. Also 200 mehr, die im Monat jetzt dran kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist etwas, was wir nicht haben wollen. Es gibt in anderen Bereichen auch längere Wartezeiten, Sie wissen bei Hüftoperationen und so weiter. Das ist ja nicht gut, wenn die Menschen ein gesundheitliches Problem haben und dann lange warten müssen.

Das ist nicht unser Ziel, insofern stehe ich dazu und ich stehe auch dazu, dass wir dieses System auf Kittsee und Güssing ausweiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Salamon um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Dankeschön. Sehr geehrte Frau Landesrätin! 2001 wurde die Region rund um den Neusiedlersee als grenzüberschreitendes Weltkulturerbe Förtö-Neusiedler See in die Welterbeliste der UNESCO eingetragen.

Welche Bilanz kann nach 15 Jahren für das Burgenland gezogen werden?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Wie Sie richtig gesagt haben, Frau Abgeordnete, wurde vor 15 Jahren das Weltkulturerbe Fertö-Neusiedler See in die Liste der UNESCO Welterbestätten aufgenommen.

Es war und ist bis heute eine sehr, sehr große Auszeichnung und hat vor allem diese wirklich sehr vielfältige und außerordentliche Kultur- und Naturlandschaft rund um den Neusiedlersee in das Erbe der Menschheit und in die Obhut der Menschheit gestellt.

Das war und ist bis heute, wie gesagt, eine große Auszeichnung, ist aber gleichzeitig auch eine große Verantwortung, die wir hier gemeinsam für diese Welterberegion übernommen haben. Und seit dieser Aufnahme in die Welterbeliste mit ihren einzigartigen Ortschaften, mit ihrer einzigartigen Kulturlandschaft, heißt es aber auch, dass diese Landschaft nicht im Besitz einer oder eines Einzelnen steht, sondern sie ist ein gemeinsames Erbe. Das heißt auch, erben bedeutet, dass unsere Handlungen nicht mit uns enden, sondern von uns, über uns hinaus reichen. Und das wiederum bedeutet, dass wir in diesen hochsensiblen Regionen es uns nicht leisten können unbedachte Handlungen zu setzen, die uns möglicherweise in einigen Jahren Leidtun werden.

Es bedeutet aber gleichzeitig nicht, dass wir in den letzten 15 Jahren diese Region unter einen Glassturz gestellt haben, denn es muss natürlich möglich sein, diese dynamische Kulturlandschaft auch entsprechend weiter zu entwickeln und gemeinsame Visionen umzusetzen.

Ich denke, das ist in den letzten 15 Jahren wirklich sehr gut passiert. Denn kurz nach dem Beschluss der Welterbekommission, dieses Gebiet in die Welterbeliste aufzunehmen, wurde beispielsweise der Verein "Welterbe Neusiedler See" gegründet, genauso wie der Rat für das Welterbe Förtö-Neusiedler See.

Gemeinsam mit den 20 österreichischen und 10 ungarischen Gemeinden wurde ein Managementplan erarbeitet und dieser Managementplan für diese Region war zum damaligen Zeit wirklich ein best practice Beispiel, der auch von der UNESCO in vielen anderen Ländern als Vorzeigebeispiel hergezeigt wurde und auch in vielen Ländern beispielhaft umgesetzt wurde. Heute 15 Jahre später ist der Managementplan vielleicht in einigen Punkten nicht mehr ganz aktuell, aber genau aus diesem Grund ist auch der Beschluss gefasst worden, eben diesen Managementplan zu überarbeiten und entsprechend zu aktualisieren. Ganz aktuell kann ich Ihnen ein Projekt nennen, das im Welterbebereich am Laufen ist, nämlich das Projekt „In-Wert-Setzung Welterbe“. Ziel dieses Projektes ist vor allem Sensibilisierung zu schaffen für die Besonderheiten dieser UNESCO Welterberegion. Dies wird mit verschiedensten Veranstaltungen und Maßnahmen umgesetzt werden.

Was auch ein ganz wichtiger Punkt im Sinne dieser Bewusstseinsbildung ist, ist auch die Bewusstseinsbildung bei den Gemeindevertreterinnen und -vertretern. Denn genau bei den Gemeinden, mit denen steht und fällt dieser Welterbegedanke. Es ist natürlich eine große Herausforderung, wenn in Ortszentren die Gestaltung, Grünraumgestaltung, harmonisch zusammenwirken muss und es ist natürlich auch ein gewisser Spagat zu schaffen, zwischen einerseits Traditionelles zu bewahren aber auch Modernes zuzulassen. Und genau aus dem Grund wurden auch schon vor einigen Jahren Kriterien für zukünftige Bauvorhaben im Welterbegebiet ausgearbeitet und auch der Gestaltungsbeirat Welterbe gegründet. Dieser Gestaltungsbeirat hat genau das zum Inhalt, nämlich Bauvorhaben im Welterbegebiet zu beurteilen, aufgrund ihrer Größe, ihrer

Lage, ihrer Gestaltung und das ganze nach architektonischer und grünraumplanerischer Hinsicht. Das funktioniert sehr gut. Da sind auch die Gemeinden eingebunden und das ist ein wichtiger Schritt im Sinne der Erhaltung des Welterbegutes.

Was ich vielleicht als Jugendlandesrätin auch noch erwähnen möchte ist, das wir auch über fünf UNESCO-Schulen im Burgenland verfügen, in Neusiedl am See, in Purbach, in Kittsee, in Oberwart und in Stadtschlaining. Und ich glaube, dass genau das, bei den Kindern und Jugendlichen anzusetzen und hier entsprechend Bewusstseinsbildung in den Welterbegedanken auch zu verbreiten, ein ganz, ganz wichtiger Schritt ist, um das Welterbe auch in dem Ausmaß zu bewahren und voranzutreiben.

Sie sehen also in den letzten 15 Jahren ist hier sehr, sehr viel passiert. Es sind sehr viele wichtige Maßnahmen gesetzt worden. Und genauso werden wir auch den nächsten Jahren weitermachen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Frau Landesrätin, Sie haben es schon angesprochen, 15 Jahre, da gibt es Veränderungen und hohe Herausforderungen und es ist jetzt so glaube ich, das Spannungsfeld zwischen Mensch und Naturschutz.

Und meine Frage: Welche Initiativen werden von Ihnen diesbezüglich ergriffen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Frau Abgeordnete, natürlich herrscht in einem dynamischen Umfeld, in dem verschiedenste Nutzungsinteressen sich manchmal auch etwas entgegenstehen, ein Spannungsfeld.

Aber wie ich vorhin schon erwähnt habe, genau in diesem Bereich liegt der Schlüssel da in der Bewusstseinsbildung und vor allem wenn es darum geht Akzeptanz auch für den Naturschutz zu schaffen. Ich glaube, dass da gerade Kinder und Jugendliche ganz wichtige Multiplikatoren sind.

Deswegen werden wir in diesem Bereich zahlreiche Infoveranstaltungen, Wettbewerbe, Ausstellungen, vor allem auch für diese Zielgruppe, also für Kinder und Jugendliche in nächster Zeit starten. Was ich auch erwähnen möchte, im Rahmen eines Projektes vom Welterbe wird es zahlreiche Initiativen in den nächsten Jahren geben auch gemeinsam mit dem Verein Welterbe. Beispielsweise wird es da eine Welterbeausstellung geben, auch in Zusammenarbeit mit dem Tourismus. Diese Initiativen werden reichen, von der Erstellung von Drucksorten bis hin zur Überarbeitung von Internetauftritt, Aufstellen von Werbetafeln, aber auch die Zusammenarbeit mit den angesprochenen UNESCO-Schulen.

Wir werden hier beispielsweise ein Schulmaterial zur Verfügung stellen. Es wird ein „Welterbe-wiki“ angelegt werden. Das heißt, ein Katalog mit Besonderheiten und den Einstellungsmerkmalen des Welterbes. Und was glaube ich auch ganz wichtig ist, in Bezug auch auf die Gemeinden und das Einbeziehen der Gemeinden und der Akzeptanz der Bevölkerung. Wir werden hier verstärkt auch Kurse mit Bauamtsmitarbeitern anbieten, wir werden eine Bauherrenfibel herausgeben, Bauherrenkurse werden angeboten werden und auch eine verstärkte gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit natürlich mit den Gemeinden, in den Gemeinden vor Ort wird passieren.

Also ich glaube, das ist eine Reihe von Initiativen, die hier für alle Altersgruppen angeboten werden*. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im September dieses Jahres fand im Burgenland die Welterbestätten-Konferenz mit zahlreichen internationalen Welterbestätten statt.

Wie gestaltet sich die aktuelle grenzüberschreitende Zusammenarbeit?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das Welterbe Förtö-Neusiedler See ist eines von weltweit nur 31 grenzüberschreitenden Welterbestätten und da ist es mir auch sehr wichtig zu betonen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren ungarischen Nachbarn sehr gut funktioniert. Es gibt einerseits monatliche Informations- und Koordinationstreffen zwischen den beiden Geschäftsführern, also dem ungarischen und unserem. Und auch die Zusammenarbeit zwischen den beiden Obmännern in den Welterbevereinen funktioniert sehr gut. Da hat es auch anlässlich des 15-jährigen Jubiläums zur Bekräftigung und zur gegenseitigen Wertschätzung auch gegeneinander die Kooperationsvereinbarung gegeben, die hier erneuert wurde. Ich glaube, das war auch ein ganz wichtiges Zeichen in diese Richtung.

Sie haben auch die Welterbestätten-Konferenz erwähnt, die im September stattgefunden hat. Ziel dieser Welterbestätten-Konferenz war es vor allem die neuen österreichischen Welterbestätten miteinander noch verstärkter zu vernetzen. Es hat hier ein Erfahrungsaustausch stattgefunden, Diskussionen natürlich auch über verschiedenste Problemstellungen jeder Welterbestätte mit der sie sich konfrontiert sehen.

Ziel des ganzen war hier eine breitere Gesprächsbasis zu schaffen, auch gegenüber Stakeholdern, das heißt eine verstärkte Zusammenarbeit zu erreichen im nationalen sowie im internationalen Bereich, die Nutzung von Synergien, natürlich um hier entsprechend Vorteile auch für die Öffentlichkeitsarbeit herauszuholen, auch im Hinblick auf den Tourismus. Was ganz wichtig bei dieser Welterbestätten-Konferenz war, es hat auch eine gemeinsame Strategie gegeben, die von den Welterbestätten-Managern bereits im Vorfeld in den letzten Monaten davor erarbeitet wurde. Es war ein gemeinsames Positionspapier, das dort dann auch präsentiert und beschlossen wurde.

Genau dieses Positionspapier hat eben auch zum Inhalt verstärkt die Akteure vor Ort auch einzubinden, die Gemeinden einzubinden und verstärkt in diese Diskussionsprozesse einzubinden.

Das heißt, mit diesem neuen Positionspapier und auch den neuen Statuten, die in dieser Welterbestätten-Konferenz beschlossen sind, ist hier wirklich gewährleistet, dass wir in eine nachhaltige Zukunft gehen, was die Welterbestätten betrifft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Ing. Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin. Ich bestätige das alles was Sie gesagt haben. Ich darf dort Obmann-Stellvertreter in diesem Verein sein. Das Land Burgenland nimmt dies wirklich sehr, sehr wichtig. Es waren damals der Herr Landeshauptmann, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter die Gründungsobmänner sozusagen und es gab damals auch Bestrebungen im Südburgenland den Bereich Heiligenbrunn, das Kellerviertel, in diese Liste aufzunehmen.

Es gibt 1.052, so ist der letzte Eintrag, Welterbestätten und es ist wirklich ein besonderes Prädikat, weil es auch touristisch in der Werbung genützt werden kann.

Wie weit sind hier die Bestrebungen seitens des Landes, um eine zweite Welterbestätte im Burgenland, im Süden mit dem Kellerviertel Heiligenbrunn, hier zu erwirken?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Wunsch ist an mich noch nicht herangetragen worden, aber wir können uns sehr, sehr gerne zusammensetzen, ich bin hier für alles offen und wir können die Kriterien gerne durchgehen und schauen, ob es hier eine Möglichkeit gibt auch das in die Welterbeliste aufzunehmen oder aufnehmen lassen zu können. *(Abg. Manfred Kölly: Setzt Euch zusammen.)*

Dazu braucht man natürlich auch das Einverständnis der UNESCO. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die siebente Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet.

Wie bereits mitgeteilt, wurde die Anfrage heute von der Fragestellerin schriftlich zurückgezogen.

Die achte Anfrage ist von Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben seit ihrem Amtsantritt eine Reihe von Initiativen zur Senkung der Arbeitslosigkeit gesetzt. Im Juni ist die Zahl der Arbeitslosen im Burgenland nur mehr gering gestiegen, während ein hoher Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen ist.

Welche Maßnahmen sind nötig, um eine nachhaltige Trendwende bei der Arbeitslosigkeit einzuleiten?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich möchte sagen, dass ich sehr froh bin und dass es mich freut und es fast historisch ist, dass wir nach fünf Jahren steigender Arbeitslosigkeit im Burgenland jetzt einen Rückgang zu verzeichnen hatten, erstmals im September des Jahres 2016. *(Abg. Gerhard Steier: Die Schulungen sind gestiegen.)*

Die Zwischenrufe verstehe ich überhaupt nicht, also nicht arithmetisch, sondern in absoluten Zahlen gibt es einen klaren Rückgang der Arbeitslosigkeit *(Abg. Gerhard Steier: Heuer sind die Schulungen gestiegen und die Arbeitslosen sind weniger geworden.)* im Burgenland.

Das ist auf der einen Seite auf die gute Arbeit der Unternehmen zurückzuführen aber auch auf die Rahmenbedingungen, die die Politik geschaffen hat. Auf der anderen Seite möchte ich sagen, als ich in die Politik gegangen bin, Herr Abgeordneter Steier, in den 90iger Jahren war das Ziel, dass man maximal oder nicht maximal aber das war zumindest einmal der Ausblick 80.000, 90.000 Beschäftigte schafft, jetzt haben wir 104.000 im Burgenland. *(Abg. Gerhard Steier: Gott sei Dank.)*

Mit allen Problemen, die wir noch dabei haben, das möchte ich auch dazu sagen, dass wir auch einen hohen Anteil an Ausländerbeschäftigung haben, aber grundsätzlich halte ich das für einen guten Weg den das Burgenland geht und man sieht ja, wenn man 104.000 Beschäftigte im Land hat, dass es auch aufwärts geht. Wir haben das höchste Wirtschaftswachstum in Österreich. Das ist auch von der Bundesregierung registriert worden in den letzten Tagen. Das Wirtschaftswachstum ist so hoch, dass eben auch die Zahl der Arbeitsplätze steigen kann, aber wir sind noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen. Was wir vom Land her machen können sind auch finanzielle Zuwendungen im Arbeitsmarkt. Und das ist ein politisches Ziel von unserer Seite, nämlich beispielsweise dafür zu sorgen, dass wir Mitteln, die aus dem Europäischen Sozialfonds kommen, und das sind 24 Millionen Euro, für den Arbeitsmarkt einsetzen.

Wir haben im Additionalitätsprogramm 18 Millionen Euro, die wir hier auch zur Verfügung stellen können. Wir haben den Fonds für Arbeit und Wirtschaft mit 700.000 Euro vom Land dotiert, wir haben die Arbeitnehmerförderung mit drei Millionen Euro.

Also wir drücken uns nicht vor der Herausforderung auch von Landesseite dafür zu sorgen, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können. Und das Ergebnis ist ein gutes und ich bin auch sehr zuversichtlich, dass das im November des Jahres 2016 so weiter gehen wird wie es bis jetzt im September auch aufgeschienen ist*. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die neunte Anfrage ist von Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben kürzlich eine Integrationsbeauftragte bestellt. Welche konkreten Aufgaben wurden Sanya Neinawaie übertragen?

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Thema Integration ist eines der wichtigsten derzeit insgesamt in der politischen Diskussion, nicht nur im Burgenland sondern auch Österreichweit.

Wir haben eine Integrationsbeauftragte installiert, weil wir ja wissen, dass dieses Thema ganz wichtig ist, neben anderen Dingen die wir sozusagen in Assistenz zum Bund auch zu vollziehen haben, wie beispielsweise die Grundversorgung von Flüchtlingen. Wenn man Flüchtlinge integrieren möchte, dann muss man auch Maßnahmen setzen um diese Integration zu ermöglichen.

Diese Integrationsmaßnahmen sind aus meiner Sicht Basis, damit wir Menschen, die die Möglichkeit haben in Österreich bleiben zu dürfen auf Grund der Verfolgung und auf Grund der Genfer Menschenrechtskonvention, wo es darum geht, dafür zu sorgen, dass eben jene die nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern aus Gründen der Verfolgung hier bei uns Heimat finden können, auch integrieren können.

Das eine ist, sozusagen die Anerkennung des Status und das zweite ist dann die Integration und das ist auch eine ganz wichtige Aufgabe, die aus meiner Sicht in den letzten Jahren etwas hinten angehalten wurde und wo wir noch einen gewissen Aufholbedarf haben.

Das Wichtigste ist, was die Integrationsbeauftragte hier im Burgenland auch umzusetzen hat ist, und das ist glaube ich über alle Fraktionen hier auch im Land klar: Ich

kann mich nur integrieren, wenn ich die Sprache jenes Landes lerne, indem ich dann auch weiter leben möchte. Das heißt, das Lernen der deutschen Sprache, der verpflichtende Besuch von Deutschkursen, das fällt auch in dieses Portfolio der Integrationsbeauftragten hinein.

Es ist auch aus meiner Sicht wichtig, dass man die Grundwerte jenes Landes nicht nur akzeptiert, sondern auch lebt und mit denen auch am Beginn des Integrationsprozesses nicht zur konfrontiert wird, sondern sie auch verinnerlicht. Das heißt, Aneignen von Grundkenntnissen über Grundwerte unserer Gesellschaft. Wir haben im Burgenland als erstes Bundesland in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium auch dafür gesorgt, dass es diese Werte- und Orientierungskurse gibt. Und ich bin stolz darauf, dass wir als erstes Bundesland das auch durchgeführt haben.

Ich glaube, dass es auch wichtig ist, mit den zuständigen Stellen wie beispielsweise dem AMS, dem Bundesministerium für Inneres, dem ÖIF hier zu kooperieren. Das Burgenland hat bewiesen in den letzten Jahren und im letzten Jahr ganz besonders, dass es auch bereit ist hier etwas beizutragen. Wir stehen kurz vor dem 60-Jahr Jubiläum des Ungarnaufstandes 1956. Zugegeben, eine andere Situation als wir sie heute vorfinden, das waren die Nachbarn die geflüchtet sind, es waren damals 200.000 Menschen. Im letzten Jahr haben wir über 300.000 Flüchtlinge über die ungarisch-burgenländische Grenze gebracht, beziehungsweise mussten sie dann auch betreuen, beziehungsweise haben uns auch dieser Aufgabe gestellt und das ist jetzt der erste Punkt gewesen.

Ganz Europa hat uns dafür gelobt. Jetzt geht es aber darum, dass dann auch wenn diejenigen, die hier in Österreich bleiben wollen und bleiben können, weil sie auf Grund von Bescheiden des Bundesasylgerichtes auch hier den Status zugesprochen bekommen, dass wir die auch integrieren. Und das ist die Aufgabe auch der Integrationsbeauftragten, aber eine politische Aufgabe die wir alle gemeinsam zu erfüllen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage?- Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Maßnahmen wurden im Bereich Integration bisher ergriffen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Zudem was ich jetzt gesagt habe zusätzlich vielleicht noch einige Fakten: Bis zum Ende des Jahres wird es eine Bestandsaufnahme geben, welche ethnischen Gruppen, welche Sprachen es im Burgenland jetzt gibt, die dann auch diese von mir angesprochenen Werte- und Sprachkurse benötigen. Wir versuchen zu koordinieren mit den NGOs, die ja in dem Bereich sehr engagiert sind, mit dem AMS, mit der Volkshochschule, auch diese Sachen weiterzutreiben. Es ist so, dass wir auch mit den Gemeinden in Gesprächen sind. Ich bin täglich auch in Gesprächen mit den Gemeinden, wo es darum geht, die Menschen, die in der Grundversorgung sind, auch rechtzeitig zu integrieren.

Wir haben eine hochbrisante politische Diskussion derzeit was die Frage betrifft, wie viel darf ein Asylwerber in Österreich verdienen? Das ist eine Diskussion, die man auch offen führen muss und die auch zu führen ist.

Ich bin der Meinung, dass ein Asylwerber beispielsweise nicht zum Nulltarif arbeiten sollte, aber auch nicht zu einem sehr hohen Tarif. Insofern glaube ich, dass ein Mittelwert auch in Österreich zu suchen ist. Das ist eine Frage, die jetzt auf politischer Ebene zu diskutieren ist.

Wir haben auch von der Integrationsbeauftragten hier derzeit, ich habe den Auftrag gegeben, die Analyse so zu gestalten, wie die Lage in den Schulen ist, weil, es bringt uns ja nichts politisch, wenn wir Verwerfungen bekommen, die wir nicht brauchen.

Man muss genau zuhören, man muss Probleme an der Wurzel packen und muss diese auch lösen und das ist auch die Aufgabe der Integrationsbeauftragten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 566) über die Bereitstellung von Bauprodukten auf den Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Burgenländisches Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 - Bgld. BPMG 2016) (Zahl 21 - 395) (Beilage 589)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 566, über die Bereitstellung von Bauprodukten auf den Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Burgenländisches Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 – Bgld. BPMG 2016), Zahl 21 - 395, Beilage 589.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Burgenländisches Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 – Bgld. BPMG 2016) in ihrer 13. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Burgenländisches Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 – Bgld. BPMG 2016) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht hier also um das Burgenländische Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz, das weiterhin kurz Bauprodukteverordnung genannt werden soll, mit folgenden Zielsetzungen:

Es geht um die Aufhebung der früheren EWG Richtlinien. Es geht um eine Anpassung der Verordnung, es geht um die Umsetzung der aktuellen 15a-Vereinbarung und schließlich um Festlegung harmonischer Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten.

Grundlegend kann gesagt werden, diese Bauprodukteverordnung regelt die Vermarktung von Bauprodukten im europäischen Binnenmarkt. Bauprodukte, für die harmonisierte, das heißt einheitliche europäische Normen vorliegen, müssen in der Regel CE gekennzeichnet werden. Grundlage dafür ist eine Leistungserklärung der Hersteller. Diese Bauprodukte findet man in der sogenannten Baustoffliste ÖE.

Mitgliedsstaaten dürfen die Bereitstellung sozusagen dieser Bauprodukte weder verbieten noch behindern. Bauprodukte ohne diese harmonisierte Norm oder europäische technische Bewertung können weiterhin national gekennzeichnet oder zugelassen werden. In Österreich ist dazu die Kennzeichnung ÜA erforderlich, oder wird die Kennzeichnung ÜA verwendet. Ü steht für Übereinstimmung, A für Austria. Und für welche Bauprodukte ein solches ÜA-Zeichen notwendig ist, ist in der Baustoffliste ÖA festgelegt. Grundlage dafür sind Ö-Normen beziehungsweise bautechnische Zulassung des österreichischen Instituts für Bautechnik.

Zusammenfassend noch einmal, es gibt Bauprodukte, für die es harmonisierte technische Spezifikationen gibt, die befinden sich in der Baustoffliste ÖA. Und es gibt Bauprodukte die nicht, die keine harmonisierten technischen Spezifikationen haben, diese befinden sich in der Baustoffliste ÖE.

Jetzt könnte man sagen, was ist mit den restlichen Bauprodukten, die weder in dieser noch in der anderen Liste stehen, vorkommen? Sie dürfen verwendet werden, wenn dies im Einklang mit den landesrechtlichen Bestimmungen steht, was für das Burgenland als Grenzland, als Grenzbereich nicht unwesentlich ist. Beide Listen übrigens werden jeweils als Verordnung vom Österreichischen Institut für Bautechnik herausgegeben. Dieses Österreichische Institut für Bautechnik ist in dieser Hinsicht sozusagen oberste Instanz. Es gibt Richtlinien heraus, die der Harmonisierung der bautechnischen Vorschriften in Österreich dienen.

Die Richtlinien werden nach Beschluss in der Generalversammlung herausgegeben und stehen den Bundesländern zur Verfügung. Die Bundesländer können diese Richtlinien in ihre Bauordnung übernehmen, was bereits in allen Bundesländern der Fall ist. Außerdem ist dieses Institut zuständig quasi für die Vollziehung dieses Bauproduktegesetzes, für die Marktüberwachung. Es kontrolliert praktisch, dass die Bauprodukte, die auf dem Markt sind, die rechtlichen Anforderungen erfüllen und weder Sicherheit noch Gesundheit gefährden.

Außerdem ist das Institut zuständig für bautechnische Zulassungen befristet auf höchstens fünf Jahre, eine Verlängerung ist möglich und es ist auch jährlich in einer Liste dieser erteilten Zulassungen zu veröffentlichen. Neu kommt jetzt hinzu, dass das Österreichische Institut für Bautechnik, das ÖIB oder OIB wie es immer da steht, eine Produktinformationsstelle ist. Das heißt, es kann jeder, jede Person, schriftlich, mündlich, telefonisch und auch per email können Anfragen an die Informations-, Produktinformationsstelle gerichtet werden.

Noch ein paar grundlegende Fakten die quasi uns hier betreffen. Das Land Burgenland ist verpflichtet Träger und ordentliches Mitglied dieses gemeinnützigen Vereines Österreichisches Institut für Bautechnik zu sein. Das OIB unterliegt bei der Erfüllung seiner Aufgaben der Aufsicht der Landesregierung. Sie kann daher, die Landesregierung kann daher dem OIB Weisungen erteilen. Der Landesregierung sind ebenfalls auf Verlangen unverzüglich längstens binnen zwei Wochen alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die entsprechenden Unterlagen zu übermitteln. Soweit zu den Fakten.

Es kommt noch ein für mich wesentlicher Punkt dazu, dass man eigentlich erwartet hat, dass durch diese Bauprodukteverordnung, durch dieses Gesetz, praktisch europaweit die ganze Sachlage vereinheitlicht wird. Das ist zwar richtig, für diesen Bereich wurden technische Parameter und Prüfmethoden zwar vereinheitlicht, nicht aber jedoch die individuellen, die verschiedenen Anforderungen an Bauwerke in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Daher ist es bis heute nicht möglich, hier wirklich eine echte Vereinheitlichung in allen Mitgliedsstaaten zu erreichen.

Wir werden natürlich dem Gesetzesantrag zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Das Burgenländische Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016, das heute beschlossen werden soll, soll eine klare Regelung über Zulassung von Bauprodukten sein. Über ein Zulassungsverfahren, wo bestimmte Parameter vorgegeben sind, das die Wahrung von Produktsicherheit und die bessere Erkennbarkeit durch den Konsumenten ebenfalls mitberücksichtigt. Produktsicherheit haben wir heute schon in einer Bauverordnung stehen über die OIB-Richtlinie. Jenes Institut, das auch die Überwachung machen soll, wo die sieben Grundanforderungen heute verankert sind und dennoch auch in diesem Gesetz weiter ausgeführt sind.

Die mechanischen Festigkeiten und Standsicherheit, Brandschutz, Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz, Nutzungssicherheit einschließlich Barrierefreiheit, Schallschutz, Energieeinsparung und Wärmeschutz. Die Sicherheit für den heimischen Markt genauso wie für den Konsumenten ist natürlich auch durch die Überprüfbarkeit gegeben. Bei den meisten Produkten, nicht so wie der Herr Kollege Richter gemeint hat, wie in § 13, glaube ich, geregelt bei den ÖE-genehmigten Produkten, das sind einzelgenehmigte Produkte, sondern bei anderen Produkten, wo die CE-Kennzeichnungspflicht verordnet wird, wo jeder Konsument dann relativ einfach über diese Kennzeichnungspflicht sieht, ob diese Aufgaben und Richtlinien erfüllt worden sind.

Das heißt, die CE-Kennzeichnung ist nicht als Garantie der Sicherheit des Produktes für jede gängige Anwendung zu sehen, sondern stellt viel mehr eine überprüfbare nachvollziehbare und verbindliche Angabe von vorgegebenen Produkteigenschaften dar. Zudem soll ja noch über die Marktüberwachung der Behörde einheitlich das geprüft werden. Über die bereits genannte Baustoffliste ÖA, ÖE beziehungsweise die CE-Kennzeichnung.

So weit so gut, dieses Gesetz ist sicher begrüßenswert und ich darf vorwegnehmen, dass wir auch diesem Gesetz zustimmen werden. Dennoch ist es etwas verwunderlich, wenn wir eine positive Gesetzeseinführung machen über ein Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016, das bereits 2015 in Begutachtung geschickt worden ist. Am 12. Mai 2015 die Begutachtung ausgelaufen ist, bis dato sehr viel Zeit vergangen ist.

Erst Anfang 2016 wurde es mit kleinen legistischen formalen Anpassungen an die Europäische Kommission zur Notifizierung geschickt und die Stillhaltefrist, warum auch immer, ist von drei auf sechs Monate erstreckt worden. Das dürfte anscheinend doch noch nicht genug gewesen sein, weil jetzt haben wir noch im Landtag beziehungsweise die

Regierung hat noch bis dato vier Monate verstreichen lassen, bis man das überhaupt auf der Agenda haben.

Vielleicht ist das auch das Merkmal an die angegebene Zahl jeder Landtagssitzung ein Gesetz zu beschließen und das hat vielleicht gerade jetzt einmal reingepasst, wenn man halt heute keines gehabt hätte, dann haben wir halt das hergenommen. Hintergrund könnte aber natürlich auch eine andere Geschichte sein. Verwaltungsreform, wo momentan, so scheint es, doch ein Chaos in der Beamtenschaft ausgebrochen ist, wo nicht ein jeder weiß in welcher Abteilung für wen er jetzt gerade zuständig ist, wo keine klaren Aufträge der Regierung erteilt werden, wo die linke Hand nicht weiß was gerade die rechte tut, oder das Arbeitsbild der Regierung.

Es hat bis dato eigentlich immer jede Woche eine Regierungssitzung gegeben. Die rot-blaue Regierung findet das nicht mehr notwendig, man verlangsamt jeden Prozess, der Prozess der Gemeinde… *(Abg. Robert Hergovich: Effizienter!)* Effizienter, glaube ich, kann man das nicht beurteilen, wenn ich nur mehr alle 14 Tage eine Sitzung habe.

Wo die Vorlaufzeiten von den Gemeinden, von den einzelnen Anträgen, die gestellt worden sind, viel frühzeitiger schon in Vorlage gebracht werden müssen, um dann in gegebener Zeit alle 14 Tage frühestens die Regierung darüber befindet wie der Ausgang ist.

Aber dennoch zurück zum Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz. Hier muss man noch festhalten, so wie es alle anderen Bundesländer ja bereits schon durchgeführt haben. Wir waren da etwas hinten nach, haben da aber auch gleichzeitig das Baugesetz beziehungsweise die Bauverordnung auch dementsprechend verändert. Bei Bauausführungen dürfen grundsätzlich nur Bauprodukte eingebaut werden, die die Verwendungsbestimmungen der Burgenländischen Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetze, in dem Fall 2016, entsprechen.

Das hätte man heute eigentlich in einem Aufwaschen gleich mitnehmen können und dementsprechend auch diesen Vorgang beschleunigen können. Abschließend darf ich nur noch dazu anregen, dass wir auch bei allen Vorschriften die wir im Landtag beschließen, aber auch auf Bundesebene beschlossen werden, die Überbordung beachten sollten.

Ob das in den OIB-Richtlinien ist, wo wir als Bürgermeister genauso wie alle Gemeinden und Gemeinderäte bereits gefordert sind, viele Vorschriften einzuhalten und vorzugeben sind und dem „Häuslbauer“ es nicht immer einfach gemacht wird, alle Vorschriften einhalten zu können. Dennoch finde ich dieses Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz positiv. Unsere Fraktion wird diesem Gesetz zustimmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Landesräte! Hohes Haus! Liebe Jugend! Wie bereits von meinen Vorrednern explizit teilweise angemerkt ist es mir ganz wichtig auch zu erklären, warum eigentlich dieses Gesetz kommt. Es geht in diesem Tagesordnungspunkt 2 der heutigen Landtagssitzung darum, dass die Neuerlassung eines Burgenländischen Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetzes kommen soll, das an und für sich das bestehende und in Geltung stehende Bauprodukte- und Akkreditierungsgesetz mit dem Inkrafttreten ersetzen soll.

Ein neues Bauproduktegesetz war der Novellierung des bestehenden jedenfalls vorzuziehen, weil einerseits begleitende Regelungen nach der EU-Verordnung 305/2011, die bereits vom Kollegen Mag. Richter angesprochen worden ist aufzunehmen waren und gleichsam einer abgeschlossenen 15a-Vereinbarung seitens des Landes Burgenland Rechnung zu tragen war. Andererseits haben wir auch ein neues Akkreditierungsgesetz seit 2012, sodass wichtige Bestimmungen, die jetzt im gültigen drinnen stehen zu streichen waren.

Dies alles führt dazu, dass es zu einer Neuerlassung des Gesetzes kommen musste und nicht eine bloße Alternative im Sinne einer Novellierung gegeben war. Nun, dieses Gesetz ist ein weiterer Baustein zur Vergrößerung unseres angespannten oder gespannten Schutzschirmes für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft im Burgenland. Es bringt nämlich wirklich für jeden Burgenländer und für jede Burgenländerin Vorteile. Diese Vorteile liegen in den Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer, für Unternehmer, für Bauherren aber vor allem auch für Konsumenten.

Wir schützen nämlich durch dieses Gesetz die Sicherheit und die Gesundheit unserer Konsumentinnen und Konsumenten, weil wir, und das ist das Wichtigste daran, die einheimischen, heimischen Qualitätsstandards absichern. Durch diese konkreten und transparenten Regelungen, durch dieses Regelwerk werden klare Spielregeln dafür geschaffen, wie Bauprodukte und Bausätze einerseits in Verkehr andererseits auch in Verwendung gebracht werden.

Da sprechen wir von Ziegeln, von Bausätzen aus Beton, wir sprechen auch von Glaselementen und Wärmedämmverbundsystemen und wie sie dann auch dauerhaft in Bauwerken eingebaut werden können. Der Schutzzweck besteht aber nicht nur in der Hintanhaltung der Gesundheitsgefährdung für Konsumentinnen und Konsumenten durch die Registrierung der Bauprodukte, sondern wesentlich ist das der Schutz für engagierte und fleißige Unternehmer gegeben ist, weil damit Wettbewerbsverzerrungen und auch Billigkonkurrenz Parole geboten werden kann.

Vor allem die über 100.000 Beschäftigten im Burgenland, die heute bereits in der Fragestunde angeführt worden sind, profitieren durch dieses Regelwerk, weil weiterhin eine Bestärkung der sogenannten Lohn- und Sozialdumpingbestimmungen erfolgen wird. Denn dieses Lohn- und Sozialdumping, das momentan auch besteht, schadet einerseits den fair arbeitenden heimischen Unternehmen, andererseits vor allem auch den Arbeitnehmern. Deshalb lautet das Gebot der Stunde: Fairness am heimischen Arbeitsmarkt unserer Wirtschaft. Wir müssen schauen und trachten, dass kein Platz für Lohn- und Sozialdumping und für Wettbewerbsverzerrungen aufgemacht wird. Dieses neue Bauproduktegesetz schließt zweifelsohne Lücken und bietet Schutz für Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Meiner Meinung nach ist ein weiteres Schutzventil neben dem Bestbieterprinzip, neben der Aktion „Bau auf Burgenländisch“ und auch neben der Verschärfung von Lohn- und Sozialdumpingbestimmungen durch Einführung der SOKA-Bau erfolgt. Das Burgenländische Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz ist auch nicht bloß die Umsetzung und Anpassung für EU-Bestimmungen und auch für 15a-Vereinbarungen, sondern das geht weiter.

Wenn der Herr Mag. Ulram vorher angesprochen hat, das ist für ihn verwunderlich, dass das sehr lange gedauert hat, dann ist es für mich nicht verwunderlich. Weil wenn ich den Werdegang dieses Gesetzes verfolge, muss ich erkennen, dass einerseits Begutachtungsformen bestanden haben, es hat Stellungnahmen gegeben und diese

Stellungnahmen waren von Interessengruppen dargestellt und dann das Wichtigste, warum diese Verlängerung war.

Es gibt ein Notifikationsverfahren. Das Notifikationsverfahren, muss ich wissen, ist auch ein Informationsverfahren über die EU, wo die Möglichkeit gegeben wird, dass die Europäische Kommission sowie andere EU-Staaten Einsprüche und Einwände machen konnten. In diesem Fall wurde diese Stillhaltefrist von drei Monaten, die Sie auch richtigerweise angesprochen haben, durch die Europäische Kommission aber auch durch den EU-Staat Polen eingewendet und verlängert.

Deshalb waren wir auch dann auf einmal im Juli 2016. Genau dieser Vorgang, diese Einwände sind mir ganz wichtig zu erwähnen, weil diese Einwände die richten sich genau darauf, dass unsere starken einheimischen Qualitätsstandards untermauert und untergraben werden sollten. Gegen diese Einwendungen, finde ich, haben wir uns erfolgreich geschlagen in dem diese nicht in das Gesetz eingebunden wurden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir lassen, Herr Mag. Ulram, sicher nicht zu, dass die hohen einheimischen Qualitätsstandards abgewürgt werden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das hat ja mit zusätzlichen 12 Monaten nichts zu tun!)* Wir lassen auch nicht zu, dass die Sicherheit und die Gesundheit unserer Konsumentinnen und Konsumenten im Burgenland angegriffen werden und mit diesen Interessen gespielt werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil Ihr zu lange gewartet habt!)* Deshalb war es uns auch wichtig, dass das klar enthalten ist und diese Klarheiten wollte ich ausdrücken. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 12 Monate…!)*

Ein wesentlicher Anknüpfungspunkt, der mir auch wichtig zu erwähnen ist, Mag. Richter hat es angesprochen, ist die Vollziehung. Ich glaube, dass ein wesentlicher Bereich, dass erstmalig in diesem Bereich der Bauprodukte- und Marktüberwachung eine gebündelte Vollziehung besteht. Diese gebündelte Vollziehung besteht darin, dass Synergieeffekte geschaffen worden sind, wo Verfahrensvereinfachung und auch Verfahrensbeschleunigung resultiert. Auch die Kosteneffizienz ist nachweisbar. Ich glaube durch die Einrichtung dieses Österreichischen Institutes für Bautechnik, das nicht nur als technische Bewertungsstelle dient, sondern vor allem auch als Produktinformationsstelle, wie es gesagt worden ist, haben nunmehr alle Wirtschaftsteilnehmer die Chance Auskünfte, Informationen einzuholen und gleichzeitig auch Stellungnahmen einzubringen.

Wenn man dann die sogenannte OIB-Behörde auch als Marktüberwachungsbehörde sieht, muss ich klar festhalten, dass dies die Chance ist Informationen über falsch gekennzeichnete Produkte aber vor allem auch über gefährliche Produkte weiterzugeben. Diese Kontrollfunktion ist neben der Schutzfunktion, meiner Meinung nach, ein wesentlicher Aspekt dieses Gesetzes, was heute beschlossen werden soll.

Mit der Anwendung des vorher von mir erwähnten Akkreditierungsgesetzes 2012, das ist nämlich die Grundlage für die Vollziehung und Kompetenzaufteilung von Bund auf Länder, wird nunmehr klar geregelt, dass das Land Burgenland, und das ist wichtig auch die Landesregierung einerseits die Aufsichtstätigkeit, die sie über die OIB hat, andererseits aber auch die Möglichkeit hat, Weisungen zu geben.

Das ist deshalb wichtig, weil diese vorher im Detail angeführten Baustofflisten Verordnungen sind, die von der Landesregierung oder denen von der Landesregierung die Zustimmung zu erteilen ist. Ohne Zustimmung kommen diese Baustofflisten nicht als Verordnung hervor. Deshalb ist es auch wichtig, dass im § 19 Absatz 5 eine Bestimmung gegeben ist, wo eine jährliche Berichtspflicht des OIB gegenüber der Burgenländischen Landesregierung besteht.

Frau Mag. Astrid Eisenkopf wird diese Berichte auf ihren Tisch bekommen. Ich bin auch überzeugt, dass sie dann die Kenntnisnahme darüber geben wird. Das wäre für mich sogar eine Anregung, dass auch der Landtag über diesen Bericht eine Kenntnisnahme erlangt, vielleicht durch Vorlage auch bei einer Landtagssitzung. Für mich ist noch abschließend zu sagen, das Institut für Bautechnik hat, wie gesagt, wesentliche Aufgaben in der Vollziehung. Ich glaube auch, dass durch die Neuerung, die bisher nicht angesprochen worden ist, dass mit der Bautechnischen Zulassung auch ein weiterer Schritt gelungen ist, damit die Risiken doch hintangehalten werden können.

Abschließend. Schutzfunktion und Kontrollfunktion ist jedenfalls in diesem Gesetz zu bejahen. Ich stehe auch dazu, dass wirklich alle Schutzbestimmungen drinnen sind und es ist auch wichtig, dass bei Verstößen gegen dieses bestehende Regelwerk jedenfalls das Prinzip der Fairness am burgenländischen Arbeitsmarkt und am burgenländischen Wirtschaftsmarkt herangezogen werden muss. Jetzt bin ich noch abschließend bei den Strafkatalogen. Wir haben im § 26 folgend einen Strafkatalog. Es ist uns wichtig, dass diese Strafen für diejenigen, die dieses Gesetz missbrauchen, auch eingehoben werden sollen. Deshalb stehen wir zu dieser EU-Durchgriffsrichtlinie, genauso wie im Lohn- und Sozialdumpingbereich, dass auch in diesen Bereichen das durchgeführt wird.

Unser Motto kann nur lauten: „Arbeit und Geld muss im Land bleiben“. Wir wollen mit dem Neuerlass eines Bauproduktegesetzes einen weiteren Mosaikstein zum Schutz aller Burgenländerinnen und Burgenländer setzen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben über dieses Thema eigentlich mehr als ausgedrückt, wo die Entwicklungslinien verlaufen und welche Notwendigkeiten im Sinne der Einführung des Bauproduktegesetzes Bestand haben.

Auf der anderen Seite - und das direkt an meinen Vorredner gerichtet - ich glaube, dass wir uns darin einig sind, dass dieses Bauproduktegesetz in der Gesamtbestimmung den wichtigsten Adressaten im sogenannten Konsumenten hat. Alles was an akademischer Diskussion über diese Bauprodukteverordnung gesagt wurde, ist dort eigentlich am Gipfel und findet dort seinen direkten Fokus, wo es um den einzelnen Konsumenten geht, dessen Schutzwürdigkeit, glaube ich, außer Zweifel steht und dessen Schutzbedürfnis gerade im Bereich dieser Produkte mehr als angebracht ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die meisten von uns die an dieser Diskussion teilnehmen, kennen Fälle in unserem Bundesland wo es darum gegangen ist, dass gewisse Produkte aus dem Ausland, speziell im mittleren Burgenland, eingesetzt worden sind und wo dann aus diesem Diskussionsprozess auch mehreres entstanden ist. Jetzt nicht einflussnehmend auf diese Bauproduktegesetzgebung, aber im Prinzip war diese Diskussion geführt von Sachverständigen, geführt von Baumeistern, geführt auch mit dem Hinweis wo der Abgeordnete Drobits jetzt auf die Entsenderichtlinie seinen Ansatz gelegt hat, in verschiedenster Hinsicht die Diskussion als Grundlage für die Bauprodukteverordnung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne jetzt im Detail auf die entsprechenden inhaltlichen Bestimmungen einzugehen, ist quasi die Erstellung und

Aktualisierung von Programmen zur aktiven Marktüberwachung, die Behandlung von Beschwerden oder von Berichten über Gefahren, die mit Bauprodukten verbunden sind, die Kontrolle der Merkmale und der Kennzeichnung von Bauprodukten und Prüfung ihrer Gefahrengeneigtheit, Aufforderung zu Korrekturmaßnahmen und deren Überprüfung, Information und Warnung der Öffentlichkeit vor gefährlichen Bauprodukten, Kooperation und Informationsaustausch zum Beispiel mit den Baubehörden, Zollbehörden, mit den Behörden anderer Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission als wichtigste Bestandteile enthalten.

Ich glaube, dass in dieser Vernetzung auch die Wahrheit, bezogen auf Bauprodukte, gelagert ist. Wir haben speziell durch den Anlassfall oder durch einzelne Anlassfälle, wo dann von Baumeistern ausgehend die Diskussion in Gang gesetzt wurde, dass es hier vor dem Einbau zur Überprüfung kommen muss.

Die geregelte Forderung nach CE-Kennzeichnungen über die Bestimmung, über OIB-Richtlinien, die auch dann in der Ausführung keine wie immer gearteten Schwierigkeiten für den Konsumenten bringen, sind, glaube ich, als gewiefte und inhaltlich bestimmte Formen von absoluter Notwendigkeit.

Ich möchte darauf verweisen, dass wir nicht nur in Bezug auf dieses Baugesetz eine Grundlage haben, sondern es gilt auch in anderen Bereichen des Bauwesens eine Umsetzung zu gewährleisten, nämlich die Ökodesign- und Energielabel-Richtlinie, die speziell für Heizkessel auch eine absolute Notwendigkeit ist und wo das Burgenland als einziges Bundesland noch säumig ist. Die anderen Bundesländer haben es umgesetzt. Über die Gewieftheit und inhaltliche Bestimmung wollen wir, Herr Abgeordneter Hutter, jetzt nicht diskutieren. Aber das ist eine verwaltungstechnische Auflage, die es hier auch zu bewerkstelligen gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Inverkehrbringen von Bauprodukten war immer ein heikles Problem und es ist speziell durch die Gesamtschau auf europäischer Ebene jetzt noch viel vielfältiger geworden. Wir brauchen eine klare Instanz die festlegt über ein gewisses Level, dass diese Produkte in Verkehr gebracht, entsprechend die Sicherheitsmaßnahmen und Normen erfüllen, die wir als Standard uns gegeben haben.

Es hat mit Sicherheit für den einzelnen Konsumenten nicht die Bedeutung, dass ich ihm jetzt irgendetwas vorgaukle, sondern er braucht, wenn er sich einen Baumeister nimmt, mit Sicherheit dort nicht die Gewährleistung, weil die wird er von der Verordnung her wissen. Er wird aber dort in der Notwendigkeit stehen, wenn er selbst Hand anlegt und dann über die Baubehörde in der Überprüfung Probleme aufgetragen bekommt.

Ihr wisst, oder die meisten von Ihnen wissen, dass die Umsetzung der Problemfelder im Mittleren Burgenland mit großen Auflagen verbunden war. Nicht nur jetzt medial, sondern im Speziellen in der Reparatur dieser Gegebenheiten auf die einzelnen Bauprodukte wo man sich dann, glaube ich, schlussendlich geeinigt hat, weil es im Raum gestanden ist, dass sogar diese Häuser abgerissen werden müssen.

Tatsache ist, dass wir im Sinne der Sicherheit für den Konsumenten, so wie ich Einleitendes festgestellt habe, eine absolute Notwendigkeit auf die Sicherheit im Bauproduktebereich haben. Ich möchte davon ausgehen, dass die meisten in der Umsetzung von Bauvorhaben auch Kenntnis haben, zumindest eine gekaufte Kenntnis, wenn sie sich auf Sachverständige und konzessionierte Personen verlassen, denn diejenigen müssen auch die entsprechenden Grundlagen erarbeitet haben. Es spricht nichts gegen dieses Gesetz.

Ich werde ihm auch zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen, Zuhörer und Zuseher beim Hohen Landtag! Bevor ich aber auf diese wirklich wichtige Marktüberwachung durch das Burgenländische Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz eingehe, möchte ich ganz kurz anmerken: Eingangs der Sitzung wurden ja Anträge dementsprechend eingebracht und auch vom Präsidenten vorgelesen und auch zur Abstimmung gebracht.

Interessanterweise ist es so, dass diese Herrschaften dann nicht zustimmen und gleichzeitig aber einen Antrag einbringen. Wir haben gestern diesen Antrag eingebracht: Einführung Masterstudiengang soziale Arbeit und Beratung an der FH-Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017.

Gestern eingebracht. Heute bringt die SPÖ den wortgleichen, identen Antrag ein um 9.15 Uhr. Bewusst habe nur ich unterschrieben. Bewusst nur ich unterschrieben, um eine Unterstützungserklärung, oder die Frage war, wer das unterstützt.

Die SPÖ hat es nicht unterstützt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Jugend! Nur ein Bild das Sie sich vorstellen können. *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)* Herr Klubobmann Géza Molnár! Das Gleiche gilt bei dem nächsten Antrag. CETA. Im Bund und auch im Land - und ich lese dann vor, wir kommen ja zu dieser Situation - sind Sie unserer Meinung. *(Abg. Géza Molnár: War inhaltlich nicht…!)* Nur Sie wollen das nicht unterstützen, weil Sie jetzt in einer Regierung sitzen, wo Sie nicht dürfen wie Sie wollen.

Sie fallen noch im Liegen um. Das ist genau die FPÖ, die sich derzeit auch genauso benimmt. Ich glaube das ist auch ein Kriterium, auch ein Zeichen von Demokratie, dass man Anträgen zustimmt. Ich bin recht stolz, dass unsere meisten Anträge angenommen oder abgeändert werden, aber im Endeffekt dann umgesetzt werden. Bin ich recht froh darüber. Aber da sieht man, wie im Hohen Haus die Demokratie oder das Demokratieverständnis tatsächlich ist.

Man würde sich nichts, man würde sich überhaupt nichts antun, wenn man da zustimmt und sagt, lassen wir es diskutieren. Man kann es ja sowieso noch ändern. Oder, wie die Frau Landesrätin richtig gesagt hat, die Frau Landesrätin Eisenkopf: Setzen wir uns zusammen. Ich glaube das ist auch ein wichtiger Faktor.

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter Kölly! Kommen Sie bitte zum Thema!

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Ich komme jetzt zum Tagesordnungspunkt und interessanterweise, Herr Präsident, ist genau das auch ein Punkt. Wir sprechen im Burgenland immer von Arbeitsplätzen, Arbeitslosenzahl und Beschäftigtenzahl. 104.000 die höchste Beschäftigungsquote seit der zweiten Republik, aber auch die höchste Arbeitslosenzahl der zweiten Republik, das sagt niemand dazu.

Heute wurde seitens der ÖVP einmal das aufgezeigt. Vom Herrn Kollegen Steindl, oder wer das auch schon richtig gesagt hat, dass wir Umschulungsmaßnahmen dementsprechend auch haben, wo viele Leute dort dementsprechend Umschulungsmaßnahmen machen wollen, müssen oder sollen.

Wenn ich heute von Zahlen höre ÖE, ÜA,ÖA, OIB, CE, dann denke ich dass es wichtig ist, dass wir ein Gesetz haben, dass das alles schützt und dementsprechend auch umgesetzt wird. Ich habe tagtäglich damit zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn ich verkaufe Bauprodukte und ich weiß was es heißt, wenn aus Ungarn gewisse Produkte hereingekommen sind oder noch immer hereinkommen, die diesen Normen nicht entsprechen.

Sie von der SPÖ sind genau diejenigen gewesen, die gesagt haben beim EU-Beitritt, wo wir gewarnt haben, damals noch FPÖ auch unterstützend, das wird auf uns zukommen. Das stimmt alles nicht, hat es immer geheißen. Das gibt es nicht. Das geht einfach nicht. Das wird nicht funktionieren. Siehe da, es hat funktioniert.

Diesem Gesetz werden wir natürlich zustimmen, weil es ein ganz wichtiges Gesetz ist, haben wir jetzt die Möglichkeit das zu kontrollieren.Ich bin jahrelang in der Arbeiterkammer gesessen, bin jahrelang in der Wirtschaftskammer gesessen. Auch dort haben wir schon vor Jahren über diese Möglichkeiten diskutiert und auch Vorschläge eingebracht. Daher bin ich auch bei der ÖVP wenn man sagt, warum dauert das eineinhalb Jahre bis man das zur Umsetzung bringt? Das ist unsere Frage. Aber sei es wie es sei, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wichtig ist, dass es das Gesetz gibt. Wichtig ist, dass wir das auch dementsprechend umsetzen und daher denke ich, dass es auch entscheidend ist, dass wir hier eine Einstimmigkeit erzielen, dass das umgesetzt wird.

Da bin ich total dafür. Es darf nicht politisches Hickhack entstehen bei solchen Sachen, sondern es soll eine einheitliche Lösung für unser Land gefunden werden. Das ist unser Weg. Das ist unser Ziel seitens Bündnis Liste Burgenland und daher werden wir diesem Gesetz zustimmen. Selbstverständlich. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist nun die Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Vorredner haben jetzt schon sehr ausführlich über die Änderungen des Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetzes gesprochen und berichtet. Ich denke, dass die Details dazu hier nicht noch einmal wiederholt werden müssen. Was mir aber schon wichtig ist zu erwähnen ist, dass ich es natürlich sehr begrüße und sehr unterstütze, dass hier österreichweit einheitliche Richtlinien und Rahmenbedingungen geschaffen werden für die Verwendung und für die Marktüberwachung von Bauprodukten.

Es hat sehr viele Vorteile dieses Gesetz. Neben dem Bürokratieabbau für alle Bundesländer bringt es nämlich auch sehr viel Rechtssicherheit mit. Und zwar Rechtssicherheit einerseits für die Gemeinden, natürlich auch für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als Baubehörde erster Instanz, für die Bauherren selbst, aber natürlich auch für die Wirtschaft.

Genau in diesem Zusammenhang wird auch eine wesentliche Kompetenzbündelung, das haben wir jetzt auch schon geklärt, auf nationaler Ebene eben verkörpert durch dieses Österreichische Institut für Bautechnik, des OIB, rund um das Thema Bauprodukte geschaffen. Das ist, glaube ich, auch eine ganz wesentliche Änderung und eine große Erleichterung in diesem Bereich. Das neue Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz garantiert neben der bereits erwähnten durchgängigen Qualitätssicherung für Bauprodukte eine zentralisierte und institutionelle Ansprechstelle, nämlich dieses OIB-Institut.

Die Rechtssicherheit die ich schon erwähnt habe für Hersteller, Händler und für das Inverkehrbringen vor allem von Bauprodukten, genauso den Schutz der Wirtschaft, das hier minderwertige Bauprodukte nicht mehr in Verwendung kommen. Somit profitieren im Endeffekt alle Burgenländerinnen und Burgenländer von diesem Gesetz, weil damit die Produktsicherheit von Baustoffen und für Bauten aller Art gewährleistet ist.

Insofern werden bei ordnungsgemäßer Planung und auch bei Bauausführung von der Europäischen Union diese definierten sieben Grundanforderungen, die wir heute auch schon gehört haben, erfüllt. Die mechanische Festigkeit, Standsicherheit, Umweltschutz, Brandschutz, Hygiene und so weiter. Zu guter Letzt bleibt mir nur mehr mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die bei der Erstellung dieses Gesetzes beteiligt waren, mich sehr, sehr herzlich zu bedanken für die Vorbereitung, für die gute Aufbereitung und hoffe auf breite Zustimmung hier im Hohen Haus. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Burgenländisches Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 - Bgld. BPMG 2016) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 563) betreffend Atomkraft-Stopp (Zahl 21 - 392) (Beilage 590)

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 563, betreffend Atomkraft-Stopp, Zahl 21 - 392, Beilage 590.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Killian Brandstätter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Kilian Brandstätter: Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Atomkraft-Stopp in ihrer 6. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Anschließend erfolgte eine Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Atomkraft-Stopp die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Als erstem Redner darf ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort erteilen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Gleichzeitig darf ich die Berufsschüler der Berufsschule Eisenstadt begrüßen, die zukünftig im Einzelhandel Elektroeinrichtungsberatung oder Telekommunikation tätig sein werden.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Zuhörerinnen, werte Zuhörer! Ein wichtiger Punkt, denke ich, den wir heute diskutieren wollen, müssen und auch sollen, weil ich der Meinung bin und nicht erste jetzt der Meinung bin, sondern am 18. März 2011 schon der Meinung war und hier eine Presseaussendung an die Medien geschickt habe, wo klar und deutlich unsere Handschrift auch in dieser Richtung gegeben war, dass wir endlich einmal was unternehmen - auch seitens des Landes -, aus der Atompolitik auszusteigen beziehungsweise auch aufzufordern den Bund, die EU und dergleichen mehr, hier Schritte einzuleiten. Das war am 18. März 2011.

Heute diskutieren wir einen Antrag, dem ich selbstverständlich gerne zustimmen werde, oder bei dem das Bündnis Liste Burgenland gerne dabei ist, weil es ein wichtiges Thema ist. Wir wissen, Burgenland mit seiner langen Grenze ist zwar sehr schmal, aber sehr lang, hat viele Atomkraftwerke in nächster Nähe, wo wir uns wirklich - und das sage ich auch in dieser Deutlichkeit - auch fürchten müssen, dass irgendwann wie in Tschernobyl etliches passieren kann.

Wir wissen auch Fukushima, auch das war ein Fingerzeichen. Was haben wir inzwischen gemacht? Ich denke aber, dass die Frau Landesrätin Dunst, damals zuständig für das Ganze, für die Problematik Atomenergie, Atomkraft, auch hier ein Zeichen gesetzt hat. Das muss ich positiv erwähnen, denn wir haben hier einen Verein gegründet, wo wir versucht haben, uns dagegen zu wehren, dass Atomkraft weiter ausgebaut wird oder speziell auch Lagerstätten errichtet hätten werden sollen.

In diesem Punkt bin ich bei der Kollegin Ingrid Salamon, auch sie ist immer mit dabei gewesen, als wir um diesen Ausstieg auch in anderen Ländern gekämpft haben. Ich weiß schon, dass es nicht einfach ist, den anderen Ländern etliches vorzuschreiben, aber dafür gibt es, wie wir heute gehört haben, auch die EU, und die EU soll sich in diesem Fall auch bei diesem Antrag dementsprechend einsetzen, der Bund soll sich einsetzen, hier endlich einmal Klarheit zu schaffen. Wo geht der Weg hin? Wollen wir weiterhin Atom in Deutschland, in England oder wo es noch gefördert wird? Wollen wir das? Ich sage nein!

Daher wird dieser Antrag auch ein wichtiger sein. Ich hoffe, dass er so schnell als möglich auch seinen Abnehmer findet und auch dementsprechend behandelt wird. Das würde ich mir erwarten.

Ich denke aber, dass es entscheidend ist, dass das Burgenland, und da bin ich total beim Landeshauptmann Niessl, auf Windenergie gesetzt hat. Wir sind mit dem Windstrom, mit der Windenergie, eigentlich unabhängig geworden. Jedoch bin ich verwundert, erst vor kurzem, vorigen Freitag, eine Gemeinderatssitzung in Deutschkreutz, wo SPÖ und ÖVP dagegen gestimmt haben, dass wir Windenergie unterstützen oder ausbauen wollen.

Ich frage mich, was sind das für Diskussionen in den eigenen Reihen, in den eigenen Parteien. Wohlwollend nur gesagt, wollen wir Windkraft ausbauen noch im Burgenland, auf gewissen Zonen, die geeignet sind, und nicht mehr. Das war der Antrag. Es stimmten SPÖ und ÖVP dagegen. Verwundert, aber das ist halt so. Sie wissen aber nicht, dass das Volk entscheiden wird, und ich mache wieder eine Volksbefragung, das habe ich beim letzten Mal gemacht und mit 67 Prozent gewonnen. Das, denke ich, ist ein Zeichen für die Menschen, für die Bevölkerung, das ist Demokratieverständnis. Das wollen wir eigentlich seitens des Bündnisses Liste Burgenland auch hier erreichen. Gemeinsam einen Weg finden.

Daher ist dieser Antrag zu unterschreiben und zu unterzeichnen, dass wir hier eine gemeinsame Lösung gefunden haben. Das sollten wir auch bei vielen anderen Möglichkeiten finden.

Erst vor kurzem habe ich vernommen, Ökologie, Frau Landesrätin, Rückhaltebecken, Hochwasserrückhaltebecken. Früher hat es Unterstützung gegeben, wenn man Bio oder in dieser Richtung rückgebaut hat, biologisch rückgebaut hat, hat es Förderung gegeben. Derzeit gibt es das nicht mehr. Es gibt es anscheinend derzeit nicht.

Ich würde bitten, dass man auch das wieder ins Auge fasst, dass man hier biologisch und mehr Möglichkeiten findet, um Bachbeete nicht zuzubetonieren, sondern tatsächlich Ökologie unterstützt. Ich würde auch bitten, dies vorzumerken, weil mir das auch wichtig ist. Das sind Punkte, die oft entscheidend sind, weil zubetoniert ist schnell etwas. Im Endeffekt haben wir immer dann das Problem, wie bringt man das wieder weg. Dann muss man wieder ein paar enteignen und dergleichen mehr, wenn man das machen will.

Ich denke, dass es aber auch wichtig ist, dass EURATOM angesprochen wird. Diese EURATOM-Sache, ich weiß und verstehe auch die ÖVP, wenn sie sagt, sind wir froh, dass wir drinnen sind, dann bekommen wir Information. Ich sehe das anders: Raus aus dem Ganzen, weg von dem! Wir sind einen guten Weg im Burgenland gegangen, Herr Landeshauptmann, gerade habe ich es erwähnt, wo wir die Windenergie gefördert haben, nicht nur die Windenergie, sondern auch Biomasse und dergleichen mehr, wo wir Photovoltaik unterstützt haben, vielleicht greift es ein bisschen zu wenig bei der Photovoltaik, da können wir uns auch noch etwas überlegen.

Faktum ist, wir wollen weg vom Atom, und das ist mit diesem Antrag das Zeichen, dass wir das auch schaffen werden. Danke dafür und natürlich meine Zustimmung, unsere Zustimmung ist gegeben. *(Beifall bei der LBL und bei der Abg. Ingrid Salamon)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuhörerinnen und Zuschauer! Vielen Dank zunächst für die Initiative dieses gemeinsamen Antrags. Ich kann mich vielem anschließen, das Kollege Kölly gesagt hat, vielleicht weil Du gerade eine Themenschwenk gemacht hast zu den Bächen und Flüssen. Ich kann Dir sagen, in Oberwart ist gerade um 100.000 Euro das Bachbett renaturiert worden, das fließt jetzt nicht mehr so, sondern in Schlingen, wie es gehört. Ein riesiges Bauvorhaben, bisschen eine verrückte Sache, weil vor ungefähr 50 Jahren haben wir gerade das Gegenteil gemacht. Aber gut, man darf ja gescheiter werden.

Zurück zum eigentlichen Thema. Es gibt zurzeit in der EU 14 Staaten, die Atomkraftwerke betreiben. Insgesamt stehen 132 Atomkraftwerke in Europa. 58 alleine davon in Frankreich und vier, was besonders betrüblich ist, sind in Bau beziehungsweise kurz vor der Inbaustellung. Leider sind auch einige betroffen, die in direkter Nachbarschaft sind, nur Paks und Bohunice sei hier erwähnt, die man auch noch dazu ausbauen will.

Daher finde ich, haben wir als Vorzeige- und Musterbundesland, wie es so oft genannt wird, die ja wirklich eine ganz tolle Entwicklung mit Windkraft gemacht haben, die Aufgabe, hier wirklich und jetzt vor allem auf unsere Nachbarn einzuwirken, wie Ungarn, dass sie hier nicht den Fehler machen, in eine veraltete nach wie vor unsichere Technologie, wo noch dazu das Problem der Endlagerung der Brennstolle, die man nicht mehr braucht beziehungsweise Brennstoffelemente nach wie vor nicht gelöst wird. Auch Ungarn muss hier die Zeichen der Zeit erkennen und die Chancen sehen, die in der Windkraft, in der Stromerzeugung, in der Photovoltaik, in der sauberen Stromerzeugung liegen.

Es gibt noch ein Land, das in unserer Nachbarschaft liegt, die Schweiz, die leider nach wie vor fünf Kraftwerke hat. Aber dort haben sich sogar die drei größten Stromerzeuger selber zusammengeschlossen und haben gesagt, wir bauen keine neuen mehr. Die haben ihre - wie nennt sich das - Gesuche auf Ersatzkraftwerke vor einem Jahr zurückgezogen - alle. Dadurch werden dort langfristig - ich glaube, 2030 ungefähr - die letzten abgeschaltet werden, weil die sind auch schon relativ alt in der Schweiz, wird auch die Schweiz aussteigen. Ein paar wollen das sogar noch schneller haben. Die GRÜNEN haben dort eine Volksabstimmung initiiert, die am 27. November in der Schweiz abgehalten wird, diese Atomkraftwerke gleich abzuschalten.

Vielleicht noch ein wichtiger Hinweis: Früher hat man, wie ich es vorher gesagt habe, bei Atomkraftwerken „nur“ die sogenannte normale Gefahr gehabt, also Störfälle, in Kriegen, Terroranschläge. Heute ist ein ganz Wesentliches dazu gekommen, das hat auch vor kurzem der Chef der Atomenergiebehörde bestätigt, das sind Angriffe über das Internet, Cyberattacken. Die haben bereits stattgefunden, da gab es große Probleme in zwei Ländern in Europa. Das dürfen wir wirklich nicht auf die leichte Schulter nehmen beziehungsweise nicht wir in diesem Fall, sondern diese Länder. Hier muss Österreich auch wirklich Druck machen, dass die anderen Länder diese Gefahr erkennen und zumindest lang- bis mittelfristig aus ihren Atomenergieprogrammen komplett aussteigen.

Das Problem der Endlagerung habe ich schon erklärt. Nach wie vor gibt es hier keine wirkliche Lösung. Das heißt, wir haben auf der einen Seite die Gefahr der Atomkraftwerke selber und letztlich auch die Probleme, Gefahr durch die Zwischenlager, weil im Moment gibt es nur Zwischenlager, weil es eben keine gesicherten Endlagerungen gibt.

Österreich ist da an und für sich relativ gut unterwegs. Es haben sich die Energieversorger auch einer freiwilligen Auflage unterlegen, dass sie keinen Atomstrom importieren. Leider wird das teilweise ein bisschen unterlaufen. Wir hatten allein im letzten Jahr ganze 16,4 Prozent an Stromimporten, wo nicht ganz klar ist, woher der Strom wirklich kommt. Ich glaube, da ist auch Österreich noch aufgerufen, etwas kritischer zu sein und hier aufzupassen.

Das Ganze hat natürlich auch einen Konnex zum Thema Klimawandel. Natürlich setzen manche Länder leider die Kernenergie als Argument ein, um aus den Kohlekraftwerken zum Beispiel auszusteigen. Für uns ist das natürlich absolut keine Alternative. Wir müssen hier in saubere Energie investieren. Das ist auch vor allem deswegen notwendig, weil wir bis 2050 praktisch die Treibhausemissionen netto null haben müssen. Das ist eine Riesenherausforderung und natürlich für die Länder, die jetzt noch Atomkraft haben, noch eine größere.

Hier möchte ich wirklich ersuchen, dass sowohl das Burgenland, der Landeshauptmann, aber natürlich auch die Bundesregierung zumindest auf unsere Nachbarstaaten ganz stark einwirkt, unser Know-how weitergibt. Im Idealfall wäre das natürlich auch wirtschaftlich interessant, wenn wir mit unseren Firmen, die hier schon seit langem in Windkraft investieren und eigentlich Vorreiter sind, dieses Know-how und letztlich auch dann praktisch Exporte in die Nachbarstaaten erreichen.

Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen. Wir werden aber, Kollege Kölly hat auch EURATOM erwähnt, hier dran bleiben, dass wirklich jedes Jahr ein Schritt mehr weg von Atom gesetzt wird und dass Österreich hier ein ganz starkes Vorreiterland ist und das Burgenland ein Vorreiter-Bundesland. *(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren auf den Tribünen! Die Reaktorkatastrophe von Fukushima jährte sich heuer zum fünften Mal, jene von Tschernobyl zum dreißigsten Mal.

Diese Ereignisse haben der Weltöffentlichkeit in dramatischer Art und Weise das unglaubliche Gefährdungspotential der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie vor Augen geführt.

Kilometerweise verwüstete und kontaminierte Landstriche, erschreckende Bilder tausender toter Menschen sowie in erschreckendem Ausmaß Bilder der durch Strahlung hervorgerufenen genetischen Veränderungen sowie Schäden am Organismus, die sich bis zum heutigen Tag in Fehlgeburten und Missbildungen zeigen.

Der uns hier vorliegende Antrag weist jedoch hauptsächlich auf die Gefährdung und das unverantwortbare Sicherheitsrisiko für Österreich durch grenznahe Atomkraftwerke, wie zum Beispiel das Atomkraftwerk Dukovany, welches sich nur 35 km von der tschechisch-österreichischen Staatsgrenze und 120 km von der burgenländischen Landesgrenze entfernt befindet, hin. Trotz massiver Sicherheitsprobleme soll die Laufzeit

des veralteten Reaktors verlängert werden, und zusätzlich ist sogar die Errichtung von neuen Reaktoren angedacht.

Tschechien hat leider trotz laufend gemeldeter Störfälle vor einiger Zeit die Laufzeiten, unter anderem des AKW Dukovany, ohne weitere Befristung durchgewunken. Dies wird durch EU-Gelder, also auch unsere Gelder, gefördert.

Dass Atomkraft unnötig und teuer ist, ist mittlerweile nicht mehr zu verbergen. Die Strompreise sind seit Jahren auf Talfahrt und werden es voraussichtlich auch noch bleiben.

Das Stromangebot ist in Europa größer denn je und Investitionen in Atomenergie sind ein wirtschaftlicher Irrsinn. Ohne Subventionen kann in Europa kein neues AKW gebaut werden. Aber genau dadurch taucht ein neues gefährliches Problem auf. Da sich ein Neubau nicht rechnet, versuchen die Betreiber, die Laufzeiten weit jenseits der bewilligten Lizenzen auszudehnen.

Angesichts der sich dadurch ergebenden permanenten Gefahr, welcher Österreich und hier besonders das Burgenland bei einem atomaren Katastrophenfall in einem grenznahen Atomkraftwerk ausgesetzt sind, ist daher unser Entschließungsantrag an die Bundesregierung: Stopp zu dieser völlig fehlgeleiteten Atomenergieförderpolitik der EU!

Weiters fordern wir einen Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag. Durch diesen wird seit fast 60 Jahren die Atomkraft gefördert, und trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, dass diese wirtschaftlich selbständig am Markt bestehen kann. Es kann keine ökologische Unbedenklichkeit garantiert werden, und es gibt auch keine Lösung für das Atommüll-Problem.

Die aus diesem Vertrag zu leistenden Beitragszahlungen zur Förderung der Atomenergie müssen sofort eingestellt werden und die dadurch frei werdenden Mittel für den Ausbau erneuerbarer Energie verwendet werden.

Abschließend freut es mich besonders, dass hier ein breiter Konsens unter den Landtagsfraktionen herrscht. Schade, dass sich die ÖVP, wenn auch nur zu einem kleinen Teil, hier nicht anschließen kann.

Wir werden diesem Entschließungsantrag natürlich unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile nur Herrn Landtagsabgeordneten Präsidenten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ein Land moralische Autorität hat zu sagen, wir sind gegen Atomstrom in Europa, dann ist das Österreich.

In Österreich haben wir uns klar gegen Atomkraftwerke ausgesprochen, die damalige Bundesregierung, der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky musste übrigens erst mit einem Volksbegehren davon überzeugt werden, dass ein fertiges Kraftwerk in Zwentendorf nicht eröffnet wird. Ich darf Sie daran erinnern, dass das in unserer Geschichte nicht so lange zurück ist. *(Abg. Ingrid Salamon: Jetzt ist es schon ein bisschen länger her. Man nimmt es natürlich immer wieder.)* Ich kann mich noch gut erinnern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der gegenständliche Antrag ist einer der aktuellsten, den es nur geben kann. Wenn Sie den gestrigen „Kurier“ gelesen haben, Kernproblem in der Nachbarschaft, nicht mit dem Bundeskanzler, sondern ein

Kernenergieproblem in der Nachbarschaft, denn in Dukovany gibt es natürlich Probleme, weil mit dem Ausbau nach wie vor nicht klar ist, wo Atommüll endgelagert wird.

Das ist eben ein ungelöstes Problem. Es hat sich der niederösterreichische Landesrat Pernkopf gemeinsam mit dem Bundesminister Rupprechter am Rande eines EU-Gipfels aufgemacht, mit dem tschechischen Amtskollegen zu sprechen.

81.000 Unterschriften sind also übergeben worden, allein 63.000 aus Niederösterreich. No na, sind ja auch sehr nahe an diesem Kraftwerk, und genauso wie wir Probleme haben und nachdenken sollten, wie es mit den Grenzen an ungarischen Kraftwerken ausschaut, machen es dort die Niederösterreicher.

Der Pernkopf sagt ganz klar, dass sie auch den tschechischen Umweltminister davon informiert haben, der großes Verständnis gezeigt hat. Nunmehr sollte getrachtet werden, auf Ebene der Regierungschefs dieses Problem zu lösen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerin, die Frau Stampfel hat gesagt, EURATOM fördert die Kernkraft. Das ist falsch!

Der Ausbau der Kernenergie wird nicht durch die EURATOM-Verträge gefördert, sondern die EURATOM-Verträge, die übrigens 1957 geschlossen wurden, sind Teil der Römischen Verträge, die Gründungsverträge der Europäischen Kommission. Es gibt namhafte Juristen, Völkerrechtler, die sagen, ein Ausstieg aus dem EURATOM alleine wäre eigentlich gar nicht möglich, man müsste aus der Europäischen Union austreten. Es gibt aber auch manche, die sagen, es ginge trotzdem.

Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbst wenn Österreich und wir wären dann das einzige Land in der Europäischen Union, das aus diesem EURATOM-Vertrag aussteigen würde, die Kernkraft rundherum gibt es trotzdem. Dass wir jetzt sagen, ich mache die Augen zu und du siehst mich nicht, deshalb bin ich aber trotzdem da, meine sehr geehrten Damen und Herren.

EURATOM regelt nicht die Förderung und den Ausbau von Kernenergie, sondern EURATOM regelt eigentlich im Wesentlichen die Sicherheitsaspekte, denn es sagen Juristen, es sagen Politiker, sagen namhafte Wissenschaftler, dass der EURATOM-Vertrag aus dem Jahre 1957 eigentlich einheitliche Sicherheitsanforderungen beim Strahlenschutz und Kontrollmaßnahmen als wichtigstes Ziel hat und damit in weiten Teilen eigentlich der Sicherheitsvorsorge der Bevölkerung und damit ihrem Gesundheitsschutz dient.

Des Weiteren wird dieser EURATOM-Vertrag in Teilen der Öffentlichkeit fälschlicherweise als einseitiges Instrument zur Förderung der Kernenergie in der Europäischen Union angesehen. Ich habe schon gesagt, aber der Kernbereich dieses Vertrages regelt die Überwachung von Kernmaterial in der Europäischen Union durch die Kommission. Meine sehr geehrten Damen und Herren! 28 sind Mitglieder, und hier gilt das Einstimmigkeitsprinzip. One country, one vote!

Eigentlich sind wir aus Österreich dort überproportional stark vertreten, denn Länder mit 80 Millionen Einwohnern wie die Deutschen oder 66 wie die Franzosen oder 60 Millionen wie die Italiener oder 46 wie die Spanier haben genauso eine Stimme wie Österreich mit 8 oder 8,8 Millionen Einwohner.

Jetzt dadurch, dass das Einstimmigkeitsprinzip gilt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir dort eigentlich sehr stark, denn es muss verhandelt werden, bis es zu einem Konsens kommt.

Daher habe ich mir diesen Antrag, den Sie eingebracht haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr genau angesehen. Über weite Teile teilen wir diese Bedenken, die in der Einleitung auch genannt sind, aber in der Beschlussformel müssen wir unterscheiden. Wir müssen deshalb unterscheiden, weil ein Ausstieg aus EURATOM eigentlich nicht ein Mehr an Sicherheit für Österreich bringt, sondern ein Weniger an Mitsprachemöglichkeit und ein Weniger an Sicherheit.

Deshalb werde ich, sehr geehrter Herr Präsident, ein Verlangen auf getrennte Abstimmung gemäß § 70 Abs. 6 GeOLT einbringen zum selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 563, betreffend Atomkraft-Stopp, Zahl 21 - 392, Beilage 590.

Ich wiederhole: In der Beschlussformel des oben genannten selbständigen Antrages wird die Landesregierung aufgefordert, in unterschiedlichen Belangen an die Bundesregierung heranzutreten. Es handelt sich dabei um inhaltlich unterschiedlich zu bewertende Punkte, weshalb eine getrennte Abstimmung wie nachfolgend verlangt wird, nämlich:

Das genaue Abstimmungsansinnen soll unserer Meinung sein:

Erstens: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- alle rechtlichen Schritte ausschöpfen, damit der Ausbau von nuklearen Anlagen speziell am Standort Dukovany und Subventionen für Atomkraftwerke sofort gestoppt werden – also Konsens mit dem Antrag.
- darüber hinaus bei der tschechischen Regierung einzufordern, das Gefährdungspotential und die Sicherheitsreserven am Standort Dukovany auf Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse und nach dem Stand der Technik zu bewerten und jedenfalls eine Gefährdung für Österreich so weit wie möglich auszuschließen. - Ebenfalls im Antrag einstimmig, auch von uns, wir werden hier zustimmen.

Der zweite Punkt aber, da geht es um den Punkt 3, 4 und 5: Hier können wir deshalb nicht zustimmen, weil ich vorhin gesagt habe, dass ein Austritt aus EURATOM eine Schwächung der Position Österreichs wäre. Im Übrigen überhaupt kein Thema auf Bundesebene. Alle im Nationalrat vertretenen Fraktionen sagen ganz klar, Austritt aus EURATOM-Verträgen wäre eine Schwächung Österreichs. Deshalb werden wir den nachfolgenden Punkten nicht zustimmen, weil sie eine Schwächung Österreichs wären, nämlich:

- einseitig oder in Abstimmung mit anderen Mitgliedsstaaten aus dem EURATOM-Vertrag auszusteigen - no na, wenn wir nicht austeigen, bleiben auch keine Mittel dafür, nämlich:
- in Folge aus diesem Vertrag laufend zu leistende Beitragszahlungen zur Förderung der Atomenergie einzustellen
- und frei werdende Mittel in die Förderung ökologisch unbedenklicher Formen der Energiegewinnung zu investieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Schwächen Österreichs durch den Ausstieg aus dem EURATOM kann nicht verantwortet werden. Dadurch dass wir bei den EURATOM-Verträgen damit konfrontiert sind, dass hier ausschließlich das Einstimmigkeitsprinzip verfolgt wird, ist unsere Position eine sehr, sehr starke.

Wenn man noch dazu weiß, dass im Rahmen der EURATOM-Sitzungen und diese bedienen sich auch der Organisation der Europäischen Union, weil es eine internationale Organisation ist, ohne eigene Büros, weil die Büros der Europäischen Union mitgenützt werden, wenn man weiß, dass die Rahmenprogramme zur Förderung ebenfalls hier abgewickelt werden, wo die medizinischen, nukleartechnischen Rahmenprogramme und Forschungsprogramme vergeben werden, so wäre es für Österreich nicht ratsam, hier auszutreten.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, diesem unserem Verlangen auf getrennte Abstimmung so nachzukommen, dass Sie auch in beiden Punkten hier diesen von mir gezeichneten Weg mittragen können.

Das Verlangen auf getrennte Abstimmung darf ich dem Herrn Präsidenten überreichen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer übergibt dem Präsidenten das Verlangen auf getrennte Abstimmung.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Ingrid Salamon das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Gäste! Wir haben jetzt sehr viel gegen die Atomkraft gehört und ich muss sagen, ich darf nur wirklich ganz kurz zusammenfassen. Wir wissen, dass vor 30 Jahren Tschernobyl war, wir wissen, dass vor fünf Jahren Fukushima war und selbst in der jetzigen Zeit, wo wir dieses Wissen haben, dass man sagt, dass die Atomenergie nicht in den Griff zu bekommen ist. Wir wissen, dass sehr viele Leute evakuiert worden sind, dass sehr viele Leute gestorben sind, dass die Umwelt heute noch darunter leidet, dass die Böden noch verseucht sind, was für die Landwirtschaft, für uns mit Essen zu tun hat, daher halte ich diesen Antrag für äußerst wichtig.

Es verwundert mich nur, unter welchen Voraussetzungen der erste Antrag, den wir gestellt haben, hier versucht wird zu zerlegen. Wir haben es schon gehört von meinen Vorrednern und ich kann mich bei meinen Vorrednern anschließen, bis zum Abgeordneten Strommer. Dessen Meinung kann ich nicht teilen.

Wir wissen oder wir haben gehört, es gibt 132 Atomkraftwerke EU-weit. Das Ganze spielt sich in 40 Mitgliedsstaaten ab. Wir wissen aber heute auch, dass hier kein Schutz für die Bevölkerung, für das Land und für die Natur gegeben ist. Wir können uns das schönreden, wie wir wollen, das ist leider Gottes nicht so.

Wir haben auch gehört, dass das Land Burgenland, unser kleines Burgenland, hier einen alternativen Weg geht, der mit Erfolg gekennzeichnet ist, weil wenn wir 2003 im Prinzip drei Prozent unseres Stromes erzeugt haben, so ist es uns 2013 gelungen, dass wir stromautark sind.

Natürlich ist das nicht von alleine passiert, sondern es ist damit passiert, dass man sich auseinandersetzt mit erneuerbarer Energie, mit Stromerzeugung, die keine Gefahr für Land, Bevölkerung und Umwelt zutage treten lässt.

Ich glaube, wir können stolz sein, dass unser kleines Burgenland das erste Bundesland in Österreich war, das das geschafft hat, und wir können auch das weitertragen in andere Staaten, aber auch zur EU.

Mit diesem Wissen, das wir heute haben, und mit diesem Antrag, der großteils unterstützt worden ist, lassen Sie mir nur eines sagen zu Ihnen, Herr Abgeordneter Strommer: Es stimmt, dass EURATOM in erster Linie für die Forschung und für die

Sicherheit der bestehenden Atomkraftwerke gelten soll, aber wir können forschen was wir wollen, denn wir wissen aus der Erfahrung von 30 Jahren und von fünf Jahren, dass es kein sicheres Atomkraftwerk geben wird. Ich verstehe hier nicht, dass Sie sagen, man kann aus diesem Vertrag nicht aussteigen. Man versucht es nicht einmal mit Hilfe des Bundes, mit Hilfe anderer EU-Staaten hier einen Weg zu gehen, dass man das auch weiterträgt in die Europäische Union, wo man sagt, wir wissen, wenn bei Atom etwas passiert, gibt es keinen Schutz.

Wir wissen, wenn selbst nichts passiert, dass die Endlagerung nicht zu lösen ist. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rudolf Strommer.)*

Liebe Kollegen der ÖVP! Ich würde Sie bitten, wenn Sie jetzt dieses „Mascherl“ des Klubzwanges des Bundes ablegen könnten, wenn Sie hier sitzen würden, als Familienmenschen, als Eltern, als Großeltern mit diesem Wissen, dass wir vor 30 Jahren und vor fünf Jahren alle abbekommen haben. Wie würden Sie sich entscheiden? Für oder gegen Atom? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Würden Sie entscheiden, dass es mit Forschungen möglich ist, diese Gefahr zu bannen? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Diese Frage stellt sich doch gar nicht! Das ist doch gar nicht die Frage!)*

Würden Sie heute hier sitzen und sagen, wenn wir die nächsten 50 Jahre weiterforschen, irgendwann bekommen wir das in den Griff, das uns das nicht schadet? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die trinkt! Das gibt es doch nicht!)*

Daher muss es gerade jetzt wirklich Zeit sein, es auch zu wagen, sich zu wehren, zu sagen, diese Forschung kann noch hunderttausend Jahre sein, wird es keinen sicheren Atomstrom geben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Atom hat doch damit überhaupt nichts zu tun.)* Darum ersuche ich Sie noch einmal, sich das zu überlegen, denn man kann nicht halb schwanger sein und halb nicht. Entweder bin ich dafür, oder ich bin dagegen. Das geht ganz einfach nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe Ihnen diesen gestrigen Zeitungsartikel auch mitgenommen, weil ich vielleicht geglaubt habe, dass Sie ihn nicht gelesen haben, weil es ist ja verwunderlich, dass der Herr Bundesminister und der Herr Landesrat Pernkopf, die beide der ÖVP angehören, sich natürlich per Unterschriftensammlung nicht zu gut sind, den Leuten zu sagen, wie gefährlich es ist.

Nur dann, wenn man sich vielleicht ein bisschen weiter hinaustraut und sich gemeinsam mit Politikern des Bundes vielleicht Verbündete in der EU sucht, um aus diesem Vertrag herauszukommen, da zieht man sich dann wieder zurück und sagt: Na ja, vielleicht doch nicht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wie die SPÖ bei CETA!)*

Weil wenn ich jetzt den Gedanken weiterfasse, dass ich Sie jetzt frage, wenn Sie jetzt nicht diesen Klubzwang hätten: Wie würden Sie das jetzt weiter entscheiden? Würden Sie sagen, nein, wir müssen die Sicherung für unsere Bevölkerung machen und wir müssen für die Umwelt schauen, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Zwei Paar Schuhe.)* denn es sind nicht zwei Paar Schuhe, Herr Kollege. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das sind zwei Paar Schuhe!)*

Nein, das ist es nicht. Es ist wirklich ein Faktum, dass Atomstrom nie sicher sein wird. Das ist so. Das ist ganz einfach so. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist eine Weiterentwicklung.)* Nein, und es wird keine Weiterentwicklung geben können, also bitte. Tschernobyl 30 Jahre! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt eine Weiterentwicklung, dass wenn so etwas vorkommt, es nicht schädlich ist. Noch einmal: Ich bin der Meinung und wir haben es schon oft gezeigt als kleines Österreich in der EU, auch wenn es nur mit kleinen Schritten gegangen ist, dass es Veränderungen gibt. Ich bin der Meinung und ich bin mir auch nicht zu schade, wenn Sie den ehemaligen Bundeskanzler Kreisky hier zitiert haben, dass wir auf den stolz sein können und dass es natürlich über die Bevölkerung ein Ansinnen gegeben hat, wo man gesagt hat, Gott sei Dank haben wir in Österreich kein Atomkraftwerk. Ich sehe das nicht negativ, wenn Sie uns den Bundeskanzler Dr. Kreisky hier zitieren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wofür haben Sie damals gestimmt? Wofür haben Sie abgestimmt?)*

Ich finde es für gut und ich muss sagen, ich bin mir als Politikerin auch nicht zu schade zu sagen, man kann sich weiterentwickeln und gescheiter werden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann wissen wir es. Sie waren damals für Atom!)* Das würde ich Ihnen gerne nahelegen und ich würde Sie daher bitten, das noch einmal ernsthaft zu überlegen und den grundsätzlichen Antrag, *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* den wir gestellt haben, zum Schutz uns aller und auch, dass Bewegung in der EU kommt, hier mitzustimmen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wofür haben Sie damals abgestimmt?)* Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat denn damals die Abstimmung initiiert? - Abg. Ingrid Salamon: Wir sind im Jetzt! Wir haben das Jahr 2016. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, es ist unbestritten und wir haben in diesem Hohen Haus schon des Öfteren darüber diskutiert, dass es eine einhellige Meinung bezogen auf die Atomkraftnutzung zur Stromerzeugung gibt, nämlich, eine totale Ablehnung.

Ich glaube, es ist niemand hier anwesend, der sich in der Geschichte der österreichischen Nutzungsformen auf Atomkraft außerhalb dieses Diskurses stellt, denn diese Festlegung ist zum Nutzen und auch zum Wohle der Bevölkerung passiert und auch aus Antrieb der Bevölkerung gegen die Gegebenheiten, die damals Regierungsdarstellung waren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nichtsdestotrotz, und das möchte ich jetzt an dieser Stelle betonen und eindeutig festhalten, gibt es bezogen auf die Darstellungen, die jetzt meine Vorrednerin gesetzt hat, gewichtige Einwendungen.

Tatsache ist, dass bezogen auf den EURATOM-Vertrag, der eben seit 1957 existiert, eine Unzahl von Diskussionen stattgefunden haben im österreichischen Parlament, unter anderem, und es auch dazu Festlegungen gegeben hat. Erst die letzte auf FPÖ-Initiative im Österreichischen Parlament geführte Diskussion hat von Seiten des Justizministers Brandstetter folgende Aussage gehabt:

Der EURATOM-Vertrag war hier bereits wiederholt Gegenstand kontroverser Debatten für die Bundesregierung, ist es auch juristisch hinreichend geklärt, dass ein einseitiger Austritt aus dem EURATOM-Vertrag nicht möglich ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Mir ist schon bewusst, dass es immer wieder unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt oder geben kann, aber das ist einfach der Standpunkt der Bundesregierung und sie hat bisher keinen Grund gesehen, davon abzugehen.

Weiters führt er dann aus: Österreich würde sich durch den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag auch kein Geld sparen, weil es schon seit Jahrzehnten kein eigenes EURATOM-Budget gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, man kann, und da haben Sie vollkommen recht, immer klüger werden. Tatsache ist, dass ich Ihnen nur einen Einwand gebe, der in inhaltlicher Hinsicht für EURATOM in der Umsetzung auf die Nutzung der Möglichkeiten im Forschungssinne dasteht, nämlich, die für Gesundheitsaspekte. Sie werden, genauso wie ich, wissen, dass es gerade in der Krebsbehandlung in diesem Bereich gewichtige Fortschritte gegeben hat, die in der Umsetzung auch eine gewichtige Grundlage dieser Darstellung betreffen.

Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir festhalten, dass die Energiewende nicht nur jetzt ein Schlagwort darstellen darf, sondern sie muss auch vollzogen werden. Mit den Pariser Verträgen und der Festlegung, nicht mehr als zwei Grad Erderwärmung bezogen auf den Ausgangspunkt, ist eigentlich eine Schrittfolge gesetzt worden, die klar und deutlich auch die Definitionen bietet, was passieren muss, und nicht verzögert, was passieren könnte.

Wir sind dort angelangt, wo wir keine Zeit mehr für irgendwelche Festlegungen auf die Zukunft haben, sondern es ist genau festgeschrieben, wie und was passieren muss, damit Klarstellungen im Energiewendebereich auch stattfinden. Hier sollte der Schwerpunkt gesetzt werden, auch in Bezug auf die Darstellungen der Österreichischen Bundesregierung, auf die inhaltlichen Bestimmungen.

Wir sind gut beraten, wenn wir in Klarheit und Definition gegen Dukovany, Paks und andere auftreten. Diese Atomkraftwerke haben im Grunde genommen ausgesorgt. Nur sind eben nationale Gegebenheiten auch zu berücksichtigen und diese einzelnen Länder haben diese Entscheidung für den Ausbau beziehungsweise für die Restaurierung ihrer Gegebenheiten auf Atomkraft gesetzt. Keinem von uns ist das angenehm. Wir haben aber durch Tausende von Unterschriften im Sinne einer Meinungsänderung bei diesen Regierungen auch nichts erreicht.

Tatsache ist, dass gerade die tschechischen und ungarischen Atomkraftwerke, auch das slowenische Atomkraftwerk direkt an unserer Grenze sind und dass die Bedrohung unserer Bevölkerung mit Sicherheit nicht von der Hand zu weisen ist.

Wir sollten daher gemeinsam alles tun, um diesen Abwehrkampf in Bezug auf diese atomare Bedrohungssituation, speziell nach Fukushima und anderen Unfällen, nach Tschernobyl, die passiert sind, entsprechend hintanzuhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein Thema, das in der Bevölkerung, glaube ich, ganz klar gesickert ist und wo es, glaube ich, in Bezug auf die Gesamtbevölkerung keine abweichenden Meinungen gibt. Wir sollten aber eines nicht tun. Wir sollten im populistischen Sinne damit spielen, dass wir ein Thema, das jetzt mit einer Vertragskomposition zusammenhängt, quasi ausspielen wollen gegen die Grundhaltung, die gegen Atomkraft in der Nutzung auf die Energieerzeugung gegeben ist.

Wir sind, glaube ich, alle gefordert, alle entsprechenden Maßnahmen zu setzen und auch zu unterstützen, die zum Ausstieg aus der Atomenergieerzeugung Gegebenheit sind. Wir müssen klar noch zur Kenntnis nehmen, dass europaweit ein Drittel des Stromes noch aus Atomenergie erzeugt wird. Ich glaube, wir sind alle davon überzeugt, dass das nicht nur zu viel ist, sondern dass es abgestellt gehört.

Nur die Entscheidungsfindung in dieser Hinsicht, und das möchte ich niemanden unterstellen, ist leider gebunden an eine reine lobbyistische Situation. Wo der Lobbyismus

in der Europäischen Gemeinschaft quasi ein Paradebeispiel bietet, ist die Atomenergieentwicklung in der Nutzung auf die sogenannte Stromerzeugung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Aspekt, der mir in der Diskussion auch nicht angeführt wurde, den ich aber als sehr wichtig erachte: Aus dieser Nutzung von Atommeilern ist eigentlich ein gewichtiges Bedrohungsszenario auf die Gegenwart entstanden. Durch politische Auseinandersetzungen, durch Kriege, die speziell in den ehemaligen osteuropäischen Staaten geführt werden, ist manchen Gaunern Tür und Tor geöffnet worden, die gerade mit dem Handel von abgelaufenen Brennstäben, also mit entsprechenden Atomeinrichtungen, noch immer Gewinne erzielen wollen.

Gerade aus diesen Umständen ist das nächste Bedrohungsszenario abzuleiten, das uns allgemein eigentlich mehr als verdrossen macht. Wir haben, und da stimme ich mit meiner Vorrednerin überein, eine Situation, die gerade auf diese nicht handhabbare Gegebenheit Atomkraft nicht einfacher wird.

Wir sollten aber alles tun, vernünftig damit umzugehen und die Lösung in die Richtung zu setzen, dass wir in Nachbarschaft in der Gemeinschaft der Europäischen Union alles dazu tun, die Nachbarn auch davon zu überzeugen, dass sie darauf verzichten sollen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte hier nur ganz kurz einen Artikel der „Kronen“-Zeitung vom 16.10.2016 vorlesen:

Eine brandgefährliche Augenauswischerei betreibt EURATOM mit der Kreditvergabe an die ukrainische Atomlobby. Wie Umweltschützer und Bankexperten aufdecken, werden etwa 600 Millionen Euro nicht für Sicherheitsmaßnahmen, sondern für die Laufzeitverlängerung von Schrottreaktoren verwendet. Laufzeitverlängerung statt Sicherheit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Global 2000 und Bankwatch-Vertreterin warnen. Hierbei handelt es sich um einen klaren Fall von Finanzschwindel, warnt Dana Mareková, Finanzexpertin von Bankwatch. Ihre Organisation kontrolliert penibel, was nach der Vergabe von öffentlichen EU-Geldern tatsächlich mit der Finanzspritze passiert. Im konkreten Fall zeigte sich, dass ein 600 Millionen Euro Kredit, der von Brüssel für Schutzvorkehrungen in ukrainischen Uraltreaktoren freigegeben wurde, keineswegs für notwendige Sicherheitsarbeiten veranlagt wurde.

Im Gegenteil. So etwa wird der südukrainische Schrottreaktor Saporischschja mit EU-Millionen gefördert. Doch anstatt dafür zu sorgen, dass diese Atomruine nicht zur tickenden Zeitbombe im Krisengebiet wird, begannen bereits die Arbeiten für eine 10-jährige Laufzeitverlängerung. Ein Etikettenschwindel, da EURATOM nicht genau kontrolliert, was mit den Millionen wirklich geschieht, so Globalexpertin Patrizia Lorenz. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ - Abg. Mag. Michaela Resetar: Wie hängt das jetzt zusammen?)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Das Burgenland hat in den letzten 16 Jahren, glaube ich, sehr eindrucksvoll bewiesen, dass auch durch den konsequenten Ausbau von erneuerbarer Energie, im konkreten Fall durch Windenergieanlagen, eine Stromautarkie möglich ist. Damit schützen wir nicht nur Mensch und Umwelt, sondern wir haben hier auch ganz gezielte Impulse auf dem Arbeitsmarkt geschaffen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Land Burgenland setzt sich aus diesem Grund auch schon seit Jahren aktiv gegen die Atomkraft ein, gegen den Ausbau von Atomkraftwerken, und zählt dabei natürlich auch auf die Unterstützung der Bevölkerung.

Beispielsweise hat im Frühjahr der oberösterreichische Landesrat Anschober die Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg gegründet, um den Einstieg in den europaweiten Atomausstieg voranzutreiben. Das Burgenland unterstützt diese Allianz natürlich und ist ihr auch beigetreten. Mit Unterstützung der Bevölkerung setzt das Land Burgenland auch im konkreten Anlassfall, nämlich beim Standort Dukovany, ein klares Zeichen gegen eine Weiterführung von Atomkraft, auch mit Hilfe einer Online-Petition.

Gleichzeitig haben wir natürlich aber auch offiziell gegen diesen geplanten Ausbau des Kernkraftwerkes Stellung bezogen. Beispielsweise fordern wir hier bei einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung eine Berücksichtigung auch der durch den Klimawandel bedingten Risikoerhöhung bei der Kühlwasserversorgung genauso wie zusätzliche transparente Materialtests nach den modernsten Methoden.

Außerdem ist ein weiterer sehr wichtiger Punkt für mich bei der UVP, dass eine vorgesehene ganzheitliche Alternativbewertung stattzufinden hat. Das soll heißen, dass hier ein Vergleich vom Einsatz alternativer erneuerbarer Energiequellen mit der oft kostenintensiven Weiterführung von Altanlagen stattfinden soll.

Genau das ist auch der springende Punkt bei diesem heutigen Antrag, denn Atomkraftwerke werden nach wie vor gefördert, und dies obwohl sie nicht nur gefährlich, sondern nachweislich auch unwirtschaftlich sind. Denn es sind noch immer öffentliche Förderungen und Subventionen, die es überhaupt möglich machen, dass die Kosten für Atomstrombetreiber weiter im rentablen Bereich liegen und es sind Kosten und Förderungen, Subventionen - wir haben es jetzt auch vorhin von der Abgeordneten Stampfel gehört -, die nach wie vor stattfinden.

Dass hier Österreich als atomfreies Land durch den EURATOM-Vertrag die Kernkraftindustrie auch noch unterstützt, ist, meiner Meinung nach, eigentlich unglaublich. Denn einerseits leben wir hier in einer Vorbildregion, was erneuerbare Energie und die Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen betrifft, und gleichzeitig unterstützen wir aber eine Industrie, die unsere Bevölkerung permanent unter gesundheitliche Gefahr und vor allem der Gefahr einer Verseuchung aussetzt. Deswegen brauchen wir zum Wohle unserer Bevölkerung und auch unserer Umwelt einen europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft, und dieser Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag, das Ende der Subventionen in diese risikoreiche Technologie ist ein erster und wichtiger Schritt in diese Richtung.

Deswegen unterstütze ich diesen Entschließungsantrag voll und ganz und hoffe auch auf Ihre breite Unterstützung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Punkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer eingebrachter Antrag auf getrennte Abstimmung gem. § 70 Abs. 6 GeOLT vor.

Dieser verlangt, dass der vorliegende Beschluss, so wie vom Berichterstatter beantragt, auf zwei Teile getrennt abgestimmt wird.

Ich lasse daher zunächst über den ersten Teil - mit folgendem Wortlaut - abstimmen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- alle rechtlichen Schritte ausschöpfen, damit der Ausbau von nuklearen Anlagen, speziell am Standort Dukovany und Subventionen für Atomkraftwerke sofort gestoppt werden.
- darüber hinaus bei der tschechischen Regierung einzufordern, das Gefährdungspotential und die Sicherheitsreserven am Standort Dukovany auf Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse und nach dem Stand der Technik zu bewerten und jedenfalls eine Gefährdung für Österreich so weit wie möglich auszuschließen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag wie vom Herrn Berichterstatter verlangt, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den restlichen Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend Atomkraft-Stopp ist somit mehrheitlich gefasst.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Christoph Wolf, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 576) betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf (Zahl 21 - 405) (Beilage 591)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Christoph Wolf, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 576, betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf, Zahl 21 - 405, Beilage 591, wird Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Christoph Wolf, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf in ihrer 6. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Regina Petrik, Christoph Wolf, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilten.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter.

Als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Abgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren auf der Regierungsbank! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Soeben haben wir sehr ausführlich den Tagesordnungspunkt über Atomenergie diskutiert, und wir sind uns dabei alle einig, dass die negativen Auswirkungen bei einem Störfall natürlich auf die Gesundheit aller gehen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da sind wir uns, glaube ich, jetzt unisono einig gewesen. Aber, ähnlich gefährlich ist natürlich auch eine Belastung von anderen Einflüssen, die zwar regional jetzt begrenzt, das ist klar, aber dementsprechend auch gefährlich sind. Da ist unter anderem auch Lärm ein Riesenthema.

Zu dem heutigen Tagesordnungspunkt Lärm, Lärmschutzmaßnahmen, möchten wir als Liste Burgenland Folgendes festhalten: Dass das Verkehrsaufkommen auf allen Straßen, also nicht nur auf Autobahnen, sondern auch auf Landesstraßen, immer mehr wird, das wissen wir, das ist klar. Dass natürlich ein höheres Lärmaufkommen damit einhergeht, ist auch klar. Jetzt im konkreten Fall natürlich auf der A3 hier bei Großhöflein und bei Müllendorf ist es auch klar, dass vor allem auch zu besonders neuralgischen Zeiten dann, das eine enorme Belastung ist. Mitunter kann man hier natürlich gar nicht mehr bei offenem Fenster schlafen, denn diese Belastungen sind Tag und Nacht da.

Das Bündnis Liste Burgenland sowie die LBL-Gemeindevertreter von Großhöflein, ich denke, aber auch alle anderen Vertreter von Großhöflein möchten eine Verbesserung der Situation für die Bevölkerung von Großhöflein und Müllendorf erwirken. Mittlerweile ist die Situation des erhöhten Verkehrsaufkommens für sehr viele Bewohner von Großhöflein und Müllendorf eine dementsprechend große Belastung geworden und die Lebensqualität hat natürlich eine dementsprechende Einschränkung.

Wir wissen, ich habe es vorhin schon gesagt, nicht nur Alkohol, Nikotin, ungesunde Ernährung, nein, auch der Lärm ist ein unheimlicher Faktor für Krankheit. Lärm macht krank, Lärm reduziert unsere Lebensqualität, Lärm verhindert die Entwicklung unserer Gemeinden.

Aus Sicht des Bündnis Liste Burgenland sind Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf dringend notwendig.

(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten) Wir von der Liste Burgenland haben diesen gemeinsamen Antrag aber nicht unterstützt. Man darf das jetzt bitte nicht aus dem Zusammenhang reißen, wir haben hier folgende Bedenken - nämlich warum wir das nicht unterstützt haben und zwar folgende: Es wurde in diesem Antrag, der hier eingegangen ist, geschrieben, Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW Tempo 60 sind in der Nacht einzuführen, Geschwindigkeitsbegrenzung für PKW Tempo 100 sind einzuführen.

Wir haben folgende Bedenken und zwar: Wird eine Geschwindigkeitsbegrenzung verordnet, kommt direkt danach eine Lärmschutzmessung. Das ist natürlich jetzt klar, jetzt haben wir eine geringere Geschwindigkeit, dann geht der Lärm retour, das ist logisch. Aber, wenn ich jetzt den Lärm nur in der Nacht auf 60 km/h bei LKW reduziere, was habe ich am Tag dann?

Wir sind deshalb der Meinung, dass man hier nicht nur solche Maßnahmen wird setzen müssen, sondern wir bestehen eigentlich darauf, dass man hier mit Lärmschutzwänden arbeiten muss. Die sind hier, unserer Meinung nach, absolut notwendig.

Ich muss ganz ehrlich sagen, wir haben jetzt ein bisschen recherchiert, denn auch der ARBÖ gibt eine Stellungnahme dazu ab. Der ARBÖ sagt, dass hier Tempolimits nicht wirklich diese besondere Verbesserung bringen. Wenn wir uns das anschauen, Ihr kennt das alle selber wahrscheinlich ganz genau, wenn wir durch Österreich fahren, wie hier neuralgische Punkte von Lärmschutzwänden geschützt sind. Ich denke, dass wir diese Lärmschutzmaßnahmen auch dort unbedingt umsetzen müssen.

Wir haben im Vergleich zu anderen Bundesländern natürlich weniger Kilometer an Autobahn, aber, wie gesagt, einige sind davon sehr betroffen. Da kann ich ein Lied davon singen, denn auch bei uns in der Gemeinde Bad Sauerbrunn grenzen wir an die Schnellstraße an. Auch dort haben wir - natürlich sehr abhängig von den Wetterverhältnissen und Windverhältnissen - eine schwächere oder eine sehr starke Beeinträchtigung in diesem Bereich und auch dort, wo der nächste Ausbau ansteht, dass auch hier dann Maßnahmen getroffen werden, um einen besseren Schutz für die Ortsbevölkerung zu erzielen.

Zu dem Konkreten aber möchte ich sagen, dass wir uns als Liste Bündnis Burgenland absolut für Lärmschutzwände an diesen neuralgischen Stellen einsetzen. Ich denke, dass es ohne diese Maßnahme nicht funktionieren wird. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Mag.a. Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Vorweg eine kurze Replik, wenn sich die Kollegin Salamon darüber mokiert, dass die ÖVP zu einem Thema, in dem Fall Atomstrom, in einzelnen Teilen des Landes Unterschriftenlisten macht, Abstimmungen fordert, sonst was und dann auf europäischer Ebene anders handelt, finde ich das mutig in Zeiten, wo die SPÖ das bei CETA ganz genauso macht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Robert Hergovich: Stimmt aber nicht!)*

Aber nun zum Thema des jetzigen Antrages. Die Lärmschutzinitiative hat bei ihrer Demonstration Ende August oftmals gerufen „Lärm macht krank“. Ich habe damals mitgerufen, ich war bei der Demonstration dabei, aber wir waren noch immer leiser, als der Lärm, den der Verkehr verursacht. Eine Studienauswertung im Forschungsverbund Lärm und Gesundheit im Auftrag der WHO belegt bei Menschen, die durch

Lärmbelästigung unter Schlafstörungen leiden, und jetzt kommen wir zum wesentlichen Punkt, warum die Nacht doch ein sehr wichtiger Moment hier auch noch ist, die unter Schlafstörungen leiden, steigt das Risiko für Allergien, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck und Migräne erheblich.

Hier sind auch Kinder betroffen. Wer dabei war, hat das gehört, denn es wurde gerade seitens der Großhöfleinerinnen und Großhöfleiner oftmals gesagt, ihre Kinder können wegen des Lärms in der Nacht nicht einschlafen und sie können nicht durchschlafen.

Deswegen ist es wichtig und gerade wenn es auch um Kinder geht, dass jedes Jahr zählt und wir uns nicht darauf berufen, zu sagen, in ein paar Jahren wird es dann sowieso ein paar Lärmschutzmaßnahmen geben. Eines ist klar im Verkehr, langsamer ist leiser. Es ist so, weil wir haben die Lärmerzeugung bei Verbrennungsmotoren durch die Geschwindigkeit und sowohl bei Verbrennungsmotoren, als auch bei der Elektromobilität durch die Reifen, die Lärm erzeugen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn Sie den ARBÖ zitieren, Herr Kollege Hutter, dann denke ich, ist der vielleicht jetzt nicht gerade die Referenz, wenn es darum geht, auch einmal Autofahrer und Autofahrerinnen darauf hinzuweisen, dass man für gewisse Stunden des 24-Stunden Tag-Nacht-Rhythmusses etwas vom Gas steigen kann. Sie argumentieren, Sie können nicht mitgehen, weil Sie sagen, nur Lärmschutz in der Nacht kurzfristig hilft untertags nicht, na no na. Aber, wichtig ist, dass einmal die Kinder und die Erwachsenen, die davon betroffen sind, in der Nacht ihre Ruhe haben.

Lärmschutz hat verschiedene Komponenten und braucht verschiedene Maßnahmen. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung in der Nacht ist eine sehr kostengünstige Maßnahme, denn es kostet nur das Aufstellen der Verkehrsschilder und ist eine, die sehr schnell umzusetzen ist. Ich finde es ist nicht zumutbar, den Menschen in Großhöflein, in Müllendorf, zu sagen, wartet, bis irgendwann einmal eine Wand kommt, bis noch eine bauliche Maßnahme kommt, bis ein Flüsterasphalt kommt. Bis dahin müsst ihr durchhalten, weil wir grundsätzlich dagegen sind, dass in der Nacht die Geschwindigkeit etwas gedrosselt wird. Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Nacht würden diese Situation bereits kurzfristig entlasten. Was im Rahmen dieses Antrags für mich schon auch interessant ist, dass es da eine Bürgerinitiative gibt. Einige Kolleginnen und Kollegen haben diese medienintensiv auch unterschrieben.

Der Kollege Kölly hat diese Initiative unterschrieben, mit allen Forderungen unterschrieben und hier im Landtag, wenn es darum geht, wirklich geradezustehen, parlamentarisch geradezustehen, für das, was man in der Öffentlichkeit sagt, oder das, was man einigen MitbürgerInnen zuspricht und zusagt … *(Abg. Gerhard Steier: Er ist nicht da.)* Ja, er ist nicht da, aber er ist selber schuld, dass er rausgegangen ist, aber der Kollege Hutter wird ihm das sicher alles übermitteln, was ich hier sage.

Dann, wenn es darum geht, tatsächlich parlamentarisch für das einzustehen, was man Bürgern und Bürgerinnen gegenüber zusagt, dann ist alles plötzlich nicht mehr so wichtig. Ich finde es auch schwierig, wenn man sich auf der einen Seite von anderen Parteien die Vorarbeit leisten lässt und sich dann selber als Initiator von etwas in der Öffentlichkeit hinstellt.

Herr Kollege Hergovich, ich habe davon gelernt, ich werde in Zukunft anders damit umgehen, aber grundsätzlich ziehen wir in dieser Sache alle an einem Strang. *(Abg. Robert Hergovich: Was meinst Du damit?)*

Das ist sehr schön und deswegen hoffe ich, dass dieser Antrag jetzt nicht nur beschlossen wird, sondern auch sehr schnell umgesetzt wird. *(Beifall bei den GRÜNEN und der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Für die FPÖ hat sich gemeldet der Herr Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Allzu viel ist nach den Ausführungen meiner Vorredner inhaltlich zum Thema nicht mehr zu sagen. Es gibt eine Autobahn, es gibt dort Verkehr, es gibt dort immer mehr Verkehr, eine entsprechende Lärmentwicklung und es gibt dort Anrainer, die belastet sind.

Ich begrüße es, dass das Thema Lärm hier so hervorgehoben wird. Es ist ein Thema oder ein Einfluss, der meines Erachtens unterschätzt wird und noch viel zu wenig in der politischen Diskussion vorkommt. Es gibt jetzt letztendlich eine Bürgerinitiative, die den politisch Zuständigen Dampf machen möchte. Politisches Zwischenergebnis waren Beratungen im Petitionsausschuss, ist heute ein gemeinsamer Entschließungsantrag. Der Anstoß kam von der Frau Kollegin Petrik. Wir sind in der Sache einig und auch in der Hoffnung, dass es schon bald in der Umsetzung der geforderten Lärmschutzmaßnahmen kommen wird.

Das Thema Verkehr, Herr Kollege Hutter hat es gesagt, wird uns natürlich weiterhin begleiten, vor allem wenn es um den Aspekt geht, das er zunimmt, und das können wir gerade im Bezirk Eisenstadt erleben. Gerade wenn es um die Stadt selbst geht, aber auch um die Umgebung.

Wer die Situation allmorgendlich an den Stadteinfahrten kennt und über die letzten Jahre beobachtet, der sieht, dass der Verkehr mehr wird. Sei es von Neusiedl kommend, sei es von Trausdorf oder Siegendorf kommend, hier kommt es zu Stausituationen, die im Großen und Ganzen nicht mehr lustig sind.

Gerade die Zufahrten der S31 sind heillos überlastet, das muss man zumindest für die Stoßzeiten festhalten. Speziell ist die Situation sicherlich auch im Bereich Sankt Margarethen, dann weitergehend nach Trausdorf, was jetzt den Grenzübergang angeht, auch hier wird der Verkehr mehr.

Das hat jetzt nicht nur mit der Baustelle in Siegendorf aktuell zu tun, das ist auch ohne Baustelle schon so gewesen. Natürlich gibt es auch dort Anrainer und natürlich gibt es auch dort Beschwerden.

Es gibt halt noch keine Bürgerinitiative, aber wir sehen im Zusammenschau mit der Problematik auf der A3, mit der Situation der Gemeinde Wulkaprodersdorf, dass es größerer Kraftanstrengungen bedarf, um hier dafür zu sorgen, dass die Lage nicht kippt.

Eisenstadt wird, das muss man so sagen, mehr und mehr zum Transitbezirk, und wir stehen hier sicherlich allen Anrainern, egal ob sie eine Bürgerinitiative gründen oder nicht, wir stehen hier sicherlich allen Anrainern in der Pflicht, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank, zu diesem Antrag ist inhaltlich nichts mehr hinzuzufügen.

Lärmschutz soll das Wohlbefinden von Menschen sichern, das ist klar und soll uns auch vor körperlichem und seelischem Stress schützen.

Daher hat sich die Bürgerinitiative Großhöflein das zum Motto gemacht. Unter dem Titel „Lärm macht krank“ protestieren sie schon seit bald zwei Jahren, um Maßnahmen von Seiten des Landes einzufordern. Mein erster Kontakt mit der Bürgerinitiative ist knapp zwei Jahre her. Damals haben mir die Vertreter Thomas Glock und Margot Mad erläutert, worum es bei ihrem Anliegen geht. Manche Vertreter finden sich auf der Tribüne etwas versteckt wieder, deswegen herzlich willkommen!

Als mir das Thema damals erläutert wurde, habe ich sofort ihre Unterschriftenaktion unterschrieben, weil ich der Meinung bin, dass man sich für dieses Thema einsetzen muss, nicht nur als quasi Anrainer, Hornsteiner oder Nachbar, sondern auch als überzeugter Abgeordneter.

Deswegen lade ich meine Kolleginnen und Kollegen im Landtag ein, diese Petition zu unterschreiben. Über Laptop und Smartphone klappt das relativ schnell, beispielsweise über die „openPetition“ Homepage. Also freue ich mich jetzt schon auf mehrere Unterschriften.

Ich gratuliere der Bürgerinitiative auf alle Fälle zu diesem Engagement und zu diesem Einsatz. Das ist Demokratie, das ist gelebte Bürgerbeteiligung. Herzlichen Glückwunsch, dass Euer Anliegen endlich im Landtag angekommen ist!

Wir stimmen diesem Antrag natürlich zu und auch den Maßnahmen, die darin angeführt sind. Das ist für uns ganz wichtig, wenngleich wir seit Monaten auch unseren Beitrag dazu geleistet haben. Als ÖVP haben wir im Parlament über unseren Abgeordneten Niki Belakovich bereits die Petition einbringen lassen.

Wir haben auch als ÖVP Vorgespräche mit der ASFiNAG geführt, um die Finanzierung in irgendeiner Weise sicherzustellen und es hilft eben nichts, wenn sich der Landesrat Bieler mit dem Kollegen Hergovich für ein Foto hinstellt und sagt, sie haben jetzt die 70er Geschwindigkeitsbeschränkung bei der Ortseinfahrt gemacht. Ist zwar nett, ist okay, aber mit den Lärmschutzmaßnahmen auf der A3 hat das wenig zu tun.

Die ASFiNAG hat bestätigt, dass sie für die Errichtung der Lärmschutzwand ein Drittel bezahlen wird. Das heißt aber in der Folge, dass die restlichen Kosten das Land zu übernehmen hat. Also, wenn wir heute beschließen, dass es einen Lärmschutz geben soll, dann muss das Land tätig werden und das Land Burgenland querfinanzieren.

Wenn das Geld ab morgen bereitsteht, dann freue ich mich schon auf den Spatenstich und die schönen Fotos, wenn endlich die Lärmschutzwand errichtet wird.

Liebe Bürgerinitiative, herzlichen Glückwunsch noch einmal, dass dieser Antrag heute einstimmig nicht nur eingebracht, sondern auch angenommen wird. Bitte lasst Euch aber nicht entmutigen und bleibt hartnäckig, um das Ziel zu erreichen. Passt bitte auf, dass dieser Antrag nicht in irgendeinem Rundordner verschwindet und von der Regierung nicht mehr beachtet wird!

Ihr braucht diese Maßnahmen und es ist wichtig, dass der Spatenstich bald folgt. Herzlichen Glückwunsch, wir unterstützen Eure Anliegen natürlich und freuen uns über die gesamte Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Günter Kovacs.

Bitte sehr Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank, Herr Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die Initiatoren auch heute begrüßen, es ist der Top-Winzer Andi Kollwentz aus Großhöflein, der heute hier ist, und der Franz Bauer, Experte in Umweltsachen und von Thomas Glock auch schöne Grüße. *(Abg. Manfred Kölly: Ist der bei der SPÖ?)*

Er bedankt sich nämlich, was Du gerade gesagt hast, Herr Abgeordneter Wolf, für die 70 km/h beim Landesrat Bieler, beim Herrn Landeshauptmann, beim Klubobmann Hergovich, der sich mit den Bürgermeistern zusammengesetzt und dieses Ergebnis zusammengebracht hat. Also einen herzlichen Dank von Thomas Glock, *(Abg. Manfred Kölly: Könnte schon längst erledigt sein.)* heute in der Früh hat er mir das ausrichten lassen.

Meine Damen und Herren, die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen müssen im Mittelpunkt unseres politischen Handelns stehen. Deshalb ist es auch eine Selbstverständlichkeit, die Anrainer in Großhöflein und Müllendorf sowie die Anliegen der Bürgerinitiative zu unterstützen.

Das Verkehrsaufkommen auf der A3 ist laut der Bürgerinitiative auf bis zu 40.000 Fahrzeuge pro Tag schon angewachsen und die Folge ist eine unzumutbare Lärmbelästigung für die Bürger in den betroffenen Wohngebieten. Dazu möchte ich einige Auszüge der umweltmedizinischen Stellungnahme von Ärztinnen und Ärzten für eine gesunde Umwelt zitieren. Diese basieren auf schalltechnische Untersuchungen eines Ziviltechnikbüros. An drei von sieben Messpunkten wurden Emissionswerte berechnet, die die Grenzwerte der Bundesstraßen-Lärmemissionsschutzverordnung überschreiten. An einem Messpunkt ist der Grenzwert gänzlich ausgeschöpft.

In dieser Stellungnahme ist unter anderem zu lesen, dass basierend auf den Entfernungsangaben sehr wahrscheinlich ist, dass die Schallemissionen der Südautobahn zumindest für einen Großteil der Lärmemissionen im betroffenen Gebiet Großhöflein verantwortlich sind. Am Ende der Stellungnahme kommen die Mediziner gar zum Schluss, dass speziell bei an drei Messpunkten ausgewiesenen Schallemissionen vermehrt Belastungsreaktionen auftreten sowie ein erhöhtes Risiko für Herz- und Kreislauferkrankungen vorliegt.

Ich darf weiter zitieren: Angesichts der ausgewiesenen nächtlichen Schallpegel sind auch Schlafstörungen zu erwarten. Wirksame Schallschutzmaßnahmen sind daher nicht nur aufgrund der Bundesstraßen-Lärmemissionsschutzverordnung, sondern natürlich auch aus medizinischen Überlegungen dringend geboten.

Wir sprechen uns deshalb gemeinsam für eine sehr rasche, mögliche Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen durch die ASFiNAG aus, wobei aber auch klar festzustellen, festzuhalten ist, dass die Zuständigkeit beim Bund liegt.

Entsprechende Gespräche mit dem Ministerium laufen ja bereits und auch unser Landeshauptmann Hans Niessl hat bereits im Vorjahr mit der Beauftragung eines Gutachtens mitgeholfen, damit es objektive Entscheidungskriterien gibt.

Das Land Burgenland, ich habe es vorher erwähnt, hat bereits bewiesen, dass in jenen Bereichen, die in die Zuständigkeit des Landes fallen, rasch gehandelt wird, um die Bevölkerungsnachhaltigkeit von Lärm auch zu entlasten.

Die Sofortmaßnahme sieht vor, dass auf der Landesstraße B59 vom Kreisverkehr bis zum Ortsbeginn Großhöflein und auf der Landesstraße B16 vom Ortsende Großhöflein bis zur Industriestraße die Geschwindigkeit von 100 auf 70 km/h reduziert wurde.

Ich möchte Dir, Herr Landesrat, jetzt bist Du ja auch da, für das rasche Handeln, auch dem Bürgermeister von Großhöflein Heinz Heidenreich recht herzlich danken. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Nun gilt es aber, die lärmgeplagten Bürger von Großhöflein und Müllendorf weiter zu unterstützen. Die Lärmschutzeinrichtungen, deren Erfordernis auch von der ASFiNAG bereits bestätigt wurde, dürfen nicht erst wie geplant 2019 errichtet werden. Drei weitere Jahre unzumutbarer Belästigung durch Straßenverkehrslärm mit gesundheitlichen Folgen wären für die Bevölkerung eigentlich sehr unverantwortlich. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstes erteile ich dem Abgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was zum Schutz der Bevölkerung dienlich, von Vorteil und möglich ist, sollte unmittelbar und gleich passieren, denn jeder Schaden, der durch Gegebenheiten, sei es jetzt Lärm durch Autos erzeugt wird, kann nicht hingenommen werden. Ich glaube, darin sind wir uns einig und das ist auch die Intention, Absicht und auch der Wille der Bürgerinnen und Bürger, die sich in Großhöflein, Müllendorf formiert haben, um gegen diese Belästigungen, die ihnen nicht nur den Schlaf rauben, sondern sie auch in ihren Lebensumständen und in ihrer Lebensqualität einschränken, entsprechend zu deponieren.

Tatsache ist, dass wir diese Gegebenheit - Lärm durch den Autoverkehr auf der A3 - nicht erst seit gestern haben, sondern dass dieses Problem ein anwachsendes, ein wachsendes und das seit Installierung und der Errichtung dieser Autostraße ist.

Ich möchte im Zusammenhang mit dieser Gegebenheit, die in Petition jetzt an den Bund weitergereicht wird, meine Unterstützung festhalten, möchte aber zu dem Zeitpunkt auch zum Ausdruck bringen, dass alles, was den Straßenbau anlangt, in Gegebenheiten um Klimaschutz und ökologische Voraussetzungen immer schwieriger wird und auf der anderen Seite deswegen auch von Anfang an ganz anders durchdacht werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben Diskussionen um Straßenbauten nicht seit vorgestern, sondern die Situation des Einzelverkehrs oder der Einzelverkehrsmaßnahme, auf das Auto bezogen, ist ja seit Jahren eine ganz umstrittene und diskussionswerte Angelegenheit.

Wir haben im Burgenland mehrere Straßenprojekte in der Gestehung. Unter anderem sind diejenigen, die fertiggestellt wurden, auch nicht außer Diskussion, sondern es ergibt sich gerade, was wir auch am Beispiel dieses Kapitels A3 - Müllendorf und Großhöflein - erleben, eine Diskussion im nachträglichen Betrachten, durch das Aufmerksamwerden der Bevölkerung, um die unmittelbaren Bedrohungsszenarien beziehungsweise Einschränkungen in ihrer Lebensführung.

Ich möchte daher zu diesem Zeitpunkt heute auch hier anmerken, was die „Weiterführung“ - unter Anführungszeichen - oder die Absicht der Weiterführung der A3 bis zur Grenze Richtung Klingenbach betrifft.

Wie ich höre, dürfte für den 2. November eine Diskussionsrunde mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern stattfinden, seitens der ASFiNAG, und damit eigentlich wieder eine Art von Auftrittsform der Verantwortlichen, die klar und deutlich eines vor Augen hat, nämlich die Weiterführung der A3 über die ungarische Grenze.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sollte aber hier und heute klar und deutlich festhalten werden, dass der Abschnitt, der jetzt zur Diskussion steht, schon von Anfang an, nicht nur die Voraussetzungen von Lärmschutzmaßnahmen hat, sondern dass er, wenn er errichtet werden sollte, im Grunde genommen das Bedürfnis und die Rechtssicherheit haben sollte, dass jedem Einzelnen, der dort wohnhaft ist, nicht nur der entsprechende Schutz gewährleistet wird, sondern dass die Voraussetzungen für alle Schutzgegebenheiten, auch ohne den finanziellen oder die finanziellen Möglichkeiten einzuschränken, Gegebenheit spielen sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die A3 ist ein Kapitel der Eisenstädter Bezirksgeschichte, die im Grunde genommen noch Jahre andauern wird und die einer Lösung bedarf, weil, wie gesagt, wird Ungarn die Straße bis zur Grenze ausbauen. Was wir die letzten Monate erleben, ist nicht nur ein Diskussionsprozess um die Straßenführung, sondern wir erleben auch eine Diskussion um die Einschränkungen der Lebensqualität der Bevölkerung.

Es ist vorher angesprochen worden, dass ein sogenannter Turbokreisverkehr jetzt im Bereich der ehemaligen Zuckerfabrik in Siegendorf errichtet wird. Ich wünsche allen, die sich dahingehend heute ganz wichtig gemacht haben, in der sogenannten Lösung eines Verkehrsproblems, dass das auch eintreten mag, was sie sich vorgestellt haben.

Ich bin zutiefst der Überzeugung, dass das nicht der Fall sein wird, weil wir jetzt schon die größten Schwierigkeiten und Einschränkungen beim Befahren von Kreisverkehren unserer ungarischen Nachbarinnen und Nachbarn haben und auch die meisten, die eigentlich diese Kreisverkehre jetzt im Burgenland befahren, schon riesige Problemstellungen aufwerfen.

Tatsache ist, dass wir durch diese Baumaßnahme vor Ort eine Situation jetzt schaffen, die für den Weiterbau der A3 eine Riesenherausforderung ist. Ich bin jetzt schon zutiefst davon überzeugt, dass das nicht gelingen wird, nämlich nach heutigen Kriterien „gesundheitsbewusster“ - unter Anführungszeichen -, ökologischer Straßensituationen, eine Einhausung auf diesem Terrain zu Wege zu bringen.

Durch diese Maßnahme ist der gegenteilige Effekt eingetreten und er wird sich auch nicht so leicht auflösen lassen. Aber man hat ja quasi auch keine Einschränkungen bezogen auf die finanziellen Gegebenheiten, denn mit ungefähr drei Millionen Euro ist dieses Maßnahmenwerk ein Beispiel, wie es meiner Ansicht nach, nicht stattfinden sollte.

Aber Tatsache ist, dass das, was heute passiert, im Sinne der Bürgerbewegung in den Gemeinden Müllendorf und Großhöflein, ein ganz gewichtiges Anliegen ist, zur Steigerung der Lebensqualität, um diejenigen Einschränkungen, die bisher gesetzt worden sind, nicht nur hintanzuhalten, sondern sie auch entsprechend wegzubringen.

Ganz am Ende dieser Ausführungen möchte ich nur eines betonen, es könnte ja auch gelingen, dass mit dieser Maßnahme, so schnell als möglich gesetzt wird, ein burgenländisches Unternehmen zum Zuge kommt, das Lärmschutzwände erzeugt. *(Beifall bei der ÖVP, bei den GRÜNEN und einigen Abgeordneten der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Abgeordneter Manfred Kölly hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Sie sind am Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Bürgerinitiative! Die Show geht weiter, einmal mehr.

Frau Kollegin Petrik, ich habe am Bildschirm verfolgt, was Du über mich gesagt hast. Ich war einer der Ersten, der diese Petition, oder eine Unterschrift geleistet hat, in Großhöflein, bei einem Fest, und das ist schon weit über ein Jahr her, weit über ein Jahr, und Sie waren da noch gar nicht in der Politik. Nur damit Sie es auch gleich wissen.

Genau das ist der Punkt. Sie stellen sich her und sagen, der unterzeichnet etwas und dann distanziert er sich. Wir distanzieren uns überhaupt nicht von dem, was dort drinnen gestanden ist, bei der Unterschriftenleistung. Der Gerhard Hutter hat vollkommen Recht, mir geht dieser Antrag nicht weit genug, und ich sage auch, warum nicht weit genug.

Nicht weit genug insofern, weil der Herr Landesrat Bieler eigentlich schon seit ein, zwei Jahren weiß, welche Problematik in Müllendorf und in Großhöflein besteht. Es wurde ja nicht das erste Mal diese Problematik diskutiert. Das ist schon lange, das geht schon sehr, sehr lange, bis zum Infrastrukturministerium hinauf. Da waren noch der Herr Klug und andere Personen. Die wechseln wie die anderen, ja andere Dinge, dort oben im Infrastrukturministerium. Auch die haben Briefe bekommen beziehungsweise sie sind auch vorstellig geworden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Jetzt stellt sich die SPÖ her und ich sage bewusst die SPÖ, und *(Abg. Robert Hergovich: Na geh.)* das Infrastrukturministerium ist SPÖ-geführt, und da könnt Ihr jetzt diskutieren was Ihr wollt. Die hätten schon längst etwas machen können.

Wenn wir heute hören, dass wir eine Tempobeschränkung machen wollen. Ja, kein Problem damit. Aber was passiert, wenn wir dann die Lärmschutzwand haben? Wird das dann zurückgenommen oder bleibt das auch bestehen? Das ist meine Frage. Das gehört diskutiert. Oder, ich sage noch etwas Weiteres. Da steht in dem Antrag, Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW Tempo 60 in der Nacht. Was tun wir beim Tag? Da gibt es Kinder, da gibt es ältere Leute, die auch bei Tag zu Hause sind und diese Lärmbelästigung dann haben und Gesundheitsschädigungen mittragen müssen.

Das muss man einmal klar gesagt haben, Frau Petrik. Sie sind speziell gegen Straßen überhaupt, das ist ja das Lustige. Dann stehen Sie auf und sagen, wir sperren diese Straße überhaupt, das ist das Gescheiteste. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Was? Wann habe ich das gesagt?)* Dann sind Sie glaubwürdig, ansonsten sind Sie hier in diesem Hohen Haus nicht glaubwürdig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Jetzt sich hinzustellen und sagen, der Kölly hat unterschrieben, aber jetzt ist er weg, er tut nichts mehr. Ich bin Wochen, Monate in Großhöflein unterwegs gewesen, habe Hausbesuche gemacht, sage ich dir nur, und habe mir diese Thematik sehr wohl angehört und bewusst angehört. Und bewusst auch unterschrieben dann, weil ich der Überzeugung bin, dass hier Maßnahmen getroffen werden müssen. *(Abg. Gerhard Steier: Du hast ja gar nicht anders können. – Allgemeine Heiterkeit.)*

Herr Kollege Steier! Dem ist nicht der Fall, denn Du weißt ganz genau, dass ich einer bin, der sich wirklich damit auseinandersetzt, bevor er irgendetwas unterschreibt oder bevor er irgendwelche andere Dinge macht. Aber wenn die GRÜNEN sich herstellen und tun jetzt gerade so, wie wenn sie der Erfinder dieser Lärmschutzwände wären oder dieser Initiative, dann seid Ihr falsch. Ihr seid eigentlich gegen alles! Gegen die Wirtschaft, gegen den Straßenbau und dergleichen mehr. Das muss ich auch einmal gesagt haben.

Eines noch dazu, Herr Landesrat Bieler. Sie hätten schon längst etwas unternehmen können! Schon längst! Jetzt weil die Unterschriften übergeben wurden, haben Sie sich hingestellt und haben gesagt, geht mich eigentlich gar nichts an, ist ja Bundessache. Das stimmt nicht.

Jetzt haben wir den Antrag vorliegen. Jetzt auf einmal schreiben wir an die Bundesregierung, tut etwas. Ich sage Ihnen eines, Sie haben die besten Freunde in der ASFiNAG, die sollen herkommen, sollen sagen, was kostet das, wie lange dauert das? Das ist nämlich das Nächste, will ich Euch nur sagen. Das ist das Nächste. Wann? In einem Jahr, in zwei Jahren oder wann soll das kommen? Kann mir das einer erklären?

Das hätte ich gerne gewusst, Herr Landesrat, von Ihnen. Wann soll diese Lärmschutzwand tatsächlich stehen? *(Landesrat Helmut Bieler: Noch bin ich nicht Minister. - Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Entschuldige, aber wir sind ja die … *(Abg. Ilse Benkö: Das kann man schnell werden. – Allgemeine Unruhe)*

Seid mir bitte nicht böse, Herr Landesrat Bieler, Sie wissen das aber ganz genau. Sie sind ein Kollege vom Infrastrukturminister, wer das auch immer ist, Sie haben immer … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer ist es denn überhaupt?)* Da kennt sich ja keiner aus.

Im Endeffekt ist es so, dass man halt versucht, versucht als Landesrat auch die Kontakte herzustellen, um für das Burgenland das Bestmögliche und das Rascheste herauszuholen. Das fehlt mir halt bei Ihnen. Ist ja kein Problem. Dann sagen Sie, wir schaffen das nicht, aber dann sich herzustellen und zu sagen, wir sind eigentlich die großen Kämpfer für diese Lärmschutzwand. Jetzt gehen wir … *(Abg. Günter Kovacs: Wer hat was gemacht?)* Wer hat etwas gemacht? Niemand hat etwas gemacht, bis jetzt ist leider nichts passiert.

Herr Kollege Kovacs! *(Abg. Günter Kovacs: Temporeduzierung.)* Temporeduzierung? Seid mir nicht böse, wenn das auf ewig ein 70er dort ist, auf der A3, na das schau ich mir gerne an. Ich hoffe, dass Sie dort oft fahren, und dann bin ich aber neugierig, was herauskommt. *(Abg. Gerhard Steier: Es ist ja nichts passiert.)*

Es ist ja nichts passiert, Du hast vollkommen Recht. Nur, das ist nicht mehr normal. Das heißt, ich habe vor einiger Zeit - und Ihr könnt Euch erinnern - das Beispiel Tirol gebracht, wo man auf 80 beschränken will, komplett auf 80 beschränken will. Da habt Ihr gesagt, das kommt nie. Jetzt haben wir das bald im Burgenland. Habe ich davor gewarnt? Aber das ist Euch egal.

Ich bin nur neugierig, wenn Euch die Exekutive dann einmal dementsprechend straft, werdet Ihr sagen, das ist ein Witz, ein 70er, also bitte, wenn dann Tag und Nacht. Das ist das Nächste, was ich fordere *(Abg. Géza Molnár: Wer ist dagegen?)*, dann sage ich, Tag und Nacht muss das passieren.

Nein, Herr Kollege Géza Molnár, ich fahre dort fast jeden Tag. Wenn ich dort einen 100er fahre oder 120 wird das keine Lärmbeeinträchtigung sein, mit einem PKW. Glaubt mir das. Das ist genau das, das ist Euch egal.

Mir ist es nicht egal. Daher sagen wir, seitens der Bündnis Liste Burgenland, das reicht uns nicht. Das geht uns zu wenig weit, dieser Antrag, dass ich nur reinschreibe, nur in der Nacht, ist für uns zu wenig!

Wir haben mit diesem Antrag überhaupt kein Problem, nur noch einmal, ein paar Punkte fehlen da drinnen. Wir werden das in einem halben Jahr wieder diskutieren, weil nichts passiert ist. Ich sage das noch einmal, und in einem Jahr wieder diskutieren, weil nichts passiert ist. Genau das ist das, wo wir nur verzögern.

Da sitzen heute die Bürgerinitiativen oben und horchen sich das an und sagen, die sind super alle in der Politik im Land, die machen etwas. Bis jetzt haben wir nichts

gemacht und es wird in einem oder in zwei Jahren das gleiche Thema noch immer am Tisch sein. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Neuerlich zu diesem Tagesordnungspunkt gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Nur zur Richtigstellung einiger Punkte. Würde ich mich auf Ihre Art und Weise hier zu reden einlassen, müsste *(Abg. Manfred Kölly: Das kannst Du gar nicht.)* ich sagen, der Kölly ist immer für alles, Hauptsache er meint, es nützt ihm gerade. *(Abg. Manfred Kölly: Musst Du erst lernen.)*

Aber zur Sache, zur Sache der Lärmschutzinitiative. Der einzige Erfinder dieser Lärmschutzinitiative ist die Lärmschutzinitiative und sonst niemand anderer!

Der nächste Punkt ist, es wurde ein Schritt gemacht, dass wir diese Bürgerinitiativen und deren Anliegen auch hier im Landtag zur Debatte bringen und zur Abstimmung bringen. *(Abg. Manfred Kölly: Das hast Du nicht gemacht.)* Ich habe auch die Liste Burgenland eingeladen, gemeinsam, so wie ich alle anderen eingeladen habe, die dann auch mitgegangen sind, eingeladen, diesen Antrag gemeinsam einzubringen. *(Abg. Manfred Kölly: So ein Blödsinn, was Du daherredest.)*

Ich kann Ihnen den Mailverkehr gerne auch zeigen. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, bitte. – Allgemeine Unruhe.)* Und ich bekam die Antwort, wenn die Geschwindigkeitsbegrenzungen draußen sind, dann gehen wir mit.

Woraufhin ich zurückgeschrieben habe, nein, die Geschwindigkeitsbegrenzungen sind wichtig, das bleibt im Antrag. Und die LBL ist dann nicht mitgegangen. *(Abg. Doris Prohaska: Ja, genau. Stimmt.)* Nur damit wir hier der Korrektheit auch Genüge tun. *(Abg. Klaudia Friedl: Schon wieder vergessen. - Heiterkeit bei der SPÖ - Abg. Manfred Kölly: Das habe ich nicht vergessen.)* So war es. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bevor ich dem Landesrat - Herr Abgeordneter Kölly, ich erteile Ihnen das Wort, bitte in der Wortwahl etwas sorgfältiger zu sein als auf Ihrem Platz. *(Abg. Manfred Kölly: Eine Berichtigung, ganz schnell.)*

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Werner Friedl: Setzt Euch zusammen. – Abg. Ingrid Salamon: Setzt Euch zusammen und redet einmal.)*

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Kollegin Petrik! Zur Berichtigung - einen Mailverkehr haben Sie gemacht, Sie sollten sich zusammensetzen und reden über gewisse Dinge, wo wir uns auch einbringen können. Wenn wir solche Vorschläge einbringen, dann geht die Mehrheit her und sagt, geht nicht.

Wir wollen, weil es zu kurz greift, die ganze Situation, das nochmals verstärkt sehen und nochmals diskutieren. Ich sage es noch einmal, in zwei Jahren werden wir wieder drüber diskutieren.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Es spricht Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst einmal Danke, Herr Abgeordneter Kölly, dass Sie Hausbesuche gemacht haben. Vielleicht wäre die Entwicklung in Großhöflein dann anders gewesen, wenn Sie es nicht getan hätten. *(Abg. Manfred Kölly: Da habe ich damals mit dem Bürgermeister gestritten.)* Ja genau. *(Allgemeine Heiterkeit)* Danke.

Ich nehme die berechtigten Forderungen *(Abg. Manfred Kölly: Das ist nicht lächerlich, da geht es um etwas anderes. Da geht es um Menschen und nicht um ein Kasperltheater.)* und den Schutz der Anrainer entlang der A3 in Großhöflein ernst und habe sofort, nachdem die Unterschriften übergeben wurden, die Zusagen, die ich für meinen Zuständigkeitsbereich, ich kann nur für meinen Zuständigkeitsbereich reden und nicht für die ASFiNAG und nicht für das Ministerium, auch wenn mir das … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 90 Prozent davon machen wir gerade hier im Landtag.)*

Bitte? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 90 Prozent davon machen wir gerade hier im Landtag, mit dem Dringlichkeitsantrag. – Unruhe bei der SPÖ)* Das schon, aber das ist ja wieder etwas anderes.

Ich kann es nicht umsetzen. Und das wollte ich damit auch sagen - und habe sofort damit begonnen. Am 29. August war die Bürgerinitiative mit den Unterschriften da und bereits einen Monat später haben wir diese 70er Beschränkung auf der B59 und auf der B16 gesetzt.

Das heißt, dort wo ich die Möglichkeit habe, habe ich diese Zusagen auch dann umgesetzt und es gibt von der Landesstraße B59 vom Kreisverkehr bis zum Ortsbeginn Großhöflein und vom Ortsende Großhöflein bis zur Industriestraße diese Beschränkung von 100 auf 70. Gilt Tag und Nacht. Sie haben hier verwechselt A3 und Landesstraßen. *(Abg. Manfred Kölly: Der Antrag ist anders.)*

Daher denke ich, dass wir damit dokumentieren können, dass wir einerseits, dort wo wir es umsetzen können, helfen und dort, wo wir es nicht direkt können, Gespräche führen. Die hat es schon gegeben und die wird es auch in Zukunft geben. Ob die dann umgesetzt werden, liegt im Zuständigkeitsbereich der ASFiNAG. Es gibt bereits diese Finanzierungsnotwendigkeiten, es gibt bereits die Maßnahmen, die hier gesetzt werden sollten, dargestellt. Bisher hat sich die ASFiNAG geweigert, das sofort umzusetzen, weil es sehr teuer ist, aus ihrer Sicht, und weil das dann eben im Zuge der Erweiterungen neu diskutiert werden sollte.

Wir stehen dazu, dass wir diese Gespräche, dass wir den Druck auf die ASFiNAG weiter erhöhen sollten, damit der Schutz der Anrainer vor Lärm, aber auch was die Verkehrssicherheit betrifft, gesteigert und gewährleistet wird.

Das heißt, jetzt ist die ASFiNAG am Zug. Ich danke dafür, dass sich alle in diesem Landtag außer der LBL dafür ausgesprochen haben. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf ist somit einstimmig gefasst.

Entschuldigung - mehrheitlich gefasst. *(Abg. Manfred Kölly: Da brauche ich gar nicht nachdenken.)*

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 537) betreffend Ärzteausbildung (Zahl 21 - 385) (Beilage 592)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 537, betreffend Ärzteausbildung, Zahl 21 - 385, Beilage 592.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Ärzteausbildung in ihrer 9. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár und Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Ärzteausbildung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute in der Fragestunde haben wir schon einiges über Ärztemangel und einige Dinge erfahren, wobei sich der Herr Landesrat Darabos tapfer geschlagen hat, muss ich dazu sagen.

Es wurde zwar kritisiert, dass einmal mehr die Zahlen nicht stimmen sollten und dergleichen mehr, trotzdem bin ich der Überzeugung, dass man sich bemüht, sich auch hier in diesem Gesundheitsbereich auch wirklich nach vorne zu bewegen und einiges zustande bringen kann und sollte und müsste.

Ich denke, dass es wichtig ist, dass dieser Punkt, und es freut mich, heute auf der Tagesordnung ist. Wieder einmal kann ich aufsagen und aufzeigen, dass wir seitens des Bündnis Liste Burgenland schon im Juni einen Antrag in dieser Richtung eingebracht haben betreffend Maßnahme gegen Fachärztemangel im Burgenland und siehe da, das ist eine wohltuende Situation, wenn man dann hört, die SPÖ und die FPÖ bringen den jetzt auch ein. Dann weiß man, dass man richtig gehandelt hat, dass man richtige Ideen hat. Wir sind halt Ideenbringer, ist ja kein Problem! Wenn sie dann auch noch umgesetzt werden, dann ist es noch mehr zum Freuen.

Ich denke einmal, es ist schön, dass die SPÖ jetzt auch drauf kommt, dass man da in dieser Sache etwas machen muss. Denn ich frage mich, was hat der Vorgänger vom Herrn Landesrat Darabos eigentlich gemacht, wenn wir jetzt so viele Ärzte benötigen und Ärzte schon dementsprechend eingestellt haben? Was für ein System hat er im Hinterkopf gehabt?

Frau Kollegin, ich weiß schon, dass Sie den Herrn Rezar verteidigen werden, nur wie wir damals aufgezeigt haben, dass im Burgenland einiges im Argen liegt im Gesundheitssystem, auch die FPÖ hat nicht einmal darauf hingewiesen, sondern fast bei

jeder Landtagssitzung darauf hingewiesen. Und siehe da, es passiert etwas, es geschieht etwas, es tut sich etwas!

Ob das jetzt schon 100 Prozent sind, Herr Landesrat, weiß ich auch nicht, ich kann das schwer einschätzen. Ich höre mir nur immer die Diskussionen an - draußen vor Ort - und die sagen, wir haben aber schon eine Zwei-Klassen-Medizin oder Drei-Klassen-Medizin. Obwohl Du das heute gesagt hast, Du bist kein Freund von der Diskussion Zwei-Klassen-Medizin, aber es besteht und das wissen wir ganz genau.

Wir verspüren es fast tagtäglich am eigenen Leib, wenn Leute zu uns in die Gemeinde kommen und sagen, mein Gott, jetzt habe ich eine Gesundenuntersuchung gemacht und da kommt jetzt ein Ergebnis heraus und ich kriege erst einen Termin am so und so vielten. Dann denke ich mir auch, das ist nicht in Ordnung. Das weißt Du auch ganz genau und ich weiß aber auch, dass Du Dich da dahinterklemmst und dass etwas passiert.

Ich glaube, dass Gesundheit eines der wichtigsten Dinge ist in unserem Lande und auch in unserem Lande dementsprechend ernst genommen wird. Ich glaube, dass auch die finanziellen Mittel natürlich nicht immer ausreichen werden, da werden wir uns auch noch etwas einfallen lassen müssen, weil es entscheidend ist, mit der ganzen Altenpflege und dergleichen mehr, das ja auch in die Gesundheit hineinfällt und auch Ihr Budget dementsprechend belastet.

Auch hier sollten wir eine gemeinsame Lösung finden und nicht im versteckten Kämmerlein über gewisse Dinge diskutieren, sondern auch offen hinaus gehen, offen auf die Leute zugehen und sagen, da oder dort krankt es noch und einfach die Wahrheit sagen. Und dass man halt gewisse Dinge noch umsetzen muss. Ich glaube, dass man auch im Landtag so offen und ehrlich miteinander umgehen muss, weit über Parteigrenzen hinweg, dass man hier eine Gesamtlösung anpeilen muss und das ist einmal entscheidend. Wenn ich das nicht schaffe, dann haben wir alle miteinander das Problem, nicht wir als Opposition oder Ihr als Landesregierung, sondern das ist unser Problem dann!

Daher gehört Vorsorge getroffen. Aber ich denke, dass das ein wichtiger Ansatz ist, dass man etwas unternimmt. Daher noch einmal: Bündnis Liste Burgenland hat schon einmal den Antrag eingebracht, er ist ähnlich wie jetzt der Antrag. Ich bin froh, dass wir jetzt zustimmen können und auch mitarbeiten dürfen. Das ist ja das Schöne und Interessante dabei, dass wir auch geladen sind, da mitzuarbeiten.

In gewissen „Gesetzesgeschichteln“ werden wir nicht einmal eingeladen, sei es das Jagdgesetz oder in anderen Dingen. Da vermisse ich halt auch das Gemeinsame, dass man uns einbringt, weil als Bürgermeister hat man tagtäglich auch damit zu tun. Man hat sich entweder mit Bauern oder mit Jägern auseinanderzusetzen. Das wäre auch schön und nett, Frau Landesrätin, wenn Du mich hörst, dass wir auch hier eingebunden werden.

Ich glaube, die Gesundheit ist etwas ganz Wichtiges in diesem Land. Wir werden diesem Antrag selbstverständlich gerne zustimmen. Danke.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Mag.a Regina Petrik hat sich als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Ärzteausbildung wurde im Bund vom Rechnungshof erst kürzlich unter die Lupe genommen. Da wurde etwa festgestellt, dass es in Bezug auf die

Zuständigkeiten in der Ausbildung, die Einteilungen des Turnusdienstes, die Beurteilung einer Ausbildung und der Ausbildungsschritte, die Qualitätssicherungsmaßnahmen und sogar bei klar beschriebenen Ausbildungsprozessen Mängel gibt.

Also geht es hier vor allem auch um eine Qualitätssicherung von bereits Vorhandenem. Das Hauptproblem ist aber - nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich - die Abwanderung nach der Ausbildung. Österreich leidet darunter, dass ein großer Teil der Ärztinnen und Ärzte, die in Österreich sehr teuer ausgebildet werden, abwandern. Bis zu 40 Prozent gehen nach der Ausbildung nach Deutschland und in die Schweiz, weil es dort bessere Rahmenbedingungen gibt.

So müssen auch wir uns hier im Burgenland fragen, das wurde heute schon angesprochen, wo können wir Rahmenbedingungen für Jungärzte und Jungärztinnen verbessern, damit diese gerne hier arbeiten.

Wir wissen ja, die Bindung an einen Standort, auch einen Berufsstandort, beginnt bereits dort, wo sich Ärztinnen und Ärzte in ihrer Ausbildung gut einfinden können.

Das darf aber nicht dazu führen, wie es jetzt auch schon immer wieder berichtet wird, dass ältere Kollegen und Kolleginnen dann immer das Nachsehen haben und nachgeben müssen, weil man um die Jungen buhlen muss. Auch diese Dynamik in einigen Spitälern ist eine, die man reflektieren muss.

Es geht also einmal mehr um ein gedeihliches Betriebsklima und das hängt maßgeblich von der Führung ab. Für das Personal im Gesundheitswesen muss die Führung also wesentliche Kompetenzen in Personal- und Teamführung mitbringen, weil nur hier kann die erste gute Bindung, im Team eines Krankenhauses zum Beispiel, bereits vollzogen werden.

Aber zurück zur Ausbildung: Wir haben ein ganz besonders großes Problem auch bei den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Das eine ist, dass Ärzte schon in der Grundausbildung mit der Allgemeinmedizin in Berührung kommen müssen, denn wenn sie nur mit der Fachausbildung in Berührung kommen, werden sie sich nicht so sehr später für eine allgemeinmedizinische Ausbildung entscheiden. Das hat sich bereits in dramatischer Weise bewahrheitet. Uns fehlen vor allem die Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner im regionalen Bereich. Übrigens auch schon im breiteren Spektrum um Wien! Also wir haben hier nicht nur ein Problem, das in abgelegenen Gebieten schlagend wird, sondern auch schon im Umkreis von Städten und von Großstädten.

Die Jungärzte, die nach der neuen Ausbildung ausgebildet werden, haben sich zu einem ganz geringen Teil für die Allgemeinmedizin entschieden, in Wien waren es meinen Informationen nach nur fünf Personen, in Tirol waren es zwei, die sich zum Allgemeinmediziner haben ausbilden lassen. Hier haben wir wirklich eine dramatische Situation! Deswegen sind wir als GRÜNE der Meinung, dass die Allgemeinmedizin unbedingt durch einen Facharzt für Allgemeinmedizin aufgewertet werden muss und dass es sehr wichtig ist, dass die Lehrpraxen endgültig ausfinanziert werden.

Wir haben zurzeit eine Situation der Lehrpraxen, die für sechs Monate ausfinanziert sind und eine Übergangsfrist von zwölf Jahren, damit die Lehrpraxen dann auch für zwölf Monate ausfinanziert sind. Aber gute Lehrpraxen im Burgenland sind ein guter Boden dafür, dass Jungärzte und Jungärztinnen bereits hier angelernt werden, mitlernen können und hier auch Beziehungen aufbauen und dann gerne in der Region auch weiterarbeiten.

Ein weiterer großer Hemmschuh für viele Jungärztinnen und Jungärzte, sich niederzulassen, ist die Angst davor, ein kleiner Unternehmer oder eine Unternehmerin zu sein. Man ist nicht einfach nur Ärztin oder Arzt, man ist auch noch Arbeitgeberin für die

eigenen Angestellten. Man muss einen kleinen Betrieb führen in der Ordination. Diese Hürde wird von einigen nicht genommen, sie haben Sorge.

Also auch da könnten wir seitens des Landes sehr wohl bereits Unterstützungen bieten, um diese Hürde abzubauen und eine Unterstützung zu geben, auch in den Gemeinden. Es ist für mich durchaus vorstellbar, dass eine Gemeinde, die gemeinsam mit anderen Gemeinden sagt, wir wollen hier einer niedergelassenen Ärztin eine Chance geben, anbieten, wenn das gewünscht ist, das erste Jahr begleiten, nämlich wirtschaftlich, weil du ja ein Unternehmen leiten musst auch in dieser Ordination.

Also hier gibt es noch viele kleine Schritte, die auch nicht so viel Geld kosten würden, um es im ländlichen Bereich leichter zu machen, sich niederzulassen. Grundsätzlich aber stimmen wir natürlich mit dem überein, was hier der Antrag auch will. Wir werden zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile dem Abgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine Herren auf der Regierungsbank! Sehr geehrter Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Herren auf der Zusehertribüne! Ich glaube, wir sind uns alle einig, und das habe ich den Wortmeldungen bis jetzt entnehmen dürfen, dass wir zu wenige Ärzte haben für den Bedarf, den wir decken müssen. Um es einmal ganz sachlich darzustellen!

Dann gibt es natürlich viele Momente, wo einige schon meine Vorrednerin angeführt hat, warum es dazu kommt, dass wir zu wenige bedarfsdeckende Mediziner haben. Ein wesentlicher Punkt aus meiner Sicht und das zeigt uns auch dieser Antrag oder darum haben wir uns eigentlich zu diesem Antrag entschlossen, ist eben das Problem, dass wir im eigenen Hause, also sprich in Österreich, an den Studienplätzen ein Manko haben, weil wir nicht alle 100 Prozent der Studienplätze verwenden können, weil eben 25 Prozent oder 20 Prozent den EU-Bürgern vorbehalten sind und fünf Prozent sonstigen weiteren Studierenden.

Wenn das im Prinzip ein Abtausch wäre mit den anderen EU-Ländern, wenn also eine Vielzahl unserer Studenten ins Ausland gehen würde, um hier Medizin zu studieren und dann wieder zurückkommt, dann wäre das im Prinzip die wunderbare Welt der EU, die Ausgewogenheit, das dementsprechende Schweben quer durch die verschiedenen Nationen, das entspricht aber nicht der Realität.

Der Realität entspricht vielmehr, dass wir eine immense Flucht von Deutschland haben an Studenten, die uns eben die Studienplätze hier besetzen, die ja eh vorbehalten sind und natürlich, und jetzt komme ich im Anschluss jetzt an meine Vorredner oder da darf ich anschließen, natürlich auch die Bedingungen, die wir geschaffen haben.

Nur da möchte ich schon zum Ausdruck bringen, dass das Burgenland im Moment eines der wesentlichen Vorreiter in der Unterstützung der jungen Ärzte ist. Vielleicht ein bisschen so im Match gerade mit Oberösterreich, weil uns wird es nicht so schnell gelingen, irgendeine medizinische Universität zu schaffen, wie Oberösterreich gerade in der Richtung unterwegs ist, auch hier dementsprechende Bearbeitungen in diese Richtung auch gibt. Aber diejenigen Investitionen, die wir jetzt in unsere zukünftigen Ärzte schon tätigen, sind halt Investitionen, wo die Hoffnung mitschwingt.

Die Hoffnung, dass sie doch bei uns bleiben! Aber nichtsdestotrotz bleibt uns unterm Strich der Mangel an Studienplätzen in der Universitätenlandschaft in Österreich für unsere eigenen zukünftigen Ärzte.

Ich glaube, dass wir hier im Bundesland Burgenland alles getan haben, um die Ärzte begleitend dahingehend zu unterstützen. Fehlen tut es halt jetzt am Wollen des Herrn Wissenschaftsministers, der ja zuständig ist, dafür zu sorgen, dass das Damoklesschwert, das über uns schwebt hinsichtlich der Entscheidung der EU, nämlich diese Ausnahmegenehmigungen in Wirklichkeit fallen zu lassen und wir diese Quotenregelung dann mehr oder weniger verlieren und dann überhaupt alle Studenten, die aus der gesamten EU dann die Möglichkeit haben, hier herein zu strömen und unsere 75 Prozent nicht mehr bei uns bleiben.

Also da ist die Hoffnung für mich sehr groß beziehungsweise sie ist auch die Grundlage für diesen Antrag, dass wir den zuständigen Minister dahingehend auffordern, dass er sich ganz vehement dafür einsetzen solle, nämlich bei der EU, dass hier diese Quotenregelung nicht fällt, diese Ausnahmeregelung nicht fällt auf der einen Seite und auf der anderen Seite auch dafür zu sorgen, dass wir Studienplätze in Österreich aufstocken können, weil auch das ist die Herausforderung. Es hilft jetzt nichts, wenn ich ständig mitverfolge, dass der Bedarf immer größer wird und ich aber nicht mehr Semmeln im Angebot habe. Also dann wäre ich ein schlechter Nahversorger in der eigenen Ortschaft, nur weil ich vor 25 Jahren immer nur 20 Semmeln verkauft habe. Jetzt kommen sie schon um fünf nach sechs und meine 20 Semmeln sind ausverkauft. Es gibt aber immer noch Bedarfsträger, die gerne Semmeln kaufen würden, und genauso kommt mir das da vor.

Wenn ich davon ausgehe, dass noch immer derselbe Bedarf ist wie früher, wo wir weit weg davon sind, weil das Spannungsverhältnis zwischen dem Bedarf, nämlich im Gesundheitsbereich, und der Bedarfsdeckung liegt ja nicht nur an den Ärzten, sondern an vielen anderen Dingen auch, der neuen Geräte, et cetera, et cetera.

Da gibt es ja irrsinnig viele Parameter, die einwirken. Aber schlussendlich bleibt der Mensch über, der Arzt, der das dann alles bewerkstelligen können muss. Genau da müssen wir ansetzen. Dahingehend ist dieser Antrag gerichtet, eben, die Aufforderung an den zuständigen Minister, an die Bundesregierung, diese Ärzte-, Studienplätze aufzustocken und sich natürlich vehement bei der EU dafür einzusetzen. Gott sei Dank ist dieser Wissenschaftsminister ein ÖVP-Politiker.

Das heißt, er hat ja dann einen besseren Zugang zur EU, nehme ich einmal an, weil da tut sich die ÖVP gerade als Europapartei mehr oder weniger wirklich hoch heraus, also werden auch die Kanäle die besseren sein, dafür zu sorgen, dass für Österreich und damit auch für das Burgenland diese Ausnahmeregelung bleibt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Abgeordneter Georg Rosner ist zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Burgenland ist ein Land mit hoher Lebensqualität. Um diese zu erhalten, ist es wichtig, auch im Gesundheitsbereich die Versorgungsqualität der Patienten zu sichern beziehungsweise zu verbessern.

Derzeit haben wir im Burgenland 234 Kassenärzte, 286 Wahlärzte, da sind 75 Prozent davon Fachärzte. Bereits jetzt gibt es aber große Schwierigkeiten bei Nachbesetzungen von Allgemeinmedizinern, Kassenstellen im ländlichen Raum. Alle

meine Vorgänger sind ja auch darauf eingegangen. Diese Situation wird durch die große Zahl der bevorstehenden Pensionierungen noch verschärft. Auf Grund der gegebenen Altersstruktur wird sowohl im Spitals- wie auch im niedergelassenen Bereich in den nächsten zehn Jahren der Großteil der Ärzte im Burgenland in Pension gehen.

Vor allem im Bereich der Hausärzte und Kassenärzte wird es bis zum Jahre 2025 einen Engpass geben. Österreichweit haben wir zurzeit 33 Prozent der Kassen- und Allgemeinmediziner, die ein Alter von 62 Jahren haben. Ja, die Zahlen sind, glaube ich, nicht neu, die sind längst bekannt. Sie haben aber beim drohenden Ärztemangel, meiner Meinung nach, viel zu lange weggeschaut.

Die Volkspartei Burgenland hat konsequent, und der Kollege Kölly hat es auch angesprochen, konsequent die Probleme aufgezeigt und Lösungsvorschläge präsentiert. In Zeiten eines eklatanten Ärztemangels muss man in den Wettbewerb um die besten Kräfte eintreten und den Ärzten marktkonforme Bedingungen bieten. Es ist wichtig Anreize zu schaffen, um junge Ärzte für das Burgenland zu begeistern. Wir setzen uns für eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung durch Hausärzte ein, denn wir wollen den Hausarzt als erste Anlaufstelle im Burgenland erhalten.

Hauptstoßrichtung von uns bleibt, den Standort Burgenland für Ärzte so attraktiv zu machen, dass sie im Land bleiben. Denn unsere Bürger haben das Recht auf eine der besten Versorgungen. Eine Gesundheitspolitik mit Weitblick beginnt bereits mit Maßnahmen im Rahmen der ärztlichen Ausbildung. Der Kollege hat es angesprochen, die Medizinausbildung in Österreich ist, glaube ich, eine hervorragende, leider bleibt nur ein Teil der jährlich immerhin fast 1.000 Medizinabsolventen im Land.

Um hier gegenzusteuern und junge Mediziner für das Burgenland zu gewinnen, kann sich die Volkspartei Burgenland für Ärzte etwas Ähnliches wie Ausbildungsverträge in der Wirtschaft vorstellen. Das Land könnte Stipendien vergeben. An diese Stipendien dann etwa die Verpflichtung verknüpft, im Burgenland fünf oder auch mehr Jahre als Arzt zu arbeiten. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für junge Ärzte und Unterstützung für die Hausärzte durch flexiblere Regelungen, damit vor allem auch in abgelegenen Regionen die ärztliche Versorgung gesichert bleibt.

Der Kollege Kölly hat es gesagt, wir müssen uns noch diesbezüglich Gedanken machen. Wir, die ÖVP Burgenland, hat sich Gedanken gemacht und dazu sind im ersten Schritt folgende Maßnahmen zu setzen:

Die bestehenden Regelungen für Gruppenpraxen sollen erleichtert werden, damit Kooperationen zwischen Hausärzten genauso möglich sind wie zwischen Fachärzten in Gesundheitszentren. Leichten Ansatz haben wir ja jetzt eigentlich schon gemacht. Das Land Burgenland schafft eine Landesförderung mit bestimmten Kriterien, um Jungärzte bei der Errichtung einer neuen Praxis zu unterstützen. Außerdem soll auch die Wahlfreiheit beibehalten und sichergestellt werden, dass alle Burgenländer in ihrer direkten Umgebung einen Arzt besuchen können.

Die Kostenübernahme beim Besuch von Wahlärzten ist auch weiterhin zu gewähren. Sie sehen, meine Damen und Herren, die Volkspartei Burgenland ist Ideenlieferant und wir bringen uns intensiv, intensiv … *(Abg. Doris Prohaska: Da musst Du selber lachen!)* Da muss ich nicht lachen, wie ich vorher gesagt habe, wir haben das schon wirklich sehr lange angesprochen und wir machen uns Gedanken und wir bringen uns auch intensiv für die Lösung von anstehenden Problemen ein.

Aber Sie dürfen nicht tatenlos zusehen, wie sich die Situation in der Ärzteversorgung verschärft. Ich glaube auch hier, wie der Kollege Kölly sagt, setzen wir

uns zusammen und tun wir gemeinsam solche Dinge, die diesem Land gut tun. *(Abg. Ingrid Salamon: Das traut Ihr Euch nicht!)*

Ich darf einen Abänderungsantrag einbringen und verlese die Beschlussformel.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu setzen beziehungsweise sich bei den zuständigen Interessensvertretungen dafür einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen für niedergelassene Ärzte verbessert und somit die ärztliche Grundversorgung vor allem in den ländlichen Regionen gesichert wird.

Dazu sind insbesondere folgende Punkte umzusetzen:

- Die Wahlfreiheit soll beibehalten und es soll sichergestellt werden, dass alle Burgenländer in ihrer direkten Umgebung einen Arzt besuchen können. Die Kostenübernahme beim Besuch von Wahlärzten ist weiterhin sicherzustellen.
- Die bestehenden Regelungen für Gruppenpraxen sollen erleichtert werden, damit Kooperationen zwischen Hausärzten genauso möglich sind wie zwischen Fachärzten und Gesundheitszentren.
- Das Land Burgenland schafft eine Landesförderung mit bestimmten Kriterien, um junge Ärzte bei der Einrichtung einer neuen Praxis zu unterstützen.

Unseren Abänderungsantrag darf ich dem Herrn Präsidenten überreichen. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Georg Rosner übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt und wird entsprechend der Geschäftsordnung in die Verhandlungen mit einbezogen.

Landtagsabgeordneter Günter Kovacs ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf noch ganz kurz - Lärmschutzwand. Da möchte ich kurz auf den Herrn Landtagsabgeordneten Kölly replizieren, der gesagt hat, er kann da nicht mitgehen, weil dieser Antrag nicht weit genug geht.

Dann frage ich mich schon ernstlich, oder war es nicht möglich, einen Abänderungsantrag zu stellen und zu sagen, geht doch alle mit, so zu argumentieren, wie es normalerweise der Abgeordnete Kölly immer wieder macht. *(Abg. Manfred Kölly: Den lehnt ihr ja sofort ab!)* Eigenartig, dass das heute nicht passiert ist. *(Abg. Manfred Kölly: Jeden Antrag bis jetzt!)*

Aber lassen Sie mich auf das Thema zurückkommen, lassen Sie mich zu Beginn die Ausgangslage im Bereich der Ärzteausbildung skizzieren. Es ist nämlich durch die Einführung der Medizinaufnahmetests für die Studiengänge der Humanmedizin ab dem Wintersemester 2006 und 2007 zu einer Beschränkung der auszubildenden Ärzte in Österreich gekommen. Einige Fakten und Zahlen dazu.

So waren im Jahr 2000 noch 21.600 ordentliche Studierende an den Universitäten im Fach Humanmedizin eingeschrieben und seit der Einführung der Aufnahmetests waren es etwa im Jahr 2011 nur noch 13.077. Zurückgegangen ist auch die Zahl der Absolventen. Während im Jahr 2000 noch 1.381 neue Mediziner auf den Arbeitsmarkt drängten, waren es im Jahr 2011 nur mehr 1.198 und im Jahr 2012 nur mehr 1.007. Mit

der Einführung von Zugangsbeschränkungen im Fach Humanmedizin ist es auch zur Einführung einer Quotenregelung gekommen und lediglich 75 Prozent der ordentlich Studierenden dieser Studienplätze werden eigentlich auch an Inländer vergeben. Diese Quotenregelung läuft 2017 aus.

Bis 2016 wurde allerdings ein Moratorium gewährt. Bis dahin musste Österreich nachweisen, dass die Ausbildung von ausländischen Studierenden tatsächlich zu Lasten der österreichischen Universitäten gehe, da eine Vielzahl der Studierenden nach Studienabschluss Österreich verlassen und dem heimischen Gesundheitssystem damit nicht zur Verfügung stehen.

Durch diese geringe Anzahl der ausgebildeten Ärzte kommt es zum Phänomen, dass die Zahl der Wahlärzte wächst, während sich immer mehr niedergelassene Kassenärzte und -ärztinnen sich von den Krankenkassen abwenden. Eine Entwicklung, die leider auch im Burgenland festzustellen ist.

Im Jahr 2000 gab es 231 Kassenärzte, derzeit sind es 234, wobei die großen Probleme in den nächsten zehn Jahren auftreten werden, wenn rund 60 Prozent dieser Kassenärzte in Pension gehen werden. Die Zahl der Wahlärzte ist seit dem Jahr 2000 von 177 auf 286 gestiegen. Es gibt mittlerweile also mehr Wahlärzte als Kassenärzte im Burgenland. Offene Planstellen für Allgemeinmediziner gibt es derzeit drei. In der Vergangenheit war es wiederholt mühsam, entsprechende Bewerber zu finden. Seit mehreren Jahren gibt es auch zunehmend Probleme, Stellen von Kreis- und Gemeindeärzten zu besetzen, vor allem wegen altersbedingten Pensionierungen.

In den vergangen Jahren zeigte sich auch der Trend, dass bei den Ärzten im öffentlichen Gesundheitsdienst der Altersdurchschnitt des amtsärztlichen Dienstes für das Land und die Bezirksverwaltungsbehörden im Burgenland schon bei 55 Jahren liegt. Mittelfristig sind Probleme in diesem Bereich natürlich absehbar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem im ländlichen Raum, das wurde schon heute mehrmals erwähnt, ist durch diese beschriebene Entwicklung die ärztliche Versorgung gefährdet. Unser Ziel muss es gemeinsam sein, dass offene Stellen nachhaltig durch qualifizierte Ärzte besetzt werden.

Das Burgenland macht seine Hausaufgaben und unterstützt die Ausbildung burgenländischer Jungärzte etwa durch kostenlose Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung zum Medizinstudium oder durch freiwillige monatliche Zuschüsse für angehende Mediziner in burgenländischen Spitälern während des Klinisch-Praktischen Jahres.

Nun ist eigentlich auch der Bundesminister für Wissenschaft gefordert, die Anzahl der Studienplätze und auf EU-Ebene eine Verlängerung der Quotenregelung für den Studienzugang sicherzustellen. Die Sicherung der Gesundheitsversorgung ist eine moralische Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesundheitsversorgung und die schließt eigentlich nahtlos an das vorher diskutierte Thema Lärmschutz in bestimmten Regionen, beziehungsweise ländlichen Gebieten, ist etwas, das uns am Herzen liegen muss, beziehungsweise auch von politischer Seite her mehr als sichergestellt werden muss.

Ich habe in der Verfolgung der Diskussionsbeiträge meiner Vorrednerinnen und Vorredner festgehalten, dass es in der Entwicklung auf die heutigen Gegebenheiten, was Ärzteversorgung anlangt, die Ausklammerung bestimmter Entwicklungslinien und Entwicklungsschritte gegeben hat, die, glaube ich, in der Diskussion nicht von vornherein vernachlässigt werden dürfen.

Wir haben und könnten es uns leicht machen, dass wir in Bezug auf die Ausbildungsschiene, was Ärzte anlangt, auch durch den sogenannten demographischen Wechsel eine Reduktion der Ärzte haben, aber das wäre wirklich ein ganz falscher Zugang. Tatsache ist, dass er oft auch gebraucht wird für verschiedene Erklärungen in verschiedenen Ebenen, aber das ist, glaube ich, auch nicht unser Zugang.

Tatsache ist, dass aber in der Vergangenheit, und das werde ich nie vergessen, speziell auf sogenannte Kassenärzte, praktische Ärzte mit Kassenvertrag, im Sinne der ländlichen Versorgungssituation in unseren Gemeinden, immer wieder die Forderung von Seiten der Regierung angeklungen ist, wir brauchen keine, zum Beispiel zur Verfügung stellen, kein zur Verfügung stellen von Ordinationen, wir brauchen keine Unterstützung für denjenigen, der sich ansiedeln möchte.

Es gibt eigentlich überhaupt keinen Grund, jemandem, der als Freiberufler aktiv ist, auch entsprechend in einer Gemeinde zu empfangen und ihm die entsprechenden Grundlagen, die Infrastruktur, zur Hand zu geben, kostenfrei.

Er ist ja genauso eine unternehmerische Situation wie jeder andere und daher ist es widersinnig, hier entsprechend Förderrichtlinien zu setzen. Ich erinnere den Hohen Landtag daran, dass es erst vor einiger Zeit eine Änderung in der sogenannten Ärztegesetzgebung gegeben hat, wo diese Freiräume im Sinne der Gemeinden, es sind ja keine hundertprozentigen Verpflichtungen gewesen, aber wo diese Freiräume der Gemeinden hinausgestrichen worden sind, weil es nicht sein kann, dass es Arztpraxis und auch entsprechender Wohnbereich in der Umsetzung für den praktischen Kassenarzt geben soll, für die sogenannten Kreisärzte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nichtsdestotrotz ist die Feststellung, egal wie man es und von welcher Seite man es betrachtet, eine Herausforderung, weil wir die Gegebenheiten, die heute in der Diskussion auch zum Teil angesprochen worden sind, im tatsächlichen Vergleich mit der Realität natürlich als zwiespältig erleben. Wir haben, das ist auch vom Kollegen Kölly schon angesprochen worden, eine sehr vielschichtige Medizin. Gleichzeitig mengt sich in diesem medizinischen Bereich die Verantwortung der Politik, bezogen auf die Ausstattung, was Gerätschaften anlangt für den sogenannten intramuralen Bereich.

Auf der anderen Seite ist die gesamte Situation, was Versorgung mit Pharmazeutika anlangt, ein ausufernder Bereich, weil es laufend Entwicklungen gibt und dementsprechend auch die Situation quasi von den pharmazeutischen Firmen genutzt wird, um hier entsprechend Gewinn zu machen. Auf der anderen Seite gibt es die Einführung der Generika, die Abhilfe schaffen soll, um dieses überbordende und eskalierende Finanzkonstrukt im Bereich der Krankenkassen zu entlasten.

Auf der dritten Seite gibt es die Ärzteschaft, die in der Konstruktion speziell betroffen wurde, weil es durch das Arbeitszeitänderungsgesetz eine totale Neuaufstellung, einen totalen Eingriff in das bisherige Krankenversorgungswesen gegeben hat. Hier sind wieder die entsprechenden Länderverantwortlichen gefragt gewesen und gleichzeitig wieder gefragt, entsprechende Vorsorgen zu treffen, dass wir genügend Personal im Krankenhausbereich haben, um die entsprechenden Schritte setzen zu können, die die Versorgung der Patientinnen und Patienten ermöglicht.

Wie alle wissen und das jetzt als Conclusio dieser Darstellung: Wir alle wissen, dass es nicht leichter wird in diesem Krankenhausbereich auf der einen Seite aktiv tätig zu sein, seine gesamten idealistischen Voraussetzungen im Sinne der medizinischen Betreuung einzusetzen. Auf der anderen Seite ist es noch schwieriger geworden, außerhalb des Krankenhausbereiches die ärztliche Sicherheit zu gewährleisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erinnere in dem Zusammenhang nur daran, was zum Beispiel Ärzte innerhalb der letzten Jahre in der Diskussion alles an Möglichkeiten aufgebracht haben, um sich bei der Niederlassung im Gemeindebereich auch die Versorgungskonsequenz auf die Pharmasituation zu schaffen. Sprich: Ich kann eigentlich nur „in wirtschaftlicher Hinsicht“ - unter Anführungszeichen - meinen Betrieb führen, wenn ich gleichzeitig auch die Hausapotheke in der Umsetzung habe.

Diesen Konflikt, den möchte ich auch nur inhaltlich in diese Diskussion einwerfen, konnte das Österreichische Parlament schon über Jahre nicht lösen, auch in der schwankenden Bewegung einmal für die Ärzteseite, auf der anderen Seite dann für die Apotheker, wenn es ausgeschlagen hat. Tatsache ist, dass mit jedem Schritt, der für eine dieser Gruppen im Sinne einer Grundversorgung für die Bevölkerung getroffen wurde, von der anderen Seite sofort das Lobbying begonnen hat, um hier quasi irgendwie wieder das Pendel auf die andere Seite ausschlagen zu lassen.

Uns ist bewusst, dass wir innerhalb der letzten Jahre durch die Einschränkung von finanziellen Möglichkeiten, jetzt allgemein nicht nur im medizinischen Bereich und da kann dann der Landesrat noch so sehr beteuern, dass eigentlich das Burgenland mit der sozialen auch im Gesundheitsbereich den größten Budgetanteil umsetzt, nämlich über 50 Prozent, wie er es schon in der Ankündigung auf das Budget 2017 getroffen hat. Wir wissen, dass diese Mittel eigentlich für einen Bestandskatalog nicht ausreichend sind.

Wenn er vorher in der Fragestunde, in der Beantwortung auf die Ärzteschaft, gesagt hat, er hat 87, glaube ich, war die Zahl, neue Ärzte eingestellt, dann mag das im Abgang, im Ersatz von gegebenen Ärzten durch neue Ärzte durchaus sein. Nur eines möchte ich im Verweis auf die von der KRAGES herausgegebene sogenannte Bilanzdarstellung für 2015 festhalten, wo eindeutig festgehalten wird, dass 2015 minus drei Prozent Ärzte auf 2014 im landesspezifischen Bereich eingestellt waren. Das heißt, wir haben sehr wohl eine Reduktion, auf der anderen Seite ist es - und das habe ich ausdrücklich nur betonen wollen - eine arithmetische Darstellung, wo im Grunde genommen der Ausgleich stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Darstellung der Diskutanten auf dieses Thema ist festgehalten worden, wir brauchen zum Teil neue Konzepte. Der Landesrat hat dieses Beispiel Oberwart angesprochen, wo durch die Zurverfügungstellung der Infrastruktur für eine Bedarfssituation der Patienten durchaus Abhilfe im Bereich der Wartezeiten geschaffen wurde. Ich möchte jetzt nicht darauf eingehen, was alles im Sinne der Einschränkungen seitens der Leistungsträger - sprich der Kassen - umgesetzt wurde auf die gegebenen Einrichtungen, privaten Einrichtungen, sei es Röntgeninstitute und andere, wo durch Deckelungsverträge im Grunde genommen diese Wartezeiten entstanden sind, weil diese Ärzteschaften nicht entsprechend honoriert werden und daher auch nur auf Zeit gesehen ihre Leistungen erbringen können. Es ist aber ein Schritt, wo wir alle wissen, dass vorhandene Ressourcen im Krankenhausbereich einer praktischen, notwendigen Nutzung zugeführt werden und dadurch eigentlich Synergien erzielt werden können.

Auf der anderen Seite ist aber ein Widersacher des gesamten Freischaufelns von Ressourcen, die sogenannte Zahlungssituation, wo jetzt über die Krankenkassen sehr

wohl laufend Einschränkungen passieren. Ich erinnere an die unleidliche und wirklich gemeine Diskussion, die will ich gar nicht im Zusammenhang mit der Einführung auf Bundesebene setzen, sondern ausschließlich darauf, in welcher Form die Reduktion der Maßnahme „Zahnspange“ passiert ist, wo man mittlerweile ein Kiefer haben muss, damit man in den Genuss einer Zuzahlung kommt, das eigentlich gar nicht diskussionswürdig ist. Aber Tatsache ist, dass wir uns im Bereich einer sehr eingeschränkten finanziellen Möglichkeit bewegen und dadurch eigentlich auch der Leistungsanspruch nicht entsprechend geartet ist.

Andererseits - und das muss man positiv hervorheben - sind durch Neubestellungen, die vom Landesrat angeführt worden sind, im Krankenhausbereich von Güssing mit namens Pertl, bis Oberwart mit namens Sinz, bis Eisenstadt mit namens Berger, Primariate bestellt worden, die qualitativ den Ruf des Burgenlandes im Bereich der Gesundheitsversorgung, speziell im operativen Bereich, gehoben haben und ihn jetzt auch über unsere Grenzen hinaus durch den Zuzug von Patientinnen und Patienten entsprechend honorieren. Das ist auf der einen Seite wieder verbunden mit Kostenfaktoren, auf der anderen Seite ist es etwas, das die positive Entwicklung dieser Krankenanstalten durchaus signalisiert.

Ein anderes Problemfeld, jetzt in negativer Hinsicht, ist die gemeinsame Zahlungssituation oder der Besuch von Krankenanstalten über die Ländergrenzen hinweg, wo wir im Grunde genommen von anderen Krankenverbünden laufend Einschränkungen haben, die sich dagegen wehren, dass ortsfremde Patienten betreut werden. Das ist ein leidiges Thema.

Aber zurückkommend auf etwas, das heute in der Diskussion steht. Die Wahlfreiheit für den Patienten ist, glaube ich, außer Streit zu stellen. Ich verwehre mich dagegen, was im SPÖ-Klub der sogenannte Gesundheitssprecher angeführt hat, wo es darum gegangen ist, dass quasi Wahlärzte und praktische Ärzte im Grunde genommen gleichgestellt werden sollen. Hier geht es darum, dass die Zuzahlung auch aufgehoben werden sollte für die Wahlärzte. Ich meine, das kann ich mir nicht vorstellen und das ist auch im Grunde genommen jetzt ein typischer Versuch, um irgendwo Kosten einzusparen. Wahlfreiheit ist ein grundsätzliches Recht, jetzt nicht nur in Bezug auf die gegebene Situation, der Patient sollte die Chance und die Möglichkeit haben. Die Kostenübernahme beim Besuch von Wahlärzten, so wie es angeführt ist, ist ein wichtiges Kriterium.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über Gruppenpraxen hier sich breit zu eröffnen, ist, glaube ich, nicht angebracht. Wir wissen, dass es hier auch im Sinne der Gesetzgeberschaft Modellversuche gibt. Es gibt noch keine allgemeingültige Regelung, aber hier ist eigentlich ein gewisser Ansatz vorhanden, der sinnvoll ist, wenn er auch in der Realisierung manches noch nicht zur Verfügung stellt. Die Landesförderung für junge Ärzte, die sehe ich sehr zweifelhaft, auf der anderen Seite würde es sehr wohl von Nutzen sein, was das Land ja auch tut, dass die sogenannte Qualifikation zur Zulassung zur Ärzteausbildung entsprechend gefördert wird. Das ist ein guter Schritt. Obwohl tatsächlich in manchen Bereichen für sogenannte Ausbildungswillige nicht nachvollziehbar ist, wie sie quasi eingeschränkt werden. Wenn man Ärzte auf ihre Kinder bezogen reden hört, wo sie erklären, dass die Kinder die besten Möglichkeiten und Voraussetzungen auch zeugnismäßig haben und anschließend bei dieser Zulassungsprüfung nicht einmal, sondern zweimal scheitern, ausweichen nach Ungarn oder in die Slowakei, um sich die Ärzteausbildung zu sichern, anschließend noch immer den Weg suchen zurück und beim dritten Antreten zur Prüfung dann quasi die Zulassung in Österreich schaffen, dann weiß man, dass das eine Hürdensituation ist, die nicht einfach zu bewältigen ist.

Daher sollte alles daran gesetzt werden, hier entsprechend diese Qualifikationsmöglichkeiten auszuloten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines sollten wir im Grunde genommen bei dieser Diskussion auch mitberücksichtigen. Ich weiß, dass mein Vorredner von der Freiheitlichen Partei im Anklang auf die sogenannten Quoten, speziell auf unsere deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger eine kleine Spitze angebracht hat. Ich möchte auch eine Spitze anbringen, die im Grunde genommen schon Diskussionsgegenstand in der Landesregierung war, wo man sich ein Beispiel an unseren Nachbarn in Ungarn nehmen wollte, wo man anführt, dass man sehr wohl durch Regularien, die man einführt, auch die Ärzte vor Ort halten könnte. Diese Situation, Ärzte im Sinne von Binden durch entsprechende Fördermaßnahmen auf vier Jahre, fünf Jahre hat Orbán über zwei Schritte gesetzt. Tatsache ist, dass die Ärzte dann am Wochenende alle in andere Länder ausfahren oder ausfliegen und dort Operationen durchführen und am Montag wieder zurückkommen.

Ich würde meinen und das, glaube ich, ist durchaus ins Stammbuch auch der Verantwortlichen im Sinne der Neuausrichtung von Krankenhauswesen beziehungsweise auch Wahlärzten und Kassenärzten zu setzen. Wir sollten sicherstellen, dass es nicht darum geht, dass wir eine Diskussion führen, die laufend die Möglichkeit eröffnet, jemandem ein schlechtes Zeugnis auszustellen. Wir sollten uns bewusst sein, dass wir in Europa und darüber hinaus weltweit eines der besten Systeme noch immer haben.

Unser Zugang muss aber sein, dass wir die Anforderungen der zukünftigen Entwicklungen nicht nur finanziell stemmen, sondern auch entsprechend das Rüstzeug der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Dass Ärzte nicht nur ausgebildet werden, sondern sie auch an diesen Stellen Dienst versehen wollen, wo es schwieriger ist oder wo jetzt die Lebensqualität möglicherweise nicht alle Angebote setzt, die sie sich als junge Leute vorstellen. Tatsache ist, dass die Ärztesituation immer schwieriger wird. Auf der anderen Seite verwehre ich mich dagegen, dass es im zu großen Sinne oder in der Möglichkeit, Ärzte zu ködern, finanzielle Rahmenbedingungen geben soll, die speziell die Gemeinden bieten müssen, damit sie quasi diese Ärzte auch vor Ort bekommen.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier stehen einige Herausforderungen an der Tagesordnung, die zu bewältigen nicht einfach sind. Auf der anderen Seite, so wie der Ansatz gesetzt wurde, wird es mit Sicherheit auch gelingen. *(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank hat sich Landesrat Mag. Norbert Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Präsident! Es steht mir nicht zu, etwas zu bewerten, aber ich bedanke mich für diese sachliche Diskussion insgesamt. Auch der letzte Beitrag vom Kollegen Steier, das möchte ich nur zu hundert Prozent unterstreichen. Österreich hat nach wie vor eines der besten Gesundheitssysteme weltweit, auch in dem Bereich, den wir heute diskutieren.

Ich werde dann auch auf die einzelnen Dinge noch zu sprechen kommen und möchte vielleicht ganz kurz beginnen, bevor ich dann zu meiner persönlichen Conclusio komme.

Kollege Kölly hat gesagt, dass er grundsätzlich zufrieden ist, das ist auch richtig, ich teile aber auch seine Kritik. Wenn man gute Dinge macht, wie beispielsweise die Darmuntersuchungen im Krankenhaus Oberpullendorf und dann drei bis vier Monate

warten muss, wenn man einen negativen oder zumindest einen Befund bekommt, wo man ins Krankenhaus gebeten wird, dann ist es natürlich schwierig, weil eine gute Maßnahme wird damit konterkariert, weil wenn ich den Brief nach Hause bekomme, weiß ich nicht, habe ich jetzt eine Krankheit oder ist das nur weil ich am Vortag etwas Falsches gegessen habe, aber das ist etwas, da bin ich hundertprozentig bei Ihnen, und ich nehme das auch auf, was hier im Hohen Haus diskutiert wird, weil ich das auch für richtig halte.

Zur Kollegin Petrik, wir haben noch kein Problem bei den niedergelassenen Ärzten, noch kein Problem, aber wir werden eines bekommen, da bin ich durchaus bei Ihnen. Ich habe eine gute Zusammenarbeit mit der Ärztekammer. Die Ärztekammer sagt natürlich auf Grund ihrer Statistiken, dass wir in den nächsten Jahren zwei Drittel der niedergelassenen Ärzte in Pension gehend „verlieren“, verlieren werden, das müssen wir aufholen.

Es ist so, dass wir grundsätzlich, ja das sehen wir auch an Einzelbeispielen, in meinem Heimatbezirk, in Großwarasdorf, war es schwierig, einen Arzt zu finden, der ist jetzt aus Oberösterreich gekommen, toller Ruf, macht das super, aber es gibt auch größere Gemeinden im Südburgenland, wo es nicht so einfach ist, die Allgemeinmediziner dazu zu bewegen, in den ländlichen Raum zu gehen. Das ist keine Diskussion, die polemisch geführt werden sollte, das ist auch heute nicht passiert, ganz im Gegenteil, das ist etwas, das uns nicht nur zum Nachdenken animieren soll, sondern auch zum Handeln. Ich werde dann auch sagen, wo das Handeln dann liegen wird.

Ich bin auch überraschenderweise, Herr Kollege Rosner, praktisch zu hundert Prozent Ihrer Meinung. Sie haben die Frage der Wahlfreiheit angesprochen. Im Gegensatz zu meinen Parteikollegen, der Kollege Steier hat es ja in seiner Rede angesprochen, bin ich nicht der Meinung, dass Wahlärzte beispielsweise zurückgedrängt werden sollen. Ich glaube, dass diese Mischung zwischen Kassenärzten und Wahlärzten eine gute ist und dass wir dafür sorgen müssen, dass auch dadurch die flächendeckende Versorgung im Burgenland gewährleistet werden kann. Ich bin auch für Gruppenpraxen, wir haben - wurde schon in der Fragestunde heute angesprochen - einige Projekte im Laufen. Ich bin auch für Kostenübernahmen, bin auch für Förderungsmöglichkeiten, aber die gibt es jetzt schon, ja, also das hat auch der Kollege Steier angesprochen, gibt es in einem gewissen Ausmaß und das ist aus meiner Sicht auch ganz wichtig.

Ich war auch 17 Jahre Gemeinderat, das wollte ich jetzt gar nicht sagen, aber ich sage es jetzt trotzdem dazu. Kollege Steier war auch einmal Bürgermeister in einer großen SPÖ-Gemeinde, sozialdemokratisch geführten Gemeinde, und es war immer so, dass man auch Anreize für Ärzte geschaffen hat, dass sie sich in den Gemeinden niederlassen, und das halte ich auch für legitim.

Weil es momentan - und das wäre eine Diskussion, die man wahrscheinlich über dieses Hohe Haus hinausführen müsste, es hat sich sehr viel geändert, auch was die Einstellung von Ärzten betrifft. Also mein Hausarzt beispielsweise, zufällig kommt er auch aus Siegendorf, ist bereit, rund um die Uhr tätig zu sein. Der macht neben seiner Tätigkeit, neben den Nachtdiensten ist er auch noch im Burgtheater tätig, nicht wegen dem Geld, sondern weil es ihm einfach Spaß macht.

Mittlerweile haben wir aber schon eine gewisse Entwicklung, Work-Life-Balance höre ich fast jeden Tag, wo auch Ärzte sagen, ich gehe lieber in den Krankenhausbereich, weil da weiß ich genau, wie meine Arbeitszeit ausschaut und das ist für mich kalkulierbarer, finanziell kalkulierbar und auch von meiner Freizeit und so weiter kalkulierbar. Es ist jetzt kein Vorwurf, sondern es ist nur eine Feststellung, das ist einfach so.

Wir müssen schauen, dass wir in diesem Bereich auch einiges weiterbringen, und so ein Fall oder so ein Projekt wie die Akutordination in Oberwart führt dazu, dass die Ärzte besser kalkulieren können, auch die Hausärzte, und damit möglicherweise die Attraktivität dieses Landarztberufes auch gesteigert wird.

Jetzt zu den Fakten grundsätzlich. Wir stehen alle, ich glaube, da gibt es niemandem in diesem Haus, der nicht für flächendeckende Versorgung im Burgenland stehen würde. Wir müssen halt nur versuchen, diese auch zu gewährleisten. Wir haben im Gesundheitsbarometer, der schon seit einigen Jahren durchgeführt wird, eine relativ hohe Zufriedenheit - das wurde heute auch schon kurz angesprochen - der Menschen im Burgenland mit der ärztlichen Versorgung, mit den Einschränkungen, die ich schon kurz angesprochen habe.

83 Prozent der Bevölkerung haben gemeint, sie sind sehr oder zumindest zufrieden mit dem Gesundheitssystem im Burgenland. Wir müssten aber, und da ist doch eine kleine Spitze jetzt gegen Dich, Herr Kollege Rosner, das, was Du heute gesagt hast, ist zu unterschreiben, aber das ist nicht an mich zu richten, sondern an den Wissenschaftsminister zu richten. Wir müssen schauen, dass wir versuchen dafür zu sorgen, dass mehr Menschen die Möglichkeit haben, den Ärzteberuf zu ergreifen.

Wie kann das funktionieren? Das kann auf zwei Ebenen funktionieren. Erstens, wir müssen dafür sorgen, und ich glaube, da sind wir uns auf Bundesebene auch einig, weil es gibt eine Regierung auf Bundesebene, die ist SPÖ und ÖVP dominiert, und ich bin da schon der Meinung, dass auch da sozusagen die Holschuld ist, dass man auch dafür sorgt, dass erstens, die Ausbildungsplätze, so wie es jetzt ist, bestehen bleiben, dass 75 Prozent von der Quote mit Österreicherinnen und Österreichern besetzt werden, und ich gehe noch weiter, ich bin der Meinung, dass diese Einstiegsklauseln abgeschafft gehören.

Es kann nicht sein, dass junge Menschen, die - noch einmal - mit Auszeichnung maturieren, dann ein Problem haben, ein Medizinstudium zu beginnen. Nachher klar, wenn es dann darum geht, die Ausbildung abzuschließen, dann muss ich die Qualifikation nachweisen können, aber vorher mit etwas eigenartigen Einstiegstests dafür zu sorgen, dass es hier eine Auslese gibt, die wir nicht brauchen können, weil wir Ärzte in der Zukunft brauchen werden. Das halte ich nicht für besonders gut. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Im Burgenland, möchte ich noch dazu sagen, nur dass wir die Fakten auch auf den Tisch legen, es gibt in den Krankenhäusern derzeit 329 Ärzte, das wurde auch schon gesagt. Die Gebietskrankenkasse beschäftigt 234 Ärzte. Insgesamt praktizieren im Burgenland 1.143 Ärzte, davon 627 Fachärzte, 563 praktische Ärzte, 196 Turnusärzte, also doch eine Versorgung, die sich international auch sehen lassen kann, aber wir müssen eben auch auf die Zukunftsprognose achten und versuchen, dass wir das verändern können, indem wir eben mehr Menschen in Ausbildung bringen und denen auch attraktiv machen können, dass sie dann in dieses System einsteigen können.

Ich möchte das schon noch einmal bekräftigen, wir haben im Burgenland in der Ausbildung der Jungärzte jetzt schon eine Unterstützungszahlung. Wir haben die kostenlosen Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung zum Medizinstudium, und ich würde noch einmal auch an Euch appellieren, Ihr seid ja in der Bundesregierung auch mit dabei, dass wir den Wissenschaftsminister auch sensibilisieren und dafür sorgen, dass hier auch ein Mehr an Plätzen zur Verfügung steht.

Ich kann nur jetzt abschließend sagen, auch von der heutigen Diskussion weg, ich habe es schon gestern gemacht, aber es bekräftigt mich, ich habe für den Dezember alle Player in diesem Spiel eingeladen. Das ist nämlich kein politisches Spiel von einem

Gesundheitslandesrat oder von einem Wissenschaftsminister oder von einer Gesundheitsministerin, sondern es geht darum, dass hier alle sich an einen Tisch setzen. Die Ärztekammer ist in diesem Bereich ein wirklich konstruktiver Partner.

Ich habe die Ärztekammer eingeladen, ich habe das Bundesministerium für Gesundheit eingeladen, ich habe das Bundesministerium für Wissenschaft eingeladen, ich habe die Sozialversicherungsträger eingeladen, ich habe die Gebietskrankenkasse eingeladen, die KRAGES, die ich als Eigentümervertreter auch vertrete, auch die Wirtschaftskammer und die Arbeiterkammer und den Österreichischen Gewerkschaftsbund, dass wir versuchen, dieses heraufdröhnende Problem … *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wird wieder eine Beschäftigungshilfe. Viele Beschäftigte!)*

Ich hoffe, Sie sind dafür … *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum hast Du die Landtagsparteien nicht eingeladen?)*

Ich habe kein Problem damit, ich lade Sie - das ist ein guter Vorschlag - auch dazu ein, weil es geht nicht darum, parteipolitisches Kleingeld zu machen. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Ich habe am Beginn meiner kurzen Ansprache gesagt, dass ich wirklich froh bin, dass es einen konstruktiven Dialog heute in diesem Haus gegeben hat, und ich nehme das auch auf, dass auch die politischen Parteien dabei sind und dass wir dafür sorgen, dass wir diesen Ärztemangel, der in den nächsten Jahren kommen wird, insofern bekämpfen, indem wir das politische Problem erkennen und es auch gemeinsam bekämpfen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Punkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Rosner eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend Ärzteausbildung ist somit mehrheitlich gefasst.

6. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 415) betreffend Neubau des Krankenhauses Oberwart (Zahl 21 - 287) (Beilage 593)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 415, betreffend Neubau des Krankenhauses Oberwart, Zahl 21 - 287, Beilage 593.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Georg Rosner.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Georg Rosner: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Neubau des Krankenhauses Oberwart in ihrer 10. und abschließenden in ihrer 13. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, beraten.

Ich wurde in der 10. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Antrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Günter Kovacs stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Kovacs gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Neubau des Krankenhauses Oberwart unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kovacs beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Ilse Benkö als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete, Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Zentrale Forderung in dem Antrag der ÖVP und natürlich auch der anderen Oppositionsparteien ist die - Kollege Kölly ist nicht da – „begleitende“ Kontrolle der Errichtung des neuen Krankenhauses in Oberwart.

Sie wissen und haben ja in Ihrem Antrag die FPÖ bereits daran erinnert, dass ich persönlich natürlich mehr als Verständnis für Ihre Forderung habe, das ist keine Frage, denn schließlich und endlich habe ich dazu ja auch schon Anträge eingebracht, Herr Kollege Rosner, und ich würde Ihnen nahelegen, ich habe es für Sie dann kopiert, ich werde Ihnen den Antrag übergeben, das ist der Antrag vom 1. März 2012, da können Sie dann nachlesen, was wir dazu meinen, und deshalb liegen wir nicht sehr viel voneinander entfernt.

Sie alle wissen auch, dass vor einiger Zeit der erste Anlauf der Sanierung des Krankenhauses viel Geld gekostet hat und eigentlich unterm Strich nicht viel passiert ist, aber was ist das Gute, was ist das Schöne daran? Mich persönlich freut, und das Wesentliche ist es auch, dass man aus Fehlern lernen kann, Herr Kollege, und deshalb

werde ich Ihnen meinen Antrag auch geben und das ist das Wesentliche, das wir gelernt haben.

Auch Sie wissen das, Herr Kollege, obwohl Sie noch nicht im Landtag waren, der Beschluss zum Neubau des Krankenhauses wurde bereits von der Vorgängerregierung, nämlich unter SPÖ und ÖVP, gefasst und soweit meine Wahrnehmung ist, gibt es ja ungeteilte Zustimmung hiefür.

Die Landesregierung, der Herr Landeshauptmann, der Herr Landesrat, Sie haben uns schon in dieser Legislaturperiode einen ambitionierten Zeitplan vorgegeben.

Keinesfalls minder wichtig ist natürlich auch dabei die Obergrenze, was die Kosten anbelangt, und ich gehe schon davon aus, dass es in unser aller Interesse bei so einem Projekt liegt, dass sich sowohl die finanziellen als auch die zeitlichen Vorgaben im Rahmen halten.

Herr Kollege Rosner, damit zur Kontrolle, die Sie vordringlich gefordert haben. BELIG und KRAGES haben ein auf das Bauvorhaben abgestimmtes Projektteam gebildet. Ich erspare mir jetzt komplett die Stellungnahme zu zitieren, aber Sie haben es gelesen und Sie wissen, dass die gesamte Bauphase überwacht und begleitet werden wird. Zusätzlich wird es, das können Sie auch in der Stellungnahme der KRAGES nachlesen, eine sogenannte begleitende Kontrolle geben, die sozusagen eine Alarmfunktion wahrnehmen soll, wenn es Schwierigkeiten, Unregelmäßigkeiten technischer Natur oder eine drohende Kostenübersteigung gibt. Dann soll, muss sogar der Eigentümer sofort informiert werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Geschätzte Damen und Herren! Herr Kollege Rosner! Mir ist sehr wohl bewusst, dass wir uns mit diesen wohlüberlegten und richtigen Maßnahmen noch nicht im Bereich der parlamentarischen Kontrolle bewegen. Das weiß ich schon. Uns allen ist es bewusst - und das hat auch die KRAGES ausgeführt - dass die Möglichkeit neben der parlamentarischen Kontrolle, wenn es um einen ausgelagerten Bereich eben geht, relativ begrenzt ist.

Sie wissen das und alle hier im Hohen Haus vertretenen Mandatare wissen das auch. Das ist eine verfassungsrechtliche Problemstellung. Ich gebe zu, dass ist unbefriedigend und ist ein grundsätzliches Problem, meine geschätzten Damen und Herren! Aber, ich persönlich kann Ihnen zwei Dinge versprechen, die auch in meinem eigenen Interesse sind. Erstens, und das hat er schon bewiesen, der jetzige zuständige Landesrat wird von den parlamentarischen Kontrollrechten, wenn Gebrauch gemacht wird, soweit rechtlich gehen, wie es bei der möglichst großzügigsten Auslegung eben geht, und zweitens Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Das ist natürlich auch mein innigstes Anliegen - und das haben wir auch gemeinsam. Auch ich persönlich möchte hier einen zuverlässigen Modus für uns, für den Hohen Landtag, finden. Über einen Vorschlag wird mit dem Herrn Landesrat Darabos noch zu sprechen sein.

Mir persönlich und uns allen ist es wichtig, dass es bei so einem Projekt in dieser Größenordnung einen regelmäßigen Austausch gibt. Es könnte ja etwa so aussehen, dass, zum Beispiel, der Generalplaner jemand von der BELIG und/oder KRAGES jemand aus dem Projektteam oder dem Lenkungsausschuss regelmäßig natürlich informiert oder informieren muss.

Wie weit und wie konkret das ist, darüber muss natürlich noch geredet werden. Vielleicht kann der Herr Landesrat diesem Gedanken oder einem ähnlichen etwas abgewinnen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist in unser aller Interesse und vor

allem, das sage ich Ihnen als Präsidentin, es ist natürlich auch im Interesse des Landtages.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren!

Bevor ich mit meiner Rede beginne, zwei Bemerkungen. Frau Benkö, wenn ich Sie nicht vorher gekannt hätte und wenn Sie ein Mann wären, würde ich sagen, Sie sind vom Saulus zum Paulus geworden, denn es gab Auseinandersetzungen hier im Landtag, da haben Sie im Bezug zum Krankenhaus Oberwart ganz anders gesprochen. Hochinteressant. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist die eine Feststellung.

Die zweite Feststellung betrifft den Herrn Landesrat Darabos. *(Abg. Ilse Benkö: Sie haben als Landeshauptmann-Stellvertreter auch anders geredet!)* Hören Sie mir vielleicht zu, dann werde ich mich artikulieren und dann können Sie feststellen, ob ich anders gesprochen habe als vorher. Herr Landesrat Darabos! Sie haben heute in der Fragestunde, ich habe sehr aufmerksam zugehört, einen Satz fallen gelassen, den ich nicht so stehen lassen kann.

Nämlich, Sie haben behauptet, die ÖVP hätte sich gegen diese fünf Krankenhausstandorte ausgesprochen. Das stimmt deswegen nicht, denn ich war bis 2015 der Spitzenkandidat. *(Abg. Ilse Benkö: Sicher - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben mit allen Parteien im Landtag konkrete mediale Auftritte gehabt und ich habe mich als Spitzenkandidat in Vertretung damals als Landesparteiobmann der ÖVP immer für alle fünf Standorte ausgesprochen. Daran hat sich in der ÖVP Burgenland auch nichts geändert. Das muss man feststellen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Edith Sack: Aber andere! – Abg. Ilse Benkö: Das ist ja das Problem Ihrer Partei. Das ist der Jammer.)*

Das möchte ich sagen. Was andere machen, weiß ich nicht. Ich habe damals für die ÖVP gesprochen und das muss man schon sagen. Ich muss sagen, ich habe mich dezidiert für diese fünf Standorte immer wieder ausgesprochen. Herr Kollege Darabos. Noch etwas, auf das ich konkret eingehen möchte.

Wir waren in der KRAGES lange Zeit nicht vertreten. Interessanterweise in der Generalversammlung kaum. Da gab es immer wieder Vertretungen, die sehr einseitig waren. Der Herr Landesrat Bieler, dann der Herr Landesrat Rezar, dann war der Herr Hofrat Rauchbauer zum Teil, dann war der Landeshauptmann wieder. Wir waren in der Generalversammlung nie vertreten, wo sich sehr vieles abgespielt hat, das noch aufklärungsbedürftig sein muss. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das sage ich so genau dazu. Wir waren aber im Aufsichtsrat zeitweise vertreten und haben natürlich hier die Informationen gehabt. Daher gab es von der ÖVP in der Regierung immer wieder betreffend Generalversammlung KRAGES eine formale Zustimmung. Ich erkläre den Unterschied. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Sie können jetzt lachen wie Sie wollen, aber ich erkläre Ihnen den Unterschied.

Das war schon ganz wichtig, dass es diese formale Zustimmung gegeben hat, Herr Vizebürgermeister Kovacs. Nämlich, eine formale Zustimmung, damit überhaupt eine Generalversammlung der KRAGES stattfinden kann. Denn in der Geschäftsordnung war determiniert oder ist determiniert, dass du eine Fünf-Siebtel-Mehrheit brauchst, damit eigentlich in der Generalversammlung etwas umgesetzt werden muss oder kann.

Daher gab es von uns eine formale Zustimmung. Das wurde immer wieder so protokolliert, Herr Landesrat Darabos. Nie eine inhaltliche. *(Zwischenruf vom Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos)* Nein. Sie haben das, und darauf komme ich schon, in einer Anfragebeantwortung sehr oberflächlich beschrieben. Das möchte ich heute, nachdem ich die Möglichkeit dazu habe, schon richtig stellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Noch etwas Grundsätzliches. Die ÖVP hat sich immer zum Gesundheitswesen im Burgenland und zum Ausbau des Gesundheitswesens bekannt. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir da einmal dagegen waren, sondern es ging uns darum, dass wir sehr rasch eine Entscheidung haben. Wollen wir in Oberwart das Krankenhaus sanieren oder wollen wir einen Neubau?

Da gab es - und das kann ich beweisen - einen Eiertanz innerhalb der SPÖ und das wurde über viele Jahre nicht geklärt. Da sind Millionen an Euro in den Sand gesetzt worden. Wenn irgendwo eine Gemeinde etwas verursacht, wird das sofort aufgebläht und es ist in den Medien.

Bis jetzt wissen wir nicht, wie viel die Sanierungskosten, die geplanten und die bereits durchgeführten Sanierungskosten betragen haben. Sie haben eine schriftliche Anfrage an den Herrn Rezar gestellt, der hat eine Zahl genannt. Soviel möchte ich schon sagen, denn es gibt und gab hier seitens der ÖVP immer wieder eine eindeutige Haltung. „Ja“ zum Gesundheitswesen, „ja“ zur Standortgarantie - das stand auch im Regierungsübereinkommen. Das gab es bei jeder meiner Aussagen -und ein klares „ja“ zu dieser Vorgangsweise, dass wir in Oberwart entweder sanieren oder neu bauen.

So und jetzt kommt es. Ich habe mir diese zeitliche Abfolge genau angesehen, weil ich das nicht stehen lassen möchte, was hier bereits die letzten Monate verbreitet wurde. Der Ausgangspunkt Frau Benkö, wir wissen das genau, war eigentlich eine grundsätzliche Kostenvorgabe der Generalversammlung und nicht der Regierung.

Die Regierung war gar nicht eingeschaltet. Die Einschätzung der Generalversammlung war 80 Millionen Euro netto. Damals hat man gesagt, mit 80 Millionen Euro netto wird man das Krankenhaus sanieren können. Dann hat man im Juni 2016 aufgrund der prognostizierten Kostenüberschreitung von der KRAGES, nicht von der Regierung, alles von der Krages, von der ausgegliederten Stelle, da hat die Regierung gar nichts zu tun gehabt, das Projekt gestoppt.

Am 7. September 2010 hat die Generalversammlung der KRAGES, wieder nicht die Regierung, sondern die Generalversammlung, neuerlich beauftragt, mit der Planung der Sanierung und mit der Vorgabe, es darf nicht mehr als 80 Millionen Euro kosten.

Schon am 18. Oktober 2011 hat man eingesehen, dass diese 80 Millionen Euro nicht zu halten sind. Dann gab es noch einmal einen Kostendeckel. Was glauben Sie, wieviel, Herr Klubobmann Molnár? *(Abg. Géza Molnár: 120 Millionen Euro?)* Nein, damals noch 97 Millionen Euro. Damals noch 97 Millionen Euro netto. Da hat man gesagt, mit dem wird man auf jeden Fall alles planen können. Da gab es noch immer keine Regierungsbeschlüsse.

Sondern, alles wurde im Bereich KRAGES abgehandelt. Am 31. Mai 2012 kam es zur Ausschreibung des Generalunternehmens. Diese wurde dann letztendlich, hochinteressant, das ist ja fast wie ein Kriminalfall, später durch die Generalversammlung widerrufen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Christian Illedits: Das habt Ihr schon einmal so gespielt. Schon einmal so gespielt! – Abg. Ingrid Salamon: Es geht schon wieder los!)*

Widerrufen! Am 2.4.2013 gab es dann, Herr Präsident, eine Regierungsvorlage vom Herrn Rezar. Ich habe sogar die Zahl da. Da ging es um den Umbau, um den Masterplan, um die Errichtungsbewilligung und aufgrund meiner Intervention, ich habe mir das angesehen, wurde der Tagesordnungspunkt abgesetzt. Verschoben. Weil der Landeshauptmann mir mehr geglaubt und gesagt hat, „ja, da sind sehr viele Dinge, die aufklärungsbedürftig sind“. Daher gab es erst eine Woche später, das ist das, was ich beantwortet habe, am 9.4. eine formale, aber keine inhaltliche Zustimmung.

Wir haben auch nicht gewusst, welche Kosten da auf uns zukommen. Das möchte ich schon betonen. Bis zu diesem Zeitpunkt 9.4.2013 gab es weder einen Regierungsbeschluss, noch einen Landtagsbeschluss bezüglich der Finanzierung. Niemand hat gewusst, was dieses Spital kosten wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich weiß nicht, ob das der Herr Landesrat außer Dienst Rezar gewusst hat. Ich habe nur gemerkt, dass der Herr Landeshauptmann sehr unrund war. Ich habe das gemerkt, dass er sich in dieser Situation nicht sehr wohl gefühlt hat. Das möchte ich wieder nochmals sagen. Sie haben in der Anfragebeantwortung behauptet, wir hätten da überall zugestimmt.

Am 22.7, am 9.4.2013 und vorher. Das waren aber alles formale, keine inhaltlichen und keine sonst welchen Zustimmungen, Herr Landesrat. Das kann ich Ihnen beweisen. *(Abg. Robert Hergovich: Waren es jetzt Zustimmungen oder keine?)* Keine Zustimmung zu den Finanzierungen. Wissen Sie, wo wir da zugestimmt haben? Das haben Sie ohnehin beschrieben. Einmal, wo es darum gegangen ist, irgendwelche Planungskosten von ein paar 1.000 Euro abzudecken. *(Abg. Robert Hergovich: Ihr habt zugestimmt. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das war es. Ansonsten hat die Regierung davon nichts gewusst. Das hat sich natürlich hingezogen. Erst dann, ich überspringe das jetzt alles, weil das natürlich wirklich sehr interessant ist. Darüber könnte man ein Buch schreiben, was sich da getan hat. Ja. Was sich da getan hat.

Bei den 97 Millionen Euro sind wir nicht geblieben. Dann ist die BELIG gekommen und hat gesagt, „Nein, wir bringen das mit 97 Millionen Euro nicht zusammen. Wir müssen einen Neubau machen, denn der kommt vielleicht unter dem Strich billiger“. Wir waren da bereits bei 139 Millionen Euro. Ja, das war im November 2013.

Hochinteressant, Frau Präsidentin Benkö, aber jetzt kommt es. Sie haben ja eine wichtige schriftliche Anfrage gestellt. Sie sind aber kein einziges Mal jetzt in Ihrer Wortmeldung darauf eingegangen, aber die ist wichtig. *(Abg. Ilse Benkö: Sehr wohl!)* Nämlich, Sie haben den Herrn Landesrat Rezar gefragt, wie eigentlich die Vorarbeiten sind und was an Kosten anfallen wird.

Da hat der Herr Landesrat Rezar das erste Mal die Kosten genannt und ich habe diese Kosten auch da gehört. Die habe ich sonst noch nie gehört, auch nicht in der Regierung - gesagt, 7.670.848 Euro.

Er sagt auch dazu, ich zitiere den Landesrat außer Dienst: „Für einen kompletten Neubau liegt derzeit noch kein Beschluss des Eigentümers Land Burgenland vor.“ Das ist der Beweis, dass wir uns mit diesen Ziffern in der Regierung nicht auseinandergesetzt haben. Das war im Jahr 2014. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das möchte ich schon betonen. Da hat es einen Eiertanz gegeben. Wir haben nie gewusst, was die Stranded costs sind und ich weiß nicht, Herr Landesrat, ich frage Sie jetzt ganz einfach. Ich weiß, dass es keine Fragestunde mehr ist. Wissen Sie die Stranded costs? Wie hoch sind sie? Das würde mich wirklich interessieren. Das würde mich wirklich *(Abg. Robert Hergovich: Keine Fragestunde! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Landesrat, das würde mich wirklich interessieren. Weil ich befürchte, dass es nicht bei den 7,6 Millionen Euro geblieben ist, sondern dass es eine zweistellige Millionensumme ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 12,5 Millionen Euro.)*

Ich sage Ihnen, was da passiert wäre, wenn das einem Regierungsmitglied der ÖVP passiert wäre oder jetzt einem FPÖ Regierungsmitglied. Was glauben Sie, was da passiert wäre? Wir diskutieren über Gemeinden, über Bürgermeister, wenn es da irgendwelche finanziellen Schwierigkeiten gibt bis zum geht nicht mehr.

Da lassen wir das ganz einfach so durchgehen. Ich sage Ihnen, das ist nach wie vor aufklärungsbedürftig und wenn Sie wirklich, Herr Klubobmann Molnár, Frau Präsidentin Benkö, das auch vollziehen wollen, was Sie immer gepredigt haben, nämlich, glasklare Transparenz, Offenheit und vor allem Ehrlichkeit, dann müssten Sie heraus gehen und müssten in Ihrem eigenen Interesse dafür sorgen, dass diese Zahlen, die nach wie vor im Dunkeln sind, offen gelegt werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das wäre ein Fall auch für den Rechnungshof, dass der diesen Zeitrahmen überprüft, was sich da abgespielt hat von 2010 bis jetzt und wo diese Gelder eigentlich hingeflossen sind. Das ist, meiner Meinung nach, eigentlich fast ein Skandal, der noch nicht aufgedeckt ist. Herr Landesrat! Da gibt es sehr viel, dass man noch eigentlich hier aufdecken könnte. Noch einmal zusammenfassend und das ist mir wichtig: Die ÖVP hat sich immer für das Krankenhaus, für die Sanierungen und für den Neubau ausgesprochen. Wir waren im Dunkeln, so wie viele andere. Ich behaupte, sogar der Landeshauptmann Niessl hat das nicht gewusst. Der hat sich des Öfteren mit mir zusammengetan und hat gesagt, eigentlich ein Wahnsinn und da müssen wir aufpassen. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Wie bitte? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ja. Es sind Stranded costs passiert, die aufklärungsbedürftig sind. Ich behaupte, in zweistelliger Millionenhöhe. Daher, Frau Präsidentin Benkö, wäre es wichtig, dass dann der Landtag, ein Landtagsausschuss, diesen Bau begleitet, dass der Landtag permanent informiert wird, dass wir permanent diese Informationen vom Landesrat bekommen.

Nochmals, uns geht es darum, dass wir hier wirklich sauber und transparent diesen Neubau vollziehen können, denn das sind Steuergelder, die hier verbaut oder letztendlich in der Vergangenheit verschwendet wurden. Das ist uns so wichtig und daher auch unser Abänderungsantrag, den ich jetzt einbringe mit der Beschlussformel:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbindung der betroffenen Interessensvertretungen und der im Landtag vertretenen Parteien - nicht der in der Regierung vertretenen Parteien, wir brauchen keinen Regierungsproporz - umfassende

Maßnahmen zu setzen, damit der Bau des Krankenhauses Oberwart und die damit verbundenen Infrastrukturmaßnahmen zeitgerecht und im Rahmen des geplanten Budgets umgesetzt werden:

- Die einzelnen Planungsphasen des Neubaus des Krankenhauses Oberwart sind transparent und nachvollziehbar darzustellen. Ein detaillierter Bericht ist dem Landtag jährlich vorzulegen.
- Ein umfassendes Verkehrskonzept ist mit Experten und Betroffenen zu erarbeiten.
- Seitens der Belig-Beteiligungs- und Liegenschafts- GmbH ist dem Landtag ein detaillierter Bericht mit Kostenaufstellung ab 2014 bis dato vorzulegen.

Nochmals. Wir bekennen uns zu diesem Neubau, aber wir fordern völlige Offenlegung der Stranded costs. Was ist da passiert? Wo ist das Geld hin verschwunden? Das ist noch nicht geklärt. Wir fordern natürlich auch für die nächsten Monate bis zur Fertigstellung des Neubaus völlige Informationen auch dem Landtag gegenüber. Danke *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen mit einbezogen wird. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank! Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne gleich mit einem Zitat: Herr Mag. Steindl, Frau Mag.a Resetar Ohren spitzen: Wir werden ganz klar sagen, was Sache ist! Zum Beispiel bin ich strikt gegen fünf Spitäler im Land, je eines in Oberwart und in Eisenstadt muss reichen. Für die dann leer stehenden Gebäude in Güssing und Oberpullendorf hätte ich schon Ideen, die ich zu gegebener Zeit präsentieren werde. Altersheime schweben mir jedenfalls nicht vor, so viel ist sicher. Ihre Regierungskollegin vor einem Jahr, Mag.a Michaela Resetar, Copyright. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Ilse Benkö: Aus Saulus wird Paulus!)*

Aber schon die gleiche Partei, nehme ich an, Ihr seid bei der gleichen Partei. Kommen wir zum Thema und freuen wir uns eigentlich miteinander. Oberwart bekommt das modernste Krankenhaus Österreichs. Das ist die frohe Botschaft heute. Nur eines vermissen wir heute sehr. Die Freude bei der ÖVP hält sich in Grenzen. Das aus mehreren Gründen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt zu ein paar Zahlen, Herr Mag. Steindl: Der Neubau des Krankenhauses Oberwart wurde von der Vorgängerregierung - und ich darf die Abgeordneten der ÖVP, alle, die damals noch dabei waren, daran erinnern - im Februar 2014 beschlossen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist ja auch so okay.)* Auch das Ausschreibungsverfahren für den Generalunternehmer wurde nach einer Vorlage der BELIG im Juli 2015 mit Zustimmung der ÖVP gestartet. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Selbstverständlich! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Habt Ihr vorhin nicht zugehört?)* Immer wer rein ruft ist gefährlich. Da bin ich am richtigen Pfad. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das habe ich alles gesagt. Sie hören mir ja gar nicht zu! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Habt Ihr vorhin nicht zugehört?)*

Aber, es geht weiter. Die ÖVP hat die Beschlüsse mitgetragen, war bei allen Entscheidungsprozessen mit eingebunden und will sich nun nicht mehr daran erinnern. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Wissen Sie was…)* Auch wenn ich für gewisse Zwänge als

Oppositionspartei Verständnis habe. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist ja echt lächerlich! – Abg. Robert Hergovich: Zuhören!)*

Für Ehrlichkeit - auch wenn Sie sich als Oppositionspolitiker - der Obmann Steiner ist ja jetzt schon bekannt dafür - profilieren möchten, dann sollten Sie das auch ein bisschen konstruktiv machen und auch im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Aber, kommen wir zum Krankenhaus Oberwart zurück. Nachdem das Landesverwaltungsgericht die Einsprüche gegen die Vergabe des Neubaus des Krankenhauses Oberwart abgewiesen hat, stand der Generalplaner fest. Es ist die Firma Ederer+Haghirian Architekten mit Sitz in Graz, die bereits Erfahrung in der Planung von Krankenhäusern mitbringt. Die Burgenländerinnen und Burgenländer wurden immer transparent informiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Transparenz stand auch im Mittelpunkt bei der Präsentation des Neubaus, der einen großen Qualitätsgewinn für Oberwart, für das Krankenhaus Oberwart bringen wird. Das neue Krankenhaus, meine Damen und Herren, wird rund 300 Betten umfassen, in modularer Bauweise gestaltet und der laufende Betrieb im Krankenhaus wird während der Bauzeit ungestört weiterlaufen. Das neue Haus wird patienten-, mitarbeiter- und prozessorientiert errichtet sowie innovativ und modern sein.

Der Christophorus 16 bekommt einen eigenen Landeplatz am Dach des neuen Gebäudes. Noch vor Baubeginn des Krankenhauses wird ein neues Parkhaus errichtet, sodass in einem fließenden Übergang bestehende Parkplätze nahtlos durch neue ersetzt werden. Diese und noch viel mehr Details der Planung wurden von Landesrat Mag. Norbert Darabos und KRAGES Geschäftsführer Mag. Rene Schnedl in einer Pressekonferenz vorgestellt. Von Intransparenz kann also gar keine Rede sein.

Die Planungsphase soll bis 2018 abgeschlossen sein. Der Baubeginn ist für 2019 anberaumt, die Fertigstellung soll dann in fünf bis sieben Jahren erfolgen. Ich kann Ihnen eines versprechen: Es wird jede Bauphase transparent nachvollziehbar sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was noch zu wünschen wäre, ist etwas mehr konstruktive Zusammenarbeit von Seiten der Stadt Oberwart. Davon war leider bislang nicht viel erkennbar. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Steier. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir in spätestens sieben Minuten mit der Diskussion der dringlichen Anfrage beginnen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Geht sich aus! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Ich habe nur darauf gewartet, dass ich die Zeit noch zur Verfügung gestellt bekomme. Aber prinzipiell ist es mir ein Anliegen zu diesem Thema auch etwas dazu zu sagen und ich möchte jetzt nicht aus der Vergangenheit her aufzäumen, sondern von der Gegenwart her.

Alle, die jetzt hier im Landtag vertreten sind und auch die burgenländische Bevölkerung hat den Text gelesen, den der Herr Landesrat Darabos, der jetzt nicht zugegen ist, diktiert hat und zwar: Er garantiere, nachdem er schon die Kaserne Güssing geplant hat, heuer im Jahr 2015 für das Jahr 2021 das fertig gestellte Krankenhaus Oberwart mit der festgeschriebenen Bausumme von 158,5 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Wortmeldung in Gottes Ohr und es wäre angebracht, alles was dazu dient, diese prophetische Formulierung auf ein Krankenhaus der Zukunft in den Raum zu stellen, auch dementsprechend begleiten zu lassen.

Dafür ist dieser Antrag gestellt worden, dass er eine begleitende und inhaltlich für alle nachvollziehbare Transparenz bekommt und dass nicht nachträglich die Formulierung, die der Herr Landesrat, der werte Herr Landesrat, getroffen hat, nicht gültig ist. Also, 158,5 Millionen Euro, 2021 unter den besten Voraussetzungen, das ist der Schlachtruf, den Norbert Darabos gesetzt hat.

Wir sind frohen Mutes, dass er ihn vom Versprechen her auch einhalten kann. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sicher!)* Ich weiß nicht, ob zum Schluss dann ein Krankenhaus herausschauen wird oder eine kleinere Variante von einem Fertigteilhaus. *(Abg. Robert Hergovich: Lustig! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, prinzipiell sind wir guter Hoffnung. Tatsache ist aber, Sie sollten alles dafür tun, die entsprechenden und eingeforderten Maßnahmen zur begleitenden transparenten Kontrolle und Aufmerksamkeit auch zu erfüllen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Doch, Herr Landesrat! *(Abg. Christian Illedits: Das geht sich nicht aus! – Abg. Ilse Benkö. Geht sich nicht mehr aus. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wird knapp!)* Ich bitte Sie, in drei Minuten ihre Wortmeldung zu beenden, ansonsten muss ich Sie unterbrechen.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Nur ganz kurz. Entschuldigung. Deswegen war ich kurz draußen, weil ich mir diesen Akt geholt habe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Kollege Steindl! Das muss ich schon jetzt auch zurückweisen. Ich war damals nicht Landesrat, wie Sie wissen. Aber, es gibt einen Beschluss der Landesregierung vom 15. Juli 2014, wo die Beauftragung der BELIG mit Ihren Stimmen auch abgesegnet wurde. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das habe ich ja auch gesagt.)* Es gibt darüber hinaus einen Vortrag der BELIG vor der Regierung, das muss man schon sagen, weil Sie haben das … *(Abg. Mag. Franz Steindl: Habe ich gesagt! – Allgemeine Unruhe)*

Diese 158,5 Millionen Euro, die auch der Kollege Steier angesprochen hat.

Noch einmal, ich war damals nicht dabei. Ich habe eigentlich nur mehr vollzogen, was im Jahr 2014 von Euch, gemeinsam mit der SPÖ, beschlossen wurde. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist auch kein Vorwurf an Sie. Nicht gegen Sie.)* Über diese Kosten, die Sie angesprochen haben, das hat so ein bisschen nach skandalmäßig gerochen, was Sie da jetzt gesagt haben.

Die Kosten, die vorher entstanden sind, sind immer in das Krankenhaus geflossen, denn da hat sich keiner irgendwo bereichert, ganz im Gegenteil. Das sind auch jetzt Kosten, die in den Betrieb des Krankenhauses fließen werden und noch immer fließen, weil wir ja bis zum Jahr - wir werden schauen, wann wir fertig werden - 2020, 2021. Die Kanalisierung verstehe ich nicht. Ich sage das deswegen, weil ich mich noch einmal zu Wort gemeldet habe. Ich war damals nicht dabei, das möchte ich noch einmal ganz kurz sagen. Aber, es hat so geklungen, als ob das gegen mich gerichtet gewesen wäre. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir werden das modernste Krankenhaus Österreichs errichten. Wir

werden dieses Krankenhaus, ich hoffe, und ich bin da durchaus bei Ihnen, auch mit Transparenz, mit Mitbestimmung des Landtags, der Landesregierung errichten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin ja auch daran interessiert wenn es Kosten gibt, die dann vielleicht zuerst nicht erkennbar waren, dann würde ich auch gern haben, dass alle dahinter stehen. Ich würde mir nur wünschen, dass man auch hinter einem Projekt steht, dass, wie gesagt, in der Gesundheitspolitik das Größte momentan in Österreich ist - Punkt 1 - und das wichtigste für das Burgenland insgesamt ist.

Dass man das skandalisiert halte ich für falsch. Ich kann Ihnen beweisen, und Sie haben es gerade auch bestätigt, dass im Jahr 2014 dieser Beschluss von der ÖVP mitgetragen wurde, was diese BELIG-Geschichte betrifft. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Er hat auch vorhin nichts anderes gesagt. – Abg. Ilse Benkö: Sehr gut! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Punkt liegen nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend das Krankenhaus Oberwart ist somit in der vom Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst worden.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Mindestsicherung-NEU (Zahl 21 – 422) (Beilage 601)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest es ist - 14.50 Uhr - somit innerhalb der Geschäftsordnung komme ich zum Aufruf der Behandlung des Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Mindestsicherung-NEU, Zahl 21 - 422, Beilage 601, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Dankeschön Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Es ist wahrscheinlich so, dass dieser Antrag ein Antrag ist, wo die Dringlichkeit relativ leicht zu begründen ist. Das Thema "Bedarfsorientierte Mindestsicherung" ist ja nicht erst jetzt ein dringliches und ein aktuelles Thema, sondern seit vielen, vielen Monaten eigentlich und die Notwendigkeit, dass es Änderungen geben muss in diesem Bereich ist ja unbestritten.

Man kann es natürlich von unterschiedlichen Seiten betrachten, aber die große Mehrheit der politischen Parteien und der Politiker, aber auch der Bevölkerung, sieht großen Bedarf in der Änderung der Mindestsicherung. Wo ganz einfach Maßnahmen gesetzt werden müssen, damit man mit einem Erwerbseinkommen deutlich mehr bekommt, als mit einem Sozialeinkommen.

Damit die Sozialausstattung, die Mindestsicherung nicht so gestaltet ist, dass sie ein Anziehungspunkt für Menschen aus anderen Staaten ist, sondern dass sie genau das ist, wofür sie eigentlich geschaffen worden ist, nämlich als Überbrückungshilfe für Menschen, die in schwierigen Situationen sind und denen auch geholfen werden soll und wo es auch Anreize geben soll, damit sie wieder in den Arbeitsprozess kommen können.

Dringlich ist diese Thematik vor allem deshalb, wir haben als ÖVP schon im Feber 2016 einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, und dieser Antrag wurde von der rot-blauen Regierung ständig vertagt und es ist immer gesagt worden, ja wir warten noch, vielleicht gibt es doch eine Lösung, vielleicht gibt es irgendjemand, der uns eine Lösung präsentiert*. (Unruhe bei der SPÖ)*

Andere verantwortungsvolle Landesregierungen wie zum Beispiel in Niederösterreich, in Oberösterreich, haben hier das Heft in die Hand genommen und haben Vorschläge, nicht nur sich überlegt, sondern haben Vorschläge auch beschlossen.

Oberösterreich hat das schon getan, Niederösterreich hat heute einen diesbezüglichen Gesetzesantrag eingebracht und wird dann im November die Beschlussfassung durchführen. Und worum geht es bei diesen Vorschlägen aus diesen Ländern?

Auf der einen Seite, sachlich geht es darum eine sogenannte, zur normalen Mindestsicherung eine „Mindestsicherung light“ einzuführen, wo man für Menschen die noch nicht fünf Jahre im jeweiligen Bundesland leben, geringere Zahlungen festlegt, einen Integrationsbonus dazu gibt, und auch noch ein Taschengeld, damit natürlich die Lebensgrundlage gesichert ist.

Auf der anderen Seite geht es um eine Deckelung bei Familien auf 1.500 Euro, auch natürlich mit Abschlägen, das soll ja und wird ja auch in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt und natürlich geht es auch darum, dass die Wohnkosten unterschiedlich sind.

Das Problem vor dem wir stehen ist, dass es ja derzeit eine 15a Vereinbarung gibt, die allerdings Ende des Jahres ausläuft. Und wenn man sich die Diskussion auf Bundesebene anschaut und gerade heute sehr aktuell, dann schaut es irgendwie danach aus, als ob es keine gemeinsame Lösung auf Bundesebene geben könnte. *(Abg. Ingrid Salamon: Da steht es aber schwarz auf weiß.)*

Auch die Reaktionen aus den Bundesländern, auf unterschiedliche Vorschläge des Bundes waren nicht so, dass man davon ausgehen kann, dass es hier eine einhellige Meinung gibt.

So gesehen, und das glaube ich wirklich, sind die Maßnahmen die in Niederösterreich und in Oberösterreich gesetzt worden sind, nicht nur sozusagen eine sachpolitische Frage, sondern vor allem auch ein - ja gewissermaßen ein Druckmittel auf die Bundesregierung, endlich tätig zu werden und hier entsprechende Maßnahmen auf Bundesebene zu setzen. Denn das Ziel, glaube ich, generell ist es ja eine bundeseinheitliche Lösung zu haben. Und da geht es, wie gesagt, auf der einen Seite auch um den Schutz des gesamten Systems, wenn man sich die Entwicklung der Kosten

für die Mindestsicherung anschaut, dann ist das natürlich schon gewaltig, was in den letzten Jahren passiert ist.

Da geht es um Steigerungsraten im Burgenland zum Beispiel von einem Jahr auf das andere, von knapp 14 Prozent. In anderen Bundesländern ist es noch viel, viel dramatischer und ich denke, dass man schon auch Maßnahmen setzen muss, um dieses soziale System auch aufrecht erhalten zu können.

Auf der anderen Seite geht es auch darum, dass wir Maßnahmen setzen, wo die Bevölkerung mitgehen kann, wo die Bevölkerung das auch als nachvollziehbar erachten kann.

Wenn, meine Damen und Herren, es zu Fällen kommt, wo ganz einfach überschießende Sozialleistungen gewährt werden, dann ist das für die Menschen, die jeden Tag hart arbeiten gehen, die jeden Tag in der Früh aufstehen zu ihrer Arbeit gehen, und dann auch nicht viel mehr im Geldbörsel haben, ganz einfach nicht mehr nachvollziehbar.

Meine geschätzten Damen und Herren, die rot-blaue Landesregierung, die, wie gesagt, zwar immer wieder groß redet und immer wieder große Sprüche klopft, aber dann, wenn es darauf ankommt, wenn es darauf ankommt etwas zu beschließen, den Schwanz einzieht und sich hinter irgendwelchen Formalismen versteckt - *(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* Bitte?

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich bitte Ihre Ausdrucksweise zu überlegen.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP) *(fortsetzend)*: Bitte?

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Ich ersuche Sie höflich, hier im Hohen Haus Ihre Ausdrucksweise dem Hohen Haus anzupassen.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP) *(fortsetzend)*: Was war an dieser Ausdrucksweise ein Problem? Bitte? *(Abg. Ingrid Salamon: Da brauchen wir gar nicht diskutieren, das ist ein Witz. - Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ein Schelm, wer Böses denkt.)*

Ach so, sehr sensibel, Frau Präsidentin. Ich nehme das zur Kenntnis, gut. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist eine übliche Redewendung.)* Es ist eine Redewendung, die allgemein gebräuchlich ist. *(Abg. Doris Prohaska: Aber nicht im Hohen Haus.)*

Na ja, Entschuldigung, da habe ich schon andere Sachen gehört im Hohen Haus, aber okay. Okay, ich nehme es zur Kenntnis. *(Allgemeine Unruhe)* Ich nehme es zur Kenntnis, Du hast auch schon andere Sachen gehört und auch gesagt, im Übrigen. Aber ist ja egal.

Ja, jedenfalls, die Regierung ist, so wie in vielen sachpolitischen Thematiken halt auch untätig, und die rot-blaue Regierung hat heute drei Möglichkeiten eigentlich. Weil wir jetzt den Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, haben Sie drei Möglichkeiten. Das eine ist, einen Abänderungsantrag so wie immer zu machen, das wird auch heute, wie ich höre, der Fall sein, irgendetwas reinzuschreiben, damit man halt einen eigenen Antrag hat und mit der Mehrheit eine andere Beschlusslage herstellt. Zweite Möglichkeit ist abzulehnen, das wär ehrlicher und wäre die gleiche Aussendung. Wir wollen nichts tun, wir wollen hier keine klare Positionierung einnehmen.

Oder die dritte Möglichkeit, unserem Antrag ganz einfach zuzustimmen, zu sagen ja, sind gescheite Vorschläge und da sind wir mit dabei. Das wäre natürlich die beste

Möglichkeit, aber die erhoffe ich mir eigentlich gar nicht. Jedenfalls wird das heute auch ein Offenbarungseid, vor allem für die Freiheitliche Fraktion in der rot-blauen Landesregierung. Dieser, meine Damen und Herren, politische Stillstand auch in dieser Frage, tut dem Land nicht gut. Wenn diese rot-blaue Landesregierung in sachpolitische Themen nur halb so viel Energie hineinlegen würde wie in andere Dinge, wie zum Beispiel die Verwaltungsstrukturen zerstören, irgendwelche Positionen zu verändern, das halbe Amt der Landesregierung handlungsunfähig zu machen, oder eine Verwaltungs-Doppelstruktur aufzubauen mit der sogenannten BLh, wo ja diese Woche erst eine Bilanz gelegt wurde, minus 45 Millionen Euro.

Witzig ist, dann stellt sich der Landeshauptmann hin und sagt ja, es ist ja eine Bilanz der Vergangenheit, vergisst aber natürlich, dass das seine Bilanz ist, er ist ja die politische Vergangenheit, das sollte ihm irgendwann einmal bewusst werden.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir bei diesem Thema durchaus sensibel vorgehen müssen, da gebe ich all jenen Recht, die natürlich auch kritisch zu Veränderungen stehen. Sensibel aber auch gegenüber der Bevölkerung, sensibel gegenüber jenen Menschen, die es ja eigentlich erst ermöglichen, dass wir solche Sozialleistungen geben können, nämlich die Menschen, die Steuern zahlen, die jeden Tag arbeiten gehen und dafür sorgen, dass der Staat überhaupt in der Lage ist, ein gutes Sozialsystem aufzubauen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich möchte an die Vertreter der rot-blauen Regierung, insbesondere an die Abgeordneten appellieren, hier wirklich… *(Abg. Manfred Kölly: An mich nicht? Soll ich nicht mitstimmen?)* Ja, Du darfst natürlich mitstimmen, ich hoffe, dass Du mitstimmst, *(Abg. Manfred Kölly: Du hast gesagt Rot-Blau.)* aber entscheidend ist natürlich eine Mehrheit, deswegen appelliere ich ganz besonders an die rot-blauen Abgeordneten, dass sie sich doch überlegen und ja in Erwägung ziehen, diesem Antrag zuzustimmen.

Es ist nämlich irgendwie eigenartig, wenn man außerhalb des Landtages mit Abgeordneten-Vertretern redet, egal ob von Rot oder von Blau, gibt es eigentlich inhaltlich immer Zustimmung. Jeder sagt ja, da müssen wir etwas machen, da gehört etwas verändert. Aber wenn es dann darum geht, irgendwann einmal über diesen rot-blauen Schatten zu springen und zu sagen, es hat halt die ÖVP einmal einen guten Vorschlag gemacht, dann auch aufzustehen, zuzustimmen und gemeinsam das mitzutragen, soweit geht es offenbar noch nicht. Das wäre aber gut für das Land und wäre gut für die demokratische Struktur im Land, ja für das demokratische Zusammenarbeiten im Land.

In dem Sinn glaube ich, ist dieser Antrag mehr als dringlich. Ich hoffe auf eine Mehrheit und hoffe, dass wir mit einem solchen Beschluss auch den entsprechenden Druck der notwendig ist, auf die Bundesregierung ausüben können, um eine bundeseinheitliche Lösung zu finden und zu bekommen.

Weil wenn das nicht passiert, und es schaut wirklich danach aus, dann wird es ganz einfach in den Bundesländern ganz unterschiedliche Regelungen geben. Dann werden die Bundesländer beginnen nach unten zu lizitieren, und dann wird das alles eintreten, was niemand will. Dass es dann nämlich innerhalb von Österreich einen, ja Mindestsicherungstourismus gibt, wo man dann halt Bundesländer, die höhere Möglichkeiten schaffen, ganz besonders belastet, das wird insbesondere Wien treffen.

Aber ich denke eine bundeseinheitliche Lösung in solchen Fragen wäre der richtige Weg. Deswegen noch einmal, ich bitte Sie alle um Zustimmung zu unserem Antrag. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mich ein bisschen schneller sputen, weil, ich habe nur fünf Minuten. Wieder einmal die Sache, dass man nicht schaut, einen Klub mit zwei Abgeordneten zu kriegen, das ist typisch einmal.

Und da frage ich die FPÖ, vielleicht werden sie sich irgendwann einmal auch entscheiden, dass wir mit zwei Mann - wie früher auch, einen Klub haben können, dass man solche Dinge einbringen kann, oder auch länger über das diskutieren kann.

Weil dieser Antrag ist ein wichtiger Antrag, gar keine Diskussion, es ist ein Dringlichkeitsantrag und ich lese vor: Die Burgenländische Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Mitte 2016 eine unterschriftsreife neue Artikel 15a BVG-Vereinbarung vorliegt, worin

Punkt 1: für Mehrpersonenhaushalte eine Deckelung in der Höhe von 1.500 Euro aller Geldtransferleistungen;

Punkt 2: im ersten Jahr eine Umstellung auf Großteils Sachleistungen;

Punkt 3: für arbeitsfähige aber nicht arbeitswillige Personen nach einem Jahr jedenfalls eine Verpflichtung der Reduktion der Geldleistungen um 25 Prozent;

Punkt 4: für asylberechtigte und subsidiäre Schutzberechtigte der verpflichtende Besuch von Deutschkursen und Integrationsschulungen, deren Nichtabsolvierung zu einer Reduzierung der Mindestsicherung führt. Eingebracht am 28.01.2016 von der Bündnis Liste Burgenland.

Also wie dringend ist das jetzt? Das war damals schon dringend, was glaubt Ihr, was mit diesem Antrag passiert ist? Das weiß niemand, schubladiert, weg ist er und das verstehe ich nicht.

Dann hat im Feber die ÖVP einen Antrag eingebracht der ähnlich gelautet hat. Und heute stehen wir da, und dann bringt die ÖVP einen Dringlichkeitsantrag ein, der ein Elch-Test für die FPÖ und die SPÖ sein soll. Ist ja schön und gut.

Ich denke aber, liebe Freunde von der ÖVP, christlich sozial schimpft Ihr Euch, ja soll so sein, ich frage mich halt nur, was das mit der Dringlichkeit zu tun hat? Das ist tagtäglich, wo wir das erleben müssen und wurde damals schon von uns eingebracht. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Damals habt Ihr nicht mitgestimmt, die SPÖ hat nicht mitgestimmt, die FPÖ hat nicht mitgestimmt, der Antrag ist irgendwo untergegangen. Das verstehe ich nicht.

Was ist da mit der Demokratie? Was passiert in diesem Hohen Landtag? Und das sind genau die Dinge, die wir und heute auch der Kollege Steindl vorgebracht hat. Es wird demnächst „Licht ins Dunkel“ sein im ORF und ich hoffe bald auch im Landtag, Licht ins Dunkel spielen. Weil hier hört man klar und deutlich heraus, dass das absolut nicht funktioniert hat in der Vergangenheit.

Genau das, was wir immer gesagt haben, genau das was die FPÖ gesagt hat. Jetzt sitzen sie in Verantwortung und kuschen und liegen alle unter dem Tisch und trauen sich

nichts mehr sagen. Und genau das sind die Dinge, die ich nicht will. Sondern seid ehrlich! Schaut über den Tellerrand hinaus und sagt, da gefällt uns einiges nicht und redet mit Eurem Koalitionspartner.

Vielleicht wäre das einmal notwendig. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)* Ja, ist ja in Ordnung, ich habe ja kein Problem damit Hans, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ich habe kein Problem damit, wenn das so ist, nur Ihr müsst Euch dazu bekennen.

Wir haben Anträge eingebracht, auch heute wieder, die Ihr nicht einmal unterstützt habt, damit man sie überhaupt diskutieren kann. Und das sind die Dinge, die wir aufzeigen wollen. Und das sind die Dinge wo ich mich frage in der Parteipolitik, ist das notwendig, arbeiten wir für das Land oder arbeiten wir für Parteipolitik? Und das stört mich an der ganzen Situation in diesem Hohen Landtag.

Ich sage nicht umsonst, setzen wir uns zusammen. Und wenn es dann eine Diskussion gibt, was in der Vergangenheit alles schief gegangen ist, dann kann ich nur eines sagen, wir haben Recht gehabt, Recht gehabt, Recht gehabt, als wir aufgezeigt haben. Krankenhaus Oberwart - wird uns noch Jahre begleiten. Und was haben wir immer gesagt, begleitende Kontrolle - das muss möglich sein. Wenn man eigenständig eine vom Rechnungshof ausgegliederte Partie macht. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ)* Ihr wollt das gar nicht hören, Ihr wollt das gar nicht wissen. Ihr würdet Euch leichter tun in dieser Sache.

Oder wenn wir einen Antrag einbringen bei der Umfahrung Schützen den Rechnungshof einzubinden. Macht die FPÖ zur gleichen Zeit gleich ganz etwas anderes. Und das verstehe ich nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ und von der FPÖ. Das kann es nicht sein.

Daher noch einmal, umdenken, nachdenken, das Beste für das Land herausholen, dann werden wir sicherlich auf einem guten Weg sein.

Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordnete Frau Mag.a Regina Petrik.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön, Frau Präsidentin. Fünf Minuten sind in der Tat wirklich sehr kurz, um zu diesem Thema zu reden.

Die ÖVP gibt es anscheinend endgültig auf, die Armut zu bekämpfen und manchmal frage ich mich, ob sie wirklich eine Ahnung haben, wovon Sie hier sprechen und ich werde das an einigen Beispielen hier deutlich machen.

Aus Ihrem Antrag das österreichische Sozialsystem ist unbestritten eines der besten. Wer Unterstützung braucht, der soll und muss sie auch in ausreichendem Maß erhalten. Was ist denn ausreichend in Ihrer Berechnung für Miete, Stromkosten, Heizkosten, Versicherung, Wasser, Müllabfuhr, Internet, Telefon, Nahrung, Kleidung, Toilettenartikel und, und, und?

Natürlich kann man sich von allerlei befreien lassen, auch als Familie. Aber dann sind es die Kinder, die in der Schule geradestehen müssen für das, was sie nicht mitmachen können. Sie sagen einerseits ist es wichtig niemanden zurückzulassen der Hilfe braucht, auf der anderen Seite muss sich Fleiß aber auch lohnen.

Fleiß soll sich lohnen, oder wie Sie auch oft sagen, Leistung soll sich lohnen. Wissen Sie überhaupt welche Leistung Frauen und Männer erbringen? Haben Sie irgendeine Ahnung von der Leistung jener Personen, die sich täglich die Frage stellen müssen, wie sie über die Runden kommen?

Wissen Sie welcher Fleiß Menschen abverlangt wird, die jeden Euro umdrehen müssen, um möglichst alles was irgendwie selbst zu machen geht, auch selbst zu tun. Wissen Sie was das für eine Leistung ist, auch die muss sich lohnen. Dann kommen Sie in einer Antragsbegründung auch noch mit den Flüchtlingen daher. Es ist immer schön, irgendeinen Schuldigen für etwas zu finden, wenn man woanders Kürzungen durchbringen möchte. Dieser Methode hat sich bis jetzt meistens nur die FPÖ bedient, jetzt ist die ÖVP auch schon so weit.

Und wie ich jetzt sehe auch in einem Abänderungsantrag der Regierungsparteien hat sich die SPÖ im Burgenland ebenfalls genau auf dieses Niveau herabgelassen. Sie sagen eine der erforderlichen Maßnahmen ist die umgehende Neugestaltung der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Dass eine erforderliche Maßnahme die Neugestaltung der Mindestsicherung ist, ist aber kein Faktum, sondern das ist ihre Entscheidung. Sie könnten auch sagen, wir verzichten einmal auf einen Kreisverkehr oder auf den Ausbau von Autobahnen, weil Menschen wichtiger sind als Geschwindigkeit.

Sie könnten auch sagen, weil die Schere zwischen Armen und Reichen immer größer wird, müssen wir jene, die sehr viel haben nun auch einmal zur Kasse bitten, durch Vermögenssteuern, durch Erbschaftssteuern, Leistung soll sich doch lohnen. Nun sagen Sie mir, welche Leistung ist es denn zu Erben oder in eine reiche Familie hineingeboren zu werden?

Leistung soll sich lohnen - Sie sprechen von einer solidarischen Gesellschaft und meinen doch nur die Solidarität der Armen mit den Ärmsten, und der Rest ist Almosen. Sie schreiben in Ihrem Antrag: In einer solidarischen Gesellschaft muss ein klarer Rahmen für Sozialpolitik verankert sein und setzen den Rahmen so, dass manche einfach herausfallen. Sie meinen der Arbeitsanreiz für Bezieherinnen und Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung muss erhöht werden. Nun, wissen Sie eigentlich die Zahlen aus dem Burgenland?

Im Dezember 2015 kam auf 30,9 Personen, die beim AMS gemeldet waren eine Stelle und Sie sprechen von Arbeitsanreiz. Das ist doch zynisch. Wissen Sie überhaupt wie viel Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher darlegen müssen und offen legen müssen bevor sie überhaupt diese Zuwendung bekommen? Das ist gar nicht vergleichbar mit Menschen, die im Erwerbsleben stehen.

Es braucht die Pflicht zur Vermögensverwertung. Alles was über 4.189,00 Euro an Vermögen ist, muss vorher verwertet werden, bevor man überhaupt einen Anspruch hat die bedarfsorientierte Mindestsicherung zu bekommen. Es gibt die Pflicht vom Ersatz zur Arbeitskraft. Man muss sich am Arbeitsmarkt bereithalten. Es gibt Unterhaltsklagen et cetera, et cetera.

Es stimmt auch nicht der Zusammenhang, dass in jenen Ländern wo die Sozialleistungen und in dem Fall die Leistungen aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung höher sind, die Erwerbsquoten sinken. Der Zusammenhang stimmt nicht, schauen Sie sich doch bitte die Tatsachen an.

In Tirol zum Beispiel haben wir die höchsten Leistungen, aber die niedrigste Arbeitslosigkeit in jenen Bevölkerungsschichten, die von Arbeitslosigkeit am meisten

betroffen sind. Was ist denn überhaupt konkret im Burgenland von Ihrer Forderung zu erwarten?

Nun im Burgenland sind genau 13 Familien oder 66 Personen von dieser Deckelung, die Sie einfordern, betroffen. Die Zahl habe nicht ich bekommen, aber es gibt auch noch andere Leute, die aus den behördlichen Zusammenhängen hier mehr Zahlen bekommen als ich. Aber Gott sei Dank können wir gut untereinander kommunizieren.

Es gibt zurzeit im Burgenland 564 Familien, die Vollbezieherinnen und –bezieher sind und 1.040 Familien beziehungsweise 1.851 Personen, die Aufstockende zu bestehenden Einkünften sind.

Was meinen Sie, wieviel Sie mit dem Sozialbudget ersparen, wenn Ihre Forderungen umgesetzt sind? Ich kann nicht herauserkennen, dass Sie irgendetwas durchgerechnet haben und kann das daher eigentlich nur als ideologische Stellungnahme Ihrerseits erkennen. Zu der Sache, dass Sie noch immer in Ihrem Parteiennamen das „christliche“ verzeichnet haben, möchte ich schon darauf hinweisen, dass es dort wo die Grundlagen dafür geschaffen sind, nämlich in der christlichen Wertegemeinschaft, andere Zugänge gibt.

Lesen Sie selber, wenn Sie schon sozusagen sich darauf berufen in Levitikus nach: „Der Fremde, der sich bei euch aufhält soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst, denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen.“ Man muss sich nicht auf dieses Buch beziehen, aber wenn man es tut, dann soll man es wirklich tun.

Und nicht nur die GRÜNEN sind diejenigen, die Ihre Forderungen extrem kritisch bewerten, wir haben Stellungnahmen von der Caritas Österreich, wir haben Stellungnahmen von SOS-Mitmensch Burgenland, von der Katholischen Aktion im Burgenland, von den Kinderfreunden im Burgenland. Von der Diakonie, wo auch Michael Kalopka sagt, es ist empirisch nicht richtig, dass Leute wegen des Sozialsystems in ein bestimmtes Land kommen. Da geht es darum, ob es eine Community gibt und ob man Chancen hat eine Arbeit zu finden. Das ist das, was wir wirklich machen müssen. Und dass es auch anders gehen kann, als so wie Sie vorschlagen, zeigen auch Landesräte und Landesrätinnen in anderen Bundesländern.

Der GRÜNE Soziallandesrat in Salzburg zum Beispiel, Heinrich Schellhorn sagt: Wesentlich bei einer Neuregelung dürfen nicht die Kürzungen sein, sondern Maßnahmen zur besseren Integration von Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher in den Arbeitsmarkt.

So sollen in Zukunft auch bereits junge Erwachsene, die eine Lehre beginnen, Mindestsicherung zur Ergänzung der Lehrlingsentschädigung erhalten, damit sie bessere Chancen auf Arbeit haben. Weil Leistung soll sich ja lohnen und nicht verhindert werden.

Wer sich für diesen Vorschlag einsetzt, und nachdem ich jetzt den Abänderungsantrag erst kürzlich auch gesehen habe, den die Regierungsparteien hier einbringen, wer sich für den Vorschlag dieses Abänderungsantrages einsetzt, ist mitverantwortlich für die Schaffung von neuer Armut und neuen Randgruppen.

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist das Mindeste, sie zu kürzen ist das Letzte. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Frau Abgeordnete, Sie sehen, ich habe Sie nicht abgeläutet. Also ich weiß nicht woher Sie das mit den fünf Minuten haben, Sie haben

sieben Minuten gesprochen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner. Der Kölly hat es gesagt.)* Das ist vollkommen in Ordnung.

Ich danke für Ihren Redebeitrag. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter, um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin, die Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht genau, was außer das was am Papier steht, die volle Absicht der ÖVP ist.

Ich gehe aber davon aus, es wird nicht ganz die Absicht der ÖVP gewesen sein, hier sich wirklich mit dem Thema der Mindestsicherung zu beschäftigen, weil sonst hätten sie ja wohl nicht so kämpferisch in der gestern erschienenen BVZ-Neusiedl zumindest, bei den anderen weiß ich es nicht, angekündigt, es wird ein Elchtest für Rot-Blau werden.

Es ist schon irgendwie ein bisschen eine Kampfansage dahingehend wie etwas bestehen oder stehen bleiben kann. Ich glaube schon, dass hier die rot-blaue Regierung eher der Volvo sein wird und nicht der Smart, den die ÖVP darstellt im Zuge dieses Elchtestes, weil der ist ja bekanntlich das erste Mal umgefallen bei diesem Test.

Zur Mindestsicherung selber möchte ich schon ausführen, dass ein Teil davon auch im Prinzip in unserem Herzen schlägt von diesem Antrag, aber er geht halt zu sehr in das menschenverachtende beziehungsweise es fehlt der soziale Handstreich, fehlt hier schon ganz besonders bei der Ausfertigung der ÖVP.

Wir haben hier im Burgenland selbst eigentlich eines der besten Sozialsysteme oder überhaupt das beste Sozialsystem was wir in Österreich haben. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass das etwas kostet. Weil umsonst ist das halt nicht, wenn viele Steuerzahler, oder das Geld vieler Steuerzahler dazu verwendet wird, dass sie im Prinzip Teile der Gesellschaft mittragen.

Und diese bedarfsorientierte Mindestsicherung, wir haben es eh schon gehört, ist ja eigentlich ein Überbrückungsgeld, um das jetzt so zu sagen. Nur leider ist die Idee von der bedarfsorientierten Mindestsicherung mittlerweile schon eine verfestigte Materie geworden. Daher ist es richtig, dass man etwas tun muss. Man muss es also analysieren und man muss sich anschauen, was wir da tun. Weil die Stimmen derer, die das bezahlen, werden immer lauter. Die da sagen, wir wollen das nicht einfach für ewig zahlen, ein und demselben Menschen. Während ich im Prinzip arbeiten gehen muss, in der Tiefe von irgendwelchen Regalen, mich mit drei verschiedenen Jobs über die Runden bringen muss, finanziere ich gleichzeitig jemanden anderen mit.

Das muss in einer Verhältnismäßigkeit sein und da kann man auch, so wie der Lateiner gesagt hat „do ut des“, ich gebe und du gibst, das auch in ein Verhältnis bringen. Und das Verhältnis sollte schon so ausschauen, dass wenn die Gesellschaft für Einzelne etwas tut, dass die Einzelnen das natürlich auch der Gesellschaft zurückgeben.

Und das in einer Ausgewogenheit, die jetzt da keinen übervorteilt und jeden im Prinzip aber dazu anhält, dass hier die Chance genutzt wird. Die Chance genutzt wird oder genutzt werden kann, dass man nicht in die Unendlichkeit der Armut beziehungsweise der nicht mehr Lebensfähigkeit fällt. Aber umgekehrt natürlich soll es keine Hängematte werden, die dann schlussendlich für das gesamte Leben genutzt wird.

Daher ist es auch notwendig und da bin ich auch bei beiderseitigem Antrag die Erhöhung des Arbeitsanreizes sollte diskutiert werden dürfen. Der spürbare Unterschied von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen ist zu berücksichtigen. Auch

Leistungsgerechtigkeit für den Steuerzahler sollte in dieser Diskussion nicht vergessen werden.

Die Begrenzung des Zustroms von Flüchtlingen, die ja eigentlich das Thema oder der Auslöser waren von dieser Diskussion an und für sich, ist wirklich genau zu analysieren beziehungsweise dieser Zustrom ist im Prinzip einzudämmen.

Wir sind nicht in der Lage und ich glaube da sind wir uns alle einig, dass wir in Wirklichkeit also nicht nur diejenigen, die einen Anspruch oder eine Notwendigkeit für die bedarfsorientierte Mindestsicherung als Österreicher haben, sondern viele, viele andere auch noch, die können wir nicht einfach bis zum Ende ihrer Tage mehr oder weniger hier mitfinanzieren. Und das ist etwas, dem muss man entgegenstehen.

Nachhaltige Absicherung natürlich auch unseres eigenen burgenländischen Sozialsystems vor der Überlastung ist ein Thema, das dürfen wir nicht aus dem Auge lassen, weil, sonst beginnen wir alles nach unten zu nivellieren. Und diejenigen, die jetzt noch Leistungsträger sind, haben die anderen, die es gerade nicht so gut erwischt haben, hier mitzunehmen, die werden im Prinzip dann ebenfalls in diese Spirale nach unten gezogen. Wenn niemand mehr da ist, der im Prinzip das finanzieren kann, dann werden wir alle in der Armutsfalle landen und ein paar ganz Wenige werden vielleicht übrigbleiben.

Aber da sind wir nicht auf dieser Seite, sondern wir sind auf der Seite, das man das ohne die beiden extremen Pole, die wir hier mehr oder weniger ganz links und ganz rechts sitzen haben hier im Landtag jetzt als Maß zu nehmen, sondern wie wir halt wissen, ist die goldene Mitte eigentlich das Maß. Jetzt komme ich wieder zurück zum Einstieg. Unser Eröffnungsredner hat sich ja im Prinzip damit angefreundet oder wollte uns mitteilen, dass es hier eben um die bedarfsorientierte Mindestsicherung geht und dass wir als Burgenland hier irgendetwas tun sollen.

Ich glaube aber nur, dass er den Landtag jetzt benutzt, um in der großen Auseinandersetzung auf Bundesebene, der am heutigen Tag schon beginnend mit 9.44 Uhr stattfindet oder stattgefunden hat und noch immer stattfindet, eine Richtung im Prinzip hier vorzugeben. Da, glaube ich, werden wir nicht mitspielen, dass wir jetzt in dem Streit zwischen Mitterlehner und Stöger oder zwischen SPÖ und ÖVP auf Bundesebene jetzt irgendwie das Zünglein an der Waage sind.

Diese Gefechte, die führt Ihr bitte in Wien aus, die führt bitte im Parlament aus, die führt Ihr ganz besonders in Eurer Regierung aus. Schaut das Ihr Euch dort im Prinzip auf etwas einigt. Wenn Ihr nicht in der Lage seid und da bin ich mir 100prozentig sicher, auch wenn ich hier jetzt einen Abänderungsantrag einbringen werde, der an die Bundesregierung gerichtet ist, bin ich mir ganz sicher, dass die Bundesregierung das nicht zustande bringt.

Das Burgenland wird es schon zustande bringen für unser Land eine eigene entsprechende bedarfsorientierte Mindestsicherung so gut und so ausgewogen und so angemessen hinzubringen, dass es unseren Burgenländerinnen und Burgenländern im Prinzip nicht schlechter gehen wird, als es ihnen jetzt geht.

Wir werden dafür sorgen, dass es nicht auf dem Rücken der Ärmsten hier zu dieser großen politischen Diskussion kommt. In diesem Sinne erlaube ich mir, den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen, zum Dringlichkeitsantrag 21 - 422, welcher abgeändert wird, wie folgt einzubringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung sowie bei den anderen Landesregierungen für eine Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung mit folgenden Eckpunkten und Rahmenbedingungen einzusetzen:

I. Bundesweit einheitliche Regelung der BMS unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Deckelung der Geldleistung mit monatlich 1.500 Euro je Bedarfsgemeinschaft einschließlich der Wohnkosten.

a. In Ausnahmefällen, insbesondere für kinderreiche Familien, sind Wohnkosten in angemessener Höhe als Sachleistung zur Verfügung zu stellen.

b. Keine Deckelung bei anspruchsberechtigten Geringverdienern, deren Erwerbseinkommen nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfes ausreicht.

2. Schaffung besonderer finanzielle Anreize für einen raschen Wiedereinstieg ins Berufsleben.

3. Weitgehender Umstieg von Geld- auf Sachleistungen.

4. Dichtes Kontrollnetz zur Verhinderung von Missbrauchsfällen.

5. Senkung der Attraktivität Österreichs als Zielland: Rechtliche Prüfung der Möglichkeit einer Koppelung des vollen bedarfsorientierten Mindestsicherungsanspruches an eine bestimmte Dauer legalen Aufenthaltes in Österreich.

sowie

II. als flankierende Maßnahmen einzufordern:

1. rasche und konsequente Rückführung von Nicht-Asylberechtigten in deren Heimatländer

2. Abschluss bisher verabsäumter Rückübernahmeabkommen.

3. Familienbeihilfezahlungen für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten anpassen.

4. Wirksame Integrationsmaßnahmen im Sinne einer europäischen und humanistischen Werteordnung, um Parallelgesellschaften oder gar radikalisierende Tendenzen hintanzuhalten.

5. Verschärfung der Regelung betreffend die Abschiebung von Asylwerbern nach Straftaten und rascher Verfahrensabwicklung in diesen Fällen.

Sie sehen also, dieser Abänderungsantrag trägt noch Spuren des ursprünglichen Antrages der ÖVP, aber ganz besonders trägt er im Prinzip den sozialen Anteil der bei der ÖVP zu vermissen war *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bei den Missbrauchsfällen!)* und der jetzt gerade verlesen war.

Das ist unser Zugang dazu, lassen wir die Ärmsten nicht im Regen stehen, aber sorgen wir auch dafür, dass der Steuerzahler nicht über Gebühr in Anspruch genommen wird. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Der Abgeordnete Manfred Haidinger übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs.3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen, meine Herren! Wir diskutieren heute einen dringlichen Antrag der ÖVP. Das ist durchaus bemerkenswert, weil sich wahrscheinlich viele fragen, was denn da so dringlich wäre.

Wir alle wissen, dass es mehrere Anträge gegeben hat, und in den Ausschüssen zum Teil vertagt wurde, immer mit der gleichen Maßgabe, weil im Bund eine einheitliche Vorgangsweise angestrebt wird. Da gibt es viele, viele Bemühungen dazu. Da gibt es die Sozialreferenten, die sich zusammensetzen im Bund und eine einheitliche Vorgangsweise erarbeiten wollen. Darunter auch ÖVP-Landesräte. Da gibt es die Landeshauptleutekonferenz, die ebenfalls an einer einheitlichen Vorgangsweise arbeitet.

Darunter ebenfalls ÖVP-Landeshauptleute. Und da gibt es die Bundesregierung, die ebenfalls speziell Mitterlehner und Stöger an diesem Ansinnen arbeitet. Auch ein ÖVPler dabei. Also, dass Sie davon nichts gewusst hätten, oder so tun würden, wie wenn Sie das nicht wüssten, das wird schwer erklärbar sein und damit relativiert sich die Dringlichkeit ganz stark.

Aber vor allem ist es deswegen bemerkenswert, weil es kaum eine Landtagssitzung gibt, wo dieses Thema nicht behandelt wird. Warum das jetzt plötzlich dringlich sein sollte, das ist schon zu hinterfragen.

Ein Schelm, der denkt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ein Schelm der denkt, dass die ÖVP damit politisches Kleingeld wechseln will. Ein Schelm, der so etwas denkt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der hat Schelm gesagt!)* In der letzten Landtagssitzung mussten wir ja erleben, dass eine Anfrage hier diskutiert wurde. Ich weiß schon, da hat die ÖVP kein gutes Bild gemalt, und ich glaube, bei dieser Sitzung wird das auch nicht anders werden.

Der Ursprung dieser Diskussion liegt ja ganz woanders, geschätzte Kollegen der ÖVP. Da gibt es den Herrn Mitterlehner, der sich grundsätzlich mit dem Minister Stöger einigt, und sagt, okay wir machen ein Programm. Nur die Rechnung hat der Herr Mitterlehner ohne den Wirt gemacht. Nämlich ohne den Herrn Lopatka, der ihm gesagt hat, du kannst ausmachen, was du willst, das tragen wir nicht mit.

Also wissen Sie, bevor Sie das hier im Hohen Haus tun, wäre es gut, wenn Sie sich einmal selber einig werden in der ÖVP, eine gemeinsame Vorgangsweise vielleicht probieren könnten und dann könnten wir über Maßnahmen reden. Aber zuerst wäre es wichtig, dass Sie wissen, was Sie überhaupt wollen in der ÖVP und dann reden wir weiter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber über wen diskutieren wir hier eigentlich? Das stört mich schon ein wenig, denn immer wenn die ÖVP von der Mindestsicherung spricht, malt sie das Bild der Flüchtlinge die kommen und wir können das dann nicht mehr finanzieren.

Das stört mich schon. Denn wir sprechen über eine ganz andere Zielgruppe. Es sind nämlich nicht die Flüchtlinge, die hier den großen Brocken ausmachen. Ganz im Gegenteil, lediglich 7,7 Prozent der Mindestsicherungsbezieher im Burgenland sind Flüchtlinge. Von insgesamt 2.670 Beziehern sind es lediglich 207 Flüchtlinge, die die Mindestsicherung beziehen.

Also der Rest, die 92 Prozent, sind keine Flüchtlinge. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das steht ja im eigenen Antrag auch!)* Mich störte diese Diskussion wirklich, dass Sie immer den Fokus auf die Flüchtlinge setzen und sagen, die kommen alle, und darum können wir uns das nicht leisten. Das ist nicht in Ordnung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wieso habt Ihr es dann im Antrag drinnen?)* Da sollten Sie sich wirklich ein wenig besinnen *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum steht das dann in Eurem Antrag drinnen?)* und mit den ordentlichen Zahlen hantieren. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Kollege Steiner und Kollege Sagartz, wir sprechen nämlich nicht von den Flüchtlingen, wir sprechen von alleinerziehenden Müttern mit drei Kindern, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber Ihr schreibt etwas anderes!)* die im Handel teilzeitbeschäftigt sind. Dort 20 Stunden arbeiten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Letzter Absatz, erste Seite!)*

Weniger als 838 Euro verdienen und aufgestockt werden. Von diesen Zielgruppen sprechen wir, ich möchte das nur einmal in Erinnerung rufen. Wir reden vom Arbeiter, der einen Arbeitsunfall gehabt hat und jetzt die Mindestsicherung bezieht. Wir reden von der Verkäuferin, die eine Umschulung macht, und die sich nicht ausgeht und aufgestockt wird auf die Mindestsicherung.

Und wir reden von den Pensionistinnen und Pensionisten, die deutlich weniger Pension erhalten, als die Mindestsicherung ausmacht, und daher aufgestockt werden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die sind alle schon fünf Jahre da!)* Das ist die Zielgruppe, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die sind alle schon fünf Jahre da!)* über die wir sprechen. Ich sage es nur, weil dieses Spiel, das Sie hier machen, das ist auch nicht in Ordnung. Es geht um die Burgenländerinnen und Burgenländer und nicht um dieses Bild, das Sie hier malen.

Die Mindestsicherung betrifft übrigens 0,6 Prozent des gesamten Landesbudgets. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Niemand den Sie genannt haben!)* Nicht mehr, nicht weniger. Es gibt kaum ein anderes Thema, das so oft hier diskutiert wird, als das.

Herr Kollege Sagartz, ich weiß nicht, ob Sie sich wirklich in die Rolle einfühlen können, wenn man nach einem harten Schicksalsschlag lediglich Mindestsicherung bezieht, und kein Abgeordnetengehalt. Also daher sollten wir das ein bisschen sachlich diskutieren und schon den Fokus auf das lassen, wo er wirklich hingehört.

Im Burgenland haben wir die strengste Auslegung der Mindestsicherung. Auch das verschweigen Sie immer. Im Burgenland haben wir die strengste Ausrichtung der Mindestsicherung. Wir haben im Burgenland beispielsweise den Wohnkostenzuschuss nicht als Rechtsanspruch, sondern als Ermessungsentscheidung. In fast allen Fällen zahlen wir auch weniger Mindestsicherung aus als alle anderen Bundesländer, weil die Lebenserhaltungskosten im Burgenland natürlich auch niedriger sind, wie in den städtischen und urbanen Bereichen.

Und die Subsidiär Schutzberechtigten bekommen im Burgenland lediglich 341 Euro. Aber das verschweigen Sie alles hier, Sie malen hier das Bild, als ob alle in der Hängematte liegen würden und es sich auf Kosten der Steuerzahler gut gehen lassen.

Darüber hinaus müssen Mindestsicherungsbezieher auch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Auch das machen Sie immer so, na die wollen ja nicht alle arbeiten, und so weiter. Denn wenn sie das nicht tun, dann gibt es sofort Abschläge, die zwischen 15 und 50 Prozent im Burgenland ausmachen. Auch das verschweigen Sie immer hier.

Aber ich gebe Ihnen Recht, was alle ärgert, einschließlich mich ist, wenn es schwarze Schafe gibt, die dieses System ausnutzen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Der Missbrauch mit der Mindestsicherung muss verhindert werden, da hat keiner Verständnis, und das muss auch lückenlos vollzogen werden.

Wir stehen auch grundsätzlich zur Deckelung des Betrages 1.500 Euro. Wollen aber nicht jene bestrafen, die arbeiten, aufgestockt werden mit der Mindestsicherung, zwei Kinder haben und dann durch diesen Deckel bestraft werden. Daher bin ich sehr dankbar, dass zuvor auch dieser Abänderungsantrag vorgelesen wurde, der klar regelt, dass es hier Ausnahmen geben soll, weil Leistung soll nicht bestraft werden, im Gegenteil, Leistung soll belohnt werden. Die Fleißigen sollen nicht bestraft werden.

Der ÖVP-Antrag ist nicht ausreichend und er lässt auch viele Fragen über und offen. Daher haben wir einen Abänderungsantrag eingebracht, der auch sozial ausgewogener ist. Das dokumentiert auch die Beschlussformel. Aber die ÖVP hat gesagt, grundsätzlich sind sie immer für die Fleißigen. Dann habe ich ein bisschen nachgedacht, wie meint sie denn das, was tut sie denn eigentlich für die Fleißigen?

Nehmen wir einmal das Beispiel der Jugend her. Da wächst eine Generation heran, die Generation Praktikum, die arbeiten muss, ein Praktikum absolvieren muss, dass sie irgendwann eine Beschäftigung bekommen und kaum Geld davon erhalten, wenn sie überhaupt eines bekommen. Anscheinend, zumindest wurde es mir so gesagt, gibt es sogar ÖVP-Politiker, ich gebe zu, nicht aus dem Burgenland, aber ÖVP-Politiker, die Jugendliche bei ihnen ein Praktikum absolvieren lassen und ihnen kein Geld dafür bezahlen.

Da wäre einmal interessant, ob man nicht die Fleißigen belohnen sollte und ihnen auch eine dementsprechende Entschädigung zahlen sollte. Da wäre gut, wenn Sie sich stark machen würden.

Wie schaut es denn bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus? Die ÖVP tritt hier für einen 12-Stunden-Tag ein, das heißt länger arbeiten für weniger Geld. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch!)* Wo ist da der Leistungsanspruch? Wo wollen Sie denn die Fleißigen, wo wollen Sie denn die hier begünstigen? *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)*

Es ist wieder das umgekehrte Thema. Dann denke ich sofort an die Pensionistinnen und Pensionisten 0,8 Prozent Erhöhung, nicht viel, daher sollen sie etwas drauf kriegen, 100 Euro. Wer ist dagegen? Die ÖVP. Menschen die fleißig 45 Jahre gearbeitet haben, sollen nicht einmal einen 100er im Jahr mehr kriegen. Das ist Ihr Zugang zu der Förderung und zur Unterstützung der hart arbeitenden fleißigen Menschen? Na, Habedere. Gut. Wir haben bei der Steuerreform immer wollen, dass Vermögen stärker besteuert wird und dafür der Faktor Arbeit stärker entlastet wird. Auch da waren Sie dagegen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum löst Ihr dann die Bundesregierung nicht auf?)*

Ich weiß schon, das tut weh. Also die Förderung der Fleißigen und die ÖVP, das passt nicht zusammen. Im Gegenteil, Sie fördern die Reichen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum löst Ihr die Bundesregierung nicht auf? Dann könnt Ihr so weiter arbeiten!)* die Wohlhabenden, aber nicht die Fleißigen, und das ist der springende Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Abg. Doris Prohaska in Richtung des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bist Du nervös?)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sagen Leistung muss sich lohnen, das ist unser Zugang. Der Abstand zwischen Sozialleistungen und Einkommen, Gehälter, der

muss größer werden. Aber wir wollen einen anderen Weg gehen. Wir wollen deutlich höhere Gehälter und Einkommen sehen, und daher wollen wir auch einen Mindestlohn von 1.500 Euro auch umgesetzt sehen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, diese Formulierung des Elchtestes ist vielleicht überstrapaziert, aber der Kollege Wolf hat ja das so gerne formuliert. Dieser Antrag, nach dem wir den Abänderungsantrag formuliert haben, beinhaltet im Wesentlichen alle Dinge, die Sie in Ihrem Antrag vorgeschlagen haben.

Wir haben zusätzlich noch vieles hinzugenommen. Es wird also Ihr Elchtest werden, diesem Antrag jetzt zuzustimmen oder nicht. Wenn Sie dem nämlich nicht zustimmen, dann haben Sie sich demaskiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dann braucht der Schelm sich keine Gedanken mehr zu machen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hergovich, ich muss schon schmunzeln, wir haben schon zweimal zu Ihnen gesagt, wir stimmen dem zu, und Sie haben sich trotzdem gefragt, ob wir einen Elchtest benötigen oder nicht.

Ich möchte Sie nur erinnern, Sie haben vorher gesagt, wo ist die Dringlichkeit dieses Themas? Jetzt ist das Thema so dringlich, dass Sie uns gerade erklärt haben, sehr ausführlich, was man alles hinzufügen muss. Das heißt, unsere Themen sind offensichtlich dringlich und sogar noch mehr, was Sie jetzt hinzufügen haben können.

Und dann liest man sich das durch, und denkt sich, na ja, da sind wir ja inhaltlich fast auf einer Linie. Warum sollten wir das gemeinsam nicht unterstützen? Warum sollte der Burgenländische Landtag nicht in breiter Mehrheit diese Ansinnen unterstützen? Das werden wir auch tun. Jetzt erkläre ich Ihnen, was aus meiner Sicht jetzt die Dringlichkeit erfordert.

Die Dringlichkeit erfordert das, was Sie zu Beginn gesagt haben. Der Kollege Haidinger hat es ja auch erwähnt. Was sagt Stöger dazu? Ist das, was wir heute beschließen, die Linie der Bundes-SPÖ?

Können Sie mit dem, was hier heute steht, vor Ihre Genossen in Wien im Rathausklub treten und sagen bitte unterstützt diese Linie? *(Abg. Robert Hergovich: Selbstverständlich, sonst würden wir ihn nicht beschließen!)*

Ich bitte Sie, die Kollegin Wehsely und ihre Kolleginnen in den Innenstadtbezirken der SPÖ machen gerade einen Kampf auf Biegen und Brechen und Häupl hält das halt gerade noch ein wenig zusammen. Das ist in Ordnung, aber ansonsten kommen Sie mit all diesen Positionen daher, mit all diesen Positionen die Sie uns heute hier sozusagen als Angebot unterbreiten, wo Sie dann noch hinterfragen ob es überhaupt die Notwendigkeit hatte sie dringlich zu machen.

Bei uns rennen sie offene Türen ein, probieren sie das Ganze auf SPÖ-Bundesebene. Was hätte Christian Kern, wenn er heute und nicht vor wenigen Tagen im Burgenland gewesen wäre, wohl dazu gesagt? Hätte er das mitgenommen?

Das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Kollege Hergovich, machen Sie Druck dort wo es notwendig ist, überzeugen Sie nicht die eigenen Reihen und nicht in unseren Reihen. Überzeugen Sie Ihre Kollegen in Wien und schaffen wir das gemeinsam, was wir heute hier aufs Tablett gebracht haben! *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie werden ja nicht glauben, dass wir einem Antrag entgegenstimmen, wo Dinge drinnen stehen wie Sicherstellung der Leistungsgerechtigkeit für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Ja, meine Damen und Herren, das ist ja gerade Sozialpolitik in Reinkultur. Solidarisch zu sein ist ja keine Einbahnstraße.

Ich bekenne mich zu all dem was Sie gesagt haben. Sie haben uns hier einen Vorwurf gemacht, der in keinem Wort im Antrag vorkommt. Wer hat irgendjemandem dieser Zielgruppen, die Sie beschrieben haben, etwas wegnehmen wollen?

In unserer Intention war eine fünf Jahre Wartefrist auf Sozialleistungen. Welche alleinerziehende Mutter, die in Österreich seit ihrer Geburt zu Hause ist, hat ein Problem, wenn es eine Anwartschaft für Menschen gibt, die zu uns kommen, wo wir sagen diese müssen nicht zu 100 Prozent aus dem Sozialtopf etwas erhalten? Wo ist hier das Problem? Das ist in Wirklichkeit ein Vorwurf der komplett ins Leere geht. Und noch etwas, Familienbeihilfezahlungen für im Ausland lebende Kinder, das steht in Ihrem Antrag.

Sie haben wieder das Ausland thematisiert. Sie haben Flüchtlingsströme thematisiert, erster Satz zweiter Absatz: „nicht zuletzt der aktuell anhaltende Flüchtlingsstrom."

Ja, wer war es jetzt, der das Thema hier noch einmal aufs Tablett gebracht hat? Fehlt das in Ihrem Abänderungsantrag? Wohl kaum. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen nur versichern, hier haben Sie unsere vollste Unterstützung. Wir sind auch gerne bereit, das nach außen zu dokumentieren. Machen wir gemeinsam Druck dort wo es notwendig ist, nämlich beim Kollegen Stöger, beim Kollegen Kern, weil Lippenbekenntnisse hier im Burgenländischen Landtag *(Abg. Edith Sack: Das ist aber ein Scherz!)* und in der Sache dann zu "kuschen" und auf Bundesebene nichts weiterzubringen, dass ist sicherlich nicht der Weg den sich die Burgenländerinnen und Burgenländer verdienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, machen wir gemeinsam Druck… *(Zwiegespräche der Abg. Ingrid Salamon und Edith Sack)* Welches Problem ist jetzt aufgetreten Frau Kollegin? *(Abg. Christian Illedits: Kein Problem, das hat der Kollege Kurz…!)* Kein Problem, aber der Herr Kollege Kurz ist von dem überzeugt. Ich glaube nicht, dass er gegen seine eigenen Vorschläge ist. *(Allgemeine Unruhe)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr erinnert Euch vielleicht gerade an das was ich gesagt habe. Familienbeihilfezahlungen für im Ausland lebende Kinder an dortige Lebenshaltungskosten. Können Sie sich daran erinnern, wie vor einem Jahr Sebastian Kurz das in einer Tageszeitung als Thema aufgezogen hat?

Ja, da gab es nicht nur von den GRÜNEN, und ich gebe Kollegin Petrik Recht, man kann sachlich auch ganz anderer Meinung sein, aber da gab es keinen Aufschrei der GRÜNEN. Da gab es ein klares Bekenntnis des damaligen SPÖ-Sozialministers, dass das rechtlich nicht geht. Heute schreiben es seine Kollegen auf die Agenda. Offensichtlich dauert es immer ein wenig, aber es macht doch Sinn, wenn die ÖVP Dinge dringlich macht, wenn wir Druck machen und eine starke Alternative zu dieser Landesregierung sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Frau Präsidentin! Opposition ist Mist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ein Zitat!)* Ja, hat der Herr Müntefering einmal gesagt. Ein sozialdemokratischer Politiker in Deutschland. Das sieht man an dieser Diskussion, dass das natürlich für Sie nicht so einfach ist diese Oppositionsrolle auszufüllen, weil wenn man jetzt die Diskussion verfolgt dann frage ich mich, was diese Dringlichkeit an und für sich zu bedeuten hat.

Eine Frage noch an Sie… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Mist hat er gesagt!)* Ich habe nur zitiert, ich habe nur zitiert. Was hat Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark und Salzburg gemeinsam? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist jetzt Fragestunde?)*

Ich sage es Ihnen. Einen ÖVP-Landeshauptmann und dann gibt es noch drei Bundesländer, die einen SPÖ-Landeshauptmann haben. Ich sage das deshalb, weil es ja bei der Frage der Bundesmindestsicherung darum geht, eben wie der Name schon sagt, zu versuchen, eine gemeinsame Lösung zu schaffen.

Das Burgenland ist federführend, dass man eine gemeinsame Lösung auch zustande bringt und zwar eine, die durchaus mit den Inhalten, die auch Ihr Antrag zugrunde hatte, durchaus kompatibel ist. Ich verstehe… *(Abg. Manfred Kölly: Hättet Ihr Euch zusammengesetzt!)* Es ist ein ernstes Thema. Also ich meine das Thema mit dem Elchtest zu vergleichen, es geht weder um Elche noch um Autos. Es geht um Menschen ja, das möchte ich dazu sagen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und zwar geht es im Burgenland, es wurde schon angesprochen, um 2.670 Menschen. Davon sind 207 die Asylberechtigt sind, *(Abg. Manfred Kölly: Antrag im Jänner abgelehnt!)* also 7,7 Prozent, wie der Herr Klubobmann schon ausgeführt hat, lasst mich bitte nur kurz, ich werde nicht lange reden.

Ich möchte nur dazu sagen, dass die Diskussion eine sehr sensible ist, das wissen wir alle, weil ich habe das schon mehrfach gesagt, mein Vater war Maurer und jetzt geht es nicht um meinen Vater, aber es geht um die Generation derer, die als Maurer 40 Jahre gearbeitet haben und in der Pension nicht so viel bekommen, teilweise wie Manche, die in der Mindestsicherung sind. Deswegen muss man diese Debatte auch ernst nehmen. Nur man muss sie gemeinsam führen und nicht im Landtag als Oppositionspartei sozusagen sie als Vehikel für eine Oppositionspolitik benutzen, sondern es geht darum eine Lösung zu finden *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, aber die Instrumente des Landes …!)* Diese Lösung, und da muss ich das noch einmal sagen, es gibt eine Bundesregierung die SPÖ und ÖVP dominiert ist.

Die ÖVP sitzt in der Bundesregierung *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die SPÖ ja auch!)* und hat sechs Landeshauptleute und sie hat die Verpflichtung, die verdammte Verpflichtung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Verdammt hat er gesagt!)* dieses Thema auch gemeinsam, gut das Wort verdammt nehme ich zurück, dieses Thema auch zu lösen und nicht über einen Dringlichkeitsantrag der burgenländischen ÖVP, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt stimmen wir zu und Ihr seid auch nicht zufrieden!)* die so tut wie wenn sie mit dem überhaupt nichts zu tun hätte.

So, damit bin ich schon am Ende, weil die inhaltliche Diskussion wurde schon geführt. Ich möchte nur heute ankündigen, dass die Sozialdemokratie auch auf Bundesebene bereit ist diese Diskussion zu führen, dass der Minister Stöger, der mehrfach jetzt kritisiert wurde, auch zu dieser 1.500 Euro Deckelung steht. Dass es auch darum geht, es ist eine schwierige Diskussion, es gibt ja sehr viele

Mindestsicherungsbezieher, wie wir jetzt gerade gehört haben, die nicht aus dem Asylbereich kommen, die Österreicher sind.

Dass man da eine gerechte Lösung findet und diese Lösung im Asylbereich wäre unter anderem dass man sagt, man geht auf 520 Euro mit einem Integrationsbonus von 317 Euro, dass man diese Maßnahme sozusagen gemeinsam setzt. Damit ist die Diskussion aus meiner Sicht, glaube ich, auch im Sinne der ÖVP gelöst.

Da geht es auch darum, dass wir eine gute Lösung finden die dafür sorgt, was die Kollegin Petrik auch angesprochen hat, dass diejenigen die aus Gründen, die sie teilweise nicht selbst beeinflussen konnten, jetzt unter die Räder gekommen sind, dass die auch zumindest einigermaßen in Würde leben können, ohne dass man diesen Ausgleich vergisst für die, die ihr Leben lang gearbeitet haben.

Ich möchte vielleicht noch den letzten Punkt ansprechen, ganz kurz. Es ist im Burgenland so, dass 54 Prozent Vollbezieher sind, was die Mindestsicherung betrifft, von den 2.600 und das sollte man auch nicht vergessen. Die restlichen Prozent sind meistens Frauen, die eine Aufzahlung bekommen weil sie in ihrem Arbeitsverhältnis so wenig erhalten, dass sie auf die 838 Euro kommen müssen.

Also ich glaube, dass das was jetzt am Tisch liegt, ein gute Kompromiss ist, den wir auch gemeinsam beschließen können und dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist, was den Landtag betrifft, sondern bis zum Ende des Jahres 2016, da bin ich fest davon überzeugt, bei den Landeshauptleuten zu einer Lösung zugeführt werden kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, sehr geehrte Abgeordnete! Also heute kann man erkennen, dass die Arbeit dieser rot-blauen Landesregierung sehr gut funktioniert. Denn die ÖVP stimmt auch dem Abänderungsantrag zu. Es ist auch so, dass, wie der Herr Landesobmann Steiner gesagt hat, es ein Abänderungsantrag wie immer ist, so wie Ihr das damals gemacht habt.

Faktum ist, dass wir auch schon Anträgen zugestimmt haben, zum Beispiel einem Antrag der GRÜNEN. Ich glaube auch nicht, dass das so stimmt wie Sie sagen, Herr Abgeordneter Steiner, dass es einen politischen Stillstand im Land gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Den gibt es!)* Das glaube ich nicht, weil sonst würden Sie heute diesem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen.

Das heißt, es gibt einen Fortschritt, es gibt eine Initiative, es gibt definitiv einen Antrag, einen Abänderungsantrag, der so gut ist, dass Ihr da mitgeht. Da bin ich auch stolz darauf. Faktum ist, es gibt keinen politischen Stillstand im Land, sondern es gibt einen politischen Stillstand im Bund, das muss man halt auch sagen.

Wir stimmen den Punkten der ÖVP bei dem Antrag selbstverständlich zu, ist aus meiner Sicht ein perfekter Antrag. Wir erweitern aber diesen Antrag mit zusätzlichen Forderungen, wo ich auch glaube, dass das sehr notwendig ist und wo ich felsenfest davon überzeugt bin, dass jeder damit auch jetzt einverstanden ist.

Die grundsätzliche Linie Sachleistungen statt Geldleistungen ist aus meiner Sicht genau dieser Ansatzpunkt, obwohl ich jetzt gar nicht auf Details eingehe.

Was mir noch ein bisschen fehlt, was mir noch ein bisschen fehlt, ist im Bereich des Asylwesens, dass man darauf achtet, dass all diejenigen, die eine Wohnung bekommen im Burgenland, die leben können im Burgenland, die um Asylstatus ansuchen im Burgenland, dass die auch darauf schauen, dass diese Wohnung auch gepflegt ist, dass sie auch schauen auf die eigene Wohnung und dass sie auch von mir aus Hand anlegen, Handwerker sind und selber darauf schauen, dass die Wohnung so in Ordnung ist, dass sie sich auch wirklich wohl fühlen und sich nicht nur verlassen auf die öffentliche Hand, dass sie halt immer neue Wohnungen bekommen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Was heißt das?)*

Was das heißt? Genau das was ich gesagt habe, Herr Abgeordneter Steindl, nicht mehr und nicht weniger *(Abg. Mag. Franz Steindl: Sie unterstellen denen, dass sie sie nicht pflegen?)* Bitte? *(Abg. Mag. Franz Steindl: Sie unterstellen denen, dass sie sie nicht pflegen?)* Na ich sage nur so wie ich die Küche reinige und ich alles mache, so erwartet man das natürlich von allen anderen, gut.

Zur Rechnungshofprüfung, weil der Herr Kollege Kölly das gesagt hat, okay, ist in Ordnung, wenn man hier sagt, warum jetzt gerade die Rechnungshofprüfung der LSZ oder warum nicht. Mir als Ressortverantwortlicher ist es wichtiger die Einzelheiten zu kennen und nicht mehr und nicht weniger. Ich möchte einfach wirklich Klarheit wissen über die Landes… *(Abg. Manfred Kölly: Ihr müsst Euch abstimmen!)*

Bitte? *(Abg. Manfred Kölly: Ihr müsst Euch abstimmen!)* Jaja, ist kein Problem, aber ich möchte nur sagen warum es jetzt eine Rechnungshofprüfung bei der Landessicherheitszentrale gibt und nicht fünf Minuten Redezeit, sondern ein bisschen mehr hat man bei diesem dringlichen Antrag.

Zur ÖVP mochte ich noch sagen, es ist in Ordnung, dass man hier natürlich auch die Initiative ergreift. Die GRÜNEN haben vorhin schon gesagt, die ÖVP befindet sich nun auf einem FPÖ-Weg. Das ist halt dieses Schmied-Schmiedl Prinzip, das ist auch in Ordnung. Was ich aber in der ÖVP nicht verstehe, wirklich absolut nicht verstehe und das verstehen wahrscheinlich auch all diejenigen nicht, die bei der Wasserrettung oder bei der Rettungshundebrigade sind, dass Ihr dagegen gestimmt habt, dass die Rettungshundebrigade und die Wasserrettung ins Rettungsgesetz aufgenommen werden.

Weiß gar nicht warum Ihr dagegen gestimmt habt, aber das ist zum Beispiel eine typische Oppositionsgegenstimmungsmaßnahme wo man sagt, wir stimmen halt einfach dagegen. Ich glaube nicht, dass das sinnhaftig war dagegen zu stimmen, dass diese freiwilligen Helfer der Rettungshundebrigade und der Wasserrettung ins Rettungsgesetz aufgenommen wurden.

Das Thema der Mindestsicherung, glaube ich, wird bundesweit aus meiner Sicht gar nicht lösbar sein, das ist jetzt meine persönliche Meinung. Ich glaube auch, dass dieses Thema auch nicht in nächster Zeit lösbar sein wird, denn es ist natürlich ein Unterschied in den Ländern von den Wohnkosten. Es gibt einen speziell spezifischen Unterschied in jedem Land.

Das heißt, das Land ist in Vorarlberg… *(Abg. Mag. Franz Steindl: Seid Ihr in der Regierung nicht einer Meinung?)* Wir haben schon die gleiche Meinung. Wenn wir auch nicht die gleiche Meinung hätten, wir sind ja keine Brüder. Hallo, ich bin es, Herr Abgeordneter Steindl, das ist jetzt meine Meinung. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Was sagt jetzt die Regierung?)* Hallo, ich sage gerade die Meinung der Freiheitlichen Partei! Wenn Sie das nicht akzeptieren, dann können Sie ja rausgehen oder sagen der Tschürtz hat einen „Poscha“, egal wie auch immer.

Faktum ist natürlich, ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass jedes Land spezifische Eigenheiten hat und Du kannst die Wohnkosten in Vorarlberg nicht so bewerten wie die Wohnkosten im Burgenland. Das ist halt nun einmal so.

Das heißt, es wird unterschiedliche Stellungnahmen geben, das wird halt einmal so sein. Vielleicht sehen Sie das dann in zwei Monaten und werden sagen eigentlich hat er ja Recht gehabt. Aber ich sage es halt nur, egal ob Sie das jetzt so zur Kenntnis nehmen oder nicht. Sie können sich am Bauch hauen, egal wie auch immer, am Rücken, am Bauch, alles Mögliche.

Faktum ist natürlich, dass dieser Antrag zur Mindestsicherung aus meiner Sicht ein perfekter Antrag ist und dass dieser Antrag zur Mindestsicherung wirklich aus meiner Überzeugung heraus ein Antrag ist, wo alle mitstimmen können bis auf die GRÜNEN wahrscheinlich. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke, als Nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Ich möchte ganz kurz auf die Äußerungen von Klubobmann Sagartz eingehen, weil er so salopp gemeint hat, wir sollten einfach nur den Minister Stöger auf Linie bringen und dann passt das schon.

Ich möchte nur erinnern, dass es am Dienstagabend einen Kompromiss zwischen Stöger und Mitterlehner gegeben hat*. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat aber nur der Stöger geglaubt.)* Da war das Papier fertig.

Das Problem war nur, dass der Mitterlehner dann am Mittwoch zurückrudern musste. Grund dafür ist der Herr Lopatka!

Also wir müssen nicht den Herrn Stöger überzeugen, ich glaube, die Aufgabe wäre, in der ÖVP Klarheit zu schaffen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von unserer Position müssen wir schon den Stöger überzeugen. Von unserer burgenländischen Situation müssen wir ihn überzeugen.)* was man will und dann müsste sozusagen, der Herr Lopatka auf Schiene gebracht werden und dann würde das relativ gut funktionieren und das Ziel einer gemeinsamen Vorgangsweise in ganz Österreich wäre dann gegeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich muss jetzt diese komische Einigen-Uneinigkeit oder Uneinigen-Einigkeit zwischen den großen Teilen meiner Kollegen hier etwas stören, weil wir finden den Antrag natürlich alles andere als perfekt - er ist traurig und eigentlich beschämend.

Meine Kollegin hat selber schon dargelegt, warum das so ist, und ich möchte noch etwas hinzufügen. Es geht gar nicht so sehr jetzt um die Details, sondern es geht darum - Landesrat Darabos hat selber gesagt, das Thema ist sehr sensibel -, welches Bild wir hier in der Öffentlichkeit geben - nicht wir, sondern Ihr!

Weil wir geben genau jenen, die hetzen und immer von der sozialen Hängematte sprechen, gebt Ihr ein bisserl Recht. Nicht viel, aber doch! Es legt ein bisschen Holz nach in das Feuer, das immer mehr lodert.

Das ist ein riesiges Problem und das wird uns noch allen auf den Kopf fallen. Wir tragen hier eine Diskussion aus, auf dem Rücken von Menschen, die das a) nicht verdient haben - und selbst wenn sie selber an ihrer Misere schuld sind, dann haben sie ein Recht auf diese Mindestsicherung und das heißt nicht umsonst Mindestsicherung.

Ich finde es wirklich traurig, dass gerade die ÖVP hier von Oberösterreich ausgehend über das ganze Land und über den ganzen Staat diese unheilige Allianz - muss ich wirklich schon sagen - geschmiedet oder begonnen hat und diese Diskussion überhaupt zulässt und eigentlich nicht auf der anderen Seite steht. Ich kenne den Rudi Strommer jetzt schon sehr lange, der sehr oft gerade bei Menschenrechtsthemen wir ihm applaudieren und umgekehrt. Heute muss ich ehrlich sagen, finde ich es wirklich sehr traurig, dass wir hier nicht auf derselben Seite stehen. Ich finde es absolut unnötig, diese Diskussion zu führen.

Wir werden natürlich weder dem einen noch dem anderen Antrag zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter.

Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Haidinger eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Mindestsicherung-NEU ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend Rückführungen (Zahl 21 - 440) (Beilage 619)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rückführungen, Zahl 21 - 440, Beilage 619.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordnetem Robert Hergovich das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Klubobmann.**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Seit gestern Vormittag und dann verstärkt gestern Nachmittag gibt es eine sehr starke Diskussion rund um die Rückführungsquote von Asylwerbern, die einen negativen Bescheid in Österreich erhalten haben. Diese Diskussion hat sich heute im Laufe des Tages sehr stark verstärkt, denn es gibt keine Tageszeitung, die heute über diese Rückführungsquote nicht berichten würde.

Ich glaube, dass gerade diese Diskussion Grund genug ist, auch dringlich diese neue Situation, mit diesen neuen Informationen, die wir seit gestern auch erhalten haben, hier im Hohen Landtag zu führen.

Die Flüchtlingssituation ist seit dem Sommer des Vorjahres für Österreich eine enorme Herausforderung gewesen und hat Österreich auch vor eine große Herausforderung gestellt. Im Jahr 2015 wurden in Österreich 88.340 Asylanträge gestellt, heuer waren es bis Ende September ebenfalls 29.544 - also rund 30.000 Anträge. Ein

Drittel der behandelten wurde rechtskräftig negativ abgeschlossen. Also viele, die da zu uns gekommen sind, da hat es ein ordentliches Verfahren gegeben und dann hat man in diesem Verfahren auch festgestellt, dass es keinen Anspruch auf Asyl in Österreich gibt.

Der Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil hat mitgeteilt, dass rund 80 bis 90 Prozent der negativen Bescheide jedoch in ihre Heimatländer nicht rückgeführt werden können oder nicht rückgeführt werden wurden. Das sind schon eine neue dramatische Anzahl und eine neue dramatische Situation, die wir hier in den letzten 48 Stunden auch miterleben mussten.

Ich habe auch mit einem Polizisten gesprochen, der wirklich ein Experte im Fremdenwesen ist, weil ich das gar nicht glauben konnte und habe ihn gefragt, ob das wirklich so ist, dass von zehn Personen mit einem negativen Asylbescheid lediglich zwei oder eine in ihre Heimatländer zurückgeführt werden, und er hat es mir bestätigt, wie das grundsätzlich abläuft.

Sie erhalten einen negativen Asylbescheid, dann kommt die Exekutive und sagt, du hast einen negativen Asylbescheid erhalten, der nimmt das zur Kenntnis und geht weg. Die Exekutive kann nichts tun, weil es keine Abkommen mit vielen Ländern für eine Rückführung gibt. Daher ist die Situation so, dass diese dableiben - legal oder auch in diesen Fällen illegal.

Ich glaube, wir können nicht zur Tagesordnung zurückkehren und ich glaube, dass diese Rückführungsquote, die wir im Moment in Österreich haben, auch eine einzigartige Situation in ganz Österreich ist. Man muss schon hinterfragen, warum es dazu kommt.

Im Burgenland sind derzeit 2.303 Asylwerber registriert. Schauen wir uns aber bestimmte Gruppen an und das österreichweit:

Algerien: 832 neue Anträge in Österreich von Jänner bis September dieses Jahres. Nur zwei, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, haben rechtskräftig eine Entscheidung erhalten, dass sie hierbleiben dürfen. Nur zwei haben einen positiven Asylbescheid erhalten.

Marokkaner: 952 neue Anträge vom Jänner bis September. Zwei positiv, 724 negativ, der Rest wurde noch nicht bearbeitet.

Somalia: 1.359 neue Anträge, knapp die Hälfte negativ.

Pakistaner: 2.144 neue Anträge, 24 positiv, 962 negativ, der Rest wurde noch nicht behandelt.

Iraner: 2.167 neue Anträge, ein Drittel negativ.

Iraker: 2.304 neue Anträge, mehr als die Hälfte negativ.

Afghanen: 10.249 neue Anträge, drei von fünf der Entscheidungen rechtskräftig negativ.

Warum zähle ich diese Gruppen auf? Warum zähle ich genau diese Länder auf? Weil Österreich mit keinem dieser Staaten ein Abkommen geschlossen hat, dass es überhaupt zu Rückführungen kommen kann. Es kommen also Menschen zu uns, die kein Asylrecht haben, wir führen ein ordentliches Verfahren durch, es wird negativ entschieden, und sie bleiben hier, weil zwei zuständige Minister dieses Problem bis jetzt offensichtlich ignoriert haben.

Ich spreche hier vom Minister Sobotka, ich spreche aber vor allem und insbesondere vom Minister Kurz, der für diese Abkommen grundsätzlich zuständig ist.

Durch ihr Unterlassen kommt es zu dieser Situation, die wir im Moment in Österreich vorfinden.

In diesem Bereich könnte Österreich von anderen Ländern in der EU lernen, diese sind viel weiter als wir. Ich möchte beispielsweise nur Deutschland oder Schweden anführen, die Vereinbarungen zum Beispiel mit Marokko abgeschlossen haben. 15 Jahre hat es keine solche Vereinbarung gegeben, Deutschland hat einen Alleingang gestartet und hat mit Marokko ein bilaterales Abkommen geschlossen. Dort gibt es Rückweisungen, die ganz normal an der Tagesordnung stehen. In Österreich nicht!

Ich frage mich: Warum kommt es zu keinem derartigen Abkommen zwischen Österreich und beispielsweise Marokko? Was Deutschland, was der Außenminister von Deutschland - ich gebe zu, ein Sozialdemokrat -, aber was der schafft, muss doch auch der Außenminister von Österreich zusammenbringen?

Es stellt sich schon die Frage, warum Kurz zwar in der ganzen Welt herumfährt, bis hin in die USA, aber da, wo er wirklich Verantwortung tragen würde, da wo wirklich Arbeit auf ihn zukommen würde, da sieht er weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen uns schon die Frage stellen, warum es nicht zu mehr Rückführungen hier kommt und dass es eine Situation mit sich bringt, die auch künftig schwierig wird.

Wie wollen wir jenen Menschen, die wirklich aus Kriegsgebieten flüchten, helfen, wenn wir jene Menschen auch bei uns haben, wo wir wissen, die kommen nicht aus Kriegsgebieten, die kommen als Wirtschaftsflüchtlinge, weil sie meinen, es geht ihnen besser? Die Kapazitäten werden irgendwann nicht mehr reichen. Daher muss es zu diesen Abkommen und zu diesen Rückführungen auch kommen.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, Österreich ist ein attraktives Land für Wirtschaftsflüchtlinge, durchaus - ja, es geht möglicherweise auch darum, diese Attraktivität ein wenig einzudämmen. Ob der richtige Weg die Mindestsicherung ist? - Möglich! Aber jedenfalls ist zu gewährleisten, dass die Rückführungen stattfinden.

Es ist natürlich ein wahnsinniges Signal beispielsweise auf Marokko, wenn die wissen, ich kann zwar nicht auf Deutschland, weil da gibt es ein Abkommen, da muss ich wieder zurückkehren, aber ich kann auf Österreich. Das ist ein Riesensignal! Ich glaube, hier müssten die zuständigen Minister Kurz und auch Sobotka endlich tätig werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass ein rasches und entschlossenes Handeln von den beiden Ministern notwendig ist, um hier großen Schaden abzuwenden. Das ist gerecht für Österreicherinnen und Österreicher, das ist aber auch gerecht für jene Menschen, die aus diesen Ländern kommen und ihnen Hoffnung gemacht wird, dass bei uns alles in Ordnung ist und sie immer kommen können, egal in welcher Situation sie in ihren Herkunftsländern wirklich sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein. Als erste Rednerin hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Herr Kollege Hergovich, es ist mittlerweile schon fast unterhaltsam, wenn es nicht so traurig wäre, wie Sie immer hin und her tänzeln zwischen verschiedenen Standpunkten. Zum

Einen werfen Sie der ÖVP vor, was ich auch getan habe, die Frage der Bedarfsorientierten Mindestsicherung mit der Asylfrage in Verbindung zu bringen. Bringen dann einen Abänderungsantrag ein, wo drunter steht, flankierende Maßnahmen zum Thema Mindestsicherung und dann kommen alle Ihre Anliegen im Zuge Asylwesen, Rückführungen und so weiter.

Sie stellen selber diesen Zusammenhang her. Sie tänzeln auch ein bisschen herum, weil Sie sind eigentlich gegen die Kürzung der Mindestsicherung, aber eigentlich muss schon auch das bedenken und eigentlich auch jenes. Eine klare Linie wäre wesentlich hilfreicher! *(Abg. Robert Hergovich: Da gibt es halt nicht nur Weiß und Schwarz, sondern auch etwas dazwischen.)*

Interessant ist auch, ich zitiere Sie, wie es um einen anderen Dringlichkeitsantrag ging, denn ich inhaltlich gar nicht unterstützt habe, Sie sagten, ein Schelm, wer dabei nicht daran denkt, dass das vielleicht irgendwie eine tagespolitische Motivation hat.

Nun, genau das kann ich bei diesem Tagesordnungspunkt auch sagen. Dass die Frage der Rückführungen etwas ist, das jeder, der halbwegs informiert ist in diesem Staate, ein Thema ist, das uns schon lange beschäftigt, das wissen wir. Dass Sie gerade offensichtlich in den Nachtstunden auf den heutigen Tag draufgekommen sind, Sie müssen einen Abänderungsantrag stellen, denn wir dann 40 Minuten vor Beginn der Landtagssitzung erst in unserem Mail-Ordner haben, halte ich doch für eine eigenartige Zeitplanung. Aber interessant!

Herr Kollege Haidinger warnt, weil das die FPÖ ja so gerne tun, vor einer Parallelgesellschaft. Es gibt aber bereits schon längst eine andere Parallelgesellschaft, nämlich jene, die die FPÖ im Netz, im Internet schafft.

Hier werden durch sie und durch Menschen, die ihre Kanäle bespielen, Parallelwelten geschaffen, wo sich Menschen in ihrer eigenen Blase nur mehr beschäftigen und nur mehr die Informationen, die dort gegeben werden, wahrnehmen und daher einen ganz eingeschränkten und einseitigen Blick haben. Kollege Molnár lächelt mich an, ich glaube, er weiß, wovon ich spreche.

Nun aber zum Thema Rückführung. Es war ja so, dass sich gestern im Parlament der EU-Hauptausschuss auch zu diesem Thema unterhalten hat und auch dazu diskutiert hat.

Eines ist ganz klar: Lösungen auf diesem Gebiet können wir nur auf europäischer Ebene erlangen. Deswegen muss es unsere vordringliche Motivation, unser vordringlicher Antrieb sein, hier auf europäischer Ebene gemeinsame Lösungen zu finden.

Deswegen werden wir auch gemeinsam mit anderen und zwar gemeinsam mit den Kollegen Thomas Steiner, Rudolf Strommer und Gerhard Steier einen Abänderungsantrag einbringen, der Ihnen auch zugegangen ist.

Ich verlese jetzt den Abänderungsantrag: Das Fehlen einer regelmäßig veröffentlichten umfassenden Statistik des Innenministeriums …

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Frau Kollegin, es reicht die Beschlussformel.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: In Ordnung, dann werde ich die Beschlussformel nachher verlesen, weil das muss man ja verstehen. Interessant ist auch in dem Zusammenhang, von welchen Zahlen der Herr Verteidigungsminister ausgeht. Meine Kollegin Alev Korun im Parlament hat es auch gestern so ausgedrückt: „Die Rechenkünste des Verteidigungsministers sind durchaus erstaunlich.“ Denn obwohl er behauptet, und das wurde hier ja auch zitiert, dass nur zirka

zehn Prozent der negativen Asylentscheidungen in Österreich durchgesetzt würden, haben letztes Jahr mehr als ein Drittel jener Menschen, die eine negative Aufenthaltsentscheidung oder Asylentscheidung erhielten, Österreich verlassen. Dass Menschen Österreich freiwillig verlassen und freiwillig wieder zurückgehen, von denen weiß offensichtlich der Herr Verteidigungsminister nichts oder er verschweigt sie. *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja alles schon wieder nicht. Sie vertauschen schon wieder Birnen mit Äpfeln. Es gibt nicht einmal eine Statistik.)*

Oh ja, der Herr Verteidigungsminister hat von 90 Prozent gesprochen, die nicht zurückgeführt werden, und hat bei jenen zehn Prozent völlig darauf vergessen, dass Menschen auch freiwillig wieder zurückgehen.

Klar ist jedenfalls offensichtlich, dass hier keine klaren und transparenten Zahlen offen augliegen, *(Abg. Gerhard Steier: Das ist korrekt. Genauso ist es.)* klar ist es, dass wir das brauchen und deswegen bringen wir den Abänderungsantrag ein.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, sich auf EU-Ebene für die Schaffung eines einheitlichen und nachhaltigen EU-Asylsystems einzusetzen mit folgenden Eckpunkten: *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* - Ich würde Sie bitten, zuerst zuzuhören und sich nachher zu echauffieren.

1. Festlegung eines fairen verbindlichen Verteilungsmechanismus ankommender Asylsuchender zwischen allen EU-Mitgliedstaaten, um eine solidarische und nachhaltige Aufteilung innerhalb der EU zu schaffen.
2. gemeinsame Bemühungen zum Abschluss von Rücknahmeabkommen auf diplomatischer und politischer Ebene, und
3. nachhaltige und signifikante EU-Investitionen in Herkunfts- beziehungsweise Transitländern von Flüchtenden, um Fluchtursachen und Sekundärmigration effektiv anzusprechen. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist mir zu wenig.)*

Im Sinne dessen, was Kollege Hergovich und auch der Landeshauptmann-Stellvertreter vorhin gesagt haben, in diesem Abänderungsantrag steht doch eigentlich alles drinnen, was sie auch schon wollten und auch schon öfter gesagt haben.

Deswegen kann ich mir durchaus vorstellen, dass Sie diesmal mitstimmen werden. *(Abg. Robert Hergovich: Sicher nicht! - Abg. Manfred Kölly: Das glaubst Du aber selber nicht. - Abg. Robert Hergovich. Wir schieben es nicht nach Europa. Wir machen es selber. Wenn es die Deutschen zusammenbringen, machen wir es auch selber. Bei der Mindestsicherung wollt Ihr es nicht. - Abg. Ingrid Salamon: Deswegen sind wir ja Politiker im eigenen Land - Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Molnár zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! *(Abg. Manfred Kölly: -in!)* Frau Präsident oder Präsidentin Benkö!

Die ÖVP, die den ersten Dringlichkeitsantrag des heutigen Tages eingebracht hat, hat diesen Dringlichkeitsantrag mit Versäumnissen begründet oder die Dringlichkeit mit Versäumnissen dieser Koalition und vor allem dieser Landesregierung begründet. Ich erinnere noch einmal allgemein daran, es flattern seit Monaten Anträge, Entschließungsanträge zur Mindestsicherung ein. Die sind, das stimmt, Herr Kollege Kölly, im Ausschuss immer vertagt worden und zwar mit der Maßgabe, die Verhandlungen im Bund beziehungsweise zwischen Bund und Ländern abzuwarten. Ich halte das für eine seriöse Vorgangsweise. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)*

Dass das Dazwischenfunken einzelner Landesparlamente einer einheitlichen Lösung nicht zuträglich ist, *(Abg. Gerhard Steier: Scheint die Vernunft zu siegen. Bravo!)* das haben wir, glaube ich, gerade am heutigen Tag erkennen können.

Wir werden uns, wenn der Entwurf da ist, falls es noch einen gibt, diesen Entwurf anschauen und dann dementsprechend unsere Konsequenzen ziehen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir über Versäumnisse reden, dann können wir vor allem auch über den Bereich, in dem die ÖVP im Bund zuständig ist, reden und da gibt es sicherlich dringenderen Handlungsbedarf als das bei der Mindestsicherung der Fall ist.

Wir erleben im Bereich Migration, wir erleben im Bereich Sicherheit, wir erleben im Bereich Integration und wir erleben vor allem auch im Bereich Remigration Kontrollverlust. Kontrollverluste, die in Summe, wenn man es streng nimmt, eigentlich die staatsrechtlichen Grundfesten erschüttern bis gefährden. Kontrollverluste, die in erster Linie den ÖVP-geführten Ressorts anzulasten sind.

Meine Damen und Herren! Ich habe nach dem, was im letzten Jahr passiert ist und wie sich die zuständigen Minister im vergangenen Jahr verhalten haben, ohnehin nicht mehr zu den Optimisten gehört. Aber als der Verteidigungsminister jetzt vorgestern beziehungsweise gestern seine Einschätzung der Lage berichtet hat, war ich doch auch etwas schockiert. Ich bedanke mich übrigens beim Verteidigungsminister für diese offenen und ehrlichen Worte.

90 Prozent jener Migranten, die einen negativen Asylbescheid erhalten, können nicht abgeschoben werden. Das heißt, wir erleben hier ein Multiorganversagen im Großen und Ganzen. Das erschüttert die Grundfesten unseres Staates. Der Rechtsstaat funktioniert in diesem Fall überhaupt nicht mehr beziehungsweise wird ad absurdum geführt.

Denn wenn ich neun von zehn negativ beschiedene Asylwerber nicht abschieben kann, dann stellt sich doch letztendlich die Frage, wozu ich überhaupt noch ein Asylverfahren brauche. Wenn ohnehin jeder hierbleiben darf, neun von zehn nicht abgeschoben werden können, dann erübrigt sich eben auch die Frage der Obergrenze. Auch das ist ein Teil der Wahrheit.

Es geht dann noch weiter und ich habe in der Landtagssitzung auch schon darauf Bezug genommen, das Bundesministerium für Inneres sagt dann zwar, die Zahlen des Verteidigungsministers seien nicht nachvollziehbar, aber wenn es dann darum geht, die tatsächlichen Zahlen bekanntzugeben, ja, dann gibt es Schätzungen von 30 Prozent. Ist noch immer schlimm genug, aber genaue Zahlen kann man eben nicht nennen. Man kann auch nicht nennen, wie viele Migranten mit negativem Asylbescheid in Österreich überhaupt noch aufhältig sind.

Das heißt, wir bewegen uns da im Bereich der Spekulation. Wir wissen nicht, wie viele hier sind, wo sie sind, was sie tun, welchen Hintergrund sie haben, und so weiter und

so fort. Kontrollverlust wo man hinsieht und ja, ich gehe noch einmal darauf ein, was ich das letzte Mal über die Anfragebeantwortung vom Innenminister ausgeführt habe.

Es hat eine umfangreiche Anfrage über das erste Halbjahr 2016 gegeben mit Fragen wie:

Wie viele Illegale wurden in den Monaten Jänner bis Juni österreichweit aufgegriffen nach Polizei, Bundesheer. - ÖVP-Innenminister: Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Wie viele dieser aufgegriffenen Personen haben einen Asylantrag gestellt? - Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Wie viele Personen wurden demnach in die Antragstatistik aufgenommen? - Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Und beim letzten Mal schon gesagt, also wir wussten ja, dass es da ein Problem gibt. Wie viele Personen, die nicht zum Verfahren zugelassen wurden, beziehungsweise negativ beschieden wurden, haben Österreich nachweislich wieder verlassen? - Antwort: Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Meine Damen und Herren! Ein Staat, der keine Kontrolle darüber hat, wer das Staatsgebiet betritt, wer diese Leute sind, wo sie sich aufhalten, welchen Hintergrund sie haben, welche Motive sie haben, wie sie sich versorgen, ein solcher Staat, meine Damen und Herren, der versagt in seinen zentralen Aufgabenstellungen.

Das hat jetzt überhaupt nichts mit dem Ausländerthema zu tun, so wie es immer wieder vorgeworfen wird. Das ist eine Grundsatzfrage von erheblicher Bedeutung, und dieser Kontrollverlust im Bereich der Migration ist schlicht und einfach nicht hinzunehmen. Das hat natürlich auch sicherheitspolitisch relevante Auswirkungen.

Wir erleben diesen Kontrollverlust aber eben auch bei der Remigration, aber auch bei der Integration. Auch ein Ministerium, das in ÖVP-Hand ist. Ich weiß nicht, wer es von Ihnen gelesen hat, die jüngste Studie von gestern oder vorgestern, wenn es um junge Menschen in der offenen Jugendarbeit in Wien geht. Ich lese ein paar Sätze vor, kann sich dann jeder eh seinen Teil dazu denken:

„Von jenen jungen Menschen beziehungsweise Muslime, die in der sogenannten offenen Jugendarbeit in Wien betreut werden, ist die Mehrheit gefährdet, radikalisiert zu werden. Nur 41 Prozent können als gemäßigt und aufgeschlossen bezeichnet werden.“ Umkehrschluss - 59 Prozent nicht gemäßigt und nicht aufgeschlossen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Von jenen, die in der Jugendarbeit sind.)* Ja, natürlich. Dunkelziffer entsprechend höher.

„Signifikant auffällig sind Jugendliche muslimischen Glaubens, wenn es um Abwertungstendenzen geht. Befragte Muslime waren eher rassistisch, homophob oder antisemitisch eingestellt als der Rest. Vor allem Antisemitismus sei häufig, wurde er doch bei fast der Hälfte der Muslime geortet. Die Gruppe der Muslime wurde speziell im Hinblick auf mögliche Radikalisierungsgefährdung begutachtet. Ergebnis: Die Mehrheit zeigt sich zumindest nicht völlig gefeit, 31 Prozent werden als die Gruppe der Ambivalenten mit leichter bis mittlerer Gefährdung bezeichnet. Sie empfinden die Religion als überlegen gegenüber anderen und die religiösen Vorschriften wichtiger als Gesetze. 27 Prozent der befragten muslimischen Jungwiener zeigten sich hingegen latent gefährdet und haben laut den Studienautoren die Ideologie der Ungleichwertigkeit gegenüber Nichtmuslimen internalisiert. Sie fallen durch ein westfeindliches Weltbild gepaart mit einer gewaltbejahenden Grundeinstellung auf.“

Meine Damen und Herren! Das sind die Fragen, die tatsächlich dringlich sind. Das ist alles nicht lustig, das ist hochgradig erschreckend und hier, und das richte ich an die ÖVP, hier sind die eigenen Minister in der Pflicht und nicht die Landesregierung bei einer

Frage, wo keine Dringlichkeit besteht *(Abg. Gerhard Steier: Wo sie keine Zuständigkeit hat.)* und nämlich nicht so unmittelbar wie Sie behaupten, nicht dieser Landesregierung vorzuwerfen, untätig zu sein im Bereich der Mindestsicherung.

Meine Damen und Herren! Wir werden den Abänderungsantrag ablehnen, weil wir erleben doch bitte seit einem Jahr und länger, dass die Europäische Union nicht imstande ist, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, Lösungen zu finden. Es sind daher, Kollege Hergovich hat es gesagt, wir kennen das aus anderen Ländern, die Maßnahmen auf nationalstaatlicher Ebene beziehungsweise durch die nationale Regierung zu treffen und da darf keine Zeit mehr verloren werden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Präsidenten Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Debatte, die hier geführt wird, wird geführt in einer Art und Weise, dass sich viele, um nicht zu sagen alle, aber sehr, sehr viele, in diese Situation, in diese Debatte, wirklich eingelesen haben.

Der Zugang ist vielleicht ein anderer, die Schlüsse, die daraus gezogen werden, sind vielleicht andere, aber es hat sich jeder, der sich heute zu Wort gemeldet hat und auch jene, die sich nicht zu Wort gemeldet haben, sehr stark damit befasst.

Wir leben in einer Situation, dass Menschen zu uns kommen, die auf der Flucht sind, denen geholfen werden muss, man aber das Staatsgebiet und die Staatsbürger nicht überfordern darf. Es hat heute der Landesrat Darabos den Vergleich mit dem Jahr 1956 gezogen, der 23. Oktober ist ja jener Tag, wo die Revolution in Ungarn begonnen hat. Es hat eine Fluchtbewegung ungeahnten Ausmaßes begonnen. Da ist es um Nachbarn gegangen, die darauf gewartet haben, dass es in ihrem Heimatland wieder ruhig wird, dass sie zurückkehren konnten, dass viele dann weitergezogen sind. Andere Situation, mit der heutigen Situation nicht vergleichbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jene, die im Vorjahr an der Grenze waren und sich dort entweder nur ein Bild gemacht haben oder geholfen haben, Menschen zu betreuen, werden wissen, dass solche Ausnahmesituationen, wie sie im Vorjahr geschehen sind, nicht Jahr für Jahr in einem Land verkraftbar sind.

Deshalb hat sich die Bundesregierung unter Einbeziehung vieler Kräfte zu einer Linie durchgerungen. Die Linie lautet: 122.500 in den nächsten vier Jahren oder fünf Jahren, im heurigen Jahr 37.500. Das ist eine Obergrenze. Wenn diese Obergrenze, meine sehr geehrten Damen und Herren, erreicht ist, dann müssen de facto die Grenzen dichtgemacht werden. Die Diskussion, die wir heute führen, führen wir im Lichte einer Aussage des Verteidigungsministers, der gesagt hat, dass 90 Prozent jener, die negative Bescheide haben, in ihre Heimatländer nicht zurückgebracht werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Zahl „90 Prozent“ stimmt schlichtweg nicht. Alle, die sich interessieren, können diese Zahlen, Fakten und Daten jederzeit recherchieren und können so wie ich, oder so wie der ÖVP-Klub oder viele andere, diese Zahlen ganz einfach recherchieren. Nämlich mit Stand 30. September, meine sehr geehrten Damen und Herren, gab es 28.300 Asylverfahren, *(Abg. Robert Hergovich: Der Innenminister kann es nicht. - Abg. Doris Prohaska: Wenn keine Statistik geführt wird?)* 11.500 negative Bescheide nach abgeschlossenem Verfahren. *(Abg. Robert Hergovich: Der Innenminister hat es nicht gekonnt.)*

Ich nenne noch einmal die Zahl: 37.500 zählt. Wir haben 7.826 Abschiebungen oder freiwillige Ausreisende, je nachdem, 3.300 waren zwangsweise, 4.500 freiwillig. Das entspricht 68 Prozent und nicht wie gestern der Verteidigungsminister behauptet hat, zehn Prozent oder 20 Prozent.

Die zuständigen Minister, und da nehme ich keinen aus auf Bundesebene, das sind, der Minister Kurz, das sind der Minister Sobotka und der Minister Doskozil, pardon, sein Nachfolger als Verteidigungsminister. Sie wissen, das ist ein Freud'scher Versprecher. Das also hier der Minister Doskozil sich genauso bemüht wie er, dass sich diese Minister bemühen, das was die Bundesregierung festgelegt hat, auch gemeinsam zu erreichen.

Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Abschiebeverfahren de facto liegt beim Innenministerium und beim Verteidigungsministerium, das Abschließen von Rücknahmeübereinkommen obliegt dem Außenministerium.

Jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt können wir hier im Burgenländischen Landtag schon diskutieren darüber, nur eines wird auch von der Ferne aus, wenn wir das beurteilen, klar sein. Wenn nicht in irgendeiner Art und Weise Zwang oder Druck auf jene Länder ausgeübt wird, die ihre Staatsbürger wieder zurücknehmen sollen, dann werden sie das nicht freiwillig tun.

Und solcher Zwang, solcher Druck, meine sehr geehrten Damen und Herren kann nur dann ausgeübt werden, wenn Mittel, die für den wirtschaftlichen Aufbau in diesen Ländern von der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden, davon abhängig gemacht werden, dass auch Leute wieder zurückgenommen werden.

Jetzt können wir schon sagen, wir in Österreich könnten das ja genauso machen, es könnte ja der Außenminister Kurz genauso diesen Druck ausüben. Macht er auch im Rahmen seiner Möglichkeiten. Nur mit Verlaub gesagt, die EZA-Mittel die dafür eigentlich hergenommen werden sollten, das können Sie im Budget nachlesen, werden diese Länder nicht in irgendeiner Art und Weise beeindrucken und sagen, na dann werden wir eben diese Menschen wieder zurücknehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Diskussion die wir hier führen, wo wir glauben, dass wir alles daransetzen müssen, um ein Jahr wie das Vorjahr nicht mehr für Österreich geschehen lassen zu können, diese Fernsehbilder, Sie alle haben Sie gesehen, wo in der Steiermark an der Südgrenze Menschenmassen über die Grenze gekommen sind und die Polizei nicht im Stande war die daran zu hindern und das ordnungsgemäß.

Wenn ein Staat nicht mehr die Möglichkeit hat seine Souveränität auch entsprechend zu schützen, dann ist hier Handlungsbedarf gegeben. Man hat sich eben darauf geeinigt, diese 37.500 im heurigen Jahr als Obergrenze anzusehen. Ich bin überzeugt davon, wenn diese 37.500 erreicht werden sollten - möglicherweise erreichen wir das heuer gar nicht. *(Abg. Géza Molnár: Da waren schon 37.000 Illegale, die heuer aufgegriffen wurden, im ersten Halbjahr.)*

Das ist so nicht richtig, *(Abg. Géza Molnár: Sicher!)* Sie haben die Zahlen, Fakten und Daten genauso recherchiert, wie ich das getan habe. Wissen Sie, es geht darum, dass wir alles tun müssen, um jene Menschen, die einen negativen Asylbescheid haben, damit die auch außer Landes gebracht werden.

Jetzt hat sich der Minister Sobotka zum Beispiel in der Diskussion klar festgelegt und hat gesagt, dass er möchte, dass ein Gesetz beschlossen wird, damit jene Menschen die einen negativen Asylbescheid haben und das Land nicht verlassen, mit hohen Strafen

belegt werden sollen bis hin zu Arreststrafen. *(Abg. Doris Prohaska: Wo werden wir die finden, die zahlen? – Unruhe bei der SPÖ)* Na ja, wir haben sie noch nicht.

Es wird diskutiert auf Bundesebene, da kann ich Ihre Partei nicht aus der Verantwortung entlassen, dass jene, die einen negativen Asylbescheid haben, auch weiterhin in der Grundversorgung sein sollen, na die haben dann ja gar keinen Druck dieses Land zu verlassen*. (Abg. Doris Prohaska: Geh bitte. – Allgemeine Unruhe)* Wir müssen hier schon aufpassen, dass wir nicht Äpfel mit Birnen vermischen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zahlen, die gestern der Minister Doskozil genannt hat, werden von keinem Ministerium bestätigt, von keiner öffentlichen Stelle, auch von keiner inoffiziellen Stelle.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte ich Sie, diese Zahlen – *(Abg. Doris Prohaska: Dann unterstellen Sie ihm, dass er sich die nur ausgedacht hat? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, weil es keine gibt. – Abg. Wolfgang Sodl: Warum gibt es dann vom Innenministerium keine Zahlen?)* Ich weiß es nicht, er hat ja die Quelle, es gibt… *– (Abg. Doris Prohaska: Vom Innenministerium gibt es auch keine Zahlen, keine Statistiken.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt die Zahlen aus dem *(Allgemeine Unruhe)* Innenministerium, deshalb haben wir auch in unserem Abänderungsantrag drinnen stehen, dass auch diese Zahlen monatlich veröffentlicht werden sollen. Wir haben uns diese Zahlen bis Ende September organisiert. Es heißt: 28.300 Asylverfahren in Österreich, 11.500 negative Bescheide nach abgeschlossenem Verfahren, 7.826 Abschiebungen, davon 3.300 zwangsweise, 4.515 freiwillig. *(Allgemeine Unruhe)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über eine Situation dürfen wir uns nicht hinwegschwindeln, die müssen wir auch sehr offen ansprechen, das sind die Dublin-Verfahren. Sie wissen, Dublin-Fälle sind jene, dort wo Schengen-Gebiet erstmals betreten wird, dort ist jenes Land zuständig, um das Verfahren weiter zu führen. *(Abg. Ingrid Salamon: Das wissen wir eh.)*

Ungarn weigert sich, Asylbewerber zurückzunehmen und Griechenland, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist überfordert. Wir müssen also die Kräfte an den EU-Außengrenzen entsprechend stärken, ob das FRONTEX ist, ob das eine andere Agentur ist, denn nur wenn wir im Stande sind, die EU-Außengrenzen zu sichern, werden nationale Grenzen überwachen nicht mehr notwendig sein. *(Zwiegesprächen in den Bänken der Abgeordneten.)*

Solange EU-Außengrenzen nicht definitiv gesichert werden können, werden wir diese nationalen Grenzsicherungen brauchen und wir sind alle sehr froh, dass an den Grenzen dies derzeit geschieht.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei den Dublin-Fällen gibt es einen einzigen Haken. Der Haken lautet, wenn es ein halbes Jahr nicht gelingt, jene Personen, die Dublin-Fälle sind, in jenes Land zurück zuschicken woher sie gekommen sind, dann ist jenes Land wo sie sich gerade aufhalten, für die Weiterführung des Verfahrens zuständig.

Hier in dieser Situation ist Österreich, hier sind wir leider in dieser Sandwich-Position. Es handelt sich hier um Menschen, die hier sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, von den 35.000 Menschen die heuer einen Asylantrag gestellt haben wurden 28.000 zum Verfahren zugelassen. Das ist, und das ist Konsens auf Ebene Bundesregierung, jene Zahl die hergenommen wird, für die Obergrenze, die mit 37.500 erreicht soll. Wir haben sie nicht diese Zahl 37.500, wir wollen auch, dass wir sie nicht erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all das haben wir in einem Antrag zusammengefasst, den wir gemeinsam mit der Fraktion der GRÜNEN, mit dem Abgeordneten Steier und mit der ÖVP-Fraktion als unseren Abänderungsantrag eingebracht haben.

Ich sage auch klar dazu, dass ich mit sehr, sehr vielen Positionen - bis auf zwei, im ursprünglichen Antrag von SPÖ und FPÖ durchaus konform gehe, aber die 90 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, die stimmen ganz einfach nicht. Sie konnten nicht recherchiert werden.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag, den wir als Abänderungsantrag gemeinsam mit den GRÜNEN unterstützen*, (Abg. Ingrid Salamon: Ganz sicher.)* auch die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der ÖVP, den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ewald Schnecker das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ein sehr ernstes Thema, wir reden über Asylwerber, denen das Recht auf Asyl in Österreich nicht zuerkannt wurde. Das heißt, es geht um Menschen, deren Asylantrag in einem rechtsstaatlichen Verfahren, und so weit sind wir uns einig, abgewiesen worden ist.

Wenn die Notverordnung in Kraft treten sollte, auch das ist Faktum, dann ist das etwas anderes. Jetzt ist es aber so, dass es ein Verfahren auf sehr hohem österreichischem Niveau gibt, oder gegeben hat, wo dann eben herausgekommen ist, dass in Österreich kein Recht auf Asyl besteht. Also müssen wir diesen Menschen sagen, ihr müsst unser Land verlassen. Das wurde von einer Behörde festgestellt, und die Menschen müssten und müssen wieder in ihr Land zurückkehren, oder in das Land aus dem sie gekommen sind.

Grundsätzlich sollte man davon ausgehen, dass es eine europäische Rückkehrpolitik gibt, ja aber, wenn das nicht funktioniert, und es funktioniert die Sicherung der Außengrenzen nicht, es funktioniert die Verteilung der Asylwerber oder der Asylsuchenden auf Europa, auf die Staaten nicht, und es funktioniert auch diese Rückkehrpolitik nicht, dann ist es wohl legitim, hier unsere Minister aufzufordern, die dafür zuständig sind, hier endlich ihrer Arbeit nachzukommen und das zu tun, wofür sie auch im Amt sind. Eine solche Rückkehrpolitik, und da sind wir uns auch einig, sollte nicht nur der innerstaatlichen Sicherheit dienen, sondern auch dem Schutz der Mitgliedsstaaten, also dem Schutz der Mitgliedsstaaten, damit diese nicht überfordert werden.

Nur Apelle aus der Europäischen Union und von wem auch immer, an migrationsbereite Menschen, das heißt, an die, die von daheim fort wollen und zu uns wollen, auszurichten, ihre Heimat nicht zu verlassen, also das wird nicht ausreichen, um dieses Problem, das derzeit besteht, eben zu lösen.

De facto haben wir keine gemeinsame Rückkehrpolitik. Die Regelwerke gäbe es oder gibt es auf Ebene der Europäischen Union, die Richtlinie des EU-Parlaments, die sogenannte Rückführungsrichtlinie gibt den Weg vor. Darin ist auch eine Definition enthalten, und in Österreich ist diese Materie an das Innen- und an das Außenministerium eben vergeben und zentral ist immer die Frage von Rückführungsabkommen.

Für diese Rückführungsabkommen gibt es zusätzlich noch geteilte Zuständigkeiten, das ist so, das ist auch nicht unbedingt förderlich der ganzen Sache, und bis dato hat die

EU 17 Rücknahmeabkommen abgeschlossen. 17 Rücknahmeabkommen, aber mit jenen Ländern, woher der stärkste Zuzug kommt, gibt es diese Rücknahmeabkommen nicht. Und das sind eben Algerien, Marokko, Somalia, überhaupt Afghanistan, ein Land wo der starke Zuzug derzeit herkommt. Und da kommt von unseren österreichischen Minister, und zuständig sind eben der Herr Sobotka und der Herr Kurz, leider gar nichts.

Das wäre aber die Aufgabe des Außenministers, dafür zu sorgen, dass es diese Rückübernahmeabkommen gibt, und diese verhandelt werden. Und ich kann mich an kein einziges Abkommen erinnern, das der Herr Außenminister Kurz selbst verhandelt hätte, in seiner Amtszeit, es gibt keines. Er hat also nichts getan. Er hat nichts getan, eine Null-Nummer, der Herr Außenminister. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Aber auch wenn es Abkommen gibt und die Materie ist tatsächlich komplex und schwierig, wie zum Beispiel mit Pakistan, das gibt es zwar, aber es funktioniert nicht. Und warum funktioniert es nicht?

Wenn ein ausländischer Staatsangehöriger negativ beschieden worden ist, was ich vorhin gesagt habe, dass er eben in Österreich einen negativen Bescheid, auf hohem rechtsstaatlichem Niveau, eine Behörde hat entschieden, ihm gesagt wird, du kannst nicht hier bleiben, weil du kein Recht auf Asyl hast, dann fragt unser Innenministerium im Herkunftsland an, eben jetzt in Pakistan, ob ein sogenanntes Heimreisezertifikat ausgestellt wird. Nur mit dem Heimreisezertifikat kann ich ihn in einen Flieger setzen und dann geht er eben zurück. Das ist die sogenannte Abschiebung, wo das vollzogen wird, weil eine freiwillige Ausreise wird es in den meisten Fällen, in ein Land, das so weit entfernt ist von uns, nicht geben, dann funktioniert das.

Ohne Heimreisezertifikat gibt es keine Heimreise. Und das ist auch ein Mangel. Der Mangel besteht. Der Mangel besteht seit Jahren, der Mangel ist einem jeden bekannt, im Innenministerium vor allem. Man *(Abg. Manfred Kölly: Dann müssen wir neu wählen, ganz einfach.)* nimmt es zur Kenntnis und niemand tut etwas, um die Situation zu verbessern. *(Abg. Manfred Kölly: Alles weg, neu wählen.)* Es ist allen bekannt und niemand unternimmt etwas, um diese Situation zu bereinigen. *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Wir wollen bitte zuhören.)*

Geschätzte Damen und Herren, eine Geschichte noch aus der Praxis, in aller Kürze, jetzt zu einem Land, das uns viel näher liegt als Pakistan, zum Beispiel zu Ungarn.

Wenn jetzt unsere Kolleginnen und Kollegen draußen unterwegs sind und einen Menschen aufgreifen, der das österreichische Staatsgebiet unrechtmäßig betreten hat - und unrechtmäßig ist es dann, wenn er eben ohne die erforderlichen Einreisedokumente ist, und auch wenn er einen Pass hat und kein Visum hat, dann ist er unrechtmäßig da, überschritten hat, wenn der aufgegriffen wird, weil wir eben Grenzkontrollen machen, die Sie die ganze Zeit lächerlich gemacht haben, immer gesagt haben, die brauchen wir nicht - heute, Sinneswandel, - denke es geht eh in die richtige Richtung, dann wird dieser ausländische Staatsbürger eben aufgegriffen.

Dann kommt es zu den administrativen Arbeiten, das dauert zirka pro Person würde ich mal sagen eine Stunde, und wenn dieser Mensch dann einen Ausreiseauftrag, einen Zettel in die Hand bekommt, dann sagt man ihm, da steht drauf: Du / Sie müssen das Land verlassen.

Dann geht das den Weg, dass das Polizeikooperationszentrum verständigt wird, und die Kollegen aus Ungarn warten dann auf der anderen Seite der Grenze und dann wird dieser Mensch im Regelfall übergeben.

Wenn die österreichische Polizei keine Buskarte, keine Bahnkarte, keine Lagerkarte mit übergeben kann, was eigentlich dafür spricht dass er aus Ungarn kommt, dann sagen die ungarischen Behörden, der gehört nicht uns, der ist sicher woanders hereingekommen, den könnt ihr euch behalten - ganz salopp. Also sie nehmen ihn nicht. Wir haben keine Möglichkeit, diese Personen außer Landes zu bringen.

Und auch das, kein Mensch im Innenministerium rührt einen Finger um diese Situation zu bereinigen und hier eine Verbesserung herbeizuführen. Übrig bleiben im Wesentlichen immer die Kolleginnen und Kollegen draußen. Die versuchen sich dann auch zu helfen, dass man halt die Verständigung erst gleichzeitig durchführt, wenn man diesen Menschen schon über die Grenze zurückgestellt hat.

Auch wenn jetzt das das erste Mal funktioniert und der unberechtigt aufhältige Mensch bekommt das mit, dass das diese Lagerkarte eben oder diese Bus- oder Bahnkarte verursacht hat, dass er jetzt doch zurückgeht an die Ungarn, dann können Sie davon ausgehen, dass er das beim nächsten Mal nicht mehr mit hat, dann hat er eben nichts mit und dann bleibt er erst wieder da.

Also es ist sehr, sehr schwierig das ist im ganzen Burgenland so, von Nickelsdorf über Klingenbach, über Deutschkreutz nach Heiligenkreuz, diese Probleme gibt es überall. Zuständig ist das Innenministerium und es ist eine absolut unzufriedenstellende Situation. Zusammenfassend, ich denke wir sollten froh sein, dass unser Verteidigungsminister dieses Thema, diese Situation thematisiert hat. Er hat natürlich Recht, auch wenn jetzt was anderes behauptet wird. Aus seiner ehemaligen Funktion weiß er ganz genau, wie sich das abspielt und was sich abspielt und wie das mit den Zahlen jetzt ist.

Zur Obergrenze, oder zum Richtwert ist zu sagen, dass hier auch nur die zum Verfahren zugelassenen Personen gezählt werden und die Dublin-Fälle. Und der Herr Präsident Strommer hat es ganz richtig gesagt, die Dublin-Fälle sind derzeit nicht eingerechnet, aber wenn sie ein halbes Jahr da sind, dann müssen sie irgendwann eingerechnet werden und das würde die Zahl dramatisch jetzt gleich einmal erhöhen. Also das ist ohnehin auch eine sehr, sehr schwierige Situation.

Was brauchen wir? Was wir immer gesagt haben, Rückführungsabkommen auf bilateraler Ebene. Die Europäische Union ist hier offenbar nicht in der Lage das zu liefern und zu gewährleisten. Wir brauchen Regelungen, damit das, was es gibt auch funktioniert, das Beispiel mit Pakistan vorher, sei es mit Ländern die weit weg sind von uns, was die Rückführungen an sich schwierig macht.

Das ist ja nicht so einfach, auch wenn der Verteidigungsminister als Hilfestellung die Rückführungen oder Außer-Landes-Bringungen mit der Herkulesmaschine anbietet, dann ist ja das nicht so einfach. Um diese hohen Standards zu gewährleisten kann man erstens sehr, sehr wenige mit sehr, sehr viel Personal außer Landes bringen.

Und auch der technische Vorgang, wie das intern abläuft, die müssen ja alle irgendwie zusammengesammelt werden die Nationalitäten, dann geht der Flieger, also eine sehr, sehr komplexe Situation. Das geht alles sehr langsam. Dafür brauchen wir Dinge, die eben funktionieren, auch wenn er diese Hilfestellung anbietet und zuständig ist da und das ist ebenso, das ist der Herr Innenminister und der macht in diesem Bereich nichts.

So, ich möchte so aufhören, wie ich angefangen habe. Es geht nicht um das Recht auf Asyl, das steht außer Streit. Also wenn jemand in Österreich Asyl bekommt, dann bekommt er es und dann hat er es auch und das ist ein Menschenrecht. Es geht darum,

wenn einem Menschen dieses Asylrecht nicht zuerkannt wurde, auf hohem österreichischem rechtstaatlichem Niveau.

Und dann müssen wir eben diesen Menschen sagen, ihr müsst Österreich eben verlassen und dafür brauchen wir funktionierende Regelungen. Die Minister Kurz und Sobotka sind eben aufgefordert in ihren Zuständigkeiten dafür zu sorgen, dass es das gibt und das es auch funktioniert. Dankeschön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einmal mehr ein Dringlichkeitsantrag, der sehr ernst genommen werden muss, selbstverständlich, er gehört diskutiert, weil wir genau wissen, wir sind in einer Situation, wo wir uns als Land Österreich und speziell auch im Burgenland wirklich um die Flüchtlinge angenommen haben.

Das ist ehrenwert und das ist auch wichtig und richtig, muss ich dazu sagen. Aber man sollte mit Dringlichkeitsanträgen einmal auch nachdenken und hinterfragen, wenn einmal ein Entschließungsantrag eingelaufen ist, der lautet:

„Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- Wirtschaftsflüchtlinge sofort abgewiesen und in ihre Heimat abgeschoben werden,
- die rechtliche Möglichkeit des Verwirkens des Asylrechts bei Straftaten geschaffen wird und
- die EU-Kommission bei den aktuellen Verhandlungen bezüglich eines Rücknahmeabkommens mit Algerien, Marokko oder Afghanistan von Seiten Österreichs bestmöglich unterstützt wird und im Falle des Scheiterns der Bundesregierung selbst in Verhandlungen tritt.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Antrag ist eingegangen am 28.1.2016, wurde wie üblich abgelehnt, schubladiert und ist irgendwo verschwunden. Jetzt taucht einmal mehr ein Dringlichkeitsantrag auf, der Euch in der Früh eingefallen ist, um 9.14 Uhr wurde der wieder einmal abgegeben in dieser Größenordnung. *(Unruhe bei der FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein so ein wichtiges Thema, das ist ein so ein wichtiges Thema und ernst zu nehmendes Thema, dass man das im Vorfeld sehr wohl diskutieren muss.

Nur wenn eine ÖVP jetzt einen Dringlichkeitsantrag einbringt mit Mindestsicherung, wo ich auch jetzt zum Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz ein paar Worte sagen muss, dem fällt ein, den Abänderungsantrag, weil die ÖVP mitstimmt, müssen wir wieder abändern und zwei Punkte dazu nehmen, nur damit sie nicht Recht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist reine Parteipolitik. Das ist reine Parteipolitik, sonst gar nichts in diesem Hohen Haus. Und ich sage das noch einmal, für mich sind die Menschen sehr viel wert. Die, die hier flüchten müssen und zu uns kommen, weil sie sich von uns etwas erwarten, die haben recht.

Na selbstverständlich und die haben auch das Recht hierherzukommen und da müssen wir uns Gedanken machen, wie können wir das eigentlich schaffen? Und daher sind diese Dringlichkeitsanträge ja sehr ernst zu diskutieren. Jedoch eines muss klar sein, wir haben in Deutschkreutz 44 Flüchtlinge. Ich habe überhaupt kein Problem damit muss ich offen und ehrlich gestehen. Aber wenn wirklich Leute, die Wirtschaftsflüchtlinge sind oder die Straftäter sind und straffällig werden, nicht sofort abgeschoben werden können, da bin ich bei Dir, Herr Kollege Schnecker, dann müssen wir uns etwas überlegen.

Aber keine Parteipolitik und der Kurz ist Schuld und der Sobotka ist Schuld und wie sie alle heißen, weil das ÖVPler sind und wir sind die Besten und die Schönsten. *(Allgemeine Unruhe)* Wie sind nicht die Besten und die Schönsten, wir haben eine Riesenaufgabe, wir haben eine Riesenaufgabe übernommen, weil die Flüchtlingsströme und da warten wieder Millionen unten, ich kann Euch das nur sagen. Wir wissen nicht was passiert in nächster Zeit, daher haben wir Grenzkontrollen eingeführt.

Und die SPÖ ist draufgekommen, dass man mit diesem Thema, natürlich auch wichtig, Wählerstimmen gewinnen kann. Und das ist genau passiert und sonst schon gar nichts mehr. Weil die FPÖ hat das schon lange getrommelt gehabt. Schon lange ist das in der FPÖ durchgedrungen, Achtung aufpassen.

Daher glaube ich, diese ganzen Anträge wo wir Vorreiter waren, wo wir Ideengeber schon waren, habt Ihr negiert oder weggeschmissen. Ich weiß nicht was damit passiert. Ich hätte gerne gewusst, wo diese hinkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das war im Jänner. Dann ist irgendwann einmal, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da war es kalt.)* da war es kalt, in Ordnung, da haben sie es zum Heizen gebraucht, ist eh möglich. *(Abg. Ewald Schnecker: Der war inhaltlich nicht richtig. – Abg. Edith Sack: Manche Anträge sind abzuändern, weil sie nicht richtig sind.)* Aber meine - na das ist ja, - schaut Ihr hättet es ja abändern können.

Ihr hättet es ja abändern können wie es Eure übliche Art ist. So wie wir es heute abgeändert haben. Und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter sagt, wir ändern halt noch ein paar Punkte ab, damit wir Recht haben, ansonsten war es ja nicht so schlecht und die ÖVP stimmt zu und dann stimmt es eh in der Landesregierung.

Ich sage Euch nur eines, wenn ich Euch heute zugehört habe, dann stimmt es im Bund absolut nicht mehr hinten und vorne. Und da bin ich beim Landeshauptmann. Wenn man nicht mehr miteinander kann, soll man sich trennen und auf Wiedersehen sagen und neu wählen. Und somit haben wir die Möglichkeit den Herrn Kurz vielleicht als Bundeskanzler demnächst zu haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wäre gescheit.)* Weil vor dem habt Ihr schon ein bisschen Angst, ist mir gerade vorgekommen, weil parteipolitisch greift man eben den Kurz an.

Die andere Seite greift den Dosko an und sagt, die Zahlen stimmen nicht, hin und her, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was ist für uns wichtig? Der Mensch steht im Mittelpunkt, der Mensch ist wichtig und nicht eine Parteipolitik. *(Abg. Ingrid Salamon: Die Lösung ist wichtig. – Abg. Edith Sack: Genau, die Lösung.)* Und das ist genau das was Ihr macht, leider Gottes Parteipolitik.

Dieser Dringlichkeitsantrag, den haben wir schon, ja noch einmal heute um 9.15 Uhr bekommen wir den herein, genauso wie die anderen Anträge, wo Ihr hergeht diesen ablehnt und sofort weil von uns ein Antrag hereinkommt oder von jemandem anders, sofort einen Abänderungsantrag parat habt.

Die ÖVP macht das jetzt überhaupt, lustiger Weise erst während der Landtagssitzung, nicht schon vorher. Ihr macht es wenigstens vorher. Die machen das

jetzt während der Landtagssitzung, um nur parteipolitisches Hick-Hack entstehen zu lassen und das verstehe ich nicht ganz. (*Allgemeine Unruhe)*

Sind wir da, damit wir für die Menschen in diesem Land arbeiten oder sind wir da für die Partei? Und daher glaube ich, man sollte sich überlegen, bei solchen Anträgen was tatsächlich passiert damit. Und unser Antrag, wo wir das schon im Jänner eingebracht haben, wo eigentlich nirgends mehr existiert. Versteht das einer? *(Abg. Christian Illedits: Er hat nie existiert.)* Das versteht keiner draußen und das sollten einmal die Medien schreiben, was damit passiert.

Daher glaube ich, dass diese Situationen, *(Abg. Christian Illedits: Da gibt es keinen.)* an wo sind sie hingekommen, *(Abg. Christian Illedits: Sie sind behandelt, oder beschlossen, oder sie sind...)* Herr Präsident, na schau da heißt es immer, wir kommen heute zu zwei Punkten. *(Allgemeine Unruhe)*

Güterwege, der wurde abgelehnt, warum wurde er abgelehnt? Weil wir kein Geld haben in diesem Land, das sollen wir einmal klar sagen und nicht sagen das geht nicht. Wir haben kein Geld, Punkt das ist es. Und da diskutieren wir einen Dringlichkeitsantrag, der was sehr viel mit Menschen zu tun hat, *(Abg. Christian Illedits: Das hat immer mit Menschen zu tun.)* was heißt sehr viel, hauptsächlich mit Menschen zu tun hat und da muss man gerade stehen dazu. Daher glaube ich man sollte sich überlegen Parteipolitik nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern hintanzustellen.

Danke. (*Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Vielleicht ganz kurz einige Sätze. Erstens, das Burgenland hat in der Vergangenheit 1956, 1989, 2015 Hervorragendes für Menschen im Sinne der Humanität geleistet.

Ich denke wir bekennen uns auch dazu, dass Menschen, Kriegsflüchtlingen jetzt und auch in Zukunft geholfen werden soll, geholfen werden muss. Das ist Menschlichkeit, Humanität, aber wir brauchen auch Ordnung und Sicherheit. Was nicht nur in der Steiermark, sondern auch in Nickelsdorf passiert ist, ich glaube da sind wir uns auch einig, dass dieser Zustand nicht weiter aufrechterhalten werden kann, damit nicht jedes Jahr 90.000 Flüchtlinge zu uns kommen können.

Genauso wie die Deutschen sagen, eine Million jedes Jahr ist zu viel und genauso wie die Schweden gesagt haben, auch wir können begrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Ich glaube, dass ist nachvollziehbar, es gibt immer eine Grenze des Möglichen.

Die Grenze des Möglichen die dürfen wir auch nicht überschreiten, weil die Akzeptanz der Bevölkerung gegeben sein muss. Und wenn der Zuzug größer ist als die Integration, dann gibt es Probleme. Wenn permanent der Zuzug größer ist als die Integration, dann steigen die Sozialausgaben, dann gibt es auch in dem Bereich ein Problem der Finanzierung, Geld ist keine unendlich vermehrbare Größe und dann steigt auch die Kriminalität, wenn keine Integration erfolgt.

Das sind alles eine ganz klar belegbare, glaube ich, Grundregel, wo wir uns wahrscheinlich mit den meisten auch des Hohen Hauses und selbstverständlich der Regierung verständigen können. Es gibt eine neue OECD-Studie, die auch ablesbar ist bei orf.at. Diese neue OECD-Studie sagt, Österreich gehört zu den Staaten mit den

höchsten Sozialausgaben in Europa. Zirka 28 Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden für Bereiche, wie Pensionen, Gesundheit, Familienbeihilfe auch Mindestsicherung aufgewendet. Der OECD-Schnitt, das sind 21 Prozent.

In Europa gibt es eben die Armutsgefährdung mit 16 Prozent, bei den Menschen in Österreich bei 14 Prozent und wir im Burgenland haben eine vorbildliche soziale Gesetzgebung, dass wir deutlich unter diesem österreichischen Durchschnitt liegen und Österreich liegt an der Spitze Europas. Also müssen wir einmal ganz selbstbewusst auch sagen, die Politik, die hier in der Gegenwart aber auch in er Vergangenheit gemacht wurde, hat einen großen sozialen Schwerpunkt. Und dafür sind wir, dass es ein hohes Maß an sozialer Sicherheit in unserem Heimatland Burgenland gibt und dazu bekennen wir uns auch. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber ganz klar sage ich auch, wir brauchen für jene, die keinen Asylstatus haben klare Regelungen für die Rückführung. Es kann nicht sein, dass jeder, der nach Österreich kommt auch hier bleiben kann, wenn er einen Asylstatus hat, ja. Wenn er keinen hat muss er zurückgeführt werden. Ich glaube das ist ganz klar.

Es ist ein Widerspruch in der Diskussion, dass vom Innenministerium gesagt wird, es gibt keine Statistik und einen Tag nachher sagen wir, man kann es in der Statistik nachlesen wie viele Menschen zurückgeführt werden. Ich weiß schon, warum es keine Statistik gibt, weil man sich die schwachen Zahlen der letzten Jahr und auch aktuell gar nicht nennen traut.

Weil die Menschen dann sehen, dass es wenig und viel zu wenig Rückführungen gegeben hat. Das ist eigentlich ein Missstand. Da brauchen wir eine Kraftanstrengung, eine gemeinsame, um jene die keinen Asylstatus haben auch wieder in ihr Heimatland zurückzubringen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich habe auch in der Vergangenheit die Bundeskanzlerin Merkel kritisiert, da ist einiges nicht nur in Deutschland, ist auch im Augenblick Konsens schon in Deutschland, auch in Österreich nicht richtig gelaufen. Aber in einem hat sie recht. Sie können vor wenigen Tagen auch im Spiegel in Deutschland lesen, die Frau Merkel hat gesagt, wir brauchen bei Rückführungen eine nationale Kraftanstrengung. Und sie meint damit das gleiche. Nämlich die, die keinen Asylstatus haben müssen wieder zurückgebracht werden.

Ich füge hinzu, jene die wirklich kriminell geworden sind, sind ebenfalls zurückzuführen. Wer Frauen vergewaltigt hat in unserem Land nichts zu suchen und ist wieder zurückzubringen. Bei solchen Vergehen da gibt es auch aus meiner Sicht wenig bis gar keine Toleranz. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein Nächstes muss man auch sagen, die Schweden haben es geschafft, dass 400 junge Marokkaner zurückgebracht werden, - die schwedische Regierung rot-grün. Die Deutschen haben es geschafft, dass Marokkaner in ihr Land zurückgebracht werden. Wir haben das bis jetzt nicht geschafft.

Entschuldigung, da wird man ja auch darauf hinweisen dürfen, dass es in Österreich aus meiner Sicht Versäumnisse gibt, bei den Abkommen zum Beispiel zu den afrikanischen Ländern. Es ist keine böse Unterstellung, das ist nicht unter der Gürtellinie, sondern das sind die Fakten, dass Schweden es geschafft hat, dass Deutschland es geschafft hat, aber wir es in Österreich nicht geschafft haben.

Diesen Mangel müssen wir abstellen, damit wir auch mit den afrikanischen Ländern Rückführungen machen. Das muss ein ganz ein wesentliches Ziel sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich habe die Frau Merkel zitiert, ich habe jetzt Schweden genannt und ich nenne noch ein Zitat von Schweden. Schwenden plant die Abschiebung, die sagen Abschiebung, ich sage Rückführung, von 50 bis 80.000 Flüchtlingen - rot-grüne Regierung in Schweden. Die waren übrigens die Ersten, die die Grenzen sehr stark kontrolliert haben, die Bayern haben die Grenzen sehr streng kontrolliert, jetzt machen es wir auch.

Aber die Schweden haben einen Plan und ganz klare Aufträge, dass 50 bis 80.000 zurückgeführt werden. Ja genau das brauchen wir auch in Österreich. Der Minister Doskozil hat die Hercules zur Verfügung gestellt. Warum wird sie nicht öfters in Anspruch genommen, um Flüchtlinge die keinen Asylstatus haben, die straffällig geworden sind, in ihr Heimatland zurückzubringen? Ich denke, das erwartet sich die Bevölkerung, dass Straffällige zurückgeführt werden, dass jene zurückgeführt werden die keinen Asylstatus haben. Und ich denke, dass mit diesem Entschließungsantrag genau auch die Meinung der Bevölkerung getroffen wird.

Genau dort haben wir Defizite. Diese Defizite sind zu beseitigen. Da müssen wir uns alle gemeinsam einsetzen, das ist unser Auftrag. Da bin ich schon beim Abgeordneten Kölly, dass alle im Landtag vertretenen Parteien mit ihren Vertretern auf Bundesebene hinweisen müssen und sagen, passt auf, da gibt es Defizite. Klärt diese Defizite, schaut, dass es die Rückführungen gibt.

Also in dem Sinne kann ich nur sagen, ein guter Antrag, er geht genau in die richtige Richtung und ich denke, dass das auch wieder ein Impuls ist, damit sich diese Entwicklung mit der wir nicht zufrieden sind, in die positive Richtung dreht.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann. Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den von der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rückführungen abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Abänderungsantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Rückführungen ist somit mehrheitlich angenommen.

7. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 540) betreffend "Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos" (Zahl 21 - 388) (Beilage 594)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich ersuche Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár um seinen Bericht zum 7. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht und

Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Beilage 540, betreffend "Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos", Zahl 21 - 388, Beilage 594.

General und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter, um Ihren Bericht.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend "Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos" in ihrer 13. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Ich stellte nach meinem Bericht einen Abänderungsantrag der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldungen mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“, unter Einbeziehung der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderung, die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter, um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Jetzt ist er leider nicht mehr da, der Herr Kollege Günter Kovacs hat heute zum Tagesordnungspunkt „Lärmschutz“ gesagt, „hättet Ihr doch einen Abänderer zum Antrag der Regierungspartei eingebracht“.

Ich glaube, bei der Häufigkeit wie unsere Anträge verschoben und abgeändert werden, hätte es eigentlich relativ wenig Sinn gemacht. Aber eben ein kurzes Fallbeispiel dazu und das ist der Tagesordnungspunkt 7. heute, da haben wir bereits am 7.9. einen Antrag eingebracht „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“.

Dann gibt es am 5. Oktober einen Abänderer von Kollegen Robert Hergovich und Gézar Molnár und dann kommt noch ein Antrag, ein Abänderer der GRÜNEN. Also da sieht man ja, wie mit unseren Anträgen gearbeitet wird. Jetzt aber zum definitiven Tagesordnungspunkt „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“. Also es wird ja niemandem entgangen sein, dass nicht nur in städtischen sondern auch in ländlichen Gegenden in Zukunft die Elektroautos, Elektrofahrräder oder Elektroroller immer mehr zum gewohnten Bild gehören.

Immerhin 80 Prozent der Autofahrer legen pro Tag eine Wegstrecke von weniger als 50 Kilometer zurück. Moderne Elektroautos sind dafür natürlich ideal geeignet und dazu abgasfrei und wesentlich geräuschloser unterwegs. Egal ob E-Fahrräder, E-Roller, E-Motorräder oder E-Autos, betrieben werden diese Fahrzeuge mit Strom aus der Steckdose.

Elektrofahrzeuge in Österreich fahren daher mit einem sehr, sehr hohen Anteil an erneuerbarer Energie. Denn in Österreich wird ein hoher Prozentsatz der elektrischen Energie natürlich aus Wasser- und Windkraft gewonnen und wir hier, im Burgenland speziell wissen das, dass natürlich, wir reden immer davon dass wir energieautark sind. *(Abg. Wolfgang Sodl: Stromautark.)* Das Ganze heißt aber nur, wir decken unseren Bedarf ab.

Aber das Ganze funktioniert natürlich nur dann, wenn der Wind geht oder die Sonne scheint. Weil wenn das nicht der Fall ist, dann haben wir natürlich ein Problem damit. Aber diesbezüglich gibt es ja bereits in der Forschung wesentlich gute Ansätze.

Also Batterielösungen sind hier ja im Vormarsch und Batterielösungen werden hier bereits andiskutiert und sind in Planung auch bei Windrädern. Und wenn man diese Dinge ausnützt, dann kann man natürlich die Versorgung eines Landes wesentlich weiter ausdehnen, das ist klar.

Das Burgenland ist Spitzenreiter bei der Stromgewinnung durch Windkraft. Da auch das Burgenland das Ziel verfolgt möglichst viel seines Energieaufkommens in Zukunft aus erneuerbarer Energiequelle zu schöpfen, macht es natürlich daher Sinn den Ankauf von Elektrofahrzeugen im Land zu forcieren.

Die Landespolitik sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen *(Beifall bei der LBL)* und den Fuhrpark des Landes, sowie der landesnahen Betriebe schrittweise auf Elektroautos umstellen. Es gibt diesbezüglich ja in anderen Bundesländern schon solche Modelle wie in der Steiermark, Salzburg und Vorarlberg, die bereits Elektrofahrzeuge im Fuhrpark des Landes haben. Vorarlberg ist hier ein Vorreiter diesbezüglich. Österreichweit haben wir einen relativ geringen Prozentsatz, 0,2 Prozent der in Österreich im Verkehr befindlichen PKWs sind E-Mobile. Also das sind in der Zahl zirka 10.000. Norwegen ist da natürlich wesentlich weiter, die haben hier drei Prozent an solchen Fahrzeugen im Einsatz. Es gibt aber schon sehr, sehr gute Ansätze auch, muss ich sagen.

Ich war in der Vorwoche bei einem Vortrag der Energie Burgenland und da war unter anderem ein Thema das Car-Sharing in burgenländischen Gemeinden und ich finde das als einen sehr, sehr vernünftigen Ansatz. Ich denke mir, ein wichtiger Teil ist hier natürlich, dass wir hier landesweit flächendeckend vernünftige Tankmöglichkeiten haben.

Wenn man in jeder Gemeinde so eine Tankstelle machen könnte, hätten wir schon zumindest einmal 171 im Burgenland. Also das wäre schon einmal ein unheimlich guter Schritt. Man könnte auch die Gemeinden dementsprechend versuchen zu forcieren, damit sie auch in Zukunft ihren Fuhrpark nach Möglichkeit auf solche E-Fahrzeuge umstellen.

Ich denke mir beim Landeshauptmann, ich würde ihm einen Tesla wirklich ans Herz legen. So ein Tesla der schafft heute 400, 500 Kilometer. Damit kommt er im Burgenland überall hin und wieder retour *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Viel zu teuer.)* und unter Garantie schafft er auch den Elch-Sicherheitstest. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Leider viel zu teuer.)* Naja, aber der Landeshauptmann glaube ich, könnte als Vorreiter, mit gutem Beispiel hier vorangehen.

Aus diesem Grund stellt das Bündnis Liste Burgenland folgenden Antrag:

Der Burgenländische Landtag möge beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- ab 1. Jänner 2017 keine Diesel- und Benzinfahrzeuge mehr anzuschaffen und

- den Fuhrpark des Landes sowie der landesnahen Betriebe schrittweise auf Elektroautos umzustellen.

Eines vielleicht noch, die Schadstoffemissionen die heute schon angesprochen wurden, wenn wir die wirklich vernünftig reduzieren wollen, dann wird das bei Gott nichts nützen wenn wir das in den Haushalten oder in den öffentlichen Gebäuden versuchen zu reduzieren.

Hier ist ein enormer Schadstoffausstoß verantwortlich dafür. Es ist natürlich der Verkehr, der ganz normale PKW und LKW-Verkehr.

Dankeschön. *(Beifall bei der LBL, den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits *der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordnete.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ja, ich möchte gleich anschließen. Vielen Dank für die Initiative des Antrages, finden wir sehr gut. Wir haben dann gemeinsam auch mit der Liste Burgenland und anderen Kollegen und Kolleginnen noch einen Abänderungsantrag auf den ich nachher zu sprechen komme.

Warum ist die E-Mobilität so wichtig? Kollege Hutter hat es gerade angesprochen am Ende. Wir können die langfristigen Klimaziele, zu denen wir uns jetzt europa- und weltweit verpflichtet haben, die können wir nur erreichen, wenn wir mit sauberem Strom auf E-Mobilität umstellen. Anders ist es nicht möglich und zwar warum?

Ich zitiere hier einmal mehr aus dem österreichischen Sachstandsbericht Klimawandel: Der Verkehrssektor, der in Österreich rund ein Drittel der CO^2 Emissionen verursacht und zu rund 93 Prozent von fossiler Energie abhängt, hat in den letzten Jahren eine Erhöhung nach wie vor der CO^2 Emissionen, und ist Verursacher dieser CO^2 Emissionen.

Sogar der Umweltminister Rupprechter ist der Meinung, dass wir hier im Mobilitätssektor ganz stark ansetzen müssen. Jetzt gibt es aber das Problem, dass zum Beispiel das Klimaaktivmobilförderpaket bereits im ersten Quartal 2016, das waren drei Millionen Euro für 1.000 E-PKWs, völlig ausgeschöpft ist.

Es gibt aktuell nur mehr auf Bundesebene eine Förderung für E-Ladestellen, auch die werden gefördert, für Autos nicht. Im Burgenland ist auch, weil die Förderung so dürftig ist, nämlich im Moment liegt die Förderung beim PKW bei 750 Euro, sind wir Schlusslicht was die Neuzulassungen zum Beispiel im August angeht.

Ich habe mir hier die Zahlen herausgenommen: Österreichschnitt ist 1,12 Prozent, das Burgenland liegt bei 0,76, Vorarlberg zum Beispiel hat 2,4 Prozent. Weil der Kollege Gézar Molnár, er ist jetzt nicht da, gesagt hat, na das ist ein bisschen ein Problem weil, das ist wieder eine Reichenförderung.

Das mag schon zum Teil stimmen. aber das Problem haben wir auch gehabt bei Photovoltaik und Solaranlagen. Natürlich können sich das eher Leute leisten, die ein bisschen mehr Geld haben. Aber hier geht es um eine Anschubgeschichte.

Im Moment sind eben die Elektroautos auch noch teurer als Verbrennungsmotoren und deswegen ist es wichtig, hier auch die Erzeuger, die leider vor allem in Deutschland sehr stark ausgelassen haben, darauf aufmerksam zu machen, dass das politischer Wille ist, dass wir hier umsteigen.

Warum ist jetzt Elektromobilität so wichtig? Ich habe den Klimawandel schon angesprochen, es gibt auch noch andere Punkte. Ein Punkt ist natürlich auch der Gesundheitsfaktor. Wir haben beim Diesel zum Beispiel sehr hohe Stickoxidemissionen.

Stickoxide sind Vorläufersubstanzen für Ozonbildung und sind nicht nur für Krankheiten, sondern sind letztendlich auch für Tote verantwortlich. Das habe ich beim Elektroauto überhaupt nicht. Dazu kommt noch, dass ich im Vergleich zum Verbrennungsmotor, ich nehme hier wieder den Diesel, weil der sogar noch eine bessere Effizienz hat, wie der Benziner, die liegt ungefähr bei 40 Prozent. Das heißt, 40 Prozent der reingesteckten Energie ist Fortbewegungsenergie, der Rest ist das meiste Hitze. Beim Elektroauto lande ich bei 80 bis 90 Prozent.

Das heißt, 80 bis 90 Prozent von der reingesteckten Energie kommt der Fortbewegung zu Gute. Im Winter ist es ein bisschen schlechter, keine Frage. Aber wir sind weit entfernt von dem was der Diesel und vor allem was auch der Verbrenner schafft. Das heißt, ein wesentlicher Fortschritt auch was die Energieeffizienz angeht.

Ein wesentlicher Punkt ist natürlich auch, weil das immer angesprochen wird, ich glaube es war heute schon Thema, dass wir da mehr Strom brauchen. Das mag schon stimmen, aber das haben sich inzwischen, Gott sei Dank, auch findige Leute durchgerechnet. Das sind keine GRÜNEN, sondern die Interessensvertretung der Österreichischen E-Wirtschaft. *(Abg. Gerhard Steier: Die GRÜNEN sind auch findig.)* Es geht – bitte? *(Abg. Gerhard Steier: Die GRÜNEN sind auch findig.)* Danke.

Da heißt es, Zitat: Derzeit erzeugt Österreichs E-Wirtschaft pro Jahr rund 71 Milliarden Kilowattstunden Strom. Der zusätzliche Strombedarf durch eine Umstellung des gesamten PKW-Verkehrs auf E-Mobilität würde den Stromverbrauch um fünf Milliarden Kilowattstunden erhöhen, das sind sieben Prozent Stromverbrauchswachstum. Das ist ungefähr das, was wir innerhalb von vier bis fünf Jahren sowieso an Strom verbrauchen, also das sind jetzt keine Riesensummen. Wie man am Burgenland sieht, mit Windkraft und Photovoltaik, hoffentlich dann auch vermehrt in den nächsten Jahren, kann man sehr viel mehr Strom regional produzieren. Auch das, wir sind mit dem Verbrennungsmotoren abhängig vom Erdöl von sehr fernen Ländern, die teilweise sogar problematisch sind, weil sie eben sehr unsicher sind. Wir könnten hier die Wertschöpfung viel stärker im Land lassen. Das heißt, es ist auch letztendlich ein Wirtschaftsfaktor.

Es gibt eigentlich im Moment sehr wenige Argumente die gegen die E-Mobilität sprechen. Leider, ich habe das eh schon gesagt, die deutschen Erzeuger haben hier ein bisschen ausgelassen. Es tut sich im Moment sehr viel, ich habe jetzt gerade beim Herauffahren die nigelnagelneue Schnellladestation in Oberpullendorf der Energie Burgenland kurz getestet. Auch hier wird im Netz ausgebaut. Da fehlt es auch noch an Vielem, aber ich denke mir, da tut sich etwas und Gott sei Dank passiert das relativ gut parallel. Die Energie Burgenland hat mir auch gesagt, dass in Pinkafeld die Schnellladestation – da war er selber überrascht – da sind inzwischen vier bis fünf Ladungen pro Tag in Pinkafeld.

Also man sieht, die Dichte der Elektroautos wird größer, auch wenn im Moment noch sehr schleppend. Und was man nicht vergessen darf - es geht nicht nur um den PKW-Bereich, sondern es geht auch um den öffentlichen Bereich. Die Österreicher sind da zwar noch ein bisschen hinten nach, die Schweiz ist da besser. Der Bahnsektor fährt natürlich hauptsächlich mit Strom. Interessanterweise – das habe ich selber nicht gewusst - in Österreich „nur“ zu 70 Prozent. Die Schweiz schafft glatt 100 Prozent. Also auch da wäre beim Thema Elektrifizierung der Bahn auch noch einiges heraus zu holen, aber auch die E-Busse.

In Wien zum Beispiel fahren bereits die ersten E-Busse im öffentlichen Linienverkehr. Auch das ist möglich. Es gibt in China schon wesentlich stärkere Umsetzung hier auch im öffentlichen Bereich bei den Bussen auf Elektromobilität umzusteigen. Man kann sich auch ungefähr vorstellen, was das für die Luft in einer Stadt bedeutet. In Wien haben wir ja noch das Glück, dass der viele Wind die Schadstoffe relativ schnell wegträgt. In Linz schaut es ein bisschen anders aus. Da ist natürlich die Industrie auch schuld, aber ein großer Teil ist immer noch der Autoverkehr.

Da könnten wir ganz massiv dazu beitragen, dass die Städte leiser werden. Gerade im Bereich bis 40 km/h ist der Motor meistens noch lauter wie das Rollgeräusch der Autos. Nachher wird es zwar lauter, aber wir können hier eine große Lärmmenge reduzieren. *(Abg. Manfred Kölly: Auch in Müllendorf.)*

Natürlich auch dort, keine Frage. Das Ganze, muss man allerdings sagen, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir unsere Hausaufgaben im öffentlichen Bereich machen müssen. Es wird nicht reichen, wenn wir jetzt alle PKWs von Verbrenner auf Elektromotor umstellen. Wir brauchen - wie wir wissen - müssen wir "immer mehr Straßen bauen" um den Autoverkehr Herr zu werden? Auch da müssen wir einfach zurückkommen, auch wenn es mit Elektrofahrzeugen ist. Es ist immer noch, natürlich auch der Bau der Elektroautos eine CO2-Belastung, je weiter wir herunterkommen, und auch - wie ich immer sage - aus sozialen Gründen das Zweit- und Drittauto vielleicht unnötig machen.

Deswegen gehört der öffentliche Verkehr ganz massiv ausgebaut und keine hochrangigen Straßen mehr. Einmal mehr die S7 brauchen wir nicht, wenn wir im Südburgenland den öffentlichen Verkehr ausbauen. Auch muss Schluss sein mit EKZs und Kinos auf der grünen Wiese. Lauter Verkehrserreger die wir nicht brauchen, die im Gegenteil, eigentlich die Lebensqualität der Leute die dort wohnen, das Beispiel hatten wir heute schon, eigentlich verschlechtern. Und dazu gehört auch, Kollege Hutter hat das auch angesprochen, Car-Sharing, Leihfahrzeuge.

Im Moment sind es Elektroautos, im Idealfall stelle ich mir das später so vor, dass es eigentlich so ist, dass die meisten zu Hause das Elektrofahrzeug haben und wenn sie einmal wirklich sehr weit fahren müssen, wo vielleicht das Elektroauto noch nicht ausreicht, dann borgt man sich von der Gemeinde oder vom nächsten Autohändler zur Not einen günstigen Verbrenner aus. Das wäre so eine Übergangslösung. So könnte ich mir das vorstellen.

Wichtig ist, dass das Burgenland, das sich so gerne rühmt hier Vorreiter zu sein, hier im Moment eher im Hintertreffen ist, ich habe die Zahlen vorher genannt. Ich finde, wir müssen da nicht die Spitzenreiter sein, aber wir sollten zumindest im vorderen Feld mitspielen und deswegen möchte ich folgenden Abänderungsantrag einbringen der eigentlich im Prinzip gleich lautet wie der ursprüngliche Abänderungsantrag nur um zwei Punkte ergänzt wurde, der da heißt:

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- weiterhin Initiativen zum Einsatz von E-Mobilität im Burgenland zu unterstützen,
- die beschriebenen Aktivitäten im Rahmen der Dorferneuerung weiter zu betreiben und
- im Fuhrpark des Landes batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge zum Einsatz zu bringen.

- Weiters: Die Förderung für E-PKW auf 3.500 Euro und jene für E-Mopeds und Motorräder auf 1.000 Euro hinaufzusetzen und
- letzter Punkt: alle Landestankstellen werden zusätzlich mit einer Schnellladestation ausgestattet.

Der Abänderungsantrag ist bereits gestern allen Fraktionen zugegangen. *(Beifall bei den GRÜNEN und der LBL – Der Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Christian Sagartz das Wort *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Karin Stampfel?)* - Entschuldigung, Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Uns liegt hier ein Antrag des Abgeordneten Manfred Kölly betreffend Umstellung des Fuhrparks auf Elektroautos vor.

Dass Elektroautos die Zukunft sind, steht wohl außer Frage, die fossilen Vorräte der Erde neigen sich mehr oder minder dem Ende zu. Eine mögliche Alternative zur herkömmlichen Fortbewegung ist daher die Elektromobilität. Österreich - und hier besonders das Burgenland - nehmen auf diesem Gebiet schon bisher eine Vorreiterrolle ein.

Österreich ist bei strombetriebenen Fahrzeugen immerhin auf Platz sechs in der EU. Es wurden heuer bereits zirka 3.800 Elektroautos zugelassen. Das sind doppelt so viele wie im Vorjahr. Insgesamt gibt es in Österreich bereits 10.000 Elektroautos und es wird auch in den nächsten Jahren mit einem kräftigen Zuwachs gerechnet.

Auch betreffend die Ladestationen ist bis 2020 eine flächendeckende Versorgung geplant. Das Burgenland produziert bereits jetzt deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen als das Land selbst braucht. Im Bereich der Windenergie ist das Burgenland sowieso einsamer Spitzenreiter. Daher sind wir auch auf die Entwicklung im Bereich Elektromobilität bestens vorbereitet. Von Seiten des Landes wird bereits seit einiger Zeit der Ankauf von Elektrofahrzeugen gefördert und auch die Konzepte für einen raschen und bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur liegen vor.

Zurzeit sind 12 E-Tankstellen Burgenlandweit im Betrieb und im Rahmen des Sicherheitskonzeptes von Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz sind auch die Sicherheitspartner bereits mit Elektrofahrzeugen ausgestattet. Weiters besteht auch bereits eine Mitgliedschaft der Energie Burgenland mit der Marke „TankE“ unter der alle Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität der gesamten Ostregion gebündelt sind. Fahrer von Elektroautos können bereits jetzt im Burgenland, Wien und Niederösterreich mit einer Karte tanken. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das funktioniert ja noch nicht. – Abg. Manfred Kölly: Das ist eindeutig, da brauche ich nicht mehr weiterreden.)*

Derzeit wird an einer österreichweiten Kooperation gearbeitet, damit Energie Burgenland „TankE-Kunden“ bald in ganz Österreich an öffentlichen Ladestationen tanken können. Man sieht, dass hier von Seiten des Landes bereits sehr viel in dieser Richtung getan wurde.

Dieser Weg wird in Zukunft auch im Hinblick auf Klima- und Umweltfreundlichkeit natürlich weiter gegangen und die Möglichkeiten im Hinblick auf den Einsatz von Elektrofahrzeugen unterstützt und ausgeweitet werden.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So. Danke, Frau Abgeordnete. Jetzt ist der nächste Redner Herr Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Spitzmüller hat glaube ich, genauso wie die Vorrednerin im Detail ja alles gesagt, was man zu Elektromobilität vom Stand der Wissenschaft, vom Stand der Technik aus heute sagen kann. Wir schließen uns einer gemeinsamen Initiative der Oppositionsparteien an, weil wir glauben dieses Thema ist es Wert auf breiter Basis diskutiert und hier im Landtag auch behandelt zu werden.

Was mich ein wenig stört ist, es war schon immer so Usus und ich möchte da auch keine andere Partei in Schutz nehmen, es war auch in vergangenen Landtagsperioden so, dass Abänderungsanträge der Regierungsparteien im Wortlaut der Opposition oder den Inhalt der Opposition oftmals nicht so wiedergegeben haben, wie sich das natürlich in der Grundintention der Oppositionsparteien die Antragsteller gewünscht haben.

Aber was mir schon auffällt ist und wo wir glaube ich, dann ein wenig uns schuldig machen ist, wenn man dann in Allgemeinfloskeln sich verliert, wenn man sagt, einen bestehenden Weg soll man fortsetzen. Ganz konkret, seien wir ganz konkret, was fordern wir? Wir fordern im Fuhrpark des Landes batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge zum Einsatz zu bringen. Das steht nicht dort - 500, da ist nicht enthalten - jedes Fahrzeug. Das ist eine ganz konkrete Forderung hier auch seitens des Landes, in welcher Art auch immer, Initiative zu zeigen. Ob das jetzt in irgendeiner landwirtschaftlichen Fachschule ist, wo man vielleicht auf Elektromobilität setzen kann, ob das im Bereich der Landesverwaltung ist, in einem Krankenhaus, wo auch immer.

Aber bleiben wir bitte unseren Grundsätzen treu und versuchen wir ein wenig konkreter in unseren Anträgen zu sein. Das haben sich die Burgenländerinnen und Burgenländer und alle, die uns in dieser Landtagsarbeit verfolgen, verdient. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass wir hier Gas geben. Nicht nur weil es hier um Mobilität geht und weil Tempo natürlich auch einen gewissen Stellenwert haben sollen.

Nein, ich glaube das Burgenland hat - und das ist heute schon erwähnt worden, durch die Tatsache, dass wir auf Windenergie gesetzt haben, dass wir im Bereich der Biomasse und in der Ökoenergie eine Vorreiterposition inne habe, echt die Chance, dass diese Elektromobilität auch eine grüne, eine ökologisch wertvolle Möglichkeit ist, sich mobil im Burgenland fortzubewegen, weil wir eben nicht abhängig sind von anderen Energieformen oder gar vom Atomstrom aus dem Ausland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich deshalb, dass es doch möglich war auf sehr breiter Ebene einen Abänderungsantrag zu formulieren. Nach der heutigen Debatte um Mindestsicherung und Abschiebmaßnahmen merkt man auch GRÜN, ÖVP, LBL und Gerhard Steier kommen in einigen Punkten der Sache immer näher.

Es wäre schön, wenn Rot-Blau auch hier einen Schritt auf uns zu gehen und gemeinsame Sache machen. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zur Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, wir haben heute schon des Öfteren die Energieerzeugung im Land beim Tagesordnungspunkt 3, bei Atomkraft-Stopp, die Problematik die es in der Atomkraft gibt gehört. Ich habe ein Zitat von Franz Alt ein Journalist, ein Autor, ein Deutscher, das sehr passend ist zu diesem Tagesordnungspunkt.

Er hat gesagt: Der härteste und wichtigste Kampf des 21. Jahrhunderts wird ohne Waffen geführt. Die Werkzeuge dieses Kampfes heißen Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien. Wir haben heute schon gehört, unser Land, unser Land Burgenland, hat höchste Lebensqualität. Nachhaltiges Leben ist uns ein besonderes Anliegen. Eine Schlüsselrolle auf diesem Weg nehmen die Energiequellen ein. Wir kennen aber gerade derzeit die globale Situation am Energiemarkt. Gerade erfreut sich Erdöl auf Grund der niedrigen Preise wieder größter Beliebtheit.

Wir kennen auch das Ergebnis und die Ziele aus der Klimakonferenz von Paris im Dezember 2015, wo sich hier 195 Länder gefunden haben und beschlossen haben, die Treibhausgase zu reduzieren. Neue ehrgeizige Ziele zur Beschränkung des Klimawandels und auch Verfahren, um diese Ziele auch zu erreichen. Diese Ziele, die in Paris gesetzt wurden, können nur erreicht werden, wenn der Verbrauch von fossilen Energien bis 2035 weltweit um etwa 50 Prozent reduziert wird. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts sieht das Übereinkommen den weitgehenden Verzicht auf Kohle, Öl und Gas vor.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gehört, wenn wir die Zeiger der Uhr zurückdrehen, vor 16 Jahren wurde hier in unserem Land Burgenland im Prinzip wenig bis gar keine Energie erzeugt. Damals waren die BEWAG und BEGAS eigentlich nur Energiehändler, sprich Strom wurde eingekauft und Strom wurde verkauft. Das Gleiche hat auch die BEGAS gemacht.

So wissen wir gerade in unserem Land Burgenland wie wir uns entwickelt haben. In jener Form, dass wir es geschafft haben, bereits 2013 rechnerisch stromautark zu sein. Weit darüber liegen wir jetzt, wenn wir sagen, in unserem Land Burgenland wird mehr Strom erzeugt als wir selbst verbrauchen, rechnerisch, das beinhaltet sämtliche Haushalte, genauso wie die Wirtschaft, die Landwirtschaft und auch die Industrie.

Das ist eine Erfolgsstory, nicht nur hier in Österreich, sondern auch ganz bestimmt im europäischen Raum. Aber wir haben auch in dieser Form große Ziele, die sich das Land hier gesetzt hat. Das nächste große Ziel ist hier, dass das Burgenland 2020 50 Prozent des gesamten Energiebedarfes aus erneuerbaren Energieträgern erzeugen möchte und natürlich, wenn man sagt 2050, das ist noch weit weg, aber hier möchte das Burgenland vollständig energieautark werden. Dieses Ziel streben wir in dieser Form auch an.

Für mich stellt sich aber nicht nur die Frage in jener Richtung, wie erzeugen wir Energie, sondern vor allem wie gehen wir auch mit dieser Energie um? Hier ist es auch sehr wichtig, dass wir mit dieser Energie sparsam umgehen in jener Richtung, wir machen es, ob es in den Haushalten ist, ob es in den öffentlichen Gebäuden ist, dass wir hier Beleuchtungskörper tauschen, Umstellungen auf LED vornehmen, aber vor allem auch im Wohnbereich und hier Dämmungsmaßnahmen setzen.

Ich möchte hier vor allem in unserer Gemeinde die biogenen Abfälle ansprechen. Wir haben vor zwei Jahren eine Baum-, Strauch- und Grünschnittdeponie in unserer Gemeinde errichtet und haben in den letzten zwei Jahren alleine über 300 m^3 gehacktes Baumschnittmaterial in dieser Form gewinnen können. Ein sehr wertvolles Material, das wir in dieser Form auch den benachbarten Anlagen zuteilen können oder dieses auch verkaufen.

Wenn wir von der Elektromobilität sprechen, so wissen wir, und ich habe gerade nachgeschaut, ich war sehr überrascht, dass das erste bekannte deutsche Elektroauto 1888 die Coburger Maschinenfabrik Flocken gemacht hat. Wenn ich zurückdenke, 1980 beginnend, wo Elektrofahrzeuge in dieser Form auch im Einsatz waren.

Wenn ich vergleiche die Entwicklung von einem Handy aus den 80er Jahren, die erste Generation, und wenn ich mir die Entwicklung ansehe in dieser Form von Elektrofahrzeugen, von Elektroautos, so sieht man ganz einfach, dass da sicherlich eine große Lobby dahinter war, dass diese Entwicklung in dieser Form nicht stattgefunden hat. Wenn man sich das Mobiltelefon aus den 80er Jahren anschaut, im Preissegment über 100.000 Schilling und natürlich in dieser Form irrsinnig groß, mit großen Akkus wie sich gerade die Technik beim Handy entwickelt hat. Im Gegenteil waren sicher sehr viele interessiert, dass dieser technische Fortschritt gerade in der E-Mobilität nicht stattfindet.

Wenn man derzeit vom Elektroauto spricht, dann gibt es sofort eine Frage, die wir auch immer wieder hören. Wie groß ist die Reichweite? Das Ergebnis daraus ist eigentlich nicht alltagstauglich. Spricht man aber mit Betroffenen so hört man dann eine klare Antwort. Es ist kein Problem. Es gibt neue Schnellladestationen und diese werden auch geschaffen. Diese laden bis zu 30 Minuten die Batterien zur Gänze auf.

Die Energie Burgenland baut bereits emsig das Netz der Ladestationen aus, mit dem Ziel in den nächsten drei Jahren nicht weiter als zehn Kilometer bis zur nächsten Lademöglichkeit fahren zu müssen. Sprich, in wenigen Jahren wird sich sowohl bezüglich der Reichweite als auch der Ladedauer noch einiges verbessern.

In Summe gesehen bin ich überzeugt, dass wir im Bereich der E-Mobilität eine positive Entwicklung erfahren.

Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier.

Bitteschön Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Elektromobilität hat Zukunft und sie ist zum Teil schon so ausgereift, dass wir ohne viel Unterlass dieses sogenannte Elektromobilitätsproblem auch angehen sollten. Daher ist dieser Antrag, die Landesregierung, beziehungsweise den Fuhrpark der Landesregierung, beziehungsweise in landesnahen Betriebssituationen den Fuhrpark auf E-Mobilität umzustellen, durchaus nicht nur sinnvoll, sondern auch sehr begrüßenswert.

Es geht hier darum, den Beweis anzutreten nicht im Klimaschutz quasi Ziele vorzugeben, Zielen nachzuhängen, sondern sie auch realiter umzusetzen. Daher finde ich von der Antragstellung bis zur Ausführung eigentlich nur einen sehr kurzen Weg. Wenn man nämlich wirklich entsprechende Zielsetzungen auch leben möchte, dann werden wir nicht umhin kommen sie auch mit Taten auszustatten.

Eine dieser grundsätzlichen Möglichkeiten wäre Elektromobilität auch im Fuhrpark wie immer auch zu verwenden. Ich möchte nicht verhehlen, dass es auch schon Ansätze

gibt. Es gibt im Fuhrpark des Landes E-Mobilität auch in der Umsetzung und es gibt, so wie es der Kollege Hutter auch angesprochen hat, sehr wohl in einzelnen Gemeinden in der Gesamtausstattung des Fuhrparks E-Fahrzeuge, die Gemeindebedienstete fahren.

Oder auch wie es jetzt vor kurzem in der Umsetzung auch war, dass die Energie Burgenland in Kooperation mit den Gemeinden gewisse Fahrzeuge zur Verfügung stellt und die entsprechend auch quasi mit Ladegeräten ausstattet.

Hier ist meiner Ansicht nach auch ein gewisser Vorbehalt anzubringen. Auf der einen Seite ist es günstig und gut, wenn quasi die Mobilität auch mit der Infrastruktur einhergeht. Auf der anderen Seite ist es für die Energie Burgenland ein Weg, der, ich sage das einmal sehr vorsichtig, zu Lasten der Kommunen geht.

Denn die wenigsten unter uns werden wissen, dass diese Ausstattung der Infrastruktur quasi auf Gemeindekosten, auf Gesamtbürgerkosten geht, auf der anderen Seite auch das Car-Sharing bei einem im Monat nicht gegebenen Buchungsansatz von sogenannten Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürgern zu Lasten der Gemeinde geht.

Ich möchte das im Zusammenhang mit E-Mobilität auch in der Vorsicht anraten beziehungsweise mit der Vorsicht anbringen, denn nicht alles was Gold ist glänzt dort entsprechend. Wir sollten hier das Bemühen anerkennen. Aber es sind nicht ausgereifte Konzepte, beziehungsweise die Energie Burgenland ist sehr wohl darauf bedacht, ihr sogenanntes Energieeffizienzkapitel entsprechend mit der Infrastruktur auszustatten, weil sie dann im Rückkehrschluss die Einsparungseffekte auch erzielt.

Das sollte uns allen klar sein, dass diese Energieeffizienz und der Verbraucherbereich in der Ausstattung auf ein Jahr bemessen sind und dementsprechend die Umsetzung braucht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Elektromobilität im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien ist eine Synergie, die mit Sicherheit nicht abgekoppelt betrachtet werden darf. Jedes Elektrofahrzeug ist quasi in Zukunft eine Forderung auch der erneuerbaren Energieträger, weil sie quasi als Zwischenspeicher in der Nutzung sind und damit auch in der Umsetzung Lösungen anbieten.

Wir werden es nicht schaffen, ohne dass die Vorreiterrolle bei Bund, Land und den Gemeinden liegt, das entsprechende Bewusstsein bei der Bevölkerung zu erzeugen. Daher ist der Antrag in der Umsetzung auf Einführung von E-Mobilität im Fuhrpark des Landes und in landenahen Betrieben nicht nur eine Vorbildsituation, sondern auch eine Entsprechung in der Effizienz auf die Umsetzung der Pariser Ziele.

Daher ist diese Antragstellung zu befürworten und sie ist auch dementsprechend zu unterstützen.

Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Punkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Spitzmüller eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend E-Mobilität ist somit in der der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 564) betreffend Wiedereinsetzung des Kontrollrates im burgenländischen Landesschulrat in der bewährten Zusammensetzung (Zahl 21 - 393) (Beilage 595)

Präsident Christian Illedits: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 564, betreffend Wiedereinsetzung des Kontrollrates im burgenländischen Landesschulrat in der bewährten Zusammensetzung Zahl 21 - 393, Beilage 595.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um einen Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Vielen Dank. Der Rechtsausschuss hat den soeben zitierten Antrag in seiner 13. Sitzung am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, beraten.

Dieser Ausschuss stellte daher auch den Antrag, der Landtag wolle dem sogenannten selbständigen Antrag unter Einbezug der von der Abgeordneten Prohaska beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Ich erteile nun Frau Landtagsabgeordneter Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Zur Sache habe ich das letzte Mal auch schon gesprochen. Es geht um den Kontrollrat und die Art und Weise wie hier diese Kontrolle auch ausgeübt werden kann, wenn es um die Richtigkeit von Abläufen und von Entscheidungsprozessen geht. Was mir immer wieder dabei auffällt ist, es kommt zwar von den Regierungsparteien der Hinweis darauf, dass man irgendetwas entparteipolitisieren will, das hat aber immer erst einen Einstieg, nachdem schon andere Entscheidungen getroffen wurden.

Also zuerst einmal wird etwas zum Beispiel hier nach der Stärke der Regierung besetzt, mit SPÖ- und FPÖ-Vertretern und Vertreterinnen und dann sagt man, und jetzt wollen wir aber entparteipolitisieren oder eine Entpolitisierung.

Das ist der Weg den wir nicht unterstützen können und deswegen halten wir es schon für wichtig, dass gerade dort, wo Kontrolle angesagt ist, alle Fraktionen einbezogen sind. Es ist nun einmal in unserer parlamentarischen Demokratie auch ein wesentlicher Auftrag der Opposition, hier eine Kontrollfunktion einzunehmen.

Das sollte der Opposition nicht verwehrt werden, im Gegenteil. Ich denke mir, wenn jemand keine Scheu hat auch herzuzeigen was er gemacht hat und wie er entschieden hat, wenn jemand guten Gewissens seine Entscheidungen trifft, dann hat er sicher keine Angst, sich dabei auch kontrollieren zu lassen. Im Gegenteil, dann hätte ich doch sogar ein Interesse daran, dass hier in einem wirklich breit besetzten Kontrollrat bestätigt wird, dass die Arbeit, dass die Entscheidungsprozesse korrekt abgelaufen sind. Das ist der Punkt, den man immer wieder unterstreichen muss.

Ich hoffe sehr, dass aus dieser Debatte die Regierungsfraktionen irgendwann einmal lernen und wissen, dass parlamentarische Kontrolle etwas ist, was der Demokratie etwas bringt. Wenn man sauber arbeitet, braucht man sich dafür auch nicht zu fürchten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Edith Sack)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht hier also bei diesem Antrag um die Wiedereinführung des Kontrollrates. Man könnte glauben, es geht um einen - ich sage einmal - Rückschritt wieder in die gute alte Zeit, zumindest nach der Meinung der Kollegen der ÖVP.

Nun einmal ein paar Fakten. Der Kontrollrat ist zuständig für die Kontrolle, wie der Name sagt, und die Überprüfung der Einhaltung von Bestimmungen im Zusammenhang mit Objektivierungs- und Auswahlverfahren. Objektivierungsverfahren im Zusammenhang mit der Erstellung von Dreiervorschlägen für führende Funktionen hinsichtlich allgemein bildender und berufsbildender Pflichtschulen.

Auswahlverfahren, genauso Dreiervorschlagerstellung, hinsichtlich führender Funktionen im Zusammenhang mit Höheren Schulen. Früher setzte sich dieser Kontrollrat aus Mitgliedern der im Landtag vertretenen Parteien zusammen. Nach der Novellierung dieses Gesetzes besteht dieser Kontrollrat gegenwärtig aus dem entsprechenden Abteilungsleiter, einem Unterabteilungsleiter und einem rechtskundigen Bediensteten. Berichterstatter ist der jeweilige Landesschulinspektor.

Ich behaupte jetzt, der Vorteil ist, dass diese Personen, diese Personen sind quasi vertraut mit den entsprechenden Gesetzen, denn da sind viele Gesetze involviert, vom Landesbedienstetengesetz über Beamten-Dienstrechtsgesetz und Landesvertragsbedienstetengesetz, sie sind vertraut mit den Bestimmungen des Objektivierungs- beziehungsweise Auswahlverfahrens, da sie jahrelange Erfahrung haben.

Meiner bescheidenen Meinung nach haben politische Vertreter im Kontrollrat nichts verloren. Ich möchte doch den Begriff der Entpolitisierung strapazieren, den die Kollegin Petrik vorher erwähnt hat. Entpolitisierung wird ja immer wieder von allen Seiten gefordert.

Der zweite Vorteil ist, dass, meiner Meinung nach, die Qualität der Arbeit dieses Kontrollrates erhöht wird, denn, werte Kollegen der ÖVP, glauben Sie allen Ernstes, dass politische Vertreter der Parteien mehr Sachkenntnis in diesen Bereichen haben, als etwa Beamte mit jahrelanger Erfahrung?

Dass Sie diesen vorwerfen, das, glaube ich, steht in Ihrem Antrag auch drinnen, dass Sie diesen indirekt vorwerfen nicht objektiv und transparent vorzugehen, da sie ja weisungsgebunden sind, ist zumindest für mich äußerst unfair und ich sage einmal eine Vorverurteilung, die, meiner Meinung nach, nicht in Ordnung ist.

Vielmehr glaube ich, dass die Vorgehensweise früher, und dazu gibt es sicher Beispiele, nicht ganz in Ordnung gewesen ist. Also was soll das Ganze? Vielleicht verlangen Sie auch noch die Wiedereinführung des Vizepräsidenten? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Abschaffung des Präsidenten!)*

Zu Ihrer Erinnerung, der wurde ja von der Koalition abgeschafft und im Zusammenhang mit einer Ersparnis von ungefähr, ich glaube, 125.000 Euro pro Jahr. Übrigens war das nur mit der jetzigen Koalition möglich und das ist eigentlich undenkbar, dass das vor dieser erfolgreichen Koalition zwischen Rot und Schwarz möglich gewesen wäre. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist eine Kontrollfunktion!)*

Wir werden jedenfalls dieser Abänderung zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einen Vergleich ziehen. Wir haben doch sehr intensive Verhandlungen zum Gemeinderecht gehabt und es ist ja bekannt, dass es dort um Verfassungsmaterien geht.

Alle fünf Parteien im Landtag sind zu einem Kompromiss gekommen. Zwei Punkte möchte ich aus diesem Kompromiss herausnehmen die, glaube ich, zum heute gegenständlichen Thema passen.

Auf der einen Seite gab es insbesondere von den Freiheitlichen die Frage, Kollege Molnár hat das sehr intensiv zum Thema gemacht, wie soll Akteneinsicht in der Gemeinde künftig geschehen? Welche Rechte soll der einzelne Gemeinderat haben, und wie weit soll seine Möglichkeit gehen, sich eben die Unterlagen, die Dokumente der Gemeinde, anzusehen?

Wir sind hier sehr weit gegangen, und das ganz bewusst, und das ist nun kein Recht einer Fraktion, es ist kein Recht der Mehrheit, es ist das Recht des Einzelnen, Akteneinsicht zu nehmen. Wir haben heute vom Büro des Landtagspräsidenten eine Mitteilung bekommen, dass sich auch das Land Burgenland mit dem Thema Akteneinsicht beschäftigt hat.

Wir haben nach einer Diskussion um einige Anträge unsererseits ein Gutachten vorgelegt bekommen, da geht man genau den anderen Weg. Da sagt man, Akteneinsicht muss man erschweren, Akteneinsicht kann erst dann funktionieren, wenn die Anfragebeantwortung einlangt, was ja abhängig ist vom jeweiligen… *(Abg. Manfred Haidinger: Das sind ja zwei Paar Schuhe!)*

Genau, das sind jetzt zwei Paar Schuhe, genau, danke Herr Kollege. Das sind nämlich zwei Weltanschauungen, es sind zwei Weltanschauungen, die aufeinander prallen. Auf der einen Seite sagen wir den Bürgermeistern, denen schauen wir auf die Finger, da muss die Opposition die Rechte haben, alles zu sehen und auf der anderen Seite sagen wir, nein, beim Land geht das nicht. Beim Land darf die Opposition nicht hineinsehen, da ist es völlig unnotwendig, und dasselbe ist es beim Kontrollrat. Und genau deshalb passt dieses Thema zusammen.

Was haben wir zum Beispiel beim Prüfungsausschuss in der Gemeinde? Da haben wir die Rechte des Einzelnen wieder gestärkt. Da darf nicht die Mehrheit die

Tagesordnung abändern, da müssen die Einladungsmöglichkeiten, da müssen die Möglichkeiten einen Tagesordnungspunkt zu fordern, erleichtert werden.

Was sagen wir beim Kontrollrat? Der Prüfungsausschuss übrigens, wie stellt sich der zusammen? Alle Fraktionen, und da waren wir uns ja alle einig, da muss es ja einen Hintergrund geben, dass wir überzeugt sind, dass das gut ist, dass alle im Landtag, alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, mitreden.

Beim Kontrollrat, wo es ja wirklich nur darum geht, die Rechtmäßigkeit eines Verfahrens zu überprüfen, da sagen wir, das geht nicht, das ist viel zu gefährlich. Das macht sich die Regierung untereinander aus, das ist viel sicherer, wenn da nur Vertreter der Regierung drinnen sitzen.

Herr Kollege Richter, Sie haben mich da mit dem Wort, das man jemandem etwas anvertraut und etwas zutraut, auf einen sehr interessanten Gedanken gebracht. Mag schon sein, dass man auch sagen kann, all das was politische Vertreter tun könnten, könnten auch weisungsgebundene Beamte genauso erledigen. Das stimmt, aber in Wirklichkeit ist es ja so, dass wir uns damit selber in Frage stellen.

Ich möchte Ihnen nur sagen, die Personen, die wir in diesen Kontrollrat entsandt haben, die teilweise ja gar keine politischen Vertreter waren sondern eben nur von politischen Parteien entsandte Vertreter waren, waren teilweise ja Lehrer, war in unserem Fall zum Beispiel ein Landesschulinspektor, denen haben wir zugetraut und vertraut.

Das kann ich bei einem weisungsgebundenen Beamten eben nicht so vollen Herzens sagen, weil zu 90 Prozent, Herr Kollege, sind das jetzt die von Ihnen genannten Vertrauensleute einer Landtagspartei, der SPÖ. Da sollte auch die Freiheitliche Fraktion ein wenig nachdenklich sein, was der Kollege Artner, damals auch Mitglied des alten Kontrollrates, oftmals gesagt hat.

Er hat sehr oft auch mit anderen Fraktionen mitgestimmt, gegen die SPÖ. Aber, wir sehen, auf der einen Seite was böse ist im Landtag, was schlecht ist im Landesschulrat, das ist gut genug, da sind wir uns alle einig in unseren Gemeinderäten.

Wenn das kein Widerspruch ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wenn das nicht ganz klar zeigt, dass alle Oppositionsparteien, nicht die ÖVP, Kollege Richter, die ÖVP ist eine von vier politischen Gruppierungen, wenn man den Kollegen Steier dazuzählt, - diese vier politischen Vertreter, dann sagen wir es so - die heute gemeint haben, wir müssen an diesem System des Kontrollrates schrauben.

Das ist ein klares Anliegen der gesamten Opposition. *(Abg. Mag. Johann Richter: Da geht es um die Sache!)* Genau, es geht um die Sache, dass wir wollen, dass wieder Kontrolle und Einsichtnahme herrscht und nicht parteipolitisches Kalkül. Da bin ich ganz bei Ihnen, da geht es uns ganz klar um die Sache. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich kann Ihnen nur eines versprechen, ich bin jetzt das 12. Jahr im Landtag, mir hat man fünf Jahre erzählt, eine echte Fachhochschule ist nicht notwendig. Der Kollege Pehm, der heute übrigens in einer echten Fachhochschule der Geschäftsführer ist, hat es stundenlang ausbreiten können, meistens zu Nachtstunden, also war echt interessant, war meistens ein Thema nach Mitternacht im Landtag, sofort hat sich das geändert.

Ich bin mir ganz sicher, heute rede ich wieder über ein Thema, das wird in einigen Jahren gar keine Frage sein. Wir werden wieder unter anderen Vorzeichen diese Konstellationen im Landesschulrat ändern. Ich möchte Ihnen aber schon heute die Gelegenheit dazu geben, unterstützen Sie den Abänderungsantrag der Oppositionsparteien, der da lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Landesschulrat für Burgenland dafür einzusetzen, dass der Kontrollrat in seiner bewährten Zusammensetzung mit Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien wieder eingesetzt wird.

Bitte unterstützen wir gemeinsam die Sache, die uns bei den Gemeinden gerade Recht ist, auch für die Bildungsangelegenheiten. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abg. Mag. Christian Sagartz, BA übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wie immer kann ich natürlich nicht unbeantwortet lassen, was meine Vorredner hier vom Rednerpult von sich gegeben haben.

Herr Kollege Sagartz, wenn Sie sagen, dass Beamte weisungsgebunden sind und so quasi ihnen unterstellen, die könnten ja dieses Ergebnis verändern oder beeinflussen, dann unterstellen Sie ihnen ja eigentlich, dass sie einen Amtsmissbrauch begehen. Und so etwas jemandem zu unterstellen, das halte ich wirklich, wirklich für sehr, sehr tief. *(Beifall der Abg. Edith Sack und des Abg. Dr. Peter Rezar)*

Es ist bereits erwähnt worden, was ist eigentlich die Aufgabe des Kontrollrates? Seit 2015 gibt es neue Richtlinien im Objektivierungsverfahren und zwar, weil das eine Forderung im Landesschulratskollegium war, um von den alten Wegen, wie man zu einer Leiterbestellung kommt, wegzukommen.

Dieses Objektivierungsverfahren setzt sich aus drei verschiedenen Punkten zusammen. Zum Ersten muss der oder die Kandidatin ein berufliches Portfolio erstellen und vorlegen, dann kommt es zu einem Persönlichkeitstest, den ein außenstehendes Assessment Center macht und dann kommt es zum Anhörungsverfahren.

Bei allen drei Punkten sind jeweils 90 Punkte zu erreichen. Zum Anhörungsverfahren wird man nur zugelassen, wenn man bei den beiden vorigen Bereichen mehr als 50 Prozent der möglichen Punkte erreicht hat. Beim Anhörungsverfahren, das nicht öffentlich ist, ist es aber sehr wohl möglich, dass Elternvertreter, Lehrervertreter, Personalvertreter der zuständigen Schule, also der Zielschule anwesend sind.

Die Ergebnisse werden durch die Expertenkommission dem Kontrollrat zugeleitet. Das ist etwas, was ich jetzt auch unterstelle, dass durch diesen Antrag der Opposition bewusst versucht wird, die Menschen zu täuschen, denn der Kontrollrat untersucht oder schaut wirklich nur, ob diese Punkte richtig vergeben worden sind. Ob nicht beim Zusammenzählen oder irgendwie ein Fehler passiert wird.

Bei diesem Antrag der Opposition schaut es aber so aus, als ob der Kontrollrat die Entscheidung treffen würde, wer schließlich Leiter einer Schule wird. Das ist nicht so. Die Entscheidung trifft letztendlich das Landesschulratskollegium.

Im Landesschulratskollegium sind Lehrervertreter, Elternvertreter, die Schülervertreter nur mit beratender Stimme, weil dort jedes Jahr die Schülervertreter wechseln, und dort sind die Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien dabei. Das heißt, am Entscheidungsprozess sind schließlich und endlich alle Parteien dabei.

Wenn der Vorwurf der Opposition kommt - ich habe mir sehr genau auf der Homepage von Grün und von Schwarz angeschaut -, die Opposition ist hinausgeworfen geworden. Warum erwähnen Sie nicht, dass auch die SPÖ und die FPÖ nicht mehr im Kontrollrat sind? Dann haben wir uns selber auch hinausgeworfen? Das ist doch lächerlich. *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik)*

Nein, das sind Beamte. Ich habe Ihnen vorher gesagt, das wäre ein Amtsmissbrauch. Auch wir sind dort nicht drinnen. Sie versuchen bewusst, die Menschen zu täuschen. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist eine Falschinformation.)* Dann finde ich, und das tut mir wirklich weh, auf der Homepage der GRÜNEN:

„Die politische Kontrolle im Landesschulrat ausgeschaltet, so agiert die Landesregierung. Politisch Andersdenkende werden abgeschafft. Erinnert mich stark an die ehemalige DDR, die hat ja auch das Wort „demokratisch“ im Namen und war alles andere als eine Demokratie. Genau so wenig hat dieser Kontrollrat mit Kontrolle zu tun.“

Also Sie kennen sich anscheinend … *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist nicht die Homepage. Von wo ist das?)* Das ist Ihre Homepage, liebe Frau Petrik, und Sie werden mir jetzt nicht sagen, ich habe da irgendetwas erfunden. Schauen Sie nach! Googeln Sie! Das ist die Homepage der GRÜNEN, und ich nehme an, das sind Ihre Worte. Dafür sind Sie verantwortlich und sonst niemand, was dort steht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Auch die ÖVP ist natürlich da immer dabei, wenn es darum geht zu sagen, dass diese Personalentscheidungen jetzt können Niessl und Zitz die Direktoren im Alleingang auf die Direktorenposten hieven, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Zitz vielleicht nicht.)* und wir werden ein Problem bekommen, wenn immer weniger Schulpartner - also Eltern, Lehrer, Schüler - dabei sind. *(Abg. Robert Hergovich: Alles falsch.)* Das stimmt auch nicht. Ich habe es vorher erwähnt, im Kollegium sind diese alle dabei.

Jetzt ein paar Beispiele aus anderen Bundesländern. Bundesländer, wo die Regierung sich aus Grün und Schwarz zusammensetzt, zum Beispiel Tirol. Der Verfassungsgerichtshof hat beanstandet und eine Aufhebung von Bescheiden gefordert. In vier von fünf Fällen von Schulleiterbestellungen in Tirol gab es Umreihungen. Da wurden die Kandidaten, die von den Bezirksschulräten, wo die Lehrervertreter, die Elternvertreter alle eingebunden waren, waren Zweiter und der Zweite wurde erstgereiht.

Was glauben Sie, in wessen Bereich dort die Bildungsagenden sind? Frau Kollegin Petrik, warum schauen Sie nicht auf? Das ist die Landesrätin Dr. Beate Palfrader von den GRÜNEN. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Palfrader ist doch eine Schwarze. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie ist von der ÖVP, bitte. Haben wir falsch gegoogelt?)* Dann habe ich den falschen Namen. Es ist aber die grüne Landesrätin und Sie wissen es. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein!)*

Gut, dann ist es die Schwarze, es ist im Prinzip wurscht. Schwarz-grüne Regierung jedenfalls! Es ist eh egal. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Schlecht recherchiert, gebe ich zu, kann passieren.

Aber stellen Sie sich vor, was dort vorgekommen ist. Eine Direktorin, die schon zehn Jahre an einer Schule die Leitung hatte, die Schule wurde zugesperrt, hat sich für eine andere Schule beworben, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was habt Ihr mit dem Stangl*

Franz gemacht?) war Erstgereihte, ein Lehrer mit sieben Dienstjahren wurde vorgereiht mit der Begründung, Kroatisch ist so eine außergewöhnliche Qualifizierung.

Der Verfassungsgerichtshof hat befunden, an der Schule, wo unterrichtet wird, gibt es kein einziges Kind, das Kroatisch spricht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Stangl Franz in Oberschützen!)* Die einzigen Kinder mit Fremdsprache sind türkische Kinder.

Niederösterreich: Was glauben Sie, wie dort die Leiterbestellung funktioniert? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Redet vom Burgenland! Von Oberschützen!)* Die Lehrer können sich bewerben, dann werden Punkte vergeben.

Wortwörtlich, *(Abg. Walter Temmel: Wir sind im Burgenland.)* wenn dann die Kandidaten die Punkte erfahren haben, haben Sie außerdem - ich zitiere - „die Möglichkeit nach Terminvereinbarung *(Abg. Mag. Franz Steindl: Setzen! Fünf!)* mit Vorsitzendem und Stellvertreter der Landeslehrerkommission, die sich aus neun Personen, wovon vier Bezirksschulinspektoren, die in Niederösterreich sicher nicht der SPÖ angehören, Abgeordnete und Bürgermeister sind, *(Abg. Manfred Kölly: Das ist eh logisch.)* das Ergebnis des eigenen Anhörungsverfahren und ein mögliches Entwicklungspotential besprechen können“. Das heißt, man kann schauen, was verändern wir, dass wir vielleicht den Posten noch kriegen.

So etwas wird es im Burgenland nicht geben, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Gymnasium in Oberschützen!)* wenn der Kontrollrat weiterhin so bleibt wie jetzt.

Daher unterstützen wir natürlich unseren Vorschlag. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich bitte um Ruhe.

Bitte Frau Abgeordneten.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Kollegin Prohaska! Sie bringen heute dauernd irgendwie ÖVP und GRÜNE durcheinander. Das, was auf unserer … *(Abg. Doris Prohaska: Ich habe meinen Fehler eingestanden. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Vielleicht gehören sie zusammen?)*

Ich sage Ihnen jetzt Ihren zweiten Fehler. Ich sage Ihnen jetzt Ihren zweiten Fehler. *(Abg. Doris Prohaska: Nämlich?)* Das, was Sie zitiert haben - aus der Homepage -, ist von der gemeinsamen Pressekonferenz, die die Oppositionsparteien gegeben haben, und es ist ein Zitat des Kollegen Sagartz. *(Abg. Robert Hergovich: Es ist trotzdem falsch.)*

Es ist der Absatz vom Kollegen Sagartz, und wenn Sie dann drunter schauen, lesen Sie weiter, was die GRÜNEN kritisieren. Lesen Sie es einfach ganz genau! Dann können Sie es zuordnen. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist Ihre Homepage. Das ist die Homepage der GRÜNEN. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Meine Damen und Herren! *(Abg. Manfred Kölly: Ruhe im Haus!)* Ein bisschen wieder die Emotionen zurücknehmen! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sind ja keine Emotionen. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wenn ich läute, ist jetzt wirklich Ruhe!

Die Frau Abgeordnete Mag.a Petrik hat das Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)***:** Die Frau Kollegin Prohaska hat heute feststellen können, dass auf einer Homepage der GRÜNEN auch Zitate von anderen Politikern zu lesen sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na sapperlot!)* In diesem Fall, aus einer gemeinsamen Pressekonferenz, konnte Kollegin

Prohaska ein Zitat vom Herrn Sagartz lesen, *(Abg. Doris Prohaska: Das steht aber nicht.)* und deswegen ist es trotzdem noch das Zitat vom Herrn Sagartz.

Ich wollte das nur richtigstellen. Wenn man alles im Zusammenhang liest, ist das schon klar nachvollziehbar. *(Abg. Doris Prohaska: Das steht aber nicht ausdrücklich. - Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Ich bitte um Ruhe. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Daher kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Punkt liegt ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über diesen Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Beschluss betreffend den Kontrollrat beim Landesschulrat für Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 507) betreffend Adaptierung der Förderrichtlinien für Güterwegeneubau (Zahl 21 - 355) (Beilage 596)

Präsident Christian Illedits: Der 9. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 507, betreffend Adaptierung der Förderrichtlinien für Güterwegeneubau, Zahl 21 - 355, Beilage 596.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Karin Stampfel: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Agrarausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Adaptierung der Förderrichtlinien für Güterwegeneubau in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, den gegenständlichen Entschließungsantrag dem Landtag zuzuleiten und ihn abzulehnen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Agrarausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle seinen Bericht, wonach der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Adaptierung der Förderrichtlinien für Güterwegeneubau abgelehnt wird, zur Kenntnis nehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Ein wichtiger und richtiger Antrag, den wir heute diskutieren und der wieder einmal von den Regierungsparteien abgelehnt wurde. Sehr interessant, denn viele Kolleginnen und Kollegen sind dabei als Bürgermeister, die sich ständig damit auseinandersetzen müssen, wie schaut das tatsächlich aus in der Landwirtschaft. Wie schaut das tatsächlich aus am Güterwegebau?

Wenn heute die Führung des Güterwegebaues da oben sitzt, kann ich nur vorausschicken, die Zusammenarbeit funktioniert hervorragend. *(Allgemeiner Beifall - Abg. Mag. Franz Steindl: Der Rechnungshof hat beurteilt, dass sie sehr gut gearbeitet haben.)*

Sehr wohl und sehr richtig, und ich glaube auch, dass es im Güterwegeabteilungssinne ist und überhaupt sollte es der Landesregierung im Sinn sein, endlich einmal hier zu erkennen, dass wir auch nicht stehenbleiben dürfen.

Die Zeiten ändern sich, die Politiker ändern sich, die Regierung hat sich geändert, aber anscheinend erkennen sie bei weitem nicht, was wirklich derzeit gefragt ist.

So einen Antrag abzulehnen, finde ich für fatal und schwerwiegend. Denn ich glaube, dass wir alle gemeinsam gefordert sind, Güterwege weiterhin auszubauen, weiterhin zu sanieren und weiterhin auch zu beobachten, welche Fahrzeuge sich auf den Güterwegen bewegen.

Die werden immer größer, immer schwerer und eines muss man noch dazu sagen, die Güterwege sind nicht nur für landwirtschaftliche Geräte da, sondern sind auch für Radwege, Spaziergeher, Tourismus und dergleichen.

Liebe SPÖ, werdet munter! Deuten ja, abstimmen nein. Das ist genau Ihre Argumentation. Das ist genau das, wo Ihr eigentlich am Punkt das mitbringen solltet. Heute haben wir schon ein paar Mal gehört, dass die FPÖ ständig umfällt, weil früher haben sie das alles gefordert, jetzt können sie nicht mitstimmen, weil sie in der Regierung sitzen. Wenn ich dann höre, dass wir kein Geld haben für diese Ausbaumöglichkeit des Güterweges und dem mehr, dann frage ich mich, wenn ich mir einen Medienausschnitt hernehme, 40 Millionen Euro fehlen noch auf ein ausgeglichenes Landesbudget. Jetzt habe ich gehört, 37 Millionen Euro hat die Energie Burgenland verbrennt. Ausrede ist, naja der Strompreis, den haben wir senken müssen. Ich sage Euch eines, das stimmt so nicht! Genau das ist falsch, was da behauptet wird. Wer ist der Chef von der ganzen Holding?

Der Herr Landeshauptmann! Sonst niemand, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich brauche nicht Parteipolitik machen. Das sind Fakten, die am Tisch liegen, weil diese Bilanz können wir sehr wohl alle lesen.

Das ist das genau, wo mich ich wundere, warum man dann hergeht und sagt, es ist kein Geld vorhanden und daher stimmen wir ganz einfach gegen diesen Antrag. weil ich wäre gewohnt gewesen, Herr Klubobmann Géza *(Abg. Géza Molnár: Molnár!)*, dass man gesagt hätte, wir haben keine Bauern in unseren Reihen. Géza Molnár, es ist ja wurscht, da können wir nicht mitstimmen.

Aber sich überhaupt keine Gedanken zu machen und ablehnen und dann höre ich aus Euren Reihen, Manfred, wir können da nicht mitstimmen, es ist kein Geld vorhanden, weil das Land, wir haben kein Geld.

Dann frage ich mich, warum geht so viel daneben? Heute haben wir ja gehört, „Licht ins Dunkel“, ORF kommt demnächst - Weihnachten. Im Landtag wird das auch kommen. Wir sind immer im Recht gewesen, auch in der Opposition. Auch die Blauen waren immer im Recht.

Jetzt sitzen sie drinnen und können nicht aus ihrem Sessel heraus. Weil sie dürfen sich gar nicht erheben, wenn solche Anträge gestellt werden. Das ist das Problem, das die FPÖ hat und da sitzen Junge dort oben. Nehmt Euch einmal ein Beispiel an Eurem wirklich alteingesessenen Stamm, diese haben früher ganz anders agiert als jetzt! *(Abg. Géza Molnár: So wie Du!)*

Herr Kollege Molnár, ich habe seit 15 Jahren Verantwortung in einer Gemeinde übernommen. Ihr habt weder einen Bürgermeister, noch einen Vizebürgermeister, noch etwas anderes. *(Abg. Géza Molnár: Gott sei Dank!)* Ich sage Euch das auch gleich. Wenn ich heute hergehe, E-Mobilität dagegen stimme, dann ticke ich - ich sage das wirklich mit dieser Klarheit -, dann ticke ich irgendwo nicht richtig, weil ich sage und entschuldige gleich die Aussage, dann hat es irgendwas in diesem Land, dann stimmt etwas nicht.

Wenn ich hergehe und mir alle anhöre. Alle, die von SPÖ waren, FPÖ waren und dergleichen mehr, waren alle positiv und dann stimme ich dagegen. Was stimmt denn da nicht in dieser Kombination? *(Zwischenruf des Abg. Mag. Franz Steindl)* Herr Kollege Steindl, das wissen wir eh, aber das soll auch die Jugend wissen, das sollen auch die anderen Herrschaften wissen.

Wenn ich mir den Güterwegeausbau anschaue, bitte dann fahrt einmal auf einem Güterweg. Wir müssen diese als Gemeinde pflegen, wir wissen, wovon wir reden. Wir müssen schauen, dass hier Radfahrer gescheit fahren können, wir müssen schauen, dass man im Tourismusbereich die Möglichkeit hat, dort zu walken, zu joggen, egal wie auch immer und dergleichen mehr. Das ist derzeit mit dreieinhalb Meter Förderung nicht möglich.

Wir sagen nichts anderes, als dass man sich Gedanken machen soll, wenn Sie sich den Antrag überhaupt durchgelesen haben. Sie haben diesen nicht einmal durchgelesen! Das ist das Traurige an der ganzen Geschichte. Irgendein Klubobmann hat gesagt, wir können nicht zustimmen, wir haben kein Geld. *(Abg. Géza Molnár: Welcher?)* Und der Herr Landesrat Bieler wird gesagt haben, wehe ihr stimmt zu.

Wenn Sie sich den Antrag einmal durchgelesen hätten, die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Richtlinien zur Förderung des Güterwegebaus dahingehend zu adaptieren, damit ein Güterwegeneubau auf Grund der immer breiteren landwirtschaftlichen Fahrzeuge über dreieinhalb Meter Asphaltbreite gefördert werden kann - nicht muss, kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kann, das ist eine Kann-Bestimmung. Das heißt, ich habe mir keine Gedanken gemacht. Wenn ich halt irgendwo etwas abzweige, muss ich halt schauen. Die Millionen verschwinden in Lutzmannsburg, dort

wissen wir nicht, wo die drei Millionen hingekommen sind. Die sind bis jetzt nicht aufgetaucht, ich verstehe es nicht ganz, muss ich ehrlich sagen, und dergleichen mehr. *(Abg. Walter Temmel: Zinsgeschäfte!)*

Unsere Swap-Geschäfte, das ist überhaupt das Beste, wo wir jährlich Millionen verlieren und dergleichen mehr. Hier hat man kein Geld, dass man so einen Antrag überhaupt überdenkt und noch einmal der Sache wirklich positiv gegenübersteht und sagt, überlegen wir uns das, vielleicht können wir doch, weil das ist ein wichtiger Ansatz. Wir haben eine Güterwegeabteilung, die sich Gedanken macht, warum soll das geschehen und warum können wir den Gemeinden helfen.

Ich sage Euch noch eines: Wenn es den Güterwegebau in der Vergangenheit nicht gegeben hätte, hätten wir bei weitem nicht so ein hervorragendes Straßennetz. Wir könnten uns aber wirklich wie in Ungarn bewegen, entschuldige, wenn ich das so sage. Aber das ist so.

Daher verstehe ich überhaupt nicht, warum man so einen Antrag einfach ablehnt. Wenn Sie gesagt hätten, wir ändern ihn ab und schauen, dass wir irgendwo Geld zusammenkratzen und nächstes Jahr werden wir uns das noch einmal anschauen, dann hätte ich ein Verständnis gehabt, weil alle unsere Anträge, wir wissen, dass sie gut sind, weil sonst würden Sie sie nicht abändern *(Abg. Géza Molnár: Der ist eh gut. Deswegen lehnen wir ihn ab.)* und würden vielleicht irgendwann einmal, ein halbes Jahr später, auf der Tagesordnung sein.

Herr Kollege Géza Molnár. *(Abg. Géza Molnár: Du regst Dich eh immer auf.)* Du musst einmal in einer Gemeinde Verantwortung übernehmen. Nur kritisieren, jetzt kannst Du nicht anders, heute hat man das gesehen und das letzte Mal. Wir haben einen Antrag eingebracht, gemeinsam Rot, Blau, LBL - Rechnungshofprüfung. Wir waren nicht fähig, weil Dein Kollege, *(Abg. Géza Molnár: Schneller war.)* Landeshauptmann Tschürtz, schneller ist. Was seid Ihr für ein Gespann? Seid mir bitte nicht böse.

Da frage ich mich wirklich: Was habt Ihr leider Gottes im letzten Jahr verbrochen? Das frage ich mich wirklich, weil das kann es ja nicht sein, dass man alles über Bord wirft, nur damit ich in einer Regierung sitzen kann. Da verzichte ich auf eine Regierung, das sage ich Dir auch gleich, wenn ich so handeln muss, und ich mich nicht einmal aufmucken darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag ist hervorragend, dieser Antrag ist zu unterstützen, in diesem Sinne erwarte ich mir das. *(Beifall bei der LBL und bei der ÖVP – Abg. Werner Friedl: Was hast Du für ein Problem? – Abg. Manfred Kölly. Gar keines. Ihr habt Probleme. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Danke Herr Abgeordneter. Herr Abgeordneter Kölly, *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* wenn Sie die Wortwahl wählen und sich im Nachhinein dafür entschuldigen, wird es auch nicht besser. Sie haben es gesagt, ich ersuche Sie, einige Wort doch zu überdenken, so wie auch die zuletzt geäußerten. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was hat er leicht gesagt?)*

Noch eine Anmerkung, Herr Kollege Kölly, kommt zu „zwei Sätze will ich sagen“. Ich bin jetzt zur Erkenntnis gekommen, wie lange zwei Sätze dauern können. Danke.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Géza Molnár in Richtung Abg. Manfred Kölly, der den Sitzungssaal verlässt: Wo gehst Du hin? – Abg. Manfred Haidinger: So ernst nimmst Du das?)*

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist in der Tat so, dass die Güterwege im ländlichen Raum eine große Bedeutung haben. Güterwege umfassen ein funktional breites Spektrum der ländlichen Verkehrsinfrastruktur. Einerseits verbinden Güterwege Ortschaften untereinander, Ortschaften und entlegene Siedlungsgebiete miteinander, aber sie verbinden auch übergeordnete Straßen miteinander.

Güterwege sind vor allem auch Wirtschaftswege für Land- und Forstwirtschaft und Verbindungswege zu entlegenen Bauernhöfen. Man kann sagen, hier geht es um die Feinerschließung des ländlichen Raumes.

Ziel ist dabei natürlich die Verbesserung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen im ländlichen Raum durch einen landschaftsschonenden Wegebau, für die Siedlungswirtschaft und Kulturflächen zu sicher. Die Betonung liegt hier auf „einen landschaftsschonenden Wegebau“ im Bereich des Güterverkehrs laut Sonderrichtlinien des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Bei den Sonderrichtlinien des Bundesministeriums wird der Förderungsgegenstand genau aufgezählt, was wird gefördert, Förderungswerber, wer kann Förderwerber sein, Art und Ausmaß der Förderung, die Förderabwicklung und die Fördervoraussetzungen. Bei den Fördervoraussetzungen steht: „Wege mit Fahrbahnbreiten über 3,5 Meter sind nicht förderbar.“

Die Beschlussfassung des Antrages würde daher keinerlei Einfluss auf die Richtlinien zur Umsetzung von Projekten im Rahmen des Österreichischen Programmes für ländliche Entwicklung 2014 - 2020 nehmen. Somit ist Ihr Antrag erstens an die falsche Adresse gerichtet und zweitens gegenstandslos.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es stimmt, dass die landwirtschaftlichen Geräte größer und schwerer geworden sind, das hängt natürlich auch mit dem gewollten Bauernsterben, also den Kleinbauern zusammen. Da hätte man reagieren sollen. Deswegen sind auch zum Teil die Geräte größer geworden. Diese großen Geräte fahren allerdings meist saisonbedingt, also bei uns fährt zum Beispiel der Mähdrescher nicht ganzes Jahr, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Zu Weihnachten fährt kein Mähdrescher.)* auch das restliche Verkehrsaufkommen ist auf den Güterwegen überschaubar.

Zum anderen wäre oftmals eine Verbreiterung gar nicht möglich, weil manch ein großer Pflug schon beim Ackern den Unterbau von manchen Güterwegen zum Vorschein bringt. Das kann man sich in Deutsch Schützen anschauen. Das wird wo anders genauso sein, Frau Kollegin. Das heißt, es ist oft kein Platz zum Verbreitern.

Ich denke, diese Feinerschließung des ländlichen Raumes mit Güterwegen soll eine Feinerschließung bleiben und eben zur Bewirtschaftung und Pflege des ländlichen Raumes dienen. Es sollen keine Autobahnen - um es überspitzt auszudrücken - entstehen. Es ist auch auf die Umwelt Rücksicht zu nehmen.

Geschätzte Damen und Herren! Güterwegeneubau und Instandsetzung von Güterwegen belebt aber natürlich auch die Wirtschaft. Was man anhand der Investitionen der letzten Jahre sieht. In den letzten Jahren wurde seitens des Landes insgesamt ein Förderanteil von 18,2 Millionen zur Verfügung gestellt. Das sind insgesamt 878 Projekte, die gefördert wurden. Das Güterwegenetz beträgt zirka 3.800 Kilometer.

Anhand dieser Zahlen sieht man, dass es natürlich auch eine Kostenfrage ist, auf der einen Seite für EU, Bund und Land, aber auf der anderen Seite natürlich auch für die Gemeinden. Das Radwanderwegenetz des Landes beträgt rund 2.900 Kilometer. Etwa 65 Prozent der Radwanderwege führen über das Güterwegenetz.

Ich denke nicht, dass die Radfahrer von einer Verbreiterung begeistert wären, weil somit natürlich auch vielleicht mehr Verkehr auf die Güterwege kommen könnte und natürlich auch mehr Gefahr bestünde.

Es gibt also wesentlich mehr Faktoren als große und schwere Gerätschaften. Wie schon erwähnt, es ist eine Frage der Umwelt, es ist eine touristische Frage, eine Kostenfrage und natürlich eine Platzfrage im Sinne der Raumordnung. Wie schon vorhin erwähnt, der Antrag ist gegenstandslos und wird daher abgelehnt. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Danke, Herr Richter! - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Jugend! Unbestritten ist, und das haben die Vorredner bereits gesagt, dass Güterwege Lebensadern des ländlichen Raumes sind und eine Grundlage für zeitgemäße Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe. Die ländliche Verkehrserschließung zählt somit zu den wichtigsten Maßnahmen zur Schaffung angemessener Lebensbedingungen im ländlichen Raum und tragen für eine zukunftsorientierte Entwicklung wesentlich bei.

Diese Wege, bereits vorher erwähnt, dienen nicht nur der bäuerlichen Bevölkerung, sondern werden von allen gerne genützt. Sie sind auch ein wesentlicher Faktor für den Tourismus, da fast zwei Drittel der Radwege des Burgenlandes über Güterwege geführt werden.

Es ist eine beachtliche Leistung, dass in den letzten Jahrzehnten mit Hilfe der diversen Interessensgemeinschaften, Wegbaugemeinschaften, natürlich der Gemeinden und mit EU-, Bundes- und Landesmitteln insgesamt über 3.800 km an Güterwegen geschaffen wurden. Das ist ein hoher Anteil von über acht Prozent österreichweit, wenn man bedenkt, vergleichsweise mit dem Burgenland, wo wir nur über drei Prozent Bevölkerungsanteil haben.

Diese gute Arbeit der ehemaligen Abteilung 4b wird auch vom Landes-Rechnungshof für die Jahre 2010 bis 2015 mit 878 Projekten im ganzen Burgenland und einer Bausumme von 48,3 Millionen bestätigt. Davon wurden 56 Prozent von den Interessensgemeinschaften, also Wegbaugemeinschaften und Gemeinden bezahlt. Die restlichen 44 Prozent wurden von EU, Bund und Land bezahlt.

Bedenkt man als Vergleich laut Rechnungshofbericht, ist auch vor einigen Tagen erschienen, die Zinsverluste mit den Zinsspekulationen des Landes von über 45 Millionen in den letzten Jahren, hätten wir mit diesem Geld weit mehr ausbauen beziehungsweise für andere wichtige Bereiche verwenden können.

Wichtig beim Ausbau der Güterwege sind dabei natürlich auch die EU-Mittel über ELER, wo ebenfalls von 2008 bis 2014 fast sechs Millionen an Förderungen geflossen sind. Zu den bereits erwähnten Verantwortlichen für den Ausbau und Instandhaltung der Güterwege gilt mein Dank selbstverständlich auch der professionellen Abwicklung durch die ehemalige Abteilung 4b, stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen, ein herzliches Danke an den ehemaligen Abteilungsleiter WHR Wolfgang Haslehner. *(Beifall bei der ÖVP und beim Abg. Gerhard Steier)*

Wir als Gemeindeverantwortliche, und ich glaube, da spreche ich stellvertretend für viele Bürgermeister, haben immer diese Arbeit sehr geschätzt, mit Professionisten zu arbeiten und diese Wege und das Ganze abzuwickeln, war wirklich sehr schön und gut.

Dass diese ländliche Entwicklung der rot-blauen Regierung wenig wert ist, zeigt auch die Auflösung dieser gut geführten Abteilung und natürlich auch, dass die Landwirtschaft mit keinem Wort im Regierungsübereinkommen vorkommt und auch jede Initiative, die hier zur Stärkung des ländlichen Raumes eingebracht wurde, abgelehnt wurde - wie bereits gesagt vom Kollegen Kölly.

Aufgrund der Altersstruktur, Witterung, der ständig steigenden Verkehrsbelastung, Erhöhung der gesetzlich zulässigen Gesamtgewichte erlangt die Erhaltung von ländlichen Straßen und Wegen eine immer größer werdende Bedeutung. Diese neuen Anforderungen werden auch durch Förderprogramme - wie bereits erwähnt - unterstützt.

Es muss aber eine Selbstverständlichkeit sein, dass man auch über die Erhöhung der 3,5 Meter Asphaltbreite auf Grund der neuen Gegebenheiten mit allen Beteiligten, das heißt Grundeigentümer, Interessensgemeinschaften, Gemeinden und den fördernden Gebietskörperschaften diskutiert und zu einer brauchbaren Lösung kommt.

Dass Sie wenig von diesen demokratischen Spielregeln halten, beweist nicht nur dieses Beispiel, sondern auch insbesondere das neue Jagdgesetz - wurde niemand eingeladen - *(Abg. Manfred Haidinger: Das stimmt nicht.)* nur die sogenannten Experten, und zum Schluss entgegen diesen absolut ganz anders entschieden. Von der alten burgenländischen Tradition, „durchs Reden kommen d‘Leut zam“, wie es bei uns ist, der Kollege Wiesler wird das bestätigen können, haben Sie sich leider verabschiedet.

Aus den angeführten Gründen lehnen wir den Antrag der Berichterstatterin ab. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Adaptierungen der Förderrichtlinien für den Güterwegebau, die Kollegen haben es bereits angesprochen, wie wichtig es ist an und für sich auch in unseren Kommunen draußen die Güterwege in unseren Gemeinden, 171 Gemeinden und teilweise aus der Geschichte heraus mit landwirtschaftlicher Struktur. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich hier meine Gemeinde her nehme, eine Gemeinde mit einem Anteil von Gemeindestraßen asphaltiert und auch ein Wegenetz von 120 km asphaltierten Wegenetz, ungefähr gleich viel in dieser Form von Wald- und Feldwegen. Ich schätze, es wird rund ein Viertel davon Güterwege sein und somit muss ich auch sagen, wie wichtig es für die Gemeinde, aber natürlich auch für die Landwirtschaft ist, das ist im Vorfeld bereits angesprochen worden, für die landwirtschaftlichen Betriebe, dass diese einfach auch unterstützt werden.

Wenn ich sage, dass diese landwirtschaftlichen Flächen zu bewirtschaften sind, dann sind die Güterwege in unseren Gemeinden draußen sehr wichtig. Dort ist die Unterstützung auch, glaube ich, von den Gemeinden her, von den Bürgermeistern her, vorhanden. Natürlich wissen wir die große Problematik, dass wir immer größere, schwerere landwirtschaftliche Fahrzeuge haben, die natürlich große Herausforderungen

sind, dort das Güterwegenetz, das Gemeindestraßennetz in dieser Form aufrecht zu erhalten.

Aber trotzdem ist es uns klar und wichtig, dass hier die landwirtschaftlichen Flächen bewirtschaftet werden. Dadurch kann natürlich auch ein großer Anteil an Landschaftspflege gemacht werden.

Wir können uns vorstellen, wenn das nicht mehr funktionieren würde, wie unsere Ortsbilder in dieser Form aussehen würden. Viele Menschen kommen zu uns und sagen uns auch, dass wir nicht nur eine wunderschöne Gegend, sondern auch ein gepflegtes Ortsbild haben. Dazu gehört auch, dass hier die Landwirtschaft einen großen Teil dazu beiträgt. Dafür möchte ich mich auch bei der Landwirtschaft, bei den Betrieben und bei den Landwirten recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Antrag vom Abgeordneten Hutter und Abgeordneten Kölly ist die Darstellung, die Bedeutung der Güterwege, die ja in dieser Form schon angesprochen wurden, nichts entgegen zu halten.

Der Antrag ist ganz einfach abzulehnen, da die Basis für den Neubau der ländlichen Verkehrserschließung die entsprechende Sonderrichtlinie des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, zur Umsetzung von Projektmaßnahmen im Rahmen des Österreichischen Programmes für ländliche Entwicklung 2014 bis 2020 darstellt.

Die Sonderrichtlinie definiert unter Punkt 20 ländliche Verkehrsinfrastruktur 721 folgende Förderungsvoraussetzungen: Wege mit Fahrbahnbreiten über 3,5m sind nicht förderbar. Ausgenommen sind dort Brücken, Ausweichen und eventuelle Zusatzbreiten gemäß den Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen.

Danke *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächsten erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluss des heutigen Tages besprechen wir ein sehr gewichtiges Thema. Von der Antragstellerseite her denke ich, dass es nicht eine korrekte Darstellung ist, so wie es der Abgeordnete Kölly getan hat, sondern er denkt sich etwas dabei, das er nicht ausgesprochen hat.

Im Grund genommen hat es jetzt mein Vorredner vorher gesagt: Der Süden des Landes ist, Gott sei Dank, mit Güterwegen sehr gut erschlossen worden, denn dort wo Landesstraßen und Gemeindestraßen nicht geführt werden konnten oder nicht hingeführt wurden, sind eben Güterwege gebaut worden.

Die sind im Grunde genommen nicht nur das Rückgrat, sondern auch die Verbindungsstrecken zwischen den einzelnen Bauernhöfen auf der anderen Seite und auch zwischen den einzelnen Ortsteilen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gehen wir davon aus, dass der Güterwegebau eine sinnvolle und wirklich nicht nur für das Land, sondern auch für den Tourismus und für alle anderen Gegebenheiten, für Einsatzfahrzeuge, aber im Speziellen für die Bevölkerung von Nöten und von Vorteil sind.

Wenn wir jetzt aber in der Berücksichtigung der Antragsteller die Möglichkeit in der Kann-Bestimmung einräumen, dass er über 3,5m Asphaltband in der Ausführung

Bankette befahrbar hat, dann wird sich eigentlich der Güterwegbau im Sinne einer Gemeindestraße entwickeln.

Dabei sollte jeder, der heute hier in der Verantwortung steht, berücksichtigen, dass unsere Flora und Fauna, speziell auch die landwirtschaftliche genutzten Flächen, diese Erweiterungen, diese Festlegungen mit Sicherheit nicht braucht.

Wir wissen, dass schwere Geräte, und die werden wahrscheinlich nicht zurückstecken, sondern dort wird die schwere Landwirtschaft zunehmen, was den Maschinenteil anlangt. Auf der anderen Seite kann es doch nicht das Resultat dieser Entwicklung im Farming-Bereich sein, dass wir jetzt den Güterwegbau zu einer Straßenführung setzen, die eigentlich das bevorzugt beziehungsweise unterstützt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben, und das hat einer meiner Vorredner angesprochen, im Rechnungshofbericht bezogen auf den Güterwegebau und die Abteilung, unter anderem die Festhaltung, dass es keine koordinierte, keine festgelegte Planung auf dem Güterwegebau gibt.

Tatsache ist, dass wir immer nach Bedarf hier eine Regelung getroffen haben und dass sich die Entwicklungslinien durchaus über die Jahre gezogen haben, wo quasi auf die Intervention innerhalb einer Gemeinde in der Begründung einer Lösung auf einen Verein mit der Haftung der Gemeinde dieser Güterwegbau ergeben hat.

Die Anteile der Gemeinde bei der Lösung von Problemstellungen auf die Güterwegbaugemeinschaften sind immer im Vordergrund gestanden. Es ist uns dann zupass gekommen, dass es andere Lösungen im Sinne der Kofinanzierung gegeben hat. Diese Lösungen haben im Ansatz eine sehr breit gefächerte, gut ausgebaute Güterwegsituation geschaffen, die wir nachträglich in der Bereitstellung auch für den Tourismus, speziell für den Radfahrtourismus, nutzen konnten.

Diese Kapitel der sogenannten touristischen Nutzung sind eigentlich die Hauptmotivationsgründe für manchen Ausbau in Flora und Fauna gewesen, wo im Grunde genommen vorher keine Bereitschaft gestanden hat. Ein Umstand, der jetzt dann zusätzlich speziell im Norden zum Tragen gekommen ist, war der Ausbau der Güterwege im Zusammenhang mit der Errichtung von Windrädern.

Da hat es sich nämlich für die sogenannten Errichter plötzlich nicht nur gezwungener Maßen gerechnet, dass sie für jeden Standort eine entsprechende Zuleitung gebaut haben, die dann quasi wieder der Landwirtschaft zugutegekommen ist, sondern in der Erhaltung auch quasi den Windkraftbetreibern obliegt. Tatsache ist, dass das quasi im Norden Gültigkeit hat, im Süden aber nicht zum Tragen gekommen ist.

Ich bin strikt dagegen, so wie es auch meine Vorredner gesetzt haben, dass der Güterwegbau im ländlichen Bereich über das Maß 3,5m Asphaltband plus Bankette hinaus erweitert wird, denn das wäre eigentlich eine Vorschubleistung auf eine Nutzung, die nicht mehr den Gegebenheiten der ländlichen Umgebung entspricht.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächsten erteile ich Herrn Abgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Irgendwann muss ich auch einmal etwas dazu sagen. Er ist jetzt zwar leider nicht mehr da. Er verschwindet immer dann gleich der Herr Kollege Kölly.

Herr Kollege Hutter! Vielleicht könnten Sie ihm drei Dinge von mir ausrichten. *(Abg. Gerhard Hutter: Ich werde es ihm ausrichten. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Erstens er soll sich keine Sorge um die FPÖ machen, denn wir haben heute schon alles gehört, wir fallen um. Dann haben sich andere Parteien vorwerfen lassen müssen, dass sie sich von uns infizieren lassen, hinsichtlich der Mindestsicherung.

Zweites, und das ist jetzt ein Punkt, der mir langsam schon wirklich auf den „Senkel“ geht. Ich habe Respekt vor jedem Bürgermeister, das kann man gar nicht hoch genug schätzen, was Bürgermeister leisten.

Ich kann es auch wirklich nicht einschätzen, weil ich keiner bin. Aber, hier laufend vom Stapel zu lassen und alle Burgenländer bis auf 171, nämlich bis auf jene, die Bürgermeister sind, ständig herunter zu machen in dem man da suggeriert oder im Umkehrschluss behauptet, die würden keine Verantwortung tragen, egal ob es einfacher Gemeinderat oder auch eine alleinerziehende Mutter.

Herr Kollege Hutter, ich weiß, Sie können nichts dafür, Sie sind der Gute der beiden Zwillinge. Aber, das ist eine Sache, da sollten Sie wirklich einmal mit ihm reden. *(Beifall bei der FPÖ, der SPÖ und den Grünen)*

In der Sache selbst, ich habe es schon gesagt, kann man es dem Kollegen Kölly nicht recht machen. Ändert man ab, ist er angefressen, vertagt man, holt Stellungnahmen ein, ist er angefressen, lehnt man ab, ist er auch angefressen. Aber, er ist dann nicht einmal Manns genug, dass er sich die sachliche gute Begründung, die richtige Begründung anhört.

Ich gebe Ihnen die Sonderrichtlinien, was den Güterwegebau angeht. Dankschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Da jetzt keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Adaptierung der Förderrichtlinien für Güterwegeneubau ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 17. November 2016, vorgesehen ist.

Außerdem findet am 17. November im Anschluss an die erste Sitzung eine zweite Sitzung, nämlich die Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, statt.

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass am 10. November 2016 der Jugendlandtag stattfinden wird, zu dem ich alle interessierten Landtagsabgeordneten recht herzlich einladen darf. Die Damen und Herren der Burgenländischen Landesregierung erhalten eine gesonderte Einladung.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 19.00 Uhr in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 44 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 18. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 17. November 2016

10.03 Uhr - 19.11 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz aufgehoben wird;

3. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird;

4. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Güterwege; Planung, Bau, Instandhaltung und Förderung ab dem Jahr 2010;

5. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2014;

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die ausständige Genehmigung des Masterstudienganges "Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector";

7. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend "Einführung Masterstudiengang "Soziale Arbeit und Beratung" an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018";

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth";

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausrichtung einer Neusiedlersee-Konferenz zur Erarbeitung eines Neusiedlersee-Entwicklungskonzepts 2025;

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Tagsatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2671)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 82 der Abgeordneten Ingrid Salamon an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Luftqualität im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 2674)
Zusatzfrage: Ingrid S a l a m o n (S. 2676), Mag.a Regina P e t r i k (S. 2677), Walter T e m m e l (S. 2677)

Anfrage Nr. 88 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Entwicklung am Arbeitsmarkt seit Jänner 2016
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2678)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 2679), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2679)

Anfrage Nr. 83 des Abgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Verena Dunst betreffend Schwerpunkte in der Dorferneuerung
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 2680)
Zusatzfrage: Walter T e m m e l (S. 2682), Markus U l r a m (S. 2683)

Anfrage Nr. 89 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Rahmenbedingungen für den Sport im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2684)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 2685 u. 2686), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2687)

Anfrage Nr. 84 des Abgeordneten Patrik Fazekas an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend neue Jugendpolitik unter dem Titel Zukunftsworkshop
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 2688)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s (S. 2689), Mag.a Regina P e t r i k (S. 2690), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2690), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 2691)

Anfrage Nr. 90 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Ausbildungsangebote am Campus Gesundheit Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag Norbert D a r a b o s (S. 2692)
Zusatzfrage: Günter K o v a c s (S. 2693), Georg R o s n e r (S. 2693)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 617), mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz aufgehoben wird (Zahl 21 - 438) (Beilage 633);
Berichterstatterin: Klaudia Friedl (S. 2694)
Redner: Markus Wiesler (S. 2695), Mag. Thomas Steiner (S. 2695), Klaudia Friedl (S. 2697), Gerhard Steier (S. 2699), Landesrat Helmut Bieler (S. 2700), Wolfgang Spitzmüller (S. 2701), Robert Hergovich (S. 2702)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2702)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 599), mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 420) (Beilage 634);
Berichterstatterin: Ingrid Salamon (S. 2703)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 2703), Ilse Benkö (S. 2705), Walter Temmel (S. 2707), Ingrid Salamon (S. 2708), Gerhard Steier (S. 2710), Manfred Kölly (S. 2713), Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 2713)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2715)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 588) betreffend Güterwege; Planung, Bau, Instandhaltung und Förderung ab dem Jahr 2010 (Zahl 21 - 417) (Beilage 635);
Berichterstatter: Manfred Kölly (S. 2715)
Redner: Manfred Kölly (S. 2716), Markus Wiesler (S. 2717), Markus Ulram (S. 2718), Wolfgang Sodl (S. 2720), Landesrat Helmut Bieler (S. 2722), Gerhard Steier (S. 2722)
Annahme des Prüfungsberichtes (S. 2723)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 600) betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 421) (Beilage 636);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 2725)
Redner: Manfred Kölly (S. 2725), Landesrat Helmut Bieler (S. 2730), Wolfgang Spitzmüller (S. 2731), Géza Molnár (S. 2733), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 2734), Dr. Peter Rezar (S. 2737), Gerhard Steier (S. 2741), Robert Hergovich (S. 2744), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 2747)
Annahme des Prüfungsberichtes (S. 2749)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 618) betreffend die ausständige Genehmigung des Masterstudienganges "Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector" (Zahl 21 - 439) (Beilage 637);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 2749)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2758)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 614) betreffend "Einführung Masterstudiengang "Soziale Arbeit und Beratung" an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018" (Zahl 21 - 435) (Beilage 638);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 2750)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 2750), Mag.a Regina P e t r i k (S. 2752), Mag. Johann R i c h t e r (S. 2754), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2755), Doris P r o h a s k a (S. 2756), Manfred K ö l l y (S. 2757)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2758)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die künftigen Beziehungen Europas zur Türkei (Zahl 21 - 457) (Beilage 645);
Begründung der Dringlichkeit: Géza M o l n á r (S. 2758)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 2761), Mag.a Regina P e t r i k (S. 2761), Manfred H a i d i n g e r (S. 2765), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 2767), Robert H e r g o v i c h (S. 2768), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2770), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 2772), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 2773), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2774)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 2776)

Dringliche Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs, sowie der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly und Gerhard Steier betreffend Zinstauschgeschäfte (Zahl 21 - 467) (Beilage 655);
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2776)
Redner: Landesrat Helmut B i e l e r (S. 2779), Manfred K ö l l y (S. 2781), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2783), Géza M o l n á r (S. 2785), Robert H e r g o v i c h (S. 2786), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2788), Landesrat Helmut B i e l e r (S. 2789), Gerhard S t e i e r (S. 2791), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 2794)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 597) betreffend "Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth" (Zahl 21 - 418) (Beilage 639);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 2798)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 2798), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2800), Géza M o l n á r (S. 2801), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 2802), Wolfgang S o d l (S. 2802), Gerhard S t e i e r (S. 2804)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2806)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 608) betreffend die Ausrichtung einer Neusiedlersee-Konferenz zur Erarbeitung eines Neusiedlersee-Entwicklungskonzepts 2025 (Zahl 21 - 429) (Beilage 640);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 2806)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 2807), Manfred H a i d i n g e r (S. 2809), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2811), Ingrid S a l a m o n (S. 2812), Gerhard S t e i e r (S. 2813)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 2816)

Bericht des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 609) betreffend Tagsatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten (Zahl 21 - 430) (Beilage 641);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 2817)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 2817), Manfred H a i d i n g e r (S. 2822), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2823), Mag. Christian D r o b i t s (S. 2824), Mag.a Regina P e t r i k (S. 2827), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 2828)
Ablehnung des Entschließungsantrages (S. 2830)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2671)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses. Werte Zuhörer und Zuseher auf der Tribüne! Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie uns über Internet zuhören und zusehen!

Ich e r ö f f n e die 18. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 17. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter um Verlesung.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 18. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 17. November 2016.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 453) (Beilage 632);
2. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 455) (Beilage 643);
3. Beschlussantrag über den Nachtragsvoranschlag 2016 (Zahl 21 - 459) (Beilage 647);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 460) (Beilage 648);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 461) (Beilage 649);
6. Beschlussantrag, mit dem der Bericht über die Wirtschaftsförderung des Landes im Jahre 2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 462) (Beilage 650);
7. Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 463) (Beilage 651);
8. Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung (Burgenländische Gemeinderechts-Sammelnovelle) (Zahl 21 - 464) (Beilage 652);
9. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 465) (Beilage 653);

Vom Rechnungshof ist der Bericht

1. betreffend EU-Finanzbericht 2014 (Zahl 21 - 456) (Beilage 644)

eingelangt.

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der

1. Prüfungsbericht betreffend Landes-EDV, Beschaffung und Implementierung von Individualsoftware 2010-2015 (Zahl 21 - 458) (Beilage 646)

   eingelangt.

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die künftigen Beziehungen Europas zur Türkei (Zahl 21 - 457) (Beilage 645)

eingelangt.

Ebenso ist die dringliche Anfrage

der Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs sowie der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly und Gerhard Steier betreffend Zinstauschgeschäfte (Zahl 21 - 467) (Beilage 655)

eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp des Ausbaus der Autobahn A3 (Zahl 21 - 454) (Beilage 642);
2. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses mit dem der Gesamtbericht des Jugendlandtages zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 466) (Beilage 654);
3. der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vergabe von Stipendien an Medizin-Studenten (Zahl 21 - 468) (Beilage 656);
4. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend kostenfreien Spitalsaufenthalt von Kindern (Zahl 21 - 469) (Beilage 657);

   sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Veranstaltungsgesetz (Zahl 21 - 442) (Beilage 621);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Verkehrsentwicklung in Wulkaprodersdorf (Zahl 21 - 451) (Beilage 630);

   und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 397) betreffend Glücksspiel (Zahl 21 - 441) (Beilage 620);
2. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 396) betreffend Parkplatz vor dem Landhaus (Zahl 21 - 443) (Beilage 622);
3. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 406) betreffend Anzahl der dienstlichen Mobiltelefone (Zahl 21 - 444) (Beilage 623);

4. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 407) betreffend Netzanbieter der dienstlichen Mobiltelefone (Zahl 21 - 445) (Beilage 624);
5. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 408) betreffend Kosten der dienstlichen Mobiltelefone (Zahl 21 - 446) (Beilage 625);
6. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 409) betreffend Mobiltelefone (Modelle) (Zahl 21 - 447) (Beilage 626);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 411) betreffend Theaterstück "Alles in einem Rausch" (Zahl 21 - 448) (Beilage 627);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 412) betreffend Anberaumung von Regierungssitzungen (Zahl 21 - 449) (Beilage 628);
9. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 413) betreffend SPÖ-Sommertour (Zahl 21 - 450) (Beilage 629);
10. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 414) betreffend Landestankstellen (Zahl 21 - 452) (Beilage 631);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 – 453, Beilage 632, und Zahl 21 – 461, Beilage 649, sowie die selbständigen Anträge Zahl 21 – 454, Beilage 642, und Zahl 21 – 466, Beilage 654, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 – 455, Beilage 643, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 – 459, Beilage 647, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 – 460, Beilage 648, Zahl 21 – 463, Beilage 651, Zahl 21 – 464, Beilage 652, und Zahl 21 – 465, Beilage 653, den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 – 456, Beilage 644, und die selbständigen Anträge Zahl 21 – 468, Beilage 656, und Zahl 21 – 469, Beilage 657, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 – 462, Beilage 650, weise ich dem Wirtschaftsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

und den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 21 – 458, Beilage 646, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 – 442, Beilage 621, habe ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 – 451, Beilage 630, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 441, Beilage 620, Zahl 21 – 443, Beilage 622, Zahl 21 – 444, Beilage 623, Zahl 21 – 445, Beilage 624, Zahl 21 – 446, Beilage 625, Zahl 21 – 447, Beilage 626, Zahl 21 – 448, Beilage 627, Zahl 21 – 449, Beilage 628, Zahl 21 – 450, Beilage 629, und Zahl 21 – 452, Beilage 631,

habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die künftigen Beziehungen Europas zur Türkei, Zahl 21 – 457, Beilage 645, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr behandelt.

Von den Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs sowie der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly und Gerhard Steier ist eine dringliche Anfrage gemäß § 30 iVm § 29 GeOLT Zahl 21 – 467, Beilage 655, an Herrn Landesrat Helmut Bieler, betreffend Zinstauschgeschäfte, eingelangt.

Gemäß § 30 Abs. 6 GeOLT erfolgt die Behandlung nach Erledigung des Dringlichkeitsantrages.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1.Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 14 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Dankeschön. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Als Umweltschutzlandesrätin sind Sie auch für die Luftgüte im Burgenland zuständig.

Welche Maßnahmen werden von Ihnen gesetzt, um eine hohe Luftqualität im Burgenland sicherzustellen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Frau Abgeordnete! Zunächst einmal ein herzliches Willkommen und einen schönen guten Morgen auch an unsere Besucherinnen und Besucher auf den Zuschauertribünen.

Aber jetzt zu Ihrer Frage, Frau Abgeordnete. Im Burgenland konnte in den letzten Jahren durch zahlreiche Maßnahmen, die im Bereich der Luftgüte gesetzt worden sind, eine wirklich hohe Luftqualität erreicht werden. Ich glaube, wenn man sich Bilder ansieht von Menschen, die in Städten mit Atemschutzmasken herumlaufen, dann zeigt es sehr eindrücklich, wie wichtig saubere Luft ist, und dass es eben keine Selbstverständlichkeit ist.

Deswegen ist es mir aus diversesten Gründen, sei es jetzt der Vorsorge von Krankheiten, aber natürlich auch dem Schutz von Wäldern, Boden und Gewässer ein sehr, sehr wichtiges Anliegen, die wirklich gute Luftgüte im Burgenland auf diesem Standard zu erhalten, beziehungsweise durch Maßnahmen noch weiter zu verbessern.

Lassen Sie mich vielleicht einleitend einen kurzen Rückblick geben, auf Maßnahmen, die wir bereits in den letzten Maßnahmen getroffen haben.

Gleich zu Beginn die bestehende Verordnung des Immissionsschutzgesetzes-Luft, begleitend mit intensiven Aufklärungsarbeiten. Hier konnten wirklich wichtige Erfolge erzielt werden. Vor allem was die Problematik des Verbrennens im Freien betrifft. Das ist beispielsweise bei Veranstaltungen von Brauchtumsfeuer. Da ist es wirklich zu einem umweltbewussteren Denken gekommen. Genauso in der Landwirtschaft, da ist auch das Verbrennen von Flächen und Verbrennen von Biomasseresten wirklich stark zurückgegangen.

Genauso sind im Zuge dessen die Vorschriften im Umgang mit Gülle verschärft worden. Des Weiteren sind auch Maßnahmen im Bereich der Wohnbauförderung und im Wohnbereich getroffen worden. Hier ist wirklich die Wohnbauförderung ein Hebel einer aktiven Klimaschutzpolitik. Es gibt kaum ein Haus, das mit Wohnbauförderung gefördert wurde, welches nicht Niedrigenergiestandards entspricht. Genauso gepaart mit modernen Heizanlagen, die natürlich auch zu weit geringeren Emissionen beitragen.

Zu einem ganz aktuellen Punkt. Natürlich gibt es hier noch weiter Handlungsbedarf. Aber da möchte ich die Novellierung des IG-L-Maßnahmenkataloges erwähnen. Der befindet sich gerade in der Zielgeraden. Da freut es mich wirklich sehr Ihnen mitteilen zu können, dass nach wirklich sehr umfassenden Gesprächen auch mit den Interessensvertretungen hier eine wirklich sehr gute Verordnung herausgekommen ist, die in den nächsten Wochen auch in Kraft treten wird.

Kernpunkt dieser Verordnung ist ein Fahrverbot für Lastkraftwägen und Sattelfahrzeugen bestimmter Abgasklassen. Hier handelt es sich aber um sehr veraltete Modelle, die bei weitem nicht dem neuesten Stand der Technologien entsprechen. Die zwar einen geringen Anteil an dem im Straßenverkehr befindlichen Fahrzeugen aufweisen, aber dafür einen relativ hohen Anteil an Emissionswerten zum Inhalt haben.

Wie gesagt, habe ich hier vorab sehr, sehr viele Gespräche geführt, weil es mir wirklich ein Anliegen war, viele Interessen mit einzubeziehen. Auch einen Kompromiss mit der Wirtschaft zu finden und letztlich eine sozial verträgliche Verordnung erlassen zu können.

Ein weiterer Punkt ist auch das Luftreinhalte-, Heizungsanlagen- und Klimagesetz. Hier sind auch die Arbeiten zu der Novellierung gerade in der Zielgeraden. In dieser Novelle geht es vor allem um strengere Emissionsgrenzwerte und strengere Wirkungsgradanforderungen. Es sollen hier die Standards angehoben werden. Es wird auch ein neues Prüfprotokoll geben. Mit diesem Prüfprotokoll zur Anlagenüberprüfung sollen auch gleichzeitig Verbesserungsvorschläge einhergehen, die mit der Energieversorgung zu tun haben.

Das heißt, es wird hier auch eine Möglichkeit zu einer kostengünstigen Energieberatung geschaffen, die gleich während der Anlagenüberprüfung zu erfolgen hat. Das alles ohne Tariferhöhungen. Also es ist hier auch wichtig, das Bewusstsein für eine effiziente Heizung zu stärken. Gleichzeitig wird dabei die Errichtung einer Heizanlagendatenbank forciert, um hier wichtige Daten zu haben. Eine Datenbanklösung, auf der man dann auch aufbauen kann.

All diese Maßnahmen würden natürlich nicht viel helfen, beziehungsweise wären nicht auf ihre Wirksamkeit überprüfbar, wenn nicht auch die vorhandenen Messstellen hier wären. Das heißt, wir haben vier fixe Messstellen in Kittsee, in Illmitz, in Eisenstadt und in Oberschützen. Genauso drei mobile Messstationen.

Diese Messstellen beziehungsweise die Messstationen entsprechen den neuesten technologischen Standards und sind natürlich sehr, sehr wichtig in der Datenbereitstellung für Analysearbeiten. Sie können dann auch entsprechend für Maßnahmenpläne herangezogen werden. Das heißt, es sind sehr viele Maßnahmen passiert, es kommen noch einige, um hier wirklich eine hohe Luftqualität im Burgenland aufrechterhalten zu können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sie haben erzählt was schon alles gemacht worden ist. Es ist leider Gottes der Sommer vorbei. Können Sie schon eine Bilanz von Ozon vom Sommer 2016 von Burgenland berichten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sommerozon ist ein Schadstoff, der vor allem bei starker Sonneneinstrahlung aus bodennahen Verkehrsemissionen und Kohlenwasserstoffen entsteht. Das Burgenland ist in zwei Überwachungsgebiete geteilt.

Das heißt, der Norden ist zusammen mit den Bundesländern Wien und Niederösterreich in einem Überwachungsgebiet und der Süden ist gemeinsam mit der Steiermark in einem Überwachungsgebiet. Die Saison ist im Großen und Ganzen günstig verlaufen. Es mussten nur im Bereich Kittsee zwei Überschreitungen der Alarmwerte registriert werden.

Die Informationsschwelle ist einmal erreicht worden. Dazu muss man natürlich auch sagen, dass es sich bei diesem Überschreiten der Alarmwerte vor allem um Einträge auch aus anderen Stadtverkehrsemissionen, also aus Wien und Bratislava, im Konkreten handelt. Wie Sie alle wissen, macht Luft an der Grenze nicht halt. Wir sind hier immer wieder auch davon betroffen. Natürlich ist es aber auch wichtig, dass wir hier entsprechend Aufklärungsarbeit betreiben.

In den letzten Jahren kann man aber im Großen und Ganzen von einem Abwärtstrend sprechen, was die Ozonwerte betrifft. Es ist natürlich erfreulich, aber selbstverständlich müssen wir auch auf diesem Thema weiter dran bleiben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Weiter wichtig ist natürlich die Bilanz vom Feinstaub. Gibt es eine Feinstaubbilanz von 2016?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Bisher kann im heurigen Jahr, also nach aktuellen Zahlen, eine recht positive Bilanz, was den Feinstaub betrifft, gezogen werden. Der Grenzwert bei Feinstaub liebt bei 50 Mikrogramm pro Kubikmeter. Nach dem Österreichischen IG-L-Gesetz ist eine Überschreitung dieses Grenzwertes an insgesamt 25 Tagen im Jahr erlaubt, also an höchstens 25 Tagen.

Im Jahr 2016 kam es bisher an den fixen Messstellen an sechs Tagen zu solchen Überschreitungen dieser Grenzwerte. Positiv natürlich wirken sich die bereits erwähnten

Maßnahmen hier in diesem Zusammenhang aus. Aber dazu muss man natürlich auch erwähnen, dass gerade im letzten Winter und in den letzten Wintern eine sehr günstige luftgütefreundliche oder luftgütegünstige Wetterlage bestanden hat. Das heißt, es gab wenige Inversionswetterlagen, wie zum Beispiel Nebelwetter, die die Erhöhung von diesen Grenzwerten immer sehr begünstigen.

Das Wetter spielt hier bei Feinstaub eben immer eine sehr große Rolle. Sicherlich positiv beeinflussen werden auch jetzt die neuen Fahrverbote, die mit der Novelle der IG-L-Verordnung kommen werden, und genauso konnte man durch den Einsatz von Feinstaubfiltern bei Neufahrzeugen hier wirklich positive Effekte erzielen. Genauso bei den Feinstaubemissionen im Hausbrand, wenn ich an das neue Heizungsanlagengesetz denke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Landesrätin! Wie schätzen Sie die Auswirkungen eines möglichen Ausbaus der A3 auf die Luftgüte für die Anrainergemeinden ein?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Selbstverständlich werden Messstationen entsprechend vor Ort sein, falls es zu einem Ausbau der A3 kommen sollte. Weil gerade was Feinstaub betrifft, ist vor allem stop-and-go-Verkehr eher das Schädlichere, was den Feinstaub betrifft. Natürlich werden wir das dann entsprechend im Auge behalten.

Ich glaube eher, dass die A3 in Sachen Lärmschutz wahrscheinlich das größere Problem für die Anrainergemeinden sein wird. Aber selbstverständlich werden wir, was die Luftgüte hier betrifft, ein besonderes Augenmerk darauf legen, sollte das in dieser Art und Weise kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordnete Temmel. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzte Frau Landesrätin! Nach dem Klimaabkommen von Paris ist klar, der Verbrauch von fossilen Energien muss weltweit reduziert werden. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts sieht das Übereinkommen den weitgehenden Verzicht auf Kohle, Öl und Gas vor.

Sind Sie als Umweltlandesrätin und vor allem als für die nächste Generation zuständige Jugendlandesrätin auch für das Verbot der Installation neuer Ölkessel, ähnlich wie schon jetzt in Dänemark?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Herr Abgeordneter! Das wird man sich natürlich im Detail anschauen müssen und auch durchrechnen müssen. Mir ist es vor allem wichtig, dass sozialverträgliche Maßnahmen auch getroffen werden und die Maßnahmen dann auch Schritt für Schritt umgesetzt werden. Ich glaube, das ist der einzig richtige Weg, wie man auch zu einer entsprechenden Akzeptanz in der Bevölkerung kommen wird. Letztlich müssen gerade Klimaschutzmaßnahmen von der Bevölkerung mitgetragen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte

daher Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Land Burgenland ergreift einige Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Burgenland.

Wie beurteilen Sie die Entwicklung am Arbeitsmarkt seit Jänner 2016?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Man könnte es mit einem Satz zusammenfassen: Positiv, vorsichtig positiv. Die Entwicklung ist, wie wir in den letzten zwei Monaten gesehen haben, eine positive, die in Richtung einer Trendumkehr geht.

Möchte ein bisschen ausholen. Wir haben die Finanz- und Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2008 zu verkraften gehabt, die aus den USA auf Europa übergeschwappt ist, Österreich getroffen hat und natürlich auch das Burgenland. Wir haben seit damals eine sehr schwierige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hinter uns. Allerdings hat das Burgenland jetzt in den letzten Monaten eine Trendumkehr geschafft.

In den beiden letzten Monaten auch signifikant nachweisbar über statistische Daten. Wir haben beispielsweise im Dezember des Jahres 2011 90.000 Beschäftigte gehabt. Jetzt haben wir im Oktober 2016 102.000 Beschäftigte. Es ist ein Rekordwert für diesen Monat. Insgesamt werden wir auf einen Durchschnitt von 100.000 Beschäftigten kommen. Als ich in die Landespolitik in den 90er Jahren gegangen bin, haben wir uns zum Ziel genommen, 80.000 Beschäftigte im Burgenland zu haben. Mittlerweile sind wir bei 100.000.

Das ist ein Rekordwert, den man nicht gering schätzen sollte. Wir haben im Oktober, und das ist das andere Paradoxon gewesen, wir haben trotz Rekordbeschäftigung immer einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen gehabt. Das ist jetzt umgekehrt worden. Wir haben im Oktober einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen von 1,5 Prozent zu konstatieren.

Das ist ein sehr gutes Ergebnis. Trotz gewisser Probleme, beispielsweise Triumph oder Zielpunkt, um nur zwei große Betriebe zu nennen, die hier auch in Probleme geraten sind. Das ist ein Mix aus Ausbildung und Förderung. Aber weil ich den Zwischenruf kurz gehört habe. Ich möchte Ihnen schon kurz auch sagen, wie das bei der Arbeitslosigkeit ist.

Wir haben insgesamt minus 1,5 Prozent. Wir haben bei den Männern einen Rückgang von drei Prozent. Bei den Frauen sind wir ungefähr auf dem Niveau, also das wäre noch gut, wenn wir hier auch noch einen Rückgang verzeichnen könnten. Das Interessante ist, bei den Inländern haben wir einen Rückgang von 3,2 Prozent. Bei den Ausländern einen Zuwachs von 9,4 Prozent. Was heißt das? Das Ausländer Ausländer am Arbeitsmarkt verdrängen, offensichtlich.

Was mich ganz besonders freut ist, dass wir einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen von 15 bis 24 Jahren haben, von minus sieben Prozent. Was mich weniger freut, und das ist auch ein Punkt, wo man ansetzen muss, ist, dass wir bei den Arbeitslosen über 50 einen Anstieg von 4,6 Prozent haben.

Was mich wieder freut ist, dass wir bei den Lehrstellensuchenden einen Rückgang von zehn Prozent haben. Das heißt, um das auch kurz anzusprechen. Das Land versucht in allen Bereichen hier auch tätig zu werden und versucht mit Maßnahmen, die wir von Landesseite her auch setzen können, neben den Maßnahmen, die ja von der

Bundesregierung vorgegeben werden, auch eigenständig zu wirken. Unter anderem mit Programmen wie 50plus beziehungsweise auch dem Einsatz von Mitteln, die wir mit der Europäischen Union gemeinsam lukrieren, um hier am Arbeitsmarkt eigenständig auch wirken zu können.

Das zeigt Wirkung, dass wir diese Trendumkehr offensichtlich geschafft haben. Ich hoffe, dass die Zahlen im Dezember, die für den November herausgegeben werden, das auch widerspiegeln. Letzter Satz: Wir werden die Programme noch intensivieren, was den Arbeitsmarkt betrifft. Wir werden versuchen, Beschäftigungsinitiativen noch stärker von Landesseite zu unterstützen.

Aber auf Ihre Frage zurückkommend: Ich bewerte die Entwicklung am burgenländischen Arbeitsmarkt positiv. Nicht zuletzt auf Grund des Wirtschaftswachstums das wir haben. Das Wirtschaftswachstum ist das höchste in Österreich. Hohes Wirtschaftswachstum begünstigt auch eine gute Entwicklung am Arbeitsmarkt und das hat es im Burgenland gegeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Qualifikation und Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist natürlich ganz, ganz wesentlich.

Wie viel an Mitteln stehen dem Land Burgenland zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Neben den Programmen, die wir schon initiiert haben auf Landesebene, beispielsweise 50plus, auch in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden, gibt es eine Reihe von Mitteln, die hier auch politisch ganz bewusst in dem Bereich Arbeitsmarktpolitik eingesetzt werden. Insgesamt sind es 46 Millionen Euro, alleine in dem Bereich des Europäischen Sozialfonds sind es 24 Millionen in dem Zeitraum von 2015 bis 2021. Das sogenannte Additionalitätsprogramm bringt uns 18 Millionen Euro, die wir hier einsetzen können, und der Fonds für Arbeit und Wirtschaft 700.000 Euro, plus die Arbeitnehmerförderung, die wir auch in den letzten Tagen gemeinsam beschlossen haben, auch mit der Wirtschaftskammer beschlossen haben, von drei Millionen Euro. Also 46 Millionen Euro, die aus meiner Sicht intelligent eingesetzt werden sollen und müssen und auch intelligent eingesetzt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Keine weiteren Zusatzfragen? - Entschuldigung, bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich habe das gerade nachgelesen. Im Vergleich zum Vormonat waren insgesamt 200 Personen mehr arbeitslos. 0,1 Prozent ist alles andere als eine Trendwende. Fünf Prozent plus bei den Schulungen ergibt dann etwas an Abschwächung des damaligen Trends. 14 Monate gab es ein stetiges Plus der Arbeitslosigkeit.

Ist es aus Ihrer Sicht nicht ein Hohn, wenn man 200 Betroffenen mehr jetzt sagen muss, dass Sie von einer Trendwende sprechen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist kein Hohn, wenn es weniger Menschen gibt, die arbeitslos sind. Ich habe immer

gesagt… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es sind mehr Arbeitslose als im Vormonat.)* Nein, das ist nicht wahr. Wir haben in beiden Bereichen, sogar bei den Schulungen ein Minus erreicht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo? Das stimmt doch nicht.)* und ich sage Ihnen ganz offen, Sie müssen die Statistik des Arbeitsmarktes lesen! Das können Sie offensichtlich nicht, weil Sie haben auch behauptet, dass im September die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, obwohl sie gefallen ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist auch richtig.)*

Nein, das ist nicht richtig. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie müssen die Schulungen mitrechnen. Das sind „versteckte" Arbeitslose.)* Sie sollten die Statistiken zumindest ernst nehmen, die das AMS verfasst und die den Arbeitsmarkt auch widerspiegeln. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie sollten sie nicht nur lesen. Sie sollten sie sich erklären lassen. Dann wissen Sie es auch.)*

Also insgesamt gesprochen, - *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben es eh beantwortet, es ist kein Hohn, was Sie hier sagen.)* Sie haben mich etwas gefragt und vielleicht könnte ich darauf antworten - es ist ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu bemerken, zu konstatieren, und das ist für das Burgenland ein Erfolg.

Wir haben weniger Arbeitslose als im September und im Oktober *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt doch nicht. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Blanko haben wir 200 Menschen.)* und das ist, ich weiß nicht, warum die ÖVP das schlechtreden möchte, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht schlechtreden. Das sind Fakten.)* wenn es entgegen dem Österreichtrend ein Rückgang der Arbeitslosigkeit gibt, also ich sehe irgendwie den Sinn der Frage nicht und ich sage nur, wir sind stolz darauf, dass wir Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitslosigkeit zurückgeht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist Ihnen wurst.)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Temmel um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf haben mit Problemen und Nachteilen zu kämpfen. Es gibt zu wenig Arbeitsplätze, langsames Internet und eine schlechte Verkehrsanbindung. Sie sind seit Jahren als Regierungsmitglied für Dorferneuerung zuständig.

Welche Schwerpunkte haben Sie im Rahmen der Dorferneuerung gesetzt, um diese Ungleichheiten auszugleichen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Ein herzliches guten Morgen! Das Südburgenland ist eine unglaublich gute, tolle, innovative Region, wo es viele neue Möglichkeiten gibt.

Bevor ich auf Ihre Frage eingehe, einmal zu Ihrem einleitenden Satz. Sie sagen, es gibt zu wenig Arbeitsplätze, langsames Internet und schlechte Verkehrsanbindung. Fakt ist, dass im Internetbereich - natürlich wie in anderen Teilen Österreichs - gerade in der ländlichen Region notwendig und wichtig ist, Internet auszubauen. Von den 4,4 Millionen der Breitbandmilliarde des Bundes gehen ins Burgenland sehr viele Mittel, und zwei Drittel davon fließen nachweislich ins Südburgenland.

Vor einigen Wochen hat das Regionalmanagement Burgenland die ersten Orte bekanntgegeben, die ausgebaut werden. In den nächsten Tagen werden die nächsten folgen. Ich bin sehr froh darüber, weil es uns allen, glaube ich, wichtig ist, dass wir hier eine gute Anbindung haben.

Zum Zweiten ist gerade für den öffentlichen Verkehr sehr viel getan worden. Ich bin sehr froh, dass auch über den Herrn Landeshauptmann, über die Mikro-ÖV-Systeme sehr vieles im Mittel- und Südburgenland passiert, was auch notwendig ist.

Dazu stehe ich, weil wenige Menschen natürlich dort öffentliche Busse brauchen, weil dünner besiedelt, und dann ist es auch schwer, öffentliche Verkehrsmittel aufrechtzuerhalten, und Mikro-ÖV-Systeme sind eine wichtige Möglichkeit.

Konkret Ihre Frage, Herr Abgeordneter, Sie fragen, was denn die Dorferneuerung in den letzten Jahren tut. Gerne antworte ich Ihnen darauf. *(Abg. Walter Temmel: Im Südburgenland!)* Was mir im Südburgenland und auch im ganzen Burgenland für die Dorferneuerung sehr wichtig ist, ist, dass ich den Gemeinden finanzielle Mittel über EU-finanzierte Projekte zukommen lassen kann.

Das Zweite was mir sehr wichtig ist und Sie wie alle Menschen, die heute hier anwesend sind, wissen, wie wichtig es ist, dass man sich in seiner Gemeinde wohlfühlt, egal wo man arbeitet. Dass man dort auch zurückkehrt, dass man sich wohlfühlt und es eine Lebensqualität in den Gemeinden gibt. Die Dorferneuerung kann in diesem Bereich sehr viel tun.

Drittens, was mir wichtig ist, ist die Menschen zu befragen. Die Dorferneuerung hat ab 2005 zum ersten Mal eine breite Bürgerbeteiligung losgelöst. Mir war es wichtig, dass die Menschen in den Dörfern fragen, wie was passt, was passt nicht, was brauche ich. Dazu sind 144 Gemeinden mit dabei, die ein Dorferneuerungsleitbild haben.

Im Südburgenland, ganz konkret, sind in der letzten Förderperiode bis 2014 sehr viele Gelder geflossen. Ich kann Ihnen konkret natürlich jede Gemeinde und jede Zahl sagen, das würde weiter den Rahmen meiner möglichen, zeitlichen Einschränkung übertreffen, daher nur eine Gesamtzahl. In der vorigen Förderperiode sind konkret 3,1 Millionen Euro in das Südburgenland - alleine von 9,8 möglichen Millionen - geflossen. Davon sind vor allem 249 Projekte umgesetzt worden.

Ich bin sehr stolz, dass das Projekte waren, die sich die Menschen gewünscht haben, weil jene Gemeinden, die einen großen Beteiligungsprozess und eine Umfrage gestartet haben, natürlich ihre Projekte mit der Begleitung und finanzieller Unterstützung der Gemeinden möglich gewesen ist.

Was mir auch sehr wichtig ist, noch einmal für Sie alle, meine Damen und Herren, die klare Zielsetzung der Dorferneuerung und Dorfentwicklung klar zu machen. Es geht in der Dorferneuerung und in der Dorfentwicklung immer um den persönlichen Lebensraum jedes einzelnen Menschen, der in der Gemeinde oder Stadt wohnt. Es geht um Wohn-, Arbeit- und Sozialraum. Es geht immer um die wirtschaftliche Existenz der einzelnen Gemeinden auch abzusichern und hier Fördermöglichkeiten zu geben. Es geht immer auch um neue Impulse und es geht immer auch um Projekte mit nachhaltiger Wirkung.

Förderschwerpunkte beispielsweise waren und sind nach wie vor die Jugend im Dorf, weil uns wichtig ist, dass sich die Jugend im Dorf wohlfühlt und auch ins Dorf nach Ausbildung oder nach Arbeitsplatz zumindest zurückkehrt.

Mobilität und Verkehr ist gerade auch für die Dorferneuerung des Südburgenlandes ein weiterer Schwerpunkt, genauso wie Infrastrukturprojekte. Gerade für das

Südburgenland habe ich eine neue Initiative vor vielen Jahren ins Leben gerufen, nämlich gemeindeübergreifende Projekte noch stärker zu finanzieren. Eine Bilanz für das Südburgenland, dass sich die Dorferneuerung sehen lassen kann.

Es gibt vieles zu tun, das ist schön. Neue Herausforderung für die Dorferneuerung und auf die stehen wir und mit der Europäischen Union haben wir auch Gelder zur Verfügung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Das grenzüberschreitende Kellerstöckelprojekt belebt die Weinbauregion des Südburgenlandes und ist deshalb für uns sehr wichtig.

Werden Sie dieses gut ausgearbeitete Projekt zusätzlich aus Dorferneuerungsmitteln unterstützen? *(Abg. Manfred Kölly: Selbstverständlich!)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Danke Herr Abgeordneter Kölly! Sie haben die Antwort eigentlich schon gegeben. Ich könnte mich jetzt niedersetzen und sagen, ja, das Kellerstöckel ist eine wichtige Initiative.

Ich bedanke mich hier beim Regionalmanagement, ich bedanke mich hier beim Landeshauptmann. Er ist für grenzüberschreitende Projekte zuständig. Dazu ist wichtig, dass diese Kellerstöckelinitiative vor allem regional wirken kann. Es sind über 80 Kellerstöckeleigentümer, die bereit sind, hier mitzutun. Ich bin sehr froh, dass hier die Südburgenländer und Südburgenländerinnen auch beweisen, dass sie auf neue Impulse aufspringen, dass sie innovative Projekte annehmen.

Die Kellerstöckelinitiative schaut so aus, nur für Sie, dass Sie Bescheid wissen, wovon wir reden, ich war eine jene, die dieses Projekt natürlich von Anfang an - nach Beauftragung durch den Landeshauptmann - getragen hat.

Wichtig ist bei den Kellerstöckeln, diese Kellerstöckeln werden dann den Touristen, die zu uns kommen und wir wissen das aus vielen Befragungen, dass sie genau auf das stehen. Südburgenland, unglaublich schöne Region in einem Kellerstöckel zu wohnen, mitten in der Natur, unweit eines Uhudlers und vieler guter Buschenschänke und anderer kulinarischer Angebote. Das ist worauf Touristen stehen, das wissen wir.

Diese Kellerstöckelinitiative schaut dann auch so aus, dass regionale Arbeitsplätze entstehen und dass diese Kellerstöckelinitiative auch Nahversorgung und Mobilität unterstützt, weil das alles regionale Arbeitsplätze und Angebote sein werden.

Ich werde das sicherlich unterstützen. Die Kellerstöckelinitiative ist es wert. Dankeschön an den Abgeordneten, der mir die positive Antwort schon vorab genommen hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Danke für die Unterstützung. Wichtig für eine ländliche Region sind neben Mobilität, wie bereits erwähnt, Breitbandinternet, Verkehrsanbindung, et cetera, auch ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr. Leider wird, wie von Ihnen bereits erwähnt, viel zu wenig aufgewendet, um ein gutes Angebot zu sichern.

Jetzt konkret die Frage: Werden Sie diese Mitteln, die vor allem für die nicht mobile Bevölkerung - Kinder, Jugendliche, ältere und behinderte Menschen - sehr wichtig sind, erhöhen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Erstens, ich habe nicht gesagt, - Unterstellungen sind auch ein Mittel, zwar kein moralisch einwandfreies, aber ich möchte klarstellen -, dass ich das nicht gesagt habe, was Sie behaupten.

Aber ich möchte, wie immer, sehr gerne mithelfen, bei vielen Initiativen, Mikro-ÖV-Systeme habe ich vorher schon genannt, sind ein Teil der Dorferneuerung, die ich neu geschaffen habe, und gerade in den verschiedenen Regionen, auch im Nordburgenland beziehungsweise im Mittelburgenland gibt es periphere Lagen, wo die Bevölkerung nicht immer angebunden ist, kann auch nicht überall sein, dass wir da trotzdem Systeme schaffen.

Ich habe vorhin schon gesagt, dass der Herr Landeshauptmann eine Initiative losgelöst hat. Jeder Haushalt im Burgenland, auch im Südburgenland, wurde befragt, dann gab es dazu noch verschiedene Veranstaltungen, wo wieder die Bevölkerung persönlich ihr Mobilitätsproblem kundtun konnte.

Ich habe das in die Dorferneuerung aufgenommen. In der Dorferneuerung gibt es Mikro-ÖV-Systeme wie Dorfbusse, der Landeshauptmann fördert den Abgang von Rufsammeltaxis, egal wofür man sich entscheidet, wichtig ist, *(Abg. Walter Temmel: Zusätzlich!)* dass jene Menschen, die nicht mobil sind, dass jene Menschen natürlich angebunden werden.

Hier haben wir ein x-fach ausgezeichnetes Vorbildsystem geschaffen, mit fünf südburgenländischen, aus dem Bezirk Güssing, wo wir bekanntlich beide wohnen, ein ausgezeichnetes Projekt mit dem Dorfbus.

Mittlerweile haben sich auch schon Sammeltaxis und so weiter initiiert. Also die Dorferneuerung schaut im Bereich der Mobilität, dass etwas weitergeht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Walter Temmel: Zusätzlich!)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Landtagsabgeordneten Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Geschätzte Frau Landesrätin! Sie haben in der ersten Fragebeantwortung von der Breitbandmilliarde gesprochen. Das Burgenland bekommt 0,44 Prozent laut Ihrer eigenen Aussage mit 4,4 Millionen Euro.

Die Frage dazu: Bei vier Prozent Bevölkerung Österreichs, wie wir mit 280.000 Einwohnern haben, wer hat 0,44 Prozent davon verhandelt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Gerne bin ich auch bereit, zu diesem Thema, wo ich zwar nicht zuständig bin, aber ich möchte mich da in keinster Weise einer Antwort entschlagen, ganz klar sagen.

Das Burgenland bekam genug Mittel, nämlich deswegen, weil auch der Bund und hier das Infrastrukturministerium verbunden auch mit dem Finanzminister, mit verschiedenen Mitgliedern der Bundesregierung - beispielsweise auch unter Beibringung der ländlichen Entwicklung, auch im ELER gibt es Breitbandinitiative mit dem Minister Rupprechter - Gespräche gab. Man hat hier ganz klar festgestellt, dass das

Nordburgenland besser ausgebaut ist, es aber noch viele Flächen im Mittel- und im Südburgenland gibt. Dann hat man eine Bedarfsanalyse gemacht und genau diese Mittel und deswegen fließen zwei Drittel dieser Breitbandmilliarde in das Mittel- und Südburgenland, vor allem in das Südburgenland.

Das Zweite, das ich noch dazu gestellt habe, Herr Abgeordneter, ist aus der Dorferneuerung, dort wo ich auch Möglichkeiten habe, extra zu schauen, WLAN, weil es auch wichtig ist, dass auch die Jugend vor allem versorgt ist, hier eine Initiative den Gemeinden anzubieten. Die Initiative wird sehr gut angenommen. Es geht darum, dass wir in Hotspotgemeinden, wo die Internetverbindung noch nicht optimal ausgebaut ist, dass wir dort im öffentlichen Raum diese installieren können.

Das fördere ich mit 50 Prozent aus der Dorferneuerung. Das stelle ich noch extra dazu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin.

Die vierte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Viele burgenländische Sportler und Sportlerinnen konnten in den letzten Jahren herausragende Leistungen erbringen.

Rund 1.500 burgenländische Sportvereine leisten für den Breitensport, für Jugendliche und Erwachsene Besonderes.

Welche Rahmenbedingungen bietet das Land Burgenland für den Sport?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann! Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst ganz kurz die Entwicklung der sportlichen Leistungen unserer Vereine, der Sportlerinnen und Sportler. Wir haben 2005 bei nationalen und internationalen Meisterschaften zirka 350 Medaillen erringen können. Staatsmeisterschaften, österreichische Meisterschaften und internationale Wettkämpfe. Wir haben zehn Jahre später 633 Medaillen erreichen können. Also eine deutliche Steigerung von 350 auf 633. Das ist natürlich der Erfolg der Sportlerinnen und Sportler. Das ist aber auch ein kleiner Beitrag des Landes Burgenland, weil wir auch im Sport die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen.

Ich darf auch hinweisen, dass wir historische Erfolge in der Vergangenheit im Bereich des Spitzensports erzielen konnten, die Oberwarter Gunners sind erstmalig österreichischer Cupsieger und Meister geworden, hat es noch nie gegeben. Der Michael Stocker im Grasskilauf Weltklasse, die Julia Dujmovits Snowboarden Weltklasse, die Nicole Trimmel Kickboxen Weltklasse, Kristin Hetfleisch Weltklasse. Ich könnte das jetzt noch weiter deutlich fortsetzen.

Das ist der Spitzensport, wo wir einen Sprung nach vorne gemacht haben. So erfolgreich sind wir eigentlich noch nie in der Geschichte des Landes.

Das Zweite ist natürlich der Breitensport, der uns auch sehr wichtig ist, weil wir über 1.000 Sportvereine in unserem Heimatland Burgenland haben. Sportvereine, die ganz gleich ob Fußball, ob Tennis, ob Schießen, Bogenschießen, und so weiter, ebenfalls Spaß am Sport haben, junge Menschen motivieren, Sport zu betreiben.

Ich darf auch sagen, dass wir sehr vielfältig aufgestellt sind, dass zum Beispiel unser Medaillenspiegel 35 Sportarten umfasst. Also unvorstellbar. Noch vor wenigen Jahrzehnten, dass das Burgenland so viele verschiedene Sportarten im eigenen Land hat und wo Jugendliche, ganz gleich welches Talent sie haben, diese Sportarten betreiben können.

Wir haben auch im Bereich des Breitensportes versucht, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. In Summe sind es 3,3 Millionen Euro, die im Jahr für den Sport zur Verfügung gestellt werden, und ich weiß auch, und da bin ich jetzt bei den Funktionären, dass viele im Bereich des Breitensportes aus einer Subvention das Fünf-, Sechs- und Zehnfache herausholen, weil es viele Eigenleistungen bei den kleinen Vereinen gibt. So wie bei den Feuerwehren viele Eigenleistungen drinnen stecken, stecken auch im Sport viele Eigenleistungen drinnen, dass die Vereinslokale, die Kantinen, die Anlagen mit großer Eigenleistung auch errichtet werden, mit großer Eigenleistung auch erhalten bleiben und über das ganze Jahr gepflegt werden.

Hier sind auch die Vereine gefordert, das entsprechende Budget zur Verfügung zu stellen. In den letzten fünf Jahren waren es immerhin 19 Millionen Euro, die zur Verfügung gestellt wurden.

Zum Beispiel in den Jahren 2014 und 2015 wurden im Landessportbeirat insgesamt 86 Ansuchen auf Förderung von Neuerrichtung beziehungsweise Sanierung von Sportinfrastruktur positiv behandelt. Daran sieht man, dass das schon eine sehr große Menge ist. Es hat Fördermittel von 771.000 Euro aus dem Sportbudget für diese Infrastruktur auch in unseren kleinen burgenländischen Gemeinden gegeben.

Wir haben auch wichtige Veranstaltungsstätten in der Vergangenheit mitunterstützen können, ob das die Fußballakademie in Mattersburg ist, ob das der Olympiastützpunkt für Ringer im Viva in Steinbrunn ist, wir sind dabei, die Leichtathletikanlage Pinkafeld auszubauen.

Erst vor wenigen Tagen haben wir die Generalversammlung für das BSSM Oberschützen gehabt. Was ist das BSSM? Das ist ein Gymnasium mit sportlichem Schwerpunkt, wo burgenländische und auch österreichweite Spitzensportler ausgebildet werden, wo sie einerseits die Matura dort machen, wo die Sportwissenschafter über einen Verein organisiert sind, wo sie mit den Schülern, mit den jungen Frauen und Männern auch auf Trainingslager im Ausland sind, im Winter bei guten Temperaturen trainieren und hier die jungen Menschen die Chance bieten, im Bereich des Spitzensports auch Fuß fassen zu können.

Zu unserem Viva ist zu sagen, weil das ist unsere Landessportschule und trägt auch zu guten Rahmenbedingungen bei, wir haben nicht nur den Olympiastützpunkt für Ringer, wir haben das Volleyballnationalteam, das Handballnationalteam bei uns, das deutsche Skinationalteam trainiert in Steinbrunn, im Viva, übrigens auch die Wiener Austria. Auch Nachwuchsmannschaften des österreichischen Nationalteams bereiten sich im Burgenland auf ihre Wettkämpfe vor.

Insofern glaube ich, ganz gute Voraussetzungen für so ein kleines Land wie unser Heimatland Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubomann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Viele Vereine, insbesondere Sportvereine sind im Zusammenhang mit der Registrierkassenpflicht verunsichert.

Welche Maßnahmen zur Unterstützung dieser Vereine leisten Sie als Landeshauptmann und vor allem als Vereinsförderreferent?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann! Sie haben Recht, es waren die Vereine in der Vergangenheit sehr verunsichert. Es hat auch mit der Registrierkassa Probleme bei der Einführung gegeben. Es war ursprünglich doch angedacht, dass das sehr weit auch zu kleinsten Vereinen hinuntergeht. Wir haben uns bemüht, und ich glaube, da sind wir auch in Österreich weiter ein Vorbild, weil es aus den anderen Bundesländern immer wieder Anfragen gibt, dass wir einen guten Experten, einen externen Experten gewinnen und beauftragen konnten, dass er federführend die Informationen durchführt, nämlich der Dr. Rebernig, der gerade im Vereinsrecht, im Sport, beheimatet ist, vom Sport auch kommt, Rechtsanwalt ist. Es ist das ein so ein komplexes Recht, dass man wirklich sagen muss, da braucht man einen absoluten Topmann, der regional in den Bezirken oder in den Landesteilen Nord, Mitte und Süd unter der Teilnahme von 100 Vereinsfunktionären in Summe Auskunft erteilt hat; der informiert hat, der aufgeklärt hat.

Erst vor wenigen Tagen war ich mit dem Obmann des Burgenländischen Blasmusikverbandes beisammen, wo wir auch speziell für die Funktionärinnen und Funktionäre der burgenländischen Blasmusikvereine über das Vereinsreferat wieder eine Veranstaltung organisiert haben, damit auch die Funktionäre wissen, wenn ich Veranstaltungen mache, wo ich selbst oder mit einem Wirten ausschenke, was muss ich beachten.

Dem Landtag bin ich dankbar, dass das Veranstaltungsgesetz modifiziert wurde, dass es leichter ist, diese Veranstaltungen durchzuführen und dass es für Vereine durch die neue Regelung der Registrierkassenpflicht auch großzügigere Regelungen gibt.

Wir informieren die Vereinsfunktionäre, wir machen das mit sehr guten Mitarbeitern, auch der Burgenländischen Landesregierung, was das Veranstaltungsrecht betrifft. Wir haben einen externen Juristen, der ein absoluter österreichischer Topexperte für das Vereinswesen ist, und damit haben wir auch eine Ausbildungsschiene für den Vereinsmanager, wo über Module ein zertifizierter Vereinsmanager ausgebildet ist, der in diesen Bereichen auch Prüfungen abgelegt hat, sehr kompetent ist, und darauf achtet, dass eben die Gesetze eingehalten werden, dass es keine Strafen gibt und dass trotzdem die Vereine zu ihren Einnahmen kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Der Schulsport spielt eine sehr große Rolle im Burgenland. Seit September ist es im Rahmen der Schulautonomie möglich, die tägliche Turnstunde anzubieten.

Wie ist der aktuelle Stand bei unseren Pflichtschulen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Herr Klubobmann! Ich glaube, da ist uns auch etwas sehr Gutes gelungen, nämlich ein Pilotprojekt für Österreich zu bekommen. Wir haben seit vielen Monaten und Jahren die tägliche Turnstunde gefordert. Als ehemaliger Pädagoge sage ich, das tägliche Turnen ist wichtig für Kinder, ist wichtig für Jugendliche, in Wahrheit ist es eigentlich für jeden einzelnen wichtig, dass man Sport betreibt.

Es ist uns mit dem neuen Sport- und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil gelungen, in Kooperation mit dem Unterrichtsministerium, dass wir im Rahmen der Schulautonomie die tägliche Turnstunde als erstes Bundesland in Österreich als Pilotprojekt eingeführt haben. Natürlich obliegt es den Schulen zu sagen, ja, wir wollen das. Das ist gelebte Schulautonomie.

Fürs Erste haben sich 76 Prozent der Schulen, der Pflichtschulen im Burgenland bereit erklärt, die tägliche Turnstunde auch einzuführen. Also ein Quantensprung.

Das wird auch vom Unterrichtsministerium begleitet, denn die Erfahrungswerte, die es da gibt, sollen auf andere Bundesländer auch umgelegt werden. Wenn es kleine Adaptierungen gibt, wenn man sagt, das können wir nach einem Probejahr noch weiter verbessern, dann soll man das auch weiter verbessern.

Die Erfahrungswerte werden nicht nur uns zu Gute kommen, sie werden auch den anderen Bundesländern zugutekommen, denn es ist bereits angedacht und wurde sehr intensiv diskutiert, dass natürlich auch die anderen Bundesländer sagen, es fließen Millionen ins Burgenland für die tägliche Turnstunde, das gibt es nur im Burgenland, wir wollen das eigentlich auch haben.

Also ein erster guter Schritt. Das Burgenland zeigt, dass wir im Bildungswesen die Nummer eins in Österreich sind, und die tägliche Turnstunde ist wieder ein wichtiger Schritt in eine moderne Schule, in einen modernen Unterricht, wo gelernt wird, wo es Freizeit gibt und wo es vor allem auch Sport gibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Uns als Volkspartei ist auch ein Pilotprojekt im Burgenland gelungen. Wir haben das Heft selbst in die Hand genommen und den Sportstättenplan initiiert und umgesetzt, also einen Überblick über die Sportstätten im Burgenland, um eine langfristige Strategie herauslesen zu können.

Was spricht eigentlich dagegen, diesen Sportstättenplan von Seiten des Landes umzusetzen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben gerade gesagt, es ist Ihnen etwas Tolles gelungen. Ich freue mich, wenn Ihnen auch einmal etwas gelingt.

Dass Sie den Sportstättenatlas gemacht haben, finde ich für gut. Das ist nicht das Problem. Aber warum soll man das ein zweites Mal machen, wenn Sie es schon gemacht haben? *(Abg. Walter Temmel: Abschreiben!)* Abschreiben? Das ist Ihre Art der Politik zu machen, aber nicht meine. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich schicke Ihnen den Sportstättenplan.)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Unter dem Titel „Zukunftsworkshop“ haben Sie eine neue Jugendpolitik angekündigt.

Welche weiteren Schritte möchten Sie in der Jugendpolitik setzen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass im Burgenland in der Jugendpolitik wirklich sehr viel vorangebracht wird. An dieser Stelle möchte ich mich auch gleich bei allen bedanken, die hier einen wirklich wertvollen Beitrag leisten, sei es jetzt in der freiwilligen Tätigkeit oder in der offenen Jugendarbeit.

Natürlich ist Jugendpolitik eine Querschnittsmaterie und was mir ein ganz besonderes Anliegen ist, ist, dass es darum geht, den wirklichen Bedarf und das tatsächliche Interesse der Jugendlichen herauszufinden und dementsprechend dann auch die Angebote seitens des Landesjugendreferates zu setzen.

Deswegen gab es den von Ihnen angesprochenen Zukunftsworkshop. Ausgehend von diesen Ergebnissen, die im Zukunftsworkshop von den Jugendlichen erarbeitet wurden, hat es im Frühjahr und Sommer verteilt vier Kreativworkshops gegeben, die mit Fokusgruppenmethoden gearbeitet haben. Dabei wurde mit 16- bis 22-jährigen Burgenländerinnen und Burgenländer im Norden sowie im Süden zu den verschiedensten Themenschwerpunkten gearbeitet.

Die Themenschwerpunkte waren in etwa die Erwartungen an die burgenländische Landes- und Kommunalpolitik. Es ging um Beteiligungsangebote für junge Menschen, es ging aber auch um Freizeitangebote, um die Mobilitätsförderung, um Fragen der Jugendzentren, um Jugendförderung und auch um Jugendinformation. Das waren die Schwerpunkte, um die es in diesen vier Kreativworkshops gegangen ist.

Ausgehend von den Ergebnissen dieser Kreativworkshops wird nun die zukünftige Jugendarbeit und auch die Aufstellung des Landesjugendreferates vorgenommen. Ganz konkret werden wir in der Jugendarbeit verstärkt im nächsten Jahr mit den burgenländischen Gemeinden zusammenarbeiten, werden die Jugendarbeit auch auf Gemeindeebene forcieren und ausbauen, stärken, hier das Angebot für Jugendliche auch ausbauen, denn eines ist ganz deutlich herausgekommen, nämlich dass die Identifikation bei Jugendlichen mit ihrer Heimatgemeinde eine sehr hohe ist. Das ist nämlich besonders die Ebene, auf der Politik am greifbarsten ist, in der eigenen Gemeinde, und deswegen wird es entsprechende Initiativen seitens des Landesjugendreferates hier geben.

Die Gemeinden, die sich ganz besonders um Jugendliche kümmern, werden dann entsprechend hervorgehoben und - ich sage jetzt einmal - belohnt werden. Das Engagement der Gemeinden soll hier dann entsprechend gewürdigt werden. Was den Jugendlichen auch sehr wichtig ist, was in den Befragungen herausgekommen ist, ist dass die Jugendlichen hohe Anforderungen an Freizeitbedürfnisse setzen.

Hier möchten wir auch attraktive Freizeitangebote anbieten, sei es jetzt einerseits um Basisbedürfnisse der Jugendlichen, in die wir weiter investieren wollen, altersgerechte, informelle Treffpunktinfrastrukturen zu schaffen, aber auch gleichzeitig Highlights zu setzen. Das heißt, es wird eine entsprechende Zielgruppen angepasste Eventschiene auch seitens des Landesjugendreferates an Hand dieser Ergebnisse initiiert werden.

Das Thema Bildung und Ausbildung ist den Jugendlichen selbstverständlich auch ein ganz Wichtiges. Hier ist das Landesjugendreferat vor allem in der außerschulischen Bildungsarbeit tätig. Hier besteht bereits eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen und mit dem Landesschulrat. Hier sind dabei auch die Förderungen zu modernisieren, zielgruppenangepasster vorzunehmen. Da möchte ich aus aktuellem Anlass auch gleich eine neue Förderung, nämlich, „Safer Internet für Schulen“

ansprechen, wo wir seitens des Jugendschutzreferates Schulen mit bis zu 70 oder mit 70 Euro fördern, wenn ein Workshop zum Thema “Sicherer Umgang mit dem Internet“ angeboten wird.

Natürlich wird es in Zukunft auch gerade im Bildungsbereich verstärkt ressortübergreifend Maßnahmen geben. Im Bildungsbereich möchte ich da auch nochmal die alljährlichen Redewettbewerbe genauso wie den Ostsprachenwettbewerb ansprechen, den wir veranstalten. Genauso die Schulbesuche im Ausland, wo wir Semesterförderungen anbieten, denn gerade solche Auslandsbesuche haben viele Vorteile für die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen.

Hier wird es auch eine entsprechende Modernisierung der Förderschiene mit einer sozialen Staffelung geben. Das heißt, es sind hier sehr viele Projekte in den verschiedensten Bereichen geplant, die wir in den nächsten Wochen und Monaten dann präsentieren werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Frau Landesrätin! Bei einer Ihrer schriftlichen Anfragebeantwortungen haben Sie die Frage nach den Kosten des Zukunftsworkshops beziehungsweise die damit verbundenen weiteren Leistungen mit 3.258 Euro beziffert. Laut Medienberichten gab es eine Kooperation mit dem Jugendforscher Heinzlmaier sowie weitere Maßnahmen im Rahmen der Neuausrichtung der Jugendarbeit.

Die konkrete Frage meinerseits: Sind die Kosten dieser Kooperation mit Heinzlmaier beziehungsweise alle weitere Folgeaktivitäten in diesen 3.258 Euro inkuldiert? Wenn nein, wie hoch sind jene?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Herr Abgeordneter! Die Frage hat sich ja in der schriftlichen Anfrage auf den Zukunftsworkshop bezogen und das was darum passiert ist. Das sind in etwa diese 3.200 Euro. Alle weiteren Aktivitäten sind in einem höheren Betrag enthalten. Den kann ich Ihnen jetzt nicht auf den Cent genau sagen, aber die Kosten, die dieses gesamte Projekt getragen haben, kann ich Ihnen gerne zukommen lassen.

Aber, ich denke, dass gerade die Jugend und Investitionen in die Jugend wichtig sind und es vor allem wichtig ist, diese Initiativen mit dem sehr renommierten Institut für Jugendkulturforschung auch entsprechend wissenschaftlich begleiten zu lassen. Ich glaube, das sollte uns das wert sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Vorab schon ein herzliches Dankeschön für die Übermittlung. Geschätzte Frau Landesrätin! Eine der wenig sichtbaren Maßnahmen im Bereich der Jugendarbeit ist die neue in rot gehaltene Website beziehungsweise das neue Logo. Wie begründen Sie die enormen Ausgaben für diese formelle Neuerungsmaßnahme?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Von enormen Kosten kann man da wirklich nicht sprechen, aber gerade die

Neuausrichtung der Homepage war eine wichtige Maßnahme im Zuge des ganzen Neuausrichtungsprozesses, weil die neue Homepage, wenn Sie sich die genau angeschaut haben, ist eine sehr wichtige Plattform für Jugendliche, wo vor allem sehr wichtige Informationen zu Bildungsaktivitäten, zu Ausbildungsbereichen, zu Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, auch verknüpft mit anderen Regierungsmitgliedern, mit Bundesförderungsstellen.

Es werden Förderungen in übersichtlicher Art und Weise zur Verfügung gestellt, damit die Jugendlichen gerade heutzutage in Zeiten der Informationsüberflutung einen zielgerichteten und vor allem auf einfache Art und Weise eine Information erhalten können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Solche kreativen Sammelphasen sind immer gut, um zu wissen, was alles möglich ist. Auch um eine gute Stimmung zu haben. Aber gerade bei den Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen auch bei Entscheidungen, nicht nur bei der Ideenfindung, braucht es sehr konkrete Ansätze. Gibt es da schon Ideen, was hier in Gemeinden umgesetzt werden kann?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Gerade in den Gemeinden gibt es sehr viele Ideen. Sei es jetzt von Jugendbudgets, die beispielsweise zur Verfügung gestellt werden, mit denen die Jugendlichen dann in diesem finanziellen Rahmen eigene Projekte initiieren können.

Natürlich auch die Förderungen von Jugendräumen, die es auch schon gibt, die wir auch entsprechend anpassen wollen. Da gibt es sehr viele verschiedene Ideen und Maßnahmen, Workshops, die mit Jugendlichen angeboten werden können, genauso wie Gemeinderatssitzungen, die mit Jugendlichen abgehalten werden können.

Unser Zugang ist der, dass wir hier vor allem die Gemeinden auch motivieren wollen, mit einer entsprechenden Unterstützung des Landesjugendreferates hier entsprechende Initiativen zu setzen. Diejenigen Gemeinden, die für die Jugendlichen besonders engagiert sind und entsprechende Angebote liefern, wollen wir dann entsprechend hervorheben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Frau Landesrätin! Sie haben Ihr neues Projekt initiiert, diesen „Young Impuls Award“. Was ist jetzt eigentlich der große Unterschied zum „Youth Award“, der ja die letzten Jahre doch sehr erfolgreich war und immer wieder junge Menschen in den Vordergrund gerückt hat?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Unterschied des „Young Impuls Award“ ist, dass er sehr viel breiter aufgestellt ist. Es gibt vier verschiedene Kategorien, in denen Vereine, aber auch Einzelpersonen, die Jugendlichen nominieren können, und hier Preise in diesen Bereichen entsprechend verliehen werden.

Ich glaube, genau das spiegelt auch die Vielfältigkeit der Jugendarbeit und vor allem auch die Interessen der Jugendlichen wieder. Das heißt, die Kategorien sind Soziales und Integration, Kultur, Umwelt und Naturschutz. Das sind Dinge, die den Jugendlichen auch wichtig sind und genau dort liegt vor allem auch die Weiterentwicklung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Brandstätter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Mich würde interessieren, welche konkreten Jugendprojekte von Ihnen neu initiiert oder auf die Anforderungen an eine moderne Jugendpolitik angepasst wurden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zum Einem möchte ich da natürlich den Relaunch der Jugendarbeit und Jugendpolitik erwähnen, der jetzt ohnehin schon ausführlich diskutiert wurde, also mit neuer Homepage, Date-Workshops, Zukunftsworkshops, mit diesem groß angelegten Beteiligungsprozess insgesamt.

Genauso haben wir Integrationsprojekte ins Leben gerufen. Einerseits die Förderung von Integrationsprojekten auf Gemeindeebene mit Jugendlichen, vor allem mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Wir haben eine Schulbuchaktion gemeinsam mit dem Landesschulrat ins Leben gerufen, bei der über 10.000 Schulbücher gesammelt werden konnten und den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden konnten.

Der „Young Impuls Award“, der gerade angesprochen worden ist, ist eine neue Initiative. Genauso kam es zu einer Neustrukturierung der Förderungen für Wintersportwochen. Es werden hier nicht nur mehr Wintersportwochen gefördert, sondern allgemein mehrtätige Schulveranstaltungen, Projekttage aber mit einer sozialen Staffelung versehen, damit man hier auch zielgerecht diejenigen Schülerinnen und Schüler unterstützt, die es wirklich benötigen.

Wir haben in Kooperation mit dem Kroatischen Akademikerklub eine große Veranstaltung „Internationale Jugendbegegnungen“ ins Leben gerufen. Da geht es um einen internationalen Jugendtreff, wo es vor allem um kulturelle Minderheiten geht, um hier auf Probleme aufmerksam zu machen.

Wir bieten mit dem Landesschulrat gemeinsam die WIK:I-Kompetenzanalyse neu an, wo Jugendliche ab 14 Jahren in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Volksbildungswerkes ein Kompetenzprofil erstellen lassen können und im Dezember wird das European Youth Parliament hier in Eisenstadt im Landtagssitzungssitzungssaal stattfinden.

Da hat das Landesjugendreferat gemeinsam mit dem Europäischen Jugendparlament ein dreitägiges Peer to Peer Simulationsspiel des Europäischen Jugendparlaments gestartet und ins Leben gerufen.

Ich freue mich, dass das auch hier im Burgenland, dieses Mal bei uns, stattfinden kann und sich die Jugendlichen so auch mit europapolitischen Themen auseinandersetzen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die sechste Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben im letzten halben Jahr an der Schaffung des Campus Gesundheit Burgenland in Oberwart gearbeitet. Welche Ausbildungsangebote werden in Oberwart zentralisiert?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte eines vorweg schicken: Ich halte das für das innovativste Projekt im Gesundheitsbereich seit Jahrzehnten. Wir haben auch österreichweit mittlerweile sehr viele positive Rückmeldungen was das betrifft. Das ist ein Vorzeigeprojekt für ganz Österreich und es gibt auch schon Anfragen, dieses Projekt auch übernehmen zu dürfen beziehungsweise die Erfahrungen, die wir hier eingebracht haben, auch zu nutzen.

Seit Jahresbeginn, ungefähr Februar des Jahres 2016, hat eine Projektgruppe, die aus der KRAGES, aus der BELIG, aus der Fachhochschule und aus meinem politischen Umfeld bestanden hat, dieses Projekt umgesetzt. Die Ausbildung im Gesundheitswesen wird damit im Bereich Oberwart zentralisiert. Vor allem mit dem Schwerpunkt der Gesundheits- und Krankenpflegeschule in Oberwart. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was betrifft das genau? Die Fachschule zur Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflege, den Bereich der Physiotherapie, ein neuer Bereich, beispielsweise die Schulungen des Roten Kreuzes, Personalschulungen - auch des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder, ganz eine wichtige Kooperation, denn die sind ja wie Sie wissen in Eisenstadt beheimatet. Der Arbeitersamariterbund ist dabei, also eine Kompetenzballung in diesem Bereich sowohl was die Organisationsentwicklung betrifft, als auch was die Kompetenzen betrifft. Die Räumlichkeiten in Oberwart sind begrenzt gewesen.

Deshalb haben wir auch einen Stufenplan entwickelt. Dieser Stufenplan schaut so aus, dass wir jetzt die Fachhochschulstudiengänge im Gesundheitswesen seit September 2016 in Oberwart haben. Von Pinkafeld haben wir das auch dorthin verlegt. Derzeit sind es 100 Studentinnen und Studenten, die in Oberwart ausgebildet werden und die Physiotherapie soll ab Herbst 2017 in Oberwart stattfinden.

Das Ziel des Projekts ist klar. Es geht um die Wissenseinrichtung, die man zentralisieren möchte. Es soll so sein, dass die Ausbildungen im Gesundheitswesen an einem Ort stattfinden, eben in der Gesundheits- und Krankenpflegeschule in Oberwart. Es sollen, und das ist auch ganz wichtig, Synergien genutzt werden. Theorie und Praxis sollen verbunden werden.

Was heißt das? Kein Zufall ist dabei die unmittelbare Nähe zum Schwerpunktkrankenhaus Oberwart. Diese Synergien sollen genutzt werden. Es soll eine praxisbezogene Wissensvermittlung gesichert werden. Die bedarfsorientierten Ausbildungsplätze, die sich nach der Nachfrage am Arbeitsmarkt richten, werden dort auch geschaffen. Ich habe es schon angesprochen: Das ist ein Vorzeigeprojekt für Österreich. Die Absolventinnen und Absolventen bilden dort mit ihrer qualitativ hochwertigen zukunftsorientierten Ausbildung das Fundament unseres Sozial- und Gesundheitssystems.

Sie wissen, dass wir knapp die Hälfte des Budgets in diesem Bereich auch investieren. Nicht zu Unrecht glaube ich, denn das ist, aus meiner Sicht, richtig. Wir wollen es auch damit schaffen, dass durch diese Kompetenzballung, es auch möglich ist, dass

die Menschen, die hier im Burgenland eine Ausbildung erhalten, auch im Burgenland einen Arbeitsplatz bekommen.

Wir brauchen die Menschen gerade im Pflegebereich. Wir wissen, dass in den nächsten 30 Jahren die Menschen noch älter werden, dass wir von den 44 Pflegeheimen, die wir jetzt haben, wahrscheinlich noch einen zusätzlichen Bedarf bekommen werden, zumindest was die Anzahl jener betrifft, die in die Pflege kommen. Insofern halte ich das für ein wirklich gutes Projekt und die Rückmeldungen, die wir jetzt bekommen haben, nachdem wir es etabliert haben, sind durchaus positiv. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Landesrat! Welche Auswirkungen erwarten Sie sich dadurch für die Region Oberwart?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Mit der Etablierung dieses Campus in Oberwart haben wir 1.350 Menschen dort, die in Beschäftigung oder in Ausbildung sind. Das ist eine Auswirkung, die auch von einem volkswirtschaftlichen Nutzen für die Region nicht zu vernachlässigen ist.

Ich halte das auch für Oberwart, für die Stadt Oberwart, aber auch für die ganze Region Oberwart für eine gute Entwicklung. 1.350 Menschen, die hier in Ausbildung sind beziehungsweise mit dem Krankenhaus gemeinsam einen Arbeitsplatz haben, das ist, aus meiner Sicht, eine positive Auswirkung für die Region. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Rosner.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben es gesagt. Wir brauchen aber nicht nur gut ausgebildetes Krankenpflegepersonal, sondern gerade in ländlichen Regionen fehlen im Burgenland junge Ärzte. Mit welchen konkreten Maßnahmen unterstützen Sie burgenländische Jugendliche, die Medizin studieren möchten, jetzt abgesehen von den Vorbereitungskursen auf die Aufnahmetests?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich habe jetzt ein bisschen ein deja vu. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Robert Hergovich: Eine alte Frage!)* Diese Frage wurde nämlich schon beim letzten Mal gestellt und Sie wissen die Antwort. Nicht abgesehen von den Ausbildungskursen, weil das ist wichtig, dass wir diese Ausbildungskurse finanzieren und dass wir das auch ermöglichen, dass Menschen dann auch gut in die Studien hinein wirken.

Im Gegensatz zu Ihrer Partei bin ich der Meinung, dass wir auf Bundesebene dafür sorgen müssen, dass wir die Ausbildungsplätze insgesamt und die Mediziner stärken müssen, dass wir hier nach oben gehen müssen.

Ich habe das auch im Jugendlandtag schon von Ihrer Fraktion mitbekommen, dass das nicht gewollt wird.

Das verstehe ich nicht genau, warum das der Fall ist. Weil wir… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Andere Fraktionen auch interessanterweise.)*

Ja, aber Ihr Vertreter hat das ja… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Keine Mehrheit. Es gab keine Mehrheit für beide Initiativen.)*

Gut. Das ist eine andere Geschichte. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Ja, genau! Darüber darf man nicht reden.)*

Natürlich darf man darüber reden, aber durch die Ausbildungsplätze, die wir auf Bundesebene schaffen wollen, könnte dieses Problem gelöst werden. Das sollte man auch nicht vergessen, denn wir zahlen ja bei den Turnusärzten als Land Burgenland, was auch einen guten Anreiz bietet, freiwillig jetzt schon dazu.

Wir haben auch das Gehaltsniveau im Burgenland so angesetzt, auch durch die Verhandlungen im vorletzten Jahr, dass es dazu kommt, dass jetzt auch wieder mehr Ärzte im Burgenland arbeiten möchten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 617), mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz aufgehoben wird, Zahl 21 – 438, Beilage 633

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 617, mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz aufgehoben wird, Zahl 21 - 438 Beilage 633.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Klaudia Friedl: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz aufgehoben wird, in ihrer 14. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 9. November 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz aufgehoben wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich als erstem Redner Herrn Abgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Grundsätzliche Aufgabe des Gemeinde-Investitionsfonds war es, Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Errichtung und Erweiterung von infrastrukturellen Maßnahmen, insbesondere bei der Schaffung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen finanziell zu unterstützen. Dies ist ohne Zweifel geschehen. Den Gemeinden war damit sehr gut geholfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Am 24. September 2015 haben wir bei der Landtagssitzung unter dem Tagesordnungspunkt 9 über den Bericht des Rechnungshofes betreffend des Burgenländischen Gemeindeinvestitionsfonds diskutiert.

Ziel der Prüfung war damals die Beurteilung der rechtlichen Grundlagen der Organisation und der Finanzierung des Fonds sowie die Förderungsabläufe. Hierzu wurden eben in diesen Bereichen sehr viele zum Teil schwere Mängel festgestellt. Zum einen hat man sich nicht an gesetzliche Vorgaben gehalten und zum anderen gab es keine ordentliche nachvollziehbare Abwicklung über die Förderung. Das war damals das Prüfergebnis des Landes-Rechnungshofes. Dieser Bericht gab natürlich Anlass zur Kritik. Die Kernaussage des Rechnungshofes zum Bericht war eben die Empfehlung, dass der Fonds umgehend aufgelöst werden soll.

Mit dieser gesetzlichen Vorlage heute soll dies eben geschehen und der Fonds aufgelöst beziehungsweise das Gesetz aufgehoben werden.

Es ist eigentlich eine logische Konsequenz aus dem Rechnungshofbericht. Alle Rechte und Pflichten des Burgenländischen Gemeindeinvestitionsfonds gehen somit auf das Land Burgenland über. Außerdem bestand der Fonds nur formal und verfügte weder über ein eigenes Budget, noch über eigene Mitarbeiter, verursachte somit einen manipulativen Aufwand und stellte eine Fehlerquelle dar.

Natürlich ist die Auflösung des Fonds nicht die einzige Empfehlung des Rechnungshofes. Aber mit dieser Auflösung werden gleichzeitig mehrere erfüllt und miteingearbeitet.

Wichtig ist, dass das Land Burgenland, auch wenn das Gesetz aufgehoben wird, die Gemeinden weiterhin bei infrastrukturellen Maßnahmen, insbesondere bei der Schaffung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen, weiter unterstützt.

Ich bin froh, dass das Datum des Inkrafttretens so gewählt wurde, dass sich die Förderwerber zeitgerecht auf neue Förderbedingungen einstellen können. In diesem Sinne stimmen wir dieser Rechtsbereinigung gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Es ist vorhin schon angesprochen worden. Diese heutige Aufhebung des Gemeinde-Investitionsfondsgesetzes rührt von einer Rechnungshofprüfung her. Ich darf eingangs auch feststellen, dass wir diesem Antrag natürlich auch zustimmen werden, weil wir grundsätzlich der Meinung sind, dass eine Rechtsbereinigung im Burgenland auch notwendig ist.

Wir haben ja vor Monaten schon eine Initiative gestartet, um hier auch eine strukturierte und planmäßige Rechtsbereinigung umzusetzen. Leider hat hier die Mehrheit des Landtages nicht zugestimmt. Was mich wundert, weil ja das auch zu den ureigenen Aufgaben eines Landtages gehört, sich darüber Gedanken zu machen, wie der Rechtsbestand ausschaut. Was kann man ändern, um Gesetze oder Verordnungen verständlicher zu machen?

Das ist natürlich eine Angelegenheit der Landesregierung, nämlich, die Materie verständlicher zu machen. Welche gesetzlichen Bestimmungen kann man überhaupt aufheben, um den Zugang zum Recht für die Menschen leichter, einfacher und verständlicher zu machen? Das sollte auch ein Grundsatz in unserem Rechtssystem sein.

Mich hat es gewundert, dass hier die Abgeordneten von Rot und Blau dagegen sind, dass sie das nicht wollen. Das verstehe ich nicht. Das dürfte aber die Linie eben dieser Landesregierung sein. Alles möglichst kompliziert zu halten. Alles so zu gestalten, dass sich niemand mehr auskennt, und am Schluss kennen sich dann die Regierungsmitglieder vielleicht selber nicht mehr aus. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es hat ja auch Zeiten gegeben, wo gerade die SPÖ eine konstruktive Regierungspartei war. Wo es einen sehr sachorientierten Klubobmann gegeben hat. Dr. Peter Rezar, der hat damals 1996, gemeinsam mit der ÖVP, mit dem damaligen Präsidenten Dr. Dax, man kann sagen, *(Abg. Doris Prohaska: Da hat die ÖVP auch andere Abgeordnete gehabt.)* ein Projekt verwirklicht, das ein Vorzeigeprojekt in Österreich war, wo man eine strukturierte, eine sachliche Rechtsbereinigung geschafft hat, wo man wirklich den Zugang zum Recht auch vereinfacht hat.

Dr. Peter Rezar, den möchte ich heute zitieren, hat damals gemeint: Die SPÖ Linie ist eindeutig, eine klare, für jedermann übersichtliche Rechtslage zu schaffen. Das ist das Ziel.

Das waren noch Zeiten, wo die SPÖ wirklich konstruktiv war. Das ist leider vorbei. Wir haben als ÖVP nichts anderes als das Ziel formuliert. Wir wollten genau das machen. Da verstehe ich überhaupt nicht, dass sich hier die Regierung oder die rot-blaue Mehrheit im Landtag wehrt, weil es dabei gar nicht um Parteipolitik geht. Da geht es gar nicht um ideologische Fragen, sondern das ist eigentlich eine technische Aufgabe, die der Landtag, aus meiner Sicht, zu tun hätte.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich habe das letzte Mal bei der Landtagssitzung eine uralte Gesetzesstelle zitiert, nämlich, die Bibel. Die berühmteste Gesetzesstelle, die zehn Gebote. Die sind sehr einfach und klar nachvollziehbar. Die Leute haben gewusst, was sie dürfen und was sie nicht dürfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Wahrscheinlich ist es so, dass diese zehn Gebote deswegen so klar und nachvollziehbar sind, weil damals keine rot-blauen Politiker dabei mitgearbeitet haben, sondern das von oben gekommen ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte, Spaß beiseite, *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist kein Spaß!)* den heutigen Tagesordnungspunkt trotzdem zum Anlass nehmen und an Sie alle appellieren, vielleicht in ein paar Monaten doch noch einmal zusammenzukommen, sich zusammenzusetzen, darüber zu reden, ob man nicht wieder eine strukturierte, eine planmäßige Rechtsbereinigung angeht. Das wäre, glaube ich, im Sinne der Bevölkerung.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, stimmen wir dem heutigen Gesetzesantrag zu, der ja eine Rechtsbereinigung, wenn auch eine kleine, darstellt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneten Klaudia Friedl das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Danke. Herr Präsident! Werte Kolleginnen, Kollegen! Hohes Haus! Ich möchte am Anfang meiner Ausführung vielleicht zurückgehen in die 70er Jahre. Nämlich, in das Jahr 1973 zu den Anfängen der Burgenländischen Wasser- und Abwasserwirtschaft, um den damaligen Verantwortlichen, ohne politisch darauf hinzuweisen, welcher Partei sie angehört haben, ein großes Lob auszusprechen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da hat noch alles funktioniert.)* Ein Lob für die richtungsweisenden Entscheidungen, die damals getroffen wurden, deren positive und nachhaltige Auswirkungen unser heutiges hohes Niveau, das wir bekannter weise bei Wasser, Abwasser haben, kennzeichnen.

Zu einer Zeit, als Umweltschutz, schonender Umgang mit Ressourcen, Klimawandel, Ökologie, entweder nicht existent oder noch in den Kinderschuhen steckten, wurden hier im Bereich Wasser- und Abwasserversorgung beziehungsweise -behandlung Ideen geboren, die unser ganzes Land bis heute positiv und sehr maßgeblich geprägt haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Schaffung dieses Fonds, des sogenannten Gemeinde-Investitionsfonds, kurz GIF genannt, der unsere Gemeinden und Verbände mit Landesgeldern unterstützen sollte, war relativ innovativ und neu. Die Bereiche, und das hat der Herr Kollege schon gesagt, die dieser neue Fonds zu fördern hatte, war die Errichtung, Erweiterung, Erneuerung, aber auch die Sanierung der Wasser- und Abwasserversorgung, was ja generell im Hoheitsgebiet der Gemeinden liegt.

Vor allem den finanzierungsschwächeren Gemeinden und Verbänden wurde damit unter die Arme gegriffen und der Beginn einer flächendeckenden Versorgung mit Wasser sowie mit der flächendeckenden Entsorgung der Abwässer im gesamten Bundesland eingeläutet.

Dort lag auch der Grundstein für die Gewährleistung einer Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf höchstem Niveau. Ich darf Ihnen sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht überall in Europa so, wie wir es hier bei uns im Burgenland haben.

Darauf können wir besonders stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

In diesen neuen Verbandsstrukturen fanden viele Gemeinden auch die günstigste und die beste Form der Abwasserreinigung. Dieselben Verbände, denen wir uns natürlich auch heute noch bedienen.

Mit einer Entsorgungsquote von 99 Prozent, sehr geschätzte Damen und Herren, liegt das Burgenland unter allen Bundesländern an zweiter Stelle. Nur die Bundeshauptstadt Wien liegt noch vor uns. Auch darauf dürfen wir zu Recht sehr stolz sein.

Diese Maßnahmen haben aber nicht nur die Lebensqualität von uns Menschen, unserer Bürgerinnen und Bürger, im Land positiv beeinflusst, sondern die Top Qualität unserer Gewässer und Abwässer hat den Tourismus und auch die Wein- und

Gemüsewirtschaft, vor allem im Bereich um den Neusieder See herum, ganz enorm und sehr positiv beeinflusst.

Gleichzeitig hat das Burgenland aber auch EU Mittel, und das war ja heute schon das Thema, über die Dorferneuerung und das Südburgenland genutzt, um auch vor allem im Süden unseres Landes, bei der Wasserentsorgung diese besten österreichweiten Werte zu erlangen.

Seit den 70er Jahren wurden die Verbände beziehungsweise Gemeinden mit zehn Prozent gefördert. Zwischenzeitlich gab es eine Förderquote von 20 Prozent. Seit 2013 werden die Gemeinden und Verbände wieder mit zehn Prozent unterstützt.

Auch dabei, sehr geschätzte Damen und Herren, ist das Burgenland wieder einmal Vorreiter vor allen anderen Bundesländern, denn, wenn wir nur kurz über den Bundesländerrand hinüberschauen zu unserem Nachbarn Niederösterreich, dann gibt es dort maximale Fördermittel in Höhe von fünf Prozent.

Bei diesen zehnprozentigen Förderungen, und das ist auch ganz wichtig, vor allem für die Gemeinden, handelt es sich um nicht rückzahlbare Beiträge. Das hat sich natürlich auf das Budget der Verbände und der burgenländischen Gemeinden sehr positiv ausgewirkt, und tut es noch immer.

Wissen wir doch, die hier Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort sind, wie hoch die Summen sind, die neben der Errichtung auch in die laufende Instandhaltung der Wasserversorgung und -entsorgung laufen.

Nun hat der Rechnungshof in seinem Bericht empfohlen, wie schon von meinen Vorrednern erwähnt wurde, diesen Fonds aufzulösen, weil es eben keine Verwaltungs- und Rechtspersönlichkeit war, weil es eben weder Organe, noch Personal verfügt hatte, und sich damit für die Gemeinden und für die Verbände de facto ja nichts verändert.

Mit dieser neuen Regelung kommt nämlich mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit in die ganze Geschichte. Herr Kollege Steiner! Ich weiß nicht, ich verstehe Sie meistens schon, aber manchmal nicht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Heute nicht!)* weil Sie ja relativ oft, wie im vergangenen Jahr, immer die Seiten wechseln, gerade wo Sie es halt brauchen. Aber das, was Sie da vorher von sich gegeben haben, konnte ich nicht wirklich nachvollziehen, weil ich mich nicht erinnern kann, dass meine Fraktion sich gegen Transparenz und Nachvollziehbarkeit schon jemals gewehrt hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch! Vor wenigen Monaten! Vor wenigen Monaten.)*

Dann habe ich es falsch verstanden, das habe ich ohnehin gesagt. Aber, es ist schwer, Ihnen zu folgen, weil Dinge gesagt werden, die dann morgen nicht mehr so sind. Diese Dinge, die man in der Vergangenheit mitbeschlossen hat, hat man auch schon vergessen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schauen Sie in die Zukunft und leben Sie nicht in der Vergangenheit!)* aber das Vergessen ist anscheinend ein Prozess, der gerade sehr modern ist. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Mutig in die neuen Zeiten!)*

Wir müssen unseren Menschen aber auch in Zukunft sagen, wie wichtig es sein wird, auch da sehr viel Geld zu investieren. Aus meiner Sicht, und da spreche ich jetzt auch als Bürgermeisterin, wird es sicherlich notwendig sein, die Kosten für den Betrieb Wasser- und Abwasserwirtschaft aufkommensneutral von unseren Bürgerinnen und Bürgern einzuheben, sonst werden wir diese Aufgabe nicht schaffen.

Wir müssen sagen, dass gute Qualität beim Trinkwasser aber auch bei der Klärung unserer Abwässer ihren Preis hat und natürlich unverzichtbar ist. Wir dürfen auch nicht

aus den Augen verlieren, welche Gefahren dadurch entstehen könnten, wenn wir dieses hohe Niveau, das wir haben, verlassen, nämlich die Gefährdung unseres Grundwassers.

Darüber möchte ich auch gar keinen Gedanken verschwenden, das wäre eine Katastrophe. Daher müssen wir im Moment und auch die nächsten Generationen, die Installation eines flächendeckenden Katasters für alle Anlagen in Angriff nehmen beziehungsweise umsetzen und natürlich auch die finanziellen Mitteln aufbringen, um dieses einzigartige und wertvolle Gut Wasser zu erhalten, für uns und unsere zukünftigen Generationen.

Meine Fraktion wird natürlich den Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes zustimmen und dieses Gesetz aufheben.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf meiner Vorrednerin jetzt auch im Anschluss dafür gratulieren, dass sie eigentlich die Grundlage dieses Gemeinde-Investitionsgesetzes hervorgehoben hat.

Grundsätzlich hat es eine geschichtliche Bewandtnis und die war, glaube ich, in der Gesamtkonstruktion dieses Gemeinde-Investitionsfonds eine ganz wichtige Entscheidung. Denn von der ausgehend können wir heute darauf verweisen, dass wir bei der Abwasserentsorgung einen 99 prozentigen Entsorgungsgrad haben und bei der Wasserversorgung einen fast 100 prozentigen Versorgungsgrad nachweisen können.

Diese Qualitäten, die uns im Bereich der Wirtschaft, im Bereich des Tourismus und in vielen anderen Bereichen zu Gute kommen, sind aus dieser Tradition abgeleitet und sind einwandfrei auch diesem, damals unbürokratisch entstandenen Fonds, zuzuordnen.

Tatsache ist und da ist jetzt dem Rechnungshof Folge zu leisten und auch der Gesamtdarstellung, die meine Vorredner geboten haben. Tatsache ist, dass man sich um diesen Fonds nicht gekümmert hat, dass man ihn walten hat lassen und er eigentlich ohne Aufsicht dagestanden ist.

Und aus diesem Umstand heraus, unter anderem, heute die Auflösung in das Haus steht. Und ich setze jetzt nochmals auf die Tradition an, ich stimme grundsätzlich der Auflösung zu, bin aber der festen Überzeugung, dass wir mit diesem Instrument des Gemeinde-Investitionsfonds den Gemeinden ein Substrat wegnehmen, das unbürokratisch Zugang zu Geldmitteln ermöglicht hat.

Und das was sich jetzt auftun wird ist wieder eine Schere, klar und deutlich, und die Kenner der Materie, die in Ämtern wie die des Bürgermeisters waren, wissen, dass sich jetzt das Ganze eigentlich nicht verselbständigen wird, sondern es in bürokratischen Hürden- und Hindernisläufen stattfinden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, die Grundlage dieses Gemeinde-Investitionsfonds, der im Jahr 2010 zum Beispiel ein Volumen von Einnahmen 3,45 Millionen Euro und Ausgaben von 4,31 Millionen Euro hatte, 2011 3,16 Millionen Euro Einnahmen und Ausgaben von 2,33 Millionen Euro, das ließe sich fortsetzen, dass es Schwankungen im Bereich der Ausgaben und Einnahmen gegeben hat.

Was aber im Prinzip damit gewährleistet wurde ist, dass den Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger zu 100 Prozent eigentlich unter die Arme gegriffen wurde. Und das hat auch meine Vorrednerin betont.

Gerade in diesen sehr schwierigen Bereichen, nämlich durch den Rückzug der Bundesförderungsmitteln auf den Siedlungswasserfonds, ist mit diesem Gemeinde-Investitionsfonds noch immer eine Grundlage vorhanden gewesen, auf die sich Gemeinden stützen konnten, bei Kanalbauten oder Wassererweiterungsbauten bei neuen Siedlungsgebieten und wie immer auch.

Auch was hier kritisiert wurde in dieser 2012er Situation, dass eigentlich erst zu dem Zeitpunkt es möglich gewesen wäre, Sanierungsarbeiten zu fördern, was aber prinzipiell hier ohne viel Aufwand und ohne bürokratisches Hindernis schon vorher der Fall war und geschehen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Gemeinde-Investitionsfonds ist eine wichtige Grundlage der Finanzierbarkeit von Gemeindeinvestitionen gewesen und ich gehe davon aus, dass auch zukünftig die Bereitschaft dazu bestehen wird, Gemeindeanliegen, kommunale Anliegen, in jeder Form auch zu unterstützen.

Ich habe darauf hingewiesen, dass sich der Bund sukzessive aus diesen Finanzierungsschritten zurückzieht. Und wie wir gehört haben, auch andere Bundesländer haben die Fördersätze reduziert.

Daher ist auch hier mit Sicherheit davon auszugehen, dass jedem einzelnen Verband oder jedem einzelnen Träger von Abwasser- oder Wasserversorgung die zukünftigen Finanzierungen auch zu fast 100 Prozent auferlegt werden oder durch irgendwelche Kreditfremdmittelmaßnahmen stattfinden werden müssen.

Und aus diesen Umständen heraus, werden wir eigentlich immer stärker in die Belastung der Bürgerinnen und Bürger gehen und damit eigentlich etwas auftun, das heute die Lebenssituation immer schwieriger gestaltet. Hier ist, meiner Ansicht nach, die öffentliche Hand gefordert. Hier wäre eigentlich es mehr als statthaft bei Projektentwicklungen die Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

Und wenn auch im Nachklang an mich jetzt von der Regierungsbank verlautbart werden wird, dass es natürlich ohne Einschränkungen diesen Investitionsrahmen auch geben wird, dann wird uns spätestens mit einem neuerlichen Rechnungshofbericht nachgewiesen werden, dass dem nicht so der Fall war.

Ich werde dieser Auflösung aber zustimmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Bieler das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren auf den Zuhörerrängen! Der Gemeinde-Investitionsfonds hat die Gemeinden bei der Wasserversorgung, bei der Abwasserbeseitigung und bei der Schlammbehandlung unterstützt.

Da dieser Fonds tatsächlich keine eigene Rechtspersönlichkeit hatte, da er weder eigenes Budget, noch eigenes Personal hatte und sämtliche Fördermittel vom Land gekommen sind, war es ganz klar, dass der Rechnungshof hier eine Anregung abgibt, wir

sollen diesen Gemeinde-Investitionsfonds auflösen. Ein Schritt in Richtung Verwaltungsvereinfachung und sinnhafter Umsetzung von Förderlinien.

Wir haben heute in den Reden schon gehört, wie die Prozentsätze waren. Diese werden natürlich in voller Höhe auch in Zukunft bleiben. Das heißt, die zehn Prozent Förderungen für diese Anlagen, die ich vorher genannt habe, werden weiterhin den Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Nach Abrechnung des Jahres 2016 wird das Fondsvermögen von 10,5 bis 11,5 Millionen Euro, je nachdem wie die Abrechnung ausschaut, in das Land überführt und übertragen und dann in voller Höhe den Gemeinden weiterhin zur Verfügung gestellt für bereits angefangene Baulose, für geplante, für zugesagte Baulose.

Das heißt, es wird weder für das Land, noch für die Gemeinden eine zusätzliche Belastung, oder eine finanzielle Veränderung, durch den Gemeinde-Investitionsfonds kommen. Das heißt, wie ich gehört habe, dass der Rechnungshof das vorschlägt, war ich sofort dafür, habe auch veranlasst, dass die Anregungen des Rechnungshofes in Angriff genommen werden, umgesetzt werden, was mit dieser Auflösung des Gemeinde-Investitionsfonds jetzt auch passiert ist.

Nach den Parteiengesprächen, wo übrigens die GRÜNEN und die LBL unentschuldigt gefehlt haben. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir haben uns entschuldigt.)* Im Nachhinein ist dann eine Entschuldigung seitens der GRÜNEN gekommen, also das Interesse hat sich in Grenzen gehalten.

Es war klar, dass wir diese Auflösung des Gemeinde-Investitionsfonds als Initiativantrag in den Landtag einlaufen lassen wollen, damit dieser GIF nicht mehr im Budget 2017 aufscheint, weil er ja auch keine Wirkung mehr hat.

Daher heute die Diskussion und ich danke für die Beiträge, danke auch für die Zustimmung seitens der Parteien, und werde natürlich dafür sorgen, dass es einerseits Richtlinien gibt, und keine „10 Gebote“. Weil, wir haben eine Trennung von Kirche und Staat in Europa. Und wenn Sie einen Kirchenstaat errichten wollen, müssen Sie das artikulieren.

Das heißt, wir werden Richtlinien dafür einsetzen. Wir werden auch nicht mehr, wie es früher der Fall war, Kollaudierungsgebühren bezahlen, für Kollaudierungen die in der Arbeitszeit verrichtet wurden, sondern es wird eine klare Regelung geben. Kollaudierungen in der Arbeitszeit sind abgedeckt, außerhalb der Arbeitszeit können sie bezahlt werden und da muss es eine genaue Regelung dafür und klare Regelung geben.

Auch die Prioritätenliste, die ich eingefordert habe, wird für 2017 bereits wirksam sein, das heißt der Auflösung, der Überführung des GIF in das Landesbudget, in die Verwaltung des Landes, mit klaren Richtlinien, mit klaren Prioritäten wird für 2017 der nächste Weg sein.

Ich danke für die Beschlussfassung und danke auch für die Anregung des Rechnungshofes. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. Nur ganz kurz, Herr Landesrat, weil Sie gerade gesagt haben, uns ist das Thema nicht wichtig. Uns

ist das Thema natürlich schon wichtig, wir werden heute auch mitstimmen und zustimmen dieser Aufhebung.

Nur Ihr habt uns den Klubstatus geklaut. Wir sind zwei Landtagsabgeordnete ohne Personal, ohne finanzielle Mittel, da geht sich einfach nicht alles aus. *(Unruhe bei der SPÖ)* Und ich finde es nicht okay, wenn Sie sich dann hinstellen und sagen, uns ist das alles nicht wichtig.

Wir schaffen, was wir schaffen können, mehr geht manchmal nicht. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Nur zur Richtigstellung, Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wenn ein Abgeordneter hier spricht, dass man jemandem etwas geklaut hätte, dann setzt das voraus, dass man es zuvor besessen hat. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja - ab zwei Abgeordnete war früher ein Geschäftsführer.)* Nur wenn man vorher nichts gehabt hat, kann man auch nix klauen.

Nur so viel zu Ihrer Wortmeldung hier *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Genau.)* und ich weiß nicht, wo das Problem liegt. Man braucht ja keinen Klub, dass man zu einer Parteienverhandlung geht. Entschuldigung wo liegt das Problem? *(Abg. Manfred Kölly: Was soll die Diskussion jetzt?)*

Sie sind zwei Abgeordnete, gehen zu einer Parteienverhandlung, nehmen dort teil, sind dafür oder dagegen, bringen sich ein oder auch nicht. Also zu sagen, irgendjemand hat Ihnen etwas geklaut, das ist schon ein bissel billig, wie gesagt klauen kann man nur dann was, wenn man vorher etwas gehabt. *(Abg. Manfred Kölly: Das war jetzt billig.)*

Sie haben es zuvor nicht gehabt und haben es auch jetzt nicht, das ist der springende Punkt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So und jetzt gibt es keine Wortmeldungen mehr, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz aufgehoben wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz aufgehoben wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 599), mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 – 420) (Beilage 634)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 599, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 420, Beilage 634.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Dankeschön Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den Beschlussantrag mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoche, dem 09. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den Beschluss fassen, den Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland somit zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön. Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen, Kollegen! Liebe Zuhörer auf den Zuschauerrängen! Sehr geschätzter Umweltanwalt! Uns liegt der Bericht der Landesumweltanwaltschaft für die Jahre 2014 und 15 vor.

Wir halten - no na ned, die GRÜNEN waren maßgeblich daran beteiligt, dass es diese Funktion gibt, diese Umweltanwaltschaft nach wie vor für äußerst wichtig und ihre Arbeit hat sich ja mit den letzten Jahren praktisch normalisiert. Es gilt als ganz normal, dass die Umweltanwaltschaft in vielen Bereichen Mitspracherecht hat und auf wesentliche Punkte immer wieder hinweist.

Im Bericht sind viele Beispiele angeführt, da der Bericht nicht sehr dick ist, will ich jetzt gar nicht so sehr auf die einzelnen Sachen, die schon passiert sind, eingehen, sondern eher auf das, was noch wichtig wäre und auch der Umweltanwaltschaft wahrscheinlich die Arbeit erleichtern würde.

Wir haben viele Problembereiche, wo nach wie vor leider viel zu wenig passiert, obwohl das die Umweltanwaltschaft in den letzten Jahren immer wieder regelmäßig aufgezeigt hat. Ein wesentliches Problem - einige wesentliche Probleme will ich nun ansprechen, eines ist die Raumordnung.

Wir haben in manchen Gemeinden fast 50 Prozent ungenutzte Baulandwidmungen. Wir haben das Problem, dass wir eine ganz starke Zersiedelung im Burgenland haben. Das Burgenland hat einen riesen Vorteil - es ist relativ flach im Gegensatz zu Tirol zum Beispiel. Das ist ein Vorteil, das heißt wir können, haben die Möglichkeit, an sehr vielen Stellen uns baulich auszubreiten.

Das hat aber auch einen Nachteil, weil wir damit ein bissel „urrasen“ - vor allem in den letzten Jahren. Hier gehört massiv eine Baulandverdichtung betrieben. Boden ist kein

nachwachsender Rohstoff, Boden der einmal versiegelt ist, ist für die nächsten Jahrzehnte, wenn nicht sogar darüber hinaus verloren. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist der Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft, ist ein wichtiges Thema im Burgenland. Nicht nur für Natur und Umwelt, sondern auch für den Tourismus und letztendlich für die Landwirtschaft.

Jeder verlorene Boden, der versiegelt wird, fehlt praktisch dem Tourismus und der Landwirtschaft. Diesbezüglich fehlen leider auch nach wie vor, was sehr wichtig wäre, Managementpläne. Und zwar konkret Managementpläne für das Weltkulturerbe Neusiedlersee-Fertö und für die Nationalparke, sowie für die Natura 2000-Gebiete.

Das wäre hier wirklich notwendig, massiv etwas zu tun, eben nicht nur, weil es im Interesse von Natur und Umwelt ist und auch nicht nur des Umweltanwaltes, sondern im Interesse von Tourismus und der Landesentwicklung im Großen und Ganzen.

Auch immer wieder ein wichtiges Thema sind natürlich – und das gehört ein bisschen zur Bodenversiegelung dazu - die Einkaufszentren. Hier sollte eigentlich langsam das Burgenland auch zu der Erkenntnis gelangen, dass wir ausreichend Einkaufszentren, Kinos und ähnliches auf der grünen Wiese haben. Diese Objekte sind starke Verkehrserreger, die natürlich weder der Umwelt noch der Natur guttun, aber auch unsere Gesundheit belasten, ganz zu schweigen von der CO_2-Belastung.

Die Natur ist ein Kapital, ein Kapital für das Burgenland, ein Kapital an Lebensqualität. Ein Kapital, wie ich erwähnt habe, für Kultur und Landwirtschaft. Wir haben sehr viel Kapital an Naturflächen. Ich möchte hier nochmals auch betonen, - obwohl ich das eh in vielen meiner Reden schon gesagt habe - wir tun uns nichts Gutes, wenn wir nach wie vor, Straßen bauen. Wir haben die S7, jetzt ist auch vor die A3 - leider wieder ein Thema - auszubauen.

Das läuft genau entgegen den Interessen von Natur und Umweltschutz. Wir haben das Klimaschutzabkommen unterschrieben. Wir haben gerade heute wieder bei dem Klimagipfel in Marrakesch leider eine traurige Auszeichnung bekommen, den zweiten Platz beim Klimafossil, weil wir nämlich österreichweit natürlich jetzt - seit 1990 keine Verminderung - praktisch keine Verminderung - der CO_2-Ausstöße haben.

Das heißt, wir sind hier Schlusslicht in der EU und das sollte uns ganz massiv zu denken geben und hier ein starkes Umdenken bewirken. Gerade der Klimawandel wird unser Leben, auch wenn wir es schaffen, ihn einzudämmen und leider auf dem Weg sind wir ja nicht, ganz stark beeinträchtigen.

Ich habe das letztes Mal auch schon gesagt, uns ist das glaube ich, noch nicht ganz bewusst, wie stark das Burgenland, wie stark Österreich, natürlich auch Europa und die Welt, vom Klimawandel beeinträchtigt werden. Und es kommt ja nicht ganz von ungefähr, dass es spät aber doch geschafft wurde, in Paris damals diesen Klimavertrag unter Dach und Fach zu bringen, weil vielen klar ist, was da passieren wird in Zukunft, wenn wir hier nicht auf die Bremse steigen.

Wir haben es im Burgenland ganz gut geschafft, dass wir mit dem Auto von A nach B sehr gut unterwegs sind. Wir brauchen keine neuen Straßen dafür. Was wir sehr wohl brauchen, und auch das ist eine immer wieder gestellte Forderung der Landesumweltanwaltschaft, ist einen öffentlichen Verkehr, wie der Kollege Temmel vorher schon gesagt hat, damit die Menschen, die nicht mehr das Auto verwenden können, noch nicht oder nicht wollen, auch von A nach B kommen.

Natürlich geht das nicht von jedem Winkel in jeden Winkel im Burgenland, das ist mir schon klar, aber die wichtigen Routen müssen einfach, gerade im Süd- und auch im Mittelburgenland, abgedeckt werden und dazu braucht es einen massiven Ausbau.

Das würde auf der einen Seite wirtschaftliche Vorteile bringen, weil nach Expertenmeinungen der Ausbau in den öffentlichen Verkehr viel mehr Arbeitsplätze bringt, als in den Ausbau von Straßen. Das würde eine Erhöhung der Lebensqualität von Burgenländern und Burgenländerinnen bringen.

Jeder weiß selber, der es ausprobiert hat, das Fahren von einer Stunde mit dem Auto ist eine relativ anstrengende Sache, gerade bei solchen Sichtverhältnissen, wie wir sie jetzt haben. Wenn ich gemütlich mit dem Bus fahre, bin ich nachher wesentlich entspannter und das hat letztendlich natürlich betreffend das CO_2 ganz massive Vorteile, wenn ich mit der Bahn oder mit dem Bus unterwegs bin.

Ja, um wieder zurückzukommen zur Landesumweltanwaltschaft - vielen Dank nach wie vor für die wichtige Arbeit, die hier geleistet wird. Ich möchte nur auch noch am Rande erwähnen, das Bibermanagement zum Beispiel, was auch über die Landesumweltanwaltschaft eingerichtet wurde, wo Tiere, die jetzt wieder aktiv sind bei uns glücklicherweise, aber halt mit dem Zusammenleben mit den Menschen es teilweise Probleme gibt. Ich glaube, das läuft inzwischen ganz gut.

Viele Maßnahmen - die Landesumweltanwaltschaft hat sich auch bemüht, nein will sich bemühen, so entnehme ich das dem Bericht, gerade beim Thema Klimaschutz hier vor allem der burgenländischen Bevölkerung diese Problematik und die Möglichkeiten, hier entgegen zu wirken, klar zu machen.

Es sind hier ganze zwei Seiten zum Thema Klimaschutz - nein eigentlich drei - auch mit einer Grafik, die leider in schwarz-weiß an Heftigkeit nimmt. Ich kenne die Grafik in Farbe, da schaut das Ganze noch stärker aus - es geht um die Temperaturverteilung im zeitlichen Unterschied.

Ja, alles in allem - vielen Dank für die Arbeit und es gibt noch viel zu tun. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter, Präsidentin Benkö, das Wort.

Bitte Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herzlichen Dank, Herr Präsident. Hohes Haus! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Spitzmüller, es macht nicht immer die Stärke eines Berichtes aus, sondern das, was im Bericht steht. Sie haben mit gewissen Anregungen Recht, vielleicht sollten Sie sich eine Novelle zum Raumplanungsgesetz überlegen.

Ich habe heute hier auf Grund der Krankheit meiner Kollegin die ehrenvolle Aufgabe, zum Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland sprechen und Stellung nehmen zu dürfen.

Ich persönlich möchte eingangs ein herzliches Dankeschön an Sie, Herr Hofrat Mag. Zechmeister richten und natürlich auch an Ihre vier Mitarbeiter, für die hervorragende Arbeit und auch für den vorliegenden Bericht, der wirklich sehr ansprechend ist. Dieser Bericht ist für mich persönlich sehr übersichtlich, klar strukturiert. Ich persönlich kann sehr gut nachvollziehen, was sich in der Landesumweltanwaltschaft tut und was Sie für das kommende Jahr geplant haben.

Was mich persönlich sehr freut und was ich hier ansprechen möchte, das ist, was Sie im Vorwort geschrieben haben, Herr Mag. Zechmeister, Herr Hofrat. Hier kann man wirklich sehr gut erkennen, dass Sie tatsächlich an einem gemeinsamen, an einem „Wir“ interessiert sind und das ist sehr begrüßenswert.

Sie haben ja selbst die Landesumweltanwaltschaft als Anlaufstelle für Bürger, Partner der Parteien und Interessenten, sowie der Behörden bezeichnet. Sie haben aber auch hervorgehoben, dass Sie nicht nur bestrebt sind, Vorhaben zu verhindern, sondern im Gegenteil, in unbürokratischem Rahmen, natürlich entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, daran mitwirken zu wollen, dass eben Projekte möglichst umweltverträglich umzusetzen sind.

Dafür ein herzliches Dankeschön an Sie und Ihr Team. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Und auch das haben Sie sehr gut in Ihrem Bericht beschrieben - einerseits ist die Landesumweltanwaltschaft natürlich aufgrund diverser Gesetze wie zum Beispiel das Baugesetz, Naturschutz- oder Landschaftspflegegesetz, Abfallwirtschaftsgesetz, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, Raumplanungsgesetz et cetera, et cetera in diversen Verhandlungen und Veranstaltungen involviert und andererseits und das gefällt mir auch sehr gut, aber auch im Rahmen von Expertengesprächen und Arbeitsgruppen und Tagungen sehr aktiv, was ganz wichtig ist. Die Themengebiete erstrecken sich hier von der Alternativenergie, Dorferneuerung, Energieleitbild Burgenland, Klimabündnis, Plattform Landesumweltanwaltschaft bis hin Netzwerk Ökologieschulen sowie Raumplanungsbeirat sowie diverse Verkehrsprojekte, dem Tierschutz und vielen, vielen mehr.

Doch das hilft alles nichts und würde alles nichts helfen, die beste Arbeit ist die Öffentlichkeitsarbeit. Wenn man keine Öffentlichkeitsarbeit machen würde und Sie legen, und das ist mir auch sehr wichtig, sehr, sehr viel Wert auf die Öffentlichkeitsarbeit, das ist auch sehr positiv zu beurteilen.

Und wie Sie auch in Ihrem Bericht richtig vermerkt haben, ist der Umweltschutz nicht nur Institution oder Behörde allein, sondern das ist auch meine Meinung, das sollte eine kollektive Geisteshaltung sein. Und Umweltschutz ist nicht nur Bewusstseinsbildung und fängt nicht nur in den Köpfen an - ein Umdenken, - das muss von uns allen von innen kommen, nicht nur von außen alleine.

Und Sie haben auch in Ihrem Bericht, für mich ein sehr gutes Beispiel, angeführt diesen Folder "Recht hast". Das ist ein ganz guter Folder, und Sie haben verschiedene andere diverse Foren ins Leben gerufen, das ist das Umweltforum Burgenland sowie verschiedene Koordinationsgespräche im Burgenland.

All das soll dazu dienen, dass die verschiedenen Organe des Landes, Bezirks- und Gemeindeverwaltungen, sowie auch nicht amtliche Umweltorganisationen im Burgenland sich besser austauschen können und das ist ganz notwendig und wichtig.

Erwähnen möchte ich vielleicht noch, was Sie auch erwähnt haben – „Sei keine Dreckschleuder“ - Abfall in den Straßengräben, das sind wohl die bekanntesten Kampagnen, die in dem Bericht genannt sind, obwohl es noch weit mehr gibt.

Ein Großteil Ihrer Tätigkeit ist natürlich auch das Wahrnehmen von Beschwerden und von Missstandsanzeigen. Wie schon erwähnt, durch die gesetzlich verankerte Parteistellung sind Sie natürlich bei vielen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Landes mit und geben Stellungnahmen dazu ab.

Was ich noch sehen kann in Ihrem Bericht, dass Sie auch den Ausblick erwähnen. Dieser richtet wiederholt natürlich Augenmerk, was mir wichtig ist, auf die Bewusstseinsbildung von uns allen. Ein Schwerpunkt, das hat auch der Kollege angeführt, das hat er im Bericht gesehen, das ist die Klimaerwärmung und das globale Problem natürlich auch der Müllproduktion. Abschließend, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, möchte ich Ihnen ein Zitat von Prof. Dr. Helmut Sihler ans Herz legen: Umweltschutz ist eine Chance und keine Last, die wir tragen müssen.

In diesem Sinne, Herr Landesumweltanwalt mit Ihrem Team, nochmals vielen, vielen Dank für den hervorragenden Bericht und für die bemerkenswerte Arbeit. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke. Als Nächstes erteile ich dem Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vor allem werter Mag. Werner Zechmeister und Mag. Karl-Heinz Heschl! Ich kann meiner Vorrednerin und meinem Vorredner wirklich nur gratulieren. Ich glaube, wir sind uns wirklich im Großen in wesentlichen Bereichen einig. Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Burgenländischen Landesumweltanwaltschaft umfasst den Zeitraum von Jänner 2014 bis Dezember 2015 und ist wirklich sehr umfassend, übersichtlich zusammengefasst.

Es wird die hervorragende Arbeit der Kollegen Irmgard Polstermüller und der Kollegen, stellvertretend für die zwei Anwesenden für den Leiter Mag. Hermann Frühstück, für den früheren Leiter und den jetzigen Leiter Mag. Werner Zechmeister, aber auch natürlich von Herrn Mag. Karl-Heinz Heschl bestens dokumentiert. Dazu wirklich mein herzlicher Dank.

Ein Auszug aus dem Bericht, es wurde schon vieles erwähnt. Ich möchte nur noch einiges ergänzen. Also Öffentlichkeitsarbeit wurde schon erwähnt, neues Logo, neuer Internetauftritt. Sehr arbeitsintensiv ist die Teilnahme an 830 Verhandlungen. Das heißt, jeden Tag mehr als eine Verhandlung, also gezählt an diesen zwei Jahren gab es 407 Expertengespräche, Arbeitsgruppentagungen, drei Veranstaltungen „Umweltforum Burgenland“. Wichtig finde ich auch die Teilnahme am Aktionstag „Schöpfung" und die Informationsveranstaltung Welterbe Neusiedler See: „Verantwortung und nachhaltige Nutzung!“

Gratulieren muss ich auch zur Information zur Diskussionsveranstaltung zum „Jahr des Bodens 2015“. Ganz, ganz wichtig, weil Bodenschutz ist eine zentrale Aufgabe und erfüllt eine Vielzahl von wichtigen Lebensgrundlagen. Sechs Beschwerden wurden in diversen Verfahren und Rechtsmaterien eingebracht, sind auch sehr arbeitsintensiv. Besonders seit Juli 2015 ist auch die Begutachtung von Gesetzen und Verordnungen. Bemerkenswert und sehr realistisch ist für mich als Agrarsprecher die Beurteilung von Stallbauten.

Ungeachtet, ob es sich dabei um Schweinevieh, Pferdeställe und so weiter handelt, verkürzt zitiert aus dem Bericht. Konkret geht es dabei um die Frage, ob zum Beispiel eine Dorfgemeinschaft akzeptiert, dass sie für ein regionales Produkt, von dem sie weiß, dass es in der unmittelbaren Umgebung produziert wurde und so weiter, erhöhte Geruchs- oder Lärmemissionen in Kauf nimmt oder nicht.

Inwieweit diese Emissionsbelastungen noch einen vertretbaren Rahmen aufweisen oder diesen sprengen und inwieweit die Parameter eines solchen Rahmens objektivierbar

ist. Denn es kann nicht sein, wenn wir immer von Regionalität reden und dann alle neuen Stallbauten verbieten wollen und so dazu beitragen, dass wir in unserem Bundesland keinen Selbstversorgungsgrad mehr haben. Das heißt nichts anderes, wir produzieren nicht so viele Produkte, die wir in unserem Land brauchen.

Das, glaube ich, müssen wir auch in Zukunft ändern und hier sind natürlich wir alle gemeinsam gefragt. Wichtig für mich natürlich als Bürgermeister und für uns alle ist auch die Beratung. Ich persönliche sehe es wirklich als Hilfestellung beim Raumplanungsgesetz. Das hat Kollege Spitzmüller sehr ausführlich erläutert. Zukunftsorientiert ist auch der Ausblick mit den zwei Schwerpunktthemen Klimaerwärmung und Klimaschutz, Müllproduktion insbesondere Lebensmittelverschwendung und Plastikmüllvermeidung.

Ich finde es wirklich sehr gut, dass wir auch über den Klimaschutz die burgenländische Bevölkerung informieren und es ihnen näherbringen wollen.

Ich glaube auch, das sollten wir hier auch in der Landesregierung beginnen. Wir sind bei der erneuerbaren Energie Vorreiter, das stimmt, aber wir müssen es auch beim Reduzieren und beim Verbot von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Gas werden. Das müssen wir. Weil ich glaube, da darf es keine Ausreden geben. Der Kollege Spitzmüller hat auch diesbezüglich total Recht. Eine große Bedeutung gerade in der heutigen Zeit, die von vielen Angstthemen beherrscht wird, ist die weisungsfreie Tätigkeit der Landesumweltanwaltschaft, und ich bitte das wirklich auch so auszulegen, diese Weisungsfreiheit.

Deshalb auch noch mein Dank an die Kollegin und Kollegen für ihre wertvolle Arbeit. Wir stimmen diesem Bericht gerne zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Als Nächstes am Wort ist die Frau Abgeordnete Ingrid Salamon. Bitte Frau Kollegin.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt schon sehr viel über den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2014/2015 von der Umweltanwaltschaft gehört. Ich glaube man kann es aber nicht oft genug sagen, positive Dinge, und vor allem, was mich ja wirklich auch freut, ist diese Einigkeit aller politischen Seiten, dass man das wirklich so sieht, dass es ein guter Bericht ist.

Dass die Umweltanwaltschaft ganz wichtig ist, dass sie auf der einen Seite natürlich beratend ist. Auf der anderen Seite Akteneinsicht, Verwaltungsverfahren mitgestalten kann, weil ich davon überzeugt bin, dass solche Dinge, wenn wir das ernst nehmen mit unserer Umwelt, wirklich nur von allen gemeinsam umgesetzt werden kann.

Es ist schon erwähnt worden, mit 1. August 2015 gibt es einen neuen Leiter, das ist Herr Hofrat Mag. Werner Zechmeister, der jetzt Umweltanwalt des Burgenlandes ist. Es wurde auch schon der Zuständigkeitsbereich genannt und ich muss sagen, ich habe mir natürlich diesen Tätigkeitsbericht auch sehr angesehen. Also es stehen ja die Zahlen drinnen, die wurden schon genannt, darum will ich sie auch nicht wiederholen, dass wirklich die Umweltanwaltschaft sehr oft eingeladen ist um Stellung zu nehmen, um beratende Funktionen auszuüben für Gemeinden, aber auch ein Ohr zu haben für die Bevölkerung, wenn es ein Anliegen in der Bevölkerung gibt.

Ich glaube, was die Kollegin Benkö gesagt hat, das kann ich nur voll unterstreichen, weil bis jetzt gute Arbeit geleistet wird. Dieser Bericht zeigt auch, und das freut mich persönlich auch sehr, dass es sehr viele Veränderungen in der Öffentlichkeitsarbeit gegeben hat, weil ich davon überzeugt bin, dass man diese Botschaft, diese gute

Botschaft für unser Land und für unsere Bevölkerung natürlich jetzt streuen muss, diese Bewusstseinsbildung.

Die Bewusstseinsbildung bei den Erwachsenen, eine Bewusstseinsbildung bei den Kindern und das wächst natürlich dann mit den Generationen mit. Daher darf ich nur einige Dinge nennen, die mir sehr gefallen und die mir auch aufgefallen sind. Das ist auf der einen Seite, dass gute Dinge, die bis jetzt gelaufen sind, auch weiter geführt werden, das wurde schon erwähnt.

Das ist das Projekt "Sei keine Dreckschleuder - Abfall in Straßengräben". Wir wissen ja, dass wir uns oft sehr ärgern, wenn man auf Straßen fährt, wo eine Verschmutzung ist. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass dieses Projekt deshalb so gut läuft und gelaufen ist, weil sehr viele Dinge, oder weil sehr viele Institutionen mitgearbeitet haben. Das ist der ORF, das ist der Burgenländische Müllverband, die ASFiNAG, die Abteilung 8 und natürlich auch die Umweltanwaltschaft, weil diese Vermeidung in Straßengräben natürlich schon, wenn auch wenig, aber bemerkbar ist.

Dieses Projekt auch weiterzuführen, dazu kann ich nur gratulieren. Ganz besonders ist mir auch der Folder aufgefallen, den hat die Kollegin auch schon erwähnt, "Recht hast!". Die Erstellung dieses Folders, den man per Internet und den wir auch in den Gemeinden bekommen haben, wo wirklich ganz stark rausgeht was es tatsächlich sein soll für die Zukunft und dass jeder das Recht hat, eine intakte, gesunde und lebenswerte Umwelt auch für die Zukunft zu haben.

Das sind natürlich Dinge, wo man jetzt Schritte gesetzt hat, wo man einen neuen Zugang zu jüngeren Personen zu einer breiteren Masse gesetzt hat. Also dazu kann ich wirklich auch nur gratulieren. Mir ist auch sehr angenehm das Projekt mit dem Landesschulrat aufgefallen, wo es einen Fotowettbewerb gegeben hat. Wo es dann natürlich ganz schön war, dass die Kinder vor den Vorhang gebeten worden sind, dass es dann dieses Memory-Spiel gegeben hat.

Ich bin davon überzeugt, dass auch das wichtige Schritte sind, einmal von der positiven Erfahrung der Kinder, von der positiven Erfahrung auch der Lehrkörper und der Eltern. Und dass das auch ein ganz, ganz gutes Projekt ist. Ich weiß es deshalb so genau, weil das bei uns in Mattersburg in der Bauermühle geschehen ist. Also ich glaube, dass das wirklich auch nachzuahmen ist, in welcher Form auch immer. Das würde ich gerne noch so als Gedanken mitgeben.

Was mir auch persönlich wichtig ist, und wozu diese Veranstaltungen für Bewusstseinsbildung auch noch sind, die ich erwähnen will, das ist diese Glyphosatgeschichte. Wir haben dieses Unkrautvernichtungsmittel schon lange diskutiert hier im Landtag. Wir wissen, dass die EU auch schon lange diskutiert, für wie viel, wie lange wird es zugelassen, dass es Gott sei Dank schon sehr viele Gemeinden gibt, die Glyphosat nicht mehr verwenden.

Ich glaube, da sieht man durch eine Veranstaltung, die es letztendlich auch gegeben hat, dass es doch greift und wie wichtig es dann auch ist, mit Vernetzungen innerhalb der Landesregierung. Weil die Frau Landesrätin natürlich dieses Thema auch aufgenommen hat, weil wenn man die Umwelt schützen muss, dann ist auch diese Vernetzung ein sehr, sehr wichtiger Faktor. Also zu dem kann ich natürlich auch nur positiv sprechen.

Gut, was es gibt es noch? Es war im Jahr 2015 das Jahr des Bodenschutzes. Da gab es auch eine Veranstaltung. Die haben wir ja auch in Mattersburg oder durfte auch bei uns in Mattersburg in der Bauermühle durchgeführt werden. Ich glaube es waren sehr

viele Leute dort. Es waren sehr viele Fachleute dort, auch das ist ein wichtiger Faktor. Es waren auch sehr viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Bezirkes bei dieser Veranstaltung.

Ich bin davon überzeugt, dass es eine Nachhaltigkeit hat, dass dort wirklich ein Grundstein gelegt worden ist, dass man wirklich überdenken soll was, wieviel und wo gebaut wird. Wir als Gemeinde oder als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind gefordert. Es muss natürlich schon so gehen, dass Hand in Hand mit Information der Bevölkerung und der Grundstückseigentümer das ganze über die Bühne geht, dann wird es auch funktionieren. Also auch diese Veranstaltung war sehr gut und ich glaube, dass es auch Früchte tragen wird für die nächsten Jahre.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie sehen, der Umweltanwaltschaft Burgenland wird die Arbeit nicht ausgehen. Ich glaube wir, so wie wir heute hier sitzen, sind als Kommunalpolitiker, als Landespolitiker, verpflichtet, dieses Gedankengut im positiven Sinne für unsere Umwelt weiterzutragen. Ich lade sie dazu herzlich ein.

Dann wird das Beste für unsere Umwelt herauskommen. Es wird auch für die nächsten Generationen sehr positiv sein. Ich darf mich jetzt wirklich noch einmal bedanken bei der Umweltanwaltschaft. Bitte geben Sie auch diesen Dank an Ihr Team weiter. Ich freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Gerhard Steier. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Alle Vorredner haben auf die Wertigkeit, die Wichtigkeit und den Inhalt der Landesumweltanwaltschaft verwiesen. Wir sind uns bewusst, hoffentlich alle, welche Wertigkeit die Landesumweltanwaltschaft hat. Spätestens dann steht sie aber in kritischer Diskussion, wenn es um einen Bericht oder um eine inhaltliche Konfrontation geht, die quasi denen, die um irgendein Projekt kämpfen, um einen Sachverhalt ringen, nicht genehm ist.

Zu dem Zeitpunkt ist es aber wichtig, zu dieser Landesumweltanwaltschaft zu stehen, ihr den Rücken zu stärken und die entsprechende Anerkennung auch zu verschaffen. Ich hoffe auch, dass neben dieser Berichterstattung gerade zu den Zeitpunkten, wo ich dann auch verwiesen habe, diese Wertigkeit der Landesumweltanwaltschaft auch betont wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Bericht steht, Zentrum der Tätigkeit der Umweltanwaltschaft ist die verantwortungsvolle und gewissenhafte Besorgung der übertragenen Parteirechte in Verfahren, die Mitwirkung in Begutachtungsverfahren zu Gesetzen und Verordnungen und das Initiativrecht zur Abstellung von Missständen. Zusätzlich soll jedoch Wert gelegt werden auf Bewusstseinsbildung zu Umweltschutzthemen, beginnend bereits bei Kindern, dazu soll jedenfalls die Zusammenarbeit auch mit Instanzen forciert werden.

Tatsache ist, dass die Aufstellung in der Breite, die Landesumweltanwaltschaft in den letzten Jahren sehr wohl vorangetrieben hat und dass sie sich bemüht hat, den Wert, den Inhalt, dessen was unsere Umwelt eigentlich darstellt, auch entsprechend nicht nur mit Initiativen, sondern auch in der Entsprechung von Gesetzen gerecht zu werden.

Es ist vielerlei von meinen Vorrednern zu diesem Bericht gesagt worden. Tatsache ist, dass es gerade im Bereich von Wortgegebenheiten, die heute noch nicht so geläufig sind, Bewusstseinsbildung geben muss. Ich erinnere an Neophyten, ich erinnere an das

von meiner Vorrednerin bezeichnete Glyphosat. Das sind alles Bereiche, die der Gesamtbevölkerung als solches in der besonderen Bedeutung viel stärker noch vermittelt werden müssen, aber grundsätzlich sollten wir uns auf das auch versteifen, was den Inhalt der Landesumweltanwaltschaft insbesondere betrifft. Zum einen ist es der Bodenschutz, beziehungsweise die Gegebenheiten, die mit Raumplanung im Zusammenhang stehen.

Wenn wir davon ausgehen, dass, und das ist ja statistisch erwiesen, dass pro Tag in Österreich an die 30 Fußballfelder verbaut werden, dann wissen wir, dass um die Ressource Boden heute schon gerungen werden muss, und dass alle Bedachtnahme diesem, für uns so wichtigen Erbgut eigentlich gewidmet werden muss. Ich rede jetzt noch nicht vom Klimaschutz, sondern ich rede einfach von der Ressource Boden, von der ausgehend die gesamte Kapazität in der Lebenshaltung der Menschheit Gegebenheit ist.

Wenn wir in der Umsetzung auf die Bodenressource nicht entsprechend Bedacht nehmen und nicht quasi jetzt zu dem Zeitpunkt schon langatmig beginnen hätten sollen einzuschränken, diese Verbauungsaktivität, die scheinbar grenzenlos ist, dann kommt es zu einem Verbrauch, der nicht wieder zu reparieren sein wird. Diese Gegebenheiten spielen in verschiedensten Faktoren unter dem Aspekt der Lebensqualität eine ganz gewichtige Rolle. Meine Vorrednerin hat darauf verwiesen, dass die Gemeinden gefragt sind.

Ich verweise darauf, dass insbesondere das Land gefragt wäre, Einschränkungen in Bezug auf Wünsche, die in den Gemeinden zum Teil passieren und herangetragen werden an das Land, die Notwendigkeiten einer gewissen Kontrolle und Vernünftigkeit in der Umsetzung auf raumplanungstechnische Maßnahmen zu setzen.

Insbesondere, wo wir jetzt auf den Klimaschutz auch die Betrachtung legen müssen, und wenn wir den Boden als Ressource für CO_2-Speicherung als Gegebenheit für den Anbau von Nahrungsmitteln und wie immer auch betrachten, dann gilt dieses Prinzip der kontrollierten und wirklich Vernunft gegebenen Umgangsform mit dieser Ressource immer stärker ins Bewusstsein zu rücken und auch darauf Bedacht zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass im Bereich oder in Bezug auf den Klimaschutz der Verkehr eine ganz gewichtige Rolle spielt. Tatsache ist, Kollege Spitzmüller hat darauf verwiesen, dass man nicht alles, quasi auf den öffentlichen Verkehr übertragen kann, weil es einfach auf Grund der geographischen Möglichkeiten im Burgenland so nicht stattfinden wird können.

Aber was eine wichtige Maßnahme wäre, der, meiner Ansicht nach, zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird, wo auch eine Bewusstseinsbildung in besonderer Form gewährleistet sein müsste, und hier wäre die Landesumweltanwaltschaft möglicherweise der entsprechende Partner, wäre das Gebot, und das sieht jeder, der mit dem Auto unterwegs ist, dass zumeist ein Verkehrsteilnehmer pro Auto unterwegs ist.

Diese Aufsplittung von sogenannten Fahrverhalten ergibt eigentlich eine Situation, dass sich die meisten Verkehrsteilnehmer darüber ärgern, dass im Endeffekt ein Stau entsteht, der Bedacht nehmend auf die Situation der Nutzung von gemeinsamen Ressourcen mehr oder weniger hintangehalten werden könnte. Das wäre ein gewichtiger Moment im Sinne des kompletten Verkehrsstromes, dass man sich darauf einigt, nicht nur jetzt im Sinne von Park & Ride-Anlagen für den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, sprich Zug oder Bus, sondern insbesondere auch auf die Umsetzung von Einrichtungen und Möglichkeiten, die den Verkehrsstrom auf Autos bezogen mit Partnerschaften gewährleisten würden.

Hier wären auch sogenannte Umstiegsformen gefragt, zentral, weil die meisten jetzt zum Beispiel in die Bezirksvororte pendeln und von dort her diese Ressourcen auch nützen könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein Aspekt, wo man quasi praktisch und notwendig eingreifen könnte, um den Klimaschutz voranzutreiben. Eines, was in der Fragestunde und auch jetzt in der Diskussion schon gefallen ist, wäre die absolute Bremse vom Einsatz fossiler Brennstoffe. Ich möchte darauf verweisen, dass es in einem Österreichkataster zu sehen ist, dass die westlichen Bundesländer um etliches mehr an Anlagen besitzen, die befeuert werden zum Beispiel für den Hausgebrauch auf Öl-Heizungen.

Also die westlichen Bundesländer sind da viel stärker im Ausbau als die östlichen Bundesländer, aber nichtsdestotrotz ist eine Initiative in den westlichen Bundesländern im Ansatz jetzt schon weit gediehen, dass nämlich die absolute Einschränkung von fossilen Brennstoffen, speziell von ölgebundenen Formen von Ölheizungen im Haushaltsbereich, stattfinden soll.

Wenn ich die Meldungen richtig verfolgt habe, dann sind die Landtage in Tirol, in Vorarlberg und in Salzburg sehr wohl der Meinung, dass es hier durch eine gesetzliche Initiative nur stattfinden wird, um hier das Gebot auch in die Wirklichkeit umsetzen zu können.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dieser Bereich, was Klimaschutz, was Naturschutz, was alles Mögliche unter den Gegebenheiten Ramsar, Natura 2000, und wie immer auch Gegebenheiten sind, auf der einen Seite verordnete Maßnahmen sind, die nicht nur der entsprechenden Regelung bedürfen, sondern auch der Pflege bedürfen. Auf der anderen Seite als Instanz, die oft dann appellativ gebraucht und in Anspruch genommen wird, die als Umweltanwaltschaft dasteht.

Tatsache ist, dass in den letzten Jahren unter anderem in den Bezirksbereichen des Burgenlandes, Einschränkungen auf Naturschutzorgane stattgefunden haben und dass diese Kapazitäten wie am Personal, oft Sorge getragen haben, dass entsprechend kontrolliert, dass entsprechend Aufsicht geführt wurde, jetzt fehlen.

Natürlich ist der Hinweis darauf, dass man finanzielle Einschränkungen gesetzt hat, und das nicht mehr bezahlen möchte, ein Argument. Nur auf der anderen Seite, wenn wir die Initiative der sogenannten „Dreckschleuder“ bezogen auf den Straßenbereich nehmen, wenn wir andere Initiativen hernehmen, dann wäre es darum bestellt, dass wir auch Personal dafür zur Verfügung stellen, um dieser Umwelt entsprechend die Möglichkeiten der Schonung und der entsprechenden Gewährleistung auch zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind einige Beispiele in dem Bericht angeführt, was praktische Umsetzung im Kommunalbereich betrifft. Unter anderem ein Stallbau, unter anderem auch Gegebenheiten, die immer in Diskussion stehen mit Straße, mit anderen notwendigen oder auch teils sehr schwerwiegenden Eingriffen in die Natur.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es um die Notwendigkeit des Einschreitens der Landesumweltanwaltschaft geht, dann möchte ich auf meinen Einstieg in diesen Diskussionsbeitrag zurückkommen. Ich glaube, dass wir nicht nur den Bericht, der alljährlich geliefert wird, einstimmig zur Kenntnis nehmen sollten, sondern dass wir alles daran setzen sollten, das Gewicht und auch das Rückgrat der Landesumweltanwaltschaft nicht nur durch Wortbekenntnisse sondern auch durch Taten steigern zu helfen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! In aller Kürze. Es wurde sehr viel gesagt was richtig ist und sehr wichtig ist. Die Umwelt ist ein ganz ein wichtiger Faktor für uns und ich denke für alle, die dieses Land gerne haben und auch in Zukunft für unsere Kinder eigentlich so erhalten wollen und müssen. Daher ist es wichtig, dass es diese Umweltanwaltschaft gibt.

Da nur einen Satz dazu. Die große Bedeutung der Einrichtung Umweltanwaltschaft besteht sicherlich darin, dass diese weisungsfrei ihre Tätigkeit ausüben kann und so durchaus wichtige Entwicklungsbereiche des Landes, wie Raumplanung, Betriebsansiedelungen, Windkraftstrategien, mitgestalten kann. Muss sagen, das ist ein wichtiger Punkt, ein wichtiger Satz und ein richtiger Satz.

Denn als Bürgermeister oder Bürgermeisterin, wissen wir, wie schwierig es oft ist, wenn man jemandem alles Recht machen will. Dann hat man Schwierigkeiten, dann nimmt man die Umweltanwaltschaft her. Die gibt uns Information, die gibt uns Hilfestellung. Und auch das Land, muss ich dazusagen, hat sich in der letzten Zeit massiv darum bemüht, hier auch, wenn man Baulandressourcen eigentlich in großer Menge vorhanden hat, einmal zurückzunehmen.

Den Mut muss man als Politiker einmal haben, das ist nicht einfach. Aber daher brauchen wir eine Umweltanwaltschaft die dazu steht. Das kann ich nur bestätigen. Es gibt immer Kontakte und das ist eine wichtige Sache, dass man das auch so pflegt.

Vielleicht ein paar Sätze zum Personal. Vielleicht kann man das noch mehr aufstocken, weil ich glaube, die Arbeit wird nicht weniger. Das wird immer mehr diese Arbeit. Vielleicht sollten wir uns da auch in Zukunft Gedanken machen, dass wir sie noch mehr unterstützen, sei es personalmäßig. Aber das ist entscheidend, dass sie auch gleichzeitig auf gewisse Verhandlungen, Bauverhandlungen, dort sein können.

Ein Beispiel: Deutschkreutz Krematorium haben sie es nicht geschafft. War ein wichtiges Thema, muss ich dazu sagen. Aber ich denke, wir sind auch auf einem guten Weg, dass das jetzt funktionieren wird. Ich glaube, das sind die richtigen und wichtigen Instrumente, die man hier geschaffen hat, um für unsere Umwelt, für unsere Zukunft das Beste zu machen.

Noch einmal herzlichen Dank für diesen Bericht. Er ist zwar nicht dick, aber er ist wichtig. Herzlichen Dank. Alles Gute für die Zukunft. *(Beifall bei der LBL, der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich zu Wort gemeldet die Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Burgenländische Umweltanwaltschaft leistet jetzt seit mittlerweile über einem Jahrzehnt eine, ganz ohne Frage, wirklich zielgerichtete Arbeit für den Umweltschutz im Burgenland.

Sie ist ein kompetenter Ansprechpartner für verschiedenste Interessengruppen, sei es jetzt auf Landesebene, auf Bezirksebene, für Gemeinden, aber eben auch für Privatpersonen. Und sie trägt vor allem ganz maßgeblich zur Lösung von Konflikten bei,

die sich oft im Spannungsfeld zwischen Umwelt und privaten Interessen befinden. Durch ihre Tätigkeit können eben solche Konflikte eben oft schon im Vorhinein vermieden werden.

Das Zentrum der Tätigkeit, wir haben es jetzt von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern ohnehin schon gehört, - ich halte mich kurz - es ist einerseits die Parteienstellung der Umweltanwaltschaft bei wichtigen Projekten, die erhebliche Auswirkungen im Umweltbereich haben. Ziel ist es dabei, eine umweltverträgliche Lösung herbeizuführen, anstatt Dinge zu verhindern.

Und eben diese Parteistellung im UVP-Gesetz beispielsweise, und auch die Begutachtung von Gesetzen und Verordnungen. Genau dadurch leistet die Umweltanwaltschaft nicht nur zum Schutze der Umwelt, sondern zum Schutze von allen Burgenländerinnen und Burgenländern hier eine wichtige Arbeit.

Bürgerservice ist auch schon angesprochen worden. Wird bei der Burgenländischen Umweltanwaltschaft sehr groß geschrieben. Dabei geht die Tätigkeit von der Beantwortung von Anfragen bis hin zur Beratung oder aber auch zur Bearbeitung von Beschwerden.

Mag. Werner Zechmeister, seit 1. August 2015 neuer Umweltanwalt im Burgenland, ist hier ein absolut kompetenter Leiter dieser Umweltanwaltschaft. Seit seiner Bestellung hat er nicht nur die vorhin angesprochenen klassischen Tätigkeiten des Umweltanwaltes absolviert, sondern hat sich auch mit diversen Initiativen sehr, sehr wichtige Schritte im Zusammenhang mit Umweltschutz zur Verfügung gestellt.

Hervorheben möchte hier einerseits die Initiative, die Frau Abgeordnete Salamon hat es auch schon erwähnt, die wir gemeinsam gestartet haben, nämlich die glyphosatfreie Gemeinde.

Wobei es vor allem darum geht, Gemeinden hervorzuheben, die sich dazu verpflichtet erklären, auf glyphosatfreie Pestizide auf gemeindeeigenen Flächen zu verzichten. Es ist ein ganz, ganz wichtiger Beitrag auch im Sinne aller Einwohnerinnen und Einwohner des Burgenlandes, wenn hier in möglichst vielen Gemeinden auf eben solche Pestizide verzichtet wird.

Eine andere Maßnahme, die ich hier auch noch extra erwähnen möchte, die zwar auch schon die Abgeordnete Salamon erwähnt hat, aber als Jugendlandesrätin ist es mir trotzdem ein wichtiges Anliegen, nämlich das Umwelt-Memory-Spiel des Umweltanwaltes. Denn gerade bei diesem Umwelt-Memory-Spiel, das auf die jüngsten Burgenländerinnen und Burgenländer abzielt, ist hier gelungen, auf wirklich spielerische Weise die Kinder und Jugendlichen auf die schützenswerte Tier- und Pflanzenwelt aufmerksam zu machen.

Und eben diese Bewusstseinsbildung ist auch der Grundstein für eine erfolgreiche und vor allem nachhaltige Umweltarbeit im Burgenland. Denn der Umweltschutz, so wie wir ihn heute betreiben, der zahlt sich nur dann aus, und kann auch nur dann weitergetragen werden, wenn sie durch die nächsten Generationen des Wertes unserer Umwelt und vor allem einer intakten Natur bewusst sind.

Deswegen freut es mich sehr, dass sich auch die zukünftig geplanten Initiativen der Burgenländischen Umweltanwaltschaft sehr im Bereich der Bewusstseinsbildungen auch abspielen.

Denn die Arbeit der Umweltanwaltschaft zeigt, dass diese Arbeit nicht wie viele glauben einen Konflikt im Handeln, im Sinne der Umwelt und ein Handeln im Sinne der

Bürger kommt, sondern dass vielmehr hier Interessen abgewogen werden und beide Interessen maßgeblich verfolgt werden können.

Das heißt, Handlungen im Interesse beziehungsweise im Schutz der Umwelt müssen nicht immer Handlungen des Verhinderns sein, sondern können auch vielmehr Handlungen sein, die Verbesserungen für Bürgerinnen und Bürger und im Sinne der Umwelt herbeiführen.

Hier ist die burgenländische Umweltanwaltschaft ein ganz hervorragendes Beispiel. Diese zeichnet sich sicher durch vielseitiges Engagement aus und ist kein Verhinderer im Sinne des Umweltschutzes, sondern ein Gestalter. Es wird hier wichtige und zielgerichtete Arbeit in den verschiedensten Bereichen geleistet.

Ich möchte die Gelegenheit auch noch einmal nutzen und mich sehr herzlich beim Herrn Mag. Werner Zechmeister und seinem gesamten Team in der Umweltanwaltschaft für ihre zielgerichtete und vor allem wichtige Arbeit im Sinne des burgenländischen Umweltschutzes zu bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke meine Damen und Herren. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 588, betreffend Güterwege; Planung, Bau, Instandhaltung und Förderung ab dem Jahr 2010 (Zahl 21 - 417) (Beilage 635)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 588, betreffend Güterwege; Planung, Bau, Instandhaltung und Förderung ab dem Jahr 2010, Zahl 21 - 417, Beilage 635.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Manfred Kölly: Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Güterwege; Planung, Bau, Instandhaltung und Förderung ab dem Jahr 2010, in seiner 5. Sitzung am Mittwoch, dem 9. November 2016, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie die Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes DI (FH) Ing. Racz und OAR Lomosits an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Güterwege; Planung, Bau, Instandhaltung und Förderung ab dem Jahr 2010 zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Landtagsabgeordneter Kölly ist auch als Erster zu Wort gemeldet.

Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt uns ein Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Güterwege; Planung, Bau und Instandhaltung und Förderung ab dem Jahr 2010 vor.

Der Prüfungsgegenstand ist akribisch wie immer aufgearbeitet. Meiner Meinung nach ist dieser Bericht eigentlich sehr positiv zu betrachten, denn ich glaube, wir haben andere Rechnungshofberichte in der Vergangenheit, aber auch in der Zukunft zu diskutieren, die ein bisschen anders ausschauen wie dieser, wo wir wirklich einiges vielleicht aufzeigen oder anregen wollen, jedoch vielleicht das eine oder andere schon umgesetzt ist.

Ich möchte mich aber vorweg bedanken, bei der Abteilung, an der Spitze beim Hofrat Haslehner mit seinem Team, das wirklich hervorragende Arbeit leistet. Ich weiß wovon ich rede, denn ich bin ständig mit ihnen in Kontakt, und es funktioniert hervorragend. Das habe ich bei der letzten Landtagssitzung schon festgehalten.

Daher ist es wichtig, immer den Kontakt auch zu diesen Abteilungen zu halten, mit ihnen zu diskutieren und auch ihre Vorschläge und Informationen an gewisse Leute weiterzugeben, die sie vielleicht haben sollten und sich auch informieren sollten.

Ich glaube, wenn wir den Rechnungshofbericht sehen, wo 29 Empfehlungen abgegeben wurden, dann ist zum Beispiel die Güterwegförderung auf Basis einer fundierten Gesamtplanung zu budgetieren.

Ich denke, das wird in Zukunft sowieso passieren, oder es ist schon so weit, dass das auch funktionieren wird. Einige Beispiele, wo sich das Bündnis Liste Burgenland dementsprechend immer wieder einbringt und mit Anträgen operiert und arbeiten will, wurden leider im letzten Landtag abgelehnt, geht nicht, kann man nicht machen.

Ich verstehe das schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landesrat für Finanzen, mir ist bewusst, dass es an dem Geld meistens scheitert und das ist halt auch eine wichtige Frage. Aber man sollte nicht nur Anträge immer wieder ablehnen, sondern sich auch mit den Abteilungen zusammensetzen. Welche Möglichkeiten bestehen in Zukunft, vielleicht einiges besser zu gestalten oder besser zu machen? Denn die Zeit bleibt nicht stehen, auch nicht in der Landwirtschaft, auch nicht im Güterwegebau. Wir haben damals gesagt, 3,5 Meter Breite ist natürlich ein bisschen eine schmale Geschichte.

Wenn ich mir den Tourismus anschaue, man fördert den Tourismus ganz hochkarätig mit viel Geld und dergleichen mehr, aber auch und da bin ich jetzt bei den

GRÜNEN, wenn Sie immer sagen, man soll nichts zuasphaltieren, man soll keine Straßen mehr bauen, dann kann ich Euch nur darauf aufmerksam machen, man braucht diese Wege ganz deutlich und bewusst.

Wenn wir keine Wege und nicht asphaltiert hätten, dann würde dort Staubentwicklung entstehen und - wir haben vorher von der Umwelt gesprochen - dann würde ich mir gerne anschauen, wie das Ganze vor sich gehen würde.

Das schreibe ich in Euer Stammbuch. Kommt hinaus, schaut Euch das an! Und ich glaube, dass es wichtig ist, dass dieser Güterwegebau wirklich funktioniert. Das kann ich nur nochmals bestätigen.

Dass im Bericht natürlich vom Rechnungshof einige Punkte immer wieder aufgezeigt werden, aber ich habe schon vorher erwähnt, dass das eher ein sehr positiver Bericht auch für die Güterwege ist. Ich glaube, in diesem Sinne sollten wir uns eigentlich auch bei den anderen Abteilungen daran halten wie es derzeit die Güterwegeabteilung macht.

Nochmals herzlichen Dank an alle, auch an den Rechnungshof, der wirklich akribisch das aufgearbeitet hat. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Entsprechend der mir vorliegenden Unterlagen hat Herr Abgeordneter Spitzmüller seine Wortmeldung zurückgezogen, daher ist Herr Abgeordneter Wiesler am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie schon gehört, liegt uns der Prüfbericht des Landes-Rechnungshofes betreffend Güterwegebau vor.

Zunächst allgemein, es ist in der Tat so, dass die Güterwege im ländlichen Raum eine große Bedeutung haben. Darüber haben wir in der letzten Landtagssitzung diskutiert. Güterwege umfassen ein funktionales, breites Spektrum der ländlichen Verkehrsinfrastruktur. Sie sind Verbindungswege zwischen den Ortschaften. Sie sind Wirtschaftswege für Land- und Forstwirtschaft, und sie werden aber auch touristisch als Radwanderwege genützt.

Güterwegeneubau und Instandsetzungsarbeiten von Güterwegen beleben natürlich auch die Wirtschaft, was man anhand der Investitionen laut Prüfbericht erkennen kann. So wurde von 2010 bis 2015 eine Investitionssumme von rund 48,3 Millionen Euro in Bau- und Instandsetzungsarbeiten investiert. Der Förderanteil des Landes betrug rund 18,2 Millionen. Insgesamt wurden 878 Projekte gefördert.

Das sind also die positiven Punkte. Wichtig dabei ist, dass das Land Burgenland auch seinen Förderanteil dazu beiträgt und hinter dem Güterwegebau steht.

Es sind so gesehen direkte Mittel für den ländlichen Raum, besonders auch für das Südburgenland, denn dort werden oft sehr viele Ortsteile miteinander verbunden. Hier werden somit wichtige Akzente gesetzt. Ich möchte lobend dazu natürlich bemerken, dass die Gemeinden das Hauptfinanzierungsvolumen, also die Hauptlast dazu beitragen.

Bevor ein Güterwegeneubau zustande kommt oder in Instandsetzungsmaßnahmen getätigt werden können, sind natürlich einige Formalitäten und Vorbereitungen zu erledigen. Diese hat sich der Rechnungshof genau angesehen, was die Planung, den Bau und die Förderung betrifft.

Wenn man den Bericht liest, übt der Rechnungshof zu diesen Punkten zu Recht Kritik. Es gibt hier einige Systemmängel. Wir haben schon gehört, dass vom Rechnungshof insgesamt 29 Empfehlungen vorgeschlagen wurden. Es gab Mängel bei der politischen Zuständigkeit, zum Beispiel, wer ist für etwas verantwortlich? Die Organisationsverfügung stand im Widerspruch zur Geschäftseinteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung.

Es gab Probleme bei der Aufgabenverteilung. Welche Stellen arbeiten gerade an einem Güterwegeprojekt? Wer ist für was im Abwicklungsprozess zuständig? Auch die Förderabwicklung war undurchsichtig. Es fehlten umfassende Förderrichtlinien, messbare Ziele oder eine verbindliche Förderstrategie. Bei der Fördervergabe waren fünf Organisationseinheiten des Landes Burgenland involviert. Es fehlten auch spezifische Kriterien für die Zuordnung der Förderanträge.

In allen diesen Bereichen gibt es natürlich Verbesserungsmöglichkeiten, die zum Teil mit der Verwaltungsreform und der neuen Geschäftseinteilung der Landesregierung im Sinne der Verwaltungsvereinfachung umgesetzt wurden.

Eine wesentliche Rolle in diesem Bereich spielt natürlich die neugeschaffene Abteilung 5, die Baudirektion, wo alle technischen Abteilungen zusammengeführt wurden. Somit soll eine Strukturoptimierung erreicht werden.

Hier möchte ich die Mitarbeiter hervorheben, die im Rahmen der Verwaltungsreform kräftig mitgearbeitet haben. Insgesamt wurden 467 Maßnahmenblätter gesammelt, welche bei einer Klausur diskutiert und später miteingearbeitet wurden.

Aus der Vergangenheit lagen laut diesem Prüfbericht vier weitere Prüfberichte betreffend den Güterwegebau vor. Hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen von damals lagen nur vereinzelt Nachweise vor. Auf jedem Fall hat das Land Burgenland 115.000 Euro damals für externe Prüfungen ausgegeben.

Es freut mich deshalb umso mehr, dass die rot-blaue Regierung mit der Verwaltungsreform jetzt schon zum Teil alle Empfehlungen umgesetzt hat, im Gegensatz zu damals, wo eben viel Geld ausgegeben wurde. *(Abg. Walter Temmel: Das stimmt nicht.)*

Abschließend möchte ich festhalten: Ich denke, dass sich im Laufe der Zeit ein System aus der Praxis heraus eingespielt beziehungsweise eingebürgert hat, das nicht ganz nachvollziehbar war.

Warum das bei der Abwicklung im Zusammenhang mit dem Güterwegebau so war, haben wir nun vom Rechnungshofbericht erfahren. Wo kein Kläger, da kein Richter!

Lobend möchte ich aber kurz die Güterwegedatenbank erwähnen. Diese gewährleistet umfassende Informationen über die Förderprojekte und deren Zustand für die Förderstelle, was natürlich sehr wichtig ist. Sie dient natürlich als Finanzierungskonzept und ist in Zeiten enger werdender Budgets enorm wichtig.

Ich danke dem Rechnungshof für den Bericht. Wir nehmen ihn zur Kenntnis und wir sehen wieder die Wichtigkeit des Rechnungshofes. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächster hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ulram zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzte Anwesende von den Zuschauerrängen! Herr Direktor des Landes-

Rechnungshofes! Herr Hofrat Haslehner! Die Verbesserung des Lebensraumes und der Wirtschaftsbedingungen im ländlichen Raum ist wahrscheinlich für alle hier Anwesenden und alle Burgenländerinnen und Burgenländer eine wichtige Angelegenheit. Das soll auch sein und dazu ist auch ein wichtiger Punkt dabei der Ausbau sowie auch die Instandhaltung von Güterwegen.

Wir haben ein Netz von 3.800 Kilometer Ausbaulänge im Güterwegebereich, wo ein überwiegender Teil mit 65 Prozent auch als Radweg genutzt wird. Diese Vernetzungen in all diesen Bereichen stellt schon einen wesentlichen Teil in jeder Gemeinde, in jedem Ortsteil, in unseren Gemeinden dar.

Der Rechnungshofbericht der Jahre 2010 bis 2015 behandelt die Abläufe, die Förderungen und so weiter, wo 48,3 Millionen Euro investiert worden sind. Investiert worden sind diese Gelder zu 56 Prozent über die Gemeinden, zu 38 Prozent über das Land und die restlichen sechs Prozent über Bund und EU.

Das heißt aber auch gleichzeitig, weil wir heute in der Fragestunde das Thema Breitbandausbau gehabt haben, wo 4,4 Millionen Euro als große Errungenschaft dargestellt werden, wo 0,44 Prozent der gesamten Bundesmittel im Burgenland dafür verwendet werden, und das noch auf zwei und ein Drittel aufgeteilt wird, das wird, glaube ich, schon etwas wenig sein. Damit werden wahrscheinlich drei, vier, fünf Gemeinden im ganzen Burgenland irgendwo einen Breitbandausbau bekommen, vielmehr wird sich damit der gesamten Infrastruktur über die Wegelängen ausgehen.

Aber zurück zu den Güterwegen. Hier sieht man wieder, mit 56 Prozent des Investitionsvolumens der Gemeinden, wo auch die Wirtschaftskraft und der Motor auch zu Hause ist, und die Interessensgemeinschaften gemeinsam mit den Gemeinden tragen hier einen wesentlichen Anteil dazu bei, dass im Bereich der Wirtschaft, aber auch im Bereich der Landwirtschaft und des Tourismus einiges weitergeht und wie vorher angesprochen, 65 Prozent aller Radwege führen über Güterwege.

Insgesamt hat der Rechnungshof einige Mängel festgestellt. Mängel dahingehend, wo bei den Abläufen, bei den Aufzeichnungen - wie auch immer - verbesserungswürdige Maßnahmen gesetzt werden können.

Das ist auch gut und richtig so, aber dennoch sind von der Förderorganisation, wie zum Beispiel unter Punkt 2.7 der Abteilung 4, alle Abläufe dementsprechend klar und nachvollziehbar dargestellt worden.

Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Punkt, wo diese Gelder auch richtig und wichtig eingesetzt werden, in der Infrastruktur, bei unseren Gemeinden. Da sieht man auch wieder, dass hier nicht Geld verschleudert wird und diese Förderung, die auch das Land finanziert, wie auch diese Geldmittel, die die Gemeinden und die Interessensgemeinschaften einsetzen, gut angelegt sind.

Der Rechnungshof wird auch noch andere Prüfberichte herausgeben und der letzte herausgegebene Prüfbericht über die EDV lässt heute schon erkennen, was eigentlich mit Geldern auch passiert, wie hier mit Steuermitteln umgegangen wird, wo nicht sehr sorgsam umgegangen wird.

In diesem Sinne glaube ich, ist es soweit ein guter Prüfbericht, wo die kleineren Abläufe innerhalb der Abteilungen, wo ja fünf involviert waren, verbessert werden können.

Zum Kollegen Wiesler möchte ich noch eine Anmerkung sagen. Wenn die Verwaltungsreform so eine großartige Verbesserung ist, dann wünsche ich mir keine mehr, weil mit dem ist ja eigentlich alles nur komplizierter geworden ist, sodass manche

gar nicht mehr wissen, wofür sie jetzt zuständig sind und wer jetzt zuständig ist und alles neu erfunden werden muss. Dass da eigentlich nur über politische Charaktere beurteilt wird, finde ich nicht unbedingt herausragend. *(Landesrat Helmut Bieler: Der Rechnungshof fordert es aber. Das ist ein bisschen kontraproduktiv, oder?)*

Das ist wahrscheinlich schon eine Ansichtssache auch, Herr Landesrat, wie man Verschachtelungen macht. Ob mit der Verwaltungsreform wirklich das Ziel erreicht worden ist, sei dahingestellt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das was umgesetzt worden ist, ist nicht im Rechnungshofbericht gestanden.)*

Dennoch bleiben wir trotzdem bei der Forderung, angelehnt an dem, was der Kollege Kölly vorhin schon gesagt hat, die 3,5 Meter, wohlwissend, dass die Budgetmittel nicht enden wollend sind, aber trotzdem mit den 50 Prozent, gemeinsam mit den Gemeinden verbreitet werden soll, in der Förderstruktur fünf Meter, aber auch beim Belag von 6,5 Zentimeter auf Minimum acht Zentimeter.

Weil auch in der Landwirtschaft, genauso von allen anderen Nutzern die Belastungen für Güterwege natürlich mehr werden. Daher sollten wir trachten, zeitgemäß diese Förderungen mit den 50 Prozent, absolut in Ordnung, aber auch bei den Richtlinien daran arbeiten können, dass wir auf fünf Meter Breite das Ganze ausbauen und zumindest mit acht Zentimetern den Güterweg herstellen können, belagsfertig natürlich.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei der Arbeit des Rechnungshofes, bei der Arbeit der zuständigen Abteilungen, insbesondere bei den zwei Anwesenden, beim Herrn Direktor Mihalits und beim Herrn Hofrat Haslehner. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP und beim Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Abgeordneter Sodl ist als nächster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Damen und Herren! Herr Hofrat! Herr Direktor! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Zuseherinnen und Zuseher via Internet auf dem Livestream! Wir behandeln und diskutieren heute den Prüfungsbericht Güterwege; Planung, Bau, Instandhaltung und Förderung von 2010 bis 2015. Meine Vorredner haben in dieser Form eigentlich sehr viel gesagt.

Ich habe mir diesen Prüfbericht sehr genau angeschaut und darf hier vor allem einmal vorweg dem Direktor des Landes-Rechnungshofes, Direktor Andreas Mihalits und seinem Team für seinen hervorragenden detaillierten Arbeitsbericht ein großes Kompliment und ein aufrichtiges großes Dankeschön aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dieser Prüfbericht umfasst 82 Seiten mit 29 Empfehlungen sowie die Stellungnahmen, die Äußerungen der Burgenländischen Landesregierung zum vorläufigen Prüfergebnis. Diese sind ebenfalls sehr detailliert eingegangen.

Im betrachteten Zeitraum, es wurde bereits angesprochen, wurden insgesamt 878 Einzelprojekte mit einem Volumen von 48,3 Millionen Euro dargestellt. Die anfallenden Overheadleistungen - sprich die Bauvorbereitung, die Bauabwicklung und die Abrechnung - wurden seitens des Landes nicht verrechnet; dies schlägt sich mit zirka 0,9 Millionen Euro nieder.

Also kann man in diesem Bericht, in diesen insgesamt sechs Jahren, die Summe von 49,2 Millionen Euro beziffern. Wenn man das wiederum auf einen Jahresschnitt herunterbricht, sind das pro Jahr 8,2 Millionen Euro.

Die Finanzierung, die Aufteilung wurde hier schon angesprochen, mit 56 Prozent der Summen sind die Gemeinden, auch die Interessensgemeinschaften, in den Gemeinden beteiligt, 44 Prozent der Förderungen kommen hier vom Land Burgenland, vom Bund und ebenso von der Europäischen Union.

Ich möchte es aus Sicht der Bürgermeister nochmals wiederholen. Ich habe es in der letzten Sitzung, in meinem Rednerbeitrag, schon angesprochen, dass hier und aus Sicht einer Gemeinde, die ein sehr großes Straßennetz hat, mit über 120 km Gemeindestraße, asphaltiert, rein asphaltiert, und natürlich ein großer Anteil dieser asphaltierten Straßen im Bereich Güterwege sind.

Man kann das auch ganz klar im Prüfbericht sehen, wenn Sie hier auf den Seiten 78, 79, in den Anlagen 7 und 8, die Karte, die Legenden, die Aufteilung der Güterwege in Nord und Süd vergleichen.

Im Norden, wo die Gemeinden der Bezirke Neusiedl, Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf enthalten sind, und im Gegenzug eben die Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf und sich hier das Verhältnis ansehen, so sehen Sie, dass der Stand 2014 im Baugebiet Nord 1.718 Kilometer Güterwege enthält und auf der anderen Seite, im Baugebiet Süd, nur die Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf, sich mit 2.093 Kilometern niederschlagen. So sehen Sie auch, wie wichtig das für alle Gemeinden, aber vor allem natürlich für Gemeinden des südlichen Burgenlandes auch ist.

Sehr positiv finde ich, dass sich die Vertreter des Landes-Rechnungshofes auch an Ort und Stelle ein Bild davon gemacht haben, bei zahlreichen stichprobenartigen ausgewählten Förderprojekten vor Ort geprüft haben, nicht nur am grünen Tisch, sondern auch draußen auf Baustellen waren und sich das vor Ort angeschaut haben. Sehr positiv finde ich auch, dass hier im Prüfbericht keine schweren Mängel zutage getreten sind.

Die Empfehlung betreffen viel mehr Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und der Transparenz. Erstens die strategischen und systematischen Maßnahmen, zweitens die Förderungsabwicklung und drittens die operative Abwicklung.

Sehr erfreulich ist hier, dass der Landes-Rechnungshof nicht nur Empfehlungen für eine effiziente Abwicklung veröffentlicht, sondern dezidiert auch positive Belange hervorgehoben hat.

Ganz positiv hervorgehoben sind die Implementierung und Nutzung, es wurde schon gesagt, einer umfassenden Güterwegedatenbank und vor allem und hier möchte ich Ihnen, Kollege Ulram, schon widersprechen, in dieser Form, und es wurde auch detailliert im Prüfbericht hier angegeben, dass hier mit der Umsetzung und mit der Empfehlung beziehungsweise deren Anwendungen hier bereits begonnen wurde und die Empfehlung sich durch die Organisationreform hier größtenteils positiv auch wiederum gibt.

In dieser Form möchte ich dem Landes-Rechnungshof mit dem ganzen Team, Dir, Herr Direktor, aber vor allem auch den handelnden Personen im Bereich des Güterweges recht herzlich für die gute Zusammenarbeit danken. Ich glaube, ich spreche auch hier im Sinne vieler Bürgermeister unseres Landes Burgenland. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Bieler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident des Rechnungshofes! Die Tatsache, dass keiner der Vorredner negativ über diesen Bericht geredet hat, zeigt, dass die Arbeit bei den Güterwegen sehr gut funktioniert. Die Tatsache, dass im Überprüfungszeitraum 48 Millionen Euro be- und verarbeitet wurden, mit 878 Projekten, ist ebenfalls ein Zeichen für die gute Arbeit.

Ich habe hier den Arbeitsplan, der die Instandhaltung von Güterwegen beinhaltet. Hier zeige ich Ihnen auch den Landesplan, der über 16 Seiten beinhaltet und ebenfalls ein Spiegelbild dieser umfassenden Arbeit widergibt.

Der Hauptkritikpunkt des Landes-Rechnungshofes, nämlich die vielen Zuständigkeiten, sind durch die Reform der Verwaltung gelöst. Das heißt, ich bin jetzt für alle Bauagenden zuständig, es läuft alles zusammen, es wird durch die Baudirektion hervorragend organisiert und in den einzelnen Bereichen umgesetzt.

Herr Hofrat, ich darf Sie bitten, den Kolleginnen und Kollegen meinen Dank für die gute Arbeit weiterzutragen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und beim Abg. Gerhard Steier)*

Das heißt, alle am Prozess beteiligten Verwaltungseinheiten sind jetzt tatsächlich miteinander unter einer Führung vernetzt, sodass wir die 29 Empfehlungen, die der Rechnungshof abgegeben hat, und das sind nicht so wenige, in Angriff nehmen können.

Ich darf hier einige Empfehlungen exemplarisch aufzeigen, die mir besonders aufgefallen sind und wo ich auch verstärkt dann Lösungsvorschläge einfordere. Nämlich was die Overheadkosten betrifft, was Personal- und Gerätekosten betrifft, die Bauzeitplanung, die Gesamtaufstellung von Eigen- und Fremdleistungen, aber vor allem auch die Prozessanalyse, die Prozesslandkarte, die in der Form, wie sie der Rechnungshof gefordert hat, noch nicht da sind.

Auch hier bei den Güterwegen habe ich wie beim Gemeindeinvestitionsfonds gleich zu Beginn meiner Tätigkeit in diesem Bereich eine Prioritätenliste und auch die Förderrichtlinien für die Bausaison 2017 neu eingefordert, zu adaptieren beziehungsweise neu aufzustellen, was momentan gerade auch passiert.

Daher recht herzlichen Dank an den Rechnungshof für diese Empfehlungen, für die Aufbereitung, für die Übersicht, die mir die Möglichkeit gibt, hier bessere Leistungen im Güterwegebau für die Gemeinden, für die Interessensgemeinschaften, durchzuführen.

Danke vor allem an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehemaligen Güterwegabteilung und danke an die Redner, die hier diese Arbeit auch gewürdigt haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Eben hat sich Landtagsabgeordneter Steier zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allen gemeinsam in der Darstellung des Rechnungshofberichts zum Güterwegebau war das Ansinnen, dass wir diesen Güterwegbau unbedingt brauchen. Dem ist auch beizupflichten. Es spricht nichts dagegen, im Gegenteil, das Land Burgenland wurde durch Maßnahmen, die speziell den Güterwegbau betreffen, erst erschlossen.

Ich gehe jetzt nicht in die Definition Nord - Süd ein, aber Tatsache ist, dass die meisten Verbindungsstraßen, so wurde es auch von den Rednern definiert, zwischen einzelnen Ortschaften im Süden über den Güterwegbau gewährleistet wurden.

Dass der in der Konsequenz anschließende Radtourismus diese Güterwege eigentlich für sich auch reklamiert hat, ist nur konsequent und bietet eigentlich insgesamt betrachtet damit die besten Voraussetzungen für das Land Burgenland als sogenanntes Radfahrland, sich auch entsprechend zu positionieren und diese Leistung im touristischen Sinne auch den Österreicherinnen und Österreichern, aber weit darüber hinaus auch unseren ausländischen Gästen näherzubringen.

Tatsache ist, das ist von meinen Vorrednern jetzt nicht angebracht worden, das hat der Rechnungshof in dem Sinne aber nicht ausgedrückt, aber nachgewiesen; Tatsache ist, dass in der Vergangenheit der Güterwegbau scheinbar auf Zuruf funktioniert hat.

Das heißt, ich habe von Seiten der Gemeinde über eine Interessensgemeinschaft eine Art von Initiative. In der Folge wurde an das Land herangetreten und dann hat man gesagt, ja wenn das entsprechend den Richtlinien die jetzt kurz gefasst bedeutet haben, dass ein Verein gegründet wird, dass die Gemeinde die Haftung übernimmt, dann bekommt die auch für dieses Teilstück diesen und diesen Zuschuss. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wurde im Grunde genommen auch in Gesprächen definiert, wie dieser Güterweg aussehen soll, wie er aufgebaut werden soll und wie das stattfinden soll. Anschließend hat es - je nach Kapazitätsmöglichkeiten - den vor Ort stattfindenden Ausbau auf diesem Güterweg gegeben. Anschließend hat es die Kollaudierung gegeben und anschließend wurde die Verrechnung auch abgestimmt.

Die meisten Baulose sind auch so in der Umsetzung gewesen. Es hat im Grunde genommen, so lange es so funktioniert hat, keine Beanstandungen gegeben. Um der Wahrheit jetzt auch Ausdruck zu verleihen: In Folge von der Verwaltungsreform hat es dann durch Ereignisse, die außerhalb des Güterwegebaus aber im direkten Zusammenhang gelegen sind, die sogenannten neuartigen Versuche der Aufstellung dieser Abteilungen gegeben, nämlich, zum Ersten:

Wenn ich darauf verweisen darf, hat es diese sogenannten Mäharbeiten an den Banketten gegeben, die speziell im Süden stattgefunden haben, im südlichen Burgenland, und wo es quasi keine Richter gegeben hat. Die sind kostenfrei umgesetzt worden. Dann hat es Anzeigen gegeben. In der Folge ist das ganze aufgekocht worden.

Tatsache ist, dass diese Situation dann zu dem Zwiespalt geführt hat, der in der Diskussion auch anschließend den Rechnungshof auf den Plan hat rufen lassen, dass hier quasi einmal Einschau genommen wird. Wenn wir den Rechnungshofbericht in seinen Darstellungen Folge leisten, dann gibt es in Bezug auf die Vergangenheit sehr wohl mehr als kritische Anmerkungen, die in der Diskussion heute nicht so dargestellt wurden.

Alles, was diese Anmerkungen betrifft, ist im Grunde genommen für eine Leitung beziehungsweise für ein Vorangehen dieser Abteilung nicht förderlich gewesen. Das Land Burgenland definierte, und das ist die politische Verantwortung, keine messbaren Ziele für den Ausbauzustand der Güterwege. Ferner fehlten eine darauf abgestimmte verbindliche Förderstrategie und Mehrjahresplanung.

Die Förderung von Güterwegen basierte auf einer Richtlinie aus dem Jahr 1997 sowie Förderleitlinien der Jahre 2012 und 2014. Die Regelungen aus 1997 waren unpräzise, im Überprüfungszeitraum weiter bereits überholt. In den Förderleitlinien

erkannte der Rechnungshof erste Ansätze einer Förderrichtlinie. Für die Förderung von Neu- und Ausbauten von Güterwegen lagen keine spezifischen Förderrichtlinien vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese administrativen und rein auf die konzeptive Darstellung der Abteilung gelegten Überprüfungen lassen einem eigentlichen den kalten Schauer über den Rücken laufen. Hier sind Maßnahmen gesetzt worden, die mit Sicherheit überprüfenswert waren. *(Abg. Ingrid Salamon: Ein Wahnsinn!)*

In der Hoffnung, dass das, was jetzt vom zuständigen Referenten von der Regierungsbank in politischer Verantwortung gesetzt wurde, dass die Zukunft eine andere Darstellung erfahren wird und eine andere Möglichkeit des Zugangs, nehme ich das zumindest für mich einfach so hin.

In der Konsequenz möchte ich aber betonen, dass gerade für das Burgenland dieser Güterwegebau eine entscheidende Maßnahme ist und er es auch zukünftig sein wird - unabhängig davon, ob der Abgeordnete Kölly auf sechs Meter oder auf acht Meter erweitern möchte.

In Wirklichkeit ist ein Ausbau von insgesamt drei Metern für einen Güterweg mehr als genug, denn von dem Standpunkt aus, dass hier ein Eingriff auch in die Natur stattfindet, bin ich nicht der Überzeugung, dass es breiter angelegt sein muss. Grundsätzlich müssen wir uns der Überzeugung stellen, dass der Güterwegebau im landwirtschaftlichen Sinne die Nutzung von Agrarflächen darstellt, dass die maschinelle Aufrüstung im landwirtschaftlichen Bereich voran schreitet.

Dass es hier Kapazitätsengpässe auf die Breite gibt, ist eine andere Diskussionsebene. Tatsache ist, dass wir uns dem Güterwegebau in einer sehr geordneten Form stellen müssen und wir eigentlich dort auch ansetzen sollten, ob die Kapazitäten im Endeffekt für ein Projekt ausreichen.

Wenn das nicht der Fall ist, und das hat sich auch in der gestrigen Veröffentlichung des Rechnungshofbericht auf die Projektierung und Umsetzung der sogenannten EDV-Geschichten ergeben, sollten wir immer danach streben, die sinnvollste und auch pragmatisch richtige Variante zu suchen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie ist auch dann zu wählen, wenn es einer Kooperation mit einem anderen Bundesland bedarf. Aber, gerade in der Umsetzung auf den Güterwegebau ist, glaube ich, zukünftig darauf zu achten, dass den Gemeinden zur Hand gegangen wird, dass dem Güterwegebaugemeinschaften zur Hand gegangen wird, und wenn Kapazitäten in dem Sinne von Seiten des Landes nicht vorhanden sind, dann sollten wir uns der privaten Auftragnehmer bedienen, die das sehr wohl auch als „Bau aufs Burgenland“ qualifizieren würden. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Güterwege; Planung, Bau, Instandhaltung und Förderung ab dem Jahr 2010, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 600) betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 – 421) (Beilage 636)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist, meine Damen und Herren, der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 600, betreffend Rechnungsabschluss 2014,Zahl 21 - 421, Beilage 636.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Hohes Haus! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2014, in seiner 5. Sitzung am Mittwoch, dem 9. November 2016, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie die Mitarbeiter der Landes-Rechnungshofes DI (FH) Ing. Racz und OAR Lomosits an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Danach erfolgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Spitzmüller und Kölly sowie von Landtagsdirektor WHR Dr. Rauchbauer. Die dabei gestellten Fragen wurden vom Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits beantwortet.

Anschließend erfolgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Kölly, Mag. Sagartz, BA, Hergovich und Molnár.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle dem Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2014 zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile dem Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuseher- und Zuhörergalerie! Die Regierungsbank ist - wie meistens – leer, denn das interessiert wahrscheinlich ohnehin niemanden. Das tut mir wirklich weh, das muss ich offen und ehrlich gestehen.

Denn wenn wir heute über einen Rechnungsabschluss 2014 diskutieren, wollen, sollen und müssen, dann, denke ich, ist es sehr wichtig, dass auch diese Herrschaften sich das einmal anhören, welche Meinungen hier von den verschiedenen Fraktionen hier im Landtag kundgetan werden.

Der Herr Landesrat Bieler stellt sich hin und sagt, er nimmt die Rechnungshofberichte sehr ernst und er folgt den Anregungen. Das hat er bei der Investitionsauflösung beim Gemeindeinvestitionsfonds gesagt, das war super. Er war sofort dafür. Dann waren das nächste die Güterwege. Da hat er alles ernst genommen. Wir haben alles umgesetzt - sagt er.

Er ist auf einem super Weg, der Herr Landesrat Bieler. Der ist wirklich toll, was der jetzt in letzter Zeit für Leistungen vollbringt, ich muss ehrlich sagen er sollte diese Periode und noch darüber hinaus als Finanzlandesrat bleiben, denn er nimmt das wirklich ernst und nimmt das auch wirklich so auf, wie der Rechnungshof es fordert, der wirklich penibel diese Arbeit und Tätigkeit macht. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Meinst Du das jetzt ernst? – Abg. Mag. a Michaela Resetar: Wirklich? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, sicher!)*

Das erwähne ich immer wieder und muss es so erwähnen, weil es genauso ist. Wenn ich oder wir seitens Bündnis Liste Burgenland immer fordern, vielleicht begleitende Maßnahmen des Rechnungshofes mit einzubinden oder anzustellen, sei es beim Spitalbau Oberwart, was auch ein Thema ist, das uns noch lange begleiten wird, oder viele Dinge mehr.

Wenn wir heute einen Rechnungsabschluss aus dem Jahr 2014 diskutieren, dann ist festzuhalten, dass wir in zwei Monaten, in eineinhalb Monaten im Jahr 2017 sind, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden aber von 2014 und da stellt sich der Herr Landesrat Bieler her und sagt, ich nehme es ernst, was der Rechnungshof macht. Wir haben ohnehin schon alles geändert. Nur, es fehlt mir der Glaube, dass er das so umsetzt.

Wenn der Rechnungshofbericht einmal mehr aufzeigt, dass sehr viele undurchsichtige Geschäfte gelaufen sind oder noch laufen, dann muss ich mich fragen, ob er das auch so ernst nimmt, der Herr Landesrat. Welchen Zugang hat er zu der ganzen Situation? Zu diesen Berichten? Aus dem Bericht des Rechnungsabschlusses 2014 geht beispielsweise hervor, dass das Land von 2005 bis 2014 bei Zinsgeschäften 43,6 Millionen Euro Verlust gemacht hat.

Der Herr Landesrat stellt sich her und sagt, das stimmt nicht. Jetzt frage ich mich, ob wir die Zinsen zahlen müssen oder nicht? Ich denke, die müssen wir zahlen oder gibt es Banken, die sagen, nein, vergesst das einmal, zahlt sie im Jahr 2033, denn so lange geht übrigens dieser Vertrag.

Ich sehe das schon ein, man kann ja in früheren Zeiten auch anders gedacht haben, aber jetzt hätte man die Möglichkeit dazu gehabt. Das zeigt auch der Rechnungshofbericht ganz klar und deutlich auf. Deshalb wäre es wichtig, sich zusammenzusetzen.

Jetzt bin ich wieder bei dem, auch die Opposition dazu zu nehmen, Fachleute dazu zu nehmen und nicht nur den Herrn Klöckl, unseren Finanzberater, zu fragen, der in letzter Zeit wahrscheinlich sehr viel Geld auch dementsprechend bekommen hat, Provision bekommen hat, die ich noch immer nicht weiß und nirgends herauslesen kann, was der wirklich für solche Dinge bekommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das wäre auch nett, wenn einmal die Opposition oder auch die Kontrollfraktionen, die ja die Pflicht haben und auch die FPÖ damals so gehandhabt hat, damals die Pflicht gehabt haben, das aufzuzeigen. Daher bin ich jetzt neugierig, wie sie zu der ganzen Situation stehen.

Lieber Géza Molnár! Auch auf Deine Rede bin ich schon gespannt. Damals habt Ihr ja noch voll kritisiert und habt gesagt, das ist eine Katastrophe was da passiert ist und dergleichen mehr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da ist mir schon Angst und Bang geworden, jetzt zerreißen wir die ganze Hütte. Das kann es nicht sein. Auf das bin ich schon gespannt. Was macht die FPÖ in diesem Fall, denn es gibt jetzt ganz andere Anzeichen. Oder, wenn ich jetzt einmal sage 43,6 Millionen Euro haben wir in den letzten Jahren, oder allein im 2014-Jahr haben wir sieben Millionen Euro in den Sand gesetzt.

Man diskutiert vom ORF, was für Gelder die brauchen. Ich glaube auch 40 Millionen Euro. Vielleicht können wir ihnen das zukommen lassen, dass die Berichterstattung noch besser wird, für wen, weiß ich nicht, aber noch besser wird. Dann könnte man ja dort vielleicht ein Szenario eingehen und über das diskutieren.

Daher verstehe ich nicht, Herr Landesrat, warum man nicht die Möglichkeit vorzeitig geschaffen hat, die Beendigung einzelner Zinstauschgeschäfte zu diskutieren. Ich sage nicht auszusteigen, weil das ist ja nicht so einfach, denn wir wissen dass es nicht einfach ist. Wir wissen auch, dass das schwierig ist.

Wenn Sie heute im Radio gesagt haben, das würde uns 100 Millionen Euro kosten, dann stellt sich die Frage: habt Ihr Euch überhaupt schon Gedanken gemacht? Mit wem habt Ihr denn geredet, mit welchen Banken? Da sind ja mehrere Banken mitbeteiligt. Eine, die gibt es gar nicht mehr, nämlich die HETA oder wie die schon geheißen hat oder noch immer heißt.

Ich hätte gerne Information gehabt, auch als Kontrollpartei, wo ich gerade gesagt habe, wir haben die Verpflichtung zu informieren. Auch die Landesregierung sollte uns einmal vernünftig informieren und nicht nur immer darauf warten, bis der Rechnungshof das wirklich aufzeigt. Nachher sagt man, man hat ohnehin schon alles geändert.

Wenn Ihr Euch in der nächsten Zeit anschaut, wir sind so gut und wollen nur heute am Abend die Budgetrede wieder hören, wie gut und schön wir ohnehin alle sind und keine Schulden mehr machen und dergleichen mehr und jetzt ohnehin alles im Rechnungsabschluss eingepackt ist, dann, denke ich, sind wir immer richtig gelegen.

Auch die ÖVP liegt jetzt seit kurzem richtig, wenn man sagt, Transparenz und Informationen haben zu wollen und dergleichen mehr. Daher glaube ich, dass es entscheidend sein wird, alle in das Boot hinein zu nehmen, um die Frage zu klären, wie wir aus dieser Situation herauskommen? Macht es Sinn heraus zu gehen? Macht es keinen Sinn? Welche Möglichkeiten gibt es seitens der Banken?

Herr Landesrat, bekomme ich diese Information oder diese Antwort? Hat man mit einer Bank geredet? Sagen die stur, nein wir machen gar nichts, oder gibt es irgendwelche Kompromisse, wie es sie auch in der Politik gibt, diese Kompromisse? Das wissen wir ohnehin alle miteinander. Ich glaube, das wollen wir haben und nicht her gehen und sagen, naja, wer weiß was bis 2033 da passiert!

Leben wir noch oder leben wir nicht? Seid mir bitte nicht böse, das ist alles schön und gut. Auch wir haben unsere Probleme in den Gemeinden und müssen auch damit fertig werden. Ich glaube, wir sollten darüber reden, vernünftige Möglichkeiten suchen, um hier das bestmögliche herauszuholen. Wir sind keine Scharlatane.

Wir sind keine Glaskugel-Gucker und dergleichen mehr. Aber, vielleicht können wir doch das eine oder andere in diesem Sinne erzielen. Weil, zu sagen, jetzt setzt sich die Opposition her und kritisiert das nur und dergleichen mehr. Wir zeigen auf, das ist unsere

Pflicht und unser Recht das zu tun, das auf den Tisch zu legen und zu sagen, was passiert ist. Man kann ja, Gott sei Dank, immer gescheiter werden.

Das würde ich empfehlen, dass wir uns zusammensetzen und da wirklich über Möglichkeiten diskutiert. Was mir natürlich, Herr Landesrat, ganz besonders auffällt: warum tut man sich das an? Warum bindet man die Opposition da nicht ein und sagt, schaut her, das ist so, das war damals so der Fall, da wurde wir beraten und das hat eben nicht so funktioniert. Jetzt sollten wir eigentlich gemeinsam einen Weg finden, wie man da am besten herauskommt.

Ich glaube auch, dass in der letzten Zeit diese Transparenz und dieser Beteiligungsspiegel total unvollständig war, obwohl Sie mir immer gesagt haben, Herr Landesrat, dass da jetzt alles bereits enthalten ist. Jetzt zeigt sich einmal mehr im Rechenabschluss 2014, dass doch nicht alles enthalten war.

Jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Landesrat! Ich glaube, beim nächsten Rechnungsabschluss oder beim Budget, sind schon 98 Prozent oder 97 Prozent drin und dergleichen mehr. Man schiebt das einfach so vor sich hin. Bei der Energie Burgenland haben wir jetzt einen Abgang von 40 Millionen Euro und dergleichen mehr. Ich meine, jetzt legt man schon ohnehin alles zusammen und jetzt hat man inzwischen schon ohnehin 500 Millionen Euro erwirtschaftet.

Wieviel haben wir Abgang gehabt in diesem Jahr? Das sagt keiner. Aber, wir sind ohnehin positiv. Das wird in den Medien immer so gebracht. Da frage ich mich oft, warum das andere, was noch dahinter steht, nicht auch von den Medien gebracht wird?

Das sind die Geschichten, wo ich mich sehr gerne als Opposition wiederfinde. Da sind wir uns einig. Da war die FPÖ in der damaligen Zeit auch sehr wohl immer dahinter, dass das auch funktioniert. Jetzt sind eben wir die Opposition und die Kontrolle. Das braucht man.

Ich glaube, Herr Landesrat, wenn heute das Budget vorgelesen wird, eine Stunde lang, schön und gut, nur im Endeffekt, muss ich euch schon eines heute dazusagen, wenn wir dem Budget zustimmen, egal, wenn wir einstimmig das Budget machen, können wir eigentlich vom Landtag das ganze Jahr daheimbleiben, weil die Regierung dann eigentlich beauftragt ist, das Geld, diesen Voranschlag, abzuarbeiten.

Ja, das ist ohnehin schön und gut, dass wir uns treffen, und vielleicht dort oder da vielleicht, keine Zeit haben, dass wir uns wo treffen, Herr Landesrat, aber das ist eben einmal so. *(Abg. Gerhard Steier: Das ist bei einer Budgetplanung so.)* Das ist so.

Ich glaube auch, dass die Haftungen vom Land, die ja auch sehr interessant sind, irgendwo einmal dokumentiert werden sollten.

Ich denke, Herr Landesrat, Sie haben vorher im Eingang gesagt, Sie nehmen den Rechnungshofbericht immer wieder ernst und setzen auch das um. Damit hoffe ich, dass wir beim nächsten Rechnungsabschluss im Jahr 2015 ins Jahr 2017 oder wann immer wir den bekommen, dann dort auch wirklich klar alles stehen haben, so schaut es tatsächlich aus.

Heute wurde die Verwaltungsreform andiskutiert. Wie gut und schön das funktioniert. Nur, ich spüre und höre nichts, das muss ich auch jetzt dazu sagen. Vielleicht kann mir das auch irgendjemand einmal erklären. Wir tun uns da ein bisschen schwer, weil, wir haben eben nur dementsprechende Ressourcen, wo wir eben auch nur nachfragen können.

Ob man dann eine Antwort bekommt, das ist die andere Seite. Denn wir haben als Opposition oder als Kontrolle nicht einmal die Möglichkeit der Einsichtnahme, was die Regierung beschlossen hat. Eine Tagesordnung, oder, was ist dabei herausgekommen? Warum gibt es das nicht? In jeder Gemeinde gibt es das!

In jeden Gemeinderatsbeschluss oder dementsprechend ob ein Gemeindevorstandsbeschluss da ist, kann man Einsicht nehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das dürfen wir nicht, deshalb gehört das geändert. Ich glaube, das wäre eigentlich auch eine Diskussion wert.

Ich glaube auch, dass wir, das habe ich heute schon erwähnt, als Bündnis Liste Burgenland vorschlagen, und das ist das Interessante, dass der Rechnungshof, so, wie bereits in anderen Bundesländern, bevor der Rechnungsabschluss im Anschluss im Landtag abgestimmt wird, eine Initiativprüfung durchgeführt werden soll, kann und muss.

Warum nicht? Was vergibt man sich da? Damit binde ich den Rechnungshof eigentlich schon im Vorfeld mit ein. Ich habe das für die Gemeinde auch gemacht, denn ich habe gesagt, wenn ich jetzt einen Voranschlag mache, dann schicke ich das der Gemeindeabteilung. Bevor er beschlossen wird. Einen Rechnungsabschluss schicke ich der Gemeindeabteilung. Sie sollen sich darum annehmen und auch sagen: Passt, oder passt nicht! Dann kann ich ihn beschließen.

Da reden wir heute von 2014. Das sind diese Dinge, die uns eigentlich als Bündnis Liste Burgenland, dementsprechend auch, jetzt sage ich nicht tangieren, aber wir wollen einfach haben, dass man diese Ideen aufgreift und vielleicht auch das eine oder andere umsetzt.

Ich glaube, ich habe das heute ohnehin schon einmal erwähnt, denn Transparenz ist wichtig. Es hat in einer Gemeinde jeder die Möglichkeit, als Bürger in die Gemeinde hinzugehen, Einsicht zu nehmen. Das fehlt mir im Land total.

Das muss ich offen und ehrlich sagen. Ich habe nichts dagegen, wenn wir da Einsicht bekommen, wenn wir mitarbeiten können, denn wir wollen ja mitarbeiten. Das haben wir auch am Anfang der Periode gesagt. Wir haben ja auch den Herrn Landeshauptmann mitgewählt.

Wir haben gesagt, wir sind eine Fraktion, ein Bündnis Liste Burgenland, wir wollen mitarbeiten. Wir wollen mitgestalten. Wir wollen aber auch Information und Transparenz haben. Das scheint mir in diesem Bericht, leider Gottes, noch nicht der Fall zu sein.

Herr Landesrat Bieler! Wenn Sie zugehört haben, dann habe ich gesagt, ich hoffe, Sie haben jeden Bericht ernst genommen haben. Sie haben vorher gesagt, Sie nehmen auch diesen ernst und haben schon Vieles umgesetzt. Dann wünsche ich mir, dass Sie wirklich noch eine Periode bleiben, und dann sind wir guter Dinge, dass das auch funktioniert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Denn, wenn ich die Budgetrede heute am Abend höre, die lauten wird, wir haben keine Schulden gemacht, wir haben ausgeglichen budgetiert, no na, und im Rechnungsabschluss sehen wir dann immer, was tatsächlich herauskommt.

Das wollen wir aber nicht. Da können wir dann natürlich ein Budget auch nicht mitbeschließen, oder einen Rechenabschluss, wenn das nicht so funktioniert. Ich würde beim Budget gerne mitstimmen.

Ich weiß schon, Herr Landesrat, das tut weh, aber das sind die Fakten. *(Landesrat Helmut Bieler: Nein!)* Ich kann nicht sagen der Landes-Rechnungshof hat da schlechte Zahlen herein genommen oder hat da irgendetwas falsch hereingeschrieben. Dann

stehen Sie auf und sagen Sie, er hat falsche Zahlen hereingeschrieben, der Herr Landes-Rechnungshofdirektor mit seinem Team. Sagen Sie es!

Aber vorher haben Sie gesagt, bei den zwei Rechnungshofberichten, die habe ich ernst genommen, wir haben es ohnehin schon umgesetzt. Dann setzen Sie das auch bitte um, machen Sie das, dann habe ich überhaupt kein Problem damit.

Aber, man kann sich nicht hinstellen wie heute in der Fragestunde, die ich mit angehört und wo ich mir gedacht habe, eigentlich nicht schlecht, das ist wie eine Belangsendung der SPÖ. Warum übernimmt nicht eigentlich unser Land den Bund? Im Bund „spragelt es “, zischt es schon, rauscht es schon! Das ist eine Katastrophe.

Ich würde vorschlagen, die Landesregierung, unsere Landesregierung, setzen wir in die Bundesregierung. Die schicken wir alle heim oder nach Brüssel. Das ist ja völlig egal, *(Abg. Doris Prohaska: Die beste Idee, die Du je gehabt hast! Die beste Idee!)* weil sie dort ohnehin schlussendlich hinkommen. Faymann und Konsorten sitzen ohnehin schon dort.

Faymann und Konsorten haben ohnehin ihre „Hacken“ schon bekommen oder ihre dementsprechenden Jobs. Aber, wenn wir ohnehin so gut sind, dann frage ich mich, ob wir überhaupt einen Rechnungshof noch brauchen, wenn wir so gut sind?

Aber, ich sehe immer wieder, wir haben bisher immer recht gehabt, ich bin schon lange in dieser Branche, ich habe immer drauf hingewiesen, einiges stimmt nicht. Aber nachher sagt man dann, wir machen es jetzt ohnehin besser, gell. Wir sind jetzt auf gutem Wege. Ich glaube daran, dass das auch so funktionieren wird.

Daher bin ich der festen Überzeugung, Herr Landesrat, ich höre mir heute den Voranschlag gerne an, und dann werden wir auch dementsprechend bei der Abstimmung uns zu Wort melden. Ich habe nichts dagegen, wenn ich beim Sozialen mitstimme, oder bei gewissen Dingen, die in Ordnung sind, welche auch wichtig sind.

Aber, dass man als Opposition, als Kontrolle, eine Transparenz fordert, ist, glaube ich, legitim und soll auch so bleiben. Wir werden natürlich diesem Bericht zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank direkt zu Wort gemeldet, hat sich Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle hier wissen, dass das der 4. Bericht des Rechnungshofes zum Rechnungsabschluss ist. Alle hier wissen, dass es bereits drei schriftliche Anfragen der Opposition gegeben hat, die in 65 Seiten beantwortet wurden. Das heißt, alle Informationen wurden der Opposition zugänglich gemacht. Heute so eine Rede zu halten, zeugt von der Qualität dieser Rede. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Beifall bei der SPÖ – Abg- Manfred Kölly: Bravo!)*

Warum? Sie haben alle Unterlagen. *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe es Dir eh gesagt.)* Wenn Sie sie nicht lesen, oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen, ist das Ihr Problem, nicht meines. Ich werde mich dann dezidiert zu den einzelnen Bereichen bei der Anfrage noch melden.

Aber, warum sagen Sie nicht, zum Beispiel, dass die Schuldenquote von 24,4 auf 23,1 Prozent gesenkt wurde? *(Abg. Manfred Kölly: Na super!)* Warum sagen Sie nicht, dass die Haftungen deutlich reduziert wurden? *(Abg. Manfred Kölly: Super!)* Warum

sagen Sie nicht, dass die Maastricht Kriterien im Vergleich zu allen Bundesländern am besten eingehalten wurden? *(Abg. Manfred Kölly: Alles ausgelagert! Alles!)*

Warum sagen Sie nicht, dass wir uns günstiger finanzieren, als der Bund? Weil es Ihnen nicht ins Konzept passt. *(Abg. Manfred Kölly: Alles ausgelagert!)* Weil Sie nur anpatzen wollen und weil Sie gar nicht zur Kenntnis nehmen, was auf der Welt vor sich geht. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, ich habe nur gelogen!)* Das ist der Grund. Daher ist Ihre Qualität der Rede eine nicht sehr gute. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Manfred Kölly: Passt schon! Ich habe damit kein Problem, aber Deine Antwort ist qualitativ sehr schwach! Nur nicht nervös werden.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat! Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Ich will jetzt nicht den Kollegen Kölly in Schutz nehmen, aber dass man Vieles aus dem Rechnungsabschluss nicht herauslesen kann, Vieles dort nicht steht, das kritisiert ja auch der Rechnungshof jedes Jahr aufs Neue. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte dem Rechnungshof wirklich nicht unterstellen, dass er Jahr für Jahr seine Arbeit sehr einfach hat, weil er Vieles nur copy paste übernehmen muss. Ich habe jetzt die Empfehlungen vom Bericht 2014 mit 2013 verglichen. Da stehen 70 Prozent dieselben Sachen, wie sie im Jahr davor gestanden sind.

Das ist eigentlich, muss ich ehrlich sagen, ein bisschen verwunderlich. Ich meine, wozu haben wir einen Rechnungshofbericht, der Empfehlungen macht, wenn diese dann nicht umgesetzt oder nur sehr unvollständig umgesetzt werden?

Ich will auf die Zinsswaps jetzt nicht stark eingehen, weil wir das nachher in einem eigenen Tagesordnungspunkt ohnehin noch haben, aber das ist ja mit ein Beispiel. Ich meine, klar schaut, es gibt, *(Abg. Robert Hergovich: Sonst fällt Euch ja nichts ein.)* mir fällt genug ein, keine Sorge. Vieles, was 2013 gesagt wurde, steht jetzt 2014 auch wieder.

Jetzt ist es zwar recht schön, wir kriegen Jahr für Jahr ein bisschen mehr, wenn ich jetzt, zum Beispiel, die Beteiligungen hernehme, steht immer ein bisschen mehr im Rechnungsabschluss. Aber, es ist noch immer nicht alles. Genau das kritisiert der Landes-Rechnungshof. Der Herr Direktor Rauchbauer sagt zwar, ab nächstem Jahr, glaube ich, wird dann komplett alles stehen, nur, warum so zitzerlweise? *(Abg. Manfred Kölly: Da ist er dann schon in Pension.)*

Ich bin neugierig, was dann wirklich steht. *(Landesrat Helmut Bieler: Mit der Umsetzung der neuen VRV ab 1.1.2019.)* Das freut mich, aber das ist eben ein bisschen spät, weil der Rechnungshof das seit Jahren kritisiert. *(Landesrat Helmut Bieler: Das wären zusätzliche Informationen! Die Umsetzung ist mit allen Bundesländern vereinbart.)*

Das ist schön, aber der Rechnungshof verlangt trotzdem, dass das jetzt schon stehen muss. Soweit ich weiß, sollte das auch jetzt schon stehen. Das heißt, es ist einfach unvollständig.

Wenn ich, zum Beispiel, gleich noch einmal auf die Zinsspekultionen eingehe, dann sind nicht einmal die enthalten. *(Landesrat Helmut Bieler: Das sind keine Spekulationen! Nein!)*Ja, natürlich, *(Landesrat Helmut Bieler: Das steht nirgends! Wo steht das? Nirgends!)* es sind Versicherungen, ich weiß, natürlich. Auch der Rechnungshof spricht von Spekulationen. *(Landesrat Helmut Bieler: Nein! Wo steht das? Wo? Zeigen Sie mir*

das.) Wenn Sie mit Experten reden, dann nennen die das Spekulation. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber kurz zu den Zinsspekulationen, so, wie ich sie nenne. Die sind im Rechnungsabschluss nicht einmal ordentlich dargestellt. Da werden irgendwelche Zinseinnahmen von irgendwo dazugerechnet und plötzlich sind aus über sieben Millionen Minus 2014, nur mehr 3,2 Millionen Minus geworden.

Das heißt, ich kann mir den Rechnungsabschluss nicht hernehmen, hineinschauen und herauslesen, wie eigentlich jetzt die Zinsspekulationen im Jahr 2014 gelaufen sind. Das geht nicht. Nein. Da muss ich den Rechnungshofbericht hernehmen, weil das genau da dann steht. *(Landesrat Helmut Bieler: Sehen Sie sich die schriftliche Beantwortung an. Dort steht alles.)* So erwarte ich mir keinen Rechnungsabschluss - offensichtlich auch der Rechnungshof nicht.

Das geht auch noch weiter. Der Rechnungshof kritisiert auch, bereits mehrere Jahre hindurch, dass nicht einmal vom Bruttoprinzip Gebrauch gemacht wird. Es sind teilweise Nettozahlen, teilweise sind Bruttozahlen enthalten. Das heißt, es wird übertrieben, gebe ich zu, formuliert, Kraut und Rüben „vermurkst“.

Es fehlen einfach wirklich wichtige Sachen, die dort stehen sollten. Haftungen werden nicht als Haftungen dargestellt. Auch da sagt der Rechnungshof, warum macht ihr das nicht? Ich verstehe es nicht, wo ist da das Problem? Vor allem hätten wir dann auch die Möglichkeit, wenn man das wirklich Eins zu Eins anschauen könnte, dann könnte ich sagen, ja, der Rechnungsabschluss ist gut oder schlecht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das kann ich im Moment nicht, weil ich es nicht weiß. Wir wissen auch in Wirklichkeit nicht, wo noch überall irgendwelche spekulativen Swaps, zum Beispiel, herumlungern, weil wir auch ausgelagerte Gesellschaften haben, die so etwas auch haben könnten. Natürlich nur theoretisch.

Aber, wir wissen es nicht. Wir sind auf Informationen angewiesen, die im Rechnungsabschluss stehen oder was Ihr in Euren Wortmeldungen mitteilt beziehungsweise Sie, Herr Landesrat, sagen. So kann ich natürlich als Opposition die Aufgabe, die ich eigentlich habe, nicht wahrnehmen, weil das im Rechnungsabschluss nicht richtig steht.

Das wird in 27, nein 26, Empfehlungen auch ganz klar dargestellt. Wie ich schon gesagt habe, das war 2013 so und 2012 so und es ändert sich eigentlich viel zu wenig. Es ist schön, wenn es dann 2019 enthalten ist. Aber, wir brauchen es heute. Das wäre konsequent, transparent und dann auch für uns durchschaubar. Das ist eigentlich der Sinn eines Rechnungsabschluss, so habe ich es verstanden. *(Beifall bei den GRÜNEN und Abg. Gerhard Steier)*

Dazu kommen dann noch irgendwelche komplizierten Finanzkonstruktionen, wie die der Holding, die wir eigentlich auch nur wissen, weil sich das der Rechnungshof angeschaut hat, weil auch das im Rechnungsabschluss nicht dargestellt ist, so wie es eigentlich gehören würde.

Das große Problem bei der ganzen Geschichte ist, das trifft auch auf viele anderen Rechnungshofberichte zu, dass, wenn ich die Sachen nicht gleich gescheit darstelle, wenn ich keine gescheite Planung habe, dann ist natürlich die Gefahr auch viel größer, dass sich hier absichtlich oder unabsichtlich Fehler einschleichen.

Dann stehen wir plötzlich vor Problemen, wie es jetzt der neue Rechnungshofbericht darstellt, dass plötzlich 2,2 Millionen Euro oder 2,1 Millionen Euro genau umsonst investiert wurden.

Und der Rechnungshof zeigt da ganz genau, so wie ich mir den Bericht jetzt kurz angeschaut habe gestern, das Hauptproblem ist, dass eben nicht gescheit dargestellt wird, dass es keinen gescheiten Managementplan gibt, dass nicht einmal teilweise Sitzungsprotokolle geschrieben werden.

Na eh klar, wie soll ich denn da weitertun, ich kann nicht einmal nachschauen, was in der vorvorigen Sitzung gesprochen oder vielleicht sogar beschlossen wurde. Da im harmlosesten Fall können sich Fehler einschleichen, die wir alle nicht wollen und wo wir dann plötzlich wieder 2,1 Millionen Euro oder auch mehr an Finanzen, an Steuergeldern in den Sand setzen. *(Abg. Gerhard Steier: „Bist du deppert.“)* Und das wollen wir verhindern.

Um genau das geht es eigentlich beim Rechnungsabschluss und deswegen ist für uns das auch sehr wichtig, dass der Rechnungshof sich das regelmäßig anschaut, weil wir vieles nicht herauslesen können, was der Rechnungshof, Gott sei Dank, kann.

Vielen Dank bei der Gelegenheit für diese ganz wichtige Arbeit. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Landtagsabgeordneter Géza Molnar.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen. *(Abg. Gerhard Steier: Wie war das dann bei Euch?)*

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Wir waren nicht dabei, Herr Kollege Steier.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Danke, Frau Präsidentin. Ich mache es aus drei Gründen kurz. Erstens, wurde Vieles schon gesagt und wir haben schon gehört, dass sich die Berichte des Rechnungshofes über die Rechnungsabschlüsse inhaltlich natürlich gleichen, weil es immer dasselbe Prozedere ist.

Wir haben, und da widerspreche ich meinem Vorredner auch im Rechnungshofausschuss, gehört vom Herrn Direktor, dass die Empfehlungen sehr wohl umgesetzt werden und man muss sich da natürlich dann den Zeitablauf anschauen.

Der Bericht, den wir heute auf dem Tisch haben über den Rechnungsabschluss 2014, die Empfehlungen aus diesem Bericht können im Rechnungsabschluss 2015 noch gar nicht berücksichtigt sein, weil der Bericht nicht vorlag, sprich die Empfehlungen des Berichtes, den wir heute annehmen, den können wir frühestens im Rechnungsabschluss 2016 berücksichtigen.

Das heißt, man darf es sich da nicht so einfach machen, dass man die Berichte da einfach nebeneinander legt und die Empfehlungen vergleicht.

Auch ich werde zu den Zinstauschgeschäften vorerst nicht Stellung nehmen, weil wir heute noch eine eigene Debatte darüber haben werden. Nur so viel, auch ich bin der Meinung, dass das ein Bereich ist, in dem sehr, sehr hohe Transparenz herrscht. Es wurde bereits von Herrn Landesrat auf die Anfragebeantwortungen verwiesen. Da steht meines Erachtens alles drinnen, was man dazu wissen kann. Aber wie gesagt, Näheres dazu später.

Ein paar inhaltliche Feststellungen: Der Rechnungsabschluss 2014 entsprach, das stellt der Rechnungshof fest, in Form und Gliederung den rechtlichen

Rahmenbedingungen. So hat Kollege Spitzmüller die Problematik mit den Auslagerungen erwähnt. Ich bin da inhaltlich durchaus bei ihm, aber man muss schon festhalten so wie der Rechnungsabschluss vorgelegt wurde, ist er rechtlich in Ordnung.

Die Kritikpunkte wurden im Großen und Ganzen schon erwähnt. Neben den Zinstauschgeschäften, Schuldennachweis, Haftungsnachweis, Beteiligungsspiegel, Vermögensrechnung und so weiter und so fort, aber das sind eben diese Bereiche, wo Jahr für Jahr spürbar etwas weitergeht.

Das haben wir im Rechnungsabschluss 2015 schon gesehen und wir werden es 2016 wieder sehen und wie gesagt, es handelt sich im Großen und Ganzen, das ist jetzt eine rein rechtliche Beurteilung, um rechtliche Fleißaufgaben.

Dritte Feststellung: 2014 war noch ein Jahr mit Nettoneuverschuldung. Eine zentrale Empfehlung des Rechnungshofes daher, Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten, um in den Schuldenabbau übergehen zu können und dieser zentralen Empfehlung des Landes-Rechnungshofes wurde Folge geleistet.

Rot-Blau baut die Schulden ab, die Transparenz wird erhöht, sie wird sich weiter verbessern, spätestens mit 2019 haben wir sowieso neue Spielregeln.

Meine Fraktion nimmt den Prüfungsbericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Landes-Rechnungshof ist ein Organ des Landtages, allseits bekannt. Deswegen unterstützt er uns bei der Arbeit, um Verbesserungen für das Land herbeizuführen.

Weil gerade ein kameralistisch erstellter Rechnungsabschluss nur für einen erfahrenen Leser, wohl für den Ersteller selbst am besten lesbar ist, ist der Rechnungshof enorm wichtig und ich möchte zu Beginn ein großes Lob dem Rechnungshof aussprechen, seinem Team und dessen Direktor Andreas Mihalits für seine Arbeiten und die vielen Empfehlungen, die auf dem Tisch liegen.

Die Landes-Rechnungshofberichte der letzten Zeit zeigen klar, dass das Burgenland in vielen Bereichen ein Nachhilfeschüler ist. Wenn ich die BVOG betrachte, lachen mittlerweile die Österreicher zum zweiten Mal über das Burgenland und über Ihre „Majestät“ Niessl und seine Untertanen. Jeder kann das auf Puls 4gerne anschauen.

Bei der EDV-Abteilung haben wir gestern gelesen und erfahren, dass mehrere Millionen Euro versenkt wurden. Das haben wir seit gestern schwarz auf weiß. Hier fehlt es an Maßnahmen und Akzenten, auch wenn die SPÖ versucht, über die „Kronen Zeitung“ positive Botschaften darüber zu lancieren. Am Ende des Tages steht fest, dass wieder zwei bis drei Millionen Euro in den Sand gesetzt wurden und keiner die Verantwortung dafür trägt. *(Abg. Gerhard Steier: „Bist du deppert.“)*

Bei der PEW, einer Gesellschaft der Energie Burgenland, bei der klar die Verantwortung die SPÖ trägt, herrscht ausschließlich nur Machtmissbrauch und Freunderlwirtschaft. Wir werden beim Bericht des Bundes-Rechnungshofes sehen, dass wiederum einige Millionen Euro versenkt wurden.

Eine APA-Meldung der letzten Zeit über die Burgenländische Landesholding schreibt von Verlusten von 50 Millionen Euro. Jetzt kann man sagen, das ist eine Bilanz der Vergangenheit, ein schönes Zitat, aber nichts desto trotz ist ersichtlich, dass wir 50 Millionen Euro Verlust gemacht haben.

Das ist eine enorme Summe, die den Burgenländern als großer Erfolg verkauft wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es die SPÖ schafft, den Burgenländern diesen Flopp zu verkaufen und diese Bilanz schönzureden. Ich glaube nicht, dass die Burgenländer das nicht verstehen.

All diese Skandale wollte man scheinbar vertuschen oder unter den Teppich kehren weil, wir als Burgenländischer Landtag darüber nichts erfahren haben - in keiner Budgetdebatte, in keiner Diskussion. Erst der Landes-Rechnungshof weist darauf hin und unsere Verantwortung als Abgeordnete ist es jetzt, mit diesen Empfehlungen umzugehen. *(Abg. Robert Hergovich: Entschuldige, Ihr habt es beschlossen in der Regierung.)*

Wir sind kritikfähig und wir wollen zukünftig die Situation verbessern. *(Abg. Robert Hergovich: Ihr habt es beschlossen in der Regierung.)* Und Herr Abgeordneter, Sie leben in der Vergangenheit, wir blicken in die Zukunft. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Uns geht es nämlich darum, dass wir zukünftig das Land voranbringen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ)* wir können stundenlang über die letzten 70 Jahre diskutieren, wo SPÖ, ÖVP oder FPÖ Verantwortung getragen haben, aber am Ende des Tages werden wir dafür gewählt, was wir zukünftig machen.

Also zu sagen, wir waren dabei und nicht dabei, ist berechtigt, aber ich glaube *(Abg. Robert Hergovich: Ihr wisst nichts mehr. Jetzt wisst Ihr nichts mehr.)* dass wir zukünftig besser wirtschaften müssen *(Abg. Robert Hergovich: Jetzt wisst Ihr nichts mehr davon.)* und besser für das Land arbeiten. *(Abg. Geza Molnar: Besser ÖVP frei, ja.)*

Wenn ich den Rechnungshof heranziehe, dann ist es ein Paradebeispiel dafür, wie die SPÖ versucht, hier die Opposition mundtot zu machen. *(Abg. Robert Hergovich: Genau, ja.)* Wie man versucht mit anderen Anträgen und Spitzfindigkeiten Prüfaufträge zu verhindern und uns einen Maulkorb umzuhängen, aber das wird Euch nicht gelingen.

Wir wollten gestern den Rechnungshof damit beauftragen, das Krankenhaus Oberwart zu prüfen. Weil ebenfalls 13 Millionen Euro in den Sand gesetzt wurden, *(Abg. Ingrid Salamon: Das werdet Ihr selber auch wissen, da könnt Ihr Euch den Rechnungshof ersparen.)* aber die SPÖ hat mit einer Spitzfindigkeit versucht, uns mundtot zu machen. Aber wir werden in Kürze an den Bundes-Rechnungshof herantreten, der die verlorenen 13 Millionen Euro beweisen wird.

Gerade in Zeiten von Rot-Blau ist es wichtiger denn je, die Macht zu kontrollieren. Macht braucht Kontrolle! Und ganz entscheidend ist, und das trifft jeden in seiner Verantwortung als Abgeordneten, dass wir *(Abg. Robert Hergovich: Das glauben Sie nicht einmal selber, das glauben Sie nicht.)* im Interesse der Steuerzahler agieren, das heißt im Interesse jener, die in das System einzahlen und Tag für Tag dafür arbeiten gehen.

Das ist unsere Stoßrichtung: Wir wollen die korrekte Verwendung der Mittel im Landesrechnungsabschluss, auch in den Beteiligungen und wir bleiben dabei, diese Landesfinanzen sind ein Sumpf voller Gefahren, die der Landes-Rechnungshof, Gott sei Dank, aufgezeigt hat.

Wir fordern deswegen nicht nur die Ehrlichkeit, sondern auch die Transparenz in diesen Angelegenheiten und dass wir von der Old School-Politik abkommen, und hin zur

Kritikfähigkeit. Nicht, wo man versucht, als Regierung alles schön zu reden, egal was in diesem Land passiert oder nicht passiert.

Ich stelle mir schon die Frage: Wo bleiben die Eingeständnisse, wo sagt man ehrlich, okay, das hat nicht funktioniert. *(Abg. Robert Hergovich: Das fragen wir uns auch.)* Wir gehen einen anderen und einen besseren Weg. Wo bleibt die Kurskorrektur der FPÖ?

Seit 1,5 Jahren seid Ihr in der Regierung und bisher habe ich keine Akzente gesehen, außer einer Alarmanlagenförderung, die eigentlich schon vorher bestanden hat.

Also ich glaube, hier fehlt es an Akzenten für die Menschen und für die Burgenländer. Immerhin beweist der Landes-Rechnungshof auch, dass es im Rechnungsabschluss kein klares Bild über die Schulden des Landes gibt. Man sieht sich den Schuldenstand im Landesrechnungsabschluss an, das sind 278 Millionen plus drei Millionen Euro mehr im Vergleich zum Vorjahr.

Aber was nicht im Landesrechnungsabschluss steht, und das wissen wir seit Jahren, sind die Schulden der Landesbeteiligungen. Jetzt haben wir eine schöne BLH - ich freue mich schon auf den Tag, an dem die VRV-Neu zu Tragen kommt und das Land eine große Konzernbilanz machen muss, dann werden wir sehen wie viele Schulden das Land wirklich hat - wir sind bei den Gesamtschulden weit über 1.000 Millionen Euro. Also weit über einer Milliarde Euro Schulden, die das Land Burgenland hat. *(Abg. Gerhard Steier: „Bist du deppert.“)*

Ich spreche gerade nur von den Schulden. Im Bereich der Schulden zeigt der Bericht ebenso, dass das Land um 100 Millionen Euro ein neues Darlehen aufgenommen hat, um irgendwelche Projekte zu finanzieren.

Bei den Haftungen komme ich zum nächsten Punkt, das ist auch nichts Neues. Wir haben Haftungen in der Höhe von drei Milliarden Euro. Jetzt kann man sagen, Haftungen kommen schließlich nicht zu Tragen. Der Bericht zeigt jedoch ganz klar, dass zehn Millionen Euro schlagend geworden sind.

Haftungen von zehn Millionen Euro mussten in Geld umgewandelt werden und das Land musste bezahlen. Das heißt, das ist das beste Argument dafür, dass man nicht davon ausgehen kann, dass Haftungen nur am Papier stehen.

Wenn man nun beide Summen zusammenrechnet und durch die Burgenländer dividiert - das ist eine Zahl, die greifbar ist für jeden Burgenländer - dann hat jeder Burgenländer, egal wie alt er ist, zirka 20.000 Euro Schulden für das Land zu schultern.

Also, geschätzte Damen und Herren, wenn es zu dem Tag kommt, an dem man den Burgenländern dieses Geld aus der Tasche ziehen müsste, dann schaue ich mir an, wie man das rechtfertigt und versucht schönzureden.

Die Zinsswaps natürlich kommen beim nächsten Tagesordnungspunkt. Aber, geschätzte Damen und Herren, das Entscheidende ist, dass sich das Finanzkarussell weiter dreht und es dreht sich und dreht sich und keiner zieht die Notbremse.

Für die zukünftigen Rechnungsabschlüsse wünsche ich mir schon, dass man die Konsequenzen zieht, dass man Verbesserungen herbeiführt, dass man die vielen Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes umsetzt, dass man hier ehrlich zu sich selbst ist, dass wir uns selbst nicht anlügen im Bereich der Finanzen, dass es auch ein Schuldbewusstsein gibt. Am Ende des Tages gibt es immer einen politisch Verantwortlichen für die gesamten Finanzen des Landes und, Herr Landesrat Bieler, das sind am Schluss Sie.

Also wann hat man verlernt, kritikfähig zu sein oder beratungsoffen zu sein? Wo bleiben die Investitionen für besseres Wirtschaften oder in Richtung Arbeitslosigkeit? Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten 1,5 Jahren gestiegen und ich kann mich an keine Aktion von Rot-Blau erinnern, hier etwas zu unternehmen.

Der Unterschied im Burgenland ist, dass sie groß plakatiert haben, sie werden für Arbeitsplätze für Burgenländerinnen und Burgenländer sorgen, aber ich kann mich nicht daran erinnern, von etwaigen Aktionen etwas gelesen zu haben.

Wir stehen jedenfalls für einen offenen und ehrlichen Weg, weit weg von dieser alten Politik. Wir stehen für die Ehrlichkeit und auch die Offenheit und das ist unser Zugang. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Deswegen werden wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wie bereits beim Rechnungsabschluss 2013 sollten wir, wenn wir Rechnungsabschlüsse diskutieren, uns auf das jeweilige Jahr fokussieren, um wertfrei feststellen zu können, inwieweit es Verbesserungen gegeben hat.

Denn das ist ja der ureigenste Sinn der Funktion des Landes-Rechnungshofes, dass es hier Verbesserungen gibt, damit aufgrund gemachter Empfehlungen, die dann befolgt werden, insgesamt Verbesserungen eintreten.

Und wenn wir heute und ich habe es auch im Vorjahr beim Rechnungsabschluss 2013 so definiert, wenn wir uns ausschließlich auf den Rechnungsabschluss 2014 fokussieren, müssen wir feststellen, ohne politisch motivierte Interpretation, ohne Aussagen in den Medien, unter Beachtung aller relevanten Rechtsvorschriften, insbesondere der VRV, hat der Burgenländische Landes-Rechnungshof ein deutliches Signal gesetzt.

Und dieses Signal war klar, es gibt ein tolles, ein herzeigbares Ergebnis und ich denke, darauf dürfen wir zu Recht stolz sein. Im Detail könnte man jetzt all diese umgesetzten Empfehlungen hier darlegen. Es gibt mehr als ein Dutzend Empfehlungen, die, und das hat der Rechnungshof auch so festgestellt, die umgesetzt worden sind.

Das heißt, hier kann man genau folgen, dass die Finanzabteilung, dass der zuständige Finanzlandesrat hier auf Punkt und Beistrich umsetzt, möchte ich fast formulieren und die Grundlage ist die VRV.

Natürlich kann man sich - und einige Vorredner haben hier ja Wünsche geäußert - natürlich kann man sich wünschen, was es erst ab dem Jahr 2019 geben wird, österreichweit in allen Bundesländern einheitlich - dass man das vorzieht. Das geht gar nicht, weil hier umfangreiche Verwaltungsabläufe abgestimmt werden müssen.

Der Rechnungsabschluss ist ja im Übrigen von der Regierung, vom Landtag, nach allen landesrechtlichen Vorgaben beschlossen, der Kassenabschluss entsprechend der VRV, die Haushaltsrechnung allen rechtlichen Vorgaben entsprechend umgesetzt. Die systematische Abfrage nach Haushaltsgruppen ergab auch eine Übereinstimmung aller Beträge.

Das heißt, wir haben hier ein Ergebnis vorliegen, dass nach finanzwirtschaftlichen Kriterien, Gebarungsgruppen, ein Ergebnis vorliegen, das alle voranschlagswirksamen verrechneten Einnahmen und Ausgaben entsprechend abbildet.

Die Soll-Einnahmen entsprechen den Soll-Ausgaben, der Finanzschuldenausweis ist entsprechend den Bestimmungen der VRV abgebildet, das stellt der Landes-Rechnungshof expressis verbis fest.

Die Schuldenquote - auch das hat der Landesrat bereits angeführt - konnte von 24,4 auf 23,1 Prozentpunkte reduziert werden, was ja genau dem entspricht, wovon ich gerade gesprochen habe, nämlich eine sich zu Buche schlagende Verbesserung im Schuldenstand.

Ich denke, das waren sicherlich maßgebende Schritte, die begleitet worden sind vom Finanzlandesrat durch die Kreditsperren, durch die Globalbudgets. Das hat sich bereits niedergeschlagen und ist hier auch im Rechnungsabschluss zu finden.

Hinsichtlich des Haftungsnachweises entsprach auch die Darstellung im Nachweis über den Stand der Haftungen das Land hier vollinhaltlich der VRV 1997. Auch korrekt und in Ordnung.

Wenn wir uns die Haftungen insgesamt vor Augen führen, stellen wir fest, dass sich ein rechnerischer Rückgang der Haftungen von 76,1 Millionen Euro ergibt, auch ein sehr inhaltlich positives Ergebnis. Wir haben bei den Landeshaftungen nach dem WiföG ein um 54,6 Millionen Euro besseres Ergebnis. Wir haben für das Jahr 2014 auch eine Haftungsobergrenze neu festgelegt. Und es enthält auch der Rechnungsabschluss 2014 bereits erstmalig umfassende Informationen zur Einhaltung der Haftungen in Haftungsklassen, sowie ein Bewertung der Haftungen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten wurden klar und übersichtlich dargestellt. Ein Nachweis über den Stand der Beteiligung ist ebenfalls umgesetzt, so wie es der Rechnungshof empfohlen hat. Die Rücklagen des Landes wurden ebenfalls im Sinne der Bestimmungen der VRV umgesetzt.

Und was ganz, ganz wichtig erscheint - die Haushaltsanalyse auf Basis des Rechnungsquerschnittes zeigt, wie der Rechnungshof zustimmend feststellt, mehrheitlich eine Verbesserung der Kennzahlen gegenüber den Vorjahren.

Das waren jetzt über ein Dutzend Ergebnisse, über ein Dutzend Empfehlungen, die umgesetzt worden sind, die insgesamt zu positiven Ergebnissen gekommen sind und ich glaube, damit bestätigt der Burgenländische Landes-Rechnungshof in Summe, dass der überprüfte Rechnungsabschluss 2014 dann ein sehr positives Ergebnis zeigt.

Dies ist ein Resultat der vorausschauenden Budgetplanung, der konsequenten Budgetdisziplin und besonders der Einhaltung des Konsolidierungskurses, wozu man eigentlich dem zuständigen Finanzlandesrat Helmut Bieler und der Finanzabteilung unter der Führung von Hofrat Dr. Rauchbauer gratulieren darf. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und selbstverständlich stehe ich nicht an, auch zu den gemachten Kritikpunkten Stellung zu beziehen, die der Burgenländische Landes-Rechnungshof in diesem Bericht festlegt.

Ich muss allerdings vorausschicken, dass alle gemachten Kritikpunkte eigentlich nicht im Sinne der rechtlichen Vorgaben gemacht worden sind, sondern der Burgenländische Landes-Rechnungshof normiert hier zusätzliche Informationen, die rechtlich derzeit noch nicht erfolgen müssen.

Beispielsweise ist die von ihm geforderte Vermögensrechnung erst ab 2015 eingeflossen, aber schon früher wie notwendig 2019, also selbst hier ist bereits etwas passiert, was noch gar nicht rechtlich erfolgen hätte müssen.

Ich glaube, in derselben Weise umfasst der Haftungsnachweis im Rechnungsabschluss 2015 bereits in den Beilagen alle Haftungen des Landes, obwohl dies ebenfalls derzeit rechtlich noch nicht verbindlich ist. Das habe ich vermisst, dass man auch das feststellt hier in den Debattenbeiträgen, was hier umgesetzt wurde.

Die vom Landes-Rechnungshof kritisierte Darstellung der Zahlungsflüsse zwischen dem Land und seinen Töchtern ist ebenfalls in keinster Weise verpflichtend vorgesehen und das trifft natürlich auch auf die ganzen Leasingfinanzierungen. In der ganzen VRV findet sich keine bezughabende Stelle, die umsetzen zu müssen.

Und lassen Sie mich zur Kritik bei Zinssicherungsgeschäften einiges anmerken. Ich glaube, die Angelegenheit ist gar nicht so kompliziert, wie sie hier fälschlicherweise oft dargestellt wird.

Ich verstehe zum Teil die Opposition, dass sie von Spekulationen spricht, aber diese Diktion kennt der Landes-Rechnungshof gar nicht. In keinem Bericht an die Landesregierung wird von Spekulationsgeschäft gesprochen.

Ich glaube, hier muss man auch der Semantik die Ehre geben und sagen, es handelt sich ausschließlich um Zinssicherungsgeschäfte, die *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Geh bitte.)* zu einer Zeit abgeschlossen worden sind, in den Jahren 2003 und 2004, wo ein Anstieg des allgemeinen Zinsniveaus gedroht hat, die natürlich auch die Landesfinanzen nachteilig getroffen hätte. *(Unruhe bei der ÖVP)*

So dass die damals gemachten Entscheidungen auch im Ergebnis, selbst wenn man es heute betrachtet, als richtig anzusehen gewesen sind, weil es damals ein relativ hohes Zinsniveau gegeben hat, der EURIBOR damals bei 5,5 Prozent gelegen ist.

Außerdem hat das Land Burgenland eigentlich das umgesetzt, was der Bundes-Rechnungshof empfohlen hat, was er mehrfach empfohlen hat, was er zuletzt 2009 empfohlen hat, nämlich dass man die jeweiligen Marktumfelder zu beobachten hat, dass man splitten sollte in fixe aber auch in variable verzinste Finanzierungen.

Und genau das ist geschehen. Das wurde hier im Burgenland umgesetzt und damals in den Jahren 2003, 2004 wurden in 25 Millionen-Euro-Tranchen insgesamt 150 Millionen Euro hier zinsabgesichert veranlagt.

In den letzten 15 Jahren, meine Damen und Herren, auch das ist mir wichtig hier heute einmal mehr festzustellen, in den letzten 15 Jahren lagen gesamthaft betrachtet die Durchschnittszinssätze über alle Finanzierungsinstrumente beim Land bei 3,5 Prozent.

Ein Vergleich mit dem Bund beispielsweise ergibt, dass beim Bund im selben Zeitraum die Durchschnittszinssätze bei 4,2 Prozent lagen, das heißt wir haben, wenn Sie so wollen, um 0,7 Prozent lukrativer gewirtschaftet. Das hat für das Land Burgenland immerhin pro Jahr 1,5 Millionen Euro gebracht, in Summe 22 Millionen Euro.

Und ich glaube, schon auf Grund dieses Hinweises, ist auch der Beweis erbracht, dass wir damals richtig entschieden haben. Und ich glaube, dass Zinsabsicherungsinstrumente zum Unterschied von einem Fixzinssatz den Vorteil haben, dass steigende Zinsen zu einer Verbesserung der Situation beitragen, während Fixzinssätze immer gleich hoch bleiben.

Es wurde auch mehrfach hier ausgeführt, wir werden heute wahrscheinlich in der Diskussion noch einiges darüber hören, dass man aussteigen kann. Der Bundes-Rechnungshof, auch der Landes-Rechnungshof, sagt in diesem Bericht, dass man eigentlich eine Beendigung einzelner Zinstauchgeschäfte herbeiführen hätte sollen.

Man verkennt bei dieser Empfehlung allerdings eines - und das höre ich auch in der Diskussion nicht - dass dieser Ausstieg eine ganze Menge Geld kostet. Der Ausstieg bei einem derzeitigen EURIBOR von null Prozent und in Relation zur noch aushaftenden Laufzeit von mehr als 20 Jahren würde bedeuten - und Experten haben das sogar genau berechnet - mit Ende Oktober würde das eine Belastung für das Burgenland von 103,79 Millionen Euro betragen.

Das sollte man in der Diskussion immer wieder dazu sagen. Und es ist daher die Finanzabteilung gut beraten und sie tut das auch, dass sie den Markt genau beobachtet. 103 Millionen Euro würde das kosten und der Preis dafür, das sagt man gelegentlich auch nicht dazu, ist, dass wir dann keine Sicherheit haben vor einem steigenden Zinssatz - absolut keine Sicherheit haben.

Und dass wo im Moment, wenn man sich die weltpolitische Situation ansieht, da oder dort schon wieder ein Steigen der Zinsen ins Auge gefasst wird. Also man würde einen doch relativ sicheren Pfad verlassen und ich weiß nicht, ob die, die uns heute empfehlen "Ausstieg", bei einem Anstieg der Zinsen dann nicht sagen, die haben aber völlig falsch entschieden. *(Abg. Ingrid Salamon: Na ganz sicher, ganz sicher.)* Die haben sich das nicht überlegt.

Und daher ist eine behutsame Vorgangsweise, so wie sie im Burgenland derzeit passiert, durchaus angebracht. Ich sage nochmals, das ist ein Ausstiegsszenario - im Übrigen jederzeit möglich - allerdings unter hohen Risiken.

Ob wir die eingehen sollten, wage ich heute zu bezweifeln. Diskutieren kann man das, dann muss man aber auch auf den Tisch legen, zu welchem Preis das erfolgen kann, das *(Abg. Manfred Kölly: Das ist schon klar. Transparentheit muss auf den Tisch. Dann können wir reden darüber. Da ist ja nichts dabei.)* muss man dann natürlich auch in der politischen Verantwortung darstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Insgesamt betrachtet betreffen die durch den Rechnungshof in seinem Bericht gemachten Kritikpunkte eigentlich ausschließlich Dinge, die in der derzeit geltenden VRV nicht gefordert werden, es ist natürlich legitim, darüberhinausgehende Empfehlungen auch zu treffen.

Aber ich betone es nochmals, der Burgenländische Landes-Rechnungshof attestiert in diesem Prüfbericht, dass der Rechnungsabschluss 2014 und man kann es vorweg nehmen - auch im Jahr 2015 - eigentlich ein sehr, sehr erfolgreicher Bericht ist.

Insgesamt steht damit auch eindeutig fest, dass die Landesfinanzen auf einem festen Fundament stehen, das Land Burgenland einen stabilen Finanzkurs verfolgt und es liegt eigentlich auch ein Top-Ergebnis vor, dass auch abgebildet ist durch die Ratingagentur Standard & Poor´s mit den Bestnoten, kurzfristig, A1+, langfristig ein AA.

Ich glaube, das ist auch eine Bestätigung, dass wir diesen konsultativen Kurs, der hier im Burgenland hier umgesetzt wird, durchaus herzeigen können.

Ich darf vielleicht auch noch am Rande darauf verweisen, dass es uns im Jahr 2014, von diesem Jahr sprechen wir, das zweithöchste Wirtschaftswachstum gelungen ist nach Vorarlberg mit 1,2 Prozent, österreichweit waren damals 0,3 Prozent.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir nach Vorarlberg auch das höchste Beschäftigungswachstum gehabt haben mit 1,4 Prozent. Auch hier waren wir viel, viel besser als der Bund - dazu ist zu gratulieren dem Finanzlandesrat, der zuständigen Finanzabteilung.

Ich möchte natürlich aber auch diese Feststellung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof abstatten. Ich glaube, dass der Landes-Rechnungshof ein notwendiger, ein ganz wesentlicher und unverzichtbarer Begleiter der Burgenländischen Landesregierung sein wird, des ganzen Landes sein wird.

Meine Fraktion wird daher diesem vorliegenden Bericht sehr, sehr gerne zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Dankeschön. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Auf den Kollegen Rezar fehlen mir zum Teil die Worte folgend, aber es ist die Sichtweite durchaus legitim. Wir beide nehmen an, dass der Landes-Rechnungshof in der Adjustierung der gesetzlichen Vorgaben bezogen auf den Rechnungsabschluss 2014 durchaus korrekt gehandelt hat und dass diese in der VRV gegebenen gültigen Maßnahmen auch erfüllt werden.

Nichtsdestotrotz, und das haben sie dann zum Teil in anderen Punkten sehr geringfügig in der Darstellung gehabt. Er gibt ja nicht nur Empfehlung ab, sondern, und das ist ja grundsätzlich die Fragestellung, kritisiert nicht nur Gebarung, sondern in der Umsetzung gewisse Tendenzen, die für das Land, wenn man sie nimmt unter den Voraussetzungen jetzt nur auf die Swap-Geschäfte durchaus Folgen haben können, die im Vergleich von einer normalen Geschäftsgebarung total abweichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist auffällig gewesen, dass zum Beispiel einzelne Bürgermeister hier anwesend, Bürgermeisterinnen auch anwesend, dass den Gemeinden etwas verboten wurde. Alles was mit Zinsgeschäften und sonstigem in Zusammenhang steht, in spekulativer Form, wird verboten. Der letzte Finanzausgleich, jetzt vor kurzem abgeschlossen, sieht auch vor, dass alles was Spekulation anlangt quasi ausgeschlossen und nicht stattfinden soll.

Der Herr Landesrat war zugegen, war Mitverhandler bei diesem neuen Finanzausgleich. Tatsache ist, dass eine Beschränkung beim neuen Finanzausgleich bezogen auf die Haftungen auch gemeinsam beschlossen wurde. Tatsache ist, und jetzt zurück ins Burgenland, dass wir im Grunde genommen bei Gemeinden nein sagen, nur beim Land, das sich mehr oder weniger selbst kontrolliert im Sinne der Regierungsaufgaben, da dürften wir, oder sollten auch die Burgenländerinnen und Burgenländer nichts einzuwenden haben.

Diesen Widerspruch zu lösen, Herr Kollege Rezar, ist Ihnen nicht gelungen. Weil das haben Sie einfach ausgespart. Tatsache ist, dass wir eine Diskussion sehr wohl nicht nur im Stande sind zu führen, sondern wir müssen sie auch führen, damit diese Nebelgranatensituation und dieses Augenverschließen vor den Gegebenheiten nicht zum Durchbruch kommen darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man die Berichterstattung zu einzelnen kritischen Diskussionsbeiträgen verfolgt, dann gilt es auf der einen Seite, was ja durchaus legitim ist, das positive Bild zu zeigen. Wenn auf der anderen Seite Kritik

angemerkt wird, dann ist es ein paar Mal schon gefallen, ist man nicht diskussionsbereit, ist man nicht kritikfähig, dann verurteilt man, weil das ja quasi nicht stattfinden darf. *(Zwischenruf der Abg. Ingrid Salamon)* Sie können sich dann wieder zu Wort melden. *(Abg. Ingrid Salamon: Ich werde Sie das nächste Mal auch daran erinnern!)*

Tatsache ist, dass wir im Bereich des Rechnungsabschlusses 2014 genauso wie 2013 und anderen Berichterstattungen, die vom Landes-Rechnungshof herausgegeben worden sind, nicht nur kritische Anmerkungen zur Finanzgebarung haben, sondern auch in der Darstellung auf die Zukunft gewisse Mängel festgehalten werden.

Auf die jetzt im Detail einzugehen werde ich mir ersparen, aber ich will dem geschätzten Publikum, das auch über das Internet mit uns verbunden ist, jetzt im abgesetzten Teil vom Kollegen Rezar auch ein paar Anmerkungen setzen, die nicht so klingen, wie er es zumindest darzustellen versucht hat.

Die Grundproblematik, und die ist ausgespart worden auch in seinen einzelnen Positionen, besteht, und das ist für jeden auch für die vormalige Opposition nachvollziehbar, in den ordentlichen Budgetteilen zu den ausgelagerten Budgetteilen. Alles was ausgelagert war, ist natürlich oder ist natürlich von Vorteil in der Finanzierung, weil es maastrichtgerecht ist.

Diese Tatsache haben alle die in der Verantwortung schon im Bürgermeisteramt gesessen sind erkannt und haben danach auch zu handeln versucht, beziehungsweise handeln müssen.

Diese Auftragssituation ist jetzt aber im Grunde genommen eine Entwicklung, wo wir 297 Millionen Euro als Schuldenstand im ordentlichen Budget kennzeichnen. Alles was daneben ist, kommt dann so zum Tragen wie in der Sendung "Bist du deppert" vorgestern im Puls TV, wo grundsätzlich Dimensionen aufgezeigt werden, wo es den Burgenländerinnen und Burgenländern mit Sicherheit nicht einfach bestellt sein wird, sondern wo sie endlich auch merken, wohin die Reise geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Prüfbericht 2014 sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Darstellung der Haushaltsrechnung und des Kassenabschlusses den aufgezeigten Mängeln bei der Vermögensrechnung, die ich vorher erwähnt habe, und dem Haftungsnachweis gegenüber stehen. Letztere stellen nach Ansicht des Landes-Rechnungshofes Transparenz und Aussagekraft des Rechnungsabschlusses in Frage.

Das haben Vorredner schon betont, dass diese Offenlegung, die Darlegung der Inhalte nicht nach allen Kriterien des sogenannten Transparenzprinzips erfolgt, sondern man schließt manches aus und verweist jetzt darauf, dass 2019 bundesländerübergreifend mit der neuen VRV eine Möglichkeit da sein wird, um Einblick zu nehmen.

Ich hoffe, dass diejenigen, die jetzt das alles mehr oder weniger unter den Tisch kehren zu dem Zeitpunkt, wenn wirklich die Möglichkeit des Einblicknehmens auf einen Blick gewährleistet sein wird, nicht das böse Erwachen haben werden und dann zur Kenntnis nehmen werden, dass man rechtzeitig handeln hätte können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich brauche nicht schlecht zu zeichnen, Tatsache ist, es stehen gewisse Empfehlungen drinnen, die in der Umsetzung, und das haben wir 2013 gehabt, das haben wir 2012 gehabt, einfach nicht zur Kenntnis genommen werden.

Die kritischen Feststellungen des Berichtes konzentrieren sich auf die mangelhafte Vermögensrechnung sowie den unvollständigen Haftungsnachweis, was ich schon vorher gesagt habe.

Der Haftungsnachweis der landesverbürgten Darlehen weist eine Höhe von 522 Millionen Euro aus, dabei musste der Rechnungshof aber feststellen, dass eine allfällige Verlustbeteiligung des Landes gegenüber der BVOG, eine ganz besondere Tochter, nämlich einer Enkeltochter des Landes, wo man sich selbst etwas verkauft hat in Höhe von 225 Millionen Euro nicht im Haftungsnachweis enthalten ist und anders.

Das ist eine Konsequenz, die muss man einmal schaffen. Das ist etwas, was nebenbei noch für eine andere Haftungssituation zutrifft. Mit 1. Jänner 2014 waren 6,6 Millionen Euro nicht im Haftungsbereich drinnen, aber schlussendlich am 31.12. hat man sich, bezogen auf das Vorjahr, dann erkenntlich gezeigt und hat das quasi in den Abschluss hineingegeben.

Zudem fehlten im Haftungsnachweis weitere Verpflichtungen wie zum Beispiel gegenüber der Kommunalkredit. 178,8 Millionen Euro, das ist nur so nebenbei, eine Bagatelle wahrscheinlich in manchen Augen, aber es ist ja nur zur Finanzierung gewisser Möglichkeiten, die für das Burgenland einen Vorteil bringen hätten sollen. Oder die Wohnbau Burgenland GmbH mit 615, 6 Millionen Euro.

Tatsache ist, und jetzt, Herr Kollege Rezar, bin ich bei Ihnen, dass zumindest diese Zahlungsverpflichtungen im Bericht über die Gebarung, und das können Sie nachlesen auf Seite 18 und 19 des Rechnungsabschlusses, angeführt werden.

Weitere Kenndaten des Rechnungsabschlusses sind der Schuldenstand oder die Höhe des Gesamthaushalts. Der Schuldenstand wuchs, was schon einige Redner vorher betont haben, um drei Millionen Euro, und weist auf das ordentliche Budget, und nichts was ausgelagert betrifft, 278 Millionen Euro aus.

Die Schulden der Landesbeteiligung weisen, wie auch in den Rechnungsabschlüssen aller Vorjahre, keine Erwähnung und keine Berücksichtigung auf. Im Vergleich dazu betrug das ausgeglichene Budget, also die Höhe der Gesamteinnahmen und -ausgaben, 1,2 Milliarden Euro.

Die Konsequenzen aus dem Ganzen ergeben sich jetzt stichhaltig, da hat der Kollege Rezar jetzt versucht auch eine gewisse Wirtschaftstheorie in das Spiel zu bringen, zwischen fixen und variablen Zinssätzen, was noch nicht aber mit der Absicherung zu tun hat, sondern das haben auch die Gemeinden in der Umsetzung, entweder Fixentscheidung oder eine variable Entscheidung.

Weiterhin, und das zitiere ich jetzt: Nicht erfreulich ist die Entwicklung der sogenannten sechs Zinstauschgeschäfte des Landes. Die Zinstauschgeschäfte setzten ihre negative Tendenz der Vorjahre fort und ergaben im Resultat nach Gegenverrechnung von Einnahmen und Ausgaben aus den Zinstauschgeschäften für das Jahr 2014 ein Minus in der Höhe von 7,2 Millionen Euro. Über die gesamte Laufzeit seit 2005 belief sich das Minus zum Ende 2014 auf 43,6 Millionen Euro.

Man kann diesen Summen eigentlich nichts entgegensetzen, außer Unverständnis. Tatsache ist, dass in der Diskussion jetzt angeführt wird, man kann ja gar nicht aussteigen. Wenn jemand den Rechnungshofbericht 2014 nur nachgelesen hätte, steht für zwei oder zumindest drei Zinstauschgeschäfte, Swaps, wie immer man sie bezeichnen will, eindeutig drinnen, dass es mehrere Monate im Jahr 2014 gegeben hätte, wo man im Endeffekt ohne irgendwelche Probleme rein rechtlich aussteigen hätte können.

Diese Situation hat man nicht genutzt. Jetzt dem entgegenzusetzen, dass Experten berechnet hätten man müsste 103 Millionen Euro aus diesen Geschäften quasi fürs Land in negativer Folge verbuchen, ist eine Art der Verrechnungsform, die hier, meiner Ansicht nach, absolut nicht Gültigkeit hat.

Ein nächster Punkt in der Gebarung auf 2014: Die Vermögenslage des Landes ist im Rechnungsabschluss nur sehr unvollständig abgebildet. Zum Beispiel solange der Haftungsnachweis nicht vollständig, der Schuldenausweis ausschließlich auf die Schulden des Landes eingeschränkt bleibt, das Bild der Vermögenslage des Landes Lücken hat, sagt ein jeder, dass es zwei Bereiche gibt.

Und die Tendenz, wenn man jetzt nachliest was sich in den letzten, oder was die Veröffentlichung der letzten Monate ergeben hat, Energie Burgenland in der Umsetzung auf Zinstauschgeschäfte - alles Summen in Millionenhöhe denen gegenüber gestellt wird, wir haben eine bessere Schuldensituation als der Bund, wir sind besser drauf als so manche andere Bundesländer. Ich hoffe, dass sich diese Tendenz auch bewahrheitet. In Wirklichkeit muss man die kritischen Anmerkungen sowohl als solche nehmen, als auch im Grunde genommen nicht unter den Tisch kehren.

Es sollten alle Burgenländerinnen und Burgenländer wissen worum es geht. Daher ist auch auf der einen Seite festzuhalten, dass die Tendenz, den Rechnungsabschluss so zu erstellen, mit Sicherheit eine auslaufende ist, dass sie in der, nochmals betont, in der regulierten Form den gesetzlichen Ansprüchen entspricht, nehmen wir alles so zur Kenntnis.

Es wäre viel schlechter und überhaupt nicht geboten es so nicht zu tun. Auf der anderen Seite sollte die Regierung durchaus imstande sein die Bedenken nicht vollkommen wegzuwischen, sondern sie sehr wohl so zu verarbeiten, dass Kritikfähigkeit als solches nicht etwas darstellt, das als negative Meinung in die Öffentlichkeit getragen wird, sondern man sollte den Beweis liefern, so wie es andere auch tun, dass es sinnvoll ist miteinander zu reden und umzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesem Bericht des Burgenländischen Rechnungshofes mit dem Dank an die Beschäftigten, werde ich meine Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Landtagsabgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Redebericht.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein weiteres Mal zeigt sich, der Standort bestimmt den Standpunkt. Ich kann mich auch nur so wundern über die Flexibilität, die so mancher Abgeordneter hier an den Tag legt, was sich das so in den eineinhalb Jahren ordentlich verändern kann. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, Paradebeispiel Hergovich!)*

Also so flexibel, das muss man einmal sein. Bei Manchen habe ich auch den Eindruck, es gibt ein wenig Gedächtnisverlust, weil das was man heute kritisiert, hat man in Wahrheit alles selbst mitbeschlossen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn man heute zum Beispiel… *(Allgemeine Unruhe)* Herr Kollege Steier, Sie haben gerade gesagt… *(Abg. Gerhard Steier: Sagen Sie den Burgenländern warum der Landtag die Swaps beschlossen hat!)* Sie können sich zu Wort melden. Also, melden Sie sich zu Wort und passt schon. Sie brauchen nicht nervös werden. Es ist alles in Ordnung.

Wir wissen eh, wie der Hase läuft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Da werden heute Haftungen kritisiert, die man damals selber mitbeschlossen hat. Da wird die Transparenz kritisiert, die man damals zu verantworten hatte. Ja, ich frage mich nur, Herr Kollege Wolf, wie haben Sie denn damals gestimmt, wie das alles dem Landtag passiert ist? *(Abg. Gerhard Steier: Sie sollten den Unterschied zwischen Landtag und…!)* Das ist schon die Frage.

Ich glaube, man muss ein paar Dinge wieder gerade rücken und man muss auch vielleicht wieder die Wahrheit in den Hohen Landtag einkehren lassen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da bist Du der Richtige!)* Da wurde heute behauptet, der Landes-Rechnungshof wird beispielsweise blockiert.

Herr Kollege Wolf, der Landes-Rechnungshof gehört nicht der ÖVP. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber auch nicht der SPÖ)* Er gehört nicht der SPÖ, den Freiheitlichen, der Liste Burgenland oder den GRÜNEN, sondern er ist Instrument des Landtages. Sonst nichts.

Wenn jetzt drei Fraktionen, die Liste Burgenland, die FPÖ und die SPÖ einen Antrag abgeben, dann müssen Sie halt zur Kenntnis nehmen, dass es halt andere Parteien auch gibt, außer die ÖVP. Wenn Sie halt zu spät sind *(Abg. Gerhard Steier: Erklären Sie das den Burgenländern!)* und das nicht machen können, dann hilft Ihnen keiner. Das ist halt die Situation. Wir haben *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist Auslegungssache!)* das damals auch dem Kollegen Kölly versprochen. Wenn wir etwas versprechen, dann halten wir das auch. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Na geh, komm!)*

So viel zu Ihren Blockadeversuchen oder was immer Sie da darstellen wollten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Tricksen, Tarnen, Täuschen!)* Dann haben Sie auch, auch der Kollege von den GRÜNEN, das IPA-Projekt angesprochen. Ich glaube, da bedarf es auch ein paar klärender Worte. Das vom Landes-Rechnungshof geprüfte Projekt IPA, also die EDV, da muss man jetzt schon sagen, wenn Sie sich da jetzt herstellen und großartig kritisieren, das wurde natürlich einstimmig mit der ÖVP beschlossen.

Also wenn Sie das heute kritisieren, kritisieren Sie wieder einmal *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also das ist ja wirklich lächerlich!)* Ihr eigenes Handeln, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist lächerlich!)* hochinteressant. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer hat das beschlossen?)*

Aber das geht ja noch viel weiter, Herr Kollege Wolf. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das kannst Du ja niemandem erzählen!)* Weil Sie kritisieren ja etwas, was ja gar nicht so stimmt. Also das ist schon… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja absurd!)* Sie stellen sich ja selber das Bein.

Gut. Herr Kollege Wolf! Hätten Sie diesen Rechnungshofbericht gelesen, dann würden Sie auch heute nicht so argumentieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja nicht normal!)* Erstens: Der Rechnungshof hält ganz klar in seinem Bericht fest, diese Probleme, die es bei der Umsetzung gegeben hat, liegen nicht in der Sphäre des Landes. Erste wichtige Darstellung.

Nicht in der Sphäre des Landes, sondern in der Sphäre einer *(Abg. Gerhard Steier: Außerirdische!)* Fehleinschätzung einer privaten Firma. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wer hat die beauftragt?)* Das sage nicht ich, das sagt der Rechnungshof.

Das können Sie jetzt kritisieren, Herr Kollege Steier, wie Sie wollen. Das sage ja nicht ich, ich zitiere ja nur den Rechnungshof. Zitat aus dem Bericht, das sagt ja nicht

irgendwer, das sagt ein gerichtlich beeideter Sachverständiger. Ich weiß nicht wie Sie das sehen, ich glaube halt einem gerichtlich beeideten Sachverständigen. Wenn Sie das nicht tun, ist das in Ordnung. Ich tue es.

Ich zitiere: Der wesentliche Grund für das Misslingen des ersten IPA-… *(Abg. Gerhard Steier: Das sind Außerirdische gewesen!)* Herr Kollege Steier, Sie können sich zu Wort melden, wenn Sie wollen. Sie brauchen nicht immer so nervös und emotional sein. Sehr sachlich können wir das ruhig diskutieren. *(Abg. Gerhard Steier: Wir reden über den Rechnungshof 2014!)*

Der wesentliche Grund für das Misslingen des Migrationsprojektes war eine verfehlte Technologieauswahl des Auftragnehmers. Also nicht das Land, sondern die private Firma. Der Auftragnehmer versprach Ergebnisse, die er dann nicht liefern konnte. Kein Projektmanagement seitens des Auftraggebers hätte das verhindern können. Sie inszenieren da Schmähparaden der Sonderklasse, ohne dass Sie wirklich diesen Bericht gelesen hätten.

Das ist eigentlich der große Vorwurf den ich unterbreite. Noch viel mehr, der Landes-Rechnungshof bestätigt ja eigentlich nur den Bericht der internen Revision. Damals wurde ja schon gegengesteuert. Übrigens war damals die ÖVP dabei, darum wundert es mich jetzt ein bisschen, dass Sie das kritisieren. Damals haben Sie ja etwas Gutes gemacht. Das ist ja wirklich sensationell.

Der Rechnungshof bestätigt, dass diese Weichenstellungen auch gut und wichtig waren. Ich frage mich nur, warum organisiert die ÖVP diesen Prüfbericht, wenn sie eh wissen, dass es bei der internen Revision einen Bericht gegeben hat, den der Rechnungshof jetzt bestätigt. Hoch interessant. Könnte parteipolitisch motiviert sein. Könnte - ich spreche im Konjunktiv. *(Abg. Gerhard Steier: Selbstverständlich!)*

Nicht verwendbare Kosten: Ja, es gibt nicht verwendbare Kosten, das stimmt. Die wird man sich aber auch genau anschauen müssen, denn ein Sachverständiger hat sich das auch angeschaut. Der bezweifelt die im Bericht genannten Kosten. Ich weiß es nicht, das wird man bis zur Diskussion im Hohen Landtag feststellen, wer da jetzt wirklich Recht hat.

Aber, das ist nur die eine Seite der Medaille, die andere Seite der Medaille, die im Rechnungshofbericht nicht berücksichtigt wurde, weil es auch nicht Gegenstand des Prüfberichtes war, ist die Frage, wieviel Einsparungen erwirkt man durch die Zusammenarbeit von Oberösterreich? *(Zwiegespräche zwischen dem Mag. Thomas Steiner und dem Herrn Landeshauptmann – Abg. Ingrid Salamon: Warte, bis es ein bisschen ruhiger ist, dass die Zuhörer das zu Hause auch hören können!)*

Auch das wird ignoriert, also die Einsparungen, die durch das Projekt mit Oberösterreich zustande gekommen sind, wurden nicht berücksichtigt und das ist die andere Seite der Medaille.

Wenn man diese Einsparungen berücksichtigt, immerhin 200.000 Euro pro Jahr, wird man nach dreieinhalb Jahren den "point of break" erleben, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber in zehn Jahren sind zwei Millionen auch wenig!)* und es gibt ab den dreieinhalb Jahren Einsparungen. Sie sprechen von einem Skandal, von Geldvernichtung. Von Verschwendung und in Wahrheit gibt es Einsparungen. *(Abg. Gerhard Steier: Das werden Sie auch nicht Schönreden!)* Also dieses Kunststück, das bringen wirklich nur Sie zusammen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Schauen Sie! Das ist ja relativ einfach. Man braucht ja nur den Rechnungshofbericht ordentlich lesen und dann gebe ich Ihnen einen Tipp. Lesen Sie

auch den Landes-Rechnungshofbericht von Oberösterreich. Wenn Sie nämlich den lesen, dann wird man sehen, dass der ausdrücklich diese burgenländische Zusammenarbeit lobt und das, was das Burgenland hier tut, hervorragend war.

Ich zitiere aus dem Landes-Rechnungshofbericht Oberösterreichs: Positiv sieht der Landes-Rechnungshof, dass das Burgenland bei der Weiterentwicklung unterstützt und somit eine andere Sichtweise und zusätzliche Softwareentwicklungskapazitäten einbringt.

Naja! Das ist aber schon sehr interessant. Da wird man auch ordentlich diskutieren müssen, in welcher Qualität hier auch über Berichte kommuniziert wird. Das ist auch ganz, ganz wichtig. Wir werden ja auch noch Gelegenheit haben, diesen Bericht im Hohen Landtag zu besprechen. Also in Wahrheit, ein Musterbeispiel dafür, dass die interne Revision eingeschaltet wurde. Ein Musterbeispiel dafür, dass man Fehler korrigieren konnte, dass es nicht zu einem Schaden kommt, sondern zu Einsparungen.

Herr Kollege Wolf! Aber Sie sind ja Rechnungshofausschuss-Vorsitzender. In dieser Funktion wäre ich eigentlich davon ausgegangen, dass Sie auch Rechnungshofberichte lesen. Ich muss Ihnen leider unterstellen, dass Sie diesen Rechnungshofbericht nicht gelesen haben. Weil Sie sind ja grundsätzlich ein intelligenter Bursche. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das muss er sich von Dir nicht sagen lassen, ganz ehrlich!)*

Wenn Sie jetzt, nämlich so wie gestern *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist das jetzt wieder? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Was soll das jetzt sein?)* behauptet haben, dass in dem Bericht herauskommen würde, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist das der Neid oder was ist das?)* dass damit 31 Millionen, Sie sagen versenkt wurden, die sozialistische Geldvernichtungsmaschinerie hat 31 Millionen Euro versenkt, dann muss ich Ihnen jetzt schon sagen, naja 31,6 Millionen war das Budget der Jahre 2010 bis 2015.

Also wenn Sie den Bericht gelesen hätten, hätten, würden Sie wissen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Waren es nur zwei Millionen!)* dass Sie da etwas völlig Komisches von sich geben. Daher bin ich mir nicht sicher. Wie gesagt, Sie sind ja grundsätzlich ein intelligenter Bursche. Entweder Sie wollen die Burgenländerinnen und Burgenländer und die anderen Parteien hier bewusst täuschen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das hat ja nie wer kritisiert!)* oder ich irre mich. Ich weiß es nicht.

Aber diese 30 Millionen Euro, von denen Sie sprechen, die müssen Sie schon erklären, das wird Ihnen keiner abnehmen. Wir werden diesem Bericht natürlich sehr, sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Klubobmann Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Kollege Hergovich, das ist ja wunderbar, wenn Sie uns das mitteilen, eine Fehleinschätzung ist vorgelegen. Die beauftragte Firma hat einen Fehler gemacht, alles noch durch Experten bestätigt. Wunderbar! *(Abg. Robert Hergovich: Steht im Bericht!)*

Na bitte, wo ist jetzt die Schlussfolgerung? Die haben Sie uns jetzt vorenthalten. *(Abg. Robert Hergovich: Wurde 2014 korrigiert!)* Na wir wissen doch schon längst, wir müssten doch schon längst vor einem Gerichtsurteil stehen, weil das ist ja alles jetzt schon seit Wochen und Monaten bekannt, weil wir haben ja schon längst auf Schadenersatz geklagt. Hoffe ich doch stark.

Na wenn 2,2 Millionen Euro *(Abg. Robert Hergovich: Sie haben mir nicht zugehört!)* Ihrer Meinung nach war es nicht eine Fehlinvestition, sondern wir, als Land Burgenland, wurden von einem Privaten der beauftragten Firma gelegt oder getäuscht und wir haben offensichtlich keine Fehler gemacht, na da werden wir ja hoffentlich so schlau sein, hergehen und sagen: Schadenersatz! Wir verlangen das Geld zurück, wenn die Leistung nicht passt. Warum sollte man das als Auftraggeber nicht machen? Ist das erfolgt? Ja oder Nein?

Eindeutig nein offensichtlich! *(Abg. Robert Hergovich: Haben Sie den Bericht gelesen?)* Also kann es nicht nur unser Verfehlen sein, weil jeder, der uns diesen Bericht vorlegt, würde sofort sagen: Bitte Land Burgenland geh klagen! Oder geh nicht klagen, wenn es offensichtlich keinen Grund gibt, das Geld zurück zu verlangen. Also muss ja doch eine Fehleinschätzung, eine Fehlleistung vorhanden sein.

Also, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn der Landes-Rechnungshofbericht uns das sagt, nur eine Fehleinschätzung, gerichtlich beeidete Sachverständige empfehlen uns, da gibt es überhaupt für das Land nichts zu rütteln. Bitte gehen wir zu den Gerichten, gehen wir zu unseren Anwälten und klagen wir diese Summe wieder ein. 2,2 Millionen Euro sind ja wirklich keine Kleinigkeit.

Aber wenn dieses EDV-Projekt schon so wichtig ist, das Sie erwähnt haben, das ist politisch motiviert überprüft worden. Ich habe das in einer Presseaussendung gelesen. Also was kann es denn anderes sein, wenn Abgeordnete in einer politischen Funktion von ihrem Recht Gebrauch machen den Rechnungshof zu beauftragen, als politisch motiviert?

Vielleicht haben Sie parteipolitisch motiviert gemeint. *(Abg. Robert Hergovich: Es ist eh gut, wenn Sie es zugeben!)* Das ist eine Unterstellung. Aber politisch motiviert kann ja das was Sie getan haben, auch nur sein. Sie als Abgeordneter haben einen Auftrag an den Rechnungshof unterschrieben. Der, wie Sie gesagt haben, schneller beim Landes-Rechnungshof eingelangt ist.

Sie haben aber die Vorgeschichte nicht erzählt. Wie lautet die Vorgeschichte? Die Vorgeschichte lautet, dass wir, wie in den letzten Jahren üblich, per E-Mail die unterschriebene Antragsprüfung abgeschickt haben, im Original nachgereicht hätten, uns dann übermittelt wurde. Leider das ist rein rechtlich eine halbe Stunde zu früh, denn die ÖVP darf erst dann diesen Antrag übermitteln, wenn auch die Abgeordneten des Landtages Kenntnis erlangt haben von dem Rechnungshofbericht, der eben bearbeitet zurückgeschickt wurde.

Das ist in Ordnung. Nehmen wir zur Kenntnis. Haben wir in dem Moment, wo es per E-Mail eingelangt ist, bei uns getan - wieder abgeschickt. Halbe Stunde später, zehn Minuten später, noch ein Anruf. Justament ein Mitarbeiter aus dem SPÖ-Klub war eine Minute vor unserem E-Mail Empfang im Büro des Herrn Landes-Rechnungshofdirektors und hat die nächste Auftragsarbeit, den nächsten Antrag, abgegeben.

Jetzt frage ich mich. Was ist jetzt die Lösung, Kollege Hergovich? Soll ich mich jetzt mit Ihnen vor die Tür des Herrn Landes-Rechnungshofdirektors stellen, weil wir werden hoffentlich keinen unserer Mitarbeiter mit solchen Dingen beauftragen, und mich mit Ihnen darüber prügeln, wer als Erster die Türschnalle erreicht, *(Abg. Robert Hergovich: Mit mir können Sie sich nicht prügeln!)* um jetzt zeitgerecht den Antrag abzugeben? Ist das gelebte Demokratie? Ist das das Modell des Burgenländischen Landtages wie der Rechnungshof in Gang gesetzt werden soll?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn da keine klare Lösung erarbeitet wird, dann ist es eine Schande für uns alle. Weil das kann es ja wohl nicht sein, dass ich

einmal 30 Minuten zu früh bin, auch aufgrund keiner einzigen rechtlichen Grundlage, dann eine halbe Minute zu spät bin, weil ich einfach nicht ahnen kann, ob jemand vor der Tür des Herrn Landes-Rechnungshofdirektors steht.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sollte uns doch zu denken geben.

Wenn Sie, Kollege Hergovich sagen, warum der eine oder andere Abgeordnete so nervös ist. Sie haben sieben Minuten gebraucht, um uns zu erklären, warum an all diesen Dingen, die der Kollege Wolf kritisiert hat, nichts dran ist. Sieben Minuten sind für eine Rechtfertigung eine sehr lange Zeit! *(Abg. Ingrid Salamon: Zur Klarstellung! – Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2014 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 618) betreffend die ausständige Genehmigung des Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“ (Zahl 21 – 439) (Beilage 637)

7. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 614) betreffend „Einführung Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018“ (Zahl 21 – 435) (Beilage 638)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 6. und 7. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 6. und 7. Punkt erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 618, betreffend die ausständige Genehmigung des Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector, Zahl 21 - 439, Beilage 637.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska (SPÖ): Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die ausständige

Genehmigung des Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“ in seiner 14. Sitzung am Mittwoch, dem 9. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die ausständige Genehmigung des Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“ die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin zum 7. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Beilage 614, betreffend „Einführung Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018, Zahl 21 - 435, Beilage 638, ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einführung Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018 in seiner 14. Sitzung am Mittwoch, dem 9. November 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einführung Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin.

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer auf den Zuschauerrängen! Ich darf an dieser Stelle auch den Studiengangsleiter zu dieser heutigen Thematik, Roland Fürst, herzlich begrüßen. Wir sind auch gemeinsam im Gemeindevorstand … *(Abg. Edith Sack: Ist überhaupt das Mikrophon eingeschaltet? - Zwiegespräche und Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten - Das Problem mit dem Mikrophon wird sodann behoben.)*

Wusstet Ihr eigentlich, dass heute der Weltstudententag ist? Das Bündnis Liste Burgenland hat am 19. Oktober 2016 den Antrag auf Einführung eines

Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung“ ab dem Studienjahr 2017/2018 im Landtag eingebracht.

Ich erspare uns jetzt die Details, wie mit vielen von uns eingebrachten Anträgen umgegangen wurde. Der als Erster eingebrachte Antrag wurde nicht ordnungsgemäß unterstützt, wurde abgelehnt und wiederum fast ident von der anderen Fraktion eingebracht. Bei diesem Thema ist es mir eigentlich viel zu wichtig.

Wir sollten in Zukunft bestrebt sein, nicht gegeneinander zu arbeiten und zwei gleiche Anträge abzugeben, sondern gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Ich schlage daher vor, wie es bereits im Jugend-Landtag praktiziert wird, gemeinsam Anträge auszuarbeiten und anschließend im Landtag einzubringen. *(Beifall bei der LBL, bei den GRÜNEN und beim Abg. Gerhard Steier)*

Wir vom Bündnis Liste Burgenland wollen und ich denke, das liegt hier auch allen anderen Fraktionen nahe, für alle Burgenländerinnen und Burgenländer arbeiten.

Dabei sollte natürlich nach Möglichkeit die Sachpolitik von der Parteipolitik stehen. Natürlich werden wir, sowohl den abgeänderten LBL-Antrag, also auch den SPÖ-FPÖ-Antrag, der nahezu mit unserem ident ist, unterstützen.

Die Fachhochschule Burgenland mit ihren Standorten Eisenstadt und Pinkafeld ist ein Ort, an dem Theorie gelehrt und Praxis gelebt wird. An dieser einzigartigen Bildungseinrichtung profitieren Studierende von zahlreichen Praxisprojekten und können dadurch beruflich sofort einsteigen und stehen auf Grund ihrer erworbenen Umsetzungskompetenz bei potentiellen Arbeitgebern hoch im Kurs.

Die Gründung des Departments Soziales und Start des Bachelorstudienganges erfolgte im Jahr 2014. Das Burgenland war bis dahin das einzige Bundesland, wo keine Sozialarbeiterin und keine Sozialarbeiter ausgebildet wurden. Das Department wurde gegründet, weil es im Burgenland einen eklatanten Arbeitskräftemangel an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern gab und gibt.

Aber auch in ganz Österreich ist es nicht anders. Es gibt achtmal so viele BewerberInnen wie es Plätze gibt. Pro Jahr können hier 40 StudentInnen und das sind meistens Burgenländerinnen und Burgenländer aufgenommen werden.

In der FH-Geschichte wurde vom zuständigen Ministerium immer auch ein Masterstudium genehmigt, das ist auch Sinn des Systems, der Bachelor und anschließend der Master. Erstmals wurde dieser Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ nicht genehmigt, obwohl das Ministerium im Vorfeld die Zusage signalisiert hat.

Bei der Vergabe für Studienplätze für das Jahr 2017 und 2018 - da hätte das Masterstudium starten sollen - bekam ausschließlich das Land Burgenland und Salzburg keine Studienplätze zugewiesen, alle anderen Bundesländer, bei denen war es sehr wohl so. Die Studentinnen und Studenten des fünften Semesters können nun im Burgenland keinen Master machen, obwohl mehr als 50 Prozent dies fix eingeplant haben. Hier spielt natürlich eine gewisse Lebensplanung, Wohnungswechsel, Arbeitsstelle und so weiter eine enorme Rolle.

Zudem haben sich rund 100 Interessierte gemeldet, das sind Praktikerinnen und Praktiker, die schon als Sozialarbeiter oder als Sozialpädagoginnen arbeiten, die gerne im Burgenland weiterstudieren wollen und ihr Studium neben ihrer sowieso schweren Arbeit nebenbei machen müssen.

Die Entwicklung eines Masterantrags nimmt viel Zeit und Ressourcen in Anspruch und kostet natürlich dementsprechend Geld. Die vom Ministerium vorgeschobenen Argumente, wie zu wenig Arbeitsplätze und der Fächerabgleich mit den Unis, stimmen schlichtweg nicht, weil man sich ausschließlich auf die AMS-Statistik stützt, die aber absolut nicht den Bedarf widerspiegelt.

Rund 95 Prozent der Jobs für Sozialarbeiterinnen und -arbeiter und Sozialpädagoginnen und -pädagogen werden nicht an das AMS gemeldet. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind in den unterschiedlichsten Praxisfeldern beschäftigt. Jugendamt, Streetworking, Schulsozialarbeit, Schuldenberatung, Sachwalterschaften, Jobcoaching, Straffälligenhilfe, Flüchtlingsarbeit und bei Behörden wie Bund, Land, Stadt und bei Non-Profit-Organisationen wie Volkshilfe, Caritas, Hilfswerk, Pro Mente, ebenfalls tätig.

Eine Ausbildung im Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH-Burgenland mit Standort Eisenstadt wäre für viele Studentinnen und Studenten eine Topweiterbildungsmöglichkeit in ihrem Kernbereich und zum anderen erhöht es die Chance, dass mehr junge Menschen im Burgenland Arbeit finden und im Land bleiben.

In den letzten Jahren war es im Burgenland schwierig, entsprechend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die verschiedenen Handlungsfelder der sozialen Arbeit zu finden.

Mit der Einrichtung eines Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung“ im Studienjahr 2017 und 2018 wären wichtige regionale Bedürfnisse für eine hochstehende Versorgung mit sozialen Dienstleistungen gedeckt.

Durch die Möglichkeit, das Studium nunmehr im eigenen Bundesland weiterführen zu können und nicht nach Wien oder Niederösterreich ausweichen zu müssen, könnten Studierende dazu bewegt werden, im Land zu bleiben und die vielen freien Arbeitsplätze im Sozialbereich abzudecken.

Wir fordern deshalb den Landtag auf, er wolle Folgendes beschließen: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, insbesondere an Vizekanzler und Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Dr. Reinhold Mitterlehner, heranzutreten, um den Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018 einzuführen.

Ich hoffe, dass wir hier im Hohen Landtag einen einstimmen Beschluss dafür bekommen und ich wünsche allen Studentinnen und Studenten und natürlich Dir, Roland, als Studiengangsleiter für dieses sehr schwere Arbeitsleben viel Erfolg und alles Gute. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der LBL, bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herzlich willkommen auch die weiblichen Lehrkräfte und Studierenden und Nachwuchs auf der Galerie zu diesem uns allen, glaube ich, sehr wichtigen Thema.

Die wesentlichen Informationen und Eckdaten zur Begründung des Antrages auf Durchführung eines Masterstudiengangs „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“ und die weitere Antragsbegründung ist bereits sehr gut wiedergegeben worden,

ich nehme auch an, Kollegin Prohaska wird das noch einmal ausführlich ausführen. Ich hoffe, ich kann jetzt noch etwas anderes dazulegen, damit wir uns nicht allzu sehr wiederholen.

Der Wunsch nach einem Masterstudiengang in sozialer Arbeit auf der FH Burgenland ist ja kein neuer, das wurde vorher schon angedeutet. Es ist die logische Fortführung der mittlerweile etablierten Bachelorlehrgänge.

Die Ablehnung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist daher sehr zu bedauern und aus meiner Sicht auch zu kritisieren.

Es wurden nämlich auch Angebote der Fachhochschule abgelehnt, die Kosten für einen neuen Lehrgang zu reduzieren, mit ausgetüftelten Umschichtungen von Studienplätzen etwa, die in anderen Lehrgängen nicht ausgefüllt sind, und durch andere Optimierungsangebote quer durch das Studienangebot der FH.

Dann könnte dieser Lehrgang, der, wie schon sein Name sagt, einem Land im Sozialen einen sozialen Profit bringt, kostengünstiger durchgeführt werden, aber auch das wollte das Ministerium nicht zulassen.

Um welche Summen geht es denn hier? Pro Kopf und Studienjahr zahlt der Bund in so einen Lehrgang 6.970 Euro. Im Rahmen des Gesamtaufkommens des Bundes für die FH Burgenland von rund 14,2 Millionen Euro handelt es sich also um rund ein Prozent der Investitionskosten und es sind aus meiner Sicht Investitionskosten, die in Ausbildungen gesteckt werden, deren Absolventen und Absolventinnen dringend gebraucht werden. Das wurde vorhin auch schon ausgeführt.

Es geht um 153.340 Euro im Jahr, die über die Möglichkeit eines Masterstudiums in sozialer Arbeit entscheiden. Die Absolventen und Absolventinnen würden im Burgenland dringend gebraucht. Zwar ergab eine Erhebung des Bundesministeriums in Wien und in Graz, dass es keinen Bedarf für das Burgenland gäbe, dies kann aber für das Burgenland sicher nicht festgestellt werden.

Ich bekomme auch persönlich mit, wie schwer es ist, für all die wichtige Sozialprojekte, Sozialeinrichtungen und Gesundheitseinrichtungen mit sozialer Betreuung Fachpersonal zu finden, und es bedarf im Burgenland in einigen Bereichen noch eines Ausbaues. Ich denke hier zum Beispiel an die Schulsozialarbeit.

Das Burgenland ist, das wurde auch schon gesagt, das einzige Bundesland, in dem es nicht möglich ist, ein Masterstudium in sozialer Arbeit zu absolvieren.

Ich möchte an dieser Stelle und von hier aus und von meiner Seite aus der FH Burgenland meine aufrichtige Anerkennung für die Arbeit, die dort geleistet wird, aussprechen. Wir haben immer mehr Studierende. Wir haben eine hohe Anzahl an Studierenden, die neben ihrem Beruf die Ausbildung machen. Der Schwerpunkt in den Angeboten ist berufsbegleitend. Das heißt, lernen während der Arbeitszeit, während der Erwerbstätigkeit ist ein Credo auf der Fachhochschule Burgenland.

Die Fachhochschule Burgenland zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie eine hohe Diversität in den Studierenden aufzeigt. 44 verschiedene Länder sind im Moment unter den Studierenden vertreten. Das heißt aber nicht, dass der Anteil der ausländisch Studierenden gar so hoch ist, sondern dass die Vielfalt eine besonders große ist.

Die Ausgewogenheit zwischen männlichen und weiblichen Studierenden ist immer gegeben, je nachdem ob gerade ein neues technisches Studium, oder mehr ein Studium im Sozialen und Gesundheitsbereich im Kommen ist, aber wir haben auch hier eine sehr schöne Ausgeglichenheit.

Es gibt auch immer mehr Möglichkeiten für junge Leute, die keinen Maturaabschluss haben, hier Lehrgänge zu besuchen, um dann auch studieren zu können.

6.000 Absolventinnen und Absolventen konnten hier eine qualitativ hochwertige Ausbildung genießen, und ich bin auch sehr stolz darauf.

Die Entwicklung in Forschung und Lehre ist vorbildlich, und das gute Arbeitsklima, das kann ich persönlich bestätigen, spürt man bereits, wenn man das Gebäude betritt. Dankeschön auch dafür! Das lohnt sich, weiterhin zu unterstützen und auszubauen.

Durch die Fachhochschule hat auch die höhere Bildung einen fixen und bedeutenden Platz im Burgenland. Grenzüberschreitend, familienfreundlich und zukunftsorientiert.

Wir werden natürlich diesen Anträgen zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LBL und beim Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Fakten sind hinlänglich bekannt und sind auch schon erwähnt worden. Ich möchte mich wirklich kurz halten. Zwei, drei Dinge kommen mir bei der ganzen Sache schon seltsam vor.

Erstens sind dies die sehr konträren Begründungen einerseits des Ministeriums, andererseits der Fachhochschule. Das Ministerium sagt zum Beispiel, es gibt keine Nachfrage am Arbeitsmarkt. Hier glaube ich schon weit mehr der Fachhochschule, die sagt, der Bedarf wird sogar noch massiv steigen und es ist genau das Gegenteil der Fall, was das Ministerium behauptet.

Eigenartig ist auch, dass bis jetzt immer, wenn ein Bachelorstudiengang installiert wurde, auch später ein Masterstudiengang ins Leben gerufen wurde. Außerdem wundert es mich, dass in allen Bundesländern ein Masterstudiengang möglich war, nur in Burgenland offensichtlich nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ist dieser Masterstudiengang jetzt wirklich wichtig und notwendig? Das Ministerium sagt offensichtlich nein. Ganz entscheidend ist, was die Betroffenen sagen und was wir vielleicht sagen.

Die Studierenden betonen natürlich Aspekte wie, das hängt mit Persönlichkeitsbildung zusammen, mit Selbsterfahrung, mit ihrer Weiterentwicklung, es werden neue, interessante Inhalte vermittelt und die Beratung sei ein ganz wesentlicher Teil der Sozialarbeit und diese Beratung sei wiederum ein wesentlicher Inhalt des Masterstudiums.

Sehr geehrte Damen und Herren! Für mich ist eigentlich aber Folgendes von entscheidender Bedeutung, wie schaut nämlich zurzeit die Praxis aus? Die jetzige Perspektive ist praktisch, dass jemand das Bachelorstudium absolviert, er hat sich eventuell eine Wohnung genommen und muss nun zwangsläufig nach Graz oder Wien pendeln oder lässt sich dort für diese Zeit nieder, findet dort einen Freund, einen Partner, Freundin, und die Folge ist, dass diese Gemeinschaft meistens dort bleibt, wo sie sich gerade befindet. Oder die positiven Perspektive, dass es bei uns möglich ist, im

Burgenland, einen Masterstudiengang zu absolvieren, genauso findet jemand Freund oder Freundin hier und bleibt im Burgenland.

Das heißt, dies ist für mich sogar der wesentlichste Aspekt bei der ganzen Sache, nämlich Abwanderung aus dem Burgenland zu verhindern, hochqualifizierte Arbeitsplätze im Burgenland zu schaffen und zu erhalten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es steht hier außer Streit, sachlich wurden alle Argumente vorgebracht, die man wohl nur sagen kann, wenn es darum geht, nach einem erfolgreichen Bachelorstudiengang jetzt auch einen Masterstudiengang anbieten zu wollen.

Ich sage das ganz offen, natürlich gibt es einen Wettbewerb unter den FH-Standorten und auch den Universitäten. Das Burgenland hat schon in der Vergangenheit, ich denke beispielsweise an die wirtschaftlichen Studiengänge an der FH sehr oft bewiesen, dass wir sehr konkurrenzfähig in der Region sind, dass wir insbesondere auch sehr international denken können. Die Wirtschaftsstudiengänge an der FH Burgenland mit dem Standort in Eisenstadt waren immer sehr attraktiv, weit über unsere Landes-, aber auch Republiksgrenzen hinaus.

Wenn der Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ eine weitere Möglichkeit ist, Menschen in unser Land zu bringen, und jene, die hier die Bachelorausbildung genossen haben, auch hier zu halten, dann findet das die volle Unterstützung der ÖVP-Fraktion. Ich möchte nur anmerken, dass es natürlich auch in der Vergangenheit immer wieder Bestrebungen gegeben hat, Masterstudiengänge zu implementieren. Ich weiß aus der Vergangenheit zu berichten, dass es immer wieder Versuche gegeben hat, unterschiedliche Masterstudiengänge in anderen Bundesländern, aber auch bei uns zu etablieren, manche wurden genehmigt, manche wurden abgelehnt.

Natürlich gibt es auf der Bundesebene die Verantwortung, dass hier eine breite Möglichkeit an Studienplätzen gegeben ist und nicht nur sehr eingeengt, dass nicht jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kocht, aber umso mehr gilt es eben, dann Druck zu machen.

Dann müssen wir uns nicht nur hier im Landtag erheben und unsere Zustimmung für all diese Anliegen erteilen, die hier niedergeschrieben sind, sondern müssen den Weg gehen, dass man natürlich auch dort vor Ort, wo es notwendig ist, im Wissenschaftsministerium und dem zuständigen Bundesminister, auch unsere Stimme zu erheben, das ist das Zweite, hier einen Antrag zu beschließen, ist sehr gut und ein guter Start, aber das Ganze zu verfolgen und dann dahinter zu stehen, ich glaube, daran werden uns die Kolleginnen und Kollegen, die dort ihre Studien vorantreiben wollen, messen und nicht an der heutigen Zustimmung.

Eines möchte ich noch anmerken, es ist schon vom Kollegen Hutter angeklungen, ganz verstanden habe ich es nicht, warum ein zweiter Antrag, der fast wortident dasselbe Thema beinhaltet, wie einer, der bereits in den Ausschüssen behandelt wurde, einlangen muss, warum hier Rot-Blau aus welchen Gründen auch immer einen populistischen Weg einschlägt, wenn jetzt noch dazu alle, die hier derselben Meinung sind, offensichtlich zustimmen.

Ich finde das sehr schade und ich glaube, es zeigt einmal mehr, es sollte uns weniger um populistische Placebo-Effekte gehen, als um die Tatsache, was können wir für die Studierenden, für die Lehrenden und für den Studienstandort Eisenstadt erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor allem, die hier zuhören und auch an den TV-Geräten oder im Internet dieser Debatte folgen. Ich kann Ihnen versichern, die ÖVP-Burgenland wird das Ihre dazu beitragen, um dafür zu sorgen, einen Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ in der FH Eisenstadt, hier im Burgenland, umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächster Redner erteile ich der Frau Abgeordneten Doris Prohaska das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurden die Fakten und Tatsachen bereits ausführlich erklärt. Ich kann mich auch dem genauso anschließen, wie meine Vorredner, dass die Fachhochschule Burgenland, die es seit 1994 gibt, schon dadurch ihre Qualität beweist, dass es eine sehr hohe Vermittlungs- beziehungsweise Beschäftigungsquote der Absolventen gibt und dass sich die Fachhochschule eines vor allem vor Augen hält, nämlich, dass entsprechend des Bedarfes, der im Burgenland gegeben ist, auszubilden.

Genau mit dieser Zielsetzung vor Augen haben sich natürlich die zuständigen Personen im Department für Soziales auch zusammengesetzt und haben diesen Masterlehrgang ausgearbeitet. Hätte man ihnen im Wissenschaftsministerium gleich gesagt, dass es diesen Masterstudiengang nicht geben wird, hätten sich die Menschen sehr viel Arbeit und sehr viel Geld erspart.

Warum es wirklich nur im Burgenland diesen Masterstudiengang nicht geben soll, das ist mir wirklich ein sehr großes Rätsel, nämlich auch die Ausrede, es gäbe zu viele arbeitslose Akademiker in diesem Bereich, das halte ich wirklich für eine Augenauswischerei, denn arbeitslose Akademiker gibt es in sehr vielen Bereichen, und ich habe noch nie gehört, dass es deshalb in irgendeiner Studienrichtung eine Einschränkung des Studienangebotes gegeben hat.

Als Pädagogin weiß ich selbst, wie wichtig es zum Beispiel im Bereich der Schulen ist, dass es ausgebildete Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, vor allem wirklich die hohe Qualität der Ausbildung, dass wir keine Laien anstellen oder geschweige denn aus anderen Ländern noch Facharbeiter holen müssen.

Ich habe mir nur den Vergleich angeschaut, wie es mit den Sozialausbildungsplätzen in Deutschland und in der Schweiz aussieht. Österreich hat im Vergleich zu Deutschland ein Zehntel der Bevölkerung, aber wir haben nur ein Dreißigstel der Zahl der Studienplätze. Eine Erhebung in Deutschland sagt auch, dass die zweitbegehrteste Akademikergruppe nach den Ingenieuren, den Technikern, bereits die Sozialarbeiter sind. Das muss endlich auch im Burgenland erkannt werden.

Als Politikerin habe ich mir natürlich ganz andere Fragen gestellt. Warum gerade das Burgenland? Die Akzeptanz ist sehr groß, die Notwendigkeit ist gegeben, es bringt eine Schwächung der FH Burgenland, es bringt eine Schwächung der Regionalität, wir verlieren nötige Fachkräfte.

Warum? Weil das Burgenland ein rotes Bundesland ist und das Ministerium schwarz besetzt ist? Weil das Burgenland bei den Fachhochschulen keine Studiengebühren einhebt, so wie es in vielen anderen Bundesländern gemacht wird? Weil

das Burgenland Bildungsland Nummer eins ist und das aus eigener Kraft und aus dem Landesbudget sehr viel finanziert? Wir haben die höchste Maturantenquote. Kann das wirklich irgendjemand verantworten, dass man diese gut ausgebildeten jungen Menschen jetzt woanders hinbringt, dass sie ihr Studium fertig machen?

Mir kommt das ganz persönlich so vor, als gäbe es Volksschulen und dann sagt man, die Kinder können nach der Volksschule ohnehin Lesen und Schreiben, mehr brauchen sie nicht, wir bieten auch gar keine anderen Schulen an. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber wenigstens sagen Sie ganz klar ihre Meinung.)*

Ich habe mir aber jetzt nur noch angeschaut, aber ich freue mich, dass die ÖVP-Fraktion der gleichen Meinung ist wie wir und ich würde bitten, bei Ihrem Wissenschaftsminister wirklich auch dementsprechend anzuklopfen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum unserer, Frau Kollegin? Große Koalition!)*

Jetzt habe ich gesehen, heute ist ein Antrag eingetroffen, dass Sie Stipendien des Landes für Medizinstudenten fordern. Sie waren damals für Studiengebühren. Warum das jetzt? Deswegen sollte man auch dem Herrn Minister nicht die Verantwortung abnehmen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Werden wir gemeinsam tun, oder?)* er hat sich auch um das Burgenland zu kümmern, er hat sich um die Finanzierung zu kümmern. Wir sind nicht weniger wert wie irgendein Mensch in einem anderen Bundesland in Österreich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was tun wir gemeinsam dafür?)*

Wir wissen, Investitionen in Bildung bringen noch immer die allermeisten Zinsen, und wir fordern den Herrn Minister auf, dass er diesen Studiengang endlich genehmigt, damit wir die gutausgebildeten Jugendlichen im Land behalten.

Ich fordere auch meine Kolleginnen und Kollegen im Landtag auf - ich habe es bereits getan -, die Petition der Studentinnen und Studenten zu unterstützen, damit dieser Studiengang auch wirklich genehmigt wird. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirklich in Kürze, weil es 15.00 Uhr gleich ist. Zu diesem Antrag seitens der SPÖ möchte ich nur klarstellen, bevor wir abstimmen, dass hier ein Schreibfehler passiert ist oder bewusst oder ich weiß es nicht, Herr Kollege Hergovich. Dies sollten Ihre Leute auch einmal kontrollieren. *(Abg. Doris Prohaska: Ja!)*

Es steht: Die FH Burgenland hat im Jahr 2014 sehr bewusst und engagiert das neue Department Soziale Arbeit vorbereitet und erfolgreich gegründet, um die eklatante Personalnot bei Sozialarbeitern und Sozialpädagogen in der Region zu befriedigen. Das Burgenland war bis dahin das einzige Bundesland, wo man „Soziale Arbeit“ studieren konnte. Ich glaube, da ist irgendein Fehler drinnen, oder? *(Abg. Doris Prohaska: Ja!)* Ich bitte, das zu korrigieren und außerdem, unseren Antrag zu unterstützen, weil er ist der ganz Gleiche, darüber brauche ich gar nicht mehr diskutieren. *(Abg. Doris Prohaska: Warum haben Sie uns nicht eingeladen, uns zusammenzusetzen?)*

Wartet ein bisschen, ich bin noch nicht fertig. Mit der Bitte, wenn der Herr Bundesminister oder der Vizekanzler das ablehnt, hier geht es exakt um 300.000 Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann soll das Land das übernehmen, weil es ganz wichtig für das Land ist. Wir verpulvern Gelder, haben wir vorher im Rechnungsabschluss gehört, also ich würde bitten, dass wir uns dafür einsetzen, dass

das Land übernimmt, wenn der Bund nicht fähig ist, 300.000 Euro aufzubringen. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die beiden Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 6. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung und Entschließung, Beilage 618, betreffend die ausständige Genehmigung des Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“, Zahl 21 - 439, Beilage 637.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die ausständige Genehmigung des Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“ ist somit einstimmig gefasst.

Es folgt nun die Abstimmung über den 7. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Beilage 614, betreffend „Einführung Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018“, Zahl 21 - 435, Beilage 638.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag, der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die ausständige Genehmigung des Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“ ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung einstimmig gefasst.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die künftigen Beziehungen Europas zur Türkei (Zahl 21 - 457) (Beilage 645)

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die künftigen Beziehungen Europas zur Türkei, Zahl 21 - 457, Beilage 645.

Da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat, erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten in den vergangenen Monaten des Öfteren die Gelegenheit, über Leitkultur, über Werte, über gemeinsame Werte, über gemeinsame Werte, die wir in Europa haben, oder vielleicht auch nicht haben, zu diskutieren. Nicht zuletzt aufgrund der Migrationswellen und des damit einhergehenden wachsenden Einflusses des politischen Islams. Welche diese gemeinsamen Werte Europas sein sollten oder sind, das hat die deutsche Bundeskanzlerin erst gestern vor einer Woche formuliert: Demokratie, Freiheit,

Respekt vor dem Recht, Respekt vor der Würde des Menschen, das hat die deutsche Bundeskanzlerin erst gestern von einer Woche formuliert - Demokratie, Freiheit, Respekt vor dem Recht, Respekt vor der Würde des Menschen und zwar unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung und politischer Einstellung.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur die Basis die wir miteinander teilen, nein, das ist auch die Basis auf der Bundeskanzlerin Merkel dem gewählten Präsidenten eines außereuropäischen Staates enge Zusammenarbeit angeboten hat, die Einhaltung der Grundwerte als Bedingung für eine enge Zusammenarbeit.

Der Adressat der Botschaft war nicht etwa der türkische Präsident Erdogan, nein, der Adressat war ein Mann, der wenige Stunden zuvor in einem demokratisch sauberen Prozedere zum Präsidenten einer der ältesten Demokratien der Welt gewählt worden war, Donald Trump, gewählter Präsident der USA. Jetzt kann man von Frau Merkel halten was man möchte, man kann selbstverständlich auch von Herrn Trump halten was man möchte, mir hat diese belehrende Wortmeldung der deutschen Bundeskanzlerin sauer aufgestoßen und mir hat vor allem der Umstand sauer aufgestoßen, dass der Adressat eben die USA war und nicht die Türkei.

In Wirklichkeit hat Angela Merkel damit mutmaßlich die beste Begründung für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei geliefert. Denn, meine Damen und Herren, wenn die Einhaltung gemeinsamer Grundwerte schon Bedingung ist für eine enge Zusammenarbeit, dann hat das Einhalten dieser Werte erst recht Bedingung zu sein für einen Beitritt zu einem Staatenverbund und über die Verhandlungen darüber.

Meine Damen und Herren! Die Türkei gehört nicht zu Europa, nicht geographisch, nicht historisch und nicht kulturell. Das ist das ganz grundsätzliche Argument mit dem die Freiheitliche Partei seit Jahren und Jahrzehnten einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union ablehnt. Die Ereignisse der letzten Wochen und Monaten haben uns in diesem Standpunkt bestätigt. Es haben auch in anderen Parteien Überlegungen stattgefunden und diese Parteien haben heute einen anderen Standpunkt als noch vor einiger Zeit und es gibt heute praktisch in allen politischen Parteien Vertreter, die für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen eintreten.

Die Türkei hat, das kann man sicherlich nicht in Abrede stellen, den Kemalismus und damit ihre säkulare Phase überwunden. Demokratie nach westlichem Zuschnitt - Fehlanzeige, spätestens seit Abgeordnete der Opposition von der Straße weg verhaftet werden.

Freiheit - Fehlanzeige, auch schon vor der Schließung von Radiostationen und Zeitungen und vor der Verhaftung von Journalisten. Respekt vor dem Recht, vor dem Rechtsstaat, vor der Würde des Menschen, unabhängig von Herkunft und Religion - ebenfalls Fehlanzeige.

Meine Damen und Herren! Ein solches Land, das sich noch dazu rückwärts und nicht vorwärts entwickelt, ein solches Land hat in der Europäischen Union nichts verloren. Aber was machen die Vertreter dieser Europäischen Union? Sie stellen auf der einen Seite Bedingungen an den Präsidenten der USA, auf der anderen Seite lassen sie Erdogan de facto in Ruhe. Sie belegen Russland mit einem Embargo und schicken auf der anderen Seite weiterhin Milliarden Euro in die Türkei. Sie drohen Ländern wie Polen und Ungarn mit Sanktionen und verhandeln gleichzeitig mit Vertretern des politischen Islam über einen Beitritt zur Europäischen Union.

Das, meine Damen und Herren, das passt nicht zusammen und es ist ein weiteres Beispiel dafür, wie unglaubwürdig die europäischen Führer sind und wie unglaubwürdig die Europäische Union ist, zumindest bisher, wenn sie von gemeinsamen Grundwerten spricht. Wahrscheinlich ist es tatsächlich so, dass es in der Weltpolitik nicht um Grundwerte geht, dass es eben nicht um Demokratie geht, dass es eben nicht um Menschenrechte geht, sondern dass es um viel profanere Dinge geht: Geld, Macht, Ressourcen und die Europäischen Union ist da mitunter nicht anders.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind abzubrechen, sie sind sofort abzubrechen! Was die Flüchtlingsvereinbarung angeht, die dürfte ja neben anderen, vor allem wirtschaftlichen Überlegungen, der wichtigste Grund sein, warum bisher kein Abbruch erfolgt ist. Was die Flüchtlingsvereinbarung angeht, so weiß man ohnehin, dass sich die Europäischen Union und dass wir uns ohnehin auf ein Scheitern dieser vorbereiten müssen.

Die Flüchtlingsvereinbarung für sich darf jedenfalls kein Grund sein, keinen Abbruch der Verhandlungen herbei zu führen. Sie darf kein Grund sein, den Weg der Türkei in eine Diktatur islamischen Zuschnitts einfach so zu begleiten, ohne entsprechende Konsequenzen. Wir haben im Bereich der Migration, Europa hat im Bereich der Migration, und Österreich hat im Bereich der Migration seine Aufgaben selbst zu erfüllen, will man nicht von Dritten abhängig und erpressbar sein, wie das der türkische Präsident ja auch immer wieder andeutet.

Die Beitrittsverhandlungen sind abzubrechen, sie sind nicht bloß zu unterbrechen. Ich verstehe schon, dass Teile der Opposition in der Türkei einen Abbruch nicht wollen, weil sie sich an die Hoffnung klammern, dass eine bloße Unterbrechung der Verhandlungen vielleicht doch noch an ihrer Situation etwas bessern könnte. Ich meine allerdings neben ganz grundsätzlichen Erwägungen, dass unterjochten Abgeordneten, Beamten und Journalisten nur einer hilfreich sein kann und nur einer retten kann und das ist das türkische Volk selbst, das das momentan zumindest mehrheitlich nicht tun möchte.

Der Abbruch der Beitrittsverhandlungen muss daher sein. Es muss umgehend klar gestellt werden, dass für einen Staat, der sich auf einen Weg befindet wie ihn die Türkei gewählt hat, kein Platz in der Europäischen Union ist. Wer die Demokratie, wer die Freiheit, wer den Rechtsstaat, wer die Würde des Menschen mit Füßen tritt, meine Damen und Herren, der hat in der Europäischen Union nichts verloren und dem dürfen wir uns schon gar nicht ausliefern, egal womit gedroht wird.

Der Abbruch der Verhandlungen das wäre nicht nur ein Zeichen, es wäre ein wichtiger Schritt. Es geht nämlich nicht zuletzt um die Frage: Haben wir gemeinsame Werte oder haben wir keine gemeinsamen Werte? Ist die Europäische Union eine Wertegemeinschaft oder ist sie keine Wertegemeinschaft?

Es geht um die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union. Es geht um die Glaubwürdigkeit der europäischen Führer. Verliert die Europäische Union die Glaubwürdigkeit im Bereich der Grundwerte, verliert sie dieser Glaubwürdigkeit im Bereich der Wertegemeinschaft, die sie so gerne postuliert, dann wird die Kluft zwischen Bürgern und zwischen Europäischer Union noch größer werden.

In Wirklichkeit zeigt uns das, dass der Umgang mit der Türkei die Frage des Umgangs mit der Türkei, eine Existenzfrage für die Europäische Union sein könnte.

Daher, wem etwas an einem gemeinsamen Europa liegt, wem etwas an einem friedlichen Europa liegt, wem etwas an einem Europa und an einer Europäischer Union

als Wertegemeinschaft liegt, der kann nur für den Abbruch der Türkei-Verhandlungen sein.

Ich hoffe auf breite Unterstützung im Landtag. Ich glaube der Unterstützung des österreichischen Volkes können wir uns in dieser Frage sicher sein. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Geza Molnar! Wohl wissend, dass Euer Führer Strache, *(Heiterkeit bei der ÖVP)* der Herr Schieder und der Herr Lopatka doch eine andere Meinung kundgetan haben und auch dann beschlossen haben.

Ich denke schon, dass das in diese Richtung abzielt und wir vielleicht hier im Burgenland der große Retter sind, dass wir die Türkei nicht in die EU aufnehmen wollen, sollen, können, müssen. Ich sage eines klipp und klar - brauchen wir die Türkei oder brauchen sie uns?

Wenn wir in den letzten Jahren die EU-Erweiterung vorangetrieben haben, oft den Kopf in den Sand gesteckt haben, weil wir Länder dazu genommen haben, wo wir jetzt große Probleme sehen und haben, sei es Griechenland, seien es andere Staaten, dann frage ich mich, diese Diskussion jetzt als Dringlichkeit anzusehen, das ist überhaupt meine Frage. Was ist da jetzt so dringlich dran? Nur weil der Erdogan jetzt ein Machtspiel betreibt und sich hier ziert und gewisse Dinge in den Vordergrund stellt, Herr Kollege Molnar, wo auch unser Verteidigungsminister verhandelt hat, ob wir nicht die Türkei brauchen und dergleichen mehr.

Wir haben vor einem Jahr oder schon länger, seitens der Bündnis Liste Burgenland klar gesagt, wir wollen die Türkei nicht in der Europäischen Union haben und dazu stehe ich noch immer und weiter glaube ich, brauche ich mich nicht ausdrücken. Nur, Herr Kollege Molnar, Sie sollten wirklich den Herrn Strache fragen und Andere, wie sie dazu tatsächlich stehen zu dieser Situation. *(Abg. Geza Molnar: Eindeutig.)* Das ist nicht so eindeutig. Vielleicht können das die Kollegen der GRÜNEN Ihnen auch dementsprechend erklären und auch vorlegen.

Ich glaube von der Religion her brauchen wir gar nicht nachdenken und anders wird, Du hat es richtig gesagt, von den Grundwerten, Demokratieverständis - auch nicht. Daher war es schon vor einigen Jahren mein klarer und deutlicher Ansatz: Wir brauchen keine Türkei in der EU! Danke.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön, Herr Präsident. Der Ausgangspunkt des vorliegenden Dringlichkeitsantrages ist uns allen bitter bewusst. Und ja, Herr Kollege Kölly, ich halte es schon für sehr dringlich. Es hat sich in den letzten zwei Wochen sehr viel ereignet in der Türkei. Da hat vor drei Monaten Manches noch ein bisschen anders ausgeschaut. Es war damals schon etwas dringlich, aber heute ist es noch dringlicher, das stimmt schon. Warum? In der Türkei werden die zentralen Eckpfeiler eines demokratischen Rechtsstaates systematisch außer Kraft gesetzt.

Seit dem Putschversuch im Juli 2016 wurde durch die sogenannte Antiterrorpolitik des Präsidenten Erdogan die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit faktisch abgeschafft. Zahlreiche Journalistinnen und Journalisten, Universitätsangehörige, Richter, Staatsanwältinnen und -anwälte, Polizisten und Bürgerinnen und Bürger sind verhaftet oder entlassen worden. Unabhängige Zeitungen und Radiostation wurden geschlossen.

Es wurden bisher bereits mehr als 40.000 Bürgerinnen und Bürger verhaftet, zehntausende Beamtinnen und Beamten entlassen. Die türkische Justiz wird dazu missbraucht, die Macht des türkischen Staatspräsidenten Erdogan zu stärken.

Mit der wiederholten Ankündigung der Wiedereinführung der Todesstrafe droht nun zusätzlich die Missachtung des Rechts auf Leben. Eine der grundlegendsten Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Charta der Grundrechte.

Die menschenrechtliche Lage hat sich nochmals rasant zugespitzt, und da haben wir den nächsten dringlichen Punkt, als am 31. Oktober 2016 13 Journalistinnen und Journalisten einer unabhängigen türkischen Tageszeitung festgenommen wurden. In der Nacht vom 3. auf den 4. November 2016 hat die türkische Polizei dann 11 gewählte Mandatarinnen und Mandatare der zweitstärksten Oppositionspartei HTP verhaftet, darunter auch die beiden Vorsitzenden.

Am Freitag den 4. November 2016, wurde über die HTP-Doppelspitze Untersuchungshaft verhängt. Also zu dem damaligen Zeitpunkt waren schon mehrere Mandatarinnen und Mandatare in Haft. Dies alles sind bedrohliche und alarmierende Entwicklungen mit einem offensichtlichen Ziel: Die Regierung, das Parlament, alle Institutionen in der Türkei sollen allein dem Willen Erdogans dienen. Der türkische Staatspräsident missbraucht seine Macht, kriminalisiert willkürlich Bürgerinnen und Bürger, provoziert Gewalt und tritt die türkische Verfassung mit Füßen.

Nachdem er die Opposition ausgeschaltet hat, plant er, sich 2017 über ein Referendum mit noch weitergehenden neuen Befugnissen auszustatten. Diese skrupellose und autoritäre Vorgehensweise ähnelt jener eines Diktators und lässt erkennen, dass systematisch Vorbereitungen auf ein autokratisch geführtes Land getroffen werden.

Die Lage ist wirklich dramatisch. Die Europäische Union und auch die österreichische Regierung dürfen diesem autoritären und menschenrechtswidrigen Treiben Erdogans wirklich nicht mehr länger tatenlos zusehen. Da stimme ich mit meinen Vorrednern überein. Denn, dass in der Türkei derzeit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Menschenrechte in einem rasanten Tempo untergraben und abgeschafft werden, zeigt auch der am 9. November veröffentlichte Fortschrittsbericht 2016 zur Türkei. Da wird geschrieben von fatalen Rückschritten vor allem in den Bereichen der Pressefreiheit und der Rechtsstaatlichkeit.

Der türkische Staatspräsident verschärft mit seinem Vorgehen nicht nur die Krise in der ohnehin derzeit sehr instabilen Region, sondern zerstört jegliche Brücken für ein friedliches, gleichberechtigtes und freies Zusammenleben der Bevölkerung. Es ist höchste Zeit für Konsequenzen aus dieser Politik Erdogans und seiner AKP-Regierung!

Die Forderungen die Sie aber in Ihrem Dringlichkeitsantrag stellen, verfehlen in einem Punkt das aktuelle Ziel und sind in einem anderen Punkt eine Themaverfehlung. Während nämlich in einer gemeinsamen Erklärung von Nationalratsabgeordneten aller Parlamentsparteien, darauf hat Kollege Kölly vorhin angesprochen, das Aussetzen der

Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union und erst bei einer weitere Eskalation den Abbruch derselben fordern, wollen Sie bereits jetzt einen Schritt überspringen und sofort alles abbrechen.

Ihre und meine Kollegen und Kolleginnen im Parlament haben ihr Schreiben, ihre gemeinsamen Erklärung wohl überlegt. Sie wissen aus Kontakten zu Abgeordneten der Opposition, dass sich diese durch einen sofortigen Abbruch aller Verhandlungen von Europa im Stich gelassen fühlen. Aus jenen Reihen um deren Rechte es in diesem Antrag geht, ereilt uns die Bitte noch nicht jetzt diesen letzten großen Schritt des Totalabbruchs der Gespräche zu setzen und darum, genau darum muss es zunächst einmal um das Aussetzen der Verhandlungen gehen und nicht um einen Totalabbruch. Das haben auch die Klubobmänner Schieder und Strache unterschrieben.

HC Strache hat sogar in dem Fernsehinterview diese Passage selbst zitiert. *(Abg. Manfred Kölly zu Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Aussetzen!)* Es geht jetzt um ein Aussetzen, und erst bei weiterer Eskalation… *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Aussetzen ist Abbruch.)*Nein, um ein Aussetzen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich bitte Sie! Dann lassen Sie sich das von Ihrem Kollegen Strache erklären, was der Unterschied zwischen Aussetzen und Abbrechen ist. *(Allgemeine Unruhe - Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wenn man aussetzt, verhandelt man nicht mehr.)*

Daher habe ich auch gestern inständig darauf gedrängt, zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen, der diesem Anliegen der Betroffenen, der Vorort-Betroffenen nachkommt. Was also dem Wunsch der demokratischen Opposition in der Türkei entspräche, wollen aber die Klubobleute Hergovich und Molnar nicht nachkommen. Das ist für mich unverständlich, muss ich ehrlich sagen. Es geht mir nicht darum - es kann nicht darum gehen, von welcher Partei Abgeordnete sind, wenn sie eingesperrt wurden, wenn sie verhaftet und eingesperrt wurden, dann war das bei der Unterzeichnung von Klubobmann Schieder im Parlament bereits auch der Fall.

Ich finde es höchst bedauerlich, dass wir hier nicht zu einer gemeinsamen Erklärung analog der Erklärung unserer Kolleginnen und Kollegen im Parlament kommen, sondern dass das rot-blaue Burgenland einen Alleingang starten möchte. Das finde ich wirklich schade.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Es darf im Burgenländischen Landtag weder um das gehen, was vielleicht ein Präsidentschaftskandidat irgendwann, irgendwo geäußert hat, noch um persönliche Eindrücke. Es muss um die Solidarität mit Jenen gehen, die zurzeit in der Türkei politisch und gewaltsam völlig ausgeschaltet werden. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier)*

Ich finde es höchst bedauerlich, dass Sie nicht bereit waren, hier mit für Sie vielleicht dann neuen Informationen, die ich Ihnen aus dem Parlament weitergeleitet habe, einen gemeinsamen Weg mit allen Abgeordneten unseres Landes zu gehen, der synchron ist mit dem Weg, den auch die Abgeordneten im Parlament gegangen sind. Da fragt man sich, worum geht es Ihnen eigentlich? Ein Absatz in Ihrem Dringlichkeitsantrag ist da nämlich schon verräterisch. Da weichen Sie nämlich vom Thema der demokratiepolitisch brisanten Situation in der Türkei ab und bringen eines Ihrer Lieblingsthemen ein. Da geht es plötzlich um Schlepperrouten und Flüchtlinge.

Was bitte können denn diese armen Flüchtlinge dafür, dass Erdogan alle demokratischen Strukturen außer Kraft setzen will? Was bitte sollen denn diese vor Krieg

geflohenen Menschen tun, die wieder in einem Land festsitzen, in dem ein Regierungschef parlamentarische Opposition, jede kritische Stimme aus dem Journalismus und die unabhängigen Gerichte ausschalten will? Welchen legalen Weg haben Sie denn bislang zur Umsetzung vorgeschlagen, wenn Sie vom Schließen von illegalen Fluchtrouten reden?

Das gehört nicht in einen Antrag, der über die Situation der Türkei befindet. Das ist ein anderes Thema und Sie haben es einfach hineingeschmuggelt, damit Sie das auch noch unterbringen und darüber diskutieren können. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier)*

Und deswegen halte ich diesen Antrag nicht durchgehend für redlich, weil er nicht auf das eingeht, was Diejenigen, die Sie zu schützen vorgeben, von uns erhoffen. Denn was müssen wir ehrlicherweise in dieser Situation tun?

Wir müssen fordern, die sofortige Freilassung der Oppositionsführerin und Oppositionsführer, der Abgeordneten, der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der inhaftierten politischen Funktionäre und Funktionärinnen, sowie aller inhaftierter Journalistinnen und Journalisten, Lehrerinnen und Lehrer, Polizisten, Staatsanwältinnen und -anwälten, Richter und Universitätsangehörigen und anderer politisch Verfolgter. Es braucht den vehementen Einsatz auf allen Ebenen für die Verhängung eines sofortigen Waffenembargos gegen die Türkei. Es braucht sehr klare Worte. Da sind wir einer Meinung mit der EU in Bezug auf den dramatischen Verfall rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Werte in der Türkei.

Die Menschenrechts- und Grundrechtsverletzungen in der Türkei müssen in Europäischer Union-Türkei-Gesprächen prominent und kontinuierlich zur Sprache gebracht werden. Und wir müssen fordern, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesetzt werden, bis demokratische Mindeststandards wieder eingehalten werden.

Es geht im Moment ja auch um nichts weniger als um ein Mandat gegen den Menschenrechtsverfall und gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe in einem Land.

Konkret wird die Europäische Union nur etwas erreichen, wenn jene EU Heranführungsgelder ausgesetzt werden, die der AKP Regierung zugutekommen. Es gibt dazu sehr viel, sehr Konkretes zu tun.

Die türkische Regierung muss vehement aufgefordert werden, rasch zum Dialog mit den Vertretern und Vertreterinnen der Kurden und Kurdinnen und zur Reaktivierung des Friedensprozess mit der HTP und der PKK zu kommen, nur dann wird es dort Frieden geben.

Der österreichische Botschafter muss aus Ankara durch die Bundesregierung gerufen werden, um sich über die aktuellen Entwicklungen in der Türkei berichten zu lassen. Und sinnvoll wäre es auch, sich im Hinblick auf den österreichischen OSZE-Vorsitz 2017 für das Entsenden einer OSZE menschenrechtlichen Beobachtungsmission in die Türkei stark zu machen. Soviel Sinnvolles könnten wir ganz konkret fordern. Ihre Engführung auf das, was Sie jetzt gerade als populär erachten, zerstört meines Erachtens, mehr als es hilft.

Da es uns sinnvoll erscheint einen Weg miteinander zu gehen, und nicht als Landtag aus einer gemeinsamen Linie mit den Parlamentariern des Nationalrates auszuscheren stellen wir folgenden Abänderungsantrag:

Der Abänderungsantrag ist an alle Fraktionen ergangen.

Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik, Gerhard Steier und Kollegen zum Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen betreffend die künftigen Beziehungen Europas zur Türkei, welche abgeändert wird, wie folgt:

Der Landtag möge beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom 17. November 2016 betreffend die künftigen Beziehungen Europas zur Türkei.

Der Text den ich jetzt vorlese entspricht genau dem Text, den unsere Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen im Parlament unterschrieben haben.

Präsident Christian Illedits: Frau Kollegin Petrik! Die Beschlussformel ist nur notwendig, das wissen Sie.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (Grüne) *(fortsetzend)*: Ich wollte gerade fragen. Darf ich auf die gesamte Verlesung verzichten, weil der Rest allen bekannt ist?

Präsident Christian Illedits: Bitte nur die Beschlussformel.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Gut.

- Wir fordern daher von der türkischen Regierung die sofortige Freilassung der inhaftierten Abgeordneten, Journalistinnen und Journalisten sowie
- die Achtung der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit von Justiz und Gesetzgebung.
- Wir verurteilen alle Terrorakte und fordern die Reaktivierung des kurdischen Friedensprozesses.
- Gleichzeitig fordern wir die österreichische Bundesregierung auf, sich in ihren Kontakten mit der Türkei bilateral und im Rahmen der EU ebenfalls mit Nachdruck für diese Forderungen einzusetzen.

Der gesamte Text ist allen bekannt. Dankeschön. *(Die Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist nicht gehörig unterstützt. Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Sehr geehrte Damen und Herren im Plenum! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Ich war baff und erstaunt über die wirklich ausgezeichnete Analyse der Lage in der Türkei, beziehungsweise der Lage der Türkei im Spannungsverhältnis zur Europäischen Union. Lediglich die Ableitungen und Erkenntnisse daraus unterscheiden

sich halt aus meiner Sicht ganz wesentlich zu dem was meine Vorrednerin von sich gegeben hat.

Das Warten auf weitere Eskalationen, wissen wir aus der Geschichte, ist nie gut für Nationen, die in einen Konflikt nicht wirklich eingebunden sind. Das heißt, die haben wir aus den letzten 1.000 Jahren der Geschichte genug Beispiele darüber, wer lange zögert, wird irgendwann einmal eigentlich dadurch zum Unterstützer von genau dem, was wir hier abstellen wollen.

Daher haben wir eine ganz eine andere Ableitung getroffen, nämlich die Beitrittsverhandlungen zu unterbrechen, einzustellen, und nicht weiter fortzuführen. *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten der ÖVP: Unterbrechen und Einstellen ist etwas anderes.)* Richtig, die Aussetzung, das ist für mich der wesentliche Punkt dabei, dass es keine Chance dann mehr gibt, für die Türkei, hier in weiteren Verhandlungen.

Diese weiteren Verhandlungen, und das ist eben das was die EU und was alle anderen im Prinzip, Institutionen machen können, um der Türkei gegenüber Druck auszuüben, damit sie wieder auf die demokratischen Werte zurückkommen, die Rechtsstaatlichkeit wieder zurückbringen. Damit sie sich auf keinen Fall einfallen lassen, die Todesstrafe einzuführen. Denn genau das wird passieren. Weil, wer vor kurzem erst in „Zeit im Bild“ in Rouen gehört hat, auch dem war klar, als international anerkannten Diplomaten, der Erdogan kann gar nicht mehr heraus aus der Todesstrafen-Spirale. Auch wenn es dann nur mehr ein ganz ein kleiner Aspekt oder Tatbestand sein wird, wo vielleicht die Todesstrafe überbleibt. Sie wird überbleiben.

Er kann ohne Gesichtsverlust, und wir wissen ganz genau, was ein Gesichtsverlust in der Türkei bedeutet, nicht mehr aus diesem Rad heraus. Das heißt, er muss sie einführen. Und das ist für uns jetzt nicht mehr im Bereich des Können, Wollens oder sonst etwas, das ist ein Faktum. Das müssen wir als Faktum nehmen und genau deshalb ist das zu beenden. Das hat überhaupt jetzt nichts mit den Flüchtlingen zu tun und auch nicht mit zukünftigen Asylanten, die dann vielleicht vermehrt, weil die Türkei sich hier nicht mehr oder jetzt schon nicht und dann noch weniger gebunden fühlt an irgendwelche Absprachen oder Verhandlungsergebnisse mit der Europäischen Union.

Das ist der Grund, warum wir als zweiten Punkt das thematisiert haben, weil es auch eine Ableitung ist. Hören wir auf mit der Türkei zu verhandeln, dann wird die Türkei ihre letzte Karte der Europäischen Union gegenüber spielen. Und das ist halt das nicht mehr Einhalten der Absprachen mit der EU hinsichtlich des Flüchtlingsstromes. Das wird kommen, so oder so. Daher müssen wir jetzt bei dieser Beurteilung, nämlich bei der Empfehlung an die Regierung hier das der EU empfehlen das einzustellen, beziehungsweise das abzubrechen. Wir müssen ihr jetzt auch gleichzeitig sagen, dann muss sie aber auch in der weiteren Ableitung dafür zu sorgen, dass ich das, was ich sowieso selber zusammenbringen müsste, als Europäische Union, jetzt sofort, einen Plan zu entwickeln. Eben genau im Umgang mit den möglichen Flüchtlingsströmen, die dann wieder auf uns zukommen können, nämlich auf die Europäische Union, und zum Teil natürlich auch auf Österreich. Und wir wissen aus dem vorigen Jahr, dass wir das Bundesland sind, das als Erstes getroffen wird, oder getroffen wurde 2015 und auch danach wieder in der Gefahr steht als erstes getroffen zu werden.

Das ist auch der Grund, warum wir jetzt hier im Burgenland doch eine schärfere Formulierung hier im Beschlussantrag haben, als es die Parlamentarier in Wien gemacht haben. Wir wissen aber auch alle miteinander, weil wir Politiker sind, dass halt der kleinste gemeinsame Nenner das war, was die Politiker in Wien zusammengebracht haben. Und wir wissen aber auch, dass diejenigen viel authentischer und auch viel näher und

aufrichtiger handeln, die näher an der Gefahr sind, beziehungsweise die näher an einer eigenen Bedrohung sind.

Wir haben es 2015 erlebt, auch wenn Sie es jetzt vielleicht nicht hören wollen, es war für das Burgenland, für unsere Grenze eine Bedrohung. Es war bei Nickelsdorf eine Bedrohung, es war auch in der Steiermark bei Spielfeld eine Bedrohung, die Flüchtlingsströme, die voriges Jahr kamen.

Damit will ich aber schon wieder die Flüchtlinge außen vor lassen, sondern zum eigenen Thema wieder zurückkehren, nämlich genau zu der Problematik, vergessen wir bitte nicht, ich wiederhole mich jetzt bewusst, dass wir aus den letzten 1.000 Jahren der Geschichte lernen.

Derjenige der zögert, wenn woanders ein kleiner Brand entsteht und nicht sofort löscht, der unterstützt in Wirklichkeit diesen glosenden Brand und der wird zu einem Feuer. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht eingangs auch erklären, weil ich verwunderte Gesichter gesehen habe - wir haben den Abänderungsantrag der GRÜNEN unterstützt, um es zu ermöglichen, dass er hier im Landtag mitbehandelt wird.

Inhaltlich unterstützen wir diesen Abänderungsantrag nicht, sondern unterstützen den vorliegenden Dringlichkeitsantrag uneingeschränkt. Wir sind nämlich der Meinung, dass jede Staatsmacht, jede Regierung, jede Partei die aus politischen, aus ideologischen oder welchen Gründen auch immer Journalistinnen und Journalisten verhaften lässt, Richter absetzt, Menschen aus Ämtern jagt, Beamte zu Tausenden sozusagen aus den Verwaltungsstuben entfernt, dass solche Regierungen zu verurteilen sind.

Bei der gegenständlichen Frage, nämlich soll die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden oder nicht, glaube ich, dürfen wir auch nicht die Menschen vergessen. Es gibt unzählige Umfragen in Ländern der Europäischen Union, auch in Österreich, wo zwischen 80 und 90 Prozent der Bevölkerung sagen, nein wir wollen diesen Beitritt nicht. Und auch die Türkei selbst hat ähnliche Prozentzahlen. Es gibt eine Umfrage, die erst kürzlich gemacht worden ist, wo 70 Prozent der Türken sagen, wir wollen gar nicht zur Europäischen Union.

Ich denke mir, das muss man bei dieser Frage schon auch berücksichtigen, dass es nicht sein kann, wenn so überwältigende Mehrheiten klare Positionen haben, dass es dann Politiker gibt, die sagen, das ist uns aber egal, wir gehen trotzdem in eine andere Richtung. Daher ist das glaube ich, schon auch ein wichtiger Punkt.

Wir unterstützen diesen Antrag, vor allem auch deshalb, weil er im Grunde die Politik unseres Außenministers Sebastian Kurz widerspiegelt. Sebastian Kurz hat erst am Montag beim EU-Außenministerrat diese Haltung ganz klar deponiert. Er hat auch ganz klar gesagt, dass er als Außenminister ein Veto einlegen wird, sollte es um die Eröffnung neuer Politikfelder, neuer Kapitel gehen, bei diesen Gesprächen, bei diesen Beitrittsgesprächen. Dort hat er die Möglichkeit, das hat er öffentlich gesagt. Den Abbruch von Verhandlungen, das ist natürlich Aufgabe der Staats- und Regierungschefs und ich gehe davon aus, dass die auch diese Frage beraten müssen und auch Entscheidungen treffen müssen.

Meine geschätzten Damen und Herren, die Türkei hat aus meiner Sicht eigentlich keinen Platz in der Europäischen Union, auch deshalb, weil sie sich Tag für Tag immer mehr von Europa entfernt, von den Inhalten her, von den Werten her, von den staatlichen Strukturen her.

Das zeigt durchaus sehr deutlich der Länderbericht der Europäischen-Kommission, der das bestätigt und der irgendwie auch vom Tenor her zeigt, dass die Türkei überhaupt nicht bereit ist, die politischen Beitrittskriterien zu erfüllen. Die Menschenrechtslage, insbesondere die Versammlungs-, die Meinungsäußerungsfreiheit, die Pressefreiheit, die verschlechtert sich eigentlich Tag für Tag. Daher würde ich nicht jetzt mich auf Dinge beziehen, die vor einer Woche, die vor zwei Wochen, vor einigen Monaten in dieser Frage gesagt worden sind, sondern man muss immer die aktuelle Zeit berücksichtigen. Deswegen finde ich auch, dass der Dringlichkeitsantrag durchaus als dringlich angebracht ist.

Meine geschätzten Damen und Herren, es ist vorhin auch gesagt worden, für mich gibt es sowie so ein No-Go, wenn ein Staat die Todesstrafe einführt, dann ist damit automatisch verbunden und muss verbunden sein, dass jedenfalls alle Gespräche, was einen Beitritt betreffen abzubrechen sind.

Ich glaube da herrscht ziemlich große Einigkeit und da gibt es auch kein Zurück und kein Deuten, sondern das ist ganz einfach so zu handhaben. Auch das hat mein Vorredner gesagt, die EU muss schon auch darauf schauen, dass sie klar zeigt, dass sie nicht erpressbar ist von Ländern, auch nicht von der Türkei. Es hat diesen Deal im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise gegeben, das stimmt, aber die Bedingungen oder die Punkte dieses Deals sind ja bis heute in Wahrheit nicht erfüllt.

So wie es ausschaut werden bestimmte Punkte auch nie erfüllt werden. Ich spreche von der Visaliberalisierung, ich spreche auch von der Beschleunigung der Beitrittsgespräche. In Wahrheit müssen wir uns darauf einstellen, dass irgendwann einmal offiziell dieser Deal für beendet erklärt wird. Da gebe ich meinem Vorredner 100 prozentig recht, da ist es an der Zeit, dass die Europäische Union einen selbständigen, sozusagen einen Plan A für sich entwickelt, wie man möglicherweise wieder krisenhafte Zeiten bestehen kann. Das bedeutet ganz einfach selbständige Sicherung der Außengrenzen durch die Europäische Union.

Auch all diese Punkte, die insbesondere Sebastian Kurz immer wieder anspricht, nämlich die schnellstmöglichen Rückführungen in die Herkunftsländer oder sichere Drittstaaten, dafür aber ganz verstärkt und ganz besonders Hilfe durch die Europäische Union vor Ort.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, denke ich, dass der heutige Antrag eine sehr breite Mehrheit bekommen wird und ich halte das auch für richtig im Interesse der Europäischen Union und vor allem im Interesse der Menschen in der Europäischen Union in Österreich und natürlich ganz besonders im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar, dass sich der Burgenländische Landtag heute mit dem Thema Türkei auseinandersetzt. Denn Entwicklungen in der Türkei haben direkte Auswirkungen nach Europa, direkte

Auswirkungen auch nach Österreich. Wer gestern zufällig um 20.15 Uhr auf ORF 1 eine Sendung gesehen hat, die sich im Wesentlichen mit der Situation der Türkei, aber auch der Türken die in Österreich leben, befasst hat, der wird sehen, dass es in den letzten Monaten auch direkte Auswirkungen der Entwicklung der Türkei bei uns in Österreich gegeben hat.

Es war eine Sendung von Hanno Settele, der am Schluss gesagt hat, die Community in Österreich ist vielschichtig, sie ist aber auch schwierig und die Entwicklungen in der Türkei sind ebenfalls schwierig. Als diese Sendung produziert wurde gab es diese Auswirkungen der letzten Wochen und Monate nicht, sondern diese Sendung wurde schon, ich glaube einige Jahre vorproduziert und laufend modifiziert.

Aber was jetzt hier in der Türkei entsteht, da kann man nicht wegsehen und da muss sich auch der Burgenländische Landtag dazu äußern, denn die Türkei ist auf dem Weg zu einem autoritären Staat. Das zeigen auch die Ereignisse seit dem gescheiterten Putsch. Ich möchte nur einige Zahlen nennen, weil meine Vorredner schon einiges hier erwähnt haben.

Aber wenn in einem Monat 35.000 Menschen inhaftiert werden, dann wundert man sich schon, wie schnell so etwas geht und dass die Menschen schon beziffert werden können, die da inhaftiert werden. Also das klingt schon eigenartig, wenn 3.500 Richter und Staatsanwälte entlassen und viele davon inhaftiert werden. Dann ist das schon ein eigenartiges Vorgehen, das mit demokratischen Strukturen nichts mehr am Hut hat.

Wenn 76.100 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes freigestellt werden, gekündigt, gefeuert werden, dann spricht das glaube ich, die eigene Sprache. Zuletzt haben sich die Verhaftungen vor allem gegen die Opposition gerichtet, die Vorsitzenden von kurdischen und auch sozialdemokratischen Parteien wurden verhaftet, wurden inhaftiert. Aber auch gegen die Medien, gegen Journalisten haben sich die Verhaftungen gewandt.

Mittlerweile wurden 170, meine sehr geehrten Damen und Herren, 170 regierungskritische Medien verboten. 130 Journalisten wurden inhaftiert und sitzen im Gefängnis, 130. Zuletzt vor einigen Tagen wurde die unabhängige Zeitung zu Deutsch „Republik“ verboten und einige Redakteure ebenfalls verhaftet, die jetzt ebenfalls im Gefängnis sitzen. Wer also nicht in das System passt, der wird aus dem System entfernt. Der Chef der sozialdemokratischen Oppositionspartei CHP sagt, das Land wird mit Druck, mit Drohung, mit Erpressung geführt. Er spricht sogar von einer Million zu Unrecht beschuldigten Menschen in der Türkei. Der türkische Präsident hat damit die von ihm selbst prophezeite, er nennt sie wirklich so, „Säuberung“ gelebt und durchgeführt.

Neben dieser Verhaftungswelle will auch die Partei des Präsidenten die Todesstrafe wieder einführen. Auch das wurde heute schon einige Male erwähnt und das ist zu Recht ein No-Go in der Europäischen Union. Im aktuellen Zustand kann die Türkei kein Mitgliedsstaat der Europäischen Union werden und schon gar nicht sein. enn auch Manche glauben, dass der Flüchtlingsdeal mit der Türkei hält, aus wirtschaftlichen oder humanitären Interesse. Ich glaube denen kann man sagen, dass nicht mal die größten Optimisten an diesen Flüchtlingsdeal glauben und genau da liegt auch die Betroffenheit des Burgenlands.

Ich glaube, wir dürfen uns nicht auf die Türkei verlassen, sondern wir müssen in Europa schon selber unsere Hausaufgaben lösen. Und daher muss die EU selbst dafür sorgen, dass beispielsweise die Schlepperrouten geschlossen werden, dass die Außengrenzen geschützt werden. Denn Nickelsdorf 2015 will keiner miterleben, weder die Österreicherinnen und Österreicher, Burgenländerinnen und Burgenländer und schon gar

nicht die Menschen, die auf der Flucht sind, das glaube ich, braucht kein Mensch. Daher brauchen wir auch diesen Aktionsplan, der im Antrag auch formuliert ist.

Wir brauchen vor allem ein klares Statement für die Demokratie. Die EU kann nicht so tun als wäre in der Türkei alles in Ordnung. Daher bin ich für einen klaren Abbruch der Beitrittsverhandlungen, nicht für die Aussetzung. Denn ich glaube, man muss schon ein klares Zeichen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in die Türkei senden.

Es wäre auch nicht in Ordnung und nicht ehrlich der Türkei gegenüber zu sagen, na wir setzen nur aus, sondern ich glaube bei diesen aktuellen Entwicklungen muss man klar Position beziehen und muss eine klare Ansage machen und die heißt: Unter keinen Umständen bei der jetzigen Situation einen Beitritt zur Europäischen Union - Aussetzen wäre sicher keine Lösung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass sich der Burgenländische Landtag damit auseinandersetzt. Es gibt direkte Auswirkungen nach Europa, direkte Auswirkungen nach Österreich, das hat der Beitrag im ORF gestern wirklich hervorragend gezeigt. Und ich glaube, die Türkei ist einfach nicht bereit und fähig mit dieser Rechtsstaatlichkeit Mitglied der Europäischen Union zu werden und daher ist der Abbruch wichtig.

Herzlichen Dank, meine Fraktion wird natürlich diesem dringlichen Antrag sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vieles das hier heute zu diesem Thema gesagt wurde unterstreiche ich. Ich möchte mich diesem Thema ein bisschen von einer anderen Seite nähern und komme zu einem ähnlichen Ergebnis. Nach 1945, nach dem schrecklichsten aller Kriege in Europa, haben sich Deutschland, Frankreich eigentlich zusammengesetzt, haben Kohle, Stahl diese Gemeinschaft für Kohle und Stahl hin zu den römischen Verträgen, übrigens auch der Euroatom-Vertrag ist da dabei, das zu den Gründungsverträgen der Europäischen Union gehört, eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit den Benelux Ländern war die Folge.

Eine Europäische Gemeinschaft, EG, bis hin zu einer politischen Union der Europäischen Union, die auch außenpolitisch agieren soll. Heute hat diese Europäische Union, meine sehr geehrten Damen und Herren, 28 Mitgliedsländer mit Kroatien. Ein Land ist bisher ausgetreten - Island. Und das nächste, das wahrscheinlich austreten wird, wird Großbritannien sein. Großbritannien hat also nach einem Votum des Volkes mit 52 Prozent dafür gestimmt, aus dieser Europäischen Union auszutreten und jetzt wundere ich mich über die Diskussion, die in der EU herrscht, auch in Österreich.

Na die werden schon sehen die Engländer, wie es ihnen geht. Na ja - auch die Europäische Union muss schauen, wie man ohne England, ohne Großbritannien zu Rande kommt. Wenn wir gerade hier in Österreich Bedenken haben, dass Großbritannien zu einigen wenigen Nettozahlern gehört, nämlich fünf Milliarden Euro, gehört, so kann man sich ausrechnen, was das dann für die anderen Nettozahler für die Verbleibenden bedeutet. Entweder die bisherigen Nettozahler zahlen mehr oder die Europäische Union kann diese Leistungen, die sie derzeit erbringt nicht mehr erbringen. Richtig ist, Großbritannien ist nicht in der Eurozone, hat wirtschaftlich vorerst für den Euro weniger

Einfluss, es ist aber doch eine wirtschaftliche Entscheidung, die auf diesem Kontinent sicher zu spüren sein wird.

Im Gegensatz zu Griechenland, erinnern wir uns was wir über Griechenland damals vor zwei Jahren diskutiert haben. Die griechische Wirtschaft bringt gerade einmal zwei Prozent der gesamten europäischen Wirtschaftskraft auf. Die Waage, rein wirtschaftlich ist Griechenland problemlos zu verkraften, hat ja auch keinen Einfluss gehabt auf die Stabilität des Euro. Politisch ist Griechenland aber auch sehr wichtig, weil Griechenland genauso wie die Türkei, und jetzt komme ich dann zur Türkei - NATO-Mitglied ist.

Die Armee Großbritanniens, eine der schlagkräftigsten Armeen, wird uns im Sicherheitsgefüge Europas fehlen. Sie wird uns deshalb fehlen, weil sie bereit ist zu kämpfen, weiß zu kämpfen auch weiß zu sterben, und auch eine Nuklearmacht ist, die hoffentlich nie zum Einsatz kommt, aber trotzdem innerhalb der strategischen Überlegungen eine große Rolle spielt. Verbleiben tun eigentlich in der Europäischen Union nur mehr dann Frankreich als Nuklearmacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abgesehen von den strategischen Überlegungen, der liberale Wirtschaftszugang eines Großbritanniens könnte uns auch möglicherweise in der Europäischen Union fehlen. Auf der anderen Seite des Teiches, des großen Teiches, wird Trump zum Präsidenten gewählt. Was heißt das? Wenn diese Ankündigungen alle wahr werden, dann werden die europäischen Staaten etwas mehr in ihre eigene Sicherheit investieren müssen, in welcher Art und Weise auch immer. Aber das NATO-Gefüge, das bestimmt bestehen bleibt, wird wohl zu einem größeren Teil als bisher von Europa zu finanzieren sein und nicht zum Großteil von der anderen Seite des großen Teiches.

Da sind wir bei der NATO. Griechenland und Türkei sind NATO-Mitglied, diese Süd-Ost-Flanke Europas wäre dann in einer Art und Weise gefährdet, das wir noch nicht überlegt haben, wie das zu sichern ist. Auf der anderen Seite, eine Macht in Russland, die problemlos sich die Krim annektiert, ohne dass es hier große Verwerfungen auf der Weltbühne gibt. Es ist zwar völkerrechtswidrig passiert, aber es wird hingenommen. Auf der anderen Seiten im Norden das Baltikum, selbstverständlich weit mehr in die eigene Sicherheit investieren muss, weil sehr viele Russen dort leben, die NATO vier Bataillone dort stationiert. All diese Dinge muss man wissen, wenn man zur Diskussion kommt, Beitrittsverhandlungen abzubrechen, auszusetzen oder wie auch immer, mit der Türkei. Ich sage auch klar vorweg, trotz dieser Widrigkeiten bin ich dafür, dass wir heute diesem Antrag zustimmen und die Beitrittsverhandlungen beenden.

Denn eine Todesstrafe ist eine rote Linie. Wenn die europäischen Menschenrechtskonventionen nicht mehr gelten, die Kollegin von den GRÜNEN hat es gesagt, das Recht auf Leben, das hier klar verankert ist, dann kann man hier diesen großen Wertebogen der EU nicht mehr über die Türkei spannen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt namhafte Wissenschaftler, namhafte Politologen, die sagen, es wird keine zehn Jahre dauern und diese Türkei wird in dieser Art und Weise wie sie sich derzeit darstellt, zerbrechen. Wenn man die Vorgangsweisen, die dort an den Tag gelegt werden, sich vor Augen führt, die internationale Presse sich ansieht, wie mit Oppositionellen umgegangen wird, alles was hier meine Vorredner gesagt haben, ist richtig, dann ist es eine Frage der Zeit, bis aufgrund des Zerbrechens der Türkei eine riesige Flüchtlingswelle Richtung Europa kommt.

Da werden wir gut beraten sein, uns auf solche Dinge vorzubereiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, da ist möglicherweise Nickelsdorf von 2015 ein leichter Vorbote gewesen, für die Dinge die da kommen. Wir werden uns auf solche Dinge vorbereiten müssen. Außenminister Sebastian Kurz, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat vor wenigen Tagen, am 14. November beim Außenministerrat dieses Problem der Türkei zur Sprache gebracht und sagt immer klar, dass wir dieses Problem sehr ehrlich und realistisch überdenken müssen.

Die Außenminister, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier bitte ich Sie, wirklich aufzupassen, da ist ein Unterschied, die Außenminister können verhindern, dass neue Verhandlungskapitel mit der Türkei eröffnet werden. Sebastian Kurz ist Garant dafür! Ein Beenden der Beitrittsverhandlungen ist ausschließlich Sache der Regierungschefs. Wir müssen nur wissen, wenn wir dem hier und heute zustimmen, dann geben wir der Bundesregierung, respektive dem Bundeskanzler Kern, den Auftrag, seitens des Burgenländischen Landtages auf EU-Ebene alles zu tun und einstimmig die Regierungschefs darauf einzuschwören, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beenden.

Ich werde dem gerne zustimmen, möchte Ihnen nur sagen, dass Sie auch wissen, was Sie hier und heute beschließen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ)* Im Übrigen bin ich der Meinung, dass diese EU so wie sie derzeit aufgestellt ist, nicht im Stande ist, die Türkei aufzunehmen. Der Umkehrschluss, diese Türkei, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Türkei hat keinen Platz in der Europäischen Union. *(Zwiegespräche der Abgeordneten der SPÖ mit den Abgeordneten der ÖVP)* Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Türkei bewegt sich immer weiter weg von der Europäischen Union.

Sie bewegt sich in eine Art und Weise weg, wie das für diesen Wertebogen der EU nicht tragbar ist und die Menschenrechtslage, Thomas Steiner hat es gesagt, verschärft sich von Tag zu Tag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die EU darf nicht erpressbar sein mit dem Türkeideal, der meines Erachtens nicht halten wird. Wir werden gut beraten sein, uns auf unsere eigenen Stärken zu besinnen. Und das ist auch klar, so lange die Schengen-Außengrenzen nicht ausreichend gesichert werden können, so lange werden Nationalstaaten ihre eigenen Grenzsicherungen an den Binnengrenzen machen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus diesen Überlegungen, wie ich sie vorhin sagte, komme ich auch zu diesem Entschluss und habe auch in meiner Fraktion dafür argumentiert, wir werden gerne diesem heutigen Dringlichkeitsantrag die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zusätzlich zu dem ohnehin bereits weithin diskutierten Aspekten wie den Umbau des Staates in eine Diktatur, inklusive Anleihen aus dem Osmanischen Reich, also es geht hin bis zur Todesstrafe, der beharrlichen Leugnung des Völkermordes an den Armeniern, der Unterdrückung ethnischer Minderheiten, der Unterdrückung der Opposition, der Zivilgesellschaft, der Medien, der offenen Unterstützung des Islamismus, wir alle kennen das Zitat „Moscheen sind unsere Kasernen, Minarette unsere Bajonette, Kuppeln unsere Helme und Gläubige unsere

Soldaten“, wenn man also Islamist ist und Gläubige ausbildet, bildet man praktisch Soldaten aus, nach diesem Sprecher, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen Aspekt lenken, der mir persönlich noch wichtig ist und heute noch nicht erwähnt wurde und das ist die militärische Intervention in Nachbarländern, mit dem Ziel, dort Eroberungen zu schaffen.

Das begann 1974 in Zypern. Sie wissen, heute ein Mitgliedsstaat der EU. Rein rechtlich gesehen hält die Türkei ein Gebiet der EU, nämlich Nordzypern besetzt und ist damit eigentlich ein Land, mit dem wir uns unausgesprochen im Krieg befinden. Das geht hin bis zu den heutigen Nachbarländern Syrien und Irak, wo der türkische Präsident vor einigen wenigen Tagen ganz offen gesagt hat, die Regionen um die Millionenstädte Aleppo und Mosul sollten in Zukunft der Türkei zugeschlagen werden, denn diese Verträge aus dem Jahre 1920, wenn ich mich recht erinnere, als es zur Aufteilung des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg kam, mussten revidiert werden.

Es geht auch um Gebietsansprüche in Richtung Griechenland, der griechischen Inseln, Bulgariens und Zyperns, alle drei Mitgliedsstaaten der EU und die Türkei stellt sich damit mehr als auf eine Stufe mit Russland. Ein Land, dem man nicht mit Beitrittsverhandlungen begegnet, sondern mit Wirtschaftssanktionen. Das ist aus meiner Sicht, die richtige Art und Weise, mit solchen Staaten umzugehen.

Das heißt, Appeasement-Politik ist hier vollkommen fehl am Platze, sondern es kann nur ein glatter Abbruch der Verhandlungen die Konsequenz sein. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vielleicht drei, vier Aspekte zu dem vorigen schon Erwähnten.

Es wurde quasi alles gesagt, aber vielleicht zur Dringlichkeit. Man muss sich vorstellen, es werden Richter, Staatsanwälte, Polizeibeamte verhaftet, Oppositionelle werden verhaftet, da kann man sich schon vorstellen, dass dort natürlich einiges in Bewegung ist.

Eines was natürlich auch unbedingt noch zu erwähnen ist, ob und was das mit den Flüchtlingen zu tun hat?

Also ich glaube, dass der türkische Präsident Erdogan diese Flüchtlingsbewegung als für Verhandlungen in der Europäischen Union verwendet. Daher ist es natürlich auch in der Diskussion einzubringen. Wenn man bedenkt, Herr Landesrat Petschnig hat die geografische Situation bereits angesprochen, die Türkei ist überwiegend im asiatischen Raum. Dann müssten wir ja irgendwann einmal mit Marokko oder Tunesien und so weiter auch verhandeln. Also das kommt aus meiner Sicht ja überhaupt nicht in Frage.

Eines noch zu den Verhaftungen: Was mich persönlich interessiert, 35.000 Menschen wurden verhaftet. Ich frage mich nur, wo sind diese Personen untergebracht? Die Todesstrafe wurde auch schon einige Male angesprochen. Da gebe ich natürlich jedem vollkommen Recht, wobei man auch nicht außer Acht lassen darf, dass zum Beispiel Amerika auch die Todesstrafe hat, *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ist nicht bei der EU.)* wobei das natürlich auch zu erwähnen ist.

Zur Diskussion noch, warum es im Bund einen gemeinsamen Antrag gegeben hat, wo man das Aussetzen der Verhandlungen abgestimmt hat. Das Aussetzen der Verhandlungen ist eine klare Botschaft an Präsident Erdogan. Auch unser Klubobmann Heinz Christian Strache hat mitgestimmt, es ist wichtig gemeinsam ein Zeichen zu setzen. Das Aussetzen ist eigentlich einem Abbruch gleichzustellen. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist aber schon ein Unterschied. Das ist ein riesengroßer Unterschied. – Unruhe bei der ÖVP)*

Ja, das war es auch schon wieder von meiner Seite. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ - Abg. Manfred Kölly: Das ist ein riesengroßer Unterschied. Das ist Unglaublich.)*

Präsident Christian Illedits: So, als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Hans Niessl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf ganz kurz auch auf ein Interview von mir, vom 9.3.2016 verweisen, wo seinerzeit von der EU vereinbart wurde, diese Milliardenbeträge zu bezahlen, die Visapflicht einzuführen oder zu überprüfen. Die Visapflicht einzuführen - da wurde ich unter anderem gefragt, was ich von diesem sogenannten EU-Deal halte? Nämlich dass man vier Milliarden Euro an die Türkei zahlt und dass man eine Visafreiheit auch einführt. Ich habe gesagt, ich bin gegen einen dauerhaften Deal, ich bin auch gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Darüber muss es ja auch eine Volksabstimmung geben. Die EU darf sich nicht erpressbar machen. Also ich denke, dass da sehr, sehr viel gesagt ist. Wenn man sich die Entwicklung, aktuell der letzten Wochen und Monate ansieht, dann braucht man ja gar nicht mehr über eine Volksabstimmung reden, denn es haben schon sehr viele Vorredner genau das gesagt, was Sache ist.

Nämlich die Todesstrafe zu überlegen, einzuführen beziehungsweise willkürliche Säuberungen durchzuführen, das kann nicht der Weg sein eines Staates, mit dem man Verhandlungen führt über einen Beitritt zur Europäischen Union.

Ich möchte aber auch unseren Verteidigungsminister zitieren, der auch gesagt hat, die Europäische Union, wo soll der Weg hingehen? - stellt Doskozil die rhetorische Frage. Er werde sich zumindest die weitere Vorgangsweise selbst organisieren. Ich glaube, das sollte auch für Europa der richtige Weg sein, sich nicht auf die Türkei zu verlassen, sondern selbst zu versuchen, all die offenen Fragen, die es eben gibt, die Herausforderungen, die es gibt, selbst zu organisieren.

Auf seine Initiative hin hat es auch ein Treffen der zentraleuropäischen Verteidigungsminister gegeben. Und auf seine Initiative hin gibt es auch 65 Soldaten aus Österreich, die auch in Ungarn ihren Dienst versehen, um an Stelle der Türkei, damit man sich nicht darauf verlässt, eben die entsprechenden Maßnahmen mit unseren Nachbarn, auch mit unseren Partnern in Ungarn zu setzen.

Das wäre wahrscheinlich vor einem Jahr, vor eineinhalb Jahren denkunmöglich gewesen, dass man hier mit den Ungarn auf einen gemeinsamen Nenner kommt und dass österreichische Soldaten in Ungarn auch ihren Dienst versehen. Drohungen der Türkei sind nicht akzeptabel. Auch das ein Ausspruch, den ich getätigt habe, den auch der Verteidigungsminister getätigt hat. Das Verhindern der illegalen Migration nach Europa und die wechselseitige Unterstützung beim Grenzschutz sind natürlich ein wesentlicher Hintergrund, eine wesentliche Herausforderung, um auch die entsprechende Kontrolle all jener Menschen, die zu uns kommen, auch zu haben.

Wenn in den letzten Tagen die Europäische Union ernsthaft überlegt, dass es eine entsprechende Registrierung von Flüchtlingen geben soll und einen Katalog geben soll, dann ist das auch ein neuer Aspekt. Wenn man das vor eineinhalb Jahren gesagt hätte, wie so manche andere Dinge auch, die heute selbstverständlich sind, dann wäre man natürlich mit entsprechender Kritik konfrontiert gewesen. Es hat sich aber herausgestellt, dass all unsere Bedenken berechtigt waren, dass all die Maßnahmen, die wir gefordert haben auch umgesetzt wurden. Und heute, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa, von Schweden, über Deutschland und Österreich und natürlich alle anderen Länder das auch umgesetzt haben.

Wie gesagt, sich auf die Türkei zu verlassen, das ist meiner Meinung nach nicht der richtige Weg. Da muss auch Europa, da müssen die europäischen Länder eben solidarische Handlungen setzen und sich nicht auf andere verlassen. Und ich glaube, dass das auch in Zukunft in vielen Bereichen der Fall sein wird.

Auch aufgrund der amerikanischen Präsidentenwahl wird Europa in Zukunft mehr Aufgaben übernehmen müssen, weil ganz einfach sich die gesamte politische Situation auch verändern wird.

Ja, also insofern bin ich absolut natürlich für diesen Antrag. Man muss auch dazu sagen, es ist einfach zu sagen, ja der Bundeskanzler soll das alles umsetzen. auch andere gibt, die entsprechende Kompetenz haben.

Man sollte auch, wenn Schweden zum Beispiel 400 Marokkaner nach Marokko zurückbringt, dann wäre das auch eine schöne Aufgabe, auch hier bilaterale Abkommen zu treffen, dass auch aus Österreich, vor allem jene, die auch Strafhandlungen aus Marokko gesetzt haben, wieder nach Marokko zurückgebracht werden, um dort auch die Strafe absitzen zu können beziehungsweise nach strafbaren Handlungen, und keinen Asylstatus zu haben, natürlich selbstverständlich ist, dass die auch in ihre Herkunftsländer zurückgebracht werden. Hier sehe ich auch ein Defizit, dass die Rückführungen in die Türkei, dass die Rückführungen in andere Länder, wie zum Beispiel Marokko, nicht in dieser Intensität gemacht werden, die eigentlich notwendig ist, wo andere Länder deutlich mehr schon gemacht haben. Auch Schweden, auch Deutschland!

Ich glaube, es ist auch Österreich gefordert, die entsprechenden Maßnahmen zu setzen. Alle, die keinen Asylstatus haben, müssen zurückgebracht werden, sonst sagt jeder, wenn wir in Österreich einmal sind, können wir sowieso bleiben. Das würde natürlich eine Sogwirkung erzeugen, die für Österreich noch größere Probleme bewirken sollte.

In diesem Sinne bedanke ich mich für diesen Entschließungsantrag. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die künftigen Beziehungen Europas zur Türkei, Zahl 21 - 457, Beilage 645,

abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die künftigen Beziehungen Europas zur Türkei, Zahl 21 - 457, Beilage 645, ist somit mehrheitlich angenommen.

Dringliche Anfrage an Landesrat Helmut Bieler betreffend Zinstauschgeschäfte (Zahl 21 - 465) (Beilage 655)

Präsident Christian Illedits: Es erfolgt nun die Behandlung der dringlichen Anfrage der Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs sowie der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly und Gerhard Steier an Herrn Landesrat Helmut Bieler, Zahl 21 - 467, Beilage 655, betreffend Zinstauschgeschäfte.

Ich erteile dazu Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort zur Begründung.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bei der heutigen dringlichen Anfrage geht es um die heute schon kurz diskutieren Zinsswaps des Landes. Zu Beginn möchte ich klarstellen, worüber wir heute überhaupt sprechen und diskutieren.

Das Land ist Zinsswaps im Jahr 2003 eingegangen. Auf Deutsch bedeutet das, ein Tauschgeschäft mit der Bank. Das Land zahlt auf der einen Seite einen fixen Zinssatz in Höhe von im Schnitt 5,5 Prozent. 5,1 Prozent bis 5,99 Prozent. Das Land bekommt dafür von einer anderen Seite einen variablen Zinssatz in Höhe des 6-Monats-Euribor, der natürlich von Tag zu Tag variiert.

Dem nicht genug, dieser Zinsswap ist damals, im Jahr 2003, auf 30 Jahre abgeschlossen worden, also läuft er noch bis zum Jahr 2033. Dieser Swap ist aber nicht mit irgendwelchen Grundgeschäften geknüpft, also es gibt keine dahinterliegenden konkreten Kredite, die laufzeitgleich wären oder von der Höhe gleich wären. Aus damaliger Sicht war das vielleicht verständlich, dass man 150 Millionen Euro zinstechnisch versucht abzusichern, nur es gibt in diesen gesamten Verträgen auch die Möglichkeit, aus diesen Swaps auszuscheiden. Gerade weil das Land nicht aussteigt, ist diese Anfrage für uns mehr als nur dringlich. Der Landes-Rechnungshof hat in diesem Bericht klar aufgezeigt, dass es die Möglichkeit gegeben hätte auszusteigen, dass es zusätzlich jeder Zeit, wenn sich die Ratings verschlechtern, ein Ausstieg möglich ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, das alleine ist schon schrecklich und unverantwortlich! Keiner würde ein solches Geschäft im privaten Bereich weiterführen. Wenn man nur an Schweizer Kredite, an Franken-Kredite, denkt, ist mittlerweile auch jeder aus diesem Geschäft ausgestiegen. Vorzeitig natürlich!

Ich möchte nun mit allen eine kleine Milchmädchenrechnung anstellen. Man muss kein Mathegenie sein, um dem folgen zu können. Ich glaube, dass man das mit ein wenig Konzentration nachvollziehen kann:

Das Nominale dieser Zinsswaps beträgt 150 Millionen. Diese Summe muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Wenn ich jetzt 150 Millionen mit 5,5 Prozent im Durchschnitt verzinse, pro Jahr, sind das für das Land fixe Jahresausgaben von 8,25 Millionen Euro. Seit 2003 müssen wir jährlich diese Millionen bezahlen - bei den Durchschnitts-Fixzinsen von 5,5%. Andererseits erhalten wir pro Jahr den variablen 6-

Monats-Euribor-Zinssatz. Dieser war im letzten Jahr knapp null Prozent. Heuer sind wir schon bei einem Negativzinssatz und müssen zusätzlich draufzahlen. Schon jetzt weiß jeder, wenn man diese Beträge vergleicht, dass das Land spekuliert hat und eigentlich ein verlorenes Geschäft eingegangen ist. Wenn wir jetzt die Zinsentwicklung der letzten Jahre betrachten, dann hat es der Euribor kein einziges Mal, beziehungsweise nur vereinzelt geschafft, über diese 5,5 Prozent Fixzins zu gelangen.

Ich möchte kurz zusammenrechnen: Wenn ich im Jahr 2007 beginne oder im Jahr 2008, wo der 6-Monats-Euribor im Jahresdurchschnitt am höchsten war, dann waren wir nur bei 4,8 Prozent, 4,9 Prozent. Aber bei weitem nicht bei den 5,5 Prozent. Zusammengefasst ergibt diese Rechnung über die Jahre hinweg einen riesigen Verlust von 50 Millionen Euro. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Die Tendenz ist vor allem enorm steigend. Das muss man dabei bedenken.

Jetzt wissen wir, dass dieser Zinssatz in absehbarer Zeit eher nicht steigen wird. Seit Jahren wird hier dem Landtag oder auch der Regierung scheinbar vorgegaukelt oder falsch informiert, warum auch immer, dass dieses Geschäft ein positives werden kann. Der Rechnungsabschluss zeigt jedoch ganz klar, auch basierend auf den Aussagen vom Landes-Rechnungshof, dass es nicht deutlich ausgewiesen wird, dass man es aus dem Rechnungsabschluss nicht herauslesen kann. Dementsprechend glaube ich, dass, wenn wir diese Informationen schon früher gehabt hätten, schon längst ausgestiegen wären.

Überlegen wir aber nur kurz und einfach, wie es mit diesen Zinsswaps bis zum Jahr 2033 weitergehen könnte! Um diesen großen Verlust von 50 Millionen Euro jetzt wieder gutmachen zu können oder aufzuholen, müsste man die nächsten 17 Jahre bis zum Jahr 2033 jährlich daraus mindestens einen Gewinn von drei Millionen Euro machen. Einfachhalber gerechnet.

Das heißt aber, dass die Einnahmen aus diesen Zinsswaps elf Millionen Euro pro Jahr betragen müssten, weil man Fixzahlungen von acht Millionen hat. Das entspricht ungefähr einem Zinssatz von acht bis 15 Prozent jedes Jahr.

Geschätzte Damen und Herren! Mir kann keiner erzählen, dass wir bis zum Jahr 2033 jemals auf einen 6-Monats-Euribor von über acht Prozent kommen, weil - rückblickend - die letzten 15 Jahre hat es das auch nicht gegeben. Mir soll bitte einer erklären, in dem Fall der Herr Landesrat, wie es jemals aus diesem Geschäft zu einen Gewinn kommen kann.

Geschätzte Damen und Herren! Sie erkennen nun mit Hausverstand ganz einfach, dass wir dringend aus diesen Swaps aussteigen müssen, dass wir schleunigst herausmüssen, um den Schaden zu minimieren, und da klar ist, dass wir nie in diese Gewinnzone kommen werden, auch wenn es vielleicht ein schönes Gerede ist.

Per Definition ist der Zinssatz ein Zinsderivat, das ist ein Finanzinstrument. Die einen meinen, man sichert damit Geschäfte ab, das kann schon sein, wenn ein Grundgeschäft zugrunde liegt. Aber das ist im Land Burgenland nicht so. Das ist nicht unsere Erfindung, sondern das hat der Rechnungshof seit Jahren ganz klar festgestellt.

Auf der anderen Seite werden Zinsswaps als reine Spekulationsinvestments genutzt. Das kann man in jedem Finanzbuch nachlesen. Dementsprechend ist für uns eindeutig, dass es hier um Finanzspekulationen geht, die das Land 2003 eingegangen ist. Im Land gibt es keine Kredite, die diesen Swaps entsprechen. Weder in der Laufzeit, noch vom Volumen her oder vom Zinssatz.

Geschätzte Burgenländer, muss ich jetzt schon sagen, das Land Burgenland ist eine Wette eingegangen, die sie leider verloren hat! Diese Zinsswaps sind reine

Spekulationen und bringen ausschließlich Verluste mit sich. Es gibt kein einziges Jahr, in dem wir positiv ausgestiegen sind. Hier wird mit beiden Händen das Steuergeld aus dem Fenster geworfen, und jeder schaut stillschweigend zu.

Liebe FPÖ! Jetzt seid Ihr in der Regierung, jetzt hättet Ihr die Möglichkeit gehabt, jederzeit zu sagen, wir steigen aus, weil ich glaube mich zu erinnern, dass auch Ihr immer laut geschrien habt, wir müssen diese Zinsswaps beenden. Ich bin schon auf die Wortmeldung vom Herrn Kollegen Molnar gespannt, wie er verteidigt, hier nicht schon den Austritt gefordert zu haben.

Herr Landesrat! Warum haben Sie den Austritt aus diesen Geschäften nicht schon längst erledigt? Es gibt Möglichkeiten, hier auszusteigen, um die 50 Millionen Euro Verlust nicht noch größer werden zu lassen. Wenn man das hochrechnet, kann sich daraus ein Verlust von über 100 Millionen Euro für das Land ergeben.

Warum haben Sie die Fristen versäumen lassen? Das ist unverantwortlich meiner Generation gegenüber. In Anbetracht der schlechten Finanz- und Zinslage muss man der Regierung fast schon unterstellen, vorsätzlich mehrere Millionen Euro zu vernichten. Es gab eindeutig bei drei Swaps die Möglichkeit auszusteigen, um weitere Millionenverluste zu verhindern. Das hat man nicht gemacht. Diesbezüglich fragen wir uns schon, wenn man das schon damals nicht gemacht hat - die Zinslage ist ja nicht besser - warum macht man es nicht heute?

Es ist eine Vogel Strauß-Politik, bei der man versucht, wieder schönzureden und eigentlich nur den Kopf in den Sand zu stecken und wegzuschauen. Stattdessen sollten Taten folgen. Sie ignorieren die Probleme, die wir in diesem Rechnungsabschluss mit den Zinsswaps haben und versuchen, 50 Millionen Euro, wie wir bald hören werden, als großen Erfolg darzustellen, weil wir im Vergleich mit anderen noch viel mehr Verluste machen hätten können. Ihre Ausrede besagt: Das mag schon sein, dass scheinbar das Land schlecht gewirtschaftet hat und ein schlechtes Geschäft gemacht hat, aber es kann nicht der Grund sein, zu sagen, andere sind noch viel schlechter. Der Anspruch für uns muss sein, dass wir besser als alle anderen sind, und nicht im Verlustbereich, sondern ganz im Gegenteil, vielleicht sogar im Gewinnbereich.

Genau solche Verhaltensarten sind für die Menschen nicht mehr erträglich. Das ist eine alte Politik, die wir ablehnen. Setzen wir uns, wie es der Herr Kollege Kölly immer so schön sagt, hin und versuchen gemeinsam mit den Experten, ein Ausstiegsszenario zu zeichnen. Seit Jahren weisen wir darauf hin. Wo bleibt jetzt das Schuldbewusstsein? Wo bleibt die Verantwortung für die Handlungen? Wo bleiben vor allem aber auch die Lösungen? Weil zurzeit ist es eher ein großer Skandal, dass 50 Millionen Euro den Bach hinuntergegangen sind.

Es ist einfach unzureichend, die Zinssätze mit dem Bund zu vergleichen oder auf einen Rechnungshofbericht des Bundes aus dem Jahr 1999 hinzuweisen. Weil wenn man mit dem damaligen Kollegen im Rechnungshof spricht, der beim Verfassen des Berichts dabei war, sagt dieser, dass es nicht die Empfehlung des Rechnungshofes war, diese Geschäfte einzugehen, wenn, dann nur als Absicherung für einzelne Kreditgeschäfte, aber nicht als pauschale Spekulation mit Steuergeldern.

Warum fließt das Geld, das ihr jetzt verprasst habt, nicht in Bildung oder Infrastruktur des Südburgenlandes oder gar in Arbeitsplätze? Ich glaube, dass wir hier endlich auf die Barrikaden steigen sollten, um aus diesem Zinsswap auszusteigen.

Den Gemeinden, und das wurde heute kurz schon erwähnt, ist mit dem neuen Finanzausgleich verboten worden, mit öffentlichen Geldern zu spekulieren. Aber das Land

misst hier mit anderen Maßstäben. Das Land selbst spekuliert wie im Casino, muss man schon fast sagen. Das Messen mit zweierlei Maß im Vergleich zu den Gemeinden ist unfair und eigentlich letztklassig und zeigt erneut einen politischen Würgegriff, den wir für die Gemeinden nicht unterstützen können.

Deswegen wollen wir, dass wir aus diesem Zinsswap so schnell als möglich aussteigen, um noch höhere und noch mehr Verluste zu vermeiden. Denken wir nur an die jüngste Vergangenheit zurück! Denken wir an Kärnten, an die Hypo, wo mit Zinsswaps Millionen verloren gegangen sind! Denken wir an Salzburg, wo es Rücktritte gab! Oder denken wir an Linz, wo mit Swaps mittlerweile einige Verurteilungen rechtskräftig vonstattengingen! Diese Beispiele zeigen, dass wir im Burgenland nicht wollen, dass wir gar Kärnten, Salzburg oder gar Linz werden.

Steigen wir aus diesen Swaps aus! Das ist unsere konkrete Forderung. Verabschieden wir uns von diesem behäbigen Ballast mehrerer Millionen Verluste! Schauen wir, dass wir diesen Verlust anderwärtig einsparen! Und beantworten Sie auch bitte unsere Fragen! Beenden Sie diesen hochspekulativen Casino-Kapitalismus, der 50 Millionen Euro Verluste mit sich gebracht hat! Diese können wir nicht mehr gut machen, das ist klar, aber weitere Verluste kann man heute und hier auch verhindern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Die Begründung ist somit erfolgt. Gemäß § 30 Abs. 3 GeOLT erteile ich daher Herrn Landesrat Helmut Bieler das Wort zur Abgabe seiner Stellungnahme.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Spektakel, das die ÖVP heute wieder einmal auf Kosten der eigenen ehemaligen Regierungsmitglieder inszeniert, ist ein Schuss ins eigene Knie. Oder Sie nehmen den Kollateralschaden bewusst in Kauf, um die eigenen Abgeordneten zu treffen?

Vor ungefähr 13 Jahren haben die VP-Regierungsmitglieder richtigerweise mit der gesamten Regierung nach eingehender Information und Diskussion eine Zinsabsicherung gegen damals steigende Zinsen abgeschlossen. Wir haben damit die oftmaligen Forderungen des Rechnungshofes erfüllt und einen Mix von variablen und fixen Zinssätzen beschlossen.

Sie werden doch nicht ernsthaft glauben, dass der Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die gesamte Regierung, dieser Zinsabsicherung zugestimmt hätten, wenn sie damals nicht nachvollziehbar sinnvoll und richtig erschienen wäre.

Niemand von Ihnen oder von uns konnte ahnen oder hätte es nur annähernd vermutet, dass eine Finanz- und Wirtschaftskrise dieses Ausmaßes möglich ist. Heute im Nachhinein, in einer Niedrigzinsphase, kann man leicht kritisieren und siebengescheit sein. Noch einmal zum besseren Verständnis, weil hier so viel bewusst falsch dargestellt wurde. Wir haben 150 Millionen mit einem Durchschnittsfixzinssatz von 5,32 Prozent gegen steigende Zinsen abgesichert und erhalten dafür den jeweiligen sechs Monat Zinsensatz. Damit haben wir ausbezahlt, möchte ich betonen. Haben wir cash bekommen. Damit haben wir bis jetzt alle kurzfristigen Darlehen bedienen können, um die Zinsen zahlen zu können.

2003 war der damalige 30-jährige Fixzinssatz 5,5 Prozent. Niemand hätte uns heute wahrscheinlich irgendeinen Vorwurf gemacht, wenn wir damals einen Fixzinssatz

abgeschlossen hätten. Niemand! Weil ist das eine Spekulation? Ich sage, nein, sondern man muss abschätzen. Das heißt, wenn man die 5,32 hernimmt, wäre der damalige Fixzinssatz höher gewesen als der, den wir jetzt bezahlen. Da haben wir noch zwischenzeitlich, bis eben diese ganze Niedrigzinsphase eingetreten ist, cash Geld zurückbekommen, ausbezahlt bekommen.

Das heißt, von einer Spekulation zu sprechen, was nicht einmal der Rechnungshof tut, kann nur Oppositionsrhetorik sein. Eine wichtige Frage in dem Zusammenhang ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sich Geld aufnehmen, um eine wichtige Investition privat im Haus irgendwo tätigen zu können, bezeichnen Sie dann das Bezahlen der Zinsen, weil Sie damals mit vier Prozent abgeschlossen haben, fünf Prozent, bezeichnen Sie das als Verluste und als Spekulation oder als Kosten, um diese Investitionen tätigen zu können? Jeder würde das so tun! Nicht so die Opposition! Nicht so die ÖVP und einige andere!

Das heißt, der einzige Vorwurf, der von Ihnen übrigbleibt, ist, dass wir nicht wussten und gar nicht wissen konnten, dass eine Finanzkrise die Welt derartig verändern wird. Wenn Sie nun den Ausstieg fordern, kostet das eine Menge Geld. Wir haben monatliche Bewertungen des Marktwertes, was diese Zinsen, was diese sechs Zinsabsicherungsgeschäfte betrifft, die genau zeigen, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt bis zum Ende der Laufzeit mehr als 100 Millionen Euro zahlen müssten und hätten dann aber weder eine Absicherung gegen steigende Zinsen, noch eine Versicherung, dass, wenn man variabel abschließt, nichts passiert.

Es würde den Schuldenstand des Landes erhöhen, was natürlich die Opposition gefreut hätte oder freuen würde, weil sie dann wieder schimpfen und kritisieren kann.

Auf der anderen Seite, wenn wir jetzt aus diesen Geschäften auszahlen, mehr als 100 Millionen zahlen, und dann einen Fixzinssatz für 20 Jahre ungefähr, der momentan 1,6 Prozent wäre, würde das auf die Laufzeit gerechnet rund 48 Millionen Euro kosten. Das heißt, doppelte Kosten. Wer da was „verzocken“ beziehungsweise zum Fenster hinausschmeißen würde, kann man dann darüber sicher diskutieren.

Was Sie heute tun, meine Damen und Herren, die diesen Antrag unterschrieben haben, ist, mich am Tag der Budgetrede schlechtzumachen, die positiven Ergebnisse der Finanzausgleichsverhandlungen zu konterkarieren, und das ist mit ein Grund, und da bin ich fest davon überzeugt, warum viele Menschen von der Politik angewidert sind, warum sie sich abwenden und alle Politiker als letztklassig einstufen.

Was wollen Sie? Wollen Sie die eigenen ehemaligen Regierungsmitglieder anpatzen und treffen? Wollen Sie mich beschädigen? Oder wollen Sie die Politik an sich schädigen?

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof legt die Zinsabsicherungen, die Geschäfte bereits das vierte Mal in seinem Bericht dem Hohen Landtag vor. Viele Anfragen der Abgeordneten, ich habe hier drei schriftliche, Spitzmüller, Kölly, Wolf, voriges Jahr, dieses Jahr, wurden von mir mündlich und schriftlich auf 44 Seiten beantwortet. Es hat jedes Mal eine lange Diskussion darüber im Landtag gegeben. Jeder kann sich ausmalen, worum es heute geht und kann die Unehrlichkeit in dieser Diskussion sehen.

Es geht um ein Aufwärmen langjährig bekannter, diskutierter und beantworteter Fragen, ein Anpatzen der früheren Regierungsmitglieder, der Versuch, gute Ergebnisse und Erfolge von mir schlechtzumachen.

Alles in allem aus meiner Sicht eine wirklich miese Oppositionspolitik, die in dieser Form eigentlich selten zu finden ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: In der Debatte über die dringliche Anfrage erteile ich nunmehr Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort. *(Abg. Manfred Kölly: Frage die FPÖ, was Sie vor 2013 gesagt hat.)*

Ich möchte jedoch bemerken, dass bei der Debatte über dringliche Anfragen kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landesrat! Sie brauchen nicht nervös werden. Machen wir einfach eine transparente Geschichte daraus!

Sie sagen, damals war es halt so, und wir haben halt nicht anders können. Es hat aber nicht der Landtag beschlossen. Das muss man auch klar sagen, sondern die Landesregierung beschlossen, dass man das auch einmal festgehalten hat. Weil, der Herr Kollege Wolf hat gesagt, der Landtag hat beschlossen. Es wurde nicht vom Landtag beschlossen, sondern die Landesregierung.

Wovon ich ständig spreche, ist, wenn wir einem Budget nicht zustimmen, heißt es, da habt ihr ja nichts zu reden. Warum haben wir einem Budget nicht zugestimmt? Weil solche Dinge am Tisch sind! Wenn Sie sagen, Herr Landesrat, dreimal haben wir schon diskutiert und es hat sich noch immer nichts geändert, und vor zwei Jahren, ich zitiere den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, wenn Sie wollen. Er hat Euch genau das gesagt, was ich heute auch gesagt habe. Genau das Gleiche. Jetzt sitzt er da, sieht das natürlich anders. Ich verstehe es ja. Ich habe auch oft die blau-schwarze Regierung verteidigen müssen. Ich weiß eh, um was es da geht.

Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mich nicht vom Paulus zum Saulus machen, oder? Das kann es doch nicht sein. Ich muss dazu stehen, was ich voriges Jahr gesagt habe. Ich kann auch nicht, und ich sage nicht, dass die „alten“ Regierungsmitglieder entschieden haben, dann ist es so.

Aber was wollen wir, Herr Landesrat? Wir wollen nichts anderes, als dass wir ein Szenario machen, wo wir hergehen und sagen, welche Möglichkeiten gibt es, aus dieser Situation das Beste zu machen. Mehr wollen wir nicht. *(Beifall bei der LBL, ÖVP und bei Abg. Wolfgang Spitzmüller)*

Wir wollen nicht mehr, Herr Landesrat! Sie brauchen nicht nervös sein. Auch nicht der Herr Landeshauptmann ist nervös. Der weiß genau, was er tut. Aber Sie sind nervös. Sie fühlen sich immer in die Enge getrieben und führen sich so auf.

Das brauchen Sie nicht. Ich habe Sie heute schon gelobt. Ich habe gesagt, wenn Sie so weitertun, können Sie noch eine Periode weitermachen. Damit habe ich kein Problem, weil Sie nehmen jeden Rechnungshofbericht sehr ernst und setzen ihn um, haben Sie mir erzählt.

Ich bin guter Dinge. Wenn ich mir heute anhöre, diese Voranschlagsrede, die können Sie uns schriftlich auch geben, sage ich Ihnen gleich, sonst gar nichts, die brauche ich gar nicht hören. Weil die ist schön runtergelesen, gut vorgeschrieben, das hat das Büro hervorragend gemacht, ich muss sagen, gute Mitarbeiter, gar keine Diskussion.

Wenn Sie jetzt hergehen und uns erzählen, 150 Millionen, da haben Sie noch gewonnen, na da liege ich überhaupt, da bin ich eigentlich falsch am Dampfer. Wie kann

die Rechnung aufgehen, dass ich noch gewonnen habe? Irgendwo habe ich einen Hausverstand, und sonst brauchst du nichts dazu, dass sich diese Rechnung nicht ausgeht. Aber macht ja nichts. Wir fordern nicht mehr ein, dass Sie uns Rede und Antwort stehen und dass Sie uns sagen, wir setzen uns zusammen und wir diskutieren einmal, welche Möglichkeiten es gibt. Das ist überall das Gleiche, auch privat, Herr Landesrat.

Sie schneiden ein Thema an, privat, was ich machen würde. Glauben Sie nicht, dass ich mich privat nicht auch schon verspekuliert habe? *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Glauben Sie es nicht. Ich habe mich auch schon verspekuliert! Nur es kann nicht so sein, Herr Landesrat, dass ich mich dann mit öffentlichen Geldern vergleiche.

Das ist nämlich ein Unterschied, ob ich öffentliche Gelder habe oder ob ich privat das mache, Herr Landesrat. Ich glaube, auch der Landeshauptmann wird sich auch schon einmal verhaut haben, mit irgendwelchen Fonds oder was, es ist doch menschlich. Es ist menschlich. Wir haben nicht mehr wollen, und ich hätte mir erwartet, dass sogar die FPÖ auf diesen Dringlichkeitsantrag draufgegangen wäre. Warum? Weil sie vor eineinhalb Jahren noch anders geredet haben und sonst nichts wissen wollten, genau was wir heute wissen wollen. Sonst gar nichts.

Wir wollen wissen, welches Szenario können wir machen, dass wir dort am bestmöglichen aussteigen oder nicht aussteigen. Wenn Sie, und wenn die Fachleute und alle, die lesen können, in der Weltkugel irgendwo uns sagen, bitte bleibt dort, weil das ist ein gutes Geschäft, dann muss ich sagen, okay, weil ich bin kein Fachmann. Ich kann mich nur von Ihnen beraten lassen, weil Sie sind der Fachmann, Herr Landesrat, weil Sie mir erzählen, dass das noch eine positive Situation ist. Dann frage ich mich wirklich, warum haben Sie das notwendig?

Legen Sie alles auf den Tisch! Sagen Sie uns, wie das ausschaut! Es gibt vier Banken oder fünf, eine davon gibt es gar nicht mehr, also setzen wir uns mit denen zusammen, oder haben Sie das schon gemacht? Wenn Sie das gemacht haben, dann sagen Sie uns das Ergebnis. Mehr will ich ja nicht. Ich will nicht mehr als das Ergebnis. Herr Richter, Sie waren vorige Periode leider nicht im Landtag. Sie hätten den Kollegen Tschürtz hören müssen, was er damals gesagt hat! Wie er sich über den Landesrat Bieler aufgeregt und gesagt hat, das ist eine Zumutung, was sich eigentlich in diesem Land abspielt. Wir haben 100-mal aufmerksam gemacht, liebe Freunde von der FPÖ. Ich war ja auch dort angesiedelt, genau, das ist schon Jahre gegangen. Und dann sagt der Herr Landesrat, jetzt kommen Sie schon wieder mit dem Alten daher. Solange das nicht gelöst ist, werden wir das immer bringen. Steter Tropfen höhlt den Stein!

Ich wünsche mir, dass Sie sehr lange bleiben, weil wir müssten uns auch einmal zusammensetzen, dass wir uns einmal anschauen und durchgehen und vielleicht kommt uns eine Idee, sodass wir eine Lösung finden. Dann brauchen wir vielleicht gar nicht so heiße Diskussionen im Landtag führen.

Es sollte einmal wirklich ein Arbeitskreis eingeladen werden, wo Sie uns sagen, wie Sie das wirklich machen wollen, und wir sagen, ja, schön und gut. Fachleute her! Den Herrn Klöckl brauchen wir nicht mehr dazu, das sage ich auch gleich, weil ich glaube, der hat Euch das empfohlen. *(Landesrat Helmut Bieler: Ist ein Deutschkreutzer.)* Ich habe kein Problem damit, weil er ein Deutschkreutzer ist, ist ja in Ordnung. Er ist ein Deutschkreutzer. Aber der wird schon geschaut haben, dass er ein Geschäft gemacht hat. Ich will das auch einmal von Ihnen erfahren, wie viel ist eigentlich an Provisionen angefallen. Jedes Mal sage ich das. Ich kriege von Ihnen keine Antwort. Sagen Sie mir das einmal! Es ist doch kein Staatsgeheimnis, wie viel man da kriegt, oder? Ich muss in

der Wirtschaft auch, in der Privatwirtschaft, da kriegt der Außendienstmitarbeiter, *(Abg. Ilse Benkö: Was kriegst Du?)* ich kriege meine Provision, unterm Strich, was übrig bleibt. Aber nicht eine Provision vom Umsatz. Und das sollte man sich einmal anschauen. Auch das gehört kontrolliert, Herr Landesrat.

Ich meine, Sie machen das jetzt ein bisschen lächerlich. Aber nur, da geht es um viel öffentliches Geld.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, noch einmal! Darf ich Ihnen die Rede, ich will jetzt die Zeit nicht strapazieren. Ich lese Ihnen die Rede vor, die Sie damals gehalten haben. Es war bezeichnend eigentlich für eine Oppositionspartei. War bezeichnend jetzt, wenn man in der Regierung sitzt, dann ist man halt ein bisschen anders, das ist halt mal so, sei es wie es sei.

Wir wollen ein Ausstiegsszenario haben, ob es möglich ist, ja oder nein. Und was das kostet. Mehr und nicht weniger. Das war es eigentlich. Da brauche ich mich auch nicht aufregen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Kollege Kovacs, übernehmen Sie Verantwortung irgendwann einmal! Schauen Sie sich das genau an! Dann reden wir einmal weiter über gewisse Dinge. Denn ich glaube, die ÖVP hat es auch nicht leicht, weil diese das damals mitbeschlossen hat. Gar keine Diskussion.

Glaubt Ihr, dass das leicht ist für sie? Das ist nicht leicht für sie. Das hier so zu veranstalten. Das ist im Endeffekt eine Veranstaltung geworden. Weil wir diese Punkte bitte beantwortet haben wollen und dann schauen wir weiter.

Ich glaube, es macht Sinn, wenn man sich wirklich dementsprechend auch informieren kann, wenn man sich dementsprechend auch Klarheit schaffen kann, das ist also unser Recht und unsere Pflicht als Opposition und als Kontrolle.

Wenn das einer anders sieht, dann muss ich ehrlich sagen, sind wir alle falsch in diesem Hohen Landtag. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Zur Ehrenrettung von Herrn Landesrat Bieler muss ich sagen, dass die schriftlichen Anfragebeantwortungen wirklich sehr detailliert waren und wir dadurch auch sehr viel über diese Zinsswaps wissen.

Wir wissen, es sind in Wirklichkeit sechs verschiedene. Es sind vier verschiedene Banken, wobei eine ist eigentlich keine Bank mehr, weil das hat das Land ursprünglich mit der Hypo Alpe Adria abgeschlossen, wurde jetzt in die HETA, in die Abbaubank übergeleitet, die inzwischen die Bankkonzession zurückgegeben hat und gar keine Bank mehr ist.

Worum geht es der Opposition in Wahrheit? Es geht nicht ums Anpatzen und es geht auch nicht um Wirbel schlagen, sondern es geht darum, dass wir uns einmal konkret anschauen, haben wir eine Möglichkeit auszusteigen, um eine Schadensbegrenzung zu machen?

Meines Wissens gab es bis jetzt nur Überprüfungen, die gelautet haben, kann das Land Burgenland die im Jahr 2004 geschlossenen Zinsswaps ohne finanzielle Nachteile gegenwertig kündigen oder sonst wie beenden. Na das ist uns schon klar, dass das ohne

finanzielle Nachteile nicht geht, das hatten wir ja schon gesehen. Wir sind inzwischen bei über 50 Millionen Euro minus, das wird nicht gehen.

Es gab auch mit der HETA, stand in einer Anfragebeantwortung, bereits Gespräche, aber auch da war wieder die Herangehensweise, meiner Meinung nach, unserer Meinung nach, falsch, denn es hieß dort wieder, sämtliche bisherig untersuchten Ausstiegsszenarien waren jedoch mit Nachteil für das Land verbunden, weshalb ein Ausstieg bisher unterblieben ist.

Wie gesagt, ganz klar, aus diesem Vertrag kommen wir nur mit Nachteilen raus. Die Frage ist nur, haben wir eine Chance bis 2033 diese Nachteile einigermaßen einzugrenzen. Weil wenn es so weiterläuft wie es jetzt ist, wäre es eine Katastrophe. Die andere Geschichte, dass die Zinsen ja auch wieder steigen könnten, und wir davon profitieren könnten, muss ich ehrlich sagen, halte ich für ein bisschen gewagt. Denn was heißt denn, wenn wir hohe Zinsen haben? Der Kollege Wolf hat das zuerst erklärt, die müssten relativ hoch sein, um hier wieder positiv auszusteigen oder zumindest ausgeglichen.

Was heißen hohe Zinsen? Hohe Zinsen sind eine Wachstumsbremse. Wir müssen davon ausgehen, dass dann viel weniger investiert wird, dass natürlich wirtschaftliche Tätigkeiten verteuert werden und auch die Investitionen, ein wichtiger Motor in unserem Land, der Gemeinden, dadurch zurückgehen würden. Wenn die Zinsen sehr hoch kommen, ist es meistens so, dass die EZB, die Europäische Zentralbank, gegenbremst, auch wenn sich die EZB mehr an der Inflationsrate, aber das ist ja meistens gekoppelt mit einem hohen oder niedrigen Zinssatz, hält.

Das heißt, dieser wünschenswerte - wie soll ich das nennen, jetzt kommt bald Weihnachten, Wunsch an das Christkind - dass die Zinsen so hoch steigen, dass wir von diesen Zinsswaps profitieren, das wollen wir eigentlich gar nicht hoffen und uns gar nicht wünschen.

Deswegen geht es darum zu schauen, können wir den Schaden der bis 2030 sehr hoch sein kann begrenzen. Da würde ich mir, würden sich die Oppositionsparteien wünschen, dass wir jemanden, der noch nicht damit beauftragt war, sich das anschaut und hier ein Szenario möglich macht, wann und wo und wie wir aus welchen Zinsgeschäften, sind ja, wie gesagt, sechs verschiedene, es kann ja sein, dass es bei einem ganz gut geht, ich nehme einmal an, bei dem HETA wäre es wahrscheinlich wesentlich leichter gewesen als bei den anderen, weil wie gesagt, da war eine Umwandlung von der Bank in diese sogenannte Abbaubank, die gar keine Bank mehr ist, und das hätten wir uns gewunschen.

Wenn man immer sagt, ohne finanzielle Nachteile, na ja, das ist uns schon klar, wir sind inzwischen über 50 Millionen Euro und das zuzeln wir uns ja nicht aus den Fingern, sondern das sagt ja der Rechnungshof seit Jahren, dass das gemacht gehört. Offensichtlich macht das das Land nicht, oder fehlen uns die Informationen, wo Sie das gemacht haben. Um das geht es uns in Wahrheit, und nicht um eine Anpatzerei oder sonstiges.

Wie gesagt, wir waren heuer das erste Mal über sieben Millionen Euro und die Frage ist, wie wird das in den nächsten Jahren ausschauen. *(Landesrat Helmut Bieler: Wir haben einen Fixzinssatz! Was heißt hier spekulieren?)* Ja, das weiß ich eh, und einen variablen. Aus diesen beiden Unterschieden ergeben sich diese Minus, die Verluste. *(Landesrat Helmut Bieler: Ja, logisch!)*

Wenn Sie immer sagen es ist eine Versicherung, muss ich auch sagen, für mich ist es eine Spekulation. Ich habe auch unlängst mit jemandem gesprochen, der sich da mehr auskennt wie ich, der hat mir zuerst auch gesagt, na das ist eine Versicherung. Dann habe ich gesagt, ja aber es gibt kein Grundgeschäft das dem gegenübersteht, dann hat er gesagt, dann ist es eine Spekulation. Das war für den ganz klar und eindeutig. Besten Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Kollege Kölly hat mich gefragt, warum ich diese Dringliche Anfrage nicht unterschrieben habe. Jetzt abgesehen davon, dass Sie mich nicht gefragt haben… *(Abg. Manfred Kölly: Nächstes Mal frage ich! – Allgemeine Heiterkeit)*

Abgesehen davon, dass Sie mich nicht gefragt haben, diese Anfrage ist nicht das, was Sie behaupten. Da sind Sie, meiner Meinung nach, auch der FPÖ auf den Leim gegangen, denn die meisten dieser Anfragen, in Wirklichkeit alle diese Anfragen, wurden bereits beantwortet, wurden bereits mehrfach beantwortet. Entweder, weil es dazu schon die bereits erwähnten schriftlichen Anfragen gegeben hat, wo der Kollege auch gesagt hat, dass die vom Herrn Landesrat sehr ausführlich und detailliert beantwortet wurden.

Andererseits haben wir ja diverse Rechnungshofberichte, in denen zumindest im Anhang dann auch größere Auszüge der Stellungnahme des Landesrates, beziehungsweise der Landesregierung zu diesen Zinstauschgeschäften nachlesbar sind. Ich erkenne hier auch einen Unterschied in der Opposition. Ich kann dem, was der Kollege Kölly gesagt hat, beziehungsweise gefordert hat, und ich kann dem, was der Kollege Spitzmüller gefordert hat, durchaus etwas abgewinnen.

Ich glaube, Herr Landesrat, daran wird es auch nicht scheitern, dass Informationen, die Ihnen noch fehlen, die man aus den Unterlagen jetzt vielleicht nicht herauslesen kann, so zusammenführt, und einiges hat der Landesrat ja heute auch schon gesagt, dass man ein solches Szenario auf den Tisch legt, ja, *(Abg. Manfred Kölly: Mehr wollen wir nicht!)* und dann wird man einmal schauen, wer die „Cojones“ hat, dass man verlangt, einen Ausstieg herbeizuführen.

Die ÖVP hat heute etwas anderes gemacht. Der Kollege Wolf hat heute ausdrücklich, bedingungslos, einen Ausstieg aus diesen Geschäften gefordert. Herr Kollege, unseriöser kann man das gar nicht angehen, als Sie das heute getan haben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Bei der ersten Frage die Sie stellen, na da bekommt man in Wirklichkeit einen Lachkrampf. Ich meine, warum wurden von Seiten des Landes überhaupt Zinstauschgeschäfte abgeschlossen? Ich tue mir als Freiheitlicher leicht, denn in Wirklichkeit müssten Sie sich mit Ihrem Sessel nur umdrehen und den Herrn Kollegen, der gerade nicht da ist, fragen, was er sich damals dabei gedacht hat.

Diese Anfrage zeigt ganz eindeutig, worum es Ihnen geht. Da hat der Landesrat schon Recht, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Verantwortliche Seiten gibt es schon!)* da geht es heute um Stimmung machen im Vorfeld einer Budgetrede, denn es beschäftigt sich keine einzige dieser Fragen mit einem Ausstiegsszenario. Das wollen Sie ja gar nicht haben, da wäre im Übrigen ein Dringlichkeitsantrag der weit bessere Weg gewesen und der weit effektivere Weg.

Also ich kann nicht erkennen, wie Sie auf Grund dieser Beantwortung dann zu einem Ausstiegsszenario kommen können. Also das ist eine pure Effekthascherei, die da heute stattfindet.

Wie gesagt, die Historie wurde bereits ausführlich besprochen vom Herrn Landesrat, die Sache ist natürlich nicht ohne. Da geht es um viel Geld, das ist gar keine Frage. Ich habe Verständnis für das Anliegen vom Kollegen Kölly und auch der GRÜNEN, dass wir uns das einfach anschauen. Ich glaube auch nicht, dass da irgendwer etwas dagegen hat. Wir haben es auch am Rande des Rechnungshofausschusses besprochen, auch der Herr Abteilungsvorstand ist jederzeit bereit, dass wir uns zusammensetzen, Herr Kollege. Ja, und ich glaube auch, dass der Herr Landesrat überhaupt nichts dagegen hat, dass wir uns das gemeinsam anschauen.

Aber, wie gesagt, es ist nicht so ohne. Wir haben heute gehört was uns das kosten würde. Man muss sich dann auch insgesamt überlegen, wie es mit der Kreditbewirtschaftung weiter geht, falls man aus diesen Zinstauschgeschäften aussteigt. Aber das, was die ÖVP da heute veranstaltet, das spottet jeder Beschreibung. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Endlich fällt mir der Spruch ein "Täglich grüßt das Murmeltier", denn jedes Jahr ist es dasselbe Bild, das wir hier haben.

Der Finanzlandesrat Helmut Bieler hält seine Budgetrede, stellt das Budget vor und die ÖVP inszeniert eine Schmähparade, um diese Budgetrede zu torpedieren. Und das seit Jahrzehnten eigentlich durch. Das ist eigentlich schon zu bemerken. Also es zeigt, es geht nicht um die Sache, das hat der Kollege Molnár, glaube ich, relativ gut jetzt auch skizziert, sondern es geht ums Anpatzen, es geht hier darum, einen Landesrat anzupatzen, der seit Jahren wirklich sehr erfolgreich dieses Land finanziell gut ausstattet. Dieses Land ist wirklich sehr gut unterwegs.

Wir sind in vielen Bereichen vom Schlusslicht in das Spitzenfeld geklettert und dazu benötigt es natürlich auch stabile Finanzen, ein gesundes Fundament, und das ist gegeben. Und trotzdem versucht man den Herrn Landesrat hier anzupatzen. Das finde ich sehr schade, das hat sich der Landesrat, das hat sich das Land Burgenland so auch nicht verdient. Es ist auch schade, dass sich die GRÜNEN und die Liste Burgenland auch vor den Kahn einspannen haben lassen, wenngleich es hier klare Unterschiede gibt. Das haben Sie ja auch hier deutlich gesagt.

Die ÖVP will einen sofortigen Ausstieg, und das kann natürlich sicher nicht funktionieren. Auch heute kramt die ÖVP die alte Geschichte mit der Zinsabsicherung aus der Mottenkiste. Ich möchte trotzdem festhalten, es sind keine Spekulationen, das hält auch der Rechnungshof fest. Keine Spekulationen, auch wenn man es noch so oft behauptet, es wird daher auch nicht wahr.

Ich bin auch dankbar, dass der Kollege Kölly und der Kollege Spitzmüller das erläutert haben, eigentlich wurde das alles schon schriftlich beantwortet. Komisch ist, dass hier das trotzdem inszeniert wird und man trotzdem wieder fragt.

Übrigens hat der Kollege Molnár absolut Recht. Eigentlich hätten Sie sich nur umdrehen müssen und fragen, warum damals die Regierungspartei ÖVP damit kein

Problem gehabt hat. Verstehe ich auch, dass sie kein Problem gehabt hat, *(Abg. Manfred Kölly: Vielleicht haben sie es vorgeschlagen!)* darum verstehe ich nicht, warum Sie jetzt ein Problem damit haben. Fest steht dabei auch, dass sich das Land durchschnittlich von 13 Jahren um rund 0,9 Prozent günstiger finanziert wie der Bund. Ich glaube, das vergisst man auch in dieser Diskussion.

Das bewirkt, im Vergleich zu dem Zinsmix des Bundes, eine Einsparung von immerhin 23,2 Millionen Euro. Auch das wird nie erwähnt. Auch das wird nie erwähnt! Warum ist es zu dieser Zinsabsicherung überhaupt gekommen? Ja, weil der Bundesrechnungshof empfohlen hat, ein Zinsabsicherungsgeschäft zu machen. Ja, nur deswegen ist das Land Burgenland hergegangen, *(Abg. Manfred Kölly: Das heißt ja nicht, dass der Bund immer gut ist!)* weil man eine Empfehlung des Bundesrechnungshofes umgesetzt hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wofür haben wir den Herrn Klöckl beauftragt? Seit der Bund empfohlen hat, haben wir den Klöckl nicht mehr!)*

Der einzige Vorwurf den man machen könnte, Herr Kollege Sagartz, ist, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das macht wer ganz wer anders, keine Sorge!)* dass man nicht hellsehen kann und damals nicht gewusst hat, wie sich die Zinslage entwickelt. Das ist der einzige Vorwurf, den man der damaligen Regierung unterbreiten kann. Aber Hellseher, weiß ich nicht, bin ich auch keiner. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Das hat keiner gesagt!)* Wenn Sie einer sind, dann würde mich das durchaus beeindrucken. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Aber jetzt Schadensbegrenzung…!)*

Sie sagen, Herr Kollege Wolf,… *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wie geht es weiter die nächsten 17 Jahre?)*

Na, Entschuldigung, es war ja Ihre Partei, Sie waren ja im Landtag, Sie waren ja im Landtag, die letzten Jahre. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Steigen wir jetzt aus! Was spricht dagegen, jetzt auszusteigen?)* Was haben Sie vergessen, was ist denn da passiert? Was ist denn da passiert, vor eineinhalb Jahren? Festplatten löschen, alles vergessen, und jetzt marschieren wir… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Robert, 17 Jahre!)* Also Sie kritisieren Ihr eigenes Handeln, interessant.

Aber, Herr Kollege Wolf, Sie sagen heute Ausstieg. Sie haben zuvor gehört, dass damit bis zu 100 Millionen Euro schlagend werden könnten. Sie sagen aber nicht gleichzeitig, wie man das finanziert. Jetzt weiß ich schon, bis jetzt war Ihnen das auch ziemlich gleichgültig und haben ungedeckte Schecks verteilt, ebenfalls auch über 100 Millionen Euro.

Na ja, da bin ich neugierig, wie Sie das machen würden. So geht das nicht. Man muss das verantwortungsvoll machen. Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik betreiben und das ist auch hier gegeben.

Ja, wenn Ihnen das alles bekannt vorkommt, verstehe ich das, wir haben das auch schon tausendmal hier diskutiert, hier im Hohen Landtag, auch in den Ausschüssen, auch im letzten Ausschuss, das ist keine neue Diskussion.

Umso unverständlicher ist es, dass Sie das heute auch aktuell diskutieren wollen. Es ist sehr schade, denn die Burgenländerinnen und Burgenländer, glaube ich, würden sich erwarten, dass wir hart arbeiten hier im Landtag, dass wir ordentliche Gesetze beschließen und keine Schmähparaden veranstalten. Das, glaube ich, verdient das Burgenland nicht, ganz im Gegenteil, harte Arbeit, das benötigt das Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Christian Sagartz das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Weil jetzt heute schon zweimal erwähnt wurde, dass es nicht um die Vergangenheit geht, werde ich jetzt, wenn alle schon über die Vergangenheit reden wollen, auch die Vergangenheit zum Zugriff bringen.

Es gab am 19. Mai 2008 eine schriftliche Anfrage mit der Zahl 19 - 505. Eingebracht hat diese Anfrage der Herr Landtagsabgeordnete Christian Illedits an die Frau Landesrätin Michaela Resetar. Ich darf eingangs zitieren. So lautet die Begründung der schriftlichen Anfrage:

„Wie im Falle des zuständigen Gemeindereferenten Mag. Franz Steindl erkennbar, können mangelndes Verantwortungsbewusstsein beziehungsweise Unzulänglichkeiten hinsichtlich der Agenden im Aufsichtsbereich zu gravierenden Folgen führen. Medienberichten zufolge, sind in Sachen hochspekulativer Devisenoptions- und ähnlicher Geschäfte, Gemeinden, aber auch diverse Wasserverbände innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches in brisante finanzielle Situationen geraten. Dieser Schaden, der durch das Verspekulieren öffentlicher Gelder zustande gekommen ist, muss nun letztendlich von allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern getragen werden. „Aufsicht“ im Sinne eines präventiven Einschreitens ist daher von immenser gesamtgesellschaftlicher Bedeutung.“

Das sagt Christian Illedits, das sagt nicht die Opposition. Das sagte der Klubobmann der zweiten Koalitionspartei, die eine Anfrage gestellt hat an ein Regierungsmitglied jener Koalition, wo alle damals einstimmig all diese in den Gemeinden, in den Verbänden, zur Genehmigung vorgelegten Devisengeschäfte einstimmig genehmigt haben.

Das war die Reaktion. Herr Landesrat, Sie haben heute mehrere Zitate verwendet, die ich wiederholen möchte. Und ich möchte Sie fragen, ob das wirklich - wenn ich jetzt nur Revue passieren lasse, was früher in diesem Bereich der Finanzen erzählt wurde - ist das wirklich heute so viel anders? Darf die Opposition nicht fragen, wo gibt es Möglichkeiten, sich mit Banken zusammen zu setzen?

Wir haben vier Banken, wo wir diese Swap-Geschäfte eingegangen sind. Hat man sich wirklich mit diesen Banken auseinandergesetzt? Hat man sich wirklich mit einem Ausstiegsszenario beschäftigt oder nicht? Das waren die Fragen der Opposition. Sie haben heute gesagt, die Opposition freut es, wenn das Land Geld verliert. Herr Landesrat, das ist eine ungeheuerliche Unterstellung! Ich glaube nicht, dass irgendjemand von uns Freude hat, dass das Land Burgenland sieben Millionen Euro verliert. *(Abg. Robert Hergovich: Den Eindruck vermitteln Sie!)*

Das können Sie uns nicht allen Ernstes unterstellen, dass wir uns darüber freuen, dass 50 Millionen für Investitionen in unseren Gemeinden, in Kinderbetreuungseinrichtungen, in die Fachhochschulen. Was könnten wir den jungen Damen und Herren, die heute auf der Galerie gestanden sind, mit diesen sieben Millionen alleine vom letzten Jahr unterstützend unter die Arme greifen, wenn wir einen Masterstudiengang hier wirklich wollen? Sie haben gesagt, es gibt die ÖVP und einige andere, die dieses Anliegen unterstützen.

Herr Landesrat, die gesamte Opposition, der unabhängige Abgeordnete Steier, die Liste Burgenland, die GRÜNEN und die ÖVP haben Sie gemeinsam etwas gefragt. Einige andere, Ihre Diktion, danach sagen Sie, miese Opposition. Ich frage Sie, war die Diktion,

die damals der Klubobmann Illedits gegenüber einem Regierungsmitglied seiner Koalition verwendet hat, soviel positiver, soviel weniger betont wie heute? Ich glaube nicht.

Dann haben Sie noch gesagt, das ist letztklassig und sie sollen hier beschädigt werden. Sie sollen überhaupt nicht beschädigt werden. Sie sollen aufgerufen werden und aufgefordert werden, diese Ausstiegsszenarien mit den Banken zu verhandeln. Das ist Ihre Aufgabe. Nicht mehr und nicht weniger. Jetzt sagen wir bitte nicht, das geht nicht. St. Pölten hat es bewiesen. St. Pölten hat verhandelt und hat ein Ausstiegsszenario aus sehr hoch spekulativen Zinsswaps geschafft.

St. Pölten ist nicht eine ÖVP-dominierte Stadtregierung. Auch nicht von den GRÜNEN oder von einer Liste. Das sind Ihre Freunde der Sozialdemokratie, die gesagt haben, wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Damals, und niemand hat das heute hier verschwiegen, war es offensichtlich eine richtige Entscheidung. Ja, Kollege Hergovich, ich wusste ja gar nicht, dass der Bund das sogar empfohlen hatte.

Aber ich bin davon ausgegangen, *(Abg. Manfred Kölly: Wo steht das?)* wenn ein einstimmiger Regierungsbeschluss erfolgt, dann wird man ja hoffentlich davon ausgehen können, dass damals das zuständige Regierungsmitglied alle anderen informiert hat, warum er genau diesen Vorschlag macht.

Linz versucht ebenfalls Verhandlungen einzugehen. Auch keine ÖVP-regierte Stadt. Auch dort versucht man, aus den Zinsswapgeschäften auszusteigen. Die einzige Frage, die für mich überbleibt, warum bitte soll das im Burgenland nicht gelingen, dass man Verhandlungen aufnimmt und dann zu einem Ergebnis kommt?

Es kann ja noch immer herauskommen, dass sie sagen, das ist nicht lukrativ. Wir haben hier keine Chance, außer bis 2033 die volle Zeche zu bezahlen. Aber das nicht zu verhandeln, das - glaube ich - wäre der falsche Weg.

Ich kann Ihnen nur sagen, weniger Wehleidigkeit, mehr Sachlichkeit. *(Heiterkeit bei den ÖVP-Abgeordneten)* Ich erwarte mir weniger Wehleidigkeit, mehr Sachlichkeit. Ich erwarte mir, dass diese Verhandlungen aufgenommen werden und ich glaube, dass es auch im Interesse aller Burgenländerinnen und Burgenländer ist, weil mit sieben Millionen Euro ließe sich sehr viel tun. Auf 2033 gerechnet, nur in die Zukunft schauend, das ist eine wirkliche Chance, wo wir Kapital in viele notwendige Projekte investieren können. Diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Klubobmann! Dieser mit sehr viel Kreide vorgetragene Beitrag ist ein gutes Beispiel, wie man völlig unterschiedliche Beispiele unehrlich diskutieren kann. Wenn Sie mir ernsthaft sagen, dass ein Geschäft, das unter dem damaligen Fixzinssatz abgeschlossen wurde, das heißt billiger ist, als wenn wir damals mit 5,5 abgeschlossen hätten, dass das eine Spekulation ist - wirklich - wenn Sie mir das sagen, dann muss ich sagen, es gibt zwar nur eine Welt, aber wir leben in verschiedenen.

Das können Sie nicht und das wissen Sie auch. Sie wissen auch, dass es Gutachten gibt, dass es monatliche Bewertungen gibt, dass es Gespräche mit den Banken gegeben hat. All das. Sie wissen, dass diese 100 Millionen Ausstieg nicht Verluste sind, sondern wenn wir 5,5 abgeschlossen hätten, wären es mehr als 100

Millionen Euro gewesen. Kein Mensch hätte sich aufgeregt. Niemand regt sich auf. Weder Opposition, noch Rechnungshof, wenn man einen Fixzinssatz abschließt.

Plötzlich sind wir unter dem Fixzinssatz. Wir bekommen noch etwas dazu und dann ist es plötzlich eine Spekulation? Das müssen Sie einem normalen Menschen erst einmal erklären können. Das ist nicht erklärbar. Daher – *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn das der Rechnungshof so sieht!)* der Rechnungshof hat nie Spekulation gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nie?)* Nie. Nie.

Sie können mir vorwerfen, ich habe nicht gewusst, dass es eine Niedrigzinsphase gibt. Dann sind wir auf einer Ebene. Sie können mir nicht vorwerfen, dass ich niemanden informiert hätte. Wir haben alle informiert.

Sowohl die Regierungsmitglieder, die Opposition. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das habe ich Ihnen nicht unterstellt, dass Sie das gemacht haben!)* Bei jeder Rede, bei drei schriftlichen Anfragen. Liegt alles am Tisch. Alles. Man braucht es nur nachlesen. *(Abg. Manfred Kölly: Die Verhandlungen mit den Banken liegen auf dem Tisch? Wo?)* In Ihrer auch. Alles. *(Abg. Manfred Kölly: Wo? Wo liegen die? Die Verhandlungen mit den Banken hätte ich gerne gewusst!)* Das habe ich Ihnen gesagt.

Sie nehmen es nur nicht zur Kenntnis. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt nicht! Das stimmt so nicht!)* Ja, ist egal. *(Abg. Manfred Kölly: Dass der Bundesrechenhof das so empfohlen hat, das schau ich mir an!)* Man kann eh sagen, ist egal. Es geht jetzt um den Beitrag vom Christian Sagartz. Sie können mir das nicht vorwerfen, weil es keine Spekulation ist. Sie können es nicht und Sie wissen es auch. Daher ist das alles nur ein Herumreden, weil Sie genau wissen, warum Sie das inszeniert haben.

Sie können es natürlich nicht zugeben. Das verstehe ich schon. Aber der Robert Hergovich hat es auf den Punkt gebracht. Das ist es. Jedes Mal am Tag der Budgetrede. Jedes Mal, wenn es um das Thema geht. Aufwärmen, damit man jemanden anpatzen kann. Ich habe nicht gesagt, dass Sie sich freuen, wenn das Land 100 Millionen Euro zahlt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was war voriges Jahr bei der Budgetrede bitte?)* sondern ich habe gesagt, Sie freuen sich, wenn Sie es dann wieder kritisieren können, weil wir 100 Millionen mehr gebraucht haben.

Also bitte nicht das alles so verdrehen. Also diese Diskussion ist wirklich grundfalsch. Wenn der Rechnungshof sagt, da werden wir uns nie einigen, es gibt keine Grundgeschäfte, wir aber die 150 Millionen Schulden gehabt haben, für die wir etwas machen müssen, die wir bewirtschaften müssen, na dann ist das die Ansicht, etwas theorisierend, wirtschaftstheoretisch, dass man sagt, es gibt kein Grundgeschäft. Tatsache ist, die 150 Millionen Schulden waren da. Wie man das bewertet, war ein unterschiedler Zugang.

Werden wir nie wegbringen, daher werden sie bei jedem Bericht drinnen stehen. Die Opposition freut sich jedes Jahr, wie Du es richtig gesagt hast. Wird jedes Jahr so sein. *(Abg. Manfred Kölly: Vielleicht finden wir einen gemeinsamen Weg!)* Diese Rede könnte ich nächstes Jahr wieder halten. Wird sich nicht ändern.

Wir können es uns nicht leisten, auf einmal 100 Millionen zu zahlen, die Schulden zu erhöhen und dann keine Absicherung zu haben. Ganz klar. *(Abg. Manfred Kölly: Wir wollen nur diskutieren darüber! – Allgemeine Heiterkeit – Abg. Manfred Kölly: Vielleicht gibt es eine Möglichkeit!)* Dir glaube ich es vielleicht sogar noch, aber den anderen allen nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Geschätzte Abgeordnete! Ich glaube die Materie eignet sich absolut nicht zum freudig erregt sein. Sie hat eine Gewichtigkeit und einen Schwerpunkt, der alle Burgenländerinnen und Burgenländer an der Situation sehr wohl momentan schon zweifeln lässt, auf der anderen Seite es ihr durch diese Diskussion sicher nicht leichter macht, dieses Geschäft in irgendeiner Form zu verstehen.

Herr Landesrat, wenn Sie sagen - und ich habe Ihnen das schon in zwei Diskussionen auch erwidert - wenn Sie sagen, privat schließt man etwas ab. Kein Problem damit, wenn Sie privat mit Ihrem Geld spekulieren. Wenn Sie mit Ihrem Geld Versicherungen abschließen. Wenn Sie mit Ihrem Geld Verträge abschließen, dann ist das Ihre Privatsache. Hier geht es um Gelder, die der Steuerzahler aufbringt und ausschließlich dem Steuerzahler sind wir hier auch verantwortlich im Ausgeben dieses Geldes.

Daher gehe ich nicht davon aus - und das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit, so wie es jetzt durchgeklungen ist - es ist nicht in der Schuldzuweisung der burgenländische und auch nicht der nationale Rechnungshof schuldig, dass wir dieses Geschäft eingegangen sind, sondern die Entscheidung hat die Burgenländische Landesregierung getroffen. Jetzt zu sagen, es ist im Grunde genommen, wenn es rauf gegangen wäre, ein sehr gutes Geschäft. Wenn es jetzt runter geht, ist die Opposition schuld, weil sie mich anzupatzen versucht.

Das ist eine sehr einfache Darstellung von Inhalten, die absolut nicht nachvollziehbar ist. Eines ist in der Diskussion schon auch auffällig gewesen. Sie werden sich jetzt nicht nur durch den Text, der gerade vorgetragen worden ist - auf die Vergangenheit bezogen, was die Gemeinden anlangt - daran erinnern, dass im Aufkommen der gesamten Schweizer Frankenkredite und was immer, die ganzen Gemeinden Österreichs an den Pranger gestellt worden sind. *(Abg. Walter Temmel: Genau!)* Die Referenten auch schuldig gesprochen worden sind, weil es nicht angegangen ist, dass die Gemeinden solche Geschäfte abschließen.

Ich habe das auch nie verstanden, muss ich dazu sagen. Weil wie der Volksmund sagt, es ist so, dass fünf Minuten Rittmeister und 30 Jahre Zahlmeister es heißt und das Kapital, dass in der Ausführung auf diese Geschäftsabschlüsse erzielt worden ist, war bei keinem positiv. Wenn, dann eine kurze Zeitspanne und der Rest ist - im Grunde genommen - eine Katastrophe. Ist ein Wahnsinn, was die Finanzierungsgegebenheiten anlangt.

Herr Landesrat, nehmen wir an, dass diese Diskussion jetzt dazu dient, um das Thema hoch zu kochen. Ist ja von Ihnen und von der Regierungsseite her in allen Medien so verbreitet worden. Nehmen Sie bitte aber auch zur Kenntnis, dass diese Diskussion deswegen geführt wird, weil wir uns um den Bürger und die Bürgerin des Burgenlandes nicht nur Gedanken machen, sondern uns ihnen gegenüber verantwortlich fühlen.

Wenn es darum geht, diese Darstellung ins Positive zu kehren, dann möchte ich doch auf ein paar Fakten kommen, die im Grunde genommen in der bisherigen Diskussion nicht aufgewartet wurden.

Tatsache ist - und da braucht man jetzt zu dem Thema sich nur wirklich informieren und die Grundlagen dieses Swapgeschäftes auflisten und auf den Rechnungshof, auf den Prüfungsbericht 2014, verweisen. Darin heißt es unter anderem, dass schon in der Vergangenheit - und zwar vor dem 14er Bericht im Jahr 2008 der negative Marktwert bei

15,1 Millionen Euro gelegen ist. Zum Ultimo 2013 lag er bei 57,5 Millionen Euro, wobei er unterjährig zwischen 56 Millionen bis zu 83 Millionen schwankte.

Diese Bandbreite in der Darstellung sollte jedem irgendwo vom Gedanken her schon den kalten Schauer über den Rücken laufen lassen, denn das Ganze setzt sich auch 2014 unweigerlich fort. Der negative Marktwert 2014 - wir reden nicht über 15 und 16, das kommt ja noch alles addierend dazu - 2014 lag der Marktwert bei 97 Millionen Euro *(Landesrat Helmut Bieler: Bei einem Fixzinssatz ist es so!)* und schwankte unterjährig zwischen 65 und 97 Millionen Euro. Ich bin Laie. Ich verstehe dieses Geschäft genauso wenig wie Sie und andere hier im Raum mit Sicherheit nicht.

Es haben andere aber, wo schon vorher diskutiert wurde, bei Gerichtsprozessen nachweisen sich lassen über Sachverständige, dass sie nachträglich auch noch nicht gescheiter gewesen sind, aber das Geschäft auch noch nicht verstanden haben.

Aber eines war ihnen gemein. Sie haben alle getrachtet, aus diesen Geschäften auszusteigen. Das wird auch Sie treffen, weil jetzt Sie verantwortlich mit in der Partie sind und daher werden Sie auch danach trachten, irgendwann einmal diese Bewertungen zu kennzeichnen. *(Abg. Walter Temmel: Genau!)* Somit ist - und das noch einmal zur Darstellung - die gesamte Marktentwicklung klar und deutlich nachteilig für das Burgenland.

Genau um diese Marktschwankung geht es ja. Es geht bei der Prüfung und bei der sogenannten permanenten Beobachtung der Marktwerte um einen bestmöglichen Zeitpunkt, aus diesen Geschäften auszusteigen.

Es hat niemand, wahrscheinlich der ein bisschen ein Verständnis für die Materie hat im Auge und im Kopf, dass es heißt, sofort und gleich. Das funktioniert nicht. Wenn Sie sich nur an Ihre Wiener Kollegen, oder an andere Bundesländer messen, dann wird Ihnen klar und deutlich vor Augen geführt, die Wiener haben vor drei Jahren Beschlüsse gefasst, nämlich den Ausstieg aus verschiedensten Geschäften. Sie haben jetzt - 2016 - das letzte Zeitfenster offen, aber den Beschluss gefasst, dass wir nachträglich auch noch zur Aufrollierung quasi neue Kredite aufnehmen können.

In Wirklichkeit hat man sich bei solchen Transaktionen immer beholfen, weil man zu einem gewissen Zeitpunkt - und an den möchte ich erinnern, auf den gewissen Zeitpunkt - wird man sich nicht mehr ausreden können auf irgendetwas, was vielleicht schief gelaufen ist. Sondern zu irgendeinem Zeitpunkt, nämlich 2033 spätestens, wird die ganze Geschichte schlagend werden und zu dem Zeitpunkt wird auch nachgewiesen werden müssen, ob es richtig war oder nicht. Denn dann stehen die Fakten, die Zahlen, eindeutig fest.

Gut. Das ist Ihre Darstellung. Die andere Darstellung weist etwas anderes nach.

weist etwas anderes nach. *(Landesrat Helmut Bieler: Jetzt schon! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auf Seite 61 im Prüfungsbericht zum Rechnungsabschluss 2014, und darauf habe ich schon vorher in der Diskussion verwiesen, sind eindeutig vorzeitige, zeitpunktgerechte Kündigungen definiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute davon zu sprechen, dass wir laufend beobachten, es wäre möglich gewesen, im März 2014 und im Juli 2014 ohne irgendetwas aus diesen Geschäften, wenn, dann zum Teil, auszusteigen.

Das ist in diesen Geschäften definiert und steht auch fest. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist falsch! Einfach falsch!)*

Sie stellen es so dar, andere stellen es anders dar. *(Landesrat Helmut Bieler: Falsch!)* Das ist Ihre Zugangsform. Ich hoffe nur, dass Sie recht behalten. Ich glaube es aber nicht mehr. Denn, Tatsache ist, dass dieses ganze Kapitel mit Sicherheit nicht einfach ist und ich hoffe auch, dass Sie nicht nur die Vorgaben erfüllen, dass Sie das Geschäft verstehen, sondern dass Sie es auch so umsetzen, dass es auch für den Burgenländer kein Schaden ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn Sie jetzt daran aber zweifeln, dass 2014 von 48,6 Millionen Euro die Rede war, aus einer kumulierten Geschäftsgebarung, aus diesen Swap Geschäften, dann frage ich mich, was dann eigentlich noch wertig ist?

Herr Landesrat, es bleibt Ihre Sache. Es wird Ihnen bei dieser Angelegenheit auch niemand zur Seite springen. Sie sollten aber versuchen, sich auch daran zu orientieren, dass es möglicherweise gescheitere Leute gibt, die Ihnen erstens auf der einen Seite das eingeredet haben, aber nachträglich jetzt vielleicht helfen, aus dem Ganzen auszusteigen.

Auf jeden Fall ist es mit Sicherheit, und da bin ich jetzt bei Ihnen, absolut unrealistisch, sofort und gleichzeitig aus diesen Geschäftsgebarungen auszusteigen, weil es sich mit Sicherheit nur über eine Abschlagszahlung gewährleisten lässt. Aber, tatsächlich notwendig ist es, dass Sie einen geordneten Rückzug ansetzen.

Man muss auch irgendwann einmal erkennen, und militärisch ist das ein ganz klares Verhältnis, dass es nicht funktioniert hat, und dann hat man zum Rückzug geblasen. Da wäre es mehr als angebracht, diesen Schritt einmal zu setzen. Zum Abschluss in der Darstellung, ohne dass wir heute wahrscheinlich klären werden, ob es ein gutes Geschäft ist, so, wie es dargestellt wird, oder ob daran mehr als Zweifel gesetzt sind, so, wie es die sogenannte Opposition darstellt, möchte ich auf einem Punkt im Grunde genommen eingehen, der bisher auch zum Teil schon angesprochen, aber noch ein wenig unterbeleuchtet war.

Aus einer schriftlichen Anfragebeantwortung an Sie, Herr Landesrat Bieler, vom Abgeordneten Spitzmüller aus dem Vorjahr, ist ersichtlich, dass ein Swap Partner, wie ja schon mehrmals erwähnt wurde, die Hypo Alpe Adria war.

Es haben schon andere jetzt ausgedrückt, dass es dieses Kapitel aus der Verantwortung einer gewissen Partei her auch mit anderen im Einklang nicht mehr gibt und dass die HETA Abwicklung als Bank jetzt auch ihre Konzession zurückgelegt hat.

Ich gehe jetzt davon aus, dass es wahrscheinlich ein Hirngespinst ist, so, wie es in der Darstellung auch auf andere, was jetzt Ihnen gegenüber vorgetragen wurde, oder dass es wieder ein Versuch ist, der nicht genehm oder eine „Anpatzerei“ oder wie immer auch Sie sie darstellen werden. Auf jeden Fall ist diese HETA Geschichte in 100prozentigem Eigentum des Bundes.

Da sind wir, glaube ich, d‘accord. Tatsache ist, dass diese 100prozentige Eigentumssituation nach dem Bankwesen, nicht mehr nach dem Bankwesengesetz, sondern eine Abwicklungsgesellschaft darstellt und somit Eigentum des Steuerzahlers ist.

Ich glaube, Sie hätten sehr wohl im Zusammenhang mit den Finanzausgleichsverhandlungen jetzt einen Schritt setzen können, der möglicherweise, ich sage nicht, dass es Wirklichkeit ist, aber das ist ja ohnehin nicht der Fall geworden.

Sie brauchen das gar nicht negieren. Sie haben es ja gar nicht versucht. Oder, Sie können es anders darstellen. Auf jeden Fall wäre es zumindest ein Ansatz gewesen, dass Sie dieses Kapitel mit der HETA im Zusammenhang mit allen anderen Geschäften bei den Finanzausgleichsverhandlungen eingebracht hätten und damit vielleicht auch eine Lösung

auf eines, zwei dieser Geschäfte geschlossen hätten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, Sie haben gesagt, das Burgenland wird in Zukunft aus dem Finanzausgleich 5 Millionen Euro mehr bekommen. Ich hoffe, dass diese 5 Millionen Euro nicht ein Bruchteil dessen sind, was wir schlussendlich aus den SWAP Geschäften von Steuerzahlerseite draufzahlen werden müssen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unter dieser Dringlichen Anfrage und auch bereits unter dem Tagesordnungspunkt 5 wurde zu diesem Thema schon einiges an Argumenten und an weniger Sachlichem ausgetauscht.

Einiges ist aber sehr oder mehr verwirrend, denn hier wurden zum Teil Begriffe durcheinander geworfen, ohne dass man sich über den Inhalt klar geworden ist, Ursachen- und Wirkungsbeziehungen umgedreht und dergleichen mehr.

Ich möchte deshalb versuchen, von meiner Seite vielleicht einiges zur Entwirrung dieser ganzen Chuzpe beizutragen. Das möglicherweise, indem wir diese Fragen einfach miteinander durchgehen, die hier in der Dringlichen Anfrage gestellt wurden. Abgesehen natürlich von denjenigen, die ohnehin schon mehrfach schriftlich beantwortet wurden.

Zur Frage 1: Warum wurden von Seiten des Landes überhaupt Zinstauschgeschäfte abgeschlossen?

Ich glaube, das muss man einfach die sieben damals in der Landesregierung vertretenen Damen und Herren fragen, denn die haben diesen Beschluss kollegial gefasst. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Einige noch da! Eigentlich noch alle!)*

Ich möchte aber hier hinzufügen, dass unter der Berücksichtigung des damaligen Zinsniveaus, und das hat der Kollege Bieler heute schon öfters versucht klarzumachen, dass das natürlich eine vollkommen richtige Entscheidung war. Ich möchte deshalb allen sieben damaligen in der Landesregierung vertretenen Damen und Herren Recht geben. Wir hätten Sie wahrscheinlich in der heutigen Situation nicht anders getroffen. Jetzt kann man natürlich ein paar Basispunkte herauf oder herunter verhandeln, das ist schon richtig, aber im Großen und Ganzen war das ein richtiger Schritt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was in Zukunft dann, also sprich 2008, da gekommen ist, Stichwort Finanzkrise, Börsencrash und so weiter, konnte man im Jahr 2003 beziehungsweise 2004 nicht vorhersehen, sonst wären diejenigen Damen und Herren natürlich reich gewesen, wenn sie auf das spekulieren hätten können.

In Punkt 3: Mit welcher Begründung widersprechen Sie dem Burgenländischen Rechnungshof, der darlegt, dass es sich bei den abgeschlossenen Zinstauschgeschäften um Zinsspekulationen handelt? Ich halte auch noch einmal fest, das wurde auch schon öfters beantwortet, der Begriff Spekulation scheint nirgends auf.

Es ist jetzt eine Frage, wie man Spekulation definiert? Aber, es stimmt definitiv nicht, dass es kein Grundgeschäft gibt. Es stimmt nicht. Es gibt Schulden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Land hat Schulden, und zwar wesentlich höher, als das Volumen der Zinstauschgeschäfte. Wesentlich höher! Diese dafür zu bezahlenden Zinsen wurden fixiert.

Bis zu einem gewissen Grad. 210 Millionen Euro Schulden, 150 Millionen Euro wurden fixiert, das ist richtig. Sie müssen nur die Anfragebeantwortungen lesen. Das Einzige, was nicht existiert, das ist richtig, ist eine Laufzeitgleichheit. Das stimmt.

Wir haben nicht 30-jährige Schuldverschreibungen ausständig oder Kredite ausständig, wir haben aber 30-jährige Absicherungsgeschäfte. Über diesen Punkt kann man diskutieren. Es würde aber in einer Barwertberechnung wahrscheinlich nicht viel was anderes herauskommen.

Also noch einmal: Die damalige Entscheidung der sieben Damen und Herren in der Landesregierung war auch von diesem Aspekt her richtig.

Wenn ich jetzt zum Punkt 6 weitersprechen darf, wo es um diese Ausstiegsklausel beziehungsweise um die Möglichkeiten dazu geht. Aus welchen Gründen wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht? Ich glaube, dass hier viel zu viel herumphilosophiert wird. Man kann aus so einem Geschäft „immer“ aussteigen. Und zwar funktioniert das so, technisch gesehen, durch eine Glattstellung. Man geht zu einem Derivatgeschäft einfach die Gegenposition ein, sodass sich die Erträge aus dem einen Geschäft mit dem Aufwand aus dem anderen Geschäft auf null addieren und umgekehrt. Je nachdem, wie sich der Markt entwickelt. Das ist möglich. Es kostet nur etwas. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das hat auch Abgeordneter Steier soeben gesagt. Dr. Rezar hat es bereits bei Punkt 5 hier im Plenum vorgetragen. Es kostet rund 100 oder 102 Millionen Euro. *(Abg. Manfred Kölly: Niemand spricht hier von einem Gleichausstieg! Niemand!)*

Da muss ich Sie fragen, ja, aber auch wenn man das in Zukunft verschieben, dann kostet es vielleicht 90 Millionen Euro, wenn wir noch fünf Jahre warten oder was auch immer. Erstens kann niemand die Zukunft vorhersehen, auch Sie nicht, Herr Abgeordneter, und zum Zweiten, das ist eine Bewertung des Barwertes zum jetzigen Zeitpunkt. *(Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir ohnehin. Das brauchst Du uns doch nicht erklären.)* Wenn ich den jetzigen Zeitpunkt ein Jahr in die Zukunft verlege, ist es eine Bewertung zum Dann. *(Abg. Manfred Kölly: Gibst Du uns jetzt die Antworten, die uns der Landesrat Bieler geben sollte?)*

Entschuldige! Es steht auch mir das Recht zu, mich zu Wort zu melden. Das hoffe ich dann doch. *(Abg. Manfred Kölly: Keine Frage, aber.)* Es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn man dann auch zuhören würde.

Abgesehen von diesen 100 Millionen Euro, die das kostet, und das ist der noch wichtigere Punkt, bedeutet es aber, dass die gesamte Verschuldung wieder variabel wird.

Weil wenn ich den Fixzinsswap durch eine Glattstellung annulliere, wird das Grundgeschäft, nämlich die variable Verschuldung, wieder schlagend. Unter variable Verschuldung, die man jetzt wieder eingeht, ist das nichts anderes, als ein Hinterherhecheln hinter den Märkten. Denn jetzt weiß man natürlich schon, dass im Jahr 2008 eine Finanzkrise gegriffen hat, dass die Europäische Zentralbank eine sogenannte quantitative easy politic fährt, das heißt, die Zinsen auf null senkt, und diesen Maßnahmen hecheln wir sozusagen hinterher.

Wenn wir aber immer dem aktuellen Stand der Zentralbank hinterherhecheln, dann, meine Damen und Herren, ist das nichts anderes als Spekulation. Denn dann spekulieren wir auf die nächsten Schritte der Europäischen Zentralbank.

Viele von Ihnen haben elektronische und internetfähige Geräte vor sich. Ich würde raten, dass Sie auf die Seite der Presse gehen oder zumindest das googeln. Vor vier Stunden kam da ein Eintrag, EZB visiert Wende in der Zinspolitik an. Das heißt, es ist natürlich Ziel und Zweck, die Zinsen wieder zu erhöhen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Um wie viel Prozent?)*

Wie viel es jetzt sein wird, das wird man sehen. Das kann aber im nächsten Quartal wieder erhöht werden. Sie wissen, wie schnell das gehen kann. Es gibt andere Staaten, wo das relativ rasch vor sich geht.

Ich sage nur, wenn wir jetzt auf variable Zinsen umsteigen, realisieren wir sofort einen Verlust von 100 Millionen Euro und setzen uns dem Risiko aus.

Genauso ist das Thema mit dem bestmöglichen Zeitpunkt. Das wird immer auf den Barwert abgezinst zu den Konditionen, die zurzeit am Markt herrschen, beziehungsweise zu den Zukunftserwartungen, die zurzeit am Markt herrschen. Das heißt, es gibt keinen bestmöglichen Zeitpunkt. Nicht einmal dann, wenn das ganze Geschäft gewinnträchtig wäre, wäre es ein optimaler Zeitpunkt, weil der Gewinn ja auch weiter steigen könnte. Diese Diskussion ist also reichlich sinnlos. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn Sie noch mit mir weitergehen wollen, womit wird ein zu erwartender Gesamtverlust gerechtfertigt? Ein zu erwartender Gesamtverlust im Jahr 2033 ist heute aus genau diesen Gründen nicht vorherzusehen. Niemand von Ihnen und auch ich nicht, und auch sonst niemand, kann 16 Jahre in die Zukunft schauen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist doch nur ein Argument.)* Wofür? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Verhandlungen mit den vier Banken!)* Mit wem? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mit den Banken! St. Pölten hat es vorgemacht.)*

Aus Fremdwährungsgeschäften, das ist das Nächste! Aus Fremdwährungsgeschäften, wie es Linz gemacht hat. Was hier Beratungsfehler gegeben hat, zumindest hat der OGH das so festgestellt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In St. Pölten geht es genau um das gleiche Geschäft. Zur Information: Linz ist noch nicht ausgestiegen.)*

Hier geht es nicht um Fremdwährungsgeschäfte. Da sollte man schon Äpfel mit Äpfeln vergleichen und nicht mit Birnen.

Vielleicht noch Punkt 8, wie geht das Land Burgenland mit der Tatsache um, dass das Ergebnis aus den Finanzausgleichsverhandlungen ein Verbot von Zinsspekulationen durch die öffentliche Hand mit sich bringt?

Wir gehen sehr locker damit um, weil mit uns es natürlich keine Zinsspekulationen gegeben hätte. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Was jetzt? Gibt es also doch jetzt Zinsspekulationen? Das ist das Beste! – Abg. Mag. Thomas Steiner. Genau!)* Ganz einfach. Warum? *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt ist es eindeutig klar! Danke schön!)* Nur weil in der Anfrage … Genau. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt. Das hat der Kollege Tschürtz schon vor drei Jahren gesagt.)* Es hätte keine Spekulationen gegeben.

Ich habe nur den Text der Anfrage vorgelesen. Die Anfrage habe ja nicht ich geschrieben. Ich stelle mir ja nicht selber eine Anfrage oder dem Kollegen Bieler. Die

Zinsspekulationen hätte es mit uns nicht gegeben. Daher, wenn man die jetzt verbietet, sehen wir das relativ locker.

Was Sie da jetzt entdeckt zu haben meinen, wird wohl Ihr Geheimnis bleiben.

Punkt 9, können Sie ausschließen, dass im Konzern Burgenland noch weitere Zinstauschgeschäfte abgeschlossen wurden?

Da muss ich Sie ebenfalls wieder an die Zeitleiste erinnern. Wenn hier, nicht dass ich wieder irgendwelche falschen Begriffe da verwende, Zinstauschgeschäfte abgeschlossen wurden, dann kommt das natürlich auch von Vorzeiträumen.

In Vorzeiträumen hat es, meines Wissens nach, in den allermeisten Konzerngesellschaften im Burgenland paritätisch besetzte, rot-schwarz paritätisch besetzte, Geschäftsführungen und Vorstände gegeben. Ich würde deshalb einmal mehr dafür ersuchen, sich in den eigenen Reihen kundig zu machen, ob es hier weitere Zinstauschgeschäfte gegeben hat. Mir ist eines aus der Energie Burgenland bekannt. Das ist, glaube ich, auch medial weithin so bekannt. Da sitzt ja bekanntlich ein Vorstand auch … *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Anfrage ist an Landesrat Helmut Bieler gegangen.)*

Das ist richtig. *(Abg. Manfred Kölly: Er ist wohl der neue Finanzlandesrat.)* Aber sie wurde auch mir zu … Ich kann ja wohl dazu Stellung nehmen. Ich weiß nicht, wo jetzt genau das Problem liegt. Kurz und gut. Man muss den damals in der Landesregierung vertretenen Damen und Herren Recht geben, dass sie dieses Geschäft abgeschlossen haben. Die Entwicklung konnte niemand vorhersehen. Die ganze Debatte über Glattstellung oder Ausstieg ist betriebswirtschaftlich sinnfrei. In diesem Sinne glaube ich, dass wir uns mit dem Herrn Kollegen Bieler, der ja immer noch der Finanzlandesrat ist, und nicht ich, *(Abg. Manfred Kölly: Ist er es also eh noch?)* in guten Händen befinden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor. Die Debatte über die Dringliche Anfrage ist somit beendet. Die Anfrage wird gemäß § 29 der GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an Herrn Landesrat Helmut Bieler zur Beantwortung übermittelt.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 597) betreffend „Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth“ (Zahl 21 - 418) (Beilage 639)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 8. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 597, betreffend „Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth“ Zahl 21 - 418 Beilage 639.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Klubobmann.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth“ in ihrer 14. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 9. November 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth“ unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Molnár beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Herr Kollege oder der Herr Landesrat Bieler einen Kollegen vorgeschickt hat, um die Finanzen in diesem Land zu erklären, und nachdem er in der FPÖ anscheinend früher nicht dabei war, was für Fragen da gestellt wurden und wo das genau hingetroffen hat, was ich eigentlich gesagt habe, sind eigentlich sehr komische Dinge hier vorgefallen, die ich nicht mehr näher kommentieren will. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich verstehe natürlich die Regierungsparteien, dass sie sich ein wenig anders verhalten müssen, wie in einer Opposition, aber was vergibt man sich oder was tut man sich an, wenn man sagt, in Ordnung, man schaut sich das auch noch einmal an, vielleicht gibt es eine Lösung. Wenn nicht, dann war es die Frage wert oder waren es die Fragen wert, dass wir darüber diskutiert haben und auch dementsprechende Klarheiten schaffen wollten.

Jetzt kommen wir aber zu einem Antrag, der auch sehr brisant und wichtig ist. Hier sieht man einmal mehr, dass wir uns immer wieder mit Anträgen dementsprechend auseinandersetzen und auch die anderen gerne miteinbinden. In diesem Fall ist es sogar so weit gekommen, dass die Regierungsparteien gesagt haben, dass sie da mitmachen, weil das sehr interessant ist. Sie sind mit dabei!

Liebe Frau Kollegin Prohaska! Sie haben heute zu mir gesagt, ich habe sie nicht gefragt. Da habe ich auch niemanden gefragt, denn wie es einmal in den Medien gestanden ist, haben sie sich geschwind draufgesetzt. Es war das Gleiche mit der FH, diese ominösen Dinge, die da in die Welt gesetzt wurden.

Die Medien berichten allerdings nur von der SPÖ- und von der FPÖ-Seite, dass dieser Antrag von ihnen aus eingegangen ist. Oder, beim Uhudler im Südburgenland, denn da war ich auch derjenige, der diesen Antrag als Erster eingebracht und verkauft hat

man ihn dann eben ein bisschen anders dargestellt. Sei es wie es sei! Für mich ist entscheidend, dass es umgesetzt wird und dass etwas Vernünftiges herauskommt. Ich glaube, dass sollten alle hier im Landtag so sehen und auch so denken!

Ich glaube, wenn wir über die Errichtung einer Eisenbahnschleife am Bahnhof Ebenfurth diskutieren, dann sollten wir wirklich alle dahinter stehen. Denn, eines ist klar, es müssen noch immerhin weit über 50.000 Leute auspendeln. Vor zehn oder 15 Jahren habe ich einmal den Herrn Landeshauptmann darauf angesprochen, da waren es 30.000 Pendler.

Da hat er gesagt, dass wir eine Pendlerrückholaktion machen. Von 30.000 sind wir auf 58.000 gekommen. Wie das geht? Das ist ein Rechenbeispiel, das mir der Herr Landesrat Bieler immer erzählt oder der Herr Wirtschaftslandesrat mir gerade erzählt hat, wie er das macht. Das ist sehr interessant. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich muss ehrlich sagen, dass mir das ein bisschen zu hoch ist.

Aber jetzt meine Frage: Warum müssen eigentlich so viel Leute auspendeln, wenn wir mit 102.000 oder 104.000 Personen die höchste Beschäftigung im Burgenland haben?

Ich sage Euch schon, warum! Weil es im Burgenland die niedrigsten Löhne gibt, weil es im Burgenland dementsprechend keine Arbeitsplätze gibt, wo wir immer so stolz sind, 104.000 in Beschäftigung zu haben. Weil wir die höchsten Arbeitslosenzahlen haben und doch - das gebe ich zu - vielleicht vom Ausland trotzdem Arbeitskräfte brauchen, weil wir in der letzten Zeit keine Fachkräfte ausgebildet haben, außer in öffentlichen Ausbildungsstätten, sei es bei der ASFiNAG oder sei es die Straßenverwaltung und dergleichen mehr.

Da sollten wir uns Gedanken machen, was wir für die Pendler machen können. Du sitzt als Pendlersprecher da und ich bin in Deutschkreutz als Bahnhofsort auch ständig damit konfrontiert, wo 660 Leute tagtäglich wegfahren, um vier Uhr in der Früh am Bahnhof sein müssen und am Abend um 19.30 Uhr erst heimkommen. Wenn das die Lebensqualität eines Menschen oder der Bevölkerung im Burgenland ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, na dann Grüß Gott!

Da muss ich schon eines dazusagen, da sollten wir uns sehr wohl vom Land her anstrengen. Man hat einiges getan, das muss man auch sagen. Man hat für den öffentlichen Verkehr, für die Schiene, doch einiges getan, aber mehr für den Straßenausbau. Wenn ich mir das anschaue, dass der Pendler auch noch über solche Dinge diskutieren muss, darüber, ob die Schleife kommt, wo ich mir zehn Minuten ersparen kann oder umsteigen muss, von Deutschkreutz nach Sopron fahren muss, dort umsteigen muss, nur zwei Minuten Zeit zum Umsteigen habe, auf ein - was weiß ich - viertes Gleis herüberlaufen muss, wo ich als Schüler, wo ich alles mithaben muss, Computer und dergleichen mehr, dann habe ich oft das Problem, dass ich den gar nicht erreiche.

Dann werden zehn Minuten natürlich zu einem sehr großen Vorteile für die Pendler und auch für die Schüler. Das darf man nicht vergessen, denn die müssen auch auspendeln, die müssen nach Wr. Neustadt fahren, weil es eben diverse Schulbildungen dort gibt und auch die Pendler nach Wien auspendeln müssen. Dadurch wird es gerade noch einmal unterstrichen, denn es kann nur so sein, dass man miteinander eine Lösung findet.

Wir sind auch als Land gefordert, mit der Raab-Oedenburg-Ebenfurter, die uns den Tipp gegeben haben. Bitte bleibt drauf, stellt diesen Antrag, weil auch Niederösterreich hier betroffen ist. Da muss die Kooperation grenzüberschreitend gemacht werden. Da

muss man sagen, wir wollen eigentlich die Grenzen weg, wir wollen gemeinsam eine gute Lösung für unsere Pendler haben, weil wir unsere Pendler trotzdem brauchen, die tagtäglich heimkehren und vielleicht ihr Geld auch im Burgenland ausgeben und die wenigen Stunden, die noch übrig bleiben, bei ihrer Familie sind.

Ich glaube, dass es eine wichtige Situation wäre, um hier wirklich mit einer Einstimmigkeit das Ganze über die Bühne zu bringen und das auch dementsprechend an die diversen Stellen richten, die auch damit gefordert sind.

Daher wäre der Antrag, die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und der Raaberbahn AG dahingehend einzusetzen, den Bau einer Schleife beim Bahnhof Ebenfurth voranzutreiben und sobald als möglich umzusetzen.

Ich glaube, da können wir nur alle dafür sein, denn das wäre ein richtiger Ansatz. In diesem Sinne freue ich mich, wenn das ein einstimmiger Beschluss wird. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Kollege Kölly hat ohnehin jetzt schon vieles gesagt, was notwendig wäre. Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen, weil für uns auch ganz klar ist, dass es natürlich immer Leute gibt, die nicht mit der Bahn fahren können, weil sie Material mithaben, weil ihre Dienstzeiten und Ähnliches nicht dafür tauglich sind.

Aber, wir müssen schauen, dass wir jenen, die sehr wohl umsteigen können, die Möglichkeit geben, öffentlich unterwegs zu sein. Damit entlasten wir die Straßen und machen es für die leichter, die eben mit dem Auto fahren müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ganz wesentlich ist, Du hast es ohnehin auch schon gesagt, die Umsteigezeiten zumindest zu verkürzen, im Idealfall natürlich komplett sich zu ersparen und dafür sind solche Schleifen sehr wichtig und notwendig.

Den öffentlichen Verkehr auszubauen, ist auch deswegen wichtig, weil er einfach für Leute mit geringem Einkommen wesentlich ist. Wenn wir im Burgenland Situationen haben, wo Zweit- und Drittautos unbedingt notwendig sind, dann ist das ein riesiger Kostenfaktor. Mit den Öffis kann ich, wenn ich pendle, relativ günstig unterwegs sein. Die Einfachfahrten sind leider noch sehr teuer, aber die Monats- und Wochentickets sind wirklich günstig. Ein Beispiel: Ich fahre Eisenstadt-Oberwart um 40 Euro in der Woche. Da reicht schon, zwei-, dreimal fahren und ich erspare mir viel Geld. Abgesehen von dem Stress, dem ich als Autofahrer ausgesetzt bin. Das habe ich heute schon gesagt, gerade bei solchen Bedingungen, wie sie jetzt sind.

Warum das noch wichtig ist, hier nicht nur natürlich diese Schleife auszubauen, sondern weit darüber hinaus in den öffentlichen Verkehr, in die Bahn, zu investieren, ich habe das heute schon gesagt, ist der Klimavertrag, den wir mitunterzeichnet haben.

Wenn wir weiter beides gleichzeitig ausbauen, also den öffentlichen Verkehr und die Straße, wird wahrscheinlich immer die Straße gewinnen, solange die Spritkosten noch nicht dermaßen hoch sind, dass sich da ein finanziell wesentlicher Unterschied bemerkbar macht, weil wenn ich die Straße bis vor die Türe habe und ich muss sowieso zum nächsten Bahn- oder Buskontenpunkt fahren und ich habe eine hochrangige Straße vor

der Türe liegen, dann werde ich natürlich gleich mit dem Auto fahren. Also ich nicht, sondern viele Menschen.

Deswegen müssen wir wirklich aufhören, hochrangige Straßen weiter zu bauen und gleichzeitig die Bahn sehr stiefmütterlich zu behandeln.

Es war vor kurzem der Infrastrukturminister Leichtfried im Burgenland und hat Investitionen für die Straße von 530 Millionen Euro angekündigt und gleichzeitig für die Bahn von 150.000 Millionen. Man sieht hier den Unterschied, und es ist eine völlig falsche Ungleichbehandlung dieser beiden Verkehrsmittel. Das gehört genau umgedreht und zwar, wie gesagt, um noch einmal auf das Pariser Abkommen hinweisend, aber vor allem auch um die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen.

Wir haben viele Gemeinden, die wirklich nahe an den hochrangigen Straßen liegen, die sehr stark leiden. Ich möchte nur Wulkaprodersdorf hervorheben, die auf der einen Seite durch den starken Verkehr der B50, aber auch daneben von der A3 belastet wird. Das sind Einschränkungen der Lebensqualität für die Menschen, die dort leben, und hier müssen wir ganz stark die Straße entlasten und damit die Menschen entlasten.

Der Ausbau der A3 geht genau in die verkehrte Richtung. Deshalb wird ein Umschichten der Gelder vom Straßenbau in die Bahn dringendst notwendig sein, auch weil die Erhaltung der Straßen, ich sehe das schon in meiner Gemeinde daheim, viel Geld in den nächsten Jahrzehnten notwendig machen wird. Geld, das die Gemeinden teilweise gar nicht haben. Das wird uns sicher noch vor ziemlich unlösbare Probleme stellen, denn wenn wir jetzt neue Straßen bauen, verstärken wir diese Tendenz ganz stark und das kann nicht eine nachhaltige Entwicklung im Burgenland sein, sondern ist sehr kurzfristig.

Deswegen ja zu diesem Antrag. Vielen Dank für den Antrag und wir werden dem natürlich zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN, der LBL und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Klubobmann Géza Molnár ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Kamerad Präsident. Meine Damen und Herren! Ich stimme meinen Vorrednern zu, vor allem dem Kollegen Kölly, auch dem Kollegen Spitzmüller, solange es nicht um die A3 geht, denn diese Sache ist ein bisschen schwieriger.

Ich stimme jetzt, und das ist eine Spekulation, und ich glaube, die gewinne ich, auch schon meinem Nachredner zu, der sicherlich auch auf die Bedeutung dieser Schleife für unsere gemeinsame Heimatstadt Eisenstadt eingehen wird. Es ist ja ein Projekt, das ja seit Jahren herbeigesehnt wird.

Daher ja zum Ausbau der Bahn, ja zu kürzeren Fahrzeiten nach Wien und zurück ins Burgenland, daher auch ja zum Ausbau der Eisenbahnschleife Ebenfurth, ja zu einem raschen Planungsbeginn und ja zu diesem Antrag. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner. Herr Bürgermeister Mag. Thomas Steiner, schauen wir einmal, ob der Vorredner Recht hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ich gehe davon aus Géza, dass du mir zustimmst, weil natürlich unterstütze ich und unterstützt der ÖVP-Klub diesen Antrag, *(Abg. Géza Molnár: Sag jetzt nichts Falsches.)* das ist überhaupt keine Frage, weil das völlig außer Streit steht. Eine Sache, die seit Jahren, eigentlich seit Jahrzehnten ein Thema ist, so wie auch die Schleife jetzt in Wulkaprodersdorf seit vielen Jahren genauso ein Thema ist. Keine Frage! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte auch noch ganz kurz auf die Sache eingehen, die der Kollege Spitzmüller angesprochen hat, dass der Herr Minister da war und groß verkündet hat, dass im Burgenland eine Milliarde Euro investiert wird.

Wenn man sich das dann genauer ansieht, sieht man, dass das gar nicht so viel ist, weil der Großteil geht natürlich im Bereich der S7 auf, aber für die Bahn bleibt relativ wenig über. Wenn man sich diesen Rahmenplan des Infrastrukturministers oder Ministeriums anschaut und vergleicht die Bundesländer, wie viele Mittel in welchen Bundesländern für den Bahnausbau eingesetzt werden, dann sind es in Kärnten 1,1 Milliarden Euro, in Niederösterreich 1,2 Milliarden Euro, in Oberösterreich 750 Millionen Euro, in Tirol 2,7 Milliarden Euro und so fort.

Dann kommt das Burgenland mit eigentlich 20 Millionen Euro muss man sagen, weil bei diesen 150 Millionen Euro ist ja die Schleife Ebenfurth auch irgendwie berücksichtigt worden und das ist schon sehr wenig. Eigentlich eine stiefmütterliche Behandlung des Burgenlandes. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Natürlich stimmen wir diesem Antrag zu, natürlich wollen wir, dass das rasch passiert, die Hoffnung hält sich allerdings in Grenzen. Ich habe so einen Fundus an ehemaligen SPÖ-Parteizeitungen der Stadt. Da greift man wahllos hinein und ich habe heute wahllos hineingegriffen und habe eine Zeitung aus dem Jahr 2002 gefunden, denn immer vor Wahlen gibt es eine Zeitung mit einem Titelfoto.

Da sind der jeweilige Landesparteivorsitzende der SPÖ und der jeweilige Spitzenkandidat der SPÖ in der Stadt darauf zu sehen. Damals waren es gerade der jetzige Landeshauptmann und der Herr Krischka. Da steht darauf: „Endlich mit dem Zug in 40 Minuten in Wien! Die SPÖ hat es geschafft!“ Das war 2002 - also ist ohnehin noch nicht so lange her, lediglich 14 Jahre!

Wahrscheinlich nächstes Jahr, nach der Gemeinderatswahl, wird dann der Hans Peter Doskozil mit irgendeinem Spitzenkandidaten oder zukünftigen der SPÖ stehen und das wieder machen.

Meine Damen und Herren! Dem Antrag selber stimmen wir natürlich zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Abgeordneter Wolfgang Sodl Sie sind als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion geht bei diesem Tagesordnungspunkt um die Schleife Ebenfurth. Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren und den Jahrzehnten eigentlich von einer sehr schlechten Ausgangslage sehr gut entwickelt und in vielen Bereichen vom Armenhaus zu einem gleichberechtigen Bundesland gegenüber den anderen Bundesländern entwickelt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In vielen Bereichen sind wir Vorreiter geworden. Ich möchte hier nur die Bildung, aber auch die erneuerbare Energie nennen. Wir haben gehört, wir sind aber trotzdem ein

Land der Pendler. Die Statistik 2013 sagt, dass insgesamt im Burgenland von den 133 erwerbstätigen Burgenländerinnen und Burgenländer 97.000 Menschen pendeln. 48.000 innerhalb des Burgenlandes, zirka 26.000 Menschen nach Wien, 16.000 nach Niederösterreich, 6.500 in die Steiermark und zirka 500 in die restlichen Bundesländer Österreichs.

Natürlich ist das größte Ziel, und das muss es auch sein, dass wir hier die bestehenden Arbeitsplätze erhalten. Aber natürlich neue Arbeitsplätze schaffen, um die Menschen hier nicht in die Städte, wie nach Wien oder auch teilweise nach Graz, auspendeln zu lassen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In der Geschichte des Burgenlandes haben wir es erstmalig geschafft, im Jahresschnitt 100.000 Beschäftigte im Land zu haben. An Hand dieser Zahlen kann man eindeutig feststellen, dass am Arbeitsmarkt die richtigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen wurden. Wir wissen, und ich habe es auch eingangs erwähnt, dass wir ein Pendlerland sind.

Ich möchte aber auf den Antrag der Tagesordnung zurückkommen, auf die Schleife Ebenfurth. Alle meine Vorgänger haben bekräftigt, dass dieser Antrag in dieser Form auch seine Zustimmung finden wird. Erfreulich ist, dass der ursprüngliche Antrag, der vom Kollegen Kölly und vom Kollegen Hutter und in weiterer Folge dann der Abänderungsantrag mit dem Kollegen Kölly im Einvernehmen hier auch abgeändert wurde.

Für die Pendlerinnen und für die Pendler bedeutet jede Verringerung der Fahrzeit vom Burgenland nach Wien eine Erhöhung der Lebensqualität. Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch die Errichtung dieser Eisenbahnschleife, wie beim Bahnhof Ebenfurth, kann neben anderen infrastrukturellen Maßnahmen hier zu wesentlichen Verbesserungen im Lebensalltag der nach Wien pendelnden Burgenländerinnen und Burgenländer führen.

Rund eine Milliarde Euro investiert das Infrastrukturministerium bis zum Jahr 2022 in unserem Land Burgenland.

Neben dem Ausbau strategisch wichtiger Netze, wie Straße, Schiene und Breitband wird auch Forschung und Entwicklung gezielt gefördert. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist natürlich das Rückgrat unserer Wirtschaft. Insgesamt fließen rund 150 Millionen Euro direkt in das burgenländische Schienennetz.

Zusätzlich profitieren die Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer auch von Projekten in den benachbarten Bundesländern, wie etwa dem Ausbau der Pottendorfer Linie, die auch die Qualität des Regionalverkehrs im Burgenland weiter verbessern wird. Damit sind auch zwei Neubauprojekte eng verbunden. Die Schleife Ebenfurth in Niederösterreich und die Schleife Müllendorf - Eisenstadt im Burgenland.

Mit dem Ausbau der Pottendorfer Linie und der Bau der beiden Schleifen würde sich die Fahrzeit zwischen Eisenstadt und Wien von einer Stunde auf nur noch 45 Minuten verringern und damit erstmals eine direkte Zugverbindung zwischen den beiden Städten Eisenstadt und Wien stattfinden. Davon profitieren vor allem die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler. Das ist ein sehr wichtiges und ein sehr sinnvolles Projekt.

In keinem anderen Bundesland gibt es so ein umfassendes Förderangebot wie im Burgenland, um die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu unterstützen.

Die Bundesregierung ist bei der Einführung des Pendlereuros 2013 auf halbem Weg stehen geblieben. Der Pendlereuro wurde auf die Pendlerpauschale darauf gesetzt. Das komplizierte System von der großen und der kleinen Pauschale blieb damit bestehen. Ebenfalls bestehen blieb damit die große Ungerechtigkeit, die in der derzeitigen Pendlerpauschale steckt. Sie ist ein Steuerfreibetrag und reduziert die Steuerbemessungsgrundlage.

Vom derzeit gültigen Modell der Pendlerpauschale profitieren jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am meisten, die das höchste Einkommen haben. Je mehr man verdient, desto mehr bekommt man gefördert. Eine faire Entlastung sieht anders aus. Wir fordern daher die Umstellung auf eine kilometerbezogene Abrechnung, bei der jeder gefahrene Kilometer gleich viel wert sein muss. Von dieser Umstellung würde vor allem die Mehrzahl unserer burgenländischen Pendlerinnen und Pendler profitieren.

Burgenländische Pendlerinnen und Pendler, vor allem aus dem Südburgenland, legen oft vielfach überdurchschnittliche Wegstrecken zum Arbeitsplatz zurück. *(Abg. Manfred Kölly: Dann müssten sie das Doppelte bekommen.)* Warum nicht? Sie gehören in der Regel auch nicht zu den Spitzenverdienern. Für eine große Mehrheit von ihnen würde eine kilometergenaue Abrechnung zur finanziellen Verbesserung führen. Eine Gesamtumstellung des Systems ist deshalb auch nötig.

Geschätzte Damen und Herren! Wir werden auch in Zukunft für die Menschen in unserem Land mit aller Kraft arbeiten und wir werden uns auch mit aller Kraft weiterhin für unsere Pendlerinnen und Pendler einsetzen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile dem Abgeordneten Gerhard Steier als nächsten Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir steigen von der Finanzwelt zurück auf die normalen Gegebenheiten der realen Welt im Zusammenhang mit Schiene, Straße und anderen Gegebenheiten und behandeln in der Diskussion einen Antrag, wo ich jetzt zuerst auf den Abgeordneten Sodl eingehen darf.

Wenn Sie geschichtliche Inhalte für den Aufstieg des Burgenlandes anführen, gebe ich Ihnen Recht. Tatsache ist, da müssen Sie aber gleichzeitig sagen, dass die Raab-Oedenburg-Ebenfurter, jetzt GySEV genannt, schon zu Zeiten gefahren ist, als das Burgenland als solches noch keinen Bestand hatte. Dass es aber im Laufe der letzten Jahrzehnte verabsäumt worden ist, das Thema wirklich auch real werden zu lassen, das wird heute diskutiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es hat niemand eine Möglichkeit und Einschränkung gehabt, sagen wir es einmal positiv, eine Einschränkung gehabt, gescheiter zu werden und die Chance zu nutzen, die Schleife Ebenfurth zweispurig zu setzen.

Es hat niemand eine Einschränkung gehabt, die Chance zu nutzen, die Schleife Eisenstadt zu setzen. Was korrekt ist und der Thomas Steiner könnte wahrscheinlich noch ein paar Zeitungen aus älteren Jahrgängen hervorkramen, denn es gibt eine Diskussion über diese beiden Abschnitte, die rührt langjährig her und wird sich auch im Grunde genommen nicht so einfach lösen lassen.

Denn hier kommen wieder, und es ist heute auch im Bericht der Landesumweltanwaltschaft Gegebenheit gewesen, Sorgen, Nöte und Ängste von

Bevölkerungsteilen ins Gespräch, die es leider, Gott sei Dank, je nach Betrachtungsweise, nicht aus dem Weg zu räumen gilt.

Im einfachsten Sinne, um zu einem Resultat zu kommen, das vor Jahren möglich gewesen wäre. Bei der Schleife Eisenstadt ist im Grunde genommen nur eines verabsäumt worden - und das ist in der Antragstellung des Abgeordneten, oder der Abgeordneten der Liste Burgenland heute verankert. Im Vorfeld, und jeder von Ihnen kennt die Materie, wäre es notwendig gewesen, die Schleife Ebenfurth zu machen. Bevor man überhaupt zum Diskussionskapitel kommt. Es hat sich inzwischen aber eingestellt, dass Eisenstadt als solches eine fixe Größe ist, das andere als solches und dafür der Antrag auch gerechtfertigt in die weite Ferne gerückt ist.

Zumindest gibt es jetzt Überlegungen strategischer Art, dass auch schneller als veranschlagt umzusetzen. Ich fürchte nur, und das ist in Wirklichkeit das Resultat, dass man mit in diese Diskussion einbringen muss, dass sich die Bürgermeister sowohl der Bürgermeister von Ebenfurth, als auch die anderen niederösterreichischen Bürgermeister über langjährige Verhandlungen nicht einigen konnten und dass das Resultat, das aufgeschobene Kapitel Schleife Ebenfurth ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird niemand in diesem Raum und schon gar kein Burgenländer oder keine Burgenländerin abstreiten, dass diese öffentliche Verkehrseinrichtung in einem kurzen Intervall von Eisenstadt, von der Landeshauptstadt nach Wien für die gesamte Region von absolutem Vorteile wäre. Das wird niemand bestreiten.

Es wird sich auch niemand dagegen verwehren. 40 Minuten, wie es damals 2002 angeklungen ist, mag jetzt schon vielleicht auch schon durch den Einsatz von anderen Garnituren und Zugpartnerschaften unterschritten werden können. Tatsache ist, es wird nicht darauf ankommen, ob es jetzt 35, 40 oder 50 Minuten sind. Tatsache ist, dass jetzt die Fahrzeit für jeden Pendler bei diesem unregelmäßigen Einsatz von Zügen und Zugfahrten nicht gewährleistet, dass man nicht nur rechtzeitig nach Wien, sondern auch rechtzeitig von Wien wieder zurückpendeln kann.

Ich möchte auch eines nicht verabsäumen, in diese Diskussion einzuwerfen, was für alle an der Zugstrecke gelegenen bis Deutschkreutz und hinunter nach Neckenmarkt möglich wäre, könnte diese Gesamtinvestition in einer Beschleunigung des Zubringers nach Wien nicht nur für die einzelnen Pendlerinnen und Pendler einen Vorteil bringen, sondern insbesondere auch für die touristische Nutzung.

Abgeordneter Kölly wird mit Sicherheit betonen können, wie viele es jetzt im Zusammenhang mit Martini geschafft haben, nach Deutschkreutz zu kommen, auch vom Wiener Raum, mit Zügen, die sie quasi dort hinbringen. Die Gewährleistung müsste aber auch sein, dass sie auch zurückgebracht werden und nicht dann warten müssen und es am Tag fast nicht mehr möglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesem Antrag ist vollinhaltlich zuzustimmen. Nicht mit dem aufschiebenden Gedanken, dass es nicht möglich sein sollte, dieses Projekt auch zu verwirklichen, sondern alles daran zu setzen, keine Pressekonferenzen mit Summen, wie einer Milliarde Euro Infrastrukturleistung des Bundes ins Burgenland zu bringen, sondern darauf zu verweisen, dass es notwendig wäre, mit dem kleinen Schritt der Schleife Ebenfurth eine Lösung für die Burgenländerinnen und Burgenländer, speziell dort zu setzen, wo wir absolute Einsparungen beim CO_2-Verbrauch, bei Stickoxiden und anderes möglich machen könnten.

Weil das wäre eine Politik, die zukunftsreichend ist. Daher ist alles daran zu setzen, dieses Teilstück, im Grunde genommen die beidseitige Lösung, auf die Schiene bei der Schleife Ebenfurth zu realisieren. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth ist somit in der vom Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 608) betreffend die Ausrichtung einer Neusiedlersee-Konferenz zur Erarbeitung eines Neusiedlersee-Entwicklungskonzepts 2025 (Zahl 21 - 429) (Beilage 640)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren, wir kommen zum 9. Punkt der Tagesordnung. Berichterstatterin zum 9. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 608, betreffend die Ausrichtung einer Neusiedlersee-Konferenz zur Erarbeitung eines Neusiedlersee-Entwicklungskonzeptes 2025, Zahl 21 - 429, Beilage 640, ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausrichtung einer Neusiedlersee-Konferenz zur Erarbeitung eines Neusiedlersee-Entwicklungskonzeptes 2025, in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 9. November 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Danach erfolgte eine Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausrichtung einer Neusiedlersee-Konferenz zur Erarbeitung eines Neusiedlersee-Entwicklungskonzeptes 2025, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen ihre verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um ihren Beitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wir haben hier seitens der GRÜNEN einen Antrag eingebracht, der die Entwicklung des Neusiedler Sees und der Region um den See herum zum Inhalt hat, um diese nicht länger einem unkoordinierten Wildwuchs an Immobilien zu überlassen, sondern sich mit allen Beteiligten in der Region, mit allen Stakeholdern zusammenzusetzen und ein Entwicklungskonzept zu erarbeiten.

Ich muss gestehen, als ich den Abänderungsantrag bekam, musste ich dreimal lesen, bis ich erkennen konnte, dass es sich um einen Abänderungsantrag zu dem von mir vorher formulierten Antrag handelt, weil außer der Aktenziffer keine Gemeinsamkeit zu erkennen war. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Nicht einmal die Überschrift.

Jetzt wurde zwar erläutert, es soll bitte dem Antrag unter Einbeziehung der Änderungen zugestimmt werden. Da gibt es überhaupt keine Einbeziehung von Änderungen, sondern das ist ein ganz anderer Text geworden. Ich muss schon darauf hinweisen, dass gerade seitens der SPÖ mehrmals erwähnt wurde, dass gerade von der Opposition Texte kommen, die sie schon immer wieder einmal eingebracht haben. Das, was Sie hier als Abänderungsantrag vorlegen, lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, die nachhaltige, ökonomische, sozial gerechte und ökologische Entwicklung des Burgenlandes weiterhin am Landesentwicklungsprogramm 2011 auszurichten und bestmöglich voranzutreiben.

So, das ist erstens gar nichts Neues und zweitens kommt der Neusiedler See nicht einmal mehr vor. Das heißt, wenn Ihnen nichts Neues einfällt, dann bringen Sie auch als Abänderungsantrag alte Hüte zur Abstimmung herein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie könnten ja auch durchaus den Antrag inhaltlich diskutieren und dazu inhaltlich Stellung nehmen.

Worum geht es aber? Der Neusiedler See und die Region um den See herum stellen nicht nur ein besonderes Juwel burgenländischer Landschaft dar, Sie sind auch wesentlicher Teil des burgenländischen Tourismus und damit ein nicht mehr wegzudenkender Wirtschaftsfaktor.

Gerade die wirtschaftliche und die touristische Entwicklung ist es aber, die zur Gefahr für das UNESCO Welterbegebiet werden kann und eine besondere Herausforderung darstellt.

Die Erhaltung der typischen pannonischen Kulturlandschaft stellt angesichts zunehmender Bauprojekte von Weiden, Neusiedl, Breitenbrunn, Oggau, überall können wir das sehen, ein Problem dar und droht, verbaut zu werden.

Öffentliche Zugänge zum Neusiedler See werden rar und in Entscheidungen überwiegen die einzelnen Gemeindeinteressen. Was fehlt, ist ein Gesamtblick auf die Region um den Neusiedler See und eine Kooperation der Gemeinden untereinander, um das gemeinsame Erbe gut zu gestalten und nicht, um einen Konkurrenzkampf um die besten Touristen- und Wohnprojekte zu verfallen.

Der Landesentwicklungsplan 2011 - da stimme ich Ihnen vollkommen zu - gibt eine grundlegende Orientierung, eine Grundlage, eine rechtliche Grundlage dafür ab, auf Grund welcher Überlegungen und Bestimmungen in den Regionen im Burgenland bauliche und landschaftsgestalterische Maßnahmen zu setzen sind.

Für das Gebiet um den Neusiedler See, das in zwei politische Bezirke hineinreicht, braucht es aber darauf aufbauend ein eigens für diese Region erarbeitetes Entwicklungskonzept, denn wir sehen ja bereits anhand dessen, was jetzt rund um den See geschieht, dass der Landesentwicklungsplan 2011 offensichtlich nicht ausreicht, um hier ein gestaltendes Wachstum und eine konzipierte Entwicklung voranzutreiben.

Wenn wir nämlich kein gemeinsames Regelwerk, kein gemeinsames Konzept haben, wenn wir uns auf dem ausruhen, was im Landesentwicklungsplan niedergeschrieben ist, dann ist das zu wenig.

Wir sehen, was passiert, nämlich, Jahr für Jahr mehr muntere Bautätigkeit rund um den See und diese Bautätigkeit dient nicht dem Wohle der anwohnenden Bevölkerung, sondern kniet vor einem Mandat des Tourismuswachstums nieder. Lukrative Geschäfte für reiche Zweitwohnsitzer verdrängen zunehmend die Bürger und Bürgerinnen, die am See ihren Lebensmittelpunkt haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie verdrängen sie vom Seeufer und es gibt kaum eigene Zugänge mehr für die Menschen, die hier wohnen. Es muss ganz klar gesagt werden, der Neusiedler See darf nicht der Wörthersee des Burgenlandes werden.

Ich möchte ein, zwei Beispiele nennen. In Oggau werden die Neusiedler See Villen angepriesen und zwar unter der Beschreibung „Exklusiver Lifestyle im Naturparadies, ein neues Lebensgefühl“ mitten in der Natur- und Genussregion Pannonia und umgeben vom Naturschutzgebiet Neusiedler See überzeugen die Neusiedler See Villen Oggau mit idyllischem Flair und Freiraum. Der Villenpark begegnet den Ansprüchen modernen Lifestyles mit Exklusivität und Komfort.

Oder, wir können lesen: Hinein ins Wasser, Eigentum Wasser, eigener Steg! Sie suchen ihr privates Seehaus vor den Toren Wiens am Neusiedler See? Ganzjährig nutzbar, direkt am See, jedem sein Hafen, jedem seine Art von Haus!

Alle am See, und zwar am freien See, aber nicht mehr für die Bewohner und Bewohnerinnen vor Ort.

Frei für wen?

Wir wollen nicht eine Nobelgesellschaft anziehen und diversen Bauherren fette Geschäfte verschaffen. Wir wollen unser Naturjuwel Neusiedler See nicht wirtschaftlichen Interessen unterwerfen. Wir wollen eine gut überlegte und in der Region abgestimmte Gestaltung der weiteren Entwicklung, die auch eine erkennbare Tourismusstrategie enthält.

Der Hut brennt wirklich. Daher braucht es keine allgemeinen oberflächlichen Bekenntnisse, sondern konkrete Handlungen.

Da uns Ihr Abänderungsantrag für die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache viel zu unverbindlich ist, bringen wir unseren ursprünglichen Antrag nochmals als Abänderungsantrag ein. Er ist Ihnen bekannt. Damit die Region um den Neusiedler See weiter ein Juwel des Burgenlandes bleiben kann, braucht es nämlich mehr. Es braucht eine problem- und planungsorientierte Bestandsanalyse unter Einbeziehung des Landesentwicklungsplanes 2011.

Es braucht die Formulierung von klaren Entwicklungszielen bis 2025. Es braucht die Ausarbeitung eines strategischen Entwicklungskonzepts und es braucht die Erarbeitung von Maßnahmen zur Erreichung der Entwicklungsziele, weil das Papier alleine wird uns nicht weiterhelfen, und schließlich braucht es die Vorlage von Vorschlägen für gesetzliche Grundlagen zur Erreichung der Entwicklungsziele.

Da braucht es ein Leitbild, das Grundlage für die weiteren Arbeiten am Neusiedler See-Entwicklungsplan 2030 ist, die ich ihnen gerne nennen möchte.

Das muss die Themen Umwelt- und Naturschutz beinhalten und deswegen bin ich froh, dass die Frau Landesrätin bei der Debatte dabei ist. Tourismus, Zweitwohnsitze, es muss die Frage der Mobilität und der Baulandentwicklung enthalten, es muss den Nationalpark Neusiedler See und die Fragen des Artenschutzes beinhalten sowie die gesellschaftliche Bedeutung der Gestaltung des öffentlichen Raumes und für die Öffentlichkeit verfügbare Seezugänge.

Für die Erarbeitung so eines Entwicklungskonzeptes können ja bestehende Analysen und erarbeitet Konzepte einbezogen werden. Wir müssen nicht alles neu erfinden. Klar ist aber, dass laufende Planungen das Ergebnis der Neusiedlersee-Konferenz, die so ein Entwicklungskonzept erstellen soll, abwarten müssen. Zur Mitwirkung zur Erstellung so eines Entwicklungskonzeptes sollte seitens der Landesregierung, aber auch die zuständigen Fachabteilungen eingeladen werden. Darüber hinaus die Gemeinden mit Seezugang zum Neusiedler See, Gemeinden im Umland des Neusiedler Sees, der Nationalpark Neusiedler See, die NGOs, wie der Verein Welterbe Neusiedler See, Birdlife, Naturschutzbund und andere, aber auch die Tourismusverbände. Es sollte im Sinne der Teilhabe und der Mitgestaltung interessierter Bürgerinnen und Bürgern möglich sein, gemeinsam mit Fachexpertinnen und auch den GrundstückseigentümerInnen an diesem Konzept mitzuarbeiten.

Daher bitte ich Sie, nehmen Sie dieses Thema ernst und nehmen Sie bitte unseren Abänderungsantrag dazu an, den ich jetzt übergeben werde.

Die Beschlussformel ist: Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung beauftragt im Sinne der Antragsbegründung die zuständige Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf, eine groß angelegte und mehrstufige Neusiedersee-Konferenz zur Erarbeitung eines Neusiedlersee-Entwicklungskonzeptes 2025 auszurichten. Das Neusiedlersee-Entwicklungskonzept 2025 ist bis Ende 2017 dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Danke. *(Beifall bei den Grünen – Die Abgeordnete überreicht der Präsidentin den Abänderungsantrag.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Einige wenige Zuschauer auf den Rängen! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben eindrucksvoll gehört, was es braucht, was sein muss, was sein soll, als hätte hier die Kollegin Petrik die einzige Wahrheit, die es auf diesem Globus gibt, gepachtet. Diese Apodiktik und diese Dominanz der Forderungen, der ursprünglich, also der eigentlichen Wahrheit, geht mir etwas zu weit.

Es ist in einer Demokratie, Gott sei Dank, möglich, dass unterschiedliche Stellungnahmen oder Meinungen diskutiert werden können und, Gott sei Dank, der Schweif nicht mit dem Hund, sondern der Hund mit dem Schweif wedelt und sozusagen Mehrheiten hier entscheiden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

All das, was wir aufgezählt haben, ist richtig und ist die Grundlage des Landesentwicklungsprogrammes 2011. Dort ist das alles im Prinzip abgebildet und festgeschrieben worden und daran hält sich diese Landesregierung bei der Umsetzung - allen voran die zuständige Landesrätin Mag.a Eisenkopf.

Sie verlangen im Prinzip eine Rücksichtnahme bei Bauten, bei den Uferzugängen und so weiter. Sie haben das wunderbar und schön dargestellt. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass genau das auch alles aufgelistet ist, wie beispielsweise Aufenthalts- und Ausflugsstandorte.

Das touristische Gesamtkonzept, was hier zu erbringen ist, ist enthalten. Die Eignungszonen müssen ausgewiesen werden. Nach dem Motto: Schützen durch nützen, wird im Prinzip auch umgesetzt. Die Perle des Neusiedler Sees mehr oder weniger mit sehr einer Obacht bebaut beziehungsweise geplant.

Wir decken uns also hier in den Forderungen. Es geht in Wirklichkeit nur um den Modus und der Modus ist auf einer Grundlage eines Programmes, das beschlossen wurde, der Landesregierung etwas in die Hand zu geben, nämlich, die Rahmenbedingungen und das die das auch einhalten und dementsprechend umsetzen. Der andere Modus, den Sie vorschlagen, ist, wieder einmal eine Arbeitsgruppe, oder diesmal heißt es Konferenz zu etablieren, damit wieder sehr viele, sehr lange über irgendetwas nachdenken können, was eigentlich auch schon beschlossen ist.

Wir brauchen das nicht ständig, es sei denn, es ist notwendig und die Mehrheit erachtet es auch als notwendig. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Sieht man ja!)* Ja, aus Ihrer beider Sichtweise mag das notwendig sein, aber ich denke, die Mehrheit hat diese Abänderung dazumal schon im Ausschuss gemacht und auch richtigerweise so gemacht, dass eben Dinge erst dann neu bearbeitet werden, wenn die Mehrheiten meinen, dass es notwendig ist.

Aus unserer Sicht ist es noch nicht notwendig, weil nämlich das im 11er Jahr festgelegte Programm die Grundlagen nach wie vor richtig zum Ausdruck bringt und die Landesregierung auch dahingehend richtig dabei ist, das umzusetzen.

Daher haben wir uns auch dazu entschlossen, und das möchte ich Ihnen noch einmal vorlesen, damit hier auch wirklich klar ist, wo wir hin wollen, nämlich: Auf der Grundlage des Landesentwicklungsprogrammes 2011 wird die Landesregierung aufgefordert, die nachhaltige, ökonomische, sozial gerechte und ökologische Entwicklung des Burgenlandes, und da gehört der Neusiedler See und das rundherum dazu, auch wenn es sich über zwei Bezirke ausdehnt, sind das trotzdem Bezirke des Landes Burgenland, und damit ist hier das alles abgedeckt, gehört dort dazu und ist auf dieser Grundlage auch zu betreiben und auszurichten.

Wir brauchen also nicht schon wieder eine Arbeitsgruppe, oder vielleicht wieder einen neuen Beauftragten, der etwas, was schon klar und eindeutig definiert ist noch einmal beurteilt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Neusiedler See, die Region Neusiedler See ist ein sehr sensibles ökologisches System, ein ökologisches Gesamtsystem. Wir haben heute schon gehört, über zwei Bezirke, zu wenig, auch über zwei Staaten, im südlichen Teil des Neusiedler Sees haben wir auch einen ungarischen Anteil, und ökologische Einflüsse kennen keine Staatsgrenzen, daher immer wenn wir über die Region Neusiedler See sprechen, müssen wir auch den Südteil, unsere ungarischen Nachbarn hier miteinbeziehen.

Wenn all diese Schutzbestimmungen, die für dieses sensible Ökosystem Neusiedler See angewendet werden, wenn die alle greifen, Naturschutzgesetz - wir sind Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgesetz, Natura 2000, gilt das Verschlechterungsverbot, Weltkulturerbe ICOMOS, 20 österreichische Gemeinden rund um den Neusiedler See, zehn ungarische Gemeinde, die gemeinsam einen Managementplan erarbeitet haben, die derzeit dabei sind, diesen Managementplan neu auf die Reihe zu bringen.

Ich habe die Ehre, in diesem Verein auch Verantwortung zu tragen, bin bei dem entsprechenden Gestaltungsbeirat auch dabei, wenn es gilt, hier sensible Bauten umzusetzen.

Das Nationalparkgesetz greift, meine sehr geehrten Damen und Herren, und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ist einzuhalten. Das heißt, ein sensibles Ökosystem, das ganz besonders geschützt ist. Aus einem etwas anderen Zugang als meine Freunde von der Grünen Partei, bin ich dafür, dass wir eine Neusiedlersee-Konferenz auch abhalten, nämlich auf Grund der Rechtssicherheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn heute Gemeinden, zum Beispiel die Gemeinde Weiden am See einen Investor findet, der bereit ist, sechs Millionen Euro zu investieren, direkt am Neusiedler See in ein Vorzeigeprojekt, wo eine kleine Marina gebaut wird, Seezugang für alle, ein Restaurant, und hier das Amt der Burgenländischen Landesregierung nicht in der notwendigen Schnelligkeit im Stande ist, notwendige Bewilligungen zu erteilen, dann sollten wir darüber reden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist mein Zugang, warum wir eine solche Konferenz brauchen. Eine Neusiedlersee-Konferenz, um für jene, die bereit sind, in dieser Region hier zu investieren, Rechtssicherheit zu schaffen.

Es kann nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass man hier von möglicherweise Gutdünken abhängig ist. Deshalb glaube ich, dass wir uns - um wie Kölly zu reden - er ist nicht da, zusammensetzen sollen. *(Abg. Manfred Kölly: Doch!)* Da hinten sitzt er! Setzen wir uns zusammen, reden wir darüber, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein sehr sensibles System, natürlich müssen wir trachten, dass eine gedeihliche Weiterentwicklung dieser touristischen Region auch möglich ist. Wenn 50 Prozent aller burgenländischen Nächtigungen hier in dieser Region erwirtschaftet werden, dann müssen wir auch trachten, dass jene, die bisher in diese touristischen Einrichtungen investiert haben, auch künftighin ein wirtschaftliches Fortkommen sehen und auch künftig ihre Betriebe auf dem notwendigen hohen Stand halten können, damit auch wir in Zukunft am Markt entsprechend resümieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht alle Bautätigkeiten sind schlecht, im Gegenteil. Es ist notwendig, dass eine oder andere Bauobjekt auch klar zu positionieren. Zu diskutieren, ob die Größe notwendig ist, zu diskutieren, ob überhaupt notwendig, aber wenn wir uns zu einer Entscheidung durchgerungen haben, auch zu schauen, dass wir die notwendigen Bewilligungen so rasch wie nur möglich bekommen.

Denn nichts ist hinderlicher, als in einem Baufortschritt gehemmt zu werden, weil möglicherweise bestimmte Bewilligungen nicht da sind. Wenn Sie sich dieses Tourismuskonzept hier ansehen, von Neusiedl am See oder Jois - ist eigentlich der nördlichste Punkt dieser Neusiedlersee-Region - bis hin zu Fertöd in Ungarn, diesseits, jenseits der Grenze, die Westseite des Neusiedler Sees, die Ostseite, woher ich komme, in Illmitz, wo ich Verantwortung tragen darf im Bereich des Tourismus, diese ökologische Ausrichtung des Tourismus, Wein, Weinkulinarik, Radfahren, rund um den Neusiedler See, all diese Dinge, die wir hier berücksichtigen.

Ich glaube, dass wir, und das freut uns immer, wenn wir bestätigt werden, wenn wir Besuch bekommen von den Freunden von ICOMOS, die also auch sehen, dass wir diese Vorschriften entsprechend einhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus diesem Grund, aus dem Grund der Rechtssicherheit heraus, bin ich der Meinung, dass wir, möglichst viele Verantwortungsträger, diese Neusiedlersee-Konferenz abhalten sollten. Deshalb stimmen wir dem ursprünglichen Antrag der GRÜNEN, wie Sie ihn jetzt neuerlich als Abänderungsantrag eingebracht haben, zu. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe das jetzige Thema genauso wie ich vorher gesprochen habe über das Umweltthema.

Dass ich davon überzeugt bin, dass man das nur immer gemeinsam lösen kann, dass es Richtlinien geben muss, aber, dass man natürlich diejenigen, die vor Ort wohnen, die vor Ort leben, natürlich auch mit einbeziehen muss. Ich glaube, ich erzähle Ihnen jetzt nicht wirklich etwas Neues, wenn ich sage, wie wichtig dem Land Burgenland, der Bevölkerung und auch der Landesregierung, der Neusiedler See ist, der ja so quasi ein wichtiges Symbol für das Land Burgenland ist.

Das wissen wir alle. Es ist schon sehr viel gesprochen worden über Ihren Antrag. Ich bin jetzt der Meinung, und da werden wir unterschiedlicher Meinung sein, dass wir schon einen kleinen Schritt weiter sind, wie Ihr Antrag geht.

Sie haben schon vorher gehört, dass es schon sehr viele Vorschriften, Richtlinien, gibt. Wenn der Neusiedler See seit 2001 in der UNESCO-Welterbe-Liste drinnen ist, dann ist er das nicht von ungefähr, dann ist er es deshalb, weil man sagt, er ist erhaltenswert. Es ist nicht nur die Landschaft, sondern es sind die Gemeinden, die dazugehören. Es gibt ja gewisse Vorschriften, was das letztendlich auch heißt.

Ich glaube, gerade das Land Burgenland zeigt, dass es uns bewusst ist, dass wir mit unserer Landschaft, dass wir mit unserer Qualität, die wir haben, und mit dem Tourismus, den wir dadurch haben, sehr heikel umgehen.

Ich glaube, wenn wir 34 Prozent der Landesfläche unter Naturschutz gestellt haben, dann kann man nicht sagen, man schaut auf nichts, man betoniert alles zu, man verbaut alles und die Welt ist nicht in Ordnung.

Man muss natürlich mit den Dingen heikel umgehen, und ich darf Ihnen jetzt einige Dinge, die vorher schon angesprochen worden sind, vielleicht auch noch kurz von meiner Sicht erklären. Es hat der Herr Ing. Strommer schon aufgezählt, wie viele Dinge oder wie viele Vorschriften es gibt und es gibt eben ein Management.

Es gibt ein Management, das jetzt überarbeitet wird, es gibt sehr viele Gemeinden, nicht nur im Burgenland sondern auch in Ungarn, denen es wichtig ist, und ich bin davon überzeugt, dass diese Dinge sehr gut laufen.

Wir haben auch schon gehört, dass es einen Gestaltungsbeirat gibt. Der Gestaltungsbeirat wird bei allen Projekten befasst. Es ist ja nicht so, dass dort unwissende Leute drinnen sitzen, sondern es sind Raumplaner, es ist der Umweltanwalt dabei, es sind Landschaftsplaner dabei, also das sind ja auch jetzt schon Dinge, auf die man Acht geben muss, und auf noch eines darf ich hinweisen.

2016 ist die Österreichische Welterbestätten-Konferenz gewesen. Da wurden neue Statuten beschlossen und ein neues Positionspapier verabschiedet. Ich glaube, der Focus wurde sehr stark darauf gerichtet, dass man wirklich die Zusammenarbeit, also alle Akteure und die lokale Bevölkerung, sowie die betroffenen Stellen miteinbezieht und die das natürlich im Sinne des Neusiedler Sees und im Sinne heikler Befassungen weiter betreiben.

Ja, und was gibt es noch dazu zu sagen? Es wurde auch schon erwähnt, dass das Landesentwicklungsprogramm, das es seit 2011 gibt, unter dem Motto „Schützen durch Nützen“ steht. Ich sehe das wirklich so, dass wir sehr achtsam mit unserer Umwelt umgehen müssen. Ich sehe es auch so, dass es eine weitere Entwicklung aber nicht hemmen darf. Ich bin davon überzeugt, dass es intelligente Lösungsmaßnahmen gibt, wo man sehr wohl auf die Umwelt achten kann, wo man aber auch sehr wohl auf eine weitere Entwicklung der Gemeinden, des Tourismus, der Wirtschaft, das mitbedenken kann.

Wenn wir jetzt eigentlich seit 15 Jahren diese Welterbe-Region haben, dann hatten wir auch bis jetzt bewiesen, dass das nicht unter einen Glassturz gestellt wurde, sondern dass einfach Visionen oder dynamische Dinge umgesetzt werden konnten, ohne die Umwelt tatsächlich zu schädigen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir alle das Gleiche wollen. Das heißt, dass wir die Qualität des Sees, die Einzigartigkeit, erhalten wollen, dass wir die Landschaft erhalten wollen, weil es für unseren Tourismus sehr wichtig ist. Aber ich bin auch davon überzeugt, dass der Abänderungsantrag, den ich gestellt habe, ein bisschen weiter geht wie der Ihre und ich würde Sie daher auch ersuchen, das noch einmal zu überdenken und diesem Abänderungsantrag zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Geschätzte Damen und Herren! Stichworte wie Weltkulturerbe, Nationalpark und andere Parameter, die auf den Neusiedler See anzuwenden sind, wurden von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon angeführt.

Ein wichtiges Wort oder das Grundsatzwort zur Diskussion, um alle Gegebenheiten, die rund um den See passieren sollen, können, oder gewollt sind, hat der Abgeordnete Strommer ins Gespräch gebracht, nämlich wo er von Rechtssicherheit gesprochen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt eigentlich keine Region unseres Bundeslandes, die gerade durch die Thematik Neusiedler See oder gerade um die Thematik Neusiedler See so heikel in der Betrachtung ist, wie eben dieses Weltkulturerbe. Wir alle, und das haben alle Vorredner versichert, sind stolz darauf, dass wir ihn haben. Wir alle sind bestrebt, quasi in wirtschaftlicher, in touristischer Hinsicht, in allen anderen Bereichen den See zum Leben zu bringen und zu erwecken, gleichzeitig auch Bedacht darauf zu nehmen, dass nichts passiert, dass es quasi mit der Ökologie, mit der Natur im Einklang ist.

Auf der anderen Seite, und das muss man ja, ohne dass wir breit darüber diskutieren, anerkennend zur Kenntnis nehmen, sind zum Beispiel seebezogene Projekte im gastronomischen Bereich wie die Mole West, das Katamaran und anderes, wegweisende Investitionen in die Zukunft gewesen.

Abgeordneter Strommer hat von einem Projekt in Weiden am See gesprochen. Jeder, der die Geschichte ein wenig verfolgt hat, von einem Investor, der es sich leisten kann, ohne Einschränkungen sehr viel Geld in ein Hotel oder einen Restaurantbetrieb zu investieren, welche Schwierigkeiten, welche Handicaps und Hindernisse dort aufgewartet wurden.

Nur um es quasi hinauszuzögern, zu verhindern und manchmal auch nur ein eigenes Spielchen zu spielen, können andere Unternehmerinnen und Unternehmer ebenfalls ein Lied singen. Weil es in anderen Ortschaften, in anderen Gemeinden punktuell um den See, in Seegemeinden, genau die gleichen Schwierigkeiten gibt.

Bei aller Diskussionswürdigkeit der Antragstellung, der Abänderung, glaube ich, ist eines ganz wichtig, um dem See eine Rechtssicherheit zu geben. Wir haben im Raumplanungs-Argumentarium eine FB-Widmung. Jeder, der am See wohnt weiß, die letzten Jahre, welches grundlegende Problem sich damit aufgetan hat, dass es in der Vergangenheit toleriert, gewissermaßen Einschränkungen im Sinne der gewerblich-touristischen Nutzung gegeben hat - toleriert wohlgemerkt.

Andererseits in der Folge gerade auf den Punkt FB-Widmung ganz besonderer Argwohn gelegt wird, weil man ja unter dem Deckmantel möglicherweise wieder zu irgendwelchen Investitionen kommt, die dann nicht für eine gewerblich-touristische Nutzung, sondern zu einem Eigennutz Verwendung finden könnten.

Diesen Zwiespalt zu lösen ist ein sehr schwieriges Problem, ist eine Herausforderung, der sich die Regierung sehr wohl zu stellen hat. Speziell auch, weil es in vielen Gesprächen oft nur an gewissen Eitelkeiten hängt, damit eine sinnvolle Investition nicht stattfindet.

Ich weiß nicht, wieweit manche in diesem Gremium, im Burgenländischen Landtag, gewisse Informationen besitzen, da auch Ortschaften rund um den See Gegebenheiten sind, es gibt mehrere Projekte in der Hotelinvestition, die momentan diskutiert werden. Große Projekte mit Kapazitäten bei Betten bis zu 140, 150 Einheiten, die direkt am See geplant sind. Ich möchte nur eines damit sagen, es ist quasi noch kein Genehmigungsverfahren eingeleitet zum Teil, andere sind weit in der Projektierung vorangeschritten. Möchte nur eines an dieser Stelle feststellen.

Es hat mit Sicherheit kein gutes und positives Odium, wenn es dann darum geht, dass einzelne Projekte, die gleichgestellt sind mit anderen, plötzlich zu einer Durchbruchsituation gelangen und andere, die sich schon lange anstellen, oder nicht quasi in die Richtung passend sind, zurückgestoßen werden. Das hat für das Burgenland überhaupt keinen Sinn. Das hat für den Neusiedler See keinen Sinn und hat für die gesamte Entwicklung des Raumes nur Schaden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen alle inzwischen - nicht nur durch die Klimaschutzdiskussion, nicht nur um Gegebenheiten Einserkanal mit Wasserableitung, mit Wasserdeponierung als Reservoir - als Möglichkeit mit den Salzlaken manches dort angestellt, ist quasi eine Vorzeigesituation. Manches aber ist in Gemeinden, die sich bemühen, diesen See auch entsprechend zu gestalten, diesem See auch entsprechend Leben einzuhauchen, nicht nachvollziehbar.

Wenn es dann über die Orts- und Hottergrenzen hinweg plötzlich eine Genehmigung gibt, Mörbisch, und in anderen Gemeinden, in Nachbargemeinden, funktioniert das nicht.

Das ist quasi eine Zweischneidigkeit in politischer Verantwortung, die - glaube ich - nicht zielführend ist. Daher bin ich durchaus dafür, dass man sich zusammensetzt und darüber redet. Aber die wichtigsten Voraussetzungen in der Diskussion um ein sensibles Gebiet mit allen Gegebenheiten, wie Naturschutz, Landschaftsschutz, Ökologie, Ökonomie, Tourismus und wie immer wir auch als Schlagworte brauchen, sollte man nie vernachlässigen, dass eigentlich alle, die dort handeln, auch ein Vertrauen in die Partnerschaft setzen müssen und diese Partnerschaft auch leben müssen.

Es geht hier oft um viel Geld. Dem See und dem gesamten Tourismus ist quasi die letzten Jahre im Aufschwungbereich ein Manko gegeben. Wir haben eine Zeit gehabt, wo wir bei 4-Stern und 4-Stern-Plus und 5-Stern-Hotellerie nur Zunahmen hatten, nur entwicklungspositive Schritte gesetzt haben, weil alles eröffnet worden ist. Die letzten Jahre ist das sehr eingeschränkt gewesen.

Es sind sehr viele Beherbergungsbetriebe im 2- und 3-Stern-Bereich „weggebrochen“ und daher ist es ein Zwiespalt im Lösungsansatz. Wir wollen höhere Tourismuszahlen, wir müssen aber auch eine gewisse grundlegende Einstellung zur sogenannten Umsetzung von Projekten gewinnen.

Der See ist ein ganz heikles Kapitel. Ich erinnere daran, weil ich eingangs Weltkulturerbe gesagt habe. Manchmal ist dann auch ein Projekt, das möglicherweise weit hinausragt, mit der Kürzung um ein paar Meter trotzdem genehmigungswürdig. Es hat sich nachträglich auch nicht in die Landschaft gefügt. Aber jetzt kann man ja erkennen im Bereich dieses einzigartigen Wohnobjektes mit 45 Meter Höhe, dass es fast ein zweites gibt, dass auch so ähnlich als Türmchen hervorragt und das quasi in einer Region, die man als sehr sensibel einstuft.

Manchmal sollte man sich wirklich zu Gemüte führen, im Projektsinne, auch das entsprechende Kleinformat an Lösung, wie schaut es aus. Wenn man die Vorstellungsgabe nicht hat, dass man ein Projekt über den Plan lesen kann. Es wäre wirklich von Nöten und gerade in diesem sensiblen Bereich - glaube ich - ist allen geholfen, wenn alle an einem Strang ziehen und allen, die sich dort bemühen, entsprechend Leben einzuhauchen. Auch die Gewährleistung geben, dass diese Projektkosten, dass die Entwicklungskosten nicht umsonst sind, sondern dass man entsprechend auch eine Lösung herbeiführen kann.

Es gibt aktuell ein Beispiel, das sehr hart diskutiert wird in der Wohngemeinde des Landeshauptmannes. Da kann man erkennen, wie eine Situation entsteht, die im Grunde genommen in der sogenannten Bürgerverantwortung, oder im Sinne dem Bürger gegenüber, nicht entsprechend aufbereitet wird.

Wenn man Leute im Grunde genommen mit etwas konfrontiert und im Endeffekt dann mit diesem Projekt umgehen lässt, ohne dass die Verantwortlichen entsprechend Schritte gesetzt haben, heute gemäße Bürgerverfahren auch umzusetzen.

Daher ist es - meiner Ansicht nach - mehr als ratsam und angebracht, dass diesem heiklen Gebiet, diesem wirklich für das Burgenland entscheidenden, lebensentscheidenden, touristischem Hotspot auch die entsprechende Würdigung entgegengebracht wird und nicht alles über einen Kamm geschert wird, das zum Schaden gereicht. Ein wichtiges Kapitel möchte ich in dem Zusammenhang anbringen, das auch oft nur vernachlässigt wird, oder entsprechend irgendwo keine Würdigung erfährt.

Die Landeshauptstadt Eisenstadt hat etwas zur Hand, das weit über die Landeshauptstadtgrenzen hinwegstrahlt und für alle ein touristisches Magnetfeld darstellt, nämlich das Schloss. Wie geht das gesamte Burgenland mit diesem nicht nur Bauwerk, sondern mit dieser Kulturstätte um? Wenn diese Vorgangsweise auch auf dem See stattfindet, na dann Halleluja Burgenland. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. *(Allgemeine Unruhe)* Ich ersuche um Aufmerksamkeit. Wir befinden uns im Abstimmungsvorgang.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Punkt liegt nun ein von der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend nachhaltige ökonomische, sozial gerechte und ökologische Entwicklung des Burgenlandes ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 609) betreffend Tagsatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten (Zahl 21 - 430) (Beilage 641)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 10. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 609, betreffend Tagsatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten, Zahl 21 - 430, Beilage 641.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Tagsatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten, in ihrer 1. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 9. November 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle seinen Bericht, wonach der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Tagsatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten abgelehnt wird, zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneter Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Vorweg, Kollege Haidinger. Wenn ich meine Wortmeldungen hier überzeugt, vielleicht manchmal auch leidenschaftlich kundtue, brauchen Sie nicht die Sorge haben, dass ich deswegen meine, ich hätte die Wahrheit gepachtet. Habe ich - glaube ich - auch nie so gesagt. Tät mich wundern.

Aber das gehört für mich zu einer lebendigen Auseinandersetzung dazu. Vielleicht können Sie sich erinnern, ich hätte ja gern gehabt, dass wir im Ausschuss genau dieses Thema Neusiedlersee-Entwicklungskonzept auch diskutieren.

Das wäre ein guter Rahmen gewesen. Da ist keine Öffentlichkeit dabei. Da kann man gescheit miteinander reden. Wollte niemand anderer darüber diskutieren. Okay. Aber dass ich mich auch leidenschaftlich und überzeugt hier zu Wort melde, werde ich mir trotzdem nicht nehmen lassen.

Wir kommen jetzt zu einem sehr konkreten Punkt, der nicht so etwas Großes im Auge hat wie der vorige Tagesordnungspunkt, sondern einen ganz konkreten Punkt in der Jugendwohlfahrt anspricht. Es geht um die Tagsätze für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Wir haben hier einen Antrag eingebracht, der den Gegebenheiten im Burgenland und auch schon einigen Widersprüchen, die wir erwartet haben, schon ein bisschen entgegengekommen ist.

Worum geht es? Der Höchstsatz, der laut 15a-Vereinbarung möglich ist zu zahlen für die Betreuung pro Tag in einer Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, beläuft sich auf 95 Euro. So wird es zum Beispiel in Tirol, in Salzburg ausbezahlt. Bis jetzt wurden bis vor kurzer Zeit nur 77 Euro im Burgenland ausbezahlt. Das wurde jetzt auf 82,50 Euro erhöht. Aber es ist noch immer weit unter dem Satz, mit dem man wirklich gut arbeiten kann.

Ein kleiner Vergleich. Für allgemeine Betreuungsplätze in Einrichtungen der Jugendwohlfahrt im Burgenland werden durchschnittlich so 150 Euro pro Tag bezahlt, weil es einfach auch diese Kosten verursacht. Wir haben es aktuell bei dieser Frage mit zwei Problemebenen zu tun.

Die eine Frage ist, welchen Tagsatz braucht es - rein sachlich berechnet -, um einen Platz für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling in einer Einrichtung der Jugendwohlfahrt laut Regierungsprogramm in kleinen Einheiten abzusichern? Die zweite Frage ist, wie wird mit der rechtswidrigen Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihrer Herkunft im Rahmen der Jugendwohlfahrt verfahren? Warum rechtswidrig?

Darüber gibt es tatsächlich jetzt in Österreich noch unterschiedliche Vorstellungen und Einstellungen, aber ich möchte hier die Mag.a Eva Kern, Geschäftsführerin des Don Bosco Flüchtlingswerkes zitieren, die sagt:

Seit Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention vor 25 Jahren werden die Kinderrechte von Österreich blockiert. Denn wer als junger Flüchtling in unser Land kommt, bleibt außen vor. Flüchtlingskinder werden in erster Linie als Flüchtlinge gesehen und nicht als Kinder, sagt Mag.a Eva Kern, vom Don Bosco Flüchtlingswerk.

Seit Ende Oktober 2016, also ganz frisch, liegt ein Gutachten zu diesbezüglichen Rechtsproblemen vor, das von SOS-Kinderdorf in Auftrag gegeben wurde. Erstellt wurde es von O.Univ.-Prof. Dr. Karl Weber und Univ.-Ass. Mag.a Stephanie Jicha für die öffentlich-rechtlichen Fragen und von Univ.-Prof. Dr. Michael Ganner für privatrechtliche Fragen. Alle von der Universität in Innsbruck.

Dieses Rechtsgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass für alle Kinder der gleiche Anspruch auf Schutz und Fürsorge gelten muss. Minderjährige ohne österreichische Staatsbürgerschaft und Staatenlose sind österreichischen Kindern also in Bezug auf Leistungen in der Kinder- und Jugendhilfe gleichgestellt.

Nun kommt auch dieses 75 Seiten umfassende Gutachten nicht in allen Punkten zu vollkommen eindeutigen Schlüssen, weil vieles in den Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern noch nicht ganz klar geregelt ist. Aber immer wieder kommt man übereinstimmend zu dem Schluss, dass letztendlich gültige Kriterium ist das Kindeswohl. Das ist ein Argument, dass auch Kollege Molnár gerne in Diskussionen einbringt, zu Recht, wie ich meine. Das Kindeswohl ist das höchste Gut in sozialpolitischen Entscheidungen.

Hier einen Unterschied zwischen Kindern ohne österreichische und mit österreichischer Staatsbürgerschaft zu machen, ist rechtlich nicht zulässig. Für beide sind Quartier, Kost und Betreuung zu bezahlen. Die Auflagen sind die gleichen wie in der allgemeinen Kinder- und Jugendwohlfahrt, aber die Zahlungen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sind niedriger. Warum?

Schauen wir also darauf, dass diese Arbeit solide und zukunftsweisend erfüllt werden kann. Soziale Arbeit muss auch hier ihren Wert haben und auch als solche anerkannt werden. Da sind wir uns doch einig. Wir müssen aber auch die politischen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, dass SozialarbeiterInnen, SozialbetreuerInnen, gut arbeiten können.

Ich bitte Sie, denken Sie hier nicht kurzsichtig. Denn es geht auch darum, dass im Sozialbereich ordentliche Arbeitsplätze geschaffen werden und nicht Menschen in andere Bundesländer ausweichen, weil dort die Arbeitsbedingungen besser sind. Alles, alles was in die Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge fließt, wird wieder im Land ausgegeben. Es sind hier die Geschäftspartner und -partnerinnen vor Ort, die das auch gewährleisten.

Das, was wir hier fordern, hat wirklich nichts mit Ideologie zu tun, sondern mit wirtschaftlichem Sachverstand.

Wir müssen auch alles daran setzen, dass Kinder und Jugendliche, die bereits durch Krieg und Flucht traumatisiert sind, vor weiteren traumatischen Vorgängen bewahrt werden.

Ich möchte hier einen kurzen Sidestep machen, um auf ein zweites Thema noch aufmerksam zu machen. Einige von Ihnen werden sich vielleicht noch erinnern, wie wir vor einigen Jahren, damals mit Landesrat Rezar, eine Auseinandersetzung hatten, als minderjährige Flüchtlinge im Bezirk Neusiedl aufgegriffen wurden. Damals ging es um vier 5-, 6-jährige Kinder, die dann nach Traiskirchen gebracht wurden. Hier im Landtag gab es diese Debatte, sollen diese Kinder zurückgeholt werden, ist die hiesige Jugendwohlfahrt zuständig oder nicht.

Der jetzige Landeshauptmann-Stellvertreter, damals saß er noch hinten in der Reihe, ist aufgesprungen, hat gesagt, Herr Landesrat, holen wir diese Kinder zurück, also da gab es ein gewisses Gespür und ein Mitfühlen mit diesen Kindern.

Solche Situationen gibt es jetzt auch noch. Es ist noch immer nicht ganz geklärt, wie damit zu verfahren ist. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass Kinder in dieser Situation, wenn sie dann in ein Großlager wie Traiskirchen gebracht werden, noch einmal einer traumatisierenden Situation ausgesetzt sind, während es bei uns im Land immer wieder freie Begehplätze gibt.

Ich habe diesbezüglich auch schon mit den Zuständigen bei der Polizei und bei den Jugendwohlfahrtsträgern Kontakt gehabt, und sie sind übereinstimmend der Meinung, hier bräuchte es eine engere Zusammenarbeit, damit es Kindern erspart werden kann, bei Aufgriff zunächst einmal nach Traiskirchen gebracht zu werden und dann erst wieder verteilt zu werden, wenn wir hier als Zuständige der Jugendwohlfahrt bereits die ersten Schritte setzen können.

Aber zurück zum konkreten Punkt des Antrages. Die Landesregierung hat in ihrem Regierungsübereinkommen vom Juni 2015 niedergeschrieben, ich zitiere: Im Burgenland wollen wir im Einklang mit den Gemeinden weiterhin möglichst auf kleine Einheiten bei der Unterbringung von Asylsuchenden setzen.

Es steht geschrieben: Die Koalitionspartner bekennen sich zu gesteigerten Anstrengungen des Landes Burgenland, um verstärkt entsprechende Unterkünfte für unbegleitete minderjährige Fremde und behinderte Personen zu schaffen.

Damit verbunden muss aber die Zusage an die BetreiberInnen sein, die Quartiere auch kostendeckend zu führen. Unterkünfte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen über die Grunderfordernisse hinaus auch noch nach den Maßstäben und Vorgaben der Jugendwohlfahrt geführt werden.

Ich habe dasselbe auch in einem Haus miterlebt, das mir noch gehört, sind zurzeit unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht, und ich war bei einer Begehung dabei und habe gesehen, was sozusagen seitens der Behörde hier für Auflagen kommen, und zurecht für Auflagen kommen. Es sind die gleichen Auflagen, die österreichische Kinder in unseren Jugendwohlfahrtseinrichtungen in stationären Einrichtungen haben, die hier auch gelten.

Kleine Einheiten sind sehr sinnvoll und sie sind auch aus sozialpädagogischer und integrationspolitischer Perspektive zu fördern und Großquartieren auf jeden Fall vorzuziehen. Sie zeigen in der Integrationsarbeit nachhaltige Wirkung.

Es ist wohl unser aller Anliegen, dass die Integrationssituation im Burgenland verbessert wird. Das geschieht auch über eine solide Berechnung der Mittel, die dafür notwendig sind.

Ein Aushungern von Organisationen, die den Betreuungsauftrag als Einrichtung der Jugendwohlfahrt fachlich hochqualifiziert erfüllen, wird keinen Erfolg haben.

Da die Landesregierung dazu verpflichtet ist, für die sich selbst gesteckten Ziele auch die entsprechenden Mittel bereitzustellen, ist es nach aktuellen Berechnungen der Gesamtkosten unumgänglich, den Tagsatz für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, vor allem für jene, die in kleinen Quartieren mit bis zu 15 Kindern und Jugendlichen untergebracht sind, auf 91 Euro anzuheben.

Also Sie merken, wie sehr wir uns auch bewegen, es muss eine realistische Planung geben, und wenn wir kleine Einheiten haben wollen, also nicht Häuser, wo 40, 50 Jugendliche drinnen sind, dauernd untereinander sind und auch wenig Integrationsmöglichkeiten dadurch haben, sondern eben jene kleine Quartiere haben, dass wir dann dort auch den entsprechenden Tagsatz zahlen. Das ist unser Vorschlag dafür.

Da sowohl die Lebenshaltungskosten als auch die Ansprüche der Behörden an die QuartiergeberInnen steigen, müssen die Tagsätze dem angepasst werden. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Sind eh angepasst.)* Die Anhebung der Tagsätze, Sie haben sie angehoben, aber nicht angepasst, die Anpassung der Tagsätze für UMF in großen Quartieren sowie für AsylwerberInnen generell sind in Kooperationsgesprächen mit den Quartierbetreibern und den verantwortlichen Organisationen neu auszuhandeln.

Das, was jetzt ausgezahlt wird, kann sich in kleinen Quartieren mit den Jugendlichen nicht ausgehen. Da müssen, und das ist zurzeit Realität, Spendengelder für die tagtägliche Betreuung zugeschossen werden.

Das heißt aber, dass die Landesregierung ihrer Verpflichtung für eine ordentliche Unterkunft zurzeit nicht nachkommt. *(Abg. Werner Friedl: Das stimmt doch nicht.)* Mit dem, was Sie auszahlen, sind nur Großquartiere zu führen; von kleinen Einheiten ist da keine Rede mehr.

Wie oft hören wir aber diese Rede von den kleinen Einheiten und den Stolz, mit dem das verkündet wird. Was ist das für ein Regierungsprogramm, das dann aus leeren Worten besteht, weil die Umsetzung nicht finanziert wird?

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen. Wir sind schon einen Schritt auf Sie zugegangen, während woanders für alle Quartiere 95 Euro ausbezahlt werden, fordern wir jetzt einmal nur für diese kleinen Quartiere den 91 Euro-Tagsatz.

Deswegen frage ich Sie, wenn Sie Ihr eigenes Regierungsprogramm nicht ernst nehmen, wer soll es denn dann ernst nehmen?

Wenn Sie diesen Antrag, wie es über den Sozialausschuss bereits empfohlen wurde, ablehnen, dann zeigen Sie jetzt eigentlich, dass Sie jetzt gar nicht so daran interessiert sind, dass wir mit den Anliegen der Opposition auch wirklich um Kompromisse ringen und auch auf Sie zugehen.

Es wird uns immer wieder vorgeworfen, wir würden nicht reden und wir würden nicht verhandeln wollen. Hier sind wir nun wirklich schon einen Schritt weitergegangen.

Ich appelliere, schauen Sie sich die Realität an dessen, worüber hier befunden wird, und worüber hier entschieden wird. Es geht wirklich darum nachzuschauen, wie sind diese Jugendlichen untergebracht, was sind die Auflagen in der Betreuung und was kostet das in der Tat.

Wenn einer der Präsidentschaftskandidaten davon spricht, dass er keine muslimischen Pflegekräfte kenne, dann ist das so ein Hinweis darauf, dass es nicht immer darum geht, die Realität zu kennen, wenn er darüber spricht. Weil in dem Fall wissen jetzt schon viele, es gibt sie, aber weil man sie nicht persönlich kennt, tut jemand so, als gäbe es sie nicht. Zu meinen, etwas, das man nicht kennt, gäbe es nicht, ist ziemlich blauäugig, aber es ist keineswegs seriös, so Politik zu machen.

Also bitte ich Sie, schauen Sie sich die Situation wirklich an, wenn Sie diese Entscheidung treffen. Machen Sie sich kundig, dann wissen Sie, was es alles gibt, dann wüsste zum Beispiel auch Norbert Hofer, dass es in Pinkafeld in der Ausbildung einige muslimische Schülerinnen gibt. Und treffen Sie dann die Entscheidungen.

Da es hier im Landtag leider so gehandhabt wird, dass nicht Anträge der Abgeordneten zur Abstimmung kommen, sondern nur die Berichte der Ausschüsse abgestimmt werden, wird das Abstimmungsverhalten für unsere ZuschauerInnen im Livestream vielleicht etwas verwirrend sein, deswegen möchte ich das jetzt noch einmal klarstellen. Es werden nämlich jene, die unserem Antrag zustimmen wollen, bei der Abstimmung sitzen bleiben müssen, und jene, die die dringend nötige Erhöhung der Tagsätze ablehnen, aus welchem Grund auch immer, werden sich bei der Abstimmung von den Sitzen erheben.

Abgestimmt wird nämlich über die Empfehlung des Ausschusses, den Antrag abzulehnen. So kompliziert wird einem das Durchschauen der Demokratie im Burgenland gemacht. Ich plädiere dafür, hier ein bisschen mehr Transparenz zu schaffen. *(Abg. Werner Friedl: Das ist ja unglaublich. Die Mehrheit entscheidet, merke Dir das langsam.)*

Das jetzt, damit kein Missverständnis ist, das hat jetzt nichts mit dem einen konkreten Thema zu tun. Das tun wir immer so.

Ich spreche jetzt einmal hier so, und es haben schon viele nicht durchschaut, und deswegen erkläre ich es jetzt hier. Es ist schwer zu durchschauen. Ich kritisiere es auch auf anderen Ebenen. Keine Sorge! Ich sage es auch woanders. Das ist halt eine Sache. Wir wissen es alle.

Herr Landesrat, das ist etwas, das wir alle hier im Saal wissen. Es hat sich in dieser Gesetzgebungsperiode bereits jeder und jede hier im Saal mindestens einmal bei einer Abstimmung geirrt, und da auch welche, die schon sehr lange hier in diesem Saal mitwirken.

Es ist schon ein bisschen kompliziert. Das hat jetzt nichts mit der Sache zu tun. Ich habe es nur jetzt erklärt, damit dann verstanden wird, wie das Abstimmungsverhalten ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt kennt sich eh keiner mehr aus. Jetzt kenne ich mich selber schon nicht mehr aus. – Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)*

Okay, ich bleibe sitzen, gut. In diesem Sinne bitte ich, der Empfehlung des Ausschusses nicht zu folgen und damit dem Antrag und der Diskussion auf eine kluge und realistische Anpassung der Tagsätze für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in kleinen Einheiten bis zu 15 Personen noch einmal eine Chance zu geben. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die beiden Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Zuseher! Ganz besonders jene, an die Sie mich jetzt gerade erinnert haben, die uns am Livestream heute zusehen! An die sei gleich einmal meine erste Botschaft gerichtet.

Die Frau Abgeordnete hat uns gerade mitgeteilt, dass Eltern, die nicht pro Kind 2.475 Euro im Monat bekommen, ihr Kind nicht anständig unterrichten, pflegen, verpflegen, herbergen und so weiter können. Ich kenne jetzt keinen Familienvater, der vom Staat oder eine Familie, die vom Staat für ein Kind 2.475 Euro, das heißt, für zwei Kinder 4.950 Euro, für drei Kinder 7.425 Euro Monat für Monat bekommt. Das ist mir etwas ganz Neues.

Genau diese Forderung wird nämlich hier gestellt. Diese Summen noch zu erhöhen, noch zu erhöhen mit der Begründung, die Jugendwohlfahrt sei dafür, et cetera, et cetera.

Ich meine doch, dass wir die Kirche im Dorf lassen sollen, und es bei dem Thema nicht darum geht, ob jetzt, wie Sie so schön gesagt haben, die Organisationen, die das betreiben, ausgehungert werden, weil damit bin ich gleich dort, wo der Wind wahrscheinlich herkommt.

Es geht vielleicht gar nicht jetzt bei diesem grünen Antrag darum, dass hier die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, Fremde, gut untergebracht werden können. Sondern geht es nicht vielmehr darum, dass die Organisationen einen schönen Gewinn machen können, und auch diejenigen, die vielleicht Gebäude besitzen und weitervermieten? Vielleicht geht es auch darum? Diese Fragen müssen wir uns als Gesetzgeber schon stellen dürfen, wo hier wirklich die Transparenz der Ausgaben für die Jugendlichen, unbegleiteten Fremden hier ist. Das wurde noch nicht bekannt gegeben.

Es wird zwar hier in dem Antrag wunderbar geschrieben, es ist nach aktuellen Berechnungen der Gesamtkosten unumgänglich, das Ganze im Prinzip auf 91 Euro pro Tag zu erheben. Welche Berechnungen sind das? Wo ist die Transparenz der Ein- und Ausgabenrechnung für diese ganzen Heime oder kleinen Gebäude oder Häuser, wo maximal 15 Personen, Kinder, untergebracht werden? Wo ist denn die Rechnung?

Warum erzählen mir Menschen im Burgenland, sie spenden der Caritas nicht mehr, weil nur 50 Prozent von ihrer Spende bei dem Spendenempfänger ankommt und der Rest in der Verwaltung aufgeht.

Ja bitte, wenn Menschen sowas selbst erleben und dann, weil sie für ein bestimmtes Projekt oder einen bestimmten Menschen gespendet haben, und der dann sagt, von dem Hunderter, ich habe nur einen Fünfziger von der Caritas gekriegt, obwohl die eine Person, die mir das erklärt hat und auch nachweislich auf dem Erlagschein gezeigt hat, 100 Euro eingezahlt hat und das genau einer Person gewidmet hat, weil man genau gewusst hat, der nimmt es so nicht, hat der das anders gemacht, bleiben auf einmal 50 Euro in der Verwaltung hängen.

Wie viel bleibt hier hängen? Solange diese Organisationen den Nachweis dafür nicht führen, wie die Aus- und Eingabenrechnung ist, und was wirklich bei diesen jungen Menschen ankommt, wird doch hier keiner bereit sein, im Prinzip zusätzlich zu diesen 2.475 Euro pro Kind noch etwas zuzulegen.

Solange nicht nachgewiesen werden kann, dass hier die Gelder nicht in der Verwaltung hängen bleiben, werden wir doch alle im Prinzip einem jeden Staatsbürger ausgeliefert, der Beschimpfung, bei jedem Wirten, überall. Und das zu Recht. Zu Recht! Weil die Menschen, die da draußen arbeiten, hier in Eisenstadt, im Burgenland, in ganz Österreich, und das Geld verdienen, was wir hier umverteilen können, haben auch das Recht darauf, dass wir das nicht tun, ihre Gelder im Prinzip so einzusetzen, wie es nicht in Ordnung ist.

Jetzt nennen Sie mir eine Familie, eine normale Familie, so wie Sie haben, oder so wie ich habe, die haben alle die gleichen Verpflichtungen den Kindern gegenüber. Und da haben wir keine 91 Euro pro Tag, und da haben wir für zwei Kinder keine 182 Euro pro Tag, und so weiter, und so fort.

Wenn wir alle das bekommen würden, hätten wir kein Problem mit der Reproduktion. Weil dann bräuchten wir nicht mehr arbeiten gehen, dann würden wir nur mehr im Prinzip unsere Gesellschaft vermehren, weil mit 7.425 Euro mit drei Kindern geht kein Mensch arbeiten.

Genau dort müssen wir wieder hinkommen. Es kann nicht sein, dass von Seiten der GRÜNEN ständig nur gefordert wird und keiner uns erklärt, wie man das aufbringen soll. Das bleiben Sie uns immer schuldig. Das bleiben Sie auch in diesem Fall wieder schuldig, weil es wird einfach nur behauptet. Damit verbunden muss die Zusage sein, und minderjährige Flüchtlinge müssen, und das ist unumgänglich, ohne dass Sie Grundlagen schaffen.

Damit ist es aber auch klar, dass hier dieser Landtag diesem Antrag sicher nicht zustimmen kann. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Mag.a Regina Petrik: Keine Ahnung von der Sache.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht weniger emotional und dafür kurz, prägnant und sachlich: Worum geht es heute? Es geht um die sachliche Feststellung, welche Leistungen soll jemand bekommen, wenn er als minderjähriger, unbegleiteter Flüchtling zu uns kommt.

Natürlich gibt es hier komplette Auffassungsunterschiede zwischen den GRÜNEN und ich sage einmal salopp, der Mehrheit der Landtagsparteien hier.

Das ist unbestritten und es bleibt natürlich nach wie vor jedem unbenommen, für seine Meinung, seine Ideen hier zu werben, klar einzustehen, ob mit großen Emotionen oder mit weniger emotionalen Beiträgen, das glaube ich, gilt es heute nicht zu bewerten.

Aber Tatsache ist, wenn Österreich als Zielland für Flüchtlinge attraktiv ist, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass nicht drei europäische Staaten, nämlich in dem Fall Schweden, Deutschland und Österreich, so wie es im letzten Jahr den Anschein hatte, das ganze Leid der Welt stemmen sollen. Das wird uns nicht gelingen. Das sind einfach Belastungen, die unsere Gesellschaft nicht aushält, die unser Sozialsystem nicht aushält.

Wenn heute unsere Kollegen in Niederösterreich die Mindestsicherung im Alleingang beschlossen haben, also auf Landesebene jetzt klar geregelt haben, und alle jene Dinge, die wir als Landtagsmehrheit gefordert haben, die dann schlussendlich, ohne

jetzt die Hintergründe noch einmal aufzurollen, aber nicht Beschlusslage auf Bundesebene wurden, dann merkt man, es tut sich etwas in diesem Bereich.

Es tut sich deswegen etwas in diesem Bereich, weil eben die Anforderungen vieler sozialer und karitativer Organisationen, so mancher Experten völlig auseinander klaffen mit jenen Vorstellungen, die bei uns in der Bevölkerung als erträglich, als angemessen betrachtet werden.

Österreich kann nicht in dieser Situation, wo es Flüchtlings- und Migrationsströme quer durch Europa gibt, noch attraktiver werden für diese Menschen, auch nicht wenn es sich um Jugendliche handelt.

Wir stellen hier ganz klar fest, auch wenn das in vielen Bereichen nicht umsetzbar war, die Anwartschaft auf Sozialleistungen, wenn man zu uns kommt, auch für jene Menschen, die in den letzten fünf Jahren nicht in Österreich waren, egal welcher Nationalität sie angehören, ist für uns unabdingbar.

Es kann nicht sein, dass Solidarität heißt, wer zu uns kommt, schöpft aus dem selben System in gleichem Ausmaß wie jene, die bisher lange Zeit dafür eingezahlt haben und vielleicht am Ende des Tages nicht viel mehr herausbekommen als jemand, der gerade über unsere Grenze gekommen ist. All das gilt es, anzupassen, das haben wir probiert, da gibt es leider auf Bundesebene keinen Konsens, da hat sich die Bundesregierung auf keinen gemeinsamen Nenner zusammengerauft. Schade darum!

Ich glaube, das ist ein riesiger Verlust und es zeichnet sich ja jetzt ab, was passiert: Jedes Land muss seine eigene Lösung machen. Es wird zu einem Wettbewerb nach unten und nach oben kommen, welche Leistungen wir den Flüchtlingen zur Verfügung stellen. Für uns ist deshalb klar, wir können hier nicht noch intensiver am Rad drehen, als es ohnedies schon passiert, nicht noch mehr Leistungen an jene geben, die jetzt schon Leistungen aus dem Staatshaushalt bekommen und niemals etwas dafür einbezahlt haben.

Deshalb können wir diese Initiative der GRÜNEN nicht mittragen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Im 10. Tagesordnungspunkt der heutigen Landtagssitzung wurden seitens der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller die Erhöhung von Tagsätzen für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten, präzisiert mit 5 bis 15 Personen, gefordert. Genau dieses Antragsbegehren wurde in einer vorangegangenen Ausschusssitzung einstimmig abgelehnt.

Bevor ich auf diese Beurteilung und auf diese Ablehnung eingehe, möchte ich Konkretes vorher anführen. Wir haben erst im Sommer anlässlich einer Landtagssitzung die sogenannte Grundversorgungsvereinbarung, eine 15a-Vereinbarung, im Landtag zur Kenntnis genommen. Darin wurde im Artikel 9 der Kostenhöchstsatz festgesetzt.

Gleichsam wurde im Juni auf Basis des Landesbetreuungsgesetzes im Sinne eines Regierungsaktes der Tagsatz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Sinne einer Betreuung um 6,5 Prozent erhöht. In beiden dieser Rechtsvorschriften ging es darum, dass die Grundversorgung als Regelmechanismus mit diversen Leistungsaufträgen für die

hilfe- und schutzbedürftigen Flüchtlinge oder unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, wie zum Beispiel die Unterbringung in geeigneten Quartieren, die Versorgung, aber auch die Gewährung eines monatlichen Taschengeldes und die Sicherung der Krankenversorgung gewährleistet werden soll.

Was aber ganz wichtig ist, was bisher unterblieben ist, ist der Umstand, dass durch das bestehende Burgenländische Kinder- und Jugendhilfegesetz die Möglichkeit besteht, im Bedarfs- und Einzelfall einen zusätzlichen Betreuungsaufwand festzulegen, der unabhängig vom Tagsatz gewährt wird.

Dieser Bedarfsfall oder Einzelfall bezieht sich zum Beispiel auf medizinisch notwendige Leistungen, gerade bei traumatisierten Kindern und Jugendlichen, wenn es um entsprechende Versorgungssysteme geht, wenn es um sozialpädagogische und psychologische Unterstützung geht.

Des Weiteren ist unabhängig von diesem Tagsatz auch gesondert eine Bekleidungspauschale festgelegt, das heißt, wir haben nicht nur den Tagsatz, sondern wir haben die Möglichkeit, das Instrument des abgeschlossenen Kinder- und Jugendhilfegesetzes zu nutzen, um eine angemessene Tagsatzregelung zu schaffen.

Im Sommer dieses Jahres, zum Zeitpunkt als unsererseits der Tagsatz beschlossen wurde, waren 127 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Burgenland aufhältig. Mit heutigem Tage sind es 138, davon sind rund 95 Prozent 14 bis 18 Jahre alt und nur einige wenige darunter.

Wesentlich ist daher auch zu sagen, dass nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz die gesetzliche Obsorge weiterhin über das Referat und die Vertreter des Referates in den Bezirkshauptmannschaften obliegt, das aber den Betreibern der Unterkünfte übertragen wurde, wodurch die Kontrolle und Aufsicht weiterhin bei den Behörden bleibt.

Bei genauer Betrachtung zeigt sich nunmehr, dass von diesen 138 unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen insgesamt 98 in drei Einrichtungen, das ist in Rechnitz, in Neudörfl und in Podersdorf, betrieben von der Evangelischen Diakonie, von der Caritas, aber auch vom Arbeitersamariterbund, aufscheinen und betreut werden. Das heißt, von 138 werden 98 bereits in Einrichtungen betreut, die jetzt von Ihrem Antrag nicht umfasst werden, weil Ihr Antrag bezieht sich rein auf Einheiten von 5 bis15 Personen.

Sie haben vorher von Ungleichbehandlung oder rechtswidriger Ungleichbehandlung gesprochen, ich meine mal, Ihr Antrag schließt oder grenzt eigentlich die meisten der unbegleitet minderjährigen Flüchtlinge im Burgenland aus. Wenn ich weiter denke, sind dann weitere unbegleitet minderjährige Flüchtlinge, die nicht in Einheiten bis zu 5 sind, dann sprechen wir insgesamt nur mehr von 29 unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen, die von Ihrem Antrag umfasst sind.

Das ist, glaube ich, auch wichtig zu wissen, wenn man Ihren Antrag behandelt.

Wir haben im Burgenland im Bereich der Integration ein klares Motto, wir sagen, für Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz, für Integration von Menschen, gerade von Kindern und Jugendlichen muss so erfolgen, dass diesen Menschen eine Perspektive gegeben wird, um soziale Sicherheit zu erreichen, aber vor allem integrationswilligen, minderjährigen Flüchtlingen muss das Gefühl der Annahme zukommen.

Wir haben deshalb mit den vorher erwähnten Einrichtungen, vielleicht zusätzlich mit dem SOS-Kinderdorf, einige Unterkunftsgeber, die hohe oder hochwertige Betreuung im Sinne des Kinderjugendhilfegesetzes darstellen.

Wir haben zusätzlich einen Faktor im Burgenland, der nicht zu unterschätzen ist - diese ehrenamtliche Hilfestellung und Leistung, dieses menschliche Gesicht der Burgenländerinnen und Burgenländer -, und ist zusätzlich als Aspekt heranzuziehen.

Deshalb glaube ich, dass dem Integrationsmotto im Sinne eines angemessenen Tagsatzes für die Grundversorgung, aber auch die Unterstützung durch ehrenamtliche Personen und die Ermöglichung dieser Unterstützung in diesem Fall klar und eindeutig die gesellschaftliche Akzeptanz vorliegt.

Vielleicht wäre es auch sinnvoll, dass wir im Burgenland mehr diese Regelung der Gasteltern im Sinne von Pflegeeltern hätten. Bedauerlicherweise ist das noch nicht so angenommen, weil ich glaube, das wäre für die Integration junger Menschen auch sehr wichtig und in diesem Fall wäre auch der Richtsatz für Pflegekinder im Ausmaß von 838 Euro monatlich heranzuziehen.

Unbestritten kann man aber festhalten, dass wir im Burgenland flächendeckend die Möglichkeit eines Schulbesuches gewährleistet haben und auch Lehrverhältnisse für unbegleitet minderjährige Flüchtlinge begründen dürfen.

Neben der Bildung und Ausbildung ist vor allem der Spracherwerb wichtig für eine gelungene Integration.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nunmehr zur Ablehnung dieses Antrages. Bei Gesamtbeurteilung der derzeitig bestehenden Ist-Situation hinblicklich der Abwicklung der Grundversorgung von unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen während des laufenden Asylverfahrens ergibt sich zweifelsohne keine sachliche Rechtfertigung, dass nunmehr wiederum eine Änderung des Tagsatzes gemacht wird, vor allem speziell auf diese von Ihnen vorgeschlagene Gruppe von Einheiten von 5 bis 15 Personen.

Im Gegenteil, würden wir diesem Antrag zustimmen, würden sämtliche andere, die darüber hinaus sind und die darunter sind, herausfallen, und ich persönlich sehe überhaupt keine Intention für dieses Begehren im konkreten vorliegenden Antrag. Meiner Einschätzung nach fehlt hier vollkommen die soziale Treffsicherheit, es betrifft nur einige wenige, die einen Profit hätten.

Deshalb frage ich Sie, geschätzte Abgeordnete, warum wollen Sie nur einer gewissen elitären Gruppe von Unterkunftsgebern für unbegleitet minderjährige Flüchtlinge einen erhöhten Tagsatz zusprechen? Was ist der Grund? Was ist Ihre Zielvorstellung dafür? Gibt es dafür ein eigenes gesondertes Interesse? Oder geht es darum, wie vielleicht der Herr Haidinger angesprochen hat, dass die Unterkunftsgeber wichtiger sind wie das Kindeswohl, die unbegleitet minderjährigen Flüchtlinge. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Na geh, Christian, bitte.)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion stellt klar fest, dass mit dem vor ein paar Monaten festgelegten Regelwerk jedenfalls das Auslangen zu finden ist. Wir halten auch fest, dass im Einzel- und Bedarfsfall durch das Instrument des Kinder- und Jugendhilfegesetzes jedenfalls die Anpassung erfolgen kann.

Wir glauben und sind überzeugt, dass die Beschäftigten der Abteilung 6, aber auch der Vertreter in den Kinder- und Jugendhilfereferaten in den Bezirkshauptmannschaften die Vollziehung dieses Gesetzes in angemessener Weise zum Wohle des Kindes durchführen können.

Wir behalten auch unser Credo, unser Motto im Sinne von Integrationsmaßnahmen für das Burgenland, nämlich für Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz weiterhin bei. Vor allem wollen wir nicht, dass das menschliche Gesicht der Burgenländerinnen und

Burgenländer verloren geht, indem das Ehrenamt geschwächt wird. Wir verschließen uns jedoch zukünftig nicht gehörigen Evaluierungen, wenn wirklich die Notwendigkeit besteht.

Daher, Frau Mag.a Petrik, wir bleiben bei der Ablehnung, weil die Motivation, die hier im vorliegenden Antrag zugrundeliegt, keinesfalls eine Grundlage für eine Erhöhung bietet. Ich meine sogar, Sie sollten wirklich das wahre Gesicht zeigen und denen helfen, die das notwendig brauchen.

Deshalb fordere ich Sie auf, wiederum die Spur der Burgenländerinnen und Burgenländer zu finden und nicht eigene oder vielleicht Interessen einiger Institutionen nachzugehen. Ich bitte Sie, diese Schieflage zu überdenken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Kollege Drobits, so tief habe ich Sie auch noch nicht erlebt.

Ich möchte mich jetzt nur zu Wort melden, weil eine Frage gestellt wurde, die ich gerne beantworten möchte, und um einiges richtigzustellen, was einfach falsch dargestellt wurde.

Zur Frage der Motivation: Natürlich ist es die Motivation zu berechnen, wie viel braucht eine Einheit? Jetzt berechnen Sie zum Beispiel Personalkosten im Nachtdienst. Es muss eine Person anwesend sein, um in der Nacht auch die Betreuung zu gewährleisten, falls jemand etwas braucht. Die eine Person muss anwesend sein, ob es ein kleines Quartier ist, so wie die Landesregierung sich für sich selber vorgenommen hat, oder ob in einem Quartier 30 oder 40 Jugendliche untergebracht sind. Das heißt, hier sind tatsächlich andere Kosten, die entstehen bei gleicher Auflage.

Ja, sicher, weil wenn Sie einen Nachtdienst auf 40 aufteilen, dann sind die Kosten für die einzelne Betreuungsstelle geringer, als wenn sie einen Nachtdienst auf 15 Personen aufteilen. Hier gibt es einfach Kosten, die sind jetzt prozentuell relativ gesehen in kleinen Einheiten höher als in großen. Das ist ohnehin ganz logisch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist die Motivation dahinter. Eine andere Motivation zu unterstellen, finde ich wirklich jenseitig und bin ich von Ihnen nicht gewohnt.

Sie kennen mich, Sie wissen, dass ich sachlich auch aus dem Bereich komme, in diesem Bereich arbeiten kann und hier meine Erfahrungen zu unterschiedlichen Gruppen habe. *(Abg. Robert Hergovich: Na, gut!)* Sehr unterstützen möchte ich die Forderung, dass wir dieses Pflegeelterntum vermehrt ausbauen, da haben wir sicher noch einiges im Burgenland vor uns. Das ist durchaus von der Abteilung 6 auch so gewollt. Damit wir noch einfach mehr Werbung machen. Ich habe Kontakt zu Eltern, die bereits Pflegeeltern sind und die sehr begeistert sind, weil auch die Aufgabe sehr groß ist.

Kollege Haidinger! Es ist schade, dass Sie dem Kollegen Drobits jetzt nicht zugehört haben, der hat nämlich sehr gut erklärt, worum es bei diesem Antrag wirklich geht, dass wir eben nicht gleich das ausschütten von ganz vielen Geldern auf ganz viele wollen, sondern sehr zielsicher schauen, wo ist jetzt einmal wirtschaftlich gesehen die größte Schieflage, um etwas finanzieren zu können und wo müssen wir jetzt noch nicht nachbessern?

Er hat das eigentlich sehr gut dargestellt, dass es sich gar nicht um eine so große Gruppe handelt, aber Sie haben das gleich in eine ganz große Geschichte eingepackt, die

noch dazu falsch ist. Weil, die Unterstellung an Quartiergeber und Quartiergeberinnen einer Betreuungseinrichtung in der Jugendwohlfahrt, sie wollen sich persönlich oder ihre Einheit, ihre Organisation bereichern, das ist wirklich erschütternd. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Haidinger: Sie unterstellen hier, dass sie ausgehungert werden.)*

Das ist erschütternd, und ich hoffe sehr, dass Sie das wieder zurücknehmen. Sie kennen sich leider auch nicht aus. Sie haben gefragt, wie dort nachgewiesen wird? Natürlich werden alle Abrechnungen von Betreuungseinrichtungen in der Jugendwohlfahrt, in der Abteilung 6, überprüft. Dort wird das auch ordentlich gemacht. Das geschieht, aber Sie haben es nicht gewusst! Erkundigen Sie sich einfach beim Herrn Landesrat, der kann Ihnen das erklären. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann haben Sie verschiedene Institutionen angesprochen. Ich kann Ihnen sagen, Sie haben da jetzt, zum Beispiel, von der Caritas geredet, aber die Caritas Burgenland betreibt nirgendwo eine Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. In Neudörfl ist die Caritas der Erzdiözese Wien zuständig. Sie haben da einfach versucht, sich eine Organisation, die Sie offensichtlich beschmutzen wollen, herauszunehmen, und denen irgendetwas vorzuwerfen. *(Abg. Manfred Haidinger: Ich wollte hier ein Beispiel hernehmen.)*

Eine Korrektur muss ich auch beim Kollegen Sagartz anbringen. Sie haben gesagt: Wie viel bekommt ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling? Der unbegleitete minderjährige Flüchtling bekommt natürlich gar nichts in die Hand. Na ja, das ist schon wichtig in der Auseinandersetzung, das auch sehr klar zu sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ihre Rechnung stimmt gar nicht.

Ich möchte es mit einem anderen Lebensbereich vergleichen. *(Abg. Robert Hergovich: Na, gut!)* Es gibt einen anderen Lebensbereich. Nehmen Sie die Spitalsbetten her. Wenn wir jetzt sagen: Wie viel kostet ein Spitalsbett pro Tag? Jetzt rechnet Ihnen jemand vor, das heißt, sie wollen für jeden, der krank zu Hause liegt, das Geld in die Hand nehmen. Das ist doch eine dumme Rechnung. So eine Rechnung haben Sie vorhin auf etwas andere Art und Weise angestellt. *(Abg. Manfred Haidinger: Der Vergleich hinkt ein wenig! Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich.)* Wir haben hier von Betreuungseinrichtungen der Jugendwohlfahrt geredet und nicht von Familien. Aber das haben Sie vertauscht.

Also bitte ich sehr von diesen großen Unterstellungen Abstand zu nehmen. Wir können sachlich unterschiedlicher Meinung sein, das bleibt uns ja unbenommen, so ist Politik. Aber permanent mit persönlichen Unterstellungen zu kommen an Einzelpersonen oder auch an Organisationen, das halte ich für letztklassig und ich hoffe, das können wir hier wieder ausschalten. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, man kann mir nicht unterstellen, dass ich ein unsozialer Mensch bin, aber gewisse Dinge möchte ich hier auch zu Recht rücken, auch in der Diskussion. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Erstens appelliere ich, die Mindestsicherung nicht mit dieser Geschichte zu vermengen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)* Das ist etwas komplizierter. Das ist

das Erste, aber der Applaus wird enden wollend sein, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Applaus für den einen Satz.)* weil, bei der Mindestsicherung geht es um die Mindestsicherung für Österreicherinnen und Österreicher und Asylberechtigte.

Das ist eine Frage, die wir auch klären werden. *(Abg. Manfred Kölly: Wann?)* Wenn die Bundesregierung mit ÖVP-Beteiligung das irgendwie gescheit geregelt hätte, hätten wir dieses Problem nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr blockiert doch da! Ihr blockiert!)* Aber, Herr Abgeordneter Steiner, Sie können sich sicher sein, dass wir eine Regelung finden werden, der Sie hoffentlich auch zustimmen können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei der Sozialreferentenkonferenz stimmst Du zu, beim Stöger auch, jetzt wieder nicht.)* Sie ist nämlich, zumindest mein Vorschlag wird sein, in die Richtung zu gehen, wie auch Ihre Parteikollegen in Niederösterreich gegangen sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann sind wir dabei.)* Aber das wird man erst in den nächsten Wochen sehen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Beim Stöger warst aber auch dabei. Das ist komisch.)* Das ist eine andere Frage, aber wir können auch einen Dialog führen, wenn es so sein muss.

Ich möchte aber auf einige Dinge von der Frau Abgeordneten zu sprechen kommen. Die Gutachter des SOS-Kinderdorf haben natürlich kein objektives, sondern ein subjektives Gutachten abgeliefert. Logischerweise, weil da geht es tatsächlich auch um Geld, na sicherlich. Das ist ja logisch. Ich sehe es ja täglich. Ich werde täglich von Betreibern von Flüchtlingsunterkünften angerufen, die sagen: Muss ich jetzt mit dem Flüchtling zum Arzt gehen oder muss ich das nicht? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Welche Dinge muss ich mit dem erledigen, welche nicht? Nur sozusagen die soziale Frage in den Vordergrund zu stellen, ist etwas blauäugig oder grünäugig, wie man das jetzt auch immer bezeichnen möchte. Ich sage es in aller Offenheit. 82,50 Euro das ist viel Geld. Tagsatz, das heißt, im Monat pro Flüchtling, pro unbegleiteten minderjährigen Flüchtling, ungefähr 2.500 Euro. Das heißt, über den Monat, wenn man zehn Flüchtlinge hat, beispielsweise 25.000 Euro. Das heißt, über das Jahr 300.000 Euro. Das ist ja nicht wenig Geld. Es muss eine Leistung dahinter stehen. Es muss Betreuung da sein, da bin ich bei Ihnen, Frau Abgeordnete.

Aber, ich würde das nicht gering schätzen. Wir haben uns die Entscheidung von 77 auf 82,50 Euro zu erhöhen nicht leicht gemacht. Ich bin der Meinung, dass im Burgenland diese Summe nicht nur ausreichend ist, sondern eine gute Basis dafür ist, die unbegleiteten Minderjährigen auch weiter zu begleiten und zwar auf ihrem Weg in die Gesellschaft, wenn sie dann auch den Asylstatus erwerben können. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Es geht auch um das Regierungsprogramm.)*

Eines muss ich schon dazu sagen, das möchte ich auch in diesem Kreis sagen. Weil man muss beide Seiten sehen. Beispielsweise sind Deutschkurse in diesen 82,50 Euro nicht inkludiert. Das ist noch ein zusätzliches Geld, das wir auch von unserer Seite in einem Verhältnis 60:40 Bund und Land ausschütten. Das ich doch, aus meiner Sicht, ein sehr hoher Betrag, den man für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling hier im Burgenland aufwendet. Wir sind das Bundesland, das über weite Strecke jetzt mit einem anderen Bundesland noch ungefähr in Konkurrenz steht oder auf Augenhöhe bleibt, das auch die meisten unbegleiteten Minderjährigen im Burgenland auch unterbringt, wenn man es prozentuell auf die Asylwerber beziehungsweise auf die Bevölkerung sieht.

Auch das sollte man nicht gering schätzen. Denn Sie haben zwar von Kindern gesprochen, natürlich sind es Kinder, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja!)* aber ich möchte Sie einmal mitnehmen. Nein, Sie sind ohnehin viel unterwegs, das weiß ich, aber was sich

beispielsweise in Rechnitz abgespielt hat und so weiter, das ist keine einfache politische Frage. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da kann man sozusagen - sozial-romantisch will ich jetzt nicht sagen -, aber ich bin durchaus bereit, denen zu helfen, aber man muss auch die Probleme sehen, die damit einhergehen. Ich glaube, dass wir als Burgenland prozentuell insgesamt die meisten unbegleiteten Minderjährigen aufgenommen haben, dass wir eine, aus meiner Sicht, angemessene Zahl von 82,50 Euro hier auch ausschütten, dass das der Idee, hier diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, wenn sie den Status haben, in Österreich bleiben zu dürfen, auch gerecht werden.

Insofern bin ich auch der Meinung, dass es wichtig ist, es steht mir nicht zu den Landtag zu beraten, aber wenn es diesen Beschluss gibt, so, wie er im Ausschuss ist, dann würde ich meinen, dass er ein richtiger Beschluss ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat für Ihre Ausführungen. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Tagsatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Die nächste Sitzung des Landtages, und zwar ist das die Erklärung des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017, findet heute, Donnerstag, 17. November 2016, um 19 Uhr 30 Minuten statt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Einladungen hiezu sind bereits ergangen.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr 11 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 19. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 17. November 2016

19.31 Uhr - 20.11 Uhr

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2833)

Landesregierung
Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut B i e l e r (S. 2833)

Beginn der Sitzung: 19 Uhr 31 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich e r ö f f n e die 19. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel entschuldigt.

Ich ersuche nun Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 19. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 17.11.2016.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017 (Zahl 21 - 470) (Beilage 658);
2. Beschlussantrag, mit dem der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird (Zahl 21 - 471) (Beilage 659);

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisungen werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017

Präsident Christian Illedits: Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach einem für Sie und mich sehr intensiven Tag darf ich Ihnen heute ein Budget vorlegen, das nicht nur ein Zahlenwerk aus 2.735 verschiedenen Voranschlagstellen ist. Es ist ein politisches Bekenntnis, ein soziales Statement und ein stabiler Motor für den weiteren Aufwärtstrend unseres Landes.

Es ist für die Menschen da, für die wir alle hier in diesem Hohen Haus gemeinsam arbeiten: Die Burgenländerinnen und Burgenländer, die uns ihre Stimme gegeben haben, um ihre Stimme zu sein.

„Ziele gemeinsam erreichen“ ist nicht nur der Titel dieser Rede. Es ist ein realpolitischer Spiegel, in den wir alle hineinblicken können! In einer Zeit, in der es möglich ist, dass ein milliardenschwerer Populist ohne jegliche politische Erfahrung zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt wird, müssen wir uns alle auf

allen Ebenen noch mehr bemühen, auf die brennenden Fragen dieser Zeit die richtigen Antworten zu finden.

Das Budget 2017 ist meine Einladung an Sie, das Burgenland in den Vordergrund zu stellen und sich fair und objektiv mit den vorgelegten Inhalten auseinanderzusetzen.

Ein kontinuierlicher Wirtschaftsaufschwung und eine stetige Weiterentwicklung brauchen einen stabilen institutionellen Rahmen. Das ist unsere Aufgabe, die wir für die Zukunft der Burgenländerinnen und Burgenländer übernommen haben: 100 Prozent für den Aufstieg des Burgenlandes zu geben.

Der Weg des Burgenlandes zeigt: Mit gemeinsamen Zielen, Innovation und Leistungsbereitschaft kann man viel erreichen. Wir haben

- das mit Abstand höchste Wirtschaftswachstum von plus 2,2 Prozent,
- Beschäftigungsrekord,
- sinkende Arbeitslosigkeit seit September und
- die besten Tourismuszahlen in der Landesgeschichte.

Es sind die gezielten und nachhaltigen Investitionen, die unser Land zum Vorreiter im Bundesländervergleich gemacht haben.

Deshalb ist die burgenländische Finanzpolitik auch weiterhin vor allem wachstums- und beschäftigungsorientiert. Wir tätigen Investitionen, die gezielt und überlegt auch das finanzielle Mauerwerk unseres Landes weiter festigen. Gesunde Landesfinanzen stärken das Burgenland, um in wichtige Schlüsselbereiche investieren zu können.

Die Investitionsquote erreicht 2017 Rekordniveau:

Mit rund 21,3 Prozent liegt das Burgenland im absoluten Spitzenfeld. 235 Millionen Euro werden für Investitionen bzw. investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet, das sind um 2,4 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Das heißt, mehr als jeder fünfte Euro des Landesvoranschlages ist ein echter Investitionsschub für

- nachhaltiges Wachstum,
- Stärkung der Wirtschaft,
- Sicherung von Arbeitsplätzen,
- soziale Sicherheit und
- die Absicherung unserer Lebensqualität.

Wir achten auf eine faire Verteilung der Investitionsmittel, um soziale Sicherheit zu gewährleisten und Lebensqualität im Burgenland für jede Einzelne und jeden Einzelnen so hoch wie möglich zu halten. Die Politik ist mehr denn je gefordert, jene zu unterstützen, die sich als Verlierer des Systems sehen.

- Noch nie wurde so viel in Gesundheit und Soziales investiert, wie in diesem Budget.
- Rund zwei Drittel aller Ausgaben fallen 2017 auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung.

Das heißt: Gesundheit und Soziales bilden den Schwerpunkt im burgenländischen Landesvoranschlag 2017. Erstmals sind an die 500 Millionen Euro für das Gesundheits- und Sozialbudget inklusive Krankenanstalten vorgesehen. Warum tun wir das?

Lassen Sie uns dazu ein wenig über den Tellerrand schauen:

Die 62 reichsten Menschen der Welt, 53 davon Männer, besitzen inzwischen genau so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hält in einer Studie fest, dass die Schere zwischen Arm und Reich so weit wie noch nie auseinanderklafft, auch in Mitteleuropa.

Die Reichen werden immer reicher. Die Armen werden immer ärmer.

Eine Entwicklung, die eine Studie der Organisation Oxfam bestätigt. Das Vermögen der 62 Reichsten ist demnach innerhalb der vergangenen fünf Jahre um 44 Prozent auf unvorstellbare 1,76 Billionen Dollar (rund 1,61 Billionen Euro) gewachsen. Im gleichen Zeitraum sank das Gesamtvermögen der ärmeren Hälfte der weltweiten Bevölkerung um 41 Prozent um rund eine Billion Dollar - obwohl die Weltbevölkerung um 400 Millionen Menschen gewachsen ist, so der Oxfam-Bericht.

Ein Prozent der Weltbevölkerung verfügt über mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen.

Die soziale Ungleichheit steigt dramatisch an. Zu den Ursachen gehören nach Ansicht der Autoren eine völlig unzureichende Besteuerung großer Vermögen und Kapitalgewinne sowie die anhaltende Verschiebung von Profiten in Steueroasen. Neun von zehn Großkonzernen hätten Niederlassungen in mindestens einer Steueroase.

Der Lösungsansatz dazu laut Studie: Gewinne sollen nur dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden und der Wettlauf um die niedrigsten Steuern auf Gewinne müsse ein Ende finden.

Ist Österreich eine Insel der Seligen? Nein, laut Global Wealth Report ist der Unterschied der Vermögensverteilung auch in Österreich ungleicher geworden und im Vergleich mit über 50 Ländern relativ hoch: Wir belegen nach den USA, Großbritannien und Schweden den vierten Platz.

Steuern sind nicht nur die Grundlage der Finanzierung und Erhaltung unseres Staates, sondern auch - und es steckt im Namen - ein Element der Steuerung. Für mich als Finanzlandesrat der Hebel für soziale Gerechtigkeit. Die Bevölkerung ist der Parameter, ob dieses Steuerungselement richtig eingesetzt wird. Wir können im kleinen Burgenland nicht die Steuerpolitik der ganzen Welt beeinflussen, aber wir können die Steuermittel gezielt für jene Burgenländerinnen und Burgenländer einsetzen, die unsere Hilfe brauchen.

Das Budget 2017 ist ein soziales Bekenntnis dieser Regierung. Es ist das Steuerungselement für die gerechte Verteilung der Finanzmittel auf allen Ebenen. Wir wollen im Burgenland kein Kind, das bittere Armut erleben muss und wir wollen keinen alten Menschen, der nicht die Pflege und Versorgung erhält, die er benötigt.

Diese finanzielle Anstrengung trägt nachhaltig dazu bei, dass die Armutsgefährdung im Burgenland mit knapp über sieben Prozent der Bevölkerung (Europa: 16 Prozent, Österreich: 14 Prozent) deutlich geringer ist als in anderen Bundesländern.

Die Sozialpolitik des Landes ist darauf ausgerichtet, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass alle Burgenländerinnen und Burgenländer Unterstützung, Begleitung, Betreuung und Pflege erhalten. Daher bekräftigen wir sowohl die Standortgarantie für alle fünf Krankenhäuser, als auch die Absicherung der öffentlichen Wohlfahrt, wie zum Beispiel der Behindertenhilfe oder des Pflegebereiches.

In den vergangenen Jahren wurden viele soziale Einrichtungen – und damit auch krisensichere Arbeitsplätze – geschaffen. Wir dürfen uns aber auf dem Erreichten nicht ausruhen, sondern müssen uns den großen Herausforderungen der Zukunft stellen, etwa in der Betreuung behinderter Menschen, in der Pflege einer zunehmenden Zahl alter Menschen, in der Kinder- und Jugendhilfe und in der Betreuung von Kriegsflüchtlingen.

Im Jahr 2017 sind die Migration und deren Folgekosten ein ungenauer Parameter im Budget. Wir sind aber vorbereitet und haben die nötigen Vorkehrungen getroffen. Welche Folgen eines möglichen Scheiterns des Türkei-Deals kommen werden, sind aber noch nicht absehbar. Die rasche Umsetzung des umfassenden Schutzes der EU-Außengrenzen muss deshalb oberste Priorität haben. Verteidigungsminister Mag. Hans Peter Doskozil leistet in diesem Bereich für das Burgenland und für ganz Österreich hervorragende Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Stabilität und den sozialen Frieden eines Landes gibt es Kennzeichen und valide Fakten, die wenig Interpretationsspielraum zulassen. Dazu gehören vor allem die Arbeitsmarktdaten.

Seit September gibt es erstmals seit Jahren eine Trendwende am burgenländischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenzahlen sinken. Zurückzuführen ist das erfreuliche Ergebnis vor allem auf die zahlreichen Initiativen, die das Land Burgenland für Beschäftigungslose setzt.

Weiterhin positiv ist die Entwicklung für junge Menschen bis 24 Jahre. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich in den letzten Monaten stabilisiert, die Zahl der Lehrstellensuchenden ist um 6,7 Prozent gesunken. Obwohl der Bereich der älteren Arbeitslosen nicht mehr so stark steigt, wie in den letzten Monaten, müssen wir weitere Initiativen setzen, damit auch diese Gruppe wieder im Erwerbsleben Fuß fassen kann. Der burgenländische Arbeitsmarkt wird über das Landesbudget direkt oder über Kofinanzierungen aktiv und nachhaltig unterstützt.

- In der Förderperiode 2014 – 2020 fließen über den Europäischen Sozialfonds (ESF) inklusive Landesmittel 38 Millionen Euro und über das Additionalitätsprogramm 23 Millionen Euro in die Stärkung des Arbeitsmarktes.
- Über den Fonds für Arbeit und Wirtschaft (FAWI) können wir im Jahr 2017 arbeitsmarktfördernde Maßnahmen in der Höhe von 800.000 Euro finanzieren.
- Im Rahmen der Arbeitnehmerförderung werden rund 3,7 Millionen als Qualifikationszuschuss, Wohnkostenzuschuss für Lehrlinge, Fahrtkostenzuschuss oder Lehrlingsförderung zur Verfügung gestellt.

Die Erholung des burgenländischen Arbeitsmarktes und den stetigen burgenländischen Aufwärtstrend in einem schwierigen Umfeld haben wir durch die richtigen politischen Analysen und durch effiziente Planung geschafft.

Im Gegensatz zu den Arbeitsmarktanalysen haben die Wirtschaftsprognosen selten gehalten, was sie versprochen haben. Ich vergleiche sie gerne mit Wetterberichten. Wechselhaft, selten punktgenau und je weiter man nach vorne schaut, desto ungenauer werden sie.

Lassen Sie uns dennoch einen kurzen Blick auf die aktuellen Wirtschaftsdaten wagen. Die Weltkonjunktur gewann zwar zu Beginn des Jahres 2016 etwas an Dynamik, blieb aber erneut hinter den Erwartungen zurück. Die Prognosen wurden deshalb für 2016 nochmals etwas nach unten revidiert.

Im Euro-Raum dürfte die Konjunktur stärker als zunächst erwartet anziehen: das reale BIP - Bruttoinlandsprodukt sollte im Jahr 2016 um 1,6 Prozent und 2017 um 1,7 Prozent zunehmen. Das Votum der britischen Bevölkerung gegen einen weiteren Verbleib in der EU, Stichwort Brexit, belastet zwar die Unternehmensstimmung in Großbritannien, konnte aber die Zuversicht im Euro-Raum kaum dämpfen.

In Österreich gewinnt das Wirtschaftswachstum nach einer trägen Entwicklung in den letzten vier Jahren – das jährliche Wachstum blieb stets unter einem Prozent – zuletzt wieder an Schwung. Das BIP wird real um 1,5 Prozent wachsen.

Die positiven Effekte der Einkommensteuerreform wurden im Laufe des Jahres 2016 wirksam. Zusätzlich soll das verfügbare reale Haushaltseinkommen dank der niedrigen Inflation weiter wachsen und einen spürbaren Anstieg sowohl des privaten Konsums als auch der Sparquote mit sich bringen.

Auch die Bauwirtschaft scheint ihre Krise überwunden zu haben. Nach einem Wachstum der Bauinvestitionen von real 1,6 Prozent im Jahr 2016 wird auch für 2017 mit einer Ausweitung um 1,4 Prozent gerechnet. Am stärksten wuchsen der Hochbau und der Wohnungsneubau.

Mit der deutlichen Wachstumsbelebung wird sich - hoffentlich - der Beschäftigungsanteil weiter erhöhen. Vor diesem Hintergrund prognostiziert das WIFO eine Zunahme bei den unselbstständig aktiv Beschäftigten um 1,4 Prozent für 2016 und um mehr als 1 Prozent für 2017.

Auch für das Arbeitskräfteangebot wird über den gesamten Prognosehorizont eine kräftige Zunahme vorhergesagt. Das reicht zwar immer noch nicht aus, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu verringern, da viele Gruppen auf den Arbeitsmarkt drängen. Allerdings gelingt es, den rapiden Anstieg der vergangenen Jahre deutlich zu bremsen. Nach nationaler Berechnung erhöht sich die Arbeitslosenquote weiter - von 9,1 Prozent im Vorjahr auf 9,2 Prozent im Jahr 2016 und auf 9,4 Prozent im Jahr 2017.

Im Burgenland konnten 2016 eine deutliche Erholung der Bauwirtschaft und klare Aufwärtstendenzen im Dienstleistungsbereich verzeichnet werden. Die Bauwirtschaft expandierte mit +17,9 Prozent so stark wie sonst in keinem anderen Bundesland. Darüber hinaus kam es zu einer Ausweitung der Auftragseingänge (+9,4 Prozent) sowie der Gesamtauftragsbestände (+20,6 Prozent). Die günstige Bauentwicklung entlastet den burgenländischen Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten nahm sowohl im I. Quartal 2016 mit einer Steigerung von 3,9 Prozent als auch im II. Quartal 2016 mit einem Plus von 2,3 Prozent merklich zu.

An diesen positiven burgenländischen Wirtschaftsdaten sind die erfolgreichen Auswirkungen der gezielten burgenländischen Investitionspolitik klar abzulesen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Das kleine Burgenland lebt seit Jahren vor, was im großen Europa jetzt langsam umgesetzt wird: einen sozialen und wachstumsorientierten Konsolidierungskurs. Ein strikter Sparkurs alleine reicht nicht aus, um die öffentlichen Haushalte aus der Krise zu führen.

Wir haben uns aus der Krise „hinausinvestiert“ anstatt uns noch tiefer „hineinzusparen“! Diesen Satz habe ich in den letzten Jahren oft verwendet und er gilt immer noch. Wir haben die Investitionen jedes Jahr weiter gesteigert, weil wir das Burgenland auf einem guten Weg halten wollen.

Die strikte neoliberale Denkweise in der Europäischen Union, nämlich der Staat ist schlecht, privat ist gut. Schulden sind inakzeptabel und machen euch ärmer, hat sich in der Krise nicht nur nicht bewährt - diese Denkweise ist gescheitert! Und es hat zu einer gewaltigen Umverteilung nach oben geführt, zu einer Schwächung der Realwirtschaft und einer Aufblähung der spekulativen Finanzvermögen. Der Effekt der Maastricht-Kriterien war faktisch ein Investitionsstopp seitens der Staaten, der Länder und der Gemeinden. Hohe Arbeitslosigkeit und ein schwacher Euro waren und sind die logischen Folgen!

Europa ist unpopulär geworden, weil es den Konzernen und den Finanzinstitutionen dient, nicht aber den Bürgerinnen und Bürgern. Diese verstehen deshalb die EU längst nicht mehr als Hoffnungsprojekt, sondern als bürokratische Zumutung. Einseitige Sparpolitik ohne abfedernde Investitionen hat ganz Europa in Mitleidenschaft gezogen. Selbst der US-Präsident Obama ist der festen Überzeugung, dass Staaten alleine durch Sparen keinen Wohlstand erreichen können.

Die öffentliche Hand ist gefordert, wieder Fairness ins gesellschaftliche Spiel zu bringen. Und sie ist gefordert, mehr zu investieren. Während andere noch nachjustieren, haben wir im Burgenland unsere Perspektiven entwickelt und den Investitionskurs aus der Krise rechtzeitig eingeschlagen. Auch auf Bundesebene setzt sich der öffentliche Investitionskurs zunehmend durch.

Die Bundesregierung bekannte sich im Ministerrat im Oktober zum klaren Ziel, private und öffentliche Investitionen zu stimulieren und dadurch die Schaffung von Beschäftigung zu unterstützen. Die Maßnahmen betreffen den Arbeitsmarkt sowie private und kommunale Investitionen. Aufgrund der KMU-Investitionszuwachsprämie werden rund 10.000 Unternehmen mit 175 Millionen Euro unterstützt. Dadurch werden Investitionszuwächse in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro generiert und 25.000 Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise gesichert.

Daneben ist auch ein kommunales Investitionsprogramm vorgesehen. Analog zu den KMUs sollen 2017 zusätzliche Investitionen der Gemeinden zur Modernisierung der Infrastruktur gefördert werden.

Der Investitionswille der Bundesregierung bringt auch dem Burgenland einen zusätzlichen Wachstumsschub. Landeshauptmann Hans Niessl hat mit Bundesminister Jörg Leichtfried ein neues Investitionspaket zum weiteren Ausbau der Infrastruktur ausverhandelt. Rund eine Milliarde Euro investiert das Infrastrukturministerium (BMVIT) bis zum Jahr 2022 im Burgenland.

Die Infrastrukturmilliarde fließt in

- eine zuverlässige Bahn,
- sichere Straßen,
- schnelles Internet und
- industrienahe Forschung.

Damit können rund 11.000 Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise neu geschaffen werden.

Ein weiterer wichtiger Investitionsmotor sind die EU-Förderungen in der Gesamthöhe von 750 Mio. Euro, die in der Förderperiode 2014 – 2020 in das Burgenland fließen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Der erst am 7. November 2016 paktierte neue Finanzausgleich bringt zusätzlich frisches Geld ins Landesbudget und unterstützt die strukturschwachen burgenländischen Gemeinden. Er gewährleistet auch nach wie vor eine gerechte Verteilung, die sicherstellt, dass bei höheren Einnahmen des Bundes auch höhere Ertragsanteile fließen und umgekehrt.

Der Finanzausgleich ist der wichtigste Eckpfeiler für die Erstellung des Landesbudgets, deshalb habe ich die Verhandlungen gemeinsam mit allen Ländervertreterinnen und -vertretern mit der nötigen Konsequenz geführt.

Das Ergebnis ist angesichts wirtschaftlich schwieriger Zeiten ein großer Erfolg. Das Burgenland bekommt ab 2017 jährlich rund 5,2 Millionen Euro mehr aus dem Finanzausgleich. Das sind über die Finanzausgleichsperiode gesehen ein Plus von 26 Millionen Euro. Zusätzlich erhalten wir eine Einmalzahlung für die Flüchtlings- und Integrationskosten.

Durch geschickte Verhandlungen zwischen den Ländern konnte verhindert werden, dass eine neue Gastpatientenregelung eine Benachteiligung für das Burgenland von rund 40 Millionen Euro mit sich bringt.

Ab 2017 fließen 300 Millionen Euro mehr an Länder und Gemeinden. Das sind über die Finanzausgleichsperiode gesehen ein Plus von 1,5 Milliarden Euro. Die zusätzlichen Mittel sichern die nachhaltige Haushaltsführung, besonders in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales ab. Weiters wird vom Bund ein einmaliger Zuschuss von 125 Millionen Euro für Migrations- und Integrationsausgaben ausbezahlt.

Ein wesentlicher Punkt im neuen Finanzausgleich ist die Stärkung der Gemeinden. Der oft kritisierte, abgestufte Bevölkerungsschlüssel - mittlerweile stark abgeflacht - bleibt zwar erhalten, struktur- und finanzschwache, sowie von Abwanderung betroffene Gemeinden erhalten allerdings einen Ausgleich von 60 Millionen Euro.

Von diesen zusätzlichen Mitteln werden vor allem die burgenländischen Gemeinden überproportional profitieren. Darüber hinaus fließen an die Gemeinden 80 Millionen Euro für die Siedlungswasserwirtschaft. Über die Bankenabgabe, die nun eindeutig als gemeinschaftliche Bundesabgabe festgelegt ist, erhalten Länder und Gemeinden 30 Millionen Euro jährlich.

Der Pflegefonds wird ab 2018 mit 4,5 Prozent valorisiert, das entspricht einem zusätzlichen Wert von 164 Millionen Euro bis 2021. Für den Ausbau von Hospiz und Palliativversorgung werden von Bund, Ländern und Sozialversicherungen jährlich 18 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Insgesamt gesehen stellt der neue Finanzausgleich eine solide finanzielle Basis für das Burgenland und die burgenländischen Gemeinden dar, um die bisherigen und auch die zukünftigen Aufgaben im Sinne der burgenländischen Bevölkerung bewältigen zu können.

Die zusätzlichen Einnahmen über die Ertragsanteile sind aufgrund der zahlreichen Aufgaben und oft auch steigenden vertraglichen oder gesetzlichen Kosten im Landesbudget dringend notwendig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Hohes Haus!

Der Landesvoranschlag 2017 ist eindeutig wachstumsorientiert. Im gleichen Ausmaß ist die burgenländische Budgetpolitik sparsam gehalten. Gemäß dem Zitat von Samuel Smiles: „Die Sparsamkeit ist die Tochter der Vorsicht, die Schwester der

Mäßigung und die Mutter der Freiheit“, können wir keine Ausgaben zulassen, die sich nicht nachhaltig positiv auf die Landesentwicklung auswirken.

Der eingeschlagene Pfad von Einsparungs- und Reformmaßnahmen wird konsequent fortgesetzt. Wir nutzen die Chance, Altlasten über Bord zu werfen und neue Strukturen zu schaffen. Die Regierung hat sich im Regierungsübereinkommen 2015 bis 2020 zu einer transparenten, effizienten und modernen öffentlichen Verwaltung bekannt.

Gesetzliche Maßnahmen werden laufend auf ihre Reformierbarkeit untersucht und unnötig komplizierte Verwaltungsabläufe zweckmäßig abgeändert. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf die Aufhebung vom Gemeinde-Investitionsfonds, die Novelle des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes sowie des Kulturförderungsgesetzes, die Reform des Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes, das neue Tourismusgesetz, die Reformen im Bereich des Dienstrechts oder auch auf die im Landtag noch zu behandelnde Gemeinderechts-Sammelnovelle, sowie die geplante umfassende Reform des Jagdrechts hingewiesen.

Ein weiterer Schwerpunkt 2017 ist die Vorbereitung auf die Modernisierung des Haushaltswesens und wirkungsorientierte Budgetierung. Das Burgenland plant mit den anderen Bundesländern gemeinsam, wie in der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) vereinbart, ab 1. Jänner 2019 auf das neue System umzusteigen.

Meine Regierungskollegen und ich treffen uns in regelmäßigen Abständen und informieren in Regierungsklausuren über begonnene beziehungsweise noch umzusetzende Reformmaßnahmen und verfolgen so das Ziel einer möglichst effizienten und wirksamen Verwendung der eingesetzten Budgetmittel.

Jede und jeder meiner Regierungskolleginnen und -kollegen geht eigenverantwortlich mit dem ihr/ihm zur Verfügung stehenden Investitionsvolumen im Rahmen der Globalbudgets mit Bedacht um, gleichzeitig sind die Einsparungsmaßnahmen gut durchdacht. Den ressortverantwortlichen Regierungsmitgliedern wird monatlich von der Finanzabteilung eine Budgetüberwachungsliste als zusätzliche Information zur besseren Kontrolle des laufenden Budgetvollzugs übermittelt.

Die gesetzten Maßnahmen zeigen bereits deutlich ihre ausgabendämpfende Wirkung beziehungsweise ziehen langfristige Einsparungseffekte nach sich. Um Synergien noch besser zu nutzen, werden entsprechend dem Regierungsprogramm auch laufend sämtliche Beteiligungen des Landes hinsichtlich ihrer Effektivität und Effizienz hinterfragt und möglichst klare und schlanke Strukturen umgesetzt. Als strategische Leitgesellschaft dient die „Burgenländische Landesholding GmbH“, die zu 100 Prozent im Landeseigentum steht.

Um das Geld, das uns die Bürgerinnen und Bürger anvertrauen gut zu nutzen, werden nicht nur die Beteiligungen des Landes durchleuchtet. Die gesamte Landesverwaltung wurde im Rahmen der Verwaltungsreform völlig umstrukturiert und am 1. Juli 2016 neu aufgestellt. Erstmals seit mehr als 40 Jahren wurde die Geschäftsordnung des Amtes der Landesregierung grundlegend abgeändert und der Geschäftsgang im Amt der Landesregierung neu geregelt. Zudem wurde zur Strukturoptimierung eine moderne Aufgabenorganisation entwickelt und zusätzlich eine Aufgabenkritik durchgeführt.

Die umgesetzte Verwaltungsreform ist der moderne Behördenwegweiser für die Zukunft. Wir sind stark in der Leistung, weil wir schlank und fit in den Strukturen sind!

Herzlichen Dank für die erfolgreiche Umsetzung an Herrn Landesamtsdirektor Hofrat Mag. Ronald Reiter mit seinen vielen „Mitkämpferinnen und Mitkämpfer“. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Hohes Haus!

Die Budgeterstellung 2017 war kein Sonntagsspaziergang. Sie wurde von einem nach wie vor fragilen wirtschaftlichen Umfeld und von strengen europäischen und nationalen Haushaltsregeln beeinflusst. Bereits ab dem Jahr 2016 darf es keine Neuverschuldung nach dem Europäischen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) mehr geben.

Um diese Vorgabe erfüllen zu können, werden von der Burgenländischen Landesregierung folgende Ziele angepeilt:

- Stabile Finanzen,
- ein ausgeglichener Haushalt sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt,
- die Erfüllung der Kriterien des österreichischen Stabilitätspaktes 2012 und
- ein kontinuierlicher Schuldenabbau ab dem Jahr 2016.

Mit dem eingeschlagenen Weg werden wir 2017 im Kernhaushalt einen Maastricht-Überschuss von 30,4 Millionen Euro erzielen und im Gesamthaushalt inklusive ausgegliederter Einheiten einen Maastricht-Überschuss von rund 23,8 Millionen Euro erreichen. Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Ergebnis sind wir die Nummer eins im Bundesländervergleich!

Die mittelfristige Planung im vorliegenden Finanzplan zeigt ebenfalls deutlich, dass die Maastricht-Ziele für die Jahre 2016 bis 2020 erreicht werden. Das Budget 2017 ist somit sowohl an die nationalen Anforderungen, als auch sämtliche EU-Vorgaben für die geforderte Finanzstabilität.

Während anderen Ländervertreterinnen und Ländervertretern die Sorgenfalten ins Gesicht geschrieben sind, wenn sie der Bund im Rahmen des Stabilitätspaktes zu einem Budget ohne Neuverschuldung verpflichtet, kann ich sagen: Wir im Burgenland haben das bereits ab 2015 geschafft.

Mit 2016 begann der Schuldenabbau. Der Finanzplan sieht vor, dass wir kontinuierlich bis 2020 2 Millionen Euro pro Jahr an Schulden reduzieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren!

Natürlich haben wir auch Verbindlichkeiten. Das ist kein Geheimnis. Aber wir können ihnen unsere finanziellen Vermögenswerte entgegensetzen. Stellen wir also die finanziellen Verbindlichkeiten des Landesvoranschlages 2017 den Forderungen und dem Geldvermögen des Landes gegenüber, so kommt auf jede Burgenländerin und jeden Burgenländer ein Guthaben von 2.363 Euro – und darauf dürfen wir durchaus stolz sein.

Damit stehen wir im Vergleich der Bundesländer - nach Vorarlberg und Tirol - an der hervorragenden dritten Stelle. Hinter uns liegen Niederösterreich mit 1.026 Euro und Oberösterreich, wo pro Kopf 292 Euro an Vermögen zu verzeichnen sind. Alle anderen Bundesländer haben pro Kopf mehr Schulden als Vermögen. Diese Daten wurden übrigens gemeinsam mit den Finanzabteilungen der anderen Bundesländer erhoben.

Der Stand der direkten Finanzschulden, das heißt (budgetrelevante Schulden) des Landes wird im Jahr 2017 um weitere 2 Millionen Euro auf 274 Millionen. Euro reduziert. Der Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 sieht eine Gesamtreduzierung der direkten Finanzschulden des Landes auf 268 Millionen Euro vor.

Die erforderlichen langfristigen Kreditfinanzierungen erfolgen ausschließlich beim Bund, abgewickelt von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA).

Das Burgenland bekennt sich zur risikoaversen Veranlagung und hat das Spekulationsverbot im Artikel 37 der Landesverfassung bereits seit 2013 verankert. Die Finanzgebarungen des Landes inklusive der ausgegliederten Einheiten nach ESVG sind risikoavers auszurichten, was auch im Budgetbeschluss 2017 eindeutig festgehalten wird.

Im Laufe des Jahres 2017 wird, wie im FAG-Paktum vereinbart, zusätzlich ein Landesgesetz zu den näheren Bestimmungen des Spekulationsverbotes verabschiedet. Der Schuldenstand des Gesamthaushaltes inklusive selbsttragender ausgegliederter Einheiten wird im Jahre 2017 rund 999 Millionen Euro betragen. In den Werten des Finanzplanes 2016-2020 ist bereits der Neu- und Ausbau des Krankenhauses Oberwart berücksichtigt.

Die Haftungsobergrenze des Landes Burgenland wurde vom LVA 2016 zum LVA 2017 um eine Milliarde Euro reduziert.

Aufgrund der Anregungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes sowie des Bundes-Rechnungshofes hat das Land Burgenland anstatt der Gewichtung der Haftungen nun eine absolute Höchstgrenze festgelegt: Die Höhe aller Haftungen – unabhängig von der Bezeichnung des Rechtsverhältnisses (Bürgschaft, Garantie etc.) – darf 2017 einen Höchstbetrag von 1,7 Milliarden Euro nicht übersteigen. Die bis Ende 2017 abreifenden Haftungen für die Bank Burgenland, sowie die Verbindlichkeiten gegenüber der Kommunalkredit Austria AG und der Wohnbau Burgenland GmbH sind in dieser Summe enthalten. Somit werden alle eingegangenen Haftungen im Nominalbetrag ausgewiesen.

Die Verschuldung des Burgenlandes (nach BRP, also Bruttoregionalprodukt) liegt im Kernhaushalt lediglich bei 3,59 Prozent. Inklusive aller öffentlichen Einheiten nach ESVG sind es nur rund 13 Prozent. Das zeigt: Kleine Einheiten sind effizient und wirtschaften erfolgreich.

Hohes Haus!

Wir haben Vertrauen in das stabile finanzielle Fundament, das wir aufgebaut haben. Wir scheuen uns nicht davor, dies jedes Jahr von einer internationalen Agentur genau überprüfen zu lassen. Seit 2008 bewertet Standard & Poor’s unsere Landesfinanzen.

Die Fähigkeit des Burgenlandes, seinen Finanzierungsverpflichtungen nachzukommen, wurde im Jahresupdate im April und im Oktober kurzfristig mit der bestmöglichen Bewertung A1+ ausgezeichnet, langfristig gab es die Note AA. Der Ratingausblick ist stabil. Die international als sehr streng geltende Ratingagentur begründete diese weiterhin sehr positiven Zensuren diesmal im Originaltext wörtlich mit „Continued Very Strong Budgetary Performance“ des Landes Burgenland.

Im internationalen Vergleich profitiert das Burgenland durch sein sehr gutes individuelles Kreditprofil, gekennzeichnet durch eine solide Haushaltsentwicklung, eine sehr niedrige haushaltsabhängige Verschuldung und einen sehr guten Zugang zu Liquidität.

Diese Bewertung ist äußerst positiv für die Landesfinanzen. Der Vermögens- und Finanzkraft wird von Standard & Poor's ein gutes Zeugnis ausgestellt. Das ist ein wichtiges Signal an die Wirtschaft sowie an alle Burgenländerinnen und Burgenländer. Es bestätigt, dass wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die richtigen finanzpolitischen Entscheidungen getroffen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Durch das Ausschöpfen der Wachstumspotentiale wollen wir für kommende Generationen die besten Voraussetzungen in unserem Bundesland schaffen. Wir setzen weiterhin auf zielorientierte Prozesse und Reformen, statt auf willkürliches, zufälliges „Stop-and-go". Damit schaffen wir Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Verlässlichkeit und Kontinuität.

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2017 und der Finanzplan für die nächsten vier Jahre liegen Ihnen vor. Sie haben die Möglichkeit, die Regierungsvorlagen ausführlich zu studieren.

Der ordentliche Landesvoranschlag 2017 ist inklusive einer Schuldentilgung in der Höhe von 2 Millionen Euro ausgeglichen.

Einnahmen in Höhe von 1.102,5 Millionen Euro stehen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüber. Die größten Einnahmensteigerungen liegen in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Finanzwirtschaft.

Die größten Ausgabensteigerungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit können teilweise durch analog einhergehende Einnahmensteigerungen sowie durch Einsparungen im Verwaltungsbereich, effektives Personalmanagement und durch eine restriktive Ausgabenpolitik bei den Ermessensausgaben durch Einbehaltung der Kreditsperre von 15 Prozent ausgeglichen werden.

Nach Empfehlung des Bundes-Rechnungshofes wird der Personalaufwand der Kranken- und Pflegeanstalten im Landesvoranschlag 2017 nicht mehr im Budget, sondern erstmals als Beilage dargestellt.

Der außerordentliche Landesvoranschlag 2017 sieht entsprechend dem Finanzplan Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 33.981.300 Euro zur Kofinanzierung der EU-Förderkulisse vor. 26,85 Millionen Euro werden aus dem ordentlichen Haushalt zugeführt. Die Differenz wird durch Refundierungen vom Land vorfinanzierter Projekte seitens der EU ausgeglichen. Die Fondsgebarung ist im Landesvoranschlag 2017 mit 254.500 Euro ebenfalls ausgeglichen.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!
Herr Präsident!
Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!
Werte Regierungsmitglieder!
Verehrte Abgeordnete des Hohen Hauses!
Meine Damen und Herren!

Ich darf Euch, meinen Kolleginnen und Kollegen in der Regierung - allen voran unserem Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz - herzlich dafür, dass ihr die herausfordernden Vorgaben für das Budget für 2017 mit viel Disziplin erfüllt und so konstruktiv und engagiert an der Erstellung des Landesvoranschlages mitgearbeitet habt.

Ihr habt gemeinsam mit euren MitarbeiterInnen viele entscheidende Impulse bei der Budgeterstellung eingebracht und so das Budget in dieser Form erst möglich gemacht.

15 Prozent Kreditsperre machen uns allen das Arbeiten nicht leicht, aber sie sind notwendig, damit das Burgenland fit für die Zukunft ist und bleibt.

Mein ganz besonderer Dank gilt heute unserer Finanzabteilung unter der Leitung von Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer, der budgetverantwortlichen Hauptreferatsleiterin OARin Uschi Fercsak, Hans Halwax und dem gesamten Team. Ihr habt mich hervorragend unterstützt und viele Nachtstunden investiert, um dem Hohen Landtag heute den Landesvoranschlag 2017 und den Finanzplan vorlegen zu können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich danke euch, dass ihr seit vielen Jahren mit viel Herzblut und Präzision an der Erstellung und Umsetzung der Landesbudgets arbeitet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrter Herr Hofrat Dr. Rauchbauer, lieber Bertl! An dich, da es das letzte Budget ist, das wir gemeinsam erstellt haben, ein spezielles und persönliches Dankeschön für die intensive und konstruktive Zusammenarbeit während der letzten 17 Jahre. Du warst ein sehr guter Berater, ein Freund und ein umsichtiger Stratege, der immer den Überblick bewahrt hat. Durch dein Wissen und deine Erfahrung hast du die richtigen Weichenstellungen in der Finanzabteilung gesetzt. Ich wünsche dir für deinen neuen Lebensabschnitt alles erdenklich Gute! *(Allgemeiner Beifall)*

Mein zweiter persönlicher Dank gilt der Frau, die mir vor einigen Tagen um fünf Uhr in der Früh den ersten Entwurf der heurigen Budgetrede gemailt hat - meiner Büroleiterin Isabell Strobl. Sie hat es wieder geschafft, meisterhaft meine inhaltlichen Wünsche und politischen Überlegungen in eine konsistente Rede zusammenzuführen.

Herzlichen Dank liebe Isabell! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landesvoranschlag 2017 ist der Wegweiser für den burgenländischen Konsolidierungskurs, der gleichzeitig finanzielle Freiräume für den weiteren Aufstieg unseres Landes schafft. Das Ziel ist der Wohlstand aller Burgenländerinnen und Burgenländer, aber auch der soziale Friede in unserem Land.

Ich ersuche Sie, dem Budget 2017 Ihre Zustimmung zu geben. Lassen Sie uns am festen finanziellen Fundament unseres Landes weiterbauen.

Ich danke Ihnen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten für die Budgetrede 2017. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 – 470, Beilage 658, und Zahl 21 – 471, Beilage 659, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, und zwar der Budgetlandtag für den 30. November und 1. Dezember 2016 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 20.20 Uhr in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 20 Uhr 11 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 20. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Mittwoch, 30. November 2016 und Donnerstag, 01. Dezember 2016

10.02 Uhr - 19.51 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Beschlussantrag über den Nachtragsvoranschlag 2016;

3. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017;

4. Beschlussantrag, mit dem der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird;

5. Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung (Burgenländische Gemeinderechts-Sammelnovelle);

6. Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird;

7. Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird;

8. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird;

9. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird;

10. Beschlussantrag, mit dem der Bericht über die Wirtschaftsförderung des Landes im Jahre 2015 zur Kenntnis genommen wird;

11. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft zur Kenntnis genommen wird;

12. Beschlussantrag, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2015 zur Kenntnis genommen wird;

13. Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2014;

14. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Landes-EDV, Beschaffung und Implementierung von Individualsoftware 2010-2015;

15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.[a] Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses mit dem der Gesamtbericht des Jugend-Landtages zur Kenntnis genommen wird;

16. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend eine umfangreiche Informations-, Anreiz- und Förderoffensive der Burgenländischen Landesregierung zur Bekämpfung des drohenden Technikermangels im Burgenland;

17. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau und Verlängerung der S31 bis Oberwart;

18. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31;

19. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Einführung des "Burgenländischen Erziehungsgeldes";

20. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend kostenfreie Museumsbesuche für junge Menschen im Burgenland;

21. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen;

22. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in die Schule;

23. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vergabe von Stipendien an Medizin-Studenten;

24. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "GIS-Gebühren abschaffen - NEIN zu "ORF-Zwangsgebühren";

25. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung der Verordnung vom 20. Juli 2007 über Beschränkungen der Schifffahrt auf burgenländischen Seen geändert wird;

26. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Fachärztemangel im Burgenland;

27. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Zinstauschgeschäfte des Landes Burgenland;

28. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend kostenfreien Spitalsaufenthalt von Kindern;

29. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp des Ausbaus der Autobahn A3;

30. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung eines Mediationsverfahrens in der Causa "Umfahrung Schützen";

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2858)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 85 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Einrichtung einer Bildungsdirektion im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2859)
Zusatzfrage: Mag.[a] Michaela R e s e t a r (S. 2861), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2862) und Edith S a c k (S. 2863)

Anfrage Nr. 86 des Abgeordneten Bernhard Hirczy an Landesrat Helmut Bieler betreffend Maßnahmen zur Vorantreibung des Baubeginns der S7 - Fürstenfelder Schnellstraße
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut B i e l e r (S. 2864)
Zusatzfrage: Bernhard H i r c z y (S. 2865 u. S. 2865), Wolfgang S o d l (S. 2866), Georg R o s n e r (S. 2867), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 2868)

Anfrage Nr. 87 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Maßnahmen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2869)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 2870 u. S. 2871) Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 2872)

Anfrage Nr. 91 der Abgeordneten Mag.[a] Regina Petrik an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Verwendung eines Briefkopfes bzw. eines persönlichen Logos, das der Wort-Bild-Marke von Burgenland Tourismus täuschend ähnlich sah
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 2873)
Zusatzfrage: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 2874 u. S. 2875)

Anfrage Nr. 92 des Abgeordneten Patrik Fazekas an Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf betreffend 7. Jugend-Landtag
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.[a] Astrid E i s e n k o p f (S. 2876)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s (S. 2877), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 2878) und Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 2878)

Anfrage Nr. 93 des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend leistbares Wohnen im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 2879)
Zusatzfrage: Mag. Kurt M a c z e k (S. 2880 u. 2881)

Verhandlungen

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 647) über den Nachtragsvoranschlag 2016 (Zahl 21 - 459) (Beilage 664);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 2882)
Redner: Manfred Kölly (S. 2883), Géza Molnár (S. 2893), Mag. Christoph Wolf, M.A., (S. 2895), Robert Hergovich (S. 2897) und Landesrat Helmut Bieler (S. 2899)
Annahme des Beschlussantrages (S. 2901)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 658) über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017 (Zahl 21 - 470) (Beilage 665);
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 2902)

Generaldebatte:
Redner: Gerhard Steier (S. 2903), Manfred Kölly (S. 2911), Mag.[a] Regina Petrik (S. 2922), Géza Molnár (S. 2928), Mag. Thomas Steiner (S. 2932) und Robert Hergovich (S. 2939)

Spezialdebatte:
I. Teil: Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, und Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 2946)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 2947), Géza Molnár (S. 2949), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 2950), Dr. Peter Rezar (S. 2953), Géza Molnar (S. 2954), Werner Friedl (S. 2955), Gerhard Steier (S. 2958), Manfred Kölly (S. 2961), Mag.[a] Regina Petrik (S. 2963), Markus Wiesler (S. 2964), Mag. Franz Steindl (S. 2967), Klaudia Friedl (S. 2970), Gerhard Steier (S. 2973), Landesrat Helmut Bieler (S. 2975), Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf (S. 2978), Wolfgang Spitzmüller (S. 2980), Mag. Kurt Maczek (S. 2982), Mag.[a] Regina Petrik (S. 2984), Markus Wiesler (S. 2987), Manfred Haidinger (S. 2988), Ing. Rudolf Strommer (S. 2990), Ewald Schnecker (S. 2994), Gerhard Steier (S. 2997), Mag. Franz Steindl (S. 2999), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 3002) und Manfred Kölly (S. 3005)
Annahme der Gruppen 0 und 1 (S. 3008)

II. Teil: Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, und Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 3009)
Redner: Gerhard Hutter (S. 3009), Mag.[a] Regina Petrik (S. 3012), Mag. Johann Richter (S. 3014), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 3016), Mag.[a] Regina Petrik (S. 3019), Doris Prohaska (S. 3022), Landeshauptmann Hans

Niessl (S. 3024), Wolfgang Spitzmüller (S. 3027), Géza Molnár (S. 3028), Mag.[a] Michaela Resetar (S. 3029), Edith Sack (S. 3031), Gerhard Steier (S. 3032), Mag.[a] Regina Petrik (S. 3035), Markus Wiesler (S. 3037), Patrik Fazekas (S. 3039), Kilian Brandstätter (S. 3041), Markus Wiesler (S. 3043), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 3044), Robert Hergovich (S. 3045), Gerhard Steier (S. 3047), Markus Wiesler (S. 3047), Klaudia Friedl (S. 3050), Landesrätin Verena Dunst (S. 3053), Patrik Fazekas (S. 3053), Christian Illedits (S. 3056), Gerhard Steier (S. 3058), Wolfgang Spitzmüller (S. 3060), Mag. Johann Richter (S. 3061), Mag. Franz Steindl (S. 3062), Günter Kovacs (S. 3064), Landesrat Helmut Bieler (S. 3066), Markus Ulram (S. 3068), Mag. Kurt Maczek (S. 3071)
Annahme der Gruppen 2 und 3 (S. 3073)

III. Teil: Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, und Gruppe 5, Gesundheit
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 3073)
Redner: Mag.[a] Regina Petrik (S. 3074), Manfred Haidinger (S. 3077), Mag. Christian Drobits (S. 3079), Bernhard Hirczy (S. 3081), Wolfgang Sodl (S. 3083), Manfred Haidinger (S. 3086), Robert Hergovich (S. 3087), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 3089), Gerhard Steier (S. 3091), Manfred Kölly (S. 3093), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 3095), Wolfgang Spitzmüller (S. 3096), Ilse Benkö (S. 3098), Mag. Christian Drobits (S. 3100), Gerhard Steier (S. 3103), Landesrätin Verena Dunst (S. 3104), Mag.[a] Regina Petrik (S. 3104), Karin Stampfel (S. 3106), Landesrätin Verena Dunst (S. 3107), Mag.[a] Regina Petrik (S. 3109), Géza Molnar (S. 3112), Mag.[a] Michaela Resetar (S. 3114), Edith Sack (S. 3116), Landesrätin Verena Dunst (S. 3118), Markus Ulram (S. 3120), Mag. Kurt Maczek (S. 3124), Manfred Kölly (S. 3126), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 3128), Wolfgang Spitzmüller (S. 3131), Karin Stampfel (S. 3133), Walter Temmel (S. 3134), Wolfgang Spitzmüller (S. 3136), Ingrid Salamon (S. 3137), Walter Temmel (S. 3140), Gerhard Steier (S. 3140), Landesrätin Mag.[a] Astrid Eisenkopf (S. 3143), Karin Stampfel (S. 3147), Wolfgang Spitzmüller (S. 3148), Günter Kovacs (S. 3148), Landesrätin Verena Dunst (S. 3149), Mag.[a] Regina Petrik (S. 3151), Manfred Haidinger (S. 3152), Georg Rosner (S. 3155), Günter Kovacs (S. 3157), Gerhard Steier (S. 3159), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 3161)
Annahme der Gruppen 4 und 5 (S. 3164)

IV. Teil: Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 3165)
Redner: Markus Wiesler (S. 3165), Georg Rosner (S. 3167), Wolfgang Sodl (S. 3168), Ingrid Salamon (S. 3170), Gerhard Steier (S. 3172), Manfred Kölly (S. 3175), Landesrat Helmut Bieler (S. 3178)
Annahme der Gruppe 6 (S. 3181)

V. Teil: Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, Gruppe 8, Dienstleistungen, und Gruppe 9, Finanzwirtschaft
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 3181)
Redner: Gerhard Hutter (S. 3182), Wolfgang Spitzmüller (S. 3184), Karin

S t a m p f e l (S. 3185), Walter T e m m e l (S. 3186), Wolfgang S o d l (S. 3188), Gerhard S t e i e r (S. 3191), Landesrätin Verena D u n s t (S. 3194), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 3197), Wolfgang S o d l (S. 3199), Gerhard S t e i e r (S. 3201), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 3202), Mag. Johann R i c h t e r (S. 3206), Christian I l l e d i t s (S. 3207), Gerhard S t e i e r (S. 3210), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3212), Mag. Christian D r o b i t s (S. 3216), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 3219), Géza M o l n á r (S. 3221), Mag. Christoph W o l f (S. 3223), Robert H e r g o v i c h (S. 3226), Gerhard S t e i e r (S. 3229), Landesrat Helmut B i e l e r (S. 3230), Manfred K ö l l y (S. 3232), Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 3235), Ilse B e n k ö (S. 3238), Mag. Christian S a g a r t z, BA, (S. 3240), Christian I l l e d i t s (S. 3243), Landesrat Helmut B i e l e r (S. 3245)
Annahme der Gruppen 7, 8 und 9 (S. 3247)
Annahme des ordentlichen Landesvoranschlages für das Jahr 2016 (S. 3247)

VI. Teil: Außerordentlicher Landesvoranschlag für das Jahr 2016
Generalberichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3248)
Annahme des außerordentlichen Landesvoranschlages für das Jahr 2016 (S. 3248)

VII., VIII. und IX. Teil: Stellenplan des Landes, der Sondervoranschläge der Fonds und des Stellenplanes der Landeslehrer
Generalberichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3248)
Annahme des Stellenplanes des Landes, der Sondervoranschläge der Fonds und des Stellenplanes der Landeslehrer (S. 3249)

Durchführungsbeschluss
Generalberichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3249)
Annahme des Durchführungsbeschlusses (S. 3250)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 659), mit dem der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird (Zahl 21 - 471) (Beilage 666);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3251)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3251)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 652) über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung (Burgenländische Gemeinderechts-Sammelnovelle) (Zahl 21 - 464) (Beilage 667);
Berichterstatterin: Klaudia F r i e d l (S. 3251)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 3252)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3254)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 651), mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 463) (Beilage 668);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 3255)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3255)

Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 649), mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 461) (Beilage 669);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3255)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3256)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 648), mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 460) (Beilage 670);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 3256)
Redner: Mag. Franz S t e i n d l (S. 3256)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3257)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 653), mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 465) (Beilage 671);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 3257)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3258)

Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 650), mit dem der Bericht über die Wirtschaftsförderung des Landes im Jahre 2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 462) (Beilage 672);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 3258)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3258)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 643), mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 455) (Beilage 673);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3259)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3259)

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 632), mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 453) (Beilage 674);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 3259)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3259)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 644) betreffend EU-Finanzbericht 2014 (Zahl 21 - 456) (Beilage 675);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 3260)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 3260)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 646) betreffend Landes-EDV, Beschaffung und Implementierung von Individualsoftware 2010-2015 (Zahl 21 - 458) (Beilage 676);
Berichterstatter: Markus U l r a m (S. 3260)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 3261)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.[a] Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 654) mit dem der Gesamtbericht des Jugend-Landtages zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 466) (Beilage 677);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 3261)
Annahme des Beschlusses (S. 3261)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 459) betreffend eine umfangreiche Informations-, Anreiz- und Förderoffensive der Burgenländischen Landesregierung zur Bekämpfung des drohenden Technikermangels im Burgenland (Zahl 21 - 319) (Beilage 678);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 3262)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3262)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 505) betreffend Ausbau und Verlängerung der S31 bis Oberwart (Zahl 21 - 353) (Beilage 679);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 3262)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3263)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 506) betreffend Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31 (Zahl 21 - 354) (Beilage 680);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 3263)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3264)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 562) betreffend "Einführung des "Burgenländischen Erziehungsgeldes" (Zahl 21 - 391) (Beilage 681);
Berichterstatterin: Edith S a c k (S. 3264)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3264)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 602) betreffend kostenfreie Museumsbesuche für junge Menschen im Burgenland (Zahl 21 - 423) (Beilage 682);
Berichterstatter: Patrik F a z e k a s (S. 3265)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3265)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 603) betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen (Zahl 21 - 424) (Beilage 683);
Berichterstatter: Patrik F a z e k a s (S. 3266)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3267)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 604) betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in die Schule (Zahl 21 - 425) (Beilage 684);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3267)
Redner: Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3267)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3268)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 656) betreffend Vergabe von Stipendien an Medizin-Studenten (Zahl 21 - 468) (Beilage 685);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3268)
Redner: Georg R o s n e r (S. 3268)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3269)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 616) betreffend "GIS-Gebühren abschaffen - NEIN zu "ORF-Zwangsgebühren" (Zahl 21 - 437) (Beilage 686);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 3270)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3270)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3271)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 374) betreffend Änderung der Verordnung vom 20. Juli 2007 über Beschränkungen der Schifffahrt auf burgenländischen Seen geändert wird (Zahl 21 - 254) (Beilage 687);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 3271)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3271)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 458) betreffend Maßnahmen gegen Fachärztemangel im Burgenland (Zahl 21 - 318) (Beilage 688);
Berichterstatter: Manfred H a i d i n g e r (S. 3272)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3272)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 368) betreffend der Zinstauschgeschäfte des Landes Burgenland (Zahl 21 - 248) (Beilage 689);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 3273)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3273)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 657) betreffend kostenfreien Spitalsaufenthalt von Kindern (Zahl 21 - 469) (Beilage 690);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3273)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3274)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 642) betreffend Stopp des Ausbaus der Autobahn A3 (Zahl 21 - 454) (Beilage 691);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3274)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 3275)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3275)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 539) betreffend Einleitung eines Mediationsverfahrens in der Causa "Umfahrung Schützen" (Zahl 21 - 387) (Beilage 692);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 3275)
Redner: Mag.[a] Regina P e t r i k (S. 3276)
Ablehnung des Entschließungsantrages (S. 3277)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2858)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, Damen und Herren auf der Regierungsbank und die Zuseher und Zuhörer, die uns hier auf den Tribünen oder über das Internet beiwohnen!

Ich e r ö f f n e die 20. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtlichen Verhandlungsschriften der 18. und 19. Sitzung sind geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie sind unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 20. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Mittwoch, dem 30. November 2016. Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens zugestimmt wird (Zahl 21 - 479) (Beilage 696);
2. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit zugestimmt wird (Zahl 21 - 480) (Beilage 697);
3. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 481) (Beilage 698);
4. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird, zugestimmt wird (Zahl 21 - 482) (Beilage 699);
5. Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 21 - 483) (Beilage 700);
6. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der Regelungen zu Haftungsobergrenzen vereinheitlicht werden - HOG-Vereinbarung, zugestimmt wird (Zahl 21 - 484) (Beilage 701);

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Top-Jugendpaket (Zahl 21 - 473) (Beilage 661);
2. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verschleierungsverbot (Zahl 21 - 485) (Beilage 702);

eingelangt.

Weiters ist das

Verlangen der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Walter Temmel, Ing. Rudolf Strommer, Georg Rosner, Mag. Franz Steindl, Mag.a Michaela Resetar, Markus Ulram, Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Gerhard Steier, Manfred Kölly, Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller gemäß § 27 GeOLT auf Beauftragung des Rechnungshofes mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsprüfung betreffend die Überprüfung der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Burgenländischen Krankenanstalten Ges.m.b.H. (KRAGES) sowie des Landes Burgenland hinsichtlich der Planung, Sanierung sowie des bevorstehenden Neubaus des Krankenhauses Oberwart im Zeitraum 2004 bis 2016 (Zahl 21 - 472) (Beilage 660);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landtagspräsidenten Christian Illedits betreffend Anfragebeantwortungen (Zahl 21 - 475) (Beilage 663);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Theaterrüscherl „Alles in einem Rausch“ (Zahl 21 - 476) (Beilage 693);
3. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Sicherheitspartner (Zahl 21 - 477) (Beilage 694);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 419) betreffend regionale Lebensmittel (Zahl 21 - 474) (Beilage 662);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 426) betreffend Eingliederungshilfen (Zahl 21 - 478) (Beilage 695);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 479, Beilage 696, Zahl 21 - 480, Beilage 697,Zahl 21 - 481, Beilage 698, Zahl 21 - 482, Beilage 699, und Zahl 21 - 484, Beilage 701, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 473, Beilage 661, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 483, Beilage 700, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss und

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 485, Beilage 702, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 476, Beilage 693, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler und

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 477, Beilage 694, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz zur Beantwortung übermittelt.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 475, Beilage 663, ist an mich gerichtet und wird fristgerecht beantwortet.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 474, Beilage 662, und Zahl 21 - 478, Beilage 695, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das von den Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Walter Temmel, Ing. Rudolf Strommer, Georg Rosner, Mag. Franz Steindl, Mag.a Michaela Resetar, Markus Ulram, Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Gerhard Steier, Manfred Kölly, Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller eingebrachte Verlangen gemäß § 27 GeOLT auf Beauftragung des Rechnungshofes mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsprüfung betreffend die Überprüfung der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Burgenländischen Krankenanstalten Ges.m.b.H. (KRAGES) sowie des Landes Burgenland hinsichtlich der Planung, Sanierung sowie des bevorstehenden Neubaus des Krankenhauses Oberwart im Zeitraum 2004 bis 2016, Zahl 21 - 472, Beilage 660, wurde gemäß § 27 Abs. 2 i.V.m. § 36 GeOLT allen Landtagsabgeordneten zugestellt und gemäß § 27 Abs. 3 GeOLT unverzüglich der Präsidentin des Rechnungshofes Dr. Margit Kraker weitergeleitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 10 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Seit Jahren wird die Umsetzung einer Bildungsdirektion diskutiert. Auch Sie sprechen in Ihrer Funktion als Landesschulratspräsident immer wieder von einer modernen Bildungsdirektion mit schlanken Strukturen.

Wann ist mit der Errichtung einer Bildungsdirektion im Burgenland zu rechnen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann! Hohes Haus! Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen wunderschönen guten Morgen. Wir haben im Burgenland praktisch schon die Bildungsdirektion.

Warum haben wir die Bildungsdirektion? Weil die Burgenländische Landesregierung im Jahr 2006, aus meiner Sicht, einen sehr guten Beschluss gefasst hat. Nämlich, das zu tun, was einige andere Bundesländer schon getan haben, den Pflichtschulbereich in den Landesschulrat einzubringen.

Das haben manche Bundesländer nicht getan, weil, zum Beispiel, die westlichen Bundesländer, wie Tirol, Vorarlberg oder Salzburg, sagen, wir geben keine Kompetenzen

des Landes in eine Bundesbehörde, weil wir damit Kompetenzen abgeben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben uns das damals überlegt und haben gesagt, wir machen das schon. Weil das auch die westlichen nicht haben, aber die östlichen Bundesländer das haben. Weil es gut ist, wenn man die Kompetenzen bündelt. Wir haben auch kein Problem damit, wenn das eine Bundesbehörde ist und wir Landeskompetenzen dort einbringen. Warum? Weil es wieder ein kleiner Schritt in Richtung Verwaltungsvereinfachung, in Richtung einer schlanken und effizienteren Verwaltung ist.

Dass das weiter Landesschulrat heißt und nicht Bildungsdirektion, liegt auch am Bund. Weil der Bund den Namen der eigenen Behörde festlegt, denn das ist keine Landesbehörde, sondern eine Bundesbehörde. Wir haben auch damit kein Problem. Wir sind auch damit gut gefahren. Genauso, wie Niederösterreich damit gut gefahren ist, genauso, wie Wien damit gut gefahren ist. Oberösterreich und Salzburg und die anderen Westlichen haben es eben nicht so gehandhabt. Weil der einzige Grund ist, wir geben keine Kompetenzen des Landes an eine Bundesbehörde ab.

Es wird oft behauptet, die Länder wollen im Bildungsbereich alles an sich krallen. Tatsache ist, dass wir seit dem Jahr 2006 vieles oder den Pflichtschullehrerbereich an die Bundesbehörde abgegeben haben. Das System funktioniert und ist sogar effizienter geworden. Das muss eigentlich in Zukunft auch der Weg sein.

Österreich investiert sehr viel in den Bildungsbereich. Aber wir wissen, dass nur jeder zweite Euro bei den Kindern, bei den Jugendlichen ankommt. Da muss man schauen, wie man mehr Geld ins Klassenzimmer bringt und die Verwaltung eben etwas schlanker macht. Genau das haben wir getan. Ein guter Beschluss.

Der Präsident des Landesschulrates ist eigentlich bei uns auch der Bildungsdirektor, obwohl er anders heißt, aber er nimmt diese Aufgaben wahr. Weil er immer wieder mit Allen, die im Bildungsbereich tätig sind, zusammenkommt. Das reicht von der Frühkindpädagogik bis hin zu den Fachhochschulen, bis hin zur Erwachsenenbildung. Genau so sollte auch eine moderne Verwaltung aussehen nämlich, dass alle, die im Bildungsbereich von der Frühkindpädagogik bis hin zur Erwachsenenbildung, zur Pädagogischen Hochschule oder zur Fachhochschule, zusammenkommen, eine Vernetzung stattfindet und Synergien genützt werden.

Immer mit einem Ziel: Wie können wir die Qualität der Bildung von der Elementarpädagogik über die Erwachsenenbildung bis zur Fachhochschule weiter anheben? Sie kennen unsere Bildungsdaten im Burgenland. Wir haben die höchste Kinderbetreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen und sind damit die Nummer Eins in Österreich. Auch da wurde in der Vergangenheit von Seiten der Gemeinden, das muss man natürlich an erster Stelle dazu stellen, mit den Rahmenbedingungen von Seiten des Landes, sehr gute Arbeit geleistet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben die höchste Maturantenquote, wir haben 2.250 Studentinnen und Studenten an der Fachhochschule Burgenland, wir haben eine sehr gute Pädagoginnen- und Pädagogenausbildung im Bereich der Pädagogischen Hochschule, wo mit der Universität Graz und auch mit Klagenfurt kooperiert wird, wo wir auch bei der Lehrerausbildung und Fortbildung diese Vernetzungen machen, wo auch die Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen die gleichen Fortbildungsmöglichkeiten haben, wie das im Pflichtschulbereich der Fall ist.

Der Weg geht also in die Richtung, dass auch die Elementarpädagogik in den nächsten Jahren stark aufgewertet wird, dass die Fortbildung schon auf dieser modernen

Basis steht, und wir quasi diese Bildungsdirektion, die Sie angesprochen haben, seit dem Jahr 2006 im Burgenland haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Resetar.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die mobile pädagogische, psychologische Beratung der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner ist und war ein Erfolgsmodell. Es wurde zwar von vielen belächelt, und die einen oder anderen haben auch gemeint: Brauchen die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen wirklich Psychologen?

In diesen zehn Jahren, in denen ich als Regierungsmitglied für diesen Bereich Verantwortung tragen durfte, sind viele pädagogische, zwischenmenschliche Probleme durch diese Beratung erfolgreich gelöst worden. Nämlich, Probleme mit Kindern, mit Eltern und mit Pädagogen.

Bei der Beantwortung der mündlichen Anfrage im Landtag am 20.10.2016 zur mobilen pädagogischen Beratung sagten Sie, dass es für Sie zwischen Kindergarten und Volksschule keinen Unterschied gibt, und dass Sie im Kindergartenbereich ähnliche Strukturen aufbauen möchten. Sie erwähnten dabei Schulpsychologen und Landesschulinspektor.

Wie ist nun der Stand der Dinge bei den Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Danke auch für diese Frage, weil man da einiges aufklären muss.

Es war tatsächlich so, wie Sie gesagt haben, dass von externen Stellen Psychologinnen und Psychologen in den Kindergarten gekommen sind, wobei die Frage zu klären ist, auf welcher rechtlicher Basis? Weil kindergartenfremde Personen nicht in den Kindergarten hineindürfen, genauso, wie schulfremde Personen nicht in die Schule hineindürfen.

Zweitens hat diese Sache im Jahr, glaube ich, 30.000 Euro gekostet. Das ist natürlich eine nicht unbeträchtliche Summe. Aber, mir geht es hier nicht um das Geld, weil wir jetzt eine Lösung gefunden haben, die deutlich mehr kostet, nämlich, dass eine Psychologin fix beim Land angestellt ist.

Hier haben wir jemanden, die als Landesbedienstete, als Kindergartenexpertin, eine Kindergartenausbildung hat, ebenfalls alle sonderpädagogischen Kindergartenausbildungen hat und ein abgeschlossenes Psychologiestudium hat. Nämlich, dass wir nicht von Extern etwas dazu nehmen, sondern dass wir diese Kompetenz zurückgenommen haben und gesagt haben, diese Fachkraft, die Psychologieausbildung hat, die Kindergartenpädagogin ist, die Praxis im Kindergarten hat, übernimmt diese Aufgabe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass das eine teurere Lösung ist, das muss man auch dazu sagen. Aber, es ist rechtlich abgesichert, dass eine Landesbedienstete als Fachinspektorin bei Problemen sofort in den Kindergarten hineingehen kann und es wie überall im Bildungsbereich, und das ist ja im Pflichtschulbereich selbstverständlich, einmal die Kindergartenpädagogin, die Kindergartenleiterin, die Fachinspektorin zu informieren ist, und dann die entsprechenden Entscheidungen zu treffen sind.

Dass man vom Kindergarten aus Externe anruft und sagt, bitte kommt hier her, ist rechtlich mehr als bedenklich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann! Ich muss nur darauf hinweisen, dass die rechtliche Situation sehr wohl geklärt war. Es gab einen Vertrag zwischen jener Institution, die das organisiert hat und dem Land. Das war alles vertraglich genau geregelt, nur wurden die Mittel in den letzten Jahren massiv gekürzt.

Ich kenne mich da ein bisschen aus, weil ich dieses Projekt auch mitbetreut habe. Das stimmt nicht, dass die rechtliche Situation hier nicht geklärt war. Das ist wie bei allen ausgelagerten Diensten so gegangen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Da kenne ich mich recht gut aus.

Meine Frage an Sie ist: Habe ich es richtig verstanden, dass nach der jetzigen Konstruktion jene Person, die als Fachinspektorin angestellt wurde oder angestellt wird, wobei ich von ihr auch schon fachlich einiges sehr Gutes gehört habe, gleichzeitig die Beraterin ist?

Also, dass die Inspektorin gleichzeitig Beratungsfunktion haben soll? Habe ich das richtig verstanden?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie sind gescheiter als die Juristen des Landes. Ich gehe davon aus, dass Sie sich auch hier … *(Abg. Manfred Kölly: Na, muss das jetzt sein? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Na ja, weil die Juristen sagen da etwas anderes. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: 10 Jahre lang! Doch 10 Jahre lang!)*

Ich kann keinen Vertrag machen, dass jemand in die Schule hineinkommt, wenn das gegen das Gesetz ist. Da nützt auch der Vertrag nichts. *(Abg. Manfred Kölly: Was soll das jetzt?)* Wenn das aber passiert, dann muss man den Vertrag ändern, weil es keine gesetzliche Basis dafür gibt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Immerhin lief das so 10 Jahre lang.)*

Das war so, das habe ich so zur Kenntnis genommen, aber wir haben eine bessere Lösung gefunden, auch eine teurere Lösung, weil die Kindergartenpsychologin natürlich auch Beraterin ist und zu jeder Zeit, wenn es einen Akutfall gibt, angerufen werden kann, dorthin kommt, und vor Ort das Problem lösen kann, weil sie die rechtlichen Möglichkeiten dazu hat.

Erklären Sie mir das bitte: Wie soll jemand, auch wenn man einen Vertrag hat, das Problem vor Ort lösen können, wenn er gar nicht rechtlich dazu legitimiert ist? Das geht aufgrund der Gesetzgebung nicht, dass hier Externe bei Konflikten hereinkommen, ohne dass das es einen Dienstweg geht. Genauso, wie es im Pflichtschulbereich ist.

Sprechen Sie bitte mit den entsprechenden Juristen, die sich in dem Bereich auskennen, dann werden Sie sehen, dass Ihre Meinung in diesem Fall nicht stimmt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Edith Sack.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Durch die Bündelung der Bildungsagenden sind Sie auch für die Elementarpädagogik das zuständige Regierungsmitglied. Wie viele Einrichtungen, Pädagoginnen und Pädagogen, und vor allem Kinder im Burgenland profitieren von den Förderungen des Landes im Elementarpädagogikbereich?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe es bereits kurz angedeutet, dass der Elementarpädagogikbereich immer wichtiger wird. Es ist vieles von den Gemeinden und vom Land gemacht worden, aber wir müssen hier noch weitere Schritte setzen.

So, zum Beispiel, im Qualitätsbereich, nämlich, dass man aufgrund von gesetzlichen Grundlagen arbeitet. Dass wir eine studierte Psychologin beim Land Burgenland angestellt haben, das ist schon ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Warum ist es so wichtig? Wir haben, zum Beispiel, 288 Einrichtungen im Burgenland, 70 Kinderkrippen, 128 Kindergärten, 63 alterserweiterte Kindergärten und 27 Horte. Wir haben 1.400 Pädagoginnen und ein paar Pädagogen, die in diesem Beruf aktiv tätig sind. Das ist eine riesige Summe und wir haben 10.700 Kinder. Man sieht also, welch großen Stellenwert, auch von der Anzahl der Pädagoginnen und Pädagogen, und der Kinder einmal betrachtet, die Elementarpädagogik hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Land Burgenland, und das ist jetzt die konkrete Antwort, gibt 30 Millionen Euro für die Elementarpädagogik aus. Sie werden das im Budget sehen. Von diesen 30 Millionen Euro sind 26,7 Millionen Euro reiner Landesanteil, den der Finanzlandesrat budgetiert hat. Das andere kommt vom Bund. Das Land fördert somit, zum Beispiel, die Errichtung und Sanierung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Kinderkrippen, 20 Prozent der Baukosten, 30 Prozent bei Gemeinde überschreitenden Kinderbetreuungseinrichtungen. Der Beitrag, der Familienbeitrag, Zuschuss zu den Kindergartengebühren.

Es gibt viele Gemeinden im Burgenland, die mit Unterstützung der Gemeinde und mit Unterstützung des Landes auch den Gratiskindergarten und die Gratiskinderkrippe umsetzen. Es ist einer großen finanziellen Belastung der Gemeinden und einer großen Kraftanstrengung des Landes Burgenland zu verdanken, dass man in vielen Gemeinden wirklich den Gratiskindergarten hat.

Wir geben im Bereich der Fortbildung sehr viel Geld aus, nämlich, im Bereich der Elementarpädagogik, wo wir ebenfalls 40.000 Euro für die Pädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung stellen. Das ist ein umfassendes Programm, aber das ist sehr wichtig für die Entwicklung der Kinder.

Die Elementarpädagogik wird immer wichtiger und mit dieser Entscheidung, nämlich, eine ausgebildete Kindergartenpädagogin und studierte Psychologin anzustellen, wird natürlich die Qualität weiter angehoben werden und das Angebot für die Gemeinden und die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen ein noch ein besseres werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Zusatzfragen mehr gestellt werden, kommen wir zur 2. Anfrage. Sie ist von Herrn Abgeordneten Hirczy an Herrn Landesrat Bieler gerichtet.

Ich ersuche daher Herr Abgeordneten Hirczy um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Seit Jahrzehnten wird die Bevölkerung im Bezirk Jennersdorf mit dem Baustart der S7 vertröstet. Bis jetzt ist – bis auf Fototermine und mehrere Spatenstiche – nicht viel passiert.

Was unternehmen Sie, um den Baubeginn der S7 – Fürstenfelder Schnellstraße endlich voranzutreiben?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Der Zeitpunkt der Anfrage ist denkbar ungünstig für Sie. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Sie wollen hier den Eindruck erwecken, als hätte das Land oder ich irgendetwas verabsäumt oder falsch gemacht und eine Zuständigkeit gehabt.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Sie wissen genau, dass die Finanzierung, die Planung, die Umsetzung, alle Vorbereitungen, alle Verhandlungen, seitens des Bundes - heißt ASFiNAG - durchgeführt wurden und es daher nicht möglich war, dass wir uns hier eingemischt hätten.

Der Herr Landeshauptmann und ich sind von Beginn an, und das seit 18 Jahren, hinter diesem Projekt gestanden. Wir haben viele Diskussionen durchgeführt, mit der Bevölkerung. Wir haben uns dort den Fragen gestellt. Das habe ich bei Ihnen oft vermisst. Die ÖVP hat sich da eher hinten angestellt und hat dann, wenn irgendetwas nicht rund gelaufen ist, so wie Sie das auch jetzt vermuten, dann Schuldzuweisungen durchgeführt.

Wir haben mit dem Ministerium gesprochen, wir haben mit der ASFiNAG gesprochen, verhandelt, sie auch unterstützt, was die Behördenverfahren von unserer Seite aus betrifft. Was wir nicht getan haben, weil das kontraproduktiv gewesen wäre, mit den Richtern und mit der UVP-Behörde zu reden, weil das genau das Gegenteil bewirkt hätte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wäre ja noch das Schönste!)*

Aber, jetzt ist es soweit, Herr Abgeordneter, und daher ist Ihre Frage vom Inhalt her und vom Ergebnis her gut. Denn das, was Sie beabsichtigen wollten, ist dadurch etwas in den Hintergrund getreten. Die UVP-Bescheide für beide Abschnitte sind rechtskräftig. Seit 25. Oktober 2016 liegt nicht nur die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes über den Abschnitt Ost, sondern auch das Erkenntnis über den Abschnitt West vor.

Das heißt, die Beschwerde gegen den UVP-Bescheid wurde abgewiesen und es sind nun alle Bescheide rechtskräftig. Das heißt, mit Frühjahr wird mit dem Bau der S7 begonnen werden können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 2017?)* Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, was diese S7 für Projektkosten hat, welche Bedeutung sie hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben - und wir stehen nach wie vor zum Bau der S7, weil wir davon überzeugt sind, dass diese S7 wichtige Wirtschaftsimpulse für den Süden des Landes bringt. Weil Arbeitsplätze neu kommen können, weil die Region belebt wird, weil die Menschen dann wieder Perspektiven haben, dort zu bleiben und dort zu wohnen.

Insgesamt werden für beide Abschnitte 620 Millionen Euro verwendet. 480 Millionen Euro für den Abschnitt West inklusive dem Tunnel Dobersdorf und für den Osten

140 Millionen Euro. Die ASFiNAG hat uns mitgeteilt - und gestern hatten wir ein Gespräch sowohl mit dem Geschäftsführer Dipl. Ing. Schedl als auch mit dem Projektleiter Dipl. Ing. Walcher, dass die Ausschreibungen für die Baulose finalisiert sind und, wie vorgesehen, dann im Frühjahr veröffentlicht werden können.

Sodass auch mit dem Bau dieser S7 nun nach vielen Jahren, wo jeder Schritt, den die ASFiNAG gesetzt hat, beeinsprucht wurde, weil hier ein Richter es sich zum Hobby gemacht hat, alle möglichen Schritte auszunutzen. Wir leben in einem Rechtsstaat. Das heißt, jeder Bürger hat auch das Recht, das zu tun. Hier wurden allerdings die Interessen Einzelner vor die Interessen der Region, der Menschen, die dort wohnen, gestellt.

Daher kann man angesichts dieser Tatsache schon einmal hinterfragen, ob es nicht Möglichkeiten gibt, die Entscheidung schneller zu gestalten? Egal in welche Richtung. Ob es gebaut werden kann, oder nicht gebaut werden kann. 18 Jahre lang beeinsprucht zu werden, ohne bauen zu können, ist schon eine sehr harte Sache. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Grundeinlösen wurden abgewickelt oder werden derzeit fertig abgewickelt. Die Schlägerungs- und Rodungsarbeiten entlang der gesamten Strecke sind bereits seit Oktober 2015 im Gange. Auch die archäologischen Verdachtsflächen und Grabungen wurden durchgeführt und untersucht, sodass der Baubeginn mit dem Frühjahr 2017 jetzt endlich starten kann.

Ich möchte noch einmal festhalten, dass wir alle Maßnahmen unterstützt haben. Wir stehen dahinter, aber die Zuständigkeit war nie beim Land. Daher ist die Formulierung dieser Frage sehr irreführend. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Hirczy, Bitteschön.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Es freut mich sehr dass die S7 nun wirklich kommt, der Baubeginn im Frühjahr. Ich gebe Ihnen Recht und manchmal hat man das Gefühl, Sie kennen sogar schon unsere Zusatzfragen. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Aber meine konkrete Frage: *(Landesrat Helmut Bieler: Und dann bin ich nicht einmal zuständig. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nicht einmal zuständig. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht einmal zuständig und trotzdem erklärt.)* Aufgrund der Einsprüche kam es zu Verzögerungen, sind dem Land Burgenland durch diese Einsprüche konkrete Kosten entstanden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Abgeordneter! Nachdem wir keine Zuständigkeit hatten sondern nur Behördenverfahren durchgeführt haben, gab es weder Kosten für irgendwelche Baumaßnahmen oder sonst etwas. Nicht einmal die Pressekonferenzen mussten wir bestreiten weil wir da Gäste waren bei der ASFINAG.

Daher hat es nach meinem Wissen nach keinerlei Kosten, sind daher keinerlei Kosten für das Land entstanden außer zeitliche Verzögerungen, außer dass die wirtschaftliche Situation im Südburgenland durch diese Verzögerungen stark gelitten hat, die Weiterentwicklung nicht möglich war und die Menschen unter der Verkehrslawine gelitten haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Seit Jahren wird von der S7 gesprochen, seit Jahren wird geplant.

Welche konkreten Maßnahmen werden gesetzt um die Region entlang der S7, speziell im Businesspark Heiligenkreuz, für Betriebsansiedelungen interessanter zu machen und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Wäre an sich eine gute Frage für den Kollegen Petschnig, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Seid wann ist er für Finanzen zuständig?)* aber Sie werden schon wissen warum Sie mich das fragen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie sind ja für Finanzen zuständig. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Straßenbau. – Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten der SPÖ: Weil es auf dem Zettel steht.)*

Weil es dort oben steht am Zettel, ja genau. *(Abg. Walter Temmel: Was wird das jetzt? - Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie sind ja für Finanzen zuständig.)*

Sie können mich fragen welche Maßnahmen wir im Budget… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sagen Sie einfach, Sie sind unzuständig wie immer und gut ist. – Abg. Robert Hergovich: Na geh bitte. – Unruhe bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Der Herr Landesrat ist am Wort.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ) *(fortsetzend):* Hätten Sie sich fragen getraut den Blödsinn. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Unruhe bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: *(das Glockenzeichen gebend)* Herr Landesrat, bitte in der Wortwahl ein wenig vorsichtiger sein.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ) *(fortsetzend):* Wir werden heute und morgen noch die Gelegenheit haben über budgetäre Vorsorge für Infrastrukturmaßnahmen gerade in strukturschwachen Gebieten diskutieren zu können und dort werden wir dann ausführlich alle Maßnahmen diskutieren und der Kollege Petschnig wird das auch von der Regierungsbank dann tun.

Ich habe dafür gesorgt, dass im Budget mehr Gelder für Investitionen zur Verfügung stehen und die werden wir dann auch sinnvoll dort einsetzen wo es notwendig ist. Und aus unserer Überzeugung und gerade jetzt weil der Bau der S7 beginnt, ist es notwendig in den Süden zu investieren weil die Vorgänger das in der Form dort unten nicht getan haben. *(Abg. Manfred Kölly: Auch in die Schiene? – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Sodl.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke schön. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Welche Ausgleichsmaßnahmen für die Natur werden beim Bau der S7 beim ersten Abschnitt West umgesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Das ist eine sehr gute Frage. *(Heiterkeit bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Selber formuliert.)* Wir haben uns immer, wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass im Zuge einer umfassenden Bauplanung Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen gesetzt werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist das einzige.)*

Im Bereich der S7, und bitte einmal zu hören bevor Sie dauernd irgendetwas lächerlich machen wollen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da redet aber der Richtige. - Abg. Mag. Michaela Resetar: Da redet der Richtige. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Da redet der Richtige.)* Schauen Sie sich in den Spiegel einmal. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Lesen Sie das Protokoll durch von der Fragestunde, da werden Sie sehen wer was lächerlich macht.)*

Mehr als 23 Millionen Euro der gesamten Bausumme im Abschnitt West werden für Umweltschutz und Naturschutzmaßnahmen gesetzt. Das sind fast 100 Millionen Euro und das ist nicht lächerlich und es ist nicht lustig sondern ganz im Gegenteil. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben ja gesagt, das ist ein Blödsinn.)*

Da wird sehr viel Geld in die Hand genommen um hier Ausgleichsmaßnahmen setzen zu können. Wir werden zum Beispiel 14 Amphibienlaichgewässer anlegen, 18 Hektar Wiesen werden gesichert, was 25 Fußballfeldern entspricht, 24 Hektar Brachen etabliert, Waldverbesserungsmaßnahmen im Ausmaß von mehr als 100 Hektar mit 50.000 neu gepflanzten Bäumen umgesetzt, 200 Fledermauskästen und zehn Schwarzstorchhorste aufgestellt.

Das heißt, insgesamt 98 Millionen Euro, mehr als 23 Prozent der Summe werden hier verwendet und das zeigt wie umweltbewusst und wie mit der Natur verbunden die ASFINAG baut und wie die Vorgaben auch umgesetzt werden. Das ist der klare Beweis dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich hoffe ich habe auch eine gute Frage. *(Allgemeine Heiterkeit)* Und zwar die S7 wie Sie ja selbst sagen, ist eine wichtige Verbindung für Pendler aus dem Bezirk Jennersdorf, Güssing Richtung Graz, Oberwart und Wien.

Werden die notwendigen Parkplätze beziehungsweise Park & Ride Anlagen für Pendler geschaffen und vom Land dementsprechend auch nach dem Vorbild Niederösterreich mitfinanziert, wie Sie vorher ja erwähnt haben die Horste für die Störche, wird das auch vom Land finanziert?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Abgeordneter! Sie sind schon einige Jahre im Haus und müssten wissen, dass ich auch dafür nicht zuständig bin aber ich werde es trotzdem beantworten. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Aber für die Park & Ride Anlagen. - Abg. Manfred Kölly: Für die Störche nicht.)*

Da ist der Herr Landeshauptmann zuständig für die Park & Ride Plätze, beziehungsweise in diesem Abschnitt *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber Ihr sitzt ja nebeneinander.)* auch die ASFiNAG. Wir haben mit der ASFiNAG eine sehr gute Gesprächsbasis *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt.)* und haben schon nicht nur LKW-Anhaltestellen zur Überprüfung defekter LKW's mit ihnen ausverhandelt, sondern wir haben auch bereits Gespräche über Park & Ride Anlagen, über Parkplätze in diesem Bereich geführt.

Wir werden natürlich dort, wo es notwendig ist und angenommen wird, und da wird vielleicht der Herr Landeshauptmann dann in einigen anderen Stellungnahmen einiges Näheres sagen können weil, im Detail bin ich ja nicht dabei in der Raumplanung, bin ich

nicht zuständig. Aber wir werden natürlich diese Bereiche mitverhandeln und auch schauen dass die ASFiNAG in dem Bereich mit zahlt, was natürlich auch wichtig ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Herr Landesrat! Sie haben zuerst von den Ausgleichmaßnahmen was den Naturschutz angeht gesprochen. Es ist sehr schön wenn der Schaden der durch den Straßenbau passiert dann wieder repariert wird. Aber natürlich kann ein Jungbaum nie das ersetzen, wie die unzähligen gefällten Bäume. Wer in letzter Zeit dort unterwegs war sieht was dort angerichtet wurde.

Die Frage deshalb: Wurde auch daran gedacht, dass das was an mehr an CO^2 Ausstoß dadurch verursacht wird, laut dem Gutachten im Rahmen der Bewilligung 27.000 Tonnen pro Jahr, gibt es da auch Kompensationsmöglichkeiten damit das CO^2 praktisch wieder eingespart wird auf anderer Seite? Danke schön.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Da es nicht unsere Baustelle ist, kenne ich natürlich die Details dieses Bescheides noch nicht. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das betrifft das Land.)* Bitte? *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das betrifft das Land.)* Nein da sind auch nicht wir zuständig, sondern da müssen diejenigen das tun, die das auch umsetzen. Ich werde mich erkundigen und werde versuchen herauszufinden wie das zu sehen ist.

Wir setzen, wo wir zuständig sind, auf E-Mobilität. Mehrere Regierungsmitglieder haben das in der letzten Zeit auch getan, gemeinsam mit der Energie Burgenland zum Beispiel, oder auch seitens der Bundesregierung mit Maßnahmen wo man den Kauf von Elektroautos fördert, oder den Kauf von E-Mobilen attraktiver macht. *(Abg. Manfred Kölly: Da ward Ihr ja dagegen.)*

Ob es dann auch angenommen wird und wie die Entwicklung dieser Geräte ist, dass die Reichweite entsprechend erreicht werden kann, das entsprechend die Elektrotankstellen flächendeckend auch da sind, daran muss man noch stark arbeiten.

Die andere Maßnahmen oder die Frage die Sie gestellt haben, da muss ich mich erst erkundigen, da bin ich überfragt. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Danke. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist von Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Sagartz um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit EZA sollen Unterschiede in der soziökonomischen Entwicklung und in den allgemeinen Lebensbedingungen nachhaltig abgebaut werden. Laut Referatseinteilung sind Sie für diese Querschnittsmaterie zuständig.

Welche Maßnahmen haben Sie in der EZA diesbezüglich gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann! Wir haben in der Vergangenheit von Seiten der Burgenländischen Landesregierung etliche Maßnahmen gesetzt. Wir machen das natürlich auch aktuell unter zwei wesentlichen Voraussetzungen, nämlich zum einen, wir unterstützen die Menschen vor Ort.

Und wir versuchen tatsächlich hohe Sicherheit zu haben damit das Geld vor Ort ankommt, das ist uns ganz wichtig, und das nachhaltig den Menschen vor Ort geholfen wird.

Und der dritte Aspekt ist, dass wir das nicht selbst tun sondern immer wieder mit sehr professionell agierenden Einrichtungen zusammenarbeiten, wo wir die Sicherheit haben, dass die vor Ort das Geld sinnvoll, nachhaltig einsetzen.

Wir haben zum Beispiel im Jahr 2013 ein Gesundheitsprojekt im Westjordanland das mit dem österreichischen Hospiz als Projektpartner umgesetzt wurde entsprechend unterstützt, also ein doch sehr anerkannter Projektpartner.

Wir haben 2014 den Wiederaufbau nach dem Taifun auf den Philippinen also auch unterstützt, auch mit dem Projektpartner Hilfswerk und dem Österreichischen Roten Kreuz. Beide wurden finanziell unterstützt, dass im Namen des Burgenlandes vor Ort das Geld auch eingesetzt wurde. Da gibt es auch Berichte darüber.

Wir haben 2014 in Bosnien Herzegowina und Serbien den Wiederaufbau nach der Hochwasserkatastrophe unterstützt. Wiederum waren das Hilfswerk und das Rote Kreuz Projektpartner, die vor Ort agiert haben und die dieses Geld eingesetzt haben.

Wir haben 2015 auch die chinesisch-österreichischen Beziehungen mitunterstützt, vor allem was den Ausbau der Landwirtschaft, den Obstbau in China betrifft.

Und darüber hinaus haben wir mit dem Dachverband aller österreichischen-ausländischen Gesellschaften den Burgenländischen PaN-Preis ins Leben gerufen und unterstützen Persönlichkeiten die Projekte im Ausland auch umsetzen.

Wir sind sehr bekannt mit dem Herrn Franz Grandits der ein Stinatzer ist und zum Beispiel in Burkina Faso Projekte vor Ort umsetzt. Der viele Wochen, Monate in Burkina Faso, eines der ärmsten Länder in Afrika, unterstützt, vor Ort arbeitet und für mich auch ein Garant dafür ist, dass dieses Geld vor Ort sinnvoll von ihm eingesetzt wird.

Wir haben zu Beispiel HELP, medizinische Hilfe in Jemen von Mag. Norbert Bayer ein burgenländischer Apotheker, der auch in Jemen Projekte unterstützt hat.

Wir haben einem sehr totkranken Menschen aus Burkina Faso ermöglicht, dass er bei uns operiert wurde, dass er in Österreich operiert wurde, das ihm dadurch das Leben gerettet wurde.

Wir haben mechanische Nähmaschinen nach Burkina Faso vor Ort gegeben damit die Menschen dort eben damit arbeiten können. Mechanisch deswegen weil es dort auch keine Stromversorgung in einem sehr hohen Ausmaß gibt. Ich glaube 70 Prozent der Menschen dort sind Analphabeten. Franz Grandits hat dort auch Schulen errichtet, er hat ein Spital errichtet, er hat Brunnen errichtet.

Und jetzt 2016 haben wir auch Christian Teske, der gute Mensch vom Kharkhof, hilft Waisenkinder in der Ukraine, unterstützt. Also Hilfe immer vor Ort in Afrika, in Jemen, in der Ukraine, damit diese Hilfe vor Ort ankommt. Wir haben auch im heurigen Jahr den Franz Grandits unterstützt und wir werden das auch im nächsten Jahr tun.

Und ich darf Ihnen auch ein interessantes Bild zeigen, wo der Herr Grandits vor Ort ist in Burkina Faso und hat dort einen Brunnen errichtet hat. *(Landeshauptmann Hans*

Niessl zeigt ein Bild. – Abg. Mag.a Regina Petrik: Schön.) Ich glaube Wasser ist nicht nur bei uns das wichtigste Lebensmittel sondern natürlich für die Menschen in Afrika, in der ärmsten Region in Burkina Faso und da steht, wenn ich das Vorlesen darf: Brunnen gesponsert von Burgenländischer Landesregierung, Austria.

Also mit wenigen tausend Euro macht der Franz Grandits vor Ort Brunnen für Menschen und damit Hilfe vor Ort damit die Menschen dort Trinkwasser haben, damit sie überleben können. Und wir alle wissen der Klimawandel wird gerade in Afrika den Menschen sehr, sehr zusetzen und das ist einer der Beweise, dass das Geld vor Ort ankommt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Im Übrigen auch der Fennes Paul aus Deutschkreutz hat das gemacht.)*

Präsident Christian Illedits: Am Wort ist der Abgeordnete Sagartz.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ)|*(fortsetzend):* Bitte uns das zu melden, wir nehmen das gerne auf. *(Abg. Manfred Kölly: ja gerne.)* Vier Minuten dauern nicht länger sonst sagen Sie, ich rede zu lange. *(Abg. Manfred Kölly: Wir können dann nachher reden.)*

Präsident Christian Illedits: Der Herr Abgeordnete Kölly kann eine Frage stellen dann.

Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA, bitte.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Unser Außenminister Sebastian Kurz hat die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit aufgestockt, von 77 Millionen Euro auf 154 Millionen Euro. Ankommen soll, wie Sie das vorher erwähnt haben, die Hilfe vor Ort und sie ist auch dazu gedacht, dass man vielleicht den Flüchtlingsströmungen entgegen wirken kann.

Jetzt gab es aber auch die Kritik daran, Experten meinen, umso höher die Zusammenarbeit und die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit werden, umso eher wird das noch Flüchtlingsströme anfeuern, weil die Menschen erst dann merken, einen gewissen Lebensstandard zu haben und den auch ausbauen zu wollen.

Wie sehen Sie das? Wird eine derartige Aufstockung den Flüchtlingsstrom eher abmildern oder steigern?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Also ich bin nicht für die Budgetpolitik des Herrn Außenministers zuständig, da muss er die richtigen Entscheidungen treffen und vor allen Dingen Handlungen setzen. Aber grundsätzlich bin ich der Meinung, dass Menschen vor Ort geholfen werden kann.

Eine Entwicklungshilfe kann nur davon ausgehen, so wie das im Kleinen der Franz Grandits macht - das ist mein Zugang, - nämlich, dass Menschen vor Ort sind, der fliegt nach Burkina Faso. Da gibt es viele, Sie haben absolut Recht, dass ich auf viele vergessen habe. Also Sie haben jemanden aus Deutschkreutz gesagt, ich könnte zum Beispiel den Peppo Haubenwallner aus Mönchhof noch dazu sagen und viele, viele andere, die dort eigenhändig Schulen bauen.

Wenn es 70 Prozent Analphabeten gibt, die fliegen dann dorthin, der Franz Grandits hat sich sogar eine schwere Erkrankung zugezogen, nämlich Malaria, vor Ort, weil er dort immer wieder tätig ist und ist dann schwer erkrankt.

Mein Zugang, und ich glaube, das ist ein guter burgenländischer Zugang, wenn wir vor Ort dafür sorgen können, dass die Menschen in Afrika zum Beispiel einen Brunnen

haben, damit sie dort nicht verdursten, dass man vor Ort hilft, dass man eine Schule baut, damit die Menschen dort vor Ort eine Ausbildung machen können und nicht 70 Prozent Analphabeten sind.

Wenn es Expertinnen und Experten gibt, die den Menschen auch nachhaltig beibringen, wie man Landwirtschaft betreibt, um sich selbst ernähren zu können, ich glaube, das ist für mich die nachhaltige Hilfe, dafür zu sorgen, dass es Ackerbau dort gibt. Da gibt es Experten, sicher viele in Österreich, die das auch machen können.

Dass die Menschen dort Wasser haben und nicht verdursten, dass sie vor allem auch im Hinblick auf den Klimawandel eine entsprechende Wasserversorgung haben, weil ich glaube, das wird eine große Herausforderung auch in der Zukunft sein.

Wir stehen zur Hilfe vor Ort und bedienen uns professioneller Einrichtungen, ob das sehr engagierte Burgenländerinnen und Burgenländer sind, oder Hilfsorganisationen, wie das Rote Kreuz, der Samariterbund, das Hilfswerk, wer immer dort vor Ort ist und uns garantieren kann, das Geld kommt an, das sind gute Partner für das Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt wieder vom Herrn Abgeordneten Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Wir haben strategische Partnerschaften als Land Burgenland mit einer Provinz in China, soweit ich weiß und insgesamt auch mit Regionen in Deutschland. Auch der Burgenländische Landtag pflegt kulturelle Verbindungen nach Deutschland und nach Südtirol.

Können Sie sich vorstellen, wenn Sie ja schon die Projekte jetzt so genannt haben und durchaus unterstützen, dass es derartige Partnerschaften auch mit Entwicklungsländern geben kann?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Man muss immer schauen, was ist das Ziel? Was können wir tun? Und unsere Ressourcen sind so, und ich glaube, das ist gut aufgestellt, sich professioneller Partner in Österreich zu bedienen und Persönlichkeiten die vor Ort auch entsprechend tätig sind.

Ich glaube, es ist ein Unterschied, ein Land wie Österreich, die Republik, macht hier Partnerschaften oder leistet Entwicklungshilfe über das Budget, was Sie gesagt haben, das aufgestockt wurde. Und ich glaube, wir sind gut beraten, den bewährten Weg, mit Persönlichkeiten aus dem Burgenland, die in idealistischer Art und Weise vor Ort tätig sind, mit denen zu kooperieren.

Mit unseren Einrichtungen, es gibt da überhaupt keine Barrieren, wenn man sagt, es ist der Samariterbund, das ist das Rote Kreuz, das ist das Hilfswerk, wenn wir, und das haben wir ja auch bewiesen, mit diesen Einrichtungen erfolgreich vor Ort tätig sind und Hilfe vor Ort anbieten können. Das ist die größte Hilfe für die Menschen, die dort leben. Nämlich dass sie eine Zukunftsperspektive haben, eine Überlebenschance haben, und die Möglichkeit haben, dort wo sie geboren sind, auch ihre Zukunft zu verbringen.

Da brauchen wir gute Partner, wir haben die, also insofern werden wir diesen Weg in erster Linie weiter fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Präsident Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich möchte bei der ersten Zusatzfrage vom Kollegen Sagartz anknüpfen, bei der Entwicklungszusammenarbeit.

Ich bin auch Ihrer Meinung und so wie es der Außenminister macht, das wir möglichst vor Ort, jenen Menschen helfen sollen, die in ihren Heimatländern Probleme haben, dass sie wirtschaftliches Fortkommen dort finden und dieses Geld dort gut eingesetzt ist und möglichst wenige Flüchtlinge zu uns kommen.

Flüchtlingen kommen über Grenzen. Wie stehen Sie grundsätzlich zu Grenzschließungen? Ich spreche es deutlich an. *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl.)* Nein - ich spreche es deutlich an. Teile, nicht die Mehrheit, Teile der SPÖ St. Margarethen zum Beispiel, andere könnte ich genauso nennen, wollen das Grenzübergänge geschlossen werden.

Sind Schließungen von Grenzübergängen Lösungen für solche Probleme?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Schauen Sie, ich sage Ihnen einmal folgendes, ich meine, ich habe es eh schon x-mal gesagt, dass wir Kriegsflüchtlingen helfen sollen, müssen, das ist ja klar.

Dass wir aber nicht einen unkontrollierten Zuzug haben, wie im vergangenen Jahr, wo 300.000 Flüchtlinge zu uns gekommen sind und der Kontrollverlust an der Grenze, sage ich auch deutlich, das geht nicht. Und deswegen kooperieren wir auch mit dem Innenminister und mit dem Verteidigungsminister, damit dort Grenzkontrollen gemacht werden, dass dort Grenzen unter Umständen auch in Zukunft zu schließen sind, Temporär, wo es notwendig ist und auch wo es sinnvoll ist.

Da gibt es Strategen des Innenministeriums, das gibt es den Verteidigungsminister und Strategen beim österreichischen Bundesheer, die die Maßnahmen vor Ort, zur richtigen Zeit das Richtige zu tun, auch treffen müssen. Und ich sage, ich habe sowohl zum Innenminister als auch zum Verteidigungsminister Vertrauen, dass die den richtigen Weg, bei der Grenzkontrolle auch gehen.

Ja und das unterstütze ich. Die haben Experten, die haben den Nachrichtendienst, die genau wissen, was passiert zum Beispiel, wenn in der Türkei eine Million Flüchtlinge nach Europa kommen. Also muss ich ja vertrauen, dass erstens einmal, der Innenminister und der Verteidigungsminister das frühzeitig wissen. Das werden sie hoffentlich auch wissen, da bin ich überzeugt davon.

Und auf der anderen Seite haben die die richtigen Maßnahmen zu setzen, die auch auf europäischer Ebene notwendig sind.

Und solange die Außengrenze nicht kontrolliert wird, müssen wir die Binnengrenzen kontrollieren, eine klare Vorgangsweise. Und ich unterstütze beide Minister, den richtigen Weg, die richtigen Konzepte mit ihren Experten zu finden.

Eines kann es nicht geben, Kontrollverlust an der Grenze wie im letzten Jahr, das geht nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Petschnig

gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Regina Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Sehr geehrter Herr Landesrat. Sie hatten im Sommer 2016 über mehrere Wochen hinweg einen Briefkopf beziehungsweise ein persönliches Logo, dass der Wort-Bild-Marke vom Burgenland-Tourismus täuschend ähnlich sah, in Verwendung.

Daher bitte ich Sie um Beantwortung folgender Frage: Haben Sie vor Verwendung des Logos beim Burgenland-Tourismus offiziell um Erlaubnis zur Verwendung der Wort-Bild-Marke angefragt und eine entsprechende finanzielle Abgeltung dafür geleistet?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben ja heute schon die Ehre, die eine oder andere skurrile Frage zu bekommen und ich muss Ihnen ganz offen sagen, diese reiht sich für mich nahtlos in diese Reihe ein.

Ich haben Ihnen, die von Ihnen zitierten Briefköpfe nämlich mitgebracht. *(Landesrat MMag. Alexander Petschnig zeigt eine Seite mit den Briefköpfen.)* Das ist einmal der Briefkopf, den ich üblicherweise, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Im Sommer.)* nicht seit dem Sommer 2016, sondern seit 2015 verwende. Da ist vorschriftsgemäß das Land Burgenland drauf.

Ich habe den Briefkopf, den Umschlag, mitgebracht, da ist das Land Burgenland drauf und ich habe diese Glückwunschkarte mitgebracht, die ich ja Ihnen anlässlich Ihres Geburtstages vor einigen Wochen ja auch zukommen lassen durfte. Da ist der Briefkopf des Landes Burgenland und mein Konterfei drauf. Man muss also schon einmal interpretieren, was Sie mit dieser Frage überhaupt meinen?

Ich nehme an, Sie beziehen sich auf eine im Sommer, richtig, 2016 durchgeführte Facebook-Aktion auf meiner Seite, die im Prinzip eine Art Leistungsbilanz dargestellt hat. Und auch das hätten Sie sich selbst, sage ich ganz offen, sehr einfach beantworten können. Sie wären von der Antwort zwei Klicks entfernt gewesen, sehr geehrte Frau Abgeordnete, zwei Klicks. Sie hätten nämlich folgendes machen müssen.

Sie hätten auf die Seite des von Ihnen zitierten Burgenland-Tourismus unter www.burgenland.info gehen müssen. Da sind jetzt noch die Gänse drauf. Ich habe es ausgedruckt, zu dem Zeitpunkt, als die Anfrage gekommen ist. Sie hätten dort auf B2B also Buissness to Buissness gehen müssen und dann noch einmal auf Multimedia. Und dann kommen Sie auf diese Subseite und sehen, dass hier das Wappen oder das Logo, nicht nur eines das so ähnlich ausschaut, sondern das Logo für Jedermann, kostenlos zu beziehen ist, auch für die GRÜNEN zum Beispiel.

Und ich glaube, es wird dann wohl okay sein, wenn der zuständige Landesrat, das für eine entsprechende Leistungsbilanz auch verwendet. Im Übrigen ist es ja nicht nur so, dass das für den Tourismus verwendet wurde, sondern auch für etliche andere Zwecke.

Ich komme noch einmal auf das Eingangsstatement zurück, so nach dem Motto, was soll das eigentlich, beziehungsweise, was bezwecken Sie damit eigentlich? Es ist nämlich auffällig, es wurden ja mit dem Logo des Tourismus, wenn Sie daran schon anstoßen nehmen, auch Argumente aus dem Bereich Wirtschaft gerechtfertigt. Es wurde das zum Beispiel auch für den Bereich Kultur dankenswerterweise genommen, weil wir es ja verbreiten wollen. Das ist ja ganz bewusst kostenlos zur Verfügung gestellt.

Und das war Ihnen alles relativ egal. Sie haben sich auch nicht bemüßigt gefühlt, das auch irgendwann einmal aufzugreifen. Sondern es ist erst dann geschehen, als ein gewisses Posting gekommen ist, und zwar eines zum Thema Asyl. Das einzige Thema offensichtlich, das Ihnen wirklich auf dem Herzen liegt. Und das mag so sein, es gibt auch genug parlamentarische Instrumente, wie man das Thema Asyl hier zur Debatte bringen kann. Das ist Ihr gutes Recht.

Nur ich lehne es wirklich ab, dass Sie hier potentiell rufschädigend für den Burgenland-Tourismus, für die Burgenland-Tourismus GmbH unterwegs sind, indem Sie offene Briefe schreiben, und etwas skandalisieren, was gratis zum Downloaden ist. Indem Sie sich an die Volksanwaltschaft wenden, indem Sie allen möglichen Medien das zukommen lassen und eigentlich nichts dahinter steht, nichts dahinter steht.

Ich habe es Ihnen gerade nachgewiesen, Sie haben ein Notebook vor sich, Sie werden es ja nachvollziehen können. Und wirklich, ich möchte Sie wirklich ersuchen, im Sinne des Burgenland-Tourismus mit seinen 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in der Mehrzahl Mitarbeiterinnen, aber auch im Sinne des gesamten burgenländischen Tourismus, da geht es dann schon um 16.000 Menschen, die hier Arbeit finden, dass man davon Abstand nimmt, auf dem Rücken des Burgenland-Tourismus oder des burgenländischen Tourismus parteitaktische Spielchen zu spielen.

Um das möchte ich Sie ersuchen, und in diesem Sinne hoffe ich, diese Frage ausreichend beantwortet zu haben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Sie haben sicher eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich halte das ein bisschen für billig, wenn man einer Frage sachlich ausweichen will, immer nur parteipolitische Taktik.

In meiner Anfrage ging es überhaupt nicht darum, um welches politisches Thema es geht, sondern es geht darum, dass unter einem langen Prozess und unter doch großer Kostenentwicklung ein Landesbetrieb hier eine Wort-Bild-Marke entwickelt hat, die von einem Landesrat verwendet wird, in unterschiedlichen politischen Zusammenhängen.

In diesem, in dem ich es genannt hatte, war es eindeutig ein politischer Zusammenhang, ein von Ihnen gesehener parteipolitischer Zusammenhang. In der vorletzten Landtagssitzung hat der Herr Landesrat Darabos ja bestätigt, dass Sie politisch darüber überhaupt keinen Einfluss haben, womit...

Präsident Christian Illedits: Bitte Ihre Frage, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Meine Frage ist: Sie haben dann in den Wochen danach, hier etwas verändert, dass diese Burgenlandsonne ein bisschen anders ausschaut, in Ihren Postings - ich habe nie vom Briefkopf geredet. Das haben Sie gesagt.

Ich habe mich auch nie an die Volksanwaltschaft gewendet. Das haben Sie gesagt. Bitte bleiben Sie bei der Wahrheit.

Meine Frage ist: Sie verwenden jetzt nach wie vor auf Twitter, in Ihrem Statusbild die Wort-Bild-Marke vom Burgenland-Tourismus. Halten Sie es für in Ordnung, dass Regierungsmitglieder, sich der Wort-Bild-Marke des einen oder anderen Landesbetriebes auch persönlich bedienen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wie gesagt, die Frage war eigentlich schon beantwortet. Wie ich auf den Briefkopf komme, ganz einfach, indem ich Ihre Anfrage durchlese. Da steht es nämlich in der Zeile eins, Sie haben es ja selbst auch gerade vorgelesen.

Wie ich auf den Volksanwalt komme? Indem ein Schreiben an den Volksanwalt Dr. Kräuter gegangen ist, beziehungsweise von demselben gekommen ist, mit zufälligerweise genau dieselbe über den ganzen Absatz, genau dieselbe Formulierung. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: War nicht von mir.)*

Nein, das hat natürlich nichts mit Ihnen zu tun, das ist klar. Da ist irgendein Zweiter noch einmal zufälligerweise auf die gleiche Textur gekommen.

Und dass es hier leichte Änderungen gegeben hat, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Vielleicht interessiert das andere Leute auch.)* dass es hier leichte Änderungen gegeben hat, ist leicht zu argumentieren. Sie hätten zugegebenermaßen einen dritten Klick machen müssen, da sehen Sie, dass es unterschiedliche Wort-Bild-Marken vom Burgenland-Tourismus gibt. Und wenn ich einmal das nehme und dann das, und dann wieder das unten, die halt leicht anders ausschauen, dann *(Heiterkeit bei der FPÖ)* sehe ich da das große Problem nicht wirklich.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Tun Sie mir bitte den Gefallen und auch dem Burgenländischen Tourismus, den Gefallen, tun Sie zuerst recherchieren und dann denunzieren und hören Sie auf, das auf den Rücken von Betrieben zu tun, die sich in privatwirtschaftlichen Wettbewerb befinden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Frage ist nicht beantwortet.)*

Präsident Christian Illedits: Sie hätten noch die Möglichkeit einer weiteren Zusatzfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich bitte Sie dringend mit diesem Spielchen, Sie sind das arme Opfer, aufzuhören. Ich habe recherchiert! Ich habe Ihnen eine klare Frage gestellt, ich bitte Sie um Beantwortung meiner letzten Frage!

Einfach nur die Frage - halten Sie das für in Ordnung? Ja oder Nein?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Die Frage lautet, um Erlaubnis gebeten? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Meine Zusatzfrage. Können Sie bitte zuhören!)* Ja die Erlaubnis ist, weil es jeder verwenden darf. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Meine Zusatzfrage!)*

Die Frage ist, entsprechende Abgeltung dafür, warum es kostenlos zur Verfügung steht. Das ist Ihre Frage, auf grünem Papier! Ihre Frage und was die Zusatzfrage vom Kollegen Darabos betrifft, das hängt jetzt zwar direkt nicht damit zusammen, das ist ein Thema der Landesregierung als Kollegialorgan.

Ich bin Mitglied der Landesregierung, sowie die sechs Kollegen hier auch und hier werden Beschlüsse im Kollegialorgan gefasst. Jeder von uns hat genau eine von sieben Stimmen. Nicht mehr und nicht weniger. Das ist, glaube ich, wenn man die Geschäftsordnung der Landesregierung sich einmal zu Gemüte führen würde, relativ einfach nach zu verstehen und kurz und gut, diese Anfrage ist eigentlich für gar nichts. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Am 10. November 2016 findet der 7. Jugend-Landtag statt.

Inwieweit ist das Landesjugendreferat in die Vorbereitungen und die Durchführung des Jugend-Landtages eingebunden? Ich darf darauf hinweisen, dass die Anfrage geschäftsordnungsgemäß verlesen wurde, denn der Jugend-Landtag ist ja bereits bekanntlich über die Bühne gegangen.

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, Sie müssen die Frage so vorlesen, wie Sie sie eben schriftlich abgegeben haben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das hat er eh gemacht!)* Der Zusatz war nicht in der Frage, das werden Sie nachlesen können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Er hat nichts anderes gemacht! Schrecklich!)*

Frau Landesrätin Sie sind am Wort, bitte.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Vorweg möchte ich mich einmal grundsätzlich bei allen bedanken, die zum Zustandekommen des Jugend-Landtages und auch bei der Organisation mitgewirkt haben.

Die auch für das Gelingen des Jugend-Landtages hier beigetragen haben, denn ich halte es für sehr, sehr wichtig, dass die burgenländischen Jugendlichen sich in der Jugendpolitik wiederfinden, ihre Ideen auch direkt anbringen können. Das ist ganz besonders wichtig, dass man die Ideen und Meinungen direkt von den Jugendlichen abholt und da halte ich den Jugend-Landtag für eine sehr, sehr wichtige Plattform.

Das ist genau in diesem Zusammenhang ein sehr wichtiges Instrument genau diese Punkte herauszufinden, nämlich zu den Themen zu kommen, die für die Jugendlichen ganz besonders wichtig sind.

Ich glaube, auch der diesjährige Jugend-Landtag hat sehr eindrucksvoll gezeigt, dass die Jugendlichen und die jungen Burgenländerinnen und Burgenländer, egal welche Couleur, ihre Standpunkte hier sehr energisch und auch engagiert und lebendig zur Sprache gebracht haben und dass der Jugend-Landtag wirklich sehr erfolgreich über die Bühne gegangen ist.

Der Jugend-Landtag ist auch wichtig, um das politische Bildungsverständnis der Jugendlichen entsprechend zu fördern, den Jugendlichen auch nahezubringen wie wichtig das alles im gesamten politischen System ist, die Errungenschaften, auch die Demokratie entsprechend herauszustreichen. Es war sehr schön zu sehen, dass die Jugendlichen mit sehr viel Vorschlägen und Visionen für die zukünftige Entwicklung unseres Landes gekommen sind.

Heuer ist es sehr gut gelungen, das sieht man auch an den Beschlüssen, und genau da kommt Ihre Frage zum Tragen, nämlich wo das Landesjugendreferat eingebunden war.

Nämlich ich sehe die Rolle des Landesjugendreferates beim Jugend-Landtag einerseits im Vorfeld, genauso wie es auch die letzten Jahre war, in einer Information, in einer Beratung, in einer Auskunftsstelle, in einer Anlauffunktion und, wenn ich von den Beschlüssen schon gesprochen habe, dann in weiterer Folge natürlich die inhaltlichen

Beschlüsse auch entsprechend, natürlich der Ressortzuständigkeit und dem Budget entsprechend umzusetzen. Das heißt, genau dort sehe ich die Rolle des Landesjugendreferates was den Jugend-Landtag betrifft.

Der Jugend-Landtag selbst ist - wie Sie ja alle wissen - ein Instrument des Landtages. Das ergibt sich schon aus dem Prinzip der Gewaltentrennung und genau dort sollte diese Trennung stattfinden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Fazekas.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzte Frau Landesrätin! Ich teile Ihren Zugang zum Jugend-Landtag nicht. Klar, dass dieser Jugend-Landtag eine Showbühne für den Politiknachwuchs ist und eine Reform des Jugend-Landtages notwendig wäre.

Wie stehen Sie zur Idee statt dem Jugend-Landtag ein Schüler- und Lehrlingsparlament zu verankern, dass nach den gesetzlich gewählten Schüler- und Lehrlingsvertretern besetzt wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Ich bin grundsätzlich für alle Ideen offen. Ich sage es nur noch einmal, der Jugend-Landtag ist ein Instrument des Landtages selbst und soweit ich weiß, ist der genauso in der Präsidiale, auch mit den Stimmen der ÖVP, genau in dieser Art und Weise wie er über die Bühne gegangen ist, beschlossen worden. Das war ein einstimmiger Beschluss. Abgesehen davon, halte ich es auch für sinnvoll einen Jugend-Landtag so abzuhalten, wie er dann auch in Wirklichkeit stattfindet.

Das ist ja Sinn und Zweck des Ganzen, den Jugendlichen zu zeigen, wie eine Landtagssitzung zu erfolgen hat. Wie man zu Beschlüssen kommt, wie man gemeinsam diese Anträge auch erarbeitet. Aber, wie gesagt, ich bin grundsätzlich für alle Ideen offen, die das politische Selbstverständnis der Jugendlichen fördert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Laut meinem Wissensstand ist die Präsidiale ein beratendes Gremium und kein Beschlussgremium. Zu meiner Zusatzfrage, der Grundgedanke des Jugend-Landtages, Sie haben es erwähnt, ist Demokratie erlebbar, spürbar zu machen.

Weitere Partizipationsmöglichkeiten bieten, meiner Meinung nach, Podiumsdiskussionen an Schulen, wo Politiker mit den Schülern und Schülerinnen diskutieren. In anderen Bundesländern ist das gang und gäbe, wird regelmäßig auch in Jahren organisiert wo keine Wahl stattfindet.

Wieso werden Podiumsdiskussionen an Schulen im Burgenland nicht forciert?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst wollte ich die Ergebnisse des großen Beteiligungsprozesses abwarten und dann entsprechend den Ideen und Anregungen der Jugendlichen die Arbeit des Landesjugendreferates auch gestalten.

Selbstverständlich ist mir die politische Bildung der Jugendlichen auch ein Herzensanliegen und genau deswegen sind wir auch bereits gemeinsam mit dem Landesschulrat hier dabei, entsprechende Veranstaltungen für das nächste Jahr zu planen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Das Jahr 2016 neigt sich dem Ende zu.

Welche Maßnahmen werden Sie im nächsten Jahr im Bereich der Jugendarbeit setzen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir werden noch im Jahr 2017 sowohl Bewährtes als auch Neues an Angeboten kombinieren.

Ich kann Ihnen einige Aktivitäten des Landesjugendreferates aufzählen, die bereits für das Jahr 2017 fix geplant sind. Das ist unter anderem der Karaoke Wettbewerb, das ist eine sehr beliebte Plattform, vor allem für öffentliche Auftritte bei Jugendlichen, genauso wie der Bandwettbewerb.

Das heißt, diese Musikschiene wird auch weiter forciert werden. Die Song Challenge, möglicherweise in einer etwas adaptierten Form. Was vor allem die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen betrifft, die vielleicht nicht auf den ersten Plätzen gereiht waren.

Genauso wird jetzt nächstes Jahr auch den Young Impuls Award geben, wie er heuer schon das erste Mal über die Bühne gegangen ist. Nächstes Jahr wird auch das Landesjugendsingen wieder im Burgenland stattfinden, wo das Landesjugendreferat dann natürlich auch sehr gerne unterstützt.

Wir werden seitens des Landesjugendreferates auch ganz verstärkt kommunale Angebote für Jugendliche fördern im nächsten Jahr. Genauso werden wir auch einen Schwerpunkt auf Informationsarbeit bei Bildung und Ausbildung setzen, hier vor allem was die Modernisierung bei Förderungen betrifft hinblicklich sozialer Staffelungen.

Es wird gerade an einem Einführungskurs für außerschulische Jugendarbeit gemeinsam mit Vertretern des Landesjugendforums gearbeitet. Auch das wird eine neue Initiative im nächsten Jahr sein und selbstverständlich, aufbauend auf den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses, werden hier zusätzlich Initiativen gesetzt werden, die von den Jugendlichen selbst kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Frau Landesrätin, Sie haben vor eineinhalb Jahren, bei Ihrem Amtsantritt als erste Aktion die Politikwerkstatt abgeschafft. Ein sehr erfolgreiches Projekt wo Jugendliche, Schulklassen, mitbestimmen haben können. Sie haben hautnah miterlebt wie politische Prozesse funktionieren. Im nächsten Jahr gibt es keine Mitbestimmungsmöglichkeiten in diesem Rahmen.

Warum haben Sie das abgeschafft und welche Möglichkeiten gibt es hier noch in dieser Weise ein Projekt zu starten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe es vorhin schon gesagt. Es gibt hier Gespräche und Arbeitsgruppen mit dem Landesschulrat gemeinsam. Mir ist es wichtig, vor allem mit dem Landesschulrat gemeinsam an solchen Projekten zu arbeiten und die werden im nächsten Jahr zur gegebenen Zeit präsentiert werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Maßnahmen setzen Sie als Wohnbaureferent, um leistbares Wohnen im Burgenland auch weiterhin zu ermöglichen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich glaube es ist in diesem Raum jedem klar, wie wichtig die burgenländische Wohnbauförderung einerseits für die Burgenländerinnen und Burgenländer ist. Wir haben im Burgenland die niedrigsten Mieten in Österreich, laut Statistik Austria.

Wir haben eine sehr hohe Wohnbauförderung. Wenn man diese Fördersummen umlegt auf die Bevölkerung sind wir im absoluten Spitzenfeld. Wir haben teilweise Mieten und Neubauten wo die Mieten unter fünf Euro pro Quadratmeter sind. Auch das trägt dazu bei, dass wir auf die Mietpreise drücken.

Wir haben auch Unterstützungen für die Menschen, die eben sozial schwächer sind mit unserer Wohnbeihilfe. All Jene, die die Kriterien erfüllen, und das ist nicht unbeträchtlich, erhalten die Wohnbeihilfe.

Wir haben für all Jene, die sich eine Wohnung nicht leisten können weil sie keine Eigenmittel haben, auch das Eigenmittelersatzdarlehen, wo eben Menschen die eben keine Eigenmittel haben, das auch zur Verfügung gestellt bekommen. Wir haben „Junges Wohnen“, eben für junge Menschen die keine Eigenmittel benötigen, die die Wohnung natürlich auch nicht kaufen können und wo die Miete unter fünf Euro pro Quadratmeter beträgt.

Ich bin dem Finanzreferenten auch sehr dankbar, dass wir wieder eine sehr hohe Summe für Wohnbaufördermittel zur Verfügung stellen können. Es geht auch der Trend eindeutig in die Richtung, dass mehr Wohnungen gebaut werden, dass weniger Einfamilienhäuser gebaut werden.

Wir haben eine neue Aktion. Das ist unser sogenannter „Gemeinde-Call“, wo wir Gemeinden einladen mit Siedlungsgenossenschaften ein Grundstück zur Verfügung zu stellen und auf Grund dieser Zurverfügungstellung des Grundstückes mit Baurechtsvertrag wieder unter fünf Euro Mieten anbieten können.

Es gibt einige Gemeinden, die bereits ihr Interesse bekundet haben. Dass sie gesagt haben ja, wir haben Grundstücke, ja, wir wollen mit einer Siedlungsgenossenschaft bauen und ja, wir nehmen die Wohnbauförderung über die Siedlungsgenossenschaft, die nimmt die Wohnbauförderung in Anspruch und wir können wieder für Menschen Wohnen sehr leistbar gestalten.

Wir haben auch die Situation, dass aus anderen Bundesländern auch immer mehr Menschen zuziehen, weil sie sich Wohnen in anderen Bundesländern nicht leisten

können. Wir haben eine Tiroler Community im Südburgenland, die bei uns ist, weil sie sagen, in Innsbruck ist wohnen für Manche nicht leistbar.

Also auch die Situation haben wir und deswegen gibt es immer wieder auch, der „Gemeinde-Call“ ist nicht nur, dass die Gemeinden mitwirken, sondern wir haben auch hier die Förderhöhe erhöht auf 700 Euro pro Quadratmeter, die Darlehenszeit verlängert, um die Annuitäten zu reduzieren, um damit eben den Mietern weniger Auflagen zu geben, um damit auch wieder auf die Mieten zu drücken.

Wir haben hier auch eine Homepage eingerichtet. Bis 31. März 2017 ist es möglich, dass hier in entsprechender Form Gemeinden ihr Interesse bekunden können. Eine Sonderförderaktion, die auch limitiert ist, die natürlich auch in erster Linie kleineren Gemeinden zugutekommt, weil die Quadratmeterpreise in kleineren Gemeinden weiter unten sind als natürlich in größeren Gemeinden.

Damit wollen wir auch einen Impuls für kleine Gemeinden im Burgenland setzen. Höhere Förderungen, höhere Laufzeiten und unter fünf Euro pro Quadratmeter muss die Miete sein, das sind die Voraussetzungen dafür. Ich bin sicher, dass wir einige Projekte wiederfinden werden mit diesem „Gemeinde-Call“, die die Kriterien erfüllen und die den Menschen das Wohnen auch in Zukunft leistbar machen.

Ich glaube, das ist eine ganz wesentliche Herausforderung, auch an die Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, auch an die Bürgermeister, durch Änderung der Flächenwidmungspläne. Wie können wir Baugrund der Bevölkerung zur Verfügung stellen? Wie können wir Baugrund den Siedlungsgenossenschaften zur Verfügung stellen in vertretbarer Art und Weise? Weil genau auch der Baugrund ein Faktor ist, wie die Miete berechnet wird.

Also insofern große Herausforderungen, aber mit unserem „Gemeinde-Call“, glaube ich, haben wir wieder einen Impuls gesetzt, um auf die Miethöhe zu drücken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Maczek.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): „Junges Wohnen“ ist im Burgenland zu einem Erfolgsmodell geworden.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie viele Projekte „Junges Wohnen“ beziehungsweise Starterwohnungen, wurden bis dato von den Burgenländischen Gemeinden umgesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben absolut Recht, unsere Idee, die vor zwei, drei Jahren geboren wurde, „Junges Wohnen“ im Burgenland auf die Beine zu stellen, ist ein absoluter Renner.

Also wir haben hier einen tollen Folder, *(Landeshauptmann Hans Niessl zeigt einen Folder)* wo alle Bedingungen drinnen sind, das wird sehr, sehr gut angenommen. Das sind Starterwohnungen zwischen 50 und 55 Quadratmetern, das sind reine Mietwohnungen, die auch nicht käuflich erworben werden können.

Es ist auch kein Finanzierungsbeitrag, also ein Eigenkostenanteil, wie bei Genossenschaftswohnungen üblich, zu entrichten. Eine Kaution von 2.300 Euro, die monatliche Miete darf maximal fünf Euro pro Quadratmeter sein, exklusive Betriebskosten. Ich glaube, das versteht sich von alleine. Auch eine Wohnbeihilfe ist möglich.

Auch hier haben wir ja im Burgenland die Möglichkeit, sozial Schwächere durch die Wohnbeihilfe in entsprechender Form zu unterstützen. Es wurden bis jetzt 180 Wohnungen fertig gestellt. Das Auftragsvolumen sind 18,8 Millionen Euro. Die Förderungen sind 6,5 Millionen Euro. Also durchaus eine beträchtliche Summe, die hier investiert wurde. Es sind 167 Wohnungen im Bau, immerhin auch mit 17,4 Millionen Euro und 14 Wohnungen in Planung.

Noch eines, was mir ganz, ganz wichtig ist, „Wir bauen burgenländisch!“ Nämlich, dass 90 Prozent der Aufträge, die ich hier gesagt habe, an burgenländische Unternehmen weitergegeben wurden. Da braucht auch keiner zu sagen, ja aber sub gehen sie dann nach Ungarn. Die Unternehmer arbeiten vor Ort und keine Subunternehmer aus anderen Ländern, die hier arbeiten.

Da bin ich sehr, sehr froh darüber, dass sich dieser Gedanke "Wir bauen burgenländisch!" bei den burgenländischen Siedlungsgenossenschaften durchgesetzt hat. Riesenauftragssummen an die burgenländische Wirtschaft! Ich glaube ich kann auch ohne Übertreibung sagen, der burgenländischen Bauwirtschaft geht es gut. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im heurigen Jahr haben Sie als Wohnbaureferent den „Burgenländischen Handwerkerbonus“ ins Leben gerufen.

Welche Wertschöpfung hat der „Burgenländische Handwerkerbonus“ in Summe für das Land Burgenland gebracht?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch das ist ein richtiger und wichtiger Impuls in die richtige Richtung gewesen. Wir konnten auch feststellen, dass dieser Gedanke "Wir bauen burgenländisch!" nicht nur die burgenländischen Siedlungsgenossenschaften umgesetzt haben, sondern dass dieser Gedanke auch beim burgenländischen „Häuslbauer“, beim Sanierer, sich durchgesetzt hat.

Denn wir konnten auf Grund der Rechnungen feststellen, dass auch die Burgenländerinnen und Burgenländer die Förderungen von über einer Million Euro bekommen haben. 1,1 Millionen Euro sind letztes Jahr ausbezahlt worden für den „Burgenländischen Handwerkerbonus“. 90 Prozent der Aufträge haben die Burgenländer an burgenländische Firmen gegeben.

Das finde ich für ganz, ganz toll, dass dieser Gedanke sich immer stärker verbreitet, dass auch die Burgenländer burgenländisch denken, dass hier das Land immer wieder darauf hingewiesen hat, wie wichtig es ist, dass Arbeit und Geld im eigenen Land bleiben.

Das machen die Siedlungsgenossenschaften, das machen zu 90 Prozent beim „Burgenländischen Handwerkerbonus“ auch die Burgenländerinnen und Burgenländer. Mit dieser Sonderaktion, um nur einige Zahlen zu nennen, konnten Gesamtkosten brutto von 10,4 Millionen Euro getätigt werden, Gesamtkosten netto neun Millionen Euro, Kosten Arbeitsleistungen 4,4 Millionen Euro und über eine Million Euro ist an Förderungen geflossen.

Also insofern haben wir auch mit den Sozialpartnern, mit der Arbeiterkammer, mit der Wirtschaftskammer, mit der Innung Kontakte geknüpft, um dieses Projekt auf die

Beine zu stellen, mit einem wichtigen Impuls für die burgenländische Wirtschaft und mit einer doch nicht unbeträchtlichen Hilfe von einer Million Euro an die Burgenländerinnen und Burgenländer, die ihr Haus und ihr Heim qualitativ verbessert haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann.

Die Fragestunde ist somit durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 647) über den Nachtragsvoranschlag 2016 (Zahl 21 - 459) (Beilage 664)

Präsident Christian Illedits: Der zweite Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 647, über den Nachtragsvoranschlag 2016, Zahl 21 - 459, Beilage 664.

General und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, über den Nachtragsvoranschlag 2016, in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Gemäß § 41 Abs. 2 der GeOLT wurde beschlossen, Frau Oberamtsrätin Ursula Fercsak, Abteilung 3 Finanzen, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Landesvoranschlag sieht nunmehr im ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je Euro 1.196.628.600 vor. Es ergibt sich demnach ein unveränderter Abgang im ordentlichen Haushalt in der Höhe von Null Euro.

Im außerordentlichen Haushalt sind Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je Euro 41.313.400 vorgesehen. Es ergibt sich somit ein ausgeglichener außerordentlicher Haushalt.

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2016 sieht nunmehr in der Fondsgebahrung Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je Euro 3.658.000 vor und ist ausgeglichen.

Der Gesamtbetrag des Landesvoranschlages für das Jahr 2016 beträgt demnach Null Euro.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Dem Nachtragsvoranschlag 2016 wird vollinhaltlich zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einer fragwürdigen Fragestunde, ja, kommen wir zu ernsteren Sachen, denke ich einmal, und zwar zum Nachtragshaushalt. Wenn wir heute und morgen diskutieren über das Budget 2017, dann zeigt auch ein Bild des Nachtragsvoranschlages, was ein Voranschlag eigentlich bedeutet.

Herr Landesrat, ich denke es ist notwendig, dass wir einen Nachtragsvoranschlag brauchen. Aber welche Zahlen und Ziffern hier auftauchen, sind schon zu hinterfragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, im Nachtragshaushalt mussten insgesamt mehr als 51 Millionen Euro an Mehrkosten untergebracht werden - 51 Millionen Euro! Mehr als Euro 20 Millionen davon entfallen auf die KRAGES, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf die KRAGES allein 20 Millionen Euro! Fast der gesamte Rest auf Sozialkosten.

Wir diskutieren wahrscheinlich das Budget 2017, wo wir uns auch sehr auseinandergesetzt haben, aber zu dem kommen wir noch und vielleicht bei dem einen oder anderen Punkt mitstimmen können und wollen. Denn es gibt auch gute Ansätze.

Aber in diesem Nachtragshaushalt, Herr Landesrat, denke ich mir schon einiges dabei und zwar grundsätzlich das Bild des Nachtragshaushaltes ist geprägt von explodierenden Sozialkosten. Herr Landesrat Darabos, auch hier ein Nachdenkprozess, wie geht man hier tatsächlich mit der KRAGES und anderen Dingen in Zukunft um.

Ich glaube einmal, dass man die Mindestsicherung, die ja auch ein wichtiger Aspekt hier drinnen ist, auch für die FPÖ die Alarmglocken läuten müssen. Da hat ja der Herr Landeshauptmann vor einigen Tagen gesagt, Deckelung und dergleichen mehr, wie wir das schon längst gefordert haben seitens Bündnis Liste Burgenland. Es ist ja immer sehr entscheidend, dass man dann schlussendlich auch den Partner oder auch die Regierung mit ins Boot bekommt und dann schlussendlich klare Zeichen setzen kann.

Ich glaube, bei der Mindestsicherung und der Betreuung der Integration von Asylwerbern, wurde heute gesprochen, ja zu Kriegsflüchtlingen. Natürlich, auch wir in Deutschkreutz haben 44 und dergleichen mehr, das funktioniert hervorragend. Nur man darf eines nicht vergessen, die Kosten, das die nicht überschwappen.

Vergessen darf man schlussendlich auch nicht auf unsere Bevölkerung und Mitbewohner in unserem Land, die schlussendlich oft mit Pensionen auskommen müssen, die wirklich zum Nachdenken geben. Auch hier wäre es wichtig, auch hier klare und deutliche Zeichen zu setzen seitens des Landes, wenn überhaupt noch finanzielle Möglichkeiten gegeben sind in diesem Land.

Den Spielraum werden wir grundsätzlich im nächsten Tagesordnungspunkt schon diskutieren können. Wenn der Herr Soziallandesrat sagt, ja das halbe Budget geht alleine für Soziales und Gesundheit auf, ist schon okay, das finde ich schon für in Ordnung, aber Spielraum haben wir dort überhaupt keinen mehr. Die Gemeinden, sollte man andenken, welchen Spielraum bekommen die in Zukunft überhaupt?

Es wird immer enger für die Gemeinden, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Bürgermeisterinnen, lieber Bürgermeister, aber auch Verantwortliche in den Gemeinden. Wir müssen wirtschaftlich sparsam arbeiten in den Gemeinden. Gestern ein Riesenbeispiel wie wirtschaftlich und sparsam als man haushaltet in Vereinen, in Verbänden, wo die Möglichkeit bestanden wäre, einen Obmann-Stellvertreter zu

installieren, der keine Kosten verursacht hätte, denn er hat schon zwei Jobs die öffentlich sind und wo er sein Geld bekommt. Was ist geschehen?

Ganz einfach, da interessiert niemandem Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Da geht es rein um Parteipolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier wurde einmal mehr klargestellt, wie man noch immer denkt. Die haben noch immer nicht kapiert, dass im Land Rot-Blau herrscht und nicht mehr Rot-Schwarz ist.

Soweit sind wir in unserem Lande. Ich habe Ihnen das klar und deutlich gesagt mit einem Antrag. Was war die Antwort? Na wir brauchen ja die ÖVP in Zukunft noch. Das war die Antwort für Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit in einem Verband und da sollte man sich irgendwo Gedanken machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber grundsätzlich einmal gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag, auf den ich jetzt zu reden komme, den Nachtragsvoranschlag, wurden bei den Ausgaben noch einmal, und jetzt rede ich vom Bund, knapp 540 Millionen auf 77,63 Milliarden draufgelegt. Was vor allem den Finanzausgleich, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschuldet ist, durch den die Länder jährlich 300 Millionen mehr bekommen. Ein jeder von Euch hat ja von der Gemeinde, Bürgermeisterin und Bürgermeister, einen Brief zugeschickt bekommen. Habt Ihr Euch das schon angeschaut mit dem Finanzausgleich wie das funktioniert und was tatsächlich für die Gemeinden überbleibt?

Runter, runter, immer auf die Gemeinden, immer auf die Gemeinden. Da muss ich ja sagen, wie die ÖVP noch in der Landesregierung war oder mitgeredet hat, haben wir doch noch ein bisschen jemanden gehabt, der sich dagegen gewehrt hat. Aber der FPÖ ist das jetzt anscheinend „wurscht“, weil sie weder einen Bürgermeister noch einen Vizebürgermeister haben, die Verantwortung tragen müssen.

Vielleicht bekommen sie einmal einen, damit sie auch einmal sehen, was es wirklich heißt, in Gemeinden zu arbeiten. Zusätzlich im kommenden Jahr fließen noch einmalig 125 Millionen Euro mehr zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Herr Landesrat, bleiben Sie ein bisschen da, Sie wissen das. Ich verstehe schon, dass Sie das nicht interessiert, weil das Budget habt Ihr ja eh schon beschlossen, das brauchen wir nur mehr diskutieren, das andere ist schon erledigt. Diese 125 Millionen Euro bedeuten für das Maastricht-Defizit, dass es statt 1,2 Prozent 1,3 Prozent des BIP‘s werden. Beim strukturellen Defizit wird ein Anstieg von 0,5 auf 0,6 Prozent des BIP‘s erwartet. Das ist alles eigentlich, das wischen wir alles so weg, wie wenn das gar nichts wäre.

Betrachtet man nun diesen Nachtragshaushalt so wird klar, dass das Zusammenwirken dieser nunmehr explodierenden Sozialkosten in Verbindung mit dem nicht stillenden Finanzbedarf der Landesgesellschaften, wie beispielsweise der KRAGES, der Regionalmanagement Burgenland oder der WiBAG, für alle drei sind Nachträge erforderlich, das hat sich gewaschen.

Da frage ich mich, was passiert denn dort? Da frage ich beim nächsten Tagesordnungspunkt, im Budget, wo immer der Herr Landesrat sagt, man sieht dort alles, man hat alles schwarz auf weiß. Ich werde ihn heute nochmal fragen, was dort schwarz auf weiß drinnen ist, was dort tatsächlich steht? Da fehlen wieder einige, aber riesengroße Brocken, die er verheimlicht. Warum machen wir das? Warum verheimlichen wir das? In der Gemeinde wird auch nichts verheimlicht. Da können wir das gar nicht verheimlichen, das wollen wir gar nicht verheimlichen.

Jetzt bin ich wieder auf einem Punkt. Wenn wir ein Budget beschließen, heute ist der Landtag, für die nächsten Monate oder Jahre eigentlich, ja, ausgeschlossen. Außer wir dürfen ein paar 15a-Vereinbarungen mitbestimmen und der Fall ist schon erledigt. Das kann es ja bei Gott nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei jeder Wertschätzung, Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat der Finanzen, irgendwo, denke ich, sollte man im Vorfeld auch solche Dinge ansprechen und jetzt ist die FPÖ gefordert, sie sitzt in der Landesregierung.

Ich kann mich genau erinnern, 2014, wo die FPÖ noch nicht in der Regierung war, wo wir gesagt haben, eine Katastrophe was da passiert. Das ist ja nicht normal, dass man so viele Dinge in einem Nachtragsvoranschlag braucht. Es hat sich nicht einmal einen Millimeter geändert, meine sehr geehrten Damen und Herren von der FPÖ. Nicht einmal ein Millimeter hat sich geändert.

Aber auch der ÖVP ins Stammbuch geschrieben, auch damals haben wir schon gesagt, hallo, da stimmt ja etwas nicht, machen wir mehr Transparentheit, lasst uns hineinschauen, lasst uns mitarbeiten, wir wollen ja mitarbeiten in der Opposition.

Das wischen wir einfach vom Tisch und sagen, ist egal, dann sagt der Herr Landesrat Bieler, der Kölly hat immer die gleiche Rede parat. Na ja, wenn immer der gleiche Minusschmarren herauskommt, was soll ich denn dann sagen? Soll ich sagen, Ihr seid so super und so gut unterwegs? Das kann es ja nicht sein. Steter Tropfen höhlt den Stein.

Ich glaube beim nächsten Budget, wo der Herr Landesrat Bieler eh schon sagt, wir sind in Bewegung, wir werden das jetzt besser machen, hat er bei seiner Lesung eine Stunde lang gesagt, hat er erzählt, wie gut und schön das Budget wird. Wunderbar. Dafür habe ich es mir genau angeschaut, wieder einmal, weil, ich schaue es mir wirklich genau an.

Liebe Freunde! Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Schaut Euch das wirklich an, was dort auch genau exakt drinnen steht. Ob für das Burgenland, für das Südburgenland wirklich das Geld aufgewendet wird, wie dort verschleiert drinnen steht, für Schiene und dergleichen mehr.

Wenn wir heute über eine S7 diskutieren, seit 18 Jahren und schon sechsmal einen Spatenstich gemacht habe, wo ich schon sechs Spaten zuhause habe, ich weiß gar nicht mehr, was ich damit machen soll, oder dort nichts zahlen muss, weil das zahlt eh alles die ASFiNAG, die ganze Geschichte. Das traue ich mir noch auch sagen.

Ist ja logisch. Die ASFiNAG zahlt sogar die Verlängerung von Oberpullendorf bis Rattersdorf, wo kein Anschluss ist. Da frage ich mich auch im Bund, das sind unsere Gelder schlussendlich. Wie kommen wir dazu?

Aber wenn ich einen Antrag stelle, dass man von Oberpullendorf nach Oberwart vielleicht eine Ausweichmöglichkeit, eine Überholspur haben will, und wo mir alle Recht geben, da haben wir kein Geld, da kann die ASFiNAG nicht irgendetwas machen. Vielleicht klopfen wir dort einmal an. Vielleicht wäre das auch eine Möglichkeit.

Das Nächste ist, im Nachtragshaushalt ist ersichtlich, dass weitere Rücklagen aufgelöst werden. Wo es nur geht, um einen annähernd ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten. Wenn der Herr Berichterstatter vorliest, null, alles ausgeglichen. Super, ist ja nichts einfacher als das zu machen, Herr Kollege. Aber das weißt Du eh am besten, Du kommst eh aus der Branche und Du kennst Dich da eh aus.

Nicht nur, dass wichtige Ausgaben beispielsweise im Bereich der Infrastruktur oder der Wirtschaftsförderung gar nicht mehr getätigt werden können, Herr Landesrat von der Wirtschaft, es werden auch keinerlei Rücklagen mehr gebildet, um in den kommenden Jahren finanziellen Spielraum zu haben. Wir haben sich immer gerühmt, dass wir von der Wohnbauförderung 20 Millionen auf Rücklagen gelegt haben.

Das ist überhaupt so ein Beispiel, Herr Landeshauptmann, Sie wissen genau, von was wir reden, aber Sie können auch nicht so aus, das ist mir schon klar, ich verstehe Sie schon. Das ist halt im Leben so. Ich hätte auch gerne andere Möglichkeiten, aber auch der Bund sagt uns, wo wir hin müssen und was wir machen sollen. Das ist halt einmal so.

Der Finanzausgleich, die Verhandlungen, Herr Landesrat, er ist nicht da, da wäre ich gerne einmal dabei gewesen. Weil da haben Sie uns schön über den Tisch gezerrt - einmal wieder, ganz klar und deutlich - und für die Gemeinden natürlich wieder weniger Erträge. Nur ein Beispiel, Deutschkreutz bekommt Ertragsanteile 2,2 Millionen Euro, geschrieben vom Land, so, abzüglich 1,2 Millionen Euro, die uns wieder abgezogen werden, wo wir gar keinen Zugriff mehr haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Jetzt frage ich mich: Wie sollen die Gemeinden gestalten? Wie können sie nur mehr verwalten. Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, dass man wieder einmal was ankurbelt, Herr Landesrat, diesbezüglich bin ich total bei Ihnen, bei den Wohnungen, et cetera, ich stelle gerne einen Grund zur Verfügung.

Nur müssen wir aufpassen, dass wir nicht die Wirtschaft unter Druck setzen, weil mit fünf Euro zu wirtschaften und das darzustellen, ob da nicht die Qualität darunter leidet, das müssen wir uns genau anschauen. Aber ich bin dafür, dass wir etwas machen, weil es wichtig ist, gar keine Diskussion. Aber wir müssen auch klar sagen, dass wir die Wohnbauförderung nicht voll ausschöpfen, die uns eigentlich laut Budget zur Verfügung steht. Das muss man auch klar sagen, ist ja kein Problem, sprechen wir es aus und der Fall ist erledigt.

Aber dass wir immer die gleichen Diskussionen haben, das ist nicht richtig, das stimmt alles nicht und dann beweisen uns die Zahlen eigentlich ganz etwas anderes. Oder der Rechnungshof sagt nach drei, vier Jahren, das ist leider das Problem mit dem Rechnungshof, weil er brav alles aufarbeitet und nach drei Jahren wissen wir, dass wir wieder einmal in der Opposition Recht gehabt haben, dass wir einmal wieder dort sind, wo der stete Tropfen den Stein höhlt, und Herr Landesrat Bieler sagt, der Kölly redet schon drei Jahre immer das Gleiche. Naja, und dann haben wir Schwarz auf Weiß den Beweis. Was soll ich denn dann dazu sagen?

So ist es und nicht nur ich war das, sondern die FPÖ jahrelang. Ich könnte Euch vorlesen, was die damals zu jedem Punkt gesagt haben. Jetzt haben wir es halt vergessen. Jetzt müssen wir halt anders arbeiten. Das ist halt einmal so, wenn man Verantwortung trägt, schaut die Welt ein bisschen anders aus, das sehe ich schon.

Aber wir tragen Verantwortung als Bürgermeister in unseren Gemeinden und sind auch für das Land verantwortlich, um mit dem Land zu arbeiten. Das ist auch wichtig, es soll ein Miteinander sein - das Land und die Gemeinden. Wenn es den Gemeinden schlecht geht, dann wird es dem Land auch nicht gut gehen, sage ich einmal so.

Daher müssen wir gemeinsam schauen und wie der Spruch in der Wirtschaft heißt: Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut. Da gewinne ich schon zu 90 Prozent etwas ab, 100-prozentig stimmt es auch nicht. Weil wir alle müssen auch brav arbeiten, dass wir etwas weiterbringen. Das muss ich auch einmal klar gesagt haben. Das sind so Dinge, die natürlich hier im Nachtragshaushalt aufscheinen, die zu hinterfragen sind.

Ich würde Euch bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das so zu sehen, weil es wichtig ist. Ist ja nichts dabei. Jetzt beschließen wir es eh, mit Eurer Mehrheit beschließt Ihr es sowieso, da habe ich kein Problem. Aber man muss klar sagen, wo ist die „Transparentheit“, wo ist die Offenheit und die Ehrlichkeit da drinnen?

Was ist in der KRAGES passiert? Was hat dort nicht gestimmt? Ich weiß schon, vor einiger Zeit ist man halt hergegangen und hat in der WiBAG die Geschäftsführung ausgetauscht. Jetzt gibt es schon wieder die Diskussion. Wenn ich damals gesagt habe, wie ist der dort zu seinem Job gekommen, hat es immer geheißen, der ist höchst qualifiziert. Die sind alle höchst qualifiziert, selbstverständlich. Was sollen sie sonst sein?

Wenn er mir heute zugehört hat, Herr Landeshauptmann, sind Sie mir nicht böse, ich schätze die Juristen, auch im Land schätze ich die Juristen, aber auch die können einmal daneben liegen. Ich sage das auch gleich klipp und klar, weil es Tatsache ist. Auch ein Richter kann sich einmal täuschen und auch andere Leute können sich täuschen. Auch wir als Politiker haben auch nicht immer das gepachtet. Jetzt sage ich das einmal so und das ist nur ein kurzer Sidestep zu Ihrer Fragestunde gewesen. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Zeitweise!)*

Zum zweiten Kritikpunkt: Regionalmanagement Burgenland - Nachtrag - Gesellschafterzuschuss in der Höhe von 284.900 Euro. Hier argumentiert das Land wie folgt: Auf Grund der Bestimmungen der Europäischen Kommission betreffend förderfähigen Ausgaben entstehen aber bei den genannten Aufgaben zwangsweise auch Ausgaben, die nach dem EU-Regime nicht förderfähig sind, Bankzinsen und Spesen, Gebühren, Abgaben, Teile der Gemeindekosten. Da diese Kosten bei der Budgeterstellung nicht absehbar waren, Herr Landesrat, sollen obige Mehrkosten im Wege des Nachtragsvoranschlages zur Verfügung gestellt werden.

Jetzt ist meine Frage oder unsere Frage. Was sind das für Kosten? Warum war dies zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht absehbar? Hier braucht es dringend mehr Transparenz bei der Regionalmanagement Burgenland.

Jetzt bin ich wieder bei der Opposition. Warum haben wir nicht das Recht als Opposition, als Kontrollfunktion, auch in solche Akten Einsicht zu nehmen und in Regierungsbeschlüssen? Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch an den Fernsehgeräten. Wir dürfen nicht einmal mit den Ausschüssen mitabstimmen. Wir dürfen eigentlich nur brav hier sitzen und vielleicht dort und da einmal fragen, ist das richtig, oder ist das nicht richtig? Sonst gar nichts, und man bekommt eine Antwort, die man sowieso vergessen kann.

Das heißt, wir wollen mitarbeiten, wir wollen in diesem Land mitgestalten. Und ich glaube, das würde gar nicht so schlecht anstehen, wenn uns auch die Regierung mehr einbinden würde und vielleicht das eine oder andere offenlegt oder vielleicht einmal alles offenlegt. Was ist dabei? In den Gemeinden hat ein jeder Gemeindebürger das Recht, Einsicht zu nehmen, bekommt das alles Schwarz auf Weiß, außer in gewissen Gemeinden, da gibt man ihnen nichts. Weil, da haben wir noch Bürgermeister, die glauben, dass sie Kaiser sind, da bekommt keiner etwas.

Das haben wir mit dem neuen Gesetz und da bin ich, Frau Landesrätin, dankbar, dass wir das schaffen werden und das ein einstimmiger Beschluss wird, wenn man jetzt auch eine Kleinigkeit abgeändert hat. Wir waren mit dabei, wir haben mitdiskutieren dürfen, wir haben uns miteingebracht, und ich finde das für in Ordnung. Jetzt kann ich nicht sagen, 100 Prozent werden wir das alles umsetzen können, oder unsere Ideen dort unterbringen. Aber wir haben mitgearbeitet und wir finden das auch für wichtig und richtig.

Daher glaube ich auch, dass im Land das Gleiche passieren soll. Dass man das in anderen Dingen auch macht. Jagdgesetz, na bitte, warum dürfen wir da nicht mitreden? Oder das neue „Feuerwehr-Dingsbums“ da, ich weiß nicht, was da andiskutiert wird. Ich kenne mich schon bald gar nicht mehr aus. Na sicher, selbstverständlich machen wir es. Wir haben, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, tagtäglich mit der Feuerwehr zu tun. Am Sonntag haben wir erst Bewerbe gehabt, Länge mal Breite, wo wir Silber, Bronze und was weiß ich was verteilt haben.

Sie fragen sich natürlich auch, warum hat man sich nicht zusammengesetzt und warum hat man die Gemeinden zu dieser Fragestellung nicht einbezogen. Warum hat man nicht den Bürgermeister gefragt, der tagtäglich damit zu tun hat? Dieser muss den Haushalt führen, muss die Feuerwehr unterstützen und dergleichen mehr. Wir werden nicht gefragt, aber es ist einmal so, damit müssen wir leben. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Es werden alle gefragt.)*

Ich nicht, ich nicht, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich werde auch meine Meinung dazu kundtun und das ist ja auch kein Problem. Ich hätte das halt gerne im Vorfeld diskutiert weil, auch wir sind keine „Wunderwuzzis“, vielleicht fragt man die, die tagtäglich damit etwas zu tun haben. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: 17.000 Feuerwehrleute!)*

Herr Kollege Hergovich, Du weißt das am besten. Du kannst Dich dann zu Wort melden, ist kein Problem, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, aber vielleicht noch ein paar Argumente zum Nachtragsvoranschlag.

Wenn ich hergehe und sage, die Anzahl der Bezieher von bedarfsorientierten Mindestsicherungen, darunter auch asylberechtigten Personen, ist gegenüber dem Vorjahr von 3.039 Personen auf zirka 3.209 Personen, Stand Ende September 2016, angestiegen. Da frage ich mich, obige Mehrkosten, deren teilweise Bedeckung durch Rückersetzung der Beitragsleistungen der Gemeinden einnahmeseitig erfolgt. Durch Gemeinde einnahmeseitig erfolgt!

Also die Gemeinden müssen auch immer bluten, auf Deutsch gesagt. Ja, ist eh gut, aber was bekommen die Gemeinden dann irgendwann einmal zusätzlich, dass wir wirtschaften können?

Oder bei der Feuerwehr, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, weil mir das so nebenbei einfällt. Wie oft haben wir gemeinsam mit der FPÖ gesagt: Warum muss die Feuerwehr Mehrwertsteuer zahlen? Die Feuerwehr zahlt Mehrwertsteuer. Das ist doch bitte verrückt. Setzen wir uns endlich im Bund beim Finanzminister ein, liebe Freunde von der ÖVP und Kollegen, machen wir das endlich einmal! Das ist doch nicht normal. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Mehrheit im Nationalrat! Bin ich in der Regierung oder seid Ihr in der Regierung, das ist immer die Frage. Und das würde ich mir gerne einmal auf der Zunge zergehen lassen, wie das der Herr Finanzminister argumentiert. Das Fass hat sowieso keinen Boden mehr, da können wir eh reinschütten, was wir wollen, aber die Freiwilligkeit wird noch bestraft, die Gemeinden werden bestraft und dergleichen mehr. Wir tun nichts.

Da schauen wir, wir haben einen Antrag eingebracht gehabt, der liegt irgendwo, ich weiß gar nicht, wo der derzeit liegt, zwischen Brüssel oder zwischen Schelling oder was weiß ich, ich kenne mich nicht mehr aus, oder Kurz. Vielleicht rede ich mit dem Kurz, vielleicht kann mir der einmal etwas in einem kurzen Statement machen, das man sagt, was tut man. Das sind halt Dinge, die mich schon interessieren.

Ihr nehmt das leider Gottes lächerlich, *(Landeshauptmann Hans Niessl: Nein! - Abg. Robert Hergovich: Nein!)* leider Gottes. Ich würde Euch schon empfehlen, weil es eine ernste Sache ist, einmal nachzudenken.

Was vergibt man sich tatsächlich als Landesregierung, wenn man sagt, Rot und Blau sind jetzt so gut. Ich höre das immer wieder. Ich sage nicht, es hat sich überhaupt nichts geändert, gegenüber Rot und Schwarz. Ich sage auch das nur. Ich bin verwundert, dass die Schwarzen jetzt auf einmal draufkommen, was sie alles in der Vergangenheit falsch gemacht haben. Das verstehe ich schon überhaupt nicht. Muss ich jetzt offen und ehrlich auch gestehen. *(Abg. Walter Temmel: Was haben wir falsch gemacht?)*

Naja, lieber Herr Kollege, Deine Wortmeldungen, wenn ich die höre, was jetzt alles Rot und Blau falsch macht. Es hat sich nichts geändert. Ich weiß schon, warum auch nicht. Weil sie nicht mehr Geld haben, wir können es auch nicht pressen. Vielleicht haben wir einmal eine Druckerei, Herr Landeshauptmann, das ist alles möglich. In Zeiten wie diesen ist alles möglich. Ich traue Euch alles zu. *(Zwiegespräche in der Regierungsbank)*

Zu dem komme ich noch, zu dem komme ich später. Aber ich habe mir noch ein paar Punkte vorbereitet. Ich mache mir doch ein bisschen eine Arbeit und wir sollten darüber diskutieren. Ich weiß schon, dass nachher eh alles klar ist weil, dann sitzt man zu Mittag schon beieinander und sagt, lass sie reden, ist eh uninteressant.

Daher, liebe Freunde, liebe Kollegen, liebe Landtagsabgeordnete, wir können heute noch reden und wenn es beschlossen ist, dann dürfen wir uns zwar aufregen, aber es ändert nichts mehr daran, dass das die Regierung alles beschließt.

Ich möchte vielleicht noch zur Grundversorgung für Fremde und Landesanteil plus Euro 12.564.000 kommen, hier argumentiert das Land wie folgt. Am 1.12.2003 hat die Landeshauptmännerkonferenz den Beschluss gefasst, eine Art. 15a B-VG-Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Inneres über eine gemeinsame vorübergehende Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, Asylwerberinnen und Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlich oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen in Österreich abzuschließen.

Diese Vereinbarung ist am 1.5.2004 in Kraft getreten. Zu den unter diese Vereinbarung fallenden Aufgaben der Länder gehört unter anderem auch die Unterbringung und Verpflegung, der unter Art. 2 definierten Zielgruppe im Rahmen der Grundversorgung. Waren im Jahr 2015 am Stichtag 1.6.2015 im Burgenland noch 1.140 Personen in der Grundversorgung, so ist diese Zahl nunmehr am Stichtag 1.6.2016 auf 2.760 Personen angestiegen. Dies entspricht einer Erhöhung um mehr als 140 Prozent der Grundversorgungsleistungen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zudem wurden die Grundversorgungstagsätze, Verpflegung, Familie, Mietkosten et cetera im Juni 2016, Regierungsbeschluss vom 31.5.2016, rückwirkend mit 1.1.2016 erhöht, weshalb eine Nachzahlung zu bereits erstatteten Leistungen erfolgt ist. Obiger Mehrbedarf, der durch entsprechende Mehreinnahmen, Refundierung des Bundes im Zuge der Umsetzung des Art. 15a B-VG, Grundversorgung für Fremde seine teilweise Bedeckung findet, soll im Wege des Nachtragsvoranschlages zur Verfügung gestellt werden. Okay, haben wir nicht gewusst, ist einmal so, ist in Ordnung.

Das Nächste: Grundversorgung bis 18 Jahre. Wieder einmal eine Summe, die auch zu hören ist, 2.168.400 Euro. Hier argumentiert das Land wie folgt: Am 1.12.2003 hat die Landeshauptmännerkonferenz den Beschluss gefasst, eine Art. 15a B-VG-Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Inneres über eine gemeinsame vorübergehende

Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, AsylwerberInnen, Asylberechtigte, Vertriebene und dergleichen mehr in Österreich abzuschließen.

Diese Vereinbarung ist am 1.5.2004 in Kraft getreten. Unter diese Vereinbarung fallen Aufgaben der Länder, gehört unter anderem auch die Unterbringung und Verpflegung der unter Art. 2 definierten Zielgruppen im Rahmen der Grundversorgung. Waren im Jahr 2015 mit Stichtag 1.6.2015 im Burgenland noch 1.140 Personen in der Grundversorgung, so ist diese Zahl nunmehr mit dem Stichtag 1.6.2016 auf 2.760 Personen angestiegen.

Das heißt, wir verdoppeln schon fast überall. Dazu hat sich die FPÖ damals massiv aufgeregt, man müsse etwas dagegen machen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Es sind über 300.000 über die Grenze gekommen.)*

Warte ein bisschen, die sind ja nicht da geblieben, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, nur um klarzustellen. Im Nachtragsvoranschlag habe ich jetzt nur die Zahlen aufgelistet. Mach Dir jetzt keinen großen Kopf, Ihr habt es damals eh richtig gemacht. Jetzt habt Ihr halt ein anderes Problem. Aber das macht ja nichts. Mit dem müssen wir einmal leben.

Ich will nur sagen, dies entspricht einer Erhöhung um mehr als 140 Prozent - wieder einmal - der Grundversorgungsleistung. Zudem wurden die Grundversorgungstagsätze, Verpflegung im Juni 2016, wieder der Regierungsbeschluss vom 31., rückwirkend mit 1. Jänner 2016 erhöht.

Diesbezüglich hat sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hingestellt, das lassen wir alles nicht zu und wir werden mit dem Herrn Soziallandesrat die Diskussionen führen, Medienberichte und dergleichen mehr. Ich kann mich noch genau erinnern. Was ist übrig geblieben? Man sieht im Nachtragsvoranschlag, was übrig geblieben ist. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wir haben die geringste Hilfe österreichweit.)*

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich habe kein Problem. Ich habe überhaupt kein Problem damit. Nur noch einmal gesagt, Ihr habt Euch über die Medien aufgeblasen und habt gesagt, das lassen wir alles nicht zu und das schauen wir uns an. Jetzt haben wir es Schwarz auf Weiß. Ihr müsst Euch nicht rechtfertigen. Das ist halt einmal so. Ihr müsst es eh mitbeschließen, Ihr habt es schon mitbeschlossen und der Fall ist geregelt.

Ich will nur den Leuten und den Zuhörern einmal klarlegen, um was es eigentlich geht. Nicht dass der Landtag nur da steht und über irgendetwas diskutiert, sondern das sind belegbare Fakten und Zahlen und die muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Dann das ins Lächerliche ziehen und lachen, das finde ich überhaupt für das Mieseste.

Ich sage das mit dieser Deutlichkeit, weil ich glaube, dass sich dieser Hohe Landtag nicht verdient hat, durch Regierungsmitglieder ins Lächerliche gezogen zu werden. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Auch seitens der Redner.)* Das ist mir viel zu ernst. Es ist für mich ein ganz ein wichtiger Punkt, dass man das ernst nimmt. Ich darf weitergehen, weil solche Aussagen, *(Abg. Edith Sack: Das ist die Tatsache.)* sind wir in der Vergangenheit von Dir gewohnt. Das hättest Du Dir schon längst abgewöhnen müssen, aber es ist einmal so.

Das heißt, wenn ich hier immer wieder von teilweiser Bedeckung rede, das heißt, wenn immer von „teilweise Bedeckung durch Bundesmittel“ die Rede ist, dann braucht das Klarheit, wie hoch die jeweiligen Anteile sind. Ganz abgesehen davon, dass alles aus Steuermittel zu finanzieren ist, die an anderer Stelle fehlen. Das muss man einmal sagen,

irgendwo fehlt das Geld. Wir können es nicht vermehren. Irgendwo bleibt immer wer auf der Strecke. Na alle - wir miteinander.

Aber okay, wenn Ihr das so seht, dass das eh alles eine Lappalie ist, dann soll es so sein. Außerdem muss thematisiert werden, dass rund um diese tatsächlich bezifferten Kosten eine Reihe von Zusatz- und Sachleistungen beispielweise durch die Gemeinden anfallen, die hier nicht erfasst werden. Das heißt, in dem Nachtragsvoranschlag sehe ich nicht, wie die Gemeinden bluten müssen und welchen Aderlass sie haben müssen. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist ein Landesvoranschlag.)*

Herr Landesrat! Ich brauche in Deutschkreutz gar keinen Nachtrag. Wissen Sie warum? Weil ich rechtzeitig schaue. Weil ich versuche, eine Serviceleistung auch für unsere Mitarbeiter und auch für andere Kollegen im Gemeinderat. Wir gehen her und machen eine Überwachungsliste, Herr Landesrat, und schauen uns das an und dann schichten wir um. Am Samstag haben wir umgeschichtet.

Übrigens, die SPÖ - wie üblich - dagegen, weil sie haben zwar keine Antwort gewusst warum. Ich sage Ihnen die Antwort. Ich gebe Ihnen die Antwort. Ich sage etwas dazu, aber Eure Leute in Deutschkreutz haben nicht einmal eine Antwort gewusst, wie ich gefragt habe, na gibt es irgendetwas? Ist etwas? Einstimmig? Ja? Ah, nein - warte ein bisschen. Nein, nein, doch nicht. Sage ich: Gibt es irgendeine Diskussion? – Nein, die gibt es nicht.

Na gut, dann sind wir halt - nein, nicht dagegen, sondern wir enthalten uns. Das ist überhaupt lustig. Das sollte man sich anschauen, ob es in der Gemeinde noch eine Enthaltung geben soll. Braucht man nicht. Das gibt es im Landtag nicht. Entweder bin ich dafür oder bin ich dagegen.

Herr Landesrat, jetzt komme ich zu Ihnen - KRAGES-Investitionszuschuss. Was sagen Sie zu dem? 22.850.000 Euro. Hier argumentiert das Land, wahrscheinlich eh Sie: Die Burgenländische Landesregierung hat am 1. Dezember 2009 beschlossen, für die Burgenländische Krankenanstalten GmbH - KRAGES für die von ihr im Wege der Hypo-Investmentbank AG vergebenen Schuldverschreibungen in der Höhe von Nominale Euro 15 Millionen, Anleihe 2009 bis 2016, und jetzt kommt es, und die Nominale Euro 7,85 Millionen Anleihe 2010 bis 2016 Garantieerklärungen abzugeben. *(Landesrat Helmut Bieler: Es ist unser Spital.)*

Des Weiteren wurde beschlossen, der KRAGES einen Gesamtinvestitionszuschuss in der Höhe der aufgenommenen Anleihe von Euro 22,85 Millionen auf die Gesamtlaufzeit des Darlehens, endfällig 4. Dezember 2016. Was ist heute? Noch nicht. Wir werden bald dort sein. Dafür haben wir es gleich im Nachtrag untergebracht. Gut. Super - und die FPÖ wird brav mitgestimmt und nicht einmal nachgedacht haben, was das genau heißt.

Denkt einmal nach, liebe Freunde! Aber macht ja nichts, Ihr müsst mitstimmen. Ist ja wurscht, passt schon. Habe ich kein Problem. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)* Wartet ein bisschen. Seid nicht nervös. Das sind die Zahlen, die Schwarz auf Weiß die ganze Geschichte belegen.

Aber, Ihr braucht nicht nervös sein. Ist ja kein Problem. Ist ja kein Problem für das Land, weil, im Budget nächstes Jahr haben wir eh wieder das gleiche Spiel drinnen. Das macht nichts. Man tauscht halt die Geschäftsführer aus und sagt, jetzt haben wir den Richtigen. Jetzt haben wir endlich den Richtigen. Die machen das gescheit. Das ist nicht einfach zu machen. Das wissen wir alle miteinander.

Aber warum macht man es nicht so, dass man sagt, da müssen wir jetzt miteinander schauen, wie können wir das aus der Patsche holen, und der Herr Landesrat

sagt, eh gut. Dafür haben wir es jetzt in den Nachtragsvoranschlag eingepackt. Er weiß, er kennt sich eh aus. Dafür habe ich ja gesagt, er soll noch eine Periode bleiben, weil, das wäre wichtig. Weil schön langsam funktioniert das eh.

Aber wenn ich mir das anschaue, dass ein Fixzinssatz von 3,65 Prozent, Herr Landesrat, Fixzinssatz vereinbart ist worden und was zahlen wir für unsere Swapgeschäfte? Ich höre? Ich lausche? *(Landesrat Helmut Bieler: 5,32! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist ja ganz etwas anderes. Das ist ja völlig wurscht.

Also 2009 haben wir das mit ihnen gemacht, gell? 2009. *(Abg. Géza Molnár: Da sind ein paar Jahre dazwischen, oder?)* Ja. Und? Sind wir nicht draufgekommen, dass inzwischen das alles gekippt ist, die ganze Geschichte? *(Abg. Géza Molnár: Du hättest wohl jetzt den Variablen genommen?)*

Herr Kollege, Du kommst dann eh zum Reden dran. Ist ja kein Problem. Ich weiß schon, dass Ihr das jetzt auch verteidigen müsst, aber ich lese Euch noch einmal vor, was Ihr vor 2013/2014 zu solchen Sachen gesagt habt. Daher bin ich auch sehr neugierig, was Ihr jetzt dazu sagen werdet.

Das heißt - bis zur Endfälligkeit in den jeweiligen Landesvoranschlägen Vorsorge getroffen werden sollte, - das werden wir dann sehen, ob das eh drinnen ist. Ausschlaggebend für die damalige Übernahme des Investitionszuschusses seitens des Landes war, dass in den Jahren davor, seitens der KRAGES, sowohl laufende Projekte als auch geplante Investitionsprojekte wie Bau- und IT-Projekte in der Höhe von Euro 22,85 Millionen aus den Mitteln des laufenden Betriebes beziehungsweise aus Rücklagen finanziert.

EDV-Projekte: Über den Rechnungshofbericht EDV werden wir heute noch diskutieren, Projekte, Archivierung, Ausbau der Radiologien beziehungsweise Neuanschaffung eines CTs im Krankenhaus Kittsee, Zu- beziehungsweise Umbau der chirurgischen Ambulanz im Krankenhaus Oberpullendorf, Gesamtsanierung der Elektrik im Krankenhaus Oberwart, Sanierung der Energiezentrale im Krankenhaus Oberpullendorf, et cetera. Wir haben auch den Rechnungshof beauftragt, dass er sich das einmal anschaut.

Die bisherige Vorgangsweise der KRAGES führte letztlich dazu, dass der Großteil der Rücklagen beziehungsweise liquiden Mitteln aufgezehrt wurde und es für die weitere Finanzierung von dringend notwendigen Projekten beziehungsweise zur Sicherstellung des laufenden Betriebes zusätzliche finanzielle Mittel bedurfte.

Dieser zusätzliche Bedarf wurde über Begebung von Anleihen der KRAGES mit der Übernahme des Investitionszuschusses des Landes abgedeckt. Aufgrund des Rücklagentermins der endfälligen Anleihen bei 4. Dezember 2016 ist es nun erforderlich, obige Mittel im Wege des Nachtragvoranschlages zur Verfügung zu stellen, Herr Landesrat. Vollkommen richtig.

Habt Ihr Euch das schon angeschaut? Aber wir - ist eh wurscht. Hier wäre dringend zu untersuchen, wie genau diese bisherige Vorgangsweise der KRAGES ausgesehen hat, die letztlich dazu geführt hat, dass das Land mit zusätzlichen Mitteln einspringen muss und das nicht einmal eine Woche vor dem Termin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde das, ja, notwendig, wenn das so passiert ist. Wenn die Regierung das alles so beschlossen hat, die Regierung es so beschlossen hat. Ihr könnt nichts dafür, Ihr Mitarbeiter. Ihr müsst das so aufbereiten, vorbereiten, wie die Regierung euch das vorgibt. Ihr seid eh in Ordnung. Ihr habt das tadellos im Griff. Nur, ich frage mich, wo ist die politische Verantwortung?

Wo bleibt die politische Verantwortung? Nicht dann herstellen und sagen: Wir bedanken uns bei den Mitarbeitern. Na no na, die machen ihren Job hervorragend. Ist ja logisch. Die müssen mit Zahlen jonglieren und die politische Verantwortung liegt in dieser Reihe. Da! Und die müssen geradestehen. Vorher hat man gesagt, die ÖVP, was die in den Jahren zuvor aufgeführt haben. Es hat sich bis jetzt nichts geändert. Es sind fast zwei Jahre eine andere Regierung. Es hat sich nichts geändert.

Daher werden, Herr Landesrat, solche Dinge von mir immer wieder aufs Tablett gebracht. Wir wissen schon in der Opposition, dass Sie immer sagen, wenn Sie in ein Büro hineingehen und sagen, lass den Kölly reden. Der redet eh jedes Jahr das Gleiche und ich kommen noch einmal darauf zurück.

Ja, ich werde jedes Jahr darauf hinweisen, dass gewisse Dinge öffentlich werden müssen, transparenter werden müssen und das hat die FPÖ immer gefordert. Auf das freue ich mich, wenn das endlich einmal durchdringt. Wenn die FPÖ so stark ist und sagt, jetzt wollen wir auch einmal Klarheit in dieser Sache haben. Weil ich glaube nicht, dass sich das ein jeder so angeschaut hat, wie ich es da jetzt gebracht habe, von der FPÖ. Ich glaube nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Nachtragsvoranschlag werden wir natürlich nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Wortmeldung vom Kollegen Kölly hätte nicht so lange gedauert, wenn wir den gesamten Nachtragsvoranschlag verlesen hätten, weil, so spektakulär ist er nämlich nicht. Ich finde es ganz putzig, Herr Kollege Kölly, wie sehr Sie sich um die FPÖ sorgen. Ich bin übrigens zumindest persönlich nicht besonders traurig, dass wir keinen Bürgermeister haben, denn mit dem Letzten haben wir nicht allzu gute Erfahrungen gemacht. *(Heiterkeit bei der FPÖ)*

Meine Damen und Herren! Der Nachtragsvoranschlag ist wirklich nicht sehr spektakulär. Gehen wir die einzelnen Gruppen durch. In der Gruppe null findet die Unendlichkeit der Bundespräsidentenwahl Niederschlag. Da gehen zusätzliche 205.000 Euro, Herr Kollege Kölly, vom Land an die Gemeinden.

Was die Bezirkshauptmannschaften angeht, fallen drei Dinge ins Auge. Einerseits die vermehrte Nachfrage nach Hochsicherheitspässen, die sich im nächsten Jahr noch verstärken wird.

Zweitens, höhere Ausgaben für Postgebühren infolge vermehrter Bearbeitung von Verwaltungsübertretungen und

Drittens, die vermehrte Inanspruchnahme von nichtamtlichen Sachverständigen-Gutachten.

In der Gruppe 0 findet sich noch die RMB - zusätzliche Ausgaben im Bereich des Regionalmanagements. Hier geht es einerseits um nichtförderbare Kosten im steuerrechtlichen Kontext und andererseits um einen Gesellschafterzuschuss.

Gruppe 1 - Leermeldung.

Gruppe 2 - Minderausgaben beim Personal, vor allem auch beim Landesschulrat. Mehrausgaben im Zusammenhang mit Verwaltungspraktikanten. Dafür wiederum

Minderausgaben im Bereich der Landeslehrer. Gestiegen sind die Ausgaben, und daran gibt es wohl politisch nichts auszusetzen, für die Beiträge des Landes zum Personalaufwand der Kindergärten. Hier geht es teilweise auch noch um Altlasten aus dem Jahr 2015 und schließlich 200.000 mehr für die Sportförderung. Der SV Mattersburg hat eine Rasenheizung bekommen. Seither geht es sportlich bergab.

Gruppe 3 ist keine Erwähnung wert.

Ganz im Gegensatz zu Gruppe 4, wo wir in mehreren Bereichen, über die wir heute und morgen noch im Detail sprechen werden, teilweise erhebliche Kostensteigerungen vorfinden, Kollege Kölly hat es erwähnt, im Bereich der Mindestsicherung, im Bereich der Pflege und Betreuung, aber vor allem im Bereich der Immigration beziehungsweise der Flüchtlingshilfe. Hier werden die Ausgaben heuer um fast 15 Millionen Euro höher sein als veranschlagt, Herr Kölly. Das sind natürlich Gesamtausgaben.

Das ist natürlich so, dass uns das nicht gefällt, aber es hätte, gerade wenn es um die Grundversorgung geht, zwei Möglichkeiten gegeben. Wir beschließen die Tarife und Tagsätze, die wir in ganz Österreich haben. Dann würde es noch viel schlimmer in diesem Nachtragsvoranschlag ausschauen, oder unter unserer Beteiligung, die niedrigsten Tagsätze *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe nichts mehr gesagt.)* und daher betreffen die Mehrausgaben - unter Anführungszeichen - „nur“ 15 Millionen Euro.

Sie wissen auch ganz genau, dass wir landespolitisch in diesen Bereichen im Großen und Ganzen nur Passagier sind und hier von Entscheidungen auf anderer Ebene abhängig sind. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt nicht. Die Regierung kann schon etwas tun.)*

Der allergrößte Brocken wurde auch bereits erwähnt. Er befindet sich in der Gruppe 5 - der Investitionszuschuss an die KRAGES. Alternativen hat der Kollege Kölly keine aufgezeigt. *(Abg. Manfred Kölly: Doch! Du hast mir nicht zugehört.)* Vielleicht sollte man irgendein Spital zusperren, vielleicht wäre Ihnen das recht. Sie haben auch zuerst gesagt, das Ganze wäre sehr intransparent, um dann einige Minuten später die Erläuterungen vorzulesen, aus denen eigentlich auf Punkt und Beistrich hervorgeht, worum es hier geht.

Sie haben den Regierungsbeschluss vom 1. Dezember 2009 erwähnt. Sie haben erwähnt, dass es sich um eine endfällige Anleihe handelt und so weiter und so fort. Also politisch unverfänglich.

Die Gruppen 6 und 7 sind unspektakulär.

Die Gruppe 8 kommt in diesem Nachtragsvoranschlag gar nicht vor.

Und in der Gruppe 9 spielt es sich vor allem auf Seite der Einnahmen ab. Einerseits Entnahme von Rücklagen, andererseits Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen. Damit bestreiten wir die Mehrausgaben je um 15,5 Millionen Euro.

Insgesamt erhöhen sich die Einnahmen und Ausgaben im Nachtragsvoranschlag um 51,4 Millionen Euro. Was dann schließlich und endlich zu Einnahmen und Ausgaben von je 1,2 Milliarden Euro führt.

Politisch ist das Ganze unverfänglich. Ich habe - wie gesagt - selten einen Nachtragsvoranschlag gesehen, der so unspektakulär ist. Wir werden selbstverständlich zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorliegende Nachtragsvoranschlag ist leider Sinnbild für diese alte Politik der schwächsten Regierung aller Zeiten, jetzt ein Jahr zusammengefasst. Das Zahlenwerk ist der Beweis für Untätigkeit, Misswirtschaft und Machtspielchen, und ich stimme dem Kollegen Géza hier zu *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Molnár!)*, der Nachtragsvoranschlag ist leider nicht spektakulär.

Wir haben zusammengefasst im Jahr knapp 9.000 Arbeitslose – Stand Oktober. Dieses Zahlenwerk ist der Beweis für Untätigkeit, Misswirtschaft und Machtspielchen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich stimme deshalb dem Kollegen Géza zu, denn der Nachtragsvoranschlag ist leider echt nicht spektakulär. Wir haben im Oktober knapp 9.000 Arbeitslose und nochmals 2.100 Schulungsteilnehmer. Seit 18 Monaten steigt diese Zahl der nicht in Beschäftigung befindlichen Burgenländer. Das zeigt ganz klar jede Statistik.

Liebe Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPÖ und FPÖ! Was habt Ihr da bitte getan? Wo sind Eure erfolgreichen Projekte? Ihr habt Eure Versprechen gebrochen, mit denen Ihr in die Landtagswahl gegangen seid. Ihr habt gemeint, Ihr werdet Arbeitsplätze für die Burgenländer schaffen, aber das Gegenteil ist passiert, denn immer mehr Menschen sind ohne Beschäftigung.

Da braucht es mittlerweile wohl einen Weckruf weil, Ihr seid in der rot-blauen-Landesregierung vom Sommerloch in den Winterschlaf gefallen und Euch steht die Frühjahrsmüdigkeit bevor. Wo sind die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit? Wo bleiben die Stärkungen der Gemeinden und des Wirtschaftsstandortes? Wo sind Zukunftsgebiete, wie Entbürokratisierung oder Digitalisierung untergebracht? All diese Punkte sind nicht zu finden. Leider muss man Euch aus dem Dornröschenschlaf aufwecken.

Zum Nachtragsvoranschlag möchte ich beispielshaft ein paar Schmankerl herausnehmen. Wenn man sich den VOR ansieht, dann bekommt dieser vier Millionen Euro mehr, aber trotzdem habt Ihr es nicht geschafft, das Ticket für Studierende umzusetzen, Studenten, burgenländische Studenten im Ausland finanziell zu unterstützen oder Ihr habt es auch nicht geschafft, das 365-Tage-Ticket einzuführen.

Wenn man sich die Verwaltungsreform anschaut, dann ist für uns ganz klar, dass dies die größte Säuberungsaktion in diesem Land war und wahrscheinlich als die größte Umfärbung in die Geschichte eingehen wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber trotzdem braucht man für externe Sachverständige 150.000 Euro. Da frage ich mich, wo die Verwaltungsvereinfachung ist, wenn man mit Unmengen an Geld externe Leistungen zukaufen muss? Was noch hinzukommt ist die Fachhochschule. Die braucht weitere 500.000 Euro. Mag schon sein, dass man die Lehre weiterentwickelt und qualitative Studiengänge anbietet, aber dann frage ich mich schon, warum man nicht den Masterstudienlehrgang für die Pflege einführen konnte, wenn man schon 500.000 Euro mehr hat? Oder man fragt sich, ob man wieder mehr Personal in der FH Burgenland braucht, um irgendwelche Günstlinge unterzubringen?

Aber, das größte Schmankerl das, aus meiner Sicht, in diesem Nachtragsvoranschlag steht, ist die Landessicherheitszentrale, die ja mit 1.000.000 Euro zusätzlich unterstützt wird. Natürlich wissen alle, dass das ein nettes Prestigeprojekt der FPÖ in der Regierung ist. Zusätzlich bekommt der Landeshauptmann-Stellvertreter ein bisschen Körberlgeld, das er verteilen kann. Er kann seine Günstlinge, seine Freunde und

Familienmitglieder unterbringen, nur damit der Mehrheitsbeschaffer befriedigt ist und am Ende des Tages den Steigbügelhalter spielt.

Das ist, geschätzte Damen und Herren, unter dem Strich der Preis dafür, dass die FPÖ ihre Spielwiese hat, nichts dazu sagt und zuschaut, wie der Alleinherrscher, die SPÖ, hier wirkt und tätig ist. Das ist, wie bereits gesagt, der Preis, den die SPÖ dafür gerne bezahlt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Geschätzte Damen und Herren! Im Nachtragsvoranschlag - und das ist ein sehr heikles Thema - ist natürlich auch inkludiert, dass die Mindestsicherung mittlerweile etliche Millionen Euro mehr kostet. Hier muss man endlich ansetzen. Die ÖVP hat es bereits vor eineinhalb Jahren ganz klar gesagt, welche Maßnahmen es braucht. Wir brauchen die Deckelung, wir brauchen andere Schritte von mehr Geldleistungen hin zu Sachleistungen, aber wir brauchen auch die Mindestsicherung light, die wir in diesem Landtag eingebracht und wo Sie alle mitgestimmt haben.

Aber, jetzt kommt der Tag, wo auch Taten folgen müssen. Mittlerweile seid Ihr die großen Ankündigungsweltmeister, aber irgendwann sollte man auch in die Umsetzung kommen. Wir warten deshalb schon jeden Tag darauf, damit unsere Vorschläge endlich umgesetzt werden.

Alle diese Beispiele unterstreichen aber leider diese alte, verstaubte Politik der Vergangenheit, *(Abg. Doris Prohaska: Da wart Ihr alle dabei!)* wo man mit aller Gewalt versucht, an der Macht zu bleiben. Das Paradebeispiel sind die Sicherheitspartner der FPÖ. Hier laufen nun Personen durch das Burgenland, die bestrebt sind, Verbrechen aufzudecken, die es hoffentlich nie geben wird. Aber das Projekt gesteht man der FPÖ einfach zu, damit diese zufrieden beschäftigt und auch abgelenkt sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist im Nachtragsvoranschlag 2016 das Schweigegeld - das rote Schweigegeld für die blauen Mehrheitsbeschaffer.

Geschätzte Damen und Herren! Im Nachtragsvoranschlag steht klar, dass Ihr 50 Millionen Euro mehr braucht. Da frage ich mich dann, wo der Weitblick beim Erstellen des Budgets bleibt? Wenn man sich das Budget 2017 anschaut, wir werden nachher noch dazu kommen, dann fehlt mir auch hier der große Weitblick in die Zukunft und vor allem was die Fragen der Zukunft betreffen.

Im Nachtragsvoranschlag steht in den Erläuterungen ganz klar, dass all diese Mehrausgaben aus den Rücklagen finanziert werden. Jetzt wissen wir aber, dass diese Unsummen an Rücklagen, die das Land in den Abschluss schreibt, nicht existieren.

Wir haben dieses Geld nicht cash auf irgendwelchen Konten. Das bedeutet, mit jedem Mal, wenn wir sagen, dass Rücklagen aufgelöst werden, bedeutet das zeitgleich, dass man neue Kredite und neue Schulden aufnehmen muss, weil wir dieses Geld nicht zu 100 Prozent zur Verfügung haben. *(Landesrat Helmut Bieler: Das stimmt nicht!)*

Das stimmt nicht, Herr Landesrat? *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist falsch! Einfach falsch!)* Sie können dazu noch so oft sagen, dass ich mich nicht auskenne, *(Landesrat Helmut Bieler: Prinzipiell falsch!)* aber das sagt der Landes-Rechnungshof und das sagen auch viele andere. Bitte zeigen Sie mir einen Kontoauszug, auf dem 100 Millionen Euro, die wir als Rücklagen irgendwo ausweisen, cash zur Verfügung stehen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Landesrat Helmut Bieler: Wir nehmen keine neuen Schulden auf! Das ist falsch!)*

Das haben wir nicht, *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist falsch! Einfach falsch!) a*ber genau darum geht es. Rücklagen sind nämlich ein Bargeld, das ich zur Verfügung habe, wenn ich es brauche. Das hat das Land aber nicht. Das ist das große Problem dieser Landesfinanzgebarung.

Geschätzte Damen und Herren! Zusätzlich holt sich das Land auch noch unverschämt Geld aus den Gemeinden. Da braucht man sich bald nur diese 100 Millionen Euro anschauen, die über die Sozialhilfe, die Behindertenhilfe, die Jugendwohlfahrt und auch über die Landesumlage zusammenkommen. All diese Punkte, all diese Gelder sollten den Gemeinden zur Verfügung stehen, weil dort die beste Politik gemacht wird.

Das ist unsere Meinung und deswegen wollen wir nicht, dass hier dieser Nachtragsvoranschlag beschlossen wird. Deswegen werden wir dagegen sein. *(Beifall bei der ÖVP und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Klubobmann Robert Hergovich hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin eigentlich überrascht, welche Formulierungen hier von meinem Vorgänger getroffen wurden, vor allem welche Tonalität hier benutzt wird *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war doch der Illedits!)* und warum eigentlich versucht wird, alles in diesem Land schlecht zu reden.

Das ist schade, das hat sich das Land nicht verdient, auch keine Politiker und schon gar nicht die Politiker, die in den eigenen Reihen gesessen sind und in Wahrheit diese Politik jahrzehntelang staatstragend mitgestaltet haben. Da verstehe ich auch nicht, was da in der ÖVP passiert ist. Aber, das muss sich die ÖVP mit sich selbst ausmachen.

Wir kommen zum Nachtragvoranschlag, der eigentlich sehr unaufgeregt und unspektakulär aufgelegt ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Alle machen sich Sorgen um die Blauen, Sorgen um die Schwarzen. So sorgenvoll!)*

Herr Kollege Sagartz! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hast doch gerade so formuliert.)* Sie verstehen mich völlig falsch. Ich mache mir überhaupt keine Sorgen um die ÖVP. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann passt es.)* Ich will auch nicht den Eindruck vermitteln, dass mir die ÖVP irgendeine Sorge bereitet.

Nun aber zum Nachtragsvoranschlag. Der Nachtragsvoranschlag ist im Wesentlichen in Zahlen gegossene Projekte, gute Projekte, die man eben besonders und verstärkt unterstützt. Ich möchte einige dieser Projekte gesondert behandeln. Nämlich, beispielsweise Projekte im Gesundheitsbereich. Da haben wir zusätzlich 700.000 Euro für den Zu- und Ausbau des Krankenhauses Eisenstadt investiert.

Insgesamt wurden 60 Millionen Euro in den Ausbau und in den Zubau des Krankenhauses Eisenstadt investiert. Ich meine, ein gut investiertes Geld. Wir konnten hier von 375 auf 500 Betten aufstocken. Das kommt der Bevölkerung zu Gute und das widerspiegeln auch hier diese 700.000 Euro im Nachtragsvoranschlag.

Auch im Sport wurde einiges getan. Hier um 200.000 Euro mehr für den Ausbau des Bundesleistungszentrums Segeln und Surfen in Neusiedl am See beispielsweise oder auch für die Sanierung der Leichtathletikanlage in Pinkafeld. Die schlägt sich natürlich ebenfalls im Nachtragsvoranschlag nieder.

Auch in der Behindertenhilfe waren es 1,4 Millionen Euro für die stationäre Unterbringung, eine Million Euro für Beschäftigungstherapien. Ich meine, das ist gut investiertes Geld für Menschen mit Behinderung, für Menschen mit Handicaps.

Ich habe erst vor Kurzen eine Behindertenwerkstatt von „Rettet das Kind“ besucht. Ich muss sagen, ich habe höchsten Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, denn wie die mit den Menschen dort umgehen, das ist wirklich eine ganz tolle Geschichte. Ich gratuliere deshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behindertenwerkstätten wirklich dazu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Auch in der Kinderbetreuung gab es ein Plus von 2,54 Millionen Euro. Das sind Beiträge für Gemeinden zum Personalaufwand in Kinderkrippen. Das ist natürlich die Folge vom Ausbau der Kinderbetreuung im Burgenland insgesamt, aber darauf können wir auch wirklich verstärkt stolz sein. Wir sind die Nummer 1 bei den über Dreijährigen und die Nummer Zwei bei den noch Jüngeren, von 0 bis Dreijährigen.

Auch die heuer beschlossene Besoldungsreform für Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen mit einem höheren Anfangs- und Lebensgehalt wird sich in Zukunft auswirken. Das ist auch klar. Wir setzen damit auch im Nachtragsvoranschlag einen großen Schwerpunkt für Soziales, Gesundheit - und wenn man so will - auch für Sport.

Gleichzeitig bauen wir aber auch 2,0 Millionen Euro an Schulden ab. Auch das ist ein wichtiges Signal in schwierigen Zeiten, nämlich, mehr Geld in die Hand zu nehmen, antizyklisch zu investieren, mehr Geld für die Wirtschaft auszugeben, damit Arbeitsplätze geschaffen werden und dann, wenn es wieder besser läuft, die Schulden natürlich wieder zurückzahlen, denn auf Dauer mehr Geld auszugeben, als zu verdienen, das geht natürlich nicht. Daher ist es auch gut, dass wir schon 2,0 Millionen Euro an Schulden abbauen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine Damen, meine Herren! In den letzten Tagen und Wochen gab es sehr viele Schmähparaden von politischen Kollegen, beispielsweise heute wieder beim Arbeitsmarkt und dergleichen mehr. Aber eine Schmähparade, die hier versucht wurde, war sozusagen in der Öffentlichkeit das Bild zu zeichnen, dass das Burgenland eine negative Finanzspitze hätte. Da haben wir natürlich sofort nachgeschaut.

Ist das eine weitere Schmähparade der ÖVP oder hat das etwas mit der Realität zu tun? In diesem Zusammenhang haben wir dann nachgerechnet und nachgeschaut. Es ist immer so, wenn die ÖVP etwas behauptet und da kommt dann ein SPÖ-Politiker her und sagt, das stimmt gar nicht, dann hofft man und sagt, naja, ein bisschen etwas wird schon picken bleiben.

Ich glaube, darum geht es auch in der politischen Diskussion bei der ÖVP. Es geht hier nämlich nicht um Sacharbeit, sondern es geht einfach darum, uns anzupatzen, denn ein bisschen etwas wird schon picken bleiben. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das weißt Du am besten!)*

Aber, Herr Kollege Wolf, ein Problem wird es dann, wenn nicht die SPÖ dem widerspricht, sondern die ÖVP selbst. Ich darf dazu einen durchaus bekannten ÖVP-Politiker in den Zeugenstand rufen, nämlich, den ÖVP Landeshauptmann Josef Pühringer, seines Zeichens übrigens Finanzreferent in Oberösterreich, der zum Budget 2016 folgendes Zitat formuliert hat.

Ich darf dieses Zitat auch genauso wieder geben, wie er das gesagt hat: „Eine Analyse der Budgets für das Jahr 2016 zeigt, dass Oberösterreich im Budget 2016 mit 8,38 Prozent unter den neun Bundesländern die höchste freie Finanzspitze hält - jetzt

kommt es - gefolgt vom Burgenland mit 6,95 Prozent." Zitatende. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das Burgenland ist also oder hat - nicht wie behauptet - eine negative Finanzspitze, sondern hat den zweiten Platz aller österreichischen Bundesländer was die freie Finanzspitze betrifft, inne. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo ist das berechnet worden? Wo? Was ist mit der Rechnungshof-Überprüfung? – Abg. Ingrid Salamon: Kommt schon, nur nicht nervös werden.)*

Ich komme gleich drauf, wo das gerechnet wird. Also, eine positive Finanzspitze von 6,95 Prozent. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die ÖVP behauptet trotzdem negativ - auch im Jahr 2017. Daraufhin, Herr Kollege Sagartz, haben wir die Finanzabteilung Oberösterreichs ersucht, diesen Vergleich auch für das Jahr 2017 zu berechnen.

Wissen Sie, auf was für ein Ergebnis die Finanzabteilung Oberösterreichs - Pühringer - Ihr Parteikollege, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Woher soll ich das jetzt wissen? Glaubst Du, die haben sich bei uns gemeldet?)* nicht Sozialdemokrat, Mitglied der Volkspartei - kommt? Das Burgenland hat wieder eine freie Finanzspitze von rund 7 Prozent und ist wieder im Spitzenfeld aller österreichischen Bundesländer.

Die Finanzabteilung des ÖVP-Landeshauptmanns von Oberösterreich widerspricht also der ÖVP Burgenland. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ein Wahnsinn!)* Ich frage mich jetzt: Hat der ÖVP-Landeshauptmann von Oberösterreich etwas Böses vor, oder liefern Sie wieder eine weitere Schmähparade, wie vor zwei Wochen? Gibt es wieder eine Ihrer Schmähparaden? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn Du den jetzt als Zeugen brauchst!)*

Ich fände das sehr schade, Herr Kollege Sagartz, denn die Burgenländerinnen und Burgenländer *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir werden das gerne recherchieren.)* haben es sich verdient, dass man ordentlich und konstruktiv zusammenarbeitet und nicht das man fünf Jahre Wahlkampf *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Du warst der Erste, der die Gespräche abgesagt hat.)* und Fundamentalopposition betreibt.

Das ist sehr schade, denn ich glaube, dass man in vielen Dingen hier wirklich sehr sachlich und konstruktiv zusammenarbeiten könnte. In diesem Sinne werden wir diesem Nachtragsvoranschlag 2016 natürlich gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute sehr viele Beiträge zum Nachtragsvoranschlag gehört, wissend dass Veränderungen im Budget eine rechtliche Begründung und auch einen rechtlichen Beschluss notwendig machen. Das ist notwendig und ich werde auch einiges dazu sagen. *(Abg. Manfred Kölly: Legitim!)*

Diese Veränderungen kann man antizipieren oder man muss sie zur Kenntnis nehmen und dann entsprechend darauf reagieren. Es gibt hier einige Punkte, die eine größere Summe beinhalten. Das eine ist die Rückzahlung der Anleihe für die KRAGES und das andere sind die Sozialbereiche inklusive der Grundvorsorge für Fremde. Ich habe noch nie im Nachtragsvoranschlag so eine peinliche Unwissenheitsrede wie vom Abgeordneten Wolf gehört. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Geh, bitte!)*

Das hat es bis jetzt in diesem Haus noch nicht gegeben, dass so viel Unwissenheit und Unwahrheit verbreitet wurde. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Geh bitte!)* Ich werde Ihnen auch konkret sagen, was ich meine. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ja, bitte. Das interessiert mich jetzt schon.)* Ja, das kann ich Ihnen schon sagen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Bitte.)*

Erstens einmal gibt es im gesamten Nachtragsvoranschlag nichts was die Landessicherheitszentrale betrifft, kein einziges Wort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweitens haben Sie gesagt, dass Rücklagenentnahmen gleichzeitig neue Schulden bedeuten, was falsch ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wie finanzieren wir sie dann?)* Sie kennen sich im Prinzip der Rücklagenbildung und -entnahmen offensichtlich nicht aus. Das ist falsch. Das ist eindeutig falsch. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Nochmals, wie finanzieren wir sie dann? Der Rechnungshof sagt etwas ganz anderes.)*

Drittens, und da werden wir auch noch auf die Anleihe der KRAGES zurückkommen, haben Sie gesagt, dass wir von diesen 51 Millionen Euro sehr viel den Gemeinden wegnehmen, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich nicht gesagt.)* was falsch ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Da haben Sie nicht zugehört.)* Von diesen 22,8 Millionen Euro, die wir für die KRAGES, für unser Eigentum, zurückzahlen, weil die KRAGES das in den letzten Jahren für Investitionen, für notwendige Maßnahmen gebraucht hat, was ein ganz normaler Vorgang ist.

Was ich dem Landtag vorgelegt habe und nicht Sie, Herr Abgeordneter, aufgedeckt haben, sondern, ich habe es zur Beschlussfassung vorgelegt. *(Abg. Manfred Kölly: 80 Millionen Euro brauchen sie und 20 Millionen Euro bekommen sie.)*

Von diesen 22,8 Millionen Euro zahlen die Gemeinden nichts dazu. Von den 15 Millionen Euro an Steigerungen für die Grundversorgung sind 60 Prozent seitens des Bundes. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich komme schon noch darauf zurück. Das geht sich genau mit diesen 10 Millionen Euro aus, die wir ursprünglich für das Land budgetiert haben.

Das heißt, diese 25 Millionen Euro, rund 60 Prozent der Bund, 40 Prozent das Land, sind genau diese 10 Millionen Euro, die wir ursprünglich budgetiert haben. Jetzt müssen wir allerdings die Bruttoausgaben budgetieren, weil wir das vorfinanzieren müssen. Soll so sein, haben wir daher auch gemacht und daher hat es die Regierung auch zur Kenntnis genommen.

Die restlichen und das sind vier, fünf Millionen Euro, wenn überhaupt, ich müsste jetzt nachrechnen, werden im Sozialbereich 50 zu 50 zwischen Land und Gemeinden aufgeteilt. Was wir da den Gemeinden wegnehmen würden, das müssen Sie mir bei 50:50 einmal vorrechnen. Also, auch das ist falsch, was Sie gesagt haben, das wir den Gemeinden hier Geld vorenthalten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, durch und durch eine nicht passende und völlig falsche und von Unwissenheit, oder bewusster Unwahrheit strotzenden Rede, die einfach so nicht zur Kenntnis genommen werden kann. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Erklärt hast Du mir das alles aber jetzt nicht.)*

Wir haben hier die Maßnahmen mit 51,36 Millionen Euro mehr an Einnahmen, aber auch mehr an Ausgaben. Im außerordentlichen Budget haben wir immer das Problem, oder auch die Tatsache, dass wir seitens des Bundes, seitens der EU erst dann die Refundierungen unsere vorfinanzierten Projekte bekommen, wenn sie abgerechnet sind.

(Abg. Ingrid Salamon: Logisch!) Das heißt, dass spiegelt die Rückflüsse der EU wider und daher gibt es dort immer Veränderungen.

Die können wir gar nicht vorhersehen und auch gar nicht wissen. Es ist deshalb unrealistisch zu sagen, man braucht keinen Nachtragsvoranschlag, weil es immer Veränderungen gibt, die nicht von uns beeinflussbar sind, weil sie im Sozialbereich aufgrund der Wirtschaftslage, weil sie im Grundversorgungsbereich aufgrund von einem mehr oder weniger an Flüchtlingen, je nach dem, Veränderungen gibt.

Dem müssen wir Sorge tragen und dann gibt es natürlich auch noch etwas was wir bewusst getan haben, wenn es mehr Ausgaben gibt, oder auch manchmal mehr Einnahmen.

All das wollen wir natürlich tun und das sind hier lediglich diese Veränderungen plus oder minus, nicht die normalen Vorgänge im Budget. Das heißt, im Nachtragsvoranschlag zu diskutieren, was so ist im Budget oder nicht, oder im Land getan wird oder nicht getan wird, ist etwas falsch von diesem Zugang her, soll so sein, politisch in Ordnung, realistisch völlig falsch.

Das heißt, wir haben heute die Aufgabe darüber zu diskutieren, zu befinden und zu beschließen, wie dieser Nachtragsvoranschlag angenommen wird. Ich denke, die Redner haben gezeigt, dass dieser Nachtragsvoranschlag nicht nur sinnvoll ist, egal ob man zustimmt oder nicht zustimmt. Ich kann verstehen, wenn die Liste Burgenland nicht zustimmt, weil sie ja sonst nichts kritisieren können, auch wenn es etwas Gutes ist. Das soll so sein. *(Abg. Manfred Kölly: Wir stimmen vielleicht eh dem Budget zu. Das weißt Du ja jetzt noch nicht.)*

Aber, die Mehrheit im Landtag wird sehen, dass dieser Nachtragsvoranschlag notwendig, aber auch sinnvoll ist und die Basis für den Rechnungsabschluss im kommenden Jahr sein wird. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Dem Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2016 wird somit mehrheitlich zugestimmt.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren, die Mitglieder der Präsidialkonferenz unterbreiten einhellig den Vorschlag, zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 30 keine Redner zu nominieren, jedoch in der General- beziehungsweise Spezialdebatte über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017, das ist der 3. Punkt der Tagesordnung, zu diesen Themen Stellung zu nehmen.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? -

Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen. *(Abg. Manfred Spitzmüller: Einwand!)*

Einwand - bitte zum Rednerpult.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Ich finde diese Vorgangsweise nicht in Ordnung, weil es Tagesordnungspunkte gibt, die überhaupt nicht ins Budget passen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum Beispiel der Antrag vom Abgeordneten Kölly zu den GIS-Gebühren. Bei welchem Tagesordnungspunkt sollen wir dazu sprechen? *(Abg. Robert Hergovich. In der Generaldebatte.)* Außerdem finde ich es schade, denn wir haben auf der Tagesordnung eigentlich sehr wesentliche Tagesordnungspunkte, die wir gemeinsam, mit langen Verhandlungen, ich spreche beispielsweise vom Gemeindepaket, ausverhandelt haben, die eigentlich sehr gut gelaufen sind.

Damit finde ich, vertun wir uns eine Chance, zu einem Tagesordnungspunkt konkret zu reden. Sonst redet ein jeder zu jedem Punkt wo es ihm gerade dazu passt. Das finde ich ehrlich gesagt für nicht in Ordnung.

Bei manchen Punkten finde ich es in Ordnung. Der Rechnungshof ist in Ordnung, aber bei den Gemeinden finde ich das, zum Beispiel, schade. Es wäre schön, wenn man mit uns vorher gesprochen hätte. Wir sind zwar nicht in der Präsidiale, aber wir sind auch ein Teil des Landtages. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Grundsätzlich haben alle im Landtag vertretenen Fraktionen diesen Vorschlag der Präsidiale am nächsten Tag zugestellt bekommen. Es steht Ihnen frei, sich daran zu halten, oder nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 67 GeOLT schlage ich vor, beim Tagesordnungspunkt 3 die Redezeit der Redner in der Generaldebatte auf 45 Minuten und die Redezeit in der Spezialdebatte auf 10 Minuten zu beschränken.

Ich lasse über diesen Vorschlag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordnete die diesem Vorschlag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Ich danke Ihnen. Mein Vorschlag ist somit einstimmig angenommen worden.

3. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 658 über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017 (Zahl 21 - 470) (Beilage 665)Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 658, über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017, Zahl 21 - 470, Beilage 665.

Generalberichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017 in seiner 07. Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Gemäß § 41 Abs. 2 GeOLT wurde beschlossen, Frau OAR Ursula Fercsak, Abteilung 3, die von Landesrat Bieler den Beratungen beigezogen wurde, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Ich wurde zum Generalberichterstatter gewählt.

Die zur Beschlussfassung vorliegende Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag 2017 sieht einen ordentlichen Voranschlag und einen außerordentlichen Voranschlag vor.

Die Regierungsvorlage sieht im ordentlichen Landesvoranschlag 2017 Einnahmen in der Höhe von 1.102.538.800 Euro und Ausgaben in der Höhe von 1.102.538.800 Euro vor. Es ergibt sich demnach ein ausgeglichener ordentlicher Haushalt.

Im außerordentlichen Voranschlag sieht die Regierungsvorlage für das Jahr 2017 Einnahmen in der Höhe von 33.981.300 Euro und Ausgaben in der 33.981.300 Euro vor. Es ergibt somit auch ein ausgeglichener außerordentlicher Haushalt.

Der Landesvoranschlag der Fonds sieht Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je 254.500 Euro vor und ist somit ausgeglichen.

Der Gesamtabgang des Landesvoranschlages für das Jahr 2017 beträgt demnach 0 Euro.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 23. November 2016 die Vorlage der Landesregierung über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017 beraten und beschlossen, dem Hohen Haus die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage zu empfehlen.

Ich bitte nun die Damen und Herren des Hohen Hauses die Generaldebatte zu eröffnen.

Generaldebatte

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Generalberichterstatter. Wir gehen in die Generaldebatte ein. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eingangs zum Landesrat Bieler sagen, dass seine Festhaltung, dass das Budget einen gesetzlich ordnungsgemäßen Rahmen hat und das auch der Nachtragsvoranschlag diesem Rahmen entspricht eine Vorgabe ist, die er zu erfüllen hat und dementsprechend ist diesen Ausführungen auch nichts hinzuzusetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Speziellen, wenn es darum geht, dass diese Ausführungen auf den Nachtragsvoranschlag 2016 hoffentlich auch alle Kennzahlen enthält, die notwendig sind, um ihn zu gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche als erster Redner zum Budget 2017. Insgesamt und davon ist die Bevölkerung nicht nur durch die Berichterstattung im Funk und Fernsehen täglich konfrontiert, insgesamt leben wir in sehr schwierigen Zeiten, in sehr volatilen Zeiten, in Zeiten eines totalen Umbruchs. Wir leben das nicht nur lokal, regional, auf nationaler Ebene, sondern insgesamt auf globaler Ebene.

Wenn ein in Amerika neuer Präsident gewählt wird und am gleiche Abend beziehungsweise am nächsten Tag in Europa nach einer Aufrüstung und nach einer eigenen Armee gerufen wird, dann wissen wir, wo die Gesamtpolitik eigentlich hinsteuert und welche Aufgaben und Zielsetzungen abseits von einem harmonischen, friedlichen Zusammenleben, schon allein durch eine Präsidentschaftswahl in Amerika konstruiert wird.

Wenn man sich dann anhört und anschaut, von dort heruntergebrochen, was wir an Erfahrungen, an inhaltlichen Bestimmungen nur an unserer kleinen Republik die letzten drei Wahlgänge erleben dürfen, wo wir hoffentlich jetzt am 4. Dezember, am kommenden Sonntag, einen Abschluss in der Bestimmung eines neuen Bundespräsidenten finden

werden, dann wissen wir zu Recht, dass wir in sehr unruhigen Zeiten leben und das diese Republik eigentlich an Herausforderungen mit Sicherheit keinen Mangel leidet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Festzuhalten ist, und das haben alle Wirtschaftsforscher die letzten Monate bestätigt, dass wir für 2017 entgegen 2016 ein sinkendes Wirtschaftswachstum prognostiziert bekommen, national gesehen unterschiedlich vom Wirtschaftsforschungsinstitut und vom Institut für Höhere Studien, entweder von 1,5 oder nur von 1,3 Prozent Wachstum, das der private Konsum in Österreich sinkt, nämlich von heuer 1,5 auf 1,2 Prozent, dass der Konsum vom IHS auf nur 1,1 Prozent geschätzt wird.

Gleichzeitig aber sind zwei Parameter der Wirtschaftsentwicklung als steigend festzuhalten. Zum einen, und das ist der gefährlichste Bereich im Verhältnis auf Zinsen und Kapital, nämlich, die Inflation steigt nach heutigen, oder nach heurigen Gesichtspunkten um fast das doppelte.

Wir haben heuer eine Inflation, die durchschnittlich im Berechnungsrahmen von einem Prozent gelegen ist und wir steigern die Inflation im kommenden Jahr auf 1,7 beziehungsweise 1,6 Prozent. Der nächste Parameter, der eine außerordentliche Entwicklung in einer besonderen Form kennzeichnet, ist das Steigen der Arbeitslosigkeit.

Entsprechend den heurigen Zahlen von 9,2 im Durchschnitt steigert sich die Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr von - je nach Berechnungsart IHS beziehungsweise WIFO - von 9,4 auf 9,5 Prozent. Diese beiden Parameter sind im Steigen begriffen, gleichzeitig aber ist das Wirtschaftswachstum und Konsum im Fallen begriffen.

Wir haben gleichzeitig eine Entwertung des gesamten Geldvermögens. Wir haben aber gleichzeitig eine Steigerung dessen, wo es darum geht, dass über den neuen Finanzausgleich viel, viel mehr Gelder in die einzelnen Bundesländer auch fließen und damit eigentlich einem bestimmten Aufgabenbereich Vorschub geleistet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir auf der einen Seite festhalten, dass die Steuermittel sprießen und die Steuergelder in die Bundesländer fließen, dann wissen wir gleichzeitig, wer dafür gerade stehen muss, nämlich der Steuerzahler und die Steuerzahlerin.

Wir haben in Österreich eine Abgabenquote erreicht, die eigentlich fast nicht mehr zum Topen ist, wenn es nicht jedes Jahr dann trotzdem noch eine Entwicklung nach oben in der Darstellung geben könnte, weil Irgendjemanden etwas einfällt, was im Grunde genommen vorher keiner gedacht hat.

Diese Kreativität im Festhalten von an der Steuerschraube drehen, ist fast schon eine Ausführung, die man im Guinnessbuch der Rekorde festhalten könnte. Das ist eine Tatsache, der wir uns eigentlich jetzt alljährlich überhaupt nicht entziehen können.

Aus diesen Umständen heraus, ist eigentlich auch das Budget 2017 im Burgenland nachzuvollziehen, weil wir eine Steigerung in der Gesamtbudgetierung erleben, wie wir es jetzt im Nachtragsvoranschlag auch erlebt haben, gegenüber allen Zahlen um mindestens 50 Millionen Euro. Und diese Steigerungen basieren auf einer Erhöhung der Steuerquote im Umsetzen auch auf die Einnahmen des Staates.

Interessant in dem Zusammenhang ist für mich eines, wir haben eine der größten Steuertransferaktionen erlebt in der Beschlussfassung der noch unter Faymann gegebenen Bundesregierung und wir haben trotzdem mit Einführung der Gegebenheiten

Registrierkassa und vielen, vielen mehr, ein eigentlich explodierendes Steueraufkommen, das dazu beitragen soll, auch die Landesbudgets entsprechend zu gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt im burgenländischen Landesbudget, und das möchte ich ohne Umschweife festhalten, ein für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, für alle Burgenländerinnen und Burgenländer gegebenes Highlight. Das sollte gleich am Anfang gesagt werden, dass das eine der positivsten, wenn nicht die positivste Nachricht dieses gesamten Konstrukts ist.

Nämlich mit Ende 2017 - falls nicht wirklich irgendwelche Stricke reißen sollten - schichten wir die Gesamthaftungen für die Bank Burgenland endgültig ab. Und diese Belastung in der Gesamtheit ist eigentlich der markanteste Teil eines Budgets in der Entwicklung auf das kommende Jahr, wo alle, die damit befasst waren, eigentlich nur durchatmen können.

Denn das was dort als Damoklesschwert über allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gelastet hat und hoffentlich quasi abgeschichtet wird mit Ende des Jahres, ist etwas das wir vor kurzem erlebt haben über eine Bank in einem anderen Bundesland. Wo es nicht nur zu Irritationen im Gesamtkreislauf bundespolitischer Maßnahmen gekommen ist, sondern auch für die Bundesländer in der Umsetzung ganz starke Irritationen ergeben hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist eine Situation in der sogenannten Erstellung von Budgetgegebenheiten, die auf der einen Seite wie gesagt höhere Einnahmen beschert und auf der anderen Seite dementsprechend dann einen Ausweis setzt, wir machen keine neuen Schulden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben gerade in der Erklärung des Landesrates auf den Haushaltsnachtrag 2016 gehört und auch in der Diskussion um diesen Haushaltsnachtrag, dass das Burgenland eine freie Finanzspitze nach Oberösterreich hat. Sie sollten alle, die diese Zahlen in den Mund nehmen, auch damit festhalten, dass es sich um das ordentliche Budget handelt, nur um dieses Budget.

Und alles was daneben den Budgetrahmen noch hätte, quasi in diesem ordentlichen Budget nicht vorkommt, da gibt es eine ganz klare Trennlinie. Und daher sollte das auch, und das beteuere ich jetzt gleich am Anfang in der Diskussion, einen gravierenden Unterschied ausmachen, in den Gegebenheiten wie zum Beispiel die Schulden der Gemeinden dargestellt werden, nämlich die Pro-Kopf-Verschuldung entsprechend dem Jahresausweis im Finanzbericht auf die Gemeinden.

Da wird nämlich auch nur festgehalten, die Pro-Kopf-Verschuldung auf den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt. Da kommen dann Zahlen zu Stande, wie zum Beispiel auf meine Heimatgemeinde von 300 Euro. Die Wirklichkeit schaut so aus, dass ich dort noch mindestens eine Zahl dazu fügen muss und bei 3.500 Euro den Ausgleich finden sollte.

Das sind die wahren Gegebenheiten und das kann man nicht, wie in der Darstellung, nicht immer in der Verkürzung setzen. Hier braucht man die Festhaltung, das Budget hat auch neben dem ordentlichen Budget gewisse Begleitumstände, die in das Gesamte einfließen.

Und ohne die Transferzahlungen des ordentlichen Budgets oder des außerordentlichen, wie wir vorher festgehalten haben, in die Gesamtgebarung auf die ausgelagerten Einheiten funktionieren diese auch nicht.

Wo es ein absolutes Problem gibt, und das haben wir erst vor einigen Monaten erlebt, ist zum Beispiel in der Darstellung der Energie Burgenland, wo man Buchwerte heruntersetzen musste, weil die wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht mehr da sind. Und was das dann gesamtgesehen für einen Konzern bedeutet, wenn sein Buchwert heruntergeht, im Sinne seiner Gesamtdarstellung auf Kredite und Anderes, das hat ganz andere Gegebenheiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang etwas nachweisen, was vor kurzem in einer Zeitung dargestellt wurde. Wo es nämlich um die Möglichkeit gegangen ist, wie man in Niederösterreich, weil vorher Oberösterreich als Beispiel angeführt wurde, wie man in Niederösterreich versucht hat, Schweizer Franken Kredite, die man aufgenommen hat, einigermaßen neu aufzustellen, weil das Risiko als viel zu hoch behaftet war; und weil man auf der anderen Seite die Notwendigkeit erachtet hat, etwas Neues bei niedrigem Stand der Zinsen umzusetzen.

Und hier geht es um die sogenannte Rollierung von Franken. Dabei mussten absolut komplizierte Konstruktionen ergriffen werden, um auslaufende Frankenanleihen über 270 Millionen Euro zu rollieren, wurden zwei Anleihen über eben diese Summe in Norwegischen Kronen emittiert.

Die von einem norwegischen Pensionsfonds bereitgestellten Kronen wurden dann mit Hilfe einer deutschen Investmentbank in Franken geswapt und mit diesen Fränkli wurde die Altanleihe bedient. Da geht es um Steuergelder.

Erst vorige Woche hat der Wiener Rechnungshof, der Stadtrechnungshof, bezogen auf die Erweiterung der Stadthalle über die Wiener Holding festgehalten, dass wir, festgeschrieben jetzt mit dem neuen Finanzausgleich 2017, nicht nur mehr Risikoavers veranlagen sollen, sondern gar nicht spekulieren sollen.

Gleichzeitig ist in Wien etwas passiert, nämlich bei der Stadthalle im Zubau und in der Sanierung hat die Wiener Holding Zinsgeschäfte abgeschlossen, die entgegen der ursprünglichen Bausumme in der Veranlagung das doppelte gekostet haben nur durch die Spekulation.

Diese Gegebenheiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten uns nicht nur im Zusammenhang mit der zuletzt geführten Diskussion um die Zinsgeschäfte des Landes einiges abringen, sondern sie sollten uns zu denken geben und sie sollten zu dem Radschluss definitiv führen, so schnell wie möglich diesen Ausstieg aus diesen Gegebenheiten zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt in diesem Budget, wie ich gesagt habe, einstiegsmäßig bezogen auf die Darstellung wie wir mit den Landesfinanzen umgehen, auch noch eine ganz besondere Darstellung, die wir in der Budgetrede erfahren durften.

Auf Seite 19 über Vortrag des Herrn Landesrates wurde uns festgehalten: Stellen wir also die finanziellen Verbindlichkeiten des Landesvoranschlags 2017 den Forderungen und dem Geldvermögen des Landes gegenüber, - ich rede hier wieder vom ordentlichen Budget, - so kommt auf jede Burgenländerin und jeden Burgenländer ein Guthaben von 2.363 Euro.

Herr Landesrat, ich stelle jetzt den Antrag, dieses Guthaben an mich und an alle Burgenländerinnen und Burgenländer auszuzahlen. Ich finde es gerechtfertigt weil, das ist eine Überraschung, die wirklich weihnachtlich klingt.

Aber ich habe es Ihnen schon vorher gesagt, man kann quasi auch so etwas zu Papier bringen und verkünden im Sinne einer positiven Schalmeien-Gschichte. Die Wirklichkeit schaut aber ganz anders aus. Und die Wirklichkeit ist auch nicht damit zu kaschieren, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer ein Guthaben beim Land hätten.

Sie können natürlich sagen, dass die Buchwerte höher sind. Das was dann Wirklichkeit sein wird, wird die VRV bringen. Und erst am 1. Jänner 2019, mit diesem Budget wird sich ganz klar und auf einen Blick festhalten lassen, wo es wirklich Guthaben für Irgendjemanden geben soll.

Diese Guthaben, das würde ich gerne ausbezahlt bekommen. Weil das wäre nicht nur ein Weihnachtsgeschenk für alle Burgenländerinnen und Burgenländer sondern hätte auch eine kreative Buchhaltung für Sie notwendig, dass Sie das quasi finden sollten, um es auch zur Auszahlung zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Budget 2017, und das habe ich schon eingangs erwähnt, hat natürlich in der Finanzierungsform ausschließlich fast die Mitteln, die vom Bund an das Land gespielt werden.

Gleichzeitig ist auch ein sehr hoher Refundierungsanteil der Gemeinden gegeben, der sich wie es vorher in der Definition beim Nachtragsvoranschlag geheißen hat, darin niederschlägt, dass sich quasi 50:50 Beteiligungen bei Gesundheit und beim Spitalwesen ergeben und somit eigentlich diese Rückzahlungen auch erfolgen.

Ich möchte auf einen Umstand, den der Kollege Kölly festgehalten hat, auch noch in dem Zusammenhang verweisen. Natürlicherweise, und es ist Tendenz der letzten Jahre, hat sich der Bund über den Durchlauf bei den Ländern einer gewissen Arbeit entledigt und hat über festgelegte Schienen viele Arbeitsprozesse in der Verwaltung den Gemeinden auferlegt und zwar in direkter Form.

Ich möchte jetzt nicht darauf verweisen, welche Kostenfaktoren mit einer teilweisen Refundierung bei der Bundespräsidentenwahl anstehen. Aber im Prinzip sind viele Leistungen, die vorher auf anderen Ebenen erbracht worden sind, inzwischen Gemeindeaufgaben. Und diese Gemeindeaufgaben bedeuten nicht nur einen höheren Personalstand, sondern natürlich auch ein höheres finanzielles Aufkommen. Diese Gegebenheiten sind nicht im Einklang.

Hier ist wirklich mit aller Vehemenz darauf hinzuweisen, dass sich die Gemeinden immer schwerer tun, ihren Aufgaben nachzukommen und dass es nicht einfach ist, nur mit Aushilfen, im Sinne von einmaligen Geldzuweisungen das Ganze in irgendeiner Form in einen Rahmen zu gießen, sondern hier gehört mit einer Konsequenz auch den Aufgaben nachgeschickt und fundiert auch die wirtschaftliche und finanzielle Gebarung.

Ohne diese Gegebenheiten funktioniert eigentlich dann diese Ebene nicht. Und es ist vorher schon darauf hingewiesen worden, wenn man jetzt die letzten Jahre im Burgenland durch die Gemeinden fährt, dann sind es sie, nämlich die burgenländischen Gemeinden, die die Konjunktur entsprechend fördern und hochhalten.

Wenn wir uns vor Augen führen das letzte landeseigene Immobilienprojekt war das Kulturzentrum Eisenstadt. Alles andere sind Aufgabenstellungen, die entweder die Bundesimmobiliengesellschaft oder die Wohnbaugenossenschaften erledigen.

Das, was quasi in der Investition umgesetzt wird, und damit eigentlich geriert, nämlich Arbeitsplätze und das Wirtschaftswachstum, wo wir festhalten, dass wir im

Burgenland die letzten Jahre so quasi herausragende Könner im Sinne der Ankurbelung von Wirtschaftsleistung waren.

No na net, wir sind ja auch die größten Nettobezieher von EU-Geldern und Bundeskofinanzierungen und daher ist es natürlich naheliegend, dass das kleine Bundesland Burgenland in dieser Perspektive die größten Wachstumschancen auch ausweist.

Es wäre verheerend und fatal, würden wir das quasi nicht setzen und nicht in der Entwicklung zur Verfügung haben. Denn wenn ich viele Geldmittel einsetze, dann sollte ich auch entsprechend einen Ertrag daraus ziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt in dem Budget mit Sicherheit jetzt nicht definiert, aber auch einige Möglichkeiten für die Wirtschaft des Landes etwas zu tun. Diese Entwicklungsschiene Wirtschaftsförderung sollte aber bewusst gesetzt werden und man sollte sich oder kann sich durchaus Anleihen, bei der Bundesregierung nehmen.

Wo wir die letzten Monate sehr wohl Tendenzen gehabt haben, die im Sinne einer Ankurbelung der Wirtschaft absolut positiv zu kennzeichnen sind. Ich denke nur an Start-up Förderung und anderes, was in der Bewegung wirklich Investitionsvolumina geschaffen hat und damit eigentlich auch der Wirtschaft von Vorteil gegenüberzusetzen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eigentlich ein Weg wo man sagen kann, man spart nicht, sondern man setzt Investitionsgegebenheiten. Und wir müssen uns auch nichts vor Augen halten, was jetzt eigentlich dem abträglich wäre, ich werden eine Investition bei einem Unternehmer nur dann auslösen, wenn ich sie entsprechend über Steuervorteile oder über entsprechende direkte Förderzuweisungen weiter gebe.

Die Illusion, dass ein Unternehmer aus reinem Gutdenken irgendetwas setzen wird, wo jetzt Arbeitsplätze generiert werden können, das ist ein falscher Zugang. Wir haben es aber Not, entsprechend der Steigerung der Arbeitslosenzahlen hier wirkliche Maßnahmen zu setzen.

Und ich denke in Zusammenhang damit zum Beispiel an diesen Handwerkerbonus. Das war eine durchaus sehr positive Leistungsfesthaltung, die auch im Nachklang, in der Umsetzung, in den Budgetzahlen im Rechnungsabschluss festzuhalten ist, dass sie nicht nur zu 100 Prozent ausgelöst wurde, sondern dass es noch einen bestimmten Ansatz von Personen gegeben hat, die ihn auch nutzen wollten, und daher ist das eine positive Maßnahme.

In der Bundesprogrammerstellung auf den österreichischen Budgetplan 2017 ist auch manches festgehalten, das sich das Burgenland zum Nutzen machen kann, in der Entwicklung, Förderschienen, Fördermöglichkeiten für entsprechende Wirtschaftsbetriebe zu kennzeichnen und umzusetzen.

Was im Bundesbudget und auch im Landesbudget sehr kurz gerät, ist quasi eine sehr einschneidende Maßnahme, wo ich denke, dass eine politische Partei nach mir mit Sicherheit darauf noch reflektieren wird, es gibt einen sinkenden Rahmen von Investitionen im Klimaschutz.

Es gibt eine Art von bundespolitischer Maßnahme, die eigentlich sehr, sehr eigenartig ist, nämlich jetzt mit Förderungen auf E-Autos zu beginnen. Das ist zwar ein guter Schritt, ist aber im Grunde genommen bei dem Entwicklungsstand mit Sicherheit noch nicht das weiße vom Ei.

Aber Tatsache ist, dass wir im Rahmen von Investitionsmaßnahmen gerade in dieser Schiene was Klimaschutz, Naturschutz und Gegebenheiten in diesen

wirtschaftlichen Sektoren betrifft, sehr wohl sehr intensive Möglichkeiten hätten, die auch nachgerade zu Entwicklungen in der sogenannten Steigerung von Arbeitsplätzen und Arbeitsmöglichkeiten der Fall sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe darauf verwiesen und es ist mir nochmals ein Anliegen festzuhalten, wir müssen und das sollten wir in diesem Hohen Haus nicht nur aus Eigenhygiene sondern speziell den Burgenländerinnen und Burgenländern gegenüber tun, immer den Verweis setzen, offizielles ordentliches Budget, versus allen ausgelagerten Bereichen.

Und wenn man die zusammen nimmt, dann ergibt es eine Zahl, die von Schulden, egal wie sie jetzt zusammengesetzt sind, von über einer Milliarde sprechen, Ende 2017 sollen es 999 Millionen Euro sein. Tatsache ist, dass das eine ganz andere Gewichtung hat, als diese 286 Millionen Euro im Verhältnis zu einer Milliarde Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da geht es nicht ums Kaschieren. Der Herr Landesrat hat in seiner Festhaltung auf seine Budgetrede umgesetzt, es geht um Transparenz. Diese Transparenz einzufordern ist nicht nur Anliegen der Abgeordneten hier im Hohen Haus, sondern die ist auch Anliegen und Aufgabe der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Ihnen ist nicht nachzuweisen oder festzuhalten, in irgendeiner Form von Traumhandlung, es gibt ein Guthaben von 2.360 Euro, sondern den Burgenländerinnen und Burgenländern ist nachzuweisen, welche Verpflichtungen sie haben, ausgelagert plus Inhalt auf ein ordentliches Budget, und damit eine Verpflichtung die ganz andere Dimensionen hat, nämlich in der Kategorie von mindestens, ja 20.000 bis 30.000 Euro, manche sprechen auch von höheren Dimensionen. Aber das ist die Pro-Kopf-Verschuldung, um die es in dieser Budgetdebatte gehen sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche mir von diesem Budget 2017, dass es nicht nur gewisse Vorgaben in gesetzlicher Hinsicht zu erfüllen vermag, sondern dass es auch den Ansatz im ordentlichen Budget, wo wir diese zwei Millionen Euro einsparen - nur zur Klarstellung, das ist inzwischen auch zu einer Verpflichtung geworden, nämlich über die gesamte österreichische bundespolitische Ausführung, gibt es diese Verpflichtung, endgültig auch für die Bundesländer, wo die Gemeinden schon lange warten. Und hier sitzen einige Bürgermeister, die ein ausgeglichenes Budget vorzulegen haben, ohne dass sie in irgendeiner Form quasi dort darauf aufmerksam gemacht werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das was dieses Budget 2017 anlangt, sollte in folgende Punkte gegossen werden: Es sollte Investitionen schaffen, sollte Anreize im Speziellen dort geben, wo der Arbeitsmarkt belebt wird.

Wir sollten uns nicht dahingehend Diskussionen hingeben, ob jetzt im September und im Oktober eine Art von Trendwende am Arbeitsmarkt eingeleitet wurde, wir müssen uns nur vor Augen halten, wo die Gesamtentwicklung, nicht nur national sondern auch im Burgenland hinführt.

Und wenn ich jetzt im November festhalte, wie viele Leute aus meinem persönlichen Umkreis, in den Gemeinden zum Beispiel, wieder von den Gemeinden freigesetzt worden sind, als Arbeitslose, dann wissen wir welche statistischen Ausführungen danach zu erwarten sind.

Daher sollte jeder Anreiz gesetzt werden, um den Arbeitsmarkt zu stärken. Wir sind auch noch in der günstigen Lage, dass wir von der EU mitfinanzierte, unterstützende

Mittel zur Arbeitsmarktförderung bekommen, die wir sinnvoll und konsequent einsetzen sollten, um diesem Arbeitsmarkt entsprechend die Grundlagen zu geben.

Wir sollten auch darauf achten, festzuhalten, dass es nicht nur von Bedeutung ist, dass der Siedlungswasserwirtschaftsfonds im Bund jetzt eine Erhöhung der Mittel zur Verfügung gestellt bekommen hat, die sich natürlicherweise auch auf unser Bundesland niederbrechen lassen.

Tatsache ist, dass wir auf die Projektauswahl achten sollten und wahrlich nur dort Investitionen setzen sollten, wo wirklich Gefahr im Verzug ist und uns nicht danach dann richten müssen, dass spätestens, wenn ein Vorfall passiert ist, Reparaturen stattfinden müssen. *(Landesrätin Verena Dunst kommt in den Landtagssaal.)*

Ich möchte beim Eintreten der Frau Landesrätin Dunst, die für das Agrarwesen zuständig ist, auch im Zusammenhang damit eines festhalten: Es sollten Informationen ihrerseits an die Landwirte stattfinden, die mit heurigem Jahr beginnend, für das kommende Jahr eine Möglichkeit haben Zusatzversicherungen auf Frostschäden und Anderes, abzuschließen.

Und die Information geht nicht in die Richtung, dass das möglich geworden ist, sondern sie sollten festhalten, dass es damit ausgeschlossen wird, dass aus Katastrophenfondsmitteln für den Einzelnen noch irgendwelche Zusatzleistungen kommen werden.

Das ist ein Schnittpunkt, der in der Ausführung jetzt stattfindet und das in der Information wird notwendig sein zu vermitteln, damit die Bevölkerung oder die Landwirte hier auch entsprechend Bescheid wissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Während in der Bundesregierung in Wien Naturalgeschäfte abgewickelt werden, 100 Euro für jeden Pensionisten, gleichzeitig drei Viertel der Sozialversicherungsbeiträge quasi gestundet werden und abgesetzt für die Landwirte, dann gleichzeitig gestritten wird, wer jetzt dann in der Folge den Hunderter noch bekommen soll.

Wobei aber auch die Landwirte, die jetzt über einen gewissen Einheitswert hinweg sind, meinen, dass sie auch in die Vergünstigung kommen müssen, da sollte man den Schelling zu Rate ziehen, der eindeutig eines gesagt hat, und das wäre ein Bruch der bisherigen Gegebenheiten.

Der Schelling hat gesagt: Ich wollte, und festgehalten auch in der Diskussion in der Regierung, ich wollte das Medianeinkommen der Pensionisten um 1,2 Prozent erhöhen, bei den niedrigen, also auch medianbezogen, und 0,8 auf die allgemeine Festhaltung. Das wäre ein sozial gerechter Ausweis gewesen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Weil es hat sicherlich nicht die Bedeutung, dass ich jetzt einem 4.000 Euro-Pensionisten, auch noch 100 Euro, und das steuerfrei, zugestehe. Es soll mir durchaus Recht sein, nur dass ist eine Politik, die im Grunde genommen überhaupt nichts Inhaltliches oder einen Ausgleich im Sinne von Transfer zum Markenzeichen hat. Das ist Politik die schon vorausschauend den nächsten Wahltermin vor Augen hat und dafür ist dieses Österreich eigentlich viel zu schade.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nochmals den Ansatz: In Wien wird mit Naturalgeschäften gewirtschaftet, wir haben uns zur Aufgabe gemacht, dass wir in Zinsgeschäften wirtschaften. Ich glaube, dass es hoch an der Zeit ist, und das habe ich eingangs erwähnt, dass dieses Budget auch davon befreit wird.

Denn es gibt eine Fortschreibung, die sich jetzt die letzten Jahre in der Budgethaushaltsdarstellung ergibt - 8,6 Millionen Euro sind ungefähr eine Festhaltung auf Zinstauschgeschäfte und demgegenüber stehen Einnahmen von zirka sieben Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wirklichkeit ist schon nachzulesen im Rechnungsabschluss 2014. Im Rechnungsabschluss 2014 steht eindeutig drinnen, dass die Zinsgeschäfte kumuliert einen Abgang von 48,3 Millionen Euro im Jahr 2014 beschert haben.

Daher würde ich eindringlich, auch im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer, die kein böses Erwachen haben möchten, im Hinweis auf alles, was dieses Budget anlangt, darauf drängen, dass wir einen Abschluss finden und einen Ausstieg in einer geordneter Form aus diesen Geschäften für das Burgenland setzen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes ist der Landtagsabgeordnete Kölly zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht ein paar Sätze noch zum Nachtragsvoranschlag, weil man sich da immer hinstellt und meint das ist nicht so aufregend gewesen, das war nicht so bewegend, und nicht so spektakulär, Herr Klubobmann Molnár.

Ich kann nur zitieren, einen damaligen Klubobmann Tschürtz, der gesagt hat, das ist nicht auszuhalten, wenn man solche Summen jongliert im Nachhinein. Und heute hat der Kollege Steier auch eines klar gesagt, ganz klar hat er gesagt, es ist ein ordentliches Budget heute und morgen zu diskutieren.

Zu dem stehen wir, und wir wissen alle, die sich damit befasst haben oder befassen, auch in den Gemeinden, was es heißt Budgets zu erstellen. Wir wissen aber noch heute nicht als Bürgermeister, welche Zuschüsse oder welche, uns auch immer, Summen uns eigentlich zustehen und nicht abgezogen werden, bis heute nicht. Und wir sollten einen Voranschlag machen, bis Jahresende, das ist für mich unverständlich. Das kann nicht sein und soll nicht sein.

Wir diskutieren einen Voranschlag im Land - und da bin ich beim Herrn Landesrat Bieler. Er ist ja auch kein Hellseher, was noch passiert alles, das ist ja keine Frage. Und daher glaube ich auch, dass die Gemeinden eine Möglichkeit bekommen sollen, ich will das Anfangs erwähnen, auch vielleicht bis Ende Jänner einen Voranschlag einzubringen, und vorher dem Land zuzuschicken, und die sollen dann schauen, ob der Voranschlag in Ordnung ist.

Aber auch, der Herr Kollege Steier hat das richtig gesagt, das ist ein ordentlicher Haushalt, wo vieles passieren kann. Aber Fixpunkte gibt es auch in unserem Voranschlag, im Land. Dass es dann Nachtragsvoranschläge gibt, die wir diskutiert haben, und dann dargestellt werden, wenn man das klar und deutlich aussagt, Herr Kollege Molnár, KRAGES - 20 Millionen Euro, und Sie wissen nicht einmal, dass die KRAGES 80 Millionen Euro braucht.

Dann tun Sie sich erkundigen vorher, wenn Sie Klubobmann sind. Das habe ich immer gemacht. Nur damit Sie das wissen, wie ich Klubobmann war. Und dann herzugehen, und sagen, sind wir froh, dass wir den Kölly loshaben, quasi weil einzigen Bürgermeister, das ist ein Trauerspiel, Herr Kollege Molnár.

Denn eines war immer klar, ich bin dazu gestanden, was ich gesagt habe und stehe noch weiter dazu, was Sie nicht tun. Sie haben Zettel verteilt, wo der jetzige Bundespräsident-Kandidat das ausformuliert hat, gemeinsam mit einem SPÖ-Mann ausformuliert hat. Ich brauche keine Namen nennen, wer das war, und die ich unterschrieben habe. Weil eine Situation gegeben war, und dort nichts anderes drinnen gestanden ist, was Sie jetzt tagtäglich machen. Tagtäglich machen Sie das jetzt in der Regierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sollen auch die Zuhörer hören und auch die Zuseher wissen. Tun Sie nicht immer so und gehen Sie hinaus und drehen Sie sich und sagen, sind wir froh, dass wir den Kölly los haben. Ja, ich weiß schon, warum man ihn los haben will, weil er den Finger in die Wunde gelegt hat bei einer Partei, wo auch nicht alles immer gestimmt hat. Das muss man einmal klar gesagt haben. *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)*

Aber nein, dort steht eindeutig klar und deutlich drinnen, dass sich jeder der eine Position erwerben will hier im Land, sei es damals bei der BEWAG, Müllverband, dergleichen wie auch immer, einem Hearing stellen muss, sich bewerben muss wie jeder andere. Sonst gar nichts. *(Abg. Géza Molnár: Aber dass Du auf jeden Fall…!)*

Nein, lieber Herr Kollege, Sie sollten sich das anschauen. Du warst der Zettelverteiler. Ich habe ja kein Problem mehr damit. Ich bin recht froh, ich habe meine Werte nicht über Bord geschmissen, so wie Ihr jetzt in der Regierung sitzt und alles vergessen wollt. Das ist eigentlich mein Zugang zu dieser Situation, die Sie derzeit haben. Sie können sich drehen und winden wie Sie wollen. Sie werden ein großes Problem bekommen, glauben Sie mir das. *(Abg. Géza Molnár: Mach Dir nicht so viele Sorgen!)*

Entweder Sie zeigen auf, was Sie vor zwei, drei Jahren gesagt haben und machen das und leben das oder Sie stecken den Kopf in den Sand und sagen hinter mir die Sintflut. Aber ich komme jetzt zu dem Voranschlag.

Wenn wir diskutieren, noch einmal komme ich zum Herr Kollegen Steier. Ich muss ihm in vielem Recht geben. Ob er sich geändert hat inzwischen, weil er vorher in der SPÖ gesessen ist, das ist seine Sache. Ich sage das noch einmal mit der Deutlichkeit, vielleicht ist er wirklich drauf gekommen und hat gesagt, eigentlich haben wir ja gar nicht alles erfahren, was da passiert ist in der Regierung und das fordern wir als Opposition.

Das wollen wir als Transparentheit, wir wollen in Regierungsakte Einsicht nehmen dürfen, wir wollen auch das überprüfen können. Was vertut man sich, wenn man das macht? Ist das ein Problem für irgendeinen Abgeordneten, wenn er weiß, was auf der Regierung ist, auf der Regierungssitzung ist?

Oder, wenn ein Nachtragsvoranschlag beschlossen werden muss, meine sehr geehrte Damen und Herren, muss das in der Regierung diskutiert werden. Ich sage Euch wie schnell das diskutiert wurde, in drei Minuten. Dann haben wir ein gutes Glas Wein getrunken und das war es, meine sehr geehrten Damen und Herrn.

Das sind die Dinge, die die Öffentlichkeit eigentlich wissen sollte. Das sind die Dinge, die ich nicht will, weil, ich muss im Vorfeld in der Gemeinde sehr wohl das diskutieren mit allen Fraktionen, die dort vertreten sind. Mit allen Fraktionen muss ich das diskutieren. Dort geht das zick, zack, wisch, wasch - erledigt. Das wollen wir nicht! Das wollen wir klar machen.

Wenn heute die Diskussion vom Herr Kollegen Spitzmüller entstanden ist, warum man nicht auch die Anträge diskutiert? Da bin ich voll bei Dir. Weil es sind Anträge drinnen, die packt man jetzt schnell ein, weil die wurden alle 12 von der Bündnis Liste

Burgenland eingebracht, alle abgeändert. Einen Beistrich hat man gemacht oder zur Unkenntlichkeit verändert, irgendetwas. Das sollen wir heute mitdiskutieren, da bin voll bei Dir.

GIS-Gebühren, da zeige ich Euch den Abänderungsantrag seitens der SPÖ, was ja sehr interessant ist. Das ist ja wirklich höchst interessant. Nach 14 Tagen kommt der Herr Landeshauptmann drauf, sagt er nein, wir sind auch für eine Abschaffung der GIS-Gebühren. Im Abänderungsantrag vom Herrn Klubchef Hergovich liest sich das ganz anders. Das ist so. Ich verstehe die Welt nicht mehr, muss ich ehrlich sagen. Warum man uns hier nicht eine Möglichkeit bietet, um das klar und deutlich auch gemeinsam zu machen. Immer erst nach 14 Tagen, nach drei Wochen!

Oder FH-Sache im Sozialbereich oder im Pflegebereich, haben wir vorhin den Antrag eingebracht, nach 14 Tagen hat ihn die SPÖ eingebracht. Das ganz gleiche. Aber komplett das ganz gleiche. Abgeschrieben von uns, fertig ist die Geschichte. Macht nichts, es wurde quasi abgeändert. Ich habe ja kein Problem damit. Aber man sollte so offen und ehrlich damit umgehen und sagen ja, die Bündnis Liste Burgenland ist Ideengeber und das ist einmal so. Ich habe ja kein Problem damit.

Wenn ich auf ein paar Dinge noch eingehen darf, Herr Kollege Molnár. Ihr habt den Wirtschaftslandesrat und wenn ich mir das Budget anschaue, was für Möglichkeiten, was für Spielräume sind den hier noch gegeben für die Wirtschaft? Das muss mir jetzt einer einmal erklären.

Wenn ich mir die Zahlen anschaue, wenn ich mir das anschaue, die Zahlen, und wenn ich mir anschaue was dann investiert kann werden, außer dass wir EU Mittel bekommen, von dort können wir aus dem Vollen schöpfen, noch. Ich bin neugierig, wie lange das eigentlich noch geht. Dann ist das auch vorbei.

Wenn ich mir die Wohnbausache anschaue, wo wir ein Budget von 123 Millionen Euro oder 124 Millionen Euro drinnen haben und tatsächlich nur 70 oder 72 Millionen Euro ausgeben. Und dann geht man her und macht jetzt um fünf Euro Mietwohnungen, ob da nicht die Qualität darunter leidet und warum passiert das?

Weil sich niemand mehr ein Wohnbaudarlehen nehmen kann. Weil die Vorschriften und die Auflagen ja nicht ohne sind. Das darf man ja nicht vergessen. Fragt die Leute draußen, wir sind tagtäglich als Bürgermeister damit konfrontiert. Die sagen, wie sollen wir das machen? Oder die Zinsen. Beim Land zahlt man 1,5 Prozent Zinsen, für Wohnbaudarlehen. Bei der Bank bekomme ich derzeit um einen Prozent einen Kredit. Ganz einfach ist die Geschichte. Dann muss man sich natürlich etwas einfallen lassen.

Da gratuliere ich dem Landeshauptmann dazu, der hat gute Ideen. Da muss man jetzt natürlich etwas machen, weil sonst ist ja die Wohnbauförderung, die hochgelobte, die beste die es überhaupt gibt, es ist schon in Ordnung, vom ganzen Bund, dann ist die irgendwann einmal verschwunden und dann hat man nur mehr die Gelder für Budgetlöcher zu stopfen.

Ich glaube, dass man das Bild des Landeshaushaltes, dem Budget, das wir jetzt heute und morgen diskutieren und dann beschließen werden, wo ich auch schon zugesagt habe, teilweise kann ich dem etwas abgewinnen und vielleicht werden wir dann zustimmen. Das kommt jetzt dementsprechend auch darauf an, wie sich das Ganze entwickelt.

Das Bild zeigt sich eigentlich im Endeffekt wie beim Nachtragshaushalt. Die Sozialkosten steigen weiter dramatisch an, das haben wir heute schon gehört, die Schuldensituation des Landes hat sich nur auf dem Papier gebessert.

Wenn der Herr Landesrat uns immer erzählt, da ist jetzt alles drinnen auch die ganzen Daten und alles auch von den Ausgelagerten, 160 sind nicht drinnen! *(Landesrat Helmut Bieler: Im Rechnungsabschluss! Die zwei gehören zusammen!)* Okay, ich würde das halt im Voranschlag auch einmal einpacken. *(Abg. Géza Molnár: Das geht ja nicht!)*

Ich verstehe das schon, muss man nicht, muss man nicht, das ist keine Frage. Im ordentlichen Haushalt muss ich das nicht machen, aber ich würde… *(Landesrat Helmut Bieler: Nein, die zwei gehören zusammen!)* Herr Landesrat, ich würde es trotzdem machen. Dann würde es diese Diskussion nicht geben.

Was vergebe ich mir, wenn ich sage, auf der einen Seite habe ich dort Haftungen und das und das? Was vergebe ich mir? Wenn ich mir anschaue, das ist ja auch entscheidend, die Zuführung und Entnahmen aus Rücklagen 2017. Das ist auch so ein Punkt.

Ja, man macht Rückführungen, Rückstellungen. Damals haben wir 26,5 Millionen entnommen und gebildet werden sollen lediglich Rücklagen in der Höhe von 334.000 Euro. Wo bleibt also der Spielraum für die Zukunft? Es wird hier das Budget bis auf den letzten Cent eigentlich ausgegeben. Dann soll die Wirtschaft leben.

Wenn ich mir denke, dass Wirte sterben. Wenn ich mir das anschaue, in unserer Ortschaft oder in anderen Ortschaften, wird es mir eigentlich schlecht. Wie können wir die unterstützen? Was können wir da machen? Wir können hergehen und können dem Bund sagen, warum haben wir solche Auflagen? Oder auch im Land. Was wir für Auflagen haben für Wirte, da wird es dir ja schlecht. Keiner wird das Gasthaus mehr übernehmen, die nächste Generation. Wir wissen das ganz genau, was da los ist.

Ein paar Kilometer über die Grenze schaut die Welt anders aus und dergleichen mehr. Das ist am Arbeitsmarkt so und das ist überall das Gleiche. In der Wirtschaft bekommst du nur Prügel zwischen die Beine geschmissen. Wenn der Landeshauptmann sagt, der Bauwirtschaft geht es so gut, dann sollte er einmal rausgehen und soll sich anschauen was unter dem Strich den Herrschaften überbleibt.

Eines ist klar, wir haben damals zur EU ja gesagt. Da haben wir aber gewusst, dass die hineinarbeiten werden. Aber das Gegenteil war, es hat geheißen, Unsere können auch nach Portugal fahren und dort arbeiten. Ist schon super, wenn ich mir das Ganze anschaue. Jetzt steigt man auf die Barrikaden und sagt das darf nicht sein. Ich bin dafür, dass das nicht sein darf.

Aber dann darf ich vorher nicht so eindeutig sagen, das alles ist so super. Auch die FPÖ hat ja das vehement, und da bin ich auch mit dabei gewesen, gesagt, das können wir nicht zulassen und jetzt sieht man ganz genau wie es läuft. Ich kann beobachten auf Baustellen, da stehen Autos nur mit ungarischen Nummerntafeln. Aber, und jetzt sage ich noch eines, weil wir immer sagen „Bau mit Burgenland“. Die Baufirmen haben keine Fachkräfte mehr, die müssen ungarische Fachkräfte oder „Subler“ nehmen und die sind aus Ungarn.

Da fehlt uns ja auch irgendetwas im Budget für die ganze Situation. Da haben wir, von der Bündnis Liste Burgenland eingebracht, Lehrlingsförderung ganz anders zu sehen. Da bin ich Gerhard Hutter recht dankbar, weil, er hat eine Firma und er hat Lehrlinge und weiß ganz genau wovon er redet, wie man das macht. Das man wirklich Facharbeiter ausbildet. Das ist leider Gottes in diesem Voranschlag irgendwo umschrieben. Oder wenn ich hergehe und sage die Wirtschaft soll blühen und dergleichen mehr.

Wir haben in der Therme Lutzmannsburg über 100 Millionen Euro investiert. Ich bin recht froh, dass es die Therme Lutzmannsburg gibt. Ich sage das mit der Deutlichkeit.

Man hat das immer schön geredet. Man hat immer gesagt super, das rennt alles. Toll. Die Privatwirtschaft hat man dort leider vergessen. Dass die Hotels, die früher von Beginn an dabei waren, eigentlich viel Herzblut und viel Geld hineininvestiert haben. Dann baut man selber ein Hotel hin und konkurriert eigentlich. Dann baut man aber die Therme wieder aus und vergisst eigentlich auf einen Ruheraum, auf einen "Silent Dome“.

Die Leute sind weggebrochen, die Region hat große Probleme, es kommt keiner mehr Wein kaufen, die sind alle weg, sind nach Frauenkirchen oder nach Niederösterreich gegangen. Das sind die Wirtschaftsgeschichten, die mich so schmerzen.

Auf der anderen Seite setzt man dann eine Geschäftsführerin ein, da hört man gar nichts, das ist zwischen Tür und Angel gegangen. Die hat sich gar nicht bewerben müssen. Dann hat man jetzt wieder einen anderen genommen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der hat sich auch nicht beworben!)*

Keine Ahnung wie das runter gegangen ist, aber das rennt so. Die Regierung beschließt alles, wir dürfen nur zunicken und sagen ja schön und gut. Wenn wir das nicht tun, dann heißt es, wir dürfen da gar nicht mitreden, weil, wir haben das Budget nicht mitbeschlossen. Ich meine, das kann es doch nicht sein. Seid mir bitte nicht böse. *(Abg. Gerhard Steier: Wie wäre es mit Verkauf?)*

Oder wir bauen die Therme Lutzmannsburg um und wir finden 2,3 Millionen Euro nicht. Wir wissen bis heute nicht, wo die hingekommen sind. Wir wissen noch immer nicht, der Fliesenleger arbeitet noch immer, der im Winter immer arbeiten muss, weil, die andere Firma gibt es gar nicht mehr. Das ist ja interessant. Aber das erfahren wir ja gar nicht, das hört man nur zwischen Tür und Angel irgendwo und das kann es ja nicht sein. *(Abg. Gerhard Steier: Wie wäre es mit Verkauf?)*

Ja, der Verkauf ist eine eigene Geschichte. Ich sehe da nichts im Budget drinnen, ich sehe nichts. Verkaufen wir jetzt? Verkaufen wir nicht? Was ist der Stand der Dinge? Die sind ja alle nicht da. Die ganze Regierungsbank ist weg! Ist ja interessant, wahrscheinlich haben sie ein Budgetfestessen. Weil das ist eh schon beschlossen. Na, so ist es, seid mir bitte nicht böse. Was für Wertschätzung hat eigentlich dieser Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Wo sind denn die Herrschaften? Seid mir bitte nicht böse, das finde ich wirklich nicht für in Ordnung. Aber egal, sie werden vor dem Fernseher hängen und sie werden schon mit einem guten Glas Wein anstoßen, weil das ja sowieso alles in Ordnung ist.

Ich glaube man sollte sich das wirklich einmal genauer anschauen und auch hinterfragen. Wie weit kann das Land das noch alles ertragen? Wenn wir heute reden über die S7. Das ist ein Verkehr. Nur so eine Geschichte, wo die GRÜNEN absolut nicht können damit. Soll so sein. 18 Jahre haben wir darüber diskutiert. Spatenstiche, alles super, alles schön und gut. Man hat aber vergessen, dass es auch dort einen Schienenstrang gegeben hat und geben sollte, der vom Herrn Landeshauptmann versprochen wurde. Nicht einmal, etliche Male. Da gibt es auch Unterlagen.

Da frage ich jetzt die FPÖ, wo ist die FPÖ, die jetzt vehement sagt, dort müssen wir Geld hineinstecken? Wir reden nur mehr von der S7. Das was dem Land eigentlich gar nichts kostet. Das zahlt der Bund. Aber das ist auch unser Geld. Es ist einmal so. Da frage ich, liebe Freunde von der FPÖ, macht Euch stark. Gemeinsam mit uns könnt Ihr Euch stark machen, damit sich dort etwas bewegt.

Denn auch hier hat der Herr Landeshauptmann immer wieder gesagt in Zeitungsinterviews und in die Medien in allen, er wird schauen, dass das funktioniert. Bis dato ist nichts passiert. Ich will Euch das auch nur noch sagen zu der ganzen Sache.

Verkehr. Wir haben ein riesen Verkehrskonzept machen lassen, ich weiß nicht wo das hingekommen ist? Ist das schubladiert worden? Ist eine große Aufregung gewesen, ja außer, dass in Eisenstadt das Parken jetzt billiger wird oder gar nicht oder was? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Man plakatiert es!)*

Das sagt der Kollege Kovacs immer, aber das ist nur ein Sidestep in der ganzen Geschichte. Ja, es ist wirklich interessant. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir sind die Billigsten in ganz Österreich!)* Dann kommt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter daher, macht mit der Feuerwehr irgendein "Gejaule", sage ich einmal so. Lasst die irgendwo abstimmen über irgendwas, wo ich glaube, die ganze Geschichte ist unnötig, die sollen sich das untereinander ausmachen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nur Daseinsberechtigung ist zu wenig.

Oder jetzt die Gemeindesicherheit. Ich habe mir den Kommentar angeschaut, den Film, wo die Frau, ist ja lieb und schön, mit der Uniform geht, mit einem Elektroauto sogar, was wir gefordert haben, dass wir das einmal ankaufen. Das freut mich, dass sie alles übernehmen von uns. Ist schön, aber nur das kostet 500.000 Euro. 500.000 Euro kosten die sieben oder acht Gemeinden oder neun die es sind.

Wir haben das in Deutschkreuz schon seit Jahren, das kostet mir 300 Euro. Die lade ich einmal zum Essen ein zu Weihnachten und der Fall ist erledigt. Die gehen so durch die Ortschaften genauso wie die 500.000 für sieben Gemeinden, hochgerechnet auf 171 Gemeinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was kostet das dann? Oder die Alarmanlage mit 1.000 Euro, da haben wir eine wilde Diskussion gehabt, wo man sogar unter Freunden ja vielleicht jetzt die eine oder andere Diskussion führen hat müssen.

Es funktioniert nicht so. *(Abg. Gerhard Steier: 700 sind im Budget!)* 700 sind drin. Na siehst Du, ist ja schon immerhin eine Erhöhung. Da geht ja schon etwas weiter. Also ich denke, dass man da auch ansetzen muss und das hinterfragen muss. Man muss ja nicht alles mit Gewalt machen nur damit ich eine Daseinsberechtigung habe. Sondern schauen wir uns das an und fragen wir uns, ist es notwendig, brauchen wir es?

Dann lese ich in den Zeitungen, sagt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Wir wollen, dass das Burgenland das sicherste Land weiterhin bleibt. Vor zwei Jahren hat es geheißen, wir sind ein Chaos pur da im Land, jetzt sind wir das sicherste Land. Seit einem Jahr ist er „am Ruder“ unter Anführungszeichen.

Wir waren vorher auch nicht anders. Wir waren vorher auch das sicherste Land, ich sage Euch das nur. Dass der Herr Landeshauptmann längst überzuckert hat und das alles einpackt, brauche ich gar nicht darüber diskutieren. Der hat ja das alles im linken kleinen Finger.

Daher, denke ich, dass man auch bei diesem Budget einiges dazu sagen muss und vielleicht doch eine Möglichkeit sucht, wo braucht man Geld, wo kann man es wegnehmen, wo brauche ich nicht das Geld? Das, Herr Landesrat Bieler, sollte man unterm Jahr einmal machen, so wie ich es in Deutschkreuz mache in der Gemeinde. Eine Überwachungsliste, wo ich sage, Hoppla, da stehe ich schon an, da kann ich nichts mehr in den Straßenbau nehmen, weil das geht nicht mehr. Wäre aber notwendig.

Geht man her und hat man dort mehr Geld über, weil man mehr Einnahmen gehabt hat, weil die Kommunalsteuer besser war oder weil der Herr Landeshauptmann uns ein bisschen mehr Zuschuss gegeben hat, Bedarfszuweisung und dergleichen mehr. Dann kann ich wieder etwas machen. Das sollten wir im Land genauso machen.

Ich verstehe schon. Die KRAGES ist ein riesen Aufwand gewesen, gar keine Frage. Aber keiner von Euch hat sich Gedanken gemacht, und ich habe es vorher erwähnt, 80 Millionen Euro werden fällig. Das heißt, die brauchen 80 Millionen Euro. Jetzt haben wir einmal 20 Millionen im Budget drinnen. Das ist einmal zur Beruhigung der ganzen Geschichte.

Wir sind Swap-Geschichten eingegangen, die zahlen 3,34 Prozent an Zinsen. Wir sind mit 5,2, bis sechs Prozent auf 30 Jahre einen Deal eingegangen. Einen Deal, ich sage das wirklich, einen Deal. Da frage ich mich, weil ja auch die Medien immer wieder fragen bei den Swap-Geschichteln, wer ist da der Berater? Wer hat das beraten, wo gibt es eine Verantwortung? Das ist die Frage für mich immer wieder.

Ist das so etwas Schlechtes, wenn man sagt, und wir haben immer gesagt, und das wurde ja falsch interpretiert, wir haben immer gesagt, schauen wir uns das Szenario an. Wie können wir am bestmöglichsten aus dem Vertrag herauskommen? Die ÖVP hat zwar jetzt wieder gesagt, es muss ausgestiegen werden, ich bin nicht der Meinung. Man sollte sich… *(Abg. Walter Temmel: Prüfen, prüfen, haben wir gesagt!)*

Nein, nein der Kollege Wolf hat gestern bei einem Interview, oder heute in der Früh gesagt, unbedingt raus aus diesen Geschichten. Nicht unbedingt, sondern überprüfen, schauen wir uns das mit einer Ruhe an. Was können wir bestmöglich machen? Jetzt seid mir nicht böse, auch von der ÖVP, Ihr habt dem zugestimmt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wir haben darauf hingewiesen!)* Und jetzt so zu tun, sofort aussteigen, nein, Ihr seid ja auch gescheiter geworden, nehme ich an. Oder? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das steht sogar im Protokoll drinnen!)*

Ja, das ist ja das Interessante. Ihr seid ja alle mit dabei gewesen, dafür tut sich ja der Landeshauptmann so leicht. Ist ja ganz logisch. Ihr wart mit dabei. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Es steht drinnen, dass wir darauf hingewiesen haben!)* Ich bin ja schon 15 oder 20 Jahre in diesem Hohen Haus, und ich habe das immer gesagt, passt auf, das ist nicht richtig.

Nein, das ist alles in Ordnung - lasst den Kölly nur reden, der erzählt da irgendetwas, das stimmt alles nicht. Jeden Rechnungshofbericht, jeden den wir in den letzten Monaten oder Jahren gehabt haben, hat genau darauf abgezielt und hingewiesen, was alles passiert ist. Jetzt seid Ihr nicht mehr in der Regierung, jetzt wollt Ihr eine andere Linie gehen. Soll so sein. Ich habe kein Problem damit.

Aber ich würde einmal sagen, Ihr habt es aber auch verwirkt und das sage ich auch gleich klipp und klar, dass es auch mit zwei Leuten einen Klubstatus gibt. Da hat sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, der damalige, verwehrt dagegen, dass wir gesagt haben, zwei können den Klubstatus haben. Nein, wir brauchen drei. Dafür hat aber die ÖVP mehr Personal bekommen. Das muss man auch einmal sagen. Auch das ist ein Budget zum Nachlesen.

Das Personal ist ja auch nicht unbedingt in diese Richtung gelaufen. Weil Sie es so haben wollten. Nur ist er jetzt nicht mehr in der Regierung, jetzt schaut halt die Welt ein bisschen anders aus. Ja, und die ganze Situation eigentlich, auf was wir immer hinaus wollen ist einfach Offenheit, Transparentheit und Ehrlichkeit. Ich glaube, da vertun wir uns überhaupt nichts.

Ich bin beim Landesrat Bieler, die Möglichkeit besteht, ein ordentliches Budget zu machen. Die ausgelagerten Geschichten brauche ich ja nicht hineinnehmen. Die sehe ich beim Rechnungsabschluss und nicht einmal dort sehe ich alle.

Im Übrigen, Herr Landesrat, wenn Du mir zuhörst. Das stimmt nämlich beim Rechnungsabschluss auch nicht, dass ich alles sehe. Ist auch einmal eindeutig und klar.

Was mich aber wundert ist, dass die Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ sich das nicht einmal genau anschauen. Denn irgendwann fällt es uns allen auf den Kopf, die ganze Geschichte. Unser Land, da wird gesprochen vom Südburgenland, da werden wir jetzt so und so viel investieren. Wisst Ihr was los ist? Was wir investieren können? Die Gemeinden? *(Abg. Walter Temmel: Manager!)*

Manager haben wir bekommen, ja. Ich habe noch nichts gehört vom großen Manager. Aber interessant ist das Finanzausgleichsgesetz. Hinsichtlich der Budgetvorschau 2017 teilt die Behörde mit, dass der geplante Strukturfonds in Folge § 24 F-VG 2017 nicht in den Budgetvorschaudaten enthalten ist. Gemäß § 24 F-VG 2017 werden jährlich Euro 60 Millionen Euro für einen Strukturfonds bereitgestellt, der vor allem Gemeinden, die von Bevölkerungsabwanderung betroffen sind, und finanzschwachen Gemeinden zugutekommt.

Die Kriterien für die Aufteilung dieser Mittel sind vom Bundesminister für Finanzen mit Verordnung festzulegen. Die Verordnung wird derzeit vom Bundesministerium für Finanzen erarbeitet. Jetzt kommt es: Weiters sieht § 24 F-VG 2017 vor, dass der Bund den Ländern und Gemeinden zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltsführung insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales jährlich eine Finanzzuweisung in Höhe von 300 Millionen Euro abzüglich 60 Millionen Strukturfonds gibt.

Davon sind an die burgenländischen Gemeinden Euro 1,372 Millionen weiterzuleiten - 1,372 für 171 Gemeinden! Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind Peanuts, was wir verspielt haben mit unseren Swap-Geschäften, was wir verspielt haben mit der Therme, zwei, drei Millionen gar nicht auffindbar. Wo die Energie Burgenland mi einer 40 Millionen Bilanz negative Zahlen schreibt, und da finden wir das noch alles so in Ordnung?

Wo in der WiBAG diskutiert wird, brauchen wir einen neuen Geschäftsführer, oder nicht? Dann setzen wir den Perner ab, der kann ja wahrscheinlich gar nichts dafür, weil, das ist ja auch alles ein Politikum in der ganzen Geschichte. Oder die KRAGES braucht 80 Millionen Euro. Wofür? Für wen? Das sind so Dinge und da kriegen wir 1,732 Millionen Euro. Seid mir bitte nicht böse. Das ist der Finanzausgleich, den der Herr Landesrat so gut verhandelt hat.

Wo andere sagen, jetzt werden wir als Gemeinde aufleben, jetzt bekommen wir die großen Gelder. Ich glaube, da sind wir in einer falschen Richtung unterwegs. Auch dort sollte man einmal andenken, vielleicht doch die Wahrheit zu sagen, dass das nicht so ist, wie es anscheinend auf dem Blatt Papier bei Ihrem Voranschlag tatsächlich ist.

Noch einmal, die Transparentheit ist für uns einfach wichtig. Weil wir als Opposition ja auch mitreden wollen, mitgestalten wollen. Ich verstehe nicht, warum man das nicht machen will? Man vergibt sich überhaupt nichts.

Oder wenn jetzt in Oberwart das Spital gebaut wird. Das ist ja auch interessant. Warum machen wir nicht eine begleitende Kontrolle? Weil wir wissen, die anderen Geschichten sind alle in die Hose gegangen, alle Projekte. Das Kulturzentrum Eisenstadt ist ja noch nicht einmal abgerechnet. Ich will gar nicht wissen, was da noch lauscht. Die großen Dinge sind alle in die Hose gegangen.

Elektrifizierung Neusiedl - Eisenstadt. Wie viele Millionen haben wir in den Sand gesetzt? Ich höre nichts mehr davon. Na schön, wenn wir ein bisschen mitbezahlt haben,

logischerweise. Oder die Umfahrung Schützen. Da wird immer von 18 Millionen Euro geredet. Ich sage Euch nur, dass Ihr Euch wundert, was dort herauskommt. Wie viele Millionen? Und was da eigentlich für Nebengeräusche sind. Na gut, dann hat man es auf Güterwege gebucht, dann hat man es auf Abwasser gebucht, dann hat man es halt dort hin gebucht.

Liebe Freunde des Landtages! Ich glaube, es gibt schon Dinge, die man sich wirklich genauer anschauen sollte, und nicht immer alles so locker nehmen und das Geld verprassen. Ich sage auch warum.

Die Arbeitslosenzahlen kann ich schönreden, wenn ich will. Die Umschulungen kann ich schönreden. Die sind, ja, gehören vielleicht nicht dazu und dergleichen mehr. Das heißt, das wächst dauernd. Dann sollte man sich Gedanken machen, das kostet ja unser Geld. Wir sind ein soziales Land, ich stehe dazu, Herr Landesrat, ist auch in Ordnung. Ich finde, wir sollten aufpassen, wenn man fast die Hälfte eines Voranschlages in der Richtung braucht für das, dann ist das in Ordnung.

Aber welchen Spielraum haben Sie als Landesrat? Das ist die nächste Frage. Wie schaut es in Jahren aus, wo man Regressforderungen und dergleichen mehr irgendwann einmal machen muss? Wieder einmal. Dann schauen wir uns die Lage an. Daher ist das sehr heikel zu diskutieren und auch zu übernehmen. Ich sage das auch mit der Deutlichkeit. Ich habe überhaupt kein Problem mit der Gesundheit weil, das ist das wichtigste Gut, da werden wir zustimmen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das wünschen wir Dir, dass Du keine Probleme mit der Gesundheit hast!)*

Weil das ein wichtiger Faktor ist. Aber eines muss klar sein, Herr Kollege Spitzmüller, wir haben andere Dinge, die wir im Auge behalten sollten, und nicht nach drei Jahren vom Rechnungshof immer am Tisch geknallt bekommen. So wie die EDV-Geschichte. Wenn ich mich dort frage, wer hat den Auftrag gegeben? Wer war denn verantwortlich für das?

Das hat mir bis heute niemand sagen können. Dort sind auch ein paar Millionen in den Sand gesetzt worden. Jetzt einer Person das zuzuschieben, auf das bin ich ja gespannt wie das geht. Auf das bin ich auch gespannt. Das sind so Dinge, warum tue ich mir das an, frage ich mich oft. Warum tut man sich das an, als Regierung, dass man das nicht transparent macht?

Na, weil es ein bisschen eine Freunderlwirtschaft gibt. Brauche ich ja nicht darüber diskutieren. Das ist halt einmal so. Seid mir nicht böse, in der Gemeinde muss ich alles transparent halten. Im Land macht das alles die Regierung alleine. Dann sind vielleicht noch die Mitarbeiter schuld, wenn dort oder da etwas nicht passt. Die machen ihre Arbeit. Aber das ist alles ein Politikum, was da passiert.

Wenn ich mir den Rechnungshofbericht anschaue, in den letzten Zeiten, was da eigentlich alles aufgetaucht ist, dann wird es mir eigentlich schwummrig, und jetzt komme ich zu den Verbänden.

Am Samstag haben wir Müllverband-Vollversammlung. Das was so hoch gepriesen wird. Ist in Ordnung, super. Die Frau Kollegin Salamon war ja jahrelang Obfrau. Die hat mich nicht einmal auf das Rednerpult lassen. Da hat sie gesagt, ich darf dort gar nicht reden. Soweit waren wir schon.

Jetzt haben wir 100 Millionen an Rücklagen und Rückstellungen in diesem Verband. Dann erlaubt sich ein Bürgermeister, der Herr Kölly, eine Forderung zu stellen, einen Antrag zu stellen. Die Windelsäcke dementsprechend kostenlos zur Verfügung zu stellen, für Kinder und Demenzpatienten. Wissen Sie, was die Antwort ist?

Das ist im Vorstand noch nicht diskutiert worden. Wir haben noch keinen Vorstand, bevor die Vollversammlung ist. Jetzt frage ich mich, ist die Vollversammlung das höhere Gremium oder ist der Vorstand zuständig?

100 Millionen Euro haben wir an Rücklagen und Rückstellungen. Jedes Jahr werden drei Millionen Rückstellungen gemacht. Wofür? Das weiß keiner. Statt die Gemeinden zu entlasten, Gemeindepakete zu schnüren, die versuchen schon auf uns Druck zu machen. Aber bei weitem nicht.

Wer sind die Gemeinden? Die Bevölkerung von unserem Land. Ich freue mich schon am Samstag, ich hoffe, dass ich auf das Rednerpult hinaufgehen darf. Bei der Salamon habe ich es nicht dürfen. Jetzt gibt es einen anderen Obmann, um das zu erklären. Wenn man 100 Millionen Rücklagen hat, und wo es um eine Summe geht, von 120.000 Euro, das nicht zuzustimmen, dann ist das so, was ich heute schon gesagt habe, mit dem Wasserleitungsverband Mittleres Burgenland.

Herr Landesrat Darabos, traurig, Ihr habt Eure Leute wirklich super abgerichtet. Oder wissen sie wirklich nicht, dass Rot und Blau jetzt an der Regierung sind? Weil das haben sie immer noch nicht begriffen. Das ist meine persönliche Meinung. Ich habe Ihnen das so gesagt. Das kann es nicht sein, dass man auch wirtschaftlich sparsam, das ist unser höchstes Gebot in den Gemeinden, arbeiten soll. Wir sind die größte Gemeinde, die größten Hafter in der Gemeinde und wisst Ihr was? Ich habe überhaupt gegen die alle nichts, die sind alle brav. Die sind alle in Ordnung, die Bürgermeister.

Nur die kleinsten Gemeinden sitzen dort in Positionen, weil sie nach einer Wahl leider Gottes nicht den Job bekommen haben, den sie sich vorgestellt haben, deshalb hievt man sie dort hinein. Wenn man einen Kassier macht, ist völlig egal. Ich brauche im Wasserleitungsverband keinen Kassier. Der liest mir bei jeder Vorstandssitzung vor, wie viel wir am Sparbuch haben. Das braucht er mir nicht vorlesen. Der Obmann-Stellvertreter, dort haben wir zwei, der sagt dann Danke, und ich darf einladen ins Gasthaus so und so zu der Weihnachtsfeier, das war es.

Das ist ja immerhin schon etwas. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es gibt ja etwas Schlechteres!)* Nein, so ist es. Daher, glaube ich, dass man auch hier umdenken muss, und da ist wieder die FPÖ gefordert, die das immer wieder kritisiert hat, immer wieder kritisiert hat, dass das überall passiert.

Jetzt frage ich Euch, liebe Kollegen von der FPÖ, wann werdet Ihr munter und sagt endlich einmal Stopp. Jetzt wollen wir im Endeffekt einmal das einfordern, was wir immer die Jahre zuvor gemacht haben. *(Zwischenruf von Landesrat Mag. Norbert Darabos)* Das ist mir schon klar. Aber ich habe auch Gespräche geführt und die Antwort war dann, na was sollen wir machen, wir brauchen ja die Schwarzen in den nächsten Jahren, also seid mir bitte nicht böse, das ist ein bisschen eine traurige Situation.

Ja, ich glaube, wer im Landesvoranschlag 2017 nach einer genauen Auflistung der Haftungen sucht, das habe ich schon vorher erwähnt, brauchen wir nicht, ist ja nicht wichtig, in einem Voranschlag. Weil dann hat man einen Nachtrag, und dann hat man alles Drum und Dran. 50 Millionen Euro sind für die FPÖ und 60 Millionen Euro sind ja nichts für die FPÖ, das man da zahlen muss.

Im Übrigen wissen wir immer noch nicht genau, was jetzt tatsächlich für Probleme noch auftauchen werden. Weil man hat ja gesagt, man lässt jetzt alle in eine Einheit einfließen. Weil dann hat man alles im Griff. Die ausgelagerten Geschichten. Das funktioniert nicht. Das habe ich schon vor eineinhalb Jahren gehört.

Oder vor zwei Jahren, da war sogar noch die ÖVP in der Regierung, da habe ich schon gehört, wir müssen etwas unternehmen. Jetzt ist es soweit, ich höre und sehe nichts von den Zahlen. Was ist passiert inzwischen? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Minus 44 Millionen!)* Minus 44 Millionen Euro. Na ja. Ist ja schön, oder? Ist ja super. Nein, wir haben uns 500.000 erspart irgendwo. Habe ich jetzt irgendwann einmal gelesen.

Ich meine, seid mir bitte nicht böse, daher gehört ein Voranschlag, da bin ich auch der Meinung des Landesrates, ja das ist ein Voranschlag, und ich sehe es jetzt einmal so. Lockere Sache. Man kann immer im Nachtragsvoranschlag ja einiges verändern.

Dafür hat es mich gewundert, liebe Kollegen von der FPÖ, dass Ihr das so locker nehmt. Der Nachtragsvoranschlag, hat er richtig gesagt, man hat ein Datum da drinnen, den 4.12., wo man diese KRAGES-Geschichte zahlen muss. Das habt Ihr Euch ja nicht einmal angeschaut, wenn ich ehrlich bin. Das habt Ihr Euch nicht einmal angeschaut.

Ich habe das aus sicherer Quelle. Dass Ihr Euch das nicht einmal angeschaut habt, dass Ihr nicht einmal gewusst habt, dass 80 Millionen Euro eigentlich gefordert sind. Die werden wir eben irgendwann in den nächsten Nachtragsvoranschlägen wieder haben. Weil sie es brauchen. Na, wenn sie es brauchen, ist es ja kein Problem, glaubt mir das. Wenn sie es brauchen, dann muss man halt reden darüber, und sagen, es ist das und das passiert. Man hat das und das investiert, Herr Landesrat, dann ist es einmal so.

Du hast es ja auch nicht leicht, ich verstehe Dich schon. Das ist ja nicht ohne. Im Sozialbereich und im Gesundheitsbereich ist das natürlich schwierig, da sind dauernd steigende Kosten. Aber da muss man schauen, dass man das auch transparent hält. Ich glaube nicht, dass der Landesrat Darabos einer ist, der etwas verschweigen will. Nur es gibt andere Kräfte, die sagen, halten wir es lieber unter der Tuchent und dergleichen mehr.

Ja, es ist - meiner Meinung nach -, weil da gerade die Frau Landesrätin Dunst hereingekommen ist, für das Südburgenland in der letzten Zeit viel gelaufen, viel passiert. Die S7 kommt jetzt anscheinend, werden wir schauen, was wir dort an Möglichkeiten haben, in dem Budget vielleicht doch das eine oder andere auch mitbeizutragen, dass sich dort Firmen ansiedeln können.

Aber man darf nicht vergessen, die Schiene und ich erwähne das noch einmal, und das war wirklich ein Steckenpferd auch von der FPÖ und von der Ilse Benkö, das muss ich jetzt loben, dass sie immer gelaufen ist und darauf gedrängt hat. Daher glaube ich, dass wir weiterhin draufbleiben sollen, das auch passiert.

Wenn der Herr Landeshauptmann in das Südburgenland hinunterfährt und er verspricht ihnen wieder Millionen, dann würde ich schon klarlegen, das war immer schon seine Rede, man hat das gleiche Geld im Nord- wie im Südburgenland ausgegeben, und dann frage ich mich, was ist im Südburgenland mit den vielen hundert Millionen passiert? Dann hat der Norden das gut verzinsen können und der Süden hat das irgendwie den Bach hinuntergehen lassen.

Ich glaube nicht, dass das so funktioniert hat, sondern ich glaube viel eher, dass man viel mehr in den Norden investiert und den Süden jahrelang vergessen hat. Das kann man jetzt ändern und ich hoffe, Frau Landesrätin, dass wir auf einer Wellenlänge sind, dass wir das so schaffen, dem Südburgenland wirklich unter die Arme zu greifen, denn die Abwanderung, das darf man nicht vergessen, und die Armut ist ja auch nicht ohne im Südburgenland. *(Abg. Walter Temmel: 15 Jahre haben sie eh Zeit gehabt.)*

Aber Ihr auch. Du vergisst, Ihr vergesst, dass Ihr in den Regierung wart, Herr Kollege, der sagt, 15 Jahre haben sie eh Zeit gehabt, aber Du sitzt genauso in dem gleichen Boot drinnen und bist gesessen in der Situation.

Eines ist auch noch klar: die Sicherheit. Die Sicherheit ist das Riesenthema in diesem Land. Die Sicherheit ist sicher ein wichtiges Thema, gar keine Frage. Gerade als Bürgermeister wissen wir das, wo oft die Diskussionen in den Gemeinden über die Sicherheit entstehen, weil, dort wird ein Fahrrad gestohlen, da wird eingebrochen.

Dann höre ich vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, dass wir eh das sicherste Land sind und dann vernehme ich eigentlich, wir haben einen Antrag eingebracht, so rasch als möglich die S31 sicherer zu machen. Das ist schon länger her. Was passiert? Dieser Antrag wird abgeändert. Wurscht, auf den Nimmerleinstag verschoben.

Dann lese ich in der Zeitung, der Herr Präsident Illedits fordert Sofortmaßnahmen, dass das so rasch wie möglich umgesetzt wird. Gegen unseren Antrag hat man gestimmt. Na, ist das nicht schlecht. Das sind solche Dinge, die mich eigentlich sauer aufstoßen lassen, und dann die Bevölkerung.

Es passiert ein schwerer Unfall zwischen Neutal und Weppersdorf. Ich bin zufällig zu Dir hinaufgefahren, Kollege, und es war halt gesperrt und ich habe auch daran gedacht. Aber wir können Aussendungen machen was wir wollen. Die Medien bringen einfach das, was gewisse Parteien ihnen vorschreiben, und das ist das Interessante und genau das sind die Situationen, wo ich mir oft denke, warum muss das so sein? Die Bevölkerung darf man nicht für blöd anschauen. Schauen wir uns das einmal an, ob wir nicht in der Zukunft, auch mit diesem Budget, das jetzt vorliegt, doch das eine oder andere gemeinsam bewältigen können.

Daher noch einmal unser Ansatz. Wir werden einigen Kapiteln zustimmen können, aber dem Gesamtbudget leider nicht, weil die Finanzsituation mit Swaps und dergleichen mehr da drinnen nicht geklärt ist und einiges noch offen liegt.

Daher ist es uns wichtig, Bündnis Liste Burgenland, und ich glaube, auch der ganzen Opposition, dass mehr Transparentheit herrscht, aber auch in der ÖVP das anders gesehen wird, dass man sagt, ja, die Zeiten haben sich geändert, es hat sich etwas anderes getan, aber im Endeffekt gleichen diese Punkte denen, die vorher in der Regierung waren und nur die FPÖ sitzt jetzt drinnen und stimmt halt auch überall mit.

Wenn sie glauben, dass sie am richtigen Weg sind, dann sollen sie es sein. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter, für Ihre Ausführungen. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Regierungsmitglieder, die sich die Zeit nehmen, hier auch zuzuhören. Vieles wurde schon gesagt, ich möchte jetzt auf einige Punkte im Konkreten eingehen.

Ein Budget hat nicht viele Spielräume, wenn wir uns ehrlich sind. Es gibt viele Kosten, die zu tragen sind, egal von welcher Partei man ist, egal in welcher Regierungskonstellation man ist. Man hat eine gewisse Infrastruktur in einem Land zu erhalten und das macht den großen Brocken eines Budgets aus.

Aber wie genau diese Spielräume ausgestaltet sind, zeigen, in welche Richtung man ein Land bewegen möchte. Das zeigt auch die politische und gesellschaftliche Haltung hinter einem Zahlenwerk.

Was mir im Großen und Ganzen abgeht, ist etwas, was auch schon Kollege Kölly angesprochen hat. In den letzten Jahren wurde in verschiedenen Prozessen bei der Verkehrsstrategie etwas erarbeitet. Es wurde eine Strategie zur Forschung, Technologie und Entwicklung gearbeitet. Es gab viele gute Papiere, aber in der Budgetgestaltung sehen wir nicht, wo genau auf diese Strategiepapiere Rücksicht oder Bezug genommen wird.

Das mag schon sein, dass sich das eine oder andere darauf bezieht, aber es macht auf mich nicht den Eindruck, als würde die Landesregierung dasitzen und sagen, so, welche Maßnahme von diesem Strategiepapier wollen wir in diesem Jahr umsetzen? Welche Maßnahmen kommen nächstes Jahr? Welche kommen später? Das haben wir zwar manchmal in Erklärungen dazu, aber ich kann es nicht herauslesen, wenn ich den Voranschlag durcharbeite.

Einiges ist auch schwer nachvollziehbar. Man liest oft in den Erläuterungen, auf Grund bestehender vertraglicher Verpflichtungen muss irgendetwas passieren, aber man sieht diese vertraglichen Verpflichtungen nicht und das wirkt dann manchmal so, als wäre man dem einfach ausgeliefert, weil es irgendwo, irgendeine vertragliche Verpflichtung gibt.

Natürlich sind diese vertraglichen Verpflichtungen meistens auch die Landesregierung und die Landesregierungsmitglieder eingegangen. Also mit der Transparenz tut man sich manchmal ein bisschen schwer, aber einiges ist sehr klar erkennbar.

Es ist zum Beispiel auch erkennbar was fehlt. Kollege Steier hat es schon angesprochen. Was völlig fehlt ist der Klimaschutz. Wo sind Maßnahmen im Klimaschutz tatsächlich abgebildet? Wenn irgendwo Fernsehkameras laufen oder gerade eine internationale Konferenz geführt wird, haben wir alle möglichen Statements, wie wichtig Klimaschutz ist. Wenn ich jetzt das ernst nehme, was Landesrat Bieler zu Recht immer wieder sagt, ein Budget ist in Zahlen gegossene Politik, dann kann ich diese Politik, eine Klimaschutzpolitik in diesen Zahlen nicht in einem Guss erkennen.

Worin ist Klimaschutz abgebildet? Im Ausbau neuer Straßen? Diese bringen mehr CO_2-Emissionen nicht weniger. Im Ausbau des Schienennetzes? Das ist nicht besonders hoch veranschlagt. Im Gegenteil, unser Herr Landeshauptmann wirbt noch immer als Initiator von Tankstellen, die günstigen Diesel anbieten, aber das ist das Gegenteil von Klimaschutz. Die Förderung von fossilen Treibstoffen sollte zurückgenommen werden und mit der Zeit ganz eingestellt werden, weil das nicht einer Klimaentwicklung zuträglich ist.

Oder ein anderer Punkt, wo wir ein bisschen etwas von Demokratieverständnis herauslesen können. Ich schaue mir die finanziellen Mittel der Klubs an. Es wurde auch heute schon angesprochen, man muss es leider immer wieder erwähnen, die demokratischen Rechte der einzelnen Abgeordneten durch die Erhöhung der Zahl für einen Klubstatus, die sind sowieso schon beschnitten worden.

Es gibt auch eine Präsidialkonferenz, die darüber bestimmt, was die Regeln für die anderen sind. Ich habe schon mehrmals gebeten, hier eine erweiterte Präsidialkonferenz einzuberufen, damit auch die kleineren Fraktionen mitreden können, wenn auch nicht mitbestimmen, damit wir auch die Informationen haben. Das wurde uns leider immer verwehrt.

Die einen machen die Regeln und sagen nachher, wir haben doch das vereinbart. Das erinnert mich ein wenig an Eltern, die ihren Kindern sagen, du musst um 23.00 Uhr zuhause sein. Die Kinder können nichts dazu sagen, aber am Schluss heißt es, wir haben doch vereinbart, du bist zuhause. So ungefähr agiert hier die Präsidialkonferenz. Ich glaube, da können wir noch andere Wege finden.

Nun zu den finanziellen Möglichkeiten. Für die Landtagsklubs, also für SPÖ, ÖVP und FPÖ sind insgesamt 1.134.000 Euro veranschlagt. Das sind um18.000 Euro mehr als in den Jahren 2015 und 2016.

Während also fünf Abgeordnete in diesem Hohen Haus völlig ohne finanzielle Mittel zum Beispiel für eine Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder für ein Sachbudget auskommen müssen, erhalten SPÖ, ÖVP und FPÖ im Schnitt für jeden Abgeordneten und jede Abgeordnete ein Budget von 36.580,66 Euro.

Umgerechnet auf die einzelnen Klubs heißt es dann, die SPÖ bekommt 512.129 Euro, die ÖVP 402.387,10 Euro, die FPÖ noch immer 219.483,9 Euro, die GRÜNEN null, LBL null. Dem ist aber noch nicht genug.

Zusätzlich zur Klubförderung, die in einem Budgetposten abgebildet ist, gibt es dann auch noch einen Budgetposten, den man irgendwo versteckt findet, wo das Land die Kosten für die APA-Benützungsgebühr für die einzelnen Klubs trägt.

Das heißt, Abgeordnete die keinen Klub bilden können, müssen sich das auch noch selber zahlen, andere kriegen das noch zusätzlich finanziert. Hier herrscht also das Prinzip, wer hat, dem wird noch gegeben. Wer nicht hat, hat eben Pech gehabt. Ich denke, da könnte man in den nächsten Jahren auch noch andere Möglichkeiten erläutern. Ich habe auch schon versucht, Gesprächstermine zu bekommen, bei entsprechenden Entscheidungsträgern, aber es ist mir noch nicht gelungen.

Kommen wir zu einem großen Brocken, dem Sozialbudget, zu dem ich jetzt nicht ausführlich rede, weil wir das eh noch zweimal auf der Tagesordnung haben, worauf ich schon hinweisen möchte. Es wird immer sehr betont, wie groß das Sozialbudget ist, und das ist auch gut und das ist wichtig. Man muss aber immer dazusagen, das sind nicht nur Sozialausgaben, wie sie weitläufig verstanden werden. Da ist die Wohnbauförderung, der gesamte Gesundheitsbereich drinnen.

Das heißt, all das, was wir bei Sozialbudget diskutieren und was wir immer wieder gesagt haben, das ist fast die Hälfte des Gesamtbudgets. Das sind Gelder, die allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zugutekommen. Das ist nicht ein Almosen für irgendjemanden, der gerade zu wenig hat. Das ist schon wichtig zu betonen, weil manchmal so getan wird, als würden wir hier Sozialausgaben für die Ärmsten nur so in die Höhe schießen lassen.

Wenn wir das genau anschauen, ist der Prozentsatz der Ausgaben für die Ärmsten nicht so hoch, aber ein Sozialbudget, das rund 45 Prozent des Gesamtbudgets ausmacht, umfasst viele, viele Lebensbereiche bis hin zu Semesterticketförderung für Jugendliche. All diese Sachen finden wir auch im Sozialbudget.

Die Haltung in Bezug auf Arbeitsmarkt ist hingegen in verschiedenen Statements sehr schwer nachvollziehbar und ein bisschen wankelmütig, vor allem auf Seiten der SPÖ. Es werden wohl im Budget immer wieder Akzente gesetzt, das ist durchaus zu loben und zu unterstreichen, aber wenn wir uns jetzt anschauen, was sind die öffentlichen Äußerungen dazu - am Beispiel ausländischer Arbeitskräfte -, weiß man nicht ganz, in welche Richtung es in Zukunft gehen soll.

Wir beschließen zwar ein Antidiskriminierungsgesetz und Objektivierungsgesetze und bekennen hie und da, je nach Standort und Publikum, alles Mögliche. Was dann konkret heißt, das weiß man erst im Einzelfall.

Nehmen wir zum Beispiel ein geplantes Mega-Glashaus in Frauenkirchen, für das sich der Herr Landeshauptmann - jetzt wie ein Oberbürgermeister - sehr ins Zeug haut. Wenn ich eine Pressemeldung vom 17. März 2016 zitieren darf, als dieses Glashaus politisch überhaupt noch kein Thema war, in der Gemeinde wusste auch kaum jemand etwas davon, dann darf ich hier eine Pressemeldung im ORF zitieren:

Mit der Personenfreizügigkeit in der EU soll es aus Sicht der SPÖ Burgenland vorerst vorbei sein. Pendler aus Ungarn und der Slowakei würden den burgenländischen Arbeitsmarkt zu sehr belasten, sagte am Montag Landesparteichef, Landeshauptmann Hans Niessl.

Ich zitiere: Offene Grenzen und offene Arbeitsmärkte, das kann keine linke Position sein - verzeihen Sie, wenn ich ein bisschen lache, wenn ich im Zusammenhang mit dem Herrn Landeshauptmann den Ausdruck „linke Position“ lese -, denn das heißt, dass der Sozialstaat abgebaut wird. Ungeregelter Zuzug, so sagt unser Landeshauptmann, und Druck am Arbeitsmarkt ist aus meiner Sicht das Ende des Sozialstaates.

Wenn es aber nun um ein Mega-Glashaus in seiner Heimatgemeinde geht, wo völlig klar ist, dass dort zu einem großen Teil ungarische und slowakische Arbeitskräfte beschäftigt werden, dann gibt es die Stellungnahmen seitens der SPÖ. Ich zitiere: Auch wenn die fachlich qualifizierten Schlüsselpositionen ein Großteil der Arbeitnehmer des Betriebes aus Ungarn oder anderen EU-Staaten kommt - ich zitiere die SPÖ-Aussendung -, wissen wir, dass wir einen großen Teil ihres Einkommens auch hier wieder ausgeben.

Hundert Millionen Euro, so schreibt die SPÖ in ihrer Aussendung, geben Ungarn im Burgenland jährlich aus. 30 Millionen Euro geben die Österreicher in Ungarn aus. Fein, in dem Punkt passt es wieder. Wenn gegen ein großes Projekt einmal in einer Gemeinde vor Ort von Bürgern und Bürgerinnen ein Widerstand läuft, dann ist die Argumentation eine andere.

Es ist also nicht klar erkennbar, in welche Richtung die einzelnen arbeitsmarktpolitischen Ansätze in diesem Budget dann wirklich weiterverfolgt werden, weil die politische Haltung dahinter nicht klar ist. Zum einen, weil wir ja wissen, in welche Richtung die FPÖ in dieser Regierung drängen will, zum anderen, weil gar nicht klar ist, ob die SPÖ sehr nachgeben möchte oder mehr noch, einen Balanceakt versucht. Wir werden es sehen.

Ein anderes großes Thema, das unserer Landesregierung sehr wichtig ist, ist das Thema Sicherheit. Fakt ist, das Burgenland ist sicher. Die Zahlen werde ich nicht alle zitieren. Wir wissen es bereits. Einbrüche sind rückläufig. Die Kriminalität steigt im Internet, nicht im Burgenland.

Die große Herausforderung der kommenden Jahre ist also die Bekämpfung der Kriminalität im Netz. Aber das berücksichtigt dieses Budget nicht. Dem widmet sich nämlich Polizei und Landesverteidigung und das ist auch gut so, aber es ist keine Frage an die Sicherheitsbudgets. Ich sehe hier auch nicht sehr große Budgetposten, das noch zu unterstützen.

Wir sind das sicherste Bundesland in einem der sichersten Staaten der Welt. Was ist die politische Reaktion der rot-blauen Landesregierung darauf? Massive Mehrausgaben im Sicherheitsressort!

Nebenbei bemerkt finde ich es auch originell, Landeshauptmann Niessl hat mit seinem Sicherheitswahlkampf, ich erinnere Videoüberwachung in Kittsee, das Schüren von Resortements gegen Ausländer, mehr als sechs Prozent an Stimmen verloren, aber er macht trotzdem so weiter. Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz bedankt sich auch schon öffentlich dafür, weil er die Erfahrung gemacht hat, dass von derlei Politik immer die FPÖ profitiert.

Aber zurück zu den Zahlen, zur Sicherheitspolitik im Land. Das neu geschaffene Sicherheitsreferat braucht rund 9,7 Millionen Euro. Das ist eine Menge Geld, vor allem für Personal, aber dafür sind dann auch einige Parteigänger der FPÖ untergebracht worden. Dann sind dann noch diese 700.000 Euro für 22 Sicherheitspartner, die durch ein paar Gemeinden patrouillieren.

2016 und 2017 zusammen genommen sind die Ausgaben bereits bei 1,3 Millionen Euro. Für ein unsinniges Projekt, das - und jetzt wird es überhaupt originell - nicht einmal zum Ziel hat, die Sicherheit zu erhöhen, sondern - und das hat der Landeshauptmann-Stellvertreter wirklich gesagt - ich zitiere ihn und es steht auch in den Erläuterungen drinnen: Dieses Projekt ist dazu da, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu heben.

Es geht also nicht darum, mit Tatsachen umzugehen, sondern eine Politik des Managements der Gefühle zu machen. Nun ist es sehr gut, wenn wir uns über die Gefühle der Menschen Gedanken machen, aber Aufgabe der Politik ist es, Realitäten zu verändern und nicht die Gefühle der Menschen zu managen.

Das Interessante ist jetzt noch in einem weiteren Punkt zu finden. Man sucht offenbar noch Personal für die Sicherheitspartner. Es gab zwar schon die Ausbildung, aber trotzdem, vergangene Woche in den Bezirksblättern, wenn man die Stellenausschreibungen, hier steht es unter Stellengesuche, macht nichts, es ist eine Stellenausschreibung, dann kann man also lesen, dass Mitarbeiter männlich/weiblich für Vollzeit für das Projekt Sicherheitspartner für die Gemeinden Kittsee, Pama, Deutsch Jahrndorf ab sofort gesucht werden.

Dann steht hier: Tätigkeiten im Bereich Sicherheit und Service für Bürgerinnen und Bürger. Die Dienstzeiten sind Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonntag 8:00 bis 16:30 Uhr. Also von irgendwie, rund um die Uhr stehen hier Menschen zur Verfügung, kann nicht die Rede sein. Zumindest, was man hier in einer Stellenausschreibung sieht. Ich hoffe doch, dass die Firma, mit der das Land einen Vertrag hat, dasselbe ausschreibt, was sie dann auch tut.

Wir können auch nur hoffen, dass potentielle Diebe das nicht lesen, weil dann wissen sie, dass sie dienstags und samstags freie Bahn haben und ab Einbruch der Dunkelheit sowieso machen können, was sie wollen. *(Abg. Robert Hergovich, den Kopf in die Hände legend: Jetzt wird es grenzwertig.)*

Genau, man kann sich eigentlich nur an den Kopf greifen, die Unsinnigkeit dieses Projektes wird immer deutlicher. Es kommt aber noch besser.

Die Voraussetzungen, die hier gefordert werden, in diesem Inserat, um Sicherheitspartner für das Burgenland zu finden, sind nicht Unbescholtenheit, Führerschein B und ein eigenes Auto, also für alle haben wir offensichtlich nicht ausgesorgt, sondern „akzentfreies Deutsch“. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Hier sucht eine Sicherheitsfirma, die mit dem Land einen Vertrag hat, dass Menschen durch ein paar Gemeinden patrouillieren und schauen, dass nichts Böses passiert und helfen, wenn jemand einen Handgriff braucht, Menschen die akzentfreies Deutsch sprechen.

Ich kenne viele Burgenländerinnen und Burgenländer, die haben zum Beispiel einen ungarischen Akzent oder einen kroatischen Akzent. Aber auch Zugezogene, die haben einen deutschen Akzent oder einen französischen. Aber nein, die dürfen hier nicht patrouillieren. Man muss für dieses Projekt akzentfreies Deutsch sprechen. Mit so einer Firma wird hier im Burgenland Geschäft gemacht. Nein, das kann man nicht unterstützen.

Was kommt als Nächstes? Der Nachweis, dass alle Vorfahren im Burgenland geboren sind oder was? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das schafft eh keiner.)* Man muss das schon sehr ernst nehmen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sagartz! Hergovich!)*

Das ist gar nicht lächerlich, Herr Klubobmann Hergovich, Sie werden das wahrscheinlich wieder lächerlich finden, aber ich finde, genau das sind Anzeichen dafür, das sind Anzeichen dafür, die man ernst nehmen muss. Anzeichen für eine Entwicklung, die durch eine bestimmte Art und Weise Politik zu machen und vor allem über Politik zu reden nach sich zieht. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier und bei den GRÜNEN)*

Deswegen fordere ich den Landeshauptmann-Stellvertreter, der leider gerade nicht da ist, auf, keine Geschäfte mit Firmen zu machen, die eine offensichtlich rassistische Personenauswahl treffen. *(Zwiegespräche in den Reihen)* Das, was wir hier im Rahmen von Antidiskriminierung diskutieren, und das wir immer einstimmig beschließen, muss dann auch für Firmen gelten, mit denen Verträge gemacht werden.

Die Firma war ja vorher nicht unbekannt. Mit dieser Firma wurde zunächst der angebliche Bedarf zur Erfindung der Sicherheitspartner erhoben, dann wurde von dieser Firma ein Konzept vorgelegt. Frage, wie das mit der Ausschreibung ausgeschaut hat, und schließlich bekam dann genau diese Sicherheitsfirma den Auftrag, der dem Land 700.000 Euro kostet. Also man wusste schon, mit wem man es zu tun hat.

Ich fordere sehr nachdrücklich auf, schauen wir hier, sind wir hier sensibel und fordern wir auch von Firmen, die mit dem Land in Geschäftsbeziehungen stehen, einen sensiblen Umgang mit Sprache. Es zeigt sehr viel, was dahinter steckt.

Dieses Inserat zeigt, Politik kann nämlich Rassismus durch die Hintertür bringen. Diese Politik macht für mich unser Land unsicher. Ich werde oft gefragt, woran man die rot-blaue Politik im Burgenland denn erkennen könne? Französische Medien zum Beispiel interessieren sich zurzeit sehr dafür.

Hier haben wir ein treffliches Beispiel dafür. Zuerst reden sie den Menschen ein, dass diese in einem Lebensbereich ein Defizit haben und nachher geben sie einem das Gefühl, dass sie dieses Defizit ausgleichen. Hier wird eine Politik des Bauchgefühls betrieben, wo Fakten nicht so bedeutsam sind, wie das Schielen auf Wählerstimmen. Das zeigt sich zum Beispiel in dieser Seite des Budgetansatzes, wenn wir uns das Sicherheitsbudget anschauen.

Ich hoffe, dass das nicht Grundlage und Richtlinie für die weitere Entwicklung der Arbeit der Landesregierung wird. Die Landesregierung will das subjektive Sicherheitsgefühl heben. Was kommt als Nächstes? Die Landesregierung will das subjektive Bildungsgefühl der Jugendlichen heben oder das subjektive Luftgütegefühl der Burgenländerinnen und Burgenländer? Oder die Landesregierung will das subjektive Mobilitätsgefühl der Menschen heben? Vielleicht will die Landesregierung auch mal das subjektive Gefühl heben, dass man mit immer weniger zum Leben so was über die Runden kommt?

Darauf gehen wir nämlich zu, wenn wir etwa in Bezug auf die Mindestsicherung nicht die Frage diskutieren, was brauchen Menschen mindestens, um in unserem Land

eine Existenz aufbauen und halten zu können, sondern wie gebe ich dem größeren Teil der Bevölkerung das Gefühl, dass andere eh noch weniger haben. Diesen Eindruck erweckt nämlich die für einige Teile der Bevölkerung demütigende Debatte um Kürzungen, um Deckelung von der Mindestsicherung.

Diese Seite des Sozialbudgets ist noch lange nicht klar. Wer weiß, was da noch auf uns zukommt. Ich frage mich manchmal schon, kommt eher auf uns das zu, was der Landesrat, der Soziallandesrat für richtig hält, oder eher das, was der Landeshauptmann über die Medien hinterher ruft? Wir wissen es nicht.

Meine Conclusio: Während die Sicherheit in unserem Land sehr hoch ist, wird hier hinein, in den Sicherheitsbereich, noch mehr Steuergeld gestopft. Während Menschen an den Rand ihrer Existenz gedrängt sind, wird überlegt, wo man da noch kürzen kann.

Wo die gefühlte Sicherheit wichtiger ist, als die reale Existenz, können wir nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann, um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben das, was andere nicht haben, aber gerne hätten. Wir haben ein Budget, das ohne Zank und Hader erstellt wurde. Wir haben ein Budget, das das Gemeinsame und die Interessen der Bürger in den Vordergrund stellt. Wir haben ein Budget, das kein fauler Kompromiss ist. Wir haben ein Budget, das maßvoll ist, das Schuldenabbau vorsieht. Wir haben ein Budget, das uns für das kommende Jahr rüstet. Wir haben ein Budget, das uns auf Kurs hält, das Impulse gibt.

Meine Damen und Herren! Das zweite rot-blaue Budget ist erste Wahl und dazu kann man der Landesregierung einfach nur gratulieren. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Mit dem Landesvoranschlag 2017 sparen wir dort, wo es sinnvoll und wo es möglich ist, und wir investieren dort, wo es nötig und wo es effektiv ist. Mit einer Investitionsquote von über 21 Prozent geht mehr als jeder fünfte Euro in Wachstum, Beschäftigung, in die Wirtschaft. Wir wollen Österreichmeister beim Wirtschaftswachstum bleiben.

Wir wollen Rekordhalter bei der Beschäftigung bleiben. Wir wollen die Trendumkehr am Arbeitsmarkt schaffen, so schwierig es auch ist, weil wir in diesem Bereich natürlich in einem sehr hohen Ausmaß von äußeren Entwicklungen, von der Bundespolitik, von anderen Ebenen abhängig sind. Wir wollen das Jahr der Rekorde im Tourismus erfolgreich zu Ende bringen und im kommenden Jahr an diese Rekorde anschließen.

Meine Damen und Herren! Die Grundlage dafür bietet der Voranschlag 2017. Ein Voranschlag, der natürlich - und da gebe ich der Kollegin Recht - auch eine Gratwanderung ist. Ein Budget ist in Zeiten wie diesen immer eine Gratwanderung und ein Voranschlag, der dadurch gekennzeichnet ist, dass man eben nur das ausgeben kann, was man auch hat, dazu gibt es im Landtag ja durchaus auch andere Zugänge.

Beispielsweise den Zugang der Österreichischen Volkspartei, die seit über einem Jahr im Großen und Ganzen nichts anderes tut, als laufend irgendwelche Anträge hier im Landtag einzubringen, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A: Die dann einstimmig angenommen werden.)* die zu erheblichen Mehrkosten, Mehrausgaben führen würden, ohne zu sagen, wie man das Ganze finanzieren soll.

Meine Damen und Herren! Da geht es über das Jahr gerechnet schon um weit mehr als 100 Millionen Euro. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie viel?)* Wenn wir uns nach Ihnen gerichtet hätten, meine Damen und Herren von der ÖVP, dann würden wir heute hier vor uns ein Katastrophenbudget liegen haben. Ein Budget mit enormer Neuverschuldung, mit Nettoneuverschuldung, wie wir es ja alljährlich in Eisenstadt erleben. Ein Budget im krassen Widerspruch zu allen Stabilitätskriterien.

Ein Budget, das ein riesengroßer Rucksack für die kommenden Generationen und für die Zukunft unseres Landes wäre. Dafür sind wir nicht zu haben, meine Damen und Herren von der ÖVP! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dafür ist diese Regierung nicht zu haben, diese Koalition. Wir lassen uns von Ihnen sicherlich nicht in solche budgetären Abenteuer hineintheatern. Rot-Blau steht für eine seriöse Haushaltspolitik, Rot-Blau steht für ein Budget mit Maß und Ziel. Rot-Blau, meine Damen und Herren, steht für Schuldenabbau. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Meine Damen und Herren! Rot-Blau zeigt auch, darüber wurde heute noch gar nicht gesprochen, wie eine sparsame Verwaltung funktioniert. 185,5 Millionen Euro, eine Menge Geld, sind in der Gruppe 0 - Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung vorgesehen. Etwa für das Amt der Landesregierung und die Bezirksverwaltungsbehörden. 185,5 Millionen Euro für das Jahr 2017.

Das ist im Übrigen um 0,12 Prozent weniger als noch im Jahr 2015 und nur geringfügig mehr, nämlich weniger als der Verbraucherpreisindex momentan ausmacht, als im heurigen Jahr. Obwohl die Ausgaben für Pensionen in der Gruppe 0 nolens volens um über fünf Prozent steigen werden.

Das ist ein Ergebnis, meine Damen und Herren, das sich sehen lassen kann. Keine Einschnitte bei der wohnortnahen Verwaltung. Keine Kürzung des Leistungsangebotes. Steigende Ausgaben für Pensionen und dennoch praktisch kein Anstieg der Gesamtkosten der Verwaltung.

Meine Damen und Herren! Natürlich gibt es auch Bereiche, in denen die Ausgaben im kommenden Jahr steigen werden. Da gibt es Bereiche, in denen das durchaus beabsichtigt ist. Dann gibt es Bereiche, in denen das eher nicht beabsichtigt oder gewollt ist, wo man es aber mehr oder weniger hinnimmt, und dann gibt es Bereiche, in denen das jetzt zwar ebenfalls nicht beabsichtigt ist, wir aber von äußeren Entwicklungen und anderen Ebenen abhängig sind.

Bereiche, in denen ein Anstieg der Ausgaben beabsichtigt ist, das sind etwa die Ressorts der freiheitlichen Regierungsmitglieder - Sicherheit, Wirtschaft, Tourismus. Wir wollen, dass das Burgenland sicherstes Bundesland bleibt, Frau Kollegin Petrik. Dafür muss man auch etwas machen. Dass Feuerwehr, Rotes Kreuz, alle anderen Rettungs-, Hilfs- und Einsatzorganisationen das bekommen, was sie im Dienste der Bevölkerung und im Dienste der Sicherheit brauchen.

Es sagt schon sehr viel aus, dass Sie hier minutenlang über 700.000 Euro bei der Sicherheit reden. Es gibt ja andere Bereiche, da wollten Sie das Geld am liebsten abschaffen, etwa bei der Grundversorgung. Aber wenn es um die Sicherheit für die Burgenländer geht, da haben Sie offensichtlich ein gröberes Problem.

Genauso wollen wir, dass Landesrat Petschnig seinen erfolgreichen Weg im Bereich der Wirtschaft und des Tourismus fortsetzt. Wir wollen Wachstumssieger in Österreich bleiben - auch im kommenden Jahr und in den folgenden Jahren. Wir wollen den Marsch der Rekorde im Tourismus auch 2017 fortsetzen, und dieses Budget ist die Grundlage dafür.

Ein Bereich, in dem die Ausgaben einmal mehr stark steigen werden, wir diese Entwicklung, wie formuliere ich es jetzt, aber mehr oder weniger hinnehmen, das ist der Bereich, es geht um das Sozialbudget der Pflege und Betreuung. Das Älterwerden der Menschen, die steigende Lebenserwartung, all das schlägt sich natürlich auch im Budget nieder.

Aber für uns als Koalition, meine Damen und Herren, ist es vollkommen klar, dass wir hier keine ungerechten Einschnitte vornehmen werden. Für uns ist es etwa vollkommen klar, dass es mit Rot-Blau zu keiner Einführung des Angehörigenregresses kommen wird, dazu stehen wir und das halten wir, meine Damen und Herren.

Ein Bereich, in dem die Kosten sehr stark steigen, ja geradezu explodieren, wir aber eben von äußeren Entwicklungen und anderen Ebenen abhängig sind, das ist der Bereich der Mindestsicherung, und das ist vor allem der Bereich der Migration beziehungsweise der Flüchtlingshilfe.

Für die Mindestsicherung waren heuer im Jahre 2016 8,5 Millionen Euro im Voranschlag vorgesehen. Im kommenden Jahr müssen bereits 11,3 Millionen Euro budgetiert werden. Das ist eine Entwicklung, meine Damen und Herren, die wir nicht reaktionslos hinnehmen können.

Bei der Mindestsicherung geht es aus unserer Sicht vor allem um zwei Dinge, nämlich einerseits einen gerechten Abstand herzustellen zwischen Erwerbseinkommen und Sozialleistungen pro Haushalt herzustellen und andererseits einen Unterschied zwischen jenen zu machen, die in unser Sozialsystem bereits einbezahlt haben, die schon etwas geleistet haben in Österreich und jenen, bei denen das eben nicht der Fall ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Rot-Blau wird im Sinne dessen eine vernünftige Lösung auf landesgesetzlicher Ebene vorlegen. Darauf können Sie sich verlassen.

Meine Damen und Herren! Eine ungleich höhere Ausgabensteigerung erleben wir im Bereich der Flüchtlingshilfe. Wir haben das heute bereits beim Nachtragsvoranschlag gehört und im Nachtragsvoranschlag gesehen.9,8 Millionen Euro waren heuer im Budget - noch ohne Nachtrag – vorgesehen. Im kommenden Jahr werden es 25,6 Millionen Euro sein, also eine Steigerung von mehr als 160 Prozent. Das ist eine gewaltige Summe und hier muss man auch unangenehme Wahrheiten aussprechen, meine Damen und Herren.

Die Wahrheit ist nämlich, dass wir 25,6 Millionen Euro, die wir in diesem Bereich ausgeben, und es handelt sich ja doch auch zu einem erklecklichen Teil um Wirtschaftsflüchtlinge, nicht mehr für den burgenländischen Arbeitnehmer, nicht mehr für die burgenländische Familien und auch nicht mehr für die burgenländischen Pflegebedürftigen ausgeben können.

Neben all den anderen Problemen ist die Migration daher selbstverständlich auch eine sozialpolitische, eine budgetäre, eine finanzielle Frage. Alleine schon deshalb ist die Bundesregierung dringend aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, um die aktuelle Entwicklung zu stoppen und vor allem auch jene, die kein Aufenthaltsrecht haben, außer Landes zu bringen.

Meine Damen und Herren! Es wird in den kommenden zwei Tagen und wahrscheinlich gleich nachher in den nächsten Gruppen auch zahlreiche Wortmeldungen zum Finanzausgleich geben, zu den Gemeinden geben, zu den Beziehungen zwischen Land und Gemeinden geben.

Es geht aber heute und morgen nicht nur um Finanzielles. Wir haben unter Tagesordnungspunkt 5, Gemeinderechtsnovelle, ein Paket, mit dem der Landtag jetzt dann morgen mit der Abstimmung einen einjährigen Prozess abschließen wird.

Es ist die größte und umfassendste Gemeinderechtsnovelle seit Jahrzehnten und wahrscheinlich seit jeher. Eine Novelle, die die Zustimmung aller fünf im Landtag vertretenen Parteien finden wird. Bevor ich auf ein paar Details eingehe, weil ich da schon bei den GRÜNEN bin, nämlich, dass man dieser Novelle den entsprechenden Platz einräumen sollte, möchte ich mich bei allen, die beteiligt waren, bedanken.

Das sind einmal die Mitarbeiter in den Abteilungen, in den politischen Büros, in der Gemeindeabteilung, im Verfassungsdienst, die mit uns und mit diesem Paket da in den letzten Wochen und Monaten wirklich viel Arbeit hatten.

Ich bedanke mich bei den Verhandlungsführern der anderen Parteien und ich bedanke mich in erster Linie bei der zuständigen Landesrätin Astrid Eisenkopf, die diesen Prozess umsichtig geleitet, koordiniert und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht hat. Vielen Dank an alle! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir tragen mit diesem Gemeinderechtspaket einer demokratiepolitischen Entwicklung Rechnung, die immer mehr Parteien und immer mehr Listen und vor allem immer mehr kleinere Parteien und kleinere Listen in die Gemeinderäte spült. Parteien und Listen, die rein gemeinderechtlich betrachtet bisher nur rudimentär mit effektiven Rechten ausgestattet, in vielen Fällen, ich komme selber aus einer sehr kleinen Gemeinderatsfraktion, de Facto rechtlos waren.

Mit diesem Gemeinderechtspaket findet eine Aufwertung der Bürgermeister und aller weiteren Gemeindevertreter statt. Es findet eine Stärkung der Gemeindeaufsicht und der Kontrolle statt und es findet eben vor allem eine massive Stärkung der kleinen Fraktionen statt. Jede Fraktion, so klein sie auch sein mag, wird künftig ein effektives Antragsrecht im Gemeinderat haben und die Tagesordnung beeinflussen können.

Das war bisher nicht der Fall. Man wird ein effektives schriftliches Anfragerecht, ähnlich wie im Landtag, haben, das bisher nicht der Fall war. Man wird auch ein normiertes Recht auf Ausübung der Aufsicht haben. Aus meiner Sicht ein zentraler Punkt, denn das war bisher auch nicht der Fall. Man wird ein Teilnahmerecht an allen Sitzungen aller Gemeinderatsausschüsse haben, was bisher auch nicht der Fall war.

Die kleinen Fraktionen, aber auch die größeren, werden dadurch eine Verstärkung erfahren, dass pro Fraktion ein Ersatzgemeinderat eingeführt ist. Auch das ist ein Fortschritt.

Danke dafür vor allem für den Vorschlag der GRÜNEN. Der Prüfungsausschuss wird aufgewertet werden. Das einzelne Mitglied wird künftig einen Prüfungsgegenstand pro Sitzung verlangen können, also wird auch das einzelne Mitglied aufgewertet. Im Ergebnis beseitigen wir damit Demokratiedefizite, Kontrolldefizite und Transparenzdefizite. Im Ergebnis bringen wir mehr Demokratie, mehr Wertschätzung, mehr Kontrolle und insgesamt mehr Dynamik in die Gemeindestuben und wir schaffen damit eine wirklich motivierende Basis für die kommende Gemeinderatsperiode, die in etwa einem Jahr beginnen wird.

Vielen Dank an alle Beteiligten. Wir werden dieser Gemeinderechtssammelnovelle selbstverständliche gerne zustimmen, ebenfalls dem Landesvoranschlag 2017. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Das Budget ist eröffnet. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Meine geschätzten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Molnár! Es ist schon verwunderlich, wie Sie sich als politisches Chamäleon entpuppen. Eigentlich seit Rot-Blau hier im Burgenland besteht. Aber, dass Sie die verbalen Anleihen unseres Finanzstadtrates in Eisenstadt auch übernehmen, das hat mich jetzt wirklich einigermaßen verwundert, aber bitte, sei es drum. *(Abg. Géza Molnár: Aber in Gegensatz zu Euch, habe ich recht!)*

Im Gegensatz zu dem, was Sie hier versucht haben in einem Stakkato vorzutäuschen, verdeutlicht dieses Budget, das heute vorliegt, dieses rot-blaue Budget eine Politik der alten Trampelpfade. Es ist in Wahrheit ein Spiegelbild einer rot-blauen Politik, die wir seit der Landtagswahl im Burgenland erleben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Keine Innovationen, keine Aktivitäten, keine Maßnahmen, die auch nur annähernd als Reaktion auf die großen Herausforderungen der jetzigen Zeit und der Zukunft gewertet werden können. Das vorliegende Budget, meine Damen und Herren, kann man mit einem Zitat von Leonardo da Vinci übertiteln, der gemeint hat: Wer nicht kann, was er will, der muss das wollen, was er kann. Ja, das ist ein bisschen zum Nachdenken, das gestehe ich zu.

Das, meine Damen und Herren, ist die Conclusio, wenn man sich mit diesem Budget befasst, wenn man sich seriös mit diesem Zahlenwerk auseinandersetzt, so, wie wir das von Seiten der ÖVP getan haben. Aus Verantwortung um die Menschen im Land, aus Verantwortung um das Land Burgenland ist es eigentlich unmöglich, diesem Budgetvorschlag zuzustimmen. *(Landesrat Helmut Bieler: Aber geh!)*

Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, diese Vorgangsweise und diese geplante Vorgangsweise, die wir zu diesem Budget haben, auch zu begründen. Ich weiß schon, die Vertreter von Rot-Blau, der Kollege Molnár, hat das ja ein bisschen gemacht. Der nächste Redner wird das wahrscheinlich ganz besonders machen und wird wieder mit absurden Vorwürfen gegenüber der ÖVP aufwarten. Sie sind ja eigentlich so berechenbar in Ihrer Politik, die Sie machen, in ihrer ideologischen, elitären um nicht zu sagen abgehobenen Art Politik zu machen.

Sie werden sagen und es wird heißen, die ÖVP macht Totalopposition. Natürlich muss man in Opposition gehen, wenn man so ein Budget vorgelegt bekommt. Ein Budget, das nicht in die Zukunft gerichtet ist, sondern Stillstand verursacht, muss kritisiert werden. Die Regierung hat auch überhaupt kein Interesse und das ist vorhin von irgendeinem Vorredner gesagt worden, hat ja kein Interesse die Opposition einzubinden, Vorschläge aufzugreifen und das eine oder andere Projekt vielleicht gemeinsam auf den Weg zu bringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Unseriöse Vorschläge, weil zu teuer, wird es heißen. Der Kollege Molnár hat das gemeint. Ja, dass die ÖVP die starke Alternative im Burgenland ist, das tut Ihnen weh. Das ist auch nachvollziehbar, das verstehe ich auch. Es ist eben nicht üblich, dass es eine Oppositionspartei gibt, die sich auch konstruktiv einbringt, die gute und ordentliche Vorschläge macht. Das irritiert Sie.

Aber, seien Sie dennoch so fair, meine Damen und Herren, ganz einfach zuzugeben, dass die wenigen Dinge, die ordentlich umgesetzt worden sind, nicht von der Regierung kommen, sondern im Grunde entweder von uns, von anderen

Oppositionsparteien oder anderen Institutionen, meine Damen und Herren. *(Heiterkeit bei einigen SPÖ-Abgeordneten – Abg. Edith Sack: Das wirst Du uns jetzt wohl alles erzählen.)*

Jede Partei, die gegen dieses Budget stimmt, spricht sich auch gegen all das aus, wogegen man eigentlich nichts haben kann. So wird der Vorwurf lauten. Diesen ebenso alten, wie falschen Stehsatz, meine Damen und Herren, kann eigentlich niemand mehr hören und wahrscheinlich sind Sie selbst die Letzten, die daran glauben, weil Sie in einer Art selbstgezimmerten Scheinwelt, in einer Art Käseglocke leben und nicht die Realität zur Wirklichkeit haben.

Wären Ihre Behauptungen in der Frage richtig, dann würde sich überhaupt niemand mehr auskennen, weil das würde bedeuten, dass in diesem Land nicht die Schwarzen und die Grünen die Bösen sind, in Eisenstadt, weil das angesprochen worden ist, sondern die Roten und die Blauen, im Bund die Blauen und die Grünen.

Es würde sich also niemand mehr auskennen, meine Damen und Herren. Daher lassen Sie gleich diese Argumentation für einfache Gemüter weg und wir können weiterdiskutieren. Früher werden Sie sagen, hat die ÖVP immer allem zugestimmt, als sie in der Regierung gesessen ist. Ja, wir haben natürlich zugestimmt, das ist auch in einer Regierung oft notwendig.

Aber, vergessen Sie nicht, dass es oft trotzdem Regierungsbeschlüsse gibt, wo es immer auch eine Verantwortlichkeit des zuständigen Regierungsmitglieds gibt und immer auch die Frage gestellt werden muss, ob dieses Regierungsmitglied die anderen Regierungsmitglieder auch umfassend informiert hat?

Außerdem sollten Sie jetzt schön langsam realisieren, dass Sie nicht in der Vergangenheit leben, sondern in der Gegenwart und dass die Menschen eigentlich interessiert, was Sie mit der Verantwortung tun, die Sie jetzt haben, und was Sie für die Zukunft vorhaben?

Meine Damen und Herren! Verantwortung übernehmen kann auch heißen, gegen etwas zu sein und zwar dann, wenn man gute Argumente hat. Argumente, die eigentlich jeden einzelnen Abgeordneten und jede einzelne Abgeordnete hier im Hohen Haus dazu veranlassen müsste, dieses Budget 2017 in der Form nicht zu beschließen. In der letzten Landtagssitzung und auch heute haben wir schon sehr intensiv über die Frage der hochspekulativen Zins-Swap-Geschäfte diskutiert.

Geschäfte, die vor vielen Jahren eingegangen wurden und die dazu geführt haben, und das hat auch der Rechnungshof ganz klar festgestellt, dass das Land viel Geld dabei verloren hat. Bis zum Jahr 2014 waren es 43,6 Millionen Euro. Bis 2033 haben wir diese Geschäfte sozusagen noch am Hals. Die werden jedes Jahr, wie es ausschaut, Verluste produzieren.

Jetzt sage ich Ihnen etwas, Herr Landesrat, nehmen Sie das nicht persönlich. Menschlich mag ich Sie ja, aber Sie müssen auch die Verantwortung, die Sie als Finanzlandesrat haben, übernehmen. Daher möchte ich Ihnen das schon auch einmal darlegen, wie die Geschichte dieser Zins-Swaps war. Sie sagen ja, naja die ÖVP ist jetzt beleidigt, weil sie nicht mehr in der Regierung ist und jetzt plötzlich sind wir gegen die Zins-Swaps.

Ich möchte an das Jahr 2009 erinnern. Da hat es eine Auseinandersetzung gegeben. Ich habe hier einen Artikel, der lautet: Zins-Swaps entzweien SPÖ und ÖVP im Burgenland. Im Jahr 2009 war das. So, 2009, da hat der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl gemeint, dass diese Geschäfte eigentlich nicht in Ordnung

sind. Er hat damals gemeint, dass die ÖVP-Regierungsmitglieder nicht in einem vollen Umfang informiert worden sind und hat dafür plädiert, aus diesen Geschäften auszusteigen.

Das war im Jahr 2009. Damals hätte der Ausstieg 30 Millionen Euro gekostet. So. Dann, noch gar nicht so lange her, nämlich, nicht einmal vor zwei Jahren, hat der Parteichef der jetzigen Regierungspartei der FPÖ, nämlich am 14.12.2014, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz in einem ORF-Interview gesagt, er verlangt einen umfassenden Überblick über sämtliche Spekulationsgeschäfte des Landes inklusive Töchter. *(Landesrat Helmut Bieler: Das sind keine Spekulationsgeschäfte.)*

Weiters verlangte Tschürtz einen Plan, um aus diesen Geschäften herauszukommen, ohne dass ein weiterer Schaden für die Steuerzahler entsteht. 2014 hätte der Ausstieg etwa 60 Millionen Euro gekostet. Jetzt verweigern Sie sich darüber nachzudenken, einen Plan zu entwickeln, wie man aus den Geschäften aussteigen könnte. Mit dem Argument, das kostet 103 Millionen Euro und das ist zu teuer.

Sie hätten eigentlich in der Vergangenheit sehr oft die Möglichkeit gehabt, mit einem finanziellen Verlust, der weit, weit geringer war, nämlich 30 Millionen Euro, auszusteigen. Zum Vergleich zu jetzt mit 100 Millionen Euro.

Das ist Ihre Verantwortung, die Sie zu tragen haben, und die nimmt Ihnen auch niemand ab, Herr Landesrat. Niemand macht Ihnen den Vorwurf, dass diese Geschäfte existieren, aber der Vorwurf, dass Sie nie darüber nachgedacht haben und sich nicht darum gekümmert haben aus diesen Geschäften auszusteigen, der Vorwurf bleibt jedenfalls. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Damit ist eigentlich für jeden relativ klar nachvollziehbar, dass diese Geschäfte, die sich hier seit vielen Jahren entwickelt haben, negativ entwickelt haben, dem Budget nicht guttun. Denn das Budget, das wir heute diskutieren und auch das ist schon angesprochen worden, ist sozusagen nur die halbe Wahrheit. Die wahre Musik spielt außerhalb dieses Landesbudgets. Da rede ich gar nicht über diese, jetzt in der letzten Zeit diskutierten Zins-Swaps.

Sondern der Rechnungshof ist ja sehr rege und hat erst vor kurzem auch festgestellt, dass es noch weitere hoch spekulative Geschäfte gibt, die schlussendlich dem Land schaden. Ein Geschäft, das mir besonders ins Auge gesprungen ist und das eigentlich ein Wahnsinn ist, das findet sich in der BLh, in der Burgenländischen Landesholding. Wo es ein Geschäft gibt, wo das Land Burgenland indirekt ab Mitte 2017 fast 10 Prozent Zinsen zahlt.

Jetzt müssen Sie mir erklären, Herr Landesrat: Wer kommt auf die Idee, Zinsen abzusichern, die über neuneinhalb Prozent steigen? Da kann irgendetwas nicht mit rechten Dingen vorgegangen sein, meine Damen und Herren. Da muss man auch die Rolle des Finanzberaters des Landes genau unter die Lupe nehmen und das werden wir auch tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Man muss sich schon die Frage stellen, warum macht man so etwas? Das ist nicht normal, dass man ein solches Geschäft macht und dass man sich dagegen absichert, dass die Zinsen über 9,5 Prozent steigen. Da stimmt irgendetwas nicht und da werden wir ganz sicherlich nicht locker lassen.

Unter Berücksichtigung all dieser Tatsachen, die auch vom Rechnungshof ganz klar aufgezeigt worden sind, meine Damen und Herren, ist es so, dass wenn Sie diesem Budget wirklich zustimmen, dass Sie auch zustimmen, dass die Landesregierung weiter spekuliert.

Dass die Landesregierung weiter ermächtigt wird, solche Finanzgeschäfte abzuschließen, und zwar bis zu einem Jahresverlust in dreistelliger Millionenhöhe. Ganz ehrlich, wenn Sie das tun, dann stellen Sie der Landesregierung einen Blankoscheck zur Spekulation aus und das ist nicht die Verantwortung, wie wir sie verstehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn wir schon bei der BLh - bei der Burgenländischen Landesholding sind. Sie sind dabei, hier ein Verwaltungsmonster zu schaffen. Das ist ein bisschen so, wie beim Frankenstein. Da haben sie auch herumexperimentiert, dann ist ein Monster entstanden, und dann hat man es nicht mehr im Griff gehabt.

So ähnlich passiert das gerade im Bereich der BLh. Ich verstehe schon, dass es nett ist, so ein Konstrukt zu schaffen und sich eine Parallelverwaltung aufzubauen, wo man gut bezahlte Jobs für das Rot-Blaue Proporzsystem schaffen kann. Aber, die Beobachter, alle Beobachter sind sich ganz sicher, dass Sie heute schon die Minen legen, die in diesem Bereich in nächster Zeit explodieren werden.

Mit einer Eröffnungsbilanz, die auch medial gewürdigt worden ist, von 44,6 Millionen Euro minus, ist der Start durchaus hervorragend gelungen. Da kann man eigentlich nur gratulieren. Aber, was eigentlich wirklich unglaublich ist, hat sich zu Beginn des heurigen Jahres abgespielt. Da hat man wieder einmal ein mediales Trommelfeuer veranstaltet, hat eine Konferenz abgehalten, wie man jetzt mit der Burgenländischen Landesholding umgehen wird.

Man hat sich als Vorbereitung für das Operativstellen der Burgenländischen Landesholding auch einen guten Ratgeber geholt, nämlich, den Geschäftsführer, der Wien Holding. Der Herr Landesrat Petschnig hat damals gemeint, das war im Feber, im Landespressedienst des Burgenlandes nachzulesen:

Beim Prozess der Umstrukturierung der BLh könne man von der Wien Holding lernen und auf die burgenländischen Bedürfnisse abgestimmt, übernehmen. Meine Damen und Herren! Die Wien Holding, der Kollege Steier hat es vorhin angeführt, ist erst vor kurzem in den Medien gewesen, weil dort auch mit hochspekulativen Geschäften zig Millionen in den Sand gesetzt wurden.

Ganz ehrlich, wenn man sich so einen Berater holt, dann ist das ungefähr so, wie wenn man den Nordkoreanischen Herrscher Kim Jong-un als Vortragenden bei einer Menschenrechtskonvention engagiert. Ich muss ehrlich sagen, das ist wirklich unglaublich, was Sie hier tun. Sie werden das noch sehr bereuen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Rot-Blaue Politik, meine Damen und Herren, zieht aber auch in anderen Bereichen gleichsam eine Spur der Verwüstung. Eine gut strukturierte und wirklich hervorragend funktionierende Landesverwaltung wurde aus rein parteipolitischen Überlegungen und aus proporztechnischen Gründen zerschlagen. Ein Vorgang, der den Namen Verwaltungsreform absolut nicht verdient, sondern der die Verwaltung langsamer, teurer und ineffektiver macht.

Dafür haben Sie von der Rot-Blauen Regierung die Verantwortung zu übernehmen, und Sie haben es geschafft, dass in diesem Haus hier ein Klima der Angst herrscht.

Im Laufe des heutigen und des morgigen Tages werden wir, und werden die Abgeordneten, noch viele Gelegenheiten haben, über einzelne Punkte des Budgets zu reden, zu diskutieren. Ich möchte nur ganz kurz jetzt im Rahmen der Generaldebatte einige, aus meiner Sicht, wichtige Punkte streifen.

Das Thema Sicherheit ist heute schon besprochen worden. Diese Regierung bringt nicht mehr Sicherheit, sondern sie verunsichert. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, der nicht anwesend ist, sollte sich lieber nicht Sicherheitslandesrat nennen, sondern eher Verunsicherungslandesrat.

Das Top-Projekt dieser Regierung, meine Damen und Herren, die sogenannten Sicherheitspartner, spricht Bände. Dieses Projekt, das 500.000 Euro an Kosten verursacht, auch das ist schon angesprochen worden, wurde, ich nehme an, ohne eine Ausschreibung zu machen, vergeben. Nach einem Monat hat man eine erste Bilanz gezogen.

Ich habe das nur im ORF nebenbei gelesen und musste mich schon wundern, und die Mitarbeiter in diesem Bereich sind sehr ehrlich, muss man sagen, dass eine dieser Mitarbeiterinnen sagt: Ja, ich schaue, ob alles passt, ob nichts beschädigt ist, ob vielleicht ein Mistkübel ausgeleert gehört. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich muss ehrlich sagen, wenn das die Bilanz nach einem Monat ist, dann ist das relativ wenig. Herr Herbert Wagner, der Chef dieser Firma, die den Auftrag bekommen hat, sagt dann: Vorwiegend waren es offene Fenster oder es hat in der Nacht das Licht gebrannt. Wenn man bedenkt, dass auf der einen Seite bei offenem Fenster Einbrecher angelockt werden und auf der anderen Seite das Licht auch Strom kostet, dann hat sich das alles schon rentiert. Ich muss ehrlich sagen, dass ist für so ein Projekt, wo man so viel Energie hineinlegt, wo man so viel Geld hineinlegt, doch sehr dürftig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Dieses Budget zollt auch den Städten und Gemeinden nicht den notwendigen Respekt, den sie verdienen. Es sind keine Initiativen vorgesehen, die den Gemeinden einen neuen Schub geben.

Warum nehmen Sie, meine Damen und Herren von Rot-Blau, ohne mit der Wimper zu zucken, den Gemeinden fast 20 Millionen Euro weg? Nämlich, über den Weg der Landesumlage. Warum investieren Sie dieses Geld nicht in Infrastrukturprojekte in den Gemeinden, was nicht nur die Lebensqualität der Menschen erhöhen würde, sondern natürlich auch ganz besonders auch der regionalen Wirtschaft helfen würde?

Das wäre eine zusätzliche Investition, die wirklich in die Zukunft gerichtet ist. Stattdessen, meine Damen und Herren, werden in der Verwaltung, in der BLh vor allem, Millionen Euro verbrannt, Herr Kollege Molnár. Da hätten wir ganz viel Spielraum, um diese Projekte, die Sie angesprochen haben, auch zu finanzieren.

Über die Landwirtschaft braucht man im Zusammenhang mit Rot-Blau nicht viel sagen. Zumindest ich nicht, denn das werden andere tun. Rot-Blau treibt in diesem Bereich eigentlich die Inkompetenz zur Hochkultur. Die Schlagzeile wiegt schwerer, als die Sache. Diese Politik schadet schlussendlich den Bauern, den Bäuerinnen, und dem ländlichen Raum.

Zu den Themen Wirtschaft und Tourismus werden wir auch noch Gelegenheit haben, uns auseinander zu setzen, zu diskutieren. Kollege Molnár hat ja großmundig gemeint, wie super alles ist, und wie toll hier das Budget auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten reagiert. Es ist nicht so, lieber Géza, denn es findet sich keine einzige Initiative, die neu dazukommt.

Wo man sagen kann, das ist etwas, wo man etwas versucht. Der Handwerkerbonus wird immer wieder in den Mund genommen. Der war auch gut, war natürlich keine Idee der Regierung, sondern kommt von der Wirtschaftskammer beziehungsweise vom ÖVP-Wirtschaftsbund. Da sieht man, wenn Sie ordentliche Vorschläge übernehmen, dann funktioniert das auch.

Aber, für Klein- und Mittelbetriebe, für die Wirtschaft, für den Wirtschaftsstandort passiert im Budget nichts. Dabei wäre es gerade jetzt so wichtig, in diesem Bereich zu investieren. Denn nur eine starke Wirtschaft schafft auch ein starkes Land. Viel wäre zu tun, um diese notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Bereich der Digitalisierung, im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, im Bereich der Ausbildung. Aber, was liefert das Budget 2017 dazu? Leider wenig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Einen Bereich möchte ich noch explizit ansprechen, das ist der Sozialbereich, weil in der Budgetrede des Herrn Finanzlandesrates das ganz besonders betont wurde. Da hat man wieder dieses Prinzip hergenommen, wenn die Situation so ist, wie sie ist, dann müssen wir aus der Not eine Tugend machen. Wir stellen uns hin und sagen, es klingt gut, dieses Budget ist ein soziales Bekenntnis oder ein soziales Statement dieser Regierung.

Meine Damen und Herren! Viel Geld auszugeben bedeutet noch nichts, nämlich dann nichts, wenn der Output nicht passt. Ich möchte das an einem Beispiel der Mindestsicherung, denn der Kollege Molnár hat auch diesem Thema viel Raum gewidmet, zeigen, warum das so ist und warum eigentlich viel Geld im Sozialbereich ausgegeben wird.

Das wird ja nicht bestritten, aber dass es nicht effektiv verwendet wird. In der Mindestsicherung haben wir von der ÖVP seit eineinhalb Jahren ganz konkrete Vorschläge gemacht. Nach einigem Zögern hat die Regierung - verbal zumindest, sich hier angeschlossen und hat gemeint, dass das gute Vorschläge sind. Was aber fehlt, ist die Umsetzung, meine Damen und Herren.

Weil diese Regierung zögerlich ist, weil sie offenbar nicht die Kraft hat, hier wirklich Mut aufzubringen, um endlich einmal etwas auf den Tisch zu legen. Andere, verantwortungsbewusste Landesregierungen, wie beispielsweise Oberösterreich, sind heute schon zitiert worden. Niederösterreich hat das schon lange getan und hat seine Aufgaben erledigt.

Und im Burgenland? Die Regierung döst und schläft dahin. Wenn sich eine Regierung, meine Damen und Herren, mit der Tatsache rühmt, dass mehr als die Hälfte des Budgets im Sozialbereich ausgegeben wird und das als soziales Statement bezeichnet, dann ist das mitnichten ein soziales Statement, sondern eigentlich das Eingeständnis politisch versagt zu haben und gescheitert zu sein.

Das Eingeständnis nicht die Kraft zu haben, zielgerichtet zu agieren, die ausufernden Sozialkosten in den Griff zu bekommen und Spielräume für Investitionen, Herr Kollege Molnár, für die Vorschläge, die konstruktiven Vorschläge, die Sie gemacht haben, zu haben.

Wo sind denn die Maßnahmen, die die enorme Arbeitslosigkeit, die auch Rot-Blau zu verantworten hat, einzudämmen? Wo sind denn, meine Damen und Herren, die Maßnahmen, um den Wirtschaftsstandort zu stärken? *(Abg. Robert Hergovich: Ich sage es Ihnen dann gleich.)* Wo sind denn die Maßnahmen, die zu einer Entbürokratisierung führen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wo sind denn, meine Damen und Herren, die Maßnahmen, um die Digitalisierung nach vorne zu bringen? Wo sind diese „Zuckerl“-Maßnahmen *(Abg. Robert Hergovich: Im Budget!)* für das Burgenland? Jedenfalls nicht im Budget 2017!

Meine geschätzten Damen und Herren! Es ist nicht notwendig, über Selbstverständlichkeiten zu reden. Es ist heute am Vormittag bereits angekündigt worden.

Niemand spricht mehr darüber, dass es notwendig ist, die Beamten zu bezahlen. Niemand spricht mehr darüber, dass es notwendig ist, die Lehrer zu bezahlen. Niemand hat etwas gegen die Förderung der Kinderbetreuung oder die Unterstützung der Frauenorganisationen. Das steht auch völlig außer Streit.

Aber reden muss man über den Unwillen der Regierung sich darum zu bemühen, kein Geld mehr zu verbrennen, Stichwort - hochspekulative Geschäfte. Reden muss man auch über die Unfähigkeit der Regierung Spielräume für Investitionen zu schaffen.

Reden muss man auch über den Unwillen der Regierung die Gemeinden zu unterstützen. Reden muss man über die Unfähigkeit die Wirtschaft zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren! Ich verstehe schon die Abgeordneten von Rot-Blau sind in dieser Proporzkoalition befangen. Ich weiß, es ist überhaupt nicht leicht und ich verstehe es auch, aus diesem ideologischen Gefängnis auszubrechen.

Ich bitte Sie aber wirklich, das meine ich wirklich ernst, Herr Kollege Hergovich beginnt zu lächeln, aber ich bitte Sie wirklich über diese Dinge, die ich Ihnen jetzt zugegebener Weise sehr pointiert gesagt habe, nachzudenken und überlegen Sie es sich wirklich, ob es verantwortungsvoll ist, diesem Budget zuzustimmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vor allem deswegen, weil Sie damit wieder der Regierung die Ermächtigung geben, weiter zu spekulieren. Schauen Sie sich das noch einmal an. Wenn Sie schon nicht die Kraft haben, ein Budget auf den Weg bringen, das wirklich zukunftsorientiert ist und nicht ein Budget der alten Trampelpfade. Wenn Sie diese Kraft nicht haben, dann zeigen Sie wenigstens die Größe, unsere Abänderungsanträge, die wir noch einbringen werden, zu unterstützen.

Denn diese Abänderungsanträge und das sind nicht viele, das sind auch keine großen Summen, da geht es nicht, Herr Kollege Molnár, um Geld hinauswerfen, sondern das sind ganz andere Anliegen. Wenn Sie diesen zustimmen, dann sind Sie mit dabei, wenn es darum geht, größeren Schaden vom Burgenland abzuwenden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn Sie jetzt vielleicht am Ende dieser Rede meinen, der Steiner steht *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* hier und redet da herum, nur weil er nicht mehr in der Regierung ist. *(Abg. Werner Friedl. Das denke ich mir gerade.)*

Früher als man in der Regierung war, hat man alles mitgetragen, diese Argumente werden kommen, dann sage ich Ihnen ganz ehrlich, bei der letzten Landtagswahl hat der Wähler eine klare Botschaft abgegeben. Nämlich die damalige gesamte Regierung wurde abgewählt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das war eine klare Botschaft.

Die damaligen Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP haben miteinander 12 Prozent. Die Auswirkungen für die ÖVP waren stärker als die der SPÖ. Das war eine klare Botschaft der Bevölkerung, dass sie diese alte verstaubte Politik nicht mehr wollen.

Wir haben diese Botschaft verstanden. Sie haben diese Botschaft nicht verstanden! Sie haben die Chance verabsäumt, mit einem neuen Koalitionspartner eine andere, eine neue Politik zu machen.

Herr Landeshauptmann, das werde ich noch anhängen, hier das, was Sie vor der Wahl immer gesagt haben, verabsäumt haben, umzusetzen, sondern der kleine

Koalitionspartner hat sich hier zum Steigbügelhalter entwickelt. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Spricht er von Eisenstadt?)*

Herr Landeshauptmann, herzlich willkommen! Freut mich, dass Sie auch da sind. Weil Sie immer auf Eisenstadt losgehen, uns schimpfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das hat sich die Bevölkerung von Eisenstadt, die Eisenstädterinnen und die Eisenstädter nicht verdient.

Ich weiß gar nicht, warum Sie das tun, denn eigentlich müssten Sie stolz sein, als Landeshauptmann so eine Landeshauptstadt zu haben. Eigentlich müssten Sie das sein. Schauen Sie sich die Daten an, Herr Landeshauptmann. Zum Beispiel die Kaufkraft in Eisenstadt. An der fünften Stelle österreichweit. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das schlechteste Ergebnis.)* Wo Eisenstadt die fünfte Stelle österreichweit einnimmt.

Im Übrigen pro Person und Jahr 25.000 Euro, das Burgenland liegt bei 20.000 Euro, da sehen Sie einen schönen Abstand. Schauen Sie sich die Arbeitsplätze an, Herr Landeshauptmann. *(Landeshauptmann Hans Niessl: 16 Monate haben Sie es nicht geschafft, Ihr schlaft ja in der Pendeluhr in der Gemeinde.)*

Schauen Sie sich die Arbeitsplätze an pro Einwohner. Herr Landeshauptmann, schauen Sie sich die Arbeitsplätze an. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ein bisschen tu noch. - Landeshauptmann Hans Niessl: Ja, ja, Wunderbar. – Heiterkeit bei der SPÖ)*

Herr Landeshauptmann, schauen Sie sich die *(Landeshauptmann Hans Niessl: Mit den GRÜNEN.)* Arbeitsplätze an, pro Einwohner in Eisenstadt 1,1 Arbeitsplätze, pro Einwohner im Burgenland 0,36 Arbeitsplätze. *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Schauen Sie sich die Entwicklung der Kommunalsteuer an! Schauen Sie sich die Entwicklung der Kommunalsteuer an, Eisenstadt hat eine tolle Entwicklung genommen. Schauen Sie sich die Einwohnerentwicklung an. Schauen Sie sich die Einwohnerentwicklung an in den letzten 15 Jahren. Eisenstadt plus 25,5 Prozent, das Burgenland plus 4,8 Prozent.

Schauen Sie sich alle diese Fakten einmal an und überlegen Sie, *(Landeshauptmann Hans Niessl: Die am schlechtesten verwaltete Landeshauptstadt.)* ob es nicht besser wäre stolz auf diese Stadt zu sein und nicht herzugehen und die Eisenstädterinnen und Eisenstädter schlecht zu machen, Herr Landeshauptmann.

In dem Sinn ist es ganz klar, dass man diesem Budget der alten Trampelpfade nicht zustimmen kann. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen! Geschätzte Kollegen! Das ist das zweite Budget, das diese Koalition vorlegt. Und man kann eines sagen, Rot-Blau bleibt konsequent, bleibt auf Linie, bleibt auf Erfolgskurs. Dieses Budget ist nämlich in erster Linie eines, ein klares Bekenntnis und ein klarer Impuls für die Wirtschaft, für mehr Wachstum, für mehr Beschäftigung.

Wir setzen dabei auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das elementare Unterfangen dieser Regierung, das elementare Vorhaben dieser Regierung. Wir setzen dabei auf Soziales und Gesundheit, ganz, ganz wichtig für die Burgenländerinnen und

Burgenländer. Wir setzen dabei auf wichtige Reformen für die Zukunft und wir setzen dabei vor allem auf eines, auf den Abbau von Schulden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Heimatland Burgenland befindet sich in vielen Benchmarks auf Spitzenplätzen. Bei vielen Vergleichen mit anderen Bundesländern werden wir feststellen, dass unser Heimatland Burgenland hervorragend unterwegs ist, wie beispielsweise beim Wirtschaftswachstum.

Es wurde doch schon das eine oder das andere Mal erwähnt, dass das Burgenland das höchste Wirtschaftswachstum aller österreichischen Bundesländer im Jahr 2015 verzeichnen konnte. Wir hatten dabei ein Wirtschaftswachstum von 2, 2 Prozent, im Vergleich dazu der österreichische Durchschnitt liegt bei 0,9 Prozent.

Ich sage das deswegen, weil erst vor einigen Tagen „Agenda-Austria“ eine Studie veröffentlicht hat und in dieser Studie hat „Agenda-Austria“ untersucht, wie das Wirtschaftswachstum in den Bundesländern war und zwar in den Jahren 2007 bis 2014. Und „Agenda-Austria“ hält hier fest, dass das Wirtschaftswachstum im Burgenland keine Momentaufnahme ist und war, sondern eine konstante und langjährige Entwicklung.

Wir sind die Nummer Eins in ganz Österreich was die Wirtschaft anbelangt, denn zwischen 2007 und 2014 hat sich unsere Wirtschaft viel dynamischer und schneller entwickelt. Wir haben durchschnittlich von 2007 bis 2014 ein Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozentpunkten 3,2 Prozentpunkte erreichen können.

Meine Damen und meine Herren, ebenfalls im Tourismus, wir haben Rekordnächtigung im Tourismus. Wir peilen voraussichtlich heuer die magische Drei-Millionen-Marke bei den Nächtigungen an, aktuell ein Plus von 5,9 Prozent, also 6 Prozent plus. Kein anderes Bundesland hat solche Zuwachsraten bei den Nächtigungszahlen im Tourismus wie das Burgenland.

Und warum erwähne ich die beiden, weil beide direkte Auswirkungen haben. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und darum geht es. Auch hier sind wir die Nummer Eins in Österreich. Und da kann man versuchen, diese Dinge alle schlecht zu reden, aber die Statistik Austria zeigt, dass wir in diesen elementaren Punkten die Nummer Eins von ganz Österreich sind.

Wir haben das siebente Mal, das siebente Mal, eine Folgerekordbeschäftigung in unserem Heimatland Burgenland. Noch nie zuvor in der Geschichte unseres Heimatlandes haben so viele Menschen eine Beschäftigung gefunden wie aktuell im Burgenland. Das siebente Mal Rekordbeschäftigung! Der Spitzenwert im heurigen Jahr im Juli über 105.000 Beschäftigte in unserem Heimatland. Und erstmalig im Burgenland werden wir im Jahresschnitt 12 Monate durchgerechnet über 100.000 Beschäftigte kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wesentlicher Teil ist auch der Bildungsbereich. Ich rede jetzt nicht davon, dass wir die höchste Maturantenquote aller österreichischen Bundesländer haben, oder die besten Facharbeiterinnen und Facharbeiter, weil die Lehrlinge von Wettbewerben immer mit einer bronzenen, silbernen oder goldenen Medaille nach Hause kommen.

Nein, ich spreche heute von den Zehnjährigen. Das BIFIE hat die Untersuchungen vorgenommen und auch hier zeigt sich, die Kinder des Burgenlandes sind die Nummer Eins beim sinnerfassten Lesen und beim Text verfassen. Auch hier ist das Burgenland nicht nur im Spitzenfeld, sondern die Nummer Eins von Österreich.

Und diese objektiven Zahlen, diese objektiven Zahlen zeigen den Aufstieg unseres Heimatlandes Burgenland. Eine großartige Leistung der Burgenländerinnen und Burgenländer, eine großartige Leistung unseres Heimatlandes. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Und mit diesem Budget 2017 wollen wir diese Spitzenwerte vorantreiben und in anderen Bereichen noch deutlich aufholen. Wie wollen wir das tun? Wir wollen ganz stark in die Zukunft unseres Heimatlandes Burgenland investieren, mit der höchsten Investitionsquote die es je gegeben hat im Burgenland. Die höchste Investitionsquote von 21,3 Prozent oder in Millionen ausgedrückt 235 Millionen Euro, die wir im kommenden Jahr im Burgenland investieren werden.

Immerhin mehr als jeder fünfte Euro dieses Budgets wird in Investitionen investiert. Ein starker Impuls für die Wirtschaft, für Beschäftigung, für Wachstum, das ist unser Ziel, in unserem Heimatland Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich könnte trotzdem einige Bereiche hier besonders ansprechen, beispielsweise die Bildung weil die Bildung elementar ist und wichtig ist für die nächste Generation. Wir werden vier Millionen Euro für zusätzlich 100 Pädagoginnen und Pädagogen dafür zur Verfügung stellen.

Wir werden 200.000 Euro für das Bildungsnetzwerk Burgenland investieren. Wir werden 420.000 Euro für das INTERREG-Projekt zur Verfügung stellen mit dem Ziel, dass kein Kind im Burgenland zurückgelassen wird, weil wir alle wissen, dass die Zukunft unseres Heimatlandes in den Klassenzimmern entschieden wird und daher investieren wir ganz speziell und fokussiert in den Bildungsbereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Steiner hat zuvor gesagt, im Wirtschaftsbereich da passiert nichts. Ich dachte zuerst er spricht von seiner Stadt, er spricht von Eisenstadt, aber er hat wirklich das Land gemeint.

Ich finde das deswegen bemerkenswert, weil wir ein Rekordniveau bei der Wirtschaftsförderung mit diesem Budget erreichen, das wir noch nie gehabt haben. Noch nie zuvor in unserem Heimatland Burgenland hat es so kräftige Investitionen im Wirtschaftsbereich gegeben als im Budget 2017. Die ÖVP stimmt angeblich dagegen.

Es ist interessant, als ehemalige Wirtschaftspartei gegen die Interessen der Wirtschaft zu stimmen und damit gegen 26 Millionen Euro Wirtschaftsförderung das sich auf Rekordniveau befindet. Darüber hinaus auch im außerordentlichen Haushalt 33,9, also fast 34 Millionen Euro, die hier zur Stärkung unserer heimischen Betriebe zur Verfügung gestellt werden.

Und da wundert sich der Herr Steiner, dass wir sagen, Fundamentalopposition um jeden Preis? Ja, wer soll denn da Verständnis haben, dass die ÖVP da dagegen ist, wenn man als ehemalige Wirtschaftspartei gegen die Wirtschaftsförderungen auf Rekordniveau stimmt.

Also da muss ich schon sagen, das bedarf schon einer Erklärung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben Sie nicht zugehört?)* Das nimmt Ihnen im Burgenland niemand ab, Herr Kollege Steiner. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Früher einmal hatte die ÖVP auch etwas für den Tourismus übrig gehabt. Ich weiß schon, die Zeiten sind vorbei, daher stimmen Sie auch gegen das Budget. Aber das Land unterstützt im Tourismus unsere Betriebe mit einer Qualitätsoffensive und das massiv. Heuer wurden die kleinen Betriebe gefördert, das war gut und richtig so.

Mit dem Budget 2017 wollen wir einen Schritt weiter gehen. Wir wollen die Betriebe zwischen elf und 30 Zimmern hier besonders fördern mit einer Qualitätsoffensive. Dafür stehen weiter 800.000 Euro zur Verfügung in diesem Budget 2017. Die ÖVP ist dagegen. Wir bauen damit den Tourismus, die Tourismusdestination Burgenland weiter aus. Die ÖVP wird offensichtlich dagegen sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen aber auch einen Sozialschwerpunkt in diesem Budget, rund zwei Drittel auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung, ganz, ganz wichtige Maßnahmen. Erstmals sind an die 500 Millionen Euro für das Gesundheits- und Sozialbudget inklusive der Krankenanstalten vorgesehen und rund 30 Millionen, 29,7 Millionen Euro, für Soziales und Wohnbauförderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Rot-Blau ist sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Als Arbeitsmarktsprecher sind mir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Burgenland ein besonderes Bedürfnis und die Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist auch ganz, ganz wesentlich für die Burgenländerinnen und Burgenländer. Und daher freut es mich, dass wir im Budget 2017 3,7 Millionen Euro für die Arbeitnehmerförderung bereitstellen, auch das ist ganz, ganz wichtig.

Qualifizierung, Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer damit sie in Beschäftigung bleiben können, damit sie nicht arbeitslos werden, dass wir sie dabei unterstützen, denn davon profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch die heimischen Unternehmungen.

Wir führen auch den Gratiskindergarten weiter. Alleine 4,5 Millionen Euro werden wir für die Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen und wir unterstützen auch verstärkt den Heizkostenzuschuss.

Auch das wäre schon ein Grund dem zuzustimmen, denn ich kann mich noch erinnern als im Vorjahr der Kollege Steiner gesagt hat, der Heizkostenzuschuss muss erhöht werden von 140 auf 150 Euro. Das machen wir in diesem Budget, wir erhöhen den Heizkostenzuschuss von 140 auf 150 Euro. *(Abg. Günter Kovacs zu den Abgeordneten der ÖVP: Ihr habt etwas dagegen.)*

Damit decken wir die gestiegenen Heizkosten wieder ab. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ihr seid jetzt dort, wo wir vor zwei Jahren waren.)* Komisch ist, dass die ÖVP dem trotzdem nicht zustimmt. Ein Schelm denkt sich wohl nur, Fundamentalopposition betreiben.

Da geht es nicht um Fundamentalopposition. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist richtig, ein Schelm.)* Was voriges Jahr noch *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein wahres Wort, ein Schelm.)* gefordert wurde, wird heuer erfüllt, trotzdem ist man dagegen. Da geht es aber nicht um Fundamentalopposition, würde ich mir nie sagen trauen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir setzen natürlich auf Sparsamkeit und Reformen, mit der Verwaltungsreform, Kollege Molnár hat es schon angesprochen, und auch mit der Landesholding. Wir wollen damit Synergien nutzen, damit Spielräume frei werden für weitere Investitionen und das gelingt auch.

Das ist aber auch der Unterschied zwischen uns und der ÖVP. Wir bauen zwei Millionen Schulden ab und was tut die ÖVP? Sie fordert nahezu alle Wochen neue Dinge

die sehr, sehr viel Geld kosten. Ohne zu sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist das Wesentliche dabei, ohne zu sagen, wie das finanziert werden soll.

In den letzten eineinhalb Jahren 100 Millionen Vorschläge, 100 Millionen, das sind im Moment über 200 Millionen Euro, die die ÖVP in den letzten eineinhalb Jahre an Vorschlägen hier unterbreitet hat. Wie die ÖVP das finanzieren will? Wir wissen es nicht, Fehlanzeige, keine Antwort.

Ja, die ÖVP rennt durchs Land, verteilt ungedeckte Schecks ohne zu sagen wie man so etwas finanziert. Ich kann es schon sagen, mit einer Neuverschuldung von 200 Millionen Euro und dann kritisiert sie Zinsgeschäfte. Macht aber selber Vorschläge, die eine Neuverschuldung des Burgenlandes mit 200 Millionen Euro bedeuten würde. Also diese Glaubwürdigkeit die müsste man schon einmal hinterfragen.

Ungedeckte Schecks vor allem deswegen, weil sie auf dem Rücken der nächsten Generation, auf dem Rücken der kommenden Generation laufen würden. Das ist wirklich sehr schade, weil sich die ÖVP wirklich in Fundamentalopposition befindet und nur mehr mit Schmähparaden hantiert.

Und Herr Kollege Steiner, Sie können es noch so oft behaupten, es wird deswegen trotzdem nicht wahr. Normalerweise wenn man etwas behauptet, müsste man auch eine Beweispflicht antreten. Diese Beweispflicht bleiben Sie immer schuldig. Unter dem Motto, wir behaupten etwas, ein bisschen anschütten, ein bisschen wird schon hängen bleiben. Das ist Ihre Politik. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da redet der Richtige.)*

Aber glauben Sie mir, die Burgenländerinnen und Burgenländer durchblicken das, Sie werden die Rechnung schon erhalten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da musst Du selber lachen.)* spätestens nächstes Jahr bei der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Vielleicht zwei kurze Sätze zu der Kollegin Petrik. Ich habe manchmal den Eindruck, Sie haben ein bisschen einen Sicherheitskomplex. *(Heiterkeit der SPÖ und FPÖ)* Immer wenn über Sicherheit diskutiert wird werden Sie plötzlich nervös und beginnen da irgendwelche Schauergeschichten zu sagen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Vielleicht sind wir anderer Meinung.)*

Ich halte für mich ganz eindeutig fest, egal welche Begleitmaßnahmen hier parallel zur Polizei gesetzt werden, ob das das Innenministerium mit diesem Projekt ist, oder ob das das tolle, begleitet von der Universität, inszenierte Projekt vom Landeshauptmann-Stellvertreter ist. Alles was dazu beiträgt, dass das Burgenland sicher bleibt und noch sicherer wird, ist hervorragend und ist zu unterstützen. Das halte ich fest. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Nachdem Sie die Arbeitsmarktpolitik kritisiert haben war ich ein bisschen neugierig, wie Sie eigentlich Arbeitsmarktpolitik definieren würden? Das ist wenig gekommen außer Eines habe ich heraus gehört:

Sie wollen die Pendler belasten indem Sie die günstigen Tankstellen abdrehen wollen *(Abg. Wolfgang Sodl: Genau.)* und damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder deutlich belasten, die hart und fleißig arbeiten und mit dem PKW nach Wien, Graz oder Wr. Neustadt fahren müssen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wo nicht einmal die Hälfte der Pendler tanken können, weil es nur Diesel ist.)*

Wenn das die Arbeitsmarktpolitik der GRÜNEN ist, dann bin ich mir nicht sicher ob das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer honorieren würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Reformen im Burgenland wirken, das zeigt auch das Maastricht-Ergebnis. Das Burgenland hat das beste Maastricht-Ergebnis aller österreichischen Bundesländer. Es beläuft sich auf 30 Millionen Euro Maastricht-Überschuss.

Und einige Male wurden auch die Gemeinden angesprochen, die Großartiges leisten. Darum freut es mich auch, dass der neu verhandelte Finanzausgleich doch einiges bringt für das Land Burgenland, wo wir kritisiert wurden.

Das Land Burgenland erhält 5,2 Millionen Euro pro Jahr mehr, was gut und richtig ist, aber den Gemeinden geht es so schlecht, wurde uns da vor 14 Tagen in der Landtagssitzung vorgeworfen.

Blöd nur, dass diese Schmähparade schon wieder aufgedeckt wird, weil die Gemeinden nicht 5,2 Millionen Euro so wie das Land erhalten, sondern sogar 7,2 Millionen Euro frisches Geld erhalten. Das ist am Wochenende ausverhandelt worden, also für die burgenländischen Gemeinden auch mit dem Strukturfonds der immer gefordert wurde, gibt es 7,2 Millionen Euro frisches Geld.

Und ich danke hier dem Finanzminister, ich stehe da nicht an auch dazu sagen, der Finanzminister hat da auch auf das Burgenland geschaut. 7,2 Millionen Euro jährlich frisches Geld für unsere Gemeinden im Burgenland. Verstehen tue ich nicht, warum die ÖVP damit Probleme hat. Da kann man einmal sagen danke, gut verhandelt Burgenland, gut verhandelt Finanzminister. Wir nehmen das zur Kenntnis, die Gemeinden kriegen ein Geld. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir schon bei den Gemeinden sind, dann möchte ich auch zwei, drei Worte zum Gemeinderechtspaket verlieren, das wir in der morgigen Beschlussfassung auch beschließen werden. Diese über 100 Verhandlungsstunden haben sich ausgezahlt, denn das Burgenland erhält damit die modernste Gemeindeverfassung aller österreichischen Bundesländer.

Im Wesentlichen wurde schon vieles gesagt, ich möchte nur ganz kurz darauf reflektieren. Es kommt dabei zu mehr Demokratie, vor allem mit der Einführung des zweiten Wahltags schon im kommenden Jahr bei der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl. Ich denke die Burgenländerinnen und Burgenländer werden dieses Angebot auch ordentlich in Anspruch nehmen.

Es kommt auch zu einem Ersatzgemeinderat. Auch das ist wesentlich und gut, also wirklich ein mehr an Demokratie. Mehr aber auch an Wertschätzung, die die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man heute Bürgermeisterin oder Bürgermeister ist, ist man Manager, ist man Seelsorger und Sozialarbeiter zugleich und daher muss den Bürgermeistern auch der Stellenwert eingeräumt werden der ihnen zusteht. Wir waren bis jetzt Schlusslicht was die Bezüge anbelangt und wir nähern uns künftig in das Mittelfeld, wir schließen im Mittelfeld auf.

Und ich glaube das ist auch wichtig so, nicht nur bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sondern natürlich auch bei den Vizebürgermeisterinnen und -bürgermeistern, Gemeindevorständen, Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Es ist mehr Anerkennung, mehr Wertschätzung ihnen gegenüber, die hart und fleißig in unseren Gemeinden tätig sind.

Und es kommt zu mehr Kontrollen. Minderheiten- und Kontrollrechte werden deutlich ausgeweitet und auch das ist notwendig und gut für unsere Gemeinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch danke sagen bei allen Verhandlungspartnern, allen voran bei der zuständigen Landesrätin Astrid Eisenkopf, die sich wirklich sehr viel Zeit genommen hat, viel Energie dafür investiert hat. Es hat sich ausgezahlt, Sie legt ein tolles Gesetz hier vor, das wir auch morgen beschließen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte mich auch bei meinem Koalitionspartner sehr intensiv bedanken, weil es nicht selbstverständlich ist, dass man sich hinsetzt und die Eckpunkte absteckt und sagt, und da einigen wir uns, wir machen ein tolles Paket. Dafür wirklich herzlichen Dank für das gegenseitige Verständnis. Diese Verhandlungen wurden auch immer mit Respekt geführt, das finde ich absolut wichtig und notwendig.

Und diesen Dank möchte ich auch an alle Oppositionsparteien weitergeben, denn das muss ich auch sagen, hier gab es keine parteipolitischen Interessen, hier gab es ausschließlich Interessen der Gemeinden und der Fraktionen die dort arbeiten.

Danke für diese konstruktive und sachliche Arbeit, auch den Verbänden und den Gemeinden, die im Rahmen der Stellungnahmefrist viele Stellungnahmen abgegeben haben und praxisnahe Dinge eingebracht haben. Herzlichen Dank an Sie alle. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schneller, besser, effizienter, das ist das Motto dieses Budgets 2017. Dieses Budget ist das Fundament für den weiteren Aufstieg unseres Heimatlandes Burgenland. Ich möchte mich da wirklich herzlich bedanken in erster Linie bei den Regierungsmitgliedern, an der Spitze beim Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und beim Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz.

Natürlich bedanke ich mich auch bei allen anderen Regierungsmitgliedern, weil ich weiß, dass man viele Projekte im Hinterkopf hat und die natürlich umsetzen will. Aber trotzdem müssen wir daran trachten, dass das Budget in Ordnung bleibt und auch Schulden abgebaut werden. Danke für das Verständnis, dass man auch hin und wieder Abstriche machen muss.

Ich möchte mich beim Koalitionspartner FPÖ bedanken für die hervorragende Zusammenarbeit und die partnerschaftliche Zusammenarbeit und auch beim zuständigen Finanzreferenten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist nicht einfach in schwierigen Zeiten, wir haben das alles gehört, Sozialbudgets und dergleichen, ein ordentliches Budget zusammenzubringen. Ich bedanke mich beim Finanzlandesrat Helmut Bieler, beim Abteilungsvorstand WHR Mag. Dr. Engelbert Rauchbauer und bei seinem ganzen Team, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung, herzlichen Dank für dieses Budget. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dieses Budget ist gut, es ist transparent und es ist zukunftsorientiert und es vor allem ein kräftiger Impuls für Wachstum, für Beschäftigung und für unsere Wirtschaft.

Wir werden diesem Budget natürlich sehr, sehr gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Zur Generaldebatte ist nun niemand mehr zu Wort gemeldet.

Ich lasse nun darüber abstimmen, ob das Hohe Haus in die Spezialdebatte eingehen will und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die sich dafür aussprechen, sich von den Sitzen zu erheben. –

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit schlage ich vor, die Beratung des Voranschlages in neun Teilen vorzunehmen und zwar:

Im I. Teil die Voranschlagsgruppen 0 und 1,

im II. Teil die Voranschlagsgruppen 2 und 3,

im III. Teil die Voranschlagsgruppen 4 und 5,

im IV. Teil die Voranschlagsgruppe 6,

im V. Teil die Voranschlagsgruppen 7, 8 und 9,

im VI: Teil den außerordentlichen Voranschlag,

im VII. Teil den Stellenplan des Landes,

im VIII. Teil die Sondervoranschläge der Fonds und

im IX. Teil den Stellenplan der Landeslehrer.

Gleichzeitig schlage ich auch aus zeitökonomischen Gründen vor, die Diskussion über die einzelnen Voranschlagsgruppen des ordentlichen Landesvoranschlags, auch den außerordentlichen Voranschlag, den Stellenplan des Landes, die Sondervoranschläge der Fonds und den Stellenplan der Landeslehrer miteinzubeziehen.

Die Abstimmung erfolgt gesondert für jede einzelne Voranschlagsgruppe. Gibt es eine gegenteilige Meinung? –

Eine gegenteilige Meinung liegt nicht vor.

Wir werden daher in dieser Weise vorgehen.

I. Teil

Gruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, und

Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Beratung des I. Teiles des Voranschlages.

Er umfasst die Gruppen

0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, und

1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte um Ihren Bericht.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag des ordentlichen Haushaltes für das Jahr 2017 sieht in der Gruppe 0, Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung, Einnahmen in der Höhe von 12.618.900 Euro und Ausgaben in der Höhe von 185.487.400 Euro vor.

In der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, sind Einnahmen in der Höhe von 500 Euro und Ausgaben in 7.922.200 Euro veranschlagt.

Im Auftrag des Finanzausschusses beantrage ich die unveränderte Annahme der Gruppen 0 und 1.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 0 und 1 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Der Herr Abgeordnete Kölly ist nicht im Saal, dann erteile ich dem Abgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Wir waren uns eigentlich bei der letzten Landtagssitzung, es war der Tagesordnungspunkt wo es um den Rechnungsabschluss ging, alle sehr einig, dass der Rechnungshof eine gute und wichtige Institution ist.

Jetzt liegt ein neuer Prüfbericht vor der Landes-EDV, wo es im speziellen um die Individualsoftware geht, wo doch einige Kritik und wesentliche Punkte des Landes-Rechnungshof, wesentliche Empfehlungen, vorgesehen sind.

Plötzlich dürfte diese allgemeine Zustimmung relativiert worden sein, weil wie ich heute der Presse entnehme, es gibt plötzlich, offensichtlich auf Grund dieses Rechnungshofberichtes, offenbar Stimmen aus der Landesregierung, die das ein bisschen anders sehen. Da wird eigentlich der Rechnungshof, muss man wirklich sagen, wenn man diese Artikeln liest, diffamiert.

Es wird angenommen, dass aus niedrigen Instinkten, weil man irgendwo einmal einen Job nicht bekommen hat, da geht es um eine einzige Person, der ganze Landes-Rechnungshof plötzlich so agiert, wie wir es von ihm eigentlich nicht gewohnt sind, nämlich sachlich, punktiert und vor allem in die Zukunft schauend durch seine Empfehlungen. Und das muss ich sagen, bestürzt mich eigentlich schon ziemlich.

Ich kenne den Rechnungshofdirektor und teilweise seine Mitarbeiter jetzt doch seit über zwei Jahren und habe einige Rechnungshofberichte jetzt schon miterlebt, auch wie es dazu kam, habe ich selber gemeinsam mit anderen Fraktionen Prüfungen in die Wege geleitet. Und ich habe bisher eigentlich keinen Grund gefunden, hier irgendwie die Seriosität und Sachlichkeit dieser wichtigen Institution in Frage zu stellen.

Das ist jetzt plötzlich anders offenbar, weil hier aufgrund dieses Berichtes davon ausgegangen wird, dass zwei Millionen Euro, die im Zuge der Umstellung dieses Personalprogrammes, dieser Personalsoftware in den Sand gesetzt worden sind. Offensichtlich kann man das nicht auf sich sitzen lassen und muss hier mit sehr billigen Tricks arbeiten.

Dazu kommt noch, was für mich auch ziemlich einzigartig ist und wir sind ja von Gutachten jetzt schon einiges gewöhnt, aber das ist schon sehr eigenartig, dass während ein Rechnungshofbericht ausgearbeitet wird, erstellt wird, plötzlich Gutachten beauftragt werden, von wem auch immer, das wird sich dann noch zeigen.

Wir werden sehen, ob wir dieses Gutachten zu Gesicht bekommen oder, so wie das Gutachten vom Kulturzentrum Mattersburg, nicht. Gutachten werden in Auftrag gegeben, die komischerweise während der Laufzeit des Prüfberichtes eben stattfinden, nicht der Prüfbericht sondern der Prüfung, richtiger Weise und dann nicht einmal dem Rechnungshof diese Information darüber gegeben wird.

Geschweige denn, dass der Bericht zur Verfügung gestellt wird, was ja eigentlich logisch wäre. Weil wenn ich weiß, der Rechnungshof prüft in einer Sache, dann ist ja jedes Gutachten und, jede Information die es dazu gibt, ganz wichtig um einen guten Bericht abzuliefern und auch ausreichende Empfehlungen zu geben.

Das ist ja der Sinn der Sache und das wurde ja in dem Haus, zumindest war es bis zur letzten Landtagssitzung so, auch ausreichend gelobt. Noch dazu kommt, soweit ich diesen Bericht bis jetzt lesen durfte - er ist ja doch über 200 Seiten stark - diese Feststellung, dass diese zwei Millionen Euro praktisch umsonst ausgegeben worden sind.

Nicht unbedingt nur auf dem Rechnungshof seinem Mist gewachsen, sondern das sagen hier sogar Leute, die damit beauftragt werden. Da sind sogar die Zitate von diesen Personen konkret genannt im Rechnungshofbericht. Jetzt hat man ja, was das Gute ist, mehr oder weniger rechtzeitig erkannt, dass man da am falschen Dampfer ist und hat die Reißleine gezogen und hat diese Geschichte gestoppt. Spät aber doch. Ob das zu spät war, ob man das schon früher hätte machen können oder nicht, sei jetzt einmal dahingestellt.

Was ich aber schon kritisiere, und auch das wird im Rechnungshofbericht angeführt, ursprünglich war es ja geplant, das Ganze mit mehreren Ländern zusammen zu machen. Also dieses Softwareumstellungsproblem mit der alten Software, hatten ja mehrere Länder. Leider ist das völlig fallen gelassen worden. Warum, steht nicht drinnen. Offensichtlich ist das auch nicht wirklich bekannt.

Und man hat versucht, es alleine zu machen. Jetzt, sehr löblich, macht man es mit Oberösterreich zusammen, was ja von Vorteil ist. Tatsache ist trotzdem, sofern man dem Bericht glauben darf und auch den Leuten die damit beschäftigt waren, sind zwei Millionen Euro verloren.

Das ist eine Tatsache, die können wir jetzt bejammern und kritisieren. Das ist halt leider so. Aber das Problem ist jetzt eben, wenn wir jetzt diese Geschichte in Frage stellen mit solchen Mitteln, die ich vorher angeführt habe, muss ich ehrlich sagen, dann frage ich mich schon, wie wir da weiter machen wollen?

In Zukunft machen wir das dann immer so, dass wenn man weiß, der Rechnungshof prüft in einem Gebiet wo es der Regierung nicht so taugt, dann macht man irgendwelche Gutachten während der Prüfung. *(Landesrat Helmut Bieler: Diese Prüfung war ein Auftrag der Regierung!)* Ja umso schlimmer, *(Landesrat Helmut Bieler: Warum?)* wenn das ein Auftrag der Regierung war. Ja weil ich das seltsam finde, dass man, während der Rechnungshof prüft, das ist die eine Geschichte.

Und dann noch dazu dem Rechnungshof dieses Gutachten nicht vorlegen. Ich kann natürlich nur sagen, was jetzt meine Informationen sind. Das ist ja erst seit heute in den Medien publik geworden. Das Ganze ist für mich ein bisschen befremdlich.

Zurück vielleicht zum eigentlichen Rechnungshofbericht, der hier sehr, sehr detailliert aufzeigt, wo die Probleme liegen, auch was die Bereitstellung von Personal dem Land gegenüber betrifft. Wo es halt zu Mehrzahlungen gekommen ist, auf Grund dessen, dass man hier Mehrwertsteuer zahlen muss. Das sind die zwei wesentlichen Punkte, die hier kritisiert werden. Jetzt dauert die Geschichte noch viel länger, als man das ursprünglich schon angenommen hat.

Wir müssen jetzt praktisch auf der einen Seite den Oberösterreichern unsere Personalsoftwarebearbeitung überlassen, müssen gleichzeitig schauen, dass wir diese Software erneuern und ein Ende ist eigentlich nicht in Sicht. Und die zwei Millionen sind futsch. Das ist schlimm genug. *(Abg. Manfred Kölly: Man kann es so sehen und so sehen!)*

Man kann es so sehen und so sehen. Danke, Herr Kölly. Du siehst es meistens nur von einer Seite, aus der Bürgermeisterseite. *(Abg. Manfred Kölly: Was weg ist, ist weg!)*

Aber ich möchte wirklich ersuchen, dass man zukünftig dem Rechnungshof seine Arbeit machen lässt. Wenn das Ergebnis einem nicht passt, kann man ja nachher ein Gutachten in Auftrag geben, dass vielleicht das Gegenteil aussagt. Das ist ja legitim. Aber während einer Überprüfung, *(Landesrat Helmut Bieler: Wieso während?)* das finde ich wirklich sehr befremdlich. Noch dazu, wie gesagt, die Unterstellung, dass ein ganzes Team offenbar wegen einer einzigen Person, die einmal wo einen Job nicht bekommen hat, jetzt dieser Prüfbericht so ausfällt.

Das sind wir vom Rechnungshof nicht gewohnt. Das würde mich auch sehr wundern. Ich schließe das für meine Person aus, weil ich jetzt, wie gesagt, schon lange mit dem Rechnungshof zusammenarbeite. Ich glaube, er wird uns noch in vielen Bereichen aufzeigen, wo der Hund begraben liegt. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshof ist zweifelsohne das wichtigste Instrument parlamentarischer Kontrolle. Das liegt vor allem in zwei Tatsachen begründet. Einerseits liegt es an der Fachkenntnis, die dort personell aufgeboten werden kann.

Eine Fachkenntnis, mit der Landtagsklubs und Fraktionen nicht mithalten können. Das muss man ganz offen sagen. Andererseits liegt es, und das ist der zweite Grund, an den rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir wissen, so unbefriedigend es auch ist für Viele, vor allem für die Opposition, dass es ohne Rechnungshof, ohne Landes-Rechnungshof, keinen detaillierten Einblick in den ausgelagerten Bereich gäbe.

Umso wichtiger ist es, dass der Landes-Rechnungshof an finanziellen Mitteln das zur Verfügung gestellt bekommt, was er benötigt. Wir halten uns daran, was uns der Rechnungshof diesbezüglich mitgeteilt hat, anders als im Bund. Das wird im kommenden Jahr rund eine Million Euro sein. Etwa 90 Prozent davon entfallen auf die Personalausgaben, der Rest auf Sachausgaben.

Meine Damen und Herren! An der Bedeutung des Landes-Rechnungshofes besteht kein Zweifel. Umso schwerer wiegen die Vorwürfe, die vor allem die Volkspartei in der letzten Landtagssitzung und danach gegenüber der Koalition geäußert hat. Nämlich der Vorwurf, wir würden den Landes-Rechnungshof, beziehungsweise die Opposition im Verhältnis zum Landes-Rechnungshof blockieren. Ich weise diesen Vorwurf im Namen beider Regierungsparteien entschieden zurück.

Sie wissen, dass das Landes-Rechnungshof-Gesetz bestimmt, dass gleichzeitig maximal drei Antragsprüfungen anhängig sein dürfen. Jetzt bin ich durchaus bei Ihnen, dass das Gesetz in diesem Punkt, was die Praktikabilität angeht, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Leicht verbesserungswürdig! Leicht!)* nicht allzu günstig ist, weil nämlich zu dem Zeitpunkt wo ein Bericht an die Abgeordneten geht, eben wieder eine Antragsprüfung zulässig ist und dann sozusagen ein Wettlauf entsteht, wer als erstes die Türklinke beim Herrn Direktor in der Hand hat und seinen Antrag abgeben kann.

Das ist das letzte Mal passiert. Die ÖVP wollte eine Prüfung beantragen. Das hat nicht funktioniert, weil jemand schneller war. Es hat einen gemeinsamen Antrag, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So kann man das auch sehen! – Abg. Manfred Kölly: Es hat auch einen Antrag davor gegeben!)* das stimmt, der Regierungsparteien gegeben, SPÖ und FPÖ, aber einen gemeinsamen Antrag.

Wir standen hier dem Kollegen Kölly im Wort, der wird es Ihnen bestätigen, einen gemeinsamen Antrag mit der Oppositionspartei Liste Burgenland, wo es darum geht, das Projekt der Umfahrung Schützen am Gebirge zu überprüfen. Das heißt, es kann keine Rede davon sein, dass hier Rot-Blau irgendwelche Kniffe oder Tricks anwendet oder irgendwelche Scheinprüfungen in Auftrag gibt, *(Abg. Gerhard Steier: Das ist eine Unterstellung!)* damit die Opposition keinen Zugang zum Landes-Rechnungshof hat.

Meine Damen und Herren! Kollege Spitzmüller hat schon einiges zum auf der Tagesordnung befindlichen Bericht des Landes-Rechnungshofes zur Landes-EDV gesagt. Ich werde dazu später unter dem Punkt Verwaltung Stellung nehmen. Es ist zweifelsohne so, dass der Landes-Rechnungshof sehr wichtige Arbeit leistet, unverzichtbare Arbeit leistet. Er ist in diesem Gefüge der parlamentarischen Kontrolle mit Abstand der wichtigste Dreh- und Angelpunkt. Er arbeitet kostengünstig.

Ich weise darauf hin, dass es auch zu einer Kostensenkung kommt von 2,5 Prozent im kommenden Jahr auf Initiative des Rechnungshofes selbst. Diese eine Million für das Jahr 2017 ist jedenfalls gut investiertes Geld. Vielen Dank an alle Beteiligten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes hat sich der Landtagsabgeordnete Mag. Wolf zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für das Wort. Zu Beginn gleich einen Satz zum Herrn Finanzlandesrat. Rückblickend auf Ihren Vorwurf, ich kenne mich hier nicht aus. *(Landesrat Helmut Bieler: Sie haben etwas Falsches gesagt!)* Nein, nein, das habe ich nicht! Ich habe nichts Falsches gesagt.

Wenn Sie den Landes-Rechnungshofbericht über den Rechnungsabschluss 2014 vor zwei Monaten gelesen hätten, hätten Sie gesehen, dass es auf Seite 86 um die Rücklagen geht. Hier wurde das Bargeld der Rücklagen auf den Konten weder belegt noch hinterlegt. . *(Landesrat Helmut Bieler: Richtig!)*

Der Rücklagenstand stellte eine reine buchmäßige Rücklage ohne direkte geldmäßige Deckung dar. *(Landesrat Helmut Bieler: Richtig!) (Landesrat Helmut Bieler: Schulden, das haben Sie gesagt!)* Der Rechnungshof merkt kritisch an, dass die Rücklagen eine rein buchmäßige Größe darstellen. *(Landesrat Helmut Bieler: Sie haben neue Schulden gesagt! - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Die Inanspruchnahme der Rücklagen erfordert eine geldmäßige Deckung beziehungsweise eine gesonderte Finanzierung. *(Landesrat Helmut Bieler: Sie haben neue Schulden gesagt!)*

Damit ist klar, dass man eine gesonderte Finanzierung braucht, wenn man Rücklagen aufnimmt - Eine gesonderte Finanzierung sind neue Schulden, *(Landesrat Helmut Bieler: Nein, das ist falsch!)* wenn kein Bargeld zur Verfügung steht. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist eben falsch!)*

Herr Landesrat, Sie werfen mir hier etwas vor, das der Landes-Rechnungshof genauso sieht wie ich. Ich kann Ihnen nicht weiterhelfen. Aber auf der einen Seite als Regierung zu sagen, der Rechnungshof ist wichtig und auf der anderen Seite Empfehlungen nicht wahrzunehmen - all das sagt bereits alles. *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer| *(das Glockenzeichen gebend):* Am Wort ist der Herr Abgeordnete Wolf. Bitte fahren Sie fort.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP) *(fortsetzend)*: Deswegen komme ich auch schon zum Tagesordnungspunkt. Ich fahre fort, versuche es, aber die Aufregung ist groß bei der Regierung. So wie auch der Kollege Hergovich in seiner vorigen Rede die ÖVP zu 75 Prozent seiner Redezeit verwendet hat sich zu rechtfertigen und sich zu verteidigen, so versuchen Sie das scheinbar auch in diesem Bereich.

Aber uns ist es sehr wichtig, dass der Landes-Rechnungshof ein Organ des Landtages ist und ausschließlich der Kontrolle dient. Der Kontrolle, der Regierung, der Verwaltung, der Beteiligungen. Dieses Instrument müssen wir nutzen, da es immer wichtiger wird, dass wir der Regierung hier auf die Finger schauen und dass wir vor allem auf das Burgenland aufpassen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir lassen uns deswegen auch nicht mundtot machen. Auch wenn versucht wird, hier Maulkörbe zu verteilen. Wir wollen auf alle Fälle die großartige Arbeit des Landes-Rechnungshofes hervorheben, ihnen ein großes Dankeschön sagen für die Arbeit und wir stehen auch hinter diesem Rechnungshof. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Berichte der Vergangenheit haben ja ganz klar gezeigt, dass ein paar Millionen Euro in der Therme Lutzmannsburg versenkt wurden. Zusätzlich spielt die BVOG eine Bank, bei der 9,5 Prozent schlagend werden – auch dieses Jahr! All das muss am Ende des Tages das Land, also auch wir, finanzieren. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Zurzeit haben wir haben einen Realzinssatz von null Prozent, sogar negative Zinsen sind vorhanden. Und wir müssen als Land fast zehn Prozent Zinsen in diesem ganzen Konstrukt bezahlen, wo wir als Abgeordnete gar keine Einsicht bekommen. Wir besitzen nur das Instrument des Landes-Rechnungshofes, um hier Einblick zu bekommen. Aber dem Landtag, also uns Abgeordneten, wird sogar verwehrt, wenn wir eine Anfrage zum Thema BVOG an die Regierung stellen, mit der Begründung, das geht sie alles nichts an.

Geschätzte Damen und Herren! Egal was in dieser BVOG, in der BLH oder in sonstigen Beteiligungen passiert, immer wenn etwas passiert, muss das Land einspringen und es bezahlen – und so sollte es wirklich nicht sein. Hier darf nicht alles abgeschoben oder die Verantwortung zurückgewiesen werden, um am Schluss zu sagen: Na, na, na, es passt eh alles, es ist eh super, wenn wir zehn Prozent Zinsen zahlen.“ Dafür sind wir nicht zu haben und so sollte es am Ende des Tages auch nicht sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dann kommen wir zum nächsten Bericht, den wir gemeinsam mit den GRÜNEN eingebracht haben: Die Antragsprüfung beim Rechnungshof. Hier geht es um die Landes-EDV. Wir haben hier scheinbar den Nerv getroffen. Im Zuge der Prüfung gab es bereits viele Zwiegespräche hinter verschlossenen Türen. Es war im Verfahren so, dass das Land eine neue EDV-Software für die Lohnverrechnung benötigt hat, aber nach dreieinhalb geplanten Jahren scheiterte man daran. Und schon waren 2,2 Millionen Euro aus dem Fenster geworfen. Das waren Kosten, die nicht mehr in irgendeiner Weise zu verwenden waren.

Jetzt muss man sich auf der Zunge nochmals zergehen lassen, was der Landes-Rechnungshof eigentlich festgestellt hat. Es gab keine Preisvergleiche, es gab auch keine Überprüfung der Angemessenheit der Preise. Eine Vielzahl an Dokumentationslücken lag vor und auch unzureichende Entscheidungsgrundlagen gab es.

Es war ein unzureichendes Projektmanagement, mangelhafte Projektplanung, fehlende Personalressourcen, fehlende personenbezogene Verantwortlichkeiten und zusätzlich für das Land nachteilige Verträge sowie eine unzureichende

Projektdokumentation vorhanden. Das EBRZ führte auch noch eine Personalüberlassung durch, ohne eine erforderliche Gewerbeberechtigung.

Damit hat das Land wieder Unternehmer gespielt, aber darauf vergessen, dass man durch die Personalverrechnung an das Land Unmengen an Umsatzsteuer zu zahlen hatte. 600.000 Euro an Umsatzsteuer musste man die letzten Jahre bezahlen, weil man es nicht verstanden hat, Personen direkt im Land anzustellen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Ihr wart ja auch dabei! Das ist unglaublich!)* Also all diese Punkte sind jetzt zu ändern.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie brauchen nicht flüchten, es geht darum, dass Sie jetzt Verantwortung tragen. Sie sitzen jetzt auf diesem Sessel und können die Zukunft gestalten, aber ich glaube, das haben Sie noch nicht ganz verstanden. Deswegen möchte ich ganz klar festhalten, wenn das, geschätzte Damen und Herren, in der Privatwirtschaft passieren würde, nach einem solchen Bericht wären alle Verantwortlichen durch alle Ebenen ihren Job los und jeder müsste beim AMS sitzen und warten, um einen neuen Job zu bekommen.

Das ist ein Armutszeugnis für eine gescheiterte Politik, wo die ÖVP in keinster Weise Verantwortung getragen hat und dementsprechend wollen wir hier den Rechnungshof wieder für dieses Ergebnis loben. Weil klar ist, dass 2,2 Millionen Euro versenkt wurden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Skurril erscheint es aber doch, wenn man heute die BVZ aufschlägt und hinter den Kulissen liest, dass man versucht, scheinbar von Seiten der SPÖ, Mitarbeitern des Rechnungshofes die Schuld zuzuweisen, dass diese 2,2 Millionen Euro Verluste aufgedeckt wurden.

Das ist für mich befremdlich und das hat nichts mehr mit einer Politik oder mit einer Demokratie zu tun, wenn man versucht, einen Mitarbeiter im Rechnungshof, der das aufgedeckt hat, in die Schuhe zu schieben, er habe das nur deshalb gemacht, weil er damals nicht den Job des Leiters der EDV-Abteilung bekommen hat.

Das steht doch in keinem Zusammenhang und bitte, weil der Mitarbeiter das aufgedeckt hat, weil er den Job nicht bekommen hat - also da fehlt es mir am demokratischen Verständnis .Wenn die SPÖ versucht, hier so etwas als Begründung heranzuziehen, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Fakt ist, dass 2,2 Millionen Euro in den Sand gesetzt wurden - das sind Tatsachen!

Der Direktor des Landes-Rechnungshofes hat diesen Bericht unterschrieben, also steht er auch mit seinem Namen hinter diesem Bericht und dem Ergebnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Wir lassen uns nicht mundtot machen, deswegen haben wir im Zuge der Prüfung des Krankenhauses Oberwart, den Bundes-Rechnungshof eingeschaltet. Hier ist es nicht darum gegangen, dass irgendjemand schneller war, denn die Fakten sagen, dass wir schneller waren.

Laut der Regierung haben wir zwar nicht den ganz korrekt ausgelegten Weg genommen, aber wir lassen hier nicht locker und sind deshalb zum Bundes-Rechnungshof gegangen um nun auch das Krankenhaus Oberwart überprüfen zu lassen. Fakt ist, dass wir als ÖVP damals gemeinsam mit der Regierung und einen Grundsatzbeschluss beschlossen haben, dass es einen Neubau geben soll.

Aber die Vorgeschichte dazu, die lässt sich kurz darstellen: 2004 hat man 6,7 Millionen Euro veranschlagt, 2008/2009 plante man eine Generalsanierung um zehn

Millionen Euro für Projektkosten, Gesamtkosten von 80 Millionen Euro. Nach drei Monaten wurde die Sanierung dann eingestellt. .Eine Neuausschreibung ergab dann bereits 100 Millionen Euro, rein für die Sanierung.

Die BELIG errechnete damals Kosten von 140 Millionen Euro und hätte man gleich gebaut, wäre man damals auch auf 140 Millionen Euro gekommen, das ist das Ergebnis der BELIG. Danach wurde erneut neu ausgeschrieben und laut Herrn Landesrat Darabos kam man zu dem Ergebnis, dass 150 Millionen Euro für den Neubau zu veranschlagen waren.

Jetzt stehen 12,4 Millionen Euro im Raum, die verprasst wurden, die aus dem Fenster geworfen wurden. Das Ergebnis ist dasselbe wie vor mittlerweile 12 Jahren. *(Abg. Manfred Kölly: Zugestimmt habt Ihr damals aber schon, oder?)* Nein, die ÖVP hat nur für den Grundsatzbeschluss des Neubaus zugestimmt!

Geschätzte Damen und Herren! Unter dem Strich - weil meine Redezeit zu Ende ist - möchte ich dem Landes-Rechnungshof *(Zwiegespräche zwischen den Abgeordneten Manfred Kölly und Mag. Thomas Steiner)* nochmals für die sehr objektive Berichterstattung und für die objektiven Berichte danken.

Zusätzlich, möchte ich dem Team ein herzliches Dankeschön sagen und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Dr. Peter Rezar ist der nächste Redner.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man die Gruppe "Landes-Rechnungshof" im Budget für das kommende Jahr 2017 betrachtet, dann sind eine knappe Million Euro oder genau gesagt 995.200 Euro dotiert und vorgesehen.

Es wäre aber völlig verfehlt, wenn man den Landes-Rechnungshof ausschließlich unter dem Aspekt nackter Zahlen beurteilen wollte, denn trotz der zum Teil unterschiedlichen Zugänge der einzelnen Fraktionen dieses Hohen Hauses zu den Inhalten der jeweiligen Berichte und Prüfergebnisse, sind wir uns, glaube ich, hier im Landtag einig, dass der Burgenländische Landes-Rechnungshof zu einer unverzichtbaren Institution als Organ des Landtages geworden ist, ja zu einer der wichtigsten Begleiter im Sinne von Verbesserungen, von Optimierungen, Einsparungen und vieles andere mehr.

Rechnungshöfe haben generell wegen ihrer Unabhängigkeit, wegen ihrer Objektivität höchstes Ansehen. Ich glaube daraus folgt klar und eindeutig, dass Rechnungshöfe finanziell, aber auch personell entsprechend auszustatten und zu dotieren sind. Die Leistungsfähigkeit des Landes-Rechnungshofes ist deswegen von so entscheidender Bedeutung, weil die Prüfungen immer spezieller, immer detaillierter, immer diffiziler, immer schwieriger werden.

Ich glaube daher, dass für uns - für den Landtag - der Fokus auf die jeweiligen Ergebnisse zu richten ist und im Sinne der Rechtmäßigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmäßigkeit, der Sparsamkeit, liegen sollte. Die Effizienz der Tätigkeit des Landes-Rechnungshofes zeigt sich nicht nur im Aufzeigen von Empfehlungen, sondern vor allen Dingen - und das ist die entscheidende Funktion - in den jeweiligen Umsetzungen der Empfehlungen.

Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, orte ich schon noch Potential der Optimierung. In der jüngeren Vergangenheit haben wir vor allen Dingen im Bereich der

sogenannten Follow-up Prüfungen wesentliche Verbesserungen gesehen, dafür gibt es sehr, sehr viele Beispiele.

Gerade deswegen ist die Tätigkeit des Landes-Rechnungshofes für die Zukunft, für die Weiterentwicklung der gesamten Verwaltung und all seiner Institutionen des Landes, umso entscheidender.

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Burgenländische Landes-Rechnungshof leistet großartige Arbeit. Das steht, glaube ich, heute hier außer Zweifel, muss dennoch immer wieder betont werden, mit der strikten Umsetzung der jeweiligen Empfehlungen sowie der damit verbundenen Veröffentlichung werden sukzessive Verbesserungen in allen geprüften Bereichen erreicht, die insgesamt einer gedeihlichen Weiterentwicklung unseres Heimatlandes dienen.

Es ist unsere zentrale Aufgabe und auch unsere zentrale Verantwortung, dass wir bürgerfreundlich unsere gesamte Arbeit anlegen, dass wir letztendlich unserer Bevölkerung als Dienstleister gegenübertreten und agieren. Es ist dem Staat, es ist den Ländern, es ist den Kommunen, wenn Sie wollen - der öffentlichen Hand - vorbehalten, alle Fragen der Zukunft, alle neuen Herausforderungen, sowie natürlich auch alle Probleme der Menschen möglichst in höchster Qualität zu lösen.

Der Landes-Rechnungshof ist dabei ein sehr, sehr wesentlicher wichtiger Begleiter. In diesem Sinne darf ich mich abschließend beim Landes-Rechnungshof, namentlich beim Herrn Direktor Mag. Andreas Mihalits und seinem exzellenten Expertenteam für die hervorragende Arbeit in der Vergangenheit bedanken.

Selbstredend wird meine Fraktion diesem Budgetbereich sehr gerne die Zustimmung erteilen und in dieser Zustimmung ist natürlich auch die Zustimmung zum jüngsten EU-Finanzbericht 2014 inkludiert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Géza Molnár, Herr Klubobmann, Sie sind der Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Es geht weiter in der Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.

Ich bleibe gleich dabei: Einnahmen von 12,6 Millionen Euro stehen Ausgaben von insgesamt 185,5 Millionen Euro gegenüber. Das sind rund 16,8 Prozent der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes. Größter Brocken ist das Amt der Landesregierung mit Ausgaben von 101,5 Millionen Euro, etwa die Hälfte davon, nämlich rund 52 Millionen Euro, entfällt auf das Personal.

Zweitgrößter Brocken sind die Pensionen, die demografische Entwicklung macht auch vor dem Budget nicht halt. 2017 knapp 38,5 Millionen Euro, das entspricht einer Steigerung von mehr als fünf Prozent. An dritter Stelle in dieser Gruppe kommen die Bezirksverwaltungsbehörden mit Ausgaben von etwas mehr als 23 Millionen Euro.

Der politische Apparat, also Landesregierung und Landtag, werden 2017 Kosten in Höhe von rund 14 Millionen Euro verursachen. Das sind rund 1,27 Prozent der Ausgaben im ordentlichen Haushalt. Was heißt das jetzt in der Gruppe 0 unter dem Strich?

Im Vergleich zum heurigen Jahr werden die Ausgaben um weniger als einen Prozentpunkt ansteigen und im Vergleich zum Jahr 2015 sogar etwas sinken, nämlich um

0,12 Prozent. Das, meine Damen und Herren, ist ein Ergebnis, das sich durchaus sehen lassen kann.

Senkung der Ausgaben im Vergleich zum Jahr 2015, im kommenden Jahr ein geringerer Anstieg als es der Verbraucherpreisindex vermuten ließe - und das alles, ohne die wohnortnahe Verwaltung in Frage zu stellen, ohne einer Kürzung des Leistungsangebotes vorzunehmen und trotz der hohen Steigerung von über fünf Prozent bei den Ausgaben für Pensionen.

Regierung und Verwaltung sind dementsprechend ein gutes Zeugnis auszustellen, meine Damen und Herren, aber vor allem den Bediensteten des Landes. Denn eines muss man ehrlicherweise und alleine schon der Vollständigkeit halber festhalten. Die Verwaltung funktioniert in erster Linie deshalb, weil das Land über anständige Mitarbeiter verfügt, weil das Land über fleißige Mitarbeiter verfügt *(Abg. Manfred Kölly: Bravo!)* und weil das Land vor allem auch über leidensfähige Mitarbeiter verfügt.

Die Politik - offenes Wort - hat ja immer das Ziel, dass die Bürger Einsparungen in der Verwaltung nicht zu spüren bekommen. Die Mitarbeiter spüren sie aber naturgemäß sehr wohl und in manchen Bereichen, das sage ich auch ganz offen, wahrscheinlich auch etwas zu sehr.

Dass die Verwaltung funktioniert wie sie funktioniert, das, meine Damen und Herren, liegt an unseren Mitarbeitern, vor allem an der Basis und an der Front - Dank und Anerkennung dafür. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Natürlich gibt es in der Politik und in der Verwaltung wie in allen Bereichen auch Dinge, die nicht ganz so gut funktionieren. Zeugnis darüber legt ja unter anderem der schon besprochene Bericht des Landes-Rechnungshofes über die Landes-EDV ab und über das Projekt der Weiterentwicklung eines Programmes zur Personalverwaltung und Personalabrechnung. Positiv zu vermerken ist, dass - aus Sicht mancher natürlich zu spät - Fehlentwicklungen im Projektverlauf amtsintern erkannt und entsprechende Konsequenzen gezogen wurden.

Ansonsten wurde alles Wesentliche bereits gesagt und, meiner Meinung nach, macht es jetzt auch gar nicht viel Sinn, sich im Detail zu streiten, was jetzt vielleicht doch funktioniert hat und was eher weniger funktioniert hat. Die Feststellungen des Landes-Rechnungshofes sind unterm Strich sicherlich kein Ruhmesblatt für die Verantwortlichen, die budgetären Folgen - in welchem Ausmaß sie jetzt auch immer festgestellt worden sind - sind sicherlich unerfreulich.

Wesentlich ist allerding, dass man aus solchen Rechnungshofberichten die richtigen Schlüsse zieht, generell aus solchen Projekten etwas lernt, das war auch die zentrale Aussage aus meiner Sicht im Rechnungshofausschuss, Konsequenzen zieht und Schlüsse zieht und daraus lernt, wenn es um Projektmanagement ganz allgemein geht.

Wir werden die Berichte des Landes-Rechnungshofes und des Rechnungshofes in Wien, EU-Finanzbericht, zur Kenntnis nehmen, ebenso den Bericht betreffend Objektivierungsgesetz, zu dem es an sich nicht viel zu sagen gibt. Wir werden auch der Budgetgruppe 0 unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Abgeordneter Friedl hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte zum Rednerpult, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tatsache ist, dass die

soziale Gesellschaft immer komplexer wird, das Aufgabenvolumen stetig steigt, die Ressourcen immer knapper werden und der technische Fortschritt immer schneller voranschreitet, dies aber bitte ohne Verlust der Qualität.

Ich denke wir alle wissen, dass sich die Rahmenbedingungen, die Aufgaben und der Schwerpunkt für die Politik und Verwaltung auf Grund des gesellschaftlichen Wandels der geöffneten Märkte und der neuen Technologien permanent verändern. Das heißt, die öffentliche Hand muss sich auf diese neuen Herausforderungen einstellen. Ausgewogene Konsolidierung und offensive Investitionen müssen auch daher in Zukunft Hand in Hand gehen.

Es ist wichtig zu konsolidieren, ohne die Wirtschaft abzuwürgen oder Arbeitsplätze zu gefährden. Verträgliche Strukturmaßnahmen zu setzen, ohne einzelne Gruppen in den Ruin zu treiben. Mit dem Budget 2017 wolle man neue Wege beschreiten, aber auch konsequent die Einsparungsstrategie fortsetzen, so unser Landesrat Helmut Bieler, der gemeinsam mit seinem Team das Budget 2017 auf die Beine gestellt hat.

Gleichzeitig zu diesen Gegebenheiten wissen wir auch, dass jede entwickelte Gesellschaft eine entwickelte Verwaltung braucht. Um mit dem Wandel der Zeit Schritt halten zu können, hat die burgenländische Landesverwaltung einen neuen Weg zur Umsetzung dieser grundlegenden Reformen eingeschlagen.

Im Juli 2015 wurde ein breit angelegter Prozess gestartet, der grundsätzlich zwei Anliegen verfolgt: Fortwährende Weiterentwicklung der Verwaltung und zweitens Mitgestaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zum Ersten: Der Name Verwaltungsentwicklung und nicht Verwaltungsreform soll außerdem deutlich machen, dass die Weiterentwicklung der Verwaltung auch dem geplanten fünften Jahr nicht zu Ende ist. Die Verwaltung nimmt die gegenwärtige Reform als Chance, Bestehendes zu hinterfragen und wappnet sich für eine kontinuierliche Veränderung und erforderliche Anpassung in die weitere Zukunft.

Zum Zweiten: Ein wichtiges Wesensmerkmal des Prozesses ist zudem die tiefe Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als das wertvollste Kapital der Verwaltung. Der Erfolg der Verwaltung hängt maßgeblich von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ab. Es sind die Kolleginnen und Kollegen, welche sich täglich mit den Herausforderungen des Arbeitsalltages konfrontiert sehen und so zur Findung neuer Lösungsvorschläge beitragen können. Nur mit ihrer Unterstützung und durch sie kann und wird die Verwaltung weiterentwickelt.

In diesem Zuge möchte ich mich beim Herrn Landeshauptmann, beim Herrn Landesrat Helmut Bieler, beim Landesamtsdirektor Mag. Reiter bedanken, und auch bei den Kolleginnen und Kollegen, die in den Gemeinden, in der Bezirkshauptmannschaft, im Land und natürlich auch im Klub, Einsatz und Engagement zeigen. Recht herzlichen Dank! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich komme jetzt zum Objektivierungsgesetz. Laut § 14 des Gesetzes, mit dem Bestimmungen über die Aufnahme von Bediensteten in den Landesdienst und die Besetzung bestimmter leitender Funktionen getroffen werden, Objektivierungsgesetz hat die Landesregierung dem Landtag jährlich über die auf Grund dieses Gesetzes unter Befassung der Objektivierungskommission getätigten Erstaufnahmen zu berichten. Insgesamt ist die Objektivierungskommission im Berichtszeitraum zu sechs Sitzungen zusammengetreten.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Tätigkeit der Objektivierungskommission beziehungsweise der vorliegenden Beurteilungseinrichtung und die Aufnahme der Bediensteten nur teilweise im selben Berichtjahr stattfinden

Besonders die gegen Ende des Jahres getroffenen Beurteilungen führen erst im Folgejahr zu entsprechenden Aufnahmen von Bediensteten. In diesem Bericht sind die Erstaufnahmen nicht berücksichtigt, die Kraft Gesetzes vom Geltungsbereich des Objektivierungsgesetzes ausgenommen sind.

Das sind folgende Gruppen: Lehrerinnen und Lehrer in Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Pflichtschulen.

Zweitens - Lehrerinnen und Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen.

Drittens - Beschäftigte im Ausmaß von weniger als einem Drittel der für eine Vollbeschäftigung vorgeschriebenen Wochendienstleistung. Lehrlinge. Aufnahmen in politische Büros.

In diesem Berichtzeitraum wurden insgesamt 67 Bedienstete in den Landesdienst aufgenommen. Diese 67 Bedienstete verteilen sich nach Aufnahmeart wie folgt: 52 Bedienstete wurden unter Beteiligung und entsprechender Aufnahmeempfehlung der Objektivierungskommission aufgenommen. In einem Fall wurde seitens der Landesregierung von der Aufnahmeempfehlung der Objektivierungskommission abgewichen. 14 Bedienstete wurden gemäß § 1 Abs. 2 Zi. 2 Objektivierungsgesetz übernommen.

43 Bewerberinnen und Bewerber für die Verwendungsgruppe a wurden von einem Management- und Personalberatungsunternehmen im Jahr 2015 getestet. 133 Bewerberinnen und Bewerber für die Verwendungsgruppe b bis d wurden einem Testverfahren unterzogen. Die, die beim Beurteilungstest am besten abgeschnitten hatten und einen guten Notendurchschnitt des Abschlusszeugnisses vorweisen konnten, wurden, wie schon in den Jahren zuvor, auch einem Eignungstest unterzogen. Hiermit konnten wertvolle zusätzliche Informationen für eine Aufnahmeentscheidung gesammelt werden.

Ausschließlich einem Eignungstest unterzogen werden Bedienstete der Verwendungsgruppe e und p, Assistenzkindergartenpädagoginnen und -pädagogen sowie die Lehrkräfte des Joseph Haydn-Konservatoriums.

In allen Fällen waren sowohl die Vertretung der betroffenen Organisationseinheiten als auch die zuständige Personalvertretung bei der Vorbereitung der Aufnahmeempfehlungen der Objektivierungskommission maßgeblich mit eingebunden.

Für die Vollziehung des Objektivierungsgesetzes sind im Berichtjahr 2015 67.717,70 aufgewendet worden. Wenn man sich diese Zahl vor Augen führt, dann ist das natürlich sehr viel Geld. Aber da damit ein ausgezeichnetes System zur Einstellung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen wurde, so ist der Betrag ein gut investiertes Geld.

Ich möchte nun zu meinen beiden letzten Punkten kommen, welche das Gemeindebedienstetengesetz und das Antidiskriminierungsgesetz betreffen. Zum Gemeindebedienstetengesetz aus dem Jahr 1971, hier soll Folgendes geändert werden:

Erstens, Aufhebung des § 88a Abs. 2 Gemeindebedienstetengesetz 2014 im gleichzeitig eingebrachten Entwurf einer Novelle zum Burgenländischen Gemeindebedienstetengesetz.

Zweitens, Vereinheitlichung der Gleitzeitregelung.

Und Drittens, Anpassung der Regelung über die Tragung des Pensionsaufwandes von Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten, die in die Dienstklasse VII befördert werden.

Zum Antidiskriminierungsgesetz: Mit der vorliegenden Novelle soll die Richtlinie 2014/54/EU für einen Bereich des burgenländischen Antidiskriminierungsgesetzes umgesetzt werden, denn nach Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie hat jeder Mitgliedsstaat eine oder mehrere Stellen zur Förderung der Gleichbehandlung und zur Unterstützung der Union und Familienangehörigen zu benennen, deren Zuständigkeit im Einzelfall im Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie 2014/54/EU geregelt sind.

Meine Fraktion wird allen vier Anträgen die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es spricht Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verwaltung - die Grundlage, die Ausführung, die Bestimmung allen politischen Handelns in allen Institutionen. Deswegen ist es auch wichtig, dass allen Bediensteten, egal in welcher Abteilung, in welchem Bereich aktiv, aber auch ausgelagert in anderen Institutionen, sei es in der Bezirkshauptmannschaft oder in den Kommunen die höchste Wertschätzung entgegengebracht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was aber durch gewisse politische Entscheidungen passiert, wo im Endeffekt für jeden nachvollziehbar, der durch dieses Haus innerhalb der letzten Monate geht, der Frustpegel täglich steigt, ist quasi keine Wertschätzung dieses Personals, dieser Bediensteten, sondern ist das, was man nach gerade als eine Art von „wie tief kann es noch sinken“ bezeichnen kann. Wie tief kann noch in irgendeiner Form diese Wertschätzung fallen, damit man quasi auf einen bestimmten Punkt kommt?

Ich werde auf den Abschnitt Rechnungshof noch zurückgreifen. Das, was sich heute in einer Zeitung wiederfindet, die über einen Bediensteten einer Einrichtung des Burgenländischen Landtages, quasi grundsätzlich ein Bediensteter des Landes, aussagt, ist pure Niedertracht. Ist das, was man quasi überhaupt niemanden zutrauen würde und was auch niemand in irgendeiner Weise einem Bediensteten entgegenbringen sollte.

Hier passiert etwas, wo man an den Grundfesten des demokratischen Systems auch rüttelt und wo man Einrichtungen, die wir als Landtag geschaffen haben, durch eine unliebsame Form der Berichterstattung, die quasi die Wahrheit nicht nur ausdrückt, sondern wiedergibt, zu denunzieren versucht und damit einen gleichrangigen oder eine andere Form von Berichterstattung in den Augen des Publikums, sprich der Leserschaft, zu erzeugen.

Ich fordere grundsätzlich gleich zu Beginn alle auf, die diese Art von Handlungen setzen, dieses Denunzieren, Verunglimpfen und Schlechtmachen, dass sie endgültig aufhören damit, denn das ist quasi schon langatmig in der Bevölkerung, das schlimmste Zeichen politischen Missverständnisses und das wird auch laufend abgestraft.

Aber grundsätzlich sehen wir an diesem Beispiel, das wir heute erlebt haben, ich habe in der Früh die Zeitung aufgeschlagen, habe mir gedacht, das darf doch nicht wahr sein. Das ist das Letzte, was jemanden einfallen kann, um etwas, das unliebsam für

jemanden ist, und in dem Fall ist es von der Regierungspartei, von derjenigen, die quasi das auch initiiert hat.

Zuerst in der Ausführung, wir haben einen Gutachter bestellt. Er weiß, dass das Ganze eigentlich gar nicht so ist. Auf der anderen Seite wird dann ein Bediensteter, wo noch dazu ein Kollege hier im Landhaus, im Landtag sitzt, oder ein Verwandter sitzt, als Abgeordneter, quasi beschuldigt, im Sinne von irgendwie eine unliebsame Berichterstattung durchzuführen.

Das kann wohl wirklich nicht die Wahrheit sein. Es kann auch niemandem, der hier eine Verantwortung trägt, nur in irgendeiner Form glücklich machen. Ich bitte Sie, mit allem Nachdruck, lassen Sie von dieser Art von psychischer Denunzierung, von psychischer Schlechtmacherei ab, denn das beherrschen Sie inzwischen mit ganz besonderer Verve und kommen noch zu Resultaten, die eigentlich die Bevölkerung mit Sicherheit nicht goutieren. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Zusammenhang mit dem Rechnungshofbericht betreffend die EDV eine Darstellung erfahren, die quasi in der Vermittlung schon nachweist, wo die Schwierigkeiten beziehungsweise wo die Fehlleistungen waren.

Ich möchte eingangs festhalten, weil das eigentlich noch keiner so ausgedrückt hat und sich auch keiner dessen bewusst ist. Der Landesamtsdirektor ist der Leiter der Verwaltung, der Gesamtverwaltung. Es gibt aber in dem Fall auch einen politischen Verantwortlichen, der für die EDV zuständig ist, und das ist in eindeutiger Form nur eine Person, nämlich der Landeshauptmann, in dessen Ressort das Ganze auch fällt.

Tatsache ist, dass ich schon allein an dem Umstand, und das muss ein jeder eigentlich, der das liest, schon aufnehmen, an dem Umstand, dass ich mir über das Rechenzentrum Personal zukommen lasse in die Regierungsarbeit und in die Verwaltung, das schon vor zehn Jahren, also fünf Jahre vorher vom Landes-Rechnungshof als teuerste Variante gekennzeichnet wurde. Dass ich das fünf Jahre später, sieben Jahre später noch einmal vollziehe, mir quasi den kalten Schauer über den Rücken laufen lässt.

Das ist pure Ignoranz. Ist eine Form der Umsetzung von einem Aufgabenbereich, der in dem Sinne nie auf ein Resultat führen kann. Dass nachträglich dann festgehalten wird, man musste für das Personal auch Steuern zusätzlicher Art entrichten, war eigentlich schon 2005 für alle klar und deutlich.

Tatsache ist, dass wir mit diesem Rechnungshofbericht, so wie es auch schon von meinen Vorrednern geliefert wurde, weder koordinierte Vorgangsweise, weder konzeptive Vorgangsweise, überhaupt kein Organigramm, überhaupt keine Zuständigkeiten, überhaupt keine Ressourcen wie immer auch umsetzen konnten.

Das Resultat spricht ja Bände. Das Resultat dieses Rechnungshofberichtes weist nicht nur eben diesen Verlust von 2,1/2,2 Millionen Euro, sondern wenn man dann dazurechnet noch die Personalkosten in der Steigerung auf die Steuersituation kommt man schon auf fast drei Millionen.

Aber das Gemeinste in der Umsetzung ist, und das ist schon vorher von einem Redner erwähnt worden, der Bericht liegt vor, er ist quasi in der Nachweissituation auf die Vorgangsweise klar und deutlich, spricht Bände, weist nach, dass hier quasi nicht ordentlich umgesetzt wurde.

Anschließend kommt man auf die Idee, man bestellt einen Gutachter, der jetzt in der Berichterstattung öffentlich macht, das ist eh alles so, wie es eigentlich sein sollte, und zu dem Ergebnis kommend, ist es eine Entlastung der politischen Verantwortung.

Ich frage mich nur eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, wieso ist der EDV-Bedienstete als Leiter nicht mehr in seinem Amt? Ist das jetzt Zufall, durch Krankheit bedingt oder ist es jetzt eine Konsequenz aus diesem Umstand, dass dieser Rechnungshofbericht diese Situation nachgewiesen hat?

Ich wehre mich auch dagegen, dass im Zusammenhang mit der Darstellung hier versucht wird, eine Form, von na ja, es ist eh alles nicht so schlimm, weil beim letzten Mal in der Diskussion bei der letzten Landtagssitzung mit dem Verweis, das Ganze ist dann quasi von Oberösterreich für das Burgenland gerichtet worden.

Auf die Idee, dass man das kooperativ lösen hätte können, hätte man vorher auch schon stoßen können. Hätte auch eine Lösung in finanzieller Hinsicht um etliches günstiger gebracht.

Ich will jetzt nicht über die Leitungen und alles, was dort technisch an Voraussetzungen später übererfüllt wurde, nachdem es schon vollzogen wurde - weil da geht es auch um Datensicherheit und geht auch um die Festhaltung, wie das Ganze funktioniert -, aber dass man sich hier hinstellt und sagt, der Oberösterreichische Landes-Rechnungshof weist quasi nach, dass das Burgenland richtig gehandelt hat, na das ist die Chuzpe pur.

Die Oberösterreicher kassieren von uns und werden sagen, na, die Burgenländer, die haben ja wirklich -, das ist ja überhaupt das Beste. Ich meine, auf solche Ideen muss man verfallen, um in der Öffentlichkeit eine Darstellung zu liefern, die das totale Gegenteil von dem, was Sachverhalt darstellt, umsetzen lassen.

Ich möchte eigentlich in der Entwicklung auch auf einen Umstand eingehen, der in der letzten Sitzung festgehalten wurde. Da hat es auch die Möglichkeit gegeben, weil das an einen Privaten ausgelagert war, dass man dahingehend auch Konsequenzen ziehen könnte, dass man klagen könnte. Was ist jetzt die Situation? Das ist wahrscheinlich schon deswegen alleine nicht möglich, wenn man sich informiert, man hat ja keinen Vertrag abgeschlossen, keinen Werkvertrag, sondern man hat auf Regiekosten gearbeitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe noch keinen Privaten erlebt, der das nach dem ersten Mal nicht abgestellt hat, dass er quasi Regiearbeiten vergeben hat, weil spätestens bei der ersten Abrechnung hat man gemerkt, dem laufen die Kosten davon.

Hier, in dem Fall ist das alles nicht signifikant. Hier weist man nach, dass quasi nicht ordnungsgemäß, nicht sachgemäß, nicht im Sinne der Bürger und der Steuerzahler vorgegangen wurde und man zieht nicht die Konsequenz, dass das falsch gewesen ist, dass man sich hier entsprechend wappnen musste, sondern man versucht alles, um das Ergebnis noch schönzureden.

Das kann wohl nicht aufrichtige Politik sein. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht sieben zu null. Nicht Mattersburg gegen Rapid, sondern in der Verwaltungsreform für die SPÖ.

Es sitzt in der Regierung die FPÖ und es gibt sieben Abteilungsvorstände. Sind alle dementsprechend besetzt. Ich habe schon erwähnt, wem sie zugehörig sind. Sei es wie es sei, es ist in Ordnung, die werden wahrscheinlich arbeiten. *(Abg. Manfred Haidinger: Das ist noch immer proporzverhaftet.)*

Das ist nicht proporzbehaftet, es wurde neu verhandelt, es wurde eine Verwaltungsreform gestartet. Es wurde einiges in den Raum gestellt. Die FPÖ hat einmal wieder verschlafen, aber das ist halt einmal so, wie immer. Daher denke ich mir, soll so sein und diese Leute, die hier die Abteilungen leiten, werden sicherlich ihr Bestes geben.

Ich komme auch zum Rechnungshof. Wo ich auch der Überzeugung bin, dass es ein wichtiges Instrument für uns ist, für uns im Landtag, für uns als Opposition. Wo wir immer wieder einfordern Transparentheit, Offenheit und Ehrlichkeit.

Wenn wir heute den Rechnungshof als Thema diskutieren, wo schon vieles gefallen ist und wo sich Medien dann vielleicht dort oder da wirklich dementsprechend ehrlich verhalten und es auch schreiben, dann ist die große Hektik in gewissen Fraktionen.

Ich finde es beschämend, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man solche Vorgangsweisen wählt, wie sie passiert sind. Ich glaube, das hat mein Vorredner gesagt, sollte man eigentlich raschest unterlassen. Wenn eine Großpartei vielleicht der Meinung ist, sie kann sich Medien kaufen, dann vielleicht soll sie es weiter so machen. Sollen sie es probieren. Die Leute in diesem Land wissen genau, was los ist.

Wenn der Rechnungshof Berichte vorgelegt hat in den letzten Monaten, Jahren und ich habe das heute schon angezogen gehabt, dann waren das für uns wichtige, aber ganz wichtige Entscheidungshilfen, wo wir immer wieder klargelegt haben, er hat schon immer wieder in der Vergangenheit darauf hingewiesen.

Was passiert betreffend Krankenhaus Oberwart? 12,5 Millionen einfach in den Sand gesetzt. Dann wird der ÖVP, so quasi die werden beschuldigt, sie hätten das alles mitgetragen. Ich habe mich erkundigt, dem ist so nicht. Es hat alleine der Herr Landesrat Rezar in der KRAGES, gemeinsam mit dem Landeshauptmann und dem Herrn Landesrat Bieler, die Beschlüsse gefasst.

Wenn wir heute einen Nachtragsvoranschlag beschlossen haben oder Sie beschlossen haben oder wir nicht mitgestimmt haben, dann sollten sie nachdenken. 20 Millionen; bis am 4. 12. muss das passieren. Okay, aber die restlichen 60 Millionen auf die 80 Millionen, die noch immer fehlen und noch immer keine Klarheit herrscht, dann glaube ich, sind wir, wie in der Vergangenheit, immer richtig unterwegs gewesen.

Gemeinsam der Rechnungshof und im Übrigen, liebe FPÖ, so gefreut habt Ihr Euch in den Anfangswochen, -monaten nicht, dass der Herr Direktor tatsächlich Rechnungshofdirektor wird. Jetzt ist er der Beste und der Schönste. Er macht seine Arbeit mit seinem Team hervorragend. Das ist gar keine Diskussion.

Das Nächste ist, liebe FPÖ, ich meine, jetzt so tun, als das alles eitle Wonne jetzt ist mit Krankenhaus und dem allen und überall mitstimmen und jetzt der ÖVP die Schuld immer geben. Ich bin nicht Verteidiger der ÖVP, muss ich klar und deutlich sagen, aber es kann nicht so sein, dass auch bei der EDV einer entschieden hat und wer ist

verantwortlich? Das ist der Landeshauptmann! Und eine Person mit im Boot war, das ist der Herr Pinter gewesen.

Wenn wir aufzeigen, zwei Millionen wieder verbrannt, dann geht das so einfach, die FPÖ stimmt mit, das ist ihnen völlig egal. Vorher haben sie groß aufgeschrien immer wieder. Das verstehe ich nicht und das ist für mich eigentlich ein Zugang, wo ich mich frage, ist es wirklich so, wenn man Verantwortung hat, dass man sich komplett ändert.

Oder sollten wir nicht nachdenken und sagen: Hoppla, da müssen wir Wege suchen, dass wir aus dieser Situation das Beste machen und nicht einfach zustimmen. Klubobmann Géza Molnár stellt sich immer raus und tut so, als würde es gar keinen interessieren. Das kann ich und will ich so nicht zulassen.

Wenn der Rechnungshof leider Gottes nur nach einem Jahr, zwei Jahren oder drei Jahren die Berichte vorlegt, dann sind wir schon ein bisschen selber schuld, denn gerade Krankenhaus Oberwart ein Thema, ein riesiges Thema ist. Das wahrscheinlich größte Bauvolumen in den nächsten zehn, 20, 30 Jahren. Angefangen mit 70, 80 Millionen Euro auf 100. Du weißt ganz genau, die Ilse Benkö hat da auch immer ihren Finger draufgelegt und hat in den Wunden gebohrt, was da los ist. Und sie hat Recht behalten. Jetzt sind wir auf 150 Millionen und das wird nach oben wahrscheinlich gar nicht das Ende sein.

Wenn ich dann hergehe und immer wieder als Bündnis Liste Burgenland - und ich hoffe auch die anderen Oppositionsfraktionen - eine begleitende Kontrolle für solche Projekte fordere, dann heißt es immer wieder, das ist nicht möglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das stimmt so nicht. Denn wenn der Rechnungshof eine gesonderte Partie aufstellen kann lassen, die gesondert hier das Projekt Oberwart mitbegleiten, dann ist das möglich. Nur braucht er Ressourcen, nur braucht er dementsprechende finanzielle Mittel.

Wenn wir das hätten, könnten wir uns viele Diskussionen ersparen, viele finanzielle Mittel ersparen. Ich denke, das wäre ein hervorragender Vorschlag, und wir werden auch diesen Antrag einmal wieder einbringen und darauf hinweisen, dass es möglich ist.

Wenn wir diskutieren, Voranschlag 2014 mit den Swapgeschäften und dergleichen. sich dann hinzustellen und sagen, wir haben eventuell Gewinne daraus. Ich weiß nicht, was ich mir dann dabei denken soll. Wenn wir 40, 50 Millionen Euro - unter Anführungszeichen – „leider verlieren werden“ und wenn es einen Berater gegeben hat, der auch 100 oder mehrere 100.000 Euro für diese Beratung kassiert hat und keine Haftung für das hat, dann frage ich mich, wie geht das alles?

Es gibt wieder nur einen Grundsatzbeschluss - anscheinend - und das andere haben sich die Herrschaften untereinander ausgemacht. Daher ist es so wichtig, dass es einen Kölly gibt und dass es eine Opposition gibt, die immer wieder darauf hinweisen, wo der Landesrat Bieler immer sagt, das ist ja ein Wahnsinn. Jedes Mal hält er die gleiche Rede.

Noch einmal, weil jedes Mal das Gleiche passiert, weil sie alle glauben, sie sind eh über drüber und können das so weiter machen. Das muss aufhören! Hier wird öffentliches Geld verbrannt und das können wir nicht zulassen. Das Burgenland braucht ein Geld, die Gemeinden brauchen ein Geld. Die Gemeinden stehen wirklich mit dem Rücken an der Wand. Sie können nicht mehr gestalten, können nur mehr verwalten.

Ich habe heute die Feuerwehr mit der Mehrwertsteuer angezogen, da seid Ihr eh alle mit dabei. Der Antrag ist geschrieben, ich bin neugierig, ob Ihr ihn weiterhin dann unterstützt. Gerade habt Ihr gesagt, das ist wichtig und richtig, ich bin nur neugierig, was

dann rauskommt. Oder man ändert ihn wieder ab und sagt nicht, da müssen wir irgendeinen anderen Weg finden, die EU oder der Breschnew, der lebt ja nicht mehr oder irgendeiner soll das fördern. So seid Ihr bei den Abänderungen, leider Gottes.

Daher glaube ich, dass es vernünftig ist, dass man wirklich einmal Klartext redet und sagt, schön und gut, das Budget ist in Ordnung, nur wie geht man damit um? Was macht man aus diesem Budget? Das ist in jeder Gemeinde so.

Ein jeder verantwortungsvolle Bürgermeister oder Bürgermeisterin weiß, was das heißt. Ich habe heute schon den Finanzausgleich angezogen. Da wird das vom Herrn Bieler so gut dargestellt, was er verhandelt hat und was wir alle bekommen. Wir werden alle gesamt geschwächt. Da frage ich mich, ob das Sinn macht?

Nein - Ihr werdet Euch wundern. Das heißt, wir bekommen so und so viel Geld, aber gleichzeitig wird vom Land einbehalten, weil es wieder Beschlüsse gibt, die wir wahrscheinlich noch gar noch nicht wissen. Im Budget gar noch nicht verarbeiten haben können. Das kommt halt auf uns zu. Das ist halt so, mit dem müssen wir leben.

Daher habe ich auch gesagt, es ist vielleicht notwendig, dass wir im Jänner erst die Gemeindevoranschläge einbringen und das wäre es, weil vieles noch unklar ist. Ich glaube, das wäre ein guter Vorstoß und ein guter Vorschlag, das so umzusetzen.

Ich komme aber zu der Gemeinde, zum Gemeindepaket. Ich habe das heute schon erwähnt, ich habe überhaupt kein Problem damit, weil wir uns einbringen konnten, weil wir uns einbringen durften, das muss man auch klar sagen, und weil viele Dinge auch unser Handzeichen dort wiederfinden oder wir wirklich die Ideen eingebracht haben.

Ich bin dankbar, weil das war ein wichtiger Schritt und ich glaube, die Frau Landesrätin hat das auch erfolgreich gemacht, denn wir werden das auch einstimmig beschließen, weil ich der Überzeugung bin, dass das eine richtige und gute Sache ist.

Man kann immer diskutieren. Man kann jedes Jahr über Neuigkeiten diskutieren, über neue Möglichkeiten diskutieren, das sollte aber auch in anderen Bereichen sein. Für mich noch einmal das Wichtigste, Rechnungshof mitbegleitend bei großen Projekten, Kontrolle mit dabei von jeder Fraktion, ein jeder dabei, dann gibt es diese Diskussionen nicht, das kann man im Vorfeld ausräumen.

Das Nächste ist, dass ich klipp und klar sagen muss, Offenheit, „Transparentheit“, das ist für mich entscheidend, und dann können wir sicherlich gemeinsam einen guten Weg gehen. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Es geht jetzt um den Punkt Gemeinden. Ich möchte dazu vorweg etwas sagen, ich finde es wirklich sehr schade, dass wir dieses große gemeinsame Projekt des Gemeindepaketes nicht morgen gesondert diskutieren. Es ist eine Besonderheit wie es zu Stande kommt, darüber möchte ich jetzt kurz reden.

Ich werde mir aber nicht nehmen lassen, morgen zum Tagesordnungspunkt auch noch einmal zu sprechen, auch wenn mir gesagt wurde, das ist nicht üblich, wir haben das schon immer so gemacht, dass alles während der Budgetdebatte behandelt wird. Nur ich bin nicht in die Politik gegangen, um es so zu machen wie es immer schon gemacht wurde, sondern dort Akzente zu setzen, wo ich es für wichtig finde.

Deswegen heute mal nur soweit, auch von unserer Seite, von GRÜNER Seite wollen wir zum Thema Gemeindeordnung und Gemeinderechtspaket zum Ausdruck bringen, wie wichtig uns diese Art der Erstellung eines Pakets, eines Gesetzes, einer Novelle, die von so großer Bedeutung ist, erscheint.

Was hier für uns gerade auch als Oppositionspartei spürbar war, war die Haltung der Landesrätin und der Angestellten zu diesem ganzen Prozess. Es gab eine Wertschätzung gegenüber den Vorschlägen der Opposition, auch wenn natürlich nicht alle Vorschläge umgesetzt wurden, no na, es wäre kein Verhandlungsprozess, wenn nicht jede Seite auch ein bisschen nachgeben würde.

Es waren ernstnehmende Einwendungen, die von den anderen Fraktionen gebracht wurden, und ich fand, es war ein sehr gutes Management der Interessenskonflikte, die natürlich bei so einem Gemeinderechtspaket auf dem Tisch liegen.

Wir haben hier auf der einen Seite Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die sehr stark auch in den Prozess jetzt nicht nur, aber tendenziell stärker vertreten von der ÖVP der SPÖ und dem Kollegen Kölly, wir haben auf der anderen Seite viele Erfahrungen und auch Wünsche seitens der kleineren Listen und der kleineren Fraktionen in der Opposition in den Gemeinden mehr eingebracht von der FPÖ und von den GRÜNEN.

Aus diesen verschiedenen Positionen heraus wurde eine sachliche Diskussion zur Frage geführt, wie können wir in unseren Gemeinden, in den Gemeinderäten eine gute politische Arbeit gestalten und welche rechtlichen Rahmenbedingungen braucht es dazu.

Deswegen möchte ich mich auch hier bei allen Kolleginnen und Kollegen, die da mitgearbeitet haben, von allen Fraktionen, und auch aus den zuständigen Büros für die sachliche Diskussion bedanken, die zeigt, man kann in verschiedenen politischen Belangen ganz unterschiedlicher Meinung sein und trotzdem kann man in anderen Belangen zu einem guten gemeinsamen Ergebnis kommen.

Das ist auch der Grund weswegen ich es wichtig für erachte, das morgen noch einmal ausdrücklich zum Ausdruck zu bringen, weil heute innerhalb der Budgetdebatte sind wir natürlich sehr kontroversiell unterwegs. Das ist auch in der Natur der Sache.

Ich finde es gut, wenn wir Politik auch nach außen hin so darstellen, wie sie ist, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* wie sie ist, wie wir sie hier in diesem Fall auf die Reihe gebracht haben, nämlich, ein gemeinsames Ergebnis auch gesondert gemeinsam gut darzustellen. So kann auch das Bild von Politik in der Öffentlichkeit mitgestaltet werden.

Deswegen noch einmal abschließend zu dem Punkt: Herzlichen Dank an die Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf, die offensichtlich als sie in die Politik gegangen ist, wenn sie auch nicht lange Zeit gehabt hat, sich das zu überlegen, sich gedacht hat, dass sie manches anders manchen wird. Das funktioniert auch. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Budgetbeschluss oder das Budget ist für manche nur ein Zahlenwerk, aber hinter diesem Zahlenwerk stehen natürlich sehr viele

Inhalte, die die Zukunft unseres Heimatlandes Burgenland und die Menschen sicher positiv beeinflussen und weiterbringen werden.

Der Budgetbeschluss ist auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Das gilt vor allem für eine Fraktion hier im Hohen Haus. Es werden im Bereich Breitbandinfrastruktur, Stärkung der Gemeinden, Wirtschaft, Tourismus und so fort laufend Forderungen gestellt. All das ist im Budget enthalten. Dennoch stimmt diese Fraktion dem Budget nicht zu. Ich finde das sehr schade. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Budgetbeschluss ist die Grundlage und der Spiegel der politischen Arbeit für das kommende Jahr. Es soll natürlich der Wirtschaftsstandort durch Investitionen nicht nur gesichert, sondern auch gestärkt werden, um die Arbeitsplätze zu sichern. Es soll natürlich in die Zukunft investiert werden - für unsere Kinder, für unsere Jugend und natürlich soll auch der sozial Schwache nicht auf der Strecke bleiben.

Es braucht natürlich die nötigen Rahmenbedingungen, nicht nur vom Bund und vom Land, sondern auch von den Gemeinden, aber vor allem auch Rahmenbedingungen für die Gemeinden. Die Investitionskraft der Gemeinden ist sehr wichtig. Sie sind Errichter und Erhalter der Infrastruktur im ländlichen Raum.

Ich denke, die Gemeinden sind auch die größten regionalen Förderer der Regionen. Somit sind sie wichtiger Wirtschaftsmotor und Arbeitgeber vor Ort. Leider werden die freien Finanzspitzen in den Gemeinden immer geringer. In schrumpfenden Gemeinden gibt es natürlich weniger Steuereinnahmen und Ertragsanteile und somit Probleme, infrastrukturelle Maßnahmen zu setzen und die Infrastruktur auch zu erhalten.

In den schrumpfenden Gemeinden, wo wenig Menschen leben, muss natürlich die Infrastruktur erhalten werden, was natürlich schwierig wird, wenn immer weniger Menschen dort leben. Es müssen immer weniger Menschen die gleiche Infrastruktur in der Gemeinde erhalten.

Speziell im Süden des Landes merken wir das besonders mit den vielen Ortsteilen betreffend Kanal, Straßen, Wege, Feuerwehren, Schulen und Kindergärten. Mit all diesen Schwierigkeiten kämpfen die Gemeinden. Dazu kommt noch in manchen Gemeinden die Überalterung. Hier braucht es mehr Geld, in benachteiligten und oft strukturschwachen Gemeinden beziehungsweise im ländlichen Raum.

Natürlich tragen auch gut ausgebaute Straßen und Schienenverbindungen dazu bei und sind Maßnahmen gegen die Abwanderung im ländlichen Raum. Das Burgenland ist dahingehend sehr bemüht. Ich denke, der Voranschlag ist so ausgerichtet, weitere Schritte vorwärts zu machen und den strukturell schwachen Gemeinden des Landes unter die Arme zu greifen, damit auch dort die Lebensqualität gewährleistet wird und bleibt.

Ein gutes Beispiel ist hier das Breitbandinternet. Es geht nicht alles auf einmal, aber die Bevölkerung merkt, dass etwas weiter geht und es voran geht. Auch projektbezogen ist das Land Burgenland immer gerne bereit, mit den Gemeinden Gespräche zu führen und finanziell unterstützend zur Seite zu stehen.

Das Land Burgenland und die Gemeindeabteilung versteht sich hier als verlässlichen Partner. Manche Aufgabenfelder haben sich in den Gemeinden verschoben. Früher ging es hauptsächlich um eine funktionierende Infrastruktur, wie die Versorgung mit Wasser, die Entsorgung von Abwasser, den Ausbau des Wege- und des Straßennetzes und der Pflichtschulen und Kindergärten.

Heute sind es viel mehr Softpacks, wie Kinderbetreuung, Pflege der älteren Bürgerinnen und Bürger, Ausbau der Serviceleistungen, funktionierender Nahverkehr, Ausbildungschancen für Kinder und Jugendliche, attraktive und leistbare Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein wesentlicher Gradmesser für die Erstellung eines Budgets ist natürlich der Finanzausgleich, denn die Ertragsanteile sind die wichtigsten Einnahmenquellen des Landes und in weiterer Folge für die Gemeinden. Aber der Finanzausgleich ist immer eine Reibungsfläche zwischen allen Ebenen. Dazu gibt es natürlich verschiedene Meinungen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jeder Bürger muss beispielsweise gleich viel wert sein, sprich, westliche Bundesländer gegenüber östlichen Bundesländern. Hier kommt dann das Argument, dass auch die Lebenserhaltungskosten unterschiedlich sind. Das geht leider nicht. Andere meinen, der Finanzausgleich, die Steuergelder gehören nach Leistungen aufgeteilt, also mehr Geld für Gemeinden, wenn sie mehr leisten.

Nur wenn alle Gemeinden das gleiche leisten oder die gleichen Leistungen anbieten wollen, wird es wahrscheinlich auch nicht funktionieren. Wieder andere sagen, der „graue Finanzausgleich“ gehört weg, denn durch die geänderten Materiengesetze wurden in den vergangenen Jahren auch die Aufgaben, die die Gemeinden zu erbringen haben, wesentlich geändert, ohne dass dauerhaft für die Finanzierung der geänderten Aufgaben Vorsorge getroffen worden wäre, so heißt es.

Hier bedarf es mit Sicherheit noch vieler Verhandlungen, um in Zukunft eine einigermaßen gerechte Verteilung beim Finanzausgleich zu erreichen. Ich denke hier dennoch, dass das Land Burgenland bei den Verhandlungen gut ausgestiegen ist, auch dank der Verhandlungen des Finanzlandesrates Helmut Bieler.

Der Finanzausgleich bringt somit frisches Geld ins Land, jährlich rund 7,2 Millionen Euro und unterstützt schwache Gemeinden. Es ist gelungen, dass viele Gemeinden mehr Geld bekommen werden, vor allem sollen die abwanderungsschwachen Gemeinden bei der Geldzuteilung berücksichtigt werden.

Auch wurde geregelt, dass ab dem Jahr 2017 zumindest 15 Prozent der Gemeindebedarfszuweisungen, die über das Land verteilt werden, strukturschwachen Gemeinde zukommen und interkommunale Zusammenarbeit gefördert wird. Auch eine gute Kinderbetreuung in den Gemeinden soll mehr gefördert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf noch kurz zur Raumplanung und Raumordnung kommen. Es ist natürlich immer eine große Herausforderung, auf der einen Seite eine wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, auf der anderen Seite dies im Einklang mit der Natur zu bewerkstelligen.

Hier kommt es immer wieder zu gewissen Spannungsfeldern zwischen Natur, Menschen, Wirtschaft und den Behörden. Auf der anderen Seite will jeder Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze, auf der anderen Seite will jeder eine intakte Natur und Umwelt haben. Hier gibt es das nötige Gleichgewicht zu finden. Es geht hier auch um regionale Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Raumplanung ermöglicht die wirtschaftliche Entwicklung, auch bezogen auf den öffentlichen Verkehr und achtet gleichzeitig auf eine intakte Natur. Naturschutz und Landschaftsschutz hat im Burgenland einen sehr hohen Stellenwert.

Ich denke, das Land Burgenland geht hier einen erfolgreichen Weg. Ökonomie in Verbindung mit Ökologie funktioniert sehr gut. Um den Servicegedanken der Verwaltung

gerecht zu werden, ist vom Landtag eine zusätzliche Beschleunigung von den Verfahren auf Ebene der örtlichen Raumordnung beschlossen worden. Ich denke, dass funktioniert sehr gut, was die Praxis im letzten Jahr mit den Umlaufbeschlüssen gezeigt hat.

Abschließend zu diesen Themen: Ich glaube, bei der Baulandmobilisierung wäre noch einiges möglich.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nun noch zur Gemeinderechtnovelle: Es wurde schon sehr viel dazu gesagt. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit allen im Landtag vertretenen Parteien wurde ein modernes ausverhandeltes Gemeinderechtpaket präsentiert. Es konnte nach langen Verhandlungen ein breiter Konsens unter dem Motto mehr Wertschätzung, mehr Kontrolle, mehr Demokratie erzielt werden.

Es ist erfreulich, dass hier ein gemeinsames Ergebnis erzielt werden konnte, weil jeder aus seiner Sicht einen eigenen Standpunkt hat und den auch vertreten hat. Insgesamt glaube ich aber, dass sich jeder wiederfinden kann. Hier werden natürlich vom Gesetz her alle Betroffenen in irgendeiner Weise aufgewertet, nämlich, der Bürgermeister, die Gemeinderäte, aber gerade auch die kleinen Funktionäre. Auch die Aufsicht und natürlich auch die Bürger.

Ich möchte mich hier ausdrücklich bei allen bedanken, die bei dieser Novelle mitgearbeitet haben und auch konsensbereit waren. Natürlich gilt der Dank, wie heute schon oft erwähnt, Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf. Ich bin sicher, dass wir auch 2017 und darüber hinaus einen erfolgreichen Weg weiter gehen und der Aufstieg des Landes und der Gemeinden weiter geht.

Das Motto vom Budget heißt ja: „Ziele gemeinsam erreichen“. Dazu gehören nicht nur das Land, sondern *(Abg. Werner Friedl: Gemeinsam!)* auch seine Gemeinden und die Menschen. Wir werden dazu natürlich unsere Zustimmung erteilen. *(Abg. Werner Friedl: Gemeinsam! - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte als Gemeindesprecher auf drei Bereiche eingehen. Nämlich, erstens auf die Finanzen der Gemeinden inklusive dem Finanzausgleich, zweitens auf diese Gemeinderechts-Sammelnovelle und drittens auf das Gemeindeservice, das hier vom Land geliefert wird.

Vielleicht zum Punkt 1 Finanzen inklusive Finanzausgleich: Wir wissen, dass gerade unsere Gemeinden seit Jahren eigentlich vor großen Herausforderungen stehen. Es sitzen sehr viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen hier auch im Landtag und kennen natürlich die Aufgabenstellungen.

Wie schaut die Situation aus? Man braucht nichts verschönern. Die Aufgaben nehmen zu. Der Bürgermeister, die Bürgermeisterin ist eigentlich von der Geburt bis zum Sterben verantwortlich in allen Phasen und die Einnahmen stagnieren. Das kann man leicht belegen ohne polemisch zu werden, nämlich, wenn man nur die Einnahmen von 2005 bis 2015 - also diesen Zeitraum - vergleicht, dann sind die Einnahmen für die Gemeinden bei den Ertragsanteilen um 61 Prozent gestiegen, die Ausgaben im Sozialbereich, wo wir mitzahlen, wo der Herr Bieler gesagt hat, na ja 50 Prozent brauchen ohnehin nur die Gemeinden zahlen, ohnehin nur zahlen, sind um 161 Prozent innerhalb dieses Zeitraumes gestiegen.

Die Bedarfszuweisungen, die wir vom Bund bekommen und an die Gemeinden verteilt werden, sind nur um nur 49 Prozent gestiegen. Wenn man sich den Finanzausgleich anschaut, wo sehr viele die Hoffnung gehegt haben, dass sich da grundsätzlich etwas ändert, dann muss man feststellen, na ja, sehr vieles hat sich nicht geändert. Das waren damals die Kritikpunkte, die wir so herausgearbeitet haben im Burgenländischen Landtag.

Erstens: Weg mit dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel beziehungsweise noch mehr abflachen. Das kann nicht sein, dass Gemeinden, zum Beispiel, mit über 50.000 Einwohnern - und es gibt keine Gemeinde im Burgenland mit über 50.000 Einwohnern - mit einem Faktor mit 2,3 Prozent jeden Einwohner multipliziert und so das Geld erhalten und alle Gemeinden unter 10.000 haben einen Multiplikationsfaktor von 1,61 Prozent.

Alleine da zeigt sich schon diese Ungleichheit. Warum werden größere Gemeinden bevorzugt, wo der Einwohner mehr zählt, als bei kleinen Gemeinden? Das Burgenland ist ein Land der kleinen Gemeinden. Das war eine Kritik, die wir alle geteilt haben.

Die zweite Kritik betrifft die Tatsache, dass hier verfassungsmäßig der Gleichbehandlung jedes Einzelnen nicht stattgegeben wird. Wo ist hier der Grundsatz der Gleichbehandlung gelegt? Wenn man sich die Aufgaben anschaut, dann haben kleine Gemeinde genauso die Aufgaben zu erfüllen, wie große Gemeinden, ob das jetzt Kindergärten, Schulen, Wegenetze, Kanalisation und so weiter sind.

Hier gibt es eine Fülle von Aufgaben. Eines hat mich allerdings immer schon gestört, aber interessanterweise spricht der Herr Klubobmann der SPÖ ja nur immer beim Vergleich zwischen Burgenland und Vorarlberg von einer Ungleichheit, mag sein. Ich schaue einmal Wien an. Wien bekommt pro Einwohner um 621,20 Euro mehr als das Burgenland. Das sind um 24 Prozent mehr.

So und jetzt kommt noch ein Problem dazu. Man muss das ganz in der Fülle sehen, nämlich, der graue Finanzausgleich. Innerhalb dieser sechs Jahre, wo dieser Finanzausgleich jetzt existiert hat, der alte, sind immer wieder neue Aufgaben dazugekommen, die den Gemeinden natürlich sehr viel Geld kosten. Alleine im Jahr 2012 betrugen die Mindereinnahmen 500 Millionen Euro für alle österreichischen Gemeinden. Das muss man einmal festhalten.

Allein in einem Jahr durch den grauen Finanzausgleich 500 Millionen Euro. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Daher haben wir uns im Landtag sehr oft mit diesen Kritikpunkten beschäftigt. Wir, seitens der ÖVP, haben Vorschläge eingebracht, weg mit dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel, aufgabenorientierter Finanzausgleich, die Altersstrukturen sollten berücksichtigt werden, die Siedlungsstrukturen, die Nebenwohnsitze und so weiter.

Der Herr Abgeordnete Kölly hat hier auch einen Antrag dazu eingebracht - ein einheitlicher Aufteilungsschlüssel für alle gemeinschaftlichen Bundesabgaben und ein Ausgleichsfonds.

Ich kann mich noch erinnern, als der Präsident Trummer gesagt hat, wir brauchen einen Ausgleichsfonds, der mindestens 500 Millionen Euro beinhalten muss. Alles was darunter ist, ist eigentlich nicht tragfähig. Das waren die sogenannten Kritikpunkte und Punkte, die wir auch im Landtag diskutiert haben.

Schauen wir uns jetzt den Finanzausgleich an, die Verhandlungen. Herr Landesrat Bieler, sehr mager. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel ist gar nicht angetastet worden. Es gibt nach wie vor die Ungleichheit zwischen dem Burgenland und den anderen Bundesländern. Interessanterweise kritisiert das auch der Präsident Trummer in einem

Pressegespräch, das Sie gemeinsam mit dem Herrn Trummer gegeben haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wo sind die Aufgabenorientierungen? Da gibt es nur Pilotprojekte, mehr nicht, mehr ist im Finanzausgleich nicht festgeschrieben. Wo sind die 500 Millionen Euro? Es sind magere 300 Millionen Euro für strukturschwache Gemeinden. Da mag es jetzt sein, dass es für das Land und die Gemeinden zuerst 5,2 Millionen Euro geheißen hat. Jetzt hat der Herr Hergovich das korrigiert und gesagt 7,2, ja 7,2 Millionen Euro, das ist genau der Betrag, der über die Swaps, zum Beispiel, den Bach hinunter gehen. Pro Jahr für das Land 7,2 Millionen Euro.

Also, das heißt, der Finanzausgleich, da hätte weitaus mehr an Strukturen verändert werden können. Das sage jetzt nicht nur ich als ÖVP. Jetzt kann man mir vorwerfen, na ja, das sagt er, weil er in der Opposition ist. Nein, das sagen auch Experten. Die Margit Schratzenstaller, zum Beispiel, vom WIFO hätte sich stärkere Schritte bei Steuerautonomie und Aufgabenorientierung gewünscht.

Karoline Mitterer vom Zentrum für Verwaltungsforschung, KDZ, sagt, dass man von einem großen Entwurf weit entfernt ist. Das heißt, da geht die Kritik noch weiter. Die meint sogar, neben der Basisfinanzierung hätten Aufgabenorientierung und einem wirksamen Ressourcenausgleich zwischen finanzstarken und -schwachen Regionen halten können. Das sage nicht ich, das sagen Experten, die sich das ganz genau angesehen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ja, und im Gegenteil. Wenn man sich das anschaut, werden die Gemeinden und da möchte ich schon die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sensibilisieren, noch mehr belastet. Schauen Sie sich den Finanzplan an. Der ist vom Herrn Bieler herausgegeben worden. Haben Sie sich den überhaupt genau angeschaut? Ich habe mir den angesehen.

Der Finanzplan enthält Tabellen, eine Fortschreibung bis zum Jahr 2020. Wissen Sie wie da, zum Beispiel, die Sozialkosten explodieren? Alleine, zum Beispiel, von 2016 bis 2020 gibt es höhere Aufwendungen, Steigerungen von 30 Prozent. Wissen Sie wie hoch die Steigerungen bei den Gemeinden sind?

Gemeindekosten: 32 Prozent. Gehe tiefer: Entwicklung der Aufwendungen und Einnahmen der Sozialhilfe: bei der Sozialhilfe Steigerungen bis 2020 von 30 Prozent. Für die Gemeinden des Burgenlandes sind 35 Prozent prognostiziert. Entwicklung Behindertenhilfe: Steigerung für das Land oder gesamt 28 Prozent, für die Gemeinden 31 Prozent. Das sind Zahlen, die man ganz genau ausrechnen kann.

Wir wissen ganz genau, das hat der Nachtragsvoranschlag schon gezeigt und ich kenne ja den Herrn Bieler, wie er das macht. Es wird immer der Voranschlag so geschönt, dass man sagt, na ja, da ist ja die Welt noch in Ordnung. Da gibt es dann immer einen Nachtragsvoranschlag, wo man dann die Zahlen, die man schon vorher weiß, aber nicht bekannt gibt, hinein schreibt und sagt, na ja, da hat sich dann einiges verschoben und das wird den Gemeinden bei weiten mehr kosten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wissen Sie, wir sind schon so weit, dass, zum Beispiel, verschiedene Dinge gar nicht mehr ausbezahlt werden. Die Personalkosten für die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner hätten bis 1. November vom Land den Gemeinden überwiesen werden sollen. Das Land hat bis heute keinen einzigen Cent oder Euro überwiesen. Die Kosten für die Kindergartenkrippen für das Jahr 2016 werden voraussichtlich erst im Jahr 2017 überwiesen.

So viel zur Säumigkeit. Wenn das eine Gemeinde macht, gibt es sofort eine Anzeige, gibt es sofort einen Verweis von der Gemeindeabteilung. Da wird natürlich versucht, die Gemeinden schlecht zu reden.

Ich bin noch nicht fertig. Ich werde mich ein zweites Mal melden, weil mir das ganz einfach wichtig ist.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Bitte den Schlusssatz!

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP) *(fortsetzend)*: Auf jeden Fall kann der Finanzausgleich in dieser Form unsere Zustimmung in den Gemeinden nicht finden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Klaudia Friedl.

Bitte Frau Abgeordnete, um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Unsere Gemeinden und Gemeindeämter sind für unsere Bürgerinnen und unsere Bürger vor allem in den letzten Jahren zu modernen Servicecentern geworden. *(Abg. Manfred Kölly: Steinberg!)*

Besonders in Steinberg, Herr Kollege, danke schön, der kennt schon unser neues Haus. Sie sind für viele erste Anlaufstelle, nicht nur bei kommunalen Fragen und Problemen, sondern auch für alle Themenbereiche, die im Umfeld unsere primären kommunalen Aufgaben liegen.

Diese Fülle an Aufgaben, die Komplexität von diversen Gesetzen, aber auch manche, ich nenne es einmal Graubereiche, die im Arbeitsablauf im Laufe der Zeit zum Vorschein gekommen sind, haben eine Evaluierung und Adaptierung der Bestimmungen der Burgenländischen Gemeindeordnung aus dem Jahr 2003 notwendig gemacht.

Die vorliegende Gemeinderechtsnovelle, auf die ich jetzt eingehen möchte, kann zu Recht als ein monumentales Werk bezeichnet werden, auf das wir sehr stolz sein können, das all den Erfordernissen in unseren Kommunen entsprechen soll, das transparent sein soll und das eine große Zahl von Vereinfachungen mitbringen soll, ist in vielen Verhandlungsstunden gelungen.

Damit bekommt unser Burgenland eine ganz moderne und neue Verfassung und darauf sind wir sehr stolz. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Vorrednerin und meine Vorredner haben schon die für sie wichtigen Veränderungen hervorgehoben. Mir ist aber auch ganz wichtig zu betonen, dass diese Gemeinderechtssammelnovelle von allen Parteien gemeinsam erarbeitet, diskutiert, hinterfragt wurde und von allen auch gemeinsam daher die Unterstützung findet.

Allen Beteiligten ein großes Danke dafür. Sie haben das, wir haben das für unsere Gemeinden und letztendlich für all unsere Menschen in unserem Bundesland getan. Wenn man Tag für Tag als Bürgermeisterin und als Bürgermeister bei den Menschen ist und steht und weiß was sie wollen und was sie brauchen, dann sind wahrscheinlich all diese Veränderungen und Adaptierungen wichtig und notwendig.

Ob es sich, zum Bespiel, um die Stärkung der Minderheitsrechte handelt, ob es sich um die Erweiterung bei den Gemeindeorganen handelt, ob die Möglichkeit von Vereinbarungen zwischen den Gemeinden über die Bezirksgrenzen zu gemeinsamen

Kooperationen handelt, oder die Einführung der Berichtspflicht von Bürgermeistern vor dem Gemeinderat.

Es gibt jetzt die Möglichkeit, einen Jugendgemeinderat aus den Gemeinderäten, aus der eigenen Mitte, zu wählen, oder ob es sich um die Änderung der Fristen zur Einberufung des Gemeinderates handelt, wo es immer wieder zu Schwierigkeiten und Differenzen gekommen ist.

Auch das Recht auf Einsicht in die Verhandlungsgegenstände in der Tagesordnung ist erweitert worden, oder auch, zum Beispiel, eine ganz neue Regelung, nämlich, die Vertretungsfunktion von Ersatzmitgliedern bei der Verhinderung von Gemeinderatsmitgliedern.

Ganz wichtig für viele Kolleginnen und Kollegen ist aber auch die Schaffung der Möglichkeit, hauptberuflich als Bürgermeisterin und als Bürgermeister zu arbeiten. Aber auch, und das finde ich auch sehr wichtig und war nicht ganz einfach in der Diskussion, die Einführung von Ordnungsstrafen, um hier nur einige der vielen und unzähligen Änderungen, die wir mit dieser neuen Novelle geschaffen haben, aufzuzählen.

Bis dato war die Aufsichtsbehörde manches Mal mehr oder weniger oft zahnlos, um es sehr einfach zu sagen, wenn es darum ging, die seltenen aber doch vorkommenden Verletzungen von Verpflichtungen seitens der Gemeindeorgane zu ahnden. Uns war natürlich bewusst, dass dieses Thema wohl ein schwieriges und vielleicht auch heikel sein könnte, da zu befürchten war, dass manche Kolleginnen und Kollegen, die Intension dieser neuen Möglichkeit falsch interpretieren könnten.

Aber, genau das Gegenteil ist die Absicht. Die einzige Absicht, sehr geehrte Damen und Herren, die dahinter steht, ist ganz und gar alleine der Schutz all jener Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die ihre Arbeit und ihre Verpflichtungen ordnungsgemäß erfüllen.

Dementsprechend konkret und auch sorgfältig wurde der Gesetzestext formuliert um punktgenau da zu greifen, wo diese Verpflichtungen nicht erfüllt werden, oder wo Bescheide seitens der Aufsichtsbehörde ignoriert werden, beziehungsweise dann vor allem, wenn Gefahr in Verzug ist.

Die Aufsichtsbehörde kann dem Bürgermeister, der Bürgermeisterin bei wiederholten Ordnungswidrigkeiten daher in der neuen Handhabung Strafen auferlegen.

Auch für uns Bürgermeisterinnen gibt es etwas zum Lächeln und etwas Neues. In Zukunft werden sich wir, werden wir uns direkt vom Gesetz angesprochen fühlen, wenn die Funktionsbezeichnungen nun endlich auch in weiblicher Form niedergeschrieben werden, worum wir schon des Öfteren gebeten haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Last but not least gibt es für die Bürgermeisterinnen und den Bürgermeister und somit auch natürlich Vizebürgermeister und Vizebürgermeisterin und Gemeinderäte eine Erhöhung der Bezüge, die bis dato, der Herr Klubobmann hat es schon gesagt, im Bundeslandvergleich im Burgenland an letzter Stelle waren.

Gute Arbeit und vor allem hoher persönlicher und menschlicher Einsatz, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Vizebürgermeister und Vizebürgermeisterinnen und alle FunktionsträgerInnen im öffentlichen Dienst leisten, soll auch dementsprechend dotiert werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese Arbeit sehen wir auch, wenn wir durch unser Land fahren. An der Qualität unserer Infrastruktur, den Versorgungsgrad der Bevölkerung - vor allem an Schulen,

Kindergärten, Kinderkrippen, Spielplätzen und Sportstätten und vor allem mitten im Herzen der Gemeinden, in unseren Servicecentern.

Dass das in Zukunft auch so bleibt, dazu braucht es natürlich viel Geld und das war heute schon ein großes Thema. Die Budgets im Land müssen erhalten bleiben und natürlich in weiterer Folge in den Gemeinden. Nach sehr langen uns sehr intensiven Verhandlungen, die wir ja alle mitbegleitet haben, haben Bund, Länder und Gemeinden sich nun im November endlich auf diesen Finanzausgleich geeinigt und ihn unterzeichnet. Ich möchte jetzt gleich auf meinen Vorredner, den Kollegen Steindl, zurückkommen.

In meiner Betrachtungsweise ist das ein sehr positives Ergebnis und ich darf auch vielleicht darauf hinweisen, dass gerade Sie, Herr Kollege, als ehemaliger Referent der Gemeinden und auch Beteiligter an diversen Verhandlungen wissen, wie die politischen Verhältnisse österreichweit und auch die Vertretungen im Bund genau bei dieser Sachlage sind.

Ich freue mich, dass Sie gerade genau das teilen, was unser GVV Präsident Erich Trummer verlangt hat, nämlich, dass jeder Bürger und jede Bürgerin im ganzen Bundesland gleich viel wert sein muss. Auch dieser vermaledeite sage ich einmal, abgerundete Bevölkerungsschlüssel ist schon lange etwas, was wir sehr kritisieren.

Aber, ich würde Sie bitten, wenn Sie schon unserer Meinung sind, Ihr Gewicht, Ihr politisches Gewicht auch bei Ihren Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP bundesweit einzusetzen. *(Abg. Franz Steindl: Die wollen das eh.)*

Denn genau diese Herrschaften waren es, warum die Dinge alle nicht durchgegangen sind. *(Abg. Franz Steindl: Das Thema ist Wien! Wien ist hier schuld.)* Immer nur mit dem roten großen Wien zu sagen, deshalb ist es nicht passiert, weil die das nicht wollen, das ist ein bisschen billig und einfach. *(Abg. Franz Steindl: Das Problem ist Wien! Die westlichen Bundesländer sind hier nicht das Problem.)*

Ich bitte Sie, unterstützen Sie uns, es geht um unser Land und ich freue mich sehr. Ich möchte Ihre Wortmeldung jetzt auch als konstruktiv sehen, aber wie gesagt, an uns ist es nicht gelegen. Wir stehen immer noch dafür und hoffen, dass es beim nächsten Finanzausgleich auch umgesetzt werden kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Jetzt noch kurz zu diesem Finanzausgleich. Wie gesagt, ab 2017 fließen 300 Millionen Euro mehr in das Land und in die Gemeinden in Österreich. Diese zusätzlichen Mittel, wie wir alle wissen, werden vor allem in die Bereiche Gesundheit, Pflege und Soziales einfließen. Ein einmaliger Zuschuss von 125 Millionen Euro für Migrations- und Integrationsausgaben wurden auch zugesichert, was aufgrund der Zahlen sehr wichtig ist.

Ein wesentlicher Punkt ist aber vor allem die Stärkung der Gemeinden. Es ist gelungen, dass sehr viele der Gemeinden im Burgenland jetzt mehr bekommen. Es wird mit dem neuen Finanzausgleich keine Gemeinde geben, die Geld verlieren wird. *(Abg. Franz Steindl: Das wäre ja noch schöner!)*

Insgesamt bekommen die österreichischen Gemeinden jährlich 103 Millionen Euro mehr. *(Abg. Franz Steindl: Das wäre ja noch schöner.)* Im Burgenland um 7,2 Millionen Euro, das ist auch schon erwähnt worden, mehr. Obwohl wir mit 3,34 Prozent an Einwohner im Burgenland nur einen geringen Anteil der Bevölkerung haben, ist es gelungen, sieben Prozent an zusätzlichen Geldern zu lukrieren. Ich denke, das ist sehr wohl ein positives Ergebnis. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Darüber hinaus fließen an die Gemeinden 80 Millionen Euro für die Siedlungswasserwirtschaft und über die Bankenabgabe wird es 30 Millionen Euro im Jahr

mehr geben. Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass es außerhalb der Finanzausgleichsverhandlungen vom Bund bis 2025 rund 750 Millionen Euro für den Ausbau ganztätiger Schulen und ganztägiger Schulen und Betreuungsphasen geben wird. Ein weiterer Schritt für die Unterstützung von Familien und unseren Kindern.

Ich bedanke mich bei allen Verhandlerinnen und Verhandlern, bei unserem Finanzlandesrat Helmut Bieler und bei unserer Landesrätin Astrid Eisenkopf für diese erfolgreichen Verhandlungen. Ich denke, wir haben das Rüstzeug mit dieser Gemeinderechtsnovelle und dem Finanzausgleich geschaffen, damit der Standard, der hohe Standard in unserem schönen Land Burgenland erhalten bleibt und sogar ausgebaut werden kann.

Meine Fraktion wird mit Freude zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Die gesamte Diskussion um den Finanzausgleich ist ein sehr zweischneidiges Schwert. Tatsache ist, dass wir seit 70 Jahren in der Gestehung den Versuch starten, jetzt nicht wir persönlich, sondern auf bundespolitischer Ebene, immer mit gewissen Anmerkungen von den Bundesländern versehen, von einer versuchten starken Lobby der Gemeinden, für die einzelne Institution das Beste herauszuholen.

Tatsache ist auch, dass sich die politischen aber hauptsächlich auch die Kräfteverhältnisse so auswirken, dass wir den Wunschtraum eines wirklich fairen Finanzausgleiches mit Sicherheit nicht erleben werden. Das ist ein Feilschen um einzelne Gelder im Zusprechen an die Länder, an den Bund oder an die Gemeinden. Und immer kommt es darauf an, welche Stärke jemand und welche Kraft jemand einzusetzen vermag, um seinen Standpunkt besser durchzusetzen.

Wir haben es bei der letzten Verhandlung erlebt gehabt, dass der sogenannte abgestufte Bevölkerungsschlüssel ein wenig abgeflacht wurde. Was hat es auf der anderen Seite für die größeren Städte gegeben? Eine Einmalzahlung in einer Größenordnung, die war das Doppelte von dem, was ihnen normal zugestanden worden wäre. Das heißt, dass diese Entwicklung auf den Finanzausgleich, ist ein sehr schwieriges Thema, ist aber auch im regionalen Bereich, sprich im Landtag, quasi so hinzunehmen, wie es von der Regierungsseite ausverhandelt wurde von den Gegebenheiten.

Das haben meine Vorredner nicht eindeutig, aber mehrheitlich festgehalten, von der Umsetzung, was das Land zu den Kommunen, zu den Gemeinden betreibt, ist halt immer der Wiederspruch vorhanden, dass der, der ausführt und verwaltungstechnisch die meiste Arbeit hat, im Regelfall weniger Geld bekommt. In der Verteilung dieser Gelder auch der am meisten zulangt, der in der Verteilung die erste Instanz ist und beim Finanzausgleich sind für die Gemeinden die Länder die entsprechenden Verteiler.

Das erleben wir bei den Bedarfszuweisungen, das erleben wir bei anderen Gegebenheiten. Da kann man sich noch so sehr exaltieren, das werden wir wahrscheinlich nicht verändern. Es tut mir Leid, aber und ausschließlich denen sollte es auch Leidtun, die Empfänger dieser Gelder sind in der Verantwortung, dass sie sich nicht auf ihre Beine stellen.

Denn, wenn die Gemeinden im Land eine entsprechende klare Frontstellung gegen die Verteilung setzen würden, dann könnten sie auch mehr erreichen. Hier wäre Rückgrat gefragt und entsprechend auch aufzutreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben auch, und da verwebe ich dann eines mit dem anderen, wir haben auch ein sogenanntes Gemeinderechtspaket, in einer Neuaufstellung auf die Kommunen, in der Diskussion als Gesetzesantrag. Alle Vorredner die Parteien vertreten haben, haben diese Neuregelung gelobt. Sie waren ja auch alle anwesend. Ich möchte das Demokratieverständnis in diesem Zusammenhang kritisch beleuchten.

Ich möchte auch anmerken, es gibt auch - wie in meinem Fall – „Freie Mandatare“, die im Grunde genommen, sowohl in den Gemeinden als auch im Landtag, es in der Wertschätzung zumindest in einer Einladung gut sehen könnten, wenn sie zu solchen Verhandlungen geladen werden. Aber nichts destotrotz, so bringe ich die von mir anzumerkenden Punkte heute in der Diskussion ein, und ich hoffe, sie werden Ihre Aufmerksamkeit finden. Ob sie jetzt geteilt ist, oder ungeteilt, das sei dahingestellt.

Auf jeden Fall gibt es zuerst eine rechtliche Feststellung, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, weil sie im Selbstverständnis der Gemeinden eigentlich in der Regel untergeht. Die verfassungsgesetzliche Verankerung der Gemeinde als Selbstverwaltungskörper findet ihren Ursprung in den Bundesgesetzen, und so weiter.

Demnach werden gemäß Art. 116 Abs. 2 die Gemeinden als Gebietskörperschaften mit dem Recht auf Selbstverwaltung charakterisiert. Zum Kern der österreichischen Gemeindeselbstverwaltung gehört neben einer eigenverantwortlichen, weisungsfreie Besorgung bestimmter öffentlicher und privatwirtschaftlicher Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich, vor allem die Willensbildung und die Entscheidungsfindung der in der Gemeinde verkörperten örtlichen Gemeinschaft, nach demokratischen Grundsätzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ist so vieles enthalten, wo Sie in einem, für mich persönlich jetzt gesehen, in einem dieser sogenannten Gesetzesnovelle widersprechen. Es gibt nämlich einen § 92 im neuen Gesetzeskonvolut der lautet Ordnungsstrafen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soweit mir bekannt ist, hat sich auch der Verfassungsdienst des Amtes der Burgenländischen Landesregierung nicht nur kritisch geäußert, sondern das in jeder Form abgelehnt.

Aber es entspricht einer bestimmten Diktion und einer bestimmten Zugangsform, zu den sogenannten frei gewählten Bürgermeisterinnen oder Bürgermeistern in ihrem Selbstverwaltungsrecht, dass man ihnen abspricht, dass sie diese Gemeindeaufgaben selbst umsetzen können und zwar mit dem Handicap zum Schluss, dass es sogar mit Ordnungsstrafen zu belegen ist.

Dieser Entwurf führt taxativ auf, wo quasi gewisse Ordnungsmaßnahmen zu setzen sind, die bis zu Geldstrafen führen. Man versuchte, das dann in der Diskussion ein wenig abzuschwächen, aber für mich ist das ein Zeugnis einer Verantwortlichkeit so von Landesseite her, wo man sagt, na da kann man nicht so freizügig sein, dass sich der selbst verwaltet. Wer weiß, was dann herauskommt.

Wenn er jetzt zweimal nicht entspricht und dementsprechend etwas nicht umsetzt, na dann werden wir eine Ordnungsstrafe verhängen. Ich möchte aber darauf verweisen, es gibt sehr wohl, wo es auch einige Leidtragende dieses gesetzlichen Anspruches gibt, es gibt nicht nur die zivilrechtliche, sondern auch andere Möglichkeiten der

Gerichtsbarkeit, die in Anwendung zu bringen sind, für gewisse Ordnungswidrigkeiten, die eben möglicherweise eintreten könnten.

Aber eines kann nicht der Fall sein, das ist eine Einmaligkeit in gesamtösterreichischer Gesetzeskonstruktion, dass zum ersten Mal im Bundesland Burgenland für nationale Aufmerksamkeit damit auch gesorgt wird, dass es plötzlich einen Passus auf Ordnungsstrafen gibt.

Frau Kollegin Friedl, ich finde es ausgezeichnet, dass es auch eine Bürgermeisterin jetzt offiziell gibt. Aber ich würde es noch in der Steigerungsform absolut vertrauenswürdiger finden, wenn Sie als Bürgermeisterin in der Umsetzung Ihrer Aufgaben, in der Selbstverwaltung, auch ohne den Passus, dass Ihnen eine Ordnungsstrafe blühen könnte, auskommen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eigenartig, zeugt aber von einem Grundverständnis, das ich nicht teilen will und kann. Wir sind in einem demokratisch legitimierten Status in den Gemeinden und auch im Land unterwegs, und diesen Status erwirbt jeder, der ordnungsgemäß gewählt wird. In der Umsetzung der Aufgaben gibt es Rahmenbedingungen, die sind vorgegeben.

Aber es ist zum ersten Mal, und das beschließen Sie heute, zum ersten Mal ein Passus enthalten, der quasi bei widrigem Verhalten, und das ist taxativ aufgeführt, es sind 14 Punkte, die quasi diese Strafvollzugsgeschichten nach sich ziehen. Fakultativ nur die Nichteinberufung einer beantragten Gemeinderatssitzung, die Nichtaufnahme eines Tagesordnungspunktes, die Verweigerung der Akteneinsicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier hört sich das Freie Mandat auf, hier hört sich auch die Verantwortlichkeit eines Mandatsträgers, und sei es ein Bürgermeister, der direkt gewählt wird, auf, wenn von Landesseite her so etwas dann angedroht wird. Auf der anderen Seite, wenn die Möglichkeit gesucht wird, das als modernen Gesetzesentwurf zu betrachten, dann sollten Sie auch, wenn Sie es kalkulierend tun, und ich gebe Ihnen da durchaus Recht, dass Sie das machen können.

Nur wenn Sie es so kalkuliert tun, dann sollten Sie auch die Verantwortung in der Aufmerksamkeit und in der Objektivität dahingehend setzen, dass dieser Entwurf der Hilferuf der Parteien ist, entsprechend Funktionäre gewinnen zu können, weil es nur mehr über den Akt der sogenannten Finanzierung spricht, der Dotierung der Bezüge, in der Rechtsumsetzung quasi gewährleistet ist.

Das ist der Hilferuf der Parteien, die im Grunde genommen von dem einen Ansatz schon genug ausgekostet haben - dass sie nämlich auf der einen Seite jeden versuchen in den öffentlichen Dienst zu stellen und zum Zweiten kommt jetzt dazu, dass sie das noch mit entsprechenden Honorierungen setzen wollen.

Wir alle wissen, in den Gemeinden wird in der Regel ehrenamtlich und idealistisch gearbeitet und da braucht es keine Repressalien. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach vielen Abenden, nach vielen Diskussionen, Streitgesprächen, war klar, dass zwischen den Finanzausgleichspartnern Länder, Gemeinden, Städte, horizontal keiner zustimmen wird, wenn er selber Verluste hinnehmen muss. Das heißt, ich gebe Ihnen vollkommen Recht, dass es zu einem wirklich gerechten

Finanzausgleich zwischen den westlichen und östlichen Städten und Ländern in nächster Zeit in der Form nicht kommen wird.

Daher haben wir eine Möglichkeit gesucht, sowohl für die Länder, als auch für die Städte und Gemeinden durch zusätzliches Geld den Finanzminister dazu zu bringen, nicht nur die Sozial- und Gesundheitskosten berechtigt an Mehrforderungen abzudecken, sondern gleichzeitig einen Spielraum für diejenigen Länder, Städte und Gemeinden zu finden, die benachteiligt sind durch diesen Finanzausgleich.

Das ist in einer relativ guten, nicht in einer sehr guten, aber in einer relativ guten Form gelungen, sodass wir seitens des Landes Mehreinnahmen durch den Finanzausgleich haben. Ich werde dann die Zahlen dazu sagen, aber auch, und das darf ich in Stellvertretung des Herrn Präsidenten Trummer, der hier im Hohen Haus nicht vertreten ist, die Zahlen nenne.

Für die Städte und Gemeinden war es die Forderung des Burgenländischen Gemeindevertreterverbandes, hier einen Strukturfonds für strukturschwache, finanzschwache und von Abwanderung bedrohten Gemeinden zu errichten. Und das ist gelungen in Form und in der Höhe von 60 Millionen Euro.

Hier war dann im Anschluss an die Paktierung des Finanzausgleiches eine Gruppe damit beschäftigt, innerhalb der Städte und Gemeinden die Bedingungen herauszuarbeiten und auszuverhandeln, wer bekommt von diesen 60 Millionen Euro wieviel? Das Ergebnis war, das die burgenländischen Gemeinden von diesen 60 Millionen Euro jährlich 5,8 Millionen Euro bekommen, nur aus diesem einen Titel. Das sind 9,7 Prozent der gesamten Mittel und 3,4, also ist das Dreifache, was dem Burgenland von der Größe her zustehen würde. Aber, wir haben immer gesagt und betont, dass soll es für struktur- und finanzschwache Gemeinden geben.

Daher bekommt das Burgenland, oder die burgenländischen Gemeinden, die da betroffen sind, 5,8 Millionen Euro, nur aus diesem Titel pro Jahr 7,2 Millionen Euro insgesamt mehr. Da sind auch die Steigerungen und die zusätzlichen notwendigen Anpassungen drinnen, das sind sieben Prozent, also auch doppelt so viel, als der Bevölkerungsanteil wäre.

Insgesamt bekommen die burgenländischen Gemeinden für das Jahr 2017 225 Millionen Euro rund, das sind um 12 Millionen Euro mehr, als im Vorjahr. Das bedeutet, wenn man sich jetzt diesen Bevölkerungsschlüssel anschaut, dass vorher 745 Euro pro Einwohner im Burgenland da waren, und jetzt 764, also rund 20 Euro mehr. Ist eine Verbesserung, aber nicht der Ausgleich der Ungerechtigkeit, das wissen wir.

Aber wenn man keine Zustimmung bekommt, wenn man keinen einstimmigen Beschluss zusammenbringt, und das wäre nicht möglich gewesen, weder unterhalb oder innerhalb der Länder, noch innerhalb der Gemeinden, dann ist dieses Ergebnis in Anbetracht dieser Tatsache, ein sehr, sehr gutes. Weiters kommen noch dazu 5,7 Millionen Euro für gemeinschaftliche Aufgaben im Land.

Für Pflegefonds haben wir einen wesentlich höheren Prozentsatz, eine Valorisierung mit dem Finanzminister ausgehandelt, als ursprünglich vorgesehen war. Dann Hospiz- und Palliativbewegung beziehungsweise Finanzierung, und die Bankenabgabe, das bedeutet, dass wir insgesamt für das Burgenland bis zum Jahre 2021 für das Land 26 Millionen Euro, für die Gemeinden 36 Millionen Euro, für die gemeinschaftlichen Ausgaben, Ausgaben die ungefähr 50 zu 50 dann verteilt sind 28,5 Millionen Euro, also insgesamt 90 Millionen Euro für die gesamte Finanzausgleichsperiode mehr ins Burgenland geholt haben.

Viele haben gemeint, man bekommt überhaupt nichts mehr. Man bekommt weniger, weil die Schuldensituation des Bundes so stark ist, weil die Finanz- und Wirtschaftskrise noch so stark ist und vieles mehr. *(Landesrat Helmut Bieler zeigt eine Aufstellung.)* Es ist gelungen 90 Millionen Euro ins Burgenland zu holen und davon, und das sieht man, überproportional viel für die Gemeinden, also nicht so wie das Land, sondern wesentlich mehr und auch hier zumindest die Hälfte.

Das heißt von diesen 90 Millionen Euro kommen 50 Millionen ungefähr für die Gemeinden, 40 Millionen Euro insgesamt in der Periode für das Land. Das heißt, ein Erfolg, den man natürlich kleinreden kann, der aber in Wahrheit und realistisch betrachtet ein sehr, sehr gutes Ergebnis ist.

Dann war natürlich auch die Diskussion Steuerhoheit, da hat man verschiedene Zugänge. Die reichen Bundesländer waren dafür, also Niederösterreich wollte das unbedingt, die Vorarlberger waren nicht abgeneigt, also diejenigen, die wirklich die reichen Länder sind. Wir wissen, dass durch eine Abgabe der Steuerhoheit auf die Länder eine Konkurrenzsituation entstehen würde, wo sich das eine Land gegen das andere Land durchsetzen will, möglichst wenig an Angaben von den Firmen bekommt und dadurch draufzahlen würde.

Daher hat man sich darauf geeinigt, nicht in einem Schritt, beziehungsweise wir als Burgenland haben das überhaupt abgelehnt, weil das kleinste Land und finanzschwächste Land kann dabei nur draufzahlen, dass wir bei den Grundsteuern ein Modell entwickeln, wo sich die Städte und die Gemeinden selber ihre Normen festlegen und festsetzen können.

Was die aufgabenorientierte Finanzausgleichssituation bedeutet, war immer sofort von einem Land, wenn man das gemacht hätte, die Forderung, aber ohne Verwerfungen, wir dürfen dabei nicht draufzahlen. Wenn man 15, 20 Kriterien hat, gibt es immer ein Land oder mehrere Länder, die bei dem einen Schlüssel oder bei dem anderen Schlüssel draufzahlen würden.

Daher haben wir uns darauf geeinigt, im Bereich der Bildung diese aufgabenorientierte Finanzierung in Zukunft zu forcieren und auch hier Modelle zu entwickeln. Daher gibt es ja zusätzlich 750 Millionen Euro für ganztägige Schulformen, das ist ja kein Zufall.

Das heißt, das ist natürlich nicht der große Wurf, war auch gar nicht möglich, aber in Ansätzen wirklich sehr gute Programme, die hier entwickelt wurden. Außerdem kommt noch dazu, dass für kommunale Infrastruktur und einen Investitionsanreiz 175 Millionen Euro von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden.

Wenn man all diese Zahlen betrachtet, sind das mehrere Milliarden Euro, die hier die Bundesregierung an die Länder, Städte und Gemeinden abgeben musste, weil gute Argumente da waren. Das bedeutet aber, dass gleichzeitig die Länder gestärkt wurden in ihrer Finanzhoheit und die Städte und Gemeinden gestärkt wurden, speziell die finanz- und strukturschwachen Gemeinden.

Ein wesentlicher Vorteil, nicht der große Wurf, das wissen wir, aber angesichts der finanziellen Situation, die der Bund hat und die durch Finanz und Wirtschaft vorgegeben war, ein durchaus passables Ergebnis, dass wir hier und auch heute präsentieren können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke, Herr Landesrat. Weiters von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Regierungsmitglieder! Sie alle kennen die Kommunalpolitik und sind auch tagtäglich damit konfrontiert, damit befasst, und kennen natürlich auch die Herausforderungen nur all zu gut. Es ist richtig, dass die Aufgaben innerhalb der Gemeinde immer komplexer und vielfältiger werden und in sehr vielen Fällen Spezialwissen notwendig ist und sehr viel Zeit auch im direkten Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern notwendig ist und entsprechend auch aufgewendet wird.

Bevor ich jetzt auf das Gemeinderechtspaket im Detail eingehe, möchte ich aber noch ein wenig über die Aufgaben und auch über die kommenden Aufgaben und das Budget der Gemeindeabteilung im Jahr 2017 eingehen. Als Gemeindereferentin ist es mir einerseits sehr wichtig die Gemeindeabteilung auch weiterhin verstärkt als Service- und Informationsanlaufstelle für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber natürlich auch für die Gemeindebediensteten zu positionieren.

Hier gibt es täglich Dutzende an Anfragen, die auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeabteilung entsprechend beantwortet werden und ich möchte darauf hinweisen, dass jede Frage und jedes Anliegen bearbeitet und beantwortet wird. Um hier aber Kompetenzen zu bündeln und auch Synergien zu schaffen und auch eine Vernetzung der Verwaltung auf die verschiedensten Ebenen zu leisten, wird es 2017 auch wieder zahlreiche Informationsveranstaltungen geben, sowie Sprechtage mit der Gemeindeabteilung in den Bezirken, die übrigens sehr gut angenommen wurden.

Ein Schwerpunkt dieser Beratung und teilweise auch Schulungsinitiative wird auch gemeinsam mit der Akademie Burgenland, selbstverständlich in Etappen, die Umstellung auf die Doppik sein. Das wird ein Thema sein, dass die Gemeinden auch noch die nächsten Jahre sehr intensiv beschäftigen wird.

Denn mit der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung werden sich bereits nächstes Jahr große Herausforderungen ergeben, vor allem was die Vermögensbewertung betrifft. Diese Bewertungsrichtlinien stehen nun kurz vor der Vollendung und werden auch ab Mitte Jänner bereits geschult werden und zu diesen Schulungen sind bereits über 60 Gemeindebedienstete angemeldet.

An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich bei den Mitgliedern und bei der verantwortlichen Arbeitsgruppe bedanken, die in den letzten Wochen hier wirklich sehr intensiv an diesen Bewertungsrichtlinien gearbeitet haben. Im Jahresverlauf 2017 wird es in Verbindung natürlich auch mit der VRV auch legistische Umstellungen zur Gemeindehaushaltsordnung geben, die sich durch die Umstellung durch die VRV ergeben. Das wird auch in Kooperation mit anderen Bundesländern passieren.

Es wird hier bundesweite Arbeitsgruppen geben mit internen Schulungsmaßnahmen, auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aufsichtsbehörden, um hier Synergien zu nutzen und Kosten zu sparen. Ziel des Projektes ist letztlich ein Wissenstransfer und eine Kommunikation bis hin in die Gemeinden.

Genau das ist im Budget oft berücksichtigt. Genauso wie eine Informationsoffensive dann nach Beschluss des Gemeinderechtspaketes für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Denn ich denke Sie werden mir alle zustimmen, wenn ich sage, dass es sehr wichtig sein wird, die Gemeinderätinnen, Gemeinderäte und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen bestens zu informieren.

Ein letzter kurzer Bericht, den ich noch anbringen möchte, ist ein Vorhaben rund um die Anschaffung eines internen Prüfprogrammes für die Gemeindehaushaltsdaten. Da geht es darum, dass bereits vorhandene Softwareprogramm abzudaten und gleichzeitig eine Erweiterung anzuschaffen. Diese Erweiterung soll den Sinn haben, dass zusätzlich 300 neue hinterlegte Prüfkriterien und eine automatisierte Prüfroutine hier angeschafft werden.

Das hat einerseits den Vorteil, dass die Gemeindehaushaltsdaten nicht mehr manuell eingegeben werden müssen, das war bisher ein sehr großer Arbeits- und Zeitaufwand, das heißt, es wird hier ein großer Mehrwert auch für die Gemeinden sein. Für die Gemeinden vor allem auch deswegen, weil die Gemeinden sofort nach Eingabe der Gemeindehaushaltsdaten Feedback bekommen und entsprechend auch sehen, ob der Datenträger in Ordnung und schlüssig ist.

Das heißt, auch hier werden wir um einiges effizienter werden. Es ist nicht nur eine allgemeine Arbeitserleichterung oder Zeitersparnis, sondern auch eine Win-Win-Situation sowohl für die Gemeinden als auch für das Land und vor allem ein weiterer Schritt im Hinblick zu einer modernen Verwaltung.

Wenn ich schon von einer modernen Verwaltung spreche, möchte ich auch darauf zu sprechen kommen, dass wir mit dem neuen Gemeinderechtspaket, das morgen beschlossen werden wird, einen weiteren Schritt in Richtung moderne Gemeindeverwaltung setzen und hier vor allem auch moderne, rechtliche Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen.

Ich denke es ist uns hier allen gemeinsam in den letzten Monaten wirklich eine wirklich vorbildliche Aktion gelungen. Wir haben uns nämlich gemeinsam für die Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik für das 21. Jahrhundert geeinigt und dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Mitwirkenden sehr herzlich bedanken. *(Allgemeiner Beifall)*

Denn unter dem Motto „Mehr Wertschätzung - mehr Demokratie und mehr Kontrolle“ soll morgen diese Gemeinderechtssammelnovelle beschlossen werden. Hier ist ein besonderes Anliegen, dass wir auch die Arbeit in den Gemeinden der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wertschätzen.

Natürlich geht es dabei einerseits um die finanzielle Aufwertung, das ist nur ein Teil dieser Attraktivierung oder dieses Pakets der Attraktivierung. Das kann selbstverständlich nicht der einzige Anreiz sein in die Gemeindepolitik zu gehen, aber ich denke, das ist ein wichtiger Teil um auch die Wertschätzung auf monetäre Art und Weise sichtbar zu machen. Denn Leistung sollte immerhin etwas wert sein und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker leisten hier wirklich Großartiges in unseren Gemeinden. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Abgesehen davon waren wir Schlusslicht was die Bezahlung der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker betrifft und damit haben wir jetzt mit Augenmaß etwas erhöht und nähern uns zumindest dem österreichischen Durchschnitt.

Morgen soll nicht nur die Gemeindeordnung sondern auch die Gemeindewahlordnung und zahlreiche weitere Begleitgesetze verabschiedet werden. Erweitert wird das Ganze dann noch durch ein großes demokratisches Angebot auch für die Bürgerinnen und Bürger selbst.

Gemeint ist damit der zweite Wahltag, der auch schon bei der Landtagswahl 2015 sehr erfolgreich sich bewährt hat. Es gab damals eine Wahlbeteiligung von 8,55 Prozent und deswegen wollen wir dieses Angebot zu mehr Demokratie auch bei den

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen im Jahr 2017 anbieten, das sicherlich auch ein Benefit für die Bürgerinnen und Bürger sein wird.

Ein wesentliches Anliegen des Reformprojektes ist auch einerseits die Entbürokratisierung der Kommunalpolitik, genauso wie der Ausbau der Minderheitenrechte. Hier wird in Zukunft jede Fraktion das Recht haben an Ausschüssen teilzunehmen, schriftliche Anfragen zu stellen, Punkte auf die Gemeinderatssitzungstagesordnung zu bringen und auch Anspruch von Kopien von Sitzungsunterlagen haben.

Wir haben die Fristen angepasst. War vorher die Frist für die Einladung zu einer Gemeinderatssitzung bei fünf Arbeitstagen, sind es jetzt acht Tage. Denn diese Formulierung mit den fünf Amtstagen hat in der Praxis oft zu Verwirrungen geführt. Das ist damit jetzt auch hinfällig. Genauso wie es jetzt die Möglichkeit von elektronischen Sitzungseinladungen via E-Mail geben, um auch der heutigen Zeit Rechnung zu tragen.

Vielleicht auch noch ein letzter Satz oder ein paar letzte Sätze zu den Ordnungsstrafen. Herr Abgeordneter Steier, ich weiß nicht, ob Sie die Bestimmung genau kennen, aber erstens einmal ist es so, dass die Ordnungsstrafen kein Novum des Burgenlandes sind, diese Ordnungsstrafen gibt es bereits in drei anderen Ländern. Weil Sie gemeint haben, dass der Verfassungsdienst sogar dagegen war, der Verfassungsdienst hat lediglich gemeint oder darauf hingewiesen, dass das Doppelbestrafungsverbot nicht sein soll und genau das haben wir dann korrigiert.

Das heißt, diese Bestimmung ist in keinster Weise in irgendeiner Art und Weise überschießend oder nur auf das Burgenland bezogen, ganz im Gegenteil das Burgenland war, was die Aufsichtsmittel betrifft, Schlusslicht unter allen Bundesländern. Zusätzlich ist auch noch von einigen anderen Fraktionen gekommen, gerade dieses, dass wir die Aufsichtsmittel stärken sollen, also dieser Wunsch ist nicht nur seitens der Aufsichtsbehörde gekommen, sondern auch von zahlreichen anderen Seiten.

Ich glaube, das ist auch ein wichtiges Zeichen für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die ihre Arbeit ordnungsgemäß verrichten und in den Gemeinden großartige Arbeit leisten. *(Abg. Gerhard Steier: Kommen dann die Landesräte auch?)* Wenn man sich nicht so verhält, wie es sein sollte und wie es rechtlich auch verankert ist, dass man hier auch die Möglichkeit hat, und die Möglichkeit der Aufsichtsbehörde hat, auch entsprechend einzugreifen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Recht auf Bescheid, Recht auf rasche Erledigung.)*

Wie Sie also sehen, können wir hier wirklich morgen ein umfangreiches Reformpaket beschließen hin zu einer modernen Gemeindeverfassung. Und an dieser Stelle möchte ich mich noch einmal ausdrücklich, vor allem auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeabteilung, bedanken, an der Spitze mit der Frau Mag. Brigitte Novosel, der Abteilungsvorständin, genauso die Frau Mag. Andrea Deutsch, die Hauptreferatsleiterin, die hier wirklich federführend bei der Erarbeitung dieser Gesetzestexte dabei waren.

Genauso bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsdienstes, bei der Frau Dr. Elisabeth Neuhold und natürlich auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro, die sehr viel Zeit auch aufgewendet haben, um diese Gesetzesnovelle auf Schiene zu bringen. Bei den Landtagsklubs, natürlich an erster Stelle beim Robert Hergovich und beim Géza Molnár, die diese gesamten 100 Stunden, die Du erwähnt hast, in den Verhandlungsstunden mit mir gemeinsam verbracht haben.

Aber auch bei allen im Landtag vertretenen Parteien, bei den GRÜNEN, bei der LBL, bei der ÖVP, die sich alle wirklich konstruktiv und sachlich in die Entstehung dieses Gesetzes eingebracht haben.

Es war ein langwieriger Gestaltungsprozess, der sich über Monate gezogen hat, aber ich glaube letztendlich können wir jetzt auf einen gemeinsamen Erfolg blicken und ich freue mich auf die Zustimmung morgen im Landtag. *(Allgemeiner Beifall)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke, Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Vielleicht abschließend auch noch einmal von mir, ich würde mir wünschen, dass alle Gesetze so zustande kommen, wie das eben erwähnte und nicht so wie das Jagdgesetz zum Beispiel.

Jetzt zu einem neuen Thema, es geht um Raumordnung, Raumplanung. Da ich zu dem Thema bei sehr vielen der letzten Landtagssitzungen schon gesprochen habe und die Thematik wohl den meisten bewusst ist, versuche ich heute ein bisschen einen anderen Zugang. Wir wissen, dass das Hauptproblem hier ist, dass wir zu viel Boden versiegeln, was unter anderem der Versickerung von Wasser, von Regen, der leider durch den Klimawandel auch immer stärker und in viel kürzeren Zeiträumen ausfällt.

Es gibt einige Ansätze diese Problematik zu verringern, die, man höre und staune, nicht nur von Vorteil ist, sondern darüber hinaus auch noch Geld spart. Zwar geht es konkret um den Schotterrasen. Wir wissen alle, dass heute bei jedem Einkaufszentrum, bei jeder Genossenschaftsanlage neue Parkplätze geschaffen werden, die immer oder fast immer versiegelt werden mit Asphalt.

Es gibt eine sehr kostengünstige und einfache Alternative dazu, die möchte ich hier kurz zum Thema machen. Und zwar ist der Schotterrasen eine Mischung, wie der Name schon sagt, aus Schotter und Grün. Das heißt, ein kleiner Anteil an Kompost und Erde und ein großer Anteil an Schotter. Der Vorteil ist eben, dass auf den Stellplätzen selber, im Unterschied bei den Zufahrten, das wird natürlich weiterhin asphaltiert, der Boden nicht versiegelt wird.

Das sind ganz schön große Flächen zum Teil, wo man hier die Versiegelung praktisch nicht notwendig macht. Es gibt zwei Bauweisen, die Zweischichtbauweise und die Einschichtbauweise. Bei der Zweischichtbauweise, die höhere Tragkraft hat, werden pro Quadratmeter 22 Euro an Herstellungskosten aufgewiesen, bei der einschichtigen sind es gar nur 15,50 Euro. Das ist sogar günstiger als bei der Rasengittervariante.

Sie kennen sicher diese Steine, wo dazwischen das Grün sprießen kann. Im Vergleich zu einer Asphaltparkplatzfläche, die zwischen 27 und 37 Euro pro Quadratmeter braucht. Die Daten habe natürlich nicht ich mir errechnet, sondern die stammen von einer Versuchsanlage beziehungsweise genauer genommen von zwei Versuchsanlagen der BOKU, die das in Wien ausprobiert hat.

Diese Geschichte könnte man auch nicht nur auf Parkplätzen machen, sondern auch auf Wegen, die nicht so stark beansprucht werden. Diese Schotterrasen sind mit normalem Schuhwerk, wenn man nicht gerade mit Stöckelschuhen unterwegs ist, auch sehr gut bei Nässe betretbar, weil es dann eben dort keine Staunässe gibt.

Einziger kleiner Zusatzaufwand ist, je nach Witterung müssen diese Flächen zweimal jährlich gemäht werden. Meistens ist es aber so, dass im Umfeld von

Parkanlagen, von Genossenschaftsanlagen, auch Wiesen und Gras ist, das sowieso gemäht gehört und daher der Aufwand relativ gering ist, der hier mehr entsteht.

Der Vorteil ist ganz klar. Mehr Fläche, die das Wasser aufnehmen kann, weniger die Problematik, dass wir dann das Wasser im Keller haben, weil das Wasser eben nicht weiß, wohin. Wir haben aber auch den Vorteil, dass Asphalt und Beton natürlich die Hitze sehr stark speichern. Da wir damit rechnen müssen, und wir von den vergangenen Jahren teilweise schon wissen, dass wir sehr starke Hitzephasen im Hochsommer haben mit weit über 30 Grad, gibt es hier eine Fläche die weniger Hitze speichert.

Was natürlich auch im städtischen Bereich zum allgemeinen Wohlbefinden stärker beiträgt. Auch zum stärkeren Wohlbefinden trägt bei, dass dieser Boden Verdunstung zulässt. Verdunstung heißt immer auch ein Abkühlen der Umgebungswärme. Der nächste Vorteil. Wo wäre das theoretisch möglich?

Überall wo Parkplätze im großen Rahmen gemacht werden, Supermärkte, Fachmarktzentren, Bauhöfe, Genossenschaftsbauten, habe ich schon erwähnt, aber auch Treppelwege zum Beispiel zwischen Reihenhausanlagen, einzelnen Blöcken von Genossenschaftsbauten und ähnlichem, könnte man völlig oder größtenteils auf die Asphaltversiegelung verzichten.

Ich war vor einer guten Woche beim Waldverband. Bei der Generalversammlung vom Waldverband, wo von der BOKU die Universitätsprofessorin Stangl einen Vortrag eigentlich über Bioökonomie, dazu spreche ich später auch noch, gehalten hat.

Die hat auch so wie die meisten Fachleute die aus der Raumplanung kommen, die sich mit dem Klimawandel beschäftigen, ganz massiv gesagt, wenn wir hier nicht bald umdenken und Maßnahmen setzen, dass wir der Bodenversiegelung Herr werden und zumindest, ganz verhindern werden wir es eh nicht können, aber ganz stark runterfahren und da wäre diese eine Maßnahme eben möglich.

Nötig wäre eigentlich nur eine Verordnung, die diese Maßnahme zulässt, ermöglicht oder sogar verpflichtend vorsieht. Es gibt dazu Fachleute die sich damit auskennen. Man kann natürlich nicht jeden Schotter nehmen. Man muss eine gewisse Körnung nehmen. Man muss das professionell machen, dann funktioniert das über Jahre hinaus sehr gut und man kann, wie gesagt, da wir heute auch beim Budget sind, Kosten sparen.

Ich möchte das auch wirklich den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen die hier im Raum sind ans Herz legen. Ihr habt oft auch Maßnahmen in Eurer Gemeinde zu setzen, wo Parkplätze oder ähnliches geschaffen werden müssen. Wege, wo man das überlegen kann und sich anschauen kann, ob man hier nicht die harmlosere Variante wählen kann. Wir werden, heuer wird es sich nicht mehr ausgehen, 2017 einen Antrag dazu einbringen. Ich hoffe, dass die eine oder andere Fraktion da mitgeht. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Mag. Kurt Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Grundsätze der räumlichen Entwicklung sind die Basis für die Abwägungs- und Ermessungsentscheidungen zur Entwicklung eines Landes. Sie sind als Vorgaben für die öffentlichen Planungsträger zu berücksichtigen.

Sie sollen sicherstellen, dass die Teilräume des Landes mit ihren besonderen Stärken zur Gesamtentwicklung des Landes beitragen, zusammenarbeiten und solidarisch Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit eines Landes übernehmen.

Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren von Grund auf geändert. Die Leistungsbilanz des Landes, wir haben das heute schon des Öfteren angesprochen, der Gemeinden und vor allem der Burgenländerinnen und Burgenländer, kann sich sehen lassen.

Die dynamische Entwicklung und Änderung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wie auch technischen Rahmenbedingungen, erfordern stets Anpassungen auch im Bereich der Raumplanung. Hier nimmt das Burgenland bereits eine Vorreiterrolle ein. Die Raumplanung hat wieder zahlreiche Aktivitäten im Jahr 2016 gesetzt.

Im Jahr 2016 wurden bis November insgesamt 96 aufsichtsbehördliche Genehmigungsverfahren zur Genehmigung von Flächenwidmungsplänen durchgeführt und abgeschlossen. Aufgrund der Neueinführung der sogenannten Umlaufbeschlüsse durch den Raumplanungsbeirat wurden von den insgesamt 67 Auflageverfahren zehn im Rahmen eines Umlaufbeschlusses und 57 in den Sitzungen vom Raumplanungsbeirat behandelt.

Im Juli 2016 ist eine Novelle in Kraft getreten, die die Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten in der Widmungskategorie „Grünfläche – Sonderzone“ umfasst. In den als Sonderzone ausgewiesenen Gebieten des Unteren Pinka- und Stremtals befinden sich alte Kellergebäude, welche sich durch besondere, historische, künstlerische und kulturelle Qualität auszeichnen. Änderungen an den Kellern in den als „Grünfläche – Sonderzone“ gewidmeten Flächen waren bis zu dieser Novelle praktisch nur zulässig, wenn sie einem landwirtschaftlichen Betrieb dienten.

Es ist nun die Änderung an den bestehenden Kellern in der Sonderzone seit Juli 2016 auch zur touristischen Nutzung zulässig, wenn die touristische Nutzung im Zusammenhang mit dem ortsüblichen landwirtschaftlichen Betrieb besteht.

Zum Beispiel Urlaub am Bauernhof, Weinverkostungsseminare oder auch mit Übernachtungsmöglichkeiten. Im Bereich der Grundlagenforschung wurden neue Orthofotos für das Geoinformationssystem erstellt. Auf Basis einer Kooperation mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, werden diese Orthofotos in einem Dreijahresrhythmus aktualisiert.

Während des Jahres 2016 wurden Befliegungen durchgeführt. Die neuen Luftbilder werden voraussichtlich bis Ende des Jahres verfügbar sein. Betreffend Wirtschaftsanalyse Ostregion hat sich die Planungsgemeinschaft Ost in den vergangenen Jahren im Auftrag der Landeshauptleute mit Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion befasst. Es geht hier um die drei Länder Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Im Herbst 2015 wurde das Projekt „Monitoring der Siedlungsentwicklung in der Stadtregion“ gestartet.

Der schriftliche Endbericht soll bis Ende 2016 vorliegen. Die zentrale Frage dabei war, ob das für 2030 prognostizierte Wachstum von zusätzlich gut 400.000 Menschen in der Bundeshauptstadt und in der Stadtregion nachhaltig bewältigbar ist. Die aktuellen Entwicklungen in der überörtlichen und sektoralen Raumordnung betreffen den Windkraftausbau im Nordburgenland und die Entwicklung im Mittel- und Südburgenland. Die Grundlagen für den Ausbau erneuerbarer Energie im Burgenland bilden die sogenannten Rahmenkonzepte für Windkraftanlagen.

Auf diese Art erfolgt eine mit unterschiedlichen Nutzungsansprüchen abgestimmte Ausweisung von Eignungs- und Ausschlusszonen für Windkraftanlagen. Das Ergebnis stellt praktisch dann eine Entscheidungsgrundlage für Behörden, Gemeinden und mögliche Windparkbetreiber dar und vermittelt auch entsprechende Planungssicherheit. Aktuell werden Vorarbeiten für eine Untersuchung einer möglichen Windkraftentwicklung im Mittel- und Südburgenland begonnen. Die Gemeinden sind natürlich auch hier miteinbezogen. Untersuchungen von Eignungs- und Ausschlusszonen werden erst dann eingeleitet, wenn der Gemeinderat das auch dementsprechend beschließt.

Im Frühjahr 2016 wurde eine Arbeitsgruppe installiert, die Bewirtschafts-, Rekultivierungs- und Nachnutzungskonzepte für Kies- und Schotterabbaugebiete der Parndorfer Platte erarbeiten soll. Wie wir wissen, ist die Parndorfer Platte ein Gebiet mit hohem, zum Teil auch hochwertigem Schottervorkommen gemäß dem österreichischen Rohstoffplan.

Insofern besteht seit jeher auch reger Schotterabbau, den es mitunter aus ökologischen Gründen, aber auch aus Gründen des Landschaftsschutzes zu regulieren gilt. Weiters wurde in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement Burgenland die Plattform "Regionalentwicklung" ins Leben gerufen.

Ziel dieser in regelmäßigen Abständen stattfindenden Treffen sind der Gedanken- und Erfahrungsaustausch in verschiedensten regionalen Themenbereichen, sowie auch die Entwicklung von Projekten zugunsten und auch unter Einbindung der Gemeinden.

Im November 2015 wurde der erste burgenländische Planertag seitens des Amtes der Burgenländischen Landesregierung, an dem Juristen, Fachplaner, sowie Ortsplaner der Gemeinden teilnahmen, abgehalten. Neben raumplanungsfachlichen und rechtlichen Themenschwerpunkten wurden vor allem Verbesserungsmöglichkeiten der Kooperation zwischen dem Amt der Landesregierung, den Gemeinden und den Planern diskutiert.

Weiters wurde vereinbart, dass der Planertag zukünftig eine institutionalisierte Plattform darstellen soll, in deren Rahmen aktuelle alle Ortsplaner betreffenden Themenstellungen behandelt werden.

Der nächste Planertag findet noch im Dezember 2016 statt. Insgesamt kann man feststellen, dass die Raumplanung ein optimales Instrument dazu ist, um die richtige Balance zwischen den Interessen der Menschen, der Wirtschaft und der Umwelt zu gewährleisten. Die Raumplanung im Burgenland wird als Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Wertschöpfung stetig geschärft. Der Landeshauptmann hat gesagt, das Budget 2017 ist ein solides Fundament für die gesamte Arbeit der Landesregierung nach dem Motto „Schneller, besser, effizienter“.

Ich sage das, dass das auch genau auf die Raumplanung zutrifft und hier wird hervorragend gearbeitet. Ich darf mich heute bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern recht herzlich bedanken. Sie sind bestrebt, die Raumplanung des Burgenlandes stets weiterzuentwickeln und den modernen Anforderungen unserer Zeit anzupassen. Wir werden dem Budget zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Wir sind jetzt bereits wieder einen Schritt weiter. Das wir auch die Überschrift dazwischen haben, Punkt: Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Europa. Das Thema Sicherheit steht

schon wieder da. Ich kann gar nichts dafür, und der Herr Kollege Hergovich ist jetzt nicht da, weil er vorher geglaubt hat, es gibt so etwas wie einen Sicherheitskomplex.

Also was ich natürlich habe, ist ein sehr kritischer Blick auf die aktuelle Sicherheitspolitik des Landes. Deswegen werde ich auch immer wieder hier meine Kommentare abgeben, weil mir einfach einiges an den politischen Entwicklungen und an dem, was hier dann auch im Budget dafür vorgesehen ist, nicht gefällt. Dazu braucht man keinen Komplex zu haben, sondern einfach sein Hirn einschalten. Das ist mein Blick auf diese Sachen und da will ich mir auch nichts anderes unterstellen lassen.

So, zur Sicherheit habe ich ja schon in meinem Beitrag zur Generaldebatte gesprochen, das wird jetzt kürzer werden. Ich will hier nur noch einmal zusammenfassen: Was wir nicht brauchen, ist mehr akzentfrei deutschsprechende Patrouillen von 8.00 bis16.30 Uhr auf den Straßen einiger Gemeinden.

Sondern wir brauchen eine sinnvolle Zusammenarbeit mit der Polizei, was auch beinhaltet, dass sich der zuständige Landesrat von den aktiven Funktionsträgern der Landespolizeidirektion beraten lässt, bevor er nächste Ideen äußert. Viel sinnvoller als solche Bauchgefühlsprojekte wäre etwa eine Kampagne um zu sichern, dass die Polizei genügend Nachwuchs bekommt, hier gibt es nämlich große Schwierigkeiten.

Es gibt Ausbildungsvorgänge im Burgenland, nur leider ist es schwer, hier genügend Interessenten und Interessentinnen zu finden. Hier eine Zusammenarbeit anzustreben und auch einmal Geld hineinzustecken, halte ich für die Sicherheit des Burgenlandes für sehr angebracht. Ist aber leider nicht vorgesehen!

Was wir brauchen ist Sicherheit. Sicherheit im Katastrophenfall. Da gibt es ja auch einen neuen Posten im vorliegenden Voranschlag, der genannt ist „Förderung von Katastrophenhilfsdiensten“, der ist mit 40.000 Euro dotiert. Es steht aber nicht näher erläutert, für welche Katastrophenhilfsdienste das gemeint ist.

Es ist auf der einen Seite die Wasserrettung genannt, der Samariterbund, Rotes Kreuz, Feuerwehr und Rettungshundebrigade. Bei jenem Posten, der einfach erhöht wurde, steht nur „der Landesverband“. Welcher Landesverband auch immer auf sich allein gestellt wäre, da muss ich erst genau nachforschen, wer er jetzt eigentlich von dieser Erhöhung wirklich profitiert. Aber das werden wir noch klären.

Was wir brauchen ist Sicherheit im medizinischen Notfall. Auch hier gibt es neue Budgetposten, von denen ich noch nicht bei jedem einzelnen herausfinden konnte, wem er zugutekommt. Da werden also Rettungsdienste, auch im Gesundheitsbudget eben neu gefördert, mit einer Höhe von 60.000 Euro. In den Erläuterungen steht: Rettungshundebrigade und Österreichische Wasserrettung. Details muss man erst herausfinden. Also das ist mir noch nicht ganz klar.

Jedenfalls haben wir hier das Augenmerk auf beste Rahmenbedingungen zu legen. Ich möchte in dem Zusammenhang auch herzlich meinen Dank an die Feuerwehr, ein paar Vertreter sitzen immer wieder da, an die Rettungsorganisationen, das Rote Kreuz, dem Arbeitersamariterbund, die Wasserrettung und die Hundebrigade richten, weil sie wirklich eine Infrastruktur bieten, die Sicherheit in unserem Land bieten kann.

Wir brauchen auch Sicherheit in sozialen Belangen und Sicherheit im Schutz gegen Gewalt, vor allem auch im Schutz vor häuslicher Gewalt gegen Frauen. Das Thema Sicherheit ist also durchaus vielschichtig und wäre sehr spannend, ernsthaft miteinander zu diskutieren. Ich hoffe, wir kommen noch irgendwann einmal dazu. Nun möchte ich mich aber einem zweiten großen Thema, das dieser Gruppe hier zugeordnet ist, widmen. Das ist das Thema Europa.

Der Landtag hat vor einigen Monaten etwas sehr sinnvolles getan - das kostet auch Geld, aber wenn es sinnvoll ausgegeben ist, ist es sehr erfreulich - und hat im Juni eine Reise nach Brüssel unternommen. Wer wollte aus allen Landtagsfraktionen konnte hier mitfahren, um in Brüssel miteinander Institutionen zu besuchen und die Europäische Union besser kennenzulernen.

Wir konnten dort auch mit Mandatarinnen und Mandataren ins Gespräch kommen und einen Austausch finden. Das hat für uns, ich glaube gerade auch in diesem gemeinsamen Erforschen dessen, was sich in Brüssel abspielt, viele neue Erkenntnisse gebracht, europapolitisch auch wichtig, dass wir hier eine gemeinsame Sichtweise bekommen. Zum Beispiel wurde uns hier sehr deutlich gemacht, wie oft es vorkommt, dass in Österreich bei Änderungen von Gesetzen gesagt wird, die EU ist schuld und wenn man genauer nachforscht, was die EU eigentlich vorgeschrieben hat, ist das sehr harmlos.

Ein Beispiel dafür ist die Allergenverordnung, die ganz große Wellen geschlagen hat und große Aufregung verursacht hat. Es hat immer geheißen, die EU ist schuld. Also die EU ist schuld daran, dass sie eine Vorgabe gemacht hat, dass in jedem Lokal, in dem man Essen konsumieren kann, in jedem Wirtshaus zum Beispiel oder auch in kleineren Buden, eine Person Auskunft geben kann, wenn jemand nachfragt, was die Inhaltsstoffe in dem Essen sind, um eventuelle Allergene ausfindig zu machen.

Dass dann eine detaillierte Auflistung in irgendwelchen Speisekarten daraus wird, das ist in Österreich von einigen Beamten in einem Ministerium ausgedacht worden, dafür kann die EU nichts. Ich glaube, das hat uns gemeinsam durchaus gut getan, in unseren unterschiedlichen Blickweisen auf die Arbeit der EU auch hier einmal ein bisschen manche Vorgänge ins rechte Licht gerückt zu bekommen.

Ich glaube, es ist für uns alle auch eine Aufforderung zu reflektieren, wie wir über die EU kommunizieren und hier über die richtigen Fragen zu diskutieren. Ja, Europa, mit Michel Reimon haben wir seit 2014 auch wieder einen Burgenländer im Europaparlament sitzen, der sich nicht nur unermüdlich und vor allem faktenorientiert, das ist heute nicht immer üblich, gegen Freihandelsabkommen wir TTIP, CETA und TiSA einsetzt, nicht generell gegen Freihandelsabkommen, aber gegen diese, oder der zum Beispiel auch, das kann man sehr gut nachvollziehen, Tätigkeiten von Lobbyisten transparent macht.

Aber was er auch sehr gut kann, und das sollten wir vielleicht auch im Burgenland öfter nutzen, er kann trefflich beschreiben, was sich auf den verschiedenen Ebenen bei den EU-Institutionen abspielt, wie sich die Kommunikation zwischen verschiedenen europaparlamentarischen Einrichtungen und den Mitgliedstaaten abspielt. Er kann das sehr gut und verständlich vermitteln.

Ich glaube, das wäre gerade im Hinblick auf Europabildung im Burgenland etwas, das wir gut nutzen können. Vielleicht wenn wir die Scheuklappen der Parteipolitik ablegen können, würden mehr hier auch im Raum Reimons Blog- und Facebook Einträge zur EU und deren Politik gerne verbreiten.

Aber nun zum Geld: Was neuerlich durch den EU-Finanzbericht deutlich wurde, wir im Burgenland nehmen mehr, als wir geben. Aus den Agrarfonds zum Beispiel bekommen wir vom EAGFL - vom Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft - 51,37 Millionen Euro.

Aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes zusätzlich noch einmal 40,85 Millionen Euro und dann gibt es noch einen kleinen

Posten für Beratung und Verkehrserschließung im ländlichen Raum, Ernteversicherung mit 10.000 Euro. In Summe fließen hier 92,22 Millionen Euro von der EU ins Burgenland.

Aus dem EFRE - aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung - kommen noch einmal ins Burgenland von 2014 21,14 Millionen Euro und aus dem Europäischen Sozialfonds zusätzlich noch 5,09 Millionen Euro ins Land, ins Burgenland. Das macht in Summe 26,23 Millionen Euro.

Wenn wir jetzt alles zusammenzählen, die verschiedenen Posten, dann fließt aus der EU ins Burgenland eine Summe von 118,45 Millionen Euro, das sind immerhin mehr als zehn Prozent des Landesbudgets. Es gibt übrigens Bundesländer, die aus diesen verschiedenen Fonds gar keine Zahlungen bekommen.

Dem gegenüber stehen Zahlungen des Burgenlandes an die EU aus Landesmitteln von 21,5 Millionen Euro und aus Gemeinden von 3,2 Millionen Euro - also eine einfache Rechnung. Wir bekommen unter dem Strich 93,74 Millionen Euro mehr ins Burgenland als wir an die EU auszahlen.

Der Aufschwung des Burgenlandes in den letzten 20 Jahren wäre ohne die massive finanzielle Unterstützung aus Brüssel, aus der EU, nicht möglich gewesen. Wer das leugnet, verfälscht die Geschichte. Das hindert uns aber nicht daran, eine Veränderung in der EU-Politik und vor allem in der Weiterentwicklung der demokratischen Entscheidungsprozesse der EU zu fordern und dafür zu arbeiten.

Machen wir das gemeinsam! Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Landtagsabgeordnetem Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Sicherheit hat im Burgenland einen sehr hohen Stellenwert. Das zeigt die Tatsache, dass es jetzt ein eigenes Ressort dafür gibt. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter setzt sich mit sehr viel Herzblut dafür ein, dass es ein möglichst hohes Maß an Sicherheit in verschiedenen Bereichen für die Menschen in unserem Heimatland Burgenland gibt.

Ein verlässlicher und starker Partner im Bereich der Sicherheit ist mit Sicherheit die Feuerwehr. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Feuerwehren im Burgenland Großartiges leisten und die Leistungen sind unbestritten. Die Feuerwehren sind auch aus dem gesellschaftlichen Leben in den Gemeinden nicht wegzudenken. Die Feuerwehr ist sozusagen Dorfkultur. Längst ist die Feuerwehr Nothelfer in allen Lebenslagen geworden, so könnte man sagen. Die Aufgaben und die Herausforderungen wachsen ständig.

Deshalb werden laufend die Rahmenbedingungen für die Feuerwehren verbessert und ständig weiterentwickelt. Nicht nur bei den Gerätschaften wie zum Beispiel digitale Funkgeräte, sondern natürlich auch die umfassende Ausbildung, was besonders wichtig ist. Dazu braucht es natürlich das nötige Budget, welches wieder im Voranschlag verankert ist. Die Freiwilligen Feuerwehren leisten unzählige freiwillige Einsatzstunden, um Leib und Leben von Betroffenen zu schützen, drohende Katastrophen zu bannen und letztlich enorme Schäden an öffentlichen und privaten Einrichtungen zu schützen.

Die Feuerwehrfrauen und -männer wissen somit vor Ort und aus der Praxis heraus, was die Feuerwehr benötigt, welche Änderungen gut sind, gut wären. Diese Erfahrungen und dieses Wissen sollen natürlich als Wertschätzung in ein neues demokratisches Feuerwehrgesetz miteinfließen können.

Die Feuerwehren wenden zahlreiche ehrenamtliche und freiwillige Stunden für uns alle auf und deshalb sollen sie auch miteingebunden werden und sollen natürlich auch mitentscheiden können, wenn es um die Organisation geht, die sie lieben und zum Teil ihre ganze Freizeit schenken. *(Abg. Walter Temmel: Das war schon immer so!)*

Das zeigt von Respekt und Wertschätzung, Herr Bürgermeister, für die freiwillige Arbeit, die sie leisten. In diesem Sinne soll das Feuerwehrgesetz von 1994 überarbeitet, modernisiert und auch demokratisiert werden. Dazu sollen eben die 17.000 Feuerwehrfrauen und -männer mittels Fragebogen miteingebunden werden.

In einer Demokratie sollte eine Demokratie ermöglicht werden. Bei jedem Verein finden Wahlen statt, dies sollte auch bei der Feuerwehr möglich sein, beziehungsweise ermöglicht werden. Ich denke, die Zeiten sind vorbei, weg vom Bestimmen oder Ernennen, sondern hin zu einem demokratischen System. Neben Änderung des Wahlsystems werden auch andere wichtige Dinge abgefragt und eingeholt. Möglichkeit zum Feuerwehrdienst über 65 Jahren zum Beispiel oder Schulungen, Ausstattungen oder auch Anregungen können mitgeteilt werden.

Die Wertschätzung gegenüber der Feuerwehr steigt enorm und eine derartige Miteinbindung derer, die ja mit dem Gesetz arbeiten müssen, hat es, so denke ich, noch nicht gegeben. Es ist ein Beweis dafür, mit der Miteinbindung, dass direkte Demokratie funktionieren kann. Also mehr Demokratie bei den Feuerwehren und vor allem ein Mitspracherecht für die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner.

Ich denke, die Novellierung des Gesetzes und die Änderung der Ausstattungsrichtlinien sind längst überfällig. Natürlich, um Gerätschaften finanzieren zu können und die Infrastruktur aufrecht erhalten zu können, braucht es natürlich die nötigen Finanzmittel, die von Seiten des Landes wieder zur Verfügung gestellt werden. Es braucht auch natürlich die finanziellen Mittel für die Feuerwehr von der Gemeinde. Aber ohne den hohen Eigenfinanzierungsgrad der Feuerwehren wäre vieles gar nicht möglich.

Zum Schluss möchte ich mich deshalb von hier aus bei allen ehrenamtlichen Feuerwehrmännern und -frauen, aber auch bei der Feuerwehrjugend recht herzlich bedanken und meinen Dank aussprechen für die Freizeit, aber auch den Urlaub, den sie opfern, auch um Schulungen besuchen zu können und auch Veranstaltungen zu gestalten für die Gesellschaft und zu organisieren eben.

Herzlichen Dank an die Feuerwehr, wir werden dem Budget gerne zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Werte Besucher! Sicherheit hat einen Wert und daher muss sie uns auch etwas wert sein.

Wir haben im Prinzip mit dem Abbilden des Hauptreferates, was mein Vorredner schon erwähnt hat, einen Schwerpunkt auf die Sicherheit gelegt. Ganz besonders freue ich mich, dass dieses Hauptreferat im Gegensatz zum vorigen Jahr oder mit einem lachenden Gesicht, mit einem freudigen Gesicht, darf ich das sogar übermitteln, mit zusätzlichen 1,7 Millionen Euro im heurigen Budget aufgewertet wurde und da muss man ganz besonders freudig sein, weil in dem Budget, das unter einem Einspardruck

gestanden hat, der Sicherheit noch 1,7 Millionen Euro zu widmen, ist natürlich schon ein großer Erfolg des zuständigen Landesrates.

Es wurde hier in der Generaldebatte, aber auch bereits schon in der Spezialdebatte vielfach über Kosten gesprochen. Ich möchte das einmal aus einer anderen Seite beleuchten, nämlich Kosten, es kostet uns etwas. Das ist alles negativ belegt. Ich würde einfach meinen, wir setzen hier Mittel ein, die uns vom Steuerzahler für diejenigen Dinge zur Verfügung gestellt werden, die dem Österreicher und - in dem Fall - dem Burgenländer wichtig sind. Die im Prinzip dem Steuerzahler, unseren Bürgern, ein Anliegen sind, insbesondere, um ihre Bedarfe zu decken. Also nicht nur um Aufgaben zu erfüllen, sondern um die Bedarfe der Bürger zu decken.

Auch das ist ein wichtiger Aspekt, weil gerade der Bedarf an Sicherheit ist halt einmal grundsätzlich ein subjektiver, in jedem der Menschen, die hier leben. Darum habe ich es wirklich mit Verwunderung gehört, wie die Kollegin Petrik das subjektive Sicherheitsgefühl so nach unten gezogen hat.

Der Mensch lebt in einer objektivierbaren Sicherheit nicht wirklich, sondern der Mensch lebt in seinen eigenen Gefühlen und da ist die subjektive Sicherheit eines der wesentlichen Gefühle, wie sich der Mensch bewegt, wie er sich gibt, beziehungsweise ob er arbeiten geht, was er alles tun kann, welche Freiheiten er hat.

Natürlich ist es für die jeweilige Regierung ein Anliegen, auch das objektivierbare subjektive Sicherheitsgefühl so gut wie möglich umzusetzen. Da sind wir bei der Zusammenarbeit unseres Landesrates mit der Polizei, mit dem Bundesheer, das jetzt zurzeit auch dafür sorgt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl erhöht wird, aber auch, dass objektiv die Sicherheit erhöht wird.

All diese Dinge sind es wert, auch wirklich hier angesprochen zu werden. Gerade dass hier die GRÜNEN, die heute schon apostrophiert wurden, oder zumindest die Abgeordnete Petrik mit dem Sicherheitskomplex, den sie versucht hat, zu relativieren, dass aber nicht wirklich gelungen ist, aus meiner Überzeugung, zur Kenntnis nehmen muss, dass Menschen ein Gefühl der Sicherheit haben wollen und brauchen.

Das ist eine der wesentlichsten oder die Kernaufgabe vielleicht eines jeden Staates, für Sicherheit zu sorgen. Das kostet und dem wurde auch zu einem Teil in diesem Budget Rechnung getragen. Leider muss ich schon dazu sagen, dass diese 7,9 Millionen Euro, die von der Abgeordneten Petrik auch heute schon etwas als vielleicht zu viel dargestellt wurden, aus meiner Sicht, und ich glaube, auch aus der Sicht für die Bürger vom Burgenland, also für alle unsere Einwohner hier im Burgenland, möglicherweise zu wenig sein können, weil wenn wir einfach nur einen kleinen Vergleich hernehmen.

Der Steuerzahler, der Bürger zahlt ein an den Staat, damit der Staat seine Kernaufgaben zu erfüllen hat. Wie ich zuerst festgestellt habe und da bin ich hundertprozentig davon überzeugt, ist die Sicherheit eines der wesentlichsten Kernaufgaben, weil ohne Sicherheit ist alles andere nichts.

Wir können die Bildung nicht betreiben, wir können die Wirtschaft nicht betreiben, wenn wir nicht zuvor sorgen, dass wir in einem sicheren Umfeld agieren können. Also ist zuerst die Sicherheit herzustellen. Ich glaube, auch der Bürger ist bereit, Geld auszugeben, viel Geld auszugeben. Ich glaube, er ist weniger dafür bereit, dass er jetzt, wenn er in unserem Budget lesen würde, wenn man das jetzt wirklich auch medial vermarkten würde.

Im Budget steht, für die Sicherheit geben wir 7,9 Millionen aus. Ist eh schon ein Plus von 1,7 und gleichzeitig liest er, dass wir als Land Burgenland verpflichtet sind, einen Landesanteil von 25,5 Millionen für Fremde zu zahlen. Da wird im ersten Moment jeder Steuerzahler, der sich überlegt, wofür gebe ich mein Geld aus oder wofür lasse ich zu, mein Geld auszugeben, vielleicht ein bisschen nachdenklich und fragt sich, warum muss ich jetzt das Dreifache von meinen Steuerzahlergeldern für Fremde ausgeben, weil genauso ist es auch im Budget ausgeworfen, und ich bekomme nur 7,9 Millionen Euro für meine eigene Sicherheit?

Dieses Ungleichgewicht möchte ich jetzt als Gegenargument natürlich schon der Abgeordneten Petrik entgegenhalten. Wie erklärt sie bitte unseren Bürgern im Burgenland, dass die Sicherheit nur ein Drittel von dem wert ist, was wir im Prinzip für die Fremden, die durch die Migration zu uns ins Land gekommen sind, nämlich das Dreifache ausgeben müssen? Ich glaube, es wird irgendwann einmal jeder Glaube, wurscht wie gut die Argumentationsseite der GRÜNEN sein wird, enden wollend sein, weil es einfach nicht verständlich ist, warum ich das tue.

Abschließend zum Sicherheitsbudget möchte ich noch feststellen oder einen kurzen Schwenk machen, ein bisschen die Prozentzahlen hernehmen. Wir liegen mit 0,72 Prozent unseres Budgets für die Sicherheit vielleicht sogar ein bisschen höher als der Bund. Aber ein bisschen traurig stimmt mich, dass man beim Kulturbudget bei 2,1 liegt. Auch hier scheint mir ein bisschen eine Unausgewogenheit.

Wenn ich die Sicherheit so weit herunterfahre, um der Kultur einen dementsprechenden Dings zu haben. Aber, aber, aber das ist auch in Ordnung so, das ist auch in Ordnung so. Wir haben die Kapazitäten im nächsten Jahr noch nicht, aber werden sicher alle daran arbeiten, und da bin ich mir ganz sicher, allen voran unser Landeshauptmann-Stellvertreter, noch mehr für die Sicherheit zu investieren und noch mehr für die Gesundheit zu investieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ein Verunsicherungslandeshauptmann.)*

Mein Ziel - und diesbezüglich halte ich auch ein bisschen mit dem Abgeordneten Strommer, der uns ja auch immer wieder die NATO als Beispiel bringt -, ist jetzt nicht in die NATO zu gehen, sondern mein Ziel ist vielleicht, diese zwei Prozent Sicherheitsbudget im Burgenland anzustreben, so wie es vielleicht auch NATO-technisch üblich ist.

Abschließend möchte ich mich wirklich sehr herzlich für diesen wesentlichen Aspekt der Sicherheit in diesem Budget bedanken, nämlich allen voran bei der Landesregierung, unserem Landeshauptmann und dem zuständigen Landesrat und stellvertretenden Landeshauptmann Hans Tschürtz, natürlich auch beim Landesrat Bieler, aber auch ganz besonders den Mitarbeitern des neuen Hauptreferates und der zuständigen politischen Büros.

Für die Umsetzung von all dem, was wir hier für das nächste Jahr bereitstellen können, gilt für mich auch ein herzlicher Dank an die Polizei, die sehr gut danach trachtet, dass wir ein subjektives, aber auch ein objektiviertes subjektives Sicherheitsgefühl haben, genauso wie das Bundesheer, das jetzt die Polizei vehement beim Grenzschutz unterstützt.

Und natürlich den Wenigen, die jetzt noch im Projekt stehen, den Sicherheitspartnern, die, auch wenn sie da das eine oder andere Mal heruntergemacht wurden, in den Ortschaften, wenn man dort die Leute fragt, wie sie damit leben und wie es ihnen gefällt, sie auf alle Fälle oder in der Masse positiv antworten, weil es einfach eine Innovation ist. Eine Innovation, die gut angenommen wird und die auch ausbaufähig erscheint.

Daher ist es auch gut, diesen Bereich das nächste Jahr im Budget wieder vorgefunden zu haben. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich bestimmt auch im Bereich Sicherheit der Standort den Standpunkt. Alle nähern sich von einer anderen Seite dieser Sicherheitsdiskussion und dieser Sicherheitspolitik.

Als ich am Sonntag aufgestanden bin und den „Kurier“ aufgeschlagen habe, denke ich mir, den Artikel hätte ich schreiben können. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich auch!)* Denn alles, was da steht, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist richtig. Ist richtig!

Wenn Sie zusätzlich noch wissen, dass wir rund 280.000/290.000 Einwohner hier im Burgenland haben, das sind drei Prozent der Bevölkerung. Wir haben 1.700 Polizisten derzeit im Land. *(Abg. Ewald Schnecker: Was ist daran schlecht?)* Das sind sechs Prozent aller Polizisten Österreichs und haben Gott sei Dank nur 1,5 Prozent aller Delikte im Burgenland. Dann kann man nicht sagen, dass wir in einem unsicheren Land leben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich stehe schon auf dem Standpunkt, dass Politiker die Dinge beim Namen nennen sollen, den Menschen nicht Angst machen, sondern den Menschen Angst nehmen sollten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Das ist mein Zugang.

Natürlich wird hin und wieder etwas gestohlen. Aber es ist früher auch etwas gestohlen worden. Mein Vater war Jahrgang 1930 und war nach Kriegsende 1945 15 Jahre alt. Als die Russen dann abgezogen sind, war er 25 Jahre alt. In diesen zehn Jahren - egal was passiert ist -, es waren immer die Russen. Jede Kuh, die gestohlen wurde, jedes Pferd, jeder Mann, der erschlagen wurde, es waren immer die Russen. Im 56er sind die Russen weggezogen, Kühe sind gestohlen worden, Pferde sind gestohlen worden. Es waren vorher wahrscheinlich nicht alles die Russen.

Lange Rede, kurzer Sinn: Was möchte ich damit sagen? Ich möchte damit sagen, dass wir in einem Land leben, wo die Sicherheit ein so hohes Gut ist, dass man damit nicht einen Spielball daraus machen sollte.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wenn Sie jetzt ein Hauptreferat Sicherheit eingerichtet haben, dann ist das Ihre Spielwiese. *(Abg. Günter Kovacs: Das ist eine Frechheit.)* Ist so! Nur wenn Sie sagen, dass wir dazu 22 Damen und Herren brauchen, die in neun Gemeinden auf und ab gehen. In Deutsch-Schützen ist bisher nichts passiert. Jetzt, seit sie gehen, ist das erste Mal wieder etwas gestohlen worden. Kann ich auch nicht sagen … *(Abg. Manfred Haidinger: Was heißt das jetzt?)*

Ich sage ja, ich kann nicht sagen, dass sie die Schuld haben, dass etwas passiert ist. Daher kann ich auch nicht sagen, nur weil die umgehen, passiert also nichts. Der Umkehrschluss ist auch nicht zulässig. Ich weiß schon, Herr Haidinger, es sind ihre Parteigeher, die hier versorgt wurden, bis hin zum Hofer seinem Bruder. Soll so sein.

Sie werden schon wissen, was Sie tun. Ich hoffe es zumindest. Aber dass hier gemeinsam mit einem Budget eine Spielwiese eröffnet wurde, das heuer 50.000/70.000 Euro sozusagen Spielkapital für den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter gegenüber dem Vorjahr aufweist, das wissen wir schon.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, dass wir mit der Exekutive eine ausgezeichnete Versorgung an Sicherheit in unserer Bevölkerung haben. Danke Frau Innenministerin Mikl-Leitner, danke dem jetzigen Innenminister Sobotka. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein unverzichtbarer Teil für das Garantieren der Sicherheit vor Ort sind unsere freiwilligen Feuerwehren. Alle Vorredner haben das genannt. Ich brauche hier die Dinge nicht zusätzlich noch erwähnen. Aber wenn heute diese Budgetdebatte seit 10.00 Uhr Vormittag geht und es jetzt 17.30 Uhr ist und wir wissen, dass alle eineinhalb Stunden eine freiwillige Feuerwehr ausrückt, seit wir hier tagen, sind fünf Einsätze der freiwilligen Feuerwehren im Burgenland gefragt.

Danke Männer, danke Frauen, die ihr diese Sicherheit für uns garantiert, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Was aber hier passiert, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, indem Sie eine Feuerwehrbefragung vom Zaun brechen, dass Sie hier eine Befragung, wo Sie auch sagen, die ist nicht ganz anonym, denn es ist zumindest die Ortschaft festzustellen. Sie haben das in Ihrem Studiogespräch gesagt, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Nein, umgekehrt.)* dass das Ergebnis auch der Ortschaft der Freiwilligen Feuerwehr zuordenbar ist. Ich habe mir das sehr genau angesehen.

Ich bin seit 42 Jahren Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr. Dieser Geist der Freiwilligkeit ist auch die nächste Generation mit der Jugendfeuerwehr übergesprungen. Ich bin sehr froh, dass meine beiden Söhne ebenfalls bei der Feuerwehr sind. Der derzeitige Landesfeuerwehrkommandant Alois Kögel war mit mir gemeinsam in einer Schulfeuerwehr in der HTL, wo wir für unseren eigenen Feuerwehrschutz schon in der Schule gesorgt haben.

Wissen Sie, und wenn man hier dann dieses derzeitig gültige Feuerwehrgesetz, das viele angewendet haben und das alle Feuerwehren derzeit in einer Art und Weise anwenden, wo es zwar nicht „Wahl“ heißt, sondern „Anhörung“ und bis auf zwei Gemeinden in Steinberg-Dörfl und in Rust einmal die Bürgermeister nicht das, was die Feuerwehren, die Mannschaften gewählt haben, nämlich einen Kommandanten bestellt haben, dann sind das eben zwei Ausnahmen gewesen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu unterstellen, dass bisher nicht demokratisch bei der Bestellung eines Feuerwehrkommandanten vorgegangen wäre, das weise ich entschieden zurück, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn derzeit wird genauso der Ortsfeuerwehrkommandant angehört, de facto gewählt. Die Abschnittskommandanten werden gewählt und dann bestellt. Es hat noch nie eine Bestellung stattgefunden, die nicht in der Mannschaft mitgetragen wurde, genauso der Bezirksfeuerwehrkommandant und der Landesfeuerwehrkommandant.

Was hier suggeriert wird, ob das auch möglich wäre, alle fünf Jahre bei einem gemeinsamen Termin zu wählen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann haben wir einen Gemeinderatswahlkampf doppelt bei der Freiwilligen Feuerwehr. Das lehnen wir ab, das geht auf Kosten der Freiwilligkeit. Das geht auf Kosten der Kameradschaft. Das lehnen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, ab.

Ich glaube, dass Sie hier auf eine Art und Weise eine Befragung vom Zaun gebrochen haben und die Diskussionen in den Bezirksfeuerwehrkommanden zeigen es uns. Wenn Sie das Budget anschauen, 50.000 Euro für Informationsarbeit.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, damit können Sie gut informieren. Wir haben das letzte Mal zum Beispiel über die geistige Landesverteidigung diskutiert, wo Sie ebenfalls zuständig sind, 10.000 Euro. Wir haben für weitere Informationen wieder 10.000 Euro - möglicherweise nächstes Jahr wieder ohne Ausschreibung - 700.000 Euro für Sicherheitskonzept Burgenland. Ich nehme an, das ist die Sache mit dem Henk Wagner, soll so sein. Wenn es der Landtag beschließt, dann ist es für Sie legitim, dass Sie das auch machen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ausschreiben muss man es trotzdem.)* Die Frage ist, ob Sie das so machen.

Thomas Steiner hat es gesagt, ob Sie das nicht doch aufschreiben sollten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Mein Berater hat …)* Wie immer der Berater, wir haben auch den Berater Klöckl gehabt und jetzt haben wir die Swaps und wissen nicht, wie wir aus dieser Sache herauskommen. Ich kann mich nicht immer auf Berater ausreden, sondern Sie haben eine politische Verantwortung hier wahrzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Sinne, glaube ich, dass man hier mit solchen Dingen, mit der Freiwilligkeit, mit der Kameradschaft der Freiwilligen Feuerwehr nicht spielen und hier nicht über das Ziel hinausschießen sollte. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte ganz kurz, weil es das Europa-Thema ebenfalls zu beleuchten gilt, diesen Bericht des Rechnungshofes über den EU-Finanzbericht 2014 - das, was die Frau Kollegin Petrik gesagt hat - ein bisschen erweitern. Der letzte Satz heißt: Das Europäische Parlament erteilt im April 2016 den Organen der EU die Entlastung für das Haushaltsjahr 2014 mit nachfolgender Einschränkung, die Entlastung des Generalsekretärs des Rats wird hintangehalten und alle gemeinsamen Unternehmen wie ARTEMIS, ENIAC und ITER - das sind alles Dinge, wo es um Fusionsenergie, radioaktiven Abfall und so weiter geht - , hier bedarf es weiterer Informationen.

Dass Österreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, von den 28 Mitgliedsländern unter den zehn Nettozahlern ist, mag uns freuen, ist auch so. Wir, das Burgenland, die Zahlen sind genannt worden, wir sind hier in einer besonderen Situation, weil wir mehr an Förderung bekommen als alle anderen Bundesländer pro Kopf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns den Brexit anschauen und sagen, naja, die Engländer werden schon schauen wie es ihnen geht, es sollte auch die EU nachdenken, wie es der Europäischen Union nach einem allfälligen Brexit, das sind nämlich Nettozahler und nach Deutschland und nach Frankreich ist das Vereinigte Königreich der drittstärkste Nettozahler. Hier reden wir von fünf Milliarden Euro. Fünf Milliarden Euro für die Europäische Union, entweder gibt es ein Weniger an Leistungen oder andere Nettozahlen müssen das aufzahlen. Daher sollten wir mit solchen Dingen gut überlegen.

Eine Sache - Frau Landesrätin Dunst ist leider nicht da - möchte ich der Frau Landesrätin doch ans Herz legen: Es sind einige Vertreter von LEADER anwesend, der Walter ist Obmann von LEADER Südburgenland, Mitte und Nordburgenland ist der Obmann Christian Illedits. Ich darf dort Stellvertreter sein. Wir haben seit dem Vorjahr, seit dieser Periode, insgesamt 34 Projekte im Nordburgenland zur Förderung empfohlen. Sieben sind bisher durch die Beurteilungskommission durch das Land gegangen, 27 harren der Erledigung.

Vielleicht könnte man bei all diesen Umstrukturierungen eine ähnliche Situation wieder in der Agrarabteilung herstellen, wie sie - nicht beim Chevrolet, sondern - beim Cadilek damals der Fall war, wo das relativ flott und problemlos über die Bühne gegangen

ist, und das ist meine Bitte an die Frau Landesrätin Dunst, damit man solche Dinge auch rasch und für die Gesuchswerber positiv erledigen kann.

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Generaldebatte und die Wortmeldungen haben es eigentlich sehr schön zutage gebracht. Den Verlauf der Diskussion eher destruktiv bei GRÜNE, ÖVP, zukunftsorientiert bei SPÖ und FPÖ. Eher schlechtreden und schlechtmachen eben wieder bei ÖVP und GRÜNE und anpacken und umsetzen bei den beiden Regierungsparteien. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Aber zur Sicherheit: Es wurde schon mehrfach angesprochen. Die Sicherheit ist in unserer Gesellschaft ein ganz besonderer Wert. Die Sicherheit der Bevölkerung ist uns wichtig. Wir nehmen die Sorgen der Burgenländerinnen und Burgenländer sehr ernst, und wir sind in einigen Bereichen Sicherheitsdienstleister für die gesamte Republik Österreich.

Als Burgenland haben wir seit 2013 auch eine Sicherheitsstrategie. Die haben wir damals mit allen wesentlichen Playern bearbeitet. Das sind so die Rahmenbedingungen.

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir haben eine sehr gute Sicherheitssituation im Burgenland, darüber sind wir uns einig. Das ist aber auch nichts Schlechtes, so wie das immer dargestellt wird. Warum haben wir das? Weil wir sehr umsichtig und sehr vorausschauend bisher agiert haben, weil Geld investiert wurde, viel Geld investiert wurde und weil die Sicherheitsorganisationen, die Bedarfsträger; sehr gut und sehr partnerschaftlich in unserem Heimatland Burgenland zusammenarbeiten.

Vor wenigen Tagen ist der Sicherheitsgipfel 2016 über die Bühne gegangen. Dabei waren die wichtigsten Sicherheitsorganisationen des Landes wieder zu einem gemeinsamen Sicherheitsaustausch und zu einer Vernetzung geladen. Der Landeshauptmann ladet immer ein, und beim letzten Sicherheitsgipfel im März 2016, der in Eisenstadt auch stattgefunden hat, ist damals ein Zehn-Punkte-Plan ausgearbeitet werden.

Es waren sich auch alle Anwesenden einig und einige Punkte daraus waren: Temporäre Grenzkontrollen bis hin zum Kampf gegen Schlepper, von der Kontrolle der EU-Außengrenzen bis hin zum Dorfpolizisten. Also ein breites Spektrum von mehr Polizisten bis hin zur Errichtung von Einsatztrainingszentren.

Was ist bisher geschehen, geschätzte Damen und Herren? Seither ist viel passiert. Man könnte sagen, es ist in der Gesamtsituation kein Stein auf dem anderen geblieben, national nicht und auch international nicht. Mit vielen Ereignissen, die auch sehr traurig waren, ich denke an die Flüchtlingstragödie auf der Autobahn A4. Der Flüchtlingseinsatz an sich.

Sie wissen, fast 300.000 Menschen wurden auf ihrer Durchreise durch das Burgenland versorgt, verpflegt, medizinisch betreut und so weiter. Das haben wir alle gemeinsam sehr gut lösen können. Dann sind noch die schrecklichen Anschläge von Paris, von Nizza, von Brüssel und in Deutschland dazu gekommen und dazu kommt in der Gesamtsituation die Situation in der Türkei und in der Ukraine.

Zur Türkei haben wir das letzte Mal ja diskutiert. All das, warum sage ich das? Das hat natürlich die Wahrnehmung der Menschen auch im Burgenland beeinflusst.

Was wurde seit dem letzten Sicherheitsgipfel umgesetzt? Zentrale Punkte wurden umgesetzt und der Herr Landeshauptmann hat bei all seinen oder bei all unseren Forderungen recht behalten. Es ist so, es gibt wieder Grenzkontrollen durch die Exekutive. Das ist ein Faktum. Es wird derzeit auch von niemandem in Frage gestellt, wie das lange Zeit eben war. Es ist der Assistenzeinsatz in vollem Gange.

Das Österreichische Bundesheer kontrolliert an der grünen Grenze. 450 Soldatinnen und Soldaten sind derzeit im Grenzeinsatz, und auch hier funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen untereinander sehr gut und hervorragend.

Polizisten und Soldaten helfen bei der Sicherung der EU-Außengrenzen. 65 Soldaten wurden vor wenigen Wochen zur Unterstützung an die Außengrenze nach Ungarn verabschiedet. Die helfen eben dort mit. Wir haben mehr Polizistinnen und Polizisten im Burgenland bekommen, ja, das stimmt. Eingeleitet vom damaligen Landespolizeidirektor Mag. Hans Peter Doskozil, jetzt Verteidigungsminister und sehr gut vom neuen Polizeidirektor Martin Huber weitergeführt, der sich in sehr kurzer Zeit sehr gut eingearbeitet hat.

Wir werden bis Ende März zur Situation im Burgenland spürbar mehr Polizisten und Polizistinnen im Bundesland im Einsatz haben, weil die aufgenommenen Kräfte dann ausgemustert werden. Einige Anfang des Jahres und dann 25 noch Ende März. Ein großes Lob gilt all unseren Polizistinnen und Polizisten, und das meine ich wirklich so, es sind die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, für die wirklich professionelle Arbeit.

Die Aufklärungsquote, und das ist schon ein Wert, auf den wir auch wieder, wie auf so vieles im Burgenland, stolz sein können. Von Jänner bis Oktober 2015 hatten wir eine Aufklärungsquote von 45,4 Prozent. Das ist an sich im Bundesländervergleich schon sehr hoch, ich glaube, das ist sowieso die höchste. Im Jahr 2016, von Jänner bis Oktober - also derselbe Zeitraum - hier konnte die Aufklärungsquote auf fast sagenhafte 47 Prozent gesteigert werden. Ich denke, das ist eben der guten Arbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort geschuldet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir stehen zu dieser Sicherheitspolizze, so wie wir es immer sagen. Wir stehen dazu, dass die Einsatzorganisationen so ausgestattet und so aufgestellt sind, dass sie innerhalb von zehn bis 15 Minuten vor Ort sein können und auch innerhalb von zehn bis 15 Minuten Hilfe leisten können.

Dabei spielen auch unsere Freiwilligen Feuerwehren eine zentrale Rolle. Gerade bei den Feuerwehren hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan. Die Feuerwehren sind auf dem Weg ins digitale Zeitalter. Der Ausbau des digitalen Funksystems, des BOS-Funks, ist fast abgeschlossen. Ein notwendiger und wichtiger Schritt, weil die Kommunikation im Einsatzfall innerhalb unserer Organisationen und untereinander in den Organisationen und zwischen den Organisationen gewährleistet werden kann.

Insgesamt werden dann 63 Sendestationen am Ende zur Verfügung stehen. Für das Jahr 2017 sind nach Jahren der Erhöhung, jetzt wieder, so wie auch 2016, 2,5 Millionen Euro vorgesehen und zusätzlich stehen den Feuerwehren aus Bundesmitteln für Anschaffungen noch einmal ein Betrag in der Höhe von einer Million Euro zur Verfügung.

Ich bedanke mich auf diesem Wege auch wieder, ich bin ja in der Einsatzorganisation tätig, bei allen 17.000 Feuerwehrmitgliedern, bei den Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern; für ihre Einsatzbereitschaft, ihr Engagement,

ihre wertvolle Einstellung im Zusammenleben unserer Gesellschaft. Herzlichen Dank für Eure Tätigkeit! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren! Das Burgenland ist ein wunderbares Land. Wir sind ein sicheres Land. Wir sind ein friedliches Land. Wir sind ein Land mit innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern, fleißiger Menschen, Menschen mit Ideen. Wir liegen in vielen Bereichen, in vielen Rankings im Spitzenfeld, zum Beispiel bei der Investitionsquote, beim Wirtschaftswachstum, im Bildungsbereich - Robert Hergovich hat es heute schon angesprochen. Man könnte diese Aufzählung fortsetzen und darauf sollten - und wir sollten es wirklich sein - wir sollten darauf stolz sein und wir sollten auch aufhören, unser Heimatland Burgenland schlechtzureden, so wie es heute schon einige Male passiert ist.

Dass wir zu den sichersten Regionen zählen, ist eben der guten Arbeit unserer Einsatzkräfte geschuldet, die außergewöhnliche Leistungen - und da sind alle gemeint, von der Feuerwehr bis hin zur Polizei, von der Rettung bis hin zum Arbeitersamariterbund, von den Menschen, die sich im Zivilschutzverband organisieren und die freiwillige Dienste an unserer Gesellschaft leisten - , also ein herzliches Dankeschön dafür.

Wir müssen aber auch, und wir wollen es auch, nämlich dem Wunsch einer Mehrheit unserer Bevölkerung auch Rechnung tragen und entsprechen und zusätzlich für Sicherheit in unserem wunderbaren Land noch Mittel zur Verfügung stellen und dafür auch zu investieren. Das Burgenland wird auch in Zukunft ein sicheres Land bleiben. Dafür treten wir ein.

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir stehen auch zur engmaschigen Versorgung im medizinischen Bereich, im Rettungsbereich. Unsere Rettungsorganisationen, das Rote Kreuz, der Arbeitersamariterbund, leisten hier eine sehr wertvolle und sehr tolle Arbeit, und das Land Burgenland leistet für die Rettungsdienste einen Betrag von 2,8 Millionen Euro. Auch hier hat es eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr gegeben.

Wir stehen auch zur Versorgung mit dem Rettungshubschrauber und dem Ärztebereitschaftsdienst. Hier hat es eine signifikante Erhöhung um 195.000 Euro auf 380.000 Euro insgesamt gegeben. Das ist eine neue Qualität. Hier geht es auch um neue Projekte, zum Beispiel die Akutversorgung, Akutordination in Oberwart und das Netzwerk Gesundheit im Seewinkel, also wichtige und herzeigbare Projekte, die den Menschen zugutekommen, und das ist der springende Punkt.

Wir haben im Jahr 2016 die Rettungsdienste aufgewertet, Arbeitersamariterbund, Rettungshundebrigade und Wasserrettung auf eine neue Ebene gehoben. Diese Rettungsdienste erhalten für ihre Tätigkeit 60.000 Euro, das ist neu - hat die Frau Petrik heute angesprochen.

Wir stehen dazu, dass die hohen Sicherheitsstandards trotz der enormen Herausforderung weiterhin oberste Priorität haben werden. Wir werden nicht bei der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sparen.

Zusammenfassend sage ich, das Burgenland leistet insgesamt für den gesamten Bereich an Sicherheit und stellt zur Verfügung einen Betrag von rund 21,5 Millionen Euro. Das ist herzeigbar. Wir wollen die höchstmögliche Sicherheit für unser Burgenland, und wir wollen die höchstmögliche Sicherheit für die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Darum werden wir diesem Budgetteil - sowie dem ganzen Budget natürlich - zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätztes Hohes Haus! Wir haben über die Feuerwehr im Besonderen, aber über Sicherheit insgesamt, jetzt mehr als den Durchblick. Nachdem sich alle Vorredner eigentlich in der Gesamtheit auf das Feuerwehrwesen sehr positiv geäußert haben, will ich mich dem nicht nur anschließen, sondern auch beteuern, dass sie, die Feuerwehren, eine der wichtigsten Grundlagen auf Gemeindeebene in der sogenannten Zurverfügungstellung von ehrenamtlicher Dienstleistung sind und das unbestritten seit Jahrzehnten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auf der anderen Seite auch über die Bezirks- und Landesgrenzen auch in der Vergangenheit nie zurückgestanden sind, sondern immer im Sinne der Ehrenamtlichkeit, Leistungen vollbracht haben, die die höchste Anerkennung der Bevölkerung erfahren haben. Das war nicht nur in Notzeiten und bei Katastrophengeschichten, sondern das waren auch Dienstleistungen, die sich in kultureller Hinsicht in den Dorfgemeinschaften ergeben haben.

Aus diesem Grund ist eigentlich auch nachvollziehbar, dass in den einzelnen Gemeinden die Feuerwehren in der Regel die Letzten sind, die von Haus zu Haus gehen und Haussammlungen durchführen. Wenn es andere sogenannte Rettungsdienste sind, dann gilt das zumeist, dass sie an eine übergeordnete Organisation Aufträge erteilen, die mit einem bestimmten prozentuellen Anteil ausstatten und quasi damit ihre Dienstleistung in Anspruch nehmen und sie bezahlen.

Die Feuerwehren schaffen hingegen über ihre Mannschaftsstärke und ihre Verankerung in den einzelnen Gemeinden, und das ist auch schon angeführt worden, durch ihre Pflege von Tradition, aber auch durch ihr Engagement im Sinne von Einheben oder Einkassieren von Beiträgen, die sie mit der Bevölkerung abhandeln, einen Grundstein für die Eigenversorgung.

Dieses Beispiel ist eigentlich unbestritten und für österreichische, aber auch regionale Verhältnisse eine Besonderheit. Wenn man jetzt, zum Beispiel, unser Nachbarland Ungarn hernimmt, wo die Berufsaktivitäten im Feuerwehrsinne schon seit Jahren verankert sind. Was sie nicht daran hindert wieder auf unser System quasi zurück zu kommen. Aber, wo es gewichtige Tendenzen gibt, das zu unterbinden.

Das Feuerwehrbudget ist auch Ausdruck einer Verbundenheit des Landes in der Dienstleistungsbereitschaft der Feuerwehren. Wenn man die einzelnen Summen hernimmt, dann sind sie im Grunde genommen nicht gering. Gleichzeitig sollte man sich aber ins Gedächtnis rufen, dass die Feuerwehren, und das haben wir schon sehr oft diskutiert, eigentlich ein Bestreben haben, eine gewisse Leistungsstärke und Umsetzung auch von Bundes- und Landesseite zugebilligt zu bekommen.

Es hat vor Jahren ein sogenanntes Zeitfenster gegeben, das dann von der Bundesregierung über den Nationalrat wieder abgedreht wurde, nämlich, die sogenannte Steuerfreiheit auf die Errichtung von Feuerwehrhäusern. Diese Steuerfreiheit war auch Gegebenheit auf die Errichtung von Pflichtschulen, sprich auch Hauptschulen oder Neue Mittelschule und Volksschulen.

Dieser Steuerbefreiungsprozess war im Grunde genommen ein Zeitfenster lang offen und ist dann im Sinne von Diskussionsbeiträgen, die ich nicht genau nachvollziehen kann, geschlossen worden. Tatsache ist, dass wir ein System gehabt haben, wo mit dem

Steuerbefreiungsansatz nicht nur den Feuerwehren, sondern insbesondere auch den Gemeinden geholfen wurde.

Mit der Zurverfügungstellung von Mittel, ohne das die Mehrwertsteuer oder Umsatzsteuer abgeführt werden musste, war es den Gemeinden auch möglich, Dienstleistungen an den Feuerwehren zu erbringen, die einzigartig waren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich erinnere daran, dass in den letzten Jahren eigentlich sehr viele neue Häuser errichtet worden sind. Ich erinnere auch daran, dass wir ein Feuerwehrgebäude haben, wo auch die Unterbringung eines Lokals möglich wurde, wo eigentlich die einzige sogenannte Gastwirtschaft in einem Feuerwehrhaus betrieben auch von Feuerwehren, Feuerwehrmännern und Frauen, umgesetzt wurde.

Zum Budget kann man sagen, dass einige herausragende Summen angeführt sind. Ein wichtiger Punkt ist die Ausstattung der Landessicherheitszentrale. Nachdem sie wahrscheinlich nach mir reden werden, frage ich den Herrn Referenten für die Sicherheit gleich jetzt, wie viele Alarmanlagen inzwischen an das Landessicherheitszentrum angeschlossen sind und wie viele Meldungen von dort her möglich geworden sind?

Aber, das werden Sie ja dann beantworten. Tatsache ist, dass wir im Bereich der Sicherheit eine umfassende Dienstleistung von nationaler Seite her haben. Das vom Bundesheer beginnend über die Polizei. Eine einzigartige Konstruktion, die auch die Sicherstellung dessen bietet, wo wir Sicherheit empfinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Strommer hat von 1.600 Polizisten im Burgenland, glaube ich, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: 1.700!)* 1.700 Polizistinnen und Polizisten gesprochen. Es sind sechs Prozent der Gesamtzahl der Polizisten in Österreich. Es wird wahrscheinlich niemand, auch sie werden das nicht bestreiten, dass da eine erklägliche Summe und eine sehr hohe Einsatzbereitschaft gegeben sind.

Wie immer die jetzt auch in der Konstruktion zu Stande gekommen ist. Hier schließe ich mich meinem Vorredner, dem Kollegen Schnecker an, der gemeint hat, wir sind als Burgenländer Dienstleister für das gesamte Österreich.

Das ist nicht auszuschließen. Was dann aber gekommen ist, ist mit Ihrer Bestellung zum Sicherheitsreferenten auch die Möglichkeit der Konstruktion von neuen Formen und neuen Gegebenheiten. Sie legen das jetzt, zum Beispiel, in der Befragung auf die Feuerwehren als sogenanntes demokratisches Prinzip aus.

Ich kann sehr viel und eindeutiges dem abgewinnen, wo meine Vorredner gesagt haben, es hat in den vergangenen Jahrzehnten, wie auch immer, keine undemokratischen Formen innerhalb der Feuerwehr geben. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Sie waren kein Bürgermeister, aber in der Verantwortung möchte ich Ihnen das schon eindeutig sagen, dass dort, das ist wirklich, das ist eine ernsthafte Geschichte.

Sie wissen ganz genau, dass es innerhalb des Feuerwehrwesens und in den Gemeinden mit Sicherheit keine undemokratischen Formen gegeben hat. Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie einen Versuch starten, sich quasi in dem Rahmen, wo Sie sich bewegen, auch zu festigen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine der FPÖ recht eindringlichen Methoden ist die sogenannte Bürgerbefragung, die Sie zwar immer vorschützen, aber dann nicht praktizieren. Aber, hier in diesem Fall sind Sie sehr wohl bereit, quasi eine Befragung auf die Feuerwehren zu starten. Diese

Feuerwehrbefragung ist im Laufen und hat, wie Sie jetzt selbst auch in Ihren Interviews zugestanden haben, einige Kritik hervorgerufen.

Die Kritik ist auf der einen Seite nachvollziehbar, auf der anderen Seite haben Sie richtig gesagt, und darauf hoffe ich jetzt bei der ganzen Angelegenheit, dass die Befragung ein erster Teil ist. Stufig aufgebraut bis zum Gesetz gibt es dann die Möglichkeit, dass mitgesprochen wird. Das ist der positive Ansatz.

Ich glaube aber kaum, dass diese sogenannte Befragung, außer den Vorgaben, was die Fragestellungen anbelangen, denn da müssen die den Feuerwehren zugestehen, dass Fragestellungen auf kurze Rhythmen implizieren und wie immer auch eine latente Diskussion um sogenannte Ehrenkommandanten also Kommandanten stehen und wie immer auch das Sie hier Kritik üben.

Das ist nachvollziehbar und sollte auch von Ihnen nicht ausgeschlossen werden. Was ich Ihnen auf der anderen Seite zugestehe ist, dass Sie diese Befragung gesetzt haben. Ich nehme an, dass Sie sie im speziellen mit den Feuerwehrkommandanten, sprich jetzt auf Landesebene, abgesprochen haben, um sie in die Umsetzung zu bringen, aber das ist das andere Kapitel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben, und das ist auch vorher erwähnt worden, ehrenamtliche Personen, die ihre Leistung ohne Geldforderung zur Verfügung stellen. Denen sollten wir alles Mögliche an Zugeständnissen bieten. Auf der einen Seite die Freizügigkeit im Katastrophenfall was den Dienstnehmer betrifft, wo sie jetzt quasi eine Freistellung haben. Die öffentlichen Einrichtungen haben das.

Im privaten Sinne ist das leider noch nicht in der Konsequenz vorhanden. Auf der anderen Seite, beim Ankauf von Autos und anderen maschinellen Ausrüstungsgegenständen gibt es sehr wohl Förderkataloge.

Diese Förderkataloge sind in den letzten Jahren insofern ein wenig in Diskussion gekommen, weil man sich eines Schlüssels zu bedienen begonnen hat, der im Grunde genommen die Diskussion möglich gemacht hat, dass nicht mehr so viele Geldmittel zur Verfügung stehen.

Ich bin der Überzeugung, dass wir alles daran setzten sollten, unsere sogenannten Freiwilligen in jeder Form zu unterstützen. Diese Unterstützung verdienen sie nicht nur, sondern es gebührt ihnen Respekt, hohe Anerkennung und auch eine absolute Dienstleistung im Sinne ihrer Freude an der Möglichkeit, anderen zu helfen.

Diesem Grundsatz - retten, bergen, löschen - sollten wir auch mit dem dienen, dass das Geld zur Verfügung steht, das die Feuerwehren brauchen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich bin bei der Gemeinde, beim Finanzausgleich habe ich geendet und ich habe mir vorgenommen, drei Themen anzusprechen. Der Finanzausgleich wurde jetzt schon sehr ausführlich behandelt.

Es ist schon klar, dass für die strukturschwachen Gemeinden und für das Land vielleicht etwas mehr an Geld herausgeholt wurde. Aber, wissen Sie, ich habe die Erfahrung gemacht, dass diese Gelder bald weg sind, weil natürlich von der

Ausgabenseite der Gemeinde ein enormer Zuwachs in den nächsten Jahren zu verzeichnen ist.

Alleine wenn ich nur die Sozialkosten nehme. Die Sozialkosten sind in den letzten zwei Jahren, nur in den letzten zwei Jahren, in Richtung Land um 55 Prozent für die Gemeinden gestiegen. Da meine ich, dass diese Einmaleffekte aus dem Finanzausgleich sehr rasch für die Gemeinden, auch wenn es jährliche Einnahmen sind, auf jeden Fall aufgrund der Kostenexplosion nicht bemerkbar sein werden.

Daher mein Vorschlag, Herr Landesrat, warum gehen wir nicht den Weg und versuchen das, was wir als ÖVP schon einmal wollten, nämlich, dass wir zwar die Landesumlage jetzt nicht abschaffen. Die beträgt immerhin 19.234.000 Euro im Budget 2017. Aber, dass wir diese Gelder in Form eines Gemeindeinvestitionspakets den Gemeinden für gewisse Infrastrukturinvestitionen zweckgebunden zur Verfügung stellen.

Sie können sich erinnern, wir haben ein derartiges Projekt bereits gestartet. Da war ich noch Gemeindereferent. Gemeinsam haben wir den Gemeinden damals in Millionenhöhe derartige Projekte in Aussicht gestellt, indem wir einen Fonds geschaffen haben oder einen Geldbetrag, den wir zur Verfügung gestellt haben. Oder, wenn ich daran denke, dass aus dem Erlös des Verkaufes der BEGAS auch den Gemeinden, fast allen Gemeinden, geholfen wurde. Ich glaube, wir brauchen derartige Dinge.

Daher, überlegen Sie sich, ob wir nicht die Landesumlage jetzt zweckbinden sollten *(Ein Zwischenruf der Abg. Ingrid Salamon.)* und diesen Betrag für bestimmte Investitionen den burgenländischen Gemeinden zur Verfügung stellen. Das wäre ein Anreiz, das wären Akzente im Budget 2017. *(Beifall bei der ÖVP)*

Jetzt aber zur Gemeindeordnung. Die Novellierung der Gemeindeordnung habe ich bereits mit einer großen Enquete eingeleitet, Sie können sich sicher daran erinnern. Es haben sich alle Parteien hier einbringen können - auch Interessenvertretungen. Wir werden natürlich dieser Gemeindeordnung zustimmen, weil sie wichtige Positionen enthält. Ich erspare mir das jetzt, denn sie haben das sowieso schon aufgezählt bekommen. Aber, eines ist mir wichtig. Schade, dass die Gemeindeabteilung oder der Rest der Gemeindeabteilung jetzt nicht mehr da ist, aber eine Bitte hätte ich.

Nämlich, lassen Sie die Gemeinden insofern nicht im Stich, als Sie da versuchen, und da ist ein paar Mal schon ein Anlauf genommen worden, in Geiselhaft zu nehmen, indem man über die Gemeindeabteilung oder über den Rechnungshof Drohungen ausspricht, indem man Bürgermeisterinnen, Bürgermeister kriminalisiert, in dem man Anzeigen erstattet.

Wissen Sie, wenn man mit diesen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern spricht, dann merkt man, dass sehr viele gar nicht mehr die Möglichkeit haben, sich so zu entfalten, wie sie wollen. Sprich Gemeindeautonomie. Bitte versuchen sie nicht in die Gemeindeautonomie einzugreifen.

Die Gemeindeabteilung war unter meiner Führung immer ein helfendes Organ. Wir haben nie Scheriff gespielt, sondern wir waren immer diejenigen, die versucht haben, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu helfen. Daher ist mir wichtig, dass es auch gelungen ist, die Gemeindeordnung insofern ein bisschen zu entschärfen. Ich möchte ganz kurz nur zum Gemeindeservice etwas sagen.

Wir haben jetzt eine Verwaltungsreform. Da könnte man jetzt sagen die ist gelungen oder die ist nicht gelungen. Ich habe schon so viele Verwaltungsreformen erlebt. Als ich in der Regierung oder als ich im Nationalrat war. Viele Verwaltungsreformen, wo man zusammengelegt hat, dann hat man wieder erweitert, dann wieder zusammengelegt.

Letztendlich hat das alles nichts gebracht, außer einer Verunsicherung der Beteiligten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt haben wir diese Verwaltungsreform und jetzt wird die Gemeindeabteilung als Servicestelle ausgerichtet. Jetzt wurde ein Gemeindeberatungsscheck präsentiert. Ich habe Ende 2015 an die zuständige Landesrätin eine schriftliche Anfrage gestellt, und wollte wissen, wie das organisiert wird? Ich habe die Antwort erhalten, nämlich, dass in Wahrheit nur Erstgespräche von Experten kostenfrei sein sollen. Jeder, der in der Gemeinde tätig war, weiß, wenn man Fachleute konsultiert, dann sind die Erstgespräche kostenlos, da braucht man kein Land dazu.

Wesentlich wäre den Gemeinden geholfen, wenn man hier Geld in die Hand nimmt und gerade in der Rechtsberatung die Gemeinden, die Bürgermeister, die Vizebürgermeister unterstützt. Da gibt es sehr viel Verunsicherung. Da könnte man etwas machen. Nicht einen Gemeindescheck zu kreieren, der letztendlich nichts bringt. Ich möchte nur wissen, und ich werde diese Anfrage sicherlich noch einmal stellen, wie viele Gemeinden davon schon profitiert haben?

Daher meine ich, das sind gute Ansätze, aber wenn Sie nicht mit Budgets ausgestattet sind, dann verpuffen sie. Daher noch einmal mein Ersuchen: ich weiß, es wird morgen über das Budget abgestimmt, aber wir könnten uns überlegen, als ÖVP, dass wir da zustimmen, wenn gewisse Punkte erfüllt werden.

Ein Punkt wäre, dass die Landesumlage in Höhe von rund 19 Millionen Euro pro Jahr, zweckgebunden den Gemeinden für gewisse Projekte zur Verfügung steht. Damit würden die Gemeinden profitieren, und damit würde auch die regionale Wirtschaft profitieren. Denn jeder Bürgermeister schaut, dass in seiner Region die Wirtschaftstreibenden diese Aufträge erhalten. Ich glaube, das wäre ein richtiger Ansatz.

Ich kann es mir als ehemaliger Feuerwehrreferent nicht verkneifen, obwohl der Herr Präsident Strommer schon auf das Feuerwehrwesen eingegangen ist, und er natürlich diesen Bereich auch in Zukunft abdecken wird, dem jetzigen Feuerwehrreferenten vielleicht etwas mitgeben.

Lieber Hans Tschürtz, und das ist mir ein Herzensanliegen, das meine ich genauso, wie ich das jetzt sage. Ich bin dafür, dass man Umfragen macht, dass man Befragungen durchführt, aber ich bin dagegen, dass man die Feuerwehr vielleicht verpolitisiert. Denn das, was jetzt stattfindet, das ist nicht ungefährlich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es gibt hier verschiedene Meinungen. Man könnte über diese Befragung - ich möchte aber nicht darauf eingehen - einiges noch sagen.

Denn wenn, zum Beispiel, nur über das Internet abgestimmt wird, dann sind gewisse Bereiche im Feuerwehrwesen schon ausgeschlossen. Ich denke da an die älteren Feuerwehrkameraden. Ein Zehnjähriger kann abstimmen, ein 65-Jähriger, der kaum mit dem Internet zu tun gehabt hat, wird wahrscheinlich nicht die Möglichkeit haben.

Ich ersuche Sie daher, da sehr sorgsam umzugehen. Denn das, was hier abgefragt wird, das ist im burgenländischen Feuerwehrwesen jetzt schon in vielen Bereichen eine Selbstverständlichkeit. Wenn die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einen Rat befolgen, den die Feuerwehrleute auch geben, dann würde auch die Politik nicht in das Feuerwehrwesen hineingetragen werden. Daher mein Ersuchen, dass man da wirklich Schritt für Schritt vorgeht, und nicht etwas zerstört, was langfristig auf einer guten Basis aufgebaut wurde.

In diesem Sinne möchte ich mich bei allen Kommunalpolitikerinnen und -politikern, auch als ehemaliger Feuerwehrreferent, bei den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden für ihre Arbeit bedanken.

Ich wünsche gerade im Bereich der Kommunen um des Feuerwehrwesens, auch in Zukunft eine gute Entwicklung. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Ich fokussiere das jetzt einmal auf die zwei Bereiche. Zum einen einmal auf die Feuerwehrbefragung, denn, ich glaube, das ist wirklich das Hauptthema.

Das Burgenland ist das einzige Bundesland, wo es keine Demokratisierung des Feuerwehrgesetzes gibt. *(Abg. Walter Temmel: Weil es nicht notwendig war.)* Weil es nicht notwendig ist, *(Abg. Ingrid Salamon: Ein Argument.)* sagt die ÖVP. In Ordnung. *(Abg. Doris Prohaska: Demokratie!)* Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. *(Abg. Walter Temmel: Bei uns hat es noch keine Schwierigkeiten gegeben. Da gibt es nichts. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* In allen anderen Bundesländern gibt es das. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Doris Prohaska zum Abg. Walter Temmel. Warum wirst Du dann gewählt?)*

Gut, Herr Abgeordneter Temmel, *(Abg. Walter Temmel: Das ist bei uns nicht notwendig.)* Sie können gerne zum Rednerpult kommen, ich setze mich inzwischen wieder hin. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich versuche es gerade zu erklären. Ja, aber zu sagen, wir brauchen keine Demokratisierung, weil es genügt ohnehin so, wie es ist, ist mir zu wenig, denn in acht Bundesländern gibt es die Demokratisierung des Feuerwehrgesetzes. *(Abg. Walter Temmel: War kein Problem!)* Jetzt gibt es eine Möglichkeit, dass Rot-Blau sich zusammensetzt und ein neues Feuerwehrgesetz macht.

Oder, es gibt die Möglichkeit, dass die Feuerwehr das Feuerwehrgesetz macht und die Feuerwehr ihr Mitbestimmungsrecht hat, sodass alle 17.000 MitgliederInnen mitbestimmen können, wie wir unser Feuerwehrgesetz gestalten. Nicht Rot-Blau, sondern die Feuerwehr ist jetzt quasi beauftragt, das Gesetz zu machen.

Ich bin mit der Feuerwehr zusammen gesessen und glaube, wir können nicht das einzige Bundesland sein, wo es keine Demokratisierung des Feuerwehrgesetzes gibt. *(Abg. Walter Temmel: Hat doch bisher funktioniert. Das hat doch alles auch bisher funktioniert.)* Wir sind ein modernes Bundesland, also muss es das bei uns auch geben. Was ist so schlecht an einer Demokratisierung? *(Abg. Walter Temmel: Es hat funktioniert.)*

Es hat funktioniert, ist gut. Was hat denn funktioniert? *(Abg. Walter Temmel: Alles!)* Alles. Gut, das heißt, einer hat gesagt, du bist das und der andere hat gesagt, du bist das. *(Abg. Franz Steindl: Das war nicht der Fall! - Abg. Walter Temmel: Kennst Du die Feuerwehr?)* Gut. In Ordnung, die ÖVP möchte keine Demokratisierung. *(Abg. Franz Steindl: Nein! Das war nicht der Fall! Es wurde ja gewählt.)*

Ich nehme das so zur Kenntnis. Ihr wollt wahrscheinlich auch nicht, *(Abg. Franz Steindl: Nein! Es wurde ja gewählt, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!)* dass man 17.000 Feuerwehrleute befragt. Mit Politisierung hat das nichts zu tun. *(Abg. Franz Steindl: Nein! Es wurde ja gewählt!)*

Das ist keine Bundespräsidentenwahl, sondern das ist eine Befragung, wo sich alle einbringen können. *(Abg. Franz Steindl: Entschuldige, es wurde ja gewählt.)* Wenn die Befragung abgeschlossen und das Ergebnis bekannt ist, werden wir den Landesfeuerwehrkommandant und dessen Mitarbeiter zu einem Gespräch einladen. *(Abg. Franz Steindl: Auch der Feuerwehr-Kommandant wurde gewählt. – Abg. Werner Friedl: Das ist jetzt echt ein Witz!)*

Dafür fragt man 17.000 Leute. Wie wollt ihr das Feuerwehrgesetz haben? Was möchtet ihr gerne verändert haben? *(Abg. Walter Temmel: Es hat doch alles funktioniert. Wir haben keine Probleme gehabt.)* Welche Neuigkeiten möchtet ihr haben? Was liegt euch am Herzen? *(Abg. Walter Temmel: Keine Probleme, wo keine Probleme sind! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Faktum ist alle dürfen erstmalig mitreden, auch Jugendliche. Warum dürfen Jugendliche mitbestimmen? Weil es darum geht, dass auch ein Jugendlicher seine Anregungen einbringen kann und sagt, ich hätte das gerne, mir taugt das, weil ich bei der Jugendfeuerwehr bin. Ich hätte das gerne geändert.

Natürlich haben auch die Senioren die Möglichkeit, sich zu äußern. Das einzige Problem das besteht, da gebe ich Euch recht, dass sich die Senioren bei einer Online-Umfrage schwerer tun. Aber, da bitte ich natürlich auch die Feuerwehrkommandanten, denen hilfreich zur Seite zu stehen. So, es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Wir binden die Feuerwehren nicht ein und Rot-Blau macht das Gesetz, weil die Schwarzen sowieso dagegen sind. *(Abg. Franz Steindl: Wir sind nicht dagegen! So ein Blödsinn!)*

Oder wir sagen, wir binden die Feuerwehr hier ein, die sollen bei der Gestaltung des Gesetzes mitreden dürfen, egal ob man das jetzt versteht oder nicht. Ich verstehe auch nicht den Widerstand des Landesfeuerwehrkommandanten, der sich massiv dagegen wehrt und sogar manche Kommandanten darauf aufmerksam macht, nicht abzustimmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Faktum ist natürlich, dass diese Geschichte, *(Abg. Walter Temmel: Wer hat das gesagt?)* ich sage Euch das wirklich, ich glaube auch nicht, dass Euch das in der Bevölkerung gut tut, dass Ihr sagt, wir wollen das nicht, dass man die Feuerwehr befragt. *(Abg. Franz Steindl: Welche Geschichte? Das stimmt doch so nicht!)* Gut, das war es einmal zur Feuerwehrbefragung.

Herr Abgeordneter Steindl! Ich frage mich immer, warum Sie diese Demokratisierung nicht damals gemacht haben? *(Abg. Franz Steindl: Das stimmt doch nicht. Es geht doch hier nicht um die Befragung! In Wahrheit sind das doch „No-Na“-Fragen!)* Um was geht es sonst? *(Abg. Franz Steindl: Es gibt doch das alles jetzt schon, was Sie wollen! Das gibt es schon längst! Alles!)* Das ist ja unglaublich. Aber in Ordnung, gut. *(Allgemeine Unruhe)*

Eine Frage noch, *(Abg. Franz Steindl: Ja, bitte. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist doch hier keine Fragstunde!)* weil Sie schon da sitzen, eine Frage noch.

Jetzt kommt der Landesfeuerwehrkommandant zu mir…

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich bitte Sie, mit dem Abgeordneten Steindl keine Fragestunde zu veranstalten, denn Sie sind jetzt am Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ) *(fortsetzend)*: Der Landesfeuerwehrkommandant kommt zu mir und sagt, ich brauche Geld, weil ich die Landesfeuerwehrzentrale neu bauen muss.

Darauf sage ich: Jetzt kommst du darauf, dass die neu gebaut werden muss? Die wird ja nicht von gestern auf heute plötzlich komplett kaputt geworden sein. Jetzt braucht ihr plötzlich 13 Millionen Euro? Ich weiß nicht, warum Sie das nicht gemacht haben, warum hat man nicht Rücklagen gebildet und gesagt hat, das ist sanierungsbedürftig. *(Abg. Franz Steindl: Das ist auch komplett falsch!)*

Geschlafen habt Ihr alle miteinander, genau das ist das Problem. Jetzt benötigt man 13 Millionen Euro, damit das Landesfeuerwehrkommando ~~neu~~ saniert und umgebaut wird? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich glaube, Sie verstehen da einiges nicht, was Ihnen gesagt wird.)* Das soll ich jetzt aufbauen? *(Abg. Franz Steindl: Wer hat das gefordert?)* Das ist genau das Problem, das Ihr habt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Tut mir leid, dass ich das wirklich so geradlinig sage, *(Abg. Franz Steindl: Es gibt zwei EU-Projekte!)* ich kann das nicht verstehen. *(Abg. Franz Steindl: Das ist doch ein völliger Blödsinn, was Sie hier reden!)* Das muss neu gebaut werden. (*Abg. Franz Steindl: Ein Blödsinn! Ein völliger Blödsinn!)* Dann hätten Sie es gemacht. *(Abg. Franz Steindl: Erkundigen Sie sich, bevor Sie hier reden! Völliger Blödsinn!)*

Das heißt, das Landesfeuerwehrkommando ist von gestern auf heute „kaputt“ geworden. *(Abg. Franz Steindl: Das ist doch lächerlich!)* Deshalb muss man es jetzt von gestern auf heute um 13 Millionen Euro sanieren. Gut. Soll so sein, aber das ist ja typisch ÖVP, möchte ich einmal sagen. Gut. *(Abg. Franz Steindl: Ja, ja! Typisch FPÖ!)*

Nun aber zum Hauptreferat Sicherheit, weil das heute auch schon bekrittelt worden ist. Sind wir doch froh, dass wir ein Hauptreferat Sicherheit haben. Sind wir doch froh, dass die Politik derzeit darauf schaut, dass Sicherheit absolute Priorität hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch im Bereich der Sicherheitspartner. Ich sage Euch wirklich eines: Das ist ein Projekt, das sich sehr positiv darstellt. Zusätzlich gibt es dort die soziale Komponente. Diese wird durch die wissenschaftliche Begleitung evaluiert. Wir wollen dort zum Beispiel ein Service für ältere Personen, die zum Beispiel nicht mehr in die Apotheke gehen können, und sich Medikamente holen können, anbieten. Wir wollen aber auch ein Service anbieten, wo diese Sicherheitspartner Nachschau halten, zum Beispiel bei alleinlebenden Personen.

Wir wollen auch, dass eine Schulwegsicherung durchgeführt wird. Mittlerweile sind von den Sicherheitspartnern schon 300 Auffälligkeiten in einem Monat gemeldet worden. Mit der Polizei gibt es eine engste Zusammenarbeit. *(Abg. Walter Temmel: Wieviel?)*

Eine unglaubliche Software, wo jeder, der Beobachtungen macht, diese in ein Tablet eintippt und die Daten ausgewertet werden. Das heißt, dieses Sicherheitspartner-Projekt ist ein gutes Projekt. Die zweite und die letzte Geschichte, wenn der Herr Abgeordnete Strommer sagt, wir sind ohnehin so sicher und wir haben ohnehin 1.600 oder 1.700 Beamte.

Das ist auch gut so, denn umso mehr Beamte wir haben, desto sicherer ist das Bundesland. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wollen wir auch nicht!)* Desto mehr Sicherheit man anbietet, desto sicherer wird alles sein. Deshalb ist ein Hauptreferat Sicherheit wichtig und auch, dass man für die Sicherheit des Landes ein Budget zur Verfügung stellt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Abgeordneter Steindl! Ich bitte Sie, bei den Zwischenrufen ein wenig auf die Wortwahl zu achten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was war denn bei der Wortwahl? - Abg. Franz Steindl: Was war denn bei meiner Wortwahl nicht richtig, Herr Präsident?)*

Wenn Sie dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter ausrichten, dass das ein Blödsinn ist, dann ist es nicht die richtige Wortwahl. *(Abg. Franz Steindl: Was war denn da falsch? Ich lasse mir hier von Ihnen, entschuldige, sicher nicht das Wort verbieten!)*

Dass Sie das Wort Blödsinn nicht zu sagen haben, das ist genau das Richtige. Ich bin Ihnen nicht böse, ich habe Ihnen… *(Abg. Franz Steindl: Ich lasse mir sicher hier nicht das Wort verbieten. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das werden wir uns von Ihnen nicht sagen lassen. Das ist doch wohl jetzt ein Scherz! - Abg. Franz Steindl: Ich lasse mir sicher nicht das Wort verbieten. Sind Sie mir nicht böse. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das können Sie doch nicht ernst meinen. – Abg. Werner Friedl: Ihr habt vor niemanden mehr Respekt. – Allgemeine Unruhe - Abg. Mag. Thomas Steiner: Sollen wir jetzt einmal aufzählen? Nicht zur Kenntnis genommen, Herr Präsident! Danke! Scherze nehmen wir nicht zur Kenntnis. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Herr Abgeordneter Steiner, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja!)* wenn ich läute, dann spreche ich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gerade eben haben Sie geläutet!)* Verstehen Sie das nicht? Ich glaube schon.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wofür bekommt Ihr bezahlt? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*Wir haben gewusst, dass der Budgetlandtag zwei Tage dauert. Ihr braucht Euch nicht aufregen, denn der dauert eben seine Zeit.

Es gehört auch richtig diskutiert und gehören auch Antworten zu gewissen Aussagen gefunden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn eines ist klar, die Sicherheit ist und war immer ein wichtiges Thema in diesem Land. Der Herr Landeshauptmann hat es erkannt.

Der ist sofort in eine Richtung gegangen, wo das auch funktioniert. Er hat immer gefordert und gefordert. Jetzt sind wir das sicherste Land überhaupt in Österreich und der Herr Landeshauptmann hat es erkannt. Der ist sofort in eine Richtung gegangen, wo das auch funktioniert. Er hat immer gefordert und gefordert, und jetzt sind wir das sicherste Land überhaupt in Österreich. Und ich weiß gar nicht, in der EU glaube ich, sind wir auch schon das sicherste Land. Das ist einmal so.

Faktum ist, dass wir in der Sicherheit acht Millionen Euro zur Verfügung haben, zirka acht Millionen. Was da jetzt so wichtig und so weltbewegend ist bei acht Millionen Euro? Wir verbrennen tagtäglich während einer jeden Rede, wir verbrennen da Millionen Euro, setzen wir wirklich darf ich laut und deutlich sagen, leider Gottes, in den Sand.

Die Diskussion mit der Feuerwehr, ich habe ja kein Problem damit, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wenn man fragt, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Zusammensetzen.)* wenn man die Betroffenen fragt. Aber die Betroffenen glaube ich, sind aber nicht nur die Feuerwehr, die Damen und Herren der Feuerwehr, sondern ich glaube die Bürgermeister haben damit ja auch etwas zu tun. Ich habe das Gefühl so.

Ich stehe auch dafür, für eine Feuerwehr und nicht nur für eine Wehr, sondern für zwei Wehren, die wir zusammengelegt haben und was auch hervorragend funktioniert. Auch mit allen Unkenrufen, was da alles herauskommen wird und was da passieren wird.

Ich stehe dazu und ich habe kein Problem mit der Befragung, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, absolut nicht. Aber ich hätte mir gewünscht, dass auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dazu eine klare Meinung haben dürfen, wo drinnen steht, wie sehen sie das als Bürgermeister, als Chef der Feuerwehr? Das wissen wir ja, das ist halt so, das ist das Gesetz, das in der Vergangenheit war.

Ich habe kein Problem, wenn wir reformieren und neue Ideen haben, aber eine neue Idee ist, dass man vielleicht dort oder da erkennt, dass es vielleicht eh gut war, wie es gelaufen ist. Auch das sollte man einmal sagen und nach der Befragung sind wir vielleicht eh gescheiter.

Aber nur, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich möchte noch einmal deponieren, es wären wichtigere Dinge zu erledigen. Ich sage auch klipp und klar etwas. Wenn die Feuerwehr und heute habe ich das nicht einmal gesagt und meine Vorredner haben es auch gesagt, eine Mehrwertsteuer zahlen muss, wenn ich 50 Helme ankaufen muss, wo ich keine Förderung bekomme, weder von Ihnen, noch vom Land, noch von wo anders. Wo das Stück 500 Euro kostet. Wer bezahlt das? Nicht ich als Bürgermeister, sondern die Bevölkerung. Das hätten wir reinschreiben sollen.

Was haltet Ihr davon, wenn jetzt das Land das übernimmt oder der Bund oder egal auch immer wer. Oder dass wir wirklich an den Herrn Finanzminister herantreten und schlussendlich dieses Fass ohne Boden, was eh nichts mehr hilft, weil wir sind schon so verschuldet im Bund, dass wir gar nicht wissen, was wir noch für Einnahmen haben.

Jetzt bestrafen wir auch noch die kleinen Wirte, weil die vielleicht einen Spartag haben an einem Sonntag, wo die Leute hingehen und vielleicht die Wirtschaft und das Wirtshaus noch dementsprechend halten können. Und das sind so Dinge, die mir wichtig erscheinen. Diese Umfrage, natürlich soll das so sein, aber eines muss man auch klar sagen, öffentliche Ordnung und Sicherheit, da brauche ich aber nicht die, wie heißen sie eigentlich, die Sicherheitsbürger. In sieben oder acht oder neun Gemeinden haben wir sie, kosten 500.000 Euro. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: 700.000 Euro.)*

Jetzt im Budget, in diesem was wir heute diskutieren und morgen dann abstimmen sind 700.000 Euro dafür vorgesehen. Und jetzt sage ich einmal, sieben oder acht Gemeinden hochgerechnet auf 700.000 Euro, 171 Gemeinden, liebe Freunde.

Außer Deutschkreutz natürlich, wir haben das ja schon Jahre. Bei uns sind die Spaziergeher, die gehen in der Nacht mit einem Fotoapparat, mit einem Handy, mit einer Taschenlampe und rufen an, liebe Polizei da ist irgendetwas verdächtig. Jetzt tun wir mit 700.000 Euro Leute anziehen, Jacken, ein Elektroauto. Gott sei Dank ein Elektroauto was wir immer gefordert haben. Danke, dass es ein Elektroauto geworden ist.

Aber das sind so Dinge, welche schon zu hinterfragen sind, lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und liebe Regierung. Weil die Regierung muss ja das auch dann umsetzen und Ihr müsst das beschließen.

Wir werden vielleicht sogar bei der Sicherheit mitstimmen. Wisst Ihr warum? Weil die Sicherheit ganz etwas Wichtiges ist. Und wenn man die Sicherheitszentrale vielleicht jetzt noch verlegen will und noch ein bisschen nachdenkt, was man noch alles machen kann mit der Sicherheitszentrale, die wir eh schon ein paar Mal hin und her schieben und unsere Beamten ins Technologiezentrum runterschicken, die man eigentlich

normalerweise neben haben sollte. Dann sollte man sich schon fragen, hoppala, nur um eine Daseinsberechtigung zu haben, das ist zu wenig und von dem halte ich nichts.

Ich glaube auch, dass es entscheidend ist, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wenn Sie sagen, wir sind das einzige Land, die das noch nicht haben, die Demokratisierung. Na seid mir nicht böse, wenn etwas funktioniert müssen wir ja nicht nachhupfen. Bei der letzten Landtagsdebatte habe ich gesagt, bitte, das Land, die Regierung soll den Bund übernehmen weil, wir sind ja so gut, wir sind so gut in diesem Land. Die sind ja lauter, entschuldige wenn ich das so sage, nicht fähige Leute da oben, dann übernehmen wir das, weil eh alles passt.

Aber bei der Feuerwehr muss ich sagen, kann man nachjustieren. Ist ja kein Problem, da können wir die Leute fragen, aber ich würde bitten sich an die Leute zu wenden. *(Zwiegespräche von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz mit Landesrat MMag. Alexander Petschnig.)*

Hört zu, Ihr zwei Landesräte oder Herr Landeshauptmann-stellvertreter. Ich würde schon sagen, wir sind entscheidend im Landtag, ob das passt oder nicht, damit Ihr ein Budget kriegt, damit Ihr dann werkeln könnt wie Ihr wollt. Das muss man auch einmal dazu sagen.

Da hätte ich schon gerne als Bürgermeister auch die Möglichkeit mich dort einzubringen, das wäre vielleicht vernünftig. Wenn wir das Gemeindepaket morgen verabschieden, dann waren alle mit dabei. Und das hätte ich mir erwartet, von Dir, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wo Du in der Opposition genau immer das gefordert hast, dann hätten wir das auch machen müssen. Aber man kann ja gescheiter werden, vielleicht bei der nächsten Diskussion, über Feuerwehr, über Polizei und dergleichen mehr und der Kollege Schnecker bedankt sich immer bei der Polizei und bei der Feuerwehr.

Na selbstverständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil die leisten ja wirklich etwas. *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist eh gut, dass er sich bedankt.)* Und wenn ich am Sonntag dabei war, - na ich sage, das freut mich ja, dass er das immer erwähnt. Er ist ja auch selber bei der Polizei, dafür weiß er ja um was es da geht. Ist ja keine Frage.

Aber mich freut auch eines, mich freut eines, dass man jetzt die Grenzen, dass man die Kontrollen hat und das Deutschkreutz den Grenzübergang gekauft hat. Und jetzt stellt Euch einmal vor, jetzt bekomme ich vom Innenministerium einen Haufen Geld und vom Bundesheer einen Haufen Geld. Wie ich das gesagt habe in Deutschkreutz, in der Fraktion bei der SPÖ, waren sie dagegen. Dagegen waren sie, dass wir das kaufen und jetzt sage ich Euch den Kaufpreis - 25.000 Euro, 6.000 Quadratmeter, tip top im Zustand.

Der Herr Schnecker geht her und geht in die Medien und sagt, in Deutschkreutz und überall anders ist es eine Katastrophe wie dort die Verpflegung ist und wie die untergebracht sind. Der war nie in Deutschkreutz und hat sich das angeschaut. Die waren super immer verpflegt und waren dankbar, dass das so funktioniert. Du kommst aus dem Süden nicht herauf, wahrscheinlich hat es im Süden anders ausgeschaut. In Deutschkreutz ist alles bestens gelaufen. *(Unruhe bei der SPÖ)* Da bekomme ich hin, tagtäglich bin ich auch vor Ort, wenn ich rüberfahre, bleibe ich stehen.

Lieber Herr Landesrat, schau wenn man sich umschaut, dass man einen Kärntner Landesrat braucht und wir lauter Mitglieder in den Büros aus ganz Österreich brauchen. Habt Ihr keine Leute, die das machen können - seid mir bitte nicht böse - im Burgenland? Da frage ich mich schön langsam, wo leben wir eigentlich?

Und das ist das lustige, da sind sie Burgenländer auf einmal, aber in Wien wohnen sie und dort wohnen sie und da und da. Da sollten wir uns fragen, wo sind die

Arbeitsplätze? Wo sind die Arbeitsplätze, meine sehr geehrten Damen und Herren? *(Allgemeine Unruhe)*

Und wenn der Herr Landeshauptmann hergeht und sagt, wir bauen burgenländisch. Wo ist das in Frauenkirchen passiert beim Fußballstadion? Wer hat die Betonbrocken geliefert und die Säulen? Eine oberösterreichische Firma. Und in Horitschon beim Schulbau, meine sehr geehrten Damen und Herren? *(Abg. Walter Temmel: Da sind sie Burgenländer.)* Da kümmert Euch ein bisschen um das, nicht nachher, Herr Landesrat.

Na seid mir bitte nicht böse, da muss ich mich fragen, wenn ich mich hinstelle und sage, burgenländisch bauen, wo ich von Oberösterreich die Betonpfeiler kriege und das zahlen muss nach Oberösterreich, auch wenn es das vielleicht nicht bei der Firma Leier im Burgenland geben würde oder wo anders. *(Abg. Werner Friedl: Wo hast Du den Strom her?)*

In Horitschon die Innenausbaufirma ist auch keine burgenländische, will ich Euch nur sagen und dergleichen mehr. Aber egal, wie auch immer. *(Abg. Werner Friedl: Wo hast Du Deinen Strom her?)* Ich, wo ich den Strom her habe? Na dreimal darfst Du raten, na rate einmal. Von der KELAG und die sind im Burgenland. *(Abg. Ingrid Salamon: Aha. – Abg. Werner Friedl: Da schau her. – Allgemeine Unruhe.)* Wartet ein bisschen, eine Frage: Ist die KELAG, ist die KELAG im Burgenland bei den Windrädern beteiligt, ja oder nein?

Ist die KELAG bei den Windrädern beteiligt, ja oder nein? Ist die KELAG beim Fernheizwerk in Neudörfl voll im Einsatz ja oder nein? *(Allgemeine Unruhe – Abg. Wolfgang Sodl: Jetzt auf einmal. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Ihr solltet Euch einmal erkundigen, liebe Freunde. Eines sage ich auch, in Deutschkreutz da sparen wir 16.000 Euro und die verwende ich für die Gemeinde und für die Feuerwehr und das ist mir das wert.

Jetzt sage ich eines klipp und klar. Denkt einmal nach, wenn Ihr hier Verantwortung tragt, Herr Kovacs in Eisenstadt, wie Du handeln würdest. Dankeschön. *(Allgemeine Unruhe - Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: *(das Glockenzeichen gebend)* So, bitte um Ruhe. Es ist jetzt Niemand mehr zu Wort gemeldet, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 0 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 0 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen. *(Zwiegespräche der Abgeordneten der SPÖ mit Abg. Manfred Kölly. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Es folgt nun die Abstimmung über die Gruppe 1.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 1 in der vorliegenden Fassung die Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 1 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

II. Teil

Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft und

Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Beratung des II. Teiles des Voranschlages.

Er umfasst die Gruppen

2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft und

3, Kunst, Kultur und Kultus.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte um Ihren Bericht.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Im Entwurf der Landesregierung zum ordentlichen Haushalt sind in der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, Einnahmen in der Höhe von 218.284.500 Euro und Ausgaben in der Höhe von 273.177.500 Euro vorgesehen.

In der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, sind Einnahmen in der Höhe von 2.222.100 Euro und Ausgaben in der Höhe von 23.361.100 Euro vorgesehen.

Namens des Finanzausschusses empfehle ich die Gruppen 2 und 3 unverändert anzunehmen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 2 und 3 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner ist Herr Abgeordneter Gerhard Hutter zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder, die nicht da sind! *(Heiterkeit bei der ÖVP)* Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren auf der Galerie! Wir reden jetzt über die Gruppe 2 im Budget, dabei geht es um die Thematik Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.

Ich möchte hier mit einem Zitat beginnen: Die wertvollste Investition überhaupt, ist die Investition in die Menschen. Im Jahr 2016 wurde einiges im Bildungsbereich erreicht. Wir sind auf dem richtigen Weg, aber es stehen noch viele schwere Aufgaben vor uns. Im Jahr 2016 waren 258 Millionen Euro budgetiert und für das Jahr 2017 sind für die Gruppe 2 über 273 Millionen Euro reserviert. Das sind knapp 15 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Auf der einen Seite ist positiv anzumerken, dass auf Initiative des Bundesministers Hans-Peter Doskozil und unseres Landeshauptmannes Hans Niessl, die tägliche Turnstunde im Burgenland in vielen Schulen angeboten wird und als Pilotprojekt eingeführt wurde. Bewegung ist für jeden wichtig, ganz besonders auch für die heutige Jugend. Sport fördert das Lernvermögen und erhöht die Konzentrationsfähigkeit. Für mich ist Sport neben Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen eine der wichtigsten Unterrichtsgegenstände überhaupt.

Leider haben wir auf der anderen Seite den Zuständigkeitswirrwarr betreffend Lehrer nicht beheben können. Einmal ist die Gemeinde zuständig, einmal das Land und einmal ist der Bund zuständig, oft weiß der eine nicht, was der andere tut. Hier haben wir massive Probleme. Besonders im Bereich Bildung ist ein dringend notwendiges Umdenken erforderlich.

In Österreich streiten sich ÖVP und SPÖ mittlerweile seit Jahrzehnten wegen einer Bildungsreform. Auch Landeshauptmann Hans Niessl war im Team Bildungsreform Neu und hat mehr oder weniger bald gemerkt, dass hier nicht wirklich etwas weitergeht. Ich traue mich zu behaupten, dass es bis heute keine echte Bildungsreform gegeben hat. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt.)*

Das Bildungssystem in Österreich ist in die Jahre gekommen. Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Deshalb möchte ich auch erwähnen, dass Handelsschulen in ihrer gegenwärtigen Form längst ausgedient haben und gerade diese Schulform Arbeitslose und Arbeitslose und Arbeitslose produzieren.

Kaum ein Handelsschulabsolvent bekommt noch einen Job. Viele besuchen anschließend einen Aufbaukurs um die Reifeprüfung zu erlangen. Aber was nützt uns im Burgenland die höchste Maturantenquote, wenn im Burgenland Facharbeiter fehlen. Die Handelsschule ist nicht mehr zeitgemäß und diese Schulform gehört dringend überdacht.

In zu vielen österreichischen Schulen wird nach einem Prinzip unterrichtet, vorne steht der Lehrer und die ganze Klasse paukt dasselbe. Seit Jahrzehnten wird dieses Schulmodell selten in Frage gestellt, obwohl es seine Mängel hat. Diese Studien zeigen uns hier immer wieder auf, wo wir aktuell stehen. Ich möchte ein kleines Beispiel geben, wie in anderen Ländern unterrichtet wird und hervorragende Lernergebnisse erzielt werden. Die US-Organisation „New Classroom“ revolutioniert derzeit erfolgreich den Mathematikunterricht in New York! - jetzt mit Rufzeichen.

Die Wände der Klassenzimmer wurden eingerissen, Schulbücher auf den Müll geworfen, jedes Kind bekommt eine individuelle Unterrichtsstunde geliefert, die genau auf seine Bedürfnisse zugeschnitten ist. Mit dem neuen Konzept „school of one - teacher of one“ kommen die Schüler schnell zurecht. Sie dürfen den neuen Stoff so schnell oder so langsam lernen wie es eben in ihren Kopf passt. Die Abwechslung, Liveunterricht mit verschiedenen Lehrern, kleine Lerngruppen, Videoinstruktionen per Kopfhörer oder individualisierte Online-Übungen in der Schule und zu Hause bescherten ihnen ein bemerkenswertes Ergebnis. Das Wissen und das Erlernte hat eineinhalbmal so viel wie jenes in normalen Klassen gezeigt.

Ich weiß schon, dass dies nicht Eins zu Eins bei uns umzusetzen ist und dass dieses Projekt auch dort ein Versuchsprojekt ist. Ich weiß auch, dass wir in den verschiedensten Schulebenen bei uns bereits ähnliche Aktivitäten setzen. Was ich damit aber sagen möchte ist, dass wir noch viel mehr Kraft und Anstrengung in diese Richtung der neuen Schulform setzen müssen.

In den österreichischen Schulklassen muss endlich damit aufgehört werden, die Schülerinnen und Schüler auf ein Einheitsniveau zu bringen. Die Begabungen müssen gefördert werden und dürfen nicht auf ein Niveau heruntergesenkt werden, was wir brauchen sind Kreativwerkstätten, wir müssen das Denken zulassen.

An dieser Stelle vielleicht ein kurzes Beispiel. Mein Sohn hat vor mittlerweile 15 Jahren die erste Klasse Gymnasium in Mattersburg besucht und er war in Mathematik immer sehr gut. Es war die erste Schularbeit und ich habe ihn gefragt, na wie schaut es aus, was wirst du glaubst du bekommen?

Er hat gesagt, naja das ist nicht so schwer gewesen, fünf von sechs Beispielen richtig, ich denke, Eins oder Zwei. Ein Fünfer ist es geworden, ein klassischer Fünfer. Er hat nämlich genau sechsmal das Ergebnis hingeschrieben und hat den Rechenvorgang nicht dazu gebracht. Jetzt kann man natürlich sagen, keine Frage, das kann er ja abgeschrieben haben, das kann ja geschummelt sein.

Aber hätte der Pädagoge ihn damals nur einmal hergeholt und hätte gesagt, wie kommst du auf das Ergebnis, dann wäre es klar gewesen, dass er dort in diese Richtung eine absolute Begabung hat. Mittlerweile macht er die Richtung Sportlehrer und Mathematiklehrer. Das ist ein ganz wesentlicher Faktor, die Kreativität in den Schulen zu fördern und nicht stur in eine Richtung zu gehen weil, es so im Lehrbuch steht.

Noch ein Beispiel, die Arizona State University lebt eine neue Philosophie - bevor ein Studium begonnen wird, werden Daten von den jeweiligen Studenten erhoben und danach ausgewertet. So wird festgestellt, welches Studium am besten zur jeweiligen Person passen würde. Es wird ein spezifisches Angebot erstellt und das Ergebnis daraus: 61 Prozent der Studenten schaffen das Studium dadurch in der Regelstudienzeit, vorher waren es knapp nur zehn Prozent.

Besonders am Herzen liegt mir aber die Ausbildung von Lehrlingen. Meiner Meinung nach muss der Lehrberuf attraktiver gemacht werden und die geförderten Lehrwerkstätten müssen reduziert beziehungsweise abgeschafft werden. Das Land buttert hier jährlich Millionen von Euro und Steuergeldern in die Lehrwerkstätten. Bis zum Jahr 2018 sind es fünf Millionen Euro.

Das ist der falsche Weg. Das Geld wäre besser investiert, wenn die Lehrbetriebe unterstützt werden würden. Ziel muss es sein, die Lehrlinge von Lehrwerkstätten in Lehrbetriebe zu bringen. Nur in Lehrbetrieben bekommen Lehrlinge die bestmögliche Ausbildung.

Ich habe das in der letzten Landtagssitzung auch gesagt, hier gibt es viele Möglichkeiten, viele Varianten, das mit dem dualen Schulsystem zu koppeln, zu kombinieren, also hier sind viele Wege offen. Wir müssen besonders im Ausbildungsbereich umdenken und Möglichkeiten schaffen unsere Jugend bestmöglich auszubilden. Dazu braucht es ganz klare Verantwortlichkeiten sowohl im Schulbereich als auch in der Lehrlingsausbildung.

Bezüglich des Masterstudienlehrgangs den wir ja auch in der letzten Landtagssitzung diskutiert haben, da haben ja auch wir, von der LBL, gemeinsam mit den Regierungsparteien einen fast ähnlichen Antrag eingebracht, soziale Arbeit und Beratung an der FH Burgenland.

Da schlage ich folgendes vor: Wie wir wissen hat die ÖVP, Vizekanzler Mitterlehner, den Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ an der Fachhochschule in Eisenstadt nicht genehmigt. Seitens des Landes und auch der Studierenden wurden bereits viele Wege bestritten und auch eine Petition ins Leben gerufen. Ich hoffe, dass Vizekanzler Mitterlehner noch zur Vernunft kommt und den Masterstudiengang an der FH bewilligt.

Sollte dies doch nicht geschehen, schlage ich vor, dass das Land Burgenland die Kosten für den Masterstudiengang übernimmt, damit für die Studentinnen und Studenten die Möglichkeit geschaffen wird, ihr Studium als Master im Burgenland zu beenden. *(Beifall bei der LBL)*

Ein dringender Handlungsbedarf an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern im Burgenland ist jedenfalls gegeben. Im Budget sollten wir daher diese 300.000 Euro, diese kolportierten Kosten, reservieren dafür.

Zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus. Ich möchte hier bemerken, dass Millionen von Euro an Förderungen in unserem Bundesland diesbezüglich verteilt werden. Das Burgenland ist ein Kulturland. Den Menschen in unserem Land, aber auch den vielen Touristen wird ein reichhaltiges Kulturangebot geboten.

Ich denke jedoch, dass im Burgenland noch viel mehr Potential im Bereich Kultur steckt. Hier möchte ich besonders darauf hinweisen, dass es keinen Schlagabtausch zwischen unserem Landesrat Helmut Bieler und den wichtigen Kulturbetrieben geben darf. Die persönlichen Probleme und Befindlichkeiten müssen von allen Seiten hintangestellt werden.

Das Burgenland mit den kulturellen Angeboten muss im Vordergrund stehen. Nur so können wir mehr Touristen ins Land holen und gleichzeitig die Wirtschaft auch ankurbeln. Um nachhaltig erfolgreich zu sein, müssen wir hier alle an einem und vor allem alle in die richtige und gleiche Richtung ziehen.

Danke. *(Beifall bei der LBL, den GRÜNEN und einigen Abgeordneten der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ich beziehe mich jetzt auf den Abschnitt Kindergartenbildung. Ich möchte vorweg nur kurz sagen, manchmal bin ich erstaunt über das was Kollegen oder Kolleginnen die, heute waren es nur die Kollegen auf die ich mich beziehe, zum Pult gehen, an Kommentaren zu anderen abgeben.

Das wirkt manchmal so, als wäre das schon vorbereitet gewesen weil, es gar nicht dazu passt zu dem was eigentlich gesagt wurde. Da macht der Kollege Spitzmüller sehr konkrete Vorschläge wie man etwas anders machen könnte, sehr konstruktiv, und dann heißt es, da kommt immer nur etwas dagegen und nie etwas Konstruktives. Also, wenn man zuhört was jemand wirklich sagt, dann könnte man vielleicht sogar wirklich ein bisschen diskutieren. Diese Zuschreibungen die man einfach immer nur wiederholt, die bringen uns glaube ich, im Dialog nicht weiter.

Aber das passt auch schon dann zum nächsten Thema, Kindergarten. Bei all dem was ich hier im Landesvoranschlag gefunden habe, kann ich durchaus sagen es gibt hier viele gute Ansätze, aber es gibt auch einiges darin, was ich gar nicht gut finde. Gut, das haben wir ja auch diskutiert, da ist zum einen das neue Gehaltsschema.

Schlecht daran ist, dass Pädagoginnen und Pädagogen, die nach mehreren Dienstjahren den Dienstgeber wechseln, zum Beispiel von einer Gemeinde in die andere Gemeinde gehen, dann das Nachsehen haben weil, sie können sich dann nicht mehr aussuchen, bleiben sie in der alten Regelung, die ihnen wenn sie schon lange im Dienst waren mehr bringt als wenn sie neu anfangen, oder fangen sie neu an.

Sie müssen mit dem neuen Dienstrecht anfangen, also mit dem neuen Gemeindebedienstetengesetz, weil sie dann einen neuen Dienstgeber haben. Das sind jetzt nicht viele Fälle, aber es haben sich schon ein paar Pädagoginnen, höheren Alters sozusagen, bei mir gemeldet und gesagt, sie haben jetzt das Nachsehen.

Sie müssen jetzt mit der neuen Regelung anfangen. Das heißt, sie verlieren einiges was sie bei der alten Regelung als langgediente Pädagoginnen mitgenommen hätten. Wir sehen das so, eine neue Regelung bringt nicht nur Vorteile. Das hätte man sich vielleicht vorher auch schon überlegen können.

Gut, und das kann man wirklich unterstreichen, dass wir im Burgenland eine sehr hohe Betreuungsquote haben und flächendeckende Kinderbetreuungen auch am Nachmittag. Das ist etwas was man wirklich vorzeigen kann. Schlecht ist, auch das haben

wir hier diskutiert, dass de facto den Pädagoginnen und Pädagogen ihre Vorbereitungszeit gekürzt wurde.

Einige von ihnen werden sich wahrscheinlich noch an die Debatte erinnern, die wir hier geführt haben als der Beschluss zur entsprechenden Novelle des Gemeindebedienstetengesetzes vorlag. Ich habe damals schon davor gewarnt, dass die neue Bestimmung, wonach der der Dienstgeber anordnen kann, dass in den Randstunden der Kinderbetreuung gleichzeitig bis zu zwei Wochenstunden Vorbereitungsarbeiten untergebracht werden könnten - bei Anordnung, dass das zur Regel werden könnte.

Viele haben damals den Kopf geschüttelt und mir vorgeworfen ich würde da Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern böses zuschreiben. Nein, habe ich nicht. Es haben sich schon einige bei mir gemeldet aus den Kindergärten die gesagt haben, bei uns ist es jetzt schon zur Regel geworden. Bei uns sind automatisch die Randstunden gleichzeitig Kinderbetreuungsstunden und Vorbereitungsstunden. *(Abg. Klaudia Friedl: In Steinberg-Dörfl nicht.)*

Nein, bei Euch im Kindergarten nicht, natürlich nicht in allen Gemeinden. Und ich weiß, liebe Kollegin Friedl, in Deiner Gemeinde läuft vieles anders, aber es muss auch erlaubt sein zu sagen, dass es Gemeinden gibt, in denen genau das passiert ist. Deswegen bitte ich durchaus, sozusagen wirkt auch auf Eure Kollegen und Kolleginnen ein. Es gibt einfach viele Unklarheiten und ich denke mir, genau das ist so ein Zeichen, dass es bei neuen Gesetzen durchaus sinnvoll ist, sich die Stellungnahmen zu Herzen zu nehmen und zu berücksichtigen.

Bei dieser Novelle des Gemeindebedienstetengesetzes ist halt nicht gehört worden auf die verschiedenen Stellungnahmen von Betroffenen und von jenen die sich damit von einer anderen Perspektive annähern. Auskennen tun sich alle, aber aus unterschiedlichen Perspektiven. Meine Aufforderung und meine Bitte bei künftigen Änderungen von Gesetzen und Novellen auf diese Stellungnahmen mehr einzugehen und sie wirklich ernst zu nehmen und sie zu prüfen was denn daran umzusetzen ist. In dem Fall ist da einfach darüber hinweggegangen worden.

Gut ist, das wurde heute auch schon erwähnt, dass es jetzt endlich wieder eine zweite Kindergarteninspektorin gibt. Ich kenne sie noch nicht persönlich, ich habe schon viel Gutes von ihr gehört. Herzlich Willkommen! Ich weiß nicht ob ich den Namen schon sagen darf. Der Landeshauptmann sitzt nicht da sonst hätte ich ihn gefragt ob ich den Namen nennen darf. Lieber tu ich es nicht. Ich will ja nichts verraten, was ich vielleicht noch nicht sagen darf.

Schlecht ist aber, dass gleichzeitig den Pädagoginnen und Pädagogen eine Beratungsmöglichkeit entzogen wurde. Nun wurde uns heute erläutert, dass das eh ein und dieselbe Person macht. Das Problem ist aber ein inhaltlich fachliches. Es kann eine Person großartige Qualifikationen haben und auch als Inspektorin tätig zu sein.

Es kann dieselbe Person großartige Qualifikationen haben in Beratung und Supervision. Das Problem ist nur, es kann nicht eine Person beide Aufgaben in einer Funktion erfüllen weil, das eine ist eine Aufsichtsfunktion und das andere ist eine Beratungsfunktion. Das andere ist eine Art Vorgesetztenfunktion und das zweite ist aber eine Vertrauensperson der ich mich auch anvertrauen können muss und die an sich sonst der Verschwiegenheit verpflichtet ist, das ist das Problem.

Es ist nicht das Misstrauen gegenüber irgend einer konkreten Person, sondern dass rein fachlich gesehen und alle die in pädagogischen Berufen tätig sind oder im

Sozialbereich wissen das ja, dass fachlich gesehen die Supervision, die Beratung, die psychologische Begleitung, nicht dieselbe Person sein kann, die auch eine Vorgesetzten- oder eine Aufsichtsfunktion hat.

Es wurde mehrfach angekündigt, dass es hier eine neue Art von Beratung oder Supervision für die Pädagoginnen und Pädagogen geben würde. Im vorliegenden Voranschlag findet man aber nicht die entsprechende Abbildung. Ganz im Gegenteil, der Posten wurde sogar von im Jahr 2016 veranschlagten 85.000 Euro auf 40.000 Euro gesenkt. Ich weiß jetzt nicht wo das sonst hinkommt. Ich bin auch schon auf die Entsprechung im Rechnungsabschluss 2015 gespannt was mit diesen veranschlagten 85.000 Euro passiert ist. Vielleicht ist dieser Aufwand ja auch irgendwo anders versteckt.

Sollte das der Fall sein, dann ist halt leider dieser Voranschlag in dem Punkt auch wieder nicht transparent für uns. Daher können wir diesem Teil des Voranschlags auch nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Johan Richter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe hier an dieser Stelle schon öfter betont, dass mir persönlich der Bereich Bildung äußerst wichtig ist. Ich würde ihn sogar noch vor dem Bereich Sicherheit stellen, wie das heute schon der Kollege Haidinger gesagt hat. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Also Bildung ist wirklich das um und auf. Es beginnt alles mit der Bildung und es hat nur, ich will mich da nicht länger darauf einlassen, es hängt alles mit der Bildung zusammen. Daher freut es mich besonders, dass in dem Voranschlag des Budgets für diesen Bereich fast ein Viertel des gesamten Budgets, das heißt 24,78 Prozent genau, das sind 273,3 Millionen Euro für diesen Bereich aufgewendet werden.

Das heißt, jeder vierte Euro praktisch fließt in den Bereich Unterricht, Erziehung, Wissenschaft. Ich möchte auf meinen vorletzten Redner Bezug nehmen in zwei Punkten. Zwar hat er da versucht etwas pädagogisch die ganze Sache zu beleuchten an Beispielen. Dazu kann ich aus eigener Erfahrung sagen, ich habe in der HTL Pinkafeld unterrichtet. Ich will da jetzt keine didaktisch, methodische Erläuterungen geben und Belehrungen, aber es war vor allem vor 20, 30 Jahren.

An Beispielen dazu kann ich aus eigener Erfahrung sagen, ich habe in der HTL Pinkafeld unterrichtet, ich will da jetzt keine didaktisch methodischen Erläuterungen geben und Belehrungen, aber es war vor allem vor 20, 30 Jahren bei uns relativ einfach, da hat es ein Prinzip gegeben, das ich voll unterstützt habe und zwar hat es geheißen, die Schule war sehr streng, möchte ich vorausschicken, daher waren die Absolventen auch irrsinnig gefragt.

Die haben sicherlich keine Probleme dann im weiteren Leben im Beruf gehabt, es galt das Prinzip „Wenn sich der Schüler bemüht, wirklich bemüht, und der Lehrer sich engagiert, dann kann jeder diese Schule schaffen“.

Dass heutzutage vom Bereich Schüler her, von der Bereitschaft, Leistung zu erbringen und nicht nur Rechte einzufordern als Schüler, sondern dass sie auch Pflichten haben und so weiter und so fort, dass da nicht alles in dieser Richtung läuft, ist halt leider so, aber ich bin da eher skeptisch.

Das Zweite, was Kollege Hutter gesagt hat, er hat den Vizekanzler kritisiert, dass der Masterstudiengang im Burgenland nicht genehmigt wurde. Da kann ich eigentlich nur sagen, er hat ja offensichtlich viel wichtigere Probleme, wenn man sich diese in der letzten Zeit vorgekommene zirkusreife Posse zwischen Klubobmann und Vizekanzler ansieht. Ja wie soll er da Zeit haben, für irgendwelche Masterstudiengänge im Burgenland?

Ich möchte noch ein paar Dinge sagen, weil das in den Bereich fällt, hinsichtlich des Antrages der Liste Burgenland zur Bekämpfung des drohenden Technikermangels. Weil ich, wie gesagt, in einer technischen Schule unterrichtet habe, und daher ein bisschen einen Bezug habe. Im Burgenland bemühen sich viele Stellen, viele Institutionen um die Ausbildung von Technikern und Facharbeitern.

Dazu gehört das AMS, das durch Institutionen wie das BFI, das WIFI, das Burgenländische Schulungszentrum in Neutal, Jugend am Werk, so eine Art Auffangnetz für Jugendliche ist. Dann die Aktion „FiT - Frauen in Handwerk und Technik“, das Berufsinformationszentrum mit vier Beratungsstellen, und so weiter und so fort, also viele Institutionen, die sich da bemühen darum. Laut AMS waren übrigens Ende September 1.316 Techniker arbeitslos, davon 54 Akademiker, 135 hatten eine höhere technische Ausbildung und 1.127 waren davon mit Lehrabschluss.

Die nächste große Institution in dem Bereich ist die FH, die immer ihre strategischen Zielsetzungen auf den Bedarf in der Wirtschaft, auf den Bedarf in der Industrie im Burgenland ausrichtet. Es gibt ja auch eine Strategie 2025. In den letzten Jahren wurde der Fokus auf technische Studiengänge gelegt, zum Beispiel die Gebäudetechnik in Pinkafeld oder Informationstechnologie. Es wurden in diesen letzten Jahren 197 Plätze zusätzlich geschaffen.

Das ist ein Zugang, eine Vermehrung um 32,5 Prozent. Die Folge davon ist, dass praktisch jeder zweite Studierende einen technischen Studiengang absolviert. Die nächste Institution ist etwa das Burgenländische Schulungszentrum, das wieder auf Vermittlungserfolge bei Metallberufen, vor allem bei Elektroberufen hinweist, und das Letzte ist, dass ich glaube, dass auch an den HTLs die Nachfrage noch immer vorhanden ist, obwohl in dem Antrag steht, dass die Schülerzahlen stagnieren sollen.

Ich glaube, es scheint, wie soll ich das sagen, es scheint also eher nicht an der technischen Ausbildung, an den technischen Möglichkeiten zu hapern, sondern an den Arbeitsplätzen sozusagen. Das heißt, es wäre vorrangig dafür zu sorgen, dass diese ausgebildeten jungen Techniker auch am Arbeitsmarkt unterkommen.

Es scheint am Arbeitsplatz zu hapern, aber es gibt Maßnahmen, es gibt auch hinsichtlich der Ausbildung Maßnahmen, zum Beispiel das ESF-Programm, das Europäische Sozialprogramm, der Europäische Sozialfonds, der mit 24 Millionen fördert, das Additionalitätsprogramm, das über sieben Jahre mit 18 Millionen Euro Ausbildung und Maßnahmen fördert. Dann gibt es den Fonds für Arbeit und Wirtschaft, der jährlich bis zu 700.000 Euro eingreift, beziehungsweise die Arbeitnehmerförderung des Landes bis zu drei Millionen Euro jährlich, darf man auch nicht unterschätzen.

Ich glaube also, mit all diesen Maßnahmen und diesen Möglichkeiten, ist das Burgenland recht gut gerüstet, diesem angeblichen Technikermangel in der Zukunft entgegen zu wirken und Paroli zu bieten. Das Zweite, weil das auch in diesen Bereich hineinpasst, wäre der Antrag der ÖVP auf mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in den Schulen. Die Frage ist, ob das sehr zielführend ist.

Seien wir ganz ehrlich, es werden schon so viele sehr hohe Anforderungen an Schulen und an Lehrer gestellt, von E-Learning, Verkehrserziehung, Erste Hilfe,

Sexualerziehung, Politische Bildung, also all das soll die Schule schaffen. Es wird wirklich immer schwieriger, immer umfangreicher und es ist kaum noch zu schaffen.

Es gibt Gründe dafür, dass das alles in die Schule verfrachtet wird, aber darüber möchte ich hier nichts mehr sagen. Es gibt ja das Fach „Berufsorientierung“ in der Neuen Mittelschule. Das gibt es sowieso und der Landesschulrat weist ja in einer entsprechenden Stellungnahme darauf hin, dass diese Inhalte sowieso Teile der Ausbildung in den Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sind.

Da komme ich wieder auf den Kollegen Hutter zu sprechen, der die Handelsschulen zitiert hat und gemeint hat, die haben relativ wenig Chancen draußen im Beruf. Dabei ist gerade der Lehrplan der Handelsschule interessanterweise sehr praxisbezogen und definiert sehr unternehmerische Fähigkeiten. Angeblich sind diese Absolventen sehr gut für die Berufspraxis qualifiziert. Natürlich ist ein Bereich ganz wichtig, die Schüler müssen - ich sage einmal, irgendwer hat den Begriff genannt - in Kontakt mit den nachschulischen Welten gebracht werden.

Dazu gibt es geeignete Maßnahmen, da hat auch der Landesschulrat dezidiert vorgeschlagen, dass schulstandbezogene Konzepte erstellt werden sollten und dass an jedem Schulstandort ein - bisschen schwieriges Wort - Berufsorientierungskoordinator ebenfalls in der Sekundarstufe I installiert werden sollte.

Ich glaube, mit all diesen Maßnahmen ist es auch hier möglich, mit unserem bestehenden System das Auslangen zu finden.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Dankeschön. Als Nächstes erteile ich dem Herrn Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Als der Kollege Richter jetzt gesagt hat, dass das Thema Bildung viel wichtiger ist als das Thema Sicherheit, ist mir in Erinnerung gekommen, ich habe letztes Wochenende eine Veranstaltung besucht. Der Bürgermeister von Pöttelsdorf, Rainer Schuber, hat zu einem Bürgerfrühstück eingeladen.

Da ging es darum, zuzuhören, aufmerksam zu sein und sich anzuhören, was den Menschen am Herzen liegt. Eigentlich denkt man ja, wenn man politisch tätig ist, das ist vielleicht die Bundespräsidentenwahl, das ist ein internes Scharmützel, dass man jetzt vielleicht notwendig oder nicht notwendigerweise in der Öffentlichkeit austrägt. Aber in Wirklichkeit sind es elementare Fragen die Menschen bewegen - das ist die Arbeitslosigkeit und es ist in vielen Fällen die Ausbildung der Kinder.

Mich hat dort eine Mutter angesprochen, die sehr nervös ist, weil sie ihren Sohn in einer ganz bestimmten Schule angemeldet hat. Sie möchte unbedingt für ihren Sohn diesen Schultyp. Sie hat dort mit ihm einen Schnuppertag verbracht, es gefällt dem jungen Mann und ihre größte Angst und auch der ganzen Familie ist, ob das funktioniert.

Damit sieht man, dass das Thema Bildung gerade in jungen Jahren ganz wesentlich ist. Wenn die Angst herrscht, dass hier der Staat, das Land, die Bildungschancen junger Menschen verspielt, dann spielen wir mit dem Zukunftskapital der nächsten Generation und diese Angst ist offensichtlich bei vielen derzeit vorhanden.

Es gibt im Bildungsbereich eine breite Facette von Anknüpfungspunkten, die sich auch im Budget wiederfinden. Einige möchte ich nennen: Die Fachhochschulen sind heute schon genannt worden, nunmehr eine Institution in Pinkafeld und Eisenstadt, wo man durchaus davon sprechen kann, dass sich vieles zum Besseren gewandt hat. Internationalisierung war lange Zeit ein wichtiger Schwerpunkt für die Fachhochschulen.

Jetzt merken wir eben auch, dass wir in Konkurrenz stehen mit anderen Standorten, wie Wr. Neustadt, die ordentlich anziehen, hier nachziehen und nachlegen. Gerade deshalb glaube ich, dass es notwendig sein wird, was nicht in Sonntagsreden auszurichten wäre, dem Wissenschaftsminister jetzt etwas auf den Weg mitzugeben, wie es schon einmal mit diesem Entschließungsantrag das Land getan hat; hier können wir gemeinsam ein Signal senden. Wir möchten diesen Masterstudiengang für Soziale Arbeit auch im Burgenland haben, auch wenn es aus Sicht des Bundesministeriums anders ist.

Wenn ich die Fachhochschule erwähnt habe, dann ist es auch die Forschungsquote, die man, ich glaube, ansprechen muss, wenn man im Burgenland von Bildung spricht. Wir haben keine großen Cluster, keine großen Firmen, die hier in Forschung investieren könnten und Unsummen selbst in die Hand nehmen, das fehlt uns immer und überall.

Es gibt einige kleine Ausnahmen, aber ähnliche Kapazitäten wie beispielsweise der Automobil-Cluster in der Steiermark, wo Forschungsquoten erreicht werden, wo das Burgenland ja nicht einmal von der Ferne nachsehen kann, das ist halt eine andere Situation. Umso mehr müssen wir uns anstrengen, denn wir wissen, dass einzige Kapital, das unser Land zu bieten hat, sind nicht Rohstoffe, sind nicht Materialien, sondern es ist schlichtweg der Bildungsgrad unserer Einwohner.

Auch wenn es vielleicht nicht ganz exakt zum Bildungsschwerpunkt passt, so ist es doch eine Fortsetzung daraus. Wir bieten als Land Burgenland derzeit an, Vorbereitungskurse für die Aufnahme zum Medizinstudium. Wir haben uns mit Betroffenen zusammengesetzt und haben ganz klar herausgearbeitet, dass eines viel wichtiger wäre, anstelle von zwei kurzen Nachmittagen, wo hier zwar vielleicht intensiv, aber eben viel zu kurz auf diese Prüfung vorbereitet wird, dass man versuchen sollte, einen echten Vorbereitungskurs für Burgenländerinnen und Burgenländer, die später Ärzte werden möchten, anzubieten.

Hier sollte es eine Art Summer School geben. Hier sollte es Möglichkeiten geben, sich über zwei, vielleicht sogar drei Monate auf diesen Einstiegstest vorzubereiten. Ich glaube, damit wäre sehr viel geholfen. Ich möchte das dem Herrn Landesrat Darabos sehr ans Herz legen.

Ich glaube, dass wäre eine wichtige Maßnahme, einem drohenden Ärztemangel entgegen zu wirken. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wenig mit Ärger erfüllt mich die Tatsache, dass auf Bundesebene geplant ist, die Rechte des Schulgemeinschaftsausschusses massiv einzuschränken.

Es ist Tatsache, dass gerade ein Teil der Bildungsreform eingeleitet werden soll, wo gerade der Schulgemeinschaftsausschuss, also der Ausschuss aus Lehrern, Eltern und Schülern beschnitten werden soll und die Rechte und Möglichkeiten, die dort die Schüler und insbesondere die Eltern haben auf den Schulbetrieb einzuwirken, erheblich geschwächt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen aus vollster Überzeugung sagen, die ÖVP Burgenland wird ein derartiges Ansinnen nicht mittragen und auf jeden Fall darf ich einbringen, dass auch in Zukunft Eltern, Lehrer und Schüler an einem Tisch

sitzen und das was wichtig ist für die Schule vor Ort in Eigenverantwortung entscheiden können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein weiteres Detail im Budget, das ich vermisse, ist Präventionsarbeit. Wir haben viele Lehrerinnen und Lehrer, die von der Diagnose Burnout betroffen sind. Ich glaube, es gibt derzeit im Land Burgenland keine geschlossene Strategie wie man im Bereich der Bildung derartige Fälle betreut. Das ist oft eine Mischung aus medizinischer Betreuung, aus psychologischer Betreuung und dann natürlich auch Wiedereingliederung in das Berufsleben.

Ich kenne mittlerweile leider Gottes zwei Bekannte, die ebenfalls von diesem Phänomen betroffen sind. Burn out in der Schule ist ein wachsendes Phänomen. Ich glaube, hier wäre das Land Burgenland gut beraten, auch im Budget im Voranschlag 2017 mehr vorzusehen und mehr in diesen Bereich zu investieren. Präventionsarbeit in der Schule gegen Burnout im Allgemeinen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganztägige Schulformen sind Realität. Es ist meine tiefste Überzeugung, dass es Eltern möglich sein muss auch ganztägige Schulformen vorzufinden, aber, und das ist ein großer Unterschied zu anderen Parteien, wir möchten das immer in Bezug zur Wahlfreiheit.

Wer das möchte, der soll ein Angebot vorfinden, das passt und adäquat ist, aber niemand soll zu einer Ganztagsschule gezwungen werden. Das ist sicherlich nicht der Weg, den ich mir für die Zukunft hier im Burgenland vorstelle. Aber auch in anderen Bereichen. wang sollte niemals im Vordergrund stehen, sondern Eigenverantwortung und Wahlfreiheit, dafür steht die ÖVP. *(Beifall bei der ÖVP)*

In den letzten Wochen waren die Tage der offenen Türe in den Landwirtschaftlichen Fachschulen in Güssing und Eisenstadt. Ich konnte mir heuer in Güssing ein Bild von der Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen machen. Ich glaube, das ist ein sehr spannender Schulzweig, der gerade eine Renaissance erlebt. Immer mehr junge Menschen streben nach einer landwirtschaftlich fundierten Ausbildung. Auch jene, die überhaupt keinen bäuerlichen Hintergrund haben.

Echt interessant, wie viele junge Menschen sich insbesondere für die Pferdewirtschaft, für diesen Ausbildungszweig in Güssing, interessieren und überhaupt nicht aus einer landwirtschaftlichen Familie kommen. Das ist für mich eigentlich ein sehr positives Merkmal, dass unser Bildungssystem durchlässig und attraktiver wird, auch für jene, die nicht aus derartigen Vorbildungen und aus solchen Familien kommen.

Ich möchte noch kurz die Erwachsenenbildung erwähnen, die mir ein besonderes Anliegen ist. Auch hier wurde in den letzten Jahrzehnten über die Möglichkeit und die Schiene der Förderungen, insbesondere der Europäische Union, vieles erreicht. Jetzt gilt es, derartiges abzusichern. Wir alle wissen, dass 2020 der Fördertopf wesentlich eingeschränkt werden wird.

Es wird massive Kürzungen auch in diesem Bereich geben. Wir werden aus einer sehr lukrativen Situation in eine sehr reduzierte Situation rutschen. Ich glaube jetzt gilt es, in den letzten Jahren Erreichtes abzusichern und das sollte auf jeden Fall auch Teil der Strategie der Burgenländischen Landesregierung sein.

Alles in allem ist der Bildungsbereich und der Wissenschaftsbereich ein sehr streitbarer Bereich, ein sehr teurer und ein sehr kontroversieller Bereich. Es gibt, glaube ich, wenige Punkte und ich bin davon überzeugt, meine darauffolgenden Redner werden das beweisen, wo es sich so trefflich streiten lässt wie im Bildungsbereich.

Eines bin ich überzeugt, wenn die Schule in jene Richtung weitergeht, dass die Rechte der Schülervertreter, die Rechte der Elternvertreter beschnitten werden, wenn man nicht die örtlichen Verantwortungsträger vom Bürgermeister bis zu Vereinsfunktionären bis hin zu den Eltern, die vor Ort eine Schulgemeinschaft ausmachen, einbindet, dann stehen wir auf verlorenem Posten.

Das wäre sehr schade. Ich glaube, da liegt auch sehr viel daran, wie man mit diesen Themen umgeht. Nämlich ob man absolut glaubt, hier seine Weisheit und die Überzeugung mit aller Gewalt durchzusetzen. Bei der Neuen Mittelschule hatte ich lange Zeit das Gefühl, dass insbesondere der politische Wille wichtiger war als das Ergebnis.

Ich kann Ihnen nur versprechen, das Thema Bildung kann man von verschiedenen Seiten sehen und nicht nur von eindimensionalen ideologisch geprägten.

Leider Gottes fehlt mir diese Vielfalt in den Budgetkapiteln für Bildung und Forschung und deshalb wird meine Fraktion diesen Budgetkapiteln nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik, ich erteile Ihnen das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Jetzt ist die Überschrift Unterricht, Schule, Wissenschaft. Eigentlich ist ja die Bildung mein Lieblingsthema und die Bildungspolitik. Ich werde mich aber trotzdem jetzt möglichst kurz fassen und nicht zu grundsätzlich werden, obwohl mich der Kollege Sagartz ja schon etwas reizt.

Da gibt es viele sehr interessante Dinge zu diskutieren. Auch wo der Zwang ist. Meine Kinder zum Beispiel. Ich wurde gezwungen, dass meine Kinder in einer jetzt bestehenden Schulform unterrichtet werden. Ich konnte es mir nicht aussuchen. Also Manches wird einfach entschieden und ist da. Das Wort Zwang ist da, das ist eher das ideologisch Besetzte würde ich sagen. Aber gut.

Schauen wir jetzt, was ganz konkret im Burgenland ist, und was wir ganz konkret aus diesem Voranschlag hier jetzt auch diskutieren könnten. Was sehr erfreulich für mich ist, ist der Ausbau der Ganztagsschulen. Ich habe jetzt während der Landtagssitzung die Beantwortung einer schriftlichen Anfrage an den Herrn Landeshauptmann bekommen, wonach jetzt auch, ich habe nachgezählt, es wurde alles aufgelistet, rund 150 Schulen bereits ganztägige Schulformen haben.

Davon vier, und darüber freue ich mich besonders, vier mit verschränkten Unterrichtsformen von Unterrichtszeiten und Freizeiten, weil das einfach sozusagen für den Lernerfolg von Kindern besonders hilfreich ist, wenn sie hier eine Abwechslung finden. In diesen Schulen ist auch das pädagogische Konzept, glaube ich, durchaus ein sehr Vorbildhaftes. Was für mich sehr bemerkenswert ist, ist der Budgetposten für Ausbildungsbeitrag für Verwaltungspraktikanten.

Wenn ich mir die Entwicklung anschaue. Rechnung: 2015 haben wir 166.700 Euro, im Voranschlag 2016 399.200 Euro und im Voranschlag 2017 763.000 Euro. Wir müssen eine Unmenge von Verwaltungspraktikanten im Landhaus haben. Bildungsprojekte und Kommunikationsmaßnahmen haben auch eine besondere Entwicklung genommen. 2015 lag hier eine Rechnung vor von 6.372 Euro, für 2016 waren dann 50.000 Euro veranschlagt und 2017 100.000 Euro.

Nun habe ich in den Erläuterungen natürlich nachgelesen. Da steht, es gehe hier um Weiterentwicklung des Schulwesens. Das ist ja schön. Entwicklung kostet natürlich Geld. Aber da steht auch, die laufenden Reformen erfordern entsprechende Kommunikations- und Informationsmaßnahmen. Na, da wird aber sehr viel informiert und kostenintensiv kommuniziert. Dieses Geld kommt, glaube ich, nicht im Klassenzimmer an. Ich möchte jetzt nicht kritisieren, dass es falsch eingesetzt ist. Es ist für mich nur nicht klar ersichtlich, welche Art von Kommunikation hier einen derartig hohen Posten in der Summe an diesen Posten erfordert.

Dann haben wir auch noch so versteckte Repräsentationskosten für den Bildungsreferenten, sprich Landeshauptmann von 6.800 Euro. Das ist knapp fünfmal so viel, wie die Ausgaben aus dem Jahr 2015 auf diesem Posten, wie praktisch. Um in der Gesamtrechnung den Posten Repräsentationskosten zu senken, scheint es mir so, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich wollte nicht so ins Detail gehen!)* als würde man in verschiedenen Budgetabschnitten jetzt da ein Sümmchen und dort eine Summe für die Referentin oder den Referenten in der Landesregierung zuordnen.

Das ist natürlich auch eine Methode, um sich hier in der Summe etwas moderater darzustellen. *(Abg. Géza Molnár: Das ist eine Unterstellung!)* Was ich bereits im Kindergartenbereich beanstandet habe, muss leider auch für die Schule festgehalten werden. Da wird nämlich auf einer Seite gespart und die Betroffenen damit vertröstet, dass irgendetwas Anderes kommt und dann ist das Andere im Voranschlag nicht auffindbar. Ich spreche hier von den Eingliederungshilfen.

Das Sozialressort hat sich, aus für mich jetzt durchaus nachvollziehbaren Gründen, für die Eingliederungshilfen von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen oder massiven Verhaltensauffälligkeiten als nicht zuständig erklärt und die dafür bislang bereit gestellten Mittel gestrichen. Auch Kinder mit emotionalen Störungen und schweren aggressiven Verhaltensauffälligkeiten wird ab heuer nicht mehr geholfen.

Die Lehrerinnen und Lehrer werden mit den zunehmenden Problemen in diesem Bereich im Moment allein gelassen. Für die Familien und die betroffenen Schulklassen kommen massive Belastungen hinzu, weil wir dürfen ja hier nicht nur an das einzelne Kind denken, sondern jedes Kind, das sich sehr schwer tut im großen Klassenverband mitzukommen und sich einzufügen, belastet ja die gesamte Klasse und fordert jede Lehrperson eigens heraus.

Dabei wollen wir doch, dass alle Kinder gute Lern- und Leistungschancen bekommen. Sowohl diejenigen, die besonders gefördert gehören, als auch diejenigen, die so ein Kind in ihrer Klasse mit aufnehmen. Es muss daher Aufgabe eines Bildungskonzeptes eines Landes sein, Lösungen für diese besonderen Situationen bereitzustellen. Ein modernes inklusives Schulwesen lässt nicht zu, dass Kinder aufgrund von Entwicklungsverzögerungen oder emotionalen Störungen aus dem Bildungsprozess herausfallen. Das passiert aber immer wieder.

Es muss für die Betroffenen Hilfestellungen geben, mit dieser Herausforderung fördernd umgehen zu können. Entsprechende pädagogische Begleitpersonen, wie es etwa eben im Sozialbereich die Eingliederungshilfen waren, wären auch für die LehrerInnen und die SchülerInnen ein Baustein auf einem Weg zu gerechten Bildungschancen. Kollege Hergovich hat ja vorhin auch gesagt, es soll kein Kind zurückgelassen werden.

Aber in diesem Fall gibt es Kinder, die werden zurückgelassen, weil es noch keine neue Lösung für sie gibt. Zumindest ist diese Lösung in keinem Voranschlagsposten zu finden. In einer gerade noch gestern Abend eingehenden Anfragebeantwortung, also zu

einem Zeitpunkt an dem klar war, dass die Abgeordneten keinerlei Möglichkeit mehr zur Akteneinsicht bekommen würden, wird mitgeteilt, es wurde vereinbart, dass in Zukunft die Zusammenarbeit zwischen Schulbehörden, Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendhilfe verstärkt wird, um dadurch für die betroffenen Kinder geeignete Lösungen für den Schulbesuch zu finden. Das Wohl des einzelnen Kindes und seine optimale Förderung sollen im Mittelpunkt stehen. Das ist schön.

Aber es ist aus dem vorliegenden Voranschlag nicht herauslesbar, wie das finanziert wird und wo das zugeordnet ist. Es gibt Ankündigungen, manchmal Beschwichtigungen. Wir müssen da einfach der Realität in die Augen schauen. Es gibt in vielen Schulkassen Kinder, denen muss extra geholfen werden und damit ist der gesamten Klasse geholfen. Ich tät mich freuen, wenn wir im nächsten Voranschlag einen entsprechenden Posten vorfinden würden.

Ebenso wenig ist aus dem Voranschlag herauszulesen, wie eine Bildungsreform auf Verwaltungsebene angedacht ist. Der Landesschulratspräsident, den ich persönlich ja schätze, aber darum geht es bei dem Zahlenwerk nicht, kann sich jedenfalls sicher sein, sein Gehalt ist für das gesamte Jahr 2017 veranschlagt. Die Abschaffung dieses Postens scheint also nicht eingeplant zu sein. Jetzt wurde heute schon einmal erläutert. Ich habe gut zugehört.

Bei uns ist ja der Landesschulratspräsident, also der Amtsführende, gleichzeitig Bildungsdirektor. Aber er arbeitet ja auch- ich habe Sie jetzt zitiert - oder das, was woanders der Bildungsdirektor ist. Aber wir haben ja auch eine Direktorin sitzen im Landesschulrat. Also ganz klar ist es mit dieser Reform noch nicht.

Soweit zum Thema politisch offene Fragen, die ein Budget beantworten kann oder auch nicht. Zu unterstützen ist, dass die Fachhochschule Burgenland finanziell noch etwas besser ausgestattet wird. An dieser Stelle möchte ich auch dem scheidenden Geschäftsführer Josef Wiesler danken. Der wechselt an die Fachhochschule Wr. Neustadt und übernimmt dort die Geschäftsführung. Alles Gute für die zukünftige Aufgabe, wer auch immer ihn als nächstes sieht, bitte das zu übermitteln.

Gut ist auch, dass die Forschungsquote erhöht wird. Nicht sehr viel. Das Burgenland hinkt noch immer hinten nach. Nein, die höchste Maturantenquote wäre jetzt hier nicht die richtige Entgegnung darauf. Die Forschungsquote ist im Burgenland schon noch recht niedrig. Aber sie wurde erhöht, das ist gut. Ich erinnere, wie auch in der Generaldebatte im Jahr 2014 wurde eine gute Strategie zu Forschung, Technologie und Innovation im Burgenland entwickelt und hier im Landtag beschlossen.

Mein Vorschlag ist, dass diese Maßstab und Messlatte sein soll für die Forschungsausgaben der nächsten Jahre. Weil auch dort können wir nachlesen, dass sich aus verschiedenen Erhebungen und Untersuchungen und Überlegungen für diese Gesamtstrategie zusammenfassend feststellen lässt, dass im Vergleich zur Wirtschaftsleistung und zur Bevölkerungszahl im Burgenland, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stark unterproportional sind.

Die Phasing Out-Förderungen der EU-Strukturfonds unterstützen die Stärkung des Standortes Burgenland. In der Periode 2014 bis 2020 liegen die Schwerpunkte auf Forschung, Technologie und Innovation und auf der KMU-Entwicklung. Durch eine koordinierte Vorgangsweise soll dieser Entwicklungsprozess in den nächsten Jahren stark an Dynamik gewinnen.

Ich hoffe sehr, dass genau das auch unterstützt wird. Ich hoffe, dass dies alles in der Verwaltungsreform auch berücksichtigt wurde, die wir ja auch mehrfach diskutiert

haben. Dem Forschungsbereich können wir durchaus unsere Zustimmung geben. Im Gesamten sehen wir aber noch einige bildungspolitischen Schwächen, die dadurch nicht aufgehoben werden. Dankeschön. *(Beifall der Abg. Edith Sack)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Frau Doris Prohaska, Frau Abgeordnete, Sie sind als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte zum Rednerpult. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke Edith!)*

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte natürlich auch auf meine Vorredner eingehen. Nun zuerst einmal zum Herrn Kollegen Hutter, der jetzt leider nicht mehr da ist. Weil er sagt, die Lehrwerkstätten sind nicht mehr notwendig, die Ausbildung ist dort schlechter als in den Betrieben. Ich kenne persönlich jemanden, der als Prüfer tätig ist bei den Lehrabschlussprüfungen, und den sollten Sie oder diese Herrschaften sollten Sie einmal fragen, was sie davon halten.

Denn da gibt es sehr wohl Unterschiede bei den Lehrabschlussprüfungen sehr häufig zwischen Betrieben, also Lehrlingen aus Betrieben und Lehrlingen aus Lehrwerkstätten. Der Herr Kollege Sagartz fordert eine Summer School für die Vorbereitung zur Aufnahmeprüfung an der Medizinuni. Das war schon zum Antrag der Freiheitlichen damals, wir eine Stellungnahme der Ärztekammer bekommen, wo die Ärztekammer vorschlägt, dem Herrn Wissenschaftsminister doch vorzuschlagen, einige Studienplätze für burgenländische Studenten zu reservieren, was ich für weitaus klüger halte.

Denn es gibt Untersuchungen die sagen, wir haben im Burgenland keine Uni und dass die Ärzte, die in einem anderen Bundesland studieren oder aus einem anderen Bundesland kommen, dann natürlich auch weniger gern in ein Bundesland gehen, aus dem sie gar nicht herkommen und das sie auch gar nicht vom Studium her kennen. Dann die Behauptung, man darf die Bildung nicht nur aus der parteipolitischen Ideologie sehen, dann würde ich auch Sie bitten, Herr Kollege Sagartz, sich selbst an der Nase zu nehmen und auch selbst über diese ideologische Brille hinwegzusehen.

Nur noch eines zur Frau Kollegin Petrik, wenn Sie gesagt haben, da müssen aber sehr viele Verwaltungspraktikanten im Landhaus sein, aber ich nehmen an, Sie wissen es, sie sind ja nicht nur im Landhaus, sondern auf den BHs und an den Schulen. Zur Bildung: Ein wunderbares Zitat von Nelson Mandela: „Bildung ist die mächtigste Waffe, die du verwenden kannst, um die Welt zu verändern."

Wir alle wissen um die Wertigkeit der Bildung Bescheid und wir wissen auch, dass gezielte und nachhaltige Investitionen sehr wichtig sind. Sie haben auch unser Burgenland zum Bildungssieger im Bundesländerranking gemacht. Wir wissen auch sehr genau, dass es einen sehr direkten Zusammenhang gibt zwischen dem Bildungsniveau und auch dem finanziellen Background der Familien und auch dort, wo Schüler aus bildungsfernen Familien herkommen, auch später landen.

Wir haben im Burgenland eine Armutsgefährdung von sieben Prozent, in Österreich 14 Prozent und in Europa 16 Prozent. Ich denke, das kommt nicht von ungefähr, denn es sagt auch, dass die Arbeitslosenquote bei Arbeitskräften, die nur den Pflichtschulabschluss als höchste Ausbildung haben bei 13 Prozent liegen, mit Lehrabschluss bei 6,9 und mit Hochschulabschluss bei 2,3 Prozent.

Uns im Burgenland bestätigt unsere Erfolgsbilanz in der Bildung. Ich nehme jetzt aber nur drei Dinge heraus, nämlich die Tagesbetreuung, wo auch immer wieder gesagt wird, es darf keine Zwangstagsschule geben. Jetzt gibt es die Zwangshalbtagsschule, hat die Kollegin Petrik, glaube ich, auch so gemeint.

Jetzt zu der Anzahl der Schulen und der Schüler, die in Tagesbetreuung sind. Das heißt, Schulen mit entweder echter Ganztagsschule oder mit Nachmittagsbetreuung: Im Schuljahr 2015/2016 gab es im Burgenland 6.000 Schüler in Tagesbetreuung. Das heißt, 35 Prozent, wir sind an zweiter Stelle nach Wien. 141 von den 234 Pflichtschulen des Burgenlandes werden ganztätig geführt, das sind 60 Prozent - mehr als die Hälfte - und das Burgenland bekommt bis 2018/19 aus der 15a-Vereinbarung, 15,4 Millionen für die Tagesbetreuung.

Dass die Schulen, die Bildung im Burgenland ein sehr großer Bereich ist, sagen schon allein die Zahlen, wie viel Schulen wir haben, wir haben 179 Volksschulen, 38 Neue Mittelschulen und drei Exposituren, sieben Polytechnische Schulen, sieben ASOs, vier Berufsschulen, elf AHS, 18 BHS und 1 BAKIP.

4.140 Lehrer, davon 2.371 Landeslehrer, wovon nach wie vor das Land aus dem Landesbudget sehr viele Lehrer bezahlt, ganz einfach, um die wohnortnahe Schule weiterhin gewährleisten zu können. Wir haben auch 288 Einrichtungen in der Elementarpädagogik. Das vorliegende Budget gewährleistet, dass wir diesen Weg in Zukunft erfolgreich weitergehen können.

Was sind jetzt die Pläne für die nächsten Jahre? Natürlich Breitbandnetzausbau, weiter verstärkte Digitalisierung der Schulen. Momentan laufen sehr viele Investitionen in einem großen Schulbauprogramm, wo Gymnasium Eisenstadt, BAKIP Oberwart, HAK/HASCH/HTL Eisenstadt, Renovierung Gymnasium Mattersburg, HTL Pinkafeld, Erweiterung der technischen Ausstattung, Gymnasium Oberschützen, und, und, und, wobei man auch sagen muss, dass bei den Pflichtschulen natürlich den größten Anteil die Gemeinden tragen.

20 Prozent bezahlt das Land, bei gemeindeübergreifenden Kinderbetreuungen, Einrichtungen 30 Prozent. Jetzt ganz konkret zum Budget 2017: Es hat Erhöhungen gegeben. Herr Kollege Richter hat bereits erwähnt, 24,48 Prozent des Gesamtbudgets, das heißt, fast ein Viertel fließen in den Bereich Unterricht, Erziehung und Sport. Die Einnahmen wurden um 6,8 Millionen erhöht, die Ausgaben allerdings um 15 Millionen Euro. Das heißt, das Land lässt sehr viel Geld in die Bildung fließen.

Warum sind diese Ausgaben gestiegen? Einerseits natürlich gibt es auch mehr Einnahmen vom Bund, andererseits aber, weil in der Verwaltung Einsparungen getroffen wurden, und es wirklich ein effektives Personalmanagement gibt. Konkret besondere Erhöhungen gibt es zum Beispiel Zweckzuschuss zu ganztägigen Schulformen, in Personal und Infrastruktur, wie erwähnt Verwaltungspraktikanten werden ausgebildet, das Land übernimmt Aufgaben, die eigentlich die Wirtschaft hätte. Es gibt sehr viele Bildungsprojekte und internationale Kooperationen.

Ich darf auch gleich auf einen Antrag der ÖVP Bezug nehmen, die das weiterhin fordert und eine persönliche Anmerkung: Ich selbst war mit einem Comenius-Projekt, mit der Hauptschule Kohfidisch, mit Schülern in verschiedenen Ländern. Wir haben in den Sprachen dieser Länder gemeinsam erarbeitet und zufällig habe ich in der Vorwoche wieder die Kollegen getroffen. Es gibt wieder ein ERASMUS+ Projekt, wo Lehrer aus Polen, aus Italien, aus Spanien und aus Portugal hier waren, um sich auszutauschen.

Es gibt bei uns auch bereits die Fortbildung für die KindergartenpädagogInnen auf Hochschulniveau. Die Erwachsenenbildung ist gut abgesichert und es gibt Förderbeiträge für die Studentenheime, um auch die Studierenden neben dem Top-Jugendticket und dem Semesterticket zu unterstützen. Investitionen in die Bildung bringen immer noch die besten Zinsen, sichern die Zukunft unseres Landes.

Daher gilt mein Dank an das zuständige Regierungsmitglied für Bildung, Landeshauptmann Hans Niessl, auch an den Finanzlandesrat Helmut Bieler und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesschulrates und dem Amtsführenden Präsidenten Heinz Zitz. Ich darf auch noch kurz zu zwei weiteren Anträgen Stellung nehmen, den einen Antrag für mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis an Schulen. Die Berufsorientierung gibt es an der Neuen Mittelschule integrativ und es sind auch Pflichtpraxistage zu machen.

Meiner Meinung nach ist zusätzliche Wirtschaftspraxis allein sowieso zu wenig. Wo bleibt die Umwelt? Wo bleibt das Soziale? Und jetzt etwas, das wird bereits seit Jahrzehnten gelebt. Im Jahr 76 war ich in der 5. Schulstufe, das ist 40 Jahre her, und damals hieß der Biologieunterricht schon Biologie und Umweltkunde, Geographie hieß Geographie und Wirtschaftskunde und Geschichte hieß Geschichte und Sozialkunde und das ist auch heute so.

Bei den Vergaben von Medizinstudien, Stipendien an Medizinstudenten muss ich schon sagen, das ist wieder so ein Bespiel für die Schmähparade der ÖVP. Auf der einen Seite fordern sie Studiengebühren, auf der anderen Seite wieder soll Steuergeld für Stipendien hier hergenommen werden. Warum reservieren wir nicht wirklich ganz einfach Studienplätze an den Unis für die burgenländischen Studenten?

Meine Fraktion wird diesem Budgetposten sehr gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, es sind sich alle Fraktionen einig, dass die Bildungspolitik einen wichtigen Stellenwert hat, dass die Bildungspolitik auch im Budget einen sehr zentralen Raum einnimmt. Wenn das Budget die in Zahlen gegossene Politik ist, dann spricht das Budget auch für die Bildungspolitik, nämlich dass das Budget ausgeweitet wurde.

Wir haben im Jahr 2016 251 Millionen inklusive Personal für Bildung ausgegeben. Es werden im Jahr 2017 265 Millionen sein, also eine deutliche Steigerung des Budgets im Bildungsbereich. Natürlich sind hier die Personalkosten dabei, aber die Personalkosten steigen ja auch durch Lohnerhöhungen und durch die Biennal Sprünge.

Wir haben auch in dem Jahr einen Schwerpunkt im Bildungsbereich gesetzt: Das Jahr der Bildung. Natürlich ist jedes Jahr das Jahr der Bildung, aber das Jahr 2016 überhaupt mit vielen, vielen Schwerpunkten und manche werden von Ihnen den Professor Hengstschläger in Erinnerung haben, einer der führenden Bildungspolitiker und Gentechnikforscher in Österreich, ein Wissenschaftler, der international auch anerkannt ist, der unter anderem gesagt hat: „Das Wissen verdoppelt sich innerhalb von 24 Stunden.“ Darüber muss man einmal nachdenken, was das bedeutet, dass sich in 24 Stunden das Wissen weltweit verdoppelt, nämlich durch das Internet, durch Facebook und so weiter.

Der zweite Punkt, den er gesagt hat, - und ich sage das deswegen, weil man das alles in der praktischen Politik auch berücksichtigen muss - nämlich, „die Gene sind nur Bleistift und Papier, jeder ist für seine Zukunft auch selbst verantwortlich.“ Auch ein ganz wichtiger Bereich.

Der dritte Punkt ist: „Österreich läuft Gefahr in die Durchschnittsfalle zu gehen." Das heißt, wir müssen gute Schüler auch in entsprechender Form fordern und schwächere Schüler fördern. Also daraus, aus diesen drei Sätzen, glaube ich, kann man sehr viel im Bereich der Bildungspolitik auch ableiten.

Was wir im Burgenland haben, sind sehr gute Standards, BIFIE-Tests, die österreichweit gemacht werden, zeigen, dass unsere 10-Jährigen die besten Lesetests haben, am besten sinnerfassend lesen können, und dass unsere 10-Jährigen auch am besten Text verfassen können.

Das ist eine wesentliche Voraussetzung der Volksschule, dass wir die besten Bildungsstandards haben und spielt auch mit, dass wir die kleinsten Gruppen in unseren Volksschulen haben. Das muss man bei allem berücksichtigen, wenn man von Begleitpersonen und so weiter spricht, dass wir von Haus aus laut Statistik Austria die kleinsten Klassen im Volksschulbereich haben und auch die kleinsten Klassen im Bereich der Neuen Mittelschule, nämlich dass man ab 25 teilt und damit sehr kleine Klassen hat.

Die Individualisierung, das ist natürlich ganz ein wesentlicher und wichtiger Zukunftsbereich. Bildungspolitik ist auch eine Grundlage für eine Wachstumspolitik, nämlich eine gute Bildungspolitik schafft auch die Grundlage, dass sich ein Land gut entwickeln kann, dass sich jeder Mensch individuell gut entwickeln kann und dass natürlich auch ein Land davon profitiert, wenn es gut gebildete, ausgebildete Menschen gibt.

Ich darf vielleicht einige Punkte herausgreifen. Im Bereich der Frühkindpädagogik, ich habe es in der Früh schon gesagt, werden neue Impulse gesetzt. Wir werden mit unserer neuen Mitarbeiterin versuchen, gerade einen Schwerpunkt auch im Bereich der Elementarpädagogik zu setzen.

Die bessere psychologische Betreuung in unseren Kindergärten, glaube ich, ist ein ganz ein wesentliches und auch wichtiges Thema. Es wurde auch Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation - wohin wollen wir. Wir wollen die wissensbasierte Wirtschaft fördern. Das heißt, ich brauche nur sagen, ich war letzte Woche bei Delphi Packard Electric in Großpetersdorf. Dort hat die Digitalisierung schon stattgefunden. Sie zählen weltweit zu den besten Unternehmen. Warum? Weil sie gute Mitarbeiter haben, weil sie gute Strategien haben, weil sie gut ausgebildet sind und weil die guten Facharbeiter mit diesen Industrierobotern sehr gut umgehen können.

Wenn jemand sagt, die Digitalisierung kostet uns viele Arbeitsplätze, mag teilweise schon stimmen. Nur sie haben in den letzten drei Jahren - seit sie die Digitalisierung und die Industrieroboter und Industrie 4.0 umgesetzt haben - um 80 Arbeitsplätze mehr, weil sie einen Schritt voraus sind, mehr Aufträge bekommen, mehr exportieren können, Nordamerika, Asien ist ein Markt, wo sie präsent sind. Das ist auch ein Teil des Bildungssystems, nämlich die Leute so auszubilden, so viel Wissen zu vermitteln, damit sie auch im späteren Berufsleben bestehen können.

Ich muss aber auch dazu sagen, Bildung ist nicht nur Wissensvermittlung. Bildung ist auch die Vermittlung von Werten, von demokratischem Verhalten, von einem Verhalten in unserer Gesellschaft und diese Kombination wird in unserem Schulwesen auch geboten, nämlich einerseits unsere Werte zu vermitteln, die Werte unserer Gesellschaft zu vermitteln, Demokratie zu vermitteln und auf der anderen Seite Wissen zu vermitteln.

Wenn unsere 10-Jährigen die besten Testergebnisse haben, dann spricht das für unsere Pädagoginnen und Pädagogen, für die gute Zusammenarbeit mit den Eltern, wo schon die erste Bildungseinrichtung der Kindergarten ist - ich will jetzt gar nicht auf den

Kindergarten jetzt eingehen, weil ich schon in der Früh gesagt habe, dort wurde in der Vergangenheit sehr gute Arbeit auch geleistet, ein gutes Fundament gelegt.

Aber wir sind auch zum Beispiel im Fachhochschulbereich sehr gut unterwegs. Wir haben erstmalig 2.200 Studentinnen und Studenten. Es hat bis jetzt 6.000 Abgänger von den Fachhochschulen gegeben. Mit einer sehr hohen Chance, auch einen Beruf ausüben zu können.

Ich glaube, das ist auch ganz wichtig, dass wir ein Bildungssystem haben, das Werte vermittelt, das aber Wissen vermittelt, das ermöglicht, einen Beruf ausüben zu können. Ich bin auf allen Ebenen dagegen, dass man den Leute sagt, macht die Ausbildung, sie einlädt, sich irgendwie bewirbt und auf der anderen Seite produziert man damit Arbeitslosigkeit oder nicht nachhaltig die Möglichkeit, einen Beruf ausüben zu können. Also insofern große Herausforderungen, die gegeben sind.

Die Forschungsquote wurde auch zwischendurch angesprochen. Wir haben 0,6 Prozent Forschungsquote gehabt. Wir haben jetzt 0,9 Prozent Forschungsquote. Ich kann Ihnen sagen, dass wir in nächster Zeit über ein Prozent Forschungsquote haben. Übrigens haben Sie zwei Millionen Euro wieder in die Forschungsquote nicht eingerechnet, wahrscheinlich auch der Landeshauptmann Schuld, wenn ein Rechenfehler von Mitarbeitern passiert, wie das in anderen Bereichen auch manchmal behauptet wird. Also insofern ist die Forschungsquote schon wieder höher, weil wir draufgekommen sind, dass hier nicht alles wieder eingerechnet wurde.

Man sieht, dass das auch in der Forschungsquote nach oben geht. Dass wir schon wieder Konzepte entwickeln, wo wir sagen, wie können wir das weiter anheben, dass die angewandte Forschung weiter forciert wird, dass einerseits ein Musterbeispiel in Jennersdorf entwickelt wird. Neue Beleuchtungstechnologie, die LED-Technologie, wo das Land diese Art der Beleuchtung unterstützt hat, technologisch weiterzuentwickeln.

Es waren Gelder für einige wenige Forscher, Entwickler, und auf der anderen Seite erfolgt die Produktion. Man hat Arbeitsplätze auf allen Ebenen, auf Ebene der Ingenieure, auf Ebene der Facharbeiter und auf Ebene der weniger qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und genau das ist unser burgenländischer Weg.

Ich kann Ihnen versprechen, und ich werde mich sehr anstrengen, dass wir im Forschungsbereich wieder Bündelungen vornehmen, Schwerpunkte setzen und ich nach Möglichkeit im nächsten Jahr schon berichten kann, 0,6 waren es, 0,9 waren wir aktuell jetzt, und im nächsten Jahr sind wir über einem Prozent. Die Strategie kann nur sein, kontinuierlich im Forschungsbereich weiter zu wachsen und damit einerseits neue, moderne, hochqualifizierte Arbeitsplätze zu haben und auf der anderen Seite auch im Facharbeiterbereich ebenfalls Voraussetzungen zu schaffen.

Auch die Erwachsenenbildung ein Anliegen. Wir haben vor wenigen Tagen auch eine Veranstaltung erstmalig in Eisenstadt gehabt, wo einerseits WissenschaftlerInnen, die im Bereich der Erwachsenenbildung tätig sind, Vorträge gehalten haben, wo auf der anderen Seite auch die BuKEB, das ist die Vereinigung aller Erwachsenenbildungseinrichtungen, da gibt es immerhin im Burgenland 12, auf den Stellenwert der Erwachsenenbildung hingewiesen haben, wo wir ganz einfach Menschen im Burgenland die Chance geben, ihnen eine zweite Chance geben, den Hauptschulabschluss zum Beispiel nachzumachen, die Sprache zu erlernen und damit eine Möglichkeit zu bieten, in das gesellschaftliche Leben integriert zu werden.

Das ist auch wichtig für die Integration, die in den nächsten Jahren erfolgen muss, und die Sprache über die Erwachsenenbildungseinrichtungen zu lernen, ist hier eine große Chance für all jene, die das wollen und die das auch tun können.

Also insofern eine deutliche Steigerung des Budgets. Ich glaube, das ist gut investiertes Geld in die Zukunft unseres Heimatlandes Burgenlands. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Ich erteile dem Herrn Angeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Ich schließe gleich nahtlos an den Herrn Landeshauptmann an. Sehr gut, wenn mehr investiert wird. Bioökonomie ist mir noch ein sehr großes Anliegen. Bioökonomie ein relativ neues Forschungs- und Wissenschaftsfeld, wo es darum geht, in Kreisläufen wirtschaften. Das heißt, nicht auf erdölbasierenden Rohstoffen Produkte herstellen, sondern auf der Basis von Pflanzen, Algen, Pilzen, Bakterien und Ähnlichem. Auch hier tut sich im Burgenland schon einiges, aber es gehört natürlich noch mehr gemacht.

Es gibt auch auf europäischer Ebene einen Aktionsplan, der nennt als wichtigste Maßnahmen zur Verwirklichung der Bioökonomiestrategie Investition in Forschung, Innovation und Qualifikation und eine bessere Verzahnung der politischen Maßnahmen und stärkeres Engagement der Akteure, die die Stärkung der Märkte und der Wettbewerbsfähigkeit der Bioökonomie letztendlich schaffen.

Ein Buch sei hier kurz erwähnt. Der Erfinder der AURO-Naturfarben, der es geschafft hat, Farben für Holzschutz und Ähnliches herzustellen, die nicht auf Erdöl basieren, sondern auf natürlichen Rohstoffen. Dieser hat ein sehr interessantes Buch geschrieben, das heißt eben „Stoffwechsel“, weil man vom Erdöl wegkommt zu anderen Grundstoffen.

Darin beschreibt er sehr schön, was alles möglich ist. Man sollte es nicht glauben, inzwischen werden sogar beim Karosseriebau, in der KFZ-Produktion, erste Ansätze gefunden, dass man hier nicht mehr auf Metalle, auf Kunststoffe *(Abg. Gerhard Steier: Vulkanerde!)* - bitte? - Vulkanerde, das wusste ich nicht, aufbaut. Sehr viel aus dem Holz.

Wir haben auch im Burgenland schon einige innovative Firmen, die zum Beispiel aus Buchenholz Textilfasern herstellen, Lenzing eben. Es gibt wirklich innovative Betriebe, aber was noch fehlt, ist ein bisschen stärker die Forschung, obwohl die BOKU da sehr viel macht, aber ich würde mich freuen, wenn wir im Burgenland auch schauen, dass sich hier auch im Burgenland, weil ich auch glaube, dass das die Zukunft ist, wir müssen schon alleine auf Grund des Klimavertrags von den Erdölen wegkommen, von den Erdölprodukten wegkommen. Selbst im Supermarkt gibt es das „Plastiksackerl“ in dem Sinn immer weniger. Sehr viele sind aus Naturfasern, Kartoffelstärke, Maisstärke hergestellt.

In der Richtung entwickelt sich einiges und ich glaube, das Burgenland muss hier rechtzeitig mitmachen. Deswegen wäre es auch wichtig, wenn neue Gelder, die in der Forschung und in der Wissenschaft, in diesem Bereich, eingesetzt werden, weil es meiner Meinung nach, wie gesagt, die Zukunft ist.

Das war es schon dazu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten und Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht zur Kinderbetreuung, soweit sie in der Gruppe 2 Niederschlag finden, den Teil findet sich auch in der Gruppe 4. Über die Familien werden wir dann noch später sprechen.

In der Gruppe 2 sind fast 28 Millionen Euro im nächsten Jahr für die vorschulische Erziehung vorgesehen. Das ist eine Steigerung von fast 23 Prozent im Vergleich zum Jahr 2015, wobei der Hauptteil der Ausgaben und auch der Steigerungen auf die Beiträge des Landes zum Personalaufwand der Kindergärten entfällt. Hier geht es alleine schon um fast 26,3 Millionen Euro.

Zu erwähnen sind außerdem die Beiträge zum Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen, hier sprechen wir 2017 von 1,4 Millionen Euro und zumindest im weiteren Sinn der Kinderbetreuung geht es ja auch bei den ganztägigen Schulformen. Wir haben schon darüber gesprochen. Die Zweckzuschüsse gehen auch ordentlich in die Höhe. Fast vier Millionen Euro im nächsten Jahr.

Meine Damen und Herren! Das Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen - Kinderkrippen, Kindergärten, Einrichtungen zur Nachmittagsbetreuung - im Burgenland ist dicht - wir haben heute in der Fragestunde schon darüber diskutiert -, und es ist qualitativ hochwertig. Damit das so ist und damit das auch so bleibt, braucht es natürlich das entsprechende Betreuungspersonal, die PädagogInnen, die HelferInnen. Dieses Personal muss gefunden und vor allem auch gehalten werden.

Es war daher ganz wichtig, dass auf Initiative der Koalition heuer das Gemeindebedienstetengesetz geändert wurde, das nunmehr deutlich höhere Einstiegsgehälter und auch eine größere Lebensverdienstsumme vorsieht. Einstiegsgehälter plus 26 Prozent beziehungsweise 480 Euro brutto pro Monat. Lebensverdienstsumme plus 4,2 Prozent oder 73.000 Euro brutto.

Damit liegt das Burgenland bei den Einstiegsgehältern nun an zweiter Stelle in ganz Österreich, was von großer Bedeutung dafür ist, als öffentlicher Dienstgeber konkurrenzfähig zu bleiben, gute und beste Kräfte für die Kinderbetreuung zu bekommen und auch zu behalten.

Ob man will oder nicht, über Familienpolitik werden wir heute Nacht oder morgen Früh spätestens noch reden. Wir sind auf gute und beste Kinderbetreuungseinrichtungen angewiesen. Die finanziellen Rahmenbedingungen schafft der Landesvoranschlag 2017 und schaffen nicht zuletzt die burgenländischen Gemeinden, die auch im Zuge der Besoldungsreform Mehrkosten auf sich genommen haben. Noch ein kurzes Wort zu den ganztägigen Schulformen.

Der Standpunkt der Freiheitlichen in diesem Bereich ist bekannt. Es ist ein ähnlicher Standpunkt wie der der ÖVP. Familien, die sich in einem größeren Ausmaß selbst um ihre Kinder kümmern wollen, vor allem in jüngeren Jahren, die sollen das auch tun können. Das heißt, nein, zu Verpflichtungen.

Wir sind bei der Kinderbetreuung im Burgenland insgesamt auf einem sehr guten Weg. Es zeigen die Betreuungsquoten, es zeigt die Zufriedenheit der Eltern, nicht zuletzt die Zufriedenheit der Kinder. Ich weiß, wovon ich spreche. Die Einrichtungen sind in Ordnung, das Betreuungspersonal leistet großartige Arbeit, die Gemeinden leisten hier großartige Arbeit und das Budget stellt eine stabile Basis für die Fortsetzung dieses Weges dar.

Wir stimmen gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In den Kinderbetreuungseinrichtungen im Budget 2017 stehen rund 27,8 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein Geld, das mit Sicherheit gut und richtig angelegt ist. Es gibt so ein schönes Sprichwort: „Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern sie sind auch unsere Gegenwart." Wir müssen für jene Kinder, die eine Kinderbetreuung brauchen, die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, und das schaffen wir mit diesem Budget beziehungsweise mit den vielen Einrichtungen.

Viele pädagogische, aber auch zwischenmenschliche Probleme wurden heute von der mobilen pädagogischen Beratung angesprochen. Die Probleme, die es gegeben hat, wurden durch diese psychologisch, pädagogische Beratung für Kindergartenpädagoginnen gelöst. Warum sage ich das? Weil ich doch etwas überrascht bin, dass heute so im Raum gestellt wurde, da ist in den letzten zehn Jahren nicht alles rechtens über die Bühne gegangen.

Dann frage ich mich eigentlich, warum der Herr Landeshauptmann als Vorsitzender im Kollegial, in der Regierung, alle Regierungsakte auf die Tagesordnung genommen hat, warum wir das auch alles - Gott sei Dank - immer einstimmig beschlossen haben. Das ist schon noch zu hinterfragen, denn ich glaube, dass mit dieser mobilen psychologischen Beratung erstens einmal sehr rasch geholfen werden konnte, unbürokratisch.

Ich habe ja als zuständige Landesrätin nicht einmal gewusst, wann wer mit wem gesprochen hat. Die Tatsache ist, dass diese Psychologen sehr effizient gearbeitet haben, dass sie im Sinne der Kinder - zum Teil hat es auch Probleme innerhalb der KindergartenpädagogInnen gegeben -und all diese Probleme wurden gelöst. Dafür möchte ich Danke sagen.

Aber nochmals. Man muss schon hinterfragen, warum das so in den Raum gestellt wird, ob da alles rechtens war, dass diese pädagogisch, psychologische Beratung auch in den Kindergärten oder außerhalb der Kindergärten stattfinden konnten. Denn dann frage ich mich ja wirklich, es gibt ein Projekt für gesunde Kindergärten.

Dieses Projekt wurde auf 111.200 angehoben. Wie schaut es denn dort aus? Gibt es da Institutionen? Gibt es Personen? Dürfen die überhaupt hineingehen? Dürfen sie nicht hineingehen? Also diese Art von Einrichtung, nämlich gesunde Kindergärten, wo ein Budget von 111.200 ist dann wohl auch zu hinterfragen, ob das alles rechtens ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die 15a-Vereinbarung - möchte ich auch erwähnen - über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung, vor allem in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen, die ist mit Sicherheit ein wichtiger Schritt für eine positive Entwicklung unsere Kinder. Das verpflichtende Kindergartenjahr ist auch eine gute Basis für den darauflegenden Schulbesuch.

Zu Recht können wir sagen, dass wir in der Kinderbetreuung in den letzten Jahren einen fast Quantensprung gemacht haben. Kinderbetreuung bei den Drei- bis Fünfjährigen Nummer eins, bei den unter Dreijährigen Nummer zwei und bei der schulischen Tagesbetreuung sind wir auf Platz zwei. Besonders freut mich - und das bestätigt auch meinen Weg, den ich bestritten habe -, dass die personellen Aufwendungen für Hortgruppen von 2016 - da waren es 674.100 - haben sich verdoppelt auf 1.264.200. Heute können wir mit Recht sagen, dass wir dank der Unterstützung Vieler,

der Gemeinden, des Landes viel erreicht haben. Die Zeiten und ihre Einstellungen, das möchte ich schon erwähnen, haben sich Gott sei Dank geändert.

Ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass mit Stimmen der SPÖ und FPÖ, unter einem Klubobmann Illedits von der SPÖ und einem Klubobmann Kölly von der FPÖ, in der Landtagssitzung vom 30. Juni 2005, Sie damals gegen die Hortförderung gestimmt haben, und ich darf Grete Kroyer zitieren, die sagte: „Wir würden uns wünschen, dass der Hort ebenfalls vom Land gefördert wird. Ich bin von den SPÖ- Frauen maßlos enttäuscht."

Der damalige Klubobmann Kölly von der ÖVP meinte … *(Abg. Manfred Kölly: Nein!)* Von der FPÖ! „Wenn" - Ihre Botschaft an die ÖVP gerichtet - „seit Jahren die Hortförderung fordert, dann ist es berechtigt. Dann habe ich auch kein Problem damit. Nun, es kommt immer darauf an, wer bezahlt."

Der damalige Klubobmann der FPÖ, Manfred Kölly, meinte, wenn Ihr, Botschaft an die ÖVP gerichtet, seit Jahren die Hortförderung fordert, dann ist es berechtigt, dann habe ich auch kein Problem damit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun, es kommt immer darauf an, wer bezahlt. Damals, nämlich im Jahr 2005, hat es schon eine Koalition der Unvernunft gegeben. Heute stellen wir uns alle in die erste Reihe und jubeln, wie hervorragend unsere Kinderbetreuung ist, und dass das natürlich auch in den Horten gut funktioniert.

Aber, ich möchte Konrad Adenauer zitieren, der einmal gemeint hat: Niemand kann mich daran hindern, gescheiter zu werden.

Deshalb freue ich mich, dass dieser steinige Weg, damals im Jahr 2005, wo Sie liebe SPÖ und FPÖ dagegen waren, heute einen erfolgreichen Weg mit sich bringt.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der Bedarf an weiteren Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht. Ich möchte vor allem die längeren Öffnungszeiten, aber auch die Randzeiten ansprechen. Randzeiten zwischen 18.00 und 20.00 Uhr, Randzeiten von Samstag auf Sonntag.

Es gibt, Gott sei Dank, viele Frauen, die im Tourismus arbeiten können, die aber auch am Samstag und am Sonntag und vielleicht um 20.00 Uhr arbeiten. Genau diese Randzeiten sind es, die man in Form von Tagesmüttern, von Oma-Opa-Dienst und vielmehr noch decken könnte. Da ist mit Sicherheit noch Aufholbedarf.

Ich möchte mich daher abschließend ganz herzlich bei allen bedanken, vor allem bei jenen, die einen Beitrag dazu geleistet haben, dass es unseren Kleinsten gut geht. Das sind die Pädagoginnen und Pädagogen, die HelferInnen.

Professor Essmann hat einmal gemeint, was Menschen glücklich macht - es sind die drei „Z", nämlich Zeit, Zuwendung und Zärtlichkeit. Das erfahren unsere Kleinsten von engagierten Pädagoginnen und Pädagogen tagtäglich.

Dafür möchte ich Danke sagen und ich sage Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke schön. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren! Auch ich möchte zum Thema Kinderbetreuung Stellung nehmen. In diesem Bereich, das haben wir heute von allen Fraktionen eigentlich

gehört, sind wir sehr gut aufgestellt. Die Fakten sprechen für sich. Wir haben im Burgenland 288 Einrichtungen, mit 70 Kinderkrippen, 128 Kindergärten, 63 alterserweiterten Kindergärten und 27 Horte.

10.693 Kinder werden von 1.024 Pädagoginnen bestens betreut. Diese Zahlen haben wir heute auch schon in der Fragestunde von unserem Herrn Landeshauptmann gehört. Das Land Burgenland nimmt diesen Bildungsauftrag sehr ernst und ich bin auch wirklich froh darüber, dass der ganze Bildungsbereich nun in einer Hand liegt, nämlich, in der Hand unseres Herrn Landeshauptmannes. Denn damit ist gesichert, dass die Gelder, die zum Wohl unserer Kinder investiert werden, gut eingesetzt sind.

Das Land investiert in die Kinderbildung und Betreuung über 30 Millionen Euro. Davon sind 26,7 Millionen Euro reiner Landesanteil und der Rest kommt vom Bund. Der größte Teil geht natürlich für Personalkosten auf, das sind 22,5 Millionen Euro. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Land fördert auch die Einrichtungen mit 1,4 Millionen Euro, wovon die Gemeinden auch profitieren. Dass wir wirklich ausgezeichnete Einrichtungen in den Gemeinden vorfinden, das haben wir zum Großteil auch unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu verdanken, denn sie nehmen wirklich sehr viel Geld in die Hand und sorgen dafür, dass vor es Ort bedarfsgerechte und qualitätsvolle Einrichtungen gibt, wo unsere Kinder gerne hingehen und wo sie sich auch wohlfühlen.

Herzlichen Dank, liebe Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 4,5 Millionen Euro werden zusätzlich für die Kinderbetreuung über die Familienförderung direkt an die Eltern ausbezahlt. Wir wollen damit die Eltern finanziell unterstützen. In den meisten Gemeinden wird damit wirklich dafür gesorgt, dass die Kinderbetreuung tatsächlich gratis ist.

Es wird auch fleißig in die sprachliche Frühförderung unserer Kinder investiert, durch die 15a-Vereinbarungen, die zwischen Bund und Land abgeschlossen sind. Dafür sind 900.000 Euro vorgesehen, wobei hier die Kofinanzierung des Landes 300.000 Euro beträgt.

Weitere 125.000 Euro werden für die Fort- und Weiterbildung der Pädagoginnen zur Verfügung gestellt, sowie auch für diverse Veranstaltungen, die die Pädagoginnen besuchen. Wobei ich mich gleich an dieser Stelle bei den Pädagoginnen sehr herzlich bedanken möchte. Sie leisten wirklich hervorragende Arbeit und sind dafür verantwortlich, dass sich die Qualität in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen hervorragend weiterentwickelt hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ziel unserer Investitionen ist natürlich in erster Linie, dass unsere Kinder die beste Bildung bekommen. Kindergärten sind die erste Bildungsstätte, in der neben Wissen auch Werte, wie Menschlichkeit, Teamfähigkeit und soziale Kompetenz vermittelt werden. Auch für die Persönlichkeitsentwicklung ist der Kindergarten natürlich neben dem Elternhaus von ganz großer Bedeutung.

Uns Sozialdemokratinnen ist es sehr wichtig, dass alle Kinder die besten Bildungsmöglichkeiten bekommen, damit sie später auch die besten Startchancen haben, wenn sie in ihren Job eintreten. Die Zukunftschance der Kinder soll nämlich nicht von ihrer Herkunft abhängig sein oder sogar vom „Geldbörsel“ ihrer Eltern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kinderbildung, Kinderbetreuung ist natürlich ein sehr wichtiges Angebot für die Kinder, aber sie ist auch ein wesentliches

Angebot, für die Eltern. Viele Familien, viele Frauen, Alleinerziehende, sind auf dieses Betreuungsangebot angewiesen. Mütter, Väter werden unterstützt, damit sie Familie und Beruf auch besser vereinbaren können.

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist mehr als ein Bekenntnis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil für diese Vereinbarkeit, die uns Sozialdemokratinnen immer ein ganz großes Anliegen war und auch weiterhin sein wird.

Ein weiterer Schritt in diesem Bereich ist die Ferienbetreuung, genauso wie die Tageseltern, die das bestehende Angebot ergänzen. In diesem Bereich hat sich in den letzten Jahrzehnten wirklich sehr viel geändert. Ich kann mich noch erinnern, als meine Kinder in den Kindergarten gegangen sind. Kinderkrippen gab es damals gar nicht und die Öffnungszeiten im Kindergarten waren von 08.00 bis 11.30 Uhr und von 13.00 bis 15.30 Uhr. Da war es natürlich sehr schwierig, einem Job nachzugehen, wenn man keine Oma hatte oder Verwandte, die diese Betreuung übernommen haben. Das ist dank unserer modernen Familienpolitik, Gott sei Dank, Geschichte!

Ein wesentlicher Schritt für die Bildung der Kinder und die Vereinbarkeit wird auch der Ausbau der Ganztagsschule sein, denn das wäre eine wirkliche Win-Win-Situation für Kinder und für die Eltern.

Meine geschätzten Damen und Herren! Das Burgenland ist Spitzenreiter bei der Kinderbetreuung von ganz Österreich. Die Daten und Fakten zeigen uns, dass wir wirklich auf einem sehr guten und auf einem sehr richtigen Weg sind. Diesen Weg werden wir mit den vorhandenen Budgetmitteln auch weiter führen.

Meine Fraktion stimmt daher diesem Kapitel zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Beitrag zu diesem Kapitel insgesamt damit beginnen, dass von meinen Vorrednerinnen darauf verwiesen wurde, und das teile ich ohne Einschränkung, dass es die wichtigste Voraussetzung für alles, was Kinderbetreuung anlangt, in der Vereinbarkeit Familie, Beruf, Kinder sein muss und auch als Aufgabenstellung eigentlich bleiben wird.

Diese Situation hat sich in den letzten Jahren eigentlich zum Vorteil aller entwickelt. Was nachhinkt, und wo wir in der Bedürfnishaftigkeit eigentlich viel stärker als das gerade von meiner Vorrednerin angesprochene Modell vor 20 beziehungsweise 25 Jahren hatten, ist jetzt das eigentlich beide Elternteile uneingeschränkt berufstätig sein müssen, um sich im Familiensinne auch das Leben leisten zu können.

Um diese Voraussetzung in finanzieller Hinsicht zu erfüllen, bedeutet, dass die Übernahme von Verantwortung sowohl in der Kinderkrippe, im Kindergarten, in den Pflichtschulen, aber auch darüber hinaus, immer stärker eine staatliche Aufgabenstellung wird, der sich, beginnend von den Kommunen in der Folge dann die Länder und auch der Bund absolut widmen.

Das heißt, die Voraussetzung für eine geordnete Ausbildungssituation, und beginnend jetzt mit dem Kindergarten, ist immer mehr in staatliche Hände gelegt worden. Daher ist es auch wichtig, dass die Kapitel der Vermittlung von Werten und Inhalten innerhalb der Familie nicht ausschließlich auf staatliche Institutionen gelegt werden.

Hier ist eine Verantwortung gegeben und die sollte man nicht zu 100 Prozent delegieren und dann quasi den KindergärtnerInnen, den KrippenleiterInnen oder auch den LehrerInnen alles auftragen, was quasi auch in der Familie, zumindest größtenteils, auch miterledigt werden soll. Es ist eine absolut positive Initiation, dass wir immer stärker in der sogenannten Hausaufgaben- und schulischen Verpflichtung den Kindern hier pädagogisches Personal im Sinne der Nachmittagsbetreuung auch zur Verfügung stellen.

Diese Aufgaben in der Erledigung bedeuten eigentliche eine Sicherstellung des Bildungsfortschritts, denn es kann, so, wie sich die Lehrpläne entwickelt haben, nicht mehr im Elternhaus hier manches erledigt werden, weil es einfach nicht die Voraussetzungen mit sich bringt.

Insgesamt muss man sagen, dass das, was Bildung betrifft, beginnend eben von Hort, von Kinderkrippe, Kindergarten und allem was Pflichtschulen und sonstiges anlangt, das Burgenland die letzten 30 Jahre eine ganz besondere Entwicklung gekennzeichnet hat, die nicht nur uns eigentlich zum Vorteil gereicht haben, sondern eigentlich auch die Zukunft prägen.

Wir haben, und das ist jetzt mehrfach von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern erwähnt worden, die kleinsten Verbände im Sinne der Unterrichtserteilung, wir haben die kleinsten Kindergartengruppen, wir haben auch kleine Einheiten in der Kinderkrippe. Die Schulgruppen als solche sind quasi aufgrund der geographischen Situation, auch relativ klein gehalten und es wird auch die entsprechende Unterstützung gewährt.

Das heißt, Unterricht und Erziehung besonders auch Kindererziehung, ist eigentlich eine vortreffliche Situation, die das Burgenland ganz besonders auszeichnet. Wenn man den Blick in die Vergangenheit legt, dann ist hier vieles geleistet worden.

Es wird auch, wie es schon heute erwähnt wurde, in den verschiedensten Sektoren - beginnen von kommunalen Leistungen, aber auch von Bundesseite wirklich sehr viel Geld in die Ausstattung beziehungsweise in die Sanierung beziehungsweise in den Neubau von schulischen Gebäuden gelegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber auf einen Umstand jetzt daneben verweisen, der mir als Diskussionsbeitrag beziehungsweise auch als Verpflichtung naheliegend erscheint, dass wir ihn in diese Debatte einbringen. Es geht nicht nur darum, dass wir im Schulbereich immer stärker damit konfrontiert werden, dass Eltern Nachhilfe für ihre Kinder bescheren müssen.

Diese Kostenschere geht klaffend auseinander. Daher ist es, wie vorher bereits erwähnt, absolut notwendig, dass Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen schon in der Schule diesen Ansatz damit unterdrücken, dass sie hier den Kindern zur Hand gehen.

Aber, der Kostenfaktor Nachhilfe ist immer bedeutender und sollte eigentlich in einem ausgebildeten und ausgeprägten Schulwesen nicht stattfinden. Noch etwas ist eine eigentlich sehr diskussionswerte und auch zumindest Aufmerksamkeit erregende oder notwendige Situation.

Es gibt eine Erhebung der Burgenländischen Arbeiterkammer, die Schulkosten im Burgenland qualifiziert hat und zwar auf eine Studie, die mit einem Sample von zirka 200 Familien durchgeführt wurde. Tatsache ist, dass der Schulstandort Burgenland im Verhältnis zu allen anderen Bundesländern jetzt wieder ein Topwert und einen Spitzenplatz einnimmt, aber im Ranking muss darauf verwiesen werden, dass die burgenländischen Schulen die teuersten für die Kinder sind.

Das hat niemand anderer, als die Arbeiterkammer erhoben und zwar mit dem auf das Jahr bezogenen Betrag von 979 Euro, aufgelistet auf alles Mögliche, was in der Schule anfällt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sollte uns zu denken geben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch im Zusammenhang, was ich eingangs schon gesagt habe, in der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Kindern. Die Eltern werden immer stärker in die Verantwortung, auch was finanzielle Gegebenheiten anlangt und so ein Beispiel, wo es dann nachgewiesenermaßen in der Erhaltung und in der Verpflichtung den Kindern notwendig wird, manches zu leisten, ist eigentlich augenscheinlich, dass manches nicht gut läuft.

Hier sollte nachdrücklich darauf geachtet werden, dass beispielsweise diese gemeinsamen Ausflugsfahrten oder anderes, was hier in dem sogenannten Bedarf gekennzeichnet wird, nicht allen dann auf den Kopf fallen. Ich möchte darauf verweisen, dass es im sozialen Gefüge immer stärker auch den sogenannten Effekt gibt, dass sich manche Kinder, die sich das nicht leisten können, auch nicht in der Ersatzleistung von Elternvereinen quasi an gewissen gemeinsamen Fahrten und Ausflügen teilnehmen können.

Das kann im Sinne einer Vermittlung einer sozialen Kompetenz nicht die Aufgabenstellung von Kindergärten und Schule sein. Hier muss die Gesellschaft einspringen und diese Sicherstellung auch gewähren, dass alle eine bestimmte Ausbildung zuerkannt bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt auch einen Antrag, der auf die Ausführung von Lehrkräften zielt. Ich möchte etwas zitieren, das unlängst erst in Gesamtösterreich qualifiziert wurde und in dem Zitat endet: Es mangelt am gesellschaftlichen Wert für diese Lehrberufe, denn die meisten Entscheidungsträger sind ja auch keine Techniker.

Das ist jetzt kein Zitat, das in irgendeiner Form manches erklären hilft, aber es hilft in der Sachlage, wo wir eine Fachkräfteausbildung von Nöten haben, nicht nur die Versäumnisse von der Wirtschaft kennzeichnen dürfen, nicht nur das Ausführen dann im Facharbeiterausbildungssinne von Lehrwerkstätten und von regionalen beziehungsweise nationalen Einrichtungen, sondern wir müssen festhalten, dass es eine gesellschaftliche Entwicklung war, die im Grunde genommen diesen Mangel befördert hat.

Ich erinnere daran, dass es vor 20 Jahren von Elternseite auf Kinder eindeutig schon den Spruch gegeben hat, vorher dann in der besonderen Form „Du sollst etwas lernen, damit es dir irgendwann besser geht“. Das hat man zumeist mit Bildungsansprüchen verknüpft, die quasi über den sogenannten Facharbeiterberuf hinausgegangen sind. Das Resultat war, dass sich das in der Gesellschaft verankert hat und damit eigentlich dieser Mangel auch gesichert und beschert wurde, den wir so schnell nicht mehr ausbügeln können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde, Frau Präsidentin, zum Abschluss gesagt, die Fachhochschulen, den Hinweis mit 2.250 Studierenden, absolut ein hervorragendes und ausgezeichnetes Ergebnis. In Eisenstadt gibt es damit eigentlich immer das Problem in der Früh und am Abend, dass der Verkehrsstau gerade in diesem Kreisverkehr vorprogrammiert ist, aber das andere Kapitel möchte ich auch nur zum Nachdenken geben.

Es gibt immer wieder die Hinweise, man sollte darauf achten, dass burgenländisch gebaut, dass burgenländisch gearbeitet wird. Ich möchte den Hinweis geben, und das

sollte man auch berücksichtigen, wie viele Personen, und das verurteile ich nicht, aber ich sage es in der Ausdrücklichkeit, weil es noch nicht in der Diskussion gefallen ist, wie viele Personen aus dem benachbarten Ausland an der Fachhochschule in Eisenstadt studieren.

Das sollte man sich einmal anschauen! *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Bei der Überschrift Jugend - übrigens die Zahl habe ich bei der letzten Landtagssitzung genannt - ich kann es nur jetzt nicht auswendig sagen, kann es aber gerne noch einmal nachreichen - ich möchte nur ein paar Blitzlichter zum Thema Jugendpolitik werfen.

Das eine ist eine kleine Rückschau zum Jugend-Landtag. Ich bin auch sehr froh, dass der stattgefunden hat und war durchaus beeindruckt, wie engagiert, zum Teil sehr reflektiert und auch gut vorbereitet hier einige Jugendliche sich eingebracht und zu Wort gemeldet haben.

Was ich nicht für sehr geglückt halte, ist, dass auf der einen Seite einem Teil, sozusagen laut Geschäftsordnung, Spielregeln übermittelt wurde, dass man sich daran zu halten habe, ein anderer Teil wieder nicht. Das, was wir hier an Möglichkeiten haben, konnte nicht wirklich dargestellt werden, zumindest war es einigen Jugendlichen klar, wie ich dann auf Rückfrage erfahren habe.

Etwas anderes, was ich nicht für sehr geglückt halte ist, es ist keine Abbildung dessen, was wir hier machen. Beim Jugend-Landtag wird vorher klar gestellt, ihr müsst euch alle einigen, ihr müsst euch einigen auf Themen, ihr müsst euch einigen auf gemeinsame Anträge.

Das hat einen durchaus guten pädagogischen Effekt, nämlich, hier wird gemeinsam diskutiert, bis man zu einem gemeinsamen Ergebnis kommt. Wie sehr täte ich mir das hin und wieder auch hier wünschen. Es ist den Jugendlichen da etwas gezeigt worden, wie es angeblich ablaufen würde, was in der Realität leider nicht so ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es würde uns vielleicht auch nicht schaden, uns hin und wieder solange in einem Workshop zusammenzusetzen, bis wir wirklich ein gemeinsames Ergebnis haben. Das funktioniert hin und wieder, denn wir haben es in Eisenstadt beim Stadtentwicklungsplan auch erlebt, wie hier alle Parteien, so sehr es dann auf anderer Ebene Differenzen gibt und auch Streitereien gibt, gemeinsam in ausführlichen Diskussionen zu einem guten Ergebnis gekommen sind.

Vielleicht sollten wir uns da etwas von diesem Wunschbild des Jugend-Landtages, dass wir vermitteln, für uns auch abschauen. Ich würde durchaus einladen, dass wir uns auch mit den Modellen auseinandersetzen, die es da in anderen Bundesländern gibt, weil ich schon glaube, dass die Foren des Jugend-Landtages, wie wir sie jetzt haben, weiterentwickelt werden könnten.

Ich fände es durchaus sinnvoll und wertvoll im Rahmen einer Enquete sich gemeinsam mit Jugend- und Schülervertreterinnen, mit Jugendorganisationen, Jugendanwalt, mit Erfahrungsträgern und Erfahrungsträgerinnen aus anderen Bundesländern eine ergebnisoffene Diskussion über die Weiterentwicklung dieses Konzeptes zu führen.

Nur dann ist eine Diskussion auch sinnvoll, wenn es nicht darum geht, Positionen auszutauschen sondern sich gemeinsam weiterzuentwickeln. Ich glaube, da ist das Beste noch nicht erfunden, aber wir haben die Chance, das noch zu tun. Die Frage ist, zum Beispiel, auch, wie es mit Schülerparlamenten ausschaut. Seit Oktober 2016 ist das in Salzburg implementiert, in Kärnten ist es gerade in Diskussion. Ich halte dieses Modell auch nicht für die Weisheit letzter Schluss, aber, ich denke, wir sollten uns das einmal anschauen.

Ich möchte auf einen Bereich der Jugendpolitik noch hinweisen, weil ich annehme, dass andere Kollegen hier ohnehin auch in andere Bereiche weit ausholen werden. Wenn ich mit Jugendlichen rede, ist ein Thema ein ganz stark vorherrschendes, wenn wir jetzt einmal von Ausbildungsfragen absehen, das ist ein großes Thema und das ist die Mobilität.

Das ist der öffentliche Verkehr, das sind die Hilflosigkeit und der Ärger darüber, dass, auch wenn man das vielleicht gar nicht will, man in vielen Bereichen des Landes, vor allem dann am Abend, auf das Auto angewiesen ist.

Ich werde immer wieder gebeten, „setzt euch noch mehr ein für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs“. Es gibt große Zufriedenheit mit dem Semesterticket, wobei wir auch hier noch immer nicht gelöst haben, wie machen wir das mit Haupt- und Nebenwohnsitzen. Das ist keine Kritik am Burgenland, das ist ein Hinweis darauf, dass wir insgesamt gesetzlich noch nicht die Lebensrealität von vielen Menschen wahrnehmen und abbilden.

Nämlich, dass man sich nicht entscheiden können muss, zwischen einem Haupt- und einem Nebenwohnsitz, sondern das es zwei Lebensmittelpunkte mittlerweile geben kann. Das ist nur ein Hinweis zum Semesterticket, das noch nicht ganz gelöst ist. Aber, wie gesagt, das ist nicht etwas, was wir nur auf Burgenlandebene lösen können.

Ein großer Appell der Jugendlichen, den ich hier einfach wieder übermittle. Bauen wir den öffentlichen Verkehr auch am Abend aus. Wir wollen ja, dass die Jugendlichen wieder heimkommen können.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Kollegin! Jugend ist nicht nur eine Überschrift, sondern ist, glaube ich, ein sehr wichtiges Thema.

Eigenverantwortung, Eigeninitiative, Einbindung und Mitbestimmung sind Ziele, an der sich die Arbeit mit der Jugend und für die Jugend orientiert. Dass dies nicht nur Schlagwörter sind, zeigt dahingehend, dass viele Aktivitäten gesetzt werden, wo Jugendliche auch gefördert werden, zum einen.

Und zum zweiten war der Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf der Jugendgemeinderat ein großes Anliegen, um die Jugend vor Ort besser einzubinden. Mit dem neuen Gemeinderecht soll auch die Jugend verstärkt für Kommunalpolitik und für das Bürgermeisteramt begeistert werden, denn die kommenden Jugendgemeinderäte können die Bürgermeister von morgen sein.

Als Grundlage zur ganzen Arbeit dienen natürlich die Ergebnisse der Jugendstudie. Aus politischer Sicht drückt das Wort Jugendbeteiligung den Wunsch aus, dass sich junge Leute mit den Zielen einer Gemeinschaft identifizieren und zu deren Erreichung beitragen sollen.

Politische Beteiligung wird von jungen Leuten aber nicht als Grundbedürfnis wahrgenommen, denn gesellschaftliches Engagement und Beteiligung stehen in Zeiten allgemeinen Wohlstandes und steigenden Leistungsdrucks in einem harten Wettbewerb zu schulischen Verpflichtungen, zu beruflichen Verpflichtungen, gegenüber Freizeit und Freunde.

Viele junge Menschen fragen sich natürlich, warum sollte ich mich für einen Verein oder Partei oder überhaupt im Ort engagieren? Für Vereine oder Gemeinden ist das ein kleines Desaster, weil natürlich früher oder später das gesellschaftliche Leben darunter leiden wird.

Hier muss man sich fragen, welche Bedürfnisse junge Menschen erfüllen, Engagement oder Beteiligung für junge Menschen als sinngebend betrachtet werden oder gelten. Wenn man, zum Beispiel, junge Leute fragt, was sie am meisten vermissen würden, wenn es das Internet nicht gäbe, sagen sie Facebook und damit natürlich verbunden die Freunde.

Hier zeigt sich ganz klar, welche Herausforderung Jugendbeteiligung mit sich bringt. Gemeinschaft zu pflegen, wichtige Sachen zu unterstützen oder eben die Gesellschaft mitgestalten zu können. Genau das, denke ich, ist es, was die Jugendarbeit so interessant macht und was es ausmacht.

Denn Jugendliche haben in verschiedenen Lebensphasen ganz unterschiedliche Bedürfnisse und auch Erwartungen an die Zukunft. Ein Dauerthema dieser Generation ist die Unsicherheit und die Angst vor falschen Entscheidungen, was so ziemlich auf alles anzuwenden ist in verschiedenen Facetten auf Beruf, Partner oder Partnerin oder zum Beispiel auch der Wohnort.

Das Land Burgenland mit der Frau Landesrätin ist dahingehend sehr bemüht dem entgegen zu treten und entgegen zu steuern. Um Fortschritte zu erzielen sind natürlich alle herzlich willkommen und zur Mitarbeit eingeladen. Politik, Jugendverbände, Wirtschaft, Arbeiterkammer, die Schulen und viele mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Jugendbudget ist das Fundament, um sich Jugendarbeit im Burgenland leisten zu können, auch aktiver gestalten zu können und für jeden Bereich ist im Budget etwas enthalten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wichtig sind natürlich Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen. Die jungen Menschen gehören in ihrer persönlichen Weiterbildung und Weiterentwicklung unterstützt. Gerade die Ausbildung junger Menschen ist unser Potential, unser Kapital in die Zukunft. Nicht nur im schulischen Bereich, sondern auch im handwerklichen Bereich. Es braucht sehr gute Facharbeiter in der Zukunft und jeder muss eine Chance bekommen, sich im Berufsleben beweisen zu können.

Das Land Burgenland ist hier um die Jugend sehr bemüht und steht sehr unterstützend zur Seite. Es gibt auch viele verschiedene Förderungen in diesen vielen Bereichen. Die finanziellen Mittel sind aber natürlich auch begrenzt. Dennoch möchte ich hier festhalten, dass es sehr gut investiertes Geld ist.

Wir werden unsere Zustimmung natürlich erteilen. Ich möchte noch auf zwei Anträge der ÖVP zu sprechen kommen. Zunächst Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar zu machen. Ich denke zunächst, das Burgenland ist ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung der Ziele des politischen Konzeptes Europäischer Union, aber wie sich die Europäische Union seit längerer Zeit gegenüber der europäischen Bevölkerung präsentiert, muss man sagen, dass das Projekt EU fast zum Scheitern droht, siehe Brexit. Die visionäre Solidargemeinschaft, die uns noch mehr Frieden und noch mehr Wohlstand bringen sollte, ist zu einer unberechenbar Transferunion verkommen, leider.

Um über Bürokratie, Bevormundung, Beispiel CETA und TTIP, Gefährdung des Friedens mit der Willkommenskultur im Zusammenhang natürlich mit dem sozialen Frieden, starke Lobbys vertreten, was anderes als das Volk will oder die Bevölkerung braucht, Versagen bei der Asylpolitik. Das Projekt Europa scheint also gefährdet und momentan sehe ich die EU nicht als Garant für Sicherheit und Frieden. Auch die Jugend steht der EU momentan kritisch gegenüber, was auch die letzte Jugendstudie zeigt.

Was bei der Jugend hängen bleibt, sind Schlagworte, wie Wirtschaftsmacht oder politische Einflussgröße. Das Land Burgenland aber, das Schulwesen, viele Projekte, die es seit Jahren gibt, tragen sehr viel dazu bei, dass eben den jungen Menschen im Burgenland die EU näher gebracht wird. Diese Maßnahmen sollen auch weiterhin verfolgt und umgesetzt werden.

Das ist aber nur die eine Seite, dass man jungen Menschen die EU näher bringt. Auch die EU selber muss sich ändern, denn die EU hängt von der Akzeptanz durch die Bevölkerung ab. Die EU hängt von der Akzeptanz durch die Bevölkerung ab. Das heißt, Miteinbindung des Volkes und keine weltfremden Entscheidungen treffen und beim Volk vorbeiregieren.

Deswegen scheint Europa für viele Menschen weit entfernt zu sein und fremd zu sein. Also sollten sich nicht nur wir uns fragen, was können wir tun um der Jugend die EU greifbar zu machen, sondern die EU sollte sich auch fragen, wie kann sie sich für junge Menschen und auch der Bevölkerung greifbar machen?

Zum Antrag kostenlose Museumsbesuche der ÖVP. Hier kommt wieder die ÖVP Schiene zu tragen, Forderungen zu stellen ohne zu sagen wie man sie bedecken soll. Nun, wenn man die ganzen Forderungen der ÖVP des letzten Jahres bis jetzt verfolgt, sollte sich die ÖVP langsam entscheiden für was mehr Geld verwendet werden soll?

Wirtschaft, Tourismus, Gemeinden, Bauern, Museumsbesuche, alles wird leider nicht möglich sein oder nicht gehen. Ich denke ein Museumsbesuch muss nicht unbedingt von Haus aus gratis sein, weil es ohnehin Aktionstage gibt, wo kein Eintritt verlangt wird. Außerdem sind die Preise moderat gestaltet und die Preispolitik ist für Kinder und Jugendliche aber auch für Familienbesuche so ausgerichtet um den Besuch zu ermöglichen. Ich denke, darauf wird die Landesregierung auch in Zukunft schauen.

Ich darf nur kurz zum Jugend-Landtag zu sprechen kommen, ein, zwei Sätze. Ich habe den Jugend-Landtag hier im Hohen Haus natürlich mitverfolgt. Es wurden wichtige Themen diskutiert, die auch der burgenländischen Jugend wichtig erscheinen wie Mobilität, Bildung, Gesundheit und Digitalisierung, wo es dabei natürlich um ihre Zukunft geht. Es waren sehr interessante, auch hitzige Diskussionen dabei und man hat ganz normal unterschiedliche Meinungen und Standpunkte vertreten.

Obwohl hier fünf verschiedene Ideologien die Themen diskutiert haben, hat man doch gespürt, dass nach gemeinsamen Lösungsansätzen gesucht wurde. Ziel sollte es

sein, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen und eine breite Arbeitsgemeinschaft zu bilden im Interesse der burgenländischen Jugendlichen. Allein die JVP hat die Bühne ein bisschen für etwas ganz anderes benützt und es geschafft den guten Ruf des Jugend-Landtages, wo Ideen und Anregungen in den Landtag kommen, in Verruf zu bringen.

Natürlich kann die Jugend ein wenig überschwänglich sein in der Euphorie, aber was die JVP hier von sich gegeben hat: „Der Jugend-Landtag ist eine Schmähparade, Zirkusdarbietung mit dem Zirkusdirektor Illedits, der noch die Frechheit besitzt – Punkt, Punkt, Punkt." Ich finde es eine Schande dem Hohen Haus gegenüber. Wo bleibt hier die Wertschätzung, Anstand und Moral gegenüber dem Hohen Haus und auch gegenüber dem Präsidenten? *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Hier sollte sich die JVP schämen und bei der Nase nehmen. Die Würde des Hohen Hauses sollte doch gewahrt bleiben. Als Jugendlicher sollte man glaube ich, froh sein und es sollte als Ehre gelten im Jugend-Landtag sich einbringen zu dürfen um jugendgesellschaftlich etwas zu bewegen.

Nichtsdestotrotz gratuliere ich den anderen Jugendabgeordneten zu ihren Beiträgen und danke ihnen für ihre Bemühungen für die burgenländischen Jugendlichen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! „Ich könnte mir es als Landeshauptmann leicht machen und sagen, pass auf, wir geben noch ein paar Millionen Euro für die Studenten her. Wir geben ein paar Millionen Euro für die Bildung her. Wir geben ein paar Millionen Euro für die Sicherheit her, und der nächsten Generation die da sitzt, einen Rucksack umhängen, weil man auch dazusagen muss, wo bekommt man das Geld her wenn man die Aufgaben vom Bund übernimmt?"

Meine geschätzten Damen und Herren! Diese Worte sind aus dem Protokoll des Jugend-Landtages und sind aus dem Mund des Landeshauptmannes herausgesprudelt. Geschätzter Landeshauptmann - leider ist er jetzt im Moment nicht im Raum - wenn es darum geht, junge engagierte Menschen zurechtzuweisen und sie maßzuregeln, da haben Sie große Stärke bewiesen und haben sich meiner Meinung nach, disqualifiziert.

Aber wenn es darum geht bei anderen Regierungskollegen dafür einzutreten weitere Verluste aus Zinstauschgeschäften zu verhindern und um Bereiche transparent zu machen, zeigen Sie diese Stärke nicht. Denn ein 50 Millionen Euro schwerer Verlust-Rucksack auf dem Rücken der nächsten Generation, die Verschleierung der tatsächlichen Verschuldung des Landes, durch nicht transparente Beteiligungen und ausgegliederte Gesellschaften, und damit weitere Schulden die nicht erfasst werden, sind fahrlässig und beweisen dass Sie es mit der nächsten Generation nicht ernst meinen.

Hören Sie auf mit der Politik auf Kosten der nächsten Generation! Hören Sie auf mit der Politik der alten Trampelpfade! *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn man sich ansieht wo die Herausforderungen im Bereich der Jugend, im Bereich der nächsten Generation liegen, dann müssen wir als Burgenland gerade im Hinblick auf die Abwanderung von jungen Menschen Maßnahmen treffen.

Die Frau Kollegin Petrik hat es bereits erwähnt, speziell im Bereich der Mobilität gibt es einen großen Aufholbedarf, aber auch, wenn es darum geht leistbaren Wohnraum zu schaffen bzw. auch die Förderung, Forderung und die Belohnung von Leistung. Es braucht Anreize, damit junge Menschen einerseits wieder zurückkehren wenn sie in die urbane Gegend gehen, beziehungsweise auch Anreize damit sie hier bleiben.

Darüber hinaus bin ich überzeugt, dass die Jugend im Burgenland sehr kreativ ist. Sie ist bereit neue Ideen auszuprobieren, sie ist bereit auch Risiko einzugehen. Das beweisen die zahlreichen Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer im Burgenland sehr eindrucksvoll. Aber gerade diese Start-ups brauchen eine besondere Unterstützung damit Kosten und Risiken in diesem Bereich gesenkt werden. Hier wünsche ich mir mehr Unterstützung, denn das Start-up von heute ist der Garant für eine positive Wirtschaftsentwicklung beziehungsweise Arbeitsmarktentwicklung von morgen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Nachdem wir heute auf der Tagesordnung auch den Gesamtbericht zum Jugend-Landtag drauf haben, möchte ich einen Vorwurf zurückweisen, nämlich den vom Kollegen Wiesler, dass die Junge ÖVP den Jugend-Landtag in Verruf gebracht hat.

Herr Kollege, ich möchte daran erinnern, dass Ihre Jugendorganisation in der Vergangenheit immer starker Unterstützer war, wenn es darum gegangen ist, den Jugend-Landtag zu reformieren. Diesen Weg haben Sie, wie auch wie viele andere, verlassen. Wir sind die einzige Fraktion die dazu steht, dass eine Reform des Jugend-Landtags notwendig ist.

Denn die Art und Weise wie dieser Jugend-Landtag wiederum von statten gegangen ist, ist eine Showbühne für den Politnachwuchs und verfehlt das eigentliche Ziel. Was es braucht ist ein neuer Jugend-Landtag. Ein Vorschlag seitens der ÖVP für einen starken Jugend-Landtag ist es, ein Schüler- und Lehrlingsparlament zu verankern das überparteilich besetzt wird, nach Schüler- und Lehrlingsvertretern die gewählt werden von den Schülerinnen und Schülern, der zweimal im Jahr stattfinden soll.

Das ist meiner Meinung nach die echte Art der Mitbestimmung. Das haben sich die jungen Burgenländerinnen und Burgenländer verdient. Ich bin bereit, an einer Reform mitzuarbeiten. Ich unterstütze den Vorschlag von der Kollegin Petrik, wenn es darum geht Ideen zu sammeln, gemeinsam Verbesserungen auszuarbeiten.

Ich möchte abschließend auch die Möglichkeit nutzen um ein paar Gedanken zum Antrag „kostenfreie Museumsbesuche für Junge im Burgenland“ zu deponieren. Ganz grundsätzlich möchte ich festhalten, dass das Burgenland ein sehr umfangreiches und sehr großes Kulturangebot vorweist.

Kunst und Kultur sind wichtige Triebfedern innerhalb unserer Gesellschaft. Es ist daher wichtig, dass wir Kultur auch der jungen Generation näher bringen, dass wir sie begeistern für die vielen Ausstellungen, die das Burgenland anbietet.

Ein wertvoller Impuls für die Weiterentwicklung der burgenländischen Kulturlandschaft, meine geschätzten Damen und Herren, könnte durch freien Eintritt in Museen und Kultureinrichtungen für alle Burgenländerinnen und Burgenländer bis zur Vollendung des 19. Lebensjahres gesetzt werden.

Darüber hinaus spielt auch die Erreichbarkeit von Museen und von Kultureinrichtungen eine große Rolle. Dies ist oftmals mit sehr hohen Kosten und Mühen verbunden. An das Vorarlberger Modell angelehnt schlagen wir vor, dass die Eintrittskarte für das Museum gleichzeitig als Freikarte für die öffentlichen Verkehrsmittel herangezogen werden kann, um die Kultureinrichtungen im Burgenland kostengünstig zu besuchen.

Nachdem das Rot-Blaue Papier für uns nicht weit genug geht, werden wir zu diesem Punkt am morgigen Tag einen Abänderungsantrag einbringen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Herr Kollege, ich habe mir eh nichts anderes erwartet, als das Sie wieder die Erfolge für die burgenländische Jugend schlecht reden. Aber ich gehe eh noch darauf ein. Ja, in der heutigen Fragestunde haben wir gehört welche jüngsten Erfolge wir im Bereich des Wohnbaues verzeichnen können. Seit dem Start der Initiative "Junges Wohnen im Burgenland" konnten 180 Startwohnungen für junge Menschen fertig gestellt werden. Weitere 167 Wohnungen befinden sich im Bau und 14 in der Planung.

Damit leistet das Land Burgenland einen wesentlichen Beitrag für die burgenländische Jugend. Denn oft werde ich angesprochen: „Ich will selbständig werden. Ich will auf den eigenen beiden Beinen stehen. Ich will meine eigenen vier Wände haben, aber ich kann es mir nicht leisten weil, ich habe keinen Finanzierungsbeitrag von 25.000, 30.000 Euro."

Gerade deshalb ist die Initiative „Junges Wohnen im Burgenland" so wichtig, denn mit den Startwohnungen wo es keinen Finanzierungbeitrag gibt, sondern eine geringe Kaution die man bei Auszug wieder retour bekommt, mit einer Miete von rund fünf Euro pro Quadratmeter ohne den Betriebskosten, und im Idealfall, so wie es jetzt in Gols ist, sogar mit eingebauter Küche, wird den burgenländischen Jugendlichen der Weg in die Selbständigkeit erleichtert.

Hier ein großes Dankeschön an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und der Wohnbauförderung die dafür sorgen, dass wohnen für Jugendliche leistbar wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Was mich da besonders freut, ich habe es vorher schon kurz angesprochen, erst letzte Woche konnten wir 12 Startwohnungen an junge Menschen in meiner Heimatgemeinde Gols überreichen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich gehe da immer nach dem Motto von unserem Bürgermeister „arbeiten statt reden". Ihr solltet Euch da vielleicht ein bisschen etwas davon abschneiden.

Wo junge Menschen unsere Unterstützung brauchen ist sehr unterschiedlich, es ist von leistbarem Wohnraum, von leistbarerer Mobilität über Bildung und Ausbildung und vieles mehr. Bekanntlich ist ja Jugendpolitik eine Querschnittsmaterie und seht vielfältig und genau dem entspricht auch das Jugendbudget für das kommende Jahr.

Ein ganz wichtiger Faktor auch in Jahr 2017 wird das Thema Bildung und Ausbildung sein. So sind wieder ausreichende Mittel für Auslandssemester von jungen Burgenländerinnen und Burgenländern vorgesehen. Genauso wie für internationale und europäische Austauschprogramme, welche gerade jetzt in Zeiten der Polarisierung wichtig sind.

Dass Bildung eines der gesellschaftspolitischen wichtigsten Themen ist, wurde auch so mehrheitlich von den Jungabgeordneten des Jugend-Landtages gesehen. So wurde zum Beispiel von den Jungabgeordneten gefordert: Entwicklung neuer Berufsbilder bei der Lehrlingsausbildung, im Bereich Soziales, Umwelt, EDV, Energie. Die Einführung

eines Ausbildungsfonds war ebenfalls Thema und die Erweiterung des schulischen Rahmenprogramms in den eben genannten Bereichen wie Soziales, Umwelt, EDV und Energie, und die begrüßen wir.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Jungabgeordneten bedanken, die sich fleißig und konstruktiv in die Debatte rund um die Querschnittsmaterie Jugendpolitik eingebracht haben. Ich war auch den ganzen Tag da und habe den Jungabgeordneten zugesehen, wie sie sich mit vollem Engagement eingebracht haben.

Ich möchte hier ein großes Dankeschön für die konstruktiven Ideen aussprechen. Aber es ist schon angesprochen worden vom Kollegen Wiesler, es gab leider auch eine Fraktion die mit den konstruktiven Ideen nichts anfangen hat können. Nein, nicht nur nichts anfangen hat können, sondern sogar die Arbeit der konstruktiven Jugendlichen noch schlecht gemacht hat, ja, das Ganze auf Kosten noch zusätzlich der burgenländischen Jugendlichen. Das war zum Beispiel beim Antrag Nummer Eins, bei der Mobilität für junge Menschen im Burgenland der Fall.

Frau Kollegin Petrik hat das vorhin schon angesprochen, es ist ein wichtiges Thema und ich bin froh dass dieses Thema im Jugend-Landtag behandelt wurde. Und da haben sogar vier Parteien zugestimmt, SPÖ, FPÖ, GRÜNE und LBL. Die einzige Partei die dem nicht zugestimmt hat war die ÖVP.

Das, obwohl wichtige politische Ideen da verpackt waren, muss man sagen. Da war enthalten, der leistbare Führerschein, ein wichtiges Thema für Jugendliche. Das Top-Jugendticket was wir hier im Landtag schon mehrmals beschlossen haben, wo die Familienministerin Karmasin leider noch immer nicht gehandelt hat und die Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds nicht zur Verfügung stellt.

Was noch ganz interessant ist weil, da haben wir schon eine Schmähparade gehabt heuer, das Semesterticket für alle, also für alle Schülerinnen und Schüler, entschuldige für alle Studentinnen und Studenten im Burgenland. Und da hat die ÖVP nicht mitgestimmt.

Da hat man wieder die einzementierte „Dagegen-Politik“ weiterhin vorleben müssen. Und nicht nur das, auch noch darüber hinaus hat man den Landtag dazu benutzt das Ganze in den Dreck zu ziehen und ein Mandatar der ÖVP, so wie es der Kollege Wiesler gesagt hat, hat den Präsidenten einen „Zirkusdirektor“ genannt *(Abg. Günter Kovacs: Ein Wahnsinn.)* und zieht damit die Arbeit der Jugendlichen in den Dreck.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, solche Schmähparaden das bringt keinem einzelnen Jugendlichen im Burgenland etwas. Wir sind auf jeden Fall für die Jugend da und so freut es mich, dass im kommenden Jahr weitere 70.000 Euro für die Semesterticket-Förderung zur Verfügung gestellt werden. Das ist eine Politik für die burgenländische Jugend. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Abschließend möchte ich mich bei allen Jugendorganisationen bedanken, die das ganze Jahr über wichtige Jugendarbeit leisten. Und ein ganz großes Dankeschön gilt unserer Jugendlandesrätin Astrid Eisenkopf, die auf den wirklichen Bedarf der Jugendlichen schaut, neue Initiativen setzt und sehr viel im Bereich der Jugendpolitik voranbringt, wie zuletzt jetzt mit dem Jugendgemeinderat. Dankeschön Astrid. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Natürlich ein Dankeschön auch noch an das Landesjugendreferat, die das ganze Jahr über den Bedarf aufnehmen den die Jugendlichen haben und wichtige Veranstaltungen das ganze Jahr über organisieren.

Meine Fraktion stimmt dem Kapitel natürlich zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen zum Sport. Ich möchte mich hier kurz halten, weil wir erst vor kurzem den Sportbericht diskutiert haben.

Ich denke, ich brauche die großartigen Leistungen unserer burgenländischen Sportler nicht aufzählen, sondern ihnen einfach Respekt zollen für ihre tollen Leistungen jedes Jahr. Eine wichtige Grundlage für diese Erfolge ist natürlich die Sportförderung und funktionierende Dachverbände und Vereinsstrukturen mit allen dazugehörigen ehrenamtlichen Funktionären, denen ich von hier aus Dank aussprechen darf für ihre Leistungen für die burgenländische Gesellschaft.

Das Burgenland wird gerne als Sportland aufgesucht, weil die Rahmenbedingungen in Bezug auf die Sportstätten und die Unterbringungsmöglichkeiten im Tourismusbereich passen. Die Symbiosen Sport, Freizeit und Tourismus passen im Burgenland perfekt zusammen und dieser Weg soll auch weiter erfolgreich verfolgt werden.

Bad Tatzmannsdorf und Stegersbach werden ja gerne als Trainingsstätten aufgesucht und sind somit auch Botschafter für den burgenländischen Tourismus geworden, da natürlich auch andere Eindrücke unseres schönen Landes mitgenommen werden. Spitzensport und Breitensport gehört im Burgenland eigentlich zusammen, weil sich beides sehr gut ergänzt.

Sport bringt natürlich auch schöne Effekte mit sich wie soziale Kontakte. Der Sport ist gesundheitsfördernd, der Sport verbindet, er kurbelt die Wirtschaft an, er hält Kinder von Computern ab und vieles mehr. Es braucht verschiedene Faktoren, die Schulen, die Vereine mit ihren Funktionären, Fachverbände und die Dachverbände, und natürlich auch die Politik die die Rahmenbedingungen schafft beziehungsweise Fördermittel zur Verfügung stellt.

Ein wichtiges Instrument ist dabei der Sportförderbeirat, wo sportliche Fairness herrscht und eben wichtige Fördermittel anhand der Förderrichtlinien vergeben werden, wie zum Beispiel Spitzensportförderung, Trainerförderung, Förderung für medizinische Betreuungsmaßnahmen, und nicht zu vergessen die Sportstättenförderung.

Somit hat der Sport natürlich auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung. Man sieht es anhand der Sportstättenförderung wieviel Geld investiert wird. Damit ist die Sportförderung, wie schon vorhin erwähnt, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ich möchte hier zwei Projekte erwähnen, die sehr wichtig sind.

Das ist zum einen der neue Naturrasenplatz in Bad Tatzmannsdorf, der natürlich wichtig ist um mehr Fußballtouristen anzulocken und zum anderen die Generalsanierung der Leichtathletikanlage in Pinkafeld, wo in naher Zukunft alles unter Dach und Fach sein wird.

Bei beiden Projekten sind natürlich mehrere Partner beteiligt, Gemeinde, Bund aber auch das Land Burgenland, weil es wichtige Projekte sind auch für die Region im Südburgenland. Wie man erkennen kann, ist der Sport im Burgenland sehr, sehr wichtig in Bezug auf Wirtschaft und Tourismus. Ich glaube, dass der Sport auch in Zukunft gut aufgestellt ist. Dazu beitragen wird sicher auch das Projekt die tägliche Turnstunde und

auch die Kooperation zwischen Vereinen und Schule wo Bewegungscoaches in die Schule kommen. Der Sport erhält auch weiterhin eine verlässliche finanzielle Förderung.

Wir werden natürlich unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zur Wort gemeldet hat sich Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Viele Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh über die tollen und großartigen Leistungen, die von allen Sportlerinnen und Sportlern von dem Burgenland, aus dem Burgenland und für das Burgenland erreicht werden. Jedes Mal wenn unsere Segler, Golfer, Basketballer, Ringer oder gar Fußballer von internationalen oder österreichischen Wettkämpfen zurück nach Hause kommen, bin ich sehr stolz auch selbst Burgenländer zu sein. Als Sportsprecher der ÖVP stehen wir hinter unseren Sportlern, die mit viel Fleiß und Ehrgeiz beim Training ihr Bestes geben und Erfolge nach Hause bringen.

Aber für uns zählt natürlich auch der olympische Gedanke. Der olympische Gedanke zählt bei uns im Sport, nicht so bei der Regierung denn hier ist sie nicht dabei. Geschätzte Damen und Herren! Für mich beinhaltet der Sport zugleich natürlich auch die Chance und Möglichkeit zu geben und sich zu bewegen. Wer sich bewegt lebt grundsätzlich gesünder, aktiver und hat auch einen freien Kopf.

Nicht nur im Spitzensport braucht es Lob, Anerkennung und Fans, sondern auch im Breitensport und im Gesundheitssport müssen mehr Anreize geschaffen werden. Wir müssen die Menschen besser motivieren und nötige Infrastrukturen schaffen. Das möchten wir bestmöglich unterstützen. In unserem Verantwortungsbereich machen wir das, sei es im ehrenamtlichen Bereich, in den Gemeinden oder auch im privaten Bereich.

Das Dankeschön, welches wir beim letzten Mal von Herrn Landeshauptmann bekommen haben, sowie das Lob für unseren Sportstättenatlas nehme ich gerne auf. Den Sportstättenatlas, der alle Sportstätten des Burgenlandes beinhaltet, habe ich heute sogar mitgenommen.

Ich glaube, Herr Landesrat, Sie haben den noch nicht bekommen, Sie waren damals nicht dabei, aber ich schenke Ihnen den jetzt. *(Abg. Manfred Kölly: Gib ihm den.)* Viel Spaß beim Lesen, alles Gute und ich freue mich, wenn ich Sie auf der einen oder anderen Sportstätte wiedersehe. *(Beifall bei der ÖVP)*

Gleichzeitig aber zeigt er im Burgenland auf, Herr Minister und Herr Landesrat, welche Sportstätte im Burgenland noch fehlt. Teilweise füllt diese Sportlücke, die Landeshauptstadt Eisenstadt. Ich bin froh, dass hier Herr Bürgermeister Thomas Steiner für das gesamte Burgenland und die Region denkt, *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Günter Kovacs: Ja genau.)* denn mit dem Jahr 2017 wird es Realität: Wir bekommen eine wettkampffähige Leichtathletikbahn, eine neue Tennishalle und auch eine überdachte Eislaufbahn. Das gefällt uns sehr und dazu sagen wir danke und freuen uns jetzt schon darauf*. (Beifall bei der ÖVP)*

Um jeglicher Kritik vorweg zu greifen, Herr Kollege Kovacs, *(Abg. Günter Kovacs: Bitte.)* möchte ich daran erinnern, dass die SPÖ vor einigen Jahren ganz bewusst verhindert hat um das Stadion in St. Georgen eine Leichtathletikbahn zu bauen. Das wurde durch die SPÖ im Raumordnungsbeirat verhindert. *(Abg. Günter Kovacs: Die ÖVP hat gelogen.)*

Der Herr Landeshauptmann hat es nicht einmal auf die Tagesordnung genommen. Daraufhin wurde das Projekt heruntergeschraubt und es wurde ein kleines Stadion gebaut. Nichtsdestotrotz hat damals die SPÖ verhindert diese Leichtathletikbahn zu bauen. Daran können sich alle erinnern. Jetzt wird es Realität. Wenn sich die SPÖ hinstellt und meint sie hätte es geschafft, ist das ein bisschen spät, aber wir freuen uns natürlich, dass dieser gemeinsame Weg gegangen werden konnte.

Ich finde es auch toll, dass die Stadt Neusiedl am See es geschafft hat, das Leistungszentrum für das Segeln ins Burgenland zu holen. Wir gratulieren auch hier und freuen uns über den Zuschuss des Landes und auch des Bundes. Aber was im Burgenland noch fehlt, und dieses Großprojekt wird noch anstehen, ist ein wettkampffähiges Hallenbad für unsere Schwimmer. Hier müssen die Schwimmer im Sommer nach Wr. Neustadt auspendeln - das ist ein untragbarer Zustand.

Deswegen glaube ich, dass man die Chance als Land hier nutzen sollte um in Neusiedl im Hallenbad einzusteigen und bei einer großen Sanierung mitzuwirken um in Neusiedl ein wettkampffähiges Hallenbad zu schaffen. Dies sollte nicht durch den politischen Willen des Landeshauptmannes, der versucht mit aller Gewalt die SPÖ ans Ruder kommen zu lassen, verhindert werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

In Summe unterstützen wir natürlich die Förderungen unserer Sportler und die Investitionen in die Sportstätten mit knapp 3,5 Millionen Euro, ohne die Fußballakademie.

Und gleichzeitig möchten wir auch ein großes Dankeschön sagen an alle, die sich im sportlichen Bereich ehrenamtlich und freiwillig beschäftigen und betätigen, nicht nur di Sportler, Funktionäre und Mitglieder, sondern auch die großartigen Fans, die viele Sportveranstaltungen im Burgenland besuchen möchten wir danken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Der Sport hat einen besonderen Stellenwert im Burgenland. Sowohl der Breitensport als auch der Spitzensport und man kann sagen, dass mit viel Hingabe und Einsatz die Sportlerinnen und Sportler wirklich tolle Leistungen bringen und tolle Erfolge auch erringen.

Das ist natürlich in erster Linie der Erfolg der Sportlerinnen und Sportler aber auch der Erfolg der Funkionärinnen und Funktionäre die wirklich Großartiges leisten. Ich möchte die Gelegenheit benutzen ungefähr zu skizzieren, was sie alles zusammenbringen, was sie alles leisten oder geleistet haben, nämlich in den letzten beiden Jahren.

Also, in den beiden Jahre 2014 und 2015 wurden 1.190 Medaillen von unseren Sportlerinnen und Sportlern erkämpft, 69 davon bei Europameisterschaften, 42 bei Weltmeisterschaften und die erste olympische Medaille bei den Winterspielen wurde ebenfalls errungen und gewonnen. Großer Respekt und Gratulation den Sportlerinnen und Sportlern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in der jüngsten Vergangenheit drei besondere Leistungen hervorheben und drei Beispiele dafür bringen. Nämlich die Olympiamedaille bei den Sommerspielen in Rio de Janeiro des Segelduos Tanja Frank und Thomas Zajac vom ASVÖ Burgenland, die die einzige Medaille, eine sensationelle Bronzemedaille, erringen konnten.

Vor wenigen Tagen - das freut mich besonders - hat Nicole Trimmel die Kickbox-EM gewonnen und hat den Titel verteidigt im Vollkontakt, das ist wirklich eine großartige Leistung. Das freut mich deswegen besonders, weil Nicole Trimmel Mitarbeiterin des Landes Burgenland in der Sportabteilung ist. Und man sieht wie erfolgreich hier unsere Sportlerinnen und Sportler unterwegs sind.

Natürlich auch der Golfstar Bernd Wiesberger, der wirklich unglaubliche Erfolge feiern kann. Zweiter beim British Masters, fünfter bei European Open, zweiter beim KLM Open, vierter beim Turkish Open, zuletzt Vierter in Dubai. Er gehört zu den Top 50 der Welt. Das ist wirklich beeindruckend, wenn man hier als Burgenländer mitspielen kann.

Ich glaube das sind drei Beispiele für viele Sportlerinnen und Sportler, die Unglaubliches leisten. Das Sportbudget versucht dem auch Rechnung zu tragen, wie gesagt zum einen natürlich für den Spitzen- als auch zum anderen für den Breitensport.

Wir haben hier 2,45 Millionen Euro budgetiert, 300.000 Euro mehr als im vergangenen Jahr. 65.000 Euro für das Turn- und Sportwesen außerhalb der Schule, auch interessant, doch immerhin 65.000 Euro die hier zur Verfügung stehen. Und in den Schulen gibt es ja das Pilotprojekt der täglichen Turnstunde, das ja vom Bund finanziert wird. Auch das möchte ich besonders hervorheben. Mein Vorredner hat Eisenstadt angesprochen, die Stadt Eisenstadt mit ihrem Sportangebot.

Und Herr Kollege Wolf, ich gebe Ihnen recht, wenn wir hier Sportstätten bauen, dann kommt es nicht nur den Eisenstädterinnen und Eisenstädtern zu Gute sondern den Schülerinnen und Schülern der ganzen Umgebung, ja dem ganzen Burgenland, wenn viele Sportlerinnen und Sportler diese Sportstätten auch nutzen wollen.

Ich möchte aber schon dazu erwähnen, weil Sie sagen, die SPÖ hat verhindert und die ÖVP macht jetzt alles. Naja ganz so ist es nicht. Jetzt muss man schon festhalten nach dem Schulbau, das das Land für die Stadt gemacht hat, ich spreche hier von der HTL, nach den Arbeitsplätzen die hier das Land, die Arbeitsplätze die geschaffen wurden hier in Eisenstadt, springt jetzt das Land auch ein und unterstützt bei den Sportstätten.

Ich glaube das ist ganz, ganz wichtig, weil Eisenstadt es ganz, ganz dringend notwendig hat, hier aufzuschließen. Es wird höchste Eisenbahn, dass da auch etwas weitergeht und da hilft und unterstützt das Land natürlich sehr, sehr gerne. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ihr habt es damals nicht beschlossen.)* Was konkret wird gemacht?

Der Eislaufplatz hat verdient, dass er auch überdacht wird. Das brauchen die Eishockey-Mannschaften Eisenstadt und Rust aber auch alle, die eislaufen wollen, können hier dann unter Dach eislaufen. Also wenn es regnet sind sie dann geschützt und es ist vor allem wettkampftauglich für die Eishockey-Mannschaften. Also wenn es regnet, sind sie dann geschützt. Und es ist vor allem wettkampftauglich für die Eishockeymannschaft. Wir können dann künftig auch aufstocken. Ich war erst voriges Jahr selber bei der Meisterfeier dort und konnte mich dort überzeugen, tolle Leistungen. Ich glaube, die müssen auch unterstützt werden und daher ist dieses Projekt sicher gut.

Ich sage auch ganz offen. Es ist nicht das Land alleine, es ist ja auch die Stadt Eisenstadt, die natürlich da federführend initiativ ist. Wenn beide an einem Strang ziehen hier und das gelingt, ist das positiv und die Sportlerinnen und Sportler profitieren dabei. Ähnlich bei der ASKÖ Tennishalle in der Industriestraße.

Ich glaube auch das ist notwendig, eine Tennishalle in Eisenstadt zu erringen. In vielen Gemeinden gibt es so etwas. Die Landeshauptstadt muss dann auch zulegen. Daher ist es auch wichtig, dass da eine Halle entsteht, wo man auch Tennis spielen kann.

Auch eine wettkampftaugliche Leichtathletikanlage wird im Moment sehr intensiv diskutiert. Sollte es wirklich zur Realisierung dieses Projektes kommen, unterstützt das Land da auch gerne. Ich möchte dabei auch die Rolle des Vizebürgermeisters Günter Kovacs noch hervorstreichen. Er war eine Art Brückenbauer zwischen der Stadt und dem Land Burgenland. Es ist sicher sein Verdienst, dass es hier eine Gesprächsbasis gegeben hat, die unterm Strich dann eine Lösung für diese Sportprojekte ergeben hat.

Es ist notwendig, denn Eisenstadt muss bei der Sportinfrastruktur gegenüber allen Landeshauptstädten aufholen. Es ist auch wichtig, dass diese Projekte unterstützt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Großartiges leisten auch die Verbände beim Sport. Ich möchte mich auch bei den Verbänden bedanken, die viel organisieren von den Trainern über alle administrativen Dinge, die notwendig sind, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Sportlerinnen und Sportler bestmöglich zu unterstützen.

Stellvertretend möchte ich dem ASKÖ, der Union und dem ASVÖ hier gratulieren und mich bedanken auch beim Präsidenten des ASKÖ, der ist unter uns, der Präsident Illedits. Ich möchte mich natürlich auch beim Herrn Landeshauptmann als Sportreferenten bedanken und bei der gesamten Sportabteilung.

Sie leisten großartige Arbeit. Herzlichen Dank. Wir werden diesem Kapitel sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Als Nächstes ist der Abgeordnete Gerhard Steier zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich auch für die Union bedanken, Herr Hergovich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Die Union ist nicht erwähnt worden von Ihnen, die schließen wir mit ein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch!)*

Entschuldigung. Gut, dann nehme ich es zurück. Ich habe es nicht verstanden gehabt. Tatsache ist, dass Sport verbindet.

Sport nicht nur Brücken baut, sondern Gemeinschaftssinn stärkt und auf der anderen Seite eine wichtige Komponente in der Auseinandersetzung dieser Gesellschaft ist. Weil es auch den Leistungsgedanken auf der einen Seite forciert, auf der anderen Seite die Kameradschaft. Diese Komponenten sind eigentlich eine gesellschaftsprägende Form, die nicht nur alle Unterstützung verdienen, sondern dementsprechend auch forciert werden sollen.

Wir haben jetzt vorher im in der sogenannten Leistungsschau festgehalten, dass es gewisse Makel gibt, die auch in Kooperation jetzt ausgemerzt werden. Jetzt in Eisenstadt manche Bauwerke, die noch errichtet werden sollen. Ich erinnere daran, dass das mit Sicherheit noch nicht ein Schlusspunkt sein kann.

Denn Tatsache ist, dass es viele Schwimmerinnen und Schwimmer gibt, die in die Südstadt ausweichen müssen, weil wir nicht die entsprechenden Bahnlängen vorzuweisen haben, um Leistungssport in einer entsprechenden Dimension auszuführen. Ich erinnere auch daran, was immer wieder untergeht, dass wir eine Voltigier Weltmeisterin und Europameisterin haben, der auch möglicherweise noch entsprechend Unterstützung gewährt werden kann.

Die Liste ließe sich unendlich fortsetzen. Wichtig ist, und ich glaube das ist bei dieser Diskussion um den Sportvoranschlag sehr wichtig, dass es gelungen ist, im Burgenland als einzigem Bundesland im Moment quasi die tägliche Sportstunde einzuführen. Diesen Sportbereich so zu forcieren, dass täglich quasi eine Sportstunde in Kooperation mit Vereinen und Anderen den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung steht.

Dieses Kapitel, wo nicht alle Schulen jetzt teilnehmen, sondern wenn ich es richtig im Kopf habe, ungefähr 150der 140, ist eine wichtige Maßnahme zur Förderung der Bewegung. Denn eines ist innerhalb der letzten Jahre festzuhalten, Kinder leiden immer mehr unter Bewegungsarmut und dieses Manko zu beseitigen, ist diese Initiative in der sogenannten Fördersituation und in der Umsetzung auf das Burgenland bezogen, nicht nur pilotmäßig ein wichtiges Projekt, sondern kann dann auch in der Ausstrahlung österreichweit umgesetzt werden.

Hier ist eine Initiative von Sport- und Bundesminister Doskozil gesetzt worden, der sich darum bemüht hat, das auch quasi nach vielen Jahren in die Diskussion einzubringen und dann auch umzusetzen. Und diese Umsetzung ist quasi das gewichtige Moment in dieser Frage gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sport - und wir haben uns in verschiedenster Art dem genähert - braucht natürlich Unterstützung. Es ist erwähnt worden, und wir haben es zuletzt erst beim Sportbericht diskutiert, dass es natürlicherweise und hier darf ich nur als unverbrüchlichen Zeugen den Bundesminister Doskozil nochmals anführen, dass der Sport in der Verteilung der Mittel vom Budgetansatz bis runter zu den einzelnen Sportlerinnen und Sportlern leider viel zu viel Geld auf diesem Weg verliert, das in den Verbänden, in die BSO und anderen hängenbleibt und damit schlussendlich, so wie es er ausgedrückt hat, grundsätzlich erst bei ungefähr 40 Prozent die direkte Umsetzung betrifft.

Das ist natürlich zu wenig. Es ist angekündigt wieder. Das hat der Bundesminister Darabos damals auch schon gesagt, dass es eine Sportförderungsänderung geben soll, dass es hier eine Verkleinerung des gesamten Betriebes geben soll. Tatsache ist, ich glaube jetzt mit der Neuinstallierung vom ehemaligen Bundesminister Hundstorfer als BSO-Vorstand, dürfte dieses Kapitel wieder ein Ende gefunden haben. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt.

Wir nehmen an, dass sich hier Manches mit einer entsprechenden Initiative verändern lässt. Aufs Burgenland bezogen, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich schon ein paar Mal festgehalten, dass wir eine sehr fußballlastige Sportsituation kennzeichnen können, die auf der einen Seite sehr viel Investitionen getätigt hat in Sportanlagen, wie schon jetzt erwähnt zum Teil. Aber auf der anderen Seite speziell dem Fußball.

Was mich beim Nachtragsvoranschlag heute einigermaßen verwundert hat, ist die Sportförderung für die Installierung einer sogenannten Rasenheizung und einer Neuauflage des Rasens im Mattersburger Stadion. Gleichzeitig hat mich auch einigermaßen verwundert, dass der Akademie ein 50.000 Euro Zuschuss nachträglich im sogenannten Nachtragsvoranschlag gewährt wurde.

Ich möchte festhalten, vielleicht wissen es nicht alle, aber zur Information was eigentlich dem Landtag immer zustehen wird und zustehen sollte, das werden wahrscheinlich dann nur die Insider wissen.

Der Herr Aufsichtsratspräsident ist zugegen und er wird es wahrscheinlich bestätigen können, die AK in Mattersburg hat eine neue Gesellschafterstruktur, nicht in den teilnehmenden, sondern in den prozentuellen Gegebenheiten, das muss im Vorjahr passiert sein.

Eine Umwandlung von Seiten des Burgenländischen Fußballverbandes auf das Land in der Übertragung, wenn ich das richtig interpretiere, ist, das im Voranschlag 2017 zu kennzeichnen. Das heißt, der Burgenländische Fußballverband hat seine prozentuellen Anteile nicht gesamt gesehen, wenn ich das wahrscheinlich richtig interpretiere, sondern stark reduziert, weil es die Spatzen von den einzelnen Fenstern gezwitschert haben, dass der Burgenländische Fußballverband ein wenig marode ist.

Tatsache ist, das Ganze setze ich auf den Punkt auf, wo im Grunde genommen das Marodieren eine ganz eigenartige Bewegung eingenommen hat. Ich erinnere an das Ende der letzten Fußballsaison Sommer 2016. Dabei hat es eine ganz eigenartige Situation auf das vielgelobte Fußballsportförderland Burgenland gegeben. Nämlich es war keine von neun Fußballmannschaften bereit, in die Regionalliga Ost aufzusteigen. Das ist ein ganz eigenes Kapitel.

Fußball Enthusiasten wissen, dass das Ganze eine sehr schwierige finanzielle Situation ist und daher, der burgenländische Präsident des Fußballverbandes hat es auch interpretiert. Er kann es nachempfinden den einzelnen Vereinen, weil die Voraussetzungen in finanzieller Hinsicht sehr, sehr schwerwiegend sind.

Tatsache ist, der Herr Bundesminister, Ex-Bundesminister, für Sport sitzt neben mir und ich habe hier noch diesen BVZ-Ausschnitt, wo Rekordmeister Rapid auch festgehalten wurde. Ich weiß, dass der Herr Bundesminister sehr viel für den SK Rapid getan hat und dafür tut es mir auch leid, dass er jetzt in der Neubestellung des Vorstandes quasi übergangen wurde. Ich finde das traurig.

Ich finde das auch nicht richtig. Weil man kann eigentlich für Sie reklamieren, Sie haben sehr viel dort eingesetzt. Nicht nur Herzblut, sondern ich weiß, dass Ihr Sohn dort eine ganz klare Position auch eingenommen hat und Sie ihn immer begleitet haben. Jetzt Ihnen vorzuwerfen, Sie hätten nur an einer Vorstandssitzung und nicht an neun teilgenommen, das finde ich als Absetzungsgrund nicht richtig.

Daher sollten Sie alles unternehmen, um der Wiener Austria entsprechend Ihre Unterstützung zu gewähren. Danke vielmals. *(Beifall des Abg. Manfred Kölly)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes ist Herr Abgeordneter Markus Wiesler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Burgenland, das wissen wir alle, ist ein Bundesland der kleinen Einheiten. Hier geht der Spagat vom kleinsten Ortsteil bis hin zu unserer Landeshauptstadt. Von Nord bis Süd oder von Süd bis Nord haben die Gemeinden oder fast jede Gemeinde ihre Eigenartigkeit, die es selbstverständlich zu erhalten gilt. Diese unterschiedlichen Charaktere der Dörfer sollen mit Hilfe der Dorferneuerung erhalten bleiben. Hier geht es um die Erhaltung verschiedener Eigenarten des ländlichen Raumes und auch des Charmes.

Es geht aber nicht nur um die Erhaltung, sondern auch um die Verbesserung und Weiterentwicklung der Strukturen und der Lebensqualität der Existenzen der Bewohner vor Ort. Früher wurden meist bauliche Projekte und Objekte gefördert. Heute stehen meist

innovative Maßnahmen im Vordergrund, die die Kommunikation und das Miteinander der Ortsbewohner fördern und damit zur positiven Dorfentwicklung beitragen und gesellschaftlich wichtig sind.

Wichtig sind dabei die Beteiligung und die Nachhaltigkeit. Es werden auch gemeindeübergreifende Maßnahmen im Bereich der Mobilität gefördert, was ja besonders im Landessüden zum gesellschaftlichen Leben beiträgt.

Ein weiterer wesentlicher Teil ist die Ortskernbelebung. Ortskerne, auch in den kleinen Ortschaften, haben oft eine eigene Atmosphäre, die nur belebt werden muss, die in den Neubaugebieten zum Beispiel erst geschaffen werden müssten. Eine Ortskernbelebung ist eine Qualität, das ein Dorf bestmöglich erfüllen könnte. Im Burgenland gibt es viele Projekte im Zusammenhang mit der Dorferneuerung, die umgesetzt wurden, wo Gemeinden und Vereine sehr gut zusammenspielen. Wo gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zu mehr Lebensqualität geleistet wurde.

Die Dorferneuerung soll auch mithelfen, die Abwanderungen im ländlichen Raum zu verhindern. Durch die Projekte werden auch Investitionen in die regionale Wirtschaft gesichert. Dies schlägt sich auch auf den Arbeitsmarkt nieder. Somit spiegelt sie auch wieder hier heimische Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Lebensqualität. Sehr geehrte Damen und Herren! Noch kurz zu den Vereinen. Aber was wären unsere ländlichen Dörfer ohne Vereine?

Wir sind uns wahrscheinlich alle einig, so denke ich, dass die Vereine im Burgenland Großartiges leisten und enorm zum gesellschaftlichen Leben beitragen. Die Vereine und ihre Vielfältigkeit sind aus dem Dorfleben einfach nicht wegzudenken. Von den verschiedenen Sportvereinen angefangen, über Gesangsvereine, Theatervereine, Chöre, Blasmusikvereine, Feuerwehr, haben wir heute schon gehört, Volkstanzgruppen bis hin zu sozialen Vereinen und viele verschiedene Vereine mehr.

Sie bereichern ungemein unser dörfliches, kulturelles, gesellschaftliches, soziales und sportliches Zusammenleben. Die Vereine sind auch ein wirtschaftlicher Motor in den Gemeinden und in den Regionen. Die freiwilligen Stunden, die jeder Verein erbringt, sind unbezahlbar. Ich denke, wir müssen hier jedem einzelnen Funktionär sehr dankbar sein. Also herzlichen Dank für eure Leistungen.

Die Vereine haben sich, neben der selbst erarbeiteten und gesellschaftlichen Anerkennung, auch die nötigen finanziellen Mittel verdient, um der Bevölkerung auch etwas bieten zu können.

Auch da ist im Budget vorgesorgt und wir werden unsere Zustimmung dazu geben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Abgeordnete Klaudia Friedl hat sich zu Wort gemeldet.

Ich bitte um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Die burgenländische Dorferneuerung ist eine wahre Erfolgsgeschichte und schon seit so vielen Jahren institutionalisiert, dass sie gar nicht mehr wegzudenken ist.

Das Referat für Dorfentwicklung sieht sich als Servicestelle und Ansprechpartner für alle unsere Anliegen in den Gemeinden, in den Vereinen und im Bereich der umfassenden Dorferneuerung. Ist aber auch gleichzeitig die Anlauf- und Förderstelle in

der neuen Förderperiode ELER 2014 bis 2020, sowie auch für die Förderstelle für die Anträge gemäß den Burgenländischen Dorferneuerungsrichtlinien 2015.

Die Dorferneuerung hat gerade dem Burgenland eine völlig neue Dynamik gebracht. In den vergangenen zehn Jahren, seit wir Dorferneuerungsprozesse machen, seit wir Projekte umgesetzt haben, ist uns eine Wende gelungen. Nämlich eine Strategie zu entwickeln mit der die Einzigartigkeit unserer burgenländischen Region bewahrt wurde und die vertraute Lebensqualität, die wir uns über viele Jahrzehnte aufgebaut haben, für unsere Menschen abgesichert werden konnte.

Wir haben in der vergangen Förderperiode über 400 Projekte mit einem Gesamtbudget von rund 4,5 Millionen Euro aus EU-Mitteln gefördert. Von den 171 Burgenländischen Gemeinden haben 145 Gemeinden Dorferneuerungsprojekte umgesetzt. Ein ganz wesentlicher Anteil dieser Bemühungen galt und gilt noch immer dabei der Erhaltung, der Erneuerung und natürlich der Weiterentwicklung unserer einzigartigen kleinen und kleinsten Dorfstrukturen.

Mit einem individuell abgestuften Förderprogramm haben wir ganz gezielt Maßnahmen zur Erhaltung einerseits der Qualität und eigenständiger Kulturen gesetzt und andererseits den Schutz des Dorfes als Wohn-, als Arbeits- und als Sozialraum in den Vordergrund gestellt. Damit sollen die Lebensverhältnisse für unsere Menschen, für unsere Bewohnerinnen und Bewohner ob jung, ob Familien oder ältere Gesellschaft verbessert und weiter ausgebaut werden. Dabei wurden die Projekte, die sich im Wesentlichen in vier Säulen gliedern lassen, immer von der betroffenen Ortsbevölkerung selbst entwickelt.

Genau darin beruht diese Erfolgsstory Bottom-Up, auf neudeutsch gesagt, eigentlich von der ganzen Breite der Bevölkerung getragen in Diskussionen und in Besprechungen aufgearbeitet und dann umgesetzt. Diese vier Säulen, von denen ich gerade gesprochen habe sind, einerseits die Jugend, öffentliche Plätze und Freizeitbeschäftigung, Kommunikation- und multifunktionale Zentren sowie die Mobilität. Mit einer sehr, sehr hohen Bürgerbeteiligung, sehr geehrte Damen und Herren, gelingt es uns nicht nur konkrete Projekte und Maßnahmen zu definieren und umzusetzen, da passiert noch viel, viel mehr.

Beim Dorferneuerungsprozess, und ich bin mir sicher, dass sehr, sehr viele von Ihnen als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch als FunktionärInnen und Interessierte bei diesen Prozessen mitgearbeitet haben. Bei vielen Sitzungen und bei vielen Treffen kommen Bürgerinnen und Bürger zusammen. Jeder Altersklasse jung wie alt, sie reden wieder miteinander, sie tauschen sich aus. Oft lernen sie sich auch wieder neu kennen oder überhaupt kennen und das fördert auch das soziale Miteinander unter den Menschen. *(Abg. Manfred Kölly: Sie setzen sich zusammen!)*

Sie setzen sich zusammen, Herr Kollege Kölly, und reden, das was Sie uns immer Vorschlagen das passiert, und daher ist die Dorferneuerung so gut. *(Abg. Manfred Kölly: Das finde ich schön, das ist gut!)* Hätten wir schon früher auf Sie hören sollen, dann hätten wir das schon einfacher gehabt. Die Ziele der Dorferneuerung lesen sich einfach.

Die Lebensqualität im Dorf steigern, die Wohn-, Arbeit- und Sozialräume erhalten, der Abwanderung entgegen zu wirken, was ein großes Problem ist vor allem im Süden, wirtschaftliche Existenzen absichern, Impulsgeber sein für innovative Projekte, Gleichstellung berücksichtigen und ganz wichtig, wie vorher schon besprochen, die Bürgerbeteiligung.

Wie sieht nun die Finanzierung in der nächsten Förderperiode aus? Es gibt für die Dorferneuerung zwei Schienen. Zuerst die EU-Land kofinanzierten Projektmaßnahmen. Da gibt es ein Budget in der Höhe von zirka 6,5 Millionen Euro und dann gibt es noch die landesfinanzierten Projektmaßnahmen im ordentlichen Landesbudget in der Höhe von zirka 660.000 Euro. Die momentanen Projekteinrichtungen, Einreichungen, sind auch schon relativ hoch.

Derzeit sind von den EU-Projekten rund 70 in Bearbeitung und im Förderbereich der Landesmittel, also die Landesprojekte, 22 konkrete Projekte die eingereicht sind und gerade geprüft werden. Zusätzlich haben wir einige Pilotprojekte, neue, die sehr innovativ teilweise sind und zwar die Verkehrsinitiative Mikro-ÖV Systeme. Fünf Anträge sind eingereicht mit einem Investitionsvolumen von zirka 140.000 Euro.

Ein Jugendprojekt ein innovatives "Open WLAN", was natürlich besonders interessant ist, neun Anträge sind eingereicht, 12 liegen sogar schon vor, die zur Überprüfung gehören. Ein Investitionsvolumen von zirka 50.000 Euro steht dafür bereit und last but not least das „E-CarSharing“. Das ist ein Pilotprojekt, das wir mit der Energie Burgenland gestartet haben, wo sich in den Gemeinden die Bevölkerung melden kann und gemeinsam diese E-Autos sehr umweltbewusst teilen können. Dieses Projekt wird von der Gemeinde, aber auch mit EU-Mitteln und von der Energie Burgenland gefördert.

Mobilität, und das hat mein Vorredner schon gesagt, wird in Zukunft, sehr geschätzte Damen und Herren, eine der wichtigsten Themen für alle Generationen werden und eine große Herausforderung für die weitere Entwicklung in unser aller Zusammenleben sein. Denn die einzigartige Qualität und die Harmonie des Zusammenlebens in unseren Dörfern machen genau den Unterschied aus zum Leben in der Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Dorferneuerung ist eine riesen Chance für die Ortschaften, Gemeinden und Vereine die sie schon genutzt haben. Diese Fördermittel beweisen das. Gehen Sie hinaus, schauen Sie sich die Projekte an. Die Frau Landesrätin hat einen wunderbaren Katalog mit Bildern von allem was schon gemacht wurde.

Gehen Sie hinaus, tragen Sie die Ideen hinaus, motivieren Sie die 26 Gemeinden, die im Dorferneuerungsprozess noch nicht teilgenommen haben, diese EU-Fördermittel auszunutzen. Wir nutzen sehr, sehr viel aus. Schicken wir kein Geld mehr nach Brüssel zurück.

Ich bedanke mich an dieser Stelle auch bei der zuständigen Landesrätin Verena Dunst, die mit ganz großer Leidenschaft vom Norden bis zum Süden die Länder und das Land bereist, um die Leute davon zu überzeugen. Ich bin genauso überzeugt wie sie, dass das etwas ganz Wunderbares ist. Ihr und den MitarbeiterInnen ihrer Abteilung für die geleistete Arbeit und auch für die zukünftige ein herzliches Dankeschön.

Meine Fraktion wird dem natürlich positiv zustimmen. Dankeschön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Von der Regierungsbank erteile ich der Frau Landesrätin Verena Dunst das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Zunächst einmal herzlichen Dank für das Vertrauen das Sie als Gemeinden, als Vereine in die Dorferneuerung haben. Wir haben wirklich 145 Gemeinden von 171 möglichen. Danke für die gute Zusammenarbeit.

Es ist mir immer eine riesen Freude, wenn wir Gemeinden und Vereine unterstützen können. Danke auch für den Mut. Ich kann mich erinnern, erste Gespräche, als ich damals gesagt habe, es geht nicht ohne Bevölkerungsbeteiligung. Das kann nicht eine Gemeinde nur für sich alleine sagen, was ist das, was wir alleine wollen. Sondern es gehören die Bevölkerung, alle Gruppen, alle Schichten, alle Altersgruppen beteiligt.

Deswegen gibt es auch für ältere Personen genauso für die Jugend Projekte. Einige haben die zwei Vorredner, vorher die Vorrednerin aufgezeigt, welche Jugendprojekte es gibt. Es gibt für Frauen Projekte und so weiter. Daher ist es mir eine Freude, dass Sie den Mut gehabt haben. Wenn ich so durch die Reihen schaue, es sind ja alle Beteiligten, die hier im Landtag sitzen. Alle Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die hier mit der Dorferneuerung zusammenarbeiten.

Es gehört Mut dazu zu sagen, es entscheidet nicht nur der Gemeinderat oder ein Kernteam, sondern ich lasse die Bevölkerung mitreden und dazu gratuliere ich Ihnen, weil das ist für mich der normale Vorgang, das man hier Plänen für die Zukunft hat. Was tut man in Zukunft? Was ist wichtig? In den nächsten zehn Jahren, dass man hier die Bevölkerung selbstverständlich mitreden lässt. Danke also daher für die Annahme dieser Projekte, freue mich Ihnen mitteilen zu können, das haben Sie gesehen, dass sich hier die Budgets nicht verändern.

Wir können als in den nächsten Jahren, also bis 2020, weil wir zum Großteil uns speisen aus EU Förderung, aus dem Topf für ländliche Entwicklung schöpfen, sodass es hier weitergehen wird mit dieser Erfolgsgeschichte. Bedanke mich insbesondere bei der Abteilung. Ich kann vorgeben, ich gebe gewisse Dinge vor, die ich mit den Menschen draußen diskutiere. Aber letztendlich ist es das Referat, das die Hauptarbeit hat. Stellvertretend bei der Stellvertretenden Abteilungsvorständin der Frau Prof. Dr. Schwab-Matkovits.

Vor allem natürlich bei unserem Referatsleiter Dipl.-Ing. Hofrat Wallner und seinem Team, die das perfekt machen, wo ich mich verlassen kann. Ihnen darf ich nochmals gratulieren, dass Sie den Weg mit der Dorferneuerung gehen und ich freue mich schon, bis 2020 viele Projekte auslösen zu können.

In der letzten Förderperiode waren es über 400. Schauen wir, dass wir diesen Wert wieder erreichen. Dann geht es den Gemeinden gut und der Bevölkerung. Danke nochmal ans Referat und an Sie, die Sie da so beteiligt sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Wir kommen zum Kapitel Volksgruppen. Als Erstes erteile ich dem Abgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zu Beginn auf die Wortmeldung von dem Jugendsprecher der SPÖ, Kilian Brandstätter, replizieren. Lieber Kilian, wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen. Denn Du bist derjenige, der sich anscheinend seiner Verantwortung gegenüber der jungen Generation im Burgenland nicht bewusst ist.

Denn wie es vor ein paar Wochen darum gegangen ist einen gemeinsamen Termin für eine Ideenfindung in Bezug auf einen gemeinsamen Jugendantrag mit allen Fraktionen zu finden, hast Du zu denen gehört, die nicht einmal auf das E-Mail geantwortet haben. Scheinheilig sich hier herzustellen und anderen zu unterstellen, dass sie alles schlechtreden und auf der anderen Seite nicht bereit zu sein, einen eigenen Beitrag leisten zu wollen.

Da sind mir Personen lieber, die sich engagieren, die vielleicht eine kritische Meinung haben als Personen wie du, die sich vor allem und jeden drücken. Ich danke den konstruktiven Kräften - der Frau Kollegin Petrik und dem Kollegen Steier - die sich positiv zu diesem Top Jugendpaket geäußert haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Volksgruppensprecher ist es mir ein Anliegen, auch einige Gedanken im Bereich der Volksgruppen los zu werden. Jeder Euro der in unsere Volksgruppen investiert wird, zeigt nicht nur einen kulturellen Output, sondern auch einen wirtschaftlichen. Denn gerade die sprachliche Vielfalt öffnet neue Chancen. Wenn man bedenkt wie viele österreichische Investoren in Kroatien arbeiten, die noch dazu einen Volksgruppen Background haben, dann ist das etwas ganz Besonderes.

Herausforderungen gibt es im Bereich der sprachlichen Vermittlung. Wir erleben immer öfter, dass die sprachliche Vermittlung im Elternhaus nicht mehr gelingt. Das ist dadurch bedingt, dass oft ein Elternteil die Volksgruppensprache nicht beherrscht und die Sprachenvermittlung sich in diesem Fall als sehr schwierig erweist. Gleichzeitig erleben wir aber auch eine demografische Entwicklung. Menschen ändern ihre berufliche bzw. ihre private Lebenssituation und verlassen oftmals ihre Heimat und damit auch die Wurzeln ihrer Volksgruppenzugehörigkeit.

Daraus resultiert leider auch der Verlust zum Zugang der Volksgruppensprache. Um diese sprachliche und kulturelle Vielfalt zu sichern, müssen künftig im Speziellen zwei Bereiche in den Fokus gestellt werden. Zum einen im Bereich der Bildung, wenn es darum geht, die Mehrsprachigkeit in den Kindergärten, in den Schulen, in den Hochschulen beziehungsweise Universitäten zu forcieren und zum anderen, wenn es darum geht, die mediale Präsenz unserer Volksgruppen der Volksgruppensprachen spürbar und erkennbar zu machen.

Gerade, wie ich schon vorher erwähnt habe, weil die Menschen mobiler geworden sind, braucht es auch Mittel und Wege um den Zugang zur Volksgruppensprache auf dem gesamten Bildungsweg - auch in Ballungszenten, in Gegenden die keine autochthonen Gebiete darstellen - zu ermöglichen.

Wir wissen alle, Mehrsprachigkeit ist nicht nur eine Bereicherung für unser Burgenland, sondern gerade in einem gemeinsamen Europa ermöglicht die sprachliche Vielfalt vielen jungen Menschen bessere berufliche, beziehungsweise auch bildungsmäßige Chancen. Deswegen ist die rot-blaue Landesregierung gefordert Akzente zu setzen, damit die burgenländische Identität nicht verloren geht.

Ich darf überleiten zu dem Thema Europa. Wir haben heute einiges in Bezug auf die Europäische Union gehört. Es liegt ein Antrag zum Thema „Junge Menschen in Europa“ vor. Wenn man sich die mediale Darstellung der Europäischen Union ansieht in den letzten Wochen und Monaten, dann muss ich ehrlich gestehen, dass mir diese Darstellung als glühenden Europäer sehr weh tut, denn die Europäische Union darf nicht auf CETA, auf TTIP, auf Brexit, auf das Chlorhuhn, auf die Flüchtlingskrise reduziert werden. Die Europäische Union ist mehr.

Die Europäische Union steht für Friede, für Freiheit und garantiert, dass Gräueltaten, die wir auf unserem Kontinent erlebt haben, nicht mehr vorkommen. Gleitzeitig steht diese Europäische Union für Wohlstand. Jeder, der mit offenen Augen durch unser Land fährt, der sieht, was durch Mittel der Europäischen Union ermöglicht werden konnte.

Herr Kollege Wiesler, ich bin bei Ihnen - er ist jetzt leider nicht da - wenn es darum geht, zu erkennen, dass diese Europäische Union große Herausforderungen zu

bewältigen hat. Ich möchte nichts beschönigen, natürlich ist dieses Projekt Europäische Union nicht perfekt, natürlich gibt es für viele Fragen und wenige Antworten, natürlich sind die Herausforderungen dieser Zeit, die zu bewältigen sind, sehr groß.

Wo ich aber nicht bei Ihnen bin, ist dort, wo es dann beginnt, all die Schuld beziehungsweise all das Negative auf die Europäische Union abzuschieben. Denn Europa ist kein abstrakter Begriff, Europa kann nicht auf Brüssel reduziert werden, Europa ist kein trockenes Dokument mit vielen Bestimmungen, Europa sind wir alle. Ich glaube, dass wir alle Engagement zeigen müssen, und wir es in der Hand haben, wie sich diese Europäische Union weiterentwickelt.

Darüber hinaus haben Sie gemeint, Herr Kollege Wiesler, dass die Jugend dieses Projekt Europa sehr negativ sieht. Sie haben nur die halbe Wahrheit gesagt. Sie haben sich auf eine Jugendumfrage bezogen, ich schätze, Sie meinen die größte Jugendumfrage, die vor einigen Wochen präsentiert wurde - „Generation What?“ - mit dem ORF und 14 anderen öffentlichen Rundfunksendern, innerhalb der Europäischen Union. Es wurden auch die Zugänge zur Europäischen Union befragt.

Unter anderem ist rausgekommen, dass sich 80 Prozent der Jugendlichen als Europäer fühlen, dass 71 Prozent gegen einen Austritt aus der Europäischen Union sind, dass 63 Prozent meinen, dass der Rationalismus innerhalb der Europäischen Union zunimmt und diese Entwicklung als schlecht bewertet wird. Soweit, so gut. Das einzige Manko ist, dass 65 Prozent - und da bin ich bei Ihnen, das ist negativ - kein Vertrauen in diese Europäische Union haben.

Jetzt kann man streiten, worin die Gründe liegen, warum es da so einen großen Vertrauensverlust gibt. Meiner Meinung nach einerseits aufgrund der mangelnden politischen Bildung und andererseits auch an der mangelnden Greifbarkeit gegenüber dieser Europäischen Union. Deswegen bin ich überzeugt, dass es mehr braucht, als die von SPÖ und FPÖ vorgeschlagene Fortführung von Maßnahmen, die bis dato anscheinend keine Früchte getragen haben, andernfalls wäre der Vertrauenszugang besser.

Deswegen sage ich ganz klar, meine Vision ist es, dass jede Schülerin und jeder Schüler aus dem Burgenland in seiner Schullaufbahn zumindest einmal die Möglichkeit bekommt, unterstützt durch Fördergelder, die Institutionen der EU in Brüssel oder in Straßburg zu besuchen. Denn jeder, der diese Institutionen erlebt hat, sieht dieses Projekt Europa mit anderen Augen. Umso wichtiger ist es, bereits in jungen Jahren mit einer Bewusstseinsbildung zu beginnen.

Ich persönlich finde es schade, dass gerade in einem Bundesland, welches massiv von dieser Europäischen Union profitiert hat, offensichtlich keine Bereitschaft besteht, auch etwas zurückzugeben, damit sich dieses Projekt positiv weiterentwickelt. Denn, wie schon gesagt, ich bin überzeugt, dass jeder seinen Beitrag leisten kann.

Wir werden zu diesem Antrag morgen einen Abänderungsantrag einbringen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landtagspräsident Christian Illedits ist der Nächste auf der Rednerliste.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zum Thema Volksgruppen einiges sagen. Meine Vorredner haben schon vieles gesagt, was ich vollinhaltlich unterstütze. Einiges als

Replik, zurückblickend auf die Geschichte des Burgenlandes, die natürlich unweigerlich auch mit der Geschichte und mit der Situation der Volksgruppen im Burgenland verbunden ist und eigentlich diese Identität des Burgenlandes doch hier ganz klar zum Ausdruck bringt. Dieses Miteinander eigentlich in unserer 95-jährigen Geschichte, die wir eben hier jetzt bei Österreich verbringen, sehr stark auch prägt.

Wir haben eine Sonderrolle durch dieses kurze Dabeisein bei Österreich als jüngstes österreichisches Bundesland - wir haben eine Sonderrolle, wurde von meinem Vorredner erwähnt -, weil wir als erstes Bundesland auserwählt worden sind, die tägliche Turnstunde oder Bewegungsstunde in die Umsetzung zu bringen. Wir haben aber auch eine Sonderrolle, wenn es darum geht, das Miteinander von vier Volksgruppen hier im Burgenland auch stolz zu verkünden und zu dokumentieren. Wenn es eigentlich in keinem österreichischen Bundesland, und schon gar nicht in anderen Regionen Europas, in dieser Art und Weise des Miteinanders so gelebt wird, so funktioniert, und dies schon seit vielen hundert Jahren.

Aufgrund der historischen Entwicklung ist auch das Zusammenleben der Volksgruppen hier betreffend eine Besonderheit. Wir müssen darauf achten, und da sind wir und die Reden haben auch eindeutig dies bestätigt, ständig bemüht, dies auch zu tun und weiter auszubauen.

Das geht natürlich mit einem durch Förderungen, natürlich seitens des Landes, aber auch im Speziellen seitens des Bundes, für alle Volksgruppen, die im Volksgruppenbeirat ihren Platz gefunden haben und seit dem Jahr 1993 ist es auch die Volksgruppe der Roma, die zweifelsohne hier auch richtigerweise einen Platz gefunden hat, also die Volksgruppe der Roma und Sinti.

Als kleines Land mit vielen Nachbarn ist es aber auch ganz klar festzustellen, dass Diversität hierzulande kein Fremdwort ist. Wenn in Österreich sechs Sprachgruppen anerkannt sind, vier davon im Burgenland, dann wissen wir, und auch das wurde schon angedeutet, dass viele, die sich jetzt zur Volksgruppe bekennen, natürlich feststellen oder natürlich in ihren Geburtsurkunden festgestellt haben, dass die Volksgruppensprache nicht mehr ihre Muttersprache ist.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir auch, und auch das wurde schon als Thema angezogen, dass wir auch hier die Schule, den Kindergarten als erste Bildungseinrichtungen natürlich sehr intensiv auf Grund der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die wir zweifelsohne hier bei uns vorfinden, nämlich im autochthonen Bereich, in der Autonomie der Gemeinden, aber natürlich auch durch die Absicherung im Pflichtschulgesetz haben, da sehen wir Volksgruppensprachen auch für jedes Kind, hier in diesen Schulen, die sich in diesen Gemeinden befinden, unterrichtet und auch gesprochen werden -, nicht nur sollen, sondern auch müssen.

Natürlich ist es teilweise auch und hier ist immer natürlich die Kroatische als größte Volksgruppe zu erwähnen, die natürlich einen Teil ihrer Brauchtumspflege auch dazu benutzt, um hier doch auf sich mehr aufmerksam zu machen, als es vielleicht andere im Stande sind und hier natürlich auch durch diesen Teil der Folklore zweifelsohne, aber auch immer wieder auf die Volksgruppe aufmerksam machen, positiv aufmerksam machen und hinweisen und sie sind mittlerweile natürlich von vielen aus einer Seite hauptsächlich betrachtet als wichtiger Teil auch des Tourismus, weil natürlich sehr viele Menschen auch diese Angebote zweifelsohne mit unserm Bundesland in Verbindung bringen und eigentlich viele Eindrücke, die sie mitnehmen, auch im Zusammenhang natürlich mit den Angeboten der Volksgruppen - seien es die Ungarischen oder die

Kroatischen oder der Romanes - auch hier mitnehmen und zweifelsohne auch in positiver und guter Erinnerung haben.

Wenn ich mich zurückentsinne, und da ist auch heute viel über Gemeinden gesprochen worden, dann haben wir natürlich immer wieder als Vertreter oder Verantwortliche von Gemeinden, die eben die Volksgruppen in ihren Gemeinden beheimatet haben, die aber gleichzeitig natürlich auch die Aufgaben der schulischen Obsorge hier zu erledigen hatten, wo wir eben den zweisprachigen Unterricht, im positiven Sinne gesehen natürlich durch die Klassenteilung bei einer geringeren Schüleranzahl als sehr wichtigen positiven Aspekt hervorheben müssen.

Zweifelsohne aber natürlich auch durch die größeren Investitionen immer wieder auch durch die Errichtung und durch die Instandhaltung derselben Klassen und Schulen mehr Mittel für diese Investitionen in die nötige Infrastruktur eigentlich vom Bund permanent gefordert haben.

Ich kann mich noch erinnern, als Bürgermeister und als Mitglied des Volksgruppenbeirates bis zum heutigen Tage kenne ich diese Forderung als weiter eminent aufrecht gehaltene, weil eben Kindergarten und Schulen hier mehr Platz brauchen, zweifelsohne die Qualität natürlich sehr hoch gehalten, aber die Investition auch ebenso. Hier ist noch immer Nachbesserungsbedarf erwünscht und erbeten.

Abschließend darf ich die Relevanz einer respektvollen Volksgruppenpolitik betonen. Sprachen und Kultur, die hier im Burgenland heimisch sind, denke ich, tragen sehr wesentlich, ich habe es erwähnt, auch heuer bei diesem kleinen Jubiläum, wesentlich zur Identität des Landes bei und ihnen muss man nicht nur in der Vergangenheit, in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft mit Respekt und Toleranz begegnen. Bildung, wie ich es schon thematisiert habe, erachte ich in diesem Zusammenhang als tragende Säule und Voraussetzung für eine nachhaltige und respektvolle Volksgruppenpolitik.

Denn auch nach Ablauf dieses Jahres und ich möchte mich beim Kulturlandesrat bedanken, weil dieses Jahr der kulturellen Vielfalt sehr vieles an Projekten hervorgebracht hat, und danken auch für diese, wie ich meine, sehr sinnvolle und wichtige Investition in diese gesamte kulturelle, auch Volksgruppenarbeit, von über 100.000, ich glaube, 110.000/115.000 Euro, eine sehr wichtige war, weil wir natürlich auch damit ganz klar wieder den Volksgruppen mehr Stellenwert, mehr Gesicht und mehr Öffentlichkeit gegeben haben.

Für diese Unterstützung, denke ich, ist es allemal wichtig, auch solche Initiativen, Herr Landesrat, wie Du sie in diesem Jahr gesetzt hast, weiterhin zu tun und ein Danke zu sagen, weil es auch diese gesellschaftlichen und politischen Probleme doch auch ein wenig an die Oberfläche bringt. Zweifelsohne ist auch die Volksgruppenarbeit sehr viel verbunden mit Migration, mit Fremdenfeindlichkeit, in der Wirkung des positiven Umganges in der Gegenwart und in der Zukunft.

Wir wollen uns mit diesem Thema der autochthonen Volksgruppen positiv in der Zukunft auseinandersetzen. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Volksgruppenthematik ist immer ein

sehr schwieriges Thema. Mein Vorredner hat sich sehr formal diesem Thema gewidmet, ich möchte es ein wenig emotionaler setzen, weil es über Jahre jetzt schon darum geht, quasi zu betonen, dass durch die Institutionalisierung die Volksgruppen befestigt werden.

In Wirklichkeit haben sie mit schwindenden Kompetenzen zu rechnen beziehungsweise sind in der Ausstattung etwas, das sehr mangelhaft ist und damit auch das Überleben immer wieder mehr als infrage gestellt wird.

Lassen Sie mich einen Spruch voranstellen, der, glaube ich, als Bekenntnis zur Volksgruppe ganz wichtig erscheint: „Vergangenheit ist Geschichte, Zukunft ist Geheimnis, aber jeder Augenblick ist ein Geschenk.“ Die Volksgruppen betrachten das auch so.

Soweit ich für burgenländische Verhältnisse sprechen kann, die natürlicherweise abhängig sind - von meinem Vorredner erwähnt - Volksgruppenbeirat und Bundesförderung, dass sie in den letzten Jahren nicht nur ein schwindendes Interesse im Sinne der Steigerung der Volksgruppenförderung entgegengesetzt bekommen haben, sondern dass auch allgemein zwar darüber gesprochen wurde, welche Wertigkeit und Bedeutung die Volksgruppen für das Burgenland haben, aber im Grunde genommen dieser Status in Bezug auf Finanzierung beziehungsweise finanzielle Zuwendungen negiert wurde.

Drage prijateljice, dragi prijatelji, es ist nicht einfach, die Sprache in der heutigen Zeit auch entsprechend umzusetzen. Das ist erwähnt worden, zwar jetzt beginnend in den sogenannten gemischtsprachigen Gemeinden, von der Kinderkrippe beginnend bis zur Nachmittagsbetreuung, durchgehend Sprachvermittler, LehrerInnen, KindergärtnerInnen, Kinderkrippenpersonal, auch HelferInnen, die in der Anstellungserfordernis die Sprache sprechen sollten.

Nur die Wirklichkeit schaut so aus, dass es die wenigsten, egal in welche Schule sie gehen, ob sie jetzt in die Kindergartenschule gehen oder dass sie die LehrerInnenausbildung machen, dass die wenigsten von Anfang an den Zusatz setzen, Sprache zu erwerben beziehungsweise die Kompetenz auch in pädagogischer Hinsicht umsetzen zu können.

Durch dieses Manko bedingt, ergibt sich eigentlich ein Riesenproblem in der Anstellung, weil diese Leute, die ich gerade vom Kompetenzpunkt her angesprochen habe, gesucht werden. Sie sind nachgefragt. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister suchen jährlich für ihre Kindergärten, für ihre Kinderkrippen, für ihre Nachmittagsbetreuung Kroatisch sprechendes Personal und sie finden keines. Das ist ein Ausbildungsproblem, ist ein Vermittlungsproblem, aber auch ein Zugangsproblem.

Das heißt, wir haben über statistische Erhebungen jährlich einen Schwund an Sprachkompetenz, auf der anderen Seite ist aber das Bedürfnis auch auf Grund der Gegebenheiten, dass der institutionalisierte Rahmen in gemischtsprachigen Gemeinden gegeben ist, in der Anforderung gesetzt, dass dieses Personal nachgefragt ist, dass nämlich die Sprache in der Vermittlung auch beherrscht.

Es sind verschiedene Bereiche angesprochen worden, die dazu beitragen, dass diese Sprachkompetenz schwindet. Es ist aber nicht gesagt worden, dass ein wichtiger Vermittler jetzt schon über Jahrzehnte in der Sprachvermittlung in den gemischtsprachigen Gemeinden die Kirche ist. Die katholische Kirche, die es sich als wichtige Herausforderung nimmt, diese Sprache im Alltagsleben auch zu erhalten.

Es ist leider ein Riesenproblem, dass wir Diskussionen führen müssen, um Deutsch in der Schulpause, wie es in Oberösterreich jetzt wieder versucht wird, quasi als

bundeseinheitliche Regelung durchzusetzen. Es ist schon vom Verfassungsdienst abgewiesen worden. Jetzt gibt es einen neuerlichen Versuch vom FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter.

Meine Damen und Herren, ich kann mich nicht damit identifizieren, auf Grund dessen, was vorher an Identitäten für das Burgenland nachgewiesen wird, nur darüber nachzudenken, dass es nur die deutsche Sprache in der Umsetzung in den Pausenhöfen geben soll. Aber der Ansatz alleine richtet eigentlich diejenigen, die sich um derartige Ansätze mühen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem 28. Mitgliedsstaat in der Europäischen Union ist Kroatisch auch eine sogenannte Europasprache geworden, sie ist Teil des Verständnisses und ist auch eine anerkannte Sprache im europäischen Kontext, und daher wäre es von dort auch ein Hinweis, diese Identitäten auch zu pflegen und auch umzusetzen.

Ich habe davon gesprochen, dass es immer weniger Förderung gibt. Die Förderung im Bund jetzt über Jahre eingefroren wurde und nicht erweitert wird und leider, mein Vorredner hat zwar gesagt, es gab das Jahr der Vielfalt, aber die Wirklichkeit in der Volksgruppenförderung im Burgenland war im Vorjahr verheerend. Im Nachweis ist von angenommen 60.000 Euro nicht einmal die Hälfte an die Volksgruppen geflossen, das ist nicht nur bescheiden, sondern es ist nachweislich eine Katastrophe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluss ein Hinweis, der mir sehr am Herzen liegt. Im Budgetvoranschlag 2017 gibt es in der Budgetgruppe, über die wir gerade auch über die Minderheiten des Burgenlandes diskutieren, für diese Minderheiten „kulturelle Belange und Belange der Volksgruppen“ insgesamt einen Betrag von 89.000 Euro. Wenn ich in der Reihenfolge der Auflistungen verschiedener kultureller Einrichtungen Beispiele suche, finde ich eine Sonderausstellung zusammen mit einer Abdeckung der laufenden Betriebskosten auf den gleichen Standort fast die identische Summe ausgewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das ein Bekenntnis zur burgenländischen Identität und zu den Volksgruppen ist, dann wird mir schummrig. Es ist wieder einmal ein sprachliches Bekenntnis ohne Inhalt. Die Volksgruppen waren und sind ein integrierender Bestandteil, sie sind nachweislich für die Entwicklung des Burgenlandes sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht, als auch in anderen Belangen nicht nur Träger von Inhalten gewesen, sondern sie haben das Burgenland auch befördert.

Ihnen wird nachgesagt, dass sie nicht nur durch Ehrgeiz bestechen, sondern dass sie auch in ihrer Einsatzbereitschaft und in ihrem Engagement eigentlich ohne Einschränkungen sind. Diese Möglichkeit für eine wirtschaftliche, für eine politische Weiterentwicklung unseres Bundeslandes insofern zu negieren, dass man ihnen die grundlegenden Fördermaßnahmen nicht zuspricht, das finde ich nicht nur beschämend, sondern ist auch den Volksgruppen mehr als abträglich.

Herzlichen Dank! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wir kommen zum Kapitel Kunst und Kultur. Herr Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller, Sie sind zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ich erlaube mir, auch die Volksgruppen noch anzusprechen. Sehr vieles hat mir der Kollege Steier jetzt schon vorweggenommen. Die Kunst und die Kultur und die Volksgruppen gehören für mich ein bisschen zusammen.

Erstens einmal, weil wir zwei Häuser im Burgenland mit dem OHO und der KUGA haben, die sich der zwei Volksgruppen - auf der einen Seite der Roma und der Burgenlandkroaten - sehr angenommen haben und auf der anderen Seite, weil viele Vereine, die aktiv sind, gerade im Kulturbereich, in der Brauchtumspflege, in der Sprachpflege sehr viel machen. Bei der Gelegenheit auch ein herzliches Dankeschön für alle, die sich ehrenamtlich bei Vereinen der Ungarn, der Roma und der Kroaten engagieren.

Bei den Roma haben wir in Oberwart im Moment ein bisschen das Problem, dass hier eine Lücke entstanden ist, weil der erste Roma-Verein des Burgenlandes - leider gibt es ihn nicht mehr - gerade, was die sprachliche Fortbildung mit Kursen und auch die schulische Betreuung der Roma-Kinder und Jugendlichen anbelangt, sehr viel geleistet hat und jetzt fehlt. Ich weiß, dass es Gespräche mit dem Landeshauptmann gibt, hier diese Lücke wieder zu füllen, und ich hoffe, dass das mit den bestehenden Vereinen, die seit Jahren gute und wichtige Arbeit machen und wo vor allem, was mir sehr wichtig ist, nicht für die Roma gearbeitet wird, sondern von den Roma selber, die hier die Vereine selber darstellen.

Natürlich, wie es halt so ist, geht es auch immer ums Geld. Je mehr Geld da ist, desto mehr können die Vereine leisten. Das gilt jetzt nicht nur für die Kulturvereine, die ich gerade angesprochen habe, sondern auch für unsere kleinen freien Kulturhäuser. Landesrat Bieler und ich waren gerade letzte Woche bei einer Ausstellungseröffnung im OHO, und ich finde es ein bisschen traurig, wenn wir eigentlich Jahr für Jahr immer nur die gleichen Beträge weiterziehen, die diese Häuser bekommen, auch wenn sie für Projekte extra Gelder bekommen, das ist mir schon klar.

Es wäre schön, wenn wir hier die Gelder aufstocken könnten, sodass diese Häuser, die wirklich Unglaubliches leisten, also ich kenne natürlich vor allem das OHO, weil es in meiner Nachbarschaft ist, in meinem Bezirk ist, die wirklich tolle Projekte immer wieder haben, tolle Theaterstücke aufführen, das OHO ist das einzige Haus im Burgenland, das eigenständig selbst Theaterstücke erarbeitet, inszeniert, aufführt und das unter großem Erfolg.

Es waren Stücke vor kurzem - eigentlich ist es fast schon ein Jahr her - auch in Eisenstadt zu Gast und das wird weiter passieren. Das geht natürlich nur, wenn auch Geld genug da ist, und wir wissen, dass die Inflation natürlich auch ein gewisser Geldfresser ist und den Häusern im Endeffekt dann immer weniger Geld zur Verfügung steht.

Selbst die Angestellten, selbst die Geschäftsführer der Häuser sind wirklich gehaltsmäßig auf dem untersten Level angeführt, und ich würde mich sehr freuen, wenn sich ein bisschen etwas in der nächsten Zeit tun würden, damit hier diese hohe Qualität, die die Häuser dennoch leisten, beibehalten wird.

Das Gleiche gilt für die Kulturvereine der Ungarn, der Roma und der Kroaten, auch hier - mein Vorredner hat es schon gesagt - sind die Zahlen, die hier gezahlt werden, nicht sehr hoch, werden meistens nur fortgeschrieben, weiter geschleppt und da fehlt es natürlich am Geld.

Alle die jetzt von mir Genannten sind ein wichtiger Teil des Burgenlandes, sowohl die Volksgruppen als auch die Kulturhäuser. Sie sind, das darf man auch nie vergessen, wenn auch ein kleiner Beitrag der regionalen Wirtschaft. Sowohl die Vereine als auch die Häuser kaufen natürlich ihre Produkte, die sie brauchen für Bühnenbild und Ähnliches in der Region. Holen immer wieder die regionalen Künstler und Künstlerinnen in ihre Häuser, also das ist ein Mehrwert dieser Institutionen, den wir, glaube ich, gar nicht hoch genug einschätzen können, und deswegen wäre es auch wichtig, sie ausreichend auszustatten.

Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Abgeordneter Mag. Johann Richter ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte kurz Bezug nehmen in dieser Gruppe des Budgets auf das Kulturförderungsgesetz, das novelliert worden ist. Dieses Gesetz wurde 1981 erstmals novelliert, es ist in die Jahre gekommen, es muss den zeitgemäßen Anforderungen gerecht werden. Es gab Adaptierungen, terminologische Anpassungen, und so weiter.

Für die Förderung kultureller Tätigkeiten sind natürlich wie überall in dem Bereich oder wie im Bereich Budget die Bedingungen oder die Begriffe der Grundsätze der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit geboten. Ich möchte einige neue Aspekte in dem Gesetz erwähnen. Besonderer Wert soll auf lokale und regionale Kulturaktivitäten gelegt werden, das Ganze ist ein wesentlicher Aspekt des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Leute sind eher bereit, bei kulturellen Aktivitäten mitzutun, wenn es sich in ihrem Dorf, in ihrer Umgebung, in ihrem Bereich abspielt.

Einige Grundsätze, die das Land bei der Gewährung von Förderungen zu beachten hat, sind: Das ist jetzt nur eine Auswahl. Es soll möglichst eine Vielfalt des Angebotes, es soll Kooperationen mit in- und ausländischen Regionen geben. Dass Veranstaltungen nicht gegen gute Sitten beziehungsweise geltendes Recht, sowohl in Österreich als auch in der EU, verstoßen dürfen, ist sowieso eine Selbstverständlichkeit.

Für die Gewährung von Förderungen sind Bedingungen notwendig, klarerweise, und daher ist die Landesregierung zur Erlassung von Richtlinien verpflichtet. Noch eine Kleinigkeit - Kulturbeiräte bestehen in Zukunft aus mindestens fünf bis acht Mitgliedern. Das Vorschlagsrecht hat das zuständige Mitglied in der Landesregierung, danach erfolgt die Bestellung.

Das Ganze ist nichts Spektakuläres, aber es ist doch etwas ganz Wesentliches in unserer Gesellschaft. Es wurde schon erwähnt, Burgenland ist typisch für seine Volksgruppen. Die Volksgruppenkultur spielt eine große Rolle, Heimat und Brauchtumspflege ist den Menschen wichtig, obwohl diese Begriffe heutzutage nicht sehr gefragt sind und meiner Meinung nach oft sensationelle Bedeutungsveränderungen erleben, wenn man nur an den derzeitigen Wahlkampf denkt.

Wir werden natürlich dieser entsprechenden Gruppe unsere Zustimmung erteilen. Ich möchte aber den entsprechenden Begriff noch abschließen im Zusammenhang mit „nix Kultura“ - Junge ÖVP. Es ist mir ein Bedürfnis, ein paar Sätze dazu zu sagen. Ich habe mir das Protokoll des Jugend-Landtages durchgelesen, und ich muss sagen, ich war leicht bis schwer über die Vorkommnisse dort erschüttert.

Seien Sie mir nicht böse, meine Kollegin und Kollegen von der ÖVP, der Jugend-Landtag hat jetzt, glaube ich, das siebente Mal stattgefunden, bis jetzt war immer alles in Ordnung und auf einmal führt sich die Junge ÖVP dort auf. Es fallen Begriffe wie „Schmähparade“ und „Zirkusdirektor“, dass sich der Präsident des Landtages

Es fielen Begriffe wie Schmähparade und Zirkusdirektor, dass sich der Präsident des Landtages sogar zu einem Ordnungsruf bemüßigt fühlte. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wir haben den Jugend-Landtag immer kritisiert.)* Das ist bei uns, glaube ich, gar noch nicht vorgekommen. Sie werden doch nicht glauben, oder ich kann nicht glauben, dass dieses Verhalten zufällig ist und dass sich die junge ÖVP ebenso verhalten hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das kann, ich meine oder ich bin ziemlich überzeugt, dass das nur von Ihnen kommen kann und zwar mit dem Hintergrund, dass Sie das erste Mal in Opposition sind und eben diese/Ihre total destruktive Oppositionsrolle auch auf die junge ÖVP übertragen haben, denn bis jetzt hat es immer funktioniert. Ich finde dieses Verhalten jedenfalls zutiefst beschämend. Ich finde es letztklassig und eigentlich einer im Landtag vertretenen Partei nicht würdig.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Herr Kollege Richter! Herr Kollege Richter! Darf ich Sie ansprechen? *(Abg. Mag. Johann Richter: Gerne!)* Ich gebe Ihnen gerne die Protokolle der letzten Jugendladtage und auch einige Protokolle hier über Sitzungen im Landtag, *(Abg. Mag. Johann Richter: Ich habe das nur kommentiert.)* damit Sie nachlesen können, wie sich Ihre Freiheitliche Jugend aufgeführt hat und das ist dann im Vergleich zu dem, was sich die junge ÖVP vielleicht geleistet hat, *(Abg. Mag. Johann Richter: Ich habe das kommentiert. Worte wie Zirkusdirektor sind gefallen.)* mehr als beschämend.

Man sollte einmal vor der eigenen Tür kehren, bevor man andere beschuldigt, das möchte ich schon sagen. *(Abg. Mag. Johann Richter: Das sind Tatsachen! Dass, was ich gesagt habe, sind Tatsachen.)* Das gehört nicht hierher, dass man versucht, hier eine andere Partei für eine Jugendorganisation verantwortlich zu machen. Glauben Sie mir, die Jugendorganisation, unsere Jugendlichen, die können frei denken, *(Abg. Ingrid Salamon: Seit wann?)* die brauchen keinen Ratschlag von der ÖVP im Landtag. Das möchte ich Ihnen mitteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

So, nun aber zur Kultur. Das ist natürlich jetzt schwer, nach den ersten Sagern jetzt zur Kultur zu finden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Kultur ist für mich mit vielen Emotionen verbunden. Deswegen, weil das immer auch, das möchte ich hier eingestehen, ein Teil meines Lebens war.

Ich habe in den letzten Jahrzehnten gemerkt, dass das Burgenland, das muss man auch so sagen, sich zu einem wirklich kleinen aber feinen Kulturbiotop innerhalb Österreichs, aber auch Europas entwickelt hat. Es kommen sehr viele Menschen ins Burgenland. Nicht nur aufgrund der Schönheit der Landschaft, nicht nur aufgrund der Freundlichkeit der Menschen, sondern weil sie hier alles vorfinden, um ihre Kreativität ausleben zu können. Dabei spannt sich dieser farbige Bogen von der Volks- bis hin zur Hochkultur. *(Abg. Günter Kovacs: Ah so?)*

Das ist eine tolle Voraussetzung, die wir im Burgenland haben. Es ist daher unsere Aufgabe, eine sehr spannende und lohnende, dieses Burgenland auch in Zukunft gut zu positionieren. Irgendwie habe ich immer wieder Schwierigkeiten die Tatsache außerhalb des Burgenlandes zu erklären, dass der Kulturlandesrat nicht nur für Kultur zuständig ist, sondern auch für den Straßenbau, jetzt auch für die ländlichen Strukturen und für die Agenden des Wasserbaues und sich auch mit Problemen der Finanzen herumschlagen muss.

Da bleibt wohl wahrscheinlich nicht viel Zeit, um sich genau für die Kulturagenden dementsprechend zu engagieren. Denn, wenn man sich das Kulturbudget anschaut, und da bin ich mit meinen Vorrednern konform, gibt es sehr wenige Akzente. Es ist in Wahrheit ein Fortschreiben von Zahlen.

Wenn man ein Lied komponiert und man würde so irgendwie dahinplätschern, würde es keine Höhepunkte geben. Das Lied wäre uninteressant. Der Song wäre uninteressant. Das Kulturbudget ist deswegen nicht interessant, weil man auch die Zahlen anderer Jahre nehmen könnte, man sie vielleicht dann valorisieren könnte, aber mehr ist es nicht.

Es ist eine Erhöhung um 500.000 Euro. Das ist das Positive. Aber das Negative, es fehlen eigentlich die Akzente. Wenn man sich anschaut, wie diese 23 Millionen Euro verteilt werden, dann ist das immer das gleiche Schema. Es werden Organisationen bedient. Keine Frage.

Dann bleibt für die einheimischen Künstler doch eher wenig. Ich höre das immer wieder in Begegnungen mit vielen Menschen, die sich der Kunst widmen, dass sie angesucht haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Sie haben eine Ablehnung oder gar nichts bekommen, oder nur einen kleinen Teil ersetzt bekommen. Dabei habe ich immer das Gefühl, dass ein bisschen auch Parteipolitik mitspielt. Ein Beispiel möchte ich nennen. Nämlich, die Burgspiele Güssing.

Die Verantwortlichen bemühen sich sehr, hier Gäste ins Land zu holen. Das gelingt auch. Es sind auch seitens der SPÖ Politiker immer wieder als Gäste dabei, die die Burgspiele Güssing loben. Nur eines, für alles hat man Geld, aber für die Burgspiele Güssing keinen einzigen Cent. Keinen einzigen Euro. Das ist schon etwas ungewöhnlich und, leider Gottes, muss ich das so sagen, habe ich den Verdacht, dass hier sehr wohl ein bisschen Parteipolitik mit hinein spielt.

Interessant ist auch ein Lieblingsprojekt des Kulturreferenten, nämlich die KSB (Kultur-Service Burgenland GmbH) oder KBB (Kultur-Betriebe Burgenland GmbH), je nachdem welche Gesellschaft man hernimmt. Hier habe ich immer wieder in der Regierung hinterfragen wollen, wie das läuft, als die KSB gegründet wurde und warum eigentlich? Es hat geheißen, deswegen, weil wir damit Einsparungen erreichen.

Es hat sogar eine Anfrage an den Landesrat Bieler am 26. März 2015 gegeben, wo der Landesrat von einer jährlichen Kosteneinsparung in der Höhe von 500.000 Euro gesprochen hat. Wenn man sich das Budget anschaut, dann erkenne ich allerdings hier keinen einzigen Cent an Einsparung. Im Gegenteil. Es findet sich sogar im Budget eine neue Ansatzpost, nämlich, eine Post für Werbemaßnahmen Kulturzentren. Neu unter C 99, Seite 99, in der Höhe von 100.000 Euro.

Wenn man sich das anschaut und hinterfragen möchte, wie werden eigentlich die Kulturzentren bestückt? Wie schaut das KSB aus? Findet man eine Position für den Burgenländischen Landtag. Für 36 Abgeordnete findet sich in diesem großen Bereich eine

Position und das ist die KSB. Punkt. Wo bleibt da die Transparenz, die wir immer wieder bei diesen Budgetdebatten einfordern?

Ich möchte auch auf die Novelle des Kulturförderungsgesetzes eingehen. Es gibt etwas Positives, nämlich das, Gott sei Dank, jetzt der Kulturbericht, der jährlich erscheint, auch im Burgenländischen Landtag, so, wie alle anderen Berichte, debattiert werden wird. Das ist einmal etwas Positives.

Etwas kleines Negatives dazu, Herr Landesrat. Ich würde mir im Zeitalter der EDV wünschen, wo wir von Verwaltungsreform reden, von Raschheit, dass wir den Kulturbericht etwas früher bekommen, denn den Kulturbericht 2015 habe ich am 20. Oktober 2016 bekommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier sind einige magere Seiten mit vielen Bildern dabei. Sie sind da in vielen Fotos sehr gut abgelichtet. Ich glaube, das könnte doch sehr schneller gehen. Was mir aber auffällt ist, dass wir keine Möglichkeit haben, die gesamten Kulturorganisationen auch zu hinterfragen. Budgetär zu hinterfragen.

Denn die KSB ist jetzt gegründet und ist aufgefettet. Die Vereine wurden in GmbHs umgewandelt. Ich weiß jetzt nicht wie viele es insgesamt sind, aber, ich glaube, ich habe es jetzt zusammengezählt 15. Vielleicht sind es mehr, vielleicht auch weniger.

Lisztzentrum Raiding, Schlossspiele Kobersdorf, Haydnfestspiele Eisenstadt, Seefestspiele Mörbisch, die Kulturzentren, Landesmuseum und so weiter. Nur, der Landtag hat hier keine Möglichkeit in die Finanzgebarung dieser Organisationen Einsicht zu erhalten. Daher werden wir morgen, wenn wir die Gesetzesänderung über Kultur abstimmen, einen Abänderungsantrag einbringen.

Nämlich, der so sinngemäß lauten wird, dass wir im Gesetz verankert haben wollen, dass auch die einzelnen Bilanzen der Organisationen dem Burgenländischen Landtag offengelegt werden. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass wir nicht nur Ausgliedern und damit dem Landtag einiges an Kontrolle entziehen, sondern dass wir diese Transparenz auch walten lassen.

Ich meine, wenn es in den nächsten Jahren gelingen möge, mehr aus diesem Kulturbereich zu machen, ein bisschen mit mehr Kreativität, als nur eine Fortsetzung der Positionen und eine Valorisierung der Zahlen, dann könnten wir wirklich von einer effektiven guten Kulturpolitik im Lande sprechen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Günter Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident! Bevor ich mit der Rede beginne, ein wenig zu meinen Vorrednern. Herr Abgeordneter Fazekas! Sie haben die Museumsbesuche angesprochen. Wir, die SPÖ, haben im Ausschuss schon einen Abänderungsantrag eingebracht, wo wir eine moderate und sozialverträgliche Preisgestaltung für alle Kinder, Jugendlichen und Familien einfordern, um weiterhin den kostengünstigen beziehungsweise teilweise sogar kostenlosen Besuch von Museen und Kulturveranstaltungen zu ermöglichen.

Ich mache aber gleich nächste Woche den Lackmustest. Ich habe mir das überlegt. Wir haben in Eisenstadt in zwei Wochen Budgetgespräche. Da werde ich diesen Antrag einbringen. Nämlich, in Eisenstadt für alle EisenstädterInnen, für die jungen Eisenstädter die Museumsbesuche gratis über die Stadt Eisenstadt zu subventionieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das werden wir versuchen und dann werden wir den Lackmustest machen, ob das dann seitens der ÖVP möglich ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kein Problem. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Aber, kommen wir zu etwas Positivem. Nämlich, die gute Nachricht vorweg. Das Kulturbudget für 2017 garantiert wieder die besten Rahmenbedingungen für die Kunstschaffenden unseres Heimatlandes Burgenland. Rund 23,4 Millionen Euro werden für Kunst und Kultur und Kultus aufgewendet.

Eine weitere Steigerung im Vergleich zu Vorjahr. Es ist nicht der größte Budgetposten im Landesvoranschlag, aber kein unwichtiger. Unterschätzen wir gemeinsam nicht die Bedeutung von Kunst und Kultur für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Kunst und Kultur schaffen das Fundament für eine Gesellschaft, die innovativ, kreativ und aufgeschlossen sein will.

Kunst und Kultur sind identitätsstiftende Merkmale einer demokratischen Gesellschaft. Deshalb müssen wir uns auch immer wieder ins Bewusstsein rufen, dass Investitionen in die Kultur eine Investition in die Zukunft bedeuten.

Es liegt eigentlich in unserer Verantwortung, dass vielfältige Kulturschaffen im Land zu fördern. Die Künstler sollen ein Umfeld haben, indem sie frei und autonom tätig sein können. Allen Burgenländerinnen und Burgenländer soll es natürlich möglich sein, am reichhaltigen Kulturleben teilzuhaben. Mit diesem Budget schaffen wir diese notwendigen Voraussetzungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielfältig, bunt, traditionell, modern und überaus erfolgreich. So könnte man das Kulturleben in Burgenland auf den Punkt bringen. Vielfalt, Kreativität, Professionalität sind auch die wesentlichen Merkmale der burgenländischen Festivals, die sowohl künstlerisch als auch wirtschaftlich von enormer Bedeutung für unser Land sind.

Rund 564.000 Besucher nützten im Vorjahr die reichhaltige Palette der Festivals, die über das ganze Burgenland verstreut stattfanden. Wenn es bei dem einen oder anderen Festival, wie etwa in Mörbisch, Defizite und Besucherrückgänge gab, so wurden diese bei anderen Festivals wieder ausgeglichen.

Hier möchte ich stellvertretend die Schlossspiele Kobersdorf mit einer Auslastung von 98,6 Prozent nennen. Diese tolle Bilanz ist erneut Beweis dafür, dass Programm und Qualität stimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Vergessen wir nicht die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Sommerfestivals für das Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Auswirkungen auf den Tourismus, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Bereits vor einigen Jahren kam eine Studie zum Ergebnis, dass jeder neunte Arbeitsplatz im Burgenland direkt oder indirekt von der Kulturwirtschaft abhängt. Ein Argument für mehr Investitionen in diesem Bereich und hier speziell für die Sommerfestivals, die auch 2017 unterstützt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich aus den vielen Maßnahmen und Förderungen einen Bereich herausstreichen, der maßgeblich zur nachhaltigen Entwicklung des Burgenlandes als Kulturland beiträgt. Die kulturelle Nachwuchsförderung. Insgesamt erreicht das Kulturreferat jährlich rund 7.500 junge Burgenländerinnen und Burgenländer mit Wettbewerben, Stipendien, Ausbildungen und Workshops. Einer der erfolgreichsten Jugendkulturinitiativen ist Zooming Culture. Das Angebot reicht dabei von Workshops über Jugendkunstförderung bis hin zu einem überaus erfolgreichen und beliebten Festival.

Meine Damen und Herren! Durch das Landesbudget werden jährlich mehrere Förderungen an junge Menschen vergeben, die eine künstlerische Ausbildung machen. Diese reichen von Diplomarbeitens- und Dissertationsförderungen über Förderungen diverser Kunstwettbewerbe bis hin zu Unterstützungen der Musikschulen.

Letztes stellt das Rückgrat der musikalischen Ausbildung im Burgenland dar. Allein im Schuljahr 2015/16 betreute das Musikschulwerk 6.991 junge burgenländische Musikerinnen und Musiker bei einer Ausbildung. 6,9 Millionen Euro werden jährlich in das Musikschulwesen investiert. Das Land deckt 55 Prozent der Kosten.

Meine Damen und Herren! Es sind die vielen regionalen Projekte, Eigeninitiativen und Einrichtungen, die zusammen das wertvolle Mosaik für die bunte und vielfältige Kulturlandschaft bilden. Es sind unverzichtbare Teile des Kulturlandes, wie die etwa rund 80 Museen, die maßgeblich zur touristischen Entwicklung des Landes beitragen.

Im Landesbudget 2017 sind dafür ebenso die notwendigen Mittel enthalten, wie etwa auch für die Denkmalpflege in unserem Land, die kulturellen Belange der Volksgruppen, das literarische Schaffen oder die Unterstützung von den alternativen Kulturzentren, wie etwa die bekannte Cselley Mühle oder das Offene Haus Oberwart. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt des reichhaltigen und vielfältigen Kulturlebens auf den ich eingegangen bin. Einen schönen Überblick über den kulturellen Reichtum des Landes durften wir in diesem Jahr erfahren, das unter dem kulturpolitischen Schwerpunkt Jahr der kulturellen Vielfalt stand. Das Programm reichte von Theater, bildende Kunst, Musik, Volksgruppenprojekten, Tanz bis hin zu Sprachprojekten und wissenschaftlichen Diskussionsveranstaltungen. Ich möchte Dir, lieber Landesrat Helmut Bieler, zum Jahr der kulturellen Vielfalt gratulieren und danken.

Danken möchte ich auch allen Mitarbeitern natürlich, Dr. Tiefenbach, Mag. Claudia Priber. Danke möchte ich Dir noch einmal für Deine Umsicht, das ausgewogene Kulturbudget, das sicherstellt, dass das Burgenland weiterhin ein verlässlicher Partner für unsere Künstler und Kulturschaffenden bleibt. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Helmut Bieler das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Hohes Haus! Werte Kulturinteressierte an den Fernsehschirmen und die vielen aus der Kunstszene, von denen ich weiß, dass sie jetzt zuhören. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Vorm Fernsehschirm?)* Das Kulturbudget ist ein wesentlicher Faktor in Bezug auf die Aufrechterhaltung und die Ermöglichung von Kulturschaffen im Burgenland und bietet die Rahmenbedingungen innerhalb derer sich das kulturelle Leben entwickeln kann. Entscheidend ist, was mit dem Geld passiert. Kreativität kann man nicht vorschreiben oder verordnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das muss aufgrund der Rahmenbedingungen, aufgrund der Eigeninitiative, aufgrund der Möglichkeiten, die es im Burgenland gibt, passieren. Zu diesem Kulturbudget darf ich ein bisschen zur Erläuterung sagen, wie es sich zusammensetzt. Wir haben hier drei große Bereiche. Der eine ist der Bereich, mit dem wir die Betriebe des Landes finanzieren, Landesmuseum, Archiv, Bibliothek, die Landesgalerie, das Joseph Haydn Konservatorium. Der zweite Bereich, der konkret für bestimmte Zwecke gewidmet ist, wie

die Musikschulen, Kulturzentren, Haydnfestspiele, Kobersdorf, Mörbisch, Liszt-Festival, Kulturservice Burgenland.

Der dritte Bereich der für verschiedene Bereiche der Kunst und Kultur, für regionale Kulturvereinigungen, örtliche Kulturzentren, Maßnahmen der Kunst und Kulturpflege für kulturelle Einrichtungen, kulturelle Werke, Ankäufe, Erhaltung, Restaurierung von Kulturdenkmälern, Sonderausstellungen, Veranstaltungen, Förderung von Kirchenvereinen und vielen, vielen sonstigen Aktivitäten, frei vergeben werden kann.

Man muss dazu wissen, dass 44 Prozent dieser Mittel für Ausbildung vergeben wird. Konservatorium, Musikschulen, andere Bereiche, 30 Prozent für die Kulturzentren, Kulturservice und Festspiele.

Das heißt, 74 Prozent haben wir hier zweckgewidmet. Jetzt kann man natürlich interpretieren, dass das statisch ist. Aber, diese hohe Qualität wollen wir damit auch gewährleisten und aufrechterhalten, dass wir diese Zweckbindung haben, dass wir diese Zusagen haben innerhalb derer sich die frei bewegen können und eben im Burgenland, das Burgenland als Kulturland weiterhin hochhalten können. Die restlichen 26 Prozent sind für die rund 800 Förderansuchen, die jedes Jahr kommen, wobei da wieder auch für Kunst und Kultur besondere Projekte da sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte darauf hinweisen, dass alle Förderungen aufgrund des Kulturfördergesetzes, des Musikschulgesetzes, auf Empfehlung der Kulturbeiräte und innerhalb des Kulturleitbildes vergeben werden. Dieses Gesetz - und das haben wir heute schon gehört - wurde einer Novelle unterzogen, dass sie den modernen Ansprüchen einer Kulturförderung entspricht, wo wir aber auch gleichzeitig die Verschriftlichung der Richtlinien, die wir heuer noch in der Regierung beschließen wollen, verankern.

Ein wichtiger Bereich - und der ist heute auch schon angesprochen worden - ist die Kultursäule. Hier gibt es natürlich durch die Zusammenfassung Synergien, Einsparungspotenzale die wir sehr bewusst heben und jedes Jahr schon gehoben haben, weil wir es zusammengefasst haben, sinnvoll zusammengefasst haben, weniger Mitarbeiter, mehr Erfolg dafür.

Hier gehören die KSB, die Kulturzentren, Mörbisch, Kobersdorf, Haydn, Liszt dazu. Alle diese Bereiche, die zu uns gehören und in Zukunft auch die KBB, die sogenannten Kultur-Betriebe Burgenland GmbH. Hier haben wir allein durch die Tatsache, dass wir das zusammenfassen, dass wir die Möglichkeit haben, hier die Leistungen miteinander durchzuführen auf einen Schlag 30.000 Euro gespart und wir haben noch viele Möglichkeiten.

Ich bin überzeugt davon, dass wir die Kulturpolitik auf keinen Fall dem freien Markt überlassen dürfen. Wir dürfen nicht zulassen, dass es zu einer Zweiklassengesellschaft kommen könnte, dass sich im Burgenland Menschen die Kultur nicht leisten können. Daher bieten wir flächendeckend über die Kulturzentren leistbare Kulturangebote an, wissend, dass es unterschiedliche Einkommen gibt, dass die soziale Lage völlig unterschiedlich ist und dass wir weiterhin eine starke öffentliche Kulturfinanzierung haben müssen, um die Freiheit des kulturellen Schaffens auch gewährleisten zu können.

Wir wissen aber auch, dass wir grenzüberschreitende internationale Zusammenarbeit unbedingt brauchen, um hier für unsere Künstlerinnen und Künstler internationale Präsentationsmöglichkeiten zu haben. In den letzten Jahren wurden sehr erfolgreich neue Marketingschienen entwickelt, Dachmarkenwerbung in der Kultur

entwickelt, die von allen verwendet wird. Gemeinsamen Werbeauftritte mit dem Burgenland Tourismus, gemeinsames Ticketing und so fort.

Ich sage immer wieder, weil es heute auch schon ein Thema war, wir brauchen ein Europa der Regionen, wo sich jeder wiederfinden kann. Das kleine Burgenland genauso, wie das große Deutschland oder Spanien. In einer globalisierten Kultur, wo es weltweit immer mehr zu einer Einheitskulturkommen könnte, ist es notwendig, dass wir das Lokale, das Regionale in den Mittelpunkt stellen und nicht nur im Sinne des traditionellen, sondern auch im Sinne der regionalen Buntheit, das Alte und Neue, das Bodenständige weiterentwickeln.

Nicht zurückzublicken, sondern nach vorne zu blicken und viele Möglichkeiten haben, um das im Zuge einer Volkskultur, ist gleich Lebenskultur, zu entwickeln. Eine ausgewogene Balance zwischen der Förderung von kulturellen Traditionen und neuen Innovationen, zwischen der Pflege des kulturellen Erbes und der Möglichkeit neuer Entwicklungen kann nur das Ziel und die Aufgabe dieses Kulturbudget sein und das wird mit dem vorliegenden Kulturbudget ermöglicht.

Ich darf Sie nicht nur bitten, diesem Kulturbudget zuzustimmen, sondern mich auch gleichzeitig für die wirklich konstruktiven, manchmal auch kritischen Bemerkungen und Ausführungen, wo wir nicht immer einer Meinung sind, aber es trotzdem eine sehr durchdachte Annäherung an die Kultur war, bedanken und Sie weiterhin einladen, die Kulturangebote des Burgenlandes auch anzunehmen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Jugendvolkskulturen, Volksgruppenkultur, Sport, Bildungseinrichtungen - über das alles ist heute schon gesprochen worden. In Summe sind auch sehr viele Vereine darunter gemeint.

Das Vereinsleben insgesamt übernimmt in unserer Gesellschaft eine irrsinnig wichtige und große Rolle. Insbesondere die Vereine übernehmen in der Jugendausbildung, beim Erhalt der heimischen Kultur sowie bei sozialen und gesellschaftspolitischen Bereichen einen sehr großen Dienst und leisten hier sehr viel.

Man muss heute schon sehr dankbar sein, wenn trotz der unzähligen Themen, die heute auf die Vereine zukommen, über die Bürokratie, über die Steuer bis hin zu Haftungsthemen, sich dennoch sehr viele Ehrenamtliche engagieren. So, wie man auf der Seite des Landes nachlesen kann und oftmals schon besprochen worden ist, überhaupt in dieser Causa „Rettet die Vereinsfeste“, die wir in diesem Hohen Landtag schon sehr oft zum Thema gehabt haben, sind in 4.900 Vereinen über 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländer irgendwo beteiligt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist schon eine großartige Sache und das ist sicherlich auch ein Grund dafür, dass man darüber sprechen kann. Gerade bei uns im ländlichen Raum ist es wichtig, diese Vereinskultur hoch zu halten. Wenn man sich dann den Haushaltsvoranschlag für 2017 anschaut - etwas weiter hinten in einem anderen Kapitel - und wie heute beim Thema Sport von Herrn Klubobmann Hergovich angesprochen worden ist, der Sportstättenbau hat mich doch ein wenig überrascht, dass der Bürgermeister von Eisenstadt mit den einzelnen Aktivitäten, die er gesetzt hat, sehr lobend hervorgehoben worden ist.

Das geht von der Überdachung bis hin zu Neubauten und so weiter und sofort. Mitunter auch, dass immer Eisenstadt kritisiert worden ist, wie heute schon von der Regierungsbank, wie schlecht die Verwaltung ist uns so weiter. Aber, ganz so schlecht dürfte es doch nicht sein, wenn zumindest im Sportstättenbau doch einiges weiter geht. Wenn ich beim Thema schon bleiben darf. Etwas hinten bei den Erläuterungen Förderung Tourismus- und Freizeitbetriebe.

Man muss anmerken, dass, zum Beispiel, hier niedergeschrieben ist, dass die Entwicklung der burgenländischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft, die Förderungspolitik, unterstützt und vertieft werden muss. Wichtige Eckpunkte für diese Förderstrategien sind Maßnahmen zu einer Verminderung der Saisonalität hin zur Ganzjahresorientierung.

Im Hinblick auf die hohe Wertschöpfung und auf die Beschäftigungseffekte sollen Fördermittel für notwendige betriebliche Investitionen zur Verfügung gestellt werden. So steht es in den Erläuterungen. Da kann man viel herauslesen, oder auch nicht.

Dann schaut man sich das Budget nicht nur im außerordentlichen Haushalt an, sondern auch im ordentlichen Haushalt, so ist, zum Beispiel, beim Thema Hallenbad - und das ist heute schon beim Kollege Steier mit den Bahnen und Sportförderungen und Spitzensportförderung erwähnt worden - festzustellen, dass eigentlich bei der Budgetpost Hallenbäder und Freibäder, wo es 60 Freibäder und Hallenbäder im Burgenland gibt, mit dem Rechnungsabschluss 2015 insgesamt 299.500 Euro ausgegeben wurden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Voranschlag 2016 waren 300.000 Euro veranschlagt. Im Voranschlag 2017 insgesamt 100.000 Euro. Das ist schon auch ein Indiz für mich, denn es ist doch schon das zweite Budget dieser Rot-Blauen-Regierung. Da muss man dem Landeshauptmann schon eigentlich gratulieren.

Herr Landeshauptmann! Sie haben es zum zweiten Mal innerhalb der Regierung geschafft, ihre zwei Regierungskollegen mit jeweils einer Million für eigenständige Aktivitäten abzuspeisen. Alles andere sind ohnehin zweckgebundene Ausgaben und so hat eigentlich wieder die SPÖ-dominierte Regierung freie Hand über das gesamte Budget, über 1,1 Milliarden Euro.

Da sieht man schon eigentlich, wie man damit umgeht. Da muss ich dann auch den Herrn Finanzlandesrat in diesem Zusammenhang etwas strapazieren. Es ist natürlich irrsinnig wichtig und richtig, wie mit den Fördermitteln im Sportbereich und vielen anderen Bereichen umgegangen wird und dass alle Vereine, die wir im Burgenland haben, dementsprechend auch unterstützt werden.

Dafür sind, glaube ich, alle Vereine, alle ehrenamtlichen Burgenländerinnen und Burgenländer, irrsinnig dankbar dafür, dass das passiert und dass hier das Land, neben den Gemeinden, unterstützend eingreift. Aber, demnach wird in Einzelbereichen hie und da immer wieder versucht, einzelne Gemeinden ins Boxhorn zu jagen und darzustellen wie schlecht sie sind, wie es heute schon am Bespiel Eisenstadt passiert ist. Ich glaube, dass es nicht unbedingt die feine englische Art ist, wenn man eine Landeshauptstadt darstellt, als die am schlechtesten verwaltete Gemeinde in ganz Österreich. *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl.)*

Wir in Halbturn haben zumindest eine sehr, sehr gute Wirtschaft. Wir sind auch dementsprechend… *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wie viele Arbeitsplätze habt Ihr geschaffen von der Gemeinde? Null, weil Ihr nichts tut, Ihr seid die Nächsten.)* Wir schaffen ständig Arbeitsplätze.

Erst jetzt haben wir wieder eine Firma angesiedelt mit zehn Arbeitsplätzen, Herr Landeshauptmann, also wir sind nicht untätig, wir haben ein ordentliches Budget das auch in Ordnung ist, wo die Finanzwirtschaft noch in Ordnung ist, im Gegensatz zum Land. Weil wenn ich zurückkomme auf dieses Beispiel, das ich vorhin genannt habe und die 7,2 Millionen Euro netto Abgang bei den Swaps hernehme und den Abgeordneten und der Kollege Maczek, er darf nach mir reden, der hat auch ein Hallenbad in seiner Heimatgemeinde.

Wenn ich nur die Abgänge hernehme die laufend produziert werden in Neusiedl, Eisenstadt und in Pinkafeld da bin ich schon neugierig, das ist überhaupt eine lustige Angelegenheit. *(Landeshauptmann Nans Niessl: Der Abgeordnete Maczek ist ein Vorbild.)*

Ich glaube, dass er auch einen relativ großen Abgang hat. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das glaube ich nicht, er hat ein Plus. – Abg. Kurt Maczek: Ich habe den geringsten Abgang in ganz Österreich, ich habe ein Plus. – Landeshauptmann Hans Niessl: Pinkafeld hat ein Plus!)* Da reden wir schon von einigen 100.000 Euro.

Wenn man das anschaut, könnte man zum Beispiel auch und da sieht man eigentlich, dass man gegen einzelne Gemeinden losgeht, so wie auch bei der Finanzstatistik, eine einzige Gemeinde genannt worden ist und nicht alle anderen die selbst auch, laut Aussagen der Abteilung beziehungsweise des Landes, ein Problem haben.

Genauso ist es beim Hallenbad. Statt das man sich zusammensetzt wie der Kollege Kölly immer sagt und darüber redet und auch mit den Unterrichtsministerien redet weil, wenn das Hallenbad zum Beispiel in Neusiedl am See zugesperrt wird hat zum Beispiel das Gymnasium als Bundesschule, ein Problem ihren Lehrplan auszuführen weil, dann müssen 1.000 Schülerinnen und Schüler wahrscheinlich auch im Winter auf der freien Wiese ihren Turnunterricht machen.

Alleine mit den 7,2 Millionen Euro könnte *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl.)* man mit einem Jahresabgang das Hallenbad komplett sanieren in Neusiedl. Man könnte mit zwei Jahren das ganze neu bauen. Oder die Abgänge aller drei Hallenbäder und da kann ich schon bald auch alle Freibäder dazu nehmen, weil zum Beispiel auch Gols, es sind zwei Abgeordnete da, dass mit 60.000 Euro netto einen Abgang im Freibad hat.

Das würde man ja aus dem Budget, sind beide Gemeinderäte, auch wissen wie das Ganze sich darstellt, da könnte man auch diese unterstützen. Anstatt das man das tut und eigentlich auch diese Freizeitwirtschaft besser unterstützt, wohl das man auch weiß, wann sind die meisten Eintritte in einer Therme wie auch in der St. Martins-Therme und in allen anderen Thermen, wie auch in den Hallenbädern, nicht in den Wintermonaten sondern im August als ergänzendes Angebot.

Dann steht in den Erläuterungen drinnen wie vorher vorgetragen, Verminderung der Saisonalität hin zur Ganzjahresorientierung. Na da fehlt mir der Ansatz dann schon wohlwissend das nachher der Kollege Petschnig noch eine Minderpost hat von 200.000 Euro Abgang. Wenn ich dann alles zusammenrechne das er im außerordentlichen Haushalt mit 1,091 Millionen Euro bedient wird, wo er aber diese Sonderförderung die jetzt angepriesen worden ist, unterstützen darf.

Dann sind wir eigentlich nur mehr bei den zweckgebundenen Ausgaben über die WiBAG und sonstigen anderen Dingen. Dann bleibt vom Gestaltungsspielraum für die Kollegen der FPÖ nicht mehr wirklich viel da, aber das ist ja eigentlich der

Mehrheitsfraktion in der Regierung relativ egal weil, die Jongliermaße natürlich dadurch größer geworden ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Unterm Strich hoffe ich doch, das auch in diesen Bereichen Lösungen gesucht und gefunden werden, gemeinsam mit dem Unterrichtsministerium, mit den Gemeinden, mit jeder einzelnen Gemeinde, mit dem Land gemeinsam, damit man hier auch eine Vorbildwirkung bei den Freizeitaktivitäten, bei den Freibädern, bei den Hallenbädern erreichen kann.

Und das man hier auch für die Familien, für die Eltern, für die Schülerinnen und Schülern und so wie es auch im Landesprogramm drinnen steht, auch Teile im Budget, und das zielt genau auf das hin, auf sozial schwache Familien die sich vielleicht keinen großen Urlaub leisten können, Wort wörtlich angegeben in den Erläuterungen, damit man auch diese Möglichkeiten schafft zusätzlich zum Ausbau des touristischen Angebotes.

Das ist natürlich auch ein Wunsch unsererseits und da sind wir gerne auch bereit hier positiv mitzuwirken damit es auch hier zu Lösungen kommt. In diesem Sinne kann man natürlich alles verbessern.

Die Vereine werden froh sein, wenn sie auch weiterhin diese Förderung durch das Land und durch die Gemeinden, hier im Burgenland in dieser Art und Weise weiter bekommen können.

Aber wie so Vieles kann man natürlich den einen oder anderen Punkt noch besser machen. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Kurt Maczek.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Ja sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte da kurz auf den Herrn Ulram eingehen.

Kollege Ulram, Sie haben, wenn ich mich erinnern kann, vor einem Jahr bei der Vereinsdebatte behauptet, Pinkafeld hätte 425.000 Euro Abgang. Wir haben im Vorjahr oder vor zwei Jahren ungefähr 320.000 Euro Abgang gehabt und haben heuer 280.000 Euro. Es gibt kein Hallenbad in Österreich was positiv wirtschaftet *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Richtig.)* und mit dem Abgang muss man halt rechnen.

Das muss man halt dann irgendwo ins Budget einkalkulieren. Sie machen da eine Hallenbaddebatte bei Vereinen. Das haben Sie schon… *(Abg. Markus Ulram: Sind da keine Schwimmvereine betroffen? Sind die Schwimmvereine keine Vereine? – Unruhe bei der ÖVP)* Aber so ist es, das ist Ihre Art zu argumentieren.

Ja, um zurückzukommen auf die Vereine. Unsere rund 4.900 burgenländischen Vereine sind durch ihr ehrenamtliches Engagement ein zentraler Eckpfeiler *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* unserer Gesellschaft. Die burgenländischen Vereine zeigen dabei eine besondere Vielfalt, gibt es doch neben den traditionellen Sportvereinen, das sind ungefähr 1.500, Musikvereine, freiwillige Feuerwehren, Kulturvereine und auch viele weitere kleine Vereine, die Großes leisten. Sie alle machen eine hervorragende Arbeit und das auf freiwilliger Basis.

Das ist in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit mehr, deshalb wollen wir diese Vereine natürlich bei ihren Vorhaben unterstützen, damit sie das dörfliche Zusammenleben auch in Zukunft mit ihren Veranstaltungen und Aktivitäten bereichern.

Dass in unseren burgenländischen Vereinen hervorragende Arbeit geleistet wird, haben erst vor wenigen Monaten die Sportpoolsportler Thomas Zajac und Tanja Frank mit Olympiabronze bewiesen. Sie haben damit nicht nur Werbung für sich selbst und ihre Yachtclubs, den Yachtclub Neusiedlersee, gemacht sondern auch für unser Sportland Burgenland.

Die Gesetzesreform des Nationalrats im Sommer hat wichtige Erleichterungen in Sachen Registrierkassenpflicht für die Vereine gebracht. Kleine Vereinsfeste, die weniger als 72 Stunden dauern, werden von der Registrierkassenpflicht ausgenommen.

Ist eine Vereinskantine weniger als 52 Tage im Jahr in Betrieb und bleibt der Umsatz unter 30.000 Euro entfällt die Registrierkassenpflicht ebenso.

Diese Gesetzesänderungen waren notwendige Schritte in die richtige Richtung, um das Vereinswesen zu schützen. Zudem haben wir bereits zuvor in der Landtagssitzung vom 17. März das Veranstaltungsgesetz geändert und so unseren Teil zu weniger Bürokratie, weniger Kosten und weniger Zeitaufwand geleistet.

Für Veranstaltungen außerhalb von Gebäuden mit bis zu 500 Personen gilt ein einfaches Anmeldeverfahren. Neben Feuerwehren im eigenen Wirkungsbereich sind nun auch alle anerkannten Rettungsorganisationen im eigenen Wirkungsbereich ausgenommen.

Ein Gesundheitstag des Roten Kreuzes oder eine Leistungsschau der Feuerwehr sind damit vom Veranstaltungsgesetz ausgenommen. Ebenfalls durch die Gesetzesnovelle ausgenommen sind Wandertage.

Darüber hinaus ist es uns auch ein Anliegen, den Vereinen rasch und unkompliziert eine finanzielle Unterstützung für ihre Projekte zukommen zu lassen. Auf der Webseite des Landes Burgenland kann der Vereinsförderantrag samt einer Projektbeschreibung ausgedruckt und anschließend händisch ausgefüllt werden. Das Formular kann aber auch direkt online ausgefüllt werden.

Wie wichtig das Instrument der Vereinsförderung ist, zeigen ein paar Zahlen. Bis dato haben wir heuer rund 500 Vereinsförderansuchen erhalten und etwas mehr als über 500.000 Euro an Unterstützungsgeldern für verschiedene Projekte an die Vereine ausbezahlt.

Die positiven Rückmeldungen der Vereinsfunktionäre beweisen, dass die Vereinsförderung ein wichtiges Instrument zum Erhalt des Ehrenamts ist.

Das Burgenland leistet mit den finanziellen Unterstützungen somit einen wesentlichen Beitrag damit Vereine ihre Projekte umsetzen können und auch in Zukunft das typisch, burgenländische, dörfliche Zusammenleben prägen.

Wir haben heuer bereits einige Maßnahmen zum Schutz des Vereinswesens ergriffen. Da bei den Funktionären viele Fragen im Zusammenhang mit der Registrierkassenpflicht und den vielen Anzeigen wegen Vereinsfesten im Vorjahr aufgetreten sind, ist es uns nach wie vor ein Anliegen zu informieren, aufzuklären und weiterzubilden.

Das Land hat deshalb bereits im Vorjahr mit Informationsveranstaltungen begonnen und im heurigen Jahr mit vielen weiteren Maßnahmen die Vereinsoffensive fortgesetzt. Mit Rechtsanwalt und Vereinsrechtsexperten Mag. Wolfgang Rebernik konnte unser Landeshauptmann Hans Niessl einen absoluten Top-Fachmann gewinnen, der die Vereine auch aktuell über die neuesten gesetzlichen Vorschriften informiert.

Vor wenigen Wochen ging der zweite Durchgang des in Österreich einzigartigen und in Kooperation mit der Akademie Burgenland konzipierten Lehrgangs “Zertifizierter Vereinsfunktionär“ zu Ende, dessen Ausbildungskosten zu 50 Prozent vom Land gefördert werden.

Zudem wurden im Herbst 2016 bereits zwei von drei Vereinsworkshops abgehalten, die in allen Landesteilen im Burgenland stattfinden, und den Funktionären ebenfalls kompakt die wichtigsten und aktuellsten Informationen im Hinblick auf das Vereinsrecht geben sollen.

Nicht vergessen werden darf auch die eigens eingerichtete Infohotline, die Vereinen Hilfestellungen auch bei individuellen Problemen bietet. Seit einigen Jahren gibt es auch die freiwillige Versicherung, den kostenlosen Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz für ehrenamtlich tätige Menschen.

Mit all diesen Maßnahmen zur Unterstützung der Vereine haben wir im Burgenland eine Vorreiterrolle in ganz Österreich eingenommen. Unsere zahlreichen burgenländischen Vereine sind mit ihren vielfältigen Aktivitäten prägend für das gesellschaftliche Zusammenleben im Burgenland. Das wollen wir auch in Zukunft bewahren, denn uns liegt das Burgenland am Herzen.

Ich möchte mich heute recht herzlich bedanken bei den fast 100.000 ehrenamtlichen und freiwillig Tätigen in diesen 4.900 Vereinen. Wir werden natürlich diesem Budget zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 2 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 2 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Gruppe 3.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 3 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 3 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

III. Teil

Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Gruppe 5: Gesundheit

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Beratung des III. Teiles des Voranschlages. Er umfasst die Gruppen 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, und 5, Gesundheit.

Das Wort hat Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Regierungsvorlage sieht für die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, Einnahmen in der Höhe von 207.339.600 Euro und Ausgaben in der Höhe von 339.556.200 Euro im ordentlichen Haushalt vor.

Die Gruppe 5, Gesundheit, sieht im ordentlichen Haushalt Einnahmen in der Höhe von 4.380.300 und Ausgaben in der Höhe von 102.459.000 Euro vor.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich daher, die Einnahmen und Ausgaben der Gruppe 4 sowie die Einnahmen und Ausgaben der Gruppe 5 unverändert anzunehmen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 4 und 5 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Generalberichterstatter. Als ersten Redner hätte ich Herrn Abgeordneten Kölly gerne das Wort erteilt.

Jetzt erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Zu später Stunde noch einmal ein großer Themenwechsel, wir sind bei der Sozialpolitik.

Ein Sozialbudget ist die Möglichkeit, nicht immer nur auf einen sozialpolitischen Aspekt zu schauen, wie wir das sonst in Landtagssitzungen bei der Debatte zu einzelnen Anträgen machen, sondern einen Blick auf das Ganze zu werfen.

Also es geht nicht nur um die einzelnen Bäume, sondern um den ganzen Wald. Was mein Eindruck ist und das ist sicher ein Punkt, wo wir politisch einfach unterschiedlicher Meinung sind. Es braucht grundsätzlich ein Umdenken in der Sozialpolitik. Wir diskutieren darüber, wo eine Leistung erhöht wird, wo eine Leistung reduziert wird.

Mein Eindruck ist und das ist durchaus auch der GRÜNE Zugang österreichweit, dass wir insgesamt einen anderen, ein anderes Denken von Sozialpolitik brauchen.

Ich möchte nur kurz skizzieren, wie die drei großen unterschiedlichen Zugänge sind.

Was ich erlebe bei der ÖVP und der FPÖ im Zugang ist, es wird definiert, wer sind die Armen und diesen kann man dann auch bestimmte Leistungen zukommen lassen.

Bei der SPÖ sehe ich ein anderes großes Bild, nämlich die Haltung, wir sorgen für euch, niemand soll irgendwie verloren gehen. Aber wir wissen auch, was für euch gut ist. *(Unruhe bei der SPÖ)* Das ist schon ein sozialdemokratischer, sozialpolitischer Ansatz, oder? *(Abg. Ewald Schnecker: Die ist gut. – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Deshalb ist sie ja auch bei uns.)*

Ich möchte jetzt nur eben skizzieren, worin ich hier jetzt einen Unterschied sehe im Zugang zur Sozialpolitik, wohin wir uns in den nächsten Jahrzehnten, glaube ich, bewegen müssten, nämlich den Menschen einen grundsätzlichen Anspruch auf etwas zu gewähren. Einen Anspruch, den sie haben, unabhängig davon, ob sie jetzt mit jemand bestimmten verheiratet sind, oder ob sie jetzt irgendwo in einem Erwerbsprozess sind. *(Abg. Manfred Haidinger: Ob sie überhaupt etwas geleistet haben.)* Einen Anspruch, der einzulösen ist und der nach den jeweils eigenen Bedürfnissen zu entscheiden ist.

Der Herr Kollege Haidinger assoziiert natürlich immer nur in eine Richtung. Ich habe jetzt eher gemeint, jenes System, das in Österreich so ist, dass das Individuum oder viele Individuen einen Rechtsanspruch auf etwas haben, weil sie mit jemanden anderen in Verbindung stehen, zum Beispiel die Krankenversicherung, die Mitversicherung mit einem Familienmitglied.

Wir haben weniger ein System, wo jedes Individuum in Österreich von sich aus und von vornherein einen Anspruch hat, zum Beispiel auf eine Krankenversicherung. Es ist schon so, ich denke, wir haben wohl eines der besten Sozialsysteme der Welt, aber es gibt halt Lücken.

Und eine große Lücke ist, dass der Staat glaubt, für jeden zu wissen, was gut für ihn ist. Da wäre ja durchaus auch ein Punkt der Selbstbestimmung, wo wir uns vielleicht noch weiterentwickeln können.

Unser Ansatz ist es, dass Menschen in die Lage gebracht werden müssen, Perspektiven zu entwickeln und diese auch umzusetzen. Wir wollen also, dass das Individuum in Zukunft einen Rechtsanspruch auf soziale Absicherung hat, nicht durch Zugehörigkeit zu oder Abhängigkeit von anderen Menschen. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten.)*

Es ist schade, wir werden nicht weiter darüber diskutieren können, weil Sie sich immer nur die halben Sätze anhören. Wenn wir nun zu dem Befund kommen, dass viele Pensionen, ich mache ein Beispiel, viele Pensionen, die kaum über jenem Satz liegen, den man mit aktuellen Berechnungen als Grenze zur Armutsgefährdung berechnet, dann sprechen wir über das Pensionssystem.

Es wäre wichtig zu schauen, welches Pensionssystem brauchen wir in Österreich, damit niemand an der Armutsgrenze nagen muss. Was die momentane Debatte ist in der Sozialpolitik, ist nicht, wie heben wir die Pensionen, dass kein Pensionist und keine Pensionistin das Gefühl haben muss, viel zu wenig mehr zu bekommen als jene, die von der Mindestsicherung leben zum Beispiel.

Wir sagen nicht, wie können wir diese Pensionen heben? Sondern wir sagen, also wir nicht, aber in der breiten Debatte hört man, wir müssen halt an der Mindestsicherung etwas wegnehmen, damit der Abstand größer wird. Das ist aus meiner Sicht der verkehrte Ansatz. Der richtige Ansatz wäre, über ein neues Pensionsmodell zu diskutieren. Da gibt es übrigens sehr konkrete Vorschläge von den GRÜNEN. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ.)*

Herr Kollege Hergovich, es ist heute schon zu später Stunde, ich werde das hier nicht alles erläutern. Wenn Sie wieder einmal das Gefühl haben, wir machen keine konkreten Vorschläge, gibt es die Möglichkeit, sich die konkreten Vorschläge anzuschauen oder anzuhören. Ich werde es jetzt nicht näher erläutern, weil Sie hören eh schon nimmer zu.

Wir müssen wegkommen in der Sozialpolitik und in der Sozialdebatte von einer destruktiven Diskussion, in der verschiedene Menschengruppen und Bezugsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Wir müssen wegkommen in der sozialpolitischen Debatte, wenn es zum Beispiel um Mindestsicherung geht, dass wir deswegen nach Deckelungen rufen, weil es Einzelne gibt, denen wir das nicht vergönnen.

Wir müssen wegkommen in der Debatte in der Sozialpolitik, uns einzelne Missbrauchsfälle herauszupicken und dann zu sagen, weil das leider so ist, müssen wir allen oder vielen vieles wegnehmen. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die darauf aus ist, dass Menschen selbstbestimmt, aber auch solidarisch miteinander leben können.

Ein ganz wesentlicher Bereich in der Sozialpolitik des Landes, der auch sehr ausgebaut wurde und das freut mich, ist der Bereich der Integration. Das streiche ich jetzt

nicht heraus, weil die Kollegin oben auf der Galerie sitzt und vielleicht schon lange darauf wartet, hier wird einiges weiterentwickelt.

Was ich nur wieder schade finde, ist, da gibt es auf der einen Seite gerade die Bemühungen, sowohl von Gemeinden als auch von der Integrationsbeauftragten - herzlichen Dank für Ihre Arbeit, Frau Neinawaie, - als auch von vielen Ehrenamtlichen quer durchs Land, zum Beispiel Deutschkurse für Asylwerbende und Asylberechtigte zu halten.

Es sind noch immer nicht genug. Also wir brauchen noch mehr, damit auch wirklich alle, die Deutsch lernen wollen, Deutsch lernen können. Während das noch im Aufbau ist und während noch viele Leute, manche hauptamtlich, aber sehr viele ehrenamtlich, daran arbeiten, richtet der Landeshauptmann schon über die Medien aus, zuerst muss man Deutsch können, dann hat man auch auf irgendetwas einen Anspruch. Das ist der verkehrte Weg.

Der richtige Weg wäre zu sagen, wir können miteinander ein System entwickeln, in dem alle Menschen, die das können sollen, auch Deutsch lernen können. Dieses gegeneinander Ausspielen von Bevölkerungsgruppen wird uns nicht zum Ziel führen.

Wir müssen gerade auch in der Sozialpolitik die unangenehmen Wahrheiten ansprechen. Und eine unangenehme Wahrheit ist, dass die Flüchtlingssituation in den nächsten Jahren nicht leichter werden wird.

Aber nicht, weil sich das die Menschen so aussuchen und schon gar nicht, weil irgendjemand irgendwo in Europa geplant hat, dass möglichst viele Flüchtlinge irgendwohin kommen, sondern aus dem einfachen Grund, weil es viele Gegenden in dieser Welt gibt, in der Krieg herrscht, weil es viele Gegenden in dieser Welt gibt, in der Überleben nicht mehr möglich ist, aus unterschiedlichen Gründen.

Und weil es deswegen Menschen gibt, die sich auf den Weg machen und weil die Staatengemeinschaft, ob in Europa oder quer über die Welt, noch keine tauglichen Lösungen gefunden hat, damit diese Menschen in ihrer Heimat gut überleben können. Das ist das Ziel, das wir sicher alle haben.

Nun sind wir aber in der Situation, dass wir diese Situation nicht vorfinden, und es wird auch in den nächsten Jahren tatsächlich einen Anstieg an Asylanträgen in Österreich geben. Ich sehe sehr wohl in der Politik des Herrn Landesrates diesen Realismus, dass man darauf zugeht.

Was absolut untauglich ist, wenn in öffentlichen Diskussionen hier eine Schlammschlacht betrieben wird und so getan wird, als wären die Menschen, die hierher kommen, alle böse, als wären die Menschen alle Schmarotzer und als müsste man sie jetzt gegeneinander ausspielen gegen die, die hier im Land eh schon mit ihrem eigenen Überleben kämpfen. Das ist nicht der richtige Weg.

Sondern, wir werden das auch schaffen. Wir müssen manches auch umschichten, aber es geht darum, dass wir in unserer Gesellschaft wieder zu einer Haltung der Solidarität kommen, in der möglichst viele Menschen Freude daran haben, wenn andere auch ihren Erfolg haben, weil, nur so können wir einander helfen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Wenn wir das in den nächsten Jahren schaffen, dass wir hier ein neues Bewusstsein schaffen, dann glaube ich, können wir auch mit unseren Zahlen viel anders umgehen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Zur Vorinformation: Wir werden jetzt noch ein, zwei, drei, vier Redner heute ans Rednerpult bitten und dann, wenn nichts dagegen spricht, als letzten Redner den Abgeordneten Sodl bis zur Unterbrechung dann zum Pult bitten.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich darf jetzt einmal beginnen damit, dass wir sehr viel in soziale Wohlfahrt und auch in den Wohnbau investieren.

Ich darf bei dieser Rede auch noch kurz mitnehmen den Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses bezüglich des Burgenländischen Antidiskriminierungsgesetzes. Wir investieren sehr viel in die Wohlfahrt beziehungsweise in die Wohnbauförderung.

Mehr als jeder fünfte Euro, Sie haben es schon gehört bei der Budgetrede, geht in Wirklichkeit, ist ein Investitionsschub in die Sicherung von Arbeitsplätzen, in die soziale Sicherheit und die Absicherung zur Lebensqualität. Das zeigt sich auch im Prinzip in dieser Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt beziehungsweise Wohnbauförderung.

Ich will jetzt gar nicht auf die Zahlen eingehen, sie liegen uns alle vor, sondern ich will ein bisschen replizieren auf meine Vorrednerin, die hier eher einen philosophischen Diskurs über den sozialen Zugang der Menschen untereinander beziehungsweise eben das Bedürfnis aller Menschen durch die Menschen sicherzustellen.

Das ist sicher eine sehr hohe, eine eherne Forderung, die aber maximal dann funktionieren kann, wenn alle von uns kein Vorleben oder der Planet im Prinzip noch nicht bewohnt ist. Und wo man dann in Wirklichkeit alles von vorne und neu beginnt.

Weil eines ist den Menschen natürlich auch eigen und das dürfen wir nicht vergessen, alldiejenigen, die in meinem Alter oder älter sind, die sich viel durch ihr eigenes Schaffen geschaffen haben, denen jetzt wirklich zu erklären, sie müssen jetzt im Prinzip sehr, sehr weit zurückgehen von den Erwartungen, die sie sich geschaffen haben, durch ihr Geschaffenes.

Nämlich weil wir als Rechtsetzer jetzt möglicherweise eingreifen in diese, wie heißt es so schön bei uns im Verfassungsgerichtshof, wohlverdienten Rechte, um hier in Prinzip andere auf einmal auf ein Niveau zu heben, das dem unsrigen ähnlich ist oder demjenigen, der sich etwas geschaffen hat, ähnlich ist, ist natürlich schon eine große Forderung, die hier gestellt wird. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wer schlägt das vor?)*

Diese wird nicht so leicht erfüllbar sein, weil sich einfach die Bevölkerung das nicht gefallen lassen wird. Das ist irgendwo klar, das muss einem jeden verständlich sein.

Die Mindestsicherung, die geschaffen wurde, um eben ein soziales Netz zu schaffen, sodass keiner in Österreich im Prinzip der Armut anheimfällt, ist ja auch ein entsprechend guter oder sozialer Zugang zur Sicherstellung, dass Österreicher nicht, oder dass viele Österreicher nicht der Armut anheimfallen und ist in Wirklichkeit eine sehr gute Lösung.

Jedoch diese Mindestsicherung jetzt immer weiter zu strapazieren, von der Idee der Mindestsicherung auf einmal noch viele, viele andere an der Mindestsicherung

mitpartizipieren zu lassen, scheint mir jetzt aber irgendwann einmal das Leistbare zu sprengen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Also einfach auf der Straße leben lassen.)* Einfach auf der Straße leben zu lassen, ist natürlich keine Lösung.

Aber so wie in der Generaldebatte Ihre Kollegin gesagt hat, die Mindestsicherung ist auch dafür da, um eine Existenz zu begründen, dann denke ich mir, haben wir das alles oder die Idee falsch verstanden. Oder zumindest die Kollegin Petrik hat die Idee falsch verstanden. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Eine 20-Jährige die keinen Job hat.)*

Weil eine Mindestsicherung dazu herzunehmen, die von der Idee dafür gedacht war, dass Menschen, die im Arbeitsleben standen, die im Prinzip aus irgendwelchen Gründen auf einmal nicht mehr erwerbsfähig sind, denen einen Standard zu halten beziehungsweise nicht komplett nach unten fallen zu lassen, ist die Mindestsicherung aus meiner Sicht ein wunderbares Instrument.

Aber jungen Menschen, die im Prinzip in die Schule gehen, die *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Welchen Standard?)* nach der Schule in die Arbeit gehen, sich jetzt schon überlegen, und auch die gibt es, warum soll ich arbeiten gehen, ich kriege ja die Mindestsicherung im Maximalausmaß das mir zusteht.

Das ist doch keine Geisteshaltung, einem jungen Menschen hier von einem Landtag aus zu sagen, die Mindestsicherung muss ein Werkzeug für die Existenzgründung sein. So haben Sie das gesagt, heute in der Generaldebatte.

Und da war für mich klar, dass Sie das komplett falsch sehen, nämlich die Bereitschaft der Menschen für diejenigen in unserer Gesellschaft, denen es schlechter geht, so zu überstrapazieren, dass man in Wirklichkeit überhaupt nur irgendwann genau dort hinkommt, dass man meinen könnte, man bräuchte ja an der Gesellschaft gar nicht mehr teilnehmen, weil wo führt denn das hin diese Spirale?

All diese Dinge, die Sie verlangen, für Menschen, die im Prinzip schlechter gestellt sind, all dieses Dinge, die Sie verlangen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sie interpretieren das völlig falsch.)* muss jemand bezahlen, da sind wir uns einig. Wer wird das à la longue bezahlen? Wenn niemand mehr da ist, der etwas erwirtschaftet, der nichts mehr beiträgt in die Wirtschaft. Wer kann und wird das bezahlen?

Das ist eine Spirale, die Sie zum Schluss nicht, die in keiner der Konzepte der GRÜNEN jemals fertiggedacht wurde. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sie kennen die Konzepte nicht.)* Es muss eine Balance gehalten werden, zwischen den … *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wie viel muss die Mindestsicherung sein?)* Ja, wie viel macht die Mindestsicherung aus?

Wir können jetzt auch die Mindestsicherung in Verbindung mit der Grundversorgung - die müssen wir auf der Grundlage unseres Budgets sehr wohl miteinander gerechnet vorsehen. Und da scheint es mir, dass diejenigen, die in der Grundversorgung heute sind, sind im nächsten oder übernächsten Jahr, soferne die Asylanträge so angenommen werden, in der Mindestsicherung. Das heißt, alles, was wir jetzt in der Grundversorgung haben, wird in Masse in die Mindestsicherung gehen.

Wenn ich heute im Prinzip eine Nachricht lese, dass die griechischen Zeitungen schon von einer weiteren Million von Migranten sprechen, die sich seitens der Türkei in Bewegung setzen, dann ist das etwas, wo mir Angst und Bange wird, weil wer soll das bezahlen.

Da würde ich jetzt nicht mehr meinen, wir schaffen das, sondern da würde ich schon meinen, wir müssen uns wirklich seriös überlegen, wer das bezahlen soll. Genau

das ist die Verantwortung, die wir hier tragen müssen. Das soziale Engagement muss man auch endenwollend sehen und die Spielregeln, die wir jetzt haben, sind, soweit sie wir im Burgenland zu verantworten haben, ausreichend. Jede weitere Forderung darüber hinaus scheint mir auf der Basis dieses Budgets weit übertrieben.

Darum kann ich nur sagen, diesem Budget kann die FPÖ zustimmen, der Gruppe 4 ganz besonders zustimmen, und bezüglich des burgenländischen Antidiskriminierungsgesetzes ebenfalls. Also den Tagesordnungspunkt 9 sehe ich hier auch gleich mitbehandelt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass diese Gruppen 4 und 5 sehr spät am heutigen Budgettag drankommen, denn noch nie wurde in einem Landesbudget seitens des Landes Burgenland so viel Geld für Soziales und Gesundheit investiert.

Im kommenden Jahr wird das Land Burgenland zusammengerechnet 442 Millionen Euro für Soziales, Gesundheit und Wohnbauförderung ausgeben. Es kann deshalb mit Fug und Recht behauptet werden, dass dieser Landesvoranschlag 2017 als Sozialbudget 2017 zu qualifizieren ist. Es ist ein soziales Bekenntnis dieser Regierung, wobei vor allem dem sozialen Rechtsstaatsgedanken in unserer Landesverfassung Rechnung getragen wird.

Die burgenländische Sozialpolitik ist darauf gerichtet, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit den Burgenländerinnen und Burgenländern die Unterstützung, Begleitung, Betreuung und Pflege zuteilkommt, die sie benötigen. Es gilt nämlich, dass im Mittelpunkt immer der Mensch stehen muss, der die Leistung benötigt, aber auch jener, der die Hilfe leistet. Für diese zeitgemäße Sozialpolitik steht dieses Sozialbudget.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die enormen finanziellen Anstrengungen, die in diesem Sozialbudget getätigt worden sind, führen nachhaltig dazu, dass wir die bereits niedrige Armutsgefährdung im Burgenland von 7,1 Prozent weiterhin stabil aufrechterhalten können. Wenn man sie vergleicht mit dem Österreichschnitt, der 14,4 Prozent ausmacht, und mit dem EU-Schnitt, der 16 Prozent ausmacht, ist das natürlich ein extrem niedriger Wert.

Wir kämpfen mit diesem Sozialbudget gegen Kinderarmut an, und wir lassen keine alten Menschen ohne Pflege zurück. Nun, der Gesamtaufwand für die Gruppe Soziales allein umfasst 214,5 Millionen Euro. Was sind die größten Budgetposten? Die größten Budgetposten sind eindeutig die stationäre und mobile Altenpflege, die Behindertenhilfe, die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Flüchtlingsbetreuung.

Bei den derzeitig 45 Pflegeheimen kann im Voranschlag eine Steigerung von 3,3 Millionen Euro auf 77 Millionen Euro registriert werden. Der Grund liegt darin, dass wir eine steigende Anzahl an Bewohnern in den Pflegeheimen haben, aber vor allem auch eine Tagsatzerhöhung, die mit 1,53 Prozent registriert und prognostiziert wurde. Auch die Anpassung des anzuwendenden Kollektivvertrages führt dazu.

In der mobilen Hauskrankenpflege haben wir gleichsam auch eine Steigerung von rund 1,1 Millionen Euro. Wichtig ist aber zu erwähnen, gerade wenn wir bei so einem hohen Sozialbudget sprechen, dass durch diese stationären und mobilen sozialen

Einrichtungen wichtige krisensichere Arbeitsplätze geschaffen werden können. Es wird die Wertschöpfung gesichert und es wird vor allem ein Mehrwert für die Gesellschaft, für unsere Gesellschaft entwickelt.

Für die Forderung der 24-Stunden-Betreuung wird auch ein höherer Satz von 3,6 Millionen Euro präliminiert. Dazu muss ich jedoch sagen, dass gerade dort vielleicht auch die Wertschöpfung nicht in dem Ausmaß herauskommt, wie wir uns das erwarten würden. Es gibt jetzt momentan eine 15a-Vereinbarung, wo man erkennt, dass aber die Steigerung von neun Prozent österreichweit gegeben ist, und daher gerade dieser Bereich auch zukünftig zumindest im Budget entsprechend zu berücksichtigen ist.

Eine wesentliche Herausforderung in einem Sozialbudget stellt sicherlich die Behandlung und Betreuung von Personen mit Beeinträchtigungen dar. Für diese Menschen mit besonderen Bedürfnissen wurden in unserem Budget 49,8 Millionen Euro budgetiert. Damit sollen Beschäftigungstherapien, stationäre Unterbringungen, geschützte Arbeit und auch weitere Behindertenhilfe gewährleistet werden.

Selbstverständlich haben wir auch im Rahmen unserer Verpflichtungen, im Rahmen der Grundversorgungsvereinbarung, aber auch im Rahmen des Landesbetreuungsgesetzes, durch die Flüchtlingssituation mit derzeitig 2.476 Asylwerbern die Grundversorgung entsprechend budgetiert, wobei auch die Refundierung durch den Bund im Ausmaß von 60 Prozent natürlich entsprechend zu veranschlagen ist. Diesbezüglich wurde der Ansatz mit 27,2 Millionen Euro inklusive von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen präliminiert.

Auch die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die bereits durch meine Vorredner dargestellt worden ist, wurde mit einer Steigerung auf 11,3 Millionen Euro entsprechend budgetiert. Ein wichtiger Bereich ist die Kinder- und Jugendhilfe, das hat auch die Frau Mag.a Petrik bereits angesprochen. Dafür sind in unserem Budget 26,1 Millionen Euro vorgesehen.

Ich bin dankbar, dass gerade in diesem Ansatz, wo in den letzten zehn Jahren eine massive Ausweitung der Leistungen notwendig geworden ist, gerade wenn es um Kindeswohlgefährdungen geht, dass gerade in diesem Ansatz auf diese Gefährdungen auch entsprechende Rücksicht genommen worden ist.

Dies wurde übrigens auch vor kurzem vom zuständigen Kinder- und Jugendanwalt in seinem Bericht entsprechend dargestellt. Mir wichtig ist auch die steigende Anzahl der Pflegekinder. Wir haben im Budget einen Ansatz von 1,3 Millionen Euro. Ich glaube, wir haben erst vor einigen Wochen über die Situation der unbegleiteten Flüchtlinge gesprochen, dass dort eine ähnliche Regelung der Gasteltern wünschenswert wäre.

Nicht unerwähnt soll aber auch die strukturelle Änderung im Rahmen der Verwaltungsreform sein, dass gerade durch die Installierung eines eigenen Kinder- und Jugendhilfereferates viel für diese Gruppe gemacht worden ist.

Ein ganz wesentlicher Bereich, den auch der Kollege Hergovich bereits bei der Generaldebatte dargelegt hat, ist die Arbeitnehmerförderung. Wir haben unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht im Stich gelassen. Insgesamt wurden 3,7 Millionen Euro für Qualifikationsförderungen, Lehrlingsförderungen, aber auch weitere Zuschüsse zur Verfügung gestellt. Auch wichtig, dass die Lehre mit Matura weiterhin mit 80.000 Euro finanziert ist.

Bereits erwähnt, es gibt einen Fonds für Arbeit und Wirtschaft. Dieser wurde mit einer Steigerung von 100.000 Euro auf 800.000 Euro entsprechend dotiert. Nunmehr

können entsprechend arbeitsmarktfördernde Maßnahmen getätigt werden, die sicherlich auch im Budgetjahr 2017 notwendig sein werden.

Angesprochen wurde bereits auch die Erhöhung des Heizkostenzuschusses. Landesrat Mag. Darabos hat den Heizkostenzuschuss wiederum auf 150 Euro erhöht. *(Abg. Manfred Kölly: Vorher habt Ihr ihn aber gesenkt um zehn Euro!)* Es ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man sich anschaut im Bundesländervergleich, dass einige Bundeländer überhaupt keinen Heizkostenzuschuss haben, andere eine Erhöhung nicht durchgeführt haben.

Wichtig ist mir auch die Ausbildung für Betreuungsberufe. Wir haben eine ausgezeichnete Schuleinrichtung in Pinkafeld, die Schule für Betreuungsberufe, wo das Land Burgenland auch eine Mitfinanzierung tätigt. In diesem Zusammenhang kann ich mit Stolz verkünden, dass gerade seit einem Jahr, wo ich das erwähnt habe, das Fachkräftestipendium Gott sei Dank wiederum eingeführt wird, im Jahr 2017. Damit können auch finanziell benachteiligte Personen diese Ausbildung genießen und durchführen.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Zitat möchte ich anführen: „Soziale Leistungen sind keine Almosen, sondern der Kitt, der eine verantwortungsbewusste Gesellschaft zusammenhält.“ *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)*

Dieses Zitat stammt aus einer Budgetrede aus dem letzten Jahr, sie stammt von Frau Mag.a Regina Petrik. In Anknüpfung auf diese Aussage, auf dieses Zitat, bin ich der klaren Überzeugung, dass dieses vorliegende Budget in der Gruppe 4 jedenfalls ein Spiegelbild der verantwortungsvollen Sozialpolitik unseres Landes ist. Dieser Voranschlag dient der Gemeinschaft, er sichert den sozialen Frieden und wird, meiner Meinung nach, als Sozialbudget 2017 in die Geschichte eingehen.

Danke für Eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hirczy das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Drobits hat viele Zahlen genannt, ich darf auf das Thema nochmals reflektieren. Mir liegen die Menschen, die Arbeiter, der Arbeitsmarkt, die Pendler und natürlich vor allem die Burgenländerinnen und Burgenländer sehr am Herzen.

Ich möchte aber auch auf Grund der heutigen Debatte festhalten, immer wieder wird der ÖVP Fundamentalopposition vorgeworfen. Ich möchte das richtigstellen. Nein, die ÖVP hat eine klare Meinung, wir haben Standpunkte, und die vertreten wir. Wir wollen klare Arbeitsaufträge für die Landesregierung beschließen und keine verwässerten Abänderungsanträge. Es braucht auch klare Positionen im Bereich der Arbeitswelt.

Wir alle kennen die Probleme, die vielen Fragen, die sich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer täglich stellen. Wie schaffe ich es, trotz meiner Arbeit mein Kind vom Kindergarten abzuholen? Wie schaffe ich es, den Schulschikurs zu finanzieren? Habe ich überhaupt eine Arbeit? Will ich die Chance wahren, um Bildungsauszeiten zu nehmen? Oder kann ich bei meinem Arbeitgeber Zeit ansparen, um diese später genießen zu können?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir als ÖVP setzen uns deshalb für flexible Arbeitszeiten ein. Dieses Modell ist Ihnen bestens bekannt. Wir wollen

entsprechend der modernen Welt diese flexiblen Arbeitszeiten so auffassen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitgeber etwas davon haben. Motivierte Arbeitnehmer leisten einfach mehr.

Wir stehen auch für das Leistungsprinzip. Wir wollen, dass jeder, der jeden Tag hart arbeitet, aufsteht, einfach mehr davon hat. Wir wollen, dass künftig Überstunden und Prämien steuerfrei gestellt werden. Auch das wären würdige Anreize.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen Rahmenbedingungen für ein lebenswertes Österreich. Wir brauchen dies für ein lebenswertes Burgenland. Chancen für das Burgenland. Ich denke hier an das Beispiel S7 im Südburgenland, wo nicht nur die Pendlerinnen und Pendler profitieren. Vielmehr wird die Straße auch Betriebe anlocken. Dazu benötigt es ein geeignetes Konzept. Dieses Konzept benötigen wir jetzt. Wenn die Straße gebaut ist, was ich mir wünsche, wenn wir dann erst beginnen zu überlegen, ist es zu spät.

Ich darf hier auf gemeindeübergreifende Konzepte verweisen und ich darf auch daran erinnern, dass das Land gefordert ist, im Bereich von Park & Ride-Anlagen und Pendlerparkplätzen. Ich sehe es als Auftrag an die Landesregierung, dass hier die nötigen Weichen gestellt werden.

Wenn man sich diesen Budgetvoranschlag, dieses Zahlenwerk anschaut, so sieht man, dass hier viele Details vermerkt sind und leider viele Zahlen nur fortgeschrieben werden. Mehr als zwei Drittel aller Ausgaben im Budget sind für die Bereiche Soziales, Gesundheit, Wohnbauförderung und auch Bildung vorgesehen. Es ist gut, es reicht aber nicht aus, mit diesen Zahlen zu jonglieren und diese hier darzustellen.

Das Geld, die Wirkung, muss bei den Menschen ankommen. Die Menschen müssen es spüren, aber im Positiven. Nur weil es im Budget steht, deswegen bemerkt es noch nicht jeder. Ich darf hier festhalten, es gibt das Gießkannenprinzip und es gibt das Rasenmäherprinzip. Überall gleichmäßig zu kürzen, ist nicht gut, und nur 30 Millionen zu investieren, muss man sich auch die Frage stellen, kommt dieses Geld bei den Betroffenen an.

Es gibt auch gute Ansätze. Es wurde bereits erwähnt, das Projekt „Lehre mit Matura“. Ich will darauf nicht näher eingehen, denn es stellen sich schon Fragen: Wer wird künftig die Arbeit verrichten? Wer werden künftig unsere Arbeiter sein? Wo werden die künftigen Unternehmer herkommen? Wer wird traditionelle Lehrberufe ausüben?

Ich sehe aber auch Chancen für neue Berufsbilder, und ich darf hier auf die Bereiche der Krankenpflege, Pflegeberufe, soziale Berufe, verweisen. Jobs in Pflegeheimen, Krankenhäusern und sonstigen Einrichtungen. Ich denke, hier ist die Unterstützung der ÖVP einfach richtig, den Masterstudienlehrgang für soziale Berufe im Burgenland einzuführen.

Es ist mir auch ein Anliegen, dass in diesem Budget der Bereich für Menschen mit Handicap dargestellt ist. Es geht um geschützte Arbeitsstätten und es geht natürlich darum, dass hier die Betroffenen dankbar sind.

Es geht darum, dass es die betroffenen Familien merken und dieses ist natürlich zu unterstreichen und zu schätzen. Ich sage, jeder Cent ist richtig und wichtig investiert.

Ein Herzensthema ist für mich auch der Bereich ältere Arbeitnehmer. Wir hören immer wieder von einer Trendwende am Arbeitsmarkt. Ich frage mich, wo bleibt diese Trendwende? Denken wir vielleicht einmal mutig darüber nach, was machen wir mit 55-Jährigen, die derzeit keinen Job finden? Gibt es hier Möglichkeiten? Gibt es hier

Chancen? Können wir uns durchringen, darüber nachzudenken, bei den Lohnnebenkosten etwas zu bewirken?

Denken wir darüber nach, um diesen Menschen eine Chance zu geben und diesen Menschen eine Perspektive zu geben. Ein weiterer interessanter Gesichtspunkt ist sicher der Bereich der Landesumlage. Diese sollte ja zweckgebunden für Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Ja, das sehe ich so gut, das sehe ich richtig und wir alle wissen, dass gerade die Gemeinden es sind, die bei uns im ländlichen Raum dafür sorgen, dass das soziale Gewissen bei den Menschen ankommt.

Gemeinden investieren. Ich denke hier an die Erhöhung des Heizkostenzuschusses. Ich denke hier an Zuschüsse für Kinder und andere sinnvolle Investitionen und vor allem im ländlichen Raum, in kleinen Gemeinden kennt jeder jeden. Es sind auch leider Gottes die Gemeinden oft gezwungen, Geld in die Hand zu nehmen. Ich denke hier an das Problemfeld Ärzte.

Wir alle kennen die Tatsache, dass es bereits viele Gemeinden gibt, die den Ärzten unter die Arme greifen müssen, indem sie Arztpraxen zur Verfügung stellen müssen, dass sie die Mieten übernehmen, dass sie teilweise Einrichtungsgegenstände einkaufen.

All das ist für mich nicht verständlich, aber derzeit gängige Praxis und bei jeder Ausschreibung kann man dies vernehmen. Wie sozial ist das Burgenland wirklich? Um es auf den Punkt zu bringen: Die Sozialausgaben steigen, die Gemeinden werden in die Pflicht genommen, der Spielraum wird auch im kommenden Jahr wieder geringer.

Ich denke hier vor allem an die Ausgaben bei den Gemeindebeiträgen, bei der Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt und vieles mehr. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben in den letzten Tagen die Mitteilungen bekommen und müssen diese in ihren Budgets berücksichtigen. Wenn man bedenkt, dass gerade die Gemeinden ein wichtiger Wirtschaftsmotor im ländlichen Raum sind, so muss man sich doch die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, dass gerade hier die Gemeinden belastet werden und dass dieser Motor eventuell zum Stocken geraten könnte.

Als Vizebürgermeister darf ich festhalten, dass die Gemeinden des Burgenlandes Enormes leisten. Sinnvoll investieren, nicht die Gießkanne.

Ein weiterer vieldiskutierter Aspekt und auch meine Vorredner sind darauf eingegangen, ist die Mindestsicherung. Auch hier sind die Standpunkte der ÖVP bekannt. Die Mindestsicherung soll daher mit 1.500 Euro für die Familien gedeckelt werden. Mehr Sachleistungen anstelle von Geldleistungen. Mehr Arbeitsanreize statt Sozialanreize. Unser Vorschlag, dass Bezieher mindestens fünf Jahre regelmäßigen Aufenthalt in Österreich nachweisen sollen. Hier ist die rot-blaue Landesregierung gefordert.

Meine Damen und Herren! Der Themenbereich ist vielseitig. Daher mein Appell: Nicht nur sozial denken, vielmehr sozial handeln. Das sind wir den Menschen im Burgenland schuldig, und wir haben auch als ÖVP viele Ideen eingebracht. *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Leider Gottes wurden diese nicht berücksichtigt. So können wir diesem Budget nicht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Damen und Herren! Viele der Abgeordneten Kolleginnen,

Kollegen, die auch in der Kommunalpolitik, in der Gemeindepolitik tätig sind, ob das in der Funktion als Gemeinderätin/rat, Vorstand, Vizebürgermeister oder auch Bürgermeister sind, erstellen in dieser Zeit auch den Voranschlag, das Budget für das Jahr 2017 für ihre Gemeinden.

Wir wissen alle, dass der Voranschlag, das Budget, die finanzielle und die wirtschaftliche Basis und die Grundlage für unsere Gemeinden ist. Die heutige und die morgige Budgetsitzung ist eine wichtige Sitzung, eine enorm wichtige Sitzung für unser Land, für unser Land Burgenland, für die Gemeinden und für die Menschen in unserem Land. Das Budget 2017 ist richtungsweisend für die Zukunft in unserem Land. Es steht unter dem Titel, unter dem Slogan „ein starker Impuls für Wirtschaft und Beschäftigung“. Darin enthalten sind einerseits Rekordinvestitionen in Wirtschaft und Beschäftigung sowie ein Sozialschwerpunkt.

Andererseits werden zwei Millionen Euro an Schulden abgebaut. Wir sind bestrebt, vordergründig Arbeitsplätze im Land zu erhalten und neu zu schaffen. Genau aus dieser Strategie ist dieses Budget ausgerichtet. Laut Pendlerstatistik - und wir wissen, dass wir ein Land der Pendler sind - sind von den insgesamt 133 erwerbstätigen BurgenländerInnen 97.000 PendlerInnen. Zirka davon 50 Prozent, sprich an die 48.000 pendeln innerhalb des Burgenlandes, ein Viertel davon nach Wien. Die restlichen 23.000 nach Niederösterreich, in die Steiermark und in die übrigen österreichischen Bundesländer.

Davon sind zirka 15 Prozent Wochenpendler und 85 pendeln täglich. Als Obmann des Burgenländischen Pendlerforums und aller ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter aus den Bezirken, aus jedem Bezirk, kennen wir aber natürlich auch die Anliegen, die Bedürfnisse, die Wünsche der Pendlerinnen und der Pendler. Persönliche Gespräche sowie Telefonkontakte und E-Mails, wo uns immer wiederum die Pendlerinnen und Pendler informieren und uns um ihre Hilfe bitten.

Geschätzte Damen und Herren! Die Gesamtverkehrsstrategie, die vor zwei Jahren erstellt wurde, ist und war das größte Bürgerbeteiligungsprojekt, das jemals in unserem Land Burgenland stattgefunden hat. *(Abg. Manfred Kölly: Was ist umgesetzt?)* Die Befragungen und Infoveranstaltungen wurden in jedem Bezirk abgehalten. Nutzergruppen im besonderen Maß waren hier Pendlerinnen, Pendler, Schüler, Studenten, die Wohnbevölkerung vor Ort, aber natürlich auch Touristen und die Wirtschaft. Für mich ist es ein wichtiger Faktor, dass die Gesamtverkehrsstrategie durch laufende Bedarfserhebungen auch adaptiert wird.

Das Land Burgenland hat seine Mittel für den öffentlichen Verkehr auf zirka 17,5 Millionen Euro im Jahr 2017 angehoben. Im Jahr 2000 wurden dafür fünf Millionen Euro aufgewendet. Also sprich, seit dem Jahr 2000 hat sich das Budget für den öffentlichen Verkehr mehr als verdreifacht. Ich möchte hier noch auf einige wichtige Punkte für unsere Pendlerinnen und Pendler eingehen.

Hier den Fahrtkostenzuschuss, das Top-Jugendticket das 2012/2013 geschaffen wurde für SchülerInnen und Lehrlinge bis 26 Jahren. Seither kann gewählt werden zwischen dem Top-Jugendticket, der Netzkarte für das VOR-Gebiet, oder wie bisher dem Jugendticket, sprich die Schülerfreifahrt zwischen dem Wohnsitz und der Schule.

Ich begrüße hier auch die Verlängerung der Garagenaktion in Wien. Hier werden bedarfsgerecht jene Pendlerinnen und Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, trotz des weiteren Ausbaues des öffentlichen Verkehrs, unterstützt. Burgenländische PenderInnen parken weiterhin flexibel und günstig in Wien. Um ein weiteres Jahr wurde

die erfolgreiche Kooperation des Landes Burgenland mit der Wiener Stadtwerk-Tochter WIPARK verlängert.

Damit stehen für burgenländische Pendlerinnen und Pendler weiterhin Garagenplätze zum Sondertarif in Wien bereit. Der geltende Burgenlandtarif ist somit seit dem Jahr 2013 auch unverändert. Ich darf hier vor allem dem Landeshauptmann und Dir, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, recht herzlich danken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geschätzte Damen und Herren! Im Juli 2016 präsentierte die Raaberbahn ihren neuen Desiro Triebwagen VENTUS. Die fünf neuen Raaberbahn VENTUS-Triebwagen sind seit Herbst 2016 auf den Strecken Deutschkreutz-Sopron-Wulkaprodersdorf-Ebenfurth-Wien Hauptbahnhof sowie Pamhagen-Neusiedl am See im Planeinsatz. Das gesamte Investitionsvolumen der Triebwagenbeschaffung beträgt 32 Millionen Euro. Auf der Neusiedler See Bahnstrecke verkehren ebenfalls seit September 2016 die neuen Elektrotriebwagen von der Firma Siemens Desiro ML.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir wissen, dass diese Pendlerpauschale aus Sicht des Pendlerforums nicht fair und nicht gerecht ist. Die Pendlerpauschale ist dringend reformbedürftig. Im Jahre 2013 wurde auch auf Druck des Burgenlandes - es war ein gemeinsamer Antrag hier im Landtag, aber vor allem auf Initiative des SPÖ-Klubs, der Arbeiterkammer und des Pendlerforums - eine kilometerbezogene Entschädigung, sprich ein kilometerbezogener Pendlereuro eingeführt.

Diese Reform blieb aber auf halbem Weg stehen. Das System der großen und der kleinen Pendlerpauschale wurde als Basis beibehalten. Die Pendlerpauschale ist aber zutiefst ungerecht. Höhere Einkommen profitieren überdurchschnittlich, kleine und mittlere Einkommen werden benachteiligt. Die tatsächliche Fahrbelastung wird nicht 1:1 berücksichtigt.

Wir fordern daher vom Finanzminister eine Gesamtumstellung der Pendlerförderung auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag. Das kilometerbezogene Pendlergeld gehört in dieser Form gerecht und fair umgestellt, dass jeder gefahrene Kilometer zählt und gleich viel wert ist. Nicht die Einkommenshöhe, sondern die Fahrbelastung muss hier entscheiden.

Kleine und mittlere Einkommen müssen wiederum profitieren, die Negativsteuerwirkung für die Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigten muss greifen. Einfache und transparente Berechnung statt einem komplizierten System.

Geschätzte Damen und Herren! Das Budget 2017 ist die Basis für den weiteren positiven Weg in unserem Land Burgenland und somit auch für die Pendlerinnen und Pendler.

Unsere Fraktion, die SPÖ, wird natürlich diesem Budgetkapitel ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Mit Applaus endet der heutige Tag. Ich unterbreche nun die Sitzung, die morgen, Donnerstag, den 1. Dezember 2016, um 9 Uhr wieder aufgenommen wird.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 23 Uhr 28 Minuten unterbrochen und am Donnerstag, dem 1. Dezember 2016, um 9 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf, und ich erteile als erstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich wünsche allseits einen guten Morgen und möchte den zweiten Tag des Budget-Landtages gleich unter ein übergeordnetes Motto stellen, und zwar die Ansage „Rot-Blau - Schuldenabbau“ - reimt sich ja auch - ist, glaube ich, ein guter Einstieg für den heutigen Tag. Insbesondere, wie wir am gestrigen Tag schon feststellen durften, dass es nur mit uns möglich ist und der SPÖ möglich ist, ein zukunftsträchtiges Budget für das Land Burgenland zu gestalten.

Ein guter Tag - und jetzt komme ich zum Thema - beginnt natürlich auch mit der Debatte über eine Vorzeige-Arbeitsmarktpolitik und eine beispielhafte Arbeitnehmerförderung, wie man sonst in Österreich suchen müsste und nicht finden würde. Die Arbeitnehmer an und für sich, und da kommen auch schon die nächsten jungen zukünftigen Arbeitnehmer, sofern nicht der eine oder andere schon in der Berufswelt ist, auch diese möchte ich sehr herzlich zum zweiten Tag des Budget-Landtages begrüßen.

Die Arbeitnehmer an und für sich sind ja die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges. Würden wir als Gesetzgeber im Burgenland hier nicht die notwendigen Grundlagen dafür legen und die notwendigen Anforderungen und Förderungen dahingehend bieten, würde natürlich unsere Wirtschaftsleistung eher nach unten zeigen und würden natürlich unsere jungen Menschen hier nicht in die Arbeitswelt kommen können und so auch nicht für sich selbst im Prinzip ihre Existenz aufbauen können.

Wir haben im Burgenland, und der Weg des Burgenlandes zeigt es vor, einen Beschäftigungsrekord, wir haben seit September sinkende Arbeitslosigkeit. Wir haben mehr als jeden fünften Euro in die Sicherung von Arbeitsplätzen gesteckt. Wir arbeiten hier positiv in die Entwicklung der jungen Menschen bis 24 Jahre, eben durch diese Budgetansätze beziehungsweise durch die Schwergewichte im Budget.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich in den letzten sechs Monaten stabilisiert und die Zahl der Lehrstellensuchenden ist um 6,7 Prozent gesunken. Das sind alles Parameter aus der Vergangenheit, die wir natürlich fortschreiben müssen. Parameter, die wir nicht nur wiedererreichen wollen, sondern die wir natürlich auch toppen wollen. Daher ist es besonders wichtig, im Rahmen der Arbeitnehmerförderung diese 3,7 Millionen als Qualifikationszuschuss für Lehrlinge und Fahrtkostenzuschuss oder Lehrlingsförderung zur Verfügung zu stellen.

Es ist uns auch besonders wichtig, dass von dieser Infrastrukturmilliarde in Summe insgesamt bis zu 11.000 Arbeitsplätze gesichert werden können. Ganz besonders hervorheben möchte ich die Förderung von Lehrwerkstätten, die Lehrlingsförderungszuschüsse *(Abg. Manfred Kölly: Da ward Ihr immer dagegen. Das ist das Beste. Immer dagegen! Jetzt seid Ihr auf einmal dafür. Super ist das.)* und die Entfernungsbeihilfen, die ein wesentlicher Faktor auch für die jungen Arbeitnehmer sind.

Ich kann Ihnen nur zusammenfassend sagen, diese Arbeitsmarktpolitik und diese Arbeitnehmerförderung, die wir hier für das nächste Jahr im Budget abbilden, hat seinesgleichen zu suchen.

Wir werden natürlich auf alle Fälle diesem Punkt zustimmen. *(Abg. Manfred Kölly: Unbedingt.)* Ja, unbedingt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Kapitel Arbeitsmarkt ist festzuhalten, dass er sich grundsätzlich in die richtige Richtung im Moment entwickelt. Es ist so, dass wir wirklich zum siebenten Mal in Folge eine Rekordbeschäftigung in unserem Heimatland Burgenland verzeichnen, das ist grundsätzlich etwas, worauf wir durchaus stolz sein können, weil es eine gemeinsame Kraftanstrengung ist, da Unternehmungen, Betriebe des Burgenlandes und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Politik, die dafür die nötigen Rahmenbedingungen schaffen muss.

Über 105.000 Beschäftigte konnten wir im Juli dieses Jahres verzeichnen, das ist durchaus ein Allzeitrekord, wenn man so will. Ein Beispiel darf ich bringen, die letzten Zahlen im Oktober 2016 mit dem Vergleich Oktober 2015 ergibt ein Plus von 1.406 Beschäftigten. Das ist ein Plus von 1,4 Prozent und das sind zusätzliche Arbeitsplätze, die netto von unseren Unternehmungen, von den Betrieben im Burgenland geschaffen wurden. Ich glaube, das alleine ist wirklich eine beeindruckende Zahl an neuen Arbeitsplätzen, die hier im Burgenland geschaffen wurden.

Ein großes Lob den Unternehmungen und natürlich auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitslosigkeit ist im Moment im Begriff zu sinken, das ist wichtig und gut. Während wir im Sommer noch die skurrile Situation hatten, dass die Arbeitsplätze gestiegen sind, aber gleichzeitig auch die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, hat sich das seit September Gott sei Dank verändert. Wir haben im September ein Sinken der Arbeitslosigkeit von 1,2 Prozent zu verzeichnen. Auch im Oktober ist die Arbeitslosigkeit auf 1,5 Prozent gesunken, das ist sehr wichtig und gut.

Besonders erfreulich ist, geschätzte Damen und Herren, dass der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit Früchte trägt. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt Gott sei Dank dramatisch. Wir verzeichnen einen Rückgang von sieben Prozentpunkten bei der Jugendarbeitslosigkeit, auch das ein ganz wesentliches Indiz, dass es dem Arbeitsmarkt gut geht.

Weiterhin schwierig jedoch ist die Situation der älteren Arbeitnehmer über 50 Jahre. Diesbezüglich kann man nur den Appell richten, auf die Erfahrung, auf das Know-how der älteren Mitarbeiter zu setzen und sie nicht freizustellen. Ich glaube, sie bringen wirklich sehr viel Erfahrung mit und auf diese Erfahrung sollte man nicht verzichten.

Jetzt gibt es in der politischen Diskussion dann immer die Spielchen, wo man auf der einen Seite sagt, ja, es ist eigentlich kein Sinken der Arbeitslosigkeit, weil man müsste eigentlich die in Schulung befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch hinzuzählen. Da gebe ich Ihnen auch Recht, aber auch wenn man diese dazuzählt, gibt es ein Netto-Minus, ich darf die genauen Zahlen nennen.

Wir haben im Vergleich des Vorjahres 133 Arbeitslose weniger, trotzdem 95 Schulungsteilnehmer mehr, das ist richtig, ergibt trotzdem ein Minus von 38 Arbeitssuchenden netto, das heißt, es ist ein Sinken zu verzeichnen. Das ist kein

Zahlenspiel, sondern Realität. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist das gute Wetter.)* Die Zahlen stammen vom Arbeitsmarktservice … Bitte? *(Abg. Manfred Kölly: Das gute Wetter spielt auch mit.)* Und vieles natürlich, aber insgesamt, glaube ich, ist das der Erfolg der Unternehmungen im Burgenland, das sollte man auch anerkennen, davon bin ich fest überzeugt. *(Abg. Manfred Kölly: So schaut es aus.)*

Wir versuchen mit diesem Budget einen Impuls für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu setzen. Wir wollen hier diesen Trend am Arbeitsmarkt vorantreiben, das wollen wir insbesondere mit der höchsten Investitionsquote tun. Ich habe gestern schon gesagt, 21,3 Prozent, 235 Millionen Euro, die wir hier im Burgenland investieren, in Investitionen für unsere heimischen Betriebe, und das ist auch gut und richtig so.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die beste Grundlage für Beschäftigung ist natürlich die Ausbildung, ist natürlich aber auch die Weiterbildung, die Qualifikation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch von Menschen, die leider in Arbeitslosigkeit geraten sind, dieses Budget trägt dem auch Rechnung.

Wir haben 600.000 Euro für Qualifizierungsförderungszuschüsse vorgesehen. Eine wichtige finanzielle Unterstützung für die Weiterbildung für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Im nächsten Jahr stehen insgesamt 3,7 Millionen Euro für Arbeitnehmerförderung zur Verfügung. Ich glaube, auch ein wichtiger Beitrag, den das Land hier leisten muss, um zu qualifizieren, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich zu fördern.

Über den Fonds für Arbeit und Wirtschaft wird ebenfalls sehr stark in den Arbeitsmarkt investiert. Es stehen weitere 800.000 Euro für Arbeitsmarktmaßnahmen zur Verfügung. Das ist deswegen durchaus erwähnenswert, weil es um 100.000 mehr sind als im Vorjahr, also von 700.000 Euro auf 800.000 Euro aufgestockt, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier bestmöglich zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zur aktuellen Diskussion, zur Arbeitszeit vielleicht zwei, drei Worte verlieren. Es ist so, dass die Österreicherinnen und Österreicher im Jahr errechnet über das WIFO 250 Millionen Überstunden leisten. Vom Bodensee bis zum Neusiedler See leisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 250 Millionen Überstunden. Das entspricht rechnerisch 60.000 Vollzeitjobs.

Also würden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Überstunden leisten, das ist natürlich eine fiktive Annahme, die sind natürlich auch notwendig, dann wären 60.000 Menschen mehr in Beschäftigung. Ein Fünftel - und das ist eigentlich die beeindruckende Tatsache - ein Fünftel dieser gesamten Überstunden, also 50 Millionen Überstunden, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich leisten, werden nicht abgegolten, werden nicht ausbezahlt oder auch nicht in Zeitausgleich konsumiert.

Das heißt, das ist unbezahlt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten und fallen hier um ihr Geld oder um ihre Freizeit um, weil diese Überstunden leider nicht ausbezahlt werden. Dafür gibt es mehrere Gründe. Es kann auch zu Konkursen kommen, es gibt Verfallsfristen in den Kollektivverträgen. Wenn die Verfallsfristen beendet sind und der Arbeitnehmer diese nicht geltend gemacht hat, hat er keinen Rechtsanspruch mehr darauf und vieles mehr. Aber wir sprechen immerhin von 50 Millionen Überstunden, die unbezahlt geleistet und nicht abgegolten werden.

Meine Damen, meine Herren! Daher bin ich gegen einen 12-Stunden-Tag, der im Moment in Diskussion steht, weil, dieser würde die Situation noch hier verschärfen. Ich bin für die Beibehaltung des 8-Stunden-Tages, weil ich der Meinung bin, wenn Menschen hart und fleißig arbeiten, dann sollen sie das auch abgegolten bekommen, denn ein 12-

Stunden-Tag würde bedeuten, mehr arbeiten für weniger Geld, und dafür sind wir nicht zu haben.

Wir werden aber diesem Budgetposten sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Regierungskolleginnen, liebe Regierungskollegen! Ich glaube, Beschäftigung, Arbeitsplätze und Ausbildung von jungen Menschen ist eine der wichtigsten Aufgaben, die die Politik hat. Die Politik, die hier Rahmenbedingungen schaffen muss, auch schafft, und darüber hinaus auch aktiv dafür sorgt, dass die Arbeitslosigkeit zurückgeht, nämlich Menschen in Lehrwerkstätten, junge Menschen in Lehrwerkstätten auch auszubilden.

Wir stehen natürlich zur dualen Ausbildung im Burgenland. Das ist sicher europaweit und weltweit eine der besten Formen, dass junge Menschen einen Beruf erlernen. Wir haben viele Beispiele auch im Burgenland, in Österreich, wo ein Lehrling in die Chefetage kommt, wo ein Lehrling Vorstandsdirektor wird, also es gibt bei uns auch keinen Abschluss ohne Anschluss. Auch das ist, glaube ich, für ein Bildungssystem sehr wichtig.

Es ist auch so, dass wir in Zukunft natürlich Maturanten, natürlich Akademiker brauchen, aber dass Österreich und vor allem auch das Burgenland viele tüchtige Facharbeiterinnen und Facharbeiter braucht. Es wurde bereits von Klubobmann Hergovich darauf hingewiesen, dass die Jugendarbeitslosigkeit zurückgegangen ist.

Es ist ganz wichtig, nicht wie in anderen Ländern in Europa, wie in Italien, ich rede gar nicht von Griechenland, Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit bis zu 50 Prozent beträgt, haben wir viele Millionen Euro im Burgenland in die Hand genommen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Wir stehen in permanenten Gesprächen mit der Arbeiterkammer, mit der Gewerkschaft, mit der Wirtschaftskammer, mit der Industriellenvereinigung, um auch in unseren überbetrieblichen Einrichtungen so auszubilden, damit junge Menschen eine Zukunftschance haben.

Wenn wir uns aktuell die Grafik der Woche ansehen, das ist das Wirtschaftswachstum in den Ländern, nicht vom Land Burgenland erstellt, sondern Agenda Austria, eine wissenschaftliche Studie. Es ist mir sehr wichtig, darauf hinzuweisen, weil die Steuergelder für gute Rahmenbedingungen, die uns die Steuerzahler zur Verfügung stellen, nachhaltig und gut eingesetzt sind.

Grafik 1 - Wirtschaftswachstum 2007 bis 2014 - die Nummer eins in Österreich, das Burgenland mit einem Wachstum von 3,2 Prozent. Mit Abstand das höchste Wirtschaftswachstum. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Auch dazu zu sagen ist, 2000 bis 2014 - Salzburg die Nummer eins mit 4,4 Prozent Wachstum, das Burgenland mit 4,3 Prozent Wachstum. Also ganz knapp die Nummer zwei hinter Salzburg.

Ich denke, man muss einerseits natürlich den Betrieben dankbar sein, weil das ist eine Leistung der Betriebe, der Gewerbetreibenden, der Industrie. Das ist aber natürlich auch genauso eine Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die hart und fleißig arbeiten und die Burgenländer für diese Leistungen auch über die Landesgrenzen beliebt,

geschätzt und auch in entsprechender Form forciert werden. Ein Danke an die Wirtschaft des Burgenlandes! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir steuern heuer, mit Ende des Jahres, auf zwei absolute Top-Wirtschaftsdaten zu, die das Ganze noch überbieten werden, wir werden nämlich in diesem Jahr erstmalig, und die neue Statistik ist da, im Tourismus diese drei Millionen Nächtigungen überschreiten. Es deutet alles darauf hin.

Wir haben auch hart, nicht nur wir, sondern auch die Touristiker, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, alle, die in diesem Bereich beschäftigt sind. Eine sehr, sehr harte und schwierige Branche. Du bist im Tourismus im weltweiten Wettbewerb. Heuer werden wir das erste Mal diese drei Millionen Nächtigungen überschreiten. Auch ein Erfolg, nämlich auf Qualität zu setzen.

Das Land Burgenland hat hier hervorragende Rahmenbedingungen geschaffen, weil viele Investitionen in Richtung Ganzjahrestourismus auch vom Land Burgenland sehr stark unterstützt wurden. Wir müssen auch unseren, auch meinen Vorgängern, dankbar sein, dass wichtige Weichenstellungen vorgenommen wurden, nämlich in strukturschwachen Gebieten zu investieren.

Welcher Privater hätte zum Beispiel in Stegersbach oder auch in Lutzmannsburg, wahrscheinlich auch in Frauenkirchen, investiert? Das wäre ohne Unterstützung des Landes, aber nicht nur Unterstützung des Landes, sondern ganz einfach, das Land Burgenland hat diese Projekte entwickelt, die, wie sich heute herausstellt, nachhaltig sind, die zu einer großen Wertschöpfung beitragen.

Das ist nicht nur die Nächtigungszahl, sondern auch die Beschäftigungszahl, wo wir darauf hinweisen, dass gerade in den landesnahen Betrieben wieder deutlich mehr Lehrlinge aus dem Burgenland ausgebildet werden, die Beschäftigung von Burgenländern angehoben wurde, um wieder der Arbeitslosigkeit in entsprechender Form zu begegnen.

Der zweite Wert, erstmalig in der Geschichte des Landes im Schnitt über 100.000 Beschäftigte. Auch das hat es im Burgenland, in unserer 95-jährigen Geschichte, noch nie gegeben. Ich glaube, man muss sagen, wir können, ich möchte gar nicht sagen, stolz sein, sondern wir können zufrieden sein, dass wir auf dem richtigen Weg sind, nämlich dass hier eine gute Kooperation mit den Unternehmen, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und das ist mir ganz wichtig.

Mein Hauptziel und dieser Regierung und auch der vergangenen Regierung, deren ich angehört habe und vorgestanden bin, heißt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, heißt Jugendliche in Beschäftigung zu geben. Heuriges Jahr, Rekordbeschäftigung, im Schnitt über 100.000, Nächtigungen über drei Millionen. Rekordanzahl in Lehrwerkstätten. Das Land bildet Lehrlinge aus, und wir werden die Trendumkehr am Arbeitsmarkt, das ist das Ziel, erreichen. Es kann schon sein, dass es im nächsten Jahr einen Rückschlag gibt. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Kann sein. Aber wir sind mit Abstand die Nummer eins in der Ostregion.

Wenn wir uns die Arbeitslosenzahlen von anderen Bundesländern in der Ostregion ansehen, dann sind wir mit Abstand die Nummer eins. Jetzt kann man diskutieren, wie viele sind dort in Ausbildung, da in Ausbildung. Aber schauen wir uns einmal an. Sie sind auch in Wien in Ausbildung, sie sind auch in Niederösterreich in Ausbildung.

Wir haben hier einige Monate zumindest schon gehabt, wo die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, und wir müssen weiterarbeiten, gute Rahmenbedingungen haben, dass wir auch nachhaltig die Trendumkehr am Arbeitsmarkt schaffen. Dass die Arbeitslosigkeit zurückgeht, dass die Menschen Beschäftigung haben, dass sie ein

Einkommen haben und dass sie dieses wunderbare Burgenland, unser Heimatland Burgenland, mit einem guten Einkommen auch genießen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Als nächster Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte um den Arbeitsmarkt und um soziales „Eint uns“, das wir, ohne dass es direkt ausgesprochen werden muss, jedem von uns ein Herzensanliegen sein muss, dass jeder Arbeitslose einer zu viel ist.

Dieses Bekenntnis zum Menschen, der in seinem Lebensraum Beschäftigung haben muss, damit er sein Auskommen hat, damit er sein Leben gestalten kann, damit er seine Familie ernähren kann, damit er mit den Gegebenheiten zu Rande kommt, ist eigentlich eine Aufgabe, die, wie auch mein Vorredner bezeichnet hat, die Rahmenbedingungen politischer Natur auch braucht.

Auf der anderen Seite, und das ist jetzt ein paar Mal betont worden, sind 10.000 Menschen entweder arbeitslos oder in Schulungssituationen im Burgenland. 10.000 Personen sind über Monate nunmehr in Beschäftigungslosigkeit beziehungsweise in Schulung. Das ist eine Aufgabenstellung, der man sich nicht kurzfristig, natürlich vor Augen halten kann, wir haben jetzt zwei Monate eine sinkende Anzahl von Beschäftigungslosen, aber gleichzeitig auch in Bekenntnis, wir haben immer mehr Personen, die sich in Schulungen befinden. Das ist eine Aufgabenstellung, der sich durch viel Geldeinsatz quasi die Politik stellt, um hier Qualifikation zu schaffen und andere Möglichkeiten für Beschäftigungssituationen zu bieten.

Tatsache ist, dass diese Qualifizierungsmaßnahmen unabdingbar sind, denn diejenigen, die am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind schlecht ausgebildete Menschen, die keine Qualifikationsabschlüsse haben, und wo sich die Entwicklung unserer Industrie, unserer Gewerbewelt eigentlich immer stärker von ihnen absetzt. Industrie für null und anderes, was in diesen Produktionszweigen quasi am Laufen beziehungsweise in der Entwicklung steht, wird die schlechter Ausgebildeten immer stärker an den Rand drücken.

Daher ist es unabdingbar, dass in Bildung, in Qualifikation, die entsprechenden Maßnahmen, aber auch die entsprechenden Geldmitteln, falls wir dann auch in Zukunft keine EU-Förderung dafür bekommen, von Bundes- beziehungsweise von Landesseite zur Verfügung gestellt werden.

Ich schließe mich den Ausführungen meiner Vorredner an, dass wir ein Bekenntnis, nicht nur das Bekenntnis brauchen, sondern auf der anderen Seite alle Handlungsstränge setzen müssen, um diese Qualifikationsmaßnahmen auch durchzuführen. Wir könnten jetzt darüber diskutieren, ob 33 Beschäftigte weniger eine Trendwende sind, das will ich heute gar nicht tun.

Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass eigentlich die Konjunktur noch immer wichtigster Faktor für die Belebung des Arbeitsmarktes ist. Wenn wir Konjunkturzahlen für die kommenden Monate beziehungsweise für das kommende Jahr prognostiziert festhalten, dann geht man unterschiedlich von Einrichtungen davon aus. 1,5/1,4 Prozent Wirtschaftswachstum. Jeder, der sich mit diesen Prognosen beschäftigt und davon korrelierend den Arbeitsmarkt sieht, wird festhalten, dass das zu wenig ist, um eine

nachhaltige Beschäftigungsinitiative umsetzen zu können. Wir brauchen eine stärkere Konjunkturbelebung.

Diese Maßnahmen sind im Grunde genommen, so wie es vorher ausgeführt wurde, über die Jahre zuletzt durchaus gelungen. Mit EU-Förderungsmitteln sind entsprechende Kofinanzierungen gesetzt worden und das, was die Wirtschaftsentwicklung im Burgenland betrifft, ist durchaus nachhaltig im Sinne der Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen worden. Hier gibt es eine Trendsituation, die im Verhältnis auf 1960, 1970 ganz andere Gegebenheiten setzt.

Das Burgenland ist auch anders aufgestellt als in der Vergangenheit, wo es hauptsächlich landwirtschaftliche Strukturen gegeben hat. Jetzt haben wir in allen Bereichen quasi aufgeholt, und gerade in Produktionsbereichen, im Gewerbebereich und anderen die Situation verbessert. Hilfestellung braucht aber jeder dieser 10.000 Personen im Burgenland. Ohne dass es entsprechende Maßnahmen gibt, wird es auch nicht gelingen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Konjunktur ist das eine, als Maßstab für die Beschäftigung andererseits, und hier gibt es die politischen Zugänge, die recht unterschiedlich ausfallen. Aber Tatsache ist, und an dem werden wir uns in Zukunft nicht vorbeischwindeln können, wenn es heißt: Wenn wir, wie derzeit, die Lohnquote als rückläufig bezeichnen müssen und wenn ein guter Teil der Steuerleistungen am Faktor Arbeit hängt, dann muss klar werden, wir müssen über Änderung der Steuerstrukturen reden, ob das nun in Richtung Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer geht, oder in Richtung Ökologisierung oder um wertschöpfungsorientierte Maßnahmen, eines muss klar sein, der Faktor Arbeit muss entlastet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine ganz gewichtige Aussage für die Zukunftsgestaltung unserer Republik, wenn es nämlich nicht gelingt - und das sagt dir jeder Unternehmer, jede Unternehmerin, jeder Gewerbetreibende, der Beschäftigte hat, es sitzen auch einige hier im Haus. Wenn wir denen, die es nicht schaffen, die Lohnquote bezogen auf Steuerleistungen zu senken, dann ist in diesem Zusammenhang ein Problem geschaffen, das so nicht haltbar ist.

Die Situation ist, dass jeder Unternehmer das Doppelte des Lohnes aufzuwenden hat, um die notwendigen Abgaben auch für den einzelnen Beschäftigten umzusetzen. Hier bedarf es einer Neuausrichtung, einer neuen Gestaltungsform, die in der Aufgabenstellung eine politische Verantwortung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unter dem Stichwort „Industrie für null und anderen Gegebenheiten“ das, was Wirtschaftsentwicklung im prognostischen Sinne für uns ausweist, bedeutet auch eine Neuausrichtung der Steueraufkommenspolitik, und hier ist es notwendig, die entsprechenden Schritte nicht nur mehr zu diskutieren, sondern direkt einzuschreiten.

Weil vorher der Tourismus und der Arbeitsmarkt im touristischen Sinne nicht angesprochen, aber der Tourismus als Erfolgsfaktor des Burgenlandes gekennzeichnet wurde. Ich stimme hier überein, dass wir eine tolle Entwicklung im touristischen Sinne haben. Aber wenn man sich anschaut, was gleichzeitig der Arbeitsmarkt in touristischer Hinsicht für Chancen böte und wie wenig die Begeisterungsfähigkeit derer ist, die quasi hier auch Ausbildung haben und nicht im touristischen Bereich aktiv werden wollen, dann hängt das nicht nur nicht mit der Bereitschaft alleine zusammen, sondern hier ist abzuleiten, dass die Einkommenssituation, die Arbeitsbedingungen und gewisse Faktoren ausschlaggebend sind, um entsprechend Beschäftigung dort auch für Burgenländerinnen und Burgenländer zu lukrieren.

Hier sind wir keine Ausnahme am Arbeitsmarkt, sondern der touristische Sektor ist von Vorarlberg bis Wien mit dem Problem behaftet, dass jetzt für die Wintersaison zum Bespiel im Westen tausende Köche gesucht werden, die auch gerade in Österreich, aber im Ausland nicht mehr zu finden sind, und damit eigentlich die Entwicklung dieses Sektors eingebremst wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was den Arbeitsmarkt im Burgenland auszeichnet, sollte gemeinsam im politischen Verantwortungssinne getragen werden und jede Initiative, die im Endeffekt die Chance bietet, einen Beschäftigten, eine Beschäftigte mehr zu haben, ist zu begrüßen.

Ich hoffe, dass dieser Konjunkturentwicklung auch zukünftig entsprechend Vorschub geleistet wird, um diesen Arbeitsmarkt auf Dauer zu befestigen. Ich werde diesem Kapitel zustimmen. Danke schön!

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Einen wunderschönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Ein schöner Morgen heute nach dem gestrigen Tag, nachdem Debatten über Feuerwehr und neues Feuerwehrgesetz und dergleichen mehr ausgebrochen sind, was nicht unbedingt das Niveau in diesem Hohen Haus gefunden hat, aber das ist halt einmal so.

Daher bin ich recht glücklich, dass wir heute eine andere Diskussion führen können und alle frisch und munter sind und wir heute eine Gratulation aussprechen dürfen.

Herr Landeshauptmann! Sie haben vollkommen Recht. Zu 105.000 Beschäftigten kann man nur gratulieren. Ist etwas Wunderbares. *(Landeshauptmann Hans Niessl: 100.000 Beschäftigte!)* Nein, aber der Herr Hergovich, der Herr Klubobmann hat gesagt, 105.000 und ich halte mich an den Herrn Klubobmann, *(Abg. Mag. Franz Steindl in Richtung Landeshauptmann Hans Niessl: Einmal lobt er Dich und dann korrigierst Du ihn.)* Sie sind immer der, der das ein bisschen in die Waage bringt und einlotet. 105.000 hat der Herr Klubobmann gesagt. Gratuliere dazu! *(Abg. Robert Hergovich: Juli!)*

Ich denke aber auch, dass meine Vorredner, der Kollege Steier auch ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat, es ist natürlich sehr schön, wenn man so viele Beschäftigte hat. Aber die Arbeitslosen müssen wir trotzdem im Auge behalten. Das ist ein ganz ein wichtiger Faktor.

Aber, Herr Landeshauptmann, das haben Sie eh angekündigt, dass wir das gemeinsam im Auge behalten. Ich sage doch immer, das Gemeinsame stellen wir in den Vordergrund und dann kommt das Politische hinten nach. Hinten nach, da bin ich recht dankbar.

Wenn wir heute diskutieren dürfen und der Herr Kollege Haidinger hergeht und sagt, die Lehrwerkstätten, das ist jetzt das Wichtigste und das Schönste, dann möchte ich nur erinnern, vor zwei, drei Jahren hat die FPÖ gesagt, die gehören weg, das gehört abgeschafft.

Ich kann da einige Zitate noch bringen, wo ich erfreut war, wo ich mir gedacht habe, man kann ja beides sehen, man kann eine Lehrwerkstätte haben, aber auf der anderen Seite auch die Herrschaften in der Wirtschaft unterstützen, die Lehrlinge ausbilden und da ist ja der Herr Landeshauptmann auch auf einem guten Weg.

Der Herr Landeshauptmann hat auch gesagt, damals mit der ÖVP, es geht bergauf im Tourismus und da darf man ja nicht vergessen, dass sich da wirklich etwas bewegt hat, dass wir die Drei-Millionen-Grenze jetzt erreichen, wo eine andere Regierungskonstellation ist, soll so sein, das freut mich natürlich, ist auch etwas Tolles. Aber im Endeffekt hat der Herr Landeshauptmann wieder einmal Recht.

Ich muss aufpassen, dass ich nicht zu viel lobe, *(Abg. Robert Hergovich: Das macht nichts, ein bisschen geht's noch.)* weil er hat gesagt, es hat in der Vergangenheit schon sehr viele Persönlichkeiten gegeben, oder Personen auch in der Politik, auch in der Wirtschaft, auch in den Gemeinden.

Und das muss ich dazu sagen, das haben wir heute vergessen, dass die Gemeinden sehr viel dazu beitragen, damit auch das so funktioniert. Aber man muss auch vorsichtig sein, dass man die Gemeinden, leider Gottes, wo ich immer darauf hinweise, die Gemeinden aushöhlt und die keine Möglichkeiten mehr haben, hier zu gestalten. Ich möchte wirklich darauf pochen, schaut mir auf die Gemeinden, weil es wichtig ist auch dort, damit das funktioniert.

Wenn ich zu den Pendlern kommen darf, Herr Kollege Sodl, Sie haben sich gestern zehn Minuten in die Pendlersache hineingesteigert. *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Wolfgang Sodl: Es waren sieben Minuten.)* Das ist natürlich erfreulich, dass man sich so viele Gedanken macht, es ist aber auch wirklich zum Nachdenken. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten.)* Warum müssen so viele Burgenländerinnen und Burgenländer noch immer auspendeln?

Auch hier sollte man das hinterfragen, Herr Landeshauptmann. Vielleicht kann man doch diese Rückholaktion, die Sie vor 15 Jahren angekündigt haben, wirklich einmal umsetzen, denn es ist ein schwieriges Leben. Ein Pendlerleben ist ein schwieriges Leben und das wissen wir.

Nicht nur, dass sie gestraft sind, weil sie im Burgenland keinen Arbeitsplatz finden, sondern sie müssen auch noch um vier Uhr morgens aufstehen, zum Zug gehen, oder mit dem Auto nach Graz, Wien, et cetera fahren, oder nach Wr. Neustadt. Und das Familienleben, wenn ich um 19.30 Uhr dann nach Hause komme, leidet natürlich schon darunter.

Da können wir uns noch so anstrengen im Sozialbereich und für die Familien sein, aber wenn keine Familienzusammenführung möglich ist, wenn der am Abend heimkommt, um 19.30, da darf er sein Papperl zu sich nehmen, und dann schläft wie ein Engel und in der Früh um halb vier muss er schon wieder auf und muss wieder fahren.

Da muss ich schon sagen, da sollte man sich auch Gedanken machen, ob man nicht in eine andere Richtung geht und die Familien mehr unterstützt und da muss ich schon eines klar dazu sagen. Es ist wirklich alles schön und gut, mit unseren Kindergärten und Kinderkrippen, aber auch dort müssen wir aufpassen, wer das alles noch finanzieren wird.

Wenn wir im Sozialbereich diskutiert haben, auch dort müssen wir in Zukunft aufpassen. Wir wissen, was im Budget drinnen ist, was der Herr Landesrat im Budget drinnen hat, das ist gar nicht wenig, aber er hat keinen Spielraum mehr. Das heißt, das steigert sich nach oben und da müssen wir sehr vorsichtig damit umgehen und müssen uns darüber Gedanken machen.

Ich bin wieder beim Kollegen Steier, auch eine Entlastung der Wirtschaft anzudenken. Ich glaube, - und Sie haben das heute richtig gesagt, Herr

Landeshauptmann, - das gefällt mir, das hat es ja jahrelang nicht gegeben. Da hat der Herr Klubobmann dagegen gewettert, gegen die Wirtschaft.

Sie haben das richtig gesagt, Wirtschaft, Arbeitnehmer, Gemeinden, die gehören alle zusammen und dann werden wir es schaffen, dass wir wirklich an der Spitze bleiben in Österreich.

Warum das andere nicht schaffen in den anderen Bundesländern, das verstehe ich nicht, aber dafür ist ja mein Vorschlag: Wir übernehmen gleich den Bund. Unsere Regierung übernimmt den Bund, dann wird es dort auch besser gehen, denke ich einmal, weil, das ist ja alles so wunderbar *(Allgemeine Heiterkeit)* und so super und ich bin guter Dinge, dass wir auch das schaffen können.

Ich werde mich heute kurz halten, weil Sie immer sagen, ja, ich rede halt sehr lange, aber ich glaube, das ist auch wichtig, dass man solche Punkte diskutiert und auf solchen Punkten draufbleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Kapitel wird auch das Bündnis Liste Burgenland zustimmen, weil es wichtig ist. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der LBL, SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich von der Regierungsbank Landesrat Mag. Darabos das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Liebe Abgeordnete! Nur ganz kurz, ich werde dann noch länger zum Gesundheitskapitel etwas sagen, aber weil wir jetzt über den Arbeitsmarkt diskutieren und weil einige Dinge jetzt in den Raum gestellt worden sind.

Es hat noch nie so viele Beschäftigte im Burgenland gegeben wie jetzt. Ich habe in den 90-er Jahren begonnen zu arbeiten im Burgenland, damals war das Ziel, 80.000 Beschäftigte, wir haben jetzt die Spitze, wie gesagt, 105.000, im Oktober 102.000 Beschäftigte.

Das ist ein tolles Zeichen für den burgenländischen Arbeitsmarkt und was auch wichtig ist und die Frage wurde ja gestern von der ÖVP gestellt, wurde nicht mehr aufgerufen, ob es eine Trendwende am Arbeitsmarkt gibt?

Es gibt eine Trendwende, zumindest die letzten zwei Monate zeigen uns, dass wir weniger Arbeitslose haben. Auf der anderen Seite muss man schon sagen, wenn wir ein Minus von 1,5 Prozent haben, dann ist ganz erfreulich, der Landeshauptmann hat es schon angesprochen, dass wir vor allem bei den jungen Menschen ein Minus haben, ein starkes Minus haben und es im Vergleich zu anderen Ländern, wie Spanien, Griechenland und so weiter, eine sehr positive Entwicklung im Burgenland gibt, die nicht gering zu schätzen ist.

Was mir auch auffällt und das möchte ich hier auch im Hohen Landtag sagen, ist, dass wir vor allem in Bereichen, die wachstumsabhängig sind, einen klaren Rückgang der Arbeitslosigkeit haben, beispielsweise im Baubereich, minus elf Prozent im Baubereich.

Das heißt, dass die Menschen wieder investieren, dass die Krise offensichtlich vorbei ist. Natürlich hängt es auch mit dem Wetter zusammen, wie der Herr Abgeordnete Kölly gesagt hat, aber minus elf Prozent im Baubereich, das ist schon ein Zeichen, das wir hier auch gut aufgestellt sind.

Wir haben im Gesundheits- und Sozialwesen ein Minus von 9,1 Prozent. Und wie gesagt, wir haben auch ein Minus bei den jüngeren Beschäftigten bis 24 Jahre, das ist ganz, ganz wichtig.

Was mir persönlich Sorgen bereitet, ist, dass wir bei den 50 plus noch immer einen Zuwachs haben an Arbeitslosen. Das ist etwas, was wir auch politisch bekämpfen müssen. Wir versuchen das auch mit Programmen, die wir mit den Gemeinden gemeinsam auch initiiert haben, zu bekämpfen, das ist nicht ganz einfach. Grundsätzlich ist die Entwicklung aber im Burgenland positiv.

Das hängt auch damit zusammen, was schon angesprochen wurde. Wir haben in den Jahren 2000 bis 2014, aber auch 2007 bis 2014 klar ausgewiesen, und das ist nicht Propaganda der Sozialdemokratischen Partei, sondern einfach auch nachzuweisen über statistische Werte, das Wirtschaftswachstum in Österreich so gesteigert, dass wir Nummer eins in beiden Bereichen sind.

Wenn das Wirtschaftswachstum hoch ist, dann ist auch die Chance da, im Arbeitsmarktbereich hier auch zulegen können. Insgesamt ist die Entwicklung sehr positiv. Wir reden nichts schön, wir wissen auch genau, wo die Herausforderungen liegen, eben bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Es ist so, dass wir grundsätzlich, aus meiner Sicht, auf dem richtigen Weg sind und dass wir in der Arbeitsmarktpolitik im Burgenland, mit den Mitteln, die wir zur Verfügung haben, neben der Bundespolitik auch das Richtige machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Zuschauerrängen! Nächstes Kapitel „Konsumentenschutzsicherheit“, ein Bereich, wo nämlich die Sicherheit überhaupt nicht steigt und die Kriminalität wirklich nach oben geht, ist im World Wide Web.

Phishing Mails zum Beispiel, also Mails, die vorgeben, zum Beispiel von einer Firma oder von einer Bank zu sein, waren früher eigentlich sehr lustig, weil das meistens aus dem Englischen oder anderen Sprachen von Automaten übersetzt wurde. Das Deutsch war eine Katastrophe, die Satzstellung und jeder hat dann gewusst, oder die meisten haben gewusst, das ist ein „Geschichterl“.

Heute schauen diese Mails leider ganz anders aus. Hochprofessionell sind die Layouts, die Logos von den Firmen werden verwendet und man weiß nicht mehr wirklich, ist das jetzt echt, oder ist das unecht? Aber die Fallen lauern auch bei Online-Einkäufen, Facebook-Kontakten, vermeintlichen Gewinnspielen, Gratisangeboten, die in Wirklichkeit nur Lockmittel sind und Ähnliches.

Es gibt Gott sei Dank auch im Internet Stellen, die einem da weiterhelfen. Hier sei an der Stelle der sogenannte Internetombudsmann genannt, beziehungsweise die Stelle des Internetombudsmannes, eine unabhängige Streitschlichtungs- und Beratungsstelle rund um das Thema e-commerce, verwandte Themen wie Datenschutz, aber auch Urheberrechtsverletzungen.

Laut dem Bericht 2015 dieser Stelle beziehen sich mehr als 30 Prozent der Beschwerdefälle auf Online-Fallen und Betrug im Internet. Dazu zählen gefälschte

Rechnungen mit Schadsoftware, Fake-Shops, Abo-Fallen, Markenfälschungen, aber auch gefakte Anwaltsbriefe.

Als Beispiel möchte ich hier von der erwähnten Servicestelle eine Fake-Abmahnung zitieren: Haushalte und Unternehmen erhalten aktuelle Abmahnungen der Rechtsanwaltskanzlei Jörg Schmied. Darin heißt es, dass es zu einer Verletzung von Urheberrechten der AB Winters.com gekommen sei. Aus diesem Grund sollen 59 Euro gezahlt werden.

Es handelt sich aber um einen Betrugsversuch, das zeigt sich beispielsweise daran, dass die behauptete Rechtsverletzung nie stattgefunden hat, aber auch daran, dass es diesen Rechtsanwalt Jörg Schmied gar nicht gibt.

Oft werden dafür, so wie in diesem Fall, Sex-Seiten verwendet und oft zahlen dann die Leute aus einer falsch verstanden Scham heraus die Beträge, obwohl sie auf dieser Seite nie unterwegs sind.

Man muss auch sagen, dass das Thema Sexualität da in diesem Bereich auch sehr starke Zunahmen in anderen Bereichen hat. Der Bereich Sexortion, das ist die Masche, wo über WhatsApp, aber auch verschiedene Videochats die Leute dazu aufgefordert werden, irgendwelche Nacktfotos, Livebilder zu schicken.

Wir haben im Burgenland in den Medien schon einige Fälle gehabt und diese Bilder werden dann aufgenommen und zur Erpressung verwendet. Auch hier sind viele Gelder schon bezahlt worden, weil, wer gibt schon gerne zu, dass er da so einer Masche aufgesessen ist.

Die Liste weiterer krimineller Machenschaften im Internet ist lang. Pseudoshops im Internet gibt es eine ganze Menge. Ich kann leider selbst ein Lied davon singen. Nicht weil ich reingefallen bin, sondern weil es einen deutschen Autohändler im Netz gibt, dessen Geschäftsführer meinen Namen zufällig trägt, denselben Namen wie ich und ich immer wieder über Facebook von Leute, die dort gezahlt haben, aber kein Produkt bekommen, böse Briefe beziehungsweise Nachrichten bekomme.

Die deutschen Gerichte tun sich dort sehr schwer, dem Herr zu werden, die Seite ist leider nach wie vor online. Es gibt aber jetzt ein Gerichtsverfahren und ich hoffe, die Sache ist bald erledigt.

Was ist wichtig dabei, um zum Konsumentenschutz zu kommen? Aufklärung und natürlich jede Menge Information. Das betrifft nicht nur junge Leute, die das teilweise in den Schulen als Information bekommen, es gibt Saferinternet. at, einen Verein, der sehr viel in den Schulen ist und dort Workshops macht. Man muss aber sagen, dass sich oft die Jugendlichen weit besser auskennen als so mancher Erwachsener und das sind wirklich viele, egal welchen Alters, die hier betroffen sind.

Die vorher genannte Servicestelle des Internetombudsmannes hat 2015 Internetnutzern Gelder im Wert von 820.000 Euro erstritten, also Gelder, die sie bezahlt haben, die sie dann wieder zurückbekommen haben. Man sieht, da geht es wirklich um viel Geld und oft sind auch Leute betroffen, die von Haus aus nicht viel Geld haben und wo diese dann mit 1.000 Euro drinnen hängen, die Ware nicht kommt oder ähnliche Geschichten beziehungsweise Jugendliche, die sich dann zuhause nichts sagen trauen. Das sind wirklich nicht nur irgendwelche Geschichten, wo man halt reinfällt, also Tragödien teilweise, muss man wirklich sagen.

Wichtig wäre Aufklärung. Es passiert in dem Bereich auch schon einiges, auch der Zivilschutzverband hat vor kurzem eine neue Broschüre herausgegeben, ich glaube aber,

dass es sehr wichtig ist, dass hier Experten und Expertinnen vor allem in die Schulen gehen.

Es gibt eine sehr gute Initiative von Saferinternet.at, das nennt sich „Schutzimpfung“ und da werden eben nicht nur die Schüler geschult, sondern auch die Eltern und die Lehrkräfte.

Das ist praktisch so ein Paket und das ist meiner Meinung nach die wirklich effizienteste Geschichte, weil dadurch auch die Chance größer ist, dass zuhause über das Thema gesprochen wird und dadurch die Informationen zwischen den Eltern und den Schülern bis zu den Lehrern weitergegeben werden und das Thema auch laufend unter den Schülern und Schülerinnen, aber auch unter den Erwachsenen, ein Thema ist. Wie gesagt, die Kriminalitätsraten gehen hier im Internet ganz stark nach oben.

Ich denke, es wäre auch wichtig, den Elternvereinen hier zu sagen, meiner Meinung nach ist das schon auch eine Aufgabe des Elternvereines, hier zu schauen, dass die Informationen zu den Leuten kommen. Auch von der Polizei gibt es hier speziell geschultes Personal, die in die Schulen gehen und ich glaube, man kann da gar nicht genug Information an den Mann und die Frau bringen, um hier wirklich die Leute zu schützen.

Letztendlich liegt es aber bei jedem selbst, sich zu schützen, weil gerade im Internet ist jeder „anonym“ beziehungsweise allein unterwegs. Hier ist es schwer, für andere zu sorgen. Das muss wirklich jeder selber machen, die Informationen müssen aber von profunden Stellen kommen.

Ich fürchte, wir werden um einiges mehr Geld - auch in den nächsten Jahren - in die Hand nehmen müssen, damit wir dann nicht mehr in die Schuldnerberatung stecken müssen, wo nämlich dann viele Fälle landen. *(Beifall bei den GRÜNEN und der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Benkö das Wort.

Bitte Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Galerien! Konsumentenschutz, Schuldnerschutz, Schuldnerberatung - Vorbeugen, geschätzte Damen und Herren, ist billiger als sanieren. Geld, das ist richtig, das ist ein heißes und vielschichtiges Thema, es bietet natürlich grenzenlosen Raum für emotionale Aufladung. Einigen Menschen ist Geld Lebenszweck, anderen anrüchig, und wiederum anderen, geschätzte Damen und Herren, so scheint es, ist Geld völlig egal.

Was wir immer mit Geld erfahren, es hat weniger mit dem Geld selbst zu tun, Herr Kollege Spitzmüller, das ist mein Zugang dazu, als mit erlernten Weltvorstellungen und mit Lebensgefühl. Was es also auch immer ist, der Auseinandersetzung mit diesem Thema, da kann sich ja in Wirklichkeit niemand entziehen.

Ich sage Ihnen, schon im Kindesalter geht es um Geldfragen. Die meisten Fragen beziehen sich darauf, wer hat das bessere, das modernste Handy, die tollste Kleidung? Und Sie haben es angesprochen, die Internetwerbung zielt natürlich und jede Werbung zielt natürlich darauf ab, immer stärker auf junge Konsumenten und Konsumentinnen, weckt natürlich Wünsche und Bedürfnisse und da lauern natürlich Gefahren.

Das ist Grund genug, verstärkt in den Bereich Schuldenprävention einzugreifen, das zu forcieren und natürlich auf die Gefahren der Konsumentenindustrie letztendlich auch aufmerksam zu machen.

Mitunter ist natürlich ein Grund der Verschuldung mangelnde Information, so, wie Sie das auch gesagt haben. Aber auch, was bei den Schuldnerberatungen festgestellt wird, sind rund 18 Prozent, aus der Statistik, 18 Prozent bei den Erstberatungen in Österreich, die geben eigentlich selber an, als Ursache ihrer Verschuldung, dass sie eben keinen Umgang mit dem Geld haben.

Daher ist es wichtig, Informationsveranstaltungen zu machen, diese durchzuführen, dass man Jugendliche davor schützt, bevor sie ins Berufsleben einsteigen, damit sie nicht schon mit Klagen, Exekutionskosten und letztendlich vielleicht, wenn sie dann im Job stehen, mit einem Verlust ihres Jobs rechnen müssen.

Das ist vollkommen richtig und ich möchte es hier nicht verabsäumen, von dieser Stelle der Schuldnerberatung Burgenland Lob, Dank und Anerkennung auszusprechen. Sie machen ihre Arbeit hervorragend.

Zumal, vielleicht darf ich das den jüngeren Kollegen sagen, es war nicht immer so einfach. Die zuständige Landesrätin Dunst, - seit dem Jahre 1998 gibt es diese Schuldnerberatung, seinerzeit war es aber keine bevorrechtete. Wenn ich das recht im Kopf habe, war es mit 2001, das war eine Errungenschaft für das Burgenland, ist es als bevorrechtete Schuldnerberatung anerkannt worden.

Was heißt das? Bevorrechtete Schuldnerberatung heißt, dass eben Schuldner und Schuldnerinnen vor Gericht, wenn es zu einem Schuldenregulierungsverfahren kommt, kostenlos vertreten werden. Das ist ein Verdienst der Landesrätin Verena Dunst, dazu möchte ich gratulieren. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und des Abg. Gerhard Steier.)*

Alle, die auch schon länger hier im Hohen Haus sind, die wissen, dass der Finanzführerschein eine langjährige Forderung von mir war, nicht zuletzt natürlich zurückzuführend aufgrund meines Zivilberufes, da ich mit Schulden und Schuldenprävention viel zu tun habe.

Ich möchte es auch hier nicht verabsäumen, der Landesrätin Dunst Lob, Dank und Anerkennung auszusprechen, es heißt jetzt nämlich nicht der Finanzführerschein, aber das ist vollkommen egal, wie es heißt. Ziel war es und das ist ganz wichtig, dass man es jetzt dazu gebracht hat, dass es einen sogenannten Finanzpass geben wird.

Ga gestatten Sie mir den letzten Satz meiner Debatte aus dem Vorjahr, der gelautet hat: All diese Diskussionen um Schuldnerberatung und Schuldenprävention könnten wir uns sparen, wenn wir die Jugend in den Schulen soweit bringen, dass sie mit Geld umgehen können lernen, dass alles klar ist, was Schulden bedeutet, und dass sie erst gar nicht den falschen Weg einschlagen.

Diese langjährige Forderung, die jetzt umgesetzt wird, da hat es das Pilotjahr gegeben, in der dritten und vierten Schulstufe der AHS und der NMS und im Rahmen dieses Finanzpasses lernen die Kinder eigentlich den Umgang mit Geld. Wo kommt es eigentlich her, weil man immer hört, wenn die Kinder sagen, Mama gehen wir zum Bankomaten und holen wir Geld heraus.

Präsident Christian Illedits: Bitte zum Schlusssatz kommen, Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ) *(fortsetzend):* Da wird es dann den Kindern erklärt, und das ist wichtig.

Abschließend wirklich mein Dank an Frau Landesrätin Dunst, und ich danke auch, dass sie da Budget in die Hand genommen hat. Das zeigt, dass uns Verantwortung wirklich wichtig ist. *(Landesrätin Verena Dunst: Danke!)*

Rot-Blau wirkt eben, Frau Landesrätin. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Gestern am Abend, knapp vor Mitternacht, ist grundsätzlich der Sozialbericht ein bisschen untergegangen. Ich möchte heute nur eingehend noch auf wesentliche Pfeiler Rückblick nehmen, weil das auch den Übergang zu dem Thema jetzt „Konsumentenschutz und Schuldnerberatung“ darstellt.

Noch nie ist in einem Landesbudget so viel Geld in Soziales investiert worden. Es sind insgesamt allein für Soziales 214,5 Millionen Euro, wenn man die Wohnbauförderung und auch Gesundheit dazu gibt, 442 Millionen Euro.

Mit Fug und Recht kann man behaupten, dass dieser Jahresvoranschlag 2017, meiner Einschätzung nach, ein Sozialbudget ist. Es ist ein klares soziales Bekenntnis dieser Regierung, dem Sozialstaatsgedanken, der in der Landesverfassung geregelt ist, Rechnung zu tragen.

Wir schauen, dass die Kinderarmut hintangehalten wird und mit diesem Budget wird jedenfalls niemand im Stich gelassen. Das sieht man einerseits bei den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit einer sehr hohen Arbeitnehmerförderung, aber vor allem auch in den einzelnen Budgetposten des Sozialbudgets.

Nun, die heutige Debatte betrifft den Konsumentenschutz und die Schuldnerberatung. Der Konsumentenschutz wird im Budget höher dotiert und zwar wird von 28.000 Euro auf 44.500 Euro eine Dotierungserhöhung durchgeführt. Was wird damit gemacht?

Die Konsumentenschutzberatung, wie bereits von meinen Vorrednern dargestellt, ist im Burgenland unabkömmlich geworden. Durchschnittlich gibt es 1.500 Beratungen im Jahr, die kostenlos, so wie es auch meine Vorrednerin dargestellt hat, kostenlos und wohnortnah auch in den Außensprechtagen in Oberwart, Güssing und Neusiedl durchgeführt werden.

Und sie führen dazu, dass unsere Konsumentinnen und Konsumenten wirklich eine Beratungsstelle haben, wo sie qualitativ beraten werden. Es ist ganz, ganz wichtig, dass diese Anfragen, die mittlerweile hauptsächlich den Mieterschutz betreffen - durchwegs 50 Prozent der Anfragen betreffen den Mieterrechtschutz -, dass diese Anfragen auch qualitativ behandelt werden.

Weitere Anfragen sind zu Kaufverträgen, aber vor allem auch zum Thema der Cyber-Kriminalität, haben wir heute auch von Wolfgang Spitzmüller erfahren, sind wichtig. Nun, Konsumentenschutz geht aber weiter über Beratung hinaus. Die Konsumenteninformation wird wahrscheinlich das wichtigste Instrument auch in der Zukunft sein.

Mittlerweile gibt es sehr gute Broschüren über Cyber-Mobbing, WhatsApp oder Facebook und vor allem ein Themenbereich, den auch die Kollegin Benkö angesprochen hat, wird wahrscheinlich das Steckenpferd der Konsumentenberatung werden, es ist die Verbraucherbildung.

Die Verbraucherbildung, die im Kleinstkindesalter anfangen muss, damit die Tücken und Fallen im Konsumverhalten erkennbar werden und präventiv Fehlverhalten vermieden werden können. Diese Verbraucherbildung wird bereits, wie angeführt, in den Schulen durch Vorträge, aber auch in sozialökonomischen Betrieben geleistet und führt dann auch in weiterer Folge bei der Schuldnerberatung zu einem ganz wichtigen Effekt, nämlich der Einführung der sogenannten Finanzbasis.

Für mich ist aber im Konsumentenbudget noch wichtig zu erwähnen, dass der Ansatz oder die höhere Dotierung sicherlich auch im Bereich der Preiskontrollen zu sehen ist. Es werden nämlich verstärkt Kontrollen im Bereich der Preisbehörde durchgeführt und dazu wird Augenmerk auf regionale Produkte gelegt.

Zum Beispiel die Verkaufsstände von heimischen Obst und Gemüse, das soll dazu führen, dass die Lebensmittelaufsicht, die gleichzeitig herangezogen wird, Proben ziehen soll, um festzustellen, wo die Herkunft des Gemüses und des Obstes gegeben ist.

Ich glaube, dass diese verstärkten Kontrollen ein wesentlicher Bereich sind, um auch unsere eigenen burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmerinnen und Unternehmer zu schützen. Das ist ähnlich dem vor kurzem im Landtag beschlossenen Marktüberwachungsgesetz und dem Bauproduktegesetz, wo auch der Qualität der burgenländischen Produkte Rechnung getragen werden soll. Deshalb glaube ich, dass die Höherdotierung auf 44.500 Euro im Kalenderjahr 2017 zweifelsohne richtig ist.

Ein zweites Themenfeld ist die Schuldnerberatungstätigkeit. Pro Jahr suchen rund 600 Personen die Schuldnerberatung des Burgenlandes auf. Es finden 80 Konkurstagsatzungen im privaten Schuldnerverfahren statt und das Wichtigste ist für mich, jeder einzelne Fall hat eine durchschnittliche Verschuldung von rund 80.000 Euro - ein enormer Wert - und das Durchschnittsalter ist 43 Jahre.

Das heißt, es ist umso wichtiger, dass wir im Burgenland für unsere Konsumentinnen und Konsumenten schauen und trachten, dass es eine qualifizierte staatliche Schuldnerberatung gibt. Wenn es diese nicht gäbe, wäre die Konsequenz, dass wahrscheinlich unseriöse Firmen versuchen, zu Lasten der Schuldnerinnen und Schuldner Kapital zu schlagen.

Dieser vorher angesprochene Finanzpass, der den Finanzführerschein ersetzen oder nachfolgen soll, ist meiner Meinung nach unumgänglich. Die zuständige Konsumentenschutzlandesrätin hat bereits die Weichen gestellt, und ich weiß, dass im Jahr 2017 modularartig in den Schulen NMS und AHS dritte, vierte Klasse der Finanzpass durchgeführt werden soll.

Es wird dabei wesentliche Informationstätigkeiten zu Geldgeschäften, Internetkäufen, Krediten- und Bankomatkarten geben. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Bereich, damit Verbraucherbildung und auch die Schuldnerberatung durchgeführt wird.

Ich möchte mich in diesem Sinne, genauso wie die Kollegin Benkö, auch bei der zuständigen Landesrätin und ihrem Team im Bereich der Konsumentenschutzberatung, aber auch der Schuldnerberatung herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Abschließend möchte ich auf eine Gruppe eingehen, die bereits im Budgetposten Soziales wesentlich erwähnt worden ist, nämlich die Gruppe der beeinträchtigten Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Diese Gruppe wurde mittlerweile im Budget mit 49,8 Millionen Euro soweit unterstützt, dass wirklich auch deren Beeinträchtigung Rechnung getragen wurde.

Mir ist wichtig zu erwähnen, dass gerade behinderte Menschen nicht als Bittsteller, sondern als Konsumenten und Konsumentinnen angesehen und wahrgenommen werden. Dies ist nunmehr auch aus dem Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoring-Ausschusses, der vor kurzem, seit 2016 auch eingesetzt worden ist, klar erkennbar.

Es wird nämlich genau dieser Gruppe, wenn es um die Barrierefreiheit geht, Rechnung getragen. Es wird aber auch ein Hauptthema, nämlich die persönliche Assistenz dieser Gruppe, in Angriff genommen. Es soll nämlich Menschen mit besonderen Bedürfnissen wirklich die Möglichkeit gegeben werden, eine selbstbestimmte Lebensführung vorzunehmen.

Gleichsam möchte ich auch noch den Tätigkeitsbericht der Burgenländischen Gesundheits-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft anführen, dieser ist nämlich in einem eigenen Tagesordnungspunkt geregelt.

Dazu möchte ich angeben, dass diese Einrichtung sehr wichtig ist. Es ist ein Beschwerdemanagement. Dieses Beschwerdemanagement zeigt, dass es ganz wichtig ist, auch die Anliegen dieser Gruppe wahrzunehmen. In diesem Sinne auch ein Dank an den zuständigen Patientenanwalt Dr. Josef Weiss, an Mag. Gerlinde Stern-Pauer sowie an Hannes Wagner.

Abschließend noch, von meiner Seite her, glaube ich, dass diese Budgeterhöhungen im Bereich des Verbraucherschutzes und der Verbraucherbildung, sowie der Neueinführung des Finanzpasses im Rahmen der Schuldnerberatung die einzige richtige Richtung ist, die wir eingeschlagen haben.

Ich glaube, diese Menschen haben ein Recht darauf, dass sie auch eine Unterstützung erhalten. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke schön. Als Nächstes hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Kapitel Konsumentenschutz möchte ich aus einem sehr wichtigen Bekenntnis zu dieser Materie auch Stellung nehmen. In sozialer Verantwortung geht es eigentlich um jeden, der durch irgendwelche Machenschaften anderer nicht nur in Bedrängnis, sondern oft auch in Existenznöte kommt.

Hier einzuschreiten, ist nicht nur eine gewichtige gesellschaftliche Aufgabe, der sich die Konsumentenschutzleute stellen, sondern sie sind auch - wie es vorher auch schon angesprochen wurde - im Sinne der Prävention absolut unabdingbar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im 21. Jahrhundert, quasi mit dem gesamten Gegebenheiten des Internets im Zusammenhang, ist es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit geworden, nicht nur präventiv zu schulen, nicht nur entsprechend Rüstzeug mitzugeben, sondern dort auch zur Hand zu gehen, wo in den Fallen getappt wird.

Wenn wir jetzt vor Weihnachten stehen und diese großen Handelsketten, wo man ohne viel Aufwand Bestellungen durchführen kann, ohne dass man sich in irgendeiner Form dabei anstrengen muss, einen anderen Ort aufsuchen muss, um einzukaufen, wenn dort dann Misswirtschaft getrieben wird, dann ist der Konsumentenschutz mit Sicherheit

eine Ansprechstelle, die ohne viel Aufwand zu nutzen ist und auch in Anspruch genommen wird.

Es ist von Schuldnerberatung gesprochen worden. Es ist dabei festzuhalten, dass es eine gesellschaftliche Höchstleistung war - im Bekenntnis zu sozial Schwächeren und Schwachen in unserer Gesellschaft -, dass dieses sogenannte Konto eingeführt wurde, wo es nicht nur um die Identität des Einzelnen und in der Überweisung gewisser Sozialleistungen geht, sondern dass auch der Anspruch des Einzelnen in unserer Gesellschaft nicht dort aufhört, wo, zum Beispiel, ein Bankgebäude anfängt.

Es gehört auch für jeden der Zugang gestaltet, dass hier eine Kontosituation ist. Hier ist im Vorjahr Rechnung getragen worden. Eine Entwicklung, die nur begrüßenswert ist, weil sie auch die Chance bietet, über ein direktes Bekenntnis zu einem Bankkonto auch entsprechend Möglichkeiten zur Hand zu haben, sein Leben neu aufzusetzen oder neu zu gestalten.

Das Internet und das Bankwesen habe ich bereits angesprochen. Wenn die Situation in der Konsumentenberatung eigentlich fortschreitend beobachtet wird, gibt es laufend Felder, wo im heutigen Gesellschaftssinne Menschen in die Irre geführt werden. Wo es in der Chance, ein Geschäft zu machen, keine Grenzen mehr gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wo ohne Bedachtnahme auf den Status, auf den Wert des Menschen nur versucht wird, Geld zu machen, ohne Einschränkung auf die Verluste und auf die Existenzgegebenheiten, die dann nachträglich den Einzelnen betreffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier gehört auf der einen Seite das Bekenntnis, dass in gesetzlicher Form eingeschritten wird. Auf der anderen Seite gehört unabdingbar dazu, dass eine Einrichtung gegeben ist, die im Schutzsinne für den einzelnen Konsumenten und für die einzelne Konsumentin zur Verfügung steht.

Wenn angeführt wurde, dass die Patientenanwaltschaft, dass die Jugendanwaltschaft und alle anderen Gegebenheiten hier auch vorbildlich im Sinne der Menschen unseres Landes Wirkung entfalten, dann ist das nicht nur begrüßenswert, sondern hier ist auch auszubauen.

Ich glaube kaum, dass es einer Schuldnerberaterin oder dass es einer Konsumentenschützerin im Allgemeinen an irgendwelchen Aufgaben in Zukunft mangeln wird. Deswegen ist es wahrscheinlich auch eine absolute Notwendigkeit - wie mein Vorredner gesagt hat -, dass schon in den schulischen Bereichen hier entsprechende Maßnahmen und Schulungen stattfinden.

Hier gehört aufmerksam gemacht, dass eine Schuldenfalle mit Sicherheit nicht nur bei Bestellungen, sondern auch in der Entwicklung der gesellschaftlichen Gegebenheiten da ist. Wenn Sie sich den Durchschnittswert mit 80.000 Euro pro einzelnen Konsumenten, wenn er in eine Schuldensituation geraten ist, vor Augen führen, dann kann man sich über den Durchschnitt ausrechnen, wie oft sich jemand etwas zumutet, was er dann im Grunde genommen aufgrund von Arbeitslosigkeit oder anderen Schicksalsschlägen, die ihn ereilen, nicht bewältigen kann.

Daher ist es unabdingbar, dass diese Einrichtung besteht. Daher ist es eine absolute Notwendigkeit, dass im Sinne der Schutzbedürftigen hier eine entsprechende Dienstleistung vollzogen wird. Daher ist es auch wichtig, dass jede Form der Unterstützung für die Schwächsten in unserer Gesellschaft beziehungsweise für die, die durch Fremdverschulden in diese Situation geraten, vorhanden ist. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Frau Landesrätin Verena Dunst hat sich von der Regierungsbank zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Regierungsmitglieder! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Vielen herzlichen Dank für die Wortmeldungen der Abgeordneten, die eigentlich zusammengefasst klar gesagt haben, wie wichtig die Schuldnerberatung und wie wichtig der Konsumentenschutz ist.

Ich kann Ihnen nur recht geben, weil wir jeden Tag die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei denen ich mich gleich am Anfang sehr herzlich bedanken möchte - es sind einige hier auf den Zuschauerrängen vertreten -, weil die spüren, wie die Menschen wirklich Probleme haben.

Und zwar, wenn ich mir das anschaue, das wir heute viele - Entschuldigung. *(Landesrätin Verena Dunst versagt die Stimme.)* Ich melde mich später. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir schieben das auf, und ich bitte als Nächste die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik zu Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Ein Willkommen allen Jugendlichen, die jetzt auch neu auf den Rängen dazugekommen sind. Ich bilde mir ein, ich kenne das eine oder andere Gesicht, auch schon von Preisverleihungen für besondere Texte und so. Es freut mich sehr, dass ihr euch heute die Zeit nehmt, hier auch zuzuhören. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift, unter der jetzt meine Wortmeldung eingetragen ist, ist Menschen mit besonderen Bedürfnissen, ältere Generation. Ich möchte noch einmal hier den Faden aufnehmen, den der Kollege Drobits vorher angesprochen hat. Nämlich, den Bericht des Monitoring-Ausschusses, den wir auch schon einmal hier in diesem Haus diskutiert haben.

Ich habe immer Sorge, wenn solche Berichte einmal auf den Tisch gekommen sind, dass sie dann zwar beklatscht und gelobt werden, aber dass in der folgenden Arbeit, im Alltagsstress und auch in neuen Ideen, die immer wieder dazu kommen, dann etwas in einer Lade liegen bleibt und nicht mehr beachtet wird.

Deswegen möchte ich die Stelle jetzt hier auch nutzen, um noch einmal darauf hinzuweisen, was im Bericht des Monitoring-Ausschusses empfohlen wird, wenn es um Menschen mit besonderen Bedürfnissen geht.

Der Monitoring-Ausschuss empfiehlt, dass die derzeit von der Fachabteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung zu erarbeitenden Kriterien für die persönliche Assistenz sich an den Kriterien der anderen österreichischen Bundesländer orientieren. Hallo. Willkommen! Das heißt, wir brauchen noch detailliertere Kriterien, wonach die persönliche Assistenz, also jene Menschen, die Menschen mit besonderen Bedürfnissen, mit verschiedenen Behinderungen, in ihrem Alltag begleiten, arbeiten können, wofür sie zuständig sind.

Es geht hier darum, dass möglichst viele Menschen am gesellschaftlichen Prozess, am kulturellen Prozess, aber auch am Arbeitsprozess teilhaben können. Insbesondere können hier die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Steiermark und das Burgenland

vergleichbare Leistungen gewähren. Das ist sehr wichtig. Wir haben das in verschiedenen Zusammenhängen, dass Ländergrenzen oft auch die Grenzen zwischen zwei verschiedenen Landesgesetzen sind. Das ist aber oft nicht sinnvoll.

Wir erleben das hier auch etwa im Jugendschutz, wo es in verschiedenen Bundesländern verschiedene Jugendschutzgesetze gibt und es über Jahre noch nicht gelungen ist, hier eine Synchronisierung zustande zu bringen und sich Jugendliche, zum Beispiel, im Südburgenland immer genau überlegen müssen, bin ich jetzt gerade auf der steirischen oder auf der burgenländischen Seite, wenn ich am Abend unterwegs bin und wie lange darf ich mich hier öffentlich zeigen?

Hier sehen wir auch so eine Sache, wo es wichtig wäre, dass wir bundesländerübergreifend gemeinsame Regelungen finden. Die burgenländischen Verantwortungsträger werden auch ersucht, dafür einzutreten, dass die Finanzierung der persönlichen Assistenz sichergestellt wird.

Das ist natürlich wieder so ein großer Budgetposten - keine Frage. Aber, es ist etwas, das in der Folge für viele Menschen und damit auch für uns als Gesellschaft und für die öffentliche Hand Geld einsparen kann. Denn je selbstbestimmter jemand leben kann, desto weniger wird er auf die Dauer auf äußere Hilfe angewiesen sein.

Der Monitoring-Ausschuss hat auch empfohlen, dass der Gesetzgeber in Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice für den Beruf persönlicher Assistent, persönliche Assistentin, ein ganz klar definiertes Anforderungsprofil vorgibt.

Die Verknüpfung mit der Ausbildung zur Arbeitsassistenz wäre sehr sinnvoll. Die persönliche Assistenz - und das muss man hier noch einmal unterstreichen - ist ein neues Berufsbild, eigentlich auch eine Nische, die auch arbeitsmarktpolitisch interessant ist. Insofern passt das auch noch zum Thema Arbeitsmarkt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke, viele in diesem Haus werden mit mir einer Meinung sein, wenn wir uns wünschen, dass das Burgenland ein Land der nachhaltigen Teilhabe aller Menschen wird. Aller Menschen am öffentlichen Alltagsleben, der Teilhabe an Arbeit, an Gesellschaft und auch an Kultur. Dies beinhaltet einen barrierefreien Zugang zu Medien und Information. Das ist nicht immer leicht, Homepages barrierefrei zu gestalten. Da haben wir wirklich große Herausforderungen vor uns, aber, Schritt für Schritt kann das gehen.

Barrierefreiheit im Zugang zu Bildung und Kultur. Zu Kommunikation und Freizeitgestaltung. Zu Gebäuden und Verkehrsmitteln sowie auch zu politischer Beteiligung. Das ist auch ein Punkt, warum ich es sehr gut finde, dass wir diesen Livestream hier endlich installiert haben. Hier können wirklich Menschen, die keine Chance haben, über die Stiegen herauf zu kommen und sich auf die Galerie zu bewegen, zum Beispiel, die zuhause bettlägerig sind, diesen politischen Prozess hier mit zu vollziehen. Das - denke ich - ist unser gemeinsamer Wunsch.

Im Detail bräuchten wir noch einen Plan für wohnortnahes Wohnen - auch in kleinstrukturierten Einrichtungen. Ich bin nicht dafür, einfach flächendeckend überall etwas hinzustellen, sondern sehr genau zu schauen, wo welcher Bedarf ist.

Im Detail brauchen wir noch eine Sicherung von Inklusion in der Bildungsarbeit. Das war gestern auch schon ein Thema. Wir haben halt immer noch Kinder und leider kommt es auch jetzt häufiger vor, dass diese ohne Hilfe dastehen, die in den aktuellen Schulstrukturen nicht mitkommen, wenn wir nicht eigene Hilfe haben.

Aber, alles, was getan wird, dass Menschen, egal welchen Alters - kleine Kinder, Erwachsene oder alte Menschen -, am gemeinsamen gesellschaftlichen Prozess teilhaben können, erspart an einer anderen Seite wieder Ausgaben. Es sollte uns allen - denke ich - ein Anliegen sein, dass integrative Ausbildungsmaßnahmen gefördert werden. Dass wir auch schauen, dass in Bildungsprozessen selbst Menschen mit besonderen Bedürfnissen tätig sind.

Dass in den Ausbildungen zu Pädagogikeinsatzfeldern, ob im Kindergarten, in der Schule, oder wo anders, auch Gehörlose aufgenommen werden können, auch Blinde hier diese Ausbildung mitmachen können. Vor 20 Jahren musste eine einzelne Person noch dafür kämpfen. Mittlerweile merken wir, es ist gar kein Problem, dass, zum Beispiel, eine Person mit ihrem Blindenhund als Volksschullehrerin tätig ist. Es gibt ein paar Bereiche, die diese Person nicht abdecken kann, aber dafür kommt dann eine andere Lehrkraft ins Klassenzimmer.

Aber, für die Kinder, die in dieser Schulklasse sitzen, ist Inklusion etwas völlig Selbstverständliches und man braucht es ihnen nicht mehr zu erklären. All diese Dinge gemeinsam zu fördern und weiterzuentwickeln ist eine spannende Herausforderung.

Ich denke, im vorliegenden Budget sehen wir auch einige Ansätze dafür. Die Arbeit der zuständigen Abteilung möchte ich hier loben und mich dafür bedanken. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Geschätzte Damen und Herren auch auf den Galerien! Ich möchte mit einem Zitat von Richard von Weizsäcker beginnen: „Nicht behindert zu sein, ist wahrlich kein Verdienst, sondern ein Geschenk, das jedem von uns jederzeit genommen werden kann!“

Genau das sollten wir uns immer vor Augen halten. Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Ältere werden aber leider oft vergessen. Nicht aber bei uns im Burgenland. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei unserem Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer für seinen Einsatz zu dieser Thematik im Bund bedanken.

Noch nie wurde so viel in Gesundheit und Soziales investiert, wie in diesem Budget. Uns ist es wichtig, dass adäquate Rahmenbedingungen geschaffen werden, sodass alle Burgenländer die Unterstützung, Begleitung und Pflege bekommen, die sie brauchen. *(Abg. Manfred Kölly: Im Nationalrat hat der Hofer gegen das Budget gestimmt! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Als Grundlage in beiden genannten Bereichen dient der Bedarfs- und Entwicklungsplan 1998, welcher zur verbindlichen Leitlinie für die zukünftige Entwicklung erklärt wurde. Dieser Plan wird seither laufend aktualisiert. So sind wir mittlerweile beim Bedarfs- und Entwicklungsplan 2016/2017 angekommen.

Ich möchte gleich einmal auf den Grundsatz ambulant vor stationär eingehen. Im Burgenländischen Sozialhilfegesetz 2000 ist verankert, dass bei der Gewährung der Sozialhilfe die Integration des hilfsbedürftigen Menschen in seiner sozialen Umwelt anzustreben ist und dass ambulante und teilstationäre Dienste Vorrang gegenüber stationären Angeboten haben.

Dies gilt es, im Bedarfs- und Entwicklungsplan umzusetzen. Auch wenn sich viele Familienangehörige noch so bemühen, die Pflege selbst zu übernehmen, gelangen viele an ihre Grenzen und sind daher schnell überfordert.

Daher sind entlastende Dienste und insbesondere auch die Tagesbetreuung von sehr wichtiger Bedeutung. Wir im Burgenland verfolgen eine Pflegepolitik, in der die häusliche Pflege vor Heimunterbringung kommt.

Daher müssen wir vor allem im ambulanten sowie teilstationären Sektor investieren und somit schlagen wir dann auch zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir schaffen nämlich zukunftsorientierte und krisensichere Arbeitsplätze, die wir aufgrund der immer mehr alternden Bevölkerung auch benötigen, und gleichzeitig wirken wir damit auch dem negativen Effekt der Digitalisierung entgegen. Impulse können durch die Zweckzuschussmittel des Bundes nach dem Pflegefondsgesetz gesetzt werden, indem entsprechende Ausbaumaßnahmen in diesen Bereichen finanziert werden.

Der Zweckzuschuss dient der Sicherung zum Aus- und Aufbau des Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebots. Dieser Zweckzuschuss dient auch zur teilweisen Abdeckung des Mehraufwandes von Ländern und Gemeinden und umfasst unter anderem die mobilen Betreuungs- und Pflegedienste, Pflegeheime, Tagesbetreuungseinrichtungen, Kurzzeitpflege in Pflegeheimen zur Entlastung pflegender Angehöriger, Case- und Caremanagement und alternative Wohnformen, wie betreutes Wohnen.

Natürlich wissen wir alle, dass die Zahl der Leistungsbezieher in diesem Bereich von Jahr zu Jahr steigt und uns dadurch jedes Jahr erhebliche Mehrausgaben entstehen. Aber, ich möchte hier gleich eines festhalten: Die Burgenländer haben es verdient, dass wir alles in unserer Macht Stehende für sie tun. Wir haben in den letzten Jahren so viel Geld in fremde Menschen investiert, da sollten wir uns hier nicht über steigende Kosten den Kopf zerbrechen.

Denn man kann erst anderen helfen, wenn es einem selbst gut geht, und an das sollten wir stets denken. Wir sind es unserer Bevölkerung schuldig. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank Frau Landesrätin Verena Dunst auf ein Neues.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt geht es!)* Danke für Deine Güte! Hoher Landtag! Danke für das Verständnis! Die Stimme ist jetzt wieder da! Danke.

Ich glaube, dass es Ihnen bei diesem Kapitel Konsumentenschutz und Schuldnerberatung zusteht, dass hier auf Ihre Wortmeldungen eingegangen wird beziehungsweise dass Sie auch wissen, wie es weitergeht.

Vielen Dank, dass Sie heute, da bin ich sicher, diesem Budgetkapitel zustimmen werden, weil ich nach langer Überlegung und aus der Herausforderung, noch mehr im Konsumentenschutz und in der Schuldnerberatung zu tun, weil wir hier immer mehr Menschen als unsere KlientInnen haben, dass ich hier mehr investieren kann.

Daher haben Sie dem Budget entnehmen können, dass wir seitens des Konsumentenschutzes um fast die Hälfte das Geld, nämlich um 50 Prozent, erhöhen, weil wir immer wieder neue Möglichkeiten suchen, um Menschen zu helfen.

Genauso in der Schuldnerberatung, wo wir das Budget aufstocken, weil ich hier eine neue Homepage, Webseite, aber auch auf Facebook und andere soziale Medien noch mehr eingehen möchte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es sind sehr viele junge Menschen da, die ich sehr herzlich begrüße. Ich darf das auch nützen, Sie hier zu haben. Sie haben bemerkt, dass seitens der Abgeordneten auch ganz klar die Sorge um die Jugend besteht, weil wir aus den Daten und Fakten der Schuldnerberatung und der Konsumentenschützerinnen und -schützer wissen, dass auch viele junge Menschen damit ein Problem haben, weil heute nichts unversucht bleibt, dass man Sie hier, manchmal ganz einfach über das Internet oder auch über andere Medien, über den Tisch zieht, und Sie dann große Sorgen haben oder Ihre Eltern, dass man das dann auch bezahlen kann.

Es steht tagtäglich auf der Tagesordnung, dass unsere JuristInnen hier sehr gefordert sind. Daher wird es mehr Budget geben. Ich denke, das ist wichtig so.

Der Herr Abgeordnete Spitzmüller hat das ganz klar gesagt. Ich unterstütze ihn deshalb hier, auch was die Eltern oder was die Institutionen anbelangt. Das heißt, unsere MitarbeiterInnen sind auch ständig draußen bei den verschiedenen Vereinen und Institutionen, um diese zu schulen.

Jetzt sage ich nur, ob es jetzt Vamos ist oder andere integrative Organisationen und Institutionen, genauso wie wir immer im Laden sind in der Pannonischen Tafel und dort, überall wo Menschen Probleme haben, dass wir sie dort auch beraten können.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Abgeordneter Steier, wenn Sie sagen, dass dies einfach ein Phänomen der Zeit ist, dass man alles dagegen tun muss, um noch besser aufzutreten, genauso bei der Landtagspräsidentin Benkö, die von Anfang an mit mir diesen Weg gegangen ist.

Ich möchte mich auch beim Landeshauptmann bedanken. Ich sage nur zwei Dinge. Das ist überhaupt nicht selbstverständlich. Als ich vor vielen Jahren in die Regierung berufen wurde, bin ich auf den Herrn Landeshauptmann zugegangen und habe gesagt, ich hätte gerne, dass wir als erstes Bundesland hier den Konsumentenschutz in der Regierung selber verankern.

Er hat „ja“ gesagt. Seitdem können wir da auch gut arbeiten. In der Schuldnerberatung, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen nur, dass es auch nicht selbstverständlich ist. Wir sind das einzige Bundesland, wo die MitarbeiterInnen im Land beschäftigt sind. In allen anderen Bundesländern ist es so, dass die Bundesländer zwar die Vereine finanziell unterstützen, aber das sind Vereine.

Jedes Jahr müssen die MitarbeiterInnen zittern, ob sie noch Geld genug bekommen, damit sie für die Menschen arbeiten können. Das ist bei uns nicht so, denn unsere MitarbeiterInnen, von der Frau Mag. Perusich begonnen, sind Landesbedienstete und können so gut für die Menschen in diesem Land arbeiten.

Daher bin ich auch sehr froh, dass Herr Mag. Drobits beispielsweise auch darauf hingewiesen hat, wie wichtig das ist, weil die Schuldnerberatung und der Konsumentenschutz auch viel mit dem Arbeitsplatz, mit dem Thema Arbeitslosigkeit zu tun hat und weil wir hier sehr darauf schauen müssen, dass wir das wirklich machen können, um die Menschen zu begleiten.

In diesem Sinne noch einmal ein herzliches Dankeschön an Sie alle für Ihre Zustimmung, aber vor allem auch ein Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und noch eine Bitte, gerade an Sie, meine Damen und Herren, die Sie heute vor Ort da

sind, aber auch an diejenigen, die uns zuhören. Ich bitte wirklich alle noch einmal: Bevor man einen Kaufvertrag unterschreibt oder im Internet etwas bestellt oder kauft, bitte fragen Sie uns. Das kostet nichts. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Danach ist es oft sehr schwer, aus diesen Verträgen herauszukommen. Bitte fragen Sie seitens des Konsumentenschutzes, fragen Sie per Internet, per E-Mail. Man kann uns überall erreichen, bevor Sie hier in eine Einkaufsfalle tappen, die Sie dann für Ihr Leben vielleicht sehr schlecht orientieren lässt.

In diesem Sinne ein herzliches Glückauf dem höheren Budget. Wir werden es brauchen. Ich danke Ihnen für Ihre ausgesprochene Unterstützung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Abgeordnete Mag.a Regina Petrik ist die Nächste auf der Rednerliste.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Wir haben jetzt ein großes und auch ein sehr wichtiges Thema auf der Tagesordnung. Es geht nämlich um die Themen Familie und Frauen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Interessante ist, dass es noch immer so ist und es noch immer so nötig ist, dass die Themen Familie und Frauen in einem Block diskutiert werden. Familienpolitik ist eigentlich eine Politik für Männer, Frauen und Kinder sowie Jugendliche und Generationen in verschiedene Richtungen.

Tatsächlich ist es aber so, dass unser aktuelles Familienbild und unsere aktuelle Familienkultur, die wir in Österreich noch leben, sehr stark Frauen strukturell benachteiligt. Deswegen ist im es Rahmen von Familienpolitik immer nötig, die Frauenpolitik mitzudenken. Deswegen liegt es auch auf der Hand, warum diese beiden Themen zusammenfallen.

Das ist nun ein Thema, bei dem ich annehme, dass es in unserer rot-blauen Landesregierung nicht immer Einigkeit gibt, weil sowohl das Familienbild, als auch das Frauenbild zwischen der SPÖ und der FPÖ doch sehr weit auseinander liegt. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sagt das? Das stimmt doch nicht!)*Ich hoffe sehr, dass sich das, *(Abg. Manfred Kölly: Sie sind sich doch immer einig.)*

Herr Kollege Kölly, ich würden Sie bitten, zuzuhören, ich glaube, das tut Ihnen ganz gut. *(Abg. Manfred Kölly: Ich höre zu, darum sage ich ja auch, dass das nicht stimmt. Sie sind sich einig. Immer!)* Ja, in Ordnung.

Das Tempo in der Veränderung für die Lebenssituationen von Frauen hat sich leider verlangsamt. Ich habe es auch hier schon im Landtag gemerkt. Wir haben letztes Jahr im März versucht, einen gemeinsamen Antrag aller weiblichen Abgeordneten auf die Tagesordnung zu bringen, wo es um die Gleichstellungen von Frauen und Männern in den Texten der Landesverfassung und der Geschäftsordnung für den Landtag geht. Es ist leider daran gescheitert, dass die Kolleginnen der FPÖ nicht mitmachen wollten.

Es sind also Schritte, die wir, ich hoffe, in den nächsten Jahren doch noch miteinander gehen dürfen. Weil Frauen sollen nicht nur im Privatleben, in ehrenamtlichen Tätigkeiten und da und dort auch ein bisschen in höheren Positionen auftauchen, sondern Frauen sollen überall sichtbar sein. Öffentlich in der Politik sichtbar sein, aber auch öffentlich in der Sprache und in unseren Texten.

Wir merken aber die Verlangsamung auch am Widerstand, zum Beispiel, gegen die Anpassung von manchen Berufsbezeichnungen in unseren Gesetzestexten. Da sind wir einfach auch einer gesellschaftlichen und vor allem einer fachlichen Entwicklung noch hinten nach.

Wir haben noch immer in unseren Gesetzen, zum Beispiel, den Begriff der Kindergärtnerin stehen. Nun ist es schon seit vielen Jahren üblich, dass man von KindergartenpädagogInnen spricht, um auch deutlich zu machen, dass das eine pädagogische Aufgabe ist. Mittlerweile spricht man in der Fachwelt von der Elementarpädagogik. Gut, wie auch immer.

Aber, in unseren Gesetzestexten haben wir noch immer alte Bezeichnungen. Ich weiß schon, es ist nicht leicht, alles zu ändern, aber ich muss immer wieder darauf hinweisen. Ich habe auch hier schon einmal den Antrag gestellt, dass wir das ändern, aber das geht eben nicht so schnell. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sehen es auch bei der Mindestsicherungsdebatte. Hier sind Frauen sehr stark betroffen. Frauen, die Alleinerziehende sind, die zwei, drei Kinder haben, die ganz dringend auf eine Mindestsicherung angewiesen sind. Nämlich, in der Form, wie sie jetzt ist, ohne Deckelung, weil wenige von ihnen wirklich jenes Einkommen haben, mit dem sie dann ihre Familie, ihre Kinder auch durchbringen können.

Es muss aber noch mehr konkrete Schritte seitens der Landespolitik geben. Weil Appelle alleine genügen nicht. Leider zeigt uns der Voranschlag, dass im Bereich der konkreten Arbeit für und mit Frauen in Notsituationen wiederum, wie schon in den letzten Jahren, gekürzt wurde.

Waren es 2014 noch 304.000 Euro, die unter Frauenangelegenheiten verbucht wurden, sind für 2017 nur mehr 259.100 Euro veranschlagt. Jedes Jahr wird es ein Stückchen weniger. Da helfen auch sozusagen Erläuterungen zu Genderbudgeting und so nicht, wenn wir dann in den konkreten Zahlen merken, dass es da einen Rückgang gibt. Der Posten heißt Frauen in Notsituationen, und er ist weniger dotiert als noch vor einigen Jahren.

Die Schere geht aber sogar innerhalb dieses Budgetpostens auseinander, weil, für Veranstaltungen darf nun mehr Geld ausgegeben werden. 15.000 Euro, um 4.000 Euro mehr als im vergangenen Jahr. Nun bezweifle ich gar nicht, dass das wichtige und gute Veranstaltungen sind. Aber, wir sehen, wenn es um die Förderung von Frauen in Notsituationen geht, dann gibt es 7.000 Euro weniger als im Vorjahr, aber diese Frauen, die in Notsituationen sind, sind nicht jene, die profitieren von noch und noch einer Veranstaltung, die gemacht wird.

Also, wir müssen hier schon schauen, dass hier in diesem Bereich die Balance gewahrt wird. Ich bitte daher um mehr Sensibilität.

Ich hoffe auch sehr, dass der FPÖ-Zugang, der blaue Zugang zur Frauenpolitik und zum Frauen- und Familienbild sich nicht weiter ausprägt, denn das wäre für viele Frauen eine wirkliche Katastrophe. Wir haben hier eine Partei, in der eine Stadtgruppe, wohl nicht im Burgenland, Stadtgruppe der FPÖ sanktionsfrei behaupten darf, dass Frauenhäuser Ehen zerstören, und es gibt keinen Aufschrei aus der FPÖ selber. Das zeigt dann doch, es werden manche Haltungen und Aussagen auch stillschweigend liegengelassen, nicht widersprochen oder vielleicht sogar unterstützt.

Die Einführung von Frauenhäusern im Burgenland hat viel Gutes gebracht, weil Frauen, die in Frauenhäusern gehen, bereits zerstörte Ehen haben oder sind gequält oder unterdrückt. Keine Frau verlässt gleichmütig oder leichtsinnig ihre Familie. Sie leidet

meistens noch sehr lange darunter und hat einen guten Grund. Nebenbei bemerkt, die Frauenhäuser im Burgenland sind erst auf Druck der GRÜNEN Anfang der Jahrtausendwende hier installiert worden.

Damals war es so, dass die SPÖ auf die Stimmen der GRÜNEN angewiesen war, um den Landeshauptmann zu wählen. Dadurch hat man einiges ausverhandelt. Damals hatte man ausverhandelt, den Landes-Rechnungshof, die Landesumweltanwaltschaft und die Frauenhäuser. Also wir sehen, wenn man auf dieser Ebene gut zusammenarbeitet und inhaltlich das Gleiche will, können wir auch Gutes aufstellen.

Ich hoffe sehr, dass der blaue Familienverband nicht mehr Einfluss bekommt in der Familien- und Frauenpolitik im Land Burgenland, denn da wird im Programm von einer autochthonen Geburtenrate gesprochen. Also eingesessene Frauen sollten irgendwie mehr gebären und die österreichischen Mütter müssen sich wieder mehr sozusagen um ihre Familie und um den Herd kümmern. Jetzt sage ich Ihnen etwas, ich habe drei Kinder. Ich habe diese drei Kinder nicht wie in einem Buch, das von einem Präsidentschaftskandidaten Hofer herausgegeben wurde, bekommen, weil ich irgendeinen Brutpflegetrieb habe.

Ich muss das zitieren aus einem Buch, herausgegeben von Norbert Hofer, der es nicht geschrieben hat, aber er hat es herausgegeben: „Der vom Thron des Familienoberhauptes gestoßene Mann sehnt sich unverändert nach einer Partnerin, die, trotz hipper den-Mädels-gehört-die-Welt-Journale, in häuslichen Kategorien zu denken imstande ist, deren Brutpflegetrieb auferlegte Selbstverwirklichungsambitionen überragt."

Das wird veröffentlicht. Jetzt glaube ich nicht, dass einer von den Kolleginnen oder Kollegen hier in der FPÖ-Fraktion das auch so sieht. *(Abg. Manfred Haidinger: Es ist Präsidentschaftswahlkampf!)* Ich glaube nicht, dass Sie das auch so sehen, aber Sie widersprechen es nicht. Hier wird öffentlich etwas dargelegt und vertreten, dass einem modernen Frauen- und Familienbild mehr als zuwider ist, im Gegenteil, es werden Errungenschaften auch noch zurückgenommen.

Das finde ich sehr schlimm. Ich habe eine ganz dringende Bitte an die SPÖ. Lasst Euch davon nicht abbringen, kämpfen wir weiterhin für eine moderne Frauenpolitik der vollen Gleichstellung. Frauenpolitik ist Politik gegen die Armut von Frauen und für deren Selbstbestimmung. Frauenpolitik ist Politik gegen strukturelle Benachteiligung von Frauen und für eine Stärkung von Mobilität von Frauen. Frauenpolitik ist auch gegen versteckte und subtile Demütigung, Herabwürdigung und Hetze und für die volle Gleichstellung von Frauen und Männern, auch in deren Abbildung in Sprache und in Gesetzestexten.

Wir haben noch viel zu tun. Dieser Voranschlag zeigt leider zu wenig dazu, aber ich hoffe, in Zukunft werden wir das schaffen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Der nächste Redner ist Herr Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollegin Petrik, die Frauenpolitik werde ich weitgehend Ihnen überlassen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke!)* In diesem Bereich sind Sie der Fachmann oder die Fachfrau. Nur so viel.

Wir haben uns ja im Rahmen der Entstehung der Gemeinderechtssammelnovelle über das Thema „Gendern von Gesetzestexten" unterhalten. Egal wie man jetzt zum Thema Gendern grundsätzlich steht, ich bin schon der Meinung, dass das in den

Gesetzestexten eine ganz eigene Qualität hat. Ich weiß, Sie sind auch dieser Meinung. Ich meine damit allerdings, dass es in Gesetzen vor allem darum geht, dass sie lesbar und anwendbar sind und zwar auch für den juristischen Laien.

Gerade wenn es um das Gemeinderecht geht, um die Gemeindeordnung geht, sind wir ja mit einer Situation konfrontiert, dass verhältnismäßig viele Anwender selbst in diesem Gesetzestext nachlesen, und wir haben uns auch einzelne Beispiele angeschaut.

Ich glaube § 31 Ortsvorsteher, was passieren würde, wenn man das Ganze gendert. Das hat jetzt nichts damit zu tun, dass ich grundsätzlich ein Problem mit dem Gendern habe, aber ich halte es eben im legistischen Bereich für wenig zweckmäßig, in Wirklichkeit für kontraproduktiv.

Zur Familienpolitik, meine Damen und Herren. Für die Familienförderung im klassischen Sinn sind im kommenden Jahr 5,35 Millionen Euro budgetiert. Der Großteil davon, nämlich 4,3 Millionen Euro, wird in die Kinderbetreuungsförderung, vulgo Gratiskindergarten, investiert. Eine Förderung, an der wir Freiheitlichen, wie Sie wissen, ja nicht ganz unschuldig sind. Ansonsten finden bewährte Projekte und Förderungen Fortsetzung im Familienreferat. Der Kinderbonus mit rund 450.000 Euro, die Förderung nach Mehrlingsgeburten 25.000 Euro und das Schulstartgeld rund 220.000 Euro.

Meine Damen und Herren! Mehr als 26 Millionen Euro werden im kommenden Jahr in die Jugendwohlfahrt fließen. Der Großteil davon in die Unterbringung in stationären Einrichtungen und in die Unterstützung der Erziehung, also in die ambulante Betreuung. Ich stelle diese beiden Zahlen ganz bewusst gegenüber, weil sie zeigen, was es, abgesehen vom großen menschlichen Leid, bedeutet, was es alleine schon finanziell bedeutet, wenn Familie nicht stattfindet, wenn Familie nicht funktioniert.

Die Zahlen sprechen für sich. Sie wissen das, meine Damen und Herren, sie steigen seit Jahren stark an und letztendlich handelt es sich auch hierbei - zumindest bedingt - um familienpolitisch bedingte Ausgaben.

Wir könnten jetzt sicherlich sehr lange darüber streiten und diskutieren, warum das alles so ist, warum der traditionelle Familienverband immer mehr unter die Räder kommt und warum es in vielen Fällen immer öfter Hilfe von außen braucht. Klar ist, dass sich die Gesellschaft verändert. Klar ist, dass sich die Rahmenbedingungen verändert haben und klar ist auch, dass es nicht zuletzt ökonomische Gründe für all das gibt.

Man wird mir in diesem Punkt meine Meinung sicherlich nicht nehmen, ich glaube fest daran und das betrifft mich auch selbst, dass sich viele Eltern wünschen, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, selbst mehr Zeit in die Betreuung und Erziehung zu investieren und weniger Fremdbetreuung in Anspruch nehmen zu müssen. Egal ob Vater oder Mutter, aber eben in diesen Bereichen sind wir oft mit ökonomischen Zwängen konfrontiert.

Die Qualität der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen ist gut. Wir haben uns gestern ausführlich darüber unterhalten. Ich habe das betont. Ich bin dennoch der Überzeugung, dass es eine ganz eigene Qualität hat, wenn zumindest in einem gewissen Lebensalter und für eine gewisse Zeit sich Vater und Mutter vermehrt selbst um ihr Kind kümmern.

Meine Damen und Herren! Uns liegt zu diesem Themenbereich auch ein Antrag des Bündnisses Liste Burgenland vor. Unter Tagesordnungspunkt 19, ein Entschließungsantrag, der die Einführung eines Erziehungsgeldes, ich halte diesen Begriff für suboptimal gewählt, fordert. Die Antragsteller beschreiben die finanziellen Rahmenbedingungen, die für Familien in Österreich herrschen und verlangen 838 Euro

monatlich für einen Erziehungsberechtigten, der sich bis zum 6. Geburtstag des Kindes eben selbst um die Betreuung und Erziehung kümmert.

Die grundsätzliche Zielsetzung ist eine, mit der wir Freiheitlichen uns durchaus anfreunden können, denn warum soll ein Elternteil, der sich selbst um sein Kind kümmert, mit 436 Euro abgespeist werden, maximal 2,5 Jahre lang. Die längste Variante ist ja in vielen Fällen aus ökonomischen Gründen nicht realistisch. So ist es mir selber ergangen. Ich wäre gerne ein halbes Jahr zu Hause geblieben, aber das war eben aufgrund der beruflichen Umstände meiner Frau und meiner Umstände nicht machbar.

Warum sollen Elternteile nur 436 Euro bekommen, während in anderen Bereichen für Leute, die nichts Vergleichbares leisten oder geleistet haben, weit mehr ausbezahlt wird? Nebenbei würde eine derartige Familien- oder Sozialleistung endlich das herstellen, was wir zumindest vordergründig alle Parteien fordern, nämlich Wahlfreiheit. Und zwar wirkliche Wahlfreiheit, meine Damen und Herren, und da nehme ich doch noch einmal kurz Bezug auf die Kollegin Petrik. Mein und unser Verständnis von Frauenpolitik ist, dass wir Wahlfreiheit herstellen. Es ist ein Aspekt, aber es ist aus meiner Sicht ein ganz zentraler Aspekt.

Effektive Wahlfreiheit haben wir dann, wenn wir die ökonomischen Zwänge möglichst weit zurückschrauben. Ich bin nicht der Meinung, dass der Staat irgendjemanden ein Lebensmodell vorschreiben sollte, keiner Frau, keinem Mann, keiner Familie. Wahlfreiheit, das ist die Devise. Der Antrag der Liste Burgenland wurde von uns bereits im Ausschuss abgeändert, aus zwei Gründen:

Erstens. Sollen die 838 Euro zusätzlich zum Kinderbetreuungsgeld ausbezahlt werden? Wäre jetzt gefährlich, wenn ich sagen würde, das wäre zu viel des Guten, aber es ist schlicht und einfach nicht leistbar. Wir haben hier eine Stellungnahme der zuständigen Abteilung bekommen. Das würde uns im Jahr bis zu 136 Millionen Euro kosten. Also das ist ein Betrag, der selbst beim besten Willen nicht aufzubringen wäre.

Zweitens. Das gestehe ich durchaus ein, was die grundsätzliche Zielrichtung angeht, ist hier natürlich ein Auffassungsunterschied zwischen den Koalitionspartnern. Wir haben uns aber eben auf einen Abänderungsantrag, oder wie wir bei Rot-Blau sagen, auf einen Verbesserungsantrag geeinigt.

Was fordert dieser Verbesserungsantrag? Wir fordern unter anderem eine Erhöhung der Familienbeihilfe und eine jährliche Wertanpassung des Kinderbetreuungsgeldes und der Familienbeihilfe. Denn dass seit Jahren hier keine Wertanpassung oder nur ganz, ganz geringe Erhöhungen vorgenommen werden, wie etwa jetzt bei der Familienbeihilfe, meine Damen und Herren, ist letztendlich eine Schande. Ich verstehe das überhaupt nicht.

Wie schön wäre es, und ich bitte, das jetzt nicht falsch zu verstehen, aber wie schön wäre es, würde man Müttern und Vätern, den Familien in Österreich, zumindest zwischendurch jene Aufmerksamkeit und politische Energie schenken, die man alljährlich den Pensionsbeziehern schenkt.

Bei Familien gibt es keine Diskussion über Wertanpassungen, über Inflationsabgeltungen. Es gibt bei Familien schon gar keine Diskussion über Einmalzahlungen. Ich halte das im Vergleich zu den Pensionisten für eine Ungleichbehandlung, die nicht in Ordnung ist.

Ich lade Sie ein, unseren Antrag zu unterstützen. Was die Gruppe 4 und damit auch die vielfältige Familienförderung im Burgenland angeht, werden wir unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Mag. Michaela Resetar ist die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich kann es mir nicht verkneifen, doch ein paar Worte zum Thema Tourismus zu sagen. Nachdem ich ja jetzt Bäuerin bin, halte ich es mit dem Sprichwort: „Wenn man ein gut gesätes Feld hat, dann kann man auch gut ernten".

Ich gratuliere natürlich dem Burgenland Tourismus und unseren Unternehmerinnen und Unternehmern für diesen Erfolg *(Abg. Géza Molnár: Und dem Landesrat!)* und ich freue mich, dass wir heuer mit Sicherheit die Drei-Millionen-Nächtigungsmarke erzielen werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Kommen wir zur Frauen- und Familienpolitik. Ich darf einen Artikel aus der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft", herausgegeben von der AK und vom ÖGB, zitieren, wo als Überschrift steht: „Noch immer kämpferisch." „Noch immer" ist die Phrase, die bei Artikeln über Gleichstellung gerne vorkommt.

Noch immer verdienen Frauen weniger. Noch immer kümmern sie sich hauptsächlich um die Kinder. Noch immer sind sie in Führungspositionen eine exotische Spezies. Doch wer verzweifelt, hat keine Kraft zu kämpfen. Es wäre auch den Kämpferinnen der vergangenen Jahrzehnte gegenüber ungerecht, ihre Verdienste in Abrede zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wirkungsvolle Frauenpolitik muss in allen Politikfeldern verankert sein, von der Wirtschafts-, von der Bildungs-, aber natürlich auch bis zur Familienpolitik. Eine nur auf sich selbst bezogene Frauenpolitik kann auf die neuen Herausforderungen keine Antwort geben. Der katholische Familienverband bringt es auf einen Punkt. Das linke Lager reduziert Familienpolitik auf Frauenpolitik, das rechte Lager auf Mütter- und Hausfrauenpolitik. Dabei ist ja das Hauptproblem vieler potentieller Eltern, nämlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Familienpolitik muss Rahmenbedingungen schaffen, damit die Familien, damit sie die Kinder, die sie haben wollen, frei von wirtschaftlichen und sozialen Zwängen auch bekommen können. Eltern müssen tatsächlich die Wahlfreiheit haben, nämlich die freie Entscheidung, wie sie Haushalt, wie sie Kindererziehung, aber natürlich wie sie außerhäuslichen Erwerb untereinander aufteilen, ohne sofort als Rabenmutter auf der einen Seite, wie es so gerne die FPÖ sieht, oder als Hausmütterchen abgestempelt zu werden.

Die Politik ist gefordert, ein familienfreundliches Klima in vielen Bereichen im gesellschaftlichen Leben zu unterstützen. Dieses Budget und Ihre Arbeit, sehr geehrte Frau Landesrätin, wird jedenfalls einem familien- und frauenfreundlichen Klima nicht gerecht. Die beruflichen Perspektiven von Frauen sind schon erwähnt in der AK. Die Einkommenssituation der Frauen ist im Vergleich zu Männern im Schnitt nach wie vor schlechter. Frauen haben es im Berufsleben im Vergleich zu Männern noch immer nachweislich schwerer. *(Abg. Doris Prohaska: In der ÖVP überhaupt!)*

Seit die rot-blaue Regierung amtiert, lässt sich keine einzige konkrete Verbesserung für die Situation der Frauen feststellen. Weder wurde der Anteil der Frauen in der Technik gesteigert, *(Abg. Edith Sack: Na sicher wurde er gesteigert!)* noch konnte die Frauenarbeitslosigkeit spürbar gesenkt werden. Sie müssen mir nichts erklären, Sie müssen den vielen arbeitslosen Frauen etwas erklären. In Wahrheit hat sich in den letzten zehn Jahren in Bezug auf die Arbeitslosigkeit nichts geändert.

Die Frauen verdienen nach wie vor weniger im Vergleich zu Männern. Bereits vor fünf Jahren wurden die Einkommensberichte eingeführt, trotzdem hat sich die Gehaltsschere zwischen den Frauen und Männern nur geringfügig geschlossen.

Dabei sind die Frauen inzwischen genauso gut, ja sogar besser qualifiziert als Männer und sie haben auch einen höheren Anteil an Matura und Studienabschluss.

Hatten in den 70-er Jahren einmal sechs Prozent der Frauen die Matura und den höheren Abschluss, so explodierte dieser Anteil auf 32 Prozent im Jahr 2013. Damit haben sie auch die Männer, mit 29 Prozent, knapp überholt. Wir müssen jungen Frauen Mut machen, auch technisch naturwissenschaftliche Berufe zu wählen. Was mir besonders wichtig ist, wer arbeitet, muss auch davon leben können. Außerdem spielen längere familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und der anschließende Wiedereinstieg in die Teilzeit eine große Rolle.

Dabei bleiben wir auch bei unseren Forderungen: Die Anrechnung von Karenzzeiten bei den Gehaltsvorrückungen in allen Kollektivverträgen zu verankern. Auch im Pflegebereich bedarf es wirksamer Maßnahmen. Statistisch gesehen wird in jeder vierten Familie in Österreich Pflegetätigkeit geleistet. Der weitaus überwiegende Teil natürlich von Frauen. Die Familien, aber vor allem die Frauen, dürfen hier nicht auf der Strecke bleiben.

Zur Familienpolitik: Familien sind wichtige Grundsäulen in unserem Leben. Sie erbringen für unsere Gesellschaft mit Sicherheit eine enorme Leistung. Die Aufgabe der modernen Familienpolitik ist es natürlich, Rahmenbedingungen zu setzen. Wir haben in Österreich 1.390.000 Familien mit Kindern. Die Familien haben im Alltag viele Herausforderungen. Der Begriff Familienfreundlichkeit in Österreich, der sollte sowohl in der Wirtschaft, als auch in der Gesellschaft an Bedeutung gewinnen.

Dazu gehört natürlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein qualitätsvolles Lebensumfeld und auch die Unterstützung in organisatorischer und finanzieller Hinsicht. Dennoch sind die Familien unter anderem durch Steuern und Sozialabgaben stark belastet. Ein Beispiel: Der Spitalsaufenthalt eines Kindes bedeutet natürlich eine enorme Belastung für die Familien selbst. Ich habe das selbst am Leib verspürt.

Man muss organisatorische Dinge machen, und es bedeutet auch einen finanziellen Aufwand, denn für die ersten 28 Tage des Spitalsaufenthaltes eines Kindes ist im Burgenland ein Selbstbehalt von 18,10 Euro pro Tag zu entrichten. In einem familienfreundlichen Land dürfen Eltern in dieser schwierigen Situation nicht allein gelassen werden. Was auch immer wir heute zu diesem Beitrag beschließen, ich hoffe, es geht in die Richtung der Familien.

Die Politik ist gefordert, ein familienfreundliches Klima in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu unterstützen. Noch mehr als bisher könnte schon längst getan sein.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Klaudia Friedl: Frau Kollegin, ab 1.1.2017 fällt dieser Selbstbehalt, das hat der Nationalrat beschlossen!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Mag. Resetar. Als Nächstes erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Frau Abgeordnete Resetar, Sie wissen sehr wohl, dass viele Gesetze für Frauen oder wo sich für Frauen etwas ändert, im Bund

beschlossen werden - da können wir wenig tun im Land. Ich möchte aber auch sagen, Sie wissen auch bestimmt, wer die letzten Frauen waren, die zuständig waren für Frauenpolitik und Familienpolitik im Bund.

Das waren jahrzehntelang ÖVP-Politikerinnen. Erst jetzt sind SPÖ-Frauen Politiker, bei Familie nicht. Aber bei Frauen ist die SPÖ jetzt dort und endlich geht etwas weiter. Ich kann mich erinnern, viele Jahre hat es Rückschritte in der Frauenpolitik gegeben, dank der ÖVP! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, nein, sonst habt Ihr das immer anders gesagt! – Beifall bei der SPÖ)*

An das sollten Sie sich noch erinnern! Ihr habt blockiert - leider! Alles, was Sie hier heute fordern, fordern wir schon jahrzehntelang. Vieles davon wurde schon umgesetzt. Sie wissen sehr wohl, warum gewisse Sachen nicht umgesetzt wurden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil die SPÖ blockiert!)* Von wem wird blockiert in der Frauenpolitik, in der Familienpolitik, im Beruf, und so weiter?

Wie lange haben Sie „Frauen zurück an den Herd“ geben wollen? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na geh, bitte!)* Lange Zeit genug ! Ich kann Ihnen nur sagen, alles, was Sie heute hier gefordert haben, ist umgesetzt oder wird schon lange von uns gefordert. Die ÖVP hat bis heute blockiert! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich bin froh, dass Sie nicht mehr in der Regierung sind! Nun komme ich zur Frauen- und Familienpolitik des Landes und Gott sei Dank haben wir hier eine Frau Landesrätin Verena Dunst, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Es gibt keine Kompetenzen!)* die hier wirklich schon sehr viel getan hat. Herr Steindl, Sie habe ich gar nicht angesprochen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Es gibt keine Kompetenzen! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer| *(das Glockenzeichen gebend)*: Die Frau Abgeordnete Sack ist am Wort.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ) *(fortsetzend)*: Familie ist und bleibt eine wichtige Zukunftsfrage, da sind wir uns alle einig. Daher ist es auch wichtig, Rahmenbedingungen für diese Familien, für unsere Familien zu schaffen und unsere Familien in allen Lebenslagen zu unterstützen. Im Landesvoranschlag sind für die Familien 5,4 Millionen Euro vorgesehen *(Abg. Manfred Kölly: Viel ist das nicht!)* und beinhaltet viele begrüßenswerte Maßnahmen. Sie reichen vom Kinderbonus über Förderung von Eltern-Kind-Zentren bis zu Tageseltern.

Mit dem Schulstartgeld unterstützen wir unsere Familien und natürlich viele, viele weitere familienfördernde Maßnahmen. Der größte Teil im Familienbudget sind die 4,5 Millionen Euro für die Kinderbetreuungsförderung. Zusätzlich zu den familienfördernden Maßnahmen sind aber im Besonderen auch - und das haben wir gestern besprochen, das haben wir heute besprochen - die Gelder, die für Bildung eingesetzt werden. Für Wohnbauförderung, für Soziales, für Gesundheitsausgaben und vieles mehr wird investiert und für die Familien eingesetzt. 40 Prozent des gesamten Landesbudgets sind für Sozialleistungen und somit auch für unsere Familien, für die Menschen unseres Landes vorgesehen.

Unser Sozialsystem ist gekennzeichnet durch ein abgestimmtes Netz an Sozialleistungen, insbesondere auch in den Bereichen Familie und Arbeitslosigkeit. Diese Sozialleistungen haben das vorrangige Ziel, Armutsgefährdung zu verhindern. Die von Bundesseite und Landesseite zur Verfügung gestellten Sozialleistungen für Familien, vom Kinderbetreuungsgeld, Familienbeihilfe, Mindestsicherung bis hin zur Hilfe in besonderen Lebenslagen und die schon genannten Maßnahmen des Landes, mit den Familien

unterstützt werden, sind eine finanzielle Hilfestellung für Eltern, für Familien und erreichen die Höhe der Mindestsicherung auf alle Fälle.

Ihr Antrag, Herr Kölly, ist leider nicht gut durchdacht. Gestern haben Sie gesagt, wir sprechen ihn nicht an, ich spreche ihn sehr wohl an. Abgesehen von den Kosten, *(Abg. Manfred Kölly: Setzen wir uns zusammen!)* wir sprechen ja immerhin von 136 Millionen Euro, liegt die Zuständigkeit für Kinderbetreuung oder Erziehungsgeld, wie Sie es nennen, beim Bund.

Daher ist nicht nachvollziehbar, warum sich das Land zu einer weiteren Sozialleistung verpflichten soll. *(Abg. Manfred Kölly: Warum? Wir haben ja genug Geld!)* Sie fordern auf der einen Seite 136 Millionen zusätzliche Sozialleistung, auf der anderen Seite haben Sie heute in der Früh gesagt, ich frage mich nur, wie lange wir uns das alles leisten können.

Ich kann Ihnen aber versichern, Herr Kollege Kölly, wir werden im Burgenland weiterhin die Familien bestmöglichst unterstützen und unsere Förderangebote *(Abg. Manfred Kölly: Wir auch!)* auch weiterhin verbessern. Aber bitte sinnvoll, bitte! *(Abg. Manfred Kölly: Da sind wir uns einig! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wichtig für Familien, das haben wir gestern besprochen, ist natürlich die Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranzutreiben, muss auch in Richtung Väterbeteiligung, an der Aufteilung der Hausarbeit, verstärkt gearbeitet werden. Wenn wir Frauen alles allein machen müssen, wenn wir arbeiten gehen, wenn wir den Haushalt machen müssen, die Betreuung und so weiter, bleiben wir auf der Strecke, daher brauchen wir Partner.

Die Väter müssen an Bord geholt werden. Das heißt auch, den rechtlichen Rahmen gestalten. Da ist natürlich die Frau Karmasin gefragt. Für Frauen wird sich erst dann in der Arbeitswelt etwas ändern, wenn die Väter aufstehen und sagen: Es ist mein Recht, als Vater eine zeitlang bei meinem Kind zu Hause zu sein.

Viele junge Papas, auch aus meinem Freundeskreis, haben nicht die Möglichkeit, einen Papa-Monat zu konsumieren. Geben wir Vätern diese Möglichkeit, um sie auch verstärkt für die Karenz zu begeistern. In Österreich gehen nämlich nur neun Prozent der Väter in Karenz, andere Länder, zum Beispiel Schweden, Dänemark, Norwegen sind hier schon viel, viel weiter.

Zum Frauenbudget, wir haben hier 274.100 Euro zur Verfügung - das ist ein kleines Budget. Gegenüber dem Vorjahr haben wir aber ein kleines Plus - aber ich muss sagen, dass unsere Frau Landesrätin Verena Dunst gemeinsam mit dem Frauenreferat des Landes, sehr viel Geld über diverse ESF-Projekte abholt, um unser Ziel, burgenländische Frauen zu stärken und zu fördern, sie in Beschäftigung zu bringen, zu erreichen.

Dafür gebührt unserer Frau Landesrätin Verena Dunst, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Mitarbeiterinnen des Frauenreferates mein allergrößter Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein großer Teil des Budgets wird für die Förderung von Frauen in Notsituationen aufgewendet, das haben wir heute auch schon gehört. Es ist wichtig, ich mache es jetzt relativ schnell, weil meine Zeit gleich um ist, wichtig, dass Frauen finanziell unabhängig sind. Es ist wichtig, dass Frauen selbstbestimmt leben können und es ist wichtig, dass Frauen ihr eigenes Geld haben, von dem sie auch leben können. Unsere Frau Landesrätin hat hier sehr viele Initiativen, sehr viele Maßnahmen gesetzt, dass die Frauen im Berufsleben wieder Fuß fassen können.

Ich hätte noch sehr viel zu sagen, aber ich mache jetzt wirklich Schluss, abschließend: Wir Sozialdemokratinnen, wir Sozialdemokraten werden uns weiterhin bemühen und alles, was in unserer Hand liegt und mit den vorhandenen Geldern, Frauen und Familien in allen Lebenslagen zu unterstützen.

Wir stimmen dem Kapitel zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Jetzt hat sich Frau Landesrätin Dunst zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Regierungskolleginnen, Regierungskollegen! Sehr geehrte Damen und Herren des Landtages! Natürlich auch an Sie gerichtet.

Zunächst einmal, Frau Abgeordnete Benkö, Entschuldigung, ich meine nicht die Frau Abgeordnete Benkö, sondern in dem Fall Sie - vielen herzlichen Dank einmal für die Pastille, das ist Frauensolidarität.

Zum Zweiten für Ihre Worte. Es ist ganz klar, dass man zwischen Frauen und Familie inhaltlich einen großen Unterschied macht. Und ja, Sie haben Recht, dass es noch immer schade ist, dass man noch immer über Frauenförderung reden muss, weil es noch immer nicht so ist, wie wir das alle brauchen. Da bin ich sicher, auch die jungen Damen auf der Zuschauertribüne, dass es hier wirklich um eine faktische Gleichbehandlung und Gleichstellung geht.

Aber daher arbeite ich mit großer Emotion und großer Freude seit vielen Jahren daran, natürlich gibt der Bund, gibt die EU vor, dass wir hier aber auch im Burgenland, dass ich Initiativen setze, vielen herzlichen Dank an das Frauenreferat.

Im Jahr 2000 ist es mir gelungen, auch hier ein Danke an den Landeshauptmann, zum ersten Mal im Burgenland ein eigenes Frauenreferat zu haben, das braucht es ja auch, und nicht im Familienreferat integriert zu sein. Dass wir hier sehr gute Mitarbeiterinnen haben, die mit mir gemeinsam Frauenpolitik machen. Danke für Ihre Worte.

Natürlich auch der Frau Abgeordneten Sack ein herzlicher Dank, die mit mir seit vielen Jahren gemeinsam daran arbeitet. Was heißt das im Burgenland und was kann man tun? Ich möchte auch hier versuchen, in kurzen Worten - darüber könnte man lange diskutieren, in kurzen Worten zu versuchen, zu umreißen, was kann eine Landesregierung dazu beitragen, dass sich hier gewisse Dinge verändern?

Erstens dafür herzlichen Dank, dass wir das heute in der Früh diskutieren können, dass das nicht untergeht, sondern dass das Frauenthema, die Gleichberechtigung, das selbst gewählte Leben, das Einkommen, die Sicherheit in jungen Jahren, aber auch die Sicherheit, eine eigene Pension zu bekommen, vor allem aber auch zu schauen, dass Frauen nicht zu sehr in Armut abgleiten, wenn sie Alleinerzieher sind, Arbeitslosigkeit vorherrschen und vieles andere. Das ist Frauenpolitik und hat etwas ganz anderes als das Familienreferat zu tun hat.

Das Familienreferat ist auch in einer anderen Abteilung, aber das gehört zur gleichen Budgetgruppe. Ich stehe also dazu, zu einem selbstbestimmten, zu einem sehr klaren Frauenbild, auch für das Burgenland. Einige wenige Aktivitäten, die ich herausnehmen möchte:

Natürlich gibt es nicht weniger Budget. Ich weiß, dass es mit meinen Regierungskollegen, mit dem Landeshauptmann an der Spitze, nie dazu kommen wird. Ich würde das auch nicht wollen, dass es hier weniger Budget gibt.

Ich möchte daher klarstellen, warum ich in dieser einen Position weniger habe, weil ich aus dem Europäischen Sozialfonds jetzt bis 2020 die Möglichkeit habe, mehr Gelder als bisher zu haben. Dort ist der Hauptfokus gerichtet, gegen Armut und vor allem für Frauenvereinbarkeit zu arbeiten. Dort kann ich zwei Projekte hinübergeben.

Ich glaube, dass es daher wichtig ist, noch mehr für die Frauen zu tun, aber diese eine Geschichte, nämlich gegen Arbeitslosigkeit, gegen Armut zu kämpfen, dass ich das - zwei Projekte - in den Europäischen Sozialfonds gebe.

Was uns sehr wichtig ist, ist - und daher bin ich sehr froh, dass viele junge Menschen heute hier sind -, dass wir damit beginnen, mit jungen Frauen und jungen Männern zu arbeiten, nämlich dann, wenn es um die Berufswahl geht. Es kann nicht sein - und da sind wir im Burgenland gut unterwegs -, Frauen und Technik, ist auch vorher gefallen, ich glaube von Ihnen, Herr Klubobmann, dass das auch sehr wichtig ist, dass wir den jungen Männern die Sicherheit geben, dass wir sie vor allem im pädagogischen, im sozialen, im Pflegebereich brauchen und dass es keine Schande ist, wenn man sich als junger Mann für so etwas entscheidet. Genauso wie die jungen Frauen natürlich in der Technik genauso gut sind wie die Männer und in vielen anderen Bereichen.

An dieser Stelle kommen wir genau zum Fraueneinkommen, das gilt auch für das Burgenland, dass die Einkommensschere doch noch vorherrscht. Im Burgenland ist sie kleiner geworden. Ich erinnere Sie an den „Equal Pay Day“, also Abrechnungstage, wo stehen Männer, wo stehen Frauen mit ihrem Einkommen? Es stimmt, dass hier Frauen noch immer weniger Einkommen haben. Das wurde auch von der Frau Kollegin Resetar vorher gesagt. Ja, das stimmt. *(Abg. Manfred Kölly: Von uns wurde ein Antrag eingebracht. Was ist rausgekommen? Abgeändert wurde er.)*

Aber wundern Sie sich nicht, und jetzt bin ich wieder bei meiner Einleitung, weil sich noch immer sehr traditionell Frauen für traditionelle Frauenberufe und Frauenausbildungszweige entscheiden. Noch immer, dass sich viele noch nicht zutrauen, weil Fakt ist, die Kollektivverträge in der Dienstleistung, im Tourismus, wo noch viele Frauen arbeiten, vor allem jene, die heute 40 plus sind, sind die Niedriglohnbranchen. Damit brauchen Sie sich nicht wundern.

Ich muss schon sagen, hier ist die Wirtschaft gefordert. Weil heute zu monieren und zu sagen, Frauen, das ist ein Witz, dass sie weniger verdienen. Ja, glauben Sie, dass die Arbeiterkammer als Sozialpartner nicht gerne hätte, dass die Frauen in diesen Niedriglohnbranchen nicht mehr verdienen? Ich bin dafür, dass sie mehr verdienen, aber dann muss die Wirtschaftskammer als Vertreter auf der anderen Seite sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich sage Ihnen auch klar, ich bewundere viele Frauen, dass sie sich das bieten lassen. Weil, Männer würden sich das nicht bieten lassen, dass sie als Einzelhandelskauffrau, als Frisörin oder beispielsweise eben im Tourismus beschäftigt, die eben klassischen Niedriglohnbranchen, dass sie um dieses Geld arbeiten gehen. Ich sage Ihnen, ich würde mir das nicht gefallen lassen. Daher muss hier die Wirtschaftskammer den nächsten Schritt machen.

Als Zweites hier zu beklagen, dass gerade die Frauenarbeitslosigkeit im Burgenland auch ein Faktum ist, Gott sei Dank niedriger als in anderen Bundesländern, auch das möchte ich festhalten. Gott sei Dank haben wir die europäischen

Sozialfondsmittel, Gott sei Dank kann ich da genauso, vor allem wie der Kollege Darabos etwas dazutun. Was wir auch tun.

Aber zu beklagen, dass Frauen 50 plus arbeitslos werden, schauen Sie in die Betriebe, wer dort arbeitet. Wissen Sie, wer? Unsere Freunde nahe der Grenze, weil sie billiger sind, weil man sie mehr einsetzen kann, weil sie nichts sagen, weil sie sich freuen, dass sie jetzt ein gutes Einkommen haben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein! Nein! Hier gibt es genauso den Kollektivvertrag.)* Bin ich die Wirtschaft? Bin ich Unternehmer? Das ist ein Witz, das ist nicht in Ordnung! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Abg. Walter Temmel: Immer wegen der Ausländer. Immer gegen die Ausländer. Das ist Eure Politik.)*

Daher kann ich nur zum Frauenkapitel abschließend mich wieder an die jungen Menschen wenden. Nicht gefallen lassen! Gleichberechtigung! Frauen sind gleiche Menschen wie Männer und das geht nicht, dass man sich hier nur irgendwie in Zukunft nicht wehrt. Ich bin sicher, die jungen Frauen lassen sich das nicht alles gefallen.

Es gibt zurzeit „16 Tage gegen Gewalt“. Auch das wurde angesprochen. Aber ich möchte eines sagen, Familienkapitel rüberkommen. Fakt ist, dass wir Gott sei Dank hier im Burgenland gute Institutionen, Familienberatungsstellen, Frauenberatungsstellen und Gewaltschutzzentrum haben.

Das ist hier ein Aufruf an alle, im Jahr 2016 muss sich niemand mehr schlagen lassen, schlecht behandeln lassen, da ist ganz klar, Frauen haben ein Recht auf ein menschliches Leben. Es gibt viele Institutionen und niemand braucht sich ausgeliefert fühlen. Auch das ist an die jungen Menschen gerichtet. Mobbing, Cybermobbing und so weiter, das alles gehört nicht in diese Welt und wenn, muss man sich natürlich dementsprechend wehren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte zum Familienkapitel übergehen. Auch hier bedanke ich mich bei allen, die sich aus den verschiedenen Fraktionen gemeldet haben. Familienpolitik im Burgenland ist natürlich auch ein Teil der EU, aber vor allem der Bundespolitik. Aber auch hier wollen wir die Verantwortung und übernehmen wir die Verantwortung ganz klar.

Familienpolitik bedeutet, Familie zu begleiten, um zu schauen, wie es in ihren Lebenssituationen geht. Auch hier hat die Frau Abgeordnete Sack vieles aufgezählt, beziehungsweise der Herr Klubobmann, was im Burgenland seitens des Familienreferates, aber auch anderer Zuständigkeiten, Wohnbauförderung, soziale Unterstützung und so weiter.

Ich möchte mich hier wirklich bedanken und nächstes Jahr, 2017, und deswegen daher natürlich auch auf das Budget gesehen. Es ist wichtig, dass wir alle gemeinsam besonders auf die Alleinerziehenden hinschauen. Wir haben über 10.000 Alleinerziehende, davon der Großteil Frauen, aber immer mehr alleinerziehende Männer, Väter, auf die wir schauen müssen. Sie brauchen unsere Unterstützung.

Zum Zweiten, was mir auch wichtig ist, ist natürlich die Väterbeteiligung. Ist das, dass jedes Kind Vater und Mutter braucht. Wir schauen, dass wir jenen helfen, soziale Gerechtigkeit, denen es schlecht geht. Soziale Gerechtigkeit für jene, die sich als Familie und mit Kindern das nicht leisten können.

Ich muss den Herrn Landeshauptmann zitieren, wir beide, eigentlich sind wir drei Lehrer, merken das besonders und haben das in der Schule bemerkt. Armut kann nicht der Ausschließungsgrund sein, nämlich ausgeschlossen von Bildung. Daher helfe ich Familien mit dem Budget - soziale Gerechtigkeit, sozialer Ausgleich. Das sind wir den

burgenländischen Familien wert, besonders jenen, die weniger Geld haben. Daher ist das auch ein weiterer Bestandteil 2017 als Schwerpunkt.

Ich danke für Ihre Zustimmung. Familien sind es wert, dass wir sie unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Frau Landesrätin. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss nur ganz kurz zu den letzten Wortspenden replizieren, zu diesem Thema. Dass natürlich Familien und sozial Schwächere gefördert werden, ist natürlich gar keine Frage. Im Gegenteil, das muss natürlich ausgebaut und gefördert werden. Aber dass man immer dazu sagt und dazu neigt, alles, was der Bund macht und für was er alles zuständig ist, ist nicht gut. Und alles, was das Land macht, ist dann das Beste.

Eigentlich hat ja der Bund nur alle Kompetenzen und Zuständigkeiten, Frau Kollegin Sack, *(Abg. Edith Sack: Die meisten! Wenn Du Dich dafür interessieren würdest, würdest Du das auch wissen.)* und das Land dann nicht, aber trotzdem findet man immer noch sehr viele Worte dafür, was alles das Land macht. Dann finde ich es schon bemerkenswert. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dieser Klassenkampf, der hier von der Frau Landesrätin Dunst vollzogen wird, ist schon bemerkenswert, *(Landesrätin Verena Dunst: Schauen Sie, wie viel Frauen verdienen!)* wenn auf die Wirtschaftskammer einerseits hingehauen wird, auf der anderen Seite macht man Wirtschaftsdelegationsfahrten, wo man wahrscheinlich nicht darüber spricht, wie die kollektivvertraglichen Veranstaltungen und Verhandlungen geführt werden. *(Abg. Doris Prohaska: Gut, dass Sie wissen, wie es den Frauen geht. – Abg. Edith Sack: Das machen die Sozialpartner, wo die Wirtschaft dabei ist.)* Dass man ohne ausländische Arbeitskräfte vielleicht so manches nicht bewerkstelligen könne, das vergessen Sie immer in Ihrer Rede. Weil, wenn Sie nächstes Mal auf einen Kaffeetratsch gehen, werden Sie vielleicht keinen serviert bekommen.

Aber dennoch muss man auch in vielen Bereichen die Rahmenbedingungen natürlich so errichten, dass sie auch für die Menschen hier im Burgenland passen und dass alle Burgenländerinnen und Burgenländer soweit hier ihren Wohlstand finden können. Über den Wirtschaftsstandort, Arbeitsplätze, Pendler haben wir eigentlich schon sehr vieles in den einzelnen Kapiteln gesprochen. Wenn der Wirtschaftsstandort in Ordnung ist und ausgebaut wird, die Wirtschaftsförderung hier dementsprechend angezogen wird. Die Arbeitslosigkeit stagniert bis leicht zurückgeht und für die Pendler etwas gemacht wird, so ist das sehr gut und fördert natürlich auch den Standort hier im Burgenland.

Obwohl es natürlich viele verbesserungswürdige Dinge gibt, wie auch, wenn zunächst der Fahrplanwechsel jetzt im Dezember vonstattengeht und eigentlich keine große Änderung hier vollzogen worden ist und wo das Land wenig eingebracht hat für das wir sehr viel geben. Ich glaube, zwölf Millionen Euro an den VOR bezahlen und nicht die Anbindungsgarantie herbeiführen können und als einziges Bundesland keinen direkten Zugang zum Beispiel an den Flughafen Wien-Schwechat haben.

Aber zu den Rahmenbedingungen gehört natürlich auch eine gute Wirtschafts- und Förderungspolitik im Bereich des Wohnbaus dazu. In diesem Kapitel Wohnbauförderung,

das natürlich ein großes Kapitel ist, mit sehr viel Geldmitteln, wo aber nicht alle Mittel zweckgebunden werden.

Ich hätte mir schon im Finanzausgleich erhofft, dass die Länder dazu gedrängt werden, diese Millionen auch zweckgebunden zu verwenden, weil wenn wir 124 Millionen Wohnbauförderungsmittel als Land bekommen und lediglich im Bereich von 70 bis 75 Millionen effektiv für die Häuslbauer ausgeben, so könnte man das durchaus ausbauen.

Wenn gestern der Herr Landeshauptmann gesagt hat, die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, so stimme ich ihm 100-prozentig zu, auch dazu, dass zum einen eine Sonderförderaktion eingeführt worden ist. Für den Wohnbau, wo die Gemeinden Gründe zur Verfügung stellen müssen, die sie soweit, vor allem im Südburgenland, *(Abg. Mag. Kurt Maczek: Können! – Abg. Ingrid Salamon: Können! Müssen tut man nur sterben.)* Sicherlich können, aber ich glaube, das ist eine Grundvoraussetzung, dass diese Sonderförderaktion auch greifen kann, um das leistbare Wohnen gerade für die heutige Jugend gewährleisten zu können.

Wohnbauten, *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Wo wart Ihr eigentlich …? - Abg. Ingrid Salamon: Die Erleuchtung ist erst gekommen, als sie die Seiten gewechselt haben. Von der Bank auf die andere Bank! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo warst Du? - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* Herr Landesrat Darabos, ich glaube, dass die Wohnbauförderung immer unterstützt worden ist und die Rahmenbedingungen dahingehend immer soweit geschaffen worden sind.

Dass es immer wieder verbesserungswürdige Dinge gibt, wie auch im Gesundheitsbereich, Herr Landesrat, ist das eine. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer in Richtung Landesrat Mag. Norbert Darabos: Eurofighter abbestellen! Lauter so etwas! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Damit er weiß, was der Bezug noch zur Realität ist. - Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Musikkapellen reduzieren. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Zuerst im Bund. Und jetzt bist Du da dabei. Das ist ja eine super Sache. Dann traust Du Dich fragen, wo wart Ihr 14 Jahre. - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Abg. Ingrid Salamon: Wer ist am Wort? Die Präsidentin!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Wenn ich läute, dann bitte ich um Aufmerksamkeit. Ich ersuche höflich die Abgeordneten, den Lärmpegel zu senken.

Am Wort … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, dann soll der Herr Landesrat ruhig sein.)*

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP) *(fortsetzend)***:** Tatsache ist, dass es natürlich immer wieder …

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Abgeordneter, ich bin noch nicht fertig. Ich wollte ausführen, am Wort sind Sie.

Bitte fahren Sie fort. Jetzt dürfen Sie sprechen. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Bravo!)*

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP) *(fortsetzend)*: Danke schön! Aber anscheinend, auch wenn man sagt, dass die Wohnbauförderung ein gutes Mittel zur Förderung der Jugend, der Familien ist, ist es anscheinend auch im Gesundheitsbereich auch ein Thema, wo sich der Herr Landesrat besonders aufregt. Aber Tatsache ist, dass es natürlich immer wieder verbesserungswürdige Dinge gibt.

Wie zum Beispiel der Antrag, der von der Opposition eingebracht worden ist, der dann wieder abgeändert worden ist, wo es um die Ortskernförderung gegangen ist. Der

Ortskern stirbt aus, die Peripherie wird zunehmend mehr verbaut und da setzt das Land keinerlei Maßnahmen dazu, dass man das weiter ausbaut.

Wenn wir in der letzten, in der jüngsten Vergangenheit gehört haben, der Breitbandausbau. Wenn gerade auch heute so viel Jugend anwesend ist, eine Milliarde stellt der Bund zur Verfügung für ganz Österreich, wo der Breitbandausbau vorangetrieben werden soll. Das Burgenland, unsere rot-blaue Regierung, hat es zu Wege gebracht, 0,44 Prozent für den Breitbandausbau im Burgenland zu erreichen.

Eine großartige Geschichte von 100 Prozent 0,44 Prozent, damit werden wir gerade mal drei Ortschaften mit Breitbandausbau verbinden können. Wenn ich ein Schreiben des RMB hernehme, da steht drinnen - aus dem Jahr 2015 -, bis 2019 soll die gesamte Bevölkerung auf Breitbandversorgung von mindestens 30 Mbit pro Sekunde zugreifen können. Ich bin schon gespannt, wo wir mit diesen Mitteln dann hinkommen.

Tatsache ist auch, dass in vielen anderen Bereichen Änderungen durchgeführt werden müssen. Wenn wir schon bei einer guten Wohnbauförderung sind, wo Teile zwar verbesserungswürdig sind, so haben wir auch eine Alarmanlagenförderung auch in der Vergangenheit gehabt. Man muss ehrlicherweise schon sagen, das ist fast schon Größe der SPÖ oder des Herrn Landeshauptmann, wenn man dem Landeshauptmann-Stellvertreter zumutet, dann ein neues Förderprojekt vorstellen zu dürfen, das fast sogar noch schlechter ist wie das vorige.

Man muss ehrlicherweise sagen, das ist schon Größe des Herrn Landeshauptmann, dass man dem Regierungspartner, den ich - ich habe es gestern schon erwähnt - jeweils mit einer Million abspeise. Damit sind sie schon wieder zufriedengestellt und das Gros eigentlich von der großen Regierungsfraktion SPÖ wieder bewerkstelligt wird. Das ist teilweise dann unsere Förderpolitik, die sich nicht unbedingt zum Besseren *…(Abg. Wolfgang Sodl: Von was redest Du? - Abg. Ewald Schnecker: Er kennt sich nicht aus.)*

Mit 1.000 Euro, das wissen Sie, Kollege Sodl, genauso gut wie ich, dass man mit einer Alarmanlage, mit einem Betrag von 1.000 Euro, nicht unbedingt ein Haus sichern kann. Es wird dazu ein bisschen mehr Geld notwendig sein.

Was aber schon eine Tatsache ist, wie gestern auch lobenswerterweise erwähnt worden ist, dass 1,1 Millionen Euro für den Handwerkerbonus aufgewendet worden sind. Klubobmann Hergovich hat im Vorjahr in einer Aussendung angemerkt: 1.279 Anträge 2016 sind von den Burgenländerinnen und Burgenländer für den Handwerkerbonus abgegeben worden. Investitionsvolumen geschätzt rund acht Millionen Euro, so war die Aussendung.

Ich habe heuer noch keine Aussendung seitens der Regierung gesehen, wo der Handwerkerbonus auf Landesebene vorgeführt worden ist. Es gibt jetzt keine Zurufe mehr. Das hat man wahrscheinlich verabsäumt oder noch nicht angedacht, dass Mitteln der Wohnbauförderung, es sind ja auch genug da, wenn man sie zweckbinden würde, damit wir auch den Handwerkerbonus 2017 angehen. Ich bin dafür, dass man das weiterführt, um einfach für die Wirtschaft etwas zu tun und für die Häuselbauerinnen und Häuselbauer.

Der Bund hat seine Aufgabe schon gemacht. Für 2017 gibt es schon die Unterstützung als Überbrückung für die Wirtschaft, für das Bauhaupt- und Baunebengewerbe in einer konjunkturschwachen Zeit beziehungsweise in einem umkämpften Markt dazu.

Wir fordern daher auch die Mittel aus der Wohnbauförderung, zumindest 800.000 bis eine Million Euro für das Burgenland, damit wir aus den Mitteln der Wohnbauförderung auch den Handwerkerbonus 2017 weiterführen können. *(Abg. Klaudia Friedl: Vielleicht sollte man dazu sagen, dass der Handwerkerbonus im Burgenland viel, viel höher ist als in den anderen Bundesländern.)* Aber 2017 gibt es ihn noch nicht. *(Abg. Ingrid Salamon: Warte ab!)* Ich habe noch nichts dazu gehört. *(Abg. Ingrid Salamon: Du wirst es noch hören. – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)*

Tatsache ist, dass auch die Förderung, wie schon voriges Jahr angemerkt worden ist, von November bis März zumindest gehen sollte. Wenn wir heute noch nicht einmal eine Wortmeldung zum Handwerkerbonus gehört haben, dann muss man sagen, dass wir eigentlich nur die Forderung aufstellen können, zumindest April das Ganze machen sollte, mit 25 Prozent Förderung und dementsprechend die Ausschüttung zu machen.

Dann komme ich zu einem Teil des Landesentwicklungsprogrammes 2011 noch. Dazu hat es auch schon mehrere Diskussionen gegeben. Aber nicht einmal die Bürgermeister seitens der SPÖ - die Blauen haben ja keinen, da kann sich keiner rühren - aber nicht einmal auf der SPÖ-Seite rührt sich wer, wenn auch seitens der SPÖ-Bürgermeister das irgendwo hinaufstößt, wo man sich als Gemeinde nicht mehr so bewegen kann, wie man es gerne gewohnt ist.

Ich denke, wenn man als Gemeinde hergeht und ein gutes Projekt vorlegt, wo man als Gemeinde die Gründe zusammenkauft, wo wir … *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)* Die Unterbrechungen muss man ja fast aufrechnen. Und wenn wir dort Rahmenbedingungen für Jungfamilien schafft, dass dann die Raumplanung abdreht wird, dann zeigt das nicht unbedingt von einer guten Entwicklung.

In dem Sinne haben wir zwar eine gute Wohnbauförderung im Burgenland, weitaus verbesserungswürdig in manchen Teilbereichen, und die Forderung seitens der ÖVP kann nur sein, dass wir den Handwerkerbonus 2017 mit einer Million Euro für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer einfordern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Kurz Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Kollege Ulram, ich bin wieder der Nachredner, was Sie heute über Frauen hier abgeführt haben, ist peinlich und abwertend. Sie hatten auch gestern, zur späten Stunde, wiederum - wie im Vorjahr - bei der Rede zu den Vereinen hier burgenländische Hallenbadfestspiele abgehalten.

Heute schmücken Sie sich, genauso wie im Vorjahr, in Ihrer Debattenrede mit Dingen, die gar nicht daher gehören beziehungsweise mit scheinheiligen, fadenscheinigen und falschen Argumenten *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Du darfst das alles bewerten? Du bist jetzt der Oberlehrer.)* und Sie wollen damit die beste Wohnbauförderung Österreichs schlechtreden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Schau vor der eigenen Türe!)*

Ja, so ist es, meine Damen und Herren! Ganz besonders, meine Damen und Herren der ÖVP. Die Statistik Austria … *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wahrscheinlich nicht zugehört!)* Ich bin jetzt am Wort. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, das stimmt.)* Die Statistik Austria und andere Statistiken, wir haben es heute gehört, Ihr nicht. Wenn Sie dem Burgenland in vielen Bereichen wie Wirtschaftswachstum, Kaufkraft, Bildung,

Beschäftigungsrekord, Wohnbauförderung - die Beste in ganz Österreich - die besten Noten ausstellen.

Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, befinden sich - seit Sie nicht mehr auf der Regierungsbank sitzen -, in einem Irrgarten der Frustrationsargumentation *(Abg. Markus Ulram: 12.000 Arbeitslose sind wurst?)* und das ist in Ihren Debattenreden und oder in jeder Debattenrede zu hören. *(Abg. Walter Temmel: Was soll diese Benotung? Was soll das?)*

Ich darf nun zur Wohnbauförderung kommen. Das Wohnen zählt zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Laut Statistik Austria verzeichnet das Burgenland mit 5,55 Euro pro Quadratmeter die niedrigsten Mietkosten Österreichs. Der Österreichdurchschnitt ist bei 7,34 Euro, in Salzburg liegt er bei 9,07 Euro.

Förderarten wie die Wohnbeihilfe, das Eigenmittelersatzdarlehen, Junges Wohnen, aber auch die Niedrigzinsgarantie führen zu einer Mietkosten- sowie Zinssenkung im sozialen Wohnbau.

Die beste Wohnbauförderung Österreichs trägt auch wesentlich zur Belebung der heimischen Wirtschaft, des Bau- und Nebengewerbes sowie zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Burgenland bei.

In diesem Jahr 2016 wurden wiederum mehr als 124 Millionen Euro an Fördermittel zur Verfügung gestellt. Davon entfallen 33,5 Millionen Euro für den sozialen Wohnbau. Unser Wohnbaureferent, Landeshauptmann Hans Niessl, ist für leistbares und soziales Wohnen im Burgenland, und er ist seit 16 Jahren bestrebt, die burgenländische Wohnbauförderung den Anforderungen und Herausforderungen in wirtschaftlich nicht einfachen Zeiten anzupassen und zu gestalten.

Darum ist es auch dementsprechend gerechtfertigt, dass für das kommende Jahr 119,2 Millionen Euro an Wohnbaugeldern und im Bereich der Energiewirtschaft beziehungsweise energetische Maßnahmen 3,3 Millionen im Budget zur Verfügung stehen.

Ein voller Erfolg im heurigen Jahr war der burgenländische Handwerkerbonus. Mit dieser Sonderförderaktion sollten im Interesse der Energieeffizienz und des Klima- und Umweltschutzes Anreize für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen geschaffen werden und mit der altersgerechten Adaptierung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ein weiterer Schwerpunkt gesetzt werden. Ursprünglich waren im Budget dafür 400.000 vorgesehen, tatsächlich wurden rund 1,1 Millionen für diese Aktion verwendet.

Es wurden insgesamt 1.117 Anträge bewilligt. Das Burgenland investiert rund 21,5 Millionen in Sicherheit. Auch hier ist das Burgenland ein Vorreiter in Österreich, und im Budget stehen für das heurige Jahr 550.000 für sicheres Wohnen zur Verfügung.

Wir haben auch gestern schon vom Herrn Landeshauptmann gehört, dass ihm als zuständiger Wohnbaureferent leistbares und soziales Wohnen im Burgenland für alle Generationen ein besonderes Anliegen ist. Daher hat er sich entschlossen, mit der Sonderwohnbauförderaktion „Gemeinde-Call“ einen weiteren Impuls zu setzen. Der „Gemeinde-Call“ wurde mit 1. November 2016 gestartet und läuft noch bis 1. März 2017.

Insgesamt wurden, und das kann man schon sagen, von 2010 - und das sind gewaltige Summen - bis 2016 rund 485 Millionen in den Wohnbauförderungsbeiräten für Eigenheime und sozialen Wohnbau zugesichert. Wenn im Burgenland 2016 eine deutliche Erholung der Bauwirtschaft und klare Aufwärtstendenzen im Dienstleistungsbereich

verzeichnet wurden, dann ist die Wohnbauförderung ein wichtiger Parameter für diese positive Entwicklung.

Ein Erfolgsmodell der burgenländischen Wohnbauförderung ist auch Junges Wohnen. Mittlerweile gibt es 180 Wohnungen, die fertiggestellt sind. 167 Wohnungen sind in Bau begriffen und 14 Wohnungen in Planung.

Insgesamt kann man sagen, dass die burgenländische Wohnbauförderung eine Erfolgsstory ist. Ich darf mich heute bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wohnbauförderung für ihre ausgezeichnete Arbeit recht herzlich bedanken.

Wir werden diesem Budget zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Sack! Bevor ich auf die Wohnbauförderung eingehe, darf ich Ihnen vielleicht noch einmal einen Antrag seitens Bündnis Liste Burgenland inneführen: 7.1.2016 betreffend Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen im Burgenland. Eingebracht, wie natürlich immer Ideengeber, auch abgeändert, wie üblich, seitens der SPÖ und jetzt auch die FPÖ mit dabei. *(Abg. Klaudia Friedl: War schon überholt.)*

Ich darf nur kurz replizieren. Und zwar: Der Landtag wird aufgefordert, auf Landes- und Bundesebene bestehende Initiativen zu verstärken und zusätzliche Initiativen zu starten, die dazu beitragen, die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen sukzessive zu verringern. Zusätzlich sollen die Qualifizierung von Frauen und damit die Chancen, in besser bezahlten Berufen tätig zu sein, vorangetrieben werden.

Abänderungsantrag: Die Landesregierung wird aufgefordert, die genannten Initiativen im Wirkungsbereich des Landes weiterzuführen. Weiterzuführen! Das heißt, Sie sind eh zufrieden damit, was im Land geschieht. Das ist sehr interessant. *(Abg. Edith Sack: An den Bund musst Du das schicken. Aber das musst Du einmal verstehen.)*

Weiters: Weitere Strategien zu entwickeln, die zum Abbau der geschlechtsspezifischen vertikalen und horizontalen - Frage: Segregationen am burgenländischen Arbeitsmarkt beitragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Sack! Wissen Sie, was Sie in Ihrer Rede gesagt haben? Ich soll nicht immer den gleichen Antrag einbringen, weil es geschieht ja eh etwas. Heute stellen Sie sich hin und sagen, da gehört etwas gemacht - das ist ein Wahnsinn - und beschuldigen die ÖVP und alle miteinander. *(Abg. Edith Sack: Nein!)*

Ich glaube, wir sollten gemeinsam den Weg gehen und solche Anträge unterstützen und nicht abändern, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das wären einmal ein Zeichen und eine richtige Zielsetzung. *(Beifall bei der LBL und bei der ÖVP – Abg. Edith Sack: An die richtige Adresse, Herr Kollege!)*

Ich gebe Ihnen dann die Protokolle, damit Sie wissen, was Sie geredet haben. *(Abg. Edith Sack: Ich weiß, was ich rede!)* Aber Sie werden Ihre Zettel eh nicht im Klub abgegeben haben. Sie können eh nachschauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute vom Wohnbau sprechen, und da bin ich beim Herrn Landeshauptmann einmal wieder, wir haben eine der besten

Wohnbauförderungen. Gar keine Diskussion! Jedoch mache ich mir auch Gedanken und hinterfrage gewisse Punkte sehr wohl kritisch. Das wird mir ja hoffentlich als Opposition oder als Gemeindevertreter oder als Bürgermeister zustehen, auch gewisse Dinge zu hinterfragen.

Wie im Budget ersichtlich ist, haben wir die Wohnbauförderung weit über 120 Millionen wieder einmal dotiert im Budget. Wenn ich mir dann den Rechenabschluss anschaue, wird ausgegeben um die 70, genau 78 Millionen. Wo kommt das restliche Geld hin?

Wir seitens Bündnis Liste Burgenland haben die Zweckbindung der Wohnbauförderung eingebracht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die FPÖ war mit dabei und andere auch noch mehr. Auch der Herr Landeshauptmann hat gesagt, das wäre gar keine so schlechte Idee. Ich glaube, er steht immer zu dem, was er sagt.

Daher sollten wir auch andenken, auch das so zu belassen, was wir im Antrag auch dem entsprechend klar und deutlich und definiert haben, dass wir das wollen. So, das ist der eine Punkt. Wenn ich hergehe dann im Rechnungsabschluss 2014 oder 2013 noch sehe, dass 20 Millionen von der Wohnbauförderung als Rücklagen genommen werden, dann müssten eigentlich bei allen die Alarmglocken läuten.

Wir können uns nicht hinstellen und sagen, das rennt eh alles so super. Ja, wir haben die beste Wohnbauförderung. Ich weiß nicht, was die anderen Länder mit dem Geld tun. Aber ich denke einmal, man sollte sich wirklich Gedanken machen. Wenn man auf die Idee kommt, und da ist ja der Herr Landeshauptmann ein sehr kniffliger, umgänglicher Mensch, und es fällt ihm immer wieder etwas ein, er könnte bei uns in der Fraktion sein, weil wir haben immer gute Ideen. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Er sagt, da müssen wir etwas machen, damit wir das ankurbeln können und lässt sich gleich den „Gemeinde-Call“ einfallen und sagt, wir haben die günstigsten Mieten natürlich bundesweit mit fünf Euro, wir machen das. Gratuliere! Das finde ich einfach toll. Wir müssen uns als Gemeinden Gedanken machen, stelle ich ein Grundstück zur Verfügung, gerne. Ich hoffe aber auch, dass die SPÖ-Fraktion bei mir dann dazu steht, wenn wir das Grundstück zur Verfügung stellen und nicht dagegen stimmen, weil das haben wir wahrscheinlich dann auch im Budget drinnen.

Aber dann bin ich neugierig, dann werden wir ein Exempel statuieren, dass es so nicht ist, wie bei den Windrändern, wo wir dagegen sind, und vielen mehr, wo eigentlich der Herr Landeshauptmann der Befürworter ist, sind wir dort dagegen.

Das sind halt so Dinge, wo wir auch mal fragen sollten, warum ist das so. Oder beim Wasserleitungsverband. Wenn man die Chance hat, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und dergleichen mehr, zu machen, zu leben, dann kommt man erst drauf, in zwei ,drei Jahren, dass SPÖ mit ÖVP nicht mehr beieinander sind, sondern die SPÖ mit den Blauen beieinander ist, aber sei es wie es sei. Herr Landeshauptmann, dafür können Sie nichts. Vielleicht ändert sich das einmal in den nächsten Tagen, Monaten oder Jahren.

Zur Wohnbauförderung, die wirklich hervorragend bearbeitet und auch geführt wird, kann man wirklich nur gratulieren. Man sollte sich aber trotzdem Gedanken machen, warum wird die Wohnbauförderung nicht mehr in Anspruch genommen, außer von den Siedlungsgenossenschaften, die sich wirklich bemühen, um auch „Bauen wir mit burgenländischen Firmen“ - bin ich bei Ihnen. Nur ganz stimmt es auch nicht, muss ich dazu sagen, wenn ich mir anschaue, was in den letzten Jahren passiert ist, Herr Landeshauptmann.

Im Jahr 2000 hatten wir 80.263 Beschäftigte. 2015 hatten wir 99.796 beschäftigte Burgenländer und jetzt kommt es. Im Jahr 2000 hatten wir 8.074 ausländische Beschäftigte gegenüber 80.283 Burgenländerinnen und Burgenländer. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

2015 hatten wir 99.796 beschäftigte Burgenländerinnen und Burgenländer und - jetzt kommt es - 22.047 ausländische Beschäftigte! Was ist da falsch gelaufen, meine sehr geehrten Damen und Herren? Jetzt frage ich einmal die FPÖ, die vor zwei Jahren immer gesagt hat, dass das ein Wahnsinn ist, denn jeder Arbeitsplatz, der geschaffen wurde, ist an einen Ausländer gegangen. Hat sich daran etwas geändert?

Anscheinend nicht. Darüber sollte man nachdenken, denn diese ausländischen Arbeitskräfte arbeiten auch bei Firmen, die hervorragende Arbeit leisten, aber die kassieren das Geld und geben es in Ungarn oder wo anders aus. Da sollten wir uns Gedanken machen. Ich glaube, da sind wir auch auf dem richtigen Weg, Herr Landeshauptmann.

Da machen wir ohnehin einiges. Keine Frage, aber noch immer zu wenig. Viel zu wenig in dieser Sache. Wenn ich mir denke, burgenländische Arbeitsplätze für Burgenländer, wenn in Frauenkirchen der Fußballplatz gebaut wird und die Betonsäulen aus Oberösterreich kommen und andere Dinge mehr, dann muss man sich auch fragen: Ist das noch in Ordnung oder ist es nicht in Ordnung? Aber, man kann ja auch Fehler machen, die man dann wiederum ausbessern kann.

Ich hoffe, dass wir das auch machen werden. Niemand hindert mich daran, besser zu werden. Daher glaube ich, dass wir die Opposition trotzdem auch einbinden sollten und nicht bei Anträgen, die wirklich hervorragend sind.

Wo wir auch den Antrag zur Zweckbindung eingebracht haben, wo eigentlich 90 Prozent dafür waren, das endlich einmal umzusetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weil das Geld eigentlich vom Bund kommt. Wir können deshalb nur dazu etwas beitragen, dass das auch funktioniert, nämlich, unsere Wohnbauförderung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen das, keine Frage, aber, ich glaube, man könnte eines sagen: Der eine wartet bis die Zeit sich wandelt, der andere packt sie an und handelt.

In diesem Sinne werden wir das anpacken und wir werden diesem Punkt zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ich bedanke mich bei all jenen, die Beiträge geliefert haben. Die zu diskutieren sind, wie natürlich beim Kollegen Maczek, aber auch beim Kollegen Kölly. Dass man nicht immer einer Meinung ist, glaube ich, das ist ja klar.

Nur über einen möchte ich nicht replizieren, weil der so wenig Qualität hat, dass man nicht einmal darüber reden kann. Insofern darf ich vielleicht nur auf diese beiden Wortmeldungen eingehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe mir fest vorgenommen, sonst brauche ich alleine eine halbe Stunde, um das alles richtigzustellen, was hier offensichtlich falsch gesagt wurde. Aber, im Landtag kann man sich ja hinstellen und kann auch Falschmeldungen machen.

Insofern möchte ich auf diese zwei Debattenbeiträge eingehen und einen mangels Qualität einmal ausklammern. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner.)*

Das Zweite, wo ich nicht Ihrer Meinung bin, Herr Kollege Kölly, ist die Frauenpolitik. Da muss ich sagen, traue ich der Verena Dunst und der Abgeordneten Sack mehr, als Ihnen als Frauenpolitiker. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Insofern glaube ich, auch darauf können wir uns einigen, dass die dort auch glaubwürdiger und auf alle Fälle authentisch sind. *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt wohl einen anderen Zugang. - Abg. Doris Prohaska: Haben wir einen anderen? Das sagst ja Du.)*

Das Nächste ist die Arbeitslosigkeit. Die aktuellen Arbeitsmarktdaten zeigen für das Burgenland im Monat November einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Wir sind wieder sehr stark unterwegs.

Es gibt einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Monat November von minus 2,2 Prozent. Bei den Männern minus 2,8 Prozent, bei den Frauen minus 1,4 Prozent. Wo wir einen Anstieg haben sind ausländische Beschäftigte. Genau das ist es, was ich bereits gesagt habe. Wir importieren die Arbeitslosigkeit aus dem Ausland oder, was die Landesrätin Dunst gesagt hat, im Grenzgebiet ist der Druck am Arbeitsmarkt im Burgenland ein relativ großer. Absolut richtig, was hier gesagt wurde.

Aber, die Zahlen sprechen für sich. Drittes Monat, weil so viel diskutiert wurde. Stimmt es, stimmt es nicht? Das ist eine Bestätigung des eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Weges, den die Burgenländische Landesregierung geht. Nämlich, in der Ostregion die Nummer eins zu sein beim Rückgang der Arbeitslosigkeit. Minus 2,2 Prozent, das verstärkt unseren Weg. Diesen Weg werden wir weitergehen und weiterhin alles unternehmen, dass auch die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr zurückgeht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Natürlich, Herr Kollege Kölly, haben wir das Problem des Anstiegs der Beschäftigten aus dem Ausland. Man muss aber eines sagen, und da habe ich auch eine neue Studie, nicht von mir beauftragt, sondern von der Wirtschaftskammer. Das können Sie im Internet nachlesen. Es geben die Ungarn bei uns über 100 Millionen Euro aus, *(Abg. Gerhard Steier: Bravo! - Beifall des Abg. Gerhard Steier.)* über 100 Millionen Euro, hingegen die Burgenländer in Ungarn rund 20 Millionen Euro.

Ich ersuche, mich hier nicht genau festzulegen, aber im Wesentlichen ist es so. Da muss ich natürlich auch sagen, früher ist das vielleicht ganz anders gewesen. Auch davon profitiert die burgenländische Wirtschaft, weil offensichtlich auch die Beschäftigten, die hier im Burgenland arbeiten, auch einen wesentlichen Teil ihres Geldes ausgeben, sonst würden sie ja nicht über 100 Millionen Euro *(Abg. Gerhard Steier: Genau! Bravo)* bei uns ausgeben.

Auch das ist eine komplett neue Erkenntnis, *(Abg. Gerhard Steier: Habt aber lange gebraucht.)* die sagt, auch mit der Kaufkraft aus Ungarn werden bei uns Arbeitsplätze neu geschaffen und erhalten. Natürlich würden wir uns wünschen, dass noch mehr Burgenländer in Beschäftigung kommen, aber auch da sind wir auf einem sehr guter Weg.

Das Zweite ist, dass diese Kaufkraftstudie auch besagt, dass wir im Burgenland mehr Kaufkraft aus Wien bekommen, als Burgenländer in Wien Kaufkraft ausgeben. Das

ist sensationell. Sie sind ein bisschen jünger, *(Abg. Manfred Kölly: Viel nicht!)* muss man dazusagen, ja, aber wir wissen, dass wir komplett Wien orientiert waren. Zumindest der Bezirk Neusiedl am See ist vor Jahrzehnten nur nach Wien einkaufen gefahren und die Kaufkraft ist komplett nach Wien abgeflossen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Heute haben wir mehr Kaufkraft von den Wienern im Burgenland als burgenländische Kaufkraft in Wien. Auch das ist eine Bestätigung des wirtschaftspolitischen Weges, den wir gehen und den wir in der Vergangenheit gegangen sind, nämlich, dass Kaufkraft ins Land kommt. Kaufkraft im Land heißt Wohlstand im Land, heißt Arbeitsplätze im Land und heißt, dass sich Qualität durchsetzt, weil wir in allen Bereichen auf Qualität gesetzt haben und nun das auch weiter ausbauen können. Da gibt es noch ein großes Potential.

Abschließend noch ganz kurz zur Wohnbauförderung. Statistik Austria besagt, dass wir die beste Wohnbauförderung in Österreich haben. Wir leisten wichtige Beiträge für die jungen Leute. Sensationell ist Junges Wohnen im Burgenland. Ich sage es noch einmal, das geht nicht auf die Qualität, sondern wir müssen ja das Baugesetz einhalten.

Wir müssen die 15a-Vereinbarung bei den Isolierungen einhalten. Auch Statistik Austria sagt, dass wir die niedrigsten Mieten haben. Das ist wichtig für die jungen Leute, denn wann immer sie sich eine Wohnung nehmen wollen, wir haben von Nord bis Süd, Mieten von unter fünf Euro. Das ist ein sensationeller Wert. Wir haben deutlich schon über 100 Wohnungen. Wir bauen mit fünf Euro Mietpreis auch weiter Wohnungen im Burgenland, damit die jungen Menschen eine Zukunftsperspektive haben. Das ist auch unser Beitrag an die Gemeinden.

Wenn in den Gemeinden gebaut wird, dann wird durch Umwidmungen der Gemeinden, durch Aufschließungen gebaut. Wir fördern den Wohnbau, ob das die Wohnungen sind, oder die Einfamilienhäuser. Eines muss man auch fairnesshalber dazu sagen: Es ist wahnsinnig teuer, sich ein Einfamilienhaus zu bauen.

Ich bewundere jeden jungen Menschen, der das mit dem Partner oder mit der Partnerin oder ohne Partnerin und ohne Partner schafft. Das ist nicht mehr so einfach. *(Abg. Gerhard Steier: Nackte Zahlen!)*

Natürlich, aber das ist nicht mehr so einfach, wie vielleicht in den 70er Jahren, wie ich selbst gebaut habe. Das kostet sehr viel Geld. Viele junge Leute sagen auch, ich nehme mir lieber eine Wohnung, weil mir das ganz einfach zu teuer ist und ich muss mein ganzes Geld und meine Freizeit und so weiter in das Einfamilienhaus investieren.

Auch dieser Trend geht also vom Einfamilienhaus in Richtung Wohnung - aus Kostengründen, aus Zeitgründen und vieles andere mehr. *(Abg. Manfred Kölly: Man muss beides im Auge behalten.)* Aber, unsere Wohnbauförderung ist nach wie vor die Beste, wo wir 1,5 Milliarden Euro - und das geht aus keiner Finanzstatistik hervor - an Darlehen draußen haben. *(Abg. Manfred Kölly: Die Rückzahlungen habt Ihr gestrichen.)*

Das ist ein finanzieller Barwert zwischen 500 und 700 Millionen Euro. Das müsste man eigentlich in einer Doppikbuchhaltung auch anführen - auf der positiven Seite des Landes -, weil 1,5 Milliarden Euro an Darlehen zu vergeben, das hat schon einen großen wichtigen Stellenwert, auch im finanziellen Bereich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landeshauptmann. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Vielen Dank Frau Präsidentin! Wir sind beim nächsten Kapitel. Es geht um Natur- und Umweltschutz. Ich möchte einmal mehr zum Thema Klima sprechen, wobei ich mir im Moment nicht ganz sicher bin, welches Klima mehr gefährdet ist.

Auf der einen Seite haben wir das Weltklima, auf der anderen Seite geht es auch um das politische Klima. Leider wird das immer mehr von Demagogen, Populisten beherrscht. Leider stimmen immer mehr in diesen Kanon ein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Sprache und das Handeln sollten eigentlich von Vernunft und Weitsicht geleitet sein, aber selbst Regierende zündeln hier mit. Das Thema Mindestsicherung ist dafür eigentlich ein sehr trauriges Bespiel, weil es in Wirklichkeit nicht um Geld, das wir hier einsparen, oder um sehr wenig Geld geht, sondern, es geht um das Bedienen der niedrigsten Neiddebatte.

Das ist eine sehr traurige Entwicklung und wir sollten wirklich darauf achten, dass wir hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und die Menschen verunsichern, statt ihnen das zu geben, was wir eigentlich sehr viel in Österreich haben, nämlich Sicherheit, Stabilität.

Eine bedenkenswerte Entwicklung, das muss man auch sagen, ist die Tatsache, dass die kritischen und wertvollen Stimmen immer mehr aus der Zivilgesellschaft und weniger aus der Politik kommen. Oft sind es Politiker, die nicht mehr tätig sind, die schon in Pension sind, oder die aus ihren Fraktionen ausgeschieden sind.

Der Kollege Steier soll hier exemplarisch, auch wenn er mir jetzt nicht zuhört, als positives Beispiel genannt werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Mit einem Ohr hört er zu.)*

Aber nun zum Klima. Es wird nicht reichen, im Burgenland Windräder zu bauen. Es wird nicht reichen, wenn wir uns das Budget anschauen und schauen, wie oft das Wort Klima vorkommt, dann ist es um genau einmal mehr, wie im Regierungsübereinkommen, nämlich, ein einziges Mal und der Budgetposten ist mit genau null Euro ausgestattet. *(Abg. Manfred Kölly: Das verstehe ich auch nicht.)*

Das ist sehr traurig, weil das ein Zukunftsthema ist und nicht nur das im Klimaschutzbereich nichts passiert. Es wird sogar noch konterkariert. Jetzt erst wird in den Medien davon gesprochen, dass der neue Kreisverkehr in Siegendorf wieder ein Einkaufszentrum bekommt.

Der Herr Landeshauptmann hat die Kaufkraft, die im Burgenland bleibt, gerade erwähnt. Das ist eine sehr schöne und eine gute Entwicklung, nur, wir schießen ein wenig über das Ziel hinaus.

Wir können nicht ein Einkaufszentrum nach dem anderen bauen. Diese Kaufkraft werden wir nicht schaffen zu bedienen. Die ersten Bauruinen von ehemaligen Shops und Einkaufszentren entstehen bereits, weil Firmen ihre Gebäude verlassen und irgendwo anders hingehen.

Ich fürchte, an diese Optik werden wir uns in nächster Zeit gewöhnen müssen, vor allem dann, wenn wir hier nicht endlich einen Riegel vorsetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich will dabei überhaupt nicht den Teufel an die Wand malen, aber, ich gehe einmal davon aus, dass kaum jemand hier im Haus den Sachstandsbericht zum Klimawandel in Österreich auch nur überfolgen hat. Wenn man den liest und sich, ich glaube, 300

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen waren daran beteiligt, anschaut, was die für die Zukunft prophezeien, dann schaut das nicht sehr rosig aus.

Ich habe das gestern schon gesagt, allein die 29 Kilometer S7 werden durch den Verkehr dort 27.000 Tonnen CO_2 mehr verursachen. Ein Auto braucht für rund 12.000 Kilometer Fahrt etwa 2 Tonnen im Jahr und 2,3 Tonnen sollten wir pro Person eigentlich im Jahr grundsätzlich verursachen. Da ist aber alles enthalten. Ernährung, Mobilität, Kleidung, Ähnliches.

Der Klimawandel verändert unser Land bereits jetzt. Immer mehr Menschen erfahren am eigenen Leib, ob jetzt durch Hochwasser, durch Ernteeinbußen oder durch gesundheitliche Einschränkungen, durch Hitzewellen, was das heißt. Notwendig wäre eigentlich ein dickes Maßnahmenpaket. Ich möchte sieben Punkte hier exemplarisch anführen.

Wir müssen heraus aus dem Öl. Das heißt, ganz dringend benötigen wir hier Umstiegsprogramme, Umstiegsförderungen für Leute, die noch eine Ölheizung haben. Eine Sanierungsoffensive, denn nicht nur der Handwerkerbonus, sondern auch der Sanierungsscheck gehört wieder her.

Vor allem wenn man bedenkt, dass jeder eingesetzte Euro hier ein Mehr an Steuern- und Arbeitskräfteoffensive auslöst von dem, was wir einsetzen.

Das heißt, wir bekommen in Wirklichkeit mehr retour, als wir einsetzen. Klimaschädliche Subventionen gehören dringendst gestrichen, Klimaschutzoffensiven im Verkehr eingeleitet, öffentlicher Nahverkehr ist auszubauen, die LKW-Maut gehört ausgedehnt und auch die Dienstwagenprivilegien gehören abgebaut beziehungsweise gestrichen.

Auch bei der Ernährung gehört wesentlich mehr auf biologische und regionalproduzierte Lebensmittel gesetzt, denn das vermeidet Transportkosten, Pestizide und natürlich auch CO_2. Ein fleischfreier Tag wäre anzudenken.

Dabei geht es wirklich nicht um Vegetarismus oder gar Veganismus, sondern einfach um das Reduzieren von Fleisch, weil Fleisch einfach zehnmal so viel CO_2 oder überhaupt Treibhausgase, das Methan, spielt ja da auch eine sehr große Rolle, verursacht, wie pflanzliche Ernährung.

Aber auch durch Bildung, nämlich durch Unterrichtschwerpunkte zum Thema Energie, zum Klimaschutz, zum Solarstrom an den Schulen, aber auch auf den Schulen, nämlich durch eine rascheste Sanierung von thermischen Katastrophenbauten, wie zum Beispiel die - der Landeshauptmann ist jetzt leider nicht da - Mittelschule in Rudersdorf, die mit Strom geheizt wird.

Die Hälfte der Heizung geht nämlich beim Fenster hinaus, weil die Fenster völlig veraltet sind. Man kann beispielsweise auch die Heizung nicht ordentlich regulieren. Am besten statt dem Neubau vom Kulturzentrum Mattersburg. Was natürlich bundesweit fehlt, das war heute schon kurz ein Thema, ist eine ökologisch soziale Steuerreform.

Wir müssen die Arbeitskraft von den Abgaben und den Steuern entlasten und sie vor allem auf die fossilen Energieträger draufsetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ganz in der Nachbarschaft bei uns sperren die ersten Schigebiete zu. Sankt Corona hat die Schneekanonen sogar schon abgebaut. Da, wo viele Burgenländer früher Schi gefahren und im Sommer hingegangen sind. Wir haben innerhalb der letzten zehn Jahre eine Verzehnfachung von Schneekanonen.

3.000 stehen inzwischen in ganz Österreich, wobei sie ungefähr so viel Strom brauchen wie eine halbe Million Einwohner des Burgenlandes innerhalb eines Jahres. Es ist fahrlässig, hier nicht mehr zu tun, es ist fahrlässig im Budget hier nicht mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Mit jedem Tag, wo wir nichts tun teurer, wir werden mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um die Schäden, die der Klimawandel auslöst, zu revidieren. Um dieses Thema auch stärker zum Thema zu machen, werden wir natürlich auch 2017 wieder Anträge einbringen. Ich hoffe, dass hier ein Umdenken stattfinden wird und wir eine Trendwende einleiten. Anders wird es nicht möglich sein.

Ich hoffe, wir schaffen das auch im Burgenland, damit der Klimawandel zumindest auf die Zwei-Grad-Grenze beschränkt werden kann. Allein die Zwei-Grad werden uns schon Probleme genug bescheren. Im Moment schaut es eher danach aus, dass wir leider ein höheres Temperaturplus erreichen.

Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Das Thema Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz nimmt im Burgenland einen hohen Stellenwert ein. Wie in vielen anderen Bereichen hat das Burgenland auch hier eine Vorreiterrolle übernommen.

Eine gute Organisation und die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Landwirtschaft, Grundbesitzern, Naturschutz und Landesverwaltung bildet hier eine solide Basis. An dieser Stellte möchte ich auch ein großes Lob und Dank an die zuständige Landesrätin Astrid Eisenkopf und ihre Mitarbeiter aussprechen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir müssen auf unsere Umwelt achten, denn wir haben nur die eine. Genau diesen Satz haben wir alle schon des Öfteren gehört, aber er stimmt auch. Deswegen freut es mich, dass im Bereich des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes starkes Augenmerk auch auf die Bewusstseinsbildung gelegt wird.

Egal ob im Kleinkindalter oder bei Erwachsenen, Bewusstseinsbildung sollte immer stattfinden, denn man lernt nie aus. Durch diverse Projekte findet diese Bewusstseinsbildung statt und trägt auch Früchte. Wir haben erst in der letzten Sitzung den Bericht der Landesumweltanwaltschaft diskutiert, der ebenfalls zeigt, wie wichtig und richtig es ist, Bewusstseinsbildung als Schwerpunkt zu definieren. Denn, was helfen die besten Maßnahmen, wenn sie niemand wahrnimmt oder niemand erfährt.

Aus dem Landesvoranschlag ist auch ersichtlich, dass im kommenden Jahr die Projektförderung der ARGE Naturparke ein großer Schwerpunkt sein wird. Doch nicht nur das. Das Bibermanagement ist ebenfalls ein großes Thema, das vor allem in den letzten beiden Jahren massiv polarisiert. Die Biberproblematik ist eine große und daher ist es hier wichtig, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Aber auch der Artenschutz kommt nicht zu kurz.

Egal ob Bienenfresser, Zwergreiher, Seeadler, Fledermaus, Großtrappe, Steppenbeifuß und so weiter. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Daher werden auch im Rahmen des Budgets 2017 ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, um ihren Fortbestand zu sichern.

Im kommenden Jahr wird es aber auch zur Erstellung einer neuer Klima- und Energiestrategie kommen. Auf die freue ich mich besonders. Da wir derzeit massiv mit CO_2-Emmissionen und deren Folgen zu kämpfen haben, werden wir darauf natürlich ein besonderes Augenmerk legen müssen.

Wir brauchen Alternativen, um unsere Umwelt, unsere Natur und unsere Landschaft zu schützen. Daher freue ich mich schon auf das neue Jahr, um weitere positive Schritte in diesen Bereichen - gemeinsam mit unserer Landesrätin Astrid Eisenkopf - setzen zu können.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Jugend! Dass Natur- und Umweltschutz im Burgenland einen hohen Stellenwert hat, zeigt sich an den jährlichen Budgetzahlen, die zum Großteil aus den Vorjahren übernommen wurden. Das bestätigt die jahrelange, nachhaltige Politik der ÖVP in diesen Bereichen. *(Abg. Géza Molnár: Sehr gut! - Beifall des Abg. Géza Molnár.)* Danke Herr Klubobmann. *(Abg. Géza Molnár: Das war ein Scherz!)*

So sind im Voranschlag 2017 für Natur- und Nationalparke 2,8 Millionen Euro und für den Natur- und Landschaftsschutz 643.500 Euro vorgesehen, um nur zwei Kennzahlen zu nennen. Es widerspiegelt sich die Bedeutung von Umwelt, Natur und Landschaft in der Tatsache, dass über 30 Prozent der Landesfläche unter einem besonderen Schutz gestellt sind.

Ein Nationalpark, Naturparke, Natura 2000-Gebiete und Landschaftsschutzgebiete. Das heißt, das Burgenland nimmt im Bereich der Natur, des Natur- und Umweltschutzes heute österreichweit eine Vorreiterrolle ein - und das schon seit vielen Jahren. Das ist die Handschrift der ÖVP.

Das ist vorbildhaft. Dazu gratuliere ich und danke den bis jetzt verantwortlichen ÖVP-Landesräten mit allen Kolleginnen und Kollegen sowie natürlich auch der neuen Landesrätin, die dazu beigetragen haben. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und der FPÖ)*

Denn die Rahmenbedingungen und gesetzlichen Vorgaben wurden von den zuständigen Abteilungen vorbildhaft erledigt. Wie bereits mehrmals erwähnt, kann ich nur hoffen, dass es auch trotz der mutwilligen Zerschlagung der diversen Abteilungen durch den Personalreferenten Landeshauptmann Niessl auch in Zukunft so bleibt und wünsche Ihnen, Frau Landesrätin Eisenkopf, dass Sie sich in Sachfragen gegenüber Machtspielen und Machtgier durchsetzen, nicht nur zum Wohle der Natur, sondern auch für die Jugend und die Zukunft unseres Landes. Weg von den alten Trampelpfaden Ihrer Landesrätin- und Landesratskollegen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Umfangreiche Maßnahmen in enger Zusammenarbeit zwischen Grundbesitzern, Landwirtschaft, Naturschutz, Wasserbau, Gemeinden und Land tragen wesentlich zur Erhaltung einer intakten Umwelt bei. Ich mache auch in diesem Zusammenhang nochmals darauf aufmerksam, dass Landwirtschaft und Naturschutz im Burgenland starke Partner waren und Umwelt und Landwirtschaft zusammengehören.

Ich erinnere wiederum - und das kann man nicht oft genug sagen - an die Aussage von Landesrätin Dunst, dass Umwelt und Landwirtschaft nicht zusammenpassen. Dass

diese Bereiche Umweltschutz und Landwirtschaft getrennt wurden, halte ich nicht für zukunftsorientiert, denn es geht letztlich darum, Bewirtschaftung auf der einen Seite und Schutz auf der anderen Seite zu vereinbaren, was in der Vergangenheit sehr gut gelungen ist.

Die gemeinsame Partnerschaft zwischen Umwelt, Naturschutz, mit der Landwirtschaft und dem Tourismus hat eine lange Tradition und hat sich gerade im Burgenland bewährt. Der Tourismus braucht eine intakte Natur und die Landwirtschaft braucht den Tourismus, zum Beispiel, für den Verkauf von regionalen Produkten.

Der Naturschutz braucht die Landwirtschaft in erster Linie für die Pflege unserer wunderbaren Natur- und Kulturlandschaft. Es gibt genügend Beispiele, wo die Zusammenarbeit bestens funktioniert. Aber nicht nur die Landwirtschaft ist ein Partner des Naturschutzes, sondern auch die zahlreichen, diversen Angebote sind eine wertvolle Grundlage für den Tourismus. Es zeigt sich wiederum, dass für fast 60 Prozent aller unserer Nächtigungsgäste das Naturerlebnis und die intakte Landschaft ein Grund sind, um im Burgenland Urlaub zu machen.

Diese Naturerlebnisangebote bringen nicht nur Wertschöpfung in die Gemeinden, sondern die Naturparke übernehmen auch einen Bildungsauftrag. Immer mehr Schulen bekennen sich zu Naturparkschulen.

Ziel muss es auch in Zukunft sein, die erfolgreiche Entwicklung der Naturparke abzusichern. Die Naturparkerlebnisse sollen dem Trend der Gäste nach Regionalität und intakter Natur entgegenkommen. Umweltschutz bedeutet im weiteren Sinne auch Menschenschutz. Es soll sichergestellt werden, dass auch die nächsten Generationen noch in einer gesunden Umwelt leben können.

Wichtig und erwähnenswert dabei ist selbstverständlich der größte Gemeindeverband des Burgenlandes, der Burgenländische Müllverband, mit seiner Tochter UDB. Genauere Details werden wir wieder am kommenden Samstag bei der Vollversammlung hören.

Leider sind wichtige Bereiche nicht im Budget 2017. Wo sind die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, wo zur Stärkung von Gemeinden und des Wirtschaftsstandortes, wo zur Entbürokratisierung, wo zur Digitalisierung und zu Zukunftsgebieten?

Für uns ist es wichtig, und da gehe ich mit dem Kollegen Spitzmüller konform, dem Klimawandel - auch von Seiten des Landes - entgegenzuwirken, denn eines der größten Herausforderungen in den nächsten Jahrzehnten auf dem Gebiet des Umweltschutzes ist die Reduktion des Treibhauseffektes. Das wird von praktisch allen Wissenschaftlern außer Streit gestellt.

Zu diesem Thema fehlen mir die kompletten Ideen für den Klimaschutz. Wo bleiben seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens die Vorschläge?

Aus den bereits erwähnten Gründen werden wir dem Budget 2017 nicht zustimmen. Eine Politik der alten Trampelpfade ist zu wenig für die Zukunft unseres Landes. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Edith Sack: So positiv und gut hast Du angefangen.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seinen Beitrag. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke. Erstens habe ich etwas vergessen. Zweitens sind wir schon wieder beim nächsten Thema. Vergessen beziehungsweise die Zeit hat nicht mehr gereicht. Nur um das vor Augen zu führen, was das finanziell heißt.

Laut dem Chef des staatlichen Klima- und Energiefonds betragen die derzeit durch den Klimawandel verursachten Mehrkosten bereits eine Milliarde allein für Österreich. Schätzungen beziehungsweise Berechnungen gehen davon aus, dass sich das bis 2050, und das sind sehr vorsichtige Schätzungen, auf fünf bis fast neun Milliarden Euro im Jahr erhöhen wird.

Das sind Geschichten, Beträge, die in der Tat möglich sind, ein Budget komplett zu sprengen. Ich glaube, es ist höchstens an der Zeit, nein, eigentlich schon fast zu spät, hier massiv etwas zu machen. Aber, jetzt zum Natur- und Umweltschutz im Burgenland. Es gibt auch ein paar positive Aspekte - auch wenn es lange gedauert hat.

Die amtlichen Naturschutzorgane wurden zumindest in Neusiedl am See und in Oberwart ausgeschrieben. Wenn nichts schiefgeht, sollten ab 2017 hier wieder zumindest in zwei Bezirken endlich nach langem Fehlen dieser Positionen Menschen tätig sein, die darauf achten, dass Natur- und Umweltschutzgesetze in den Bezirken, in den Ortschaften, eingehalten werden.

Was noch fehlt, ist jetzt dann Jennersdorf und Güssing. Ich hoffe, dass es da ein bisschen flotter geht, als bei den anderen beiden und das bald ausgeschrieben wird.

Das ist die positive Geschichte. Die andere Seite ist, dass wir nach wie vor im Burgenland zwar sehr gutes Engagement haben, was den Naturschutz und den Umweltschutz betrifft, auf der einen Seite; auf der anderen Seite uns aber auch regelmäßig Flächen verloren gehen, eben durch die Zersiedelung auf der einen Seite, durch den Straßenbau auf der anderen Seite, durch Einkaufszentren und Ähnlichem. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier müssen wir hingewiesen haben, weg von Einfamilienhäusern, hin zu Genossenschaftsbauten, Mehrfamilienbauten. Konzentriertes Bauen ist hier natürlich ein großer Vorteil - muss man sagen -, auch wenn das zurzeit noch nicht greift.

Vielleicht kann man hier auch bei den Förderungen sogar mehr drauf achten, dass hier das gemeinschaftliche Bauen stärker berücksichtigt wird.

Zum Tierschutz, der gleich als nächster Punkt kommt, noch ein paar Worte. Auch hier habe ich beim Bericht der Tierschutz-Ombudsfrau schon angeregt, die Landesrätin ist zwar jetzt nicht da, aber da wäre es wichtig die Kastrationsgutscheine mindestens zu verdoppeln. Wir haben nach wie vor ein sehr starkes Problem bei den Katzen, bei den Hunden weniger, aber bei den freilaufenden Katzen. Und der Tierschutz gehört natürlich auch in die anderen Gesetze.

Das Jagdgesetz ist nach wie vor beim Verfassungsdienst in Begutachtung. Wir sind hier noch guter Dinge, dass sowohl die Gatterjagd, als auch die Jagd auf ausgesetzte Tiere verboten werden wird. Ich hoffe auch sehr, dass der verpflichtende Abschuss von Haustieren, die sich im Freien aufhalten, verboten wird. Man kann diese Tiere auch einfangen und muss sie nicht gleich abknallen. Wie gesagt, die Tiere sind ja auch oft Familienmitglieder.

Das Jagdgesetz muss einem modernen Tierschutz entsprechen, und wir sind wirklich aufgefordert, den Tierschutz nicht nur isoliert mit Tierschutzhäusern und Haustieren zu betrachten, sondern wirklich auch in den verschiedensten Gesetzen, wo

diese Materie geschliffen wird, zu beachten und wesentlich darauf einzugehen, dass es hier um lebendige Tiere, um Lebewesen geht, die auch ein wichtiger Teil unserer Natur und unserer Landschaft sind.

Betreffend Aussetzungen von gezüchteten Tieren, zum Beispiel bei den Enten, gibt es ein Gutachten, dass das auch für den Natur- und Umweltschutz Probleme bringt, weil diese genetisch anders sind, sich aber dann mit dem heimischen Geflügel, beziehungsweise konkret mit den Enten verpaaren und hier es zu einer genetischen Vereinheitlichung und Verarmung kommt.

Das heißt, das Problem geht weit über den Tierschutzaspekt hinaus und streift hier sehr stark den Umwelt- und Naturschutz. Deswegen ist es Zeit, mit diesen „Jagdpraktiken“ aufzuhören.

Das jetzige Gesetz, das jetzig werdende Gesetz zur Jagd, wäre eine Möglichkeit, hier für die nächsten zehn, 20 Jahre ein zukunftsweisendes, modernes Gesetz, das dem Tier- und dem Naturschutz entspricht, zu sichern. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Die Frau Abgeordnete Ingrid Salamon ist als nächste Rednerin zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den zweiten Tag des Budgets 2017, und ich muss sagen, der Tag hat ja jetzt mit Argumentationen und Schlechtreden der ÖVP relativ ruhig angefangen.

Ich dachte mir, dass das Gestrige für das Heutige gereicht hat, aber leider Gottes war es nicht so. Bevor ich zum Thema Abfallwirtschaft, Umwelt spreche, muss ich Ihnen schon sagen, Herr Abgeordneter Temmel, Sie haben Recht, das kann ich Ihnen bestätigen, dass wir natürlich, die Landesregierung, die SPÖ, Spuren in diesem Land hinterlassen.

Auf diesen Spuren können Sie aufsammeln, dass wir das größte Wirtschaftswachstum haben, dass wir positive Zahlen im Tourismus haben, dass wir ein Minus an Arbeitslosenzahlen haben. Ich würde Ihnen gerne diesen Rat weitergeben, dass Sie sich ein Beispiel an der SPÖ Burgenland nehmen können, dass es uns wichtig ist, die Anliegen unserer Bevölkerung zu vertreten.

Das, was ich Ihnen anrechne, ist, dass Sie eben im Bereich der Umwelt gesagt haben, dass sehr viele positive Dinge geschaffen worden sind. Anscheinend schwimmen Sie hier gegen den Strom der ÖVP, weil die hat ja bis jetzt alles schlechtgeredet, was vorher in diesem Land passiert ist, als die ÖVP noch in der Landesregierung mitbestimmt hat, als sie noch an dieser Seite der Regierung gesessen sind und nicht auf dieser Seite, wo sie jetzt sitzen.

Also ich glaube, man sollte schon die Kirche im Dorf lassen. Wenn man dieses Land krankjammert, dann tut es mir als Gemeindepolitikerin, aber auch als Landtagsabgeordnete insofern weh, weil niemand von uns hier, vom Rednerpult, oder von der Regierung hat *(Abg. Walter Temmel: Berechtigte Anliegen.)* irgendetwas versucht, diese Zahlen und diese Herausforderungen, die wir auch in der nächsten *(Abg. Walter Temmel: Nicht jammern – berechtigte Anliegen.)* Zeit haben werden, zu verschönern. *(Abg. Walter Temmel: Nicht jammern – berechtigte Anliegen.)*

Es sind Zahlen genannt worden, die nicht vom Land Burgenland festgestellt worden sind, sondern von der Statistik Austria. Kein Mensch hat gesagt, dass nicht jeder

Arbeitslose, den es noch gibt, zu viel ist und dass man dagegen nicht etwas machen muss. Aber durch das Jammern *(Abg. Walter Temmel: Berechtigte Anliegen.)* bekommen Sie kein höheres Wirtschaftswachstum.

Durch das Jammern schaffen Sie keinen Arbeitsplatz und durch das Jammern gibt es auch keinen Erfolg im Tourismus. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Walter Temmel: Nicht jammern – berechtigte Anliegen.)*

Anscheinend fällt es Ihnen gar nicht auf, dass nicht die Rahmenbedingungen der Politik alleine diese Zahlen alle verbessern und verschönern können, dass dazu sehr viel notwendig ist, dass dazu die Unternehmer notwendig sind, dass dazu die Bevölkerung notwendig ist *(Abg. Walter Temmel: Das sehe ich auch so.)* und natürlich die Rahmenbedingungen der Politik.

Diese drei Faktoren sind es sehr wohl bis jetzt gewesen und werden es auch noch weiter sein. Und dass Sie sich nicht zu schade sind, hier geschlossen in der ganzen ÖVP hier auf die Bevölkerung, auf die Wirtschaft und auf unserer ganzes Land, dass Sie das schlechtreden, das verstehe ich nicht.

Man kann konstruktive Kritik anbringen, dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden, aber dieses Schlechtreden eines Landes, unseres Heimatlandes Burgenland, das hat sich das Land und die Bevölkerung nicht verdient. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich darf jetzt natürlich mit der Erfolgsgeschichte weitermachen, was die Abfallwirtschaft im Burgenland betrifft, Sie haben das erwähnt. Wir haben den Umweltdienst Burgenland und den Burgenländischen Müllerverband, der ja wirklich in seiner Organisation einzigartig in Österreich dargestellt ist, dass es eine Landesorganisation ist und dadurch viele Dinge in diesem Bereich einfacher umzusetzen sind.

Ich möchte nur einige Dinge erwähnen, die weiter jetzt vom Burgenländischen Umweltdienst und vom BMV in den nächsten Jahren gemacht werden. Sie alle wissen, weil sehr viele Gemeindepolitiker auch hier im Hohen Landtag sitzen, dass es ein Gemeindepaket gibt, das seit 2011 entwickelt wird, wo es immer wieder Neuentwicklungen gibt, die eigentlich zur Ausweitung und zum Leistungsangebot weiterentwickelt werden.

Das ist natürlich auch für das Jahr 2017 geplant. Die Zielsetzung ist, die ökologischen Abfallströme und die Abfallwirtschaft weiterzuentwickeln und Vorteile davon sind natürlich für unsere Gemeinden gegeben.

Weiters hat der UDB Burgenland auf Information der Jüngsten gesetzt. Ich glaube, das finde ich sehr gut, weil bereits bei den Kindern angefangen werden muss, die Dinge aufzuklären. *(Beifall beim Abg. Gerhard Steier.)* Es hat einen Tag gegeben, das war der Recycling-Tag in Oberpullendorf, es wurde rund 240 Kindern im Alter von vier bis zehn Jahren hier nähergebracht, wie man spielerisch eigentlich auf Abfallvermeidung kommen kann, wie die getrennte Sammlung funktionieren kann und wie dieses achtlose Wegwerfen von Müll auf unseren Straßen und auf Spazierwege vermeidet wird.

Ich glaube, das ist auch ein gutes Projekt, und wir wissen ja, dass man bei den Jüngsten anfangen kann, um solche Dinge umzusetzen. Weiters ist es so, dass natürlich der Burgenländische Müllverband diese wiederverwertbaren Dinge einsammelt, wieder herrichtet und dann in den Verkauf bringt.

Sie wissen, dass es sehr viele Standorte gibt, wo man Dinge auf den Gemeindeabfallsammelstellen abgeben kann, die vom Burgenländischen Müllverband dann wieder so hergerichtet werden, damit sie eigentlich wieder in den Verkauf kommen, und dadurch wird natürlich der Müllberg unseres Landes immer kleiner, und auch das sind ganz, ganz wichtige Dinge.

Weiters ist es so, dass es natürlich auch Problematiken gibt, die den Abfall betreffen, wobei ich nur eines herausnehmen möchte, das ist der Sperrmüll. Der UDB hat im Oktober 2016 eine Sperrmüllanalyse durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass nur rund 37 Prozent klassischer Sperrmüll sind, rund 42 Prozent sind dann Restmüll. Der Rest setzt sich hauptsächlich aus verwertbaren Abfällen zusammen.

Aufgrund dieser Analyse ist natürlich schon vorgegeben, welche Schwerpunkte der UDB und der BMV für das Jahr 2017 haben, hier akut einen Handlungsbedarf anzusetzen, damit die Analyse im Sperrmüll besser wird, weil wir alle wissen, dass natürlich Dinge drinnen sind, die wiederverwertbar sind, die eigentlich wieder Geld bringen.

Alle Gemeindevertreter wissen, dass gerade der Sperrmüll der teuerste ist, und daher - glaube ich - sollten wir alle dieses Projekt auch unterstützen, weil es für uns auch sehr wichtig ist.

Ich darf nur kurz erwähnen, dass es auch etwas Positives gibt. Das heißt, es geht um die Verpackungssammlung. Die österreichischen Haushalte haben im Vorjahr mehr als eine Million Tonnen Verpackungen und Altpapier getrennt. Die Burgenländerinnen und Burgenländer lagen wieder einmal im Spitzenfeld.

Beim Sammeln und Trennen von Papier, Glas, Leichtverpackung und Metall sind die Burgenländer traditionell sehr fleißig. Im Vorjahr lag die Pro-Kopf-Sammlung bei uns bei 140 Kilogramm.

Weiters darf ich noch positiv die landesweite Flurreinigung erwähnen, die auch vom BMV unterstützt wird und wo wir alle in den Gemeinden wissen, dass das eine sehr wichtige Rolle und eine sehr wichtige Aufgabe erfüllt, hier gemeinsam mit der Bevölkerung für unsere Umwelt zu sorgen.

Wir haben das gestern in Mattersburg bekommen. *(Die Abg. Ingrid Salamon zeigt die „Müllgazette.“)* Sie werden das wahrscheinlich auch schon in Ihren Gemeinden bekommen haben. Das ist die „Müllgazette“, die ich sehr informativ empfinde, die kostenlos an die Haushalte kommt, mit ganz angenehmen und guten Tipps.

Ich darf mich natürlich bedanken beim Burgenländischen Müllverband, beim UDB Burgenland, das es hier wirklich eine großartige Arbeit gibt, die geleistet wird. Die Probleme werden so gelöst, dass man gemeinsam versucht, die Problematik zu lösen.

Vielleicht sollten wir uns das auch als Vorbild nehmen, dass wir Probleme erkennen und nicht versuchen, sie durch jammern wegzubekommen. Das ist noch niemandem gelungen, sondern dass man Probleme durch konstruktive Zusammenarbeit vielleicht auch lösen kann, davon bin ich ganz sicher überzeugt.

Wir werden diesem Budgetabschnitt natürlich gerne mitstimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Gemäß § 65 GeOLT hat sich Herr Abgeordneter Temmel zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet.

Ich möchte Sie daran erinnern, eine tatsächliche Berichtigung hat mit der Wiedergabe der zu berichtigenden Behauptung zu beginnen und hat dieser Behauptung den berichtigten Sachverhalt gegenüberzustellen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Nur ein, zwei Sätze. Ich habe mit keinem einzigen Satz gejammert, ich habe kein einziges Unternehmen schlechtgeredet.

Meine Kernaussage war, dass ich im Zusammenhang aufmerksam gemacht habe, Landwirtschaft und Naturschutz im Burgenland sind starke Partner - und das waren sie auch immer - und Umwelt und Landwirtschaft gehört zusammen. Gemeinsame Partnerschaft zwischen Umwelt, Naturschutz mit der Landwirtschaft, Tourismus und so weiter.

Präsident Christian Illedits: Herr Kollege, die tatsächliche Berichtigung bitte!

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP) *(fortsetzend)***:** Die tatsächliche Berichtigung war, ich habe mit keinem einzigen Satz gejammert. Ich habe berechtigte Anliegen vorgetragen.

Und das Zweite, ich habe nichts schlechtgeredet. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Géza Molnár: Das war eine tatsächliche Beschwichtigung.)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Geschätzte Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Natur, Landschaftsschutz, Umwelt-, Naturschutz, Abfallwirtschaft, Tierschutz sind alles lebensbewegende Situationen, die im Grunde genommen unter dem Schlagwort Lebensqualität zusammengefasst werden können.

Ich bin mit der Kollegin Salamon der Meinung, dass wir im Burgenland nicht nur eine einzigartige Konstruktion auf kommunale Abfallentsorgung und Abfallwirtschaft im landesweiten Sinne haben. Sie haben nur den Ausdruck „Landesunternehmen“ gebraucht, es ist ein kommunales, wie Sie wissen, *(Abg. Ingrid Salamon: Da habe ich mich versprochen.)* über das Land hinweggesetzt. *(Abg. Ingrid Salamon: Gemeinden sind die Mitglieder, natürlich.)*

Tatsache ist, dass wir hier einen Status haben, um den uns in Österreich viele beneiden, weil sie private Abfallwirtschaften in der Umsetzung haben, und die eigentlich auf europäische Rechtsprechung laufend noch versucht, auch in diesen Bereichen, wo es staatliche beziehungsweise institutionelle Bewirtschaftung von Abfall gibt, ihren Fuß hineinzukriegen und die Möglichkeit zu finden, dort quasi gegen gemeinwirtschaftliches Handeln im privatwirtschaftlichen Sinne, natürlich auf Kosten der Konsumentinnen und Konsumenten, die Abfallbewirtschaftung zu betreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es eint uns auch in der Diskussion, dass es immer stärker im Zusammenhang mit allen abfallwirtschaftlichen Gegebenheiten zu der Erkenntnis kommt, dass hier Rohstoffe schlummern, die auf der einen Seite, wenn sie nicht abgebaut werden, in den Ursprungsgebieten Klimaschutz schon von vor Ort betreiben lassen.

Auf der anderen Seite in der Entwicklung, wenn sie hier entsprechend verbaut, umgesetzt und in die Wirtschaft eingeflossen sind, im sogenannten ressourcenschonenden Recyclingverfahren, Möglichkeiten bieten, sich quasi aus den Gegebenheiten einer Bewirtschaftung wieder neu zu bedienen.

Das hat nicht nur eine Art von Kreislaufsystem in der Entwicklung, sondern ist etwas, das zukunftsweisend gar nicht anders gehen wird. Auf der anderen Seite weise ich in dem Zusammenhang auf die globale Situation hin, wo es eigentlich jetzt schon kriegerische Auseinandersetzungen um Rohstoffe in besonderen Gebieten auf dieser Erde gibt.

Ich erinnere an das Kapitel seltene Erden, wo sich große Industriekonzerne, zum Beispiel aus China, in Afrika riesengroße Landstriche gesichert haben, um entsprechend dort Rohstoffe abbauen zu können. Dies ist ein Raubbau an der Natur, der noch beschränkt dazu ist, wie alle wissen, und daher ist es nur eine Frage von Zeit, wann das System eigentlich kippt. Auf der anderen Seite damit eigentlich die Investitionssituation in die Recyclingangelegenheiten immer stärker zu nutzen sein wird.

Wir haben Rohstoffe in unserem Kreislauf wirtschaften. Wir müssen aber darauf achten, dass wir sie auch wieder heraussondern, entsprechend nutzen und dem neuerlichen Prozess wieder zuführen. Das ist ein Kapitel, das aufgeschlagen wurde, auch vom Burgenländischen Müllverband in der mechanischen Anlage, wo verschiedenste Rohstoffe wieder quasi in die geordnete Umsetzung Gegebenheit werden.

Tatsache ist, dass wir mit einem Problem genauso wie später bei der Energiewirtschaft auch hier zu kämpfen haben. In den letzten Jahren sind Preise im Rohstoffsektor verfallen. Die meisten Verantwortlichen von kommunalen Abfallentsorgungsstellen wissen, dass es eine Zeit gegeben hat, wo man in den Gemeinden für Eisenabfälle, für gewisse Kupferteile sehr große Zahlungsströme erfahren konnte.

Dass man sehr viel Geld dort erwirtschaften konnte und dass man über diese Verkaufssituation grundsätzlich auch die Abfallbewirtschaftung in der Gemeinde sichern konnte, weil es finanziell wirkliche Zubußen waren. Tatsache ist, dass es hier einen Rückfall und einen Verfall der Rohstoffpreise gibt und deswegen abgeleitet ein Problem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Umwelt als solche ist jetzt nicht nur eine Bewirtschaftungsseite seitens des Müllverbandes oder des UDB als ausgelagerte Tochter, sondern es ist eine Aufgabe, die von der politischen Seite her auf jeden einzelnen in unserem Bundesland passieren muss.

Wenn wir nicht gemeinsam hier Anstrengungen setzen, die, so wie es auch gesagt wurde, schon im Kindergartenalter beginnen und sich dann fortsetzen, ist eine Entwicklung vorhanden, die eigentlich alles, was bisher ressourcenschonend und anderes in die Bewegung gesetzt hat, nicht mehr möglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier ist jeder einzelne von uns, jede Person, jeder Bürger, jede Bürgerin gefragt, entsprechend die Schritte zu setzen. Gleichzeitig möchte ich daran erinnern, wir haben ein Landesentwicklungsprogramm, das eindeutig festlegt, auch für die jetzige Programmplanungsperiode „mit der Natur zu neuen Erfolgen“.

Das heißt, politischer Natur ist das Bekenntnis, dass der Naturschutz auch mit den gesamten Gegebenheiten über Nationalpark, über Natura 2000 und alle anderen Gegebenheiten von sogenannten planerischen Vorgaben, im Sinne der Schutzfaktoren, ein direktes Bekenntnis aufgesetzt auf diese Gegebenheiten der burgenländischen

Naturlandschaft soll eigentlich auch die Entwicklung dieser Gesellschaft Gegebenheit sein.

Wenn es jetzt in der gleichen Form dann nicht passiert, dass man darauf achtet, dass man darauf Obsorge legt, dann hat man ein Problem. Und alles, was vom Kollegen Spitzmüller bereits angeführt wurde, im Sinne der raumplanerischen Gegebenheiten, ist zu 100 Prozent richtig, weil es im Grunde genommen eine ansteigende, im Bekenntnis zwar immer wieder jetzt schon diskutierte, aber eine ansteigende Verbrauchssituation auf die Flächen gibt.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass in Österreich täglich mehrere Fußballfelder verbaut werden. Dieser Raubbau im Sinne des Bodenverbrauches kann auf Dauer in der Versiegelung für die gesamte Natursituation nicht von Vorteil sein.

Ich möchte in dem Zusammenhang abschließend eines anmerken, was mir sehr am Herzen liegt, wir können noch so sehr versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln im Sinne von Flächenverbrauch, indem wir etwas zugestehen, wo noch einmal und zum x-ten Mal wieder ein Einkaufscenter gebaut wird, wir haben in Österreich, bezogen auf die Einwohnerzahl die höchste Durchdringung europaweit, was Einkaufsquadratmeterfläche auf 1.000 Einwohner anlangt. Es gibt keine derartige Durchdringung mehr.

Auf der anderen Seite, es ist nachweislich, und jeder, der sich ein wenig mit der Situation beschäftigt, das Einkaufsverhalten der einzelnen Familien, des einzelnen Bürgers und der Bürgerin, geht in Richtung einer sogenannten Internetkaufsituation, und dieses Kaufverhalten geht dann zu Lasten von Einkaufsfläche.

Hier wird es in den nächsten zehn Jahren einen totalen Umbruch geben, der in innerstädtischen Bereichen schon zum Teil sehr spürbar ist. Auf der anderen Seite ist dieses Kaufverhalten jetzt zu Weihnachten explosiv im Ansteigen.

Wenn ich jetzt auf globale Sicht nur den einen Einkaufstag in China hernehme, wo der Einkaufsgründer von „Alibaba“ mehr Millionen, fast über eine Milliarde Euro, glaube ich, heuer erstmals schon an die zwei Milliarden nur an einem Tag umsetzt, nur über eine Einkaufssituation, die der Bevölkerung zur Verfügung steht, über das Internet. Dann kann man sich vorstellen, welche Motive zukünftig, oder welche Bewegformen auf Einkaufsflächenbetreiber zukommen, wo es eine Schwierigkeit sein wird, hier nicht mit Quadratmeterpreisen in der Miete zu zahlen, sondern einfach Umsatz zu erlangen, weil die Konkurrenz immer stärker wird.

Das heißt, man sollte sehr sorgfältig damit umgehen, mit Bedacht damit umgehen, wo man zusätzliche Flächen genehmigt. Denn eines ist sicher, es kann auf Sicht gesehen nicht Zielsetzung der Politik sein, dass sie schlussendlich Ruinen produziert und die dann unbewirtschaftet die Landschaft verschandeln.

Das wird auch niemandem als Bürger und Bürgerinnen gefallen, und es wird auch für die touristische Nutzung dann hier mit Sicherheit nicht zum Vorteil gereichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was den Tierschutz anlangt, ist das Burgenland ein Vorreiter in der besonderen Form.

Präsident Christian Illedits: Bitte zum Schlusssatz kommen.

Abgeordneter Gerhard Steier: *(fortsetzend):* Wir haben mit dem Tierschutzhaus Sonnenhof etwas ganz Besonderes erreicht und geschaffen. Alles, was in der Motivation zu diesem Tierschutz Leistung erbringen bedeutet, hängt nicht nur in der Kooperation Land mit den Leuten, die dort beschäftigt sind, zusammen, sondern ist auch eine laufende Vermittlung, die - wie bei den anderen angesprochenen Punkten - direkt schon die Kinder

betrifft, und hier sollte die gesellschaftliche Aufmerksamkeit in der Vermittlung von Werten und Inhalten auch den Tierschutz betreffen.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist die Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Naturschutz hat im Burgenland einen sehr hohen Stellenwert, da kann ich dem Abgeordneten Temmel nur Recht geben. Recht geben möchte ich ihm auch damit, dass in der Vergangenheit hier von sehr vielen Seiten sehr vieles im Sinne des Natur- und Umweltschutzes im Burgenland passiert ist. Es sind ganz großartige Verdienste, die ich hier auch in keinster Weise schmälern möchte.

Wo wir leider anderer Meinung sind, ist, was die Trennung zwischen den Ressorts Natur- und Umweltschutz und Landwirtschaft betrifft. Diese Trennung, vor allem auch die personelle Trennung auf zwei verschiedene Regierungsmitglieder halte ich für sehr sinnvoll, weil es doch hin und wieder zu widersprüchlichen Interessen bei Landwirtschaft und Naturschutz kommt und so die jeweiligen Interessen, glaube ich, auf sauberere Art und Weise vertreten werden können.

Aber, wie dem auch sei, zurück zum Thema. Natur-, Umweltschutz, Klima werden im Burgenland großgeschrieben, sind nicht nur ein Lippenbekenntnis. Es gibt sehr viele Menschen, die gerade wegen unserer hervorragenden und intakten Natur- und Kulturlandschaft sehr gerne zu uns ins Burgenland kommen. Sei es jetzt als Tagesgäste oder auch auf längere Aufenthalte.

Damit eben diese Qualität auf diesem hohen Level erhalten bleibt und sogar noch ausgebaut wird, muss uns die Natur natürlich auch entsprechend etwas wert sein, und das auf allen Ebenen.

Naturschutz wird im Burgenland vom Nationalpark, von den sechs Naturparken und auch in zahlreichen weiteren Natur- und Landschaftsschutzgebieten, auch auf Gemeindeebene, betrieben.

Naturschutz bedeutet aber gleichzeitig nicht genau diese schützenswerten Landschaften unter einen Glassturz zu stellen, sondern diese Landschaften bedürfen einer umfassenden Pflege, ein umfassendes Pflegemanagement. Ich rede davon, dass diese Flächen gekauft werden müssen, gepachtet werden müssen und dann entsprechend auch gepflegt, entbuscht, beweidet, gemäht.

Genau dazu sieht auch das Budget 2017 die entsprechenden Mittel vor. Hinzu kommt auch noch, dass das Pflegemanagement, und das möchte ich hier ganz ausdrücklich betonen, im Burgenland oftmals in Kooperation mit Vereinen durchgeführt wird. Das ist eine sehr wichtige Kooperation, und da möchte ich mich auch sehr herzlich bei allen bedanken, die hier dazu beitragen.

Es wird hier nämlich in sehr vielen Bereichen eine wichtige und zielgerichtete Arbeit, vor allem auch im Sinne eines nachhaltigen Natur- und Landschaftsschutzes getan und in erster Linie, was die Pacht und die Pflege solcher schützenswerter Flächen betrifft.

So ein umfassender Naturschutz, wie er im Burgenland betrieben wird, wäre ohne das Engagement und ohne die Arbeit zahlreicher NGOs, die sich hier engagieren, in diesem Ausmaß nicht möglich. Deswegen möchte ich mich bei all diesen Vereinen und

Institutionen, auch bei den amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutzorgangen an dieser Stelle für ihre Arbeit sehr herzlich bedanken. *(Allgemeiner Beifall)*

Selbstverständlich tragen wir diesen Vereinen auch Rechnung im Budget, nämlich mit der Unterstützung, die sie brauchen, auch in finanzieller Hinsicht. Lassen Sie mich vielleicht drei Vereine beziehungsweise deren Aktivitäten nur ganz kurz erwähnen.

Da ist zum einen der Naturschutzbund, der sich schon seit Jahrzehnten für den Naturschutz im Burgenland einsetzt. Den unterstützen wir auch im Jahr 2017 im Rahmen des Biotopschutz-Programmes. Hier geht es vor allem um die Flächensicherung und Erhaltungsmaßnahmen von 34 naturschutzfachlich bedeutsamen Gebieten. Genauso wie der Verein BERTA, der allem für die Entbuschung von Weide- und Wieseflächen in Naturschutzgebieten des Landes sorgt.

Zuletzt möchte ich auch noch den Verein der burgenländischen Naturschutzorgane erwähnen, der sich vor allem für die Bewusstseinsbildung und Multiplikatorenschulung zur Verfügung stellt und hier ebenfalls im Rahmen des Budgets unterstützt wird.

Gerade diese Bewusstseinsbildung möchte ich ganz deutlich herausstreichen. Das ist auch der Teil, den ich mir seit meinem Amtsantritt zum Schwerpunkt gesetzt habe, und dieser Schwerpunkt spiegelt sich auch im Budget wider. Denn ich bin der Meinung, dass wir nur das wirklich nachhaltig schützen können, was wir auch kennen und vor allem um dessen Wert wir uns bewusst sind.

Dabei liegt es mir besonders am Herzen, dass wir die Bewusstseinsbildung vor allem bei der jüngeren Generation vorantreiben und schon im Kindergartenalter damit beginnen, denn Umweltschutz und Naturbewusstsein sollen sich schon so früh wie möglich in den Köpfen der Kinder verankern. Nur so können später dann auch verantwortungsvolle Jugendliche und Erwachsene hervorgebracht werden.

Deswegen sind Investitionen in die Bewusstseinsbildung, meiner Meinung nach, auch Investitionen in eine nachhaltige Zukunft unseres Landes. Deswegen fördern wir hier natürlich sehr gerne Projekte, die solche Sensibilisierungsmaßnahmen zum Inhalt haben, beispielsweise mit den burgenländischen Naturparken, die sich hier ganz besonders auf Schulen und vor allem auch Kindergärten beziehen.

Während diese Bewusstseinsbildungsprojekte vor allem mittel- und langfristige Naturschutz- und Umweltschutzziele zum Inhalt haben, müssen wir aber gleichzeitig auch auf aktuelle Anliegen eingehen.

Frau Abgeordnete Stampfel hat da schon das Bibermanagement erwähnt. Ich möchte auch noch das Fischottermanagement erwähnen, dass es seit 2015 im Burgenland gibt. Mit dem Fischotterombudsmann, der eine sehr wichtige und kompetente Anlaufstelle vor allem auch für Teichbesitzer ist. In Kombination mit der Fischotterzaunförderung konnten hier in den vergangenen knapp zwei Jahren bereits zahlreiche Konflikte schon im Vorhinein gelöst werden.

Solche Projekte sind ungemein wichtig und zeigen auch, dass Artenschutz auf Fläche nicht unbedingt gleichzeitig bedeutet, dass die Nutzung auf dieser Fläche eingestellt werden muss. Da sieht man einmal wieder mehr, dass Nützen und Schützen nicht in einem Widerspruch zueinander stehen, sondern dass es lediglich entsprechendes Management im Hintergrund braucht. Natürlich fördern wir ein solch erfolgreiches Projekt wie das Fischottermanagement auch im Jahr 2017 entsprechend.

Schließlich soll aber auch der klassische Naturschutz im Rahmen des Artenschutzes nicht zu kurz kommen, auch dafür ist im Budget Sorge getragen. Hier ist für

weitere Artenschutzprojekte, beispielsweise vom Bienenfresser über den Seeadler bis hin zur Zwergeule, für all das ist im Budget Vorsorge getragen. Aber Artenschutz kann auch ohne entsprechenden Klimaschutz nicht passieren. Der Klimaschutz ist auch schon von den Vorrednern angesprochen worden.

Der Klimawandel ist zweifelsohne eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wird auch immer deutlicher spürbar. Es besteht auch bereits wissenschaftlicher Konsens darüber, dass er nicht mehr verhindert, sondern nur mehr eingedämmt werden kann. Umso wichtiger ist es, dass wir uns diesen Herausforderungen stellen und das tun wir auch seitens des Burgenlandes.

Das tun wir einerseits mit Investitionen in ein neues Klimaschutzprogramm beziehungsweise einer integrierten Klima- und Energiestrategie, die für das Jahr 2017 geplant ist. Gleichzeitig soll hier mit Klimaschutzzielen bis zum Jahr 2030 beziehungsweise 2050, die Klimawandelanpassung vorangetrieben werden. Der Klimaschutz, das muss aber auch allen klar sein, kann auch nur dann gelingen, wenn ein entsprechendes Monitoring vorliegt und mit Monitoringmaßnahmen begleitet wird.

Deswegen ist für 2017 sowohl die Aktualisierung der Berechnungsmodelle als auch die Aktualisierung der Emissionsquellen im Emissionskataster vorgesehen. Aus Mitteln des Budgets werden hier vor allem die Emittentengruppen Haushalte, Fernheizwerke, Kraftwerke und Biogasanlagen und auch die Emittentengruppe Verkehr aktualisiert.

Diese Aktualisierung der Daten halte ich auch für unerlässlich, vor allem was die Überprüfbarkeit der Wirkung der Maßnahmen im Klimaschutz und auch die Schadstoffeinsparungen hier zur Folge haben. Genauso werden wir auch die automatisierte Datenerfassung vorantreiben, und das wird auch die Datenaktualisierung in Zukunft erleichtern.

Das wird beispielsweise mit dem neuen Heizungsanlagen- und Klimaanlagengesetz geschehen. In einem online verfügbaren Fragebogen können Wirkungsgrad, überprüfte Daten eingetragen werden und können entsprechend in dieser Datenbank gespeichert werden. Diese Daten werden auch dann zur Emissionsberechnungen entsprechend herangezogen.

Es sind Investitionen, die dem burgenländischen Energie- und Emissionskataster auf lange Sicht eine kostengünstige und hochaktuelle Dateneinspeisung aus den größten Emittentengruppen zur Verfügung stellen, nämlich den Haushalten.

Denn was wichtig ist, dass wir unsere Entscheidungen in der Umweltpolitik auf aktuelle und vor allem auch auf gültige Emissionsberechnungen und Daten in Entscheidungsgrundlagen damit auch zur Verfügung stellen.

Aber was beim Klimaschutz auch unerlässlich ist, ist, dass es sozial verträglich ist, sonst wird er nicht funktionieren. Hier wollen wir die Burgenländerinnen und Burgenländer zu einem Klimaschutz motivieren, den sie sich auch leisten können, und genau dort setzt auch wieder die Bewusstseinsbildung an. In diesem Bereich kooperieren wir sehr intensiv mit dem Klimabündnis Burgenland.

Damit wollen wir vor allem auch das Bewusstsein an Schulen und auch in Gemeinden stärken. Mit Projekten, wie beispielsweise dem Klimabilanzrechner oder dem Key-Account-Management werden Gemeinden zu ihrem CO_2-Verbrauch informiert und über Klimaschutzmaßnahmen in der Gemeinde beraten.

Genauso gibt es vom Klimabündnis zahlreiche Schul- und Kindergartenprojekte, wo es darum geht, Klimameilen zu sammeln, die Mobilitätswoche findet statt und auch der

Nachhaltigkeitspreis wird verliehen. Hier haben wir momentan im Burgenland 38 Klimabündnisgemeinden, elf Klimabündnisschulen und Kindergärten, genauso sechs Klimabündnisbetriebe, und es kommen jedes Jahr neue dazu, was mich sehr freut, weil das zeigt, dass das Interesse und die Bereitschaft zum Klimaschutz im Burgenland ständig wächst.

Aber natürlich ist Klimaschutz eine Querschnittsmaterie und viele Maßnahmen haben positive Wirkung vor allem, wenn es um geringere CO_2-Ausstöße geht. Wenn wir beispielsweise im Burgenland mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen als wir verbrauchen, dann trägt das wesentlich zum Klimaschutz bei oder wenn wir E-Tankstellen oder E-CarSharing über die Dorferneuerung fördern, trägt auch das zum Klimaschutz bei, genauso bei der Photovoltaikförderung auch für Gemeinden.

Bei der Wohnbauförderung, was Sanierungsmaßnahmen betrifft oder die Einhaltung von Energiekennzahlen. All das trägt zum Klimaschutz bei und genauso betreiben wir Klimaschutz auch auf nicht materieller Ebene. Mit dem bereits erwähnten Heizungs- und Klimaanlagengesetz wird nicht nur diese Datenbanklösung geschaffen, sondern auch die Möglichkeit zu einer Energieberatung vor Ort.

Damit werden die Kunden auf mögliche Energieeinsparungspotentiale aufmerksam gemacht, sensibilisiert auch für den Klimaschutz. Es bleibt ihnen aber gleichzeitig die Entscheidung überlassen, ob und wann sie hier Investitionen in ihrem eigenen Haushalt treffen.

Das ist ein Klimaschutz, der, meiner Ansicht nach, Sinn macht, der sozial verträglich ist und den wir im Burgenland so auch weiter vorantreiben werden. Wir haben hier einen hohen Standard im Burgenland, was den Natur- und Umweltschutz anbelangt. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig, aber Artenschutz, Klimaschutz, Bewusstseinsbildung, Landschaftsschutz, die gehen alle damit einher.

Das sind Lorbeeren, auf denen wir uns natürlich nicht ausruhen können, sondern wir müssen hier weiter alles daran setzen.

Präsident Christian Illedits| *(das Glockenzeichen gebend)*: Frau Landesrätin, bitte die Schlusssätze formulieren.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ) *(fortsetzend)*: Genau das tun wir auch im Budget 2017.

Ich möchte abschließend noch die Gelegenheit nutzen, um mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Abteilung 4, mit dem Abteilungsvorstand Mag. Thomas Izmenyi zu bedanken, insbesondere auch beim Hauptreferat Natur-, Klima- und Umweltschutz mit Dr. Paul Weikovics an der Spitze. Sie leisten wirklich sehr engagierte Arbeit im Sinne eines gelungenen Natur- und Umweltschutzes im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Als nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Stampfel zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal, bevor ich die allgemeine Rede zu diesem Thema mache, eine Reaktion auf die Aussagen vom Herrn Spitzmüller zeigen und zwar zum Jagdgesetz.

Das Jagdgesetz ist mit Sicherheit eines der schwierigsten Gesetze, *(Abg. Manfred Kölly: Na geh, geh, geh!)* aber wir geben uns hier wirklich große Mühe. Ich lasse mir dieses Gesetz auch nicht von irgendjemandem schlechtreden und das, obwohl es noch nicht einmal beschlossen ist, Herr Kölly. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ - Abg. Manfred Kölly: So schwierig ist es nicht! Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Außerdem, speziell an die Kollegen von der GRÜNEN Fraktion. Von einer Partei, welche Ausübung der Religion über den Tierschutz stellt, lasse ich mich in Sachen Tierschutz auch sicher nicht belehren, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Alle Jahre wieder!)* denn mit einer Partei, die nicht ausdrücklich dagegen ist, dass Tieren bei lebendigem Leib die Kehle durchschnitten wird, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das muss alles den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen!)* damit sie elendig verbluten und Höllenqualen erleiden, mit so einer Partei möchte ich über Tierschutz gar nicht diskutieren. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Wie inzwischen sicher allen bekannt ist, liegt mir der Tierschutz sehr am Herzen. Im Burgenland wurde hier auch schon in der Vergangenheit sehr viel getan. Sei es durch das Tierheim Sonnenhof, welches österreichweit ein Vorzeigeprojekt ist. Der Chef sitzt oben, der Herr Direktor Böck, danke für Ihr Engagement. Oder durch die Kastrationsgutscheine für Streunerkatzen, welche auch vom Land gemeinsam mit Gemeinden und Tierärzten finanziert werden. Nicht unerwähnt bleiben darf hier die Unterstützung für viele private Tierheime.

Auf diesem Gebiet sind wir auch in Zukunft gefordert, da ein Landestierschutzhaus alleine sicher nicht ausreicht. Es ist uns bewusst, dass hier immer Unterstützung seitens des Landes erforderlich sein wird. Besonders erwähnenswert ist der Burgenländische Tierschutzpreis. Es hat mich sehr gefreut, dass diesen heuer das Tierheim in Parndorf erhalten hat. Dieser Preis ist nicht nur Anerkennung für getane Arbeit im Bereich des Tierschutzes, sondern auch Motivation für die Zukunft.

Es ist mir nach wie vor ein großes und wichtiges Anliegen, hier auch immer wieder an den Bund zu appellieren, endlich eine Änderung des Tierschutzgesetzes in Angriff zu nehmen. Ein erster ganz wichtiger Schritt wäre hier, den Tierschutz in der Verfassung zu verankern und dass das Tier nicht mehr als Sache, sondern endlich als Mitgeschöpf bezeichnet wird. Dies würde auch die Möglichkeit strengerer Kontrollen und der Erhöhung des Strafrahmens ermöglichen.

Themen wie Animal Hoarding, illegaler Welpenhandel, aber auch die Lebendtiertransporte gehören endlich einmal angesprochen und behandelt. Wir können auf Landesebene viel unternehmen, doch wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen seitens des Bundes nicht vorhanden sind, sind uns auch hier die Hände gebunden. Daher sage ich es noch einmal in aller Klarheit. Liebe Bundesregierung, bewegt Euch endlich und tut etwas!

Jetzt komme ich zurück zum Budget. Wie unsere Landesrätin Dunst schon mitgeteilt hat, werden wir nächstes Jahr das Tierhaltegesetz in Angriff nehmen, da sich hier sehr viel geändert hat und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden muss. Der negativen Modeerscheinung Animal Hoarding wird nächstes Jahr ebenfalls der Kampf angesagt, etwa mit einer Einschränkung der Anzahl an Hunden beziehungsweise Katzen, die gehalten werden dürfen.

Ein großer Teil des Budgets fließt auch wieder in das Streunerkatzenprojekt. Das freut mich, aber wir wissen auch schon, dass auch hier nächstes Jahr sicher wieder finanzieller Ausbaubedarf besteht, da die Nachfrage sehr groß ist.

Das Projekt sollte auch wieder vielleicht einmal überarbeitet werden, da sich herausgestellt hat, dass punktuelle Schwerpunktaktionen effektiver sind, als wenn in jeder Ortschaft einige Katzen kastriert werden. Tierschutz geht uns alle etwas an, und daher wünsche ich mir weiter ein erfolgreiches Miteinander, um unseren Tieren die entsprechende Wertschätzung und auch den entsprechenden Respekt entgegenzubringen, denn die Menschheit hatte keinen geringeren Begleiter, Freund und Mitkämpfer in der Vergangenheit als das Tier an seiner Seite.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Spitzmüller zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Alle Jahre wieder zum Thema Schächten. Es gibt eine gesetzliche Regelung in Österreich und hinter der stehen wir. Hinterhofschächtungen, die irgendwer x-beliebiger macht, sind in Österreich verboten, und natürlich halten wir das auch für grob fahrlässig, nicht tierschutzgerecht und eine Tierquälerei.

Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Gut, war jetzt auch nicht tatsächlich berichtigt. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident. Bevor ich beginne, recht herzlich willkommen dem Geschäftsführer Mag. Wolfgang Böck. Herzlich willkommen heute hier im Landtag. Ein Bereich, der im Burgenland ausgezeichnet funktioniert, meine Damen und Herren, das ist eben der Tierschutz. Vor allem auch das von mir gerade angesprochene mustergültig geführte burgenländische Tierschutzhaus „Sonnenhof“.

Das rund 30.000 m^2 große Grundstück bietet Platz für etwa 70 Hunde, 100 Katzen und diverse Kleintiere. Die untergebrachten Tiere erfahren in dieser innovativen Einrichtung bestmögliche Pflege, ärztliche Betreuung und eine artgerechte Haltung.

Ein besonderes Anliegen ist die rasche Vergabe. Ich darf mich immer von dem auch überzeugen, wenn ich direkt im Sonnenhof bin. In der Vergangenheit ist es immer wieder gelungen, die Verweildauer der Tiere so kurz wie möglich zu halten, wobei immer genau geprüft wurde, ob das neue Zuhause auch passt. Für diese engagierte Arbeit, meine Damen und Herren, im Sinne eines wirksamen und nachhaltigen Tierschutzes, möchte ich dem Leiter des Tierschutzhauses Sonnenhof, Mag. Wolfgang Böck, und seinem gesamten Team gratulieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren! Dass im Burgenland der Tierschutz lückenlos und flächendeckend funktioniert, liegt daran, dass das Land neben dem Tierschutzhaus auf Basis von Verwaltungsträgern auch mit privaten Tierheimen oder Tierpensionen kooperiert. Diese Kooperationen sind es auch, die so klaglos funktionieren, wie die Regelung rund um die Erstbehandlung herrenloser Tiere.

Diese Tierärzte erhalten für die Erstbehandlung aufgefundener oder unverletzter Heimtiere eine Bezahlung laut einem Leistungskatalog. Die Tiere werden nach der Behandlung an das Tierschutzhaus Sonnenhof weitergegeben.

In dem Bereich des präventiven Tierschutzes fällt eine Aktion, die das Ziel hat, den unkontrollierten Zuwachs von streunenden Katzen einzudämmen. Die Folgen der Überpopulation reichen nämlich von der Ausbreitung von Krankheiten, Parasiten und Seuchen, über Inzuchtgefahr, die sich auch auf Hauskatzen übertragen kann, bis hin zu Konflikten mit den Nachbarn oder der Jägerschaft. Die einzig nachhaltige und verantwortungsvolle Maßnahme ist dabei die Kastration.

Deshalb gibt es seit dem Jahr 2013 eine entsprechende Aktion vom Land, Tierärztekammer und Gemeinden. Die für diese Kastrationsaktion vorgesehenen Förderungen werden mittels Gutscheinen an die interessierten Gemeinden ausgegeben. Aufgrund der enormen Nachfrage ist eine weitere Fortsetzung im kommenden Jahr geplant, wobei überlegt wird, mehr Gutscheine noch auszuteilen.

Meine Damen und Herren! Um besondere Leistungen und Verdienste im Heimtierbereich zu würdigen, wurde von unserer Landesrätin Verena Dunst der Tierschutzpreis initiiert. Neben diesem Preis für Privatpersonen und Organisationen gibt es erstmalig einen Tierschutzpreis für landwirtschaftliche Nutztiere. Dieser ist heuer speziell für Milchkuhbetriebe ausgeschrieben.

Kriterien für diesen Preis sind neben der artgerechten Haltung auch die Lebensleistung und die Lebensdauer. Ein Vorhaben im Bereich des Tierschutzes, das noch in diesem Jahr behandelt werden soll, ist die Umsetzung eines Burgenländischen Tierhaltegesetzes. Dieses Gesetz soll unter anderem die Beschränkung für die Haltung von gefährlichen Tieren beinhalten. Derzeit sind die Rechte von Tieren sowie die Pflichten für Tierhalter im Landespolizeistrafgesetz geregelt und das soll sich nun auch ändern.

Liebe Frau Landesrätin! Für die Verwirklichung dieser gesetzlichen Regelung im Sinne des Tierschutzes wünsche ich Dir natürlich alles Gute und hoffe auf die konstruktive Mitarbeit aller im Landtag vertretenen Parteien.

Außerdem möchte ich Dir dafür danken, dass Du durch Deine Tätigkeit dem Tierschutz diesen Stellenwert gibst, den er auch verdient. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächste zu Wort gemeldet von der Regierungsbank hat sich Frau Landesrätin Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Meine Herren Regierungskollegen! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank für die Wertschätzung des Tierschutzes, die alle vier Redner betont haben.

Ich möchte hier noch einmal zitieren, was Sie, Frau Abgeordnete Stampfel, gesagt haben: „Respekt und Wertschätzung haben sich die Tiere verdient.“ Ich glaube, dass niemand hier, aber auch zu Hause, dem widerspricht, weil es wichtig ist. Weil genau an den Tieren man auch die soziale Haltung eines ganzen Bundeslandes ablesen kann.

Daher habe ich, seit ich für den Tierschutz zuständig bin, alles versucht, was notwendig und möglich ist, natürlich auch im budgetären Rahmen, um hier zu gewährleisten, dass Tierschutz im Burgenland auch dementsprechend hochgehalten wird. Ich kann das natürlich nicht allein machen und möchte mich hier auch vielen meiner Vorredner anschließen, ob es jetzt der Abgeordnete Kovacs war oder die Frau Stampfel, beziehungsweise auch der Herr Abgeordnete Steier, mit einem herzlichen Dankeschön an den Herrn Mag. Böck, dem Geschäftsführer.

Wir sind stolz auf dieses Landestierheim, das wirklich in Österreich ganz oben an Qualität steht und auf das wir alle sehr stolz sind. Ich bedanke mich bei Ihnen, aber auch bei Ihren vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Sie brauchen. Um gerade jetzt in der Zeit, und das haben Sie verfolgen können, wo wir durch Grenzkontrollen Welpen in großer Anzahl abnehmen mussten, und wo wir uns gerade hinter den Kulissen bemühen, wie wir sie jetzt begleiten können und dann kommt es natürlich zu einer Abgabe. Aber das ist eine sehr große Herausforderung, was auch die Kapazität des Sonnenhofes anbelangt.

Sehr wichtig ist mir die Zusammenarbeit mit dem W HR Dr. Fink, Veterinärdirektor, vielen herzlichen Dank. Die Zusammenarbeit mit Ihnen ist geprägt von Ihrer Kompetenz. Ich bin sehr froh, Sie und Ihre Mitarbeiterinnen an meiner Seite zu haben.

Gemeinsam können wir etwas weiterbringen - Dankeschön, auch Sie machen wirklich eine hervorragende Arbeit in der Abteilung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte mich aber auch im Rahmen dieser meiner Wortmeldung sehr herzlich bedanken bei den Gemeinden. Das darf nicht unerwähnt bleiben.

Gerade die Gemeinden sind auch wichtig im Tierschutzbereich, ich nehme an, dass Sie das alle wissen. Die Gemeinden sind die erste Anlaufstation für entlaufene oder zugelaufene herrenlose Tiere und werden dort in Verwahrung genommen und dann vom Sonnenhof abgeholt. Aber auch an viele Amtstierärzte und Tierärzte im Burgenland ein herzliches Dankeschön.

Es geht nur durch ein Miteinander. Wir brauchen die Rückmeldungen der Tierärzte und Amtstierärzte, die jeden Tag mit Tierschutz und Begleitung von Tieren, ob sie jetzt Nutztiere sind oder eben Kleintiere sind, Heimtiere sind, und so weiter - all das ist natürlich sehr wichtig und da ist immer eine Zusammenschau notwendig. Ich möchte aber nicht verheimlichen, dass natürlich Tierschutz nie etwas Einfaches ist.

Mein klarer Auftrag, den sehe ich so, dass natürlich zunächst einmal die Pflicht, nämlich das Verständnis für die Öffentlichkeit für den Tierschutz wichtig ist und dass hier die Anliegen, aber auch das Verständnis, wie wir gehört haben, mit Respekt und Wertschätzung den Tieren gegenüber, vorhanden ist. Daher ist die Zusammenarbeit mit den Schulen sehr, sehr wichtig. Denn gerade in dem Alter ist es wichtig, dass wir Kinder und junge Menschen dafür sensibilisieren, was und wie man Tieren begegnet.

Das Zweite, was natürlich auch wichtig ist, ist - ich habe es vorhin schon erwähnt, Sie auch - wir haben natürlich immer auch das nicht einfache Thema, wie bringen wir herrenlose Tiere unter oder wie versorgen wir verletzte Tiere. Auch auf der Straße immer wieder, aber natürlich auch in der freien Wildbahn ist es ein Thema, und danke für Ihre Zustimmung zur Katzenkastration.

Ganz, ganz wichtig, und da haben Sie sich vorher auch gemeldet, Herr Abgeordneter Spitzmüller, es ist ganz wichtig, dass wir hier vorbeugen, weil Katzen Überträger von Krankheiten sind, und weil es einfach nicht geht, dass es hier zu einer Vermehrung kommt, weil wir für diese Tiere auch nicht mehr sorgen können und das ist ein großes Thema.

Ja, und das ist immer unser gemeinsames Thema, Herr Veterinärdirektor, wie können wir noch mehr tun, wie können wir hier noch vorbeugen. Ich sage aber auch ganz klar, das ist auch ein Thema, das nicht so einfach in den Griff zu kriegen ist, aber meine Absicht besteht klar, dass wir das im Blickwinkel haben. Wir haben ja auch eine Tierschutzombudsfrau, Frau Dr. Velich, bei der ich mich sehr herzlich bedanke, deren Anliegen auch viele dieser Anliegen sind.

Was ist jetzt zu tun? Nur ganz kurz, was habe ich vor: Budget haben Sie gesehen, bleibt gleich. Mir war nur wichtig, dass wir auch hier 50.000 Euro für innovative Tierschutzmaßnahmen haben, dass wir hier auch natürlich dafür Sorge zu tragen haben, dass der Sonnenhof dort wirklich für höchste Qualität garantieren kann und wir haben für die Katzenkastration beziehungsweise die Tierschutzmaßnahmen weitere 50.000 Euro im Budget.

Sie können sich also verlassen, dass der Tierschutz wie bisher dementsprechend auch weitergeführt werden kann. Ja, und danke, dass Sie das schon angesprochen haben, wo ich auch sehe, wo andere Bundesländer das schon erledigt haben, und ich denke, das ist ganz wichtig - ein Tierhaltegesetz.

Das haben wir im Burgenland noch nicht. Sie wissen, Bundesangelegenheit ist das Bundestierschutzgesetz, aber für die Tierhaltungsgesetze und die Rahmenbedingungen sind die Bundesländer zuständig - ich werde das in Angriff nehmen im nächsten Jahr. Denn eines ist auch klar, hier geht es immer um beispielsweise auch ein Thema Animal Hoarding beziehungsweise auch natürlich, dass wir in Haushalten, gerade weil das Burgenland kein Tierhaltegesetz hat, dass wir hier schon exotische und teilweise sehr gefährliche Tiere haben, da müssen wir natürlich auch dafür Sorgen tragen, wie man damit umgeht. Wie kann man das alles vorbeugend begleiten, damit uns das hier gerade nicht entgleitet? Das ist sehr, sehr wichtig.

Also viele Vorhaben - Budget passt - danke, dass Sie dem Tierschutz auch viel abgewinnen können. Ich denke, das sind wir uns selbst schuldig. Dankeschön, und das möchte ich auch klar sagen, an viele private Tierheime, an viele Menschen, die sich ehrenamtlich für den Tierschutz und für die Tiere sehr stark einsetzen, das sind viele Menschen: Vielen herzlichen Dank auch an jene, die nichts dafür bezahlt kriegen und trotzdem für den Tierschutz sehr viel tun.

In dem Sinne bedanke ich mich für Ihre Wortmeldungen und wünsche dem Tierschutz alles Gute für 2017. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Wir kommen zur Gruppe 5 - Gesundheit. Schade, dass der Herr Landesrat nicht hier ist. Er würde sich, glaube ich, freuen, über das, was ich jetzt sage, aber herzlich willkommen auch von der Abteilung.

Ich möchte nur ein paar Punkte herausnehmen aus dem Voranschlag der Gruppe 5. Sehr schön auffallend auch für mich ist, dass die veterinärmedizinischen Maßnahmen eine ordentliche Aufstockung erhalten, gerade auch, was die Kontrollen anbelangt, und das ist nun wirklich eine große gesundheitliche Frage, hier kann man gar nicht früh genug ansetzen, herauszufinden, wo durch Kontrollen etwas verbessert werden kann.

Ein zweiter großer Punkt ist der Natur- und Tierschutz, auch im Gesundheitsbudget. Dazu spreche ich jetzt nicht, das hat der Herr Spitzmüller schon getan. Ich möchte nur bitten, nach der Klarstellung, Frau Kollegin Stampfel, dass Sie das jetzt bei sich abspeichern und nicht dieselbe Falschmeldung immer wieder lancieren, hier gibt es von den GRÜNEN wirklich schon mehrfach sehr klare Aussagen dazu. *(Abg. Géza Molnár: Wir haben eine gemeinsame Entschließung zusammengebracht!)*

Weil uns ist es wichtig, dass es hier wirklich um Tierschutz geht. Es geht nicht um einen Religionskrieg und es geht nicht darum, auf dem Thema Tierschutz dann andere gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Das halte ich hier nicht für redlich.

Zurück zur Gruppe 5 - Gesundheit. Sehr auffallend und positiv zu bemerken ist die Neuaufstellung der Ärztebereitschaft. Das Projekt wurde auch mehrfach erläutert. Ich denke, da geht es vor allem um Oberwart, das ist wirklich ein neuer Ansatzpunkt, wie Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche den Weg nicht direkt ins Spital nehmen müssen und trotzdem zu Zeiten, wo sie ihren Hausarzt, ihre Hausärztin nicht mehr vorfinden, eine akute medizinische Betreuung finden.

Auffallend ist auch noch, es gibt zusätzlich einen neuen Posten - Förderung der Rettungsdienste mit plus 60.000 Euro. Da hoffe ich, dass das auf die Rettungsorganisationen fair aufgeteilt wird. Ich weiß noch nicht, was damit zusätzlich finanziert wird. Wir werden das einfach beobachten, aber grundsätzlich, ich bin - Herr Kollege Steindl - ich bin grundsätzlich einmal sehr positiv gestimmt, ich schaue mir das an, aber ich werde es kritisch beobachten. Zunächst einmal nehme ich hier einfach wahr, es gibt eine Erhöhung der Förderung der Rettungsdienste im Burgenland und nicht nur eines, werden wir hoffen.

Ein ganz großer Posten ist der Punkt der Pflegeanstalten, der natürlich massiv erhöht wurde. Ich glaube, ich brauche da jetzt nicht ausführlich reden, das werden sicherlich noch Kolleginnen oder Kollegen in den Zahlen deutlich machen.

Was mir nur ein Anliegen ist, ein ganz wichtiges, dass wir in dem Zusammenhang auch die Situation der Pflegekräfte und allen in der Pflege Tätigen nicht aus den Augen verlieren. Das ist nach wie vor eine sehr herausfordernde Situation. Es ist nach wie vor in einigen Pflegeanstalten noch so, dass sich Pflegerinnen und Pfleger eher wie Fließbandarbeiterinnen und -arbeiter vorkommen und zu wenig Zeit haben für eine persönliche Betreuung der Patientinnen und Patienten.

Hier ist sicher noch nachzubessern, wie wohl ich schon festgestellt habe, dass im Pflegebudget natürlich vieles erhöht wurde. Alles in allem - vieles, was wir unterstützen können. Insofern ist die Gruppe 5 auch die einzige, der wir hier unsere Zustimmung geben werden.

Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Werte Zuseher! Auf der einen Seite verwundert es mich jetzt immer, quasi das legen die Klubobleute so fest, dass ich immer der Nachredner nach der Kollegin Petrik bin.

Die Herausforderung brauche ich jetzt nicht aufnehmen, wir sind uns so etwas von einig in diesem Gesundheitsbudget. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe mir tosenden Applaus erwartet!)* Ich möchte aber, bevor ich jetzt auf das Budget eingehe, noch die anderen Tagesordnungspunkte, die ich mit dieser Wortmeldung mitnehme, erörtern. Ich spreche hier kurz zum TOP 7, wo es darum geht, dass eben das Gemeindesanitätsgesetz geändert wird zum allgemeinen Bekanntsein. Hier geht es um eine Normierung der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit, Meldepflichten für Gemeinde- und Kreisärztinnen und -ärzte

zur Schaffung von Schutzbestimmungen für Gemeinde- und Kreisärztinnen und -ärzte, die ein Korruptionsdelikt melden.

Das ist für mich auch eine besonders wichtige Sache, dass hier eine Schutzfunktion eingezogen wird, analog den Regelungen des Landes- und Gemeindebeamtengesetzes vollzogen werden kann. Da werden wir natürlich die Zustimmung erteilen, inwieweit doch im Prinzip wir als Regierungspartei hier auch diese Gesetzgebung ja mittragen.

Zum TOP 11, der ist für mich eine ganz besondere Geschichte, den möchte ich auch noch ein bisschen erörtern. Hier geht es um den Bericht der Gesundheits-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft, der zur Kenntnis genommen werden soll, den wir natürlich zur Kenntnis nehmen.

Eine wesentliche Aussage aus diesem Bericht, die ich uns nicht vorenthalten will, ist auf alle Fälle, dass trotz des Anstieges bei den Krankenanstaltenbeschwerden der Rückgang der Gesamtbeschwerdenakten aber vorliegt. Das heißt, wir haben einen nach unten gehenden Beschwerdefluss, auch bei den Altenwohn- und Pflegeheimen haben wir nur eine geringe Anzahl von Beschwerden, was natürlich an der Qualität liegt oder zumindest so abzuleiten ist.

Bei der Behindertenanwaltschaft gab es im Berichtszeitraum nur 70 konkrete Anfragen, die dem Behindertenbereich zugeordnet werden können. Im Wesentlichen sind die Anliegen unserer behinderten Menschen bezogen auf die Barrierefreiheit, die persönliche Assistenz, die Eingliederungshilfe und das Pflegegeld sowie der Vertretungswunsch bei Behörden und Gericht. Ich glaube, wenn wir hier entsprechend im Folgejahr noch miteinander sprechen, ich, als der Sozialsprecher der FPÖ, und der Landesrat Darabos, dann werden wir auch in diesem Bereich einige Gesetzesjustierungen zusammenbringen.

Wie es der Sozialsprecher der FPÖ und der Landesrat Darabos, dann werden wir auch in diesen Bereichen einige Gesetzesjustierungen zusammenbringen, dass der nächste Bericht schon wieder weniger solche Anliegen aufzeigt.

Eine interessante Geschichte, die vielleicht an der Mehrheit von Ihnen vorbeigegangen ist oder nicht so wahrgenommen wurde, die für mich aber wesentlich ist, ist die Sache der Ombudsstelle für die elektronische Gesundheitsakte, die Ende des Jahres beziehungsweise Anfang des nächsten Jahres Einzug halten soll.

Ich darf den Bericht insofern zitieren, als damit für uns alle bekannt ist, dass diese ELGA-Ombudsstelle vom Bundesministerium für Gesundheit betrieben wird. Diese kann allerdings bei den Patientenvertretungen in den Bundesländern nach Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung stattfinden, und sind sogenannte Dienstleister im Sinne des Datenschutzgesetzes.

Das wird auch im Burgenland stattfinden. Anfang des nächsten Jahres wird dann ein Landesregierungsbeschluss vonnöten sein, sodass im Prinzip diese ELGA-Ombudsstelle eingesetzt werden kann. Wir brauchen aber keine Angst budgetär haben, weil sich das im Prinzip im Budget des Bundesministeriums für Gesundheit niederschlagen wird; den Ländern wird hier im Prinzip der diesbezügliche Personal- und Sachaufwand vom Bund ersetzt.

Wichtig ist es deshalb, weil nach wie vor in der Gesellschaft oder auch bei den Bürgern im Burgenland die ELGA noch differenziert betrachtet wird. Es muss eine Stelle geben, die auf der einen Seite die Bürger berät und auf der anderen Seite ihnen auch die Möglichkeit bietet, sofern sie das wollen, vereinfacht gesagt, aus der ELGA aussteigen zu

können, weil auch das ist etwas, wo wir im Prinzip den freiheitlichen Gedanken wiederfinden.

Das ist ein Produkt, dem man sich freiwillig unterwerfen kann oder aus dem man sich auch zurückziehen kann. Darum bin ich so glücklich, dass wir dann im Folgejahr das auch im Burgenland eingesetzt bekommen werden, nämlich voraussichtlich bei der Patientenanwaltschaft angesiedelt.

Die TOP 23 und 26, die im Inhalt eher gleichgelagert sind, der eine von der LBL, der andere von der ÖVP, die wir in beiden Bereichen abgeändert haben, da werden wir auch dieser Abänderung natürlich zustimmen. Es geht in Wirklichkeit um die Problematik des Ärztemangels. Fachärztemangel auf der einen Seite beziehungsweise Stipendien auf der anderen Seite, wo wir uns schon in den Ausschüssen dementsprechend darauf geeinigt haben, dass wir alle wissen, dass wir ein Ärzteproblem haben, obwohl wir in der letzten Zeit hier, seit eigentlich diese Regierung tätig ist, 87 Ärzte aufgenommen haben.

Das ist schon im Prinzip ein dementsprechender Gewinn. Aber trotzdem wissen wir, dass wir einen Ärztemangel haben und zwar gleich in Wirklichkeit ab dem Moment, wo sie mit dem Studium fertig sind, werden sie von anderen Ländern schon abgeworben beziehungsweise während dem Studium schon. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da sind die Ungarn wieder recht - bei den Ärzten. Bei den Ärzten sind die Ungarn wieder recht.)* Die Ungarn?

Recht sind sie uns nicht, billig sind sie im Moment jetzt, im Sinne nicht von monetär billig, sondern bevor ich gar keinen Arzt habe, wir wollen schon unsere eigenen Ärzte, da bin ich voll bei Euch. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die ungarischen Ärzte sind billiger als die österreichischen?)* Billig im Sinne von recht und billig. Billig nicht monetär zu verstehen. Okay. Habe ich gerade noch dargelegt, weil sonst könnte das wieder in falsche Kanäle oder Facebook-Kommentare kommen. Das möchte ich jetzt im Prinzip unterbinden.

Aber einig sind wir uns, dass wir einen fehlenden Medizinernachwuchs haben, ein jeder hat einen anderen Zugang. Die LBL beziehungsweise die ÖVP will es über Stipendien machen. Wir wollen es in Wirklichkeit machen, dass wir dem Bundeminister nahelegen, er muss ein Mehr an Studienplätzen zur Verfügung stellen. Er muss im Prinzip den EU-Rahmen verlängern, damit auch hier wir diese Ausnahme für die eigenen oder für die Österreicher an den Universitäten bekommen.

Der TOP 28. Auch hier möchte ich mich kurzhalten, weil hier ist ja schon heute angesprochen worden, ich glaube, von der Kollegin Friedl, wenn mich nicht alles täuscht. Der kostenfreie Spitalsaufenthalt für Kinder, der im Prinzip gestern durch den Ausschuss gegangen ist und dementsprechend schon abgesegnet ist, das ist quasi eine Lehrscheibengeschichte, die wir da jetzt haben. Hier werden wir auch dementsprechend zustimmen, weil im Prinzip der Bund unserer mehr oder weniger Aufforderung, das zu tun, das vorweggenommen hat, daher ist auch das hier für uns keine große Herausforderung.

Zum Budget als solchem darf ich festhalten, dass wir eben auf Grund der notwendigen Versorgung im gesamten Burgenland, wir haben halt im Prinzip, wie man es auf der Karte sieht, einen ziemlich langen oder länglichen Schlauch von Landesgebiet, mit den fünf Krankenhäusern sehr zufrieden sind, und das auch brauchen, um dementsprechende Versorgung für die Burgenländerinnen und Burgenländer sicherzustellen. Insbesondere auch - *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* jawohl, ich komme zum Schluss - insbesondere auch, um eine Wohnortnähe, um eine Notfalls- und Erstversorgungssicherstellung zu machen.

Es freut mich auch, dass die Leistung der Ärzte und der gesamten Bediensteten in den Krankhäusern gewürdigt wird, weil wir auch hier wieder eine Gehaltserhöhung von 2,1 Prozent sichergestellt haben und die Ärzte überhaupt seit dem Jahr 2011 um 35 Prozent mehr verdienen, obwohl sie weniger Leistung von der Stunde her erbringen müssen. So kann man zusammenfassend sagen, hat das Burgenland alles dazu unternommen, um im Prinzip hier für die Gesundheitsversorgung die beste Möglichkeit zu bieten.

Daher werden wir diesem Punkt 5 zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke schön. Herr Abgeordneter Rosner hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte zum Rednerpult, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir haben dieser Gruppe bei den Gesundheitsausgaben um 97 Millionen Euro weniger im Budget, da die Personalkosten der KRAGES direkt vom Bund bezahlt werden und somit nicht im Landesbudget 2017 aufscheinen. Gesamtausgaben in dieser Gruppe sind 102,4 Millionen Euro. Größere Veränderungen zu 2015 ist im psychosozialen Dienst. Hier gibt es ein Plus von 150.000 Euro.

Aber der Ärztebereitschaftsdienst ist schon von der Frau Petrik angesprochen worden, Plus 200.000 Euro. Überregionale Technologieprojekte 500.000 Euro. Ich weiß nicht ganz genau, was das jetzt wirklich ist, aber der Herr Landesrat wird es uns vielleicht erklären. Und zwar Beitrag an die Bundesgesundheitsagentur - ein Plus von 200.000 Euro.

Geschätzte Damen und Herren! Dass das Burgenland in vielen Bereichen der Gesundheitspolitik bis jetzt nicht immer die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt hat, zeigt sich unter anderem in dem immer größer werdenden Ärztemangel, Kollege Haidinger hat es angesprochen. Für etwaige Gegenmaßnahmen habe ich auch diesbezüglich in diesem Budget nichts gefunden.

Wir dürfen bei dem drohenden Ärztemangel nicht wegschauen. Wir wissen, wir müssen den Standort Burgenland für Ärzte so attraktiv machen, dass sie im Land bleiben. Die Stellungnahme der Ärztekammer, die schon seit Jahren vor einem Ärztemangel im Burgenland warnt, geht in vielen Bereichen konform mit unseren, schon seit längerem geforderten Maßnahmen.

Von unserer Seite wurde schon lange ein Stipendium gefordert - auch vom Herrn Haidinger angesprochen -, für burgenländische Medizinstudenten zu schaffen. Die Vergabe dieser Stipendien wird an die Verpflichtung gekoppelt, nach Abschluss des Studiums für eine bestimmte Zeit im Burgenland als Arzt tätig zu sein. Wir wollen für Ärzte etwas Ähnliches wie Ausbildungsverträge in der Wirtschaft. *(Abg. Ilse Benkö: In der Gemeinde Oberwart?)*

Eine Förderung der Zusammenarbeitsformen im niedergelassenen Bereich wie Gruppenpraxen, Arztanstellung. Landesförderungen beziehungsweise Prämienzahlungen an Ärzte, die eine neue Praxis in der Peripherie errichten. In immer mehr Regionen unseres Landes fehlen Ärzte. Die ärztliche Versorgung ist aber ein wesentlicher Faktor für eine hohe Lebensqualität. Daher wollen wir den Hausarzt als erste Anlaufstelle erhalten. Alles klar, das kostet.

Wenn man bedenkt, dass wir für den Frauenlauf 40.000 Euro ausgeben und für die Vorbereitungskurse für Medizinstudenten 13.000 Euro ausgeben, glaube ich, müssten wir uns überlegen, wo wir hier Prioritäten setzen.

Zu den Prioritäten hat auch der Herr Johannes Steinhart, der Vertreter der niedergelassenen Ärzte in der Österreichischen Ärztekammer, es ganz gut auf den Punkt gebracht. Man kann die Gesundheit nicht kranksparen. Er sagt, die ÖBB bekommt nur für den Tunnelbau zusätzlich 22 Milliarden. Da fahre ich lieber, bildlich gesprochen, lieber mit dem Zug gesund über den Semmering wie krank durch den Tunnel. Also ich glaube, diese Aussage ist sehr gelungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist auch vom Herrn Haidinger angesprochen worden, Spitalsaufenthalt eines Kindes bedeutet natürlich enorme Belastungen für die Eltern und ist eine weitere organisatorische, eine finanzielle Herausforderung für jede Familie. Es wurde schon erwähnt, wir von der ÖVP begrüßen die jetzt vorgesehene Vereinbarung gemäß Artikel 15a BV-G über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens, welche die Streichungen der Selbstbehalte für die Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr nominieren soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Tätigkeitsbericht der Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft darf ich zuerst ein herzliches Dankeschön, ich weiß nicht, ob er hier ist, ein herzliches Dankeschön an Dr. Josef Weiss und seine beiden Mitarbeiter aussprechen. Mit einem Jahresbudget von 26.000 Euro wurde hier hervorragende Arbeit für die Menschen im Burgenland geleistet.

Gesetzesänderungen haben dieser Anwaltschaft ein Mehr an Aufgaben beschert. Behindertenberatung, Monitoringsausschuss sind dazu gekommen. Ab 2017, wurde auch erwähnt, kommt dazu die ELGA-Ombudsstelle. Trotzdem wurden 325 Beschwerden bearbeitet, Entschädigungsleistungen in Gesamthöhe von 336.000 Euro erreicht. Patientenentschädigungsfonds - gesamt 227.000 Euro bezahlt.

Die Anwaltschaft, die seit 15 Jahren besteht, hat auch Empfehlungen in ihren Bericht geschrieben, und zwar Errichtung einer Krankenanstalten- und unabhängige Kommission, Verwaltung der finanziellen Mittel in Höhe von 900.000 Euro durch das Land, anstelle durch BURGEF, Anhebung der derzeitigen Höchstgrenzen von 25.000 je Fall auf vergleichbares Niveau wie in anderen Bundesländern, dann Festlegung von schadenersatzrechtlichen Grundsätzen. Ich möchte mich nochmals bei den Mitarbeitern dieser Anwaltschaft recht herzlich bedanken. Wir werden diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Nur kurz, meine sehr geehrten Damen und Herren, außer der Gruppe 5. Ich finde für die Gemeinden im Landesvoranschlag keinen einzigen Impuls, keine einzige Initiative. Wo sind die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit? Wo zur Stärkung von Gemeinden und Wirtschaftsstandorten? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten: Redezeit?)* Wo zu Zukunftsgebieten wie Entbürokratisierung und Digitalisierung? Wir von der ÖVP, also eine Bürgermeisterpartei, sehen als unsere Aufgabe, die Kommunen zu stärken und zu unterstützen.

Wir werden daher diesem Voranschlag nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident! Was ist eigentlich das Credo der ÖVP zu diesen Budgetlandtagen? Jammern, jammern, jammern, fällt mir nur ein. Herr Abgeordneter Rosner hat es gerade belächelt. Wenn er sich jetzt aufregt, dann weiß ich, er jammert weiter. *(Abg. Georg Rosner: Was heißt jammern?)*

Meine Damen und Herren! Insgesamt 500 Millionen Euro sind für den Gesundheits- und Sozialbereich inklusive den Krankanstalten vorgesehen. Das heißt, für das Burgenland ist fast jeder zweite Euro des Budgets, der in die Gesundheitsförderung fließt, in die Erziehung fließt und in die Gesundheitsprävention fließt, in das Sozialwesen sowie den Ausbau der medizinischen Versorgung. Das ist, und hier darf ich auch Finanzlandesrat Helmut Bieler zitieren, eine klares soziales Bekenntnis der Landesregierung, das sich im Budget wiederfindet.

Damit setzen wir im Burgenland einen Kurs fort, der vor allem ein Ziel hat: Die beste medizinische Versorgung für alle Burgenländerinnen und Burgenländer in allen Bezirken unseres Heimatlandes.

Vorweg jetzt noch ein paar Worte zum Krankenhaus Oberwart, weil das hat sich ja die ÖVP auserkoren, um billiges, politisches Kleingeld herauszuschlagen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das war sehr teuer.)* Eine ÖVP, die in ihrer Zeit, in der sie Regierungsverantwortung trug, allen Beschlüssen zum Krankenhaus Oberwart zustimmte. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nein! Da gibt es keinen Regierungsbeschluss! Komplett falsch!)* Nun wird der Rechnungshof eingeschaltet.

Dazu kann man sagen, grundsätzlich ja, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Komplett falsch!)* okay, aber trotzdem sollte erwähnt werden, dass die ÖVP nun ihre eigenen Beschlüsse, die sie damals gefasst hat, überprüfen lässt. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Franz Steindl: Nein!)*

Aber ich darf Sie beruhigen, Kollegen der ÖVP, der Neubau des Krankenhauses Oberwart ist ja auf Schiene. Das wird Ihnen wohl auch nicht entgangen sein, dass bereits im Sommer erste Pläne des beauftragten Architektenbüros präsentiert wurden. *(Abg. Franz Steindl: Den haben wir beschlossen. Das ist ein Grundsatzbeschluss. Da haben Sie Recht. Sonst gibt es keinen Beschluss. - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Pläne, die den Schluss rechtfertigen, dass sich die Patienten und, Herr Bürgermeister Rosner, die tausenden Mitarbeiter auf das modernste Krankenhaus Österreichs freuen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich merke es schon, bei der ÖVP ist es schwer, dass sie die Freude mit uns teilen. Aber, Herr Bürgermeister von Oberwart, versuchen Sie zumindest ein Mindestmaß, ein Mindestmaß an Zusammenarbeit während der Planungs- und Errichtungsphasen aufzubringen. Bislang war nichts davon zu bemerken. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Er hat eh schon … - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bist Du leicht im Oberwarter Gemeinderat?)*

Wenn wir schon beim Thema Krankenhaus Oberwart sind, dann würde ich die Kollegen der ÖVP ersuchen, ein für alle Mal, Frau Mag. Resetar, ein für alle Mal *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ein für alle Mal!)* klarzustellen, ist es die Position der ÖVP, die eine flächendeckende Versorgung absichert, oder ist es Ihre Haltung, Ihre Position, des ehemaligen Regierungsmitgliedes Resetar, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gibt es irgendwas Neues zum Budget?)* dass die Schließung von drei Krankenhäusern forderte. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein! Das ist ganz falsch verstanden. Anfrage an Herrn Darabos! Damit ich das einmal klarstelle.)* Drei Krankenhäuser wollten Sie zusperren. Welche Haltung haben wir? Wer weiß es? Keiner! *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ*

und ÖVP – Abg. Mag. Michaela Resetar: Da können Sie sich sicher sein. Geburtenstation in Güssing!)

Kommen wir zurück zu Erfreulichem, zum Gesundheitsbudget. Während sich Ihr Beitrag, wir sehen es heute auch wieder, im Gesundheitsbereich darauf reduziert, sich Gedanken über Spitalsschließungen zu machen, investiert das Land fleißig weiter. Die Zielsetzung, meine Damen und Herren, kann eigentlich nur sein, den Burgenländerinnen und Burgenländern Spitzenmedizin in den heimischen Gesundheitseinrichtungen anzubieten.

Mit neun Fachschwerpunkten und Abteilungen und der Erweiterung des Leistungsangebotes gewährleisten … *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Abg. Mag. Michaela Resetar: Genau das habe ich gesagt. Da kannst Du Dir sicher sein.)* Herr Präsident, bitte! Ist die Glocke kaputt? *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Fahren Sie fort!

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortfahrend)*: Mit neun Fachschwerpunkten und Abteilungen und der Erweiterung des Leistungsangebotes werden wir weiterhin gewährleisten, dass das Burgenland seinen Ruf als Gesundheitsmusterland weiter gerecht wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Lassen Sie mich einige Beispiele für unser Gesundheitsmusterland Burgenland nennen. So wird es …

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Noch 30 Sekunden!

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Noch 30 Sekunden! Weil die Kollegen der ÖVP keinen ausreden lassen. *(Abg. Ilse Benkö: Zwei Minuten! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Nur mehr zehn!)*

Grundsätzlich ist es ein Verdienst der Gesundheitspolitik des Landes, aber vor allem auch ein Verdienst der engagierten Mitarbeiter der Krankenanstalten, der im Land tätigen Ärzte und des Pflegepersonals und dafür möchte ich mich noch einmal herzlich bedanken. Das Landesbudget 2017 sichert die Weiterführung dieses erfolgreichen Weges weiter ab. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Zeit ist sicher schon um. Der Präsident gewährt immer mehr.)* Die Sozialdemokraten werden diesem Kapitel natürlich sehr gerne zustimmen. Danke! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesundheit ist das zentralste Anliegen von jedem Menschen. Von dem ausgehend ist auch die Gesundheitsvorsorge, sei es jetzt in präventiven Maßnahmen oder in der Bereitstellung von Gesundheitseinrichtungen, etwas Einzigartiges beziehungsweise absolut Notwendiges.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren das Budget Gesundheit, das im Grunde genommen dadurch besticht, dass es die wichtigsten Parameter eigentlich in der Vorgabe hat, die schon über Jahre eigentlich auch festgeschrieben sind. Wir alle wissen, dass eines der zentralsten Probleme der Gesundheitspolitik darin besteht, dass die Ausgaben jährlich wachsen. Um diese wachsenden Ausgaben einigermaßen

unterzubringen und durch entsprechende Geldmittel zu unterlegen, ist die Herausforderung, der sich der Herr Landesrat zu stellen hat, aber auch alle anderen, die im Gesundheitswesen aktiv sind.

Ich möchte darauf verweisen, dass wir über die fünf Standorte, was Spitäler im Burgenland anlangt, diese sogenannten Möglichkeiten im Sinne der Belastungen auch dadurch untermauert haben, dass wir die Bettenkapazitäten einigermaßen einschränken. Ich möchte darauf verweisen, dass der Österreichdurchschnitt pro tausend Einwohner 7,7 Betten im Vorjahr war. Im Jahr 2000 war er noch über acht pro tausend Einwohner. Wenn man weiß, dass das eine gebundene Dienstleistung auch von der Bezahlungsseite her ist, ist das ein ganz gewichtiges Problem und eine Problemstellung, die der Politik auch anheimgestellt ist.

Ich möchte aber ein wichtiges Kapitel, das die Diskussion der letzten Monate beinhaltet, den Ärzten widmen. Die Ärzte, und das jetzt zum Einstieg, bitte auch für alle, die in dieser Diskussion auch Position beziehen wollen. Der Durchschnitt auf tausend Einwohner in Österreich sind 4,9 Ärzte. Auf tausend Einwohner kommen in Österreich im Moment 4,9 Ärzte.

Das ist hinter Griechenland, nochmals, hinter Griechenland, der zweite Platz innerhalb der Europäischen Union. Positiv. Der Durchschnittswert auf ihre inhaltliche Bestimmung, der Durchschnittswert in Europa auf tausend Einwohner, was Ärzte anlangt, sind 3,2. Das heißt, wir haben eine Durchdringung, die im Grunde genommen, allen politischen Ambitionen im Gesundheitsbereich bisher Recht gibt, weil wir eine Ärztedichte vorweisen, die einigermaßen nicht nur bestimmend ist, sondern die auch wirklich positiv ist.

In Österreich werden pro tausend Einwohner 7,8 Personen für die Krankenpflege quasi aufgebracht. In Europa sind es 8,8. Hier hinken wir nach. Es gibt eine Tendenz, die uns im Grunde genommen auch nachziehen lassen wird müssen, weil es klar ist, dass jetzt schon, gesamtgesehen auf Österreich, 11,1 Prozent der Wirtschaftsleistung für das Gesundheitswesen aufgebracht werden müssen. 11,1 Prozent Gesamtleistung für das Gesundheitswesen.

Tatsache ist aber, dass wir ohne Einschränkungen auf Prognosen 2030, die vom WIFO erstellt sind, ausschließlich fürs Pflegegeld und für die Betreuung älterer Mitbürger im Jahr 2030 zirka 2,3 Prozent des BIP aufzuwenden haben werden. Also hier sieht man eine Tendenz in der Entwicklung, die Gesellschaft altert, die Aufgaben der gesellschaftlichen Verantwortlichen für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger wachsen aus, und damit ist eigentlich auch die Verantwortung in der finanziellen Situation eine uneingeschränkte und wird wachsen und zunehmen, ohne dass wir darauf Einfluss haben.

Ich möchte nur einen Punkt im Hinweis geben: Für die Bundesrepublik Deutschland wird für das Jahr 2030 im Schnitt sieben Prozent des BIP jetzt schon veranschlagt, das ist von einer Studie, die die Universität Freiburg erstellt, sieben Prozent des BIP. Das muss man jetzt in Relation auf die Größenordnung des Haushaltes in Österreich und in der Bundesrepublik betrachten.

Einen Diskussionsansatz, der mir sehr wichtig ist, und hier bitte mich auch zu korrigieren, wenn ich jetzt irgendetwas falsch sage. Tatsache ist, dass wir laufend einen Abfluss von Ärzten in der Ausbildung gegenüber dem österreichischen Verhältnis beklagen, weil die meisten in die BRD abwandern. Tatsache ist, und hier gibt es einen gewichtigen Grund, warum das passiert, ich weiß nicht, ob es allen bekannt ist. In der

BRD darf man als abgehender Arzt sofort in die Facharztpraxisausbildung einsteigen. Das hat es in Österreich nicht gegeben.

Daher hat man nach Studiengegebenheiten, nach neun Monaten Einstiegsstudium die Entscheidung herbeigeführt, dass in Österreich der Student, die Studentin, sich festlegen müssen, wollen sie Facharzt werden oder wollen sie Allgemeinmediziner werden. Jetzt die Konsequenz daraus, und das ist auch der nachweisliche Effekt, warum wir beklagen, dass wir immer weniger Allgemeinmediziner kriegen, nur zehn Prozent der in Österreich studierenden Studenten entscheiden sich für die Allgemeinmediziner-Ausbildung.

Jetzt erspare ich mir den Hintergrund zu nennen, wo es jetzt um die Arbeitsverhältnisse geht. Ich bin nicht dafür zu klagen, dass wir keine Ärzte in die Ortschaften bekommen, es ist eine Konsequenz aus den Umständen, dass die Lebenseinstellung und die Lebensart und Planung der Ärzte eine andere ist, als jetzt 24-Stunden-Dienst zu machen.

Die meisten der Studentinnen im Ärztebereich sind Frauen. Und das Frauenverständnis, auch was Familie und anderes anlangt, ist gegenüber den Jahren zuletzt sehr stark verändert worden. Davon abgeleitet gibt es auch nicht mehr die Bereitschaften, Landärztinnen und Landärzte zu werden.

Tatsache ist, dass das im Hintergrund eine gewichtige Entscheidungssituation ist. Ich bin schon dafür, dass man in Bezug auf die Studiengänge, die Unterstützung, so wie es auch jetzt schon der Fall ist, gewährt, damit die Medizinerausbildung stattfinden kann, für diese sogenannten Prüfungen, die hier abverlangt werden.

Ich finde es auch einigermaßen interessant, wenn man Beispiele aus dem Burgenland hernimmt, dass aus Ärztefamilien Kinder es nicht schaffen, zum Ärztestudium zugelassen werden. Wer, wenn nicht diese Kinder, haben die besten Voraussetzungen von der Vermittlung von Elternseite her? Und dass sie über die Umwege Ungarn, Slowakei und Tschechei den Weg zurück ins österreichische Studium finden oder an die österreichischen Universitäten, wo sie gerade nach zweimaligem, dreimaligem Antreten erst diese Zulassungsprüfung bewältigen.

Das führe ich über, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu der KRAGES beziehungsweise zu Einrichtungen, die das burgenländische Gesundheitswesen bestimmen. Wir wissen, dass die Situation nicht einfacher wird und dass es hier ganz gewichtige Gründe gibt, das von mir vorher erwähnte Projekt „Burgenländische Gesundheit“ entsprechend zu unterstützen.

Tatsache ist, dass es - auch für die meisten unkenntlich - in Österreich einen sogenannten Großgeräteplan gibt, wo es um den Einsatz geht, welche MR-Technik, welche CMR-Technik und andere Gerätschaften in einzelnen Ordinationen beziehungsweise im Spitalswesen, beziehungsweise in anderen Einrichtungen statthaft sind und auch quasi mitfinanziert werden.

Tatsache ist, dass es gerade im Bereich des Röntgenwesens eine radikale Veränderung, nicht nur für Frauen, was Mammographie anlangt, seit ungefähr eineinhalb Jahren gibt, sondern insgesamt auf diese Einrichtung Röntgeninstitute mehr oder weniger eine Privatisierungswelle stattgefunden hat. Die Burgenländische Gebietskrankenkasse hat sich von ihrem Röntgeninstitut getrennt, hat es quasi ausgelagert und verkauft.

Tatsache ist aber, und das ist jetzt eine Entwicklung, die ich nicht gutheiße und deswegen auch hier anspreche, dass es private Röntgeneinrichtungen gibt, peu à peu im Burgenland, von Neusiedl bis Güssing, die in den Großgeräteplan ihr Auskommen nicht

gefunden haben, aber über ihn die Einschränkung erfahren haben, es gibt für euch nichts mehr.

Tatsache ist, in Oberwart ist im Krankenhaus etwas aufgemacht worden. Die Überlegung geht in Richtung Eisenstadt-Kittsee, noch einmal im Spitalsbereich etwas anzuschaffen, was bisher nicht da ist. In der Konsequenz bedeutet das, dass wieder die private Initiative konterkariert wird, wo zum Beispiel in Neusiedl jetzt neben dem offiziellen und von der Gebietskrankenkasse bezahlten, für den Dienstleister oder Dienstnehmer ist ein privates Institut vom gleichen Betreiber im Aufbau gibt.

Wenn es jetzt die Konterkarierung durch wieder eine staatliche oder halbstaatliche Einrichtung gibt, ich finde, das ist obsolet und auch nicht richtig, weil es hätte vorher eine Information stattfinden müssen, die ganz klar und deutlich die Sprache spricht, wenn du das machst, dann hast du auch eine Sicherheit.

Wenn es in diesem Spitalsbereich, einem Gesundheitsbereich, keine Sicherheit für den Patienten gibt, weil der Arzt nicht weiß, wohin das Ziel und die Reise geht, dann kann auch das Gesundheitswesen nicht funktionieren. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Darabos das Wort.

Bitte.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wollte den Herrn Abgeordneten Steier loben, aber den letzten Satz kann ich sozusagen so nicht stehen lassen. Ich werde jetzt abgehend von meinen, das Budget betreffenden Ausführungen, kurz auf das eingehen.

Erstens: Klingt ein bisschen schwierig, wenn man Soziales, Gesundheit, Wohlfahrtswesen, Arbeitsmarkt, Pendler, Konsumentenschutz, Kinderschutz, Jugendschutz, ältere Generation, behinderte Familien, Frauen, Wohnbauförderung, Naturschutz, Umwelt, Abfallwirtschaft, Tierschutz und Gesundheitswesen gemeinsam diskutiert, weil es einfach wichtig ist, dass wir auch klar feststellen, oder ich stelle es jetzt fest, dass der Bereich des Sozialen und Gesundheitswesens der zentralste in diesem Budget ist.

Ich bin stolz darauf, dass 40 Prozent der Kosten, die im Budget beinhaltet sind, in den Bereich Gesundheit und Soziales plus Wohnbauförderung fließen. Aber, ich möchte jetzt vielleicht ganz kurz auf die Dinge eingehen, die bereits angesprochen worden sind.

Ich danke grundsätzlich für die konstruktive Diskussion. Es ist so, dass wir in dem Bereich, der angesprochen wurde, einige Initiativen gesetzt haben. Die Akutordination im Krankenhaus Oberwart ist eine tolle Geschichte.

Herr Bürgermeister Rosner zeigt mir den positiven Finger, weil es auch zeigt, dass wir es hier gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten geschafft haben, ein Projekt zu installieren, das der Bevölkerung zugutekommt.

Wir werden auch im sogenannten Primary Health Care-Bereich, also im Bereich der Primärvorsorge, auch im Eisenstädter Bezirk etwas weiterbringen. Ich freue mich auch, dass die GRÜNEN zumindest einem Teil dieses Budgets zustimmen können. Es wäre jetzt eine sehr lange Diskussion, die über das Budget, über die Budgetdebatte, hinausgehen würde.

Was die Frage des Ärztemangels betrifft. Wir haben noch keinen Ärztemangel. Wir wissen aber genau, auch in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer, dass wir in den

nächsten Jahren aufgrund der „Überalterung“ der Ärzte dafür sorgen müssen, dass wir auch attraktive, vor allem im Landbereich, Plätze schaffen müssen. Mit durchaus auch Maßnahmen, die sie heute angesprochen haben.

Jedenfalls geht es darum, es attraktiver zu gestalten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist richtig, was der Kollege Steier gesagt hat, dass es Abwanderungen Richtung Deutschland gibt. Ja, wir müssen auch da schauen. Was mich persönlich stört, aber das ist jetzt nur eine philosophische Frage, die man noch klären muss.

Ich höre jeden Tag das Wort „Work-Life-Balance“. Das hat es früher nicht gegeben. Mein Hausarzt kommt aus ihrer Heimatgemeinde, der hat kein Work-Life-Balance gekannt. *(Abg. Gerhard Steier: Der geht jetzt in Pension. - Abg. Mag. Christian Sagartz BA: Das ist eine andere Generation. Daran können wir nichts ändern.)* Er geht demnächst in Pension. Das ist genau das Problem und das können wir sicher in dieser Zeit nicht klären, ich sage es ja nur, dass ist eine Frage, die wir politisch klären müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das können wir heute in dieser kurzen Zeit nicht machen, aber man sieht schon, dass sich da einiges geändert hat.

Die Ärzte haben früher Nachtdienste, Nachtdienste, Nachtdienste gemacht. Mein Hausarzt fährt ins Burgtheater und macht dort Dienste. Er fährt zu den Vereinigten Bühnen und macht dort Dienste. Er macht das gerne. Die jungen Ärzte machen das nicht so gerne. Ich möchte aber schon dazu sagen, wir sind derzeit an der Arbeit, den regionalen Struktur- und Gesundheitsplan zu entwickeln. Das ist eine ganz heikle Geschichte, auch eine hochpolitische Geschichte. Wo wird welche Versorgung in welchem Krankenhaus gewährleistet?

Zum Krankenhaus Oberwart möchte ich nur kurz sagen, dass wir uns hier gemeinsam „committed“ haben, auch wenn Sie jetzt sagen, das war lediglich ein Grundsatzbeschluss. Aber, ich nehme an, Sie stehen noch zum Beschluss aus dem Jahr 2014, dass wir ein neues Krankenhaus bauen, und wir werden das auch gemeinsam umsetzen. *(Abg. Franz Steindl: Das war der erste Beschluss. Bis zu diesem gab es keinen derartigen Beschluss.)*

Ich hoffe auf Ihre Unterstützung in diesem Bereich. *(Abg. Franz Steindl: Das müssen Sie auch dem Kovacs sagen. Das Ganze ist ja nur über die Krages, über die Generalversammlung der Krages gelaufen.)* Ich habe nicht so viel Zeit. Wir können das nachher diskutieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Letzter Punkt. Zum Kollegen Steier. *(Abg. Franz Steindl: Bleibt bei der Wahrheit! Bleibt dabei!)* Die Ausgaben wachsen, das ist richtig und sie wachsen bewusst, weil die Menschen älter werden und weil wir auch mehr Verantwortung für die älteren Menschen haben, und damit bin ich beim Budget.

Gesundheit und Soziales bilden den Schwerpunkt. Das sollte man nicht vergessen, wirklich den Schwerpunkt dieses Budgets. Mit 422 Millionen Euro im Gesundheits- und Sozialbudget haben wir, inklusive der Krankenhäuser, die wir auch zu finanzieren haben - und übrigens, Herr Kollege Rosner, es stimmt nicht. Wir zahlen die Ärzte, und nicht der Bund. Das möchte ich schon dazu sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Markus Ulram: Die Nachtdienste zahlen aber schon die Gemeinden. Die Gemeinden.)*

Ja, er hat gesagt, der Bund zahlt sie. Der BURGEF zahlt die Ärzte. Es geht jetzt um 422 Millionen Euro und ich möchte schon kurz herausstreichen, hinter jedem Euro steht eine Person. Wir haben in der Altenpflege stationär, mobil 94,2 Millionen Euro. Wir haben

in der Behindertenhilfe, ich glaube, das ist in unser aller Sinn, 49,8 Millionen Euro veranschlagt.

Wir haben in der Kinder- und Jugendhilfe 26,1 Millionen Euro veranschlagt und wir haben, das sollten wir nicht verschweigen, auch in der Flüchtlingsbetreuung 25,5 Millionen Euro in diesem Budget veranschlagt.

Das war brutto, es wird ja vom Bund teilweise rückerstattet. Es war vor einigen Jahren nicht vorhersehbar. Wir haben im Jahr 2015, um noch einen Punkt herauszugreifen, 1.100 Flüchtlinge in der Grundversorgung gehabt. Jetzt haben wir 2.600. *(Abg. Manfred Kölly: Gestern schon gesagt.)*

Ja, das ist ein hoher Betrag, den ich nicht beeinflussen kann, der einfach so ist. Es ist momentan ohnehin „eingedämpft“, unter Anführungszeichen, aber das ist etwas, was wir auch im Budget berücksichtigen mussten.

Aber, insgesamt haben wir ein Budget, das ein soziales Ausrufezeichen darstellt. Ein soziales Ausrufezeichen! Es gibt kein Land in Österreich, kein Bundesland, das derart viel Geld in den Bereich der Gesundheit und des Sozialen investiert.

Wir haben mit sehr vielen Projekten innerhalb von Österreich Beispielwirkung. Wenn man jetzt die dörflichen und geografischen Strukturen des Burgenlandes berücksichtigt, dann sind wir das bestversorgteste Gebiet Österreichs. Wir sind froh, dass die Lebenserwartung steigt, und deswegen haben wir uns auch „committed“, dass wir hier auch dieses Budget so beschließen.

Ich möchte noch einmal bekräftigen. So viel Geld wird in ganz Österreich prozentuell nicht ausgegeben. Wir haben auch, der Herr Landesrat sitzt da, über den Finanzausgleich erreichen können, dass diese Mittel auch gerecht verteilt werden können. Dass wir in diesem Bereich einen gewissen Bedarf haben beziehungsweise einen gewissen Spielraum haben, möchte ich schon auch dazu sagen. Neben dem, was schon kurz angesprochen wurde, nämlich, dem Arbeitsmarkt, der Herr Landeshauptmann hat es schon kurz angesprochen, haben wir wirklich eine tolle Entwicklung gehabt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Während ich gesprochen habe, sind die Zahlen hereingekommen. 2,2 Prozent Minus bei den Arbeitslosenzahlen, ein Prozent Plus bei den Arbeitnehmern. Das ist österreichweit ein Spitzenwert und das sollte man auch nicht kleinreden. Warum machen wir das? Wir haben auch bei den finanziellen Anstrengungen dafür gesorgt, dass wir bei der Armutsgefährdung ganz weit hinten in Österreich sind.

In Europa sind 16 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. In Österreich 14 Prozent und bei uns im Burgenland sieben Prozent. Wenn man sich die Geschichte des Burgenlandes vor Augen führt, ich nehme meinen jetzigen Beruf als Politiker wahr, ich war einmal Historiker und habe mir diese Geschichte ganz genau angeschaut.

Wir waren das Schlusslicht, nicht nur in Österreich, sondern in Europa. Ihr wisst die Burgenländerwitze und alles Mögliche, was es da noch gegeben hat, wie beispielsweise keine asphaltierten Straßen, aber jetzt sind wir eigentlich weit vorne.

Dass das Burgenland so weit vorne ist, ist schon eine Entwicklung, egal über welche Parteigrenze hinweg man das diskutiert, die man auch anerkennen sollte. Sie waren als ÖVP ja über einen sehr langen Zeitraum in der Regierung dabei.

Wir haben eine Standortgarantie für die fünf Krankenhäuser. Das muss ich jetzt schon kurz sagen. Ich weiß, ich provoziere jetzt, aber ich sage es noch einmal. Es hat ein Regierungsmitglied gegeben, das laut darüber nachgedacht hat, dass zwei

Krankenhäuser im Burgenland reichen würden. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Sie bekommen eine entsprechende Anfrage! Dann werden wir ja sehen.)*

Das ist falsch. Die Anfrage, auf die freue ich mich schon. Es ist jedenfalls so, dass wir mit Oberwart und mit Eisenstadt zwei Schwerpunktkrankenhäuser haben. Drei Krankenhäuser sind es, die wir mit Schwerpunkten nachhaltig abgesichert haben. Beispielsweise Oberpullendorf, mit Augen beziehungsweise mit der Dickdarmkrebsvorsorge.

Ich verschweige auch nicht, jetzt ganz kurz zum Schluss noch kommend, dass wir durch die Migration Folgekosten haben. Wir haben eben, wie gesagt, diese Steigerung von 1.100 auf 1.600 Menschen und wir haben diese Trendwende trotzdem am Arbeitsmarkt geschafft.

Insgesamt haben wir auch uns „committed“, und da sind alle Parteien dabei, dass wir beispielsweise über den Europäischen Sozialfonds 24 Millionen Euro auslösen, über das Additionalitätsprogramm 18 Millionen Euro ausweisen und über den Fonds für Arbeit und Wirtschaft 700.000 Euro ausweisen. Im Rahmen der Arbeitnehmerförderung, das ist auch im Budget enthalten, sind es drei Millionen Euro, die wir für den Qualitätszuschuss, den Wohnkostenzuschuss, den Lehrlingszuschuss, den Fahrtkostenzuschuss und so weiter, ausweisen. Damit können wir auch dafür sorgen, dass in diesem Bereich des Arbeitsmarktes, wo wir als Land auch mitreden können, nicht nur mitreden, sondern auch die Finanzen dafür zur Verfügung stellen.

Ich hätte noch einiges zu sagen, aber ich möchte nur abschließend sagen, letzter Satz, ich glaube, dass dieses Budget für den Bereich Gesundheit, Soziales und Arbeitsmarkt ein sehr gutes ist, und ich würde mir wünschen, dass alle Parteien diesem Budget auch zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 4 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 4 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Es erfolgt nun die Abstimmung über die Gruppe 5. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 5 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 5 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

IV. Teil

Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Beratung des IV. Teiles des Voranschlages. Er umfasst die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Das Wort hat der Generalberichterstatter Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Für die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr sind in der Regierungsvorlage Einnahmen in der Höhe von 4.086.200 Euro und Ausgaben in der Höhe von 49.688.000 Euro vorgesehen.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme der Gruppe 6 empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppe 6 unverändert anzunehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Den mir vorliegenden Unterlagen zufolge hat der Kollege Wolfgang Spitzmüller seine Redemeldung zurückgezogen.

Ist das richtig? *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ja.)* Somit erteile ich dem Herrn Abgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Burgenland liegt im Zentrum Europas, befindet sich im Spannungsfeld zwischen Wien und Graz und unseren östlichen Nachbarn. Deshalb sind der Straßenverkehr, der Straßenbau und auch der Schienenverkehr für viele Bereiche, wie Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Pendler und Tourismus besonders wichtig. Diese Situation gilt es natürlich zu nützen und die Chancen der zentralen Lage wahrzunehmen.

Dem Land Burgenland ist es daher natürlich ein Anliegen, den besten Voraussetzungen für das moderne Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung und der Wirtschaft entsprechend nachzukommen. Zusammengefasst: Mobilität für alle Burgenländer nachhaltig, innovativ und sicher zu gestalten.

Der Fokus liegt also auf effiziente, leistbare, nachhaltige und komfortable öffentliche Verkehrsverbindungen für die Burgenländer in die Zentren zu schaffen. Es wird viel Geld im Jahr in den öffentlichen Verkehr investiert. Man muss sich aber natürlich in einem engen Budgetrahmen bewegen und trotzdem sind Fortschritte erzielt worden. Wichtig ist es, Anreize zu schaffen, wie die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel und das macht das Land Burgenland stetig.

Das Land Burgenland hat die Straßen in den letzten Jahrzehnten mit sehr viel Geld gut ausgebaut. Die nächsten Jahre werden daher mehr Angebot und mehr Attraktivität für den öffentlichen Verkehr bringen.

Es braucht öffentliche Verkehrsmittel, die schneller und bequemer sind. Gemeinsam mit dem Bund, den Eisenbahnunternehmen, auch den Gemeinden wurden im Burgenland in den letzten beiden Jahren viele Millionen Euro in Bahnhöfe und Eisenbahninfrastruktur investiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Investitionen in den öffentlichen Verkehr schlagen sich in jährlich steigenden Fahrgastzahlen bei Bus und Bahn nieder. Ganz klar, Mobilität und Transport sind enorm wichtige Faktoren für die Attraktivität regionaler Ortschaften und Gemeinden.

Das Land Burgenland ist bemüht, die regionalen Zentren und Gemeinden mit großen Ballungszentren zu verbinden. Es geht natürlich um die Pendler, aber auch um die Wirtschaft und auch darum, die Wirtschaft entsprechend zu stärken.

Die Mehrheit der Erwerbstätigen in Österreich arbeitet nicht in ihren Wohngemeinden. Die ungleiche regionale Verteilung von Arbeitsplatzangebot und Wohnorten der Beschäftigten erzeugt natürlich Verkehr.

Verkehr verbindet aber nicht nur die Arbeit mit dem Wohnort, sondern Familie, Freunde, Einkauf, Freizeit, Urlaub, Arztbesuche und vieles mehr. Die Städte haben mit ihren Arbeitsplätzen, Schulen, Geschäften, Freizeiteinrichtungen und ihrer medizinischen Versorgung natürlich eine zentrale Bedeutung für die Regionen.

Die selbständige Erreichbarkeit dieser regionalen Zentren für alle Ortsbevölkerungsgruppen zu einem bestimmten Zeitpunkt ist auch mit einem dichten Angebot des öffentlichen Verkehrs leider nicht möglich. Deshalb kann natürlich auf die Autos nicht ganz verzichtet werden.

Es braucht daher Maßnahmen und gut investiertes Geld für die Infrastruktur und somit auch für die Wirtschaft, damit sich die Wirtschaft parallel entwickeln kann und gleichzeitig Arbeitsplätze entstehen können. Für unsere Familien, für unsere Gesellschaft, besonders natürlich auch im Südburgenland.

Damit eben die Lebensqualität stimmt und Menschen da bleiben können beziehungsweise sich ansiedeln, bedarf es entsprechender Voraussetzungen, um die Lebensqualität, vor allem auch im Süden des Landes, besser gestalten zu können.

Die marktwirtschaftlichen Entwicklungen und die Stärkung des ländlichen Raumes mit Infrastrukturmaßnahmen, vor allem auch im Süden des Landes, müssen natürlich vorangetrieben werden, denn wirtschaftlicher Aufschwung ist ein wichtiger Punkt für die Verbesserung der Lebensbedingungen und vor allem keine Frage.

Der jetzigen Landesregierung ist es daher natürlich ein Anliegen und sie ist bemüht, die nötigen Impulse zu setzen. Deshalb ist die Erhaltung und der nötige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eine dauerhafte Aufgabe. Auch die Bahnverbindungen, vor allem im Südburgenland, Grenzbahn oder die Bahnverbindung Friedberg-Oberwart, ist in vielerlei Hinsicht eine wirtschaftliche lebensnotwendige Lebensader.

Dieses Ziel wird verfolgt und braucht eine gute Vorbereitungszeit. Der Bahnausbau im Norden kann und soll als Vorbild für den Süden gelten. Es hilft natürlich die Infrastrukturmilliarde, die schon oft zitiert wurde, denn sie fließt in eine zuverlässige Bahn, in sichere Straßen, in schnelles Internet und in industrienahe Forschung.

All diese Punkte sind natürlich auch im Zusammenhang mit den Förderungen für die Wirtschaft und den Straßenverkehr zu sehen. Natürlich ist dies auch für den Bereich Tourismus wichtig, denn das hängt ja zusammen.

Abschließend möchte ich natürlich dem Herrn Landesrat für seine Arbeit danken, denn Straßen- und Wasserbau sowie der Verkehr sind immer große Herausforderungen - speziell auch mit dem Hochwasserschutzbau.

Deshalb gilt der Dank dem zuständigen Landesrat Helmut Bieler mit seinem Team und seiner Abteilung. Wir werden unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Kollege Georg Rosner ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Kollege Kovacs ist jetzt nicht da. Ich habe nur kurz

auf seine Wortmeldung eingehen wollen. Die Stadtgemeinde Oberwart, der Stadtrat und der Gemeinderat und die Frau Präsidentin sitzt hier, stehen zu 100 Prozent hinter diesem Neubau des Krankenhauses Oberwart.

Wir haben jetzt erst die 11. Flächenwidmungsänderung neuerlich aufgelegt, um hier die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass dieses Parkhaus, Bauland, Sonderwidmung Krankenhaus, über die Bühne geht. Das heißt, wir machen alles, dass dieses Krankenhaus Oberwart in Oberwart auch neu gebaut wird. Also, mir zu sagen und uns zu sagen, dass wir da irgendwie blockieren, das, glaube ich, habe ich nicht notwendig und das möchte ich auch auf das Schärfste zurückweisen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Gruppe 6, Straßen haben wir Ausgaben in der Höhe von über 49 Millionen Euro. Es ist im Budget 2017 rund 2,4 Millionen Euro weniger, als noch im Jahr 2016. Das sind 4,75 Prozent weniger. Großer Brocken in dieser Gruppe sind die Personalkosten mit 13,6 Millionen Euro, die Straßenerhaltung mit 9,6 Millionen Euro, der Schutzwasserbau mit 2,6 Millionen Euro, der Neubau von Straßen mit 2,7 Millionen Euro, die Verbrauchsgüter mit 2,6 Millionen Euro und die Bodenmarkierungen, was für mich bitte hoch ist, aber anscheinend ist das so teuer, 1,6 Millionen Euro. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Voraussetzung für die Standortqualität und die damit verbundenen Ansiedlungen von Betrieben ist der Ausbau von Straßen und Schiene. Überall dort, wo die Infrastruktur ausgebaut wurde, stieg die Kaufkraft und wurde die Abwanderung gestoppt.

Die Erreichbarkeit zur Verbesserung muss daher ein zentrales Anliegen für Grenzregionen sein. Wir dürfen die Anbindungen an die Ballungszentren nicht verlieren. Wir müssen geeignete Rahmenbedingungen schaffen, damit sich auch Unternehmen ansiedeln. Speziell die südlichen Bezirke des Burgenlandes haben mit Standortnachteilen zu kämpfen, die oft zur Minderung der Lebensqualität führen.

Funktionierende Straßen- und Bahnverbindungen bedeuten mehr Verkehrssicherheit, mehr Lebensqualität in unseren Gemeinden, starke Impulse für die regionale Wirtschaft und vor allem Arbeitsplätze. Jeder Impuls ist wichtig, um unsere Gemeinden weiter nach vorne zu bringen.

Am 29.4.2015 wurde in den Medien bereits angekündigt, dass das Land die Bahnlinie Oberwart-Friedberg kauft. Der Kollege Wiesler hat es auch kurz angesprochen. Ich habe jetzt im Budget dazu nichts gefunden. Jetzt haben wir bereits das Budget 2017. Ich hoffe, dass auch vielleicht im Budget 2018 hier entsprechende Mittel aufscheinen.

Ich möchte auch auf die Punkte der anderen Tagesordnungen eingehen. Maßnahmen, wie beispielsweise die Errichtung von Betonleitwänden im Mittelteil der S31, erhöhen die Verkehrssicherheit und sind daher grundsätzlich zu begrüßen.

Aufgrund der letzten Ereignisse und Unfälle auf dieser Strecke zwischen dem Knoten Mattersburg und der Ausfahrt Weppersdorf sind diese baulichen Maßnahmen in der Mitteltrennung der beiden Fahrtrichtungen so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen. Was die Verlängerung der S31 betrifft, so muss man die Stellungnahme der Abteilung 5, Baudirektion, glaube ich, schon sehr ernst nehmen, denn die Verlängerung der Burgenlandstraße S31 von Steinberg-Dörfl in Richtung Grenzübergang Rattersdorf wurde mit Kosten von 37 Millionen Euro geschätzt.

Wenn diese Straße, laut Medienberichten, vom Kreisverkehr Rattersdorf in Richtung Köszeg in das ungarische Straßennetz eingebunden werden soll, dann ist da vielleicht eine Verlängerung der B63 der Steinamangerer Straße Richtung Ungarn zu überlegen, sodass auch dieser Straßenabschnitt eventuell in das ungarische Straßennetz

eingebunden wird. Ich meine jetzt die Umfahrung Schachendorf, das weiter geht in Richtung Günser Gebirge. Auch hier, glaube ich, wäre das für diese Region ein ganz wichtiger Schritt.

Ich möchte vielleicht nur noch ganz kurz auf die Kollegin Salomon eingehen. Frau Kollegin! Sie tun immer so, als ob wir, die ÖVP, alles schlechtreden, alles krankjammern. Ich glaube, wir argumentieren und haben auch durchaus Beispiele gezeigt, was wir anders machen würden. Wir sind froh über jedes Ranking, wo das Burgenland ganz vorne liegt. *(Abg. Ingrid Salamon: Anhören tut es sich aber nicht so. Ganz anders.)*

Wir freuen uns über jedes Ranking, wo das Burgenland ganz vorne liegt. Es gibt auch sehr viele Rankings, wo das Burgenland nicht ganz vorne ist. Wir halten das nicht, ich sage einmal, in die Kameras, aber ich kann einige erwähnen. Insolvenzquote, Innovationsquote, wie viele Patente meldet das Burgenland, Lehrlingsquote, die Hochschulabschlüsse, Einkommensentwicklung, BIP pro Kopf.

Wir freuen uns über jede positive Entwicklung des Burgenlandes und wir werden unsere Beiträge und unsere Meinung hier kundtun, wie wir das anders machen würden. Aber, wir jammern nichts krank, und wir reden auch nichts schlecht. *(Abg. Ingrid Salamon: Sie können das im Protokoll aber gerne nachlesen. Krankjammern.)* Danke schön! *(Abg. Ingrid Salamon: Bitte! Gerne! - Beifall bei der ÖVP - Abg. Gerhard Hutter: Entschuldigung, Herr Präsident! Bei der Messung der Redezeit dürfte ein Problem vorliegen. Haben wir die Redezeit vielleicht auf fünf Minuten reduziert? - Abg. Manfred Kölly: Hört auf zu klatschen. Wir haben hier eine wichtige Diskussion. Kontrolliert doch einmal die Uhr! Fünf Minuten nur. Im Burgenland gehen anscheinend sogar die Uhren anders.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Es dürfte beim letzten Redner die Uhr nicht auf null gestellt worden sein. *(Abg. Manfred Kölly: Nicht beim letzten! Ihr solltet da aufpassen! Schon bei den letzten drei Rednern stimmt das schon nicht.)*

Herr Kollege Kölly! Wir passen sehr genau auf, aber beim Einzigen, wo das passiert sein könnte, ist beim letzten Redner. Bei allen anderen ist die Uhr auf null gestellt worden. *(Abg. Manfred Kölly: Nein! Nein! – Allgemeine Unruhe)*

Es spricht nun der Kollege Wolfgang Sodl, und wir stellen jetzt die Uhr auf null.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich durfte schon gestern zum Thema Pendler sprechen. Ich darf deshalb kurz die wichtigsten Punkte aufzählen, in welchen Bereichen das Land insgesamt an die 17 Millionen Euro jährlich für den öffentlichen Verkehr ausgibt und investiert. Um hier nur einige Punkte aufzuzählen.

Die Wochen-, die Monats-, die Jahreskarten, ob das jetzt die von der Bahn oder vom Bus sind, würden natürlich für den Pendler oder für die Pendlerin bis hin zum Doppelten kosten, würde das Land hier nicht über den VOR diese auch stützen.

Die Mehrfahrtenkarte bei der G1-Linie, die Modernisierungsoffensive bei den Bahnhöfen, der Ausbau der Park & Ride-Anlagen im ganzen Burgenland, die Fahrtkostenzuschüsse, vor allem für Geringverdiener und Lehrlinge, die Billigtankstellen in jedem Bezirk, das Top-Jugend-Ticket für die Lehrlinge und Schüler sowie das Semesterticket, die Förderung für die Studierenden und auch die kostengünstigen Garagenplätze für Burgenländer in Wien. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Geschätzte Damen und Herren! Das Burgenland konnte sich in den vergangenen Jahren äußerst erfolgreich entwickeln. Um diesen Aufschwung weiter fortzusetzen, ist ein Ausbau der Infrastruktur von höchster Bedeutung. Rund eine Milliarde Euro werden bis zum Jahr 2022 in den Ausbau von Straße und Schiene und für Investitionen in ein schnelles Internet sowie in Forschung, Entwicklung im Burgenland investiert.

Aufgrund der ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen dem Land Burgenland und dem Infrastrukturministerium, sprich zwischen Landeshauptmann Hans Niessl sowie dem Bundesminister Jörg Leichtfried, konnte hier ein wichtiges Investitionspaket ausverhandelt werden.

Insgesamt fließen rund 150 Millionen Euro direkt in das burgenländische Schienennetz. Zusätzlich profitieren die Bahnfahrerinnen und die Bahnfahrer auch von Projekten in den benachbarten Bundesländern, wie etwa dem Ausbau der Pottendorfer Linie, die auch die Qualität des Regionalverkehrs im Burgenland weiter verbessert.

Damit sind auch zwei Neubauprojekte eng verbunden. Zum einen die Schleife Ebenfurth in Niederösterreich und die Schleife Müllendorf-Eisenstadt im Burgenland. Mit dem Ausbau der Pottendorfer Linie und dem Bau der beiden Schleifen verkürzen wir die Fahrtzeit zwischen Eisenstadt und Wien von einer Stunde auf nur noch 45 Minuten.

Wir schaffen damit erstmals eine direkte Zugverbindung zwischen den beiden Städten. Davon profitieren natürlich in erster Linie die Pendlerinnen und Pendler. Der Großteil der Investitionen geht in den Ausbau des Autobahn- und Schnellstraßennetzes. Insgesamt wendet die ASFiNAG im Auftrag des Infrastrukturministeriums rund 730 Millionen Euro für das hochrangige Straßennetz im Burgenland auf.

Der Schwerpunkt liegt dabei beim Bau der S7, der Fürstenfelder Schnellstraße. Gestern ist Landesrat Helmut Bieler auch in der Fragestunde sehr ausführlich darauf eingegangen. Auf dem burgenländischen Bauabschnitt entfallen rund 560 Millionen Euro. Die 29 km lange S7 führt von Riegersdorf nach Heiligenkreuz an die ungarische Grenze und schließt die Oststeiermark sowie das südliche Burgenland an die A2 Südautobahn und an Ungarn an.

Die S7 bringt mehr Sicherheit und Lebensqualität für die Menschen und eine Stärkung des gesamten Wirtschaftsraumes. Mit dem Sicherheitsausbau der S31, der Burgenland Schnellstraße zwischen Mattersburg und Weppersdorf, wird die Verkehrssicherheit und der Verkehrsfluss verbessert, darauf ist der Kollege Rosner bereits eingegangen. Der vierspurige Streckenabschnitt muss durch Betonleitwände getrennt werden.

Damit befindet sich eine weitere langjährige Forderung der SPÖ auf der Zielgeraden. *(Abg. Manfred Kölly: Die SPÖ nicht! Wir haben diesen Antrag schon vor Jahren eingebracht. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Insgesamt sind für den Ausbau Investitionen in der Höhe von rund 105 Millionen Euro vorgesehen. Bis 2022 wird der Abschnitt der A4 Ostautobahn zwischen Bruck an der Leitha West- und dem Gewerbepark Neusiedl am See einer Sanierung unterzogen. Im Zuge dessen wird auch eine Fahrstreifenerweiterung vorgenommen.

Insgesamt werden in dieses Projekt rund 90 Millionen Euro investiert. Bereits in den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Projekte im Schienenbereich, wie die Modernisierungen der Bahnhöfe in Neusiedl am See, in Mattersburg und in Bruckneudorf umgesetzt.

Ebenso die Elektrifizierung der Pannonia und der Neusiedler See Bahn. Auch in den kommenden Jahren werden die Schienenverbindungen in das Burgenland weiter attraktiviert. Einerseits werden Investitionen im Burgenland in der Höhe von 150 Millionen Euro getätigt, die Investitionen in das Bestandsnetz und Neubau der Schleife Müllendorf-Eisenstadt. Und andererseits profitiert das Burgenland von Investitionen in der Höhe von 560 Millionen Euro in Niederösterreich beim Ausbau der Pottendorfer-Linie und Schleife Ebenfurth.

Durch die Errichtung eines zirka zwei Kilometer langen Schleifengleises, die Schleife Müllendorf-Eisenstadt und der neuen Haltestelle Wulkaprodersdorf Ost wird die schnelle Direktverbindung Eisenstadt-Wien über die Pottendorfer-Linie möglich. Zwischen den Jahren 2017 und 2022 werden in diesem Projekt rund 20 Millionen Euro investiert.

Die Infrastrukturinvestitionen der Privatbahnen - insgesamt fließen hier 28,4 Prozent der aktuellen Privatbahnförderung der Infrastruktur, des Infrastrukturministeriums in das Burgenland. Das ist der höchste Anteil unter allen österreichischen Bundesländern. Oberösterreich folgt hier mit 17,5 Prozent auf dem zweiten Platz.

In das Netz der Raaber-Bahn und der Neusiedler See-Bahn werden bis zum Jahr 2022 insgesamt rund 56 Millionen Euro investiert. Die Schleife Ebenfurth und der Ausbau der Pottendorfer Linie in Niederösterreich, durch den Neubau eines Schleifengleises, wird eine Qualitätsverbesserung zwischen Eisenstadt und Wien erreicht, da hierdurch die Richtungsänderung in Ebenfurth entfällt.

Zusammen mit dem zweigleisigen Ausbau der Pottendorfer-Linie wird die Fahrzeit zwischen Wien und Eisenstadt von 60 auf 45 Minuten verkürzt.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Das sind wichtige Investitionen für die Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt und für die Pendlerinnen und Pendler in unserem Land. Damit werden rund 11.000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Ich danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat):* Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete um ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich wieder dem Thema Wasserwirtschaft Burgenland widmen und hier speziell dem Wasserverteilungsnetz und Entsorgungsnetz.

Ich glaube, wir haben heute Vormittag und von meinen Vorrednern schon viel gehört, dass die Infrastruktur eines Landes sehr wichtig ist. Und genau was das Wasser betrifft, ist das natürlich eine ganz besondere Herausforderung. Wir kennen sicher alle Bilder aus den Medien, wo es nicht selbstverständlich ist, einen Wasserhahn aufzudrehen und qualitativ hochwertiges Wasser zu trinken oder konsumieren zu können.

Genauso ist es natürlich mit der Entsorgung des Wassers. Das alles ist nicht von alleine passiert. Hier wurden sehr viele finanzielle Mittel eingesetzt, damit diese Entsorgungs- und Versorgungsleitungen auch im Burgenland entstanden sind.

Erst kürzlich hat der Wasserleitungsverband eine Kundenumfrage gemacht, wie die Kunden die Liberalisierung des Wassers sehen, sprich die Privatisierung. Das Ergebnis war eindeutig, 82 Prozent der Befragten lehnten eine Privatisierung kategorisch ab.

Dabei kommt klar zum Ausdruck, dass sich die Bevölkerung mit überwiegender Mehrheit gegen einen Ausverkauf des Lebensmittels Nummer eins beziehungsweise der Wasserversorgung ausspricht.

Die wesentlichste Arbeit eines Wasserversorgers ist eine Dienstleistung, nämlich das erschlossene Wasser über die Versorgungs- und Transportsysteme in bester Qualität bis in die einzelnen Haushalte zu transportieren. Also das zeigt, dass es auch der Bevölkerung und den Menschen wichtig ist, dass dies so bleibt.

Ich bin davon überzeugt, dass jeder Mensch, nicht nur bei uns in Österreich und im Burgenland, das Recht hat, qualitativ hochwertiges Wasser zu leistbaren Preisen konsumieren zu können. Daher bin ich davon überzeugt, dass alles getan werden muss, um unser Wasser eben von Zugriffen von Konzernen und Spekulanten geschützt zu werden.

Weil es ist natürlich klar, dass Großkonzerne und Unternehmer natürlich erstens einmal, sehr gewinnorientiert sind. Und zweitens, lässt das dann die Frage offen, ob dann natürlich auch der Ausbau der Leitungen so passieren würde und zu welchem Preis die Bevölkerung hier sauberes und qualitativ hochwertiges Wasser hätte.

Zusätzlich darf ich heute erwähnen, weil es auch zur Infrastruktur unseres Landes passt, und ich glaube, dass das für den Aufschwung des Landes auch sehr wichtig war, sauberes, burgenländisches Wasser wird mit sauberem, burgenländischem Strom transportiert.

Bei der europaweiten Ausschreibung für die Lieferung von Strom, die über die Plattform Wasser abgewickelt wurde, ging die Energie Burgenland als Bestbieter hervor. Die partnerschaftlichen Geschäftsbeziehungen mit dem burgenländischen Wasserversorger werden fortgesetzt.

Ich glaube, dass das auch sehr lobenswert ist, weil es doch zeigt, welche Infrastruktur wir hier im Lande haben und die oft auch wirklich ein bisschen - wie soll ich sagen - schlechtgeredet, will ich jetzt nicht sagen, aber wo man oft auch sehr darüber meckert. Ich glaube, dass wir in einem Land leben, wo die Infrastruktur in Ordnung ist und das auch sehr wichtig ist.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang eigentlich, wie ich es vorher schon genannt habe, die Plattform Wasser. Das ist ein Zusammenschluss der Wasserversorger. Davon bin ich überzeugt, dass das ein guter Zusammenschluss ist. Man kann hier Interessen austauschen, man kann branchengleiche Themen diskutieren und Lösungen finden.

Am 10. November 2016 fand im Kulturzentrum Güssing der 11. Infotag statt, hier waren 200 Teilnehmer. Ich bin davon überzeugt, dass das eine gute Diskussion war. Es hat sich herausgestellt, dass nicht nur die Wasserversorgung, so wie wir sie jetzt haben, sehr wichtig ist, sondern dass es auch wichtig ist, wie man damit umgeht, wenn es Störfälle gibt, wenn es lange Störungen von Stromausfall gibt. Das wurde hier ausdiskutiert.

Ich bin davon überzeugt, dass das eine sehr wichtige Maßnahme ist, weil sich in letzter Zeit sehr viele Veränderungen im gesellschaftlichen Bereich ergeben haben und man auch mit dem Lebensmittel Nummer eins sehr achtsam umgehen muss und für alle Störfälle, die es vielleicht geben kann, gewappnet sein muss.

Es hat sich herausgestellt, dass das natürlich nicht nur von der Plattform alleine gelöst werden kann, sondern dass natürlich Kooperationen zwischen Behörde und Infrastrukturbetreibern sehr wichtig sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann auch zu diesem Kapitel sagen, dass meine Fraktion zu diesem Budget gerne mitstimmen wird, das vorsieht, wo sehr wichtige Schwerpunkte berücksichtigt worden sind. Sie sind heute auch schon genannt worden, das ist im Bereich der Gesundheit und im Bereich des Sozialen, das für uns alle - glaube ich - sehr wichtig ist.

Weiters ist dieses Budget auch ein Garant für Wachstum und für Beschäftigungsorientierung für Burgenländerinnen und Burgenländer. Zusätzlich ist dieses Budget auch ein Garant dafür, dass man sagt, es kommt zum Schuldenabbau und das immerhin im Ausmaß von zwei Millionen Euro.

Ich glaube, es ist ein gutes Budget, und wir werden dem mitstimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Siedlungswasserbau ist schon im Grunde genommen in der Diskussion gestanden bei der Einleitung zum Budget, wo ich erwähnt habe, dass der Bund diesen Posten auch im Zusammenhang mit allen Ausgleichsverhandlungen für die nächsten Finanzjahre erhöht hat und wo jetzt die Mittelaufbringung dadurch für das Burgenland eine bessere und größere geworden ist.

Ich habe auch eindrücklich darauf verwiesen, dass es meiner Ansicht nach notwendig sein wird, nicht nur zu reagieren, wenn es zu Katastrophensituationen kommt, sondern der Siedlungswasserbau muss pro aktiv auch einschreiten und Möglichkeiten schaffen, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Es sollte aber bei der Auswahl der Projekte wirklich mit Bedacht gewählt werden, weil diese finanziellen Mittel, die zur Verfügung stehen, mit Sicherheit nicht vergeudet werden dürfen.

Tatsache ist - und das hat meine Vorrednerin auf die Wasserversorgung der Bevölkerung angesprochen -, dass wir im Bereich der Abwasser- und der Wasserversorgung im Burgenland Spitzenreiter in der österreichischen Gesamtdarstellung sind.

Das haben wir uns redlich erworben, nämlich durch großen Einsatz, der im kommunalen Bereich stattgefunden hat. Und speziell im Bereich der Wasserversorgung hat dann diese Verbandskonstruktion Möglichkeiten geschaffen, die einzelne Gemeinden nicht leisten können.

Es verwundert mich noch heute immer wieder, dass es einzelne Gemeinden gibt, die für sich diese Wasserversorgung sicherstellen. Im Bereich der Abwässer sind wir eigentlich zu einem hohen Teil ausschließlich in Verbänden organisiert. Was kommunale Entsorgungsleistungen anlangt im Wasserbereich, gibt es noch immer ein Bekenntnis zu den eigenen Brunnenfeldern und dann in der Versorgungsleistung die Abwicklung.

Nur wird das Lebensmittel in der sogenannten Bereitung und Aufbereitung immer schwieriger zum Handhaben. Die Auflagen werden auch immer stärker und größer, und daher ist es eine Frage der Zeit, bis es hier zu Verbandsangliederung kommt.

Tatsache ist auch, dass in den letzten Jahren versucht wurde, über die Landesgrenzen hinweg, diese Versorgungssicherheit in diesem Raum zu bieten. Für alle Burgenländerinnen und Burgenländer bekannt ist, dass der Seewinkel ausschließlich über die Neudörfler-Linie versorgt wird, wo wir über das Rax-Gebiet hinaus die Wasserbevorratung eigentlich sicherstellen und das Vor-Ort-Brunnen nur zur Vermengung des Wassers nach Aufbereitung genutzt werden können.

Auf der anderen Seite ist es interessant, dass die Investitionsaktivitäten über die Europäische Investitionsbank gerade im Wasserbereich sehr intensiv gestaltet werden, dass hier hohe Kreditlinien für das Burgenland auch aufgewendet beziehungsweise bereitgestellt wurden.

Wo man über die Landesgrenzen, über die nationalen, ehemaligen Grenzen hinweggesetzt mit Ungarn Kooperationen eingegangen ist, damit man eigentlich die Wasserversorgung in Extremsituationen, in Bedarfssituationen auch von anderer Seite her regeln kann. Das finde ich auch im europäischen Sinne eine absolut vorzeigbare Vorgangsweise.

Eine mit positivstem Beispiel anhängende Vorgangsweise, weil man nicht mehr auf irgendwelche lokalen und regionalen Situationen Bedacht nimmt, sondern wirklich hier eine Versorgung der Bevölkerung über die Grenzen hinaus sicherstellen will.

Das ist eine einzigartige Initiative, die auch hoffentlich fruchtbringend in der Umsetzung gelingen wird. Es ist natürlicherweise schwierig und das wissen alle, die mit Projektabwicklungen mit unseren Nachbarstaaten zu tun haben, dass es hier im Verwaltungssinne und in anderer Hinsicht Einschränkungen gibt, die nicht so leicht zu bewältigen sind, und dass es auch Vorbehalte gibt mit in Kooperationsbereitschaft mit den Nachbarn etwaige Planungen und Inhalte umzusetzen.

Es ist aber eine Notwendigkeit, wie wir auch in dem Budgetentwurf 2017 erkennen können, dass es immer mehr ETZ-Mittel und länderübergreifende, transnationale Projektsituationen gibt, die es zu nutzen gilt, weil dafür eigentlich die entsprechenden Gelder zur Verfügung stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eigentlich auch die Überleitung zum Thema Verkehr. Alles, was Verkehrsaufkommen betrifft, und auch in der Diskussion von meinen Vorrednern ins Treffen geführt wurde, ist für das Burgenland existenziell notwendig in der Kooperation, in der Hauptsache mit Ungarn.

Wir haben vom Vorredner Wolfgang Sodl angesprochen bekommen, die Situation der Bahnverbindung im Südburgenland. Es gibt die Gegebenheiten in der Nutzung jetzt nachträglich auf die Verbindung nach Friedberg, in die Steiermark über die steiermärkische Bahn in der Ausführung.

Tatsache ist, dass wir hier eigentlich alle darauf hoffen, dass es in Verbindung mit den ehemaligen Bahnlinien auf ungarischem Staatsgebiet die Möglichkeit gibt, das Burgenland anzukoppeln. Nur dann wird eine Vollversorgung möglich sein, wo über diese transeuropäische Netzsituation bis in die Häfen nach Koper und nach Rijeka die Anbindung schon über die Monarchie gewährleistet war. Dass es in der Bereitschaft in der europäischen Kooperation durchaus die Schrittfolge gibt, diese Bahnlinie wieder zu aktivieren. Es gibt sie, sie ist auch befahren worden. Und man hat sie von Mattersburg bis nach Rijeka befahren, und man kommt auf eine Zeitspanne von fünf Stunden.

Das heißt, es ist nicht eine übertriebene Situation, aber es könnte für das Burgenland eine wegweisende auch in den Zugängen zu Häfen sein, die eigentlich die Weltwirtschaft auch ankurbeln und ablösen.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass diese Bereitschaft mit den Nachbarländern zu kooperieren, im grenzüberschreitenden Sinne, vor einigen Jahren sehr offensiv betrieben wurde, anschließend durch gewisse politische Entscheidungen nicht mehr so stattgefunden hat und Einschränkungen erfahren hat im sogenannten kleinen Grenzverkehr.

Jetzt ist eigentlich etwas, mir am Herzen, das auch dann in einer direkten Antragsform diskutiert wird und zur Abstimmung gebracht wird, der Ausbau der A3.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die A3 ist ein Kapitel, das sich jetzt schon über Jahre hinzieht und keine Lösung erfahren hat. Die Zwischenlösung, die jetzt getroffen wurde, ist der sogenannte „Turbo-Kreisverkehr“ im Bereich der Gemeinden Klingenbach, Zagersdorf, Wulkaprodersdorf, Siegendorf.

Ich hoffe, so wie es der Bauleiter Dipl. Ing. Heckenast gesagt hat, es ist sehr viel Herzblut von der Bauabteilung in dieses Projekt gelegt worden. Ich hoffe, dass auch die Vorstellungen befriedigt werden und dieses Herzblut nicht in die falsche Richtung fließen wird.

Denn für diesen Kreisverkehr, wie Sie bei der Eröffnung, oder bei einer Darstellung für einen Fototermin gesagt haben, wurden ungefähr 2,5 Millionen Euro oder direkt 2,5 Millionen Euro veranschlagt. Geplant war eine höhere Summe, was ich weiß, bei 2,9 Millionen Euro.

Tatsache ist, dass diese 2,5 Millionen, weil sie jetzt geflossen sind und in der Beschleunigung aller Gegebenheiten eine Lösung sein sollen, durchaus angebracht sind.

Was mich aber eigentlich total, nicht nur missliebig, sondern inhaltlich auch furchtbar aufregen kann, ist die Situation, wenn ich jetzt höre, dass die ASFiNAG bei ihren Erstgesprächen mit Ihnen und mit den Bürgermeistern festgehalten hat, dass dieser Kreisverkehr als Erstes geschliffen werden wird. *(Landesrat Helmut Bieler: Nein.)*

Herr Landesrat, es mag sein, ich will das jetzt nur in den Raum gestellt haben, es mag sein, wenn es diese Lösung wirklich geben sollte, dann ist das nicht nur verschleudertes, sondern hinausgeworfenes Geld.

Tatsache ist, dass wir eines festhalten müssen, in der Entscheidung auf den Ausbau der A3, ich gehe davon aus, dass Sie in Ihren Verhandlungen und auch die Bauabteilung nicht davon abrücken werden, dass die von Ihnen zugesagte und über Jahre praktizierte Geschichte stattfinden wird, dass nur mit der Zustimmung der Gemeinden eine Lösung stattfindet auf diesen Ausbau.

Und ich sage Ihnen eines, in emotionaler Hinsicht bin ich dagegen, dass die Straße ausgebaut wird, in vernunftmäßiger biete ich noch die Gelegenheit, dass es durchaus angebracht ist, wirklich in Abstimmung mit den Gemeinden zu einer Lösung zu kommen.

Wenn ich mir die Beispiele Müllendorf, Großhöflein und andere ansehe, dann weiß ich, dass die Lösung in dem herkömmlichen Sinne, so wie es auch vor fünf oder sieben Jahren veranschlagt war, nicht stattfinden kann. Denn es kann sich heute keine Anliegergemeinde, nicht nur es zutrauen, sondern einfach nicht gefallen lassen, …

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herr Abgeordneter, bitte zum Schlusssatz zu kommen.

Abgeordneter Gerhard Steier *(fortsetzend)***:** … dass über sie hinweg eine Entscheidung auf den Ausbau, der möglicherweise bundesweit durchaus vonnöten ist, auch vor Ort als solcher akzeptiert wird, dass dieser Ausbau über die Köpfe der Bevölkerung hinweg gestellt wird. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Kölly. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute zum Kapitel 6, Straßen- und Wasserbau und Verkehr diskutieren, ist das ein wichtiger Faktor.

Ich komme einmal zum Wasserbau und überhaupt speziell zum Wasser. Wasserwirtschaft, Wasserversorgung, Wasserentsorgung, ein ganz wichtiger Punkt, wie die Kollegin Salamon auch schon, nicht das erste Mal, sondern ständig wiederholt. Das ist ein ganz wichtiges Gut, unser Wasser. Das weiße Gold, das wir haben, Gott sei Dank noch in Mengen und Gott sei Dank auch in einer Situation, wo wir wirklich noch alles unter Kontrolle haben können.

Dass das Abwasser auch entscheidend ist, dass wir das kontrollieren, damit das nicht irgendwo entsorgt wird, sondern in den Kanälen, aber auch die Möglichkeit geboten wird, wie im Wasserbau, und da sitzt ja die Abteilung, die sich wirklich darum kümmert. Und als Bürgermeister hat man ja ständig damit zu tun, wenn eine Ortschaft gebaut wird, wenn Rückhaltebecken entstehen sollen und dergleichen mehr, dann hat man auch als Gemeinde viel zu tun.

Man muss auch viel vorfinanzieren, das muss man auch einmal klar und deutlich sagen. Aber es ist zur Sicherheit der Bevölkerung und da möchte ich ein Dankeschön sagen, dass das schlussendlich auch so funktioniert. *(Beifall bei der LBL)*

Ich glaube auch, dass wir mit den Verbänden doch einiges immer wieder auszufechten haben, denn in den Verbänden direkt ist noch immer die Politik, aber so was von verhaftet, das kann man sich gar nicht vorstellen. Denn, erst kürzlich beim Wasserleitungsverband Mittleres Burgenland, ich kann mich nur wiederholen, wie man hier festhält an parteipolitischen Sesseln und Plätzen.

Ich will mich gar nicht mehr darüber großartig auslassen, sondern die Zeit ist ja nur zehn Minuten für ein Kapitel, wo ich glaube, das gehört wirklich intensiv diskutiert.

Dass man über die Privatisierung, Frau Kollegin Salamon, immer wieder spricht, sollte man nicht zulassen. Aber Ihr Kollege in Wien, und das ist, glaube ich, der Häupl, der ist bei der SPÖ, hat das Wasser eigentlich privatisieren lassen. Ich frage mich, wenn man da so redet, und auf der anderen Seite die gleiche Farbe hat und das anders macht, dann muss man sich auch überlegen, ob man nicht als Landesregierung, wo man angrenzt an Wien und Niederösterreich, sich Gedanken machen muss?

Oder in Neufeld – wie wir wissen, wo Schweinebetriebe noch immer ohne irgendwelche Auflagen weitermachen können. Wir bemühen uns, aber dort funktioniert es nicht. Sollten wir nicht mehr hier zusammenarbeiten, grenzüberschreitend?

Ich glaube, das sind so Dinge, die man auch aufzeigen muss, der Bevölkerung auch klarlegen, dass wir es wollen, aber anscheinend dort oben eine andere Fraktion, oder die gleiche Fraktion ist, und die das anders sieht. Daher brauchen wir unbedingt ein Miteinander, damit wir das auch schaffen können.

Ich komme aber jetzt zum Verkehr, Straßenbau und dergleichen mehr. Wo Straße und Verkehr sich vereinigen können, ist Leben. Die Straße ist eine Lebensader, das wissen wir inzwischen sehr wohl, liebe Freunde von den GRÜNEN. Es geht nicht ohne Straße, es wird auch nicht ohne Schiene gehen logischerweise. Daher müssen wir schauen, wo es möglich ist, die Schienen zu haben, unterstützend dabei zu sein, aber es ist auch wichtig, Straßen zu bauen.

Wenn wir heute bei der Fragestunde zu der S7 von der ÖVP angefragt, wohlwissend oder gestern, dass das sowieso ein aufgelegter Elfer war für den Herrn Landesrat, wenn alles klar ist, dass das schon im Laufen ist, dann tut mir das leid, aber man hat 18 Jahre darüber diskutiert, mit 17 Spatenstichen und dergleichen mehr.

Aber es ist eine Bundessache, das wissen wir alle gemeinsam. Wenn wir 50 Millionen Euro im Budget drinnen haben, wo alleine viele Straßen und Gleise oder Schienen bei weitem mehr kosten würden, da denke ich an das Südburgenland, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Und da frage ich die FPÖ, wie weit wir sind, wenn wir in einer Regierung sind, eine Verantwortung heben, ob wir nicht das tatsächlich Versprochene einhalten sollten? Und da bin ich schon bei den Freunden aus dem Südburgenland, die immer wieder drauf hinweisen, was gesagt wurde.

Wenn der Herr Landeshauptmann Niessl sagt - am 4.12.2003 -, Mobilität für den Streckenneubau auf ungarischer Seite werden im Jänner 2004 fixiert, und dann sagt er: Ich dränge darauf, ich dränge darauf, dass mit der Realisierung dieser wichtigen Bahnverbindung möglichst rasch begonnen wird. Und zwar, klipp und klar.

War damals noch der Verkehrskoordinator Dipl. Ing. Thomas Perlaky zuständig, - wo der hingekommen ist, weiß eh keiner, *(Landesrat Helmut Bieler: Pension.)* die Bahnverbindung Oberwart und Szombathely einmal weiterzumachen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Burnout.)*

Burnout hat er, na bitte, da haben wir es schon. *(Abg. Gerhard Steier: Nein, Pension.)* Oder, die gleiche Aussage, am Teilstück nach Rechnitz nagt ebenfalls der Zahn der Zeit. Diese muss adaptiert werden, um Gütertransporte für die nächsten Jahre sichern zu können.

Mit dem Ausbau des Personenverkehrs auf den Strecken Großpetersdorf - Oberwart, Oberwart - Wien, wurde zum wiederholten Mal ein weiterer Punkt im Maßnahmenkatalog definiert. Das sei für Schüler und Pendler ein attraktives Anbot, sagt Landeshauptmann Niessl.

Aufs Jahr gerechnet sei es auch billiger, mit dem Zug zu fahren, sieht der Landeschef den finanziellen Nutzen. Eine Monatskarte kostet 160 Euro. Auch diese Umweltentlastung, Klimaschutz, seien Argumente für den Umstieg - Landeshauptmann Niessl.

Dann, Ausbau nach Ungarn. Landesrat Helmut Bieler, seines Zeichens auch Finanzlandesrat und für den Verkehr und die Straßen zuständig, ihm liegt besonders die Sanierung der Strecke Oberwart - Bad Tatzmannsdorf - Oberschützen am Herzen.

Diese könnte für den Gästeverkehr genützt werden. Davon würden die Regionen wirtschaftlich und kulturell profitieren. Was ist passiert inzwischen, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das geht so weiter, ich kann Euch das zeigen, 100 Seiten, seitenweise geht das.

Damals hat die FPÖ gesagt, da müssen wir etwas ändern. Ich bin neugierig, jetzt sitzen Sie in der Regierung, jetzt haben Sie die Möglichkeit dazu. Wir als Opposition, wir als Bündnis Liste Burgenland können nur drauf hinweisen.

Wenn Sie, Herr Kollege Steier, angeschnitten haben, die A3. Sind Sie mir nicht böse, da bin ich beim Herrn Vizebürgermeister Krojer, der sagt, wir können nicht gleich von Haus aus dagegen sein, diskutieren wir es noch einmal. Schauen wir uns das noch einmal an, wie können wir das machen? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: War eine Petition.)*

Einfach diskutieren. Warum sollten wir das nicht diskutieren? Weil die GRÜNEN nur dagegen sind, wo Wirtschaft blüht, wo Arbeitsplätze geschaffen werden, da seid Ihr dagegen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller.)*

Das kann es ja nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber Ihr wollt halt die Mindestsicherung für die Asylanten erhöhen und dergleichen mehr. Da bin ich dagegen, das sage ich Euch gleich. Das lasse ich sicherlich nicht zu. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten.)*

Und da bin ich wirklich beim Herrn Vizebürgermeister Krojer, dass man sich da Gedanken macht, dass man eine Autobahn mit Flüsterasphalt, Lärmschutzwänden und dergleichen mehr machen kann. Wir waren auch bei Müllendorf und bei Hornstein dafür, dass Lärmschutzwände kommen.

Wir sind aber nicht für eine Tempoeinschränkung. Da haben wir auch dagegen gestimmt. Wir haben unterschrieben für Lärmschutzwände. Wissen Sie, was passiert, was in den Zeitungen steht? Das kommt zum Nimmerleinstag mit den Lärmschutzwänden dort in Müllendorf.

Aber Ihr habt Euch stark gemacht, aber das ist wichtig, dass Ihr Euch politisch stark macht und nicht für die Leute, die es tatsächlich brauchen. *(Zwischenruf der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik.)*

Ich sage Euch noch eines, Kreisverkehre, da bin ich total dafür. Nur man muss aufpassen, Richtung Ungarn, Sopron, dass die Ungarn sich auskennen mit dem Kreisverkehr. Weil sie wissen nicht, wie man im Kreisverkehr fährt. Vielleicht macht man eine Schulung mit diesen Herrschaften. *(Unruhe bei der SPÖ)* Daher wird dieser doppelte Kreisverkehr sicher ein interessanter werden. Ich hoffe, dass sich dort einiges bewegt.

Aber jetzt zu den Anträgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die das Bündnis Liste Burgenland immer wieder einbringt. Sei es bei der S31, mehr Sicherheit, und es freut mich, dass der Herr Präsident, der Landtagspräsident, aufgesprungen ist, als ein Unfall wieder passiert ist.

Nur, in dem Antrag steht drinnen, dass es nur bis Weppersdorf soll sein - für die Sicherheit. Der Unfall ist genau passiert zwischen Weppersdorf und Neutal, meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum denkt man nicht gleich ein paar Meter weiter? Weil das Bündnis Liste Burgenland den Antrag so eingebracht hat, dass man es verkürzen muss, nur bis Weppersdorf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was liegt Euch an der Sicherheit der Menschen? Da muss ich weiterdenken. Das kostet nicht dieses viele Geld, weil, das zahlt eh der Bund und die ASFiNAG und dergleichen mehr. *(Abg. Géza Molnár: Das ist wichtig.)*

Zum Beispiel B50, fordere ich ständig eine Schleppspur in Bernstein, am Bernsteiner. Was geschieht? Nichts ist inzwischen geschehen. Solche Dinge sollte man sich auch anschauen, speziell in Zeiten wie diesen, im Herbst und im Winter, wenn Nebel

dort ist. Fährt einmal runter, dann weiß ein jeder, der keinen Chauffeur hat, so wie Euer Landesrat und dergleichen mehr, was sich dort eigentlich abspielt.

Das sind wirklich Sachen, wo ich mich wirklich frage, Herr Landesrat, Umfahrung Schützen, ist alles schön und gut. Nur irgendwann kommt der Trichter wieder in der nächsten Ortschaft zusammen. Das war eine Notlösung, das wissen wir ganz genau, denn die Strecke von Eisenstadt nach Neusiedl ist nicht leicht zu befahren. Jeder, der dort tagtäglich fahren muss, der tut mir echt leid.

Man sollte sich Gedanken machen, was kann man wirklich in Zukunft machen? Das muss nicht morgen sein und übermorgen, sondern eine Zukunftsplanung machen, im Jahr 2025 oder 2030. Sie haben ja auch Kredite aufgenommen - 30 Jahre lang.

Vielleicht kann man auch soweit denken, wie mit den Swap-Geschäften, dann kann man vielleicht bei den Straßen auch so denken. Das würde ich Ihnen empfehlen, dass man auch das macht.

Daher glaube ich, unsere Anträge, genau sich anzuschauen und darüber nachdenken, ob das nicht Sinn machen würde, sich wirklich einen gemeinsamen Weg zu suchen. Das sind Projekte, die nicht von heute auf morgen sind. Ich bin total bei Ihnen, Herr Landesrat, weil nur einen Spatenstich machen, schnell einen Kreisverkehr machen, ist eh in Ordnung, das ist mir zu wenig.

Aber ich muss eines sagen, die Abteilung ist in Ordnung. Da kann man anrufen als Gemeinde, da kann man als Bürgermeister sich auch dementsprechend argumentieren, und auch dort wird man Unterstützung erfahren, in der Baudirektion in Eisenstadt.

Herr Landesrat, dazu kann man nur gratulieren. Die Menschen sind dort in Ordnung. Ich glaube, dass das ein wichtiges Zeichen auch ist, dass man zukünftig viele Projekte gemeinsam schaffen kann. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Nach dieser Wortmeldung kann ich mich nur mit breiter Brust melden und dem zustimmen, was Sie in den letzten zwei Sätzen gesagt haben. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Nämlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Baudirektion in allen Bereichen hervorragende Arbeit leisten, dass wir uns als wirklicher Dienstleister *(Abg. Manfred Kölly: Dem Anderen musst Du auch zustimmen.)* der Menschen im Land sehen und das auch wirklich hervorragend funktioniert. Herzlichen Dank an beide Seiten, die heute hier da sind. *(Allgemeiner Beifall)*

Die neue burgenländische Baudirektion ist ein modernes Kompetenzzentrum, in der jetzt alle technischen Angelegenheiten vereint sind. Das heißt, von der Erhaltung über den Ausbau der Straßen, bis zum Hochwasserschutz sind jetzt in der Baudirektion alle Wege geebnet.

Das heißt, wir wollen Synergien nutzen, wir wollen aber auch gleichzeitig effektiv handeln, das ist unser Motto. Und mit dieser neuen Baudirektion können wir das auch tun.

Eine leistungsorientierte Verwaltungseinheit, die effektiver arbeitet und auch gleichzeitig sparsam arbeitet.

Es gibt viele Aufgaben, die teilweise heute schon genannt wurden. Neubau, Instandhaltung von Landesstraßen, von Brücken, von Wirtschaftswegen und so weiter. Bauliche und betriebliche Erhaltung, Sachverständigendienst, Gutachten in technischen Angelegenheiten, die Förderabwicklung von Güter-, Forst- und Radwegen, ländliche Neuordnung, Siedlungswasserbau, Hochwasserschutz, wasserwirtschaftliche Planungen, Abfallwirtschaft und Gewässeraufsicht.

Das heißt, ein großes Spektrum, das hier in der größten Abteilung des Landes vereint ist und das gleichzeitig auch, und das muss man immer wieder sagen, einen enormen Sicherheitsaspekt abdeckt. Das heißt, das Sicherheitsgefühl, das im Burgenland sich entwickelt hat, dass ein sehr hohes Niveau erreicht hat, was im Straßenbau die Verkehrssicherheit betrifft, im Güterwegebau ebenfalls die notwendigen Maßnahmen vorsieht und vor allem aber im Schutzwasserbau sich die Menschen auf uns verlassen, das kann schon etwas, wenn ich das so sagen darf. *(Abg. Manfred Kölly: Du gibst mir ja Recht! Das habe ich ja gesagt!)*

Ja, ich gebe Ihnen da auch vollkommen Recht. Die Menschen wissen, dass sie sich in Notsituationen auf uns verlassen können. Nicht nur in Notsituationen, sondern was auch die tägliche Fahrt von zu Hause in die Arbeit und wieder zurück betrifft, speziell im Winter. Den Schutzwasserbereich aber, und auch das war dankenswerterweise heute ein ganz wichtiger Punkt, die Trinkwasserversorgung, Trinkwasserentsorgung. Hier läuft alles in der Baudirektion zusammen. Das heißt, wir können das koordinieren, das wird getan. Alle Bereiche sitzen zusammen und koordinieren das.

Wirtschaftlich gesehen ist das Baubudget, die Baudirektion, ein wichtiger Impulsgeber. Ohne Infrastruktur gibt es kein Wirtschaftswachstum, das gilt für Straßen, Brücken genauso, wie für die Anlagen in der Trinkwasserversorgung und in der Abwasserentsorgung, die man natürlich auch immer wieder warten muss, erneuern muss und genau das ist momentan das Problem der mittel- und langfristigen Finanzierung dieser Erneuerungen im Wasserbereich.

Bereinigt haben wir 33,15 Millionen Euro zur Verfügung. Das heißt ohne Personalkosten, die sind hier nicht berücksichtigt. Im Landesstraßenbereich werden für Neubauprojekte und Instandhaltung 11,8 Millionen Euro verwendet, für die Erhaltung des Straßennetzes 4,8 Millionen Euro und für die allgemeinen Dienste, die Koordination, 3,8 Millionen Euro. Mit diesem Geld wissen wir und das bestätigen uns auch die Vertreter der Wirtschaft immer wieder, dass wir auch 2017 Impulsgeber für den Wirtschaftsaufschwung und -motor sein werden.

Wir haben einige Projekte in letzter Zeit umgesetzt, die mehr als normal Aufmerksamkeit erregt haben. Das eine war der erste Turbokreisverkehr in Oberwart, der hervorragend angenommen wird, wo es viele Unkenrufe gegeben hat, wo es einen, was ich weiß, einen Blechschaden gegeben hat, das hervorragend funktioniert. Wo auch viele ungarische Teilnehmer dort fahren. Überhaupt kein Problem. Also braucht man keine Vorurteile haben, auch wenn man direkt an der Grenze wohnt, Herr Bürgermeister.

Dann den Turbokreisverkehr in Siegendorf, den wir morgen voll in Betrieb nehmen können, weil hier auch die Markierungen und die Nebenarbeiten soweit abgeschlossen sind, dass man ohne Probleme beide Fahrspuren mit Ampelanlagen verwenden kann. Ich sage immer wieder dazu, dieser Turbokreisverkehr ist nicht die Lösung des Verkehrsproblems, sondern eine Erleichterung, weil 20 - 25 Prozent Kapazitätserweiterung dadurch erreicht wird, Sicherheit erhöht wird, der Durchfluss erhöht wird.

Das ist natürlich für die betroffene Bevölkerung eine wichtige Maßnahme, die hier gesetzt wird. S31, erst am Dienstag ein intensives Gespräch mit dem Geschäftsführer der ASFiNAG gehabt, dass wir dann mit dem Herrn Minister Leichtfried fixieren wollen, dass der Ausbau der S31 zweispurig passiert. Das heißt, in der ersten Phase werden außerhalb der Brückenobjekte alle Fahrspuren erweitert auf 2 plus 2 mit einer Betonleitwand, mit einer Mitteltrennung und dann, und das ist das Entscheidende, das wollte die ASFiNAG nicht, dass auch die Brückenobjekte erweitert werden, sodass dort nicht auf 2 plus 1 reduziert wird, sondern dort auch 2 plus 2 ist.

Das ist aus unserer Sicht der richtige Weg wie man die S31 verkehrssicherer macht, sodass diese Unfälle nicht mehr möglich sein können. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und LBL)*

Ein weiteres Projekt, das wir vorige Woche eröffnet haben ist die Verkehrsanlage, die zwei Kreuzungen bei der Arena in Mattersburg, wo hier, und das entgegen vielen Falschmeldungen, von Haus aus alle Beteiligten eingebunden waren. Die ASFiNAG, die Betreiber, das Land, die Stadt. Von Haus aus und miteinander hat man sich für die verkehrssicherste Lösung entschieden. Dort war nämlich das Problem der Fußgänger, die vom Kino zum Zentrum in die Arena wandern, auch in der Nacht, sodass es hier eine spezielle Lösung gegeben hat.

Ich bin überzeugt davon, dass nach ein paar Tagen oder vielleicht 14 Tagen Anlaufschwierigkeiten die Firma Siemens diese Ampelanlagen mit den Impulsen im Straßenbelag so weit im Griff hat, dass es dort ohne Probleme funktionieren wird und dass es keine Staus gibt. Man kann den Verkehr nicht wegbeamen. Das geht nicht.

Aber man kann eine gute Verkehrslösung anbieten und eine gute Ampelregelung anbieten, wenn das richtig geschaltet wird, wird es auch dort in kürzester Zeit keine Probleme mehr geben. Falls es diese überhaupt noch gibt, weil weder bei uns, und ich glaube auch nicht in der Stadt, hat es Anrufe gegeben, die sich beschwert haben, diesen Shitstorm, den es da angeblich gibt, wissen wir wer dort sich geoutet hat. Dies ist irgendwie manchmal eigenartig.

Noch einmal zurück zum Bereich Verkehrssicherheit. Von diesen erwähnten Mitteln, die wir hier im Straßenbereich haben, verwenden wir fünf Millionen Euro für die Verkehrssicherheit, den sogenannten Verkehrsleitplan, den wir immer weiter fortführen, wo wir Verkehrsunsicherheitsstellen bereinigen, *(Abg. Manfred Kölly: B50!)* wo wir Kreisverkehre bauen und so weiter, den werden wir immer wieder adaptieren nach den Bedürfnissen, die die Gemeinden haben, die die Bevölkerung hat und die Verkehrsteilnehmer haben.

Der zweite und dritte Bereich, den wir haben, ist Wasser und Umwelt, Wirtschaft beziehungsweise Güterwege, ländliche Neuordnung und Landesforstinspektion. Bei Wasser und Umwelt, die einen immer größeren Stellenwert bekommen, weil wir das Lebensmittel Wasser dringend brauchen, weil wir darauf schauen müssen und weil ich Ihnen da vollkommen Recht gebe, Frau Abgeordnete, dass wir da von der öffentlichen Hand her nicht nachgeben dürfen, das müssen wir in öffentlicher Hand behalten, damit da nichts passieren kann.

Wir haben hier drei Millionen Euro für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Budget. Wird natürlich durch zusätzliche Mittel seitens des Bundes und der Gemeinden aufgestockt. Für den Schutzwasserbau 2,5 Millionen Euro. Wir sind aber auch immer bereit gewesen, falls der Bund nicht bereit war die Mittel zur Verfügung zu stellen, dass wir das vorfinanziert haben, sodass die Sicherheit in diesem Bereich für die Gemeinden, für die betroffene Bevölkerung, immer gewährleistet wird.

Im Güterwegebau haben wir acht Millionen Euro zur Verfügung, Landesforstinspektion 550.000 Euro und so weiter. Abschließend darf ich mich wirklich bei allen Bereichen Straßenbau, Güterwege, Wasserbau für die hervorragende Arbeit bedanken. Stellvertretend Herrn Dipl.-Ing.(FH) Wolfgang Heckenast als Baudirektor, Herr Dipl.-Ing. Hüller, Herr Dipl.-Ing. Haslehner, ich bitte das auch den Mitarbeitern mitzuteilen.

Ich werde versuchen bei den Weihnachtsfeiern dabei zu sein, *(Abg. Manfred Kölly: Geschenke!)* damit ich es auch persönlich sagen kann. Aber die Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird in der Öffentlichkeit sehr positiv eingeschätzt und darauf können wir durchaus stolz sein. Ich bitte daher, nach den Wortmeldungen kann ich es mir gar nicht anders vorstellen, dass alle dem Budgetkapitel zustimmen werden. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landesrat für seine Ausführungen. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 6 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 6 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

V. Teil

Gruppe 7: Wirtschaftsförderung

Gruppe 8: Dienstleistungen

Gruppe 9: Finanzwirtschaft

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen nun zur Beratung des V. Teiles des Voranschlages. Er umfasst die Gruppen 7, Wirtschaftsförderung, 8, Dienstleistungen, und 9, Finanzwirtschaft.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Herr Generalberichterstatter bitte.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Einnahmen in der Höhe von 11.300 Euro und Ausgaben in der Höhe von 26.160.700 Euro sieht die Regierungsvorlage im ordentlichen Haushalt für die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, vor.

Für die Gruppe 8, Dienstleistungen des ordentlichen Haushaltes, sind Einnahmen in der Höhe von 743.800 Euro und Ausgaben in der Höhe von 1.148.200 Euro vorgesehen.

Für die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, sind im ordentlichen Haushalt Einnahmen in der Höhe von 652.851.600 Euro und Ausgaben in der Höhe von 93.578.500 Euro veranschlagt.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, der Gruppe 8, Dienstleistungen, und der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, die unveränderte Annahme zu erteilen.

Ich stelle den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 7, 8 und 9 unverändert anzunehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer auf der Galerie! In der Gruppe 7 diskutieren wir heute die Regierungsvorlage im ordentlichen Haushalt und hier stehen bei den Wirtschaftsförderungen Einnahmen in der Höhe von 11.300 und Ausgaben von über 26 Millionen Euro gegenüber.

Die Wirtschaft ist ein ganz ein wichtiger Faktor natürlich auch in unserem Land. Aber nicht nur durch Förderungen müssen Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden, sondern die Wirtschaft selbst muss Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Kein Parteipolitiker oder kein Gewerkschafter schafft Arbeitsplätze, aber die Politik kann und muss die Rahmenbedingungen schaffen. Das muss ganz klar gesagt werden.

Je besser die Politik mit der Wirtschaft kommuniziert, umso besser werden sich die Arbeitsplatzzahlen entwickeln. Ganz wichtig in dieser Thematik Politik und Wirtschaft sind aber auch unsere Behörden. Es kann nicht sein, dass die Politik und die Wirtschaft sich im Prinzip einig sind und es gibt dann vom Behördenweg fast unüberwindliche Hürden.

Nur wer in Zukunft schnell und unbürokratisch, aber natürlich auch unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen, handelt und umsetzen kann, wird bei Betriebsansiedlungen in Zukunft die Nase vorne haben. Ich habe diesbezüglich vergangene Woche mit dem Landtagspräsidenten Illedits ein interessantes Gespräch gehabt.

Er hat im Rahmen seiner Landtagspräsidentenkonferenz auch mit Kollegen gesprochen, wo es in anderen Bundesländern darum geht, hier auch Gewerbegebiete ortsübergreifend katalogisiert und mit vereinfachten Verfahren umzusetzen. Ich denke, das wäre für uns auch ein wirklich gangbarer Weg. Wenn ich jetzt vom ADEG-Markt in Bad Sauerbrunn ein bisschen etwas erzählen würde über Behördenverfahren, dann würde ich meine Redezeit leider sprengen, weil da stellt es mir jetzt noch die Haare auf, wenn ich an das denke.

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist auch im Jahr 2016 die Zahl der Beschäftigten im Burgenland gestiegen. Einerseits freut es mich, dass die Zahl der Beschäftigten im Burgenland auf einen Rekordwert gestiegen ist, dabei ist aber zu beachten, dass viele dieser Stellen Teilzeitstellen und ein Teil davon an ausländische Beschäftigte geht. Wobei hier schon dazu gesagt werden muss, dass eine Aufrechterhaltung der Gastronomie heute, und das gilt nicht nur für das Burgenland, das gilt für ganz Österreich, ohne die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus unserem Nachbarland nicht mehr möglich wäre.

Dies gilt übrigens auch für viele andere Branchen. Als langjähriger Unternehmer habe ich überhaupt kein Problem, wenn auf Baustellen in den Betrieben seitens der Finanzpolizei kontrolliert wird. Die weit überwiegende Anzahl der burgenländischen Unternehmerinnen und Unternehmer haben auch nichts zu befürchten. Die arbeiten sowieso ehrlich und korrekt. *(Beifall bei der LBL)*

Vielmehr müssen aber Firmen kontrolliert werden, die ihren Standort in unseren Nachbarländern haben und bei uns Aufträge abwickeln. Ob diese Firmen, wenn sie bei uns arbeiten, auch unsere sozialen Standards beziehungsweise unsere Kollektivlöhne einhalten, damit hier kein Lohndumping geschieht und somit unsere Betriebe unter Druck kommen? Das hat jetzt nichts mit der Thematik von Erntehelfern zu tun, aber auch hier,

also in dieser Thematik, müssen umsetzbare und vernünftige Rahmenbedingungen für die Zukunft geschaffen werden.

Wenn die Finanzpolizei hier aufdeckt und die BH Strafen ausstellt, wir hatten das ja in der Vergangenheit im Landtag auch besprochen, im konkreten Fall 100.000 Euro an Strafgeldern ausspricht, und dann können wir 2.000 Euro gerade hier einholen, dann ist das eigentlich nicht sehr befriedigend.

Es zeigt sich aber schon, dass durch den Beschäftigungsrekord eigentlich nicht nur unsere Burgenländer davon positiv profitiert haben. Ich denke, man muss künftig auch über die Wirtschaftsförderung nachdenken und die Wirtschaftsförderung so gestalten, dass burgenländische Arbeitsplätze für Burgenländer verstärkt möglich sind. Es sollte das Ziel sein, offene Arbeitsstellen vorrangig mit Burgenländerinnen und Burgenländern zu besetzen. Aus meiner Sicht wäre es wichtig, eine Wirtschaftsförderung zu haben, die sich unter anderem nach neu geschaffenen Arbeitsplätzen orientiert.

Weil wir dann auch die Möglichkeit haben, Burgenländerinnen und Burgenländer zu beschäftigen. Der Handwerkerbonus diesbezüglich vom Land Burgenland war mit Sicherheit ein absolut richtiger Weg. *(Beifall bei der LBL)* Ich möchte aber schon festhalten, dass wir hier mit über 10.800 Arbeitslosen einen sehr hohen Wert aufweisen, wobei - das wurde heute auch schon gesagt - natürlich ein Teil dieser Arbeitslosigkeit natürlich auch importiert ist. Es muss ein Umdenken stattfinden. Der Hebel, um die Anzahl der Arbeitslosen zu senken und mehr Personen in Beschäftigung zu bringen, liegt, meiner Meinung nach, nicht beim AMS.

Auch Helmut Hofer vom Institut für Höhere Studien bekräftigte das im Standard-Interview vom 24.10.2016. Wir haben es heute schon von einigen Abgeordneten hier auch im Rahmen der Reden gehört. Ich zitiere: Um mehr Beschäftigung zu schaffen, müsste die Regierung vielmehr die Schulbildung verbessern und vor allem die Abgaben auf Arbeit senken und die Bedingungen für Unternehmer erleichtern.

Was mich persönlich sehr freut ist, dass wir im Gesamttourismus drei Millionen Übernächtigungen heuer erreichen werden. Ich sage hier deswegen absichtlich "Gesamttourismus" weil die Nächtigungen von Kurgästen hier mit einbezogen werden. Für einen Kurgast in Bad Sauerbrunn oder in Bad Tatzmannsdorf haben die Gemeinden enorme Marketing- und Infrastrukturmaßnahmen zu treffen.

Dass die Kurgäste heute automatisch von den Kassen zugewiesen werden, das ist mehr oder weniger eine Mär. Die untereinander selbstverständlich konkurrierenden Kur- und Gesundheitsanstalten stehen hier ständig am Prüfstand.

Um speziell hier auf die Leistungen im Gesundheitszentrum Bad Sauerbrunn einzugehen, kann ich nur mitteilen, da ich ja auch im Gesellschafterausschuss der VAMED sitze, der sich hier quartalsweise trifft, hier werden die VAMED-Betriebe immer wieder untereinander verglichen, hier haben wir österreichweit - sei es jetzt intern in der internen Abwicklung des Gesundheitszentrums selbst, aber auch extern in der Infrastruktur, österreichweit wirklich die besten Werte, die besten Benotungen. *(Beifall der Abg. Mag. Michaela Resetar)*

Natürlich kann die jeweilige Gemeinde diese Maßnahmen nicht immer selbst finanzieren. Das Land greift den Gemeinden finanziell unter die Arme. Dafür möchte ich mich auch als Bürgermeister der Gemeinde Bad Sauerbrunn beim Landeshauptmann Hans Niessl recht herzlich bedanken, der uns bei der Quellenbohrung-Neu unterstützt hat. Der Kurtourismus hat im Burgenland bereits eine lange Tradition.

Die Anzahl der Nächtigungen von Kurgästen in Bad Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf belaufen sich auf rund 650.000. Zählt man diese 650.000 von den drei Millionen weg, dann bleiben hier 2.350.000 Übernächtigungen.

Man kann daran schon erkennen, dass die beiden Kurstandorte insgesamt burgenlandweit, ich glaube, einen sehr wichtigen touristischen Einfluss haben. Es ist wichtig, meiner Meinung nach, dass wir in Zukunft auf verschiedene Strategiemaßnahmen setzen und damit die Bekanntheit des Burgenlandes gesteigert wird.

Dazu sind Marketingstrategien notwendig, nicht nur national, sondern auch international. Nur gemeinsam können wir den Tourismus im Burgenland weiter pushen. Wir müssen uns mit den Verantwortlichen in den touristisch und wirtschaftlich besser entwickelten Regionen enger vernetzen. Danke. *(Beifall bei der LBL und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Wir sind bei den Gruppen jetzt auch in der Agrarpolitik angelangt. Ich möchte hier kurz zum Thema Agrar Stellung nehmen.

Die Landwirtschaft ist heute stärker wie viele andere Wirtschaftsbereiche vom Wachsen und Weichen geprägt. Die Technisierung aber auch die Digitalisierung mit allen Vor- und Nachteilen spart Arbeitskräfte ein, macht Betriebe, die sehr groß sind, eigentlich wirklich erst wirtschaftlich. Investitionen in solche Maschinen sind erst dann wirtschaftlich, wenn der Betrieb groß genug ist und damit haben es Klein- und Kleinstbetriebe natürlich nicht mehr leicht.

Das Einkommen, das wissen wir vom Grünen Bericht, der Landwirtinnen und Landwirte sinkt beinahe jedes Jahr. Besorgniserregend eigentlich, wenn man sich anschaut, dass man von der Arbeit, von der man früher eine ganze Familie ernähren konnte, heute kaum mehr leben kann.

Leider gibt es dazu auch noch andere sehr problematische Entwicklungen. Eine ist, dass viele Firmen, die früher angefangen haben, also der Handel vor allem, mit Eigenmarken jetzt auch dazu übergehen, den Anbau und praktisch die Arbeit der Landwirte und Landwirtinnen zu übernehmen.

Ein Beispiel, beziehungsweise zwei Beispiele hier im Nordburgenland: Das eine ist das Mega-Glashaus in Frauenkirchen, das jetzt geplant ist und auf der anderen Seite auch die 40 Hektar im Endausbau geplante Marillen-, Pfirsich- und Nektarinenplantage der Firma Fairfruit – witziger Weise ein sehr interessanter Name - bei Siegendorf. Da stehen inzwischen jetzt, soweit ich weiß, auf 12 Hektar Marillen und das soll ausgebaut werden bis auf 40 Hektar.

Das sind alles keine Landwirte und Landwirtinnen mehr sondern Konzerne, Firmen, die diese Nahrungsmittelproduktion, die früher ausschließlich in Bauern- und Bäuerinnenhand war, übernehmen.

Meiner Ansicht nach, eine sehr problematische Entwicklung, da man natürlich hier auch Arbeitskräfte einspart. Wir haben das schon im Laufe der ganzen Budgetdebatte des Öfteren gehört, arbeiten tun dort dann sehr viele Arbeitskräfte aus Ungarn oder aus anderen Ländern, wie man das ja auch von den Großplantagen in Spanien und ähnlichen Ländern kennt.

Was ist das Ergebnis? Viele Betriebe hören auf, zusätzliche Menschen die auf den Arbeitsmarkt drängen, der ohnehin zu wenig Menschen Arbeit bieten kann. Verschärfend kommt jetzt auch noch dazu - jetzt bin ich wieder beim Klimawandel - dass viele Betriebe, wir haben das heuer besonders gesehen, mit den Auswirkungen des Klimawandels zu kämpfen haben.

Das ist zwar sehr löblich, dass auf der einen Seite heuer ganze sieben Millionen Euro oder können sogar noch mehr werden, ich glaube im Februar wird man erst wissen, wieviel an Schäden entgolten werden können, dass das umgestellt wird, dass man in Zukunft eigentlich nur mehr fördert, wenn sich die Betriebe bei der Hagelversicherung gegen Dürreschäden, Frostschäden, Ernteausfälle aller Art versichern lassen, das wird gefördert.

Es wird in Zukunft keine Entschädigungen mehr geben aus dem Katastrophenfonds und das ist auch wichtig, denn österreichweit wurden, laut der Hagelversicherung, wetterbedingt in der letzten Zeit landwirtschaftliche Werte vernichtet von 270 Millionen Euro, das ist jetzt natürlich österreichweit, nicht nur im Burgenland.

Der Weltbericht des Klimarates geht bereits ab 2030 davon aus, dass man vor allem bei Weizen, Mais und Reis in den tropischen und gemäßigten Zonen durch die sommerlichen Hitzewellen 20 bis 30 Prozent Ernteeinbußen haben wird und das betrifft dann natürlich auch das Einkommen der Betriebe. Deswegen, wer die Landwirte und Landwirtinnen schützen will, investiert in den Klimaschutz.

Nicht zu vergessen, aber auch hier müssen die Betriebe umstellen, weil nicht zuletzt die Landwirtschaft auch ein großer Verursacher des Klimawandels mit künstlichem Stickstoffdünger ist, der allein bei der Produktion sehr viel $C0_2$ notwendig macht.

Wem die Landwirtschaft am Herzen liegt, der investiert in den Klimaschutz. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Das vergangene Jahr stellte unsere heimische Landwirtschaft, sei es Wein- oder Ackerbau vor große Herausforderungen. Extreme Witterungsbedingungen wie Spätfrost, Hagel, Sturm, Trockenheit, brachten einige Landwirte an den Rand ihrer Existenz.

Hier war Hilfe und Unterstützung vom Land notwendig und dies wurde von Landesrätin Dunst auch umgehend in Angriff genommen. In Zusammenarbeit mit dem Bund, den Versicherungen - hier speziell die Hagelversicherung - und anderen hierfür zuständigen Institutionen, wurde schnell und unbürokratisch geholfen.

Dies nicht nur als Soforthilfe, sondern es wurden auch nachhaltige Maßnahmen für die Zukunft gesetzt. Im uns vorliegenden Budget finden sich diesbezüglich umfangreiche Schwerpunkte. Von Landesrätin Verena Dunst wurde der zukunftsweisende Masterplan „Land und Leben“ ins Leben gerufen, welcher eine Grundlage zur Stärkung des ländlichen Raumes bilden wird.

Viele sehr gute in Arbeitsgruppen erarbeitete Projekte lassen erahnen, dass auch mit dem Masterplan wieder ein Meilenstein der rot-blauen Zusammenarbeit im Burgenland gesetzt wird, welcher sicher einzigartig in Österreich ist.

Dafür danke an Landesrätin Verena Dunst und ihre Mitarbeiter. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Nicht unerwähnt bleiben darf die unendliche Geschichte um den Uhudler. Trotz aller Unkenrufe der ÖVP und einigen Stolpersteinen auf Bundesebene, schafften wir es hier ein Gesetz zu installieren, das für das Südburgenland nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht sehr wichtig ist. Auch für den Tourismus hat der Erhalt des Uhudlers einen immensen Wert. Prinzipiell muss an dieser Stelle gesagt werden, dass im heurigen sowie im kommenden Jahr mehr denn je im Agrarbereich investiert wird und dies dank einer Landesrätin Verena Dunst und dank einer rot-blauen Landesregierung.

Ich würde mir auch endlich von der ÖVP wünschen, dass sie damit aufhört alles schlecht zu reden und endlich zugibt, dass hier gute Arbeit geleistet wird, genauer gesagt, bessere Arbeit geleistet wird, als in den Jahren davor.

Im kommenden Jahr erwarten wir uns viele Projekte und Initiativen, auf die wir uns schon sehr freuen. Wir stehen zur Landwirtschaft, wir stehen zur Forstwirtschaft und somit stehen wir auch zu unseren Bauern. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Kollegen im Landesdienst! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Vielleicht ins Stammbuch geschrieben: Wir reden Nichts schlecht, wir jammern nicht, wir tragen berechtigte Anliegen vor - Punkt 1.

Vorerst bei diesem Tagesordnungspunkt Landwirtschaft und ländliche Entwicklung meinen herzlichen Dank an alle fleißigen Bäuerinnen und Bauern, die für gesunde frische Lebensmittel sorgen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn gerade das heurige Jahr mit Frost und Hagel und geringen Preisen, bereits das 5. Jahr in Folge, haben den Betrieben sehr viel abverlangt, wie bereits von meinen Vorrednern richtig erwähnt. Selbstverständlich gilt mein Dank auch an alle, denen der ländliche Raum ein Anliegen ist, wie meinen Kolleginnen und Kollegen und auch die Konsumentinnen und Konsumenten, die dann diese bäuerliche Landwirtschaft mit dem Kauf von Produkten unterstützen.

Das Landesbudget, also das in Zahlen gegossene, zeigt gerade bei den beiden Ansätzen 71 - Grundlagen in der Land- und Forstwirtschaft und 74 - sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft mit Gesamtausgaben von fast zwei Millionen beziehungsweise 9,8 Millionen, also insgesamt eine Summe von 11,8 Millionen, eine Gesamtsteigerung von 1,1 Millionen.

Das hört sich vorerst sehr gut an. Sieht man hier jedoch genauer hin, erkennt man sofort, dass diese Steigerung nur auf Grund der Aufstockung der Förderung der Hagel- und Frostversicherung mit einer Summe von 1,4 Millionen zu verdanken ist. Ich erinnere, das kann man nicht oft genug sagen, vor allem Kollegin Stampfel, dass es nur der Hartnäckigkeit des Bauernbundes und der ÖVP und selbstverständlich leider Gottes auch der geschädigten Bäuerinnen und Bauern zu verdanken ist, dass die Förderung der Hagel- und Frostversicherung aufgestockt wurde. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich erinnere, dass Sie unseren Antrag vom 19. Oktober 2015 - vor über einem Jahr - auf Unterstützung der Sozialversicherung für das vierte Quartal 2015 sowie die Prämie

für eine Ernteausfallversicherung, die wir dann nicht umgehend, sondern wirklich erst wie die Schäden da waren, abgelehnt haben.

Ich erinnere, dass Sie auch bei der letzten Budgetsitzung am 9.12.2015 unseren Antrag auf Förderung einer Ernteausfallversicherung mit zwei Millionen Euro abgelehnt haben. *(Landesrätin Verena Dunst: Gott sei Dank! Das wäre viel zu wenig gewesen.)* Sie haben leider erst dann, Frau Landesrätin, ich bin schon bei Ihnen, Sie haben leider erst dann zugestimmt, wie der Druck der geschädigten Betriebe durch Frost und Hagel sehr groß geworden ist und niemand in diesem Land Verständnis für eine Ablehnung gehabt hätte. *(Beifall bei der ÖVP)*

Eine vorausschauende Politik schaut anders aus. Das ist nämlich der wesentliche Unterschied, in der von Ihnen zitiert, zu Ihrem Vorgänger in diesem wichtigen Amt, Frau Landesrätin. Sie werden erst dann aktiv, wenn es anders nicht mehr geht. Allein zu sagen, wie wichtig Ihnen die Landwirtschaft ist und dann das Gegenteil zu tun, das ist viel zu wenig.

Jetzt haben Sie wiederum die Chance, zu zeigen, dass Sie umgehend handeln und wie wichtig Ihnen die bäuerlichen Betriebe des Burgenlandes sind, wenn Sie für die Auszahlung der Sozialversicherung für alle Betriebe eintreten und sich nicht mit einer Lösung seitens des Bundes zufrieden geben, wo 60 Prozent der burgenländischen Betriebe nichts erhalten würden. Jetzt haben Sie wieder die Chance! *(Beifall bei der ÖVP)*

Sieht man im Vergleich Voranschlag 2017 zu Abschluss 2015 unter Berücksichtigung der Rücklageentnahmen, ergibt sich ein Unterschied von Minus 10.000 Euro. Berücksichtigt man die vorhin erwähnte Aufstockung von 1,4 Millionen für die Hagelversicherung aufgrund unserer Hartnäckigkeit, ergibt sich ein Minus von mehr als 1,4 Millionen Euro gegenüber dem Rechnungsabschluss 2015. Das ist Ihre wahre Politik für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Ein Minus von 1,4 Millionen innerhalb von zwei Jahren.

Ein Großteil mit über 962 Euro ist eine Reduzierung bei der Sanierung beziehungsweise ein kleiner Teil beim Neubau der Güterwege. Wir haben es erst vor einigen Wochen gehört, die Güterwege - vom Rechnungshof bestätigt worden - sind gerade diese Lebensader für den ländlichen Raum. Das haben Sie gekürzt.

Zu einer guten Entwicklung des ländlichen Raumes gehört natürlich auch Breitbandinternetversorgung, Anbindung von öffentlichen Verkehrsmitteln und hier auch, das ist sicher zu wenig, eine Förderung, wenn mehrere Gemeinden sich zusammenschließen, mit 30.000 Euro abzuspeisen und andere Landesteile dann immer alles von Bund und Land bezahlt zu bekommen, das ist wirklich ungerecht.

Ich gebe dem Kollegen Wiesler Recht. Er hat es heute auch schon gesagt, dass für das Südburgenland viel zu wenig im öffentlichen Verkehr getan wird.

Natürlich, Landwirtschaft, Klimaschutz ist auch wichtig, hat Kollege Spitzmüller schon sehr ausführlich ausgeführt. Windkraftanlagen allein werden die Energieversorgung aus bekannten Gründen nicht sichern. Sinnvoll wäre ein Mix aus Windkraft, Photovoltaik, Biomasse. Vergessen sollten wir nicht die Biogasanlagen. Hackschnitzelheizungen und Biogasanlagen haben nicht nur den Vorteil, dass sie CO_2 neutral sind, sondern dann auch Strom liefern, wenn kein Wind weht beziehungsweise die Sonne scheint.

Dann vielleicht noch einiges zum Thema Sicherheitspartner oder die selbsternannten FPÖ-Sheriffs. Welche Bilanz gibt es? Welche Effizienz? Kollege Haidinger hat nur verglichen die Ausgaben für Flüchtlinge und Kultur. Herr Landesrat, mit

Kultur verglichen, also das ist, glaube ich, sehr unangebracht und schade, dass es nicht alle so in diesem Raum sehen.

Hier wird Landesgeld für die Spielwiese des Landeshauptmann-Stellvertreters verwendet, die wir uns als sicherstes Bundesland ersparen könnten. Für die Sicherheit in unserem Land sorgen immer noch die bestens ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es gibt sicher genug Bereiche, wo dieses Geld von 700.000 Euro sinnvoller eingesetzt wäre.

Jetzt noch vielleicht zur Initiative Südburgenland-Kongress. Da sind Sie sehr schnell unterwegs gewesen. Mit dem Südburgenland-Manager, mit der Installierung. Über ein Jahr haben Sie vergehen lassen. Hier erwarte ich auch mehr Unterstützung als in der Vergangenheit. Ich glaube, es ist zu wenig, in Sonntagsreden immer wieder das Südburgenland zu erwähnen.

Herr Kollege Kölly tut es auch dankenswerterweise immer wieder. Aber wenn man einem Manager kein Geld zur Verfügung stellt, damit er mit diesem Südburgenland konkret etwas anfangen kann, wie das alte Sprichwort schon heißt, „ohne Geld keine Musi oder Musik“ - auf Hochdeutsch. Das ist viel zu wenig, Herr Landesrat. Aus diesen erwähnten Gründen werden wir dem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dass die burgenländische Landwirtschaft gut dasteht, zeigen nicht nur die bestens geführten landwirtschaftlichen Fachschulen in Güssing und Eisenstadt. Die professionellen Beratungsleistungen der Landwirtschaftskammer jetzt mit den Tierhaltungstagen, die verschiedensten Verbände und Einrichtungen, sondern auch die nationalen und internationalen Preise, die wir immer wieder erzielen. So ist auch erst vor einigen Tagen der 27-jährige Dominik Berger aus Neusiedl am See mit dem Innovationspreis 2016 für agrarische Leuchtturmprojekte ausgezeichnet worden.

Er vermarktet unter „Seewinkler Biosafran“ ein hochwertiges Produkt an Top-Restaurants. Stolz können wir auch auf unsere burgenländischen Vertreter sein. Hans Peter Werderitsch als Präsident der Europäischen Maschinenringe, Stefan Kast als Obmann der Österreichischen Jungbauernschaft sowie Landesjugendobmann als Vertreter der Bundeslandjugend und sicherlich viele mehr.

Die Bäuerinnen und Bauern machen ihre Arbeit mit viel Fleiß und Herz. Es gibt die vielfältigsten Produktionssparten von der Tierhaltung, Ackerbau sowie Sonderkulturen im Burgenland, vor allem der Wein, das Obst, der Gemüsebau bis hin zu Bio natürlich und auch konventionell wirtschaftende Betriebe.

Ihnen, so wie allen, die sich für den ländlichen Raum einsetzen und verantwortlich sind, dass wir täglich mit guten, gesunden, regionalen Lebensmitteln versorgt werden, gehört unser Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke schön. Herr Abgeordneter Sodl hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte vorweg die heutige Budgetsitzung auch dafür nutzen, mich bei unseren Landwirten, bei unseren Winzern sehr herzlich für die Arbeit, für ihren Einsatz zu bedanken. Die Landwirtschaft hat im Vergleich zu anderen Bundesländern in unserem Land Burgenland eine überdurchschnittliche Bedeutung.

Der Agrarbereich ist daher im gesamten Burgenland nach wie vor ein tragender Wirtschaftsbereich. Wenn wir uns die Fakten und Zahlen in den vielen Bereichen der Land- und der Forstwirtschaft ansehen, so müssen wir festhalten, dass sich die Spirale für die Landwirte weiterhin nach unten dreht.

Die ständig sinkende Zahl der Menschen, die von der Landwirtschaft leben können, gibt uns Anlass, gibt mir Anlass, zur Sorge, zur großen Sorge. Mitschuld sind mitunter die niedrigen Preise infolge der Abhängigkeit am Weltmarkt, denn das Bauernsterben ist auch im Burgenland in den letzten Jahren unvermindert weitergegangen. Jene Bauern, vor allem Kleinbauern, die das Rückgrat unserer Landwirtschaft im Burgenland ausmachen, werden seit Jahrzehnten von der Agrarindustrie verdrängt.

Für mich sind unsere Bauern, unsere Kleinbauern mehr als nur Landwirte. Sie sorgen für die Landschaftspflege in unseren Gemeinden und tragen zur Dorfkultur entscheidend bei. Als Verantwortliche in unseren Gemeinden stellen wir uns vor, wir hätten hier nicht unsere Landwirte, die hier einen wesentlichen Beitrag auch für unsere Ortsbilder in unseren Gemeinden machen. Es hätte fatale Auswirkungen, ob das im touristischen Bereich ist, aber auch im ökologischen.

Ich bin einer anderen Meinung als der Kollege Walter Temmel. Ich bin überzeugt, dass der Weg, der neue Weg, den die Frau Landesrätin, die Agrarlandesrätin Verena Dunst mit ihrem engagierten und verlässlichen Team hier macht und diesen Weg auch geht, dass Sie eine ausgezeichnete und eine hervorragende Arbeit leistet. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich werde dann im Anschluss noch auf die Zahlen kommen. Ich darf doch einige Zahlen, Fakten und Taten des Budgets hier nennen. Das Budget ist um 1,325 Millionen höher als im Landesvoranschlag 2016, mit insgesamt über 60 Voranschlagsstellen. Die Prämienbeschlussbezuschussung des Hagelversicherungsförderungsgesetzes beträgt 2017 um 1,4 Millionen mehr als 2016, statt 2,4 Millionen nun 3,8 Millionen. Der Hintergrund, wir haben es gehört, die Dürre, der Frost und andere Naturkatastrophen.

Keine Entschädigung gibt es künftig mehr aus der öffentlichen Hand für nicht versicherte Kultur. Die Landwirtinnen und -wirte und die Winzerinnen und Winzer sind nun angehalten, sich vollumfassend auch zu versichern.

Hier die gesetzlichen Verpflichtungen im Agrarbudget auf einen Blick. Das heißt, diese betragen rund 75 Prozent des gesamten Budgets. Wenn es hier der Fördervertrag der Landwirtschaftskammer mit 2,1 Millionen, die Hagelversicherungsförderungen mit 3,8, Katastrophenfonds mit 500.000, die österreichische Weinmarketing mit 1.050.000, ergibt eine Gesamtsumme der gesetzlichen Verpflichtungen von 7,450 Millionen Euro.

Die Frostkatastrophen Ende April - haben wir gehört -, das Land Burgenland hat aktiv an der Ausarbeitung und an der Umsetzung der Frostschadenrichtlinien und am Gesetz 2016 mitgearbeitet. Die Richtlinie war ein nationaler Schulterschluss. Die Novelle zum Burgenländischen Buschenschankgesetz wurde auch hier auf Initiative unserer Landesrätin beschlossen. Weitere Neuerungen zur umfassenden Vorsorgeunterstützung unserer Agrarproduzenten, die Förderung von Hagelnetzanschaffungen, die Herabsetzung der Mindestinvestition im Forstbereich.

Einige Worte natürlich noch zur Weinwirtschaft. Wir haben natürlich das große Problem gehabt, dass in der Weinwirtschaft heuer der Frost und der Hagel hier, vor allem regional, ein großes Problem für die Winzerinnen und Winzer gebracht haben.

Ein Highlight war und ganz wichtig war die Klärung des Uhudlers. Hier hast Du, Frau Landesrätin, was die Verantwortlichen über Jahrzehnte nicht geschafft haben, hattest Du innerhalb eines Jahres zu Wege gebracht und den Uhudler auch legalisiert.

Der Drohneneinsatz im Weinbau zu der Starrevertreibung. Hier sind die Rückmeldungen vom Pilotversuch in Rust sehr positiv. Das heißt, weniger Ausfälle durch die Starre. Das Land hat den Großteil der Kosten für dieses wissenschaftlich begleitete Pilotprojekt übernommen. Um bestmögliche Ausbildung in der nächsten Winzergeneration zu garantieren, wurde hier ein neues Labor in der Weinbauschule auch geschaffen.

Die Vorhaben für 2017 ist die Digitalisierung des Weinbaukatasters, wird hier endlich angegangen, um hier die Daten auf den neuesten Stand zu bringen und - wie gesagt -, diese sind schon lange überfällig, 2017 sind sie auch hier budgetär mit 300.000 Euro vermerkt. Die Unterstützung von Forschungsprojekten, die Grundlagenforschung des Uhudlers sowie Rebkrankheiten.

Gesamtgesehen werden im Bereich der Agrarpolitik, in der ländlichen Entwicklung und im Weinbau eine hervorragende Arbeit seitens der Landesrätin gemacht. Dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken.

Wir werden natürlich diesem Budgetkapitel unsere Zustimmung erteilen*. (Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Bevor ich Herrn Abgeordneten Steier das Wort erteile. Es gibt technische Probleme mit der Uhr. Wir werden daher wie in alten Zeiten *(Abg. Christian Illedits: Habt Ihr eine Stoppuhr?)* wieder die Zeit hier am Vorsitzpult nehmen.

Die Einstellung funktioniert nicht. Ich werde daher nach fünf Minuten, nach neun Minuten, dann nach zehn Minuten abläuten.

Sie sind am Wort, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals, Herr Präsident. Für die, die schon gesprochen haben und sich in irgendeiner Form benachteiligt fühlen, weil sie meinen, einen Zeitverlust erlitten zu haben, die kriegen jetzt einen Zuschlag. Die Bonuszahlung wird dann beim Handstoppen ein wenig ausgesetzt. *(Abg. Christian Illedits: Umgekehrt!)* Ja, dass das noch länger dauert.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Das Kapitel heißt Landwirtschaft und ist eigentlich vom Herkommen, von der gesamten Situation des Burgenlandes ein ganz gewichtiges Wirtschaftsgebilde und im Grunde genommen eine der wichtigsten Standortfaktoren, die wir auch vorzuweisen haben.

Nicht nur in Verbindung, in Synergie mit Tourismus, sondern insgesamt eine Leistung an unserer Gesellschaft, die nicht nur hervorragende Werte aufweist, sondern im Grund genommen unabkömmlich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich widme mich in meiner Einleitung der Biolandwirtschaft und möchte einleitend auch festhalten, dass österreichweit knapp 20 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen, insgesamt 524.000 Hektar, von 20.750 Betrieben biologisch bewirtschaftet werden.

Das heißt, vom Gesamtflächenanteil sind 20 Prozent biologische Landwirtschaft, 524.000 Hektar, 80 Prozent werden konventionell betrieben. Von diesen 20 Prozent sind zirka 26 Prozent Grünland, zirka elf Prozent Weinbau, zirka 14 Prozent Ackerfläche und zirka 18 Prozent Obstbau.

In dieser Aufteilung, in dieser Gesamtheit sollte man sich eines vor Augen führen, was die Struktur der österreichischen und damit auch der burgenländischen Landwirtschaft betrifft.

Die durchschnittliche Fläche, die ein burgenländischer, österreichischer, landwirtschaftlicher Betrieb sein Eigen oder in Pachtverhältnissen im Bestand hat, sind 19 Hektar. Ich möchte darauf verweisen, dass in der Nachbarschaft, in der Tschechoslowakei und in der Slowakei, der durchschnittliche landwirtschaftliche Flächenwert für einen Landwirtschaftsbetrieb zirka 300 Hektar betrifft und in Rumänien zum Beispiel 500 Hektar der durchschnittliche Betrieb sind.

Wenn man sich das vor Augen führt, weiß man, welche Herausforderungen, jetzt egal, ob konventionell oder biologische Landwirtschaft, in Betriebsform auf unsere Landwirte und Bauern zukommen.

Der Abschluss ist noch lange nicht erreicht. Daher ist auch die Auflistung, was vormals einmal die Weltwirtschaftspreise waren und jetzt im Verhältnis in der Ausführung sie betrifft, hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass diese Landwirtschaft auch gestützt wird und dass ihr entsprechend Dotationen zufließen, die sie vormals nicht hatten.

Aus diesen Ebenen heraus ist die landwirtschaftliche Produktion jetzt auch nicht mehr - und das kann man immer wieder in Diskussionen vernehmen - auf das Produkt entsprechend ausgepriesen.

Wir haben es wie bei Strom, bei anderen Gegebenheiten mit einer fallenden Situation zu tun, was die Preisgestaltung anlangt.

Das war zum Beispiel heuer nachweislich für alle Landwirte, die in der Sojaproduktion eine Möglichkeit gesehen haben, bessere Preise zu erzielen, dadurch die Flächenbewirtschaftung ausgeweitet haben, plötzlich vom Feber des Jahres bis zu Juni, Juli des Jahres im Verfall der Preise eine Katastrophe.

Das hat sich innerhalb von fünf Monaten abgespielt, dass die Produktion auf Soja einen Preisverfall zur Kenntnis nehmen musste, der natürlicherweise beim nächsten Jahr auch Auswirkungen auf die Produktion und auf die Anbauflächen haben wird.

Ein Unikat war heuer auch festzuhalten - und das wird sich in Zukunft wahrscheinlich auch wieder ein wenig relativieren -, für viele war es im Nordburgenland innerhalb der letzten Jahre und heuer eine totale Ausweitung der Flächenanbausituation Kürbisse. Kürbisse waren bis dato im Nordburgenland überhaupt kein Anbauthema, in der Zwischenzeit hat sich das erweitert, natürlich bedingt dadurch, dass die Nachfrage vorhanden ist, und das ist ja auch gut so.

Auf der anderen Seite haben wir immer gejammert, dass wir nicht wissen, was im Kürbiskernöl drinnen ist, weil die meisten Kerne aus China gekommen sind. Jetzt sind sie heimischer Provenienz, und daher ist das auch eine nachhaltige Bewirtschaftung, weil man gerade beim Kürbisanbau auch nicht jetzt diese konventionelle Situation nutzen muss, weil dort auch die Gegebenheiten noch so sind, dass das eine biologische Form auch darstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht von der Hand zu weisen, und das habe ich schon ein paar Mal gesagt, dass jeder, der Landwirtschaft betreibt, auf Grund seiner Beschränkungen, was die Hektarflächen und seine Produktionsweisen anlangt, dass er darauf abzielt, auch wenn er nachhaltig wirtschaften will, seine Produkte zu veredeln.

Deswegen haben wir eine Entwicklung, die im landwirtschaftlichen Sektor voranschreitet, alles, was quasi Möglichkeiten bietet, zu veredeln, wird auch genutzt. Das haben wir bei Fleisch, am wenigsten in biologischer Nutzung sind momentan Schweine; zwei Prozent auf die Gesamtproduktion sind ausschließlich biologisch. Am größten ist der Effekt der biologischen Landwirtschaft bei Eiern und Geflügel. Diese Tendenz ist quasi steigerungsfähig, hier ist in der Nachfrage der Bedarf mit Sicherheit nicht gedeckt.

Ich weiß aus eigener Erfahrung und auch aus dem Freundeskreis, dass es immer stärker in der Bestrebung dahin geht, entsprechende Adressen ausfindig zu machen, wo man sich im direkten Ankauf bei einem landwirtschaftlichen Produktionsbetrieb sowohl von den Eiern bis zum Rindfleisch sicher und klar entscheiden kann, biologisch eingekauft zu haben, und das merkt man dann auch in der Pfanne.

Das hat einen Effekt, der nachhaltig ist und da hat man auch etwas davon, weil es nicht nur gut schmeckt, sondern auch das Portionsstück als solches bis zum Schluss in die Verwertung bringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir im heurigen Jahr ein halbes Jahr lang dem Uhudler sehr viel Aufwand gewidmet haben, möchte ich für die gesamte Weinwirtschaft bei dieser Gelegenheit zum Budget 2017 sprechen zu dürfen, dem Weinbau widmen.

Es gibt eine aktuelle Studie, die vor einigen Wochen veröffentlicht worden ist und wo die Weinmarketing Austria erhoben hat, was es mit der Weinwirtschaft in Österreich auf sich hat, und da kann man direkte Rückschlüsse auf die Weinproduktion im Burgenland setzen.

Tatsache ist, dass wir in Österreich eine Bruttowertschöpfung von rund 3,6 Milliarden Euro, das entspricht zirka 1,2 Prozent der Wertschöpfung auf das BIP, bezogen auf die Weinwirtschaft lukrieren. Das ist nicht nur kein geringer Betrag, sondern ist eine Aufgabenstellung, die auch zum Beispiel jetzt in diesem Budget dahingehend Rechnung getragen bekommt, dass es den Aufbau eines Weinkatasters-neu mit einer bestimmten, glaube ich, sogar über eine Million Euro bezogenen Summe gibt.

Tatsache ist, man versucht, entsprechende Lösungen zu erreichen, um das Ganze auch quasi so administrieren zu können, dass die europäischen Verhältnisse auch ihren Niederschlag finden.

Ich möchte zu bedenken geben, nur als Anmerkung, wir haben österreichweit im Bereich der Almbewirtschaftung auf Flächensituation sehr viel Einbußen und sehr viel Kritik erleiden müssen, das in der Planierung auch sehr viel Geld, Bundesgeld dann nachträglich gekostet hat, und wir sind auch durchaus sehr wohl selbständig im Stande, festzuhalten, wie viele Flächen in der Bewirtschaftung sind.

Ich glaube, dass es notwendig wird, endlich dann auch eine Linie in der Weinwirtschaft zu finden, man sollte nicht quasi immer von einem Tag auf den anderen, jetzt bildlich gesprochen, die Entscheidung zwischen Weißweinbaufläche und Rotweinbaufläche setzen, wo man dann Rodungsprämien aussetzt, dann wieder Aussetzprämien. Das hat in der gesamten Landwirtschaft und im Weinbau nur Irritationen hervorgerufen. Es gibt aber auch eine Tendenz, die jetzt in der Entwicklung sehr klar und eindeutig feststeht.

Um den Neusiedler See gibt es, nachdem im Seewinkel selbst fast keine Rebflächen oder Weingartenflächen mehr zu haben sind, die Tendenz, gegen den Süden, in Richtung Oggau, Rust und Mörbisch auszuweiten, um dort vorhandene Flächen im Grunde genommen zu nutzen.

Es gibt ein Paradebeispiel dafür, der Weinbaubetrieb Hillinger hat in Oggau gebaut, nicht nur Einstellflächen zur Bewirtschaftung seiner dort erworbenen Rebflächen, sondern er hat dort auch für seine Bediensteten ein sogenanntes Gemeinschaftshaus errichtet. Das ist eine Investition, die nachhaltig zu bewerten ist, auf der anderen Seite ist sie in diesem Süduferbereich die Entwicklungssituation, dass auf dem Weinbau wieder gesetzt wird.

Zwar immer zentraler von einzelnen Personen, nur hat es diese aufgelassenen Rebflächen dort gegeben, die jetzt wieder in Bewirtschaftung stehen. Nachträglich nur eines noch für alle, die dem Wein zusprechen und zwar in geziemenden Maßen. Es ist im Grunde genommen noch immer für alle Weingenießer klar, dass die ältesten Weinreben den besten Wein in der Kelterung ergeben, weil sie nachhaltig die stärksten und die besten Inhaltsstoffe setzen und damit eigentlich das beste Volumen auch entfalten.

In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön und ein Prost auf den Weinbau. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Es spricht Frau Landesrätin Dunst von der Regierungsbank.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich heute, wenn Sie die Budgetzahlen studiert haben, Ihnen zu sagen, dass wir seit vielen Jahren nicht so ein hohes Agrarbudget wie jetzt haben. Eine Steigerung von 13 Prozent!

Das heißt, im Agrarbereich ist uns klar, was wir hier an Unterstützungsmaßnahmen, an Marketingmaßnahmen, an Förderungen auszuschütten haben. Daher freue ich mich, Ihnen ein Agrarbudget mit der Steigerung von 13 Prozent vorlegen zu können.

Das Zweite, was ich noch betonen möchte, und hier herzlichen Dank an meinem Regierungskollegen, dem Finanzlandesrat. Es war kein leichtes Jahr für die Landwirte, für die Winzer, für die Obstproduzenten, und so weiter, weil es uns wirklich sehr viel abgefordert hat. Daher werden wir heuer - und selbstverständlich stellt das Land Burgenland das Geld zur Verfügung - 1,1 Millionen Euro insgesamt an Obstentschädigungen, Frostentschädigungen auszahlen, davon sind eben 50 Prozent von 550.000 Euro für die Obstproduzenten im Land auszuzahlen.

Ich bedanke mich hier ausdrücklich bei der Landwirtschaftskammer und bei meiner Agrarabteilung, allen voran beim anwesenden Dipl.Ing. Cadilek. Wir werden es schaffen - und das brauchen die Obstproduzenten sehr wichtig -, dieses Geld mit Anfang des Jahres auszuschütten. Insgesamt 1,1 Millionen Euro!

Ich bin froh, dass wir helfen können. Das ist bei Weitem nicht, was sie geerntet hätten, was sie an Erlösen gehabt hätten, aber es ist zumindest ein Versuch, den Obstproduzenten zu helfen, die wir brauchen, weil sie ganz wichtige regionale, gesunde Produkte für uns haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das Gleiche gilt natürlich für den Wein. Ich möchte kurz dann auf den Wein noch eingehen, aber lassen Sie mich bei der Frostentschädigung bleiben, auch hier sind wir unserer Verantwortung nachgekommen und haben gemeinsam mit dem Bund, die Länder, 100 Millionen Euro insgesamt zur Verfügung gestellt, im Verhältnis 50:50.

Wir rechnen insgesamt mit Frostschäden in der Höhe bei den Winzerinnen und Winzern von in etwa sieben bis acht Millionen.

Hier haben wir bereits auch von der Landwirtschaftskammer entsprechende Vorarbeiten geleistet bekommen und wir rechnen in etwa mit nicht ganz vier Millionen Euro Landesmittel. Das heißt, wenn Sie zusammenzählen sind das viereinhalb Millionen mehr, die heuer die Landwirtschaft, die Weinwirtschaft und die Obstproduktion vom Land zur Verfügung gestellt bekommt. So ein Jahr hat es noch nie gegeben. Herzlichen Dank dafür an Helmut Bieler. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zu Ihren Wortmeldungen. Ich darf beim Herrn Abgeordneten Hutter in aller Kürze beginnen. Sie haben die Wirtschaft angesprochen und die wichtige Wertschöpfung und damit zusammenhängend natürlich die Arbeitsplätze. Das gilt natürlich auch für die Landwirtschaft, das gilt für die Weinwirtschaft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte nur einige Zahlen, denn hier bedanke ich mich auch beim Kollegen Steier, der ganz klar gemacht hat, dass wir im Durchschnitt 19 Hektar und kleine Landwirtschaft bis hin zum Obstbau und Weinwirtschaft haben. Das heißt, wir haben auch hier immer daran zu denken, wie schwierig, und das hat er ganz klar gesagt, wie schwierig und wie groß die Konkurrenz ist, rund um uns herum.

Nicht vergessen zu erwähnen sind die Steiermark und Niederösterreich, die natürlich auch unendlich viel mehr Größen haben und größere Betriebe haben. Aber hier ist es ganz wichtig, Herr Abgeordneter Hutter, 30 Prozent Transportanteil beim Wein, über 200 Millionen Euro Wertschöpfung für das Land Burgenland. Wir können hier wirklich stolz sein.

Ich glaube das von uns allen sagen zu können, denn wir haben unglaublich gute Winzerinnen und Winzer. Wir sind stolz auf sie, weil sie auch wichtig sind, denn jeder 17. Arbeitsplatz hängt im Burgenland mit der Weinwirtschaft zusammen. Daher herzlichen Dank.

Hier haben wir gelernt, aus der Quantität in die Qualität zu kommen. *(Abg. Manfred Kölly: Weinskandal.)* Unsere Weine sind international, egal ob in Hongkong oder in New York oder irgendwo anders in einem gastronomischen Betrieb bestens vertreten. Es gibt den burgenländischen Wein überall. Da müssen wir einfach weitertun und da müssen wir auf der Qualitätsschiene bleiben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Dieser Applaus von uns allen gilt den Winzerinnen und Winzer.

Zur Agrarwirtschaft. Vielleicht noch zur Weinwirtschaft zurück. Der Herr Abgeordnete Sodl hat ganz klar gesagt, dass heuer wichtige Schritte zu setzen waren. Ich freue mich Ihnen, Hoher Landtag, das auf den Tisch zu legen. Sie werden sehen, dass das Projekt aufgegangen ist. Es war gut. Ich danke Ihnen, denn Sie haben hier als Landtag mitgearbeitet, das Pflanzenschutzgesetz zu lockern, sodass das erste Mal der Wunsch der Winzer und Winzerinnen zu Recht durchkam.

Nämlich, dass Sie Drohnen einsetzen können, ich habe Skyability mit Steuergeldern dann auch unterstützt, und den Versuch, die TU, die Boku, die FH und die Bundesanstalt für Weinbau, alle sind mit dabei, und wir werden in wenigen Wochen am Tisch legen können, wie sich der Drohneneinsatz wirtschaftlich von der Abwehr und so weiter hier auswirkt und Skyability. Da bin ich schon ein bisschen stolz.

Ich glaube, wir alle haben auch den Innovationspreis aufgrund dieses Drohneneinsatzes bekommen. Da können wir der Weinwirtschaft sicher helfen. *(Abg. Walter Temmel: Bravo!)* Das Zweite, und da gebe ich dem Herrn Kollegen Temmel absolut Recht, was wichtig ist, ist die Investition in die Zukunft. Unsere

landwirtschaftlichen Fachschulen stehen top da. Das, was uns aber gelingen muss, und das ist eine Bitte an Sie alle, denn es geht hier um den Zukunftsstandort Burgenland.

Wir müssen weg von dem, dass nur die Söhne und Töchter von Landwirten oder Winzern in diese Schulen gehen, beziehungsweise natürlich auch nach Klosterneuburg, wo wir das auch unterstützen, was Weinwirtschaft anlangt und die landwirtschaftliche Fachschule in Eisenstadt, biologischen Ackerbau und in Güssing.

Wir müssen weg von dort, dass nur diese Töchter und Söhne hingehen, denn das ist wichtig. Wir müssen hin zu der Schiene, dass wir jungen Menschen die Durchlässigkeit des Bildungssystems zeigen. Wenn ich heute auf eine Boku gehe und hier vorhabe, in diesem Bereich zu studieren, wenn ich heute mich in diesem Bereich für die Weinwirtschaft, für den Obstbau oder beispielsweise für die Landwirtschaft, für die biologische Landwirtschaft, und so weiter als junger Mensch beruflich interessiere, dann bin ich auch Unternehmer, dann bin ich auch Marketingchef, denn ich muss schauen, dass ich dann meine Produkte auch verkaufe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher müssen wir auch auf die Zukunft schauen, denn wenn ich unterwegs bin, sagen mir viele landwirtschaftliche und weinwirtschaftliche Betriebe, wir brauchen Nachwuchs, wir brauchen Kellermeister. Trachten wir also danach, dass die Landwirtschaftliche Fachschule ein bisschen von dem Image wegkommt, sozusagen noch die alte Bauernschule zu sein, denn das ist falsch.

Wir brauchen junge Unternehmer und Unternehmerinnen für dieses Land. Daher ist festzuhalten, dass diese zwei landwirtschaftlichen Fachschulen top dastehen. Als letzten Punkt möchte ich noch festhalten, dass es mir gelungen ist, in Eisenstadt jetzt noch in ein neues Labor zu investieren. Das war auch ganz wichtig, denn die können auf dieser Basis so nicht arbeiten, wie es in der Realität notwendig ist, das brauchen wir.

Zur Landwirtschaft zurück. Auch hier noch einmal ganz klar. Wichtig ist die Weinwirtschaft. Dafür gibt es im Agrarbereich über eine Million Euro, die wir an die Österreichische Weinmarketing zahlen, mit Steuermitteln. Aber, ich glaube, die sind gut eingesetzt. Wir haben, ich habe das schon vorher gesagt, im Agrarbereich Steigerungen von 13 Prozent.

Wir nehmen das erste Mal, Gott sei Dank, für das Burgenland und für ganz Österreich in Anspruch, dass wir ein großes Versicherungspaket haben. Herr Kollege Temmel! Ich werde Ihnen nicht den Gefallen tun, auf Ihre Wortmeldungen, die sich ohnehin von selber richten, einzugehen, *(Abg. Walter Temmel: Danke!)* denn die Frau Kollegin Stampfel hat es Ihnen ohnehin schon gesagt. Hören Sie endlich einmal damit auf, nur weil ich jetzt als rote Landesrätin für den Agrarbereich zuständig bin. *(Abg. Walter Temmel: Danke!)*

Hören Sie endlich einmal auf, dass Sie immer nur dagegen treten, denn damit machen Sie sich selber lächerlich. *(Abg. Christian Illedits: Endlich!)* Ich allein war das, die beispielsweise… *(Abg. Walter Temmel: Immer hinten nach!)*

Ich habe bereits gesagt, ich gehe gar nicht auf das ein, weil sich das selber richtet und inhaltslos und ins Leere geht, *(Abg. Christian Illedits: Endlich, geht etwas weiter.)* aber ich war das, die übrigens die Sonder-LAK als Einzige ausgelöst hat.

Wissen Sie, wen ich gerne loben würde - und das haben Sie vergessen. Die Bundesregierung. Allen voran den Bundesminister und den Bundeskanzler. Die arbeiten top zusammen. Wenn die zwei nicht zusammengearbeitet hätten, hätte es weder die

Lösung in der Sozialversicherung gegeben, noch hätte es die Frostentschädigung, die 100 Millionen Euro gegeben.

Da kann ich gerne dabei sein und bin gerne dabei - für die Landwirtschaft, für die Bauern, für die Winzer und für die Obstproduzenten, denn die brauchen wir, die versorgen uns nicht nur mit Arbeitsplätzen, sondern auch mit gesundem Essen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In diesem Sinne. Ich bin froh, dass Sie sehen, dass wir uns sehr bemühen. Es gibt ein allumfassendes Paket und das kostet zum ersten Mal 3,8 Millionen Euro. Damit braucht sich nicht jeder Produzent in diesem Bereich fürchten, dass wieder Frost oder Dürre oder Hochwasser und so weiter kommt.

500.000 Euro sind noch im Katastrophenfonds. Daher haben wir das größte Agrarbudget seit vielen Jahren, eine umfassende Versicherung und eine umfassende Einkommensunterstützung für diesen großen Bereich. *(Abg. Walter Temmel: Danke! Gut so!)*

Ich bin stolz auf diesen Bereich und arbeite gern für diesen Bereich, denn das brauchen die Menschen im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die gute Meldung. Unsere Uhr dürfte wieder funktionieren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na, endlich!)* Nur das Blinkzeichen, was das Ende der Redezeit anzeigt, funktioniert nicht. Aber, sie zählt jetzt wieder ganz normal.

Zum Thema Energiepolitik. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Energiepolitik findet sich ausdrücklich kaum in dem Kapitel in der Gruppe Wirtschaft. Es gibt einen großen Posten dabei. Das ist einer, den es vorher so noch gar nicht gab.

Da steht Alternativenergie Anlagen mit drei Millionen Euro veranschlagt. Dann schaue ich natürlich nach in den Erläuterungen, was hier steht. Hier wird mir erläutert, aufgrund von Erfahrungswerten sind Zuschüsse in obiger Höhe zu Lasten dieser Voranschlagsstelle zu verrechnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aha. Da weiß man jetzt nicht, was gemeint ist, ich auch nicht. Das ist die Schwierigkeit mit so einem Budget. Es gibt zwar ganz viele und dicke Erläuterungen, aber dreiviertel dieser Erläuterungen sind irgendwelche Standardsätze, mit denen man eigentlich nichts anfangen kann. *(Abg. Manfred Kölly: Die Frau Fercsak von der Finanzabteilung kann Ihnen diese Frage sicher beantworten.)*

Ich kann mir schon vorstellen, es kommt dann die Entgegnung, hätten sie eben gefragt, aber ich bekomme doch die Erläuterungen nicht dafür, damit ich dann bei jedem Punkt, wo man sich nicht auskennt, fragen muss, denn da bräuchte ich wieder drei Angestellte dafür, die das alles nachfragen könnten.

Das ist einfach für mich nicht klar, was hier eigentlich neu gefördert wird. Ich finde es sehr gut und sehr wichtig und sehr unterstützungswert, dass Alternativanlagen gefördert werden. Welche Erfahrungswerte das sind, die in einem früheren Budget noch überhaupt nicht irgendwie veranschlagt sind, das finde ich auch interessant, weil unter

derselben Post der Rechnung 2015 Null steht und beim Voranschlag 2016 Null steht und 2017 haben wir dort drei Millionen Euro veranschlagt.

Aber, ich bin sehr neugierig auf die Abrechnung. Dann werden wir ja wissen, wofür dieses Geld eingesetzt wurde, erklärt wurde es uns nämlich nicht. Wir haben auch einen anderen Posten, der jetzt nicht direkt mit der Energie zusammenhängt, aber ein paar Zeilen daneben zu finden ist.

Das ist jene für die Förderung der Hallenbäder. Das ist auch interessant, weil wir für die Förderung der Hallenbäder eine Rechnung 2015 von 299.200 Euro hatten. Fast gleich wurden eben auch 2016 300.000 Euro veranschlagt. Für die Förderung der Frei- und Hallenbäder ist im Jahr 2017 ein Betrag von 100.000 Euro vorgesehen.

Ein Drittel von dem, was in den letzten Jahren veranschlagt war, wird im nächsten Jahr für die Frei- und Hallenbäder ausgegeben. Wenn man dann wieder nachschaut, was in den Erläuterungen dazu steht, dann findet man wieder einen langen Absatz darüber, über wie viele öffentlich zugängliche Badeanlagen das Burgenland verfügt und wie wichtig das ist, und was schon immer so war. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist interessant, was man da alles lesen kann. Es ist bloß keine Erklärung dafür, warum dieser Budgetposten so viel anders angesetzt ist, als in den Jahren davor und als die Rechnung von 2015 uns offen legt.

Da darf man schon vermuten, dass noch etwas anderes dahinter steckt, als eine gezielte Planung in einer großen Debatte, wo es einen Bezirksvorort gibt wie Neusiedl. Wo wir genau wissen, wie zurzeit die Diskussion um das Hallenbad läuft.

Wo wir wissen, für 2017 müsste eigentlich genau in jenem Bezirk für dieses Hallenbad eine gute Lösung gefunden werden. Da wundert es mich sehr, wenn genau für das kommende Jahr die Landesregierung 200.000 Euro weniger vorsieht, als in den Jahren davor. Das ist schon eine entweder sehr schwierig nachvollziehbare oder wenn ich es von einer anderen Perspektive anschaue, eine sehr leicht durchschaubare Strategie.

Nun aber zurück zur Energiepolitik im Engeren. Was uns in diesem Ansatz abgeht, ist eine klare Strategie eines vernünftigen Energiemix. Wir können bei einer ernst gemeinten Energiewende, und das müssen wir jetzt bald einmal ernst nehmen, und ernst meinen, und nicht nur irgendwelche symbolischen Handlungen setzen, nicht davon ausgehen, dass das Setzen auf eine Alternativenergieform die Lösung des Problems ist.

Wir brauchen einen Masterplan für die nächsten 15 Jahre zumindest auf welchen Energiemix der alternativen und erneuerbaren Energie wir im Burgenland setzen. Es ist, zum Beispiel, völlig unsinnig, davon auszugehen, dass jede Alternativenergieanlage während des gesamten Jahres das Gleiche produziert.

Wir brauchen natürlich im Winter einen Ersatz für ausfallende Sonnenstrahlen. Das ist ganz klar. Da könnten Biomasseanlagen einen wertvollen Beitrag dazu leisten, die aber nicht sehr sinnvoll das ganze Jahr über betrieben werden sollten, weil da viel zu viele Rohstoffe wieder verbrannt werden.

Hier in der Energiepolitik kein Nebeneinander, sondern ein Miteinander und ein Aufeinander zu betreiben, wäre höchst an der Zeit. Erneuerbare Energien zu fördern, heißt aber auch, wenn wir es ernst nehmen, fossile Energieträger nicht mehr zu fördern. Das ist leider noch immer nicht ausgeräumt.

Wir können nicht so weiter machen, wenn wir ernsthafte Klimapolitik betreiben wollen - der Kollege Spitzmüller hat es vorhin schon ausgeführt. Es ist wirklich höchst an

der Zeit. Wir fördern fossile Energieträger noch so lange man sie irgendwie braucht. Entweder entscheiden wir uns auszusteigen, aber dann konsequent.

Wir wissen von anderen Bundesländern aber auch, von Oberösterreich, zum Beispiel, dass eine grüne Energiewende Arbeitsplätze bringt. Oder, man ist so ehrlich und sagt, das interessiert uns nicht. Ich weiß schon, es gibt einige politische Verantwortungsträger, die sagen, der Klimaschutz und die Energiewende interessieren uns nicht so sehr.

Aber, es sitzen sehr viele da, die sich interessieren und die sagen, das ist wichtig für uns alle. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sagt das? Wer?)* Dann bitte ich sehr dringend darum, das auch im Budget und in den nächsten Strategien deutlich werden zu lassen. Es gibt schon Ansätze, aber er ist gerade nicht im Raum.

Ich wollte gerade die Initiative des Landtagspräsidenten loben, der vielen jugendlichen Schülern und Schülerinnen im Burgenland es ermöglicht, den Film „Power To Change“ anzusehen. Ich war selber bei der Premiere im Kino in Mattersburg dabei. Ein sehr guter Film, der die Jugendlichen durchaus anregt, weiterzudenken.

Ich hoffe auch, eine Veränderung mitzubewirken und mitzugestalten. Es würde uns allen vielleicht nicht schaden, das anzuschauen. Der Kollege Hutter ist im Kino neben mir gesessen. Ein guter Film, oder? *(Abg. Gerhard Hutter: Ja.)*

Aber, Appelle an die Bevölkerung, das eigene Energienutzungsverhalten zu ändern, sind zu wenig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Natürlich muss jeder und jede den eigenen Beitrag für Energiewende beitragen, gestalten, leisten. Aber das ist kein Ersatz für nachhaltige politische Strategien und Maßnahmen. Wir brauchen eine Energieeffizienz und Umweltberatung in allen Gemeinden. Das kann nicht nur ein „good will“ sein. Hier wird noch sehr viel Energie vergeudet - unnötig verbraucht - die wir einsparen könnten.

Das Wesentliche an der Energiewende ist auch das Einsparen von Energien und das effiziente Nutzen von Energien. Etwas, was wir schon öfters gefordert haben. Es wäre höchst an der Zeit, wenn man die Energiewende ernst nimmt. Beispielsweise die Landestankstellen in Solarstromtankstellen umzuwandeln.

Das Problem bei der Elektromobilität sehe ich nämlich gar nicht in erster Linie, dass das einzelne Auto gefördert werden muss, oder der Ankauf des einzelnen Autos. Ich würde nicht so sehr und im Land gar nicht auf die Individualförderung setzen, sondern, auch hier haben wir von der öffentlichen Hand den Auftrag, die Infrastruktur bereit zu stellen.

Wir haben nämlich, gerade was die Elektromobilität im Burgenland anbelangt, das Problem, dass es einfach noch eine zu geringe Infrastruktur an Ladestellen gibt. Die Energie Burgenland ist da sehr emsig.

Das möchte ich auch gerne loben. Aber, es ist noch zu wenig. Das wäre eine Aufgabe. Weil wer sich ein Elektroauto leisten kann und leisten will und es gibt schon viele Modelle, die sich sehr viele leisten können, da kennen wir uns mittlerweile ganz gut aus, der stolpert dann oft darüber, dass er noch irgendwo im ländlichen Bereich unterwegs sein möchte und sein Auto nicht aufladen kann. *(Abg. Manfred Kölly: Tesla.)*

Es braucht ökologische Standards bei der Sanierung öffentlicher Gebäude und es braucht auch eine echte Solarenergieoffensive für öffentliche Gebäude. Wir haben im Burgenland noch so viele Dächer, auf die die Sonne scheint, aber deren Energie wir nicht nutzen.

Da können wir uns ein Beispiel an Bayern nehmen. Das nenne ich sicher jetzt nicht sehr oft als Vorbild in verschiedenen politischen Belangen, aber hier gibt es eine ganz hohe Ausschöpfung der Energiemöglichkeiten auf den Dächern. Das können wir im Burgenland - im Land der Sonne - noch viel weiter ausbauen. *(Abg. Manfred Kölly: In Deutschkreutz haben wir das alles.)*

Das heißt, Energiepolitik, die nicht grundsätzlich Klimaschutzpolitik ist, hat die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden. Ich glaube, da haben wir noch sehr viel zu tun. Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der Abgeordnete Wolfgang Sodl ist der Nächste, der zu Wort gemeldet ist.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Dankeschön Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Energieerzeugung im Burgenland, die Entstehungsgeschichte, das Status quo und vor allem wo geht der Weg hin? Was bringt uns die Zukunft im Bereich der Energie, der erneuerbaren Energie?

Wir wissen, gerade bei uns im Burgenland, jahrzehntelang war damals die BEWAG ein reiner Energiehändler, ein Stromhändler. Er hat in dieser Form gekauft - Strom und Energie - und hat diese im Prinzip wiederum verkauft.

Der derzeitige Stand und der Status quo, die Entwicklung alleine der Erzeugung der erneuerbaren Energie und zwar wenn wir diese vom Jahr 2000 weg sich anschauen, wie sie sich entwickelt hat.

Zwar haben wir uns im Burgenland vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2015 von einer Million Megawattstunden in Richtung vier Millionen Megawattstunden entwickelt. Das heißt, eine wunderbare Entwicklung hier im Lande, vor allem hier in der Windenergie, in der Photovoltaikenergie.

Die ersten Windränder wurden 2000 in Zurndorf in Betrieb genommen und man sieht eigentlich, wir hatten keine Erzeugung von Wind und Photovoltaik im Jahr 2000.

Wenn wir den Stand 2015 uns hier ansehen, so sind wir zirka auf zwei Millionen Megawattstunden gekommen. Im September 2015 haben wir in unserem Bundesland Burgenland erstmalig die doppelte Strommenge erzeugt, die eigentlich im Land verbraucht wurde.

In den letzten Jahren hat sich der Anteil der erneuerbaren Energie insgesamt mehr als verdoppelt und liegt in den Zuwachsraten natürlich in Österreich an erster Stelle. Bei der Fernwärme mit Biomasse hat sich seit 2000 diese Energie etwa verdreifacht.

Unser Land Burgenland hat sich im Bereich der erneuerbaren Energie hervorragend entwickelt. Hier hat die Politik, die Verantwortlichen, die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt.

Nicht nur österreichweit sind wir hier Spitzenreiter, sondern ganz bestimmt in der Europäischen Union. Die Frage stellt sich in dieser Form, wie die Frau Kollegin schon gesagt hat, nicht nur, wie werden wir zukünftig Energie erzeugen, sondern wie gehen wir auch mit der Energie, mit der vorhandenen Energie, in dieser Form ganz einfach um?

Es gibt hier einen E-Strategiemaßnahmenkatalog, wo die vorgeschlagenen Maßnahmengruppen hier von den fachlichen Schwerpunkten, von Energie sparen und

Energieeffizienz abhängen, von Energieressourcen und Energieproduktion und Energiespeicherung natürlich, sowie Energieumwandlung und die Energielogistik.

Im Rahmen dieser fachlichen Schwerpunkte wurden hier Fachbereiche definiert, in welchen Maßnahmengruppen vorgeschlagen werden. Die Maßnahmengruppen können sich wiederum auf einzelne Zielgruppen, sowie auf Maßnahmenarten, inklusive Umsetzungsinstrumente, aufgliedern. Es gibt ja auch in dieser Form, Frau Kollegin, die Energiestrategie 2020. Diese wurde ja 2009 von unserem Landeshauptmann Niessl ins Leben gerufen.

2012 wurden hier von der Fachhochschule weitere Grundlagenarbeiten geliefert. Wenn man sich derzeit diese Energie 2020+ anschaut, wenn man jetzt den Status und den Umsetzungsstand der Maßnahmen mit November 2016 betrachtet, so sehen wir, dass ein Großteil der vorgeschlagenen Schwerpunkte und Eckpunkte großteils abgeschlossen wurden.

Die Reduzierung des Energieverbrauches ist weit rascher voran geschritten, als in der Prognose angenommen wurde. Wesentlicher Grund ist, dass die Statistik Austria die Verbrauchsdaten des Burgenlandes wesentlich heruntergesetzt hat. Drittens die Produktion von erneuerbarer Energie ist weit schneller gewachsen, als zu Beginn 2013 hier auch angenommen wurde.

Dies bedeutet, dass die Ziele 2020 bezüglich Verbrauchssenkung und Produktionssteigerung von Energie bereits jetzt erfüllt wurden.

Trotzdem sind noch einige wichtige Bereiche aus der Energiestrategie 2020 zu bearbeiten, speziell in der Mobilität bei der Sanierung im Bereich Gewerbe und Industrie.

In diesem Sinne sind wir auf einem guten Weg im Bereich der erneuerbaren Energie, aber natürlich auch, wie wir zukünftig mit Energie umgehen können. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Mag. Johann Richter ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Pardon. Dazwischen ist der Abgeordnete Gerhard Steier. Mein Fehler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Kollege Richter, Sie kriegen den nächsten Auftritt. Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Energie im Burgenland. Ich möchte damit beginnen, von auswärts eigentlich zurück zu kommen. Sie alle werden die letzten Tage gelesen haben. Österreich hat sich bereit erklärt, 70.000 Tonnen römischen Müll zu entsorgen und in Zwentendorf zu verbrennen.

Das ist eine Konsequenz aus den italienischen Verhältnissen, die eigentlich nicht neu sind, sondern im Grunde genommen eine, die nach Alternativen gesucht hat. Nachdem sie langatmig nicht reagiert haben, ist jetzt die Konsequenz, dass die Stadt von Müll überquillt.

Dementsprechend ist die Situation, dass sie nach Auswegen gesucht haben. Zwentendorf springt nun ein und entsorgt 70.000 Tonnen, wenn ich jetzt richtig liege, thermisch in diesem Heizkraftwerk. Dieses Heizkraftwerk gehört der EVN. Nur am Rande sei erwähnt, dass diese Situation europaweit inzwischen zum Regelwerk geworden ist, denn englischer Müll wird in Norddeutschland verbrannt.

Das ist eine touristische Entwicklung, die sich hier abspielt, wo vor Ort keine Kapazitäten sind und auf der anderen Seite nach welchen gesucht wird. Hier spielen Transportwege keine Rolle und wie immer auch Entwicklungen. Tatsache ist, man vollzieht hier auf den Entsorgungsteil bezogen einen Deal. Dieser Deal sieht vor, dass in Zwentendorf diese Müllmenge verbrannt wird.

Ich habe einen Bericht im Fernsehen darüber gesehen. Es macht mich einigermaßen stutzig, wenn ein Verantwortlicher dann erklärt, wenn ein LKW, der Müll geladen hat, vor Ort in die Müllverbrennungsanlage einfährt und der LKW seinen Motor nicht abstellt, ergibt sich - auf eine Woche gerechnet - die gleiche Situation, wie beim Ausstoß beim Verbrennen dieses Mülls.

Ich bin da mehr als skeptisch und es macht mich einigermaßen verdrossen, derartige Auflistungen zu hören. Auf der anderen Seite muss uns bewusst sein, ohne dass ich das negativ beurteile, dass diese Verbrennung auch Konsequenzen hat im Sinne der Investitionsaktivitäten, die dann dort zu setzen sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ökostrom, oder Strom insgesamt ist zu einem sehr weitläufigen Gut geworden. Europaweit wird, was ich gerade auf den Abfall bezogen erklärt habe, Strom an bestimmten Orten produziert und dann eigentlich durch die ganze Gegend an verschiedene Länder transportiert, um zu den Abnehmern zu kommen.

Das Resultat ist, dass wir europaweit sinkende Strompreise haben. Die wenigsten werden wissen, dass das Ganze in Leipzig an einer Börse gehandelt wird.

Das Resultat ist, dass Ökostrom im Grunde genommen in Bedrängnis gerät, weil auf der einen Seite die Grenzen jetzt dicht gemacht werden sollen, auch bezogen auf die genannten Transportwege. Auf der anderen Seite der Preisverfall bei Strom Auswirkungen auf die Gesamtsituation der stromverteilenden Unternehmungen hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich anführen, so wie wir es von den Visegrád-Staaten kennen, sind natürlich die Polen, sind die Tschechen und sind auch die Slowaken sehr wohl bereit, die Grenzen für den freien Stromtransport zu schließen. Die an Windkraftanlagen in Norddeutschland produzierten Strommengen müssen in den Süden Deutschlands transportiert werden.

Die Deutschen haben das Riesenproblem, dass sie keine Transportleitungen haben. Die Deutschen haben ein Riesenproblem, dass sie den Aufwand nicht gleich finanzieren können. Die Deutschen haben ein Riesenproblem, dass die Bevölkerung gegen diese Stromleitungen abrupt auftritt und gegen sie opponiert.

Tatsache ist, dass dies von auswärts über Österreich transportieren Windstrommengen nun auch zu folgender Lösung führen. Wir alle wissen, dass der in Österreich produzierte Windstrom - und hier sind wir einer der Hauptlieferanten im Seewinkel - dass der in die Speicherkraftwerke in Richtung Westen transportiert wird, weil er zu den Zeitpunkten, wo er hauptsächlich anfällt, nicht abgenommen werden kann.

Jetzt schließen dementsprechend den vorher genannten Beispielen die Deutschen die Grenzen für den freien Stromverkehr. Daraus resultiert, dass der Strompreis mit Sicherheit nicht steigen wird und dass eine Situation entsteht, die ich heute, oder gestern schon einmal angesprochen habe.

Mir wird zugetragen und es ist ein Riesenproblem im Sinne der gesamten Bewirtschaftung des Energie Burgenland-Komplexes, was die Windstromanlagen anlangt.

Wir haben Ökostromverträge abgeschlossen, oder die Verantwortlichen, die auf ungefähr zwölfeinhalb Jahre abzielen.

In dieser Zeit werden die Anlagen auch abgeschrieben. Die Situation, die sich jetzt daraus ergibt ist, dass nach diesen zwölfeinhalb Jahren alle Windstromanlagen nicht mehr ökostromgefördert sind, sondern dementsprechend über den freien Verkauf ihre Erlöse erzielen müssen.

Nachdem der Strompreis nun verfallen ist, haben wir ein Problem, das sich auch in den Erträgen des Energieversorgers niederschlägt.

Diese Kapazität, die in der Nachrüstung auch auf Windpower, Windstromanlagen, oder Windkraftanlagen ausfällt, kann man auch in Zurndorf an der Einstellung von Schichtbetrieben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer festhalten. Herr Bürgermeister, Sie können das leidvoll bestätigen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, dass wir im Zusammenhang mit allem was Strom und Erzeugung von Energien anlangt, eigentlich einen Weg beschritten haben, der für das Burgenland einzigartig war, der gut war und der uns zu einer Autarkie geführt hat, gerechnet auf das Jahr.

Das ist eine tolle Ergebnisgeschichte. Nur, wir haben die Anforderung, und das haben alle eigentlich, alle alternativen Stromerzeuger, dass wir Vorort speichern müssten, könnten, sollten, weil das quasi die Zukunft ist.

Es ist nicht umsonst jetzt im Zusammenhang zu sehen, dass Elektroautos plötzlich von der Bundesregierung gefördert werden sollen, weil es nur über diese Speicherkapazitäten quasi einen Ansatz gibt, Strom auch entsprechend Vorort zu halten und über Nacht Situationen in der Speicherkapazität umzusetzen. Es ist ein Kreislauf, der nicht einfach zu lösen ist.

Und was diesem Gesamtkapitel eigentlich in der Folge jetzt in der Diskussion auch anhaftet ist, dass es zu einem gewissen Zeitpunkt nicht absehbar ist, wie es auch der Kollege Hergovich angeführt hat, auch die Swap-Geschäfte der Landesregierung, das einzige was man der Regierung vorwerfen kann, seine Wortmeldung hat gelautet, dass nicht absehbar ist, dass die Zinsen runtergehen werden.

Das einzige was bei der Energiewirtschaft auch nicht absehbar war, dass durch die Installierung der Strombörse in Leipzig die Energiepreise, die Strompreise, heruntergehen werden. Und in dieser Konsequenz haben wir ein Dilemma, das nicht leicht zu lösen ist.

Wo es wirklich dezidierte Anstrengungen, auch im Bereich der Ökostromanlagen geben muss, hier entsprechend schnell zu Speicherkapazitäten Vorort zu kommen, damit der Strom, der hier produziert wird, auch hier abgenommen wird und auch zu den Zeitpunkten, wann es und wenn es gefordert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine Herausforderung der wir uns stellen müssen. Und ich finde es einigermaßen bedenklich, das hat auch der Kollege Temmel dann angeführt so in der alt hergebrachten Tradition, wir unterstützen die Landwirte im Biogasaufkommen, um speziell dann auch in der sogenannten Erzeugung von stromerzeugenden Anlagen aus Holz oder von Holz befeuerten Anlagen.

Das ist eine Tendenz, die nachweislich jetzt schon über Jahre nicht funktioniert. Das ist quasi vergeudetes Steuergeld, das in diese Subventionen gesteckt wird.

Und der Herr Landeshauptmann hat schon vor einigen Jahren festgehalten, es sollte eigentlich das Prinzip, wir wissen das hat es im Bereich der BEGAS auch gegeben damals, wir sollten eigentlich nur das nutzen Vorort, was auch hier wieder nachwächst. Und diese Tendenz ist im Grunde genommen hier missbraucht worden.

Wir wissen, dass für die österreichische Erzeugung, Stromerzeugungsanlagen die mit Holz befeuert werden, schon seit Jahren aus ehemaligen Ostblockstaaten Holzlieferungen in riesengroßen Mengen, zum Beispiel ins größte Kraftwerk nach Simmering geleitet werden, um dort quasi den Betrieb aufrecht zu erhalten, weil aus nachwachsendem Rohstoff Holz in Österreich nichts mehr zu leisten ist.

Auf der anderen Seite möchte ich in dem Zusammenhang nur den Preisverfall kennzeichnen, der zum Beispiel im Grunde genommen die Papierindustrie in Österreich auch nicht freudig erregt.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ich möchte das wirklich ganz kurz machen, weil die Energiepolitik ein wesentliches Thema ist. Ich sage es auch deswegen, weil ich in dem Punkt mit dem Abgeordneten Steier in vielen Bereichen auch einer Meinung bin, und ich glaube, das muss man auch einmal sagen, wenn man hier den gleichen Standpunkt vertritt und nicht nur einen konträren Standpunkt hat.

Die Probleme die auftreten ist klar, das ist der Verfall des Strompreises, aber keiner kann mit Sicherheit sagen, wie der Strompreis in drei, vier, fünf oder sieben Jahren aussieht.

Zweitens, arbeitet man intensiv an Speicherkapazitäten. Das wird natürlich für die Windenergie ein absoluter Hammer, wenn ich das so salopp formulieren darf. Wenn wirklich die Speicherkapazitäten so erfolgreich entwickelt werden können, *(Abg. Manfred Kölly: Wasserstoff.)* damit man entweder in Wasserstoff, in Biogas oder in anderen Bereichen oder den Strom auch speichern kann.

Also da wird intensiv geforscht. Da gibt es international in vielen Staaten auch entsprechende Forschungsaufträge. Und das ist natürlich auch für die Windenergie ein ganz ein wichtiger Schritt, dass man die überschüssige Energie hier speichern kann.

Wir haben die gute Situation im Burgenland, dass wir sowohl die 380 kV Leitung nicht nur Richtung Wien, nicht nur Richtung Westen, sondern auch Richtung Süden haben und können dort eben unseren Strom auch hinbringen.

Der nächste Punkt ist, dass wir in Europa eine Modellregion sind, weil es keine Region in Europa gibt, die zirka 140 Prozent des Strombedarfes selbst im Land erzeugen kann. Das ist ein absoluter Top Wert. Und das in Perspektive zu sehen mit der Speicherung, dann haben wir wirklich sehr, sehr viel auch im Bereich des Klimaschutzes erreicht, was niemand anderer eigentlich in Europa bis jetzt erreicht hat.

Auch zu Bayern, die Photovoltaikanlagen. Da muss man schon aufpassen weil, Bayern hat ein Riesenproblem - und Deutschland hat Riesenprobleme gehabt, weil es viele Jahre eine Überförderung gehabt hat.

Wie wir unsere Energieperspektive aufgebaut haben und wie viele Gespräche auch mit deutschen Politikern und Wissenschaftlern geführt wurden, unter anderem mit Herrn Clement, der seinerzeit der deutsche Superminister für Arbeit und Wirtschaft war und der gesagt hat, ja wir haben einen Fehler gemacht, nämlich zu hoch zu fördern, und damit einen Bereich zu pushen. Die Blase ist geplatzt und viele Firmen sind in den Konkurs gegangen.

Also es gibt in der Wirtschaft auch ein Prinzip, dass man Anstoß-Förderungen machen soll, dass man aber nicht überfördern kann und Deutschland und auch Bayern haben da einen Fehler gemacht, das wird ihnen jeder Energiepolitiker dort auch objektiv sagen. Und den Fehler dürfen wir nicht machen, dass wir überfördern, sondern dass wir versuchen, Anstoß-Finanzierungen zu machen, Impulse zu machen.

Und ich kann Ihnen auch sagen, wenn Sie mich bei einer der nächsten Sitzungen fragen, im Burgenländischen Landtag, wieviel wir für die Photovoltaikförderungen zum Beispiel im Land Burgenland in den letzten Jahren ausgegeben haben.

Da werde ich mich sicher vorbereiten, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich schau dann nach.)* um Ihnen dann auch in entsprechender, - ja das sind halt die letzten 15 Jahre, seit wir Photovoltaik fördern. Das ist ja nicht nur der letzte Rechnungsabschluss und der neue Voranschlag, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich weiß eh.)* sondern da gibt es 15 Jahre lang die Statistik, wieviel das Land Burgenland an Förderungen ausgegeben hat.

Welche Beiträge das zum Klimaschutz sind, wieviel Equivalent wir zum Beispiel an fossilen Energieträgern, durch die Förderung von Photovoltaikanlagen, von Solaranlagen, auch von Biomasseanlagen?

Und da muss ich sagen, bin ich auch bei Ihnen, denn man hat auch bei der Biomasse über das Ziel hinausgeschossen, weil Biogas wird, glaube ich, vom Bund nicht mehr gefördert, weil das wirtschaftlich nicht zu betreiben ist. Auch hier sind wir rechtzeitig oder haben das auf sehr moderatem Niveau gehalten. *(Abg. Manfred Kölly: 37 Millionen Euro haben wir auf einmal in den Sand gesetzt.)*

Und wenn wir heute, - bitte? *(Abg. Manfred Kölly: 37 Millionen Euro haben wir auf einmal in den Sand gesetzt.)* Also auf alle Fälle, im Augenblick ist Biogas äußerst problematisch.

Man hat gedacht auch, der Fehler war, dass das, was im Burgenland wächst für Biomasse oder zuwächst, zu verwenden ist, das ist der richtige Weg, regionale Wertschöpfung. Aber auch hier hat man Großanlagen gebaut und jetzt müssen wir Holz aus Ungarn, aus Bulgarien und der Ukraine importieren. Das ist nicht das was der ursprüngliche Gedanke war.

Auch da ist das Burgenland oder manche Betriebe über das Ziel hinausgeschossen. Wenn man heute einen schönen Wald hat, und man kann die Biomasseanlage damit befeuern, dann ist das eine sinnvolle Sache. Das ist Wertschöpfung, die hier bleibt, der Wald wächst nach. Aber die Wertschöpfung, wenn man das Holz aus dem Ausland zum Verbrennen importieren muss, das ist eben auch in Zweifel zu ziehen.

Nächster Punkt ist aber auch, und deswegen die Unsicherheit in der Energiewirtschaft, es gibt hier Verträge, auch Österreich – Deutschland. Und wenn diese Verträge gekündigt werden, sagen manche Wirtschaftsenergieökonomen, dann kann der Strompreis bis zu zehn Prozent steigen.

Und da weiß man nicht, wie das tatsächlich abgewickelt wird, ob Deutschland diese Kooperation mit Österreich aufkündigt und dann steigt der Strompreis mit zehn Prozent. Dann schaut die ganze Energieentwicklung und die ganze Energiesituation wieder anders aus. Also wir sind in einer sehr angespannten herausfordernden Situation.

Faktum ist, wir sind gut unterwegs. Wir sind die einzige Region in Europa mit 140 Prozent erneuerbarer Energie. Wir müssen schauen, dass wir die Speicherung auch schaffen. Auch da wird intensiv gearbeitet, für Wasserstoff, für Biogas oder ganz einfach Strom zu speichern. Dann kriegt das Ganze natürlich einen höheren Stellenwert.

Und auch der Bund, und darauf hat niemand hingewiesen, ist gefordert. Da wird seit Wochen und Monaten, eigentlich seit vielen Monaten darüber diskutiert, wie die kommenden Einspeistarife auch aussehen. Wie können dann die neuen Alternativenergieanlagen tatsächlich gefördert werden?

Und irgendwo muss man natürlich auch einerseits auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schauen und auf die Wirtschaft schauen, denn wenn man sehr, sehr viele Förderungen hat, verteuert sich durch den Ökostromzuschlag natürlich auch der Energiepreis.

Also da nur zu sagen und noch mehr und noch mehr Ökostromzuschlag, na dann werden wir dem Mindestpensionisten und der Mindestpensionistin nicht unbedingt wirklich eine Freude machen. Wir werden auch der Wirtschaft keine Freude machen weil die, wo die sehr energieintensiv arbeiten und einen sehr hohen Strompreis haben, sind wir halt international weniger konkurrenzfähig.

Und hier die Balance zu haben, nämlich auf erneuerbare Energie zu setzen, den Wirtschaftsstandort Österreich nicht abzuwerten, das ist eigentlich die Herausforderung. Und ich erwarte mir, dass die Bundesregierung auch hoffentlich in den nächsten Wochen dieses neue Ökostromgesetz mit den Einspeistarifen auch für die nächsten Jahre beschließt, damit wieder investiert werden kann.

In Österreich ist eine Milliarde Euro in der Pipeline an Investitionen. Und sobald das Ökostromgesetz beziehungsweise die Einspeistarife verordnet sind, wird auch wieder eine Milliarde Euro in schwierigen Zeiten investiert. Und darum geht es.

Nämlich, dass man die Wirtschaft belebt, dass man nachhaltig auf erneuerbare Energie setzt. Und ich glaube, da sind wir im Burgenland sicher gut unterwegs, und da werden auch in Zukunft die entsprechenden Investitionen getätigt werden, wenn der Einspeistarif passt. Die Situation mit den zehn Prozent Stromverteuerung, wird man sehen, wie das in den nächsten Wochen und Monaten auch ausgeht.

Aber wir sind auf einem guten Weg, und können europaweit sagen, wir gehören nicht zu jenen die hintennach hinken, sondern die den anderen Regionen sogar voraus sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Ausführungen. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe etwas das Gefühl, vielleicht täusche ich mich auch, dass der Sitzungsverlauf schon etwas zäh vor sich geht und auch das Interesse *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Dann rede nicht so lange. – Abg. Mag.*

Michaela Resetar: Rede nicht so lange. - Abg. Manfred Kölly: Drei Sätze.) an dem hält sich in Grenzen in den Zuschauerrängen.

Erlauben Sie mir daher, dass ich die Punkte Wirtschaft und Tourismus zusammenfasse und in einem behandle. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja, perfekt. – Beifall beim Abg. Wolfgang Spitzmüller.)*

Ich möchte, das ist natürlich mit sehr vielen Zahlen verbunden. Ich muss Sie leider mit vielen Zahlen konfrontieren. Aber Zahlen, ich sage einmal so, lügen nicht. Jetzt hätte ich fast gesagt, im Gegensatz zu manchen Fraktionen hier im Hohen Haus, die nicht müde werden, das Burgenland, die Arbeit im Landtag schlecht zu reden. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Komm zur Sache, dann sind wir schneller fertig.)*

Und vor allem wird konsequent versucht, konsequent *(Unruhe bei der ÖVP)* und immer wieder versucht, die recht erfolgreiche Arbeit der Koalition schlecht zu reden, vor allem von der dunklen Seite des Landes, sage ich einmal. *(Beifall bei der FPÖ – Unruhe bei der ÖVP)*

Lassen Sie mich beginnen mit dem Wirtschaftsförderungsbericht Burgenland 2015. Das ist wirklich eine Erfolgsgeschichte des Burgenlandes. Ich präsentiere die Zahlen gerne, möchte aber darauf aufmerksam machen, ich glaube, wie heute schon die Kollegin Salamon gesagt hat, dass hinter den Zahlen Menschen, Unternehmen stehen, Burgenländerinnen und Burgenländer, denen das zuzuschreiben ist.

Nur die nackten Fakten einmal: Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 hat im Burgenland 2,2 Prozent betragen, 2,2 Prozent, Österreich lag da bei 0,9 Prozent. Die Industrie ist mit 4,3 Prozent gewachsen, die Industrieproduktion plus 7,8 Prozent. Es gab einen Beschäftigungsrekord, Zunahme von 2,2 Prozent, österreichweit 1,4 Prozent.

Zum Tourismus komme ich dann später noch.

Es gab im Jahr 2015 einen, man könnte es fast als Gründerboom bezeichnen, einen Firmengründerboom. Damit waren wir die Nummer Eins in Österreich übrigens, 1.941 Firmen wurden neu gegründet. Damit gab es 17.908 Unternehmen im Burgenland, was einen Rekord darstellte.

Die Insolvenzen blieben gleich. Im Jahr 2014 waren es 165, im Jahr 2015 166.

Ebenfalls ein Rekord war die Zahl der Beschäftigten und zwar mit 99.800. Und wir haben heute schon gehört, dass die Beschäftigung zurzeit über 100.000 Personen liegt. Natürlich ist nicht zu verschweigen, dass es 10.300 Arbeitslose pro Monat im Jahresdurchschnitt gab im Jahr 2015. Das Ganze ist quasi ein paralleler Anstieg bis jetzt gewesen.

Haben wir auch schon gehört, zu dem kommen wir noch, es gab daher Förderschwerpunkte vor allem für Frauen, für Jugend und für die Generation 50 plus.

Ich möchte auch noch die Haftungen erwähnen, die da aufgelistet sind in dem Förderungsbericht. Am 31.12.2014 betrug die Haftung für Darlehen 522 Millionen Euro und ein Jahr darauf am 31.12.2015 zirka 512 Millionen Euro. Der Darlehensstand selbst hat sich von 500 auf 494 Millionen Euro verringert.

Es wird auch hier eine Diagnose für die Zukunft für 2016 gestellt, prognostiziert, es wird ein Plus an Beschäftigten vorausgesagt. Und was schon hier positiv vermerkt ist, dass die Zahl der Arbeitslosen langsamer steigt als die Zahl der Beschäftigten.

So, dann komme ich gleich zum Bereich Tourismus. Ich sage einmal so, da kann man ruhig anschließen und ich werde hier im Tourismus wieder eine Erfolgsgeschichte

präsentieren, wieder Rekorde über Rekorde, die natürlich, da könnten wir jetzt sagen, hierauf, was ich vorher gesagt habe, aufbauen.

Der letzte aktuelle Stand ist folgender, ich möchte das nur zur Information weitergeben, aus aktueller Sicht wird es mit 1.1.2017 im Burgenland neun Tourismusverbände geben, die eingemeindig sind. Es wird acht Tourismusverbände geben, die mehrgemeindig sind und die zwei bekannten Kurfonds wird es geben.

Zum Vergleich, im Jahr 2015 gab es noch 124 eingemeindige Tourismusverbände und sechs Regionalverbände. Das ist einmal Faktum.

Das Zweite, wenn man sich jetzt gewisse Zahlen anschaut, wie etwa die Nächtigungszahlen und nehmen wir gleich das vorige Monat her, den Oktober dieses Jahres, da gab es ein - es wird unterschieden zwischen Ankünften und Nächtigungen - es gab mehr als 77.000 Ankünfte, das war ein Plus von 3,6 Prozent, und 217.000 Nächtigungen, ein Plus von 6,9 Prozent.

Das Sommerhalbjahr kann sich auch sehen lassen. Da gab es eine Steigerung von plus neun Prozent beziehungsweise 5,5 Prozent was die Ankünfte und die Nächtigungen anbelangt.

Und auch auf Jahressicht muss man sehr zufrieden sein. Es gab über 933.000 Ankünfte, ein Plus von 9,3 Prozent, sage und schreibe 9,3 Prozent, und 2.757.000 Nächtigungen, plus 5,9 Prozent. Und wir haben schon gehört, dass die drei Millionen-Marke bereits geknackt worden ist.

Sorgenfalten, das gebe ich auch zu, bekommt man etwa, wenn man die Zahlen aus Jennersdorf und Güssing sieht. Das ist aber begründet in der Tatsache, dass jeweils ein Hotel zugesperrt wurde, zugesperrt werden musste und das schlägt sich natürlich sofort in der Statistik nieder.

Noch ein Blick auf die österreichweite Lage zurzeit, da liegt das Burgenland sehr gut. Bei den Nächtigungszuwächsen im Zeitraum von Jänner bis Oktober liegen wir mit 5,9 Prozent, wie gesagt über dem Österreichdurchschnitt, der bei plus 5,4 Prozent liegt. Im Sommerhalbjahr Mai bis Oktober 5,5 Prozent, der Österreichschnitt 5,1 Prozent.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit schon unserem für Wirtschaft und Tourismus zuständigen Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig *(Abg. Gerhard Steier: Applaus!)* Dank sagen, erstens einmal. Ich glaube, es wird mir jeder Recht geben, dass er sehr sachorientiert, sehr zielorientiert und kompetent an seine Aufgaben herangeht und diese mit seinem ambitionierten und engagierten Team sehr erfolgreich erledigt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Danke - und wir werden natürlich dem Budgetbereich Wirtschaft und Tourismus zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Illedits.

Bitte Herr Präsident, um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann vorbehaltlos alles an Zahlen und Statistiken bestätigen, die der Kollege Richter an uns alle weitergegeben hat. Ich erspare mir jetzt alle statistischen Zahlen, weil ich sie genauso und nicht anders auch bei mir und vor mir liegen habe.

Ich denke, dass dieses heurige Jahr, aber auch im Angesicht und nicht nur weil wir diese drei Millionen Nächtigungs-Marke knacken werden, ein besonderes Jahr war, sondern weil es eben dieses Jahr im Tourismus ist, wo wir eben in die Zielgerade bei der Umsetzung des neuen Tourismusgesetzes eingebogen sind und quasi knapp vor der Ziellinie eben sind.

Und ich denke, wir haben mit 1.1.2017 dann schlussendlich, und einige haben ja noch einen Nachzieheffekt in diesem Jahr mit Beschlüssen und Genehmigungen seitens des Landes vor sich, aber wir sind optimistisch, dass das alles funktioniert, dann im nächsten Jahr wirklich diese Strukturen in der Umsetzung, die wir hier im Hohen Hause doch in einigen Schritten schlussendlich beschließen durften und wollten.

Und deshalb, denke ich, muss man denen danken und da bedanke ich mich natürlich auch bei den Gemeinden. Viele Gemeinden haben es das erste Mal tun müssen, nämlich die Umsetzung des neuen Tourismusgesetzes in vielen Schritten mit vielen Beschlüssen.

Wo viele natürlich oft nicht gewusst haben, weshalb, warum muss ich das so tun? Damit eben dieser rechtliche Rahmen erfüllt ist und deshalb ein Danke den allen, die das gemacht haben *(Abg. Gerhard Steier: Müssen.)* und das Verständnis aufgebracht haben im Sinne des gesamten Tourismus.

Weil eben dieser Zusammenschluss ganz wichtig war, damit wir eben die vom Kollegen Richter apostrophierte Verminderung und somit Neustrukturierung dieser neuen örtlichen Tourismusverbände umsetzen konnten und geschafft haben. Danke an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Erfreulich ist aber auch, und das ist doch auch festzustellen in der Schwerpunktsetzung, das ist nämlich auch dieses Plus, Kollege Richter hat es ja ansatzweise erwähnt, dass es nicht nur in einem Landesteil, in einer Region, sondern aufgeteilt in vielen Regionen gegeben hat. Und das heißt, wenn wir in Podersdorf ein Plus haben, dann hat das nicht nur mit Zufall zu tun, sondern mit Schwerpunktsetzungen.

Wenn dort Veranstaltungen erstmalig gemacht wurden, die schlussendlich eine Publikumsschicht angesprochen haben, dann wissen wir auch, dass es notwendig ist, auch Erneuerungen, auch in einzelnen Tourismusorten die zweifelsohne zu den wichtigsten Größen, wie in diesem Fall, des Burgenlandes zählen, gesetzt haben und die positive Ergebnisse gebracht haben.

In Stegersbach, in Neutal ein neues Hotel, das schlussendlich jetzt in der Statistik erstmalig aufschlägt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na, wenn die keine positiven Zahlen haben.)* Bitte? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wenn die keine positiven Zahlen haben, na dann gute Nacht.)* Ja, ja man muss es natürlich aber immer erklären, weil auf einmal gibt es Neutal. Also logischer Weise wenn das nicht wäre, dann wäre es wieder weniger.

Frau Abgeordnete, jetzt ist mir klar, Frauenkirchen, natürlich auch das die St. Martins Therme als eigentliches Zugpferd, als Lokomotive schlechthin mit den größten Zuwachsraten allgemein.

Aber auch, weil der Kollege Richter gesagt hat Jennersdorf und Güssing ist ein bisserl schwächer durch den Ausfall von Hotels, aber die Stadt Jennersdorf selbst nicht, also da ist doch auch ein Plus zu verzeichnen gewesen. Das heißt, die Kräftebündelung ist festzustellen. Also wenn es in Jennersdorf 5.500 Plus gibt, dann ist es ein Plus und die Bündelung der Kräfte ist entscheidend.

Das heißt, das Burgenland hat sich immer mehr und das ist auch die Kernaussage aus meiner Sicht, zur Ganzjahrestourismusregion entwickelt und tut dies permanent weiter mit sehr vielen Akzenten.

Das heißt schlussendlich, wir haben hier natürlich nicht nur gesetzliche Rahmenbedingungen, sondern auch der Tourismus selbst, das heißt der Tourismusverband hat touristisch richtige Strategien entwickelt und auch in die Umsetzung gebracht.

Das heißt für uns Politiker kann man hier ruhig das Resümee ziehen, dass der Beschluss und die Umsetzung des neuen Tourismusgesetzes zweifelsohne als gelungen zu betrachten ist und das Status-quo, eben die neue Strukturierung, auf dem Wege ist.

Die Tourismuswirtschaft bringt aber auch und das ist wichtig zu erwähnen, natürlich die Wertschöpfung. Die Wertschöpfung, die der Tourismus bringt. Zum einen haben wir Wertschöpfungen in der Höhe von 740 Millionen Euro und auch gleichzeitig auch einen Umsatz von über einer Milliarde Euro zu verzeichnen.

Und schlussendlich natürlich auch die in einem sehr hohen Maße wertgesicherten Arbeitsplätze mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und dies an der Zahl von beinahe 15.000. Also auch eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Beschäftigten im Tourismus.

Und um diese Arbeitsplätze abzusichern und diese Arbeitsplatzsituation noch zu verbessern, sprich um die Erträge und Arbeitsplätze zu sichern, muss natürlich auch investiert werden. Und deshalb gibt es auch Rahmenbedingungen, die ganz wichtig sind. Und hier haben wir Finanzinstrumente der Europäischen Union zur Verfügung.

Wir haben verschiedene Programme, die wir hier im Hohen Hause schon diskutiert haben und zur Kenntnis genommen haben, wo auch der Tourismus sehr gute Projekte an sich heranziehen kann.

Und hier ist es dann wieder wichtig, im nächsten Schritt, im nächsten Jahr, mit diesen neu begründeten oder wieder neu konstruierten Tourismusverbänden eben auch diese Förderungen dann gezielt und für sich gut ausgesucht, organisieren zu können und in Anspruch zu nehmen.

Und das wird dann, glaube ich, eine große Chance sein auch für all jene, die jetzt eine neue Corporate Identity, die ein neues Layout, die andere Dinge neu entwerfen müssen, weil schlussendlich auch neue Namensgebungen oder ähnliches hier, mit nächsten Jahres, dann auch passieren werden.

Das heißt, auch hier sind Voraussetzungen geschaffen worden und sind vorhanden, um eben das auch mit wenig finanziellen Aufwendungen seitens der Verbände, mit Kofinanzierungen, aber auch mit dem Additionalitätsprogramm, das das Land selbst natürlich zur Verfügung hat hier umzusetzen.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die sich in den örtlichen und regionalen Tourismusverbänden im Burgenland engagieren und hinsichtlich dieser Umstrukturierungen, sage ich nochmals, so bereitwillig zur Kooperation eben entschlossen haben.

Ich möchte mich natürlich aber auch bei den Verantwortlichen vor Ort, die es erreicht haben, dass wir eben diese tollen Ankünfte beziehungsweise Nächtigungszahlen vermelden dürfen, bedanken, nämlich bei den heimischen Hoteliers, Veranstaltern, Gastronomen. Letztendlich sind sie es, die dieses heurige Tourismusjahr zu einem so erfolgreichen Abschluss bringen.

Und deshalb denke ich, wird der Tourismus, der auch im Landtag hier uns schon jetzt sehr intensiv beschäftigt hat, nämlich im Sinne von rechtlichen Rahmenbedingungen, ist für die Touristiker jetzt dann essentiell, dass die hier geschaffenen Strukturen jetzt gut funktionieren und eine laufende Verbesserung bringen.

In diesem Sinne werden wir natürlich sehr gerne diesem Kapitel und auch dem Budget im Gesamten unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident für Ihre Ausführungen. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Landesrat! Wir haben es hier mit einem Kapitel im Budget zu tun, das unabhängig von Zahlenwerken und von Konstruktionen auf Nächtigungszahlen und Zuwachszahlen mit Sicherheit eine der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren des Burgenlandes ist, bezogen aber hauptsächlich erst durch die Entwicklung, durch die auch eine Ziel 1-Förderung möglich geworden ist, durch eine Investitionssituation, die uns erst die Kapazitäten bereitet hat, von der Hotellerie beginnend über Thermen und andere touristische Einrichtungen, die heute einen Standard aufweisen, der wirklich nicht nur herzeigbar ist, sondern der uns auch wirklich Zuwachszahlen beschert, die man für kaum möglich gehalten hat.

Ich möchte, ohne dass ich die Euphorie in irgendeiner Form bremsen möchte, doch einen Vergleich setzen, der möglicherweise nicht standhaft ist, aber der mir einigermaßen als Anreiz für die zukünftige Entwicklung der Tourismuszahlen und im Zusammenhang mit diesen Nächtigungszahlen sehr wichtig ist. Alle in diesem Raum und auch die Burgenländerinnen und Burgenländer kennen das von mancher Urlaubssituation. Die Stadt Rovinj auf Istrien hat ungefähr 15.000 Einwohner.

2011, nämlich am 16.11.2011, wurde verkündet, dass über drei Millionen Nächtigungen erreicht wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich empfinde es als wirklich herausragendes Beispiel, dass wir auch weiter daran arbeiten müssen, diese Nächtigungszahlen, und alles was Tourismus anlangt im Burgenland zu entwickeln, und nicht möglicherweise an einem Stand zu verharren, der quasi jetzt in der Vorgabe ein tolles Ereignis ist. Es freut mich ja ganz besonders, wenn ich quasi das Denken über Ortsgrenzen, über Landesgrenzen, hinwegsetze.

Dass dabei Entwicklungshelfer dem Burgenland jetzt zur Hand gehen, die ursprünglich viel stärker im touristischen Bereich waren, nämlich die Einwohner aus dem Bundesland Kärnten. Aber wir haben ja im Grunde genommen nicht nur den Landesrat jetzt beschert bekommen zuletzt, sondern wir haben ja auch in Podersdorf einen Kommilitonen, der aus einer anderen Kategorie kommt, und wir haben einen gehabt, der für den Norden des Burgenlandes, nämlich in Pamhagen als Kärntner, als Krumpendorfer, schon weit vor Euch Beiden die Grundlagen einer Entwicklung auf ein Ressort gelegt hat, mit den Geldern der deutschen Vermögensverwaltung, die im Grunde genommen absolut sonst nicht möglich gewesen wären.

Also nur zum Einordnen und zum richtigen Kategorisieren. Es ist mir wichtig auch auf die Maßstäbe gewisser Entscheidungen und Fähigkeiten auch hinzuweisen. Herr Landesrat, ich gestehe aber zu, dass es durchaus im Bestreben eine Weiterentwicklung gibt.

Es ist vorher von diesen neuen Tourismusverbänden die Rede gewesen. Hier hat der Landtag auch quasi die Grundlage geschaffen, mit der zweiten Ausführung auch dieses Gesetzeswerkes, wo es dann noch Nachbesserungen zum Beispiel auf Kuranstalten und Kurgemeinden gegeben hat, die sich dann, der Kollege Hutter ist ein Nutznießer davon, auch zusammenschließen konnten über die Grenzen hinweg.

Aber das ist durchaus positiv zu beurteilen, weil es im Grunde genommen für ein kleines Land wichtig ist, entsprechend Kapital auch aufzustellen und das zu bewerben, was eigentlich die Zielsetzung ist. Nämlich dass das Publikum, das im Burgenland über die Vermarktung, und hier haben auch meine Vorredner schon darauf hingewiesen, über die Vermarktungsmöglichkeiten mit Genussregionen, mit Wein, mit spezifischen Produkten, die als werthaltige Maßstäbe an sie herangetragen werden, auch zugreifen.

Die Saison über den Sommer hinaus zu verlängern, zum Beispiel mit Martiniloben, mit Gans und alles was damit in Zusammenhang hängt, ist für alle Tourismuseinrichtungen ein quasi hundertjähriges Ereignis geworden, das sich niederschlägt in Nächtigungszahlen, die eindeutig positiv zu betrachten sind und wo es über den Weinverkauf und anderes, was sich in diesen Tourismusgegebenheiten abspielt, die Wertschöpfungskette um etliches erweitert wurde.

Was mich im Zusammenhang mit den Zahlen, und da können Sie mich dann korrigieren wenn ich jetzt irre, seit einiger Zeit einigermaßen stört und aufregt, sind sogenannte Hinzuzählungen. Es gibt den Effekt, der unter der Hand grundsätzlich immer wieder kolportiert wird. Aber Tatsache ist, dass der Märchenpark in St. Margarethen eine klare Zuzählungskategorie in Bezug auf Ankünfte ist.

Dass der Einkaufspark in Parndorf die gesamten Zuzählungspositionen erweitern hilft, und das ist auch im Bestreben in den Nächtigungszahlen in Ihrer unmittelbaren Nähe der Heimat, wo Sie wohnhaft waren und sind. In Illmitz, in einer Gemeinde, eine Art von Neuerung gegeben hat, was in sogenannten Ganzjahrestouristen im Sinne der Wohnwagensituation gegeben ist, die plötzlich hinzugeschlagen wurden und dadurch hat man auch, höre ich, entsprechende Steigerungen in der Nächtigung erzielt, die vorher nicht möglich waren.

Aber das soll jetzt geschuldet sein einem neuen Verständnis für die statistischen Erhebungen. Das nehme ich wohl so zur Kenntnis. Aber vor der gegebenen, von mir jetzt angesprochenen Situation, wurden diese Wohnwagenbesitzer, die Ganzjahresaufenthalte in den Gemeinden, zumindest was den Wohnwagen anlangt, getroffen haben, nicht zur Statistik hinzugezählt.

Ich finde es einigermaßen bedauerlich, dass wir immer wieder quasi in der Kennzeichnung „Ausreißer-Gemeinden“ und „Verlierer-Gemeinden“ in der statistischen Umsetzung haben, weil es oft unverschuldet jemanden trifft, der zum Beispiel ein besonderes Ereignis hatte im Zusammenhang mit Festspielen oder sonstiges und plötzlich dann ein Jahr darauf nicht mehr diese Kategorien erfüllen kann wie sie vorher waren. Dafür kann man im Grunde genommen nichts, aber es wird auch der Umbruch der Haydnfestspiele für die Stadtgemeinde mit Sicherheit nicht positiv zu werten sein, sondern da wird es Einbrüche geben, die auch in Nächtigungszahlen sich niederschlagen werden.

Das sollte man auch zur Kenntnis nehmen im Zusammenhang mit gewissen Statistiken. Statistik ist ein Wert, der immer dann sehr gut ist, wenn ich ihn selbst in die Hand nehmen darf. Was ich vorher nicht andeuten wollte, aber prinzipiell sollte man immer die Überlegung geben, so etwas sollte nachprüfbar und objektiv sein.

Was mir ein wichtiges Anliegen im Zusammenhang mit touristischer Wertung ist: Der Süden des Landes hat eine naturnahe und wirklich eigentlich noch absolut intakte Natur als größtes Asset gegenüber dem Tourismus, für unsere Besucherinnen und Besucher vorzuweisen. Im Norden haben wir das größte Esset mit dem Neusiedlersee.

Ich weiß nicht wann zuletzt jemand von Ihnen in der Freistadt Rust unterwegs war und Richtung See gefahren ist oder gegangen ist. Ist auf der linken Seite vor der Einfahrt in den Seebereich ein Hotel gebaut worden. Unabhängig von allen raumplanerischen, ortsgegebenen, architektonischen und vielleicht jetzt subjektiv anders zu empfindenden Einheiten.

Wenn ich den Neusiedlersee als Weltkulturerbe nehme, ich habe zuletzt auch darüber gesprochen und weiß, dass es die größten Probleme in der Nutzung auf FP-Widmungen gibt, wovon Sie auch Kenntnis haben, dann ist es, meiner Ansicht nach, ein totaler Affront ein Hotel quasi an den See zu stellen, das nichts anderes vorzuweisen hat als eine Schuhschachtelform.

Ja, da gibt es nichts Burgenländisches, dort gibt es nichts als große Fenster, die jetzt quasi zum See schauen und vis-a-vis, und das ist ja der wirkliche Höhepunkt, sind fünf oder sechs sogenannte Burgenlandhäuser platziert die, meiner Ansicht nach, nicht mehr genutzt werden, aber die den totalen Gegensatz bilden.

Ich stelle mir jetzt vor, dass ich als Tourist dort hinkomme. Der Herr Kollege Rezar ist ein Bürger der Stadtgemeinde und ich komme nach Rust und sehe dann, bevor ich zum See rausfahre, auf der linken Hand ein notwendiges, wir sind uns da einig, ein notwendiges Projekt, das neu aufgestellt wird und die Bausystematik ist aber überhaupt nichts was mit touristischer, nachhaltiger Nutzung für unser Bundesland von Wert sein kann. Ich verstehe nicht, wie dort Zugänge geschaffen werden, die quasi diesen Kontrapunkt ergeben. Wenn das Ihnen gefällt, Herr Kollege Kovacs, sei es dahingestellt.

Ich habe den Eindruck, und ich glaube auch, dass viele andere das nicht goutieren werden. Das ist ein Projekt, direkt fast am See und das hat eine Ausführung, die mit Sicherheit nur einem Prinzip entspricht, es ist günstiger in der Bausystematik.

Ich will nicht mehr darüber sagen, aber es gehört zur touristischen Anstrengung auch die Überzeugung, dass ich sowohl in bautechnischer als auch in qualitätstechnischer, als auch mit allen Mitteln was Genuss und anderes anlangt, Standards bieten muss, die heute unumgänglich sind. Wenn ich das nicht schaffe, werde ich auch im Fortschreiten der positiven Nächtigungs- und Tourismuszahlen nicht mitkommen.

Daher sollte alles auch mit Nachdruck dem gewidmet werden, dass wir hier positiv vorankommen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Mag. Steiner das Wort. Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, Dankeschön. Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ja, über weite Strecken kann ich dem nur zustimmen was mein Vorredner zu Tourismusfragen gesagt hat. Wir beschäftigen uns jetzt mit den Themenkomplexen Wirtschaft und Tourismus. Wichtige Themenkomplexe, wie wir alle wissen. Gerade Wirtschaft und Tourismus stehen ja immer wieder auch im Zentrum in politischen Diskussionen und da kommen ganz unterschiedliche Zugänge zum Tragen.

Meine Damen und Herren! Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren ohne Zweifel in vielen Bereichen gut entwickelt. Es hat viele positive Indikatoren gegeben. Aber

die Entwicklung, diese positive Entwicklung, ist sicherlich nicht auf Schmähparaden von Rot-Blau zurückzuführen, sondern viel mehr auf die Arbeit der Unternehmerinnen und Unternehmer. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es bringt auch nichts, weder einem Tourismusbetrieb noch einem Wirtschaftsunternehmen, wenn man irgendwelche Statistiken hernimmt, sie hin und her biegt, bis halt irgendetwas herauskommt, das einem Politiker zu pass kommt oder für irgendeine Partei reklamiert werden kann. *(Abg. Géza Molnár: Das bringt man in Eisenstadt nicht zusammen!)*

Ich glaube der Grund der positiven Entwicklung im Wirtschaftsbereich liegt eben einzig und alleine daran, dass es Menschen gibt, die Unternehmergeist haben, die Mut aufbringen, auch selber Risiko, persönliches Risiko, einzugehen. Denen ist natürlich oder für die ist natürlich auch wichtig, dass es Rahmenbedingungen gibt, auch dass es finanzielle Unterstützungen gibt. Aber es gibt noch viele andere Dinge die extrem wichtig sind für solche Menschen. Zum Beispiel dass man bürokratische Hürden abbaut und dass man ihnen das Wirtschaften ermöglicht und erleichtert.

Es sollte ja so sein, dass der Staat oder das Land zwar niemanden in Stich aber ansonsten im Alltag in Ruhe lässt. Das gilt ganz besonders auch für Unternehmer. Meine Damen und Herren, ich glaube es ist notwendig, generell ein unternehmerfreundliches Klima zu schaffen. Ein Klima, wo sich die Betriebe gut entwickeln können. Die Digitalisierung ist ein enorm wichtiger Punkt und für die Unternehmerinnen und Unternehmer gerade im Südburgenland notwendig, hoch notwendig. Diese Infrastruktur zu wollen oder zu wünschen, das ist ja kein Luxus, sondern das ist eigentlich notwendig, um auch zukünftig wettbewerbsfähig zu sein.

Infrastruktur sowieso, ist auch schon heute viel gesprochen worden über Straßen, über Zugverbindungen. All das ist natürlich im Burgenland jetzt nicht so gut ausgebaut.

Ich glaube da bestünde noch sehr viel Handlungsbedarf seitens der Regierung, gerade übrigens auch im Südburgenland, wo wir uns ja ganz besonders für das Südburgenland einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP)* Meine Damen und Herren! Viel ist seitens der rot-blauen Regierung nicht zu sehen, wo hier neue Initiativen passieren, neue Akzente gesetzt werden. Das Einzige was mir aufgefallen ist, wo wirklich viel Energie hineingelegt wird und wo man sich wirklich bemüht, ist eine neue Verwaltungsstruktur aufzubauen im Rahmen der BLH.

Da hat es übrigens geheißen irgendwie zu Beginn, das wird ein gläserner Konzern. Sehr gläsern ist er nicht, der ist eher mit Milchglas umgeben, sodass niemand hineinschauen kann und niemand weiß, was sich dort alles abspielt.

Ich glaube, das ist der falsche Weg in diesem Bereich. Weltmeister ist die rot-blaue Regierung dann, wenn es darum geht, ich habe das jetzt eingangs gesagt, irgendwelche Statistiken hervorzukramen. Das ist ungefähr so wie wenn man die linke Hand in ein 70 Grad heißes Wasser steckt und die Rechte in ein fünf Grad kaltes Wasser und dann sagt man naja, im Schnitt ist es eh lauwarm, das passt schon irgendwie, aber das kann ja nicht sozusagen die Methode sein.

Ich möchte niemanden, also die Leistung von niemandem schmälern und möchte es wirklich explizit sagen, aber ich halte das für unseriös, wenn man immer mit prozentuellen Steigerungen agiert. Zum Beispiel was das Bruttoinlandsprodukt betrifft. Natürlich ist das Burgenland in diesem Bereich ganz vorne. Aber wenn man sich das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner anschaut, dann schaut die Welt natürlich gleich wieder ganz anders aus.

Ich möchte das nur an einem Beispiel zeigen. Im Jahr 2000, ich nehme jetzt die zwei Länder her die das geringste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner hatten im Jahr 2000, das waren das Burgenland und Niederösterreich. Das Burgenland ungefähr bei 17.300 Euro, Niederösterreich lag damals bei 21.400 Euro. Dann hat es in den darauffolgenden 14 Jahren, also bis 2014, natürlich Steigerungen gegeben.

Das Burgenland hat eine tolle Steigerung hingelegt mit über 53 Prozent Zuwachs, Niederösterreich mit 47 Prozent Zuwachs, also deutlich geringer als das Burgenland. Aber wenn man sich die absoluten Zahlen dann anschaut, Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, dann ist die Schere weiter auseinander gegangen. Denn die Schere ist jetzt nicht so wie im Jahr 2000 bei 4.100 Euro sondern bei 4.900 Euro.

Daher muss man schon mit Zahlen, mit Statistiken, glaube ich, seriös umgehen und sehr vorsichtig sein. Deswegen gilt der Dank für die gute Entwicklung im Land vor allem den Unternehmern, den Unternehmerinnen, die es schaffen, trotz bescheidener und schwieriger Rahmenbedingungen im Land, die Wirtschaft weiterzuentwickeln und vor allem Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein Satz noch zum Thema Tourismus, weil das gerade ja sehr positiv beurteilt wird, nämlich die Nächtigungsstatistik. Das ist ja relativ eindimensional, wenn man sich nur auf die Nächtigungsstatistiken verlässt. Tagestourismus, Herr Landesrat, wie Sie sicherlich wissen, spielt ja auch eine besondere Rolle und natürlich es ist hoch erfreulich, dass das Burgenland voraussichtlich drei Millionen Nächtigungen haben wird oder mehr als drei Millionen Nächtigungen.

Der Kollege Steier hat das eh auf den Punkt gebracht, man muss halt immer nur die Relationen auch im Auge behalten. Eines ist schon auch klar, er meint, dass diese Entwicklung nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich sehr positiv läuft. Ist natürlich auch darauf zurückzuführen, dass halt in Europa, in der ganzen Welt eine bestimmte Unsicherheitslage besteht und die Leute Urlaubsländer, wo es halt nicht so sicher ist, meiden.

In der Türkei ist der Tourismus komplett zusammengebrochen, in Ägypten komplett zusammengebrochen und klarerweise… *(Landesrat Norbert Darabos: Na, Entschuldigung!)* Entschuldigung, habe ich gesagt, dass Du Dich entschuldigen musst? *(Landesrat Norbert Darabos: Nein!)* Na eben. Warum sagst Du es dann? Eine völlig irrelevante Wortmeldung. Niemand hat von Dir verlangt, dass Du Dich entschuldigst oder auch nicht. Du kannst Dich aber gerne entschuldigen. Ist eigentlich völlig irrelevant.

Diese Situation, dass es einfach unsicherer geworden ist, dass viele Deutsche, viele Österreicher, viele Mitteleuropäer es jetzt bevorzugen, mit dem Auto sozusagen die Urlaubsreise zu machen, in der Nähe zu bleiben, hilft uns natürlich und das ist ja auch positiv und gut *(Abg. Günter Kovacs: In Eisenstadt nicht!)* und das soll ja niemand - von Eisenstadt können wir auch wieder reden, aber es ist echt schon mühsam, es ist echt schon mühsam, mir geht das irrsinnig auf die Nerven, das hast Du vom Herrn Landeshauptmann gelernt, immer dann, wenn Du nicht mehr weißt, was Du sagen sollst, dann schimpfst Du auf die Eisenstädterinnen und Eisenstädter, das haben sich die überhaupt nicht verdient.

Das sind tolle Leute, eine tolle Stadt, Du solltest eigentlich stolz sein, in Eisenstadt *(Abg. Günter Kovacs: Tourismuszahlen!)* arbeiten zu dürfen mit so einer Entwicklung. *(Beifall bei der ÖVP)* Bitte, also das ist wirklich eine Nestbeschmutzerei, die wirklich schön langsam extrem mühsam ist. Aber ich werde das gerne den Eisenstädterinnen und Eisenstädtern weitergeben, was Du von ihnen hältst, was Du von unserer Stadt hältst.

Aber das ist ja gar nicht das Thema. Das Thema, meine Damen und Herren, ist, dass das schon die Wahrheit ist, dass wir profitieren von dieser Unsicherheitslage und das ist auch gut so. Jetzt geht es darum, dass man diese Leute, die jetzt vermehrt kommen, auch in Zukunft im Burgenland hält, weil das ist ja eine große Chance, weil da kann man sie überzeugen von der Qualität des burgenländischen Tourismus und dann werden sie vielleicht, auch wenn vielleicht die Sicherheitslage sich wieder verändert, trotzdem wieder ins Burgenland kommen und das sollte ja unser gemeinsames Ziel sein.

Einen Punkt muss ich schon anreden, weil vorhin gesagt wurde, ja es ist alles so toll, diese Entwicklung, diese Drei-Millionengrenze wird jetzt erreicht, weil es ein neues Gesetz gibt. Also das werden Sie ja nicht einmal selber glauben, weil das Gesetz hat ja noch gar keine Wirkung entfaltet, weil sich erst nächstes Jahr die ersten Tourismusverbände konstituieren werden.

Na sicher, es ist so. Na, Entschuldigung, können Sie mir einen Tourismusverband nach dem neuen Tourismusgesetz sagen, der schon existiert? Nein, oder? *(Abg. Géza Molnár: Das ist ja auch ein psychologischer Moment!)* Ja natürlich, ein psychologischer Moment. Ja, genau. Gézá, danke für den Hinweis. Es spielt ja im ganzen Leben die Psychologie eine total wichtige Rolle.

Es ist ja manchmal verrückt, wenn man sich das anschaut, was passiert. Ich meine, dass die Gemeinde Steinbrunn dem Tourismusverband Rosalia beitritt, also das kann keine tourismusfachlichen Gründe haben, sondern das kann nur ganz andere Gründe haben, über die ich gar nicht reden möchte und wieder die Leute unter Druck gesetzt wurden, *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist jetzt eine Unterstellung!)* darüber möchte ich gar nicht reden.

Meine Damen und Herren! Zum Budget selbst möchte ich sagen, auch im Bereich Wirtschaft und Tourismus gilt das, was ich in der Generaldebatte zum Gesamtbudget gesagt habe. Es ist ein Budget der alten Trampelpfade. Es tut sich nichts, es passiert nicht viel, es wird fortgeschrieben und auch das, lieber Géza Molnár, was Du gemeint hast in der Generaldebatte, es ist so super, weil die Kapitel Wirtschaft und Tourismus besser dotiert werden.

Das stimmt natürlich auch nicht ganz. Im ordentlichen Budget gibt es eine kleinere Dotierung und im außerordentlichen Budget, das ist nämlich sehr geschickt von Dir formuliert worden, da muss man sich nämlich anschauen, was im Rechnungsabschluss 2015 war und was ist jetzt 2017. Da haben wir, glaube ich, wenn ich richtig gerechnet habe, um sechs Millionen Euro weniger.

Also so happy peppy ist das alles nicht, meine Damen und Herren. Daher keine oder wenige neue Akzente - ich vertraue aber auf den Tourismuslandesrat. Ich bin mir da ganz sicher, dass er irrsinnig viele gute Ideen haben wird, auch für Eisenstadt, Herr Vizebürgermeister. Ich würde mich freuen, wenn das Land Burgenland auch so viele Millionen wie zum Beispiel in Frauenkirchen in unsere Stadt investieren würde im Hotelbereich.

Wäre kein Problem, wir würden uns freuen und würden da mitarbeiten. Meine Damen und Herren, einen Satz noch zum Wirtschaftsbericht, der ja auch beschlossen werden soll.

Da möchte ich nur dazusagen, es ist wirklich müßig darüber zu reden, wie der Wirtschaftsbericht aus dem Jahre 2015 ist, weil wir jetzt am Ende 2016 stehen. Wir nehmen den natürlich zur Kenntnis, ist in Ordnung, ist okay. Ansonsten muss man leider

sagen, auch die Budgetkapitel Wirtschaft und Tourismus sind nicht so gestaltet, dass man reinen und guten Gewissens diesem Budget zustimmen kann. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nun ich darf auch in dieser Rubrik zur Wirtschaftspolitik des Landes Burgenland gerade insbesondere auf die Gruppe 7, der Wirtschaftsförderung, reden. Ich möchte aber eingangs auch auf Mag. Steiner Replik nehmen.

Ich glaube schon, dass es wichtig ist, um Wirtschaft zu beurteilen, dass man Statistiken, Zahlen, Daten und Fakten beurteilt *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, aber richtig!)* und sich an Hand dieser, die Wirtschaftslage anschaut.

Ich bin auch der Meinung, dass es nicht nur den Dank an die Unternehmerinnen und Unternehmer gebührt, sondern in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 haben alle Burgenländerinnen und Burgenländer insbesondere Unternehmerinnen, Unternehmer, Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und auch sonstige dazu beigetragen, dass wir dieses Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent haben. Das ist das höchste aller Bundesländer und auf das sind wir stolz. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Super! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Vordergründig wird für mich im Budget erkennbar, dass gerade in dieser Gruppe 7 im ordentlichen Haushalt 26,1 Millionen Euro an Ausgaben für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vorgeschrieben worden sind. Das sind gegenüber dem Vorjahr 4,3 Millionen Euro mehr. Doch eine Summe die nennenswert ist. Wenn man sich auch den außerordentlichen Haushalt zu dieser Wirtschaftsförderung anschaut, sieht man, dass dort auch 34 Millionen Euro budgetiert worden sind. Das heißt, insgesamt haben wir präliminierte 60 Millionen Euro für Wirtschaftsförderung im Veranschlagungsjahr 2017.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich sogar, dass wir in diesem Jahresbudget 2017 eine Rekordinvestitionsquote von 21,3 Prozent haben. Das heißt, dass jeder 5. Euro, wie bereits heute schon erwähnt, des Landesvoranschlages in das Wirtschaftswachstum des Burgenlandes geht.

Wir haben Gesamtinvestitionen von 235 Millionen Euro. Das bedeutet, das ist ein wesentlicher Impuls für Wirtschaft, Wachstum und Beschäftigung. Unberücksichtigt wurden bisher die EU-Fördermittel. Diese sind nämlich, auch wenn man sie für die Förderperiode 2014 bis 2020 gesamt betrachtet, ein Volumen von 750 Millionen Euro. Für mich ist ein offenkundiger Parameter, der sich natürlich auch im Budget widerspiegelt, das Wirtschaftswachstum.

Wie bereits vorher erwähnt, haben wir ein Wirtschaftswachstum von derzeit 2,2 Prozent. Das ist das höchste aller Bundesländer Österreichs! Wenn man heute vormittags die Worte des Herrn Landeshauptmannes sich noch in Erinnerung führt, weiß man, dass es eine aktuelle Wochenstudie gibt. In dieser Wochenstudie sind wir seit den letzten 14 Jahren immer unter den Top 2 im Wirtschaftswachstum. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich hab Dir eh erklärt, wie das ist!)* Im Wirtschaftswachstum sind wir zumindest in den letzten sieben Jahren ganz vorne und vorher sind wir mit Salzburg fast gleichauf.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass Wirtschaft auch mit Arbeitsmarkt eng verbunden ist und untrennbar verbunden ist. Deshalb ist das Wirtschaftswachstum selbstredend auch ein Indikator für die Beschäftigung und für die Rekordbeschäftigung des Burgenlandes.

Diese sinkende Arbeitslosigkeit seit September, die sich fortführt auch im November, weist eindeutig darauf hin, dass das Wirtschaftswachstum auch auf den Arbeitsmarkt umschlägt. Es ist natürlich unser Ziel und muss unser Ziel bleiben, jeden einzelnen Arbeitslosen in den allgemeinen Arbeitsmarkt überzuführen.

Das muss auch unser Ziel sein, wenn es um Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsmaßnahmen geht. Ich möchte trotzdem auf den Wirtschaftsförderungsbericht 2015 kurz eingehen, weil er auch ein Signal für das heutige Budget darstellt.

In diesem Wirtschaftsförderungsbericht hat der zuständige Landesrat Mag. Petschnig dargelegt, dass gerade im Jahr 2015 über 500 Förderanträge waren. Wir haben dort insgesamt ein Fördervolumen ausgeschüttet von über 17,4 Millionen Euro.

Wenn man sich die gesamten Investitionen anschaut, sind das 100 Millionen Euro und das spiegelt sich auch im Jahr 2016 wiederum, wenn man sich anschaut, dass gerade im Bereich des Gewerbes und der Industrie auch eine Ausschüttung von 6,4 Millionen Euro bereits bis Sommer erfolgt ist.

Mit diesen und zukünftigen Förderinvestitionen soll die Wirtschaft gestärkt werden, soll der Arbeitsmarkt gesichert werden und vor allem auch die Lebensqualität abgesichert werden. Ich glaube auch, dass mit Wirtschaftswachstum und mit der Arbeitsmarktstärkung auch die Unternehmensneugründungen einhergehen. Wenn man sich die Zahlen, diese Unternehmensgründungen einerseits im Bericht 2015 und im Bericht 2016 anschaut, sieht man, dass es insgesamt 1.951 Neugründungen von Unternehmen 2015 gegeben hat und im Jahr 2016 waren es mit 30.9. bereits 1.820.

Das heißt, laut einer Rechnung oder Berechnung der Wirtschaftskammer Österreich haben wir mit 30.9.2016 überhaupt 18.700 Unternehmen im Burgenland registriert. Auch das zeigt eindeutig und klar, dass Wirtschaftswachstum und die Stärke im Burgenland besteht. Ziel der Wirtschaftspolitik im Burgenland ist es daher, das Wirtschaftswachstum weiter zu fördern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die bestehenden zu sichern.

Ich möchte mich aber heute auch speziell einem wichtigen Thema, einem wichtigen Bereich der Wirtschaft widmen. Das ist für mich der neue Weg des Burgenlandes im 21. Jahrhundert in der Wirtschaftspolitik. Es ist nämlich die Forschung, Entwicklung und Innovation. Bereits im Budget 2017 wird inkludiert, dass es Rahmenbedingungen für die wissensbasierte Wirtschaft geben wird. Es ist ein klares Indiz dafür, dass wir in diesen Bereich hinwollen, dass wissensbasierte Wirtschaft auch in den nächsten Jahren ausgebaut werden soll.

Auch die FTI-Strategie Burgenland 2025, die auch im Wirtschaftsförderungsbericht des zuständigen Landesrates bereits ausgewiesen wurde, ist ein klares Indiz dafür, dass man dorthin will. Wir waren im Forschungsbereich bei der Forschungsquote vor einigen Jahren noch die Letzten mit 0,6 Prozent - heute erwähnt - bereits auf 0,9 Prozent ausgebaut und wir müssen viel weiter gehen. Darum ist es wichtig, Forschung, Entwicklung und Innovation, diesen Bereich weiter auszubauen und dort auch die Mittel einzusetzen.

Das konkrete Ziel muss und soll sein, dass eine Steigerung der Forschungsquote erfolgt, dass auch eine Anhebung der Wertschöpfung damit gegeben ist und letztendlich

das Wichtigste, es müssen hochqualitative und hochwertige Arbeitsplätze entstehen. Themen wie erneuerbare Energie, nachhaltige Lebensqualität und intelligente Produkte und Prozesse dürfen wir uns nicht verschließen.

Deshalb sind diese Mittel im ordentlichen Budget aber auch über die Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ganz wichtig, wenn sie dort eingesetzt werden. Die Botschaft für uns kann nur lauten: Der Weg des Burgenlandes im Bereich der Wirtschaftspolitik muss in die Richtung wissensbasierte Wirtschaft gehen. Wenn man sich die bereits hohe Latte im Exportbereich anschaut, wir haben mittlerweile die Zwei-Milliardengrenze bei der Exportrate überschritten, bin ich der felsenfesten Meinung, dass eine weitere Steigerung nur in Verbindung mit einer angewandten Forschung erfolgen kann.

Wenn man entwickelte Produkte im Burgenland produziert, wird es auch möglich sein, Facharbeiterinnen und Facharbeiter im Burgenland einzusetzen und damit auch den Arbeitsmarkt zu entlasten. Ich bin deshalb überzeugt, dass gerade die jungen Burgenländerinnen und Burgenländer diesen Weg der wissensbasierten Wirtschaft mit uns gehen werden, denn Arbeit und Geld muss im Land bleiben. Das wird damit gewährleistet!

Abschließend möchte ich nur kurz erwähnen, es wird wichtig sein, dass gerade in diesem Bereich Arbeitsmarkt und Wirtschaft ein Punkt gegeben ist und das ist Fairness. Fairness für diejenigen Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich an die Spielregeln halten, aber natürlich auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diejenigen, die diese Spielregeln nicht einhalten, müssen im Endeffekt auch bestraft werden.

Deshalb, in diesem Sinne schauen wir, dass diese wissensbasierte Wirtschaft auch so weitergeht. Bleiben wir dabei, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer eine positive Aufbruchsstimmung erhalten und tragen wir dazu bei, dass es ein Miteinander der konstruktiven Kräfte geben wird. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat MMag. Petschnig das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Herr Präsident! Werte RegierungskollegInnen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich beginnen - es wurde ja schon viel gesagt - lassen Sie mich beginnen mit dem Wirtschaftsbericht des Burgenlandes, Wirtschaftsförderungsbericht des Jahres 2015. Es stimmt natürlich, dass seit dem Kalenderjahr 2015 einige Monate ins Land gegangen sind. Das heißt, sie sind nicht mehr ganz aktuell. Nur einige kurze Daten. Es wurde schon viel gesagt.

Wirtschaftswachstum 2,2 Prozent. Wir waren wieder - nicht zum ersten Mal - Wachstumssieger in Österreich. Was mich besonders freut in dieser Statistik ist, dass das Industriewachstum beziehungsweise das Wachstum der Industrieproduktion doppelt beziehungsweise dreifach so hoch war, das ist natürlich ein sehr wertschöpfungsstarker Sektor. Wenn das Burgenland hier einen Aufholprozess startet, dann ist das natürlich sehr zu begrüßen.

Zum Tourismus, der nicht nur 2016, sondern auch schon 2015 entsprechend positive Zahlen aufweisen konnte. Der Umsatz lag bei über einer Milliarde Euro. Umsatz und Wertschöpfung - das habe ich auch hier im Hohen Landtag bereits gesagt - sind für mich wichtigere Kennzahlen als Ankünfte und Übernächtigungen, weil das ganz einfach den richtigen Rückfluss an die Unternehmerinnen und Unternehmer bedeutet. Die

anderen statistischen Kennzahlen sind nur einfacher zu ermitteln. Daher hat man also ein ganzes Mosaik an unterschiedlichen Kennzahlen, die man natürlich entsprechend interpretieren muss, um die Gesamtsituation zu erfassen.

Wir schrieben 2015 auch einen Rekord bereits bei den Ankünften, die damals um 1,1 Prozent gewachsen sind - 970.000. Bei den Nächtigungen aufgrund der immer kürzeren Aufenthaltsdauern ein geringes Plus von 0,1 Prozent. Das Ganze resultierte dann in einem Beschäftigungswachstum von 2,2 Prozent, wo wir dann gemeinsam mit der Arbeitsmarktförderung natürlich Hand in Hand gehen.

Das nichts geschieht im Jahr 2016 beziehungsweise in den Folgejahren kann so natürlich nicht stehen gelassen werden, weil es einfach nicht stimmt. Es gab heuer bereits eine Förderaktion „Qualitätsoffensive für Privatzimmervermieter“, für die kleinsten Betriebe, die sehr stark ausgenutzt wurde, zu über 99 Prozent.

Es wurden rund 1,9 Millionen Euro hier an Investitionen, Kapital freigesetzt, privaten Kapital natürlich, freigesetzt. Das ist sehr gut, weil wenn Herr Abgeordneter Steiner vollkommen richtig sagt, dass die Menschen, die jetzt ins Land kommen, animiert werden sollen, wieder das Burgenland zu besuchen, dann ist das natürlich ein Weg, den ich für richtig finde, und ich glaube, das wird hier breit geteilt.

Heute beginnt - zufälligerweise ist heute der richtige Stichtag dafür - heute beginnt der zweite Teil dieser Qualitätsoffensive. Das ist für größere Betriebe zwischen elf und 30 Zimmer. Es werden hier 800.000 Euro bereitgestellt. Man wird sehen, wie das ausgenutzt wird. Es läuft von heute bis zum 30. April. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass auch das auf positiven Widerhall stößt, sodass wir auch in dieser Kategorie, wo man anhand bestimmter Indikatoren Handlungsbedarf ausmachen kann, dass wir hier einen Aufholprozess starten.

Es gab Maßnahmen, die die Landesregierung beschlossen hat, wo bestimmte Erleichterungen bei Förderanträgen gemacht wurden. Sie wissen, es gibt hier eine Stichtagsproblematik. Man braucht diesen Stempel von der WiBuG, von der Förderstelle. Solange man den nicht hat, sollte beziehungsweise darf man keine Vorarbeiten, keine Investitionen noch tätigen, sonst wird das ganze Projekt sozusagen verunreinigt. Das heißt, nicht mehr förderbar. Das wurde liberalisiert.

Wir arbeiten natürlich an Programmen, die im Jahr 2017 inszeniert werden sollen. Ein Programm für die Camping- und Mobilheimplätze ist hier in Planung. Ein Programm für Start-ups, wo es eine sehr gute Kooperation mit der Industriellenvereinigung gibt. Natürlich auch ein gesetzliches Liberalisierungspaket, wo ich dann gespannt bin, wer hier die Zustimmung dann erteilen wird und wer alten Kammerstrukturen den Vorzug gibt.

2016 - wie gesagt - zum Tourismus. Die drei Millionen Nächtigungen sind in Reichweite. Wir werden das natürlich entsprechend veröffentlichen, wenn man anhand der Buchungslage erkennt, dass tatsächlich diese Hürde übersprungen ist. Ich persönlich hoffe natürlich auch, dass die eine millionste Ankunft, dass also eine Million Menschen, die tatsächlich ins Burgenland kommen, heuer übersprungen werden kann. Und natürlich, dass man im Bereich der Wirtschaft entsprechende Investitionen weiterhin anzieht.

Sie wissen, im Südburgenland, in Heiligenkreuz wurde eine sehr große private Investition von der Lenzing AG im Business Park von über 60 Millionen beschlossen. Heute lesen Sie in entsprechenden Zeitungen, dass eine ähnlich große Investition nicht am Standort in Lenzing gemacht wird, sondern in Alabama, in den Vereinigten Staaten.

Das heißt, im Burgenland haben wir uns gegen einen internationalen Standortwettbewerb durchgesetzt. In Oberösterreich gelang das nicht, das natürlich ein industriell wesentlich entwickelteres Bundesland ist. Ich glaube, das ist ein Punkt, wo es natürlich auch die berühmten Rahmenbedingungen gibt. Natürlich ist das eine sehr komplexe Entscheidung, wo natürlich die entsprechenden Rahmenbedingungen sind, dass sich der Standort im Südburgenland durchsetzen konnte.

In diesem Sinn bleibt mir, den Vorständen, den Geschäftsführern, den Mitarbeitern, allen Beteiligten der Abteilung 2 in der Landesregierung, der WiBuG, der Tochtergesellschaft der RMB, dem Burgenland Tourismus, vor allem aber, da stimmen wir überein, den Unternehmerinnen und Unternehmern, die das Risiko tragen und die die Wirtschaft ja leben, verbindlichsten Dank zu sagen. Sie sind es, die gemeinsam das Land nach vorne bringen, die gemeinsam Arbeitskräfte schaffen, die gemeinsam den Wohlstand schaffen. Ich glaube, das ist auch gut so.

Vielleicht noch die eine oder andere Replik zu dem, was gesagt worden ist. Zum Abgeordneten Steiner, dass der Staat kein Unternehmer ist, da sind wir uns, glaube ich, einig. Sie werden in mir keinen Fanatiker für Verstaatlichungen und so weiter erkennen. Dass der Staat Rahmenbedingungen zu setzen hat, sind wir uns, glaube ich, auch einig. Nichts anderes versuchen wir über Fördermaßnahmen, über Call-Projekte und dergleichen mehr.

Auf der einen Seite sagen Sie, der Staat soll die Unternehmer in Ruhe lassen, auf der anderen Seite sagen Sie, es ist nicht viel zu sehen. Ich sehe darin weniger einen Widerspruch als eine Ergänzung. Das erinnert mich an ein Fußballspiel, wo man sagt, der Schiedsrichter ist am besten, von dem man am wenigsten sieht, weil dann das Spiel am besten laufen kann. Ich würde eher diesen Vergleich hier bevorzugen.

Was die Philosophie über die Statistiken betrifft, das ist eine Frage, ich weiß nicht, das wird man wahrscheinlich als die Geheimnisse der Mathematik beschreiben müssen, warum die Statistik Austria oder Eurostat hier in prozentuellen Kennzahlen rechnet und nicht in absoluten, soll so sein.

Es ist natürlich klar, dass, wenn ich einen Ausgangswert von zehn Millionen Nächtigungen habe und ein Prozent Steigerung und das vergleiche mit einem Ausgangswert von einer Million Nächtigungen und fünf Prozent Steigerung, ist die absolute Zahl vom ersten immer noch größer. Daher sind absolute Zahlen nicht wirklich aussagekräftig, sondern daher nimmt man prozentuelle Steigerungen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn die Schere immer weiter auseinandergeht, ist es schon traurig.)* Das habe ich gerade erklärt.

Wie gesagt, das sind die Geheimnisse der Prozentrechnung. Warum es die Statistikbehörden in aller Welt so machen, dafür bin nicht ich verantwortlich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das stimmt überhaupt nicht. Statistik Austria. Bruttoinlandsprodukt pro Person! Das ist die Statistik Austria.)* Die Statistik Austria nimmt es nicht so. Sie sollten auch im Notebook vor sich die Statistik Austria aufschlagen, dann werden Sie sehen, dass Wirtschafts- oder Wachstumsraten aller Art natürlich in erster Linie prozentuell gemacht werden.

Was Sie über externe Effekte gesagt haben, dass wir von der internationalen Verunsicherung profitieren, ist ganz klar. Dass das Ziel sein muss, dass die Gäste, die heuer ins Land kommen, hier zu behalten beziehungsweise zu animieren wieder zu kommen, ist auch richtig.

Vielleicht der letzte Fokus noch - das Budget. Dass es sinkt, stimmt so nicht. Vergleichbar, sinnvoll vergleichbar sind nur die Budgetvoranschläge 2016 und 2017. Hier wird zum Beispiel die WiBuG mit rund 1,1 Millionen Euro besser dotiert. Für den Rechnungsabschluss 2015, der auf den Budgetvoranschlag 2015 fußt, tut mir leid, bin ich nicht verantwortlich. Der wurde schon im Jahr 2014 gemacht.

Zum Abgeordneten Steier noch, natürlich ist es so, dass Vergleiche mit anderen Gebietskörperschaften mitunter ernüchternd sind. Auch wenn man andere Bundesländer hernimmt, Tirol mit ungefähr dreimal so viel Einwohner schreibt 45 Millionen Nächtigungen, hat aber natürlich eine ganz andere touristische Vergangenheit.

Hier befinden wir uns in einem Aufholprozess, und ich glaube, man sollte das Licht nicht unter dem Scheffel stellen und schauen, was war im Burgenland und was haben wir daraus gemacht. Ich glaube, das ist der richtige Entwicklungspfad.

Zur Kärntner Entwicklungshilfe, die wir natürlich sehr gerne geben. Einen haben Sie mir vergessen, nämlich den Vorgänger als Chef des Burgenland Tourismus den Gerhard Gucher. Der, glaube ich, auch heute noch ein sehr gern gesehenes Mitglied im Beirat ist, auch in der VAMED. Herr Abgeordneter Hutter wird bestätigen, dass er bei den Thermen eine entsprechende Rolle spielt. Nur um diesen Namen hier einmal dankend zu erwähnen.

Was die Zuzählungen betrifft, also die reine statistische Verwertung, stimmt das nicht ganz. Tagestouristen in Parndorf, das sind ungefähr sechs Millionen, sowie im Märchenpark, das sind rund 600.000, die fallen bei den Ankünften, die sich bei rund einer Millionen bewegen, nicht hinein. Also das geht sich schon rein zahlenmäßig nicht aus. Nur um das klarzustellen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Klubobmann Géza Molnár ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Steiner! Landesrat Petschnig hat jetzt schon einiges zu Kennzahlen und Statistiken und so weiter gesagt. Ich halte das ein bisschen für eine Kindergartendiskussion.

Ich glaube, dass da Politiker durchaus ähnlich ticken. Sie sind an anderer Stelle regierend, fällt ja auch auf, wenn es in Eisenstadt einmal ein Nächtigungsplus gibt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe gar nichts gesagt. 15,8 Prozent Plus im Oktober, und ich habe gar nichts gesagt.)* dann wird sehr wohl betont, dass die Nächtigungen steigen.

Ich finde es schon interessant, dass uns die ÖVP auf der einen Seite für Misserfolge verantwortlich macht, etwa wenn es um die Arbeitslosigkeit oder die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen geht, wo wir in Wirklichkeit alle wissen, dass wir von externen Entwicklungen, von anderen Ebenen in einem sehr hohen Ausmaß abhängig sind.

Aber in einem Bereich, wo sehr wohl Steuerungsmöglichkeiten bestehen, wie eben im Tourismus, ist das alles anscheinend aus Ihrer Sicht eine Sache, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Objektiv nachgewiesen!)* die nichts mit der entsprechenden Politik der Landesregierung zu tun hat.

Mit Statistiken arbeiten wir alle. Wir arbeiten natürlich als Politiker vorwiegend mit den Statistiken, die unseren Standpunkt und unsere Politik untermauern. Herr Kollege Steiner, Sie machen das nicht anders. Ich denke mir, dass in Eisenstadt, immer wenn es

um die Kaufkraftstatistik geht, oder wenn es auch etwa um die Anzahl der Arbeitsplätze geht, auch das kann man natürlich relativieren.

Wir sind eine kompakte Stadt in Eisenstadt. Wir sind Landeshauptstadt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Statistik Austria!)* Wir sind Magistrat. Wir sind Verwaltungszentrum, wir sind Schulzentrum. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da sind die öffentlich Bediensteten nicht dabei.)* Wenn es um die Kaufkraft geht, Herr Kollege, wenn es um die Kaufkraft geht, natürlich ist es klar, dass es in einer Stadt, die so strukturiert ist, das Einkommen relativ hoch ist. Wie viel jetzt die Kommunalpolitik dafür kann, ich will es Ihnen jetzt nicht absprechen, aber darüber könnten wir auch lange und breit streiten.

Politische Kritik, meine Damen und Herren, ich glaube, da sollten wir uns einig sein, ist nie Kritik an den Bürgern, die in der jeweiligen Gebietskörperschaft wohnen, wo der Politiker tätig ist, egal ob das jetzt auf Eisenstadt bezogen wird, oder ich könnte umgekehrt auch sagen, wenn Sie die Tourismuspolitik kritisieren, dass Sie damit die Burgenländer kritisieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das stimmt nicht.)* Aber das ist nicht mein Niveau, meine Damen und Herren.

Beim Budget kommen wir jetzt langsam in die Zielgerade. Gruppe 9 - Finanzen. Das ist die Gruppe, die auf Seiten der Einnahmen mit Abstand die größte Gruppe ist. Fast 653 Millionen Euro, also weit mehr als die Hälfte der Einnahmen. Rund 535 Millionen Euro machen die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben aus. An Finanzzuweisungen und Zuschüssen kommen dann noch weitere 58 Millionen Euro hinzu. Die ausschließlichen Landesabgaben sind vergleichsweise niedrig, machen in etwa zehn Millionen Euro aus, noch ohne Landesumlage, die 2017 bei etwa 19,2 Millionen Euro liegen wird.

Es gibt in dieser Gruppe außerdem Einnahmen aus Zinstauschgeschäften, Entnahmen aus Rücklagen und Wertpapiererträgen - in Summe 26,7 Millionen Euro.

Auf Seite der Ausgaben sprechen wir in der Gruppe 9 von etwas weniger als 93,6 Millionen Euro. Was sind hier die größten Brocken? Zuschüsse und Beteiligungen und Geldverkehrspesen rund 7,1 Millionen Euro. Zuschüsse beziehungsweise Bedarfszuweisungen in erster Linie an die Gemeinden rund 42 Millionen Euro, Schuldendienst etwa 16,5 Millionen Euro. Immer eine Zahl, die ich mir sehr einpräge, weil ich glaube, dass es wichtig ist, ein Bewusstsein dafür zu haben, was Schulden eigentlich kosten.

Wir finden in dieser Gruppe ausgabenseitig noch die Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt von 26,9 Millionen Euro. Ganz zentral, meine Damen und Herren, zwei Millionen Euro fließen 2017 in die Tilgung. Neue Schulden werden nicht aufgenommen. Es gibt keine Nettoneuverschuldung. Das heißt, Schuldenabbau ist uns wirklich wichtig. Das ist dieser Koalition wichtig. Das ist dieser Regierung wichtig. Das ist unser budgetpolitisches Leitmotiv „Rot-Blau“, meine Damen und Herren, „das heißt Schuldenabbau“.

In der Gruppe 9 - ich habe es schon erwähnt - finden sich auch Einnahmen und Ausgaben zu den so heiß diskutierten Zinstauschgeschäften. Ausgaben von 8,5 Millionen Euro, Einnahmen von 7,1 Millionen Euro. Es bringt jetzt wahrscheinlich nicht allzu viel, die Debatte der letzten Wochen und insbesondere der letzten Landtagssitzung zu wiederholen, aber es liegt uns ein Antrag der GRÜNEN vor, der wohl in diese Gruppe fällt, nämlich zu den Zinstauschgeschäften. Abgesehen davon gehe ich davon aus, dass der Kollege Wolf nachher wieder seine gewöhnlichen Tiraden vom Stapel lassen wird. Daher doch ein paar Worte zu den Zinstauschgeschäften.

Fest steht, ein sofortiger Ausstieg würde uns über 100 Millionen Euro kosten. Jene, die diesen sofortigen Ausstieg fordern - und es ist ja meines Erachtens nur die ÖVP, die das tut -, sollten sich auch einen konkreten Vorschlag verpflichtet fühlen, wie man diese über 100 Millionen Euro aufbringt, meine Damen und Herren.

Ich wiederhole das, was ich das letzte Mal gesagt habe, ich verstehe das Begehren, dass man hier Transparenz haben möchte und vor allem, dass man über gewisse mögliche Szenarien aufgeklärt wird. Wobei Teil 1 - meines Erachtens - weitgehend erledigt ist und Kollege Spitzmüller weiß es zum Beispiel, für Teil 2 biete ich gerne meine Mitarbeit an.

Das heißt, alles, was an Informationen noch gewünscht wird, werde ich dabei behilflich sein, das zur Verfügung zu stellen. Für einen Ausstieg, ohne zu wissen, wie man ihn bewerkstelligt, was er bedeutet und wie es dann auch weitergeht, für so einen Ausstieg sind wir Freiheitlichen jedenfalls nicht zu haben. Das wäre ein enormes Risiko, das wir nicht eingehen wollen. Generell gilt, wer einen Vorschlag für etwas macht, der soll auch sagen, wie es geht.

Das gilt im Übrigen auch für die Forderung der ÖVP, was die Landesumlage angeht, wobei ich insgesamt meine, dass das Verhältnis zwischen Land und Gemeinde passt, außer dem ÖVP-Klub, hat es auch in den letzten zwei Tagen kein Gemurre gegeben. Ich glaube, insgesamt sind wir hier auf einem guten Weg.

Wir werden auch der Gruppe 9 zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Molnár. Von Hass kann keine Rede sein. *(Abg. Géza Molnár: Hass? Habe ich „Hass“ gesagt?)* Eine Hasstirade wird das auf keinen Fall. *(Abg. Géza Molnár: „Tirade“ habe ich gesagt.)* Aber es wird die Wahrheit zu den Finanzen. Also keine Sorge, wir können draußen ganz normal miteinander sprechen.

Aber Fakt ist schon, dass sich das Finanzkarussell des Landes dreht und eigentlich keine Bremse gezogen wurde, weder von der SPÖ noch von der FPÖ, die in der Opposition noch groß dagegen gewettert hat.

Herr Landesrat, weil Sie wieder da sind, herzlich willkommen zurück, möchte ich schon sagen, dass Sie mir das Wissen nicht absprechen sollten, weil es schon einen Unterschied macht, ob ich jemandem Wissen abspreche oder einfach die Wahrheit nicht wahrhaben möchte und dementsprechend hat jeder seine Ausbildung herinnen und jeder seine Berechtigung, sein Wissen, sein Fachwissen, aber auf der einen Seite brauchen Sie nicht oberlehrerhaft sein und irgendjemandem versuchen, etwas zu erklären, wenn es zwei verschiedene Meinungsauffassungen gibt. Sie melden sich nachher eh zu Wort. Sie können dann das gerne darlegen. Aber nichtsdestotrotz steht Ihre Meinung gegen die Meinung des Rechnungshofes, und jeder kann sich jetzt die Meinung bilden.

Nichtsdestotrotz glaube ich, dass jeder von uns soweit kritikfähig sein sollte, dass man offen für Verbesserungen ist, in der Hoffnung, dass es zukünftig besser wird.

Demensprechend möchte ich auch auf das Budget im Bereich der Finanz und der Beteiligungen eingehen. Das, was das letzte Jahr von Rot-Blau praktiziert wurde, das geht weiter. Beispielhaft für den Machtmissbrauch ist das Objektivierungsgesetz, wo der Bericht vorliegt. Im Objektivierungsgesetz hat es Rot-Blau nun geschafft, eine objektive

Anstellung im Land zu verhindern, indem man die Schmähparade der Verwaltungspraktikanten nutzt. Man hat sich Anleihe von der Stadtregierung Wien genommen.

Man stellt hier ohne irgendwelche objektiven Verfahren Verwaltungspraktikanten ein und kann sie natürlich dann ungeniert in den Landesdienst aufnehmen, weil dieser Verwaltungspraktikant natürlich der Bestgeeignetste ist. Hiefür stehen, glaube ich, fast 750.000 Euro zur Verfügung, und die Summe hat sich verdreifacht, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Hier, liebe FPÖ, seid Ihr groß umgefallen. Liebe Ilse, Du hast immer gewettert, man muss objektiv im Land anstellen, jetzt seid Ihr natürlich dabei. Verstehe ich auch, *(Abg. Géza Molnár: Modell Eisenstadt.)* wenn man den besten Freund und den Bruder vom Norbert Hofer im Land unterbringen muss. Dafür sind wir nicht zu haben. Das ist ganz klar!

Wenn man sich das Landesbudget auch anschaut, dann gibt es keine neuen Initiativen, keine Problemlösungen und auch keine Zukunftskraft. Uns fehlt es in irgendeiner Weise, wie wir das als Land besser machen können.

Das Land als Unternehmer, Herr Landesrat Petschnig, Sie haben gesagt, der Staat darf nicht Unternehmer sein, stimmt. Das unterschreiben wir sogar. Das müssen Sie sich mit Ihrem Koalitionspartner aber ausmachen. Nur die Frage, die rhetorische, stelle ich dann schon: Warum wurde die Therme Lutzmannsburg dann nicht verkauft?

Warum spielt hier das Land weiterhin Unternehmer und führt hier einen Zick-Zack-Kurs? Weil einmal sagt man, man verkauft, dann sagt man wieder nein, man bläst den Verkauf ab. *(Abg. Géza Molnár: Wenn das Angebot passt, dann verkaufen wir es.)* Das Einzige, was der Staat sein muss, ist verlässlich, und das passiert hier leider nicht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was die Finanzen des Landes betrifft, kommen wir zu den Punkten, die wir in der letzten Zeit zu Genüge diskutiert haben. Das ist einmal die ganze BVOG-Geschichte, wo 225 Millionen in der BLh herumdiskutiert werden. Ich stelle noch einmal fest, es gibt dort einen Zinsswap, der mittlerweile auf eine Verzinsung von 9,5 Prozent gestiegen ist. *(Landesrat Helmut Bieler: Einer! Ein einziger!)*

Mag schon sein, dass es einer ist. Aber trotzdem kostet das einen Haufen Geld und einer reicht davon. Jetzt stelle ich mir die Frage, wie wir aus diesem Geschäft hinauskommen, weil ich bin nicht damit zufrieden, dass wir zehn Prozent Zinsen für irgendetwas zahlen, das uns scheinbar wenig bringt.

Es ist nicht die Aufgabe der Opposition zu sagen, wie man rauskommt, sondern das ist die Aufgabe und Arbeit der Regierung. Das wissen Sie ganz genau, dass wir hier nicht die Fachexperten sind, aber wenn wir in eine Diskussion eingebunden werden, werden wir sehr gerne dabei sein. *(Beifall bei der ÖVP – Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Hat er nicht gesagt, dass er der Experte ist?)*

Gleichzeitig steigt der Schuldenstand auf 1,3 Milliarden Euro, der Haftungsstand auf drei Milliarden Euro. Das sind Summen, die nicht mehr greifbar sind, und dementsprechend sollte man hier ansetzen.

Was den Beteiligungsansatz betrifft und auch die Bewertung der Beteiligungen, wissen wir aus den Rechnungshofberichten, dass diese weder transparent noch vollständig ausgewiesen werden. Es fehlen die Kapital-, Eigenkapitalansätze, es fehlen die Beteiligungsansätze. Die Beteiligungen sind unvollständig angeführt. Hier gibt es

sicher noch einiges im Landesvoranschlag zu tun. Aber spätestens mit der neuen VRV wird es hier auch einen Beteiligungsspiegel geben müssen, spätestens 2020 muss es im Rechnungsabschluss, aber auch im Voranschlag geben. Dann bin ich gespannt, was die Regierung zu all diesen Sachen sagt.

Bei den Beteiligungen ist noch zu sagen, dass gerade die BLh ein großer Moloch ist. Man hat es mit der ersten Bilanz gesehen, dass hier enorme Minusgeschäfte abgeschlossen werden, aber ich hoffe, dass das besser wird.

Was die Leasingausgaben im Landesvoranschlag 2017 betrifft, steht neuerlich drinnen, dass der Landtag, also die, die heute zustimmen werden, die Landesregierung ermächtigt, Leasinggeschäfte im Wert von 100 Millionen Euro abzuschließen.

100 Millionen Euro Leasinggeschäfte ist unendlich viel, und der Landtag hat nicht einmal die Möglichkeit, das währenddessen zu kontrollieren. Das heißt, die Regierung kann abschließen, was sie möchte, und wir bekommen erst nächstes Jahr wieder hingelegt, was damit gemacht wird.

Das ist aus meiner Sicht nicht zufriedenstellend. Als Abgeordneter auch nicht ganz in Ordnung, weil nicht einmal die Landesregierung einen Bericht darüber legt, welche Leasinggeschäfte in der Vergangenheit abgeschlossen wurden. Man beruft sich hier auf eine VRV, die das nicht vorsieht. Das mag schon sein. Aber trotzdem ist es wohl unser Recht als Abgeordneter zu wissen, in welchem Ausmaß welche Leasinggeschäfte abgeschlossen wurden.

Was die Rücklagen betrifft, haben wir gestern schon kurz diskutiert, nochmal festgehalten, die Rücklagen, die im Budget oder auch im Rechnungsabschluss ausgewiesen werden, sind Rücklagen, die nur am Papier stehen, die wir aber nicht cash in der Hand haben. Wenn man diese Rücklagen auflässt und kein Bargeld hat, muss man Schulden aufnehmen. Das ist eine einfache Rechnung, die man nicht anders darstellen kann. *(Landesrat Helmut Bieler: Semantisch ist es falsch.)*

Zu guter Letzt, Herr Kollege Molnár, natürlich geht es auch um die Zinsswaps aus unserer Sicht. Es mag schon sein, dass man in der Vergangenheit 50 Millionen Euro Schulden gemacht hat. Aber ich bin nicht bereit, jährlich neue acht Millionen Schulden im Schnitt zu machen. Jetzt sollte man irgendwann den Schnitt machen, um diese Geschäfte zu beenden.

Wir haben es schon vom Herrn Thomas Steiner gehört, der ganz klar gesagt hat, dass die Regierung fast jedes Jahr, oder Sie jedes Jahr die Möglichkeit gehabt hätten, auszusteigen. Passiert ist bis dato nichts. Wir sind eh schon so weit, dass wir nur in die Zukunft blicken und darauf hoffen, dass man irgendwann versucht, auszusteigen und nochmal, Herr Kollege Molnár, die einzige Aufgabe der Regierung wäre es jetzt, zu prüfen, wann man aussteigen kann, was es kosten würde und in welcher Höhe ein Ausstieg überhaupt noch möglich ist.

Das ist nicht Aufgabe des Landtages, sondern ausschließlich der Regierung, und dementsprechend hoffen wir darauf. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Géza Molnár: Das erste Mal, dass Dich das interessiert.)*

Was die Landesfinanzen sonst noch betrifft, kann man zusammenfassend nur sagen, das Maastricht-Ergebnis ist mit 30 Millionen Euro negativ, und wir haben eine Niedrigzinsphase und schaffen es trotzdem nicht, die Schulden besser abzubauen, als wir es zurzeit machen.

Das heißt, wenn zukünftig die Zinsen steigen sollten, *(Abg. Géza Molnár: In Eisenstadt haben wir wieder eine Netto-Neuverschuldung. Die fünfte.)* was wir ja im Zuge der Zinsswaps hoffen, dann leben wir auf Kosten der nächsten Generation. Mit jedem Jahr haben wir das Problem, dass wir mehr Zinsen für diese Schulden zahlen müssen. Auch hier werden keine Akzente in diesem Landesbudget gesetzt.

Deswegen, unterm Strich, können wir nicht zustimmen, weil weder die Landesumlage den Gemeinden zur Verfügung gestellt wird, noch steigen wir in irgendeiner Weise aus diesem hochspekulativen Zinsswap aus, und das ist für uns einfach unzureichend. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Géza Molnár: Seine Ausführungen sind spekulativ.)*

Es ist schon hochspekulativ, weil wenn wir einen variablen Zinssatz von null haben und einen fixen Zinssatz von 5,5 zahlen müssen, den ich nicht in absehbarer Zeit greifbar, dann weiß ich nicht, wie man das anders machen soll. Aber nichtsdestotrotz, wir stimmen gegen diesen Voranschlag. *(Beifall bei der ÖVP – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Klubobmann Hergovich hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Kollege Molnár hat sich sehr seriös mit dem Kapitel auseinandergesetzt *(Abg. Géza Molnár: Danke!)* und viele Details zuvor genannt, die alle zutreffen, und er hat auch alle Details im Wesentlichen zuvor formuliert.

Die Seriosität meines Vorredners, die habe ich vermisst. Er hat sich wenig mit den Kapiteln auseinandergesetzt.

Nichtsdestotrotz, Kollege Molnár hat es auch erwähnt, es ist das zweite Mal in Folge, dass wir zwei Millionen Euro Schulden abbauen, ich glaube, das ist ganz wichtig. Wir beschließen in dieser Sitzung auch den Finanzplan 2020. Kernstück ist natürlich der Schuldenabbau von zwei Millionen pro Jahr, bis zum Jahr 2020. Wir reduzieren damit den Schuldenstand des Landes von 276 Millionen Euro Ende 2016 auf 268 Millionen Euro für das Jahr 2020. Dieser Plan ist wichtig, denn wir müssen auch fit bleiben.

Es ist natürlich klar, dass einige Projekte, die man im Hinterkopf hat, dadurch nicht realisierbar werden, wenn man eben im Jahr zwei Millionen Euro Schulden abbaut, aber das war auch das definierte Ziel dieser Koalition, sorgsam mit dem Budget umzugehen, um diese zwei Millionen Euro an Schuldenabbau zu machen.

Das ist wichtig, denn ohne diese Kurskorrektur, die wir machen, hätten wir durchaus 127 Millionen Euro an Ausgaben. Das geht nicht. Man muss fit bleiben. Das Budget muss im Rahmen bleiben.

Dieses Budget ist ein starker Impuls für Wirtschaft, für Wachstum und Beschäftigung. Das sieht man allein mit der Rekordinvestitionsquote von 21,3 Prozent. Unheimlich wichtig! Ich gehe auf die vielen Details jetzt nicht ein, das hat der Kollege Molnár sehr ausführlich schon gemacht.

Ein Detail vielleicht trotzdem, denn im Gesundheitsbereich gibt es mehr Geld, auch wenn hier ein kosmetisches Minus von 97 Millionen Euro ausgewiesen ist. Wir folgen hier einer Empfehlung des Rechnungshofes, wonach die KRAGES-Gehälter jetzt nicht mehr im Budget, sondern in einer Beilage aufscheinen. Daher diese Korrektur, diese

kosmetische Korrektur. Das sind natürlich keine echten Einnahmen und Ausgaben, daher auch in der Beilage ersichtlich.

Auch der EU-Finanzbericht 2014 stellt dem Burgenland wirklich ein sehr gutes Zeugnis in Sachen Investitionen aus. Bei der Ausnutzung der EFRE-Mittel 2014 war das Burgenland Nummer zwei nach Wien, mit einer Quote von 75 Prozent. Auch sehr wichtig, wenn wir über die Finanzen und die Beteiligungen sprechen.

Dieses Budget ist ein stabiles Fundament. Ein stabiles Fundament vor allem für die Zukunft. Wir haben auch die Haftungsobergrenze von 2016 auf 2017 um eine Milliarde reduziert. Auch das ganz wesentlich. 2017 dürfen die Haftungen einen Höchstbetrag von 1,7 Milliarden Euro nicht überschreiten. Auch das ist ein wichtiges Zeichen.

Wie sieht die Verschuldung tatsächlich aus? Weil hier oft mit Zahlen hantiert wird. Die Verschuldung des Burgenlandes liegt im Kernhaushalt lediglich bei 3,59 Prozent inklusive aller öffentlichen Einheiten nach dem SVG bei rund 13 Prozent.

Das zeigt, das Land wirtschaftet effizient und erfolgreich. Das sagt nicht nur das Land selbst, sondern eine Rating-Agentur; eine strenge Rating-Agentur. Es können Politiker schon das eine oder das andere kritisieren, geprüft wird das von einer objektiven Rating-Agentur, einer sehr strengen Rating-Agentur, nämlich Standard & Poor‘s. Diese bescheinigt dem Burgenland ein sehr gutes Zeugnis, kurzfristig mit der Bestnote A1+ und langfristig mit AA. Es können Schauermärchen erzählt werden wie man will, am Ende des Tages zählt dann eine objektive Bescheinigung einer Rating-Agentur, und diese sieht sehr gut aus.

Das spiegelt sich natürlich auch im Maastricht-Ergebnis wider mit 30,4 Millionen. Das höchste Maastricht-Ergebnis aller österreichischen Bundesländer, das wir hier aufzeigen können. Das ist meiner Meinung nach beeindruckend.

Herr Kollege Wolf, ich habe eigentlich viel Verständnis für Oppositionspolitik, weil ich denke, zu einer funktionierenden Demokratie gehört es eben, dass Oppositionsparteien auch das eine oder das andere aufzeigen, wenn es nicht so gut läuft.

Wissen Sie, das Verständnis endet meistens dann, wenn man das Gefühl hat, dass es nur mehr Fundamentalopposition ist, ohne sachlichen Hintergrund. Diesen Eindruck, den habe nicht nur ich, sondern wenn man durch das Land fährt und auch mit ÖVP-Bürgermeistern spricht, dann haben diese einen ähnlichen Eindruck. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Jetzt kann man, und ich habe durchaus Verständnis, wenn man ein Budget mit 1,1 Milliarden Euro vorlegt, dass man nicht überall einverstanden ist und dass man sagt, nein, bei diesem Kapitel hätten wir das gerne anders, wie auch immer. Ich habe dafür persönlich Verständnis.

Aber, dass man bei einem Budget von 1,1 Milliarden bei keinem einzigen Kapitel zustimmen kann, ja, dadurch müssen Sie sich den Vorwurf der Fundamentalopposition schon gefallen lassen. Denn, kein einziges Kapitel, ob das die Wirtschaftsförderung ist, der Tourismus, der Sozialbereich, der Behindertenbereich, welch‘ immer, da könnten Sie sich wirklich von den anderen Oppositionsparteien eine Scheibe abschneiden und schauen, wie die das machen.

Diese kritisieren dort, wo es ihrer Meinung nicht in Ordnung ist, und gehen dort mit, wo sie sagen, ja, die Kapitel sind in Ordnung. Da stimme ich mit.

Die ÖVP hat sich im Fundamentaloppositionseck eingebunkert, kommt da nicht mehr raus, ist völlig frustriert, das ist sehr schade. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, MA:*

Frustriert sind wir nicht.) Man konzentriert sich ausschließlich aufs Schlechtreden, aufs Anpatzen und aufs Dagegensein.

Das ist meiner Meinung nach wirklich sehr schade, meine Damen und meine Herren! *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber dann sagt die ÖVP noch nein, wir machen eh konstruktive Vorschläge.

Nur, viele habe ich nicht gehört. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Dann hast Du nicht zugehört.)* Aber einen Vorschlag habe ich doch vernommen, Herr Kollege Wolf. Na freilich habe ich Wolf gesagt. Sie haben den Vorschlag gemacht, jetzt bei den Swaps sofort auszusteigen und dem Land 100 Millionen Euro an Verlusten zu bescheren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn das die Finanzkompetenz der ÖVP ist, jetzt beim ungünstigsten Zeitpunkt auszusteigen, und 100 Millionen Euro damit schlagend werden zu lassen, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Warum seid Ihr denn 2009 nicht ausgestiegen?)* dann würde ich sagen, Herr Kollege Wolf, dann sind Sie wirklich nicht mehr ernst zu nehmen. Dann kann man das nicht mehr ernst nehmen, was Sie hier formulieren.

Ich finde das sehr schade. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man noch so viel behauptet, gibt es eben Dinge, die trotzdem nicht wahr werden. Wenn Sie das 25 Mal wiederholen, was nicht stimmt, stimmt es trotzdem nicht. Es wird nicht mehr wahr, in dem man es andauernd behauptet.

Ich glaube, Herr Kollege Wolf und Herr Kollege Sagartz, Sie müssten eigentlich die Strategie völlig umkehren. Wissen Sie was das Burgenland jetzt braucht? Mutmacher braucht das Land. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Richtig! Genau.)* Wir brauchen motivierte Menschen in der Wirtschaft. Arbeiternehmerinnen und Arbeiternehmer, die die Ärmel hochkrempeln und motiviert arbeiten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Darum hat der Schüssel andere genommen.)*

Meiner Meinung nach ist es auch Aufgabe der Politik, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA zu Landesrat Helmut Bieler: Was hast Du gesagt? Jedenfalls hat er mehr Prozente gemacht als Ihr.)* Mut zu machen und die Menschen zu motivieren, gemeinsam unser Heimatland zu modernisieren und voranzukriegen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das machen Sie leider nicht. Wir wollen da einen anderen Weg gehen. Wir wollen Mut für Unternehmungen machen. Wir wollen aber auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und allen, die sich auch ehrenamtlich in unserem Heimatland Burgenland einbringen, Mut machen. Dazu braucht es auch Unterstützung. Finanzielle Unterstützung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dieses Budget liefert diese Unterstützung. Dieses Budget ist insgesamt nicht nur sparsam, sondern bringt mehr Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich beim zuständigen Finanzlandesrat Helmut Bieler und bei seinem kompletten Team, beim Herrn Hofrat und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung zu bedanken.

Das ist eine großartige Kraftanstrengung gewesen. Ich möchte mich auch beim Koalitionspartner herzlich bedanken. Auch bei den Oppositionsparteien, die konstruktiv bei den einzelnen Kapiteln mitgestimmt haben.

Ich glaube, dass ist das, was das Burgenland benötigt. Ein ordentliches Budget, das gesund ist, das auf einem starken Fundament steht und das Mut macht. Dieses Budget trägt diesem Ansinnen Rechnung.

Wir werden deshalb auch diesem Kapitel sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke meine Damen und Herren. Die Budgetkapitel sind ausdiskutiert. Wir kommen nun zur Zusammenfassung. Als Ersten erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine Herren Landesräte! Der Übergang war jetzt sehr abrupt, nämlich, vom Kapitel Finanzen zur Zusammenfassung. Ich werde es deshalb kurz halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben über zwei Tage das Budget 2017 im Voranschlag besprochen. Wir haben den Nachtragsvoranschlag 2016 quasi am Anfang des Dezembers 2016 vorgelegt bekommen und zur Beschlussfassung aufgelegt bekommen.

Ich finde es nur einigermaßen weit auseinander gezogen. Für Gemeinden ist es ratsam, immer schon vorweg diese Dinge zu erkennen. Das wird immer auch von der Gemeindeabteilung so festgehalten. Herr Kollege Illedits! Sie wissen das noch aus guter Erfahrung. Nachtragsvoranschläge sollte man zu dem Zeitpunkt fassen, wo man weiß, dass gewisse Sachen überschritten werden.

Ich nehme an, dass sich eigentlich die meisten Positionen im Nachtragsvoranschlag 2016 schon frühzeitig herausgestellt haben und nicht auf den 1. Dezember 2016 warten haben müssen. Aber, das möchte ich nur im Zusammenhang mit gleicher Messlatte für die Gemeinden und für die Landespolitik sehen, weil das habe ich schon einmal angeführt, bei einem Punkt der die Gemeinderechtsnovelle ansetzt, wo es auch zwei verschiedene Maßstäbe gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier bestimmt man sich das, was quasi nur für sich gelten soll. Für andere legt man andere Maßstäbe an. Die sind meist mit Ordnungsstrafen und mit Festhaltungen vor Gericht verknüpft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Budget 2017 in seiner Gesamtheit hat ein Volumen von 1,2 Milliarden Euro. In den Ausgaben und in den Einnahmen. Das ist auch, und das möchte ich auch denen in Bezug auf ihre Erfahrungswerte setzen, was ursprünglich in den Gemeinden auch und immer in den Gemeinden gefordert wird. Ein ausgeglichenes Budget.

Im Land sind wir so weit gekommen, dass durch die EVZ-Verordnung eindeutig diese Vorgangsweise gewählt werden muss, dass es hier keinen Spielraum für andere Wegstrecken mehr gibt. Alles, was sich in Zukunft auf die Darstellung von Schulden beziehungsweise von Investitionsaktivitäten ergibt, wird sich mit 1. Jänner 2019 auf einer ganz anderen Ebene, auf einer sehr transparenten Ebene im Sinne der neuen VRV einstellen.

Diesen Zeitpunkt können wir hoffnungsfroh erwarten. Ich möchte bei der Zusammenstellung nur einen Punkt erwähnen, der jetzt nach gerade beim Kapitel Finanzwirtschaft wieder so gesetzt wurde, wie es den Bürgerinnen und Bürgern eigentlich nicht zuträglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten nie von Regierungsseite her in der Veranschlagung dessen, was das Gesamtbudget, die Gesamtverschuldung und alles

was ausgelagerte Gesellschaften unter welchem Dach auch immer in der Darstellung so verfahren, dass wir rund 280 Millionen Euro Schulden im ordentlichen Haushalt haben.

Den Rest, den wollen wir eigentlich gar nicht besprechen. Ich weiß, dass es angeführt wird, aber in der Darstellung auf sogenannte positive Effekte oder Guthaben des Bürgers auf andere statistische Effekte, die ausschließlich in der Zielsetzung auf den ordentlichen Voranschlag eingegangen.

Das ist in der Gesamtdarstellung für den Bürger nicht nachvollziehbar, weil ein jeder, der sich damit konfrontiert sieht, dass er sagt: Warum redet man jetzt plötzlich nur von dieser Schuldensituation? Ich habe gehört, dass ganz andere Dimensionen in der BLh und wieder immer auch in anderen Gesellschaften vorhanden sind.

Diese Schulden sind eingegangen worden, denn man hat auch besondere Konstruktionen für gewisse Gesellschaften gesetzt. Diese Konstruktionen sollen auch so aufgehen, wie sie gesetzt worden sind. Die Fragestellung ist nicht, ob wir in dieser Form Investitionen getätigt haben beziehungsweise Ausgliederungen vornehmen, sondern dem Hohen Landtag in der Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger steht in Vertretungsanspruch auch zu, dass er über alle Gegebenheiten, die das Land betreffen, eine 100-prozentige Auskunft erfährt.

Das allerdings nicht gerade über gewisse Veröffentlichungen in Rechnungshofberichten, sondern es ist niemanden noch ein Stein aus der Krone gefallen, dass er das, was er quasi regierungstechnisch beschließt, auch denen vermittelt, die in die Grundlage für den Regierungsbeschluss in der Zurverfügungstellung der Gesamtsumme geliefert haben.

Das ist im Verantwortungsbewusstsein für mich ein ganz normaler Vorgang. Er sollte auch die, die Verantwortung tragen, in diese Richtung soweit bringen, dass sie das nicht immer nach anderen Kriterien sehen, nach anderen Gesichtspunkten sehen, in der Statistik dann dort nutzen, wo es von Vorteil ist, und wenn es schlecht ist, dann ist die Opposition schuld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter diesem Verantwortungsaspekt, glaube ich, sollten Sie den Bürgerinnen und Bürgern auf die Zukunft etwas zutragen, dass Ihnen nicht nur Ihr Verständnis aufwertet, sondern dass was Sie dann in den Begleittexten aussprechen.

Transparenz - das ist das oberste Gebot. Hier sollte auch nachhaltig niemandem vorgehalten werden, dass ein Wirtschaften nicht darin bestehen kann, sich ein eigenes Kleid zu stricken, sondern man sollte auf die achten, für die man aktiv ist und für die man Wertschöpfung betreibt.

Denn jedes Budget ist nicht für Sie da, sondern für den Bürger und für die Bürgerin, für den Burgenländer und für die Burgenländerin. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank hat sich Landesrat Helmut Bieler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Landeshauptmann Pühringer sagt immer, auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die momentane ÖVP Politik ist eine der verbrannten Erde. Wahrscheinlich, weil das Ergebnis Erde dann schwarz ist, glaubt man, das könnte richtig sein. Dem ist aber nicht so.

Was der Abgeordnete Wolf vorhin gesagt hat, ist ein typisches Beispiel dafür, dass man kritisiert, Vorschläge macht, ohne zu schauen, was dabei passiert beziehungsweise es egal ist, was dabei herauskommt. Sonst könnte man nicht ernsthaft solche Vorschläge machen. Diese Zinsabsicherung ist ein Beispiel für ein aktives Finanzmanagement, dass Sie, Herr Abgeordneter, immer wieder zu Recht gefordert haben und dass wir dann auch umgesetzt haben. *(Abg. Franz Steindl: Guter Schmäh!)*

Bleiben wir bei den Relationen. Der Rechnungshof hat nie gesagt, dass es spekulativ ist. Er hat nie gesagt, dass es eine Spekulation ist und er wird es auch nicht sagen. Da können Sie ihn fragen so oft sie wollen. Er wird es nicht tun.

Wenn Sie hier darstellen, dass eine Zinsabsicherung, die in Wahrheit günstiger und billiger ist, als der Fixzinssatz, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 9,5 Prozent.)* dann ist es schwer zu sagen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 9,5 Prozent!)* nein, wir reden von etwas anderem.

Das ist etwas Unterschiedliches. Nein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist also keine Spekulation? Das ist in Ordnung? Keine Spekulation, also?)* Da sage ich dann auch etwas dann dazu. Wenn der Abgeordnete Wolf sagt, dass ist hoch spekulativ, weil wir einen Fixzinssatz abgeschlossen haben, weil er jetzt natürlich schon vorher gewusst hat, dass es die Finanzkrise gibt und wir jetzt eine Niedrigzinsphase haben.

Im Vergleich zu dieser Niedrigzinsphase hoch spekulativ ist, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe kein Grundgeschäft, daher ist es spekulativ. Ganz einfach. Hoch spekulativ!)* dann heißt das, dass jede Gemeinde, haben Sie gesagt, dass jede Gemeinde, jedes Land, das vor ein paar Jahren einen Fixzinssatz aufgenommen hat, spekuliert hat.

Das ist eben falsch. Das ist schlichtweg falsch. Das ist reine Oppositionsrhetorik, die nicht akzeptabel ist und auch nicht so sein kann. Das ist etwas, was Sie hier so darstellen wollen und was eben nicht so ist. Sie haben natürlich als Opposition das Recht herauszupicken, was negativ ist, das steht Ihnen zu. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Sehr gut!)*

Es gibt etwas. Es gibt ein paar Dinge, die laufen nicht so, weil wir nicht gewusst haben, dass die Finanzkrise kommt. Aber, das hat niemand gewusst, Sie auch nicht. Wenn Sie diesen einen Zinssatz von der BLh herausnehmen, und die anderen aber, die mit null Prozent oder mit 1,5 Prozent da sind, nicht erwähnen, dann ist das natürlich auch Ihre Taktik.

Weil wenn man den Mix von all diesen Zinssätzen dann hernimmt, dann ist der auch nur bei 4,4 Prozent. Aber, das passt natürlich nicht in Ihr Konzept hinein. Daher muss ich es sagen, weil man immer die Relationen herstellen muss. Der Rechnungshof sagt zu Recht, es ist, aus seiner Sicht, aus meiner Sicht nicht, kein Grundgeschäft da, weil diese 150 Millionen Euro nicht Zeitablauf konkurrent sind. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ihr Experte sagt auch, dass es eigentlich kein Grundgeschäft mehr gibt. Daher ist es Spekulation. Ganz einfach!)*

Wir sagen natürlich, waren diese 150 Millionen Euro da. Der Rechnungshof sagt, wenn wir diese 150 Millionen Euro zurückgezahlt hätten, und dann die 6 x 25 Millionen Euro aufgenommen haben, dann wäre es kein Problem gewesen. Super oder? Ganz gescheit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, das ist die Systematik. Wirtschaftlich ist es nicht sinnvoll und dass andere genauso wenig. Daher lasse ich mir das nicht vorwerfen. Es ist auch unseriös zu sagen, dass ist hoch spekulativ, weil das weder der Rechnungshof gesagt hat, noch entspricht es den Tatsachen.

Niemand, der einen Fixzinssatz aufgenommen hat, hat spekuliert. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Es ist eine Wette gegen steigende Zinsen. Ganz einfach.)* Sondern, man hat sich angeschaut, nein, wie die Zinsen sind und dann hat man die Entscheidung getroffen - und das einstimmig in der Regierung. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Reine Spekulation gegenüber steigenden Zinsen.)*

Das einstimmig in der Regierung, nach Information. Nach eingehender Information. Das war die richtige Entscheidung. Daher sind wir auch nicht ausgestiegen, weil wir diesen Fixzinssatz auch so wollten. Ganz klar. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Eine reine Wette gegen steigende Zinsen.)*

In diesem Licht betrachtet sind Ihre Ausführungen schon sehr schwach. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Manfred Kölly. *(Abg. Franz Steindl: Eine mehr als schwache Argumentationsrede, als Finanzlandesrat. Pfiat di Gott!)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich will eine Zusammenfassung über die zwei Tage heute bringen und ich denke, ein Voranschlag der diskutiert gehört, selbstverständlich der auch Emotionen herbeiführt, in den Oppositionsreihen, aber auch im Bündnis Liste Burgenland, die heute klare Zeichen gesetzt hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Denn wir haben bei zwei Drittel der Kapitel mitgestimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der LBL, SPÖ und der FPÖ)*

Weil wir auch der Überzeugung sind, dass ein Voranschlag eine Vorausschau ist. Wie in den Gemeinden, wiewohl wir doch auch mit Vorsicht das ganze natürlich sehen.

Was noch dazu kommt in den zwei Tagen, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, der Herr Tschürtz, ich weiß nicht wo Sie heute den ganzen Tag waren, aber vielleicht hören Sie jetzt einmal zu, wenn die Zusammenfassung ist. Weil, es wäre auch einmal eine gute Idee. Das darf ja nicht wahr sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe nur zehn Minuten Zeit und Sie tratschen da. Seid mir bitte nicht böse, das ist eine Missachtung des Landtages. Das sage ich auch gleich mit dieser Deutlichkeit. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Der Kölly spricht und alle stehen „Habt acht“.)*

Nein, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Schauen Sie, was Sie gestern gemacht haben! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Er hat eh keine Budgetansätze im Budget.)* Mehr sage ich jetzt nicht dazu, aber das war genau das, wo ich vielleicht doch noch auf den gestrigen Tag reflektiere, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man hat ein Budget, das einnahmen- und ausgabenseitig mit 1.102.538.800,00 Euro vorliegt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das soll so sein, das ist auch in Ordnung. Es wird auch dementsprechend diskutiert und vorgeschlagen. Es gibt zwei Millionen Euro an Einsparungen. Das ist schön und gut, aber im Endeffekt werden wir schauen, was nächstes Jahr beim Nachtragsvoranschlag und was dann noch beim Rechnungsabschluss herauskommt. Aber, sei es wie es sei, wir haben zwei Tage einen Voranschlag diskutiert und haben jetzt bei zwei Drittel der Kapitel mitgestimmt, weil wir bei gewissen Kapitel der Meinung sind, dass sie dort richtig eingesetzt sind. Wir werden uns als Opposition auch dementsprechend zu Wort melden.

Wir wissen schon, dass wenn heute dieses Budget beschlossen wird, die Regierung dann macht was sie glaubt und will. Das muss man auch dazugesagt haben. Das sollen auch die Zuhörer auf der Galerie und an den Fernsehgeräten wissen.

Das heißt, das ist ja nicht so in der Gemeinde, Herr Kollege Steier, Sie waren auch Bürgermeister, Sie wissen das das nicht geht, dass wir sämtliche großen Positionen noch einmal beschließen müssen. Das ist hier nicht der Fall. Aber, ich denke, wenn ich mir etliche Kapiteln anschaue und wenn wir vorher den Nachtragsvoranschlag diskutiert haben, der sehr ausführlich war, dann will ich mich über den nicht mehr auslassen.

Diese zwei Tage Diskussion waren aber auch mit Anträgen seitens des Bündnis Liste Burgenland bestückt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da sind viele Anträge, die auch in das Budget hineinfließen. Sei es der Ausbau der S31, wo wir uns auch finanziell wahrscheinlich beteiligen müssen. Nicht nur die ASFiNAG, sondern auch mit dabei mit einigen Dingen, mehr wo wir auch finanzieren müssen.

Oder, die GIS Gebühren, denn da bin ich bei den GRÜNEN, die eigentlich extra diskutiert gehören. Aber, ich bin recht froh darüber, dass heute wahrscheinlich bei der Abstimmung alle dafür sind, dass wir nur die Abschaffung diskutiert haben. Der Bund soll zahlen, heißt es. Das ist bei diesem Abänderungsantrag auch interessant. Aber, sei es wie es sei. Das Positive ist zu erwähnen: 105.000 Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Wir haben aber immerhin 10.000 Arbeitslose. Da muss man sehr vorsichtig damit umgehen.

Es ist eine positive Entwicklung auf der wirtschaftlichen Seite. Ich glaube, Bildung und Forschung gehört auch genau beobachtet und in die Forschung gehört ein bisschen mehr Geld hinein, Herr Landesrat. Herr Landeshauptmann! Da sollte man sich anstrengen, denn Bildung ist ein wichtiger Faktor.

Im Verkehr, *(Abg. Mag.a. Regina Petrik: Die Schiene!)* denke ich, sollte man endlich schauen, dass man *(Abg. Mag.a. Regina Petrik: Die Schiene!)* auch im Südburgenland die Schiene dementsprechend wirklich einmal in Angriff nimmt. Versprochen haben Sie es ohnehin schon ewig. Machen wir das. *(Beifall bei der LBL, der ÖVP und den GRÜNEN)*

Ich denke, Wasser, Abwasser haben wir heute schon beredet. Wasser ist ganz wichtig, aber man muss auch gleichzeitig schauen, dass das Abwasser in den Verbänden dementsprechend auch in der richtigen Hand ist.

Dort gehört die Politik für mich heraus aus diesen Verbänden, das muss man auch klar sagen, das habe ich heute schon gesagt. Die Familie, Frau Kollegin Sack, ist mir ein ganz wichtiges Anliegen.

Die Frauengleichstellung natürlich selbstverständlich auch, da bin ich voll auf Eurer Seite, bei den Damen. Danke für das Ganze. Ich glaube, wenn man diskutiert, dass die ÖVP immer sagt, dass das da drinnen vorgeschriebene Artikel sind, na logisch, denn du kannst in gewissen Bereichen sowieso nicht mehr viel aus. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich denke, dass es aber entscheidend ist, dass man versucht,

gemeinsam einen Weg zu gehen, um für das Burgenland, für die Menschen, das Beste herauszuholen.

Im Bereich der Energie sind wir auf dem richtigen Weg gewesen, aber der Herr Landeshauptmann ist heute selbstkritisch gewesen und hat gesagt, da müssen wir auch aufpassen, dass wir nicht zu viel fördern.

Danke dafür, weil es auch wichtig ist, das man auch Investitionen nicht in die falsche Richtung tätigt. In der Landwirtschaft, Frau Landesrätin, sie ist jetzt nicht da, ist die Weinwirtschaft ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor im Burgenland geworden.

Das ist aber auch schon in der Vergangenheit so gewesen, wie noch die ÖVP in der Regierung war. Beim Tourismus ist das das Gleiche. Die drei Millionen Nächtigungen haben wir jetzt erreicht. Sind wir froh, weil es in Österreich insgesamt sehr positiv war. Gott sei Dank.

Ich glaube, dass entscheidend sein wird, dass man auch in der Elektroindustrie, mit Elektroautos, die Dinge weiter vorantreibt. Da gönne ich jedem in der Landesregierung einen Tesla. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Fahrt mit dem, weil wir dann für die Umwelt sehr viel tun können, liebe Freunde auf der grünen Seite. Was wir noch diskutiert haben, sind die Landes-Rechnungshofberichte, die sehr wichtig waren, weil der Landes-Rechnungshof aufzeigt, was tatsächlich in den letzten Jahren eigentlich passiert ist.

Was man nicht vergessen darf, ist das Gemeindepaket, das schlussendlich heute die Zustimmung finden wird. Ich hoffe doch einstimmig, denn da haben wir hervorragend zusammengearbeitet. Ich glaube aber, auch ein wichtiger Aspekt, den wir als Fraktion, oder als Opposition einbringen konnten. Vielleicht dann noch zu einigen Geschichten, die mir nicht ganz gefallen, Herr Landesrat Bieler. Das sind einfach die Swapgeschäfte.

Jetzt kann man sie darstellen, wie man sie will, wir haben aber nie gesagt, dass man hier sofort herausgehen soll, so wie die ÖVP, sondern wir haben uns immer dazu geäußert und haben gesagt, schauen wir uns das mit Ruhe an, welche Möglichkeiten es gibt.

Dazu steht das Bündnis Liste Burgenland. Zum Neubau des Spitals in Oberwart haben wir gesagt, dass wir begleitende Maßnahmen benötigen. Der Rechnungshof hat eine eigene Partie aufgestellt. Zu dem stehen wir auch. In den Verbänden muss ich schon eines dazu sagen, wenn wir jetzt in den letzten Tagen dauernd Verbandssitzungen haben. Ich würde wirklich einmal die Parteipolitik herausnehmen und schauen, dass man dort in ein Fahrwasser kommt, wo man wirklich für die Wirtschaftlichkeit sein kann.

Das Thema Arbeitsplätze ist natürlich auch ein ganz ein wichtiger Faktor. Leider brauchen wir in gewissen Bereichen auch die Ausländer, denn beispielsweise bei den Saisonarbeiten wird es nicht anders gehen. Köche gibt es nicht und in anderen Bereichen ist es oftmals das Gleiche.

Das heißt, wir werden auch dort in Zukunft diese Leute brauchen. Schauen wir uns einmal an, wie die Ausbildung ausschaut. Der Kollege Hutter hat ein paar Beispiele gebracht, wie man das vielleicht ändern kann. Da müsste man auch miteinander schauen, wie das wirklich funktioniert.

Auch unsere Pendlerinnen und Pendler sind ein wichtiges Thema. Es werden im Burgenland immer mehr zu Auspendlern. Obwohl wir so viele Arbeitsplätze geschaffen haben, ist es notwendig, dass wir auch die Pendler unterstützen, weil sie ohnehin schon benachteiligt sind.

Ich habe auch erwähnt, wann die aufstehen müssen und wann sie heimkommen. Das ist kein Familienleben mehr. Die Lebensqualität leidet darunter. Das sind viele Dinge, die wir gemeinsam diskutieren sollten.

Ich glaube, die Wohnbauförderung, und das haben wir auch schon angesprochen, ist zwar die Beste, aber da wird, leider Gottes, nicht das komplette Kapital von den 123 Millionen Euro genommen, sondern nur mehr 70 Millionen Euro.

Die Zweckbindung wäre hier ganz wichtig. Ich glaube, da sind wir uns auch einig. Die andere Geschichte ist der Rechnungshofbericht zur EDV. Da gab es eine große Aufregung. Deshalb sollten wir hier auch schauen, wer da der Schuldige ist und wie das funktioniert hat.

Ich hoffe, dass das nicht mehr passiert. Zwei Millionen Euro haben wir dabei in den Sand gesetzt. Bei der Therme Lutzmannsburg bin ich mir noch immer nicht ganz klar darüber. Wird sie nun verkauft oder wird sie nicht verkauft? Das sind lauter solche Geschichten, die mich auch interessieren, weil ich von einem Leitbetrieb, wie der Therme Lutzmannsburg, eigentlich sehr viel für unsere Region erwarte.

Das muss man auch dazu gesagt haben. Ich glaube, wenn es eines geben kann, Herr Landesrat Bieler, dann sollte man nicht immer beleidigt sein, wenn die Opposition das eine oder andere einmal aufzeigt und sagt, mein Gott, dort ist es eben nicht so gelaufen.

Vielleicht informierst Du uns einmal. Dementsprechend könntest Du uns zu gewissen Dingen dazu nehmen, wo wir sagen können, da können wir mit, oder da können wir nicht mit.

Aber, jetzt ein bisschen angefressen zu sein, wie die Opposition von der ÖVP, das verstehe ich, denn die sind angefressen, weil sie nicht mehr in der Regierung sitzen. Das ist nun einmal so. Na, das ist so. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Da brauchen wir nicht darüber reden. Ich verstehe das. Nein, das ist leider so. Ist auch logisch und daher glaube ich, dass wir auch, und das darf man nicht vergessen, auf die Gemeinden absolut nicht vergessen dürfen, denn die Gemeinden sind ein wichtiger Faktor in der Wirtschaft, für die Arbeitsplätze und dergleichen mehr.

Wir können dem ganzen Budget nicht zustimmen, aber wir werden bei zwei Drittel davon zustimmen. Ich glaube, das ist auch ein Zeichen gewesen, das wir miteinander wollen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Mag.a Regina Petrik hat sich als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage, ob man einem Budget zustimmen kann, ist immer auch, und das haben wir in der Debatte der letzten zwei Tage ja sehr deutlich gemerkt, eine Frage der Perspektive.

Jedes Budget hat Posten, die zu unterstützen sind und andere, die man sehr kritisch sieht. Das wird jedem und jeder so gehen hier. Nun gibt es zwei Ebenen. Die Ebene der einzelnen Ansätze und die Ebene der Politik, die hinter diesen Zahlen steht.

Es gibt zwei Perspektiven. Die Perspektive der Fraktionen, die in der Regierung sind, und die Perspektive der Fraktionen, die in der Opposition sind.

Kollege Richter! Ich finde das originell, dass ein FPÖ Abgeordneter sich wundert, dass die Opposition der Regierung gegenüber kritisch ist. Das ist aber auch unsere Aufgabe und deswegen werden wir immer die kritischen Rückfragen stellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wer in der Regierung sitzt wird bei Posten, die einem nicht passen, wegen des größeren Ganzen trotzdem zustimmen. Wer in der Opposition sitzt, schätzt ab, passt mir die politische Richtung grundsätzlich, die in dieses Budget führt? Wenn nein, wird abgelehnt, auch wenn einzelne Posten in Ordnung sind.

Wenn ja wird zugestimmt, auch wenn einzelne Posten kritische Posten sind. Gibt es einen Budgetansatz, der zu meiner Auffassung von dem, was politisch in unserem Land wichtig ist, im eklatanten Widerspruch steht, dann wird die gesamte Gruppe abgelehnt. So ist das Abwägen im Zustimmen und im Ablehnen. Vor diesem Hintergrund möchte ich noch einige Punkte erläutern.

Zusammenfassend. Gruppe 0 bis 2. Die Durchführung der Verwaltungsreform war, so müssen wir immer wieder feststellen, von einer Haltung geprägt, die für viele Angestellte die gebührliche Wertschätzung vermissen ließ. Erfahrungswerte wurden nicht berücksichtigt, oft nicht einmal kommentiert.

Die Sicherheitspolitik habe ich schon reichlich kommentiert. Unsere Kritikpunkte im Bildungsbereich habe ich auch ausführlich erläutert. Daraus ergeben sich unsere Ablehnungen der Gruppe 0 bis 2.

In der Gruppe 3 fehlt uns vor allem die erforderliche Transparenz. Vor allem bei den Kulturzentren. Diese wurden früher alle einzeln angeführt. Jetzt ist alles unter einem Budgetposten zusammengefasst. Das ist für uns nicht mehr transparent genug. Dazu gibt es noch eine große ungelöste Frage, nämlich, ganz aktuell zum Kulturzentrum Mattersburg.

Da gibt es ein unabhängiges von der BELIG in Auftrag gegebenes Gutachten. *(Landesrat Helmut Bieler: Nein, gibt es nicht!)* Doch dieses Gutachten ist unter Verschluss. Es wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Wir wissen allerdings nur, dass es fertiggestellt wurde. *(Landesrat Helmut Bieler: Es ist auch nicht fertiggestellt.)* Manche sagen, diejenigen, die das geschrieben haben, sagen, es ist fertiggestellt, aber natürlich zeigen sie es nicht. Ich weiß nicht, was dort steht, aber offensichtlich wissen sie nichts davon, dass es fertig gestellt ist. *(Landesrat Helmut Bieler: Richtig!)*

Aber, wir sehen, es gibt so viele Unklarheiten rund um diese Fragen. Das ist ein wichtiger Punkt. Deswegen können wir auch dieser Gruppe 3 nicht zustimmen.

Bei der Gruppe 4 ist so vieles zusammengekommen. Noch nicht lobend erwähnt wurde von mir die Jugendwohlfahrt, die im Burgenland gut läuft. Soweit ich das beobachten kann, hat sich in den letzten zwei Jahren unter der neuen Abteilungsleitung auch vieles zum Positiven weiterentwickelt.

Wir können dieser Gruppe aber nicht zustimmen, weil es einige sehr kritische Punkte in der aktuellen Sozialpolitikdebatte gibt. Dafür kann vielleicht nicht immer etwas der zuständige Landesrat. Die Haltung eines Teils der Regierung, vor allem unseres Herrn Landeshauptmannes und des Landeshauptmann-Stellvertreters, und vor allem der Stil in der Debatte wirken gesellschaftlich entsolidarisierend und somit destabilisierend. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn die gesamte Sozialpolitik eines Landes nicht mit dem Grundwert der gesellschaftlichen Solidarität getragen wird, hat das auf die Dauer verheerende Auswirkungen.

Eine Bitte möchte ich an uns alle, ich wollte sie vor allem auch in Richtung von Landesrat Darabos richten: Bitte lassen Sie nicht zu, dass jene, die dafür sorgen, dass es Einrichtungen der Jugendwohlfahrt gibt, in Verruf gebracht werden. Wer Leistungen im Auftrag der Jugendwohlfahrt der öffentlichen Hand erbringt, muss diese auch abgegolten bekommen. Bitte verwehren auch Sie, als Verantwortlicher, sich dagegen, wenn Ihnen unterstellt wird, dass Sie im Sozialbereich Steuergelder an Menschen auszahlen, die sich hier persönlich bereichern wollen.

Wir haben hier einige Bereiche in der Sozialpolitik, wo das leider gang und gäbe ist. Es werden hier immer wieder Diffamierungen und Lügen verbreitet. Als seit der letzten Landtagssitzung noch einmal mehr verstärkt persönlich Betroffene, weiß ich wovon ich spreche.

Üble Nachrede, ausgehend von einer Äußerung eines Abgeordneten, die von einem Regierungsbüro im Landhaus ausgeht, tut besonders weh. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Zur Gruppe 5, es wird leider weitergehen, wenn man nicht zuhört. Zur Gruppe 5, ich habe es schon erläutert, hier konnten wir zustimmen, auch wenn es einzelne Bereiche gibt, die wir anders anlegen würden.

Zur Gruppe 6, da sehen wir eine weitere Verschiebung echter Klimapolitik. Die Zukunft der Transitstraßen durch das Burgenland im Landessüden durch die S7, oder im Landesnorden durch Ausbau von A3 und A4 zu sehen, ist, aus unserer Sicht, nicht der richtige Weg. Wir brauchen eine radikale Verkehrswende. Deswegen können wir auch diesem Kapitel nicht zustimmen.

Gruppe 7 und 8 - zur Energiepolitik habe ich auch schon gesprochen. Die vehemente Ablehnung der Regierungsfraktion in der Entwicklung der Region um den Neusiedler See, den aktuellen Herausforderungen ins Auge zu schauen, die sich in den letzten Jahren einfach enorm verändert haben und auch ein angepasstes Konzept zu entwickeln zeigt, dass die aktuelle Wirtschafts- und Tourismuspolitik viele Aspekte außer Acht lässt. Wichtige Aspekte, die aus sozialökologischer Sicht wesentlich wären. Kollege Steier hat auch schon dazu gesprochen.

Wirtschaft und Tourismus müssen sich im Einklang mit der Natur entwickeln. Nicht nur in den mündlichen Bekenntnissen an besonderen Tagen, sondern im konkreten Tun im Alltag.

Zur Gruppe 9, auch dazu haben wir schon in mehreren Sitzungen unsere Kritikpunkte angebracht, wenngleich wir sehen, dass Schritte in Richtung mehr transparent gegangen werden. Das haben wir schon natürlich wahrgenommen und gesehen, entsprechen sie doch nicht unseren Vorstellungen.

Ein Bespiel ist auch das alljährlich von uns zur Sprache gebrachte Glücksspiel. Der Budgetposten aus den angeblichen Gewinnen aus dem kleinen Glückspiel mit den Zuwendungen an die Gemeinden komplett, ist komplett verschwunden, ja.

Es gibt zwar angeblich weiterhin Zahlungen aus Glückspieleinnahmen an die Gemeinden aber es wird im Budget nicht abgebildet. Man kann es nicht finden.

Abschließend möchte ich auch noch etwas sagen zur Diskussion zur Arbeitsmarktentwicklung. Da gibt es natürlich Konzepte, aber das war nicht der Rahmen dieser Sitzung sie hier klar zu legen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die sinkende

Arbeitslosigkeit natürlich kein burgenländisches Phänomen ist, das wurde auch schon vorhin erwähnt, sondern im gesamten Österreich, gerade heute sind die neuen Zahlen gekommen, zu bemerken ist.

Nicht unerwähnt bleiben darf auch, dass in Burgenland viele Plätze gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich dazugekommen sind, deswegen sehe ich auch das Budget so, hat dort so einen so großen Stellenwert.

Unser Landeshauptmann zitierte innerhalb der Sitzung neue Studien zur Kaufkraft von ungarischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Burgenland. Das finde ich schön, ich hoffe das damit die unsägliche Debatte über die Arbeitnehmerfreizügigkeit beendet ist.

Gleichzeitig nämlich zu sagen das die ungarischen Arbeitskräfte eine Gefahr für die Burgenländerinnen und Burgenländer wären, aber dann auch sagen, aber eigentlich bringen sie viel Geld herein und das ist eh gut, bloß weil es sich jetzt gerade vielleicht auch um einen anderen politischen Zusammenhang handelt der gerade diskutiert wird, finde ich nicht redlich, manche bezeichnen so etwas als populistisch.

Auch was die Bürgerbeteiligung betrifft werden widersprüchliche Haltungen gezeigt. Allgemein findet man sie gut, aber wenn eine Bürgerinitiative zu einer für eine Gemeinde massive Veränderung eine Volksabstimmung veranlassen will, kann es sein, dass der Landeshauptmann alles daran setzt, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht darüber befinden dürfen.

Es ist zufällig die Heimatgemeinde wo man vielleicht auch einen Oberbürgermeister braucht, vielleicht kann das noch geklärt werden.

Und abschließend noch einmal zu der größten Herausforderung, der größten politischen Herausforderung dieser Jahre, der Klimaschutz. Und hier schließt sich der Kreis, ich habe auch damit begonnen. Leider nutzt es nicht viel, wenn engagierte Landesrätinnen Akzente setzen.

Zum Beispiel in der Bevorzugung der Biolandwirtschaft weil, dies einfach ökologisch und klimatechnisch das Gebot der Stunde ist, wenn sich männliche Landesräte, der Landeshauptmann und sein Stellvertreter, man kann es leider jetzt auf der Regierungsbank so zuordnen, ja, für das Zubetonieren oder für Agrarindustrie sich einsetzen. *(Abg. Wolfgang Sodl: Das ist sexistisch.)*

Da muss man schon festhalten, da muss man sich schon entscheiden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Spannende Antwort, habe ich gar nicht gewusst so. – Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Die Frau Präsidentin Ilse Benkö ist die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Ende der zweitägigen Budgetsitzung unseres Landtages ist es gute Tradition das Vertreter aller Klubs und Fraktionen zusammenfassen und resümieren.

Dabei geht es einerseits darum natürlich noch einmal einen Blick auf den Landesvoranschlag und um Repliken und Aussagen, Positionen und Vorschläge anderer Parteien zu haben. Andererseits natürlich aber auch um Fragen der Organisation, des

Ablaufes dieser Sitzung und dieser zwei Tage und um Fragen natürlich auch der Sitzungsdisziplin und des Umgangs miteinander.

Zuerst zu den inhaltlichen Aspekten, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Der Landesvoranschlag 2017 wird heute ausschließlich mit den Stimmen der Koalitionsparteien SPÖ und FPÖ zum Beschluss erhoben werden.

Natürlich hätte ich mich persönlich oder wir hätten uns gefreut, wenn wir auch andere Mandatare der Opposition für dieses Budget gewinnen hätten können. Was mich ja sehr freut, in den einzelnen Gruppen ist es ja auch der Fall gewesen. Die Kollegen des Bündnis Liste Burgenland haben einigen Budgetgruppen zugestimmt und natürlich auch Kollege Steier war in einzelnen Kapiteln dabei. Und sogar die GRÜNEN haben einem Kapitel die Zustimmung erteilt.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, verdient Respekt und ich bedanke mich dafür bei den Kolleginnen und Kollegen zumal es ja nicht selbstverständlich ist, dass die Opposition einem Budget der Regierung, zumindest auch teilweise, Zustimmung erteilt und das unterstützt.

Die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP lehnen den Landesvoranschlag 2017 ab, was natürlich auch legitim ist, wobei sie gestern und auch heute mit sehr viel Polemik und Phrasendrescherei gewisse Dinge untermauert haben. Natürlich gab es das eine oder das andere Mal inhaltlich natürlich auch gute, sachliche Argumente.

Daher könnte man unterm Strich zum Schluss kommen, das man auch aus Sicht der ÖVP dem einen oder dem anderen Budgetkapitel die Zustimmung erteilen hätte können. Dem ist nicht so, das nehmen wir zur Kenntnis.

Der Vollständigkeitshalber möchte ich festhalten, dass für uns Freiheitliche eine Ablehnung des Budgets nicht zwangsläufig bedeutet, dass die Kollegen verantwortungslos wären oder handeln. Da möchte ich mich auf den Kollegen Steier beziehen der das gestern durchaus für mich auch plausibel erklärt hat.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Erstellung eines Landesvoranschlages, und das liegt in der Natur der Sache und der aktuellen Umstände, ist natürlich immer eine Gratwanderung. Selbstverständlich, und das wissen auch alle hier im Hohen Haus, sind die Mittel die uns zur Verfügung stehen nicht unerschöpflich.

Für die FPÖ und für unsere Koalition steht im Mittelpunkt, und das sage ich so wie ich es meine, dass wir kommenden Generationen keine Lasten hinterlassen wollen unter denen sie zusammenbrechen, Lasten die sie dann nicht schultern können.

Das zentrale budgetpolitische Credo dieser rot-blauen Koalition heißt daher, Schulden abbauen, Haftungen abschmelzen und verantwortungsvoll wirtschaften. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Verantwortungslos wirtschaften? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Verantwortungslos? – Unruhe bei der ÖVP)*

Der Landesvoranschlag 2017 wird auch diesem Credo, meine Damen und Herren, gerecht. Mit den Mitteln, mit den Mitteln die uns zur Verfügung stehen, wollen wir das tun was notwendig und sinnvoll ist. Es ist egal ob es um Soziales geht, es ist egal ob es um die Familie geht, es ist egal ob es um die Gesundheit geht, es ist egal ob es um den Arbeitsmarkt geht, egal ob es um die Bildung geht, diese Ziele teilen wir alle, teilen auch alle Parteien.

Auffassungsunterschiede, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gibt es natürlich und gibt es aber lediglich, meiner Meinung nach, über die Wege zu diesen Zielen.

Keine nennenswerten Auffassungsunterschiede gibt es zwischen den Freiheitlichen und unserem Koalitionspartner der SPÖ, bei dem ich mich aufrichtig und herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken möchte.

Koalition, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt gemeinsam und gemeinsam beschließen wir auch heute das Budget 2017. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In all den Jahren im Landtag habe ich schon heftigere Auseinandersetzungen als gestern und heute erlebt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Wer war da in Opposition?)* Bei all den Differenzen die es zwischen den Parteien und den einzelnen Abgeordneten und der Regierung gibt, alle Debattenbeiträge blieben im Rahmen.

Und damit sehen wir auch, und sehe ich auch, dass es grundsätzlich zwischen uns, das Respekt vorherrscht und dass die zwischenmenschliche Ebene zwischen den 36 Mandataren und den sieben Regierungsmitgliedern allen ein Anliegen ist.

Eine Wahrnehmung die ich auch, muss ich sagen, auch heuer wieder gemacht habe ist, das die Organisation und der Ablauf dieser Budgetsitzung natürlich nicht bei allen auf Gegenliebe stößt. Ich verstehe das, wenn ich an gestern denke, zuschauerfreundlich ist vielleicht der Aufbau der Debatte insgesamt wirklich nicht und in den Nachtstunden gestern war zwischendurch schon der Zweifel, ob wir den Ansprüchen, die wir in Sachen Außenwirkung an uns stellen, tatsächlich gerecht werden.

Sie alle wissen oder viele von Ihnen wissen, dass in früheren Tagen der Budgetlandtag drei Tage, auf drei Tage ausgelegt war, später auf zwei Tage gekürzt wurde. Und niemand mag jetzt fürchten müssen, dass es eine weitere Reduzierung, das eine weitere Reduzierung die Daseinsberechtigung des Hohen Hauses in Frage stellen könnte.

Ich persönlich, meine Damen und Herren, denke nur daran, dass wir vielleicht darüber nachdenken müssen, über einen anderen Aufbau. Es wird vielleicht nicht einfach sein mit fünf verschiedenen, *(Beifall bei den GRÜNEN)* dank der verschiedenen Fraktionen wird es vielleicht nicht einfach.

Aber eines, als Dritte Präsidentin verspreche ich von hier, wir werden alle Vorschläge die von Ihnen kommen, versuchen in unsere Überlegungen ins Präsidium aufzunehmen. Ich danke schon im Voraus.

Abschließend, Herr Präsident! Hohes Haus! Ein arbeitsreiches und ein sehr intensives Jahr geht für den Landtag, zumindest nach außen hin, zu Ende. Ich persönlich bedanke mich im Namen meines Klubs für die gute Zusammenarbeit.

Ich wünsche allen hier im Hohen Haus, auch im Namen meines Klubs, einen etwas ruhigeren Jahresausklang, ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für 2017. Herzlichen Dank. *(Beifall der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Präsidentin. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Abgeordneter Mag. Sagartz. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Ja, die Zusammenfassung, meine Vorrednerin hat es erwähnt, hat ein wenig philosophischen Charakter.

Zumindest wenn ich mich erinnere, gerade an dieser Stelle und zu diesem Tagesordnungspunkt hat bei der SPÖ immer Dr. Manfred Moser gesprochen, der immer eingeleitet hat, wie oft er mittlerweile an den Budgetverhandlungen teilgenommen hat und der dann relativ sachlich und sehr philosophisch das behandelt hat.

Ich bin sicherlich nicht ein Philosoph, aber eines möchte ich schon anmerken, die vorher angesprochene Stimmung, Frau Präsidentin, ist schon etwas in Mitleidenschaft genommen, denn der Leidensdruck bei allen ist offensichtlich hoch. Auch ist die Geduld relativ gering und die Hemmschwelle, beleidigt zu sein und gleich emotional zu reagieren, ist natürlich dementsprechend gewachsen. Das möchte ich ganz allgemein anmerken und habe ich keiner einzelnen Person vorgeworfen.

Tatsache ist aber, dass es mittlerweile schon Usus geworden ist, dass Zwischenrufe auch schon hinter dem Rücken beim Hinein- und Hinausgehen einem Redner zugerufen werden, und dass das eine oder andere Mal die Sachlichkeit komplett außer Acht gelassen wird. Und da möchte ich ein einziges Beispiel nennen, das ich besonders interessant finde.

Kollege Hergovich und auch einige andere Kollegen haben heute und auch schon des Öfteren angemerkt, die ÖVP sei eine Fundamentalopposition. Ich habe mir daher angesehen, was könnte man darunter verstehen?

Ich habe eine Übersicht aller 18 Landtagssitzungen, inklusive der Sitzung vom 17. November gemacht, und ich möchte Ihnen nur sagen, dass wir 43 Gesetzesanträge hier gemeinsam behandelt haben.

Was glauben Sie, bei wie vielen Gesetzen der Hohe Landtag einer Meinung war? Da war der Herr Steier dabei, die Liste Burgenland, es waren die GRÜNEN dabei, die Blauen, die Schwarzen, die Roten. Alle waren sie einer Meinung bei 34 von 43 Gesetzen.

Das heißt, rein sachlich gesehen, wird man ja wohl kaum behaupten können, dass irgendwo die Opposition geschlossen oder eine Fraktion gegen etwas ist. Fundamentalopposition - na gut, dann kann man das sachlich eben nicht bewerten, dann muss man es vielleicht vom Wort her verstehen. Dann habe ich mir den Duden geholt und habe nachgesehen, was bedeuteten eigentlich beide Wörter?

Fundamental, gleichbedeutend mit fundamental - das sagt der Duden, und der Herr Hergovich zu uns, nicht der Christian Sagartz, bedeuten - wesentlich, wichtig, maßgeblich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So schaut‘s aus.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was bedeutet Opposition? Dieter Nohlen ein bekannter Politwissenschaftler sagte in seinem Lexikon der Politikwissenschaft: Opposition ist eine Auffassung, eine Auffassung, die im Gegensatz zur Politik einer Regierung steht. Das bedeutet weder die Wahrheit, das bedeutet weder die Unwahrheit, es ist eine Auffassung.

Was ich jetzt nicht verstehe ist, dass wenn wir anderer Auffassung sind, wie die Regierung, dass man dann derart emotional wird.

Und Herr Landesrat Bieler, Sie haben sich jetzt zum x-ten Mal gerechtfertigt und haben immer wieder dieselben Argumente ins Treffen geführt. *(Landesrat Helmut Bieler: Ja.)* Sie haben immer wieder dieselben Argumente gebracht. Und Sie haben immer wieder mit einem begonnen, Sie haben allen anderen, die nicht Ihrer Meinung waren, die Qualifikation abgesprochen.

Sehr geehrter Herr Landesrat, Sie haben eine fundierte Ausbildung als Lehrer, Sie haben jetzt Aufgaben in der Regierung. Der Abgeordnete Wolf hat eine Ausbildung zum Steuerberater, er hat eine Meinung und eine Aufgabe.

Ich möchte nicht, dass irgendjemand einem einzelnen Mandatar und schon gar nicht einem Mandatar der ÖVP abspricht, sich qualifiziert über ein einziges Kapitel, zu dem er spricht, zu äußern. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zusammenfassend: Ja, es ist die Wahrheit, es ist einfach nur fundamental die Wahrheit. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das war jetzt fundamental.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fordere von Ihnen einen Applaus ein, werte Kolleginnen und Kollegen von der freiheitlichen und der sozialdemokratischen Fraktion. Vor einem Jahr, im Jahr 2015 haben wir über die Budgetansätze für das laufende Jahr diskutiert. Wissen Sie bei wie vielen Budgetansätzen und Gruppen die ÖVP zugestimmt hat? Bei sieben von neun, und damals hat man nicht gesagt, das ist ein Beitrag der Opposition.

Was hat man damals gesagt? Übrigens das zweite Wort, das immer herumschwirrt - die Schmähparade.

Das heißt, egal was wir tun, ob wir im Gesamten sagen, wir sind dagegen, was übrigens dann ja auch die gesamte Opposition in der Folge machen wird, oder ob wir sagen, wir stimmen einzelnen Gruppen zu, recht ist es Ihnen nie. Einmal ist es die Fundamentalopposition, einmal ist es die Schmähparade.

Ich kann Ihnen nur sagen, wir haben ein klares Paket auf den Tisch gelegt. Wir haben gesagt, wir möchten mehr Einsatz für Landärzte. Wir möchten prüfen lassen, ich wiederhole - prüfen lassen, ob wir jetzt, wann auch immer, oder vielleicht schon längst aus den Zinstauschgeschäften aussteigen hätten müssen. Und wir wollten erreichen, dass die Landesumlage in ein Investitionspaket für Gemeinden zweckgebunden wird.

Das sind drei einfache Punkte. Sie haben uns signalisiert, das interessiert Sie nicht, deshalb stimmen wir dagegen - ganz einfach. *(Beifall bei der ÖVP)*

Schließen darf ich mit etwas Positivem, das ist mir auch ein Anliegen. Es gab Verhandlungen zum Gemeindepaket. Dieses Gemeindepaket wurde deshalb verhandelt, weil in vielen Bereichen eine Zweidrittelmehrheit notwendig war. Das zuständige Regierungsmitglied hat versucht, einen breiten Konsens zu erreichen.

Den erreicht man nicht nur zwischen Freiheitlichen und der SPÖ, dazu braucht man Kräfte der Opposition. Und es stimmt, es gab intensive Verhandlungen - jeder hat ein wenig zurückgesteckt, jeder hat die eine oder andere Idee wieder fallen gelassen und es gibt einen tragfähigen Kompromiss, dem alle zustimmen.

Trauriges Gegenbeispiel - zeitgleich geht es um eine andere Materie, da braucht man nicht die Opposition, da braucht man nur sogenannte Experten, die das Regierungsmitglied dafür selbst ausgesucht hat, das Jagdgesetz.

Ich möchte das jetzt gar nicht kommentieren, überlegen Sie sich, was ist passiert? Auf der einen Seite beschließen wir heute einen tragfähigen Kompromiss, fast einstimmig, auf der anderen Seite ist die Begutachtung abgeschlossen. Ich kenne noch nicht einmal den Inhalt dieses Gesetzes.

Das ist eben der Unterschied, binden Sie ein! Sagen Sie nicht nur, man kann Ideen äußern. Ich möchte keine Briefe schreiben, ich möchte zu Parteienverhandlungen eingeladen werden, mit Experten aus unseren Abgeordnetenreihen, die bei diesen

Themen mitreden und mitbestimmen können. Dann würden viel mehr Gesetze, auch bei so einem tragfähigen Kompromiss wie heute, gemeinsam beschlossen werden.

Und was ist noch möglich? In der Begutachtungsphase kam etwas herein, der Burgenländische Gemeindebund hat angemerkt, wir sollten in der Gemeindewahlordnung etwas ändern und anpassen, was uns allen ein Anliegen ist. Und siehe da, selbst wenn es noch fünf Minuten vor 12 ist, um es zeitmäßig zu sagen, geht ein gemeinsamer Kompromiss doch, wenn man will.

Das wäre mein Appell, das ist, wenn Sie wollen meine philosophische Zusammenfassung der heutigen und der gestrigen Budgetdebatte. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Herr Landtagspräsident Christian Illedits hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei intensive Tage liegen jetzt hinter uns, jetzt gilt es, wie meine Vorredner das auch schon getan haben, ein Resümee zu ziehen.

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2017 steht unter dem Motto: „Ziele gemeinsam erreichen“. In diesem Zusammenhang und von dem was ich in den zwei Tagen, aber auch jetzt noch gehört habe, verleitet mich dies zu einer Frage, die ich mir stelle und auch zu einer Feststellung für mich selbst.

Zum einen, für wen wir hier eigentlich Politik machen? Und die Feststellung, die ich für mich treffe - sicher nicht für die eigene Fraktion, sicher nicht gegen eine andere Partei und schon gar nicht im eigenen Interesse - Nein! Die Wähler haben uns ihre Stimme, ihr Vertrauen gegeben und geschenkt, damit wir unsere Stimme hier im Landtag für sie einsetzen, ähnlich verhält es sich aber dann auch mit den Finanzmitteln.

Und Emanuel Kant hat bereits im 18. Jahrhundert formuliert: Wenn wir die Ziele wollen, dann wollen wir auch die Mittel. Viele Ziele wurden heute, gestern hier benannt, die Mittel, nämlich das Budget, die fehlen noch.

Mit unseren Mandaten haben wir die politische und moralische Verpflichtung angenommen, verantwortungsvoll und nach bestem Wissen und Gewissen mit öffentlichen Geldern hauszuhalten, auf jene Art und Weise, die dem Allgemeinwohl maximal dienlich ist.

Wir müssen Ziele gemeinsam erreichen für die Burgenländerinnen und Burgenländer und letztlich auch mit deren, mit ihren Mitteln. Wir stehen im Dienste des Allgemeinwohls, besinnen wir uns daher auch auf unsere Verpflichtung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Budget ist ein politisches Bekenntnis, ein soziales Statement und ein stabiler Motor für den weiteren Aufwärtstrend unseres Landes. Ich zitiere aus der Budgetrede von Landesrat Helmut Bieler:

"Dass wir alle dieser Formulierung Glauben schenken dürfen, dafür stehen, in Folge der letzten Jahre ab 2015 gibt es im Burgenland keine Neuverschuldung mehr, mit 2016 begann der Schuldenabbau. Der Finanzplan sieht vor, dass wir kontinuierlich bis 2020 zwei Millionen Euro Schulden jährlich reduzieren und auch der außerordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2017 ist inklusive dieser Schuldentilgung ausgeglichen.“

Wichtig ist dieser Investitionsschwerpunkt, denn der bildet, wie ich denke, das Fundament und die Grundlage für ein finanzstabiles Jahr 2018. Das halte ich auch für den Kern dieses Voranschlages und es ist jetzt unsere Verantwortung gegenüber den uns nachfolgenden Generationen, langfristig wachstumsorientiert zu haushalten.

Denn nur wenn wir den Blick in die Zukunft richten, können wir soziale Ungleichheiten in Zeiten einer zunehmenden Arm-Reich-Schere assimilieren. Dafür ist das Budget das Steuerelement und dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Im Jahr 2017 wird die Investitionsquote mit 21,3 Prozent ein Rekordniveau erreichen.

235 Millionen Euro werden für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet, das ist ein Mehr von 2,4 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Ich erachte es als persönlich wertvoll und als politisch unabdingbar, dass ein Sozialschwerpunkt gesetzt wird. Noch nie wurde so viel Geld in Gesundheit und Soziales investiert wie in diesem Budget. Rund zwei Drittel aller Ausgaben entfallen im kommenden Jahr auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung.

Und seit September, das habe ich heute auch schon öfter gehört, sind die Arbeitslosenzahlen rückläufig und wir verzeichnen Rekordbeschäftigung und es ist das beste Novemberergebnis bei den Beschäftigten seit den Aufzeichnungen des Jahres 1945.

Der Landesvoranschlag 2017 ist insofern, wie Landesrat Bieler es formuliert hat, der stabile Motor für den weiteren Aufwärtstrend unseres Landes, dass wir diese Erfolge nachhaltig und langfristig sichern. Eine Investition in den Sozialbereich ist aber zugleich auch eine Investition in krisensichere Arbeitsplätze.

Das Schlagwort "Krise" weckte im Jahr 2016 zwangsläufig Assoziationen zur Migrationswelle und den damit verbundenen Folgekosten. Diese stellen hier in diesem Budget den einzigen ungenauen Faktor dar, doch auch diesem wird Rechnung getragen.

Ich möchte auch danken, dass es gemeinsam mit allen Ländervertretern Landesrat Helmut Bieler gelungen ist, diesen Finanzausgleich auszuhandeln, der im November paktiert wurde. Dieser erhöht schlussendlich die Finanzmittel des Burgenlandes ab 2017 jährlich um rund 5,2 Millionen Euro und kommt insbesondere strukturschwachen Gemeinden zugute. Und zusätzlich erhalten wir eine Einmalzahlung für die Flüchtlings- und Integrationskosten.

Herr Landesrat - Danke für diesen Einsatz und für dieses Ergebnis! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum Abschluss kommend, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, in Kürze liegt uns nun wohl die richtungsweisende Beschlussfassung des heurigen Jahres, nämlich die des Budgets vor.

Unter Führung von Landesrat Bieler und Finanzabteilungsvorstand Dr. Rauchbauer, wie wir ja gehört haben, war dies sein letztes Budget für das er federführend Verantwortung übernommen hat, wurde mit Bedacht abgewogen, wo es sinnvoll und notwendig ist, zu sparen und wo es sinnvoll und notwendig ist, zu investieren. Und zwar immer im Hinblick auf die Zukunft.

Das heißt auf die Arbeitsplätze der Burgenländerinnen und Burgenländer, auf künftige Wirtschaftsimpulse und Bildungsmöglichkeiten, auf die Absicherung der medizinischen Versorgung der Menschen im Burgenland und im Hinblick auf alles weitere, was die Burgenländerinnen und Burgenländer von uns erwarten wollen, können und dürfen.

Das Burgenland hat den Vorteil, als kleine Einheit besonders effizient wirtschaften zu können, tragen wir dem Rechnung. Der Voranschlag ist ein wichtiger Schritt, ein wichtiges Bekenntnis! Um es mit dem römischen Epiker Ovid zu sagen "Der Ausgang krönt das Vollbrachte". Ich ersuche Sie, Ihre Verpflichtung gegenüber dem Allgemeinwohl bei der Abstimmung im Hinterkopf zu behalten und diesem Budget zuzustimmen.

Wir werden dies sehr gerne tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Präsident. Zu Wort gemeldet hat sich der Finanzlandesrat Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Dankeschön, Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Wortmeldungen der Opposition bezüglich Transparenz und Übersicht erhebt sich für mich die Frage, ist es für die Abgeordneten zumutbar, sich aus dem Rechnungsabschluss, den sie vor 14 Tagen diskutiert und beschlossen haben und aus dem Landesvoranschlag, den sie heute beschließen, sich die Daten so zusammenzufassen, dass sie eine Gesamtübersicht über die finanzielle Lage und die Beteiligungen haben? Ich sage, ja, es ist zumutbar, weil es in ganz Österreich so gehandhabt wird, weil die VRV das auch sinnvollerweise so vorsieht.

Daher muss ich natürlich den Vorwurf der Intransparenz zurückweisen, weil wir ja die Daten haben, vielleicht nicht in einem Buch zusammengefasst, aber in mehreren, die Ihnen allen auch vorliegen.

Ich verstehe die Opposition, dass sie die Punkte und die realen Daten dieses Budgets nicht in den Vordergrund stellen. Diese Daten zum Beispiel sind: Wir haben eine Investitionsquote von 21,3 Prozent. 235 Millionen Euro werden für investitionsfördernde Maßnahmen investiert oder vergeben. Das sind um 2,4 Millionen Euro mehr. Die Arbeitslosigkeit sinkt, erstmals seit fünf Jahren! Wir bauen Schulden ab das zweite Jahr.

Wir haben ein Wirtschaftswachstum, das kumuliert über die letzten acht Jahre, am höchsten von allen ist, 3,7 Prozent seit 2007. Das hat kein Bundesland erreicht. Das Burgenland hat mit Oberösterreich, hier an zweiter Stelle, die höchste freie Finanzspitze in ganz Österreich, was ein Zeichen dafür ist, dass wir eine stabile Finanzsituation haben.

Und, was in der Diskussion der letzten beiden Tage etwas untergegangen ist, wir sind bereit und haben uns das ausverhandelt, dass wir 19 Millionen Euro in dieser Periode zusätzlich für die Kofinanzierung der ländlichen Entwicklung im außerordentlichen Budget bereitstellen. Ins Stammbuch geschrieben - für die Landwirtschaft, für die ländliche Entwicklung.

Das ist natürlich ein Punkt, den wir positiv sehen, auch wenn es viel Geld kostet, aber der für die ländliche Entwicklung im Burgenland relativ wichtig ist.

Und die Tatsache, dass wir für diese Finanzausgleichsperiode insgesamt ins Burgenland mehr als 90 Millionen Euro Mittel für die Gemeinden, für das Land hereingebracht haben, denke ich, ist ein herzeigbares Ergebnis, dass wir auch so sehen sollten.

Wir haben den Schwerpunkt ganz eindeutig auf Soziales gelegt und erstmals sind an die 500 Millionen Euro in diesem Bereich für Soziales und Gesundheit vorgesehen. Das ist tatsächlich ein soziales Bekenntnis dieser Regierung. Da können wir stolz sein, weil wir damit den Benachteiligsten, den Ärmsten dieses Landes hier gerecht mit den notwendigen Mitteln, mit den notwendigen Förderungen und Unterstützungen helfen können.

Dieses Budget ist eindeutig wachstumsorientiert, wenn ich an die Investitionsquote von 21,3 Prozent erinnern darf und gleichzeitig aber bauen wir Schulden ab, jedes Jahr zwei Millionen Euro. Das ist nachweisbar! Das kann man dann im Rechnungsabschluss nachlesen.

Das heißt, die Schuldenquote wird von heuer 24 Prozent auf 23 Prozent im Jahre 2017 sinken, auch ein herzeigbares Ergebnis.

Das Maastricht-Ergebnis, der Maastricht-Gesamtschuldenstand ist durchaus positiv zu sehen. Auch wenn man natürlich von der Opposition versucht, hier diese Maastricht-Schulden gleichzeitig oder gleichzusetzen mit dem Kern, dem Schuldenstand des Kernhaushaltes. Die ausgelagerten Schulden werden von den Beteiligungen direkt und selbst getragen.

Natürlich, wenn irgendetwas ausfällt, haftet sicher das Land dafür, weil es ja unser Eigentum ist, und weil wir dadurch bessere Konditionen für Darlehen und Haftungen bekommen. Auch da haben wir eine Milliarde weniger an Haftungen, was auch völlig untergegangen ist. Verstehe ich, dass die Opposition das nicht erwähnen wird. Ich werde es natürlich tun.

Daher können wir nicht zulassen, dass die Forderungen der Opposition, zum Beispiel von der ÖVP, in Höhe von 200 Millionen Euro zusätzlich auch nur angedacht werden können, weil das nicht im Rahmen dieser Möglichkeiten ist. Ist ja auch ganz klar.

Es ist nicht argumentierbar aus unserer Sicht und auch nicht umsetzbar. Wir sind starke Partner für die Gemeinden. Das lässt sich nachweisen. Auch wenn man dauernd sagt, man quält die Gemeinden.

Ich werde Ihnen beweisen, dass das nicht der Fall ist. Wir haben eine Transferquote von 74 Prozent Land, 26 Prozent Gemeinden. Bei der Krankenanstaltenfinanzierung bezahlen die Gemeinden zehn Prozent, das Land 90. Bei einem Abgang von 80 Millionen Euro würde das bedeuten, dass nicht acht Millionen von den Gemeinden bezahlt werden müsste, wenn wir 50:50 hätten wie sonst auch, sondern 40 Millionen Euro. Das ist eine Differenz von 32 Millionen Euro. Jetzt fordert die ÖVP die Zweckbindung der Landesumlage von 19 Millionen zusätzlich. Zusätzlich!

Daher kann ich nur sagen, wenn wir an diesem Rädchen der Transferquote drehen, dann muss ich das natürlich auch tun. Ist ja ganz klar. Daher haben die geschickten Gemeindevertreter, sowohl vom Gemeindebund als auch vom Gemeindevertreterverband gesagt, nein, wir wollen diese positive Transferquote von 74 Prozent und 26 Prozent Gemeinden beibehalten, weil wir damit zufrieden sind.

Ist ja ganz klar. Die sind ja realitätsnah und die wissen genau, sie können dabei nur draufzahlen. Es geht nicht anders. Dabei müssen die Gemeinden nichts für die Kofinanzierung der EU-Projekte dazuzahlen. Müssen nichts für den öffentlichen Verkehr dazuzahlen! Na ist ja klar. Die Projekte betreffen auch die Gemeinden. Aber sie müssen nicht dazuzahlen! *(Abg. Mag. Johann Steindl: Das wäre ja noch schöner!)*

Das Budget 2017, und das tut natürlich der ÖVP besonders weh, das verstehe ich, ist kein Proporzbudget mehr, sondern ein Reformbudget. Das ist ganz klar, dass das weh tut, aber Ihr seid nunmehr nicht in der Regierung. Selber schuld. Daher gibt es auch andere Schwerpunkte und andere Initiativen. Ich möchte mich wirklich für die sachlichen Diskussionen der Opposition bedanken. Auch für manche Zustimmungen. Herzlichen Dank dafür.

Ich möchte mich aber ganz besonders für die Aufrichtigkeit und die Handschlagqualität der Opposition und dieser Regierung bedanken. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wie ist die Handschlagqualität überhaupt?)* Das ist etwas, was wirklich gut funktioniert und was auch dazu führt, dass die Regierungsarbeit, die Landtagsarbeit sehr, sehr gut dargestellt werden kann und auch gut funktioniert. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir dürfen nie vergessen, für wen wir das tun. Ich habe es in meiner Budgetrede gesagt. Für die Menschen dieses Landes. Für diejenigen, die uns nicht nur die Stimme gegeben haben, sondern auch die Mittel aus den Steuern zur Verfügung stellen, damit wir das alles tun können. Dafür arbeiten wir und das wollen wir auch in Zukunft so tun und ich möchte um Ihre Mitarbeit und um Ihre Ideen und Ihre Energie bitten.

Herzlichen Dank dafür. Alles Gute für dieses Jahr. Einen guten Rutsch, Gesundheit im nächsten Jahr. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Da jetzt niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 7 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 7 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Gruppe 8.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 8 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 8 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gruppe 9.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 9 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 9 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den ordentlichen Landesvoranschlag als Ganzes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem ordentlichen Landesvoranschlag für das Jahr 2017 als Ganzes zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der ordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2017 ist somit mehrheitlich angenommen.

VI. Teil

Außerordentlicher Voranschlag

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Beratung des VI. Teiles des Voranschlages. Er umfasst den außerordentlichen Landesvoranschlag für das Jahr 2017.

Das Wort hat Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Für die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, sind Einnahmen in der Höhe von 7.131.300 Euro und Ausgaben von 33.981.300 Euro vorgesehen.

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, sieht im außerordentlichen Haushalt Einnahmen von 26.350.000 Euro vor.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, und der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, die unveränderte Annahme zu erteilen.

Ich stelle den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 7 und 9 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Da bekanntlich zum außerordentlichen Landesvoranschlag schon im Rahmen der bisherigen Beratung Stellung genommen wurde, ist zu diesem Beratungsteil niemand zu Wort gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem außerordentlichen Landesvoranschlag für das Jahr 2017 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der außerordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2017 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag als Ganzes abstimmen und ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag für das Jahr 2017 als Ganzes zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der ordentliche und außerordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2017 ist somit mehrheitlich angenommen.

VII. Teil

Stellenplan des Landes

VIII. Teil

Sondervoranschläge der Fonds

IX. Teil

Stellenplan der Landeslehrer

Präsident Christian Illedits: Da zum VII., VIII. und IX. Beratungsteil des Landesvoranschlages, dem Stellenplan des Landes, den Sondervoranschlägen der Fonds und dem Stellenplan der Landeslehrer keine Wortmeldungen vorliegen, schlage ich eine gemeinsame Berichterstattung und eine gesonderte Abstimmung über diese Beratungsteile vor.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Ich bitte nun wieder den Herrn Generalberichterstatter, Abgeordneten Mag. Drobits um seinen Bericht zum VII., VIII. und IX. Teil des Landesvoranschlages.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Stellenplan des Landes für das Verwaltungsjahr 2017 liegt dem Hohen Haus vor und ist den Damen und Herren Abgeordneten bekannt.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme des Stellenplanes des Landes für das Verwaltungsjahr 2017 empfehlen.

Ich stelle den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Stellenplan des Landes für das Verwaltungsjahr 2017 unverändert anzunehmen.

Die Voranschläge der Fonds sehen Einnahmen und Ausgaben von je 254.500 Euro vor. Die Fonds sind ausgeglichen veranschlagt. Die Voranschläge der Fonds liegen dem Hohen Haus vor und sind den Damen und Herren Abgeordneten bekannt.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme der Voranschläge der Fonds empfehlen.

Ich stelle daher wiederum den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Voranschläge der Fonds unverändert anzunehmen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Stellenplan der Landeslehrer und Landeslehrerinnen für das Verwaltungsjahr 2017 mit der Zahl der Planstellen der Planstellen der Verwendungsgruppen beziehungsweise Entlohnungsgruppen ist dem Hohen Haus ebenfalls bekannt.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme des Stellenplanes der Landeslehrer und Landeslehrerinnen empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Stellenplan der LandeslehrerInnen für das Schuljahr 2016/2017 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Generalberichterstatter. Ich lasse vorerst über den Stellenplan des Landes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Stellenplan des Landes in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Stellenplan des Landes ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Abgeordneten, die den Sondervoranschlägen der Fonds in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Sondervoranschläge der Fonds sind somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den Stellenplan der Landeslehrer abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Stellenplan der Landeslehrer in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. -

Der Stellenplan der Landeslehrer ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Durchführungsbeschluss

Präsident Christian Illedits: Der Herr Generalberichterstatter hat nunmehr das Wort zum Durchführungsbeschluss.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Da alle Gruppen der Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017 unverändert angenommen wurden, ergibt sich auch für den Durchführungsbeschluss keine Änderung oder Ergänzung.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich den Durchführungsbeschluss zum Landesvoranschlag für das Jahr 2017 unverändert anzunehmen.

Ich stelle den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Durchführungsbeschluss zum Landesvoranschlag für das Jahr 2017 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Generalberichterstatter. Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Von meiner Fraktion bringen wir einen Abänderungsantrag ein, der allen Fraktionsvorsitzenden zugekommen ist und reduziere mich auf das Vorlesen der Beschlussformel.

Der Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017, Zahl 21 – 470, wird wie folgt geändert:

Punkt 8. Bedeckung des Abganges wird wie folgt geändert:

Punkt 8.3. Darlehens- und Anleihenbegleitgeschäfte entfällt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A. übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Durchführungsbeschluss. Zum Durchführungsbeschluss liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Wolf eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Wolf eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Durchführungsbeschluss in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Durchführungsbeschluss zum Landesvoranschlag für das Jahr 2017 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 659), mit dem der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird (Zahl 21 - 471) (Beilage 666)

Präsident Christian Illedits: Zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 30 liegen keine Wortmeldungen vor, da bereits in der Debatte über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017 dazu Stellung genommen wurde. Ausgenommen sind jene Wortmeldungen mit denen ein Abänderungsantrag eingebracht wird.

Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 659, mit dem der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird, Zahl 21 - 471, Beilage 666, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird, in seiner 3. Sitzung, am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Gemäß § 41 Abs. 2 GeOLT wurde beschlossen, Frau OAR Ursula Fercsak, Abteilung 3, die von Landesrat Bieler den Beratungen beigezogen wurde, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 wird zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 wird somit mehrheitlich zugestimmt.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsauschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 652) über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung (Burgenländische Gemeinderechts-Sammelnovelle) (Zahl 21 - 464) (Beilage 667)

Präsident Christian Illedits: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsauschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 652, über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung, Zahl 21 - 464, Beilage 667.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Klaudia Friedl: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung (Burgenländische Gemeinderechts-Sammelnovelle), in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich darf diesbezüglich einen Abänderungsantrag einbringen, der allen Parteien bekannt ist.

Der Landtag hat folgendes zu beschließen:

In Artikel 4 Änderung der Gemeindewahlordnung 1992 wird eine Zeile 1a hinzugefügt.

1a § 4 Abs. 4 lautet:

Die Mitglieder der Wahlbehörden dürfen nur einer Wahlbehörde angehören, ausgenommen davon sind die Mitglieder der Sonderwahlbehörde nach § 8 Abs. 1 Z 2. Diese dürfen am Wahltag auch einer anderen Wahlbehörde angehören.

Die Erläuterungen zu Artikel 4 werden wie folgt ergänzt. Zu Z 1a § 4a Abs. b: Durch diese Bestimmung wird klargestellt, dass die Mitglieder der Sonderwahlbehörde für den zweiten Wahltag am Wahltag auch einer anderen Wahlbehörde angehören dürfen. Gemeinden mit mehreren Ortverwaltungsteilen würden eine große Anzahl von Mitgliedern der Sonderwahlbehörde für den zweiten Wahltag benötigen.

Gemäß § 4 Abs. 4 Gemeindewahlordnung 1992 hätte dies zur Folge, dass diese Mitglieder der Sonderwahlbehörde für den zweiten Wahltag am Wahltag nicht als Mitglieder der Sprengel- beziehungsweise der Gemeindewahlbehörden fungieren könnten. Es könnte daher in Gemeinden mit mehreren Ortsverwaltungsteilen zu Engpässen bei der Besetzung der Wahlbehörden kommen. *(Abg. Klaudia Friedl übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ich habe ja schon gestern gesagt, dass ich mich bei dem Punkt kurz halte, weil ich heute dazu spreche, aus einem sehr nachvollziehbaren Grund. Ich halte diesen Tagesordnungspunkt und dieses Gemeinderechtspaket für so einen wesentlichen Schritt, dass ich es schade finde, wenn wir jetzt nur so schnell durchwinken und ich schon noch einige Sachen hier dazu sagen möchte.

Vor allem auch vor dem Hintergrund, dass wir ja nächstes Jahr Gemeinderatswahlen haben und sicher etliche Frauen und Männer vielleicht auch Jugendliche noch zuschauen und sich überlegen, was bringt es eigentlich, hier mitzuarbeiten. *(Abg. Manfred Kölly: Muss ja keiner zuhören!)*

Das muss man schon sagen, dieses Gemeindepaket und gerade die Gemeindeordnung zeigt eine gute Ausgewogenheit zwischen der Handlungsmöglichkeit der Gemeinden und der Handlungsmöglichkeit der Aufsichtsbehörden. Da braucht es immer eine gute Balance, damit die Arbeit stimmt. Es gibt eine klare Aufwertung der Oppositionsarbeit und eine Erweiterung der Möglichkeit auch zur Mitarbeit von kleinen Fraktionen.

Es gibt die Möglichkeit jetzt mehr zu arbeiten, auch für Mitglieder kleinerer Fraktionen, das ist sehr schön. Weil sie haben die Möglichkeiten in Ausschüssen mitzuwirken. Auch wenn sie dort kein Stimmrecht haben, aber wir wissen ja, dass es anders als hier im Landtag ist, dass in Ausschüssen, in Gemeinden, durchaus sehr intensiv diskutiert wird und eine gemeinsame Meinungsbildung dort stattfindet. Das ist sehr schön und bringt mehr Möglichkeiten, wenn hier mehr Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mitarbeiten können.

Auch zur Planbarkeit von Gemeinderatssitzungen wurde ein wesentlicher Schritt gegangen. Der schaut klein aus und mag für manchen Bürgermeister und Bürgermeisterin vielleicht eine große Aufgabe sein, aber sich bereits am Ende einer Sitzung mit einer Vorschau auf die Nächste zu befassen, macht die Möglichkeit der Vorbereitung wesentlich

leichter. Eine wesentliche Neuerung ist auch folgende: Dass jede Gemeinderatsfraktion die Möglichkeit hat, einen Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung zu erbitten. Der Bürgermeister, die Bürgermeisterin, muss das dann auch tun.

Das heißt, man hat die Möglichkeit, auch wenn man nicht der Mehrheitspartei angehört, eigene Themen einzubringen und diskutieren zu lassen. Wie auch immer dann darüber abgestimmt wird. Das ist etwas, das kennen wir aus Eisenstadt schon ein wenig, aber dazu komme ich dann später. Hier gibt es ja noch unterschiedliche Regelungen.

Auch wesentlich praktikabler ist die jetzige Regelung zur Akteneinsicht, weil das Ausfertigen von Kopien möglich ist. Wir müssen ja auch bedenken, wir haben gerade in Fraktionen, die nicht so reich bestückt sind, viele Menschen, die nicht in dem Ort arbeiten, wo sie im Gemeinderat sitzen und können nicht jederzeit zu Amtsöffnungszeiten da sein. Das ist schon gut, wenn man Unterlagen auch in Kopien mitnehmen kann und zuhause vorbereiten kann.

Ich kenne das von unseren eigenen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die oft gejammert haben, dass sie keine Möglichkeit hätten, sich gut vorzubereiten. Sie hätten gerne die Akten studiert, um gut abstimmen zu können, um gut mitreden zu können. Für manche BürgermeisterIn war es vielleicht schon logisch und wir haben hier auch welche sitzen, die vielleicht anders arbeiten. Ich habe aber etliche Berichte, wo sehr viel Zurückweisung da war. Durch diese Gemeindeordnung ist jetzt klar geregelt, dass diese Zurückweisung nicht mehr erlaubt ist.

Zur Frage der Ordnungsstrafen denke ich ähnlich wie die Kollegin Friedl. Es geht nicht darum, jemanden anzuschwärzen. Es geht darum, dass gerade all jene - und das ist die überwiegende Mehrzahl - die sehr redlich und ordentlich und den Regeln gemäß arbeiten, auch sich darauf verlassen können, dass Kolleginnen und Kollegen, die das nicht tun, dann auch gemahnt werden und irgendwann einmal auch zur Verantwortung gezogen werden.

Das ist etwas, das ist nicht böse, sondern das ist ein klarer Hinweis für all jene, die es sich bis jetzt vielleicht ein bisschen leicht gemacht haben. Auch die gibt es, hat es gegeben und wird es hoffentlich in Zukunft immer weniger geben.

Möglich sind jetzt auch akustische Aufzeichnungen. Das wirkt so klein, ist aber schon einmal sehr gut für jene, die nach einer Gemeinderatssitzung große Meinungsverschiedenheiten darüber haben, was den eigentlich in einer Gemeinderatssitzung gesprochen wurde. Schade finde ich, dass es nicht die Möglichkeit gibt, auch Videoaufnahmen zu machen, weil man dann nachher noch besser damit arbeiten könnte.

Aber das war aus verschiedenen Gründen, die uns die JuristInnen erläutert haben, nicht möglich. Dass manchmal eine Videokamera die Disziplin bei einer Sitzung erhöht, kommt ja auch vor.

Auf einen kleinen Punkt, oder großen Punkt, aber für viele hier kleinen Punkt möchte ich noch eingehen. Es ist ja auch so, dass das Stadtrecht der Freistadt Eisenstadt und der Freistadt Rust hier angepasst wird. Wir werden diesmal synchronisiert sein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht ganz!)* Es ist nur interessant, es gibt eine Ausnahme.

Im § 17 der Gemeindeordnung ist nämlich geregelt, der Gemeindevorstand besteht aus dem Bürgermeister/Bürgermeisterin, einem oder zwei Vizebürgermeistern und den übrigen Gemeindevorstandsmitgliedern. In der neuen Ordnung haben wir aber drinnen, dass der Gemeinderat in seiner ersten, in seiner konstituierenden Sitzung, festlegen kann, ob es einen oder zwei Vizebürgermeister gibt.

Hier in dem Punkt gibt es keine Anpassung. *(Abg. Robert Hergovich: Wir haben keine Änderung gehabt!)* Nein, das war schon so. In allen Gemeinden ist es so. Aber in dem Punkt - das ist schon etwas, was so leicht mitrutscht - in *(Abg. Robert Hergovich: Es hat keine Änderung gegeben!)* dem Punkt ist es so, dass sich die SPÖ offensichtlich irgendwie ausverhandelt hat, dass in Eisenstadt, da kenne ich mich besser aus, in Rust bin ich nicht selber im Gemeinderat, in Eisenstadt ganz sicher zwei Vizebürgermeister sind.

Weil hier ist es nicht möglich, dass wir in der konstituierenden Sitzung als Gemeinderat darüber abstimmen, ob wir einen oder zwei Vizebürgermeister haben. Aber vielleicht können wir das noch nachbessern, dann wäre die Synchronisierung perfekt. *(Abg. Manfred Kölly: Ist das jetzt ein Abänderer?)*

Ich wünsche uns allen eine gute Zusammenarbeit. Ich wünsche uns allen eine ersprießliche und sehr lebendige Arbeit in den Gemeinderäten. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: So. Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Da dieser Gesetzentwurf Verfassungsbestimmungen enthält, ist eine Beschlussfassung hinsichtlich dieser Bestimmungen nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen möglich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl beantragten Abänderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung ist somit mit den beantragten Abänderungen in zweiter Lesung mehrheitlich und hinsichtlich der Verfassungsbestimmungen mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf so wie in zweiter Leistung beschlossen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung ist somit mit den beantragten Abänderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich und hinsichtlich der Verfassungsbestimmungen mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 651), mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 463) (Beilage 668)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 6. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 651, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, Zahl 21 - 463, Beilage 668.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Schnecker.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das bezeichnete Gemeindebedienstetengesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine weitere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 649), mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird (Zahl 21 - 461) (Beilage 669)

Präsident Christian Illedits: Wir gelangen nun zur Behandlung des 7. Punktes der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 649, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, Zahl 21 - 461, Beilage 669.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, in seiner 15. Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, ist somit in 2. Lesung mehrheitlich angenommen.

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesanitätsgesetz 1971 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 648), mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 460) (Beilage 670)

Präsident Christian Illedits: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 648, mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 460, Beilage 670.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kovacs.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich bringe zum gegenständlichen Gesetzentwurf einen Abänderungsantrag ein.

Die Regierungsvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 460), wird wie folgt geändert:

Z 30 wird wie folgt geändert:

30. Nach § 7 erster Satz werden folgende Sätze eingefügt:

„Der Kulturbericht hat für das Berichtsjahr außerdem die Jahresabschlüsse der Kultur-Service Burgenlang GmbH, der KB-Kultur-Betriebe-Burgenland GmbH und der dort eingegliederten Kulturbetriebe zu enthalten. Die Landesregierung hat diesen Bericht dem Landtag umgehend zur Kenntnis zu bringen.“ *(Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Steindl eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Steindl eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf, so wie vom Herrn Berichterstatter beantragt, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten. Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Kulturförderungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 648), mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 465) (Beilage 671)

Präsident Christian Illedits: Berichterstatter zum 9. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 648, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 465, Beilage 671, ist Herr Landtagsabgeordneter Schnecker.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Abänderungen in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird, ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Abänderungen auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

10. Punkt: Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 650), mit dem der Bericht über die Wirtschaftsförderung des Landes im Jahre 2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 462) (Beilage 672)

Präsident Christian Illedits: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 650, mit dem der Bericht über die Wirtschaftsförderung des Landes im Jahre 2015 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 462, Beilage 672.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Géza Molnár: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Bericht über die Wirtschaftsförderung des Landes im Jahre 2015 zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht über die Wirtschaftsförderung des Landes im Jahre 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht über die Wirtschaftsförderung des Landes im Jahre 2015 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

11. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 643), mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 455) (Beilage 673)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 11. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 643, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 455, Beilage 673.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht 2014/2015 der Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

12. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 632), mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2015 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 453) (Beilage 674)

Präsident Christian Illedits: Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 632, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2015 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 453, Beilage 674.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2015 zur Kenntnis genommen wird, in seiner 15. Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin.

Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2015 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

13. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 644)

betreffend EU-Finanzbericht 2014 (Zahl 21 - 456) (Beilage 675)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 13. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 644, betreffend EU-Finanzbericht 2014, Zahl 21 - 456, Beilage 675, wird Herr Landtagsabgeordneter Hergovich vornehmen.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2014 in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2014 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

14. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 646) betreffend Landes-EDV, Beschaffung und Implementierung von Individualsoftware 2010-2015 (Zahl 21 - 458) (Beilage 676)

Präsident Christian Illedits: Der 14. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 646, betreffend Landes-EDV, Beschaffung und Implementierung von Individualsoftware 2010-2015, Zahl 21 - 458, Beilage 676.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Markus Ulram: Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Landes-EDV, Beschaffung und Implementierung von Individualsoftware 2010-2015 in seiner 6. Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Landes-EDV, Beschaffung und Implementierung von Individualsoftware 2010-2015, zur Kenntnis nehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Landes-EDV, Beschaffung und Implementierung von Individualsoftware 2010-2015 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

15. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 654), mit dem der Gesamtbericht des Jugend-Landtages zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 466) (Beilage 677)

Präsident Christian Illedits: Der 15. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses, Beilage 654, mit dem der Gesamtbericht des Jugend-Landtages zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 466, Beilage 677.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses, mit dem der Gesamtbericht des Jugend-Landtages zur Kenntnis genommen wird, in seiner 15. Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses, mit dem der Gesamtbericht des Jugend-Landtages zur Kenntnis genommen wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesamtbericht des Jugend-Landtages vom 10. November 2016 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

16. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 459) betreffend eine umfangreiche Informations-, Anreiz- und Förderoffensive der Burgenländischen Landesregierung zur Bekämpfung des drohenden Technikermangels im Burgenland (Zahl 21 - 319) (Beilage 678)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 16. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 459, betreffend eine umfangreiche Informations-, Anreiz- und Förderoffensive der Burgenländischen Landesregierung zur Bekämpfung des drohenden Technikermangels im Burgenland, Zahl 21 - 319, Beilage 678.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend eine umfangreiche Informations-, Anreiz- und Förderoffensive der Burgenländischen Landesregierung zur Bekämpfung des drohenden Technikermangels im Burgenland in ihrer 12. und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde in der 12. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend eine umfangreiche Informations-, Anreiz- und Förderoffensive der Burgenländischen Landesregierung zur Bekämpfung des drohenden Technikermangels im Burgenland unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Ausbildung von Technikern ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

17. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 505) betreffend Ausbau und Verlängerung der S31 bis Oberwart (Zahl 21 - 353) (Beilage 679)

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö um ihren Bericht zum 17. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 505, betreffend Ausbau und Verlängerung der S31 bis Oberwart, Zahl 21 - 353, Beilage 679.

Bitte Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau und Verlängerung der S31 bis Oberwart in ihrer 13. und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde in der 13. Sitzung zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau und Verlängerung der S31 bis Oberwart unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke für Ihren Bericht.

Da keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterinnen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend S31 ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

18. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 506) betreffend Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31 (Zahl 21 - 354) (Beilage 680)

Präsident Christian Illedits: Der 18. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 506, betreffend Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31, Zahl 21 - 354, Beilage 680.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

Bitte Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31 in ihrer 13. Sitzung und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde in der 13. Sitzung zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31 unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke für Frau Berichterstatterin.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend S31 ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

19. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 562) betreffend Einführung des „Burgenländischen Erziehungsgeldes“ (Zahl 21 - 391) (Beilage 681)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 19. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 562, betreffend Einführung des „Burgenländischen Erziehungsgeldes“, Zahl 21 - 391, Beilage 681.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Edith Sack: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung des „Burgenländischen Erziehungsgeldes“ in ihrer 13. Sitzung und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung des „Burgenländischen Erziehungsgeldes“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke für Frau Berichterstatterin.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Familienförderung im Burgenland ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

20. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 602) betreffend kostenfreie Museumsbesuche für junge Menschen im Burgenland (Zahl 21 - 423) (Beilage 682)

Präsident Christian Illedits: Der 20. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 602, betreffend

kostenfreie Museumsbesuche für junge Menschen im Burgenland, Zahl 21 - 423, Beilage 682.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Patrik Fazekas: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend kostenfreie Museumsbesuche für junge Menschen im Burgenland, in ihrer 14. und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend kostenfreie Museumsbesuche für junge Menschen im Burgenland unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kovacs beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter, Sie sind am Wort.

Berichterstatter Patrik Fazekas: Ich darf einen Abänderungsantrag einbringen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert:

1. Burgenländische Jugendliche bis zur Vollendung des 19. Lebensjahres freien Eintritt in Museen und Kultureinrichtungen, die vom Land Burgenland betrieben werden, zu ermöglichen.
2. Den freien Zugang für Jugendliche auf Kultureinrichtungen, die von Privatpersonen, Städten oder Gemeinden betrieben werden, auszuweiten und die anfallenden Kosten für die Betreiber aus Budgetmitteln des Landes Burgenland abzudecken.
3. In Abstimmung mit den Verkehrsverbünden eine kostenlose Anreise für Jugendliche zu burgenländischen Kultureinrichtungen zu ermöglichen.
4. Die Freifahrt für Museumsbesuche auf Exkursionen im Rahmen des Schulunterrichtes auszuweiten. *(Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 2 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend leistbare Museumsbesuche ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

21. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 603) betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen (Zahl 21 - 424) (Beilage 683)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 21. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 603, betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen, Zahl 21 - 424, Beilage 683.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Patrik Fazekas: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen in ihrer 14. und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen und unter Einbezug der von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke für Ihren Bericht. Sie sind wieder am Wort.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Ich darf einen Abänderungsantrag einbringen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert:

1. Eine eigene Förderschiene für Schulprojekte zu entwickeln, die sich mit der Europabildung innerhalb der Schule auseinandersetzt.

2. Die finanzielle Unterstützung von Austauschprogrammen und Schulbesuchen im Ausland für Lehrlinge und Schüler auszubauen.

3. Analog zu Förderung der Durchführung von Schulschikursen auch Bildungsreisen zu den EU-Institutionen oder Straßburg finanziell zu unterstützen, um so die Europäische Union erlebbarer und greifbarer zu machen. *(Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend „Europa für junge Menschen im Burgenland weiterhin greifbar machen“ ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

22. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 604) betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in der Schule (Zahl 21 - 425) (Beilage 684)

Präsident Christian Illedits: Der 22. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 604, betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in der Schule, Zahl 21 - 425, Beilage 684.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in der Schule in ihrer 14. und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in der Schule unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Klubobmann. Eine Wortmeldung liegt vor. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Steiner.

Bitte.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ich möchte zum gegenständlichen Antrag einen Abänderungsantrag einbringen und darf die Beschlussformel verlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten,

- das bestehende Schulfach „Berufsorientierung“ in der dritten und/oder vierten Klasse der Neuen Mittelschulen zu einem Schulfach „Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis“ mit zumindest jeweils einer Wochenstunde in der dritten und vierten Klasse auszudehnen und
- auch in der dritten und vierten Klasse der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS), ein Schulfach „Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis“ mit ebenfalls zumindest einer Wochenstunde verpflichtend einzuführen. *(Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Steiner eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Berufsorientierung an Schulen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

23. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 656) betreffend Vergabe von Stipendien an Medizin-Studenten (Zahl 21 - 468) (Beilage 685)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung über den 23. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsauschusses über den selbstständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 656, betreffend Vergabe von Stipendien an Medizin-Studenten Zahl, 21 – 468, Beilage 685, wird vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA vorgenommen.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vergabe von Stipendien an Medizin-Studenten, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vergabe von Stipendien an Medizin-Studenten, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Ich darf zum gegenständlichen Antrag einen Abänderungsantrag einbringen und die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ein Stipendiensystem für Burgenländische Medizin-Studenten zu schaffen. Die Vergabe dieser Stipendien an angehende Mediziner wird an die Verpflichtung gekoppelt, nach Abschluss des Studiums für einen bestimmten Zeitraum im Burgenland als Arzt tätig zu sein. *(Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zu Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Georg Rosner eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Georg Rosner eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dies ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Ärzteausbildung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

24. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 616) betreffend „GIS-Gebühren abschaffen - NEIN zu ORF Zwangsgebühren“ (Zahl 21 – 254) (Beilage 687)

Präsident Christian Illedits: Der 24. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 616, betreffend „GIS-Gebühren abschaffen - NEIN zu ORF Zwangsgebühren“, Zahl 21 – 437, Beilage 686.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Géza Molnár (FPÖ): Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „GIS-Gebühren abschaffen - NEIN zu ORF-Zwangsgebühren“, in ihrer 14. und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde in der 14. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „GIS-Gebühren abschaffen - NEIN zu ORF-Zwangsgebühren“, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Da keine Wortmeldung vorliegt. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wortmeldung!)*

Bitte Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke, ganz kurz. Wir haben das von Anfang an angekündigt und der zweite Landtagspräsident hat uns das auch zugesagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich will nur kurz erklären, warum wir gegen die Abschaffung der Zwangsgebühren sind. Beim ORF kann man nicht alles in einen Topf hauen. Es gibt sicher Sachen, die nicht in Ordnung sind, aber ein Sender, wie Ö1 zum Beispiel, ich weiß nicht ob Du oder Ihr als LBL den kennt. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Ich finde, dem kann man die Gebühr nicht entziehen. *(Allgemeine Unruhe)* Naja, entschuldige, wenn man alles in einen Topf haut. Zweitens, viele Sendungen, wie das Weltjournal zum Beispiel, haben ein sehr hohes Niveau und sind sehr wichtig.

Ich finde auch und ich weiß, dass dieses Sendematerial viele Lehrkräfte auch im Unterricht verwenden. Viele Sendungen des ORF sind sehr wichtig und sollten bestehen bleiben. Das wird schwierig gehen, wenn man das anders finanziert, als es jetzt ist.

Es gibt für jene Menschen, die sich das schwer oder gar nicht leisten können, eine Fördergeschichte. Man kann sich hier die Rundfunkgebühren ersetzen lassen. Ich sehe also keinen Grund, warum man das abschaffen soll. Das war es auch schon. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: So, danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend ORF ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

25. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 374) betreffend Änderung der Verordnung vom 20. Juli 2007 über Beschränkungen der Schifffahrt auf burgenländischen Seen geändert wird (Zahl 21 - 254) (Beilage 687)

Präsident Christian Illedits: Berichterstatterin zum 25. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneter Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 374, betreffend Änderung der Verordnung vom 20. Juli 2007 über Beschränkungen der Schifffahrt auf burgenländischen Seen geändert wird, Zahl 21 - 254, Beilage 687, ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

Bitte um Ihren Bericht Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung der Verordnung vom 20. Juli 2007 über Beschränkungen der Schifffahrt auf burgenländischen Seen geändert wird, in seiner 09. und abschließend in seiner 15. Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde in der 15. Sitzung zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung der Verordnung vom 20. Juli 2007 über Beschränkungen der Schifffahrt auf burgenländischen Seen geändert wird, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Es liegen keine Wortmeldungen vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Anpassung der Regelungen über die Schifffahrt auf burgenländischen Seen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung einstimmig gefasst.

26. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 458) betreffend Maßnahmen gegen Fachärztemangel im Burgenland (Zahl 21 - 318) (Beilage 688)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 26. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 458, betreffend Maßnahmen gegen Fachärztemangel im Burgenland, Zahl 21 - 318, Beilage 688.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Manfred Haidinger: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Fachärztemangel im Burgenland, in ihrer 08. Sitzung und abschließend in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde in der 08. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Fachärztemangel im Burgenland, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Es liegen keine Wortmeldungen vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Ärzteausbildung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

27. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 368) betreffend der Zinstauschgeschäfte des Landes Burgenland (Zahl 21 - 248) (Beilage 689)

Präsident Christian Illedits: Der 27. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 368, betreffend der Zinstauschgeschäfte des Landes Burgenland, Zahl 21 – 248, Beilage 689.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Zinstauschgeschäfte des Landes Burgenland in ihrer 09. und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde in der 09. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Zinstauschgeschäfte des Landes Burgenland, unter Einbeziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Es liegen keine Wortemeldungen vor, wir kommen daher zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Zinsabsicherung des Landes ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

28. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 657) betreffend kostenfreien Spitalsaufenthalt von Kindern (Zahl 21 - 469) (Beilage 690)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 28. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 657, betreffend kostenfreien Spitalsaufenthalt von Kindern, Zahl 21 - 469, Beilage 690, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA vornehmen.

Bitte Herr Klubobmann.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend kostenfreien Spitalsaufenthalt von Kindern, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Kovacs stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Kovacs gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend kostenfreien Spitalsaufenthalt von Kindern, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kovacs beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Da keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Selbstbehalte für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr bei stationären Krankenhausaufenthalten ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

29. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 642) betreffend Stopp des Ausbaus der Autobahn A3 (Zahl 21 - 454) (Beilage 691)

Präsident Christian Illedits: Der 29. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 642, betreffend Stopp des Ausbaues der Autobahn A3, Zahl 21 - 454, Beilage 691.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp des Ausbaus der Autobahn A3, in seiner 15. Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp des Ausbaus der Autobahn A3, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dieser Abänderungsantrag ist leider ein bisschen ein Eiertanz, weil nicht klar deklariert wird, das die antragsstellenden Parteien oder die gegenantragsstellenden, abänderungsantragsstellenden Parteien für oder gegen den Ausbau der A3 sind, obwohl wir eigentlich nach den politischen Wortmeldungen uns schon unseren Reim darauf machen können.

Es wird aber auch auf die Gemeinde gehört werden. Ja, das ist schon gut, natürlich sollen wir auf die Gemeinden hören, aber dieses eigentlich sich nicht klar deklarieren und durch einen irgendwie eingebrachten Abänderungsantrag das Anliegen des ursprünglichen Antrags nicht wirklich angreifen zu müssen, ist eine Art der Abänderung, die wir wirklich nicht goutieren können.

Deswegen werden wir auch dagegen stimmen, wiewohl wir natürlich für den Einbezug aller Gemeinden und deren Beschlüsse sind. Aber, uns ist diese Ablehnung nicht klar genug. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Verlängerung der A3 ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

30. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 539) betreffend Einleitung eines Mediationsverfahrens in der Causa „Umfahrung Schützen“ (Zahl 21 - 387) (Beilage 692)

Präsident Christian Illedits: Der 30. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 539, betreffend Einleitung eines Mediationsverfahrens in der Causa „Umfahrung Schützen“, Zahl 21 - 387 Beilage 692.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Danke. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung eines Mediationsverfahrens in der Causa „Umfahrung Schützen“, in seiner 13. und abschließend in seiner 15. Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich den Antrag, den gegenständlichen Entschließungsantrag dem Landtag zuzuleiten und ihn abzulehnen.

Anschließend erfolgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Robert Hergovich.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag der Berichterstatterin einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle seinen Bericht, wonach der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung eines Mediationsverfahrens in der Causa „Umfahrung Schützen“ abgelehnt wird, zur Kenntnis nehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich muss schon um eines bitten. Wir können nichts dafür, dass ein Antrag von uns als letzter Tagesordnungspunkt von einer Marathonsitzung aufgenommen wurde. Sich darüber zu beschweren, dass man zu einem eigenen Antrag reden möchte, finde ich nicht in Ordnung.

Wir haben auch nichts vereinbart. Kollege Hergovich! Sie haben in der Präsidiale etwas vereinbart, dies wurde uns mitgeteilt und ich habe sofort zurückgemeldet. Das finde ich nicht in Ordnung. Das Rederecht der Abgeordneten hier im Hohen Haus muss bitte schon erhalten bleiben.

Deswegen möchte ich zu diesem Antrag etwas sagen beziehungsweise zu der Empfehlung ihn abzulehnen, nämlich, dass ich das wirklich sehr schade finde. Es ist leider immer wieder so, dass, wenn wir vorschlagen, dass sich lange Konfliktparteien an einen Tisch zu setzen haben und unter einer objektiven Gesprächsleitung, auch einer neutralen Gesprächsleitung gemeinsam zu einer Lösung zu kommen, dass das immer wieder abgelehnt wird.

Vielleicht fehlt auch die Fantasie darüber, dass so etwas gut funktionieren kann. Ich habe es schon oft erlebt, dass es gut funktionieren kann.

In dem Fall ist es sogar so, dass es Stellungnahmen gibt, zum Beispiel von der Abteilung 2. Die schreibt, dass aus Sicht der Abteilung 2 ein Vergleich ausgesprochen sinnvoll sei. Ein Mediationsverfahren wäre ebenfalls sinnvoll. Da gibt es also sogar eine Stellungnahme, dass das durchaus gut wäre.

Die Abteilung 5 bevorzugt zwar die weitere gerichtliche Einigung, die jetzt auf dem Weg ist, findet aber grundsätzlich auch, dass eine Willensübereinstimmung der betroffenen Parteien das Beste wäre. Eine Willensübereinstimmung erhält man allerdings nur in gemeinsamen Gesprächsprozessen.

Ich finde das sehr schade. Aber, ich kann nichts dagegen machen. Ich finde nach wie vor, dass gerade bei diesem großen Konfliktfall „Umfahrung Schützen“ es besser wäre, die Streitparteien einzuladen, an einen Tisch zu kommen, sich außergerichtlich zu einigen, und damit noch viele Kosten zu sparen. Aber, wenn sie diesen Weg weitergehen wollen, kann ich auch nichts machen.

Dieses ist meine letzte Wortmeldung in der heutigen Sitzung, keine Sorge. Ich wünsche allen noch eine spannende Zeit bis Sonntag *(Abg. Manfred Kölly: Wieso bis Sonntag?)* und dann einen spannenden Advent.

Präsident Christian Illedits: Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Einleitung eines Mediationsverfahrens in der Causa „Umfahrung Schützen“ ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Die Tagesordnung ist somit erledigt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor ich die Sitzung schließe, erlaube ich mir einige wenige Worte und Wünsche an Sie zu richten. Ein intensives Jahr neigt sich dem Ende zu und wie in jedem Jahr läutet natürlich der Dezember nicht nur den Budgetlandtag, sondern auch die Zeit der anschließenden Besinnlichkeit ein.

Die Vorweihnachtszeit lässt uns auf Erledigtes zurückblicken und lädt zu Worten des Dankes ein.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, an der Spitze der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich möchte mich bei Ihnen für Ihr Engagement, das Sie, werte Regierungsmitglieder und Abgeordnete, hier ins Plenum einbringen, bedanken.

Aber auch für den Arbeitseifer, der vor und während der Sitzungen in den politischen Büros, innerhalb der Fraktionen und in den Fachabteilungen an den Tag gelegt werden. Mein besonderer Dank gilt aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsdirektion, der Landtagsklubs und des Rechnungshofes für die fruchtbare Zusammenarbeit im abgelaufenen oder im ablaufenden Jahr 2016.

Ich danke auch den Beamtinnen und Beamten der Polizeidirektion, die sich hier um unsere Sicherheit so großartig gekümmert haben. *(Allgemeiner Beifall)*

Somit wünsche ich Ihnen allen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr 2017.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 26. Jänner 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 20.10 Uhr in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr 51 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der 21. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 26. Jänner 2017

10.02 Uhr - 18.48 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird;

3. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens zugestimmt wird;

4. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit zugestimmt wird;

5. Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird, zur Kenntnis genommen wird;

6. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird, zugestimmt wird;

7. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der Regelungen zu Haftungsobergrenzen vereinheitlicht werden - HOG-Vereinbarung, zugestimmt wird;

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung des Erste-Hilfe-Auffrischungskurses;

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Top-Jugendpaket;

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verschleierungsverbot;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 3284)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 94 des Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Landesrat Helmut Bieler betreffend Gutachten des KUZ Mattersburg
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut B i e l e r (S. 3289)
Zusatzfrage: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3290) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3291)

Anfrage Nr. 95 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend „Trendwende“ am burgenländischen Arbeitsmarkt
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3292)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3293), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3293) und Robert H e r g o v i c h (S. 3294)

Anfrage Nr. 96 des Abgeordneten Mag. Thomas Steiner an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Zick-Zack-Kurs betreffend Verkauf der Sonnentherme Lutzmannsburg
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 3295)
Zusatzfrage: Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3296 u. S. 3297) und Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3297)

Anfrage Nr. 97 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Vorbereitungskurse für den Aufnahmetest zum Medizinstudium
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3298)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3299), Georg R o s n e r (S. 3300) und Günter K o v a c s (S. 3301)

Anfrage Nr. 100 des Abgeordneten Markus Wiesler an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Schwerpunkte für das Jahr 2017 im Bereich der Feuerwehr als eine der wichtigsten Einsatzorganisationen im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 3302)
Zusatzfrage: Markus W i e s l e r (S. 3202 u. S. 3303), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 3303) und Manfred K ö l l y (S. 3304)

Anfrage Nr. 101 des Abgeordneten Manfred Haidinger an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Erfahrungswerte des Pilotprojekts „Sicherheitspartner“
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 3304)
Zusatzfrage: Manfred H a i d i n g e r (S. 3305), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3306), Manfred K ö l l y (S. 3306) und Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 3307)

Anfrage Nr. 104 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Ergreifung von Maßnahmen im Bereich des Lohn- und Sozialdumpinggesetzes
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3308)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 3309)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 700), mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 21 - 483) (Beilage 729);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 3309)
Redner: Karin S t a m p f e l (S. 3310), Walter T e m m e l (S. 3310), Wolfgang S o d l (S.3311), Gerhard S t e i e r (S. 3312) und Manfred K ö l l y (S. 3314)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3316)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 696), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens zugestimmt wird (Zahl 21 - 479) (Beilage 730);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S.3317)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3335)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 697), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit zugestimmt wird (Zahl 21 - 480) (Beilage 731);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 3317)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3336)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 698), mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 481) (Beilage 732);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 3318)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 3318), Georg R o s n e r (S. 3321), Günter K o v a c s (S. 3322), Gerhard S t e i e r (S. 3325), Manfred K ö l l y (S.3330) und Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3332)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3336)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 699), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird, zugestimmt wird (Zahl 21 - 482) (Beilage 733);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3336)
Redner: Mag. Christian S a g a r t z, BA, (S. 3337), Mag. Christian D r o b i t s (S. 3338) und Gerhard S t e i e r (S. 3339)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3342)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 701), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der Regelungen zu Haftungsobergrenzen vereinheitlicht werden - HOG-Vereinbarung, zugestimmt wird (Zahl 21 - 484) (Beilage 734);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 3342)
Redner: Géza M o l n á r (S. 3342), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3343), Robert H e r g o v i c h (S. 3344) und Gerhard S t e i e r (S. 3346)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3348)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 456) betreffend Förderung des Erste-Hilfe-Auffrischungskurses (Zahl 21 - 316) (Beilage 735);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 3348)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 3349), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3352), Mag. Johann R i c h t e r (S. 3353), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 3355) und Ewald S c h n e c k e r (S. 3355)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3357)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 661) betreffend Top-Jugendpaket (Zahl 21 - 473) (Beilage 736);
Berichterstatter: Georg R o s n e r (S. 3358)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 3358), Markus W i e s l e r (S. 3361), Patrik F a z e k a s (S. 3363) und Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 3365)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3367)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schutz des Burgenländischen Arbeitsmarktes vor verschärftem Verdrängungsdruck durch steigenden Sozialtourismus (Zahl 21 - 523) (Beilage 749)
Begründung der Dringlichkeit: Robert H e r g o v i c h (S. 3367)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 3371), Géza M o l n á r (S. 3376), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3378), Mag. Christian D r o b i t s (S. 3381), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 3383), Mag.a Regina P e t r I k (S. 3388), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3393), Gerhard S t e i e r (S. 3394), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 3397) und Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3399)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 3400)

Dringliche Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs betreffend Burgenländisches Jagdgesetz (Zahl 21 - 536) (Beilage 762);
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3400)
Redner: Landesrätin Verena D u n s t (S. 3405), Manfred K ö l l y (S. 3413), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3416), Géza M o l n á r (S.3417), Walter T e m m e l (S. 3418), Wolfgang S o d l (S. 3421) und Ing. Rudolf S t r o m m e r (S.3423)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 702) betreffend Verschleierungsverbot (Zahl 21 - 485) (Beilage 737);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S.3472)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 3427), Géza M o l n á r (S. 3433), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3434) und Mag. Christian D r o b i t s (S. 3436)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3438)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 3284)

Beginn der Sitzung 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich e r ö f f n e die 21. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 20 Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Herren Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar und Gerhard Hutter entschuldigt. Des Weiteren hat sich der Landeshauptmann Hans Niessl bis zum Ende der Feierlichkeiten, betreffend der Angelobung des Herrn Bundespräsidenten, für die Landtagssitzung entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Killian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 21. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 26. Jänner 2017.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2015 (Der Grüne Bericht 2015) (Zahl 21 - 516) (Beilage 742);
2. Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 521) (Beilage 747);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 21 - 530) (Beilage 756);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Notifikationsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 531) (Beilage 757);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz 2001 geändert wird (Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 532) (Beilage 758);
6. Gesetzentwurf über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland (Burgenländisches Jagdgesetz 2017 - Bgld. JagdG 2017) (Zahl 21 - 533) (Beilage 759);

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schutz des Burgenländischen Arbeitsmarktes vor verschärftem Verdrängungsdruck durch steigenden Sozialtourismus (Zahl 21 - 523) (Beilage 749) eingelangt.

Ebenso ist die dringliche Anfrage

1. des ÖVP Landtagsklubs betreffend Burgenländisches Jagdgesetz (Zahl 21 - 536) (Beilage 762)

eingelangt.

Vom Rechnungshof sind der

1. Einkommensbericht 2016 gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, für die Jahre 2014 und 2015 (Zahl 21 - 505) (Beilage 722) und der
2. Tätigkeitsbericht 2016 (Zahl 21 - 507) (Beilage 724)

eingelangt.

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der

1. Prüfungsbericht betreffend Abteilung 4a - Agrar- u. Veterinärwesen, Verwendung von Landesmitteln (Zahl 21 - 498) (Beilage 715)

eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung der E-Mobilität (Zahl 21 - 490) (Beilage 707);
2. des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Finanzierung des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit und Beratung" an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/201“ (Zahl 21 - 494) (Beilage 711);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einhebung von Studiengebühren im Burgenland“ (Zahl 21 - 495) (Beilage 712);
4. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Starke Wirtschaft, Starkes Land“: Umfassende Förderung für Jungunternehmer (Zahl 21 - 512) (Beilage 738);
5. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze“ (Zahl 21 - 519) (Beilage 745);
6. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Mehrwertsteuerbefreiung für Anschaffungen von Einsatzgeräten (Zahl 21 - 520) (Beilage 746);
7. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend mehr Transparenz im Burgenländischen Landtag (Zahl 21 - 522) (Beilage 748);
8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Beschränkung von Wahlkampfkosten (Zahl 21 - 526) (Beilage 752);
9. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Breitband-Förderung für burgenländische Pflichtschulen (Zahl 21 - 527) (Beilage 753);

10. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Wohnbeihilfe für BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung (Zahl 21 - 534) (Beilage 760);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Beratungsscheck (Zahl 21 - 488) (Beilage 705);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 489) (Beilage 706);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA, an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Einkaufszentrum Arena (Zahl 21 - 496) (Beilage 713);
4. des Landtagsabgeordnete Mag. Sagartz, BA, an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Ärztemangel (Zahl 21 - 497) (Beilage 714);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Glashaus Frauenkirchen (Zahl 21 - 499) (Beilage 716);
6. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Stromanbieter Land (Zahl 21 - 502) (Beilage 719);
7. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Landesstraße zwischen Reinersdorf und Heiligenbrunn (Zahl 221 - 503) (Beilage 720);
8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend bedarfsorientierte Mindestsicherung (Zahl 21 - 504) (Beilage 721);
9. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Ostbahn (Zahl 21 - 506) (Beilage 723);
10. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend regionale Lebensmittel (Zahl 21 - 515) (Beilage 741);
11. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Jahr der Bildung (Zahl 21 - 518) (Beilage 744);
12. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Holzverladung (Zahl 21 - 524) (Beilage 750);
13. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bahn-Direktverbindung Eisenstadt - Wien (Zahl 21 - 525) (Beilage 751)
14. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 528) (Beilage 754);
15. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 529) (Beilage 755);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 432) betreffend Buslinie G1 (Zahl 21 - 486) (Beilage 703);

2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 434) betreffend schulische Tagesbetreuung (Zahl 21 - 487) (Beilage 704);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 433) betreffend Glashäuser in Frauenkirchen (Zahl 21 - 491) (Beilage 708);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 442) betreffend Veranstaltungsgesetz (Zahl 21 - 492) (Beilage 709);
5. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 431) betreffend Kulturzentrum Mattersburg (Zahl 21 - 493) (Beilage 710);
6. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landtagspräsidenten Christian Illedits (Zahl 21 - 475) betreffend Anfragebeantwortungen (Zahl 21 - 500) (Beilage 717);
7. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 451) betreffend Verkehrsentwicklung in Wulkaprodersdorf (Zahl 21 - 501) (Beilage 718);
8. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 477) betreffend Sicherheitspartner (Zahl 21 - 509) (Beilage 726);
9. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 476) betreffend Theaterrüscherl „Alles in einem Rausch“ (Zahl 21 - 510) (Beilage 727);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 497) betreffend Ärztemangel (Zahl 21 - 511) (Beilage 728);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 489) betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 513) (Beilage 739);
12. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 488) betreffend Beratungsscheck (Zahl 21 - 514) (Beilage 740);
13. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 496) betreffend Einkaufszentrum Arena (Zahl 21 - 517) (Beilage 743);

14. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 499) betreffend Glashaus Frauenkirchen (Zahl 21 - 535) (Beilage 761)

eingelangt.

Ebenso ist die Beantwortung der dringlichen Anfrage der Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs sowie der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly und Gerhard Steier an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 467) betreffend Zinstauschgeschäfte (Zahl 21 - 508) (Beilage 725) eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer.

Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 416, Beilage 742 weise ich dem Agrarausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 531, Beilage 757 und Zahl 21 - 532, Beilage 758, und die Berichte des Rechnungshofes Zahl 21 - 505, Beilage 722, und Zahl 21 - 507, Beilage 724, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 522, Beilage 748, und Zahl 21 - 526, Beilage 752, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 533, Beilage 759, weise ich dem Rechtsausschuss und Agrarausschuss,

den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 498, Beilage 715 weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 521, Beilage 747, und Zahl 21 - 530, Beilage 756, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 490, Beilage 707, Zahl 21 - 495, Beilage 712, Zahl 21 - 519, Beilage 745, Zahl 21 - 520, Beilage 746, Zahl 21 - 527, Beilage 753, und Zahl 21 - 534, Beilage 760, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 512, Beilage 738, weise ich dem Wirtschaftsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 488, Beilage 705, Zahl 21 - 499, Beilage 716, und Zahl 21 - 528, Beilage 754, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 489, Beilage 706, Zahl 21 - 496, Beilage 713, Zahl 21 - 503, Beilage 720, und Zahl 21 - 524, Beilage 750, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 497, Beilage 714, und Zahl 21 - 504, Beilage 721, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 502, Beilage 719, Zahl 21 - 506, Beilage 723, Zahl 21 - 518, Beilage 744, und Zahl 21 - 525, Beilage 751, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 515, Beilage 741, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

und die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 529, Beilage 755, habe ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 486, Beilage 703, Zahl 21 - 487, Beilage 704, Zahl 21 - 491, Beilage 708, Zahl 21 - 492, Beilage 709, Zahl 21 - 493, Beilage 710, Zahl 21 - 500, Beilage 717, Zahl 21 - 501, Beilage 718, Zahl 21 - 509, Beilage 726, Zahl 21 - 510, Beilage 727, Zahl 21 - 511, Beilage 728, Zahl 21 - 513, Beilage 739, Zahl 21 - 514, Beilage 740, Zahl 21 - 517, Beilage 743 und Zahl 21 - 535, Beilage 761,

und die Beantwortung der dringlichen Anfrage Zahl 21 - 508, Beilage 725,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da der selbständige Antrag Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter nicht gehörig unterstützt ist, werde ich gemäß § 22, Abs. 2 GeOLT die Unterstützungsfrage stellen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den selbständigen Antrag auf Fassung einer Entschließung, Zahl 21 - 494, Beilage 711, betreffend Finanzierung des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018 unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der selbständige Antrag ist gehörig unterstützt, sodass ich ihn dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuweise.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schutz des Burgenländischen Arbeitsmarktes vor verschärftem Verdrängungsdruck durch steigenden Sozialtourismus, Zahl 21 - 523, Beilage 749 wird gemäß § 24, Abs. 3 GeOLT spätestens um 15 Uhr behandelt.

Von den Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs ist eine dringliche Anfrage gemäß § 30 iVm § 29 GeOLT Zahl 21 - 536, Beilage 762, an Frau Landesrätin Verena Dunst, betreffend Burgenländisches Jagdgesetz eingelangt.

Gemäß § 30 Abs. 6 erfolgt die Behandlung nach Erledigung des Dringlichkeitsantrages.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Ich beginne jetzt, es ist 10 Uhr 22 Minuten mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Spitzmüller an Herrn Landesrat Bieler gerichtet.

Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Neubau des Kulturzentrums Mattersburg ist weiter sehr umstritten. Laut unseren Informationen gibt es zu dem Thema ein relativ neues anscheinend brisantes Gutachten. Konkret geht es um jenes, welches von den Herren Kirchengast und Tenhalter erstellt wurde.

Was genau steht in diesem Gutachten?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen ja, dass ich in der BELIG nicht operativ tätig bin, daher auch kein Gutachten in Auftrag gegeben habe und auch keines von diesen Herren hier vorgelegt wurde.

Ich habe aber aufgrund dieser Anfrage nachgefragt, was denn da so wäre. Da habe ich die Antwort gekommen, dass auf Grund der Tatsache, dass das Bundesdenkmalamt eine Teilunterschutzstellung in Aussicht gestellt hat, eine Fachmeinung bei diesen Herren,

die Sie vorhin genannt haben, eingeholt werden sollte und zwar mit dem Inhalt einer objektiven Begutachtung des baulichen Bestandes.

Die BELIG hat mir dann mitgeteilt, dass diese erste Stellungnahme zeitgleich mit den Gesprächen gemeinsam mit dem BDA, also dem Bundesdenkmalamt, zusammengefallen ist, und daher diese Stellungnahme nicht mehr gebraucht werden konnte, weil eben schon in die Gespräche mit dem Bundesdenkmalamt eingetreten wurde, daher auch keine Verwendung fand.

Und daher, so die BELIG, liegt derzeit auch noch keine Endfassung der Stellungnahme vor. Als Beweis dafür führen sie an, dass auch das Beraterhonorar von 2.500 Euro erst zur Hälfte bezahlt wurde. Daher kenne ich weder den Inhalt dieses Gutachtens oder dieser Fachmeinung. Ich habe es auch nicht beauftragt.

Entscheidend für uns ist der Bescheid der Behörde und das ist das Bundesdenkmalamt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitte schön.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke. Das heißt, ich halte fest, Sie wissen als zuständiger Landesrat nichts von einem Gutachten, oder nichts vom Inhalt des Gutachtens, der als brisant gilt, gut.

Nächste Frage: Wie war es möglich, dass der Denkmalschutz erst nach dem erfolgten Architekturwettbewerb tätig wurde? Ich gehe davon aus, dass die Vorschläge der Architekten und die Vorgaben des Denkmalamtes anders ausgesehen hätten. Es war ja von Anbeginn der Diskussion klar, dass es sich um ein historisches Gebäude handelt, immerhin ist es jetzt fast drei Jahre her, dass die Fehlentscheidung getroffen wurde, da wäre ja genug Zeit gewesen. *(Abg. Doris Prohaska: Wie war die Frage?)*

Präsident Christian Illedits: Die Frage ist jetzt, wie war es möglich, dass der Denkmalschutz zu spät oder erst später eingeladen wurde.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Auch Sie müssten wissen, dass das Kulturzentrum Mattersburg nicht denkmalgeschützt war und dass in Gesprächen mit den Vertretern des Bundesdenkmalamtes auch diese Vorschläge, auch die Diskussionen mit allen Beteiligten bekannt war, und dass dann, aus welchen Gründen immer, ich habe keine Ahnung, das Bundesdenkmalamt dann mit Mitte des Jahres 2016 hier tätig wurde.

Nicht auf meine Initiative hin. Ich habe auch keine Antwort bekommen warum sie das getan haben, sie haben es getan und haben auch eine gutachterliche Stellungnahme zu diesem Bescheid abgegeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Gibt es weitere Zusatzfragen?- Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke. Praktisch sämtliche namhaften Fachleute halten die Schlussfolgerung des Denkmalamtes für falsch. Das Kulturzentrum Mattersburg, welches jetzt praktisch nur als Rumpfteil erhalten bleiben soll, war vor 40 Jahren das erste Kulturzentrum im Burgenland.

Es gilt international als architektonisch wertvoll und wird auch Teil einer großen Ausstellung über den Brutalismus, so nennt man diese Bauart sein, die auch nach Wien kommt. Leider wird es den Bau zu diesem Zeitpunkt wohl nicht mehr geben.

Ist Ihnen bewusst, dass Sie damit ein wesentliches Stück sozialdemokratischer Kulturgeschichte zu Grabe tragen? *(Heiterkeit bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Ganz im Gegenteil, Herr Abgeordneter. Erstens einmal ist festzuhalten, dass das Bundesdenkmalamt und nicht irgendwelche Privatpersonen oder Zeitungen oder sonst jemand hier die Zuständigkeit hat, einen Bescheid abzugeben.

Zweitens, wenn man sich anschaut was dieser Bescheid beinhaltet, *(Landesrat Helmut Bieler zeigt einen Plan.)* dann sind diese dunklen und die gelb umrahmten Teile das, was in Original vom Kulturzentrum bleibt. Das heißt, dieser Bau wird sehr wohl gewürdigt, wird allerdings, und das habe ich immer gesagt, zu einem modernen, zeitgerechten Veranstaltungszentrum umgebaut, beziehungsweise adaptiert. Alles andere hätte keinen Sinn. Das ist genau so, als wenn man einen Streckhof, der vor zig-Jahren seine Berechtigung gehabt hat, weil sich aber die landwirtschaftlichen Produktionsformen wesentlich geändert haben, ich weiß nicht ob es bei Ihnen auch so der Fall ist, heutzutage kann man den Streckhof nicht mehr brauchen. So ist es auch da.

Ja, das Bundesdenkmalamt - kann man auch sagen, hat gewürdigt, dass das Kulturzentrum erhaltenswert ist, dass aber die Funktionalität in keiner Form gegeben ist, und hat daher auch die Zustimmung gegeben, dass im Inneren umgebaut werden kann, allerdings die Vorgaben, die ich Ihnen gezeigt habe, dass die Außenfassade ebenfalls erhalten bleiben muss.

Ich denke, dass ist ein sinnvoller Kompromiss, den uns die Behörde hier vorgeschrieben hat. Der uns zwar im Zeitplan etwas zurückgeworfen hat, auch in den Kosten 1,5 bis zwei Millionen Euro mehr kostet, aber, wir anerkennen diesen Bescheid dieser Behörde, was Sie offensichtlich nicht tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Es gab im Vorfeld zur jetzigen Entscheidungsfindung eine Einbindung von einer Plattform, die sich aus der Zivilgesellschaft gegründet hat und die auch eingebunden war in mehreren Workshops.

Meine konkrete Frage an Sie: Gibt es auch derzeit jetzt noch Kontakt und weitere Einbindung dieser Plattform?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Es hat immer wieder Kontakte gegeben, meistens seitens der Plattform her, weil sie sich ja aus diesem Entscheidungsprozess - aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen - zurückgezogen haben. Es gibt auch des Öfteren Rückantworten.

Allerdings nach dem Bescheid des Bundesdenkmalamtes sind die Wortmeldungen in die Kategorie des Herrn Kollegen Spitzmüller einzuordnen. Das heißt, für einen rechtlichen Bescheid nicht mehr relevant, und daher bin ich für jedes Gespräch offen, jederzeit.

Wir haben auch viele dieser Anregungen einfließen lassen, wie Sie ja als ehemaliges Vorstandsmitglied der *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Noch immer.)* Kulturzentren wissen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ist er noch.)* Noch immer, Entschuldigung, ich nehme alles zurück und behaupte das Gegenteil, noch immer

Vorstand, wissen, und alle Informationen auch haben. Daher wissen Sie auch, dass sich die Plattform aus dem Entscheidungsprozess zurückgezogen hat.

Ich bin für jede sinnvolle Anregung die dem Ziel näher kommt ein modernes, zeitgerechtes Veranstaltungsgebäude, das dem ursprünglichen Sinn in verbesserter Form dient, auch aufzunehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! In der Tageszeitung „Kronen Zeitung“ vom 18. Oktober 2016 hat der SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich von einer „Trendwende“ am burgenländischen Arbeitsmarkt gesprochen.

Sehen Sie als zuständiger Landesrat auch eine Trendwende am heimischen Arbeitsmarkt, obwohl Arbeitsmarktexperten dies ausdrücklich verneinen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich könnte die Frage mit einem einfachen Ja beantworten. Ich werde das auch tun, aber ich werde es auch begründen. Weil ich habe mich extra schlau gemacht in Ihrem Sinne *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist schlau, wenn man sich schlau macht!)* was die Frage Trend und Trendwende betrifft. Trend heißt, über einen gewissen Zeitraum bereits zu beobachtende statistisch erfassbare Entwicklungstendenzen zu erfassen. So, das ist sozusagen die Definition im Duden.

Wenn ich mir die Arbeitsmarktzahlen der letzten Monate hernehme und ich halte Ihnen zugute, dass Sie die Frage am 10. Jänner eingebracht haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Danke, das wäre meine Frage gewesen!)* Also jetzt kann ich einen Trend erkennen.

Wir haben im September einen Rückgang der Arbeitslosen im Burgenland von 1,2 Prozent gehabt, wir haben Ende Oktober 1,5 Prozent, also schon ein bisschen mehr *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ohne die Schulungsteilnehmer oder?)* Rückgang. Wir haben im November des Jahres 2016 Minus 2,2 Prozent gehabt und im Dezember, der Höhepunkt, ein Minus von 3,3 Prozent. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Schulungsteilnehmer?)*

Das sind die Arbeitslosenzahlen. Ich würde das als Trend bezeichnen. Insofern halte ich es auch für eigenartig, muss ich ganz offen sagen. Ich hoffe, Sie freuen sich auch darüber, dass die Arbeitslosenzahlen zurückgehen im Burgenland und darüber hinaus, und das ist etwas das ich auch noch anmerken möchte, dass wir im Jahr 2016 knapp über 101.000 Beschäftigte im Burgenland hatten. Einen absoluten Beschäftigungsrekord. Man kann sagen von der Utopie zur Realität. Es ist für uns auch ganz wichtig, das werden Sie auch nicht wegleugnen wollen, dass wir das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer haben und damit es auch geschafft haben, dass diese Entwicklung am Arbeitsmarkt im positiven Sinne, was die Beschäftigtenentwicklung betrifft, möglich war und im anderen positiven Sinne auch was die Entwicklung, die rückläufige Entwicklung der Arbeitslosenzahlen betrifft.

Was mich persönlich, das können Sie aus den Daten ja herauslesen, nachdenklich macht ist, dass wir sehen, dass beispielsweise Ausländer am Arbeitsmarkt verdrängen, das wir einen ganz klaren Rückgang von Inländern am Arbeitsmarkt haben und einen

Anstieg an ausländischen Arbeitnehmern, was jetzt die Arbeitslosigkeit betrifft. Ich möchte auch dazu sagen, dass ich sehr froh bin, das ist ganz wichtig auch politisch für alle politischen Verantwortungsträger, dass die Arbeitslosigkeit im Jugendbereich zurückgeht. Von den 15-24-Jährigen um signifikante neun bis zehn Prozent, also das ist schon auch eine Zukunftsperspektive für die jungen Menschen, dass sie eine Chance haben.

Was mir etwas Sorgen bereitet ist, dass wir bei den über 50-Jährigen hier noch einen leichten Anstieg zu verzeichnen haben. Aber grundsätzlich ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt sehr positiv und ich bin der Meinung, dass das Land zumindest mit den Wirtschaftstreibenden im Burgenland die Rahmenbedingungen so geschaffen hat, dass diese Entwicklung auch möglich war. Denn wir haben uns, das möchte ich auch sagen, abgekoppelt beispielsweise von der Entwicklung im restlichen östlichen Österreich. Also wir haben bessere Zahlen als die Steiermark, wir haben bessere Zahlen als Wien und auch bessere Zahlen als Niederösterreich.

Das Land hat auch das Seine dazu beigetragen über den Europäischen Sozialfonds mit 24 Millionen Förderung, über das Additionalitätsprogramm mit 18 Millionen Förderung, über den sogenannten Fonds für Arbeit und Wirtschaft mit 800.000 Euro, den wir aufgestockt haben. Mit der Arbeitnehmerförderung von zirka drei Millionen Euro, also ja, ich glaube, dass eine Trendwende geschafft wurde im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat, danke für die Eingangsfeststellung, dass natürlich am 10. November nicht absehbar war wie am 26. Jänner man einen Trend beurteilen kann. Aber Sie haben ja selbst angemerkt, es gibt hier viele Partner, nicht nur das Land sondern auch die Europäische Union. Natürlich auch hier vor Ort sind es Sozialpartner und das AMS.

Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit der AMS-Geschäftsführung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Subjektive Frage, aber berechtigt. Ist es die Geschäftsführerin, die in Ungarn um Arbeitskräfte geworben hat? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau die!)* Also ich sage offen, ganz offen auf Ihre Frage: Das Verhältnis zwischen dem für den Arbeitsmarkt *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Deshalb habt Ihr auch so viele ungarische Ärzte in die Spitäler gekriegt!)* zuständigen Landesrat und dem AMS ist ausbaufähig, weil ich nicht das Gefühl habe, auch jetzt in dieser Frage die Sie am Anfang gestellt haben, dass man sich auch bewusst ist, dass es aus meiner Sicht eine Trendwende gibt, auch durch das Wirtschaftswachstum ermöglicht.

Also die Zusammenarbeit mit dem AMS ist ausbaufähig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Landtag hat vor kurzem ja beschlossen hinsichtlich der Entsenderichtlinie Veränderungen herbeizuführen. Sie sind federführend dafür zuständig. Was haben Sie seither getan? Was wurde gemacht, um diese Entsenderichtlinie zu verändern? Vor allem in Anbetracht dessen, dass ein Brief nach Wien wahrscheinlich zu wenig sein wird.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Keiner ist zuständig von Euch!)*

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Abgeordneter, Sie wissen genau, dass es eine Bundeszuständigkeit ist und dass wir politisch auch Druck machen. Sie werden ja auch mitbekommen haben, dass der Bundeskanzler Kern in seinem Plan A einen ganz klaren Auftrag erteilt hat, dass auf Bundesebene in Richtung Europäische Union hier auch Druck ausgeübt wird.

In allen Bereichen, was die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt betrifft und *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das heißt, Sie haben nichts gemacht?)* was die Entsenderichtlinie betrifft. Ja, ich bin in Verhandlung auch mit der Bundesregierung. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ein Nein hätte gereicht!)* Ich meine, das ist doch etwas lächerlich, was Sie jetzt als Frage stellen, weil wir haben… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir haben im Landtag debattiert und beschlossen! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihr habt das beschlossen!)*

Präsident Christian Illedits| *(das Glockenzeichen gebend)*: Dem Herrn Abgeordneten bitte die Möglichkeit für seine Wortmeldung zu geben. Der Herr Landesrat ist noch am Wort.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ)| *(fortsetzend)*: Ich bin dem Auftrag des Landtags nachgekommen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so?)* diese Sache auch zu verfolgen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also doch!)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter! Bitte! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da fragt man sich schon wer lächerlich ist!)*

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ) *(fortsetzend)*: Was heißt? Na, wir haben die *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Einmal ja, einmal nein!)* Bundesregierung gemeinsam aufgefordert dieses Thema ernst zu nehmen und das ist auch in den Wortmeldungen des Herrn Bundeskanzlers zum Ausdruck gekommen und die Gremien, die auf europäischer Ebene wirken, wirken in diese Richtung.

Und Österreich, das war ja von Ihnen auch immer sozusagen der Vorwurf, dass Österreich zu klein sei diese Frage alleine zu klären. Wir versuchen trotzdem Druck auszuüben und machen das. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* In der Person des Bundeskanzlers, mehr ist aus unserer Sicht derzeit nicht möglich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gerade hast Du nein gesagt! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Ich bin sehr froh, dass der Kollege Sagartz diese Anfrage stellt, weil damit sichtbar wird, dass erstmalig seit fünf Jahren die Arbeitslosigkeit im Burgenland sinkt und das immerhin das vierte Mal in Folge und das ist durchaus ein Erfolg.

Aber, sehr geehrter Herr Landesrat, wie viele Arbeitsplätzte stellen wir vom Land im Gesundheits- und im Sozialwesen im Land Burgenland zur Verfügung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Danke für die sachliche Frage. *(Heiterkeit bei den ÖVP-Abgeordneten)* Das Sozialbudget im heurigen Jahr *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Da musst Du selber lachen!)* sieht

knapp 222 Millionen Euro vor und sichert damit über 2.500 Arbeitsplätzte im Burgenland ab.

Wir sind beispielsweise über die KRAGES praktisch mit dem Land gemeinsam der größte Dienstgeber im Burgenland. Das ist aus meiner Sicht ganz, ganz wichtig. Insgesamt haben wir, und das möchte ich auch herausstreichen, weil ich das in den letzten Wochen auch etwas eigenartig gefunden habe, dass beispielsweise Wirtschaftstreibende gemeint hätten, sie brauchen Lehrlinge. Ja, wir unterstützen die Entwicklung am Lehrlingsmarkt. Das Land hat vor allem auch im Sozialbereich sehr viele Lehrlinge in landeseigenen Einrichtungen aber auch in Lehrwerkstätten untergebracht, 800 an der Zahl. Prozentuell gibt es kein einziges Bundesland, das diese hohe Anzahl an Lehrlingen in landesnahen Unternehmen oder in Landesunternehmen hat beziehungsweise in Lehrwerkstätten, die wir auch mitfinanzieren. Insgesamt sind das damit 3.500 Personen, die hier im Sozialbereich auch tätig sind. Das ist eine Zahl auf die man stolz sein kann bei 100.000, 101.000 Beschäftigten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrte Damen und Herren! Die dritte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl gerichtet. Da der Herr Landeshauptmann entschuldigt ist, wird diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Landtages zum Aufruf gelangen.

Die vierte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner an Herrn Landesrat MMag. Petschnig gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, sehr geehrter Herr Landesrat! Im rot-blauen Regierungsübereinkommen vom Juni 2015 bekennen Sie sich angeblich zur Sonnentherme Lutzmannsburg. Wenige Monate später haben Sie einen Verkaufsprozess der Therme eingeleitet. Am 3. November 2016 haben Sie dann überraschender Weise angekündigt, die Therme nun doch nicht zu verkaufen.

Wie erklären Sie der Öffentlichkeit diesen Zick-Zack-Kurs?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Da geht es jetzt nicht um zick und zack oder vor und zurück oder ruck und zuck oder ähnliche Wortspielereien, sondern da geht es darum, mit dem Volksvermögen der Burgenländerinnen und Burgenländer auch professionell umzugehen aber auch mit Interessenten, Personen, die bereit sind im zweistelligen Millionenbetrag im Burgenland zu investieren, entsprechend umzugehen.

Ich glaube, das haben die sich verdient und nichts anderes haben wir gemacht. Wenn man sich die Mühe macht, das in einer Zeitlinie kurz nachzuvollziehen, dann wird das ganz eindeutig und geht eindeutig hervor, um was es da gegangen ist. Es wurde ja im Herbst 2015 ein Privatisierungsprozess gestoppt. Wir haben uns ja, glaube ich, sogar noch darüber ausgetauscht in einer Anfrage von Ihnen.

Das wurde natürlich medial begleitet und da haben sich dann etliche mehr als ein Dutzend Interessenten gemeldet und informelle Anfragen gestellt, Schreiben geschickt, aber relativ unstrukturiert. So und jetzt ging es eben darum, hier eine gewisse Struktur hineinzubringen. Wie gesagt, das waren Personen, juristische oder natürliche, die hier Millionen investieren wollten, entsprechend begegnet mit dem entsprechenden Respekt

und dem entsprechenden Informationsstandblick. Aus diesem Grund gab es am 12. August 2016 eine Einladung zur Offerterstellung.

Das war eben keine Ausschreibung nach dem Vergabegesetz, sondern es war rein einmal eine Einladung, um hier alle auf einen gleichen Stand zu bringen, alle darauf zu bringen, was wir uns eigentlich vorstellen. Das man nicht nur einen Kaufpreis benennt, sondern das man auch benennt wie es mit dem Ressort weitergehen soll, was hat man vor, will man da irgendwie die Strategie komplett wechseln oder nicht, will man investieren oder nicht. Das ist ja sehr, sehr unterschiedlich.

Es haben fünf Anbieter hier ihr indikatives Angebot abgegeben. Wenn man sich die gesamten Parameter anschaut, also Kaufpreis und auch die nicht monetären Parameter, dann ist es so, dass wir mit keinem dieser Angebote restlos zufrieden waren. Das sage ich ganz offen und daher ist es zu einer Ausschreibung, wie Sie es in der Frage formuliert haben, erst gar nicht gekommen.

In diesem Sinne, wie gesagt, es gibt weder einen Zick-Zack noch sonst irgendeinen Kurs. Das ist, glaube ich, ein vernünftiger und professioneller Umgang einerseits mit dem Vermögen, andererseits mit dem Interesse von potentiellen Investoren und ich stehe da, als dass ich es jeder Zeit wieder so machen würde. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, Sie haben ja die Zeitschiene ein bisschen dargestellt. Nach meiner Information war es der 13. August, aber es wird schon der 12. gewesen sein. Am 13. War es dann in den Medien. Ja, man kann das jetzt bezeichnen wie man möchte, Ausschreibung, Suche von Käufern. Im Wesentlichen war es die Absicht offenbar die Therme zu verkaufen, sonst braucht man das ja nicht machen.

Am 3. November haben Sie dann bekannt gegeben, dass eben der Verkauf abgesagt wird und zwar mit einer Begründung die so gelautet hat, naja die Wirtschaftsdaten der jüngsten Zeit hätten sich so ins Positive verändert, dass man jetzt doch nicht verkauft.

Jetzt frage ich Sie: Inwiefern haben sich diese Wirtschaftsdaten vom 13. August bis 3. November so entscheidend verändert im Vergleich zu den Monaten oder Wochen vor dem 13. August, dass man zu dieser Entscheidung gelangt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen, dass im Jahr 2106 im Tourismus ein Jahr war, das sehr, sehr gut gelaufen ist. Bei einer Therme ist es natürlich interessant, wie bei allen anderen Betrieben auch, die Saisonen entsprechend zu verlängern. Bei einer Therme ist die schwache Saison in der Regel der Sommer. Sie wissen auch, dass die Nächtigungszahlen, die Ankunftszahlen und ähnliche statistische Daten immer mit einer gewissen Zeitverzögerung geliefert werden.

Wir haben 2016 gesehen, dass wir auch in den Sommermonaten Lutzmannsburg faktisch ausverkauft waren, also voll waren. Das ist natürlich schon ein besonderes Ereignis, das nicht vielen Thermen gelingt. Nicht hier im Burgenland, aber schon gar nicht jenseits unserer Landesgrenzen.

Ich glaube auf diese Therme Lutzmannsburg kann man stolz sein, da wird ganz ein toller Job gemacht und da stellt sich natürlich die Frage, ob man hier wirklich ein gut gehendes Haus, wo natürlich gewisse Entscheidungen anstehen, ob man das wirklich jetzt mit Gewalt privatisieren soll, wenn die Eckpunkte der indikativen Angebote nicht

gepasst haben. Das ist eine reine Rechenaufgabe. Das hat unserer Meinung nicht zusammengepasst und daher haben wir gesagt nein. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Es gibt Investorengruppen, die offenbar ein indikatives Angebot abgegeben haben, die sich dann auch bei uns gemeldet haben und sehr irritiert waren darüber, dass sie zwar das Angebot abgegeben haben, aber dann wochen- oder eigentlich monatelang überhaupt nichts mehr gehört haben.

So wie man es sich im Wirtschaftsleben vorstellt, ist jeder davon ausgegangen, dass es dann in einer zweiten Phase eine Due-Diligence, eine genauere Prüfung gibt, wo dann wirklich ein Angebot abgegeben werden kann. Das sind wirtschaftspolitische Bocksprünge, die, glaube ich, dem Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Burgenland nicht wirklich, nicht wirklich dienlich sind.

Aber meine konkrete Frage jetzt: Wie immer man das bezeichnet, ob es eine Ausschreibung ist oder die Einladung indikative Angebote abzugeben, was hat denn dieser missglückte Privatisierungsprozess denn gekostet? Ich meine jetzt diesen Prozess vom 13. August bis 3. November 2016.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Die Ausschreibung wurde von der Wirtschaft Burgenland gemacht. Wie gesagt, ich habe dort keine Organfunktion. Es wurde ja vorher schon über ein landesnahes Unternehmen gefragt. Was die Zeitungsannonce gekostet hat, muss ich Ihnen nachliefern, das weiß ich jetzt nicht auswendig. Mehr ist nicht passiert. Ich wüsste nicht, wo da weitere Kosten entstanden sein sollen.

Bei der Due-Diligence ist es natürlich so, um das vielleicht noch zu ergänzen, hier sind wir schon in einem formellen Vergabeverfahren. Wenn wir das dann abbrechen würden, würden wir natürlich potentiell schadenersatzpflichtig. Also das ist schon eine wesentlich ernstere Sache, wo dann tatsächlich ein Privatisierungsprozess eingegangen wird. Das wollten wir ganz bewusst nicht. Weil wir schon anhand der indikativen Angebote, nennen wir es einmal so, gesehen haben, dass das nicht entspricht.

Ich wüsste nicht, warum wir dann noch einen Schritt weitergehen sollen, wenn wir das dann mit riesen Bedingungen, die sich ja abzeichnen, eh nicht verkaufen wollen. Also ich glaube, das wäre eine sinnlose Verursachung von Kosten gewesen, die wir nicht verantworten wollten und daher auch nicht eingegangen sind. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! In Medienberichten ist aber ganz klar gestanden, dass Sie gemeinsam mit der Wirtschaft Burgenland diesen Verkaufsprozess gestartet und umgesetzt haben. Es wurde auch, wie wir gehört haben, eine Firma beauftragt, die diesen Prozess abwickelt. Also wird es wohl Mehrkosten gegeben haben als nur ein Inserat.

Abgesehen davon, die konkrete Frage jetzt: Jetzt wurde dieser Verkaufsprozess abgeblasen. Was sind jetzt die weiteren Pläne? In welche Richtung wird investiert? Welche Summen werden in die Thermen fließen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie gesagt, die konkreten Summen liegen mir nicht vor, das liefere ich aber sehr gerne nach. Das wird nicht allzu viel gewesen sein. Die weiteren Pläne sind so, dass Thermen, auch darüber haben wir uns ja schon zumindest mit dem Abgeordneten Steiner ausgetauscht, dass Thermen natürlich gewissen Investitionszyklen unterliegen, die so ungefähr zwischen vier und acht Jahren, irgendwie betragen.

2012 war ein letzter großer Investitionsschub, der hier im Landtag anhand eines Rechnungshofberichtes sehr umfassend debattiert wurde. Das heißt, 2016/2017 kommen wir schön langsam wieder in diesen Bereich. Es werden und wurden entsprechende modulare Konzepte aufgebaut, von der Geschäftsführung in Lutzmannsburg, wo man sich vorstellen kann, wo man hier sieht, das Programm zu erweitern, zu ergänzen.

Es ist natürlich eine gewisse Dynamik drinnen, auch was private Hoteliers und so weiter betrifft. Hier gilt es das abzustimmen. Dass wir eben nicht wieder in eine potentielle Konfliktsituation kommen, dass da einer eben nicht sich an den Leitbetrieb orientiert und dann die wirtschaftlichen Potentiale nicht ausnutzen kann. Das ist gerade am Laufen, das wird aber zeitnahe beschlossen werden. Sicherlich im ersten Halbjahr 2017. Und dann wird entsprechend gehandelt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Burgenland steuert auf einen Ärztemangel zu, bereits jetzt gibt es Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung von Arztstellen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es Maßnahmen, um verstärkt burgenländischen Studierenden den Zugang zum Medizinstudium zu ermöglichen.

Sind aus Ihrer Sicht die aktuell vom Land unterstützten Vorbereitungskurse für den Aufnahmetest zum Medizinstudium zielführend?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ja. Natürlich sind diese Kurse zielführend. Ich denke in jedem Fall, dass diese Kurse, die junge Burgenländerinnen und Burgenländer bei der Vorbereitung für den Test unterstützen, sinnvoll sind.

Ich hoffe, das ist auch in Ihrem Sinne. Das zeigen auch die Zahlen von den Aufnahmeverfahren vergangenen Jahres. Insgesamt sind 15.000 Interessierte angetreten um 1.620 Plätze. Das muss man noch extra herausstreichen aus meiner Sicht. Wovon 1.476 Plätze für die Humanmedizin reserviert sind. Im letzten Jahr gab es bei uns eine Erfolgsquote von knapp 50 Prozent. Sprich, also knapp 50 Prozent der Kursteilnehmer im Burgenland haben einen Kursplatz im Fach Humanmedizin erhalten. Vom Gymnasium Oberpullendorf, das diese Kurse auch durchgeführt hat, sind insgesamt sieben Schüler angetreten und drei haben die Zulassung zum Studium erhalten.

Ein Kollege hat es sogar unter den besten 25 von 15.000 geschafft. Um dafür Sorge zu tragen, dass das Burgenland auch im nächsten Jahr, also im Herbst 2017, wieder diejenigen, die gerne Medizin, Humanmedizin, studieren wollen, an die Uni schicken kann, haben wir uns auch entschieden, die Vorbereitungskurse auszuweiten.

So wird erstmals die Fachhochschule Burgenland Vorbereitungskurse anbieten. Ich habe da auch im Rahmen einer Enquete im Dezember dieses Jahres auch alle wesentlichen Player eingeladen. Im Rahmen dieser Enquete wurde vom Wissenschaftsministerium zugesagt, dass das Ministerium auch eine Aufstockung von Plätzen plant, damit auch in Zukunft ausreichend Ärzte ausgebildet werden.

Wir haben, das wissen Sie ja genauso gut wie ich, auch bisher schon Zuschüsse angeboten, für angehende Medizinerinnen und Mediziner in burgenländischen Spitälern während des klinisch-praktischen Jahres. Auch das ist nicht selbstverständlich und durchaus auch mit einem hohen Budgetposten versehen.

Also ich glaube abschließend gesagt, ja, ich stehe zu diesen Vorbereitungskursen für die Aufnahmetests zum Medizinstudium und werde sie auch im nächsten Jahr ausweiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Dankeschön für diese positiven Nachrichten. Aber auch ein Dankeschön möchte ich offen sagen, dass Sie die Opposition eingeladen haben, zu der von Ihnen genannten Enquete, runder Tisch, Besprechung, zum Ärztenachwuchs.

Ich möchte ganz konkret zu diesem Thema aber noch nachhaken. Es gibt in Niederösterreich das Modell, dass für den Aufnahmetest ein privates Institut beauftragt wurde, für niederösterreichische angehende Medizinstudenten einen Vorbereitungskurs im Ausmaß von 80 Übungseinheiten zu machen. Also bei weitem größer und intensiver wie im Burgenland.

Können Sie sich vorstellen, dass wir zumindest mit den Kollegen aus Niederösterreich in Kontakt treten und hier kooperieren, um das auch Burgenländern zu ermöglichen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ja, das kann ich mir vorstellen. Ich sage auch offen dazu, wie gesagt, wir haben das Angebot ausgeweitet, die Fachhochschule hat auch die Kompetenz dafür und ich bin aber jetzt auch für jeden zusätzlichen Input hier dankbar. Wir können natürlich auch dieses niederösterreichische Modell uns noch einmal näher anschauen.

Da bin ich durchaus bei Ihnen, wird Sie jetzt vielleicht überraschen. Aber je mehr Stunden man in der Vorbereitung hat, umso größer ist auch die Chance, hier dann auch durchzukommen. Wiewohl es eine politische Frage ist, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist etwas anderes!)* die - das wird vielleicht in der nächsten Zusatzfrage von Ihnen kommen, aber ich sage es jetzt gleich vorweg. Insgesamt sollte man versuchen, diese Zusatzbeschränkungen einzuschränken, weil wir eben Ärzte brauchen. Das wissen Sie genauso gut wie ich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nächste Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Sagartz, bitte.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat, für den ersten Teil der Antwort hätten Sie sich auch den Applaus der Opposition verdient. Und ich danke Ihnen, dass Sie auch diese Anregungen ernst nehmen und verfolgen.

Noch eine Frage zu dem heute auch auf der Tagesordnung stehendem Thema Primärversorgungsärzte. Da möchte man ja besonders junge Ärzte ansprechen und ihnen

in Zukunft das schmackhafter machen, im ländlichen Raum als Arzt zur Verfügung zu stehen.

Sind Sie der Auffassung, dass diese Primärversorgungszentren auch finanziell vom Land mit Infrastrukturmaßnahmen unterstützt werden könnten?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es ist durchaus möglich. Aber der Herr Kollege Rosner hat ja seine Frage zurückgezogen, habe ich gerade gehört. Weil da wäre das Thema länger zu diskutieren gewesen. Jetzt habe ich ja nur mehr 50 Sekunden Zeit. Grundsätzlich ja, das kann ich mir vorstellen. Ich halte auch sehr viel von diesem Plan, diese, mir gefällt es besser nicht Primary Health Care Center zu sagen, sondern Primärversorgung, damit auch die Menschen im Land wissen, um was es geht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Erstversorgung!)*

Es geht darum, dass man in schwierigen Zeiten, wo es auch darum geht, gemeinsam, und das möchte ich auch hier im Landtag noch einmal ansprechen, das ist an und für sich nicht meine Kompetenz, sondern die Kompetenz der Gebietskrankenkassa, die niedergelassenen Ärzte auch zur Verfügung zu stellen. Wir sind natürlich vom Land her interessiert, auch politisch interessiert, dass die ländliche Versorgung gewährleistet ist in den Räumen.

Der Kollege Strommer hat fast applaudiert hat er gesagt. Es ist auch wichtig, dass wir auch dieses Thema gemeinsam noch angehen. Ich kann mir auch durchaus vorstellen, dass es hier auch Unterstützung gibt.

Wir haben ein Projekt derzeit im Südburgenland laufen. Im Krankenhaus Oberwart. Na ja, das ist eine Akutversorgung, die ähnlich aufgebaut ist, wie diese Primärversorgung. Wir werden ein zweites Pilotprojekt im Seewinkel, im zentralen Bereich des Seewinkels starten. Dann werden wir sehen, wie das angenommen wird.

In Oberwart wird es sehr gut angenommen. Das passt auch. Da hat es ja auch da und dort Widerstände gegeben, weil das im Spital gemacht wird und sozusagen niedergelassene Ärzte im Spital ordinieren. Aber mittlerweile hat sich auch der Widerstand der Ärztekammer ja relativiert und die Ärztekammer ist mit diesem Projekt auch zufrieden. Wenn wir diese zwei Projekte bis zum Ende des Jahres 2017 einmal etablieren und dann auch evaluieren, bin ich durchaus bereit, den von Ihnen gemachten Vorschlag auch ernst zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Rosner. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Viele Projekte für eine flächendeckende Primärversorgung sind auf das Nord- beziehungsweise Mittelburgenland, also große Orte ohne Ortsteile, ausgerichtet.

Sind diese Modelle aus Ihrer Sicht auch für das Südburgenland geeignet?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, grundsätzlich ja. Ich sage jetzt hier auch offen im Landtag, es gibt auch Widerstände von Seiten der Ärztekammer. Jetzt nicht destruktiv gemeint, sondern man hat die Befürchtung, dass diese Primärversorgungszentren von großen Konzernen sozusagen übernommen werden und damit Gewinnmaximierung im Vordergrund stehen sollte.

Das muss man sich eben mit den Pilotprojekten anschauen. Aber grundsätzlich sehe ich das für das Südburgenland auch positiv und ich bin jetzt nicht ganz der Meinung des Kollegen Sagartz. Dieses Akutversorgungsprojekt im Oberwarter Bezirk ist schon relativ nah an dieser Primärversorgung auch angekoppelt und… *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)*

Ich komme ins Krankenhaus, werde dort kurz einmal angeschaut und dann kann ich in diese Primärversorgung gehen. Ob das jetzt neben dem Krankenhaus ist in Oberwart, im Zentrum oder im Spital, ist ein philosophische Frage, aus meiner Sicht. Wichtig ist, dass es funktioniert und es funktioniert derzeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kovacs. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landesrat! Welche Forderungen haben Sie eigentlich konkret an den Wissenschaftsminister, um eben Medizinerinnen und Mediziner ausbilden zu lassen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das habe ich vorher schon gesagt, aber jetzt kann ich es präzisieren. Das ist kein politisches Spiel, sondern es ist einfach eine Forderung, die man stellen muss, aus meiner Sicht. Wir fordern den Bundesminister für Wissenschaft auf, die Anzahl der Studienplätze zu erhöhen. Damit es dann auch dazu kommen kann, weil das wird mir dann auch noch in Jahren vorgeworfen werden, möglicherweise, wenn wir dann alle noch da sind, wissen wir ja nicht. Das wir dann nicht rechtzeitig auf den Ärztemangel beziehungsweise auf offene vakante Posten, vor allem im niedergelassenen Bereich, reagiert haben.

Deswegen fordere ich den Bundesminister für Wissenschaft auf, die Anzahl der Studienplätze aufzustocken. Er hat das gleiche Problem wie ich in der anderen Frage. Er muss natürlich auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass eine Verlängerung der Quotenregelung für den Studienzugang zum Medizinstudium sicher zu stellen ist.

Und ich fordere eine Abschaffung der Zusatzbeschränkungen zu Medizinstudien, damit ein diskriminierungsfreier Zugang zum Medizinstudium gewährleistet werden kann.

Denn abschließend gesagt, nur ein Satz noch, dass Menschen mit lauter Einsern maturieren und dann keinen Zugang zum Medizinstudium haben, das halte ich für falsch.

Wenn die dann irgendwann einmal scheitern im Studium, ist das etwas anderes. Aber da kann man mir nicht einreden, dass die nicht geeignet sind, ein Medizinstudium zu beginnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Rosner an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Die Anfrage wurde heute vom Fragesteller gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen.

Die siebente Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Wiesler an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Wiesler um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Feuerwehr ist fraglos eine der wichtigsten Einsatzorganisationen des Burgenlandes.

Welche Schwerpunkte haben Sie als zuständiger Referent für das Jahr 2017 geplant?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja danke, Herr Abgeordneter. Sie haben das schon richtig erwähnt. Man hat jetzt gesehen, beim Einsatz in Wimpassing, wie wichtig die Feuerwehr ist und welche Anerkennung in der Bevölkerung in Bezug auf die Feuerwehr herrscht.

Es ist so, dass die Feuerwehr jetzt die Möglichkeit hat, mit ihren Mitgliedern ein neues Feuerwehrgesetz zu gestalten. Dieses neue Feuerwehrgesetz ist deshalb wichtig, weil es verfassungsrechtliche Bedenken gibt, dass jemand auf Lebenszeit eine Funktion ausübt. Das heißt, die Ausübung auf Lebenszeit einer Funktion ist verfassungsrechtlich bedenklich. Es ist auch so, dass in keiner Körperschaft und auch in keinem humanitären Verein oder auch in keinem wohltätigen Verein, es eine lebenslange Funktionsdauer gibt.

Weder beim Roten Kreuz, noch bei Licht ins Dunkel, noch beim ASB und so weiter und so fort. Daher ist es sehr, dass die Feuerwehr dieses neue Feuerwehrgesetz bekommt. Mir ist es auch wichtig zu sagen, dass erstmalig in Österreich die Feuerwehrmitglieder anhand einer Feuerwehrbefragung eingebunden wurden.

Es gibt in allen anderen Bundesländern diese Demokratisierung. Hier hat es diesen Prozess nicht gegeben, wo alle Feuerwehrmitglieder eingebunden werden. Es ist auch so, dass wir natürlich auch darauf achten müssen, dass sehr viele Forderungen, die gekommen sind, auch im Gesetz verpackt werden. Es sind jetzt wieder Anträge hereingekommen. Wir haben vom Abgeordneten Kölly in Bezug auf Mehrwertsteuern, diesbezüglich hat er vollkommen recht, das heißt, wir müssen natürlich auch hier in einer Präambel festhalten, wie wichtig zum Beispiel die Mehrwertsteuerbefreiung bei Einsatzgeräten ist.

Insgesamt muss man sagen, dass es bei dieser Umfrage sehr viele Anregungen gegeben hat, angefangen von der Überarbeitung der Ausbildung bis zu einer durchdachten autonomen Fahrzeugbeschaffung, Anreize für Neuzugänge, Kameradschaftsimpulse, Dienstfreistellungen und so weiter und so fort.

Diese Anregungen werden von der Feuerwehr selbst ausgearbeitet, eingearbeitet und danach kommen die Klubs in die Diskussion, und dann wird man sehen, wie sich das neue Feuerwehrgesetz entwickeln wird. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben angeführt, einer der Schwerpunkte ist die Novellierung, Sie haben auch gesagt, wer aller miteingebunden wird.

Wie sieht es im Bereich des Förderwesens aus? Welche Änderungen sind im Förderwesen bei der Feuerwehr angedacht?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Abgeordneter! Es wird viel auf uns seitens Feuerwehr zukommen. Unter anderem die Sanierung des Landesfeuerwehrkommandos, die es zu fördern bzw. zu unterstützen gibt.

Es gibt dort das Feuerwehrmuseum, es gibt die Atemschutzzentrale, das Katastrophenschutzlager und so weiter. Das ist ein wichtiger Bestandteil für das Land Burgenland. Wir werden innerhalb eines Jahres nicht 13 Millionen Euro in die Hand nehmen können, aber eine Sanierung wird so stattfinden, dass auch zukünftig ein zufriedenstellender Betrieb des Kommandos gegeben ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Was ist Ihrerseits bezüglich Zugriff der Feuerwehren auf die digitalen Katastrophenschutzpläne geplant?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Abgeordneter! Auch das ist natürlich ein Themenbereich, der sehr wichtig ist. Wir wissen, dass in allen Gemeinden fertige Kat-Pläne zur Verfügung stehen. Leider Gottes besteht derzeit noch nicht die Möglichkeit, dass alle Organisationen Zugriff haben. Das heißt, wir werden hier versuchen, dass zukünftig auch das Rote Kreuz und die Feuerwehr Zugriff haben. Es ist erforderlich, dass sofort die Möglichkeit besteht, hier Einsicht zu haben. Das ist der nächste Schritt, und ich gehe davon aus, dass wir vielleicht schon in zwei, drei Monaten soweit sind. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneter Ing. Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ihre Aussage, dass es verfassungsrechtlich bedenklich sein könnte, wenn eine Funktion auf Lebenszeit ausgeübt wird, mag stimmen. Das ist bei der Feuerwehr nicht der Fall, mit 65 endet es, es ist daher begrenzt. Ihre Bedenken bezüglich verfassungsrechtlich bedenklich, kann ich daher jetzt schon ausräumen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Umfrage, die Sie in Auftrag gegeben haben, war nicht 100-prozentig anonym, wie Sie in einem Studiogespräch des ORF selbst gesagt haben, es ist rückverfolgbar bis in die Ortschaft.

Werden Sie diese Ortsergebnisse veröffentlichen oder muss ich diese als Mandatar dieses Landtages mit einer Frage bei Ihnen erfragen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Zum einen muss man natürlich sagen, dass das keine Wahl ist wie eine Nationalratswahl, sondern es geht rein um eine Umfrage. Das heißt, die Feuerwehr oder alle Feuerwehrmitglieder haben die Möglichkeit gehabt, sich zu beteiligen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: 12,5 Prozent haben es getan. Ein niederschmetterndes Ergebnis. – Abg. Doris Prohaska: Das ist eine Fragestunde und nicht eine Kommentarstunde.)*

12,5 Prozent haben es getan, in einer Onlinebefragung hat man einen Rücklauf von zirka sechs bis zehn Prozent, das heißt, 12,5 Prozent ist nicht so wenig. Hier geht es darum, dass man Neugestalten möchte. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Umfrageergebnisse.)* Aber es geht wirklich darum, dass man ein neues Feuerwehrgesetz gestaltet, und dabei ist es halt wichtig, die Feuerwehr einzubinden.

Das heißt, nicht Rot-Blau macht dieses Gesetz, sondern die Feuerwehr selbst macht sich das Gesetz, und das ist wichtig, das so zu erwähnen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Landtagsabgeordneter Kölly. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Der Landtag macht das Gesetz und nicht die Feuerwehr.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ein Gesetz um das andere wird jetzt beschlossen, diskutiert. Meine Frage und die stelle ich so, dass ich sage: Wie weit wurden die Gemeinden, die die finanziellen Lasten auch großteils mittragen müssen, in das neue Gesetz miteingebunden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Das ist ein sehr wichtiger Aspekt, das heißt, die Gemeinden werden selbstverständlich eingebunden.

Es wird auch im Bereich des Ortsfeuerwehrkommandanten nicht viel verändert, so wie ich aus der Umfrage herausgelesen habe. Das heißt, man möchte schon, dass die BürgermeisterInnen und die Gemeinden hier eng mit der Feuerwehr zusammenarbeiten, und daher werden die Gemeinden natürlich eingebunden sein.

Es gibt viele Anregungen. Wie gesagt, die Fülle dieser Anregungen hat uns und auch der Feuerwehr selbst gezeigt, dass es sehr wichtig und notwendig ist, hier eine Gesetzesänderung durchzuführen. Man kann erkennen und das sagt auch der Landesfeuerwehrkommandant, dass alle hereingekommenen Anregungen wirklich sehr wichtig sind und dass man sich da wirklich intensiv damit auseinandersetzt und natürlich ganz wichtig ist, die Gemeinden einzubinden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrte Damen und Herren! Die achte Anfrage ist von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl gerichtet. Der Herr Landeshauptmann ist - wie erwähnt – entschuldigt, und diese Anfrage wird somit in der nächsten Sitzung zum Aufruf gelangen.

Präsident Christian Illedits: Die neunte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Haidinger an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Haidinger um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Das Pilotprojekt „Sicherheitspartner“, das österreichweit einzigartig ist, läuft nunmehr seit einigen Monaten.

Was können Sie über den bisherigen Verlauf berichten, wie sehen also die ersten Erfahrungswerte aus?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Abgeordneter! Es wird auch so sein, dass dieses Pilotprojekt „Sicherheitspartner“ jetzt allen Klubs vorgestellt wird. Das heißt, wir wollen jeden Klub und auch die Oppositionsparteien einbinden und dieses Pilotprojekt vorstellen, wie weit derzeit die Umsetzungsphase ist.

Eines ist aber jetzt schon erkennbar, dass es in den Gemeinden, wo diese Sicherheitspartner unterwegs sind, einen sehr positiven Zuspruch gibt. Nebenbei bemerkt - es gibt insgesamt 121 Stichstellen an öffentlichen Gebäuden, ~~wo~~ welche von diesen Sicherheitspartnern angefahren werden.

Bereits mehr als 300 Mängel wurden festgestellt, es ist auch so, dass diese Sicherheitspartner sehr oft auch schon Personen geholfen haben. Diese Hilfsmaßnahmen werden dann auch den Klubs präsentiert, es wird auch präsentiert, was man zukünftig noch vorhat. Diese Evaluierungsphase ist sehr positiv zu bewerten.

Das heißt, ob das jetzt die Schulwegsicherung ist, ob das jetzt insgesamt auch die Koordination zwischen der Gemeinde und den Sicherheitspartnern ist. Wenn man sich

das Ausbildungsprogramm anschaut, die Ausbildung geht bis zur Sicherheit bei Veranstaltungen. Es gibt eine technische Grundschulung, eine Erste-Hilfe-Ausbildung, eine Ausbildung im Bereich der rechtlichen Rahmenbedingungen, eine Ausbildung im Bereich des Notwehrrechtes, des Anhalterechts und auch natürlich der Haftungen.

Es sind dabei Organe der Straßenaufsicht. Das heißt, sie können natürlich auch Absperrungen machen. Der Umgang mit den Bürgern in Ausnahmesituationen wurde geschult. Der Selbstschutz, Deeskalation, und es sind natürlich auch Brandschutzbeauftragte und, ich glaube, desto länger dieses Projekt auch läuft, desto mehr kommt der Zuspruch. Man darf auch nicht vergessen, dass jetzt Winter ist und es im Winter natürlich eine andere Situation ist.

Wichtig ist auch zu erwähnen, dass wir mit Elektroautos unterwegs sind. Das ist natürlich auch positiv zu bewerten, wobei man aber in der Evaluierung sagen muss, dass die Elektroautos technisch das nicht halten, was uns zugesagt wurde. Wenn es Minusgrade gibt, dann tut man sich schon mit den Elektroautos sehr schwer. Das heißt, hier müssen wir uns natürlich auch etwas überlegen.

Insgesamt ist dieses Projekt sehr gut angekommen, und wir werden in der nächsten Zeit, in den nächsten Wochen, allen Klubs die Details und die Einzelheiten präsentieren. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie viele Personen sind zurzeit im Wege dieser Sicherheitspartner im Einsatz und was wird hier im Detail kontrolliert? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das waren zwei Fragen. Wir dürfen ab jetzt zwei Fragen stellen?)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Abgeordneter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Was natürlich sehr positiv zu bemerken ist, dass hier Personen 50 plus zur Beschäftigung kommen. Diese kommen als Sicherheitspartner, das sind derzeit 19, in das Projekt und nach drei, vier Monaten finden sie auch wieder zurück in einen Beruf somit eine Berufseinstiegsmöglichkeit für 50 plus. Das ist wirklich sehr positiv zu bewerten, weil natürlich auch hier das AMS die Möglichkeit hat, eine Vermittlung als Sicherheitspartner vorzunehmen. Man muss noch festhalten, dass wir dieses Projekt gerne so ausdehnen möchten, dass nach der Pilotphase auch andere Gemeinden ~~auch~~ die Möglichkeit haben sollen, sich zu bewerben.

Wir werden, ich gehe einmal davon aus, im Juni dann schon Zahlen haben, wo wir ganz genau wissen, in welche Richtung müssen wir uns verstärkt konzentrieren.

Eines, was aber jetzt schon klar erkennbar ist, dass diese Sicherheitspartner wahrgenommen werden, dass jeder schon in der Gemeinde weiß, wenn Hilfe benötigt wird, an wen man sich wenden kann. Wie gesagt, in einigen Monaten werden wir dann mehr wissen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, Sie haben noch eine Zusatzfrage? - Bitte, das ist eine Frage, nicht zwei in einer Frage. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Er hat eh schon drei gestellt.)*

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben immer wieder den sozialen Aspekt erwähnt.

Wie ist hier der genaue Stand?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Genau das ist das, was dieses Projekt österreichweit einzigartig macht, ~~ist~~, nicht nur Kontrollfahrten werden vorgenommen, auch der Sozialbereich der Bevölkerung ist ein wichtiges Anliegen. Dieser Bereich wird jetzt immer mehr und mehr verstärkt angenommen. Wir haben jetzt wieder in den Ortschaften Postwürfe gemacht, wo jetzt in den nächsten drei, vier Monaten sehr viele Leistungen einmal gratis angeboten werden, damit man sich sozusagen einbringen kann. Dass es eine Berufseinstiegsmöglichkeit ist für 50 plus habe ich bereits erwähnt~~,~~ man kann wirklich froh sein, dass es dieses Projekt gibt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Aus Ihrer Beantwortung, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, habe ich jetzt gehört, nur die Klubs werden informiert. Schade, dass nicht alle Abgeordneten informiert werden - Sie haben das mehrmals so gesagt -, und ein wesentlicher Punkt in der Praxis ist die Schulwegsicherung und soziale Hilfeleistungen.

Ich hoffe, Ihr Projekt heißt nicht in Zukunft „Sozialpartner“. Ihr ausdrückliches Anliegen, wie Sie dieses Projekt gestartet haben, war die Hebung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Das haben Sie immer wieder gesagt, es ginge ja gar nicht um Sicherheit, sondern um das Sicherheitsgefühl.

Wie wird nun gemessen, was sich am subjektiven Sicherheitsgefühl durch die Sicherheitspartner ändert?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Danke schön für die Frage! Auf jeden Fall wird natürlich auch die Opposition eingebunden, die Einladungen ~~gehen~~ werden demnächst versendet. Sie werden selbstverständlich auch eingebunden, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke schön!)* sehr gerne sogar.

Wie war die Frage jetzt kurz? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wie misst man das subjektive Sicherheitsgefühl?)* Genau! Entschuldigung! Es ist so, dass dieses Projekt wissenschaftlich begleitet wird. Das heißt, hier gibt es seitens der Fachhochschule eine wissenschaftliche Begleitung, wo auch evaluiert wird und auch die Bevölkerung angesprochen wird. Ich schätze, dass wir so zirka Mai oder Juni ein wirkliches Ergebnis haben, das wir dann auch präsentieren werden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Bei aller Wertschätzung vor diesem Aufwand sage ich einmal, 700.000 ist auch nicht wenig, was man da betreibt. Da es im ganzen Burgenland 171 Gemeinden sind und jetzt decken wir, glaube ich, acht oder neun damit ab, hochgerechnet sind das ein paar Millionen.

Ich verlasse mich lieber auf die Polizei, das sage ich Euch auch gleich, auf unser Bundesheer und auf unsere Sicherheitskräfte, die wir im Lande haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Man kann immer alles wunderbar darstellen. Man sollte aber im Vorfeld auch mit den zuständigen Personen und nicht nur Klubs, aber jetzt habe ich eh gehört, dass wir auch miteingebunden werden, denn in Deutschkreutz hat es schon einmal so ein Projekt gegeben, wo ich das schon längst ohne großen finanziellen Aufwand betrieben habe. Es ist noch immer aufrecht, muss ich dazu sagen. Aber ich habe andere Meinungen gehört, die tatsächlich dort als Mitarbeiter angeheuert haben.

Wie groß ist die Fluktuation bei diesen Mitarbeitern in diesem Bereich?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Zum einen, die erste Frage war mit Polizei. *(Abg. Manfred Kölly: Es war nur eine Frage. Das war eine Feststellung.)* Es ist aber ganz wichtig, auch das zu sagen, das ist ein Projekt zur Entlastung der Polizei. Dann braucht die Polizei z.B. keine Schulwegsicherung machen. Zum Projekt selbst in Deutschkreutz hat es ja etwas Ähnliches gegeben. In Bezug auf die Kosten finde ich, dass diese sehr gut investiert sind, weil es nebenbei auch eine Berufseinstiegsmöglichkeit ist. Manche bekommen nach drei oder vier Monaten schon einen Job, weil sie sich natürlich nebenbei bei anderen Firmen bewerben. Dass das natürlich ein Job ist, der rund um die Uhr und auch mit Nachtdienst in Verbindung steht, *(Abg. Manfred Kölly: Wie hoch ist die Fluktuation?)* selbstverständlich gibt es eine Fluktuation. Aber das soll so sein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Personen!)* Ich glaube, es ist auch wichtig, dass man denen die Möglichkeit gibt, in den Beruf einfach einzusteigen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Leider nicht zuständig! - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Ing. Strommer. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich war jetzt verwundert, dass Sie auf diese Frage überhaupt eine Antwort geben. Denn in dieser Art und Weise habe ich eine schriftliche Anfrage an Sie gestellt. Diese Anfragebeantwortung hat überhaupt mehr Fragen aufgeworfen, als sie Antworten gegeben hat.

Aber da haben Sie alle Verantwortung von sich gewiesen. Das ist wissenschaftlich begleitet, dass die FH eigentlich dieses Projekt leitet, dass die Sicherheitsfirma Wagner anstellt und eigentlich Sie nur dazu da sind, die finanziellen Dinge auf Landesebene sicherzustellen, wobei man sich schon die Frage stellen muss, ob es notwendig ist, Landesfinanzmittel für die Entlastung der Polizei sozusagen zur Verfügung zu stellen. *(Abg. Robert Hergovich: Wie ist es in Eisenstadt?- Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist die Polizei.)*

Meine klare Frage, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Wenn Sie nicht zuständig sind, sondern die Firma Wagner angestellt ist, warum haben Sie dann verhindert, dass ein Redakteur des „Kuriers“ mit den Sicherheitspartnern in Kontakt tritt, weil Sie das verboten haben. Sind Sie jetzt zuständig oder sind Sie nicht zuständig? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Nehmt Euch ein Beispiel.)*

Präsident Christian Illedits: Die letzte Frage nehme ich als gestellte Frage: Sind Sie zuständig oder sind Sie nicht zuständig?

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Selbstverständlich schafft die Landesregierung die Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen sind geschaffen. Man braucht natürlich ein Sicherheitsunternehmen, das unterstützend dabei ist.

Ich glaube, dass die Firma Wagner Sicherheit eine österreichweit anerkannte Firma ist. Man weiß auch, welche Abwicklungen die Firma Wagner Sicherheit auch ständig macht, welche Großveranstaltungen. Es geht hier nicht vorrangig um Zuständigkeitsbereich, sondern es geht darum, dass man ein Projekt für die Menschen im Land hat. Ich glaube schon, dass dieses Projekt sehr positiv angenommen wird.

Ich bin auch überzeugt davon, dass sich viele andere Gemeinden auch noch melden werden, die dieses Projekt umsetzen wollen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Dann haben Sie unzuständigerweise verhindert, dass „Kurier“ und diese Sicherheitspartner in Kontakt treten. So viel zu Ihrer Verantwortung!)*

Präsident Christian Illedits: Die zehnte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Öffnung der Arbeitsmärkte hat unter anderem bewirkt, dass Unternehmen aus den östlichen Nachbarländern vermehrt Aufträge unter Nichteinhaltung von steuer-, arbeits- und sozialrechtlichen Standards abwickeln.

Dies geht vor allem zu Lasten der burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der regionalen Wirtschaft.

Welche Maßnahmen ergreift das Burgenland im Bereich der Exekution des Lohn- und Sozialdumpinggesetzes?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte festhalten, dass diese Novelle des Lohn- und Sozialdumpinggesetzes Verschärfungen und Erweiterungen in Kraft gesetzt hat, die seit Jahresbeginn auch vom Burgenland umgesetzt werden. Vor allem von den Bezirkshauptmannschaften in ihrer Aufgabe, die mittelbare Bundesverwaltung hier zu repräsentieren, gemeinsam mit Kontrollen durch Beamte des Finanzministeriums und der Sozialversicherung.

Lohn- und Sozialdumping durch ausländische Dienstleitungserbringer in Zusammenhang mit Entsendungen, das wurde heute schon diskutiert, von Arbeitnehmern nach Österreich kann damit noch wirksamer bekämpft werden als bisher, und der Schutz am Arbeitsmarkt wird damit auch wesentlich erhöht.

Gleiches gilt für andere wesentliche Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, etwa in den Bereichen technischer Arbeitnehmerschutz und Verwendungsschutz. Entsendung von Arbeitnehmern zwischen Konkurrenzunternehmen, vor allem in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, vor allem den osteuropäischen Staaten können, soweit es nicht dem Sinn und Zweck des LSD, also des Lohn- und Sozialdumpinggesetzes, auch hier besser sanktioniert werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass wir - noch einmal gesagt - über 101.000 Beschäftigte im Burgenland haben, aber davon auch 23.000 Menschen, die Ausländer sind, vor allem im Bau- und Gastgewerbe beschäftigt sind. Es gibt seit 2004

keine Beschränkungen am Arbeitsmarkt in Österreich. Das ist doch jetzt auch eine politische Diskussion, die wir zu führen haben. Aber durch die Maßnahmen, durch dieses neue Gesetz und durch verstärkte Kontrollen auch von Seiten der Bezirkshauptmannschaften sollten wir einigermaßen in diesem Bereich vorankommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesart! Können Sie auch Strafsummen beziffern, über die wir hier sprechen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist das große Problem, das wir alle sehen und das wir auch so nicht hinnehmen können. Die Novelle war aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Schritt. Aber wenn wir uns jetzt die Zahlen anschauen, dass von 239 Verfahren, die es im Jahr 2016 gegeben hat, bis dato lediglich 16 rechtskräftig abgeschlossen worden sind, und dass von den verhängten Strafen von rund einer Million Euro lediglich 131.000 Euro eingestellt worden sind, 686.000 sind noch offen, dann müssen wir aus meiner Sicht auch hier rigoroser vorgehen. *(Abg. Manfred Kölly: Man muss Abkommen ändern. Das ist der Fall. Diese Frage könnt Ihr Euch ersparen.)*

Das ist auch die Aufgabe nicht nur des Bundes. Man muss es jetzt … *(Abg. Manfred Kölly: Abkommen muss man ändern, sonst funktioniert das nicht.)*

Ja, die Abkommen muss man ändern, das ist schon richtig. Aber man sieht jetzt, dass dieses Geld derzeit nicht einzutreiben ist, und das ist kein haltbarer Zustand, da bin ich bei Ihnen, Herr Abgeordneter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Gerhard Steier: Das hängt mit den Grenzsicherungen zusammen. – Abg. Manfred Kölly: Wer sitzt denn im Bund? Ihr, oder?)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist somit durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 700), mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 21 - 483) (Beilage 729)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 700, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, Zahl 21 - 483, Beilage 729.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, in ihrer 6. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Jänner 2017, beraten.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Dank Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Karin Stampfel als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die vorliegende Novelle zur Landarbeitsordnung ist inhaltlich nicht sonderlich spektakulär, auch technisch nicht. Wir werden hier zwar als Landesgesetzgeber tätig, in diesem Fall allerdings dahingehend, dass wir höherrangige Normen, nämlich Unionsrecht, legistisch umzusetzen haben.

In der Sache geht es um Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen. Es wird also nun auch in der Landarbeitsordnung ein Benachteiligungsverbot normiert. Gleichzeitig wird ein Gleichbehandlungsbeauftragter als Anlaufstelle für jene, die sich benachteiligt fühlen, im Gesetz verankert. Wesentliche organisatorische oder finanzielle Auswirkungen sind aus heutiger Sicht nicht zu erwarten.

Meine Damen und Herren! Viel mehr ist zu dieser Novelle auch nicht zu sagen. Wie wir als Koalition, speziell wir Freiheitlichen, zum Thema Freizügigkeit stehen, ist hinlänglich bekannt. Ich werden mich jetzt alleine schon deshalb nicht vertiefen, da wir ja heute auch noch im Rahmen der Debatte des Dringlichkeitsantrages ausreichend Gelegenheit haben werden, uns ausführlich über diese Frage und über dieses Thema auszutauschen.

Wir stimmen der Vorlage zu. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Mit der vorliegenden Novelle zur Burgenländischen Landarbeitsordnung 1977 soll die Richtlinie 2014/54/EU über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen, umgesetzt werden.

Die Novelle beinhaltet einerseits die Umsetzung des Benachteiligungsverbotes des Art. 3 Abs. 6 der genannten Richtlinie, die besagt, die Mitgliedstaaten nehmen in ihre nationale Rechtsordnung die Maßnahmen auf, die erforderlich sind, um Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen der Union vor Benachteiligungen oder Repressalien als Reaktion einer Beschwerde zu schützen. Andererseits wird durch diese Novelle auch der Artikel 4 Abs. 1 dieser EU-Richtlinie umgesetzt, wonach jeder Mitgliedsstaat entsprechende Stellen zur Förderung der Gleichbehandlung und zur Unterstützung von ArbeitnehmerInnen der Union und ihre Familienangehörigen zu benennen hat.

Der Aufgabenbereich des oder der Gleichbehandlungsbeauftragten befasst sich mit der Gleichstellung von freizügigkeitsberechtigten Arbeitnehmern und deren Familienangehörigen, die vom persönlichen Geltungsbereich der Burgenländischen Landarbeitsordnung 1977 erfasst werden.

Wichtig ist dabei besonders bei dieser Landesregierung, dass die oder der Gleichbehandlungsbeauftragte weisungsfrei ist, und es werden die Informationsrechte der obersten Organe definiert. Der oder die Gleichbehandlungsbeauftragte ist von der Landesregierung nach Anhörung der Landwirtschaftskammer für die Dauer von fünf Jahren zu bestellen und hat Bedienstete oder Bediensteter des Landes Burgenland zu sein.

Ich hoffe doch, dass auch die Abgeordneten der Regierungspartei dieser Novelle zustimmen können, nachdem immer wieder Ablenkungsmanöver gestartet werden, anstatt sich um wichtige Landesthemen zu kümmern. Es ist nämlich ein schlechter Stil, Grundwerte der EU in Frage zu stellen, wie vorhin von Frau Abgeordneter Stampfel erwähnt, wie es der Landeshauptmann auch in seinem plumpen Populismus immer wieder macht, *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)* obwohl ihm selbst Parteifreunde und alle Experten widersprechen.

Das Burgenland profitiert von den EU-Grundfreiheiten. So können unsere Produkte dank der Warenverkehrsfreiheit EU-weit exportiert werden. Das Burgenland profitiert auch in diversen Arbeitsbereichen wie Tourismus, Landwirtschaft, Gesundheit, Pflege von EU-Bürgern, die von eigenen Staatsbürgern nicht verrichtet werden können beziehungsweise verrichtet werden wollen.

EU-Richtlinien werden ja von Ihnen als Einheitspartei nicht immer sehr positiv betrachtet, abgesehen von den wichtigen EU-Zahlungen. Oft werden speziell von den Regierungsparteien unsere ungarischen Nachbarn als ArbeitswegnehmerInnen anstatt als EU-ArbeitnehmerInnen betrachtet. Deshalb meine Frage an Sie, von den Regierungsparteien. Wie könnten wir im Burgenland den Gesundheits-, den Tourismus-, den Landwirtschafts- oder den Pflegebereich und diverse andere Bereiche bewerkstelligen, ohne die Beschäftigten aus den ehemaligen Ostblockstaaten?

Wir stimmen dieser Novelle der Burgenländischen Landarbeitsordnung 1977 selbstverständlich zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl das Wort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben im vergangenen Jahr, nämlich am 14. April 2016, auch hier im Hohen Haus die Landarbeitsordnung in einem Tagesordnungspunkt behandelt. Bei dieser Sitzung und Debatte hat auch der Herr Kollege Temmel zu diesem Tagesordnungspunkt gesprochen. Er hat damals eine relativ große Südburgenland-Tour gemacht und hat uns versucht zu erklären, wie schlecht die Bedingungen in unserem Bezirk und im Südburgenland insgesamt sind.

Er hat es auch heute wieder geschafft, dass er an und für sich Tagesordnungspunkte immer wieder zum Anlass nimmt, in einer gewissen Art und Weise hier Polemik walten zu lassen. Ich lasse das nicht so im Raum stehen, Herr Kollege Temmel, wie Sie das vorher gesagt haben. Ich glaube, dass wir hier in diesem Haus, das unsere Burgenländerinnen und Burgenländer natürlich dahinterstehen, dass wir in der Europäischen Union sind.

Davon bin ich fest überzeugt. Es war auch die ÖVP sehr lange dabei, dass wir hier im Burgenland - und vor allem auch im Südburgenland - alle Möglichkeiten bestens

genützt haben. Hier wurden die Förderungen, die seitens der Europäischen Union zur Verfügung gestellt wurden, in bester Art und Weise für das Land und für die Menschen in unserem Land genutzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte nun aber schon auch in dieser Form grundlegend zum Tagesordnungspunkt kommen. Dieses Gesetz der Landarbeitsordnung regelt generell die Arbeitsweise von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Landwirtschaft im Hinblick auf Arbeitnehmerschutz, auf Arbeitszeiten und natürlich auch auf Arbeitssicherheit. Das Burgenländische Gesetz zur Landarbeitsordnung knüpft an das Bundesgesetz an, wird aber insgesamt in allen neun Bundesländern in Ausführungsgesetzen geregelt.

Die wichtigsten Punkte, die ich hier ansprechen darf, die die Gesetzesänderung beinhalten: Erstens soll mit der vorliegenden Novelle die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen der Freizügigkeit zustehen, umgesetzt werden. Einerseits beinhaltet diese Novelle die Umsetzung des Benachteiligungsverbotes, andererseits werden durch diese Novelle auch die Förderung der Gleichbehandlung und der Unterstützung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen der Union und ihrer Familienangehörigen umgesetzt.

Festgehalten ist ebenfalls, dass das Arbeitsrecht sowie der Arbeiter unter Angestelltenschutz soweit es sich um land- und fortwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte handelt. Der Entwurf wurde unter anderem den Kammern, dem Burgenländischen Gemeindebund, dem Verband Sozialdemokratischer Gemeindevertreter im Burgenland sowie dem Österreichischen Städtebund und den berührten Abteilungen des Amtes der Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt.

Gern geben wir seitens unserer SPÖ-Fraktion diesem Gesetz unsere Zustimmung. *(Abg. Manfred Kölly: Zu Recht!)* Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Geschätzte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet, speziell aus dem Grund, weil es sich hier um eine Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern handelt, die heute besprochen werden und mit dieser Novelle auch eine Gleichbehandlung erfahren sollen, denen im Grunde genommen in unserem gesellschaftlichen Leben beziehungsweise auch im Wirtschaftsleben sehr wenig Bedeutung zugemessen wird.

Das kann man auch anhand der gesetzlichen Kategorien und Gegebenheiten nachvollziehen, wo es, zum Beispiel, im Nachklang oder in der direkten Kontrolle zu arbeitnehmerrechtlichen Diskussionen kommt, wenn ein Arbeitsmarktinspektor oder andere sich um die Situation der Beschäftigten in landwirtschaftlichen Betrieben kümmert. Das hat oft Folgewirkungen, die man speziell bei Gerichtsverfahren, wenn sich jemand getraut, einen Arbeitnehmer über die Maßnahmen der Unterstützung seitens der Landwirtschaftskammer oder wie immer auch zu klagen.

Das hat dann oft gewichtige Konsequenzen und Folgen in der Darstellung wie es jemandem bei seiner Arbeit an einem bestimmten Ort ergangen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier ist das Burgenland nicht einzigartig, sondern das geht bis nach Tirol, wo im Vorjahr ein Prozess der Landarbeitsordnung auf rumänische Arbeitnehmerinnen entfaltet wurde, wo es insgesamt über Monate wenn nicht über Jahre hinweg hinsichtlich zu geringer Lohnzahlungen beziehungsweise einer katastrophalen Unterbringungssituation, die zum Himmel schreien, arbeitnehmerrechtliche Schritte gegeben hat.

Dass das im 21. Jahrhundert möglich ist, nimmt man grundsätzlich nicht an. Aber es sind Gegebenheiten, die gerade in diesem Segment immer stärker zum Durchbruch kommen, weil es noch immer gewisse Bereiche von Zugängen gibt, die quasi auf der einen Seite eine Deckung haben, wenn man nicht darüber spricht, auf der anderen Seite wenn sie hochkochen, weil sich jemand getraut vor Gericht zu gehen und seine Rechte einzumahnen, dann einen allgemeinen kurzen Anspruch haben. Das kann es aber nicht sein. Das ist quasi gegen jede Norm gerichtet.

Aber in der Konsequenz passiert dann nicht viel. Daher ist es nur absolut vonnöten, dass hier auch im Sinne der EU-Richtlinien die Novellierung des Gesetzes aus 1977 stattfindet und damit eigentlich eine Gewährleistung auch auf Ansprechpartner im Sinne der Gleichbehandlung Gegebenheit sein werden.

Was mich in diesem Zusammenhang jetzt aber noch mehr stört, ist die Situation, dass wir innerhalb der letzten Jahre und das wird auch vernachlässigt und wird oft nicht diskutiert, in den letzten Jahren immer mehr eine Steigerung von Landarbeitern haben. Das hat in der Vergangenheit eigentlich gar keine so große Rolle gespielt, aber im Zusammenhang mit landwirtschaftlicher Produktion, die speziell auch regionale Produktentwicklung und Produktfertigung für sich reklamiert, ist es immer stärker notwendig, auch im Personalbereich hochzurüsten und Möglichkeiten zu finden quasi diese Produkte auch mit Arbeitskräften zu veredeln.

Daraus ergibt sich, dass eigentlich auch gewerberechtliche Gegebenheiten der Fall sind und dass hier Entlohnungskriterien stattfinden, die es oft in der Berücksichtigung nach sich ziehen, dass sie nicht so gewährleistet sind, wie es, zum Beispiel, Arbeitnehmerrechte im Sinne auch des Arbeitsnehmerschutzes über die Sicherheit zum Beispiel über die Arbeiterkammer gewährleistet bekommen.

Das ist hier sehr minder ausgeprägt. Es hat im Grunde genommen auch den Anspruch, und es ist vorher kurz angesetzt worden, dass es sich um ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer handelt, die eine Chance sehen, hier gewisse Leistungen in Österreich zu verbringen, wo sich bis dato im Burgenland oder in anderen Bundesländern sehr wenige Beschäftigte finden, die diesen Arbeiten nachgehen wollen.

Daher ist es nochmals betont ein Segment innerhalb unserer beruflichen und gesellschaftlichen Wertigkeit, das vernachlässigt wird, wo aber sehr viel Schindluder getrieben wird und es daher wirklich begrüßenswert ist, diese Novelle auch umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen Aspekt lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch anführen, der eigentlich, wenn ich es positiv beurteile und richtig beurteile, ein Umdenken im Zusammenhang mit der Landarbeitersituation gebracht hat. Wir alle erinnern uns: Bis vor einigen Wochen hat es ein sehr großes Projekt, das von einer Landarbeit schon in industrielle Produktion gemanagt werden sollte, ein großes Projekt im Sinne eines Glashauses in Frauenkirchen gegeben.

Im Zusammenhang mit dieser Projektsituation dürfte nicht nur mir, sondern eigentlich auch vielen im Burgenland zusätzlich aufgefallen sein, dass es einen Wendepunkt in der Diskussion um die Personen, die dort quasi als Arbeitnehmerinnen angestellt worden wären oder beschäftigt worden wären und auch im Zusammenhang mit

ausländischen Beschäftigten, die bei diesem Glashausprojekt zum Arbeiten gekommen wären, gekommen ist. Nämlich, in den Aussendungen der einzelnen politischen Parten, im speziellen aber der SPÖ, hat es auch von Seiten des Landeshauptmannes her plötzlich auf Landarbeiter bezogen eine ganz andere Darstellung in sprachlicher Hinsicht und in der Bedeutung gegeben.

Erstens, sind es ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber, das macht plötzlich nichts, denn sie sind ja auch für unsere Kaufkraft zuständig. Das war eine Umsetzung einer total neuen Situation in der Beurteilung von Gegebenheiten, die vorher nur mit Draufdrängen, dass es dort nicht stattfindet, dass wir Grenzen hochziehen, dass wir bestimmte Möglichkeiten ausschließen, um diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich, im Burgenland zu haben.

Plötzlich hat mit einem Projekt, das quasi vor Ort stattfindet, ein Umkehrschluss eingesetzt, der in der Bedeutung dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für dieses Projekt bezogen da war. Zum Zweiten eine Darstellung, die auf Kommunalsteuereffekt auch auf diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezogen war und zum Dritten, und das war der interessanteste Punkt, weil es vorher in jeder Diskussion und bei jeder Vorhaltung ganz anders dargestellt wurde.

Plötzlich hat auch ein ausländischer Arbeitnehmer, der in Österreich arbeitet, zur Wertsteigerung und zur Kaufkrafterhöhung in unserem Bundesland einen Beitrag geleistet. Wenn das quasi die Zukunft auch in der Darstellung auf eine ganz normale Diskussion im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt sein soll, dann ist dem nur positiv zuzustimmen. Der Novelle kann man auch nur die Zustimmung geben. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gott sei Dank sind diese Anträge 15a-Vereinbarungen nicht abzuändern, weil sonst hätten wir wieder etwas abgeändert. Ich danke dafür, dass das nicht möglich ist. Ich glaube, dass das entscheidend ist. Die Vorredner haben schon sehr viel gesagt. Eines möchte ich noch anbringen - und das ist mir auch wichtig.

Diese Gleichbehandlungsbeauftragte, die es gibt, soll seitens einer Gesetzgebung auch dementsprechend die Möglichkeit bekommen, das auch auszuüben, weil ich es für ganz wichtig finde. Der Herr Kollege Steier hat gesagt, dass wir bei der Kaufkraft oder auch bei der Wirtschaftskraft und selbstverständlich auch in vielen anderen Bereichen auch ausländische Arbeitskräfte brauchen.

Wenn wir heute einen dringlichen Antrag zu diskutieren haben, wo ich mir eigentlich schon etwas dabei denken muss, wer heute alles bei diesem Gleichbehandlungsauftrag da mitstimmt, dann ist das in Ordnung. Aber auf der anderen Seite ist das ein Widerspruch, was wir heute machen, sehr geehrter Herr Klubobmann Hergovich. Das ist für mich eigentlich ein totaler Widerspruch. Ich sage auch warum.

Auf der einen Seite stehen wir zur EU und haben gesagt, ja wir wollen zur EU, denn das Burgenland war überhaupt der EU-Befürworter. Da habe ich geglaubt, in Eisenstadt-Umgebung haben alle gewählt. Aber, wir haben uns damals schon in der FPÖ, wenn ich darauf zurückdenken darf, uns auch klar und deutlich mit vielen Punkten auseinandergesetzt, die schlussendlich auch eingetroffen sind, wo wir gewusst haben,

freier Handel, freier Menschenverkehr und dergleichen mehr. Da haben sie uns niedergemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich will nur daran erinnern.

Wir wurden niedergemacht, weil wir nur darauf hingewiesen haben, das könnte vielleicht eintreten. Genau das ist eingetreten und jetzt machen wir einen Dringlichkeitsantrag. Im Jahre 2012 haben wir schon einen gehabt. Im Jahre 2015 haben wir auch einen gehabt, 2016, immer Dringlichkeitsanträge, dass wir die endlich loswerden oder draußen lassen. Jetzt lese ich in diesem Dringlichkeitsantrag, die EU macht jetzt „Faxen“. Das ist ja überhaupt ein Wahnsinn. Wir sind ja nicht in der EU, wir sind ja halt irgend so ein kleiner Staat und wir haben ja nichts mitzureden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nehmt Euren Herrn Bundeskanzler bei der Nase und führt ihn hin und er soll das regeln. Ganz einfach und die Geschichte ist erledigt.

Dass die FPÖ auch da mitstimmt, ist mir klar. Da brauche ich nicht darüber diskutieren. Ihr könnt nicht mehr anders. Vor zwei Jahren hättet ihr noch ganz anders darüber geredet. Ihr hättet wahrscheinlich so geredet, wie ich. Aber, es ist nun einmal so. Wenn ich jetzt hergehe und sage, ich mache einen anderen Vorschlag. Ich sehe das tagtäglich in Deutschkreuz, in der Umgebung, wo ich mich wirklich auch bewege. Es gibt sehr viele ungarische Arbeitskräfte, die Arbeiten in der Landwirtschaft verrichten, Frau Landesrätin, die vielleicht auch unsere Arbeitslosen machen könnten.

Weingarten schneiden, andere Dinge mehr. Da muss ich das AMS sehr wohl einmal bei der Krawatte nehmen oder herziehen und sagen, liebe Freunde, wenn der nicht arbeiten will und der bekommt da 1.200 beziehungsweise 1.300 Euro Arbeitslosengeld, dann muss ich mir schon etwas dabei denken. Kann der die Arbeit nicht? Weil die kann sogar ich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das muss man schon dazu sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da sollte man umdenken, Herr Kollege Klubobmann Hergovich. Vielleicht sollte man dort etwas machen. Genau das sind die Dinge, wo man sich keine Gedanken macht. Aber, wir sagen einfach, alle hinaus. Oder, wir haben jetzt die Flüchtlinge in Österreich. Wir wissen das schon, dass sehr viele U-Boote da leben und sehr viele untergetaucht sind. Aber, wir haben offiziell auch jemanden, der vielleicht diese Arbeit machen kann. Wir haben 44 Leute in Deutschkreuz untergebracht.

In Eisenstadt und dergleichen sind es noch mehr. Vielleicht kann man da eine Regelung finden. Weil wir als öffentliche Hand zahlen ja das und gerade die FPÖ könnte ja diesen Vorschlag einbringen, den ich gerne unterstütze. Wenn ihn ich einbringe, wird er abgeändert auf was weiß ich was. Vielleicht macht man sich da einmal Gedanken über solche Sachen.

Aber, ich scheue nicht davor, dass ich sage, wir brauchen in gewissen Bereichen auch ungarische oder andere Arbeitskräfte. Wir haben heute von der Therme Lutzmannsburg gesprochen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ob es ein Zickzackkurs ist oder nicht. Da frage ich mich wirklich, was da eigentlich ausschlaggebend war? Das war ausschlaggebend, dass der Herr Rezar nicht mehr als Landesrat da sitzt, weil er dort einmal das Wort erhoben und gesagt hat, dass es dort zu viele ausländische Angestellte und auch keine Lehrlinge gibt. Jetzt schaut die Welt ein bisschen anders aus.

Da man mit den Hotelbetreibern geredet, die neben viel Herzblut und vielen finanziellen Mittel hineingesteckt habe, aber auch ausländische Arbeitskräfte brauchen, weil wir keine ausgebildet haben. Oder, weil bei uns niemand das machen will. Auch das sollten wir einmal hinterfragen.

Da muss ich den Herrn Wirtschaftslandesrat fragen, wie er überhaupt zu dieser ganzen Situation steht, dass ein Land ein Hotel betreibt und sieben oder viele Private sich dort wirklich mit viel finanziellen Mitteln und Herzblut eigentlich etwas aufgebaut haben und das jetzt eigentlich als Konkurrenz sehen? Ich weiß aber gar nicht, wo der immer ist, denn der taucht immer irgendwo unter und ist nie da. Ich weiß nicht wo er ist, aber, ist egal. Das sind diese Dinge oder in der St. Martins Therme.

Wie viele ausländische Arbeitskräfte haben wir dort? Das ist übrigens ein Flaggschiff vom Herrn Landeshauptmann. Das sollte man sich auch einmal anschauen. Wahrscheinlich brauchen wir sie, weil wir keine haben. Daher ist, glaube ich, diese 15a Vereinbarung in Ordnung.

Ich werde gerne zustimmen, aber auch mit der Bitte nachzudenken, ob man in diesem Bereich nicht andere Möglichkeiten finden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auf einen Dringlichkeitsantrag freue ich mich schon. Dankeschön. *(Beifall des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 696), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens zugestimmt wird (Zahl 21 - 479) (Beilage 730)

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 697), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit zugestimmt wird (Zahl 21 - 480) (Beilage 731)

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 698), mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 481) (Beilage 732)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 3., 4. und 5. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 3., 4. Und 5. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Präsident Christian Illedits: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 696, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens zugestimmt wird, Zahl 21 - 479, Beilage 730.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens zugestimmt wird, in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Jänner 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 697, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit zugestimmt wird, Zahl 21 - 480, Beilage 731, ist ebenfalls Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit zugestimmt wird, in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Jänner 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs ist auch Berichterstatter zum 5. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 698, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird, zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 481, Beilage 732.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird, zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Jänner 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird, wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt hier für das Gesundheitswesen drei 15a Vereinbarungen zu verhandeln beziehungsweise für diese 15a Vereinbarungen dementsprechend die Zustimmung beziehungsweise die Kenntnisnahme zu beschließen.

Ich darf aber vorweg feststellen, und das ist mir ein persönliches Anliegen, dass das Gesundheitswesen, und, ich glaube, da sind wir uns auch alle einig, keinesfalls ein Spielball der Politik sein darf, insbesondere auch nicht bei unterschiedlichen ideologisch politischen Zugängen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier geht es um die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Hier geht es darum, dass die Gesundheit und die Sicherstellung der Gesundheit auch in der

Prävention dementsprechend gewährleistet sind. Daher sind diese 15a Vereinbarungen über die Organisation und die Finanzierung des Gesundheitswesens, aber auch die über die Zielsteuerung der Gesundheit sowie auch jene über die Abgeltung der stationären medizinischen Versorgungsleistungen öffentlicher Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten von großer Bedeutung. Ich erlaube mir deshalb auch hier schon den nächsten Tagesordnungspunkt ein bisschen zu beleuchten.

Nämlich, die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsamen Förderung der 24-Stunden-Betreuung. Das ist eine besonders wichtige Angelegenheit, da sie sicherstellt, dass in Zukunft ganz besonders die drei, die jetzt auf unser Bürger und nicht auf die Insassen gerichtet sind, die Gesundheit unserer Bürger in der präventiven, aber auch in der Akutmedizin sicherstellen.

Grundsätzlich darf ich dazu feststellen, dass die Abschlüsse dieser Vereinbarung bereits mit dem Abschluss des neuen Finanzausgleiches paktiert sind. Ich möchte aber doch in einzelnen Bereichen schon eingehen dahingehend feststellen, dass ohne den Abschluss dieser Vereinbarung die Finanzierung der Krankenanstalten nicht sichergestellt wäre. Es soll sichergestellt werden, dass sich mittels vereinbarter Ausgabenobergrenzen die öffentlichen Gesundheitsausgaben gleichlaufend zum nominalen Wirtschaftswachstum entwickeln. So, dass wir hier nicht einen dementsprechenden Abstand bekommen vom Wirtschaftswachstum zum, oder sagen wir es anders, dass das Gesundheitswesen in ihrer Finanzierung nicht der Wirtschaftsentwicklung hinterherhängt.

Es ist aber auch ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung des österreichischen Stabilitätspaktes dadurch geleistet. Die Krankenhauskosten des Strafvollzuges haben sich natürlich auch kontinuierlich gesteigert. Auch hier dürfen wir im Prinzip nicht die Augen verschließen und auf Basis der Berechnungen des Jahres 2000 agieren. Deshalb war auch das zu evaluieren beziehungsweise neu auszuhandeln. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Verlängerung der Geltungsdauer der Vereinbarung über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung für den Zeitraum nach 2016 hinaus war und ist natürlich erforderlich, wenn man die Finanzierung der Förderung der 24-Stunden-Betreuung langfristig sicherstellen will. Auch da bin ich der Meinung, dass wir uns hier einig sind und dass wir das wollen, weil wir unsere pflegebedürftigen Menschen ja im Prinzip nicht auf der Strecke lassen können.

Im Besonderen möchte ich aber darauf hinweisen, dass diese Zielsteuerung der Gesundheit unter besonderer Berücksichtigung der Patientenorientierung durchzuführen ist. Da müssen wir die erforderlichen Strukturveränderungen im inter- und extramuralen Bereich natürlich intensivieren. Auch das ist hier in dieser 15a Vereinbarung ganz besonders vorgesehen. Auch die sektorenübergreifende Finanzierung von den ambulanten Leistungen ist nötig. Das Nahtstellenmanagement zwischen den verschiedenen Leistungserbringern ist zu verbessern. Das wissen wir aus der Erfahrung heraus, dass hier noch etliche Nachbesserungen notwendig sind. Das Ziel ist natürlich die Sicherstellung einer hohen Behandlungsqualität beim Vorhandensein der erforderlichen Menge des Gesundheitspersonals, das dazu benötigt wird.

Da wir alle miteinander wissen, dass der Mensch älter wird, das im Prinzip der Anfall immer mehr wird, ist dem im Prinzip nicht nur gegenzusteuern, sondern ist das zu begleiten, indem die entsprechende Menge an Gesundheitspersonal in der entsprechenden Menge an Qualität beigestellt wird.

Was auch hier in dieser 15a Vereinbarung enthalten ist und was wir in der Sicherheitslage im Prinzip auch ganz wesentlich beurteilen müssen, ist die Verstärkung

der Organisation für medizinisches Krisenmanagement. Hier jetzt vielleicht ein Beispiel von eingeschleppten Ebola-Viren. Aber, nachdem wir ja, mehr oder weniger, eine Sicherheitsstufe in Wien haben, die wir jetzt noch nicht haben, die dazu verführt, dass Ministerien gesperrt sind und man in die Höfe nicht mehr hineinfahren darf, ist das nicht etwas, dass wir fern der Realität betrachten müssen, sondern da sind wir jetzt direkt in der Realität.

Darum begrüße ich als Sicherheitssprecher auch ganz besonderes, dass hier Vorsorge getroffen wird und dass hier die Organisationen für ein medizinisches Krisenmanagement gestärkt werden.

Es ist auch ein kleiner Wehrmutstropfen für mich persönlich jetzt da dabei, nämlich, die ELGA-Angelegenheit. Die ELGA, die ja grundsätzlich ein Instrument ist, dass die Betreuung des Menschen überhaupt über mehrere Ärzte hinweg verbessern kann, hat natürlich aber auch eine große Lücke. Da sind wir im IT-Sicherheitsbereich.

Hier haben wir eine IT-Sicherheitsschwäche, die erst diese Woche durch die Ärztekammer bei einer Pressekonferenz im Zuge einer Studie vorgestellt wurde, wo klar zum Ausdruck kommt, dass die Informationstechnologie Sicherheit, oder Cybersicherheit und das in Neuhochdeutsch zu sagen, gerade bei ELGA nicht am letzten Stand ist und wo man nachjustieren muss. Da habe ich schon einiges Bauchweh gehabt. ich musste dann feststellen, dass auch im Prinzip dieser 15a Vereinbarung das berücksichtigt wurde, nämlich, im Art. 33 oder im § 33, wo steht, dass das erkannt wurde und das hier im Prinzip daran gearbeitet wird und neben diesen 15a Vereinbarungen auch eine Extrafinanzierung dazu angedacht wird.

Das zeigt mir dann schon wieder ein dementsprechendes Vertrauen hier in unsere Landesregierung. Ganz besonders in Landesrat Darabos, aber auch in die Bundesregierung, die hier in diesem Fall das, Gott sei Dank, erkannt hat.

Ich bin froh, dass hier klar gestellt ist, dass die Finanzierung für diesen Maßnahmenbezug auf die Telegesundheitsdienste und die IKT Sicherheit hergestellt wird. Daher zusammenfassend kann ich nur sagen, werden wir auf alle Fälle und ich, auch mit diesem kleinen Wehwehchen was den ELGA betrifft, diese gemäß Artikel 15a Vereinbarungen die Zustimmung, beziehungsweise die Kenntnisnahme erteilen.

Ich möchte aber hier schon auch ein bisschen, weil wir gerade mit ELGA, IKT Sicherheit auch die andere Sicherheit heute schon angesprochen haben, abschließend feststellen, dass ich es nicht verstehe, warum dem Landeshauptmann-Stellvertreter gerade von der ÖVP vorgeworfen wird, dass er die Sicherheitspartner forciert, um ein subjektives, aber auch mittlerweile dann schon objektivierendes Sicherheitsbild zu verbessern.

Und dazu in Wirklichkeit eine quasi staatliche Institution, also Steuergeld verwenden, wenn doch gleich der Innenminister, der ja ÖVP dominiert ist, oder ich denke Mal schon ein schwerer Schwarzer ist, hier mehr oder weniger aufruft die Bevölkerung möge sich aus freien Stücken, so quasi nebenbei im Freizeitvergnügen der Sicherheit bemühen. Bitte dafür zahlen wir unsere Steuergelder, dass das der Staat oder seine Institutionen übernehmen und nicht die Bevölkerung hier die Polizei unterstützen muss. Das kann ja wirklich nur aus einem ganz einem seltsamen demokratischen Verständnis, Umstand oder Zustand hervorrühren, dass man solche Forderungen überhaupt erbringt.

Und unser armer Bezirkspolizeikommandant muss jetzt im Zuge der Bezirksblätter das sogar noch bejubeln in Neusiedl. Also das ist ja wirklich eines der letzten Dinge, auf die Bevölkerung ihre eigenen Sicherheitsüberlegungen abzuwälzen oder Sicherheit,

Sicherstellungen abzuwälzen, wenn sie dafür in Wirklichkeit sehr viel Geld zahlen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Rudolf Strommer: *(der den Vorsitz übernommen hat.)* Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Rosner.

Herr Abgeordneter Rosner, die Redezeit ist nicht beschränkt. Ich habe innerlich Abbitte schon geleistet. Bei der Budgetdebatte hat nämlich bei seinem Redebeitrag die Uhr nicht funktioniert, deshalb habe ich nach zwei Minuten abgedreht.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Gut. Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens hat 46 Seiten, 15 Abschnitte und 55 Artikel, ist also sehr umfangreich. Wesentlicher Inhalt: Stärkung des ambulanten Bereiches durch rasche, flächendeckende Entwicklung von Primärversorgungsstrukturen und Ambulanzen. Neben dem Ausbau der Primärversorgung sollen neue Modelle im niedergelassenen Bereich und die Entlastung der Spitalsambulanzen gefördert werden. Mit dieser 15a Vereinbarung wird die rechtliche Basis dafür geschaffen.

Weitere Schwerpunkte sind die Wahrnehmung einer gemeinsamen Finanzverantwortung für das österreichische Gesundheitswesen, eine verbesserte Abstimmung zwischen den verschiedenen Bereichen, sowie die Weiterentwicklung von Organisation- und Steuerungsmechanismen auf Bundes- und Landesebene nach den Prinzipien der Wirkungsorientierung.

Wo Primärversorgungszentren Spitalsambulanzen ersetzen, sind angeblich keine Auswirkungen auf niedergelassene Ärzte zu erwarten. Weitere Maßnahmen für ausreichenden Hausärztenachwuchs sollen im Rahmen des Primärversorgungsgesetzes im Frühjahr dieses Jahres aufgegriffen werden.

Der Abschluss der neuen 15a Vereinbarung dient primär der Umsetzung des Finanzausgleiches. Der Kollege Haidinger hat es angesprochen, für das Jahr 2017 bis 2021. Im Mittelpunkt steht dabei die Zweckwidmung von insgesamt 200 Millionen Euro von Seiten der Länder und der Sozialversicherung zum Ausbau der Primärversorgung.

Der Anstieg der öffentlichen Gesundheitsausgaben soll schrittweise dem mittelfristig prognostizierten Anstieg des nominalen BIP, derzeit 3,2 Prozent, angenähert werden um die langfristige Finanzierbarkeit der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Das wird übrigens von vielen Ärzten sehr stark kritisiert. Bis zum Ende der Laufzeit 2020 sollten zumindest 75 Primärversorgungseinheiten, Gruppenpraxen oder selbständige Ambulatorien eingerichtet werden. Ein wichtiger und begrüßenswerter Schritt ist die Streichung der Selbstbehalte von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre, die derzeit bei stationären Krankenaufenthalten anfallen.

Die wesentliche Frage ist, ob das die Lösung für die dringlichen Probleme, wie der Ärztemangel im ländlichen Raum, Medizinerflucht ins Ausland, unattraktive Kassenverträge, Bürokratie und vieles mehr ist? Bereits jetzt fehlen Ärzte im ländlichen Raum. Bis 2025 wird die Situation noch schwieriger. Zwei von drei Kassenärzten, drei von vier Hausärzten, und 40 Prozent der Fachärzte in den Spitälern gehen in Pension. Die Hausärzte sollen zwar eine zentrale Rolle einnehmen, aber wenn man genau hinsieht, muss man dennoch eine Verdrängung des niedergelassenen Arztes durch Primärversorgungszentren beziehungsweise Ambulatorien befürchten.

Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die niedergelassenen Ärzte und vor allem Jungärzte zu unterstützen. Denn nur durch den Landarzt kann für die Patientinnen und Patienten eine ärztliche Versorgung in unmittelbarer Nähe garantiert werden. Darauf ist unbedingt im Primärversorgungsgesetz und im regionalen Strukturplan Gesundheit zu achten. Im Burgenland haben wir durch die regionale Struktur andere Voraussetzungen. Durch die Kleinstrukturiertheit ist eine patientennahe Versorgung meist nur durch kleine Einheiten möglich, beziehungsweise sinnvoll.

Wir in der ÖVP Burgenland wollen den Hausarzt flächendeckend im Burgenland erhalten und haben Lösungsvorschläge auf den Tisch gelegt. Wir fordern unter anderem Gruppenpraxen zu erleichtern, Arzt-Arztanstellung ermöglichen, Landesförderung für neue niedergelassene Ärzte, also für die Errichtung einer neuen Praxis.

Das Land könnte, haben wir heute schon kurz einmal angesprochen, könnte Stipendien für Medizinstudenten vergeben, daran ist die Verpflichtung verknüpft, im Burgenland fünf Jahre als Arzt zu arbeiten.

Das war heute auch schon ein Thema, und zwar ein Sommerlehrgang zur Vorbereitung auf medizinische Aufnahmetests. Das hat der Herr Landesrat auch sehr positiv gesehen. Attraktivierung der ländlichen Region, Stichwort: work life balance. Wichtig wäre eine Spitalsausbildung für Allgemeinmediziner zu forcieren, gute Bedingungen zu schaffen und eventuell den Turnusarzt in Allgemeinmedizin mit Lehrpraxis zu kombinieren.

Jedes Mal wenn ein niedergelassener Arzt bei Pensionsantritt seine Praxis hinter sich schließt, geht ein ungeheurer Erfahrungsschatz in der biopsychosozialen Betreuung seiner Patienten von oft über 35 Jahren Tätigkeit verloren. In der Lehrpraxis könnte er diese Erfahrung als Mentor weitergeben.

Ja, in der 15a Vereinbarung bezüglich Abgeltung der medizinischen Versorgungsleistung für Insassen von Justizanstalten, wurde auch schon erwähnt, da geht es um Anpassung des jährlichen Pauschalbetrages von 8,55 Millionen Euro auf 12,75 Millionen Euro. Für das Burgenland bedeutet das für das Jahr 2017 384.239 Euro an Belastung, das ist auch ein Mehr von zirka 127.000 Euro.

Ja, die zentralen Planungsinstrumente für die integrative Versorgungsplanung sind der Österreichische Strukturplan Gesundheit ÖSG, der in ein paar Wochen neu vorliegen wird. Ich glaube um ein paar Wochen geht es da. Die regionalen Strukturpläne Gesundheit, die RSG, die für Jahresbeginn, Frühjahr 2018 geplant sind, in diesen wird konkret festgelegt, wie die Versorgungsstrukturen aussehen sollen.

Also wir werden diese 15a Vereinbarung zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Günter Kovacs.

Bitte, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident! Ich möchte ganz kurz auf meinen Vorredner eingehen, weil, Optimismus schaut anders aus. Ich bin wirklich sehr, sehr froh, dass die Sozialdemokratie und die FPÖ gemeinsam diese Regierung bilden, weil ganz ehrlich gesagt, mit Ihren Aussagen bringen wir das Burgenland nicht weiter. Ganz ehrlich gesagt.

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo warst Du denn in der letzten halben Stunde bei den Ausführungen? Der hat das gesagt*

und der Herr Landesrat in der Fragestunde … - Abg. Ingrid Salamon: Wer ist jetzt am Wort? - Unruhe bei der SPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gegen wen bist Du jetzt, gegen den Darabos, gegen den Rosner? Also wirklich. - Unruhe bei der SPÖ - Abg. Ingrid Salamon: Wer ist am Wort?)

Präsident Rudolf Strommer: Herr Abgeordneter, bitte keine Zwischenrufe, am Wort ist der Abgeordnete Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Danke Herr Präsident! Kommen wir gleich zu den Optimisten, der Sozialdemokratie, der FPÖ. Herr Landesrat, herzlichen Dank. Gemeinsam mit der Regierung haben Sie es geschafft, gestern bekanntzugeben, dass im Gesundheitsbereich was weitergeht. Die Krankenschwestern und -pfleger bekommen um zehn Prozent mehr Gehalt, ein Erfolg. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich glaube, das brauchen die Burgenländerinnen und Burgenländer und nicht das Herumgejammere. Oder zum Beispiel auch, Frau Mag. Resetar, irgendwelche Spitalsschließungen*. (Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja, ist schon recht.)* Wir wissen das. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja, ist schon recht. Den Satz hast Du auswendig gelernt, ja?)*

Wir bestehen darauf, fünf Spitäler weiterhin im Burgenland *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich werde es Euch schon sagen. Es gibt eh eine Anfrage.)* und nicht wie Sie uns ausrichten lassen, nur mehr drei Spitäler im Burgenland.

Wenn wir aber jetzt zum Thema kommen, wie wir heute über die beiden wichtigen Vereinbarungen im Gesundheitsbereich der Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens sowie über die Zielsteuerung Gesundheit reden, ist auch ein Blick auf diese Rahmenbedingungen angebracht.

Wir sind mit einer Entwicklung konfrontiert, die von einem Anstieg öffentlicher Gesundheitskosten gekennzeichnet ist, und dieser Anstieg verlief in den letzten Jahren vor der Etablierung in der Zielsteuerung Gesundheit wesentlich stärker als die Wirtschaftsentwicklung. Daher muss gemeinsam diese vereinbarte Zielsteuerung in den vergangenen Jahren gedämpft werden, durch das.

Und um diese langfristige Finanzierbarkeit der öffentlichen Gesundheitsversorgung der in Österreich lebenden Menschen zu sichern, sind entsprechende Maßnahmen erforderlich.

Diese Finanzierung als auch die Organisationsstrukturen oder die Abschiebung zwischen den verschiedenen Sektoren im Gesundheitsbereich sind notwendig. Und dabei dürfen wir einige wichtige Prinzipien nie aus den Augen verlieren.

Dazu gehört vor allem die Sicherstellung, für alle Burgenländerinnen und Burgenländer, der Ausbau des niederschwelligen Zugangs für alle Patientinnen und Patienten zur bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung.

Konkret bedeutet das für unser Heimatland Burgenland, dass die Versorgung der Patienten zum richtigen Zeitpunkt, am richtigen Ort, mit eben optimaler medizinischer und pflegerischer Qualität. Der burgenländische Gesundheitsfonds hat für das Jahr 2017 insgesamt 264 Millionen Euro zur Finanzierung der fünf Krankenanstalten, zu denen wir uns von der Sozialdemokratie natürlich bekennen, zur Verfügung.

Die gute Nachricht, das sind um insgesamt auch zehn Millionen Euro mehr als noch im Jahr 2016. Diese neue Vereinbarung sieht weiters Ausgabenobergrenzen vor. So ist der Anstieg der öffentlichen Gesundheitsausgaben für den Zeitraum 2017 bis 2021

stufenweise so zu dämpfen, dass der jährliche Ausgabenzuwachs im Jahr 2021 vom Wert des mittelfristig prognostizierten Anstiegs des BIP, von 2,3 Prozent, auch nicht überschritten werden darf.

Für 2017 bedeutet das einen Aufgabenzuwachs von 3,6 Prozent, für 2018 - 3,5 Prozent, 2019 - 3,4 Prozent, 2020 - 3,3 Prozent und schließlich für 2021 - 3,2 Prozent.

Dabei, meine Damen und Herren, ist zu betonen, dass Mehraufwendungen, wie unter anderem aufgrund des Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz damit nicht berücksichtigt werden.

Weiters erwähnenswert ist, dass die Kostensteigerungen pro Jahr weit darüber liegen, über den Steigerungen der Inflation und den Gehaltssteigerungen der Menschen auch in Österreich.

Positiv herauszustreichen ist die Abschaffung des Kinderselbstbehaltes in den Krankenhäusern. Seit 1. Jänner dieses Jahres müssen Eltern, die in den Burgenländischen Krankenanstalten nächtigen, keine Selbstbehalte für das Nächtigen bezahlen *(Abg. Gerhard Steier: Österreichweit.)* und gewinnen damit an Lebensqualität in sehr schwierigen familiären und persönlichen Situationen. *(Abg. Manfred Kölly: Das hat der Landeshauptmann gemacht.)* Das ist, glaube ich, einen Applaus wert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Heute schon angesprochen, in den Finanzierungsvereinbarungen werden auch erstmals ausdrücklich die Einführung von Primary Health Care-Projekten, kurz PHC genannt. Dafür werden bis 2020 österreichweit von Sozialversicherung, Bund und Ländern 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, und damit sollen zumindest 75 Primärversorgungseinrichtungen geschaffen werden.

Rechnet man das auf das Burgenland mit rund 3,4 Prozent Anteil an der österreichischen Gesamtbevölkerung, bedeutet das rund 2,5 Einrichtungen bis eben 2020. Aber im Vordergrund steht dabei immer die Aufrechterhaltung der wohnortnahen Versorgung durch Allgemeinmediziner.

Wir verfolgen deshalb, anders als in Wien, die Netzwerkvariante, also den Zusammenschluss mit mehreren Ärzten, mit attraktiven Öffnungszeiten. Im Burgenland gibt es bislang auch zwei Pilotmodelle. So wird durch eine Akutordination im Krankenhaus Oberwart die Primärversorgung im Bezirk gestärkt.

Als erste Anlaufstelle in den Ambulanzen entscheidet ein Arzt über die Behandlung im Krankenhaus beziehungsweise in der Ambulanz, bei einem niedergelassenen, praktischen oder Facharzt.

Eine erste Bilanz zeigte, dass dieses in Österreich einzigartige Projekt von den Patientinnen und Patienten sehr gut angenommen wird und ein weiteres Modell wird im Nordburgenland bereits erarbeitet.

Konkret handelt es sich um eine Netzwerkvariante für den Seewinkel. In Abstimmung mit der burgenländischen Gebietskrankenkasse, der Ärztekammer und dem Burgenländischen Gesundheitsfonds soll bis Mitte 2017 ein konkretes Projekt vorliegen.

Was uns zuversichtlich stimmt, ist diese hohe Akzeptanz der Bevölkerung, so glauben 81 Prozent, dass solche Primärversorgungsprojekte zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung beitragen können.

Lassen Sie mich am Schluss meiner Ausführung noch eine weitere Zahl aus dem letzten Gesundheitsparameter nennen: 83 Prozent der burgenländischen Bevölkerung sind mit dieser Gesundheitsversorgung insgesamt zufrieden bis sehr zufrieden.

Die beiden Vereinbarungen im Gesundheitsbereich tragen nicht nur dazu bei, das Gesundheitswesen auch im Burgenland langfristig finanzierbar und sozialverträglich zu machen, sondern die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung im Land auch weiterhin auf konstant hohem Niveau zu halten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es ist der Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren mit den 15a-Vereinbarungen ein Thema, das, glaube ich, gegenwartstechnisch und zukunftsbezogen die Herausforderung pur für unsere Gesellschaft ist.

Österreich rühmt sich noch immer, dass es eines der besten Gesundheitssysteme nicht nur europaweit, sondern weltweit hat. Diejenigen, die sich nicht nur vom Rechnungshof, auch von Experten, mit diesem Gesundheitssystem, das wir in Österreich haben, beschäftigen, sagen, dass wir schon weit davon entfernt sind, nicht nur eine Zweiklassen-, sondern auch schon eine sehr weitläufige und sehr breite Diskussion um eine Mehrklassenmedizin zu haben.

Was wir in diesen 15a-Vereinbarungen von Regierungsseite her vorgelegt bekommen, ist die Offenlegung der Notwendigkeit, in dieses System hineinzuschneiden und mit der Begrenzung von finanziellen Zuwendungen auf das gesamte Gesundheitssystem bis 2021 auf 3,2 Prozent des BIP im Verhältnis zu 2017 3,6 Prozent, also eine fallende Tendenz auf den gegebenen Budgetleitplan, auf den Finanzausgleich, auf die Periode. Gegeben ist das Eingeständnis, dass es unter diesen Voraussetzungen, wie bis dato das Gesundheitswesen organisiert war, nicht weitergehen kann.

Meine Damen und Herren, das müssen wir einfach als solches auch in dieser Diskussion offenherzig zur Kenntnis nehmen, wo die Mahnungen, die kritischen Anmerkungen bezogen auf die Gesundheitsverwaltung, auf die Gesundheitskomposition, auf die Gesundheitsorganisation bis dato weggewischt wurden und nunmehr schreitet man „wieder einmal zur Tat“.

Diese Tat ist vorgeplant und vordiskutiert über Rechnungshofberichte, die sich innerhalb der letzten Jahre angehäuft haben. Ich will jetzt nicht über aktuelle Tendenzen, die speziell das Krankenhaus-Nord in Wien betreffen, diskutieren.

Ich hoffe, Herr Landesrat, dass wir die von Ihnen gemachte Zusage auf 2021 bezogen auf das Krankenhaus Oberwart mit 158,5 Millionen Euro im Zusammenhang mit dem Krankenhaus Nord, jetzt nur als Vergleichsbeispiel, wirklich einhalten werden, weil diese Herausforderungen in baulicher Hinsicht, in organisatorischer Hinsicht, die wird Ihnen niemand abnehmen.

Tatsache ist, dass wir wieder ein Leitprojekt im österreichischen Gesundheitswesen in Wien in den Sand gesetzt haben, oder ins Wasser gesetzt haben. Das trifft dort, glaube ich, objektiv besser zu und dass alle Warnungen, die dort schon vorher urgiert worden sind, quasi in den Wind geschlagen wurden.

Die Zusammenhänge, die dieses Krankenhaus im Bausinne jetzt ergibt, meint man eigentlich nicht gesehen zu haben. Im Zusammenhang mit der Krankenhausorganisation und jetzt schweife ich noch einmal, weil die offizielle Berichterstattung der letzten Wochen es auch nachgewiesen hat, wieder auf das Beispiel Wien jetzt im Zusammenhang „Wundmanagement“, das gestern in einem ORF-Beitrag präsentiert wurde, ist ja nur zu begrüßen.

Der Einsatz von 100.000 Euro Hälfte Land, Hälfte Krankenkassen wird mit Sicherheit für dieses Problemfeld nicht ausreichen. Aber auf Wien ausweisen, wollte ich in der Diskussion im Speziellen darum, weil es plötzlich Patienten am Gang gegeben hat, was für österreichische Verhältnisse eine katastrophale Auswirkung ist.

Wobei man nicht darüber diskutieren muss, wo eigentlich das politische Versagen dabei stattgefunden hat, sondern vielmehr sollte man dort die Diskussion dahingehend führen, wo die sogenannte Krankenhausorganisation im Gesamten auf die Spitalsbetten und auf die Gegebenheiten versagt hat. Und das im Zusammenhang mit einer Leistungsbereitschaft, die sich grundsätzlich auf den Patienten in den verschiedensten Krankenkassen aufs Verschiedenste zeigt, wenn man daraufhin eingeht, zum Beispiel auf die Festhaltung, wo welche Selbstbehalte im österreichischen Gesundheitswesen von den einzelnen Krankenversicherten getragen werden.

Ich darf in dem Zusammenhang vielleicht allgemein zur Kenntnis bringen, weil das im Grunde genommen meistens unter den Tisch gekehrt wird, die öffentlichen Bediensteten, sprich die Beamtenschaft zahlt im Jahr pro Kopf einen ungefähren Selbstbehalt, oder einen definierten Selbstbehalt, wobei man den nicht klar und deutlich so abgrenzen kann, aber das gilt auch für die anderen Sozialversicherungsträger von 218,40 Euro.

Der nächste Teil, die Eisenbahnersozialversicherung, hier zahlt pro Kopf jeder Versicherte 184,50 Euro Selbstbehalt, selbstständige Versicherte zahlen 141,09 Euro pro Jahr, pro Kopf, Betriebskrankenkassen 140,00 Euro, Bauernversicherung 125,00 Euro und Gebietskrankenkassen gesamt, hier zahlt der Versicherte pro Kopf, pro Jahr 82,20 Euro quasi als Selbstbehalt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich das System an folgenden Beispielen vielleicht jetzt im Zusammenhang mit der Auflistung der Sozialversicherung Selbstbehaltebeiträge kennzeichnen.

Wenn ein Versicherter, und wir rühmen uns ja, wir sind quasi die beste Form der sogenannten Versichertensystemsituation im Bereich des Gesundheitswesen, im Speziellen, wenn ein Versicherter bei der Gebietskrankenkasse versichert, einen Antrag auf Brille in Bezug auf eine Nachbesserung der Brille, auf den Austausch von Gläsern bei einem Optiker quasi einbringt, dann steht er vor folgender Rechnung, die ihm aufgemacht wird, die im Zusammenhang mit seinen Brillengläsern, die er quasi von der Versicherung möglicherweise unterstützt.

Wir gehen gar nicht mehr davon aus, vollwertige Ersatzformen hat es vor Jahrzehnten gegeben, jetzt gibt es sie überhaupt nimmer, außer in einzelnen Kassensystemen, die ich vorher bei Selbstbehalten gekennzeichnet habe.

Bei der Gebietskrankenkasse hat er einen Antrag zu stellen im Sinne des Selbstbehaltes, wo er ungefähr auf 96,20 oder 96,30 Euro kommt und die Leistung, die von einer Versicherung, von der Sozialversicherung, oder Kasse eingebracht werden sollte, liegt irgendwo bei 91,00 Euro. Das heißt, der Versicherte hätte in dem Fall sechs Euro Nachteil schon in der Antragstellung, weil der Ansatz im Einreichen teurer kommt bei

der Sozialversicherung als quasi die Leistung, die die Sozialversicherung in dem Fall umsetzt.

Ich finde das nicht nur bedenklich, sondern es ist absolut bedauernswert, und man sollte das auch, so wie es der einzelne Versicherte erlebt, auch transportieren und weitertragen, weil man diesen Zwiespalt, diese Kluft, die sich im Gesundheitswesen im Speziellen auch für den Versicherten auftut, allgemein diskutieren sollte und nicht immer wieder nur mit Placebos, wir hätten, wir haben das beste Gesundheitssystem aufzuwarten.

Mein Einstieg in diese Diskussion um diese 15a-Vereinbarungen war die Darstellung auf die einzelnen Budgetjahre im Finanzplan festgelegt bis 2021, eine Reduktion der eingesetzten oder der zur Verfügung gestellten Finanzmittel.

Ist ja selbstverständlich, meines Erachtens, dass sich die Ärztekammer hier aufregt. Jetzt im Grund genommen, der Herr Landesrat wird bekennen, er hat vorgestern, glaube ich, erst ein mit der Gewerkschaft im Verhandeln, ein Resultat erzielt auf die gesamte Belegschaft, der Krankenschwestern oder Hilfsbediensteten.

Tatsache ist, und das bekenne ich auch, dass ist mehr als begrüßenswert in einer Diskussion, die wir führen um den Mindestlohn und um andere Gegebenheiten, dafür zolle ich Ihnen auch Respekt im Zusammenhang mit dieser Leistung, in der Vereinbarung, ohne einen Aufwand, ohne einen gesellschaftlichen Bahö, der sich bei anderen Gegebenheiten ergeben hat.

Respekt und Anerkennung, Herr Landesrat, im Zusammenhang mit dieser Umsetzung, quasi auf den Mehrwert bezogen, auf die Bediensteten.

Aber und da muss man ja quasi die Kirche auch im Dorf lassen, das, was das Gesundheitswesen in der Diskussion jetzt seit ungefähr einem Jahr in Protestmärschen, in Streikgegebenheiten und anderem festhält, ist nicht so leicht abzutun.

Die Ärztekammer, im Sinne der Standesvertretung, und solche haben wir ja mehr, wir erleben das tagtäglich in der Berichterstattung auf den Bund, wo sich politische Parteien, oder Sozialpartner, jetzt quasi nicht einigen können auf gewisse Gegebenheiten, steht hier die Ärztekammer gewissen Einschränkungen gegenüber kritisch dar.

Tatsache ist, dass ein Kapitel dieses gesamten Gesundheitsplans neu, dieser Organisation neu, die sogenannte Zielsteuerung Gesundheit, die quasi auch in der Umsetzung auch Wirkungsorientierung sein soll, eine Neuaufstellung in sogenannten Primärversorgungszentren bringen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bei der Budgetdiskussion im Vorjahr eine Festlegung geführt, die bedeutet hat, wir haben in verschiedenen Bereichen Einschränkungen, wir haben aber auch quasi die Gewährleistung zu setzen, dass entsprechende Mittel zur Verfügung stehen.

Wenn es jetzt in dieser Diskussion um diese Erstversorgungszentren einen Vorwurf in Richtung großer Konzerne, quasi Wirtschaftlichkeit im Sinne der Übertreibung der Kostenfaktoren und anderes gibt, dann muss man berücksichtigen, dass wir auf der einen Seite hier von Ärztekammer den Kontrapunkt in Bezug auf diese Primärversorgungszentren haben, auf der anderen Seite aber gleichzeitig beklagt wird, dass bis 2030 ein Mangel an Allgemeinmedizinern in den einzelnen Versorgungsteilen, speziell im Land, gegeben sein wird.

Wir beklagen auf der anderen Seite, dass wir zu wenig Nachwuchs ausbilden, wir beklagen auf der anderen Seite, dass sich quasi die Ärzte zum Teil nach ihrer Ausbildung

sofort ins Ausland begeben, weil es nicht nur lukrativer ist, sondern weil auch die Möglichkeiten der Ausbildung in anderer Form zu sehen ist.

Tatsache ist, dass dieser Widerspruch im Sinne der Lösung auf eines zurückzuführen ist, seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten, wird klar und deutlich nachgewiesen, auch über den Rechnungshof in der bundesweiten Berichterstattung und Darstellung, dass jedes Spitalsbett zu viel oder jedes Spitalsbett an sich, ein Kostenfaktor in der Abrechnung mit den Ländern, beziehungsweise mit dem Bund, beziehungsweise mit den Sozialversicherungsträgern ist.

Daher ist man von Anfang an mit relativen Erfolgsgegebenheiten darauf aus gewesen, den Spitalsbettenanteil einzuschränken und das quasi überzuführen in einen Bereich der ambulanten Versorgung, was sich auch darin niederschlägt, dass wir die letzten Jahre immer weniger Spitalsaufenthalte insgesamt haben, weil es von Sozialversicherungsseite immer stärker den Drang gibt, dort Einschränkungen zu setzen.

Denn jeder Spitalsaufenthalt, jede Stunde, die man sich im Spital bewegt, bedeutet zusätzliche Kostenverursachung. Auf der anderen Seite - und das muss man ja auch offen bekennen - gibt es immer wieder die Vorbehalte, wenn es um das Krankenhauswesen geht, warum quasi die Selbstversicherten, die jetzt irgendeine Krankenversicherung bei einem Versicherungsunternehmen haben, quasi zum Teil bevorzugt werden.

No na ned, würde man darauf antworten, wenn man weiß, dass jedes Krankenhaus darauf aus ist, über den Selbstversicherten, über diese direkte Leistung von einem Versicherungsunternehmen, quasi das lukriert, was in der allgemeinen medizinischen Versorgung nicht an finanziellen Möglichkeiten vorhanden ist.

Es ist quasi ein Gesamtkreislauf, der sich so eingespielt hat, im Sinne auch dieser gesamten Darstellung, die wir heute auch in Diskussion haben. Begrüßenswert, und man kann das ganze System als solches in verschiedenster Hinsicht beleuchten, zumindest den Versuch starten, es zu durchdringen, wir werden es aber mit Sicherheit nicht lösen.

Aber eines ist mit absoluter Klarheit zu sagen und in der Konsequenz absolut begrüßenswert, dass nämlich österreichweit Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr endlich vom Selbstbehalt befreit werden. Das ist eine Leistung, die in politischer Hinsicht durchaus begrüßenswert ist und auch bejaht werden muss, der man absolut zustimmen muss, wenn man im Hinterkopf zum Beispiel nur die Diskussion um die sogenannte Mindestsicherung verfolgt.

Dann kann man sich ungefähr vorstellen und ermessen, welche Qualität es hier in dem Zusammenhang hat, dass man sich durchringt auch in politischer Verantwortung bei der Zustimmung im Nationalrat zu diesem Punkt, dass hier im Grunde genommen, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren mit 1. Jänner dieses Jahres keine Selbstbehaltsforderung mehr zu erwarten haben, die Eltern dieser Kinder und Jugendlichen. Ich finde das absolut begrüßenswert und im Grunde genommen auch absolut nachvollziehbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Gemeinderatswahlen kann man von dieser Stelle aus allen anwesenden Bürgermeistern, die im Zweitberuf quasi ein Amt in einer Gemeinde leiten, aber auch allen, die quasi von Ihnen abhängig von der Diskussion sind, nur ausrichten, sie sollten sich gefälligst schnell und sofort anstellen, eines dieser 75 Zentren zu erlangen, wo es um die Erstversorgung geht, denn das ist mit Sicherheit eine zukunftsweisende Geschichte und wird mit Sicherheit auch ausgeführt werden.

Ich erinnere bei dem Punkt auch daran, wo es eigentlich das größte Manko in der ärztlichen Versorgung gibt. Auf der einen Seite sind es zum größten Teil Frauen, die den Arztberuf heutzutage anstreben. Das Frauenbild im Sinne gesellschaftlicher Verantwortung ist mit Sicherheit nicht das quasi in der Umsetzung auf den Beruf, dass sie 24 Stunden bereit stehen und das Tag und Nacht in der Umsetzung haben.

Sondern da ist man auf eine Organisation, die auf ein Ärztezentrum aus ist, viel stärker in der Umsetzung quasi nicht so beansprucht, und daher wird sich das auch, meiner Ansicht nach, durchsetzen. Ein Aspekt und den in der Gesamtheit in der Darstellung auf die Diskussion Ärztekammer versus anderer Berufsgruppen, die in der Wirtschaftskammer organisiert sind.

Der Herr Landesrat wird dem mit Sicherheit auch zustimmen. Hier geht es ja auch um gewisse spezielle Positionen, wenn man daran denkt, dass dann ein solches Zentrum quasi bei der Wirtschaftskammer organisiert ist und dort die Beiträge abliefern muss, wo es nicht mehr in der Ärztekammer diesen Beitrag oder doppelten Beitrag geben soll. Da ist natürlich viel kritische Masse vorhanden, die man hier auch ins Treffen führen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in der Eingangsform oder in der Eingangsdarstellung darauf hingewiesen, dass wir uns nicht immer rühmen sollten, wir wären die Besten. Es gibt Verbesserungsbedarf in verschiedener Hinsicht. Es gibt die Diskussion, wie lange muss ich auf einen OP-Termin warten, wenn ich quasi ein Normalversicherter bin, ein Normalsterblicher bin.

Wie schnell geht es bei manchen, die eine Hüft- oder eine Knieoperation haben, im Zusammenhang wenn er entsprechende Möglichkeiten im Privatbesuch eines Primararztes hat? Also hier gibt es klare Regelungen, wo manche sechs Monate und länger warten müssen. Was aber auch zum Teil, muss ich sagen, im Burgenland positiv umgesetzt wird, weil man dazu übergegangen ist, nicht auf einen Standort bezogen die Diskussion zu führen.

Sondern einen Patienten, der in der sogenannten Versorgungsliste länger angeschrieben ist, dahingehend zu motivieren, dass er zum Beispiel nicht Eisenstadt auswählt als seinen Operationsort, sondern dass er nach Oberwart geht und damit werden hier eigentlich Synergien genutzt, die einfach nur positiv zu bezeichnen sind.

Einen Punkt lassen Sie mich noch in dieser Diskussion anführen, der mir sehr wichtig erscheint, weil es auch schon in der Fragestunde heute angeklungen ist, Ausbildung von Ärzten. Ich habe mich diesem Thema auch schon bei der Budgetdebatte sehr eindringlich gewidmet. Wir werden hier mit Sicherheit keine schnelle Lösung finden.

Wir müssen aber, was schon vorher diskutiert und dargestellt wurde, wir müssen aber endlich einen Punkt eines sogenannten Wechsels in der Darstellung finden, dass es in der Ärzteausbildung ein Manko gibt, nämlich allein schon vom Zugang und von den Beschränkungen, die hier stattfinden. Was ein großes Manko unseres Gesamtsystems im Ärztebereich ist, tragen mir Gerüchte zu.

Ich kann es nicht verifizieren. Aber ich höre, dass ein Primararzt in der Orthopädie in Eisenstadt gekündigt hat, dass sein Stellvertreter gekündigt hat, dass ein Röntgenologe gekündigt hat. Das nehme ich jetzt gleich vorweg, das betrifft nicht die KRAGES, sondern ist bei den Barmherzigen Brüdern, wo das Land Burgenland nur zahlt, angesiedelt. Ich habe den Hinweis dem Herrn Landesrat auch schon persönlich übermittelt.

Aber eines steht fest, die Aussagen, die von diesen Ärzten her bezogen auf eine Kündigung eines Dienstverhältnisses kommen, ist einzig und allein in der Verantwortung ihres Berufsbildes zu sehen, weil sie sagen, unter den Einschränkungen, unter den

Gegebenheiten, was heutzutage quasi ärztliche Verantwortung im Spitalswesen anlangt, ist dieser Beruf unter diesen Aspekten nicht auszuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Alarmglocken läuten nicht seit heute, die läuten schon über Jahre. Entsprechend ist hier nicht nur organisatorisch vorzubeugen, ist nicht nur dem Umstand geschuldet, dass wir finanziell nicht mehr die Rahmenbedingungen zu 100 Prozent erfüllen können und damit Einschränkungen auf gewisse Leistungen haben. Aber ich gehe davon aus, dass wir diesem sogenannten rühmlichen Ansatz, dass wir österreichweit, burgenlandweit, eines der besten Gesundheitssysteme immer für uns reklamieren, dass wir auch die Taten folgen lassen.

Wo es im Grunde genommen sowohl in den speziellen Vorstellungen ein Nachbessern in finanzieller Hinsicht geben muss, aber gleichzeitig nicht nur in Bereichen quasi mit 100.000 Euro eine großflächige Darstellung, wir sind eh die Besten, im Bild geliefert wird und in den Nachrichten geliefert wird. Sondern der einzelne Patient wird immer stärker dahingehend mit den Gegebenheiten des Gesundheitswesens konfrontiert, dass er keinen Ausweg findet und dass er dann zu dem Patienten wird, der nicht nur kritisch dem System gegenüber steht, sondern der sich absolut vernachlässigt fühlt, weil er nicht mehr für seinen Einsatz die entsprechende Würdigung, die entsprechende Behandlung erfährt.

Wenn Politik eine Aufgabe zu erfüllen hat und speziell sozialdemokratische Politik einen Auftrag erfüllen will, dann ist es der bezogen auf den Menschen, bezogen auf eine absolute Versorgungssicherheit in sozialer Hinsicht, in gesundheitsspezifischer Hinsicht.

Ich hoffe, dass mit allen Gegebenheiten, die sich um diese Neuaufstellung in organisatorischer Hinsicht drehen, auch der Weg gefunden wird, dem Einzelnen zu helfen, ihm zur Seite zu springen und ihn nicht im Regen stehen zu lassen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Manfred Kölly hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, Gesundheit, eine der wichtigsten Güter die man haben kann. Daher ist es auch wichtig darüber zu diskutieren, nicht nur über eine 15a-Vereinbarung, sondern auch wie der Kollege Steier schon sehr ausführend gesprochen hat, über wichtige Punkte, die man auch schlussendlich als Kommunalpolitiker einmal betrachten muss.

Ich möchte vorweg aber dem Herrn Landesrat Darabos Rosen streuen. Denn seit er begonnen hat, das Sozialressort zu übernehmen, hat er sich immer wieder bemüht, das Bestmögliche herauszuholen. Dass er natürlich auch eingeschränkt wurde - seitens der finanziellen Mittel und dergleichen mehr - obwohl wir heuer in unserem Voranschlag die höchsten Mitteln seit Jahrzehnten, oder was heißt, seit überhaupt das Land da in diesem Sozialbereich tätig ist oder im Gesundheitsbereich, innehaben.

Er hat es aber einfach nicht leicht, weil wir gerade gehört haben, unser Gesundheitssystem humpelt ein bisschen und wird in der nächsten Zukunft noch schwieriger sein zu behandeln, noch schwieriger sein zu finanzieren.

Ich sage das auch mit dieser Deutlichkeit und warne davor, dass wir hier auch die Kommunen immer mehr hineinziehen. Ich sage das auch bewusst aus meiner Sicht. Ich vertrete, denke ich, auch hier die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, wo wir

Ertragsanteile kriegen, zum Beispiel 2,2 Millionen Euro Deutschkreutz und die Hälfte wird einfach dann gleich abgezogen vom Land.

Der Landeshauptmann sagt, wir werden das Jahr der Gemeinden ausrufen. Was hat er dann vor mit den Gemeinden, wenn wir das nicht mehr schaffen? Viele Gemeinden haben große Probleme zu gestalten, sie können nur mehr verwalten. Dazu trägt auch das Sozialsystem oder das Gesundheitssystem selbstverständlich bei. Jetzt bin ich bei einem Punkt, wo ich sage, auch unser Gesundheitssystem und unser Sozialsystem beruhen auf dem, dass wir sehr viele Asylanten bekommen haben, die auch versorgt werden müssen. Weil wir die Verpflichtung haben dazu.

Ich habe kein Problem damit. Nur eines muss klar sein. Auch das schlägt sich bei uns nieder. Auch das trägt dazu bei, dass wir in nächster Zeit Probleme bekommen werden. Wie wir das händeln oder wie wir das machen werden, obliegt den Politikern Rahmenbedingungen zu setzen. Das müssen wir schaffen. Das ist keine Kritik, sondern das ist eine Feststellung, dass wir vorsichtig in den nächsten Jahren, das wurde heute schon angesprochen, damit umgehen sollen.

Wenn ich denke, dass irgendwann einmal auch die Möglichkeit besteht, in Oberwart mit einem Riesenspital doch einiges abzudecken, dann sind wir am richtigen Weg. Ich sage das auch. Nur es wurde heute schon erwähnt, dass keine Explosionen dort passieren, auch in finanzieller Sicht. Da ist natürlich auch der Landesrat gefordert, aber auch die ganze Landesregierung. Da hätte ich schon gerne, dass auch der Landtag darüber informiert wird, welche Ausschreibungskriterien es gibt.

Wie schaut das aus, was tut sich dort? Genau in diesem Bereich haben wir ja nicht einmal schon gefordert, die Opposition, dass wir da begleitend dabei sein können. Das wäre mir schon ein wichtiges Anliegen. Auch heute wurde schon der Ärztemangel andiskutiert. Herr Landesrat, warum sind so viele Ärzte aus dem Burgenland woanders hingegangen? Warum? Das ist eine Frage. Ich kann es nicht beantworten.

Vielleicht können Sie mir das beantworten, warum das eigentlich passiert. Ist es wegen des Geldes? Ist es aber wegen der Ausrüstung in den Spitälern? Oder was ist es? Ich muss ehrlich sagen, ich bin da überfragt. Aber vielleicht können Sie mir helfen.

Ich bin aber übrigens dankbar, dass auch jetzt das Pflegepersonal endlich einmal dort eingestuft wurde, ich sage das jetzt bewusst, eh noch zu wenig. Wir sind im Mittelfeld von Österreich. Aber wir wissen, dass finanziell das alles natürlich zu schultern ist. Aber da bin ich dankbar, dass das jetzt ins Laufen gekommen ist. Der Kollege Steier hat auch angezogen, dass wir nicht eine Ein-Klassen- und Zwei-Klassen-Medizin haben im Burgenland und in Österreich insgesamt, sondern eine Drei- und Vier-Klassen.

Gerade wir im Burgenland sind immer so stolz gewesen auf die Stuhlproben. Nur um ein Beispiel zu nennen. Wenn dann ein positiver Bescheid kommt, dass eigentlich etwas sein kann, und ich vier, fünf Monate warten muss, bis ich einen Termin bekomme, meine sehr geehrten Damen und Herren, da kann man gleich den Kranz bestellen. Das sollte sich ändern, Herr Landesrat Darabos.

Ich denke, Du bist am guten Weg. Da müssen wir gemeinsam etwas finden, dass man auch hier das umsetzen kann. Leider ist der Mach Karl in Pension gegangen und viele andere auch, die sich wirklich bemüht haben. Da müssen wir jetzt einen Ersatz finden. Weil das können wir so nicht anstehen lassen. Das muss man klipp und klar sagen und dazu stehe ich auch. Das kostet natürlich alles, gar keine Diskussion. Aber das muss es uns einfach wert sein.

Daher denke ich, dass wir mit diesem Gesundheitssystem eigentlich ganz gut fahren, aber nicht die große Spitze sind, wie wir immer sagen, sondern wir schaffen es trotzdem, im Burgenland unsere Krankenhäuser halbwegs aufrecht zu erhalten.

Ich muss ehrlich sagen, ich halte aber auch nicht viel davon, dass man eine Standortgarantie abgibt, weil man weiß nie - in fünf Jahren, in zehn Jahren - was dann entscheidend ist, dass man sagt, das wird umgemodelt auf etwas anderes. Aber ich denke, dass wir hier auch gemeinsam mit Dir, Herr Landesrat, einen Weg beschreiten müssen, wo man wirklich offen damit umgehen muss.

Wir wissen heute, was ein Pflegeplatz kostet. Man braucht die ausländischen, jetzt sind wir wieder beim Dringlichkeitsantrag, man braucht die Pfleger, weil wir nicht diese Kapazität haben. Man braucht sie ganz einfach. Sind wir froh, dass sie da sind. Das ist das Erste. Das Zweite ist, wenn man im Haus Lisa zum Beispiel in Deutschkreutz 3.200 Euro im Monat zahlen muss, oder in anderen sogar noch mehr, dann wird das ein schwieriges Unterfangen sein, das finanziell noch abzudecken.

Daher Vorsicht, nicht immer Lobhudelei, wir sind die Besten und die Schönsten, sondern wir müssen schon schauen, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten, Herr Landesrat, auch versuchen, dass wir das abdecken können. Diese 15a-Vereinbarung, es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass ich da zustimme. Das ist ein logischer Fall.

Ich habe aber auch das Burgenland gestreift. Das habe ich jetzt ein bisschen weniger, aber der Kollege Steier hat das schon ausführlich gebracht und hat das wirklich am Punkt gebracht. Dafür bin ich auch dankbar und kann mich kürzer halten. In diesem Sinne werde ich diesem allem natürlich zustimmen. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank hat sich Landesrat Mag. Norbert Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Danke für die konstruktiven Beiträge. Das wird Sie jetzt vielleicht überraschen, aber nicht nur auch die Oppositionsbeiträge unterstreiche ich fast zu 100 Prozent.

Ich sage das auch ganz offen, also ich fange jetzt mit einem ganz trivialen Beispiel an, das Du, Herr Abgeordneter Kölly, zum Schluss erwähnt hast. Eine super Maßnahme, diese Stuhlproben, nur wenn dann die Leute vier Monate warten müssen, wird eine gute Maßnahme zumindest in Frage gestellt.

Weil die Leute ja, wenn sie dann diesen Bescheid bekommen, dass etwas nicht passt, erstens Angst haben, ja, und vier Monate warten ist halt etwas, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass eine sehr gute Maßnahme selbst sozusagen konterkariert werden kann.

Da bin ich bei Ihnen, oder bei Dir, Herr Abgeordneter, dass das ein Bereich ist, den man sich auch in Zukunft genauer anschauen muss und auch dafür sorgen muss, dass die Wartezeiten verkürzt werden.

Ich möchte zum Abgeordneten Steier ganz kurz etwas sagen. Ich kann 99 Prozent unterstreichen, ich würde nur um eines bitten, das österreichische Gesundheitssystem ist aus meiner Sicht noch immer das Beste der Welt.

Ich habe es erlebt, andere Gesundheitssysteme, auch nach persönlichen Erfahrungen meinen Sohn in den USA operieren lassen zu müssen, ich wünsche das keinem. Ich sage Euch das offen. Da ist der Vorwurf der Zwei-Klassen-Medizin teilweise

berechtigt, den Du hier angestellt hast. Aber das, was sich dort abspielt, und jetzt noch abspielen wird, nachdem der Herr Trump Obamacare abgeschafft hat. Obamacare war ein Plagiat, möchte ich fast sagen, des österreichischen Gesundheitssystems, weil die Amerikaner das nie verstanden haben, dass man zahlen muss, wenn man gesund ist, und wenn man krank ist, bekommt man das refundiert.

Das gibt es ganz, ganz wenig. Ich habe es nicht als Kritik gemeint, ich habe nur gesagt, ich wünsche das niemandem. Die 83 Prozent Zufriedenheit mit dem System, da sind immer noch 17 Prozent, die nicht zufrieden sind, die müssen wir auch noch überzeugen, aber grundsätzlich ist es doch ein Wert, den man sich in der Politik nur wünschen kann.

Ich möchte auch noch dazu sagen, also außer Protokoll, nein, nicht außer Protokoll, aber ich komme dann erst ein bisschen später zur 15a-Vereinbarung, weil es war mir einfach wichtig, auf diese Beiträge, die ja sehr konstruktiv waren aus meiner Sicht, auch einzugehen.

Wir haben auch einen Unterschied zu Wien, beispielsweise, auch wenn das meine Parteifreunde sind. Es gibt im Burgenland eine Gesprächsbasis zur Ärztekammer, mit unterschiedlichen Interessen. Wir wissen auch bei den PHC, denn darauf werde ich auch kurz zu sprechen kommen, dass es hier auch unterschiedliche Interessen geben wird, immer, und auch einen unterschiedlichen Zugang.

Ich bin auch sehr betroffen, das möchte ich auch offen sagen, Herr Abgeordneter, Du hast mir das auch gesagt, dass der Arzt gekündigt hat. Ich habe das dann auch recherchiert und verifiziert. Da hängt es aber nicht nur von den Rahmenbedingungen in den Krankenhäusern ab, sondern auch von den Rahmenbedingungen, die woanders geschaffen werden. Im privaten Bereich, wo es durchaus auch um Dinge geht, die in die Finanzen hineinwirken *(Abg. Gerhard Steier: Wir sind uns einig.)*

Ja, darüber können wir extra noch reden, aber grundsätzlich, vorletzter Punkt, bevor ich dann zur 15a-Vereinbarung komme, Krankenhaus Oberwart. Sie können sich sicher sein, dass wir das sehr, sehr genau verfolgen. Ich möchte keinen Skylink erleben, ich möchte noch ein bisschen länger in der Politik sein. Ich möchte auch kein Krankenhaus Nord erleben, ich möchte noch ein bisschen länger in der Politik sein.

Deswegen sind wir gut beraten, und da bin ich durchaus auch beim Abgeordneten Kölly. Das heißt aber dann auch, in die Verantwortung genommen zu werden, ich habe kein Problem damit, ganz im Gegenteil, wir sind jetzt dabei, einen Lenkungsausschuss aufzubauen, damit eben nicht das passiert, was ja viele sich insgeheim - ich will nicht sagen erhoffen, aber erwarten, möglicherweise -, dass die Kosten explodieren.

Ich kann nur sagen von meiner Seite, außer dem Index, den ich nicht beeinflussen kann, werden wir auf diese Variante auch aufbauen, von denen, die im Jahr 2014 verantwortlich waren.

Letzter Punkt. Danke einmal für das Lob. Ich meine, 250 Euro ist nicht wenig. Das sind 1.907 Beschäftigte genau, die in den Genuss dieser 250 Euro kommen. Ich kann mich nicht erinnern, dass es in Österreich in den letzten Jahren eine Erhöhung, außerhalb der gesetzlichen Erhöhung, um zehn Prozent in einem Segment gegeben hat. Das ist aber gerechtfertigt.

Erstens, werden mehr Aufgaben erfüllt, eben die von den Ärzten auch teilweise übergegangen sind auf das Pflegepersonal.

Zweitens, glaube ich, dass wir uns auch klar sein müssen, dass bei 2.000 Beschäftigten nur im KRAGES-Bereich fast 1.000, oder die Hälfte, in diesem zentralen Bereich sind. Nichts gegen die Ärzte, die brauchen wir alle, aber das Pflegepersonal, unbedankt teilweise, unter Stress gesetzt, genervt teilweise und wirklich täglich mit neuen Herausforderungen konfrontiert, hat sich das verdient. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und des Abg. Steier)* Danke einmal, dass das auch im Landtag anerkannt wird.

Damit komme ich zur 15a-Vereinbarung. Es ist trotzdem ein wichtiger Bereich, aus meiner Sicht. Es war ein Triumvirat. Also das klingt jetzt ein bisschen pathetisch, aber wir haben es im Gesundheitsbereich ausverhandelt, ohne die Finanzen, ohne die Zustimmung des Herrn Landesrates Bieler, beziehungsweise ohne den politischen Support des Landeshauptmannes - weil er unterschreibt ja die 15a-Vereinbarungen - wäre dies nicht gelungen.

Es sind schon ein paar Dinge, die noch nicht ganz so herausgearbeitet waren und die möchte ich ganz kurz noch streifen. Wir haben auch die sogenannte Gastpatienten-Regelung geschafft, die war in der Diskussion drinnen, ja, es hat schon wieder Bestrebungen gegeben.

Ich habe das schon einmal in den 90er Jahren erlebt, da war ich noch beim Landeshauptmann Stix, wie sie zu meinem Vater gesagt haben, der als Maurer Kalk ins Auge bekommen hat - gehen sie im Burgenland ins Spital, was wollen sie in Wien, obwohl er in Wien einen Arbeitsplatz gehabt hat und in Wien auch versichert war, ja. Ich wollte nur sagen, dass diese Gastpatienten-Regelung durch die Arbeit des Finanzlandesrates Helmut Bieler auch abgewendet wurde. Es gab Begehrlichkeiten anderer Bundesländer, sie wieder einzuführen.

Was uns noch gelungen ist, auch das ist etwas im Verborgenen geblieben, es gibt diese sogenannte Bundeszielsteuerungskommission. Es ist ein sehr technischer Begriff, aber da geht es immerhin zum Beispiel darum, den Großgeräteplan in Österreich auch gemeinsam zu beschließen, und es geht in Gesetzeskraft, und wir müssen uns daran halten.

Jetzt ist es allerdings so, dass nur vier Länder in dieser Zielsteuerungskommission auf Bundesseite drinnen waren, Burgenland nicht. Es ist gelungen, in dieser 15a-Vereinbarung dafür zu sorgen, dass wir auch ein Mitspracherecht haben. Es kommt nicht von ungefähr, dass es auch die Zusage jetzt gibt, von Bundesseite, neue MR-Geräte im Burgenland auch anzuschaffen - in Kittsee und in Güssing - und damit versuchen wir, auch für die von Dir angesprochenen Probleme eine Lösung zu finden.

Wir haben, und da möchte ich jetzt ein bisschen ausscheren, in Oberwart es geschafft, mit dem neuen MR beziehungsweise mit der Ausweitung der Öffnungszeiten im MR, dafür zu sorgen, dass die Wartezeiten verringert werden konnten.

Einschränkung - dadurch, dass das Angebot attraktiv ist, die Nebenbundesländer wie die Steiermark, auch auf das zurückkommen, und damit leider auch unsere Patienten wieder ein bisschen längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Aber grundsätzlich eine gute Geschichte.

Der letzte Punkt - ich verstehe ja die Kommunikation der Bundesregierung überhaupt nicht in dem Bereich, weil wenn von Kostendämpfungspfad die Rede ist, und Herr Abgeordneter Steier, Sie haben das relativ geschickt gesagt. Kostendämpfungspfad heißt, dass die Ausgaben weniger stark steigen, aber es gibt eine Steigerung der Ausgaben. Zwischen 3,6 Prozent auf Basis des Budgets 2016 *(Abg. Gehard Steier: Das sind ein paar Millionen!)* bis auf 3,2 Prozent im Jahr 2022. Aber keine Reduzierung,

sondern eine Steigerung in dem Bereich. Eine Steigerung von 3,2 Prozent in Zeiten wie diesen, glaube ich nicht, das es etwas ist, auf das man auch stolz sein kann.

Dann möchte ich auch noch auf den Bereich der Primärversorgung kommen. Bis 2020 werden eben diese 75 Projekte verwirklicht. Da bin ich auch bei Ihnen, Herr Abgeordneter Steier, da kann man sich drum reißen, aber im Burgenland wird es nicht so leicht sein, jetzt von den 75 sechs zu bekommen. Wir haben derzeit eines in Oberwart, mit einer bisschen anderen Ausformung und eines wird im Seewinkel kommen, in diesem Jahr noch. Dann haben wir einmal zwei Pilotprojekte. Es sind immerhin 200 Millionen Euro, die hier auch in die Hand genommen werden.

Gleichzeitig ist es tatsächlich so, dass es derzeit eine Arbeit gibt, die den Österreichischen Struktur- und Gesundheitsplan betrifft. Heruntergebrochen muss dieser Österreichische Struktur- und Gesundheitsplan auf den regionalen Struktur- und Gesundheitsplan, der das Burgenland betrifft.

Ich kann heute nur sagen, nicht einfach die Verhandlungen zu diesem Plan, nur eines kann ich versprechen: Es wird keine Reduzierung der Betten im burgenländischen Krankenanstaltenverbund geben. Wir werden diese 1.130 Betten auch in Zukunft hier im Burgenland haben und damit auch das gewährleisten, was wir versprochen haben. Fünf Krankenanstalten im Burgenland zu behalten, dafür stehen wir, das haben wir versprochen, das halten wir auch. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ja, das war es. Danke Herr Präsident. Ich verstehe dieses Zeichen. Ich bin aber erst bei der Hälfte der Redezeit des Kollegen Steier, weil er 21 Minuten geredet hat. Aber danke noch einmal für die konstruktiven Beiträge. Wir werden diese 15a-Vereinbarung, die ja am Papier besteht, auch mit Leben erfüllen. Danke für die Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Meine Damen und Herren! Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, daher kommen wir zur Abstimmung.

Wir kommen zur gesonderten Abstimmung über die drei Tagesordnungspunkte, die gemeinsam debattiert wurden.

Ich lasse zuerst über den 3. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 696, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens zugestimmt wird, Zahl 21 - 479, Beilage 730.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.

Es folgt nun die Abstimmung über den 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 697, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit zugestimmt wird, Zahl 21 - 480, Beilage 731.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung des 5. Punktes dieser Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 698, mit dem die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird, zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 481, Beilage 732.

Ich ersuche auch hier jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist ebenfalls einstimmig. Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird, wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 699), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird, zugestimmt wird (Zahl 21 - 482) (Beilage 733)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum 6. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 699, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird, zugestimmt wird, Zahl 21 - 482, Beilage 733.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Abgeordnete Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird, zugestimmt wird, in ihrer 16. Sitzung am Mittwoch, dem 11. Jänner 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird, wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Sagartz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, zu dieser 15a-Vereinbarung gibt es sachlich deshalb wenig zu sagen, weil es gut ist und gut tut, zu wissen, dass der Bund und die Länder sich dieser Verantwortung in der gemeinsamen Förderung einer 24-Stunden-Betreuung bewusst sind und dass hier gemeinsam ein Weg eingeschlagen wird, auch im Sinne der Finanzausgleichsverhandlungen, dass das Bewusstsein in der Bevölkerung da ist.

Wir sehen dieses Problem und wir sehen auch das wachsende Problem, das sich aus der Betreuung von älteren Menschen ergeben wird. Interessant ist, dass in der 15a-Vereinbarung explizit darauf hingewiesen wird. Im Jahr 2015 haben im Durchschnitt 21.900 Personen eine Förderung der 24-Stunden-Betreuung erhalten und dann steht wortwörtlich drinnen, es wird von einer jährlichen Steigerung von rund neun Prozent der Anzahl der Förderungsbezieher als auch des Aufwands ausgegangen.

Wenn man sich das überlegt, bedeutet das eine Steigerungsrate, die uns vor große finanzielle, aber auch personelle Probleme stellen wird. Wenn wir vorher über Ärzte und die Infrastruktur für Ärzte gesprochen haben, dann muss einem bewusst sein, dass europaweit 165.000 ÄrztInnen in den nächsten zehn Jahren fehlen werden und über 645.000 qualifizierte Pflegehelfer und Pflegepersonal.

Das ist eine Zahl, die europaweit gilt, und damit auch bedeutet, wir werden es uns nicht aussuchen können, ob vielleicht aus dem Nachbarland jemand aushilft oder ob aus anderen Bundesländern Leute zu uns kommen. Die große Zahl an Pflegebedürftigen geht sich nicht mit dem derzeit vorhandenen Personal aus.

Umso wichtiger ist, dass Bund, Land, aber auch die Gemeinden hier bei ihrer Infrastruktur, bei der Vorausschau, was man alles tun muss, um einen möglichen Engpass abzuwenden, gut zusammenarbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch hier ein Thema noch anreden. Es sind natürlich sehr oft Angehörige, die jetzt diese Engpässe, die vielleicht jetzt schon passieren könnten, ausgleichen, und es sind insbesondere natürlich pflegende Frauen, das muss man auch an dieser Stelle sagen. Diese Menschen leisten Hervorragendes, ja fast Übermenschliches, und leider Gottes stürzen viele auch in ein Burnout, weil es nicht einfach ist, 24 Stunden, sieben Tage die Woche, 365 Tage im Jahr für einen zu pflegenden Angehörigen da zu sein.

Ich glaube, auch hier müsste sich das Land und der Bund überlegen, wie können wir hier entgegenwirken, dass auch Betroffene besser unterstützt werden, Angehörige, die beispielsweise im Familienverband jemanden haben, den sie Tag und Nacht pflegen müssen, dass hier diese Burnout-Gefahr, dieses buchstäbliche Ausbrennen der Energie der Betroffenen nicht passiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine kurze Antwort auf die vorangegangene Debatte. Vielleicht ist es Ihnen aufgefallen, Kollege Haidinger hat gesagt, Parteipolitik darf in der Gesundheitspolitik keine Rolle spielen, hat einige Fakten aufgezählt.

Kollege Rosner ist dann hinausgegangen, hat sich erstens bedankt beim Landesrat Darabos für einige Punkte, die er aus der Fragestunde aufgenommen hat, hat dann noch weiterer Punkte der ÖVP hinzugefügt, wo wir glauben, dass wir uns konzentrieren sollten und hat für die ÖVP-Fraktion festgehalten, diese 15a-Vereinbarungen zu unterstützen.

Kann mir irgendjemand der Anwesenden erklären, was den Kollegen Kovacs dann dazu bewogen hat, festzuhalten, dass Georg Rosner im Gesundheitsbereich polemisch war, parteipolitisch war, angriffig war? Wo war es so, dass die ÖVP die Unterstützung versagt hätte?

Ich möchte nur den Kollegen Kovacs bitten, wenn man sich auf eine Rede vorbereitet, das kann schon gut und wichtig sein, das soll auch so sein, dann muss man aber schon so flexibel sein und darauf eingehen, wenn der Vorredner all das, was man sich vielleicht erwartet hat, nicht sagt, dass man das dann auch nicht kritisieren kann. Weil der Herr Landesrat Darabos hatte es dann schwer, weil was hätte er sagen sollen? Hätte er sagen sollen, es ist schlecht, wenn ihn Kollege Kölly lobt? Es ist schlecht, wenn Gerhard Steier mit ihm einer Meinung ist? Es ist schlecht, wenn wir Auffassungen haben, die gleicher Meinung sind mit der ÖVP?

Ich glaube, man muss sich auch als Mandatar ernst nehmen, dass man kurz auch überlegt, wo Kritik angebracht ist, jedem ist es frei, hier zu sagen und zu meinen, was er will, aber wenn man schon einer Meinung ist, dann trotzdem mit aller Gewalt den Streit zu suchen, ich glaube, das ist absolut unnotwendig.

Deshalb werden auch wir von der ÖVP die 15a-Vereinbarung gerne mittragen. Gemeinsames Thema, gemeinsam an einen Strang ziehen. Dort, wo es wichtig ist, gemeinsam anpacken und dort, wo es notwendig ist, starke Alternative sein. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Im Tagesordnungspunkt 6 der heutigen Landtagssitzung ist die Zustimmung seitens der Mitglieder des Hohen Hauses anlässlich der Änderung einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a-Vereinbarung notwendig und erforderlich.

Diese Vereinbarung hinblicklich der gemeinsamen Förderung der 24-Stunden-Betreuung wurde im Jahr 2009 kundgemacht und bereits 2015 einmalig novelliert. In der gegenständlichen Vereinbarung betrifft es die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung, wie es bereits Mag. Sagartz angesprochen hat.

Dabei gibt es Rahmenbedingungen zu erfüllen, und diese Rahmenbedingungen sind einerseits das Vorlegen eines Bedarfes für 24-Stunden-Betreuung, andererseits auch eines Betreuungsverhältnisses nach dem Hausbetreuungsgesetz für unselbständige Erwerbstätige und nach der Gewerbeordnung für Selbständige.

Schließlich auch eine wichtige Voraussetzung ist das Vorlegen der Pflegestufe 3. Von dem ausgehend ist dann auch natürlich der einkommensbezogene Bestandteil, nämlich 2.500 Euro als Obergrenze der betreuungsbedürftigen Person auch heranzuziehen.

Im Artikel 2 der Vereinbarung steht der wesentliche Passus, dass die Obergrenze von 40 Millionen jährlich einzuziehen war und schließlich auch der Schlüssel von 60

Prozent Förderung durch Bund und 40 Prozent Förderung durch das Land oder die Länder. Wichtig ist, glaube ich auch, für uns in dieser Frage, dass es jährlich einen bundesweiten Arbeitskreis für Pflegevorsorge gibt, der genau diese Weiterentwicklung der Förderung jährlich evaluiert. Diese Evaluierung ist auch die Aufgabe und Verpflichtung der jeweiligen Vertragspartner nach Art. 5 dieser Vereinbarung, und dem wird auch Rechnung getragen.

Nun: Warum brauchen wir jetzt die Änderungen zu dieser Vereinbarung? Wir brauchen sie deshalb, weil diese Vereinbarung gekoppelt an das Finanzausgleichsgesetz war und deshalb mit 31.12.2016 außer Kraft getreten ist.

Durch die Finanzausgleichverhandlungen 2017 bis 2021 wurde für diese Periode nunmehr eine Verlängerung der Geltungsdauer vorgesehen. Deshalb ist es auch erforderlich, diese Vereinbarung im Art. 9 zu novellieren und auch diesbezüglich zu ändern, damit auch langfristig diese Förderung der 24-Stunden-Betreuung im Burgenland für Pflegebedürftige gesichert werden kann.

Kollege Mag. Sagartz hat bereits vorher diese Steigerung von neun Prozent angesprochen, die natürlich ein wichtiges Signal ist, auch um zu erkennen, was das zukünftig bedeutet. Wir haben derzeitig, Stand 2015, jährliche Ausgaben der Förderung von 3,1 Millionen Euro, und wir wissen auch, dass davon neun Prozent der Pflegegeldbezieher erfasst sind. Deshalb wird es auch wichtig sein, diese Evaluierung, zu der wir ja verpflichtet sind, jährlich durchzuführen. Diese Evaluierung auch dahingehend, ob diese 3,1 Millionen Euro, die als Förderung ausgegeben werden, auch zukünftig im Sinne des gesellschaftlichen Mehrwertes der 24-Stunden-Betreuung im Vergleich und in Verbindung auch mit Hauskrankenpflege und stationären Einrichtungen gut ausgegeben wird.

Ich bin aber der Meinung, dass die 24-Stunden-Betreuung eine wesentliche Stütze für zu Betreuende zu Hause ist und auch ein wesentliches Element der Betreuungstätigkeit im Burgenland derzeitig darstellt.

Da die Sozialpolitik des Burgenlandes eindeutig darauf ausgerichtet ist, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Unterstützung, Pflege und Betreuung für alle Pflegebedürftigen im Burgenland besteht, die sie auch wollen, bin ich klar der Meinung, dass wir dieser 15a-Vereinbarung in der Form die Zustimmung erteilen sollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Die Gesundheitsversorgung in der Gesamtbreite haben wir in den vorhergehenden Tagesordnungspunkten besprochen. 24-Stunden-Pflege oder Pflegedienstleistung in Österreich ist ja kein historisch Gewachsenes. In der jetzigen Form und in der jetzigen Ausführung und Ausbildung ist es erst seit einigen Jahren der Fall, wobei ich mich heute noch sehr strikt daran erinnere, welche schwere Geburt es war, dieses Pflegegeld überhaupt oder überhaupt die Pflege auf einen geordneten und gesicherten Rahmen zu stellen.

Tatsache ist, dass der Bedarf an pflegerischer Leistung für unsere Mitmenschen in einer Gesellschaft wie der unsrigen immer vorhanden war. Wir alle wissen, dass es quasi eine Organisation gegeben hat, die im häuslichen Verbund diese Pflegeleistungen von Eltern auf Kinder oder von Kindern auf Eltern in der Umsetzung gehabt hat. Tatsache ist,

dass es dann in der gegebenen Form der Entwicklung unserer Gesellschaft immer stärker auch den Drang gegeben hat, Hilfskräfte zu nehmen, die diese Pflegedienstleistung umsetzen sollten. Es war dann aber der Punkt erreicht, auch in politischen Auseinandersetzungen, sprich in Wahlkämpfen, hat man dieser Dienstleistung an den Kopf geworfen und vorgehalten, dass es dann zu einer Umsetzung gekommen ist, wo es eine gesetzliche Regelung nicht nur für die in der Dienstleistung Beschäftigten, sondern insgesamt auf die pflegerische Ausführung gekommen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen heute an einem Punkt, wo wir im Burgenland, wenn ich jetzt richtig liege, 48 Einrichtungen haben - Altersheime oder Pflegedienstleistungszentren, auch sogenannte Kompetenzzentren -, die Tagesbetreuung anbieten, 24-Stunden-Pflege anbieten, wo wir im Grunde genommen, eine Vollversorgung ab der Pflegestufe 4 in der Anwartschaft auf den Eintritt in diese Kompetenzzentren haben.

Daran ist zu ermessen - und das möchte ich zu dem Zeitpunkt auch nicht unter den Tisch kehren -, an diesem Eintrittspunkt Pflegestufe 4 ist zu ermessen, dass es vor ungefähr drei Jahren diese Änderung in der Burgenländischen Anwartschaft gegeben hat, dass die Situation von Pflegestufe 3 auf Pflegestufe 4 erhöht wurde und damit eigentlich auch der Zugang in der Beschränkung auf gewisse Pflegebedürftige stattgefunden hat.

Im Grunde genommen ist es so, dass wir im Burgenland - und dem, glaube ich, kann man einwandfrei beipflichten - eine Vollversorgung in Bezug auf den Bedarf dieser Pflegekompetenzzentren haben und dass diese Planungssicherheit, die dort eingekehrt ist, auch im Verbund mit den Ausgaben, die dort stattfinden beziehungsweise von Nöten sind, sowohl von der Investitionsseite, als auch von der Tagesseite her in der Kostenfrage ausreichend die Bedeckung für eine Gewährleistung der Sicherstellung der Grundversorgung oder Pflegedienstversorgung unserer Burgenländerinnen und Burgenländer gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf der anderen Seite möchte ich auf gewisse Umstände, die diese Pflege oder die 24-Stunden-Pflege mit sich bringt, auch hinweisen. Wir haben auf der einen Seite eine klare Disposition, dass viele ausländische Kräfte, die sogenannte Hauspflege garantieren und umsetzen lassen.

Das sind alles in der Regel Bedienstete, die selbst versichert sind, sprich sie sind quasi Gewerbetreibende in der Umsetzung auf ihre Dienstleistung und sind damit eigentlich so etwas wie Unternehmerinnen und Unternehmer.

Diese Pflegedienstleistung ist mitunter auch, und das verfolge ich immer mit einem sehr kritischen Auge, wenn ich die Jahresbilanz von sogenannten Gründungen, Neugründungen von EPUs in der Wirtschaftskammer verfolge. Ich will nicht wissen, wie viele ausschließlich auf den sogenannten Pflegeberuf zurückzuführen sind.

Auf jeden Fall, und da sind wir uns einig, ist es ein sehr hoher Prozentsatz im Verhältnis auf alle sogenannten Neugründungen, und das hat überhaupt nichts mit Start-Ups zu tun, sondern das ist eine reine Pflegedienstleistung, die von Ausländerinnen und Ausländern im Burgenland und österreichweit erfüllt wird.

Es gibt Organisationsformen, die sich um diese Vermittlung von diesen Personen mittlerweile kümmern. Dies sind Geschäftszweige, dies sind quasi Zentren geworden, die die Vermittlung dieser Personen, dieser direkten Dienstleister, gewährleisten.

Auf der anderen Seite gibt es aber noch immer, gerade in diesem Bereich, auch die persönliche Vermittlung, die im Grunde genommen oft gewissen Mechanismen und Kriterien folgt, die ich in diesem Zusammenhang nur in kritischer Betrachtung jedem, der

mit dem in dörflichen Gemeinschaften zu tun hat oder so etwas sieht, ans Herz legen kann, weil sich dahinter oft mehr als prekäre Arbeitsverhältnisse auch verbergen.

Da gibt es Organisationen, die möchte ich jetzt gar nicht als solches quasi an den Gesamtpranger stellen, aber eines steht fest, es gibt auch in diesem Bereich oft eine Dienstleistung, die nicht den normalen, gesellschaftlichen, arbeitsrechtlichen Verpflichtungen in Österreich entspricht, und hier sollte man auch in der Bedeutung immer auf sehr kritische Art und Weise, diesen Umständen begegnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was sich im Grunde genommen in dieser Vereinbarung im Zusammenhang mit dem sogenannten Finanzausgleich ergeben hat, ist eine auf längere Zeit hin, bis 2021, vereinbarte Lösung, die die Mittelaufbringung des Bundes von zirka 350 Millionen auf 417 Millionen erhöhen wird und damit eigentlich den Kostenfaktoren auch einigermaßen Rechnung trägt.

Ich hoffe nicht, dass wir in der Folge dann dazu übergehen, von der Pflegestufe 4 das nochmal zu steigern auf Pflegestufe 5 und andere Gegebenheiten. Wobei eines vielleicht in der Anmerkung auf Pflege mir ein besonderes Anliegen ist, das ich heute auch hier setzen möchte.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen in direkter Form bei der Zuerkennung der einzelnen Pflegestufen Bescheid wissen, wie das funktioniert und wie das vonstattengeht.

Auf jeden Fall werden viele von Ihnen mitbekommen haben, und die Burgenländerinnen und Burgenländer können ein Lied davon singen, wie schwer und quasi langatmig ein Prozess auf die Gewährleistung und Gewährung einer Zuerkennung einer Pflegestufe ist.

Dieses Prozedere in der Umsetzung auf Antrag eines Hausarztes, dann in der Umsetzung auf einen Arzt, der sich diese Situation vor Ort anschaut, kann oft Monate dauern, und das ist quasi ein Zustand, der im Grunde genommen nicht hilfreich ist, aber der mit Sicherheit oft vergrault und die Unsicherheit im Bereich von finanziellen Gegebenheiten von Kindern auf Eltern immer wieder in Frage stellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Gegebenheiten bedingt auf die 24-Stunden-Pflege kann man mit einem Punkt tatsächlich auf die Zufriedenheit, auf die Verantwortung bezogen legen. Nämlich, dass es im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich gelungen ist, hier nicht nur anders zu dotieren, sondern dass man auch die Erhöhungen hier berücksichtigt hat, die in diesem Bereich notwendig waren.

Einen Umstand, der bisher eigentlich nicht angesprochen wurde, der im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich auf die Pflege auch geschaffen wurde, ist die finanzielle Dotierung auf den Hospiz und die Palliativversorgung, die nicht nur österreichweit, ich gebe zu, nicht allen, aber grundsätzlichen vielen ein Anliegen war, dass es hier von staatlicher Seite endlich einen Zugriff gibt und dass hier finanzielle Mittel, ich glaube, in der Größenordnung von 18 Millionen Euro, bundesweit zur Verfügung gestellt werden. Diese Hospiz- und Palliativversorgung ist mit Sicherheit noch ausbaufähig. Hier sind Gegebenheiten oft am Werk, die man hinterfragen muss.

Auf der anderen Seite, wenn es diese Versorgungssicherheit gibt, die jetzt auch in den einzelnen Pflegekompetenzzentren Personal entsprechend hilfreich zur Seite bringen und stellen muss, dann kann das nur von absolutem Vorteil sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe heute von dem Anspruch aus, dass die 24-Stunden-Pflege ein absolutes Erfordernis in unserer Gesellschaft ist, dass diese Vereinbarung vom Bund auf das Land in Bezug auf diese Pflegedienstverordnung

durchaus etwas Positives ist und dass es im Grunde genommen allen Burgenländerinnen und Burgenländern durchaus eine große Hilfestellung in der Versorgung von Eltern, Großeltern darstellt. Daher ist sie nur zu begrüßen. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter.

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird, wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 701), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der Regelungen zu Haftungsobergrenzen vereinheitlicht werden - HOG-Vereinbarung, zugestimmt wird (Zahl 21 - 484) (Beilage 734)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 701, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der Regelungen zu Haftungsobergrenzen vereinheitlicht werden - HOG-Vereinbarung, zugestimmt wird, Zahl 21 - 484, Beilage 734.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

Berichterstatter Robert Hergovich: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der Regelungen zu Haftungsobergrenzen vereinheitlicht werden - HOG-Vereinbarung, zugestimmt wird, in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Jänner 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der Regelungen zu Haftungsobergrenzen vereinheitlicht werden - HOG-Vereinbarung, wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur fünften und letzten 15a-Vereinbarung des heutigen Tages. Es geht wiederum um finanzielle Fragen beziehungsweise haushaltsrechtliche Fragen. Es geht wiederum um die

Umsetzung des Finanzausgleiches 2017 bis 2021. Und es geht inhaltlich um eine Frage, die auch hier im Landtag regelmäßig für die eine oder andere hitzige Debatte sorgt.

Es geht um die Frage der Haftungen, die Bund, Länder und Gemeinden eingehen, und die Berechnung dieser Haftungen und um Haftungsobergrenzen. Haftungsobergrenzen machen naturgemäß nur dann Sinn, wenn man sich über die Berechnung der Haftungen einig ist. Wenn diese Berechnung standardisiert wird, und genau das passiert jetzt mit dieser 15a-Vereinbarung. Das sind die Kernpunkte.

Es wird eben normiert, wie Haftungsobergrenzen zu berechnen sind. Hier gibt es eine Formel für den Bund auf der einen Seite und eine einheitliche Formel für Länder und Gemeinden auf der anderen Seite.

Es wird klargestellt, dass Haftungen transparent im Rechnungsabschluss auszuweisen sind und zwar mit dem Nominalwert. Also ohne Gewichtung. Das war ja Anlass für viele Diskussionen, auch bei uns hier im Landtag in letzter Zeit, was aber auch nicht heißt, dass es auch nicht künftig ein Gliederungselement geben wird, nämlich - obwohl es keine Gewichtung mehr geben wird - in Form von Untergruppen für Bankhaftungen, für grundbücherlich besicherte Darlehen im Wohnbauförderungsbereich und für sonstige Wirtschaftshaftungen, weil klar ist, dass Haftungen natürlich nicht nur rechtlich zu qualifizieren sind, sondern auch wirtschaftlich.

Meine Damen und Herren! Die Hauptfrage ist natürlich: Wo wird diese Haftungsobergrenze liegen? Es gilt für den Bund und für die Länder: 175 Prozent der Bemessungsgrundlage. Bei den Gemeinden bewegen wir uns bei 75 Prozent der Bemessungsgrundlage - vereinfacht gesagt - der jährlichen Einnahmen.

Wann geht es los? Das System soll gleichzeitig mit der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung in Kraft gesetzt werden, also am 1.1.2019.

Meine Damen und Herren! Diese 15a-Vereinbarung ist eine gute, ist eine vernünftige Sache. Es gilt ab 2019 ein einheitliches Regelungsregime für alle Gebietskörperschaftsebenen, was die Haftungen angeht. Damit gibt es endlich dann die Möglichkeit der effektiven Vergleichbarkeit, damit gibt es dann mehr Transparenz, mehr Budgetwahrheit und letztendlich natürlich auch mehr Sicherheit, wenn es um budgetpolitische Fragen geht.

Wir Freiheitlichen stimmen gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Tagesordnungspunkt „Haftungsobergrenzen“ wurde schon einiges gesagt. Zur Definition noch einmal: Haftungen sind das Einstehen für eine vertraglich begründete Verpflichtung. Darunter fallen auch Bürgschaften, wie wir so eben gehört haben. Das bedeutet, man muss sich dessen bewusst sein, dass diese Haftung irgendwann zum Tragen kommen kann.

Wir befürworten diese 15a-Vereinbarung gerade deswegen, weil es zu einer Vereinheitlichung und zu einer Transparenz, aber auch zur Vergleichbarkeit kommt, zwischen Bund, Land und den Gemeinden, ab dem Jahr 2019. Die einheitliche Berechnung ist für uns ebenso sehr wichtig.

Herr Kollege Molnár hat es schon erwähnt, wir haben in den vergangenen Debatten immer darüber diskutiert, dass die Berechnung das eine ist, der Ausweis jedoch das andere, aufgrund der Risikoklassen. Mit dieser 15a-Vereinbarung kommt es nun ohne Gewichtung, ohne Risikogruppen zu einem einheitlichen Wert. Der führt zur Ehrlichkeit und auch ohne Tricksereien zu einem Betrag, mit dem man umgehen kann und der hoffentlich für alle Beteiligten eine Tatsache darstellt, und nicht wiederum in irgendeiner Weise zu diskutieren ist.

Interessant ist nur, dass die Ausgliederungen zukünftig ebenso zu erfassen sind, also die Haftungen der ausgegliederten Gesellschaften. Das war in der Vergangenheit nicht derart klar und deutlich.

Wenn man sich den Landesvoranschlag 2017 ansieht, dann steht in der Einleitung, dass man sich eine Haftungsobergrenze von 1,7 Milliarden vornimmt. Wir stehen derzeit bei knapp drei Milliarden Euro an Haftungen. Das wissen wir, das hat der Rechnungshof bereits oft bestätigt. Wenn man die Berechnung aus den neuen Paragraphen der 15a-Vereinbarung hernimmt, so kommt man ungefähr auf eine Haftungsobergrenze im Burgenland von derzeit 150 Millionen. Der Stand der Haftungen im Land per Landesvoranschlag 2017 beträgt drei Milliarden. Folglich ist schon noch einiges zu tun in den nächsten zwei Jahren bis zum Inkrafttreten.

Wir sind aber froh über diese 15a-Vereinbarung. Gefordert bleibt schließlich die rot-blaue Landesregierung, im Konkreten Landesrat Bieler, in der Folge natürlich seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Abteilung. Wir sind schon auf die Umsetzung dieser 15a-Vereinbarung gespannt. Der Beschluss, den wir heute einstimmig fassen werden, ist das eine, aber die Umsetzung dieser selbst auferlegten Haftungsobergrenze das andere.

Wir sind gespannt und stimmen natürlich zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Jahr 2019, mit der tatsächlichen Umsetzung dann vor Ort, beginnt wahrscheinlich nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich eine neue Finanzzeitrechnung, wenn man so will, denn die alte Kameralistik in der Haushaltsführung wird durch die doppelte Buchführung ersetzt; Stichwort - wir diskutieren das immer als Arbeitstitel - mit der Doppik.

Es wurde jetzt zweimal schon angesprochen. Es wird damit modern. Es wird transparenter. Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Schritt. Es ist auch eine einheitliche Vorgangsweise zwischen Bund, den Ländern und den großen Gemeinden ab dem Jahr 2019. Für kleinere Gemeinden, also unter 10.000 Einwohner, beginnt das mit 2020.

Ich glaube, keiner braucht vor der Umstellung verängstigt sein oder Angst haben. Ich glaube, die Finanzabteilung, aber auch unsere Gemeinden sind hier sehr gut vorbereitet. Das läuft ganz gut an. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ein Pilotprojekt erwähnen. Das ist die Gemeinde Antau, die dieses Pilotprojekt gemacht hat und damit durchaus als Vorreiter in Österreich gilt. Ich glaube auch, das ist erwähnens- und lobenswert.

In unseren Gemeinden wird also die Doppik mit dem Jahr 2019 eingeführt. Ich glaube, auch das ist ein wichtiger und guter Schritt. Die 15a-Vereinbarung ist ein, wenn

man so will, weiteres Mosaik bei der Umstellung auf die bundeseinheitliche Finanzregel oder die Finanzregeln.

Die Haftungsobergrenzen werden vereinheitlicht. Damit wichtig ist, dass man auch im Auge hat, wie das in der Praxis dann umgesetzt wird. Der Bund und die Länder rechnen mit dem Faktor 175 Prozent, die Gemeinden mit 75 Prozent, ausgehend immer vom vorletzten Rechnungsabschluss, der zur Berechnung herangezogen wird.

Ich glaube, Dank und Anerkennung an den Herrn Finanzlandesrat Helmut Bieler ist hier auszusprechen. Er hat die VRV und die Haftungsobergrenze für das Burgenland verhandelt. Durchaus ein guter Weg, den das Burgenland gerne gehen kann.

Das Burgenland ist sehr umsichtig, meiner Meinung nach, insgesamt mit den Haftungen umgegangen. Die Haftungen sind bei uns ohnehin im Rechnungsabschluss sehr transparent ausgewiesen. Damit haben wir einen wichtigen Teil dieser 15a-Vereinbarung auch erfüllt.

Wir haben uns auch selbst, wenn man so will, Haftungsobergrenzen schon gesetzt und diese werden auch schrittweise reduziert. Im Jahr 2016 mit 2,7 Milliarden, heuer werden es 1,7 Milliarden sein. Mit Ende September 2017 laufen auch die Haftungen für die Bank Burgenland zum Großteil aus, und dann sieht das Bild natürlich auch wieder völlig anders aus.

Die Finanzabteilung des Landes hat für das Jahr 2019 eine Prognose erstellt. Demnach werden wir rund eine Milliarde Euro an Haftungen besitzen, 600 Millionen davon sind relevante Haftungen. Man muss schon dazu sagen, dass der Großteil der verbleibenden Haftungen wichtige Wirtschaftsförderungen der Landesholding Burgenland sind und ich glaube, auch notwendig, man muss ja nicht immer davon ausgehen, dass eine Haftung auch schlagend wird. Das hat auch die Vergangenheit bewiesen, dass das eher die Ausnahme ist. Aber eine Sicherheit ist immer sehr wichtig.

Wir haben deutlich weniger Haftungen als möglich wäre. Das ist auch gut so. Das Burgenland ist sicher ein Musterschüler unter den österreichischen Gebietskörperschaften, was das anbelangt.

Musterschüler sind wir auch beim Schuldenabbau. Das ist doch gut so, denn das Burgenland ist sicher ein Musterschüler unter den österreichischen Gebietskörperschaften, was das anbelangt.

Musterschüler sind wir auch beim Schuldenabbau, denn jedes Jahr sind es zwei Millionen Euro, die wir an Schulden abbauen. Ich glaube, das ist auch sehr wichtig der Verantwortung der nächsten Generation gegenüber. Das ist aber nur deswegen möglich, weil wir eine ordentliche Verwaltungsreform gemacht haben, die Abteilungen von zehn auf sieben und die Stabstellen von acht auf vier reduziert haben. Hier werden Synergien genutzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber auch die 150 Landesbeteiligungen wurden sozusagen in die Holding eingegliedert. Diese genutzten Synergien ermöglichen eben diesen Schuldenabbau beziehungsweise mit 235 Millionen Euro auch die höchste Investitionsquote aller österreichischen Bundesländer.

Ich glaube, wir sind hier sehr gut unterwegs. Wir werden dieser 15a-Vereinbarung natürlich sehr gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der Darstellung meines Vorredners kann man hinzufügen, wenn es nicht immer den Ausschluss von Gegebenheiten, die das Gesamtverschuldungsvolumen des Burgenlandes betrifft, hätte, dann wäre das durchaus angemessen. Manches, was jetzt, zum Beispiel, den zwei Millionen Euro Schuldenabbau betrifft, ist ausschließlich auf das ordentliche Budget bezogen und schließt eigentlich nichts ein, was daneben bis zu den ausgelagerten Gesellschaften ein wichtiger Punkt der Gesamtverschuldung unseres Bundeslandes ist.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir im Zusammenhang mit diesem Diskussionskapitel, das auch im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen ein wesentlicher Bestandteil war, eine Vereinbarung jetzt diskutieren, die mit 1.1.2019 erst in Kraft treten wird.

Wir haben in den letzten Jahren Diskussionen erlebt, wo es sich um eine sogenannte Risikoavers-Finanzierung beziehungsweise um risikoaverse Darstellungen gehandelt hat, und wo sich jeder darum gekümmert hat, dass er keine Spekulationen oder schwierige Finanztransaktionen mit öffentlichen Geldern abwickelt.

Wenn sich jetzt Bund und Länder zu einer Vereinbarung mit der Einführung der neuen Buchhaltungsregeln mit 1.1.2019 verpflichten, dann hat es durchaus einen Sinn, kommt aber leider in der Darstellung für manches, was sich in Österreich und speziell auch in den einzelnen Bundesländern begeben hat, zu spät. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, wenn man nur verfolgt, dass Niederösterreich im Vergleich jetzt zu Wien in der Bundesländersituation auf die Finanzdarstellungen mit allen ausgelagerten Bereichen einen rund neun Milliarden Euro Schuldenberg angehäuft hat. Wien bewegt sich bei rund fünf Milliarden Euro an Schulden. Das heißt, wir haben im Grunde genommen hier Festhaltungen und Darstellungen innerhalb der Finanzierungsgegebenheiten einzelner Institutionen, die mehr als bedenklich sind.

Wenn sie dann, wie Kollege Wolf angesprochen hat, schlagend werden und eine Haftungssituation dargestellt werden muss, dann wird es kritisch, denn dann werden eigentlich die Alarmglocken eingeläutet. Sonst ist es zu einer üblichen und mittlerweile quasi fast schon notwendigen Gegebenheit in wirtschaftlicher Hinsicht gekommen, dass jede Betriebsansiedlung zumindest mit Haftungen gestützt wird.

Dass sie quasi die Gewährleistung bietet, dass ein Finanzierungskonzept gegenüber Banken auch eine entsprechende Begründung erfährt. Dieses Kapital hat man aufgeschlagen. An dem kommt man nicht vorbei, denn das sind quasi die Bestandteile heutiger Wirtschaftsgegebenheiten. Positiv ist aber, dass im Grunde genommen jetzt in der Ausschließung bei diesem Gesetzestext zum Teil der Fall ist, dass wir es im Burgenland im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bank Burgenland heuer 2017 schaffen werden, falls es nicht zu irgendwelchen Irritationen kommt, dass diese Haftungen auf die Bank Burgenland abgeschichtet werden.

Das ist schon ein absoluter Vorteil für jeden Burgenländer und jede Burgenländerin, weil dieses Haftungsmanko eigentlich wie ein Damoklesschwert über unseren Köpfen gehangen ist.

Es gibt noch Beispiele, wo sich gewisse Länder in der Finanzierung auf eigene Banken hin mit Haftungen eindecken, aber grundsätzlich muss man davon ausgehen, dass jedes Bundesland inzwischen dazu übergegangen ist, die landeseigenen Banken zu

verkaufen beziehungsweise an andere private Einrichtungen abzutreten. Interessant bei diesem Punkt der Haftungsobergrenzen in der gesetzlichen Werdung ist der Art. 6.

Hier steht: „Aufgaben des österreichischen Koordinationskomitees“. Ich weiß nicht, welcher der Kollegen oder Kolleginnen sich dieses Gesetz zur Hand genommen hat, um hier nachzulesen, denn in diesem Art. 6 heißt es unter anderem:

Punkt 1: Die Gebietskörperschaften werden sich im Österreichischen Koordinationskomitee regelmäßig zum Risikomanagement austauschen, no na, würde ich auch meinen, dass es positiv ist.

Punkt 2. aber - und jetzt kommt man schon zu schwergewichtigen Punkten - Ursachen allfälliger Überschreitungen der Haftungsobergrenzen werden im Österreichischen Koordinationskomitee thematisiert.

Das heißt, der Gesetzgeber geht jetzt schon davon aus, dass es zu Überschreitungen der Obergrenzen kommen kann. Dann legt er im Punkt 3 des Art. 6 fest: Allenfalls eingetretene Überschreitungen werden ohne unnötigen Verzug wieder auf einen Wert unter der Haftungsobergrenze reduziert.

Dazu sind Verringerungen der Haftungsstände bis zum Erreichen der vereinbarten Haftungsobergrenze nur zu 20 Prozent neuerlich zu vergeben. Das heißt, wir haben keine 100-prozentige Ausschließung einer Überschreitung dieser Haftungsobergrenzen, sondern die Verpflichtung besteht dann darin quasi, abzuschichten oder wieder auf diese 175 Prozent zu gelangen.

Es hätte jeden Österreich-Kenner oder jeden, der in Österreich sozialisiert worden ist, einigermaßen verwundert, wenn hier ein striktes Gebot auf 175 Prozent festgelegt worden wäre. Tatsache ist, man gibt sich quasi den Freiraum auch dahingehend, Möglichkeiten zu sondieren, falls es zu einer Überschreitung kommen sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schließe diese Wortmeldung zu diesem Thema unter folgendem Aspekt: Jedem von uns und jedem Verantwortlichen im Bereich von öffentlichen Geldern, vom Einsatz öffentlicher Gelder, muss es schauern und muss es ein Grausen geben, wenn es darum geht, mit diesen in irgendeiner Form nur risikotechnisch etwas anzustellen.

Dass es darum geht, gewisse Anlagen zu tätigen, die man mit dem Stichwort „Spekulation“ abtun kann. Wir wissen alle, dass es in der Vergangenheit in einzelnen Städten, aber auch in Ländern damit eigentlich sehr viel Schindluder gegeben hat, wo man sich dieser Verantwortung nicht bewusst war, welche Folgen und welche Risiken mit der Spekulation öffentlicher Gelder eingegangen worden ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass man sich jetzt dazu entschließt, auf einen Bereich, der eigentlich auch grundsätzlich für jeden klar ist, eine gewisse Obergrenze zu definieren, ist wieder geschuldet nicht der Verantwortung, sondern der allgemeinen europäischen Konstellation - auch der in den Bankenbereichen vorherrschenden und gegebenen Problemstellungen.

Deswegen geht es jetzt darum, dass sich die Gebietskörperschaften dahingehend verständigt haben. Ich möchte nur das Risiko hervorheben, dass in manchen Städten vorhanden ist, wo es zum heutigen Tag weit höhere Festlegungen als 75 Prozent gibt.

Ich möchte auch das Risiko erwähnen, dass im Zusammenhang mit den Ländern geboten und vorhanden ist und möchte auch das Risiko erwähnen, das der Bund mit diesen Haftungen quasi hat.

Daher nochmals der absolute Hinweis: Es geht nicht um eine Obergrenze, sondern es geht grundsätzlich darum, dass man sich der Verantwortung bewusst ist, mit Geldern umzugehen, die quasi der Steuerzahler aufbringt und die er auch im Grunde genommen verantwortlich und verantwortungsbewusst im Umgang beim Einsetzen verwendet haben möchte. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der Regelungen zur Haftungsobergrenzen vereinheitlicht werden - HOG-Vereinbarung, wird gemäß Art. 81 Abs. 2 LVG einstimmig angenommen.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 456) betreffend Förderung des Erste-Hilfe-Auffrischungskurses (Zahl 21 - 316) (Beilage 735)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 456, betreffend Förderung des Erste-Hilfe-Auffrischungskurses, Zahl 21 - 316, Beilage 735.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Frau Präsident. Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung des Erste-Hilfe-Auffrischungskurses in ihrer 12. und abschließend in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Jänner 2017, beraten.

Ich wurde in der 12. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung des Erste-Hilfe-Auffrischungskurses unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann für Ihren Bericht. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal ein Antrag, wo ich der Meinung bin, dass er sehr sinnvoll ist und auch für die Bevölkerung im Burgenland es sehr sinnvoll macht, dass man solche Anträge einbringt, wenn man das Ganze irgendwo schon verschleiert oder irgendwo versteckt hat und nicht mehr daran glaubt, dass da irgendetwas geschehen soll und das Land eigentlich die Rahmenbedingungen dazu setzen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wir einen Antrag eingebracht haben, der wieder einmal natürlich eine Abänderung erfahren hat, dann werde ich heute den Antrag und dann den Abänderungsantrag vorlesen und dann sagen Sie mir, wo jetzt tatsächlich der große Unterschied ist.

Ich finde das schön langsam wirklich bedenklich, demokratiebedenklich, wenn man sich so verhält, für solche Anträge eigentlich zwei Sätze zu verwenden und sagt, die Landesregierung soll sich dafür einsetzen und aus, Schluss, fertig!

Ich möchte den wirklich einmal zitieren und vorlesen: Der unterzeichnete Abgeordnete Manfred Kölly und der Abgeordnete Gerhard Hutter betreffend Förderung des Erste-Hilfe-Auffrischungskurses - Eine von der „Kleinen Zeitung“ Ende Mai 2016 veröffentlichte österreichweite Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes offenbarte bei einem großen Teil der Bevölkerung hohe Defizite bei der Anwendung von Erste-Hilfe-Maßnahmen. So schätzen lediglich 35 Prozent der Befragten ihre Befähigung in diesem Bereich als sehr gut beziehungsweise gut ein.

40 Prozent beurteilen ihr Erste-Hilfe-Wissen hingegen als mittelmäßig. Ein Viertel gestand, ein eher geringes beziehungsweise keine Kenntnisse zu haben.

Laut Marketinggeschäftsführer Thomas Schwabl verwundert das Umfrageergebnis wenig, liegt doch bei den meisten Menschen der letzte Erste-Hilfe-Kurs mindestens zehn Jahre zurück.

Kaum überraschend ist dabei, dass jene, die innerhalb der letzten fünf Jahre einen Kurs absolviert haben, ihre Kenntnisse deutlich besser einschätzen. Lediglich 25 Prozent der Befragten sehen sich auf jeden Fall in der Lage, in einer Notsituation Erste-Hilfe zu leisten. Gegenüber stehen die Angaben von 27 Prozent der Umfrageteilnehmer, die einen Menschen in einer Unfall- und Notsituation eher nicht erstversorgen könnten.

Die knappe Hälfte getraut sich dieses zumindest eher zu. 65 Prozent fürchten zudem, bei einem Notfall etwas falsch zu machen. - Ich glaube, da gehöre ich auch dazu. - Die Frage, ob man an einem mehrstündigen, kostenlosen Erste-Hilfe-Kurs in der Umgebung des Wohnortes teilnehmen würde, bejahte mit 88 Prozent ein Großteil der Befragten.

Ich denke, das sagt schon sehr viel aus.

Aber, bereits im Oktober des letzten Jahres zitierte der „Standard“ die Mahnung des Innsbrucker Michael Baubin, wonach in Österreich ein gewaltiger Aufholbedarf hinsichtlich des richtigen Verhaltens von Laien bei Herz-Kreislauf-Stillständen bestehe. So würden in Österreich nur 15 Prozent aller Patienten von Ersthelfern eigenständig Herzdruckmassagen erhalten. In Ländern wie Schweden und Dänemark seien es hingegen 60 Prozent.

Durch eine häufige Laienbearbeitung könnten laut Baubin bis zu 1.000 Menschen jährlich gerettet werden. Die burgenländische Politik muss ein hohes Interesse daran

haben, damit der überwiegende Teil der Bevölkerung im Bereich der Erstversorgung über die nötigen Kenntnisse verfügt. Immer mehr Menschen werden aufgrund des Ärztemangels - was wir heute schon diskutiert haben - vor allem im ländlichen Bereich von der Unterstützung der Bürger abhängig sein.

Gleiches gilt im Bereich der Pflege, wo mehr als 80 Prozent der Pflegebedürftigen von Angehörigen und damit von medizinischen Laien betreut werden.

Das Land Burgenland wäre folglich gut beraten, das Anbot von Erste-Hilfe-Auffrischungskursen zu fördern und damit die burgenländische Gesundheitsversorgung zu verbessern.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Teilnahme an Erste-Hilfe-Auffrischungskursen derart zu fördern, dass solche von allen Burgenländern kostengünstig und flächendeckend in Anspruch genommen werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem ist nichts mehr hinzuzufügen, denke ich einmal. Nein, doch, SPÖ und FPÖ - schon Standard geworden - ändern einfach diesen Antrag wieder einmal ab, weil es könnte und es darf nicht sein, dass vielleicht eine Oppositionspartei oder vielleicht die Abgeordneten Kölly und Hutter solche Ideen haben, welche sehr sinnvoll sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich sage das noch einmal und unterstreiche das für das gesamte Gesundheitswesen im Burgenland, aber auch in Österreich. Da, glaube ich, sollte man wirklich nicht immer mit solchen „Spompanadeln“ daherkommen und in den Medien, und da nimmt die „Kronen Zeitung“ sogar das auf und berichtet, dass jetzt SPÖ und FPÖ solche Anträge quasi beschlossen haben. Und das schon im Vorfeld, obwohl wir das noch nicht einmal beschlossen haben.

Es ist interessant, denn, wenn Sie sich die Beiträge von der „Kronen Zeitung“ anschauen, wundert mich überhaupt nichts mehr. Weil dort steht beinhart, dass es bereits beschlossen wurde. Wir haben es noch nicht einmal einlaufen lassen, ist es schon beschlossen, weil es die SPÖ und die FPÖ eingebracht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, das hat sich keine Burgenländerin und kein Burgenländer verdient, sondern, wenn wirklich etwas passiert, dann brauchen wir raschest Hilfe.

Ich kann nur eines sagen, ich war gestern beim Roten Kreuz, habe einen First Responder bezahlt und einen Defi bezahlt, weil ich denke, dass es wichtig ist, dass auch solche Unterstützungen auch von unserer Seite kommen.

Dann wird so ein Antrag, der ja wirklich Menschenleben retten kann und soll und muss, einfach abgeändert. Ich lese das auch noch vor, weil das wirklich beschämend ist, muss ich fast schon sagen.

Da sagen Sie – „Das Rote Kreuz und der Samariterbund Burgenland bieten daher regelmäßig und äußerst kostengünstig Erste-Hilfe-Auffrischungskurse an.“

Na super! Nur Rotes Kreuz und Samariterbund. Haben wir keine Feuerwehr, haben wir keine anderen Möglichkeiten, in den Gemeinden, in den Ortschaften das anzubieten? Nicht mehr und nicht weniger haben wir gesagt, dass das vom Land unterstützt werden soll - und das ist es. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nein, wir ändern das ab: Die Landesregierung wird aufgefordert, die Wirksamkeit der Förderaktion von Erste-Hilfe-Auffrischungskursen zu evaluieren und die Förderung gegebenenfalls fortzusetzen.

Was heißt gegebenenfalls fortzusetzen? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Entweder ich will das für unsere Leute, für unsere Menschen im Land, aber sage nicht, „gegebenenfalls“.

Schauen wir uns das einmal an! Ich weiß, dass Not an finanziellen Mitteln ist, das ist mir schon klar, aber vorher haben wir die Gesundheit diskutiert. Was uns das alles wert sein muss. Das ist uns nicht einmal mehr einen Cent wert? Seid mir bitte nicht böse.

Daher bin ich noch mehr über die FPÖ verwundert, die in den vergangenen Jahren immer wieder auch solche Anträge eingebracht hat. Jetzt ist es auf einmal anders und die FPÖ macht bei so etwas mit.

Ich würde einmal sagen, liebe Freunde von der FPÖ, da machen wir nicht mit, macht ihr das alleine, von der SPÖ, wenn ihr wollt. Dann hättet Ihr endlich einmal ein Zeichen gesetzt, denn so seid Ihr wirklich ein Einheitsbrei geworden und der Herr Landeshauptmann zeigt Euch, wo es langgeht.

Wenn ich mit dem Herrn Landeshauptmann rede, muss ich ehrlich sagen, dann weiß er das gar nicht, dass das in diesem Sinne abgeändert worden ist. Er steht dazu, so, wie unser Antrag ist, und er wird auch das Seinige dazu beitragen.

Nur, wenn in einem Landtag eine SPÖ- und FPÖ-Mehrheit, und das ist das Komische, einfach bestimmt, dass das nicht der Fall sein soll, und dann in der Öffentlichkeit sich hinstellt und sagt, wir haben diesen Antrag gemacht, ohne zu erwähnen, dass die Opposition oder irgendwer anderes einen Antrag eingebracht hat, der eigentlich die Idee war, das aufzufrischen, und wie in anderen Ländern - haben wir gerade gehört, Schweden und Dänemark, sogar 60 Prozent das machen.

Ich würde, wenn ich in der Regierung sitzen würde, so einen Antrag nur begrüßen und sagen, liebe Freunde, super, gute Idee. Wir werden schauen, wie wir es finanzieren. Schauen wir uns das an, was wir dazu brauchen.

Nein, SPÖ und FPÖ, die sich immer rühmen, so sozial zu sein und so für die Gesundheit da zu sein, ändern diesen Antrag ab. Gerade haben wir den Landesrat Darabos gelobt. Jetzt muss ich ihn allerdings fragen, wie er dazu steht, ob wir das nicht machen sollten? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute haben wir noch einige Punkte, die wir wahrscheinlich länger diskutieren werden. Die Situation am Arbeitsmarkt und dergleichen mehr. Ich glaube, das ist wichtig, aber dieser Antrag ist genauso wichtig. Wenn jemand direkt betroffen ist, dann wird er erst sehen, was los ist. Sei es in der Familie, sei es aber auch, wenn man in der Öffentlichkeit steht und zu einem Unfall dazukommt und keiner getraut sich richtig hin und traut sich helfen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch ich zähle dazu.

Ich sage Euch gleich, ich werde den Kurs gleich, sofort absolvieren, weil es wichtig ist. Auch für mich und für Euch alle, dass man weiß, wie man mit so etwas umgeht.

Das würde ich Euch empfehlen. Sei es wie es sei. Ich glaube, dass man den Satz, den letzten, dass man da ein bisschen etwas dazu beiträgt und in der Politik, in der hohen Politik, Rahmenbedingungen schaffen sollte, wo der Landtag eigentlich lustigerweise nicht viel dazu beitragen kann, weil das Budget ist sowieso schon beschlossen ist. Die Regierung macht damit ohnehin was sie will.

Das muss ich mir schon überlegen, ob ich da nicht in die Öffentlichkeit hinausgehe und sage, liebe Freunde, denkt einmal nach, wenn ihr selber betroffen seid. Wenn ihr einen Unfall habt oder wenn irgendein älterer Mensch zusammenbricht und wir können ihm nicht helfen, weil man sich nicht getraut.

Da braucht man diesen Kurs. In diesem Sinne hoffe ich, dass dieser Antrag so durchgeht, wie wir ihn eigentlich aufgestellt haben. Danke.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Kollege Kölly! Diese Erste-Hilfe-Kurse, nur als kleine Information, werden bereits gratis angeboten. Das heißt, die Möglichkeit, daran teilzunehmen, ist unabhängig der eigenen Einkommenssituation bereits jetzt gegeben. Ich weiß nicht, was Sie sozusagen hier noch nachbessern wollen.

Vielleicht haben Sie noch Vorschläge, aber deswegen ist auch hier der Vorschlag, nehme ich einmal an, gekommen, dass man das einmal evaluieren soll.

Kollege Spitzmüller hat selber am 7. Jänner erst bei so einem Kurs teilgenommen. Er kann es sich leisten, aber er hat dann den Beitrag, den er nicht hat zahlen müssen, dafür dem Roten Kreuz gespendet. Es gibt hier unterschiedliche Möglichkeiten, wie man damit umgeht.

Aber jemand, der nicht besonders einkommensstark ist und, Gott sei Dank, diesen Erste-Hilfe-Kurs machen möchte, hat schon jetzt die Möglichkeit, ihn kostenlos beim Roten Kreuz zu besuchen. *(Abg. Manfred Kölly: Du liegst falsch! Beim wem kann er ihn denn machen? Beim Roten Kreuz!)*

Lieber Kollege Kölly! *(Abg. Manfred Kölly: Bei wem denn? Nicht nur das Rote Kreuz! Auch andere Institutionen.)* Auch Sie können einen Erste-Hilfe-Auffrischungskurs beim Roten Kreuz machen, aber ich möchte jetzt auf etwas anderes eingehen.

Im Abänderungsantrag … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Danke schön Frau Präsidentin. Im Abänderungsantrag wird … *(Zwiegespräche des Abgeordneten Manfred Kölly)*

Herr Kollege Kölly! Ich habe Ihnen zugehört! Ich bitte, dass auch Sie jetzt entweder mir Ihre Aufmerksamkeit schenken oder einfach nur ruhig sind, damit die anderen mir ihre Aufmerksamkeit schenken können.

Wenn hier ein Kurs evaluiert wird, dann ist es sehr gut, sich auch Gedanken zu machen, was sollte in so einer Evaluation überhaupt alles hineinkommen? Ich finde es schon sehr interessant, hier nachzuforschen, wer an solchen Kursen teilnimmt. Sind es eher Männer, sind es eher Frauen?

Welche altersmäßige Verteilung haben die Teilnehmenden, auch in welcher regionalen Verteilung können wir hier die Inanspruchnahme solcher Kurse feststellen?

Auch die Frage, aus welchen Berufsgruppen, zum Beispiel, besuchen hier Teilnehmende die Auffrischungskurse? Dann, glaube ich, können wir sehr gezielt Nachbesserungen anstellen. Das halte ich durchaus für sinnvoll.

Ich bin froh, dass hier endlich einmal dem Thema Sicherheit an einem sehr relevanten Punkt auf diese Weise Aufmerksamkeit geschenkt wird, nämlich, die Sicherheit, im Notfall versorgt zu werden. Mit den Erste-Hilfe-Kursen wird auch eines deutlich, Sicherheit für alle gibt es nur, wenn auch alle mithelfen.

Sicherheit kann nicht einfach delegiert werden. Füreinander sorgen ist nicht nur Aufgabe der öffentlichen Hand, und gutes Leben ist auch nur dann möglich, wenn wir achtsam miteinander umgehen und aufeinander schauen. Dafür braucht es mitunter eine Schule, einen Kurs, einen Erste-Hilfe-Kurs. Damit gibt es, Gott sei Dank, auch schon lange und gute Erfahrungen.

Interessant wäre auch die Überlegung, wie so ein Erste-Hilfe-Kurs etwa in sozialem Handeln aussehen könnte? Gerade jetzt im Winter. Was ist die Erste Hilfe für einen Menschen, der kein Zuhause hat, den wir auf einer Straße bettelnd oder einfach auf einer Bank liegen sehen? Wir haben sie auch hier im Burgenland, die Obdachlosen.

Genauso, wie bei gesundheitlichen Notfällen, hilft das Wegschauen nicht. Im Gegenteil, denn das Wegschauen kann den Tod für die betroffenen Personen bedeuten. Denken wir also auch an die Erste Hilfe für unsere Obdachlosen und schauen wir, wie wir Menschen ermächtigen können und befähigen können, einander zu helfen, wenn sie andere Menschen in Not sehen.

Gerade jetzt, wo Sozialleistungen gekürzt werden, ist die Frage, wie schaut die Erste Hilfe für Menschen aus, die finanziell am Abgrund stehen, die psychisch am Abgrund stehen, die ihr Leben nicht mehr in den Griff bekommen?

Auch hier geht es nicht ausschließlich um die professionelle Betreuung, denn auch hier braucht es in der Bevölkerung mehr als die Ahnung von irgendeiner Bezirksbehörde oder eines Magistrats oder einer Beratungsstelle. Auch hier ist die Zivilbevölkerung angehalten, Erste Hilfe zu leisten und nicht wegzuschauen.

Auch hier wären kleine Kurse in den Gemeinden, in den Schulen, in den Vereinen manchmal lebensrettend. Wie begegne ich einem Menschen, der in Not ist? Wie mache ich das, um nicht aus Scham oder Bequemlichkeit wegzuschauen? Was kann auch ich als Einzelne, als Einzelner, tun, wenn ich keine professionelle Hilfe bieten kann, sondern einfach gerade nur zufällig da bin, wenn jemand in großer Not ist?

Viele Erste-Hilfe-Kurse, auch in diesem Sinn, würden unser aller Leben ein wenig gesünder machen. Gemeinsam fällt uns da sicher noch einiges Sinnvolles ein. In diesem Raum sitzen auch Menschen, die schon viel Erfahrung haben.

In diesem Sinne evaluieren wir. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In gewohnter Manier, er ist schon wieder nicht da. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In gewohnter Manier hat natürlich Kollege Kölly gejammert, dass die Regierungsparteien immer wieder zu seinen Anträgen Abänderungsanträge einbringen.

Er übersieht dabei einen wesentlichen Punkt, denn das sind nicht Abänderungsanträge, sondern Verbesserungsanträge.

Außerdem ist es wieder so ein bisschen ein klassischer Antrag vom Kollegen Kölly. Ich warte nur darauf, denn irgendwann wird ein Antrag von ihm kommen, dass, ich sage einmal, der Klimawandel abgeschafft wird oder Ähnliches, aber auch den werden wir wieder verbessern müssen.

Der letzte Satz seines Antrages lautet, das Land Burgenland wäre gut beraten, das Angebot von Erste-Hilfe-Auffrischungskursen zu fördern. Da hinkt er etwas hinterher, der liebe Kollege Kölly, denn es gibt sehr wohl Förderungen.

Ich möchte da einige auflisten. Es wurde auch eine Stellungnahme eingeholt. Es heißt in einem Antwortschreiben der Abteilung 6 - Soziales und Gesundheit: Nach Auskunft des ÖRK und ASBÖ, also Rotes Kreuz und Samariterbund im Burgenland, werden verschiedene Schulungen, wie zum Beispiel der Betriebliche Ersthelfer-Kurs mit einer Dauer von 16 Stunden, von der AUVA und anderen Organisationen gefördert.

Der nächste Punkt ist, dass in jedem der sieben Bezirke zwei Kurstermine im Ausmaß von je acht Stunden für je 16 Teilnehmer angeboten werden. Vom Land Burgenland wird die Hälfte der Kurskosten aus Mitteln des Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds übernommen, den Rest übernimmt die jeweilige Rettungsorganisation.

Die Thematik selbst wurde schon hier in diesem Hohen Haus im Vorjahr behandelt - und zwar in Zusammenhang mit der Vermittlung von Erste-Hilfe-Kenntnissen an Kinder und Jugendliche.

Auch dort wurde aufgezählt, dass es dafür verschiedenste Möglichkeiten gibt, sogar schon im Kindergartenalter, mit dem Programm ROKO mit dem Roten Kreuz. Dieses Programm wird flächendeckend aufgrund der Unterstützung der Burgenländischen Landesregierung angeboten. An den Volksschulen gibt es das Programm „Helfi hilft dir helfen“.

An weiterführenden Schulen werden ab der fünften Schulstufe Erste-Hilfe-Kurse angeboten. Das Jugend-Rot Kreuz hat gemeinsam mit dem Bildungsministerium und der AUVA die Initiative „Erste Hilfe Fit“ gestartet, und so weiter und so fort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Schließlich möchte ich noch als Letztes erwähnen, dass auf Initiative von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz burgenlandweit kostenlose Erste-Hilfe-Auffrischungskurse in der Dauer von acht Stunden für Autofahrer mit Hauptwohnsitz im Burgenland angeboten werden. Bei einigen Kursen gibt es noch Restplätze.

Ich glaube, diese Auflistung zeigt, dass es doch relativ viel an Förderung und Unterstützung gibt. Natürlich wäre es wünschenswert, dass möglichst viele Interessenten solche Kurse absolvieren, aber ich sage einmal, man kann niemanden zwingen, einen Kurs zu machen, oder man schafft die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen, damit das möglich ist.

Daher werden wir unserem Verbesserungsantrag zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Präsidenten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es ist richtig, es gibt Erste-Hilfe-Kurse, die kostenlos angeboten werden. Aber Kollege Richter, Sie haben es ja selbst gesagt, wenn jetzt im Jänner nur mehr Restplätze zu vergeben sind, dann können die den Bedarf nicht decken. Genau in diese Richtung geht aber der Antrag des Kollegen Kölly.

Ich muss ehrlich sagen, so viel Verbesserung sehe ich bei Ihrem Antrag da nicht. *(Abg. Doris Prohaska: Wenn noch Restplätze sind, ist kein Interesse wahrscheinlich da, oder?)* Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob jeder der Mandatare, die hier sitzen, wenn Sie zu einem Unfall unmittelbar kommen, wissen, was Sie genau tun sollen.

Ich habe mir das einige Male überlegt. Und es ist vor einigen Jahren der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl damals zu mir gekommen als Klubobmann und hat mir erzählt, er ist zu einem Unfall gekommen und er hat schon geholfen, aber er war sich nicht sicher, ob er das Richtige tut. Und wir haben dann einen Erste-Hilfe-Kurs als ÖVP-Klub gemacht.

Jeder Einzelne, der daran teilgenommen hat, hat eigentlich gemerkt, ja, da habe ich etwas gelernt, das hätte ich nicht mehr so gewusst seit dem letzten Erste-Hilfe-Kurs, und bei den meisten ist er ja entweder beim Österreichischen Bundesheer damals gewesen, ich weiß nicht, ob Zivildiener auch einen machen, oder beim Führerschein. Das ist schon relativ lange her.

Es ist auch nicht jedermanns Sache, einen Defibrillator in Aktion zu bringen. Ich weiß nicht, ob sich das alle zutrauen, die hier sitzen, zwei Elektroden am Oberkörper anzubringen und einen Hochfrequenzstoß durch einen Körper mit einem Knopfdruck zu jagen, wo es den Körper dann einen halben, dreiviertel Meter aufhebt.

Man muss das üben. Man muss das deshalb üben, um Handlungsweisen und Handgriffe automatisiert ablaufen zu lassen. Dann und nur dann ist man im Stande, in Stresssituationen auch das Richtige zu tun und den Kopf für Überlegungen frei zu haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich wirklich bei allen Blaulichtorganisationen bedanken, die für unser aller Sicherheit tagtäglich arbeiten, ob hauptamtlich oder ob ehrenamtlich. Die üben das von Zeit zu Zeit. Die machen das von Zeit zu Zeit. Die haben ihre Handlungsabläufe automatisiert. Die machen beim Einsatz keine Fehler, das ist das Entscheidende.

Ich glaube, wenn hier die Möglichkeit gegeben wäre, dass man kostenlos Land auf, Land ab, solche Erste-Hilfe-Kurse anbietet, das weit mehr für unser aller Sicherheit getan wäre, als wenn wir evaluieren und nachdenken, wie wir - der Kollege Richter meint - verbessern.

Ich glaube, es wäre besser, diesem Antrag des Kollegen Kölly zuzustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ewald Schnecker das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Der Themenkomplex Gesundheit ist ein wesentliches Thema im Burgenland. Das hat auch der Ablauf der heutigen Sitzung widergespiegelt. Fragestunde, bereits drei Tagesordnungspunkte, immer wieder geht es um den Themenbereich Gesundheit.

Und jetzt geht es um die Erstversorgung. Warum? Es wurde schon vieles gesagt und wir haben breiten Konsens, es sind sich alle darüber einig, dass dieses Angebot bestehen soll und dass es hoffentlich viele Personen annehmen werden. Weil es, wie auch schon gesagt wurde, dass sich 70 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher das zwar zutrauen, aber 80 Prozent von diesen nicht genau wissen, was sie tun sollen.

Das ist für mich verständlich, weil es nicht jedermanns Sache ist und weil es auch manchmal nicht so einfach ist. Aber wir brauchen das, da sind wir uns auch einig, unsere Gesellschaft braucht das bei Notsituationen, weil in den meisten Fällen dann das Warten auf eine professionelle Hilfe einfach viel zu lange dauern würde.

Bei einem Schlaganfall, bei einem Herzinfarkt, bei schweren Verletzungen, immer öfter bei Allergien, bei Kleinkindern ist die Verletzungsgefahr in den eigenen vier Wänden überhaupt relativ hoch. Und in solchen Situationen haben sehr viele, fast die Hälfte der Eltern Angst, etwas falsch zu machen und die Kinder in einem Notfall falsch zu behandeln oder falsch zu handeln.

Insgesamt muss man sagen und das ist auch klar, da sind wir uns auch einig, dass Notfallsituationen immer sehr belastend sind und vor allem dann, wenn es um Kinder oder um Kleinkinder geht.

Erste Hilfe, meine Damen und Herren, besteht nicht nur darin, den Notruf zu wählen, das gehört natürlich auch dazu, sondern auch Maßnahmen, die aber auf der anderen Seite eh wieder relativ einfach sind, wie Herz-Lungen-Wiederbelebung, stabile Seitenlage, eine Abnahme eines Motorradhelms oder Mopedhelms, wenn es erforderlich ist, Blutstillung und Schockbekämpfung bis hin zur richtigen Lagerung, also stabile Seitenlage.

Das heißt für uns, wir brauchen Menschen, die sich das zutrauen, und zutrauen wird sich das aber nur wer, der auch das gelernt hat, der eine Grundunterweisung genossen hat und hier gibt es Bedarf. Auch da sind wir uns einig. Und die Landesregierung in Person des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters hat darauf reagiert und hat eben diese Auffrischungskurse jetzt angeboten.

Insgesamt werden vom ASB und vom Roten Kreuz - und das heißt für uns, dass es von Profis durchgeführt wird - 224 Kursplätze jetzt einmal angeboten. Finanziert wird das aus dem Bereich des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter und insgesamt werden dafür rund 5.000 Euro zur Verfügung gestellt. Also sehr wenig Geld für einen sehr großen Nutzen.

Wir haben - und das möchte ich noch dazusagen - insgesamt ein sehr dichtes Netz, darauf können wir stolz sein und aufbauen. Die Führerscheinprüfungen wurden angesprochen, bei Arbeitsstellen und Baustellen hier gibt es eine Verbesserung in den Verordnungen, da sind bereits Auffrischungen vorgeschrieben.

Defibrillatoren, auch das wurde angesprochen, finden sich vielfach schon an öffentlichen Orten. Und ein besonderes Projekt und weil es mich auch betroffen hat und betrifft, ist, dass die burgenländische Polizei flächendeckend in den meisten Streifenfahrzeugen einen Defibrillator mitführt.

Das heißt, die Kolleginnen und Kollegen sind hier auch ausgebildet, diesen, wenn es notwendig ist, in den Einsatz zu bringen. Die Alarmierung erfolgt über die Landessicherheitszentrale. Das wiederrum bedeutet, dass die Alarmierung sehr gut abgesichert ist, auch wenn sie über SMS kommt. Weil das SMS nicht nur auf das Handy des Streifenwagens kommt, sondern auch auf die BLS und damit ist sichergestellt, dass diese Alarmierung auch so ankommt, wie es ankommen soll.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn Ersthelfer richtig und schnell handeln, haben Schwerverletzte und Schwererkrankte eine gute Überlebenschance zum einen und zum anderen wirkt sich das alles, eine schnelle Erste Hilfe, positiv auf die Rehabilitation und den Heilungsverlauf aus.

Das Schlechteste und das kann man so sagen, ist es, überhaupt nichts zu machen, also das Schlechteste ist es, nichts zu machen. Das gilt aber auch für die Politik. Unsere Aufgabe ist es, die Menschen so zu motivieren, dass sie die Ausbildungsangebote annehmen und sie so zu befähigen, dass sie dann, wenn es gebraucht wird, auch diese Hilfe leisten können.

Ich möchte mich auch bedanken bei allen Einsatzorganisationen, welche das anbieten. Anbieten tun es nicht nur das Rote Kreuz und der Arbeiter-Samariter-Bund. Aber es wird auch angeboten bei anderen Organisationen, zum Beispiel bei den Feuerwehren, aber eben von den Profis aus den Rettungsorganisationen.

Das hätte ich dem Kollegen Kölly jetzt noch mitgegeben. Also er kann den Kurs überall machen, nicht nur dort, wo es einen ASB gibt und ein Rotes Kreuz gibt. Sondern er kann zum Beispiel am 4. Feber das in Rudersdorf machen, wenn er gerne möchte bei der Feuerwehr. Aber ein Vortragender ist natürlich ein Rot Kreuz-Mitarbeiter, das ist doch klar.

Ich bedanke mich bei den Einsatzorganisationen, die immer wieder für die Sicherheit im Burgenland und für die Hilfe an Menschen, denen eben es gerade nicht so gut geht und diese Hilfe benötigen, zur Verfügung stehen, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, 365 Tage im Jahr.

Ich bedanke mich bei jenen, die sich zur Verfügung stellen als Vortragende für diese Kurse, und ich bedanke mich vor allem bei den Menschen, die dieses Angebot annehmen, um dann dieses Wissen in Einsatz zu bringen, wenn es benötig wird.

Wir werden also dem Abänderungsantrag, der ein Verbesserungsantrag ist, sehr gerne zustimmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter.

Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Förderung von Erste-Hilfe-Auffrischungskursen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 661) betreffend Top-Jugendpaket (Zahl 21 - 473) (Beilage 736)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 9. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 661, betreffend Top-Jugendpaket, Zahl 21 - 473, Beilage 736, wird Herr Landtagsabgeordneter Rosner vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um einen Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Georg Rosner: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Top-Jugendpacket in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Jänner 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Top-Jugendpacket unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun als erster Rednerin der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! *(Das Rednerpult knarrt laut beim Einstellen der Höhe.)* Ich kann nichts dafür, der Herr Kollege Schnecker ist von der Körpergröße doch um einiges höher angesetzt. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Wir haben hier eine sehr spannende Dynamik zwischen einem Antrag und seinem Abänderungsantrag. Im Antrag geht es um Internetzugang an Schulen und Bildungseinrichtungen und Digitalisierung und so weiter, das wird, nehme ich an, der Herr Kollege Fazekas noch detaillierter erläutern. Was das Ansinnen des Abänderungsantrages ist, wo Sie in diesem Fall sicher nicht das Wort „Verbesserungsantrag“ einsetzen können, was das Ansinnen des Abänderungsantrages ist, ist nämlich leicht durchschaubar. Er soll in erster Linie in der Beschreibung der Selbstdarstellung der Regierungsarbeit dienen, da über weite Strecken dieses Abänderungsantrages aufgezählt wird, was im Burgenland schon alles geschehen ist.

Das ist ja schön. Ich will gar nicht kritisieren, was geschehen ist, aber das Anliegen und der Auftrag an den Landtag, wenn wir Anträge stellen, ist eigentlich nicht so sehr, Regierungsarbeit darzustellen - das machen eh die Regierungsmitglieder und das ist auch in Ordnung so -, sondern unsere Aufgabe im Landtag ist, das Neue und das Weiterentwickelte hier einzubringen.

Parlamentarisch interessant ist es auch deshalb, weil wir nun nach dem Instrument der mündlichen Anfragen hier ein zweites parlamentarisches Instrument haben, das eigentlich der parlamentarischen Auseinandersetzung dienen soll, aber zweckentfremdet wird, um Regierungsarbeit darzustellen. Also ich finde das schon auch interessant, wie sich hier manchmal etwas verschiebt zwischen Aufgabe des Landtags und Aufgabe der Regierung, aber gut.

Es ist ja direkt ein Glück, das Ihnen doch noch etwas eingefallen ist, was man noch fordern könnte, weil ja doch das meiste zurückgenommen wird. Ich möchte hier den Vergleich anstellen.

Im ursprünglichen Antrag heißt es im ersten Punkt: Der Internetzugang muss standortunabhängig durch kostenloses WLAN an öffentlichen Plätzen im Burgenland ermöglicht werden. Ein schneller Internetzugang via Breitband soll gewährleistet werden.

Daraus wird im Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, den Breitbandausbau und die Förderung des Angebotes von kostenlosem WLAN an öffentlichen Plätzen im Sinne der Antragsbegründung, siehe die Leistungen, die die Regierung schon vollbracht hat, voranzutreiben. - Ja, ich denke mir, das geht jetzt hinter dem Antrag eigentlich zurück, weil weniger konkret.

Im ursprünglichen Antrag heißt es, die Bildungseinrichtungen sollen durch ein gezieltes Förderprogramm bei der Umstellung in Richtung Digitalisierung unterstützt werden. Um den Kindern frühestmöglich eigene Gestaltungsmöglichkeiten von Digitalisierung zu gewähren, sollte bereits in der Sekundarstufe 1 Programmieren als Wahlpflichtfach eingeplant werden.

Daraus wird Folgendes im Abänderungsantrag: Man möge an die Bundesregierung herantreten, für die Arbeit mit digitalen Unterrichtsszenarien und für deren Weiterentwicklung ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen. - Also wieder eine Zurücknahme und Sich-Zurückziehen auf einen allgemeinen Aufruf an die Bundesregierung und nicht ans eigene Handeln.

Aus dem 3. Punkt des ursprünglichen Antrages, die Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer sollen durch Coworking Spaces in Technologiezentren und kostenfreier Finanzberatungen im Gründerjahr unterstützt werden, wird, man möge wieder sich an die Bundesregierung wenden, das vorgesehene Maßnahmenpaket zur Stärkung der Startups in Österreich umzusetzen. - Auch weniger konkret und daher doch deutlich weniger ambitioniert.

Nun ist das, was in dem Abänderungsantrag vorkommt, in den Forderungen alles nicht schlecht, ist eh richtig, möchte ich auch gar nicht ablehnen, es ist halt viel weniger ambitioniert und weit hinter dem zurück, was ursprünglich im Antrag eingebracht wurde. *(Abg. Günther Kovacs: Mitstimmen wirst Du?)*

Was Ihnen nämlich nicht eingefallen ist, - ja - ist die Tatsache, vielleicht wird es nachher noch erläutert, aber nicht im Abänderungsantrag, ist die Tatsache, dass in der Zeit zwischen dem Einbringen des Antrags im Dezember 2016 durch den Kollegen Fazekas und Kollegen und mir und dem Einbringen Ihres Abänderungsantrags die Bildungsministerin genau in jenem Bereich der Digitalisierung schon Schritte gesetzt hat.

Ministerin Hammerschmid hat unter dem Titel „Schule 4.0 - Jetzt wird's digital“ ihre Digitalisierungsstrategie für den Bildungsbereich präsentiert und diese, und das finde ich schon originell, diese ist dem Anliegen des Antrags wesentlich näher als dem Anliegen und den Anliegen des Abänderungsantrags.

Ich weiß nicht, ob es hier wieder um einen Riss innerhalb der SPÖ geht, oder ob es einfach keine Information darüber ist, was bereits im Bildungsministerium vorangeht. Aber hier zeigt sich der Unterschied schon sehr deutlich. Die Strategie der Bildungsministerin ist nämlich durchaus durchdacht, baut auf vier Säulen auf, digitale Grundbildung, digital kompetente Pädagoginnen und Pädagogen, Infrastruktur und IT-Ausstattung sowie digitale Lerntools.

Worauf ich besonderes Augenmerk legen möchte, ist die Wichtigkeit, nicht nur digitales Unterrichtsmaterial zur Verfügung zu haben, sondern vor allem auch zu lernen, damit umzugehen.

Dies lässt sich grob mit dem Begriff der Medienkompetenz umschreiben, bei dem es nicht nur um den technischen Umgang geht, in der digitalen Welt, sondern auch um die Frage, wie denn mit der Masse an Informationen und Fehlinformationen, die im Netz zu finden ist, zielsicher und verantwortungsvoll umgegangen werden soll.

Das ist unheimlich wichtig, weil wir wissen es ja alle, die Fehlinformationen, Falschinformationen, die im Netz kursieren, nehmen einen sehr breiten Raum ein, und viele Menschen, auch im Erwachsenenalter, können nicht mehr unterscheiden, was ist eine richtige Meldung und was ist eine Falschmeldung.

Es geht darum, unterscheiden zu lernen, was überprüfbare Fakten sind, und was, wie es unter dem neuen US-Amerikanischen Präsidenten neuerdings formuliert wird, alternative Fakten, also Lügen, sind.

Das wäre auch einmal ein gutes Schulungsprogramm für den FPÖ-Chef auf Bundesebene, weil, er ist Spitzenreiter unter den Politikern, beim Verbreiten falscher Meldungen - auf Facebook.

Und, oder auch dem Büroleiter vom Herrn Landesrat Petschnig täte eine Schulung gut zum Thema „Darf ich in der Dienstzeit falsche Aussagen über politische Mitbewerberinnen und Mitbewerber in Tweets auf Twitter verbreiten“. Hätte er all das, worüber wir hier sprechen, schon in der Schule gelernt, wüsste er vielleicht anders damit umzugehen.

Aber nun zurück zur Schule und zur Digitalisierung. Ab dem Schuljahr 2018/19 sollen bereits, das wissen wir jetzt, verbindliche Übungen in der Sekundarstufe 1 implementiert werden, so wie wir das auch im Antrag vorgesehen haben. Als wir den Antrag einbrachten, konnten wir nicht wissen, dass die Frau Bildungsministerin nicht nur das Gleiche will wie wir, sondern dies auch zügig umsetzen will. Zumindest hat sie es angekündigt. Leider geht der Abänderungsantrag, wie schon erwähnt, hinter diese ambitionierten Ziele zurück.

Wir werden auch da - Kollege Kovacs, weil Sie danach gefragt haben - zustimmen, weil das, was im Antrag steht, ja kein Blödsinn ist, es ist halt nur leider etwas bescheiden vom Inhalt her. Der ursprüngliche Antrag hätte mehr hergegeben. Hätten Sie dem einfach zugestimmt, könnten Sie bald sagen, schaut her, wir haben das im Burgenländischen Landtag beschlossen und unsere Bildungsministerin setzt es um.

Ebenfalls angekündigt wurde bereits eine Breitbandoffensive für Pflichtschulen und zwar gemeinsam mit dem Infrastrukturministerium. Dafür sind auch 4,6 Millionen Euro budgetiert. 2,4 Millionen aus dem Bildungsressort und 2,2 Millionen Euro aus dem Budget von Staatssekretärin Muna Duzdar, die für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung auch zuständig ist.

Schade, dass die Herrn Klubobmänner von SPÖ und FPÖ dem Antrag seine innovative Kraft genommen haben und uns nun eine Schmalspur-Version vorlegen. Schön, dass die Frauen, Bildungsministerin und Staatssekretärin, mutiger und ambitionierter sind und den Weg gehen, der im Originalantrag von ÖVP und GRÜNEN vorgesehen ist.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit*. (Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Fazekas.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Lesen, Schreiben, Rechnen sind wohl die wichtigsten Grundformen des Lernens. Natürlich bleibt die Zeit nicht stehen und man soll sich vor der Digitalisierung und im Bereich des E-Learnings nicht verschließen. Man soll aber auch nicht die Grundformen vernachlässigen.

Denn auch beim Hausbau, und wenn auch manches Haus so modern erscheint, wird es ohne solidem Fundament nicht gehen. Das ist auch bei der Bildung so, denke ich.

Zum ursprünglichen Antrag von FPÖ und GRÜNEN möchte ich festhalten, weil die große Überschrift ja Top-Jugendpaket lautet, dass es der Landesregierung ein sehr großes Anliegen ist, nicht nur der Jugend, sondern der ganzen burgenländischen Bevölkerung einen Breitband-Internetzugang zu ermöglichen, an den verschiedensten Stellen, Plätzen und Orten ihres Lebens.

Weiters können nicht nur junge Menschen Jungunternehmer sein, sondern auch ältere Menschen können Jungunternehmer werden, auch auf die wird das Land Burgenland nicht vergessen, wenn es auch vielleicht die ÖVP tut, was so den Anschein hat.

Und schließlich und endlich spielt auch die Digitalisierung für alle Generationen eine Rolle, nicht nur für junge Menschen. Vielleicht treffen auf junge Menschen all diese Bereiche vermehrt zu, aber die rot-blaue Landesregierung schließt hier keine Generation aus und lässt sicher niemanden zurück.

Nicht im Bereich von Breitband-Internet und WLAN-Zugang, nicht bei der Unterstützung von Unternehmen, und auch nicht bei der Gestaltungsmöglichkeit der Digitalisierung. Deshalb bin ich felsenfest der Meinung, dass eben nicht, vor allem junge Menschen in der schnelllebigen digitalisierten Welt gefordert sind, sondern vielmehr die ältere Generation, auf die wir in diesem Bereich nicht vergessen sollten, damit auch sie mit der Arbeitswelt, dem Alltag, mithalten können beziehungsweise schritthalten können.

Die jungen Menschen wachsen automatisch damit auf, wie zum Beispiel mit dem Euro. Und wir müssen nicht jeden und alle zwangsbeglücken, aber zumindest die Möglichkeit schaffen, moderne Wege zu gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Burgenland hat sich in vielen Bereichen vom Schlusslicht zur Modellregion entwickelt, um neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen und die Chancen der Veränderungen nutzen zu können, sind zeitgemäße Weichenstellungen erforderlich, keine Frage.

Und genau diese Chancen der Veränderungen in den vielen Bereichen nützt die rot-blaue Landesregierung. Wir gehen daher auch neue Wege für den weiteren Aufstieg

des Burgenlandes in sämtlichen Bereichen, um noch besser, schneller und erfolgreicher zu werden.

Es ist ja auch deshalb das Zukunftspaket Burgenland mit Investitionen von rund 2,8 Milliarden Euro erarbeitet worden. Seitens des Landes Burgenland werden hierzu noch bis 2020 131 Millionen Euro in Schulen investiert und 31 Millionen Euro in den Breitband-Ausbau.

Auch für den Ausbau des wichtigen Bereiches Forschung, Entwicklung und Innovation sind Gelder vorgesehen. Die Forschungs- und Entwicklungsförderung ist unbestritten ein wichtiger Beitrag für die Wirtschaftsentwicklung des Burgenlandes.

Auch im Bereich der Forschung ist man mit großen Schritten vorangekommen. In der FH Burgenland wurde in diesem Bereich mit über 360 Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen zusammengearbeitet. Es wurden insgesamt 83 Forschungsprojekte mit einem Forschungsvolumen von 3,5 Millionen Euro abgewickelt.

Und natürlich braucht das Land auch junge Leute, die bestens ausgebildet sind, vom Facharbeiter bis zum Akademiker, keine Frage. Dazu braucht es den Internet-Zugang, und auch die Digitalisierung als Infrastruktur, das sind wesentliche Zukunftsfragen in diesen Bereichen.

Durch die Breitbandoffensive sollen bis zum Jahr 2020 alle Landesteile mit Breitband versorgt werden, besonderes Augenmerk gilt natürlich dem Südburgenland. Um den Anforderungen einer modernen Wissensgesellschaft zu entsprechen, werden wir eine bedarfsgerechte und bedarfsorientierte Weiterentwicklung, wie sie im Abänderungsantrag formuliert ist, weiter vorantreiben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Land Burgenland ist in diesem Bereich mit Sicherheit nicht rückständig, auch nicht im Gleichschritt, sondern einige Schritte weit voraus. Man sieht es anhand des Abänderungsantrages bei der Antragsbegründung. Deshalb geht das Land Burgenland nicht nur mit dem Wandel der Zeit, sondern mutig mit der Zukunft und ist in vielen Bereichen Vorreiter.

Im Bereich des Internetwesens: Selbstverständlich verbessern starke Netzanbindungen Bildungsangebote, erleichtern Betriebsansiedlungen, vermeiden Abwanderung und werten Tourismus- und Wirtschaftsstandorte enorm auf. Hierzu dient eben die Breitbandoffensive, wie schon vorhin erwähnt.

Auch in verschiedenen anderen Versorgungsinitiativen zur Förderung der ländlichen Entwicklung aus dem ELER-Programm wurden gestartet. Auch WLAN-Hotspots wurden bereits aus der Dorferneuerung gefördert.

Im Bereich der Bildung: Neue elektronische und internetbasierende Lernmethoden haben bereits im Schulalltag Einkehr gefunden, ob man es glaubt oder nicht, und sind ein wesentlicher Bestandteil im Unterricht. Das Land Burgenland stellt natürlich dafür gerne finanzielle Mittel zur Verfügung, damit die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden können.

Auch die Gemeinden haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Es wird also nicht mehr mit dem Rechenschieber gearbeitet, wenn das Teile der Opposition vielleicht so meinen oder hinstellen. Hier sollte man das Land Burgenland nicht schlechtreden.

Und im Bereich von Startups und Unternehmensgründungen sollen Entwicklungshämmnisse weiter beseitigt werden und Innovationskraft für die Wirtschaft gestärkt werden. Landesrat Petschnig zeigt es vor wie es geht, mit den

Unternehmertagen, wo vor Ort Förderpräsentationen abgehalten werden, und Gespräche mit den Unternehmen und Touristikern von Bezirk zu Bezirk geführt werden.

Informationsaustausch direkt vor Ort gewährleistet, dass Wirtschaftstreibende oder Unternehmensgründer jede nur mögliche Unterstützung bekommen und so können die besten Lösungsansätze und Förderprogramme für die Unternehmer entwickelt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Abschließend bin ich persönlich der Meinung, dass man nicht alle Probleme in der Bildung mit Laptop, Internet, E-learning, lösen kann, natürlich gilt, das Leben ist ein lebenslanges Lernen, und ein lebenslanger Lernprozess aber Lesen, Schreiben und Rechnen wird immer Lesen, Schreiben und Rechnen bleiben.

Am Arbeitsmarkt wird nicht die Lösung für alles die Digitalisierung sein, das goldene Handwerk wird man, so denke ich, durch nichts ersetzen können. Natürlich wird man am Puls der Zeit bleiben und vorausschauend handeln, um zeitgemäß zu sein.

Die Digitalisierung bringt nicht nur Positives mit sich, sondern auch Gefahren und Risiken, in manchen Bereichen des Alltages, auch das soll uns bewusst sein. Dennoch geht es nicht ohne Digitalisierung.

Zu den Jungunternehmern und Startups ist noch festzuhalten, dass wir natürlich nicht ausschließlich junge, sondern generell Menschen mit Ideen und Kreativität für eine spätere Firma unterstützen - in welcher Form auch immer.

In diesem Sinne unterstützen wir den Abänderungsantrag und stimmen der Antragsbegründung gerne zu. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstem erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Am 17. Oktober im Jahr 2016 habe ich den Medien entnommen, dass die Sozialistische Jugend gemeinsam mit der Jugendreferentin Astrid Eisenkopf Initiativen im Bereich der Digitalisierung und im Bereich des Jungunternehmertums präsentiert hat.

Dabei wurde die Schaffung von Büroräumlichkeiten für Jungunternehmer, Digitalisierungsmaßnahmen im Bereich der Bildung und gratis WLAN-Zugang in allen Gemeinden gefordert.

Inhaltlich stimmte ich damals und stimme ich nach wie vor diesen Forderungen voll und ganz zu und möchte darauf hinweisen, dass wir als Junge ÖVP und ÖVP schon lange Zeit auf diese Themen pochen und sie fordern.

Beispielsweise hat man im vergangenen Jahr hier in diesen Räumlichkeiten einen Antrag der ÖVP im Bereich Digitalisierung der Bildung diskutiert - das war im April 2016 - die SPÖ stimmte damals dagegen, aber wie in den Medien im Oktober zu entnehmen war, hat man sich doch bekehren lassen und ist nun auch dieser Meinung.

Diese Tatsache, meine geschätzten Damen und Herren, habe ich damals als Chance gesehen und schlug einen gemeinsamen Landtagsantrag mit möglichst vielen Abgeordneten vor.

Ich habe ein E-Mail an alle Klubs und an die Jugendsprecher verfasst. Ein paar Tage später ereilte mich eine Nachricht der Landesrätin Astrid Eisenkopf die meinte, dass ihr die Anliegen der Jugendlichen im Burgenland am Herzen liegen und ich mit allen im Landtag vertretenen Fraktionen einen gemeinsamen Antrag erarbeiten soll.

Diese anfängliche Euphorie, wie ich sie damals erlebt habe, verlief sich wie schon sehr oft leider im Sand. Übrig geblieben sind einige Weinige - die Kollegin Petrik und der Kollege Steier - die sich rückgemeldet haben und mitgewirkt haben. Vom Rest gab es keine Antwort.

Liebe Frau Landesrätin! Mit dieser Aktion haben Sie gemeinsam mit den Abgeordneten der SPÖ und FPÖ sehr eindrucksvoll bewiesen, dass sich Ihre Ansagen, gemeinsame erfolgreiche Jugendpolitik meistern zu wollen, als leere Worthülsen erweisen. Ich persönlich finde es sehr befremdlich, wie Sie aus einer reinen parteipolitischen Befindlichkeit rücksichtslose Politik auf dem Rücken der jungen Generation machen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Als starke Alternative und einzige Jugendpartei im Burgenland wollen wir den jungen Menschen Chancen bieten. Wir haben mit dem Top-Jugendpaket Vorschläge eingebracht. Es gibt zentrale Zukunftsfragen. Hier sind drei zusammengefasst. Es geht einerseits darum, wie man den Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung entgegnet.

Ich glaube, dass die Digitalisierung unaufhaltsam voranschreitet. Das Internet, die digitale Welt, ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die Art und Weise wie wir leben, wie wir arbeiten, wie wir uns fortbewegen, wird sich rasant verändern. Umso wichtiger ist es, dass wir als Land Burgenland diesen Trend nicht als Zaungast betrachten, sondern die Zeichen der Zeit erkennen und im Besonderen die junge Generation im Burgenland rechtzeitig auf die Chancen, auf die Herausforderungen und die Potentiale dieser Entwicklung vorbereiten.

Umso wichtiger ist es, Herr Kollege Wiesler, dass man in ganz jungen Jahren ansetzt und die Kinder und Jugendlichen hier in dieser Thematik vorbereitet. Wir erleben es, das Internet betrifft uns alle. Es berührt uns in den verschiedensten Bereichen. Egal ob Freizeit, egal ob Beruf, egal ob es darum geht Informationen auszutauschen, egal ob es darum geht in den sozialen Netzwerken unterwegs zu sein. Umso wichtiger ist es zum einen, einen standortunabhängigen Internetzugang zu ermöglichen, kostenloses WLAN an öffentlichen Plätzen muss gewährleistet sein im Burgenland.

Gleichzeitig, meine geschätzten Damen und Herren, ist eine qualitative und zeitgemäße Ausbildung notwendig, um einerseits eine erfolgreiche, eine individuelle, eine gesellschaftliche und wirtschaftlich gute Zukunft gewährleisten zu können. Ich glaube dass es notwendig ist, in den Bildungseinrichtungen des Burgenlandes gezielte Unterstützung zu leisten, um den Unterricht im Bereich Digitalisierung ausbauen zu können.

Da geht es nicht nur darum, dass man die Klassenräume mit der notwendigen Hard- und Software ausstattet, sondern da geht es auch darum, dass man ein fachliches Angebot startet. Die Kollegin Petrik hat schon angesprochen, Programmieren ab der Sekundarstufe 1 als Wahlpflichtfach soll hierbei eingeplant werden. Ich bin überzeugt, meine geschätzten Damen und Herren, wir leben in einem Bundesland, wo sehr viele Jugendliche kreative Ideen haben und bereit sind Verantwortung zu übernehmen, aber auch bereit sind Risiko zu übernehmen.

Es sind Menschen, die als junge Startups in der Wirtschaft tätig werden. Umso wichtiger ist es, dass diese jungen Persönlichkeiten Unterstützung erfahren, um einerseits Kosten und Risiken zu senken. Mit gezielten Co-Working Spaces in den Technologiezentren mit kostenfreier Finanzberatung würden den Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern in unserem Land eine ideale Grundlage geschaffen werden, um erfolgreich agieren zu können.

Ich finde es abschließend sehr schade, dass Rot/Blau wieder einmal Verantwortungen abschiebt, dass man sehr vage und wenig konkrete Anträge formuliert und im Wesentlichen Kernfragen, wie man dieses Land positiv weiterentwickeln könnte und auch wie man der jungen Generation Chancen bieten könnte, eher wenig tut.

In diesem Sinne darf ich einen Abänderungsantrag einbringen. Ich darf die Beschlussformel vorlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, für junge Menschen die besten Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie eine qualitative und zeitgemäße Ausbildung erhalten und wirtschaftlich wettbewerbsfähig werden. In Form von Pilotprojekten sollen im ersten Schritt folgende Initiativen umgesetzt werden:

- Der Internetzugang muss standortsunabhängig durch kostenloses WLAN an öffentlichen Plätzen im Burgenland ermöglicht werden. Ein schneller Internetzugang via Breitband soll gewährleistet werden.
- Die Bildungseinrichtungen sollen durch ein gezieltes Förderprogramm bei der Umstellung in Richtung Digitalisierung unterstützt werden. Um den Kindern frühestmöglich eigene Gestaltungsmöglichkeiten von Digitalisierung zu gewähren, sollte bereits in der Sekundarstufe 1 „Programmieren" als Wahlpflichtfach eingeplant werden.
- Die Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer sollen durch Co-Working-Spaces in Technologiezentren und kostenfreier Finanzberatung in den Gründerjahren unterstützt werden. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen, ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61, Abs. 3, GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann diese Aufregung überhaupt nicht verstehen. Denn Ihr habt einen Antrag eingebracht, wo viele dieser Punkte bereits beschlossene Sache sind. Ein Schelm der Böses denkt würde sagen, das Ganze ist nur gemacht worden zur Show.

Dieser Antrag ist kurz vor dem Jugendlandtag eingelaufen. Ich weiß ja nicht was Euer Zugang ist, mein Zugang ist, dass ich den Jugendlichen die Möglichkeit gebe, beim Jugendlandtag die Ideen zu diskutieren und zu beschließen und diese dann im Landtag zu besprechen, was wir das letzte Mal gemacht haben und nicht den Jugendlichen etwas vorzuschreiben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ja, vor wenigen Monaten haben sich hier in diesem Sitzungssaal 36 junge Menschen getroffen, um über die Zukunft unseres Heimatlandes Burgenland zu debattieren. Mit viel Engagement und Einsatz diskutierten die Jugendlichen viele verschiedene Themen. In der 7. Sitzung des Burgenländischen Jugendlandtages brachten sich dann die meisten Fraktionen, außer einer, das muss ich auch hier sagen, die ÖVP, produktiv ein, um das Beste für die burgenländischen Jugendlichen herauszuholen und nicht um eine Show herauszuholen.

Ja, zum Beispiel war dieser Antrag dabei zur Digitalisierung, welche immer rascher fortschreitet und in naher Zukunft, wie wir bereits gehört haben, alle Lebensbereiche umfassen wird. Bei dem wurde besprochen, dass das Land Burgenland einen flächendeckenden Breitbandausbau, kostenlose Hotspots an öffentlichen Plätzen und Startups weiterhin forcieren soll. Das war bereits Thema im Jugendlandtag.

Genauso die leistbare Mobilität für junge Menschen, denn ob mit Auto oder Zug, Mobilität junger Menschen darf nicht ein Privileg einiger Weniger werden. Und auch die Bildung. Das Umkrempeln des Bildungssystems. Die Digitalisierung im Verhältnis zur Bildung und die weitere Aufwertung der Lehre. Alles wichtige Forderungen die von den Jugendabgeordneten kamen. Für diesen Input bin ich Ihnen sehr dankbar.

Genau deshalb wurde der Jugendlandtag ins Leben gerufen. Um den burgenländischen Jugendlichen ein Gehör zu verschaffen und damit wir ihnen eine Möglichkeit geben, ihre Ideen zu kanalisieren. *(Beifall des Abg. Steier)* Viele dieser Inhalte, die im ursprünglichen Antrag waren, sind bereits beschlossen worden. Im letzten Bericht des Jugendlandtages nachzulesen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Ideen der Jugendlichen unterstützt und werden sie auch weiterhin unterstützen.

Deshalb auch der heutige Entschließungsantrag. Wie wir bereits gehört haben, das Internet ist nicht mehr wegzudenken. Ob es jetzt ist dass ich mich von einem Ort zum anderen bewege, brauche ich die App Uber, ob ich jetzt kommunizieren möchte brauche ich WhatsApp, brauche ich Facebook, Twitter et cetera.

Das Internet umfasst unser Leben. Mit dem Ausbau des Breitbandinternets möchten wir die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür schaffen. 15 Millionen Euro wurden bereits alleine durch den Breitbandpakt zwischen dem Land Burgenland und den Internetprovidern investiert.

Dadurch konnten alleine in den letzten zwei Jahren zusätzlich 14.000 Haushalte mit hohen Bitraten versorgt werden. Außerdem hat das Land Burgenland im Rahmen der Dorferneuerung die Errichtung von Hotspots bereits mit 100 Prozent gefördert. Hinzukommend wird das Land Burgenland auch von der neuen EU-Initiative „WiFi4EU“ profitieren. Bis 2020 soll es in jeder burgenländischen Gemeinde einen digitalen Dorfplatz geben. Mit diesen Maßnahmen ist das Burgenland bestens gerüstet für die digitale Zukunft.

Die Digitalisierung ist in den burgenländischen Schulen schon lange kein Neuland, denn sie hat bereits vollen Einzug erhalten. Ich kann mich noch gut erinnern als ich noch Schüler war der Bundeshandelsakademie Frauenkirchen, begleitete uns der Laptop überall hin. Ab der dritten Klasse waren wir eine sogenannte „Laptopklasse“ und in fast allen Fächern arbeiteten wir mit dem PC. Ob das jetzt in Mathematik, in Rechnungswesen oder in Englisch war. Wir haben sogar die Hausaufgaben über den LMS-Server bekommen.

Dieser LMS-Server, eine wichtige Plattform zur Unterstützung des individualisierten Lernens. Also das ist bereits alles Realität. Jetzt gilt es natürlich den Unterricht weiter zu entwickeln mit den Handys, mit Tablets, mit PCs und da unterstützen wir den Weg der Bildungsministerin. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Mit diesem Entschließungsantrag wollen wir das Engagement und den Einsatz der burgenländischen Jungabgeordneten unterstützen. Mehr WLAN, Hotspots, noch besser eine Netzanbindung, bessere Startup-Förderung, all diese Forderungen kommen den jungen Burgenländerinnen und Burgenländern zugute.

Nehmen wir diesen Entschließungsantrag an. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nur ein vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Digitalisierung und Chancen für die Jugend ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schutz des Burgenländischen Arbeitsmarktes vor verschärftem Verdrängungsdruck durch steigenden Sozialtourismus (Zahl 21 - 523) (Beilage 749)

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schutz des Burgenländischen Arbeitsmarktes vor verschärftem Verdrängungsdruck durch steigenden Sozialtourismus, Zahl 21 - 523, Beilage 749, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordnetem Hergovich das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen! Geschätzte Kollegen! Die Koalitionsparteien haben sich entschlossen, aus aktuellem Anlass einen Dringlichkeitsantrag heute im Hohen Landtag einzubringen und zu debattieren. Wir hoffen, auch eine breite Basis und eine breite Beschlussfassung für diesen Dringlichkeitsantrag erreichen zu können.

Auslöser, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Pläne der Europäischen Union, die direkte Auswirkungen auf unser Heimatland Burgenland, direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bei uns haben würden. Die EU-Kommission schlägt vor, eine Änderung beim Arbeitslosengeldbezug in Österreich und in Europa durchzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu möchte ich zwei, drei wesentliche Fakten nennen. Nach geltendem österreichischem Recht kann man Arbeitslosengeld beziehen, wenn man mehrere Voraussetzungen erfüllt. Das sind beispielsweise wenn man einen ordentlichen Haushalt in Österreich hat. Ich betone einen Hauptwohnsitz, keinen Nebenwohnsitz in Österreich. Wenn man dem Arbeitsmarkt natürlich zur Verfügung steht und wenn man gewillt ist, Ausbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen anzunehmen und durchzuführen. Und wenn man natürlich arbeitswillig ist.

Außerdem sind weitere Dinge sehr wesentlich. Beispielsweise, dass man sechs Monate in den letzten 12 Monaten beschäftigt war. Wenn man unter 25 Jahre ist,

beziehungsweise wenn man über 25 Jahre ist, muss man immerhin 52 Wochen in den letzten 24 Monaten Beitragsmonate vorweisen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die EU-Kommission schlägt nunmehr vor, dass von diesem bewährten System abgegangen werden soll und künftig auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland Arbeitslosengeld beziehen können, ohne, ohne einen Wohnsitz hier in Österreich zu haben.

Der Sprecher der Europäischen Kommission hat sich heute zu Wort gemeldet. Offensichtlich im Rahmen der heutigen Landtagssitzung und der Debatte um diesen Antrag. In einer APA-Meldung sagt die Kommission, das sei unbedingt notwendig und nennt sogar explizit einen Fall, einen Arbeitnehmer aus Sopron, der von Ungarn nach Österreich fährt, der künftig auch hier Arbeitslosengeld beziehen soll, wenn er mindestens 12 Monate beschäftigt war. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder von uns kann sich ausrechnen, was das für Folgen hätte.

Das Burgenland hat das siebente Mal in Folge Rekordbeschäftigung zu verzeichnen. Außerdem haben wir ein überdurchschnittlich gutes Wirtschaftswachstum. Wir waren Wirtschaftswachstumssieger der letzten Jahre und seit einigen Tagen wissen wir, dass auch das Jahr 2017 ein sehr erfolgreiches sein wird, denn das Wirtschaftswachstum, das prognostiziert wurde, wird in etwa bei 2,5 Prozent liegen. Also über dem österreichischen Durchschnitt, in etwa ein Prozent höher als der österreichische Durchschnitt.

Demnach, meine sehr geehrten Damen und Herren, müsste ja die Arbeitslosigkeit im Burgenland deutlich rückläufig sein, die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgehen. Das tut sie allerdings nur zögerlich. Das auch nur in den letzten vier Monaten. Davor ist die Arbeitslosigkeit leider angestiegen. Warum ist das so, fragen sich viele Experten und natürlich auch die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Es ist relativ leicht zu beantworten, weil das Burgenland sich völlig unterscheidet mit anderen Bundesländern. Ich habe hier eine Grafik mitgenommen, *(Der Abgeordnete zeigt eine Grafik)* da sehen Sie die Einpendlerinnen und Einpendler aus dem Ausland nach Österreich. Sie werden den rot-goldenen Balken signifikant ins Auge bekommen, weil sich der deutlich von jenen der anderen Bundesländer unterscheidet.

Während die anderen Bundesländer maximal fünf Prozent Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die einpendeln aus dem Ausland verzeichnen, muss das Burgenland mit einer deutlich höheren Prozentzahl kämpfen, nämlich mit 16,62 Prozent.

Wir haben uns im Rahmen dieses Dringlichen Antrages auch angeschaut, wie sich die Zahlen entwickelt haben im Vorjahr, und auch das davor liegende Jahr. Es gibt nur ein Bundesland, wo es deutlich zu einem Anstieg gekommen ist, das ist unser Heimatland Burgenland. Das ist ein trauriger Anstieg, von 16,62 Prozent auf 17,83, also fast 18 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland pendeln zu uns in das Burgenland ein.

Rund 18 Prozent der Beschäftigten, das sind immerhin an Tagespendlern 17.579 Pendlerinnen und Pendler aus dem Ausland. Die größte Steigerung aller österreichischen Bundesländer muss das Burgenland verzeichnen, mit einem Plus von 1,2 Prozent. Die anderen Bundesländer kommen nicht über fünf Prozent. Das Burgenland hat also eine absolute Ausnahmesituation durch seine Grenznähe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daher ist es uns klar, dass wir hier nicht zuschauen können, sondern reagieren müssen. Daher fordern wir die Einschränkung der Freizügigkeit in Problembranchen. Jetzt gibt es den einen oder den anderen, der sagt, um

Gottes Willen, was die schon wieder wollen, die wollen den Arbeitsmarkt schließen. Falsch.

Das was wir wollen ist ganz einfach zu schauen, wo gibt es Problembranchen. Wenn diese Problembranchen ausgemacht wurden, dann soll man überlegen, wenn es Sinn macht, befristet hier den Arbeitsmarkt zu schließen und keine weiteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland nach Österreich zuzulassen.

Wir sprechen nicht über die Pflege. Da brauchen wir sie. Das ist ja auch nichts Neues. Ich möchte das auch sagen. Denn diese Systematik hat es immerhin sieben Jahre im Burgenland gegeben im Rahmen der Übergangsfristen, als wir zur Europäischen Union beigetreten sind.

Damals gab es eine Kommission, bestehend aus Experten der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer, der Gewerkschaft und des Arbeitsmarktservices. Die haben damals nachgeschaut, in welchen Branchen brauchen wir eine Regulierung und wie lange brauchen wir sie. Wir wollen nichts weiter, als diese Kommission wieder einzusetzen und in Problembranchen zu regulieren.

Wir wollen darüber hinaus eine zweite wichtige Sache umgesetzt sehen. Nämlich, dass die Auszahlung der Familienbeihilfe streng nach dem Wohnortprinzip funktioniert. Wir lehnen diesen EU-Vorschlag ab, unser Arbeitslosengeld ist nämlich auch auf österreichische Lebenskosten ausgelegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu sollte man auch wissen, dass es im Moment so ist, wenn ein Arbeitnehmer aus Ungarn bei uns beschäftigt ist, und die Beschäftigung, aus welchen Gründen auch immer verliert, bekommt er natürlich von Ungarn sein Arbeitslosengeld ausbezahlt.

Genauso wenn ein Salzburger in Deutschland beschäftigt ist, er dort arbeitslos wird, bekommt er von Österreich das Arbeitslosengeld ausbezahlt. Das macht auch Sinn, meine Damen und Herren! Warum? Weil das Arbeitslosengeld immer nach dem Lebensstandard des jeweiligen Landes berechnet wurde. Und da ist es halt umgekehrt, ob ich aus Ungarn, aus Österreich oder aus Deutschland bin.

Ein funktionierendes, hoch intelligentes System, das nun gefährdet ist, weil Manche in der Europäischen Union nachdenken, es hier anders zu machen. Das Burgenland, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre besonders betroffen.

Wir haben eine Grenzsituation, die sonst keine Region in Europa vorweisen kann. *(Abg. Manfred Kölly: Das haben wir aber gewusst oder?)* Das Durchschnittseinkommen der Slowakei, beziehungsweise jener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Ungarn, liegt bei 20 beziehungsweise bei 30 Prozent des österreichischen.

Also, würde ein Ungar oder ein Arbeitnehmer aus der Slowakei das österreichische Arbeitsgeld beziehen, wäre es deutlich, deutlich höher wie das Einkommen im jeweiligen Land. Was das mit sich bringen würde, können wir uns alle ausmalen. Berechnet hat das das Sozialministerium. Es würde dadurch zu 13.000 Arbeitslosen mehr in Österreich kommen.

Also wer für das eintritt muss wissen, dass er damit nicht nur Arbeitslosigkeit im Burgenland, sondern in ganz Österreich verursacht. Das Sozialministerium berechnet es mit 13.000. Ich meine, es ist noch zu wenig angesetzt. Es wird deutlich höher sein.

Aber das Wirtschaftsministerium hat dazu eine ganz wichtige Berechnung gemacht. Es prognostiziert nämlich, wenn dieser Vorschlag der Europäischen Union umgesetzt werden würde, dass es für Österreich jährlich zu einer Mehrbelastung von immerhin 230

Millionen Euro kommen würde. Jährlich 230 Millionen Euro, die wir in das Ausland an Arbeitslosengeldunterstützung bezahlen würden!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, wir hätten jährlich 230 Millionen Euro mehr zur Verfügung, um Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten sind, zu qualifizieren, auszubilden, was damit möglich wäre! Also, wem so etwas einfällt, der hat in der Realität mit den Menschen wenig gesprochen. Ich bin der Meinung, wir müssten hier einen breiten, wirklich breiten Schulterschluss im Burgenländischen Landtag zusammenbringen, um ein klares Signal auszusenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe auch mit zwei Mitarbeiterinnen des Arbeitsmarktservices gesprochen und habe recherchiert, wie die Voraussetzungen im Moment sind, wenn man arbeitslos wird, die Zumutbarkeiten und dergleichen. Eine Mitarbeiterin des Arbeitsmarktservices sagte mir: „Herr Hergovich, ich sage Ihnen, wenn das kommt, dann können wir zusperren! Dann werden wir nicht mehr vermitteln, qualifizieren, sondern wir werden nur mehr überweisen. Und zwar nicht in Österreich, sondern in das Ausland. Diese Pläne müssen Sie mit aller Kraft verhindern."

Ich bitte Sie, im Namen dieser Mitarbeiterin des Arbeitsmarktservices Burgenland dieser Bitte nachzukommen und zu überlegen, was das für unser Heimatland Burgenland bedeuten würde. Stattdessen müssen wir die Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung bringen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

Auch das AMS muss da mithelfen. Der einen oder dem anderen wird wahrscheinlich nicht entgangen sein, dass ich in der Vorwoche ziemlich klare Worte gefunden habe, was die Geschäftsführerin des Arbeitsmarktservices im Burgenland anbelangt.

Ja, Unternehmerinnen und Unternehmer stellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Völlig richtig. Aber es liegt schon am AMS dafür zu sorgen, welches Angebot ich vorfinde. Wenn ich gut qualifizierte Menschen vorfinde, dann werde ich auf gut qualifizierte Menschen auch zugreifen. Da bin ich überzeugt, dass das die Unternehmerinnen und Unternehmer im Burgenland auch so machen.

Umso mehr bin ich über die Aussagen der AMS-Chefin enttäuscht, die sinngemäß im ORF in einer Live-Sendung gemeint hat, ja die Arbeitslosen seien selber schuld, wenn sie in Arbeitslosigkeit geraten und verbleiben, weil Jobs gäbe es genug. Das ist der falsche Zugang.

Der richtige Zugang wäre zu schauen, welche Qualifikation benötigen Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten und welche Qualifikation kann ich ihnen zukommen lassen, damit sie so schnell wie möglich wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können.

Aber statt qualifizieren und auszubilden werden lieber ausländische Arbeitskräfte eingeladen, medienwirksam präsentiert, und das ist der falsche Weg. Wir müssen schauen, dass wir die Burgenländerinnen und Burgenländer in Beschäftigung bringen, denn dass das der falsche Weg war, das sieht man an der neuen Statistik, dass wir 18 Prozent Einpendlerinnen und Einpendler aus dem Ausland verzeichnen müssen, während die anderen Bundesländer nur fünf Prozent haben.

Das ist unser Zugang. Es geht darum, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu qualifizieren und diese Benchmarks, die werden wir auch ansetzen, da werden wir sie auch messen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland ist Wirtschaftswachstumssieger. Das ist natürlich der Erfolg unserer Unternehmerinnen und

Unternehmer. Unsere Unternehmungen bemühen sich jeden Tag, hier ordentlich zu arbeiten, damit das Wirtschaftswachstum weiter vorangetrieben wird.

Wir haben im Burgenland Beschäftigungsrekord vorzuweisen. Das siebente Mal in Folge. Sieben Jahre hintereinander haben wir Beschäftigungsrekorde im Burgenland zu verzeichnen! Das ist in erster Linie Erfolg der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die jeden Tag das Beste geben. Dazu braucht es natürlich ordentliche Rahmenbedingungen. Das ist die Aufgabe der Politik. Das ist unsere Aufgabe, meine Damen, meine Herren! Daher müssen wir diese Pläne der Europäischen Union mit aller Härte bekämpfen und zurückweisen und diesen Plänen auch eine klare Absage erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen, meine Herren! Wir sollten alle das gemeinsame Ziel verfolgen, das soweit formuliert werden kann, dass lautet: Die Burgenländische Wirtschaft soll gute Aufträge erhalten und Burgenländerinnen und Burgenländer sollen in Beschäftigung kommen. Das ist das Ziel dieses Antrages. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Dringlichkeitsantrag. Ja. Aber das ist ja nicht das erste Mal, dass wir über den Arbeitsmarkt diskutieren, sondern 2012 wurde schon das erste Mal diskutiert, was alles auf uns zukommt. Denn wir im Burgenland sind ja nahe an der Grenze und es kommen ungarische Arbeitskräfte herein. Es kommen auch tschechische, slowakische Arbeitskräfte herein und, meine Damen und Herren, ich kann mich erinnern, als damals die Abstimmung war: Ja zur EU.

Mit all seinen Vor- und Nachteilen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wir haben damals darauf hingewiesen, was auf uns zukommen wird, wenn wir diesem zustimmen, wie das Paket gelautet hat. Dann hat es eine Übergangsfrist gegeben, wenn Sie sich genau erinnern können, auch am Arbeitsmarkt.

Das Nächste war, auf einmal sind wir draufgekommen, hoppla, wir haben ja gar keine Fachkräfte im Burgenland, wo wir im Tourismus, in der Gastronomie, im Pflegebereich eigentlich diese Leute benötigen. Landwirtschaft. Egal, wie auch immer. Da habe ich den großen Aufschrei nicht gehört. Jetzt wird in der EU diskutiert, ob die jetzt Arbeitslosengeld bekommen oder nicht bekommen sollen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das haben wir schon alles gewusst, dass das auf uns zukommen wird. Was haben wir in der Vergangenheit gemacht? Wir haben einfach zugeschaut, Herr Kollege Hergovich von der Sozialdemokratie.

Jetzt habt Ihr einen Partner, die FPÖ hat jahrelang darauf hingewiesen und hat gesagt: Freunde, da kommt etwas auf uns zu. Vielleicht war das jetzt eine Initiative der FPÖ, dann kann ich das nur begrüßen, wenn ich das so sehen kann.

Aber was machen wir, wenn wir keine ungarischen Arbeitskräfte mehr in unser Land holen dürfen? Was macht die Therme Lutzmannsburg oder die St. Martins Therme? *(Abg. Géza Molnár: Das verlangt ja niemand!)*

Herr Kollege, nicht nervös werden. Bleib cool! Wir wissen das schon, dass Du jetzt anders ticken musst wie vor zwei Jahren, vor drei Jahren, wo sie Dich einmal an die frische Luft gesetzt und jetzt wieder zurückgeholt haben. Das sind nämlich die Fakten. Nicht nervös werden! *(Abg. Géza Molnár: Wer hat das verlangt, Manfred?)* Die FPÖ hat das verlangt, nur zur Erinnerung.

Wir als Bündnis Liste Burgenland bringen schon die Anträge ein, die Ihr damals eingebracht habt, wo Ihr jetzt dagegen seid. Das ist eine sehr komische Situation. Aber Ihr müsst damit leben. Das ist einmal so.

Der Herr Landeshauptmann ist auf eine Schiene aufgesprungen und hat gesagt, ja, wir müssen Grenzkontrollen machen und dergleichen mehr. Jetzt komme ich genau zu der Kontrolle, Herr Landeshauptmann. Wir fordern immer mehr Finanzpolizei. Höchst interessant. Immer mehr Finanzpolizei, die den Arbeitsmarkt eigentlich kontrollieren soll, auf die Baustellen fahren und die Schlimmen dort einmal kontrollieren und feststellen, da diese schwarzarbeiten, nicht die Gehälter richtig zahlen und dergleichen mehr. Super, Herr Landeshauptmann, gratuliere!

Heute haben wir gehört - Sie waren nicht da -, wie viel tatsächlich an Strafen ausgestellt wird und tatsächlich hereinkommt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ein Trauerspiel. Und warum? Warum geht man nicht her und macht ein Übereinkommen mit Ungarn, mit der Slowakei, mit der Tschechei, sodass diese die Strafen zahlen müssen? Das wäre ein Ansatz von unserem Land, vom Bund, von der EU. Was ich weiß, ist SPÖ und ÖVP im Bund und in der EU genauso zuständig. Wenn unser neuer Bundeskanzler - ich sage unserer, er ist ja unserer, egal wie man es auch sieht - sagt, er wird sich dafür verwenden und wir im Burgenland hergehen und gegen TTIP sind und gegen CETA sind und der Herr Bundeskanzler sagt, ich bin aber dafür, dann werden wir ein Problem alle miteinander haben. Das ist genau so ein Antrag, der mich wirklich interessiert. Wie weit geht der? Geht der wirklich dorthin, wo er hingehört?

Dass uns die verstehen, Herr Kollege Illedits, Herr Präsident, Du sitzt ja draußen, in dem großen Kobel, sage ich mal so, wo viele sich bewegen und mehr will ich jetzt nicht dazu sagen. Aber nehmen uns die wirklich ernst in diesem Fall? Wir hätten früher schon darauf schauen müssen, dass wir geregelte Möglichkeiten suchen.

Ich habe heute schon einmal erwähnt, auch bei der Landwirtschaft, in der Landwirtschaft brauchen wir genauso Mitarbeiter, aber - und ich sage das auch - nicht der AMS-Chefin jetzt die Schuld geben. Ich meine, ich muss sie nicht verteidigen, sie kann sich selber verteidigen. Aber jetzt kommen wir drauf, dass das eine schwarze Partie noch ist. Jetzt muss man sie vielleicht auswechseln.

Das kann es nicht sein. Da geht es um die Sache, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und sie wird sicherlich ihr Bestes tun, sodass wir auch dementsprechend Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integrieren können.

Seid mir bitte nicht böse, auch ich als Gemeinde mache das. Ich gehe zum AMS und frage, welche Möglichkeiten hat eine Gemeinde überhaupt, dass man Arbeitslose kriegt? Mit welcher Unterstützung kriegen wir das? Hat sie dort überhaupt freie Hand, ob sie uns da eine Möglichkeit bieten kann? Das ist die nächste Frage.

Und dann müssen wir ausweichen. Wenn ich mir das in der ganzen Wirtschaft anschaue. Warum hat die Therme so viele ausländische Kräfte gehabt? Jetzt sind es vielleicht weniger geworden. Oder St. Martins-Therme. Herr Landeshauptmann, Sie kommen dann eh dran. Sie werden mir das eh sagen.

Ich denke, dass es schon wichtig ist, dass man nicht nur redet und alles schönredet, sondern vor der eigenen Türe einmal kehrt. Das wollten wir einmal klar ansprechen.

Oder wir Abgeordnete als Weihnachtsgeschenk ein Handtuch bekommen. Ich habe mich gefreut, weil ich mir gedacht habe, ich habe brav gearbeitet. Ich kann mich jetzt das ganze Jahr abtrocknen. Dann lese ich und denke mir, das wird sicher von Vossen sein. Siehe da, ich hab mich ein bisschen vergogelt. Das kommt aus Polen oder aus Rumänien.

Das sind Arbeitsplätze für die Burgenländerinnen und Burgenländer, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was mich wundert, dass man mit solchen Anträgen daherkommt und nicht selber vor der eigenen Tür kehrt und vielleicht das einmal klarstellt. Aber Fototermin bei Vossen. Wie gut und schön, dass Vossen jetzt so viele Arbeitsplätze schafft und dass Vossen so toll geführt wird.

Herr Kollege Hergovich, das sind die Punkte, die uns interessieren, nicht die Floskeln, die Sie da herunterpredigen, das müssen wir machen, weil die EU macht das.

Sie wissen aber ganz genau, dass wir Leute auch brauchen, die wir leider nicht ausgebildet haben. Jetzt kommen wir zur Ausbildung, und diesmal habe ich es sogar gehört, dass die Wirtschaft sogar ausbildet und dass man sie unterstützt. Vor einiger Zeit habe ich gehört, die Wirtschaft tut ja gar nichts, sie ist ja nur Gegner. Wir als Politiker und Gewerkschaft schaffen Arbeitsplätze.

Ich sage, gerade das Gegenteil passiert. Wir können Rahmenbedingungen in diesem Hohen Haus schaffen. Das schaffen wir dann, wenn wir den Voranschlag einmal absanktionieren. Die Regierung bestimmt, was mit dem Geld gemacht wird. Das muss man der Bevölkerung einmal sagen. Nicht sich hinstellen bei Fototerminen, zack, und ich bin schon wieder fort.

Reden wir von Arbeitsplätzen für Burgenländerinnen und Burgenländer, und dann reden wir schon seit Jahren von der Pendleroffensive. Da sitzt ein Pendlersprecher lustigerweise, der sich auch einstellt für die Pendler, müssen wir etwas machen. Vor 20 Jahren haben wir 28.000 Pendler gehabt. Jetzt haben wir fast an die 60.000 Pendler. Warum müssen diese alle auspendeln? Warum brauchen wir die anderen Arbeitskräfte hier? Da hat es ja irgendetwas. Da hat sich ja sowas aufgetan. Verdienen sie mehr oder fühlen sie sich nicht wohl im Burgenland? Oder was passiert jetzt eigentlich in der Richtung?

Ich frage mich schon, wenn mich ein Journalist im Südburgenland fragt - ich fahre ja doch ins Südburgenland auch gerne hinunter, es ist ein wunderschönes Land -, wo der Herr Wirtschaftslandesrat eigentlich ist, bei gewisse Dinge, den sieht man nicht. *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Der wohnt ja gar nicht im Burgenland.)* Ah, der wohnt gar nicht im Burgenland. Dann ist eine ganz andere Frage überhaupt einmal zu stellen. Das sind so Dinge, die die Leute interessieren.

Wer ist dafür zuständig? Was tun wir? Kritisieren können wir alle. Wir in der Opposition selbstverständlich, aber wir bringen uns auch sachlich ein. Wir bringen immer wieder Anträge ein, die Hand und Fuß haben, wie wir heute gesehen haben, aber die nur abgeändert werden. Ja, aber wir können nicht zulassen, dass der Antrag vielleicht dem Kölly oder der Opposition zugestanden wird. Daher sind solche Dringlichkeitsanträge ganz wichtig, dass wir sie wieder einmal diskutieren.

Wenn der Herr Landeshauptmann das Jahr heuer ausgesprochen hat - „Jahr der Gemeinden“ - na selbstverständlich. Jetzt sage ich Euch, ich habe überhaupt kein

Problem. Ich hoffe aber nur, dass auch die Punkte eingehalten werden, dass die Gemeinden überleben können.

Ich habe mir schon Gedanken gemacht - auch über die Asylanten, die gehören auch da dazu. Was tun die? In welches System zahlen die ein? Warum kriegen die die Mindestsicherung in dieser Höhe? Und unsere Pensionisten bekommen nur 400 bis 500 Euro und haben vier, fünf Kinder großgezogen? Die Mindestsicherung ist 800 und - noch irgendetwas - 30 Euro.

Ich habe mich gewundert, von der FPÖ-Seite her, dass wir nicht hergegangen sind wie Oberösterreich, wo übrigens Grün drinnen sitzt, nur so nebenbei gesagt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein! Nein! Nein!)* Das wissen wir, der Anschober hat auch entsprechend mitgetan, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist falsch.)* Ihr GRÜNEN seid ja auch außen grün, innen rot, das ist halt einmal so im Leben, das muss man auch wissen.

Viele solche Dinge sollte man in der Politik einmal wirklich deutlich und klar aussprechen. Herr Landeshauptmann, ich bin schon bei Ihnen, wir haben in Deutschkreutz 44 Asylanten. Ich habe kein Problem damit, das sage ich Ihnen auch gleich, nur sie sitzen auf unserem finanziellen Topf drauf. Wir müssen sie auch alle miteinander finanzieren. Wir reden von Leuten, die in Österreich arbeiten, in einen Topf einzahlen und wollen, wenn sie arbeitslos werden, auch von dem Topf ein bisschen etwas heraushaben, oder? Ist das richtig oder nicht richtig? So ist es. Herr Kollege Hergovich, Du hast das ein bisschen anders formuliert, weil in Deutschland ist es so und in Salzburg, wenn der dort arbeitet.

Nur noch einmal, wenn ich in Österreich arbeite und mein Gehalt bekomme und wirklich meine Sozialversicherung zahle, in die Pensionsversicherung einzahle, dann hätte ich auch gerne etwas zurück. *(Abg. Klaudia Friedl: Das ist doch nicht das Thema. Das Thema ist ein anderes.)*

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Warum haben die Asylanten das Recht, aus diesem Topf das herauszunehmen und die nicht? Warum brauchen wir eigentlich, Frau Kollegin von den GRÜNEN, und warum brauchen wir eigentlich diese ganze Situation? Weil wir das so wollen. Oder ist es nicht so? Wir wollen das ja genauso haben.

Jetzt herzukommen mit einem Dringlichkeitsantrag, weil die EU vielleicht auf die Idee kommt, dass die Arbeitslosengelder dann kassieren. Wir haben schon Familienbeihilfen vor Jahrzehnten nach Jugoslawien hinunter geschickt. Da hat sich keiner aufgeregt. Da hat keiner gefragt. Jetzt ist die Situation da, dass die Arbeitslosengeld bekommen, die da gearbeitet haben und in einen Topf eingezahlt haben. *(Zwischenruf der Abg. Ingrid Salamon)* Frau Kollegin, Sie kommen dann eh zum Reden dran. Ich hoffe, dass Sie das genauso sehen.

Nur, wenn ich mir anschaue, dass ich mir vor einiger Zeit, da hat es noch einen Herrn Hundstorfer als Minister gegeben, der gesagt hat, es muss so rasch als möglich das umgesetzt werden, dass man Vorkehrungen trifft. Da ist er noch drauf, der Herr Nemeth ist drauf, der Hundstorfer ist drauf und viele andere mehr. Und sie sagen immer wieder, Konsequenzen für Arbeitnehmer, die hier arbeiten und die unser Schema und unser Arbeitssystem ausbeuten. Ja, die, die es ausbeuten. Darum haben wir die Finanzpolizei gegründet. Wir verlangen ständig überall Aufstockung - wunderbar.

Ich komme nochmals auf das zurück. Was nützt mir die Aufstockung, wenn man das nicht dementsprechend exekutiert? Heute haben wir gehört, wie viel Geld hereinkommt und was tatsächlich eigentlich gestraft wird. Die lachen uns ja eigentlich aus - alle miteinander. Die sagen, was machen wir? Wir fahren herein, wir arbeiten hier und

was noch dazu kommt, warum ist das so, dass die hereinfahren und arbeiten? Weil auch viele Private - und das sage ich mit der Deutlichkeit - ungarische Firmen engagieren. Warum auch? Baut alle einmal ein Haus und setzt Euch hin und schaut Euch einmal das an, was eine Stunde von einem Facharbeiter kostet. Zwischen 40 und 70 Euro. Bei einem Mechaniker sogar 90 und bei einem Autospengler auch. Dort sollte man sich Gedanken machen, ob man nicht einmal mit den Lohnnebenkosten etwas tut? Oder die Einkommenssteuer und viele Dinge, einmal ins Auge fasst. Hier ist der Bund gefragt, das sage ich auch gleich. Und Ihr sitzt im Bund.

Vielleicht sollten wir in der Richtung einmal nachdenken, dass man wieder attraktive Arbeitsplätze schafft, weil im Endeffekt kriegt der Arbeitnehmer 1.200/1.300/1.400 Euro heraus und kostet eine Lawine für den, der Häuselbauer ist, oder der Fachkräfte eigentlich in Anspruch nehmen muss. Hier sollte man sich Gedanken machen.

Ich bin schon für diesen Dringlichkeitsantrag, dass man sich Gedanken macht. Aber auf der anderen Seite sollte man sich auch diese Gedanken machen.

Das ist nur jetzt ein Vorschlag. Ich glaube, da sind wir uns einig. Lohnnebenkosten sind eindeutig zu viel, darüber brauchen wir nicht diskutieren. Wer soll sich das noch leisten?

Daher gibt es die Wohnbauförderung, wo der Herr Landeshauptmann sagt, fünf Euro und nicht mehr für den Quadratmeter Wohnung, finde ich für in Ordnung. Aber es kann nicht so sein, dass sich niemand mehr ein Haus bauen kann, das hat er selber gesagt. Was heutzutage ein Hausbau kostet. Ich erlebe das gerade mit meinen zwei Söhnen. Das ist nicht einfach.

Jetzt habe ich noch die Möglichkeit, dass ich drei Jobs habe, jetzt sage ich das auch gleich offen, und vielleicht ein gewisses Einkommen. Aber mit 1.400 Euro ein Haus bauen oder irgendetwas anderes wird leicht nicht mehr möglich sein, weil alles steigt.

Hier sollte man andenken und umdenken. Und unsere Bundesregierung, vielleicht gibt es sie eh in ein paar Monaten nicht mehr, vielleicht gibt es dann etwas Neues, die umdenken. Aber glaube ich ja fast gar nicht. Das ist halt im Leben so.

Aber wir sollten uns als Verantwortliche im Landtag Gedanken machen, als Verantwortliche in der Gemeinde, dass wir auch weiterhin in der Gemeinde Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen können, dass wir gestalten können und nicht nur verwalten.

Das sind die Dinge, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, worüber wir nachdenken müssen. Ich bin sofort dafür.

Ich werde auch diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen, wird Sinn machen. Aber viele andere Faktoren sollten wir gemeinsam angehen. Ich sage wieder: Gemeinsam! Das macht man leider nicht. Das sind genau die Dinge, wo ich hergehe und sage, liebe Freunde aus der Opposition oder liebe Opposition, könnt Ihr Euch vorstellen, dass man da gemeinsam etwas tut, dass man gemeinsam hinausgeht, dass man gemeinsam alles vorbereitet.

Nicht wie beim Jagdgesetz oder bei anderen Dingen, wo man einfach links liegen gelassen wird und dann erst eingeladen wird und von vielen anderen Dingen mehr. Es hat ein Gesetz gegeben, wo es funktioniert hat. Das Gemeindepaket. Das muss man auch einmal klar gesagt haben. Und da sind wir schon dafür, weil wir vertreten auch die Bevölkerung, in jener Größe halt, wo sie uns gewählt haben, das ist ja keine Frage.

Aber dass man nur solche Dinge im Alleingang und dann denke ich mir, die FPÖ hat den eingebracht, weil das war immer ihr Steckenpferd, dann soll es so sein. Aber dass die SPÖ jetzt der große Wortführer in dieser Sache ist, muss ich schon noch einmal nachdenken und sagen, liebe Freunde, bei der EU-Abstimmung hat der damalige FPÖ-Obmann gesagt, das und das wird genau eintreffen. Ich gebe Euch das.

Genau diese zehn Punkte sind eingetroffen. Freier Handelsverkehr, freier Menschenverkehr, wir können alles machen, was wir wollen. So, jetzt sind wir genau dort, wo es nicht passt.

Meine Damen und Herren! *(Abg. Gerhard Steier: Jetzt ist der Petschnig auch da.)* Jetzt ist er da, Gott sei Dank. Ich werde diesem Dringlichkeitsantrag selbstverständlich zustimmen, aber Euch bitten, auch diese Themen anzunehmen, die ich vorher gesagt habe. Es ist wichtig, dass wir auch gemeinsam den Weg gehen.

Zum Schluss, Herr Landeshauptmann, glaube ich, dass Sie politisch immer in die richtige Richtung denken. Ich will keine Lorbeeren streuen, aber das war bei der Grenzsicherung und dergleichen mehr.

Nur eines möchte ich bitten, wenn man Grenzsicherung macht - und jetzt ist der Sprecher von der Polizei da, der Herr Schnecker - dann schaut Euch in Pamhagen bitte das an. *(Abg. Doris Prohaska: Der war vorher auch da.)* Das ist ein unmenschlicher Zustand, in Andau ein unmenschlicher Zustand für die Exekutive. Dort solltet Ihr einmal ein Auge hinwerfen, weil es auch wichtig ist, die, die kontrollieren müssen, die Beamten, dass sie dementsprechende Arbeitsplätze vorfinden. Für alles andere haben wir genug Geld und für das hätten wir es nicht.

Ich würde Sie bitten, Herr Landeshauptmann, dass Sie sich in dieser Sache beim Herrn Innenminister oder beim Herrn Verteidigungsminister einsetzen, dass sie menschliche Zustände bekommen. Danke.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke. Als Nächstes erteile ich dem Klubobmann Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die aktuellen Pläne der Europäischen Kommission vor Augen führt, dann könnte man zum Schluss kommen, dass die Kommission eine Institution ist, die aus Schaden dümmer wird.

Wir erleben seit Jahren, dass EU-kritische Parteien quer durch Europa von einem Wahlerfolg zum nächsten eilen. Wir erleben erstmals, dass ein Mitgliedsstaat aus der Europäischen Union austritt. Und jedes Mal, wenn sich Brüssel eine Ohrfeige einfängt, dann hören wir, wir haben die Botschaft verstanden. Wir werden das jetzt ändern. Aber der Zug fährt dann trotzdem ungebremst weiter in die falsche Richtung, und hierbei ist alleine schon die Geschwindigkeit ein Problem.

Wir sind uns heute, glaube ich, - nicht alle, aber weitgehend - darüber einig, dass die Osterweiterung der Europäischen Union oder dass zumindest die Arbeitsmarktöffnung in Richtung Osten zu früh passiert ist.

Wir alle kennen die Auswirkungen, gerade im Burgenland. Es ist unter diesen Rahmenbedingungen ein ungleich härterer Kampf, den wir gegen zu hohe Arbeitslosigkeit und für mehr Inländerbeschäftigung zu führen haben.

Und in dieser Situation geht die EU jetzt her und möchte einen Paradigmenwechsel durchsetzen, wenn es um die Auszahlung von Arbeitslosengeld geht. Die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich hat gerade erst heute bestätigt, dass diese Pläne ernst gemeint sind. Im Übrigen, in Reaktion auf unseren Entschließungsantrag, also es soll keiner sagen, dass solche Entschließungsanträge nicht auch dort ankommen, wo sie ankommen sollen.

Was diese Pläne, was die Umsetzung dieser Pläne für Österreich und speziell für uns im Burgenland als Grenzland bedeuten würde, das hat mein Kollege Hergovich vorher schon referiert, und das ist uns allen hoffentlich klar: Der Druck auf den Arbeitsmarkt würde noch mehr zunehmen. Der Kampf für mehr Inländerbeschäftigung und zu hohe Arbeitslosigkeit würde unterminiert werden, das wäre ein schwerer Rückschlag.

Unser Sozialstaat würde in einem noch viel höheren Ausmaß ausbluten. Wir kennen das aus dem Bereich der Familienbeihilfe, die auch schon öfter Gegenstand von Landtagsanträgen war. Für die Betroffenen, für die Nutznießer sozusagen, das sage ich ganz offen, wäre dieses neue System gleichsam die Anstiftung zu einem neuen Geschäftsmodell und zwar auf Kosten unseres Landes und unseres Sozialsystems.

Meine Damen und Herren! Lohn- und Sozialdumping ist nach wie vor ein riesengroßes Problem. Es ist vielsagend, da hat Kollege Kölly Recht, dass sich die Europäische Union nicht darum kümmert, sondern Pläne wälzt, dieses Problem in Wirklichkeit noch verschärft und neue Probleme schaffen würde

Wir wissen ganz genau, dass bestehende gesetzliche Regelungen gegen Lohn- und Sozialdumping aufgrund der grenzüberschreitenden Problematik nicht die Wirkung erzeugen, die wir gerne hätten. Es geht vor allem um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Behörden, um die Vollziehung der Gesetze und vor allem, wie es Kollege Kölly gesagt hat, um die Vollstreckung von Sanktionen, die in vielen Fällen nicht passiert, daher ist dieses Gesetz auch in viel zu vielen Fällen wirkungslos, und hier könnte sich die EU nützlich machen, aber nein, sie tut es nicht.

Meine Damen und Herren! Ein Sozialstaat, ein Sozialsystem kann nur dann nachhaltig und auf Dauer existieren und funktionieren, wenn es weitgehend ein geschlossener Kreislauf bleibt. Das, was die EU jetzt in Bezug auf die Auszahlung des Arbeitslosengeldes plant, das ist eine Öffnung dieses Kreislaufes. Es wäre dies ein weiterer Schritt in Richtung Sozialunion.

Wir lehnen zumindest von Freiheitlicher Seite eine Sozialunion ab, eine Sozialunion, die in vielen Bereichen schon viel zu weit fortgeschritten ist, alleine schon auf Grund des Stabilitätsmechanismus, auf Grund der Währungs- und Zinspolitik. Wir lehnen so eine Sozialunion ab, weil sie für ein Land wie Österreich, das relativ hohe Standards und die höchsten Standards in Europa hat, nur nachteilig sein kann.

Wir sagen daher auch ganz klar nein zu den aktuellen Plänen der Europäischen Kommission, was das Arbeitslosengeld anbelangt und die Auszahlung des Arbeitslosengeldes. Wir sind der Meinung, dass das Wohnsitzprinzip beibehalten werden sollte. Zur Verdeutlichung, wir reden hier von jährlichen Mehrkosten von schätzungsweise 230 Millionen Euro, Zahlen, die heute von der Vertretung der Kommission in Österreich zwar in Abrede gestellt werden, aber ich kann die Rechnung dieser Herrschaften auch nicht nachvollziehen.

Wenn wir jetzt noch - und das ist ja auch Teil unseres Entschließungsantrages - die Summen hinzurechnen, die wir im Bereich der Familienbeihilfe ins Ausland schicken,

dann haben wir ein Volumen erreicht, mit dem wir uns schon die Abschaffung der kalten Progression in Österreich leisten könnten, nur damit wir die Größenordnung haben.

Unsere Landesregierung und unsere Koalition haben es sich zum Ziel gesetzt, die Arbeitslosigkeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestmöglich zu bekämpfen. Mehr Burgenländer in Beschäftigung zu bringen. Hier gibt es ja auch Erfolge. Wir stehen unseren Leuten in der Pflicht, wir stehen den burgenländischen Arbeitskräften in der Pflicht, und es ist für uns als Koalition daher eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns gegen alles zur Wehr setzen, was unsere Zielerreichung auch nur irgendwie gefährden könnte.

Daher dieser heutige Dringlichkeitsantrag, wir stimmen gerne zu. Ich hoffe auf breite Unterstützung. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Der Klubobmann Mag. Christian Sagartz ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst - die ÖVP wird diesen dringlichen Antrag, der ja eigentlich nicht ganz so dringlich ist, weil wir uns erst vor wenigen Monaten im Landtag mit exakt fast allen diesen Themen beschäftigt haben, zustimmen.

Ich darf gleich auf alle drei Punkte in aller gebotenen Kürze eingehen.

Erstens. Ich kenne derzeit keinen österreichischen Politiker, Innenpolitiker, der sich positiv zum Vorschlag der Europäischen Kommission geäußert hätte, das Arbeitslosengeld auf diese Art zu reglementieren, wie sich das die Kommission wünscht. Natürlich, es gibt verschiedene Institutionen auf europäischer Ebene, die alle nicht unbedingt im Gleichklang gehen müssen.

Es gibt eben eine Europäische Kommission, die andere Ideen einbringt, andere Dimensionen aus europapolitischer Hinsicht vorantreiben möchte, wie eben die Nationalstaaten, wie auch dann das Europäische Parlament ganz andere Ansichten teilt.

Ich glaube, hier ist es recht eindeutig: Diesem Ansinnen der Europäischen Kommission sind bisher keine namhaften Mitgliedsstaaten nähergekommen, und ich glaube, schon die Ablehnung der Deutschen wird dafür sorgen, dass das kein Thema ist. Aber hier gehen wir konform, hier können wir unsere Unterstützung zusichern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Bei der Familienbeihilfe möchte ich nur anmerken, es war Sebastian Kurz, der das zum ersten Mal thematisiert hat *(Abg. Géza Molnár: Das waren wir, glaube ich.)* - als Regierungsvertreter -, ich darf mich korrigieren, als Regierungsvertreter. Da hat dann die SPÖ sehr eindeutig geantwortet, das kommt mit ihr nicht in Frage.

Es sind doch einige Jahre nun vergangen, es sind zwei Jahre vergangen, Kurz hat es in der Koalition angesprochen, und damals gab es eine Ablehnung des Regierungspartners, noch unter Werner Faymann. Es ist eine Thematik, die die Bundesregierung … *(Abg. Robert Hergovich: Aber nicht im Burgenland.)* Ich rede auch von der Bundesregierung. „Die Bundesregierung wird aufgefordert“; Herr Kollege Hergovich, wir haben Ihren Wortlaut hier stehen: „Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten“, also muss ich notgedrungen darauf Rücksicht nehmen, was sagt die Bundesregierung.

Die Bundesregierung hat daraufhin nach langem Hin und Her und nach öffentlichem Druck den Vorschlag von Sebastian Kurz an die Kommission weitergeben. Wir wissen heute, dass die Europäische Kommission der Auffassung ist, dass es nicht möglich ist, diese Anpassungen vorzunehmen.

Auch das ist aus meiner Sicht nur eine Niederlage auf einer Etappe zu einem Ziel, denn ich glaube, dass man die Worte von Sophie Karmasin in Erinnerung rufen darf, dass sie mit allem Nachdruck versprochen hat, erst unlängst bei einer Veranstaltung in Eisenstadt, genau diese Ungerechtigkeit abstellen zu lassen, hier auf die Kommission einzuwirken.

Ich glaube, es gibt viele gute Gründe, warum das Prinzip gilt, es kann nicht die Familienbeihilfe gleich hoch sein für rumänische Kinder, die nicht in Österreich leben, deren erwerbstätige Eltern hier Familienbeihilfe beziehen, als wenn diese Kinder in Österreich leben. Ich glaube, das ist für jeden einleuchtend.

Diese Unterscheidung möchten wir treffen. Hier werden wir mit aller Kraft unseren Außenminister, unsere Familienministerin und alle, die gewillt sind, dieses Anliegen mitzutragen, unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der dritte Punkt ist der wohl umstrittenste. Es ist die Schutzklausel für temporäre und sektorale Beschränkung der Arbeitsmarktfreizügigkeit in exponierten Branchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man Verträge schließt und man braucht einen Partner, mit dem man gemeinsam auf einen Konsens kommen will, dann wird nicht jeder Vertragspunkt zum Vorteil sein. Dann muss man eben Kompromisse eingehen. Ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, dass viele österreichische Wirtschaftsbranchen auch massiv von der Ostöffnung profitiert haben, dass auch viele qualifizierte Arbeitnehmer aus anderen Ländern bei uns tätig sind und dass das auch dazu beiträgt, dass Wohlstand und Wirtschaftswachstum in Österreich gestärkt werden.

Im Umkehrschluss gibt es natürlich Branchen, die gerade in der Grenzlage unter Druck kommen, und da hat die ÖVP mehrfach betont, wir glauben, dass es sehr schwierig sein wird, andere EU-Mitgliedsstaaten davon zu überzeugen, die Entsenderichtlinie so abzuändern, wie wir uns das wünschen, auf der einen Seite, die Vorteile zu genießen, und auf der anderen Seite für Grenzregionen Ausnahmen zu machen.

Wenn mittlerweile der Herr Bundeskanzler Kern auch der Auffassung ist, dieses Ansinnen zu unterstützen, wenn man versucht, hier Druck auf europäischer Ebene zu machen, kann es an der ÖVP nicht scheitern, denn wir haben uns bereits vor einigen Monaten hier in der Landtagssitzung zu diesem Ziel verständigt und auch diese Beschlusslage im Landtag unterstützt.

Ich möchte nur sagen, deswegen war es für mich etwas überraschend, Herr Landesrat Darabos, in der Fragestunde wurden Sie gefragt, was hat das Land Burgenland, was haben Sie als Zuständiger für Arbeitsmarkt diesbezüglich getan.

Erst zu sagen, wir haben nichts getan und dann … *(Landesrat Mag. Darabos: Nein!)* Ja, Sie haben dann korrigiert und haben gesagt, Sie sind nicht zuständig, und dann haben Sie gesagt, wir müssen gemeinsam Druck machen.

Beim Dritten bin ich 100-prozentig bei Ihnen, wir werden heute mit unserer Zustimmung den Druck machen, den wir als Opposition machen können. Wir werden unseren Standpunkt auf Bundesebene, unseren Parteifreunden mitteilen, da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen und jetzt braucht es eben auch den Druck von anderen.

Wenn Kern mittlerweile auf Linie gebracht ist, Faymann war da anderer Meinung, dann könnte ja doch auf europäischer Ebene etwas passieren.

Was ich nicht möchte und was ich auch nicht unterstützen möchte, ist die Situation, dass wir auf der einen Seite hier im Burgenländischen Landtag groß aufsagen, alle betonen, dass wir uns für etwas einsetzen, und dann am Ende des Tages die Realität ganz anders aussieht.

Wenn man Druck machen will, wenn man ein Thema vorantreiben will, dann wird es wohl nicht genügen, einen netten Brief an die Bundesregierung zu schicken, so, wie es eben mit Entschließungen üblich ist, dann muss man auch in anderer Weise tätig werden. Ich glaube, es wird uns gut tun, wenn wir nicht nur auf der einen Seite über Dinge reden, sondern auf der anderen Seite auch ganz aktiv an unsere Kollegen auf Bundesebene herantreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine Frage der Moral. Auch eine Frage der Doppelmoral! Ich bin jetzt mehrfach vor Weihnachten mit einem Geschenk nach Hause gegangen, der Herr Landeshauptmann hat im Namen des Landes Burgenland allen Abgeordneten und Mitarbeitern Geschenke gemacht - es wurde heute schon betont. *(Abg. Gerhard Steier: Nicht allen!)* Nicht an alle Abgeordneten? Also entschuldige, Herr Kollege Steier, ich kann natürlich nur davon ausgehen, dass alle elf Abgeordneten der ÖVP-Fraktion ein Geschenk erhalten haben, und ich habe auch bisher immer ein Geschenk des Landeshauptmannes bekommen, und so wie das ist, nimmt man Geschenke an und auch gute Glückwünsche, wenn ich denke, zum Geburtstag, zu Festanlässen sind wir uns einig, wir wünschen uns auf jeden Fall viel Gesundheit und persönlich alles Gute.

Interessant ist dann, wenn ich aber das ganze Jahr lang höre, wir müssen Burgenländer und burgenländische Unternehmen forcieren - „Schau aufs Burgenland, bau auf Burgenland“ -, wir müssen uns schützen vor den bösen ausländischen Kräften, die auf den Arbeitsmarkt unserer Heimatregion drängen, und auf der anderen Seite erlebe ich dann, dieses Weihnachtsgeschenk stammt gar nicht aus dem Burgenland.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das ist halt, wenn man das eine fordert und dann das andere tut, nicht besonders einfach zu verstehen, schon gar nicht für mich als Abgeordneter, der annimmt, wenn Sie schon mit voller Brust und mit voller Energie darauf schauen, dass das Burgenland burgenländische Unternehmen beauftragt, warum nicht auch bei Ihrem Weihnachtsgeschenk?

Ich erlaube mir, so wie Sie uns beschenkt haben, als ÖVP-Klub heute Euch zu beschenken. Wir haben, der Kollege Kölly hat es schon vorweggenommen, ein burgenländisches Unternehmen bevorzugt, wir werden Ihnen gelbe - der rote Faden ist sogar etwas stärker als der gelbe, damit da niemand vermutet, wir wollen nicht Rot-Gold, sondern gelbe - Geschenke unterbreiten.

Es ist ein burgenländisches Handtuch aus dem Südburgenland. Wir unterstützen heimische Betriebe auch in der Tat, nicht nur mit Worten! *(Beifall bei der ÖVP - Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA übergibt dem Landeshauptmann persönlich das angesprochene Handtuch und lässt die weiteren Handtücher verteilen.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Abgeordneter Drobits, Sie sind am Wort. Keine Angst, auch auf Ihren Platz wird ein Handtuch gelegt werden.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Nach kuscheligen Geschenken zu sprechen, ist immer leichter. Aber es ist ein ernstes Thema, über das es natürlich keine Lippenbekenntnisse geben darf, so wie Mag. Sagartz darüber gesprochen hat.

Wir müssen sich diesem Thema, dem Schutz des burgenländischen Arbeitsmarktes, ernsthaft annehmen, und wir müssen dieses Thema auch mit allen Möglichkeiten und allen Mitteln an die Bundesregierung herantragen.

An die Bundesregierung deshalb herantragen, damit diese EU-Verordnung, die nunmehr heute auch gegenständlich die Thematik ist, nicht erfolgt. Wir müssen auch an die Bundesregierung herantreten, damit auch zukünftig der burgenländische Arbeitsmarkt geschützt bleibt.

Was sind die Fakten? Der burgenländische Arbeitsmarkt ist trotz Rekordbeschäftigung infolge importierter Arbeitslosigkeit unter Druck. Diese importierte Arbeitslosigkeit wird auch auf den Lohn- und Sozialdumpingbereich weitergewälzt.

Viele ausländische Arbeitskräfte profitieren von diesem Beschäftigungswachstum, das wir haben, das sind die täglichen Ein- und Auspendler aus den Grenzbereichen. Heute ist bereits jeder vierte Arbeitnehmer im Burgenland ausländischer Herkunft, 2010 war das noch jeder siebente.

Das Burgenland ist infolge der Ostregion dafür prädestiniert, dass wir von diesen Entwicklungen sehr rasch betroffen sind. Wir haben derzeit mit heutigem Stand 18 Prozent tägliche Ein- und Auspendler aus dem Ausland, wobei dieser Wert ein Vielfaches von anderen Bundesländern in Österreich ist.

Die Nächsten kommen mit drei bis fünf Prozent im Westen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deshalb haben wir ein Lohnniveau, das wesentlich höher ist, wie das Lohnniveau der angrenzenden Staaten. Die Slowakei hat 20 Prozent des österreichischen Lohnniveaus. Ungarn 30 Prozent. Slowenien 52 Prozent. Wir sind daher einem Billiglohnwettbewerb ausgesetzt, der dazu führt, dass wir schauen und danach trachten müssen, dass die Billigarbeitskräfte aus dem Ausland geprüft werden. Es muss geprüft werden, ob nicht insbesondere unsere eigenen Inländer diese besonders in von Arbeitslosigkeit betroffenen Branchen die Positionen besetzen dürfen.

Der große Lohnunterschied verleitet Arbeitnehmer aus den Nachbarländern zu schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Ich selbst kann aus den letzten Tagen Erkenntnisse und auch offensichtliche Missbräuche unseres Rechtssystems erkennen. Wenn mir mitgeteilt wird, dass ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwar offiziell laut Kollektivvertrag den Kollektivvertragslohn ausgewiesen bekommen haben, jedoch zwei Tage später rund 40 Prozent dieses erhaltenen Entgeltes direkt in bar oder per Kontoverbindung wieder an denselben Dienstgeber überweisen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

De facto verdienen sie 60 Prozent des Kollektivvertragslohnes, obwohl 100 Prozent ausgewiesen werden. Wenn diese Thematiken Schule machen, bedeutet das, dass zwar diese Tagespendler oder Grenzgänger zwar noch ein Vielfaches vom Entgelt ihrer Staaten, von denen sie kommen, von den Wohnsitzstaaten, verdienen, jedoch dass das modernes Lohn- und Sozialdumping ist.

Das ist Betrug an Löhnen, Steuern und Abgaben. Es werden direkt Staat, Arbeitnehmer sowie die Sozialversicherung geschädigt. Das ist eine Schieflage, die dadurch entstanden ist, weil dieser offensichtliche Missbrauch der Fairness an der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes dazu führt, dass die Guten nicht mehr unterstützt werden können und diejenigen, die missbrauchen, das offensichtlich durchführen dürfen.

Deshalb bedarf es ganz klarer Regeln. Bereits im Zuge der Arbeitsmarktöffnung wurde uns von der Europäischen Union signalisiert, dass in den nächsten Jahren ein Zusammenwachsen der Arbeitsmärkte und ein Angleichen der Lohnniveaus erfolgen sollen. Das war eine grobe Fehleinschätzung.

Diese grobe Fehleinschätzung führt dazu, dass natürlich auch die heutige Arbeitnehmerfreizügigkeit, die sie, wie sie besteht, jedenfalls nicht zur Einbahnstraße werden darf, ansonsten läuft der Arbeitsmarkt aus dem Ruder. Wenn heute die EU-Kommission versucht, einen Entwurf zur Koordinierung des Systems der sozialen Sicherheit vorzulegen und dabei hauptsächlich den Arbeitslosengeldanspruch der echten Grenzgänger darauf abstellen lassen will, dass das Beschäftigungsland, das das Arbeitslosengeld zu zahlen hat, dann ist das sicherlich wiederum der falsche Weg.

Es wird der falsche Weg bestritten, dass diejenigen wiederum bestraft werden, die schon von den massiven Lohn- und Sozialleistungsgefällen betroffen sind. Eigentlich habe ich mir gedacht, wie ich gehört habe, dass es einen Entwurf zur Verordnung Nr. 883/2004, das ist diese EU-Vorschrift zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, dass da geregelt wird, dass die Familienbeihilfe indexiert wird und angepasst wird, auf diese Thematik, die wir das letzte Mal im Landtag besprochen haben.

Wo Familienbeihilfe für Kinder, die im Wohnsitzstaat leben, entsprechend der Lebenserhaltungskosten ausbezahlt werden soll. Nur die EU-Kommission hat diesen Punkt verworfen. Die EU-Kommission hat argumentiert, dass nur ein Prozent der Leistungen für Kinder von einem Mitgliedstaat in einem anderen Mitgliedstaat exportiert wird und daher wird dieses Thema zur Gänze vernachlässigt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Gegenzug wurde jedoch genau diese vorher erwähnte Grenzgängerregelung eingeführt, dass der Arbeitslosengeldanspruch in jedem Land zuzusprechen ist, in dem die Menschen arbeiten und Sozialbeträge bezahlen. Es gilt nicht mehr der Hauptwohnsitz, es gilt nicht mehr der Lebensmittelpunkt.

Damit wird natürlich wiederum unser hoher Arbeitslosengeldanspruch, der weit über dem Überschnitt dem Lohnniveau liegt, gegenüber den östlichen Nachbarländern, attraktiv.

Wir schaffen wiederum neue Anreize, damit genau auch in diesem Bereich eine importierte Arbeitslosigkeit entsteht. Das bedeutet für mich, dass es dazu weitere Fragen geben wird. Wenn wir heute Arbeitslose fragen, wird immer wieder gesagt, dass eine Frage der Vermittlung dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, und auch die Schulung, immer wieder hinterfragt wird.

Wie will die EU-Kommission gewährleisten, dass zukünftig rumänische, ungarische, slowakische, slowenische Arbeitnehmer, die täglich ein- und auspendeln, kontrolliert werden können? Wer soll für die Vermittlung sorgen? Wer soll die Zumutbarkeitsbestimmungen herstellen? Das ist alles schwer möglich und deshalb ist meiner Meinung nach diese Vorschrift, wenn sie kommt, schwer umsetzbar.

Wir müssen daher gemeinsam in einem breiten Schulterschluss und auch gemeinsam in die Richtung hin, wie es bereits Kollege Mag. Sagartz angesprochen hat,

versuchen, dagegen anzukämpfen, dass diese Verordnung kommt. Diese Verordnung höhlt nämlich unser Sozialsystem aus. Ich behaupte sogar, sie könnte es vernichten.

Wir müssen auch danach trachten, dass es ein klares Bekenntnis zur Einführung von Schutzklauseln in exponierten Branchen temporär aber auch sektoral gibt. Wobei jedenfalls Arbeitsmarktexperten und Sozialpartner bei der Einschätzung dieser sektoralen und temporären Gruppen und Branchen einbezogen werden sollen. Wir müssen schauen, dass unseren Bürgerinnen und Bürgern, den Burgenländerinnen und Burgenländern, die Würde gewahrt und eine Zukunft am Arbeitsmarkt erhalten bleibt.

In diesem Sinne muss die Botschaft klar lauten. Schutz dem burgenländischen Arbeitsmarkt. Arbeit und Geld müssen im Land bleiben, damit wird Armutsgefährdung bekämpft und kein Sozialabbau zugelassen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landeshauptmann Hans Niessl gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Firma Vossen ist ein Musterbeispiel für erfolgreiche burgenländische Wirtschaftspolitik. Ich darf für mich auch teilweise in Anspruch nehmen, wesentliche Beiträge dazu geleistet zu haben, dass diese Firma, die in Konkurs war, heute noch in Jennersdorf im Burgenland ansässig ist und hier investiert wird.

Es war auch eine ganz wichtige strategische Entscheidung, die ich mitgetroffen und den Herrn Dr. Lehner auch ins Burgenland eingeladen habe, die Firma Vossen zu übernehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese Firma ist mir auch ein Anliegen, das hat man im Engagement gesehen, das über das normale Maß hinausgegangen ist, dass nicht nur die damalige WiBAG gemacht hat, sondern wo es ganz einfach notwendig war, dass sich auch die Politik eingemischt hat. Ich habe erst vor einem halben Jahr Dr. Lehner wieder getroffen, der vor über zehn Jahren diese Firma erworben hat.

Der sich auch bei der damaligen Politik und auch bei der aktuellen Landesregierung bedankt hat, dass es diese großzügige Unterstützung für die Firma Vossen, für Linz Textil, mit dem Eigentümer Dr. Lehner auch gegeben hat.

Nachdem ich nicht der Handtüchereinkäufer des Landes bin, haben offensichtlich manche eben ein anderes Produkt gekauft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber, ich kann den Klubobmann Sagartz dazu einladen, dass er die nächsten Handtücher des Landes dann auch im Namen des Landes Burgenland, selbstverständlich im Burgenland kaufen darf, damit uns dieser Fehler nicht mehr passiert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir dürfen aber auch sagen, dass es sich hier um einen Betrag von 1.000 Euro handelt. Natürlich ist das auch Landesgeld und Steuergeld. Aber, wenn ich mir die Stadtgemeinde Eisenstadt anschaue, dann haben die, wo wir viele Busunternehmer im Burgenland haben, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nicht aus Polen!)* einen Busunternehmer aus einem anderen Bundesland eingeladen, um hier den Stadtbus zu betreiben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber nicht aus Polen!)*

Aber, da geht es nicht um 1.000 Euro, wie bei uns beim Handtuch, danke für das Geschenk, wirklich eine gute Idee, sondern da geht es um 400.000 Euro, *(Abg. Mag.*

Thomas Steiner: Mehr!) die nicht an Wertschöpfung im Burgenland bleiben, sondern die eben aus dem Burgenland hinausgehen.

Das ist der Unterschied. Wir haben ein Handtuch importiert. Sie importieren Arbeitskräfte aus anderen Bundesländern, Sie importieren Busse aus anderen Bundesländern, wo es um hunderttausende Euro geht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Mehr!)* Bei uns geht es um 1.000 Euro. So in etwa ist das Engagement für das Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn wir schon bei den interessanten Wortmeldungen sind, dann darf ich auch einige Presseaussendungen der ÖVP Burgenland, wie auch die des Herrn Bürgermeisters Steiner zitieren. Der von Teilen der SPÖ geforderten Abschaffung der Entsenderichtlinie, sowie der Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, hält Steiner wenig. Die Landesregierung soll sich auf realistische Ziele konzentrieren, wenn man die Grundfreiheiten in Frage stellt, stellt man Europa in Frage. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Heute stimme ich mit. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, heute stimmen Sie mit. Das heißt, Sie sind über Nacht gescheiter geworden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht über Nacht!)* Das ist auch ein guter Zug, dass Sie Fehler eingestehen und gescheiter werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wann war das? Wann?)* Aber, so wie Sie das Geld in andere Bundesländer verschieben, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von wann war das? Welches Datum? Datum!)* importieren Sie offensichtlich gerne Arbeitskräfte aus dem Ausland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Das ist noch nicht so lange her. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum sagen Sie es nicht?)*

Na ja, ich sage es ja gerne. Seien Sie nicht nervös. Ich weiß schon, wenn Sie mit 1.000 Euro hausieren gehen, und wir nachweisen, dass Sie 100.000 Euro ausgeben und Arbeitskräfte aus dem Ausland importieren, dass man dann nervös wird, verstehe ich schon. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Niederösterreich ist nicht Ausland!)*

Weil 1.000 Euro zu 100.000 Euro ist schon ein bisschen ein Unterschied. Ich kann auch das Datum gerne sagen. *(Abg. Mag. Christian Wolf, M.A.: Orden aus dem Ausland nehmen Sie aber gerne an, oder?)*

Andere Bundesländer. Arbeit und Geld soll im Land bleiben, haben wir soeben gehört. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ganz Ihrer Meinung!)* Also, genau, das müssen Sie nicht mir sagen, das müssen Sie dem Bürgermeister sagen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Er wird eine Antwort finden!)*

Aber Sie dürfen ohnehin die Handtücher kaufen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Christian Wolf, M.A.: Sehr großzügig.)*

Also, ich sage Ihnen auch das Datum - am 10.8.2016. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)* Na, das ist nicht so lange her. Aber, was hindert uns daran, dass man im Laufe der Zeit gescheiter wird? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir werden es wenigstens.)*

Also, ich finde, dass die anderen Zitate über die Entsenderichtlinie und die Freizügigkeit an und für sich in die gleiche Richtung gehen. Deswegen möchte ich mich nicht wiederholen. Nur, worum geht es bei der Entsenderichtlinie? Wir haben in Österreich zirka 140.000, 150.000 Menschen aus dem Ausland, die nach der Entsenderichtlinie hier arbeiten. Ich war vor einem oder eineinhalb Jahren bei einer Veranstaltung der Wirtschaftskammer. Da waren 300 burgenländische Unternehmer. Ich habe in meinem Vortrag unter anderem gefragt, wer von den 300 burgenländischen Unternehmen von der Entsenderichtlinie profitiert?

Es hat sich niemand gemeldet. Ich habe geglaubt, sie haben es nicht gehört. Deshalb habe ich es noch einmal lauter gesagt, aber es hat sich wieder niemand gemeldet. Es profitieren also keine burgenländischen Firmen von der Entsenderichtlinie, sondern da gibt es eben Firmen aus dem Ausland, die herkommen, die die Leute mitnehmen. Die keine Sozialabgaben bezahlen, die weniger Lohn bezahlen.

Dieses Gesetz zur Entsenderichtlinie ist das Gesetz zu Lohn- und Sozialdumping. Da müssen sich alle in Europa einsetzen, dass das geändert wird. Das schadet der burgenländischen Wirtschaft. Das schadet den burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, am gleichen Ort. Nur das kann das Prinzip sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein Satz der Wirtschaft lautet, geht es der Wirtschaft gut, geht es auch den Menschen gut. Der Satz hat natürlich teilweise Richtigkeit. Aber, nur teilweise. Weil was haben die Menschen davon, wenn sie keinen Job haben und wenn andere arbeiten? Also muss man schon auch sagen, geht es auch den Menschen gut, geht es der Wirtschaft gut. Der hat auch seine Bedeutung.

Also müssen wir schauen, wie die Menschen Beschäftigung haben, damit sie Geld verdienen können, damit sie auch in die Wirtschaft wieder investieren können und Geld ausgeben können.

So stelle ich mir eine ordentliche Wirtschaftspolitik vor, die sich in Europa einsetzt, die Entsenderichtlinie zu ändern. Die schaut, dass die Menschen Beschäftigung haben. Wir nehmen in Anspruch, diese Burgenländische Landesregierung nimmt für sich in Anspruch, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, dass wir ein Wirtschaftswachstum und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit haben.

Dass die Menschen Beschäftigung haben, und dass die Jugendarbeitslosigkeit zurückgeht. Dann sind wir die Besten in Österreich.

Beim Wirtschaftswachstum, bei der Zunahme an Beschäftigten und beim Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit. Das ist der richtige Weg. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Robert Hergovich hat bereits gesagt, *(Abg. Manfred Kölly: Was hat er gesagt?)* dass der Anstieg bei ausländischen Beschäftigten im Burgenland groß ist. Wir haben 18 Prozent, *(Abg. Manfred Kölly: Seit Jahren! Schon seit Jahren! Da war eine rot-schwarze Partie.)* Du hast es gesagt und jetzt ist er wieder gestiegen. Du hast Deine Wortmeldung schon gehabt. *(Abg. Manfred Kölly: Ich melde mich schon noch einmal zu Wort.)*

Einen Anstieg der ausländischen Arbeitskräfte. Das ist auch damit zu begründen, dass eine Million Menschen eine halbe Autostunde vom Burgenland entfernt leben. In diesem Großraum rund um das Burgenland leben eine Million Menschen, die ein Mindesteinkommen von 350 Euro haben.

Also muss für jeden klar sein, dass das Burgenland am meisten davon betroffen ist, wenn eine Million, wir haben 290.000 Einwohner, innerhalb von einer halben Autostunde wohnen und dort 350 Euro verdienen.

Die Prognosen, die die Europäische Union gesagt hat, wie das Lohnniveau dort steigen wird, wie gering der Zuzug sein wird, stimmt überhaupt nicht.

Wenn die Prognosen nicht stimmen, dann muss man natürlich auch die Regeln überarbeiten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, das ist ein ganz normaler Vorgang. Das gilt für die Entsenderichtlinie und das gilt für den sektoralen Schutz des Arbeitsmarktes. Da bin ich wieder bei der

Geschäftsführerin des AMS. Es kann nicht sein, dass wir in Österreich acht Milliarden Euro im Jahr für Arbeitslosigkeit ausgeben, auf der anderen Seite die Menschen schulen und ausbilden damit sie in Beschäftigung kommen und dann gibt es die Vermittlung zu ausländischen Arbeitskräften auch in dem Bereich, wo wir qualifizierte Personen haben.

Auch das passiert und das kann nicht im Sinne des Steuerzahlers sein, dass wir acht Milliarden für Arbeitslosigkeit ausgeben und auf der anderen Seite eben auch einen Zuzug aus dem Ausland haben, vor allem bei den über 50-Jährigen, die auch ganz schwer einen Arbeitsplatz bekommen.

Wenn man sagt, wir finden keine Arbeitskräfte, dann müssen wir einmal sagen, was wir den Arbeitskräften zahlen. Es gibt noch 300.000 Menschen in Österreich, die unter 1.300 Euro verdienen. Da muss man sagen, da gehört der Kollektivvertrag auf mindestens 1.500 Euro, ein Generalkollektivvertrag wie man das seinerzeit gehabt hat, vor vielen Jahren, dass der Generalkollektivvertrag auf 10.000 Schilling angehoben wurde.

Wie vor Jahrzehnten brauchen wir jetzt auch einen Generalkollektivvertrag auf 1.500 Euro, dann bekommen wir schon Arbeitskräfte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das muss eine der wesentlichen Forderungen sein, ordentliche Leistung, ordentlich zu bezahlen dann bekommt man auch die entsprechenden Arbeitsplätze. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es ist tatsächlich so, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, dass es in landesnahen Betrieben erstens einmal Produkte aus der Region gibt, was die Küchen anbelangt und zweitens haben wir in der St. Martins Therme & Lodge von 0 auf 20 Lehrlinge beziehungsweise in Lutzmannsburg von 0 auf 20 Lehrlinge aufgestockt und in Bad Tatzmannsdorf über 30 Lehrlinge beschäftigt.

Also in unseren landesnahen Unternehmen. Das ist auch die Grundlage, dass wir in Zukunft dort Fachkräfte aus dem Burgenland haben. Wer keine Lehrlinge ausbildet, der darf sich nachher nicht wundern, wenn wir keine Fachkräfte haben. Das muss auch unsere Forderung sein. Es ist eine gesellschaftspolitische Verantwortung eines Betriebes, der Wirtschaft und auch der Politik, dass junge Menschen eine Ausbildung machen können, denn die duale Ausbildung, die wir in Österreich haben, zählt weltweit zu den besten. Wenn die burgenländische Wirtschaft und die österreichische Wirtschaft bestehen wollen, dann müssen sie Lehrlinge ausbilden, weil die Facharbeiter ganz einfach auch für die Wirtschaft unentbehrlich sind. Die Kombination, tüchtige Unternehmer zu haben und gleichzeitig gute Facharbeiter zu haben, das ist die Erfolgsformel in der Zukunft.

Da müssen wir auch im Burgenland die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Durch das Budget für das Jahr 2017 ist das auch passiert. Da bin ich den Abgeordneten, die dieses Budget beschlossen haben, sehr dankbar, weil wir damit viel für die Konjunkturbelebung und gegen die Arbeitslosigkeit tun können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Vielleicht auch noch kurz eine Anmerkung zur AMS Chefin. Wir brauchen in Parndorf im ersten Halbjahr 2017 ab April bis zum Juni insgesamt 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich beurteile ganz einfach die Leistung der AMS Chefin, wie viele Burgenländerinnen und Burgenländer dort Beschäftigung finden. Das ist eine ganz einfache Sache. Es wird von jedem die Leistung beurteilt. Die Leistung der AMS Chefin kann deshalb nur sein, dass wir dort 450 Leute brauchen.

Sie muss deshalb alle Anstrengungen unternehmen, dass diese Leute so qualifiziert sind, dass sie dort unterzubringen sind. Da kann man nicht sagen, wir nehmen jetzt 350 aus dem Ausland und 100 aus dem Burgenland, wenn es hier das entsprechende Angebot gibt.

Diese Herausforderungen muss sie annehmen und dann werden wir darüber reden, was ihr gelungen ist oder nicht gelungen ist. Ich hoffe, es sind 450 BurgenländerInnen, dann gratuliere ich ihr. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zu den Pendlern muss man natürlich sagen, dass man das Wort Pendler definieren müsste. Wenn wir uns den Bereich Bruckneudorf, Parndorf, Neusiedl am See, Neudorf und so weiter ansehen, dann pendeln die von dort zum Flughafen Wien 20 Minuten. Am Flughafen Wien arbeiten 17.000 Menschen. Entschuldigung, wir sagen, dass das alles Pendler sind, aber die fahren 20 Minuten aus dem Bereich Parndorf zum Flughafen Wien.

Natürlich ist es pendeln und es ist eine Belastung, das sehe ich alles ein, nur werden in Österreich oder in Wien wahrscheinlich 90 Prozent der Wiener innerhalb der Stadt länger pendeln, als unsere Leute, zum Beispiel, zum Flughafen Wien. *(Abg. Manfred Kölly: Der Vergleich hinkt! Der Vergleich hinkt, Herr Landeshauptmann!)*

Das muss man natürlich auch sehen, dass die schneller am Flughafen Wien sind. *(Abg. Manfred Kölly: Das sind Pendler! Das sind Burgenländer, die in einem anderen Bundesland arbeiten.)* Nein, nicht alles was hinkt ist ein Vergleich. Insofern ist das die Realität. Da können wir uns gerne nachher zusammensetzen und darüber diskutieren, *(Abg. Manfred Kölly: Gerne!)* aber das sind ein Faktum und eine Tatsache, dass unsere Leute von dieser Region Parndorf eben in 20 Minuten am Flughafen Wien sind.

Natürlich sind das auch Pendler, aber ich fahre von Frauenkirchen nach Eisenstadt mehr als doppelt so lange, als die von Parndorf zum Flughafen Wien. Jetzt bin ich vielleicht kein Pendler, aber auf der anderen Seite reden wir von Pendlern, die nur die Hälfte dieser Zeit pendeln. Das sind beispielsweise die Pendler zwischen Neudörfl an der Leitha und Wiener Neustadt und so weiter, wo wir zeitmäßig von zehn Minuten sprechen.

Das fällt ebenfalls in diese Kategorie dieser Anzahl von Pendlern, die wir soeben gehört haben. Das wir die Anzahl der Pendler insgesamt gesehen reduzieren wollen, ist auch klar, dass wir Rekordbeschäftigung haben stimmt auch, dass auch in diesem Jahr, und ich gebe jetzt eine sehr gewagte Prognose ab, das Burgenland - und das zeichnet sich schon ab, wieder zu jenen Bundesländern mit dem höchsten Wirtschaftswachstum und mit der höchsten Zunahme an Beschäftigten gehören wird, ist auch so gut wie sicher.

Wir werden auch den Bildungsbereich, weil der als Voraussetzung für eine stabile und gute Wirtschaft wesentlich ist, natürlich weiter unterstützen. Mit den Unternehmen, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Was wir aber nicht haben wollen ist, dass unsere Leute arbeitslos sind, die entsprechende Qualifizierung haben und nicht auf entsprechende Arbeitsplätze vermittelt werden.

Das ist ja verantwortungslos, wenn man arbeitslos ist, ein geringes Einkommen hat und gerne arbeitet. Es ist ein Menschenrecht, dass ein Recht auf Arbeit gegeben sein muss. Deswegen ist es mir wichtig, dass es hier klare Rahmenbedingungen gibt, dass es eine bessere Bezahlung gibt, dass diese Entsenderichtlinie geändert wird und dass wir alles unternehmen, dass auch in diesen Jahren, das ist ein ganz ein wesentliches Ziel, die Arbeitslosigkeit weiter zurückgeht, die Beschäftigung ansteigt, dass die Menschen eine Beschäftigung und eine Zukunft haben.

Meine Vision ist, dass es im Burgenland Vollbeschäftigung gibt, dass wir eine Arbeitslosigkeit deutlich unter vier Prozent um etwa drei Prozent haben, dann können wir schon von Vollbeschäftigung reden. Das ist meine Motivation, in der Politik zu sein.

Alles zu unternehmen, dass die Menschen im eigenen Bundesland eine Arbeit haben. Da haben wir viel erreicht, denn in den letzten 16 Jahren waren es 20.000 neue Arbeitsplätze Netto im Land. Die Marke von 100.000 im letzten Jahr wurde erstmalig überschritten.

In diese Richtung müssen wir weiter machen, aber wir müssen verstärkt schauen, dass wir Menschen aus dem Burgenland in Beschäftigung bringen.

Da bringt es uns auch überhaupt nicht weiter, wenn die Kinderbeihilfe nach Bulgarien, nach Rumänien oder sonst irgendwo hingeht. Das sieht im Burgenland auch keiner ein, der hart arbeitet, warum das so ist, dass hunderte Millionen an Kinderbeihilfe in andere Länder bezahl werden.

Es bringt überhaupt nichts, wenn das Arbeitslosengeld in andere Länder fließt. Das ist die importierte Arbeitslosigkeit. Da hat schon der Arbeiterkammerdirektor Muhm gesagt, ausländische Beschäftigte werden arbeitslos und werden durch Ausländer ersetzt. Auch das sehen wir in der Arbeitslosenstatistik. Insofern bin ich da absolut dafür, dass dieser Antrag beschlossen wird und dass wir uns alle in den dementsprechenden Gremien einsetzen, dass es auch diesen sektoralen und temporären Schutz des Arbeitsmarktes, vor allem in jenen Bereichen gibt, wo qualifizierte Burgenländerinnen und Burgenländer zur Verfügung stehen.

Das ist unser Ziel. *(Abg. Manfred Kölly: Ihr wart doch jetzt eh alle beieinander in Wien bei einer Bouteille!)* Ich sage auch dazu, ich glaube, es wäre auch ein guter Ansatz, wenn die Sozialdemokratie im Wiener Parlament gemeinsam mit den Freiheitlichen diesen Beschluss realisieren würde. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik hat sich als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Wir haben hier einen Dringlichkeitsantrag vorliegen. Ich schließe mich dabei all jenen an, die hier kritisch kommentiert haben, warum denn dieser Antrag jetzt so plötzlich zur Dringlichkeit erhoben wird?

Weil das, was angeblich der Auslöser dafür ist, war keine gänzlich neue EU-Regelung, die uns erst vor ein oder zwei Wochen ins Haus geflattert ist, sondern ein Diskussionsentwurf, *(Abg. Robert Hergovich: Aber genau so! Genau vor drei Wochen.)* der bereits im Dezember 2016 auf dem Tisch lag. Man hätte also bereits in Vorbereitung zu dieser Landtagssitzung schon längerfristiger als zwei Tage vor Beginn einer Sitzung auf die Idee kommen können, dass man dieses Thema diskutieren will, aber gut.

Die Motive sind mir auch nicht immer klar. Ich möchte sie sehr gerne und sehr ernst nehmen. Wir haben natürlich hier Themen, die wir immer wieder diskutieren, aber wenn in einem Antrag der Sozialdemokratie eine Wortwahl, wie Sozialtourismus, verwendet wird für Menschen, die einem Erwerb nachgehen und jene Berufsfelder abdecken, in denen kaum oder wenig österreichische Arbeitskräfte zu finden sind, spricht das schon auch für sich selbst. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich hätte schon gerne eine sachliche Debatte über wirklich sehr schwierige und heikle Themen, wo man auch unterschiedlicher Meinung sein kann, wo man vielleicht

unterschiedliche Analysen anstellt und verschiedene Antworten findet. Aber Menschen, die einem Erwerb nachgehen, die in ein Nachbarland reisen, in ein Nachbarland pendeln, um dort einer Arbeit nachzugehen, um dort Beiträge zu zahlen, denen dann zuzuschreiben, sie wären Touristen und zwar Sozialtouristen, das finde ich nicht sehr gedeihlich für eine niveauvolle Debatte.

In diesem Dringlichkeitsantrag werden auch viele Dinge durcheinander geworfen. Es ist so ein bisschen ein Gemischtwarenbauchladen verschiedener Themen. Dieser Gemischtwarenbauchladen wurde jetzt in der Debatte noch einmal erweitert.

Da kam der Kollege Kölly, der noch viel mehr eingebracht hat, nämlich die gesamte Europäische Union, der Kollege Drobits hat auf Rechtswidrigkeiten hingewiesen, ein ganz schlimmer Zustand, wo in Betrieben Menschen mit einem geringeren Stundenausmaß angemeldet werden, als sie tatsächlich arbeiten. Das ist alles furchtbar schlimm, es hat nur leider mit diesem Dringlichkeitsantrag und dem Inhalt dieses Antrags überhaupt nichts zu tun. Aber, es ist natürlich gut für einen Stimmung, die man machen will.

Auch der Herr Landeshauptmann hat jetzt wieder ganz unterschiedliche Themen eingebracht. Der Mindestlohn ist ein gutes Thema, das wir diskutieren können, aber unseren Berechnungen nach wird das mit den 1.500 Euro sich auch nicht ausgehen, aber der Mindestlohn steht jetzt nicht zur Debatte.

Auch die Pendler und Pendlerinnen stehen heute nicht zur Debatte, aber ein Dringlichkeitsantrag hat offensichtlich auch die Funktion, dem Landeshauptmann wieder ein bisschen eine Bühne zu bieten, um sein Grundsatzstatement hier anzubringen. Gut, das kann auch eine Motivation sein.

Was wir heute gelernt haben, ist die Tatsache, dass für den Herrn Landeshauptmann das Bundesland Niederösterreich auch bereits als Ausland anzusehen ist. Ob das mit dem Wechsel des Kollegen im Nachbarland zu tun hat, weiß ich nicht genau. Ich möchte hier jetzt aber noch einmal deutlich machen, worum es eigentlich in diesem Antrag geht und werde keinen Rundumschlag machen auf alle möglichen Themen die wir, wenn es um die Europäische Union geht, sehr wohl diskutieren können, weil es gibt wirklich viel zu verändern und viel zu reformieren.

Da ist einmal die Frage nach den sogenannten Grenzgängern, also jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in einem EU-Mitgliedsstaat wohnen und in einem anderen EU-Mitgliedstaat arbeiten. SPÖ und FPÖ tun jetzt so, als könnte man sich in dieser Situation schnell irgendeine Sozialleistung in Österreich erhaschen und das noch dazu, weil jetzt die Europäische Union uns das einbrockt. Sie verwenden dafür auch gleich emotionalisierende Begriffe, wie eben, zum Beispiel, das Wort vom Sozialtourismus. Sie verwechseln hier touristische Tätigkeiten und Erwerbsarbeit.

Das ist so, als würden sie allen Wienpendlern und Wienpendlerinnen am Bahnhof schöne Urlaubstage wünschen und ihnen zuschreiben, sie würden in Wien keiner täglich harten Arbeit nachgehen, sondern dort als Touristen spazieren gehen. Ich bitte doch, die arbeitende Bevölkerung ernst zu nehmen und ihr nicht in erster Linie das Schielen auf irgendwelche Sozialleistungen zuzuschreiben.

Tatsache ist, *(Allgemeine Unruhe)* Tatsache ist, dass sich in Österreich der Anspruch auf Arbeitslosengeld erst nach 52 Wochen begründet. Schon bisher, nach jetziger geltender Regelung kann die Wartefrist für zugezogene EU-Bürgerinnen und EU-Bürger verkürzt werden, weil sie einen Anspruch aus einer vorhergehenden Beschäftigung mitnehmen können und Arbeitslosengeld daher rascher beantragen können.

Theoretisch, theoretisch nach der jetzt bereits gültigen Lage, bereits ab dem ersten Tag ihrer Beschäftigung in Österreich. Dies wird jetzt durch den Kommissionsvorschlag verschärft, eingeschränkt.

Das heißt, der Kommissionsvorschlag kommt eigentlich dem Anliegen von SPÖ und FPÖ entgegen und sagt, nein auch nicht unter bestimmten Umständen darf es ab dem ersten Tag sein, sondern erst nach drei Monaten. Die Wartefrist auf Leistungen wurde auf drei Monate festgelegt mindestens. Das erwähnen Sie in Ihrem Antrag natürlich nicht.

Es geht hier um Personen, die meist ihren Wohnsitz dann wechseln, wenn sie auch den Arbeitgeber wechseln. Grenzgängerinnen und Grenzgänger haben aber eine ganz andere Regelung. Das System des Herkunftslandes gilt, nicht das System des Beschäftigungslandes.

Das heißt, im Falle eines ungarischen Grenzgängers in Österreich, das jahrelange Zahlen von in Österreich hohen Beiträgen in die Arbeitslosenversicherung führt dann im eigenen Land zu schlechteren und niedrigeren Leistungen nach und aus dem ungarischen System. Das wurde auch vorher schon dargestellt, so ist das jetzt.

Österreich gewinnt zurzeit massiv Beiträge. Der Kommissionsvorschlag sieht nun zumindest nach einem Jahr, also im Prinzip der Frist die für ansässige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Grenzgängerinnen und Grenzgänger, einen Anspruch auf österreichisches Arbeitslosengeld vor.

In der Formulierung Ihres Antrages stellen Sie das anders dar. Das halte ich nicht für besonders redlich.

Ich stimme Ihnen zu, in einem Punkt stimme ich Ihnen ganz zu, nämlich dass das Burgenland in all diesen Belangen eine exponierte geografische Lage hat und damit auch mit anderen Fragen zu kämpfen hat.

Aber dennoch sind wir als Burgenland kein einzelner Staat, als Insel in anderen Staaten, sondern unser System der Arbeitslosenversicherung ist ein österreichisches System. Niemand zahlt im Burgenland in eine Versicherung für die Arbeitslose ein und bekommt aus dem Burgenland etwas heraus, das ist eine Österreichmaterie.

Die Arbeitskräfte aus dem Ausland werden auch in der Debatte immer sehr unterschiedlich dargestellt. Manchmal sind sie die Bösen, die den Österreicherinnen und Österreichern etwas wegnehmen, dann wieder, wenn es um irgendwelche Arbeitskräfte in einem beliebten Projekt geht, sind sie welche, die mit Kaufkraft ausgestattet sind und es wird in Aussendungen, auch von Kollegen der SPÖ erläutert, dass sie sehr viel ins Land hereinbringen. Also man muss sich irgendwann einmal entscheiden.

Es ist auch die Frage, wie Sie verschiedene Branchen bewerten. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich im Jahr 2014 einen Monat am Bau gearbeitet habe, da habe ich meinen Chef gefragt, der war sogar einmal FPÖ-Gemeinderat, also wirklich jeglichen Verdachts fern hier irgendwie grün angestrichen zu sein, habe ich gefragt, Chef warum habe ich fast nur ungarische Kollegen am Bau? Ich hatte zwei österreichische Kollegen.

Und er hat gesagt, es bewerben sich keine Österreicher. Ich würde ja gerne welche anstellen. Also so einfach zu sagen, ja und da ging es noch nicht einmal um einen Niedriglohnsektor, weil ich habe dort als Hilfsarbeiterin besser verdient als in manchen Monaten als Akademikerin.

Also sogar was die Branchen anbelangt, tut man sich halt sehr leicht, wenn man einfach nur sagt, jede, jeder Ungar, jede Ungarin oder Slowake oder wer auch immer aus

dem benachbarten Ausland zu uns kommt, nimmt einen Arbeitsplatz weg. Das wissen wir, wie sehr, ob es jetzt im Gastronomiebereich ist oder in der Landwirtschaft, da habe ich auch nur fast ungarische Kollegen gehabt, wie schwer es Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen fällt auch dann österreichische Arbeitskräfte zu finden.

Hier einfach nur alle in einen Topf zu hauen wird der sachlichen Diskussion, glaube ich, nicht genügen.

Also jetzt eben zur Sache dieses Antrags. Entgegen Ihrer verkürzten Darstellung und Panikmache begründet jahrelanges vorheriges Arbeiten in Ungarn und dann rasches arbeitslos werden in Österreich, so wie Sie es hier im Stil der Debatte immer wieder unterstellen, keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld in Österreich, auch nicht nach drei Monaten wie bei zugezogenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Grenzgänger fallen jedenfalls erst nach 12 Monaten ins österreichische System. Erst dann werden, und der GRÜNEN Rechtsmeinung nach, im Fall der Arbeitslosigkeit für die Berechnung der Dauer des Anspruchs etwa in Ungarn einbezahlte Jahre angerechnet.

Die Höhe des Arbeitslosengeldes ist ja davon beeinflusst, wie lange man wo gearbeitet hat und sie richtet sich nicht nur nach dem letztbezogenen Bruttogehalt. Also wichtig ist, Grenzgänger und Grenzgängerinnen und zugezogene EU-Arbeitnehmer und EU-Arbeitnehmerinnen dürfen nicht vermischt oder verwechselt werden, sonst kann man nicht ernsthaft diskutieren.

Worum geht es noch? Es geht etwa um folgende Frage und das ist, glaube ich, sozusagen der Knackpunkt, wo es einfach hier unterschiedliche Meinungen gibt, Zugänge gibt. Sollen Menschen, die hier arbeiten und hier Steuern zahlen und hier Beiträge zahlen auch hier Leistungen beziehen oder sollen sie keine Leistungen hier erhalten?

Sollen Österreicher und Österreicherinnen, die in einem anderen EU-Land arbeiten und dort Steuern zahlen und dort Beiträge entrichten auch dort Leistungen beziehen? Oder soll man in einem Land etwas einzahlen und in einem anderen Land etwas ausbezahlt bekommen? Das sind die beiden unterschiedlichen Wege.

Sie sagen, wer in Österreich etwas einzahlt in die Arbeitslosenversicherung, aber ungarischer Staatsbürger ist oder dort wohnt, soll in Ungarn Arbeitslosenversicherung auch ausbezahlt bekommen.

Das andere Modell ist, dort wo man in ein System einzahlt, dort bekommt man auch etwas aus dem System heraus. Was nun innerhalb der EU gilt für alle Bürger und Bürgerinnen der Mitgliedstaaten, Ansprüche die in einem Land erworben wurden, dürfen mitgenommen werden.

Im Gesundheitsbereich gibt es bereits in speziellen Fällen einen Ausgleich zwischen Staaten, wenn etwa Kosten für eine Operation eine derartige Höhe erreichen, dass es hier zwischenstaatliche Vereinbarungen gibt.

Wenn also die Auffassung herrscht, dass dies nicht ganz fair sein kann, weil Sozialstandards und Lebensstandards in unterschiedlichen Staaten, leider noch sage ich dazu, ungleich sind, dann wäre doch die logische Antwort einer kooperativen gemeinsam handelnden EU, wenn man sie will. Da haben wir ein bisschen unterschiedliche Zugänge, aber wenn man eine kooperative EU will, dann wäre doch die logische Forderung ein europäischer Finanzausgleich.

Aber immer nur fordern und sagen, wir in Österreich wollen, dass das alles zu unseren Gunsten geht und die anderen wollen wir draußen lassen, das wird halt, außer wenn man schnell auf Wählerstimmen schielt, nicht ganz aufgehen.

Auch was die Familienbeilhilfe betrifft, muss man ganz ehrlich sein. Es geht darum, dass in ein System eingezahlt wird und aus diesem System etwas ausgezahlt wird. Bei der Familienbeihilfe zahlen ja nicht die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sondern die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen in den Familienlastenausgleichsfonds ein.

SPÖ, ÖVP, FPÖ und die LBL finden, dass Menschen, für die ihr Dienstgeber etwas einzahlt, aber deren Kinder nicht hier leben, weniger von dem herausbekommen sollen, was ihr Arbeitgeber einzahlt, *(Abg. Robert Hergovich: Natürlich.)* als jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deren Kinder auch hier leben. *(Abg. Robert Hergovich: Weil sie ja nicht da leben.)*

Korrekt dargestellt, okay, ja. *(Abg. Robert Hergovich: Die leben ja nicht da. Wenn sie nicht da leben, warum sollen sie das kriegen?)* Ist das richtig, ja, ist es logisch, *(Abg. Robert Hergovich: Die leben nicht da.)* nein, weil es ist die Konstruktion einer Neiddebatte am Rücken der betroffenen Kinder.

Und es geht ja auch nicht nur um burgenländische Leistungen, das ist eine Bundesangelegenheit. Tun wir doch bitte nicht so, als würden wir im Burgenland in irgendwelche Familienleistungstöpfe einzahlen und das Burgenland hat dann das Problem, dass man es unterschiedlich auszahlt.

Was Sie nämlich fordern, das betrifft auch jene 26.000 Familien mit ihren 35.000 Kindern, die in Oberösterreich, in Tirol, in Salzburg, in Vorarlberg leben und in Deutschland, der Schweiz und in Liechtenstein arbeiten. Die betrifft das auf der anderen Seite ganz genauso*. (Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja gar nicht.)*

Die Welt ist dann doch ein wenig größer als das Burgenland und Ihre Forderungen betreffen weit mehr Menschen, als die Wählerstimmen auf die Sie gerade schielen.

Ihre Forderung würde auch Eltern betreffen, deren Kinder gerade auf Auslandssemester sind. Nach Ihrer Logik hätte ich zum Beispiel, während einer meiner Töchter in Finnland studiert hat, in diesen Monaten mehr Kinderbeihilfe bekommen müssen, weil ja in Finnland die Lebenserhaltungskosten wesentlich höher sind. Oder während eine andere Tochter in London war, hätte ich Ihrer Logik nach, mehr Familienleistung bekommen sollen, weil dort die Lebenserhaltungskosten höher sind. *(Abg. Doris Prohaska: So ist es ja jetzt.- Abg. Robert Hergovich: Genauso ist es.)*

Also so ist es jetzt eben nicht, nein. *(Abg. Robert Hergovich: Ganz genau so, wie Sie das jetzt beschreiben ist es.)* Was kommt als Nächstes? Indexierung der Familienbeihilfe nach Bundesländern, weil in Vorarlberg die Lebenshaltungskosten höher sind als im Burgenland? Also in sich ist das aus meiner Sicht nicht wirklich logisch, sondern, wie gesagt, es evoziert einfach eine Neiddebatte.

Österreich hat übrigens mit der Abschaffung der Familienbeihilfe für Kinder, die in Drittstaaten leben, ohnedies bereits die höchste in der EU denkbare Rigiditätsgrenze erreicht.

Ich würde mir wünschen, dass wir hier mehr durchdachte Vorschläge zur Debatte vorgelegt bekommen. Was Sie nämlich offensichtlich auch nicht bedacht haben ist, der mit Ihrer Forderung verbundene enorme administrative Aufwand und die Rechtsunsicherheit für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der Herr Präsident Illedits ist jetzt gerade nicht da, ist bei seinen Brüssel-Terminen sicher auch mit diesen Diskussionen konfrontiert. Ihm müssten die Auswirkungen wenigstens bewusst sein.

Also zusammengefasst, gleiche Beiträge müssen unserer Meinung nach zu gleichen Leistungen führen. Jede andere Regelung widerspricht dem Gedanken des gemeinsamen Europas und der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit. Wir haben hier im Saal tatsächlich ein unterschiedliches Verständnis von dem was hier kooperative Europäische Union sein soll.

Es gibt hier noch vieles, was anders laufen sollte, was nachzubessern ist, aber wenn wir Regelungen anstreben, die ein Auseinandertriften der Staaten fördern, dann ist es nicht in einem Sinne einer gemeinsamen EU, in der es vielen Menschen besser gehen kann. Die Frage der Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein Grundrecht in der EU. Der Grundsatz von Gleichbehandlung von EU-Bürgerinnen und EU-Bürger am Arbeitsmarkt ist umzusetzen. Dazu haben wir ja heute sogar unter Tagesordnungspunkt zwei im Rahmen der Landarbeitsverordnung bereits ein Gesetz beschlossen, das ausdrücklich ein Benachteiligungsverbot beinhaltet. Einstimmig.

Und zugleich bringen Sie einen Antrag ein, der sich gegen das richtet und Benachteiligungen erst erzeugen soll.

Bestehende Arbeitsmarktprobleme dürfen nicht dazu führen, dass Grundrechte der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger eingeschränkt und soziale Errungenschaften abgebaut werden. Ich bitte Sie, beenden Sie diese Neiddebatte.

Sorgen wir für die soziale Sicherheit der Europäerinnen und Europäer und eine Europäische Sozialunion mit hohen Standards für alle. Das schulden wir vor allem unserer Jugend, die genau davon profitiert. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön, Frau Präsidentin. Ich wollte mich eigentlich gar nicht zu Wort melden, aber nachdem es der Landeshauptmann immer wieder schafft, das herauszufordern, weil er dann irgendwelche Halb- und Unwahrheiten sagt, muss ich das schon tun.

Irgendwie habe ich das Gefühl, er hat irgendwie so eine Eisenstadt-Allergie. Immer wenn es um Eisenstadt geht, da wird er unrund und dann glaubt er, er muss da irgendwie ganz besonders lustig sein. Er könnte zu einem unserer guten Apotheker gehen, zum Robert Münz oder so, da gibt es Salben und Globuli, vielleicht hilft ihm das ein bisschen.

Aber das Bussystem, das er angesprochen hat, freut mich natürlich einerseits weil das das größte Erfolgsprojekt in der Mobilität in den Kommunen im Burgenland ist. 1.000 Fahrgäste tagtäglich, das ist wirklich toll. Da kann man wirklich allen gratulieren, die mitgetan haben.

Ich möchte nur ganz kurz korrigieren, es geht hier nicht um 400.000 Euro, sondern um etwa drei Millionen Euro. Das ist ja natürlich nicht auf ein Jahr angelegt und nachdem das so eine Summe ist, müssen wir das natürlich ausschreiben, ist auch ganz klar. Bei so billigen polnischen Handtüchern kann man das ja ohne Ausschreibung machen*, (Heiterkeit bei der ÖVP)* aber bei solchen Summen muss man ausschreiben.

Wir haben uns da einer renommierten Anwaltskanzlei bedient, weil der Werner Dax gerade da oben auf der Tribüne sitzt, Dax und Partner, der Vater des Landesparteisekretärs der SPÖ*. (Abg. Mag. Franz Steindl: Ach so.)* Ich hoffe und ich bin überzeugt, dass uns diese Kanzlei richtig und gut beraten hat.

Und ich glaube, dass die Entscheidung auch richtig war, denn sonst wäre es ja nicht möglich, dass alle im Gemeinderat zugestimmt hätten, die Kollegin Petrik, der Kollege Molnar, der Kollege Kovacs, und einstimmig beschlossen wurde.

Daher muss man da schon ein bisschen aufpassen und darf nicht Äpfel mit Birnen verwechseln. Handtücher aus Polen zu kaufen und ein Mobilitätskonzept in einer Stadt durchzuführen, das sind halt zwei Paar Schuhe. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte an sich nicht zu diesem Tagesordnungspunkt, zu dieser Dringlichen reden, aber gewisse Wortmeldungen provozieren quasi auch mein Wort dazu, weil es so nicht sein kann, dass wir die Darstellungen, die zum Teil jetzt auch von der Regierungsbank erfolgt sind, so im Raum stehen lassen, weil sie so keine Gültigkeit haben können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme als Erstes nicht jetzt auf das sogenannte Geschenk zurück, sondern auf den Reflex bezogen auf die Firma Vossen in Jennersdorf.

Es mag gewesen sein, dass der Einsatz auch von Landesmitteln diese Situation, die quasi vor dem Konkursverfahren oder im Konkursverfahren gerettet hat und dass der Herr Hieronymus Lehner dafür dankbar ist.

Nur so wie es dargestellt wurde, so funktioniert Wirtschaft nicht. Nämlich, Vossen produziert keine Tausende von Handtüchern oder anders Stoffdinger, um sie im Burgenland verkaufen zu können, sondern alles was produziert wird, geht über die burgenländischen Landesgrenzen zum größten Teil hinaus.

Das war ja auch ein Argument und ist noch heute ein schlagendes Argument, weshalb wir als Österreich und zusätzlich das Burgenland als Bundesland in diesem föderalen Gebilde ein integrierender Bestandteil der EU sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das war eine Grundlage der Entscheidung. Und wenn Wirtschaft alleine dahingehend funktionieren würde, dass sie an den Landesgrenzen Halt macht, dann hätten wir einen fatalen Fehler begangen, nämlich mit dem Beitritt zur EU.

Aber es war gerade diese Steigerungsmöglichkeit, diese Exportmöglichkeit, gerade diese Vielfalt an Produktivität, die wir heute uns rühmen, dass wir sie haben, nämlich durch den Beitritt der EU, durch die Vielzahl der Fördergelder, die wir aus den europäischen Mitteln erlangt haben.

In der Ankurbelung der burgenländischen Wirtschaft, dass sie quasi über die Landesgrenzen hinaus die besten Möglichkeiten in Bezug auf die Produktivität hat und dass der Exportanteil, der ja auch immer wieder dann rühmend hervorgehoben wird, innerhalb der letzten zehn Jahre exorbitant gestiegen ist.

Wenn Wirtschaft unter dem sogenannten Mantra nur aufs Burgenland funktionieren würde, dann hätten wir weder eine Steigerung in Bezug auf das Wirtschaftswachstum, dann hätten wir weder eine Steigerung in Bezug auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir hätten keine Produktivitätssteigerung, keine Kaufkraftsteigerungen, sondern würden noch immer vor dem Eisernen Vorhang im Grunde genommen darben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Grund der Diskussion, die wir heute über den burgenländischen Arbeitsmarkt und über die Gegebenheiten führen, was ist der Unterschied zwischen der neuen amerikanischen Administration, sprich Donald von Trump, im Verhältnis auf Mexiko und Amerika und dem Burgenland unter Hans Niessl und dem Burgenland und Ungarn? *(Heiterkeit bei der ÖVP)*

Na, es gibt schon einen gravierenden Unterschied, das dürfen wir nicht vergessen, bezogen auf die Wirtschaft und auf andere Gegebenheiten, die bestand haben. Donald Trump will eine hohe Mauer, einen hohen Zaun gegenüber Mexiko bauen, weil, die dürfen quasi nicht rüber.

Wir wollen auch grundsätzlich eine Mauer, wir haben Grenzkontrollen und was wir im Grunde genommen aber durchaus befürworten, sind Schlupflöcher. Wir wollen Schlupflöcher für den Tourismus, für die Beschäftigten, die in besonderen Sparten aktiv sind, wir wollen Schlupflöcher für Wirtschaftstreibende, die aus anderen Ländern ins Burgenland kommen.

Und wir wollen Schlupflöcher für Burgenländerinnen und Burgenländer, die über das Burgenland hinaus, entweder schon in Ungarn, in Rumänien oder in anderen Ländern arbeiten, aber im speziellen gegenüber dem Westen zum Beispiel in Deutschland oder anderen Ländern.

Es ist in dieser Diskussion kein einziges Mal gefallen, dass die Entsenderichtlinie keine Einbahnstraße ist, sondern dass Österreich über die Entsenderichtlinie seit Jahren ins Ausland, sprich nach Deutschland, England und andere europäische Mitgliedsländer Leute entsendet, die nach den Gegebenheiten dieser Entsenderichtlinie in den ausländischen Destinationen für österreichische Betriebe arbeiten.

Da ist es dann wieder nicht nur opportun, sondern da geht es quasi um die Darstellung von Inhalten, die meiner Ansicht nach absolut nicht richtig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist über den Arbeitsmarkt, die burgenländischen Verhältnisse verschiedenes gesagt worden. Was im Grunde genommen aber heute den ganzen Tag nicht dargestellt wurde, ist die Jahresbilanz auf den Arbeitsmarkt 2016.

Und bei dieser Darstellung - wenn sich das jemand zu Gemüte führt - ist eindeutig eine Festhaltung zu machen - von Oberösterreich über Niederösterreich über Wien bis in unser Bundesland, gibt es übers Jahr gerechnet von Arbeitslosen plus Schulungsteilnehmern eine Steigerung. Sie ist auf das Burgenland auf das Jahr gerechnet 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Jetzt mag man das quasi als auch einen Erfolg kennzeichnen, weil es andere Bundesländer gibt, wo sie nicht so hoch gestiegen ist. Mir - und das habe ich schon etliche Male betont - und ich nehme an, auch jedem Einzelnen hier im Landtag und auch auf der Regierungsbank tut jeder Einzelne Leid, dem quasi verwehrt wird oder der keine Chance hat auf dem Arbeitsmarkt.

Daher gilt es, und das hat der Landeshauptmann auch betont, mit der sogenannten Vision "ich möchte Vollbeschäftigung im Burgenland", mit der Einschränkung vier Prozent sind schon quasi Vollbeschäftigung, es schließt sich niemand aus, dass das der Fall ist, dieses Burgenland verdient es, aber immer mit dem Zusatz "durch die Inanspruchnahme von europäischen Mitteln, gerade auf dem Arbeitsmarkt, durch die Unterstützung des Bundes und des Landes, die Möglichkeiten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechend umzusetzen und sie in Beschäftigung zu bringen.“

Wir können uns rühmen, dass wir jetzt Steigerungen innerhalb der letzten Jahre, zwei Jahrzehnte haben, bezogen auf die europäische Mitgliedschaft, wo wir Zuwächse im gesamten Jahr bezogen haben auf dem Arbeitsmarkt beziehungsweise in Beschäftigung und das entsprechend ausleben können, ohne dass wir uns deswegen genieren müssen.

Wir müssen aber gleichzeitig betonen, und es ist von meinen Vorrednern gesagt worden, wir haben Zuwächse im Pendlerbereich in andere Bundesländer.

Wenn die Diskussion dann dahingehend läuft, dass ein Unternehmen aus Wr. Neustadt im Burgenland den Stadtverkehr führt, wenn das schon quasi eine Katastrophe ist, ja dann ist wirklich nichts mehr zwischen FPÖ und SPÖ, zwischen den beiden Parteien als Einheitspartei, hinzuzufügen und auch nicht dazwischen zu führen. Dann sind sie eine Einheit und das haben sie heute auch bewiesen mit der Schlussformulierung, die heute stattgefunden hat. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und den GRÜNEN)*

Meine Damen und Herren, wir sollten eines zur Kenntnis nehmen, was außerordentlich wichtig ist in der Diskussion um den Arbeitsmarkt und um die Beschäftigungspolitik, wir haben, wenn sich das jemand zu Gemüte führen möchte, eine Einkommensentwicklung in der Festhaltung von 1998 bis 2015.

Und bei dieser statistischen Erhebung stellt sich eines heraus, dass alle politischen Versprechungen im Grunde genommen im Sand verlaufen sind und dass die Einkommenssituation auf die Beschäftigungsgruppen im Burgenland innerhalb der letzten Jahre von 1998 bis 2015 im Durchschnitt gesunken ist und zwar jetzt eklatant für die Parteien in der Darstellung, die ich vorher geboten habe.

Bei den Arbeitern gibt es auf diesen Jahreszyklus 1998 bis 2015 ein Minus von 13 Prozent was die Einkommenssituation anlangt, bei den Angestellten können wir gesamt gesehen im Durchschnitt zwei Prozent Plus festhalten, bei den Beamten, der leidigsten Gruppe im Sinne von Bedauern, Plus 26 Prozent.

Tatsache ist, und jetzt komme ich auf den Umkehrschluss, die niedrigsten 10 Prozent-Einkommen von 1998 bis 2015 haben von 2.761 Euro auf 2.472 Euro zurückgenommen, sind runter gefallen. Wir diskutieren quasi eine Art von Neidsituation, eine Art von Diskussion über Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir haben es verabsäumt, entsprechende Voraussetzungen im Lohnbereich festzuhalten, dort umzusetzen und daher kann ich mich dem nur anschließen, wo es geheißen hat, es gehört bei den Lohnnebenkosten ein Anreiz gesetzt, dass diese Gegebenheiten so nicht ausgeführt werden.

Weil in der Regel, wir werden es über den Neidkomplex und über politische Sager, die nur etwas im Sinne haben, nämlich den anderen zu diskreditieren, dem quasi seinen Ansatz leid zu machen, das werden wir nicht schaffen, dass damit der burgenländische Arbeitsmarkt entsprechend gerettet wird.

Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeitsmarktchefin Sengstbratl ist ein Liebkind der Sozialdemokratie in Bezug auf Diskussionen, wo es um gewisse Voraussetzungen geht, die quasi nur von ihr nicht erfüllt werden. Ich bin der Letzte, der sie hier schützen möchte, aber eines lassen Sie mich schon feststellen:

Die Frau Sengstbratl kann im Grunde genommen vieles, aber sie ist keine Zauberin und sie kann auch durch den Einsatz der größten Mitteln es nicht schaffen, dass sie die Latte auf die 450 Arbeitskräfte aus Burgenländerinnen und Burgenländern zusammenbringt.

Weil eine grundsätzliche Entscheidung ist und die werden Ihnen jede Unternehmerin und jeder Unternehmer in Parndorf, ob es jetzt Lutz oder Shopping-Center-Outlet-Betrieb ist, sagen: Die Grundvoraussetzung auf einen Betriebsstandort, wo ich im Verkauf bin, ist natürlich auch eine Samstagarbeit, eine grundsätzliche Entscheidung.

Und zum Zweiten: Eine wirkliche Entscheidung ist auch, dass ich gewisse Sprachkenntnis vorweisen muss. Und wo ist jetzt das Manko anzuwenden? Natürlich nicht jetzt auf den Arbeitsmarkt insgesamt, sondern das ist eine Bildungsvoraussetzung.

Und die grundsätzliche Entscheidung auf alles, was den Arbeitsmarkt anlangt ist Bildung. Und daher sollten alle Anstrengungen in diese Richtung auch gesetzt werden, *(Abg. Ingrid Salamon: Weiterbildung.)* dass sie dort auch entsprechend fruchten und die Möglichkeiten bieten, das zu gewährleisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben eine Diskussion, die heute den Punkt erreicht hat, wo man davon ausgehen muss, wir sind auf dem besten Weg, uns 100prozentig abzuschotten. Wir wollen zwar immer wieder die Vorteile von anderer Seite nutznießen, wir wollen immer noch partizipieren an den Gegebenheiten europäischer Hilfsmittel und so weiter.

Wenn es dann darum geht, dass ein Beschäftigter aus einem Nachbarland bei uns einer Arbeit nachgeht, bin ich nur auf einen Ansatz neugierig, wie sollte eine Vermittlungseinrichtung es schaffen, einem Privaten vorzuschreiben, welche Arbeitskraft er auswählt?

Auf diese Diskussion wäre ich neugierig. Dankeschön! *(Beifall bei der ÖVP, LBL und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident, um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Demokratie, parlamentarische Demokratie lebt von Rede und Gegenrede. Als der Herr Landeshauptmann sich zu Wort gemeldet hat und zur Entsenderichtlinie gesprochen hat, habe ich mit mir selbst gerungen, aber ich muss mich hier zu Wort melden, weil Dinge hier ganz einfach richtig gestellt werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ein Land wie das Burgenland im Export, nicht nur Österreich, im Export Geld verdient, wenn wir insgesamt kein Außenhandelsdefizit sondern einen Überschuss haben und wir reden von Entsenderichtlinien, dann trifft das alle österreichischen Unternehmer, die im Ausland ihre Dienstleistungen anbieten.

Und wenn ich im Burgenland frage, wenn ich an der sogenannten Wohlstandskante, sage ich jetzt, zwischen Burgenland, Slowakei und Ungarn bin und ich frage Unternehmer im Burgenland, wem nützen Entsenderichtlinien, dann muss die Antwort klar sein - allen burgenländischen Unternehmern! Warum?

Weil einer, der Dienstleistungen von jenseits der Grenze aus Mosonmagyarovar, aus Bratislava oder aus Györ hier im Burgenland anbietet, aufgrund dieser *Entsenderichtlinien (Abg. Robert Hergovich: Rudi, rede mit den Unternehmern, die sagen Dir gerade das Gegenteil.)* österreichische Löhne bezahlen muss. Das *(Abg. Robert Hergovich: Rede einmal mit den Unternehmern, was die sagen.)* sagt die Entsenderichtlinie.

Das wissen Sie ja am besten! *(Abg. Robert Hergovich: Bist du narrisch – Ihr ward einmal eine Wirtschaftspartei.)* Sie wissen es ja am besten, das sagt die Entsenderichtlinie!

Das heißt, wir haben diese Entsenderichtlinie, die von der EU beschlossen, (*Abg. Robert Hergovich: Das erzähle ihnen. Erzähle ihnen das.)* ja, deshalb zum Schutz des eigenen Arbeitsmarktes. Und daher ist es gut, dass wir diese Entsenderichtlinien haben.

Die vier Grundfreiheiten können wir nicht außer Kraft setzen, Personenfreiheit in der EU, die Warenfreiheit, die Freiheit des Kapitals und auch die Dienstleistungen. Bei der Dienstleistung reden wir immer von zwei Diensten, von der Dienstleistung und von der Niederlassungsfreiheit.

Jeder, der in der EU ein Produkt auf den Markt bringt, darf das in seiner Heimat entsprechend den rechtlichen Bestimmungen, in der gesamten EU. Hier bedarf es eines gewissen Schutzes und dieser Entsenderichtlinie, im Übrigen müsste das nur Stöger auf den EU-Ebene entsprechend verhandeln, Kurz hat gezeigt, wie es geht. *(Abg. Robert Hergovich: Wo? – Unruhe bei der SPÖ)*

Gegen alle anderen in der EU hat er gesagt, wir wollen nicht, dass mit der Türkei weiter verhandelt wird. Der hat den Mut gehabt, dort aufzustehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sagen Sie das Ihrem Sozialminister, der soll diesen Mut dort in Brüssel draußen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei aller Liebe. *(Abg. Christian Illedits: Wir haben da Anträge eingebracht, gegen die Türkei, Ihr ward dagegen. – Allgemeine Unruhe.)*

Sengstbratl - ich bin nicht der Verteidiger der Frau Sengstbratl, die Frau Sengstbratl kann das sicher als Person selbst gut genug. Aber wenn sie 450 Arbeitsplätze in Parndorf, na ja, wer stellt denn jemanden an, die Frau Sengstbratl oder freie Unternehmer? Wer ist denn tagtäglich mit dem Herrn Geschäftsführer Schwann in den regionalen Medien abgebildet, Sie, ich oder der Herr Landeshauptmann? Na, was brauchen wir da noch reden, um Gottes Willen, bei aller Liebe.

Dann kann man solche Dinge tun, der Kollege Steier hat die Sache auf den Punkt gebracht, die werden Menschen dort einen Job geben, die bereit sind, am Samstag zu arbeiten und die die Sprache können. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau um das geht es.)* Tun wir das Outlet Center nicht verherrlichen. 1.500 Menschen arbeiten dort, *(Abg. Christian Illedits: Die nicht qualifiziert waren!)* finden dort eine Arbeit vor Ort, finden dort eine Möglichkeit einem Broterwerb nachzugehen und es werden noch mehr werden.

Wertschöpfung muss man schon ein bisschen hinterfragen. Wenn Sie schauen, welche Personengruppen hierherkommen und durchgeschleust werden. Wenn ich mir eine japanische Familie oder eine chinesische Familie anschaue, die jahrelang sparen auf eine Europareise und da ist ein Tag Österreich dabei. Und der schaut so aus, sie landen in Bratislava, schlafen in Bratislava, eine Busreise, der kann acht Stunden, maximal zehn Stunden fahren, durch Österreich durch, Parndorf, Hallstatt, Salzburg. Nächster Halt ist in Neuschwanstein, König Ludwig.

Tax refund, das heißt, ein ausländischer Unternehmer, im Ausland wird genächtigt, die Mehrwertsteuer geht retour. Da müssen wir schon ein bisschen aufpassen wo die Wertschöpfung ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da lobe ich mir die burgenländischen Unternehmer die hier vor Ort die Arbeitsplätze sichern und die auch in diesen österreichischen Sozialtopf Steuern und auch Umsatzsteuern einzahlen.

Auch das muss man bedenken, wenn man solche Dinge sagt. *(Abg. Christian Illedits: Na wenn er einkauft, sichert er Arbeitsplätze!)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe mit dem Landeshauptmann konform wenn er sagt, von Parndorf oder von Neudorf pendle ich 20 Minuten zum Flughafen. 20.000 Menschen arbeiten am Flughafen. Davon 4.000 bis 5.000 Burgenländer.

Die fahren tagtäglich die Ostautobahn A4 oder die B10. Wenn sie sicherer sein wollen, fahren sie die B10. Wenn sie einen Stau riskieren, fahren sie die Ostautobahn. Eine öffentliche Verkehrsverbindung, eine Zugverbindung vom Flughafen über Bruck an der Leitha - Parndorf - Neusiedl am See, fixfertig paktiert gemeinsam mit dem Unternehmen, mit der ÖBB.

Den Hauptbahnhof, den Frachtenbahnhof und die Ostspange vom Flughafen nach Parndorf. Zwei Dinge sind gebaut worden. Der Hauptbahnhof und der Frachtenbahnhof. Das dritte Projekt sistiert. Der Minister Leichtfried sagt, bis jetzt war der Westen dran. Jetzt ist der Süden dran. Na wann ist denn der Osten einmal dran? Wissen Sie, da muss man ein bisschen aufpassen. Wir könnten in 32 Minuten von Neusiedl am See mit dem Zug zum Flughafen fahren.

Sie können von Salzburg, von Linz, von Wien mit dem Intercity bis zum Flughafen fahren, aber von Neusiedl am See nicht. Der Bahnhof Parndorf ist für den Bezirk Neusiedl am See der wichtigste Bahnhof. Ich bin froh, dass der Bahnhof Neusiedl am See und Bruck an der Leitha ausgebaut wurde. Aber Parndorf 2025 erst ausbauen zu wollen, keine WC-Anlagen, Wind und Wetter ausgesetzt. Noch dazu hat dort jetzt ein Frauenkirchner Unternehmen ein Windparkunternehmen, das Verwaltungszentrum, dorthin gebaut.

Wo das Land optioniert hat. Die Option abgelaufen. Der kauft das sofort. Dort hätten wir die Spange Parndorf hinlegen können. Dort brauchen wir Platz für die überfüllte Park & Ride-Anlage. Nein, es baut dort ein Unternehmen hin. Wissen Sie, das sind Dinge, die mir als Mandatar des Bezirkes Neusiedl am See nicht gefallen. *(Beifall bei den GRÜNEN)* Wenn hier heute solche Dinge gesagt werden, dann muss ich hier eingreifen. Mir war es wichtig, das hier im Landtag zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Ich lasse daher, Entschuldigung. Entschuldigung, Herr Landesrat, das habe ich nicht gesehen. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, ich möchte nicht verlängern. Ich möchte nur ganz kurz zur Versachlichung beitragen.

Herr Abgeordneter Strommer, Sie wissen schon, was die Entsenderichtlinie ist? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja!)* Durch die Richtlinie soll gewährleistet werden, dass in den Mitgliedsstaaten nicht über einen längeren Zeitraum Arbeitnehmer tätig sind, deren Arbeitsverhältnisse nicht dem Recht dieses Mitgliedstaates unterworfen sind. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Richtig!)*

Was hat das jetzt bitte mit österreichischen Arbeitnehmern zu tun die beispielsweise nach Deutschland gehen? Ist das eine Schlechterstellung? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein, denn viele österreichische Firmen sind von Deutschland abhängig, die gibt es nämlich genauso.)* Eben. Ja, Ja.

Aber das Problem, das Problem in Österreich, und das ist das Problem des Burgenlandes, beziehungsweise der Abgeordneten des Burgenländischen Landtages,

dass es durch diese Entsenderichtlinien ein Problem in Österreich gibt, in dem hier durch diese Anwendung dieser Richtlinie es nicht gewährleistet ist, dass die gleichen Regelungen hier auch zum Tragen kommen. Insofern würde ich schon um eine sachliche Diskussion bitten.

Grundsätzlich geht es ja auch um etwas anderes. Ich möchte nur jetzt, zuständig für den Arbeitsmarkt, erstens die Worte des Herrn Landeshauptmannes *(Abg. Mag. Johann Richter: unterstreichen!)* unterstreichen. Richtig, danke Herr Kollege, das ist klar, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was denn sonst?)* und Sie bitten, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

Im Übrigen komme ich noch einmal zu dem, was wir heute Vormittag schon diskutiert haben. Das ist ein wichtiges Thema. Wir sehen ja alle, dass das eine durchaus nicht nur sehr interessante Frage ist, sondern auch eine Frage, die aus meiner Sicht ganz an der Spitze der Politik insgesamt zu stehen hat, nämlich der Arbeitsmarktpolitik.

Die Zielrichtung des jetzigen Bundeskanzlers, ich muss es noch einmal erwähnen, mit dem Plan A geht genau in diese Richtung, dass man diese Entsenderichtlinie überdenkt und man die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt überdenkt. Damit wir das Burgenland schützen und nicht schwächen, sondern ganz im Gegenteil. Ich würde sogar meinen, der Plan A ist ein Plan der das Burgenland zu 99 Prozent unterstützt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Aber jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor und ich lasse daher über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schutz des Burgenländischen Arbeitsmarktes vor verschärftem Verdrängungsdruck durch steigenden Sozialtourismus abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Schutz des Burgenländischen Arbeitsmarktes vor verschärftem Verdrängungsdruck durch steigenden Sozialtourismus ist somit mehrheitlich angenommen.

Dringliche Anfrage der Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Burgenländisches Jagdgesetz (Zahl 21 - 536) (Beilage 762)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Es erfolgt nun die Verhandlung der dringlichen Anfrage der Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Burgenländisches Jagdgesetz, Zahl 21 - 536, Beilage 762. Ich erteile hierzu Landtagsabgeordneten Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA das Wort zur Begründung.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landesrätin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Dringlichkeit der heutigen Anfrage an das Regierungsmitglied ist sehr simpel zu begründen, denn sie liegt auf der Hand. Viele Interessensvertretungen, viele Einzelmeinungen, Juristen, Nichtjuristen und Betroffene sind der Auffassung, dass das was gestern digital und heute in Papierform eingelaufen ist, und damit der Entwurf der Burgenländischen Landesregierung eines Jagdgesetzes ist, verfassungsrechtlich mehr als bedenklich ist.

Ich glaube, dass es ein Recht der Abgeordneten ist, hier heute vom zuständigen Regierungsmitglied, das ja federführend dieses Werk heute vorlegt, Rede und Antwort zu

verlangen. Denn verfassungsrechtliche Bedenken sind wohl das schlimmste Gütesiegel das ein künftiges Gesetz erhalten kann. Denn das bedeutet, dass es gegen all das widerspricht, worauf unsere Verfassung, unser Staat, unser Gemeinwesen aufbaut.

Ich möchte das ganz konkret beim Namen nennen. Ich glaube, dass Grund und Boden, Eigentum, Privatautonomie nur vier Wörter sind, die aber in unserer Gesellschaft massiven Niederhall finden und massiv wichtig sind, dass wir sie schützen. Da geht es nicht um Einzelinteressen, sondern um Gesamtinteressen. Wenn wir heute beginnen in einer Bevölkerungsgruppe, in einer Berufsgruppe Eingriffe vorzunehmen, dann stellt sich für mich schlichtweg die Frage, wer ist die nächste Gruppe? Wer wird als Nächstes von derartigen Gesetzesänderungen betroffen sein?

Aber bevor ich das im Detail mit meiner Anfrage tue, möchte ich noch ganz kurz auf die Entstehung dieses Gesetzes hinweisen. Ich habe einen Brief bekommen als Klubobmann mich zu äußern, welche Ideen und Vorschläge ich habe, ein Jagdgesetz zu ändern. Dieser Brief hat die Unterschrift der Frau Landesrätin Dunst getragen. Ich habe geantwortet.

Da die Anfrage sehr offen und ergebnisneutral war, habe ich nur genauso offen und ergebnisneutral antworten können, denn mir war nicht bekannt, dass es Unmengen von Streitigkeiten gibt, dass es ganz große Zerwürfnisse innerhalb der Jägerschaft, innerhalb der Bauernschaft, innerhalb der Naturschützer oder der Grundbesitzer gegeben hat, die eine massive Änderung des Jagdgesetzes erforderlich machen.

Ich habe solche Stimmen nicht gehört und ich muss auch ganz offen sagen, bis heute kenne ich nur wenige Einzelfälle, wo es wirklich zu massiven Konflikten gekommen ist. Deshalb habe ich geantwortet:

Aus Sicht der ÖVP wäre die Eigenverantwortung des Landesjagdverbandes, eine Reduzierung der bürokratischen Aufwendungen an den Bezirkshauptmannschaften vorzunehmen. Mehr Eigenverantwortung für die einzelnen Betroffenen, weniger Bürokratie, weniger Einmischung durch die Politik auf der anderen Seite.

Danach habe ich monatelang nichts gehört, außer dass vor den Türen und Toren des Landhauses der Verein gegen Tierfabriken ständig demonstriert hat. Bald jeden Donnerstag habe ich das Gefühl gehabt, war hier immer ein anderes Thema das vor dem Haus zelebriert wurde, habe ich vom Jagdgesetz nur gerüchteweise gehört. Dann habe ich gehört, es gibt Arbeitsgemeinschaften.

Gut, ist auch in Ordnung. Man muss sich mit Experten zusammensetzen, sich gut beraten lassen, um dann ein politisches Ergebnis auf den Tisch legen zu können, das man mit anderen Parteien diskutiert. Das sehe ich ein, das ist für mich in Ordnung. Dann folgte der Anruf eines Mitarbeiters aus dem Büro Dunst, der mir mitgeteilt hat, ich solle mich bereithalten.

Eine halbe Stunde nachdem die Presse über eine Punktuation, über eine Power Point Präsentation informiert wird, was die Eckpunkte des neuen Jagdgesetzes sind, soll ich mich als Klubobmann der ÖVP gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien bereit halten. Man wird mir dann präsentieren, was man sich vorstellt, welche Eckpunkte jetzt Verhandlungssache sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe das am Tag davor erfahren und ich denke mir, schon alleine die Idee eine Pressekonferenz zu geben und danach politische Vertreter einzuladen, dies ist schon aberwitzig.

Also erstens kann ich ja genauso wie alle anderen am nächsten Tag die Zeitung lesen oder Radio hören, dann erfahre ich ja all das. Oder man kann mir eine Power Point Präsentation gerne per Email schicken, weil alles andere ist ja nur eine Verhöhnung. Weil wenn es dann noch die Information dazu gibt, das sei nur ein Entwurf der noch nicht fertig ist, es gibt überhaupt noch kein Gesetz, man möchte uns nur Eckpunkte präsentieren, auch in Ordnung.

Aber wo soll ich dann diskutieren? Wenn ich dann anmerke, dieser Eckpunkt gefällt mir nicht, bekomme ich zur Antwort, ja das ist ja alles noch nicht fixiert. Das ist ja alles noch in Diskussion. Dann war wieder monatelang Stille. Dann kam eine Einladung. Um 22.35 Uhr habe ich ein Email bekommen, dass ich am nächsten Tag um 13.00 Uhr ein ungefähr 100seitiges Konvolut an Paragraphen durchschauen sollte, um Fragen bei Parteienverhandlungen stellen zu können.

Genannt hat man das - ich bin ja kein Feind von modernen Kommunikationsmitteln; eingeladen wurde mittels Outlook direkt an die Kalender der jeweiligen Betroffenen - „Letzte und abschließende Verhandlungsrunde“. Ja, für mich war es ja auch gleichzeitig die Erste, möchte ich hinzufügen.

Ich weiß nicht, ob einige andere Vertreter, die dort geladen waren, schon bei mehreren Verhandlungen waren. Für mich war es die Erste. Ich habe das schon sehr vermessen und verwegen gefunden, ein derartiges Konvolut an Unterlagen zu übermitteln im Glauben, das kann man alles über Nacht jetzt durchlesen und ich werde dann die passenden Fragen stellen.

Ja, ich habe dann zumindest probiert über Rückfrage, über Durchsicht dieser Seiten, das eine oder andere mir aufzuschreiben und habe dann exakt zwei Fragen gestellt. Die erste Frage wurde mir verneint. Das ist nicht in diesem Gesetz und das wird nicht kommen. Weil man hat die Befürchtung, das würde die bestehenden Pachtverträge gefährden und es würde zu Streitigkeiten kommen, zwischen jenen die mittlerweile einen Pachtvertrag abgeschlossen haben, der ja bekanntlich bis 2023 läuft. Erste Antwort.

Zweite Frage war, wie sieht es aus mit der Privatautonomie? Ist es möglich, dass man sich jenseits dieser Gesetzestexte zum Beispiel bei den vorgeschriebenen Selbstbehalten bei Wildschadensfällen einigt, dass die Jagdausschussvertreter sich mit den Pächtern der Jagd einigen und sagen, wir machen das einfach anders? Wir machen uns einen anderen Preis aus, wir machen uns einen anderen Selbstbehalt aus, ist das möglich?

Antwort: Ja, das ist möglich. Dann hat sich herausgestellt, das ist nicht möglich. Ich habe das geklärt mit dem Zuständigen, der mit die Antwort gegeben hat: War ein Irrtum, er hat sich vertan.

Jetzt darf ich festhalten. Ich habe jetzt zwei Fragen gestellt und habe nur einen Teil dieses Gesetzes ansehen können und beide Informationen waren schon am nächsten Tag wieder falsch.

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie können mir viel erzählen, aber dass das eine Verhandlungsbasis ist, oder dass das ein Umgang mit politischen Vertretern ist, das können Sie mir nicht erzählen. Es ist traurig, Sie hätten ja sagen können, mir ist die Opposition egal. Mich interessiert das nicht. Ich muss mich mit meinem Koalitionspartner einigen, ich muss das zwischen Rot und Blau paktieren. Das ist vielleicht schon schwierig genug.

Ich brauche alle anderen Meinungen nicht. Ich pfeife auf die Jägerschaft, ich pfeife auf die Bauern, ich muss wenigstens politisch überleben. Das hätten Sie gerne sagen

können. Aber mich und andere zweimal an der Nase herumzuführen, uns einzuladen und dort, ich sage es jetzt höflich, auf den Arm zu nehmen ist entweder extrem unprofessionell oder einer Landesrätin nicht würdig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zu den konkreten Fragen: Sehr geehrte Frau Landesrätin! Den schwerwiegendsten Vorwurf, habe ich gleich in Frage Nummer eins formuliert. Das neue Jagdgesetz sieht vor, dass der Burgenländische Landesjagdverband, der eine Körperschaft öffentlichen Rechts ist, wie beispielsweise auch die Feuerwehr, nunmehr zwei Vertreter mit beratender Stimme in den Vorstand gesetzt bekommt und zwar von der Landesregierung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in unserer Verfassung Grundprinzipien und Prinzipien.

Vielleicht ist es nicht gerade das stärkste Grundprinzip unserer Verfassung, aber es ist gelebte Realität, dass wir auf Selbstverwaltung bauen. Und Selbstverwaltung bedeutet, Leute, die einzahlen, Leute, die Beiträge sammeln müssen, dürfen diese selbst verwalten, selbst kontrollieren und der Staat nimmt sich das Recht heraus die oberste Kontrolle zu sein.

Jetzt bedeutet das, bei einer Körperschaft öffentlichen Rechts, wie der Jagdverband einer ist, die Kontrolle ist die Landesregierung. Die Kontrolle setzt in das Exekutivorgan Vorstand zwei beratende Kontrolleure.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da drängt sich ein Beispiel auf, das gab es nur in Staaten, die nicht demokratisch strukturiert waren, dort gab es Aufpasser, dort gab es Wächter. Ich möchte diese Methoden im Burgenland weder unterstützen, noch in einem Gesetz wissen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das kann nur verfassungsrechtlich - ich bin schon sehr vorsichtig - bedenklich sein. Denn diese Aufpasser sind ja nichts anderes, als Vertreter der obersten Aufsicht in einem Exekutivorgan. Das muss doch jedem einleuchten und vor allem stellt sich mir die Frage, würden wir das in anderen Körperschaften öffentlichen Rechts fördern?

Wollen wir das als Nächstes bei den Feuerwehren? Soll da auch ein Vertreter der Regierung sitzen? *(Abg. Mag. Franz Steindl: Gibt es eh schon!)* Das ist ja auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Brauche ich dann überall einen Aufpasser? Wo sind dann alle Kontrolleure in den Kammern? Wo sind alle Kontrolleure in den Institutionen, die bisher eigentlich aus der Parteipolitik heraußen gelassen worden sind?

Ich möchte weiters die Frage stellen: Sehr geehrte Frau Landesrätin, ist es nicht auch Enteignung, wenn wir zehn Prozent des jährlichen Jagdpachtbetrages für wildschadensverhütende, beziehungsweise lebensraumverbessernde Maßnahmen zweckwidmen? Die Politik greift hier in privatrechtliche Verträge ein und sagt: Das was du dir mit deinem Pächter ausgemacht hast, ist in Ordnung, aber die Summe X verlangen wir, die hat so und so verwendet zu werden.

Das ist ein ungeheuerlicher Eingriff. Weil entweder sage ich, ich besteuere etwas als Staat, dann weiß ein jeder, der einen Vertrag hat, ich muss eine gewisse Steuerleistung abliefern. Damit hat das Land, der Bund, die Möglichkeit zu wirtschaften. Aber in einen privaten Vertrag einzugreifen und dort zu bestimmen, wer hat wem etwas zu bezahlen und was ist damit zu tun. Und dann stelle ich noch naiv wie ich bin, die Frage, was sind zum Beispiel wildschadensverhütende Maßnahmen? Und da hört man unterschiedlichste Antworten.

Es gibt nicht einmal eine Erklärung. Ich habe ja nicht die Chance gehabt, es nachzulesen. Gibt es eine taxative Aufzählung in diesem Gesetz, was das dann ist? Darf dann jeder frei entscheiden? Na, was glaubt Ihr, wie viele Streitigkeiten wir damit in diese

Jagdgesellschaften, in diese Gemeinschaften von Grundbesitzern bringen? Da wird es noch ein Nachspiel geben und die Dorfgemeinschaften werden massiv darunter leiden, weil sie die Betroffenen gegeneinander aufhetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Vision war es, dem Jagdverband möglichst viele Möglichkeiten zu geben. Eigenverantwortung. Ja, mag sein, das ist halt der Weg der ÖVP, da sagt man als Sozialdemokratie: Das ist nicht unser Weg, wir zentralisieren.

Was die FPÖ dazu sagt, weiß ich nicht mehr so genau, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Einmal so, einmal so!)* weil ich zehn Jahre lang gehört habe, Eigenverantwortung und dezentralisierte Strukturen sind wichtig - jetzt habe ich das nicht mehr so gehört. Ich hätte mir eigentlich erwartet, dass es einen Aufschrei aus den Reihen der FPÖ gibt. Man entzieht dieser Interessensvertretung noch Aufgaben und sagt, das macht der Staat. Vater Staat kümmert sich.

Erst kontrolliert er das Gremium und dann kontrolliert er vielleicht noch die Tätigkeiten, die sie tun und damit da gar nichts passieren kann, damit möglichst viel politischer Einfluss abgeschottet bleibt, entziehe ich gleich die Aufgaben, macht das alles wieder die BH.

Warum darf zum Beispiel der Jagdverband nicht die Jagdprüfungen durchführen? Warum sagen wir nicht, organisiert euch das selbständig? Warum hat man den Ehrensenat im neuen Gesetz abgeschafft? Warum sind wir dagegen, dass es wie zum Beispiel in Salzburg - wenn das Land schon sagt, mir sind gewisse Tiergruppen, mir ist gewisses Wild so wichtig, dass es ganzjährig geschont wird. Da sagt der Gesetzgeber, dieses Wild ist ganzjährig geschont, darf nicht bejagt werden.

Ja, dann brauche ich eben auch einen staatlichen Fonds, dann brauche ich eben auch die Ausgleichszahlungen von Staatswegen. Wir sagen, das ist ganzjährig geschontes Wild, und andere müssen dafür zahlen, dass diese Wildtiere Schaden anrichten.

Ich verstehe das Konzept nicht. Weil auf der einen Seite möchte man sich als Staat einmischen, mitreden, was mit der Jagdpacht passiert, und auf der anderen Seite sagt man, bei den Wildschäden gibt es Selbstbehalte. Wenn man aber als Staat, als Regierung, vorschreibt, welche Wildarten geschont sind, dann muss man auch die Rechnung bezahlen.

Aber es ist eben so wie es ist, von vorne bis hinten husch pfusch. Ich bedauere jeden Mitarbeiter, und das ist jetzt nicht polemisch, der hier mitmachen musste. Ich habe gesehen, und ich habe auch miterlebt, dass ich drei, vier Exemplare ausgedruckt bekommen habe, und immer wieder den Hinweis, ja aber da hat sich etwas geändert. Jetzt habe ich mir gedacht, ja, jetzt stellst du halt bei diesen Verhandlungen keine weitere Frage mehr, weil, vielleicht ändert sich ja wieder etwas, und es hat sich ja wieder etwas geändert.

Vereinbart war, oder angekündigt war, 2023 ändern sich die Selbstbehalte bei den Jagdpachten. Warum? Weil viele Rechtsexperten, auch jene der Landesregierung, offensichtlich gemeint haben, na was passiert dann mit den geltenden Verträgen, sind die dann alle aufzukündigen? Kann jetzt einer zurücktreten und sagen, ja unter den Voraussetzungen möchte ich dieses Jagdgebiet nicht mehr? Damit schädigen wir nämlich die kleinen Grundbesitzer.

Damit schädigen wir die Eigenjagden, die jetzt in der dörflichen Gemeinschaft verankert sind. Denn wenn einer wirklich eine Jagd haben will und die rein wirtschaftlich betreibt, dann werden ihn die zehn Prozent nicht abschrecken. Aber treffen werden sie die

kleinen Grundbesitzer, die kleinen Bauern und jene Jäger, die das nur als Hobby und privat machen. Das ist die Wahrheit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich lasse mit mir über alles reden, ich lasse mit mir über alles diskutieren, aber bitte erklärt mir irgendjemand, ob es rechtens ist, dass man sich in sechs Stunden 100 Seiten Jagdgesetz verinnerlichen soll um dann zu einer Parteienverhandlung zu gehen. Also all das ist eine Schmähparade, ein Husch-Pfusch-Gesetz.

Ich befürchte eben, dass, wenn wir uns nicht noch einmal über dieses Gesetz grundlegend zusammensetzen und diskutieren, dass es ohnedies aus verfassungsrechtlichen Gründen bald Geschichte sein wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Die Begründung ist somit erfolgt. Ich erteile daher Frau Landesrätin Verena Dunst das Wort zur Abgabe der Stellungnahme gemäß § 30 Abs. 3 GeOLT.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Vielen Dank für die Anfrage, dringliche Anfrage, weil es mir auch die Möglichkeit gibt, zu alldem, was Sie seit eineinhalb Jahren verbreiten, ohne, dass noch überhaupt eine Zeile geschrieben wurde, dass ich da Stellung nehmen kann.

Ich freue mich auch, dass sehr viele Zuhörerinnen und Zuhörer, die damit zu tun haben, auch heute hier sind, und darf die natürlich auch recht, recht herzlich begrüßen. Zunächst einmal zur Klarstellung. Ich möchte ja jetzt nicht auf dieses Niveau, wo Sie sich gerade hinbegeben haben, eingehen. Nur einige Klarstellungen werden wohl nötig sein. Ich glaube, dass niemand bei einer Gesetzwerdung eines braucht - nämlich Unsachlichkeit, Verhinderungspolitik *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das hätte man verhindern können!)* und vom ersten Tag an dagegen sein, anstatt etwas zu lösen.

Sie haben sich für diese Rolle entschieden, aber ich lasse mir dann auch manche Dinge nicht unterstellen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na hoffentlich!)* Ich bin Demokratin, Sozialdemokratin, das ist auch bekannt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ach so? – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sozialist!)* und ich pflege einen anderen Stil, als Sie offensichtlich pflegen.

Ich habe vor eineinhalb Jahren mit dem Jagdgesetz begonnen. Sie sind seit eineinhalb Jahren eingeladen, sich dazu einzubringen, seit eineinhalb Jahren. Im Herbst 2015 *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Der Klubobmann hat es eh gesagt!)* bin ich hergegangen und habe einmal alle eingeladen und habe gesagt, Stellungnahmen - bevor wir überhaupt noch begonnen haben.

1.001 Seiten Stellungnahmen kamen herein, wenn Sie sich daran nicht beteiligen wollten, wie auch immer, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Haben wir ja!)* und warum auch immer… *(Abg. Wolfgang Sodl: Lasst Sie bitte reden!)* Danke schön, danke. *(Allgemeine Unruhe – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Daher will ich, dass alle die uns zuhören und zuschauen auch klar sehen, wenn Sie sich da versteigen zu, ich würde irgendjemanden an der Nase herumführen.

Eineinhalb Jahre, 1.000 Seiten Stellungnahmen, Herbst 2015. Dann hat die ARGE begonnen zu arbeiten. Ich möchte mich hier wirklich bedanken, es sind einige Mitglieder auch anwesend. Ja, und ich bin froh, dass ich weder Jägerin bin, eine ganz eine winzige Grundbesitzerin. Aber das war es, und nicht den Populismus oder die Lobbyistin, oder wie auch immer, für andere gespielt habe, sondern ich habe mich sachlich und fachlich von einer ARGE beraten lassen.

Ich würde mir wünschen, dass Sie das früher auch getan hätten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe nicht die Unwahrheit gesagt! – Abg. Robert Hergovich: Ich werde es Dir dann sagen.)* Aber nicht nur beraten, das sind Fachleute, dafür hat dann ein halbes Jahr eine Fachgruppe gearbeitet. Ich möchte mich herzlich bedanken beim Herrn Kommerzialrat Siegfried Fleischacker als ARGE-Leiter, beim Geschäftsführer des Burgenländischen Jagdverbandes, der ständig drinnen war, den Herrn Dipl.-Ing. Duscher.

Ich möchte mich herzlich bedanken beim anwesenden Dipl.-Ing. Herbert Stummer von der Landwirtschaftskammer, zum Thema Forst, möchte mich ganz herzlich bedanken beim Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer, Pflanzenbau als Schwerpunkt, beim Herrn Dipl.-Ing. Wolf Reheis und beim Herrn WHR Dipl.-Ing. Gernot Kainz, Forst Land Burgenland und weiteren Juristen.

Das war mir sehr, sehr wichtig und sie haben sehr viel Zeit, über 350 Stunden, gearbeitet. Also hier von etwas zu reden, was überfallsartig und an der Nase herbeigeführt und ich weiß nicht was, herumreden, ist einfach schlichtweg nicht richtig. Ich weiß auch nicht, was Ihnen das hilft, dass Sie das seit Monaten schon predigen. Ich bin dann weiter gegangen, nachdem es einen ersten Entwurf gegeben hat, hat es auch ein erstes Gespräch gegeben. Da waren Sie alle eingeladen, nur Sie sind nicht gekommen, ich kann nichts dafür. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben nicht zugehört!)*

Sie haben Ihren Mitarbeiter geschickt, während andere natürlich hergegangen sind und selbst gekommen sind. Die Sprecher beispielsweise. Warum Sie nicht zu dieser ersten Runde gekommen sind - weil ich alle politischen Parteien eingeladen habe - das müssen Sie überlegen und erklären, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das habe ich ja erklärt!)* aber dann sagen Sie bitte nicht, ich hätte nicht eingeladen. Das war voriges Jahr, Mitte des Sommers. *(Abg. Walter Temmel: Das stimmt ja alles nicht! Das ist die Unwahrheit!)*

Also nicht, Sie haben erst fünf Minuten vor dem Gesetz etwas gehört, *(Abg. Walter Temmel: Das ist die Unwahrheit!)* lächerlich, aber okay. Sie müssen es ja wissen. *(Abg. Walter Temmel: Das ist unwahr!)*

Nach der Begutachtung haben wir weitergearbeitet und auch Ihr Vorwurf, warum denn nicht die ARGE sich mit allem beschäftigt hätte. Ich bin nicht eine, die Verantwortung wegschiebt. Die ARGE hatte genau mein Ziel, nämlich viele verschiedene Interessensgruppen drinnen zu haben. Daher hat sich die ARGE auch so verschieden zusammengesetzt.

Dass natürlich klar war, dass Sie nicht politisch entscheiden können und dass die Interessen auseinander gehen zwischen einem Wildbiologen und Naturschützern und vielleicht einem anderen Vertreter aus anderen Gremien wie dem Landesjagdverband, verstehe ich ja auch, deswegen stehe ich ja auch zu meiner Verantwortung, dass ich hergegangen bin, und auch politisch dann verhandelt habe, viele Gespräche geführt habe und die Verantwortung dafür trage.

Die habe ich nie irgendwohin schieben wollen, aber jedenfalls eineinhalb Jahre haben wir an dem gearbeitet. Das ist dann natürlich weitergegangen, mit einem Gesetzentwurf, wo Sie wieder gefragt waren hier mitzuarbeiten. Aber dazu komme ich noch, was Sie für eine Stellungnahme abgegeben haben.

Also das ist an der Nase herumgeführt, und vor allem ein Hohn gegenüber Landwirten und gegenüber Jägern. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann lesen Sie es vor!)* Aber dazu komme ich noch. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann lesen Sie es vor!)* Na, keine Sorge meine Herren, nur mit der Ruhe. Ich komme zu Ihrer Frage, zu Ihren

15 Fragen. Ich könnte es mir jetzt auch leicht machen und hurtig sagen, eins, zwei, drei und fertig.

Nein, ich will Ihnen Rede und Antwort stehen, aber nicht Ihnen alleine, sondern allen, die sich für dieses Gesetz ehrlich interessieren und eineinhalb Jahre mit dabei waren. Sie fragen mich unter anderem, Sie haben vorher einige der Fragen zumindest zusammengefasst, ob ich ausschließen kann, weil wir, also der Burgenländische Landesjagdverband ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und da ist es im neuen Jagdgesetz vorgesehen, dass die Burgenländische Landesregierung zwei Vertreter mit beratender Stimme in den Landesjagdverband schickt.

Na ganz klar, und zwar der Landesjagdverband, abgesehen davon, dass er ständig mit dabei war und es natürlich ständig viele Gespräche gegeben hat, bis hin zu vielen Gesprächen mit den Bezirksjägermeistern und und und.

Es haben sich ja auch ständig Menschen gemeldet. Ich weiß nicht, wie viele Sprechtage ich dazu abgehalten habe. Es ist klar, dass der Burgenländische Landesjagdverband natürlich auch immer eindeutig hier Stellung beziehen konnte. Fakt ist, dass hier ganz klar ist, dass der Burgenländische Landesjagdverband natürlich im eigenen Schutz und zum eigenen Schutz und zur eigenen Berechtigung froh sein muss, wenn ich jetzt hergehe als die zuständige Behörde, dass ich dort jemanden dazu schicke, zwei Vertreter mit beratender Stimme.

Das ist richtig und normal müssen Sie sagen okay, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Du musst ja froh sein, dass…)* das ist wichtig, dass jetzt Gott sei Dank jemand - ich bin zuständig, wir sind zuständig als Regierung. Wir sind zuständig, wir sind die Oberbehörde, wir sind die Behörde und das ich dort, natürlich keine Frage, *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rudolf Strommer)* mit beratender Stimme wissen will, was dort los ist. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Aufpassen!)*

Noch einmal, da müssten Sie eigentlich sagen, Gott sei Dank, das ist eine Absicherung für den Burgenländischen Jagdverband. *(Heiterkeit unter den ÖVP-Abgeordneten)* Also was Sie da alles konstruieren, ist ganz, ganz spannend. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das haben Sie bis jetzt sehr gut gemacht! – Abg. Markus Ulram: Sichtweise wie überall, Wasserleitungsverband, Weingesetz!)* Ich darf hier… *(Allgemeine Unruhe – Die Präsidenten gibt das Glockenzeichen)*

Sie stellen den Burgenländischen Landesjagdverband so hin, als ob die etwas zu verschleiern hätten. Sie stellen den Burgenländischen Landesjagdverband so hin, als ob die etwas zu verschleiern hätten, das ist es nicht. Nochmals: Ich bin die Behörde. Wir als Regierung haben dort die Aufsicht, und daher ist es richtig und wichtig.

Ich möchte Ihnen aber dazu ganz klar aus einen Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 21. Juni 1996 zitieren. Der Verfassungsgerichtshof sagt ganz klar, es gibt auf Grund der Verflechtung, insbesondere der gegenseitigen und überschneidenden Interessen der Gemeinde, der Jagdgenossenschaft eine Entsendung von Gemeindeorganen in den Jagdausschuss als Vertreter der Jagdgenossenschaft. Das ist zuverlässig. Beispielsweise, dass dort auch der Bürgermeister dabei sein kann.

Jetzt fragen Sie und denken Sie bitte mit, dass ganz das Gleiche gilt, wie der Bürgermeister einer Gemeinde auch dort mit dabei sein kann. Da gilt das ganz Gleiche jetzt, wenn die Burgenländische Landesregierung als Behörde dort jemanden hineinschickt. Daher als Aufsichtsbehörde und letztendlich auch als Geldgeber muss es dem Land Burgenland - konkret mir als mit der Aufsicht betrautem Regierungsmitglied -

auf alle Fälle, das dort das möglich ist, verfassungsrechtlich gedeckt. Also, wo Sie ein Problem sehen, weiß ich nicht. Aber das müssen Sie erklären und nicht ich.

Frage zwei: Sie sagen, die die Grundeigentümer werden mit jetzt zehn Prozent des jährlichen Jagdpachtbetrages für wildschadenverhütende und lebensraumverbessernde Maßnahmen, weil man die verwendet, das kommt einer Enteignung gleich. Das predigen Sie.

Ich bin Gott sei Dank im Land genug unterwegs und viele Menschen konfrontieren mich mit dem, was Sie im Vorfeld immer verbreiten, nämlich Angst und Schrecken, was kommt da auf uns zu? Fakt ist, durch die Regelung, dass zehn Prozent für wildschadensverhütende Maßnahmen, wie Zäune, wie Verbissschutz in Wäldern und so weiter, oder für die Schaffung von lebensraumverbessernden Maßnahmen zu verwenden sind, dass da ein Ausgleich geschaffen wird, ist richtig und wichtig. *(Abg. Walter Temmel: Ist es ein Eingriff oder nicht?)*

Fakt ist, bitte auch wieder logisch und praktisch mitgedacht, *(Abg. Walter Temmel: Ob es ein Eingriff ist?)* jetzt gibt es Grundeigentümer, die haben ein Pech und haben immer beispielsweise neben Wäldern beziehungsweise neben Lichtungen dort ihren Grund. Jetzt darf ich Sie fragen, wie kommt da jemand dazu, der Gott sei Dank ein Grundeigentümer ist, wo eher ein Gebiet ist, wo es kaum zu Wildschäden kommt, dass er hier, der andere, der neben dem Wald ist, ständig zahlen muss. Also, ich frage Sie. Oder der, der ständig natürlich auch Wildschaden hat.

Das ist ein Ausgleich und sonst gar nichts, und das finde ich auch wichtig. Daher diese Maßnahmen, die jetzt zur Verhütung von Wildschäden dienen, oder eben mit lebensraumverbessernder Wirkung, sind ein Ausgleich, sind ein Ausgleich für Gerechtigkeit und vor allem, was wir, glaube ich, nicht vergessen sollten, vor allem geht es um Jäger und geht es um Grundeigentümer. Wen Sie immer auch vertreten. Das ist eine ideale Lösung, die immer wieder gekommen ist, Vorschläge gekommen sind. Daher ist es richtig, und es ist ein richtiger Ausgleich.

Zur Frage 3: Sie sagen da, ja, Sie sprechen von Verwaltungsvereinfachung und warum ist man nicht hergegangen und hat den Burgenländischen Jagdverband, Ähnliches fragen Sie in der Frage 4, nämlich warum beispielsweise der Burgenländische Jagdverband die Durchführung von Jagdprüfungen nicht machen soll? Diese zwei Fragen nehme ich zusammen.

Fakt ist einmal, Verwaltungsvereinfachung, Bürokratieabbau, Kosteneinsparungen und so weiter. Warum Sie darauf kommen, wenn man dort mehr hingibt, verstehe ich nicht. Fakt ist, ich stehe dazu, dass der Burgenländische Landesjagdverband für das Land Burgenland eine wichtige Institution ist, hebt die Jagdkartenabgabe ein, ist ein starker Partner natürlich für die Jägerinnen und Jäger, eine wichtige Interessensvertretung. Dass Sie sagen, die Durchführung der Jagdprüfung war so wichtig und ist so wichtig, dass das der Landesjagdverband macht.

Also da geht es darum, dass Menschen in Bezug auf Einsatz einer Waffe, staatliche Aufsicht im Jagdbereich. Das finde ich schon gescheiter, als wenn das dort selber gemacht wird. Jetzt wird es in der Bezirksverwaltungsbehörde gemacht. Damit gehört es dort hin, unabhängig, objektiv und so weiter, und ich denke, dass es gut ist, dass der Landesjagdverband nicht diese Verantwortung auch noch nehmen muss. Dort ist sicherlich eine richtige Stelle. Die Behörde weiß sicherlich auch mit diesen Dingen umzugehen.

Zur Frage 5: Nur für Sie alle auch wieder. Warum wurde der Ehrensenat beim Burgenländischen Landesjagdverband abgeschafft? Also das Thema Ehrensenat war für mich eigentlich rasch entschieden. Dazu stehe ich. Sie müssen sich Folgendes vorstellen: Dass jemand, der in seiner Jagdausübung, ich versuche es einmal sehr höflich zu formulieren, in seiner Jagdausübung gegen etwas verstoßen hat, wurde nicht nur beispielsweise zu Recht auch, das muss natürlich geprüft werden, ich stelle mich nicht vor einen Jäger, der nicht weiß, was Jäger ist.

Aber Fakt ist, wenn Sie hergehen und sagen, okay, das ist richtig, dass dort zusätzlich der Landesjagdverband noch einen eigenen Ehrensenat hat, dass der Ehrensenat dann hergeht und schreibt, ja, wir wollen die Strafe, eine Erhöhung der Strafe auf 10.000 Euro. Das allein ist mir zu wenig. Warum? Wissen Sie, was dann passiert?

Der Landesjagdverband veröffentlicht und stellt jeden an den Pranger. Da hat es in den letzten Jahrzehnten Menschen gegeben, die teilweise zu Unrecht an den öffentlichen Pranger gestellt wurden, werden dann in der Zeitung an den Pranger gestellt, in der Öffentlichkeit hergestellt, sollen dann noch 10.000 Euro Strafe zahlen. Das ist eine Doppelbestrafung.

Und vergleichen Sie, wenn Sie heute zu schnell fahren, was Sie hoffentlich nicht tun, dann müssen Sie eh zahlen. Es wird Ihnen sogar der Führerschein abgenommen. Aber dass dann der Autofahrerklub noch hergeht und Ihnen auch noch eine Strafe aufbrummt, das sehe ich so nicht ein. Das ist nicht in Ordnung.

Doppelbestrafungen brauchen nicht sein. Wir brauchen nicht eigene Schiedsgerichte im Schiedsgericht. Das wollen die Jäger nicht. Da haben wir, ich weiß nicht, wie viele hunderte Stellungnahmen dazu bekommen. Bitte, vielleicht reden Sie einmal mit ein paar Jägern. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zur Frage 6: Sie fragen hier: Die Unterlagen zur einzigen und gleichzeitig abschließenden Besprechung am 18. Jänner, um 13 Uhr, haben die Parteien am Vortag bekommen. Wären Sie in der Lage, einen derart umfangreichen Gesetzesentwurf in dieser kurzen Zeit durchzuarbeiten?

Ich sage noch einmal: Eineinhalb Jahre waren Sie eingeladen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Es hat ja nie einen Entwurf gegeben. Nie!)* sich einzubringen. Aber wissen Sie, was Sie schon in der Begutachtung hereingeschickt haben, lieber ÖVP-Klub? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na was?)* Damit einmal endlich alle hören, was Sie da aufführen und was einfach nicht der Wahrheit entspricht. *(Abg. Walter Temmel: Was Sie aufführen.)*

Ihre Stellungnahme in der Begutachtung: *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Meinen Brief kenne ich eh. – Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Aber wir nicht. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* Sehr geehrte Frau Landesrätin! Bezugnehmend auf die von Dir in Begutachtung geschickte Novelle zum Burgenländischen Jagdgesetz möchte ich für den ÖVP-Klub wie folgt Stellung nehmen.

Der vorgelegte Vorschlag zur Änderung des Burgenländischen Jagdgesetzes wird inhaltlich abgelehnt. Die Novelle schafft in keinem Punkt einen vernünftigen Ausgleich zwischen Jägern, Landwirten, Grundeigentümern, Gemeinde und Naturschutz, und so weiter. Daher lehnen wir das Ganze ab und wollen, dass wir beim alten Entwurf bleiben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das werden Sie sich jetzt einrahmen. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann lesen Sie alles! Da steht ja auch noch etliches anderes.)*

Der alte Entwurf ist seit 1954! Also bitte, das ist lächerlich. Ich kann es gerne weiterlesen. Sie haben nur vom ersten Tag an, als ich gesagt habe, ich lade alle ein,

mitzuarbeiten, das seit 1954 geltende Jagdgesetz, das ist nicht mehr zeitkonform, 2004 haben wir es ein bisschen abgeändert und nur EU-angepasst danach. Da habe ich Sie alle eingeladen.

Dann schreiben Sie, wir wollen das Alte und am Neuen sind wir nicht interessiert. Und das wundert mich nicht, dass Sie sich heute dann mit der Dringlichen herstellen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Weil es keinen Ausgleich schafft.)* Sie waren vom ersten Tag an dagegen, weil ich Sozialdemokratin bin und das nicht mehr in Ihrer Verantwortung steht. Jahrzehnte hätten Sie Zeit gehabt, jetzt wird endlich was getan. Wenn Sie es nicht getan haben, da werden Sie sich *…(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Frage ist damit nicht beantwortet, oder?)*

Wir haben in dieser Begutachtungsphase, ich weiß, dass ich Sie getroffen habe, aber endlich einmal sind Sie entlarvt, weil endlich einmal ganz klar ist, was Sie von Anfang an wollten. Kein neues Jagdgesetz, bleiben wir bei dem, bei 1954. Ich habe die Botschaft verstanden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum haben Sie jetzt die Frage nicht beantwortet?)*

Nur ein Beispiel, wie andere arbeiten. Obwohl der Burgenländische Landesjagdverband ständig in der ARGE mit dabei war, hat der Burgenländische Jagdverband trotzdem 22 Seiten noch einmal hereingeschickt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es geht ja auch um ihn. Habt Ihr ja auserwählt.)* Wir haben uns auch bemüht, diese in der Begutachtung hereingekommenen, wieder hereingekommenen Stellungnahmen einzuarbeiten. Wenn Sie keine hereinschicken, können wir nichts machen. *(Abg. Walter Temmel: Dann kann es nicht so gut gewesen sein.)* Sie sind ein Verhinderer und nicht ein Forcierer - 1954 war das richtige Jagdgesetz.

Sie haben dann in der nächsten Frage mir die Frage gestellt, Privatautonomie, Sie haben es eh schon vorher gesagt, ist ein wesentliches Merkmal einer demokratischen Gesellschaft. Warum ist im Jagdgesetz nicht vorgesehen, dass der Jagdausschuss und die Jägerschaft eigene Wildschadensregelungen im Pachtvertrag vereinbaren können und die Regelungen dieses Gesetzes nur subsidiär gelten?

Diese Frage stellt sich gar nicht. Im § 105 Abs. 2 des neuen Jagdgesetzes steht ganz klar - und inzwischen sind ja schon ein paar Tage vergangen und hätten Sie jetzt gelesen -, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe es ja schon.)* im Wege eines zwischen der oder dem Jagdausübungsberechtigten und dem einzelnen Grundbesitzer, Grundbesitzerinnen unmittelbar abgeschlossenen Übereinkommen können über den Ersatz der Jagd- und Wildschäden von den Bestimmungen dieses Gesetzes abweichende Vereinbarungen getroffen werden.

Warum fragen Sie mich dann so etwas, wenn Sie eh wissen, dass das geht? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Fragen Sie den Markus Pammer! Ich habe ihn genau das zweimal gefragt.)* Gott sei Dank ist es möglich. Sie haben mich gefragt, ich gebe Ihnen die Antwort. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe sie schon einmal falsch bekommen.)* Sie brauchen nicht jemanden anderes fragen.

Also mich verwundert das wirklich. Vor allem, weil Sie auch das Zweite sagen. Sie sagen, so wie die Wildschädensvereinbarung jetzt war, das lassen wir gleich alles so, wir brauchen kein neues Jagdgesetz. Und dann fragen Sie mich diese Frage, ob private Vereinbarungen auch gelten? Natürlich! Sie haben das in vielen Presseterminen bekanntgegeben, in Ihren Zeitungen geschrieben. Da war das Gesetz noch im Entwurfsstadium, haben Sie schon geschrieben, alles Wahnsinn, alles falsch. Das alte Jagdgesetz muss wieder gelten.

Sie haben sich das nie angeschaut. *(Abg. Manfred Kölly: Es gilt ja bis jetzt eh noch. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Derweil noch!)* Das ist das Problem, dass Sie es von Anfang an verhindern wollten. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich verstehe nicht, jetzt haben wir eine Verbesserung für Jäger und Jägerinnen geschaffen und haben auch versucht, einen Ausgleich zwischen den Grundbesitzern zu schaffen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Grundbesitzern? Ach so, zwischen den Grundbesitzern?)*

Ich frage Sie, wer wird Sie noch in Zukunft wählen? Auf der einen Seite sind es die großen Landwirtschaftsvertreter auf der anderen Seite vergessen Sie aber total die Jägerinnen und Jäger. Was ich nicht verstehe, wenn Ihnen noch ein Jäger dieses Landes eine Stimme gibt. Sie haben die Jäger und Jägerinnen vom ersten Tag an verraten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Walter Temmel: Sie erhöhen die Jagdpacht!)*

Zur Frage 8: Sie haben durch die Lande gepredigt und daher hat mich diese Frage überhaupt nicht überrascht. Wenigstens waren Sie einmal wirklich ehrlich. Und haben geschrieben, was Sie ganze Zeit, das hat mich eineinhalb Jahre verfolgt, ja, die Dunst ist ein Wahnsinn! Der VGT, ja das ist eine echte Beratung. Das ist so weit gegangen, dass Sie überall erzählt haben, der VGT würde auch in dieser ARGE sitzen. Fragen Sie ARGE-Mitglieder, die heute da sind, ob der dort erschienen ist. *(Abg. Walter Temmel: Sie haben das selber gesagt. – Abg. Michaela Resetar: Das haben Sie selber gesagt.)*

Fakt ist, nochmals, ich bin Demokratin. Der Herr Balluch hat eine Stellungnahme hereingeschickt, und ich habe ein Gespräch mit ihm geführt. Dass Sie dann daraufhin im ganzen Land herumerzählt haben, dass natürlich er immer mit dabei ist, das war wieder etwas schlechtmachen anstatt sich sachlich einzubringen. Schade drum. Jäger und Jägerinnen und auch Landwirte und Landwirtinnen, aber auch der Tierschutz hätten es verdient, dass Sie sich nicht total in Opposition zurückgezogen hätten, sondern mitgearbeitet hätten.

Daher nochmals, ich habe ein Problem damit, wenn es hier zu Störungen der Jagd kommt. Ich möchte das nicht. Ich bin aber nicht für die Polizei zuständig. Bitte reden Sie - ich habe mir das, ich weiß nicht, wie oft und viele Juristen angeschaut, wie man das noch besser verhindern könnte, ich bin gegen solche Maßnahmen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wäre etwas für die Sicherheitspartner.)* aber der Innenminister heißt Sobotka. Ich würde Sie dringend ersuchen, mit Ihren Parteikollegen darüber zu reden, was man da tun kann. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Sicherheitspartner können wir da einsetzen. – Abg. Walter Temmel: Sicherheitspartner! Die haben eine gute Ausbildung.)*

Zur Frage 9: Wie ist es zu rechtfertigen, dass im Bereich der Eigenjagd in bestehende Genehmigungen eingegriffen wird? Fakt ist klar, es steht jederzeit dem Gesetzgeber frei, in bestehende Bescheide einzugreifen. Natürlich weiß ich auch, um was es geht. Ich freue mich auch, dass heute einige Vertreter da sind, weil auch dort wird ja das eine oder andere ab und auf erzählt, was eigentlich nicht stimmt, nämlich Vertreter von Jagdgatterbesitzern.

Fakt ist natürlich, der Gesetzgeber ist durch keine Verfassungsbestimmung verpflichtet, die Einrichtung oder Beibehaltung von Jagdgattern vorzusehen. Das steht auch nirgends. Und dass ich jetzt reagiert habe, nämlich, dass es ... *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Also enteignen! Das heißt: enteignen! Nennen Sie es beim Wort, Frau Landesrätin! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Als Nächstes kommen die Fischteiche.)* Das ist wieder das, was ich Ihnen vorher schon vorgeworfen habe, Sie können - also das ist lächerlich. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist enteignen! – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Fakt ist, dass wir den Erkenntnissen der Wildökologie gefolgt sind und ab 2023 hier die Gatterjagden untersagt haben und bis dahin natürlich eigene Beschränkungen und Kontrollen haben. Ich rede natürlich auch mit anwesenden Damen und Herren.

Ich habe viele Gespräche auch geführt mit einigen nicht anwesenden Jagdgatterbesitzern. Fakt ist, mit der Neuregelung soll einfach eine selbstreproduzierende Wildpopulation in freier Wildbahn gesichert sein. Das werden wir so auch schaffen.

Zur Frage 10, auch eng zusammenhängend damit: Welche Wirtschaftsbetriebe müssen in Zukunft damit rechnen, dass ihnen durch das neue Jagdgesetz ihre Existenz entzogen wird?

Und die Frage 11 auch gleichlautend: Wie viele Arbeitsplätze werden durch das Auflassen umfriedeter Eigenjagdgebiete verloren gehen?

Zunächst einmal vielen herzlichen Dank - auch an Sie oben gerichtet. Vielen herzlichen Dank an jene, die Arbeitsplätze schaffen. Es steht nirgends, dass man dann in einem Wirtschaftsbetrieb nicht weiterarbeiten kann. Erstens sind sechs Jahre eine lange Zeit, zweitens geht es nicht darum, dass man diese Jagden verbietet. Es geht überhaupt nicht um Jagd verbieten, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wieso steht dann drinnen?)* es geht darum, dass diese umfriedeten Jagdgebiete Ein- und Ausgänge haben müssen.

Das heißt nicht und fokussieren Sie das nicht und erzählen Sie nicht so etwas, als wenn man jetzt sagen würde, Ende der Jagd dort drinnen, von dem ist keine Rede. Es geht nur darum, dass dort Ein- und Ausgänge geschaffen werden. Es müssen weder Zäune weggerissen werden, das erzählen Sie auch landauf, landab oder Mauern abgerissen werden, von dem ist keine Rede. Ich möchte das klarstellen. Hören Sie endlich einmal auf!

Sie werfen mir vor, ich würde die einen mit den anderen Interessensvertretungen aufeinander hetzen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das stimmt.)* Das machen genau Sie! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir wollten kein Jagdgesetz.)* Anstatt sich einzubringen, tun Sie nichts, außer sich zurückzulehnen und zu sagen, die Dunst als Rote muss das Jagdgesetz machen, *(Abg. Walter Temmel: Du wirst einen Orden kriegen. Es gibt den Enteignungsorden.)* daher ist es von Anfang an schlecht und schicken eine Stellungnahme mit diesem einen Satz: Bleiben wir beim Alten und lassen wir das Neue durchfallen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie fragen mich in der Frage 12: Warum wurden im Zuge der Erarbeitung dieses Gesetzes keine Vorkehrungen getroffen, einen Wildschadenfonds einzurichten? Ich bedanke mich bei der ARGE, sie hat sich viele Stunden damit beschäftigt, wie kann man so etwas haben, wie kann man so etwas lösen?

Fakt ist, dass letztendlich das eine Frage der Zumutbarkeit ist. Wenn ein ordentlicher Fonds mit Mitteln drinnen errichtet wird oder eingerichtet wird, dann müsste es so sein, dass letztendlich jeder Steuerzahler, ob er jetzt beispielsweise Grundbesitzer ist oder Jäger ist oder eben nicht, müsste jeder einzahlen, sonst können wir den Fonds nicht bestücken.

Ich freue mich aber und ich sage es gleich vorweg, wir haben uns jetzt einmal für ein anderes Modell entschieden. Wenn es hier zu guten Ideen kommt, bin ich sofort jederzeit bereit, das zu ändern. Aber vom Steuerzahler, der weder Jäger noch Grundeigentümer ist, zu verlangen, dass er in diesen Fonds einzahlt, ist falsch. Das müssen Sie einmal bitte jedem erklären.

Frage 13. Warum müssen Geschädigte für Schäden, die durch ganzjährig geschontes Wild verursacht werden, selbst aufkommen?

Und in der Frage 14, die hängen zusammen: Das Salzburger Jagdgesetz sieht vor, dass Schäden durch ganzjährig geschontes Wild von Seiten des Landes Salzburg ersetzt werden.

Ja, meine Damen und Herren, dann bitte befassen Sie sich endlich mit dem Jagdgesetz! Wir haben im Burgenland kein ganzjährig geschontes Wild, das Schäden macht. In Salzburg, bitte reden Sie mit Ihren Kollegen, ich bin mit denen ständig im Gespräch. Wissen Sie, warum die Salzburger Regierung das macht? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Regierung macht das per Verordnung.)* Weil es um Wölfe geht und weil es um Bären geht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt doch nicht.)*

Ich bin jederzeit bereit, das zu tun, wenn es diese Thematik im Burgenland gibt. Aber Ihr Problem ist, Sie haben sich mit dem Jagdgesetz nie auseinandergesetzt. Sie kennen sich nicht aus und stellen etwas in den Raum, was nicht stimmt. Wenn das der Fall ist, werde ich das sofort tun. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist gut.)*

Frage 15. Sie fragen: Warum wurden die Jagdbeiräte entgegen der bestehenden gesetzlichen Verpflichtung bei der Erstellung des neuen Jagdgesetzes nicht gehört? Erstens einmal, die Erstellung eines Gesetzes ist ganz etwas anderes als das, von dem Sie reden, aber macht nichts.

Fakt ist, es ist wichtig und richtig, aber viel zu wenig. Das wäre doch demokratisch viel zu wenig, mit vier Jagdbeiräten zu reden. Ich habe mit hunderten Menschen geredet, die ARGE hat gearbeitet, 1.000 Seiten sind hereingekommen, im Vorfeld, im Herbst 2015. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Aber Sie haben sich nicht an das Gesetz gehalten.)* Ich bin gewohnt, dass ich mit vielen rede. Ich bin gewohnt, dass viele Menschen mitreden können, von allen Interessensvertretungen, und daher können Sie wohl von mir nicht verlangen, undemokratisch vorzugehen. Das wäre es gewesen.

Daher noch einmal herzlichen Dank, dass Sie sich jetzt endlich bei der Dringlichen mit dem Jagdgesetz beschäftigen. Ich finde halt, dass sowohl der Tierschutz als auch die Jägerinnen und Jäger, bis hin zu den Jagdgatterbesitzern, bis hin zu den Grundeigentümern, bis hin zum Naturschutz *(Abg. Walter Temmel: Alle betroffen! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Jetzt auf alle Fälle. – Abg. Walter Temmel: Zielsicher.)* sich alle wirklich verdient hätten, dass Sie nicht Fundamentalopposition machen, sondern mittun. Alle anderen Parteien haben mir signalisiert, sie werden diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Wenn Sie es nicht können, nur weil ich Sozialdemokratin bin, dann ist es ein Witz gegenüber all diesen Interessensgruppierungen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Landesrätin.

In der Debatte um die dringliche Anfrage erteile ich nunmehr Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort. Ich möchte jedoch bemerken, dass bei der Debatte über dringliche Anfragen kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dringliche Fragestellungen sind auch wichtig, dass man erfährt, was hat sich wirklich getan drüben und herüben, das muss man auch dazu sagen. Das ist ein komplexes Thema.

Ich muss der Frau Landesrätin teilweise auch Recht geben, insofern, weil muss ich sagen, wir als „kleine“ Fraktion oft gar nicht die Möglichkeit haben, sich in diese Materie genau hineinzulesen. Die ÖVP hat die Möglichkeit, mit Ihren vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch Juristen das anders zu bewerten. Aber eines ist mir schon klar, das neue Gesetz bedarf es auch, dass man der Jägerschaft einmal was bieten kann, dass man den Landwirten etwas bieten kann und natürlich den Gemeinden.

Das vergisst man immer wieder, weil, die Gemeinden sind mitinvolviert in die ganze Situation. Und als Bürgermeister oder Bürgermeisterin weiß man ganz genau, wenn ein Wildschaden passiert, wo geht der hin? Der kommt zum Bürgermeister und sagt, hilf mir da, was können wir machen, wie schaut das aus? Na sehr gerne. Weil die Jägerschaft auch für die Gemeinden viel Geld bringen und nicht nur Geld bei der Jagd, sondern auch für die Wirtschaft eigentlich einiges in der Gemeindekassa spielt und auch für die Wirtschaft da sind.

Aber, liebe Frau Landesrätin, ein bisschen hoppertatschig ist das Ganze schon passiert, muss ich jetzt offen und ehrlich gestehen. Denn Ihre Kollegin, die Landesrätin Eisenkopf, hat das anders gemacht. Sie ist hergegangen und hat alle Fraktionen einmal ins Boot mithinein geholt, und wir haben darüber diskutiert, wie können wir, was können wir und man hat Kompromisse gefunden. *(Abg. Ingrid Salamon: Das war eine andere Situation.)* Wenn Sie heute gute Antworten auf diese Fragen geben, dann soll es so sein, nur für mich ist das jetzt noch immer nicht ganz ausgegoren. Das muss man auch klar sagen.

Ich verstehe schon eines, Sie haben vollkommen Recht. Ich habe das Gespräch gerne gesucht und ich bin gerne gekommen. Nur, es waren leider nur eineinhalb Gespräche. Für so ein komplexes Gesetz, so ein Packerl Gesetzesvorlagen und Texte, muss ich ehrlich sagen, das schaffe ich persönlich nicht.

Wir haben leider Gottes nicht die Strukturen, so wie andere Parteien, das muss man jetzt auch einmal gesagt haben da oben, wir müssen uns in dieser Schnelle, wie Sie das gemacht haben und Sie sagen zwar eineinhalb Jahre geht das schon, aber wir wurden ehrlich gesagt nicht direkt eingeladen, hier mitzutun. Das muss man jetzt einmal klar festhalten. Da bin ich jetzt wieder auf dieser Seite.

Auf der anderen Seite, Frau Landesrätin, ist mir auch bewusst, Sie brauchen keine Zwei-Drittel-Mehrheit für das Gesetz. Bei der Kollegin war es klar, da hat man eine Zwei-Drittel-Mehrheit gebraucht. Auch das sollten die Leute wissen, warum es im Endeffekt dann geht.

Ich bin schon der Meinung, auch dort hätte man einfach sagen können, ja, man hat eh die Mehrheit, man hat die FPÖ im Boot, die sowieso immer mit dabei ist, egal wie man das jetzt formuliert oder wie man das handhabt. Aber ich frage Sie, Frau Landesrätin, wie ist das vorher mit der ÖVP gegangen, wo Sie zehn Jahre und noch länger gemeinsam gearbeitet haben?

Ist da auch so ein Kuddelmuddel herausgekommen, das die Opposition so gewirbelt hat? Ich kann mich nur erinnern, ich war Klubobmann. Ich war Klubobmann und habe mit Herrn Mezgolits, seines Zeichens Bezirkshauptmann und Bürgermeister, verhandelt. Eines muss ich noch sagen, wenn ich Euch zwei zusammenließe, das wäre jetzt noch das Beste. Aber nichtsdestotrotz, ich glaube, wir sollten sachlich bleiben.

Ein Gesetz soll Hand und Fuß haben, ein Gesetz soll auch umgesetzt werden können. Und da muss man sich halt ein bisschen mehr Zeit lassen und vielleicht da oder dort auch die Jägerschaft, oder die, die betroffen sind, die Landwirtschaft und die

Gemeinden, noch einmal ansprechen. Wenn man merkt, da eckt es irgendwo, da gibt es sicherlich solche Meinungen und andere Meinungen. Das ist überall so.

Wir wissen auch ganz genau, wenn man Gesetze beschließt und das wird beim Feuerwehrgesetz nicht anders sein, da wird es auch noch einiges zu diskutieren geben und einige Kanten abzuschleifen geben. Weil man genau weiß, man kann es nicht mit aller Gewalt durchdrücken, weil, man trifft sicherlich Leute, die mit dem nicht so leben können.

Wenn ich im Jagdgesetz ein paar Punkte mit dieser Haftungsfrage und dergleichen mehr nur kurz anzählen darf, damit wird die Jägerschaft keine Freude haben und das legt sich dann natürlich auf die Pacht auch um, weil da profitieren ja die Gemeinden. In Deutschkreuz ist es zumindest so, dass ich den Jagdpachtschilling fast zur Gänze für Infrastruktur verwenden kann. Da muss ich Dankeschön sagen - der Jägerschaft, den Landwirten, allen miteinander. Wir tun aber auch gemeinsam etwas und das ist das Gemeinsame. *(Landesrat Helmut Bieler: Falsch interpretiert.)*

Herr Landesrat bitte, wieso denn? *(Landesrat Helmut Bieler: Genau umgekehrt.)* Das ist wurscht wie Du es drehst, das ist völlig egal. *(Abg. Ingrid Salamon: Nein! Nein!)* Wir leben alle davon, wenn das funktioniert. Ist das richtig oder nicht? Habe ich mich jetzt falsch ausgedrückt? Das ist das Entscheidende, und wenn man dann Punkte hat, die nicht so passen, und wenn die ÖVP jetzt eine dringliche Anfrage stellt und das beantwortet bekommt, vielleicht zur Zufriedenheit oder auch nicht, na soll so sein, ich habe überhaupt kein Problem damit. *(Abg. Ingrid Salamon: Wir auch nicht.)*

Ich glaube, Frau Landesrätin, eine Verhinderungspolitik, natürlich ist eine Opposition immer ein bisschen etwas anderes, wie wenn ich in der Regierung sitze, das habe ich auch miterleben dürfen, wie Blau-Schwarz im Bund war, haben wir auch immer verteidigen müssen und haben uns auch anders verhalten müssen.

Jetzt sitzt die FPÖ in der Regierung, weiß auch nicht, wie es ihnen geschieht, sie haben schon alle Werte über Bord geschmissen, machen halt mit, weil es so ist. Das ist einmal so und dazu stehen wir auch. Ist ja kein Problem.

Aber es gibt noch andere Fragen, die ich gerne mit Ihnen - nicht heute -diskutieren will, sondern es ist noch keine beschlossene Sache. Ich würde bitten, noch einmal uns alle ins Boot hineinzuholen, aber auch Leute, die das kritisch noch einmal hinterfragt haben. Ich denke, dass man solchen Fragen auch gegenübertreten muss und vielleicht das eine oder andere ausräumen kann.

Zu dem stehe ich auch, weil ehrlich gesagt, ein Jagdgesetz so umfangreich und gleich so schnell beschließen, finde ich nicht unbedingt für in Ordnung. Aber ich muss sagen Dankeschön an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die das wirklich vorbereitet haben, weil es nicht so einfach ist, nicht mit Ihnen alleine, Frau Dunst, sondern auch das ganze Gesetz ist wirklich komplex, und man macht einen Druck und man muss das alles schaffen.

Daher noch einmal mein Appell, Frau Landesrätin, setzen wir uns zusammen, das ist eh schon ein gepflogenes Wort und vielleicht können wir den einen oder anderen Punkt noch aus dem Weg räumen, dann werden wir auch gemeinsam ein gutes Gesetz, denke ich einmal, zustande bringen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Abgeordneten erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ich bin mit der dringlichen Anfrage im Großen und Ganzen nicht sehr konform, weil Fragen drinnen sind, die ich selber nicht verstehe, muss ich ehrlich sagen, warum Ihr diese stellt. Aber gut.

Wo ich allerdings schon zustimmen muss - und auch der Kollege Kölly hat das jetzt getan -, ist die Entstehungsgeschichte des Gesetzes ist ein bisschen unglücklich gelaufen. Das würde ich mir in Zukunft schon ein bisschen offener gestaltet wünschen, wo es wirkliche Parteienverhandlungen auch gibt.

Das - wie nennt sich das - ARGE „Zukunft Jagd“, sei Ihnen unbenommen so etwas zu machen, aber das man die wirklich ausschließlich hinter verschlossenen Türen arbeiten lässt und dann das Gesetz in die Begutachtung schickt und praktisch nur einen sehr kurzen Zeitraum dazwischen die Medien und auch uns informiert, darüber war ich auch sehr verwundert. Das habe ich bisher so noch nicht erlebt.

Es ist dann auch so ausgegangen, der erste Entwurf, wie er zustande kam, nämlich die wesentlichen Punkte, die wir eingebracht haben, so es natürlich vor allem um den Tier- und Naturschutz ging, waren nicht drinnen. Warum das dann doch noch eine glückliche Wendung, aus unserer Sicht, genommen hat, sei jetzt dahingestellt, wie es passiert ist. Letztendlich ist die Gatterjagd im Gesetz, wenn auch mit einer sehr langen Übergangszeit beendet. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Frau Dunst sagt etwas anderes.)*

Damit haben auch die Besitzer dieser Gatter die Möglichkeit, sich wirklich über viele Jahre hindurch zu überlegen, wie sie das machen. Es gibt eine wirklich sehr lange Umstellungszeit. Ich finde das ist auch okay so und war auch nicht wirklich anders möglich.

Ich bin der Meinung, dass das Verbot der Gatterjagd, anders wie es die ÖVP sieht, halten wird, weil natürlich jedes neue Gesetz oder viele neue Gesetze greifen in alte Bestimmungen ein oder in alte, zum Beispiel nur, wenn ich einen alten LKW vor 20 Jahren gekauft habe, dann darf ich den im Burgenland heute auch nicht mehr fahren, weil er halt den Luftreinhaltebestimmungen nicht mehr entspricht, ist auch ein Eingriff ins Eigentumsrecht.

Die Gatter werden den Besitzern nicht weggenommen, sondern sie müssen geöffnet werden. Dadurch muss ich ehrlich sagen, ich bin kein Jurist, gebe ich zu, sehe ich hier kein Problem, dass hier irgendjemand enteignet - oder so wie Ihr das nennt - wird.

Ein Wehrmutstropfen: Wir hätten uns auch gewünscht, dass die Jagd auf gezüchtete Tiere komplett verboten wird. Das ist jetzt erschwert worden, aber das ist für uns als Kompromissvariante in Ordnung.

Ich glaube aber, dass dieses Gesetz etwas ganz Wesentliches macht, nämlich, der Jagd wieder ein bisschen mehr an einem positiven Image zurückzugeben, weil gerade die zwei angesprochenen Jagdpraktiken, die ich eher als Auswüchse der Jagd bezeichnen möchte, haben in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit der Jagd kein gutes Zeugnis ausgestellt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, dass auch die burgenländische Bevölkerung im Großen und Ganzen mit diesen Regelungen zufrieden sein wird. Auch wenn man den VGT jetzt in manchen Bereichen als zu extrem sehen will, so haben sie die Problematik der Gatterjagd doch sehr deutlich mit Bildern und mit Videomaterial aufgezeigt. Sie tun das auch nach wie vor, weil ja in anderen Bundesländern die Problematik immer noch besteht. So wurde praktisch auch dem Tierschutz letztendlich in diesem Gesetz genüge getan.

Wenn das Gesetz jetzt letztendlich wirklich so bleiben wird, wie es jetzt eingelaufen ist, wovon ich ausgehe, dann würden wir diesem Gesetz unsere Zustimmung erteilen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Zu Beginn ein paar grundsätzliche Vorbemerkungen. Das Jagdgesetz gehört zweifelsohne zu den schwierigsten Materien, die wir im Rechtsbestand des Landes vorfinden. Einerseits ist es inhaltlich eine sehr komplexe Materie, auch rechtlich. Andererseits ist es natürlich auch politisch ein dickes Brett, da dürfen wir uns nichts vormachen.

Jene, die sich mit der Materie schon mal befasst haben, wissen, dass es aufgrund der vielfältigen Interessen und Interessensgruppen praktisch unmöglich ist, ein Jagdgesetz zu novellieren oder ein neues Jagdgesetz zu Stande zu bringen, mit dem am Ende so gut wie alle einverstanden sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir haben die Jäger, wir haben die Grundeigentümer, die Gemeinden, wir haben die Landwirte, wir haben die Tierschützer, wir haben den Naturschutz und viele andere mehr.

Es ist an sich schon unmöglich all diese Gruppen unter einen Hut zu bekommen *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Letzte Mal war alle dabei!)* und es ist selbst innerhalb dieser Gruppen in vielen Fällen und in einzelnen Fragen nicht möglich, einen Konsens herzustellen - auch innerhalb der Jägerschaft nicht.

Egal ob Jäger, Landwirt oder Tierschützer - für all diese Gruppen ist ein einzelnes Regierungsmitglied zuständig, nämlich, Landesrätin Verena Dunst. Es ist ihr daher alleine schon aus diesem Grund Respekt dafür zu zollen, dass sie sich dieser Thematik angenommen hat, dass sie dieses Jagdgesetz überhaupt angegriffen hat - trotz dieser politisch schwierigen Herausforderung und Ausgangslage. Diesen Mut haben Ihre Vorgänger nicht gehabt, das muss man auch ganz deutlich sagen, denn deshalb war der Reformbedarf auch so groß. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Meine Damen und Herren, zweite Vorbemerkung. Unter dem Strich kann sich das Ergebnis, das mit diesem Jagdgesetz nun vorliegt, sehen lassen. Wir merken es auch an den Wortmeldungen heute. Die ÖVP, ich gehe noch darauf ein, hat sich von Anfang an dazu entschlossen, an dieser Geschichte nicht mitzuarbeiten. Das hier ein Jagdgesetz beschlossen werden wird, nicht nur mit der Stimmen der Koalition, sondern wahrscheinlich mit drei Parteien oder unter Umständen sogar mit vier, ist durchaus keine Selbstverständlichkeit. Das spricht für dieses Gesetz, meine Damen und Herren!

Dritte und letzte Vorbemerkung: Das Jagdgesetz ist inhaltlich eine komplexe Materie, politisch schwierig, ich habe es schon gesagt, aber es ist natürlich auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht eine spannende Sache. Gerade die ÖVP macht heute im Rahmen Ihrer dringlichen Anfrage auch auf Bedenken aufmerksam.

Aber, meine Damen und Herren, man kann natürlich nie immer genau wissen, ob nicht am Ende irgendein Höchstgericht irgendeine einzelne Regelung aufhebt. Das ist schon öfter passiert, das kann auch in diesem Fall passieren. Ich kann Ihnen nur sagen, wir haben in diesem ganzen Prozess immer nach bestem Wissen und Gewissen abgewogen.

Man sieht es auch an den einzelnen Regelungen. Es gibt welche, die sofort in Kraft treten, aber es gibt auch welche, die nicht zuletzt aufgrund von verfassungsrechtlichen Einwänden mit einer Übergangsfrist versehen sind. Abgesehen davon stellt sich die Frage, ob schon bisher im Jagdgesetz alles verfassungskonform war?

Das sage ich auch dazu, wenn Sie eben die heute schon erwähnte Wildschadensthematik hernehmen. Ob das bisher schon verfassungskonform war, das wissen wir schlicht und einfach nicht, aber es hat sich zumindest niemand daran gestoßen.

Wie gesagt, wir haben in diesem Fall in jedem einzelnen Punkt sehr genau abgewogen. Natürlich betreten wir in manchen Fällen juristisches Neuland. Es ist aber auch klar, wenn man sich ein politisches Ziel setzt, das man Mut braucht, diesen Weg zu gehen. Diesen mutigen Weg sind wir mit der Landesrätin und dieser Koalition gegangen.

Meine Damen und Herren! Nach diesen Vorbemerkungen zu meiner Hauptbemerkung. Ich werde mich jetzt nicht weiter mit inhaltlichen Fragen dieses Jagdgesetztes auseinandersetzen.

Erstens werden wir dazu im Ausschuss noch Gelegenheit haben *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das war jetzt ein Scherz, oder?)* und dann in der Landtagssitzung am 9. März. Nebenbei hat die Landesrätin die Anfragen schon ausreichend beantwortet. Im Übrigen bin ich nicht dafür zu haben, hier einem von Anfang an geschriebenen Drehbuch der Österreichischen Volkspartei zu folgen.

Meine Damen und Herren! Heute ist das Gesetz eingelaufen. Es war noch nicht einmal im Ausschuss, aber die ÖVP macht sich auf einmal wichtig. Dieses Manöver ist entlarvend, meine Damen und Herren.

Die ÖVP hatte niemals den Plan, anständig und ernsthaft an einem neuen Jagdgesetz, an dieser Novelle, mitzuarbeiten, von der wir seit eineinhalb Jahren wissen. Es hat genug Einladungen gegeben. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nein! Hat es nicht gegeben.)*

Man kann jetzt über das Prozedere im Detail denken, was man möchte. Es war natürlich auch für uns manchmal nicht leicht, aber Sie haben sich der Mitarbeit verweigert, meine Damen und Herren! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das stimmt doch nicht! – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Ihr Plan war von Anfang an, hier auf der Seite der politischen Besitzstandswahrer zu stehen, der Reformverweigerer. Ihr Plan war von Anfang an, die Landesrätin ins Visier und unter Beschuss zu nehmen. Wenn Sie jetzt am Ende dieses Prozesses mit dem Gesetz in vielen Punkten nicht einverstanden sind, weil auf einmal auch inhaltliche Wortmeldungen von Ihnen kommen, dann haben Sie sich das selbst zuzuschreiben, denn niemand von uns hat Sie daran gehindert, dass Sie an diesem Gesetz mitarbeiten und dass Sie gewisse Fragen schon früher stellen, meine Damen und Herren.

Dieses Jagdgesetz ist ein gutes Gesetz. Ich freue mich deshalb schon auf die Sitzung und die Beschlussfassung am 9. März. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ein herzliches Grüß Gott gilt

natürlich allen, die sich um diesen ländlichen Raum kümmern. Ich war vor einigen Wochen bei einer Enquete im Parlament in Wien. Da hat der Bauernbundpräsident gesagt: Jagd, Landwirtschaft, Grundeigentümer, Tierschützer, Naturschützer und so weiter, allen, die sich um den ländlichen Raum kümmern, gebührt ein herzliches Dankeschön.

Das einzige Positive an diesem neuen Gesetz ist, dass nach dieser Vorlage jede und jeder weiß, der es bis jetzt nicht wusste, dass Sie, Frau Landesrat, für die Land- und Forstwirtschaft, für den ländlichen Raum und ihre Probleme nicht viel übrig haben. Alles, was ich bereits nach ihrem ORF-Interview im September vorigen Jahres gesagt habe, hat sich leider bestätigt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Diese Vorlage lässt alle demokratischen Spielregel vermissen und ist einer sogenannten Agrarlandesrätin unwürdig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es hat sich leider der Slogan unseres Regierungschefs, Ihres Regierungschefs, bewahrheitet, täuschen, tricksen und drüberfahren. Sie haben behauptet, alle Entscheidungsträger sind eingebunden. Das ist unwahr. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es war weder der Jagdverband, noch die Landwirtschaftskammer bei den endgültigen Beschlüssen dabei. Wir haben heute schon gehört, dass jeden Tag etwas geändert wurde. Bei den Endbeschlüssen beziehungsweise bei den Entscheidungen waren viele, wie von Ihnen immer wieder behauptet wird, nicht eingebunden.

Sie kennen die diesbezüglichen Schreiben von der Landwirtschaftskammer und vom Landesjagdverband. Von den Oppositionsparteien gar nicht zu sprechen. Das haben wir bereits gehört, täuschen, tricksen und drüberfahren.

Dieser vielverwendete Satz des Landeshauptmannes trifft auf Sie sehr treffend zu. Als zuständige Agrarlandesrätin sollten Sie auch wissen, dass die Landwirtschaft in den letzten Jahren mit einem Einkommensminus in fast allen Sparten zu kämpfen hatte. Das hindert Sie aber nicht, so ein ungerechtes Gesetz, das niemand verdient hat, besonders jene nicht, die täglich für unsere Umwelt und unsere gesunden Lebensmittel sorgen.

Das ist Ihnen alles egal. Sie setzen in dieser schwierigen Lage noch eines mit der Kürzung des Jagdpachteuros und des Selbstbehaltes von 10 Prozent und der Höchstbemessung von Wildschäden drauf. Das ist Ihre Wichtigkeit für die Bäuerinnen und Bauern unseres Landes.

Das dieses Gesetz ein „husch-pfusch“ Gesetz ist beweist auch, dass Sie den Entwurf mehrmals geändert haben und die große Frechheit besitzen, nach den Parteienverhandlungen, es hat ohnehin nur eine gegeben, auch noch den Zeitpunkt bei zwei entscheidenden Punkten nämlich, 10 Prozent der Jagdpachteinnahmen für wildschadensverhütende Maßnahmen und den 10 Prozent Selbstbehalt bei Wildschäden vom ursprünglichen Termin 1. Feber 2023 auf den 1. Jänner 2018 vorzuverlegen. Diese Änderung war erst gestern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Landesrätin Verena Dunst: Nein! Falsch! - Beifall bei der ÖVP)*

So bereiten Sie ihre Gesetzte vor. Die Haftungsobergrenze, die bei den Parteienverhandlungen nicht im Entwurf war, scheint beim Letztentwurf in ganz neuer und anderer Form auf. Was betreiben Sie für eine Politik? *(Landesrätin Verena Dunst: Na, Entschuldigung jetzt!)*

Wer oder was treibt Sie zu solch undemokratischen, überstürzten Entscheidungen? Wer oder was treibt Sie dazu? Sie sind für jeden Gesprächspartner unglaubwürdig, wenn sie nach Parteienverhandlungen wichtige Punkte einseitig ändern. Das ist ein „husch-

pfusch“ Gesetz. *(Landesrätin Verena Dunst: Danke!)* Das bestätigt auch, dass die alten Daten bei den Erklärungen auch noch im neuesten Entwurf, vielleicht ist er jetzt schon wieder geändert, vorhanden sind. Mit diesen frühen Zeiten und ab 1.1.2018 greifen Sie in bestehende Verträge ein. Die Vertreter der Jagdgenossenschaften, also die Grundeigentümer, haben nämlich mit diesen Beträgen für die Wegeerhaltung und vieles mehr, die allen Bewohnern im ländlichen Raum zu Gute kommen, gerechnet. Jetzt nehmen Sie ihnen dieses Geld weg. Das ist eine typische Enteignung. Darauf können Sie wirklich stolz sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein neues Jagdgesetz sollte ein Ausgleich zwischen Jägern, Landwirten, Grundeigentümern, Gemeinden und dem Naturschutz schaffen. Mit dieser Vorlage tragen Sie dazu bei, dass das Verhältnis zwischen den Bauern und den Jägern sicherlich nicht besser wird. Im Großen und Ganzen mit wenigen Ausnahmen hat die Entschädigung bei Wildschäden funktioniert oder wissen Sie etwas anderes?

Meines Erachtens gibt es nur ein Beispiel, das war Gerersdorf. Nach Ihrer Vorlage bekommen die geschädigten Bewirtschafter die Schadenssumme am Ende des Jahres. Bei welcher Berufsgruppe, bei welcher Versicherung gibt es Schadenszahlungen, die während des Jahres entstanden sind und am Ende des Jahres bezahlt werden? Bei welcher Versicherung? *(Landesrat Helmut Bieler: Frostschäden!)* Sie zeigen mit jedem Punkt, wie - unter Anführungszeichen - wichtig Ihnen die Bauern sind. Ein neues Gesetz soll Verbesserungen schaffen.

Bitte sagen Sie mir eine Verbesserung des Gesetzes für Jäger und Bauern? Sie schaffen damit nicht nur Unmut bei den Grundbesitzern, sondern auch bei den Jägern. Oder glauben Sie nicht, dass es mit diesem Gesetz noch schwieriger wird, dass einheimische Jägerinnen und Jäger eine Pacht bezahlen und pachten können? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Jagden werden aufgrund Ihres Gesetzes automatisch teuer werden, ist ja ganz logisch. Wenn 10 Prozent weggenommen werden, werden die Jagden teuer werden.

Sie reden immer davon, wie wichtig für Sie die Burgenländerinnen und Burgenländer sind und machen bei dieser Aktion genau das Gegenteil. Das mit dem Duschtuch ist in diesem Fall kein Einzelfall. *(Abg. Manfred Kölly: Eures, von Vossen ist aber kleiner, als das vom Herrn Landeshauptmann. – Allgemeine Unruhe)*

Einheimische Qualität aus dem Burgenland. Mit diesem Gesetz bevorzugen Sie solche Jäger, denen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Diese kommen meistens aus dem Ausland beziehungsweise zahlungskräftige Personen aus anderen Bundesländern.

Ihre Überwachungsmethode hat unser Klubobmann bereits deutlich erwähnt und ausgeführt. Sie reden immer von Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau und machen in der Praxis genau das Gegenteil. Sie zerschlagen mit dieser Vorlage ein gut funktionierendes System und hetzen Bauern, Naturschützer, Grundbesitzer und Jäger gegeneinander auf.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrer Kollegin, an Ihrer Nachbarin, an der Frau Landesrätin Eisenkopf und ihrem Gemeindepaket. Sie hat nämlich mit allen Beteiligten verhandelt und man hat gemeinsam eine brauchbare Lösung gefunden. Sie als Landesrätin haben mehrmals abwertend über Ihre Vorgänger gesprochen.

Es hat dies auch der Herr Klubobmann Molnár wieder so erwähnt, aber so ein Entwurf gegen die Landwirtschaft und gegen den ländlichen Raum wäre keinem ihrer Vorgänger eingefallen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dieses Gesetz ist nicht das Modernste, wie Sie immer behaupten, es ist das Eigentumsfeindlichste von ganz Österreich. Statt Agrarlandesrätin werden Sie mit diesem Gesetz zur Enteignungslandesrätin. *(Beifall bei der ÖVP - Landesrätin Verena Dunst: Jetzt haben Sie etwas vergessen. Sie wollten mich doch zum Rücktritt auffordern. – Abg. Klaudia Friedl: Das macht er wohl in der nächsten Sitzung. - Allgemeine Unruhe)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Wolfgang Sodl das Wort. Ein bisschen Ruhe, meine Damen und Herren.

Herr Abgeordneter bitte, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin eigentlich sehr dankbar, dass seitens der ÖVP diese dringliche Anfrage betreffend Jagdgesetz gekommen ist. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Bitte gerne!)* Wir können endlich Stellung nehmen und nicht die Polemik draußen, die die ÖVP verbreitet, eigentlich so hinnehmen.

Wir können natürlich dazu Stellung nehmen. Heute ist dieser Gesetzentwurf in der heutigen Landtagssitzung eingelaufen. Vergangenen Dienstag gab es in der Regierungssitzung den Beschluss und heute, bevor er eigentlich im Ausschuss behandelt wird, gibt es die dringliche Anfrage des ÖVP-Klubs. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das hat es in diesem Haus eigentlich noch nie gegeben! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das stimmt! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das stimmt. Noch kein Regierungsmitglied, hat sich so etwas getraut.)* Aber, es gibt immer ein erstes Mal. Ich bin auch sehr dankbar dafür, Herr Präsident, dass von Ihrer Seite diese Anfrage kommt.

Das Jagdgesetz aus dem Jahre 1954, war, wenn ich nachrechne, 63 Jahre in Gültigkeit! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Was ist jetzt damit?)* Von 1954 bis Juli 2015 war, meines Wissens die Landwirtschaft, die Jagd, immer im Ressort der ÖVP.

Seit Juli 2015 ist die Frau Landesrätin Verena Dunst mit den Agenden der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft natürlich mit der Jagd und Fischereiwesen neben vielen anderen Ressorts, wie Frauenagenden, familienpolitische Angelegenheiten, Dorferneuerung, Konsumentenschutz, Schuldnerberatung, Angelegenheiten der ländlichen Entwicklung, Tierschutz, Tierzucht, Tierhaltung, weinrechtliche Angelegenheiten befasst. *(Abg. Manfred Kölly: Uhudler!)*

Sprechen wir den Uhudler an. Wie lange hat es gedauert, bis die Frau Landesrätin in ihrer Funktion den Uhudler gerettet und auch legalisiert hatte? *(Abg. Walter Temmel: Als Obstwein!)*

Das Jagdgesetz aus 1954 war 61 Jahre lang im Ressort der ÖVP und passiert ist im Prinzip nichts. 2004 wurde ein Versuch seitens der ÖVP gemacht, hier eine umfassende Novelle des Jagdgesetzes herbeizuführen.

Dazu, Herr Kollege Temmel, gab es 32 Diskussionsrunden. Das Ergebnis dieses Versuches war Null! *(Abg. Walter Temmel: Das war der Kollege Mezgolits.)* Das war warme Luft, Null!

Seit 2004 gab es sechs Novellierungen zum Jagdgesetz. Wissen Sie warum diese Novellierungen zustande gekommen sind? Weil sie betreffend EU-Bestimmungen notwendig waren, sonst nichts.

Warme Luft! Geschätzte Damen und Herren! Ich darf aufgrund meiner Funktion als Bürgermeister und Obmann des Jagdausschusses, auch als Bereichssprecher, auch aus Sicht, dass ich in einer Landwirtschaft groß werden durfte und mit dem Blickwinkel, das ich vor allem in meiner Funktion mit allen Beteiligten gesprochen habe, informieren.

Ich habe mit Jägern gesprochen aus meiner eigenen Gemeinde, aus Nachbargemeinden, aus vielen Teilen des Burgenlandes, ich habe auch mit den Landwirten gesprochen, ich habe mit den Grundstücksbesitzern gesprochen. Es hat hier sehr viele Gespräche und Diskussionen gegeben.

Ich bin sehr dankbar dafür. Wissen Sie, warum es in dieser Form Diskussionen gegeben hat? Weil von Seiten der ÖVP nichts anderes gemacht wurde, als Halbwahrheiten zu verbreiten und nur Polemik betrieben wurde. Nur aus diesem Grund hat es diese Diskussionen gegeben. Auch weil sie gehetzt und versucht haben, hier einen Keil zwischen die Grundstücksbesitzer, aber auch zwischen die Jägerinnen und Jägern hineinzutreiben. Das ist der einzige Grund. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Natürlich möchte ich auf die Vorgangsweise, auf die Entstehung dieses neuen Jagdgesetzes kommen. Hier wurde eine technische Arbeitsgruppe eingerichtet, die ARGE „Zukunft Jagd". Hier möchte ich vor allem allen recht herzlich danken, aber vor allem, der die ARGE „Zukunft Jagd“ geleitet hat, der Sigi Holzhacker, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* ah Fleischhacker, Entschuldigung. *(Abg. Walter Temmel: Wie ein Holzhacker hat er eh sich benommen! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)*

Sigi Fleischhacker, der nicht nur hunderte Stunden investiert hat, sondern der auch mit sehr viel Herzblut, mit sehr viel Wissen, mit sehr viel Engagement, diese ARGE „Zukunft Jagd“ geleitet und geführt hat. Ich darf aber auch allen, die hier dabei mitgearbeitet haben, sprich Vertreter aus der Jägerschaft, aus der Land- und aus der Forstwirtschaft, sowie auch den Juristen der burgenländischen Landesregierung recht herzlich danken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Die Aufgabenstellung war hier die Schaffung eines neuen, eines innovativen, eines modernen, burgenländischen Jagdgesetzes. Die Schaffung eines optimalen Interessenausgleiches aller von der Materie Betroffenen, sprich die Jägerinnen und Jäger, die Grundstücksbesitzer, die Gemeinden, der Tierschutz, der Naturschutz und viele andere.

Die Vorgangsweise war, dass hier 15 Sitzungstage stattgefunden haben. Jeder Experte hat hier an die 100 und mehr Stunden investiert. Die Gesetze wurden Paragraph für Paragraph auf ihr Verbesserungspotential geprüft. Bei Verbesserungsbedarf wurde auch entsprechend adaptiert beziehungsweise neu geregelt. *(Zwiegespräch zwischen Abg. Robert Hergovich und Mag. Christian Sagartz, BA)*

Ich möchte mich aber auch bei allen Parteien, die daran teilgenommen haben, bedanken. Wir haben es von der ÖVP gehört. Sie waren auch einmal dabei vertreten. Ich glaube am 20.9.2016 war ein Mitarbeiter des Klubs auch dabei. Die einzige Stellungnahme dazu haben sie ja bereits bekanntgegeben - wir wollen kein neues Jagdgesetz, wir wollen das alte Jagdgesetz beibehalten.

Das war die einzige Arbeit, die sie hier sachlich und fachlich eingebracht haben. Sehr viel Arbeit haben Sie natürlich in Ihre Polemik gesteckt. Das war Ihre ganze Arbeit, die Sie hier ganz einfach in die Materie des neuen Jagdgesetzes miteingebracht haben.

Für mich ist die Aussage von Ihnen, Herr Klubobmann Christian Sagartz, sehr bedenklich. Wenn ich hier den Kurier-Artikel vom 21.1.2017 betreff Demokratisierung im Jagdgesetz zitieren darf, wo Sie gesagt haben: „Ich sehe darin Stasi-Methoden! *(Abg.*

Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!) Rot-Blau will ihre politische Spitzel in ein bestehendes System einschleusen." Herr Klubobmann! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Korrekt. Habe ich gesagt!)* Ich würde Sie ersuchen, diese Aussage zurückzunehmen und sich dafür zu entschuldigen, wenn Sie Anstand haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geschätzte Damen und Herren! Es wurde unter breitester Bürgerbeteiligung mit allen Beteiligten, mit konstruktiver Zusammenarbeit hier als Vorreiter das modernste und das innovativste Jagdgesetz Österreichs geschaffen.

Mit der Abschaffung der Jagd im Gatter, der erstmaligen Neugestaltung der Wildschadenthematik in Österreich und dem massiven Demokratieaufbau im Burgenländischen Jagdverband sind wir auch in dieser komplexen Materie im 21. Jahrhundert angelangt.

Geschätzte Damen und Herren! Wir sind nicht Anwalt der großen Grundbesitzer, der Gutsherren, der Superreichen, wir sind hier für jene da,… *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ihr habt Niemanden eingebunden! Dann habt Ihr gehetzt.)*

Nein wir nicht, Sie haben gehetzt, Sie haben geschürt. Die Jagd muss auch für Menschen leistbar sein und bleiben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)* Auch für Menschen, die ein geringes Einkommen haben, *(Abg. Walter Temmel: Jetzt wird es teurer!)* ein durchschnittliches Einkommen haben. Dafür setzen wir uns ein. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Auf welchen Paragraphen basiert das?)*

In diesem Sinne ein kräftiges „Weidmannsheil"! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordnetem Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Emotionen beim Jagdgesetz sind schon da, das verstehe ich schon. Trotzdem sollte man sich auch die Zeit nehmen, um nachzudenken, wie man überhaupt zu einem derzeit noch gültigen Jagdgesetz überhaupt gekommen ist.

1848 bei der Bauernbefreiung ist klar zu Tage gekommen, Grundeigentum und Jagdrecht sind eins. Das heißt, seit dieser Zeit ist das Jagdrecht mit Grund und Boden, mit Grundeigentümern ab einem Quadratmeter verbunden. Grundeigentümer, Bewirtschafter und Jäger, ehrbare Weidmänner, haben es in den letzten Jahren zustande gebracht, dass wir ein Ökosystem in Österreich haben, um das uns alle Länder beneiden. Ich war gestern beim Tag der Rübenbauern. Auch dort war dieses Jagdgesetz ein Thema.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie tun ja so, als wäre das Jagdwesen im Burgenland in einer Art und Weise im Argen, dass es zu einer Gesetzesänderung ja nahezu schreit und notwendig ist. Meine Damen und Herren! Das Gegenteil ist der Fall! Wir haben ein Jagdgesetz, dass 2004 novelliert wurde, in einer entsprechenden Art und Weise novelliert wurde. Da gehört schon etwas dazu, wenn man sagt, die Vorgänger der Frau Landesrätin haben nicht den Mut gehabt, das Jagdgesetz zu verändern.

Es war gar nicht notwendig, meine sehr geehrten Damen und Herren! 2004 hat der damalige Agrarlandesrat Paul Rittsteuer gemeinsam *(Abg. Wolfgang Sodl: Es hat sich schon einiges geändert. Nicht böse sein!)* mit allen im Landtag vertretenen Parteien, der Kollege Kölly hat es angesprochen, der war damals Klubobmann der FPÖ, ich war damals Abgeordneter des ÖVP-Landtagsklubs, der Kollege Mezgolits, jetzt Bezirkshauptmann in Mattersburg, war der Verhandlungsführer der SPÖ, diese Novelle verhandelt.

Meine Damen und Herren! Es gab acht Verhandlungsrunden ÖVP-SPÖ und 24 Verhandlungsrunden mit allen im Landtag vertretenen Parteien. 32 an der Zahl, *(Abg. Doris Prohaska. Aber nichts herausgekommen.)* Sie haben Recht! Jetzt hat es zwei gegeben! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Damals ist ein Jagdgesetz herausgekommen, *(Abg. Wolfgang Sodl: Nur warme Luft!)* dass es Grundeigentümern, Bewirtschaftern, Jägern, Jagdgatterbesitzer über weite Strecken hin ermöglicht, ein gemeinsames Zusammenleben so zu organisieren, dass wir ein ökologisch wertvolles System in unseren Feldern und Fluren vorfinden, wo uns andere Länder darum beneiden. Fahren Sie jetzt hinaus, nehmen Sie sich die Zeit, wo ein bisschen eine Schneedecke liegt.

Sie sehen Rehe, Sie sehen Hasen, sie sehen Fasane. Fahren Sie einmal über die Grenze nach Ungarn, fahren Sie in die Slowakei, fahren Sie nach Deutschland, fahren Sie nach Italien. Was sehen Sie denn dort? Nichts! Sehen Sie, und das ist der Unterschied! Das haben wir zustande gebracht, weil verantwortungsbewusste Bauern, Grundeigentümer, Bewirtschafter, verantwortungsbewusste Waidmänner und eine verantwortungsvolle Politik ein Jagdgesetz gemacht haben.

Natürlich hat keiner eine Freude mit dem Wildschaden, denn der eine will weniger zahlen, der andere will mehr haben, aber über weite Strecken, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir ein Zusammenleben gehabt, wo uns viele beneiden. *(Abg. Walter Temmel: Bravo! – Beifall bei der ÖVP)*

Und die Notwendigkeit so ein funktionierendes System zu verändern, war weder von der Jägerseite, mag schon sein von manchen Jägern... *(Zwischenruf von Landesrätin Verena Dunst.)* Der eine hat feuchte Augen bekommen, wenn er gesagt hat, er braucht keinen Wildschaden mehr zahlen. *(Allgemeine Unruhe)*

Frau Landesrätin! Wir wissen ja, wovon wir reden, und den anderen haben Sie gesagt, na vielleicht bekommst du sogar mehr. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Manfred Kölly: Wärt Ihr in der Regierung geblieben, dann hätte es das Thema nicht gegeben.)* Jetzt sind Dinge herausgekommen, die so nicht funktionieren. Wenn Sie heute sich hierherstellen, Frau Landesrätin, und erklären, die Vertreter von der Landwirtschaftskammer waren auch dabei, die haben mitgearbeitet, in dieser ARGE die von Ihnen eingesetzt wurde, politisch zusammengesetzt natürlich, weil vom ÖVP-Klub war keiner in der ARGE. Ich weiß nicht ob andere dabei waren.

Nur - *(Zwischenruf von Landesrätin Verena Dunst)* bitte? *(Landesrätin Verena Dunst: Das waren Experten.)* Na glauben Sie im ÖVP-Klub gibt es keine Experten? Na wo leben Sie denn? *(Allgemeine Unruhe – Landesrätin Verena Dunst: Reden Sie mit der Landwirtschaftskammer!)* Glauben Sie, nur bei den Sozialisten gibt es Experten?

Frau Landesrätin! Nein, das hat damit nichts zu tun. Wenn die Landwirtschaftskammer dabei war, der Herr Reheis und der Herr Stummer und dann plötzlich festgestellt wird, dass ganz etwas anderes in diesem Gesetz, das gestern eingelaufen ist mit 171 Paragraphen, das etwas anderes drinnen steht, als mit der Landwirtschaftskammer verhandelt. *(Allgemeine Unruhe – Landesrätin Verena Dunst: Da waren alle dabei.)* Dann darf man sich nicht wundern, sehr geehrte Frau Landesrätin, wenn Sie einen Brief bekommen wo drinnen steht:

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Mit Verwunderung hat die Burgenländische Landwirtschaftskammer über die neuerlich durchgeführten Änderungen im Entwurf des Jagdgesetzes Kenntnis erlangt und darf dazu Nachfolgendes feststellen: *(Allgemeine Unruhe – Zwischenruf der Landesrätin Verena Dunst.)*

Die Umgestaltungen sind so gravierend und weichen von in der Expertengruppe ausverhandelten Kompromissen derart ab, dass die prinzipielle Zustimmung der Landwirtschaftskammer nicht aufrechterhalten werden kann. Die Burgenländische Landwirtschaftskammer ersucht und so weiter und so fort.

Wissen Sie, was Sie getan haben? Sie haben alle benutzt in Ihrer Expertengruppe, so, ja, ja ihr dürft eh mitreden, aber eigentlich tu ich, was ich will. *(Allgemeine Unruhe)* So geht das nicht.

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Da müssen Sie sich Andere suchen. Ihre Vorgänger haben den Mut gehabt, mit allen im Landtag vertretenen Parteien diese schwierige Materie durchzudiskutieren. Sie haben nicht den Mut gehabt. *(Abg. Wolfgang Sodl: Geh bitte. – Abg. Walter Temmel: Jawohl.)* Sie haben nicht den Mut gehabt.

Sie haben im September des Vorjahres einmal eingeladen. Auf die Frage des Klubdirektors, wann *(Abg. Wolfgang Sodl: Ihr habt den Mut nicht gehabt, warum habt Ihr nicht mitgearbeitet?)* wird es die nächste Verhandlungsrunde geben, wurde ihm gesagt, es wird keine geben. Die erste und letzte Verhandlungsrunde hat es am 18., vor *(Allgemeine Unruhe - Landesrätin Verena Dunst: Eineinhalb Jahre. – Abg. Wolfgang Sodl: Ihr habt nichts zusammengebracht.)* acht Tagen, am 18. Jänner gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist Ihr Zugang zur Demokratie. Und ich sage Ihnen, sehr geehrte Frau Landesrätin, das ist parlamentarisch keine saubere Arbeit. Das ist legistisch keine saubere Arbeit. *(Abg. Wolfgang Sodl: Bei Euch ist alles super, da ist alles sauber.)* Das ist das, was sich der Landtag nicht bieten lassen wird. So kann es in einer Diskussion nicht gehen, sehr geehrte Frau Landesrätin. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Wolfgang Sodl: Reine Polemik.)*

32 Verhandlungsrunden, damals. *(Abg. Wolfgang Sodl: Ja, aber da ist nichts herausgekommen. – Allgemeine Unruhe)* Na klar, Kollege Mezgolits wollte *(Abg. Wolfgang Sodl: Eine Schmähparade!)* die ballistischen Kurven ins Jagdgesetz da hinein und die Geschoßgewichte. *(Abg. Wolfgang Sodl: Da ist nichts herausgekommen – eine Schmähparade! – Allgemeine Unruhe.)* Das konnte man ihm gerade noch ausreden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zu sagen, dass man sich damals dieser Thematik nicht ordnungsgemäß gewidmet hat, Ihre Vorgänger waren mehr als mutig, glauben Sie mir das, sehr geehrte Frau Landesrätin. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Walter Temmel: Jawohl!)*

Aufgrund dieser Tatsache, dass seit 1848 dieses Jagdrecht mit Grund und Boden ureigenst verbunden ist, ist es zur Selbstverwaltung gekommen. Und diese Selbstverwaltung hat immer gut funktioniert. Auch wenn Sie es nicht hören wollen, da sich zwei Stasispitzel hineinzusetzen. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Also wirklich, schon wieder, das ist ja nicht wahr. Wo sind wir denn? - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Nennen Sie es Politkommissare, Politkommissare hineinzusetzen, das meine sehr geehrten Damen und Herren, ist hier nicht angebracht. Und ich kann mir nicht vorstellen... *(Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Edith Sack: Die sollen sich einmal entschuldigen, das darf doch nicht wahr sein. So einen Schmarrn zusammenreden.)*

Präsident Christian Illedits: Das Wort „Stasispitzel“ denke ich, hat in diesem Hohen Hause keinen Platz und nichts verloren.

Ich fordere Sie auf dies zurückzunehmen und erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. *(Beifall bei der SPÖ)*

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): *(fortsetzend)* Ich nenne sie ab jetzt Politkommissare, *(Heiterkeit bei der ÖVP)* Ja, mache ich. Meine sehr geehrten Damen und Herrn! Die Gatterjagden: Man kann zu den Gatterjagden stehen wie man will, aber zu glauben, Gatterjagden sind wie eine Schießbude, dass hier Tiere hineingetrieben werden und auf der anderen Seite geschossen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden da von hunderten und aberhunderten Hektar die eben eingezäunt sind, wo durchaus freiwildähnliche Verhältnisse gelten.

Und es wäre nicht waidgerecht, da gebe ich Ihnen Recht, wenn auf der einen Seite hinein und auf der anderen Seite geschossen wird. Nein, das ist ja nicht der Fall. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Wolfgang Sodl: Das hat auch keiner gesagt.)*

Was Sie tun mit diesem Gesetz ist ein Eingriff in Eigentumsrechte, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo ich mir nicht vorstellen kann, dass solche Dinge auch funktionieren. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Doris Prohaska: Das ist das volle Kasperltheater, ehrlich jetzt.)* Das Sie ab 2023 mit diesem Gesetz hier eigentlich einen Eingriff in Eigentum machen, das hat man sich von einer Landesgesetzgebung ganz einfach nicht erwartet.

Warum, das haben wir schon diskutiert heute, die Jagdprüfung nicht durch den Jagdverband durchgeführt werden kann? Für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind alle diese Gremien und auch der Ehrensenat von Ehrenmännern, von ehrenwerten Waidfrauen und Waidmännern geführt. Denen kann man durchaus zutrauen, dass sie, wenn sie Urteile sprechen, die sehr wohl überlegt sind und die auch im Stande sind und moralisch gefestigt genug sind, eine Jagdprüfung abzunehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Ich wehre mich, und ich wehre mich wirklich, auf dieser Stufe diesen Verein gegen Tierfabriken auch nur zu nennen, ein Verein dem es überhaupt nichts macht, auch mit krimineller Energie einzubrechen und hier verbotenerweise Dinge zu tun in Ställen von Bauern.

Das kann nicht der Ratgeber für ein burgenländisches Jagdgesetz sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier verwehre ich mich, namens aller die hier beteiligt sind, namens der Grundeigentümer, der Bewirtschafter, der Jäger und auch der Gatterbesitzer, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Die Art und Weise wie dieses Gesetz in den Landtag gelangt ist, ist einzigartig. Und ich sage es noch einmal, das ist keine saubere parlamentarische Arbeit, *(Abg. Walter Temmel: Das ist ein Skandal.)* das ist keine saubere legistische Arbeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bauernbund hat derzeit, wenn ich richtig informiert bin, an die 3.000 Unterschriften gegen dieses grundeigentümerfeindliche, jägerfeindliche Gesetz gesammelt. Jäger sein ist eine besondere Passion. Jäger sein ist eine besondere Aufgabe. Das sind ja nicht schießwütige Teufel, die auf alles und jedes was sich bewegt schießen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind Frauen und Männer die tagtäglich im Revier sind, die mit ihrem Feldstecher Gefallen daran finden, dass sie den Tieren zusehen, die notwendigen Eingriffe machen. Man kann es auch im Nationalpark zum Beispiel Wildstandsregulierungen nennen. Es muss der Mensch eingreifen.

Es muss der Mensch deshalb eingreifen, damit ein gesunder Bestand des Wildes auch künftig hin gewährleistet ist. Jäger hier als jene zu betrachten die nur schießen auf alles was sich bewegt, das lehnen wir ab, weil es auch nicht der Fall ist.

Enteignen kommt für uns nicht in Frage. Diesem Gesetz kann so nicht zugestimmt werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Die Debatte über die dringliche Anfrage ist somit beendet. Die Anfrage wird gemäß § 29, GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an Frau Landesrätin Verena Dunst zu Beantwortung übermittelt.

(Von der Tribüne Graf Nikolaus Draskovits: Herr Präsident, darf ich kurz Stellungnahme, als …. – Allgemeine Unruhe – Abg. Doris Prohaska: Nein. – Abg. Robert Hergovich: Nein. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Von der Tribüne Graf Nikolaus Draskovits: Massive… - Allgemeine Unruhe - Abg. Doris Prohaska: Nein! – Abg. Ing. Salamon: Nein! - Von der Tribüne Graf Nikolaus Draskovits: Frau Landesrätin, ich bitte um ein Gespräch.)

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 702) betreffend Verschleierungsverbot (Zahl 21 - 485) (Beilage 737)

Präsident Christian Illedits: Der 10. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 702, betreffend Verschleierungsverbot, Zahl 21 - 485, Beilage 737.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Jetzt darf ich um Ihren Bericht bitten, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verschleierungsverbot, in seiner 16. Sitzung am Mittwoch, dem 11. Jänner 2017 beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verschleierungsverbot unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Ja, kommen wir zum Antrag der ÖVP auf ein Vollverschleierungsverbot und zum Abänderungsantrag dazu der Regierungsfraktionen. Eine kleine Anmerkung zu Beginn:

Wenn wir uns die namentliche Nennung der Antragsteller anschauen, dann können wir feststellen, eine Menge Männer machen sich Gedanken darüber welche Kleidung Frauen erlaubt sein soll. Das ist nur ein kleiner Aspekt der Debatte, aber auch ein bezeichnender.

Sobald dieser Antrag hereingekommen ist, hat sich natürlich die Frage aufgedrängt, wozu diese Debatte? Welches Problem löst sie genau? Welche neuen Probleme macht sie? Und wem nutzt diese Debatte? Es wird zunächst einmal von allen Beteiligten, die Anträge hier eingebracht haben und abgeändert haben, die Wertefrage eingebracht.

Die Wertefrage muss aber auch beinhalten, und ich denke mir das ist eine wirklich ernsthafte und wichtige Frage, darf man jemandem vorschreiben was er zu tragen hat? Viele in diesem Saal werden sich hoffentlich einig sein und sagen, nein, das darf man in einem freien Land grundsätzlich einmal nicht.

Als Argument für das Verbot des Tragens verschiedener Schleier - und da gibt es ja tatsächlich sehr unterschiedliche - wird meist ins Treffen geführt, ein Mann dürfe einer Frau oder seiner Frau nicht vorschreiben wie sie sich in der Öffentlichkeit zu kleiden hat. Da stimme ich vollkommen zu.

Aber was ist die richtige Antwort darauf? Darf sich denn der Gesetzgeber anmaßen einer Frau vorzuschreiben was sie als Kleidung zu tragen hat? Oder was sie nicht tragen darf? Was gilt zurzeit gesetzlich? Es gibt das im § 9 des Versammlungsgesetzes geregelte Vermummungsverbot bei Versammlungen in der Öffentlichkeit, das betrifft etwa Demonstrationen oder auch Fußballspiele. Ansonsten darf nur in Einzelfällen wohlbegründet von jemandem verlangt werden sein Gesicht zu zeigen.

Nun stellt sich die Frage, wer durch einen in diesem Antrag gefordertes Vollverschleierungsverbot denn geschützt werden soll? Der Wortlaut des Antrages ist folgender, ich zitiere: "Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten um gesetzliche Bestimmungen für ein Vollverschleierungsverbot an öffentlichen Orten zu schaffen."

Die Ungenauigkeit in dieser Formulierung lässt mich vermuten, dass es hier weniger um ein konkret angestrebtes Gesetz geht, sondern dass man sich in der öffentlichen Diskussion deutlich "rechts" positionieren will. Die ÖVP meint wohl, damit Wähler aus dem Bereich der FPÖ gewinnen zu können. Ich habe hier bewusst nicht gegendert.

Ich halte das strategisch für naiv, aber das ist Ihre Sache. Ich halte es aber vor allem für gesellschaftlich unverantwortlich, hier schon wieder eine Debatte aufzuziehen, die vornehmlich der Symbolpolitik mit dem Ziel der Spaltung dient. Warum ungenau? Schauen wir es uns an. Was gilt denn nun im Sinne dieses Antrags als Vollverschleierung? Darf ich meinen Schal ums Gesicht wickeln, oder verstößt das gegen das Verbot? Was wollen Sie?

Wollen Sie ein „aus den Augen, aus dem Sinn-Prinzip“? Glauben Sie wirklich die betroffenen Frauen werden die Burka ablegen, weil Sie es ihnen vorschreiben wollen mit dem Argument „Niemand dürfe ihr vorschreiben was sie zu tragen hat“? Diese Frauen werden zu Hause bleiben.

Nun stellt sich auch noch die Frage, was wissen wir denn über diese Frauen? Welche Daten und Fakten haben Sie, werte Kollegen von der ÖVP, dazu bewogen, diesen Antrag einzubringen? Ich lasse einmal Fakten, der Herr Außenminister hat die Debatte aufgemacht, als nicht für die Debatte relevant gelten.

Entweder haben Sie irgendwelche Geheimdaten, oder Sie wollen hier ein Gesetz veranlassen ohne faktische Basis. Wie viele Burka-Trägerinnen haben Sie denn schon in Ihrem Leben getroffen? Da gibt es gar nicht so viele. Sie beziehen sich gerne auf andere europäische Staaten. Also werfen wir einen Blick nach Frankreich, dem Vorreiter der Säkularisierung im öffentlichen Raum.

Haben Sie sich tatsächlich mit den Folgen des Burka-Verbotes in Frankreich beschäftigt? Und ich meine jetzt nicht die Folgen das andere Staaten nachziehen wollen, sondern die Folgen die es dort gesellschaftlich hat? Wenn Sie das getan hätten, dann wüssten Sie nämlich, dass die Wirkung dort eine gegenteilige war.

Seitdem diese Verbote gelten, seit das Verbot der Vollverschleierung in Kraft ist, ist die Zahl der Burka-Trägerinnen in der Öffentlichkeit gestiegen. Was also wollen Sie? Ich habe mich schon seit einigen Wochen sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt und immer wieder kommt man auf die gleichen Ergebnisse.

Ich zitiere jetzt Fabian Köhler, 16. August 2016, ein Journalist, der in vielen verschiedenen renommierten Zeitungen schreibt. "Bewirkt hat das Verbot hingegen etwas anderes, eine Zunahme islamfeindlicher Übergriffe und von sozialer Ausgrenzung. Dadurch dass vollverschleierten Frauen oft den Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen wie Kinos und Bussen verwehrt würde, zögen sich diese erst recht aus der Öffentlichkeit zurück, berichten Bürgerrechtler.

Mehr noch, französische Islamfeinde verstünden das Verbot als eine Art Freibrief, um Übergriffe an Musliminnen zu begehen - verschleierte und unverschleierte." Zitat Ende.

Dass es sich nicht um viele Burka-Trägerinnen handelt, die das betreffen würde, haben Sie ja selber gesagt in Ihrem Antrag. *(Abg. Geza Molar: Das ist kein Argument.)* Viel mehr werden es übrigens sein, die dann nicht mehr zum Beispiel in Zell am See oder woanders in Österreich Urlaub machen, weil es nicht sehr erholsam ist, das Zimmer nicht verlassen zu dürfen, weil man keinen Schleier tragen darf.

Betroffen sind allerdings auch, und das ist jetzt wirklich relevant, die 99 Prozent Musliminnen, die keine Vollverschleierung tragen. Denn diese trifft die gesellschaftliche Gegenbewegung und die Abwehr noch härter. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Um es ganz klar zu sagen, ich bin gegen die von Religion oder Männern verordnete Verschleierung von Frauen. Mir gefällt das auch nicht, aber ein Verbot wird uns hier gesellschaftlich nicht weiterhelfen. Ein Verbot der Ganzkörperverschleierung würde auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen.

Hier würde mich interessieren was der Kollege Strommer dazu sagt, der hier ja sehr kundig ist. Der Menschenrechtsbeauftragte des Europarats hat das bereits deutlich gemacht und es birgt das Problem in sich, dass ein Verbot genau jene Probleme schafft, die man mit ihm vermeiden will.

Schauen wir wieder nach Frankreich, da kam es wie schon erwähnt zu Protesthaltungen und Protesthandlungen. Dort wird übrigens vermutet, dass ein Viertel der ganz Verhüllten neo-islamische Konvertitinnen sind. So ein Verbot, dass einem reflexartig vielleicht als Lösung erscheint, kann nämlich genau die gegenteilige Wirkung haben.

Solidarisierungseffekte von Frauen die Konvertitinnen sind und sagen, verbieten lassen wir uns das und den anderen nicht, wir gehen jetzt erst recht voll verschleiert auf die Straße. Die müssen natürlich Bußzahlungen leisten. Aber das wird auch getan.

In Frankreich hat sich ein Unternehmen nur darauf sozusagen spezialisiert, all die Bußzahlungen zu unternehmen, die Frauen dort verhängt werden. Mittlerweile ist er auch schon in Brüssel tätig. Der spricht sich selber nicht für die Vollverschleierung aus, aber es ist sein Protest gegen dieses Vollverschleierungsverbot.

Das heißt, wie gesagt es geht gar nicht darum ob uns das gefällt oder nicht. Mir gefällt es auch nicht. Aber es geht darum, was ist die Lösung für das Problem? Was wir brauchen, ist mehr Dialog, nicht Verbot. Was wir brauchen ist das Gespräch zu suchen, nicht die gesellschaftliche Ausgrenzung.

Das heißt, mit den betroffenen Frauen sprechen, statt über sie. Ich nehme an, die Kolleginnen hier im Landtag werden mir da zustimmen. Frauen müssen selbst entscheiden dürfen wie sie sich kleiden. Wir müssen für dieses Selbstbestimmungsrecht kämpfen. Ein Verbot zu verhängen ist aber das Gegenteil von Selbstbestimmung.

Wieder einmal machen sich Männer auf den Weg, Frauen vorzuschreiben, was für Kleidung sie tragen dürfen. Liebe Kolleginnen dagegen müssen wir uns wehren. Integration führt über Dialog. Darin sollten wir uns üben, tagtäglich. Die großen Probleme, und da müssen wir uns ehrlich sein, die rühren bereits aus früheren Jahren.

Die Verbrechen und die verheerenden Anschläge, die im Jahr 2016 verübt wurden, gehen zum überwiegenden Teil auf Männer zurück, die bereits mehrere Jahre in Europa sind. Auch in Österreich haben wir die großen Probleme hinsichtlich Gesellschaftsleben und Wertekatalog vor allem mit den Angehörigen der zweiten und zum Teil dritten Generation.

Es sind welche, die nie wirklich hier eine emotionale Heimat gefunden haben. Wenn wir ehrlich sind, muss man sagen, dass die Integration in den letzten 40 Jahren oft versagt hat. Die Flüchtlinge der letzten zwei Jahre sind nicht das Problem, denn sie haben bereits anderes erlebt.

Menschen, die von einigen auch hier im Saal gehässigen Willkommensklatscher genannt werden, sind in Wirklichkeit jene, die das machen, was jahrelang davor verabsäumt wurde, nämlich systematische Integrationsarbeit.

Wo Menschen die hier sind an der Hand genommen werden, eingeführt werden in unser gesellschaftliches Leben, denen Deutsch gelernt wird, denen gezeigt wird, wie wird hier in Gemeinschaft, in Organisationen, in Vereinen miteinander umgegangen.

Die Willkommenskultur gegenüber Schutzsuchenden, die aus Krieg und Elend geflohen sind, hat der Wertesicherheit in unserem Land nicht geschadet. Erst dadurch entstand das, was uns bis dahin fehlte, nämlich überzeugte, reflektierte und engagierte Integrationsarbeit. Jene wenigen vollverschleierten Frauen, die Sie mit diesem Antrag im Blick haben, sind schon viel länger im Land.

Jene Männer, die immer noch systematisch und aus falschem Bezug auf eine Religion Frauen vorschreiben wollen, wie sie sich in der Öffentlichkeit zeigen dürfen, und den Frauen systematisch ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen, kamen in unser Land, als es diese Integrationshaltung noch nicht gab. Und so konnten sie ihre Lebenshaltung ausüben und deren Frauen mussten sich anpassen und unterwerfen.

Da haben wir wirklich eine große Aufgabe vor uns. Ein Verschleierungsverbot wird diese nicht lösen. Nun schaue ich mir den vorliegenden Abänderungsantrag an, der ja dann auch zur Abstimmung kommt. Ich zitiere Punkt 1: Die Integration von Menschen mit verschiedenen Staats- und Religionszugehörigkeiten auf Basis der europäischen und humanistischen Werte ist eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart. Es ist im

Sinne der Gesellschaft unerlässlich, zugewanderten Menschen diese Werte zu vermitteln. Zitat Ende aus dem Abänderungsantrag.

Nun was sind diese europäischen und humanistischen Werte, auf die Sie sich in Ihrem Abänderungsantrag beziehen? Leider sind die Herren, die ihn formuliert haben, jetzt nicht im Saal und können das nicht hören.

Worauf beziehen Sie sich denn, wenn Sie von Humanismus sprechen? Auf Karl Marx, auf Jacques Martin, auf Jean Paul Sastre oder Erich Fromm? Sprechen Sie vom Wert der Vernunft, der im Humanismus eine große Rolle spielt? Oder verwenden Sie den Begriff Humanismus einfach, damit Sie ein säkulares Gegenstück zum Begriff der religiösen Werte einführen wollen?

Was meinen Sie? Humanistische Werte, wie Menschenwürde, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Toleranz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit? Diese Werte müssen wir leben, nicht einfach vorschreiben.

Ich komme zu einem zweiten Punkt des Abänderungsantrages. Ich zitiere: Wirksame staatliche Maßnahmen zur Integration zu Realisieren und der Bildung und Verfestigung von Parallel- und Gegengesellschaften entgegenzuwirken. Das ist wichtig, Parallel- und Gegengesellschaften tun uns nicht gut.

Aber wo haben wir diese Parallelgesellschaften? Das ist ein Kern des Problems, das aber nicht durch Verbote gelöst wird. Auch da braucht es vor allem Dialog. Jene männlichen Jugendlichen, die bereits in der Schule ihren muslimischen Mitschülerinnen vorschreiben wollen, wie sie sich zu verhalten haben, ihnen muss klar gesagt werden, dass unsere Gesellschaft nicht in „haram“ und „halal“ eingeteilt ist.

Und die angesprochenen Mädchen müssen darin gestärkt werden, sich den Diktaten der männlichen Vorschriften zu entziehen. Aber das geht nicht über schnell übers Knie gebrochene Verschleierungs- oder Kopftuchverbote.

Es gibt noch ganz woanders Parallelgesellschaften. Ich habe es hier schon mehrmals angedeutet und erwähnt, das sind jene im Internet. Im Netz findet sich auch eine prominent von FPÖ Mitgliedern und Funktionären gespeiste Parallelwelt, in der Fakten keine Rolle spielen. Was sind Ihre Vorschläge, meine Kollegen von der FPÖ, um dieser virtuellen Parallelwelt entgegenzuwirken? Sie könnten auch damit anfangen, eigene Funktionäre, auch auf höchster Ebene, aufzufordern, keine Falschinformationen mehr zu streuen.

Wie zum Beispiel in der Sendung “Im Zentrum“, in der Ihr Parteichef Strache absoluten Unsinn über die Erlangung einer österreichischen Staatsbürgerschaft geredet hat. So entstehen Parallelgesellschaften, die Unruhe stiften und desintegrierend sind.

Aber bitte, ein Schritt wäre schon schön, nicht selbst Probleme zu erzeugen und nachher mit irgendwelchen Gesetzen gegen andere vorgehen zu wollen.

Ich komme zu einem dritten Punkt im Abänderungsantrag. Ich zitiere: Im Bereich der Erwachsenenbildung ein flächendeckendes Angebot an weiterführenden Kursen zu Politischer Bildung, Ethik und Deutsch zu fördern.

Ja bitte, allen Burgenländerinnen und Burgenländern Kurse in Politischer Bildung geben, in Ethik und in Deutsch anbieten. Ja bitte. Das ist etwas was wir allen nahelegen.

Es gibt sogar Abgeordnete im Österreichischen Parlament, die zum Beispiel bis heute nicht den richtigen Text der Bundeshymne singen können. Das haben sie heute wieder bewiesen bei der Angelobung unseres neuen Bundespräsidenten.

Es gibt auch in unseren Reihen Menschen die nicht wissen, auf welcher Ebene Gesetze beschlossen werden, nämlich in den Landesparlamenten, in den Landtagen, und nicht durch Vereine oder durch eine Regierung.

Politische Bildung müsste man auch dort anbringen, wo man nicht weiß, wie eigentlich Landesregierungen gebildet werden, was eine Proporzregierung ist, wo wer eigentlich mitbestimmt. Politische Bildung muss ansetzen dort, wo sogar Menschen hier in unserem Hohen Haus völligen Unsinn darüber reden können, was zum Beispiel Asylwerber oder Asylberechtigte tun und was sie nicht tun und was sie nicht tun dürfen, oder was ihnen verboten wird, oder was nicht. Also ja - hier haben Sie meine volle Zustimmung, Politische Bildung, Ethik und Deutsch für alle. Bitte keine Bevorzugung von Ausländern.

Ein vierter Punkt, den wir im Abänderungsantrag finden: Die gesetzlichen Bestimmungen für ein Vollverschleierungsverbot an öffentlichen Orten zu schaffen. Also da stimmen ja SPÖ und FPÖ der ÖVP durchaus zu. Und sie setzt noch eines drauf, - sowie die Zulässigkeit eines Kopftuchverbots im öffentlichen Dienst verfassungsrechtlich zu prüfen.

Das ist jetzt die besondere Aufgabe oder Fleißaufgabe in dem Fall der Sozialdemokratie unter Beteiligung der FPÖ, zu einer Vollverschleierungsdebatte, die sie laut Antragstext offen führen will, gleich auch einen Kopftuchantrag einzubringen. Also was jetzt? Offen diskutieren, oder gleich die Forderungen aufstellen, ohne Diskussion?

Haben Sie das denn wirklich diskutiert? Sie fordern hier ein Verbot für religiös motivierte Kleidung im Hinblick auf eine Religionszugehörigkeit. Sie machen also einen Unterschied zwischen Religionen. Da halte ich verfassungsrechtlich für höchst problematisch. Oder meinen Sie dann doch wieder irgendwie für alle?

Was heißt das dann zum Beispiel für jüdische Kippa-Träger? Wollen Sie die auch verbieten? Was heißt das für Menschen, die sich ein Kreuz als Kette umhängen? Wollen Sie diese gesetzlichen Vorgaben für Zugehörige einer bestimmten Religion, oder dann doch für alle? Das ist alles sehr undurchsichtig, oder vielleicht wenn man es genau analysiert, leider zu durchsichtig.

Fragen, Fragen, Fragen. Für die GRÜNEN kann ich sagen, wir diskutieren das sehr ernsthaft, denn die Frage ist nicht trivial, die Balance zwischen Selbstbestimmungsrecht und öffentlichen Regeln zu finden. Gerade aus feministischer Sicht ist es eine Frage, die eine große Herausforderung ist.

Als Nicht-Muslime einer Frau die Kopftuch trägt, zuschreiben zu wollen, ob sie das aus eigener Überzeugung heraus oder aus Unterwerfung, unter von Männern aufgestellten Vorschriften tut, muss ehrlich reflektiert werden. Wir müssen diese Gespräche führen, aber bitte auch mit den Betroffenen.

Auch für mich sind da noch einige Fragen offen. Etwa, wenn argumentiert wird, eine Frau müsse ein Kopftuch tragen, weil sie ihre Geschlechtlichkeit verbergen muss. Also wenn man das so argumentiert, dann stelle ich höchst in Frage, dass hier Kinder jenseits der Geschlechtsreife bereits im Kindergarten ein Kopftuch tragen.

Da sage ich auch, Leute, da muss noch viel diskutiert werden. Das kann doch nicht ein Ernst sein, das können wir nicht zulassen. Aber bitte zuerst, bitte offen diskutieren, nachdenken, abwägen, und dann Anträge stellen.

Das Sinnvollste wäre, diesen Antrag einfach zurückzuziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und zu sagen, zurück an den Start. Verantwortungsvolle Analysen, vernünftige Diskussionen und dann erst Entscheidungen treffen.

Anträge, die nur dazu dienen, wieder mehr Emotionalisierung statt Versachlichung der Debatte zu erzeugen, gefährden den sozialen Frieden und sind ihrerseits einer gedeihlichen Integration nicht zuträglich. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: *(der den Vorsitz übernommen hat.)* Danke. Die nächste Wortmeldung folgt jetzt vom Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Es wird Sie wenig überraschen, dass ich einen völlig konträren Standpunkt zu jenem der Kollegin Petrik einnehme.

Ich bin der Meinung, dass was die Frage der Vollverschleierung angeht, dem Antrag beziehungsweise der Antragsbegründung der ÖVP, wenn man jetzt von einzelnen Aspekten mit einem Sicherheitsaspekt absieht, im Grunde genommen nichts hinzuzufügen ist.

Ja die Vollverschleierung ist Symbol einer Gegengesellschaft, ja sie erschwert die Integration, ja sie widerspricht der österreichischen Werteordnung und der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ja die Vollverschleierung ist Erkennungs- und Eroberungsmerkmal eines radikalen Islam. Die ÖVP hat mit dem was sie jetzt endlich sagt Recht.

Wir sagen das seit Jahren. Dort wo darüber entschieden wird, in Wien, lässt die ÖVP ihren Worten allerdings bisher leider keine Taten folgen, weder im Parlament wo derartige Anträge, die von Seiten der Freiheitlichen eingebracht werden, in steter Regelmäßigkeit abgelehnt werden, noch in der Bundesregierung. Die Bilanz des Integrationsministers Kurz, das zeigen ja auch die Antiterroreinsätze heute in Wien und Graz, ist ja nicht gerade die Allerbeste.

Zur Kopftuchfrage, meine Damen und Herren, es gibt hier, glaube ich, ein grundsätzliches Missverständnis oder auch eine unangenehme Wahrheit, die man nicht aussprechen möchte, die dazu führt, dass wir uns mit der Kopftuchfrage schwer tun und Kollegin Petrik hat ja einige Aspekte beleuchtet.

Ich glaube, dass dieses grundsätzliche Missverständnis und diese unangenehme Wahrheit darin besteht, dass der Islam eben keine Religion wie jede andere ist. Alleine schon deshalb, weil der Islam nicht nur Religion ist.

Und es ist jetzt gar nicht notwendig, dass wir stundenlang theoretisch Diskussionen darüber führen, was der Islam eigentlich sein könnte oder müsste oder wie er sein könnte oder müsste.

Es ist jetzt gar nicht notwendig, dass wir stundenlang theoretische Diskussionen darüber führen was der Islam eigentlich sein könnte oder müsste oder wie er sein könnte oder müsste, es reicht, wenn wir uns den Alltag und die gelebte Praxis in jenen Ländern auf der Welt anschauen, wo der Anteil der Muslime hoch ist.

Wir diskutieren ja im Übrigen auch nicht darüber, ob der Kommunismus rein theoretisch eine gute Sache ist, es reicht uns die Erfahrung der Geschichte. Ich glaube, da haben wir alle genug und da ist es vollkommen „wurscht“ was irgendwelche theoretischen Diskussionen über das kommunistische Manifest ergeben. Der Islam ist im

Gegensatz zu allen anderen Religionen mit denen wir konfrontiert sind, eine Religion der Eroberung, eine Religion der Unterdrückung.

Der Islam ist eben nicht nur Religion, er ist auch Staatsform, er ist Recht, er ist Gesellschaftssystem, eben nicht alleine Religion, und auch das Kopftuch und die Vollverschleierung sowieso, ist Ausdruck all dessen. Es hat ja schließlich und endlich auch einen Grund warum in der laizistischen Türkei das Kopftuch verboten war und wir in der Türkei gerade in die Gegenrichtung unterwegs sind und dieses Kopftuchverbot wieder entsorgt wurde.

Kollegin Petrik, wenn Sie aus Frankreich berichten und über die Folgen des Burkaverbotes dort und dann berichten, dass sich die Zahl der Burka-Trägerinnen in der Öffentlichkeit noch erhöht hat, ja dann zeigt uns das eines, nämlich eine fehlende Integrationsunwilligkeit. Die richtige Antwort darauf ist, nicht das Krokodil weiter zu füttern und darauf zu hoffen, dass es einen als Letzten frisst, sondern entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen.

Im Übrigen, die richtige Frage zur Frage der Freiwilligkeit, die richtige Frage an eine Kopftuchträgerin ist nicht ob sie es freiwillig trägt, die richtige Frage und vor allem die entscheidende Frage an eine Kopftuchträgerin ist, was passieren würde wenn sie ab morgen ihr Kopftuch nicht mehr aufhätte, ob sie in ihrem familiären, in ihrem gesellschaftlichen Umfeld mit negativen Reaktionen rechnen müsste. Das ist die entscheidende Frage und darüber sollten wir nachdenken. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Kurz und gut, meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass die Frage der Vollverschleierung und auch die Kopftuchfrage ein Prüfstein sind wenn es um unsere Glaubwürdigkeit geht. Wer gegen ein Verbot der Vollverschleierung ist und wer sich einer Diskussion über ein Kopftuchverbot am Arbeitsplatz vor allem im öffentlichen Dienst verschließt, der braucht nicht zu glauben in Bezug auf gemeinsame Werte, die wir oft diskutieren und so hoch loben, der braucht nicht zu glauben, dass er in Bezug auf Integration und Anpassung auch nur irgendeine Glaubwürdigkeit besitzt und ernst genommen werden kann.

Schleier und Kopftuch, und das ist genau der Punkt, Frau Kollegin Petrik, das ist keine reine Frage eines Kleidungsstückes, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Hab ich auch nicht gesagt!)* in diesem konkreten Fall geht es nicht darum irgendwelche Kleidungsvorschriften zu machen, ja vordergründig schon, im Hintergrund geht es um etwas anderes. Vollverschleierung, Kopftuch sind eben nicht bloß ein harmloses Zeichen, ein religiöses Bekenntnis, es ist mehr.

Der ursprüngliche Antrag der ÖVP ist zu begrüßen, Ich bedanke mich für die Initiative. Wir haben, wie beschrieben, diesen Antrag erweitert und wir werden ihm auch zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner hat sich als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, meine Damen und Herren, Herr Präsident, danke schön. Ja, das Thema Flüchtlinge und Asyl und all das was mit dem zusammenhängt, hat uns in den letzten eineinhalb, zwei, zweieinhalb Jahren ziemlich stark beschäftigt und das wird uns noch sehr lange beschäftigen. Wenn man sich die Fakten anschaut, dass 50, 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind, dann kann man davon ausgehen, dass auch in den kommenden Jahren das Thema ja allgegenwärtig

und präsent sein wird. Da gibt es viele Problemstellungen zu lösen, die wir ja schon oft diskutiert haben.

Da gibt es aber auch ein schwieriges Thema zu lösen, nämlich wie geht man mit jenen Menschen um, die in ein Land neu kommen, die dann für eine gewisse Zeit oder auch dauerhaft in diesem Land bleiben wollen. Da haben wir uns als Österreichische Volkspartei schon vor eineinhalb Jahren klar festgelegt und haben gesagt:

Solche Menschen müssen sich zu unseren Werten bekennen, müssen unser österreichisches Wertesystem, unserer Leitkultur, die europäische Leitkultur anerkennen, wenn sie hierbleiben wollen. Wir haben das formuliert in fünf Bekenntnissen. Wir haben gesagt, das erste Bekenntnis ist das Bekenntnis zur Demokratie und zum Gewaltmonopol des Staates.

2. Das Bekenntnis zur Trennung von Kirche und Staat.

3. Das Bekenntnis auch zum Leistungsprinzip in dem Sinne, dass man, wenn man in ein Land kommt, auch etwas leisten muss, um hierbleiben zu können und sich nicht darauf verlassen kann, dass der Staat einem das ganze Leben hindurch ebnet.

Ein Bekenntnis zur Bildungspflicht haben wir formuliert und auch das Bekenntnis zur Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter von Mann und Frau, weil das natürlich für uns eine ganz klare Angelegenheit ist.

Jeder muss in Österreich akzeptieren, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind. Da gibt es keinen Raum für Gewalt gegen Frauen, für Unterdrückung oder auch für irgendwelche Ansichten, dass man Frauen etwas vorschreiben kann nämlich ein bestimmtes Kleidungsstück das, wie der Kollege Molnár gesagt hat, in dem Fall ja mehr als ein Kleidungsstück ist zu tragen. Jetzt kann man schon der Meinung sein, naja Verbote sind nicht der richtige Weg. Das ist eine grundsätzliche Frage, eine philosophische, rechtsphilosophische Frage was besser ist.

Nur es ist halt einmal so, dass in einem Rechtsstaat es so ist, dass es Gebote und Verbote gibt. Daher sehe ich grundsätzlich kein Problem darin, dass man auch solche Angelegenheiten regelt und sagt wir wollen das einfach nicht, dass in Österreich solche Symbole getragen werden, die nicht nur religiöse Symbole sind, sondern auch Symbole der Unterdrückung und auch Symbole eines aggressiven Islams und das, glaube ich, ist durchaus berechtigt, wenn man diese Forderung aufstellt.

Genau hier setzt ja auch unsere Forderung die wir heute debattieren und die auf einen Antrag der Österreichischen Volkspartei im Burgenland zurückgeht.

Meine Damen und Herren! Österreich kann sich glücklich schätzen, dass es in Österreich einen Minister gibt, nämlich Sebastian Kurz, der diese Probleme nicht nur frühzeitig erkannt hat, sondern der auch Maßnahmen gesetzt hat dort wo sie möglich waren. Es gibt aber doch Bereiche, wo er ganz einfach auch andere Parteien braucht. Ich möchte ihn hier wirklich unterstützen, weil er immer wieder sagt, es ist hoch an der Zeit, dass auch ein Integrationsgesetz beschlossen wird.

Das Integrationsgesetz wurde bereits im Sommer vorigen Jahres von Sebastian Kurz vorgelegt. Es ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar, warum dieses nicht zur Beschlussfassung kommt. Ich glaube, da muss die Bundesregierung, da muss die Koalition auf Bundesebene etwas tun. In diesen Tagen wird ja die Nagelprobe sein. Ich gehe davon aus, dass auch das Thema Integrationsgesetz hier eine Rolle spielen wird.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir haben vorgeschlagen, eben die Bunderegierung aufzufordern, dass ein Vollverschleierungsverbot kommt. Die Parteien

von SPÖ oder die Vertreter von SPÖ und FPÖ haben unseren Antrag mit einigen Punkten ergänzt, wo wir überhaupt kein Problem haben auch dem zuzustimmen. Da gibt es jetzt eigentlich kaum einen Unterschied, auch von unserer Ansicht.

Wir haben halt die Meinung vertreten, weil wir die anderen Dinge ja ohnehin klar deponiert haben, dass wir uns auf dieses eine Thema konzentrieren können. Aber sei es drum, wir werden natürlich diesem Abänderungsantrag zustimmen, weil er ja unseren Antrag zum Inhalt hat und eben ergänzt noch um einige andere Punkte, denen wir ebenfalls folgen können.

In diesem Sinne hoffe ich, dass von diesem Beschluss aus, hier vom Landtag aus, auch ein bisschen ein Schwung in die Bundespolitik kommt, dass dort auch die anderen, insbesondere die anderen Vertreter der SPÖ, gemeinsam mit unserem sehr erfolgreichen Minister Sebastian Kurz auch dieses Thema bearbeiten. *(Abg. Doris Prohaska: Habt Ihr ihn noch zu wenig gelobt?)*

Ja, bei so einem Thema oder bei so einer Thematik kann man ja fast nicht anders als Sebastian Kurz zu loben. *(Abg. Doris Prohaska: Das denk ich mir!)* Ich weiß jetzt nicht wer als Nächster… *(Abg. Manfred Kölly: Was ist mit dem Mitterlehner? Gibt es den noch? – Abg. Doris Prohaska: Den Django?)* In diesem Fall hat sich der Sebastian Kurz in seiner Zuständigkeit als Integrationsminister als Außenminister ganz klar profiliert.

Ich weiß, das tut einigen halt weh, aber es ist halt so. Man soll halt bei der Wahrheit bleiben, er hat hier eine tolle Politik gemacht. Er hat hier, glaube ich, Österreich auf den richtigen Kurs gebracht und das wird er auch in Zukunft tun.

Wir stimmen natürlich diesem Antrag zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es war nicht verwunderlich, dass gerade bei diesem Entschließungsantrag verschiedene Gesichtspunkte erläutert worden sind. Mag. Petrik hat den Dialog vor einer möglichen Spaltung gestellt und die Rolle der Frau als ganz wichtige dargestellt.

Géza Molnár hat natürlich auch gesagt, dass der Islam nicht bloß Religion ist, sondern weit mehr ist und auch klar festgelegt, dass es hier nicht um Kleidung geht, sondern um weitere Ideologie. Mag. Steiner hat versucht, auch die Rolle des zuständigen Außenministers im Integrationsbereich darzustellen und ihn zu würdigen.

Ich versuche das Thema anders aufzubereiten. Mir geht es hauptsächlich darum, für uns ist Integration ein Gesamtkonzept aller Integrationsmaßnahmen und nicht nur die punktuelle Diskussion über Thematik wie Vollverschleierung, Kopftuch oder vielleicht andere Integrationsmaßnahmen.

Es gibt eine Studie wo mehr als die Hälfte der europäischen Muslime die Meinung geteilt haben, dass grundsätzlich die Regeln des Korans vor den säkularen Gesetzen zu stellen sind. Wenn man sich diese Studie anschaut und diese hohe Zustimmung erkennt weiß man, dass grundsätzlich dieses Thema zumindest benannt werden muss und dieses Problem auch im Sinne der Aufgabe der Politik auch Verantwortung darüber getragen werden muss.

Wir haben eine Situation wo angesichts der vielen Flüchtlinge die zu uns gekommen sind, meiner Meinung nach der Zeitpunkt zumindest reif ist, Werte klar zu kommunizieren, wenn es um die Integration von Menschen mit verschiedenen Staats- und Religionszugehörigkeiten geht. Dabei erwarte ich mir, so wie auch meine Fraktion, eine aktive Integration, wo soziale Sicherheit und gesellschaftliche Akzeptanz für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer erzielt werden soll.

Ich persönlich verstehe darunter, dass die Menschen die zu uns kommen die Grundwerte unserer Gesellschaft teilen und den Alltag leben, sodass aus ihnen Demokraten werden. Denn ich glaube auch, dass jede demokratisch legitimierte Partei Interesse daran haben muss, diesen Paradigmenwechsel zu vollziehen und im Interesse der öffentlichen Sicherheit, der nationalen Belange, aber auch des gesellschaftlichen Wohls daran interessiert sein muss.

Ich glaube auch, dass es klarer, wasserdichter Regelungen bedarf und nicht nur die Diskussion und den ausschließlichen Dialog, weil meiner Meinung nach bedarf es daher einer klaren generalpräventiven Darstellung oder eines generalpräventiven Statements und das geht nur mit klaren, wasserdichten Regelungen. Ziel kann deshalb nur ein Gesamtkonzept von Integrationsmaßnahmen sein.

Der zuständige Landesrat Mag. Norbert Darabos hat vor kurzem einen Masterplan Integration vorgestellt. Darin ist ein wesentliches Segment von Integration enthalten, die auch heute bereits von Frau Mag. Petrik angesprochen worden ist, das ist nämlich die Durchführung von Sprachkursen, Werte- und Orientierungskursen.

Es waren mittlerweile 900 Asylwerber sowie 500 Flüchtlinge in diesen Kursen. Meiner Meinung nach funktioniert Integration nur über die Sprache. Deshalb werden auch flächendeckend, wie bereits heute angesprochen, Kurse zur politischen Bildung, Ethik und Deutsch gefordert.

Mag. Petrik hat ja bitte gesagt, ich sage ja natürlich. Das ist auch natürlich ein wichtiges Signal, damit Parallelgesellschaften und Gegengesellschaften nicht entstehen. Die Botschaft kann nur lauten: Integrationswillige müssen gefördert werden, Integrationsunwillige müssen wirksam sanktioniert werden. Das sind wir unserer Zivilgesellschaft schuldig.

In diesem Gesamtkonzept, das wir dargestellt haben, gibt es auch einen Punkt der heißt unverzügliche Vollstreckung der negativen Asylbescheide. Ich glaube es ist wichtig im Sinne des Rechtsstaates oder im Sinne des rechtsstaatlichen Prinzips, diese Bescheide auch entsprechend zu exekutieren und zu vollziehen und zu vollstrecken.

Deshalb wird es auch wichtig sein, die Rückführungsabkommen in diverse Staaten auch sicherzustellen. Wenn heute Sebastian Kurz genannt worden ist, mag vielfach gelobt worden sein, ein Manko oder ein Mangel der jedenfalls behaftet ist. Es gibt keine Rückführungsabkommen mit Marokko und mit Afghanistan.

Mir ist bekannt, Deutschland hat das zumindest erreicht, ich würde mich freuen, wenn auch dieser Mangel in den nächsten Wochen oder Monaten erlöschen könnte.

Zum Thema Vollverschleierungsverbot, das die ÖVP in ihrem ursprünglichen Antrag eingebracht hat. Es gibt ja bereits Staaten, die dieses Verbot gesetzlich geregelt haben. Belgien, Frankreich, Bulgarien und Niederlande. Meiner Meinung nach gibt es klare Intensionen, dass auch aus mehreren Gründen und Intensionen eine Vollverschleierung durchaus verboten werden könnte, ein wesentliches Argument ist das Sicherheitsargument.

Wenn man täglich über Terrorgefahr hört und man weiß, dass gerade potentielle Täter oder Terroristen, wenn sie nicht identifizierbar sind, leichter diese Handlungen setzen können, glaube ich auch, dass man aus Gründen der Sicherheitskontrolle, die mit Vollverschleierung viel eher umgangen werden können, dieses Argument jedenfalls spruchreif machen kann.

Ich glaube auch, dass es ein wesentliches Argument ist, dass es in unserer Rechtsordnung die Ausweispflicht gibt. Ausweispflicht heißt, der Abgleich des Gesichtes mit einem Foto, mit einem Ausweis, der nicht gewährleistet werden kann. Ich glaube auch, dass es eine Werte- und Kulturordnung gibt.

Wir haben in Österreich eine Werte- und Kulturordnung, welche vor allem auf Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau beruht, wo Frauen, wenn die Gesichtsverhüllung erfolgt ist, das ist nicht vereinbar mit dieser Kultur- und Werteordnung.

Ich glaube auch, weil Sie den Dialog angesprochen haben, dass die Gesichtsverschleierung oder Vollverschleierung einer der schwersten Formen der Kommunikationsverweigerung ist.

Es ist ein deutliches Signal vom Abgehen des Grundprinzips des offenen Visiers, das wir in unserer Politik auch erwarten. Nun die Diskussion über Kopftuchverbot, glaube ich, sollte man sehr differenziert führen. Einerseits kopftuchfreie Schule für Kinder wird da auch im Hinblick auf die letzten Entscheidungen auch beim gemeinsamen Schwimmunterricht von muslimischen Mädchen, wie es - glaube ich, in der Schweiz ergangen ist, durchaus zu thematisieren sein.

Auch die Thematik des Kopftuchverbotes im Hinblick auf den öffentlichen Dienst, wenn es geht um Kleidungsvorschriften am Arbeitsplatz und so weiter, wird im Hinblick auf die letzten Entscheidungen auch natürlich zu thematisieren sein. Ein allgemeines Kopftuchverbot ist immer aber unter Würdigung des Art. 7 B-VG zu treffen, weil es ist, glaube ich, schon auch eine verfassungsmäßige Prüfung dahingehend vorzunehmen, weil natürlich alle anderen religiösen Symbole ähnlicherweise umfasst sein könnten.

Meine Fraktion steht hinter diesem Gesamtkonzept an Integrationsmaßnahmen, will damit klar eine Position beziehen, damit Parallel- und Gegengesellschaften verhindert werden. Unter unserem Integrationsmotto "Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz" wollen wir ein klares, generalpräventives Statement stellen und wollen unsere Burgenländerinnen und Burgenländer für das gesellschaftliche Leben schützen und sichern.

In diesem Sinne ersuche ich auch, so wie auch meine Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Integrationsmaßnahmen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 9. März 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 19.10 Uhr im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 48 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 22. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 09.03.2017

10.03 Uhr - 21.24 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Gesetzentwurf über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland Burgenländisches Jagdgesetz 2017 - Bgld. JagdG 2017);

3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert wird;

4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Notifikationsgesetz geändert wird;

5. Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird;

6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz 2001 geändert wird (Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz-Novelle 2017);

7. Beschlussantrag, über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2015 (Der Grüne Bericht 2015);

8. Einkommensbericht 2016 des Rechnungshofes gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, für die Jahre 2014 und 2015;

9. Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2016;

10. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Abteilung 4a - Agrar- u. Veterinärwesen, Verwendung von Landesmitteln;

11. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung der E-Mobilität;

12. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Finanzierung des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018“;

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einhebung von Studiengebühren im Burgenland“;

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze“;

15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Mehrwertsteuerbefreiung für Anschaffungen von Einsatzgeräten;

16. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Breitband-Förderung für burgenländische Pflichtschulen;

17. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Starke Wirtschaft, Starkes Land“: Umfassende Förderung für Jungunternehmer;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 3449)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 99 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Digitalisierung im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 3455)
Zusatzfrage: Doris P r o h a s k a (S. 3456) und Mag. Michaela R e s e t a r (S. 3457)

Anfrage Nr. 103 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Schwerpunkte im „Jahr der Bildung“
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 3458)
Zusatzfrage: Doris P r o h a s k a (S. 3459 und S. 3460) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 3461)

Anfrage Nr. 102 des Abgeordneten Manfred Haidinger an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Stellenwert der Burgenländischen Wasserrettung und Burgenländischen Rettungshundestaffel im Sicherheitsnetz des Burgenlandes
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 3462)
Zusatzfrage: Manfred H a i d i n g e r (S. 3463)

Anfrage Nr. 113 des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Stärkung der heimischen Bauwirtschaft und Sicherung der burgenländischen Arbeitsplätze
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 3464)
Zusatzfrage: Mag. Kurt M a c z e k (S. 3465)

Anfrage Nr. 105 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Regelungen für Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung für die Nutzung von Dienstfahrzeugen und den Einsatz der Chauffeure
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 3467)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 3468)

Anfrage Nr. 107 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Veranstaltungsformat „AustroDoc" im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3469)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3470), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3471), Georg R o s n e r (S. 3472)

Anfrage Nr. 114 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Umsetzung eines Masterplans für Integration
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3473)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3473), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3474)

Verhandlungen

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 759) über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland (Burgenländisches Jagdgesetz 2017 - Bgld. JagdG 2017) (Zahl 21 - 533) (Beilage 787);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 3475)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 3475 u. S. 3507), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3478), Karin S t a m p f e l (S. 3480), Walter T e m m e l (S. 3482), Wolfgang S o d l (S. 3486), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 3490), Gerhard S t e i e r (S. 3495), Landesrätin Verena D u n s t (S. 3500), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3504), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3506)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3508)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 747), mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 521) (Beilage 788);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 3508)
Redner: Karin S t a m p f e l (S. 3508), Markus U l r a m (S. 3508), Ingrid S a l a m o n (S. 3509), Gerhard S t e i e r (S. 3510), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3513)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3514)

Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 757), mit dem das Burgenländische Notifikationsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 531) (Beilage 789);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3514)
Redner: Werner F r i e d l (S. 3515)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3515)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 756), mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 21 - 530) (Beilage 790);
Berichterstatterin: Klaudia F r i e d l (S. 3516)
Redner: Markus W i e s l e r (S. 3516), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3518), Klaudia F r i e d l (S. 3519), Gerhard S t e i e r (S. 3521), Landesrat Helmut B i e l e r (S. 3523), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3525), Gerhard S t e i e r (S. 3525)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3526)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 758), mit dem das Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz 2001 geändert wird (Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 532) (Beilage 791);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 3526)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 3526), Werner F r i e d l (S. 3529), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3530), Gerhard S t e i e r (S. 3531)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3532)

Bericht des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 742) über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2015 (Der Grüne Bericht 2015) (Zahl 21 - 516) (Beilage 792);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 3532)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3533), Walter T e m m e l (S. 3536), Wolfgang S o d l (S. 3538), Gerhard S t e i e r (S. 3539), Landesrätin Verena D u n s t (S. 3542)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3545)

Bericht des Rechtsausschusses über den Einkommensbericht 2016 des Rechnungshofes (Beilage 722) gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, für die Jahre 2014 und 2015 (Zahl 21 - 505) (Beilage 793);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 3545)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 3546), Manfred H a i d i n g e r (S. 3546), Markus U l r a m (S. 3552), Robert H e r g o v i c h (S. 3554)
Annahme des Einkommensberichtes des Rechnungshofes (S. 3555)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 724) betreffend Tätigkeitsbericht 2016 (Zahl 21 - 507) (Beilage 794);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 3556)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3556), Géza M o l n á r (S. 3557), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3558), Dr. Peter R e z a r (S. 3559), Gerhard S t e i e r (S. 3561)
Annahme des Tätigkeitsberichtes des Rechnungshofes (S. 3564)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 715) betreffend Abteilung 4a - Agrar- u. Veterinärwesen, Verwendung von Landesmitteln (Zahl 21 - 498) (Beilage 795);
Berichterstatter: Géza Molnár (S. 3564)
Redner: Manfred Kölly (S. 3565), Wolfgang Spitzmüller (S. 3572), Géza Molnár (S. 3576), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 3577), Dr. Peter Rezar (S. 3579), Gerhard Steier (S. 3581)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 3586)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 707) betreffend Förderung der E-Mobilität (Zahl 21 - 490) (Beilage 796);
Berichterstatter: Georg Rosner (S. 3586)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 3586), Karin Stampfel (S. 3588), Patrik Fazekas (S. 3588), Wolfgang Sodl (S. 3590), Gerhard Steier (S. 3591), Wolfgang Spitzmüller (S. 3593)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3594)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 711) betreffend „Finanzierung des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018“ (Zahl 21 - 494) (Beilage 797);
Berichterstatter: Géza Molnár (S. 3594)
Redner: Gerhard Hutter (S. 3595), Mag.a Regina Petrik (S. 3596) Mag. Johann Richter (S. 3597), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 3599), Doris Prohaska (S. 3600)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3602)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 712) betreffend „Einhebung von Studiengebühren im Burgenland“ (Zahl 21 - 495) (Beilage 798);
Berichterstatter: Géza Molnár (S. 3603)
Redner: Mag. Christian Sagartz, BA (S. 3603)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3604)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 745) betreffend „Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze“ (Zahl 21 - 519) (Beilage 799);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 3605)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3623)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 746) betreffend Mehrwertsteuerbefreiung für Anschaffungen von Einsatzgeräten (Zahl 21 - 520) (Beilage 800);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 3605)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 3606), Markus W i e s l e r (S. 3607), Mag. Franz S t e i n d l (S. 3609), Ewald S c h n e c k e r (S. 3614), Gerhard S t e i e r (S. 3616), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 3617), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3619 u. S. 3621), Günter K o v a c s (S. 3620 u. S. 3622)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3623)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 753) betreffend Breitband-Förderung für burgenländische Pflichtschulen (Zahl 21 - 527) (Beilage 801);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3623)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 3624), Markus W i e s l e r (S. 3625), Patrik F a z e k a s (S. 3627), Doris P r o h a s k a (S. 3628)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3630)

Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 738) betreffend „Starke Wirtschaft, Starkes Land“: Umfassende Förderung für Jungunternehmer (Zahl 21 - 512) (Beilage 802);
Berichterstatter: Georg R o s n e r (S. 3630)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 3631), Mag. Johann R i c h t e r (S. 3633), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3634), Mag. Christian D r o b i t s (S. 3636), Robert H e r g o v i c h (S. 3638), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3638), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 3639)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3640)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 3449)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich e r ö f f n e die 22. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 21. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagspräsident Illedits entschuldigt. Der Herr Landtagspräsident hat eine Lungenentzündung. Ich gehe davon aus, dass er uns via Livestream zusieht, und wir wünschen ihm sozusagen über den Livestream baldige Genesung.

Mitteilung des Einlaufes

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich ersuche Herrn Schriftführer Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 22. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 9. März 2017

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Fischereigesetz 1949 geändert wird (Zahl 21 - 568) (Beilage 810);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 574) (Beilage 816);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geändert wird (Zahl 21 - 575) (Beilage 817);

Vom Rechnungshof ist der

1. Bericht betreffend
2. Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m.b.H. (Zahl 21 - 567) (Beilage 809);

eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA und Mag. Christoph Wolf, M.A. auf Fassung einer Entschließung betreffend 50-Euro-Kältebonus zum Heizkostenzuschuss (Zahl 21 - 540) (Beilage 766);
2. der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Auslandsstipendien für burgenländische Studierende (Zahl 21 - 541) (Beilage 767);
3. der Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Erhalt des Bezirksgerichts Jennersdorf (Zahl 21 - 542) (Beilage 768);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Offenlegung der Einkommen der

Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag (Zahl 21 - 554) (Beilage 780);

5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmenpaket der FTI Burgenland GmbH (Zahl 21 - 556) (Beilage 782);
6. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Aktion 50+ für Gemeinden“ (Zahl 21 - 557) (Beilage 783);
7. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 125-ccm-Motorradführerschein (Zahl 21 - 558) (Beilage 784);
8. der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Landesbeihilfe zu den Prämienkosten für die Rinderversicherung (Zahl 21 - 562) (Beilage 804);
9. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Handwerkerbonus (Zahl 21 - 563) (Beilage 805);
10. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Feinstaubbildung (Zahl 21 - 564) (Beilage 806);
11. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Bau der 3. Piste am Flughafen Wien (Zahl 21 - 566) (Beilage 808);
12. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 571) (Beilage 813);
13. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ärztliche Versorgungsgarantie für den ländlichen Raum (Zahl 21 - 576) (Beilage 813);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Handtücher (Zahl 21 - 543) (Beilage 769);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Neujahrsempfang (Zahl 21 - 544) (Beilage 770);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Neujahrsempfang (Zahl 21 - 545) (Beilage 771);
4. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Niessl betreffend Bezirksgericht Jennersdorf (Zahl 21 - 547) (Beilage 773);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Landesvoranschlag 2017 (Zahl 21 - 548) (Beilage 774);
6. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Pyramidenspiel (Zahl 21 - 549) (Beilage 775);

7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Förderungsdarlehen (Zahl 21 - 550) (Beilage 776);
8. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Stromkosten (Zahl 21 - 551) (Beilage 777);
9. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Vorbereitungskurse (Zahl 21 - 552) (Beilage 778);
10. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bedarfszuweisungen (Zahl 21 - 553) (Beilage 779);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Verkehr (Zahl 21 - 555) (Beilage 781);
12. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Burgenländisches Straßengesetz 2005 (Zahl 21 - 560) (Beilage 786);
13. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Förderungen Nachmittagsbetreuung Gemeinden(Zahl 21 - 561) (Beilage 803);
14. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Fischsterben in der Langen Lacke (Zahl 21 - 570) (Beilage 812);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 502) betreffend Stromanbieter Land (Zahl 21 - 537) (Beilage 763);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 503) betreffend Landesstraße zwischen Reinersdorf und Heiligenbrunn (Zahl 21 - 538) (Beilage 764);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 504) betreffend bedarfsorientierte Mindestsicherung (Zahl 21 - 539) (Beilage 765);
4. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 506) betreffend Ostbahn (Zahl 21 - 546) (Beilage 772);
5. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 515) betreffend regionale Lebensmittel (Zahl 21 - 559) (Beilage 785);
6. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 518) betreffend Jahr der Bildung (Zahl 21 - 565) (Beilage 807);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 529) betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 569) (Beilage 811);
8. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler(Zahl 21 - 524) betreffend Holzverladung (Zahl 21 - 572) (Beilage 814);
9. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 525) betreffend Bahn-Direktverbindung Eisenstadt - Wien (Zahl 21 - 573) (Beilage 815);

eingelangt.

Ebenso ist die Petition

1. der Stadtgemeinde Jennersdorf zum Erhalt des Bezirksgerichtes Jennersdorf (E 28);

eingelangt.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Schriftführer. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Zur Geschäftsordnung!)* Zur Geschäftsordnung.

Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich vermisse im Einlauf einen Antrag des Kollegen Spitzmüller und mir betreffend Akteneinsicht für Abgeordnete in die der Landesregierung vorliegenden Unterlagen bezüglich des ehemals geplanten Glashauses in Frauenkirchen.

Nun ist es ja geregelt, dass wir Abgeordnete ab dem Eintreffen der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage bis zur nächsten Landtagssitzung Akteneinsicht nehmen können. Nun werden aber diese Anfragen oft kurz vor der Landtagssitzung erst beantwortet. Gestern, eine Minute vor vier, kam wieder eine Beantwortung.

Wir haben als Abgeordnete praktisch keine Möglichkeit, hier wirklich Akteneinsicht zu nehmen.

Ich bitte dringend, eine erweiterte Präsidiale mit Einladung aller Fraktionen abzuhalten, wo wir besprechen können, wie die Abgeordneten zu ihrem parlamentarischen Recht der Akteneinsicht gelangen können. Danke schön!

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Danke für diese Wortmeldung. Der Antrag ist eingelangt. Der Antrag wird in der nächsten Präsidiale, genauso, wie Sie es jetzt angesprochen haben, besprochen werden.

Wir haben uns kurzfristig auch so verständigt, dass wir zu der Präsidiale auch jene Gruppen einladen, die nicht Klubstatus haben. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das in der nächsten Präsidiale besprechen. Wird gemacht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke!)*

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 568, Beilage 810, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 574, Beilage 816, Zahl 21 - 575, Beilage 817, den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 - 567, Beilage 809, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 540, Beilage 766, Zahl 21 - 541, Beilage 767, Zahl 21 - 556, Beilage 782, Zahl 21 - 557, Beilage 783, und Zahl 21 - 563, Beilage 805, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 542, Beilage 768, Zahl 21 - 554, Beilage 780, Zahl 21 - 558, Beilage 784, und Zahl 21 - 566, Beilage 808, weise ich dem Rechtsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 562, Beilage 804, weise ich dem Agrarausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 564, Beilage 806, weise ich dem Rechtsausschuss und Umweltausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 571, Beilage 813, und Zahl 21 - 576, Beilage 818, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

und die Petition E 28 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21- 543, Beilage 769, Zahl 21 - 545, Beilage 771, Zahl 21 - 547, Beilage 773, Zahl 21 - 550, Beilage 776, Zahl 21 - 551, Beilage 777, Zahl 21 - 553, Beilage 779, Zahl 21 - 555, Beilage 781,

und Zahl 21 - 561, Beilage 803, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 544, Beilage 770, habe ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 548, Beilage 774, und Zahl 21 - 560, Beilage 786, habe ich Herrn Landesrat Bieler,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 549, Beilage 775, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 552, Beilage 778, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 570, Beilage 812, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 537, Beilage 763, Zahl 21 - 538, Beilage 764, Zahl 21 - 539, Beilage 765, Zahl 21 - 546, Beilage 772, Zahl 21 - 559, Beilage 785, Zahl 21 - 565, Beilage 807, Zahl 21 - 569, Beilage 811, Zahl 21 - 572, Beilage 814, und Zahl 21 - 573, Beilage 815,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Außerdem möchte ich mitteilen, dass am 22. Februar 2017 der selbständige Antrag, Zahl 21 - 97, Beilage 139, von den Antragstellern zurückgezogen wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zur Geschäftsordnung!)*

Herr Klubobmann! Bitte zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Gemäß § 66 i. V. m. § 62 GeOLT stelle ich den Antrag, die gegenständliche Vorlage Zahl 21 - 533, Burgenländisches Jagdgesetz 2017, an den Rechtsausschuss und Agrarausschuss zurückzuverweisen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen um die Brisanz der Diskussion, um die vielen verfassungsrechtlichen Bedenken, die von unterschiedlichsten Seiten genannt wurden. Es gibt auch mittlerweile diverse Diskussionen, ob Passagen, insbesondere um die Zweckwidmung der Jagdpacht und insbesondere auch zwecks Entsendung von Vertretern der Landesregierung in eine Körperschaft öffentlichen Rechts verfassungsmäßig sind.

Ich stelle daher diesen Antrag auf Rückverweisung und verlange bis zur Einholung von Stellungnahmen die geplante Bestimmung zu vertagen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. *(Abg. Robert Hergovich: Ebenfalls zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Herr Klubobmann Hergovich.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, das Ansinnen vom Herrn Kollegen Klubobmann Sagartz, dem ist nicht stattzugeben, weil eine Rückweisung in diesem Fall wirklich nicht notwendig ist. Ich möchte das auch ganz kurz begründen.

Erstens haben wir intensive Verhandlungen seit eineinhalb Jahren hinter uns, die sehr konstruktiv von vielen hier mitgemacht und eingebracht wurden.

Zweitens, es wurden alle wichtigen Player eingebunden, die das auch wollten. Ich betone: Die das auch wollten!

Drittens, die rechtlichen Fragen wurden durch Gutachten von Verfassungsexperten beantwortet und abgesichert. Auch das ist ein wesentlicher Punkt, der in dieser Diskussion oft untergeht.

Drittens, die Begutachtung ist durchgeführt und abgeschlossen, auch das ein wesentliches Indiz, dass es zur heutigen Behandlung kommen soll.

Daher ist diese Rückweisung wirklich nicht notwendig.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. *(Abg. Géza Molnár: Zur Geschäftsordnung!)*

Der nächste Klubobmann zur Geschäftsordnung. Bitte sehr!

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schließe mich inhaltlich dem von Klubobmann Hergovich Gesagten an.

Die ÖVP hätte eineinhalb Jahre Zeit gehabt, sich in diese Gesetzeswerdung einzubringen. Sie hat es bis zur letzten Landtagssitzung, wo sie das erste Mal inhaltliche Argumente angeführt hat, nicht getan. Das alles ist pure Inszenierung, und wir werden uns bei der Werdung und bei der Beschlussfassung dieses guten Jagdgesetzes von Ihnen nicht aufhalten lassen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Anträge zur Geschäftsordnung, und es hat Herr Klubobmann Sagartz einen klaren Antrag formuliert, kann der Präsident ohne Debatte entsprechend der Geschäftsordnung, Paragraph 66, sofort zur Abstimmung bringen.

Wer dem Antrag des Klubobmannes Sagartz zustimmen möchte, bitte ich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Antrag ist nicht ausreichend unterstützt.

1. Punkt: Fragestunde

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir gehen daher in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist auf meiner Uhr 10 Uhr 20 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran. Nicht nur die bisherige Wirtschaftsstruktur verändert sich dadurch nachhaltig, sondern so gut wie alle Lebensbereiche und damit die Gesellschaft insgesamt werden durch diese Entwicklung beeinflusst.

Welche Maßnahmen setzen Sie als Bildungsreferent im Burgenland, um unsere jungen BurgenländerInnen mit der Digitalisierung vertraut zu machen?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Das Burgenland hat schon im Jahr 2002 begonnen, die Digitalisierung im Land auszubauen. Wir sind hier in ganz Österreich Vorreiter, denn wir haben 2002 ein Schulnetzwerk installiert. Das ist der Startschuss für einen modernen Unterricht an unseren Pflichtschulen, aber auch an unseren Allgemeinbildenden Mittleren und Höheren Schulen.

Jedes Jahr werden im Pflichtschulbereich 287.000 Euro investiert. Das ist für dieses Schulnetzwerk notwendig, damit der Internetanschluss gegeben ist. Die Entscheidung zur Einführung von digitalen Klassen hat gemäß den schulrechtlichen Bestimmungen schulautonom zu erfolgen. Und genau darum bin ich auch für die Schulautonomie, nämlich, dass Lehrer, Eltern, Schüler selbst festlegen können, welche Schwerpunkte sie auch setzen.

Wir haben auch vor einigen Monaten eine österreichweite Konferenz im Kulturzentrum Eisenstadt gehabt, zu eLearning, nämlich genau zur Digitalisierung. Es hat sich bei dieser österreichweiten Konferenz in Eisenstadt herausgestellt, dass wir im Burgenland eine Vorreiterrolle haben, dass kein Bundesland so weit ist, im Bereich der Digitalisierung, des Ausbaues des Breitband-Internets an unseren Schulen, wie das im Burgenland der Fall ist, weil wir vor 13 Jahren schon begonnen haben.

Es gibt auch digitale Pilotklassen im Burgenland, insgesamt 29 Pflichtschulstandorte haben digitale Pilotklassen. Wir haben eLSA-Schulen. Das heißt, eLearning im Schulalltag. 20 Prozent unserer Schulen sind sogenannte eLSA-Klassen. Das ist auch der höchste Wert - mit 20 Prozent - von allen österreichischen Bundesländern.

Wir haben unser LMS, Learning Management System im Burgenland, das ist unser Bildungsserver. Der Bildungsserver ist auch der beste Bildungsserver in Österreich mit den meisten Zugriffen. Im April 2016, um eine Zahl zu nennen, wurden 21,5 Millionen Webseitenaufrufe gemessen. Eine Steigerung von 45 Prozent zum April 2015. Das ist natürlich nicht nur vom Burgenland, das ist ganz klar, sondern das geht österreichweit, das geht international, dieser Bildungsserver.

Im Kalenderjahr 2015 wurden 153 Millionen Webseitenaufrufe auf LMS gemessen, dreimal so viele wie bei HELP.gv.at, das ist die Einrichtung des Bundes.

Wir liegen mit unserem Bildungsserver dreieinhalbfach über den Zugriffen der Bundesstellen, und das zeigt von Qualität. Das zeigt, dass hier unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesschulrat wirklich etwas Besonderes zustande gebracht haben, weil es auch in einem hohen Ausmaße eingesetzt wird.

Schon im Bereich der Volksschule kann schulautonom entschieden werden, zum Beispiel mit dem Projekt „Skooly“, der digitale Begleiter für Schüler, LehrerInnen und Eltern. Also dort, wo die Eltern das wünschen, wird auch „Skooly“ schon im

Volksschulbereich eingeführt. Lernen kann differenziert werden, kann individualisiert werden. Es wird das Klassenbuch teilweise über „Skooly“ geführt. Es gibt ein Pensenbuch, das ist eine Aufzeichnung über die Mitarbeit. Es können die Kinder über einen Freundeskreis kommunizieren, und es wird teilweise zumindest in 90 Prozent aller Pflichtschulen „Skooly“ regelmäßig verwendet.

Zusammenfassend: Der Internetanschluss ist im Burgenland seit 13 Jahren Realität. Das hefte ich jetzt nicht nur auf meine Seite, sondern damals war für den Bildungsbereich ein anderes Regierungsmitglied zuständig, und wir haben das gemeinsam umgesetzt und sind die Nummer eins in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Der Wandel durch Digitalisierung erfordert auch einen fortschreitenden Breitbandausbau.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Maßnahmen wurden und werden zum Breitbandausbau im Burgenland gesetzt?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben auch schon im Jahr 2015 mit den Providern Verträge abgeschlossen, weil wir versuchen müssen, flächendeckend im Burgenland das Breitband-Internet auch umzusetzen. Was ist uns gelungen? Die Provider haben im Jahr 2015 mehr als neun Millionen Euro in den Breitbandausbau des Burgenlandes investiert. Es sind im Jahr 2015 14.000 zusätzliche Haushalte angebunden worden, und es gelang die Geschwindigkeit bestehender Anschlüsse auf ein neues Niveau zu bringen. Schwerpunktmäßig ist dieser Ausbau im Mittel- und Südburgenland erfolgt. Im Norden 5.180 Haushalte, im Mittel- und Südburgenland 8.820 Haushalte, die ausgebaut wurden.

2016 wurden bisher zirka 14.000 neuversorgte Haushalte zusätzlich 6.000 mit der LTE-Technologie versorgt, also mit dem Hochgeschwindigkeitsinternet.

Ich halte es für ganz wichtig, dass das auch schwerpunktmäßig im Mittel- und Südburgenland ist, weil der Breitbandausbau eine Stärkung des ländlichen Raumes darstellt. Das ist wichtig für die Wirtschaft. Das ist wichtig für die Betriebe. Das ist wichtig für Studentinnen und Studenten. Eigentlich vom Kind bis zum Pensionisten wird das Breitband-Internet verwenden. Das stärkt den ländlichen Raum und hier - das ist ein ganz ein wichtiges Ziel - wollen wir die erste ländliche Region in Österreich bis zum Jahr 2019 sein, die flächendeckend das Breitband-Internet allen zur Verfügung stellen kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön! Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Bedeutung nimmt die Digitalisierung im Bereich der Forschung ein?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich darf vielleicht, bevor ich konkret die Frage beantworte, auch auf diese Grafik hinweisen. *(Landeshauptmann Hans Niessl zeigt eine Grafik)*

Burgenland und Wien sind hier rot gekennzeichnet, das ist keine politische Kennzeichnung, sondern das ist eine Kennzeichnung über die Nutzung des Internets.

Burgenland und Wien haben eine Nutzung zwischen 84 bis 87 Prozent und liegen damit an der Spitze Österreichs, was den Internetausbau anbelangt. Die anderen Bundesländer, gelb, liegen zwischen 77 und 80 Prozent. Sie sehen, die gelben Bundesländer: Kärnten, Niederösterreich. Sie sehen auch die orangen Bundesländer, die zwischen 84 und 87 Prozent haben. Also wir liegen laut dieser Grafik - Burgenland und Wien - beim Ausbau des Internets ganz an der Spitze.

Und jetzt konkret zu Ihrer Frage. Ich bin davon fest überzeugt, dass ohne Breitband-Internet weder Forschung, Entwicklung und Innovation möglich ist, noch eine Weiterentwicklung der Wirtschaft.

Alle Betriebe, die wir im Burgenland haben, brauchen den Ausbau des Breitbandinternets, um weltweit rasche Verbindungen zu haben. Der Export unserer Betriebe steigt von Jahr zu Jahr dynamisch an. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben Rekordbeschäftigung im Burgenland. Um dieses hohe Niveau nicht nur halten, sondern noch weiter ausbauen zu können, müssen wir der Wirtschaft, den ArbeitnehmerInnen und allen ein Breitbandinternet zur Verfügung stellen.

Viele können auch im mittleren und südlichen Burgenland bleiben, weil sie über ihren Arbeitsplatz zuhause die weltweite Verbindung haben. Es gibt Betriebe im Burgenland, die, zum Beispiel, über das Internet und über ihre Software bis nach New York Softwareanlagen liefern, die teilweise sogar die U-Bahn in New York steuern können. Auch das gibt es also im Burgenland mit Innovation, mit Forschung, Entwicklung. Da müssen wir uns noch besser aufstellen, da müssen wir hart daran arbeiten, weil unsere Forschungsquote gesteigert werden muss. Da sind wir auf einem guten Weg. Eine ganz wesentliche und wichtige Voraussetzung für den weiteren Aufstieg des Burgenlandes ist deshalb der Breitbandausbau.

Der ist so elementar wichtig wie die Straßen- oder die Schieneninfrastruktur. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Landtagsabgeordnete Mag. Michaela Resetar.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich kann das in Wahrheit wirklich nur alles dreifach unterstützen und unterstreichen. Trotzdem möchte ich ein konkretes Beispiel herausgreifen. Sie haben das Süd- und Mittelburgenland angesprochen. In meinem Bezirk gibt es 32 Gemeinden und 91 Ortsteile. Wann ist nun gesichert, dass es in allen Haushalten des Bezirkes Oberwart, nämlich in allen 91 Ortsteilen, Breitbandinternet gibt?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe gesagt, dass in 87 Prozent das bereits gegeben ist. Natürlich gibt es Gemeinden, da können wir eine ganz Reihe aufzählen, also immerhin 13 Prozent, das ist ja nicht so wenig.

Wir sind zwar die besten in Österreich, aber wir geben uns damit nicht zufrieden. Wir wollen, dass im Jahr 2019 alle Gemeinden des Burgenlandes an das Breitbandinternet angeschlossen und dass alle Haushalte hier einen Zugang haben. Das ist eine riesige Herausforderung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sind im Burgenland das ländlichste Gebiet in Österreich. Wir haben so viele Streusiedlungen, vor allen Dingen im südlichen Burgenland, dass das wirklich eine Riesenherausforderung ist, das alles anzuschließen. Trotzdem haben wir uns zum Ziel gesetzt, auch mit den Providern und mit den ELER-Programmen und mit vielen finanziellen Mitteln, die dazu notwendig sind, eine Kraftanstrengung zu machen. Wenn alle das unterstützen, dann bedanke ich mich dafür.

Ich bedanke mich dafür, wenn da alle dahinter stehen, weil das wirklich ein ganz ein elementarer Bereich des Burgenlandes ist. Wir wollen wirklich bis zum Jahr 2019 diese 13 Prozent auch fertig haben und damit 100 Prozent auch anschließen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Da keine weitere Zusatzfrage mehr gestellt wird, kommen wir zum Aufruf der zweiten Anfrage. Diese Anfrage ist ebenfalls von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska an den Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte die Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das Jahr 2016 wurde von Ihnen als Landeshauptmann zum „Jahr der Bildung“ erklärt. Welche konkreten Schwerpunkte haben Sie als Bildungsreferent im „Jahr der Bildung“ gesetzt?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete! Hohes Haus! Ich darf vielleicht einleitend feststellen, dass wir von der Frau Abgeordneten Petrik eine schriftliche Anfrage bekommen haben.

Wir haben versucht, das auch sehr ausführlich auf 17 Seiten zu behandeln, was sich im Bildungsbereich alles getan hat. Ich kann jetzt nicht die gesamte schriftliche Anfragebeantwortung hier mündlich wiedergeben, aber, ich glaube, wer hier ein Interesse hat, sieht, dass sich im Bildungsbereich sehr viel zum Positiven verändert hat.

Das ist für uns auch ganz wichtig, weil die Bildung eine der wichtigsten Voraussetzung ist, damit junge Menschen gute Chancen haben. Wenn ich in die Vergangenheit, an meine Jugendzeit, zurückblende, dann hatten wir damals ein schlechtes Bildungssystem, denn es hat in manchen Bezirken keine maturaführende Schule gegeben.

Das Burgenland war wirtschaftlich rückständig und es war auch im Bildungsbereich rückständig. Wir können heute doch selbstbewusst sagen, dass sich im Bildungsbereich sehr viel getan hat. Wir haben beispielsweise die höchste Kinderbetreuungsquote. Dankenswerter Weise auch durch unsere Gemeinden, das sage ich auch ganz offen dazu, denn es sind viele BürgermeisterInnen, die in den Gemeinden kräftigste finanzielle Anstrengungen unternehmen.

Auch das Land unternimmt kräftige Anstrengungen, um diese hochwertige Kinderbetreuung zustande zu bringen. Da sind wir österreichweit die besten. Wir haben eine Betreuungsquote von 99,3 oder 99,5 Prozent. Das hat kein Bundesland, auch nicht Wien.

Wir sind bei der Kinderkrippe die Nummer zwei in Österreich, nämlich, nach Wien. Wir haben die höchste Maturantenquote aller österreichischen Bundesländer. 50 Prozent der jungen Menschen machen die Matura. Wir sind bei den FachhochschülerInnen an der Spitze Österreichs und wir machen eine Offensive für die Lehre, für unsere Lehrlinge,

nämlich, dass man versucht, das attraktiver zu gestalten. Darauf hinzuweisen, wie wichtig der Facharbeiter, die Facharbeiterin für das Burgenland, für unsere Wirtschaft ist, denn ohne gute Facharbeiter kann keine Wirtschaft florieren. Insofern wurde hier viel getan.

Wir haben aber auch noch viel vor. Ich möchte hier nur einmal die ganztägigen Schulformen nennen, denn auch da sind die Gemeinden ein Partner und auch da sind wir nach Wien im Spitzenfeld. Die Öffnungszeiten der Kindergärten wurden weiter ausgebaut und wir sind das erste Bundesland in Österreich, das die tägliche Turnstunde, dort, wo es gewünscht ist, wo die Schulautonomie das auch entschieden hat, realisiert hat und wo sie in Form einer Initiative des Sportministeriums, des Unterrichtsministeriums, umgesetzt wurde.

Da wurde das Burgenland ausgewählt. Andere Bundesländer werden erst in den nächsten Schuljahren folgen, was die tägliche Turnstunde anbelangt. Eines ist mir auch noch wichtig: Es wird in den Ausbau unserer Bildungseinrichtungen massiv investiert.

Ich war vor einigen Tagen in Oberwart. Eine moderne Bundeseinrichtung, die Schule für Elementarpädagogik, also für die KindergartenpädagogInnen, ist renoviert worden.

13 Millionen Euro sind es, die der Bund dort investiert hat. Eine wunderschöne, praktische, schulgerechte Einrichtung, wo sich die jungen Menschen wohl fühlen und wo von den Pädagoginnen und Pädagogen gute Arbeit geleistet wird.

Wir haben über acht Millionen Euro in die Berufsschule in Pinkafeld, für unsere Lehrlinge, weil uns die Lehrlinge wichtig sind, investiert, oder sind dabei, diesen Betrag zu investieren, denn dieses Bauvorhaben ist noch nicht abgeschlossen.

Ich glaube, 8,7 Millionen Euro in Pinkafeld, über 1,5 Millionen Euro in die Berufsschule hier in Eisenstadt, und das alles ausschließlich in die Modernisierung der Gebäude, nicht in das Personal, das kommt natürlich dann auch noch dazu, ist eine ganz tolle Sache.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die HTL in Eisenstadt mit über 40 Millionen Euro ausgebaut wird. Wir sind mitten dabei, dass das Gymnasium in Eisenstadt mit 30 Millionen Euro auch modernisiert und umgesetzt wird. Wir haben verschiedene andere Schulbauprojekte mit dem Bund in Vorbereitung. Das sind kräftige Investitionen, denn in Summe sollen bis zum Jahr 2020 insgesamt 143 Millionen Euro in den Schulausbau investiert werden, damit unsere Jugendlichen, damit unsere Kinder, modernste Bildungseinrichtungen haben. Eine Studie besagt, dass das Burgenland der Bildungsaufsteiger Österreichs ist. Da sind viele daran beteiligt. Es sind die Gemeinden beteiligt, es ist das Land beteiligt, es ist der Bund beteiligt und alle, die einen Beitrag dazu geleistet haben, dass ihnen Bildung wichtig ist, dass man in den Gemeinden die Gelder zur Verfügung stellt. Dass wir finanziell die Kindergärten unterstützen, und so weiter. Dafür bedanke ich mich. Ich glaube, dass ist eine wichtige Investition in die Zukunft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Prohaska.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Bedeutung nimmt für Sie als Bildungsreferent des Burgenlandes der Bereich der Elementarpädagogik ein?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Elementarpädagogik, das heißt, der Kindergarten, ist schon vor Jahren zu einer ersten Bildungseinrichtung geworden. Da hat sich in den letzten Jahren, glaube ich, was den Stellenwert der Kindergartenpädagogik anbelangt, was die Ausbildung anbelangt, gewaltig viel verändert. Die Fortbildung der KindergartenpädagogInnen wird bei uns schon über die Pädagogische Hochschule organisiert.

Allein daran sieht man, wie wichtig uns der Kindergarten ist, dass die KindergartenpädagogInnen auch über die Pädagogische Hochschule weitergebildet werden, dass wir Ihnen einen sehr hohen Stellenwert geben.

Wir haben im Burgenland im Bereich der Elementarpädagogik 286 Einrichtungen. Davon 71 Kinderkrippen, 118 Kindergärten, 74 alterserweiterte Kindergärten und 23 Horte. In diesen 286 Einrichtungen sind 1.127 Pädagoginnen, davon leider wenig Pädagogen, beschäftigt.

Die Hauptlast liegt hier wieder bei den Gemeinden. Aber auch das Land leistet hier einen wesentlichen finanziellen Beitrag zur Bezahlung dieser PädagogInnen. Wir haben im Burgenland 10.845 Kinder in Betreuung. Das ist eine sehr große Herausforderung, aber auch wichtig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich umsetzen zu können.

Immer mehr Frauen wollen berufstätig sein. Sie sollen das auch tun. Eine der wichtigsten und wesentlichsten Voraussetzungen ist dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu brauchen wir die entsprechenden Kindergärten, die ganztägigen Schulformen, wo in der Vergangenheit einiges geleistet wurde. Integration, sprachliche Frühförderung und viele andere Bereiche finden in diesen Kindergärten auch tatsächlich statt.

Für die sprachliche Frühförderung sind im heurigen Jahr 980.000 Euro vorgesehen. Da kommt ein wesentlicher Teil vom Bund. 340.000 Euro kommen auch tatsächlich vom Land. Das ist uns wichtig, auch im Sinne der Integration, denn wer hier lebt, soll möglichst rasch Deutsch lernen. Der Kindergarten ist hier prädestiniert dafür, denn da gibt es auch die entsprechenden finanziellen Mittel, damit alle Kinder möglichst gut Deutsch können und damit einen guten Start in unseren nächsten Bildungsbereich, nämlich in die Volksschule haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Maßnahmen wurden im „Jahr der Bildung“ für die Lehrlinge gesetzt?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe schon kurz angedeutet, dass uns natürlich die Lehrlinge besonders wichtig sind. Das Land hat seit 1,5 Jahren, das sage ich auch dazu, mit den Sozialpartnern, konkret mit dem Landesschulrat, der Arbeiterkammer, der Gewerkschaft, der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung ein Schwerpunktpapier für die Aufwertung der Lehre erarbeitet. Das bringt auch kein anderes Bundesland zusammen. Wir werden in den nächsten Wochen dieses Papier offiziell in einem Betrieb präsentieren. Ich möchte jetzt nicht ins Detail gehen. Ich möchte aber nur darauf hinweisen, durch welche Schwerpunkte die Lehre aufgewertet werden wird und welche Schwerpunkte durch eine bestmögliche Vernetzung hier umgesetzt werden sollen. Dabei geht es vor allen Dingen darum, dass

man gewisse Dinge nicht parallel macht. Das ist wieder ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Das muss man dann auch umsetzen, das werden auch alle Partner unterzeichnen und das werden wir in kurzer Zeit, in den nächsten Wochen, auch schon präsentieren.

Das Papier ist fertig und ich glaube, dass das etwas sehr Gutes geworden ist. Wir haben auch eine Lehrlingsoffensive im Burgenland gestartet. Früher haben das Land und die landesnahen Unternehmen keine Lehrlinge ausgebildet. Wir machen das jetzt relativ intensiv. 1.100 Lehrlinge werden inklusive der Lehrwerkstätten, der Behindertenwerkstätten und der überbetrieblichen Lehrwerkstätten im Burgenland ausgebildet, durch die öffentliche Hand und durch öffentliche Gelder.

Wir sind der Meinung, dass die duale Ausbildung natürlich das Beste ist. Genau in diese Richtung wird unser Positionspapier auch gehen, nämlich, wie wir die duale Ausbildung weitere stärken können, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* wie wir uns hier ergänzen können, der öffentliche Bereich und der Wirtschaftsbereich.

Nächster Punkt. Lehre mit Matura. Ich war überrascht, denn ich war vor wenigen Tagen bei unserem Straßenbauamt. Dort ist ein Mädchen, das KFZ-Technikerin lernt. Sie ist der beste Lehrling und hat eine Auszeichnung in der Berufsschule. Das ist eine ganz tolle Sache. Sie ist bereits zugelassen oder hat sich für Lehre mit Matura beworben. Auch das wird sie machen. Auch das ist ein Musterbeispiel, dass Frauen in technischen Berufen erfolgreich sein können.

Das ist ein erster Schritt. Ich war aber wirklich überrascht, dass bei vier oder fünf Lehrlingen eine junge Frau dabei ist, die das mit Auszeichnung macht, die Lehre mit Matura machen will. Das haben wir auch angeboten, das wird auch sehr gut gemacht und wir stellen auch im heurigen Jahr, das sage ich auch abschließend, insgesamt 80.000 Euro für Lehre mit Matura zur Verfügung.

Damit können wir viele Aktivitäten setzen. Unser Positionspapier, das werden wir in den nächsten Wochen gemeinsam mit Wirtschaft und mit den Arbeitnehmervertretern auch präsentieren, ist, glaube ich, wieder etwas, auf dessen Basis man gut für unsere Facharbeiter und für unsere Lehrlinge arbeiten kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage kommt von der Frau Landtagsabgeordneten Mag. Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann! Es ist ja in der Tat so, dass wir im Burgenland ein sehr gut ausgebautes Kinderbetreuungsnetz und eine sehr hohe Betreuungsquote haben. Dennoch ist offensichtlich hier noch einiges aufzuholen.

Ich zitiere jetzt eine Frau, die vorgestern auf Facebook sozusagen einen Hilferuf gestartet hat. Das ist ungeheuerlich! Es gibt für meine Tochter im ganzen Bezirk Mattersburg und im ganzen Bezirk Eisenstadt und Umgebung keinen Platz in der Krabbelstube. Müssen nun nach Wr. Neustadt fahren und unsere Gemeinde weigert sich auch noch, den Kostenzuschuss für einen anderen Kindergarten zu zahlen.

Was tun Sie, damit Frauen, die auf der Suche nach einem Krippenplatz im Burgenland sind, in ihrer eigenen Wohngegend diesen auch vorfinden können?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das ist bedauerlich, dass diese Frau keinen Krippenplatz bekommen hat. Es ist auch eine Frage, wann sie zugezogen ist und ob sie sich um diesen Krippenplatz schon in der Vergangenheit beworben hat. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Lebt schon lange im Burgenland. Ist eine Burgenländerin.)*

Ich kann Ihnen nur sagen, dass das kein System ist, das perfekt ist und wo jeder zu 100 Prozent sagt, dass er jetzt zufrieden ist. Sie können überall eine Person irgendwo herausziehen, die sagt, das und jenes Problem habe ich. Das ist natürlich bedauerlich. Ja. Aber, wir haben mit den unter Dreijährigen, nach Wien, und Wien ist im urbanen Bereich ganz anders, als das ländliche Gebiet Burgenland, die zweithöchste Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen.

Insofern sind wir gut aufgestellt, dass wir weiter daran arbeiten müssen, dass wir diejenigen Gemeinden natürlich unterstützen, die Kinderkrippen machen wollen. Jede Gemeinde, die eine Kinderkrippe macht, wird von uns unterstützt. Wenn es gemeindeübergreifend ist, in einem noch größeren Ausmaß. Viele haben das getan. Manche sagen, ich muss noch ein bisschen abwarten, weil ich dafür noch nicht das Geld habe. Aber, der Trend geht dorthin. Die Gemeinden werden dabei von uns beim Personal und beim Bau unterstützt. Genau in diese Richtung werden wir weiter arbeiten, nämlich, dass wir die Kinderbetreuung, die Kinderkrippe, die ganztägigen Kindergärten mit kräftigster Unterstützung des Landes weiter ausbauen.

Aber, das Land betreibt keine Kindergärten, sondern, das machen die Gemeinden. Das habe ich ja bereits gesagt. Ich bedanke mich auch dafür. Wir unterstützen die Gemeinden, dass weitere Kinderkrippen entstehen und dass nach Möglichkeit jedes Kind einen Krippenplatz bekommt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Es gibt keine weitere Zusatzfrage, daher kommen wir zum Aufruf der dritten Anfrage. Die dritte Anfrage ist vom Abgeordneten Haidinger an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Haidinger um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Burgenländische Wasserrettung und die Burgenländische Rettungshundestaffel haben im Jahr 2016 Aufnahme in das Rettungsgesetz gefunden. Welchen Stellenwert soll diesen beiden Organisationen im Sicherheitsnetz des Burgenlandes künftig zukommen?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Danke Herr Abgeordneter für diese Anfrage. Es ist so, dass die Rettungshundestaffel und auch die Wasserrettung diese Wertschätzung erstmalig bekommen haben. Das heißt, beide Organisationen waren bis jetzt nicht im Rettungsgesetz verankert. Es ist nach vielen Jahren jetzt gelungen, diese beiden Organisationen in dieses Rettungsgesetz einzubauen.

Man darf nicht vergessen, dass die Wasserrettung und die Rettungshundebrigade Spezialeinheiten sind, das sind sie definitiv, die auf Freiwilligkeit beruhen und den Behörden, aber natürlich auch im privaten Bereich, zur Verfügung stehen. Das heißt, gibt es Unglückssituationen im privaten Bereich und betrifft das diese Organisationen, die

unterstützend eingreifen können, dann sind die auch zur Stelle. Die Aufgaben sind sehr vielschichtig.

Diese Einsatzorganisationen haben bis jetzt diese Anerkennung, leider Gottes, noch nicht bekommen. Wir haben jetzt diesen Organisationen denjenigen Stellenwert gegeben, der ihnen auch zusteht. Das geht im Bereich der Wasserrettung hin bis zur Sicherung von Badestränden, bis hin zur Aus- und Fortbildung für Bootsführer, aber auch zur Unterstützung ausländischer und inländischer Behörden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich erwähne hier auch die ausländischen Behörden, denn da gibt es natürlich auch die Möglichkeit der Unterstützung bei der Suche und Bergung von vermissten Personen, aber auch die Unterstützung aller Blaulichtorganisationen.

Das heißt, da sieht man ganz klar und deutlich, wie wichtig diese Rettungshundestaffel, und auch diese Wasserrettung ist. Es hat bis dato diese Anerkennung für diese beiden Organisationen nicht gegeben. Bei der Rettungshundestaffel darf man nicht vergessen, dass es sie schon seit 30 Jahren gibt. Diese Rettungshundestaffel hat speziell trainierte Hunde für mögliche Einsätze, die sie auch schon im Ausland absolviert haben. Es gibt dort ein ständiges Training. Wie gesagt, die Freiwilligkeit steht im Vordergrund und bis dato, das muss man auch anführen, haben beide Organisationen jeweils immer 1.000 oder 1.100 Euro an Unterstützung bekommen.

Das heißt, diese gesamte Organisation mit Auto, mit Boot, mit Ausbildung, mit Hilfsbereitschaft, das haben sie alles zum Teil selber getragen. Das ist jetzt insofern nicht mehr so der Fall, weil das Land natürlich auch unterstützend eingreift. Beide Organisationen haben, wie bereits gesagt, nunmehr den Stellenwert bekommen, den sie sich auch verdient haben. Ich möchte mich an dieser Stelle bei beiden Organisationen, die wirklich auch in ihrer Freizeit und in der Freiwilligkeit alles daran setzen, dass immer mehr und mehr Mitglieder kommen, bedanken, denn die versuchen auch wirklich kooperativ mit allen Behörden und Blaulichtorganisationen zusammenzuarbeiten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie wirkt sich die Aufnahme der beiden Organisationen in das Rettungsgesetz für die Organisationen aus?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz: Danke Herr Abgeordneter. Es ist so, dass es, zum Beispiel, die Wasserrettung im Burgenland in Oggau am Neusiedler See, in Pöttsching und sogar in Jennersdorf gibt. Es ist natürlich so, dass man auch nicht vergessen darf, dass hier schon mehr als 400 Mitglieder in dieser Wasserrettungsorganisation verankert sind. Bei der Rettungshundestaffel sind es ein bisschen weniger. Alle Mitglieder arbeiten ehrenamtlich. Es wird zukünftig natürlich auch Investitionen geben, die von beiden Organisationen unmöglich durchgeführt werden könnten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Boot, das Wasserrettungsboot, ist überaltert. Das heißt, dass es in den nächsten zwei bis drei Jahren erneuert werden muss. Auch im Bereich der Rettungshundestaffel ist es so, dass dieses Auto mit den Hunden, dieses Hundestaffelauto, wenn man das so bezeichnen darf, 26 Jahre alt ist.

Auch dort muss es natürlich eine Erneuerung geben. Das können diese Organisationen allerdings unmöglich aus eigener, privater Hand stemmen. Das heißt, hier wird das Land versuchen, in einigen Jahren ein Finanzierungskonzept aufzustellen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Die vierte Anfrage wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Wir kommen daher zum Aufruf der fünften Anfrage. Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte den Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gerade in den Wintermonaten verzeichnet die heimische Bauwirtschaft Einbrüche bei der Auftragsvergabe. Welche Impulse setzen Sie als Wohnbaureferent, um die heimische Wirtschaft zu stärken und burgenländische Arbeitsplätze zu sichern?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich kann berichten, dass aufgrund der sehr guten burgenländischen Wohnbauförderung die Bautätigkeit im genossenschaftlichen Wohnbau fast voll wieder angelaufen ist. Dass die Firmen, die vielleicht nicht durchgearbeitet haben, wieder jene, die arbeitslos gemeldet waren, in einem großen Ausmaß wieder zurückgeholt haben, jetzt wieder mit der kompletten Belegschaft ans Werk gehen und dass die Bautätigkeit fast wieder vollständig eingesetzt hat.

Da geht jetzt im Burgenland auch sehr viel weiter, weil wir im Laufe dieses Jahres zirka 900 genossenschaftliche Wohnungen und zirka 300 Einfamilienhäuser fördern werden. Das sind 1.200 Wohneinheiten, die im Burgenland gefördert werden. Wenn man das jetzt auf die großen Bundesländer umlegt, zum Beispiel auf Wien oder Niederösterreich, dann müsste man diese 1.200 mal sieben und mal acht rechnen. Da kann man sich dann ausrechnen, wie viel die bauen müssten, damit sie so viel bauen, wie das Burgenland.

Insofern ist das ein Riesenimpuls für die Wirtschaft und natürlich auch für die Menschen in unserem Land, die diese Wohnungen benötigen. Wir haben 119 Millionen Euro in der Wohnbauförderung vorgesehen. Für die Alternativenergieanlagen sind es 3,3 Millionen Euro. Das sind insgesamt 122 Millionen Euro. Was natürlich auch ganz bemerkenswert ist: Wir haben 1,5 Milliarden Euro an Darlehen bei den Burgenländerinnen und Burgenländer.

Wir haben also 36.000 burgenländische Familien, die Wohnbauverträge mit uns abgeschlossen haben. 36.000 burgenländische Familien haben also hier die Wohnbauförderung in Anspruch genommen. Darlehen im Ausmaß von 1,5 Milliarden Euro sind hier bei den burgenländischen Haushalten.

Im Wohnbauförderungsbeirat haben wir auch 61,2 Millionen Euro an Fördermittel vergeben. Was hat das für Vorteile für die Burgenländerinnen und Burgenländer? Ich glaube, das Entscheidende ist, was haben die Menschen davon? Die Menschen haben sehr vieles davon, weil wir, bei Statistik Austria bitte nachzulesen, die niedrigsten Mieten aller österreichischen Bundesländer haben. 5,50 Euro pro Quadratmeter.

Das ist laut Statistik Austria der niedrigste Wert. Die durchschnittliche Förderung für ein Eigenheim beläuft sich auf 62.000 Euro. Für die Wohnungen sind es 56.000 Euro. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch da kann man sich bitte die Mühe machen und mit anderen Bundesländern vergleichen. Es gibt kein anderes Bundesland, das so die Wohnungen und die Einfamilienhäuser in dem Ausmaß von durchschnittlich 62.000 oder 56.000 Euro fördert.

Ganz wichtig für uns, speziell im Winter, ist der Burgenländische Handwerkerbonus. Auch hier haben wir eine Million Euro zur Verfügung gestellt, wenn bis Ende März Sanierungen durchgeführt werden, wenn bis Ende März behindertengerechte Einrichtungen geschaffen werden. Da können wir bis zu 5.000 Euro an Förderung zur Verfügung stellen. Auch da läuft jetzt die Zeit erst richtig an, weil natürlich im Jänner durch diese niedrigen Temperaturen nicht unbedingt die Zeit war, dass man Sanierungsarbeiten durchführen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt läuft der Handwerkerbonus gut an. Wir machen das genau deshalb im Winter, um der Winterarbeitslosigkeit entgegenzuwirken und um die Menschen zu unterstützen. Die sagen, ich mache behindertengerechte Einrichtungen, ich möchte mein Haus sanieren, das in die Jahre gekommen ist. Dafür gibt es bis zu 5.000 Euro bar für die Leute. Der österreichische Handwerkerbonus lag bei 600 Euro bar bei Renovierungsarbeiten.

Nur dass man hier den Unterschied zwischen dem Burgenland und dem Bund sieht. Der Bund hat seine 600 Euro voraussichtlich auch für das Jahr 2017 eingestellt. Wir machen das allerdings weiter. Wir sind auch der Überzeugung, dass wir diese Wohnungen natürlich brauchen, denn wir haben relativ wenig leerstehende Wohneinheiten. Wir bauen also nicht und die Wohnungen werden dann nicht verwendet. Diese 900 Wohnungen werden wahrscheinlich, wenn sie fertig sind, zu deutlich über 90 Prozent sofort vergeben werden.

Wir bauen von Nord bis Süd. Ich bin den Siedlungsgenossenschaften auch sehr dankbar, dass in kleinen Gemeinden gebaut wird, denn nicht alle können sich ein Einfamilienhaus leisten. Es wollen sich auch nicht alle Menschen ein Einfamilienhaus leisten, sondern, sie wollen Wohnungen. Deswegen gilt es auch für den ländlichen Raum, Impulse in kleinen Gemeinden zu setzen und auch dort Wohnungen zu errichten. Leistbares Wohnen für die Burgenländerinnen und Burgenländer ist deshalb eine der großen Herausforderungen für die Zukunft.

Abschließend möchte ich festhalten, dass auch unsere Initiative Junges Wohnen in Burgenland ebenfalls herzeigbar ist, denn da sind nämlich Mieten von unter fünf Euro pro Quadratmeter gegeben. Junges Wohnen mit unter fünf Euro im Quadratmeter, kleine Wohnungen für Singles, kleine Wohnungen für junge Leute, die eben dort eine Familie gründen wollen. Ich glaube, das ist ein Weg, das ist ein absoluter Renner und da könnte ich auch noch eine tolle Statistik anführen, wie Junges Wohnen angenommen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Maczek.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gibt es neben der von Ihnen genannten Sonderförderaktion Burgenländischer Handwerkerbonus auch weitere Sonderprojekte im Rahmen der burgenländischen Wohnbauförderung?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe es schon angekündigt und es gesagt und ich darf das jetzt auch weiter anführen. *(Abg. Manfred Kölly: Im Ausschuss ist er der Chef, dann weiß er das nicht. Das verstehe ich nicht.)* Ja, weil diese Details wird er so nicht wissen. Das kann er nicht wissen. Wir haben, zum Beispiel, in den letzten Jahren 17 Projekte mit 180 Wohnungen mit einer Gesamtfördersumme von 6,5 Millionen Euro im Bereich des Jungen Wohnens umgesetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, das ist einerseits eine beeindruckende Bilanz für den Burgenländischen Handwerkerbonus im Winter, andererseits aber auch für das Junge Wohnen, für die jungen Leute. Es sind insgesamt 167 Wohnungen in Bau. Das wird so gut angenommen, dass auch immer mehr Gemeinden diese Starterwohnungen errichten wollen. Wir wollen Junges Wohnen im Burgenland haben! Das war seinerzeit die Kernaussage beim Spatenstich in Illmitz. Ich war bei der Schlüsselübergabe in Gols dabei und es ist beeindruckend, wenn dort 15 bis 20 junge Leute hinkommen und sagen, ja, ich habe mir da eine Wohnung mit 55 m² genommen. Ich bin jetzt das erste Mal von zu Hause weg, ich kann mir das leisten, weil fünf Euro, auch österreichweit betrachtet, etwas ganz Besonderes ist. Das hängt mit den Grundstückspreisen zusammen, das hängt mit den Baupreisen zusammen und das hängt vor allem mit der besten Wohnbauförderung Österreichs zusammen. Genau das haben wir.

Der dritte Punkt, und das sage ich abschließend, sind auch unsere Pflegeheime. Wir haben im Burgenland 44 Altenwohn- und Pflegeheime. Zwei Drittel dieser Altenwohn- und Pflegeheime sind mit der burgenländischen Wohnbauförderung errichtet worden.

Wir haben 2.200 Menschen in Pflegeheimen untergebracht und sie haben durch die Wohnbauförderung eine gute Betreuung. 44 Altenwohn- und Pflegeheime im gesamten Burgenland und auch da leistet die Wohnbauförderung einen großen Beitrag für die alten Menschen, für die jungen Menschen und eigentlich für jeden Bürger, der leistbares Wohnen hat.

Wir haben Zuzüge aus anderen Bundesländern, weil in manchen Bundesländern Wohnen langsam nicht mehr leistbar ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Maczek.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welchen Beitrag leistet die Burgenländische Wohnbauförderung insgesamt, um leistbares Wohnen im Burgenland weiterhin zu ermöglichen?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Wir haben einen weiteren sehr wichtigen Bereich, Herr Abgeordneter, für die Menschen, wo es schwierig ist, trotz der niedrigsten Mieten in Österreich, sich Wohnen auch leisten zu können. Das ist ein Problem, weil ein Dach über dem Kopf zu haben, ist natürlich für jeden Menschen sehr wichtig.

Obwohl wir die niedrigsten Mietkosten haben, gibt es noch immer Menschen, die eben ein Problem damit haben, das Geld auch aufzubringen. Wir haben die Möglichkeit, einkommensschwachen Wohnungswerbern ein Eigenmittelersatzdarlehen zu geben, damit sie mit diesem Eigenmittelersatzdarlehen die Wohnung auch bekommen können.

Wir haben eine Wohnbeihilfe. Sozial Schwache können um Wohnbeihilfe ansuchen, das kommt natürlich auf das Einkommen an und sie werden mit der Wohnbeihilfe dann auch entsprechend unterstützt.

Wir haben auch für barrierefreies Wohnen Förderungen vorgesehen, nämlich wenn Menschen pflegebedürftig sind, wenn sie vielleicht einen Rollstuhl brauchen. Auch da gibt es Zuschüsse von Seiten des Landes, nicht nur über den burgenländischen Handwerkerbonus, sondern auch über die Wohnbauförderung.

Wir haben auch die Verträge dahingehend abgeändert, dass die Zinsbelastung nicht weiter steigt. Wir alle wissen, dass die Zinssituation im Augenblick eine sehr niedrige ist und haben dort einen Deckel eingeführt mit 1,5 Prozent, weil bei vielen, je länger es läuft, die Zinsen angestiegen *(Abg. Manfred Kölly: Drei waren es.)* sind; 3,5 Prozent.

Das ist in Zeiten gewesen, wo man für Kredite sieben, acht, neun Prozent und so weiter, an Zinsen bezahlt hat und wir gesagt haben, das ist angebracht. In der heutigen Zinssituation ist nicht mehr diese Höhe angebracht und wir sind mit den Zinsen bei 1,5 Prozent geblieben. Das macht für jeden, der dort reingefallen wäre, relativ viel Geld aus. Es ist das Darlehen auch hinausgestreckt worden.

Wir versuchen hier, in entsprechender Form den Menschen entgegenzukommen. Wir fördern auch den Ankauf von Althäusern, wir haben auch eine Ortskernförderung.

Also in Summe und das ist sicher keine Übertreibung, wer sich Zeit nimmt und das mit anderen Bundesländern vergleicht, da kann ich nur sagen, der Vergleich macht sie sicher, Burgenland hat die beste Wohnbauförderung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Wir kommen zum Aufruf der sechsten Anfrage. Die sechste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an den Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Regelungen gelten für Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung für die Nutzung von Dienstfahrzeugen und den Einsatz der Chauffeure?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Für die Dienstfahrzeuge gibt es auf Bundesebene eine gesetzliche Regelung und es gibt für Dienstfahrzeuge auch auf Landesebene, in Anlehnung an die Bundesregelung, ebenfalls eine gesetzliche Regelung.

Ich darf Ihnen auch sagen, ich sage das an meinem Beispiel - und das ist im ähnlichen System für die Mitglieder der Landesregierung, die auch einen Dienstwagen haben, plus der Präsident, der heute leider erkrankt ist - was auf Grund der gesetzlichen Regelung zu zahlen ist, nämlich monatlich. Von meiner Seite liegt das ganz offen.

Ich zahle in Summe 1.000 Euro monatlich für die Benützung des Dienstfahrzeuges. Es werden da 612 Euro sofort abgezogen, dann kommen 835 dazu, die mit 50 Prozent noch versteuert werden, dann bin ich bei 1.000 Euro monatlich. Das heißt, ich zahle für meinen Dienstwagen 12.000 Euro im Jahr.

Ähnlich ist es bei allen, die hier einen Dienstwagen auch haben und damit, mit den 1.000 Euro kann man auch privat den Dienstwagen verwenden. Würde ich den Dienstwagen privat nicht verwenden, dann hätte ich eine Diskussion, also zahle ich lieber einen wesentlichen Teil, ich könnte auch weniger zahlen.

Ich kann von mir sagen, dass ich in diesen 16 Jahren, seit ich Landeshauptmann bin, selten privat unterwegs bin, sondern ich bin 365 Tage in diesen 16 Jahren jeden Tag telefonisch erreichbar. Und wenn ich im Urlaub bin, telefoniere ich bis zu 40 Mal innerhalb von acht Tagen mit meinem Büro, mit den zuständigen Stellen des Landes. Nur damit wir wissen, in welchem Bereich sich das abspielt. *(Abg. Manfred Kölly: Dann ist das ja kein Urlaub mehr.)*

Das brauche ich. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Spaß bei Seite. Es sind 1.000 Euro die hier bezahlt werden, um auch privat, was selten vorkommt, auch das Auto verwenden zu können. Das ist rechtlich so abgesichert.

Und in Wahrheit mit 1.000 Euro könnte man im Laufe des Jahres einen billigen Kleinwagen kaufen, mit 12.000 Euro, was hier eben zu bezahlen ist. Aber ich mache das gerne. Warum? Damit ich keine Diskussion habe, jetzt bist du vielleicht privat zu einer Veranstaltung gefahren oder was auch immer, zu einer Ballveranstaltung, ist ja in Wahrheit auch nicht privat, weil dort fahre ich ja nicht als Privatperson hin.

Ist so 1.000 Euro, und damit ist die rechtliche Absicherung gegeben, dass ich das Auto auch privat verwenden kann. Das gilt auch für die Regierung, und das gilt auch für den Präsidenten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Bei meiner Frage kam auch noch der Einsatz der Chauffeure zur Sprache.

Könnten Sie bitte auch erläutern, ob für solche Privatfahren dann auch Chauffeure der Landesregierung eingesetzt werden dürfen?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Das ist alles in dieser gesetzlichen Regelung dabei. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Chauffeure sind bei der gesetzlichen Regelung dabei?)* Sage ich ja, das ist dabei. Auch die Verwendung des Chauffeurs ist in der gesetzlichen Regelung bei den 1.000 Euro dabei, sonst müsste ich nicht die 1.000 Euro bezahlen.

Ich müsste die Hälfte in etwa zahlen, wenn ich sage, ich verzichte auf die Privatfahrten, dann zahle ich um die Hälfte weniger. Dann könnte natürlich eine Diskussion entstehen, was ist privat, was ist dienstlich? Ich sage schon, dass ich 16 Jahre jeden Tag telefonisch erreichbar bin und das rund um die Uhr, also privat ist da wenig dabei. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Eine nächste Zusatzfrage? - Bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann, dass ich das richtig verstanden habe, wenn ein Regierungsmitglied etwa bei einem Bundesparteitag in Salzburg mit seinem Chauffeur anwesend ist, ist das innerhalb dieser Regelung?

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Richtig, ja. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zum Aufruf der siebenten Anfrage. Die siebente Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Klubobmann Mag. Sagartz um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! In Graz, Wien und Innsbruck veranstalteten die österreichischen Krankenhausträger eine Messe unter dem Titel „AustroDoc“, um Jungärzte und Medizinstudenten für das Land zu gewinnen.

In welcher Form können Sie sich dieses Veranstaltungsformat auch für das Burgenland vorstellen?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Klubobmann! Ich kann mir das sehr gut vorstellen, für das Burgenland auf der einen Seite. Auf der anderen Seite sind Sie, glaube ich, nicht ganz vollständig informiert, denn das von Ihnen angesprochene Format… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Sie sind vollständig informiert.)* Bitte? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Sie sind vollständig informiert.)* Nein, was Graz, Wien und Innsbruck betrifft, das wird von der KRAGES mitgetragen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Habe ich gesagt.)* also von der Krankenanstaltengesellschaft. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die österreichischen Krankenhausträger.)*

Es geht in diesem Bereich darum, dass wir natürlich in den Standorten wo Ärzte auch dann ausgebildet werden sollen, auch für Ärzte für das Burgenland werben. Ich möchte das etwas näher ausführen:

Sie wissen, dass ich seit einem Jahr ungefähr auch darauf dränge, dass der Medizinernachwuchs im Burgenland erhöht wird. Wir versuchen auch darauf zu drängen, und ich würde Sie hier auch um Ihre Unterstützung bitten, was die Bundespolitik betrifft, der Wissenschaftsminister, was die Ausbildungsplätze betrifft, er gehört ja Ihrer Partei an, auch dafür zu sorgen, dass wir auch mehr Ausbildungsplätze insgesamt in Österreich bekommen.

Es ist so, dass wir derzeit 15.000 Interessierte haben, die rittern um 1.620 Plätze, 15.000 Interessierte, 1.620 Plätze. Davon sind 1.476 Plätze für Humanmedizin reserviert und wir haben eine Erfolgsquote von 40 Prozent im Burgenland.

Wir haben hier auch, und das möchte ich auch unterstreichen, durch Maßnahmen die dazu führen sollen, dass wir mehr Mediziner ausbilden können und dass auch mehr die Prüfung schaffen, dafür gesorgt, dass beispielsweise im Gymnasium Oberpullendorf hier Kurse angeboten werden.

Dieses Kursangebot wurde jetzt mit der Fachhochschule Burgenland erweitert. Insgesamt haben wir damit ein wirklich breites Angebot um dafür zu sorgen, dass Burgenländerinnen und Burgenländer auch diese Ausbildung schaffen können.

Es ist so, dass es sehr viele Burgenländerinnen und Burgenländer gibt, die ganz im Spitzenbereich sind, auch auf Grund dieser Ausbildungsplätze, die wir hier anbieten können, beziehungsweise dieser Kurse über das Gymnasium Oberpullendorf und jetzt über die Fachhochschule Burgenland.

Die KRAGES selbst, das möchte ich auch noch dazu sagen, hat über mehrere Personalvertretungsagenturen oder Vermittlungsagenturen es geschafft, dass wir

zusätzliche Ärzte für das Burgenland bekommen, und das ist ja das Ziel, das wir haben. Wir haben seit meinem Amtsantritt über 90 Ärzte neu aufgenommen.

Und wie gesagt, „AustroDoc“, das von Ihnen angesprochene Format, in den Städten Graz, Wien und Innsbruck wird von uns federführend mitgestaltet. Das können Sie auch auf der Homepage der KRAGES ablesen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber machen wir im Burgenland nicht.)*

Wir haben ja kein Spital in diesem Sinne, dass jetzt diese Ausbildung in diesem Ausmaß anbieten kann. Aber ich bin durchaus bereit, auch darüber nachzudenken.

Diese Messe wird im Wintersemester 2016/2017 eben an den Universitätsstädten - und um das geht es, das ist der Grund - Innsbruck, Graz und Wien durchgeführt und es wurden - noch einmal möchte ich schon betonen, dass die KRAGES hier auch eingebunden war - die inhaltliche und konzeptionelle Ausarbeitung der Messe von der KRAGES auch mitgestaltet.

Als Schwerpunktthema ist diesmal die Notfallmedizin dabei. Auch ein ganz wichtiger Punkt. Ich bin für jede Unterstützung auch Ihrerseits dankbar, wenn es darum geht, dass wir mehr Medizinerinnen und Mediziner im Burgenland ausbilden können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich möchte jetzt sicherlich nicht ins Detail gehen und hier sagen, wer, wie oder wann informiert wurde und ist und mit welchen Fakten an die Öffentlichkeit geht. Tatsache ist, die Frage ist eindeutig formuliert, die österreichischen Krankenhausträger umfasst natürlich auch die KRAGES.

Ich möchte Sie fragen: Das Land Vorarlberg investiert sehr viel Geld in Außenwerbung, Inserate, Plakate, beispielsweise rund um das AKH Wien, wo das Land Vorarlberg ganz konkret um junge Ärzte wirbt, auch ganz klar deklariert, welche Leistungen das Land Vorarlberg bietet.

Gibt es derartige Werbung im In- und Ausland auch seitens der KRAGES oder des Landes Burgenland?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben sechs Agenturen engagiert über die KRAGES, die dafür sorgen sollen, dass wir mehr Ärztinnen und Ärzte für das Burgenland bekommen.

Wie gesagt, 90 an der Zahl sind hier auch schon im Burgenland seit ich, seit eineinhalb Jahren, diese Verantwortung habe, auch eingestellt worden. Es sind auch ausländische Ärzte dabei, das sage ich auch ganz offen dazu.

Wir können uns durchaus vorstellen, ich bin nur nicht sicher, ob Sie als Oppositionspartei das auch unterstützen würden, wenn wir mit Inseraten noch ein bisschen nachlegen könnten. Aber wenn das so ist, da bin ich gerne bereit. Es ist so, dass wir Ärztinnen und Ärzte noch brauchen und dass wir durchaus nicht so schlecht aufgestellt sind, aber in dem einen oder anderen Bereich auch neue Ärzte brauchen können.

Es ist durchaus auch angedacht, ein Öffentlichkeitskonzept, Marketingkonzept auch zu veröffentlichen, und wenn Sie uns dabei unterstützen, dann werde ich das auch tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat! Zum Thema Unterstützung, gutes Stichwort, ich habe Sie zuletzt gefragt, ob Sie das Modell der Niederösterreichischen Krankenhausträger kennen, wo es diese Vorbereitungskurse seitens des Landes gibt, wo es auch einen private Akademie gibt, die hier tätig ist.

Ich möchte Sie ganz konkret fragen: Sie haben angekündigt, dass Sie das für positiv erachten. Sind Sie schon mit Vertretern des Landes Niederösterreich in Kontakt, um für burgenländische Studierende ein ähnliches Konzept anbieten zu können?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich bin nicht in Kontakt mit den Niederösterreichern, wir machen das selbst. Aber grundsätzlich ist das Konzept ein gutes Konzept.

Ich möchte auch dazu sagen, dass wir insgesamt auch positiv dem gegenüber stehen, was das Wissenschaftsministerium jetzt angedeutet hat, nämlich 100 neue Plätze einmal für die Ausbildung zu schaffen. Wenn das so kommt, dann wird auch der Ärztemangel im Burgenland der Vergangenheit angehören beziehungsweise wir haben derzeit noch keinen.

Aber wir sehen natürlich im niedergelassenen Bereich, leider Gottes, dass sehr viele Ärzte jetzt in Pension gehen werden und dass wir auf Grund, auch der Versäumnisse vom Bund her - ich möchte das nicht wegwischen von uns - aber auf Grund der Versäumnisse des Bundes, in den nächsten Jahren theoretisch oder nicht theoretisch, sondern auch praktisch, ein Problem bekommen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Abgeordneter Spitzmüller hat sich zur nächsten Zusatzfrage gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Es gibt kaum eine Ärztezeitung, in der nicht beispielsweise das Krankenhaus Oberwart und das Krankenhaus Oberpullendorf nach neuen Ärzten sucht, das ist praktisch jedes Monat seitdem ich jetzt im Landtag bin.

Sie haben zuerst gesagt, es wurden 90 neue Ärzte und Ärztinnen eingestellt, seitdem Sie im Landtag sind.

Wie viele Ärzte sind in der gleichen Zeit von uns gegangen, *(Allgemeine Heiterkeit)* haben in der gleichen Zeit gekündigt?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Abgeordneter, das kann ich Ihnen nur schriftlich nachreichen. Es ist jedenfalls so, dass wir grundsätzlich 90 Ärzte eingestellt haben. Ich schätze einmal, um die 40 Ärzte sind gegangen. Nicht von uns gegangen, *(Allgemeine Heiterkeit)* sondern haben aus gewissen Gründen gekündigt. Und das würde die Fragestunde wahrscheinlich sprengen.

Aber es gibt natürlich schon auch für mich ernsthafte Überlegungen, warum das so ist. Teilweise gehen sie in den Bereich der Privatwirtschaft, damit sie dort auch etwas mehr verdienen können. Teilweise gehen sie zu Versicherungsanstalten, wo offensichtlich die Work-Life-Balance, wie ich jeden Tag von den Ärzten höre, auch als Argument angesprochen wird.

Warum das so ist, das macht mich persönlich auch nachdenklich. Wir versuchen auch, durch diese Maßnahme mit den Agenturen dafür zu sorgen, dass Ärzte ins Burgenland kommen.

Ich sage Ihnen ganz offen, das Burgenland ist ein attraktiver Standort für Ärzte. Wir sind auch, was die finanzielle Ausstattung von Ärzten betrifft, nicht so schlecht aufgestellt, und ich sehe auch hier Licht am Ende des Tunnels.

Wir haben beispielsweise, weil Sie das ja angesprochen haben, das Krankenhaus Oberpullendorf mit neuem Primaria in der Chirurgie dafür gesorgt, dass dort die Fallzahlen, ich wehre mich eigentlich dagegen, dass man Fallzahlen überhaupt anspricht, weil es geht ja nicht um Fallzahlen, es geht um Menschen, die eine Krankheit haben, aber die ganz stark gestiegen sind, und die Chirurgie in Oberpullendorf damit auch ganz stark ausgelastet ist. Diese Primaria kam aus Wr. Neustadt.

Also, man sieht auch, es hängt auch von der Qualität der Ärzte ab, nicht nur im Primarbereich, im Oberarztbereich, in allen Bereichen, auch in Turnusbereichen. Aber ich glaube, dass wir auch hier auf einem guten Weg sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Abgeordneter Rosner hat sich zu einer Zusatzfrage gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Im regionalen Strukturplan Gesundheit und im österreichischen Strukturplan Gesundheit steht, dass Anpassungen, Wartungen und Weiterentwicklung mit den jeweiligen Ländern und Sozialversicherungen abzustimmen sind.

Meine Frage: Gibt es diesbezüglich Gespräche mit dem Land Steiermark betreffend das Krankenhaus Oberwart?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Auch diese Frage, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wäre ein Privatissimum wert. Es gibt derzeit noch keine Gespräche. Ich höre nur aus der Steiermark, dass es Bestrebungen gibt, dort mehrere Krankenhäuser zu schließen.

Es ist aber nicht jetzt meine politische Entscheidung, sondern die der Steiermark. Dann muss man natürlich sehen, ob das für das Burgenland Auswirkungen hat, im positiven Sinne. Nur wenn es eine positive Auswirkung hat, auch für Oberwart, wo wir ein neues Krankenhaus bauen, wie Sie wissen, wäre das natürlich interessant.

Da geht es vor allem um die Gynäkologie, obwohl wir ja möglicherweise mehrere hundert Geburten ins Burgenland bekommen könnten. Aber nicht zum Nulltarif, sage ich auch ganz offen. Ich werde in den nächsten Wochen mit dem zuständigen Kollegen aus der Steiermark, Drexler, auch Gespräche führen, wie sie sich das vorstellen können.

Man muss das sehr unaufgeregt sehen, sehe ich, ich würde das als Aufwertung des Standortes Burgenland sehen. Wenn wir aber sozusagen auch die Kostenfrage klären können, dann bin ich auch gerne bereit, zu einer Lösung zu kommen.

Ich sage Ihnen auch ganz offen, da werden Sie auch eingebunden sein, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gerne.)* weil, das trage ich nicht alleine. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Da keine weiteren Zusatzfragen gestellt werden, kommen wir zur achten Anfrage.

Die achte Anfrage ist vom Abgeordneten Mag. Drobits an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte den Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben im Juli 2016 eine Integrationsbeauftragte bestellt und planen die Umsetzung eines Masterplans für Integration.

Welche Maßnahmen sind in diesem Plan konkret vorgesehen?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Integration ist ein Prozess, der sowohl für uns im Burgenland eine Herausforderung darstellt, aber natürlich auch für die Zuwandererinnen und Zuwanderer. Viele mussten ihr Heimatland verlassen, um ihr Leben zu retten.

Wir haben uns, das wissen Sie alle, dazu bekannt, dass diejenigen, die verfolgt werden, denen wollen wir helfen und helfen ihnen auch und gewähren ihnen Schutz und Hilfe. Ich bin dankbar dafür, dass Österreich ein Land ist, das dazu auch imstande ist.

Denn Asylwerberinnen und Asylwerbern, und das ist auch eine Sache, die man in der politischen Diskussion immer auseinanderhalten muss, da gibt es Asylwerberinnen und Asylwerber, dann gibt es Asylberechtigte. Das muss man trennen. Den Asylwerberinnen und Asylwerbern steht eine große Anzahl an Maßnahmen zur Verfügung, beispielsweise neben der Grundversorgung, die durch sehr viele, auch private Versorger, gewährleistet ist, dass wir kostenlose Kurse zur Verfügung stellen.

Wir haben beispielsweise mit Beginn des Monats Februar Deutschkurse neu gestartet, als Pilotprojekt. Wir haben die Wertekurse erstmals in Österreich eingeführt, auch mit dem zuständigen Außenminister und Integrationsminister Kurz, und die Rückmeldungen bisher sind gut.

Die Integrationsbeauftragte, die Kollegin Neinawaie, leistet hier Pionierarbeit auf diesem Gebiet, das hat es ja bis dato nicht gegeben. Das war vorher fachlich nicht besetzt.

Ich bin schon stolz, dass es uns gelungen ist, im Rahmen dieses Pilotprojektes, hier auch im Rahmen der Verwaltungsreform des Landes, eine Integrationsbeauftragte zu installieren, die hervorragende Arbeit leistet, um eben diese Dinge, die auch ganz wichtig sind, wenn es um Integration geht, nämlich Deutschkurse, Wertekurse, Integration auch insgesamt, auch umzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie viele Asylwerber haben derzeit die von Ihnen angesprochenen Sprach- und Wertekurse besucht?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es ist noch ein bisschen ausbaufähig, aber wir haben derzeit als Vorreiter, ich habe es schon angesprochen, bei den Werte- und Orientierungskursen über 500 Personen gehabt, die das schon besucht haben. Knapp über 1.000 Asylwerberinnen und Asylwerber haben im Burgenland Sprachkurse besucht.

Übrigens haben wir ungefähr derzeit 2.200 Asylwerberinnen und Asylwerber, die in der Grundversorgung sind, also auch da geht die Zahl nach unten. Österreichweit waren es vor einem Jahr noch über 80.000, jetzt sind es 75.000.

Wir haben insgesamt im Jahr 2016 1.348 Personen gehabt, die Deutschkurse besucht haben und teilgenommen haben. Also eine Zahl, die österreichweit hervorsticht und die dazu führt, dass das auch passt.

Ich möchte hier auch erwähnen, dass es eine hervorragende Zusammenarbeit gibt mit Organisationen wie der Volkshochschule, aber auch mit Organisationen wie der Diakonie, der Caritas, dem Haus St. Stephan, um nur einige zu nennen. Ich möchte jetzt niemanden vergessen, aber alle kann ich jetzt nicht nennen.

Aber es ist im Burgenland aus meiner Sicht gut und es führt auch dazu, dass die Integration voranschreiten kann. Denn ohne Integration werden die Menschen hier weder sesshaft werden können, noch würde es eine Akzeptanz auch von Seiten der Bevölkerung geben, und das wollen wir alle nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Keine weitere Zusatzfrage? - Doch! Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik hat sich zu einer Zusatzfrage gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landesrat! In der vorgestern präsentierten Änderung des Mindestsicherungsgesetzes, zu dem ich dann in der nächsten Landtagssitzung ausführlich Stellung nehmen werde, kommt auch der Hinweis auf eine Integrationsvereinbarung vor.

Meine Frage an Sie: Sind hier auch jene Integrationsleistungen berücksichtigt, die Menschen in den Dörfern, in den Gemeinden vor Ort erbringen, dadurch dass sie sich engagieren, in der Feuerwehr, in Vereinen, dass sie mithelfen? Genau das ist ja oft ein wesentlicher Beitrag zur Integration von Menschen. Ist das auch etwas, was dann in der Integrationsvereinbarung vorkommen wird?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Grundsätzlich bin ich Ihrer Meinung, das muss vorkommen. Aber diese Vereinbarung geht vor allem auf die Wertehaltung und auf die Integrationsfähigkeit, was auch die Fähigkeit der Sprache geht, zurück.

Wir werden das noch diskutieren können, gemeinsam. Ich nehme an, Sie werden dem nicht zustimmen, so wie wir das ausverhandelt haben, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wäre ein Wunder.)* doch mit einer breiten Mehrheit hier im Hohen Haus.

Aber grundsätzlich halte ich diese Integrationsleistung, die Sie angesprochen haben, auch für wichtig, und diese sorgt auch für Akzeptanz in den Gemeinden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Keine weitere Zusatzfrage? - Die Fragestunde ist daher durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 759) über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland (Burgenländisches Jagdgesetz 2017 - Bgld. JagdG 2017) (Zahl 21 - 533) (Beilage 787)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren, wir kommen zum 2. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 759, über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland, (Burgenländisches Jagdgesetz 2017 - Bgld. JagdG 2017), Zahl 21 - 533, Beilage 787. Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Gesetzentwurf über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland (Burgenländisches Jagdgesetz 2017 – Bgld. JagdG 2017) in ihrer 7. gemeinsamen Sitzung, am Mittwoch, dem 22.Februar 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vorliegende Gesetzentwurf unter Einbezug des von mir gestellten Abänderungsantrages mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den Gesetzentwurf über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland (Burgenländisches Jagdgesetz 2017 – Bgld. JagdG 2017) unter Einbezug der von mir beantragen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Kölly als erstem Redner das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor allem liebe Zuhörer und Zuseher! Ein spannender Tag heute, und ich würde mich freuen, wenn die Galerie immer so wie heute besetzt wäre. Ob es statisch passt, wissen wir noch nicht, das müssen wir noch überprüfen lassen. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Aber es wäre wirklich schön, wenn wir immer, wenn die Präsidiale solche Themen am Anfang einer Sitzung platzieren würde, nicht am Ende einer Sitzung, wo man vielleicht kein Interesse mehr hat.

Wenn ich heute in einer Tageszeitung lese: „Heißer Frühling für die Landespolitiker“, es sollte immer „heiß“ für die Politiker sein, denn wir tragen Verantwortung in diesem Land.

Wir sind für die Menschen da, hier Gesetze auch zu diskutieren, die unter anderem oft lang dauern oder länger dauern sollten, aber auch, und das wünsche ich mir, alle eingebunden sind, die damit zu tun haben und sich damit befassen sollten, die sich wirklich um das kümmern.

Und das ist das Jagdgesetz. Das neue Jagdgesetz, ich habe beim alten mitgearbeitet, ein sehr komplexes Thema, gar keine Diskussion. Wenn ich mir heute

anschaue, keine Angst, wie dick und wirklich maßgeblich oft hier Dinge drinnen stehen, die man auch persönlich nicht mehr nachvollziehen kann, dann muss man sich mit vielen Menschen auseinandersetzen, die tatsächlich mit dem tagtäglich konfrontiert sind und zu tun haben, auch in der Zukunft.

Es wird darüber diskutiert, im Jahr 2023 die Gatterjagd aufzulassen. Werte Kollegin und Kollege von den GRÜNEN, wenn das nur der einzige Punkt ist, weil Sie mitstimmen, dann muss ich Ihnen schon sagen, das ist es nicht.

Ich möchte eines anmerken, es gibt sicherlich genug Diskussionen bei diesem Jagdgesetz. Es ist ein Hoppala von der Frau Landesrätin passiert, dass sie nicht vielleicht gleich alle in das Gesetz eingebunden hat, aber *(Unruhe bei der SPÖ)* sie wird schon gewusst haben, warum nicht alle.

Frau Kollegin, Du bist auch Bürgermeisterin, und ich kann mich nicht erinnern, dass die Bürgermeister geladen wurden, zu einem Gesetzvorentwurf Stellung zu nehmen. Das war nicht der Fall.

Gerade die Bürgermeister haben ja auch viel Recht zu wissen, was tut sich auf dem Gebiet der Jagd, was tut sich überhaupt bei den Landwirten, was tut sich in der Jagdgesellschaft.

Denn wir haben vor kurzem erst die Jagden vergeben, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die Gemeinden gehören dazu, die ja auch teilweise davon leben, von den Jagdpachtschillingen und dergleichen mehr, und das ist gar nicht so wenig, denke ich einmal.

Daher bin ich recht froh, dass die Jägerschaft heute so zahlreich vertreten ist, aber auch die Landwirte jetzt Stellung nehmen sollen und wollen.

Was ich leider sagen und klar zum Ausdruck bringen will, ist, Frau Landesrätin, eineinhalb Jahre wurde diskutiert, ich kann mich nur mehr erinnern, seit einem halben Jahr sind wir in die ganze Situation miteinbezogen worden.

Aber sei es wie es sei, ich habe mir Mühe gemacht, und das Bündnis Liste Burgenland ist eine kleine Fraktion, wir haben nicht die Möglichkeiten wie eine SPÖ, eine ÖVP oder jetzt die FPÖ, Ressourcen in die Hand zu nehmen, um vielleicht juristische Dinge auszuarbeiten. Daher haben wir uns klipp und klar auch mit diesen Herrschaften zusammengesetzt, die sich wirklich damit befassen müssen, wollen und sollen. Da hat es auch die verschiedensten Meinungen gegeben. Na selbstverständlich, wie überall gibt es das. Das ist einmal so.

Zur ÖVP: Heute zu vertagen, wir haben lange überlegt, aber ich finde das nicht mehr für sinnvoll. Denn schlussendlich sollen wir etwas beschließen, was auch umgesetzt werden kann. Wenn wir es in den nächsten Ausschuss hineindiskutieren, wo das Bündnis Liste Burgenland nicht einmal mitreden darf, mitreden schon, aber nicht mitbestimmen darf. Vielleicht für die Zuhörer und Zuschauer: Gewusst, dass nur SPÖ, FPÖ und ÖVP in den Ausschüssen abstimmen dürfen?

Das soll auch einmal klar und deutlich gesagt sein. Da verstehe ich die Demokratie nicht in diesem Hohen Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir sind bei keiner Präsidiale dabei! Wir dürfen hier nicht mitreden, wenn es soweit ist! Das ist genau der Punkt. Daher glaube ich, dass auch das ein falsches Konzept war, dass man sagt, wenn man zwei Abgeordnete hat, dann gibt es keinen Klubstatus mehr. Da hat man auch nicht mehr die Ressourcen.

Okay, wir leben damit, wir müssen noch mehr arbeiten wie alle anderen und daher, „heißer Frühling für die Landespolitiker“, soll so sein, habe ich kein Problem damit.

Wir zeigen in unseren Gemeinden, wo wir wirklich in Sauerbrunn, in Deutschkreutz oder wo Namenslisten sind, dass wir auch Möglichkeiten finden, für die Menschen zu arbeiten. Auch in diesem Gesetz ist es so, dass wir uns wirklich Sorgen gemacht haben, gekümmert haben, was ist das Beste. Jetzt weiß ich es schon, 100 Prozent gibt es nirgends.

Auch nicht damals, als die ÖVP in der Regierung war. Ich bin sehr lange schon in der Politik. 20 Jahre in diesem Hohen Haus auch unterwegs. Da war es egal, da war SPÖ, ÖVP, wenn ich mich da hergestellt habe. Alles ein Blödsinn, weil wir beschließen es sowieso. Jetzt ist die FPÖ, die überall mitstimmt und vor zwei Jahren noch ganz anders gesprochen hat. Aber sei es wie es sei, das ist so im Land. Daher noch einmal, man muss sich die Sachlage und die Fakten genau anschauen.

Wenn ich diskutiere, und das ist ein großes Thema gewesen, ob wir zwei Leute entsenden seitens des Landes in einen Ausschuss hinein oder in einer Versammlung oder in den Vorstand hinein. Sei es wie es sei, das hast du ja überall, dass man irgendwo drinnen sitzt. Ich hoffe nicht, dass die noch ein Geld bekommen, sondern die machen das hoffentlich so, wie wir heute schon geredet haben, freiwillig und berichten dann dem Land.

Ich hoffe aber, dass das Land uns auch als Abgeordnete berichtet, was dort eigentlich geschieht. Was ich nicht verstanden habe, ist auch, dass man verhandelt hat mit dem Jagdverband, wo man deutlich zu spüren bekommen hat, auf einmal ist das Ganze abgebrochen worden. Warum weiß ich bis heute nicht, aber es soll so sein. Sie werden schon ihre Gründe gehabt haben.

Dass man dort jemanden entsendet, der wahrscheinlich nicht die Kompetenz gehabt hat, das sei dahingestellt. Aber das ist die andere Seite. Ich denke, da gibt es ein paar Dinge, die man wirklich ins Auge fassen muss und das Gesetz sich noch einmal genau anschauen muss. Eines, Frau Landesrätin, ich verstehe das schon, Sie haben eine schwere Aufgabe übernommen, aber ich würde nicht den Klubobmännern empfehlen, jetzt herzugehen und der ÖVP eines auszuwischen, was die vorher für Altlasten gehabt haben, und, und, und.

Weil die Zeiten ändern sich, denke ich einmal, und auch hier ändern sich die Zeiten. Ich hoffe, dass viele Leute auch das so sehen. Wir, seitens Bündnis Liste Burgenland, machen uns wirklich das Leben nicht leicht, auch bei den Gesetzen, sich hineinzuarbeiten. Da würde ich mir schon von den Klubs wünschen, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht zu vergessen, bei den Ausschüssen Abänderungsanträge uns zuzuschicken. Das muss man auch einmal gesagt haben.

Die bekomme ich gar nicht. Dann muss man eine halbe/dreiviertel Stunde hier sitzen - ich habe ja kein Problem -, ich bekomme eh gut bezahlt, ist ja kein Problem, dass ich mir das anhöre, wenn das seitenweise vorgelesen wird. Ich glaube, da solltet Ihr Euch schon bei der Nase nehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Bevölkerung weiß, was sich abspielt. Denn Ihr bekommt alle gut bezahlt. Darf man gar nicht darüber diskutieren. Aber wir müssen auch hier Verantwortung tragen und Leistung erbringen. Und dazu stehe ich.

Frau Landesrätin, wir haben lange diskutiert, ich bin auch heute noch bei Ihnen gewesen, weil mir ein paar Punkte nicht ganz klar waren. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.)* Herr Kollege, Du kannst Dich dann zu Wort melden. Ich weiß nicht, ob Du zur Frau Landesrätin hingehst, weil Du bist ja nur dagegen, weil die ÖVP jetzt nicht

mehr in der Regierung ist. Ich mache mir die Mühe und gehe zu den zuständigen Regierungsmitgliedern.

Ich habe keine Berührungsängste so wie vielleicht alle anderen und sage, warum beschließen wir, mit die reden wir nicht? Absolut nicht. Mein Spruch: Setzen wir uns zusammen, ist noch immer gescheiter, als ich bin gegen irgendwas, wo ich keine Ahnung habe.

Das muss ich jetzt auch gleich klar sagen. Daher höre ich schon auf mit dem Gesetz, weil wir heute noch genug davon hören werden.

Seitens Bündnis Liste Burgenland werden wir diesem Gesetz zustimmen. Danke schön! *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer, ZuschauerInnen! Ich möchte eingangs noch dazu Stellung nehmen. Es gab heute Rosen auf den Plätzen der Abgeordneten. Wir haben heute nichts verteilt, wir machen das ein bisserl anders. Nur als Beispiel, in den Gemeinderäten und in den Gemeinden sind 50 Prozent der Abgeordneten bei den GRÜNEN Frauen, bei der SPÖ sind es 23 Prozent, bei der ÖVP 20 Prozent, bei der FPÖ zehn Prozent. Ähnlich sieht es bei uns im Parlament aus und in den Landtagen. Das ist unser Verständnis eines Frauentages, eines Weltfrauentages, der gestern stattgefunden hat.

Aber jetzt zum Jagdgesetz. Die Jagd hat eine sehr lange Tradition, nicht nur im Burgenland, sondern im gesamten Land, in Österreich, aber auch weltweit. Logischerweise ist es dann immer eine Besonderheit, wenn hier maßgeblich etwas geändert wird. Viele erworbene Rechte, zu Recht oder zu Unrecht, die jetzt nicht einmal alle gesetzlich festgelegt sind, sondern einfach durch den Lauf der Geschichte, durch die Jagd, durch die Gesellschaft sich entwickelt haben, sind scheinbar festgeschrieben.

Dennoch ist es notwendig, sich hie und da das anzusehen, das ist die Aufgabe der Politik logischerweise, und zu schauen, was hat sich im Laufe der Zeit geändert. Ist es noch zeitgemäß? Widerspricht das nicht vielleicht anderen Gesetzen? Das ist eine wesentliche Aufgabe der Politik. Ich finde es sehr gut, dass die Landesrätin diesen Schritt gewagt hat. Es war von Anfang an klar, dass das keine leichte Übung sein wird, das ist mir schon bewusst.

Natürlich gibt es jetzt große Klagen auf der Seite, die scheinbar etwas verlieren. Es wird von Enteignung und Ähnlichem gesprochen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ist so!)* Wir haben aber das Recht und die Pflicht, hier uns das anzusehen und zu schauen, wie sieht es zum Beispiel im Jagdgesetz mit dem Tierschutz aus? Das war natürlich von uns GRÜNEN ein besonderes Anliegen und es hat uns eigentlich beim ersten Entwurf, den wir bekommen haben, ziemlich geschreckt, weil keine wesentlichen Änderungen, was den Tierschutz betrifft, drinnen waren.

Die Gatterjagd hatte zwar einige Einschränkungen, aber das war es. Es gab dann teilweise Verhandlungen, beziehungsweise offenbar auch Diskussionen innerhalb der Zuständigen, und der Entwurf wurde dann abgeändert. Das heißt, wir haben jetzt mit einer sehr langen Übergangszeit ein Verbot der Gatterjagd. Das ist natürlich eine wesentliche Änderung für allerdings sehr wenige Menschen im Burgenland, muss man auch dazu

sagen. Das ist aber notwendig geworden, weil wir gesehen haben, was in diesen Gattern teilweise vor sich geht.

Ich möchte gar nicht alle über einen Kamm scheren. Es ist immer so, dass es welche gibt, die sich da wahrscheinlich eher bemühen, das Gatter so zu betreiben, dass es in Ordnung ist, aber wir wissen selbst aus Fotos und Bildern, dass das nicht bei allen so ist. Da muss man schon sagen, nicht nur in diesem Bereich, sondern generell versäumt, meiner Ansicht nach, die Jagd und der Jagdverband hier rechtzeitig selbst einzugreifen, um Auswüchsen der Jagd, das ist ja nur eine, rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben und den eigenen Mitgliedern und den eigenen Jägerinnen und Jäger hier klar zu machen, dass manches heute einfach nicht mehr geht.

Das drückt sich natürlich auch in der gesellschaftlichen Entwicklung aus. Früher waren Jägerinnen und Jäger eine relativ gut angesehene Gesellschaftsgruppe. Ich glaube, dass das inzwischen in einem ziemlich steilen Sinkflug begriffen ist, weil leider viel Unsinn getrieben wird. *(Abg. Walter Temmel: So ein Blödsinn! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Das ist ein Witz, was Sie sagen!)* Ja, dann lest einmal die Leseforen… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist der Grund! – Abg. Michaela Resetar: Das ist ein Wahnsinn!)*

Dann lest einmal die Leserforen in den Zeitungen und redet mit den Leuten. Ein Einverständnis mit Jagdpraktiken wie der Gatterjagd oder dem Aussetzen von gezüchteten Tieren, die dann abgeschossen werden, wenige Tage, im Idealfall Wochen danach, da gibt es einfach kein gesellschaftliches Einverständnis mehr. Im Gegenteil, das sinkt faktisch von Jahr zu Jahr und das schadet eigentlich der Jagd im Ganzen.

Deswegen halte ich das Gesetz, ganz ehrlich gesagt, für eine Chance, dass das wieder besser werden wird. Ich hoffe auch, dass der Jägerschaft klar wird, dass auch andere Praktiken, die jetzt noch nicht ganz abgestellt wurden, wir hätten uns ja gewünscht, dass die Bejagung von frisch ausgesetzten Tieren komplett verboten wird. Es gibt jetzt nur eine Verlängerung der Frist. Das sind gezüchtete Tiere. Im Großen und Ganzen handelt es sich um Vögel, Fasane, Enten, Rebhühner und Ähnlichem, die, und das sagen Experten und Expertinnen, Wildbiologen, die sich auskennen, keine wirkliche bestandshebende Wirkung haben.

Das heißt, es wird ja immer vorgegaukelt, diese Tiere werden ausgesetzt, damit der Bestand in der Natur sich erhalten kann. Es funktioniert aber in den wenigsten Fällen. Dadurch dass die Tiere aufgezogen werden in Gefangenschaft, sind sie für das Leben in der freien Wildbahn nicht wirklich geeignet. Werden zu einem wesentlich höheren Teil, als die, die in der Natur geboren sind, Opfer vom Autoverkehr, von anderen Wildtieren oder gehen zu Grunde, weil sie sich einfach mit der Nahrungssuche nicht auffinden.

Das sage nicht ich, das sagen Experten, die sich mit der Thematik dieser Tiere beschäftigen und auskennen. Der Manfred Kölly hat es gesagt - wir sind natürlich nicht nur - und wir werden dem Gesetz zustimmen - für dieses Gesetz, weil jetzt die Gatterjagd verboten wird, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sicher!)* sondern es sind viele kleine Punkte, die zusätzlich dazukommen.

Da wäre zum Beispiel auch, dass in Zukunft nicht mehr mit lebenden Tieren geködert werden darf. Da ist die vorher angesprochene Praxis, dass Tiere, die gezüchtet werden, sich eben einen längeren Zeitraum in der Wildnis behaupten müssen, bevor sie geschossen werden dürfen, und ähnliche Punkte. Das sind die wesentlichen Gründe, warum wir diesem Gesetz zustimmen werden und warum wir hier auch sehen, dass das langfristig der richtige Weg sein wird.

Vielleicht kurz noch zu dem Vorwurf der Enteignung. Wir beschließen immer wieder Gesetze, die Möglichkeiten unmöglich machen, die früher üblich waren. Das ist ja Gang und Gäbe im Parlament sowohl wie im Landtag. Ein Beispiel: Feinstaub. Es gibt LKW, die halt nicht mehr den Abgasnormen entsprechen und die dürfen dann im Burgenland - Feinstaubsanierungsgebiet - irgendwann nicht mehr fahren.

Das ist natürlich, wenn man das so sehen will, auch ein Eingriff in das Eigentumsrecht, weil der Betreffende hat sich den LKW gekauft und würde den natürlich auch weiterbetreiben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist aber keine Enteignung! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Das ist keine Enteignung! Ein Pickerl für das Auto musst Du auch machen!)*

Das passiert immer wieder, und das ist Gang und Gäbe. Deswegen verstehe ich diese Ansicht vor allem der ÖVP überhaupt nicht, die das hier so sehen. Das ist ja unser Job zu schauen, was für Auswirkungen hat das, wenn ich beispielsweise mit diesem LKW fahre. Wir haben heuer ein sehr starkes Feinstaubproblem gehabt und deswegen dürfen, und das ist ja nicht nur im Burgenland so, sondern darüber hinaus, diese LKW irgendwann nicht mehr fahren.

Oder wenn Geräte den Sicherheitsvorschriften nicht mehr entsprechen. Schwimmbäder nicht mehr den Sicherheitsvorschriften entsprechen, dann müssen sie entweder nachgerüstet, aufgerüstet oder sie müssen zugesperrt werden. Das wäre ja nicht das erste Mal, dass das auch im Burgenland passiert ist.

Ich glaube, dass es notwendig ist, nicht nur im Bereich Jagd - ich möchte gleich auch noch die Landwirtschaft hineinnehmen - dem Tierschutz wesentlich breiteren Raum zu geben, weil man auch immer mehr draufkommt, dass Tiere einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft haben. Es gibt die Entwicklungen ja in vielen Bereichen und deswegen ist es hier wesentlich, diese Punkte einzubringen.

Wir hätten natürlich gerne noch einige andere Punkte gehabt, Stichwort: Bleifreie Munition, da passiert in der Jägerschaft selber schon sehr viel. Aber auch hier, glaube ich, werden wir langfristig Maßnahmen setzen müssen, um die Problematik der Bleiverseuchung nicht nur des Fleisches, sondern auch der Natur, hintanzuhalten. Gott sei Dank gibt es hier einen Trend in diese Richtung, dennoch ist dieses Gesetz, so wie es jetzt vorliegt, für uns in Ordnung.

Wir werden dem Gesetz zustimmen, was ich allerdings schon auch noch sagen muss, der Kollege Kölly hat das eh auch schon erwähnt. Ich hätte gerne, dass in Zukunft Gesetze nicht mehr so zustandekommen wie dieses Gesetz zustandegekommen ist. Es gibt andere Gesetze, wo die Mitarbeit und die Möglichkeit sich einzubringen, wesentlich besser gelaufen sind. Das Jagdgesetz ist hier wirklich kein Ruhmesblatt, schön, wenn es dennoch einigermaßen so ist, wie wir uns das vorgestellt haben. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren, auch auf den Galerien! Besonders begrüßen möchte ich heute die Schüler, die hier ja auch zuhören.

Wir sprechen über ein Gesetz, welches viele Adressaten hat. Jäger, Landwirte und Grundstückseigentümer im Besonderen, aber auch die Tierschützer, Gemeinden und

viele mehr sind Betroffene. Es liegt daher in der Natur der Sache, dass es so gut wie unmöglich ist, ein Gesetz zustandezubringen, mit dem alle auf Punkt und Beistrich zufrieden sind, da die Betroffenen einfach unterschiedliche beziehungsweise oft gegensätzliche Interessen und Meinungen vertreten. Ich freue mich aber trotzdem, dass in diesem Gesetz neben den typischen Aspekten und Interessen der Betroffenen, auch der Tierschutz großen Niederschlag gefunden hat.

Dieses Gesetz ist einzigartig in Österreich, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das stimmt!)* in keinem anderen Land hat der Tierschutz so viel Bedeutung wie bei uns. Natürlich unter Berücksichtigung der Interessen aller. Von übertriebenem Tierschutz, wie es manche Oppositionsparteien darstellen, kann man hier definitiv nicht sprechen.

Folgende Punkte möchte ich besonders hervorheben:

Bis zur endgültigen Abschaffung der sogenannten Gatterjagden werden diese restriktiver kontrolliert. Alle Ab- und Zugänge müssen protokolliert werden, es besteht die Möglichkeit, dass die Amtstierärzte Kontrollen durchführen, die Zeiträume des Aussetzens werden strenger reglementiert und auch die Zeiträume sowie die Abhaltung von Jagden sind von diesem strengeren Reglement betroffen.

Wir wissen, dass es in den letzten Monaten viele Jagden in umfriedeten Eigenjagden gegeben hat, die nicht korrekt abgelaufen sind und auch das ganze Drumherum nicht tierschutzgerecht abgelaufen ist. Jeder richtige Jäger wird mir außerdem zustimmen, wenn ich sage, dass diese Art der Jagd nicht mehr zeitkonform ist. Das Argument, wonach es dann kein Wildbret mehr geben wird, das lasse ich nicht gelten, denn schon in der Vergangenheit so wie in Zukunft wird es Fleischgatter geben, aus denen das Wildfleisch bezogen wird. Das Fleisch für Wildbret wurde selten aus Jagdgattern bezogen.

Der nächste Punkt betrifft die zehn Prozent des Pachtbetrages, die für wildschadensverhütende beziehungsweise lebensraumverbessernde Maßnahmen verwendet werden sollen. Mit diesen zehn Prozent wird gewährleistet, dass alle Mitglieder der Jagdgenossenschaft auch einen Beitrag zur Wildschadensprävention leisten.

Weiters wurde die Jagdprüfung auf den aktuellen Stand gebracht und klar geregelt. Aufgrund der immer weniger vorhandenen Jagdschutzorgane hat man sich auch Gedanken gemacht und das Mindestalter von 21 auf 19 Jahre herabgesenkt, um diesem Mangel entgegenzuwirken. Durch die Novellierung dieses Gesetzes wird auch erreicht, dass die Greifbarkeit eines Jagdschutzorganes besser gegeben ist. Der nächste Punkt: Wildtierfütterung. Auch hier gibt es einiges zu sagen: Dieses Thema wird von jedem Jäger oder von vielen Jägern anders gesehen und wenn man vier Jäger fragt, wird man auch vier Meinungen dazu hören.

Festzuhalten ist, dass es im Bereich der Wildtierfütterungen zu vielen Problemen gekommen ist. Inadäquate Futtermittel wurden verwendet und teilweise führten diese Futtermittel auch zu Krankheiten. Ich weiß, viele Jäger werden jetzt aufschreien, aber ich kann sie beruhigen, sollten die Witterungsverhältnisse eine Fütterung verlangen, so kann diese Fütterung per Verordnung erlaubt werden. Das ist meiner Ansicht nach der größte Punkt, warum hier so geschrien wird: Das Wild wird Euch nicht davonrennen, denn auch in den benachbarten Revieren darf nicht gefüttert werden, und außerdem gibt es in den eigenen Revieren genügend natürliches Futter für das Wild.

Die Ausnahme aber - und das betone ich extra - stellen der Fasan und der Hase dar. Dieser Punkt war uns ein Anliegen, da diese beiden genannten Tierarten ohne Fütterung so gut wie nicht überlebensfähig wären. Hier geht es nicht darum, dass sie

gefüttert werden dürfen, um den Bestand zu erhöhen und somit zahlenmäßig mehr von ihnen schießen zu können. Hier geht es darum, ihren natürlichen Fortbestand zu sichern. Denn eines möchte ich klarstellen: Jäger füttern Tiere nicht nur um sie zahlenmäßig zu erhöhen und somit mehr davon schießen zu können. Hier geht es um die Hege und dafür bedanke ich mich auch bei allen Jägern ganz besonders. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Verbote sachlicher Art § 95 - mein nächster Punkt. Beim Fangen von Wild dürfen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes keine Tonbandwiedergabegeräte verwendet werden. Weiters dürfen auch keine lebenden Lockvögel sowie betäubte Köder, Schlingen, Netze, Leimruten oder Haken verwendet werden.

Die Auswilderungsfrist - ein nächster Punkt - von gezüchtetem Federwild wurde ausgeweitet beziehungsweise die Umstände der Auswilderung wurden hier klar definiert. Ein weiterer Punkt, der vor allem den Jägern schon längere Zeit unter den Fingernägeln gebrannt hat, ist die Organisation des Landesjagdverbandes. Wenn man sich die bis dato geltende Wahl der Organe und die Abläufe angesehen hat, dann hat man sich fragen müssen, ob man hier von China spricht oder vom burgenländischen Jagdverband. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was?)*

Nun endlich ist es möglich, auch eine Gegenkandidatur anzutreten, da nun endlich die Wahllisten acht Wochen vor der Wahl, fünf Arbeitstage hindurch, bei der BH zur Einsicht aufzuliegen haben.

Meine Damen und Herren! Dieses Jagdgesetz mag vielleicht nicht jedem zu 100 Prozent zusagen, doch ich kann Ihnen versichern, dass hier alle Aspekte berücksichtigt wurden und auch versucht wurde, die Interessen eines jeden zu wahren, soweit sie sich im gesetzlichen und tierschutzrechtlichen Rahmen befunden haben.

Wir stehen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf und werden ihm daher auch zustimmen. Ich bedanke mich abschließend bei den Jägern und Bauern, dass sie auf unsere Natur schauen - Ihr leistet Großartiges und das muss auch gesagt werden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete für die inhaltlichen Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Aber vor allem, liebe Bäuerinnen und Bauern, Jägerinnen und Jäger, Schülerinnen und Schüler, PensionistInnen, SeniorInnenvertreter! Es freut mich ganz besonders, dass Sie heute hier Ihr Interesse an diesem Jagdgesetz zeigen.

Bei diesem Punkt sei noch einmal in Erinnerung gerufen, welche wesentlichen, wichtigen und gesellschaftlichen Aufgaben eine Jagdausübung hat. Wahrung des ökologischen Gleichgewichtes, Erhaltung und Pflege von Lebensräumen, Beitrag zur Biodiversität und Artenvielfalt, jagdwirtschaftliche Regulierung, gesunde und biologische Ernährung, Tradition, Kultur und Brauchtumspflege, Beitrag zur Versorgungsautonomie. Das ist ja ganz falsch, was hier Kollegin Stampfel vorhin gesagt hat: Wir müssen Wildbret importieren!

Dann Weitergabe von Naturwissen und Handwerkstechnik, sinnvolle Arbeit- und Freizeitbeschäftigung. Deshalb gilt mein Dank allen Jägerinnen und Jägern sowie allen

Grundeigentümern und Bewirtschaftern, Natur- und Tierschützern, die sich um unsere Natur und Umwelt sorgen und kümmern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein neues Gesetz sollte ein Ausgleich zwischen Jägern, Landwirten, Grundeigentümern, Gemeinden und Naturschutz schaffen. Mit Ihrem Gesetz, Frau Landesrätin, haben Sie dazu beigetragen, dass das Verhältnis zwischen den Beteiligten sicherlich nicht besser wird.

Dieser Entwurf ist nämlich ein Eingriff ins Eigentumsrecht und auch eine finanzielle Belastung der Bäuerinnen und Bauern. Mit diesem Gesetz zeigen Sie ganz deutlich, was Sie von dieser Berufsgruppe halten und dass Ihnen das Schicksal der fleißigen Bäuerinnen und Bauern, die gerade in den letzten Jahren, und wir werden es heute wieder beim Grünen Bericht hören, sehr viele Einkommensverluste hinnehmen mussten, das ist Ihnen total egal! *(Beifall bei der ÖVP)* Nennen Sie mir dann anschließend einen Vorteil in diesem Gesetz, was ein Vorteil für die Landwirtschaft ist, da bin ich sehr gespannt.

Ein neues Gesetz sollte die Rahmen- und Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern, im Großen und Ganzen mit wenigen Ausnahmen, die wiederum die Regel bestätigen, hat das bisherige Jagdgesetz auch bezüglich der Entschädigung für Wildschäden funktioniert. Dieses von Ihnen hoch gepriesene Gesetz lässt alle demokratischen Spielregeln vermissen und ist einer sogenannten Agrarlandesrätin unwürdig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Nicht so wie von Ihnen behauptet, keine entsprechende Einladung zu Parteienverhandlungen. Kurzfristige Einladung - 23.00 Uhr, nächsten Tag haben wir um 13.00 Uhr die nächste Sitzung, wesentliche Änderungen nach der Präsentation innerhalb einer Woche, et cetera, et cetera.

Dass dieses Gesetz ein Husch-Pfusch-Gesetz ist, beweist auch, dass Sie den Entwurf mehrmals geändert haben und die Frechheit besitzen, nach den sogenannten Parteienverhandlungen auch noch den Zeitpunkt bei zwei entscheidenden Punkten, nämlich zehn Prozent der Jagdeinnahmen für wildschadensverhütende Maßnahmen und den zum damaligen Zeitpunkt zehnprozentigen Selbstbehalt bei Wildschäden vom ursprünglichen Termin 1. Februar 2023, also ab der nächsten Jagdperiode, auf den 1. Jänner 2018 vorzuverlegen, und die Haftungsobergrenze, die bei den sogenannten Parteienverhandlungen nicht im Entwurf war, scheint plötzlich in einer ganz anderen neuen Form wieder auf.

Sie haben immer behauptet, alle Entscheidungsträger sind eingebunden, das ist unwahr! Das ist unwahr! *(Beifall bei der ÖVP)* Es war weder der Jagdverband, noch die Landwirtschaftskammer bei den endgültigen Beschlüssen beziehungsweise Entscheidungen eingebunden, wie von Ihnen immer wieder behauptet wurde. Von den Oppositionsparteien gar nicht zu sprechen.

Wie man Menschen nennt, die die Unwahrheit sagen, diese Antwort überlasse ich Ihnen gerne auf der Galerie. Dann kommt der Höhepunkt in Ihrer miserablen Gesetzesvorbereitung: 36 Punkte, 36 Punkte müssen von Ihrem Gesetz bei der Ausschusssitzung abgeändert werden! Sie haben richtig gehört, meine Damen und Herren, 36 Punkte müssen bei einer eigenen Gesetzesvorlage - so gut vorbereitet war dieses Gesetz, Frau Landesrätin - geändert werden. Eine solche Gesetzeswerdung ist eines Landtages unwürdig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Alleine aus diesen Gründen, werte Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir als Vertreter der burgenländischen Bevölkerung so einem Gesetz nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Leider wird durch Ihre Zustimmung zu diesem Gesetz die Abschiedsansprache unseres ehemaligen Landtagspräsidenten und jetzigen Landtagskollegen Gerhard Steier bestätigt. Ich zitiere auszugsweise: „Klar ist, der Landtag muss und ist für alle da und er darf nicht am Gängelband von Regierenden, die einem sogar absprechen wollen, initiativ zu werden, verkommen beziehungsweise kurz gehalten werden. Durch striktes Handeln und Konsequenz müssen wir gemeinsam darauf achten, unsere demokratischen Einrichtungen zu schützen, sie auszubauen, um ein klares Bild für und mit der Bevölkerung zu geben.

Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht es Haltung, ja Rückgrat. Diese Werte sind heute unabdingbar, unverzichtbar, und daher lassen Sie uns dafür eintreten, im Sinne der Meinungsvielfalt und der freien Meinungsäußerung, auch wenn das nicht allen gefällt und von manchen überhaupt nicht gewünscht wird.“ Zitat Ende. *(Beifall bei der ÖVP)*

So ein ungerechtes Gesetz hat sich niemand verdient. Besonders jene nicht, die täglich für unsere Umwelt und unsere gesunden Lebensmittel sorgen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das ist Ihnen alles egal. Sie schätzen diese schwierige Lage der Landwirtschaft noch eines mit der Kürzung des Jagdpachteuros von zehn Prozent, der Wildschadenentschädigung von nur 90 anstatt 100 Prozent, früher war es der Selbstbehalt, wurde schon wieder geändert, und der Haftungsobergrenze bei Wildschäden drauf. Mit dem Zeitpunkt ab 1. Jänner 2018 greifen Sie in bestehende Verträge ein und kürzen die Pachteinnahmen.

Und jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Berufsgruppe - es sind sehr viele heute anwesend -, welche Berufsgruppe lässt sich gefallen, von heute auf morgen ab 1.1.2018 minus zehn Prozent? Es sind Landesbedienstete-Kollegen anwesend und Politikerkollegen. Niemand von uns lässt sich das gefallen und auch die Bäuerinnen und Bauern nicht. Das haben sie nicht verdient. *(Beifall bei der ÖVP)*

Frau Landesrätin, gerade weil Sie die Geschichte unseres ungarischen Nachbarn kennen oder kennen sollten, sollten Sie wissen, dass man mit Eigentum sorgsam und behutsam umgehen muss und niemandem etwas vorenthalten oder wegnehmen darf, wie Sie es mit diesen zehn Prozent von den Grundeigentümern verlangen. Diese Kürzung von Pachteinnahmen ist für uns eine schleichende Enteignung. Die Vertreter der Jagdgenossenschaften, aber auch der Gemeinden, also die Grundeigentümervertreter, haben nämlich mit diesen Beträgen für die Wegehaltung und anderes mehr, die allen BewohnerInnen des ländlichen Raumes zugutekommen, gerechnet.

Ein neues Gesetz soll Verbesserungen schaffen. Bitte sagen Sie mir eine Verbesserung des Gesetzes für Jäger und Bauern! Sie schaffen damit nicht nur Unmut bei den Grundbesitzern, sondern auch bei den Jägern.

Folgende Punkte sind aus jagdlicher Sicht problematisch: Viele Begriffe sind unbestimmt und nicht näher definiert, wie zum Beispiel wildschadensmindernde Maßnahmen, Nachweis der jagdlichen Eignung zur Erlangung der Jagdkarte, keine Regelung über Berufsjäger im Burgenländischen Jagdgesetz, Abschussplan bei Schalenwild außer Rehwild, BH hat einen Abschussplan zu verfügen, Bewertungskommission, Bezirksjägermeister und namhaft gemachte Person, Abschaffung

des Ehrensenates und so weiter und so fort. Und dann noch der Vorstand. Entsendung zweier von der Aufsichtsbehörde entsandte Personen mit beratender Stimme in den Vorstand, ist unserem Rechtsverständnis nach verfassungswidrig.

Der heutige „Kurier“ hat ausführlich darüber berichtet: „Regierung schickt Aufpasser in den Landesjagdverband.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Ich will das auch nicht länger verlängern.

Bezirksjagdtag. Inhaber einer burgenländischen Jagdkarte haben jetzt das Recht, bei jedem Bezirksjagdtag gehört zu werden. Widerspricht den Bestimmungen, wer dem Bezirksjagdtag angehört. Dieser Punkt ist reine Anlassgesetzgebung, reine Anlassgesetzgebung. Sie wissen genau, wovon ich spreche. Da sind Ihre Experten, Frau Landesrat, reine Anlassgesetzgebung und eines Landtages nicht würdig.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr viele Punkte, die nicht klar sind, sollten deshalb nachverhandelt werden, wie von unserem Klubobmann heute beantragt. Mit diesem Gesetz wird es noch schwieriger werden, dass einheimische Jägerinnen und Jäger eine Jagd pachten können. Die Jagden werden automatisch aufgrund Ihres Gesetzes teurer werden.

Sie als Einheitspartei reden immer, wie wichtig für Sie die Burgenländerinnen und Burgenländer sind, und machen mit dieser Aktion genau das Gegenteil. Mit diesem Gesetz bevorzugen Sie jene Jägerinnen und Jäger, denen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, und diese kommen meistens aus dem Ausland beziehungsweise zahlungskräftige Personen aus anderen Bundesländern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie reden immer von Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau und machen in der Praxis genau das Gegenteil.

Fragen Sie unsere Kolleginnen und Kollegen in den Bezirkshauptmannschaften, was sie von Ihrem neuen Gesetz halten! Sie sind heute mit den jetzigen Gesetzen und Vorschriften bereits überlastet. Die Landesbedienstete-Kollegen sind Ihnen genauso egal wie die Bäuerinnen und Bauern, wie die Jägerinnen und Jäger und andere mehr. Das ist Ihre abgehobene Politik. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dieses neue Jagdgesetz und noch andere kommende Gesetzesvorhaben, wie zum Beispiel ein neues Feuerwehrgesetz, sind Alibihandlungen und lenken von Ihrer Untätigkeit Ihrer bisherigen Regierungsarbeit ab. Wenn Sie selbst an dieses so gute Gesetz glauben würden, brauchen Sie keine Inserate mit teurem Steuergeld schalten. Für unser aller Geld ist Ihnen aber nichts zu teuer.

Anstatt neue Gesetze zu produzieren, die keine Verbesserung der Bevölkerung bringen, sollten Sie sich lieber um die hohe Arbeitslosigkeit und andere Probleme mehr kümmern, anstatt gewachsene, bewährte Strukturen zu zerschlagen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ihre Zustimmung zu diesem Gesetz unterstreicht wiederum ganz deutlich, dass es nur die ÖVP mit dem Bauernbund ist, die Eigentum ernst nimmt, Eigentümer, Grundbesitzer und fleißige Bewirtschafter, die sich alles hart erarbeitet haben, schützt und die Arbeit der Jägerinnen und Jäger schätzt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir schützen nämlich alle, die Eigentum besitzen und erwerben wollen. Im Unterschied zu Ihnen, Sie schüren nur Neid und nehmen fleißigen Grundbesitzern ihre Pachteinnahmen weg.

Eines, Frau Landesrätin, haben Sie mit diesem Gesetz geschafft, Treffsicherheit. Sie haben alle gegen sich aufgebracht. Bauern, Jäger und sogar die Tierschützer sind

unzufrieden. Ich hätte Ihnen gern diese Karikatur überreicht. *(Abg. Walter Temmel zeigt eine Karikatur in Bildformat.)* Nachdem Sie mich beim Dringlichkeitsantrag zur Jagd bei der letzten Sitzung gebeten haben, dass nur noch die Rücktrittsaufforderung an Sie fehlt, nehme ich davon jedoch Abstand.

Eine Rücktrittsaufforderung unsererseits würde Sie nämlich in Ihrer Funktion noch stärken und da wäre es sogar dem Landeshauptmann sehr schwierig, Sie loszuwerden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich schenke Ihnen diese Karikatur *(Landesrätin Verena Dunst: Danke!)* aber gerne bei Ihrem Rücktritt.

Mit diesem Gesetz beweisen Sie einmal mehr, dass es Ihnen nur um Machterhalt geht und Sie keine Diskussion dulden und den Landtag, wie erwähnt, zum Gängelband der Regierenden abwerten. Wir werden diesem Husch-Pfusch-Gesetz sicherlich nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Waidmänner und Waidfrauen! Ich darf Sie alle recht herzlich mit einem kräftigen Waidmannsheil begrüßen. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)*

Viele Jagdveranstaltungen, bis hin zu Jagden und Treibjagden werden auch oft musikalisch mit dem Halali umrahmt. Es wären an und für sich zwei Musikkollegen nebenbei hier im Landtag, und ich schätze sehr das musikalische Können vom ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl und auch vom Herrn Klubobmann Géza Molnár. Es wäre an und für sich sehr schön gewesen, wenn wir heute alle drei hier beim Jagdgesetz 2017 das Halali blasen hätten können. Ich befürchte nur, es wäre letztendlich nicht unbedingt harmonisch gewesen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Es wäre ein Trauermarsch geworden.)*

Das, was jetzt Herr Kollege Temmel von sich gegeben hat und das ja nicht zum ersten Mal. Die ÖVP hat sich in dieser Form im Jagdgesetz auch sehr eingebracht. Leider nicht in die Sache und auf fachlicher Ebene, sondern eigentlich immer wiederum, um hier polemisch zu sein und zu polarisieren.

Dieses Jagdgesetz ist das modernste, es ist das innovativste Jagdgesetz Österreichs. Es ist auch fair und es ist gerecht für alle Beteiligten.

Herr Kollege Temmel, Sie versuchen immer wieder den Menschen ganz einfach zu sagen, alle Beteiligten haben daran verloren. Das sind die Grundstücksbesitzer, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das ist auch so.)* das sind die Jäger, das sind die Bauern. Alle haben verloren. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Hast es eh verstanden.)*

Das müssen Sie mir erklären. Wo es Gewinner gibt, muss es Verlierer geben. *(Abg. Walter Temmel: Die Gemeinden!)* Und wo es Verlierer gibt, muss es Gewinner geben.

Sie sind vom ersten Mal, wie dieses Gesetz zur Debatte gestanden ist, und die Frau Landesrätin dieses eingebracht hat, waren Sie ein einziges Mal dabei und haben dort einen Klubmitarbeiter entsendet. Dann haben Sie die einzige Stellungnahme dazu abgegeben. Das war Ihre ganze sachliche und fachliche Arbeit, die Sie geleistet haben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Er war nicht eingeladen.)* Dann haben Sie gesagt, wir

wollen, ohne Punkt und Beistrich, wir wollen das alte Jagdgesetz. Aus dem Jahr 1954. *(Abg. Walter Temmel: Wer hat das gesagt?)* Das war Eure ganze Arbeit! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo steht das?)* Und dann seid Ihr rausgegangen und habt nichts anderes gemacht, wie Unwahrheiten verbreitet. *(Abg. Walter Temmel: Ich war nie eingeladen.)*

Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Temmel, wir waren bei Veranstaltungen, dort haben wir mit Landwirten, mit Bauern, dort haben wir mit Jägern gesprochen, und zuletzt bin ich dann sitzengeblieben, das waren sogar Bürgermeister, das war ein Bürgermeister einer ÖVP-Gemeinde, ein ÖVP-Bürgermeister. Letztendlich hat er mir Recht gegeben und hat gesagt, bis dato wurde ich nur falsch aufgeklärt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sag uns bitte, wer hat das gesagt! - Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer war es? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Doris Prohaska: Werdet Ihr den „absageln“? - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Habt Ihr das gehört?)*

Und Sie haben nichts gemacht. 1954! Ich komme schon hin, schön langsam. Aus dem Jahr 1954 stammt das Jagdgesetz mit allen wesentlichen Kernpunkten.

63 Jahre, 63 Jahre. 61 Jahre war die ÖVP mit ihrem Landesrat dafür verantwortlich. Es hat Novellierungen gegeben. Diese Novellierungen hat es im Prinzip eigentlich nur darum gegeben, weil EU-Bestimmungen diese verlangt haben. Es hat in dieser Form keine einschneidenden Änderungen gegeben.

Ich möchte jetzt zur Ausgangslage zurückkommen. Wie ist dieses Gesetz entstanden? Es hat hier seitens der Frau Landesrätin eine breite Bürgerbeteiligung gegeben. Diese hat es im Jahr 2015 gegeben, bereits nach der Landtagswahl. Es hat dazu über 1.000 Eingaben gegeben. Erstmalig wurde auch breit zur Beteiligung aufgerufen. Es hat zig Gesprächsrunden, Gesprächsverhandlungen gegeben; Verhandlungen und Parteiengespräche. Seitens der ÖVP, ich habe es vorher angesprochen, war ein Vertreter des Klubs am 20.9.2016 dabei. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rudolf Strommer)*

Es wurde dann eine technische Arbeitsgruppe eingerichtet, sprich die ARGE „Zukunft Jagd“. Hier waren nebenbei dabei: Vertreter der Jägerschaft, Landwirte und Forstwirte, natürlich auch Juristen aus dem Haus.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die zu diesem modernen, zu diesem gerechten und fairen Jagdgesetz beigetragen haben. Alle Beteiligten haben über ein halbes Jahr Arbeit mit mehr als 350 Stunden geleistet. Dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken. Ich möchte mich aber vor allem beim Leiter dieser Arbeitsgruppe, beim Sigi Fleischacker, recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Aufgabenstellung war, die Einarbeitung der Bürgerbeteiligung sowie fachliche und eine optimale Vorbereitung für eine politische Entscheidung zu treffen.

Ich möchte die vier wesentlichsten Punkte, Neuerungen, hier ansprechen. Sie wurden von meinen Vorgängern ja schon detailliert angesprochen, hier die Abschaffung der Jagdgatter, die Neuregelung der Wildschäden, die Verschärfung beim Aussetzen von Wildtieren, also wesentliche Tierschutzelemente, sowie die Reformierung des Landesjagdverbandes.

Ich darf kurz die Eckpunkte der Gatterjagd ansprechen. Die Abschaffung der Jagd in umfriedeten Eigenjagdgebieten wird ab 1. Februar 2023 in Kraft treten. Bis dorthin werden restriktive Kontrollmöglichkeiten und ausgebaute Strafbestimmungen schlagend werden. Es gibt ein Gatterbuch. Was kommt rein? Was ist drinnen? Was geht raus? Es

gibt abgetrennte und nicht bejagdbare Eingewöhnungsflächen. Die ersten vier Monate, ab Einbringung des neuen Wildes in das Gatter, darf hier nicht gejagt werden. Nur noch fünf Jagden auf bewegtes Wild pro Jahr. Keine Neuerrichtung und Genehmigungen bis 2023.

Ich darf jetzt auch zu den Wildschäden kommen, die ab dem Jagdjahr 2018 gesetzlich greifen werden. Hier hat ein Interessensausgleich zwischen Jägerschaft und der Landwirtschaft stattgefunden. Sie haben gesagt, es hat in dieser Form nie Probleme gegeben. Das ist nicht wahr. Das wissen wir alle, wenn wir ehrlich sind. Die hat es immer gegeben.

Auch der Selbstbehalt für Landwirte mit zehn Prozent. Und ich muss Ihnen sagen, ich habe mit vielen der Beteiligten gesprochen. Ich habe mit Jägern gesprochen, ich habe mit Grundstückseigentümern gesprochen. Ich habe mit Landwirten gesprochen.

Als Bürgermeister und als Obmann des Jagdausschusses traue ich mir sagen, dass ich in dieser Form auch mitsprechen darf. Sie haben die Leute falsch aufgeklärt. Sie haben eigentlich nur am Rücken aller Beteiligten politisches Kleingeld gewechselt. Mit 30 Euro pro Hektar, mit Jagdgebietsfläche im Revier definiert. Ich spreche jetzt von unserer Gemeinde, von meiner Gemeinde, wo ich Bürgermeister sein darf, mit 1.500 Hektar Jagdgebiet ist das die Grenze mit 45.000 Euro, und das ist noch nie schlagend geworden.

Ich sage trotzdem: Es ist wichtig und richtig, dass diese Grenze eingeführt wurde. Ich sehe nicht ein, wenn Jägerinnen und Jäger, wenn eine Jagdgesellschaft hier, und sie machen eine sehr wichtige Arbeit bei uns in den Gemeinden, sie machen eine sehr wichtige Arbeit bei uns im Land. Und eigentlich mit ihrem gesamten Privatvermögen haften müssten, wenn hier eine Katastrophe passiert in dieser Form von Wildschaden, dass sie letztendlich ihr Haus verkaufen müssten. Das sehe ich grundsätzlich nicht ein.

Der Wildschaden, das Wild gehört nämlich nicht der Jagdgesellschaft und den JägerInnen. Das gehört erst der Jagdgesellschaft, wenn es erlegt wurde, und ein erlegtes Wild macht keinen Jagdschaden. Daher finde ich es richtig und wichtig in dieser Form, dass diese Hürde eingezogen wurde, mit 30 Euro pro Hektar, 5.000 pro Hektar als Maxientschädigungsbetrag für Jagdpächter.

Hier hat auch in weitere Folge dieses Gesetz einen Interessensausgleich zwischen Grundbesitzer, den der Landwirtschaft und der Jägerschaft geschaffen. Zehn Prozent des Jagdbetrages werden auch hier für wildschadensverhütende beziehungsweise lebensraumverbessernde Maßnahmen verwendet. Das finde ich doch irrsinnig wichtig, wenn ich jetzt als Gemeinde dieses Geld verwalte, in weiterer Folge kommt mir das letztendlich wiederum zugute. Wenn hier draußen ganz einfach von den Landwirten beginnend bis hin zur Jägerschaft, wenn hier letztendlich weniger Wildschaden auftritt, dann haben letztendlich doch wiederum alle miteinander einen Gewinn. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Warum nicht? Warum nicht? Eine wichtige Neuerung. Hierdurch sind alle Beteiligten, auch die Grundeigentümer, ins Wildschadensmanagement und in die Lebensraumverbesserung auch eingebunden.

Die Aussetzung von Wildtieren - nur einige Punkte hier zu nennen - finde ich auch sehr wichtig. Die Auswilderung nur noch für Federwild möglich, wesentliche Verlängerung der Aussetzzeiten, die Vervielfachung von zwei auf acht Wochen vor Ende der Schonzeit, die hier verlängert wurde, sehr, sehr wichtig, gilt auch für die offene Gehegehaltung.

Ein Demokratieausbau ist doch immer wiederum in dieser Form positiv. Wo sehen Sie da ein Problem? Die Wahlmodalitäten wurden hier grundsätzlich überarbeitet, für meine Begriffe auch richtig, und im vollständigen Gesetz auch verankert.

Es muss ab sofort auch auf Bezirksebene immer gewählt werden. Was ist bitte an einer Wahl schlecht? Wo liegt denn das Problem? *(Abg. Géza Molnár: Die ÖVP könnte verlieren.)* Das muss mir einmal jemand erklären. Auch wenn es nur einen Wahlvorschlag gibt, okay. Das war bis hier nicht vorgesehen. 20 Delegierte können ab sofort Wahlvorschläge für Landesjägermeisterwahl einbringen. Bisher war es - seit Bestehen des Burgenländischen Landesjagdverbandes - so, dass immer der scheidende Ausschuss den Wahlvorschlag eingebracht hat.

Also bitte! Ich sehe überhaupt kein Problem, wenn gewählt wird. Sie sehen ein Problem drinnen. Sie sehen ganz einfach, wenn dort Leute drinnen sind, mit beratender Stimme seitens der Landesregierung, bezeichnen Sie das in einem Interview als Spitzelmethoden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist ja etwas ganz anderes.)*

Ein verbessertes Kontroll- und Aufsichtsrecht der Behörde. Ein Entsendungsrecht der Landesregierung, wie ich vorher gesagt habe, in die Sitzungen des Burgenländischen Jagdverbandes - mit beratender Stimme. Die Abschaffung der Doppelbestrafung durch die Behörde und dem Burgenländischen Landesjagdverband, den Ehrensenat. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Aufpasser schickt Ihr rein! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Stasi-Spitzel ... - Abg. Mag Michaela Resetar: Stasi-Spitzel darf man nicht sagen.)* Also ich finde das an und für sich, ich finde das … Frau Kollegin, ich weiß nicht, warum Sie sich immer so aufregen. Regen Sie sich auf in Ihrer Funktion als langjährige Waidmännin und Jägerin? Oder regen Sie sich auf, weil Ihr Gatte ein großer Landwirt ist oder machen Sie nur politisches Kleingeld. Das weiß ich noch nicht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sind Sie ein Jäger?)* Die Entbürokratisierung, okay - wo liegt da jetzt das Problem? Dürfen nur die da draußen reden, die Jäger sind? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer hat das gesagt? - Abg. Mag. Michaela Resetar: Weil Sie sich aufgeregt haben. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Temmel ist auch kein Jäger.)* Ich rege mich überhaupt nicht auf. Sie regen sich immer auf.

Die Entbürokratisierung, die Einführung eines flächendeckenden Jagdkatasters, alle für die Jagd relevanten Daten werden hier, in Zeiten wie diesen, das ist doch ganz eine klare Geschichte - wo liegt denn da das Problem? Wo die Flächen, die Reviere, die Jagdkartenbesitzer drinnen sind. Wo die Kirstellen drinnen sind. Wesentliche Verfahrenserleichterungen auch für alle Beteiligten und die ewige Zettelwirtschaft ist damit eingedämmt.

Tierschutzelemente, irrsinnig wichtig! Die restriktive Regelung der Gatterjagd hier bis 2023. Auswilderungsmöglichkeiten wurden strenger reglementiert, vor allem auch in offener Gehegehaltung.

Ich darf noch einmal zusammenfassen, weil Sie immer in dieser Form auch die Jägerschaft dazu verwendet haben, welche Nachteile das neue Jagdgesetz bringt.

Im Gegenteil, ich möchte hier zusammenfassen: Die Bildung von Jagdgesellschaften auch bei Kleinrevieren ist jetzt möglich. Es hat sich einfach die dreijährige Abschussplanung mit Mindestabschuss und Überschreitungsmöglichkeit bei weiblichem Wild und Nachwuchsstücken verändert. Wesentliche Entlastung der Jäger beim Wildschaden, Entbürokratisierung durch Jagdkataster, Demokratieausbau bei Wahlen in den Jagdbezirken und auch auf Landesebene.

Die Doppelbestrafung in dieser Form ist abgeschafft, hätte ich auch nicht eingesehen. Warum soll ich auf zwei Seiten gestraft werden und die Trophäe abgenommen werden, das ist ungefähr so, wie wenn ich beim Schnellfahren erwischt werde und dort eine Strafe von der BH bekomme und gleichzeitig bekomme ich auch eine vom Autofahrerklub, ob das jetzt der ARBÖ oder ÖAMTC ist.

In diesem Sinne möchte ich, Frau Landesrätin, Dir, der Arbeitsgruppe, allen recht herzlich danken. Ich finde es sehr wichtig, dass wir heute das Jagdgesetz 2017 in dieser Form auch beschließen.

Ein faires Gesetz für alle Beteiligten! Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die bisherigen Wortmeldungen sehr genau verfolgt. Wenn ich mir Herrn Kollegen Spitzmüller angehört habe, wenn er sagt, dass das Ansehen der Jäger im Sinken ist, ich weiß nicht, wo Sie leben?

Ich sage Ihnen, dass die Jägerinnen und Jäger ehrbare Waidmänner sind, das sind ja keine schießwütigen Teufel, die auf alles, was sich im Revier bewegt, schießen. Im Gegenteil, die meisten sind Heger, die das Wild pflegen, hegen. *(Abg. Manfred Kölly: Alle nicht.)* Die, wenn es notwendig ist, auch um Krankheiten hintanzuhalten, im Revier die notwendigen Abschüsse durchführen. Selbst in einem Nationalpark werden Wildstandsregulierungen gemacht, wenn es notwendig ist. Die Freude und Gefallen daran finden, wenn sie mit dem Feldstecher das Geschehen im Revier beobachten können.

Als hätten wir keine Tierschutzregelungen. Ihre Reden da, ich meine, ein Kanarienvogel, der im Käfig sitzt, hat einen Durchmesser von Singstangen genormt, na was sollen wir nicht noch alles tun? Bei aller Liebe. Irgendwo geht doch die Regelungswut von Sozialisten in eine Art und Weise, die nicht mehr auszuhalten ist. Man muss auch den selbständigen Menschen in seiner Verantwortung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein bisschen einen Raum lassen, damit auch Entscheidungen getroffen werden können.

Ich wundere mich über die ehemalige stolze FPÖ, die einen Landesjagdverband mit den Situationen in China, vielleicht auch noch in Nordkorea, vergleicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade Ihre Partei war es immer, die einem selbständigen Menschen liberales Gedankengut immer zugelassen hat.

Heute hängen Sie am Gängelband der Frau Landesrätin. Wer immer Ihre Berater sind, ich wundere mich über die Art und Weise, wie die Diskussion hier geführt wird.

Meine sehr geehrter Damen und Herren! Ich sage Ihnen klar, wenn ein Herr Balluch mit seinen Ansichten in Bezug auf Tierschutz, ich sage das hier von diesem Rednerpult, mit seiner kriminellen Energie, mit einem Verein für Tierfabriken - *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Gegen!)* gegen Tierfabriken, pardon -, mit einem Verein gegen Tierfabriken, ich sehe Sie folgen meinen Ausführungen - mit dem Verein gegen Tierfabriken hier kriminell oft in Stallungen von Bauern eindringt, dort auch kriminelle Handlungen setzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann nicht der Berater für ein Burgenländisches Jagdgesetz sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wie heute schon gesagt wurde, in China und Nordkorea mag das durchaus an der Tagesordnung sein, dass zwei Aufpasser von der Regierung, Politkommissare darf ich sagen, den anderen Ausdruck darf ich ja hier nicht mehr verwenden. Sonst riskiere ich wieder einen Ordnungsruf der Frau Präsidentin, wie in der letzten Landtagssitzung von Ihnen, Herr Präsident. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt wissen wir es.)* Tatsache

ist, dass das mit einer Selbstverwaltung einer Körperschaft öffentlichen Rechts nichts mehr zu tun hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn heute der Herr Kollege Sodl sagt, die ÖVP war bei den Verhandlungen zum Jagdgesetz nicht dabei. Wir waren zweimal eingeladen, wir waren zweimal dort.

Im Gegensatz zum Jagdgesetz 2004, der Kollege Kölly war dabei, ich war damals dabei. Das zuständige Regierungsmitglied war damals ein gewisser Landesrat Paul Rittsteuer, der die Diskussion und die Gespräche mit allen im Landtag vertretenen Parteien gesucht hat, der die Diskussion mit den Abgeordneten nicht gescheut hat. Im Gegenteil!

Es gab damals, Herr Kollege Sodl, hören Sie mir zu, sonst sagen Sie nachher, Sie wissen nichts. Acht Parteienverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP hat es gegeben und 24 mit allen im Landtag vertretenen Parteien. 24 und acht sind 32. Wir sind dieses Mal zu zwei eingeladen worden. Bei zwei waren wir dort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damals haben die Verantwortlichen dieses Jagdgesetz in einer Art und Weise diskutiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da war der Mezgolits damals dabei. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Manches Mal auch überschießend, ist richtig. Schlussendlich ist es zu einem Gesetz gekommen, das festgeschrieben hat, dass es dieses gleich auf gleicher Ebene, Grundeigentümer, Bewirtschafter, jenen, denen der Tierschutz am Herzen liegt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Deswegen ist nichts passiert.)* und auch den Jägerinnen und Jägern, auf eine brauchbare Situation in diesem Jagdgesetz gebracht hat, wo wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem heute vorliegenden Jagdgesetz weit, meilenweit entfernt sind.

Ich habe es bei der letzten Landtagssitzung gesagt, 1848 ist für Grundeigentümer und für Jägerinnen und Jäger ein so wichtiges Datum.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bis zu diesem Zeitpunkt war das Jagdrecht ausschließlich jenen vorbehalten, wie Könige und so weiter. Ab diesem Zeitpunkt war Grund und Boden und Jagdrecht ureigens miteinander verbunden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Seit 1848, meine sehr geehrten Damen und Herren, gab es solche Eingriffe in das Jagdrecht, in das Eigentumsrecht nicht, wie Sie das heute vorhaben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und GRÜNE)*

Es ist uns mit diesem Jagdgesetz gelungen, ein Nebeneinander, einen Ausgleich der Interessen zu schaffen, ein ökologisches System in unseren Feldern und Fluren, aber auch einen gesunden Wildstand in der freien Natur aufrecht zu erhalten. Fahren Sie einmal nach Ungarn, fahren Sie nach Italien! Sehen sie dort irgendwo Rehe in freier Natur? Sehen Sie Fasane? Sehen Sie Hasen? *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)*

Das hat uns dieses Jagdgesetz gesichert, dass die Interessen der Jägerinnen und Jäger, die Interessen der Grundeigentümer, der Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter, aber auch die Interessen des Tierschutzes hier klar berücksichtigt werden.

Was Sie geritten hat, weiß ich nicht, dass Sie in einer Art und Weise ein Gesetz so, das bisher gut funktioniert hat, zerstückeln und ein Gesetz heute hier vorlegen, dass beschlossen werden soll, das eigentumsfeindlich ist, das gegen die Jägerinnen und Jäger ist.

Sie haben es geschafft, dass alle Gruppen plötzlich gegen Sie aufstehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben eine ARGE Jagd, von Ihnen ernannte Experten, eingesetzt. Ich sage Ihnen, in allen anderen Gruppen hätte es auch Experten

gegeben, die sich eingebracht hätten. Zweimal sind wir eingeladen gewesen. Zweimal waren wir auch dort, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zweimal, denn mehr Einladungen hat es nicht gegeben. In dieser ARGE Jagd war auch die Landwirtschaftskammer vertreten. *(Abg. Manfred Kölly: Zusammengesessen!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Plötzlich kommt die Landwirtschaftskammer drauf, dass das, was vereinbart wurde, was in dieser ARGE Jagd, seit die Vertreter der Landwirtschaftskammer auch dabei waren, sich nicht in diesem Gesetz wiederfindet. Dann brauchen Sie sich, Frau Landesrätin, auch nicht wundern, wenn Ihnen die Landwirtschaftskammer einen Brief schreibt, wo drinnen steht, dass die Umgestaltungen so gravierend sind, dass die prinzipielle Zustimmung der Landwirtschaftskammer nicht aufrechterhalten werden kann.

Aha, Sie haben wieder alles umgedreht. Das ist eben so, wir können es nicht ändern. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wildschadengeschichten sind also sehr genau diskutiert worden. Ich glaube auch, dass hier manche Experten für die Vorbereitung dieses Gesetzes auch benutzt wurden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine Damen und Herren! Das, was hier an einem legistischen Werk daliegt, das ist keine saubere legistische Arbeit, das ist keine saubere Landtagsarbeit. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Vertreter in der Landesamtsdirektion Bedenken haben, wenn der Verfassungsdienst Bedenken hat und im Übrigen die Begutachtungsschreiben dem Landtag nicht zugeleitet werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist das eigentlich ein unhaltbarer Zustand. In Wien werden sie sogar auf der Homepage veröffentlicht, wenn ein Gesetz in Begutachtung geht.

Der Wiener Landtag veröffentlicht das auf der Homepage. Im Burgenland bleibt es beim zuständigen Regierungsmitglied unter Verschluss. *(Beifall bei der ÖVP und GRÜNE)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da sollten Sie einmal mit China und Nordkorea einen Vergleich machen, nicht beim Landesjagdverband, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Walter Temmel: Jawohl! - Abg. Manfred Kölly: Genauso! Wie Sie in der Regierung waren, war es genauso! Genauso! 20 Jahre! Ihr werdet Euch noch wundern.)* Wir müssen es ändern. *(Beifall bei der ÖVP und GRÜNE)*

Hören Sie, Herr Kollege Kölly, Sie haben schon allerhand probiert in Ihrem Leben. Nur, Sie waren damals freiheitlicher Klubobmann wie man das derzeit gültige Gesetz verhandelt hat. Heute haben Sie eine eigene Firma aufgemacht. Das sei Ihnen unbenommen.

Sie haben schon mehr probiert in Ihrem Leben. Bis gestern, so habe ich gehört, sind Sie noch gegen das Jagdgesetz gewesen. Heute sind Sie plötzlich für dieses Jagdgesetz. Ich kann es ja nicht ändern. Der Mensch, der Adenauer, hat auch gesagt, hindert mich nicht, wenn jemand über Nacht eine andere Meinung zu haben glaubt. Das, glaube ich, hat er so gesagt. In Ordnung. Sei eben so wie es ist.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Die Agenden des Ehrensenates waren bisher bei ehrenwerten Waidmännern und -frauen bestens aufgehoben. *(Landesrat Helmut Bieler: Das glaube ich nicht!)* Ich traue jedem Waidmann zu, *(Abg. Robert Hergovich: Das sehen die Jäger aber anders. – Abg. Mag.a. Michaela Resetar: Spezialist?)* dass er bei einer Jagdprüfung soweit auch im Stande und in seiner Persönlichkeit gefestigt ist, zu entscheiden, ob der Prüfling geeignet ist, ein guter Waidmann, eine gute Waidfrau zu werden. Ja oder nein.

Ich getraue es ihnen sogar mehr zu, als jeder Behörde, das sage ich auch ganz klar hier von diesem Rednerpult. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ehrensenat mit den Jagdprüfungen – das war für mich eine Selbstverständlichkeit, dass solche Dinge auch weitergehen sollen. Mit den Gatterjagden treffen Sie einen Eingriff in Eigentumsrechte, wie das ein Landtag in dieser Art und Weise noch nie getan hat. Man mag für die Gatterjagden sein, man mag gegen die Gatterjagden sein. Nur, das, was Sie da machen, ich habe das schon auch das letzte Mal gesagt, zu glauben, dass ist wie bei einer Schießbude. Dass da links ein Hendl hineingelassen wird, in der Mitte wird geschossen und am Schluss, wenn es herauskommt hat es ein Glück gehabt, ja so ist das nicht. Wir reden hier von Hunderten und Aberhunderten von Hektar eingezäuntes Gebiet, wo dieselben Situationen vorherrschen, wie in der freien Natur.

Was Sie da aufführen, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Richtung Tierschutz, jetzt ein übertriebener Tierschutz, das hat also mit einem Tierschutz, meine sehr geehrten Damen und Herren, nichts mehr zu tun. *(Abg. Wolfgang Sodl: Mit den Jägern, mit denen ich gesprochen habe, hat jeder gesagt, dass er dort nicht hineingeht. Seid mir jetzt wirklich nicht böse.)* Ich habe mir die Mühe gemacht und es haben mir einige Leute dabei geholfen zu schauen, wie hoch der Jagdpachtschilling im Burgenland eigentlich ist? Von welchen Summen reden wir da eigentlich?

Ich weiß nicht, ob sich das jemand von Euch angesehen hat. Wir reden heute davon, dass mit dem heutigen Gesetz die Jagdperiode von acht auf neun Jahre ausgeweitet werden soll.

Im Bezirk Eisenstadt 2016, ich lese Ihnen die Summen vor, 827.000 Euro, im Bezirk Güssing 793.000 Euro, im Bezirk Jennersdorf 131.000 Euro, im Bezirk Mattersburg 407.000 Euro, im Bezirk Neusiedl am See 2.105.000 Euro, im Bezirk Oberpullendorf 1.481.000 Euro und im Bezirk Oberwart 1.080.000 Euro. Insgesamt waren das im Jahr 2016 im Burgenland 6.827.000 Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Rechnen Sie das mal neun hoch in einer Jagdperiode, so sind das eine unfassbare Summe von 61.450.667,70 Euro. Sie, meine Damen und Herren Jägerinnen und Jäger, Sie zahlen das pro Jahr. Sie zahlen das dafür, dass Sie Grund und Boden bejagen, weil Grund und Boden auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen mit dem Eigentumsrecht eins zu eins verbunden sind. Plötzlich soll diese Summe um zehn Prozent gekürzt werden.

Mit diesem Gesetz werden den Grundeigentümern pro Jahr 6.145.000,66 Euro vorenthalten, denn stehlen kann ich nicht sagen. Stehlen würde jemand sagen, wenn er es nicht wissen würde.

Sie machen ja das offensichtlich! Sie greifen offensichtlich in die Taschen der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, weil Sie festlegen, dass für Wildschutzmaßnahmen hier diese zehn Prozent verwendet werden müssen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unverfrorener geht es nicht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Sie haben alle dieser Tage Post von den Land- und Forstbetrieben Burgenland bekommen, wo natürlich besonders die Gatterjagd betroffen ist. Das verstehen wir. Ich verstehe diesen Eingriff in das Eigentumsrecht und hätte ich ein Gatter, würde ich mich auch dagegen verwehren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manche in diesem Haus glauben auch nicht, dass dieses Gesetz einer Prüfung eines Verfassungsdienstes standhalten könnte. Möglicherweise passiert auch sonst irgendetwas mit diesem Gesetz.

Jene, die das nicht wollen, nämlich, die Vertreter des Bauernbundes, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Unterschriften gegen dieses Gesetz gesammelt. Ich habe hier die gesammelten Werke. Es sind dies 2.377 Unterschriften gegen dieses Gesetz. Vor der letzten Ausschusssitzung wollte der Landesobmann des Bauernbundes, der Herr Dipl. Ing. Niki Berlakovich, diese Unterschriften dem Herrn Landtagspräsidenten übergeben.

Dieser Termin war auch mit dem Herrn Landtagspräsidenten so vereinbart, aber der Herr Landtagspräsident konnte diesen Termin aus privaten Gründen nicht halten.

Deshalb hat der Herr Dipl. Ing. Niki Berlakovich diese Unterschriften der Frau 3. Landtagspräsidentin Benkö und mir übergeben. 2.377 Unterschriften gegen dieses Gesetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Berücksichtigen Sie das, berücksichtigen Sie all diese Dinge, wenn Sie heute hier aufstehen, oder sitzen bleiben, wenn ein Gesetz beschlossen wird, wo Eingriffe in Eigentumsrechte gemacht werden, wie das in diesem Haus noch nie der Fall war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden auch in der nächsten Präsidiale darüber reden müssen, ob sich ein Landtag das bieten lassen kann. Ob ein Landtag sich das bieten lassen kann, dass in der letzten Ausschusssitzung, das war der vergangene Mittwoch, als die Ausschusssitzung schon begonnen hatte, plötzlich sieben Seiten Abänderungsanträge zu dem von der Frau Landesrätin eingebrachten Gesetz gekommen sind.

Das kann niemand in dieser Zeit lesen. Das kann niemand in dieser Zeit der Ausschusssitzung bewerten und das kann niemand guten Gewissens hier zustimmen und ablehnen.

Alleine deshalb, weil wir nicht wussten, was dort steht, mussten wir das schon damals ablehnen. Jetzt haben wir uns das genau angeschaut und jetzt wissen wir auch, dass wir richtig entschieden haben. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine Vorgangsweise, die sich ein selbstbewusster Landtag von einer Regierung nicht bieten lassen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deshalb habe ich zu Beginn gesagt, dass das keine saubere legistische Arbeit und keine saubere Landtagsarbeit ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus diesen genannten Gründen können wir diesem Gesetz heute nicht zustimmen.

Wir haben noch die Chance, darüber nachzudenken, wenn dieses Gesetz heute keine Mehrheit bekommt. Ich bitte Sie inständig, denken Sie auch über diese Möglichkeit nach und, wie der Herr Kollege Kölly in seinen Reden zu sagen pflegt: Setzen wir uns zusammen! Setzen wir uns wirklich zusammen, denn bisher hat sich mit den vielen Experten niemand zusammengesetzt.

Ich bitte Sie, diesem Gesetzesantrag heute nicht zuzustimmen. Er ist eigentumsfeindlich, er ist gegen die Tierschützer und er ist gegen die Jägerinnen und Jäger. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Geschätzte ZuhörerInnen hier im Saal und an den Fernsehgeräten oder Laptops! Es ist alles gesagt, nur, wie es Karl Valentin gesagt hat, nicht von allen. Deshalb getraue ich mich auch noch, dem Ganzen etwas hinzuzufügen beziehungsweise es aus meiner Sicht zu erläutern.

Dieses gesamte Gesetz in seiner Werdung, und das wurde von meinem Vorredner im Detail erklärt, hat etwas, wo man die Diskrepanz zwischen Regierung und Landtag offensichtlicher nicht gestalten kann.

Das Problem auf der einen Seite, den Willen zu erkennen, ein Gesetz zu machen, sich ausgelagert eines Expertenteams, einer Expertenrunde, zu bedienen und quasi alles, was aus dieser gesetzlichen Inanspruchnahme einer ausgelagerten Expertengruppe den Landtag berührt und konfrontieren lässt, passiert im Grunde genommen über kurzfristig geladene Termine beziehungsweise über die Vorlage von Inhalten, die eigentlich nicht für jeden Abgeordneten auch nachvollziehbar sind beziehungsweise waren, außer er war in dieser Expertengruppe dabei.

Aber, grundsätzlich muss man dazu sagen, es ist ja durchaus legitim, auf der einen Seite, aus Sicht der Frau Landesrätin, sich quasi Personen herbeizuholen, die von der Materie mehr Ahnung haben, als jemand, der als Laie mit der Jagd nichts zu tun hat. Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das eindringlich, der gesetzgebende Teil ist der Landtag.

Die Körperschaft ist der Landtag und von der ausgehend, von diesem Landtag wird auch diese Umsetzung passieren. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir an der Grundidee und an der Grundfeste dessen, was parlamentarischer Prozess ist, nicht dadurch rütteln, dass Landtagsabgeordneten als gesetzgebendes Organ im Grunde genommen nur eine bestimmte, beschränkte Teilhabe an der Gesetzwerdung zugestanden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzten 14 Tage wurde etwas von Interessengruppen, die mit diesem Gesetz konfrontiert sind, auch in der Ausführung dann unter anderem angekündigt, dass es eine Art von Aufmarsch, eine Art von Demonstration, eine Art von Bekundung des Unwillens bei der heutigen Landtagssitzung geben soll.

Es wurde quasi schon vorher ein Halali geblasen, aber das wurde auch gleichzeitig vorgestern schon abgeblasen, weil man sich im Grunde genommen diese Art von Darstellung nicht gewähren wollte.

Was das Resultat aber des Burgenländischen Landtages in seiner Umsetzung vom Präsidenten her war, war mehr oder weniger eine Gatterbestrebung, denn man hat quasi ein Schutzschild gezogen und heute sieht man zwar sehr hohe Aufmerksamkeit von Seiten der Zuschauerinnen und Zuhörer, auf der anderen Seite ist alles heute sehr legitimiert.

Man hat quasi einen Ausweis umgehängt bekommen, man muss sich erklären und man hat eine Schutzform aufgezogen, die auch jetzt vorher sichtbar war, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* wo ein Redakteur des österreichischen Rundfunks voran auf der Tribüne ein Foto mit seinem Handy schießen wollte und sofort ist ein

Aufsichtsorgan auf ihn zugeeilt, dass diese Sache untersagt ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache mir Sorgen, jetzt nicht um den Schutz, um die Sicherheit dieses Landtages, bei der es heute ausgeprägter als womöglich in anderen Regionen und wie auch immer zugeht, aber dass eine Gesetzwerdung aufgrund der Ankündigung, dass man mit dem nicht einverstanden ist, diese Reaktion auslöst, macht mich mehr als betroffen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Grunde genommen darf ich mich dann auf Positionen beziehen, die seitens der Frau Landesrätin veröffentlicht wurden, was ich aber eingangs für alle sichtbar machen will, denn mein Vorredner, Herr Kollege Strommer, hat definiert, welche Einnahmen seitens der Jägerschaft dem Burgenländischen Jagdverband bezirksweise zukommen.

Ich möchte aber eine Summe aus dem Landesbudget 2017 des Burgenlandes zitieren, die, glaube ich, auch ein gewisser Maßstab und dann ein Kern, wenn man es hochrechnet, auf die Jagdperiode sein kann. Der Burgenländische Landtag, der Landesfinanzreferent, hat für das Budget 2017 den Betrag von 704.000 Euro als Einnahmen aus der Jagdkarten- und Fischereiabgabe prognostiziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr wohl ist davon abzuleiten, dass das Burgenland als gesamtes, sprich die Landesregierung, ein sehr inständiges Interesse, auch in finanzieller Hinsicht, aus diesem Gesetz bezieht, und nicht nur die anderen Gebietskörperschaften, denn auch die Gemeinden sind davon betroffen, wo es jetzt nicht den Gemeinden, das möchte ich korrigieren, zugutekommt, wenn eine Jagd im Sinne des Jagdausschusses verpachtet wird, sondern dem Jagdausschuss selber.

Der hat bis dato die Entscheidungsmöglichkeit gehabt, soll es den Grundstückseigentümern ausbezahlt werden oder was als sozial verträglichere oder vernünftige Entscheidung war, der Jagdausschuss die Entscheidung getroffen, dass die Güterwege quasi ausgebaut werden, um das Gebiet als solches zu perforieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Davon abgeleitet, aufgrund der Diskussion, die wir heute schon jetzt mehrmals von einzelnen Trägern angeführt bekommen haben, wäre es auch sinnvoll, nicht mit Prozenten und Selbstbehalt mit Summen einzuschränken, sondern wäre es sinnvoll, etwas in der Ausführung auf die normale demokratische und legitime Art unter den sogenannten Interessensvertretern austragen zu lassen und nicht in jedes Detail bis zur Fütterung, bis zum Kirren, quasi alles zu reglementieren und alles unter einem Hut bringen zu wollen, was im Grunde genommen jetzt auch nachweislich die verschiedensten, ausgelagerten Interessen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, und das ist von den meisten auch angeführt worden, dass die Jagd auf der einen Seite in der Anschauung seitens der Bevölkerung etwas Elitäres hat, was heutzutage absolut nicht mehr stimmt, auf der anderen Seite aber auch eine grundsätzliche Einnahmensituation für die Eigentümer beziehungsweise für die Landwirtschaft bedeutet.

Auf der anderen Seite aber die Landwirtschaft eine betroffene Einrichtung ist, was den Wildschaden anlangt. Aus diesem Umfeld heraus sollten wir auf der einen Seite eine gesellschaftspolitische Diskussion um die Jagd, die Jägerschaft insgesamt, führen, auf der anderen Seite eine auf Grund und Boden bezogene Diskussion und auf der dritten Seite eine Umwelt mit Tierschutz in Verbindung stehende Diskussion führen und auf der vierten Seite auch die Umstände, die sich aus der Jagd herauskristallisieren, einem bestimmten Wort sprechen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Heute in der Früh, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die „Bezirksblätter“ erschienen. Darin weist die Frau Landesrätin vor Inkrafttreten des Gesetzes schon Inhalte des heute zu beschließenden Jagdgesetzes aus. Interessant ist jetzt, abgesehen davon, Sie wird es nicht finanziert haben, nehme ich an, abgesehen jetzt von den anderen Gegebenheiten, sind hier einige Positionen angeführt, die wir uns zu Gemüte führen sollen, weil sie Ausdruck eines inhaltlichen Bestimmungsteils sind.

Das neue Jagdgesetz sieht den Jäger in der Position des Hegers und Pflegers von Wild und Natur und nicht als Trophäenjäger. Alle anwesenden Jägerinnen und Jäger beziehungsweise diejenigen, die zuhören oder es vermittelt bekommen, ich glaube, dass es möglicherweise nur mehr Ausnahmen gibt, die im Sinne einer Trophäe in burgenländischen Jagdgebieten auf Jagd gehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein normaler Zugang jetzt auf ein Geweih aus ist, weil wenn ich das haben will, ich weiß schon, dass das Erlegen etwas Besonderes sein muss, wenn jemand der Jagd nachgeht. Aber prinzipiell kann er auch durch den Wald pirschen und beim Abwurf der Stangen sich das auch einsammeln.

Man sollte das nie vergessen. Aber, es zeugt von einer bestimmten Haltung, wenn ich in der Inserierung jetzt schon von Trophäenjägern zu lesen habe. Das heißt, gesellschaftspolitisch ist dieses Gesetz von Anfang an eindeutig in eine Richtung gedrängt worden, ohne dass es jetzt denen, die als ARGE mitgearbeitet haben, quasi anheimgestellt sein muss.

Tatsache ist, dass wir auf der einen Seite gesellschaftspolitische Vorwurfsituation gegenüber der Jagd in der Ausführung durch die Jägerschaft haben. Es kann vom Tierschutz dann abgeleitet werden und von anderen Gegebenheiten, aber prinzipiell ist das eine klare Definition, die wir eingangs uns stellen sollten, wenn es um die Diskussion des Jagdgesetzes geht.

Eines daneben, das auch für alle eigentlich klar ist, wichtig in der Betonung dieser Regierungsverantwortung ist Vorbild für Österreich und dann heißt es wieder - nach dem Olympischen Prinzip - das beste Jagdgesetz, das modernste und auch noch das innovativste.

Es sei dahingestellt, ob das jetzt so ist. Tatsache ist, wie es auch mein Vorredner bereits vorher gesagt hat, es gibt verfassungsgemäße Einrichtungen und auch innerhalb des Landes gegebene Verfassungsdienste, die eine nicht so klare Regelung bezogen auf diese Adjektive haben wie modernste, innovativste und andere Gegebenheiten.

Wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind dann die wesentlichen Bestimmungen dieses Inserates, die auf den Tierschutz, die Neuregelung von Auswilderung von Federwild oder die Abschaffung der Gatterjagd. Die Bevölkerung lehnt die Gatterjagd ab. Und als letzten Punkt: die Vereinfachung der Verwaltung. Stichwort. Digitaler Jagdkataster betreffend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bevölkerung lehnt etwas ab. Das ist ja überhaupt das Wichtigste scheinbar im Sinne einer Gesetzwerdung. Man informiert sich vorab über eine Umfrage und entsprechend einer Umfrage gestaltet man das politisch inhaltliche Handeln auf ein Gesetz. Man legt über eine Umfrage fest, was quasi gesetzlicher Inhalt ist.

Jetzt verstehen wir auch die Position, was den Tierschutz anlangt, weil es integrierender Bestandteil der Umfrage war, dass sich die Bevölkerung im Sinne einer sehr ordentlichen Tierschutzgebarung ein Jagdgesetz scheinbar wünscht. Aber, das nur

im Grunde genommen in seinen Bestandteilen vorab, dass die Frau Landesrätin dann auch noch verschiedene andere Darstellungen gesetzt hat, das sei dahingestellt.

Auf der anderen Seite widmet sie sich auch in einem Interview in den „Bezirksblättern“, das Sie auch alle nachlesen können. Hier ist fakultativ aufgeführt, als integrierender Bestandteil des Inserates natürlich, das Interview, davon gehe ich aus, dass es im Grunde genommen schon angesprochen eine Art von nordkoreanischer Sitten im Jagdverband gibt und der Burgenländische Jagdverband eigentlich eine Einrichtung der besonderen Art sein muss, wo der Pouilly und andere sitzen, ich kenne den Prieler, aber Pouilly ist er sicher keiner.

Auf der anderen Seite, dass wir zu solchen Ausführungen greifen müssen, auf der anderen Seite auf die im hier Haus quasi Einschränkungen auf das Wort „Stasi“ gefallen sind. Das verstehe ich nicht ganz, aber prinzipiell sei es dahingestellt.

Dass aber aus der Ableitung jetzt die Frau Landesrätin in dem Gesetz eines festhält, dieses Sittenbild des Jagdverbandes soll die Wahrheit sein, ist quasi auch abgeleitet dadurch zu hintertreiben und auf normale burgenländische Verhältnisse zu trimmen, indem wir seitens des Landes zwei Aufsichtsorgane in den Vorstand des burgenländischen Jagdverbandes entsenden und diese Aufsichtsorgane mit beratender Stimme an den sogenannten Besprechungen und inhaltlichen Bestimmungen des Jagdverbandes teilhaben lassen.

Was schwingt dort in der Ausführung grundsätzlich mit? Man hat absolut kein Vertrauen in den Jagdverband und ich komme auf die Einleitung, die ich gesetzt habe, bezogen auf politische Verhältnisse, weil es dort quasi in koreanischer Sittenbildform nur Absprachen geben kann, die im Grunde genommen gegen das Land gerichtet sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Körperschaft öffentlichen Rechts hat durchaus die Möglichkeit, auch nach den Kontrollen, die dem Land zustehen, diese landesentsendenden Mitglieder einzuladen. Freiwillig, aber nicht, dass sie als integrierender Bestandteil in ein Gesetz einfließen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gesetz, so, wie es die Frau Landesrätin in der Ausführung hat, hat gewisse Bestimmungen, wobei ich jetzt die Details oder einzelne Bestimmungen im Detail nicht mehr nennen möchte. Es ist mir aber ein absoluter Punkt auch zur Richtigstellung, was das völlige Aussetzverbot von Federwild in manchen Regionen zur Ausrottung führt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Laie was die Jagd anlangt, es werden jede Art von quasi mangelbestimmter Tiere, ob es jetzt Vogelwild oder was immer auch ist, wird mit Sicherheit nicht durch das Aussetzen im Grunde genommen bereinigt, aufgefettet, aufgefrischt und umgesetzt. Das, was sich quasi auf das Vogelwild in der Natur abspielt, ist ein Prozess, der zum Teil von der Landwirtschaft bedingt durch den Einsatz von Mitteln bedingt war, auf der anderen Seite aber auch durch jahresbedingte Witterungsverhältnisse oft einhergeht.

Eines, was heute angesprochen ist, ich glaube, Kollege Spitzmüller war es, es findet nicht nur in den Gattern ein Aussetzen von Federwild statt, sondern sehr wohl haben sich speziell im Seewinkel Jagdeigentümer bei der Einladung auf italienische und andere Jägerinnen und Jäger dessen bedient, auch in großen Einheiten, dass in Volière aufgezogene Federtiere im Grunde genommen für die Jagd extra ausgesetzt worden sind und dann im Grunde genommen diese Gegebenheit als Jagd verkauft hat.

Ich glaube, dass es normalerweise jedem, der an so einer Jagd teilnimmt, schon schlecht wird, wenn er weiß, was er jetzt zum Abschuss freigegeben bekommt. Auch das ist zu verurteilen. Auf der anderen Seite wird hier einer Entwicklung Vorschub geleistet.

Ich hätte mich dafür ausgesprochen, Herr Kollege Spitzmüller, dass das total abgeschafft wird, was das Aussetzen anlangt, weil das wäre eine tierschutzgerechtere Form in jeder Weise, weil das hat mit Jagd absolut nichts zu tun. Wenn ich dort entsprechend etwas auswildern möchte, dann muss ich andere Voraussetzungen schaffen, die das Umfeld, die Natur und Gegebenheiten anlangt. Eines zum Verhältnis aufs sogenannte Auswildern. Es passiert ja manchmal, sitzen auch einige Vertreter übergeordneter Jagdbehörden hier im Saal, dass etwas ungewollt ausgewildert wird. Das Resultat ist dann ein richtiges fast schon schadensgegebenes Populationsgebilde, zum Beispiel, bei den Wildschafen, Mufflons genannt.

Das war auch ein Versuch, wo ein im Gatter, in einem kleineren zwei Mütter und zwei männliche Tiere gehalten wurden. Die haben sich dann befreit, weil sie Lust auf Natur gehabt haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Tatsache ist, sie haben noch mehr Lust verspürt, und jetzt gibt es Abschusspläne im Eisenstädter, im Mattersburger Bezirk, die weitreichend den Abschuss freigeben, wo aber die Jäger aufgrund der Situation dem nicht nachkommen können, diese Mufflons zu schießen, weil sie nämlich viel zu schlaue Tiere sind.

Aber, prinzipiell ist es ein Gebot, dass man hier, und jetzt komme ich auf das, was quasi den Wildschaden auch anlangt, mit einer mit Maß und Ziel an die Sache herangeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder, der mit der Jagd als Jäger oder sogar als Jagdpächter zu tun hat, und ich weiß es nur aus Erzählungen beziehungsweise aus Freundschaften, die sich aufgrund des Verhältnisses ergeben, jammert jährlich über den Wildschaden.

Es ist auch nicht auszuschließen, denn die gefährlichsten Momente der Wildschadensgegebenheiten sind diejenigen, wo jemand, bevor er noch den Acker bestellt oder eine Frucht angebaut hat, schon quasi seinen Wildschaden dokumentiert haben möchte.

Ich habe so etwas in meiner Funktion als Bürgermeister, wo die Gemeinden noch die sogenannten Schadensaufnahmen gesetzt haben und die Abhandlungen gehabt haben, was dann nachträglich den Bezirksbehörden übertragen wurde, des Öfteren gehabt.

Natürlicherweise - und das ist quasi das, was den Inhalt auch ausmachen sollte - natürlicherweise ist jeder Jagdschaden ein Eingriff in die Sache des Pächters, in die Tasche des Pächters. Jeder der jetzt eine Pacht entrichtet sagt, wozu soll ich dort auch noch was zahlen. Das was quasi jetzt aus der ARGE das Resultat des Jagdschadens oder Wildschadens geworden ist ist, wir wollen einen Deckel haben, der ist ja dann auch auf die Hektargegebenheit ausgerichtet und der, der Grundstücksbesitzer beziehungsweise Eigentümer ist, sollte auch einen Bestandteil des sogenannten Wildschadens selbst tragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass hier in der Darstellung durchaus Potenzial vorhanden gewesen wäre das anders zu richten, das anders zu gestalten. Man hat sich für diesen Weg entschieden. Es ist nicht der meinige, ich stimme dem Jagdgesetz nicht zu. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren auf den Zuschauertribünen und natürlich auch jene die uns heute zuhören! Zunächst einmal vielen herzlichen Dank, nicht nur an alle die vorher mitgearbeitet haben, sondern auch heute, die sich zu Wort gemeldet haben. Vielen herzlichen Dank an jene, die diesen breiten Bürgerbeteiligungsweg mitgegangen sind, und das war mir wichtig.

Ich glaube, dass kaum ein Gesetz so lange für sich in Anspruch genommen hat, weil so viele Interessensvertretungen dabei waren und weil mir wichtig war, dass viele Menschen sich beteiligen können. Ich bestehe darauf, dass das demokratisch ist. Wir sitzen nicht, weil wir selbsternannt da herinnen sind, sondern weil uns die Menschen hierher gewählt haben. Daher war mir wichtig auch alle Menschen sich hier beteiligen zu lassen.

Bereits im Herbst 2015 habe ich eingeladen, offen eingeladen, alle Menschen eingeladen sich zu beteiligen, weil mir klar war, dass es hier viele Meinungen gibt und dass jede Gruppe - und das sind viele Gruppen - von der Jägerschaft selbst, denn es geht um ihr Gesetz, von den Landwirten, vom Naturschutz, von der Tierhaltung, vom Tierschutz selbst aber natürlich auch vom Forst und so weiter, dass es hier viele Menschen gibt, die natürlich ihre Interessen vertreten wollen. Über 1.000 Seiten haben wir bereits im Herbst 2015 bekommen. Gleich vorweg, auch noch einmal in der Begutachtung haben wir über 100 Seiten bekommen, wo noch einmal hingewiesen wurde, das wäre mir aus meiner Sicht und der andere aus seiner Sicht wichtig.

Auch das haben wir noch einmal eingearbeitet. Daher sage ich in aller sachlichen Art und Weise, weil unsachlich wurde jetzt eineinhalb Jahre von manchen Gruppen gearbeitet, in aller Klarheit, so viele Menschen haben sich kaum noch beteiligt und bedanke mich bei jedem. Ich habe jedes ernst genommen und habe jedes Mal meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen natürlich heute auch mein Dank gilt, gebeten, schaut euch das an, weil jede Meinung ist uns wichtig.

Ich sage gleich vorweg, mehr als 80 Prozent dessen was wir bekommen haben und mehr als 80 Prozent des Landesjagdverbandes wurden hier eingearbeitet. Ich rede jetzt nicht darüber was Sie mir unterstellt haben in eineinhalb Jahren, die eine oder andere Gruppe. Ich rede nicht darüber, dass man versucht hat mich persönlich zu diffamieren, auch heute. Aber ich denke, dass uns die Menschen nicht dafür in den Landtag und auf die Regierung gewählt haben, damit wir hier so gegeneinander losgehen, sondern ich glaube, dass die Menschen haben wollen, dass wir uns sachlich mit einem Thema auseinandersetzen.

Einige Klarstellungen: Unter anderem hat hier, und vielleicht darf ich von hinten ja aufrollend damit beginnen, der Landtagsabgeordnete Steier darüber geredet, dass ich Menschen informiert habe über das Gesetz, um das es heute geht. Leider war es mir nicht möglich mich an alle Menschen in den eineinhalb Jahren zu wenden, außer jene, die gesehen haben auch durch Einschaltung, na klar, wie hätten die Menschen wissen sollen, dass sie sich beteiligen?

Mir war die Meinung der Menschen aber sehr wichtig. Na keine Frage! Das ist legitim, dass man Menschen informiert. Oder wollen Sie nicht, dass wir Menschen informieren? Das kann nicht im Sinne des Gesetzgebers aber auch nicht für mich im Sinne der Jägerschaft sein, wenn ich nicht die Menschen informiere. Der Herr Präsident Strommer wirft mir unter anderem auch vor, ich hätte mit den Parteien nicht geredet und im Jahr 2004 ist man hergegangen und hat man das erste Mal, Gott sei Dank, seit 1954 woher das Gesetz stammt, das angeschaut.

Ja, stimmt, 32 Runden. Die Parteien waren alle einbezogen. Herausgekommen ist nichts. *(Abg. Walter Temmel: Ach so?)* Ein Jagdgesetz, das nicht verändert wurde. Fragen Sie die Jäger, die kennen sich besser aus als wir alle, ob da etwas verändert wurde im Sinne der Jäger. Da geht es um ein Jagdgesetz. Daher ist es auch wichtig, dass wir das auch einmal sagen. Es wurde nichts verändert für die Jäger und die Jägerinnen, die das auch damals schon wollten, da gibt es auch Schriftverkehr dazu. Leider hat sich da die Jägerschaft nicht durchsetzen können *(Abg. Walter Temmel: Ach so?)* und das finde ich schade.

Daher noch einmal: Zum Unterschied von jetzt ist das ein wirkliches Gesetz, *(Abg. Walter Temmel: Das ist ja etwas ganz was Neues!)* das dem entspricht was drüber steht, nämlich ein Jagdgesetz. Ich sage Ihnen auch aber in aller Sachlichkeit: Wissen Sie, es werden alle Gruppierungen heute dem Jagdgesetz zustimmen, außer die ÖVP, die gesagt hat, *(Abg. Walter Temmel: Den Präsidenten Steier nicht vergessen!)* vom ersten Tag an, und ich werde das noch verlesen, wir machen nicht mit, vom ersten Tag an. Das Thema waren die Jägerinnen und Jäger, und ich würde mich wundern, wenn einer von denen Sie noch wählen kann, weil Sie die wirklich total im Stich gelassen haben. Sie sind hergegangen… *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie sind hergegangen und haben mir in der Begutachtungsphase, wo Sie sich ja einbringen hätten können, Sie waren sicher auch involviert in die ARGE-Sitzungen, das erzählen Sie mir nicht, dass Sie nicht von Vertretern von dort informiert wurden. Oder sagen Sie nicht den Menschen, was wirklich war, dass Sie nie auf mich zugekommen sind, obwohl Sie die Jägerinteressen zu vertreten haben.

Sie haben kein einziges Gespräch gesucht. In der ganzen Begutachtung haben Sie dann zurück geschrieben, das habe ich mir extra, zwei-, dreimal jetzt schon vor Augen geführt, damit es den Menschen klar ist, was Sie mit ihnen tun. Den Menschen draußen, den Jägern, haben Sie keinen Dienst erwiesen, weil Sie ihnen nicht geholfen haben. Kein einziges Mal haben Sie den Jägern geholfen. Sie schicken dann herein in der Begutachtung, wo man noch immer über 100 Seiten… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie haben da rein geschrieben in der Begutachtung, wo noch immer über 100 Seiten gekommen sind, natürlich der Großteil von Jägerinnen und Jägern, haben Sie lapidar zurückgeschrieben: Der vorgelegte Vorschlag zur Änderung des Burgenländischen Jagdgesetzes wird inhaltlich abgelehnt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, das ist so!)*

Ich gratuliere allen Jägerinnen und Jägern die bisher auf Sie vertraut haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Klarer geht es nicht mehr!)* Sie haben sich in dem Moment, wo mein Problem, ja, ich bin Sozialdemokratin, ich entschuldige mich dafür nicht, dass ich jetzt das Jagdgesetz in die Hand nehme, was Sie Jahrzehnte nicht verändert haben für die Jägerinnen und Jäger und schreiben Sie das in der Begutachtung. Es interessiert uns nicht, wir wollen nichts zu tun haben und alles soll so bleiben. Haben Sie mit den Menschen nie geredet? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt ja nicht! Wo steht das drinnen? Das ist ja die Unwahrheit!)*

Ich habe das nicht zu entscheiden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie lesen etwas vor und sagen das Gegenteil! Das ist ja interessant!)* Ich verstehe Ihre Aufgeregtheit, endlich einmal haben wir die Chance hier im Landtag, dass Sie nicht ständig, Gott sei Dank haben das nicht alle anderen auch gemacht, ständig draußen die Menschen missbrauchen mit Inhalten, die überhaupt nicht gestimmt haben.

Der Großteil hat nicht einmal gewusst was wirklich im Gesetz steht, weil Sie ständig etwas inseriert haben und etwas ausgeschickt haben, was nicht der Wahrheit entspricht.

Der Herr Abgeordnete Strommer, der Herr Präsident Strommer – *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Rudi!)* Verzeihung, spricht von sechs Millionen, bitte rechnen Sie noch einmal nach, es sind 600.000, blamieren Sie sich nicht und dann reden Sie über die Landtagsarbeit. *(Abg. Walter Temmel: Was? Drei Gemeinden…!)*

Passt schon. Dann muss ich halt schauen *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was habt Ihr denn für einen Taschenrechner in der Regierung? Gar keinen!)* Überhaupt keinen. Ich habe nicht gerechnet, schauen Sie bitte was Sie vorher gesagt haben… *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich weiß genau, was ich gesagt habe! Sie reden bei neun Jahren…! – Allgemeine Unruhe - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen – Abg. Manfred Kölly: Rudi, da hast Du Dich verhaut! Tatsache, das steht im Protokoll! Da hast Du Dich verhaut!)*

Der Herr Präsident hat unter anderem auch von 2.300 Unterschriften geredet, wo der Herr Präsident gesagt hat, die Jäger und Jägerinnen haben das unterschrieben und die Jägerinnen und Jäger wollten das übergeben haben, weil es ist wirklich nicht in Ordnung, was mit diesem Jagdgesetz los ist.

Meine Damen und Herren! Ich stehe dazu, dass das Jagdgesetz von allen Gruppen getragen wird, dass es lange verhandelt ist, dass tausende Menschen sich daran beteiligt haben, über 100 allein aus der Begutachtung, dass 80 Prozent von den Jäger und Jägerinnen umzusetzen waren und um die geht es mir. Sie schreiben in Ihrer Resolution: Am 3.11. haben Sie angefangen in Ihrer Resolution zu unterschreiben. Da stehen insgesamt sechs Punkte drinnen. Der Großteil der Punkte war damals schon nicht richtig und findet sich auch zum Großteil nicht wieder im Gesetz. Sie haben aber hurtig weiter gesammelt, weil da nicht einmal die Begutachtung fertig war.

Um was ist es Ihnen gegangen? Warum täuschen Sie Ihre Menschen so, weil Sie schreiben noch: Die Mitglieder des Bauernbundes, die Jäger, die Familienangehörigen und alle sollen unterschreiben und die Mitglieder und Sympathisanten der ÖVP. Warum sind Sie nicht hergegangen und haben denen die Wahrheit gesagt, weil Sie da Unterschriften gesammelt haben, was überhaupt nicht mit dem übereinstimmt was vorliegt und was wir beschließen? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das hat sich aber auch wöchentlich geändert!)* Sie haben da einfach über 2.000 Menschen missbraucht. Wissen Sie was gescheiter gewesen wäre, dass es gut wäre… *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das hat sich in der Ausschusssitzung noch geändert, sieben Seiten!)*

Das waren lauter legistische Dinge, das wissen Sie wie ich, bleiben Sie doch bei der Wahrheit! Wissen Sie was sich die Jägerinnen und Jäger und alle anderen Interessensgruppen von Ihnen erwartet hätten? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie wissen das?)* Nämlich dass Sie hergehen und sich wirklich einmal mit denen zusammensetzen die Sie nie gehört haben, um die es eigentlich gegangen ist.

Das finde ich schade, weil es viel gescheiter gewesen wäre, Sie hätten diese Gespräche geführt und dann hätten wir gemeinsam ein Gesetz verabschieden können. Aber das ist Ihre Sache. Ich möchte das schon ausklammern. Ich kann nur so die Dinge nicht stehen lassen, wie Sie sie einfach darstellen wie sie nicht waren. Es hat noch nie ein Gesetz gegeben, das so viele Menschen betroffen hat.

Aber vor allem viele Menschen die beteiligt waren, um mir dann vorzuwerfen, dass ich undemokratisch wäre. Das zeigen die 32 Verhandlungen von 2004, wo für die Jäger nichts passiert ist.

Vielleicht noch ein Punkt der mir vorgeworfen wird: Ja, ich hätte auf die Landwirtschaft zu wenig geschaut. Ihr Wort von Enteignung haben heute schon alle Redner zerpflückt und haben Ihnen gesagt, dass das nicht stimmt, was Sie behaupten.

Aber wissen Sie, wenn Sie von der Landwirtschaft reden - und ich würde nicht dazu stehen - wenn alle anderen Parteien außer Sie in diesen Landtagen, wo ich für die Landwirtschaft schon einiges eingebracht habe, *(Abg. Walter Temmel: Präsident Steier nicht vergessen!)* in vielen Verhandlungen eingebracht habe, wo die alle sagen, bei Ihnen ist mehr in den letzten eineinhalb Jahren passiert als vorher, dann habe das nicht ich gesagt, sondern Vertreter aller anderen Parteien.

Wenn Sie hergehen und sagen, das ist ein Wahnsinn, heute Grüner Bericht, ja der Grüne Bericht schaut so aus, wie er leider in großen Teilen wieder so weiter geht wie die letzten Jahrzehnte. Großer Strukturwandel, die Betriebe sind größer geworden, müssen sie auch, die kleineren und mittleren hat man total liegen gelassen, hinten liegen gelassen, nämlich am Weg - und reden Sie bitte wirklich auch mit der Landwirtschaft, wo Sie glauben, dass Sie dort die Stimmen haben.

Sie haben leider auch die kleineren und mittleren Landwirte und Produzenten im Stich gelassen. *(Abg. Walter Temmel: Was ist ein Kleinbetrieb?)* Ich versuche jetzt das eine oder andere zu verbessern, *(Abg. Walter Temmel: Was ist ein Kleinbetrieb?)* nur Wunder wirken kann ich nach Jahrzehnten auch nicht *(Abg. Walter Temmel: Was ist ein Kleinbetrieb?)* Wo mir die einzige Molkerei zugesperrt hat, die Menschen in Stich gelassen hat, und vieles andere mehr.

Aber mir vorzuwerfen, ich würde nicht auf die Landwirte schauen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Stimmt ja auch!)* und ein paar aufzuhetzen immer mit Unwahrheiten, das ist einfach nicht demokratisch, und das wollen die Menschen auch nicht. Bitte reden Sie einmal mit den Menschen selbst. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte jetzt noch zu einigen Punkten Stellung nehmen, aber nicht mehr zu den einzelnen Punkten. Die sind ja heute von mehreren Abgeordneten, die das sachlich ernst gemeint haben, schon gesagt worden, und daher brauche ich das nicht wiederholen.

Ich möchte nur nochmal sagen, dass das Jagdgesetz, wenn Sie sich die Mühe machen die Präambel zu lesen, genau das ist, was sich die Menschen im Land wünschen. Nämlich ein Miteinander. Vielleicht nehmen Sie sich Zeit und hören sich das einmal an. Das habe nicht ich oder irgendein Jurist geschrieben, sondern das haben Vertreter der Interessensgruppen, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie kennen ein paar?* vor allem aber die Jäger und Jägerinnen gewünscht, und auf diese Präambel bin ich sehr stolz.

Das ist genau der Paradigmenwechsel zu früher, warum das Jagdgesetz ein Gutes ist und warum das Jagdgesetz auch ein Modernes und Innovatives ist. Da ist ganz klar, freilebendes Wild ist ein wesentlicher Bestandteil der Natur, ein Naturerbe unserer Heimat und ist als Teil unserer Kulturlandschaft in seiner Vielfalt und in seinem natürlichen und historisch gewachsenen Beziehungsgefüge für nachhaltige, nachfolgende Generationen möglichst zu bewahren.

Die Jagd hat den Grundsätzen der Weidegerechtigkeit zu entsprechen und umfasst auch die Verpflichtung zur Hege des Waldes. Sie unterstützt die Nachhaltigkeit und Vorkommen der artenreichen Tierwelt und leistet einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz und zu vielem anderen.

Die langfristige Sicherung der Wildpopulation und eine an die Lebensräume angepasste jagdliche Bewirtschaftung ist ein dem Gemeinwohl dienender Beitrag. Die Jagd trägt einen Teil zur gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bei und hat vor allem ganz klare Ziele. Naturnahe und nachhaltige Jagd auf frei lebendes Wild in ihrer Vielfalt als generelle Nutzung.

Was Sie, meine Damen und Herren, zuletzt noch wissen sollten, da ist heute viel geredet worden über das was im Jagdgesetz drinnen steht, dass man manche Dinge klar verfügt hat. Über Wildschäden, über Ankirren und so weiter. Wissen Sie, wo das alles hergekommen ist? Von Jägerinnen und Jäger die draußen stehen, die wissen wie die Jagd zu sein hat, wenn sie modern ist, sie kam vom Tierschutz, klar, sie kam vom Wildbiologen, sie kam vor allem aber von vielen Menschen, die draußen in der Welt leben und das ist und das bleibt so, auch wenn Sie es nochmal so schlecht reden. Es ist ein Gesetz für jene Menschen, die draußen in einem modernen Burgenland leben, auf das wir stolz sein wollen. Nicht aus 1954, das leider niemand angegriffen hat, und wo alles gescheitert ist, was es nur zum Scheitern gibt.

Ich bedanke mich bei allen, die dazu beigetragen haben. Ein herzlicher Dank. Ich bin sicher, dass wir in manchen Bereichen uns Vieles getraut haben. Das eine oder das andere, haben Sie gesagt, na das wird man schon aufheben. Ja. Wir sind Demokraten. Wir reden mit den Leuten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sozialisten seid Ihr!)* Bitte tun Sie das auch. Sonst werden Sie jede Wahl in den nächsten Jahren verlieren. Weil von Demokratie scheinen Sie nichts zu halten.

Allen Jägerinnen und Jägern ein herzliches Glückauf. Ich werde nicht Weidmannsheil sagen. Ich bin immer dazu gestanden, dass ich keine Jägerin bin. Ich freue mich, dass ich jetzt für die Jägerinnen und Jäger ein Gesetz schaffen habe können, das passt.

Ein herzliches Glückauf. Danke an alle die dazu beigetragen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin Verena Dunst. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte, so wie ich das bereits versucht habe eingangs der Tagesordnung, auch diesmal einen Antrag auf Rückverweisung nun schriftlich beim Tagesordnungspunkt stellen, weil ich nach wie vor der Auffassung bin, dass dieses Gesetz in weiteren Beratungen durchaus anders gestaltbar wäre, *(Abg. Manfred Kölly: Frage: Wie hättet Ihr es gestaltet?)* und auch so abgesichert werden könnte, dass keine verfassungsrechtlichen Bedenken herauskommen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf eines hinweisen. Herr Abgeordneter Sodl, Sie haben sehr pflichtgemäß Ihre Landesrätin und den Gesetzentwurf, den Sie ja mittragen, verteidigt. Das ist Ihnen unbenommen, Sie haben das pflichtgemäß verteidigt. Ich nehme Ihnen das jetzt weder übel noch habe ich das gewertet.

Sie haben aber eines vergessen. Sie haben nicht erwähnt, dass es ja jemand anderen gibt, der entscheiden wird, wie das Gesetz schlussendlich gewertet wird. Eine Wertung trifft in der Demokratie ein Gericht, in unserem Fall werden das viele Gerichte sein, denn dieses Gesetz hat sehr viele Lücken und sehr viele Möglichkeiten Dinge auszulegen.

Es werden Grundbesitzer, es werden Pächter, all diese Dinge anders sehen wie Jäger, Landwirte und Tierschützer. Das ist heute der Beschluss und damit die Grundlage für viele Rechtsstreitigkeiten. Der Verfassungsgerichtshof wird eines Tages nach eingehender Beratung, so wie in der Demokratie üblich, entscheiden.

Ich möchte aber schon eines klar festhalten. Frau Landesrätin Dunst, Sie haben heute einen Brief vorgezeigt, den habe ich Ihnen geschickt, der ist sogar foliert. Er muss Ihnen besonders wichtig sein. *(Landesrätin Verena Dunst: Richtig!)* Sie lesen immer nur eine Zeile vor. Sie haben in der letzten Landtagssitzung, und die war, dass ich hier unter keinen Umständen eine falsche Information weitergebe, am 26. Jänner 2017, *(Zwischenruf von Landesrätin Verena Dunst)* da haben Sie wortwörtlich gesagt, ich hätte Ihnen eine Zeile geschrieben.

Sie halten einen Brief in Händen, der vollgeschrieben ist und sagen wortwörtlich eine Zeile. Genau wie Sie hier komplett verkürzt die Wahrheit darstellen, genauso gekürzt waren die Parteienverhandlungen, die Sie beschreiben.

Ich habe Einladungen bekommen zu zwei Sitzungen. Am 26. Jänner habe ich das bereits erwähnt. Ich möchte das hier der Ordnung halber festhalten, denn ich lasse nicht zu, dass Sie behaupten können, wir hätten uns nicht an diesen Verhandlungen, zu denen Sie eingeladen haben, beteiligt: *(Landesrätin Verena Dunst: Sie haben sich nicht beteiligt!)*

Am 19. September 2016 hat der hier anwesende Kollege Ihres Büros, Markus Pammer, mit mir ein sehr lautstarkes Telefonat geführt. Ich möchte mich auch noch einmal hier für den etwas harten Umgangston entschuldigen. Aber auf den Punkt gebracht habe ich ihm dort erklärt, ich finde es eine riesige Anmaßung, dass am 19. September vormittags mir mitgeteilt wird, ich habe mich zur Verfügung zu halten, die Frau Landesrätin gibt am 20.9., den Tag darauf, um 11.00 ein Pressegespräch, und um 11.30 Uhr startet dann eine Präsentation, eine Parteienverhandlung.

Dann habe ich noch nachgefragt: Gibt es hierzu Unterlagen? Dann hat man mir gesagt: Nein. Es gibt nämlich noch kein Gesetz. Es werden nur Eckpunkte präsentiert. Daraufhin habe ich gesagt, wenn ich nicht einmal 24 Stunden Zeit habe mich vorzubereiten oder meinen Terminplan zu verändern, wir werden einen Vertreter entsenden. *(Landesrätin Verena Dunst: Dazu haben Sie schon ein Jahr Zeit gehabt!)*

Also, ich bitte Sie, das sind nicht einmal 24 Stunden. *(Landesrätin Verena Dunst: Ein Jahr!)* 24 Stunden nicht einmal! Deshalb war ein Vertreter des ÖVP-Klubs dort.

Jetzt möchte ich Ihnen einen Vergleich dazu geben. Der Herr Landesrat Darabos hat eingeladen, er möchte die Mindestsicherung im Land reformieren. Wir haben hier mehrere Debatten im Landtag gehabt, und siehe da, eigentlich waren sich viele im Landtag einig. Es gab eine erste Verhandlungsrunde. Dort haben wir festgehalten, dass wir noch Verschärfungen in dem einen oder anderen Bereich wollen.

Es wurden Experten gehört, wir haben Information mitgenommen. Es gab eine Begutachtung seitens des Verfassungsdienstes und dann hat es noch einmal eine Runde gegeben, wo alle eingeladen waren, am Tisch gesessen sind und gesagt haben, ist in Ordnung. Auf diesen Kompromiss können wir uns einigen.

Es gab Verhandlungen zum Gemeinderechtspaket. Eine Verhandlung, zwei, unendlich viele. Viele konnten schlussendlich diesen Kompromiss mittragen. Warum, Frau Landesrätin Dunst, behaupten Sie dann, dass das nur beim Jagdgesetz nicht möglich gewesen wäre?

Die Wahrheit ist, Sie haben es von Anfang an auf Konfrontation ausgelegt. Sie haben auch heute hier nur von der Jägerschaft gesprochen. Alle anderen Mandatare haben vom Tierschutz gesprochen. Alle anderen Mandatare haben von Landwirten gesprochen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Landwirtschaft und die Grundeigentümer sind auch betroffen!)* die haben von Grundstückseigentümern gesprochen. Sie haben

heute nur von einer Gruppe gesprochen. Ich möchte Ihnen das ganz deutlich sagen. Es ist am Ende des Tages so, wie Sie die Präambel gerade vorgelesen haben.

Glauben Sie wirklich, dass wir gegen alles, was im Gesetz steht, dagegen stimmen möchten? Sind Sie wirklich der Auffassung, dass jeder, der hier heute mit Ihnen diskutiert, exakt jeden Beistrich, jede Fußnote dieses Gesetzes kennt? Da geht es um eine Frage des Vertrauens in die legistische Arbeit. Wenn ich in einer Ausschusssitzung sitze und um 14.01 sieben Seiten Abänderungsantrag bekomme, dann ist das eines von vielen Beispielen, dass bei diesem Jagdgesetz ich nicht einmal die Chance gehabt hätte zu sagen, ich bin dafür oder dagegen. *(Landesrätin Verena Dunst: Eineinhalb Jahre!)*

Denn alle 14 Tage, *(Landesrätin Verena Dunst: Eineinhalb Jahre!)* alle 14 Tage haben Sie etwas anderes verschickt, haben Sie etwas anderes angenommen. Jetzt möchte ich das in dem Fall auf den Punkt bringen: Das sind nicht eineinhalb Jahre Diskussion, bitte reden Sie sich das nicht selbst ein. Sie haben sich eineinhalb Jahre damit beschäftigt, das ist in Ordnung. Aber Sie können ja hier nicht sagen, Sie haben eineinhalb Jahre verhandelt.

Wenn Sie eineinhalb Jahre Vorbereitungszeit brauchen ist das Ihre Sache. Aber wenn ich nicht einmal eine einzige Parteienverhandlung führe, die wirklich auf Augenhöhe passiert, *(Landesrätin Verena Dunst: Das stimmt ja nicht!)* wo die Vorbereitung passt, wo Juristen am Tisch sitzen und nicht arme Mitarbeiter, die um 23.00 Uhr etwas versenden, wo Sie mir um 09.00 Uhr vormittags mit einem geknechteten Blick sagen, tut mir leid, das um 23.00 Uhr Versendete ist nicht mehr aktuell.

Das ist ja lächerlich. Sie haben ja alle hier an der Nase herumgeführt. Auch alle, die heute hier zustimmen. Das möchte ich lautstark gesagt haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Exakt aus diesem Grund und ganz genau dokumentiert an den Beispielen Eisenkopf und Darabos: Es gibt die Möglichkeit zu verhandeln. Machen wir das noch einmal. Setzen wir uns, Kollege Kölly sagt das immer wieder, zusammen. Ich bitte Sie deshalb heute um diese Unterstützung. Ermöglichen Sie uns das.

Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuss.

Gemäß § 62 GeOLT stellen die unterfertigten Abgeordneten den Antrag die gegenständliche Vorlage Zahl 21 - 533 an den Rechtsausschuss und den Agrarausschuss zurück zu verweisen und die Vorlage bis zur Einholung einer Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes zur Verfassungskonformität der geplanten Bestimmungen zu vertagen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA übergibt den Antrag auf Rückverweisung der Präsidentin)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der mir soeben überreichte Antrag auf Rückverweisung an den zuständigen Ausschuss ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Nur kurze Richtigstellung. Herr Kollege Sagartz! Bezüglich des Mindestsicherungsgesetzes wurden die GRÜNEN nicht zu irgendwelchen Verhandlungen eingeladen, weil Sie das hier in den Raum gestellt haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Tut mir leid, ich war nicht der Einlader!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen? Herr Kollege Kölly? Bitte. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Kölly um seinen Beitrag. Bitte sehr.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass das Jagdgesetz so eine lange Dauer hat, dann soll es so sein, und soll auch dementsprechend aber auch richtiggestellt werden. Lieber Herr Kollege Sagartz! Ich hätte von Ihnen gerne einen Vorschlag gehabt, wie Ihr Gesetzesentwurf ausschaut. Den habe ich auch nie gesehen. Muss ich offen und ehrlich gestehen. *(Allgemeine Unruhe – Beifall bei der SPÖ)*

Das wäre vielleicht eine Idee gewesen, das wäre eine Idee gewesen, wo Sie sich einbringen hätten können. Ich war heute noch um 08.45 Uhr bei der Landesrätin und habe einige Dinge geklärt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Bist Du der Sprecher von den Roten?)* Sie waren nicht unterwegs und haben sich gekümmert um das Ganze.

Ich glaube, dieses Jagdgesetz kann seine Fehler haben, wie andere Gesetze, die Sie in Ihrer Vorgängerzeit als Regierungsmitglied genauso beschlossen haben, wo wir darauf hingewiesen haben, hoppla, da kann etwas nicht stimmen. *(Allgemeine Unruhe)*

Haben Sie immer gesagt, alles ein Blödsinn, das stimmt alles nicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte gerne diesen Entwurf, den Sie gerne am Tisch hätten, und dann können wir weiterdiskutieren. Dann könnte ich mir eventuell vorstellen, dass wir noch eine neue Runde machen. Das heißt ja noch lange nicht, dass wir das nicht neu machen können. Das wäre eine Ansage.

Liebe ÖVP, nicht im Schmollwinkel stehen, sondern mitarbeiten für das Land in dem wir gerne leben. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung. *(Zwiegespräch zwischen dem Abg. Manfred Kölly und der Abg. Mag. Michaela Resetar - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Wir befinden uns im Abstimmungsvorgang und ich ersuche um Ruhe, damit nicht wieder einige Pannen passieren. Danke herzlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Klubobmann Mag. Christian Sagartz eingebrachter Antrag auf Rückverweisung an den zuständigen Ausschuss vor.

Ich lasse daher zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Klubobmann Mag. Christian Sagartz eingebrachten Antrag auf Rückweisung an den zuständigen Ausschuss abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf so wie vom Herrn Berichterstatter beantragt zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland (Burgenländisches Jagdgesetz 2017 – Bgld. JagdG 2017), *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der ÖVP – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen – Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldigung.)*

Ich bitte um Ruhe -

(Burgenländisches Jagdgesetz 2017 – Bgld. JagdG 2017), ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Regelung des Jagdwesens im Burgenland (Burgenländisches Jagdgesetz 2017 – Bgld. JagdG 2017), ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 747), mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 521) (Beilage 788)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 747, mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 521, Beilage 788.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Bericht.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert wird, in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Frau Abgeordneter Karin Stampfel als erste Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Das Ziel des uns vorliegenden Entwurfes, mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert werden soll, beinhaltet eine Änderung der Zusammensetzung und eine damit einhergehende Neubesetzung des Vorstandes des Burgenländischen Ökoenergiefonds.

Die wesentlichen Änderungen habe ich mir herausgesucht und zwar im § 4 wird hier nach derzeitiger Rechtslage ein Vertreter oder eine Vertreterin der Burgenländischen Elektrizitätswerksaktiengesellschaft BEWAG durch das für das Energiewesen zuständige Mitglied der Landesregierung ersetzt.

Im gleichen Paragraph Absatz 1 Z. 6 und 7 wird der Vorstand des Burgenländischen Ökoenergiefonds durch eine Expertin oder einen Experten für Technologiefragen und eine Vertreterin oder einen Vertreter der Energie Burgenland AG gestärkt werden, um die ihm übertragenen Aufgaben effizienter wahrnehmen zu können.

Im § 5 Absatz 1 geht es um die Vertretung des Burgenländischen Ökoenergiefonds durch einen Administrator nach außen. Nach derzeitiger Rechtslage geschieht dies durch den oder die Technologiebeauftragte des Landes Burgenland.

Durch die neue Bestimmung soll diese Funktion in Zukunft durch eine Landesbedienstete oder einen Landesbediensteten jener Abteilung der Landesregierung, welche für die Wohnbauförderung zuständig ist und vom Land Burgenland namhaft gemacht wird, ausgeübt werden.

Wir werden diesem Gesetzesentwurf unsere Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram.

Herr Bürgermeister, Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Die Paragraphen, die gerade zitiert worden sind, haben wir auch übermittelt bekommen. Was interessant an dieser ganzen Geschichte ist: Wenn ein burgenländisches Ökoförderungsgesetz geändert wird, da könnte man fast meinen, dass auch in der Abwicklung, in dem Bürokratieabbau, etwas passiert.

Im Gegenteil, eigentlich ist das der Fall, wir setzen eigentlich den Ökoenergiefonds, die Mitglieder, von fünf auf sieben und dann liest man in der jüngsten Vergangenheit auf der Homepage der Energieagentur des Landes Burgenland:

Nach erfolgter formaler und technischer Prüfung wird die Förderhöhe für die jeweilige Anlage bestimmt und dem Vorstand des burgenländischen Ökoenergiefonds zur Genehmigung vorgelegt. Soweit so gut.

Da die Förderung unter einer Alternativenergieanlage der Genehmigung aller Vorstandsmitglieder bedarf, nimmt dieser Vorgang etwas Zeit in Anspruch. Wenn man den Vorstand jetzt hier noch eigentlich aufbläht von fünf auf sieben Personen, wo wir eigentlich die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer auch noch drinnen haben, auf die Landwirtschaftskammer hat man ein bisserl vergessen, über die Biomasse und so weiter, ist das ein bisserl eigenartig, muss man eigentlich sagen.

Aber das fällt wahrscheinlich unter den Punkt, was der Kollege Sodl heute schon angesprochen hat, den Demokratieaufbau wahrscheinlich, dass man das Gremium ausweitet.

Aber insgesamt, glaube ich, kann man, wenn man Bürokratie aufbaut die Verfahren noch weiter verlängern, weil ich wieder ein höheres Anwesenheitsquorum haben muss, den Verwaltungsaufwand erhöht und weniger Service für mehr Bürokratie, aufbürdet mit dem Gesetz, dann kann man das eigentlich nicht für gut halten. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bürgermeisterin Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Es hätte mich ja jetzt gewundert, wenn die ÖVP hier jetzt an das Rednerpult gegangen wäre, und dieses Gesetz für positiv empfunden hätte, sondern das

was wir uns jetzt seit 10 Uhr anhören mussten, dieses Jammern und dieses Beleidigt sein geht natürlich weiter.

Nichtsdestotrotz darf ich natürlich meiner Vorrednerin, der Kollegin zustimmen, sie hat das gesagt, was *(Abg. Markus Ulram: Vorgelesen.)* dieses Ökoförderungsgesetz im Prinzip beinhaltet und warum es geändert werden soll. Daher erspare ich mir, dass ich das selbige vorlese.

Ich darf noch darauf hinweisen, was ich mir herausgesucht habe, das man sagt, wie sind die Förderungen, weil es ja hier heißt, dass das alles in die Länge gezogen wird und so quasi man anscheinend die Vermutung hat, dass daher die Leute darauf verzichten. Ich kann Ihnen die Zahlen von 2016 sagen.

Es wurden 1.205 Anträge zur Förderung von Alternativanlagen gestellt. Die Fördersumme ist 1,500.000 Euro. Es wurden 29 Anträge vor Photovoltaikanlagen gestellt. Das ist eine Förderungssumme von zirka 40.000 Euro. Es sind 52 Anträge für Fahrzeuge mit Alternativantrieben gestellt worden im Jahr 2016. Das ist somit eine Fördersumme von 20.300 Euro und es wurden 400 Energieberatungen gemacht.

Man sieht, dass dieses Gesetz sehr wichtig ist, das auch die handelnden Personen, die dieses Gesetz erfüllen, die beratend für unsere Bevölkerung da sind, eine sehr wichtige Rolle stellen. Und ich darf nur dran erinnern, auch wenn jetzt die Galerie relativ leer ist, dass das Burgenland ja wirklich einer Vorreiterrolle in diesem Sinne mit der Natur und mit der Umwelt hat.

Das wissen wir mit unseren Windrädern, das wissen wir, dass wir vor 20 Jahren, wie es so weit war, das sechs Windanlagen gemacht worden sind von sehr vielen Leuten belächelt worden sind. Es hat sich Gott sei Dank das Land Burgenland von diesem Weg nicht abbringen lassen. Und wir sind heute 20 Jahre danach eine Vorzeigeregion.

Und ich kann nur sagen, dass wir auf dem richtigen Weg sind und das Leitbild, das wir haben, mit der Natur zu tollen Erfolgen, ist richtig für das Land, für die Burgenländer und auch für jene, die Alternativförderungen vom Land bekommen.

Meine Fraktion wird sich natürlich diesem Gesetzentwurf anschließen und ich möchte mich bei allen bedanken, die bis jetzt für dieses Gesetz und für die Leute des Landes gearbeitet haben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte, Sie haben sich zu Wort gemeldet, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem „Gesetz“ ist eigentlich nicht viel hinzuzufügen, handelt es sich doch nur um eine Korrektur im Sinne der neuen Zusammensetzung des Ökovorstandes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber wichtiger ist mir, und das sollte eigentlich auch nach den Worten meiner Vorrednerin betont werden, was es auf sich hat mit diesem gesamten Ökostromgesetz, mit der kleinen Novelle, die inzwischen im Parlament vorliegt und die jetzt beschlossen werden soll - glaube ich - in der nächsten Sitzung. Und auf der anderen Seite in der großen Ökostromnovelle, die im Herbst dieses Jahres beschlossen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hören die letzten Wochen, die letzten Monate, dass es ein unzumutbarer Zustand für jeden Empfänger einer Fördermöglichkeit,

bezogen auf alternative Energien ist, dass dieses Ökostromgesetz ausgelaufen ist und alle Möglichkeiten des Einholens von Fördersituationen nicht mehr gewährleistet wird.

Ich habe mich diesem Thema auch schon in der Budgetdebatte gewidmet, aber es ist mir ein Anliegen heute etwas wieder zu betonen, das an sich in diesen Diskussionen zumeist untergeht. Wir sind nicht für uns da und wir sind nicht für das Land alleine da, sondern wir sind in der Hauptsache für den Bürger und für die Bürgerin da und die insbesondere auch bezogen auf den Strompreis.

Ist doch die Energie Burgenland ein Landesbetrieb, wenn er auch zur Hälfte an das Land Niederösterreich, sprich an die niederösterreichische Elektrizitätsgesellschaft verkauft worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was aber dieses Ökostromgesetz bewirkt hat, das hat meine Vorrednerin auch ausgeführt, wir sind quasi zum Teil ein Vorreiter in Bezug auf den Ausbau von alternativen Stromquellen gewesen.

Wir waren in Bezug auf die Windräder ein sehr weitdenkendes Gebilde, wir haben aber auch auf Photovoltaik und andere Möglichkeiten der alternativen Stromerzeugung gesetzt und haben uns einen Status erarbeitet, der auf Region bezogen eigentlich sehr, sehr gut war, weil es nicht viele gegeben hat, die den gleichen Weg uneingeschränkt gegangen sind.

Was jetzt der Fall ist, sollten sie aber im Grunde genommen bei diesem Gesetzentwurf oder bei dieser Gesetzwerdung nicht inhaltlich berücksichtigen, auf die sogenannte Vorlage wer in dem Ökoenergievorstand drinnen sein soll, sondern sie sollten es mitberücksichtigen auf die Bürgerinnen und Bürger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben eine Deckelung entgegen der deutschen Situation, was die Ökostromabgabe des einzelnen Haushalts und seiner Verbindlichkeiten auf den Strompreis bezieht. Wir haben diese 120 Euro ungefähr, die in den letzten Jahren explosiv gestiegen sind.

Und jeder Teilnehmer, jede Teilnehmerin in einem Haushalt, die Strombezieherin oder Strombezieher ist, bekommt automatisch mit der Abrechnung diesen Zuschlag, der zur sogenannten Förderung von Ökostrom-Anlagen dienen soll, aufgesetzt.

Jetzt nur in der kleinen Novelle ist etwas enthalten, dass jedem Normalsterblichen eigentlich nicht nur die Haare zu Berge stehen lassen sollte, sondern dass in der Diskussion allein schon mehr als fragwürdig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, nur Ihnen allen zur Kenntnis, das Ökostromförderungsgesetz neu in der kleinen Novelle sieht eine Abwrackprämie für Anlagen vor, für Biogasanlagen in der Größenordnung von 120 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die die sich verzockt haben bekommen jetzt vergütet 120 Millionen Euro, damit sie quasi das was nicht funktioniert, nicht umgesetzt wurde, was qualitativ keine Stromerzeugung eigentlich möglich macht, weil es nur Verluste schreibt, bekommen zu dem vom Netzgehen und zum Abwracken 120 Millionen Euro.

Wer bezahlt das? Im Grunde genommen aus der Ökostromabgabe, jeder einzelne Burgenländer, jede einzelne Burgenländerin wird Betroffene oder Betroffener dieses politischen Sonderfalls einer falschen Ansatzform sein und damit eigentlich in der Darstellung etwas, das wir alle nicht mittragen sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vieles was die Ökostromsituation anlangt, alternative Erzeugung, ist im Grunde genommen wegen dieses komischen CO_2´s im Umsetzen, dieses ganz komische Gebilde.

Wir werden heute noch eine ganz besondere Darstellung von Regierungsseite erfahren, nämlich eine Antragstellung auf den Bau der dritten Piste, wo sich ein Verwaltungsgerichtshof erdreistet, weil Österreich in seiner Gesamtsituation Verträge abschließt, die Klimaschutzziele beinhalten, quasi wegen einer CO_2-Situation die dritte Piste zu verbieten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist quasi Ausweis dessen gewesen, wo man die Justiz mit jeder Form schimpfen musste, das ist ja auch passiert, das hat sich ja keiner in irgendeiner Form gefallen lassen.

Auf der anderen Seite ist man dann auch losgegangen von Seiten der Flughafenbetreiber, sprich der beiden Vorstände, weil man ja gesagt hat, jetzt muss dieser Flughafen 30 Millionen Euro für das Jahr abschreiben, weil er ja das Ganze investiert hat in den sogenannten Ansatz, damit diese 3. Piste zum Tragen kommt. Aber es wird noch die Gelegenheit geben, darüber zu diskutieren.

Was ich noch mehr einschließen möchte, ist die einfachste logische Kombination. Ein Gericht ist deswegen schlecht und schuldig zu sprechen, weil es eine, den gesetzlichen Verpflichtungen, den Rahmenbedingungen, die österreichische Politiker gegenüber dem Weltgeschehen eingegangen sind, quasi korrekt und inhaltlich richtig vollzieht. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ökostrom ist etwas, das wir uns in allen Bestandteilen geben sollten. Es ist ein eigenartiger Ansatz, wenn Verantwortliche, zum Beispiel der österreichischen Verbundgesellschaft in der Person des Herrn Anzengruber jetzt schon langatmig die Forderung erhebt, wir sollten endlich davon abrücken, quasi für jeden, der eine alternative Anlage hinstellt, sprich ein Windrad, die Differenz zwischen dem wirklichen Strompreis und dem, was er quasi zum Zeitpunkt des Abschlusses erreicht hat, auszubezahlen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht finanzierbar. Wir bewegen uns jährlich inzwischen auf 850 Millionen Euro, die diesen Betreibern quasi anheimgestellt werden und das sind wieder ausschließlich Gelder, die im Grunde genommen von den einzelnen Haushalten und von den Haushaltsverantwortlichen, den Energiegesellschaften übertragen werden beziehungsweise den Eigentümern dieser Windräder.

Ich möchte heute nicht die Diskussion ansetzen, wo quasi gesagt wird, wir haben so viele Windräder, nämlich über 40, die beantragt sind und die möglicherweise, wenn das nicht verlängert wird, quasi aus dem Kreislauf fallen würden, müssten neu beantragt werden und sich hinten anstellen. Ich möchte die Diskussion nicht führen.

Was mich aber einigermaßen jetzt auch im Zusammenhang mit dieser Situation erschüttert, ist der Ansatz, wo im Grunde genommen auf neue Anlagen gedrängt wird, in neuen Gebieten, in neuen Regionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was wir aufgestellt haben, sollte zum Repowering genutzt werden, da gibt es genug Möglichkeiten, quasi Anlagen durch neue zu ersetzen, sie höher zu stellen, damit auch effizienter zu gestalten.

Was sicher für ein Tourismusland, dessen wir uns mit drei Millionen Nächtigungen jetzt rühmen, nicht förderlich ist, ist quasi dieses Weiterschreiten der sogenannten alternativen Windradsituation vom Nordburgenland in den Süden.

Wir haben eine steigende Situation des sogenannten Wunschkatalogs und wenn wir dem entsprechen, dann versuchen wir wieder und werden auch wieder raumordnungstechnisch Schwierigkeiten uns einhandeln, die nicht sinnvoll sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, klar ist, dass diese Ökostromsituation ein absolutes notwendiges Zeichen im Sinne der Erneuerung und der Abkehr von fossilen Brennstoffen ist.

Was aber im Grunde genommen mit berücksichtigt werden sollte - und hier gibt es schon eine Abkehr zum Beispiel im Land Oberösterreich, dass gewisse Situationen es bedingen und eine der gravierendsten Situationen ist der gefallene Strompreis, die Leipziger Börse im Ausdruck weist uns etwas nach, dass der Strompreis inzwischen eigentlich eine Bagatelle im Verhältnis zu den Wünschen, die man mit Ökostromanlagen zur Herstellung gesetzt hat, darstellt, dass dieser Ökostrompreis ausschließlich eine Fördersituation sein muss, die den einzelnen Haushalten aufgeladen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem anderen Umstand, sprich dem eigentlichen Gesetz mit zwei Sätzen ist zuzustimmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Mag. Regina Petrik ist als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher draußen an den Bildschirmen! Ich möchte doch auf etwas hinweisen, das bislang offensichtlich bei dieser kleinen Gesetzänderung noch nicht so aufgefallen ist.

Im Vorblatt ist beschrieben die Ausgangslage, also die Überschrift heißt Ausgangslage, der Satz dazu ist: Vorrangiges Ziel der Novelle ist eine Änderung der Zusammensetzung und eine damit einhergehende Neubesetzung des Vorstandes des Burgenländischen Ökoenergiefonds.

Das ist schön, ist aber nicht die Überschrift, ist keine Ausgangslage, sondern ein Ziel. Es wurde also gar nicht beschrieben, warum das vorherige Gesetz überhaupt geändert werden muss, es ist keine Begründung dafür da, was den nicht ausreichenden Zustand des vorliegenden Vorstandes ist.

Vielleicht wäre es einfach ehrlich gewesen zu schreiben: Ausgangslage ist, man möchte hier gewisse Machtverhältnisse verschieben oder so. Weiß ich nicht, transparent ist es nicht.

In der Erläuterung können wir lesen, ich zitiere: „Nach derzeitiger Rechtslage gehört dem Vorstand des Burgenländischen Ökoenergiefonds eine Vertreterin oder ein Vertreter der Burgenländischen Elektrizitätswirtschafts AG (BEWAG) an, dieses Mitglied soll ersetzt werden durch das für das Energiewesen zuständige Mitglied der Landesregierung.“

Also, es geht darum, eine Politikerin oder einen Politiker zusätzlich in den Vorstand zu bekommen, neben dem Landeshauptmann, der sowieso schon im Vorstand sitzt, sitzt dann ein zweites Regierungsmitglied im Vorstand, das ist ein klares Signal.

Statt der BEWAG-Mitarbeiterin oder Mitarbeiter kommt dann eine Vertreterin oder Vertreter der Energie Burgenland in den Vorstand, das gleicht sich also dort wieder aus.

Dann können wir lesen in den Erläuterungen, ich zitiere wieder: „Der Vorstand des Burgenländischen Ökoenergiefonds soll gestärkt werden durch eine Expertin oder einen

Experten für Technologiefragen und eine Vertreterin oder einen Vertreter der Energie Burgenland AG, um die ihm übertragenen Aufgaben effizienter wahrnehmen zu können."

Also, ein zusätzliches Vorstandsmitglied wird installiert, das vom Land Burgenland namhaft gemacht wird. Wer ist in diesem Fall das Land Burgenland? Im Zweifelsfall wohl immer der Landeshauptmann selbst.

In den Erläuterungen wird suggeriert, dass die Energie Burgenland ein zusätzliches Vorstandsmandat erhält, was aber natürlich nicht stimmt, denn das ist ja nur der Ausgleich zur entfallenen BEWAG-Vertreterin oder Vertreter.

Wir können lesen, ich zitiere wieder: „Der Burgenländische Ökoenergiefonds wird von einer Administratorin oder einem Administrator nach außen vertreten, nach derzeitiger Rechtslage übernimmt der oder die Technologiebeauftragte des Landes diese Aufgabe.

Durch die Bestimmung soll künftig eine Landesbedienstete oder ein Landesbediensteter jener Abteilung des Amtes der Landesregierung, welcher für die Wohnbauförderung zuständig ist und vom Land Burgenland namhaft gemacht wird, diese Funktion ausüben." - Zitatende.

Also ein relativ unabhängiger Beauftragte raus, eine Bedienstete oder ein Bediensteter des für die Wohnbauförderung zuständigen Regierungsmitgliedes hinein. Wer ist für die Wohnbauförderung zuständig? Der Landeshauptmann. Das Signal ist da!

Das Signal ist klar, da geht es um Machtkonzentration, da machen wir von den GRÜNEN nicht mit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Ökoförderungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 757), mit dem das Burgenländische Notifikationsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 531) (Beilage 789)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Berichterstattung über den 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 757, mit dem das Burgenländische Notifikationsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 531, Beilage 789, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das

Burgenländische Notifikationsgesetz geändert wird, in seiner 17. Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Notifikationsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Friedl als erstem und vorerst einzigem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenländische Notifikationsgesetz beruht in der geltenden Fassung auf der Richtlinie 89/139/EWG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften, ABl. Nr. L 109 vom 26.4.1983 S.8. Diese wurde durch die Richtlinien 98/34/EG neu kodifiziert und durch die Richtlinien 98/48/EG betreffend Dienste der Informationsgesellschaft erweitert.

Mit der Richtlinie 2015/1535/EU über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft ABl. Nr. L 241 vom 17.9.2015, S.1, wurde nunmehr die Richtlinie 98/34/EG in der Fassung der Richtlinien 98/48/EG und 2006/36/EG neu kodifiziert.

Mit der vorliegenden Novelle sollen im Sinne der Klarheit und Übersichtlichkeit, die in der Richtlinie 2015/1535/EU aktualisierten Verweise auch für den Bereich des Burgenländischen Notifikationsgesetzes übernommen werden.

Meine Fraktion wird dem Notifikationsgesetz die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Notifikationsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Notifikationsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 756), mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 21- 530) (Beilage 790)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 756, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, Zahl 21- 530, Beilage 790.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Klaudia Friedl: Sehr geehrter Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bitte um Debatte und Abstimmung. Danke.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als Erstes erteile ich dem Abgeordneten Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein kontinuierlicher Wirtschaftsaufschwung und eine stetige Weiterentwicklung im Burgenland brauchen einen stabilen Rahmen zwischen Land, Gemeinden und ihrer Bevölkerung. Die finanziellen Mittel sind für die Menschen da, für die wir gemeinsam auf den unterschiedlichsten Ebenen arbeiten hier im Landtag als Abgeordnete oder als Gemeinderäte in den Heimatgemeinden.

Ich glaube, dass das Land Burgenland und seine Gemeinden Hervorragendes für die Bevölkerung leisten, auch umgekehrt - die Bevölkerung in den verschiedensten Bereichen in den Vereinen zum Beispiel für die Gemeinden und somit auch für unser Heimatland Burgenland.

Mit gemeinsamen Zielen, Innovation, aber auch Leistungsbereitschaft kann viel erreicht werden. Es gilt hier nachhaltig Wirtschaftswachstum zu erzielen, die Arbeitsplätze zu sichern, soziale Sicherheit und Sicherheit zu erhalten und zu schaffen und die Absicherung unserer Lebensqualität zu bewahren.

Um das alles bewerkstelligen zu können, braucht es erstens, Rahmenbedingungen und zweitens, braucht es auch Steuerungselemente für eine beinahe fast gerechte Verteilung der Finanzmittel auf allen Ebenen, dazu gehört auch die Landesumlage.

Es wurde zum Beispiel noch nie so viel Geld in Gesundheit und in Soziales investiert, wie jetzt, damit alte und kranke Menschen die Pflege und Versorgung erhalten können, die sie benötigen. Oder die Absicherung der öffentlichen Wohlfahrt, wo es zum Beispiel um die Behindertenhilfe geht.

All das sind Dinge, die wir brauchen, wo die Landesumlage auch eine wichtige Rolle spielt. Dabei ist natürlich das Land Burgenland gefragt. Aber ohne den 171 fleißigen Gemeinden würde es nicht funktionieren. Dazu ist gegenseitiges Verständnis für die Leistungen gefragt, die erbracht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Finanzausgleich gewährleistet nach wie vor eine fast gerechte Verteilung, die sicherstellt, dass bei höheren Einnahmen des Bundes auch höhere Ertragsanteile fließen und umgekehrt. Es fließen diesmal insgesamt 300

Millionen Euro mehr an die Länder und Gemeinden. Diese zusätzlichen Mittel sichern besonders die Bereiche Gesundheit, Pflege und Soziales, wie ich vorhin erwähnt habe. Der oft kritisierte abgestufte Bevölkerungsschlüssel, der mittlerweile stark abgeflacht ist, bleibt zwar erhalten, aber struktur- und finanzschwache sowie von Abwanderung betroffene Gemeinden erhalten allerdings einen Ausgleich.

Von diesen zusätzlichen Mitteln werden vor allem die burgenländischen Gemeinden profitieren. Es ist also eine solide Basis für die burgenländischen Gemeinden da, um die zukünftigen Aufgaben im Sinne der burgenländischen Bevölkerung bewältigen zu können. Auch das muss man sehen und erkennen, wenn manche die Landesumlage kritisieren.

Einzig und allein unlogisch und unfair und zu kritisieren ist, dass ein Burgenländer pro Kopf weniger wert ist als ein Kopf im Westen des Landes oder in den Städten. Hier kann man Kritik anbringen, dass unsere Gemeinden nicht mehr Geld bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Land Burgenland hingegen kompensiert durch niedrige Transferleistungen - das sind die Ausgaben für gemeinsame Aufgabengebiete - die Belastungen der Gemeinden. Die burgenländischen Gemeinden zahlen zirka 266 Euro pro Kopf weniger an das Land als beispielsweise Oberösterreich.

Eine Studie des Zentrums für Verwaltungsforschung KDZ zeigt, für ganz Österreich ergibt sich eine Verteilung der Pro-Kopf-Ausgaben auf Länder und Gemeinden von 61 zu 39 Prozent. Dieses Verhältnis beträgt im Burgenland 74 zu 26 Prozent. Das heißt, im Burgenland finanziert das Land die gemeinsamen Aufgaben im Bereich der Sozialhilfe, Krankenanstalten oder des öffentlichen Lebens zu 74 Prozent, während die Gemeinden lediglich 26 Prozent dazu beitragen müssen. In Oberösterreich beziehungsweise Vorarlberg beträgt dieses Verhältnis 55 zu 45 Prozent. Mit diesem hohen Schlüssel trägt das Land Burgenland dazu bei, dass die benachteiligten Gemeinden im Burgenland zusätzlich unterstützt werden. Wenn man sich die Transferausgaben der burgenländischen Gemeinden an das Land ansieht, sind diese nach Niederösterreich am niedrigsten. Bei den Transfereinnahmen der burgenländischen Gemeinden liegen wir deutlich höher als andere Bundesländer. Bei der Gesamtumlagenbelastung hat das Burgenland den geringsten Wert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Land Burgenland ist ein starker Partner der Gemeinden und braucht es nicht erst zu werden. Das Land Burgenland unternimmt große Anstrengungen, die Gemeinden möglichst gut bei ihren Vorhaben zu unterstützen. Daher wird viel zur wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Gemeinden beigetragen.

Und ganz klar sind die Gemeinden ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber vor Ort in der jeweiligen Region. Ohne Zweifel gilt es, auch große Herausforderungen zu stemmen, wie etwa die Abwanderung und die Überalterung zum Beispiel. Es ist daher auch im Finanzausgleich mehr Geld vorgesehen, um moderne Rahmenbedingungen in den Gemeinden zu schaffen, wie etwa in der Kinderbetreuung, wie wir heute schon gehört haben.

Abschließend möchte ich festhalten, sehr geehrte Damen und Herren, dass nirgendwo Heimat so nahe ist, wie in den eigenen Gemeinden. Dort haben wir unsere Familien, unsere Freunde, unsere Vereine. Dort wachsen unsere Kinder auf, gehen in den Kindergarten, zur Schule. In den Gemeinden verbringen wir unsere Freizeit und den größten Teil unseres Lebens. In unserer Gemeinde haben wir unser Zuhause. Unser Zuhause verbinden wir mit Haus und Hof, unsere Kindheit, unsere schöne Landschaft. Wir verbinden unser Dorf, unsere Gemeinde, mit seinen Besonderheiten. Und wir sehen unsere Gemeinden verbunden mit unserem Heimatland Burgenland.

Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass die burgenländische Bevölkerung ihre Gemeinde liebt. Das sehen wir auch anhand der vielen ehrenamtlichen Stunden, die die Bevölkerung für die Gemeinden, aber auch für das Land Burgenland leistet. Bevölkerung, Gemeinden und das Land Burgenland greifen wie Zahnräder ineinander. Würde ein Zahnrad fehlen, würde es nicht funktionieren und dazu braucht es auch die nötige Landesumlage in der vorgesehenen Höhe.

Wir werden unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Bürgermeister.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe vor wenigen Tagen einen Zeitungsartikel gesehen und habe mir gedacht, super, SPÖ und FPÖ haben sich doch eines Besseren besonnen und haben auch hier in dieser Frage unsere Argumente übernommen, weil die Überschrift lautet: SPÖ und FPÖ gegen Landesumlage. Dann habe ich genauer geschaut. Leider war das die „Tiroler Tageszeitung“ vom März 2017, wo sich SPÖ und FPÖ in Tirol für die Abschaffung der Landesumlage ausgesprochen haben, zu Recht ausgesprochen haben, weil sie das genauso sehen, wie wir das sehen, nämlich dass die Landesumlage ein finanzausgleichstechnisches Relikt ist, das eigentlich keine Berechtigung mehr hat.

Die Landesumlage ist im Grunde eine Art Strafsteuer für die Gemeinden, wo an die 19 Millionen Euro in etwa jedes Jahr den Gemeinden und damit vor allem den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten werden. Daher haben wir vorgeschlagen, dass man die Landesumlage abschaffen soll. Wenn das nicht funktioniert und wenn das nicht geht, dann zumindest diese Mittel zweckwidmen sollte und wieder an die Gemeinden rückführen soll, indem man Infrastrukturprojekte ermöglicht.

Die Gemeinden, das ist vorher angesprochen worden, das sind die Orte, wo die Heimat der Menschen stattfindet, wo Heimat stattfindet, wo sich die Menschen wohlfühlen. Und um sich wohlzufühlen, müssen sich die Gemeinden ordentlich entwickeln können.

Dazu braucht es natürlich auch Geld, um das irgendwie bildlich zu sagen. Das Land sollte sich bemühen, dass die Gemeinden ihren Bürgern nicht nur Butterbrot und Zuckerkipferln geben können, sondern einen Schweinsbraten und ein Schnitzel. Das ist ja im Endeffekt, auch für das Land müsste das eigentlich ein Ansporn sein, die Gemeinden zu unterstützen, was schlussendlich allen Burgenländerinnen und Burgenländern zugutekommt, wenn die Gemeinden investieren können, wenn sie ordentliche Projekte auf den Weg bringen können.

Wenn man diese 19 Millionen hernimmt und sagt, was für einen Effekt erzielt man daraus, wenn man das wirklich ordentlich einsetzt, wenn man Richtlinien macht und sagt, wenn Gemeinden bestimmte Projekte umsetzen, dann können sie aus diesem Topf Geld bekommen, etwa 50 Prozent der Summe, dann muss auch die Gemeinde natürlich etwas investieren, weil es soll eben ein Anreiz sein. Dann hätten wir eine Gesamtinvestition jährlich von zusätzlich 38 Millionen Euro, was übrigens, wenn man den Berechnungen der Experten glauben kann, und das kann man, etwa 750 zusätzliche Arbeitsplätze pro Jahr bedeuten würde.

Ich verstehe wirklich nicht, dass man sich so dagegen sperrt, dass man überhaupt keine Diskussion darüber führt und sagt, schauen wir uns das einmal wirklich im Detail an. Ist das wirklich gerecht, dass man so drüberfährt? Ich kann das jetzt nur aus der eigenen Erfahrung als Bürgermeister sagen. Es sitzen einige andere Bürgermeister auch noch

hier, wie sich hier die Zahlen entwickelt haben, wenn ich die Landesumlage und auch die angesprochenen sozialen Beiträge, die natürlich notwendig sind, hernehme.

Ich bin übrigens auch dafür, dass es einen Ausgleich zwischen den Gemeinden gibt, aber der muss eben gerecht sein. Wenn man sich die anschaut, dann hat es vor wenigen Jahren noch so ausgeschaut, dass die Stadt Eisenstadt zum Beispiel in etwa vier Millionen Euro beigetragen hat, und für das Budget 2017 sind es deutlich über sieben Millionen. Das ist einfach eine Zahl, die nicht mehr nachvollziehbar ist und wo einfach die Möglichkeiten schön langsam zu Ende gehen. So geht es natürlich vielen Gemeinden.

Im Übrigen die SPÖ-Vorsitzende aus Tirol hat sich nicht nur für die Abschaffung der Landesumlage ausgesprochen, sondern auch dafür ausgesprochen, dass die Transferzahlungen der Gemeinden an das Land zusätzlich noch eingefroren werden. Auch das ist ein guter Vorschlag einer SPÖ-Politikerin, dem ich viel abgewinnen kann.

Daher wird die ÖVP diesem Gesetz, das heute vorliegt, natürlich nicht zustimmen. Wir werden weiter daran arbeiten und weiter Vorschläge machen, sodass den Gemeinden wirklich geholfen wird, dass man nicht nur Lippenbekenntnisse macht, dass man nicht nur sagt, 2017 ist das Jahr der Gemeinden, weil halt gerade Gemeinderatswahlen sind, sondern diesen Worten auch Taten folgen lässt.

In dem Sinn werden wir nicht zustimmen, werden weiter für die Gemeinden, für die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden eintreten und der Schutzschirm auch für die Gemeinden und für die Bürger sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Bürgermeisterin Klaudia Friedl.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Unser Landeshauptmann hat das Jahr 2017 zum Jahr der Gemeinden gemacht. Aber nicht umsonst. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gemacht hat er es nicht; ausgerufen hat er es.)* Proklamiert! Nicht umsonst.

Ich denke, die 171 Gemeinden im Burgenland haben sich das auch verdient, denn unsere Gemeinden sind all das, was wir vorher gesagt haben, Wohn- und Lebensraum. Aber sie sind auch ein enormer Motor für Wirtschaft, für Tourismus, sie sind große Dienstleister, vor allem im Bereich der Verwaltung, und letztendlich, wie auch schon erwähnt wurde, ein ganz ein wichtiger Arbeitgeber auf allen Ebenen.

Die Aufgabenvielfalt unserer Bürgermeister unserer Gemeinden, unserer Kommunen hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert und dazu geführt, dass wir eigentlich kleine bis hin zu großen Firmen geworden sind, wo wir sehr vieles managen und sehr vieles bewältigen müssen.

Damals, in den vergangenen 50 Jahren oder 30 Jahren, waren die wichtigsten Aufgaben Infrastruktur, Wasserversorgung, -entsorgung, Straßenbau oder der Ausbau von Volksschulen, Pflichtschulen und Kindergärten. Eine große Anzahl an neuen Herausforderungen ist dazugekommen, vor allem im Sozialbereich, im Bereich der Kinderbetreuung, der Pflege der älteren Bürgerinnen und Bürger, aber auch beim Erhalt des Nahverkehrs.

Wir sind auch dafür verantwortlich, Ausbildungschancen für Kinder und Jugendliche zu kreieren, bis hin zu den Bereichen Wohnen, attraktives und leistbares Wohnen -

heutzutage große Schwerpunkte -, um der schon vorher genannten Abwanderung entgegenzuwirken.

Herausforderungen, die sehr viel an Management, aber natürlich auch sehr viel an finanziellen Herausforderungen bedürfen. Das wissen wir alle.

Es kommt jetzt natürlich darauf an, Herr Kollege Steiner, man muss das Ganze schon von Anfang bis zum Schluss durchrechnen, nämlich nur eine Sache herauszuholen und alle anderen Dinge, die vom Land sehr gut geregelt werden, nicht berücksichtigen, ist also für mich die halbe Rechnung.

Sie wissen, in Mathematik ist man immer durchgefallen, wenn man das Rechenbeispiel nur bis zur Hälfte durchgerechnet hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe maturiert in Mathematik.)* Dann ist es zwar ein guter Ansatz, aber man muss schon bis zum Schluss durchrechnen.

Daher muss auch gesagt werden, dass Gemeinden und Land ein sehr guter Partner sind und eine sehr gute Partnerschaft haben und es nicht darum geht, dass das Land den Gemeinden etwas wegnehmen will, denn wir sind Land und Land ist Gemeinden. Von daher kann man das ja auch gar nicht auseinandersehen.

Bei der Verteilung, und wenn wir das jetzt schon so genau anschauen, dann ist gerade das Burgenland österreichweit ein fairer Verteiler. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nur eine statistische Größe.)* Nämlich 74 Prozent der Ausgaben zu 26 Prozent der Gemeinden. Ja, ich weiß, Sie wollen das nicht hören. Aber das sind einfach Fakten und die kann man einfach nicht wegreden.

Im österreichischen Durchschnitt liegt dieses Verhältnis, wenn Sie schon das Tiroler Bundesland als Vergleich hernehmen, im Durchschnitt Österreich 61 zu 39. Ich denke, das ist alleine schon selbstsprechend. Der Herr Kollege hat vorher schon die Vorarlberger Zahlen genannt und die oberösterreichischen. Auch die Zahlen, die Transferausgaben und -einnahmen betreffen. Ich wiederhole das daher nicht mehr.

Der Verteilungsschlüssel, vor allem im sehr teuren Bereich, den wir uns auch leisten wollen, weil unsere Menschen uns wichtig sind, 40 zu 60 haben wir verändert auf 50 zu 50. Das gibt es in anderen Bundesländern auch nicht in diesem Ausmaß. Wenn ich Ihnen das auch noch sagen darf.

Ein Beispiel, was das Land Burgenland macht, das andere Bundesländer auch nicht tun, ist, dass die Kosten der Onkologie des Landes Burgenland, die wir im Krankenhaus Wiener Neustadt untergebracht haben, vom Land Burgenland sogar zu 100 Prozent getragen werden. Also auch Leistungen, die andere Bundesländer ihren Gemeinden nicht bieten.

Von daher sind die Vergleiche teilweise sehr hinkend. Das Land Burgenland schaut auf die Gemeinden. Wir sind Partner. Daher wurde auch in der letzten Landeskoordinationssitzung im vergangenen Oktober einstimmig beschlossen, dass die Landesumlage im Jahr 2017 bei 7,6 Prozent belassen wird. Sie wissen, beim neuen FAG-Gesetz ist eine Erhöhung auf 7,66 Prozent möglich. Das Land und alle Beteiligten *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wäre ja noch schöner.)* und vor allem alle Gemeindevertreterverbände haben sich dazu bekannt, diesen Prozentsatz nicht zu erhöhen, sondern dabei zu belassen.

Ich denke, das ist fair. Dafür ist es für mich nicht nachvollziehbar, werte Kollegen von der ÖVP, warum wir mit dieser Regelung und mit diesem Verteilungsschlüssel vom Land zu den Gemeinden nicht dabei bleiben sollten.

Und ich darf Ihnen eines sagen. Sie sind ja selbst Bürgermeister: Aber fahren Sie hinaus in die Gemeinden und in die Ortschaften! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Tue ich eh.)* Die Gemeinden und das Bild der Gemeinden sind selbstsprechend. Reden Sie mit den Kolleginnen und den Kollegen!

Es ist, glaube ich, keinem Bürgermeister im ganzen Lande während der Zeit, während Sie noch regierungsbeteiligt waren bis jetzt, wenn Projekte gestartet wurden, nie ein offenes Ohr geschenkt worden, wenn sie Projekte hatten, wo Unterstützung des Landes zugesichert worden ist.

Also mir ist es nicht so gegangen, und ich kenne sehr viele Bürgermeisterkollegen aus dem Bezirk Oberpullendorf. Ich bin mir ganz bewusst und bestimmt sicher, dass es in anderen Bezirken auch nicht anders läuft.

Das Land unterstützt die Gemeinden tatkräftig bei vielen Projekten.

Lassen Sie mir auch noch sagen, weil ich auch zur Dorferneuerung als Sprecherin große Affinität habe. Alle Projekte, die auch seitens des Landes an das Land zur Dorferneuerungsförderung herangebracht werden. Wir schicken fast keine Mittel zurück oder gar keine Mittel. Wir sind sehr bemüht, dass wir auch auf dieser Ebene alles ausschöpfen, was möglich ist, damit unseren Gemeinden so viel an Förderungen seitens der EU, aber auch vom Land und vom Bund zukommen, wie ihnen zusteht.

Daher wird meine Fraktion dieser Landesumlage nach wie vor - wir stehen dazu - zustimmen. Das Land Burgenland und seine 171 Gemeinden werden auch in den nächsten Jahren starke Partner bleiben. Auch wenn Sie das nicht so sehen, Herr Kollege, aber ich denke, die Schönheit unseres Landes und der Wohlstand unseres Landes und die Attraktivität unserer Gemeinden sind Beweis dafür, dass es bei uns im Burgenland stimmt. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Kollegin Friedl hat jetzt ein Plädoyer für die Landesumlage gehalten, was auch nachvollziehbar ist, weil sie die Argumentation benutzt hat, dass man immer ein offenes Ohr vorfindet, wenn man ein Anliegen in der Gemeindestube hat und diese quasi ans Land heranträgt.

Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Die eine Geschichte ist: Die Bedarfszuweisungen werden automatisch vom FAG her im Land belassen und entsprechend dem Willen und der Vorstellung des dafür zuständigen Referenten, sprich des Herrn Landeshauptmannes, bei Bedarf an die Gemeinden weitergegeben. Das kann man jeden Dienstag auf Facebook nachvollziehen, wo die auftretenden Gemeindefunktionäre kommen, ihre Anliegen vortragen und entsprechend dann die Bedarfszuweisungen „zugemittelt“ bekommen.

Das andere ist die Landesumlage, die jetzt zusätzlich eigentlich das finanziert, was schon vorher abgezogen wurde. Das heißt, wir haben zwei Ausgabepositionen, die sich das Land quasi vom FAG her sichert, weil sie den Gemeinden diese Landesumlage als zusätzliche Abgabe auferlegt. Ich glaube, das ist so korrekt.

Im Endeffekt ist es aber eine Sache, die auch von der Kollegin Friedl jetzt dahingehend richtig vermittelt wurde, das Land ist ja großzügig, weil es auf die 0,6

Prozent auch verzichtet. 7,66 Prozent wären möglich, und 7,6 ist der Einhebestatus. In Wirklichkeit, das wird aber niemanden retten.

Tatsache ist, dass wir eine Diskussion zu führen hätten, die im Grunde genommen nachvollziehbar geführt wird in der Entwicklung der Erträge in der Landesumlage. Wenn wir uns das bei dem Gesetz in der Vorlage anschauen, Entwicklung der Erträge von 2001 bis 2015, ist die Betragssituation, die den Gemeinden abgenommen wurde, von 12,3 Millionen Euro 2001 bis 19 Millionen Euro auf 2015 angewachsen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die auch hier im Haus vertreten sind! Ich höre landesweit und langatmig immer diese gleiche Diskussion, wo es heißt, wir sind so arm dran. Wir haben als Gemeinden nichts vom Portfolio her oder ein leeres Portfolio und müssen eigentlich die Aufgaben erledigen.

Hier gibt es eine Variante und eine Möglichkeit, zusätzlich Geld, das eigentlich in der Ausführung beim Land verbleibt und dem Land behilflich ist, seine Ausgaben zu decken, auf die Gemeinden umzulegen, weil es auch einen direkten Eingriff in die Gemeindeautonomie darstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine Frage des Zuganges. Wenn vorher vom Kollegen Steiner angeführt wurde, dass sich in anderen Bundesländern auch diese Diskussion regt, dass man quasi auf Landesumlage verzichten soll, ist das im Grunde genommen damit nicht auszugleichen, was Sie, Kollegin Friedl, angeführt haben, dass das Burgenland in seiner Quote bezogen auf andere Abgabenleistungen, besser und klarer formuliert als andere Bundesländer.

Das ist zwar löblich. Im Grunde genommen ist es aber eine Frage, wie schaffe ich es, den Haushalt, den das Land zu verwalten hat, ordnungsgemäß umzusetzen und wie kann ich eigentlich denen, die ich im sogenannten Jahr der Gemeinden qualifiziere, die entsprechende Unterstützung gewähren.

Ich glaube, dass es hier einen Paradigmenwechsel sehr wohl geben könnte. Wir werden mit einer Zielsetzung, dass jede Gemeinde um ihren Haushalt zu sichern beziehungsweise „aufzufetten“, in der Widmung Industrie und Gewerbegebiete zugestanden bekommt, mit Sicherheit nicht den Schlüssel für eine zukünftige finanzielle Sicherstellung der Gemeindehaushalte finden. Hier gehört strukturell etwas getan.

In der Diskussion empfinde ich sehr wohl als möglich, dass auch in Frage gestellt wird, ob eine Landesumlage eingehoben wird. Ich gehe davon aus, dass uns der Herr Landesrat gleich nachträglich erklären wird, dass sie ein sehr wichtiger Bestandteil des Landesbudgets ist - no na net. Ich meine, wenn ich sie als solche budgetiere, dann ist sie auch notwendig.

Auf der anderen Seite finde ich es legitim, darüber nachzudenken, darüber zu diskutieren, ob es eine andere Variante gäbe. Es wird in der Berufung darauf, dass ich sage, andere Bundesländer heben dort weniger ein, dort viel mehr ein, und wie immer auch, immer einen Ausgleich geben. Die Landesumlage vom Namen her, ist etwas, das im Grunde genommen auch - und das sage ich jetzt mit Vorsicht - interpretatorisch von Seiten der Gemeinde als eine Art von Strafzoll qualifiziert werden könnte. Wenn man jetzt schlimm denkt beziehungsweise anders denkt, es gäbe die Möglichkeit, auch eine andere Form mit Sicherheit der Gegenfinanzierung oder der Möglichkeiten einzuheben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesumlage in dieser Art in der Beschlussantragstellung ist ein Fortschreiben des Status quo. Er ist indexiert und prozentuell eigentlich immer höher.

Ich habe nur im Grunde genommen eines gesehen, wenn ich mir diese sogenannten monatlichen Zuweisungen im Sinne der Vereinbarung des Finanzausgleiches - für den Monat März habe ich sie gesehen - anschaue und bundesweit die Abgabensituation betrachte, gibt es für den Märztermin, für den Monat März, bundesweit und speziell auch für das Burgenland ein Minus in der Abgabensituation.

Das ist in der Ausführung ein Zeichen, dass das Steueraufkommen nicht entsprechend floriert oder so wie es veranschlagt wird. Ich weiß aus der Erfahrung desjenigen, der auch Empfänger von Gegebenheiten, die auf die monatliche Abrechnung auf Gemeinden stattfindet, dass die ersten zwei Monate immer schwächer waren und dass sie im Grunde genommen als Erstes einmal von Landesseite her dazu bedient werden, um die gegebenen Restsituationen von Landesseite her in Abzug den Gemeinden finanziell aufzubessern.

Auf der anderen Seite, wenn ich im März aber eine Abrechnungssituation von Bundesseite auf das Land habe, und damit in der Folgewirkung für die Gemeinde, wo die Abgabenerträge ein Minus aufweisen, dann mache ich mir um die sogenannte budgetäre Entwicklung insgesamt und über Steueraufkommen Sorgen.

Nochmals gesprochen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bezogen auf die Möglichkeiten, die es in der Finanzierung, in der Gegenfinanzierung, Querfinanzierung auf die einzelnen Gebietskörperschaften gibt, ist mit diesem Finanzausgleich, der Herr Landesrat war ja ein Mitverhandler dieses Finanzausgleiches von Länderseite her, in verschiedenster Hinsicht, ein altes Terroir aufgebrochen worden. Wir sollten aber auch dazu geneigt sein, nicht nur von Länder- auf Bundesebene diese Terroirs neu zu bespielen, sondern möglicherweise, und das war der Ansatz, der vorher vom Kollegen Steiner auch gewählt wurde, auch auf dem Terroir zwischen der Gebietskörperschaft Land und den Gebietskörperschaften Gemeinden einen neuen Weg zu finden. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Bieler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte im Detail ein bisschen auf die Ausführungen des Herrn Bürgermeister Steiner eingehen, weil er nicht irgendein Bürgermeister ist, sondern der Bürgermeister der Landeshauptstadt und werde Ihnen und ihm beweisen, dass er völlig falsch liegt.

Dieser Finanzausgleich, nicht nur der Finanzausgleich, sondern diese Landesumlage ist der Garant und Ausgleich dafür, dass die Gemeinden nicht mehr zahlen müssen.

Ich werde Ihnen erklären warum. Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie parteipolitisch vorgehen, dass Sie oppositionell vorgehen. Ich werfe Ihnen aber vor, dass Sie unverantwortlich gegenüber dem Land und den Gemeinden argumentieren.

Erstens, am 19. Oktober 2016 haben wir in der Landeskoordinationssitzung einstimmig beschlossen, die Landesumlage für 2017 aufrecht zu erhalten. Wir haben viele Diskussionen gehabt - über Kürzung, über Einschränkung, über Abschaffung der Landesumlage.

Nach Austausch der Argumente sind alle Gemeindevertreter einhellig der Meinung gewesen, dass es für die Gemeinden die beste Lösung ist, diese Landesumlage so beizubehalten.

Warum? Es gibt viele Punkte, die für diese Landesumlage und für die allgemeine Situation der Transferleistungen sprechen. Immerhin fast drei Viertel der Transferleistungen trägt das Land und nicht ganz ein Viertel, oder ein bisschen mehr als ein Viertel, müssen die Gemeinden zahlen.

Beim Krankenanstaltenabgang der KRAGES und der Barmherzigen Brüder zahlt das Land rund 85 Millionen. Zehn Prozent, also nicht einmal ganz zehn Millionen, zahlen die Gemeinden.

In Tirol sind es 50 Prozent. In Vorarlberg, in Oberösterreich sind es 40 Prozent. Wenn wir diese Diskussion beginnen, mit den Gemeinden und uns an das österreichische Niveau angleichen, zahlen die Gemeinden ganz schön drauf.

Die Gemeinden zahlen nicht bei der EU-Kofinanzierung, die Gemeinden zahlen nicht für den Notarzthubschrauber, die Gemeinden zahlen nicht für die Onkologie *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer sagt das?)* und das Land zahlt freiwillig zusätzlich nicht nur den Notarztwagen, sondern auch beim Rettungsdienst mit.

Wir hätten nämlich nur, weiß nicht, 30 Prozent, 25 Prozent, wir zahlen aber 50 Prozent für die Gemeinden mit.

Das heißt, wir haben hier eine Situation, die positiver für die Gemeinden nicht sein könnte. Wenn Sie jetzt fordern, dass man diese Landesumlage abschafft beziehungsweise für etwas anderes verwendet, dann eröffnen Sie die Gefahr, dass die Diskussion entsteht, schauen wir uns das an, wie das Ganze in den anderen Ländern funktioniert. Und das kann nicht billiger für die Gemeinden werden.

Ich möchte jetzt nicht populistisch sagen, ich bin das Schutzschild der Gemeinden. Aber wir haben uns da „committed“, dass wir das so händeln.

Die Gemeindevertreter schätzen das auch so, dass ich diese Diskussion nicht beginne, weil das könnte ich ohne weiteres. Weil das ist ja nicht so, dass nur das Land profitiert von EU-Finanzierungen und Kofinanzierungen und notwendigen Maßnahmen, sondern in den Gemeinden das auch passiert.

Wir zahlen seit einigen Jahren freiwillig 50 Prozent der Sozialleistungen und zum Dank dafür höre ich überall, die Gemeinden werden ausgelaugt. Das Land auch. Wir zahlen 50 Prozent - die Hälfte. Das heißt, diese Argumentation geht ins Leere.

Dass die Sozialleistungen gestiegen sind, das ist eine andere Diskussion. Da werden wir schauen, dass wir diese Kurve, wie in allen Ländern, auch in den Griff bekommen. Es hat lange Diskussionen im Finanzausgleich gegeben.

Aber diese Landesumlage einfach nur populistisch abzuhandeln, ohne die Vorteile für die Gemeinden hier hervorzuheben, ist einfach unverantwortlich den Gemeinden gegenüber und dem Land gegenüber, dass man sagt, das Land soll auf 19, 20 Millionen verzichten, weil es in dieser Situation nicht möglich ist. Das weiß jeder.

Das kann man als Opposition natürlich tun. In Tirol haben sie es genauso gemacht. Das darf die Opposition. Es steht der Regierung und dem verantwortlichen Teil im Landtag zu, das so zu argumentieren, wie es tatsächlich ist.

Daher danke ich den Gemeindevertretern, die diese Einsicht haben, weil sie genau wissen, es kann für sie nicht besser werden, sondern nur schlechter, weil wenn wir die

besten Transferleistungen seitens des Landes gegenüber der Gemeinde haben, dann kann man eigentlich gar nicht jammern.

Dass die Opposition anders tut, gut, ist ihr Recht. Aber ich werde ganz klar dagegen auftreten, weil ich, weil das Land, ein starker Partner für die Gemeinden ist, und das werden wir auch bleiben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Neuerlich zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Landesrat! Diese Argumentation, die Sie hier wieder angeführt haben, das ist ja nichts Neues. Das versuchen Sie jedes Mal irgendwie zur Sprache zu bringen und den Leuten das weiszumachen. Das stimmt natürlich so nicht. Ich lasse mir von Ihnen auch sicherlich nicht vorwerfen, verantwortungslos zu sein - gegenüber den Gemeinden schon gar nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie komme ich dazu? *(Ein Zwischenruf des Landesrates Helmut Bieler.)* Nur weil Sie mit Ihrer Argumentation so daherkommen, ohne das inhaltlich zu besprechen und zu überlegen? Wer ist denn für was zuständig? Wer hat denn die Kompetenz in der Sozialhilfe? Wissen Sie das? Wer ist denn nach der Verfassung zuständig, das Land oder die Gemeinden? *(Landesrat Helmut Bieler: Das Land.)* Also das Land.

Wer ist denn dann für den überörtlichen Rettungsdienst zuständig? Das Land oder die Gemeinden? *(Landesrat Helmut Bieler: Die Gemeinden.)* Nein! *(Landesrat Helmut Bieler: Doch! Für den Notarztwagen zuständig.)*

Dann wundert mich Ihre Argumentation eigentlich gar nicht, wenn Sie nicht einmal wissen, wofür Sie zuständig sind. Dann wundert mich diese Argumentation von Ihnen ja gar nicht. *(Zwischenrufe des Landesrates Helmut Bieler.)* Dann wundert mich das wirklich nicht, wenn Sie nicht einmal zwischen dem örtlichen und dem überörtlichen Rettungsdienst unterscheiden können, wo klar ist, dass der überörtliche Rettungsdienst in der Verantwortung des Landes liegt und daher auch vom Land bezahlt wird. Das ist ja wohl logisch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie stellen sich daher und erzählen irgendwas und sagen am Schluss und alle anderen, die einen anderen Vorschlag haben, sind verantwortungslos. Na Entschuldigung, es ist verantwortungslos, wenn Sie da die Unwahrheit sagen. Nein, das ist die Unwahrheit. Ich sage Ihnen das auch. Für die Krankenanstalten ist auch das Land zuständig. Dass die Gemeinden hier etwas dazuzahlen, das ist ohnehin freundlich genug. Jetzt komme ich noch zu diesem berühmten Koordinationskomitee, das Sie immer anführen.

Einstimmig. Ja, das stimmt, das war früher auch immer einstimmig, weil immer so ein bisschen so der Druck da war, naja, wenn wir etwas ändern, dann werden wir woanders auch etwas ändern. *(Landesrat Helmut Bieler: Logisch!)*

Das nenne ich eine politische Erpressung und das ist nicht fair. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner hat sich neuerlich der Abgeordnete Gerhard Steier zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Gerhard Steier: In aller Kürze. Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um beizuspringen, was der Herr Landesrat jetzt meint ist, dass sich das Arrangement zwischen den Gemeinden und dem Land in irgendeiner Form ergeben hat, aber nicht darauf fußt, wie Sie richtig ausgeführt haben, dass die

gesetzlichen Bestimmungen, eindeutig einem Träger einer Gebietskörperschaft eine Verantwortung übertragen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Richtigstellung, aber auch wenn nötig zur Korrektur, Herr Landesrat, bezogen auf das Rettungsgesetz, haben Sie gesagt, das Land zahlt freiwillig den halben Anteil am Rettungsschilling oder am Rettungseuro.

Tatsache ist, dass das Rettungsgesetz pro Kopf auf die Gemeinden abzielt und dass der Gesetzgeber, sprich das Land, sehr wohl den 50-prozentigen Anteil für das Land ausweist und die Gemeinden 50 Prozent der Kosten für das Rettungsgesetz übernehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

6. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 758) mit dem das Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz 2001 geändert wird (Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 532) (Beilage 791)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 6. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 758, mit dem das Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz 2001 geändert wird. (Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz-Novelle 2017), Zahl 21 - 532, Beilage 791.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz 2001 geändert wird (Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz-Novelle 2017), in seiner 17. Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Danach erfolgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA und Hergovich.

Anschließend verlas ich die Beschlussformel des Abänderungsantrages.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vorliegende Gesetzentwurf unter Einbezug des von mir gestellten Abänderungsantrages mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz 2001 geändert wird (Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz-Novelle 2017), unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Den Zuschauern auf der Tribüne, aber ganz besonders den Zusehern in unserem Livestreaming wünsche ich ein herzliches Grüß Gott. In diesem Fall jetzt ganz besonders auch jenen Damen und Herren, die im öffentlichen Dienst des Burgenlandes beheimatet sind, nämlich, den Gemeinde- oder Landesbediensteten beziehungsweise den Bediensteten von Gemeindeverbänden, weil genau auf diese bezieht sich diese Novellierung des Landesbedienstetenschutzgesetzes in der Novelle 2017. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich hätte jetzt schon gleich gesagt, mein Herz macht als Gewerkschafter natürlich einen Juchzer, aber jetzt macht es einen Freudensprung, wenn wir wieder einen großen Schritt in Richtung Verbesserung des Bedienstetenschutzes im öffentlichen Dienst in unserem Burgenland unternehmen.

Wir haben zwar eine vielleicht traurige Grundlage dafür, warum wir das jetzt angeben müssen, weil eben ein paar Beschwerden EU-mäßig anhängig sind, aber eines, glaube ich, ist uns allen eigen, nämlich, dass wir besonderen Wert auf den Arbeitnehmerschutz gerade bei uns im öffentlichen Dienst des Landes beziehungsweise der Gemeinden legen. Dafür sind wir ja quasi als Arbeitgeber auch verpflichtet dafür zu sorgen, dass all jene, die in unserem Namen, nämlich auf der Grundlage unserer Gesetze, die wir hier so verfügen, im Arbeitsstand sind, auch entsprechend einen Schutz haben.

Da geht es mir im Wesentlichen auch darum, dass wir jetzt schon ein bisschen die in der Vorreiterrolle übernommene Bundesgesetzgebung mit dem Bundesbedienstetenschutzgesetz machen und wir auch das hin anpassen.

Im Detail: Worum geht es jetzt wirklich genau? Es geht darum, dass hier Anpassungen im Bereich der Sicherheitsvertrauenspersonen erfolgen. Jenen besonderen Menschen also, die sich dann für den Dienstgeber mehr oder weniger dem Arbeitnehmerschutz besonderes Augenmerk aufrechterhalten beziehungsweise dem Dienstgeber hier auch dementsprechend dienlich sind, um darauf zu achten, dass der Arbeitnehmerschutz auch eingehalten wird und dass hier auch dementsprechende Aufzeigungen dieser Menschen vom Dienstgeber auch wahrgenommen werden und die auch besser gestellt werden.

Es werden den Bediensteten auch Pflichten aufrechterlegt. Das haben wir ja auch in vielen anderen Bereichen immer so, denn es hilft der Beste Arbeitgeber nichts, wenn all diese ganzen Schutzkleidungen und sonstige Schutzmaßnahmen, die der Gesetzgeber vorgibt, der Arbeitgeber sogar zur Verfügung stellt, der Bedienstete dann ganz einfach außen vorlässt und irgendwo bei schwerer Arbeit mit den Schlapfen umherläuft und dann

im Prinzip in Ermangelung eines Sicherheitsschuhs vielleicht die eine oder andere Zehe verliert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch das hier ist jetzt neu geregelt beziehungsweise besser geregelt. Aber, wir vergessen hier auch nicht, dass jene Menschen, die da für den Arbeitnehmerschutz besonders herausgehoben sind, auch dementsprechend geschult und ausgebildet werden müssen, um hier auch, zum Beispiel, Erste Hilfe zu leisten, bei der Brandbekämpfung vor Ort zu sein, oder bei Evakuierung auch wirklich fundiert eingesetzt werden können, um nicht einfach irgendetwas zu verlangen, sondern das auch im Prinzip verlangen zu können, weil sie entsprechend ausgebildet sind.

In diesem Gesetz wird auch vermehrte und vergrößerte Rücksicht auf die gefährlichen Arbeitsstoffe, sowie die Angleichung an das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz genommen. Auch im Bereich der Tätigkeit der Präventivkräfte wird hier entsprechende Vorsorge getroffen, dass die ihre Aufgabe auch entsprechend wahrnehmen können.

Ein interessanter Zugang, aber auch rechtlich mittlerweile schon lange notwendig ist, dass die Kontrolle des Bedienstetenschutzes im Bereich der Landeslehrer in den Allgemeinen Schulen, den Berufsbildenden Pflichtschulen und an den Landwirtschaftlichen Fachschulen jetzt auch übernommen wird.

Eben in dem diese Kommission, die bis dato schon zuständig war, außerhalb dieses Bereiches auch für diesen Bereich in Zuständigkeit gesetzt wird. Natürlich muss man dadurch die jeweiligen Senate schaffen, um das auch wirklich in der Menge der anfallenden Momente beheben beziehungsweise auch bearbeiten zu können.

Ein paar notwendige Rechts- und Fehlerbereinigungen liegen dann noch vor, die ebenfalls gemacht werden.

Für uns, beziehungsweise für die Verwaltung wesentlich ist für mich, dass hier keine zusätzlichen Verwaltungslasten für die Bürger oder Unternehmer anfallen. Das ist auch immer, neben den finanziellen Bedingungen, die bei Gesetzen natürlich ins Auge gefasst werden müssen, ein wesentlicher Ansatz, den man schon zeitigen muss, weil die Verwaltung ja normalerweise für irgendwen immer zusätzliche Aufgaben bedingt. In diesem Fall fällt das hier nicht an.

Dieses Gesetz hat auch einen verstärkten Schutz vor Umweltgefährdung zum Inhalt, sodass im Prinzip hier bestimmte Dinge, überhaupt wenn es um gefährliche Arbeitsmittel oder ähnliches geht, nicht in die Umwelt freigesetzt werden.

Ein wesentlicher Ansatz, den ich auch sehr begrüße, der das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz schon länger kennt, ist die Problematik der Arbeitnehmer, wenn Sie sich in der psychischen Belastung sehr unter Druck gesetzt fühlen, bis dato immer allein gelassen wurden.

Hier haben wir mit diesem Passus, dass hier eben auch bei Auftreten psychischer Belastung im Landes- und Gemeindedienst die Möglichkeit besteht, an sogenannte Fachleute heranzutreten und dort nicht nur diese Möglichkeit besteht, sondern auch das Recht des Bediensteten besteht, sich hier entsprechend der Möglichkeit der Inanspruchnahme von Arbeitspsychologen zu bedienen.

Die Betrauung der Bedienstetenschutzkommission mit der Kontrolle des Bedienstetenschutzgesetzes für Landeslehrer habe ich schon grundsätzlich erwähnt. Dass diese Kommission jetzt natürlich dementsprechend mehr Aufgaben haben wird, ist durch die Schaffung von zusätzlichen Senaten berücksichtigt worden.

Hinsichtlich des Inkrafttretens dieses Gesetzes haben wir ein bisschen eine Abweichung vom sonstigen üblichen Usus, indem nach diesem Beschluss am heutigen Tag das Gesetz in Wirklichkeit schon quasi am nächsten Tag nach der Bekanntmachung in Kraft tritt und deshalb keine dementsprechendes Datum für das Inkrafttreten vorgenommen wird, weil hier ja auch eine Dringlichkeit geboten ist.

Alles in allem darf ich sagen, ist das jetzt eine dringend nötige Änderung zum Schutze unserer Bediensteten. Da es um den Schutz unserer Bediensteten geht, gehe ich schon davon aus, dass wir dieses Gesetz einstimmig verabschieden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Werner Friedl.

Bitte um Ihren Beitrag Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Seit der Verlautbarung des Burgenländischen Bedienstetenschutzgesetzes aus dem Jahr 2011, welches dem Arbeitnehmerschutz der Landes- und Gemeindebediensteten im Burgenland in EU-Recht und innerstaatlichem Recht konformer Weise regelt, haben sich die EU-Regelungen für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Arbeit generell weiterentwickelt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Beispielsweise wurden EU-Richtlinien über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene und Muttergene, bei der Arbeit über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz, über Arbeitsplatzrichtgrenzwerte, über Mindestvorschriften der Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmittel durch den Arbeitnehmer, oder die Arbeitnehmerin bei der Arbeit, zur Vermeidung von Verletzungen durch scharfe und spitze Instrumente in Krankenhäusern und auf dem Gesundheitssektor und zur Anpassung an die Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen erlassen.

Diese Richtlinien wurden in das innerstaatliche Recht des Bundes in Österreich durch den ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz übernommen.

Auf Landesebene, was die Bediensteten des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände anbelangt, wurden diese Richtlinien großteils durch Verordnungen zum Burgenländischen Bedienstetenschutzgesetz im Landesrecht umgesetzt. Einige EU-Richtlinien bedürfen jedoch zusätzlich auch der Umsetzung auf gesetzlicher Ebene, damit die Vervollständigung des von der EU vorgesehenen Rechtsbestandes im Bedienstetenschutzrecht erreicht wird. Die EU-Kommission und die Bedienstetenschutzkommission haben überdies aufgezeigt, dass einige Bestimmungen noch nicht vollständig umgesetzt wurden. Das betrifft Aufgaben der Sicherheitsvertrauenspersonen betreffend Pflichten der Bediensteten und vor allem betreffend Benennung und Ausbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für die Erste Hilfe, Brandbekämpfung, Evakuierung der Arbeitnehmer zuständig sind.

Zu den letzten Bestimmungen ist bereits ein Beschwerdeverfahren anhängig. Deshalb besteht zur Umsetzung dieses EU-Rechtes dringender Handlungsbedarf. Bei der vorliegenden Novelle werden die EU-rechtlichen Vorgaben zur Gänze erfüllt.

Es hat sich aber auch das Bedienstetenschutzgesetz auf Bundesebene, losgelöst von der EU-Richtlinien-Umsetzung, weiterentwickelt. Zu erwähnen sind hier neben der bereits erwähnten Anpassung vor allem die Pflichten zur Evaluierung bei physischen Fehlbeanstandungen und die Möglichkeiten der Heranziehung von Arbeitspsychologinnen und Arbeitspsychologen sowie die Übertragung der Regelung der Verpflichtungen zur Kontrolle des Bedienstetenschutzgesetzes der Landeslehrer an den allgemein bildenden berufsbildenden Pflichtschulen und der Landeslehrer an den landwirtschaftlichen Fachschulen an die Landesgesetzgeber nach dem Landeslehrerdienstrechtgesetz.

Mit der vorliegenden Novelle werden diese noch offenen Regelungsnotwendigkeiten erfüllt und dabei gebotene Rechtsbereinigungen und Fehlerbeseitigung durchgeführt, indem wesentliche Regelungen des Bundes analog in das Bedienstetenschutzgesetz der Landes- und Gemeindebediensteten übernommen werden.

Es ist davon auszugehen, dass durch den vorliegenden Gesetzentwurf mit Ausnahme des Verwaltungsaufwandes für die Tätigkeit von zwei neugeschaffenen Kommissionen und den vermehrten Einsatz von Fachleuten keine finanziellen Auswirkungen für die Gebietskörperschaften zu erwarten sind. Hinsichtlich des Inkrafttretens des Gesetzes ist im Hinblick auf die dringend gebotene vollständige Umsetzung der Richtlinie 89/391/EWG in das Landesrecht der frühestens mögliche Zeitpunkt nach Erlassung der Verordnung anzustreben, weshalb von der Festlegung eines bestimmten Zeitpunktes des Inkrafttretens abgesehen und der Kundmachung im Landesgesetzblatt am folgenden Tag vorgesehen wird. Meine Fraktion wird diesem Burgenländischen Bedienstetenschutzgesetz zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin! Das Bedienstetenschutzgesetz weist uns darauf hin, wie hoch der Wert und der Schatz unserer Gesundheit sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Frau hier gedanklich zu uns in die Mitte des Hohen Landtags rufen, die den Kampf gegen eine Krankheit verloren hat, die aber immer für höchste Gesundheit und den Schutz der Gesundheit der ArbeitnehmerInnen gekämpft hat. Genau heute vor zwei Wochen ist Sabine Oberhauser verstorben. Sie war eine Politikerin, die weit über die Parteigrenzen hinaus Anerkennung gefunden hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nicht nur durch ihre Art, wie sie aufmerksam, herzlich und sehr kompetent auf Menschen eingegangen ist, und auf Menschen zugegangen ist, sondern auch weil sie wirklich gekämpft hat. Ich denke nur etwa an den NichtraucherInnenschutz, den sie sehr konsequent durchgezogen hat, ich denke aber auch an sie als Frauenpolitikerin. Sie hat einmal gesagt, Politik ist das Bohren harter Bretter, bei Frauenpolitik kommt aber noch eine Stahlplatte dazu. Ich denke, Sabine Oberhauser wird uns in der politischen Landschaft und in unserem Land sehr fehlen. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Frau Präsidentin. Sind wir noch immer bei Tageordnungspunkt Bedienstetenschutzgesetz? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich war nicht ganz sicher. Deswegen frage ich höflicherweise nach, damit ich mir sicher sein kann, dass wir das Bedienstetenschutzgesetz noch diskutieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Bedienstetenschutzgesetz ist eine Sache, die uns alle eigentlich sehr stark berühren sollte und auch betrifft, weil in der Ausführung manches beinhaltet ist, was uns in den letzten Monaten, Jahren, eine Entwicklung zeichnet, in Richtung Burn-Out, und speziell sowie es die Vorredner auch erwähnt haben, im Sinne von Mobbing.

Mobben ist eine Form der Darstellung, wo Personen in ihrem Arbeitsverhältnis an den Rand des Ruins getrieben werden und in der Ausführung nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen. Daher ist es ganz wichtig, die Grundlagen, die im Grunde genommen jetzt in der Übernahme auch sind, entsprechend zu kennzeichnen. Das Bedienstetenschutzgesetz, und ich will mich auf eine andere Ebene bewegen, auf eine andere Diskussionsgeschichte einstellen, hat aber auch Kennzeichen, die in der Bewegung heute noch nicht dargestellt wurden und die aber sehr wichtig sind.

Ein wichtiger Aspekt des Arbeitnehmerschutzgesetzes ist der, sagen wir es einmal, freier Arbeitsraum ohne Einschränkungen in gesundheitlicher Hinsicht. Ein wichtiger Aspekt dabei, der bis heute nicht entsprechend administriert und gesetzlich verankert ist, ist zum Beispiel das Freisetzen von Feinstaub aus Druckern, die am Arbeitsplatz direkt neben einem arbeitenden Menschen aufgestellt sind.

Dieses Problem des Feinstaubs aus diesem Arbeitsgerät ist einfach zu lösen, indem Drucker in einen anderen Raum gestellt werden, der quasi nicht die direkte Vermittlung dieses Feinstaubs in die Lungen und in die Atemwege des Bediensteten möglich macht. Das ist eine Angelegenheit, die mittlerweile von Arbeitsmedizinern der Europäischen Union, aber auch von nationalen Bestrebungen her gekennzeichnet ist, die aber in der Umsetzung noch immer nicht die gesamte Tragweite und die Umsetzung auf den Arbeitsplätzen Gegebenheit gefunden hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Andererseits ist ein wichtiger Aspekt, zum Beispiel, etwas, das zukunftsgestaltend mittlerweile auch in der Gegenwart, in vielen Lebensmitteln, in vielen Gebrauchsgegenständen Eingang gefunden hat, nämlich die sogenannte Nanopartikelsituation. Nanopartikeln sind ein Zweig der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir heute noch in ihren gesamten Auswirkungen absolut nicht kennen, wo es aber in der Ausführung auf gewisse Schreibgeräte, auf gewisse Gegenstände immer stärker dazu kommt, aus Erwägungen, die wirtschaftlicher Natur sind, aber auch aus Erwägungen, die entsprechend auf Festigkeit und anderes auch auf Geschmacksituation Nanopartikel Eingang finden, weil sie eine stärkere Möglichkeit der Ausprägung von gewissen Bestandteilen auf die Zusammensetzung eines Produkts kennzeichnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Arbeitnehmerschutz ist speziell in der Verantwortung von politischer Seite her eine absolute Notwendigkeit. Deshalb ist es mehr als zu begrüßen, dass hier auch in der Umsetzung diese gesetzliche Maßnahme getroffen wird. Wir sollten aber eines immer wieder berücksichtigen, nämlich, dass das ein wichtiger Bestandteil neben allen Schutzbestimmungen ist. Wenn wir einen Arbeitsplatz im öffentlichen Bereich heute nur so quasi betreuen, dass diese Personen einmal im Jahr eine Ansprache erfahren, dann ist das ein Zustand, der dann in der Folge auch nicht verwunderlich in ein Chaos, in eine Sackgasse führt.

Ich glaube, dass jede Verpflichtung, die arbeitnehmerrechtlich vorhanden und einzuhalten ist, auch die psychische Betreuung beziehungsweise den psychologischen Effekt mitberücksichtigen soll und eine Führung einer bestimmten Abteilung, zum Beispiel, seitens des Landes, aber auch in der politischen Konsequenz auf die Verantwortung sollte immer damit einhergehen, dass man mit den Bediensteten nicht nur ein offenes Gesprächsklima, sondern auch eine produktive, inhaltliche Gesprächsbasis findet.

Dem Arbeitnehmerschutzgesetz werde ich zustimmen. Dankeschön. *(Befall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz 2001 geändert wird (Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz-Novelle 2017), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz 2001 geändert wird, Burgenländische Bedienstetenschutzgesetz-Novelle 2017 ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

7. Punkt: Bericht des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 742) über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2015 (Der Grüne Bericht 2015) (Zahl 21 - 516) (Beilage 792)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 742, über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2015 (Der Grüne Bericht 2015), Zahl 21 - 516, Beilage 792.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht sehr geschätzter Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Frau Präsidentin. Der Agrarausschuss hat den Beschlussantrag, über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2015 (Der Grüne Bericht 2015), in seiner 3. Sitzung, am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Agrarausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2015 (Der Grüne Bericht 2015) wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Der Grüne Bericht 2015 betrifft jetzt eine Zeit, die schon ein bisschen lang her ist. Leider, wie die letzten Jahre auch, müssen wir hinnehmen, dass das reelle landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft, und das österreichweit und somit natürlich auch im Burgenland, wieder gesunken ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das vierte Jahr in Folge ist dies festzustellen. Das heißt natürlich, dass dieses Faktum die Familien, die bäuerlichen im Burgenland und vieles darüber hinaus Jahr für Jahr stärker trifft. Auf der anderen Seite gibt es viele Sachen, die sie einkaufen müssen, die teurer werden. Der Gehalt beziehungsweise das dementsprechende Einkommen geht allerdings zurück. Das ist eigentlich eine sehr bedenkliche Entwicklung. Vor allem deshalb, weil leider damit zu rechnen ist, dass das in den nächsten Jahren nicht wesentlich besser wird.

Wobei man das auch ein bisschen differenziert sehen muss, denn verschiedene Bereiche schneiden unterschiedlich ab. So sind, zum Beispiel, Dauerkulturbetriebe und Biobetriebe sowie der Weinbau wesentlich besser unterwegs und haben teilweise sogar ein leichtes Plus verzeichnen können. Dennoch ist diese Entwicklung mehr als bedenklich und hat viele Gründe.

Ein wesentlicher Grund ist auch in diesem Bericht beschrieben. Ich zitiere: „Das Jahr 2015 war das zweitwärmste Jahr in Österreich beziehungsweise von Oberösterreich bis ins Nordburgenland das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1768."

Das heißt, wir haben fast jedes Jahr oder zumindest die letzten zwei Jahre völlig andere Wetterextremsituationen. Einmal zu heiß, dann wieder zu kalt, beziehungsweise zur falschen Zeit zu kalt. Das sind natürlich auch wesentliche Punkte, die das landwirtschaftliche Einkommen schmälern. Da helfen auch Versicherungen, Stützungen und Förderungen des Landes oder des Bundes nur bedingt. Es gibt inzwischen immer mehr Betriebe, die sich vor diesen Wetterauswirkungen schützen.

Gerade heute ist ein Bericht in den Medien zu lesen, wo die erste Erdbeerkultur unter einem Folientunnel vorgestellt wurde, um eben mit seinen Kulturen vor solchen Wetterextremen gefeit zu sein. Das geht natürlich nicht bei allen Kulturen und ist natürlich auch wieder eine Entwicklung, die hoffentlich gut geht, weil man muss natürlich da auch um einiges mehr investieren, weil es natürlich eine automatische Bewässerungsanlage, die Folientunnel und alle paar Jahre eine neue Kunststoffbespannung und ähnliches braucht. Das alles ist nicht so einfach.

Weitere Gründe seien noch kurz aufgezählt: Eine gewisse Überproduktion, zum Beispiel Schweinefleisch. Da gehört natürlich auch ein bisschen der Lieferboykott bezüglich Rußland dazu.

Die Aufhebung der Milchquote hat es den Bauern und Bäuerinnen natürlich auch nicht viel leichter gemacht und immer mehr Betrieben bleibt da leider nur mehr die

Alternative wachsen oder weichen, um diese Einkommenseinbußen auszugleichen beziehungsweise hier komplett sich aus dem "Spiel" zu nehmen.

Eine Zahl vielleicht noch, auch die wird immer größer. Der Großteil der Betriebe im Burgenland wird im Nebenerwerb geführt. Laut dem Grünen Bericht sind das exakt 60,22 Prozent.

Positiv zu bewerten ist, dass der Großteil der Zahlungen im Rahmen des Umweltprogramms ÖPUL ausbezahlt wurde. Weniger positiv zu bewerten ist, dass nach wie vor die großen Betriebe den Hauptteil der Förderungen bekommen und die kleinen Familienbetriebe oder die Spezialbetriebe hier teilweise durch die Finger schauen oder einfach zu wenig bekommen.

Wir kritisieren das seit Jahren. Wir wollen hier eine Deckelung und eine Änderung der Förderung. Mir ist schon klar, dass das jetzt nicht unbedingt im Burgenland passieren kann sondern auf EU- aber auch auf Österreichebene möglich ist. Aber ein bisschen kann auch das Burgenland hier ausgleichen.

Laut Herbstantrag 2015 sind 78 Betriebe neu in die Maßnahme biologische Wirtschaftsweise eingestiegen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Allerdings muss man dazu sagen, dass wir nach wie vor knapp unter 1.000 Biobetrieben im Burgenland liegen. Wir waren nur einmal kurz über der Tausendergrenze, das war 2012, um genau einen Betrieb nämlich über 1.000.

Es wäre hier aus vielen Gründen notwendig eine deutliche Aufwärtsbewegung zu schaffen und hier mehr Betriebe dazu zu bringen, dass sie auf den Biolandbau umsteigen. Landesrätin Dunst hat hier auch schon zumindest angekündigt, deutliche Schritte hier vornehmen zu wollen.

Es gibt im Moment gerade die Initiative „Zukunft Landwirtschaft“, wo das einer der Hauptpunkte löblicherweise ist.

Als Beispiel, das was passiert wenn auch zu wenig, der Bioverband BIO AUSTRIA bemüht sich hier zum Beispiel mit kommerziellen Schweinehalterinnen und Schweinehaltern, die eventuell interessiert sind an Biolandbau hier notwendige Informationen zukommen zu lassen.

Es gab im Jahr 2015 deshalb eine Exkursion nach Oberösterreich, wo es wesentlich mehr Biobetriebe im Bereich Schweinehaltung gibt. Wir wissen durch die AMA, dass gerade im Hühner- und im Schweinebereich Biofleisch gefordert wird, also die Nachfrage größer ist als das Angebot.

Also hier wäre es auch im Hinblick auf das was ich zu Anfang gesagt habe, dass die Einkommensentwicklung für Biobetriebe besser ist, um wirklich mehr Betriebe zum Umstieg zu bewegen.

Leider muss man auch dazu sagen, dass die Entwicklung Österreichs zwar ganz gut ausschaut, wenn man sich die nackte Zahl anschaut mit rund 1.609 Betrieben. Man muss aber leider auch sagen, dass fast die gleiche Menge komplett aufgehört hat oder wieder ausgestiegen ist. 620 zum Beispiel haben überhaupt aufgehört von diesen 1.600. Also im Moment hält sich das in etwa die Waage. Leider.

Zur Forstwirtschaft: Auch da ist natürlich ein Riesenproblem, wenn so warme beziehungsweise von warmen Jahren kann man gar nicht mehr sprechen, wenn es diese heißen Sommer gibt. Dadurch sind die Bedingungen für Holzschädlinge allen voran die Borkenkäfer, sehr hoch.

Dadurch ist der Anteil des Borkenkäferschadholzes im Jahr 2015 wirklich extrem hoch. Dieser Trend ist bereits seit 15 Jahren in etwa jetzt zu sehen, ein Jahr ist etwas besser, aber meistens gibt es große Probleme. Bei uns im Raum Oberwart wird gerade heftig geschlägert, genau aus den Gründen.

Ich habe das, glaube ich, eh schon einmal erwähnt, die Forstexperten gehen davon aus, dass wir die Fichte in unseren Breiten komplett verlieren werden, weil sie einfach für das Klima nicht gerüstet ist, sie ist einfach nicht hitzeempfindlich. Man wird mehr auf Kiefer und Eiche ausweichen müssen, die wesentlich trockenresistenter sind. Der Klimawandel setzt eben auch hier ein deutliches Zeichen.

Eine interessante Zahl die mir noch aufgefallen ist, auch hier ist die Konzentration relativ groß. Auf die 47 größten Forstbetriebe die über 200 Hektar haben, entfällt fasst die Hälfte des burgenländischen Waldes.

Zum Wein: Dem wurde auch ein sehr großer Teil im Bericht gewidmet. Das 2015er Jahr war eigentlich ein sehr gutes Jahr. Mengenmäßig hatten wir zwar schon mehr Wein, aber mit der tollen Zahl von 666.333 Hektoliter an Erntemenge kann man das 2015er Jahr doch als ein gutes bezeichnen.

Man kann hier in dem Bericht auch sehr detailliert sehen welche Sorten auf wieviel Hektar angebaut sind. Das einzige was fehlt ist der Uhudler. Der Uhudler kommt genau ein einziges Mal vor im ganzen Bericht und das ist pikanterweise dort, wo es um die amerikanische Rebzikade geht, die nämlich leider auch vor dem Uhudler nicht Halt macht.

Ich habe mit den Mitarbeitern der Landesrätin eh schon gesprochen. In Zukunft wird der Uhudler auch im Grünen Bericht verankert sein. Ist auch deswegen wichtig, weil der Uhudler ganz eindeutig nicht nur eine landwirtschaftliche Komponente im Südburgenland hat, sondern auch eine touristische.

Und ich glaube, wir sind alle der Meinung, dass wir hier unbedingt ausbauen müssen, das Angebot heben müssen. Leider hat uns da das 2016 Jahr einen Strich durch die Rechnung gemacht. Aber ich denke mir, im heurigen Jahr wird es wieder ein bisschen besser ausschauen.

Der Grüne Bericht berichtet natürlich auch über die Tierhaltung. Auch hier muss man sagen gibt es eine ähnliche Tendenz wie in den letzten Jahren, immer weniger Betriebe, aber immer mehr Tiere pro Betrieb.

Zum Beispiel Schweine: 2009 gab es insgesamt 62.000 Tiere, 2015 46.000 und die Halter waren 2009 über 1.000, jetzt haben wir gerade noch einmal 500. Für österreichische Verhältnisse ist das immer noch relativ klein.

Auch bei den Kühen stehen in Stallungen mit zehn bis 60 Tieren, hier gibt es von 100 nur fünf Betriebe in denen solch eine Tierzahl steht. Die meisten Betriebe sind sehr kleine Betriebe.

Bei den Ziegen und Schafen gibt es zwar von Jahr zu Jahr leichte Auf- und Abbewegungen, aber eigentlich bleibt die Zahl, sowohl der Tiere, als auch der Halterinnen und Halter ziemlich gleich.

Leider gibt es keine Zahl über die Bienen, keine konkreten. Das würde ich auch noch anregen. Vor allem weil die Biene ja doch auch ein Zeiger ist, wir brauchen die Biene nicht nur jetzt für die Honigproduktion, sondern wir brauchen die Bienen auch als Bestäuber.

Und wenn wir hier sehen, dass die Zahlen dramatisch zurück gehen, dann sind wir auch aufgerufen Gegenbewegungen einzuleiten beziehungsweise zu schauen, dass wir hier mehr fördern und uns dann anschauen warum denn das so ist.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht besonders interessant finde ich den Bereich der Direktvermarktung. Rund 31.000 Vollzeitarbeitskräfte österreichweit jetzt sind durch die Direktvermarktung geschaffen. Die Arbeitsplätze würden ohne die Direktvermarktung somit nicht existieren.

Das wären neue Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeitnehmer die auf den Arbeitsmarkt drängen würden, der ohnehin schon sehr belastet ist, gerade im Burgenland.

Interessant ist auch, dass der Einkommensanteil aus der Direktvermarktung deutlich ansteigt. Also auch hier ein positiver Ausreißer aus der grundsätzlichen Abwärtsbewegung. Von durchschnittlich 22 Prozent im Jahr 2010 auf nunmehr 34 Prozent und dank Wein im Burgenland haben wir sogar einen Schnitt von 57 Prozent. Das ist eine sehr positive Entwicklung.

Auch hier natürlich wieder wäre es wichtig auf den Schwerpunkt Bio zu setzen. Sehr viele Biobetriebe sind in der Direktvermarktung, wo man sich bemüht, um die Direktvermarkter und somit auch um die Konsumenten und Konsumentinnen. Wir wissen ja selber alle, dass die Nachfrage eigentlich nach dem Einkauf direkt am Hof oder am Bauernmarkt oder auch im Bauernladen sehr hoch ist.

Regionalität hat auch im Supermarkt eine immer höhere Wertschätzung. Die Leute greifen immer mehr zu regionalen Produkten. Ich denke mir, das ist sehr wichtig hier auch mehr Initiativen zu setzen.

Ich möchte hier auch wieder auf den Bauernmarkt Oberwart hinweisen, der jahrelang ein Schattendasein geführt hat und nun durch eigentlich relativ wenige Maßnahmen ein wirklicher Kommunikationstreffpunkt ist.

Wo immer mehr Betriebe stehen, die ihre Produkte direkt verkaufen und das so auch eine Chance für Neueinsteiger, für Umsteiger langfristig ist und natürlich auch für die Sicherung des bäuerlichen Einkommens und der regionalen Versorgung, Seitenhinweis natürlich auch auf klimaschonende Produktion, ganz wichtig ist.

Summa summarum würde es mich freuen, wenn ich im nächsten Bericht über die Bienen und den Uhudler auch etwas lesen kann. Ich bin gespannt, was sich bei „Zukunft Landwirtschaft“ weiter tut.

Ideen gibt es, glaube ich, jede Menge. Es ist wichtig, dass wir jetzt dann langsam an das Umsetzen gehen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! In aller Kürze noch einmal zum Jagdgesetz. Es ehrt uns als Oppositionspartei und Schützerin des Eigentums und der Grundeigentümer, dass wir anstatt der zuständigen Landesrätin den Gesetzentwurf machen hätten sollen, so wie es der Kollege Kölly erwähnt hat.

Ich danke aber auch der zuständigen Landesrätin für ihre klare Aussage und Einstellung, dass das Jagdgesetz 2004 für die Jäger jetzt 2017 bereinigt werden musste

oder so ähnlich. Kein Wort über die Landwirtschaft, über den Natur- und Tierschutz, Gemeinde- oder Grundeigentümer.

Sie können noch so viele Seminare machen, Kurse et cetera wie Masterplan und so weiter und so fort, das nimmt Ihnen niemand ab, wenn Sie gleichzeitig den Grundeigentümern mit dem neuen Jagdgesetz zehn Prozent der Pachteinnahmen nehmen. Das nimmt Ihnen niemand ab. *(Beifall bei der ÖVP)*

Kollege Spitzmüller hat den Grünen Bericht bestens erläutert. Ich nehme den Grünen Bericht gerne an, um mich bei allen fleißigen Bäuerinnen und Bauern die tagein tagaus für regionale, gesunde, frische Lebensmittel sorgen, aber auch bei all jenen, die immer wieder zum Gelingen eines lebensfähigen ländlichen Raumes beitragen, sie leisten hervorragende, bewundernswerte Arbeit und dafür sei ihnen unser aller Dank gesagt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein großes Danke, gebührt auch den Beschäftigten und vielen ehrenamtlichen Funktionären bei Landwirtschaftskammer, in diversen bäuerlichen Verbänden und selbstverständlich auch den beiden landwirtschaftlichen Fachschulen Eisenstadt und Güssing sowie allen, die zu diesem Bericht beigetragen haben.

Dieser Grüne Bericht zeigt deutlich wie vielfältig Land- und Forstwirtschaft ist. Wir als Volkspartei haben mehrere Anträge gestellt bäuerliche Betriebe zu unterstützen wie zum Beispiel bei den Sozialversicherungsbeiträgen und bei der Absicherung mit der Hagelversicherung. Alle Anträge wurden leider von Ihnen abgelehnt.

Glück im Unglück hatten wir mit unserer Forderung einer Hagelversicherung für Frostschäden. Hier haben Sie Gott sei Dank eingelenkt, weil es sonst niemand im ganzen Burgenland verstanden hätte, wenn Sie diese betroffenen leidgeprüften Betriebe nicht unterstützt hätten. Für dieses Verständnis danke ich Ihnen, besonders dem Finanzlandesrat.

Die österreichische und burgenländische Landwirtschaft produziert unter schwierigeren Rahmenbedingungen als andere Staaten. Sei es von den Strukturen, sei es vom Klima aus gesehen, aber auch was die Umweltstandards betrifft, die wir alle einfordern, oder in Bezug auf den Tierschutz.

Wir stehen hier im Wettbewerb mit industrialisierter Landwirtschaft und mit Staaten, die ein niedriges Lohnniveau haben. Trotz dieses permanenten Drucks gelingt es immer wieder, unsere kleinen Strukturen gegenüber vielen anderen europäischen Ländern zu erhalten.

Die deutschen Landwirtschaftsbetriebe zum Beispiel sind viermal größer als die österreichischen. Die Tschechischen sind zehnmal größer, die Dänischen fünfzehnmal größer.

Wir haben nach wie vor bäuerliche Betriebe und diese werden, was sehr wichtig ist, auch wenn sie größer werden, viel öfter von bäuerlichen Familien geführt als anderswo.

Und Sie, Frau Landesrätin, haben heute wiederum erklärt, dass Sie für Klein- und Mittelbetriebe sind, Sie sagen aber nie dazu, was Sie darunter verstehen. Sagen Sie uns ganz einfach: Drei Hektar, fünf Hektar, 20, 100 Hektar, 200 Hektar oder fünf Rinder, zehn, 50 oder 100, oder Umsätze, 20.000, 50.000, 100.000 und so weiter?

Mein Selbstverständnis ist dabei, dass alle, die fleißig für unser Land arbeiten nicht bestraft werden sollen, so wie Sie es bei diesem Jagdgesetz mit den zehn Prozent gemacht haben.

Wegen dieser Aktion, aber mit dem Dank noch einmal an alle, denen die ländlichen Räume wichtig sind, schließe ich meine Stellungnahme zum Grünen Bericht, ohne genau darauf einzugehen und danke dafür für Ihr Verständnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute den Grünen Bericht des Berichtsjahres 2015, definitiv Bericht über die wirtschaftliche sowie auch über die soziale Lage in der Land- und in der Forstwirtschaft.

Ich bedanke mich vorweg bei allen, die bei der Bestellung dieses Grünen Berichtes mitgearbeitet haben, es ist ein informativer, ein guter, ein umfangreicher Bericht. Ein herzliches Dankeschön.

Wir haben heute auch beim Jagdgesetz über die Situation, auch über die schwierige Situation in der Landwirtschaft gesprochen. Ich möchte es nicht verabsäumen, diesen Tagesordnungspunkt auch zu nutzen und vor allem unseren Landwirten sehr herzlich für ihren Einsatz, für ihre Arbeit, zu danken.

Allen die hier im Hauptgewerbe, im Nebengewerbe, in der Biolandwirtschaft oder auch in der konventionellen Landwirtschaft tätig sind. Es ist nämlich eine große Herausforderung hier Tag und Nacht gemeinsam mit der Natur zu arbeiten, bei jeder Witterung um auch am Markt bestehen zu können.

Dieser Bericht gibt uns den Stand an Fakten und Zahlen für das Jahr 2015. Fakten und Zahlen über die Lage der Land- und Forstwirtschaft.

Geschätzte Damen und Herren, die Landwirtschaft hat im Vergleich zu anderen Bundesländern gerade in unserem Bundesland Burgenland eine überdurchschnittliche Bedeutung. Der Agrarbereich ist daher im gesamten Burgenland nach wie vor ein tragender Wirtschaftsbereich.

Wenn wir uns die Fakten und die Zahlen in den vielen Bereichen der Land- und Forstwirtschaft ansehen, so müssen wir feststellen, dass sich die Spirale für unsere Landwirte weiterhin nach unten dreht.

Die ständig sinkende Zahl der Menschen die von der Landwirtschaft leben können gibt uns Anlass und gibt mir Anlass zur Sorge. Mit Schuld sind mitunter die niedrigen Preise infolge der Abhängigkeit hier auch am Weltmarkt.

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte Sie ja nicht mit Daten und Fakten und Zahlen und Statistiken langweilen, wenn Sie nur den Überblick und die Zusammenfassung dieses Grünen Berichtes lesen und in weiterer Folge auch interpretieren können, so sehen wir die Entwicklung.

Ich persönlich bevorzuge auch immer wieder mit Betroffenen, sprich mit den Landwirten auch über die Lage und über die Situation zu sprechen. Wir blicken aber natürlich, wenn wir den Grünen Bericht heute diskutieren, zurück, wir sollten aber natürlich auch nach vorne blicken.

Seit Juni 2015 wurde das neue Regierungsmitglied, Frau Landesrätin Verena Dunst für das Ressort in der Land- und Forstwirtschaft politisch verantwortlich. Gerade sie ist keine, die nur zurückblickt, sondern in dieser Form ganz einfach positiv nach vorne

blickt und hier natürlich Chancen nützt, die man in unserem Land für die Landwirtschaft auch positiv darstellen kann.

Unser Burgenland ist ein Land mit einer großen landwirtschaftlichen Vielfalt. Das geht von der hohen Qualität in der Getreide- sowie in der Obst- und Gemüseproduktion aus und der Bogen spannt sich bis hin zum ausgezeichneten Wein. Und wie wir heute auch gehört haben dem Uhudler, der ja das vergangene Jahr in dieser Form auch legalisiert wurde.

Wir haben in unserem Land positive Grundvoraussetzungen wie das pannonische Klima und einen guten Boden, die zu einer hervorragenden Qualität und auch Einzigartigkeit bei den landwirtschaftlichen Produkten führt.

Sich ausschließlich mit internationalen Dumpingpreisen und Massenprodukten zu messen macht keinen Sinn. Die Stärke liegt hier in unserer Qualität, in unserer burgenländischen Qualität. Darum muss der Fokus ausgerichtet sein auf Qualität, sprich Qualität vor Quantität zu setzen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, wenn man von Qualität und Regionalität spricht, spricht man natürlich auch über Bio. Der Bio-Landbauer ist das Aushängeschild unserer Landwirtschaft. Eine große Chance liegt sicher noch in der Verbindung zwischen Landwirtschaft und Tourismus, auch diese Nische weiterhin auszubauen, aber vor allem in der Regionalität.

Kollege Spitzmüller hat auch die Chancen in der Direktvermarktung und vor allem die Entwicklung in der Direktvermarktung hier angesprochen.

Geschätzte Frau Landesrätin! Mögen Deine Vorhaben zum Wohle unserer Landwirte und unseres Landes in Erfüllung gehen, damit noch mehr Menschen unser schönes Land schätzen und lieben lernen.

Wir nehmen seitens unserer Fraktion den Grünen Bericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der Grüne Bericht wäre eigentlich auch auf der einen Seite in der Diskussion so zu überschreiben, die Überschrift könnte lauten: „Das Bauernleben in Zeiten des Bauernsterbens."

Das ist ein Tatbestand, der jetzt nicht seit gestern eingetreten ist, sondern den wir schon langatmig verfolgen können. Und die gesellschaftliche Entwicklung kennzeichnet eines, dass jährlich eine große Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben aufgelöst werden und auf der anderen Seite diese Flächen möglicherweise einem anderen Betrieb zugeschlagen werden.

Das heißt, wir haben eine Vergrößerung der sogenannten Anbauflächen auf Einzelbetriebe in der Größenordnung bei 58 Hektar, in Wirklichkeit jetzt bundesweit und nicht auf das Land bezogen. Im Land ist es noch um etliches geringer.

Die Konsequenz heißt durchwachsen quasi auch das Überleben sichern. Ich glaube, dass das ein Trugschluss ist in Zeiten wie diesen, wenn man davon sich abhängig macht, dass man seine Erntemenge an eine Genossenschaft verkauft und damit dem

Weltmarktpreis obliegt. Diese Entwicklungstendenz wird sicherlich nicht dazu führen, dass es kein Bauernsterben mehr geben wird.

Im Gegenteil. Das ist, glaube ich, durch diese Entwicklung auch nicht aufzuhalten. Wir haben ein riesiges Problem mit einer sogenannten „Landwirtschaftlichen Kultur“, die im Burgenland auch sehr stark verbreitet war mit der Aufgabe der Kontingentierung.

Bei den Zuckerrüben ist etwas in Gang gesetzt worden, wo es jetzt nur mehr in freien Bereichen die Kontrahierung gibt und damit ist eigentlich auch dieser Geschäftszweig für die Bauernschaft kein erfolgreicher mehr.

Das was quasi eine wirkliche zukunftsträchtige Form ist… *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ)* Vielleicht könnte irgendjemand herauskommen und für mich dann das Gespräch auch suchen.

Tatsache ist, dass ein Wirtschaftszweig in der Landwirtschat ein sehr prosperierender ist und auch sehr gute Annahmeformen seitens der Konsumenten, aber auch was den Import betrifft, aufweist. Das ist die Weinwirtschaft.

Speziell im Burgenland ist sie eine sehr verbreitete Form und wir können uns glücklich schätzen, dass gerade der Wein in den letzten Jahren einen Auftrieb erfahren hat, auch durch die Qualitätssteigerungen und durch eine neue Marktsituation, *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* die wir auch entsprechend zu nutzen imstande sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Grüne Bericht in seiner Darstellung weist aber auch nach, dass wir einen Prozess, der in Gang gesetzt wurde, leider nicht stoppen können.

Wir müssen danach trachten, und das ist eine Aufgabe des landwirtschaftlichen Ressorts und der Gegebenheiten durch die Frau Landesrätin im Verbund mit der Landwirtschaftskammer mit der sie sich sehr gut versteht, außer wenn es dann um das Jagdgesetz geht, quasi danach zu trachten und die Möglichkeiten zu nutzen, Produkte zu erwirtschaften. Auf der anderen Seite Produkte auch zu veredeln.

Wir haben eine Situation, die im Grunde genommen ganz wichtig ist, ohne jetzt auf den Inhalt direkt einzugehen. Wir müssen festhalten, dass wir einen 17prozentigen Einkommensverlust im sogenannten Grünen Bericht 2016 auf die Landwirtschaft österreichweit feststellen können.

Das wird mit Sicherheit nicht um vieles anders auf burgenländische Verhältnisse zu übertragen sein. Und was es heißt 17 Prozent Einkommenseinbußen auf seinen Jahresverdienst festhalten zu müssen, ist eigentlich nicht nur Existenz bedrohend, sondern eigentlich auch schon etwas, wo man sich nicht lange überlegen muss, wohin das führen soll.

Die Marktbedingungen, die zum Teil von meinen Vorrednern angesprochen worden sind, sind nicht einfacher geworden. Wir haben es mit der Liberalisierung und auf der anderen Seite durch europäische Maßnahmen zu tun, die Kontingentierungen nicht mehr haben wie bei Milch, bei Schweinen.

Und zusätzlich ist es dann auch noch ein Umstand, der uns eigentlich allen zu denken geben sollte. Landwirtschaft findet im Freien statt, ist dem Wetterunwillen ausgesetzt und hat quasi die Natur als Wirtschaftsraum, als handelnden Raum. Und daher ist es nicht verwunderlich, wenn dann durch Frost oder durch andere Umstände in der Witterung geringere Erntemengen eingefahren werden, was zum Teil natürlich dann über den Preis ausgeglichen werden kann.

Aber wie wir erleben müssen, im Weinbereich findet etwas statt, das ich, glaube ich, nicht zuträglich für die gesamte Weinwirtschaft empfinde. Der Wein ist in den letzten Monaten so stark verteuert worden, dass er ein, wenn er in der Inflationsliste drinnen wäre, ein Maßstab, ein maßgebender Maßstab, ein Brecher in Richtung Steigerung der Inflationsrate geworden wäre.

Der Wein hat dort aber im Warenkorb keinen Einklang. Er findet aber auf der anderen Seite durch Frost und durch andere Wetterunbill jetzt eine geringere Möglichkeit der Vermarktung und deswegen hat man sich im Preisbereich sehr stark dort begeben.

Was uns im Burgenland weniger betrifft, obwohl wir ja auch Bergbauernförderung zuerkannt bekommen haben, ist, dass die Bergbauernbetriebe österreichweit überdurchschnittlich verloren haben, was das Einkommen anlangt. Und was im Grunde genommen durch angesprochene Exporteinschränkungen gegenüber Russland nicht mehr so intensiv stattfindet, hat auf der anderen Seite andere Exportmärkte gefunden. Wir haben viel stärkere Agrarexporte zu verzeichnen als im Vorjahr, also 2015 bezogen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Trend zu größeren Betriebseinheiten habe ich angesprochen. Ich darf das noch mit einer Zahl kombinieren.

1951 war die durchschnittliche Betriebsgröße mit zirka 18,8 Hektar in der Bewirtschaftung, 2013 waren es 43,7 Hektar und das ist quasi laufend jährlich in einer Steigerung befindlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was in die Verteilung der europäischen Fördermittel und der Bundesfördermittel anlangt, gibt es eine Einschränkung gegenüber dem Jahr 2014 um 6,2 Prozent der Mittel. Das ist laufend eigentlich auch in der Reduktion was die Diskussion anlangt zu erwarten.

Wir werden im Endeffekt einen wachsenden Bevölkerungsanteil, weltweit gesehen, aber auch europaweit, speziell aber auch österreichweit in der Ernährung autark nur dann schaffen, mit entsprechend qualitativen Lebensmitteln zu versorgen, wenn dieser Landwirtschaft auch der entsprechende Stellenwert eingeräumt wird.

Ich glaube, Frau Landesrätin, hier haben Sie auch eine sehr gewichtige Aufgabe übernommen. Es wird gesellschaftspolitisch, glaube ich, in der Diskussion um den ländlichen Raum immer stärker nachgefragt werden, den Stellenwert des Bauern, des Landwirtes entsprechend zu heben. Wenn wir es nicht schaffen sollten, die Anerkennung innerhalb der Gesellschaft zu steigern, den gesellschaftlichen Stellenwert zu befördern, ist quasi dem Aussterben oder dem Abrücken vom landwirtschaftlichen Beruf nicht Einhalt zu gebieten.

Auf der anderen Seite gibt es verstärkterweise immer mehr junge Leute, die sich für Natur, naturnahen landwirtschaftlichen Anbau interessieren. Es ist auch nachweislich, zum Beispiel mit den landwirtschaftlichen Schulen, wo es jährlich Zuwächse gibt. Wir haben im Burgenland, abgesehen jetzt von Eisenstadt, in seiner Bandbreite, in seiner Vielfalt in der Landwirtschaftlichen Schule speziell in Güssing ein Programm, das quasi österreichweit herzeigbar ist. Wenn wir uns spezialisieren und im Angebot entsprechend hier etwas anbieten, dann sind wir quasi auch Vorreiter in einer Situation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil wir auch in einem der nächsten Tagesordnungspunkte die Einkommenssituation der österreichischen Bevölkerung kennzeichnen, ich weiß nicht wie viele von Ihnen wissen, was ein durchschnittlicher Landwirt im Jahr an Pension bezieht. Ich darf es Ihnen mitteilen, es sind im Durchschnitt österreichweit 818 Euro. Soweit ich weiß, ist das um einige Euro weniger als die

Mindestsicherung. Wir brauchen uns hier eigentlich nicht wundern, dass dann der Zuschussbedarf des Staates um etliches höher ist.

Wir sollten hier auch entsprechend die Möglichkeiten nutzen, die Einkommenssituation zu erhöhen. Der Grüne Bericht im Jahreszyklus erweist immer mehr den sogenannten Punkt, dass es weniger Einkommen gibt. Ich glaube mit Beteuerungen und Sonntagsreden, werden wir hier dem Ganzen nicht Einhalt gebieten. Es gibt die Tendenz und die Entwicklung, dass die Landwirtschaft eine Möglichkeit ist. Sie wird aber nicht in der gesamten Tragweite die Bevölkerungszuwächse und den gesamten Bevölkerungsanteil ernähren können.

Es braucht auch konventionelle Landwirtschaft. Hier den Spagat zu finden entsprechend Fördermöglichkeiten auch auszunutzen, wird quasi auch an die Grenzen stoßen, weil diese Fördermittel nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass es ein gesellschaftspolitischer Aufschrei sein sollte, dass der Grüne Bericht 2016 ein überdurchschnittliches Absacken, was die Einkommensentwicklung der bäuerlichen Bevölkerung betrifft, ausweist.

Um dahingehend einen gesellschaftlichen höheren Anteil und einen Stellenwert zu erzielen, bedarf es nicht nur der Steigerung der Einkommensverhältnisse, sondern insgesamt einen positiven Zugang von Seiten der Bevölkerung und auch in der Vermittlung durch die Politik gegenüber der Bevölkerung, die alten Klischees, die alten Vorurteile, die sich bezogen auf die Landwirtschaft über Jahrzehnte eingeprägt haben, abzubauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht allen anempfehlen, dass Sie sich am Tag der offenen Tür oder auch zwischendurch in eine der Landwirtschaftlichen Schulen bewegen. Sie werden eines zur Kenntnis nehmen: Es gibt immer mehr Kinder, Jugendliche, die sich für diesen Schulbesuch interessieren. Auf der einen Seite könnte man administratorisch sagen, weil sie quasi damit das Polytechnikum umgehen und nicht dort quasi aufgesetzt sind, sondern sie gehen in die Landwirtschaftliche Schule aber hauptsächlich auch darum, weil sie diesen praktischen Unterricht in Verbindung mit den Berufsaussichten als einen wirklichen Stellenwert in unserer Gesellschaft anerkennen und ich gebe hier wirklich auch zum Nachdenken mit.

Nachdem die Kinder das setzen, sind auch die Eltern soweit. Daher sollte dort auch, Frau Landesrätin, nachgestoßen werden. Das ist eine Aufgabenstellung die es sich lohnt entsprechend zu verfolgen und insgesamt darauf hinzuzielen, dass die Landwirtschaft den ihr zustehenden und für die Zukunft eigentlich noch viel wichtigeren Stellenwert bekommt. Die einzelnen Vertreter, sprich die Bauernschaft, eine ganz andere Bewertung erfährt, als sie es heute von der Politik aber auch von der Gesellschaft zuerkannt bekommt. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank ist die Frau Landesrätin Dunst zu Wort gemeldet. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Vielen herzlichen Dank. Zunächst einmal an Sie alle, die sich mit dem Grünen Bericht beschäftigt haben. Ich gebe allen Rednern Recht, wenn sie sagen wir reden nicht nur mehr von der Landwirtschaft, wir reden von Produktion von Lebensmitteln, von der Versorgung der Menschen im Burgenland, von Exportanteilen, wo wir aber sehr oft im Wettbewerb mit der Globalisierung stehen und international natürlich dann nicht mehr mithalten können.

Sie haben Recht, dass das unser aller Problem ist und genau das ist, glaube ich, der Fokus auf den dieser Grüne Bericht zu sehen ist. Denn wie geht es weiter im ländlichen Raum? Ich würde das gerne umfassender sehen.

Aber zunächst einmal lassen Sie mich herzlich bedanken bei jenen, die die Arbeit haben, diese Daten und Fakten zueinander zu fügen. Das ist sehr viel Arbeit. Das passiert im Agrarreferat, damit Sie den Herrn dahinter erkennen, seine Mitarbeiter. Das ist der Herr Referatsleiter DI Wutschitz, der jedes Jahr, jetzt seit vielen Jahren, den Grünen Bericht macht. Ich bin sehr froh, dass er das mit Umsicht aber auch so macht, und das war meine Aufgabe, und mein Auftrag und das versteht er hervorragend, nämlich dass wir auch daraus genau das lesen können, wie es weiter geht und was wirklich ist. *(Allgemeiner Beifall)*

Ja, Ihre Wortmeldungen waren klar, Sie sagen ganz klar, dass es drei Möglichkeiten gibt noch etwas zu verdienen, das ist im Biobereich, das ist natürlich ein Drittel der Wertschöpfung aus dem Weinbereich und das sind natürlich eher, so wie Sie richtig gesagt haben, Herr Abgeordneter Spitzmüller, wenn wir hinschauen Ab-Hof-Verkäufe, Direktvermarkter. Das sind die Chancen.

Ich darf nur einige Dinge erwähnen. Wir schauen nicht zurück, danke auch für diese klare Aussage, sondern nach vor. Wir sind gefragt, wie geht es weiter? Weil jetzt nur alle negativen Dinge aus dem Grünen Bericht herauszunehmen, da gibt es leider viele. Gott sei Dank nicht nur, aber viele, das bringt uns nichts.

Was natürlich schon sehr eng zusammenhängt damit ist die Förderkulisse, teilweise auch die hohen Auflagen, die Bürokratie, die nicht fassbar ist und vor allem auch die Systeme, wie wir jetzt zur Zeit erleben, dass immer kleinere und mittlere Betriebe immer mehr aufhören und damit natürlich letztendlich die Nahversorgung am Land völlig in Frage gestellt wird und wirklich völlig so weit im Ausmaße ist, dass es bedenklich ist.

Denn wir reden darüber, dass Menschen am Land sich ansiedeln sollen. Wir können sie aber nicht mehr versorgen. Das Gasthaussterben, die Nahversorger, das alles hängt natürlich ganz eng mit dem zusammen. Ich möchte Sie aber gern einladen, gerade aus diesem Jammertal ein Positives zu sehen. Drei, vier Bereiche haben Sie ja geschafft. Nur einige Dinge, wo ich glaube, was ich tun kann, aber ich möchte auch klar die Grenzen aufzeigen von Ihnen und auch von mir, an die wir stoßen, wenn es um Förderungen geht, um Auflagen geht, die wir nicht im Stande sind oder sehr schwer im Stande sind, sie zu verändern.

Das eine, was ich fast jeden Dienstag und am Wochenende erlebe ist, dass Menschen kommen, diese Woche auch wieder ein kleiner Winzer mit 2,5 ha, das geht bis zu den Landwirten mittlere, kleinere, die einfach sagen, ich höre jetzt auf. Für mich war das Schlüsselerlebnis auch diese Woche wieder am Dienstag, wo einer der schon lange nicht mehr in der Landwirtschaft arbeitet, auch nicht in der Weinwirtschaft, aber gesagt hat, ich wollte den kleinen Winzerbetrieb meines Vaters nicht zusperren. Das war für mich Erbe, das war für mich Auftrag. Jetzt gebe ich ehrlich zu, jetzt habe ich 15 Jahre lang 90.000 Euro Sozialversicherung einbezahlt mit 2,5 ha. Ich bekomme das nicht heraus. 280.000 Euro investiert, ich muss aufhören.

Für mich sind das immer so Dinge, die mich so stark auch an meine Kindheit und Jugend erinnern, denn dieser Strukturwandel hat damals begonnen und hat auch viele, viele Opfer gefordert. Das was ich schon klar sagen muss ist, dass die EU-Förderungen ganz klar zum Großteil, zu 80 Prozent natürlich auf Wachsen aber auch gleichzeitig leider auch auf Weichen ausgerichtet sind.

Dass was wir im Land gemacht haben, ist einfach in den letzten Jahrzehnten diesem Strukturwandel, den wir nicht aufhalten können, aber aufhalten können durch Regionalmaßnahmen, nämlich dass wir demgegenüber etwas hinstellen, wo man vom Land her etwas dagegen hätte tun müssen, weil man hätte nie zuschauen dürfen, dass einfach genau das passiert, dass alle kleineren und mittleren Betriebe leider aufhören.

Das hilft eh nichts, ich habe vorher selber gesagt, das passiert nicht. Die Sozialversicherungsbeiträge, wo die kleinen und mittleren Betriebe ungleich viel mehr zahlen müssen, als die Großen, was es überhaupt kein gerechtes soziales System gibt, wo die Großen wirklich viel mehr zahlen müssen, denen würde es auch nicht so viel ausmachen, als den Kleinen, *(Abg. Walter Temmel: Es gibt die Höchstbemessungsgrundlage!)* die dann letztendlich hergehen und sagen, ich gebe auf. *(Abg. Walter Temmel: Höchstbemessungsgrundlage!)*

Ja, Sie wissen was zu ändern ist. Sie werden ja auch mit Ihren Landwirten, die Sie vertreten wollen reden. Das ist ein Problem, wenn die Großen wenig zahlen im Vergleich zu den Kleinen und Mittleren, die viel zu zahlen haben. Wenn ein Polizist mit 2,5 ha Wein 9.000 Euro im Jahr zahlen muss, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Er kriegt auch eine Pension dafür!)* dann werden Sie mir nicht erzählen, dass das gerecht ist. *(Abg. Walter Temmel: Deswegen habe ich auch einen Antrag gestellt!)* Das passiert mit den kleinen Bauern, das passiert genauso mit den mittleren Bauern. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Da können wir etwas tun. Da müssen wir auch etwas tun, weil was wollen Sie? *(Abg. Walter Temmel: Die Bauern bekommen die Höchstbemessungsgrundlage!)* Wo wollen Sie hin, Herr Abgeordneter? Es hilft nichts, wenn Sie als Bauernbundvertreter dauernd so machen und nicht sehen was real ist. Sie beklagen, dass das Südburgenland Abwanderung hat, *(Abg. Walter Temmel: Kennt Du die Höchstbemessungsgrundlage?)* na wundert mich nicht. Außer dass Sie die Region dauernd schlechtreden.

Aber jetzt wieder zu Ihnen allen zurückgekehrt. *(Abg. Walter Temmel: Ob Du die Höchstbemessungsgrundlage kennst?)* Bei den Sozialversicherungsbeiträgen müssen wir uns natürlich auch - und da wäre ich Ihnen sehr verbunden als Landtag, dass wir schaffen, *(Abg. Walter Temmel: Habt Ihr abgelehnt!)* auch wieder eine Beschlussempfehlung an den Bund weiterzugeben, dass wir uns etwas überlegen müssen. Wenn ich nur einen Beruf habe, damit ich dort etwas verdiene, dass ich mir mein Hobby Landwirtschaft noch leisten kann, das kann ja nicht wirklich der ländliche Raum sein.

Dass was wir natürlich auch, und da lade ich Sie genauso wieder ein, was wir tun können und sollten ist, und ich bin dabei Arbeitskreise jetzt auch seitens von uns zusammenzustellen. Schauen Sie es geht darum, dass ELAK bereits freigeschaltet ist. Wir reden von der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und so weiter. Förderung auf Seiten der EU. Jetzt sind wir alle aufgerufen, dass wir dort, natürlich werden nicht alle das Burgenland gerade anhören, aber ich bin überzeugt auch im Schulterschluss mit anderen Bundesländern, dass wir diese Fördermittel auf EU-Ebene verschieben.

So geht es nicht weiter und in den anderen Bundesländern haben sie es teilweise besser geschafft als wir, weil man da einfach entgegengewirkt hat, dass das so schnell geht mit dem Zusperren. Aber Großteils haben wir alle das gleiche Problem. Zusammengefasst am Ende:

Ich glaube was sehr, sehr wichtig ist, ist das worauf Sie zum Großteil hingewiesen haben. Es liegt die Chance auf die Konzentration auf sehr hoch qualitative Produkte. Dort kann man Preise bekommen, faire Arbeitsbedingungen. Die Menschen, die auf der

anderen Seite die große Chance sehen, das sind wir alle als Konsumenten und Konsumentinnen. Ab-Hof-Verkäufe, Direktvermarktung und und und sind unsere große Chance, weiter auf Bio zu setzen, das ist eine Riesenchance. Ich lasse aber nicht zu, dass ich dann wieder in irgendeiner Bauernzeitung falsch zitiert werde, wo man sagt, die geht gegen die konventionelle Landwirtschaft.

Nein, es hat beides ihre Berechtigung. Aber ich sehe, und das haben Sie ja selber gesehen und gehört, dass gerade die Bioprodukte und der Ausbau für Bio im Burgenland auch eine Riesenchance bedürfen. Ich lade Sie auch alle ein, nicht nur vom Landtag her zu überlegen, wie können wir Systeme ändern, sondern auch zum Zweiten, noch einmal zurück, diese Sozialversicherungsgeschichten und die ELAK-Förderung anzuschauen, aber ganz wichtig ist mir auch, dass wir uns Gedanken machen, wie kann man das ändern.

Der ländliche Raum ist wichtig. Wir leben alle im ländlichen Raum. Der muss attraktiv sein, auch für die jungen Menschen. Deswegen möchte ich mich ganz besonders bei allen bedanken, die noch an die Landwirtschaft glauben, die, die Gott sei Dank auch etwas verdienen können. Aber ich bedanke mich auch bei jenen, die neu in die Landwirtschaft einsteigen, beziehungsweise bei den jungen Menschen. Es hat mich total gefreut, dass ich in den letzten Monaten oft von jungen Menschen angesprochen wurde. Danke fürs Kompliment an die Landwirtschaftlichen Fachschulen, die machen eine großartige Arbeit.

Wir brauchen die jungen Menschen auch, die nicht nur Jammern hören, sondern auch Zukunftsvisionen haben, die sind unsere Zukunft, aber vor allem unsere gemeinsame Hoffnung, dass der ländliche Raum nicht ausstirbt, auf den sind wir eigentlich stolz und sollten alles unternehmen, dass der auch weiter besteht. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche, jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2015 (Der Grüne Bericht 2015) wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Einkommensbericht 2016 des Rechnungshofes (Beilage 727) gemäß Art.1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, für die Jahre 2014 und 2015 (Zahl 21 - 505) (Beilage 793)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 8. Punktes der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den Einkommensbericht 2016 des Rechnungshofes, Beilage 727, gemäß Art.1 § 8 Abs.4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, für die Jahre 2014 und 2015, Zahl 21 - 505, Beilage 793.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den Einkommensbericht 2016 des Rechnungshofes gemäß Art.1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, für die Jahr 2014 und 2015, in seiner 17. Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Einkommensbericht 2016 des Rechnungshofes gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBL. I Nr. 64/1997, für die Jahr 2014 und 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik ist als erste Rednerin zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, manchmal ist es zum Jammern. Dankeschön Herr Präsident. Ja, der Bericht des Rechnungshofes, der allgemeine Einkommensbericht 2016 ist sehr umfangreich, weswegen ich mich natürlich auch nur auf manche ausgewählte Aspekte hier beziehen werde. Anlässlich des gestrigen Internationalen Frauentages werde ich hier vor allem frauenspezifische Aspekte herausnehmen.

Eines ist ganz klar auf Grund dieses Berichtes: Der Gender Pay Gap hat sich in den vergangenen Jahren nicht verringert. Und zwar zieht sich das durch alle Sparten. Ich zitiere aus dem Bericht: Frauen verdienen nach wie vor - und in allen Beschäftigungsgruppen - deutlich weniger als Männer. 2015 betrug das mittlere Einkommen der Frauen 62 Prozent des mittleren Männereinkommens. Besonders auffällig ist da die Gruppe der 30-39-Jährigen, da haben Frauen im Vergleich zu den Männern ein besonders niedriges Bruttojahreseinkommen.

Der Skandal ist, dass es noch immer Berufe gibt, in denen vor allem Frauen arbeiten, die nach wie vor sehr, sehr niedrig dotiert sind. Wir haben also auf der einen Seite einen großen Unterschied zwischen Männern und Frauen quer durch die Berufssparten, gerade im öffentlichen Dienst ist die Annäherung schon fast ganz da. Noch immer nicht ganz, aber bei den Beamtinnen sind wir bei 95 Prozent. Aber noch immer ist es so, dass Frauen deutlich weniger verdienen als Männer und das hat verschiedene Gründe.

Ein Grund ist der Bereich der Sparten, in denen Frauen und Männer tätig sind. Es sind Frauen mehrheitlich in Berufen tätig, die schlechter dotiert sind. Das ist kein Zufall, das hat miteinander zu tun. Ich sehe es zum Teil auch noch historisch, vieles kommt noch aus der Zeit, wo Frauen erst angefangen haben, gerade sozusagen im bürgerlichen Milieu, sich eine Arbeit zu suchen und dann wurde - und so gedacht - dass die Frau gerade noch so viel verdienen muss, dass sie dazuverdient.

Das heißt, es haben sich auch über viele Jahrzehnte hinweg Frauen gar nicht dagegen gewehrt, dass sie in ihren Sparten, zum Beispiel in der Kinderbetreuung, in der Pflege, aber auch in der Bekleidungsindustrie so wenig verdienen. Der Skandal ist, dass in Zeiten, wo es klar ist, dass Frauen ebenso wie Männer für das Familieneinkommen zu sorgen haben, hier keine Angleichung stattgefunden hat.

Nun wird als eine Lösung immer wieder vorgeschlagen, Frauen sollten doch mehr in Technikberufe gehen, das ist ein guter Vorschlag. Frauen sollten tatsächlich mehr motiviert werden, wenn das ihren Fähigkeiten und ihren Wünschen entspricht, in

Technikberufe zu gehen, so wie Männer, wenn es ihren Fähigkeiten und Wünschen entspricht, das tun sollen.

Das löst aber das Grundproblem nicht. Wenn wir Frauen jetzt motivieren, in Berufssparten tätig zu werden, die besser dotiert sind, ändert das für die anderen Frauen, die weiterhin in den Sparten tätig sind, die schlecht dotiert sind, ja gar nichts.

Es muss zu einer Höherdotierung dieser Berufssparten kommen. Aber auch dort, wo es einen guten Verdienst gibt, in jenen Sparten, ist die Schere zwischen Männern und Frauen sehr groß. Ich möchte hier jetzt nur eine Sparte herausnehmen, den Bereich der Technik und Kommunikation, weil jetzt auch schon so viel von Digitalisierung die Rede war. Es war heute schon in der Sitzung die Rede und es kommt heute noch einmal.

2015 waren 36.554 Frauen im Bereich der Information und der Kommunikation tätig und 65.836 Männer. Also hier sehen wir schon einmal eine sehr klare Ungleichverteilung und innerhalb dieser Ungleichverteilung gibt es noch einmal eine Schieflage. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Frauen lag bei 32.407 Euro, das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Männer bei 53.599 Euro.

Also wir sehen, es gibt hier noch viele Baustellen, die überwunden werden müssen. Wir haben sogar, wer sich den Einkommensbericht genau anschaut, in Bereichen, die traditionell und auch de facto mehr weiblich besetzt sind, eine Verdienstschere zum Beispiel bei Erziehung und Unterricht, wo auch die Frauen im Durchschnitt im Medianeinkommen wesentlich weniger verdienen als Männer.

Nun gibt es dafür jetzt auch einen zweiten Grund, warum hier der Unterschied so groß ist. Das ist das Stundenausmaß, in dem Menschen beschäftigt sind. Es ist so, dass mehr Frauen als Männer teilzeitbeschäftigt sind. Dass man auch einmal teilzeitbeschäftigt ist, zum Beispiel wenn es darum geht, Kinder zu betreuen und zu erziehen oder wenn es darum geht, Familienangehörige zu pflegen, ist Teilzeitbeschäftigung ja nichts Schlechtes.

Das ist im Laufe eines Familienlebens etwas, wenn sich das jemand für sich aussucht, dass das durchaus etwas ist, das auch zu unterstützen ist. Aber das Problem ist, die Teilzeitbeschäftigung der Frauen hört dann nicht auf, wenn die Kinder zum Beispiel in die Schule gehen oder sich schon besser selber versorgen können, sondern die bleibt gleich. Das heißt, die Teilzeitbeschäftigung an sich ist noch nicht das große Problem. Die Teilzeitbeschäftigung, wenn sie viel zu lange dauert, wird ein Problem, wenn es um die Einkommen der Frauen geht und auch wenn es um die Absicherung in der Pension geht und im Alter geht.

Umgekehrt muss man aber auch sagen, es sind viel zu wenig Männer in Teilzeitarbeitsverhältnissen, viel zu wenig Männer reduzieren einmal zwischendurch das Stundenausmaß in ihrem Erwerb, um zum Beispiel Kinder zu betreuen oder Familienangehörige zu pflegen.

Darauf hat auch der Direktor des Arbeitsmarktservices Kopf schon mehrfach hingewiesen. Also hier muss sich schon gesamtgesellschaftlich etwas ändern, damit wir die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen nachhaltig und auf die Dauer schließen können. Das hängt natürlich auch sehr stark mit Rollenbildern zusammen, die in unserer Gesellschaft nach wie vor verbreitet und auch gepflegt werden. Ich gehe darauf später noch ein wenig ein.

Dann gibt es natürlich eine dritte Komponente - ich habe sie schon angesprochen - das ist diejenige im Niedriglohnbereich, wo vor allem Frauen tätig sind. Da müssen wir wirklich sehr ernsthaft und ohne uns von irgendjemandem zurückhalten zu lassen, über

einen Mindestlohn, der gerecht ist, nämlich gerecht entsprechend der Lebenshaltungskosten, diskutieren.

Wir brauchen nach all den Diskussionen, die wir schon geführt haben und das ist ja schon einige Jahre zurück, einen wiederangepassten Mindestlohn von 1.750 Euro brutto. Erst dann können wir nach heutigen Gegebenheiten davon sprechen, dass sich Menschen unabhängig ihr Leben gestalten können. Es hilft niemandem, der zu wenig verdient, wenn wir anderen Leuten noch einmal etwas wegnehmen, damit sie gar nicht mehr überleben können.

Das Gegenteil ist der Fall: Wir müssen gemeinsam ganz viele Anstrengungen anstellen, damit wir den Mindestlohn auf 1.750 Euro brutto heben können. Man macht damit deswegen nicht riesige Sprünge, aber man kann damit leben, manche Leute sogar ganz gut, wenn sie sich ihr Leben gut einteilen können, gut managen können.

Ich habe es vorher schon angesprochen, ein wesentlicher Punkt, warum das so ist, dass Frauen in gewissen Sparten tätig sind und dass auch diese Sparten nicht so gut besetzt sind, ist die Frage der Rollenbilder und der Rollenklischees und der Rollenfixierungen in unserer Gesellschaft. Die Frage ist zum Beispiel: Wo werden Frauen sichtbar in Führungspositionen?

Da sind wir hier in diesem Saal ja durchaus unterschiedlicher Auffassung. Die FPÖ gesteht durchaus Frauen zu, auch einmal in Führungspositionen tätig zu sein, nur man darf die Funktionen und die Ämter, die Frauen einnehmen, dann ja nicht mit weiblichen Bezeichnungen versehen. 2013 bezeichnete die Landtagspräsidentin, damals noch einfache Abgeordnete Benkö, die Antidiskriminierungspolitik als überschießend.

Das Hohe Haus hier, unser Landtag, ist auch nicht gerade eine besonders rühmliche Vorreiterin in Sachen Gleichstellung. Das zeigt ein Dialog aus eben dieser Landtagssitzung vom 7. März 2013, den ich jetzt zitieren möchte. Damals war Abgeordneter Steier Landtagspräsident und er kommt auch in meinem Zitat vor. Es gab damals bezüglich Frauen und Frauenpolitik, so wie wir das ja jetzt auch erleben, eine heftige Debatte und eine Auseinandersetzung.

Ich zitiere, bitte das ist erst vier Jahre her, das war nicht im letzten Jahrhundert, ich zitiere den damaligen Präsidenten Gerhard Steier, das Glockenzeichen gebend: Meine Damen, Entschuldigung Frau Abgeordnete, ich darf die Damen ersuchen, ihre Emotionen ein wenig zu zügeln, speziell bezogen auf die Lautstärke, denn es ist nicht frauengemäß.

Also vor vier Jahren wurde hier noch behauptet in diesem Saal, dass man Frauen und Männern zuordnen sollten, wie lautstark oder wie emotional darf man sich zu einem Thema äußern. Das wäre nicht frauengemäß! Die Landesrätin Dunst hat damals einen Zwischenruf getätigt, wie wir auch im Protokoll nachlesen können. Ich weiß noch, ich bin auf der Galerie gesessen.

Die Frau Abgeordnete Benkö hat dann fortgesetzt, Kollege Kölly kam, es ist vier Jahre her, dann in den Saal und hat der Abgeordneten Benkö ein Bügeleisen auf das Rednerpult gestellt. Meine damals 17-jährige Tochter ist auf der Galerie gesessen und war schockiert und hat gesagt, in welcher Zeit lebe ich, in der in so einem Saal ein Mann einer Frau ein Bügeleisen auf das Pult stellen darf als Zeichen, auf welchen Platz er sie sieht. *(Zwischenruf von der Galerie)*

Wir sehen, von der Galerie darf man eigentlich keine Wortmeldungen abgeben, aber ein Mann auf der Galerie nimmt das anders für sich in Anspruch. Ein anderes Beispiel, wie hier Frauen auf ganz bestimmte Bilder von Männern fixiert werden. *(Abg. Robert Hergovich: Wir sind eh noch beim Einkommensbericht, oder?)*

Wir sind beim Einkommensbericht, weil auch Sie, Herr Kollege Klubobmann, müssen einmal verstehen, dass die Bilder von Männern und Frauen, die hier vermittelt werden, eine Auswirkung darauf haben, wie sich auch Einkommen und Berufsbilder weiterentwickeln und deswegen ist dieser Punkt so wichtig. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Auf noch einen Punkt möchte ich hinweisen: Auch hier in dem Hohen Haus gilt eine Person als männlich, wenn sie nicht extra als Frau ausgewiesen ist. Wir haben das heute hier bereits erlebt, wenn auf der Rednerliste, wo die Namen aufzulisten sind, Friedl steht, wird davon ausgegangen, dass es der Herr Friedl ist. *(Abg. Robert Hergovich: Nein, eben nicht! Umgekehrt!)*

Nur wenn extra Klaudia dabeisteht, dann weiß man, dass es sich um die Frau handelt. Ja, so ist es! Ich hoffe sehr, dass diese Praxis einmal geändert wird. Schauen Sie nach auf den Rednerlisten, Herr Klubobmann, dann werden Sie sehen, das sind so Sachen, die wirken wie eine Kleinigkeit, aber offensichtlich muss man riesige Sprünge machen, um hier weiterzugehen.

2015 musste eine für den Landtag gewählte Frau auf das ihr zustehende Mandat verzichten, um einem Mann Platz zu machen. Dass es damals keinen Aufschrei der Frauen, da war es die SPÖ, gab, hat mich als Frau sehr geschmerzt, weil was nützen denn da Politikerinnen-Lehrgänge für Frauen, wenn die gläserne Decke, nämlich die Entscheidung einiger Männer, dort wo es um die wirklich gut dotierten Posten in der Politik geht, so deutlich vor Augen geführt wird?

Ich erspare mir jetzt den Hinweis auf den Frauenanteil in der ÖVP oder gar in der LBL hier im Hohen Haus, dort findet man den Frauenanteil nur bei den Werbemitteln. Es ist tatsächlich so, liebe Kolleginnen, wir haben hier noch viel zu tun, weil es geht schon darum, welche Bilder von Frauen und Männern in unseren Köpfen herrschen und welche wir durch unsere Arbeit forcieren oder auch kritisieren.

Nur wenn wir das gesellschaftlich ändern, wird sich auch in diesem Einkommensbericht in einigen Jahren etwas geändert haben. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der Nächste zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Haidinger, ohne Vornamen da drauf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Die Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kollegen! Ich wäre jetzt schon fast so weit gewesen, hier in eine Replik zu kommen, aber ich bleibe einfach sachlich beim Bericht des Rechnungshofes über den Einkommensbericht der Jahre 2014 und 2015.

Sachlich gesehen haben wir 130.422 Beschäftigte im 2015er Jahr gehabt, davon 48 Prozent Frauen. Das heißt, hier sind wir sehr knapp an der Hälfte. Das mittlere Jahresbruttoeinkommen ist natürlich nicht das Berauschendste, was wir haben. Aber Benchmarken brauchen wir uns, glaube ich, nur im Bereich Österreichs und hier sind wir nur knapp von Niederösterreich geschlagen und haben im Burgenland somit das zweithöchste mittlere Bruttoeinkommen. Auch hier können wir aus diesem Bericht etwas Positives ziehen.

Das Bundesland Burgenland ist auch das Bundesland mit dem geringsten relativen Interquartilsabstand. Das ist auch keine uninteressante Geschichte weil da sind die ganzen Ausreißer und alles weggeblendet und so haben wir, gemessen am ersten und dritten Quartal, eigentlich die statischste beziehungsweise die bewegungsloseste Abweichung.

Damit können wir uns auch hier auf dem positiven oder auf dem richtigen Weg befindlich betrachten und auch da kann man heute - jetzt ist der Landeshauptmann nicht da, weil sonst hätte ich beiden Herren zu dieser gediegenen Politik dieser Regierung gratuliert, was auch hier den Arbeitsmarkt im Burgenland betrifft.

So sehen wir das auch im Detail bei den unselbständigen Frauen, Bruttojahreseinkommen, wo das Burgenland nur knapp von Wien und Niederösterreich geschlagen wird und trotzdem über dem Österreichmittel liegt. Also auch ein positiver Aspekt, den wir hier verzeichnen können.

Was ich aber nicht ganz befürworte, und da bin ich schon ein bisschen auf der Seite auch von meiner Vorrednerin, dass es noch immer einen Gehaltsunterschied bei den Vollzeitbeschäftigten beim mittleren Bruttoeinkommen von zirka 7.500 Euro im Jahr zwischen Mann und Frau gibt, oder gab, zumindest im Jahr 2015. So sind wir ganz besonders im Vergleich zu Vorarlberg, wo der Unterschied zirka 12.400 Euro beträgt, aber auch auf einem positiven Weg.

Die Umsetzung „gleiche Bezahlung für gleiche Leistung“ ist halt nur im öffentlichen Dienst gegeben. Das ist etwas, wo der Gesetzgeber wirklich genau feststellen kann und darf, weil alles andere muss er begleitend machen, eben mit Förderungen, mit irgendwelchen politischen Rahmenbedingungen. Aber schlussendlich bleibt es der Wirtschaft überlassen, für die Leistung, die sie einem Menschen abverlangt, auch die dementsprechende Honorierung zu machen.

Jetzt haben wir mit der ganzen Sozialpartnerschaft et cetera, et cetera, dementsprechende Möglichkeiten, kollektivvertragsrechtlich Grundlagen zu schaffen, aber trotzdem ist es noch immer im freien Ermessen der Wirtschaft.

Im öffentlichen Dienst möchte ich schon eine sachliche Richtigstellung zur Meinung meiner Vorrednerin anbringen. Wir haben keine, es steht zwar hier im Bericht drinnen, dass wir einen Unterschied, also 95-prozentige Gleichstellung, im öffentlichen Dienst haben. Es ist natürlich statistisch so, richtig ist aber, wenn man zwei gleichwertige Arbeitsplätze mit Mann und Frau vergleicht, die auch das gleiche Lebensalter haben, die gleiche Vordienstzeit haben, und, und, und, dann haben sie denselben Verdienst im Beamtenbereich.

Ich weiß, es ist reines Zitat aus dem Bericht. Und damit sind wir jetzt genau bei der Krux dieses Berichtes, nämlich dass die Statistiken irrsinnige Wertung in eine Richtung bringen, die für uns politisch in der Umsetzung eigentlich eine Schwierigkeit bedeuten, weil genau am Beispiel des öffentlichen Dienstes, wo ich es jetzt gesagt habe, wird nur die Anzahl der Frauen und Männer verglichen und dementsprechend das Bruttomittel hergenommen und da liegt im öffentlichen Dienst sogar die Beamtin unterhalb des Beamten. Wenn ich aber jetzt zwei Menschen vergleiche, die denselben Job haben, dasselbe Lebensalter haben, dieselbe Vordienstzeit haben, dann sind sie 100-prozentig gleichgestellt.

Das muss man natürlich bei dieser Statistik, bei diesem Bericht, auch ins Kalkül ziehen. Daher ist eigentlich an zwei Schrauben zu drehen, um das zu ändern beziehungsweise dass solche Statistiken auch verwendbarer gemacht werden, meiner Meinung nach.

Die Wirtschaft ist auf der einen Seite davon zu überzeugen, dass sie auch für gleiche Leistung bei den gleichen Voraussetzungen, et cetera, et cetera, zwischen Mann und Frau nicht unterscheidet und dasselbe Geld zahlt. Das regelt zwar der Kollektiv, aber

es ist halt, wieder bezogen auf die Statistik, so, dass es eine größere Anzahl von Männern in höher dotierten Jobs gibt, als von Frauen.

Das zweite Rädchen wäre - und das wird jetzt ganz besonders schwierig -, auch dieselbe Menge Frauen in den jeweiligen Berufen und auf den jeweiligen Ebenen in der jeweiligen Hierarchie beschäftigen zu lassen wie Männer. Auch das ist etwas, wo ich als Politiker sage, das kann ich jetzt wunderbar hier im Landtag sagen, das kann ich draußen bei Stammtischen sagen, ist aber komplett realitätsfern, weil es das einfach nicht spielt, weil unsere Gesellschaft im Prinzip anders aufgebaut ist.

Man kann natürlich immer wieder ganz kleinweise das richtige Rädchen drehen, um es sukzessive so weit zu bringen, und der gestrige „Kurier“ beziehungsweise die Fachexpertin Frau Christine Bauer-Jelinek hat es uns auch schon mehr oder weniger mit einer Wette, die sie im Safe liegen hat, bekräftigt, dass es im Moment noch nicht so weit ist, dass Quoten eigentlich nichts helfen.

Aber sie glaubt schon, dass sie zu mehr Frauen in Chefpositionen führen wird, nämlich in zehn Jahren werden dort die Frauen aber ohnehin dort sein - mit und ohne Quote -, weil sie aufgrund dessen, was politisch von uns auch gemacht wird, der gleichwertigen und hochwertigen Ausbildung genauso die Möglichkeit eröffnet wird wie den Männern, es vor noch 30 Jahren anders war, sodass sie dann im Prinzip ebenfalls dieselben Möglichkeiten haben.

Interessanterweise sagt aber auch eine Frau, die sich als Expertin hier ausgibt, auf die Frage, sind Frauen die besseren Chefs, das glaube ich nicht. Und da haben wir da nächste Problem. Sie beantwortet auch die Frage, warum sie das nicht glaubt. Frauen haben immer noch starke Mängel im Erkennen von Spielregeln in hierarchischen Systemen. Das zeigt sich jetzt vielleicht auch ein bisschen bei meiner Vorrednerin weil mit Brachialgewalt geht es halt nicht.

Es wird auch ein Mann in einer Hierarchie mit Brachialgewalt nichts erreichen, sondern es geht um die Anwendung der Spielregeln und - diesbezüglich darf ich wieder die Frau zitieren - helfen Quoten nicht. Erst dann können wir, wenn wir diese ganze Statistik in Wirklichkeit so hinbringen, dass sie nicht nur so oberflächlich uns jetzt diese Zahlen liefert, auch dann politisch nachhaken und nachjustieren. Erst dann können wir aus diesem Bericht auch wertvolle politische Informationen schöpfen, dass wir daraus auch etwas machen können.

Die geringsten mittleren Einkünfte erzielten die Selbständigen im Burgenland. Das haben wir aber heute eh schon von Seiten der ÖVP gehört. Das ist, weil halt eine Masse der Selbständigen - der Grüne Bericht hat es eh auch gesagt - im Bereich der Agrarwirtschaft beheimatet ist und dort halt von Haus aus die ganzen Einkommen dementsprechend geringer sind.

Das lässt aber schon den Schluss zu, weil neben dem Agrarbereich auch der Wirtschaftsbereich in den letzten Jahren doch ÖVP-dominiert war und da vielleicht viele entsprechende, notwendige Maßnahmen seitens der ÖVP zu wenig stark vielleicht in den Vordergrund geschoben wurden.

Zusammenfassend kann man aber den Bericht aus dem Bereich Burgenland so weit zusammenfassen, dass man sagen kann: Wir sind auf dem richtigen Weg. Es gibt noch viel zu tun. Daher werden wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes hat sich Herr Landtagsabgeordneter Bürgermeister Ulram zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zum Einkommensbericht 2016 haben wir schon einiges gehört. Bei den unselbständigen Erwerbstätigen im Bruttojahreseinkommen, inflationsbereinigt, ist wieder das Einkommen gesunken, das heißt, das Realeinkommen ist de facto weniger geworden.

Die Männer verdienen deutlich mehr als Frauen, hauptsächlich in der Teilzeit auch die Frauen, und der Bildungsabschluss hat natürlich einen wesentlichen Einfluss auf die Einkommenshöhe.

Dieser Rechnungshofbericht, so wie er uns vorliegt, in dieser umfassenden Form, teilt uns eigentlich die Zahlen und Fakten mit. So wie der Kollege Haidinger vorher gemeint hat, teilweise muss man das vielleicht etwas auch auseinanderglauben.

Aber Tatsache ist, dass es im Grunde und in Summe nicht allzu viel Neues ist. Es sind viele Dinge, die wir eigentlich bis jetzt in den vergangenen Jahren auch gesehen haben, die sich aus der Entwicklung heraus gezeigt haben. Es hat nicht allzu viel Neues geben.

Ich glaube vielmehr, dass man auch auf Landesebene, wie auch auf Bundesebene, aber vor allem hier im Burgenländischen Landtag und die Landesregierung darauf mehr und verstärkt setzen sollte, auf die Bewerbung von diversesten Berufsfeldern, wie zum Beispiel auf den Lehrberuf.

Ich bin persönlich davon überzeugt, dass am Arbeitsmarkt alle Maturanten nicht einen Arbeitsplatz finden werden, weil es einfach so viele Schulabgänger gibt, sondern man sollte auch dementsprechend den Lehrberuf so attraktiv gestalten und auch bewerben, damit wir die Fachkräfte von übermorgen haben werden. Das ist, glaube ich auch, ein entscheidender Punkt. Genauso, was damit in Zusammenhang steht, die Lehre mit Matura.

Man muss sich auch in den einzelnen Schultypen überlegen, wie man damit weiter umgeht.

Wie vorher kurz erwähnt, jeder Maturant wird nicht gleich einen Arbeitsplatz finden, weil einfach das Angebot entsprechend nicht vorhanden ist. Das Gleiche ist bei der Handelsschule zum Beispiel. Was passiert mit einem Handelsschulabgänger? Er hat es irrsinnig schwer am Arbeitsmarkt, verdient 50 Euro brutto weniger wie ein HAK-Absolvent. Da braucht man einen Unternehmer wahrscheinlich nicht mehr fragen, wen er dann nimmt.

Es geht bis dahin auch bei Vollzeit und Teilzeit von der Entwicklung her. Wenn man sich das im Detail auch anschaut. Natürlich, da gebe ich der Kollegin Petrik schon Recht, sind hauptsächlich die Frauen in Teilberufen. Natürlich auch möglicherweise aus der Geschichte heraus, wie Sie vorher festgestellt haben, aber hauptsächlich aus dem Familienleben heraus.

Wenn ich mir das anschaue, bei uns im Bezirk Neusiedl am See, und das Outlet-Center ist sicher ein großer Arbeitgeber, wo sehr viele Frauen - vor allem auch Teilzeit - arbeiten. So muss es aber natürlich gleichzeitig unser Ziel in der Politik sein, damit wir auch bei diesen Rahmenbedingungen darauf schauen. Ich hätte schon gerne ein klares Bekenntnis der Burgenländischen Landesregierung dazu, damit wir den Arbeitsmarkt zwar in allen Arten und Facetten, die wir vorsehen und fördern, aber nicht zu einem jeden Preis.

Wenn ich kurz bei dem Beispiel Outlet-Center bleibe. Wir haben in unserer Gesellschaft viele Berufsfelder - Polizei, Krankenpfleger, Krankenschwestern, Flughafenpersonal, in der Tourismusbranche, Kellner, Koch, Raumpflegerinnen, wie auch immer -, die Tag, Nacht beziehungsweise Wochenende arbeiten müssen.

Wenn sich heute im Outlet-Center vorwiegend - wie vorher erwähnt - Damen vorstellen gehen, ist einer der ersten Fragen, sind Sie bereit, auch am Sonntag zu arbeiten? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Stimmt doch nicht.)* Wie gesagt, eine der ersten Fragen vom Dienstgeber ist, ob sie auch bereit sind, am Sonntag zu arbeiten. Ist natürlich immer wieder so ein Erlebnis, wo man sagt, ist ja eigentlich nicht, wie tut man da? Momentan hat man die Situation bei so einem riesigen und sehr großen Arbeitgeber wie das Outlet-Center, in der Summe mit den Jobs, wo heute jeden Tag bis 20 Uhr geöffnet ist, am Freitag bis 21 Uhr geöffnet ist.

Ich glaube, es wird auch bei der rot-blauen Landesregierung sicher schon einmal jemand herangetreten sein, der gefragt hat, wie das mit den Öffnungszeiten am Sonntag ausschaut, vielleicht nur für einen Sonntag im Jahr, für zwei Sonntage, für drei Sonntage im Jahr. Für mich ist das der Einstieg vom Ausstieg, wenn man auch den Handel am Sonntag öffnet, so ist es für mich persönlich auch wettbewerbsverzerrend für den kleinen Handel, weil es automatisch nur der große bewerkstelligen kann.

Auf der anderen Seite wird es aber für uns, für die Familien, für die Frauen, aber auch genauso für die Männer, in allen diesen Bereichen schwieriger werden. Dann wird man, wenn wir heute noch von der Feuerwehr reden werden, das nächste Feuerwehrfest, wenn man das machen würde, am Dienstag auch machen können, weil es relativ wurscht ist, wann man das dann macht, wenn jeder am Wochenende, Samstag, Sonntag, Tag und Nacht arbeiten muss.

So sollte man genauso das eine bewahren und auf der anderen Seite sollte man aber jedenfalls alles daran setzen, dass man natürlich gewisse Berufsfelder nach oben bringt, wie die Lehre und die Lehre mit Matura.

Auf der anderen Seite bin ich sehr zuversichtlich, und ich hoffe, dass diese Beschäftigungsaktionen und Akzente der Bundesregierung auch greifen werden, wie der Beschäftigungsbonus ab 1. Juli, wo für die Arbeitgeber zusätzliche Jobs vollzeitäquivalent geschaffen werden, 50 Prozent der Lohnnebenkosten erstattet werden.

Wie zum Beispiel die „Beschäftigungsaktion 20.000“, wo über-50-jährige Langzeitarbeitslose gefördert werden sollen, in Gemeinden, in gemeinnützigen Trägern, in Unternehmen, beziehungsweise der besondere Kündigungsschutz für neu eingestellte über-50-Jährige wegfallen soll, um so einfach die Barriere der Unternehmer wegfallen zu lassen. Genauso bis hin zum Stopp der kalten Progression. Damit bin ich aber schon bei einem anderen Thema.

Wir haben als ÖVP einen Antrag eingebracht, den wir bei der nächsten Landtagssitzung auch diskutieren werden, die „Beschäftigung 50+“. Der Landeshauptmann genauso wie der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl haben eine Aktion gemacht mit den Gemeinden, mit dem AMS: 50+. Ich glaube, dass ein relativ großer Teil in den burgenländischen Gemeinden Anstellungen gefunden hat, wo einfach Langzeitarbeitslose - und das sind die Parameter, länger als sechs Monate arbeitslos, älter als 50 Jahre, die Hauptparameter gewesen -, dass diese Personen angestellt worden sind.

Wenn ich mir nur unsere Gemeinde Halbturn anschaue, wir haben vier Personen damals angestellt, heute eine Vollzeit-Arbeitskraft ganzjährig beschäftigt, eine Dame

übrigens, und einer ist verzogen, einer ist krankheitsbedingt ausgefallen und der andere steht jetzt kurz vor der Pension. Ich glaube, diese Aktion sollte man gerade in Hinblick auf den Arbeitsmarkt, auf die älteren Personen, auf die Einkommensschere und auf das Auskommen mit dem Einkommen auch darauf schauen und ich glaube, wir wären gut beraten - und da appelliere ich heute schon an die Landesregierung -, dass diese Aktion 50+ für die Gemeinden wieder eingeführt wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

In diesem Sinne ist alles zu tun, dass der Arbeitsmarkt dementsprechend weiterfloriert. Es ist zwar gut, wenn man immer die Schlagzeilen hat, die höchste Beschäftigung und die höchste Wachstumsrate und so weiter, dennoch haben wir, Herr Landesrat, auch immer eine hohe Arbeitslosenzahl, und an dem sollten wir gemeinsam arbeiten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt heute zur Debatte hier im Hohen Haus ein durchaus positiver Einkommensbericht vor. Eigentlich, wenn man ihn so durchblättert, kann man feststellen, dass man sehr erfreut diese Passagen lesen kann, weil das Burgenland wirklich sehr gut unterwegs ist.

Die Burgenländerinnen und Burgenländer, die burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehören zu den Siegern in diesem Einkommensbericht 2016. Da sieht man auch, wir sind Vize-Österreich-Weltmeister beim Einkommen, wenn man so will. Es profitieren natürlich unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Heimatland Burgenland, mit einem durchschnittlichen Einkommen von 29.093 Euro Brutto-Jahreseinkommen, das sie zur Verfügung haben, gebe zu, durchschnittlich gerechnet, nicht auf den Einzelnen passend, aber im Durchschnitt, so wie es der Bericht auch festhält.

Im Vergleich dazu etwa Tirol: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben dort ein durchschnittliches Einkommen von 24.826, also ein deutlich niedrigeres Einkommen, das hier durchschnittlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Tirol zur Verfügung steht.

Das Burgenlandergebnis im Detail: Sowohl Männer als auch Frauen liegen mit ihrem Einkommen im oberen Drittel. Auch das sehr erfreulich. Die Schere zwischen Männern und Frauen ist immer noch groß und sie muss auch geschlossen werden, da sind wir uns, glaube ich, alle einig.

Dieses Beispiel von der Frau Petrik konnte ich nicht ganz nachvollziehen, ich konnte ihr zum Teil auch nicht folgen, ich glaube, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich erkläre es Ihnen extra.)* sie hat sich da eher in Rage gesprochen, denn wenn sie davon spricht, da ist kein Vorname dabei und da wird automatisch der Mann aufgerufen - gerade das Gegenteil war der Fall. Die Präsidentin hat gesagt, die Klaudia Friedl soll zum Rednerpult kommen und nicht der Herr Friedl, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Und wer war gemeint? Der Herr Friedl!)* dann wurde das korrigiert.

Vielleicht kann ich es noch einmal erklären, gerade das Gegenteil, was Sie behauptet haben, war der Fall. Nämlich die Kollegin Friedl war gemeint und dran war aber der Kollege Friedl. Also wie auch immer, ich denke nur, man sollte die Kirche im Dorf lassen und man sollte sich da nicht in Rage sprechen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Schauen wir uns alle Rednerlisten an!)*

Die Einkommen der burgenländischen Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellten liegen über dem österreichischen Schnitt; jener der Beamten und der Vertragsbediensteten darunter. Ich glaube auch, das hält dieser Bericht eindrucksvoll fest.

Diese Diskussion zuvor vom Kollegen habe ich jetzt nicht ganz verstanden, denn im Outlet-Center gibt es Gott sei Dank keine Sonntagsöffnungszeit, die hier vorwiegend benutzt werden würde. Ich weiß auch nicht, wen er da gemeint hat, denn ich kenne nur die Wirtschaftskammer, Unternehmungen, die die Sonntagsöffnung fordern.

Der Garant dagegen war immer die Gewerkschaftsbewegung und auch die Sozialdemokratie. Ich weiß nur, dass einzelne ÖVP-Abgeordnete immer die Sonntagsöffnungszeiten vorantreiben wollen. Ich gebe zu, diese sind im Nationalrat, nicht im Landtag. Aber jetzt habe ich das nicht ganz verstanden.

Ich glaube, es könnte diesbezüglich der Kollege Ulram eher in seiner Partei einwirken, denn diese wollen am Sonntag öffnen und nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die am Sonntag beschäftigt werden wollen.

Was besonders auffällt ist, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer mit dem geringsten Einkommen trotzdem über dem durchschnittlichen Schnitt der anderen Bundeländer liegen, und ich glaube, das ist auch gut so. Das zeigt auch, dass wir auf Qualifikation gesetzt haben und da auch erfolgreich waren. Wir dürfen uns durchaus über diesen Bericht freuen, was das Burgenland betrifft.

Was ganz Österreich betrifft muss man schon auch etwas skeptisch nachdenken, denn seit 1998 stagnieren die Einkommen der Österreicherinnen und Österreicher. Natürlich sind die Brutto- und Nettogehälter gestiegen, aber inflationsbereinigt muss man feststellen, dass das Einkommen sinkt. Angestellte verdienen heute - inflationsbereinigt natürlich - in etwa so viel wie 1998, und das zeigt auch dieser Bericht sehr eindrucksvoll auf. Die größten Verlierer sind die Arbeiter; sie sind wirklich die Verlierer beim Einkommen der letzten 20 Jahre.

Das Land Burgenland investiert kräftig. Jeder fünfte Euro des Budgets wird in Wachstum und Beschäftigung investiert. Auch die Qualifikation wird vorangetrieben, und das zeigt auch Wirkung. Wir haben beispielsweise die niedrigste Armutsgefährdung aller österreichischen Bundesländer mit 7,1 Prozent. Der österreichische Durchschnitt liegt bei 14 Prozent. Auch hier sind wir sehr gut unterwegs.

Es zeigt also, wir haben einen enormen Aufholprozess hinter uns, das ist ein guter Bericht, und wir werden diesem Bericht natürlich gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Debatte ist beendet. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Einkommensbericht 2016 des Rechnungshofes gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, für die Jahre 2014 und 2015 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 724) betreffend Tätigkeitsbericht 2016 (Zahl 21 - 507) (Beilage 794)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Berichterstatterin zum 9. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des

Rechnungshofes, Beilage 724, betreffend Tätigkeitsbericht 2016, Zahl 21 - 507, Beilage 794, ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2016 in seiner 17. Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Der erste Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Uns liegt der Rechnungshofbericht vor, und zwar der Bundes-Rechnungshofbericht, und weil wir heute schon so viel über Frauen gesprochen haben, möchte ich auch gleich die Seite aufschlagen und etwas Positives vorlesen, dass nämlich der Frauenanteil im Rechnungshof bei 47,1 Prozent liegt und - hier sogar extra ausgewiesen -, dass der Frauenanteil im Prüfdienst bei 41 Prozent ist. Das ist an und für sich, würde ich meinen, eine relativ gute Entwicklung.

Weiters gab es hier eine Umfrage, wobei nach dem Vertrauen in den Rechnungshof gefragt wurde, und auch hier liegt der Rechnungshof laut dieser Umfrage noch über der Arbeiterkammer und sogar der Polizei mit 42 Prozent.

Inhaltlich hat sich, vor allem seitdem der Bundes-Rechnungshof eine neue Vorsitzende hat, ein bisschen etwas geändert. Es gibt zwar schon lange sogenannte Wissensgemeinschaften innerhalb der Landes-Rechnungshöfe und des Bundes-Rechnungshofes, das ist aber jetzt noch ausgebaut worden, es gibt öfter Treffen dieser Wissensgemeinschaften, und unser Rechnungshofpräsident ist sogar der Sprecher der Landes-Rechnungshöfe geworden, letztes Jahr, wenn ich mich recht erinnere.

Es gibt Prüfungspläne, die zwischen den einzelnen Landes-Rechnungshöfen abgesprochen werden. Auch damit man nicht gleichzeitig, zum Beispiel, ähnliche Prüfberichte hat, sprechen sie sich hier besser als früher gegenseitig ab. Das ist eine ganz gute Entwicklung, wie ich meine.

Was gibt es noch aus dem Bericht herauszulesen? Die Follow-up-Prüfungen, die für meinen Begriff einen sehr wichtigen Index zeigen, wie wichtig die Arbeit und wie erfolgreich vor allem die Arbeit eines Rechnungshofes ist, beziehungsweise wie sehr es natürlich umgesetzt wird, und da haben wir bei den Überprüfungen des Bundes-Rechnungshofes 53,2 umgesetzte, 25 offene und 21 Prozent jeweils teilweise umgesetzte Empfehlungen des Rechnungshofes.

Auch da würde ich sagen, es könnte natürlich immer besser sein, aber das schaut ganz gut aus. Ich habe mir angeschaut, wie das im Burgenland war. Da liegt der Prozentsatz in etwa ähnlich.

Was ich nicht wusste, ist, dass der Rechnungshof auch bei der Bundespräsidentenwahl beziehungsweise innerhalb des Bundespräsidentenwahlgesetzes

seine Aufgaben hat. Es geht um Überprüfungen, vollständige Angaben betreffend die Kandidaten und Kandidatinnen, aber auch, um die richtige Ausweisung oder die Zulässigkeit etwaiger Spenden. Ich habe nicht gewusst, dass das der Rechnungshof auch über hat.

Was beim Bundes-Rechnungshof anders wie bei unserem Landes-Rechnungshof ist, der Bundes-Rechnungshof erstellt auch Positionspapiere, so war das zum Beispiel zum Thema Schulverwaltung. Es wäre natürlich schön, wenn das unser Rechnungshof auch leisten könnte. Ich würde sagen, das ist ihm im Moment nicht zuzumuten. Allein wenn ich den nächsten Tagesordnungspunkt zum Thema Rechnungshof anschaue und ich mir diesen umfangreichen Bericht, den wir nachher noch behandeln, anschaue.

Aber das ist natürlich eine Entwicklung, die wir auch im Burgenland langfristig im Auge behalten sollten, wo man Themen, die wir sonst vielleicht nicht so im Auge behalten, die aber wichtig wären, sich anzuschauen, hier in kompetente Hand gibt und hier ein Positionspapier ausarbeiten lässt.

Das war es im Großen und Ganzen; die wesentlichen Punkte, die mir in diesem Bericht aufgefallen sind. Es gäbe hier natürlich noch vieles zu den einzelnen Prüfungen zu sagen. Interessant ist sicher oder sehr spannend, die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Da wird es sicher auf der einen Seite große Unterschiede geben, auf der anderen Seite wird es die Möglichkeit geben, hier von Erfahrungen aus anderen Ländern auch etwas mitzunehmen.

So wie unser Landes-Rechnungshof ist natürlich auch der Bundes-Rechnungshof ein wichtiger Bestandteil des politischen Geschehens in Österreich, und ich würde sagen, auch ein wichtiges Instrumentarium der Landtage, des Parlaments, aber auch vor allem natürlich der Opposition, die hier Möglichkeiten hat, weiter, detaillierter in Teilbereiche hineinzusehen, die wir uns sonst nicht anschauen können oder gar nicht dürfen.

Einer davon wird uns heute ohnehin noch beschäftigen. Besten Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof, dessen Tätigkeitsbericht wir heute behandeln, ist genaugenommen nicht der Bundes-Rechnungshof, so wie wir ihn nennen, sondern es ist unser Rechnungshof. Der Rechnungshof in Wien ist genauso wie der Landes-Rechnungshof Organ des Landtages, wird als solches tätig und nicht nur für uns, sondern auch für alle anderen acht Landtage.

Diese insgesamt neun Landtage hat er im Vorjahr, im Jahr 2016, mit insgesamt 66 Prüfberichten versorgt. Vier davon haben das Burgenland betroffen.

Über den Wert dieser Einrichtung, über den Wert der Rechnungshöfe im Allgemeinen, im verfassungsrechtlichen beziehungsweise im parlamentarischen Gefüge und in praktischer Hinsicht, gerade was die Auslagerungsthematik angeht, brauchen wir nicht zu diskutieren. Diesen Wert kennen wir. Wir schätzen unsere Rechnungshöfe und nicht nur wir, sondern auch die Bevölkerung.

Es wurde bereits erwähnt, der Rechnungshof genießt höchstes Vertrauen unter den staatlichen Institutionen.

Wir schätzen unsere Rechnungshöfe und nicht nur wir, sondern auch die Bevölkerung. Es wurde bereits erwähnt, dass der Rechnungshof höchstes Vertrauen unter den staatlichen Institutionen genießt. 42 Punkte im Vertrauensplus laut OGM 2016 - noch vor dem Verfassungsgerichtshof, vor der Arbeiterkammer, und auch vor den Gemeinden beziehungsweise den Gemeinderäten.

Kollege Spitzmüller hat die wesentlichen Punkte dieses Tätigkeitsberichtes bereits referiert und kommentiert. Aus meiner Sicht fehlt noch ein Aspekt. Ein Aspekt, der sich bereits ziemlich weit vorne im Bericht findet, nämlich, auf Seite 16. Hier geht es um das Budget des Rechnungshofes und um die personelle Ausstattung.

Die budgetäre Situation des Rechnungshofes ist angespannt. Sie ist es seit Jahren. Bereits Altpräsident Moser hat das immer wieder kritisiert und entsprechende Nachbesserungen gefordert. Die jährliche Budgetaufstockung, die ohnehin in einem nur sehr geringen Ausmaß stattfindet, kann nur stattfinden, weil der Rechnungshof aus Rücklagen entnimmt.

Diese Rücklagen werden, wie wir auf Seite 16 des Berichtes zu lesen haben, im Jahr 2017 aufgebraucht sein. Eine Konsequenz ist auch, dass derzeit fast 50 von 322 Vollzeitäquivalenten unbesetzt sind. Das ist ein Zustand, meine Damen und Herren, der nicht nur höchst bedauerlich, sondern ein Zustand ist, der meines Erachtens höchst bedenklich ist und ein Zustand ist, der meines Erachtens auch völlig unverständlich ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Rechnungshof bringt mehr, als er kostet. Wir reden - wenn wir vom Rechnungshof in Wien reden - von etwas mehr als 30 Millionen Euro im Jahr. Das spielt er locker wieder herein. Er führt in diesem Bericht auch sehr genau Nachweise, dass er eben mehr bringt, als er kostet. Gerade in Zeiten von Budgetnot, die wir im Bund ja zweifelsohne haben, gerade in Zeiten von Reformstau, ist es eben vollkommen unverständlich und eigentlich fahrlässig, dass der Rechnungshof nicht entsprechend ausgestattet wird. In diesen Zeiten braucht es einen starken Rechnungshof. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Wir bedanken uns bei den Kollegen des Rechnungshofes in Wien, die trotz der soeben beschriebenen schwierigen Rahmenbedingungen großartige Arbeit leisten.

Wir nehmen diesen Tätigkeitsbericht gerne zur Kenntnis und vor allem hoffen wir darauf, dass sich die Lage in budgetärer Hinsicht für den Rechnungshof und im Interesse des Gesamtstaates bald zum Positiven ändern wird. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Viele Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes ist nur zu sagen, dass für uns als Oppositionspartei der Rechnungshof auf Bundesebene, wie auch auf Landesebene, eine ganz entscheidende Unterstützung darstellt.

Wir haben uns natürlich zum Ziel gesetzt, diese rot-blaue-Landesregierung zu kontrollieren und zu kritisieren, weil es dringend notwendig ist, weil es sich die Burgenländer verdient haben, dass wir darauf aufpassen. Aber, wir haben auch immer gesagt, dass wir die starke Alternative sind und deswegen ganz bewusst immer sehr produktive Vorschläge einbringen. Leider werden diese Ideen nicht immer von Ihnen

angenommen werden. Aber, man sieht in den einen oder anderen Beschlüssen, dass Sie doch auf unserer Linie sind.

Nichts desto trotz hat dieser Tätigkeitsbericht viele wichtige Punkte zum Inhalt. Für uns als Politiker muss es eine zentrale Aufgabe sein, sich all diese Empfehlungen, diese positiven Vorschläge, die Rechnungshofberichte zu Tage bringen, zu Herzen zu nehmen. Das hat mit Kritikfähigkeit zu tun, das hat mit der Fähigkeit zu tun, mit Verbesserungsvorschlägen umzugehen und auch damit, dass man immer noch besser werden kann.

Deswegen sind diese Rechnungshofberichte nicht nur für uns als Opposition wichtig, sondern auch für diese Landesregierung. Ich appelliere an die rot-blaue Regierung, die es verabsäumt hat, diese Berichte in den letzten eineinhalb Jahren als Anlass zur Verbesserung heranzuziehen, weil darin viele Empfehlungen enthalten sind.

Ich auch überzeugt, dass der Bundes-Rechnungshof seine Arbeit hervorragend macht, natürlich der Landes-Rechnungshof ebenso. Stellvertretend danke ich Andi Mihalits in seiner Funktion als Direktor, der heute mit seinem gesamten Team hier ist. Mit ihnen könnten wir bereits intensiv zusammenarbeiten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der Bundes-Rechnungshof wurde von uns schon mehrfach mit Antragsprüfungen beauftragt. Hier warten wir noch auf die Ergebnisse, aber wir sind zuversichtlich, dass wieder nicht nur einige Empfehlungen, sondern auch einige Skandale an den Tag gebracht werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aus den bisherigen Berichten und den Empfehlungen ist ganz klar ersichtlich, dass es einige Finanzskandale im Burgenland gibt, die wir bereinigen müssen. Über diese Themen haben wir etliche Male diskutiert. Passiert ist leider noch gar nichts, aber gerade deswegen haben wir als Volkspartei Burgenland auf unserer Homepage, auf unter www.oevp-burgenland.at/finanzskandale mittlerweile eine Zusammenfassung eingerichtet, wo jeder Burgenländer die Kurzfassung dieser Skandalberichte, aber auch der Ergebnisse und wie viele Millionen Euro im Burgenland in den Sand gesetzt wurden, nachlesen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zusammengefasst bleibt mir nur zu sagen, dass wir sehr stolz auf die Landes-Rechnungshöfe, und auch auf den Bundes-Rechnungshof sind, auf die Mitarbeiter und die Direktoren, die hier unabhängig und zielorientiert arbeiten, um schlussendlich das Geld der Bürger richtig, sparsam und wirksam einzusetzen. Das ist auch die Aufgabe von uns Politikern.

In diesem Sinne nehmen wir diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zur Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal darf angemerkt werden, dass der vorliegende Tätigkeitsbericht des Bundes-Rechnungshofes, verglichen mit den Jahren zuvor, ein etwas schlankerer Bericht geworden ist, was nichts damit zu tun, dass sich die Präsidentschaft von Moser auf Kraker hin entwickelt hat. Das ist purer Zufall.

Insgesamt gab es 90 Berichte. Vier davon haben unser Heimatland Burgenland betroffen. Es wurden - und das ist sehr entscheidend und wichtig - die Wirkungsziele neu definiert, nämlich, zum einen eine wirkungsvolle Beratung des Nationalrates und der

Landtage durch den Rechnungshof auf der Basis von Gebarungsüberprüfungen und die Umsetzung von Reformen.

Zum Zweiten, die Schaffung von Transparenz über den Einsatz öffentlicher Mittel und die finanzielle Nachhaltigkeit des Gesamtstaates.

Drittens die Schaffung von Transparenz bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern und der Diversität und, was ganz wichtig ist, eine wirksame öffentliche Finanzkontrolle durch die Stärkung der Kooperation mit anderen Kontrollinstituten.

Natürlich sind die Prüfungsschwerpunkte 2016 aufgrund dieser Veränderungen auch auf die Wirksamkeit des öffentlichen Mitteleinsatzes im Hinblick auf die Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ausgerichtet worden.

Selbstverständlich standen dabei Querschnittsüberprüfungen, Sonderprüfungen, Kammerprüfungen, aber auch EU-Begleitüberprüfungen im Mittelpunkt. Entscheidend ist dabei natürlich immer die Wirkung von Prüfungen, wobei das sogenannte Nachfrageverfahren besondere Bedeutung hat.

Es wurde bereits ausgeführt, dass von den insgesamt 2.833 Empfehlungen knapp 41 Prozent erfüllt wurden. Knapp 40 Prozent wurden zur Erfüllung zugesagt und knapp 22 sind noch offen. Das heißt, dass die gewünschte Wirkung zu insgesamt 78,1 Prozentpunkten erreicht wurde, wobei das Burgenland hier mit einer Erfüllungsquote von 84 Prozent vom Bundeschnitt stark abweicht, was positiv anzumerken wäre.

Die zweite Stufe dieser Wirkungskontrolle ist die sogenannte Follow-up-Prüfung. Das hat sich in der Vergangenheit ebenfalls sehr positiv entwickelt. Im Bericht werden 22 Follow-up-Prüfungsberichte vorgelegt. Insgesamt gab es 468 Empfehlungen, wobei etwas mehr als 53 Prozent umgesetzt wurden, knapp 22 Prozent teilweise umgesetzt wurden und lediglich ein Viertel, nämlich 25 Prozent noch nicht umgesetzt worden sind.

Auch die wichtigen Sonderaufgaben des Bundes-Rechnungshofes wurden wahrgenommen. So beispielsweise die Begründung von Finanzschulden, die Aufgaben nach dem Medientransparenzgesetz, aber auch die Aufgaben nach dem Parteiengesetz. Ganz wichtig waren auch besonders im vergangenen Jahr die Aufgaben nach dem Bundespräsidenten-Wahlgesetz, dem Unvereinbarkeitsgesetz, dem Transparenzgesetz sowie dem Bezügebegrenzungsgesetz mit den jeweiligen Anpassungsfaktoren.

Dazu kommen noch der allgemeine Einkommensbericht sowie die Einkommenserhebung über die durchschnittlichen Einkommen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes. Hierbei ist besonders interessant anzumerken, dass zwischen den Jahren 2011 und 2014 der durchschnittliche Einkommenszuwachs von Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführern um 15,3 Prozentpunkte gewachsen ist, während jener der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur um 7,5 Prozentpunkte gestiegen ist.

Das heißt, Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer verdienen im Jahr 2014 zwischen 2,4 und 7,6 mal so viel, wie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Durchschnitt also das Vierfache. Das gibt schon etwas Anlass zum Nachdenken.

Die Zusammenarbeit, meine Damen und Herren, des Rechnungshofes mit dem Nationalrat beziehungsweise dem Landtag und den Gemeinderäten ist bereits Routine - und ich meine das hier im positiven Sinne.

Zudem gibt es eine ganze Reihe von Gesetzesbegutachtungen von Bund und Ländern, wobei anzumerken ist, dass die Landesverfassungen der Landtage Oberösterreichs und des Burgenlandes ja den Grundsatz verankert haben, dass die

Ermittlung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtsetzender Maßnahmen vorzunehmen ist.

Das heißt, unser Heimatland Burgenland ist diesbezüglich sicherlich zu begrüßen, denn wir sind damit ein sehr fortschrittliches Bundesland. Schließlich hat sich auch die Zusammenarbeit mit anderen Kontrolleinrichtungen, nämlich der Landes-Rechnungshöfe, des Europäischen Rechnungshofes durchaus sehr positiv entwickelt.

Hier ist beispielsweise eine gemeinsame Aus- und Weiterbildung zu erwähnen. Auch die internationale Zusammenarbeit wurde verstärkt. Zuletzt gab es im Dezember 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der verschiedenen Kontrollinstitutionen.

Insgesamt gesehen, meine Damen und Herren, ist das ein sehr inhaltsreicher, ein sehr abgerundeter Bericht, wofür ich mich namens meiner Fraktion beim Bundes-Rechnungshof bedanken darf. In diesem Dank werden natürlich auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter miteingeschlossen.

In der Hoffnung einer weiteren gedeihlichen Zusammenarbeit des Bundes-Rechnungshofes sowie des Burgenländischen Landtages, nehme ich diesen Bericht sehr gerne zustimmend zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier ist als nächster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes ist an sich ein Konvolut, das ist jetzt nicht wie mein Vorredner im Umfang und in der Übergabe von einer Person auf die andere in der Verantwortung bewerten möchte, sondern in der Darstellung und in den Inhalten.

Die Inhalte, die wir vom Rechnungshof präsentiert bekommen - das darf ich auch im Zusammenhang mit den anderen Vorrednern aufweisen - sind für diejenigen, die Verantwortung tragen, nicht immer die erfreulichsten.

Wir werden in diesem Zusammenhang mit dem nächsten Tätigkeitsbericht, der jetzt vom Burgenländischen Rechnungshof ausgeführt wurde, zur Kenntnis nehmen müssen, dass die sorgsame und sorgfältige, sinnvolle und pflichtgemäße Auseinandersetzung mit dem aufgetragenen Steuergeld immer schon eine Schwäche der Verantwortlichen gewesen ist. Aber, im Endeffekt werden wir an dem Beispiel ermessen können, wie sorglos man mit Geld umgehen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechnungshof ist eine Einrichtung, die wir seitens der Legislative als Kontrollorgan eingeführt haben und in der Bewährung, in den Möglichkeiten für den Nationalrat, für die Landtage etwas zu realisieren seit neuestem auch in der Umsetzung auf Gemeinden, ist es nachträglich betrachtet ein Hinweiskapitel, eine Hinweissituation, wo es möglicherweise andere Vorstellungen, andere Gegebenheiten zu setzen gegeben hätten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf den vorherigen Bericht und auf die Darstellung der Einkommensgegebenheiten darf ich vielleicht folgendes noch festhalten:

Die Statistik AUSTRIA, um auch quasi die Diskussion in den Gesamtumständen einigermaßen richtig und faktentechnisch korrekt zu führen, wurde unlängst mit ihrem

Vorstand Konrad Besendorfer gefragt, das ist auch auf der Statistik AUSTRIA-Seite nachzulesen, welches Bundesland 2015 die beste wirtschaftliche Performance hatte?

Die Antwort lautete: Gemessen am Bruttoregionalprodukt pro Einwohner war Wien mit 47.700 Euro an Wirtschaftsleistung pro Kopf das Bundesland mit dem höchsten Niveau, gefolgt von Salzburg und dann mit Abstand Vorarlberg.

Beim Zuwachs gegenüber den Vorjahren lagen 2015 allerdings Tirol, Salzburg und das Burgenland mit nominell 3,6 Prozent an der Spitze.

Die stärksten Beschäftigungsgewinne wurden in Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich erzielt. Wer bildet hier das Schlusslicht? Konrad Besendorfer: Beim Niveau des Bruttoregionalprodukts pro Einwohner, Sie erinnern sich, dass wir im Zusammenhang mit der EU Ziel 1-Förderung das quasi als Maßstab ausgewiesen haben, beim Niveau des Bruttoregionalprodukts pro Einwohner gibt es ein klares West - Ost - Gefälle. Das Burgenland ist Letzter.

Allerdings gelingt es dem Burgenland den Abstand mit einem überdurchschnittlichen Wachstum etwas zu verringern. Im Jahr 2000 erwirtschaftete es noch 65 Prozent des Österreichischen BIPs, 2015 waren es bereits 70 Prozent. Nicht mehr, 70 Prozent.

Jetzt im Zusammenhang auf den vorherigen Bericht: Wo konnte man 2015 am besten verdienen? Beim Pro Kopf Einkommen lagen Vorarlberg und Niederösterreich mit über 23 Euro im Jahr vorne.

2015 war der Wert, dass das Burgenland den zweiten Platz in der sogenannten Bruttojahreseinkommensstatistik eingenommen hat. Nur Niederösterreich lag mit einem Betrag von 29.685 Euro noch vor unserem Bundesland mit 29.093 Euro. Ich stelle das jetzt nur faktentechnisch in den Raum, weil es wichtig ist, auch immer in der Darstellung dessen, wo wir immer absoluter Spitzenreiter sind, denn in Wirklichkeit ist es noch ein langer Weg, um dieses Ziel auch zu erreichen.

Zweitens, faktentechnisch noch einen klaren und technischen Ansatz: 2015 gab es, ich spreche jetzt österreichweit, 912.000 ganzjährige Teilzeitbeschäftigte und 2.000.039 ganzjährig Vollzeitbeschäftigte.

Teilzeitbeschäftigte im Gesamtanteil waren 31 Prozent. Jetzt auf die vorige Diskussion auch angesetzt, der Frauenanteil, nachdem wir gestern den Frauenweltjahrestag auch zelebriert haben, ganzjährig Vollzeitbeschäftigter liegt bei 34 Prozent. Bei ganzjährig Teilzeitbeschäftigten liegt der Frauenanteil allerdings noch immer bei 83 Prozent.

Das heißt, der direkte Unterschied in der Kennzeichnung von Arbeitsverhältnissen ist, dass die Frau am Arbeitsplatz nicht nur quasi ein schlechteres Einkommen hat, sondern auch in der Umsetzung die Teilzeitbeschäftigung für Frauen noch immer das Maß der Dinge ist, wenn man davon ausgeht, dass 83 Prozent ganzjährig Teilzeit beschäftigt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ließe sich auf dieses Kapitel Vieles anmerken, aber ich möchte mich auf den Inhalt des Rechnungshofes beschränken, der in diesem Tätigkeitsbericht jetzt angeführt wurde.

Wobei es mir auch jetzt darum geht, nicht im Detail auf den gesamten Tätigkeitsbericht einzugehen, sondern gewissen Fakten herauszuarbeiten, die oft vernachlässigt werden, wenn es dann darum geht, inhaltlich ausgeführte Kontrollberichte zu lesen.

In der Grundpräambel des Rechnungshofes in seinem Verständnis, so, wie er es auch vom Gesetzgeber her aufgetragen bekommen hat, heißt es, dass er eine zentrale Kontrollfunktion im Staat hat. Er überprüft als unabhängiges Organ der externen öffentlichen Finanzkontrolle, ob Bund, Länder und Gemeinden sowie öffentliche Unternehmen ihre finanziellen Mittel sorgsam verwenden und sich die öffentlichen Finanzen nachhaltig entwickeln.

Seine Kernaufgabe ist das Prüfen und Beraten, dabei zeigt er Schwachstellen und Verbesserungspotentiale auf. Er trägt dazu bei, das Vertrauen in die Demokratie und ihre Einrichtungen zu untermauern, Transparenz über den Einsatz öffentlicher Mitteln zu schaffen und damit Effizienz und Effektivität im öffentlichen Bereich zu steigern. Er schafft so einen wesentlichen Mehrwert und Nutzen für die Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, und das stelle ich jetzt mit dieser Darstellung auf die inhaltliche Grundfeste des Rechnungshofes auch in den Raum, dass es sehr wohl in der sogenannten öffentlichen Darstellung, in der Annahme dessen, was hier als Grundaufgabe definiert wird, einen sehr großen Unterschied gibt, und dass speziell die politische Wahrnehmung oft weit daran vorbeischrammt, was hier niedergelegt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sollte sich eigentlich jeder an der Nase nehmen, der Verantwortung im Sinne von ausgeben und veranschlagen von Öffentlichen Geldern annimmt beziehungsweise umsetzt, wo es Möglichkeiten gibt, es zielgerichtet, leistungsgemäß und auch sinngemäß einzusetzen.

Auf der anderen Seite fällt niemanden ein Stein aus der Krone, was wir auch nachträglich gleich erleben werden, wenn es ein entsprechendes Fehlverhalten gibt.

Nur, es gibt gewissen Grundlagen, die zu einem Fehlverhalten führen, wenn das Umfeld schon so aufbereitet ist, wo eigentlich die Alarmglocken nicht nur vor der Nase, vor den Augen, sondern gleich neben dem Ohr läuten.

Wenn man diese Alarmanlagen und diese Zeichen eigentlich ignoriert, nicht zur Kenntnis nimmt, dann gibt es ein Fehlverhalten, das im Endeffekt eindeutig mit Amtsmissbrauch zu tun hat. Hier sollten dann auch nicht nur die entsprechenden Konsequenz gezogen werden, sondern dann sollte auch zu der Verantwortung gestanden werden, denn das ist eigentlich auch ein Maßstab der politisches Handeln gegenüber der Bevölkerung, die einem, wie wir heute schon beim Jagdgesetz gehört haben, als Wählerinnen und Wähler den dementsprechenden Auftrag gibt.

Es kann ja nicht sein, dass etwas in der Umsetzung entsprechend nicht korrekt, nicht richtig und auch nicht entsprechend grundsätzlich zum Nutzen und zur Gedeihlichkeit einer Gesellschaft beiträgt und anschließend niemand diese Rechnungshofberichte quasi nach dem wirklichen Wortlaut lesen möchte, sie im Gegenteil, und das haben wir auch in diesem Saal schon erlebt, beim letzten Mal, wo dann versucht wird, in der sogenannten Handhabung auf einen nicht nur gegebenen Kontrollverlust, sondern auch in der Umsetzung auf den Inhalt nachträglich eine Konstruktion herbeizuführen.

Ich erinnere an dieses Projekt, das über die EDV gestaltet wurde, wo nachträglich über einen im Rechnungshof angegebenen Beamten eine persönliche Unvereinbarkeit konstruiert wurde und die sogar dann noch medial ausgeführt beziehungsweise umgesetzt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Legislative, und allein die, hat den Rechnungshof als Kontrollorgan in der Umsetzung auf die Gegebenheiten, die mit dem

Budgetentwurf der Regierung übertragen wird, und alle Handlungen, die anschließend vom Rechnungshof entsprechend kontrolliert werden, sollten auch von den Verantwortlichen mit dem entsprechenden Potential, mit der entsprechenden Ausführung zur Kenntnis genommen werden.

Ich habe vorher, und das sei nur am Rande noch angeführt, die Festhaltung oder die Berichterstattung der Antragsprüfung seitens des Burgenländischen Rechnungshofes auf die Umfahrung B50 Schützen, zur Kenntnis genommen.

Ich möchte den Landtagsabgeordneten, soweit es von Regierungsseite und Verantwortungsseite noch nicht dargestellt und verbreitet wurde, zur Kenntnis bringen. Man hört im Haus, es hätte eine Einigung auf die entsprechenden Parteien bei der Umfahrung Schützen gegeben, wo sich das Land bequemt hat, die gesetzlichen Auflagen jetzt so zu erfüllen, dass diese Umfahrung Schützen auch so bleibt, wie sie gebaut wurde. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2016 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 715) betreffend Abteilung 4a - Agrar- u. Veterinärwesen, Verwendung von Landesmitteln (Zahl 21 - 498) (Beilage 795)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofes über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 715, betreffend Abteilung 4a - Agrar- u. Veterinärwesen, Verwendung von Landesmitteln, Zahl 21 – 498, Beilage 795.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Bericht.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Abteilung 4a - Agrar- u. Veterinärwesen, Verwendung von Landesmitteln in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten, und zwar unter Anwesenheit des Landes-Rechnungshof Direktors und eines Mitarbeiters des Landes-Rechnungshofes.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Ich stellte nach meinem Bericht den Antrag dem Landtag zu empfehlen, folgenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Der Landes-Rechnungshof Direktor gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfberichts. Es gab anschließend eine Wortmeldung des Kollegen Spitzmüller. Direktor Mihalits hat eine Frage des Abgeordneten beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Abteilung 4a - Agrar- u. Veterinärwesen, Verwendung von Landesmitteln, zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly ist als erster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte gerne die Frau Präsidentin gefragt, was ich damals gemacht habe, dass ich ihr ein Bügeleisen auf das Rednerpult hingestellt habe, oder ob sie es noch hat, und wenn, ob ich es zurück haben kann? Aber, das machen wir uns privat aus, liebe Frau Kollegin Petrik. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Bügeln?)*

Ich denke, das war ein gutes Zeichen, auch für die Frauen, was sie alles geleistet haben und leisten können. Danke. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber jetzt zu einem ganz einen wichtigen Bericht. Ich denke, man hat in den letzten Monaten seitens des Rechnungshofes Rechnungshofberichte zur Kenntnis gebracht, wo uns eigentlich das Grausen über den Rücken gelaufen ist. Aber dieser Bericht ist noch eines darüber.

Akribisch ausgearbeitet, vorbereitet wie immer, seitens des Rechnungshofes, seitens des Rechnungshof Direktors mit seinem Team. Danke. Von dem hat er so viel, mit dem wird er sich auch nicht unbedingt glücklich schätzen, wenn er immer wieder nur gewisse Dinge hört. Alles schön und gut, er leistet tolle Arbeit, aber was wird davon umgesetzt und wie schaut das aus?

Wenn sich heute die ÖVP herstellt, und gerade vorher der Kollege Wolf gesagt hat, Skandal, Skandal! Den wollen wir aufdecken! Skandal, den wollen wir eigentlich als ÖVP jetzt in den Vordergrund stellen. *(Zwischenruf des Abg. Christoph Wolf, M.A.)*

Das hast Du gesagt, das kannst Du nachlesen im Protokoll. Ja. Skandal! Du hast das Wort Skandal in deinem Wortschatz gehabt. Transparenz ist Dir wichtig. Dann darf ich Euch darauf aufmerksam machen, dass Ihr vor eineinhalb Jahren noch in der Regierung gesessen seid, und wir, die Kontrolle, schon seit -zig Jahren immer wieder darauf aufmerksam gemacht haben, dass Vieles hier nicht stimmt.

Das wurde abgeschmettert, das wurde abgetan. Was soll das? Lass sie reden, die Hinterbänkler, wir machen was wir wollen. Weil, nachdem ein Voranschlag erstellt ist, hat die Regierung das Wort und kann mit dem Geld eigentlich machen was sie will. Die Opposition und die Kontrolle hat definitiv keine Möglichkeit, in Regierungsakte oder in Tagesordnungen Einsicht zu nehmen, was die Regierung beschließt.

Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, wie Dr. Rauter noch Landtagsabgeordneter war, wo sich vorher einiges abgespielt hat. Da haben Regierungssitzungen stundenlang gedauert, weil viel hinterfragt worden ist.

Jetzt sind sie in 20 Minuten erledigt, wenn sie überhaupt anwesend sind, die Herren von der Regierung. Das stört uns massiv. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vor einiger Zeit waren die Mandatare der FPÖ noch diejenigen, die uns auch immer wieder Recht gegeben haben, beziehungsweise wir Vieles gemeinsam aufgedeckt und auch thematisiert haben. Aber im Endeffekt ist das schon lange her. Jetzt sage ich einmal 2010, diesen Bericht aus dem Jahr 2015 muss man sich einmal durchlesen.

Ein Who is Who. Wo und wer war damals zuständig? Wenn das die Kontrolle war, Abteilung 4a Agrar- und Veterinärwesen, Verwendung von Landesmitteln. Was ich weiß, war das die ÖVP, oder liege ich da so falsch? Nein? Dankeschön.

Genau das ist der Punkt, Herr Kollege Wolf. Jetzt in der Opposition zu sitzen, und ich getraue mich auch behaupten, ich finde das ja gar nicht für in Ordnung, dass die ÖVP überhaupt den Kontrollausschuss-Obmann stellt. Es sollte eigentlich die schwächste Fraktion im Landtag den Obmann für den Kontrollausschuss stellen, denn Ihr habt Vergangenheitsbewältigung zu machen in diesem Hohen Haus. Da glaube ich, sollte man sich auch Gedanken machen.

Ich bin kein Verteidiger der SPÖ, FPÖ oder anderer Fraktionen, oder überhaupt schon vom Gerhard Steier. *(Abg. Günter Kovacs: Nur ganz ein bisschen.)* Absolut nein. Ich bin immer sachlich in eine Diskussion hineingegangen und habe auch festgestellt was der Rechnungshof schwarz auf weiß hier niedergeschrieben hat.

Und ich denke, dass das alles seiner Wahrheit entspricht und ich denke oder ich bin überzeugt davon, dass das genauso abgelaufen ist. Und wenn dann überprüft worden ist, die Verwendung von Landesmitteln von rund 41 Millionen Euro im Verantwortungsbereich der Abteilung 4a - Agrar- und Veterinärwesen, dann komme ich auf ein paar Punkte die ich auch gerne vorlesen will.

Ich bin normal nicht einer der gerne vorliest sondern frei redet, aber das ist es wert das vorzulesen, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn den Originalbericht wird ja hoffentlich jeder kennen von den Abgeordneten. Ich bin gespannt, was die Herrschaften dazu sagen, zu dieser ganzen Situation was sich da abgespielt hat.

Wenn wir das, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, werte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, in der Gemeinde machen, sind wir eingesperrt, glaubt mir das. Jetzt bin ich beim richtigen Punkt.

Wir fragen uns, seitens der Bündnis Liste Burgenland, ob wir diesen Bericht sehr wohl zur Kenntnis nehmen, aber nicht weitere Schritte machen werden. Denn das ist echt kriminell, glaubt mir das.

Ich lese jetzt einige Dinge vor: Der Schwerpunkt der Prüfung auf den fünf höchstdotierten Finanzpositionen in den Jahren 2010 - 2015, diese waren: Förderung der Hagel- und Frostversicherung, Fördervertrag mit der Landwirtschaftskammer, Landwirtschaftsförderung und Regionalmaßnahmen, Österreichische Weinmarketing Service Gesellschaft, Förderbeitrag, Ausgaben für Tierschutz, Landestierheim.

Hauptkritikpunkte des Burgenländischen Landes-Rechnungshof: Die Gebarung der geprüften Finanzpositionen waren generell von formalen Mängel und unpräzisen Zielvorgaben sowie oberflächlichen - Herr Kollege Wolf - oberflächlichen Kontrollen und den damit verbundenen Steuerdefiziten bei der Mittelverwendung gekennzeichnet.

Jeder soll sich jetzt seine Gedanken machen. - So übertrug das Land der Burgenländischen Landwirtschaftskammer mittels Leistungsvertrag die entgeltliche Durchführung von Fördermaßnahmen, Beratungsleistungen und diversen Zusatzleistungen. Die Burgenländische Landwirtschaftskammer erhielt dafür jährlich rund zwei Millionen Euro. - Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, zwei Millionen Euro.

Weder wies die Landwirtschaftskammer die erbrachten Leistungen dem Land gegenüber nach, noch erfolgte seitens des Amtes der Burgenländischen Landesregierung

entsprechende Kontrollen oder Prüfungen. - Wir werden ständig überprüft in den Gemeinden. Wir haben aber kein Problem damit und da überprüft kein Teufel.

Ich weiß, ich verstehe so etwas gar nicht mehr, dass es so etwas gibt. Das haben wir schon im letzten Rechnungshofbericht gehabt. Der Kollege Steier hat es andiskutiert, und, und, und. Ich könnte da aufzählen zehn Rechnungshofberichte wo einem wirklich das Grauen ins Gesicht steht.

Weiter: Beispielgebend für unzureichende Kontrollen und mangels Steuerung bei der Verwendung öffentlicher Mittel war unter anderem auch die Verwendung der Landwirtschaftsförderung für Regionalmaßnahmen. Diese floss mit bis zu 83 Prozent der jährlichen Mittel in den Betrieb des Vereins „Genuss Burgenland“.

Wer ist „Genuss Burgenland“, meine sehr geehrten Damen und Herren? Und die dafür vorgesehenen bauliche Revitalisierung einer Liegenschaft, - und jetzt kommt es, wer sind die? Der Verein erhielt dafür insgesamt 1,88 Millionen Euro an Mitgliederzuschüssen. Einziges zahlendes Mitglied des Vereins „Genuss Burgenland“ war das Land Burgenland.

Das Land Burgenland, meine sehr geehrten Damen und Herren, da sind Sie in der Regierung gesessen mit Verantwortung, nur damit wir es wissen, liebe ÖVP. - Die Zwischenfinanzierung für ein EU-Projekt und der Landesanteil in diesen erhöhten die finanzielle Unterstützung des Landes auf zumindest rund 2,5 Millionen Euro. Verwendungsnachweise des Vereins lagen dem Land bis Ende 2015 nicht vor.

Die brauchen gar nichts schreiben was sie damit machen. Ich weiß nicht was sie getan haben damit. Ich weiß schon, ich habe angesucht für die Vinothek Deutschkreutz, weil wir die umgebaut haben, um Fördermittel. Zugesagt hat der Herr damalige Landesrat Liegenfeld, geflossen ist null. *(Abg. Werner Friedl: Er hat kein Geld mehr gehabt.)*

Den gibt es inzwischen nicht mehr, der liegt im Feld irgendwo. Aber so ist es halt im Leben. Jetzt weiß ich wo das Geld hingekommen ist, dass er für uns keines mehr gehabt hat. Aber daher bin ich auch zu der neuen zuständigen Landesrätin gegangen. Sie wird sich darum kümmern.

Und da kann ich mich wahrscheinlich gegenüber der ÖVP darauf verlassen, dass auch hier eine Möglichkeit besteht, dass wir auch eine Unterstützung bekommen, egal in welcher Höhe. Das muss man schon klar gesagt haben*. (Abg. Wolfgang Spitzmüller: Zur Not einklagen.)*

Herr Kollege, selbstverständlich, ich komme noch dazu. - Auch bei der Verwendung der burgenländischen Dotierung für die Österreichische Weinmarketing Gesellschaft stellt der Burgenländische Rechnungshof erhebliche Mängel und Intransparenz fest. - Man haut mit den Geldern umher und fuhrwerkt mit den Geldern und da haben wir vorher gesprochen vom Grünen Bericht.

Das ist sehr interessant. Da stellt sich der Herr Kollege Temmel her und tut so, und die haben das Amt gehabt wie lange? 40, 50 Jahre für die Landwirtschaft. *(Abg. Walter Temmel: Und was habe ich gesagt?)* Ich habe eine Landwirtschaft, Herr Kollege, ich weiß wovon ich rede. Ich bin selbständig, ich weiß wovon ich rede. Ich bin politisch unterwegs und daher weiß ich auch wovon ich rede und ich bin auch in den Gasthäusern unterwegs. *(Abg. Manfred Haidinger: Bürgermeister hast Du nicht gesagt.)*

Dort hört man eigentlich was sich tut. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar.)* Warten Sie ein bisschen, Frau Kollegin. Du warst lange genug da und hast leider Gottes, wenn ich da gestanden bin immer wieder gesagt, vergesst ihn, das geht alles nicht. Jetzt fordert Ihr das, was ich damals gefordert habe, was Ihr nicht umgesetzt

habt. Das ist nämlich das Interessante an der ganzen Situation. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was hat er denn für eine Landwirtschaft?)*

Entschuldigung, Weinbau 2,5 Hektar und ein paar Hektar Gründe. Falls es Dich interessiert schau nach, und 13 Traktoren habe ich. Du hast mehr, weiß ich eh. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wir haben keine Traktoren.)* Ich habe aber leider keine Förderungen bekommen so wie Ihr.

Aber gehen wir weiter. Gehen wir weiter im Detail, Herr Kollege Temmel. Ich weiß nicht was Ihr dann dazu sagen werdet. Ich weiß nicht, redest Du dazu zu dem Bericht? Ich hätte mich schon gefreut.

Das sind genau die Dinge wo die Weinmarkting eigentlich nichts gemacht hat. Keine Beweise, nichts da, sind einfach Mittel des Landes, sodass auch hier keine Überprüfbarkeit des Mitteleinsatzes und der Wirtschaftlichkeit möglich gewesen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da fragen wir uns wirklich seitens des Bündnis Liste Burgenland, wenn es das mit dem Geld so zum Verteilen gibt und kein Nachweis muss erbracht werden, wo leben wir denn da? Das sind Steuergelder der burgenländischen fleißigen Leute, muss ich ganz klar und deutlich sagen. Da war auch die FPÖ immer dahinter, dass das auch dementsprechend aufgedeckt wird, damit da Klarheit herrscht.

Dritter Punkt, Hauptkritikpunkt aus Sicht unserer Seite: Im Zusammenspiel zwischen Landesregierung und Landesverwaltung hat sich ein System der Intransparenz etabliert, das sich nicht nur der Kontrolle durch den Landtag entzieht sondern Millionen Euro von Steuergeldern kostet. - Was ich vorher schon gesagt habe.

Wir beschließen ein Budget und dann stellt sich der Herr Landeshauptmann hin und sagt, weil ihr nicht mitgestimmt habt, habt ist auch nichts zum Schwätzen. Das glaube ich eh, wir brauchen nichts schätzen. Da hätten wir uns anders verhalten, das muss man auch klar dazu sagen.

Beispiel: Negativschlagzeilen häufen sich zuletzt auch betreffend einem Rechnungshofbericht zur Vergabe von Förderungen durch das Innenministerium. Der Rechnungshof kritisierte die Vergabe von Förderungen. Durch das Innenministerium zwischen 2011 und 2014 wurden zwar 77,81 Millionen Euro ausbezahlt. Die Zahl der vergebenen Förderungen konnte das Ministerium aber nicht nennen.

Da sieht man, was sich in der großen Politik eigentlich abspielt, da muss keiner irgendwo Unterlagen bereit stellen oder halten, weil es interessiert eh keinen auf Deutsch gesagt, außer den Rechnungshof. Gott sei Dank gibt es ihn.

Beispiel Zwei: In einem Bereich über die Investitionsförderung in der Landwirtschaft von 2007 bis 2013 beziehungsweise 2014 bis 2020 kritisiert der Bundes-Rechnungshof einmal mehr die freiwillige höhere nationale Kofinanzierung der EU-Förderung in der Höhe von 46 Millionen Euro. Gleichzeitig wurden fehlende Strategien des Landwirtschaftsministeriums gerügt.

Ich weiß nicht wem das Landwirtschaftsministerium gehört, aber ich glaube auch die ÖVP. Es mangelt, und das ist genau der Punkt, an einer wirkungsorientierten Steuerung der Förderungen. Eine Vielzahl von Zielen wird zwar formuliert, aber es wurden keine Prioritäten gesetzt.

Laut Rechnungshof erschweren die schwammigen Zielvorgaben die Steuerung. Ein wirksamer Einsatz der Förderung in der Landwirtschaft ist deshalb nicht gesichert. Ein

systematischer Abstimmungsprozess zwischen den zuständigen Stellen des Bundes und der Länder wird ebenfalls vermisst.

Das Bündnis Liste Burgenland fordert daher, vor allem bei Millionengeschäften wie sie auch im Förderwesen stattfinden, wir wissen ja dass da wo Fördergelder rennen es oft große Probleme gibt, eine begleitende Kontrolle durch die Rechnungshöfe mit laufendem Report an den Landtag. Das heißt, wir wollen ständig informiert werden.

Das geschieht derzeit nicht, das passiert ganz einfach nicht. Nach drei oder vier Jahren bekommen wir Gott sei Dank einen Rechnungshofbericht wo das alles wieder klar dargestellt wird. Aber, ja wenn kratzt das? Keinen Teufel kratzt das mehr im Endeffekt. Wir werden uns schon bessern, jetzt gibt es eine andere Konstellation. Jetzt schaut es vielleicht anders aus. Da bin mir nicht sicher, aber gut.

Der nächste Punkt, Punkt Drei: Die Berichte der Rechnungshöfe in Österreich können Missstände nur im Nachhinein aufzeigen. Das was ich vorher gesagt habe. In der Regel ziehen sie keine konkreten Konsequenzen nach sich. Das muss man sich einmal anschauen. Was geschieht eigentlich mit der ÖVP, die das verbrochen hat?

Ich sage das wirklich mit dieser Deutlichkeit. Das ist Verschwendung von öffentlichen Geldern. Was geschieht jetzt eigentlich? Da komme ich auch noch zu einem Punkt.

Beispiel, anhand der aktuellen Prüfberichte zur Verwendung von Landesmitteln im Bereich des Agrar- und Veterinärwesens. An zahlreichen Stellen des Berichtes wird die Stellungnahme des zuständigen Amtes der Burgenländischen Landesregierung wie folgt zitiert: Die Empfehlungen des Rechnungshofes werden zur Kenntnis genommen.

Wir müssen auch immer die Berichte zur Kenntnis nehmen. Na wunderbar. Und geschehen tut nichts. Leider. Das Bündnis Liste Burgenland fordert eine politische Debatte darüber, dass jene Mängel die durch die Rechnungshofprüfung festgestellt wurden auch tatsächlich und nachweisbar innerhalb einer bestimmten Frist behoben werden. Das heißt, man gibt eine Frist hinein und sagt, so schnell müssen sie das beheben, ansonsten gibt es irgendwelche Konsequenzen.

Nächster Punkt: Es herrschen unzählige Zusammenwirkungen zwischen Landesregierung und Landesverwaltung, auch hier als Abwickler von Förderungen Kammern beziehungsweise von ihnen gegründeten Vereinen. Beispiele anhand des aktuellen Prüfberichts zur Verwendung von Landesmitteln im Bereich des Agrar- und Veterinärwesens.

Wenn ich mir da anschaue wer die Mitglieder dort drinnen sind, in den ganzen Vereinen, dann wird es erst interessant. Jetzt kommt die SPÖ auch noch ein bisschen dran, weil zum Beispiel: Ordentliche Mitglieder waren in der Burgenländischen Landwirtschaftskammer, die Wirtschaftskammer, der Landesverband Burgenland Tourismus - Frau Kollegin - und das Land Burgenland als einziges zahlendes Mitglied. Schon interessant.

Da hat es einen Verein gegeben und das Land hat gezahlt. *(Abg. Walter Temmel: Die haben ein Geld.)* Die haben Geld. Okay. Sieht man eh. Danke Herr Kollege.

Der Vorstand bestand, und das ist das Interessante, die Vertreter des Landes waren laut den Vereinsstatuten - und jetzt halten Sie sich an - der Landeshauptmann und der zuständige Landesrat, der damalige Landesrat Liegenfeld. Die haben sich das Geld einfach hin und her geschoben wie sie es wollten.

Ich frage die Regierungsmitglieder die damals da auch dabei waren oder speziell die ÖVP, ob sie das überhaupt gewusst haben was da rennt? Das wäre einmal interessant zu wissen. Und jetzt kommt es: *(Abg. Gerhard Steier: Noch etwas kommt?)* Der Vorstand wählt den Obmann entsprechend der Statuten aus seiner Mitte für die Funktionsperiode von zwei Jahren.

Dies war allein der Herr Landesrat Liegenfeld. Er ist gleichzeitig Obmann von diesem Verein, das ist auch höchst interessant, von der einen Seite auf die andere das Geld rüber geben. Eine tolle Geschichte. Wenn wir das wirklich bei uns machen würden im Gesundheitswesen, gut würden wir aussteigen aus der ganzen Geschichte. Aber vielleicht kommt es eh noch.

Dann komme ich zur nächsten Position, wo ich mich frage, warum übernimmt das Land die ganzen Kosten von der ganzen Geschichte und das 30 Jahre lang. Das ist auch so ein gutes Beispiel. Österreichische Weinmarketing Gesellschaft - Förderbeitrag, sechs Millionen Euro. Sechs Millionen haben wir denen einfach „in den Rachen geschoben“. Was haben die wirklich damit gemacht? Es gibt keine Aufzeichnungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sechs Millionen Euro ist ja nicht irgendwas oder? Da kritisiere ich den Tschürtz, wenn er 700.000 Euro für seine Polizisten irgendwann umher schickt. Da muss ich ja sagen, da kann er noch ein paar Ortschaften ausrüsten mit solchen Gschichtln. *(Abg. Gerhard Steier: Das sind Sicherheitskräfte.)* Sicherheitskräfte, Danke.

Es ist schon wirklich interessant was sich da eigentlich alles ergibt. Und daher sagen wir: Wirtschaftlichkeit ist scheinbar keine Dimension um an Fördergelder zu kommen, es sind auch wirtschaftlich unsinnige Projekte willkommen. Das Land muss mit Steuergeld nachschießen, teilweise werden Rücklagen sogar dafür aufgelöst.

Herr Landesrat Bieler, *(Abg. Gerhard Steier: Nicht da.)* ist nicht da, aber macht ja nichts, er wird es schon hören oder sie werden es ihm schon sagen. Jetzt komme ich noch einmal zu einem Beispiel Verein „Genuss Burgenland“.

Der Verein „Genuss Burgenland“ erhielt im Jahr 2014 drei Mitgliederzuschüsse, insgesamt 880.000 Euro. Mit dem vierten Zuschuss im Jahr 2015 eine Million Euro, stieg die Zuschusshöhe des Landes aus Mitgliederzuschüssen auf insgesamt 1,88 Millionen Euro. - Wer hat das beschlossen?

Hervorzuheben war, dass das Land Burgenland als einziges Vereinsmitglied finanzielle Beiträge in Form von Mitgliederzuschüssen leistete. Die Gewährung des dritten Mitgliederzuschusses im Jahr 2014 erfolgt auf Grund einer, - horcht jetzt einmal, - erfolgt auf Grund einer Weisung des zuständigen Landesrates.

Hallo, das ist ja interessant, auf Weisung. Und warum hat er das gemacht? Da die Abteilung 4 dieses auf die fehlenden, laut Regierungssitzungsakt über den zweiten Mitgliederzuschuss erforderliche Leistungsvereinbarung, hingewiesen hat. - Was heißt denn das? Lasst Euch das auf der Zunge zergehen.

Ferner wies der Landesamtsdirektor schriftlich darauf hin, dass nunmehr bereits der dritte Mitgliederzuschuss in einem Jahr erfolgen sollte und sprach das Finanzierungsrisiko in einem angestrebten EU-Förderprojekt an. Dies war zum Zeitpunkt der Stellungnahme des Landesamtsdirektors ein EU-Reserveprojekt. - Das heißt, man ist über alles darüber gefahren.

Der Landesamtsdirektor hat sehr wohl darauf aufmerksam gemacht, was passieren kann. Jetzt weiter: Für die finanzielle Bedeckung des zweiten Mitgliederzuschusses über

250.000 Euro war die Heranziehung der gesamten Rücklage der Voranschlagsstelle notwendig. - Herr Landesrat Bieler, auch Sie sind mit da drinnen in der ganzen Situation.

Ebenso war die Zahlung des vierten Mitgliederzuschusses nur unter Auflösung einer Rücklage möglich. - Habt Ihr Euch da schon Gedanken gemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag?

Angesichts der Millionen Euro an bereits ausbezahlter Förderungen im Burgenland siehe Tabelle unten, fordert das Bündnis Liste Burgenland eine nachvollziehbare und detaillierte Auflistung darüber was die Gesamtabwicklung von Förderprogrammen kostet. Ich bin neugierig ob wir diese bekommen.

Fazit unter der ganzen Geschichte ist, Förderungen sind dann in Frage zu stellen, wenn sie nicht wirtschaftlich, doppelgleisig, intransparent sind.

Herr Kollege Wolf, das hast Du heute angesprochen! Euer Thema, unser Thema, unser aller Thema ist das geworden und sich dann so herstellen und sagen: Skandal! Der Skandal liegt eigentlich in der ÖVP, aber gemeinsam auch mit der SPÖ und mit der Regierung, mit der damaligen.

Für uns ist zu prüfen, ob ein Missbrauch von Fördermitteln vorliegt. In diesem Fall müsste das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung vollauf eingeschaltet werden. Wir gehen noch weiter, wir sagen das gleiche wie der Kollege Steier.

Wir glauben, dass da Amtsmissbrauch passiert ist und werden uns überlegen ob wir nicht weitere Schritte einleiten werden. Denn es kann nicht so sein, dass ein jeder machen kann was er will mit öffentlichen Geldern.

Und wenn wir immer nur Rechnungshofberichte zur Kenntnis nehmen die wirklich akribisch aufgearbeitet sind und top sein und einfach zur Kenntnis nehmen und man hört in zwei Wochen nichts mehr davon. Das wollen wir nicht und das tun wir auch nicht. Und daher wird das Bündnis Liste Burgenland diese Schritte in Erwägung ziehen.

Wir haben heute ein Gespräch mit jemanden der uns auch dazu begleiten wird, der uns das auch entsprechend formulieren wird, weil wir der Meinung sind und ich hoffe auch die FPÖ, dass da etwas falsch gelaufen ist, das ist schon eher kriminell.

Und das kann es nicht sein. Und das hier keine politischen Konsequenzen gibt. Es kann aber nicht so sein, dass wir uns noch hinstellen und eine Partei die andere durch einen Prüfantrag in Misskritik bringt, Herr Kollege Wolf, weil hier sieht man typisch was passiert, wie das so läuft, in den letzten Jahren und Jahrzehnten muss ich schon bald sagen.

Und wir waren immer auf der richtigen Seite, auch damals die FPÖ. Wo wir immer wieder darauf hingewiesen haben, dass da etwas nicht in den richtigen Bahnen läuft. Und jetzt bin ich schon gespannt was die SPÖ dazu sagt und im Speziellen wie sich auch die ÖVP jetzt dazu verhalten hat.

Das weiß ich schon, es hat den Landeshauptmann drinnen gegeben, aber es hat den damaligen Landesrat gegeben, Liegenfeld, der sogar eine Weisung gegeben hat, das muss man sich einmal vorstellen!

Eine Weisung geben heißt heutzutage, - das ist meiner Meinung schon ein Wahnsinn, das ist das gleiche wie wenn ein Minister eine Weisung erteilen muss, dass dieses und jenes durchgeführt wird und ein Landesrat erteilt eine Weisung, damit er das Geld kriegt und wo er selber Obmann ist.

Da stimmt ja was nicht! Wie soll das gehen? *(Abg. Gerhard Steier: Ist ja gegangen.)* Es ist gegangen, ja und wie man sieht ist es gegangen ohne große Diskussion in der Landesregierung damals. Das sich da keiner aufgestellt hat und hat gesagt, Freunde das machen wir nicht, da kommen wir damit eigentliche ins Kriminelle!

Und das sind so Sachen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo ich den Rechnungshof lobe, weil er sich wirklich kein Blatt vor den Mund nimmt und weil die Tatsachen da sind. Aber noch einmal, was geschieht eigentlich mit diesen Herrschaften?

Wenn wir in Deutschkreutz Kinder angemeldet haben in Schulen, wo ich gar nicht gewusst habe, in der Milchsammelstelle, wo wir gar keine haben, am Bauhof, was nicht gestimmt hat. Da werde ich 3,5 Jahre verfolgt und wie ein Krimineller hingestellt und konnte Gott sei Dank beweisen, dass es nicht so war, aber es sind Viele verurteilt geworden.

Und in diesem Fall, wo Millionen Euro laufen, werte Kollegen von der ÖVP, was machen wir mit dem Schlössl in Donnerskirchen? Ist wunderschön geworden, gar keine Diskussion, aber auch unsere Vinothek ist wunderschön und viele, viele Maßnahmen die im Weinbau und im Tourismus passiert sind, sind wunderschön. Gott sei Dank.

Aber auch hier frage ich mich, wo ist die Kontrolle? Bei Lutzmannsburg wissen wir immer noch nicht wo die drei Millionen Euro sind, die sind unauffindbar. Da redet man gar nicht mehr darüber. Wir reden über den neuen Geschäftsführer, wir reden über den Geschäftsführer im Tourismus, aber wir ändern schon wieder das Tourismusgesetz um.

Das ist wichtig für die Medien. Wo sind die Medien? Die sollen das endlich einmal ordentlich berichten, meine sehr geehrte Damen und Herren, was da los ist. Nein, ich denke mir schon, unsere Medien, entweder sind sie gut befreundet und mehr sage ich jetzt nicht mehr dazu.

Wir werden diesen Bericht zur Kenntnis nehmen, aber andere Schritte in die Wege leiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier.*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Es sind Sätze in diesem sehr umfangreichen Bericht drinnen, der ja eigentlich für zwei Berichte, oder drei fast gereicht hätte. Die kennen wir inzwischen aus vielen anderen Berichten.

Einer zum Beispiel lautet: „Um präzise Zielvorgaben, sowie oberflächliche Kontrollen, außerdem unzureichende Kontrollen, mangelnde Steuerung bei der Verwendung öffentlicher Mitteln.“ Das sind leider Sätze die wir aus anderen Berichten kennen und hier finden wir sie eigentlich fast auf jeder zweiten Seite. Das ist eigentlich mehr als bedenklich.

Auf Grund des Umfangs und der Vielschichtigkeit dieser Prüfung möchte ich mich auf den besonderen Punkt beschränken, innerhalb dieses Rechnungshofberichtes und das ist der der Genussakademie. Der setzt nämlich wirklich dem ganzen Bericht, das ist das Tüpfelchen auf dem I, um das Positiv zu formulieren.

Wir haben schon im Jahre 2013/2014 darauf hingewiesen, dass das ganze Vorhaben in einem schiefen Licht steht, allein wegen einer Unvereinbarkeit die mit dem

damaligen Landesrat Liegenfeld zusammenhängt. Wir haben leider, muss ich heute sagen, offensichtlich Recht behalten, weil das was hier im Zuge dieser Revitalisierung des Martinschlössels und der Genussakademie passiert ist, ist eigentlich unglaublich.

Der Kollege hat auf einiges schon hingewiesen, ich möchte auf einiges noch stärker eingehen und dazu setzen. Die Familie Liegenfeld hielt bis Juni 2014 den größten Anteil an der Winzergenossenschaft. Das ist die Winzergenossenschaft, die das Martinschlössl, also die Genussakademie, wie es jetzt heißt, an den Verein, letztlich mehr oder weniger, an das Land verpachtet hat.

Der Rechnungshof hat sich den Vertrag angeschaut und ist zu dem Schluss gekommen und so schreibt er das auch sinngemäß, dass dieser Vertrag eindeutig zum finanziellen Nachteil, aber nicht nur zum finanziellen, des Landes gestaltet ist.

Aufgelistet werden zum Beispiel der einseitige Verzicht auf das Kündigungsrecht für 30 Jahre, auf der anderen Seite gibt es sehr wohl ein Kündigungsrecht und zwar, wenn ich mich recht erinnere, ist das mit lediglich mit einer dreimonatigen Frist, quartalsweise möglich.

Weiters hat sich das Land praktisch verpflichtet, dass Martinschlössel komplett zu sanieren. Und nicht nur das, auch einen Zubau auf diesem Grundstück zu errichten, einen großen Veranstaltungssaal, und das gesamte Objekt nach 30 Jahren auch in diesem Zustand wieder zu übergeben.

Das ist jetzt deswegen auch so besonders, weil man wissen muss, dass das Martinschlössel vorher wirklich stark sanierungsbedürftig war. Man könnte jetzt meinen, da hat jemand ein Haus gehabt, das ist ihm ein bisschen über den Kopf gewachsen, weil natürlich der Zahn der Zeit an dem Gebäude nagt. Noch dazu ist ein großer Teil des Martinschlössel unter Denkmalschutz, das macht es auch nicht einfacher und das Ganze kostet natürlich sehr viel Geld.

Jetzt ist man auf die Idee gekommen, man verpachtet dieses Haus und lässt dem Pächter das Haus sanieren und nach 30 Jahren freut man sich, weil man bekommt ein komplett saniertes Haus, mit einem extra Zubau zurück und zwar wie es im Vertrag heißt, dass es ohne Unterbrechung nach den 30 Jahren genutzt werden kann.

Und was auch noch dazu kommt, eine Änderung der Nutzungsart, also der Vereinszweck ist während der ganzen 30 Jahre nicht gestattet. Das heißt, es muss immer das getan werden, in diesen Gemäuern, wozu man sich verpflichtet hat beziehungsweise was der Verein vorhat.

Jetzt wäre das Ganze ja vielleicht noch vertretbar, wenn dann der Verpächter sich dazu bereiterklärt das Ganze mit einem symbolischen Pacht-Euro zu vermieten. Weit gefehlt, der Pachtzins wird auf Grund der hohen Investition zwar von 26.000 Euro auf 20.000 gesenkt. Das steht aber natürlich in keiner Relation, wie das auch der Rechnungshof im Bericht vermerkt, zu den hohen Investitionen und dem Zubau.

Es sind da wirklich hohe Summen immer wieder hineingeflossen und es ist mir auch wichtig zu sagen, weil es ja hier um eine Prüfung der Abteilung 4 geht, das wird auch im Bericht angemerkt und ich habe das auch gehört, dass die Abteilung 4 überhaupt nicht glücklich war mit den laufenden Zahlungen.

Und was noch dazu kommt, nicht nur, dass da laufend gezahlt wurde, sondern für die vorigen Zahlungen gab es überhaupt keine, wie heißt es so schön, *(Abg. Gerhard Steier: Abrechnungen)* Abrechnungen, Verwendungsnachweise. Das ganze gipfelt dann im folgenden Satz, den lese ich jetzt auch vor aus dem Rechnungshofbericht:

Ein Verwendungsnachweis war bis spätestens 31.3. vorzulegen. In der Zuschrift über die Förderzusage an den Verein verzichtet das Land auf die Leistungsvereinbarung. - Und der Gipfel an der Geschichte ist nämlich, der Landesrat hat praktisch dem Verein, dem er selber vorstand, also sich selber gesagt, du einen Nachweis brauchen wir nicht, auf den verzichten wir. Und das ist ja wirklich unglaublich.

Der Landesrat ist Empfänger und Absender dieser Zuschrift gewesen und dadurch kann man das Ganze auch sehr schwer überprüfen was da passiert ist. Aber es wurde weiter gezahlt und wie der Kollege Kölly gesagt hat, einfach auf Weisung des damaligen Landesrates. Die Abteilung 4 wollte das eigentlich gar nicht machen.

Dazu kommt noch, dass jetzt ein zusätzliches Problem noch entstanden ist, weil nämlich nicht nur da schwere Fehler, Missachtungen, oder wie immer das auch man nennen will, passiert sind, sondern es ist noch etwas passiert, ein Teil der Sanierung ist geschehen ohne einer gescheiten Ausschreibung.

Das heißt, da wurden Aufträge vergeben die nicht mit den Vergaberichtlinien übereingestimmt haben. Und da sagt dann, in dem Fall die AMA, wenn das der Fall ist, dann gibt es keine Förderungen. Und das betrifft jetzt ganz konkret eine Zahlung von 250.000 Euro die ursprünglich als Vorschluss geleistet wurde, damit der Verein überhaupt förderungswürdig ist.

Mit diesen 250.000 Euro steht der Verein in der Kreide beim Land. Es gab da bereits Rückzahlungstermine, bis zu diesem Zeitpunkt hätte das zurückgezahlt werden sollen, ist bis heute aber nicht passiert, warum? Das geht gar nicht.

Der Verein hat ja selber so gut wie keine Einnahmen und die Förderung wird er nicht bekommen, weil er die Vergaberichtlinie nicht eingehalten hat. Das heißt, es gibt einmal ein Minus von 250.000 Euro.

Jetzt schauen wir uns kurz an, was ist eigentlich der Zweck des Vereines? Der Zweck dieses Vereines ist vor allem die Steigerung des Bekanntheitsgrades agrarischer Qualitätsprodukte aus dem Burgenland und Förderung des Absatzes, sowie Aktivitäten rund um die heimischen Genussprodukte, sowie die Errichtung des Hauses des Genusses, das ja inzwischen steht und betrieben wird, eben die Genussakademie.

Jetzt ist es ja nichts Schlechtes grundsätzlich, aber mit diesem vielen Geld, das da hineingesteckt worden ist, ich gehe danach noch darauf ein, hätte man dermaßen viele Aktivitäten direkt und zwar übers ganze Land gestreut, setzen können, die wirklich direkt hauptsächlich den Produzenten und Produzentinnen, aber natürlich auch den Konsumenten und Konsumentinnen zugutegekommen wären.

Das ist nicht passiert. In Wahrheit hat man an einem strategisch und geografisch schlecht gewählten Ort, muss man noch dazu sagen, nämlich in Donnerskirchen, ein für das ganze Land eigentlich notwendige Genussakademie geschaffen. Nur wer bitte fährt aus dem Landessüden fast zwei Stunden nach Donnerskirchen, um sich dort zum Beispiel, ich zitiere von der Homepage der Genussakademie "Seifen selber machen" lernt, "Bier selber brauen" lernt, einen Grillkurs absolviert, Naturkosmetik macht oder mit Wildkräutern kocht?

An und für sich alles nichts Schlechtes, aber das geht mit so einem Budget. Dazu brauche ich nicht zwei, drei, vier oder mehr Millionen Euro und kann das verteilt über das ganze Land machen.

Ich habe mich heute erkundigt, es gibt sowohl in der Eisenstädter Landwirtschaftskammer als auch in der Oberwarter Landwirtschaftskammer sogenannte

Lehrküchen. Es gibt in den verschiedensten Schulen toll ausgestattete Küchen, die man oft am Nachmittag nutzen kann. Es gibt die Möglichkeit in den BFI`s, es gibt genug Möglichkeiten, diese Sachen zu machen. Dafür braucht es keine Genussakademie in Donnerskirchen.

Ein Schmankerl vielleicht noch, wenn man in diese Empfangshalle, oder wie sie heißt, die extra dazu gebaut wurde, hineingeht, hat man auf der linken Seite einen Balkon. Wie es heißt, hat sich das der Landesrat Liegenfeld ausgebeten. Wozu der Balkon sein soll, ist mir schleierhaft. Der ist praktisch im Saal drinnen, die Einzigen die da oben hie und da stehen sind Fotografen. *(Abg. Manfred Kölly: Lange Reden halten!)* Nicht einmal das, nein, also nach meinen Erkenntnissen hat da noch niemand hinuntergebetet oder gepredigt, die Fotografen machen manchmal von oben Aufnahmen.

Wofür das Objekt sehr gut ist, ist natürlich für große Hochzeiten und ähnliches, das mag schon seinen Sinn haben, aber das hat letztendlich mit dem eigentlichen Vereinszweck nicht viel zu tun.

Zu den Kosten: Ich habe in einer Anfrage aus dem Jahr 2014 an diesen Landesrat relativ detaillierte Kosten bekommen, die wichtigsten Punkte: Bauwerk und Technik: Eine Million Euro, Außenanlagen: 22.000 Euro, Planungsleistungen: 200.000 Euro, Rohbauleistungen von 400.000 Euro, Bauwerkausbau: 400.000 Euro, in Summe dann für die Revitalisierung des Martinschlössels 2,1 Millionen Euro.

Dazu kommt noch die Einrichtung der Genussakademie, da schlägt sich alleine die Lehrküche mit 125.000 Euro zu Buche. Es kommen dann noch Seminarsesseln, Außenakustikmaßnahmen, Gebrauchsgegenstände und ähnliches dazu - sind noch einmal 370.000 Euro.

In Summe also eine Unzahl an Geldern, die erstens einmal, meiner Meinung nach, unserer Meinung nach, hineingeflossen sind, ohne dass das Ganze wirklich den Zweck erfüllt, den es eigentlich erfüllten sollte.

B) Es gibt keine oder sehr wenige und unzureichende Leistungsnachweise dafür und der Vertrag bindet uns, beziehungsweise das Land für die nächsten 30 Jahre.

Wenn es blöd hergeht und der Verpächter das ganze optimal nutzen will, dann findet er nach zehn Jahren einen Grund, um das Ganze zu kündigen und hat eine perfekt revitalisierte - samt Neubau - Anlage, mit der sich sicher viel anfangen lässt, zu einem Spottpreis bekommen. Das geht meiner Meinung nach nur, das war alles nur möglich, auf Grund des damaligen Agrarlandesrates Liegenfeld.

Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, wir sollten uns wirklich überlegen, ob wir hier nicht einen Schritt weitermachen, nach diesem Rechnungshofbericht und hier weitere parlamentarische Möglichkeiten ausnutzen. Wir sollten uns wirklich zusammensetzen und überlegen, ob wir hier nicht einen Untersuchungsausschuss installieren, weil das was hier passiert ist, spottet wirklich jeder Beschreibung und das wird uns die nächsten Jahre viel Geld kosten, auch das steht im Rechnungshofbericht.

Laut einem Konzept des Vereines werden für Seminarbetrieb und den operativen Betrieb zwischen 2015 und 2030 rund 6,5 Millionen Euro benötigt. Das sind aber laut Rechnungshof aber noch nicht einmal die Kosten für die Instandhaltung des Gebäudes.

Das ist ja ein altes Gebäude, im vorderen Trakt ist, glaube ich, überhaupt noch nicht sehr viel passiert. Da stehen noch einige Kosten an, die sind da noch gar nicht drinnen. Das heißt, das ist ein bisschen ein Fass ohne Deckel und ohne Boden und die Gefahr, dass uns das noch viel mehr kostet, ist sehr groß.

Das Problem ist jetzt, da raus zu kommen, ist wahrscheinlich gar nicht so einfach. Obwohl der Vertrag, wenn man den durchliest, wirklich dermaßen zu Ungunsten des Vereines beziehungsweise des Landes ist, dass die Frage ist, ob man diesen Vertrag nicht einmal von Juristen, Juristinnen durchleuchten lässt um zu schauen, ob das nicht gegen die guten Sitten verstößt, weil das ist eine eindeutige Bevorzugung des Verpächters zu Ungunsten des Pächters auf lange Zeit hinaus.

Also alles in allem eine Katastrophe, wie es anders nicht geht. Es ist halt nicht nur ein schlechtes Bild, wenn es hier Politiker gibt, die auf der einen Seite Politiker sind und auf der anderen Seite die Obmänner des Vereines und auf der dritten Seite in dieser „Winzergenossenschaft“ waren, weil wer die Anteile der Familie Liegenfeld zur Zeit hat, ist ja auch nicht bekannt. Angeblich wurden die dann abgegeben.

Nur soweit ich weiß, gehören Schwager schon auch zum Familienclan dazu. Wäre interessant, wie das jetzt aussieht. Auch da, glaube ich, wäre es nicht schlecht, sich in einem Untersuchungsausschuss das genauer ansehen zu lassen.

Alles in allem also eine Katastrophe auch für das Land, muss man wirklich sagen. Ich finde auch letztlich für die Bemühungen der Landwirtschaft, weil da einfach viel Geld hineingeflossen wäre, das man wesentlich besser in vorhandene Strukturen hätte stecken können, als in altes Gemäuer.

Jetzt will ich nichts gegen das Martinschlössel sagen, das ist wirklich ein toller Platz und ein tolles altes Haus. Aber wenn man das erhalten will, dann muss man andere Formen finden, als diese schräge Form, die wirklich schon mehr als bedenklich ist. Die Frage die sich wirklich stellt, wer hat da letztendlich den Hauptnutzen von dieser Geschichte? Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer(der den Vorsitz übernommen hat): Danke Herr Abgeordneter.

Der Herr Klubobmann Géza Molnár ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Wir haben zu diesem Bericht des Landes-Rechnungshofes jetzt schon einiges gehört, es ist wirklich keine schöne Geschichte. Wer den Bericht nicht gelesen hat und diese Details jetzt erst entnommen hat, ich kann aus dem Ausschuss berichten, dass für meinen Eindruck der Herr Landes-Rechnungshofdirektor eine sehr ernste Miene aufgesetzt hatte. Er hat sich für meinen Eindruck auch nicht in Details verloren, sondern einen zentralen Satz immer wieder wiederholt, nämlich: „Was man nicht kontrolliert, kann man nicht steuern“!

Dieses Zitat klingt im ersten Moment wie eine Selbstverständlichkeit, sollte es auch sein. Wir wissen nach Studium dieses Rechnungshofberichtes, dass es in diesem Fall eben keine Selbstverständlichkeit war, im Gegenteil. Dieser Bericht ist ein denkbar schlechtes Zeugnis.

An diesem Bericht gibt es wohl auch nichts zu beschönigen. Es wurde in vielen Fällen nicht kontrolliert, daher konnte auch keine Rede von Steuerung sein, egal in welchem Bereich. Es wurde die Verwendung von Landesmitteln insgesamt rund 41 Millionen Euro überprüft im Verantwortungsbereich der damaligen Abteilung 4a, Agrar- und Veterinärwesen.

Der Schwerpunkt lag auf den fünf hochdotierten Finanzpositionen. Wie gesagt, wir haben schon einige Details gehört. Klar ist, dass diese Ergebnisse kein Ruhmesblatt für

die verantwortlichen politischen Organe sind, für den damals verantwortlichen politischen Referenten nicht und auch nicht für den Verwaltungsapparat darunter.

Manche Feststellungen sind durchaus nicht neu, auch das haben wir schon gehört, vor allem wenn es um den Verein „Genuss Burgenland“ geht und die Geschichte mit dem Martinschlössel. Der Landes-Rechnungshof bestätigt in seinem Bericht im Wesentlichen das, was auch wir Freiheitlichen damals noch in Opposition vermutet, behauptet und woher auch immer in Wirklichkeit bereits gewusst haben.

Man kann hier einfach nur den Kopf schütteln. Ich kann die Miene des Landes-Rechnungshofdirektors im Ausschuss absolut nachvollziehen. Es ist verständlich, genauso wie die Empörung der Vorredner, wobei ich sagen muss, es ist emotional ruhig geblieben, wenn man wirklich unter dem Eindruck dieses Berichtes steht und wirklich nur den Kopf schütteln kann.

Meine Damen und Herren! Ein Rechnungshofbericht ist wertlos, wenn man ihn negiert, wenn man nichts aus ihm lernt und wenn man keine Konsequenzen zieht. Es liegt an jenen, die jetzt am Ruder sind, genau das nicht zu tun, zu ändern, was zu ändern ist, sofern es nicht ohnehin schon geschehen ist.

Ich kann die Überlegungen des Kollegen Spitzmüller, was weitere Schritte angeht oder auch des Kollegen Kölly durchaus nachvollziehen, wer diesen Bericht liest, kann zu keinem anderen Schluss kommen. Es wird sicherlich in irgendeiner Form ein Nachspiel geben. Das wird wohl allen klar sein, die diesen Bericht gelesen haben, ein rechtliches Nachspiel, mitunter auch ein strafrechtliches.

Ich bedanke mich jedenfalls beim Landes-Rechnungshof für diesen Bericht. Wir nehmen ihn zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Dr. Peter Rezar ist der nächste Redner. Pardon, jetzt hätte ich fast den Abgeordneten Mag. Wolf vergessen.

Bitte Herr Abgeordneter Mag. Wolf, Sie sind dran.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Auf meine Wortmeldung werden wahrscheinlich doch einige warten. *(Abg. Manfred Kölly: Brauchst Dich gar nicht melden!)*

Auf Basis dieses Rechnungshofberichtes möchte ich nur in Erinnerung rufen, wie es zu diesem Bericht kam. Vor eineinhalb Jahren wurde die SPÖ darauf aufmerksam, dass wir bereits einige Prüfaufträge in der Pipeline hatten und natürlich wurde dann rechtzeitig von Rot-Blau ein Bericht an den Rechnungshof geschickt. Die Beurteilung und Interpretation der Rechtzeitigkeit hat dann die Regierung übernommen und ausgelegt.

Damals entschied man sich natürlich für den SPÖ-Antrag in der zeitlich richtigen Abfolge. Nichtsdestotrotz, es wurde geprüft, es wurde sehr intensiv geprüft und das Ergebnis liegt nun vor. Ja, es gibt wieder einige Punkte, die zu beheben sind, es gibt viele Verbesserungsvorschläge. Das Schema setzt sich jetzt leider fort, so wie in den Berichten der Vergangenheit. Es gibt formale Mängel, es gibt unpräzise Zielvorgaben, leider auch oberflächliche Kontrollen und fehlende Verwendungsnachweise.

Das sind vier Punkte, die wir bekanntermaßen in allen Rechnungshofberichten wiederfinden. Hier gibt es wohl Arbeit für Viele, nicht nur für die damaligen ÖVP-Verantwortlichen. Was ein Schmankerl in diesem Bericht ist, und das finde ich in der Diskussion leider nicht wieder, ist gerade bei dem Verein „Genuss Burgenland“, dass der

Herr Landeshauptmann selbst auch Mitglied dieses Vereinsvorstandes war *(Abg. Manfred Kölly: Hast Du nicht zugehorcht? Musst zuhorchen!).*

Gleichzeitig beschloss in der Vergangenheit nicht nur der Landeshauptmann, sondern die gesamte Landesregierung, immer einstimmig die Zuschüsse an diesen Verein.

Jetzt stelle ich mir die Frage, *(Abg. Manfred Kölly: Er ist Präsident von der Weinwirtschaft!)* wie man den Landesrat Andi Liegenfeld, der nicht mehr Mitglied der Landesregierung ist, befragen soll? Dementsprechend kann er sich hier auch nicht mehr rechtfertigen. Wir als Volkspartei werden nicht seine Anwälte spielen, aber es gibt noch den Landeshauptmann, *(Abg. Manfred Kölly: Der keine Weisung gegeben hat!)* der sowohl im Verein aktiv war und noch heute in der Regierung sitzt – auch wenn er gerade jetzt nicht im Sitzungssaal anwesend ist.

Trotzdem kann man den Landeshauptmann heute noch in die Pflicht nehmen und fragen, wie er zu diesem Thema steht, *(Abg. Manfred Kölly: Das wird er Dir eh sagen!).* Meiner Erinnerung nach, war es ein gemeinsames großes Projekt der Landesregierung, diese Genussakademie für das Burgenland vor den Vorhang zu bringen und für die Dachmarke "Genuss Burgenland" ein Projekt zu starten. Dass jetzt natürlich darauf aufbauend, einige Verbesserungsvorschläge vom Rechnungshof präsentiert werden, ja, das stimmt und diese sind auch umzusetzen.

Wir sind hier kritikfähig, wir sind auch lernfähig, wenngleich wir als ÖVP nicht mehr in der Verantwortung sind, diese Probleme zu lösen, beziehungsweise diese Empfehlungen umzusetzen.

Was den Vertrag mit der Landwirtschaftskammer betrifft, auch der wurde in der Vergangenheit immer einstimmig in der Landesregierung beschlossen. *(Abg. Manfred Kölly: Logisch!)* Auch wenn es logisch ist, haben wir natürlich nachgefragt und haben Belege dafür, dass die verrechneten Stunden sogar zu geringe Berücksichtigung fanden. Dementsprechend hat es im Jahr 2016 eine Anpassung dieses Vertrages gegeben. Damit ist dieses Thema, ich will nicht sagen erledigt, aber trotzdem zu einem Teil berichtigt worden.

Was den Verein „Genuss Burgenland“ betrifft, zeigt der Bericht natürlich eine schiefe Optik. Ich möchte hier nochmals den Landeshauptmann in die Pflicht nehmen, denn er ist der einzige politische Vertreter, der nach wie vor im Amt ist und hier zu befragen ist. *(Abg. Edith Sack: Das ist eine Frechheit!)*

Landesrat Liegenfeld als ehemaliges Mitglied nun in die Pflicht zu nehmen, ist ein bisschen unfair *(Abg. Doris Prohaska: Unfair?)*, weil man ihn auf der politischen Bühne nicht mehr befragen kann. *(Abg. Manfred Kölly: Das war jetzt ein Scherz, oder?)* Aber ich glaube, jeder oder viele haben noch seine Handynummer. Man kann ihn wohl anrufen.

Aber nochmals. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist ein Nachteil wenn man die Wahl gewinnt, weil dann ist man in der Verantwortung!)* Wir als Abgeordnete haben jetzt das Recht und auch die Möglichkeit, jene Politiker in die Verantwortung zu nehmen, die noch im Amt sind und das ist klar der Landeshauptmann.

Geschätzte Damen und Herren! Wie gesagt, die Verantwortung liegt nicht mehr bei uns diese Empfehlungen umzusetzen, sondern bei der rot-blauen Landesregierung. Wie auch bei den vergangenen Berichten geht es darum, diese Mängel und fehlende Zielvorgaben klar niederzuschreiben und aufzunehmen. Damit haben wir… *(Abg. Doris Prohaska: Keine Verantwortung mehr!)*

Das ist richtig, Frau Kollegin, *(Abg. Doris Prohaska: Gott sei Dank!)* das haben wir nicht mehr, *(Abg. Doris Prohaska: Gott sei Dank!)* aber uns fehlen die Konzepte von Ihrer Seite. Ich bin gespannt, welche Konzepte für die Genuss Burgenland vorgelegt werden.

Weil wenn man sich die letzten eineinhalb Jahre ansieht, dann ist in dem Verein eigentlich nichts passiert. Das gesamte Geld, das dort investiert wurde, liegt brach. Die Genussakademie zerfällt. Es wurden irgendwelche SPÖ-Günstlinge in den Vorstand gesetzt, *(Abg. Doris Prohaska: Bravo!)* um zwingend die Kontrolle zu behalten. Aber Aktionen fehlen dort in jeglicher Hinsicht.

Wenn man sich dort ein bisschen umhört, *(Abg. Klaudia Friedl: Angriff ist die beste Verteidigung!)* dann weiß man, dass dieses Projekt leider mittlerweile zum Scheitern verurteilt ist. Aber wir sind aufgeschlossen und offen gegenüber den Ideen, die noch folgen werden.

Ich hoffe, dass die Idee der Genussakademie, die grundsätzlich sehr gut ist, weitergeführt wird. Trotzdem sind wir kritikfähig und wissen, dass wir diese Empfehlungen des Rechnungshofes nun umsetzen müssen.

Deswegen sind wir nicht nur gespannt, sondern nehmen auch den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Mag. Wolf. Nunmehr gibt es den Abgeordneten Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gelegentlich ist man, wenn man länger in der Politik ist, auch sprachlos. Wenn man diesen Bericht hier verfolgt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du hast es ja mitbeschlossen!)* dann stellt man fest, abgesehen von der Kindesweglegung, die gerade hier erfolgt ist, *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* aber man stellt zumindest inhaltlich fest, dass es offensichtlich schon Bereiche gibt, und die Agrarabteilung ist ein solcher Bereich, wo immerhin ein Gesamtvolumen von 41 Millionen Euro überprüft wurden seitens des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes.

Der Bericht ist inhaltlich abenteuerlich. Die Vorredner sind ja sehr intensiv darauf eingegangen. Er ist nicht nur abenteuerlich, er zeigt auch ein sonderbares Bild einer dort nicht funktionierenden Landesverwaltung. Das muss man ganz offen hier darlegen und aussprechen. Es fehlt jegliche Kontrolle.

Also für den Leser ergibt sich oft der Eindruck, man ist zurückversetzt ins vorvorige Jahrhundert, wenn man all die fünf angesprochenen Bereiche inhaltlich verfolgt. Man hat nahezu den Eindruck, dieses Fehlverhalten über weite Strecken hat System.

Es sind hier im Gesamtbericht keine Einzelmaßnahmen festzustellen, sondern das ist systemisches Versagen, das hier der Landes-Rechnungshof in seiner Begutachtung feststellt. Relativ harmlos war dabei der Bereich der Hagelversicherung. Abgesehen davon, dass es wenig Kontrollen gegeben hat, dass es eine mangelhafte Dokumentation gegeben hat, ist sogar zutage getreten, dass ein Hagelschaden eines Objektes, das nicht im eigenen Bundesland liegt, gefördert worden ist.

Aber das sind, fast hätte ich gesagt Kleinigkeiten, wenn man die anderen Bereiche in Augenschein nimmt. Hier geht es beispielsweise auch um den sogenannten Fördervertrag mit der Burgenländischen Landwirtschaftskammer. Der Vertrag ist sehr nebulos ausgestaltet, nicht sehr zielgerichtet. Hier gibt es auch vertragsfreie Zustände,

hier gibt es Vorauszahlungen ohne vertragliche Rahmenbedingungen, eigenartige Abrechnungsmodalitäten.

Der Landes-Rechnungshof stellt fest, dass in fünf von sechs Jahren die Abrechnungen immer zum Nachteil des Landes erfolgt sind. 3.500 Stunden, wo es keine Nachweise gibt. Das ist ernst zu nehmen. Man hat sogar unvollständige, unverständliche und intransparente Nachweise immer akzeptiert. Es geht hier immerhin um zwei Millionen Euro jährlich. Das ist schon erstaunlich für den Leser.

Noch erstaunlicher ist die Causa, die im Brennpunkt der heutigen Diskussion gestanden ist, nämlich der Verein „Genuss Burgenland“. Ganz abgesehen davon, dass hier ein Erlass der Landesamtsdirektion missachtet worden ist, wonach vor Beschlussfassung durch die Landesregierung eine Stellungnahme des Beteiligungsmanagements einzuholen gewesen wäre.

Ich stelle einmal die hypothetische Behauptung auf, hätte man diesem Erlass gefolgt, wäre dieses Desaster, vor dem wir heute stehen, möglicherweise gar nicht erst entstanden. Das ist hypothetisch, aber immerhin möglich. Ich denke, hier kann man schon großes Fehlverhalten erkennen. Es wurde bereits gesagt, dass dieser Vertrag, der dieser Angelegenheit zugrunde liegt, ein Vertrag zum Nachteil des Landes ist. Ich habe selten so schlechte Verträge gesehen.

Im Detail wurde darauf eingegangen. Ein 30-jähriger Rücktrittsverzicht, der hier seitens des Landes eingegangen worden ist, ganz abgesehen davon, dass hier massive Investitionen stattgefunden haben, wurde seitens der Verpächterin auf nur geringe Teile des jährlichen Pachtzinses letztendlich verzichtet. Solche Verträge macht niemand.

Vielleicht hat der Kollege Spitzmüller Recht, wenn er meint, hier wär schon die Frage zu erörtern, ob das nicht sittenwidrig ist, was hier in diesem gesamten Vertragswerk zugrunde gelegt wurde. Also das muss man sich sehr genau ansehen. Auch zum Schutze der Landesfinanzen.

Wer solche Verträge abschließt, muss entweder getäuscht worden sein oder zu den Samaritern gehören, die es ja vielleicht noch da oder dort geben mag. Aber das Ganze geht letztendlich zu Lasten unseres Landesbudgets. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du hast dem Vertrag ja zugestimmt in der Regierung oder?)* Die Summen wurden genannt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Da warst Du ja in der Regierung! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Du hast ja zugestimmt!)*

Das ist sehr, sehr viel Geld. Das ist richtig. Ich hätte sicherlich nicht zugestimmt, wenn ich gewusst hätte, wie diese Vertragsinhalte aussehen. *(Mag. Thomas Steiner: Du hättest nur den Landeshauptmann fragen brauchen!)* Ich hätte sicherlich nicht zugestimmt, wenn ich gewusst hätte, auf welch dubiose Weise *(Mag. Thomas Steiner: Diese Argumentation ist kurios!)* dieser Vertrag zustande gekommen ist.

Ich bin auch nicht zuständig gewesen für den Bereich Agrarwesen. *(Mag. Thomas Steiner: Aber Mitglied der Landesregierung!)* Da werden sich ja wahrscheinlich zukünftig in diesem Zusammenhang noch einige Fragen auftun. Ich mache es mir nur nicht so einfach wie Sie, dass ich das Kind bei Seite lege und sage, das ist Vergangenheit, das geht mich eigentlich nichts an, obwohl Sie dort damals die Hauptakteure gewesen sind, *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Ihr habt ja alle mitgestimmt! Bei der Eröffnung seid Ihr auch gewesen!)* das möchte ich heute schon hier festhalten.

Die Verträge und die Gelder die bisher geflossen sind, sind enorm. Was mich doch etwas in Sorge bringt ist der Umstand, *(Mag. Thomas Steiner: Schaut nicht gut aus heute!)* dass hier noch 6,5 Millionen Euro an künftigen Zahlungen zu erwarten sind. Auch

darauf ist mein Vorredner eingegangen. Also ein Fass ohne Boden. Man könnte auch sagen, ein Eldorado für künftige Überprüfungen.

Also es wird dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof wahrscheinlich die Arbeit hier nicht ausgehen. Ähnlich großzügig war das Land auch im Bereich der Österreich Wein Marketing GmbH. Grundsätzlich wahrscheinlich keine unvernünftige Einrichtung. Die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland und die Steiermark haben diesen Vertrag abgeschlossen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer und dem Bundesgremium des Agrarhandels.

Was es hier allerdings massiv zu kritisieren gibt, und immerhin wurden hier in fünf Jahren sechs Millionen Euro von Seiten des Burgenlandes an Gesellschafterzuschüssen überwiesen. Die Österreich Wein Marketing hätte die Verpflichtung gehabt, mindestens 30 Prozent dieser Gelder für regionale Marketingmaßnahmen zu verwenden und dies dem Land auch nachzuweisen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht erfolgt. Hier geht es immerhin um 1,8 Millionen Euro, die sozusagen an Marketingmaßnahmen ins Land zurückgeflossen wären. Das fehlt gänzlich. Es gibt auch kein Protokoll. Es gibt keine Protokolle über die Aufsichtsratssitzungen. Es gibt keine sonstigen Unterlagen. Das ist erstaunlich. Das ist fast systemisch in diesem Bereich, wie ich bereits eingangs festgestellt habe.

Hohes Haus! Dass der Tierschutz wichtig und ein Landestierheim notwendig ist, bedarf hier und heute keiner besonderen Betonung. Dass allerdings die angesprochene Stelle keine Auskunft über die tatsächlichen Kosten dieser Einrichtung geben kann, ist mehr als sonderbar. Dass es keine Dokumentation gibt, die entsprechenden Prüfvermerke fehlen hier. Wenn man noch weiß, und das ist ja das Allererstaunlichste, dass sich der Verein selbst die Bestätigung über die widmungsgemäße Verwendung gibt, das gipfelt dann schon in diesem System.

Wenn man weiß, dass der Vereinsvorstandsvorsitzende gleichzeitig Abteilungsleiterstellvertreter der prüfenden Abteilung ist, dann ist das eigentlich ein absoluter Unvereinbarkeitsklassiker, den man sich auch zu Gemüte führen muss. Hier wurden Gelder geleistet für Inventar von über 600.000 Euro. Nur etwas mehr als 300.000 Euro wurden verwendet. Man fragt sich, wo ist der Rest geblieben?

Ein Bericht, und das haben alle Vorredner betont, der kein angenehmer Bericht ist, selten erlebt man in einem Rechnungshofbericht derartig gewaltige Verfehlungen, intransparente Vorgangsweisen, mangelnde Kontrollen sowie zum Teil unverantwortliche Vertragsinhalte zum Nachteil des Landes. Hier müssen alle Verantwortungsträger entsprechende Konsequenzen ziehen. Es liegt sehr, sehr viel Arbeit vor dem nun zuständigen Mitglied in der Landesregierung.

Frau Landesrätin, Sie werden wahrscheinlich einen eisernen Besen brauchen. Beginnen Sie bitte sofort durchzukehren zum Wohle des Landes. Ich glaube, das ist das, was wir aus diesem Bericht mitnehmen können.

Dem Landes-Rechnungshof bleibt für den hervorragenden Bericht zu danken. Meine Fraktion wird diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstes hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter Steier.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich beginne die Diskussion um diesen Rechnungshofbericht damit,

dass man eigentlich aus verantwortlicher Sicht dem ehemaligen Landesrat Liegenfeld, wenn man es zynisch meint, nur gratulieren kann.

Aus den gesamten Gegebenheiten in der Auslösung der gesamten Mittel, die wir heute jetzt schon ein paar Mal bei der Diskussion um diesen Rechnungshofbericht gehört haben, hat er eigentlich etwas vollzogen und vollbracht. Ich weiß nicht ob es einzigartig ist, aber es ist auf jeden Fall in der Gesamtheit etwas, wo man nur in zynischer Form chapeau den Hut ziehen kann.

Denn in einer Form einer Eigentümergemeinschaft gegebenes Grundstück von 2.000 m^2 in der Umsetzung auf Eigentumsverhältnisse auf eine Winzergenossenschaft, wo dann Anteile übertragen worden sind, damit das nicht so komisch und nicht so ist, weil sich einzelne Stakeholder in der Vereinssituation aufgeregt haben, was das eigentlich sein soll, kommt man dann zum Schluss, dass ein Gebilde geschaffen wurde, das unter dem Titel „Genussakademie“ im Grunde genommen einen Altbestand mehr als sichern geholfen hat, bei privat oder genossenschaftlich wäre es wahrscheinlich nicht zu dem gekommen, dass dort über drei Millionen Euro investiert worden wären, weil es einfach auch nicht leistbar war.

Auf der anderen Seite mit einem Zubau versehen, in einer Vertragskomposition, die sogar noch die Chuzpe, die heute noch nicht angesprochen wurde, besitzt, nämlich dass auf 6.000 Schilling des Pachtzinses verzichtet wird, weil es quasi dem Eigentümer so im Grunde genommen wert ist, dass er es nach 30 Jahren in einem Topzustand zurückbekommt.

Das sind Vertragskompositionen oder Bestandteile, da muss man wahrlich den Hut ziehen, und es kann jedem Bürgermeister und Verantwortlichen nur angetragen werden, sich auch auf der anderen Seite jemanden zu finden, dass er so einen Vertrag mit ihm abschließen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist aber ein Punkt dieses Rechnungshofberichtes, der in seiner Gesamtheit eindrücklichst widerspiegelt und wiedergibt, dass in der Verantwortung mit Geldern, die vom Steuerzahler kommen, bei jedem Projekt, das wir zum Schluss besprochen haben, auf Grund von Rechnungshofberichten nachweist, es ist eine furchtbare Angelegenheit.

Es kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden, weil jede Berichtsform nachweislich etwas ans Tageslicht fördert, wo sich jeder, der nur am Rande einigermaßen richtig tickt, sagt: Na was tun die eigentlich?

In dem angesprochenen Fall kommt etwas hinzu, das meine Vorredner schon detailliert dargelegt haben. Hier wurde in der Regierungsverantwortung, in der Referatsverantwortung, nicht nur der Betrag von 83 Prozent von Mitteln quasi ausschließlich für ein Projekt benutzt, das ist überhaupt die besondere Neigungsrichtung schon, sondern dann wurde auch noch in aller Form in der kompositorischen Situation der neue Verein in der Begründung mit Landeshauptmann und Landesrat gespickt, um zu einem Resultat zu kommen. Man ist sprachlos!

Auf der anderen Seite, die Zukunftsgestaltung in der Perspektive, es werden erwartungsgemäß noch irgendwo bei 6,5 Millionen Schilling angesetzt auf die Vertragsdauer von 30 Jahren, das ist wahrscheinlich nur ein kleiner Teil dessen, was noch kommen wird. Damit ist die Situation eigentlich aber auch nicht abzutun.

Für alle, die sich nur ein wenig in dieser Causa auszukennen versuchen, kommen zu dem Resultat, hier ist Schindluder betrieben worden, hier hat sich etwas eingenistet, das ich in der Vorstellung nur aus Italien gekannt habe, nämlich in einer ganz bestimmten

Perspektive, in der Umsetzung auf Eigennutz und auf Verantwortlichkeit, die einigermaßen erschaudernd ist.

Ein Aspekt, mein Vorredner hat ihn kurz angesprochen, ist überhaupt eine ganz besondere Darstellung im Rechnungshofbericht wert. Es gibt einen, oder es hat einen Durchführungserlass des Landesamtsdirektors aus dem Jahr 2008 gegeben, um bestimmte Maßnahmen, die einer kollegialen Beschlussfassung der Burgenländischen Landesregierung bedurften, vor Aufnahme in die Tagesordnung der Regierungssitzung, dem Beteiligungsmanagement der Landesamtsdirektion zur Befassung und Stellungnahme vorzulegen gewesen wäre.

Das Kapitel hat man missachtet. Jetzt frage ich mich: Ist man dort bewusst ein wenig anders gefahren? Hat es im Grunde genommen hier eine nachträgliche Koordination gegeben? - Nein, das hat es nicht gegeben.

Dieses Gesamtgebilde hat man umgesetzt, um zu einer Gegebenheit zu kommen, die als Reserveprojekt Europäischer Fördermittel gestartet ist.

Nachträglich muss man sagen, Gott sei Dank, ist dieses Förderprojekt dann auch gewährt worden, weil es aus der Reservefunktion in die wirkliche Beschlussfassung nachgerückt ist. In der Auslösung der vorhandenen Mittel hat man dann den gesamten Bestand noch einmal dazu benützt, um quasi schon gegebene Gelder mit noch mehr Landesmittel aufzupeppen, damit sich das Projekt als Gesamtes noch in irgendeiner Form darstellen lässt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachträglich ist die Verantwortung, soviel ich weiß, jetzt vom Landeshauptmann übertragen worden an zwei dem Amt der Burgenländischen Landesregierung angehörige beamtete Personen, der Hofrat Rauchbauer, glaube ich, ist jetzt noch alleiniger Obmann dieses Vereines. Der hat immer eine ganz besondere Aufgabenstellung erfahren, aber nachdem er anderes verloren hat, hat man gemeint, jetzt braucht er noch eine Verantwortung in der Übertragung und soviel ich weiß, ist er in der Auftragserteilung von der Frau Landesrätin auch bemüht, so wie es meine Vorredner gesagt haben, einige Aufträge zu erfüllen, um zu einem Resultat zu kommen, wo die Landesverantwortung nicht so uneingeschränkt passieren wird.

Auf der anderen Seite hat es einen zweiten Verantwortlichen gegeben, den Mag. Horvath, soviel ich weiß, der hat aber frühzeitig erkannt, dass er dort nicht viel reüssieren kann und ist, glaube ich, aus dieser Verantwortung schnell herausgesprungen und hat sich aus dieser Verantwortung geschlichen.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Kapitel in der Gesamtdarstellung ist mehr oder weniger ein dramaturgischer Beitrag in allen Bestandteilen griechischer Tragödien und dessen, was man sich hier rühmt, dass man eine Genussakademie hat, muss man auch - und da hat der Kollege Spitzmüller Recht gehabt -, nicht nur in der Nachschau der sogenannten Angebote, sondern in der Bewertung, was hat jemanden zu dem Zeitpunkt bei der Installierung und bei der Umsetzung geritten, in diesem Bereich dort etwas zu machen.

Das ist abgelegen, das ist in der Erreichbarkeit quasi kein Aushängeschild, weil sich dort Frequenzen ergeben, die sich mit einem Bioladen oder mit allen Produktpaletten, die man normalerweise in einer Vinothek oder sonst wo Verkaufserfolge erzielen kann, das Kapitel ist im Grunde genommen eine gewisse, nicht nur eingeschränkte Gegebenheit im Vereinssinne, sondern wird dem Land und den Verantwortlichen mit Sicherheit noch einiges Kopfzerbrechen machen.

Aber die gefährliche Situation ist jetzt nicht die Zukunftsgestaltung, sondern, dass man sich zu einem gewissen Zeitpunkt zu einer Entscheidung durchgerungen hat, wo ich weiß, dass sich gewisse Stakeholder - und es ist angesprochen worden, Land, Tourismusverband, Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer - und von speziell einem Stakeholder hat es zum Zeitpunkt der gesamten Gestehung mehr als kritische Anmerkungen gegeben, und dann ist das Resultat in die Richtung gedreht worden, na zahlen werden wir bestimmt nichts.

Daraus resultierend ist das Land als Teilhaber zu dem Gesamtpaket der Zahlungsleistung und Zahlungsverpflichtung gekommen, weil, man konnte nicht Abstriche von dem Gesamten machen. Das Ganze hat man unbedingt haben wollen.

Es hat in der Ausführung - was ich weiß, gibt es einen Pächter, die Weinmarketing-Situation, wo jetzt der Kollege Liegenfeld, glaube ich, auch der Vorsitzende ist, die Wein Burgenland, das hat auch einen gewissen Teilgeschmack in der Gesamtangelegenheit, den man eigentlich nur als besonders hervorstreichen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt den Bericht auch in der Darstellung auf die Burgenländische Landwirtschaftskammer. Nachdem wir heute auch das Jagdgesetz diskutiert haben, nachdem wir den Grünen Bericht diskutiert haben, bezogen auf die Gesamtsituation der Bauernschaft komme ich zu dem Punkt, Burgenländische Landwirtschaftskammer in einer Beitragssituation und in der Stützung durch das Land mit zirka zwei Millionen Euro, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Ich kann mich eigentlich entsinnen beziehungsweise auch erinnern, dass es um diesen Betrag auch einen Richtungsstreit gegeben hat, es hat da früher größere Beträge gegeben, die das Land der Burgenländischen Landwirtschaftskammer zugeordnet hat und dann hat man zum Schluss auch durch Blockade und Nichtzahlung das Ganze im Verhandlungssinne auf zwei Millionen eingeschränkt.

Der Rechnungshofbericht in seiner Vorlage, jetzt, so wie er daliegt, weist aber nach, dass zielgerichtetes, sinnvolles Arbeiten in der Vorlage von Berichten auch hier nicht nachweislich erbracht werden konnte. Genauso wie bei der Genusswelt Burgenland ist bei der gesamten Auszahlung, bei der gesamten Umsetzung von Geldern keine nachweisliche Darstellung erfolgt, in Rechnungslegungssicht beziehungsweise in der Umsetzung, in der Verwendung von Mitteln.

Meine Damen und Herren! Ich weise aber heute auf einen Umstand hin, der sich inzwischen auch in der neuen Regierungssituation ganz anders noch darstellt. Die Regierung ist jetzt mit der Begründung der neuen Holding dazu übergegangen, Gesellschaften zu begründen und die unter dem Dach der Holding zu deckeln, und alles, was vorher im Sinne von Förderzusagen und Fördergeschichten gelaufen ist, sind jetzt Mitgliederzuschüsse.

Das heißt, es findet ein Entzug von Möglichkeiten für den Burgenländischen Landtag statt, das Ganze noch zu kontrollieren. Das Ganze wird in der Konstruktion - und es ist das Stickwort „Intransparenz“ gefallen - immer stärker unter ein Dach im ausgegliederten Sinne zugeleitet und damit eigentlich den Verantwortungsträgern im Burgenländischen Landtag entzogen.

Die Kontrolle, wenn sie dann stattfindet, ist, so wie in diesem Fall, nicht nur konkret zu spät, sondern sie weist nicht nur Verfehlungen nach, sondern auch Schindluderei, kommt aber zu dem Ergebnis: Was sollen wir jetzt tun?

Wenn ich auf der einen Seite aber die Verantwortung jetzt betrachte, dann wird es notwendig sein, hier ein Szenario zu entwickeln, das eine Auswegsituation bietet. Die

Nutzung des Gebäudes, die wirtschaftliche Führung dieses Gebäudes ist wahrscheinlich sehr schwer möglich, wird auch nicht in einer Form mit einem Mieter auf ein Lokal vorhanden sein, im Gegensatz zu dem, es ist nicht lange leer gestanden, es hat vorher ein Lokal in dem Gebäude gegeben, aber bevor es umgemodelt beziehungsweise auch zugebaut wurde.

Im Endeffekt ist die Situation heute, dass ein vollwertiges Gebäude für Hochzeiten und andere Feierlichkeiten zur Verfügung steht, und damit so ähnlich wie es im Kulturzentrum Mattersburg-Bereich heißt in der Begründung, wir brauchen ja auch eine Lokalität, damit Hochzeiten stattfinden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass Landesgelder dafür nicht vorhanden sein sollten, dass man Landesgelder vernünftig und zielgerichtet einsetzen, zum Nutzen und zur Wahrung des Burgenlandes und der Bevölkerung und in der Umsetzung damit eigentlich auch einen positiven Effekt erzielen sollte.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ein Teil - und damit schließe ich diesen Rechnungshofbericht in meiner Darstellung ab - befasst sich auch in der Gesamtheit mit der österreichischen Hagelversicherung. Es ist Gott sei Dank im Vorjahr zum Schluss zum Ergebnis gekommen, dass auch das Land Burgenland den 25-prozentigen Anteil, wo der Bund auch die 25 Prozent zuzahlt, als sogenannte Bonifikation für den Landwirt bei einer Versicherungsangelegenheit auf seine Anbausituation nimmt.

Das ist eigentlich ein Vorteil, der bis dato absolut nicht vorhanden war, denn alles, was Landwirtschaft anlangt, ist unter freiem Himmel, und damit jeder Möglichkeit von Wetterunbilden ausgesetzt. Wir haben das im Vorjahr beim Frost gehabt, wir hatten das auch mit Unwettersituationen anderer Art.

Das, was sich jetzt abspielt und begibt, das sollte auch heuer wieder von Seiten des Landes in der Vermittlung an die Bauernschaft und an die landwirtschaftlichen Betriebsführer weitergegeben werden. Es gibt nur mehr die Versicherungsform für seine landwirtschaftliche Betriebssituation, es gibt nicht mehr die Mittel aus dem Katastrophenfonds, und daher sollte das auch so vermittelt werden, dass sich jeder schützt beziehungsweise Vorschub leistet, einer positiven Entwicklung und nicht zum Zeitpunkt, dass er dann im Regen stehen gelassen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Rechnungshofbericht ist zuzustimmen. Es sollte aber nicht dabei bleiben, dass die Konsequenz einzig und alleine diese Zustimmung ist. Das, was sich hier abspielt, und dass inzwischen bei jeder Berichterstattung, bei jedem Projekt innerhalb dessen, wo Burgenländische Landesregierung kontrolliert wurde in den letzten Berichtszeiträumen, ist ein Dilemma.

Ich glaube kaum, dass sich die Burgenländerin und der Burgenländer das verdienen, denn sie haben ihren Einsatz dafür geleistet, das haben wir heute auch beim Jagdgesetz gehört.

Sie haben eine Wahl abgelegt, sie haben gewählt, aber dass sie dann in der Form bei der Projektumsetzung in die Bredouille gebracht werden, dazu sind sie zu schade. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Abteilung 4a - Agrar- und Veterinärwesen, Verwendung von Landesmitteln wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 707) betreffend Förderung der E-Mobilität (Zahl 21 - 490) (Beilage 796)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Berichterstattung zum 11. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 707, betreffend Förderung der E-Mobilität, Zahl 21 - 490, Beilage 796, wird Her Landtagsabgeordneter Rosner vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Herr Berichterstatter, ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Georg Rosner: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung der E-Mobilität in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Februar 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Sodl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung der E-Mobilität unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Sodl beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als erster Redner hat sich Herr Abgeordneter Spitzmüller zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, ich verstehe wieder einmal nicht ganz, warum die ÖVP diesen Antrag stellt oder nicht zurückgezogen hat, denn seit Mittwoch, 1. März, gibt es auf Bundesebene eine Ankaufsförderung für E-Mobilität, die sich gewaschen hat. Seit bereits 10.30 Uhr an diesem Mittwoch wurden 240 Anträge auf diese Ankaufsprämie gestellt. Davon waren 147 von Gemeinden und Betrieben und 93 von Privaten.

Das ist natürlich jetzt einmal der erste Schub gewesen für alle, die schon gewartet haben, das ist sehr erfreulich. Die Ankaufsförderung kann sich mit 4.000 Euro auch sehen lassen. Mir ist nicht ganz klar, warum man denen jetzt noch einmal einen Tausender dazugeben soll, so wie Ihr das fordert.

Ihr wisst, ich bin ein absoluter Fan des Elektroautos oder der Elektromobilität im Ganzen. Mein E-Auto wartet frisch geladen vor dem Landhaus auf die Heimfahrt. Aber man kann es auch übertreiben, würde ich mal sagen.

Es ist leider auch schon oft gesagt worden, dass damit wieder nur die Reichen gefördert werden, ich sehe das ein bisschen anders, natürlich, wenn man den Neuankauf fördert, bringt man auch nach ein paar Jahren Gebrauchtwagen, die dann günstiger angeschafft werden können, auf den Markt.

Das Ganze verstehe ich als Anschubförderung, das ist auch gut und rechtens so, aber mehr ist jetzt im Moment nicht drinnen, zumal hier insgesamt 21 Millionen Euro in den letzten Jahren österreichweit schon auch investiert wurden.

Die Fahrräder sind praktisch der Boom am Fahrrad-Markt. Es gibt hier inzwischen wirklich sehr gut ausgereifte Fahrräder. Bei den Fahrrädern braucht es inzwischen keine Förderung mehr, weil der Markt ohnehin dahinrattert, dass es besser kaum gehen könnte.

Bei den Ladestationen gibt es nach wie vor auch eine Förderung auf Bundesebene, auch da muss ich gestehen, finde ich es nicht notwendig, hier zusätzlich eine Förderung zu installieren.

500.000 Euro wurden übrigens für ein neues Projekt zur Bewusstseinsbildung für die Elektromobilität jetzt auf Bundesebene zur Verfügung gestellt. Es ist wichtig, den Menschen ein bisschen die Angst vor dieser Reichweitenbegrenzung zu geben, die in Wirklichkeit ein relativ kleines Problem ist, weil die meisten Fahrten relativ gering sind. Wenn man ungefähr weiß, was man im Alltag an Kilometern fährt, dann kann man sich das richtige Auto dazu schon kaufen.

Die Produktpalette ist zugegebenermaßen im Moment noch ein bisschen zu klein, aber das ändert sich Gott sei Dank stetig.

Mit 1. April werden E-Autos auch noch sichtbarer. Im Moment sind sie relativ unscheinbar, wenn man nicht gerade danebensteht und sich wundert, dass das jetzt weder beim Starten noch beim Losfahren einen Lärm macht. Es wird dann grüne Nummerntafeln geben. Das macht es auch leichter zu erkennen, wenn jemand illegal auf den Parkplätzen, wo eigentlich die Stromladestelle, wie es heute früh schon passiert ist, steht, und es wäre dann auch möglich, zum Beispiel den Elektroautos Zufahrten in Zonen zu bewilligen, die einem Dieselauto zum Beispiel nicht gestattet sind. Das wird ab 1. April kommen.

Der mit Abstand größte E-Auto-Betreiber ist übrigens die Österreichische Post, die allein 1.300 E-Fahrzeuge im Fuhrpark hat. Wir halten inzwischen bei mehr als 10.000 E-Autos österreichweit, da ist vor kurzem die 10.000er Grenze übersprungen worden.

Das Eldorado für E-Autos und für Öffis - muss ich dazusagen - ist Vorarlberg. Es sind auch noch relativ wenige Autos, aber im Moment ist Vorarlberg Spitzenreiter. Gleich gefolgt von Niederösterreich. Ratet einmal, wo das Burgenland ist. Die letzte Stelle haben wir im Moment, obwohl wir im Vergleich den höchsten Fuhrpark von ganz Österreich haben.

Das wird sich relativ bald ändern, und das ist auch gut so. Das wird sich auch ändern, weil es eine gute Bundesförderung gibt, es braucht dazu keine weitere Förderung.

Das heißt, wir werden in diesem Fall beide Anträge ablehnen. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Abgeordnete Karin Stampfel ist die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Uns liegt hier ein Antrag auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung der E-Mobilität vor.

Ein wachsendes Umweltbewusstsein, neue vernetzte Technologien und auch ein verändertes Nutzungsverhalten erfordern auch neue Mobilitätslösungen. Das Land Burgenland nimmt hier, wie auch auf vielen anderen Gebieten, bereits jetzt eine Vorreiterrolle ein.

Das Burgenland ist auf die Entwicklung im Bereich der Elektromobilität bestens vorbereitet. Es wird seit längerer Zeit deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen produziert, als das Land selbst braucht.

Hier bietet sich die Nutzung der E-Mobilität an, mit dem Ziel, die Windenergie auf die Straße zu bringen und somit die Mobilität umweltschonend und klimaneutral zu machen.

Von Seiten des Bundes in Zusammenarbeit mit der Automobilbranche wurde bereits ein Paket zur Förderung der Elektromobilität in Höhe von 72 Millionen Euro geschnürt. Dies umfasst unter anderem den Anreiz für den Kauf von Elektroautos sowie den Aufbau von Ladestationen.

Die Ankaufsprämien für Elektroautos stehen bereits seit Anfang März dieses Jahres zur Verfügung. Von Seiten des Landes, Burgenländischer Öko-Energie-Fonds wird unabhängig davon, ob ein E-Mobilitätspaket des Bundes in Anspruch genommen wurde, der Ankauf von Fahrzeugen mit Alternativantrieb je nach Fahrzeugs- und Antriebsart zusätzlich gefördert.

Auf kommunaler Ebene hat das Land Burgenland über die Dorferneuerung eine gemeinsame Initiative mit der Energie Burgenland Green Power GmbH gestartet, um in Pilotgemeinden e-Carsharing-Angebote mit Batterie betriebenen Fahrzeugen zu etablieren sowie auch die notwendigen Ladestationen zur Verfügung zu stellen.

Auch im Rahmen des Sicherheitskonzeptes unseres Landeshauptmann-Stellvertreters Tschürtz wurden und werden für die Sicherheitspartner Elektrofahrzeuge zur Verfügung gestellt und in den Pilotgemeinden die erforderlichen Ladestationen errichtet.

Dass auch in Zukunft alle Möglichkeiten in Hinblick auf den Einsatz von E-Mobilität unterstützt werden, ist eine Selbstverständlichkeit für uns.

Wir werden daher diesem Antrag zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag! Ich muss ehrlich gestehen, ich habe mich gerade wie in einem falschen Film gefühlt. Ich war ein bisschen irritiert über die Aussage vom Herrn Kollegen Spitzmüller, da gerade die GRÜNEN als Kämpfer für mehr

Umweltfreundlichkeit bekannt sind. Ich werde versuchen, Sie im Zuge meiner Wortmeldung jetzt trotzdem zu überzeugen, warum ich glaube, dass es notwendig ist, mehr in diesem Bereich zu tun.

Ich bin der Meinung, dass bei Zukunftsthemen das Burgenland vorne dabei sein sollte, dass man nicht abwarten darf. Wir müssen uns den Zeichen der Zeit stellen und unser Land in allen Zukunftsfragen an die Spitze bringen. Gerade die Mobilität, und hier im Besonderen die Elektromobilität, ist eine Frage, wie man damit im Speziellen umgeht, was die Zurverfügungstellung der notwendigen Infrastruktur anbelangt.

Wenn also erst kürzlich, wie schon einige Male heute betont, im Bund ein Elektromobilitätspaket präsentiert wird, das Impulsgeber im Bereich der Wirtschaft sein soll, das Anreize schaffen soll, um auf umweltfreundliche Fahrzeuge umzusteigen, dann sind wir, meine geschätzten Damen und Herren, als Land gefordert, mit Anschlussförderungen nachzuziehen.

Einerseits als Tourismusdestination bekannt, sollte das Burgenland hier starkes Interesse haben, ein flächendeckendes Angebot an Elektro-Ladestationen anzubieten. In anderen Regionen Österreichs ist das Gang und Gäbe, wenn ich beispielsweise an Werfenweng in Salzburg denke, wo Touristen schon seit Jahren die Möglichkeit haben, mit Elektrofahrzeugen ihren Urlaub zu verbringen, dort unterwegs zu sein.

Oder beispielsweise auch entlang der Moststraße im Mostviertel in Niederösterreich, wo im vergangenen Jahr, unterstützt durch Fördermittel, 38 Elektro-Ladestationen verwirklicht wurden. Oder auch, wenn man sich andere Bundesländer ansieht, die nachgezogen sind, die es dem Bund nachgemacht und Anschlussförderungen gemacht haben und hier in diesem Bereich hoch aktiv sind.

Tatsache ist, meine geschätzten Damen und Herren, wir als Burgenland sind Vorreiter bei erneuerbarer Energie, erzeugen an manchen Tagen mehr Strom als wir verbrauchen. Tatsache ist aber genauso auch, dass beim Thema Elektromobilität wir als Burgenland hinterherhinken.

Diese Entwicklung, meine geschätzten Damen und Herren, kann nicht zusammenpassen. Wir sollten nämlich dort sein, wo vorne ist. Wir brauchen deswegen keine Alibianträge, die sagen, dass alles in Ordnung ist, dass man nichts verändern braucht, dass man nichts weiterentwickeln braucht. Wir brauchen mehr, wir müssen besser werden.

Wir fordern deswegen, dass konkrete Förderungen und Unterstützungen mit einer Anschlussförderung angeboten werden, wo Private, aber auch Unternehmen im Speziellen zusätzliche Anreize bekommen, um Elektromobilität zu forcieren. Ich fordere daher die Landesregierung auf, hier konstruktiv diese Probleme anzupacken, anstatt beleidigte Leberwurst zu spielen, wenn sinnvolle Vorschläge seitens anderer Fraktionen eingebracht werden.

Ich darf jetzt wiederholen. Meine geschätzten Damen und Herren! Bei Zukunftsthemen sollten wir als Burgenland vorne dabei sein. Ich bitte Sie daher - gerade als Sprecher meiner Generation - um Unterstützung unseres Abänderungsantrages.

Ich darf die Beschlussformel verlesen: „Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, das E-Mobilitätspaket des Bundes mit einer Anschlussförderung für burgenländische Unternehmen und Private, beginnend (analog zur Bundesförderung) mit 1. März 2017, mit rückwirkender Geltung ab 1. Jänner 2017 folgendermaßen auszuweiten:

1. Ankaufsförderung an Privatpersonen, Betriebe, Gebietskörperschaften und Vereine für die Anschaffung reiner Elektroautos in der Höhe von 1.000 Euro
2. Ankaufsförderung an Privatpersonen für die Anschaffung von Elektro-Zweirädern in der Höhe von 500 Euro
3. Förderung der Installation privater Ladestationen in der Höhe von 800 Euro.“ *(Beifall bei der ÖVP - Der Abgeordnete Fazekas übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Sodl als nächstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Antrag „Förderung der E-Mobilität“. Einen ziemlich gleichen Antrag gab es im vergangenen Jahr. Der wurde auch hier im Hohen Haus behandelt. Er wurde auch seitens der ÖVP mit dem Wortlaut eingebracht: Ausbau der Elektromobilität in unserem Land Burgenland.

Der Herr Kollege Wolfgang Spitzmüller ist auf den Antrag der ÖVP eingegangen. Sie, Kollege Fazekas, haben ihn fast in dieser Form ignoriert. Ich möchte dazu hier nur ein paar Dinge erweitern.

Wir wissen, und es wurde ja auch schon von meinen Vorrednern angesprochen, von der Frau Kollegin Stampfl sowie auch vom Kollegen Spitzmüller, dass gerade wir hier im Burgenland nicht nur österreichweit, sondern sogar europaweit, einen einzigartigen Weg im Bereich der Erzeugung und im Bereich der erneuerbaren Energie vorgelegt haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Keine Region hat das in dieser Form umgesetzt, was das Burgenland geschaffen hat. Das heißt aber nicht, dass wir uns ausrasten können und ausruhen können, sondern, im Gegenteil. Ich glaube auch, dass wir hier einen weiteren guten Weg eingeschlagen haben. Davon wird ja auch für meine Begriffe zukünftig abhängig sein, nicht nur wie wir Energie erzeugen, sondern auch in dieser Form wie wir mit dieser Energie umgehen. Wie sparsam, wie effizient gehen wir zukünftig mit unserer Energie um?

Die Atmosphäre, wir wissen es, ist eine dünne Schicht. Es gibt auch keinen Ersatz. Wir kennen nicht die korrekten Folgen, die daraus erwachsen, wenn sich hier die Meeresströmungen ändern, schädliche Strahlungen zunehmen und das Klima in dieser Form unwirtlicher, bis hin zu Lebensmittelknappheit und auch Wasserknappheit, wird. Die Veränderung auf der Erde, der Anstieg des Meeresspiegels, die Völkerwanderung und viele andere gefährliche Ereignisse bis hin zur Gefahr von Kriegen.

Wenn ich die Ziele der Energiestrategie hier in unserem Land Burgenland nochmals ansprechen darf, so war es 2013 ursprünglich das Ziel, dass wir in unserem Land durch die Erzeugung, sprich elektrischer Strom, Biostrom, autonom werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dieses Ziel hat das Burgenland erreicht.

Als nächstes Ziel ist es ganz einfach, dass wir 2020 insgesamt 50 Prozent der gesamten Energieleistung in unserem Land Burgenland erreichen und 2015 eine vollständige Energieautarkie hier auch anstreben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, es ist auch sehr wichtig, dass wir bis hin in jeden Haushalt, jede Person in jeder Gemeinde hier ganz einfach mit unserer Energie sehr sinnvoll umgehen und hier sehr sinnvoll erzeugen. Ich habe es hier in diesem Haus auch schon gesagt und bin sehr stolz, dass wir in unserer Gemeinde, in meiner Gemeinde, wo ich Bürgermeister sein darf, in den letzten vier Jahren, drei Photovoltaikanlagen in dieser Form seitens der Gemeinde errichtet haben.

Eine sehr große Anlage wurde auf dem Dach der Mehrzweckhalle errichtet, wo wir gleichzeitig hier auch den Kindergarten, die Schule und die Mehrzweckhalle damit versorgen, mit 20 Kilowatt Peak.

Beim Blick in die vergangenen Jahre kann man festhalten, dass seitens der Dorferneuerung zwei Photovoltaikanlagen hier auf das Feuerwehrhausgebäude und genauso im Bauhof installiert wurden. Diese Anlagen sind sehr effizient. Es sind kleine Anlagen mit fünf Kilowatt Peak.

Ich muss auch sagen, dass es nicht nur wichtig ist, mit Photovoltaikanlagen hier Strom zu erzeugen, es ist auch ganz wichtig, auf andere Energiequellen zu setzen. Ich möchte daher auch darauf hinweisen und ich bin sehr stolz darauf, dass wir in unserer Gemeinde, auch der größten Streusiedlungsgemeinde, hier 2014 auch eine Baum-, Strauch- und Grünschnittdeponie geschaffen haben, die einen äußerst wertvollen Rohstoff liefert, den wir auch verwerten.

Den Baumschnitt und genauso auch den Strauchschnitt und den Grünschnitt bringen wir hier in jener Form zur Kompostierung beziehungsweise für die Biogasanlagen bei den umliegenden Fernkraftwerken.

Ich möchte doch einige Worte über die E-Mobilität in unserem Land verlieren. Es hat hier seit 2013 insgesamt 38 Anträge und Förderungen gegeben. Im Jahr 2013, wie bereits gesagt, mit einer Summe von über 50.000 Euro. Im Jahr 2014 waren es insgesamt 53 Anträge mit einer Summe 22.450 Euro. Im Jahr 2015 waren es 54 Anträge mit einer Förderhöhe von 24.000 und im Jahr 2016 mit insgesamt 52.000 Euro.

Ich finde diese Förderung, die der Herr Spitzmüller hier angesprochen hat, die hier auf Bundesseite stattfindet, sehr wichtig und gut. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir alle, genauso die Abgeordneten, hier auch diese Zeitung von ÖKO-Energie bekommen, die ich ganz toll finde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich will Ihnen hier daraus nicht vorlesen, sondern man sieht grundsätzlich in jener Richtung, wie das Burgenland hier österreichweit und europaweit auch liegt. Ich möchte mich recht herzlich für jene politischen Verantwortlichen bedanken, die diesen Weg hier vorgelegt haben. Dass wir uns auch auf einem guten Weg befinden, dass wir uns aber nicht ausruhen dürfen, das wurde auch schon angesprochen.

Ich glaube, dass wir hier gut und richtig unterwegs sind und wir haben natürlich seitens unserer Fraktion diesen Antrag auch unterstützt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! E-Mobilität ist an sich, und da sind sich alle einig, auf die gegebene Infrastruktur, die Straßengegebenheit der nächste Schritt. Je schneller er kommt, desto besser ist es. Der nächste Schritt muss in Richtung auf Privates, sprich personenbezogene Mobilität, erfolgen.

Auf der anderen Seite ist ein weiterer Aspekt, der in dieser Hinsicht eine große Rolle spielt, die E-Mobilität in Bezug auf Speicherkapazitäten für die erzeugte Windkraft die im Grund genommen, und das ist das Manko, dass wir in unserer sogenannten Vorreiterrolle auch ausführen, neben anderen Bundesländern, neben anderen Regionen.

Wir sollten tunlichst mit allem Nachdruck in Richtung Speichermöglichkeiten vor Ort alle Investitionen setzen, denn das ist eigentlich nicht nur voraussichtlich, sondern in der Gegebenheit heutiger Betrachtungsweisen die Zukunft im absoluten Umstieg von fossilen Brennstoffen auf E-Alternativenergien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was sich in diesem Antrag wiederspiegelt, ist eine Anschlussfinanzierung auf gewisse Bundesgegebenheiten auf Bundesförderungen. Ich bin kein Freund der sich dem anschließt, dass ich zu einer A-Förderung eine B-Förderung hinzufügen muss.

Ich glaube, dass es sich hier in der Ausführung dann um einen Mitnahmeeffekt handelt, der im Endeffekt jedem zu Pass kommt, der eine Antragstellung richtet, weil er jetzt dort abkassieren kann, komme ich da auch noch als Bittsteller. Im Endeffekt hilft es aber nicht in der Kaufentscheidung, ich werde jetzt auf E-Mobilität umsteigen.

Tatsache ist, es wurde bereits angesprochen, und die Frau Landesrätin ist jetzt nicht zugegen, dass seit ungefähr einem Jahr im Verbund mit der Energie Burgenland diese Tankstellensituation propagiert wird und sie wird auch mit Gemeinden, mit sogenannten Pilotgemeinden immer stärker in der Umsetzung betrieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist alles lieb und schön, im Endeffekt, die Beitragsleistung obliegt in der Hauptsache den Gemeinden. Die Energie Burgenland hat im Zuge des Energieeffizienzgesetzes dadurch noch ein Asset, das sie nutzen kann, um quasi nachweislich gegenüber dem Verbrauch, der im Vorjahr stattgefunden hat, hier gewisse Einschränkungen zu setzen.

Auf der anderen Seite, und das ist das größte Manko auf die gegebene E-Mobilität, die auch im Fördersinne hier angesprochen wird: Ich kenne einige Fahrzeuge, diese Renault Kia oder wie die alle heißen, die im Endeffekt durchaus jetzt dieser Elektromobilität Vorschub leisten, die aber in Entsprechung von der sogenannten Speicherung von E-Mobilität an ihre Grenzen stoßen in der Reichweite von rund 50 Kilometer. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: 200 Kilometer!)*

Das ist ein Riesenproblem. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt doch nicht.)* Ich rede jetzt von einer Type, die ich kenne. Ich rede jetzt nicht von der Allgemeinheit. Aber, Tatsache ist, Frau Petrik, dass im Grund genommen die sogenannte Mobilität ihre Grenzen hat, im Sinne der Speicherkraft die in den Autos vorhanden ist und daraus resultierend beispielsweise noch immer gewisse Einschränkungen für die Benutzer stattfinden, die von einer Ortschaft wie Siegendorf, nach Wr. Neudorf in die Shopping City fahren wollen, wenn sie vor Ort keine Tankstelle vorfinden.

Ich brauche eine Alternative, die im Grunde genommen nicht überall nachweislich der Fall ist. Ihr könnt Euch überzeugen, wenn Ihr hier auch in gewisser Weise eingeschränkt, das nicht glaubt. Ihr könnt Euch davon überzeugen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir fahren das doch selber! – Abg. Wolfgang Spitzmüller: 200 Kilometer.)* Tatsache ist, dass die Situation in der Förderung der Mobilität durchaus einen Stellenwert hat, der absolut zu begrüßen ist.

Wir sind auf dem richtigen Weg, wenn in der Gegebenheit dort auch weiterhin alle Unterstützung gewährt wird. Tatsache ist, dass wir jetzt noch gewisse Einschränkungen auf die Speichermöglichkeiten haben. Es gibt, wenn Sie gelesen haben, ein Projekt, das

in Schweden jetzt vollzogen wird, dass in Europa die größte Batteriefabrik errichtet werden soll im Verhältnis auf den Teslabetrieb, der in Amerika hier diese Entwicklerrolle vornimmt.

Ich bin überzeugt davon, dass hier in der zukünftigen Gestaltung Fortschritte erzielt werden unter anderem auch jetzt zum Schluss in der Umwandlung auf eine großflächige Nutzung der sogenannten Elektrikerzeugung aus alternativer Energie, sprich aus den Windstromanlagen, wo es ein Projekt gibt, dass in der Ableitung von der Erzeugung über das Windkraftrad, in der Umsetzung auf Wasserstoff, in der Umsetzung in der Methanisierung, anschließend in der Nutzung aus den gegebenen Infrastrukturgegebenheiten der Gasleitung funktionieren kann.

Das ist ein Projekt, das jetzt in der Fertigstellung im Großraum untersucht und versucht wird, auf eine Betriebsreife zu bringen. Wenn es gelingen sollte, ist das nicht nur ein großer Fortschritt, sondern hätte auf eine gegebene Infrastruktur einen Ansatz, wo alternative Energie nicht über weite Strecken bis nach Kaprun gepumpt geleitet werden müssen, wo wir in dem Dilemma stehen und das zu der nächsten Anfallssituation auf Ökostromförderung.

Wenn die Deutschen die Grenzen schließen sollten und die Durchleitung von Strom und Energie nicht mehr gestatten, dann haben wir ein Problem, das sich bei uns in einer Preissteigerung niederschlagen wird, die im Grund genommen für jeden Haushalt eine riesen Verantwortung sein wird und der wir in diesem Sinne nicht gewachsen sind.

Das heißt aber alles nicht, dass wir darauf verzichten können, gewisse Fortschritte in der gesamten Stromerzeugung im alternativen Sinne voranzutreiben. Wir haben eine Steigerung des Verbrauchs in den letzten Jahren jährlich und daher ist es absolut von Nöten, den letzten Schritt auch in Richtung Abkehr von den fossilen Brennstoffen zu alternativen Energien zu setzen.

Dankeschön.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nun als nächsten Redner Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Nur ganz kurz von der Reichweite her. Ich habe ein technologisch inzwischen längst überholtes, relativ altes E-Mobil und bin heute von Willersdorf hierher in einem durch mit dem Auto gekommen. Das sind 80 bis 90 Kilometer. Die Kollegin Petrik hat ein neueres. Unter schlechtesten Bedingungen im Winter, also wenn es sehr kalt ist, sind 150 Kilometer kein Problem. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die neuen Modelle halten 200 bis 300 Kilometer. Das ist gang und gebe. Mit dem Hyundai IONIQ ist das beispielsweise kein Problem. Von 50 Kilometer sind wir also weit entfernt. *(Abg. Gerhard Steier: Ich habe von einer Type, nämlich Renault hier gesprochen.)* Dann habe ich es falsch verstanden. *(Abg. Gerhard Steier: Pilotgemeinde.)*

Gut, aber inzwischen schaut es, Gott sei Dank, anders aus. Danke.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun vom Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas ein eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend E-Mobilität ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 711) betreffend „Finanzierung des Masterstudienganges „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/18“, (Zahl 21 - 494) (Beilage 797)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 12. Punktes der Tagesordnung, den Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 711, betreffend „Finanzierung des Masterstudienganges ‚Soziale Arbeit und Beratung‘ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/18“, Zahl 21 - 494, Beilage 797.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Bericht.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Finanzierung des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018“, in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017 beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag und verlas die Beschlussformel.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Finanzierung des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit und Beratung“ an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Zu diesem Tagesordnungspunkt Finanzierung des Masterstudiengangs möchte ich nur kurz erwähnen, dass das Bündnis Liste Burgenland damals diesen Antrag eingebracht hat und zwar Einführung eines Masterstudienlehrgangs auf der FH Burgenland.

Wir haben diese Thematik ja bereits in der Landtagssitzung am 17. November 2017 ausführlich diskutiert. Ich wiederhole es jetzt vielleicht kurz, aber, ich glaube, es ist unumstritten, dass wir auf die Fachhochschulen im Burgenland, jetzt in Eisenstadt und in Pinkafeld, natürlich alle sehr stolz sind und dass dort sehr gute Arbeit geleistet wird.

In diesem konkreten Fall, jetzt was den Bachelorlehrgang betrifft, ist im September 2014 dort der Startschuss für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit gefallen, weil es bis zum Jahr 2014 keine Möglichkeit gab, eine dementsprechende akademische Ausbildung im Burgenland zu absolvieren.

Der Studiengang Soziale Arbeit war und ist immer noch sehr beliebt und sehr gefragt. Es hat hier achtmal so viele Bewerber gegeben, wie es Plätze gegeben hat. Jetzt, im Sommer 2017, werden die ersten Studenten mit diesem Bachelorlehrgang fertig sein. Aus für uns eigentlich unerklärlichen Gründen hat das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft es aber abgelehnt, hier in weiterer Folge auch fortlaufend einen Masterstudienlehrgang zu installieren.

Wir sind der Meinung, dass das hier unbedingt notwendig ist, dass man die Studentinnen und Studenten hier nicht im Bachelorlehrgang quasi verabschiedet und dann in andere Bundesländer weiter schickt, sondern dass sie hier auch zu einer qualifizierten weiteren Ausbildung kommen und das sie hier auch bei uns im Burgenland mit dem Master abschließen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben das ja, wie gesagt, bereits 2016 hier eingebracht. Es freut mich, dass die Regierungsparteien hier eigentlich im Großen und Ganzen unserem Antrag gefolgt sind. Wenn ich jetzt nur kurz einen Auszug aus dem Abänderungsantrag verlese, wo dann steht: Von den Kollegen Hergovich und Molnar unter Punkt 2:

Falls das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft die Bereitstellung zusätzlicher Mittel verweigert, könnte die Finanzierung auch kostenneutral aus internen Umschichtungen von der FH Burgenland zugewiesenen Bundesmitteln durch das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft abgedeckt werden.

Im Prinzip ist es eigentlich das, was wir gefordert haben, weil unser Antrag lautet: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ein dementsprechendes Budget für die Finanzierung des Masterstudienganges Soziale Arbeit und Beratung an der FH Burgenland mit Standort Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/18 bereitzustellen und den Studentinnen und Studenten die Absolvierung des Masterstudiengangs zu ermöglichen.

Ich denke, dass wir hier im Land Burgenland die Verpflichtung haben, wenn hier die nationale Ebene das wirklich verweigert, dass wir als Land Burgenland hier einspringen müssten, um das gewährleisten zu können, dass diejenigen Personen hier auch den Master fertig machen können.

Jetzt komme ich gleich auch zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu unserem Entschließungsantrag mit den Studiengebühren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich weiß schon, dass das natürlich jetzt keinen schlanken Fuß macht, wenn wir jetzt hier fordern, dass wir an unserer FH Studienbeiträge einführen wollen. Aber, es gibt von 363 Euro pro Semester wohl gemerkt, wobei das ja auch mit Stipendien abgefedert werden kann. Es gibt in Österreich 20 Fachhochschulen. Nur vier davon verlangen keine Studiengebühren. Ich denke mir, dass man auch hier vielleicht einen Weg wählen könnte, wo man Studiengebühren verlangt und dass aber auch vielleicht an den Wohnsitz bindet. Beispielsweise zahlen Burgenländerinnen und Burgenländer, die in Wien studieren, ganz normal die Studiengebühren. Umgekehrt ist es aber nicht so.

Da kommt eines verschärfend noch dazu - und das wissen wir alle aus unseren eigenen Orten - dass natürlich viele Studierende, die nach Wien auspilgern, dort auch noch zu einem Hauptwohnsitz verdonnert werden, weil sie sonst gar kein Parkpickerl dort bekommen. Das sind alles so Dinge, wo wir schon selbst auch schauen könnten, dass wir Personen mit einem Hauptwohnsitz im Burgenland davon ausschließen, denn das würde auch wieder dem Land Burgenland zu Gute kommen.

Weiters wäre es dann so, dass zusätzliche Einnahmen, die man dann als kalkulierbare Einnahmen für die FH verbuchen kann, dann in weitere Folge in den verschiedenen Studienrichtungen für einen attraktiver und interessanter gestalteten Unterricht verwenden könnte. *(Beifall bei der LBL – Abg. Manfred Kölly: Richtig. Ihr müsst Euch da etwas überlegen.)*

Unser Antrag dazu lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, Studienbeitrag in Höhe von Euro 363,36 pro Semester für nicht mit Hauptwohnsitz gemeldete Studentinnen und Studenten an den Fachhochschulen im Burgenland einzuheben, damit öffentliche Mittel aus dem Burgenland primär burgenländischen Studentinnen und Studenten zu Gute kommen. Danke. *(Beifall bei der LBL – Abg. Manfred Kölly: Bravo!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Bei den Fragen zu den Studiengebühren geht es im weiteren Sinn um Fragen der Bildungsgerechtigkeit. Es geht darum, wer sich eine Ausbildung leisten kann und wer nicht. Wer kann sich ein Studium an einer Fachhochschule hier im Burgenland leisten, und wer nicht. Bildung ist ja leider noch immer vererbt.

Das ist eine traurige Tatsache und Bildung ist bei uns leider noch immer, also vor allem dann wenn es um höhere Bildung geht, vom Einkommen der Eltern abhängig. Daher ist jede nächste hinzukommende Hürde abzulehnen. Es wird einem Studierenden, einer Studierenden sowieso schon schwer gemacht, beispielsweise vom Finanzamt Eisenstadt, Oberwart, Bruck, wenn es darum geht, Leistungsnachweise zu erbringen.

In dem Tempo, in dem das Finanzamt dauernd von den StudentInnen verlangt, einen Leistungsnachweis zu erbringen, da ist das Semester oft noch gar nicht zu Ende, können die gar nicht studieren. Die müssen ohnehin schon einiges machen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Studierenden wird leider zuerst einmal manchmal die Leistungsunwilligkeit unterstellt. Das ist der Eindruck. Aber, die Studiengebühren helfen hier gar nicht weiter.

Sie erschweren das Leben der Studierenden noch einmal. Warum? Studiengebühren wirken selektiv. 83 Prozent der Kinder von AkademikerInnen beginnen ein Studium, aber nur 23 Prozent der Kinder von Nicht AkademikerInnen.

Die soziale Auslese verschärft sich mit den Studiengebühren noch einmal. Studieninteressierte aus armen und hochschulfernen Familien wären dann besonders betroffen, Herr Kollege Hutter. Studiengebühren könnten auch, ich weiß nicht ob Sie das auch durchdacht haben, den Fachkräftemangel noch einmal verschärfen, weil jene MaturantInnen, die sich die Studiengebühren nicht leisten können, werden es sich dreimal überlegen, ob sie ein Studium beginnen oder gleich einen Job suchen. Dann sind sie aber in einem Jobfeld, das für sie gar nicht vorgesehen ist, wo sie wieder andere vom Arbeitsmarkt verdrängen, weniger qualifizierte Jugendliche verdrängen. Es geht auch ohne Studiengebühren. Das wissen wir. In der Studiengebührendebatte wird auch häufig darauf verwiesen, dass es international üblich sei oder in anderen Fachhochschulen üblich sei, Studiengebühren zu erheben und die Gebührenfreiheit daher teilweise sogar vielleicht ein Standortnachteil sein könnte. Aber, es wird dabei übersehen, dass es sehr gute Beispiele von Ländern ohne Studiengebühren gibt.

Hier etwa wieder die skandinavischen Länder, wie Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark. Die zeichnen sich mit hervorragenden Resultaten in internationalen Bildungstest aus und das auch durch eine gute Studienfinanzierung und durch Gebührenfreiheit. Es kann nicht unser Ziel sein, eine Ungleichstellung zwischen Studierenden unterschiedlicher Herkunft herzustellen.

Das ist mein nächster Punkt, wo ich hier eine ganz andere Linie vertrete, als der Kollege Hutter. Für mich stellt sich hier die Frage, ist das jetzt die neue Debatte von Inländern und Ausländern? In dem Fall gilt alles, was außerhalb der Grenzen des Burgenlandes ist, bereits als die anderen, die dann mehr zahlen müssen. Es geht natürlich darum, dass wir die grenzüberschreitende Bildung unterstützen und nicht einengen sollten. Gerade die Fachhochschule Burgenland ist in Forschung Lehre ein Vorbild bei der Internationalität. Es gibt gar keinen Grund warum wir hier eine Hürde und eine Ungleichbehandlung einführen sollten. *(Beifall bei den Grünen)*

Wenngleich der Abänderungsantrag der Regierungsparteien ein bisschen schlampig formuliert ist, wie das bei einigen Abänderungsanträgen leider so vorkommt, stimmt das schon in der Richtung. Hier steht zum Beispiel: Der Zugang solle ohne Barrieren gewährleistet sein. Nun, natürlich gibt es eine Barriere beim Studienzugang. Das ist die allgemeine Hochschulreife, die Matura. Das ist eine Studienberechtigungsprüfung. Natürlich gibt es Barrieren. Aber, ich weiß schon, das ist im Abänderungsantrag nicht so gemeint.

Das Anliegen ist erkennbar und von uns unterstützbar und deswegen werden wir dem Abänderungsantrag zustimmen. *(Beifall bei den Grünen)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zur Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe wieder zurück auf den Antrag, auf den ersten Antrag in dem Zusammenhang, und zwar die Finanzierung des Masterstudienganges. Es ist vom Kollegen Hutter schon gesagt worden, dass wir uns mit diesen Thema schon voriges Jahr auseinandergesetzt haben. Recht intensiv, wenn ich mich recht erinnere.

Im Antrag der Liste Burgenland heißt es: Die Landesregierung wird aufgefordert, ein dementsprechendes Budget für die Finanzierung bereitzustellen. Ich habe das Gefühl, das ist nicht ein Problem der Finanzierung, denn wie wir auch wissen und schon gehört haben, wäre ja durch eine Umschichtung der Studienplätze eine Finanzierung möglich gewesen und es hätte dem Ministerium in dem Sinne nichts gekostet, sondern es geht eigentlich um die Genehmigung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir kennen auch die Argumente des Wissenschaftsministeriums. Ich möchte die Argumente gegen einen Masterstudiengang ganz kurz zusammenfassen. Es wäre angeblich ein zusätzliches Angebot. Es herrscht kein Bedarf an den Absolventen. Wien und Graz wären für die Burgenländer quasi die Möglichkeiten, mit dem Studium auszuweichen. Außerdem eine etwas eigenartige Argumentation. Es gibt angeblich zurzeit das Projekt „Zukunft Hochschule“ und da ist gerade die Diskussion hinsichtlich des Fächerabgleichs im Gange. Es wurde vom Ministerium argumentiert, dass eine Entscheidung in dem Stadium diese Diskussion negativ beeinflussen könnte.

Wir kennen auch die Argumente für diesen Master Studiengang. Tatsache ist, dass hier eine sehr große Nachfrage herrscht, das ist unbestritten. Und es wird auch vom AMS bestätigt, die Nachfrage nach akademisch qualifizierten Sozialarbeitern, dass es hier ein großes Interesse der Studierenden gibt. Ich glaube 50 Prozent, habe ich da in Erinnerung. Das ist auch eine Tatsache. Weiters gibt es in jedem Bundesland aufbauend auf den Bachelor Studiengang einen Master Studiengang. Außerdem wäre dieser Master Studiengang wichtig im Zusammenhang mit der Forschung und auch für die Praxis der Studierenden.

Jedenfalls wird wieder beantragt, das Ministerium soll diesen Master Studiengang genehmigen und auch die Finanzierung ermöglichen, denn es liegt ja die Finanzierung eigentlich in der Verantwortung des Bundes. Das Land leistet sowieso genug für Personal, für Infrastruktur, für Instandhaltungsmaßnahmen und für Forschungsprojekte.

Dann möchte ich auch gleich übergehen auf den zweiten Antrag, Einhebung von Studiengebühren, und ich muss ehrlich sagen, die Argumente für die Einhebung von Studiengebühren haben etwas für sich. Zum Beispiel, dass öffentlich Mittel für Burgenländer verwendet werden sollen, auch der Vergleich von Burgenländern und Wiener Studenten ist bereits gebracht worden. Burgenländer in Wien müssen zahlen, Wiener im Burgenland nicht. Ein sehr gutes Argument ist auch der Hauptwohnsitz im Burgenland, so als Art Gegengewicht zum Parkpickerl und dadurch könnten zumindest im Zuge des Finanzausgleichs Einnahmen lukriert werden.

Andere Überlegungen sind natürlich die dem entgegensprechen, dass es heißt, die Steigerung des Studienangebotes im Burgenland, zum Beispiel von 15 auf 22 Studiengänge, und auch die Zahl der Studierenden, in den letzten Jahren mit plus 46, ist sehr stark gestiegen und ist wahrscheinlich nur mit Studenten, auch aus anderen Bundesländern möglich. Weitere Fakten sind, es gibt eine hohe Absolventenbeschäftigung, 99 Prozent, 145 Vollzeitbeschäftigte und über 400 Lektoren.

Der überwiegende Teil der Studienplätze wird ja vom Bund finanziert. Im Studienjahr 2015/2016 waren das 12,5 Millionen Euro im Jahr. Das Land hat drei Millionen Euro beigesteuert für Miete, Betriebskosten, Instandhaltung und weitere Investitionen in die Ausbildung von 400.000 Euro, und auch die Forschungsförderung schlägt sich mit 300.000 Euro zu Buche.

Das heißt zusammengefasst besteht die Gefahr, dass die Attraktivität des Standpunktes der Fachhochschule Burgenland gefährdet sein könnte und sogar verloren gehen könnte.

Das ist ein gewichtiges Argument und daher sollte der Bestand der Fachhochschule Burgenland in der derzeitigen Größenordnung und in der derzeitigen Qualität, ich sage einmal abgesichert werden und sollte nicht durch „eine Barriere“ wie die Studienförderung gefährdet werden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter, Herr Klubobmann, um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine Wortmeldung zu zwei Anträgen, zu zwei wichtigen bildungspolitischen Themen. Ich glaube zum ersten Teil kann ich mich sehr kurz halten, das haben ja eh alle Kollegen bereits erwähnt. Wir haben diesen besagten Master-Studiengang bereits mehrfach hier im Landtag, einmal als Anfrage, einmal als Antrag debattiert und diskutiert. Die Mehrheitsmeinung ist eindeutig. Alle sprechen sich für eine Etablierung eines Master Studienganges Soziale Arbeit im Burgenland aus.

Es ist die logische Konsequenz, aus dem, Bachelor-Angebot, und ich glaube, dass hier einzig und alleine es auch darauf ankommen wird, noch einmal Druck zu machen. Ich habe das bereits zum dritten Mal hier von dieser Stelle gesagt, ich werde es gerne ein weiteres Mal tun. Wir müssen eben auch dort, wo wir die Möglichkeit haben, vorsprechen. Dort wo es Verhandlungen auf Bundesebene gibt und auch Parteienverhandlungen gibt, dieses Thema wurde mehrfach hier schon betont, auch ansprechen, auch Lobbying betreiben. Ich glaube, nur so kann etwas in diesem Bereich geschehen.

So ist es ja auch zustande gekommen, dass das Land Burgenland sehr erfolgreich lobbyiert hat und damals sehr bewusst auf Ostsprachen gesetzt hat. Bei den Fachhochschulen gibt es ja nach wie vor diese Ausrichtung, dass wir eine internationalisierte Wirtschaftsausbildung haben, insbesondere mit dem Schwerpunkt Ostsprachen.

Hier hat sich die ÖVP eindeutig deklariert. Wir unterstützen hier die Bemühungen der Studierenden, der Vortragenden und Lehrenden und werden das gerne auch einmal mehr, mit unserer Zustimmung zu diesem Landtagsantrag, tun.

Beim zweiten Thema, Studienbeiträge, Studiengebühren, ist es natürlich so, da kann man jetzt mittlerweile doch schon, seit zwei Jahrzehnten, trefflich darüber streiten, ist es gerecht, dass Studierende einen Beitrag zu ihrer Ausbildung leisten? Und ich nehme hier niemandem seine Meinung übel. Es gibt gute Argumente zu behaupten, Studienbeiträge halten Menschen vom Studieren ab, sie sind sozial nicht gerecht. Diese Argumente gibt es.

Auf der anderen Seite gibt es aber ganz klar auch Argumente, Kollege Richter hat sie auch schon erwähnt, dass Studienbeiträge sehr wohl ein berechtigtes Anliegen sind, wenn alle, die es sich leisten können, einen Beitrag bezahlen, und jene die es sich nicht leisten können, durch ein gezieltes Stipendiensystem unterstützt werden, dann ist es klar möglich, auch Studienbeiträge einzuheben.

Denn es hat ja niemand behauptet, dass man nur auf der einen Seite dafür ist Studienbeiträge einzuheben und gleichzeitig beim Stipendiensystem alles gleich zu lassen. Ganz im Gegenteil. Bundesminister Mitterlehner hat erst vor wenigen Wochen verkündet, dass um 50 Mio. Euro mehr zur Verfügung stehen für österreichische Stipendiensysteme. Das ist ein wichtiger Anreiz für junge Menschen, sich weiter zu qualifizieren. Auch insbesondere für jene Studierenden, die aus Elternhäusern kommen,

wo die Eltern eben nicht diesen Studienweg der Kinder finanzieren können. Hier braucht es ein gutes Stipendiensystem. Und ich glaube, das haben wir auch.

Auf der anderen Seite muss man eben sagen, es besteht eine gewisse Ungerechtigkeit, zwei Drittel der Studenten an der FH Burgenland sind eben nicht aus dem Burgenland. Das kann man positiv sehen. Wir sind ein attraktiver Standort. Das sind wir zweifelsfrei.

Insbesondere auch deshalb, weil bereits erwähnt, wir in der Situation sind, dass wir einer der wenigen Fachhochschulstudiengänge sind, und Fachhochschulstandorte sind, wo es eben keine Studienbeiträge gibt. Das macht es natürlich attraktiv, sich gerade ins Burgenland zu begeben, um hier auch zu studieren.

Umso schlimmer für jene, die diesen Vorteil nicht haben, die im Burgenland nicht studieren können, weil ihre Studienrichtung nicht angeboten wird, die nach Wien, nach Graz oder noch weiter weg müssen. Deshalb hat die ÖVP sich einmal mehr klar dazu bekannt, auch seitens des Landes nicht einen unermesslich hohen, aber doch einen Beitrag in Form von landeseigenen Stipendien zu leisten. Und ich darf hier wiederholen, was mein Kollege, Patrick Fazekas, schon in einem Antrag formuliert hat und darf hierzu einen Abänderungsantrag einbringen. Ich darf die Beschlussformel verlesen. Er ist den Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses bekannt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ergänzend zum Stipendiensystem des Bundes ein umfassendes Stipendiensystem seitens des Landes für burgenländische Studierende einzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf abschließend noch eine Bemerkung machen. Ich habe mir sehr genau angehört, wie insbesondere der Herr Abgeordnete Dr. Rezar, vormals Landesrat, den Rechnungshofbericht über die Abteilung 4a sehr genau, ja schon fast professual hier fast einem Vortrag gleich, behandelt hat.

Sehr geehrter Herr Kollege Rezar, sehr geehrter Herr Landesrat außer Dienst, ich bin sehr gespannt, ob Sie mit derselben Ruhe, mit derselben Professionalität und genauso langatmig auch den Bericht über die 12,8 Mio. Euro reden, die in die vorfinanzierte Planung des Krankenhaus Oberwarts gegangen sind, wenn sie eines Tages am Prüfstand des Rechnungshofes stehen.

Ich freue mich schon auf die Diskussion und auf Ihr ganz genaues und ganz expliziertes Vorgehen, auch in der Frage Krankenhaus Oberwart. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: *(der den Vorsitz übernommen hat.)* Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen.

Frau Abgeordnete Doris Prohaska ist die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist ja schon gesagt worden, das möchte ich nicht wiederholen. Was mir jetzt aufgefallen ist bei dem Antrag zum Master Studiengang Soziale Arbeit, der Antrag wurde im Herbst 2016 vom Herrn Abgeordneten Kölly

eingebracht und da war in der Beschlussformel die Finanzierung durch das Bundesministerium gefordert.

Dann kam eine Stellungnahme des Herrn Bundesministers, die eigentlich eine sehr, sehr schwammige war, und wo so durch die Blume gesagt wurde, das Land soll sich das selbst zahlen, es besteht keine Notwendigkeit. Die tatsächliche Finanzierung ist daher eine entscheidende Frage hinsichtlich des Bedarfs. Aus den Zahlen des Arbeitsmarktes ist der Bedarf nach zusätzlichen Absolventen nicht zwingend ableitbar, es scheint bildungspolitisch nicht nachhaltig.

Für mich ist das eine sehr, sehr weiche Begründung, wo ich mir denke, da gibt es irgendeinen anderen Grund dahinter, warum das Bundesministerium gerade im Burgenland den Bachelor Lehrgang Soziale Arbeit nicht erlaubt, nicht zulässt. In allen anderen Bundesländern gibt es diesen Lehrgang. Ich habe eine große Angst, dass gewartet wird, bis es zu spät ist, sowie im Bereich der Medizin, wo wir jetzt genau wissen, es gehen viele Mediziner in Pension und es wird vielleicht schwierig werden, diese Stellen nach zu besetzen.

Im Vergleich zu Österreich hat Deutschland, das achtmal größer ist als Österreich, aber um einiges mehr an Studienplätzen. Österreich hat ein Zehntel der Bevölkerung von Deutschland, aber wir haben nur ein Dreißigstel der Studienplätze. Das heißt, in Deutschland ist man sich dessen sehr, sehr wohl bewusst, wie notwendig es ist, dass Menschen im Bereich für soziale Arbeit ausgebildet werden, denn die können professionelle soziale Arbeit auf hohem Niveau ausführen.

Und zwar Arbeit mit Familie, mit Jugendlichen im Beruf und Bildung, im Gesundheitsbereich, in der Klinischen Sozialarbeit, in der Straffälligenhilfe, mit alten Menschen, in der Sozialraum orientierten Arbeit mit Erwachsenen, in der materiellen Grundsicherung, interkulturelle soziale Arbeit und Migration. Ich denke, es ist unbedingt notwendig, dass dieser Lehrgang genehmigt wird, bin aber absolut der Meinung, dass es nicht sein kann, dass alle Finanzierungen auf das Land abgewälzt werden.

Das Land ist im Bildungsbereich sich seiner Verantwortung bewusst und zahlt sehr, sehr viel Geld von der Elementarpädagogik bis zur Erwachsenenbildung. Und wenn man jetzt auch in diesem Bereich nachgibt, befürchte ich einen Domino-Effekt und dass das Burgenland auch viele andere Dinge in Zukunft auch selbst bezahlen soll, wo eigentlich der Bund die Verantwortung dafür trägt.

Überleitend gleich zum zweiten Punkt: Ich stelle mir auch die Frage, ob der Grund dafür, dass die Bundesfinanzierung nicht genehmigt wird vielleicht der ist, dass wir im Burgenland an den Fachhochschulen eben keine Studiengebühren einfordern. Von den 20 Fachhochschulen des Burgenlandes gibt es nur drei, wo keine Studiengebühren eingefordert werden.

Zu den Studiengebühren habe ich jetzt vorher gehört, wenn es Studiengebühren gäbe, dann wäre es, wir brauchen gar nicht „was wäre wenn“ durchzuspielen, wir hatten Studiengebühren von 2000 bis 2007. Wir wissen sehr genau, dass sich die Situation der Studenten an den Unis dadurch nicht verbessert hatte, so wie es uns versprochen worden ist, sondern dass mit diesem zusätzlichen Geld Budgetlöcher gestopft wurden.

Es kam zu einem Rückgang der Studenten. Ganz besonders Mädchen waren benachteiligt, weil sich natürlich sehr viele Familien überlegt haben, wenn ich einem meiner Kinder nur das Studium ermöglichen kann, dann soll es der Bursche sein. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Geh, das ist ein Blödsinn.)*

Aus meiner persönlichen Betroffenheit kann ich sagen, hätte *(Abg. Manfred Kölly: Das ist aber ein Blödsinn jetzt.)* es zu meiner Zeit Studiengebühren gegeben, hätte ich mir das Studium nicht leisten können, weil *(Abg. Manfred Haidinger: Wie es die Eltern wollen.)* es meinen Eltern nicht möglich gewesen wäre, das Studentenheim zu bezahlen, die Fahrt zu bezahlen und einiges mehr, das mit dem Studium zusammenhängt.

Wenn ich jetzt gehört habe, dass das Stipendiensystem *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich habe da niemanden gebraucht. – Unruhe bei der ÖVP)*

Ja, wahrscheinlich haben Sie Eltern, die Ihnen auch mehr finanzieren hätten können, als mir. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich habe da schon selbst verdient.)* Mir hätten sie das nicht können.

Ich freue mich, dass für Stipendien mehr Geld zur Verfügung steht, denn nach dem Jahr 1999 gab es erst 2007 wieder eine Erhöhung der Stipendien. Die Budgetlöcher wurden dadurch gestopft, es kam aber, wie gesagt, zu keinerlei Verbesserung. Im Antrag vom Herrn Kollegen Hutter ist mir noch etwas aufgefallen, da steht drinnen, die Fachhochschüler im Burgenland müssen nichts zahlen, alle anderen burgenländischen Studenten an Universitäten in anderen Bundesländern, müssen zahlen.

Das stimmt nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Was habt Ihr gegen Studiengebühren?)* An österreichischen Unis gibt es für österreichische Studenten seit 2008, das ist neun Jahre her. Herr Kollege, der Antrag ist ein bisschen veraltet, keine Studiengebühren mehr.

Sie haben das in dem aktuellen Antrag eingeschrieben. Wir Sozialdemokraten im Burgenland orientieren uns nicht nach dem Schlechten, sondern *(Abg. Manfred Kölly: Ihr seid nicht die Sozialdemokraten.)* nach dem Besten. Wir wollen barrierefreien Zugang zu den Studien. *(Abg. Manfred Kölly: Das bestimmt ja der Landeshauptmann, nicht Ihr.)* Wir wissen, dass Bildung kostenlos, gratis sein muss und wir wissen, dass der Bund die Verantwortung hat. Und davon werden wir nicht ablassen. Die besten Bildungschancen für die jungen Menschen in unserem Land. Danke. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Klubobmann Mag. Sagartz, BA eingebrachter… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zum Tagesordnungspunkt 13, weil mir gesagt wurde, das wird beides gleichzeitig behandelt.)*

Gut. Dann bitte ich bei dem Tagesordnungspunkt 13 den Abänderungsantrag noch einmal einzubringen, wir werden ihn, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Tut mir leid. – Abg. Ilse Benkö: Du kannst das nicht beim 12er mitabstimmen lassen. – Abg. Werner Friedl: Geht es da um die Studiengebühren, oder um was geht es? Zu was ist er eingebracht?)*

Den Abänderungsantrag hat der Herr Ing. Riegler schon einlaufen lassen, wir haben somit für den Tagesordnungspunkt 12 keinen Abänderungsantrag. Gut.

Ich lasse nun über den Antrag des Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Einrichtung eines Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“ an der FH Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 712) betreffend „Einhebung von Studiengebühren im Burgenland“ (Zahl 21 - 495) (Beilage 798)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zum 13. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 712, betreffend „Einhebung von Studiengebühren im Burgenland“, Zahl 21 - 495, Beilage 798.

Der Klubobmann Géza Molnár ist Berichterstatter.

General- und Spezialdebatter werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Vielen Dank Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einhebung von Studiengebühren im Burgenland“, in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Februar 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Ich stellte nach meinem Bericht unter Verlesung der Beschlussformel einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Einhebung von Studiengebühren im Burgenland", unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Eine Wortmeldung zum Einbringen des Abänderungsantrages beim nunmehr richtigen Tagesordnungspunkt.

Bitte Herr Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zum gegenständlichen Tagesordnungspunkt und zum Antrag einen Abänderungsantrag einbringen, der allen Fraktionen und Mitgliedern des Hohen Hauses versandt wurde und ich deshalb nur die Beschlussformel vorlese.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ergänzend zum Stipendiensystem des Bundes ein umfassendes Stipendiensystem seitens des Landes für burgenländische Studierende einzuführen.

Ich darf ihn erneut übergeben. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Entsprechend der Geschäftsordnung ist der Abänderungsantrag ordentlich unterstützt. Er wird gemäß § 61 Abs. 3 der GeOLT mit in die Diskussion einbezogen.

Meine Damen und Herren, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Es liegt nun zu diesem Tagesordnungspunkt ein Abänderungsantrag des Mag. Christian Sagartz BA, Klubobmann vor.

Ich lasse daher über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend den freien Zugang zur Fachhochschule Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 745) betreffend „Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze“ (Zahl 21 - 519) (Beilage 799)

15. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 746) betreffend Mehrwertsteuerbefreiung für Anschaffungen von Einsatzgeräten (Zahl 21 - 520) (Beilage 800)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 14. und 15. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 14. und 15. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 14. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 745, betreffend "Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze", Zahl 21 - 519, Beilage 799. Berichterstatter ist die Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

Bitte Frau Berichterstatterin, bitte Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze“, in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag, und verlas die Beschlussformel.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Wir kommen zum 15. Punkt der Tagesordnung. Die Berichterstattung, den Bericht der Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 746, betreffend Mehrwertsteuerbefreiung bei Anschaffung von Einsatzgeräten, Zahl 21 - 520, Beilage 800, wird ebenfalls Frau Landtagsabgeordnete Präsidentin Ilse Benkö.

Bitte Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident! Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Mehrwertsteuerbefreiung für Anschaffungen von Einsatzgeräten, in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Mehrwertsteuerbefreiung für Anschaffungen von Einsatzgeräten unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte, die gemeinsame Debatte zu Tagesordnungspunkt 14 und 15 unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Zu diesen beiden Tagesordnungspunkten muss ich sagen, wir alle, glaube ich, wissen, dass das Feuerwehrwesen im Burgenland, nicht nur im Burgenland, in ganz Österreich, wirklich einen unheimlich hohen Stellenwert hat.

Ich selbst bin seit 39 Jahren Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr in Bad Sauerbrunn. Es gibt 318 freiwillige Orts- und Stadtfeuerwehren bei uns, und dort überall gibt es freiwillige Mitglieder, die 365 Tage im Jahr, 24 Stunden dort reinlaufen, wo andere rauslaufen. Wenn man sich den Bericht anschaut vom Jahr 2015: Im Jahr 2015 rückten die Feuerwehren im Burgenland zu 4.202 technischen Einsätzen und zu 1.374 Brandeinsätzen aus. 38.837 Feuerwehrmitglieder leisteten dabei 65.988 Einsatzstunden. Wenn man sich das umrechnet in die richtige Arbeitszeit eines Arbeitslebens, also 47 Wochen im Jahr mit 38,5 Stunden, dann ist das in einem Jahr eine Leistung von 36,5 Arbeitsjahren, für eine Person.

Also das ist eine unheimliche Leistung, die die freiwilligen Feuerwehren hier im ganzen Burgenland erbringen, und das bei Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern, die immer mehr werden die Feuerwehrfrauen, in den Organisationen.

Das ist auch deswegen so, die Freiwilligkeit wird immer geringer weil es natürlich auch immer mehr mit Hürden verbunden ist, das wissen wir alle. Der Arbeitsplatz ist immer ein Thema bei Einsätzen. Kann ich von meinem Arbeitsplatz weg, wie lange kann ich weg? Wie werden diese Stunden geregelt? Ist das Urlaubszeit, ist das Zeit die ich als Arbeitszeit sehr wohl auch weiter verbuchen kann?

Da geht es darum, dass man hier ein System schafft, irgendetwas organisiert, damit es für den Arbeitnehmer aber auch für den Arbeitgeber in Zukunft ein Modell gibt, das die Feuerwehren weiter unterstützt und wo man das weiter auch gemeinsam tragen kann.

Wir haben daher einen Entschließungsantrag eingebracht und der lautet wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere Sicherheitslandesrat Johann Tschürtz, wird aufgefordert, ein Modell zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß-, und Katastropheneinsätze auszuarbeiten und dem Landtag, spätestens nach sechs Monaten, über den Status Quo, beziehungsweise den Fortschritt des Modells, Bericht zu erstatten.

Jetzt weiß ich schon, dass das jetzt nicht auf Burgenlandebene alleine geht, sondern dass man das auch auf die nationale Ebene heben muss, und da komme ich auch gleich zum nächsten Tagesordnungspunkt, der die Mehrwertsteuerbefreiung für die Anschaffung von Einsatzgeräten betrifft. Das ist auch so ein leidiges Thema.

Die, die mit der Feuerwehr zu tun haben, die im Feuerwehrwesen tätig sind, die wissen, dass es in den Feuerwehren so eine Drittellösung gibt. Ein Drittel des benötigten Geldes für Einsatzkleidung, für Einsatzgerätschaften, für Autos wird von der Mannschaft selbst organisiert. Ein Drittel organisiert die Gemeinde und ein Drittel in etwa, wird dann über Landesmittel zur Verfügung gestellt.

Das alleine zeigt schon, wie wichtig das ist, dass diese Freiwilligkeit hier Geld einspielt ins System, das dann wieder darauf schaut, damit alles in Ordnung ist und alles passt. Im Gegensatz zu anderen Blaulichtorganisationen wird aber die Freiwillige Feuerwehr hier mit dieser Mehrwertsteuer quasi bestraft. Wir sind der Meinung, dass auch hier ein wirklich generelles Umdenken geschehen muss, denn das Geld, das sich die Feuerwehr hier ersparen kann, ist mit Sicherheit sehr gut angelegt.

wirklich ein generelles Umdenken geschehen muss, denn das Geld, das sich die Feuerwehr hier ersparen kann, ist mit Sicherheit sehr gut angelegt.

Daher haben wir auch hier einen Antrag eingebracht und zwar: Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung, insbesondere Sicherheitslandesrat Johann Tschürtz wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Anliegen heranzutreten, die erforderlichen Schritte zu setzen, um künftig die Anschaffungen von Einsatzgeräten im Feuerwehrwesen von der Mehrwertsteuerpflicht zu befreien.

Ich denke, das ist ein Weg, den man beschreiten muss, den man angehen muss. Da weiß ich auch, dass wir natürlich im Burgenland das alleine nicht machen können, dass das nur übergeordnet auf nationaler Ebene geht. Aber die Freiwilligkeit in den Wehren, die lässt nach. Die Gesellschaft ist nicht mehr so bereit, freiwillige Stunden zu leisten. Daher sollte man die Stunden, die geleistet werden, nicht auch noch dann mit Mehrwertsteuer quasi bestrafen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Abgeordneter Markus Wiesler ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die zwei Themen - Dienstfreistellung für Feuerwehrleute in der Privatwirtschaft und Mehrwertsteuerbefreiung für die Anschaffung von Gerätschaften und Fahrzeugen - scheinen nicht enden wollend zu sein und gleichen einer unendlichen Geschichte.

Seit Jahren gibt es diese Forderungen an den Bund. Es gibt dazu auch Beschlüsse hier im Landtag, auch in anderen Landtagen, nur bislang wurden diese Anliegen auf Bundesebene nicht erfüllt, bestenfalls Ankündigungen gemacht, schlechtestenfalls von den zuständigen Ministern ignoriert.

Ich glaube wir sind uns alle einig, dass die Freiwilligen Feuerwehren im Burgenland und auch in ganz Österreich Großartiges leisten und die Leistungen unbestritten sind. Deswegen, denke ich, wird es hier heute im Wesentlichen einen breiten Konsens geben, was die beiden Abänderungsanträge betrifft. Denn es betrifft die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Feuerwehfrauen und -männer, es betrifft auch die öffentliche Hand und schließlich jeden einzelnen von uns, da es um unser Leben und um unser Hab und Gut gehen könnte.

Die Feuerwehren leisten in Not- und Katastrophensituationen effektive und schnelle Hilfe. Dazu müssen die Feuerwehren natürlich mit den dementsprechenden

Gerätschaften ausgerüstet sein, um dementsprechende Hilfe leisten zu können, aber auch sich selbst bestmöglichst schützen zu können.

Wir sehen anhand der verschiedenen technischen Einsätze bei Naturereignissen und Katastrophenereignissen, dass der Ausrüstung eine besondere Bedeutung zukommt. Die finanziellen Mittel jedoch zur Anschaffung von nötigen Fahrzeugen und Gerätschaften zusammen zu bekommen, wird immer schwieriger, sowohl von der öffentlichen Hand, als auch für die Wehren selbst.

Nachdem aber ein nicht unerheblicher Teil der Kosten für die Neuanschaffung als Mehrwertsteuer in den Steuertopf des Bundes fließen, wäre es eben hier eine gute Möglichkeit, die Befreiung der Feuerwehren von der Mehrwertsteuer bei derartigen Ankäufen oder eben ein Modell zur Refundierung zu erarbeiten.

Die Mehrwertsteuerbefreiung wäre eine enorme Erleichterung für das Feuerwehrwesen und somit auch eine finanzielle Erleichterung für die Gemeinden. Meiner Meinung nach, gehört auch bei der Feuerschutzsteuer nachjustiert. Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich gehört im Bereich der Dienstfreistellung in der Privatwirtschaft ein Umdenken herbeigeführt. Derzeit sind freiwillige Katastrophenhelfer, die in der Privatwirtschaft tätig sind, bei längeren Einsätzen auf das Entgegenkommen ihres Arbeitgebers angewiesen. Der Einsatz der freiwilligen Helfer kommt der Allgemeinheit zugute, die finanzielle Last tragen aber die Unternehmer oder es gehen die Urlaubstage der Feuerwehrleute drauf. Es ist deshalb unbedingt eine einheitliche Regelung für die Dienstfreistellung und Entgeltfortzahlung für die Feuerwehrleute im Katastropheneinsatz erforderlich, die auch die Privatwirtschaft umfasst.

Für die Dienstnehmer im Landesdienst und für die Mitarbeiter in den Gemeinden gibt es eine Regelung, es sollte jetzt der nächste Schritt für die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft gesetzt werden. Es wäre daher eine generelle Absicherung des freiwilligen Hilfseinsatzes vor allem der Freiwilligen Feuerwehren per Bundesgesetz wichtig, um die Lohnfortzahlungen sicherzustellen.

Hochwasser und Katastropheneinsätze wären zum Beispiel ohne Freiwillige Feuerwehren undenkbar. Umso dringender ist es, nun endlich eine klare gesetzliche Regelung für die Freistellung der Feuerwehrleute auch in der Privatwirtschaft zu schaffen, denn freiwillige Feuerwehrleute müssen naturgemäß oft während ihrer normalen Arbeitszeit zu Einsätzen ausrücken. Noch ist die Solidarität der Arbeitgeber von den Feuerwehrleuten in Katastropheneinsätzen hoch, doch auch diese hat ihre spürbaren Grenzen. Ich möchte mich hier ausdrücklich bei den Unternehmern bedanken, die hier Nachsicht üben zum Wohl unser aller und bereit sind, die Feuerwehrleute in den Einsatz fahren zu lassen, herzlichen Dank dafür.

Jetzt sollte auch die Politik, mit den verantwortlichen Ministern an der Spitze, bereit sein und den Feuerwehrleuten ein Stück entgegenkommen, denn auch sie sind womöglich auf die Hilfe der Feuerwehrleute einmal angewiesen. Wenn wir die Schlagkraft der freiwilligen Feuerwehrleute in Zukunft bei Katastropheneinsätzen sichern wollen, dann ist jetzt absoluter Handlungsbedarf, denn es kann nicht sein, dass die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr für unsere Sicherheit für Schulungen und bei Katastropheneinsätzen ihre Urlaubstage verbrauchen, während die Bundespolitik gemächlich zuschaut und den Feuerwehrleuten bei Fototerminen brav auf die Schultern klopft.

Es kann nicht sein, dass die Feuerwehrleute ihre Freizeit aufbrauchen, um Feste zu organisieren, um Gerätschaften mitzufinanzieren und auf der anderen Seite gibt es keine Mehrwertsteuerbefreiung oder ein Refundierungsmodell. Hier muss die Politik Lösungen

finden! Es kann nicht sein, dass das nicht lösbar ist im Interesse der Allgemeinheit und um den Mitmenschen noch besser zu helfen. Ich weiß schon, die Freiwillige Feuerwehr ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts, aber deswegen sollen eben Lösungen gefunden werden. Ich denke, es sollte genug sein, wenn unsere Feuerwehrleute zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit sind, die Einsatzgeräte für uns zu bedienen.

Die Feuerwehrleute selber bringen somit nicht nur ihre Freizeit ein, sondern sie setzen das Höchste für unser Wohl ein, nämlich ihr Leben. Die Bundesregierung sollte jetzt reagieren. Die Feuerwehren lassen uns nicht im Stich, also sollten wir sie nicht im Stich lassen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass hier vom Hohen Landtag ein positives Signal an die Feuerwehrleute draußen ergeht und alle den Abänderungsanträgen zustimmen werden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Mag. Franz Steindl ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Das stimmt, wir beschäftigen uns eigentlich periodisch mit diesen Anträgen. Es sind sehr wichtige Anträge und ich glaube, es ist auch wert, dass wir uns darüber unterhalten, wie wir den Feuerwehrleuten im Burgenland auch helfen können.

Der Entschließungsantrag betreffend die Mehrwertsteuerpflicht, den haben wir bereits 2014 behandelt. 2016 haben wir einen Antrag gehabt und jetzt wieder. Ich möchte auf eines darauf hinweisen, ich spreche jetzt zur Mehrwertsteuerproblematik. Ich möchte auf eine Stellungnahme des damaligen Bundeskanzlers Faymann aus dem Bundeskanzleramt vom 29. April 2014 hinweisen. Ich habe mir diese Stellungnahme genau angesehen. Erstens einmal wurde darauf eingegangen, dass die Spenden an Feuerwehren seit 2012 steuerlich absetzbar sind. Ist eine Kleinigkeit, aber immerhin hat es einen Fortschritt gegeben.

Zweitens, Herr Kollege Wiesler, das muss ich dazu sagen, die Feuerschutzsteuer wurde bereits adaptiert. Wissen Sie wann, das war im Jahr 2006, nämlich hier gab es dann durch Beschluss auf Bundesebene einen garantierten Mindestbetrag aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer und der beträgt seit 2013, also seit 2013 gilt das, 95 Millionen Euro für Gesamtösterreich. Die Feuerwehren haben dadurch seit 2006 zirka 60 Millionen an zusätzlichen Geldern erhalten. Aber jetzt zur mehrwertsteuerlichen Frage. Die Antwort des damaligen Bundeskanzlers Faymann über das Bundeskanzleramt.

Er hat das so argumentiert, dass die Feuerwehren als Körperschaft öffentlichen Rechts Tätigkeiten ausüben, so wie die Polizei, die eine hoheitliche Tätigkeit ist und keine unternehmerische Tätigkeit. Nachdem sie für diese Tätigkeit nach dem Steuerrecht keine Umsatzsteuer zahlen müssen oder entrichten müssen, können sie daher auch nicht den Vorsteuerabzug geltend machen. Das ist eine Regelung, die wir nicht in Österreich eingeführt haben, sondern das ist eine EU-weite Regelung und die kann natürlich in Österreich weder vom Burgenländischen Landtag noch von der Regierung oder vom Nationalrat aufgehoben werden, sondern das geht nur, wenn auf europäischer Ebene die Staaten dafür stimmen, dass es eine neue Regelung gibt.

Daher wird es sehr schwierig werden, aber ich bin dafür, dass wir hier noch einmal versuchen, einen Anlauf zu starten. Jetzt komme ich noch einmal zur Feuerschutzsteuer. Wissen Sie, wieviel das Land Burgenland an Feuerschutzsteuer bekommt pro Jahr? Herr

Landeshauptmann Tschürtz, als Feuerwehrreferent, wissen Sie das? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz: Nein!)*

Na ja, das sollten Sie wissen, das ist nämlich deswegen interessant, weil, und das können Sie im Rechnungsabschluss jederzeit auch nachlesen, das Land hat im Voranschlag 2017 zwei Millionen Euro an Feuerschutzsteuer für das Burgenland präliminiert. Stellen Sie mit mir jetzt einmal eine Rechnung an: Die 317 Feuerwehren, 317 Feuerwehren sind es noch im Land, plus die sieben Betriebsfeuerwehren werden ausgestattet durch das System ein Drittel. Ein Drittel bei Ankauf von Einsatzfahrzeugen. Wenn es um größere oder um schwere Fahrzeuge geht, dann werden die aus dem Bundeskatastrophenfonds finanziert.

Das geht bis zu 100 Prozent, dafür erhalten wir mehr als eine Million Euro - ich hoffe, Sie wissen das - aus dem Budget. So! Zusätzlich - also das heißt, das wird mit dem abgedeckt - erhält das Land zwei Millionen Euro an Feuerschutzsteuer. So, Herr Kollege Tschürtz, wieviel zahlen Sie der Feuerwehr insgesamt aus Ihrem Budget? *(Abg. Wolfgang Sodl: Ist das jetzt die Fragestunde?)*

Nein, ich möchte das nur ein bisschen aufklären, nämlich das Land - warten Sie einmal - das Land zahlt für die Landesfeuerwehrschule, für den Landesfeuerwehrverband, weil für die Ortfeuerwehren ist sie ja nicht finanziell zuständig, 2,5 Millionen Euro plus die 20.000 Unfallversicherung - interessanterweise ist die gekürzt worden.

Aber ich weiß warum. Weil Rücklagen aufgelöst wurden, weil ich habe sie eingeführt, eine erweiterte auf 42.000 Euro. Sie haben das jetzt gekürzt auf 20.000 Euro. Ich hoffe, es ist nicht irgendein zusätzlicher Schutz verloren gegangen. *(Abg. Manfred Kölly: Er sagt, das ist nicht gekürzt worden!)* Es ist im Voranschlag enthalten - ich nehme mir nur die Zahlen vom Voranschlag, warten Sie einmal: 2,5 Millionen Euro und die 20.000 *(Abg. Manfred Kölly: Ist nicht gekürzt!)* zahlt das Land an den Landesfeuerwehrverband. *(Abg. Manfred Kölly: Ist gekürzt oder nicht gekürzt?)*

Dafür erhält das Land zwei Millionen Euro Feuerschutzsteuer. Das bedeutet, das Land wendet für das Feuerwehrwesen nicht mehr als 520.000 Euro auf, das ist alles. Das ist alles!

Ich trete Ihnen den Beweis an, denn das was Sie vorher gesagt haben, Herr Kollege Hutter, nämlich dass bei Anschaffung von Gerätschaften es eine Drittellösung gibt, das ist eine Scheindrittellösung. Das möchte ich schon einmal aufklären. Das sollte einmal aufgeklärt werden. Wissen Sie, wie eigentlich die Finanzierung ausschaut?

Die Finanzierung schaut so aus, dass die Gemeinden zwei Drittel tragen und die Feuerwehr das letzte Drittel, das Land zahlt Null! Wissen Sie warum? Weil nämlich das Land vom Bund die Bedarfszuweisungen bekommt und - für die Gemeinden, ich rede nicht von den Bedarfszuweisungen Land, sondern für die Gemeinden, ausschließlich für die Gemeinden - und in einem Vorwegabzug werden Gelder sichergestellt für die Finanzierung von Einsatzfahrzeugen in den Gemeinden.

Das bedeutet, die Gemeinden zahlen zwei Drittel, das letzte Drittel zahlt die Feuerwehr und das Land zahlt Null! *(Abg. Doris Prohaska: Aber das haben Sie in Ihren Feuerwehrreden auch immer so verkauft!)* Na selbstverständlich! Sie haben das, was ich mich erinnern kann, auch sehr oft in Sonntagsreden betont. *(Abg. Doris Prohaska: Sie auch!)* Selbstverständlich!

Ich meine nur, vielleicht wäre es an der Zeit, wenn wir uns alle einig sind, dass wir den Feuerwehren mehr zur Verfügung stellen sollten, dann hätten wir sofort eine

Möglichkeit. Nämlich dann sollte das Land wirklich ein Drittel übernehmen, nämlich dieses Drittel das die Feuerwehr zahlt.

Dann hätten die Feuerwehren kein Problem, bräuchten keine Feuerwehrfeste machen, dass sie zu einem Geld kommen, ja. Die Gemeinden werden nicht zusätzlich belastet, weil sie sowieso schon die zwei Drittel zahlen und das Land sollte das eine Drittel - das die Feuerwehren aufbringen - zahlen. *(Abg. Doris Prohaska: Warum hat man das nicht gemacht als Sie zuständig waren?)*

Das wäre etwas Gerechtes wenn man, Frau Abgeordnete, jetzt wieder von mehr Förderung spricht, von mehr Möglichkeiten. Noch etwas, Frau Abgeordnete, weil Sie das jetzt so sagen. Wissen Sie, Sie haben mir nicht zugehört. Ich habe das vom Regierungspult, das kann ich beweisen, des Öfteren bereits gesagt, nicht einmal, aber da haben Sie nicht zugehört, *(Abg. Doris Prohaska: Das ist eine Unterstellung!)* des Öfteren habe ich das bereits gesagt, also der Vorschlag ist nicht neu und wenn wir wirklich etwas machen wollen, dann hätten wir diese Möglichkeit. Das heißt im Klartext, das Land zahlt für die Feuerwehren nicht mehr als 520.000 Euro, mehr nicht und da trete ich jederzeit den Beweis an. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz)*

Schauen Sie, Herr Kollege Tschürtz, wenn es so wäre gebe ich Ihnen recht, aber es stimmt nicht was Sie sagen, denn der Vorwegabzug der Bedarfszuweisungen wird verwendet für die Drittelfinanzierung der Einsatzfahrzeuge und für die Viertelfinanzierung der Feuerwehrhäuser. Das ist als Bedarfszuweisung, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz: Nein!)* Das ist ein Blödsinn, was Sie da sagen! Das sind die Bedarfszuweisungen die den Gemeinden zur Verfügung stehen und das kann ich jederzeit beweisen.

Der nächste Punkt Kooperationsmöglichkeiten. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz: Das bringt nichts! Das ist ein Wahnsinn!)* Herr Tschürtz, ich erkläre Ihnen das ganz genau. Ich verlange kein Geld. Ich erkläre es Ihnen gerne so, damit Sie sich einmal auskennen in dem Feuerwehrgeschäft. Sie kennen sich nicht aus, das ist Ihr Problem, daher reden Sie von irgendetwas, weil Sie glauben, weil Sie der Referent sind, haben Sie die Kompetenz. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz: Gott sei Dank, dass Du in der Opposition bist!)* Sie haben sie leider nicht!

Kooperationen. Zu den Kooperationen. Es gibt jetzt schon die Möglichkeit der Kooperationen. Ich nenne nur zwei Beispiele: Tschanigraben mit Inzenhof, Hasendorf mit Tobaj. Jetzt haben wir sogar ein Problem in Eberau, in der Muttergemeinde Eberau, mit Kroatisch Gerersdorf derzeit 91 Einwohner, acht Feuerwehrleute, aber kein Kommandant.

Das Problem ist, wir finden keine Kommandanten mehr, da haben Sie vollkommen Recht. Da müssen wir etwas unternehmen, aber die Kooperationen, das möchte ich nur sagen, gibt es jederzeit. Wenn die Gemeinden einverstanden sind, die Feuerwehren einverstanden sind, jederzeit kann man Kooperationen machen. Wo ich dafür bin ist, dass man sich die Mindestrichtlinien anschaut bei der Geräteausstattung. Da ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt, ich hoffe das wissen Sie, Herr Kollege Tschürtz, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz: Ich weiß überhaupt nichts!)* und daher sollte man da ein bisschen ansetzen, damit wir wirklich etwas weiterbringen.

So und zur Dienstfreistellung in der Privatwirtschaft. Das mit den blöden Bemerkungen, Herr Präsident, das lasse ich mir sicherlich nicht gefallen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie die Wortwahl hier dem Hohen Haus entsprechend anzupassen, bestimmte Worte sollen wir hier nicht verwenden.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP) *(fortsetzend)*: Gut. Privatwirtschaft, freie Dienstfreistellung in der Privatwirtschaft. Dazu auch etwas. Ich habe mir beide Anträge durchgelesen, den vom LBL und den von der SPÖ/FPÖ. Also Ihr fordert, dass eigentlich die Unternehmer das vorfinanzieren sollen, *(Abg. Manfred Kölly: Dann bekommen sie es zurück!)* so steht es auch drinnen und dann kriegen sie es zurück und das Ganze soll der Landeskatastrophenfonds tragen, soweit ich das gelesen habe.

Die SPÖ und FPÖ haben das gleich geschrieben, nur mit einem Unterschied, sie verlangen nicht den Landeskatastrophenfonds, sondern den Bundeskatastrophenfonds, klar nach oben irgendetwas delegieren. Ich sage Ihnen nur, das bessere Modell wäre, wenn man einen steuerlichen Anreiz schafft. Denn wenn man diese Lösung bringt, was wird der Unternehmer machen, der jetzt auf einmal mehr einen bürokratischen Aufwand hat, wenn er einen Feuerwehrmann hat?

Er muss vorfinanzieren, kriegt das erst retour, wenn er mit Formularen einreicht und so weiter. Wäre es nicht besser, man findet ein steuerliches Modell, ein Bonusmodell, wenn man sagt, wenn du jemanden anstellst der Feuerwehrmann ist, dann kriegst du diese steuerliche Erleichterung, egal wie man das jetzt zum Beispiel macht, wenn man arbeitslose ältere Menschen anstellt.

Das wäre ein besseres Modell, das wäre unser Vorschlag seitens der ÖVP Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)* Wenn wir schon dabei sind, Herr Kollege Tschürtz, ich mache Ihnen noch einen Vorschlag.

Sie waren ja jetzt gerade bei der Kommandositzung dabei, weil ich natürlich ein interessierter Feuerwehrmann bin und das schon seit 45 Jahren, dafür weiß ich das. So und Sie könnten sich zum Beispiel schlau machen, so wie ich den Unfallversicherungsschutz erweitert habe, dass wir jetzt endgültig zum Beispiel auch die kostenlose Schutzimpfung den Feuerwehrleuten anbieten, oder so wie der Bundesfeuerwehrverband das auch fordert, ein Vorsorgemodell für Feuerwehrmitglieder installiert.

Zum Schluss noch einige Sätze zur Feuerwehrumfrage, weil ich muss das ganz einfach loswerden. Für eine Umfrage braucht man normalerweise eine Woche. Diese Umfrage wurde auf sieben Wochen ausgeweitet, weil es schon im Vorhinein ein Flopp geworden ist. Deshalb hat man das ausgeweitet bis Jahresende. Dann haben wir alle 17.000 Feuerwehrmitglieder befragt.

Rücklaufquote 12 Prozent! Wissen Sie was das ist? Also bitte, 12 Prozent unter den Feuerwehrleuten, also das ist eine ganz peinliche Angelegenheiten. Nicht einmal 2.000 Feuerwehrleute haben teilgenommen. Deswegen haben Sie die Frist erstrecken müssen und haben vielleicht anrufen müssen, geh bitte hast schon geschaut, hast du schon deine Leute. Natürlich, das ist ja alles über die Ortsgruppen gegangen und wenn man weiß, dass das nur über das Internet möglich war, dann waren einmal diese Leute ausgeschlossen die bei der Feuerwehr sind und die keinen Internetzugang haben. Vor allem die ältere Generation hat gar nicht mitmachen können.

Dazu kam es zu einer Codierung. Ich habe mir das ganz genau angeschaut, wo Sie ganz genau zurückverfolgen können. Wenn Sie wollen, wissen Sie ganz genau wie der Steindl Franz als Feuerwehrmann der Stadtfeuerwehr Purbach abgestimmt hat. Ja oder nein? Das ist anonym? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz: Korrupt!)*

Das ist anonym, dass das theoretisch bis dorthin möglich ist? So wie der Schelm ist, ja ist ja alles klar. Ich wollte Euch nur sagen, dass erstens einmal die Art und Frage

wie gefragt wurde demokratiepolitisch bedenklich ist. Zu den Fragen, ich habe mich damit beschäftigt.

Also erstens einmal die Frage mit der Direktwahl der Kommandanten. Das sage ich noch einmal, das war nie ein Problem außer in zwei Gemeinden. Das waren gerade zwei SPÖ-Gemeinden. Ein Abgeordneter, die Bürgermeisterin sitzt ja da die sich nicht daran gehalten hat und der Bürgermeister von Rust.

Dann das Nächste ist, Sie sagen, sollen die Bezirksfeuerwehrkommandanten den Landesfeuerwehrkommandanten wählen? Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, die Bezirksfeuerwehrkommandanten wählen jetzt schon den Landesfeuerwehrkommandanten, da hat sich gar nichts geändert. Absolut nichts geändert! Der nächste Punkt die Funktionsbefristung. Da haben Sie ja gar keine klare Meinung bitte. Funktionsbefristung: 774 für fünf Jahre und 830 unbefristet. Ist das eine klare Aussage? Nein!

Verlängerung des Aktivalters, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, das ist eine No-Na Frage. Wenn einer heute alle Voraussetzungen bringt, kann er mit 65 mit 66 mit 67 noch aktiv dabei sein. Er genießt den vollen Versicherungsschutz, dafür habe ich gesagt, dass man das ausweitet. Wenn jemand die Eignungen hat, wenn ich, ich bin schwerer Atemschutzträger, und wenn ich mein Attest bringe mit 66, mit 70, kann ich genauso in den Einsatz gehen wie einer mit 30. Also daher ist das eine No-Na-Frage, die ebenfalls zu nichts führt.

Also ich frage mich jetzt wirklich wofür Sie das gemacht haben? Wofür brauchen Sie diese Umfrage, außer dass Sie politisch aufgerührt haben? Dass es eine Verunsicherung gibt, dass es eine Diskussion gibt? Wir haben immer geschaut, solange ich in der Regierung war haben wir beide, die Regierungspartner, immer geschaut, dass kein Politikum in die Feuerwehren hineingetragen wird. Wir haben das immer versucht, immer den Feuerwehrleuten das zu geben, die Rahmenbedingungen vorzugeben und das andere hätten sie sich selber machen sollen. Nein, ich höre das von jeder, von allen Seiten, dass Sie versuchen sich einzumischen und dann sind die Feuerwehrleute erbost.

Weil wenn Sie sich weniger auskennen würden, dann würden Sie sagen okay, der gibt uns einen guten Ratschlag, aber wissen Sie, Ratschläge sind da oft auch Aufschläge und die haben die Ortsfeuerwehren im Lande nicht notwendig, deshalb bringe ich die zwei Abänderungsanträge ein.

Der eine ist zum Tagesordnungspunkt 14 Dienstfreistellung. Ich lese die Beschlussformel vor.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dahingehend einzusetzen, dass

- für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren ein Vorsorgemodell eingeführt wird,
- ein steuerliches Bonus-System für Unternehmer, die Einsatzkräfte beschäftigen und für den Einsatz (insbesondere im Fall von länger andauernden Katastrophenereignissen) freistellen, eingeführt wird und
- die Freiwilligen Feuerwehren bei Anschaffung für Einsatzzwecke von der Mehrwertsteuer befreit werden.

Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, kostenlose Schutzimpfungen (insbesondere FSME und Tetanus) für Einsatzkräfte anzubieten.

Das ist der Antrag mit der Beschlussformel zum Tagesordnungspunkt 14. Der gleiche Antrag mit der gleichen Beschlussformel gilt auch für den Tagesordnungspunkt 15, soll ich den vorlesen?

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ist er wortident?

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP) *(fortsetzend)*: Er ist komplett wortident.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich brauche zwei Ausfertigungen.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP) *(fortsetzend)*: Bekommst Du auch.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: In Ordnung, dann bitte die Beschlussformel.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP) *(fortsetzend)*: Nochmals die Beschlussformel zum Tagesordnungspunkt 15.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dahingehend einzusetzen, dass

- für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren ein Vorsorgemodell eingeführt wird,
- ein steuerliches Bonus-System für Unternehmer, die Einsatzkräfte beschäftigen und für den Einsatz (insbesondere im Fall von länger andauernden Katastrophenereignissen) freistellen, eingeführt wird und
- die Freiwilligen Feuerwehren bei Anschaffung für Einsatzzwecke von der Mehrwertsteuer befreit werden.

Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, kostenlose Schutzimpfungen (insbesondere FSME und Tetanus) für Einsatzkräfte anzubieten. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Franz Steindl übergibt die Abänderungsanträge dem Präsidenten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die beiden mir soeben überreichten Abänderungsanträge der eine zum Tagesordnungspunkt 14 und der andere zum Tagesordnungspunkt 15, sind gehörig unterstützt. Sie werden beide gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen mit einbezogen in der getrennten Abstimmung.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die beiden Anträge, schon mehrfach eingebracht, aber lassen Sie mich doch jetzt einiges richtig stellen zu meinem Vorredner. Der Vorvorredner hat das, denke ich, am besten heute skizzieren können, der Markus Wiesler, aber zu meinem Vorredner.

Herr Kollege Steindl Sie haben vorgelesen: Hoheitliche Tätigkeiten von Körperschaften des öffentlichen Rechts sind gemäß…, stimmt alles und haben dazu gesagt, dass ist eine Stellungnahme vom Bundeskanzler Faymann, das ist natürlich falsch. Es ist eine Stellungnahme vom Finanzministerium 2014, wobei ich kann Ihnen das geben, ich habe das da. Der Ministerratsdienst im Bundeskanzleramt sammelt diese

Stellungnahmen und sendet sie dann an den Herrn Landeshauptmann weiter, so ist es tatsächlich.

Ich habe beide Stellungnahmen hier. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Antwort des Bundeskanzleramtes!)* Ja, ja, da ist das BMF-Logo drauf. Zur Feuerschutzsteuer und zu den Ausgaben die das Land tätigt. Auch hier muss man dazu sagen, dass… *(Abg. Mag. Franz Steindl: Bundeskanzleramt Österreich!)* Finanzministerium. Auch zur Feuerschutzsteuer, die das Land vereinnahmt vom Bund und zu den Ausgaben, die das Land für die Feuerwehren tätigt.

Sie tun so, als wären Sie nie dabei gewesen. Sie tun so, als ob das Land jetzt nur 520.000 Euro für die Feuerwehren zur Verfügung stellt, das mag stimmen. In Ihrer Zeit. Sie haben vier Jahre lang die Zuwendungen für die Feuerwehren, das Budget für die Feuerwehren, nicht erhöht, damals waren wir auf 2,2 Millionen Euro.

An Feuerschutzsteuer haben Sie 1,9 Millionen Euro veranlagt. Also es mag schon sein, dass es so ist, aber das ist ja nicht vom Himmel gefallen, das war ja bei Ihnen. Sie hätten 15 Jahre lang die Möglichkeit gehabt, das alles was Sie heute fordern zu verändern. Das haben Sie nicht getan! Jetzt das herbeizureden und zu fordern, ist die eine Sache, aber Sie haben es einfach versäumt! Aber, geschätzte Damen und Herren, zum Wesentlichen, dem Feuerwehrwesen.

Sicherheit ist nichts was man kaufen kann, man muss es bevorraten. Sicherheit muss man eben dafür bevorraten, damit man es dann hat, wenn man es braucht. Ich möchte es jetzt nicht verabsäumen, denn das ist noch nicht geschehen heute, mich bei allen fast 17.000 Feuerwehrmitgliedern des Burgenlandes, Männer und Frauen Ich möchte jetzt nicht verabsäumen, denn das ist heute noch nicht geschehen, mich bei allen fast 17.000 Feuerwehrmitgliedern des Burgenlandes, Männer, Frauen und Jugendliche, auch wieder Burschen und Mädchen, für den großartigen Dienst zu bedanken, der hier geleistet wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wo unsere Feuerwehrmitglieder Tag und Nacht und 365 Tage im Jahr, 24 Stunden, immer wieder zur Verfügung stehen und immer wieder aufstehen, auch zu den unmöglichsten Tages- und Nachtzeiten, und jenen Menschen Hilfe leisten, die eben diese Hilfe brauchen oder denen es gerade nicht so gut geht.

Sie haben uns heute erklärt, was alles nicht geht. Es wird immer nur erklärt, was alles nicht geht, wer aller schuld ist, wer alles was nicht tut. Ich möchte aber sagen, was schon alles gegangen ist. Die Absetzbarkeit von Spenden, das haben Sie richtigerweise angeführt, das ist geschehen.

Oder, unter Ministerin Doris Bures wurde diese Tonnenbeschränkung für Feuerwehrfahrzeuge auf 5,5 Tonnen angehoben, ein wesentlicher Bestandteil damals, der den Feuerwehren die Möglichkeit eröffnet hat, weitere Fahrer in den Dienst zu stellen, damit hier nicht diese Knappheit an Feuerwehrfahrern besteht.

Zum Kollegen Hutter. Ja, wir haben eh alle dasselbe Ziel, ein Nachlassen der Motivation könnte ich jetzt nicht feststellen, einen Rückgang der Mitgliederzahl auch nicht, vor allem nicht, ich sage es jetzt einmal für meinen Bezirk Jennersdorf, oder für meinen Feuerwehrabschnitt, wo ich seit 23 Jahren als Abschnittskommandant Verantwortung tragen darf. Im Gegenteil! Wir haben steigende Mitgliederzahlen.

Wir haben eine hohe Motivation bei der Jugend. Wir haben immer mehr Frauen im Feuerwehrdienst, und wir haben keine Probleme, KommandantInnen zu finden. Im Bezirk Jennersdorf gibt es derzeit keine einzige Kommandantenstelle oder Kommandanten-Stellvertreter- Stelle, welche unbesetzt ist.

Zur Mehrwertsteuerbefreiung für Feuerwehrfahrzeuge. Ein ganz konkretes Beispiel, wie unsinnig das alles ist. Die Feuerwehr Rudersdorf kriegt jetzt ein neues Versorgungsfahrzeug, kostet 80.000 Euro Anschaffungspreis. Wenn man die Steuer wegrechnet, sind das zirka - ich sage einfach gerade Summen - 66.000 Euro. 13.000 Euro davon sind eben die Steuer. 26.000 Euro gibt es als Förderung vom Land. Also das Land gibt hier, der Finanzminister nimmt.

Man könnte das alles sehr vereinfachen. Ich denke, das sollten wir auch tun und uns nicht immer darauf ausreden, was alles nicht möglich ist, was alles nicht geht, wer aller schuld ist. Der eine sagt, es ist der Bundeskanzler gewesen. Es ist eine steuerrechtliche Materie, das können Sie nicht wegreden, die zu 100 Prozent im Finanzministerium liegt und dem Finanzminister eben zufällt.

Zu den Dienstfreistellungen für Feuerwehrangehörige. Auch hier hatten wir schon einige Anträge im Landtag, und hier könnte man tatsächlich was tun. Im Jahr 2012, glaube ich, es war Fekter und Bundesfeuerwehrpräsident Kern stand man ja dem Vernehmen nach vor einer Einigung, und über Nacht ist diese Einigung, was die Freistellung für Feuerwehrmitglieder betrifft, dann wieder verschwunden, und es hat sie dann nicht gegeben.

Ich denke, es ist kein sehr großer bürokratischer Aufwand, die Einsätze im Nachhinein abzurechnen, weil wir reden hier nicht von den Einsätzen, die tagtäglich passieren, wir reden auch nicht von den größeren Einsätzen, wir reden ausschließlich von wirklichen Großereignissen, und wir reden ausschließlich von Katastropheneinsätzen, und so viele sind das Gott sei Dank nicht. Das, denke ich, könnte von den Firmen geleistet werden.

Im Burgenland haben wir eine vorbildliche Regelung, was das betrifft. Das Land Burgenland stellt den Feuerwehrmitgliedern - den Männern und Frauen - zehn Tage Sonderurlaub für Schulungen, Ausbildungen und Einsätze zur Verfügung.

Wir haben gerade jetzt ein Negativbeispiel, wie es nicht sein soll, denke ich mir, in der Stadtgemeinde Eisenstadt, wo ein Feuerwehrmitglied, der Einsatzleiter ist, bei einem der größten Einsätze, die das Land gesehen hat, wo in Wimpassing unzählige, hunderte Feuerwehrmitglieder im Einsatz waren. Jemand, der in der Stadtgemeinde angestellt ist, dort Einsatzleiter ist, die Verantwortung trägt für alle Maßnahmen, die geleistet werden, und dann von seinem Arbeitgeber auch noch dafür gemaßregelt wird. Ich denke, das haben sich alle Feuerwehrmitglieder miteinander nicht verdient, und vor allem dieser Mitarbeiter hat sich das nicht verdient. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich hoffe, dass wir auch hier eine zufriedenstellende Lösung finden können und dass man diesem Mitarbeiter auch noch die Wertschätzung eventuell zukommen lässt, die er sich verdient hat.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben die Anträge eingebracht. Unsere Vorschläge liegen am Tisch, und wir werden diesen Verbesserungen für Feuerwehrmitgliedern sehr gerne zustimmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Die Feuerwehr, und das ist von allen Vorrednern betont worden, hat

einen Stellenwert und ein Gewicht, nicht nur im Sinne des Schutzes der Bevölkerung vor Brand und anderen Gegebenheiten, die Krisenbewältigung bedeuten, sondern sie ist ein integrierender Bestandteil unseres Dorflebens. Sie hat ihre Aufgabenstellungen in der Vergangenheit hervorragend erfüllt. Sie tut es in der Gegenwart, und sie wird uns hoffentlich auch in Zukunft, das, was auf Ortsebene notwendig ist, in freiwilliger Form auch weiterhin erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten uns immer vor Augen führen, es gibt auch andere Konstruktionen, als sie wir in Österreich, als sie wir im Burgenland haben. In unserem Nachbarbundesland kennen sie die Freiwilligen Feuerwehren nicht, nicht Bundesland, sondern im Nachbarland Ungarn, kennen sie die Freiwilligen Feuerwehren nicht und wollen gleichzeitig ihr System auch unserem annähern.

In der Konsequenz ist es aber in dem Sinne, so wie wir es jetzt diskutieren, auf Gegebenheiten dieser beiden Anträge, nicht ein Zeitereignis der Gegenwart, sondern solche Antragstellungen kennen wir jetzt schon, wie auch die Vorredner betont haben, über mehrere Jahre.

Es hat sich ein System entwickelt, wo im Forderungskatalog immer stärker und immer mehr, speziell auch in finanzieller Hinsicht gewisse Notwendigkeiten erfüllt werden sollen. Ich darf daran erinnern, dass es in Bezug auf die sogenannte Mehrwertsteuerrückvergütung schon bei den Freiwilligen Feuerwehren ein Zeitfenster gegeben hat, wo das funktioniert hat. Dann ist es wieder abgestellt worden. Speziell bei der Anschaffung von Gerätschaften ist es aber noch nie der Fall gewesen. Ich glaube, dass hier auch aufgrund des Vortrages, den der Abgeordnete Steindl gesetzt hat, in der Anfrage auf die damalige Bundesregierung die Vorstellungen nicht in Österreich ruhen, sondern dass das einer Europäischen Staatenlösung bedarf.

Tatsache ist, dass es heute in der Antragstellung auch noch Zusätze gibt, die nie die, bezogen auf die Versicherung, auf die Schutzimpfungen und andere stattfinden soll. Im Endeffekt glaube ich, und darauf beschränke ich mich jetzt in der Wortmeldung, ist es auf beide Anträge notwendig, dass der Feuerwehr entsprechend das bereitet wird, dass Möglichkeiten geschaffen werden, sie entsprechend auszurüsten.

In Wirklichkeit auf einen Punkt bezogen darf ich diesem vorher genannten Beispiel der sogenannten Drittellösung und Drittelregelung auf die Finanzierung von Gerätschaften dahingehend die Formel ansprechen, als es eine ungeschriebene Gesetzmäßigkeit ist und nicht ein feststehendes Gesetz, das hat sich so eingebürgert, wird so exekutiert, falls die finanziellen Voraussetzungen vorhanden sind. Ich weiß, dass es schon in der Gegebenheit auf Gemeinden die Verantwortung in der Übertragung auf die Feuerwehr gegeben hat, auf ihren Anteil, dass sie eine Kreditvereinbarung schließen mussten, um ihren Anteil zu erfüllen. Also hier gibt es Auswüchse Sonderzahl.

Tatsache ist, die Feuerwehren verdienen unseren Respekt, unsere Anerkennung und dementsprechend auch die Unterstützung. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann-.Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Werte Abgeordnete! Ich kann den Ausführungen, natürlich allen Ausführungen, massive die Zustimmung meinerseits geben. Das stimmt. Die Feuerwehr leistet natürlich Überdimensionales in der

Freiwilligkeit, am Wochenende, Tag und Nacht, und immer kann man sich natürlich auf die Feuerwehrmänner verlassen.

Was ich natürlich nicht verstehe ist, dass man so, wie der Abgeordnete Steindl hier versucht, unter der Gürtellinie zu agieren., und du kennst dich eh nicht aus, und weißt eh nicht, um was es geht. Ich würde sagen, das ist wirklich nicht die feine englische Art. Aber, Herr Abgeordneter, wenn Sie das beruhigt befriedigt, dann machen Sie es bitte. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Aber Du kannst es ja ändern.)* Ich habe kein Problem damit.

Ich glaube auch, dass diese Anträge vollkommen richtig und in Ordnung sind. Es ist bekannt, Ich glaube aber auch, dass die Mehrwertsteuerbefreiung eigentlich beim Herrn Minister Schelling liegt. Das heißt, Sie müssten sich halt mit Ihrem Parteikollegen auseinandersetzen, *(Abg. Manfred Kölly: Zusammensetzen!)* ob der nicht österreichweit versucht, die Mehrwertsteuerbefreiung durchzuführen.

Gerne natürlich werden wir oder trete ich an die Bundesregierung heran, no na, um hier natürlich auch die geforderten Maßnahmen in den Anträgen umzusetzen oder die Bundesregierung aufzufordern, das umzusetzen.

In der Gesamtsituation, wie das gerade beleuchtet wurde, möchte ich eines zum Feuerwehrgesetz festhalten. Ich war heute beim Feuerwehrkommando. Sie haben Recht, Sie haben als Erster gleich erfahren, dass ich dort war, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich habe das schon vorher gewusst.)* wahrscheinlich war ich noch gar nicht dort, haben Sie schon gewusst, dass ich hinkomme. Dort wurde aber schon in aller Deutlichkeit gesagt, dass die Demokratisierung des Feuerwehrgesetzes erwünscht wird, vom gesamten Kommando. Es hat heute niemand gesagt, dass das nicht erwünscht ist.

Das hat mir heute wirklich das gesamte Kommando gesagt. Man hat einen Zeitplan festgelegt, wo die Feuerwehr selbst Punkte ausarbeitet, wie das zukünftige, neue, innovative Feuerwehrgesetz aussehen könnte. wird. Man hat auch im Feuerwehrkommando gesagt, ja, wir Gemeinsam wollen wir das Beste, und neueste Feuerwehrgesetz - Burgenland muss Vorreiterrolle spielen. Alle waren einhellig dabei, dass sie gesagt haben, ja, wir wollen diese Demokratisierung, denn das Burgenland ist das letzte Bundesland mit keiner Demokratisierung. Herr Mag. Schindler, wir wissen alle, dass er sich als Jurist sicher sehr gut auskennt, er hat das auch gesagt, nicht, das ist nicht verfassungsgenehm, verfassungskonform.

Das heißt, man muss eigentlich dieses Feuerwehrgesetz verändern. Es sei denn, man versucht es, nicht zu verändern und irgendjemand kommt dann drauf und sagt, okay, da gibt es keine Demokratisierung, dann sagt der Mag. Schindler, dann ist das nicht verfassungskonform.

Das heißt, wir haben jetzt die Möglichkeit, ein neues, attraktives, innovatives Feuerwehrgesetz zu gestalten, und nicht wir, nicht ich, und auch nicht die SPÖ, sondern die Feuerwehr, die Mitglieder, das Kommando und alle Feuerwehrmitglieder sind die Profis -. Die müssen sich das und können sich das selber gestalten. W und wir unterstützen natürlich die Feuerwehr.

Wir von Rot und Blau werden natürlich auch versuchen, bestmöglichst mit der Feuerwehr ein Feuerwehrgesetz zu verabschieden, wo es wahrscheinlich, vielleicht sogar, eine Einstimmigkeit im Burgenländischen Landtag gibt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die ÖVP dann dagegen ist, wenn die Feuerwehr sagt, das ist wirklich ein Gesetz, das wir wollen, kann ich mir nicht vorstellen.

Aber noch kurz zu der Finanzierung. Vielleicht haben Sie das mit den 550.000 Euro heruntergerechnet. Sie dürfen aber nicht vergessen, was die Feuerwehr zusätzlich immer bekommt.

Nicht im Zuge der Digitalisierung hat es zusätzlich Gelder für die Feuerwehr gegeben. Funkgeräte wurden für die Feuerwehren angekauft. Zusätzlich gibt es Bedarfszuweisungen vom Landeshauptmann. Das heißt, nicht nur die Bedarfszuweisungen vom Kat Fonds, sondern auch die Bedarfszuweisungen vom Landeshauptmann, zum Beispiel 20.000 Euro. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Bedarfszuweisungen sind Gemeindegelder.)*

Ja, das sind Gemeindegelder, aber sie sind natürlich dann zweckgebunden für die Feuerwehr. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nein, das sind keine Bedarfszuweisungen.)* Doch, sie sind dann zweckgebunden für die Feuerwehr, weil sonst bekommt die Gemeinde keine Bedarfszuweisungen, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nein, ehrlich!)* sie spielen sich in einer Höhe ab von 50.000, 20.000 Euro, selbstverständlich ist es so.

Aber okay, dann haben halt Sie, wenn Sie wollen, wieder Recht *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sicher hat er Recht.)* und wir kennen uns alle halt nicht aus. Soll so sein. Gut!

Faktum ist natürlich auch, wenn man die Finanzierung betrachtet, und der Herr Abgeordnete Schnecker hat das schon angesprochen. Wie wir in die Regierung gekommen sind, haben wir das Feuerwehrbudget um zehn Prozent erhöht, niemand hat sich vorher das Feuerwehrgesetz angeschaut. Niemand hat sich angeschaut, dass das Feuerwehrhaus eigentlich jetzt schon erneuert werden muss, das kostet 13,5 Millionen Euro.

Ich weiß nicht, ist das von gestern auf heute plötzlich kaputt geworden? *(Abg. Ingrid Salamon: Wahrscheinlich! - Abg. Mag. Franz Steindl: Nein! Entschuldige, da hat es … Das wissen Sie alles nicht.)* Also auch mein Vorgänger hat wahrscheinlich darauf nicht geachtet. Aber weil Sie dauernd sagen, der kennt sich nicht aus, ich glaube schon, dass ich mich vielleicht in einer Übung nicht auskenne, das ist schon klar, aber ich, glauben Sie mir, Herr Abgeordneter, ich versuche selbstverständlich, mit der Feuerwehr - wie immer - in Kontakt zu treten. Ich glaube auch, nach anfänglichen Schwierigkeiten, nachdem Sie jetzt noch immer versuchen, irgendeinen Keil in die Feuerwehr zu treiben. *(Abg. Ingrid Salamon: SMS!)* Ich glaube aber trotzdem, dass es mittlerweile ein gutes Klima ist und gut funktioniert.

Deshalb glauben Sie mir, Herr Abgeordneter, und wenn Sie noch 17-mal sagen, Sie kennen sich nicht aus, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das stimmt!)* und das stimmt alles nicht, ja, das stimmt, okay, dann ist das Ihre Diktion, aber nicht meine. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir jetzt zwar ein bisschen leid, dass ich das jetzt noch verlängern muss, aber selbstverständlich muss ich auf so eine Aussage, wie sie der Herr Schnecker gebracht hat, reagieren. Ich habe ja fast damit gerechnet.

Es ist fast in jeder Landtagssitzung so, dass ich irgendeine Lüge, die über Eisenstadt verbreitet wird, klarstellen muss.

Erstens einmal ist Eisenstadt die einzige Stadt und Gemeinde im Burgenland … *(Abg. Doris Prohaska: Das ist schon ein Ordnungsruf, oder? – Abg. Edith Sack: „Lüge" darf man nicht sagen. – Abg. Doris Prohaska: Sicher!)* Wieso darf ich das nicht sagen? *(Abg. Doris Prohaska: War bis jetzt so. – Abg. Edith Sack: Weil man das im Hohen Haus nicht sagen darf. Ich habe wegen dem Steindl schon einen Ordnungsruf bekommen. – Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Wenn er Recht hat, dann darf er es schon sagen. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen – Abg. Doris Prohaska: Aber wirklich nicht! Das ist nicht erlaubt.)* Eine Lüge ist eine Lüge. Was soll ich jetzt machen? Darf ich fortfahren, Herr Präsident?

Eisenstadt ist die einzige Stadt, einzige Gemeinde im Burgenland, die vom Bundesfeuerwehrverband die Auszeichnung „Feuerwehrfreundlichster Arbeitgeber" bekommen hat. Das ist einmal der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, 23 städtische Mitarbeiter sind auch Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr. Ich möchte nur erwähnen, zusätzlich ist ein Mitarbeiter der Stadt zu 100 Prozent dienstzugeteilt der Feuerwehr, der ausschließlich für die Feuerwehr auch arbeitet. *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist bei uns auch so.)* Und selbstverständlich ist natürlich ganz klar, dass jeder Mitarbeiter, der auch Feuerwehrmitglied ist, selbstverständlich zu jedem Einsatz fahren kann. Das ist selbstverständlich.

Aber klar ist auch, dass sie sich an die Vorschriften halten müssen, an die dienstrechtlichen Vorschriften.

Und jetzt sage ich zu dem konkreten Fall: Nämlich die dienstrechtliche Vorschrift - nur falls Sie das nicht wissen, Herr Kollege Schnecker, ist, dass er zunächst einmal den Vorgesetzten informieren muss - *(Abg. Ewald Schnecker: Hat er gemacht.)* hat er nicht gemacht. Wie kommen Sie darauf, dass er das gemacht hat? Hat er nicht gemacht. So erster Punkt.

Zweiter Punkt, klar ist auch, dass nach dem Einsatz er um Sonderurlaub ansuchen muss - hat er nicht gemacht.

Dritter Punkt ist, dass er natürlich nach dem Einsatz auch eine Einsatzbestätigung bringen muss, das ist ja wohl selbstverständlich - hat er alles nicht gemacht.

Deshalb wurde er - zu Recht natürlich - zum Vorgesetzten zitiert. Es ist ihm erklärt geworden, dass das zu tun ist, und das war die Geschichte. So!

Jetzt sage ich Ihnen den Hintergrund von dem Herrn Mitarbeiter, nur dass das auch alle wissen. Der ist ein Wimpassinger, war im Gemeinderat in Wimpassing für die ÖVP, hat sich in Wimpassing um einen Dienstposten beworben, den hat er nicht bekommen, dann war er frustriert. Dann ist er aus der ÖVP ausgetreten, dann ist er aus dem Gemeinderat ausgetreten, ist der SPÖ beigetreten, hat bei den Personalvertretungswahlen für die SPÖ kandidiert, hat ordentlich eine auf den Deckel bekommen, ich glaube, minus 17 Prozent, das ist der Hintergrund dieser Sache. Behaupten Sie einfach nicht Unwahrheiten, weil das einfach nicht stimmt, was Sie gesagt haben! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Eisenstädter Debatte geht weiter. *(Abg. Gerhard Steier: Nicht schon wieder! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich kann ja nichts dafür.) Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Günter Kovacs.*

Herr Abgeordneter Kovacs, bitte Sie sind am Wort.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident! Ich möchte diese Aussage jetzt berichtigen. Ich habe vor wenigen Minuten mit dem stellvertretenden

Einsatzleiter von Wimpassing gesprochen, der auch Mitarbeiter des Bauhofes in Eisenstadt ist, und dass sich jetzt alle wirklich ein Bild machen können, ein bisschen die chronologische Aufarbeitung, wirklich ganz genau.

Dieser Mitarbeiter hat vom Sonntag, damals wie der Brand begonnen hat, bis Mittwoch als stellvertretender Einsatzleiter und dazwischen als Einsatzleiter gekämpft, mit den Flammen gekämpft, hat den Brand bekämpft, vier Tage lang. Vier Tage, und war dann wirklich perplex, wie er - also nach den vier Tagen hat er sich dann einen Urlaubstag genommen, weil er diesen Tag zum Ausrasten brauchte, er hat lediglich drei Stunden am Tag geschlafen - und ist dann wenige Tage nachher von Ihnen dann und von der Magistratsdirektorin quasi zum Rapport gebeten worden, wo ihm dann gesagt worden ist: Wo er war, was er gemacht hat?

Dann hat dieser Mitarbeiter, der sich eigentlich erhofft hat, und ich werde das auch für diesen Mitarbeiter beantragen, eine Ehrung zu bekommen, ein Lob für seinen Einsatz zu bekommen, von Ihnen noch getadelt worden.

Dieser Mitarbeiter hat sich jeden Tag beim Gruppenleiter-Stellvertreter abgemeldet, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Er hat sich beim Vorgesetzten zu melden!)* abgemeldet beim Bauhof in Eisenstadt, jeden Tag hat er das *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch.)* - hat er gesagt, und ich kann Ihnen noch etwas Besseres sagen. Dieser Mitarbeiter sagt ganz klar, dass Sie die Unwahrheit sagen und dass Sie hier lügen, wider besseres Wissen.

Er hat sich jeden Tag abgemeldet, Sie wissen das, er hat sich jeden Tag abgemeldet und eigentlich sollte man gar nicht diskutieren müssen, eigentlich sollte man ihn wertschätzen und nicht so drüberfahren und nicht auf einer Seite für die Feuerwehr hier groß aufzustehen, viel zu reden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Mag. Steindl, Sie haben sehr wohlwollend für die Feuerwehr gesprochen.

Sie sind eigentlich der, der die Feuerwehr jetzt schlechtredet, einen Mitarbeiter vom Bauhof schlechtmacht, als Einsatzleiter-Stellvertreter schlechtmacht, eigentlich unglaublich das Verhalten, letztklassig. Aber ich sage nur eines: Schauen Sie in wenigen Tagen in die „Krone“! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Mag. Thomas Steiner hat sich neuerlich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Das ist kurios, das ist wirklich kurios schön langsam, Herr Kovacs. Sie stellen sich her und Sie lügen hier frei und frank, ohne mit der Wimper zu zucken. *(Abg. Günter Kovacs: Sicher nicht.)* Das ist wirklich unglaublich!

Ich sage Ihnen, ich meine, wenn das stimmt, wenn das so ist, dass das in Ordnung ist, dann werden wir allen Feuerwehrmitgliedern sagen müssen, ob sie jetzt im Landesdienst sind oder sonst in irgendeiner Dienststelle, ihr braucht nicht dem Vorgesetzten etwas sagen, ihr braucht keinen Sonderurlaub beantragen und ihr braucht keine Einsatzbestätigung bringen. Wenn das so ist, wenn das die neue Regelung ist, dann ist es so in Ordnung.

Meines Wissens ist es nicht so, auch beim Land wird es nicht so sein, dass man einfach gehen kann und nichts sagt, auch beim Land wird man einen Sonderurlaub beantragen müssen. *(Abg. Ewald Schnecker: Hat er eh gemacht.)* Hat er nicht gemacht, na entschuldigen Sie. Wie kommen Sie darauf? *(Abg. Ewald Schnecker: Er hat es eh*

gesagt.) Ich meine, waren sie dabei? Wie kommen Sie darauf, das so zu sagen? Nein, aber das ist wirklich eine bewusste Unwahrheit, ein Lügen. Das kann man nicht akzeptieren, das kann doch niemand akzeptieren. Na Entschuldigung! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Abgeordneter Kovacs hat sich neuerlich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Gerhard Steier: Das könnt Ihr im Gemeinderat ausdiskutieren! Das ist doch nicht Ihre Bühne dafür!)*

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Nein, entschuldige, aber ich lasse mich hier sicher nicht …

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Wenn ich das Glockenzeichen gebe, dann bin ich am Wort. *(Abg. Günter Kovacs: Danke Herr Präsident.)* Grundsätzlich kann sich jeder Abgeordneter zu jedem Tagesordnungspunkt so oft zu Wort melden, wie er möchte, wenn er glaubt, dass es richtig ist.

Daher erteile ich jetzt demjenigen, der sich zu Wort gemeldet hat, das Wort, das ist Herr Abgeordneter Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)*: Danke Herr Präsident. Also mich jetzt hier der Lüge zu bezichtigen, den Mitarbeiter schlechtzumachen, den Einsatzleiter-Stellvertreter schlechtzumachen. Jetzt habe ich noch ein Schmankerl, für alle, die hier sitzen.

Gestern wurde dieser Mitarbeiter zum Vorgesetzten im Bauhof geholt, ich wollte das jetzt vorher gar nicht erzählen. Der ist 14 Jahre im Bauhof in Eisenstadt, Facharbeiter, ist dort zuständig für Mäharbeiten, hat alle Führerscheinklassen, und gestern wurde ihm ausgerichtet, er wird in Zukunft Straßenkehrerarbeiten machen müssen. *(Abg. Ingrid Salamon: Als Belohnung.)* Dieser Mitarbeiter wird bestraft. Einer, der sich stark gemacht hat, der in Wimpassing gekämpft hat, den bestrafen Sie jetzt. Aber das werden wir, glaube ich, nicht zulassen, ich glaube, der Landeshauptmann-Stellvertreter wird auf diesen Mitarbeiter ein Auge darauf haben, das werden wir nicht zulassen. Auf keinen Fall! Letztklassig! *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die zwei Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 14. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht und der Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 745, betreffend „Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich allfälliger Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze“, Zahl 21 - 519, Beilage 799.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag der Frau Berichterstatterin abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Unterstützung der burgenländischen Feuerwehren ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Es folgt nun die Abstimmung über den 15. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 746, betreffend Mehrwertsteuerbefreiung für Anschaffungen von Einsatzgeräten, Zahl 21 - 520, Beilage 800.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag der Frau Berichterstatterin abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf bitten, dass wir im Abstimmungsvorgang etwas leiser sind.

Die Entschließung betreffend Unterstützung der burgenländischen Feuerwehren ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

16. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 753) betreffend Breitband-Förderung für burgenländische Pflichtschulen (Zahl 21 - 527) (Beilage 801)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 16. Punktes der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 753, betreffend Breitband-Förderung für burgenländische Pflichtschulen, Zahl 21 - 527, Beilage 801.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Herr Klubobmann, ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend

Breitband-Förderung für burgenländische Pflichtschulen in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Breitband-Förderung für burgenländische Pflichtschulen unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! Die Digitalisierung schwebt wie ein Schreckgespenst für die einen und wie die Heilsbringerin für die anderen gleichzeitig durch Wortmeldungen und Medien immer wieder. Was dabei oft vernachlässigt wird, ist die Differenzierung der Debatte in Quantität und Qualität. Das, was wir hier im Landtag vorgelegt bekommen, betrifft meistens die Quantität. Es geht darum, mehr auszubauen, besseren Zugang zu haben und so. Das ist schon in Ordnung.

Was mir zu wenig vorkommt, ist die Frage der Qualität des Umgangs mit der Digitalisierung, ihren Möglichkeiten und Chancen, aber auch ihren Tücken und ihren Gefahren. Leider ist diese Entwicklung auch auf der Universität festzustellen. Da blüht ein alter Quantifizierungsfetisch immer wieder auf, zurzeit wieder, indem jetzt qualitative Methodik als weniger wichtig erachtet wird. Beim Publizistikstudium etwa wird emsig gekürzt, auch natürlich im Bereich der feministischen Forschung. Das wird nur wenige hier im Saal besonders jucken, Gott sei Dank bin ich aber nicht die Einzige. Aber eben auch in brennenden gesellschaftlichen Fragen der Medialisierung, der Kommerzialisierung und politischer Zusammenhänge.

Anna Babka von der Universität Wien warnt davor, dass diese Fragen in ein kleines Reservat verfrachtet werden. Ich zitiere sie: Mediengeschichte zu vernachlässigen bedeutet auch, so erläutert sie zu Recht, den Schatten der Vergangenheit ins Heute zu leugnen und Basiswissen zu Zensur, zu Faschismen und Gleichschaltung auszulagern, es als Freizeitbeschäftigung für ein paar Interessierte zu definieren.

Ich halte das in dem Zusammenhang schon auch für wichtig, immer wieder uns vor Augen zu führen, dass es immer dort, wo es um die Digitalisierung und Mediendebatten geht, es immer auch eine Qualitätsdebatte geben muss. Die Fachausrichtungen kommerzielle Berufsbereiche wie bei der Publizistik bei Journalismus, PR und Werbung verengt die nötige Auseinandersetzung und Forschung und läuft einer komplexen Fachentwicklung zuwider.

Quantität wird hier auf der Universität leider auch wieder wichtiger als Qualität. Uns muss es aber darum gehen, mit der digitalen Welt umgehen zu lernen. Das muss einen hohen Stellenwert einnehmen und gehört zum Bildungsauftrag. Es geht nicht einfach nur ums Herumsurfen im Unterricht. Es geht darum, die Einrichtungen, die jetzt möglich sind, auch nutzen zu können.

Der Kollege Brandstätter, der gerade telefoniert, und andere Kollegen waren mit mir letzte Woche bei einer Schuldiskussion hier in Eisenstadt, bei der HAK. Da haben die Schüler und Schülerinnen selber schon eine Cloud eingerichtet, wo man live mitdiskutieren konnte. Also die haben schon, war doch ganz spannend, haben also schon

hier selber gezeigt, dass sie Digitalisiertes und digitale Möglichkeiten in ihren eigenen Veranstaltungen, im Unterricht, gestalten können.

Anstatt sich mit diesen Inhalten ernsthaft auseinander zu setzen, dass wäre sehr spannend gewesen, kommt ein, ich muss es leider so ausdrücken, banaler Abänderungsantrag. Was steht in diesem Abänderungsantrag?

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Digitalisierungsstrategie „Schule 4.0“ umzusetzen. Nun, das ist schon eine gute Strategie. Ich habe in der letzten Landtagssitzung dazu gesprochen. Da wurde sie von der Unterrichtsministerin ja gerade frisch präsentiert.

Das ist eine gute Strategie, aber wir finden es ist einigermaßen peinlich, wenn wir hier einen Beschluss fassen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, etwas, was sie sich vorgenommen hat, auch selber umzusetzen. Na, no na, hoffentlich ist das selbstverständlich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wo sind wir denn bitte, wenn wir immer bei Äußerungen und Ankündigung der Bundesregierung dann noch von Landesseite her sagen müssen, bitte wir wollen beschließen, Landesregierung sage doch der Bundesregierung, sagt Eurer eigenen Ministerin, sie soll auch das tun, was sie angekündigt hat.

Ich halte mehr von dieser Ministerin, denn die braucht nicht unseren Beschluss dazu. Dieser Abänderungsantrag ist leider von uns in dieser Form nicht wirklich ernst zu nehmen, aber natürlich ist es gut, dass es diese Strategie gibt. Bei der Abstimmung werden wir dann deshalb den Raum verlassen. *(Beifall bei den Grünen)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Eines ist klar, die Digitalisierung schreitet voran und betrifft die Menschen in den verschiedensten Bereichen Ihres Lebens. Die Digitalisierung nimmt allgemein in der Gesellschaft zu und natürlich auch im Bereich der Wirtschaft und im Bereich des Arbeitsmarktes.

Kaum ein Arbeitsplatz und Lebensbereich bleibt von den technischen Entwicklungen unberührt. Die Politik reagiert natürlich vorausschauend darauf, dass die junge und jüngere Generation auf die bevorstehende Komplexität der Digitalisierung vorbereitet wird.

Vorbereitet heißt, dass das Bildungssystem und der Unterricht dahingehend noch mehr ausgerichtet beziehungsweise schon weitgehend, wie man anhand der Antragsbegründung des Abänderungsantrages lesen kann, ausgerichtet sind.

Es ist natürlich Aufgabe der Politik, bestmögliche Bedingungen zu schaffen, damit die Menschen, Kinder und Jugendliche für die Digitalisierung fit sind. Das heißt, wenn sie nach der Schule in den Arbeitsmarkt eintauchen, dass ist die Realität, dass es ohne dementsprechende Kompetenzen nicht gehen wird. Vor dieser Realität brauchen wir uns nicht verschließen, denn das ist genauso wie im Bereich der Sicherheit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch hier darf man sich nicht der Realität verschließen. Genauso wenig, wie vor den letzten Resultaten der Pisa-Ergebnisse, denn auch diese waren Realität.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es braucht natürlich gut ausgebildete Fachkräfte in der Industrie, in der Wirtschaft, die mit den Herausforderungen der Digitalisierung mithalten können.

Das Beherrschen digitaler Kompetenzen ist zu einer Grundvoraussetzung für die Berufswelt geworden. Das Land Burgenland macht hier seine Aufgaben. Das Land Burgenland ist hier sehr gut gerüstet, denn alle burgenländischen Schulen verfügen über einen modernen und zeitgemäßen Breitbandanschluss. Wir haben heute die Ausführungen des Herrn Landeshauptmann dahingehend vernommen, dass das Land Burgenland hier sehr gut aufgestellt ist und die Breitbandoffensive, die Anbindung aller Haushalte, weiter konsequent weitergeführt wird.

Die Zahlen und Fakten in der Antragsbegründung spiegeln hier wider, dass die burgenländischen Schulen nach derzeitigen Lehrplananforderungen bestens ausgestattet sind. In manchen Bereichen, die zur Steigerung der digitalen Kompetenzen beitragen, sind wir sogar Vorreiter. Selbstverständlich bleiben wir mit diesen Maßnahmen natürlich weiter interessant für Investoren und für Betriebsansiedelungen, wenn wir später einmal weiterhin gut ausgebildete Mitarbeiter haben, denn ohne entsprechend gut ausgebildete Mitarbeiter bleibt der Wirtschaftsstandort hier im Burgenland auf dem Prüfstand und das hätte natürlich auch volkswirtschaftliche Auswirkungen. Das wollen wir aber nicht. Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der geplanten Digitalisierungsstrategie „Schule 4.0“ legt das Bundesministerium für Bildung ein umfassendes Konzept vor. Hier sind dementsprechende Infrastrukturmaßnahmen und IT-Ausstattungen vorgesehen. Das Bundesministerium für Bildung hat in Kooperation mit dem BMVIT eine Breitbandoffensive für Pflichtschulen geplant. Gemeinsam mit den Schulerhalter hat das BMB Empfehlung für einen Basis-IT Infrastruktur an den Schulen ausgearbeitet.

Hier könnte das BMB Kosten an Gemeinden refundieren, die bereits Infrastrukturmaßnahmen vorgenommen haben. Das BMB hat darüber hinaus mit den Providern Rahmenbedingungen abgeschlossen. Sie bieten spezielle Konditionen für Bildungseinrichtungen, wodurch die Kosten für den laufenden Betrieb bestmöglich gering gehalten werden. Das Konzept wird bis Sommer fertig gestellt.

Insbesondere für die Pflichtschulen ist die Beratung für den Aufbau und Ausbau der schulischen Infrastruktur unerlässlich. Daher wird derzeit in Kooperation mit der Internetoffensive, dem BMVIT, dem Gemeindebund an einem Umsetzungskonzept gearbeitet, dass den Schulen und Schulerhalten die entsprechende Unterstützung geben soll.

Mit dem Abänderungsantrag wird eben unsere Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, eben diese Strategie umzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Persönlich möchte ich festhalten, ich habe es auch das letzte Mal schon gesagt wo es um das Top-Jugend-Paket gegangen ist, dass ich selbstverständlich die Notwendigkeit digitaler Bildung angesichts des technologischen Wandels und der Entwicklung sehe, aber die Notwendigkeit bleibt es trotzdem, den Fokus primär auf das Lesen, Schreiben und Rechnen zu legen.

Das werden die Voraussetzungen dafür sein, den digitalen Unterricht folgen zu können und es wird auch das Fundament für das Leben sein.

In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile dem Abgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es schon vorher einige Male gehört. Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran und bietet vielfältige Chancen. Dabei sind wir uns wahrscheinlich alle einig.

Gerade wenn es aber darum geht, die notwendige Infrastruktur an Schulen zu gewährleisten, werden die Gemeinden als Schulerhalter im Burgenland im Regen stehen gelassen. Es kann nicht sein, meine geschätzten Damen und Herren, dass in Niederösterreich bis 2018 vier ganze Regionen vollständig mit Glasfaser ausgebaut werden, der Zugang in jedes Haus gewährleistet wird und damit auch in Schulen vorhanden ist und wir dabei zusehen. Herr Kollege Wiesler! Wenn Sie von so einem guten Ausbau im Burgenland sprechen, dann darf ich Ihnen einige Zahlen vor Augen führen. Wenn man sich die Nachbarländer Österreichs ansieht, dann muss man gestehen, dass diese Länder die Entwicklung begriffen haben und uns um Längen voraus sind.

Ungarn hat einen echten Glasfaserausbau mit 17 Prozent, die Slowakei und Slowenien sogar mit über 25 Prozent. An Länder, wie Schweden, brauchen wir da gar nicht zu denken. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mit dem, was wir haben, können wir uns hier im Burgenland und in Österreich nicht zufrieden geben, denn gerade für den ländlichen Raum, meine geschätzten Damen und Herren, kann die Digitalisierung eine unglaubliche Chance mit sich bringen, die die Weiterentwicklung einer Region vorantreibt. Dementsprechend müssen wir als Verantwortungsträger dafür sorgen, dass die nächste Generation auch die künftigen Anforderungen der Wirtschaft und der Arbeitgeber erfüllen kann und darauf gut vorbereitet ist. Dazu ist es notwendig, neue Technologien in den täglichen Lernprozessen zu integrieren. Das ist schlichtweg nur dann möglich, wenn unsere Schulen am neuesten Stand der Technik sind. Eine Glasfaseranbindung direkt in den Schulen ist daher Pflicht. Wir fordern daher nach dem Vorbild der Oberösterreicher konkret die Förderung von Kosten für die Herstellung der Glasfaseranschlüsse für unsere Pflichtschulen. Wir möchten mit diesen Forderungen auch ganz besonders unseren Gemeinden unter die Arme greifen. Sie müssen schlussendlich als Schulerhalter die finanziellen Mittel für diese Maßnahmen aufbringen. Wenn es um so wichtige Themen, wie die Qualität der Bildung und Ausbildung unserer jüngsten innerhalb unserer Gesellschaft geht, sollte sich das Land nicht zurücklehnen und keine Verantwortungen abschieben.

Seitens der rot-blauen Landesregierung werden ja nur zu gerne sämtliche Probleme in anderen Instanzen, sei es Gemeinden oder Bund, gesucht, beziehungsweise Verantwortung abgeschoben. Gerade als junger Mensch würde ich mir oft mehr Verantwortungsbewusstsein wünschen.

Im Bereich der Digitalisierung, sie schreitet, wie schon erwähnt, voran und bringt viele Chancen, sollten wir nicht zusehen. Wir sollten viel mehr agieren und nicht reagieren. Stellvertretend für die Schülerinnen und Schüler bitte ich Sie hiermit, den Abänderungsantrag, wo ich die Beschlussformel jetzt verlesen darf, zu unterstützen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert Richtlinien zur finanziellen Unterstützung der burgenländischen Pflichtschulen bei der Errichtung und Adaptierung der Internetverbindung zu erarbeiten und in Kraft zu setzen, Insbesondere sollen den Gemeinden Förderungen von maximal 2/3 der Gesamtkosten für folgende Maßnahmen gewährt werden:

- Förderung von einmaligen Kosten für die Errichtung und Herstellung von ultraschnellen Breitband Glasfaser-Internet-Anschlüsse für öffentliche Pflichtschulstandorte;
- Förderung der Inhouse-Verteilung (WLAN), wenn bereits ein Breitband Glasfaser-Internet-Anschluss besteht;
- Förderung von Geräten zur Nutzung dieser Infrastruktur, wie zum Beispiel Notebooks, Tablets oder Beamer, wenn bereits ein Breitband-Anschluss und die Inhouse-Verteilung vorhanden sind, bis zu maximal 50 Prozent der Anschaffungskosten.

(Beifall bei der ÖVP - Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Der mir überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird entsprechend § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen.

Frau Abgeordnete Doris Prohaska ist die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben einen ähnlichen Antrag wie den vorliegenden, damals von der ÖVP ebenfalls eingebracht, bereits im Herbst diskutiert, wo das Thema von der Kreidezeit in die Neuzeit war und wo die ÖVP als Vorzeigeschule die Neue Mittelschule in Eisenstadt angegeben hat, wo moderne technologische Infrastruktur endlich eingebaut wurde und wo die Stadtgemeinde 76.000 Euro investiert hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe Ihnen damals bereits gesagt, dass Sie damit eigentlich in der letzten Reihe stehen. Es gibt das schon viele Jahre und schon in anderen Schulen im Burgenland. Zum Beispiel in Städten, die viel kleiner sind als Eisenstadt, wo weitaus mehr investiert wurde. Für die Neue Mittelschule hat die Stadtgemeinde Jennersdorf beispielsweise bereits 200.000 Euro investiert. Dort gibt es neue iPad Klassen, wo über 220 iPads im Einsatz sind.

Es war die erste eLSA zertifizierte Pflichtschule in ganz Österreich. Es gibt ein schulinternes EDCL Testcenter, es gibt zehn Smart Sports an den Schulen, komplette WLAN Ausstattung, Glasfaseranbindung und so weiter. Genauso gibt es das an vielen anderen Schulen. Der Herr Landeshauptmann hat es heute bereits in der Fragestunde sehr genau aufgezählt. Das Burgenland hat eine Vorreiterrolle in ganz Österreich. Seit dem Jahr 2002 haben wir ein Schulnetzwerk installiert, wo alle allgemeinen Pflichtschulen angeschlossen sind.

Wir haben den Bildungsserver, wir haben digicomp, wir haben LMS, skooly und so weiter. Es gibt auch flächendeckend eine Onlineplattform für die Kommunikation von Schülern, Eltern und Lehrern. 30.000 Lehr- und Lernmaterialien werden dort online zur Verfügung gestellt. Die Schüler können über LMS jederzeit ihren Leistungsstand in den Gegenständen abfragen. Es gibt aber auch den Bereich des e-learning. Wenn die Frau Kollegin Petrik dann sagt, wieso die SPÖ in ihrem Antrag etwas schreibt was selbstverständlich ist, dann würde ich noch einen Schritt weiter zurück gehen und sagen: Wozu stellt man überhaupt Anträge, wenn man weiß, was in Zukunft geplant ist? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wozu stellt man Anträge, wenn man weiß, oder man hat sich vielleicht zu wenig informiert, was es bereits im Burgenland gibt? Das sind Anträge, so genannte no na Anträge, wo ich mir denke, wir sollten wissen, was es im Burgenland bereits gibt. Wir sind ja hervorragend ausgestattet. Was ist geplant? Unser Antrag zur Digitalisierung, unser Abänderungsantrag zur „Schule 4.0“, weil, ich glaube, dass nicht alle genau wissen, was damit gemeint ist.

Die Umsetzung startet mit dem Schuljahr 2017/2018. Es gibt ein Konzept, dass auf vier Säulen basiert. Die Säule eins ist die digitale Grundbildung ab der Volksschule. Das heißt nicht, dass Lesen, Schreiben und Rechnen vergessen wird. Wir wissen ganz genau, dass wenn man den Kindern ein Smartphone in die Hand drückt, sie bereits im Kindergarten wissen, was man damit alles tun kann. Die zweite Säule ist die der Digitalkomponenten PädagogInnen. Diese Säule zwei fokussiert deshalb auf die digitale Aus- und Weiterbildung der LehrerInnen, weil sie ein Pflichtportfolio nachweisen müssen. Das heißt, die Lehrer sind verpflichtet, sich in diesem Bereich weiterzubilden.

Säule drei ist die Infrastruktur und IT-Ausstattung. Das Bildungsministerium und das Verkehrsinnovation und Technologieministerium haben eine Breitbandoffensive für die Pflichtschulen geplant.

Außerdem ist geplant, dass alle Schüler der 5. Schulstufe, das sind insgesamt 86.000 Schüler in Österreich, mit Tablets ausgestattet werden, die sie dann mitbekommen, die ihnen gehören und alle Schüler der 9. Schulstufe, das wären im heurigen Jahr 84.000 Schüler, mit Laptops ausgestattet werden. Die vierte Säule sind ganz einfach die digitalen Lerntools. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg. Das Burgenland hat viel gemacht. Jetzt möchte ich allerdings auf noch etwas eingehen.

Nachdem ich selbst bis vor 3 Jahren 26 Jahre im Klassenzimmer gestanden bin und sehr wohl weiß, wovon ich rede, möchte ich jetzt sehr wohl eine Lanze für meine Kollegen brechen. Es gab vor einigen Wochen eine Pressekonferenz. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob der Abgeordnete Wolf dabei war, oder nicht, denn es war eine Pressekonferenz der Schülervertreter, wo ein Schülervertreter gesagt hat, so quasi, die Lehrer selbst sind schlecht ausgebildet, die sind ja sogar zu dumm, einen Beamer zu bedienen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das möchte ich auf das Schärfste zurückweisen. Die KollegInnen haben sich solche Wortmeldungen nicht verdient. Die geben tagtäglich ihr Bestes für die Schüler, denn die versuchen sich so gut weiterzubilden wie nur irgendwie möglich. Solche Aussagen von Einzelnen tätigen zu lassen, das kann ich nicht zulassen. *(Abg. Mag.a. Michaela Resetar: Schüler!)*

Wir im Burgenland werden uns weiterhin darum bemühen, das Beste im Bereich der Digitalisierung für die Schulen zu machen. „Schule 4.0“ ist deshalb momentan das allerbeste Konzept. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Digitalisierung an burgenländischen Schulen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich angenommen.

17. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 738) betreffend „Starke Wirtschaft, Starkes Land“: Umfassende Förderung für Jungunternehmer (Zahl 21 - 512) (Beilage 802)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 17. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 738) betreffend „Starke Wirtschaft, Starkes Land“: Umfassende Förderung für Jungunternehmer, Zahl 21 512,Beilage 802.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Landtagsabgeordnete Georg Rosner.

General- und Spezialdebatte werden unter Einem geführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Georg Rosner: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Starke Wirtschaft, Starkes Land“: Umfassende Förderung für Jungunternehmer in ihrer 5. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Februar 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Molnár stellte dieser einen Abänderungsantrag und verlas die Beschlussformel. Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Molnár gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Starke Wirtschaft, Starkes Land“: Umfassende Förderung für Jungunternehmer unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Molnár beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Bei den UnternehmerInnen in unserem Land braucht es wirklich Einiges, was es noch zu entwickeln und zu unterstützen gibt.

Der Kollege Spitzmüller und ich, wir waren in den letzten zwei Wochen auch im Burgenland unterwegs, gemeinsam mit unserer grünen Wirtschaft und haben Betriebe, UnternehmerInnen, besucht. Hier haben wir einige Erfahrungen von jenen mitgenommen, und auch Wünsche und Anliegen.

Was wir insgesamt feststellen können, wie auch hier wieder sozusagen der Ausgleich zwischen Männern und Frauen festzustellen ist. Mittlerweile wird ja jedes zweite Unternehmen im Burgenland von einer Frau geführt. Die Tendenz ist steigend, denn bei Neugründungen liegt der Frauenanteil weitaus höher, nämlich bei 71,9 Prozent. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Fast zwei Drittel der Unternehmen im Burgenland wurden im Jahr 2016 von Frauen gegründet. Das Burgenland nimmt damit einen Spitzenplatz im Bundesländer-Ranking ein. Das tut die Wirtschaftskammer Burgenland zum Weltfrauentag kund.

Das ist natürlich eine schöne Entwicklung, dass die Wirtschaft nicht nur eine reine Männersache ist. Allerdings wirft es doch einige Fragen auf, nämlich: Wie viele dieser Frauen kommen als scheinselbständige Personenbetreuerinnen ins Land? Haben Sie das auch mitbedacht, wenn sie an die UnternehmerInnen in unserem Land denken? Ist UnternehmerInnentum für manche Frauen vielleicht, und das ist eine zweite Frage, die einzige Möglichkeit, Erwerbsarbeit und Familienarbeit, die nach wie vor durch Frauen geleistet wird, zu vereinbaren?

Welche Rahmenbedingungen finden UnternehmerInnen für die Kinderbetreuung vor? Trifft die jüngst erfolgte radikale Kürzung der Krankentaggeldleistungen nicht gerade Frauen, bei denen der Anteil in den gering Verdienenden sehr hoch ist? Wie schaut die aktuelle Situation im Burgenland in Zahlen aus? Die Wirtschaftskammer hat insgesamt 17.908 Mitglieder, davon sind 10.942 1-Personen-Unternehmen. Das heißt, der EU Anteil beträgt im Burgenland 61,1 Prozent.

Das heißt, im Burgenland schaffen sich 11.000 Menschen ihren eigenen Arbeitsplatz. Oft unter schwierigsten Bedingungen. Für diese Menschen kommen aber, und das müssen wir, wenn wir über Förderungen von UnternehmerInnen reden, die meist Technologie und Innovationsgetriebenen Förderungen nicht infrage, weil sie für die umfangreichen Anträge, die zu schreiben sind, nicht die nötigen Ressourcen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir brauchen hier ein Service für niederschwellige Förderungen, gerade für die kleinsten Unternehmen, damit sie eine Chance haben.

Viele tun sich nämlich bereits mit den massiven administrativen Aufwand schwer, der zu treiben ist, um überhaupt zu Förderungen zu kommen.

Wir hatten das ja heute auch schon im Zusammenhang mit der Landwirtschaft zu diskutieren. Die Frage ist, sind die Förderungen, die insgesamt zur Verfügung stehen, auch zu einem gerechten Teil für die Kleinen- und KleinstunternehmerInnen zur Verfügung? Nun, es ist dies meine letzte Wortmeldung, denn es ist vielleicht einigen aufgefallen, dass ich heute bei allen meinen Wortmeldungen, egal ob es um Männer oder Frauen ging, nicht gegendert habe. Ich habe einfach nur weibliche Endungen genommen. Falls Sie jetzt Sorge hatten, ich rede nur von Frauen, nein, keine Sorge, ich habe damit auch die Männer gemeint, aber das wird wahrscheinlich nicht so ein Problem sein.

Abschließend aber dennoch ein Gedankengang zu Frauen in der Wirtschaft. Den möchte ich jetzt doch auch in Richtung ÖVP hier äußern und kundtun, weil Sie ja den

Antrag eingebracht haben, und Ihre Parteifreunde das Geschehen in der Wirtschaftskammer dominieren.

Frauen sind in der Wirtschaft zwar auf dem Vormarsch, keine Frage, aber auf der Überholspur befinden sich nur einige von ihnen. Im Burgenland wird die Wirtschaftspolitik nach wie vor vorwiegend von Männern gemacht. Ich hege auch wenig Hoffnung, dass sich das bald ändert. Denn, wer hinter die Kulissen schaut, der findet heraus, dass im Präsidium der Wirtschaftskammer die Frauenquote bei 0 und im erweiterten Präsidium bei 8 Prozent liegt. Das heißt, eine von 13 Personen ist weiblich.

Im Wirtschaftsparlament, bei stattlichen 12 Prozent. Das sind 7 von 57 MandatarInnen. Das politische Ungleichgewicht schlägt sich dann auch bei den Personalbesetzungen nieder. 1 Direktor und zwei Vize-Direktoren. 0 Frauen.

Unter den AbteilungsleiterInnen findet sich, laut Organigramm, auch nur 1 Frau. Da wird es schon auch einmal nötig sein, auch innerhalb der Wirtschaftskammer, etwas zu ändern. Ich hoffe sehr, liebe Kollegen von der ÖVP, Ihr setzt Euch dann auch dafür ein, sich mit Quoten auseinanderzusetzen und Quoten zu beschließen.

Das interessante ist nämlich, da gibt es ja durchaus sehr prominente Unterstützung aus ihren eigenen Reihen. Staatssekretär Harald Mahrer aus dem Wirtschaftsministerium sagt selber, das kann man heute im Kurier nachlesen, er kann die Ausrede, es gäbe in Österreich zu wenig qualifizierte Frauen für Aufsichtsräte, einfach nicht mehr hören. Er, ich zitiere, ist nicht meine Formulierung. Staatssekretär Mahrer sagt: “Das ist eine billige Ausrede von Altmachos, chauvinistischer Schwachsinn. Er habe während seiner Berufslaufbahn, sagt er, immer wieder beobachtet, dass Frauen systematisch und durch Vorurteile benachteiligt sind.“ Obwohl Mahrer selbst als Wirtschaftsliberaler kein besonderer Freund von Quoten ist, ist er trotzdem in diesem Fall für Quoten, zumindest für einen gewissen Zeitraum, um das Thema, das von Altherren, wie er sagt, gerne tabuisiert wird, in Bewegung zu bringen.

Das heißt, es ist durchaus zulässig, darüber zu diskutieren, dass auch jene UnternehmerInnen, die mit ihrem Gewerbeschein automatisch zahlende Mitglieder im Verfassungsrang stehenden Institution sind, auch entsprechend vertreten sind, auch in den obersten Rängen.

Denn wenn die Mitgliedschaft schon verpflichtend ist, dann sollte sie die Diversität ihrer Mitglieder in den Gremien repräsentieren. Das ist zurzeit nicht der Fall. Ich stelle mich deswegen hinter die Forderung der Grünen Wirtschaft, denn die sagt, es braucht eine 40 Prozent Quote für Frauen in den Führungsgremien der Wirtschaftskammer. Apelle und Versprechen nützen da nichts. Es braucht den sanften Druck.

Wenn Frauen dann in Führungspositionen sichtbar sind, dann werden sie als Roll-Models auch für andere Frauen eine Motivation sein und das belebt auch die Wirtschaft.

Nun komme ich zum Abänderungsantrag. Auch hier kann ich nur sagen: Ja, er ist ohnehin nett. Es ist schön, wenn wir uns vornehmen, beizubehalten was schon ist, denn es ist mir ein bisschen zu belanglos, wenn da Beibehaltung steht. Gewünscht hätten wir uns auch noch, dass hier klar formuliert ist, für wie viele Jahre. Die Beibehaltung für das laufende Jahr, die Beibehaltung für die laufende Legislaturperiode?

Also bitte, in Zukunft etwas konkreter, damit wir uns vorstellen können, wozu die Landesregierung konkret verpflichtet wird. Aber, die Richtung stimmt und deswegen werden wir dem zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um den Antrag „Starke Wirtschaft, Starkes Land“, Förderung für Jungunternehmer. Vielleicht ein paar grundlegende Themen zu dieser Thematik. Als Jungunternehmer gelten übrigens Personen, die erstmalig wirtschaftlich tätig sind und das nicht während der letzten fünf Jahre waren. Die ihre bisherige unselbständige Tätigkeit aufgeben, die ein Unternehmen tatsächlich führen, als Geschäftsführer oder als Gesellschafter, und die ein kleines oder mittleres Unternehmen gründen oder übernehmen.

Das Lebensalter ist übrigens nicht entscheidend, obwohl es Jungunternehmer heißt. Welche Förderungen sind in diesem Zusammenhang möglich? Das sind Garantien für materielle Investitionen, Grundstückskauf, Fahrzeugkauf und Ähnliches.

Nicht rückzahlbare Zuschüsse und Kleinkredite für materielle Investitionen und Allgemeinzuschüsse; Kredite, Haftungen. Um das geht es, kurz zusammengefasst. Eine Antragstellung ist schon in der Planungsphase möglich, die Auszahlung logischerweise erst dann, wenn die entsprechenden Berechtigungen und Voraussetzungen für ein Unternehmen erfüllt sind.

Empfehlenswert ist zusätzlich ein Businessplan. Das ist quasi ein schriftlicher Geschäftsplan, der das Vorhaben des Unternehmens, die Strategie und die Ziele des Unternehmens quasi beschreibt.

Jetzt kommen wir aber zum Antrag. Der Antrag verlangt nun Richtlinien für ein Maßnahmenpaket, Jungunternehmerförderung, wobei die Fördermaßnahmen ausschließlich aus Landesmitteln erfolgen sollen und nicht an andere oder an Bundesmittel gekoppelt sein sollen.

Diese Maßnahmen sollen Folgendes umfassen: Gewährung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen, Gewährung von Bürgschaften zur Besicherung von Krediten, Gewährung von Eigenkapitalgarantien zur Besicherung von Eigenkapitalanlagen und so weiter. Tatsache ist nun, dass sich das Burgenland in den vergangenen Jahren äußerst erfolgreich entwickelt hat. Ich möchte hier diese Rekordzahlen gar nicht wieder aufzählen, die sind allen bewusst und noch im Gedächtnis.

Da es diese gesamten Förderungen, die jetzt verlangt werden, eigentlich im Prinzip schon gibt, sind wir natürlich für die Beibehaltung der Gewährung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen, für die Beibehaltung der Gewährung von Bürgschaften und für die Beibehaltung der Gewährung von Eigenkapitalgarantien.

Erlauben Sie mir den eingangs erwähnten Slogan „Starke Wirtschaft, Starkes Land“ abzuändern und zwar würde ich vorschlagen, „Starke Burgenländerinnen und starke Burgenländer sorgen mit einer starken Regierung für eine entsprechende positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes“ und dazu sind keine Misstöne notwendig aus der „dunklen Seite der Macht“ darauf können wir ruhig verzichten. Danke. *(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, wir sind jedenfalls der Überzeugung, dass das Burgenland Gründerförderungen braucht - für Jungunternehmen, für Start-Ups, egal welchen Alters. Es geht schließlich darum, dass man von der Unselbständigkeit oder aus der Arbeitslosigkeit heraus in die Selbstständigkeit kommt und das ist für uns ganz entscheidend.

Ich bin der Überzeugung, dass wir inmitten Europas und in Zeiten der Digitalisierung als Burgenland den fruchtbarsten Boden für Unternehmertum hätten, um eine Art „Silicon Valley“ Österreichs, wenn nicht sogar Europas, zu werden. Dagegen kann niemand etwas haben, denn wenn man versucht, alle Förderungen, alle Unterstützung für diese Zielgruppe dahingehend auszurichten, kann Großes entstehen. Was Jungunternehmer brauchen, sind vor allem drei Dinge. Das sind zum einen Raum und Platz zum Entfalten, das ist die nötige Infrastruktur, so wie man früher Wasser oder Strom verlegt hat, sollte man heute Breitband in allen Haushalten und Büros haben und die dritte Sache ist natürlich Geld, man braucht Kapital, um sein Unternehmen zu gründen.

In Zeiten der Digitalisierung benötigt man zu Beginn vielleicht etwas weniger Kapital, aber gerade bei maschinen-intensiven Produktionsfirmen ist es notwendig, mehr Geld zu Beginn zur Verfügung zu haben. Was die Wirtschaftsförderung im Burgenland betrifft, haben wir von vielen Unternehmen mittlerweile erfahren, dass es seit einem Jahr, seit vorigem Sommer, nicht mehr die notwendigen finanziellen Mitteln im Burgenland gibt. Das ist jetzt kein Gerücht, sondern es gibt sie in der WiBuG einfach nicht mehr.

Dementsprechend ist auch dieser Antrag formuliert. Wir wollen, dass es wieder und noch intensiver nicht rückzahlbare Zuschüsse für Investitionen gibt. Hier können es fünf bis 20 Prozent Investitionszuschüsse sein, bei Investitionen zwischen 5.000 bis 250.000 Euro. Gleichzeitig braucht es aber auch die Unterstützung bei der Besicherung von Fremdkapital, weil es heutzutage notwendig ist, wenn man ein risikoreiches Geschäft startet. Oft bekommt man das Kapital nicht vom Markt, weswegen die öffentliche Hand unterstützen sollte. Ein dritter wesentlicher Punkt, aus unserer Sicht, ist die Besicherung von Eigenkapitalanlagen, also sogenannte Crowdfunding. Private Anleger sollen motiviert werden, in junge Unternehmen zu investieren.

Das sind alles Modelle, die es weltweit bereits sehr erfolgreich gibt und dementsprechend glaube ich, dass wir das auch ins Burgenland tragen können. Die Jungunternehmerförderung soll eine langfristige Motivation sein, mit klaren Regeln und langfristig ausgelegt, damit man sich darauf verlassen kann.

Die klaren Regeln gibt es im Burgenland leider nicht. Wir können uns am Land Oberösterreich orientieren, die einen sehr breiten und objektiven, sachlichen Katalog für die Fördervergabe ausgearbeitet haben. Man braucht diesen nur ins Burgenland transferieren. Die Wirtschaft Burgenland GmbH, WiBuG, sollte sich zurück auf ihren eigentlichen Zweck besinnen: Förderungen gezielt einsetzen, Kosten sparen und Betriebe im Burgenland ansiedeln.

Die Reaktionen von Landesrat Petschnig sind uns zu wenig. Seit einigen Monaten solle an einem Konzept gearbeitet werden und im Herbst möge dann präsentiert werden? Ja, das ist sehr schön, aber zwei Jahre zu spät. Sie sollten schneller daran arbeiten. Wenn Sie, Herr Landesrat, gesagt haben, Sie waren in Kontakt mit der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung, dann fragen wir uns schon, mit wem genau? Nach Rücksprache mit diesen Organisationen konnten uns keine derartigen Pläne oder Vorhaben genannt werden. Unterm Strich ist es uns wichtig, dass das Land die

nötigen Rahmenbedingungen setzt, dass das Land auch dann einspringt, wenn es um Standortvorteile für das Burgenland geht.

Wir können nur dann als Bundesland einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Ausland oder gegenüber den anderen Bundesländern erreichen, wenn wir eklatant höhere Förderungen ausschütten, im Vergleich zu anderen Bundesländern braucht es viel Arbeit. weil nur dann schaffen wir es, die Jungunternehmer zurück zu bringen oder überhaupt im Burgenland zu halten. Wir haben das Problem der Abwanderung nicht nur im gesellschaftlichen Leben, sondern auch im unternehmerischen Bereich - die Betriebe zieht es eher in die Städte

Ich glaube, dass man mit den notwendigen Fördermaßnahmen die Jungunternehmer, die Start-Ups im Burgenland halten kann und auch einen klaren Standortvorteil erzielen kann. Das gelingt nur dann, wenn man die Ansiedelungspolitik nachhaltig forciert. Deswegen brauchten wir auch unseren Antrag ein. Wir haben diesen Antrag eingebracht und Rot-Blau beweist leider wiederum, dass sie eigentlich wiederum beim Alten bleiben möchte. Euer Abänderungsantrag sagt nichts anderes,

als dass man nichts Neues machen möchte. Daher bringen wir unseren Antrag wieder als Abänderungsantrag ein, dieser ist an alle Fraktionen ergangen und den darf ich jetzt einbringen. Ich bitte um Unterstützung, weil unterm Strich sind wir wohl alle für die Ansiedelung neuer und junger Unternehmer.

Die Beschlussformel lautet:

Der Landtag hat beschlossen die Landesregierung wird aufgefordert umgehend die Richtlinie für ein umfassendes Maßnahmenpaket „Jungunternehmerförderung“ vorzulegen und in Kraft zu setzen.

Die Finanzierung dieser Fördermaßnahmen soll ausschließlich aus Landesmittel erfolgen und darf nicht an andere oder bereits bestehende Bundes- oder Landesförderungen geknüpft sein. Die Abwicklung der Förderungsmaßnahmen könnte kostensparend durch die Wirtschaft Burgenland GmbH (WiBuG) erfolgen.

Das Maßnahmenpaket soll insbesondere folgende Förderungsmaßnahmen umfassen:

1. Gewährung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen für Investitionen zur Unternehmensgründung;
2. Gewährung von Bürgschaften zur Besicherung von Krediten zur Finanzierung von Unternehmensgründungen;
3. Gewährung von Eigenkapitalgarantien zur Besicherung von Eigenkapitaleinlagen von privaten Kapitalgebern (zum Beispiel Mitarbeiter, Business, Angels) für Unternehmensgründungen.

(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordneter Mag. Christoph Wolf übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der mir überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT wird er in die Verhandlungen mit einbezogen.

Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nun bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Wirtschaftsförderung im Burgenland. Das Burgenland hat sich in den letzten 15 Jahren zu den Spitzenreitern Österreichs bequemt und ist sicherlich im Wirtschaftswachstum einer der führenden Bundesländer.

Gerade im Jahr 2016 war ein Wachstum von 2,4 Prozent präliminiert und wir sind klar Nummer Eins aller Bundesländer Österreichs. Die Burgenländerinnen und Burgenländer sind somit die Produktivitätssieger, womit auch die Erhöhung der gesamten wirtschaftlichen Bedeutung unseres Bundeslandes einhergeht.

Für mich ist der Schlüssel des Erfolges, dass wir es geschafft haben eine Stärkung des Produktionssektors zu erreichen, aber auch den Dienstleistungsbereich zu erweitern. Mittlerweile beträgt nämlich der Dienstleistungsbereich 68 Prozent der Gesamtwirtschaft. Neben diesen Fakten ist natürlich der Umstand, dass wir sieben Mal hintereinander einen Beschäftigungsrekord mit über 100.000 Beschäftigten haben und auch die drei Millionen Nächtigungsgrenze im Tourismus überschritten werden konnte, sodass wirklich eine wirtschaftspolitische Erfolgsgeschichte unseres Heimatlandes in den letzten Jahren wirtschaftspolitisch nachvollziehbar ist.

Dieser Wirtschaftswachstum wird von der Industrie, wo eine Steigerung von 4,3 Prozent für 2015 verzeichnet worden ist, von der Energiewirtschaft, vom Bau- und vom Handel, aber vor allem auch vom Gesundheits- und Bildungssektor getragen und steht meiner Ansicht nach auf soliden gesunden Beinen und auf einer sehr breiten Basis.

Viele Burgenländerinnen und Burgenländer, wie es bereits der Mag. Richter angesprochen hat, haben für dieses Wirtschaftswachstum beigetragen. Das sind die fleißigen Hände vieler Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer und vieler Personen im Burgenland die trotz Wirtschaftskrise dieses Wirtschaftswachstum erreicht haben. Ich glaube denen sollten wir auch Dank zollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Umstand, dass wir gerade in den letzten Jahren auf der Überholspur waren, ist nicht zuletzt auf Förderungen in zukunftsorientierte Projekte gerichtet gewesen.

Im Jahr 2016 und das geht im Bericht des zuständigen Landesrates, der Wirtschaftsförderungsbericht 2015 und 2016, aus dem Bericht der WiBuG ergeht, das aus 626 Förderfällen insgesamt von der WiBuG ein Fördervolumen von insgesamt 12 Millionen Euro ausgeschüttet wurde. Damit konnten genau diese Ziele wie Wettbewerbsfähigkeit und Chancengleichheit für Unternehmerinnen und Unternehmer, aber gleichzeitig für Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer, erreicht werden.

Auch im Landesbudget 2017 wie wir wissen, wurde eine Rekordinvestitionsquote von 21,03 Prozent präliminiert, sodass mittlerweile jeder fünfte Euro des Landesvoranschlages in das Wirtschaftswachstum des Burgenlandes investiert wird. Neben den EU-Investitionsmotoren, nämlich den Förderungen ist das ein wichtiger Impuls für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in unserem Land. Der Herr Landeshauptmann hat heute bereits in der Fragestunde den Handwerkerbonus erwähnt. Der Handwerkerbonus ist meiner Meinung nach ein wesentlicher Bestandteil auch und Wirtschaftsmotor im Burgenland, wenn man weiß, dass unter einer Million für heuer wieder dotiert worden ist und mit einem Ausmaß von 5.000 Euro eine Förderung besteht, weiß man das viele gerade in der Winterarbeitslosigkeit Betroffene, auch viele die eine behindertengerechte Ausstattung haben wollen, eine Möglichkeit haben von diesem Bonus Gebrauch zu machen. Und ich glaube das ist ein weiterer Meilenstein unserer wirtschaftspolitischen Entwicklung.

Wenn nunmehr der Antrag der ÖVP auf Jungunternehmer gerichtet war, möchte ich natürlich die Förderungen für Jungunternehmen ansprechen. Bei meinen Recherchen in der WiBuG habe ich gesehen, dass es natürlich Unterscheidungen gibt zwischen Gewerbe und Industrie und Tourismus.

Im Bereich Gewerbe und Industrie gibt es die sogenannten allgemeinen Förderrichtlinien, das heißt, es gibt sehr wohl was, wenn auch der Herr Mag. Wolf sagt, es gibt da nichts. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, es gibt auch nichts.)*

In diesen allgemeinen Förderrichtlinien gibt es einerseits die nicht rückzahlbaren Investitionszuschüsse, sowie Finanzierungsunterstützungen, aber auch eine Beteiligung zur Stärkung der Eigenkapitalsituation die angeboten wird.

Des Weiteren und das ist mir ganz wichtig, dass ist heute noch untergegangen in den bisherigen Meldungen, gibt es eine Förderung für Aus- und Weiterbildung und auch für die Umsetzung von innovativen Projekten. Diese Förderung findet sich aber nicht im ordentlichen Haushalt, sondern im außerordentlichen Haushalt und ist mit Phasing Out- und Additionalitätsprojekten finanziert.

2017 betrug alleine der ordentliche Haushalt für Jungunternehmerförderung 3,4 Millionen Euro und wenn man den Tourismus dazuzählt, waren es insgesamt vier Millionen Euro.

Wir müssen diese bestehenden Förderprogramme fortführen um das Burgenland auch in den kommenden Jahren zum Bundesland mit dem kräftigsten Wirtschaftswachstum zu machen. Natürlich ist es wichtig und da bin ich beim Mag. Wolf, es wäre auch wichtig die Rahmenbedingung für eine wissensbasierte Wirtschaft aufzustellen. Das haben wir gemacht. Das Ziel muss klar die Steigerung der Forschungsquote, die Hebung der Wertschöpfung, aber auch das Entstehen von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen sein.

In der Pipeline steht mittlerweile auch das Modell zur Förderung von Start-Ups. Dabei wird es wichtig sein, dass wir die optimalen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Gründer ihren Ideen freien Lauf lassen können, denn ich glaube Ideen entstehen im freien Raum und nicht vom Staat hochgezüchteten Forschungsclustern.

Untrennbar mit dem Wirtschaftswachstum ist meiner Meinung auch der Breitbandausbau zu sehen, dieser wurde heute mehrfach angesprochen. Ich bin der Meinung, dass wir mit dem Breitbandpakt der im Burgenland abgeschlossen worden ist, heute hat es der Herr Landeshauptmann erwähnt, 2015 mit einigen Providern einiges erreicht haben.

Ich glaube auch, dass die flächendeckende Breitbandversorgung bis 2019 eine wesentliche Bereicherung auch in der Zukunft bedeuten wird.

Nicht unerwähnt sollte auch der Umstand bleiben, dass genau das Breitbandinternet für Gemeinden im Mittel- und Südburgenland sehr wichtig sein wird und auch die Steigerung des Wirtschaftswachstums im Süd- und Mittelburgenland wird eine wesentliche Rolle in den nächsten Jahren spielen.

Damit wir weiterhin das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer erzielen können, müssen wir daher weiterhin gemeinsam die Ärmeln aufkrempeln und nicht, wie es vielleicht auch der Herr Mag. Wolf gemacht hat, jammern, sondern jammern ist out, handeln ist in.

In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich ganz bewusst gegen Ende dieser Sitzung zu Wort gemeldet, weil in der Regel die Emotion relativ niedrig ist und man vielleicht das Eine oder das Andere sehr sachlich diskutieren kann.

Meine Damen, meine Herren! Wir diskutieren hier im Hohen Haus oft sehr unterschiedlich, sehr diametral und das ist auch gut so. Wir sind unterschiedliche Parteien mit unterschiedlichen Standorten und da kann man durchaus auch heftig diskutieren. Und da kann es auch dazu kommen, dass in einer Diskussion einmal ein Wort herausrutscht, wie beispielsweise „Lügner“. Das ist jetzt überhaupt kein Vorwurf an einen Abgeordneten, das passiert in der Emotion und das kann auch immer wieder passieren, das ist überhaupt kein Problem.

Was aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht in Ordnung ist, wenn dann ein Präsident oben sitzt, es ist immer nur der selbe Präsident, weil die anderen greifen da immer ein, oder die Präsidentin und der andere Präsident greifen da immer ein, und der Präsident sieht dem dauernd zu. Wenn der Abgeordnete sagt „Lügner“, in Ordnung dann passiert das und rutscht das heraus in der Emotion. Aber der Präsident hat seinen Job zu machen und er hat zumindest zu sagen, dass das dem Hohen Hause so nicht angemessen ist.

Herr Kollege Strommer, Herr Präsident Strommer, ich ersuche Sie, machen Sie Ihren Job! Es ist fast bei jeder Sitzung das Gleiche und zufällig immer bei Ihrer Vorsitzführung*. (Abg. Walter Temmel: Was ist das jetzt?)* Daher ersuche ich Sie wirklich, machen Sie Ihren Job. Wenn Sie das nicht wollen, dann nehmen Sie einen anderen, den Herrn Rosner, der macht das super als Bürgermeister, wahrscheinlich den Herrn Steindl, der ist das gewohnt, als Landeshauptmann-Stellvertreter, die würden den Job wahrscheinlich perfekt machen. *(Unruhe bei der ÖVP)* Aber wenn Sie das machen, dann tun Sie das, aber dann führen Sie bitte Ihren Job auch ordentlich aus! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Was war das jetzt für eine Aktion?)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie werden mir erlauben, wenn ein Mitglied unseres Landtagsklubs persönlich in seiner Sitzungsführung als Präsident und damit als Höchstrepräsentant dieses Landtages persönlich angegriffen wird, dass ich auch persönlich etwas dazu sage.

Kollege Hergovich, ich bin vollkommen bei Ihnen, wir werden viele Themen für die nächste Präsidiale haben, aber *(Abg. Robert Hergovich: Das ist sicher.)* sicherlich nicht nur dieses Thema. Aber ich kann Ihnen auch versprechen, ich sehe nicht ein, dass gewisse Dinge einfach so laufen, wie sie laufen, dass andere Mandatare untergriffig sind und wenn dann andererseits auch von der Opposition die Wortwahl schärfer wird - man gleich sofort beleidigt und total ängstlich und bestimmend reagiert. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Wir haben schon Ordnungsrufe bekommen.)*

Ich möchte Ihnen das nur sagen. Bei der letzten Landtagsitzung war es auch ungeheuerlich, dass Mandatare dem Präsidenten zurufen, was er zu tun hat. *(Abg. Doris Prohaska: Das war aber heute der Steier. – Allgemeine Unruhe)*

Also wenn wir über alles reden möchten, sehr gerne, aber dann messen wir mit gleichem Maß, bei allen gleich. *(Abg. Robert Hergovich: Genau das tun wir. Genau das tun wir.)* Wir sind 36 gleiche Abgeordnete. Das möchte ich nur einfordern und dann kann jeder für sich selber die Kritik äußern, die er möchte. *(Abg. Robert Hergovich: Genau das tun wir, das wollen wir.)*

Aber jetzt am Ende einer Debatte das anzumerken und einer Präsidialsitzung vorzugreifen, finde ich auch nicht richtig, das ist auch ein unpassender Stil. *(Abg. Robert Hergovich: Oja, wir werden das jetzt bei jeder Sitzung machen. – Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Nächste Wortmeldung von der Regierungsbank ist von Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wahrscheinlich letzter Redner darf ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal - weiß man nie, das ist richtig, deswegen wahrscheinlich letzter Redner, noch einmal auf den Tagesordnungspunkt 17 zurücklenken und zwar auf die Wirtschaftsförderung. Hier wurde ja schon sehr viel gesagt. Als letzter Redner möchte ich mich da auch nicht übermäßig verbreitern.

Grundsätzlich ist es so, dass wie der Abgeordnete Drobits schon richtig gesagt hat, dass bestimmte Dinge so nicht stimmen, wie sie zum Teil in dem Antrag niedergeschrieben sind, der ja kurioser Weise nicht als Antrag, sondern auch als Abänderungsantrag wortident noch einmal eingebracht worden ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wir geben Euch noch einmal die Chance mitzustimmen.)*

Ja, vielen Dank. Wenn man ein hin- und herschieben von Abänderungsanträgen macht, dann wird das irgendwie eine unendliche Folge. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Aber das ist unsere Angelegenheit.)* Ja das ist richtig, man kann auch sagen der Gescheitere gibt nach und man lässt einmal*…(Abg. Mag. Franz Steindl: Laut Geschäftsordnung geht das.)*

Aber gut. Die Geschäftsordnung lässt das zu, da haben Sie schon Recht, Herr Abgeordneter, aber eine gewisse Skurrilität kann man dem, glaube ich, schon zubilligen.

Ich möchte eigentlich das bei der Beschlussformel belassen, hier stehen drei Punkte angemerkt. Zu diesen drei Punkten - zum einen, Gewährung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen für Investitionen. Ich darf Ihnen vorstellen, alles ist auf der Webseite der WiBuG downloadbar. Die Aktionsrichtlinien „Investitionsbeihilfen Gewerbe und Industrie“ sowie die Aktionsrichtlinie „Schwerpunktförderung für Tourismus- und Freizeitwirtschaft“ jeweils finden Sie im Punkt 4.

Die möglichen Förderungswerber, da sind Jungunternehmer natürlich inkludiert, und unter Punkt 7, die entsprechende Art und das Ausmaß der Förderung. Da steht wortwörtlich, nicht rückzahlbare Zuschüsse im Ausmaß von 20 Prozent. Genau das, was also gefordert wird. Punkt 2 - Gewährung von Bürgschaften zur Besicherung von Krediten. Ich darf Ihnen vorstellen die Aktionsrichtlinie „Maßnahmen des Landes Burgenlands zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung von burgenländischen Betrieben“.

Jetzt kann man vielleicht auch noch eine juristische Fachdiskussion über die Unterschiede von einer Bürgschaft und einer Haftung abhalten, aber da steht ebenfalls unter Punkt 4, als Förderungswerber sind natürlich Jungunternehmer herzlichst willkommen und im Punkt 6 ausdrücklich drinnen, die Übernahme von Haftungen.

Zusätzlich noch unter Punkt 3 - Gewährung von Eigenkapitalgarantien zur Besicherung von Eigenkapitaleinlagen von privaten Kapitalgebern. Das heißt, wir sollten

mit öffentlichen Mitteln laut diesem Antrag privates Risiko absichern. Das ist natürlich schon bis zu einem gewissen Grad fraglich. Es wird über die steuerliche Maßnahme Crowdfunding Risikokapital gefördert, das ist durchaus eine erfolgreiche Aktion mehrerer Finanzminister in der Vergangenheit. Es ist so, dass die WiBuG selbst Risikokapital in nennenswertem Umfang zur Verfügung stellt.

Es ist natürlich auch so, wenn man sich das anschaut, wie das im Bund gemacht wird, da wurde zum Beispiel vom AWS, einer Förderstelle des Wirtschaftsministeriums genau diese Besicherung von privatem Risikokapital bereits gemacht und wurde wegen hoher Kosten und geringer Effizienz nach einigen wenigen Jahren wieder eingestellt.

Also warum wir genau das, was der Wirtschaftsminister von der ÖVP im Bund als Fehlschlag hinnehmen oder eingestehen musste, jetzt im Land wiederholen sollen, das muss mir noch jemand erklären. Ich stehe für so etwas nicht zur Verfügung.

Ein Letztes noch, weil Sie sagen, Sie haben gehört - vielleicht sollte man da ein bisschen nachlesen und ein bisschen genauer hinhören. Was den Kontakt mit der IV betrifft, also mit der Wirtschaftskammer habe ich nicht gesagt, sondern mit der Industriellenvereinigung. Na mit wem nimmt man Kontakt auf, mit dem Herrn Präsidenten. Das glaube ich, das gehört sich so. Es gab da schon mehrere Termine.

Es ist richtig, dass das einige Monate dauert, weil wenn wir ein Start-Up-Programm machen, da geht es jetzt konkret um eine Start-Up-Förderung, nicht einmal pauschal um Jungunternehmer, sondern speziell um innovationsgetriebene Unternehmen. Dann ist es so, dass wir hier natürlich, wie Sie richtig sagen, im Burgenland mit einer besonderen Art und Weise der Förderung - mit einer, die sich von anderen Bundesländern abhebt, an die Öffentlichkeit gehen wollen.

Wie Sie richtig sagen, um vielleicht gründungswillige Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer - auch aus anderen Bundesländern hierher, oder auch aus anderen Staaten hierher zu bekommen. Ob es fruchten wird, wird man sehen. Wir haben die Profis von der Industriellenvereinigung mit an Bord.

Die Frage ist nicht, mit wem ich gesprochen habe, sondern eher, wen Sie gefragt haben. Da möchte ich schon ersuchen, dass man das nächste Mal ein bisschen genauer recherchiert. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Wolf eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen. *(Allgemeine Unruhe)*

Ich ersuche um Ruhe während des Abstimmungsvorganges.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Wirtschaftsförderung im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag und Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 30. März 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die nächste Präsidialkonferenz findet am Montag, dem 13. März 2017, um 12 Uhr 30 Minuten, im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Bei dieser Präsidialkonferenz wird es sehr viel zu besprechen geben. Es wird das Telefonieren in den Abgeordnetenbänken zu besprechen geben, ich schaue nur in eine Richtung.

Es wird darum gehen, dass Mandatare möglicherweise den Datenschutz verletzen, wenn sie hier über Dinge von in anderen Gebietskörperschaften beschäftigten Personen sprechen. Es wird darum gehen, dass wir eine Wortwahl insgesamt wählen, die der Würde des Hauses ansteht, und es wird darum gehen, dass Handyfotos zu posten eigentlich laut der Geschäftsordnung nicht erlaubt ist. Das und vieles mehr.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 21 Uhr 24 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 23. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 30. März 2017

10.03 Uhr - 23.16 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird;

3. Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geändert wird;

4. Gesetzentwurf, mit dem das Fischereigesetz 1949 geändert wird;

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird;

6. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend "Einberufung eines Runden Tisches betreffend Änderung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes - Bgld. MSG";

7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Verschärfungen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung angesichts der gegenwärtigen Zuwanderungsströme nach Österreich“;

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Wohnbeihilfe für BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung;

9. Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m.b.H.;

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Handwerkerbonus;

11. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 125-ccm-Motorradführerschein;

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 808) betreffend Bau der 3. Piste am Flughafen Wien;

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ärztliche Versorgungsgarantie für den ländlichen Raum;

14. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmenpaket der FTI Burgenland GmbH;

15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Erhalt des Bezirksgerichts Jennersdorf;

16. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Offenlegung der Einkommen der Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag;

17. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Feinstaubbildung;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 3651)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 108 des Abgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Maßnahmen zur Umsetzung des Energiewende-Index
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 3656)
Zusatzfrage: Walter T e m m e l (S. 3658 u. S. 3658), Patrik F a z e k a s (S. 3659), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3659)

Anfrage Nr. 109 der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Schließungen von Spitalsabteilungen in den fünf Krankenhäusern des Burgenlandes
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3660)
Zusatzfrage: Mag. Michaela R e s e t a r (S. 3661 u. S. 3662), Georg R o s n e r (S. 3662), Günter K o v a c s (S. 3663)

Anfrage Nr. 110 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Lohnschutzklauseln
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3664)
Zusatzfrage: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3665 u. S. 3666), Robert H e r g o v i c h (S. 3666)

Anfrage Nr. 117 des Abgeordneten Kilian Brandstätter an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Projekte im Jugendbereich für 2017
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 3667)
Zusatzfrage: Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 3668 u. S. 3669), Patrik F a z e k a s (S. 3670)

Anfrage Nr. 111 der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar an Landesrätin Verena Dunst betreffend Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die mit Fragen des Konsumentenschutzes und der Mietrechtsberatung beschäftigt sind
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 3671)
Zusatzfrage: Mag. Michaela R e s e t a r (S. 3672 u. S. 3673), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3673), Mag. Christian D r o b i t s (S. 3674), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3675)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 816), mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 574) (Beilage 835);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 3676)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 3677), Markus Wiesler (S. 3679), Patrik Fazekas (S. 3680), Kilian Brandstätter (S. 3682), Gerhard Steier (S. 3683), Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 3685), Mag. Franz Steindl (S. 3686)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3687)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 817), mit dem das Gesetz über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geändert wird (Zahl 21 - 575) (Beilage 836);
Berichterstatter: Dr. Peter Rezar (S. 3687)
Redner: Manfred Kölly (S. 3687), Géza Molnár (S. 3691), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 3693), Ingrid Salamon (S. 3696), Gerhard Steier (S. 3699), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 3701), Manfred Kölly (S. 3703), Robert Hergovich (S. 3705)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3708)

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 810), mit dem das Fischereigesetz 1949 geändert wird (Zahl 21 - 568) (Beilage 837);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 3708)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 3708), Walter Temmel (S. 3710), Wolfgang Sodl (S. 3711), Gerhard Steier (S. 3712), Landesrätin Verena Dunst (S. 3713)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3714)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Michaela Resetar, Walter Temmel, Bernhard Hirczy, Georg Rosner und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 7 Punkte für das Südburgenland (Zahl 21 - 604) (Beilage 862)
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas Steiner (S. 3739)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 3740), Mag. Johann Richter (S. 3743), Mag. Michaela Resetar (S. 3744), Robert Hergovich (S. 3746), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 3756), Landesrat Helmut Bieler (S. 3760), Walter Temmel (S. 3761), Bernhard Hirczy (S. 3764), Georg Rosner (S. 3766), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 3767), Markus Wiesler (S. 3770), Manfred Kölly (S. 3775), Wolfgang Sodl (S. 3781), Walter Temmel (S. 3784), Landesrätin Verena Dunst (S. 3784)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 3787)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 813), mit dem das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 571) (Beilage 838);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3715)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3795)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 473) betreffend "Einberufung eines Runden Tisches betreffend Änderung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes - Bgld. MSG" (Zahl 21 - 321) (Beilage 839);
Berichterstatter: Manfred H a i d i n g e r (S. 3716)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3795)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 260) betreffend "Verschärfungen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung angesichts der gegenwärtigen Zuwanderungsströme nach Österreich“ (Zahl 21 - 185) (Beilage 840);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 3716)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 3717), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3722), Géza M o l n á r (S. 3727), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3732), Mag. Christian D r o b i t s (S. 3735), Gerhard S t e i e r (S. 3788), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3791)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3795)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 760) betreffend Wohnbeihilfe für BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung (Zahl 21 - 534) (Beilage 841);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3796)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 3796)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3799)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 809) betreffend Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m.b.H. (Zahl 21 - 567) (Beilage 842);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 3799)

Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3800), Markus W i e s l e r (S. 3803), Markus U l r a m (S. 3804), Dr. Peter R e z a r (S. 3806), Manfred K ö l l y (S. 3808), Gerhard S t e i e r (S. 3810)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 3811)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 805) betreffend Handwerkerbonus (Zahl 21 - 563) (Beilage 843);
Berichterstatter: Mag. Kurt M a c z e k (S. 3812)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 3812), Mag. Johann R i c h t e r (S. 3813), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 3814), Mag. Kurt M a c z e k (S. 3815), Gerhard S t e i e r (S. 3816), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3816), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 3817)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3817)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 784) betreffend 125-ccm-Motorradführerschein (Zahl 21 - 558) (Beilage 844);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3817)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3818), Markus W i e s l e r (S. 3919), Patrik F a z e k a s (S. 3819), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 3820)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3821)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 808) betreffend Bau der 3. Piste am Flughafen Wien (Zahl 21 - 566) (Beilage 845);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3822)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 3822), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3823), Géza M o l n á r (S. 3825), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 3827), Mag. Christian D r o b i t s (S. 3831), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3833), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 3833), Gerhard S t e i e r (S. 3837)
Annahme des Beschlusses (S. 3839)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 818) betreffend ärztliche Versorgungsgarantie für den ländlichen Raum (Zahl 21 - 576) (Beilage 846);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 3840)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 3840), Manfred H a i d i n g e r (S. 3841), Georg R o s n e r (S. 3843), Günter K o v a c s (S. 3844), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3846)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3847)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 782) betreffend Maßnahmenpaket der FTI Burgenland GmbH (Zahl 21 - 556) (Beilage 847);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3847)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 3848), Mag. Johann R i c h t e r (S. 3850), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3851), Wolfgang S o d l (S. 3853)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3855)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 768) betreffend Erhalt des Bezirksgerichts Jennersdorf (Zahl 21 - 542) (Beilage 848);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3855)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 3855), Ilse B e n k ö (S. 3857), Bernhard H i r c z y (S. 3859), Werner F r i e d l (S. 3861)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3863)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 780) betreffend Offenlegung der Einkommen der Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag (Zahl 21 - 554) (Beilage 849);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 3863)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 3864 und S. 3867), Ilse B e n k ö (S. 3865), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3867), Edith S a c k (S. 3868), Manfred H a i d i n g e r (S. 3870)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3870)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 806) betreffend Maßnahmen gegen Feinstaubbildung (Zahl 21 - 564) (Beilage 850);
Berichterstatterin: Ingrid Salamon (S. 3870)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3871), Ingrid S a l a m o n (S. 3873), Walter T e m m e l (S. 3874)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3874)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 3651)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, Mitglieder der Landesregierung! Ich begrüße auch alle Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und alle die uns via Internet heute zusehen und zuhören.

Ich e r ö f f n e die 23. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 22. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel und Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl entschuldigt.

Ich darf heute besonders zwei Frauen in unserer Mitte begrüßen und willkommen heißen. Vor kurzem haben Herr Landtagsdirektor Rauchbauer und sein Stellvertreter Mag. Kögl ihr Dekret, das sie als Landtagsdirektor und Stellvertreter verliehen erhalten haben, zurückgegeben. Es war somit meine Aufgabe, der Landesregierung einen Vorschlag zu übermitteln, wer diese Funktionen in Zukunft innehaben soll.

Mein Vorschlag wurde von der Landesregierung einstimmig angenommen und beschlossen. Somit darf ich heute bei uns als Landtagsdirektorin Frau Mag. Monika Lämmermayr und als ihre Stellvertreterin Frau Mag. Dr. Neuhold recht herzlich willkommen heißen und begrüßen. *(Allgemeiner Beifall)*

Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Frau Abgeordnete Mag.a Petrik bitteschön.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Guten Morgen. Ja, Dankeschön. Meine Wortmeldung bezieht sich auf § 28 der Geschäftsordnung. Da geht es um das Recht der Akteneinsicht. Ich habe im Februar eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt bezüglich Bedarfszuweisungen in den Gemeinden.

Ich habe dann ein Akteneinsichtsrecht, das wissen wir, und wurde ja auch in der Präsidiale besprochen, von dem Zeitpunkt des Eintreffens der Beantwortung bis zum Beginn der nächsten Landtagssitzung. Die Antwort auf diese Frage ist heute um 07:50 Uhr eingetroffen. Ich habe unverzüglich einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt. Ich bekam erst auf Nachfrage eine Antwort darauf und wurde an den Verfassungsdienst verwiesen. Um 09:36 Uhr kam diese Antwort. Ich war umgehend im Verfassungsdienst.

Natürlich können die dort Tätigen nicht innerhalb von ein paar Minuten Regierungsakte auf den Tisch legen. Ich bitte doch sehr dringend, nicht das Recht der Abgeordneten auf Akteneinsicht dahingehend zu unterwandern, dass Anfragebeantwortungen so knapp übermittelt werden, dass es nicht einmal mehr theoretisch möglich ist, auch wenn man als Abgeordnete unverzüglich reagiert, in irgendwelche Akte Einsicht zu nehmen. Formal gesehen ist rechtlich natürlich kein wesentlicher Verstoß begangen worden, aber es wird die Geschäftsordnung des Landes und das Einsichtsrecht, das Interpellationsrecht der Abgeordneten, auf diese Weise immer wieder unterwandert und sogar verhindert.

Ich bitte dringend die Präsidiale, hier eine neue Vereinigung auszuarbeiten, eine neue Umsetzung der Geschäftsordnung vorzulegen, in dem uns Abgeordneten dieses Einsichtsrecht und damit die wesentlichen Kontrollrechte die wir haben, abgesprochen werden. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. In der letzten erweiterten Präsidiale wurde dieses Thema, in Ihrer Vertretung war Herr Abgeordneter Spitzmüller zugegen, schon diskutiert. Wir haben ganz klar auf die momentan eben vorherrschende rechtliche Regelung, nämlich die jetzt gültige Geschäftsordnung hingewiesen, wo eben genau diese Geschäftsordnung auch bei der Fragebeantwortung zu 100 Prozent eingehalten worden ist.

Die Diskussion über eine Novelle einer Geschäftsordnung obliegt natürlich den Damen und Herren des Hohen Hauses und die müssen eigentlich die diesbezüglichen Gespräche dann einleiten und führen und dann auch die diesbezüglichen Beschlüsse in einer veränderten oder wie auch immer gewünschten Form herbeiführen.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes. Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 23. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 30 März 2017.

Von der Landesregierung ist folgende Vorlage eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird (Änderungsvereinbarung betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor) zugestimmt wird (Zahl 21 - 602) (Beilage 860);

Vom Rechnungshof ist der

1. Bericht betreffend Mittelflüsse im Gesundheitswesen (Zahl 21 - 586) (Beilage 828);

eingelangt.

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der

1. Tätigkeitsbericht 2016 (Zahl 21 - 605) (Beilage 863);

eingelangt.

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Michaela Resetar, Walter Temmel, Bernhard Hirczy, Georg Rosner und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 7 Punkte für das Südburgenland (Zahl 21 - 604) (Beilage 862) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Schaffung einer stationären Behandlungseinrichtung bzw. eines Betreuungszentrums für suizidgefährdete junge Menschen im Burgenland (Zahl 21 - 578) (Beilage 820);
2. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner und Mag. Christian Sagartz, BA auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausstieg aus der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe (Zahl 21 - 583) (Beilage 825);
3. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf

Fassung einer Entschließung betreffend den Erhalt des Österreichischen Rettungswesens (Zahl 21 - 596) (Beilage 854);

4. der Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Beibehaltung der Besteuerung auf Diesel (Zahl 21 - 600) (Beilage 858);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Anschlussbeitrag für die Kanalnutzung laut Kanalabgabegesetz (Zahl 21 - 603) (Beilage 861);
6. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend faire Reform der Pendlerpauschale (Zahl 21 - 606) (Beilage 864);
7. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Abschaffung der Schaumweinsteuer (Zahl 21 - 607) (Beilage 865);
8. der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend "Sportstättenstrategie 2020" (Zahl 21 - 609) (Beilage 867)

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Holzverladung (Zahl 21 - 579) (Beilage 821);
2. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Inserat Jagdgesetz (Zahl 21 - 580) (Beilage 822);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend 15a Vereinbarung Zielsteuerung-Gesundheit (Zahl 21 - 582) (Beilage 824);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landtagspräsidenten Christian Illedits betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 584) (Beilage 826);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Jagdgesetz (Zahl 21 - 585) (Beilage 827);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Zinstauschgeschäfte (Zahl 21 - 590) (Beilage 832);
7. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend VOR-Tarifreform (Zahl 21 - 593) (Beilage 851);
8. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bezirksgericht Jennersdorf (Zahl 21 - 594) (Beilage 852);
9. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Sport (Zahl 21 - 595) (Beilage 853);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 528) betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 577) (Beilage 819);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn

Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 543) betreffend Handtücher (Zahl 21 - 587) (Beilage 829);

3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 545) betreffend Neujahrsempfang, (Zahl 21 - 588) (Beilage 830);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 544) betreffend Neujahrsempfang (Zahl 21 - 589) (Beilage 831);
5. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 547) betreffend Bezirksgericht Jennersdorf (Zahl 21 - 591) (Beilage 833);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 548) betreffend Landesvoranschlag 2017(Zahl 21 - 592) (Beilage 834);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 550) betreffend Förderungsdarlehen (Zahl 21 - 597) (Beilage 855);
8. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 549) betreffend Pyramidenspiel (Zahl 21 - 598) (Beilage 856);
9. des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 551) betreffend Stromkosten (Zahl 21 - 599) (Beilage 857);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 552) betreffend Vorbereitungskurse (Zahl 21 - 601) (Beilage 859);
11. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 553) betreffend Bedarfszuweisungen (Zahl 21 - 608) (Beilage 866)

eingelangt.

Weiters ist die Beantwortung der dringlichen Anfrage des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 536) betreffend Burgenländisches Jagdgesetz (Zahl 21 - 581) (Beilage 823) eingelangt.

Ebenso ist die Petition eins der Freistadt Eisenstadt betreffend Änderung des Bgld. Kurzparkzonengebührengesetzes (E 29) eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 – 602, Beilage 860, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss,

den Bericht des Rechnungshofes Zahl 21 – 586, Beilage 828, und die selbständigen Anträge Zahl 21 – 600, Beilage 858, Zahl 21 – 603, Beilage 861, Zahl 21 – 606, Beilage 864, Zahl 21 – 607, Beilage 865, und Zahl 21 – 609, Beilage 867, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den Bericht des Landes-Rechnungshofes, Zahl 21 – 605, Beilage 863, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 – 578, Beilage 820, Zahl 21 – 583, Beilage 825, und Zahl 21 – 596, Beilage 854, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

und die Petition E29 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 579, Beilage 821, Zahl 21 – 593, Beilage 851, Zahl 21 – 594, Beilage 852, und Zahl 21 – 595, Beilage 853, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 580, Beilage 822, und Zahl 21 – 585, Beilage 827, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 – 582, Beilage 824, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 – 590, Beilage 832, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

zur Beantwortung übermittelt.

Die schriftlichen Anfrage Zahl 21 – 584, Beilage 826, werde ich fristgerecht beantworten.

Außerdem habe ich die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 577, Beilage 819, Zahl 21 – 587, Beilage 829, Zahl 21 – 588, Beilage 830, Zahl 21 – 589, Beilage 831, Zahl 21 – 591, Beilage 833, Zahl 21 – 592, Beilage 834, Zahl 21 – 597, Beilage 855, Zahl 21 – 598, Beilage 856, Zahl 21 – 599, Beilage 857, Zahl 21 – 601, Beilage 859, Zahl 21 – 608, Beilage 866,

und die Beantwortung der dringlichen Anfrage Zahl 21 – 581, Beilage 823,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Außerdem möchte ich mitteilen, dass am 20. März 2017 der selbständige Antrag Zahl 21 – 325, Beilage 477, vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Michaela Resetar, Walter Temmel, Bernhard Hirczy, Georg Rosner und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 7 Punkte für das Südburgenland, Zahl 21 – 604, Beilage 862, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Während der Vorsitzführung des Zweiten Präsidenten Ing. Strommer bei der 22. Sitzung des Burgenländischen Landtages am 9. März 2017 haben sowohl Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner als auch Landtagsabgeordneter Günter Kovacs in ihren Wortmeldungen in der Debatte zu den Tagesordnungspunkten 14 und 15 Äußerungen getätigt, die der Würde des Hohen Hauses nicht entsprochen haben - wie auch Präsident Ing. Strommer nach Studium des Rohprotokolls in der Präsidiale bestätigte.

Gemäß § 80 Abs. 6 und 7 GeOLT erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner und Herrn Landtagsabgeordneten Günter Kovacs nachträglich für den Ausdruck „Lügner“ beziehungsweise „Lüge“ einen Ordnungsruf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall. *(Abg. Gerhard Steier: Bitte!)*

Zur Tagesordnung? *(Abg. Gerhard Steier: Nein, zur Geschäftsordnung!)* Bitte.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich melde mich im Rahmen dieser Geschäftsordnung zu einem Thema zu Wort, das uns allen als Abgeordneten dieses Hohen Hauses am Herzen liegen sollte. Nämlich das Interpellationsrecht.

Vor Einleitung in die Fragestunde muss ich festhalten, dass in den letzten Wochen und Monaten die Fragestellungen seitens der Legislative an die Exekutive gerichtet immer stärker eigentlich zum Ausdruck bringen, dass Fragen nicht gewollt sind, beziehungsweise mit dem Hinweis auf ein Gutachten, das vor mehr als zehn Jahren von Prof. Thenius erstellt wurde, abgewiesen werden, weil sie ausgelagerte Gesellschaften betreffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Laufe der letzten Jahre hat sich nicht nur die Tendenz ausgelagerte Gesellschaften zu bilden erhöht, in den nächsten Jahren wird das noch zunehmen. Damit sind eigentlich Beträge, die der Burgenländische Landtag beschließt, in einer Größenordnung weit über 100 Millionen Euro, direkt am ersten Tag nach Budgetbeschluss von der Landesregierung in die ausgelagerten Gesellschaften geleitet.

Ich nehme es als Unding und eigentlich als eine Missachtung des freien Mandats zur Kenntnis, dass, bezogen auf das Fragerecht, das ja die Grundsäule des Parlamentarismus bildet, der Bürger im Ansatz durch den Abgeordneten an die Regierung eigentlich ausgeschaltet ist.

Daher stelle ich und fordere ich das Präsidium des Burgenländischen Landtages auf, ein neues Gutachten erstellen zu lassen, das die Gegebenheiten der jetzigen Zeit zur Kenntnis nimmt, beziehungsweise aufnimmt. Dieses Gutachten sollte auch ausgelagert, nicht vom Verfassungsdienst des Hauses, sondern ausgelagert von einer kompetenten Person dargestellt werden. Damit hier dieser Missbrauch, meiner Ansicht nach, in Bezug auf Anfragebeantwortungen hintangestellt wird. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Wir werden dieses Thema in der nächsten Präsidiale auf die Tagesordnung nehmen und darüber sprechen, eben über ein neues Gutachten hier zu befinden, beziehungsweise ein solches eben einzuholen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Bitte!)*

Zur Geschäftsordnung? *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ja!)* Nur zur Geschäftsordnung bitte, keine Debatte. Bitte.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Nur zur Geschäftsordnung. Keine Debatte, versprochen. Ich möchte anregen, dass wir wieder eine erweiterte Präsidiale machen, weil wie meine Kollegin vorher schon gesagt hat, es ein grundsätzliches Problem ist.

Ich habe eine Akteneinsicht angefordert. Auch da wurde ich leider abgelehnt, obwohl das einen Rechnungshofbericht, einen Bundesrechnungshofbericht betrifft. So werden wir eigentlich in unserer Arbeit beschnitten.

Präsident Christian Illedits: Sie werden nicht beschnitten, es werden die Regeln, sprich die Richtlinien, sprich die Geschäftsordnung, eingehalten.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Ich korrigiere: Nicht beschnitten, sondern erschwert.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Ich wünsche mir daher eine erweiterte Präsidiale, wo wir das ausreichend diskutieren können. Danke schön.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Danke. So, wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 26 Minuten - mit dem Aufruf der ersten Anfrage.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher den Herrn Landtagsabgeordneten Temmel um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im Herbst 2015 veröffentlichte der WWF den sogenannten Energiewende-Index, in dem das Burgenland sowohl bei der thermischen Gebäudesanierung als auch beim öffentlichen Verkehr die hintersten Plätze einnahm. Sie haben daraufhin angekündigt, „Gespräche mit dem WWF und den Energie- und Klimaexperten des Landes zu führen um Verbesserungspotenziale auszuloten“.

Welche konkreten Maßnahmen haben Sie zur Umsetzung Ihrer eigenen Ankündigungen gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es freut mich, dass Sie mich in Ihrer Anfrage sogar zitieren, es sei mir aber erlaubt, vielleicht das ganze Zitat zu erwähnen. Ich habe damals, am 6.10.2015, in einer Presseaussendung in Bezug auf eben diese WWF-Studie Folgendes mitgeteilt:

Klar festzuhalten ist, dass das Burgenland im Bereich der erneuerbaren Energien und auch im Bereich der Effizienz Spitzenplätze belegt. Wir werden die heute veröffentlichten Detailergebnisse genau analysieren und bereits in der nächsten Woche Gespräche mit dem WWF und den Klima- und Energieexperten des Landes führen, um Verbesserungspotenziale auszuloten. Genau das haben wir auch gemacht.

Es hat bereits dann am 14. Oktober 2015 eben ein solches Gespräch stattgefunden. Einerseits mit den Vertretern des WWF aber auch mit den Energie-, Verkehrs- und auch Wohnbauexperten des Landes. Daher möchte ich vielleicht auch kurz auf die Ergebnisse dieses Gespräches sowie auf die Vorgehensweise, wie diese Studie zustande gekommen ist, ein wenig eingehen.

Was ich gleich zu Beginn erwähnen möchte ist, dass es mir in keinster Weise darum geht, die Arbeit des WWF zu kritisieren oder schlecht zu reden, auf der anderen Seite alles schön zu reden, es gibt sicherlich Handlungsbedarf. Den gibt es immer, auch in jedem Bereich. Aber ich glaube, man muss diese Studie auch durchaus kritisch beurteilen. Vor allem auch deswegen, weil ich nicht möchte, dass die Erfolge des Burgenlandes vor allem im Energiebereich in irgendeiner Weise schlechtgeredet werden.

Zu dem erwähnten Index: Diese Kriterien im Index sind vom WWF selbst ausgewählt und gewichtet worden. Wenn man sich diese Gewichtung ansieht dann sieht man, dass beispielsweise der öffentliche Verkehr deutlich wichtiger genommen wird als zum Beispiel der Ausbau erneuerbarer Energie und da liegt es, glaube ich, auf der Hand, dass Bundesländer, die vor allem eine urbanere Struktur aufweisen als das Burgenland, hier absolut bevorteilt werden.

Es lassen sich also hier nicht die Bestrebungen der Länder herleiten, die bewertet wurden, sondern es ist hier lediglich eine Reihenfolge festgelegt worden und untereinander erstellt worden. Auch die Wahl der Kriterien lassen keinen wirklich fairen Vergleich zwischen den Bundesländern zu. Weil, wie gesagt, wie erwähnt beispielsweise in Sachen öffentlicher Verkehr, kann das ländliche Burgenland nicht mit einer Großstadt wie beispielsweise Wien verglichen werden.

Das ist ein Vergleich zwischen Äpfel und Birnen. Es wird hier nicht Vergleichbares, oft miteinander verglichen. Abgesehen davon wurde beispielsweise auch die Gesamtverkehrsstrategie des Landes in keinster Art und Weise berücksichtigt. Meiner Meinung nach sieht ein umfassendes Bewertungssystem etwas anders aus. Hier sind auch beispielsweise nur statistisch vorhandene Aktivitäten bewertet worden. Damit meine ich beim Neubau und Sanieren von Gebäuden wurden durchschnittliche Energiekennzahlen zum Vergleich hergenommen.

Jetzt ist es aber so, dass das Burgenland beispielsweise hauptsächlich Ein- und Zweifamilienhäuser hat, welche im Gegensatz zu den Blockbauten, die im urbanen Bereich natürlich sehr viel häufiger vorkommen, höhere Energiekennzahlen aufweisen.

Das ist beispielsweise nicht berücksichtigt worden. Es ist auch nicht berücksichtigt worden, dass das Burgenland vergleichsweise junge Blockbauten im Vergleich zum urbanen Bereich hat. Es ist auch nicht berücksichtigt worden, dass andere Regionen Österreichs auch andere Möglichkeiten und andere Anbindungen an den öffentlichen Verkehr haben, beispielsweise die Westbahnstrecke, die Südbahnstrecke.

Auf den Punkt gebracht, der Index sagt in keinster Weise etwas über die tatsächlichen Energiebestrebungen der Länder aus. Es sind Dinge miteinander verglichen worden, die nicht vergleichbar sind. Das ist auch damals schon in den entsprechenden Gremien, also einerseits der Landesumweltreferenten, aber auch in den Gremien der Energieexperten der Länder aller Bundesländer so zum Ausdruck gebracht worden.

Nichtsdestotrotz haben wir in diesem Gespräch trotzdem versucht, über regionale Verbesserungspotentiale zu diskutieren. Wir haben uns ein etwas besseres Feedback erwartet, als rein aus dem Index hervorgegangen ist, das vor allem den ländlichen Raum besser berücksichtigt. Das ist in der Art und Weise leider nicht passiert.

Es ist uns im Rahmen dieses Gespräches auch von den Experten des WWF bestätigt worden, dass wir auf einem guten Weg sind, dass wir unsere Energiestrategie, unsere Maßnahmen fortsetzen sollen und auf diesem Weg weitermachen wollen. Dahin ist auch die Empfehlung des WWF gegangen. Das tun wir.

Um zu den konkreten Maßnahmen zu kommen, wir setzen im Energiebereich vor allem auf einen Mix aus energieeffizienten Maßnahmen und die Produktion von erneuerbaren Energien. Beispielsweise haben wir im Jahr 2016 insgesamt 1.205 Förderanträge für Alternativenergieanlagen mit einer gesamten Fördermenge von 1,54 Millionen Euro genehmigt. Das betrifft den Bereich der Photovoltaik genauso wie den Bereich der Elektromobilität. Wir haben in den letzten zwei Jahren rund 900 Energieberatungen durchgeführt. Das sieht man natürlich auch in der CO_2-Bilanz. Durch die Förderung der Alternativenergieanlangen haben wir in den letzten Jahren mehr als 351 Tonnen an CO_2 eingespart.

In Summe lässt sich also sagen, dass wir auf einen Maßnahmenmix setzen, einerseits aus der Förderung von Alternativenergie, andererseits auf die Forcierung von Energieberatungen. Diesbezüglich sind wir auch gerade dabei, ein neues Konzept - gerade auch in Kooperation mit den Gemeinden - zu erarbeiten.

Es finden auch regelmäßige Treffen mit den Experten des Landes in den verschiedensten Bereichen statt, um hier Bedarfserhebungen festzustellen und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen zu können.

Das ist der Weg, den wir auch in den nächsten Jahren gehen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In Niederösterreich ist der Einbau von Ölheizungen in Neubauten per 1. Jänner 2019 verboten, da diese eine massive Belastung für das Klima darstellen und das Öl importiert werden muss. Auch Kärnten und Salzburg denken ein Verbot an.

Können Sie sich ein solches Verbot nach dem Vorbild Niederösterreichs auch für das Burgenland vorstellen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir setzen grundsätzlich bei der Wohnbauförderung sowieso auf die Forcierung von alternativen Energieanlagen. Das heißt, das ist ein Weg, den wir ohnehin bereits gehen.

Ich glaube aber, dass ein generelles Verbot ein bisschen differenzierter betrachtet werden sollte, vor allem wenn es darum geht, dass man auch ökosoziale und vor allem soziale Gesichtspunkte berücksichtigen muss. Man muss ja auch auf einkommensschwächere Bevölkerungsschichten Rücksicht nehmen. Das heißt, bei einem solchen Verbot muss man besonders auch auf soziale Gesichtspunkte achten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Der WWF kritisiert, dass das Burgenland keine energiepolitischen Ansätze neben dem Einsatz von erneuerbaren Energien verfolgt.

Wie sieht Ihrer Meinung nach eine energiepolitische Strategie 2025 für das Burgenland aus?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe vorhin schon erwähnt, dass der WWF in der Studie einige Dinge nicht berücksichtigt hat. Es war einerseits auch die Gesamtverkehrsstrategie, die nicht in dieser Studie berücksichtigt wurde. Gerade bei diesen energiepolitischen Themen haben wir dann im Gespräch herausgefunden, dass vor allem statistische Zahlen herangezogen worden sind, beispielsweise wie viel für Wohnbausanierungen budgetiert wird, und daran sieht man wieder, dass das Burgenland, dadurch dass wir eben junge Blockbauten haben, die nicht so hohen Sanierungsbedarf haben, natürlich geringer budgetieren müssen als eine Stadt wie Wien, die sehr alte Wohnbauten hat.

Das heißt, viele Dinge, die im Burgenland passieren und auf regionale Gegebenheiten abstellen, sind in diesem Energieindex nicht in dieser Art und Weise berücksichtigt worden. Unsere Energiestrategie sieht dermaßen aus, dass wir jetzt, da wir ohnehin schon vor einigen Jahren die Stromautarkie erreicht haben, in weiterer Folge mittelfristig und langfristig die Energieautarkie anstreben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident. Geschätzte Frau Landesrätin! Auch beim Anteil der Elektrofahrzeuge liegt das Burgenland mit einem Anteil von 0,1 Prozent weit abgeschlagen am letzten Platz. Salzburg beispielsweise fördert die Anschaffung von Elektrofahrzeugen mit bis zu 6.000 Euro. Der Anteil dort ist doppelt so groß als im Burgenland.

Wie stehen Sie dazu, dass das Land Burgenland zusätzlich zur Bundesförderung Elektromobilität gezielt unterstützt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! E-Mobilität ist sicherlich ein sehr wichtiger Hebel und ein sehr wichtiger Faktor, um die in Paris festgesetzten Klimaziele zu erreichen. Auch im Burgenland hat sich von 2015 auf 2016 die Erstzulassung von Elektrofahrzeugen verdoppelt.

Natürlich setzen wir hier Anreize. Es gibt, wie Sie bereits erwähnt haben, eine sehr gute Förderung seitens des Bundes. Das Land fördert auch Elektromobilität. Ich glaube aber, dass es zu einer Überförderung auch nicht unbedingt kommen muss. Ich glaube, der richtige Weg wird hier sein, vor allem die Ladeinfrastruktur entsprechend auszubauen, um auch die Reichweite entsprechend anbieten zu können. Genau diesen Weg gehen wir.

Wir haben uns gerade in einem Projekt beteiligt, in einem EU-weiten Projekt, wo es vor allem darum geht, die Ladeinfrastruktur im Donauraum entsprechend auszubauen, die Standards zu vereinheitlichen. Es wird im Zuge dessen eine App geben, wo alle Ladestationen dann zur Verfügung stehen werden, wo man alle der teilnehmenden Länder auch erfassen wird. In diesem Projekt geht es vor allem auch um Wissenstransfer und Pilotprojekte, um die Umsetzung einer E-Mobilitätsstrategie, um eine grenzüberschreitende Vorzeigeregion für E-Mobilität europaweit zu werden.

Wie gesagt, wir werden in den nächsten Jahren verstärkt auf den Ausbau der Ladeinfrastruktur setzen. Im Burgenland gibt es im Moment an die 100 E-Ladestationen, wobei zirka 20 von der Energie Burgenland betrieben werden. Bis Ende 2017 werden diese 20 Ladestationen noch verdoppelt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Frau Landesrätin! Die Energiewende ist deswegen so wichtig, weil wir uns den Pariser Klimaschutzzielen verschrieben haben. Nebenbei ist sie auch eine große Chance, regionale Wertschöpfung im Land zu behalten.

Welche konkreten zwei Maßnahmen zum Thema Klimaschutz haben Sie für heuer geplant?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Zum Thema Klimaschutz sind sehr viele Maßnahmen geplant, einerseits alleine schon im Mai. Es werden wieder die Aktionstage Nachhaltigkeit stattfinden, wobei es eine Vielzahl an Maßnahmen geben wird. Genauso sind wir im Bereich Klimaschutz immer, im Herbst vor allem, auch bemüht, bewusstseinsbildende Maßnahmen zu setzen, sei es jetzt, dass wir Informationen anbieten wie man richtig heizt. Wir unterstützen natürlich auch immer Aktionen wie autofreie Tage und dergleichen. Wir sind in der Bewusstseinsbildung sehr stark verankert.

Das ist der Weg, den wir auch 2017 gehen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Nachdem Frau Landtagsabgeordnete Friedl für die heutige Sitzung entschuldigt ist, unterbleibt der Aufruf und die Anfrage gilt damit gemäß § 31 Abs. 9 GeOLT als erledigt.

Die dritte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag. Michaela Resetar um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie betonen immer wieder, dass die fünf Krankenhäuser im Burgenland aufrechterhalten bleiben. Dennoch kam es immer wieder zu Schließungen beziehungsweise Verlegung von Abteilungen.

Können Sie ausschließen, dass es zu weiteren Schließungen von Spitalsabteilungen kommt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! „Wir werden ganz klar sagen, was Sache ist. Zum Beispiel bin ich strikt gegen fünf Spitäler im Land. Je eines in Oberwart und Eisenstadt müssen reichen. Für die dann leerstehenden Gebäude in Güssing und Oberpullendorf hätte ich schon Ideen, die ich zu gegebener Zeit präsentieren werde. Altersheime schweben mir jedenfalls nicht vor, so viel ist sicher.“ Sie wissen wahrscheinlich, von wem diese Aussage kommt, nämlich von Ihnen. Also Sie sind eigentlich für das Schließungskonzept der Krankenhäuser. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wird sie hoffentlich wissen. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie wissen eh, wie das ist, wenn man etwas in Stein meißelt.)* Das ist eine autorisierte Aussage, es war im Juni des Jahres 2015, und ich möchte das nur fürs Protokoll festmachen, dass Sie für die Schließung von Spitälern im Burgenland waren.

Ich bin nicht dafür! Wir werden kein Spital schließen. Wir arbeiten derzeit an einem regionalen Struktur- und Gesundheitsplan, der auch gewährleisten wird, dass alle fünf Krankenhäuser im Burgenland neben den zwei Schwerpunktkrankenhäusern sowohl in Eisenstadt als auch in Oberwart dafür sorgen wird, dass auch die drei restlichen Krankenhäuser in Güssing, in Oberpullendorf und in Kittsee ihre Berechtigung haben. Die haben sie.

Wir haben auch in den letzten Tagen einen sehr hohen Zuspruch erhalten, was die Erhaltung dieser Krankenhäuser betrifft. Wir werden in diesen Krankenhäusern auch spezialisierte Leistungszentren initiieren. Jedes Krankenhaus braucht einen Schwerpunkt, der auch rechtfertigt, dass diese Krankenhäuser aufrechterhalten werden. Das Burgenland, die Bevölkerung im Burgenland goutiert das auch. Wir brauchen auch die flächendeckende Versorgung im Burgenland.

Es ist derzeit so, dass wir an einem österreichischen Struktur- und Gesundheitsplan arbeiten. Auf den wird ein regionaler Struktur- und Gesundheitsplan auch aufbauen. Dieser Strukturplan wird in den nächsten Monaten auch beschlossen werden.

Aber es ist ganz wichtig aus meiner Sicht, dass wir auch unsere Aufgaben in allen Landesteilen, was die regionale Versorgung betrifft, aber auch die fachliche Versorgung betrifft, aufrechterhalten.

Ich möchte nur sagen, das ist auch medial in den letzten Tagen aufgeschlagen, dass beispielsweise andere Bundesländer andere Ideen haben. Sie wollen Krankenhäuser schließen. Es ehrt mich, dass beispielsweise die Steiermark dazu übergeht, auch mit dem Burgenland Verhandlungen zu führen, um hier Synergien in Richtung Burgenland zu erarbeiten. Das ist aus meiner Sicht ein guter Weg. Das ist schon seit 20, 30 Jahren auch so angedacht, wurde nie realisiert. Wir könnten es theoretisch realisieren, wir müssen uns halt mit den Steirern auch einigen, aber grundsätzlich halte ich das für einen guten Weg.

Ich glaube, dass Ihre Frage mit einem klaren Nein zu beantworten ist. Ich möchte schon dazusagen - ich weiß nicht, wo Sie das herhaben -, es gibt keine Abteilungsschließungen im Burgenland, ganz im Gegenteil, wir bauen die Abteilungen aus. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Das Gesundheitssystem kommt ja aus den besorgniserregenden Schlagzeilen nicht heraus. Österreichische Ärztekammer sagt: „Bedrohung der Gesundheitsvorsorge durch die Politik." „Bezirksblatt" schreibt: „Oft gibt es am Land gar keinen Arzt mehr." ORF sagt: „Großpetersdorf sucht Kassenarzt, Mehraufwand, andere Ärzte!"

Ich habe mich natürlich für den Erhalt von den zwei Schwerpunktkrankenhäusern ausgesprochen, die mit entsprechendem Personal und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet sind. Daneben wären natürlich Spezialisierungen wie Onkologie, Orthopädie, Geriatrie, an den weiteren Standorten sinnvoll und wahrscheinlich effizienter. Da geht es nämlich um Richtung Früherkennung, aber auch um Rehabilitation.

Im Krankenhaus Güssing wurde die lang bestehende und gut funktionierende Geburtenstation geschlossen. Sie haben vorhin von der Standortgarantie gesprochen. Wann wird es in Güssing wieder eine Geburtenstation geben?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat. *(Abg. Robert Hergovich: Zuerst zusperren! Unglaublich!)*

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es wurde nichts geschlossen. Es geht jetzt darum, in dem regionalen Struktur- und Gesundheitsplan dafür zu sorgen, dass alle Spitäler einen Schwerpunkt bekommen, der auch gerechtfertigt ist, im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, nämlich dass man nur zwei Spitäler braucht, auch die fünf Spitäler rechtfertigt. Das werden wir machen.

Es gibt keine Schließung derzeit, also wie Sie auf das jetzt kommen, ist mir ein Rätsel. Wir sind… *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was ist mit der Geburtenstation?)* Das war schon vor längerer Zeit, es geht jetzt um die Gyn. Wir werden jedenfalls auch dafür sorgen - und das ist über die Fragestunde hinausgehend - auch eine gesundheitspolitisch wichtige Diskussion, um nämlich die Frage zu stellen: Wenn zu wenige Geburten in einem Krankenhaus „aufschlagen", dann ist es auch nicht sinnvoll, diese Geburten dort durchzuführen, weil es auch ein Gesundheits- und Sicherheitsrisiko ist. Also, wir werden dafür sorgen, dass insgesamt die Versorgung im Burgenland gut ist.

Wenn die Steirer, die ÖVP-Steiermark in dem Fall, auch auf mich zukommt und meint, man könnte vielleicht Synergien nutzen, beispielsweise von Hartberg Richtung

Oberwart, dann freut mich das, weil das auch ein Qualitätsmerkmal ist, und das müssen wir auch diskutieren, aber grundsätzlich ist das ein Qualitätsmerkmal für das burgenländische Krankenanstaltenwesen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Die Steirer sind da schon ein bisschen weiter, weil ich weiß auch um die Gespräche, die da geführt werden, und das macht auch einen Sinn, dass zum Teil Abteilungen aus der Steiermark in das Burgenland kommen. Dann wird das Burgenland noch stärker und das können wir nur unterstützen.

Ich komme jetzt aber zu einem ganz heiklen Thema, das ich von einem Frauenarzt gehört habe. Brustkrebs ist mit Abstand die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. Bei Verdacht auf Brustkrebs folgt im Südburgenland oft folgendes Prozedere. Die Diagnose wird im Krankenhaus Oberpullendorf gestellt, die Operation erfolgt dann zum Beispiel im Krankenhaus Güssing oder in Oberwart, und die Nachbehandlung findet im Krankenhaus Oberwart in der Onkologischen Station statt. Somit sind die Patientinnen in dieser schwierigen Lebenssituation mit zumindest drei verschiedenen Ärzten und drei verschiedenen Standorten konfrontiert.

Was werden Sie gegen diesen Missstand machen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wenn Sie sagen, die Steirer sind weiter, dann finde ich, sie sind weiter auf einem Weg, der im Burgenland nicht nachvollziehbar ist und auch nicht nachverfolgt werden wird, nämlich, dass wir Krankenhäuser schließen. Das möchte ich ganz klar noch einmal betonen.

Das haben Sie auch in Ihrer Grundsatzfrage auch angesprochen. Es gibt keine Schließungen.

Wir müssen Synergien nutzen und das sehe ich nicht als Missstand, was Sie jetzt angesprochen haben, sondern auch als positive Entwicklung, was die Qualität der Betreuung betrifft. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Drei Stationen!)* Grundsätzlich noch einmal gesagt, werden wir dafür sorgen, dass wir in unseren Krankenhäusern im Gegensatz zu Ihrem Vorschlag aus dem letzten Jahr dafür sorgen werden, dass alle Standorte erhalten bleiben; auch Güssing mit einer hohen Qualität erhalten bleibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie sind gar nicht auf meine Frage eingegangen.)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Beim Bau des Krankenhauses Oberwart ist es wichtig, die betroffenen Interessensvertretungen und die im Landtag vertretenen Parteien einzubinden. Das haben Sie ja bereits zugesagt. Auch die einzelnen Planungsphasen sind transparent und nachvollziehbar darzustellen.

Daher meine Frage: Wie ist der aktuelle Stand bei der Planung und Umsetzung des Neubaus des Krankenhauses Oberwart?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das hat zwar nichts mit der Grundsatzfrage zu tun, aber ich beantworte sie gerne. Das

Krankenhaus Oberwart ist ein ganz wichtiger Bestandteil unseres Gesundheitssystems. Wir haben uns gemeinsam, damals war die ÖVP noch in der Regierung, darauf verständigt, dass wir dieses Krankenhaus neu bauen. Wir haben auch einen Regierungsbeschluss aus dem Jahr 2014. Der Planungsstand ist jetzt so, dass es geplant wird. Es gibt ein Planungsbüro … *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)* naja, man muss ja planen, bevor man es baut, oder? Ich verstehe jetzt sozusagen dieses Gelächter nicht ganz.

Wir planen derzeit und wir sind auch im Plan, was die Planung betrifft. Wir haben einen Lenkungsausschuss eingesetzt, um auch dafür zu sorgen, dass höchste Transparenz vonstattengeht. Ich bin persönlich nicht daran interessiert, dass wir ein ähnliches Schicksal erleiden wie beispielsweise Krankenhausbauten in anderen Bundesländern. Auch in der Bundeshauptstadt, um das offen zu sagen. Wir werden schon schauen, dass wir ihnen auch nicht in die Falle laufen, dass wir da einen Fehler machen.

Entschuldigung, also Sie sind jetzt ein Partner, ein grundsätzlicher, weil Sie ja auch als Bürgermeister von Oberwart hoffentlich auch an diesem Projekt gemeinsam mit mir mitarbeiten werden.

Aber mehr als wir gemacht haben, nämlich die KRAGES, die BELIG einzubauen und einen Lenkungsausschuss auch einzusetzen, der das begleitend auch betreut und der der Regierung in vierzehntägigen Abständen auch berichtet, das ist, glaube ich, ein guter Weg, der österreichweit vorbildhaft ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kovacs. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Rolle spielen eigentlich die einzelnen Abteilungen und Krankenhäuser in der burgenländischen Gesundheitspolitik?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sie spielen eine ganz große Rolle. Ich habe es schon kurz angesprochen, wir haben neben der gesundheitspolitischen Versorgung, die wir bereitzustellen haben, auch eine Verpflichtung in diesem Bereich, auch als Jobmotor tätig zu werden. Wir haben insgesamt über 3.000 Angestellte in den fünf Krankenhäusern und über 3.000 Angestellte bei 100.000 insgesamt, die im Burgenland so im Schnitt jetzt über das Jahr beschäftigt sind, und das ist ganz wichtig.

Wir haben - ganz kurz angesprochen - in Eisenstadt derzeit über 400 Betten - das wird jetzt im regionalen Struktur- und Gesundheitsplan überarbeitet werden - und 1.100 Mitarbeiter, in Kittsee 235, in Oberpullendorf 375, in Güssing 330, in Oberwart 962, also insgesamt über 3.000 Mitarbeiter. Das ist eine ganz wichtige Rolle neben der gesundheitspolitischen Ausrichtung auch eine jobpolitische Ausrichtung.

Die KRAGES investiert im Jahr ungefähr zehn Millionen Euro in die Krankenhäuser, auch das ist ein ganz wichtiger Faktor neben der gesundheitspolitischen Versorgung, die ja unsere Grundausstattung beziehungsweise auch die Aufgabe für uns ist, als Grundaufgabe, das auch durchzuführen.

Ich möchte noch dazusagen, dass es uns auch gelungen ist, im KRAGES-Bereich 80 Prozent aller Aufträge, die hier investitionstechnisch auch wichtig sind, 80 Prozent an burgenländische Unternehmen auch zu vergeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack an die Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Frau Landtagsabgeordnete Sack hat die Anfrage heute gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen.

Somit komme ich zur fünften Anfrage. Diese ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, M.A. um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ihr Parteikollege Bundeskanzler Kern will Entsendebedingungen für ausländische Arbeitskräfte ändern und fordert Lohnschutzklauseln. Im Burgenländischen Landtag wurde am 14. April 2016 ein Antrag betreffend Fairness für burgenländische Arbeitnehmer und Unternehmen, der ebenfalls die Forderung nach einer Schutzklausel und die Überarbeitung der Entsenderichtlinie enthält, beschlossen.

Welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung des burgenländischen Arbeitsmarktes wurden aufgrund der Beschlüsse im Landtag daraufhin von Seiten des Landes gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Frage haben Sie schon einmal in ähnlicher Form gestellt. Sie wissen, dass wir keine rechtliche Kompetenz im Burgenland haben, diese Entsenderichtlinie unmittelbar selbst abzuändern. Leider nicht!

Was ich aber veranlasst habe und das ist auch so vorgesehen - auch rechtlich -, dass die Anpassung der Richtlinie in Form einer sektoralen Beschränkung des Arbeitsmarktes in die zuständigen europäischen Gremien getragen wurde. Ich habe in allen Gesprächen, auch mit Regierungsmitgliedern und Vertretern der Regierung, mich für folgende Anpassungen ausgesprochen:

Erstens. In Bereichen, wo Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, etwa im Bau- und Baunebengewerbe, aber auch in anderen Branchen muss es temporale und sektorale Beschränkungen der europäischen Personenfreizügigkeit geben. Das sollte mit einer neuen Schutzklausel umgesetzt werden.

Zweitens. Wir müssen auf die besondere geographische Lage Österreichs im Allgemeinen und des Burgenlandes im Besonderen hinweisen. Kein westeuropäisches Land hat mehr osteuropäische Nachbarn als Österreich. Diese Exponiertheit am europäischen Arbeitsmarkt mit einer Million potentieller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den angrenzenden Nachbarländern erfordert auch eine Ausnahmeregelung für Österreich. Das müssen wir auf europäischer Ebene nicht nur ansprechen, sondern auch versuchen durchzusetzen.

Von Seiten des Bundeskanzlers wurde diese Thematik und Problematik auch im sogenannten Plan A in das neue Regierungsprogramm der Bundesregierung aufgenommen. Sie wissen das, Sie haben das ja sozusagen in Union mit der SPÖ auf Bundesebene durchaus auch wohlwollend zur Kenntnis genommen, und es steht auf der Bundesagenda.

Ich habe außerdem veranlasst, dass die Anmerkungen zu Entsenderichtlinien im zuständigen Gremium des Landes auf europäischer Ebene, im Ausschuss der Regionen, eingebracht wurden. Kollege Illedits hat das auch dort vertreten und hat auch unsere Linie im Burgenland dort vertreten.

Der nächste Punkt: SOKO. Wir wollen nach deutschem Vorbild die Frage dieser Sonderkommission auch im Burgenland und in Österreich etablieren. Auch diese Forderung konnte im neuen Lohn- und Sozialdumpinggesetz umgesetzt werden. Auch das ist auf Bundesebene so beschlossen worden und ist bereits enthalten, dass es strengere Kontrollen im Baubereich gibt und damit für in- und ausländische Firmen hier gleiche Bedingungen vorgefunden werden können und dass man Scheinanmeldungen zuvorkommen kann.

Der nächste Punkt: Die Novelle des Bundesvergabegesetzes sieht wesentliche Elemente meiner damaligen Forderung vor. Im Vergabeverfahren ist die Beschäftigung von Frauen und Personen in Ausbildungsverhältnissen, von Langzeitarbeitslosen, von Menschen mit Behinderung und älteren Arbeitnehmern sowie auch Maßnahmen zur Umsetzung sonstiger sozialpolitischer Belange drinnen. Auf das wurde Bedacht genommen.

Ich glaube schon, dass man sagen kann, dass unsere Forderung, die wir hier im Burgenland gesetzt haben, auch angekommen ist auf Bundesebene, in einer Regierung, die auf Bundesebene anders zusammengesetzt ist als im Burgenland, nämlich eine rot-schwarze Regierung, die aus meiner Sicht jetzt auch auf europäischer Ebene gefordert ist, das umzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Sie haben es jetzt schon selbst gesagt und wir wissen es auch, dass im Bereich der Pflege, des Tourismus, der Gastronomie sehr viele ausländische Arbeitskräfte im Burgenland arbeiten. Man kann sich jetzt auf die Entsenderichtlinie ausreden, aber welche konkreten Maßnahmen setzt das Land Burgenland, um die Arbeitslosigkeit im Burgenland zu reduzieren?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist eine gute Frage, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Danke!)* nämlich eine sehr interessante und auch dankbare Frage. Wir haben seit sechs Monaten eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit im Burgenland, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Trotzdem sehr hoch.)* die wir hier konstatieren können. Wir haben in diesem Bereich beispielsweise, und auf das bin ich sehr stolz, nicht ich persönlich, aber das ist für das Burgenland sehr gut, eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit der 15 bis 24-Jährigen von im Schnitt ungefähr zehn bis zwölf Prozent in den letzten Monaten.

Wir haben eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit der Inländer - und das ist mir ganz wichtig -, der Burgenländerinnen und Burgenländer von einigen Prozenten. Wir haben ein Problem, Ausländer ersetzen Ausländer am Arbeitsmarkt. Das kann ich sozusagen nicht beeinflussen, aber wir haben dort eine Steigerung, und wir haben ein Problem, da bin ich durchaus bei Ihnen, was ältere Arbeitslose betrifft, 50+.

Deswegen haben wir im Burgenland auch ein Programm ins Leben gerufen, das da lautet „50+“, und mit den Gemeinden gemeinsam dieses Programm nicht nur initiiert, sondern auch jetzt realisiert. Der zuständige Minister auf Bundesebene, Minister Stöger, hat mit dem jetzigen Tag oder gestern, glaube ich, auch angekündigt, dieses Programm auf Bundesebene noch mit Förderungen zu erweitern.

Ich sage auch kritisch dazu, das AMS hat sich etwas von dieser Geschichte verabschiedet. Das Burgenland ist bereit, hier mehr zu tun, beispielsweise bei der Förderung, was jetzt die Förderung vom Land betrifft und auch von der Länge. Das AMS

hat sich verabschiedet, von sechs Monaten auf drei Monate, aber grundsätzlich halte ich es für eine richtige Entscheidung. Insgesamt würde ich schon meinen, wenn man sechs Monate die Arbeitslosigkeit reduzieren kann, ist das auch ein Trend, den man würdigen sollte, auch von Ihrer Seite. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Es entsteht als objektiver Betrachter oft der Eindruck, dass die Burgenländische Landesregierung jetzt nicht unbedingt ausländische Arbeitskräfte im Burgenland willkommen heißt, ganz im Gegenteil, man möchte sie fast schon loswerden.

Wie sehen Sie das als Soziallandesrat - in ihrer Funktion dafür zuständig - und gleichzeitig, wie werden Sie damit umgehen beziehungsweise wie erklären Sie, dass den…

Präsident Christian Illedits: Welche Frage wollen Sie stellen? Die erste oder die nächste?

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP) *(fortsetzend)***:** Wie sehen Sie das? Aber ich glaube, der Herr Landesrat weiß, was ich meine.

Präsident Christian Illedits: Ist gut, er weiß, was Sie meinen. *(Abg. Manfred Kölly: Setzt Euch zusammen!)* Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, ich hoffe, wir sind uns einig, wenn wir gemeinsam darum kämpfen wollen, dass es um burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Diese sollten auch Vorrang am Arbeitsmarkt haben.

Wir haben die Möglichkeit, beispielsweise bei landesnahen oder landeseigenen Betrieben dafür zu sorgen, dass das so ist. Es ist in einigen Branchen nicht einfach. Wir wissen das. Im Gastgewerbe und so weiter.

Aber grundsätzlich bin ich dafür, dass wir Burgenländerinnen und Burgenländer auf den Arbeitsmarkt bringen, zu dem stehe ich zu 100 Prozent, und jede Maßnahme, die wir setzen, ist auch in diese Richtung gesetzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage vom Herrn Abgeordneten Hergovich. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Was erwarten Sie konkret von der Bundesregierung zum Schutz und zur Förderung des burgenländischen Arbeitsmarktes?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Grundsätzlich ist es so, dass wir, ich habe in den 90er Jahren begonnen, politisch tätig zu werden, damals beim Landeshauptmann Stix, und wir haben eine Entwicklung gehabt, wo wir uns zum Ziel genommen haben, 80.000 Beschäftigte im Burgenland zu haben.

Mittlerweile haben wir über 100.000 Beschäftigte im Schnitt. In Höchstzeiten sogar 104.000 im letzten Jahr. Das ist eine Entwicklung, die wir etwa vor 20 Jahren so nicht zur Kenntnis haben nehmen müssen. Das Problem ist allerdings, und das ist auch der Kern der Frage, nehme ich an, wir haben ungefähr 16 bis 17 Prozent ausländische Arbeitnehmer. Nichts gegen ausländische Arbeitnehmer, wo wir sie brauchen, dort sind sie auch wichtig. Aber grundsätzlich wäre es mir wichtig, dass wir burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeiternehmer beschäftigen und diese Maßnahmen, die hier mit Bildungsgeschichten beziehungsweise mit Maßnahmen über befreundete oder

Sozialpartner, aber auch über Organisationen heimischer Institute, wie beispielsweise das BFI oder das BUZ, aber auch über die Wirtschaftskammer gesetzt werden, dafür zu sorgen, dass wir dafür einstehen, dass österreichische beziehungsweise in dem Sinn, wenn es möglich ist, burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch zum Zug kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben ja beispielsweise auch einige Möglichkeiten im Bezirk Neusiedl am See, wo, was das Outletcenter betrifft, ein immenser Prozess der Ausweitung platzgreift. Da appelliere ich auch an unsere Menschen, sich hier zu bewerben, um auch dafür zu sorgen, dass da die burgenländischen Arbeitnehmer zum Zug kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zum Aufruf der sechsten Anfrage. Die sechste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter an Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Welche Initiativen und Projekte planen Sie 2017 im Jugendbereich?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Jugendarbeit wird sich im Burgenland auch im Jahr 2017 sehr vielfältig und sehr abwechslungsreich gestalten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Jetzt alle Initiativen und Projekte aufzuzählen, die wir für 2017 entweder bereits umgesetzt haben, oder die sich noch in Planung befinden, würde den Zeitrahmen sprengen, aber ich werde mich in der Beantwortung auf die aktuellsten beziehungsweise wichtigsten Aktivitäten und Projekte beschränken.

Die Themen Bildung und Ausbildung werden auch im Jahr 2017 für die burgenländischen Jugendlichen im Vordergrund stehen. Wir haben hier bereits im Jänner zwei neue Förderschienen präsentiert. Die eine betrifft eine Förderung für Schulreisen zu Institutionen der Europäischen Union und die andere neue Schiene betrifft die Förderungen für Schulbesuche im Ausland. Mit diesen zwei neuen Förderinitiativen möchten wir vor allem den Stellenwert der Bildung, aber auch den Stellenwert von Auslandsschulbesuchen beziehungsweise Auslandsprojekttagen weiter anheben. Vielleicht nur ganz kurz zur Förderung was die Schulreisen zu den Institutionen der Europäischen Union betrifft. Das ist eine neue Förderschiene, die das Landesjugendreferat nun seit 2017 burgenländischen Schulklassen, Schülerinnen, Schüler und Schülergruppen anbietet, wenn sie zu Einrichtungen und Institutionen der Europäischen Union oder des Europarates fahren beziehungsweise diese besuchen. Das gilt ab der 9. Schulstufe für Reisen aus dem Burgenland, entweder nach Brüssel, Straßburg, oder Luxemburg. Die Fördersumme beträgt hier 100 Euro pro an der Reise teilnehmenden Schüler oder Schülerin.

Voraussetzung ist aber, dass zumindest eine Einrichtung entweder der Europäischen Union oder des Europarates besucht wird. Im Vorfeld gibt es ganz einfach zur Vorbereitung auf diese Reise auch Workshops mit dem RMB.

Dadurch soll jungen Menschen ein besseres Verständnis für die Abläufe von europapolitischen Zusammenhängen und europäischer Politik vermittelt werden. Die zweite Förderung, die Schulbesuche im Ausland, ist eine adaptierte Förderung, denn diese Förderung des Landesjugendreferates gibt es bereits seit dem Sommersemester

2013, wo unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag eine finanzielle Förderung für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt wird, die entweder über ein oder mehrere Semester eine Schule im Ausland besuchen.

Seit 1. Jänner 2017 ist diese Förderung einkommensabhängig und sozial gestaffelt. Die Höhe der Förderung differenziert - je nach Bruttojahreseinkommen der Eltern - von 600 Euro bis zu 1.750 Euro pro Schulhalbjahr. Das heißt, es ist hier zu einer wirklich massiven Anhebung gekommen, vor allem auch für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten. Mir war es wichtig, dass hier jeder Schüler, egal welcher Herkunft, die Möglichkeit für ein Auslandssemester hat. Das sind also zwei wichtige Initiativen, die bereits in den ersten Monaten des Jahres 2017 umgesetzt worden sind. Darüber hinaus haben wir heuer natürlich schon zahlreiche andere Veranstaltungen über die Bühne gebracht.

Beispielsweise die Jungmusikerehrung, die Burgenländische Schiwoche in Altenmarkt, die Jugendsportlerehrung oder einen Einführungskurs für außerschulische Jugendarbeit. Anfang März haben wir auch die neue Initiative „Deine Gemeinde, jung, aktiv, innovativ“ präsentiert, wo es vor allem das Ziel ist, die Jungendarbeit in den burgenländischen Gemeinden weiter zu forcieren, weiter auszubauen, aber auch das Angebot für Jugendliche vor Ort in den Gemeinden weiter zu stärken. Ergänzend dazu werden wir in den kommenden Wochen in den Bezirken auch Info-Workshops zum Thema Jugendcoaching anbieten, wo über neue Angebote für Jugendliche informiert wird. Hier geht es vordergründig darum, was die aktuellen Trends bei Jugendlichen sind. Einladungen und genauere Informationen werden hier noch in den nächsten Wochen erfolgen. Was bereits im Laufen oder in laufenden Vorbereitungen ist, ist ein Mix aus teilweise bewährten Initiativen und neuen Initiativen, sei es jetzt der Karaoke-Wettbewerb oder der Bandwettbewerb.

Heuer wird es erstmalig auch ein Konzert der Top 5 Musiker oder Bands der Songchallange geben. Landesjugendsingen, Bundesjugendsingen sind in Vorbereitung.

Die Infokampagne im Rahmen der Europäischen Jugendwoche ist auch in Vorbereitung, genauso wie die Förderung von Integrationsprojekten in Gemeinden. Auch im zweiten Halbjahr wird es dann eine Vielzahl an Aktionen und Förderungen seitens des Landesjugendreferates geben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Man sieht, da passiert einiges im Jugendbereich. Mich würde auch noch folgendes interessieren: Qualitätsvolle Angebote und gut ausgebildete Personen sind in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit von besonderer Bedeutung.

Welche Maßnahmen werden dabei von Ihnen gesetzt, um auch im Burgenland eine hochwertige, außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sicherzustellen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das stelle ich in meinen Terminen mit Jugendorganisationen, mit Gemeinden, mit Organisationen mit Vereinen fest, dass hier wirklich großer Bedarf einerseits an gut ausgebildeten und andererseits auch an aktiven Jugendbetreuerinnen und Jugendbetreuer besteht. Darauf haben wir auch reagiert. Einerseits mit dem Einführungskurs für außerschulische Kinder- und Jugendarbeit. Das hat das

Landesjugendreferat jetzt erstmals in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendforum gestartet.

Das ist ein Einführungskurs, der sich vor allem an Jugendbetreuerinnen, an Jugendbetreuer oder an Jugendorganisationen richtet, die in Jugendzentren oder in Gemeinden entweder neben- beziehungsweise hauptberuflich oder auch ehrenamtlich tätig sind.

Ziel dieses Kurses ist oder war es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu befähigen, ihre ehrenamtlichen beziehungsweise beruflichen Tätigkeiten noch kompetenter ausführen zu können. Dieser Kurs hat jetzt an zwei Wochenenden zu verschiedenen Modulen stattgefunden. Es waren dies die Module Pädagogik, Suchtprävention, das Projekt Eventmanagement und auch allgemeine Rechtsfragen. In all diesen Gebieten konnten sich die Teilnehmer noch etwas mehr weiterbilden. In diesem Zusammenhang sind wir aber auch gerade dabei, ein integratives Stufenkonzept zur Errichtung von offener Jugendarbeit auch in den Gemeinden zu erarbeiten.

Das passiert seitens des Landesjugendreferates gemeinsam mit der bOJA und der FH Burgenland. Ziel soll hier sein, die offene Jugendarbeit möglichst flächendeckend auch über die Gemeinden im Burgenland umzusetzen, um hier auch ein möglichst engmaschiges Netz zu schnüren und hier bedarfsorientierte Konzepte zu stärken und zu implementieren beziehungsweise von offener Jugendarbeit im Burgenland auch anzubieten. Nebenbei gibt es natürlich auch die bewährten Konzepte, wie beispielsweise die Redewettbewerbe, die auch in den nächsten Wochen und Monaten wieder über die Bühne gehen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben vorher die Initiative „Deine Gemeinde! Jung, aktiv, innovativ“ genannt. Was ist da der genaue Zweck und das Ziel dieser Initiative?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Initiative haben wir jetzt im März vorgestellt. Jugendarbeit ist immer eine Querschnittsmaterie und betrifft verschiedene Bereiche. Wir haben im Jahr 2016 einen sehr groß angelegten Beteiligungsprozess mit Jugendlichen quer über das ganze Burgenland gestartet. Da waren 16- bis 22-Jährige beteiligt.

Wir haben natürlich versucht, diese Ergebnisse dann auch entsprechend in diese Arbeit einzubinden. Eines dieser Ergebnisse war, dass sich die burgenländischen Jugendlichen sehr stark mit ihren Gemeinden identifizieren, dass sie sich sehr stark in den Gemeinden auch zu Hause fühlen und sich vor Ort auch ein entsprechendes Angebot wünschen.

Deswegen diese Initiative wo es darum geht, die Gemeinden zu animieren, sich noch mehr für die Jugendarbeit einzusetzen beziehungsweise Gemeinden, die bereits sehr stark in der Jugendarbeit und mit Jugendangeboten dabei sind, vor den Vorhang zu holen und entsprechend auch zu würdigen.

Wir haben hier einen Maßnahmenkatalog hinausgegeben, wo verschiedenste Maßnahmen berücksichtigt sind, die vor allem die Jugendarbeit betreffen. Ziel ist es aber immer, dass in diesen Maßnahmen der Begriff der Jugendbeteiligung ganz wesentlich ist. Diese Maßnahmen sind dann mit einem Punktesystem hinterlegt. Eine Gemeinde, die

beispielsweise mehr als 24 Punkte erreicht, kann sich dann als meine, deine Gemeinde auszeichnen lassen. Das ist zusätzlich auch mit einer kleinen finanziellen Wertschätzung verbunden und die drei Gemeinden mit der höchsten Punkteanzahl bekommen dann noch ein bisschen mehr und werden dann auch im Zuge einer Veranstaltung im September im Kulturzentrum ausgezeichnet.

Eingereicht werden können alle Projekte und Aktivitäten, die die Gemeinden setzen, bis 2015 gesetzt haben oder auch noch für 2017 planen. Als Belege reichen im Grunde genommen Einladungen, Fotodokumentationen und dergleichen. Ziel dieser Initiative ist es, vor allem das Angebot für Jugendliche in den Gemeinden vor Ort noch mehr zu stärken und zu attraktivieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Landtagsabgeordneter Fazekas.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Grundsätzlich freut es mich, dass Sie meinen Vorschlag in Bezug auf die Förderungen für SchülerInnen bei Reisen zu Institution der Europäischen Union fördern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Herbst haben wir diesen Antrag diskutiert. Das war ein Vorschlag von der ÖVP. Rot-Blau hat damals dagegen gestimmt. Jetzt ist er umgesetzt.

Zur Frage: Das Burgenland ist davon betroffen, dass junge Menschen aus dem ländlichen Raum in die urbane Gegend abwandern. Wenn man in den Landessüden blickt, merkt man, dass die Gemeindebürger immer älter werden, dass die Bevölkerung weniger wird, dass sich das Ortsbild in Summe verändert. Was tun Sie als Jugendlandesrätin, um die Abwanderung junger Menschen in die urbane Gegend zu reduzieren?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Vielleicht noch kurz zu der Förderschiene „Schulbesuche im Ausland“. Das war eine neue Förderrichtlinie, die, wie Sie sich vielleicht vorstellen können, zur Ausarbeitung auch ein bisschen Zeit in Anspruch genommen hat. Deswegen war diese Förderschiene bereits in Ausarbeitung, wie Ihr Antrag gekommen ist, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ah, so!)* sonst hätten wir ja diese Förderschiene auch nicht bereits Anfang des Jahres präsentieren können. Aber natürlich freut es mich, wenn wir einmal ausnahmsweise einer Meinung sind und da eine gemeinsame Initiative unterstützen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ausnahmsweise. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Auf der anderen Seite, wenn Sie mir vielleicht bei der vorherigen Anfragebeantwortung zugehört haben, zielt genau diese Initiative „Deine Gemeinde“ genau in diese Richtung ab. Nämlich, die Gemeinden und das Jugendangebot vor Ort für die Jugendlichen im Burgenland attraktiver zu machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zum Aufruf der siebenten Anfrage. Die siebente Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Resetar um die Verlesung ihrer Anfrage. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mit Fragen des Konsumentenschutzes und der Mietrechtsberatung beschäftigt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Liebe Damen und Herren auf den Tribünen! Zunächst einmal ist der Konsumentenschutz aus der Burgenländischen Landesregierung nicht mehr wegdenkbar. Nunmehr gibt es seit 17 Jahren dieses Angebot. Wir haben das Angebot auch erweitert. Ich bin sehr froh darüber, weil ich glaube, dass wir gerade in der Politik dafür da sind, dass wir Menschen unterstützen.

Konsumentenschutz ist ein sehr weitreichender Begriff wenn es darum geht, die Themen, mit denen Menschen zu uns kommen, anzuschauen. Es geht immer um die Sorgen der Menschen. Vor allem möchte ich heute ganz klar sagen, dass Konsumentenschutz auch ein Schutz vor Armut ist. Wir haben in diesen 17 Jahren den Menschen mittlerweile ungefähr zwei Millionen Euro ersparen können. Es geht hier auch um Armutsbekämpfung, vor allem aber auch, dass die Menschen durch den Konsumentenschutz auch vor Armut mehr geschützt sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Konsumentenschutz ist nur in wenigen Bundesländern so gut ausgestattet, wie bei uns. Ich möchte mich dafür auch beim Personalreferenten der Burgenländischen Landesregierung, beim Herrn Landeshauptmann, sehr herzlich dafür bedanken. Ich bin nach meinen Parlamentsjahren als Landesrätin in das Landhaus in Eisenstadt gekommen, habe mit dem Herrn Landeshauptmann ein Gespräch geführt und er war der gleichen Meinung wie ich, dass der Konsumentenschutz, und der ist seit dem Jahr 2000 implementiert, in die Burgenländische Landesregierung gehört.

Ich kann Ihnen aber gerne einmal Einsicht geben, wie viele Menschen sich bei uns bedanken, weil sie uns brauchen. Natürlich ist der Konsumentenschutz auch Konsumentenschutzpolitik. Das heißt, es muss immer um Prävention und um Information gehen, weil der Schwerpunkt natürlich die Beratung ist. In vielen Bereichen haben wir daher immer wieder auch auf unser Zielpublikum geschaut.

Es ist ein Unterschied, ob ich heute beispielsweise durch bestimmte Reisen, die von PensionistInnen, von SeniorInnen unternommen werden, sie davor schütze, oder ob ich davon rede, und heute sind sehr viele junge Menschen bei uns, dass Sie anders einkaufen, meine jungen Damen und Herren auf den Zuschauertribünen, als Menschen ab 60ig, ab 70ig, nämlich, online. Auch das ist eine riesige Herausforderung. Das heißt, hier setzen wir vor allem auf Prävention. Wir bemühen uns auch dementsprechend, dass wir alle jungen Menschen auch davon informieren, dass die Sicherheit beispielsweise wenn man über das Internet bestellt und so weiter natürlich nicht so groß ist, als wenn man weiß, da ist ein Geschäft, da gehe ich hin. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte Sie überhaupt nicht davon abhalten, online einzukaufen, aber ich darf Sie nur bitten, da wirklich sehr vorsichtig zu sein, weil wir sehr viele junge Menschen haben, die bei uns Rat und Unterstützung suchen. Bei dieser Gelegenheit darf ich unserem Konsumentenschutz auch gleich meinen herzlichen Dank aussprechen.

Frau Abgeordnete! Sie haben gefragt, wie viele Menschen im Konsumentenschutz arbeiten, zwei Personen. Der Hauptschwerpunkt ist natürlich Eisenstadt und die Frau Mag. Landl habe ich vorher gesehen, vielen herzlichen Dank. Die Frau Mag. Landl hat das jetzt über viele Jahre gemacht. Sie wird jetzt in eine andere Abteilung kommen und wir bekommen und haben schon einen neuen Mitarbeiter. Es gibt bereits eine Übergangsphase, das ist der Herr Mag. Schmidt. Im Südburgenland sind wir, und das ist mir sehr wichtig, durch den Herrn Mag. Dunkl vertreten.

Menschen kommen auf vielfältiger Art und Weise zu uns. Viele wollen das persönliche Gespräch, andere natürlich über Internetform und beziehungsweise über E-Mail Kontakte. Nur ist der Konsumentenschutz in den letzten Jahren auch viel mehr auch zur Mietrechtsunterstützung geworden. An den Zahlen der letzten Wochen und Monate sehen wir, dass das immer mehr wird.

Es hat sich in den letzten Jahren also immer mehr auch zu Mietrechtsfragen hat das geführt. Früher meine Damen und Herren ging es in erster Linie um Mietwohnungen, heute sehen wir natürlich, dass immer mehr Häuser auch vermietet werden, weil Menschen zu uns ziehen, die sich ein Haus mieten, oder als Zweitwohnsitz und so weiter. Das heißt, Mietrechtsfragen nehmen schon fast die Hälfte der verschiedenen Anfragen der Zeit. Ich bin sehr stolz, dass wir, nochmal, als einziges Bundesland mit zwei Mitarbeiterin, Mitarbeiter, das schaffen, dass wir über 600 Menschen jedes Jahr mindestens im Schnitt haben, die bei uns Rat und Tat suchen und vor allem Unterstützung bekommen.

Noch einmal herzlichen Dank an die Mitarbeiterin und an die Mitarbeiter. Sie leisten Hervorragendes. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Ihre Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Also Konsumentenschutz ist mit Sicherheit auch eine Hauptaufgabe der Arbeiterkammer, die das übrigens hervorragend machen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum Thema Konsumentenschutz, da gibt es einen Kalender, Konsumentenschutzkalender. Ich möchte gerne wissen, wie viel Steuergeld haben Sie mit der Produktion des Konsumentenschutzkalenders verbraten, *(Abg. Ingrid Salamon: Also diese Wortwahl!)* von dem eigentlich niemand weiß, an welchen Adressat oder Adressatin er geschickt und mit welcher Auflage er produziert wurde?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Liebe Frau Abgeordnete! Sie müssen wissen, wie Sie hier fragen, wenn wir über 600 Menschen jährlich gratis eine Erstberatung zukommen lassen, die vor Armut, vor vielen Sorgen schützt und Sie reden dann von „verbraten“. Viele liebe Grüße von über 600 Menschen und *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Oder fragen Sie da oben an den Zuschauertribünen, junge Menschen, wie bei denen das ankommt, dass Sie gute Arbeit schlecht machen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was haben Sie für den Kalender ausgegeben? Wie viel? Eine einfache Frage! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Was kostet nun der Kalender?)*

Da geht es ja nicht nur um meine Arbeit, da geht es um die Arbeit der Juristen und Juristinnen. Sie haben mir auch nicht zugehört, na keine Aufregung, keine Sorge, Sie kommen zu Ihrer Antwort und Sie können halt nicht akzeptieren, dass wir viel für Menschen tun, aber ich sehe das als meine Aufgabe. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was kostet der Kalender. Das war die Frage! Das ist doch nicht so schwer!)*

Wir haben im Konsumentenschutz vorher schon gesagt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was kostet der Kalender?)* viele Zielgruppen. Ich bedanke mich herzlich bei der Arbeiterkammer, die alle Arbeiterkammermitglieder beraten kann, aber nicht die Nichtmitglieder und daher haben wir eine große Menschengruppe von jungen Menschen die heute da sind, bis hin zu Pensionistinnen und Pensionisten als Zielgruppe zu versorgen.

Natürlich ist klar, die jungen Menschen brauchen keine Kalender die sie sich aufhängen, ältere Menschen sind nicht immer, viele schon, aber nicht immer internetkonform. Die wollen das auch ausgedruckt haben. Jeder Euro ist da wichtig. Ich bin stolz darauf, dass wir diesen Konsumentenschutzkalender haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wie viel?)*

Wie viel das gekostet hat, entschuldigen Sie, ich weiß viel, aber ich sage Ihnen jetzt keine ungefähre Zahl, ich sage Ihnen gerne, frage dann nachher, die genaue Zahl. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist eine Ansage!)* Aber jeder Euro ist wichtig, ich bin stolz darauf. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Ja, ich zitiere jetzt aus diesem Kalender auf Ihrer Seite: „Zu Gunsten der besseren Lesbarkeit, wurde im Text auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher und männlicher Personenbegriffe verzichtet und die männliche Form angeführt. Gemeint und angesprochen sind natürlich immer beide Geschlechter."

Frau Landesrätin, Sie legen ja immer so viel Wert auf die richtige Ansprache. Ist das jetzt der New Deal oder der Plan A Ihrer Frauenpolitik?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Jetzt ist mir klar, warum Sie die Anfrage überhaupt gestellt haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Sie wollten ja, Sie wollten ja, ich habe mir gedacht die Frau Abgeordnete, Landesrätin außer Dienst, wird ja mich nicht wirklich fragen, weil Sie das hören will, was gut da hier gearbeitet wird, die hat ja einen Hintergrund. Jetzt weiß ich es. Kann ich Ihnen gerne erklären, was der Hintergrund war, aber Ihnen geht es ja darum, gute Arbeit schlecht zu machen und jetzt habe ich den Grund dafür. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was hat er gekostet?)*

Warum wir darauf extra hingewiesen haben, Sie werden auch immer wieder die Anrede Konsumentinnen und Konsumenten finden, nur kann ich das bei den Gesetzen nicht machen, da geht es immer um viele Gesetzesmaterien im Hintergrund.

Das ist nicht möglich, bezieht sich aber nicht auf die Anrede und herzlichen Dank, Männer wie Frauen, wie junge Menschen, ältere Menschen sind wichtig. Und Danke, dass ich jetzt durchschauen kann, wie Sie meine und die Arbeit der guten Juristinnen und Juristen zu Gunsten der Menschen schlecht machen wollen. Danke für Ihre Anfrage. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Es kommt ja nicht so oft vor, dass ich mit der Kollegin Resetar in einer frauenpolitischen Frage einer Meinung bin. In dem Fall war ich doch erstaunt, dass von Ihr jetzt diese Nachfrage kam. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber an Sie Frau Landesrätin, Sie haben in Ihrer Antwort auf die Anfrage jetzt die Frauenarmut angesprochen, zu Recht, und es geht ja auch um die Mietrechtsberatung.

Daher frage ich Sie, wie bewerten Sie, dass MindestsicherungsbezieherInnen im Burgenland keine Wohnbeihilfe mehr bekommen, wo sie doch so dringend darauf angewiesen wären?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Frau Landesrätin, nachdem die Frage keinen direkten Bezug auf die ursprüngliche Frage hat, stelle ich Ihnen frei, die Frage zu beantworten.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja vielen herzlichen Dank! Klar hat das keinen Kontext zum Mietrecht, aber gerne beantworte ich die Frage. Zunächst einmal, was sind Mietrechtsfragen und um wen geht es da und ja, Sie haben Recht, wenn Sie hier implizieren, in Ihre Frage geht es da um Armutsbekämpfung, ja, aber nicht nur um Armutsbekämpfung von Frauen, sondern leider auch sehr oft Männer, aber auch alle Zielgruppen von jung bis älter.

Ein aktueller Fall, den wir heute in der Früh schon in Vorbereitung auf die Anfragenbeantwortung besprochen haben, wo beispielsweise eine junge Familie von heute auf morgen, obwohl sie ein unbefristetes Mietverhältnis hat, und das haben wir öfters solche Anfragen, gekündigt wird. Obwohl es ja gar nicht geht gesetzlich. Die jungen Menschen mit ihren zwei Kindern natürlich völlig außer sich geraten, wo wir natürlich bei näherer Betrachtung sofort draufgekommen sind, da geht es auch darum, dass sie nicht sehr viel Geld haben.

Also eigentlich können sie sich gerade die Miete, aber schon gar nicht einen Umzug und so weiter leisten. Da geht es immer um Armutsbekämpfung in diesem Fall. Nur eine Klarstellung, in dem Fall ist es so, dass es gar nicht geht, wenn ein unbefristetes Mietverhältnis da ist, kann ich nicht kündigen. Noch dazu war der Grund super, weil sie nach 22:00 Uhr, was sich dann herausgestellt hat, dass das nicht 22:00 war, zu laut waren, weil halt Kinder manchmal laut sind.

Also solche Fragen sind natürlich immer sehr wichtig.

Ich sage aber auch ganz klar dazu. Ich stelle mich immer vor jene, von denen ich den Eindruck habe, sie brauchen Hilfe. Das gilt für die Mindestsicherung genauso wie für den Konsumentenschutz, genauso für das Mietrecht. *(Abg. Manfred Kölly: Auch vor die Jäger?)*

Ich stelle mich vor jeder einzelnen Frau, vor jeden einzelnen Mann, jungen Menschen, der Hilfe braucht. Was ich nicht möchte, und dafür bin ich nicht zu haben, wenn jemand unsere Steuermittel ausnützt und da bin ich dagegen. Damit sehe ich hier den Kontext zwischen Mietschutz und Mindestsicherung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ich werde im Gegensatz zur Kollegin Resetar keine Kochfrage stellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Michaela Resetar: Wie bitte?)*

Mir geht es darum, ob Bürgernähe gerade in der digitalen Welt von entscheidender Bedeutung ist.

Wie stellen Sie sicher, dass alle Burgenländerinnen und Burgenländer den direkten Kontakt zum Konsumentenschutz des Landes haben?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Wie vorher schon gesagt, geht es immer darum, Herr Abgeordneter Drobits, dass wir auf unsere Zielgruppen schauen. Ich habe vorher schon erwähnt, junge Menschen, denen können wir natürlich unseren Service über online-, beziehungsweise Internet-, beziehungsweise E-mail-Anfragen bisher nicht in ausreichender Weise zur Verfügung stellen.

Daher haben wir gerade und ich lade Sie alle ein sich das anzuschauen, wir sind gerade dabei das System wieder zu adaptieren, zu evaluieren und zu schauen, können wir den Service bieten. Können wir irgendwo etwas verbessern?

Da sage ich klar dazu, da müssen wir noch viel mehr tun. Wir werden auch in Kürze einen facebook-Auftritt und so weiter verstärken, weil hier über soziale Medien natürlich wir die jungen Menschen viel besser erreichen können und die müssen wir auch wirklich vor manchen Geschäftspraktiken schützen. Den jungen Menschen ein normales Leben als Erwachsene dann garantieren.

Das Zweite, was uns ganz wichtig ist. Ich habe vorher schon erwähnt, die große Zielgruppe der Frauen, die beispielsweise zu Hause arbeiten und nicht Arbeiterkammer Mitglieder sind, oder vor allem auch ältere Menschen wie beispielsweise vorher schon erwähnt, beim Konsumentenschutzkalender.

Daher habe ich mich vor vielen Jahren in Absprache mit dem Landeshauptmann dazu entschlossen, dass wir Außensprechtage installieren. Ich kann Ihnen sagen, dass das natürlich genau das richtige Rezept ist, damit Menschen uns hier erreichen können. Konsumentenschutzfragen, Mietrechtsfragen, da geht es auch um Privatsphäre, da geht es auch um viel Hintergrund. Daher bin ich stolz, dass wir sowohl in Neusiedl, als auch in Güssing, Jennersdorf und Oberwart Außensprechtage haben. Gerade auch der Süden, wo Eisenstadt doch sehr auf das Büro fokussiert ist, sind diese Außensprechtage an allen vier Bezirkshauptmannschaften sehr wichtig. Die Leute danken uns das auch und das werde ich so weiter fortführen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wir nehmen das Angebot natürlich dankend an, dass Sie die Kosten des Kalenders nachreichen. Wenn Sie aber vielleicht uns zumindest sagen könnten, wer die Zielgruppen Ihres Kalenders waren und die Auflage? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das hat Sie nicht gesagt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie hat gesagt, dass hier eher ältere Personen das nutzen und nicht wer hier die Zielgruppe ist.)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Also zum Ersten, weiß ich weder die Auflage noch den Preis. Nochmal, ich weiß viel, aber ich habe viele Zuständigkeiten, arbeite viel und das können Sie unmöglich von mir verlangen und ich bin nicht dafür zu haben, dass ich irgendeine ungefähre Zahl sage *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist doch der Sinn einer Fragestunde!)* und das nächste Mal stehen Sie dann da und machen den Konsumentenschutz wieder schlecht. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Für das seid Ihr doch da! Das ist doch die Verpflichtung! Das ist doch der Sinn einer Fragestunde! Also bitte! Wo sind wir denn?)* Das lasse ich nicht zu. Ich reiche das gerne nach. Zweitens, ja ich kann Ihnen keine Antwort geben, wenn Sie sich so aufregen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist doch unser Recht als Abgeordnete. Sie sind doch von uns hier in der*

Regierung gewählt! Ihr müsst doch die Fragen beantworten. – Allgemeine Unruhe) Herr Abgeordneter.

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Meine Damen und Herren Abgeordneten! Bitte um Ruhe! Ruhe!

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Der Konsumentenschutz ist Gott sei Dank immer etwas was hilft, in diesem Fall offensichtlich nicht, aber ich darf noch einmal wiederholen, die Zielgruppe ist ganz klar, eher ältere Menschen, die weniger im Internet sind, oder das müssen ja nicht nur ältere Menschen sein, das Zweite, was ist die Intention?

Wenn Sie sich das anschauen, geht es darum, dass wir so im alltäglichen Leben Menschen mit dem Kalender, und das ist die Absicht, erinnern woran sie denken sollen. Daher ist jedem Monat ein Thema gewidmet. Wir haben hier die zwölf Monate herausgenommen und zu jedem Monat eher so saisonal, was klar ist, zu Weihnachten wird anders eingekauft als beispielsweise, wenn die Abrechnung für die Miete kommt im Juli.

Dann haben wir das so organisiert, dass die Menschen wirklich täglich konfrontiert werden, dass sie erinnert werden, dass sie aufpassen sollen und ich darf das noch einmal an die jungen Menschen sagen, bitte keine Kaufverträge, bitte keine Mietverträge und so weiter abschließen.

Vorher Fragen, Rat kostet nichts und kann sie vielleicht bewahren vor Schwierigkeiten die sie dann haben.

Also gerne werde ich beide Zahlen nachliefern. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Danke! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 816), mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 574) (Beilage 835)

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die Fragestunde ist somit durch Zeitablauf beendet. Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 816, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird, Zahl 21 - 574 Beilage 835.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird, in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Anschließend erfolgte eine Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA betreffend Auslegung des § 42 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages,. Der Vorsitzende gab dazu eine kurze Stellungnahme ab.

Landtagsabgeordneter Fazekas stellte in seiner Wortmeldung eine Frage an Frau Landesrätin Mag.a. Astrid Eisenkopf. Frau Landesrätin gab dazu eine Erklärung ab.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Nach der Fragestunde vorweg möchte ich noch eine Sache anbringen im Zuge unserer Geschäftsordnungsdebatten.

Herr Landtagspräsident, ich als Abgeordnete erwarte mir schon von Ihnen als Präsident, dass Sie darauf achten, dass wir als Abgeordnete unsere Arbeit gut machen können und sich dafür einsetzen. Weniger dafür, dass die Regierung ihre Arbeit möglichst gut so zu sagen vor uns auch verborgen halten kann, dort wo sie das nicht will.

Ich erwarte mir von Ihnen, als Landtagspräsident, hier einen höheren Schutz und eine Arbeit für uns Landtagsabgeordnete *(Abg. Manfred Kölly: Genau!)* und für diesen Landtag. *(Abg. Walter Temmel: Bravo! – Beifall bei den GRÜNEN, der ÖVP und der LBL)*

So und jetzt zum Jugendschutzgesetz. Die jetzige Änderung ist ja nur eine recht kleine und geringfügige. eigentlich möchte ich sagen, leider ist sie nur eine sehr kleine und geringfügige. Das ist für manche hier jetzt vielleicht nicht sehr interessant, aber wir müssen es trotzdem durchbringen und durchdiskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es? Es geht im Wesentlichen darum, dass ein Gerät der Vollständigkeit halber auch nur durch das Gesetz verboten wird. Mit diesem Gerät können Suchtmittel inhaliert und sonst irgendwie eingenommen werden. Das ist schon in Ordnung so, das ist eine Nachbesserung.

Was auch interessant ist, es wird jetzt mit dieser Novelle ein Paragraf geringfügig ausgeweitet, der, ich muss es zugeben, auch mir bislang noch kaum aufgefallen ist, und erst durch diese Erweiterung wurde ich nochmal darauf hingewiesen.

Es ist der Paragraf 10, der über jugendgefährdende Medien, Datenträger, Gegenstände, Dienstleistungen, Veranstaltungen und Handlungen befindet. Also es geht hier um Jugendgefährdendes, das verboten oder auch hintangestellt werden soll.

Ich zitiere das Gesetz: Inhalte von Medien im Sinne des § 1, - also die Paragrafverweisungen lasse ich jetzt aus, die sind jetzt nicht so wichtig, - und Datenträgern sowie Gegenstände, Dienstleistungen, Veranstaltungen und Handlungen, die junge Menschen in ihrer Entwicklung gefährden können, dürfen diesen nicht angeboten, vorgeführt, an diese weitergegeben oder sonst zugänglich gemacht werden.

Und dann geht es darum, was gilt denn als eine Gefährdung im Sinne dieses Absatzes? Hier steht, eine Gefährdung ist besonders dann anzunehmen, wenn die genannten Medien, Datenträger, Gegenstände, Dienstleistungen, Veranstaltungen oder Handlungen - und jetzt gibt es verschiedene Aufzählungen, ich sage jetzt die zweite dazu,

- wenn diese Handlungen Menschen wegen ihrer Rasse, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres religiösen Bekenntnisses oder ihrer körperlichen oder geistigen Behinderung diskriminieren.

Hier wird jetzt dazu gefügt der Begriff der Weltanschauung. Also man darf auch nicht wegen der eigenen Weltanschauung diskriminiert werden. Und ich finde, das ist in der Tat für die Praxis ein sehr, sehr spannender Paragraf. Weil das ist die Auseinandersetzung, was ist Diskriminierung und wie kommt Diskriminierung zustande?

Und wenn ich mir anschaue, was gerade zum Beispiel auf Internetseiten, auf Facebook-Seiten, wo auch immer, auch bei sozusagen verschiedensten sogenannten Informationsmedien, die halt ihre Meinungen in der Welt herumstreuen, hier geäußert wird, was wir nicht vor Jugendlichen verbergen können.

Oder wenn wir auch noch weiterdenken, wie sehr von einzelnen Gruppierungen, auch von einzelnen Parteien, der Herr Kollege Molnar ist schon sozusagen gespannt was da kommt, Teilen von Parteien muss ich sagen oder deren Vertreter und Vertreterinnen so alles geäußert wird, können wir schon darüber diskutieren, ob es hier nicht oft um Diskriminierungen geht. Wo hier Frauen diskriminiert werden, wo hier Menschen anderer Weltanschauung oder anderer Herkunft diskriminiert werden.

Und ich lade Sie ein, dass wir diese Diskussion nicht hier bei diesem Tagesordnungspunkt, sondern dort, wo wir wirklich in Ruhe miteinander diskutieren können und gemeinsam zu neuen Erkenntnissen kommen, diese Diskussionen auch wirklich anstreben.

Weil es ist nicht so, dass wir dieses Jugendschutzgesetz in diesem Paragrafen umsetzen können. Wir können Jugendliche nicht einfach davor schützen oder bewahren, sich mit solchen Inhalten zu befassen.

Wir können aber sehr wohl selber in unseren eigenen Medien, in unseren eigenen Reihen und in unserem Umfeld, dafür sorgen oder zumindest Sorge tragen, dass hier keine diskriminierenden, wen auch immer, diskriminierenden Äußerungen getätigt werden. Da werden wir Vieles durchforsten müssen, wenn wir ehrlich sind.

Eine spannende Auseinandersetzung und weil jetzt gerade Schülerinnen und Schüler, eine Schulklasse, auch auf der Galerie sitzt, möchte ich Euch sozusagen einladen oder auffordern, setzt Euch vielleicht auch damit auseinander, was Ihr dazu meint. Es würde mich sehr interessieren, wenn Ihr zu einem Ergebnis kommt. Ich finde das ist eine sehr, sehr spannende Debatte und mich würde gerade da die Einschätzung der Jugendlichen selbst interessieren.

Was mir aber insgesamt beim Thema Jugendschutzgesetz noch viel wichtiger ist, als der einzelne Paragraf, ist, dass wir wirklich endlich eine Harmonisierung der Jugendschutzgesetze quer durch Österreich brauchen. Wir haben noch immer in jedem Bundesland ein eigenes Jugendschutzgesetz, das ist nun Mal in der Hoheit der Landesgesetzgebung.

Aber es ist für mich unhaltbar das Jugendliche, wenn sie zum Beispiel Abends weggehen, eine Landegrenze überschreiten dabei, andere Jugendschutzgesetze befolgen müssen als in ihrem Heimatort.

Also, wenn zum Beispiel eine burgenländische Jugendliche ausgehen möchte, im Südburgenland zum Beispiel und man geht dann in die Steiermark hinüber, da muss man höllisch aufpassen, weil dort gilt ein anderes Jugendschutzgesetz als im Burgenland.

Oder wenn Ihr steirische Freunde habt, die dann ins Burgenland kommen, die können zwar im Burgenland, wenn sie über 16 Jahre alt sind die Nacht durchfeiern, nur bitte dürfen sie nicht nach Hause fahren in der Nacht, weil dann könnten sie bereits gegen das Jugendschutzgesetz in der Steiermark verstoßen, *(Abg. Manfred Kölly: Wo bleiben sie dann?)* weil sie dort schon viel früher zuhause sein müssen. *(Abg. Manfred Kölly: Wo bleiben sie dann?)*

Die dürfen dann im Burgenland übernachten, laut dieser Jugendschutzgesetze. Also, das ist nur ein Beispiel und es gibt andere Beispiele ab welchem Alter man wo was darf alleine. Das ist so lästig, weil, für Jugendliche sind die Landesgrenzen irrelevant. Wir haben eh schon viel zu viele Grenzen untereinander.

Vielleicht gelingt es uns wenigstens beim Jugendschutzgesetz hier bald zu einer Harmonisierung zu kommen. Und ich hoffe da auch sehr auf die Unterstützung unserer Landesrätin mit den Kollegen und Kolleginnen der anderen Bundesländer in ein gutes Einvernehmen zu kommen.

Ich weiß es ist nicht leicht, weil wenn man in der Steiermark findet, man muss halt früher ins Bett gehen, dann ist das schwer dort auch politisch zu diskutieren, aber das werden wir gemeinsam auch noch ein bisschen vorantreiben können. Harmonisieren wir endlich!

Dieser Gesetzesänderung stimmen wir natürlich zu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächstem erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht im Wesentlichen wirklich um zwei Punkte. Weltanschauung haben wir zur Genüge gehört. Es bedeutet aber für mich, dass ich meine Weltanschauung haben darf und nicht unbedingt die der GRÜNEN haben muss.

Die Anpassung des Jugendschutzgesetzes soll verhindern, dass Minderjährige an E-Zigaretten und E-Shishas gelangen können. Laut verschiedener Studien ist der Konsum von E-Zigaretten und E-Shishas, unabhängig davon ob sie Nikotin enthalten oder nicht, mit erheblichen Risiken für die Gesundheit verbunden.

Die Anpassung an neue gesundheitliche Herausforderungen steht bei der Gesetzesänderung im Fokus. Letztendlich geht es darum unsere politische Verantwortung wahrzunehmen und die Gesundheit unserer Jugendlichen, die durch Konsum von E-Zigaretten und E-Shishas beeinträchtigt ist, bestmöglich zu schützen.

Wir sind keine Spaßbremsen, aber die Auswirkungen von E-Zigaretten und E-Shishas auf die Gesundheit junger Menschen ist nicht ohne und diese gelten auch als Einstiegsmittel in den Nikotinkonsum.

Elektro-Zigaretten und E-Shishas können nicht eindeutig als Tabakwaren im Sinne der Vorschrift eingeordnet werden, da deren Inhalt nicht aus Rohtabak oder unter Verwendung von Rohtabak hergestellt werden. Vielmehr ist Basis der elektronischen Produkte eine chemische aromatische Flüssigkeit.

Elektronische Inhaltsprodukte werden von den Herstellern als ungefährliches Hilfsmittel zur Entwöhnung von Konsum der Zigaretten beworben. Die Liquids in verschiedenen Geschmacksrichtungen, sind auch in süßen Aromastoffen erhältlich, was den Konsum der E-Zigaretten und E-Shishas ebenfalls unschädlich erscheinen lässt.

Die Produkte werden daher insbesondere gegenüber unerfahrenen Jugendlichen verharmlost. Chemische Stoffe, die für das Verdampfen der Liquids erforderlich sind, verursachen Reizungen der Atemwege und Augen, Übelkeit und Müdigkeit.

Sie sind bunt, handlich, schmecken nach Erdbeere oder Kaugummi und können an jeder Straßenecke beziehungsweise jedem Geschäft von unter 16-Jährigen gekauft werden und werden bei Jugendlichen immer beliebter und sind zum Trend geworden. Der Jugendschutz zieht hier also nach, denn es hat bisher Lücken gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren, da die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes bislang nur die Abgabe und das Rauchen von Tabakwaren regelte, konnten Kinder und Jugendliche E-Zigaretten und E-Shishas somit problemlos kaufen und konsumieren.

Durch die Änderung fallen unter das Verbot zukünftig auch andere nikotinhaltige Erzeugnisse und deren Behältnisse. Denn bisher war nur der Verkauf von Tabak und nikotinhaltigen Produkten durch unter 16-Jährige verboten.

In Deutschland zum Beispiel wurde diese Gesetzeslücke mit 1. April 2016 geschlossen, dort trat ein bundesweites Gesetz in Kraft. In Österreich ist das nicht so einfach, weil hierzulande der Jugendschutz Sache der Bundesländer ist.

Es ist natürlich nicht ganz verständlich, sollte ein Jugendlicher, wie auch schon vorher erwähnt, in einem Nachbar-Bundesland Urlaub machen, dass er zum Beispiel keine E-Zigarette inhalieren darf und in seinem Heimatland oder Heimat-Bundesland zum Beispiel schon. Ein bundeseinheitliches Jugendschutzgesetz wäre hier also dringend notwendig. *(Abg. Manfred Kölly: Absolut.)*

Auf jeden Fall soll mit der gegenständlichen Änderung dem Umstand Rechnung getragen werden und darauf hingewiesen werden, dass nicht nur Tabakwaren sondern auch ähnliche Produkte gesundheitsgefährdend sind.

Mit dem Verbot wollen wir die Kinder und Jugendlichen vor gesundheitsschädlichen Einflüssen schützen. Es darf zu keiner Verharmlosung der Gesundheitsgefährdung kommen. Mit der Gesetzesänderung werden somit geeignete Maßnahmen gesetzt.

Die Exekutierung des Jugendschutzgesetzes hingegen gestaltet sich natürlich schwierig, weil Alkoholkonsum oder auch Tabakkonsum von unter 16-Jährigen natürlich meistens geheim passiert. Es ist daher weiterhin auch auf Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung zu setzen, um eine gesundheitsbewusste Einstellung von jungen Menschen zu fördern.

Wir stimmen dem Gesetzesentwurf gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Elektro-Wasserpfeifen und E-Zigaretten werden bei Kindern und Jugendlichen immer beliebter, etablieren sich mittlerweile zu einem Trend innerhalb der jungen Generation und ahmen grundsätzlich echte Tabakprodukte nach, wie wir heute schon gehört haben, wodurch das Rauchverhalten erlernt werden kann.

Dieser Umstand, meine geschätzten Damen und Herren, erfordert Maßnahmen um die Gesundheitsgefährdung zu reduzieren. Wir haben es gerade eben gehört, in

Deutschland ist das bereits seit 1. April 2016 intakt. Damals hat man den Verkauf in Deutschland von solchen Produkten verboten.

In Österreich ist das Ganze nicht so einfach, da das Jugendschutzgesetz, wie wir schon gehört haben, in der Kompetenz der Länder liegt. Es freut mich trotzdem, dass wir heute im Burgenland diese Maßnahmen beschließen und ich befürworte grundsätzlich diese Punkte.

Gestatten Sie mir aber dennoch einige allgemeine Aspekte zum Entstehungsprozess im Bereich dieser Jugendschutzänderungen zu nehmen. Ich persönlich sehe es als vertane Chance, denn bei dieser Änderung hätte man die Möglichkeit nutzen können einen wirklichen Beteiligungsprozess zu starten und diejenigen an den Tisch zu holen, die am Ende des Tages von diesem Gesetz betroffen sind, nämlich die Jugendlichen im Burgenland.

Warum wurde beispielsweise nicht ein Partizipationsprozess ins Leben gerufen, wo Standpunkte ausgearbeitet werden, wo Standpunkte diskutiert werden? Ich verstehe nicht wovor man hier Angst hat. Sind es die guten Ideen?

Ein Beispiel nehmen kann man sich hier am Land Vorarlberg. Hier wurde unlängst das Jugendschutzgesetz geändert. Dem ging ein weiterer Prozess hervor, wo rund 1.000 Beiträge von Jugendlichen eingebracht wurden, die dann schlussendlich in die Gesetzesänderung miteinbezogen wurden.

Aber nicht nur das Jugendliche nicht befragt wurden was die jetzige Jugendschutzänderung anbelangt, man hat es auch nicht mal Wert gefunden, das eigens dafür gesetzlich geregelte Gremium, nämlich den Jugendbeirat, zu befragen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das Demokratieverständnis der Frau Landesrätin anhand eines Beispiels näherbringen. Im Jugendförderungsgesetz steht, dass der Jugendbeirat bei der Erstellung von Gesetzesentwürfen, welche die Jugendarbeit betreffen zu hören ist. Das heißt, das ist eine Mussbestimmung und man kommt darüber nicht hinweg.

Genau deshalb habe ich in der letzten Ausschusssitzung, vergangenen Mittwoch, die Landesrätin befragt, ob sie in dieser Sache den Jugendbeirat gehört hat.

Daraufhin hat sie mir mitgeteilt, dass sie das nicht wisse, ob das geschehen ist. Man muss aber wissen, dass die Frau Landesrätin selbst Vorsitzende in diesem Gremium ist. Ist aber kein Problem. Sie hat mir mitgeteilt, die Antwort wird nachgereicht.

Für mich war von vorhinein klar, wo, wenn nicht bei der Änderung des Jugendschutzgesetzes, was eine Jugendmaterie ist, ist der Jugendbeirat in die Diskussion miteinzubeziehen.

Nach einigen Tagen des Wartens kamen dann mehrere Telefonate aus dem Büro der Landesrätin um die Frage zu beantworten, ob der Beirat befasst wurde oder nicht. Leider bekam ich selbst nach einem zehnminütigen Gespräch mit dem Büroleiter keine klare Antwort. Dafür erzählte mit jener, dass in der Zwischenzeit sogar der Landesverfassungsdienst mit dieser Angelegenheit befasst worden ist.

Am gestrigen späten Nachmittag/Abend ereilte mich dann eine Nachricht des Büroleiters im Namen der Landesrätin, wo mir erklärt wurde sehr philosophisch, warum der Beirat nicht gefragt hätte werden müssen.

Ich betone nochmal, wo wenn nicht bei der Änderung des Jugendschutzgesetzes ist der Jugendbeirat zu fragen?

Kurzum, geschätzte Frau Landesrätin, man hätte auch einfach sagen können, dass man dies vergessen hat. Es wäre kein Problem gewesen, wir hätten sicher einen Weg gefunden, um dieses Problem nachträglich zu lösen.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Schülerinnen und Schüler auf den Zuschauerbänken! Wir leben in einer sehr schnelllebigen Zeit, ja, die technische Entwicklung die nimmt rasant zu.

Die Digitalisierung hat viele Bereiche unseres Lebens erreicht. Ob das jetzt im Unterricht ist, in der Schule, ob das die Reparatur eines Autos ist, oder in der Medizin. Oder ob es jetzt Applikationen sind wie UBA, mit dem wir günstig mit dem Auto fahren können, oder Airbnb, all diese Applikationen verändern unser gesellschaftliches Leben.

Und diese Digitalisierung macht in keinem Bereich halt. Sie hat auch die klassische "Tschick" erreicht. Es gibt jetzt nicht nur mehr diese klassische Zigarette, neben der kann man jetzt das Rauchvergnügen auch per E-Shisha oder E-Zigarette oder E-Wasserpfeife genießen.

Ja, diese sogenannten Dampfer, die sind keine Seltenheit mehr. Man sieht sie ja überall. Ja auch bekanntlich wegen den großen Rauchschwaden, die mehr sind wie bei einer Zigarette. Doch die Frage ist, wie schädlich sind sie und vor allem wie gefährlich sind sie?

Und aufgrund dieser kurzfristigen Entwicklung gibt es ja noch keine Langzeitstudien und man kann das Ausmaß der Schäden noch nicht abschätzen.

Es ist wichtig auf jeden Fall, auf diese rasanten Entwicklungen einzugehen, wir als gesetzgebende Kraft weil, die derzeitigen Verbote beziehen sich ausschließlich auf Tabakwaren. Mit dieser Änderung des Jugendschutzgesetzes wollen wir auf den technischen Fortschritt reagieren.

Es ist eines schon angesprochen und es ist mir auch ein Herzensanliegen, das Jugendschutzgesetz allgemein. Das Burgenland ist mit seinem Jugendschutzgesetz Vorreiter bei der Harmonisierung. Wir haben das gleiche Jugendschutzgesetz wie in Niederösterreich und wie in Wien. Und damit sind wir Vorreiter.

Überall in den anderen Bundesländern gelten andere Bestimmungen. Und somit müssen sich die Jugendlichen in den anderen Bundesländern an andere Regeln halten.

Und zum Beispiel beim Fortgehen, dieses Beispiel wurde genannt und ich finde das völlig absurd. Das geht so weit, dass 15jährige Burgenländerinnen und Burgenländer zu Hause bis um ein Uhr fortgehen können. Zwei Stunden länger als in der Steiermark.

Und wenn man das ganze Beispiel noch zuspitzt und hernimmt die Gemeinde Rudersdorf und die Stadt Fürstenfeld die nebeneinander liegen, so kann der Burgenländer in Rudersdorf bis um ein Uhr fortgehen, aber wenn er fünf Minuten oder zehn Minuten weiter fährt, in Fürstenfeld kann er nur bis elf Uhr fortgehen. Ist ja völlig absurd.

Und deswegen treten wir ein für eine Harmonisierung des Jugendschutzgesetzes auf ganz Österreich, einheitliche Regelungen auf Basis des Burgenlandes. Es ist Zeit für ein fortschrittliches Jugendschutzgesetz wie es das Burgenland hat.

Und wir haben im Burgenland vieles erreichen können für die Jugendlichen. Es gibt mit dem Discobus die Möglichkeit sicher und günstig von zuhause zur Diskothek zu fahren und wieder retour.

Wir nehmen alle Anliegen der Jugendlichen auf, ob das jetzt auch im Bereich des Wohnens ist, günstiges Wohnen, oder leistbare Mobilität, wo wir später noch dazu sprechen werden.

Wir lassen uns sicher nicht diese tollen Erfolge für die Jugendlichen schlecht reden. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte eigentlich auf die ursächliche, mit der Änderung des Jugendschutzgesetzes zusammenhängende, Materie kommen und etwas dem Landtag zum Vortrag bringen, was in der Problemanalyse, in der Darstellung dessen, welche Folgen das Rauchen, Nikotin insgesamt haben, zur Kenntnis bringen.

Darauf aufgebaut ist dann nachträglich auch die Beschränkung beziehungsweise die Festhaltung in der neuen Gesetzgebung. Laut Weltgesundheitsorganisation stellt der Tabakkonsum die größte vermeidbare Ursache für chronische Krankheiten einschließlich Krebs, Lungenkrebs und Herzmuskelerkrankungen dar, beziehungsweise ist verantwortlich für frühzeitige Sterblichkeit.

Jährlich sterben fünf Millionen Menschen an den Folgen des Tabakkonsums, hinzukommen noch 600.000 durch Passivrauchen. Tabak tötet pro Jahr mehr Menschen als Tuberkulose, HIV, Aids und Malaria zusammen.

Weltweit sind 12 Prozent aller Todesfälle der über 30jährigen dem Tabakkonsum zuzuschreiben. 71 Prozent aller Lungenkrebsfälle werden durch Tabakkonsum verursacht, ebenso wie 42 Prozent der Herz-Kreislauf-Erkrankungen und anderer Todesfolgen.

Der Tabakrauch der beim Passivrauchen eingeatmet wird, enthält die gleichen giftigen und krebserzeugenden Substanzen wie der von der Raucherin beziehungsweise der Raucher inhalierte Rauch. Die chemische Zusammensetzung des passiv aufgenommenen Rauchens gleicht der des aktiv inhalierten Tabakrauchens und enthält über 4.800 verschiedene Substanzen. Bei über 70 dieser Substanzen ist nachgewiesen, dass sie krebserregend sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ehemaliger Raucher ist dieses Kapitel etwas das man nachträglich betrachtet sehr wohl mit Schaudern zur Kenntnis nimmt. Für einen aktiven Raucher sind alle Vorhaltungen beziehungsweise auch Analysen beziehungsweise auch Gesundheitsgutachten ein ganz schwieriges Problem, weil man sich als aktiver Raucher nicht davon trennen möchte.

Auf der anderen Seite speziell in Familienverbänden, wo jetzt Kinder vom Passivrauchen neben der Gattin oder dem Partner betroffen sind, ist dieses Passivrauchen auch zum Problemfall geworden. Und daher ist jede Initiative zu begrüßen die speziell im öffentlichen Raum diese Einschränkungen setzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit meinen parlamentarischen Aktivitäten im Nationalrat habe ich mich intensiv mit dem Shisha

rauchen beschäftigt. Und die Shisha ist ja inzwischen mit den E-Zigaretten ein wichtiger Zweig zusätzlich, beziehungsweise in Verbindung mit dem Rauchen geworden. Und diese E-Zigaretten im Konsum sind eine Gegebenheit die eigentlich als zum Teil Lifestyle, auf der anderen Seite aber eine Ersatzform für das Rauchen darstellt.

Es ist sowohl auf die Shisha bezogen, als auch auf diese E-Zigaretten langatmig die Diskussion geführt worden, dass sie beide nicht diese schädigende Wirkung wie das Tabakrauchen hätten. In Wirklichkeit ist aber über verschiedenste Studien, unter anderem auch von der Karl-Franzens-Universität in Graz, mehr als nachgewiesen, dass dieses Rauchen auch im Beiwerk bei Shisha beziehungsweise bei E-Zigaretten gesundheitsgefährdend ist.

Daher ist es mehr als angebracht, der Jugend hier eine Schutzform, einen Schutzwall zu bieten und grundsätzlich die Möglichkeit einzuschränken, diesem Konsum auch frei nachzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wünsche meiner Vorredner habe ich sehr wohl gehört, ein einheitliches Jugendschutzgesetz zu begründen. Ich möchte darauf verweisen, in der Erfahrung des Älteren der sich zu diesem Thema gemeldet hat zu sprechen, dass diese Jugendschutzgesetz, in der Aufsplitterung auf alle neun Bundesländer, ein Kapitel der Nachkriegszeit ist und wir heute ein Thema diskutieren werden, wo es zu dieser vormals zentralen Regelung, nämlich bei der Mindestsicherung, zu einer nationalstaatlichen Regelung, jetzt in Abweichung zu einer Zersplitterung im Sinne der einzelnen Bundesländer, kommt.

Ich glaube, dass es in der Diskussion angebracht wäre, endlich einmal darüber nachzudenken, was sich die Bundesländer antun, wenn sie bei der Mindestsicherung diese sogenannten Einzelgegebenheiten beauftragen und umsetzen und bei einem Thema, das allen Parteien und allen Bürgerinnen und Bürgern eigentlich klar und deutlich vor Augen führt, es gibt keinen Unterschied zwischen einem Jugendlichen in Vorarlberg und dem Burgenland was das Alter anlangt.

Es gibt aber in politischer Hinsicht und in der Konsequenz aus der Vergangenheit der konservativen Regierungssituation klare Festlegungen, wie sich Jugendschutz in Vorarlberg abspielt, wie er sich in der Steiermark abspielt und wie er sich im Burgenland abspielt. Nur, hier ist es an der Zeit, alle Brücken abzubrechen, die diese Veränderungen behindern.

Hier gehört eigentlich eine klare Front gemacht, dieses Jugendschutzgesetz zu vereinheitlichen und den Unterschied, der nur in der imaginären Landesgrenze besteht, aufzuheben.

Ich appelliere aber jetzt schon in Bezug auf das sogenannte Mindestsicherungsgesetz, das heute eingebracht wird, den gleichen Vorgang der jetzt scheinbar irreversibel in Richtung Bundesländer in der Zersplitterung geht, wieder auf eine staatliche Ebene zu hieven.

Hier wären Parteiendiskussionen angebracht. Hier wäre Initiative zu setzen, ohne dass wir ausschließen, dass das Land eigentlich keinen Schaden nehmen muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Änderungen des im Jugendschutz begriffenen, speziell auf das Tabakrauchen oder den Tabakkonsum abgestellten Themas, ist mehr als zuzustimmen. Hier Einschränkungen zu setzen, habe ich eingangs in dem Statement der WHO festgehalten und daher gehört in Zukunft hier auch zum Schutz der Jugend entsprechend gehandelt.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin von der Regierungsbank erteile ich Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurden jetzt schon einige Argumente zur vorliegenden Novelle des Gesetzes diskutiert.

Was den konkreten Inhalt der gegenständlichen Novelle des burgenländischen Jugendschutzgesetzes betrifft ist aber festzuhalten, dass es sich dabei, wie es auch aus den Erläuterungen schon herausgeht, im Wesentlichen um eine landesrechtliche Umsetzung einer Änderung des Tabak- und Nichtrauchergesetzes handelt, welche wiederum in der Umsetzung einer EU-Richtlinie erfolgt ist.

Vielleicht auch ganz kurz noch zu den E-Zigaretten ganz generell. Wir haben jetzt schon sehr vieles davon gehört. Tatsache ist aber, dass E-Zigaretten und E-Shishas echte Tabakprodukte in verharmlosender Art und Weise nachahmen und damit auch das Rauchverhalten bei Jugendlichen in entsprechendem Maß erlernt werden kann.

Fälschlicherweise haben sie aber oft den Ruf eine eben harmlose Alternative zu Tabakrauch zu sein. In Wahrheit gelten sie aber als Einstiegsprodukte. Und auf Jugendliche können sie wegen der bereits erwähnten Geschmackrichtungen auch attraktive Wirkungen haben.

Und dass diese Produkte das Rauchen bei Jugendlichen fördern, genau diesem Sachverhalt soll mit dieser Gesetzesnovelle entgegengewirkt werden, nämlich das Jugendliche über Umwege hier zum Rauchen geführt werden.

Tatsache ist aber auch, dass gerade beim Thema Rauchen nicht nur auf Verbote gesetzt werden sollte, sondern auch verstärkt Präventionsarbeit in Zukunft geleistet werden muss und hier gesetzt werden muss.

Und vielleicht noch abschließend, Herr Abgeordneter, zu Ihrer Anschuldigung, ich hätte es verabsäumt, den Jugendbeirat zu behandeln oder damit zu befassen. Wie Sie ja aus dem Jugendförderungsgesetz richtig zitiert haben, ist die Kernaufgabe des Jugendbeirates, die Landesregierung in Fragen einerseits der Jugendarbeit und der Jugendförderung zu beraten.

Zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen hat der Jugendbeirat nur dann gehört zu werden, wenn diese Gesetzes- und Verordnungsentwürfe die Jugendarbeit betreffen. Im Gegensatz zu dem Burgenländischen Jugendförderungsgesetz, das auf Jugendarbeit und Jugendförderung abzielt, ist der Anwendungsbereich des Jugendschutzgesetzes aber ein anderer, nämlich der Jugendschutz. Das heißt, junge Menschen vor Gefahren zu schützen, wenn Sie auf Grund Ihres Alters und Entwicklungsstandes dem nicht gewachsen sind.

Das heißt, beide Gesetze verfolgen insofern unterschiedliche Ziele und haben unterschiedliche Regelungsinhalte. Ganz abgesehen davon handelt es sich, wie ich bereits erwähnt habe, bei dieser Novelle lediglich um eine landesrechtliche Umsetzung einer EU-Richtlinie. Das heißt, da gibt es sowieso keine andere Alternative als das umzusetzen. Wäre auch wenig zielführend gewesen, das in einem Jugendbeirat dann zu diskutieren. Also wo Sie da Angst, meiner Meinung nach, oder von meiner Seite aus vermuten, ist mir nicht ganz klar.

Der wirklich interessante Teil kommt aber jetzt, es war nämlich von Dezember 2000 bis Juli 2015 der frühere Landeshauptmann-Stellvertreter und jetzige Landtagsabgeordnete Mag. Franz Steindl in seiner Funktion als Jugendreferent der politisch Zuständige für den Jugendbeirat. In diesem Zeitraum sind insgesamt drei Novellen zum Jugendschutzgesetz und zwar 2007, 2012 und 2013 vom Burgenländischen Landtag… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Für den Jugendschutz war aber die Frau Dunst zuständig!)*

Um das geht es nicht, aber als zuständiges Regierungsmitglied wäre es dann seine Aufgabe gewesen, den Jugendbeirat zu informieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, nein, nein!)* Ja selbstverständlich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Selbstverständlich. Selbstverständlich.

Keine der drei Novellen war jemals auf der Tagesordnung. Keine der drei Novellen war jemals auf der Tagesordnung! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil es die Frau Dunst verabsäumt hat!)* Ich habe hier die Protokolle. Das stimmt ja nicht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich!)* als Vorsitzender des Jugendbeirates wäre es seine Aufgabe gewesen. *(Zwischenrufe aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)* Na selbstverständlich ist das so.

Selbstverständlich ist das so! Er hat aber anscheinend keine Berührungspunkte zwischen Jugendschutzgesetz und den anderen Funktionen des Jugendbeirates gesehen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, Frau Landesrätin, das stimmt nicht!)* Natürlich stimmt das. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das tut jetzt weh!)*

Ja, das tut weh. Also wenn Sie, Herr Abgeordneter, hier meine Vorgangsweise kritisieren, dann kritisieren Sie in Wirklichkeit *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber zu Unrecht!)* auch Ihren eigenen Parteikollegen. Wie dem auch sei. Abschließend möchte ich mich bei allen bedanken, die bei der Entstehung dieses Gesetzes mitgewirkt haben und hoffe natürlich auf breite Zustimmung im Hohen Haus. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Steindl. Bitteschön.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrätin! Ich habe Ihnen jetzt genau zugehört, muss Sie aber auch wirklich korrigieren. Nämlich auf Grund der Geschäftsordnung und der Regierungseinteilung war ich für die außerschulische Jugendarbeit zuständig und die Frau Landesrätin Dunst für den Jugendschutz.

Daher war ich für das Jugendgesetz, beziehungsweise für die Belange dieses Gesetzes auch nicht zuständig. Daher konnte das auch nicht im Jugendbeirat thematisiert werden. *(Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf: Aber für den Jugendbeirat! – Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Einberufen hätte er ihn vielleicht eh!)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor… *(Zwiegespräche zwischen den Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP – der Präsident gibt das Glockenzeichen)* So, Wortmeldungen, bitte Ruhe auch in den Reihen, wir kommen daher zur Abstimmung

Ich ersuche jenen Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und das Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 817), mit dem das Gesetz über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geändert wird (Zahl 21 – 575) (Beilage 836)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 817, mit dem das Gesetz über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geändert wird, Zahl 21 - 575, Beilage 836.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl.

Nachdem Frau Abgeordnete Klaudia Friedl für die heutige Sitzung entschuldigt ist, ersuche ich den Obmann des gemeinsamen Ausschusses, Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Rezar, die Berichterstattung zu übernehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Obmann.

Berichterstatter Dr. Peter Rezar: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geändert wird, in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22.März 2017, beraten.

Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte die Abgeordnete Klaudia Friedl den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag der Berichterstatterin ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsauschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Jugend! Die Novellierung des Gesetzes über den

Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland ist ein wichtiges Thema, gar keine Diskussion.

Alles was mit Wasser zusammenhängt ist ja, glaube ich, ein ganz wichtiger Faktor in unserem Leben. Wird ja nicht das erste Mal diskutiert. Mich wundert nur, dass der Wasserleitungsverband heute niemanden entsandt hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch, den Obmann-Stellvertreter!)*

Sind sie oben, weil es ja doch ein ganz wichtiges Thema ist. Wir haben auch in den letzten Monaten und Jahren immer wieder wegen dem Wasser, auch in Neudörfl und grenzüberschreitend, die Diskussionen geführt. Wasser ist wichtig, ist meiner Meinung ein Lebensmittel, das man nicht wegdenken kann und sich nicht wegdenken darf. Wenn ich diesen Gesetzentwurf vor mir liegen habe, der zur Diskussion steht, dann möchte ich nur erinnern, dass die Bündnis Liste Burgenland schon einen Antrag eingebracht hatte und jetzt anscheinend das dementsprechend thematisiert wird.

Hier geht es grundsätzlich um eines und das muss man vorausschicken. Der Nördliche Verband hat durch diese Gesetzesbeschlüsse die Möglichkeit, eine Zwangsmitgliedschaft beziehungsweise Anschluss zu vollstrecken. Das gibt es nur im Nördlichen im Mittleren nicht, wo ich auch als Vorstand tätig bin und in anderen Bereichen auch nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Alles was mit Zwang zusammenhängt, dafür habe ich überhaupt kein Verständnis, muss ich Euch offen und ehrlich gestehen.

Das ist natürlich auch logisch, wenn ich aus der Wirtschaft komme und selbständig arbeiten kann und denken kann, dann brauche ich nirgends einen Zwang, auch nicht in einer Arbeiterkammer, auch nicht in einer Wirtschaftskammer und dergleichen mehr. Wo gute Arbeit geleistet wird bin ich gerne dabei, zahle ich gerne meinen Beitrag, habe auch Möglichkeiten mich dort einzubringen. Ich war immerhin 15 Jahre in der Arbeiterkammer tätig, war zehn Jahre in der Wirtschaftskammer tätig und habe mich dort auch wohl gefühlt, weil ich mich auch dort dementsprechend zu Wort gemeldet habe und auch meine Meinung kundgetan habe.

Nicht wie viele andere Funktionäre dort "abcashen". Ich sage das mit dieser Deutlichkeit “abcashen“. Wenn Sie sich anschauen was sich derzeit in der Wirtschaftskammer abspielt, wo der Herr Leitl sich hinstellt und sagt: "Wir müssen da was unternehmen, mit der Zwangsmitgliedschaft, mit den Beiträgen". Der Herr Leitl kandidiert schon das sechste Mal, was ich weiß, und sagt dann, es dürfe nicht öfters als drei- oder viermal kandidiert werden.

Er tut das sechsmal schon. Er hat im Ausland die riesen Betriebe und dort seine Leute gemeldet. Ist Wirtschaftskammer persönlich. Das sind die Zwangsgeschichten, die ich gerne aufs Tablett bringe. Dann lese ich mir durch in der Statistik, was ein Mitarbeiter in der Wirtschaftskammer verdient. 4.000 Euro netto. 4.000 Euro netto in der Wirtschaftskammer als Mitarbeiter! Laut Statistik. Oder was man jetzt gehört hat, was man an Pensionen und Zusatzpensionen bekommt, wenn man bei solchen Institutionen in Pension geht. Gigantische Höhen.

Auch das werden wir hinterfragen, hinterfragen müssen sogar. Weil das ist auch Steuergeld und das sind Zwangsmitgliedsgelder. Als Selbständiger muss ich Tourismusbeiträge zahlen, Zwangsmitglied Tourismus. Ich habe einen Baustoffhandel und weiß nicht, was ich mit Tourismus viel zu tun habe. Aber ich zahle es halt. Auch Zwang. Oder ORF-Gebühren, meine sehr geehrten Damen und Herren, GIS-Gebühren.

Das versteht niemand. Wenn ich mich da in den Reihen umschaue, geben Sie mir alle Recht, warum man das zahlen muss, wenn man eine Sattelitenschüssel hat und den ORF gar nicht empfangen kann.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Wir sind beim Wasserleitungsverband…..

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Herr Kollege, wir sind bei der Zwangsmitgliedschaft, Herr Präsident, das solltest Du Dir einmal merken. Ich weiß, Du bist ein Militarist und das muss man auch klarstellen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter,…

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Ich habe das Recht hier zu reden! Ich habe das Recht hier zu reden, dass ich das klar gestellt habe.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Also das ist richtig.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) *(fortsetzend)*: Ich kann ausschweifen über Zwangsmitgliedschaft. Genau das ist der Punkt, um den es hier geht, um Zwangsmitgliedschaft von einem Verband. *(Abg. Géza Molnár: Das stimmt aber gar nicht Manfred! Das ist Gesetz!)*

Gut, ich glaube, dass ich die Möglichkeit habe und auch das Recht, hier über das zu diskutieren und auch zu sprechen. Ich glaube, Herr Präsident, da sind wir uns hoffentlich einig. Da ich, und jetzt komme ich zurück auf diese Anschlusspflicht, die Möglichkeit habe in Gebieten im Südburgenland, wo ich in der Peripherie weit draußen bin und keine Anschlussmöglichkeit habe, darf ich eigentlich einen Brunnen haben.

Der aber ständig überprüft wird, der natürlich den Normen entsprechen muss und auch gesetzeskonform gemacht werden muss und das Wasser immer kontrolliert wird. Das funktioniert. Im Nördlichen Burgenland ist das anders, da muss man anschließen egal ob man einen Brunnen hat oder nicht.

Ich sage Euch auch privat etwas. Ich bevorzuge Brunnen, ich schütte keinen Brunnen zu. Dazu stehe ich auch in meiner Gemeinde in Deutschkreutz. Weil ein Brunnen soll belassen werden, soll untersucht werden, soll schauen, ob die Wasserqualität in Ordnung ist. Denn wenn ich mir Zeitungsartikel hernehme, bestes Zeugnis für unsere Gewässer, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der Herr Landeshauptmann stellt sich hin, die Frau Landesrätin stellt ich hin und sagt: „Wir haben das beste Wasser überall“, Gott sei Dank. Gott sei Dank haben wir das, dass wir dahinter sind und dass wir das ständig kontrollieren. Aber dort bin ich nicht Zwangsmitglied, das ich das kontrollieren lassen muss. Da habe ich die freie Wahl. Aber beim Nördlichen Wasserleitungsverband, den ich übrigens schätze, keine Diskussion. Aber dass man mit Zwangsmitgliedschaften arbeitet, dazu stehe ich überhaupt nicht.

Daher glaube ich, dass man hier ein Umdenken stattfinden lassen sollte und nochmal recherchieren sollte, ist es wirklich notwendig, dass man zwangsbeglückt wird? Oder wo ich Brunnen habe, die - noch einmal unterstrichen - überprüfen muss lassen jedes Jahr oder zu gerechter Zeit, wo es notwendig ist oder ich muss dort anschließen und entnimm gar kein Wasser. Was ist dann? Ist ja der nächste Punkt. Was geschieht dann, wenn ich kein Wasser entnehme?

Ich muss den Anschluss zahlen und ich nehme kein Wasser, weil ich irgendwo in der Peripherie draußen bin. Da hat es bis jetzt Möglichkeiten gegeben, dass man Sonderfälle behandelt und sagt "okay", dann schauen wir uns das an. Wenn das so ist, dann hat er keine Anschlusspflicht. Im neuen Gesetz ist das anders geregelt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dort muss ich, völlig egal, da gibt es keine Ausnahmeregelung mehr, Herr Kollege Géza Molnár, wenn Sie sich das angeschaut haben, wenn Sie sich das durchlesen.

Das ist der Unterschied! Nicht mir erzählen, das ist nicht so. Durchlesen, Herr Klubobmann, viel Geld kassieren ist zu wenig. Durchlesen und nochmal darüber diskutieren und sich auch auseinandersetzen damit. Ich habe kein Problem mit dem Nördlichen Wasserleitungsverband. Da sitzen ja auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister drinnen, die sich auch dementsprechend zu Wort melden können. Ich mache das im Mittleren, weil einige Dinge auch dort nicht so laufen und natürlich kann auch ein Kompromiss entstehen.

Das wünsche ich mir, dass ein Kompromiss entstehen kann, wo ich die Möglichkeit habe keinen Anschluss zu haben zu "müssen", dann gehört das diskutiert. Dann gehört gesagt, machen wir es oder machen wir es nicht. Aber jetzt habe ich ein Zwangsgesetz damit gemacht. Das will ich nicht und dazu steht das Bündnis Liste Burgenland klipp und klar dahinter, dass man das nicht machen soll. Ich denke, dass die politische Diskussion dafür ausgegangen werden kann, dass es sich beim Wasserleitungsverband Burgenland um die Erfüllung von Aufgaben im Rahmen der Hoheitsverwaltung handelt, weil er die genannten Merkmale wie Bescheid, durchsetzbaren Anschlusszwang, die Vorschreibung von Gebühren oder Ahndungen von Verstößen als Verwaltungsübertretung.

Das heißt, die bekommen Strafen. Wenn sie es nicht machen, müssen sie fest zahlen. Es gibt ein paar Beispiele, das kennt der Verband. Der Obmann speziell, der ist heute leider nicht da. Vielleicht ist er verhindert, ist auch kein Problem. Ich mag den Zapfel recht gern, weil er sich auch wirklich einsetzt für die Leute dort. Aber man muss über die ganzen Situationen diskutieren.

Ich kann es nicht als Zwang einfach hinnehmen. Daher glaube ich, dass wir das noch einmal diskutieren sollten, bevor man so ein Gesetz beschließt. Ansonsten werden wir als Bündnis Liste Burgenland selbstverständlich diesem Antrag nicht zustimmen können.

Jetzt komme ich noch einmal, Herr Präsident, zum Kammerzwang. Ich weiß nicht wie viele Jahre Sie in der Arbeiterkammer oder in der Wirtschaftskammer gearbeitet haben, wo es natürlich immer wieder ganz wichtige Diskussionen und Fragen gibt und wo jetzt zum Beispiel die Arbeiterkammer wieder einen Wechsel von einem Präsidenten hat, der hervorragende Arbeit geleistet hat. Oder wenn wir heute über Konsumentenschutz diskutieren, auch dort sind sie sehr erfolgreich. Aber es gibt die Gewerkschaft daneben, dort habe ich keinen Zwang. Auch dort habe ich immer gesagt, lassen wir das zusammenfließen, macht gute Arbeit und dann bin ich gerne bereit, auch dort etwas einzuzahlen.

Das ist die Arbeiterkammer/Gewerkschaft. Wirtschaftskammer denkt schon nach, was können wir machen, dass wir unsere Mitglieder wieder an der Stange halten, weniger Mitgliedsbeiträge zu kassieren. Vielleicht sogar die Zwangsmitgliedschaft abschaffen - auch da habe ich ein offenes Ohr, bin ich dafür. Wie gesagt, solange ich selbständig bin und selbständig denken darf und kann, brauche ich keinen Zwang.

Ich gehe auch in die Kirche, wo ich keinen Zwang brauche, ich nehme mir gerne andere andersdenkenden *(Abg. Edith Sack: Und die Kirchensteuer?)* Leute auch mit ins

Gespräch und diskutiere, aber ich brauche keinen Zwang, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daher wird das Gesetz seitens der Bündnis Liste Burgenland sicherlich nicht die Zustimmung finden. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landtagsabgeordneter und Klubobmann Géza Molnár ist der nächste Redner. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kölly, es wäre schön, wenn Sie die Energie, die Sie da am Rednerpult verblasen, auch in die entsprechende Gesetzeswerdung einfließen lassen würden, nämlich im Vorfeld. Inhaltlich war das jetzt ziemlich ein Blödsinn, den Sie da erzählt haben, vor allem wenn es um die Anschlusspflicht geht.

Also weder sind die Gemeinden verpflichtet, bei diesem Verband zu sein, da gibt es im Gesetz ein Prozedere, wie man beitritt und aus diesem Verband auch wieder herauskommt. Was die Anschlusspflicht betrifft, *(Abg. Manfred Kölly: Hast Du Dir das angeschaut?)* da ändert sich durch dieses Gesetz, Herr Kollege Kölly, überhaupt nichts.

Da ändert sich überhaupt nichts. Wir haben die Anschlusspflicht im zweiten Abschnitt des Gesetzes geregelt, § 19 bis 21, *(Abg. Manfred Kölly: Da steht Anschlusspflicht, Herr Kollege!)* da geht es schon um den freiwilligen Anschluss. *(Abg. Manfred Kölly: Anschlusspflicht!)* Wenn Sie mir bitte in der Vorlage, die wir in ein paar Minuten zu beschließen haben, zeigen wo wir etwas ändern.

Es gibt in diesem Paragrafen Änderungen, aber das sind Begriffe, die ausgetauscht werden. Da wird inhaltlich überhaupt nichts geändert. Sie haben gerade behauptet, es wird etwas geändert *(Abg. Manfred Kölly: „Verpflichtet sind", steht im Gesetz drinnen!)* und deswegen *(Abg. Manfred Kölly: Nein, es hat Ausnahmen gegeben!)*

Wenn Sie mir zeigen, wo wir da an den Ausnahmen etwas ändern, dann bitteschön, dann lasse ich mich gerne eines Besseren überzeugen. *(Abg. Manfred Kölly: Ich zeig Dir das!)* Aber da haben Sie sich wirklich nicht sehr seriös vorbereitet, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren! Wenn wir über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland sprechen, dann sprechen wir über fast 770.000 versorgte Menschen in 66 Gemeinden des Nördlichen Burgenlandes, über 78.000 versorgte Wohneinheiten, fast 3.000 km an Leitungen und über 14,3 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr 2016. Es ist wohl nicht notwendig, über die existenzielle Bedeutung des Trinkwassers und der Versorgung mit diesem Gut zu diskutieren, umso notwendiger ist es aber, dass der zuständige und verantwortliche Wasserleitungsverband, der großartige Arbeit leistet, wie ja auch vom Kollegen Kölly zugestanden wurde, auch weiterhin reibungslos funktioniert.

Die Gesetznovelle zum Wasserleitungsverbandgesetz verfolgt dieses Ziel und diese Novelle wird diesem Ziel auch gerecht. Was ist Gegenstand dieser Novelle? Es geht um die Einarbeitung ergangener Judikatur, es geht um die Anpassung an andere gesetzliche Grundlagen, die sich zwischenzeitlich verändert haben. Es geht um Ergänzungen, Klarstellungen, Konkretisierungen, die teilweise auch der Praxis geschuldet sind und bisher, bis zu diesem Punkt, gibt es wohl auch keine Reibungspunkte zwischen den politischen Parteien, davon gehe ich zumindest aus, keine Auffassungsunterschiede.

Anders könnte das aussehen, und das hat sich ja im Vorfeld schon abgezeichnet, wenn es um die Organe des Wasserleitungsverbandes geht. Die Änderungen, die wir diesbezüglich in dieser Novelle vorgesehen haben, wenn es also um die Änderungen geht, von denen die Verbandsversammlung und der Vorstand insbesondere betroffen sind

und die jeweiligen Aufgaben und Prozesse zu Entscheidungen. Was passiert in den Bereichen?

Dazu muss man wissen, wenn es um die Verbandsversammlung geht, die Größe der Verbandsversammlung von der Anzahl oder von der Bevölkerungsanzahl abhängt, die ja im Nordburgenland glücklicherweise im Wachsen begriffen ist und daher wächst auch diese Verbandsversammlung stetig an, was zu einem höheren Verwaltungsaufwand, zu höheren Kosten, zu der Gefahr von Ineffizienzen und Schwierigkeiten in Entscheidungsabläufen führt.

120 Köpfe, momentan sind wir bei 107. 120 Köpfe, das wäre die Größe dieser Verbandsversammlung nach der nächsten Gemeinderatswahl. Dass ein solches Gremium mitunter nicht so beweglich ist, wie es sein sollte, das leuchtet ein. Bisher war es so, das ist die aktuelle Rechtslage, dass Gemeinden bis 1.000 Einwohner einen Vertreter entsenden konnten, Gemeinden über 1.000 Einwohner, pro 1.000 Einwohner einen und diese Zahlen werden jetzt auf 1.500 Einwohner angehoben. Das führt vor allem zu zwei Dingen, nämlich einerseits zu einer Verkleinerung dieser Verbandsversammlung auf 81 Köpfe nach heutigem Stand. Natürlich gibt es auch den Effekt der stärkeren Gewichtung hin zu den kleineren, eine Sache, die ich persönlich ehrlich gesagt relativ emotionslos sehe. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was verstehen Sie unter kleineren….?)*

Der Vertreter der ÖVP wird gleich, oder hat bereits durch einen Zwischenruf darauf hingewiesen, dass sich natürlich auch die parteipolitische Gewichtung innerhalb dieser Verbandsversammlung ändern wird.

Das stimmt, das liegt in der Natur der Sache. Wenn wir diesen Landtag verkleinerten, würde sich das natürlich auch auf die Gewichtung, was die politischen Parteien angeht, verändern. Aber es ist in diesem Fall, das sage ich klar und deutlich, keinesfalls unredlich oder auch bedenklich, und es ist schon gar nicht dramatisch, vor allem nicht für die ÖVP. Ich habe mir diese Zahlen genau angeschaut. Ich nehme an, Sie haben es genauso getan.

Die ÖVP hat, und das ist seit Jahren relativ stabil, einen Anteil von rund 35 Prozent an den Vertretern in der Verbandsversammlung, nach jetzigem Stand würde dieser Anteil von 35 Prozent auf 34,57 Prozent absinken, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Und für die FPÖ?)* wobei ich dazusage, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Für die Freiheitliche Partei?)* ich komme gleich darauf zu sprechen, Herr Kollege Sagartz, wobei ich dazusage, das sind alles rein theoretische Zahlenspielereien.

Weil wir haben im Herbst eine Gemeinderatswahl, von der niemand weiß wie sie ausgeht. Daher sind auch mögliche Vorhalte, dass das politisches Kalkül wäre, vom Tisch zu wischen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na ja!)* weil wir im Herbst Wahlen haben und daher gar nicht wissen können, wie die Verbandsversammlung, das liegt auch an Ihrem Einsatz im Herbst und im Wahlkampf, weil die Verbandsversammlung im Herbst ja sowieso völlig anders aussehen wird. *(Abg. Manfred Kölly: Wie sich die FPÖ drehen kann, ist ja interessant!)*

Was natürlich stimmt ist, und das liegt eben in der Natur der Sache, dass es für kleinere Parteien und Fraktionen, das betrifft insbesondere uns Freiheitliche, natürlich schwieriger werden wird, Vertreter in die Verbandsversammlung zu bekommen, wobei wir das gerne in Kauf nehmen, weil wir Verständnis für die Notwendigkeit dieser Reform und der diesbezüglichen Wünsche aus dem Wasserleitungsverband haben.

Es wird zu weiteren Änderungen kommen, auch im Bereich was beispielsweise die Anwesenheitsform angeht in der Verbandsversammlung und im Vorstand.

Dem Vorstand wird unter anderem auch die Möglichkeit von Umlaufbeschlüssen eröffnet werden. Es kommt zu geringfügigen Kompetenzverschiebungen. All das ist nicht sonderlich spektakulär und, meine Damen und Herren, vor allem von der ÖVP, es geht im Wasserleitungsverband nicht um Parteipolitik, die mag dort Thema sein. *(Abg. Manfred Kölly: Der war gut, der Sager!)* Seit sie im Land in Opposition sind, seither ist das Thema. Es geht um einen funktionierenden Verband, es geht um eine funktionierende Wasserversorgung, meine Damen und Herren.

Wir gewährleisten mit dieser Novelle einen funktionierenden Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland im Sinne und im Interesse von 170.000 Menschen, die verlässlich mit sauberem Wasser versorgt werden wollen. *(Abg. Manfred Kölly: Auch im mittleren Bezirk!)* Wir stimmen dieser Novelle gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Der nächste Redner ist der Landtagsabgeordnete Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In der Politik geht es immer um Wertschätzung und Anerkennung. Es geht um Wertschätzung und Anerkennung zwischen den Abgeordneten und der gewählten Landesregierung. In der Fragestunde geht es darum, Fragen zu beantworten, weil es unser ureigenes Recht als Abgeordnete ist, die Antworten auf unsere Fragen zu bekommen.

Da gibt es keine Ausrede. Um ein Zeichen der Anerkennung und der Wertschätzung geht es aber auch bei der Einbindung in politische Prozesse, was Gesetzwerdung betrifft. Das betrifft das Jagdgesetz, das betrifft das Jugendschutzgesetz, Frau Landesrätin, und den Wasserleitungsverband Nord.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir schätzen den Wasserleitungsverband Nord, das ist gar keine Frage. Ich glaube, alle Bürger des Nordburgenlandes sind froh, dass wir ein sehr gutes Wasser haben, das wir gerne und immer aus der Wasserleitung trinken können. Das wollen wir auch keinem absprechen. In der Vergangenheit leisteten die Gemeindevertreter, die Gemeinden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wasserleitungsverband mit all den politischen Entscheidungsträgern gute Arbeit.

Aber jetzt sind wir an einen Punkt angelangt, wo die „rote Säuberungsaktion“ leider fortgesetzt wird. Wir haben das in der Vergangenheit schon etliche Male gehabt und jetzt steht nach dem Jagdverband *(Abg. Doris Prohaska: Dein Wortschatz ist sensationell!)* auch der Wasserleitungsverband auf der Tagesordnung. Der Machtrausch, das spürt man, der ist gar nicht mehr zu bändigen. Die Gesetzesänderungen sind ausschließlich, hundertprozentiges politisches Kalkül, Herr Kollege Molnár. Weil wenn man dieses Gesetz ernst genommen hätte, dann hätte man die Gemeinden miteingebunden, nicht erst im Zuge der Stellungnahmen, sondern bereits im Entstehungsprozess. Das ist ein wesentlicher Unterschied und ebenfalls ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung. Ganz anders als die „friss oder stirb“-Taktik der roten Politik!

Das ist ein enorm großer Unterschied. Wenn man wirklich in diesem Gesetz etwas bewegen wollte, dann hätte man alle Parteien dieses Landtages miteingebunden. Man hätte auch auf den Vorstand und auf die Delegierten in dem Verband gehört und nicht nur alleine auf die beiden Geschäftsführer. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Ihr seid schlechte Verlierer!)*

Jetzt haben wir gerade vom Vorredner gehört, dass es Wünsche aus dem Wasserleitungsverband für dieses Gesetz gegeben hat. Geschätzte Damen und Herren, von Seiten der ÖVP konnten keine Wünsche kommen, das können nur ausschließlich die Geschäftsführer gewesen sein. Ich kenne kein Gesetz dieser Welt, bei dem zwei Geschäftsführer, die dort ihre Arbeit machen müssen, ihr eigenes Gesetz bestimmen können.

Also, geschätzte Damen und Herren, das ist wohl das Letzte, dass die zwei Geschäftsführer ihre Wünsche äußern können und auf diese auch noch Rücksicht genommen wird.

Wenn man das Gesetz aufmerksam liest, der Herr Kollege Molnár hat bereits die Lehrveranstaltung zu diesem Gesetz gehalten, inhaltlich brauche ich nichts weiter ausführen, kommt es zur Änderung des Delegiertenschlüssels. Schon allein dadurch wissen wir, dass es relativ wahrscheinlich ist, dass nach der Gemeinderatswahl die SPÖ fünf Sitze im Vorstand haben wird.

Damit ist die Kontrolle ausgeschaltet und das ist für uns das Entscheidende, da geht es überhaupt nicht um Parteipolitik. Weil es kann nach der Gemeinderatswahl in alle Richtungen ausschlagen, vielleicht hat die FPÖ so viele Mandate, dass sie dort im Vorstand sitzt. Egal wer es zukünftig sein wird, die Mehrheitsposition ist derart gestärkt, dass es keine Kontrolle mehr gibt. Das kann in keinem Verband des Burgenlandes von irgendjemandem gewollt sein. Am Ende des Tages geht es immer darum, dass die, die die Macht ausüben, auch kontrolliert werden.

Ihr legt es mit aller Gewalt darauf an, diese Kontrolle auch auszuschalten und das werden wir uns nicht gefallen lassen. *(Beifall bei der ÖVP – Zwischenruf der Abg. Doris Prohaska)* Es hätte die Möglichkeit gegeben, die Missstände in diesem Gesetz sachlich und neutral zu bereinigen. Hätten wir uns bei diesem Gesetz beteiligen können, den Vorstand und auch die Delegierten miteinbeziehen können, dann wären konkrete Paragrafen in diesem Gesetzesentwurf. *(Zwischenruf von Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf)* Weil uns fehlen konkrete Paragrafen, sachliche Ebenen, ganz ohne Parteipolitik. Wo steht jetzt *(Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf: Keine einzige Stellungnahme!)* im neuen Gesetz, dass die Ausführungen in Anlehnung an die Burgenländische Gemeindeordnung erfolgen sollen?

Wo steht denn das? Ich habe es nirgends gefunden - und außerdem, der Prüfungsausschuss ist das nächste Thema. Wo sind Paragrafen enthalten, in denen die Anlehnung an die Burgenländische Gemeindeordnung festgelegt wird? Zurzeit herrscht ein fast rechtsfreier Raum. Wir haben das bei der Verbandsversammlung im Dezember gesehen, dass sich eigentlich niemand auskennt. Wo ist bei diesem Thema Gesetz bereinigt worden?

Wo ist die Sachebene? Deswegen ist offensichtlich, dass Ihr ein politisches Kalkül verfolgt. *(Zwiegespräche zwischen dem Abg. Géza Molnár und den ÖVP-Abgeordneten)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nett zu sagen, dass man eingebunden sei. Aber es gab keine Einladung im Zuge des Gesetzwerdungsprozesses. Die einzige Einladung die es an den Klubobmann gegeben hat, war eine Einladung zum Kaffee, der scheinbar sehr nett war, aber dort ist ausschließlich das finale Gesetz präsentiert worden und gesagt worden, friss oder stirb, mehr nicht, und das kann es sicher nicht sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Uns ist jedenfalls wichtig, dass die fleißigen Mitarbeiter im Wasserleitungsverband ihre Arbeit machen können und nicht die Parteipolitik auf deren Rücken ausgetragen wird.

Das kann es nicht sein, weil wir wollen nicht, dass die SPÖ-Politik das Wasser verschmutzt.

Außerdem, nun sind wir beim nächsten Thema, bevor ich es vergesse, geschätzte Damen und Herren, *(Abg. Doris Prohaska: Der Schelm denkt wie er ist!)* Sie behaupten, dass das Wasser im Burgenland günstig sei. Aber wenn man sich die genaue Statistik ansieht, spielen Sie bewusst mit falschen Zahlen. Sie rechnen nämlich nur den Nettopreis, der 1,39 Euro ist. Sie vergessen gleichzeitig, dass Steuer zu bezahlen ist und eine monatliche Grundgebühr anfällt. Rechne ich diese Kosten auf das Jahr auf, bei einem Durchschnittsverbrauch von 160 Kubikmeter, so hat sich der Wasserpreis in den letzten 15 Jahren verdoppelt – also eine Steigerung von 100 Prozent!

Sie können nicht sagen, wir haben den besten Wasserpreis und jeder kann ihn sich leisten. Wir sind mittlerweile bei 2,09 Euro pro Kubikmeter Wasser. Das ist der teuerste Wasserpreis, den wir überhaupt in der ganzen Region haben. Der Wasserverband wird auf Kosten der Bürger finanziert. *(Abg. Manfred Kölly: Keine Zwangsmitglieder!)*

Geschätzte Damen und Herren! Auch wenn es nicht ganz Zwangsmitglieder sind, die Gemeinden finanzieren diese Sache, weil wir alle daran interessiert sind, ein gutes Wasser zu haben und einen akzeptablen Wasserpreis.

Jetzt gibt es im Verband einige Kräfte die behaupten, sie müssen parteipolitische Personalpolitik betreiben. Das wird dann ausschließlich über den Wasserpreis bezahlt. Das geht nicht! Wie soll das möglich sein?

Geschätzte Damen und Herren! Warum sparen wir nicht im Verband? Bei der letzten Verbandssitzung war es eine Diskussion. Die Kosten explodieren in alle Richtungen. Es gibt keine Konsolidierungsmaßnahmen, keine Einsparungsmaßnahmen. Sie müssen einem Burgenländer im Norden erklären, warum sich der Wasserpreis mittlerweile verdoppelt hat, aber es gleichzeitig Rücklagen von 13,5 Millionen Euro gibt. *(Abg. Géza Molnár: … das sind nicht die Verbandsmitglieder.)*

Warum versuchen wir nicht dort anzusetzen? Wenn Sie schon so viel parteipolitischen Druck auf diesen Verband ausüben und das Gesetz jetzt ändern, dann frage ich mich schon, warum die beiden Geschäftsführer dort mehr als der Landeshauptmann verdienen? Welcher Burgenländer versteht das? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Geschätzte Damen und Herren! Das kann es wohl nicht sein. Es würde überhaupt nur ein Geschäftsführer reichen, der hoffentlich weniger als der Landeshauptmann verdient.

Zu hinterfragen sind etwaige Sonderzulagen oder gar Kostenübernahmen, wenn gewisse Mitarbeiter auf Urlaub fahren. Das sind für uns alles Dinge, die nicht tragbar sind. Dabei sollte man anfangen zu sparen, um den Wasserpreis wieder zu senken und nicht immer Wasserpreiserhöhungen zu befürworten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das sind die wirklich wichtigen Dinge, die man in diesem Wasserleitungsverbandsgesetz ändern hätte können. Passiert ist leider nichts. Rein sachlich gibt es keine Verbesserungen. Ein paar legistische Änderungen mögen notwendig sein, aber im Grunde genommen fehlen die wirklich essentiellen Dinge.

Die SPÖ schanzt sich unterm Strich immer …

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich darf um mehr Aufmerksamkeit in den Abgeordnetenbänken bitten. Bitte leiser! *(Abg. Doris Prohaska: Leise! Aber nicht, ob wir aufmerksam sind.)*

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP) *(fortsetzend)*: Das einzig Entscheidende unterm Strich ist, dass sich die SPÖ wiederum die gesamte Macht zuschanzt. Die FPÖ schaut wiederum zu, wie die Kontrolle und auch die Kontrollrechte der Opposition geschwächt werden, fast aufgegeben werden. Das ist Sinnbild dafür, was auf Landesebene seit zwei Jahren in diesem Land passiert. *(Abg. Doris Prohaska: Bravo!)* Das werden wir uns nicht gefallen lassen, denn Hochmut kommt bekanntlich vor dem Fall.

Wir stimmen natürlich dagegen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Abgeordnete Ingrid Salamon ist als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt so viele Punkte, dass ich wirklich das ordnen muss, um die Märchenstunde, die jetzt von der ÖVP abgehalten worden ist, klarzustellen und richtigzustellen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Liebe Kollegen der ÖVP! Es werden die Dinge nicht wahrer, wenn Sie sie wie Wanderprediger immer wieder erzählen, ob das jetzt bei der Vollversammlung im Dezember war, ob es heute bei der Pressekonferenz ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gerade von meinem Vorredner, vom Herrn Kollegen Wolf gehört, wie schrecklich die ganze Geschichte mit dem Wasserleitungsverband ist und worum man sich alles nicht… *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Nein! Nur mit der Gesetzesänderung!)* Ich bin jetzt am Wort und Sie können sich gern wieder melden. Ich würde jetzt bitten, dass Sie vielleicht ein bisschen zuhören! Sie können vielleicht auch für sich etwas herausnehmen.

Wenn Sie heute hier gestanden sind und so gewettert haben. Wenn ich jetzt einmal anfangen darf mit der Nichtinformation, die wir vom Kollegen Wolf jetzt sehr ausführlich gehört haben. Dann möchte ich das in ein richtiges Licht stellen. Also, drei Vorstandsmitglieder gehören der ÖVP an, sieben Vorstandsmitglieder gibt es. Diese Vorstandsmitglieder kriegen natürlich eine Entschädigung, was alles rechtens ist, weil das auch so für alle Vorstandsmitglieder gilt.

Ich will Ihnen jetzt sagen, wann der Vorstand von der Veränderung dieses Gesetzes informiert worden ist. Und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie uns heute wahrscheinlich zuhören, zusehen, können sich dann selbst ein Bild daraus machen, warum die ÖVP heute behauptet, dass sie keine Informationen gehabt hat. Also fangen wir an.

Am 28. April 2016 wurde im Vorstand darüber gesprochen, berichtet und das nachweislich. Am 5. Juni 2016, am 22. September 2016, am 20. Oktober 2016 und am 9. Februar 2017.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie alle sind ja nicht nur Politiker, Sie alle sind berufstätig, sind in einem Unternehmen. Es gibt jetzt natürlich verschiedene Unterschiede in der Hierarchie. Es gibt die Geschäftsführung, es gibt den Vorstand. Aber das, was heute hier passiert ist, dass sich ein Teil des Vorstandes eine eigene Pressekonferenz über dieses heutige Gesetz gemacht hat, obwohl sie informiert worden sind, und heute das hier bekrittelt. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP und auch der Herr Kollege Kölly, hat uns heute schon erklärt, Sie sind Unternehmer, *(Abg. Manfred Kölly: Ja! Gott sei Dank!)* die ÖVP behauptet ja immer, dass sie die Wirtschaftspartei ist.

Ich würde Sie bitten, liebe Kollegen, legen Sie das bitte um in ein Unternehmen, dass es die Geschäftsführung gibt, dass es Ihre… *(Abg. Manfred Kölly: Entschuldige, was tun wir denn? Was ist mit Dir?)* Darf ich ausreden? *(Abg. Manfred Kölly: Freilich, ich komme eh dann dran.)* Du brauchst nicht nervös werden. *(Abg. Manfred Kölly: Ich?)* Dass es einen Chef gibt, dass es die Geschäftsführung gibt und dass es Abteilungsleiter gibt. Wenn in einem Unternehmen diskutiert wird, wenn etwas verändert werden soll, und man sehr oft informiert und keine Rückmeldungen bekommt, nur dann wenn es zum Beschluss geht, um natürlich in der Öffentlichkeit ein bisschen präsent zu sein - das unterstelle ich jetzt den Kollegen der ÖVP -, dann macht man sich wichtig.

Ich glaube, Herr Kollege Kölly, wenn das in Ihrem Unternehmen passieren würde, dass Ihre Fachabteilungen, die Sie haben, Sie nicht informieren, sondern dann an die Presse gehen, Sie hätten sicher keine Freude. Sie würden wahrscheinlich sagen, das ist irgendwie Rufschädigung, die man für dieses Unternehmen macht. In der freien Wirtschaft können Sie sich alle jetzt denken, wie diese Geschichte ausgehen würde. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Waren Sie schon in der freien Wirtschaft?)* Ich schon, lieber Herr Kollege, ja.

Ich glaube, dass das wirklich eine bodenlose Frechheit ist. Sie trauen sich heute hier herstellen und reden von Parteipolitik, die Sie uns als SPÖ vorwerfen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist ja offensichtlich.)*

Lieber Herr Kollege Wolf! Bis 2015 hat es Indexanpassungen beim Wasserpreis gegeben. Es ist aber eigenartigerweise, dass wir immer alles gemeinsam beschlossen haben. Weil man weiß, dass es wichtig ist, die Qualität zu halten. Weil man weiß, dass es wichtig ist, Sanierungen zu machen. Weil man weiß, dass es für die Zukunft wichtig ist, Wasser auch neu zu haben.

Das ist wirklich sehr eigenartig. Ich muss jetzt ganz ehrlich sagen, es ist wirklich eine Schande und eine bodenlose Frechheit, was Sie sich als ÖVP heute hier behaupten trauen. Es ist ein Jammer, dass der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland - wir haben gehört, um die 160.000 Personen werden hier versorgt, großartig versorgt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich ja gesagt.)* Behalten Sie sich Ihre Dinge für sich! Und hier sich dann herstellen trauen und etwas zu kritisieren, wo wir, glaube ich, weltweit, weltweit dafür beneidet werden, wie gut das bei uns funktioniert.

Ein herzliches Dankeschön an die Geschäftsführung, an alle Mitarbeiter! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Sie können sich Ihr Lob, Ihr falsches Lob sparen. Auf das ist niemand neugierig.

Noch einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, Sie können sich selbst ein Bild machen, wie die ÖVP Politik versteht, wie die ÖVP Mitarbeit versteht. Sieben Vorstandsmitglieder. Drei Vorstandsmitglieder werden tatsächlich informiert und jetzt trauen Sie sich heute hier herstellen und sagen, das ist alles in Nacht und Nebel passiert, unter der Decke, und keiner hat etwas gewusst. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wann ist denn die ÖVP zu einem Gespräch eingeladen worden? Kein einziges Mal!)*

Herr Kollege, ich habe es Ihnen gerade aufgezählt. Das ist ganz einfach nicht richtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war auch vier Wochen in der Begutachtung. Wir wissen alle, dass Begutachtungen für alle nachzulesen sind. Auch für die Vorstandsmitglieder. Weil ich frage mich, was Eure Vorstandsmitglieder arbeiten? Das frage ich mich ja wirklich. Das frage ich mich ja wirklich, was die machen? Anscheinend werden sich das mehr hoffentlich heute fragen.

Dann hat es Parteiverhandlungen gegeben. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Nein, hat es nicht.)* Dann hat es Gespräche gegeben, dann kann ich es so benennen wie Sie - auch bei einem Kaffee. *(Abg. Doris Prohaska: Dann sind Sie falsch informiert. – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP und SPÖ – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Was soll ich da mitdiskutieren?)* Lieber Herr Kollege, ich bleibe bei Ihrer Wortwahl. Herr Präsident, ich würde gerne alleine sprechen.

Herr Kollege, wenn ich jetzt bei Ihrer Wortwahl bleibe, dass ich beim Kaffeeplausch bleibe. Dann glaube ich ja nicht, dass die ÖVP-Abgeordneten, wenn Sie zur Landesrätin gehen, etwas zu diskutieren, das politische Gewissen im Klub lassen. Ich glaube schon, dass sie das mitnehmen, oder? *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Und dann können sie auch bei einem Kaffee darüber reden.

Das ist noch nicht alles. Ein Vorstandsmitglied, das heute bei dieser Pressekonferenz gesessen ist, ich glaube, das ist der Herr Bürgermeister Tschida, der hat 2015 in der Vollversammlung vor allem eine 30-prozentige Erhöhung des Wasserpreises verlangt. Das muss man sich jetzt vorstellen! Heute haben wir 2017, ich weiß. Die politische Geschichte bei der ÖVP ist ein bisschen anders. Und jetzt wird das vorgehalten. Also das ist verantwortungslos von der ÖVP.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir können stolz sein auf den Wasserleitungsverband und alle Verbände im Burgenland. Ich glaube, die Bevölkerung weiß das, die Bevölkerung schätzt das. Es hat eine Umfrage gegeben, wo 91 Prozent… *(Abg. Manfred Kölly: Zwangsmitgliedschaft!)* Die Zwangsmitgliedschaft ist schon beantwortet worden, *(Abg. Manfred Kölly: Ist nicht beantwortet worden. Weil Ihr Euch nicht auskennt. Ich melde mich dann eh.)* das ist ein Problem für Dich. Wir leben in einer Demokratie und jeder darf das anders sehen. Du siehst es so und ich sehe es positiv. Das werde ich mir von Dir jetzt nicht verbieten lassen müssen. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, im Gegenteil.)* So, ich sehe das positiv.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, diese Dinge, so wie sie passieren, sind für mich nicht in Ordnung. Auch wenn man jetzt natürlich diese „Beleidigtkeit“ seitens der ÖVP noch immer hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde Sie bitten, auf den Boden der Realität zurückzukommen, um zu sehen, was für unsere Bevölkerung wichtig ist. Es hat eine Umfrage vom Wasserleitungsverband Burgenland gegeben, wo 91 Prozent der Kunden die Bewertung des Verbandes für sehr gut befunden haben. Ich möchte noch anmerken, weil das hätte ich vergessen, der Wasserleitungsverband ist dreimal vom Rechnungshof geprüft worden.

Sie, liebe Kollegen der ÖVP, wenn es nur eine Kleinigkeit von einem Rechnungshof zu bekritteln gibt, dann wird das so ausgedehnt. Dreimal, dreimal hat der Rechnungshof den Wasserleitungsverband in jeglicher Hinsicht die besten Noten ausgestellt. Aber ich weiß, bei einer Diskussion wie heute, lässt man das natürlich links liegen, weil das will man ja auch nicht sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn dieser vielbesprochene Wasserpreis, der heute so zerredet worden ist, dann darf ich Ihnen sagen, was der durchschnittliche Haushalt mit Wasserverbrauch beim Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland ausmacht, damit Sie wissen, wovon wir sprechen: 275 Euro im Jahr! *(Abg. Manfred Kölly: Genug ist das.)*

Ich glaube, dass die Bevölkerung die Qualität des Wassers schätzt. Dass die Firmen auch schätzen, dass Wasser vorhanden ist und dass das wirklich eine einmalige positive Geschichte ist.

Es ist für mich natürlich selbstverständlich, dass wir diesem neuen Gesetz zustimmen werden, weil diese Märchen, die Sie von der ÖVP uns erzählt haben, tatsächlich nicht stimmen. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Ingrid, kriegen die mehr als der Landeshauptmann, oder nicht? Ist das auch ein Märchen? Das hätte ich jetzt gerne gewusst. – Abg. Ingrid Salamon: Du kannst Dich noch einmal melden.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes erteile ich dem Herrn Abgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich glaube jetzt unabhängig von der Vorrednerin hat jeder, der im Saal war beziehungsweise auch von den anderen Rednern auch festhalten können, was Parteiensituation in der Demokratie bedeutet und welchen Stellenwert der Einzelne, der einer Partei angehört, ihr beimisst. Auf der anderen Seite, wie wenig er die andere Meinung, die aus einer anderen Partei kommt, aufnimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland ist ein Gemeindeverband und als solcher ist er dazu da, die Wasserversorgung in den Mitgliedsgemeinden zu sichern. Da sind wir uns einig.

Festzuhalten ist, dass diese Sicherung des Systems unabdingbar in den kommenden Jahren noch viel stärker eine ursächliche Aufgabenstellung wird und dass die Schwierigkeiten, die mit ordentlichem, mit sauberem, mit trinkbarem Wasser in Verbindung stehen, nur über Lösungen im Verbandssinne möglich sein werden.

Ich bewundere im Grunde genommen noch immer Einzelgemeinden, die eine Versorgung der Bevölkerung, wo ursächlich der Zusammenhang dasteht, dass die Gemeinden für die Wasserversorgung der Bevölkerung zuständig sind. Wo eine einzelne Gemeinde unter den heutigen hygienischen Gesundheitsvoraussetzungen und anderen Gegebenheiten diese Wasserversorgung leisten und sichern kann. Sie wird immer technisch aufwändiger, sie wird immer teurer, und daher ist es oft nicht möglich, dass, obwohl eine Quelle vorhanden ist, dieses Versorgungssystem auch diesen Gesundheitsansprüchen genügt.

Daher ist es wahrscheinlich unabdingbar, ich gehe davon aus, es ist sicher unabdingbar, dass Verbandslösungen diese Wasserversorgung sicherstellt. Warum die Diskussion heute aber kreist, war im Endeffekt nicht diese Wasserversorgung, sondern es geht um dieses politische Kleinspiel, wer jetzt im Endeffekt wie, was in der politischen Verantwortung im Verband geregelt haben möchte.

Tatsache ist, und es soll keiner von Euch jetzt nochmal aussagen, dass der Wasserleitungsverband, so wie alle anderen Verbände, kein politisches Kalkül hätte, oder eine politische Absicht verfolgt.

Natürlich sind die 150 Beschäftigten auch ein politisches sogenanntes Verhältnis. Daher ist es naheliegend, das nicht zu leugnen, sondern festzuhalten, dass die politische Absicht durchaus erkennbar ist. Es ist legitim, wenn sich die ÖVP in dem Sinne jetzt auf das sogenannte neue Delegiertensystem festnagelt, weil sie meint, dass sie dadurch eigentlich nicht mehr die Vertretungsform im Vorstand haben wird.

Tatsache ist aber, dass die Situation durchaus gerechtfertigt geregelt ist, weil die Menge der sogenannten Delegierten mit Sicherheit nicht mehr eine zeitgemäße Form ist, auf der anderen Seite sehe ich es durchaus auch kritisch an, wenn die Gemeinden nicht gefragt worden sind, dass sie jetzt im Zusammenhang mit der Neuregelung auf 1.500 in der Entsendung auf einen sogenannten Delegierten die Zustimmung geben, das entzieht sich meiner Kenntnis, das will ich auch nicht weiter ausführen.

Tatsache ist, dass wir einen Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland haben, der jetzt, wo meine Vorrednerin zum Schluss diskutierend eingegriffen hat, die letzten Jahre mehrmals vom Rechnungshof geprüft wurde.

Der nationale Rechnungshof hat auch in einer Follow-up-Prüfung die Gegebenheiten beurteilt und verschiedenste Maßnahmen empfohlen, die im Zusammenhang mit dem Wasser stehen. Ich kann davon ausgehen, dass der Wasserpreis immer eine Diskussionsgrundlage sein wird, weil er den Konsumenten direkt berührt.

Frau Abgeordnete Salamon! Ich weiß auch, und Sie wissen das genauso, dass im Zusammenhang mit der jährlichen Erstellung der Inflationsrate auch diese Gebühr national gesehen, ein wichtiger Markstein in der Entwicklung der Inflationsgegebenheiten ist und was Sie richtig angesprochen haben, ist, dass wir ab einem gewissen Zeitpunkt einen Automatismus in Bezug auf die Wassergebühr umgesetzt haben. Ich war nicht mehr dabei in der Verantwortung, Tatsache ist, dass die Vollversammlung den Beschluss gefasst hat, dass es eine jährliche automatische Indexierung, eine Anpassung des Wasserpreises gibt. Ich war im Grunde genommen schon aus dem Grund nicht dafür und bin es bis heute nicht, weil es ein Automatismus ist, der jedem, der als Vertreter in diesen Verband delegiert ist, die Stimme nimmt, darüber zu entscheiden, ob er für diese Zustimmung ist oder nicht.

Das nur im Sinne keiner ideologischen Darstellung. Ich weiß auch, dass die Stadtgemeinde Wien die Indexierung auf die Verhältnisse Gegebenheit hat, aber ich sehe es nicht ein, dass ich einen demokratischen Verband konstruiere und auf der anderen Seite dann eine Festlegung auf eine Fixierung des Wasserpreises kennzeichne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darüber kann man breit diskutieren, in Wirklichkeit sollte sich aber jeder Gemeindevertreter in der Verantwortung um seine ursprüngliche Rolle, nämlich die Versorgung der Bevölkerung in seiner Gemeinde sicherzustellen, auch darüber informieren und darüber in Kenntnis setzen, dass er quasi seine Stimme abgegeben hat und dass diese Festhaltung auf den Wasserpreis in der jährlichen Indexregelung passiert.

Ich will jetzt nicht darüber diskutieren, wie es in der Festlegung auf den Wasserpreis im regionalen und darüber hinaus über Österreich bezogen von burgenländischer Seite her zu kennzeichnen ist. Wir wissen, dass die Verantwortlichen in den letzten Jahren eine sehr offensive Form von Rohrleitungstausch setzen, weil sie über eine Studie der Joanneum Research festgehalten haben, dass es hier Halbwertszeiten gibt, auf die eingebauten Rohre. Ich sehe dieses System einigermaßen kritisch, weil ich diese Festlegung - ich muss jetzt ein Rohr tauschen - auch in Gemeinden zum Beispiel bei den Abwässern hätte. Gemeinden auf Grund der finanziellen Situation sind nicht immer bereit, auch notwendige Rohrleitungstausche vorzunehmen. Beim Wasserleitungsverband wird das jährlich, ich glaube, das Volumen sind ungefähr 15 Millionen Euro, werden jährlich diese 15 Millionen Euro in diese sogenannten Tauschsituationen eingeführt. In Wirklichkeit ist das ein Vorhaben, das ich auch gegenfinanzieren muss.

Wir haben die letzten zwei Jahre einen starken Sommer gehabt, das ist quasi der Ausweis für das kommende Jahr in Bezug auf die Einnahmen des Verbandes und über diese Verbandseinnahmen aus dem vorigen Sommer, der sehr gut war, also ein trockener Sommer, der sehr viel Wasserverbrauch hatte, ist eigentlich das Budget auch im Vollzug.

Tatsache ist, dass sich natürlich alle Verantwortlichen im Verband mehr Geld wünschen würden und dass wir uns in der Verantwortung um den Wasserpreis gemeinsam darüber Sorgen machen sollten, wie kann ich der Bevölkerung die beste Lieferung, das qualitätsvollste Wasser, aber auf der anderen Seite auch einen vernünftigen Preis liefern. Diese Spanne, diese Schere tut sich immer auf und ist in der Regel auch nicht leicht zu vollziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Änderungen, die in dieser Novelle zum Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland gesetzt werden, haben auf der einen Seite natürlich - und es wird auch die Landesrätin nicht leugnen - den politischen Charakter. Auf der anderen Seite sind sie bezogen auf den Resultaten der Follow-up-Prüfung des Rechnungshofes, auf der dritten Seite sind es auch, soweit mein Kenntnisstand ist, bezogen auf gewisse Wirtschaftsbetriebe abgestellt, wenn ich die Zuleitung auf den Durchmesser der Leitungen bemesse, dann ist quasi die Zahlungsaufforderung an den Wirtschaftsbetrieb nicht mehr so hoch. Das ist im Grunde genommen auch eine Art von positiver Einstellung an den Wirtschaftsstandort Nördliches Burgenland und damit in Verbindung auch eine für die Wirtschaft positive Maßnahme.

Tatsache ist, dass die Struktur, man kann sehr wohl über die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, über die Vorstandsgegebenheiten, über alles diskutieren. Aber in der Struktur ist der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland eine sehr gute Betriebseinheit, ist eine sehr gut aufgestellte Betriebseinheit, die für mich nur ein Manko hat. Aber das ist jetzt eine arbeitsrechtliche Komponente mit der Begründung der GesmbH, als sogenannte zweite Standbeinsituation und da werden Sie mir zustimmen, Frau Kollegin Salamon, ist das ursprüngliche Dienstleistungsrecht für die Wasserleitungsverband-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr aufgeweicht worden, und daher ist die Zielrichtung, dass zum Schluss nur mehr Mitarbeiter in der GesmbH aufgenommen werden, ein klarer Weg in eine Zukunft, wo ursächliche Rechte über das Wasserleitungsverbandssystem beschnitten werden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Grunde genommen nicht mehr die Leistung bezahlt bekommen, die sie ursächlich hatten.

Daher haben wir eine zweigeteilte Situation, die ursächlichen Mitarbeiter und die neu aufgenommenen, und der Übergang ist mit Sicherheit auch betriebsintern keine leichte Aufgabe, weil es den schmerzlichen Verlust auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Wissen um die Zukunft auch gibt, die nicht zu bereinigen ist.

Im Grunde genommen ist aber der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland eine Einheit, die wir als Wirtschaft, als Politik, als Bürgerinnen und Bürger im Besonderen sehr gut brauchen. Danke schön!

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes ist Herr Klubobmann Sagartz zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch ein sehr deutlicher Vorwurf ergangen, dass Wort „Märchen“ hat die Kollegin Salamon verwendet. Es gibt das Wort „Wahrheit“ und es gibt „nicht alles sagen“. Eine Mischung von dem haben Sie

betrieben. Sie haben hier wortwörtlich gesagt, dass in verschiedensten Vorstandssitzungen - mit Datum versehen - Berichte erstattet wurden, Diskussionen stattgefunden haben. Jetzt möchte ich Sie nur fragen: Haben Sie daran teilgenommen, weil Sie das wissen? *(Abg. Ingrid Salamon schüttelt den Kopf.)*

Offensichtlich nicht! Offensichtlich nicht! *(Abg. Ingrid Salamon: Ich bin kein Vorstandsmitglied, Herr Kollege.)* Ich möchte deshalb nur ein Zitat - ganz korrekt - danke schön, Sie kommen auf den Kern meiner Aussage.

Gemäß § 8 Abs. 6 Wasserleitungsverbandsgesetz sind Sitzungen des Vorstandes nicht öffentlich. Jetzt weiß ich nicht, ich bin in dem Fall nicht der perfekte Jurist, in dieser Frage, ob es Einsichtsrechte der Gemeinden gibt, aber ansonsten würde ich sagen, die zuständigen Herren sind alle da, man wird sich demnächst sicherlich darüber unterhalten, wo das Leck in der Verschwiegenheit ist, dass Sie genau wissen, wann was besprochen wurde. *(Abg. Ingrid Salamon: Von den Presseaussendungen.)*

Unserer Auffassung nach gab es einen Bericht des Obmannes, so wurde mir das gerade erzählt. Der Obmannbericht beinhaltet, dass es Änderungen im Gesetz geben soll, das ist korrekt, das wird niemand bestreiten.

Tatsache ist aber, dass niemals inhaltlich gesprochen wurde, inhaltlich gesprochen wurde mit mir. Sie haben das sehr verklausuliert gesagt, mit der ÖVP-Fraktion, Sie können gerne meinen Namen verwenden. Der Christian Sagartz war von der Astrid Eisenkopf zu Parteienverhandlungen eingeladen worden. Das war sehr ordentlich und es war sehr aufmerksam, dafür bedanke ich mich. Das meine ich mit vollem Ernst.

Was dort passiert ist, kann ich Ihnen kurz schildern. Es wurde ein Gesetzentwurf präsentiert, auch allen anderen im Landtag vertretenen Parteien. Dort habe ich wortwörtlich gesagt, nachdem ich mir die erste Seite dort an Ort und Stelle durchgelesen habe: Mir ist alles klar. Hier soll es zu einer Veränderung der Verbandsversammlung kommen, damit eine Fraktion mehr Rechte hat und die kleineren Fraktionen weniger Rechte. Das wird es mit uns nicht spielen.

Danach hat es noch geheißen, es werden Berechnungen angestellt. Es wird uns präsentiert werden, wie sich das verändert. Kollege Molnár hat es bereits vorweggenommen, ja, wir haben uns das auch ausgerechnet und es stimmt, bei den jetzigen Stärkeverhältnissen, die nach der Gemeinderatswahl zustande gekommen sind, kommt es zu keiner Verschiebung. Aber es muss jetzt niemand von Ihnen ein Rechenspezialist sein, zu wessen Gunsten es nur bei einer kleinsten Verschiebung der Machtverhältnisse einen besseren Vorteil geben wird, wenn es innerhalb der Verbandsversammlung zu Verschiebungen kommt - nämlich für die SPÖ.

Für eine Einladung zu Parteienverhandlungen, wo man die Unterlage bekommt und dann sagt, man ist etwas irritiert, dass das nicht vorweg gekommen ist, diese Einladung, ist in Ordnung, habe ich zur Kenntnis genommen. Aber es hat ja niemand hoffentlich von Ihnen erwartet - nach meiner Wortmeldung -, dass wir dem zustimmen können.

Zweiter Punkt. Es ist gesagt worden, in der Begutachtung haben wir uns nicht geäußert. Ich möchte bitte hier mit einem anderen Märchen aufräumen.

Die Begutachtung dient dazu, dass möglichst viele Institutionen, in dem Fall unsere Gemeinden und andere, die Möglichkeit haben, im Gesetzwerdungsprozess offiziell eine Stellungnahme abzugeben. Das ist in Ordnung, das ist wichtig. Die Abgeordneten haben zwei Möglichkeiten - Parteienverhandlungen, das war bisher in meiner Erfahrung nach der normale Weg. Man hat Parteienverhandlungen geführt oder man diskutiert im Ausschuss.

Wir alle wissen, im Ausschuss diskutieren wir das nicht aus, wir führen Parteienverhandlungen - ist in Ordnung.

Aber eine Sitzung einzuladen und dann zu sagen, das war jetzt der gesamte Einbindungsprozess, das ist ein Einbindungsprozess, aber ein sehr dürftiger.

Ich möchte noch einmal betonen, wenn man gewollt hätte, dass man sich gemeinschaftlich etwas überlegt, warum hat man nicht die Lücke geschlossen, die mehrfach bei der Wahl des Prüfungsausschusses diskutiert wurde.

Warum hat man nicht alle Vorstandsmitglieder inhaltlich mit dem Text beschäftigt? Warum hat man nicht eine Verbandsversammlung abgehalten, dort präsentiert, was die Vor- und Nachteile eines solchen Gesetzes sind, oder sind etwa andere Kräfte für den Verband tätig geworden? Sind es nicht die Vorstandsmitglieder, die hier das Sagen haben? Sind es nicht die Verbandsversammlung oder gar die Abgeordneten, die - Sie haben es angemerkt, Kollege Molnár, - nicht für den Wasserpreis verantwortlich sind?

Es sind jene Kräfte, die sich offensichtlich viel mehr herausnehmen als ihnen zusteht. Ich hoffe, dass die Vorstandsmitglieder darauf schauen werden, dass diese Vorwürfe in Sachen Verschwiegenheit durch die Geschäftsführer schleunigst entkräftet oder zur Anzeige gebracht werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Neuerlich zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wahrscheinlich hat sich niemand gedacht, dass man bei dieser Gesetzesnovelle so spannende Aussagen hört. Es ist sehr interessant, da ich nicht im Nördlichen Wasserleitungsverband - weder als Vorstand noch als Mitglied - vertreten bin, ist mir ja die Märchenstunde, liebe Frau Kollegin Salamon, sehr zurechtgekommen. Sehr zurechtgekommen, denn diese Märchenstunde werde ich jetzt hinterfragen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir sind Einzelkämpfer, mein Kollege Gerhard Hutter und meine Wenigkeit als Selbständige überhaupt von den Abgeordneten, die selbständig sind und wir damals schon bei der Einladung bei den Parteiengesprächen auch der Frau Landesrätin klargelegt haben, die Zwangsmitgliedschaft gefällt mir da drinnen nicht.

Das haben wir diskutiert, und das haben wir alle gehört. Das war mein Standpunkt dazu, und bei der Begutachtungsphase habe ich gesagt, ist ja nichts rausgekommen, was soll ich, was soll ich noch einmal reinschreiben, das gefällt mir nicht, die ganze Geschichte. Obwohl ich 100-prozentig gesagt habe, dieser Punkt ist für mich nicht zugängig.

Dass die Arbeit im Verband hervorragend ist und dass ich mit diesen Herrschaften ständig Kontakt habe, aber auch über andere Dinge vielleicht rede, auch über andere Verbände - und jetzt sind wir dort, heute haben wir das Jugendgesetz diskutiert, man sollte eigentlich ein bundesweites Jugendgesetz schaffen und der nächste Tagesordnungspunkt ist die Minderheitsregelung. Mindestsicherung! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

So, jetzt sind wir dort. Im Burgenland beschließen wir, dass der Norden anders ist, wie der mittlere und der südliche Landesteil. Ist das notwendig? Können wir da nicht einen gemeinsamen Weg finden, sodass man sagt, im ganzen Burgenland gilt eigentlich das Gleiche? Ich glaube, das wäre mein Zugang.

Ich hoffe von Euch auch, wenn ich die Märchenstunde weiterführen darf, Frau liebe Kollegin Salamon, denn Sie haben gesagt, es ist ein Märchen, dass die Geschäftsführer in diesem Verband mehr verdienen, wie der Landeshauptmann. Wenn es ein Märchen ist, dann soll es so sein, dann nehme ich das einfach so zur Kenntnis. Wenn das nicht der Fall ist, dann habe ich andere Schritte einzuleiten, das sage ich Euch auch gleich, was dann passiert, weil das kann es nicht geben.

Jetzt komme ich aber zur ÖVP. Sie haben jahrelang ohnehin mitgestimmt, das ist schon richtig, aber ich verstehe nicht, warum Sie mitgestimmt haben. Jetzt zur FPÖ, denn die haut sich ja voll rein und vergisst dabei, dass sie irgendwann einmal eine Kontrollfunktion oder so etwas in der Art ausgeübt hat. Sie sind dort nicht einmal vertreten.

Der Géza Molnár sollte sich mit seinem Stab von Mitarbeitern die Gesetze genau anschauen und soll dann sagen: Lieber Herr Kollege Kölly! Du sitzt da auch irgendwo in einem Verband als Vorstand und kannst auch Lieder davon singen. Ich sage das Lied jetzt aus dem mittleren Bezirk.

Da hat ein Bürgermeister sein Amt abgegeben. Er war auch Obmann-Stellvertreter. Was passiert? Als Obmann-Stellvertreter hat er nicht gemerkt, dass die Nachbesetzung dann ein Parteibeschluss wird, denn wie es so üblich ist, gibt es im Verband eben SPÖ, ÖVP und die LBL.

Gott sei Dank, weil wir die größte Gemeinde und die größten Hafter sind. Das muss man jetzt auch dazusagen. Als Gemeinde sind wir auch dazu die größten Hafter. Ich habe dort als einzelner immer mein Wort erhoben. Das habe ich schon bei meiner vorigen Rede klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Was passiert dort? Ich stelle einen Antrag, weil wir sparsam, wirtschaftlich denken sollen, weil es dem Verband ja gar nicht gut geht und der Preis dort auch sehr hoch ist. Im Übrigen habe ich, wenn wir das diskutiert haben, vorgeschlagen, dass man entweder jetzt die paar Monate auf einen Obmann-Stellvertreter verzichtet oder man setzt dort jemanden hin, der keine Gage mehr dafür bekommt, dass er als Obmann-Stellvertreter fungiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wisst Ihr was die Antwort bei einer Mitgliederversammlung von einem vorsitzenden Obmann war? Das können wir leider nicht machen, weil wir die ÖVP dazu brauchen. Das ist ein SPÖler! Wir brauchen die ÖVP dazu, damit wir hier eine Ruhe haben und damit da nicht Querulanten sitzen. Das ist die Antwort, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da geht es nicht um Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit. Frau Kollege Salamon, nur das zum Thema Märchenstunden, damit wir wissen, wovon wir reden.

Ich hätte es gerne gemacht. Ich hätte auch keine Gage bekommen, weil das meine dritte öffentliche Gage gewesen wäre. Das funktioniert so nicht und Ihr redet davon, dass da nicht politisch irgendetwas über die Bühne geht. Na seid mir bitte nicht böse, aber das versteht ein jeder. Das ist ja das Beste, wenn ich dort sage, dort ist nichts politisch. Wird dort nichts abgehandelt? Na selbstverständlich wird es politisch abgehandelt. Das wollte ich nur gesagt haben.

Das Nächste ist, Frau Kollege Salamon, *(Abg. Ingrid Salamon: Ich höre zu, Herr Kollege!)* dass ich mich sehr freuen würde, wenn Sie mit mir gemeinsam dieser Sache nachgehen würden, welche Vorstandsgehälter es überhaupt gibt, denn bei uns im mittleren Bezirk gibt es keine Vorstandsgehälter. Da bekommen wir nur eine Sitzungsentschädigung.

Wenn es das jetzt aber im Nördlichen gibt, dann hätte ich gerne gewusst, wie hoch die sind und wie hoch die Geschäftsführergehälter sind. Da bleibe ich jetzt einmal wirklich dran, weil es wäre wirklich interessant zu wissen, was sich da abspielt, weil wir immer von einer Preiserhöhung beim Wasser sprechen und Sie erzählen mir von 270 Euro pro Haushalt. Wenn man sich das anschaut: Der Herr Landeshauptmann bekommt über 250 oder 260.000 Euro - in der Richtung.

Aufpassen, brutto natürlich, denn es wird immer von brutto geredet. Der Geschäftsführer vom Wasserleitungsverband ist ein Geschäftsführer von einem nördlichen Wasserleitungsverband, gar nicht vom ganzen Burgenland, weil der Landeshauptmann ja der Landeshauptmann für das ganze Burgenland ist. Dann frage ich mich, sind Sie da stimmig mit mir, dass ich sage, es gehört überprüft, ob diese Dinge auch rechtlich in Ordnung sind?

Rechtlich wird es schon in Ordnung sein, weil der Vorstand oder die Vollversammlung wird es schon beschlossen haben, aber das sind diese Dinge, die mich jetzt wirklich stutzig gemacht haben. Da würde ich Sie bitten, liebe Frau Kollegin, dass wir gemeinsam jetzt den Weg gehen und die Kontrolle ausüben. Die FPÖ kann ich jetzt nicht mehr fragen, weil die diesen Weg schon längst verlassen haben.

Die haben schon alle Werte über Bord geschmissen. Früher haben sie darauf Bedacht genommen, dass wir keine Zwangsmitgliedschaft brauchen, es gehört mehr Kontrolle her. Dann stellt er sich hin, der Klubobmann mit einer sehr hohen Gage, das Dreifache von mir, und erzählt, wie ich keine Gesetze lesen kann. Ich mache mir die Mühe und habe keinen Stab, so wie Ihr um Euch. Vielleicht könnten wir da auch einmal darüber diskutieren, ob wir uns das nicht anschauen sollten, ob wir uns nicht auch Juristen, wie die anderen im Landtag vertretenen Parteien leisten könnten. Ihr habt sie. *(Abg. Géza Molnár: Du hast da einen Blödsinn erzählt.)* Die sitzen in großen Mengen da. Das wäre einmal eine Ansage, Herr Kollege, seitens der FPÖ. Kommt zu Euren Werten zurück. Wir schauen uns das jetzt an. Ich bin neugierig, was Ihr dann dazu sagen werdet. *(Abg. Géza Molnár: Mach Dir keine Sorgen!)* Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich glaube zusammenfassend könnte man durchaus trotzdem festhalten, dass alle hier im Landtag vertretenen Parteien eines getan haben, nämlich, ein Bekenntnis für den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland abzugeben, die Qualität unseres Wassers zu loben und vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die dementsprechende Wertschätzung gegenüberbringen, die Ihnen zusteht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Trotzdem vielleicht einige Worte dazu. Es wurde ja heute schon viel gesagt. Es ist sehr interessant, dass natürlich im Rahmen der Begutachtungsfrist keine einzige Stellungnahme von den Gemeinden eingegangen ist. Das ist schon interessant, denn, wenn die Gemeinden wirklich damit unzufrieden wären, dann hätten sie dort im Rahmen des Begutachtungsverfahrens Stellungnahmen abgegeben.

Insbesondere jene hätten eine Stellungnahme abgeben können, die sich heute bei einer Pressekonferenz hinsetzen und sagen, sie wären nicht informiert gewesen. Das ist schon etwas eigenartig. Da muss man vielleicht hinterfragen, ob das nicht aus einem

Parteisekretariat stammt, oder wirklich die Meinung der Vorstandsmitglieder der ÖVP im Wasserleitungsverband ist. Ich glaube nicht, weil das wäre sehr durchsichtig, wenn man als Bürgermeister eingeladen wird, eine Stellungnahme zu einem Gesetz abzugeben und dann sagt man: „Wir waren nicht informiert." Da passt irgendetwas nicht zusammen.

Zusammen passt auch nicht, wenn der Kollege Wolf sich herstellt und sagt, es gäbe keine Parteienverhandlungen und dergleichen und ich sitze mit dem Kollegen Sagartz zusammen und die Kollegin Petrik und der Kollege Kölly waren auch dabei.

Ich weiß auch noch genau, was der Herr Kollege Sagartz gesagt hat. Er hat es ein bisschen anders gesagt und nicht so formuliert, wie heute. Er hat sinngemäß gesagt, er muss das erst durchrechnen, um zu wissen, was am Schluss dann herauskommt. Erst dann kann er ein Feedback dazu abgeben. Von Ablehnung und dergleichen mehr war also damals nicht die Rede, Herr Kollege Sagartz. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich kann mich noch erinnern, dass die Kollegin Petrik dort angeregt hat, was die Zustimmung vom Kollegen Molnár *(Abg. Gerhard Steier: Geht es also doch um Parteien.)* und auch von mir gefunden hat, nämlich, sich gleich alle Verbände anzuschauen und eine Regelung, die gleichlautet, in allen Verbänden einzuführen. Das halte ich auch für sinnvoll und gut. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Mit dem Parteisekretariat doch abgesprochen. Also bitte! Wir sind doch hier nicht im Kindergarten. Wir wissen schon, wie es läuft.)*

Ich weiß nicht in welchem Kindergarten Sie waren. Ich möchte das auch gar nicht wissen, Herr Kollege Strommer. Ich sage nur das, was war und das es so ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Jetzt wird es schon spannend. Dann geht der Kollege Wolf her, stellt sich dahin und sagt: „Die Preise sind viel zu hoch, das Wasser ist viel zu teuer." Das ist komisch, weil sein Parteikollege, der nämlich im Vorstand des Wasserleitungsverbands sitzt, der sagt nämlich schon wieder das Gegenteil von dem, was der Kollege Sagartz wieder getan hat.

Der sagt nämlich, das ist zu niedrig, wir müssen die Beiträge um 30 Prozent erhöhen. Das ist nicht zu hoch, sondern es ist zu niedrig. Wir müssen um 30 Prozent erhöhen. Keine Angst, die SPÖ-Fraktion hat dort ohnehin die Mehrheit. Es ist natürlich keine Erhöhung durchgenommen worden, sondern der Wasserpreis ist geblieben.

Dann gab es aber eine ganz interessante Meldung, dass die Vorstandsmitglieder nicht informiert gewesen sind. Jetzt hört man aber, dass es Vorstandssitzungen gegeben hat, was die Kollegin Salamon vorher zitiert hat, wo Berichte, wo Diskussionen, wo Informationen gelaufen sind. Der Kollege Sagartz wird nervös und sagt, dass der Datenschutz missbraucht wurde.

Nein, die Kollegin Salamon hat sich ausschließlich auf eine Presseaussendung des Wasserleitungsverbands berufen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann stellt sich doch die Frage, ob die das überhaupt dürfen!)* Die kann ich Ihnen dann gerne geben, denn die ist öffentlich zugänglich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dürfen die das, wenn die Sitzungen nicht öffentlich sind?)* Das ist überhaupt kein Problem, das kann man nachlesen.

Herr Kollege Sagartz! Aber, wenn jetzt die Mitglieder im Vorstand des Wasserleitungsverbands diese Berichte im Vorstand nicht zur Kenntnis nehmen wollen *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann müssen sie zustimmen.)* oder können oder ich weiß ja nicht welche Interessen da wirklich dahinter stehen, dann frage ich mich schon, Herr Kollege Sagartz, wieso Sie Ihre Parteikollegen nicht informiert haben?

Also da hätte Sie ja keiner aufgehalten. Da wäre ja keiner hergegangen und hätte gesagt, um Gottes willen, Kollege Sagartz informiere ja nicht deine Parteikollegen dort, die dort Verantwortung tragen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es ist doch um das Verhandeln gegangen. Um das Verhandeln! Um das Einbinden. Wissen tun wir es ohnehin alle. Wir haben es doch zugeschickt bekommen. Die Begutachtung ist doch bereits viermal erwähnt worden.)* Insgesamt gesehen ist das also keine schlüssige Argumentationslinie, die Sie da heute aufgebaut haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Vom Wissen brauchen wir da nicht reden. Vom Verhandeln reden wir!)*

Ich glaube, das ist wirklich ein Eigentor. Aber, wissen Sie was, wissen Sie, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Noch nichts!)* wo ich mir eine Unterstützung erhofft hätte? Im Kampf gegen die großen Schweinemastbetriebe, die unser Wasser gefährden. Nur, da höre ich nichts von Ihnen. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo haben wir das in einem Landesgesetz fixiert? Wo?)*

Da gab es so viele Informationen. Das ist Ihnen völlig egal, wie es unserem Wasser geht, völlig egal. Ihnen geht es nur um politisches Kleingeld, das hier zu wechseln ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo habe ich denn das gesagt?)* Da würde ich Sie ersuchen, nehmen Sie sich ein Beispiel, denn alle hier im Landtag vertretenen Parteien, die GRÜNEN, die FPÖ, die Sozialdemokratie und die LBL, haben sich hier eingesetzt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das müssen Sie mir erst nachweisen!)* nur eine fehlte hier wieder, die ÖVP. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist nicht korrekt!)*

Ich habe ohnehin gesagt, auch die LBL. Das habe ich ohnehin gesagt. Herr Kollege Sagartz! Wissen Sie, was ich schade finde, dass Sie den Wasserleitungsverband offensichtlich erkoren haben, um Ihren Gemeinderatswahlkampf darauf aufzubauen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Geh bitte! - Abg. Mag. Thomas Steiner: So wichtig ist er wieder auch nicht.)*

Naja, die letzte Verbandsversammlung hat ja schon gezeigt, was Sie machen wollen und das heutige Spiel, das Sie heute hier abhalten, geht ja auch in diese Richtung. Das wird aber nicht gelingen, Herr Kollege Sagartz. Wissen Sie warum?

Vor wenigen Monaten haben wir hier im Hohen Haus einen Rechnungshofbericht diskutiert. Ich würde diese Protokolle am liebsten herausnehmen, denn da hat die ÖVP, wie alle anderen Fraktionen hier im Hohen Haus, diesen Wasserverband und diesen Rechnungshofbericht überdurchschnittlich gelobt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was hat das mit dem neuen Gesetz zu tun? Das hat doch nichts mit dem WLV zu tun.)*

Ich habe so viele Lobesworte bei einem Rechnungshofbericht überhaupt noch nie gehört. Daher frage ich mich schon, wie Sie jetzt plötzlich darauf kommen, dass das alles schwierig ist und was weiß ich was da heute alles gefallen ist. *(Abg. Ingrid Salamon: Da hört man von Missständen, die gesäubert werden müssen.)*

Ich glaube, der Wasserverband Nördliches Burgenland eignet sich nicht für den Gemeinderatswahlkampf. Suchen Sie sich ein anderes Thema, denn das Wasser ist viel zu kostbar, um das dem Gemeinderatswahlkampf zu opfern.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen politischen Kräften, die das konstruktiv und sachlich angehen. Die dafür sorgen, dass unsere Menschen hier im Nordburgenland ein ordentliches Wasser mit hoher Qualität haben. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Gesetz über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 810) mit dem das Fischereigesetz 1949 geändert wird (Zahl 21 - 568) (Beilage 837)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 810, mit dem das Fischereigesetz 1949 geändert wird, Zahl 21 - 568, Beilage 837, wird Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Frau Präsidentin! Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Gesetzesentwurf, mit dem das Fischereigesetz 1949 geändert wird, in ihrer 08. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Fischereigesetz 1949 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin! Geschätzte Kollegeninnen und Kollegen! Liebe Zuhörer auf den Zuschauerrängen und vor den Bildschirmen! Es geht hier eigentlich um eine relativ kleine Änderung im Fischereigesetz, die auf einer EU-Verordnung basiert und zwar jener, die Prävention, Management, sowie die Einführung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten betrifft.

Das heißt, es geht um Tiere, Pflanzen, aber auch um Pilze, die durch Menschen, die durch weltweite Transporte und ähnliches eingeschleppt werden und daher teilweise unser Ökosystem bedrohen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das gilt nicht für alle, die eingeschleppt werden, aber doch für einige.

In Österreich gibt es inzwischen 27 nicht heimische Fischarten, die vor allem durch menschlichen Eingriff in die heimischen Gewässer gelangt sind. Das passiert teilweise unabsichtlich, teilweise einfach durch Nichtwissen, was man hier anrichtet. Tiere, die zu Hause im Aquarium, Terrarium zu viel werden, werden einfach in die freie Natur entlassen.

Ein großes Problem ist, zum Beispiel, die Rotwangenschmuckschildkröte, die in der Lobau inzwischen ihr Unwesen treibt. Bei den Fischen sind das, ich habe hier drei Arten herausgesucht, der Blaubandbaerbling, der Dreistachlige Stichling, die Gundel Art und andere.

Wobei man sagen muss, dass es im Burgenland bis jetzt ein sehr untergeordnetes Problem bei den Fischen ist, vor allem weil uns die großen Flüsse fehlen und dadurch die Ausbreitung dieser Fischarten auch wesentlich geringer ist, als, zum Beispiel, in Wien oder Niederösterreich, wo die Donau oder andere größere Flüsse in andere Bundesländer fließen.

Ganz wesentliche Gefahren sind aber, zum Beispiel, und auch diese Tiere wurden im Burgenland bereits gesehen und gefangen, asiatische Tigermücken, also Gelsen im landläufigen Sprachgebrauch, die Krankheitsüberträger sind. Das sind jetzt noch zu wenige Tiere, als dass das wirklich eine Gefahr darstellt, aber jedes Grad mehr an Klimaerwärmung erhöht dieses Problem. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nicht nur bei der Tigermücke, sondern generell, weil sich natürlich vor allem tropische, teilweise sogar subtropische Tiere und Pflanzen hier wohler fühlen, weil die Winter wesentlich harmloser sind, also weniger Frosttage zu verzeichnen sind. Das trifft heuer nicht zu, aber es ist oft so.

Auch dann ist es so, wenn die Sommer länger und heißer sind, wo diese Tiere und Pflanzen wirklich einen guten Lebensraum vorfinden und, nicht nur das, sondern sich dann oft erst dadurch auch bei uns vermehren können. Bei vielen Tieren ist es so, dass es die zwar bei uns gegeben hat, weil sie immer wieder ausgesetzt worden sind, sie konnten sich aber aufgrund des relativ kurzen heißen Sommers nicht fortpflanzen. Das ändert sich jetzt leider zunehmend.

Es geht hier auch letztendlich um einen wirtschaftlichen Schaden, denn gerade in der Fischerei gibt es einfach Fressfeinde von unseren heimischen Nutztieren. Nur als Beispiel, auch wenn es hier jetzt nicht auf die Fische zutrifft: In den USA wird der wirtschaftliche Schaden durch Ernteverluste, aber auch durch Bekämpfungsmaßnahmen auf jährlich 27 Milliarden Dollar geschätzt. Man sieht, da geht es wirklich um einiges und darum geht es auch im Forst.

Ich habe das ohnehin schon einmal erwähnt, als wir diesen Antrag eingebracht haben. Wir müssen auch hier im Burgenland vorsichtig sein und etwas gegen diese Neuankömmlinge machen. Wir sehen diese Maßnahme natürlich auch in dieser Änderung im Fischereigesetz, dass man hier auf diese Problematik achtgibt.

Wichtig ist aber auch natürlich, dass man diese Problematik - Stichwort Bewusstseinsbildung - den Hobbyterrariern und Aquarianerinnen und Aquarianer darlegt, dass in der Bevölkerung diese Problematik weiter macht. Aber, was natürlich auch

notwendig ist, ist ein wirklich bundesweit - natürlich nur sinnvolles - Monitoring. Hier bedarf es einer Abstimmung mit anderen Ländern.

Basierend auf dieser EU-Verordnung passiert schon ein bisschen etwas, aber wir sind hier immer hinten her, weil sich diese Arten leider sehr schnell ausbreiten und weil auch immer wieder neue dazukommen. Es braucht, wie ich schon gesagt habe, eine gewisse Bewusstseinsbildung. Es braucht dieses Verständnis, dass man hier schnell und wirkungsvoll handelt.

Weil wenn eine Pflanzen- oder eine Tierart sich schon ausgebreitet hat, ist es sehr schwer, diese wieder wegzubekommen. Wenn ich aber ganz am Anfang, wenn sich die ersten Pflanzen, bei den Pflanzen ist es meistens leichter, hier etwas dagegen zu tun, sich ausbreiten, wenn ich da aktiv werde, dann hat es natürlich einen wesentlich höheren Effekt und ich kann die weitere Ausbreitung verhindern.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass wir dieser kleinen Gesetzänderung natürlich zustimmen. Wir wünschen uns aber auch, dass diese Problematik im Burgenland wirklich ernst genommen wird und hier über die Fische hinaus Maßnahmen ergriffen werden, die diese Problematik aus ökologischen, aber auch aus ökonomischen Gründen berücksichtigen, eindämmen und erst nehmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Zuschauerinnen und Zuschauer an diversen Geräten! Nachdem der Kollege Spitzmüller schon sehr viel ausgeführt hat, hier nur vielleicht einige Ergänzungen dazu.

Diese EU-Verordnung trat am 1.1.2015 in Kraft. Die praktische Anwendung in den Mitgliedsstaaten wurde erst im August 2016 mit der Annahme, einer Liste von invasiv gebietsfremden Art von unionsweiter Bedeutung möglich. Diese erste Liste umfasste 23 Tier- und 14 Pflanzenarten und wird immer wesentlich erweitert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gilt ein Verbot der Einfuhr und des Handels, der Inverkehrbringung, der Erhaltung, der Zucht, der Fortpflanzung, der Verwendung, des Tausches sowie der Freisetzung in die Umwelt. Aus dieser Definition ergibt sich laut der EU-Verordnung national die Zuständigkeit der Länder, wobei in der Praxis vor allem die Regelungsbereiche Naturschutz oder Jagd- und Fischereiwesen in Frage kommen.

Mit dieser Novelle sollen nachteilige Folgen für die Biodiversität und die damit verbundenen Ökosystemdienstleistungen sowie andere sozial und wirtschaftliche Auswirkungen verhindert werden. Es wird mit dieser Novelle auch eindeutig geregelt, dass die Landesregierung zuständig ist. Diese kann auch mit Verordnung Aufgaben an die Bezirksverwaltungsbehörde delegieren, wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Sparsamkeit gelegen ist, was in der Praxis sicherlich ein Vorteil sein wird.

Neben den konkreten Zuständigkeiten werden auch mit der Aufnahme von Strafbeständen und Verstößen gegen die EU-Verordnung sanktioniert. Wenn wir schon bei diesem Thema Strafbestimmungen, Verstöße und des Fischereiwesens sind. Es hat ja vor kurzem ein grausames Fischsterben im Burgenland gegeben. Laut Medienberichten sind in der Langen Lacke im Nationalpark Neusiedlersee Seewinkel über 23 Tonnen Fische qualvoll erstickt.

Das Tausendfache Tierleid hätte leicht verhindert werden können, wenn im Herbst die Lacke abgefischt worden wären. Diesbezüglich hat unser zweiter Präsident Rudolf Strommer eine Anfrage an die zuständige Landesrätin Astrid Eisenkopf gestellt. *(Abg. Géza Molnár: Wo hättest du denn die Fische hingebracht?)* Wir warten gespannt auf die Antwort.

Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass solche Bilder in Zukunft nicht mehr passieren dürfen. Wir stimmen natürlich dieser Novellierung des Fischereigesetzes zu, damit diese Verordnung umgesetzt wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herr Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Temmel! Was werden wir für ein Wetter am 17.8.2017 haben? Wenn wir im Oktober oder November gewusst hätten, dass der Winter so lange dauert, dann hätten wir abfischen können. Vielleicht können Sie mir auch die Frage beantworten, wie warm es am 17.8 sein wird? Eines wissen wir, schneien wird es nicht. Aber, ob es 25 oder 30 Grad hat oder ob es regnen wird, weiß man auch nicht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA:* Aber die letzten Jahre davor.) In Ordnung.

Ich darf gerne zum Fischereigesetz 1949 kommen, zu der Novellierung. Ich glaube, dass diese Novelle wichtig, richtig und vor allem auch notwendig ist. Meine Vorredner, Kollege Spitzmüller und auch der Kollege Temmel haben es ja in dieser Form schon angesprochen. Der Schutz der natürlichen Vielfalt der Tier- und der Pflanzenwelt, der Biodiversität ist ein zentrales Thema, ein zentrales Anliegen der Umwelt, aber auch der Naturschutzpolitik.

Gebietsfremde Arten stellen in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine ernsthafte Bedrohung dar. Die Welt hat sich in der letzten Zeit, aber natürlich auch in den letzten Jahrzehnten verändert. Sie ist im Prinzip kleiner geworden. Das heißt, hier Pflanzen und Tiere zu transportieren und vor allem zu importieren ist in dieser Form natürlich leichter, aber vor allem auch kostengünstiger geworden.

2016 hat die EU 37 gebietsfremde, invasive Arten gelistet, die hier nicht eingeführt, nicht einzubringen sind und die sich hier in dieser Form auch nicht ausbreiten können. Das bedeutet, dass diese Arten nicht importiert, dass diese Arten auch nicht gezüchtet, aber auch nicht gehandelt und verkauft werden dürfen.

Der Burgenländische Landtag hat sich im September des Vorjahres mit der Thematik der invasiven Pflanzenarten auseinandergesetzt. Hier wurden auch Maßnahmen in jener Form gesetzt, um hier Informationen und vor allem hier die Gemeinden einzubinden und in weiterer Form hier auch eine Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung zu fördern. Eine Umsetzung der EU-Vorgabe zu den invasiven Arten erfolgte übrigens auch im neuen Jagdgesetz, was jedoch angesichts der inszenierten Aufregung in der Debatte hier auch unterging.

Mit der vorliegenden Novelle soll sichergestellt werden, dass die heimische Fauna und natürlich auch die Flora nicht durch invasive Arten hier gefährdet wird. Konkret geht es um einige Krebsarten. Der prominenteste dieser Krebsarten ist der amerikanische Signalkrebs.

Es geht aber auch um Fischarten, die zwar klein sind, aber große Auswirkungen auf die Biodiversität haben können. Das sind der Amor, die Schläfergrundel und auch der

Blaubandbärbling. Die inserieren Krebsarten gelten als besonders resistent gegenüber Gewässerverschmutzungen sowie auch als Überträger der Krebspest, was heimische Krebsarten in Bedrängnis und vor allem in Gefahr bringen könnte.

Die beiden ursprünglich aus Ostasien stammenden Fische, nämlich der Amor und die Schläfergrundel, treten in Fresskonkurrenz mit heimischen Fischarten und gelten hier vor allem als Laichräuber. Der Blaubandbärbling ist nicht nur ein Nahrungskonkurrent und ein Laichräuber. Dieser begünstigt vor allem Nährstoffanreicherung. Hier wäre dadurch in einem warmen Sommer auch die Wasserqualität gefährdet.

Ich möchte es aber nicht verabsäumen, heute meinen Redebeitrag auch dazu zu nützen, vor allem einen besonderen Dank an alle burgenländischen Fischereivereine und allen ihren Mitgliedern vor allem, die hier auch Verantwortung tragen, im Team mit den Obmännern herzlich zu danken.

Sie pflegen hier ehrenamtlich eine lange Tradition. Sie geben hier aber auch ihr Wissen an die Jugend weiter. Dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken, denn unsere Gewässer sind vor allem ein kostbarer Naherholungsraum.

Wir, als SPÖ, bekennen uns eindeutig zum Schutz der Artenvielfalt sowie zum ökologischen Gesamtverständnis des Lebensraums Wasser und werden natürlich der vorliegenden Novelle unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter, als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Hohes Haus! Meine Vorredner haben die gesamte Breite dieses Gesetzes an sich festgelegt. Wir sind uns darin einig, dass die Welt immer kleiner wird und dass dadurch der Grad der sogenannten Verschmutzung regionaler Gegebenheiten immer stärker in Bedrohung ist.

Diese Bedrohungsfaktoren kommen aber erst dann zum Tragen und werden dann erst entsprechend auch mit Schutzmaßnahmen umgesetzt, wenn heimische Tierarten oder heimische Pflanzen an sich vom Aussterben bedroht sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir haben, und das steht ja auch in diesem Gesetz drinnen, die Möglichkeit, den heimischen Transport über die Grenzen hinweg durch eine EU-Verordnung schützen zu lassen.

Natürlich ist bei diesem Flugaufkommen, bei diesem Reiseaufkommen vieles an sich in der direkten, in den Koffern und im Fluggepäck vorhanden und dadurch auch leicht in der Transportmöglichkeit in regionalen Verbünde zu setzen.

Auf der anderen Seite, ich erinnere, zum Beispiel, bei jedem Schulbeginn, bei jedem Kindergartenjahrbeginn daran, welches Problem es im Bereich der Kopfhaare durch Läuse gibt. Diese Laus ist ein Produkt durch den Import aus fremden Ländern, wo wir im Grunde genommen diese hygienischen Maßnahmen nicht haben und wo es dann äußerst schwierig ist diese Probleme im Haarbereich wegzukriegen und überhaupt auszumerzen. Hier dauert das oft vom Procedere wochenlang.

Auf der anderen Seite ist jede invasive Pflanzen- und Tierart ein riesen Problem für die Ökologie und alle Vorhaltungen werden eigentlich nicht ausreichen hier entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Mein Vorredner hat, speziell darauf angesprochen, wo die heimischen Flusskrebsarten in einer großen Bedrohungssituation sich befinden. Tatsache ist, dass die

Ausbreitung von Tierarten oder Krebsarten aus Amerika und aus Asien hier eine große Bedrohung darstellen.

Ich glaube kaum, dass wir dem wirklich Herr werden können, dass wir das dementsprechend im Maßnahmensinne einschränken können. Auf der anderen Seite, es wird ohne Schutzformen nicht gehen. Da bedarf es gemeinsamer Anstrengungen.

Und zusätzlich zu den von Ihnen genannten Fischereivereinen und den Verantwortlichen möchte ich auch die Naturschutzorgane als wichtige Gradmesser in dieses Spiel bringen, wo im Grund genommen das Amt der Burgenländischen Landesregierung hier sehr wohl Einschränkungen die letzten Jahre gesetzt hat.

Aber die sind vor Ort, die wichtigsten Zeugen wo es jetzt auch wirklich einzuschreiten gilt und die melden das auch über die Bezirkshauptmannschaften an die zuständigen Stellen. Und damit wird eigentlich in vielerlei Hinsicht diesem notwendigen Schutz auch Folge geleistet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit dieser gesetzlichen Maßnahme möchte ich auf die Bezeichnung des Gesetzes Fischereigesetz eines noch hinzufügen. Ich darf der Frau Landesrätin anempfehlen, im Zusammenhang eigentlich zu sehen auch mit dem Jagdgesetz, mit der Novellierung.

Das wäre mehr als angebracht, die Fischereikartengesetzgebung zu ändern. Burgenländische Fischer haben ein riesen Problem im nationalen Aufkommen. Du brauchst ja, wenn du auf einem Teich in einem anderen Bundesland quasi das Fischen setzen möchtest, dann brauchst du eine Fischereikarte die von deinem Bundesland ausgeführt wird.

Und ich höre immer mehr, dass unsere Fischerkarte ein Problem in der Anerkennung hat, weil es eigentlich nur ein formaler Akt ist sie zu erlangen, aber tatsächlich von niemanden ein Wissen abverlangt wird, um auch diese entsprechenden Fischgegebenheiten umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde diesem Gesetz auch zustimmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten auch ein herzliches Willkommen an die Zuschauer und Zuschauerinnen, beziehungsweise auch an den Geräten.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Wortmeldungen. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Spitzmüller. Ja, Sie haben Recht, Sie haben Gott sei Dank schon einen Antrag eingebracht. Es ist auch höchste Zeit, dass man sich das Fischereigesetz insgesamt anschaut, denn das Fischereigesetz ist seit 1949 zumindest unverändert geblieben.

Das heißt, ich werde auch, wie bei der Jagd, mich um diese Materie annehmen, das ist gar keine Frage. Und Sie haben mit Ihrer Bemerkung Recht, dass hier von Monitoring bis natürlich Aufrufbewusstseinsbildung und so weiter, sehr viel zu tun ist.

Danke an den Herrn Abgeordneten Sodl, der klar gesagt hat wie wichtig der Bestand ist, beziehungsweise auch das man diese Ausbreitung invasiver Arten stoppen

muss, was natürlich kein leichtes Unterfangen ist. Aber Monitoring ist eben auch ein Zugang damit wir einmal überhaupt eine Übersicht haben.

Ich bedanke mich auch beim Kollegen Steier. Ja, mit der Fischereikarte, das Thema ist mir bekannt und das muss man sich sicher anschauen, überhaupt das Fischereigesetz, ich kann es ja nochmals wiederholen, dass seit 1949 hier fast unverändert blieb, das werde ich im Herbst angehen.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit mich auch bedanken bei der Abteilung und hier beim ORR Ing. Heiss, der in erster Linie dafür arbeitet im Agrarreferat.

Und Zweitens, möchte ich mich bei allen bedanken, bei allen Fischervereinen. Wir haben Gott sei Dank noch einige Berufsfischer, leider viel zu wenig, auch das ist zu hinterfragen, und bei allen Vereinen die Großartiges leisten für die Umwelt, für die Natur, für den Fischbesatz.

Und daher darf ich am Ende, selbst als Fischerin, ein herzliches "Petri Heil" wünschen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrat.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf mit dem das Fischereigesetz 1949 geändert wird ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.–

Der Gesetzentwurf mit dem das Fischereigesetz 1949 geändert wird ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 813), mit dem das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 571) (Beilage 838)

6. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 473) betreffend „Einberufung eines Runden Tisches betreffend Änderung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes – Bgld. MSG“ (Zahl 21 - 321) (Beilage 839)

7. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 260) betreffend „Verschärfungen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung angesichts der gegenwärtigen Zuwanderungsströme nach Österreich“ (Zahl 21 - 185) (Beilage 840)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Meine sehr geehrten Damen und Herren, da der 5., 6., 7. und 8. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichem Zusammenhang stehen schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 5., 6., 7. und 8. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Bitte Frau Abgeordnete. *(Abg. Manfred Kölly: Gibt es keinen Berichterstatter?)*

Die Frau Abgeordnete Petrik hat einen Einwand.

Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, Frau Präsidentin, dadurch, dass sich die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7 auf das Mindestsicherungsgesetz beziehen, der Tagesordnungspunkt 8 aber auf das Wohnbauförderungsgesetz, bitte ich diese beiden Gesetze getrennt voneinander zu verhandeln.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Sehr geschätzte Frau Abgeordnete. Wenn Sie mir zugehört haben, habe ich gesagt, dass eine getrennte Berichterstattung erfolgt und die Abstimmung auch getrennt ist, nur wir behandeln die Punkte von 5 bis 8 gemeinsam. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Genau und ich sage, bitte getrennt behandeln. – Abg. Doris Prohaska: Du kannst eh extra reden. – Abg. Ingrid Salamon: Das tun wir eh. – Abg. Günter Kovacs: Das tun wir.)*

Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 813, mit dem das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 571, Beilage 838.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird, in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Die Berichterstattung zum 6. Punkt der Tagesordnung, der Bericht- und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Beilage 473, betreffend „Einberufung eines Runden Tisches betreffend Änderung des

Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes – Bgld. MSG“, Zahl 21 - 321, Beilage 839, wird Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger vornehmen.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Manfred Haidinger: Danke schön Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einberufung eines Runden Tisches betreffend Änderung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes – Bgld. MSG“ in ihrer 8. und abschließend in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Ich wurde in der 8. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag, ohne Wortmeldung, einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einberufung eines Runden Tisches betreffend Änderung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes – Bgld. MSG“, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich ersuche Herrn Landtagsabgeordneten Molnar um Berichterstattung zum 7. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht- und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 260, betreffend „Verschärfungen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung angesichts der gegenwärtigen Zuwanderungsströme nach Österreich“, Zahl 21 - 185, Beilage 840.

Bitter Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den gegenständlichen Antrag in ihrer 7. und abschließend in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Als Berichterstatter stellte ich nach meinem ergänzenden Bericht in der Sitzung vom 22. März 2017 einen Abänderungsantrag, der bei der abschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung einstimmig angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und der Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Verschärfungen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung angesichts der gegenwärtigen Zuwanderungsströme nach Österreich“, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Berichterstatter. Auf Grund des Einwandes der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik, eben den Tagesordnungspunkt 8 gesondert zu behandeln, erteile ich nunmehr als erstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort.

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, dass General- und Spezialdebatte in einem durchgeführt wird.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mindestsicherung ist ein Thema, ich glaube das nicht nur den Landtag betrifft, sondern die Bevölkerung insgesamt im Burgenland. Und ist auch immer wieder in Diskussionen, sei es in Gasthäusern, sei es aber auch in den Gemeinden, oder auch in den Gemeindestuben wo es immer wieder aufflackert und diskutiert wird und berechtigt diskutiert wird.

Wir, seitens Bündnis Liste Burgenland, haben uns natürlich auch damit auseinandergesetzt und Anträge eingebracht und siehe da, nach einiger Zeit ist man dann zum Entschluss gekommen, dass wir doch das eine oder andere abändern, oder ändern sollten.

Der Anstoß ist von uns gekommen, auch mit dem “Runden Tisch“. Da muss ich mich entschuldigen, weil es klar und deutlich immer wieder Termine gegeben hat, wo ich leider nicht teilnehmen konnte und das war beim letzten Termin auch so.

Ich habe mit Wohlwollen festgestellt, dass dieser neue Antrag ja sehr, sehr positiv zu bewerten ist, jedoch noch nicht weitreichend genug ist. Ich sage das auch gleich mit einer Deutlichkeit, weil wir der Meinung sind, dass wir auch hier einiges ändern hätten können. Aber sei es wie es sei, wenn heute dieser Beschluss gefasst wird, dann ist ein erster Schritt einmal getan.

Ich möchte vielleicht eines klar und deutlich auch zu den GRÜNEN mit der Wohnbeihilfe, die wir nachher diskutieren, sagen. Ich werde mich dann nicht mehr zu Wort melden, ich packe sie jetzt gleich ein, sage ich auch gleich offen und ehrlich dazu, weil es Kernthema auch ist bei diesem Antrag.

Mindestsicherung gehört auch als Kernthema für mich dazu mit der Wohnbauunterstützung und -förderung in dieser Sache. Ich glaube, Sie verstehen das, wenn ich das jetzt gleich miteinbinde und auch diskutiere.

Ich denke, dass in Europa und auch speziell in Österreich, jetzt sage ich einmal so, die Flüchtlings- und Migrantenwelle nicht abgenommen hat, sondern auch ständig wahrscheinlich noch zunehmen wird, wenn man hört die Diskussionen, sei es in der EU oder sei es im Bund, wo der Herr Minister Doskozil beziehungsweise der Herr Innenminister auch sich da schon einige Male in eine Richtung ausgesprochen haben, man muss hier etwas unternehmen.

Ich denke, das hätte schon länger passieren sollen. Das hätte schon vor Jahren in der EU eigentlich passieren sollen, dass wir einen gemeinsamen Weg gefunden hätten, hier die Migration oder hier die Flüchtlingswelle, nicht erst wenn man sie schon im Land hat, zu diskutieren, sondern vor Ort da unten, wo wirklich diese Flüchtlingsströmung entsteht, beziehungsweise dort, wo es dort Lager gibt, wo schon Millionen Menschen darauf warten, dass sie zu uns kommen können.

Zu uns kommen sie und das schreibe ich jetzt so, weil ich glaube, sie glauben, dass hier in Österreich natürlich das Paradies vorherrscht. Und so wird es auch gesehen. Es wird mit Handys, mit neuen Techniken heute operiert. Und Österreich ist zumindest ein Land, wo sie sich sehr wohl fühlen können, wo sie auch dementsprechend unterstützt werden und dergleichen mehr.

Aber wir haben nicht bedacht, dass das natürlich dann auch dementsprechende Nachteile gibt. Wir sind dafür, dass wir Kriegsflüchtlinge natürlich aufnehmen und unterstützen, gar keine Diskussion. Auch wir handhaben ja das in unseren Gemeinden, wenn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister da sind, die sich auch engagieren.

In Deutschkreutz sind derzeit 47 Menschen untergebracht, Herr Landesrat. Und wir haben keine Probleme damit, das muss ich auch gleich dazu sagen. Probleme kriegen wir mit der Bevölkerung insofern nur, wenn die erfahren, welche Sätze die zugesprochen bekommen mit der Mindestsicherung oder dergleichen mehr, wenn sie überhaupt dort hineinfallen in diesen Status.

Das heißt, die Diskussionen gibt es in den Gasthäusern, diese gibt es in der Ortschaft und da muss man als Politiker auch Stellung nehmen dazu. Das tun wir natürlich und daher ist ja diese Debatte heute, nicht von heute gekommen, sondern ist ja schon eine längere.

Und da glaube ich, dass wir auch, und da sind wir beim Budget, und auch wenn der Herr Landeshauptmann immer sagt, der da nicht mitstimmt, der hat dann nichts zum Mitreden. So ist es ja nicht, dass muss man auch klar sagen, weil sonst würde man sich ausgeschlossen fühlen, das brauchen wir nicht. Wir wollen mitarbeiten, wir wollen mitgestalten.

Wir haben auch beim Budget, bei gewissen Punkten, mitgestimmt, jedoch bei anderen Punkten kann man halt nicht mit, und daher ist diese Aussage des Landeshauptmannes nicht korrekt, muss ich offen und ehrlich sagen. Ich glaube, dass ein jeder der hier herinnen sitzt, im Landtag, eigentlich auch mitarbeiten will und was bewegen will.

Wir stehen dazu, das ist die andere Frage. Der Herr Klubobmann Hergovich sieht das ein bisschen anders bei der ÖVP-Seite. Aber ich denke auch hier ist der Wille gegeben, sie sind da auch immer bereit bei Gesprächen und Sitzungen teilzunehmen und auch ihre klaren Antworten oder Fragen zu stellen und auch dementsprechend zu agieren.

Und ich glaube, der Ansatz wo wir den Antrag eingebracht haben mit der Deckelung, mit den 1.500 Euro war ein guter. Der wurde auch jetzt so festgehalten und soll ja auch so beschlossen werden. Es soll aber auch, und das muss ich dazu sagen, die Diskussion hätten wir noch gerne ein bisschen länger geführt bevor man das beschließt, mit dieser Bonusaktion.

Da sollte man ein bisschen noch nachdenken, ob man da nicht eine andere Lösung finden kann. Weil für uns ist es selbstverständlich, dass Integration bedeutet, dass ich mich angleiche, dass ich Deutschkurse automatisch machen muss.

Das ist ja ein logischer Fall, dass ich gewisse Voraussetzungen, die das Land mir vorgibt, selbstverständlich machen muss. Der Staat bezahlt ja sowieso schon das Ganze, die Deutschkurse, die anderen Veranstaltungen und dergleichen mehr, wo sie sich weiterbilden können.

Oder in den Gemeinden, die Schule, Kindergarten, wer zahlt den das? Das zahlen ja auch alles wir. Das darf man ja auch nicht vergessen. Das sind Gelder, und wenn das Budget erhöht wurde auf fast 11,7 Millionen Euro, in der Größenordnung, dann ist da noch nicht der Plafond erreicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und wenn man dann redet von drei Millionen Euro, was ein Aussagefehler war, ist egal, wie auch immer, aber wir könnten uns etwas ersparen, beziehungsweise einmal in

die Zukunft denken, wie geht es tatsächlich weiter in dieser Situation? Was tun wir weiter? Wie schaut denn das aus wirklich mit dem Zuzug?

Und wenn ich vorige Woche in die Gemeinde gehe und wieder 24 junge Burschen vor der Gemeinde sitzen und auch ansuchen werden, damit sie da Asyl bekommen, weil es in Österreich ja schön ist, gemütlich ist und es auch Unterstützung gibt von allen Seiten, dann muss man sich wirklich Gedanken machen, wie soll das weiter gehen?

Oder, wenn in der EU debattiert wird, oder im Bund debattiert wird, was tun wir? Die Verteilungsaktionen? Da ist ja der Herr Landesrat auch der, der sagt, wo sind wir denn eigentlich, die nehmen gar keine auf, wir sollen das Ganze schlucken?

Und jetzt kommen wir erst zum nächsten Punkt, was mich überhaupt wundert, dass wir keine einheitliche Lösung finden, im Bund. Und da sind wir ja einer Meinung, das gehört so rasch als möglich gemacht. Es kann nicht so sein dass es, wenn es mir in Oberösterreich nicht taugt, weil ich dort nicht mehr so viel Geld bekomme, dass ich dann nach Wien gehe.

Und in Wien, naja dort lebe ich in „Saus und Braus“ unter Anführungszeichen, das übertreibe ich natürlich, aber ich habe große Unterstützung, das was es in Oberösterreich nicht gibt, und wahrscheinlich jetzt im Burgenland auch nicht mehr gibt. Und da sollten wir schon einen Schulterschluss finden, damit das ein bundesweites Gesetz wird bei der Mindestsicherung.

Ich denke da sind wir ja einer Meinung, weil ich auch der Überzeugung bin, dass man sich nur gegenseitig ausspielt in solchen Situationen, mit solchen Sachen. Und wenn ich denke, dass man dann sagt, ja Arbeitsplätze schaffen für die Migranten oder Asylanten oder Flüchtlinge, dann muss ich eines dazu sagen, ja schön und gut, aber was tun wir mit unseren Leuten, die auch beim AMS gemeldet sind und über 50 Jahre sind?

Und heute haben wir das AMS andiskutiert. Auch ich bin ein Nutznießer davon gewesen, dass ich gesagt habe, ich nehme, natürlich eine Win-Win-Situation, ich nehme über 50jährige in der Gemeinde auf als Saisonarbeiter auf und kriege eine Unterstützung vom AMS. Derzeit ist das leider nicht mehr der Fall.

Das heißt, ich kann die Leute nicht mehr nehmen, die über 50 sind, sondern muss die rennen lassen, beziehungsweise beim AMS angemeldet lassen, aber dafür würde ich andere bekommen. Die 50 Jahre alt und älter sind, die kriege ich dann gefördert.

Was macht denn das für einen Sinn? Dann sind ja wieder Arbeitslose da, ob der Hofer heißt oder Kölly heißt, das ist ja völlig egal in dem Fall. Da springt, Gott sei Dank, das Land ein.

Und da muss ich ein Danke schön sagen an das Land, Herr Landesrat, dass das funktioniert, dass man auch hier Unterstützung bekommt. Weil für mich ist ein jeder Arbeiter der arbeitslos ist oder jede Person die arbeitslos ist, das ist eine familiäre Katastrophe aber auch eine soziale Sache. Und da muss ich sagen Danke schön, dass das so funktioniert.

Da müsste man sich mit dem AMS einmal auseinander setzen, zusammen setzen und einmal diskutieren, ob man da nicht eine andere Lösung finden kann. Das würde ich Sie, Herr Landesrat, bitten.

Wieder zurück zur Situation: Und wenn ich mir anschaue, dass wir jetzt die große Diskussion haben, ungarische Arbeiter arbeiten im Burgenland. Ja, das haben wir heute schon gehabt bei der Fragestunde. Nur wenn ich jetzt zu den Weinbauern gehe, da sehe

ich in der Früh mindestens auf jeden Hektar 20 ungarische Arbeitskräfte, die dort schneiden oder binden und dergleichen mehr.

Ich denke, die werden schon angemeldet sein, das ist ja gar keine Diskussion. Aber unsere Herrschaften, die beim AMS gemeldet sind, kriegen anscheinend keinen Job. Da werden wir halt schauen müssen, dass sie einen Job annehmen, weil im Weingarten schneiden und das andere, das muss ich jetzt ehrlich sagen, das würde ich schon denen allen zutrauen. Auch das sind Dinge, die man einmal andiskutieren muss, Herr Landesrat.

Und wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter am 12.12.2016 gesagt hat, Mindestsicherung - FPÖ Burgenland will den Bezieherkreis einschränken, sagt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: "Personen mit Asyl auf Zeit sollten statt Mindestsicherung die Grundversorgung erhalten."

Na okay, dann sagt er, die FPÖ Burgenland hat am Montag, das schreiben die Medien, die FPÖ Burgenland hat am Montag ihre Vorstellungen betreffend der Mindestsicherung präsentiert. Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz sprach sich dafür aus, dass es mehr Sachleistungen als Geldleistungen geben soll. Wir wollen zur Diskussion stellen, ob überhaupt jemand, der im Asylstatus ist, auch die Mindestsicherung bekommen soll, - sagt der FPÖ Landesparteiobmann vor Journalisten.

Ich bin d‘accord, wenn man hergeht und Gutscheine hergibt, wo in Gemeinden wie Deutschkreutz jetzt jemand dort wirklich die Möglichkeit hat untergebracht zu werden, dann soll es Gutscheine geben. Dann sollen sie zum SPAR und zum BILLA gehen und zu allen Privaten, wo dort Greißler noch sind, mit Gutscheinen ausgestattet werden. Da bin ich voll dafür, keine Diskussion.

Aber gar keine Mindestsicherung zu geben, das ist halt die andere Seite, die man diskutieren muss, das ist halt die andere Situation. Und wir haben ja noch das große Glück jetzt, und ich sage das auch mit dieser Deutlichkeit, dass wir viele Familien da herein kriegen.

Wenn wir Jugendliche nur haben zwischen 18 und 21 Jahre, dann wissen wir ja auch, dass es im Burgenland schon viele Diskussionen gegeben hat, wo es Streitereien und sogar bis zu Messerstechereien gibt. Und das muss man halt auch im Auge behalten.

Ich glaube, auch da ist der Herr Landesrat mit einem offenen Ohr da, dass man sagt, wo kann man wen unterbringen? Und es kann keine Massenquartiere geben, wie es in Bruckneudorf damals war. Das sollte überhaupt kein Thema mehr sein.

Und ich glaube, dass es ja ein wichtiger Faktor ist, das man auch, und das muss man auch einmal klar gesagt haben, nicht nur immer das Positive bei solchen Anträgen sagt, sondern auch sagt, was man eigentlich, leider Gottes muss ich das sagen, unseren Leuten weggenommen hat im Burgenland.

Herr Landesrat, Sie haben gesagt, wir sind nicht arm, wir haben keine Armutsgefährdung, habe ich jetzt vernommen. Das stimmt nicht. Wir haben eine große Armutsgefährdung und zwar im Südburgenland.

Aber da gibt es ja heute noch oder irgendwann einmal eine Antrag seitens der ÖVP, wie man das alles ändern kann, habe ich ja mitgekriegt da, dass man sich da verstärkt einsetzt.

Oder wenn ich mir da den Heizkostenzuschuss angeschaut habe. Der wurde immer gekürzt. Jetzt haben wir ihn um zehn Euro erhöht, auch immerhin eine schöne Sache. Nur eines ist klar, damit kommt man bei Weitem nicht aus, wenn wir heute davon geredet

haben, beim Wasser, das kostet 270 Euro und beim Heizkostenzuschuss kriegt man 140 oder 150 Euro.

Daher gibt es Gemeinden, die auch hier in den Sack greifen und die Beschlussfassungen vornehmen, dass man das erhöht. Das haben wir auch als Gemeinde Deutschkreutz getan und viele andere Gemeinden auch, denen ich dazu gratuliere, weil es ja sicher in diesem Jahr ein bisschen eine strengere Geschichte war und das finde ich für in Ordnung.

Ich glaube aber auch und das sollte man auch einmal gesagt haben, die Kürzungen der Sozialleistungen sind auch gegeben. Das muss man einmal klar sagen. Auch wir haben in den Gemeinden massive Probleme. Die Sozialleistungen, wenn ich jetzt einen Ertragsanteil kriege, 2,4 Millionen Euro und die Hälfte wird mir abgezogen an Sozialleistungen oder für andere Leistungen, dass das Land gleich abzieht, dann habe ich auch Probleme.

Dann muss ich, ich muss ja auch schauen, dass in meinen Kindergarten, die Schule und dergleichen erhalte, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger vieles machen muss. Und da gibt es auch Leute, die eine Pension kriegen zwischen 640 und 740 Euro und dann kommt auch immer die Diskussion natürlich heraus, wo wir heute über die Mindestsicherung sprechen.

Ich glaube, da haben wir auch alle miteinander Bedarf diesen Leuten auch klarzulegen, wie das tatsächlich ausschaut. Nicht nur hinstellen und sagen, es ist eh alles so schön, sondern es gibt Kompromisslösungen. Muss man auch klar sagen und das hat es ja da bei dieser Mindestsicherungssache auch gegeben.

Der Herr Molnàr ist schon wieder nervös. *(Abg. Geza Molnar: Das ergibt überhaupt keinen Sinn was Du da redest. – Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Ja, wirklich.)* Ja, sehr interessant, Herr – *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Was hat das zu tun mit der Mindestsicherung?)* Ja das hat schon mit der Mindestsicherung was zu tun, weil es um das Geld geht. Es geht ja überall um das Geld.

Vielleicht solltet Ihr das auch einmal mitkriegen, wenn man in einer Gemeinde Verantwortung tragt, dann geht es auch um die finanzielle Situation. Und wenn ich vorher sage, dass man bei den Sozialleistungen schon so und so viel Geld abgezogen bekommt, dann bleibt uns in den Gemeinden leider Gottes für andere Tätigkeiten nicht mehr viel Spielraum.

Nicht mehr und nicht weniger, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, habe ich gesagt. Und ich, jetzt weiche ich ein bisschen ab, und ich habe auch gesagt, bei der Feuerwehr, dass man die Mehrwertsteuer einmal zurückbekommt. Das sind so Dinge, wo ich für andere Dinge dann Gelder habe. Und auch für Sozialleistungen, wo wir uns als Gemeinde natürlich auch für unsere Bevölkerung etwas einfallen lassen.

Aber wenn Euch das nicht gefällt, Ihr werdet vielleicht auch einen Bürgermeister kriegen oder zwei, dann werdet Ihr einmal schauen, was es heißt eine Gemeinde auch zu führen, Finanzierungen aufzustellen, dass man auch nicht nur verwalten, sondern auch gestalten kann.

Und dazu zählt auch das Geld vom Land. Wenn ich da jetzt schon 11 Millionen und 12 Millionen Euro für das ausgebe, dann muss ich mir etwas dabei denken, wer das alles miteinander zahlt?

Und nicht mehr und nicht weniger, Géza Molnár, wollte ich damit ausdrücken. Ob Dir das gefällt oder nicht, das ist halt meine Aussage dazu. Und ich glaube, dass man in

Zukunft, und da wird der Herr Landesrat sicher auch achtgeben drauf, dass man das in den Griff kriegt, dass man gewisse Punkte auch kontrolliert genau und sich das anschaut.

Und da glaube ich, dass man den Weg einschlagen wird und wir werden natürlich das genau kontrollieren und nachvollziehen und somit schauen wir uns das an, die nächste Debatte. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Vorweg möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie mir diesen Respekt entgegen bringen, meinem Ersuchen nachzugeben.

Sie hätten auch einfach abstimmen lassen können, ich wäre überstimmt worden. Aber diese demokratische Fairness, die nehme ich sehr wohl als solche an und möchte Ihnen auch meine Hochachtung dafür aussprechen. Dass ich das auch noch hier erlebe, das ist schön.

Nun zur Mindestsicherung Neu. Das neue Mindestsicherungsgesetz, so wie es uns vorliegt, ist aus unserer Betrachtung und auch aus der Betrachtung vieler Leute die Tag, täglich damit zu tun haben in Beratungsstellen, auf Ämtern, in Behörden, ein nächster Akt von Symbolpolitik. Diesmal leider auf dem Rücken der Ärmsten.

Ich bin mir nicht einmal sicher, ob die Kollegen und Kolleginnen Abgeordneten von SPÖ, ÖVP, FPÖ und LBL, Menschen, die von dem Gesetz betroffen sind, wirklich persönlich kennen. Die sitzen nämlich nicht einmal mehr an den Stammtischen, weil sie sich das nicht leisten können dort zu sitzen, weil sie schon auf das Mindeste in ihrem Leben und in ihrer Existenz reduziert sind.

Was ist denn diese Mindestsicherung? Was hat sie für eine Funktion? Da sind Menschen, die strudeln und strampeln gegen einen Abstieg. Es ist ein Abstiegskampf, den Menschen hier führen. Einen Sozialabstieg, einen wirtschaftlichen Abstieg und sie strudeln dagegen. Das Letzte was diese Mindestsicherung noch ist, sie ist der letzte Rettungsring. Der letzte Rettungsring, der diese Menschen, die gegen den Abstieg strudeln und kämpfen, vor dem Ertrinken bewahren soll. Diese Funktion hat die Mindestsicherung.

Was mit diesem Gesetz heute beschlossen wird ist, dass dieser Ring zum Teil weggezogen wird oder beschnitten wird oder das vielen Menschen, die miteinander angewiesen sind, ein Ring hingeworfen wird, an dem sie sich dann alle irgendwo festkrallen können.

Die Mindestsicherung ist der Rettungsring, der die Menschen wieder in ruhigere Gewässer bringen soll, der sie wieder in Sicherheit bringen soll. Die letzten Zahlen, die uns bekannt sind aus der Landesregierung, zeigen uns wen es überhaupt trifft. Es stammen die konkreten Zahlen aus dem Jänner 2017.

Das ist der letzte Zeitpunkt, wo uns etwas zur Verfügung gestellt wurde. Ich nehme an, das ist auch das vorauf andere aufbauen. Danach beziehen zurzeit, es wechselt natürlich immer wieder, aber zu diesem Stichtag 2.724 Personen im Burgenland Leistungen aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung.

Betroffen sind davon 574 Kinder und 164 Jugendliche. 1.450 Personen sind im Burgenland Vollbezieher von Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. 222

Asylberechtigte beziehen im Burgenland Leistungen aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Damit wir einmal wissen um welche Zahlen es geht. Noch eine Zahl, die nicht unwesentlich ist, möchte ich hier nennen.

Der im Burgenländischen Mindestsicherungsgesetz neu eingeführten Deckelung von 1.500 Euro für Bedarfsgemeinschaften wären laut Auskunft aus dem Büro des Landesrates Darabos von Anfang Jänner elf Haushalte. Elf Haushalte, die betroffen sind von der Deckelung dieser 1.500 Euro-Linie. Das heißt, im Landesbudget wird kaum etwas eingespart. Diese elf Haushalte trifft die Deckelung aber bis aufs Mark.

Das ist eine gute politische Entscheidung? Es ist mir völlig unverständlich, wie man Alleinerziehenden und den Ärmsten in unserer Bevölkerung so etwas antun kann. *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt nicht!)* Den Anspruch auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung haben sowieso nur Menschen, die nichts mehr haben. *(Abg. Robert Hergovich: Kollegin Petrik, das stimmt nicht!)* Nichts außer diesem Rettungsring der Mindestsicherung und der soll auch wieder beschnitten werden.

Das neue Mindestsicherungsgesetz bringt auch massive Kürzungen für Asylberechtigte. Diese dürfen sich auch nicht einmal mehr aus Spargründen zu Wohngemeinschaften zusammenfinden, weil sie dann eine Bedarfsgemeinschaft sind und voll unter diese Deckelung fallen. Das heißt, wenn jetzt Menschen, die wenig Geld haben sagen, wir tun uns zusammen oder die gar kein Einkommen haben in dem Fall, die nichts haben, wir tun uns zusammen weil es billiger ist, wenn man zu viert in einer Wohnung lebt.

Dann fallen die aber unter den Begriff Bedarfsgemeinschaft, unter die Deckelung der 1.500 Euro und dann wird alles was ausbezahlt wird auf diese Personen aufgeteilt und das ist gemeinsam nicht mehr als 1.500 Euro. Das heißt, man bringt Menschen dazu unsolidarisch zu sein, teurer zu leben als es eigentlich sein müsste, weil sie sonst unter diese 1.500 Euro-Deckelung fallen würden.

Das betrifft zum Beispiel auch Familien im Südburgenland, wo drei Generationen zusammenleben. Ich habe von einer Beraterin vorgestern einen entsprechenden Fall geschildert bekommen. Füreinander Dasein führt in solchen Familien dazu, dass ihnen etwas weggenommen wird.

Seitens der GRÜNEN sind wir auch überzeugt davon, dass diese Deckelung verfassungsrechtlich nicht halten wird. Wir kennen das ja auch schon aus Oberösterreich und Niederösterreich. Wir gehen davon aus, dass diese Regelung auch im Burgenland, wenn dann die Sprüche zu Oberösterreich und Niederösterreich fallen, nicht haltbar ist. Es gab ja schon einmal eine Deckelungsregelung früher in Kärnten, auch die wurde zu Fall gebracht, es ist schon einige Jahre her.

Was die unzähligen neuen Paragrafen des Mindestsicherungsgesetzes aber mit Sicherheit bringen werden, ist ein massiv erhöhter Verwaltungsaufwand. Ich habe mich erkundigt in Beratungsstellen und bei Menschen, die tagtäglich mit solchen Behördengängen auch zu tun haben. Wie der Alltag der Umsetzung dieses Gesetzes aussehen soll, ist vielen schleierhaft.

Bei so vielen Auflagen die erfüllt werden müssen, müssen die Behörden auch sehr viel überprüfen. Es ist auch völlig unklar, wie der Informationsaustausch zwischen AMS und Bezirkshauptmannschaft geschehen soll. Wir haben ja jetzt schon Schwierigkeiten mit diesem Datenaustausch, das kennt man aus der Praxis. Jetzt soll aber viel öfter und viel mehr kontrolliert werden. Wie soll das gehen? Darüber gibt es noch völlige Unklarheit.

Ein anderes Beispiel. Eine Mindestsicherungsbezieherin bekommt eine Sachleistung, so wie es jetzt vorgesehen ist und die Sachleistung ist, es werden Mietkosten bezahlt. So, was ist nun, wenn in dieser Wohnung, wo diese Mindestsicherungsbezieherin lebt, zum Beispiel Schimmel auftaucht? Das wäre dann ein mietzinssenkender Grund. Wer ist aber nun Vertragspartner, Geschäftspartner, des Vermieters? Ist es weiterhin die Mindestsicherungsbezieherin, die aber selber die Miete nicht zahlt oder ist es die Behörde die für sie die Miete zahlt?

Juristinnen und Juristen mit denen ich gesprochen habe, die im Alltag damit zu tun haben sagen, es kommt nicht klar heraus. Juristisch ungeklärt ist, wer denn in so einem Fall für Betriebskosten zuständig ist. Oder was ist, wenn zum Beispiel die Abrechnung der Energiekosten dazu führt, dass eine Nachzahlung zu leisten ist, die nicht monatlich geleistet wird, sondern in einem Block? *(Abg. Manfred Haidinger: Ist das TOP 8?)*

Wir kennen ja diese Fälle. Ich spreche aus dem Alltag. Ich spreche nicht davon, was Sie sich an Ihren „Runden Tischen§ ausmachen, um irgendwo gut dazustehen und zu zeigen, wir haben etwas gekürzt. *(Abg. Manfred Haidinger: Ich habe gefragt, ob das der Punkt 8 ist?)* Ich spreche von den Menschen, die das betrifft, die Mindestsicherungsbezieherinnen und Mindestsicherungsbezieher sind, und die Sachleistung der Mietzahlung bekommen.

Andere Fragen die völlig unklar sind, wir lesen zum Beispiel in § 7 (4a) dieses Gesetzes, dass ein freiwillig gelöstes Dienstverhältnis auch dazu führen kann, dass einem die Mindestsicherung gestrichen oder gekürzt wird. Was ist ein freiwillig gelöstes Dienstverhältnis?

Es gibt rechtliche Begriffe, es gibt die Begriffe der Arbeitnehmerkündigung, der Arbeitgeberkündigung, *(Abg. Robert Hergovich, kopfschüttelnd: Das ist schon wieder falsch!)* es gibt die einvernehmliche Auflösung, es gibt die fristlose Entlassung und es gibt einen sofortigen Austritt.

So, ab wann sprechen Sie jetzt in diesem Gesetz von Freiwilligkeit? Bei einer einvernehmlichen Auflösung vielleicht? Kann es einer Klientin passieren, einer Mindestsicherungsbezieherin, dass ihr auf der Behörde gesagt wird, du hast ja dein Dienstverhältnis einvernehmlich gelöst, also bist du freiwillig aus dem Dienst ausgeschieden und dann verliert sie wieder etwas?

Das kann natürlich passieren. Kollege Molnár bestätigt mich und der Rechnungshof hat uns bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen und auch ermahnt, dass die Handhabung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in den verschiedenen Bezirkshauptmannschaften höchst unterschiedlich ist. Das macht Tür und Tor auf für weitere unterschiedliche Interpretationen.

Wenn Sie aber jetzt sagen, Herr Kollege Molnár, natürlich auch ein einvernehmlich gelöstes Dienstverhältnis kann als freiwillig gelöstes bewertet werden, dann ist das eine Aufforderung nur ja kein Dienstverhältnis einvernehmlich zu lösen. Aber genau das müssen doch Arbeitnehmerinnen tun, wenn sie sich einigen können mit ihrem Arbeitgeber. Weil wenn die nämlich ein einseitig aufgekündigtes Dienstverhältnis vorweisen, kriegen die noch viel schwerer einen Job und dann ist der Herr Hergovich mit seinem Trampolinbild auch ein bisschen schwer anzudocken.

Weil wenn ich nicht nachweisen kann als Arbeitgeberin, Arbeitnehmerin, dass ich nicht freiwillig ausgeschieden bin, dass ich keine einvernehmliche Lösung habe, habe ich es in Zukunft schwerer. Also da wird wirklich der Willkür Tür und Tor geöffnet und das hat es bislang einfach nicht gegeben.

Die Frage ist auch zum Beispiel da kommt immer wieder der Begriff des eigenen Verschuldens. Wie können sie denn das widerlegen, das eigene Verschulden? Wir haben hier wieder so eine große Bandbreite an individueller Beurteilung. Bei vielen Paragrafen steigt der Arbeitsaufwand, das AMS kommt sehr oft ins Spiel. Aber wie stellt man sich die Handhabung vor? Gibt es dann einen regulierten Datenabtausch zwischen AMS und Bezirkshauptmannschaft? Ist bis jetzt nicht geklärt.

Ich habe schon gesagt, auch da gibt es jetzt schon Schwierigkeiten. Es gibt im § 7 (5) den Begriff der beharrlichen Weigerung. Ja, wer stellt denn das fest bitte, dass es eine beharrliche Weigerung ist? Das AMS und das meldet das dann der Bezirkshauptmannschaft? Die Praxis zeigt, dass es öfter wegen Nachlässigkeiten Schwierigkeiten beim AMS gibt. Das heißt, dass Klientinnen und Klienten zum Beispiel, die dann in Beratungsstellen kommen, manche Fristen versäumen und wenn dann durch Unterstützung der Beratung etwas geregelt werden kann, kann man sich wieder einigen.

Aber wer stellt das jetzt alles fest? Es gibt einen neuen Verwaltungsaufwand der dadurch entsteht und der könnte höher sein und höhere Kosten nach sich ziehen als all diese Einsparungen. Wer hat da die Feststellungskompetenz? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Irgendwer muss sie ja haben!)*

Auch bei den Integrationsleistungen gibt es einen sehr breiten Spielraum. Was auffällt, dass in der Integrationsvereinbarung, die Sie ja von Vorarlberg abgeschrieben haben und wo man jetzt schon Erfahrungen hat damit, die hätten Sie auch einbinden können. Das hätte ich sehr klug gefunden.

In der Integrationsvereinbarung kommt die Leistung der Integration vor Ort in den Gemeinden überhaupt nicht vor. Dieses Gesetz und die Integrationsvereinbarung, die Sie hier vorlegen, beinhaltet nicht die Leistung sich in Vereinen einzubringen, sich sozial zu engagieren, sich in Gemeinden zu integrieren. Das ist nicht gedacht dabei. *(Abg. Manfred Haidinger: Wenn wir das reingeschrieben hätten, dann hätten wir was gehört!)*

Integration in unserer Gesellschaft bedeutet viel mehr als der Besuch eines Wertekurses, bedeutet noch viel mehr als die so wichtige Sache des Spracherwerbs. *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)* § 8 Abs. 2 sagt, es muss alles nach Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit geschehen. Auch das ist natürlich grundsätzlich sinnvoll, haben wir in allen Verträgen, in allen möglichen Vereinen so. Aber ich möchte darauf hinweisen, auch hier, auch hier sind der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Wir haben im § 18 eine Klausel, wo es um den Ersatz durch Geschenknehmer geht. Da haben Sie eine Frist von fünf Jahren. So, jetzt frage ich Sie, woher wollen Sie jetzt wissen, dass wenn Ihnen zum Beispiel Ihre Mutter ein Grundstück schenkt, Ihre Mutter in drei Jahren vielleicht in die Mindestsicherung rutscht? Woher wollen Sie das jetzt wissen? Das können Sie nicht wissen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist bei der Tagsatzung auch das Gleiche!)*

Möglicherweise ist es so, dass Sie dann mit diesem Geschenk bereits etwas verwertet haben und dann kommt die Behörde und sagt, so du hast das Geschenk genommen und du musst jetzt zurückzahlen. Weil, ich erinnere noch einmal, Bedarfsorientierte Mindestsicherung bekommt überhaupt erst eine Person, wenn sie bis auf eine Summe von 4.188,80 Euro nichts mehr hat. Nichts.

Sie darf ihre Eigentumswohnung behalten, aber sogar das Auto muss diese Person hergeben, wenn sie nicht nachweisen kann, dass sie es dazu braucht, um auf ihren Arbeitsplatz zu kommen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Schon jetzt wissen wir aus der Praxis, dass die Berechnungen der Behörde nicht immer nachvollziehbar sind. Zum Beispiel kann es dann vorkommen, jetzt ist es so, wenn der Bescheid ins Haus kommt, dann kann eine Frau, kann ein Mann, der oder die Bedarfsorientierte Mindestsicherung bezieht, diesen Bescheid anfechten. Nun ist vorgesehen, dass ein Bescheid gar nimmer automatisch zugestellt wird, weil, man muss ja erst fragen gehen.

Da frage ich Sie wieder, wissen Sie eigentlich mit welchen Leuten dieses Gesetz vor allem in Berührung kommt? Es sind eben Menschen, die bislang schon Schwierigkeiten hatten ihr Leben gut zu organisieren. Nicht nur, aber auch viele von ihnen.

Sie geben diesem Gesetz Auflage für Auflage, die das Alltagsmanagement noch einmal erschweren. Das kann doch nicht Sinn sein, wenn es unser Ziel sein soll und ich hoffe dieses eine Ziel teilen wir noch, wenigstens dieses eine Ziel, möglichst viele Menschen rauszubringen aus der Mindestsicherung und rein in ein geregeltes Alltagsleben, in ein geregeltes Erwerbsleben.

Worauf ich auch noch hinweisen möchte ist, natürlich werden Sie einiges anders sehen, sonst hätten Sie dieses Gesetz nicht so beschlossen. *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja eigentlich nicht, das ist das Problem!)* Aber ich weiß, der Herr Hergovich wird nachher wieder herausgehen und sagen, aber was die Frau Petrik sagt ist alles ganz falsch. Ich beziehe mich hier auf das, was wir analysiert haben aufgrund dieses Gesetzes, genau mit den Menschen, die täglich damit zu tun haben.

Worauf ich auch noch hinweisen möchte. Wenn wir jetzt diese Kürzungen haben und durchziehen und wenn Sie jetzt das mit Ihrer Deckelung durchziehen, dann kommen wir in eine Situation, wo wir Menschen in die Obdachlosigkeit schicken.

Es wird durch so ein Gesetz neue Obdachlosigkeit und neue Bettelei erzeugt. Weil wenn die Menschen nicht mehr das Mindeste haben um überleben zu können, dann werden sie auch nicht mehr ihre Wohnverhältnisse so regeln können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ja, ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Nur eine Obdachlose und ein Obdachloser mehr tun mir schon weh im Burgenland. Das ist vielleicht der Unterschied.

Dass es vielleicht gar nicht so sehr um das konkret Eingesparte geht, nämlich immer um die Begründung man muss doch bitte einsparen und deswegen muss man lustigerweise gerade bei den Ärmsten kürzen. Aber dass es gar nicht so sehr um das konkret Eingesparte geht, sondern nur um die Beruhigung einiger Wählergruppen, ist für mich auch dadurch belegt, dass auf die erste Rückfrage, wieviel man sich denn durch dieses neue Gesetz einspare, sehr originelle Auskünfte gegeben wurden.

Da hieß es zuerst einmal drei Millionen Euro. Aha. Am nächsten Tag hieß es 30.000, ein paar Stunden später 360.000. Das zeigt für mich, dass das Gespür dafür, um welche Größenordnung es hier eigentlich geht, völlig verloren gegangen ist. 360.000 Euro! 360.000 Euro sollen nach den letztgültigen Auskünften die Novellierung dieses Mindestsicherungsgesetzes bringen.

360.000 Euro, das finden wir auch in unserem Budget. 360.000 Euro sind nicht einmal die Hälfte von dem, was unsere Tschürtz-Partner dem Burgenland kosten. 360.000 Euro ist genau jene Budgetsumme, die für Repräsentationskosten der Landesregierung eingesetzt werden. 360.000 Euro! *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)*

Das sind 360.000 Euro, das ist eine für unser Budget derartig leichte, kleine Summe, wenn wir das vergleichen mit anderen Ausgaben, dass ich es für völlig unzulässig halte, dass wir hier den Ärmsten der Armen noch einmal etwas kürzen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Meine Schlussfolgerung: Merken wir uns das, die Mindestsicherung ist der Rettungsring für die, die gegen den Abstieg strudeln. *(Abg. Mag.a Regina Petrik zeigt einen Rettungsring mit der Aufschrift „Mindestsicherung“)*

Die Mindestsicherung ist das Mindeste, sie zu kürzen ist das Letzte. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sage einmal so, dass was die Opposition bis jetzt abgehalten hat, ist ein wenig sonderbar und zwar in beiden Fällen. Als Liste Burgenland am Schluss dieses Prozesses herzugehen und zu sagen, es hätte noch Diskussionen gebraucht und dann auch noch Sachverhalte zu bringen, die schlicht und einfach nicht stimmen, ich kann mich nur darüber wundern.

Der Kollege Kölly hat sich zwar dafür entschuldigt, dass er an den Diskussionen nicht teilgenommen hat, aber ich möchte ihn schon an seinen Antrag aus dem Juni erinnern, wo er einen „Runden Tisch“ verlangt hat. Bis auf den Umstand dass der Tisch halt nicht rund war, sondern eckig, hat ja das alles genauso stattgefunden wie das die Liste Burgenland wollte - und wer ist nicht gekommen? Wer ist einmal nicht gekommen am 17. Jänner?

Wer ist ein zweites Mal nicht gekommen am 6. März? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Unentschuldigt!)* Das war der Kollege Kölly.

So, das ist die eine Sache. Aber jetzt herzugehen und im letzten Moment zu sagen, man ist inhaltlich nicht einverstanden, obwohl man nicht bei den Diskussionen war, das schlägt dem Fass den Boden aus. Skurril wird es ja dann, wenn man sich den ersten Antrag der Liste Burgenland vor Augen hält, vom 28. Jänner des Vorjahres. Das ist schon ein etwas älterer Antrag, aber wir haben ihn heute auf der Tagesordnung.

Ich lese vor: Der Landtag wolle beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Mitte 2016 eine unterschriftsreife 15a B-VG Vereinbarung vorliegt, worin

1. für Mehrpersonenhalte eine Deckelung in Höhe von 1.500 Euro aller Geldtransferleistungen,
2. im ersten Jahr eine Umstellung auf großteils Sachleistungen,
3. für arbeitsfähige aber nicht arbeitswillige Personen, nach einem Jahr jedenfalls, eine verpflichtende Reduktion der Geldleistungen um 25 Prozent und
4. für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte der verpflichtende Besuch von Deutschkursen und Integrationsschulungen, deren Nicht-Absolvierung zu einer Reduzierung in der Mindestsicherung führt,

vorgesehen ist.

Das ist das, was auch Sie, Herr Kollege Hutter, unterschrieben haben. Das war Ihr Antrag. Ich spare es mir jetzt, mache es dann nachher noch, die einzelnen Punkte Ihres Antrages durchzugehen. Weil alle diese Punkte finden sich in der heutigen Gesetzesvorlage beziehungsweise sind erfüllt oder sogar übererfüllt. Hier jetzt im letzten Moment herzugehen, um mit einer Begründung die ich absolut nicht verstehen kann, die ich auch inhaltlich nicht teile zu sagen, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Setzen wir uns zusammen!)* man ist mit dem Gesetz nicht einverstanden.

Ja, es sind auch die GRÜNEN davon ausgegangen, wie man der gestrigen Berichterstattung entnehmen kann, dass die Liste Burgenland mitstimmt.

Dann heißt es dann gestern in der Austria Presse Agentur: „Auch das Bündnis Liste Burgenland wird dem Mindestsicherungsgesetz nicht zustimmen“, sagt Bundesobmann Landtagsabgeordneter Manfred Kölly, auf eine APA-Anfrage. Zwar passe der Grundgedanke, man sei aber bei Einzelpersonen für eine Grenze von 570 statt 838 Euro, zudem dürfe es keine Bonuszahlungen geben.

Ich halte fest, wenn hier von Einzelpersonen und 838 Euro die Rede ist, dann kann es nur darum gehen, dass die Liste Burgenland möchte, dass wir mit dem Rasenmäher drüberfahren und die Mindestsicherung generell von 838 auf 570 Euro kürzen.

Meine Damen und Herren! Sozialabbau wird es mit uns Freiheitlichen nicht geben, Sozialabbau wird es mit Rot-Blau nicht geben. Diese Forderung, die ist geradezu abartig, meine Damen und Herren! Keine Ahnung, wie Sie auf so etwas kommen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Im Übrigen, ich weiß auch nicht, was er mit Bonuszahlungen meint. Wenn er damit auf die Wartefrist anspielt und den Betrag den ein Asylberechtigter innerhalb dieser Wartefrist maximal bekommt, dann reden wir von 634 Euro, die im Übrigen sogar noch gekürzt werden können um 30 Prozent, wenn die Integrationsverpflichtungen nicht erfüllt werden.

Also, der Kollege Kölly hat anscheinend überhaupt keine Ahnung worum es geht. Wenn wir das, meine Damen und Herren von der Liste Burgenland, Damen haben Sie keine, wenn wir das gemacht hätten was Ihr da jetzt fordert, dann hätten wir genau das gemacht, was jetzt die Frau Kollegin Petrik unterstellt. Die heute in einer Art und Weise hier aufgetreten ist, die mich ehrlich gesagt überrascht hat.

Sie machte nämlich heute genau das, was sie gerne anderen Parteien vorwirft, insbesondere uns Freiheitlichen. Sie hat heute dramatisiert, sie hat manipuliert, sie hat wesentliche Fakten weggelassen, Fake News sozusagen. Sie macht Angst und sie suggeriert hier Dinge, die schlicht und einfach nicht der Wahrheit entsprechen. Ich gehe es jetzt Punkt für Punkt durch, weil sie im Wesentlichen die Presseaussendung von gestern referiert hat.

Wir schaffen neue Armut. Ich zitiere: „Ich bin mir nicht sicher, wir haben es vorhin so ähnlich gehört, ob die Kollegen der anderen Parteien die vom Gesetz Betroffenen überhaupt persönlich kennen. Wir reden von Alleinerziehern und Mindestpensionisten, die ihr Leben lang für andere da waren und denen dann für sich selbst nicht mehr viel übrig bleibt. Für sie ist die Mindestsicherung der letzte Rettungsring.“

Sie suggerieren damit, dass wir die Mindestsicherung für Alleinerzieher und Mindestpensionisten kürzen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die betrifft das ja auch!)* Das stimmt nicht. Das ist die Unwahrheit. Wen trifft es? *(Abg. Robert Hergovich in Richtung*

Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt ja alles nicht, unglaublich!) Haben wir vorhin auch gehört von ihr.

Dann werden diese Zahlen zitiert. 2.724 Personen im Burgenland, davon 574 und 164 Jugendliche. Wenn man den Text so aufbaut, könnte man das so verstehen, als wären die alle betroffen. Stimmt nicht.

Was die elf Haushalte angeht, diese Zahl kommt aus dem Büro des Landesrates. Es wären nach jetzigem Stand elf betroffen, wobei sich in der Praxis dann die Frage stellen wird, ob es überhaupt alle elf wirklich treffen würde, weil es ja eine Menge Kriterien gibt, die man da prüfen muss.

Weil es ja doch Ausnahmen gibt und daher aus heutiger Sicht überhaupt nicht gesagt werden kann, dass es bei diesen elf überhaupt bleibt. Wahrscheinlich sind es sogar weniger. Aber es geht bei diesem Gesetz ja auch darum zu vermeiden, dass wir Wiener Zustände bekommen. Gerade im Zusammenhang mit der Migration. Das sage ich auch ganz deutlich. Wir wissen, wie sich Wien ausblutet und was dort stattfindet im Bereich der Mindestsicherung.

Die Zeitungen waren die letzten Wochen voll damit. Da geht es vor allem um Haushalte mit vielen Kindern und, ja, das schaut ja in manchen Fällen sogar nach einem Geschäftsmodell aus und das wollen wir im Burgenland nicht.

„Das neue Mindestsicherungsgesetz“, ich zitiere wieder, “bringt massive Kürzungen für Asylberechtigte.“ das stimmt. Der einzige Punkt der stimmt. Für die, die bereits Mindestsicherung beziehen, wird es am Ende des Jahres beziehungsweise Anfang des nächsten Jahres so weit sein.

Ansonsten betrifft diese Geschichte nur jene, die in Zukunft asylberechtigt sein werden, den Status erhalten und dann den Antrag stellen. Das ist richtig, aber da sind wir schlicht und einfach unterschiedlicher Meinung, so wie wir in anderen Punkten auch unterschiedlicher Meinung sind. Das ist der einzige Punkt, wo wir uns von mir aus inhaltlich auseinandersetzen können.

So und dann die Geschichte mit der Obdachlosigkeit, wo es den Herrn Landesrat vorher schon so zusammengekrampft hat. "Die Landesregierung schafft bei diesem Gesetz eine neue Obdachlosigkeit im Land und treibt Menschen in die Bettelei", also vielmehr dramatisieren und Angst machen kann man nicht mehr. Die Einzigen, die es treffen wird, die es effektiv treffen wird, sind die, die noch keine Asylberechtigung haben und die noch gar keinen Antrag stellen konnten. Und im Übrigen, das muss man, ich sage das jetzt offenherzig dazu, die werden im Burgenland im Regelfall auch keinen Antrag stellen.

Wir kennen das von den subsidiär Schutzberechtigten, die im Burgenland ja schon seit einigen Jahren betragsmäßig mit den Leistungen aus der Grundversorgung im Rahmen des Mindestsicherungsgesetzes gedeckelt sind. Die Zahl voriges Jahr, glaube ich, Herr Landesrat, war bei acht, neun, zehn Fällen. Ja, sprich, die gehen woanders hin und stellen dort den Antrag. Und dieser Landesregierung und uns hier als Koalition zu unterstellen, dass wir neue Obdachlosigkeit schaffen, das ist wirklich das Allerletzte, das ist Angstmache. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

So, und was das Thema der Einsparungen betrifft, 360.000 Euro pro Jahr, ich ergänze, es wird niemand den wirklichen Betrag nennen können. Den kann man schlicht und einfach nicht wissen, weil wie ich eben ausgeführt habe, wir davon auszugehen haben, dass Leute die den Status des Asylberechtigten bekommen, ihren Antrag im Burgenland erst gar nicht stellen werden.

Was sie sehr wohl getan hätten, wenn wir jetzt nichts geändert hätten. Jetzt können wir lange darüber streiten, ob es da nur um ein paar Hunderttausend Euro oder um ein paar Millionen im Jahr *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ach so – dann macht es ja nichts!)* oder in einer Legislaturperiode geht, das Einsparungspotential ist insgesamt sicherlich höher.

Die Kollegin Petrik hat dann gestern noch auf ihrer Seite, auf ihrer Facebookseite, die Aussendung der Armutskonferenz, die die Regierung mit der Zitrone auszeichnet, geteilt und sie hat das vorhin auch erwähnt. In dieser Aussendung der Armutskonferenz heißt es: Die SPÖ/FPÖ-Koalition will Armutsbetroffenen demokratische Standards, wie einen schriftlichen Bescheid, verwehren.

Der Bescheid ist eine der tragenden Säulen rechtstaatlichen Behördenhandelns und damit der Demokratie, das gilt insbesondere für den schriftlichen Bescheid. Dann wird uns eben vorgeworfen, dass wir die bisherigen Verfahrensbestimmungen eliminieren und durch gegenlautende ersetzen und damit rechtstaatliche Standards aushebeln.

Jetzt abgesehen davon, dass es in der Sache falsch ist und dass der Plural falsch ist, es ist in den Erläuterungen nachzulesen, dass ein Bescheid verlangt werden kann. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Genau das habe ich gesagt!)* Das ist jetzt kein verwaltungsinnovativer Einfall der rot/blauen Koalition, das ist etwas, was im Rechtssystem in verschiedenen Bereichen durchaus nicht unüblich ist.

Es heißt ja im Übrigen auch nicht, dass der Betroffene, und die Fälle sind ja auch eingeschränkt, dass der Betroffene nicht doch eine schriftliche Mitteilung bekommt, wo eine Begründung drinnen steht, beziehungsweise mit dem Sachbearbeiter ja sowieso reden muss und eben dann einen Bescheid verlangen kann *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Eben, er muss ihn verlangen!)* und zwar ab zwei Monaten ab Leistungsgewährung oder Kürzung oder wie auch immer.

Aber, Frau Kollegin Petrik, das ist ja ein wesentlicher Unterschied zu dem Vorwurf, dass wir demokratische Standards vorenthalten, verwehren und aushebeln. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das sind ja nicht meine Worte!)* Na ja, wenn es um Facebook geht, was Sie uns alles vorwerfen wenn wir etwas teilen, wo wir auf andere Seiten oder Aussendungen verweisen… *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt nicht!)* Das haben Sie geteilt. Damit haben Sie sich solidarisiert indem Sie es geteilt haben.

Haben Sie es vorher vielleicht nicht durchgelesen? Aber Sie haben vorhin in eine ähnliche Richtung argumentiert. Ich halte es für absolut zumutbar, dass man einen schriftlichen Bescheid nur auf Verlangen bekommt. Es handelt sich ja nicht um Vollidioten, die auf der BH vorstellig werden oder in eine Notlage geraten sind. Ich halte das absolut für zumutbar, überhaupt wenn es eine Frist von zwei Monaten gibt.

Meine Damen und Herren! Wo sind jetzt die Kernpunkte aus unserer Sicht? Es hat aus unserer Sicht - und wir sind hier bei Weitem nicht das einzige Bundesland - natürlich Handlungsbedarf gegeben. Wir werden diesem dringenden Handlungsbedarf gerecht. Ein Handlungsbedarf, der sich vor allem dadurch verschärft hat, dass wir in den letzten beiden Jahren mit erhöhter Migration konfrontiert waren. Dazu ist dann im Vorjahr der Umstand getreten, dass die 15a-Vereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund und zwischen den Ländern nicht im Sinne einer gemeinsamen Lösung neu verhandelt werden konnte.

Ich sage für meine Fraktion, zum Glück, denn wenn man sich anschaut wie es in Wien aussieht, kann man sich vorstellen, wo die Hürde gelegen wäre. Die hätten wir wahrscheinlich nicht nehmen können. Wir sind im Sozialbereich mit einer Kostenentwicklung konfrontiert auf die wir reagieren müssen. Sie kennen die Zahlen aus der Grundversorgung. Sie kennen die Zahlen aus der Mindestsicherung, die ja dann in

weiterer Folge, wenn wir jetzt nicht einschreiten würden, weiter in die Höhe gehen würden.

Das heißt, wir wollen mit dieser Novelle vor allem auch einen Beitrag zur Absicherung des burgenländischen Sozialsystems leisten und natürlich auch, das sage ich aus freiheitlicher Sicht, die Attraktivität Österreichs als Zielland für Migranten absenken. Denn wenn wir das Gesetz, das wir heute beschließen, schon länger gehabt hätten und wenn diese Rechtslage österreichweit gelten würde, dann hätten sich die letzten Jahre auch anders entwickelt.

Der zentrale Punkt ist daher unter anderem diese Wartefrist. Das heißt Anspruch auf Vollmindestsicherungsbezug gibt es erst nach fünf Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in Österreich. Davor gibt es maximal eine Summe von 634 Euro, die darüber hinaus noch gekürzt werden kann, wenn die im Gesetz nunmehr vorgesehene Integrationsvereinbarung nicht unterfertigt oder in weiterer Folge nicht erfüllt wird.

Zum Deckel habe ich schon Stellung genommen, den Deckel von 1.500 Euro. Wie gesagt, das wird jetzt, gemessen an den bisherigen Fällen, im Burgenland so gut wie gar niemanden treffen. Es steht überhaupt noch nicht fest, ob das überhaupt jemanden trifft.

Das ist aber sozusagen einerseits eine Präventionsmaßnahme, Beispiel Wien, andererseits geht es natürlich auch darum zu signalisieren, dass es sich auszahlen soll zu arbeiten. Sprich, es muss einen Unterschied geben zwischen einem Haushalt, wo Erwerbstätige leben und einem Haushalt, in dem nur Sozialleistungsempfänger wohnen.

Und, meine Damen und Herren, es gibt genug Haushalte die trotz Erwerbstätigkeit über die 1.500 Euro nicht hinauskommen. Was man der Vollständigkeit halber gerade wenn es um Kinder geht, auch noch dazu sagen muss, ist, dass es ja neben Unterhaltsleistungen in manchen Fällen ja auch noch die Familienbeihilfe gibt, diverse Befreiungen und so weiter und so fort. Das heißt, dieser Deckel ist so gesehen auch zu relativieren.

Zu den Sanktionsmöglichkeiten für Arbeitsunwilligkeit stehen wir. Diese hat es in dieser Form bisher nicht gegeben, die Zusammenarbeit mit dem AMS ist vorgesehen und muss natürlich auch funktionieren. Das ist gar keine Frage.

Wir wollen außerdem einen Schwerpunkt auf Sachleistungen legen. Ich gestehe ein, dass sich das sehr leicht sagen lässt und dass es natürlich in der Umsetzung dann im Detail vor allem schwierig wird und die Behörden hier gefragt sein werden.

Wir wollen vor allem jetzt bei den Mieten einmal und bei den Energiekosten in diese Richtung gehen, in weiterer Folge - Sie haben die Erläuterungen gelesen - ist es auch nicht ausgeschlossen, dass man dann auch über ein Gutscheinsystem, wie auch immer, der Kollege Kölly hat es kurz angemerkt, in diese Richtung weiterarbeitet.

Dieses Gesetz, meine Damen und Herren, ist aus meiner Sicht das beste Mindestsicherungsgesetz, das es derzeit in Österreich gibt. Es braucht den Vergleich mit anderen Gesetzen wirklich nicht zu scheuen, vor allem auch nicht mit Niederösterreich und Oberösterreich. Ich halte abschließend noch einmal fest, vom bisherigen Bezieherkreis wird im Regelfall niemand betroffen sein, mit Ausnahme jener, die bereits als Asylberechtigte Anspruch auf Mindestsicherung haben, für die wird es dann Ende des Jahres beziehungsweise Anfang nächsten Jahres eine neue Situation geben.

Meine Damen und Herren! Das ist ein wichtiger Beschluss, es ist ein zentraler Beschluss dieses Jahres und wahrscheinlich sogar dieser Legislaturperiode. Es ist ein guter Tag für das burgenländische Sozialsystem. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Mindestsicherung wird seit vielen Monaten in Österreich diskutiert. Insbesondere aber nicht nur im Zusammenhang mit der großen Flüchtlingsbewegung, die wir vor allem 2015 verzeichnet haben und leider, aus meiner Sicht leider, war eine bundeseinheitliche Regelung nicht möglich, weil die Meinungen und die Ansichten in den Bundesländern viel zu unterschiedlich waren.

Ich hätte mir schon eine bundeseinheitliche Regelung gewünscht, die allerdings so ausschauen hätte sollen, wie die jetzt bald burgenländische Regelung ausschaut, weil ich wirklich der festen Überzeugung bin, dass man Regelungen braucht, wo die Menschen, vor allem jene, die nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Österreich kommen, auch sehen, dass hier halt nicht sozusagen das Paradies herrscht, sondern dass hier Leistung auch an erster Stelle steht.

Die Folge dieser Nichteinigung auf Bundesebene war eben, dass verschiedene Bundesländer begonnen haben, neue Regelungen für sich zu treffen, insbesondere Oberösterreich und Niederösterreich.

Ich halte es für richtig, dass auch das Burgenland eine eigenständige Regelung und Lösung erarbeitet hat. Ich halte es für richtig, dass der Landesrat Darabos seine Linie, die ja zur Jahreswende noch eher auf der Line von Minister Stöger war, ein bisschen abgeändert hat, und ich halte es für gut, dass es heute einen sehr breiten Konsens gibt, wenn es um den Beschluss dieser neuen Regelungen im Bereich der Mindestsicherung geht, dass dieser Beschluss eben mit den Stimmen der ÖVP, der FPÖ und den Stimmen der SPÖ erfolgen wird.

Für meine Fraktion, für die Österreichische Volkspartei im Burgenland, stehen zwei Grundsätze an erster Stelle. Eigentlich immer und überall, nämlich der eine Grundsatz, dass niemand in unserer Gesellschaft zurückgelassen werden darf, und der zweite Grundsatz aber auch, dass sich Leistung lohnen muss.

Das bedeutet, umgelegt auf die Mindestsicherung, dass all jene, die unverschuldet in Notlagen geraten, auf die Hilfe und Unterstützung des Staates vertrauen können, vertrauen können müssen, aber eben nur diese.

Das bedeutet aber auch weiter, dass all jene, die sich bemühen, die leistungsbereit sind, und dadurch auch eigentlich unendlich viel für die Gesellschaft beitragen, dass diese belohnt werden müssen.

Diese Grundsätze sind es auch, die uns als Volkspartei Burgenland bewogen hat, sehr frühzeitig das Thema Mindestsicherung aufzugreifen und im Sinne der Menschen ganz klare Vorschläge zu machen. Mit Anträgen, Aktuellen Stunden oder dringlichen Anträgen zu den Themenkreisen Integration, Mindestsicherung oder Leitkultur haben wir diese, unsere Kernpunkte, hier im Hohen Haus dargelegt.

Wir haben dem zuständigen Landesrat Mag. Darabos auch signalisiert, dass wir uns wünschen und dass wir uns eigentlich auch erwarten, bei den Verhandlungen zu diesem Gesetz eingebunden zu werden, weil wir uns nicht nur als klassische Opposition sehen, sondern weil wir uns als eine Partei mit Oppositionsverantwortung sehen, die auch ganz konkrete und sachliche Vorschläge machen möchte, um das Land nach vorne zu bringen.

Ich finde es daher sehr positiv, dass diese Möglichkeit auch geboten worden ist und dass die Verhandlungen in einem extrem sachlichen Klima abgelaufen sind und auf einem - nach meinem Empfinden - sehr hohen Diskussionsniveau stattgefunden haben.

Unsere Kernpunkte, die wir in diesen vielen Monaten immer wieder thematisiert haben, sind heute in diesem Gesetzesvorschlag, in dieser Novelle, verwirklicht, und deshalb werden wir von der Volkspartei dieser Novelle natürlich auch zustimmen.

Diese Kernpunkte sind erstens, meine Damen und Herren, dass Menschen, die zu uns kommen und hierbleiben wollen, ob das jetzt vorübergehend ist oder ob das auf Dauer ist, unsere Leitkultur zu akzeptieren haben. Dieser Grundsatz ist im Gesetz vorgesehen, im Rahmen der vorgesehenen Integrationsvereinbarung.

Das bedeutet also ein klares Bekenntnis zur Demokratie und zum Gewaltmonopol des Staates, ein klares Bekenntnis zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, ein klares Bekenntnis zur Bildungspflicht, insbesondere nämlich Deutsch zu lernen, ein klares Bekenntnis zur Trennung von Kirche und Staat und ein klares Bekenntnis auch zum Leistungsprinzip, weil der Sozialstaat ganz einfach keine Einbahnstraße sein kann.

Der zweite Kernpunkt, meine Damen und Herren, für uns ist, dass die Mindestsicherung generell eine Hilfe in Notlagen sein soll. Das Ziel ist oder muss ja sein, dass Menschen nicht in der Mindestsicherung bleiben müssen, sondern dass sie so rasch wie möglich davon wegkommen, sozusagen dass die Mindestsicherung ein Sprungbrett in ein selbstbestimmtes Leben sein soll.

Daher darf die Mindestsicherung grundsätzlich nicht als Dauerzustand konzipiert sein, sondern als temporäre Unterstützung, dort, wo es eben notwendig ist.

Der dritte Punkt, der sehr heftig diskutiert worden ist, auch von der Kollegin Petrik, in ihrer Rede, aber auch schon gestern, ist die Frage der Deckelung der Mindestsicherung auf 1.500 Euro pro Monat. Das ist aus meiner Sicht notwendig, denn es muss einen deutlichen Unterschied geben zwischen einem Erwerbseinkommen und einem ausschließlichen Sozialeinkommen.

Das Argument, dass im Burgenland nur elf Fälle oder elf Familien oder elf Lebensgemeinschaften betroffen sind, das ist eigentlich ein Argument, das ich so nicht akzeptieren kann. Weil es natürlich einerseits um ein Signal an die Bevölkerung geht.

Zweitens geht es darum, dass man ein Gesetz auch für die Zukunft beschließen soll und nicht auf Grund von speziellen Anlassfällen, und das hat der Kollege Molnár eigentlich auf den Punkt gebracht.

Es geht schon darum, dass dadurch natürlich die Attraktivität Österreichs oder eigentlich des Burgenlandes, muss man sagen, als Zielland ganz einfach weniger wird und dass das Burgenland weniger attraktiv wird, hierher zu kommen.

Außerdem ist es halt so, wenn man alle Normen abschaffen würde, wo nur wenige Fälle sozusagen vorliegen, na da würden wir schön ausschauen. Dann gäbe es ganz viele Strafbestimmungen, ganz viele Bestimmungen in unserem Rechtssystem, die man ja entfernen müsste, und wo dann, glaube ich, das Zusammenleben nicht so gut funktionieren würde.

Der vierte Kernpunkt für uns ist die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen. Das ist, glaube ich, etwas, was allgemeine Zustimmung auch findet. Das ist eine Frage der Organisation und ich glaube schon, dass das eine Maßnahme sein wird und sein kann, die dafür sorgt, dass das Geld auch dorthin kommt, wofür es vorgesehen ist.

Ein durchaus umstrittener Punkt, aber der für uns ebenfalls wichtig ist, ist die Wartefrist, die man eben einhalten muss, um die volle Mindestsicherung zu bekommen: Fünf Jahre rechtmäßiger Aufenthalt in Österreich. Ich glaube, dass das absolut in Ordnung und richtig ist, weil es natürlich auch eine Frage der Gerechtigkeit ist.

Also es ist schon so, dass wenn man vom Staat Sozialleistungen einverlangt, man dafür, wenn es möglich ist, natürlich auch einbezahlt haben soll, und das können ganz einfach die Leute nicht, die herkommen und nur einige Monate oder ein, zwei Jahre hier sind.

Der sechste Kernpunkt, der wichtig ist, den habe ich eingangs schon erwähnt, das ist die Integrationsvereinbarung, die ich für ganz wesentlich halte. Dass den Menschen, die zu uns kommen auch ganz bewusst gemacht wird und dass sie das auch unterschreiben, wozu sie sich verpflichten.

Diese Integrationsvereinbarung, die, Herr Kollege Kölly, dann auch zu einem Integrationsbonus führen kann und gleichzeitig aber auch vorsieht, dass wenn die Verpflichtungen, die hier eingegangen werden, nicht eingehalten werden, dass eben auch ein entsprechender Abschlag, eine entsprechende Sanktionsmöglichkeit jetzt gesetzlich vorgesehen ist.

Mit der heutigen Beschlussfassung des Mindestsicherungsgesetzes wird, glaube ich, ein wichtiger Schritt getan, aber es ist natürlich noch einiges zu tun. Das ist, denke ich, auch unbestritten. Es ist einiges auf Landesebene aus meiner Sicht zu tun, einiges auf Bundesebene zu tun.

Auf Landesebene, das haben wir auch schon mittels eines Antrages deponiert, glaube ich, ist es notwendig, dass eine bestehende 15a-Vereinbarung betreffend den Kostenersatz zwischen Bundesländern bei Sozialleistungen gekündigt werden sollte, so wie es andere Bundesländer auch gemacht haben. Wie es zum Beispiel Salzburg gemacht hat, wie es Kärnten gemacht hat, wie es Niederösterreich und Oberösterreich machen werden oder teilweise schon getan haben.

Ich glaube, dass wir sonst zwar heute einen guten Beschluss fassen, dass wir dann aber Gefahr laufen, dass durch eine Binnenwanderung sozusagen der Anspruchsberechtigten, wir dann doch die Höhe der Sozialleistungen in Wien zu zahlen hätten.

Das ist ja nicht Sinn der Sache, sondern Sinn der Sache ist, dass wir hier ein ordentliches Instrument haben, wo ein Auslangen für die Menschen gefunden werden kann, wo der Sozialstaat nicht überstrapaziert wird. Daher sollten wir hier nicht die Säumigkeit Wiens sozusagen fördern und in diesem Vertrag bleiben.

Meine Damen und Herren! Auf Bundesebene gibt es auch einiges zu tun, das ist keine Frage. Es hat vor kurzem Minister Sebastian Kurz das Integrationsgesetz im Ministerrat eingebracht, ist auch beschlossen worden, wird demnächst vom Nationalrat beschlossen. Es gibt eine ganze Reihe von notwendigen Initiativen und Maßnahmen, die wichtig sind, um Österreich entsprechend als Land zu bewahren, wo ein sozialer Zusammenhalt überhaupt möglich ist.

Solange die Europäische Union nicht in der Lage ist, eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik auf den Weg zu bringen, ist es notwendig, dass die Nationalstaaten, insbesondere jene, die besonders betroffen sind, selbständig handeln und agieren.

Österreich hat das Gott sei Dank gemacht, auch auf Initiative von Minister Kurz und der damaligen Ministerin Mikl-Leitner, die ja bald Landeshauptfrau sein wird. Ich glaube,

das war ein wichtiger und richtiger Schritt, die Obergrenze festzulegen und eigentlich eine völlige Politikänderung der Bundesregierung in dieser Frage zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für uns als Volkspartei ist eigentlich ganz klar, dass Asylpolitik nicht nur eine Politik für Menschen ist, die zu uns kommen, sondern vor allem auch eine Politik für die Menschen sein muss, die hier leben, für unsere einheimische Bevölkerung.

Die heute zu beschließende Novelle ist meiner Meinung nach Ausdruck einer solchen Politik, mit der wir uns identifizieren, die wir mittragen und die wir gerne mittragen, weil wir glauben, dass wir damit das Land Burgenland nach vorne bringen können, weil wir glauben, dass wir damit auch der Bevölkerung ein klares und richtiges Signal geben können.

In dem Sinn werden wir dieser Novelle natürlich zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Im Tagesordnungspunkt 5 der heutigen Landtagssitzung wird, wie bereits von meinen Vorrednern angemerkt, das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz mittels Erlassung eines neuen Gesetzes geändert.

Ich möchte in meiner Wortmeldung einerseits auf die Intention und andererseits auch auf die Eckpunkte dieses neuen Gesetzes eingehen und gleichzeitig auch die Tagesordnungspunkte 6 bis 8, nämlich die Abänderungsanträge, mitbehandeln.

Mit Bedauern muss ich, genauso wie heute auch die Abgeordneten Kölly und Mag. Steiner angesprochen haben, feststellen oder zur Kenntnis nehmen, dass zu Jahresbeginn eine bundeseinheitliche Lösung im Sinne einer Bund-Länder-Vereinbarung nach Artikel 15a B-VG unmöglich geworden ist, sodass jedes Bundesland für sich allein ein eigenes Modell entwickeln musste.

Dieses eigenständig burgenländische Modell zur bedarfsorientierten Mindestsicherung führte nach intensiven Gesprächen zu dem heute vorliegenden Antrag.

Bei diesen intensiven Gesprächen kam es zu einem breiten Schulterschluss.

Die Entschuldigung vom Landtagsabgeordneten Kölly, dass er die Termine nicht wahrnehmen konnte, nehme ich natürlich an.

Ich habe vernommen, dass Kollege Molnár gemeint hätte, dass vielleicht der Abänderungsantrag auf die Einberufung eines runden Tisches gerichtet war und es ein eckiger Tisch war. Ich glaube, da sollte man nicht an Symbolen arbeiten.

Entscheidend ist nur, dass natürlich heute die Diskussion um die Teilnahme der Liste Burgenland bei diesem Gesetz zu spät ist *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Kölly: Wer hat das gesagt?)* und es sinnvoller gewesen wäre, diese Einladung anzunehmen.

Wesentlich für diesen Schulterschluss ist meiner Meinung nach, dass die Flüchtlingssituation und der damit verbundene Anstieg der anspruchsberechtigten Personen der Mindestsicherung dazu führen, dass auch unser System, unser Sozialsystem langfristig zu beurteilen war. Wir haben bereits von 2012 bis 2016 einen

Anstieg der Kosten im Bereich der Mindestsicherung von sechs Millionen auf 11,5 Millionen zu verzeichnen.

Jede und jeder sozial verantwortlich denkende Politiker muss danach trachten und handeln. Wir haben gehandelt. Bereits vor der Novelle haben die Burgenländerinnen und Burgenländer gehandelt, in dem sie ihr menschliches Gesicht gezeigt haben, als sie die Flüchtlingssituation gemeinsam bravourös bewältigt haben.

Nun geht es darum, dass wir durch die Erlassung dieses neuen Mindestsicherungsgesetzes die anstehenden Ziele, nämlich die Erreichung der höchstmöglichen, größtmöglichen Akzeptanz von der Gesellschaft sowie soziale Treffsicherheit, aber auch die Belohnung von Leistungs- und Integrationsbereitschaft Rechnung tragen wollen.

Diese Novelle zur Mindestsicherung soll ein Katalysator zur Verstärkung des Anreizes für alle Mindestsicherungsbezieher sein, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und auch eine Integration in unserer Gesellschaft vorzunehmen.

Des Weiteren, so glaube ich, führt die Verschärfung der Sanktionsmaßnahmen dazu, dass auch der Missbrauch diverser Leistungen im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit, wie es in unserer Gesellschaft herrscht, hintangehalten werden kann. Ich bin auch überzeugt, dass die Vereinfachung des Gesetzesvollzugs im Bereich der Bescheidausfertigung sowie Antragszurückweisung Vorteile nach sich zieht.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die bedarfsorientierte Mindestsicherung hat von der Intention und vom Zweck her die Aufgabe der vorübergehenden Sicherung und Deckung des notwendigen Lebensunterhaltes und Wohnbedarfs, aber, und das wird vergessen, auch die Wiedereingliederungen in den Arbeitsmarkt zu erzielen.

Die Prämisse laut unserem Gesetzesvorschlag muss daher lauten: Durch den Bezug von Leistungen der Mindestsicherung darf keines Falls ein Haushaltseinkommen geschaffen werden, welches weit über dem mittleren Erwerbseinkommen in Österreich liegt, gerade im Burgenland auch liegt.

Die Mindestsicherung darf nicht zum Ersatz dafür werden, dass es als ein weiteres Erwerbseinkommen betrachtet wird. Deshalb muss auch der Unterschied zwischen Arbeitseinkommen im Berufsleben und den Sozialleistungen spürbar werden.

Ich glaube auch, dass es unsere Aufgabe sein wird, zukünftig zu trachten, dass auch der Mindestlohn entweder durch Generalkollektivvertrag oder durch einen gesetzlichen Mindestlohn mit zumindest 1.500 Euro fixiert wird. Damit auch dieser Unterschied nach außen transparent wird.

Deshalb wurden auch dieses Gesetz und die neuen Bestimmungen in dem Gesetz geschaffen. Diese Bestimmungen zur Integration in dem § 7 folgende und auch die Bestimmungen zu den Mindeststandards für Personen, die sich kurze Zeit in dem Bundesgebiet und in unserem Landesgebiet aufhalten, samt Integrationsbonus sowie eine Obergrenze bei Mindeststandards wurden als wesentliche Eckpunkte eingeführt.

Ich möchte jetzt auf einige Punkte eingehen. Die heute bereits besprochene künftige Obergrenze von 1.500 Euro für Mindestsicherungsbezieher gilt, aber es gibt Ausnahmen, und diese Ausnahmen müssen erwähnt werden, weil das genau diese soziale Abfederung ist, die wir erzielen wollen.

Die Ausnahme ist nämlich da, die gilt nur diese Deckelung, wenn Arbeitsfähigkeit gegeben ist und keine Ausnahme vom Einsatz der Arbeitskraft und auch kein anderes anrechenbares Einkommen vorlegt. Das heißt, die sogenannten „Aufstocker“, das sind

Menschen, die Teilzeit oder geringfügig beschäftigt sind, werden weiterhin den vollen Betrag erhalten, die fallen nicht unter diesen Deckel.

Das heißt im weiteren Sinne auch, dass alle, auch diejenige, auch Pensionisten, die mit niedrigen Einkommen leben müssen, weiterhin von diesem Deckel nicht betroffen sind. Das heißt aber auch, dass Menschen, die für die Pflege und Betreuung naher Angehöriger oder auch im Rahmen einer Sterbebegleitung im Sinne von der Familienhospizkarenz jedenfalls nicht unter diesen Deckel fallen, und das muss gesagt werden.

Das ist der burgenländische Weg, der ein Unterschied ist zum Gesetz, das in Niederösterreich geschaffen wurde. Ich behaupte nämlich, das Ergebnis nach dem heutigen Tage muss sein: Arbeiten darf nicht bestraft werden, jedoch muss ein aktiver Arbeitsanreiz geschaffen werden.

Die Einführung der Wartefrist, wie sie heute bereits dargestellt worden ist, stützt für mich auf einen wesentlichen Punkt, nämlich auf den rechtmäßigen Aufenthalt in Österreich. Damit trennt man legale und illegale Aufenthalte. Man trennt aber auch den gewöhnlichen Aufenthalt vom rechtmäßigen Aufenthalt. Und rechtmäßiger Aufenthalt bedeutet laut Gesetz, der Lebensmittelpunkt muss in unserem Burgenland liegen, die Bestreitung des Lebensunterhaltes liegt bei uns.

Daher ist es sinnvoll, dass es, genau wenn es um Zuerkennung von Sozialleistungen geht, dieser Aspekt im Gesetz steht.

Ich bin auch der Abteilung und dem zuständigen Landesrat dankbar, dass genau dieser Tatbestand des rechtmäßigen Aufenthaltes in diesem neuen Gesetz inkludiert ist. Es soll nämlich dadurch eine langfristige Absicherung des burgenländischen Sozialsystems erzielt werden. Dies sind wir als Politiker, die verantwortlich sind, auch der nächsten Generation schuldig.

Jene, die nun in diese Wartefrist fallen, Kollege Molnár hat bereits einige wenige Beispiele angeführt, die bekommen maximal 584 Euro Mindestsicherung. Wobei, und das finde ich, ist eine gute Einrichtung, dass das Sachleistungsprinzip zur Deckung des Wohnbedarfs und des Lebensbedarfs verstärkt als Alternative eingesetzt werden kann.

Ich glaube, dieses Sachleistungsprinzip wird die Vollzugsbehörde, nämlich die Bezirkshauptmannschaften, aber auch die Abteilung 6 im gewissen Ausmaß verhältnismäßig einsetzen können. Entscheidend sind auch der Integrationsbonus und die notwendige Unterfertigung einer Integrationsvereinbarung.

Für mich ist es ein wesentlicher Bestandteil dieses Gesetzes. Es ist als Anlage A im Gesetz nach dem Paragraph 31 verankert und soll ein Zeichen für die gesamte Bevölkerung des Burgenlandes sein, dass die Grundregeln des Zusammenlebens, wie Verbot gegen Gewalt, wie demokratische Grundsätze, wie auch die Anerkennung unserer Rechtsordnung, aber auch die Anerkennung der gleichen Rechte von Frauen und Männern und schließlich auch die Anerkennung der Schul- und Kindergartenpflicht für Buben und Mädchen gleich sind, unantastbar sind, das soll unabhängig von der Religionszugehörigkeit der jeweiligen Mindestsicherungsbezieher auch gelten.

Wir müssen natürlich die Mindeststandards und Integrationsleistungen erfüllen lassen. Deshalb wird es wichtig sein, dass wir nicht nur Gesetze haben, dass wir nicht nur den Vollzug durchführen, sondern dass diese Sanktionen auch kontrolliert werden. Ohne Kontrolle keine gute Sanktion!

Deshalb glaube ich auch, dass gerade auch beim verpflichteten Besuch von Deutschkursen und auch beim Besuch von Werte- und Orientierungskursen in diese Richtung hin auch getrachtet werden soll. Auch die Bereitschaft zur Teilnahme an Arbeits- und Bewerbungstrainings zu einer Arbeit soll applikatorisch sein.

Gerade in den letzten Tagen hat auch der Bund durch das Integrationsgesetz diese Schritte nachvollzogen. Wir haben nunmehr eine flächendeckende, durchgängige und strukturierte Integrationsmaßnahme für anerkannte Flüchtlinge, aber auch diejenigen, die eine hohe Bleibewahrscheinlichkeit bei uns haben und diese Regelungen im Bundesgesetz, im Integrationsgesetz, werden natürlich auch im Einklang mit unserem neuen Gesetz stehen. Das ist auch so verankert.

Hinblicklich der Sanktionierungsmöglichkeiten Verkürzungen von Leistungen bin ich der Meinung, dass Missbrauch jedenfalls bestraft werden soll, und ich bin auch der Meinung, dass Leistungsansprüche auch ohne Vorwarnung, wenn der Missbrauch sehr extrem ist, auch durchgeführt werden können.

Für mich bedarf es einer guten Vollzugsorganisation, und ich möchte mich jetzt schon bei der Abteilung 6 hinblicklich der Mindestsicherung bedanken, aber auch bei den Bezirkshauptmannschaften und deren Beschäftigten, die meiner Meinung nach eine grandiose Arbeit verrichten, und ich bin auch überzeugt, dass Sie das neue Gesetz mit dem gleichen Angehen administrieren werden.

Ich habe auch schon vernommen, dass in Entsprechung des Landes-Rechnungshofberichtes getrachtet wird, auch entsprechende Schulungen durchzuführen und auch eine neue Adaptierung der Bescheidmuster durchgeführt wird.

Deshalb bin ich zuversichtlich, dass unabhängig davon, dass Mag.a Petrik gemeint hätte, das wird eine starke Erschwerung bringen und auch schwierig sein, mit dem AMS zu koordinieren, dass das kein Problem wird, weil mittlerweile ist das AMS mit der Bezirkshauptmannschaft so gut vernetzt, weil die „Aufstocker“ die Arbeitslosengelder erhalten sowieso in Verbindung zwischen diesen beiden Organisationen eingebunden werden.

Abschließend, ich kann diese Symbol-Politik, die Mag.a Petrik angesprochen hat, nicht teilen, ein Rettungsring hat ein Symbol, für mich ist, glaube ich, dieser Rettungsring bei diesem Gesetz total unangebracht.

Ich glaube, das Symbol muss klar das sein. Es geht nicht um Zahlen und Fakten. Es geht ausschließlich um soziale Gerechtigkeit, und es geht um die nötige Akzeptanz in unserer Bevölkerung. Ich bin überzeugt, dass durch die Erlassung dieses Gesetzes, wir als Land Burgenland weder zu den Hartlinern noch zu den Unentschlossenen innerhalb der Bundesländer gezählt werden.

Dieses Gesetz zeigt für mich die soziale Treffsicherheit und die gesellschaftliche Akzeptanz, die wir brauchen. Wir werden damit der Verantwortung gerecht. Ich glaube auch, dass man damit die Sozialleistung nachhaltiger abzusichern kann. Wenn man nochmals bedenkt, dass wir in der Armutsgefährdung mit 7,1 Prozent die niedrigsten Werte haben, im Verhältnis zu EU sogar halbiert, glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind und durch dieses Gesetz auch auf dem richtigen Weg bleiben.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Michaela Resetar, Walter Temmel, Bernhard Hirczy, Georg Rosner und Kollegen auf

Fassung einer Entschließung betreffend 7 Punkte für das Südburgenland (Zahl 21 - 604) (Beilage 862)

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich unterbreche nun die Debatte, und wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Michaela Resetar, Walter Temmel, Bernhard Hirczy, Georg Rosner und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 7 Punkte für das Südburgenland Zahl 21 - 604, Beilage 862, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat, und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständliches Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Zum heute von uns eingebrachten Dringlichkeitsantrag darf ich folgende Stellungnahme zu Beginn abgeben.

Das Burgenland, meine Damen und Herren, ist ein Land mit vielen Vorzügen. Das ist keine Frage. Hauptverantwortlich dafür und für die über viele Strecken gute Entwicklung sind einerseits unsere Gemeinden, die irrsinnig viel in die Lebensqualität der Menschen investieren, andrerseits natürlich auch die vor allem in der Vergangenheit investierten und eingesetzten Ziel 1- beziehungsweise Phasing-Out-Mittel durch Land, Bund und Europäischer Union.

Ein wesentlicher Grund, warum das Burgenland eine besondere Förderregion in der Europäischen Union geworden ist, war damals, weil das Südburgenland starke wirtschaftliche Nachteile aufgezeigt hat. Ein wesentliches Ziel der EU-Förderung war natürlich - und ist es nach wie vor -, diese Disparitäten, also diese Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung, auszugleichen.

Wenn man sich die statistischen Zahlen anschaut, dann ist das leider nicht gelungen, denn die Schere zwischen dem Bruttoinlandsprodukt je Kopf zwischen Südburgenland und Nordburgenland ist gestiegen. Im Jahr 2000 hat es einen Unterschied von 3.400 Euro pro Einwohner gegeben. 2014 betrug dieser Unterschied 5.600 Euro.

Dieses Ziel des Disparitätenausgleichs ist nicht erreicht worden. Und was tut man normalerweise, wenn man ein Ziel nicht erreicht? Man überlegt sich, welche anderen, neuen zusätzlichen Maßnahmen und Initiativen man treffen kann.

Die Landesregierung hat in ihrem Übereinkommen, Programm, dem Südburgenland einen Absatz, wenn auch einen kurzen Absatz gewidmet. Es wurden in diesem Übereinkommen die Budgets bis 2020 auf Erfahrungswerten der letzten Jahre hochgerechnet und dann hat man gemeint, es gibt ein Investitionspaket im Ausmaß von 2,8 Milliarden Euro, und davon würden 1,5 Millionen in das Südburgenland fließen.

Das, meine Damen und Herren, ist für uns eine Art Placebo-Politik, wo man halt irgendwas hineinschreibt, aber keine konkreten Maßnahmen trifft.

Alleine aus der nicht sehr positiven Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, aber auch aus anderen Indikatoren heraus, wie zum Beispiel die Frage der Infrastruktur oder die Frage der Abwanderung, die Frage der Jobs oder der nicht ausreichenden Jobs im Südburgenland, alleine diese Schlagwörter und alleine diese Problemstellungen glaube ich, müssen uns dazu veranlassen,

Wir, als Volkspartei Burgenland, haben deshalb den Südburgenland Kongress ins Leben gerufen und haben in den letzten Monaten sehr intensiv mit Südburgenländerinnen

und Südburgenländern diskutiert, mit ihnen gesprochen, haben sie eingebunden, haben sie auch gebeten, entsprechende Ideen und Vorschläge zu machen.

Aus all diesen vielen Veranstaltungen haben sich sieben Punkte herauskristallisiert, die wir zusammengefasst haben und die wir heute auch diesem Dringlichkeitsantrag zugrunde legen. Natürlich ist es so, dass man jede Maßnahme, jeden Vorschlag und jede Initiative diskutieren kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Für jede Idee wird es Pro-Argumente geben und für jede Idee wird es Kontra-Argumente geben. Wir haben heute das Instrument des dringlichen Antrags gewählt, weil wir überzeugt sind, dass rasch gehandelt werden muss. Dass man etwas für das Südburgenland tun muss.

Wir haben die Beschlussformel dieses Dringlichkeitsantrages auch so gewählt, dass es jedem Abgeordneten, dem das Südburgenland am Herzen liegt, möglich ist, zuzustimmen, weil der Prozess ja ergebnisoffen ist.

Weil es ja nicht darum geht, jetzt unsere Ideen sozusagen durchzudrücken, sondern weil es darum geht, einen Prozess in Gang zu setzen, wo alle im Landtag vertretenen Parteien, alle Interessensvertretungen gemeinsam hier sich ganz konkrete Maßnahmen überlegen sollen. Wo es einen Konsens geben sollte.

Daher ist es, glaube ich, für jeden Abgeordneten möglich, diesem Antrag auch zuzustimmen, ohne über seinen parteipolitischen Schatten zu springen. Uns geht es darum, dass wir diese Problemstellungen, die es im Südburgenland ohne Zweifel gibt, thematisieren und dass wir gemeinsam oder in einem Konsens, der so breit, wie möglich, sein sollte, ganz konkrete Maßnahmen im Sinne der Menschen im Südburgenland treffen können.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP Burgenland werden dann im Laufe dieser Debatte bei diesem dringlichen Antrag die konkreten Ideen vorstellen. Hören Sie sich das an. Gehen Sie unvoreingenommen in diese Diskussion und beschließen wir gemeinsam im Sinne des Südburgenlandes einen neuen Prozess, der vielleicht für eine neue Politik im Burgenland beispielgebend sein kann. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Grundsätzlich finde ich Eure Initiative natürlich gut und begrüßenswert, auch wenn ich nicht mit allen Punkten einverstanden bin. Aber, das liegt in der Natur der Sache. Was mich nur ein bisschen wundert, muss ich ehrlich sagen, ist die Tatsache, dass Ihr jetzt nicht ganz zwei Jahre in Opposition und vorher in der Regierung gewesen seid.

Da sind vorher viele Sachen passiert, wo ich mich schon frage: Wo seid Ihr da gewesen? Ihr habt damals dafür gesorgt, dass das Tierschutzhaus nicht im Südburgenland oder von mir aus im Mittelburgenland steht. Ihr habt dafür gesorgt, dass die Genussakademie im Norden steht. Ihr habt viele Punkte ausgelassen, die Ihr jetzt zu Recht bedauert. Ein bisschen eigenartig, aber bitte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Südburgenland hat in den letzten Jahren mit der Ziel 1-Förderung auch bereits viele Initiativen erfahren. Einige sind geblieben, einige sind leider nicht weitergeführt

worden. Wir haben, so, wie Ihr das auch in Eurem Antrag anführt, natürlich viele Punkte, die problematisch sind.

Ich komme selbst aus einem Ort, aus Willersdorf, wo das Internet nicht oder nur kaum funktioniert. Das Problem sind die Glasfasern. Das klingt immer so super, Breitbandausbau im ganzen Burgenland. Nur darf man nicht vergessen, dass dort, wo das Glasfaserkabel endet, meistens Schluss ist, weil ich dann nämlich mit der normalen Telefonleitung weiter gehe.

Das ist ungefähr so, wie wenn ich einen Formel 1 Boliden auf einer Rennstrecke mit einem gescheiten Karacho ins Rennen schicke und nach zwei Kilometer oder nach 200 Meter ist plötzlich Kopfsteinpflaster, dann kommt eine Schotterpiste und dann kommt eine Wiese. Da wird nichts weitergehen.

Genau das ist das Problem beim Internet. Das ist natürlich nicht leicht zu lösen. Das ist mir schon klar. Aber, ich glaube, dass, so gut dieser Breitbandausbau auch ist, es doch nur ein Punkt ist, den ihr extra angeführt habt. Ich finde, das wird ein bisschen zu wenig sein, wenn wir Betriebe, die im Südburgenland beheimatet sind, halten wollen.

Wir müssen Betriebe dort auch hinkriegen, die auf der einen Seite die Reize und auch die Vorteile des Südburgenlandes interessant finden. Auf der anderen Seite brauchst du aber heute eine schnelle Internetverbindung. Wenn es das nicht gibt, dann werden uns auch dort die Betriebe fehlen.

Ein weiterer Punkt, den Ihr angeführt habt, ist die Notwendigkeit, die Nahversorgung zu fördern. Ich bin natürlich prinzipiell auch auf Eurer Seite. Das Problem ist nur, wir müssen leider, sage ich, mit einer Situation uns teilweise zu Recht finden. Auch da ist mein Heimatort leider ein Beispiel. Die Leute kaufen einfach nicht mehr bei den kleinen Nahversorgern. Sie holen sich gerade einmal etwas, wenn beispielsweise die Butter aus ist oder die Semmeln in der Früh. Das geht sich eben leider nicht aus.

Wir haben in Oberschützen wirklich lang gekämpft, in Willersdorf den Nahversorger oder die Nahversorgerin zu halten. Es waren zwei Menschen bemüht, das aufrecht zu erhalten. Es geht sich hinten und vorne nicht aus. Selbst wenn ich denen die Miete nachlasse. Die Auflagen sind sehr hoch. Vor allem wenn man neu anfängt. Die Einkommen sind eher gering, denn es ist eher so, wie soll man sagen, dass dort einfach niemand mehr groß einkauft.

Die gehen mit dem kleinen Körbchen hin und kaufen dort ein. Das ist natürlich wichtig, aber man muss auch verstehen, dass sich das nicht ausgeht. Es gibt, Gott sei Dank, Initiativen, wie in Bildein, die das auf eine andere Basis stellen, nämlich, auf Vereinsbasis. Da kann es funktionieren.

Ich glaube, dass man mehr in diese Richtung wird gehen müssen. Dort wo Nahversorger jetzt noch sind, in mehr oder weniger größeren Orten, da muss man natürlich schon auch schauen, dass sich die halten können. Aber, in kleinen Orten jetzt neue wieder hinzukriegen, dafür ist, fürchte ich, die Zeit abgelaufen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Unternehmenssteuer senken und das Geld für Risikoprojekte einsetzen habt Ihr auch noch angeführt. Ich nehme das zusammen, weil das für mich ein bisschen zusammengehört. Da ist das Problem, dass es im Burgenland für Unternehmerinnen und Unternehmer gute Fördertöpfe gibt. Das Problem ist nur: Gerade für Einzelunternehmer und Einzelunternehmerinnen ist es ein irrer, fast nicht bewältigbarer Aufwand, diese Fördertöpfe anzuzapfen, weil allein die Antragstellung schon sehr aufwändig ist, weil das irrsinnig viel Zeit bindet.

Weil du meistens auch noch Fachleute zukaufen musst, um das auch richtig zu machen. Ich glaube, hier wäre es wesentlich, diese Schwelle zu senken oder von mir aus einen eigenem Topf für Einzelunternehmer und Einzelunternehmerinnen zu schaffen, dass hier der Zugang überhaupt theoretisch möglich wird. Im Moment ist der, meiner Meinung nach, nur theoretisch, aber nicht praktisch möglich, denn praktisch ist das eine Hürde, die schwer bis gar nicht bewältigbar ist.

Die Wohnbauförderung erhöhen ist ebenfalls so eine Sache. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass uns das mehr Bewohner ins Südburgenland bringt. Aus zwei Gründen: Erstens verzichten immer mehr Häuselbauer auf die Wohnbauförderung von Haus aus.

Zweitens haben wir, soweit ich das weiß, weil es uns ja der Herr Landeshauptmann meistens lang und breit erklärt, die beste Wohnbauförderung in ganz Österreich. Wir haben schon eine sehr gute Wohnbauförderung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir hier noch etwas Wesentliches dazu beitragen können.

Was natürlich sehr wohl eine Hilfe wäre, weil das Südburgenland einfach ein Pendler- und Pendlerinnenland ist. Das wird es allerdings auch bleiben, das werden wir nicht ändern können, denn das Problem ist die Mobilität. Wenn wir es schaffen, eine Mobilität im Südburgenland zu etablieren, wo wirklich viele Menschen davon profitieren, dass sie nicht ganz so weit pendeln müssen, denn es muss ja nicht gerade Wien sein, aber, zum Beispiel, auch im Bezirk Jennersdorf pendeln ja viele nach Graz, dann wäre das ein toller Erfolg.

Da geht die Verbindung mit dem Zug einigermaßen. Aber, wenn du im Bezirk Güssing oder Oberwart daheim bist, dann gibt es da den G1 nach Wien. Der funktioniert ganz gut. Nach Graz zu kommen, ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Da bist du auf das Auto angewiesen.

Da kann ich mir vorstellen, dass wir hier, wenn wir wesentlich mehr in die Mobilität investieren, es schaffen, vor allem junge Leute, die in die Städte abzuwandern drohen, behalten würden, wenn wir hier ein besseres öffentliches Verkehrsnetz anbieten könnten, weil das eine gewisse Entlastung ist.

Weil wenn ich mit dem Auto fahre, dann muss ich die ganze Zeit konzentriert sein und komme natürlich auch nicht wirklich ausgeruht an dem Arbeitsplatz oder dann umgekehrt zu Hause an. Wenn ich aber öffentlich fahren kann, ist das eigentlich relativ leicht möglich.

Die Problematik Hausarzt haben wir ohnehin schon oft besprochen. Ich glaube, dass wir hier, wie ihr richtig anführt, vor allem den Jungmedizinern und Jungmedizinerinnen, mehr Anreize bieten müssen, um ihnen nicht nur das Südburgenland, sondern auch das Mittelburgenland schmackhaft zu machen. Leider ist da der Bund mehr gefragt, wie das Land.

Ich glaube, dass wir hier nicht so viele Möglichkeiten haben, dass es aber mehr Möglichkeiten gibt, als wir momentan anbieten. Was, zum Beispiel, jetzt nicht machbar ist, ist die Möglichkeit, dass ein Arzt oder eine Ärztin einen anderen anstellt. Dass es hier mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Führung von einer Ordination gibt. Das weiß ich auch aus persönlichen Kontakten mit Ärzten und Ärztinnen, dass die Work Life Balance heute den Jugendlichen und auch den Erwachsenen natürlich einfach wesentlich ist.

Dieser Hausarzt oder diese Hausärztin, wie wir es früher hatten, die wirklich zu 100 Prozent erreichbar waren, das tut sich heute keiner mehr an. Deshalb brauchen wir uns auch nicht zu wundern, wenn die Menschen, konkret die Ärztinnen und Ärzte, hier vor

allem das Südburgenland auslassen. Wir haben genug Möglichkeiten, im Südburgenland bessere Bedingungen zu schaffen, dass sich Menschen ansiedeln und dass neue Projekte entstehen.

Ich glaube, dass es auch wichtig wäre, Gemeinschaftsbüros zur Verfügung zu stellen oder günstiger zur Verfügung zu stellen. Gerade die Einzelunternehmen und Einzelunternehmerinnen, die jetzt schon einen sehr großen Anteil ausmachen, sollten dadurch die Möglichkeit haben, Büroräume, Besprechungsräume, Geräte oder die Infrastruktur gemeinsam zu nutzen.

Dadurch können Kosten gespart, aber auch Synergien genutzt werden, weil man sich dadurch natürlich auch eher kennenlernt. Auch das wäre eine Möglichkeit, hier die Menschen in der Region zu behalten. Ich weiß von Einigen, die zwar Jobs in Wien als Beispiel haben, aber sehr viel von zu Hause arbeiten können.

Dieser Trend, habe ich den Eindruck, schreitet voran. Immer mehr Betriebe geben ihren Angestellten die Möglichkeit, von zu Hause zu arbeiten. Aber, da ist es notwendig, kleine Büros zur Verfügung zu stellen, weil im eigenen Haus das oft nicht so einfach ist, wie wohl mancher hier aus eigener Erfahrung selbst zu berichten weiß.

Es gäbe für Südburgenland ein ganzes Paket an Möglichkeiten, wie wir hier wesentliche Verbesserungen schaffen könnten. Es passiert auch einiges, keine Frage. Aber, das ist eindeutig zu wenig, wie man an den Zahlen ja auch erkennen kann. Ich finde den Antrag als ersten Schritt einen guten und Wesentlichen.

Ansonsten halte ich das mit dem Kollegen Kölly: Setzen wir uns zusammen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wir gehen weiter in der Verhandlung des Dringlichkeitsantrages. Ich erteile dem nächsten Redner, das ist der Landtagsabgeordnete Mag. Johann Richter, das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Gott sei Dank, haben wir unsere ÖVP, die jetzt endlich darauf gekommen ist, dass es im Südburgenland eventuell in verschiedener Hinsicht Nachholbedarf geben könnte. Warum Euch das nicht schon früher aufgefallen ist, das hat sich auch schon mein Vorredner gefragt, sei dahingestellt.

Eigentlich gesteht die ÖVP, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit eigene Versäumnisse ihrer jahrzehntelangen Regierungstätigkeit ein. Ich würde sagen, nicht nur Versäumnisse, sondern es ist ihr sogar gelungen, den Ruf der Stadt Güssing als ÖKO-Stadt als Inbegriff der Stadt, die für erneuerbare Energie steht, grundlegend zu ruinieren und in den Boden zu stampfen. Gratuliere! *(Abg. Walter Temmel: Na, geh! Das ist doch nicht dein Ernst!)*

Das muss auch klipp und klar gesagt werden, denn zu behaupten, die Rot-Blaue Regierung schaut weg, ist eigentlich eine Frechheit. Wo haben Sie hingeschaut, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Problematik, die es im Südburgenland gibt, nämlich, die Abwanderung, wenige Arbeitsplätze und schlechtere Infrastruktur, gibt es schon seit Jahrzehnten und nicht erst seit diese Rot-Blaue Regierung im Amt ist. Von dieser wollen sie jetzt natürlich, dass diese Forderungen umgesetzt werden, und das möglichst rasch. Also, ich sage Ihnen, Sie

machen es sich wirklich sehr leicht. Schauen wir uns aber Ihre sogenannten konkreten Ideen einmal an.

Ich mache das sehr kurz. Beim Punkt Wohnbauförderung wurde schon angeschnitten, dass wir die beste Wohnbauförderung Österreichs haben. Einfach 20 Prozent mehr für den Süden zu verlangen, ist einfach Utopie, das wissen Sie auch.

Die Körperschaftssteuer zu senken, ist einerseits fraglich, ob das gesetzlich überhaupt möglich ist. Zweitens besteht die Frage, ob sich durch diese Maßnahme mehr Firmen im Süden ansiedeln würden?

Crowdfunding ist, meiner Meinung nach, eine sehr gute Idee. Fairerweise muss man aber sagen, dass man niemanden zwingen kann, mitzutun beziehungsweise muss man auch den Beteiligten fairerweise sagen, wenn das Projekt schief geht, dann haben diese Crowdfunder Pech gehabt.

Das Thema Nahversorgung ist natürlich eine Herausforderung, die ist aber nichts Neues.

Die Hausärzte in den Gemeinden zu erhalten, ist sowieso ein Anliegen unserer Regierung und es wird daran sicher intensiv gearbeitet.

Das Breitbandinternet ist auf Schiene, denn bis 2019 soll das Südburgenland ebenfalls flächendeckend versorgt sein. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das glaubst aber auch nur Du!)*

Die S7 wird gebaut, das ist amtlich und so weiter und so fort.

Was soll also diese ganze großartige Inszenierung? Noch einmal, ich wundere mich wirklich, warum diese angeblich größte Ideensammlung, laut Klubobmann Sagartz, so lange zurück gehalten und nicht schon lange präsentiert wurde? Man kann nur mit ungläubigem Staunen und Kopfschütteln die Aussagen, dieser vom Vergessenssyndrom gepeinigten und angeblich, das ist nicht meine Meinung, vom Aussterben bedrohten Spezies ÖVP-Burgenland nur den Kopf schütteln und diese Aussagen zur Kenntnis nehmen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Fasching ist aber schon vorbei.)*

Ich würde das Ganze als Radikal-Populismus bezeichnen. Danke! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Für die Faschingssitzung ist es schon ein bisschen spät, Johannes. – Abg. Wolfgang Sodl: Ich habe damit nicht begonnen.)* Danke Herr Abgeordneter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Landtagsabgeordnete Mag. Michaela Resetar ist die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin froh, dass ich jetzt gleich nach meinem Kollegen, dem Abgeordneten Richter, drankomme, weil ich erstens einmal zum Thema Breitband etwas dazu sagen möchte. Das Burgenland ist mit Sicherheit kein großes Land, aber in vielen Bereichen ein großartiges Land. Das gilt nicht nur für das Südburgenland, sondern genauso auch für das Nordburgenland. Trotzdem haben wir große Herausforderungen, die wir auch nur gemeinsam stemmen können.

Die ÖVP Burgenland hat mit unterschiedlichsten Meinungsbildnern sieben konkrete Ideen erarbeitet, die wir relativ schnell umsetzen könnten. Eine davon ist mit Sicherheit

der Ausbau des Breitbandinternets. Ich werde versuchen, anhand von konkreten Beispielen dies auch zu verdeutlichen.

Herr Abgeordneter Richter! Auch wenn Sie die Augen zumachen, sind Sie nicht verschwunden, denn Sie machen die Augen zu und sagen, dass alles in Ordnung ist. Dem ist leider nicht so! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das Breitbandinternet ist in aller Munde, denn über Breitbandinternet wird, wohin man nur hinhört geredet. Über Breitbandinternet liest man, egal welche Zeitung man aufschlägt.

Das Breitbandinternet ist aber für mich nicht nur ein Technikthema, sondern es ist auch ein Menschenthema. Ein Thema, bei allen Menschen, der Herr Landeshauptmann hat es ja letztes Mal bei der mündlichen Anfrage auch betont, sowohl bei Jung als auch bei Alt. Trotzdem gibt es zahlreiche Häuser im Burgenland, die keinen Zugang zum Breitbandinternet haben. *(Abg. Wolfgang Sodl: Was hast du denn die letzten zehn Jahre eigentlich gemacht?)*

Die letzten 10 Jahre war ich für den Tourismus zuständig. Der hat mittlerweile drei Millionen Nächtigungen zu verzeichnen. Das habe ich leider nicht zusammengebracht, aber, die handelnden Personen glauben, innerhalb von kürzester Zeit macht man diese drei Millionen Nächtigungen.

Herr Abgeordneter Sodl, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Die Abgeordnete hält eine entsprechende Aufstellung in Händen.)* so schaut es im Bezirk Oberwart aus. Gelb bedeutet, da geht es halbwegs. Das ist genau untergliedert in die 32 Gemeinden des Bezirkes Oberwart, mit 40 Mbit.

Dann haben wir ein paar Grüne, da geht es schon über 150 Mbit oder 80 und Rot, da geht gar nichts. Die BVZ hat heute auch einen ganz guten Artikel gebracht, in dem das geschrieben wird. *(Landesrat Helmut Bieler: Seit 15 Jahren)* Vor allem wundert es mich, auf Anfrage der BVZ beim RMB Burgenland, das derzeit im Bezirk Oberwart nur eine einzige Gemeinde als versorgt gilt. In allen anderen 31 Gemeinden, das ist nicht von mir, das ist vom RMB, gibt es von unter 50 bis über 300 Wohnsitze, die nicht versorgt sind.

Der Herr Abgeordneter Spitzmüller hat das richtig erwähnt, denn bei Willersdorf steht richtigerweise ein weißer Fleck in der Versorgung. In Willersdorf würde ein Glasfaserausbau 150.000 Euro kosten. Das ist ein unerträglicher Missstand für die Menschen und es ist mit Sicherheit auch ein Wettbewerbsnachteil für das Land.

Im 21 Jahrhundert muss der uneingeschränkte Zugang zum schnellen Internet für jeden Haushalt und für jeden Betrieb genauso selbstverständlich sein, wie der Strom- und Kanalanschluss. Wie wichtig diesen Menschen dieses Thema ist, wurde mir in den letzten Jahres bewusst, denn einiges ist passiert, aber doch noch zu wenig und zu langsam.

Eines der wichtigsten Themen für die Menschen in unserem Südburgenland ist dieser schnelle Internetzugang, denn er schafft zusätzliche Chancen, Arbeit zu halten, aber auch Arbeit zu schaffen. Wenn wir eine schnelle Internetverbindung haben, dann geben wir auch unseren Kindern mehr Chancen und wenn wir eine schnelle Internetverbindung haben, können wir die Benachteiligung des Südburgenlandes stoppen.

Jetzt darf ich auch ein Beispiel erwähnen von „Urlaub am Bauernhof“, das sich in meiner Verantwortung als Tourismuslandesrätin natürlich toll entwickelt hat. Ich möchte das aber gar nicht aus dem Blickwinkel meiner vergangenen Arbeit sehen, sondern Mag. Hans Embacher, der Geschäftsführer vom „Urlaub am Bauernhof“ hat gemeint, dass mit den 9.900 Betrieben in ganz Österreich rund zwei Millionen Gäste allein in das Urlaub am Bauernhof-Segment gehen. 500.000 sind davon Kinder.

Dieses Potential ist eine große Chance für die österreichische Landwirtschaft und für den ländlichen Raum. Aber, um das alles zu ermöglichen, muss man Erstens einmal, eine Online-Buchung haben und es braucht auch eine gute Netzanbindung von den Gästen, die im Hof erwartet werden.

Bei aller gewünschten Bauernhofromantik, wird da in dieser Presseaussendung geschrieben, ist es auch wichtig, dass jene Gäste, die Urlaub am Bauernhof konsumieren, ein schnelles WLAN haben, damit sie auch natürlich immer online mit anderen Personen verbunden sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Diese gute Datenanbindung der ländlichen Region ist natürlich ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den Tourismus in dieser Region.

Aber auch vielen Menschen, die am Erfolg teilgenommen haben, möchte ich nur sagen, dass es natürlich manchen Gemeinden schon gelungen ist, sich einen besseren und einen schnelleren Internetzugang zu verschaffen. Wir leben in einer Zeit, in einer mit technischem Fortschritt und mit einer unglaublich ungeahnten Möglichkeit. Eine Entwicklung jagt die andere, eine Erneuerung löst die andere ab. All das passiert nahezu in Lichtgeschwindigkeit.

Unsere Regionen und seine großartigen Menschen dürfen aber nicht benachteiligt werden. Ich bin überzeugt, wenn wir das Breitbandinternet relativ schnell ausbauen, dass das Südburgenland sich mit Sicherheit sehr gut weiterentwickeln kann.

Um in der Diktion von Landeshauptmann Niessl zu bleiben, der bei der mündlichen Anfrage gemeint hat, dass das Breitbandinternet für die Wirtschaft, für die Betriebe, für Studentinnen und Studenten wichtig ist und eigentlich vom Kind bis zum Pensionisten verwendet wird. Ich werde dabei den Herrn Landeshauptmann natürlich bestens unterstützen.

Ich kann das nur dreimal unterstreichen, denn er hat gemeint, 2019 sollen alle Haushalte angebunden sein. Wir werden Sie dann an den Taten, und nicht an den Worten messen. In diesem Sinne bin ich überzeugt, dass wir gemeinsam, der Hohe Landtag, ein Ziel verfolgt, nämlich, dass sich unser Südburgenland, unser Burgenland, weiter entwickelt wird.

Ich darf die Kollegen jetzt bitten, die Broschüre vom Südburgenland auszuteilen, damit Sie auch wissen, was wir auch vom Inhalt her damit meinen. *(Die Abgeordneten Walter Temmel, Georg Rosner und Bernhard Hirczy verteilen eine Broschüre mit dem Titel „Südburgenland“)*

Dankeschön. (*Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Wir gehen weiter in der Verhandlung des Dringlichkeitsantrages. Der nächste Redner ist der Landtagsabgeordnete Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute den dringlichen Antrag der ÖVP, ein 7-Punkte-Programm. Das ist deswegen schon ein bisschen beeindruckend, weil wir vor rund einem Jahr hier im Hohen Haus einen Antrag debattiert und diskutiert haben, der sich im Wesentlichen mit vielen Dingen befasst hat, die von der ÖVP heute zum Thema gemacht wurden.

Das sogenannte Südburgenland-Paket hatte damals nämlich viele Punkte zu Inhalt, die heute von der ÖVP dringlich eingebracht wurden. Ich sage das deswegen, weil

damals die ÖVP dagegen gestimmt hat. Das war aber noch nicht so lange her, sondern, das ist erst ein paar Monate her. Damals hatte die ÖVP offensichtlich aus Eigeninteresse gegen genau diese Dinge gestimmt, die sie heute einbringt.

Ich frage mich daher: Wenn man das jetzt einbringt, dann ist das in Ordnung, dann ist das völlig legitim, aber was ist denn dabei so dringlich? Ist es vielleicht dringlich, dass man mit einem Transparent vor dem Landhaus ein Foto machen kann? Ist es vielleicht dringlich, dass man Broschüren austeilen kann oder was soll denn hier wirklich dringlich sein? *(Abg. Walter Temmel: Damit es weitergeht!)*

Wenn es nur darum geht, politisches Kleingeld zu wechseln, dann sage ich Ihnen schon ganz offen, da ist das Südburgenland dafür zu schade, denn dafür ist das Südburgenland sicher nicht zu haben. Aber, diskutieren wir diese Thematik trotzdem im Hohen Haus, denn ich finde das eigentlich ganz gut, weil wir hier drei Dinge damit machen können.

Erstens können wir aufzeigen, was die Landesregierung im Südburgenland vorhat, was sie tut, was sie umsetzt, was sie macht, welche Projekte hier abgearbeitet werden.

Zweitens können wir uns bei jenen Menschen bedanken, die hart und fleißig jeden Tag im Südburgenland arbeiten und dafür sorgen, dass dieser Aufschwung des gesamten Burgenlandes, der natürlich auch ein Aufschwung des Südburgenlandes ist, weitergeht.

Drittens können wir uns der spannenden Frage zuwenden, was die ÖVP eigentlich dazu tut? Welche konkreten Maßnahmen und Projekte die ÖVP dabei umsetzt, um das Südburgenland voranzutreiben?

Ganz offen gesagt, ich habe lange nachgedacht, aber viel ist mir dabei nicht eingefallen. Die Dinge, die mir aber eingefallen sind, die haben es durchaus in sich. Ich möchte gar nicht darauf herumreiten, weil vieles, da können Sie auch nichts dafür, aber in erster Linie ist mir gleich die ÖVP-Innenministerin Fekter eingefallen. Die hat im Südburgenland ein Projekt vorgehabt. Ich bin mir da nicht so sicher, ob das das Südburgenland wirklich gewollt hätte. *(Heiterkeit bei einigen SPÖ-Abgeordneten)*

Eigentlich bin ich mir sicher, weil es hat dazu geführt, dass es zu einer Volksbefragung gekommen ist *(Unruhe bei der ÖVP)* und dass sie gesagt hat, liebe Frau Innenministerin, nimm dir dieses Projekt und behalte es dort wo du willst. Wir im Südburgenland wollen kein überdimensioniertes Asylzentrum im Südburgenland haben.

Dann kam aber ihre Nachfolgerin, die Frau Mickl-Leitner. Die ist dann hergegangen und hat Ähnliches versucht, nämlich in der Gemeinde Pinkafeld und im Bezirksvorort Oberwart, wo sie ähnlich ein Asylzentrum geplant hat.

Auch das wurde verhindert, Gott sei Dank, nämlich vom Landeshauptmann. Ich glaube auch damit hätten die Bewohnerinnen und Bewohner von Oberwart und Pinkafeld wahrscheinlich keine große Freude gehabt, ganz im Gegenteil.

Dann ist mir noch eingefallen - das war heute schon Gegenstand in der Fragestunde - ein Zitat, ein Zeitungsartikel der ehemaligen Landesrätin Resetar, die damals gemeint hat, was brauchen wir Güssing, sperren wir das zu, Oberwart reicht ja eh. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie haben nicht zugehört.)*

Ich glaube die Bevölkerung von Jennersdorf und Güssing hätte da keine große Freude gehabt, Frau Landesrätin. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie haben nicht zugehört, was ich gesagt habe.)* Ich glaube, damit hätten die Leute im Südburgenland keine Freude sondern das Gegenteil empfunden. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja, ist schon gut.)*

Dann gab es aber den ÖVP-Minister Strasser. Wissen Sie das noch, das ist der, der alle Polizeiposten im Südburgenland zugesperrt hat. Dann gab es den Bundeskanzler Schüssel. Das ist der, der die Postämter alle zugesperrt hat im Südburgenland.

Also wenn wir uns das wirklich anschauen *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Wann war den das, voriges Jahr?)* und diese Bilanz konkret und sachlich begutachten, dann wird es spannend. *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Gerhard Steier: Bezirksgericht Jennersdorf.)*

Aber jetzt kommen wir zum Bezirksgericht Jennersdorf. Jetzt gibt es wieder eine Schließung, nämlich das Bezirksgericht in Jennersdorf. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer hat zugestimmt?)* Der ÖVP Justizminister, nicht irgendwer, der ÖVP Justizminister schließt in Jennersdorf das Bezirksgericht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer hat zugestimmt?)*

Ich sage ganz offen, *(Allgemeine Unruhe - Abg. Mag. Michaela Resetar: Mit Zustimmung der Regierung.)* das Land verzichtet auch hier auf sein Veto, weil wir der Meinung sind - und jetzt hören Sie ganz gut zu -, weil wir der Meinung sind, dass die politische Verantwortung ausschließlich beim ÖVP geführten zuständigen Justizministerium liegt und nicht woanders. Und daher verzichtet das Land auch auf sein Veto.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, wissen Sie was mich interessiert? Herr Kollege Hirczy, Sie sind jetzt Bürgermeister. Das Bezirksgericht Jennersdorf steht seit Jahren zur Disposition. Seit Jahren gibt es Gerüchte, dass dieses Bezirksgericht geschlossen wird.

Ich frage mich schon, wenn ich dort Bürgermeister wäre, wenn ich dort politische Verantwortung tragen würde, na dann hätte ich seit Jahren darum gekämpft etwas zu tun. Ich frage Sie wirklich, was haben Sie gemacht dagegen, außer *(Abg. Walter Temmel: Was hast Du gemacht?)* jetzt irgendwelche Zettel zu schreiben? Was haben Sie gegen diese Schließung unternommen?

Na nix. Und jetzt herzugehen und zu kritisieren, dass der eigene Minister das zusperrt, ist wirklich beeindruckend, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Na geh, bitte.)* ist wirklich nicht ohne. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Regierung hat zugestimmt.)*

Beim Jammern, Kollegin Resetar, beim Jammern *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Regierung hat zugestimmt.)* und beim Schlechtreden, da sind Sie *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja, ja.)* wirklich, da sind Sie Österreichmeister, aber beim Umsetzen und beim Verhindern *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Du bist Weltmeister.)* von diesen Schließungen *(Abg. Manfred Kölly: Was habt Ihr unternommen?)* da spielen Sie leider in der Unterliga und das ist sehr, sehr schade.

Das ist auch der Unterschied zwischen Ihnen und der Landesregierung. Weil die Landesregierung geht ja her und setzt konkrete Projekte im Südburgenland um. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Stimmt, die haben zugestimmt. – Unruhe bei der ÖVP)*

Und jetzt komme ich dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, was tut eigentlich das Land Burgenland für das Südburgenland? *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Das fragen wir uns auch.)*

Herr Kollege Wolf, ich zeige es Ihnen. Ich zeige es Ihnen sogar sehr gerne anhand dieses Diagrammes, schauen Sie her. *(Der Abg. Robert Hergovich zeigt ein Diagramm. – Abg. Doris Prohaska: Schreibt mit.)* Da sehen Sie, wie viele Projekte und Millionen hier im

Südburgenland, im Mittel- und Nordburgenland umgesetzt werden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: In welchem Jahr?)* Da sehen Sie zwei Diagramme.

Das eine Diagramm – *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: In welchem Jahr?)* na bis jetzt ist das, ja, na selbstverständlich. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Genau. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Ach eh, da war wer anders auch mit dabei.)* Sage ich ja eh. Das ist ja nichts Schlechtes, ganz im Gegenteil.

Zu dem komme ich ein bisserl später noch, Herr Kollege Sagartz, zu dem komme ich ein bisserl später noch, da können Sie sich dann eh noch überlegen, was Sie antworten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Ich werde nachdenken inzwischen.)*

Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, das Mittel- und das Südburgenland haben hier 142 Millionen Euro an Förderungen erhalten bei Projektkosten, Entschuldigung das Nordburgenland, Verzeihung mein Fehler, das Nordburgenland, von 142 Millionen Euro an Förderungen erhalten bei Projektkosten von 495.

Im Vergleich dazu wurden Förderungen im Südburgenland ausgeschüttet von 149,5 Millionen Euro, also deutlich höher, 149,5 Millionen Euro bei nur 375,6 Millionen Projektkosten.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben im Südburgenland höhere Förderungssätze als im Norden. *(Abg. Walter Temmel: Das ist eh logisch oder? Ist das nicht logisch?)* Ich möchte darauf schon hinweisen, das ist auch eine ganz, ganz wichtige Institution.

Ja das ist aber der Unterschied, Herr Kollege Temmel, ob ich irgendwo raunze jammere und krankjammere, oder ob ich ordentliche Projekte umsetze und eine gute Strategie dabei habe. *(Abg. Walter Temmel: Das ist logisch.)*

Außerdem nehmen wir sehr viel Geld in die Hand, auch bei diesem Budget, dem Sie gerne zustimmen hätten können. Da nehmen wir viel Geld in die Hand und nehmen Investitionen im Tourismus, in Betriebe, in Forschung und Entwicklung in die Hand, auch das ist sehr, sehr wichtig. Sie alleine haben nur die Zustimmung hier verweigert.

Jetzt kommen wir zur S7. Die einzige Partei, die von Beginn an zu dieser S7 gestanden ist, ist die Sozialdemokratie. *(Abg. Manfred Kölly: Wir sind auch dafür.)* Und ich kann mich noch gut erinnern als die SPÖ eine Radtour gemacht hat, mit dem Rad von Gemeinde zu Gemeinde gefahren ist und dort von Bürgerinitiativen begleitet wurde mit Transparenten gegen die S7 und so weiter.

Die ÖVP hat damals kein Wort dazu gesagt, weil sie die Bürgerinitiativen gegründet haben. Ganz im Gegenteil, sie hat abgewartet, bis auf eine Gemeinde, nämlich Königsdorf, die hat nicht abgewartet, die hat im Gemeinderat eine ablehnende Resolution beschlossen. Ich sage es nur dazu.

Heute sind eh alle für die S7, wissen wir schon. Ich glaube, trotzdem ist der Blick in den Rückspiegel hin und wieder sinnvoll um auch der Historie hier Recht zu geben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Über die Historie haben wir schon viel geredet, das stimmt.)*

Wir haben aber auch mit dem Wirtschaftspark Heiligenkreuz, glaube ich, Großartiges geschaffen und das war natürlich und ich sage das auch ganz offen unter den beiden Politikerpersönlichkeiten Karl Stix und Karl Kaplan. Ich sage es ganz offen, die damals mutig waren, weil auf die grüne Wiese so ein Projekt zu stellen für das Südburgenland.

Wenn das schief gegangen wäre, ich möchte nicht wissen was da passiert wäre. Aber im Gegenteil, es ist nicht schief gegangen. Es zeigt aber, dass diese Investitionen in das Südburgenland, die damals und noch heute getätigt werden, sich auszahlen und auch gut so sind.

Jetzt komme ich zum Krankenhaus Oberwart, die größte Investition, die größte Investition, die das Land Burgenland in ihrer Geschichte umsetzen wird. Nicht im Norden oder irgendwo, im Südburgenland in Oberwart. Wer macht es? Na die Landesregierung, na selbstverständlich, wer sonst.

Wir haben auch eine Standortgarantie abgegeben für die Spitäler. Wichtiger denn je. Ich habe die Kollegin Resetar heute schon erwähnt, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na bitte sag es noch einmal.)* wenn jetzt diese - *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Mach es noch einmal.)*

Ich kann Ihnen sagen, Frau Kollegin Resetar, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Mach es noch einmal.)* solange die Sozialdemokratie in der Regierung sitzt, gibt es kein Schließen eines Krankenhauses *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sag das noch einmal.)* und schon gar nicht im Südburgenland, in Güssing, so wie Sie das schon wollten. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sag das noch einmal. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein sehr, sehr wichtiges Projekt für das Südburgenland ist aber noch ganz etwas anderes. Der von Ihnen oft kritisierte heutige Soziallandesrat Norbert Darabos hat in seiner Zeit als Verteidigungsminister eine großartige und eine der modernsten Kasernen Europas, in Güssing, im Südburgenland installiert.

Nicht jammern, nicht krankjammern, umsetzen, *(Abg. Walter Temmel: Der Landtag hat beschlossen.)* Projekte umsetzen! *(Abg. Mag. Christian Sagatz, BA.: Wer war den Bürgermeister?)* Menschen haben dort Arbeit, das schafft Wertschöpfung, das sind Initiativen. *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Das war nicht der Herr Darabos.)*

Eisenberg, nehmen wir das Stichwort Eisenberg her. Für den Eisenberg erarbeitet im Moment der Wirtschaftslandesrat Petschnig ein interkommunales Entwicklungskonzept. Ich sage ganz offen ein tolles Konzept. Damit wird der Eisenberg ordentlich wieder mit Tourismus beflügelt. Ich bin auch dankbar, dass er das macht.

Das ist nämlich der Stil der Landesregierung, ordentliche Projekte in Angriff zu nehmen und sie auch umzusetzen.

Und dass Sie das auch sehen, dazu brauchen Sie nur das Regierungsprogramm durchlesen. Nachschlagen im Regierungsprogramm, hier gibt es einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt im Südburgenland. Immerhin 1,5 Milliarden Euro Investitionen bis zum Jahr 2020.

Und jetzt kann man nur sagen, ja, ja das schreibt ihr irgendwo rein, aber das ist auch messbar. Nämlich mit Zahlen, Daten und Fakten, die nicht irgendwo in Klubs eruiert werden und gemacht werden, sondern von der Statistik Austria.

Und da gibt es beispielsweise Ergebnisse aus dem Südburgenland, die beeindruckend sind, Stichwort Tourismus. Das Südburgenland hat zum Nächtigungsrekord des Burgenlandes natürlich großartig beigetragen, plus 2,1 Prozent Zuwachsraten ausschließlich im Südburgenland.

Zwei der Top drei Tourismusdestinationen sind im Südburgenland, Stegersbach und Bad Tatzmannsdorf. Nicht irgendwo im Norden oder sonst wo, im Südburgenland. Und warum? Weil dort die Bürgermeister und die Landesregierung die Ärmel

hochgestrickt haben und umgesetzt haben und nicht gejammert, nicht gesudert, gearbeitet. Und ich glaube darum geht es.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und für mich ist es ganz, ganz wichtig, Sie wissen es, ich bin Arbeitsmarktsprecher, alles was du tust muss ein Ziel haben, nämlich dass Beschäftigung vorhanden ist, dass die Menschen Arbeit bekommen. Und wenn das gelingt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sind wir gut unterwegs.

Und ich darf ein zweites Bild vielleicht zeigen. *(Der Abg. Robert Hergovich zeigt wieder ein Diagramm.)* Das ist die Entwicklung von Jennersdorf. Man sagt ja immer, die haben es ganz, ganz schwer in Jennersdorf. Stimmt auch, aber die bemühen sich und tun was.

Und schauen Sie sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Jennersdorf an. Minus fünf Prozent, minus sechs Prozent in den letzten Monaten. Was wollen Sie da krankjammern, da sind Sie dagegen? Also ich kann diese Kritik überhaupt nicht mehr nachvollziehen. Ganz im Gegenteil, wir sind auf einem hervorragenden Kurs, das beweisen auch die offiziellen Zahlen in dem Fall das AMS. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dann gibt es noch viele unzählige weitere gute Projekte, Rekorde, Zahlen, Daten, Fakten. Es würde den Rahmen jetzt sprengen das alles jetzt aufzuzählen.

Aber was mich wirklich ein bisserl stört ist, dass hier das Südburgenland so schlecht geredet wird. Denn das Südburgenland leistet wirklich Großartiges. Ich möchte nur erinnern, dass *(Abg. Walter Temmel. Schau Dir die Statistik an.)* wir das höchste Wirtschaftswachstum haben im Jahr 2016.

Herr Kollege Temmel, wir haben das größte Wirtschaftswachstum aller österreichischen Bundesländer gehabt im Jahr 2016 und haben auch für das Jahr 2017 2,5 Prozent prognostiziert und werden *(Abg. Walter Temmel: Weil wir Schlusslicht sind.)* wieder ganz vorne sein. Dazu trägt natürlich das Südburgenland Großartiges bei. *(Abg. Christian Illedits: Sind wir jetzt Erster oder Schlusslicht?)*

Wir haben das Exportwachstum auf 4,5 Prozent erhöht, ein Plus von 4,5 Prozent. Das Südburgenland mit seinen tollen Unternehmen vom Stahlbau Unger angefangen über viele andere tragen da ordentlich bei dazu. Das kommt ja nicht vom Himmel, da gibt es ja Leute *(Abg. Ingrid Salamon: Die arbeiten.)* und Unternehmungen, die hart daran arbeiten an dieser Geschichte.

Und Sie jammern und erzählen ihnen, wie schlecht es ihnen geht. *(Abg. Walter Temmel: Das ist super.)* Die Forschungs- und Entwicklungsquote konnte von 0,55 Prozent auf 0,9 also rund ein Prozent gesteigert werden. Ich gebe zu, ich bin noch lange nicht zufrieden damit, aber das ist der neue Weg. Da gasen wir an, da werden die Ärmel hochgekrempelt, da wird hart gearbeitet den ganzen Tag für das Südburgenland.

Und ich sage Ihnen, all diese guten Taten wären ohne das Südburgenland überhaupt nicht notwendig und möglich gewesen. Und daher ist jetzt notwendig Danke zu sagen, Herr Temmel, nicht zu jammern und zu sagen, was alles schlecht ist. *(Abg. Walter Temmel: Genau. Ich sage Dir das nachher schon.)*

Danke zu sagen, das wäre angebracht, Herr Kollege Temmel. *(Abg. Walter Temmel: Ich sage Dir das nachher schon.)* Das wäre einmal eine gute Geste. Nämlich Danke zu sagen, beispielsweise den vielen Bürgermeistern, Bürgermeisterinnen, die sich ganz stark anstrengen. Ich möchte zwei Bürgermeister hervorheben, den einen, der Bürgermeister aus Stegersbach und der Bürgermeister aus Bad Tatzmannsdorf.

Wenn man so will, ein Roter und ein Schwarzer. Ich sage das deswegen, weil Parteipolitik hier völlig uninteressant sein sollte, sollte - an Ihre Adresse gerichtet. Die sollten alle hergehen und zusammenarbeiten, wenn es um die eigene Gemeinde geht und die machen das auch.

Auch die schwarzen Bürgermeister machen das. Die verstehen auch Ihre akademische Diskussion überhaupt nicht mehr, sage ich Ihnen auch gleich dazu. Aber das werden sie Ihnen eh auch sagen.

Ich möchte mich bedanken beim Bürgermeister von Heiligenkreuz und auch dessen Vorgänger, auch wieder ein ÖVPler. Na ohne die wäre das ja nie möglich gewesen, was sich dort entwickelt hat im Wirtschaftspark.

Ich möchte mich bedanken beim Bürgermeister in Pinkafeld, der ja unter uns ist. Der Kurt Maczek macht dort einen großartigen Job. Schauen Sie sich das Forschungszentrum einmal an in Pinkafeld. Nicht jammern, Forschungszentren umsetzen, das ist angesagt.

Ich bedanke mich auch beim Bürgermeister von Olbendorf. Auch er sitzt unter uns. Da wurde das Breitband heute kritisiert.

Herr Kollege Temmel, setzen Sie sich in das Auto, fahren Sie zum Kollegen Sodl hin und schauen Sie sich an, wie das geht. *(Abg. Walter Temmel: Ich fahre eh immer vorbei. – Allgemeine Heiterkeit – Abg. Werner Friedl: Du fahrst vorbei.)* Schauen Sie sich an wie das geht. Seine Gemeinde hat die Nase vorne, weil er auf Eigeninitiative, auf Eigeninitiative der Gemeinde den Breitbandinternetausbau vorangetrieben und umgesetzt hat. Das sind die Leute, die wir brauchen, die angasen.

Und viele andere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber vor allem meine sehr geehrten Damen und Herren, aber vor allem auch die Unternehmerinnen und Unternehmer im Südburgenland. Da wäre es jetzt viel zu schwierig sie alle persönlich zu nennen, weil, da gibt es großartige Leute, die wirklich einen Unternehmergeist haben. *(Zwiegespräche bei der SPÖ und ÖVP – Abg. Mag. Franz Steindl: Den Bürgermeister Hircy hast Du vergessen.)*

Der kommt schon noch. Ich möchte aber drei trotzdem hervorheben. Nämlich das Unternehmen, das auch in den letzten Wochen in den Medien oft vorgekommen ist, weil es wirklich gut unterwegs ist, nämlich Lenzing mit 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ein Unternehmen im Südburgenland das Großartiges leistet und dessen Standort optimal ausnutzen. Und sie investieren jetzt wieder, nicht mit öffentlichen Geldern, mit privaten Geldern des Unternehmens und schaffen weitere 25 Arbeitsplätze, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Südburgenland die dort Beschäftigung finden.

Ich denke hier auch an Stahlbau Unger der Großartiges leistet. Meine Damen, meine Herren, 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dort tolle Jobs mit einem guten Einkommen, die weltweit unterwegs sind. Ich habe die noch nie jammern gehört, ganz im Gegenteil, die arbeiten hart, die jammern nicht, die tun etwas.

VOSSEN, da haben Sie Handtücher erst vor kurzem gekauft, gute Handtücher mit guter Qualität, die gute Mitarbeiter auch dort produzieren. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Richtig, jawohl. – Unruhe bei der ÖVP)* Großartiges Unternehmen im Bezirk Jennersdorf.

Der Bezirksvorsitzende sitzt da, der freut sich natürlich immer wenn ordentlich investiert wird in seinem Bezirk, der Ewald Schnecker, und viele, viele mehr, da reicht gar nicht die Zeit diese alle aufzuzählen.

Danke aber auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die dort beschäftigt sind, die in bester Qualität ihre Arbeit verrichten und dort Großartiges leisten. Das sind nicht die Jammerer, das sind die, die hart arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber schauen wir uns einen Vorschlag der ÖVP an, den sie hier gemacht haben, nämlich die Unternehmenssteuern im Südburgenland zu senken. Als ich das zum ersten Mal gehört habe, habe ich gesagt, da hast dich sicher verlesen, das kann nicht der Ernst der ÖVP sein, weil jedes Unternehmen im Südburgenland denkt, ja entschuldige, wenn dass das Problem wäre, gehe ich 25 Kilometer weiter rüber und zahle dort deutlich weniger Steuern überhaupt, also kann es ja die Frage nicht sein.

Aber offensichtlich hört sich das irgendwie toll an und darum nehmen wir es oder es steckt was anderes dahinter, nämlich dass man Steuerdumping importiert. So wie es das in anderen Ländern gibt und dort sich die Spirale nach unten dreht und alle darunter leiden, insbesondere mit einem Sozialsystem, das dann nicht mehr finanzierbar wird.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, wissen Sie wofür wir stehen, die Sozialdemokratie? Wir sind nicht dafür, dass man nicht nur im südlichen Burgenland weniger Steuern zahlt als Unternehmen, sondern wir sind dafür, dass wir in ganz Österreich und in ganz Burgenland weniger Steuern zahlen. *(Abg. Gerhard Steier: Europa. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und zwar, dass die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber vom Boden- bis zum Neusiedlersee weniger Steuern zahlen und das wäre möglich. Wissen Sie wann das möglich wäre? Wenn man einfach Verteilungsgerechtigkeit in Österreich einführen würde, das in vielen anderen Ländern schon gang und gebe und gelebte Praxis ist.

Man braucht nur die ganz großen Konzerne hernehmen, die cashen, die Millionen machen, die Millionen Euro hin und her verschieben, solange bis sie kaum mehr Steuern zahlen.

Wissen Sie woran es nur scheitert dass diese Konzerne besteuert werden, damit wir dann die Steuern senken könnten, der Klein- und Mittelbetriebe? Wissen Sie woran das scheitert? *(Abg. Walter Temmel: Am Südburgenland nicht.)* An der ÖVP, an der ÖVP! *(Abg. Walter Temmel: Am Südburgenland nicht.)*

An der ÖVP, die nie haben will, dass die großen Konzerne hier besteuert werden. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wie zum Beispiel Lenzing.)* Aber, Kollegin Resetar, Sie werden ja auch die E-Mail erhalten die wir alle bekommen, von Unternehmern aus dem Nordburgenland.

Dann wissen Sie auch was die sagen, insbesondere ein Unternehmen aus Eisenstadt, Herr Kollege Steiner, da bin ich mir sicher. Ich weiß nicht wo er jetzt ist, Sie haben dieses E-Mail auch bekommen von dem Unternehmen aus Eisenstadt. *(Abg. Günter Kovacs: Ja.)*

Ich wünsche Ihnen viel Glück und viel Vergnügen, wenn Sie das nächste Mal sagen Sie haben Wirtschaftskompetenz und wollen hier für die Unternehmungen was vorantreiben, denn die Unternehmungen im Nordburgenland sehen das ein bisschen anders wie die ÖVP.

Ich weiß schon, die im Süden sehen das ja auch anders. Aber das macht nichts. Was ich sagen will ist, das Krankjammern ist wahrscheinlich Politstrategie. Es ist schade, denn es ist wirklich nicht notwendig, denn die Kurve geht in eine ganz andere Richtung nämlich nach oben.

Herr Kollege Wolf und glauben Sie mir, ich habe sehr viel Verständnis für Landesgeschäftsführer, ich weiß wie das ist und ich weiß wie es ist, wenn man Dinge sagt, Dinge vertreten muss, wo man sich besonders motivieren muss.

Aber Herr Kollege Wolf, alles hat seine Grenzen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was ist das jetzt wieder?)* Und ich habe dann kein Verständnis mehr, wenn man Menschen gegeneinander ausspielt und das ist die neue Strategie offensichtlich.

Da werden die Bauern gegen die Jäger und die Landbesitzer ausgespielt. *(Abg. Walter Temmel: Das macht Ihr.)* Da werden die Jungen gegen die Pensionisten ausgespielt. *(Unruhe bei der ÖVP)* Da werden die Gemeinden gegen das Land ausgespielt und da wird jetzt der Süden gegen den Norden ausgespielt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist gerade das Gegenteil was das Burgenland verkörpert, das ist unburgenländisch. Die Burgenländerinnen und Burgenländer halten nämlich zusammen, die lassen sich nicht auseinanderdividieren und das werden Sie auch merken.

Und wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen für den Aufstieg des gesamten Burgenlands und wir werden niemanden auseinanderdividieren und werden das auch nicht zulassen, dass hier auseinanderdividiert wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Südburgenland glaubt Ihnen ja auch keiner mehr, das kommt ja auch nicht mehr an. Warum? Weil Sie, als ÖVP, Jahrzehnte lang in der Bunderegierung sind und seit Jahrzehnten dem Wirtschaftsminister und dem Finanzminister in letzter Zeit auch stellen. Also da glaubt Ihnen ja keiner was Sie hier sagen.

Zum Zweiten, waren Sie 70 Jahre in der burgenländischen Landesregierung tätig, 70 Jahre. Und Sie haben 70 Jahre den Wirtschaftsreferenten gestellt.

Und jetzt, Herr Kollege Steindl, werden Sie überrascht sein, dass ich das sage, aber ich meine das durchaus ernst. Ich halte es auch für wirklich nicht fair den Politikerpersönlichkeiten Ehrenhöfler, Kaplan und Steindl gegenüber weil, die haben zu diesem Aufschwung beigetragen. Ich sage das mit fester Überzeugung.

Die haben in den letzten Jahrzehnten viele gute Projekte umgesetzt und das jetzt als Parteikalkül schlecht zu reden, finde ich wirklich nicht in Ordnung, Ihren Vorgängern in der ÖVP und schon gar nicht den anderen gegenüber, die sich hart und fleißig jeden Tag bemühen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich war diese Woche zufällig in der Ärztekammer und habe mit dem Kammerdirektor dort gesprochen, in der Ärztekammer. Und habe ihm gesagt, hören sie, wir haben im Moment eine Diskussion, die ÖVP behauptet wir haben einen Ärztemangeln im Südburgenland. Wie viele Ärztepraxen werden im Moment nicht besetzt?

Der schaut mich komplett verdutzt an und sagt, hören sie, Herr Hergovich, wir haben im Moment eine einzige unbesetzte Stelle, die ist in Großpetersdorf, alle anderen sind besetzt. Sage ich, nein, nein, sie müssen sich irren, bitte schauen sie nach. Die ÖVP behauptet wir haben einen Ärztemangel. Heute hat die Kollegin Resetar wieder gesagt,

uns fehlen die ganzen Ärzte. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Drei von vier Hausärzten gehen in den nächsten zehn Jahren in Pension. – Allgemeine Unruhe)*

Herr Kollege Sagartz, ich sage Ihnen nur, was mir die Ärztekammer, *(Allgemeine Unruhe)* Herr Kollege Sagartz, ich sage Ihnen nur, was mir die Ärztekammer diese Woche mitgeteilt hat.

Ich habe gesagt, hören sie, sie müssen sich irren, schauen sie bitte nach. Die ÖVP behauptet, wir haben so viele unbesetzte niedergelassene Ärzte. Er sagt, nein, ich bestehe darauf, es ist nur Einer in Großpetersdorf. Und dazu muss man wissen, dass Großpetersdorf bis jetzt drei Ärzte gehabt hat und jetzt sind nur mehr zwei dort.

Jetzt frage ich mich, wissen Sie das nicht oder machen Sie das ganz bewusst? Ich bin mir nicht ganz sicher. Aber gut.

Und dann habe ich ein zweites Erlebnis gehabt, nämlich vorgestern ist der neue Arbeiterkammerpräsident angelobt worden und im Rahmen vor der Veranstaltung sind wir zusammengestanden und es war auch der Direktor der Wirtschaftskammer Burgenland anwesend und wir plaudern.

Und ich sage, wie geht’s, wie steht's, wie geht’s der burgenländischen Wirtschaft? Ich war ziemlich überrascht weil der Wirtschaftskammerdirektor mir mitteilt, gut, die Stimmung in der Burgenländischen Wirtschaft ist gut. Die Prognosen für das heurige Jahr sind gut. Es geht uns nicht schlecht und es passt.

Naja, jetzt war ich schon ein wenig irritiert weil, die ÖVP erzählt uns ja etwas anderes. Aber dann hat er einen Satz gesagt, den ich mir sofort notiert habe weil er mir ganz, ganz wichtig erscheint und vielleicht kann man ja heute auch etwas lernen von dieser Debatte. Er sagt, ich zitiere: Das wichtigste in der Wirtschaft ist eine gute Stimmung.

Ja ich weiß, einige sind jetzt nicht überrascht, einige wahrscheinlich schon. Warum sage ich das? Weil Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, gerade das Gegenteil betreiben, keine gute Stimmung machen, sondern Sie tun schlechtreden, krankjammern. Sie erzählen wie, was alles nicht gut ist und so weiter. Also gerade das Gegenteil ist das, was die Wirtschaft benötigt.

Wir brauchen eine starke Wirtschaft damit die Arbeitsplätze schaffen. Also wenn wir dazu beitragen können, dass sich das heute ändert, dann wäre ich sehr, sehr dankbar im Interesse unserer Wirtschaft, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir haben daher auch einen Abänderungsantrag eingebracht, der Abänderungsantrag ist bereits allen Fraktionen natürlich zugegangen. Ich möchte trotzdem die Beschlussformel vorlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert im Zuge der Umsetzung des „Zukunftspakets Burgenland“ weiterhin insbesondere die Bedürfnisse und Belage des Südburgenlandes zu berücksichtigen und genannte Projekte und Maßnahmen zielstrebig zu verfolgen.

Herzlichen Dank. *(Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben übergebene Abänderungsantrag ist entsprechend unterstützt und wird gemäß § 61 GeOLT mit in die Verhandlungen einbezogen.

Von der Regierungsbank hat sich der Herr Landeshauptmann zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Also eigentlich müssten wir eine Stunde dem wirtschaftlichen Ist-Zustand des Burgenlandes widmen. Vielleicht den Herrn Wirtschaftsminister und Finanzminister auf Bundesebene einladen, dass sie eben auch das Burgenland beleuchten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wäre eine gute Idee.)*

Und ich denke, dass wir im Land auch froh darüber sein können das zum Beispiel das vergangene Jahr ein Rekordjahr war. Es war ein Rekordjahr in vielen Bereichen in der 95-jährigen Geschichte des Landes. Es hat noch niemals über 100.000 Beschäftigte gegeben im Jahresschnitt.

Es hat noch nie so viele Jahre hindurch das höchste Wirtschaftswachstum aller österreichischen Bundesländer gegeben und es hat noch niemals drei Millionen und über drei Millionen Nächtigungen im Land gegeben. Und es hat noch niemals 2,1 Milliarden Euro Exporterfolge der burgenländischen Wirtschaft gegeben. Und ich denke, da muss man zunächst einmal dankbar sein.

Und der Klubobmann hat recht, der Robert Hergovich, nämlich das ist nicht jetzt der aktuelle Erfolg, sondern das steht auf einem starken und festen Fundament. Und ich sage, natürlich haben die Wirtschaftsreferenten gute Arbeit geleistet, und ich habe vor über 30 Jahren schon den Edi Ehrenhöfler kennengelernt, mit den Karl Kaplan in der Regierung, mit dem Franz Steindl in der Regierung, ja, und jetzt auch mit unserem Regierungspartnern, den Freiheitlichen, und mit den Landeshauptleuten in dieser Zeit, ob das Kögl, Kery, Sipötz, Stix ist und genau die Wirtschaftsreferenten der aktuellen Zeit, aber auch die in der Vergangenheit mit den Landeshauptleuten, haben auf politischer Ebene eine sehr, sehr gute Arbeit geleistet.

Und es ist ja nicht wegzudiskutieren, dass diese Erfolge nicht vom Himmel fallen, sondern hart erarbeitet wurden. Die Politik die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt haben und deswegen sage ich danke, an den aktuellen und an alle Wirtschaftsreferenten und auch an meine Vorgänger als Landeshauptleute, sie haben wesentlich dazu beigetragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und das zweite Danke, muss man eigentlich an erster Stelle stellen, sind die Facharbeiter, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es sind aber auch die Betriebe, die Geschäftsführer, die Eigentümer wo die Sozialpartnerschaft in der Vergangenheit hervorragend funktioniert hat. Und diese Rekordergebnisse, die wir erzielen konnten, das ist die Leistung der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Und darauf sollten wir eigentlich stolz sein und danke den Burgenländern sagen, von Kittsee bis Kalch, sie haben Tolles geleistet in den letzten Jahrzenten. Sie leisten aktuell etwas Tolles und wir können optimistisch in das Jahr 2017 schauen, denn auch dieses Jahr wird ein tolles Jahr für das Burgenland werden.

Die Wirtschaft ist angesprungen noch stärker als in der Vergangenheit. Die Rahmenbedingungen von Seiten der Politik passen. Also insofern ein großes Danke an die Burgenländerinnen und Burgenländer die zu diesen Erfolgen beigetragen habe. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und ich möchte auf einige Punkte eingehen die mir natürlich wichtig sind. Ich möchte nur anführen, im Norden kostet ein Quadratmeter Grund, in Parndorf, ohne Subventionen, ohne allem, zirka 150 Euro. In Heiligenkreuz kostet ein Quadratmeter 30 Euro. Also es ist ein wesentlicher Unterschied. Wer das nicht erkennt, dem kann man sowieso nicht helfen.

Es ist ganz einfach so, die Grundstückspreise, wir haben sogar Gutachten dass die teuersten Grundstücke am Neusiedlersee 650 Euro pro Quadratmeter kosten, ja. Im Süden kosten Bauplätze um die 15 Euro, 20 Euro.

Also es gibt ja viele, viele Unterschiede, die gibt es auch schon in den Gemeinden. Es war erst unlängst eine bei mir. Aber es ist natürlich schwierig aufgrund der peripheren Lage hier möglichst gute Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen.

Und jetzt zur Steuererleichterung, auch das hat Robert Hergovich angesprochen. Wie wollen sie das rechtlich umsetzen? Eine ganz einfache Frage. Es war unlängst der Finanzminister im Burgenland, ich nehme an, Sie haben ihn angesprochen. Man kann jetzt schon Schmähparaden machen, ob das die Öffnung wieder der Gynäkologie ist, ob das die Steuererleichterung für Unternehmen im Südburgenland ist, eine ganz klare Meinung.

Wir zahlen in Österreich zu hohe und zu viele Steuern. Das sind die Betriebe, das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Was wir fordern, ist eine Verteilungsgerechtigkeit, eine Steuergerechtigkeit. Ich sage es auch ganz deutlich, eine Besteuerung von Vermögen über einer Million Euro, dann kann man die Betriebe entlasten, dann kann man die Arbeitnehmer entlasten für ganz Österreich und für das ganze Burgenland. Für mich sind alle Burgenländer gleich viel wert! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir haben aber auch ein Investitionspaket für das südliche Burgenland von 1,4 Milliarden Euro. Da ist die S7 dabei, da sind Schulbauten dabei, da sind Infrastrukturmaßnahmen dabei. Das ist das höchste Investitionspaket in der Geschichte, in der 95-jährigen Geschichte des Landes.

Es stimmt schon, dass nicht alle jetzt gegen die S7 waren, ist absolut richtig. Nur die Unterstützung in den letzten 12, 13 Jahren war sehr enden wollend, wenn ich an meine Besuche im Jahr 2003, 2004 und 2005 im südlichen Burgenland denke, wo die Bürgerinitiativen Schulter an Schulter ganzen Tag gestanden sind und gegen die S7 demonstriert haben und viele gelacht haben. Na, ja - da wird er sich jetzt einen blutigen Kopf holen.

Also insofern war die Unterstützung das eine oder andere Mal schon da, aber sie war sehr mäßig spürbar. Ich sage, jene, die jetzt die ersten Befürworter für die S7 sind, wenn die schon vor zehn Jahren diese Aktivitäten gezeigt hätten, dann wären wir vielleicht ein bisschen weiter, ja!

Jeder Einspruch, geht eh nichts weiter, die bringen eh nichts zusammen und so weiter. Da war mehr Schadenfreude dabei als konstruktive Beiträge und die konstruktiven Beiträge von so manchen, die auch hier jetzt herinnen sitzen, die habe ich schon in den vergangenen zehn, 12 und 13 Jahren bei der Unterstützung zur Realisierung der S7 nicht verspürt.

Sie waren auch nicht da, mit mehr Unterstützung wären wir vielleicht auch heute schon weiter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wer Rekordzahlen bei der Beschäftigung, beim Tourismus, bei den Exporten hat, da hat das Südburgenland massivste Beiträge geleistet. Die Nummer eins im Tourismus, die Nummer vier im Tourismus im Südburgenland. Ich kann Ihnen sagen, ich war vor wenigen Wochen, vor wenigen Monaten in einigen Industriebetrieben des südlichen Burgenlandes in Großpetersdorf, die weltweit exportieren.

Wissen Sie, was mir auffällt? Dort jammert überhaupt niemand! Die sagen, passt auf, wir müssen noch besser werden, wir haben die Digitalisierung schon teilweise umgesetzt. Durch die Digitalisierung haben wir die Logistik zurückgenommen, wir haben um 70 Beschäftige mehr. Die nächste Herausforderung ist, noch einmal die Digitalisierung zu steigern, wir werden dann noch ein paar Mitarbeiter dazu kriegen und nicht abbauen durch die Digitalisierung und die sind voller Tatendrang.

Das ist Aufgabe der Wirtschaft, der Politik, der Arbeitnehmer, dass man mit Optimismus in die Zukunft schaut, dass man Anpacker hat, dass man nicht Raunzer hat, die sich zurücklehnen, sondern dass man Macher, Umsetzer und aktive Kräfte bündelt und nicht nur sagt, was alles nicht passt. Es passt sehr, sehr viel und gemeinsam werden wir noch stärker. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren - die Digitalisierung, da war wieder jemand, weiß ich jetzt gar nicht, wer wieder über die Digitalisierung aller spricht, es war der Kollege Spitzmüller. Auch da, ganz klar - wir waren im Jahr 2014, es war der jetzige Präsident Christian Illedits, es waren der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl und ich in Wien, wir haben mit den Providern einen Burgenland-Pakt beschlossen und unterschrieben, dass wir Ende 2019/2020 die erste ländliche Region in Österreich sein werden, die das Breitbandinternet auch umgesetzt haben.

Der Wirtschaftslandesrat Petschnig und die Regierung stehen zu diesem Pakt, der seinerzeit abgeschlossen wurde. Warum? Es braucht die Wirtschaft, es brauchen die Unternehmer, es braucht der Arbeitnehmer, es braucht der Student bis hin zum Pensionisten.

Also wir sind mit großer Wahrscheinlichkeit, wir sind im Augenblick an der Spitze mit Wien beim Ausbau des Breitbandinternets. Das heißt etwas, denn in einer urbanen Stadt das Breitbandinternet auszubauen, ist relativ einfach. In der ländlichsten Region Österreichs das auszubauen, das ist zehnmal schwieriger als in einer Großstadt.

Aber wir sind auf Augenhöhe mit Wien und wir wollen die erste Region in Österreich sein, die dieses Breitbandinternet auch ausbaut. Da setzen wir Aktivitäten, da brauchen wir die Gemeinden die mitmachen, da brauchen wir das ELER-Programm, da brauchen wir den Burgenland-Pakt und da brauchen wir die Infrastrukturmilliarde für das Breitbandinternet. Gemeinsam werden wir das erreichen, die erste Region in Österreich zu sein, die das Breitbandinternet flächendeckend umsetzt.

Das ist unser Ziel, da setzen wir uns ein, das zu fordern ist auch okay, aber nur sind wir da schon zwei Schritte weiter, nämlich mit Verträgen, mit Unterschriften und mit einem zügigen Ausbau - Erfolg ist nicht nur, etwas schreiben und zu beantragen, Erfolg hat drei Buchstaben, nämlich TUN, es umzusetzen und das wollen wir auch machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte jetzt nicht wiederholen, was der Robert Hergovich gesagt hat, mit den tollen Firmen, die wir im Südburgenland haben. Mit weltweit dem größten Stahlbauer, der von Moskau bis Dubai erfolgreich tätig ist, der zu den Besten in Europa zählt, im südlichen Burgenland. Betriebe, Industriebetriebe, die weltweit in ihren Branchen zu den besten

zählen, und da zu jammern, was alles nicht passiert ist, halte ich wirklich für nicht angebracht.

Wir haben die modernste Kaserne Europas und da war der Landesrat Darabos federführend, wir haben die modernste Kaserne Europas in Güssing errichtet. In schwierigen Zeiten für das Bundesheer. Als das Bundesheer in vielen Bereichen aufgrund der Budgetsituation reduziert wurde, wo gespart wurde und wo wir zu einer Zeit des großen Sparens die modernste Kaserne Europas mit zirka 50 Millionen Euro errichten konnten. Wo? In Güssing im Südburgenland!

Dort wird jetzt weiter ausgebaut, es wird investiert, es kommen neue Arbeitsplätze dazu und genau das ist ja ein riesiger wirtschaftlicher Erfolg oder der letzte - und ich komme schon zum Schluss - Spatenstich, den ich mit Landesrat Petschnig machen durfte, war in Heiligenkreuz Lenzing Lyocell. 70 Millionen Euro werden dort privat investiert, von der Firma Lenzing investiert, ohne einen Euro Förderung. *(Abg. Walter Temmel: Sehr gut!)*

Wissen Sie, was die Uni Linz sagt, wissen Sie das? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Woher sollen wir das wissen? – Abg. Walter Temmel: Sie werden es uns hoffentlich sagen!)* Werden Sie wahrscheinlich nicht wissen - also insofern sage ich es Ihnen gerne. Die Uni Linz, Wirtschaftsuni Linz, sage ich auch dazu, Uni Wien kann ich Ihnen sagen… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die UNI Graz hätte mich interessiert! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Herr Professor!)*

Also Uni Linz sagt, - Sie können nicht zuhören, dann wissen Sie nicht, was die Uni Linz sagt. *(Abg. Walter Temmel: Wir hören schon die ganze Zeit zu! Ich bin ein guter Schüler!)*

Die sagt zum Beispiel, dass durch Lenzing knapp 1.000 Arbeitsplätze von Klein- und Mittelbetrieben positiv betroffen sind. Dort sind dann nach der Ausbaustufe 250 Arbeitsplätze und fast 1.000 Arbeitsplätze, das ist fast der Faktor 4, bei anderen Studien ist es der Faktor 3, manchmal 2,5 - aber konkret dort sagen Sie, Faktor 4 – 1.000 Arbeitsplätze bei Klein- und Mittelbetrieben, wo es positive Auswirkungen hat.

Und das, glaube ich, ist ja das Entscheidende, dass man nicht nur sagt, da ist ein Leitbetrieb, der ist früher sehr stark subventioniert worden, sondern immerhin sind 1.000 Arbeitsplätze auch von Klein- und Mittelbetrieben betroffen.

Das ist eigentlich das Interessante bei der Wirtschaftspolitik, wo wir im Burgenland einen guten Mix haben, nämlich Leitbetriebe zu haben. Leitbetriebe im Bereich des Tourismus, der Industrie und viele Klein- und Mittelbetriebe profitieren davon. Das ist eigentlich das Erfolgsrezept einer jeden erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Großteils sind im Burgenland Klein- und Mittelbetriebe, deutlich über 90, 95 Prozent.

Aber es profitieren die Klein- und Mittelbetriebe, immerhin 1.000 Arbeitsplätze durch diese Investition ohne Subvention, ohne öffentliche Fördergelder. Das zeigt, dass auch in der Vergangenheit und aktuell die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auch gestimmt haben.

Nämlich wenn ein derartiger, der Welt größte Fasererzeuger Lenzing Lyocell, der Kunstfasererzeuger Lenzing Lyocell im Burgenland 70 Millionen Euro investiert und keinerlei finanzielle Unterstützung benötigt. Ich glaube, das ist ein Zeichen, dass wir ein gutes, ein festes Fundament in den vergangenen eineinhalb, zwei Jahrzehnten geschaffen haben und auch aktuell hart daran arbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, dass wir in der Vergangenheit den richtigen Weg in der Wirtschaftspolitik, in der Beschäftigungspolitik, gegangen sind, dass wir auch aktuell in der Koalition diesen Weg, natürlich modifiziert, man muss diesen Wirtschaftsweg immer wieder überprüfen, man muss immer wieder adaptieren, alles unterliegt einer Veränderung, aber durch Forderungen weniger Steuern im Südburgenland oder mehr Wohnbauförderung im Südburgenland, werden wir die Probleme nicht lösen können, das glaubt Ihnen auch… *(Abg. Walter Temmel: Aber besser wäre es!)*

Sie glauben es vielleicht selber nicht, also insofern, ich sehe Ihnen an, dass Sie es selbst nicht glauben, also insofern glaube ich, dass wir hier den richtigen Weg eingeschlagen haben, den weitergehen werden und wir werden auch in dem Jahr Rekordbeschäftigung im Burgenland haben.

Wieder 1.000 neue Arbeitsplätze, über 1.000 neue Arbeitsplätze, wir lassen uns an den Wirtschaftsdaten messen und nicht an einem Blatt Papier. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Bieler das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich kann den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes in jedem Punkt folgen und darf noch aus der Sicht des Bezirkes Oberwart einige Dinge ergänzen. Weil Sie leicht höhnisch lächeln, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben gesagt…!)* darf ich Ihnen sagen, sonst hätte ich es vielleicht nicht getan, Sie nehmen groß das Wort Südburgenland in den Mund und drucken Ihre Südburgenlandbroschüre im Norden! *(Abg. Walter Temmel: Na geh, schrecklich! Wir haben im Burgenland drucken lassen und nicht in Polen! So schaut es aus!)*

Jetzt verstehe ich, dass Ihnen das Lächeln eingeschlafen ist, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, überhaupt nicht!)* aber ich muss Ihnen sagen, es gibt auch andere Punkte, die ich Ihnen vorwerfen muss, weil Sie sehr, sehr unverantwortlich mit dem Südburgenland umgehen.

Wir wissen alle, dass das Südburgenland die EU-Gewinner der letzten Ziel 1-Perioden und Nachfolgeperioden sind, weil es mehr Projekte als im restlichen Burgenland gegeben hat, weil es höhere Förderquoten gegeben hat und weil sich das Südburgenland dynamischer entwickelt hat als der restliche Teil des Burgenlandes.

Weil der Herr Parteiobmann vorhin von der BIP-Entwicklung geredet hat, da muss man natürlich sagen, dass er teilweise Recht hat, aber nicht immer hat man Recht, wenn man etwas weglässt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat er weggelassen?)*

Man muss die kontinuierliche Entwicklung des BIP´s sehen: 2006 war der Unterschied zwischen Norden und Süden 4.700 Euro, ein Jahr danach 4.400, 4.000, 3.700, 3.500. Ab dem Jahr 2011, als sich die Auswirkungen der Wirtschaftskrise bemerkbar gemacht haben, wo übrigens die Wirtschaft, die Sie angeblich vertreten, nicht mehr investiert hat im Burgenland, weil das Risiko in einer peripheren Lage, und wir können das Burgenland nicht geografisch versetzen und woanders hinbringen, für sie zu groß war.

Wenn man von einer Verschuldensfrage redet, kann man schon darüber diskutieren, was die Ursachen sind. Dann hat es sich, muss man sagen, wieder

dramatisch verändert von 3.700 auf 4.800 auf 5.500 und jetzt ab 2014 und nachher wieder sinkend. Das heißt, wir haben wieder die richtigen Maßnahmen gefunden. Vor allem die Wirtschaft, die Unternehmer sind wieder bereit, und jetzt der Vorwurf, den ich Ihnen machen muss:

Wenn Sie nun zum x-ten Male das Südburgenland krank reden, das heißt die Stimmung für das Südburgenland, für die Region in unserem Teil des Landes, den wir so lieben oder wie Sie vorgeben zu lieben, dann riskieren Sie, dass die Unternehmungen, dass die Vertreter der Wirtschaft wieder nicht ins Südburgenland investieren und diesen Vorwurf kann Ihnen niemand nehmen.

Das heißt, das Südburgenland, und da gibt es viele Parameter, ist auf der Überholspur und das möchten Sie eben, aus Oppositionssicht kann ich es verstehen, aber für unser Land ist es unverantwortlich, das zu tun, dass Sie das konterkarieren wollen und dass Sie die Arbeit, Ihre eigene Arbeit übrigens, schlechtreden und hoffen darauf, dass die Menschen sich nicht erinnern, wer solange für die Wirtschaft angeblich im Burgenland verantwortlich war.

Der wirtschaftliche Aufstieg des Burgenlandes wird vom Südburgenland getragen. Weil das Wirtschaftswachstum im Südburgenland durchschnittlich höher war in den letzten Jahren als im Gesamtburgenland. Das ist der Beweis dafür, dass Sie Unrecht haben, auch wenn einzelne Jahre gegenläufig gelaufen sind. Das ist etwas, was Ihnen als Vorwurf niemand wegnehmen kann.

Daher werden wir das auch aufzeigen und werden unsere Maßnahmen, die wir geplant haben, auch umsetzen. Wir werden uns in der Arbeit nicht irritieren lassen und ich bin dem Abgeordneten Rosner dankbar, dass es diese Diskussion, das Burgenland ist so arm, und das Südburgenland ist so arm, im Bezirk Oberwart nicht gibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Geschätzte Zuseher an den diversen Geräten! *(Allgemeine Heiterkeit)* Es gibt ja verschiedene, nicht?

Die Frau Landesrätin Dunst kennt ja schon lange meine Antwort, wenn es heißt, die Südburgenländer jammern und so weiter und so fort. Eines sei ja auch, weil er es mehrmals betont hat, dem Kollegen Hergovich ins Stammbuch geschrieben: Eine Südburgenländerin und ein Südburgenländer jammert nicht, er trägt berechtigte Anliegen vor. *(Beifall bei der ÖVP)*

Kollege Spitzmüller, ich gebe Dir vollkommen Recht punkto Mobilität. Da hast Du vollkommen Recht, es ist wenig passiert im Südburgenland. Ganz richtig, es gibt noch immer keine entsprechende Verbindung in die Landeshauptstadt. Danke auch für Dein Beispiel, was Du gesagt hast - Bildein, aber es betrifft die Nachbargemeinde Eberau. Aber Du hast mich erinnert.

Du hast mich an folgendes erinnert: Vor zirka einem Jahr war dort die Eröffnung. Es wurde eine Dorferneuerungsförderung von 5.000 Euro zugesagt. Bis heute ist diese leider nicht eingetroffen. Das zur Wertschätzung gegenüber dem Südburgenland.

Ich glaube, es ist allen Anwesenden unbestritten, dass sich das Burgenland insgesamt besonders seit dem Fall des Eisernen Vorhanges 1989 und dem EU-Beitritt 1995 und den damit verbundenen EU-Förderungen sehr gut entwickelt hat.

Dass die Umgebung von Ballungszentren, wie zum Beispiel von unserer Bundeshauptstadt Wien hier auch das Nordburgenland mehr profitiert, ist selbstverständlich. Der große Wermutstropfen ist aber jedoch, dass das Mittel- und Südburgenland zu den strukturschwächsten und damit zu den Schlusslichtern Österreichs zählt. War erst vor kurzem im „Standard“, beziehungsweise im „Kurier“ ein Artikel.

Dann die Daten der Statistik Austria und Statistik Burgenland bezüglich Bevölkerungsentwicklung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Bruttoregionalprodukt belegen diese Tatsachen ganz deutlich. Sie haben etwas anderes behauptet, aber, und da zitiere ich, „obwohl das Burgenland ständig wächst, so zum Beispiel von 2002 bis 2017 von 276.000 auf 291.000 Einwohnern, gibt es bei dieser Entwicklung allerdings ein Nord-Südgefälle“, wie Mag. Manfred Dreiszker, Referatsleiter für Statistik beim Amt der Landesregierung, bestätigt.

Und weiter: „Während der Landessüden früher größer war, hat sich das Blatt vor etwa zehn Jahren begonnen zu wenden. Zig Gemeinden kämpfen seither mit der Abwanderung. Grund für diese Entwicklung sind unter anderem die schlechte Verkehrsanbindung und wenig Arbeitsplätze. Eine der wenigen Ausnahmen ist der Bezirksvorort, wie richtig erwähnt, Oberwart.“

Kollege Hergovich hat gesagt, was der Wirtschaftskammerdirektor gemeint hat. Im Rahmen des Wirtschaftspartnertreffs in meiner Gemeinde wurden die unglaublich erschreckenden Zahlen über die Kaufkraft im Bezirk Güssing veröffentlicht. 126,6 Millionen Euro Kaufkraftvolumen verzeichnet unser Bezirk. Hört sich am Anfang sehr schön an, aber im Vergleich zum Jahr 2009 ein Rückgang von mehr als 16 Prozent. Damit hat der Bezirk Güssing die geringste Kaufkraftbindung aller sieben burgenländischen Bezirke. Diese Tatsachen sind unbestritten.

Aber was unternehmen wir damit wir diese Disparitäten abbauen? Was unternimmt die Landesregierung? Wem im Burgenland hilft es, wenn wir die Bahn nach Oberwart abdrehen oder jetzt das Bezirksgericht Jennersdorf? Wer hat diese Entscheidung getroffen, beziehungsweise mitgetragen? Sind das Ihre Ziele für ein Gebiet, wegen dem wir Ziel 1-Gebiet geworden sind?

Dass Ihnen die Sorgen der Südburgenländerinnen und Südburgenländer egal sind, zeigen auch die Beispiele und das oftmalige Versprechen, aber leider nicht das Umsetzen. Der Ausbau der Holzverladestation in Rotenturm und des Grenzweges zwischen Szentpeterfa und Moschendorf, da begehen wir das zehnjährige Jubiläum seit dem Schengenbeitritt von Ungarn. Nicht einmal solche kleinen Infrastrukturprojekte können oder wollen Sie umsetzen. Nicht einmal solche kleinen Projekte!

Es ist leider zu wenig in Sonntagsreden die Wichtigkeit des Südburgenlandes zu betonen und dann das Gegenteil zu machen. Es ist fast schon wieder ein Jahr her, Kollege Hergovich, warum wir das heute machen. Sie haben sich gewundert, warum wir das heute machen. Heute haben Sie übrigens den gleichen Abänderungsantrag gestellt. Sie haben als Abgeordneter der Regierungsparteien Ihre eigene Regierung aufgefordert, für das Südburgenland tätig zu werden.

Dieses Eingeständnis beweist deutlich, dass Ihre eigene Regierung viel zu wenig für die südlichen Bezirke getan hat. Das ist ein weiteres negatives Beispiel, wie ungerecht

die Regierung mit dem Landtag, mit ihrem eigenen Landtag, umgeht. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos:…selber peinlich!)*

Bei dieser Debatte habe ich damals die Ungerechtigkeit beim öffentlichen Personennahverkehr aufgezeigt und erinnere heute wieder daran. Kollege Spitzmüller hat es dankenswerterweise erwähnt. Sie sprechen immer wieder von Gerechtigkeit. Findet es jemand von Ihnen gerecht, dass man in einigen Landesteilen mehr als 25-mal jeweils in eine Richtung in den Bezirksvorort und die Bundeshauptstadt mit einer modernen Bahn zu sozialen Preisen fahren kann?

Dabei werden die Abgänge vom Bund und Land übernommen. Es sei allen vergönnt, aber wenn man im Südburgenland drei- bis fünfmal in den Bezirksvorort mit einem öffentlichen Verkehrsmittel fahren möchte, müssen die sogenannten „reichen Gemeinden“, jetzt unter Anführungszeichen, des Südburgenlandes sehr viel mitzahlen. Finden Sie das gerecht? Finden Sie das gerecht? *(Landeshauptmann Hans Niessl: Jeder zahlt mit! Das ist ja von Nord bis Süd die gleiche Regelung!)*

Sie haben vorhin vielleicht nicht aufgepasst. Ich habe es Ihnen gesagt. Es gibt Verbindungen 25-mal nach Wien und retour. Das bezahlt die öffentliche *(Landeshauptmann Hans Niessl: Haben Sie einen Gemeindebus?)* Hand. Und ob Sie das gerecht finden, da müssen die Gemeinden mitzahlen. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das ist überall in Österreich so!)*

Ich glaube nicht, *(Abg. Edith Sack: Aber wir wissen das!)* dass bei Ihnen… *(Landeshauptmann Hans Niessl: Kennen Sie sich überhaupt noch aus?)* Bezahlt eine Gemeinde mit? *(Landeshauptmann Hans Niessl: Natürlich, das ist in ganz Österreich so. Schauen Sie sich in Vorarlberg das ganze Verkehrssystem an! Ich bezahle eine Exkursion nach Vorarlberg!)* Vorarlberg ja, aber wie ist es bei uns? *(Abg. Manfred Kölly: Setzt Euch zusammen!)*

Wohltuend und beeindruckend ist hier das klare Bekenntnis unserer ÖVP-Landespartei zum Südburgenland. Wir wissen, dass das Südburgenland viel Potenzial hat, fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie eine starke Landwirtschaft und vor allem Menschen, die etwas verändern und bewegen wollen.

Ich danke hier insbesondere unserem Parteiobmann Thomas Steiner und meinen Klubkollegen, Mitarbeitern und vor allem den vielen Burgenländern, die sich am Südburgenlandkongress beteiligt haben und damit ihr Interesse an einer guten Ent- und Weiterentwicklung gezeigt haben.

Wir haben aus diesem umfassenden Beteiligungsprozess sieben konkrete Ideen für eine weitere Diskussion vorgeschlagen. Eine davon ist, dass das Land Burgenland einen Geldtopf für Risikoprojekte und eine konkrete Crowdfunding-Plattform, insbesondere die Verwaltung einer solchen Plattform, für die südlichen Bezirke auf die Beine stellt. Dadurch werden neuartige und innovative Projektideen finanziert und realisiert. Danke Kollege Richter, Du hast es als positiv erwähnt.

Ein derartiges Beispiel gibt es auch bei uns in der Gemeinde. Die Firma ELPACK Verpackungssysteme und Logistik GmbH sortiert mit top geschultem Personal Verpackungen per Hand für hochpreisige onkologische Medikamente. Denn schon der kleinste unsichtbare Fehler im Glas kann Auswirkungen auf das Medikament und somit auf den Patienten haben.

Bis Ende April haben sie noch die Möglichkeit sich daran zu beteiligen. Durch die Einrichtung einer eigenen südburgenländischen Crowdfunding-Plattform sollen

Investitionen in Klein- und Mittelbetriebe mit burgenländischen Wurzeln noch mehr forciert werden und dadurch Arbeitsplätze aus und in der Region geschaffen werden.

Unbestritten sollte auch die Wichtigkeit der Nahversorger für die Dörfer unseres Landes sein. Diese brauchen Unterstützung. Dabei sollen nicht nur Greißler unterstützt werden, sondern auch Gewerbebetriebe bis hin zu Handwerkern und Dienstleistern. Gefördert werden sollen dabei Betriebs- und Geschäftsausstattung, Ankauf neuer Maschinen, Anlagen und Geräte.

Dafür soll es eine Förderung von 20 Prozent der Kosten geben. Zusätzlich soll es einen 20-prozentigen Innovationsbonus für Projekte geben, die besonders innovativ sind. Die südburgenländischen Bezirke sollen somit als Pilotregionen zur Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen dienen.

Sehr geehrte Abgeordnete! Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es in der Hand, dem Südburgenland mit entsprechenden Unterstützungen zu helfen. Deshalb fordere ich Sie auf, unsere Vorschläge zu unterstützen. Selbstverständlich danke ich allen, die sich immer wieder für ein lebenswertes Südburgenland und somit auch für das gesamte Burgenland einsetzen.

Der Kollege Richter hat begonnen mit Gott sei Dank, ich ende mit im Namen Gottes, packen wir`s an. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hirczy das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Viele Wortmeldungen haben wir gehört. Wenn man speziell den zwei Wortmeldungen vom Kollegen Hergovich und vom Herrn Landeshauptmann zugehört hat, so darf ich, und ich sage es als junger Abgeordneter, eigentlich vernehmen, dass alles im Burgenland in bester Ordnung sein müsste.

Wenn man durchs Burgenland geht, hört man leider Gottes sehr oft andere Aussagen von Menschen, von Unternehmern, von Menschen, die in unserer Region sich einen Wohnort zulegen möchten, oder Menschen oder Unternehmer, die bei uns im Südburgenland einen Betrieb errichten möchten.

Die Ausgangslage ist klipp und klar. Viele Menschen kommen gerne zu uns ins Südburgenland. Das Burgenland ist ein schönes Bundesland. Die Menschen im Burgenland sind herzlich, sind freundlich und es gibt den Norden und es gibt den Süden. Wir sind stolz auf unser Burgenland.

Wir haben die Themen bereits angeschnitten. Eine höhere Wohnbauförderung, eine bessere Infrastruktur. Das leidige Thema S7, endlich wird sie umgesetzt und ich bin gespannt, *(Abg. Wolfgang Sodl: Wer ist denn auf der Bremse gestanden?)* wenn das erste Fahrzeug darauf fahren wird. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Welche Infrastrukturminister haben wir denn gehabt? Zähl Sie auf!)* Finden Sie von mir eine Wortmeldung, wo ich gegen diese S7 war? Nein. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da war kein Schwarzer dabei!)*

Wir wollen auch das Thema Elektrifizierung der Bahn vorantreiben. Wenn es heute um das Südburgenland geht, so ist es schön, wenn in den Norden investiert wird, und ich bin es dem Norden nicht zu neidig. Aber es ist wiederum schade, dass für das Südburgenland nur eine Absichtserklärung übrig bleibt, ein Gutachten wird erstellt, ob die

Elektrifizierung im Südburgenland, konkret St. Gotthard - Jennersdorf -Graz interessant ist. Wie lange reden wir davon?

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir sollten aber die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen. Blicken wir in die Zukunft! Wir müssen davon ausgehen, dass wir den Menschen eine Perspektive bieten wollen, wir wollen Anreize und Visionen schaffen, und dazu ist dieser Südburgenlandkongress da.

Wenn es eine gemeinsame Lösung gibt, wo innovative Ideen aufgegriffen werden, dann sind wir als ÖVP ein starker Partner, denn dann haben wir die gleichen Interessen. Es ist nicht alles schlecht, ganz im Gegenteil. Gemeinsam wollen wir etwas Besseres erwirken. Wir wollen gemeinsam für die S7 eintreten, und wenn alle Parteien das machen würden, wäre mir das nur noch lieber. Ich denke, das ist der Zugang, das ist der Weg.

Es tut mir natürlich weh, wenn im Bezirk Jennersdorf gerade mal ein Bezirksgericht zugesperrt wird. Und ja, ich habe Zetteln, Presseaussendungen geschrieben, weil ich auf der Straße in Jennersdorf vernommen habe, dass die Menschen zu mir sagen, Bernhard, tu etwas, die nehmen uns alles weg. Man kann darüber diskutieren wie man will. In dem Antrag steht drinnen, es sind nur 25 Kilometer, nur 25. Aber man muss jetzt sagen, Jennersdorf ist in der Mitte des Bezirkes und es gibt noch einen südlichen Zipfel. Und wenn man von Kalch oder Neuhaus bis nach Güssing fährt, sind es weitere 16 Kilometer dazu, und das mal zwei. Wenn eine Reinigungskraft, die jetzt im Bezirksgericht tätig ist, künftig nach Güssing pendeln müsste, weil da bin ich schon vorher fast in Graz.

Man muss darüber nachdenken, und ob man dann einen vier-Stunden-Job pro Tag annimmt oder drei Stunden, oder zwei Stunden, das sei dahingestellt. Wenn sogar der Minister zugibt und sagt, ja, ÖVP-Minister, ja, er hat diesen Vorschlag gemacht, er hat diesen Vorschlag aber auch in allen Bundesländern gemacht und interessanter Weise gibt es nur aus dem Burgenland ein Ja, dass ein Bezirksgericht geschlossen wird, dann muss man sich die Frage stellen: W sind die Schließungen in den anderen Bundesländern? Warum ist gerade das Bezirksgericht Jennersdorf… *(Abg. Ilse Benkö: Das hat der Minister so gesagt?)*

Es gibt für alle Bundesländer Vorschläge, und es gibt genau ein Bezirksgericht, das geschlossen wurde. Es gibt genau einen Bezirk, den Bezirk Jennersdorf, der jetzt eine Bezirkshauptmannschaft hat und kein Bezirksgericht. Vielleicht hat der Herr Bundesminister einen anderen Vorschlag gehabt, wir kennen die Daten aus der Vergangenheit. Damals hat es eine Reform geben sollen, und es wären vielleicht mehr Bezirksgerichte geschlossen worden. Nicht, dass ich das möchte, aber ich nehme den Herrn Landeshauptmann beim Wort. Er hat gesagt, unter seiner Ära wird kein Bezirksgericht und keine Bezirkshauptmannschaft geschlossen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Vielleicht hört er vorher auf? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Interessant.)*

Vielleicht ist die schriftliche Anfragebeantwortung falsch, vielleicht habe ich in der Zeitrechnung etwas übersehen, es ist nämlich auch darin gestanden, dass in dieser Ära der aktiven Bundesregierung kein Bezirksgericht im Burgenland geschlossen wird.

Vielleicht ist die Ära der Bundesregierung bald aus, vor dem 31.12., oder vielleicht wird die Ankündigung vom Herrn Landeshauptmann noch richtig sein, dass die Regierung vielleicht länger hält als eine Amtszeit. In diesem Sinne, ich hoffe, der Südburgenlandkongress trägt Früchte und alle gemeinsam wollen für das Südburgenland mehr erreichen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Georg Rosner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Südburgenlandkongress. Ich möchte nur sagen, mir geht es nicht darum, Regionen gegeneinander auszuspielen und auch nicht darum, etwas krankzujammern, hier geht es darum, Fakten und Tatsachen anzusprechen und mögliche Maßnahmen zu treffen, um Verbesserungen in vielen Bereichen zu erzielen. Wir haben von Haus aus nicht gesagt, dass nichts passiert ist. Ich weiß nicht, wieso da so viel Nervosität bei diesem Antrag war. *(Abg. Walter Temmel: Schlechtes Gewissen!)* Wir haben nie gesagt, dass nichts passiert ist. Das Südburgenland kämpft wie keine andere Region im Burgenland mit der Abwanderung, zu wenigen Arbeitsplätzen und im Vergleich zu anderen Regionen mit schlechter Infrastruktur. Thomas Steiner hat das kurz skizziert.

Weil heute schon die Bahn ein Thema war, die Infrastruktur Bahn ist für das Südburgenland im Bereich der Standortentwicklung bezüglich Güterverkehr, und es sind in den letzten Jahren die Tonnagen von zirka 30.000, 40.000 Tonnen auf bis zu 100.000 Tonnagen pro Jahr gestiegen, und das ist für das Südburgenland von entscheidender Bedeutung.

Weil Stahlbau Unger gefallen ist - Stahlbau Unger kämpft vehement dafür, dass der Güterverkehr in diesem Bereich, im Bereich Oberwart, auch erhalten bleibt. Wer sich zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung bekennt, weiß, dass auch die Infrastruktur im Sinne von Breitband und Schiene wesentlich dazu beitragen kann, dass wir Menschen in unserer Region halten. Investitionen für eine schnelle Verbindung zur Bundes- und Landeshauptstadt durch sinnvolle flächendeckende Vernetzung der wichtigen Regionalbahnen mit den Buslinien sind unbedingt erforderlich.

Bei den vielen Veranstaltungen, die wir mit den Menschen abgehalten haben, und vielen Gesprächen mit Menschen aus dem Südburgenland, wurde diese Forderung immer wieder angesprochen. Das sind nicht Forderungen alleine von elf Abgeordneten, sondern das sind Forderungen von Menschen im Südburgenland, und ich habe die Aufgabe und ich sehe meine Aufgabe als Abgeordneter, diese Forderungen hierher zu tragen und hier zum Thema zu machen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Verkehrspolitik des Zusperrens von Bahnlinien kann den wirtschaftlichen Entwicklungen einer Region nicht weiterhelfen. Obwohl die Österreichische Bundesbahn und das Ministerium in den nächsten Jahren rund 50 Milliarden Euro in die österreichische Bahninfrastruktur investiert, ist für Südost-Österreich, und dort befindet sich das Südburgenland, null oder nichts, gar nichts, vorgesehen oder eingeplant.

Unzählige Versprechen hat es zum Ausbau der Bahn im Südburgenland in den vergangenen Jahrzehnten gegeben und alle Bahnausbauversprechen der vergangenen Jahrzehnte wurden gebrochen. Das muss man leider so sagen. Der Herr Landeshauptmann sagt, Erfolg ist Tun und Umsetzen. Dem kann ich nur beipflichten.

Die Revitalisierung der Bahnstrecke Oberwart - Friedberg und die Realisierung des Projektes Grenzbahn Oberwart - Szombathely (Steinamanger) ist für diese Region und ihre Menschen und ihre wirtschaftliche Weiterentwicklung von hoher Wichtigkeit. Es gibt aber auch weitere große Herausforderungen für unsere Region, und da geht es nicht darum, etwas krankzujammern, sondern um Tatsachen anzusprechen und gemeinsam Maßnahmen in Angriff zu nehmen, um Verbesserungen zu erzielen. Das Südburgenland ist ein tolles, ein wunderschönes und ein idyllisches Land, aber leider sind in den letzten Jahren in den kleinen Gemeinden für die Gesellschaft wichtige Einrichtungen wie Gasthäuser, Postämter, Polizeiposten und Nahversorger verloren gegangen. Auch diese kleinen, noch verbleibenden und sehr wichtigen Unternehmen wie Nahversorger für die

Region, wollen wir, ja, müssen wir unterstützen. Wir dürfen diese Unternehmer nicht alleine lassen!

In immer mehr Regionen unseres Landes ist auch das System der ärztlichen Versorgung in sehr ernsten Schwierigkeiten, und es fehlen oft Ärzte vor Ort. Wir haben diesbezüglich auch heute noch einen Tagesordnungspunkt und ganz kann ich die Äußerungen von Klubobmann Hergovich nicht nachvollziehen.

Ich habe zwischenzeitlich gegoogelt, auf der Homepage der Ärztekammer sind ein Allgemeinmediziner ausgeschrieben in Großpetersdorf, drei Fachärzte in Oberwart - Lungenfacharzt, Chirurg, Orthopädie -, in Mattersburg ein Allgemeinmediziner, Güssing, Kittsee und Oberpullendorf gar nicht erwähnt. *(Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)* Aber auch Fachärzte fehlen, es ist generell ein Ärztethema. Es gibt nicht nur einen Mangel an Allgemeinmedizinern. Das ist bitte nachzugoogeln, ich habe es gerade gelesen, gerade nachgeschaut. *(Abg. Robert Hergovich: Von den niedergelassenen Ärzten habt Ihr erzählt. In jeder Ortschaft gibt es keinen Arzt mehr. - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Vom Hausarzt reden wir schon ... - Abg. Ing. Rudolf Strommer: In den nächsten Jahren gehen drei von vier Hausärzten in Pension. - Abg. Ingrid Salamon: Ihr redet von anderen Dingen.)* Das habe ich nicht gesagt. Ich habe das nicht gesagt, wenngleich das Thema Ärztemangel, glaube ich, in Zukunft das ganze Burgenland sehr stark betreffen wird. *(Abg. Ingrid Salamon: Vom Jammern werden es nicht mehr.)*

Christian hat gesagt, in den nächsten Jahren gehen sehr viele in Pension, daher ist es immer wichtig - nicht zuletzt wegen der demografischen Entwicklung -, den Hausarzt als erste Anlaufstelle in den ländlichen Regionen zu erhalten. Unsere Forderungen, konkrete Maßnahmen, sind längst bekannt, haben wir schon zigmal hier auch deponiert. Es freut mich wirklich außerordentlich, dass auch der Landesvorstand des Burgenländischen Gemeindevertreterverbandes eine Resolution gegen Ärztemangel im ländlichen Raum mit ähnlichen Forderungen beschlossen hat. Ganz so verkehrt können wir nicht liegen, wenn auch der Gemeindevertreterverband diese Resolution beschlossen hat.

Unsere Maßnahmen, diesem Trend entgegenzuwirken, sind bekannt. Es sind dies Stipendien mit mindestens fünf Jahren Bindung im Land, sind die Anstellungen zwischen Hausärzten, zwischen Fachärzten und Gesundheitszentren, das Land, neue niedergelassene Ärzte in gefährdeten Regionen finanziell zu fördern. Wir wollen das Südburgenland, die südburgenländischen Bezirke als Pilotregion zum Umsetzen der verschiedensten Maßnahmen heranziehen. Das wäre das Ziel.

Meine Kollegen haben schon einige konkrete Ideen hier kundgetan. Diese Vorschläge und Maßnahmen wurden in vielen Gesprächen, wie gesagt, nicht unter elf Abgeordneten, sondern unter vielen Menschen ausgearbeitet, und wir fordern die Landesregierung auf, hier nicht wegzuschauen und nach eingehenden Diskussionen die entsprechenden Maßnahmen für eine positive Entwicklung des Burgenlandes umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich bei dem Thema fortsetzen, wo Kollege Rosner geendet hat. Es ist eine Hochrechnung der burgenländischen

Ärztekammer, nicht von irgendjemandem, drei von vier burgenländischen Hausärzten, das heißt Allgemeinmediziner, sind im Jahr 2025 pensionsberechtigt oder längst pensionsberechtigt. Drei von vier, das ist eine Menge von Personen, das ist eine Menge von Kassenverträgen. Da ist die Anzahl der Fachärzte nicht eingerechnet, dort ist das Verhältnis vier von sechs sind pensionsberechtigt, und das bedeutet am Ende des Tages, dass wir alle, wie wir hier sitzen, uns fragen und rechtfertigen werden müssen, wenn die Menschen uns in zehn, in fünf Jahren fragen: Warum gibt es in meiner Gemeinde keine ärztliche Versorgung mehr? Warum gibt es im Umfeld von 25 Kilometern keinen Facharzt? Tatsache ist, dass wir als ÖVP dieses Thema ernst nehmen, dass wir uns Vorschläge überlegen.

Wir haben auch gemeinsam mit anderen Experten, bei Ärztestammtischen, aber auch mit Gesprächen der Ärztekammer diese Thematik besprochen, und diese kann man von unterschiedlichsten Sichtweisen natürlich betrachten. Aber eines kann man nicht wegleugnen: Wenn die Arztausbildung rund zehn Jahre dauert, bis ein Arzt vom Studienbeginn bis zum Abschluss seiner fachärztlichen Ausbildung in jene Situation kommt, Patienten zu betreuen, dann ist es eigentlich heute fünf vor zwölf. Denn in zehn Jahren sind wir im Jahr 2027 und tatsächlich dann drei von vier Ärzten nicht mehr in der Praxis, bei den Menschen.

Herr Kollege Hergovich! Sie haben 26 Minuten gebraucht, um uns zu rechtfertigen, dass hier das Burgenland und insbesondere das Südburgenland gut aufgestellt sind. Wir beide sind schon etwas länger in der Politik und ich glaube, wir alle kennen die Diskussion zwischen Norden und Süden, wir kennen, dass sich viele Südburgenländer in wirtschaftlicher Hinsicht, in Verteilungsgerechtigkeitshinsicht, immer wieder benachteiligt fühlen. Das ist eine Diskussion, die ist schon älter als wir beide zusammen. Tatsache ist, dass 70 Jahre davon gemeinsam die Sozialdemokraten und die Volkspartei dieses Landes die Verantwortung getragen haben.

Das heißt ja bitte nicht, wenn ich jetzt andere Ideen und weitere Ideen auf den Tisch legen möchte, dass ich deshalb all das, was in 70 Jahren geschaffen wurde, in Absprache stelle. Schön ist es, wenn es viele Paradebeispiele gibt, die wir gerne nach vor holen, vor den Vorhang holen möchten und sagen, das sind gelungene Projekte. Aber wir beide wissen auch genügend Projekte aufzuzählen, von Firmenkonkursen, von Firmen, die Pleite gegangen sind, wo Jobs verloren gegangen sind, wo Arbeitsplätze in der Region fehlen, wo Verkehrsinfrastruktur seit langem fehlt. Deswegen hat die ÖVP nicht gesagt, wir wissen es am allerbesten, wir haben sieben Ideen, die sind nichtmehr veränderbar und entweder Ihr nehmt das alles an, oder wir sind im Schmollwinkel und sagen, Ihr habt unsere Ideen nicht angenommen.

Nein, wir haben folgenden Beschlussantrag gefasst.

Unser Beschlussantrag lautet:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

auf Grundlage der sieben Punkte für das Südburgenland im Sinne der Antragsbegründung gemeinsam mit allen im Landtag vertretenen Parteien sowie den Interessensvertretungen einen Diskussionsprozess zur Erarbeitung eines umfassenden Maßnahmenpaketes für das Südburgenland zu starten und die Ergebnisse dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Was bitte ist an dem eigentlich inakzeptabel zuzustimmen? Es ist der Start einer Diskussion. Es ist die Möglichkeit, diese sieben Punkte oder andere Punkte zu diskutieren. Manche werden ganz einfach gehen. Wenn wir wollen, können wir bei der

Wohnbauförderung ein Pilotprojekt starten, können wir hier in Pilotregionen versuchen, sie zu verändern und dann schauen, wie es sich entwickelt.

Oder wir können sagen, wir treten an die Bundesregierung heran, was natürlich wesentlich schwieriger ist, und darüber zu diskutieren: Sind unterschiedliche Steuersysteme in unterschiedlichen Regionen möglich? Aber das gibt es europaweit. Diese Diskussion gibt es und gab es in der Schweiz und in Frankreich. Beide Staaten haben unterschiedliche regionale Steuersätze. Sie sind auch nicht wesentlich unerfolgreicher als Österreich gewesen.

Ein ganz konkreter Satz aber zu den Vorwürfen vom Kollegen Richter. Er ist, glaube ich, gerade nicht im Raum. Er hat gemeint: Was regt sich die ÖVP auf? Die ÖVP ist nicht mehr in der Regierung, deswegen hat sie auch nichts mehr zu sagen, braucht nichts mehr kritisieren.

Werte Kollegen, die Freiheitlichen und die Volkspartei haben einmal eine gemeinsame … *(Abg. Wolfgang Sodl: Das hat er aber nicht gesagt.)* Er hat gesagt, wir sollen aufhören zu jammern, *(Abg. Wolfgang Sodl: Das hat er nicht gesagt. Ihr wart Jahrzehnte in der Regierung.)* denn wir sind aus der Regierung geflogen und sind jetzt beleidigt. Das hat er gesagt. Ich möchte nur ausführen, in derselben Argumentation könnte ich sagen, in Salzburg sind die SPÖler aus der Regierung geflogen, natürlich werden dort auch die SPÖ-Abgeordneten Ideen vorbringen, wie man Salzburg weiterentwickelt.

Auf Bundesebene waren die Freiheitlichen mit der Volkspartei in einer Koalition. Darf heute kein Freiheitlicher eine Idee zur Weiterentwicklung unserer Republik finden? Tatsache ist, dass wir wahrscheinlich zur Überraschung der Regierung uns es nicht so leicht machen wie diese zuletzt. Das letzte Mal habt Ihr einen Südburgenlandantrag eingebracht, habt erwähnt, das sind die Mittel, die dem Südburgenland zur Verfügung stehen. Wieder die ominösen 2,8 Milliarden Investitionen, die insgesamt zur Verfügung stehen, 1,5 Milliarden für das Mittel- und Südburgenland. Eine Zusammenrechnung der Budgetsummen auf fünf Jahre.

Wenn Sie jetzt fordern, den Ausbau von Verkehr, Breitband, leistbares Wohnen, Wirtschaftsförderung, Ärzteausbildung, Erhalt von wohnortnahen Schulen, Neubau des Krankenhauses Oberwart, Standortgarantie für Krankenhäuser, Grenzraumüberwachung, Gemeindesicherheitskonzept, Standortgarantie für Kompetenz-Bezirkshauptmannschaften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre Beschlussformel lautet ja auch nur: Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der Umsetzung des „Zukunftspakets Burgenland“ - was immer das ist, ich hoffe darüber werden wir diskutieren und befinden -, weiterhin insbesondere Bedürfnisse und Belange des Südburgenlandes zu berücksichtigen und genannte Projekte und Maßnahmen zielstrebig zu verfolgen.

Tatsache ist, dass wir über all das diskutieren werden, so wie wir vorgeschlagen haben, dass wir über unsere Punkte diskutieren können, denn Politik ist im Fluss, das ist kein Abstimmen einmal zu Beginn der Periode und dann rennt der Laden bis zum Ende durch, sondern eine gelebte Diskussion. Apropos, manchmal startet man und dann ist man doch am Ende ganz gescheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion um Bezirksgerichte ist nicht neu. Kollege Kölly, im Jahr 2002, *(Abg. Manfred Kölly: Weiß ich!)* habe ich eingegeben, Bezirksgerichte und Burgenland, ganz gute Schmankerl kommen da zum Vorschein. *(Abg. Manfred Kölly: Wie immer.)* Der damalige FPÖ-Klubobmann Kölly geißelt

die Sozialdemokraten und die Volkspartei, dass im Raum steht, es könnte ein Bezirksgericht geschlossen werden. Das dementieren dann ganz wild alle Abgeordneten und unter anderem stellt der Herr Landeshauptmann gleich einmal fest und sagt: „Burgenlands Landeshauptmann hat am Rande einer Pressekonferenz in Eisenstadt seine Position bezüglich einer Schließung von Bezirksgerichten verdeutlicht. Zuerst sollen jene Bundesländer, die in einem Bezirk über mehr als ein Bezirksgericht verfügen, an die Reihe kommen. Sollte man im Anschluss dieser Schließung ein Weiterreden wollen, dann werden wir uns das anschauen, wie der Weg weiterführt. Im Burgenland gibt es derzeit in jedem der sieben Bezirke ein Bezirksgericht."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nichts anderes hätte sich die ÖVP erwartet. Hätten wir eine Möglichkeit bekommen, mitzureden und hätten in diesem Prozess mitgestalten dürfen, hätten wir als Landesregierungsmitglieder nie im Leben einer Schließung zugestimmt. Wie kommen die Burgenländer dazu, dass andere Bundesländer noch mehr Bezirksgerichtsstandorte haben wie Bezirke und wir müssen mitansehen, dass ein Bezirksgericht geschlossen wird? Es geht nicht um das Bezirksgericht allein. Das ist eine Grundsatzfrage, das ist eine Frage der Infrastruktur. Hier wird die ÖVP Widerstand leisten.

Und wie kann man Widerstand leisten, weil der Kollege Hergovich das gefragt hat. Na was soll der Bürgermeister von Jennersdorf dann tun? Das, was einem Demokraten gut ansteht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die Bevölkerung einbinden, die Möglichkeit einer Unterschriftenliste zu geben und den Protest möglichst mit breiter Unterstützung an die betreffenden Personen richten. An den Minister für Justiz und an den Landeshauptmann von Burgenland. Das hat nicht er allein getan, das haben auch alle elf anderen Bürgermeister und Gemeinden des Bezirkes Jennersdorf getan.

So viel zum Thema Schulterschluss, hier sind sich alle einig, Rot, Schwarz, wahrscheinlich auch Blau, Grün, alle, die dort vertreten sind, und es gibt fast in jeder Gemeinde einen einstimmigen Beschluss.

Dass das auf Landesebene leider nicht möglich war, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gab es auch einen einstimmigen Beschluss.)* dass wir uns gemeinsam einsetzen; aber eigentlich stimmt es, Kollege Steiner bringt es auf den Punkt, da gab es auch einen einstimmigen Beschluss, leider für die Schließung des Bezirksgerichts.

Putzen wir uns bitte nicht an anderen ab! Kehren wir vor der eigenen Haustüre!

Das Bezirksgericht Jennersdorf wäre nicht geschlossen worden, hätte die Landesregierung ihre Zustimmung nicht erteilt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! „Starke Ideen für ein starkes Südburgenland", soweit das Motto der ÖVP zum Südburgenlandkongress. Hier wurden Ideen aus der Bevölkerung gesammelt. Dagegen ist ja nichts einzuwenden. Diese Ideen wurden oder werden nun aber als riesiger Erfolg dargestellt. Wenn aber der zuständige Landesfeuerwehrreferent seine Feuerwehrmänner und -frauen befragt, weil das Feuerwehrgesetz geändert wird oder werden soll, findet man es nicht so toll. So verkehrt und unterschiedlich betrachtet die ÖVP die Welt.

Was sind nun die großen, die ganz neuen Herausforderungen und Errungenschaften im Südburgenland, wie die ÖVP das so nennt? Bekämpfung der Abwanderung, wenig Arbeitsplätze, keine gute Verkehrsanbindung, Erhöhung der Wohnbauförderung, Steuersenkung, Nahversorger fördern, Breitbandförderung und so weiter. Viele dieser Dinge gibt es natürlich auch im Nordburgenland. Diese Herausausforderungen und Errungenschaften sind nicht neu. Also nichts Neues unter der Sonne. Dazu braucht es keinen Kongress, sondern nur Wirtshausbesuche oder wenn man sich nur ein wenig unter die Leute mischt, hört man das Gleiche wie vorhin aufgezählt. Es ist also der Kongress eine Schmähparade.

Der Unterschied ist, dass man mit der Bevölkerung ehrlich reden muss, oft was erklären muss und die Leute sind dann auch verständnisvoll, dass manche Dinge eben nicht gehen, nicht so schnell gehen oder eben in Umsetzung sind. Das, was die ÖVP mit ihrem Südburgenlandkongress betrieben hat, ist eine reine Augenauswischerei. Wichtig war der ÖVP eine Art Imagekampagne im Eigeninteresse der Partei, mehr nicht.

Auch die Bevölkerung hat das so vernommen und aufgenommen. Im Wirtshaus und mit dem Ohr bei der Bevölkerung hört man oft, 70 Jahre hätte man Zeit gehabt, diese Probleme zu lösen und erst jetzt kommen sie drauf, was gemacht gehört. Das sind die Sager, die man im Wirtshaus und unter der Bevölkerung hört.

Es war sicher nicht alles schlecht, was die ÖVP in der Regierungszeit gemacht hat. Doch jetzt überwiegt seit fast zwei Jahren der Eindruck, ein Eingeständnis kommt nach dem nächsten, was eben die ÖVP alles nicht gemacht hat und erledigt hat. Oder wenn etwas positiv war, war es nur die ÖVP. Wenn etwas negativ war, weiß die ÖVP davon nichts mehr, sondern es war vielleicht nur die SPÖ, der ehemalige Regierungspartner.

Es steht auch auf der Broschüre, die an die Haushalte ausgeteilt wurde: Starke Alternative. Die starke Alternative im Burgenland ist die rot-blaue Landesregierung mit der Bevölkerung. Es ist auch sehr unseriös, ständig mehr für alles Mögliche zu verlangen und Forderungen aufzustellen, ohne zu sagen, wie das alles finanziert werden soll. Beispiele hat es in der Vergangenheit hierzu genug gegeben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mit Euren 1,5 Milliarden.)*

Keine Frage, das Burgenland ist insgesamt ein schönes, herrliches und auch herzliches Land, selbstverständlich auch das Südburgenland. Aber auch ein zukunftsorientiertes Land. Forschung und Entwicklung hat für uns im Burgenland einen hohen Stellenwert. Es ist in Pinkafeld ein neues Forschungszentrum ins Leben gerufen worden, also im Südburgenland. Diese neue Struktur ermöglicht eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und heimischen Unternehmen.

Zwölf wissenschaftliche Mitarbeiter sind im Forschungszentrum beschäftigt. Derzeit werden 15 Projekte mit mehr als 30 Unternehmenspartnern abgewickelt.

Das Südburgenland ist aber auch eine Wohlfühloase, wo sich Menschen aus anderen Bundesländern gerne ansiedeln, um zu entschleunigen. Entschleunigen heißt, gezielt oder bewusst das Leben beziehungsweise den Stress zu verlangsamen. Das heißt aber keineswegs, dass das Südburgenland rückständig ist, sondern ich sehe es als eine positive Charaktereigenschaft des Südburgenlandes. Ich sage aber auch ganz klar, natürlich ist es schwierig, im Südburgenland Arbeitsplätze zu finden oder zu schaffen und Unternehmen anzusiedeln. Es kann kein Unternehmen dazu gezwungen werden. Es ist erfreulich, dass die Firma Lenzing in Heiligenkreuz im Landessüden ausbaut und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Natürlich ist es auch schwieriger, den öffentlichen Verkehr mit den vielen Ortsteilen zu gestalten. Aber die Landesregierung steht dafür, alle Anstrengungen zu bündeln, um weiter voranzukommen. Es leben aber auch weit mehr Menschen im Südburgenland, die zufrieden sind als dargestellt wird, die nicht zufrieden sind. Es hat in der Vergangenheit verschiedene Projekte gegeben, wo viele Fördergelder geflossen sind, aber von der Bevölkerung nicht dementsprechend angenommen wurden, wie der rote Bus zum Beispiel. Es werden aber weiterhin Mikrosysteme gefördert.

Es gibt auch Förderungen seitens der Dorferneuerung, die mit Projekten ausgelöst werden können. Es gibt auch verschiedene EU-Programme, wo Förderungen zu holen sind. Es braucht nicht erst jetzt, sondern immer und laufend Maßnahmen und gut investiertes Geld für die Infrastruktur und Wirtschaft, damit sich die Wirtschaft parallel entwickeln kann und gleichzeitig Arbeitsplätze entstehen, besonders im Südburgenland, keine Frage. Damit eben die Lebensqualität stimmt und die Menschen dableiben können im Burgenland, besonders im Südburgenland, beziehungsweise sich ansiedeln, bedarf es entsprechender Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen hat es zu jeder entsprechenden Zeit immer gebraucht, nicht erst jetzt 2017.

Wie schon vorher erwähnt, ist einiges in Umsetzung. Der Breitbandausbau, einiges in Vorbereitung, wie das Krankenhaus Oberwart oder die S7, das sind auch große wirtschaftliche Beiträge. Im Bereich des leistbaren Wohnens haben wir heute schon sehr viel gehört. Unter leistbares Wohnen fällt natürlich auch der Handwerkerbonus für Häuslbauer und Sanierer. Ein zusätzlicher Impuls für leistbares Wohnen ist die Sonderförderaktion „Gemeinde-Call“. Auch hier kann man nicht sagen, im Wohnbauförderungsbereich tut sich nichts.

Die ÖVP fordert hier eine Erhöhung der Förderung - also nur für den Landessüden - um 20 Prozent. Das widerspricht ganz klar dem Gleichheitsgrundsatz. Dafür setzt sich besonders die Frau Bundesrätin Hackl ein, wie man laut Presseaussendung verfolgen konnte. Da fliegen die „Hackl“ tief gegen die nordburgenländische Bevölkerung, die sich vielleicht ein Eigenheim schaffen will. *(Abg. Walter Temmel: Das ist aber schön tief. - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist nicht der Gleichheitsgrundsatz.)* Vielleicht fällt der ÖVP noch ein, dass man der nördlichen Bevölkerung nur 80 Prozent der zustehenden Wohnbauförderung gibt. Dann hätte man den gleichen Effekt, dann bekommt nämlich die südliche Bevölkerung auch mehr. Dann wäre ich neugierig, wie die Bevölkerung im Norden reagieren würde oder wie man es der nördlichen Bevölkerung erklären würde.

Der Finanzminister sollte lieber beim Finanzausgleich darauf schauen, dass jeder Bürger in Österreich gleich viel wert ist, auch die Bürger im Südburgenland, dann können die Gemeinden mehr investieren. Im Bundesländervergleich hat das Burgenland die niedrigsten Mietkosten. Das zeigt auch die Tatsache, dass sich viele aus anderen Bundesländern hier im Burgenland besonders auch im Südburgenland ansiedeln.

Unser Ziel ist, das Wohnen im Burgenland muss weiterhin leistbar sein. Im Bereich des Ärztemangels ist Herr Landesrat Darabos sehr bemüht, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um dem Mangel entgegenzuwirken. Im Bereich des Verkehrs werden im Land 123 Millionen im Jahr 2017 investiert. Das ist natürlich auch ein Investitionsschub für die Wirtschaft, aber auch für die Betriebsansiedelungen sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen. Von der Investition entfallen auf Landstraßen 23,4 Millionen Euro, auf ländliche Wege acht Millionen Euro, auf Bundesstraßen 26,5 Millionen Euro, auf Bundesstraßen 26,5 Millionen Euro.

Von den insgesamt 23,4 Millionen Euro werden 6,9 Millionen Euro im Nordburgenland investiert, 8,1 Millionen im Mittel-, 8,4 Millionen Euro im Südburgenland.

Somit werden im Südburgenland 40 Projekte in Angriff genommen, welche eine Verbesserung des Verkehrs und der Infrastruktur bedeuten.

Ungefähr im April soll auch mit dem Bau der S7 begonnen werden. Nun aber zur Bahn. Auch hier sollte man ehrlich sagen, was wir uns leisten können. Die Bahnstrecke Oberwart - Friedberg wurde gesichert, weil die ÖBB den Eisenbahnbetrieb und den Güterverkehr eingestellt hat. Der Güterverkehr hat sich bis jetzt in der Zwischenzeit verdoppelt. Die Umladestation wird von Oberwart ausgelagert werden und das Projekt Grenzbahn ist in Arbeit. Natürlich sind hier viele Verhandlungen notwendig. Das ist ja keine Kleinigkeit. Viele Dinge, die die Bahn betreffen, funktionieren aber nur als Gesamtpaket. Gute Verkehrsanbindung spielen natürlich eine Rolle für Unternehmen, Arbeit und Bevölkerung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es spielt auch der Bedarf, die Umsetzbarkeit und die Finanzierbarkeit eine Rolle. Unterstützt man die Bahn mehr, wird man sich vielleicht die G1 Linie in der Form nicht mehr leisten können oder die Ticketpreise werden höher oder man muss die Datierung einschränken. Der Bus wiederum erreicht mehr Ortschaften als die Bahn. Ich denke, die Bevölkerung aus dem Bezirk Güssing wäre nicht erfreut und dankbar, wenn man die Bahn finanziell mehr unterstützt und stattdessen beim Bus kürzt, Herr Kollege Temmel, weil die Bevölkerung keinen Bahnanschluss in Güssing hat. Nur zahlen und nichts davon haben, ist nicht fair. Was man sich also leisten will oder nicht, dazu muss man sich hier klare Ziele setzten. Viele andere Sachen gehören natürlich mit dem zuständigen Finanzminister extra besprochen. Hier ist vielleicht der nächste Kongress mit der ÖVP Burgenland notwendig.

Ich habe es vorhin schon einmal erwähnt. Es ist leichter, Forderungen in Worte zu fassen, als natürlich in Zahlen, zumal in Zahlen alles begrenzt ist. Ich meine damit natürlich die finanziellen Mittel. Diese begrenzten Mittel sind natürlich so nutzbringend wie möglich einzusetzen, damit der Großteil der Bevölkerung etwas davon hat. Es soll nicht alles „sebastianfristig“ und „sebastiansichtig“ gesehen und bemessen werden, sondern Investitionen sollen Generationen etwas bringen, denn ohne einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum können - besonders für das Südburgenland - keine Entwicklungsziele und keine Fortschritte, erreicht und Erreichtes gehalten werden, wie die Standortgarantien für die Krankenhäuser und Bezirkshauptmannschaften und damit die verbundenen Arbeitsplätze.

Natürlich brauchen manche Dinge Zeit. Deswegen finde ich es nicht in Ordnung, wenn die ÖVP im Südburgenland erzählt, die Landesregierung lässt euch im Stich! Was ja nicht stimmt, denn wenn man sich diese Forderungen ansieht, ist man der Meinung, dass wir im Südburgenland noch mit Rauchzeichen telefonieren und surfen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Geh bitte!)*Die Menschen haben nichts zum Anziehen, nichts zum Essen und die Menschen schlafen auf der Straße, weil man sich das Wohnen nicht leisten kann. Es spielen natürlich verschiedene Faktoren eine Rolle, warum manches eben nicht so leicht geht. Ein wesentlicher Faktor ist die geographische Lage. Man kann eben nicht hergehen, und wie bei einem „Touchhandy“, die Landkarte einfach drehen, was natürlich das Leichteste wäre. Das geht leider nicht. Ich denke, auch wenn es mit einer Verordnung möglich wäre, wenn man die südliche und die nördliche Bevölkerung austauschen könnte, dass einer das Südburgenland, seine Heimat, gerne verlassen würde, um es vielleicht ein bisschen leichter zu haben. Die finanziellen Mittel spielen daher eine große Rolle.

Wir sehen das anhand des Landesbudgets, wieviel für Gesundheit, Soziales, sprich Asylwerber, ausgegeben wird. Jetzt könnte man dort sparen. Das geht aber leider auch nicht wirklich. Wir können uns auch nicht finanziell zu Tode fördern und alles Mögliche und vielleicht noch mit großen Summen fördern. Wir haben gegenüber dem Land und der

Bevölkerung eine Verantwortung zu tragen, auch für die nächsten Generationen. Aber, ein wesentlicher Punkt, den die Bevölkerung im Landessüden auch versteht, ist, den politischen Willen zu zeigen, etwas verändern zu wollen, aber den hat die Landesregierung, ohne Zweifel. Das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit und nicht kurzfristig für augenscheinliches und Ehrlichkeit. Ehrliche Pläne, insbesondere für die Bedürfnisse und Belange des ganzen Burgenlandes, aber auch des Südburgenlandes. Ehrlich sagen, was geht und was nicht geht. Was ist möglich und was ist nicht möglich - aus finanziellen Gründen. Das ist auch das Wesen der neuen Politik im Lande, wie man an die Sache herangeht. Willen, Nachhaltigkeit, Ehrlichkeit zur Bevölkerung. Es braucht kein Sand-in-die-Augen-streuen, also kein ÖVP Stil, Kongress draufschreiben und eine Wahlkampfkampagne daraus machen.

Die Rot/Blaue Landesregierung stellt sich diesen Herausforderungen ehrlich gegenüber, die mit der ÖVP in der Vergangenheit leider nicht bewältigbar waren. Insgesamt werden in dieser Periode 1,5 Milliarden Euro investiert. 2016 hatte man ein Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent. Den größten aller Bundesländer. Man hat die bei der Beschäftigung 100 Tausend Marke geknackt und es wurde die 3 Millionen Nächtigungsmarke überschritten. All das sind Kennzahlen, die man nicht wegleugnen kann, wenn die ÖVP von Stagnation spricht. Es kann also niemand sagen, es passiert wirklich nichts. Es geht nicht darum, den Süden gegen den Norden auszuspielen, sondern insgesamt für das Südburgenland etwas, und das Burgenland insgesamt gesehen etwas weiter zu bringen. Zum Schluss darf ich noch auf den ländlichen Raum kommen. Insbesondere auf Eisenberg an der Pinka, der Ort, der dem Herrn Kollegen Temmel, dem Oberagrarier, besonders am Herzen liegt. Sie waren mit dem ehemaligen Bienenminister Berlakovich, auch mit meinem Bürgermeister, öfters in der Zeitung, wo gefordert wurde, die Region in Eisenberg nicht zu vergessen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Natürlich gehen diese Aussagen gegen die Regierung. Vielleicht vor allem auch gegen die Frau Landesrätin Dunst. Wir wissen alle, was früher am Eisenberg los war. Es ist von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weniger geworden, aber sicherlich nicht in den letzten zwei Jahren. Wissen Sie, Herr Kollege Temmel, wer in den letzten Jahrzehnten die zuständigen Landesräte im Bereich Tourismus, Agrar- und Wirtschaft waren? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da ist dort auch noch etwas weitergegangen.)* Dort, am Eisenberg, ist aber alles niedergegangen. *(Abg. Walter Temmel: Der Wiesler Joschi! - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Geh bitte!)* Genau. Da ist alles bergab gegangen. Das, was wir jetzt vorfinden, Herr Kollege Temmel, was Sie angeprangert haben, finden wir vor. Dafür war Ihr Ressort verantwortlich. *(Abg. Walter Temmel: Ihr Namenskollege, Wiesler Johann! – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)* Aber, je mehr Dinge Sie aufzeigen, desto mehr fragt sich die Bevölkerung draußen, was die ÖVP tatsächlich in den letzten Jahrzehnten gemacht und geleistet hat? *(Abg. Walter Temmel: 30 Jahre!)*Die Frau Landesrätin Dunst und der Herr Landesrat Petschnig sind bemüht, für die Region im Südburgenland etwas weiter zu bringen. Sei es der Uhudler, wie schon oft erwähnt, die Qualitätsoffensive für Privatzimmer oder, zum Beispiel, die Beherbergungsbetriebe. Ich darf zitieren: „Hier liegt von der Landesregierung wenig beachtet ein touristischer Edelstein, die wunderschöne Weinlandschaft der Region Eisenberg. Die Heimat des Blaufränkischen birgt ein großes touristisches Potenzial in sich, das unbedingt genützt werden muss“, wie Nationalrat Niki Berlakovich fordert.

Könnte ich noch einmal fragen, wo waren die Leistungen, dass man dieses Potenzial nutzt? Außer, dass man es versauern und vergessen hat lassen in den eigenen Reihen. In den eigenen Reihen! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir hatten auch immer ÖVP-Bürgermeister in der Gemeinde, *(Abg. Walter Temmel: Gott sei Dank!)* das wissen Sie noch alles, Herr Bürgermeister. Auch da ist mit dem Eisenberg nicht viel weitergegangen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gott sei Dank! - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das glaubst Du doch selber nicht!)* Aber, wenn man sich mit dem eigenen Bürgermeister der betroffenen Gemeinde hinstellt und von sich gibt, naja, am Eisenberg ist ohnehin nichts los, dort gibt es nichts und eigentlich ist es zum Vergessen dort, dann werden noch weniger Leute kommen, Herr Kollege. Die Leute vor Ort haben das so gesehen und Sie wissen auch, wer dafür verantwortlich ist. Mir tun die Leute aber vor Ort leid, weil es eine Negativwerbung für die Leute ist, die noch gekommen wären, dass dort nichts los ist. Denn übrig bleiben die vor Ort, die sich sehr bemühen, sich vom Tourismus, sprich Buschschank, Weinbau, Kellerstöcklvermietung.

Diejenigen, die davon leben und Einkünfte beziehen, werden durch Ihre Meldungen noch weniger kommen. Ich denke, das haben sich die fleißigen Leute vor Ort nicht verdient. *(Abg. Walter Temmel: Das glaube ich nicht! Das glaube ich wirklich nicht!)*Ich darf noch einmal zitieren: „Es wäre hoch an der Zeit, weitere konkrete Maßnahmen für die Region zu treffen." Die Frau Landesrätin Dunst wollte sich am Anfang der Periode mit den Obmännern der Weinbauvereine zusammensetzen. Das wussten Sie, Herr Kollege, um konkrete Maßnahmen für das Pinkatal zu besprechen, was eben die Region braucht. Ich will jetzt nicht unbedingt von einem Boykottaufruf mit Hilfe der ÖVP reden, aber die Abfolge und Zusammenhänge lassen einiges offen. Das ist die Tatsache. Auf der anderen Seite Form und Kritik üben, auf der anderen Seite schlecht machen, gleichzeitig als Bremsklotz auftreten und fungieren, ist Ihnen, Herr Kollege als Pinkataler, aber auch als tüchtigen Bürgermeister, nicht würdig. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! das ist heute ein ganz dringlicher Antrag der ÖVP. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Bist Du jetzt der Sprecher der SPÖ?)* Nein, ich bin nicht der Sprecher der Roten, sondern ich bin schon so lange in diesem Hohen Haus, dass ich das alles mitbekommen habe, was sich da abgespielt hat.

Wie die ÖVP in der Regierung war und hervorragende Arbeit gemacht hat, auch mit der SPÖ, wo wir in der Opposition auch dementsprechend aufgezeigt haben, was möglich und was nicht möglich ist.

Die ÖVP macht ja heute auch nichts anderes, nur denken die nicht dran, dass in der zweiten Reihe Leute sitzen, die ja auch auf dem Regierungsbankerl gesessen sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat denn das mit dem zu tun?)* Das hat sehr wohl mit dem etwas zu tun, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nein! Überhaupt nicht.)* denn ihr konterkariert und sagt so quasi, da unten geschieht überhaupt nichts im Südburgenland.

Ich bin ein Südburgenländer. Ich bin ein Burgenländer und ich sehe jeden Tag etwas Positives in der Entwicklung im Burgenland. Auch mit Mithilfe der Liste Burgenland. Ich sage das ganz bewusst. Wir haben immer gesagt, wir wollen uns einbringen, wir wollen schlussendlich auch, dass im Burgenland etwas weiter geht. Insgesamt. Ich denke nur daran, Anträge die wir immer wieder einbringen, das machen wir nicht aus Jux und Tollerei. Vielleicht verändert man die oder abändert sie etliche Male, aber nur den Uhudler, zum Beispiel, haben wir eingebracht, das man sich darum kümmert. Die Frau Landesrätin Dunst hat es übernommen und hat es zu Ende gebracht. Dankeschön, Frau

Landesrätin. *(Beifall bei der LBL und SPÖ)* Selbstverständlich. Warum nicht? Da fällt mir keine Perle aus der Krone, wenn ich das sage. Den Ankick haben wir gemacht und dann haben Sie das weiterentwickelt. Mit der Unterstützung von uns.

Ich habe kein Problem mit diesem Antrag, aber dass der so dringlich ist, hätte ich mir nicht gedacht. Das muss ich offen und ehrlich sagen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Anscheinend schon, denn sonst würden wir nicht bereits seit zwei Stunden darüber reden, oder?)* Wir zerreden ja vieles, muss ich jetzt da offen und ehrlich sagen, denn der Herr Landeshauptmann hat sich hingestellt und hat Euch die Fakten und Daten gesagt. Das ist ein Elfer, ein aufgelegter, ohne Tormann, den ihr ihm da gemacht habt. Ich finde das gut, wenn das so ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Nur, ihr macht ja das Land wirklich schlecht. Das Land ist nicht schlecht. Wir sind in vielen Bereichen wirklich Vorreiter, aber, das muss man auch dazu sagen, es ist noch vieles aufzuholen.

Gar keine Diskussion. Auch Ihr habt in der Regierung mit den Förderungen und dergleichen mehr, vieles dazu beigetragen, wo wir als Opposition auch immer vielleicht das eine oder andere gesagt haben, dass wir Euch angestachelt haben, tut ein bisschen mehr, macht mehr. Das ist vielleicht ein Antrag in der Richtung. Ich habe kein Problem damit. Aber, noch einmal, Frau Kollegin. Ich glaube, dass heute dieser Antrag, wo wir so lange reden, denn wir reden ja wirklich schon sehr lange, wir diskutieren ja nicht, wir reden sehr lange und da sind fünf oder sechs Abgeordnete, die sich vom Südburgenland herstellen und das eigentlich alles zerreden und schlecht machen. Ich würde sagen, das und das waren positiv, diese Möglichkeit müssen wir schauen, dass wir bekommen.

Jetzt komme ich zu ein paar Punkten. Wohnbauförderung. Ihr wisst ganz genau, da ist die Regierung gesessen Rot/Schwarz. Ich bin da gestanden und habe immer gesagt, die Wohnbauförderung ist zwar die Beste im Burgenland, ihr erzählt mir das immer und schön und gut, aber 124 Millionen Euro haben wir, 78 Millionen Euro geben wir aus. Der Rest ist für das Budgetlöcher stopfen. Jetzt kommt es: Der Herr Kollege Steindl. Nach der Wahl gehen wir noch her und stimmt er mit, dass wir die Rückzahlungen abschaffen. Viele Leute, die sich gefreut haben, jetzt habe ich ein Geld, das ich für die Wohnungen zurückzahlen kann. 20 Prozent hätte ich mir erspart. Der Herr Kollege Steindl stimmt da noch zu. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das tut mir so weh von der ÖVP. Das sagt da keiner in der ersten Reihe von euch Jungs. Sagt es einmal, dass das passiert ist. Wohnbauförderung erhöhen, 20 Prozent mehr Wohnbauförderung. Der Gleichheitsgrundsatz, den solltet ihr kennen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nein, entschuldige, aber mitgestimmt hast Du, Herr Kollege Steindl. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Wenn man in einer Koalition sitzt, schaut das ganz wieder anders aus. Frage doch einmal die Freiheitlichen!)* Da hat mich der Schlag getroffen. Ich komme aber auf den Punkt noch hin. Wie das ausschaut, wenn ich Regierungsverantwortung habe, oder in einer Opposition sitze.

In einer Opposition sitze, wo ich Regierungsverantwortung aber noch vorher gehabt habe. Dann schaut es ganz anders aus. Daher, glaube ich, sollte man insgesamt gesehen, das Burgenland nicht wirklich schlecht reden, sondern daraufhin hinweisen, welche Punkte wir verbessern können, welche Möglichkeiten es tatsächlich in finanzieller Art und Weise gibt. Wir reden davon, aber das kostet alles eine Menge Geld. Seid mir wirklich nicht böse, Entschuldigung für den Ausdruck. Es ist die Finanzierung, an dem es scheitert. Wenn wir hergehen, und uns den Sozialbereich anschauen und das und das fordern wollen, und noch schauen, ob das nicht möglich ist, dann wissen wir, an was es oftmals scheitert. Es scheitert immer am Geld und an sonst gar nichts. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn Ihr fordert, die Wohnbauförderung um 20 Prozent für die Bevölkerung im Süden zu erhöhen oder wenn ich da höre, für die Unternehmer die Körperschaftsteuer zu senken, dann gehen der Gerhard Hutter und meine Wenigkeit her, und verlegen unsere Betriebe hinunter in den Süden, denn dann haben wir ganz einfach weniger Steuern zu zahlen. Wollt ihr das haben? Ich glaube, das ist ja nicht der Sinn der Sache, bei Euren Unternehmungen die Steuern zu senken. Das kann es nicht sein. Ich glaube, da sind wir uns einig, dass das in dieser ganzen Situation nicht möglich ist. Oder, die Forderung, die Nahversorger zu fördern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin da schon vor 20 Jahren gestanden und habe gesagt, das sollte man unterstützen. Nur haben sich mittlerweile die Zeiten geändert. Die Zeiten haben sich sehr geändert. Heute hat mein Kollege Spitzmüller richtig gesagt, dass es nicht mehr so funktionieren wird. Die Greißler werden, leider Gottes, nur mehr die Frühstücksprodukte, eine Milch und Semmeln und das verkaufen. Wir müssen aber schauen, dass wir den Ortskern fördern. Das wäre vielleicht eine Idee.

Den Antrag, den wir eingebracht haben, wo wir gesagt haben, die Ortskernförderung gehört erhöht, dass im Ortskern vielleicht auch ein Markt hinein geht. Wir haben das in Deutschkreutz geschafft, dass der Spar-Markt mitten in Deutschkreutz sich hingesetzt hat, aber mit vielen Hürden, mit sehr vielen Hürden, das muss ich auch dazu sagen. Das war eine „Rennerei"! Das kann man nicht zulassen, denn der Nachbar hat sich aufgeregt, Schallschutzwände und dergleichen wären notwendig. Wir haben es geschafft es funktioniert. Wir wissen aber auch, und das sage ich auch jetzt bewusst, dass wir die Greißler verlieren werden. Das wissen wir, aber das bringt die Zeit mit sich, da können wir nichts machen.

Aber, auch die Gasthäuser. Da sind wir beim nächsten Thema. Was machen wir gegen das Wirtshaussterben? *(Abg. Ingrid Salamon: Mehr ins Wirtshaus gehen!)* Was machen wir? Gar nichts. Mehr ins Wirtshaus gehen? Das hilft ja nichts, denn es gehen ohnehin immer nur die Gleichen. Was ist, wenn ich kein Geld mehr habe zum Ausgeben? Das ist ja das nächste, denn ich muss ja mehr verdienen, damit ich etwas ausgeben kann. Oder, die Jugend packt sich zusammen, kauft beim Billa ihre Flaschen Wodka und setzt sich in den Discobus hinein und fahren in eine andere Ortschaft. Weil wir nichts mehr anbieten können. Schaut Euch doch die Ortschaften an. Auch dort müssen wir etwas unternehmen. Die Ortskernförderung wäre daher ein wichtiges Thema, dessen man sich annehmen und es unterstützen sollte, weil sehr viele alte Häuser leer stehen, was ein Schandfleck ist. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das stimmt!)* Ich sage das wirklich bewusst, denn das ist nicht nur in Deutschkreutz der Fall, sondern, ich fahre durch das ganze Burgenland und denke mir „Puh, das macht da keinen guten Eindruck in der ganzen Situation“. Aber, es gibt im Burgenland, zum Beispiel, schöne alte Häuser, die man restaurieren könnte. Da könnte man noch mehr von der Wohnbauförderung investieren und sagen, auch in diesem Bereich unterstützen wir. Ich muss sagen, das Südburgenland ist wirklich schön. Das ist wunderschön. Es hat ein jeder Bezirk seine Vor- und Nachteile. Bis hinauf auf Neusiedl. Aber jetzt sage ich Euch eines, wenn ich ins Südburgenland hinunter fahre? Die Idylle und das Ganze und wie Du, Herr Kollege Wiesler, gesagt hast, die Situation am Eisenberg und so weiter.

Die bemühen sich alle, denn die haben sehr viel aufgeholt. *(Abg. Doris Prohaska: Ich bringe Dir gleich einen Meldezettel.)*Ich habe ja kein Problem damit. Wieviel Zweitwohnsitze kann ich bekommen? ich habe ja kein Problem damit, aber da muss ich aufpassen, dass ich da unten nicht kandidiere, weil es dann gefährlich wird, das muss ich Euch schon sagen.

Aber, eines ist schon klar, Frau Kollegin: Ich fühle mich dort wohl, im Südburgenland genauso, wie im Nordburgenland. Es ist eben einfach eine andere Atmosphäre, denn wenn ich im Norden bin sind sie hektischer, im Süden sind sie gemütlicher. Das ist das, was mir gefällt. Aber, eines machen wir schon alle miteinander. Das Positive sollten wir hervor kehren. Was ist in den letzten 10 bis 20 Jahren da unten geschehen? Jetzt vergessen wir nicht, denn ich bin nicht gerade der große EU-Befürworter gewesen, das muss ich offen und ehrlich zugeben, aber dem Burgenland hat es geholfen. Jetzt müssen wir aber schauen, dass die EU nicht in der ganzen Geschichte übergeht.

Da sind schon viele Parteien darauf gekommen, dass vieles, leider Gottes, nicht mehr im Gleichgewicht ist, was die EU macht. Was wir wollen, das muss auch klar sein. Jetzt kommen wir auf dieses Thema, denn wir sitzen ja mitten im Burgenland und haben auch unsere Probleme. Die dürfen wir auch nicht vergessen, aber die müssen wir gemeinsam stemmen. Da wird nichts anderes übrig bleiben. Jetzt bin ich ja froh, dass die Therme ein Leitbetrieb da ist. Obwohl es einen Beschluss gegeben hat, wir verkaufen es und hin und her. Dann stellt sich heraus, lieber nicht, weil das etwas bringt. Soll so sein. Aber, dann muss man auch normal und vernünftig drüber reden können. Warum bringt es jetzt auf einmal etwas? Warum hat es vorher nichts gebracht? Da bin ich jetzt bei der damaligen Frau Landesrätin Resetar, denn damals haben wir versucht, die 3 Millionen Nächtigungen zu erreichen, haben sie aber nicht erreicht. Jetzt ist es in einem Jahr oder so gegangen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wohl der neue Landesrat!)*

Nein, schaut genau, denn das sind die Punkte, die politischen Diskussionen, die können wir vergessen. Es ist ein Ziel erreicht worden, wo wir schon seit Jahren aufgebaut haben, dass wir das umsetzen können. Beim neuen Tourismusgesetz, das sage ich euch auch gleich, da können wir auch noch dran arbeiten, denn da gibt es jetzt ohnehin schon wieder eine Diskussion. Aber, das macht ja nichts. Das soll so sein. Kommen wir nun ins Mittelburgenland. Ich sage euch, auch das Mittelburgenland hat eine super Gegend und wunderschöne Dörfer. Aber wenn ich mir die kroatischen Ortschaften anschaue, lieber Herr Landesrat, wenn wir dort nicht bald etwas machen, dann bekommen wir dort ein Problem. Da kann man die Gehsteige um 19:00 Uhr am Abend aufklappen.

Das tut weh, wenn ich dort durchfahre, weil da vor Jahren noch ein Leben war. Jetzt sperrt in Minihof sogar der Deutsch nächstes Jahr zu, habe ich gehört. Was machen wir da? Da musst du dann dahinter sein, Herr Landesrat, dass da irgendetwas passiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Na ist doch wahr! Für was haben wir regionale Politiker? Dafür, dass Sie sich auch für diese Sache einsetzen. Das sind diese Sachen, die Ihr für das Südburgenland fordert. Ihr müsst anpacken, ihr müsst dort etwas gemeinsam mit der Regierung machen und Vorschläge einbringen, was ihr heute eingebracht habt. Es ist ja gut, diskutieren wir es, ich habe absolut kein Problem damit. Oder, wenn man von den Hausärzten reden. Ich verstehe den Herrn Kollegen Hergovich schon, wenn er sagt, das stimmt alles nicht, hin und her. Richtigerweise ist in 20 Jahren, leider, muss man sagen, das Problem aber ganz vakant und daher müssen wir schon vorbeugend etwas machen. Oder, der Herr Landesrat Darabos hat es ja schon versucht, aber es gelingt ja auch nicht immer. das muss man auch dazu sagen. Vielen gelingt es nicht. Auch in den Gemeinden, dass man alles gleich umsetzen und alles umdrehen kann - von heute auf morgen.

Daher brauchen wir ein bisschen Luft, ein bisschen Zeit, denn dann wird das schön langsam kommen. Ich bin einer der sagt, wenn man das wirklich zusammen bringt? Das man das Burgenland positiv bewirbt und bewertet dann wird das in Österreich auch

dementsprechend ein Wiederhall finden. Dann sollte man wirklich, und der Vorschlag war gar nicht so schlecht, den Herrn Finanzminister herunter bringen, den zuständigen Verkehrs- oder Infrastrukturminister, und die sollen uns ein paar tatsächliche Aussagen machen. Wir reden da oft und dann ist es dort oben ganz anders. Laden wir sie einfach ein. Das ist eine Möglichkeit, die sehr wohl demokratisch möglich ist. Das wir Sie einladen zur Diskussion im Landtag. Das wäre wieder einmal ganz etwas anderes in ganz Österreich, dass der Minister, der Finanzminister, den wir immer so schimpfen. Das ist ein Schwarzer, der gibt das nicht her und die Roten sagen, das ist Eurer und so fort.

Man sollte sie einmal daher holen und sagen, was ist tatsächlich Sache, und wer hat mit die verhandelt? Den Finanzausgleich. Wie sieht das überhaupt aus? Stimmt das überhaupt, was da gesagt wird? Das ist ja die Frage. Weil wir haben ja fast keine Einsicht. Jetzt kommen wir zu dem, was ich gesagt habe, was auch wichtig ist. Das Breitbandinternet ist heute schon so zerlegt worden. 2019, auf das bin ich wirklich gespannt, ob das so funktioniert. Das ist eine ganz harte Nuss, glaubt mir das. Eine ganz harte Nuss, da bin ich beim Herrn Kollegen Spitzmüller, weil das nicht so einfach ist.

Nur sich hinzustellen und zu sagen, das schaffen wir, ist alles schön und gut, „we can“ alle, wir sind alle gut unterwegs. Wir können alles, nur, glaube ich, sollten wir offen und ehrlich miteinander umgehen in dieser Sache. Das wir es brauchen ist, glaube ich, unumstritten, im Hohen Haus. Ich glaube, dass gilt auch für das nächste Thema, nämlich, die Mobilität. Wenn ich mir das anschaue, im Südburgenland ist auch einiges passiert, wo man von der Schiene auf den Bus umgestiegen ist, und ich kann nur die ÖVP erinnern, die liebe Dame Frau Gottweis hat unseren Antrag unterschrieben, dass wir das dementsprechend umsetzen werden.

Was ist passiert? Sie durfte bei unserem Antrag nicht einmal mitstimmen und ist fast in Tränen ausgebrochen. Das ist genau das, dass Du, Herr Kollege Steindl gesagt hast, wenn man da in einer Kollation sitzt hat man eben andere Voraussetzungen, wie wenn man, und das sage ich immer der FPÖ, in der Rolle der Opposition ist. Das ist ja logisch, denn es ist ja schade um die FPÖ, wo wir immer stark waren und Opposition betrieben und eigentliche gute Dinge aufgezeigt haben. *(Abg. Géza Molnár: Stärker als jetzt!)* Und jetzt?

Ja, das waren noch Zeiten, denn da haben wir anders hantiert. Jetzt komme ich aber zu diesem Punkt. Wenn mir der Herr Landeshauptmann zuhört, dann muss ich Ihm schon eines sagen, und da bin ich schon bei der Schließung des Bezirksgerichtes in Jennersdorf. Aber, Herr Kollege, Herr Bürgermeister, ein bisschen spät bist du dran gewesen. Logischerweise.

Ich denke einmal, so eine Information habe ich schon im Jahr 2002 erhalten, was wann passieren wird. Genau das ist eingetroffen. Ich weiß nicht, ich bin kein Hellseher, aber genau das kommt immer, weil ich ein bisschen einen Blick habe in der ganzen Situation, was da passiert. Jetzt sage ich Euch noch ein Thema. S7! Das war immer ein Thema, da, wo wir gesagt haben, ja, das müssen wir durchbringen, wir müssen uns darum kümmern, sonst ist Heiligenkreuz tot. Das habe ich immer gesagt. Weil die Diskussion ist immer entstanden, Heiligenkreuz kannst du vergessen, das war eine Fehlinvestition und so fort.

Wir haben immer gesagt, wenn das so ist, dann musst du schauen, dass du da eine Infrastruktur, einen Verkehr hinbringt, mit Straße, aber auch mit Schienen. Das hoffe ich, dass das demnächst umgesetzt wird. Daher glaube ich auch, dass Lenzing soweit denkt und sagt „Ja“, diese Straße wird kommen. Daher mache ich das. Genau das sind diese Dinge, wo wir mitarbeiten wollen, wo wir uns einsetzen wollen. Wenn das eine oder

andere nicht auf Anhieb funktioniert, dann darf man auch nicht verzagt sein. Das habe ich jetzt schon in meiner 25-jährigen Politik, Gott sei Dank, oft verspürt und kennen gelernt und dabei auch gelernt, dass man auch ein bisschen eine Geduld braucht, und nicht alles schlecht redet, sondern einfach hergeht und sagt, schauen wir, dass wir das miteinander schaffen.

Das sind die Dinge, das ich als nächstes befürchte, ist wenn die S7 kommt und wenn Ihr Euch erinnern könnt, habe ich darauf hingewiesen, dass in Tirol schon 80 auf normaler Straße kommt und Autobahnen 100. Liest die Medien! Es ist bald soweit, da habt Ihr alle gesagt, ich bin ein Verrückter, gell? Das kommt in 100 Jahren nicht. Ich sage Euch so schnell könnt Ihr gar nicht schauen, dass man nur mehr einen 80er fahren darf und einen 100er auf den Autobahnen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: 120 auf der S31!)*

Ja, jetzt kommt der nächste Punkt 120 auf der S31 habe ich immer Anträge eingebracht, seitens der SPÖ damals noch. Na halt dich an. Das Beste war das. Der Kaplan Karl war noch Wirtschaftslandesrat und ich bin gefahren rauf und einen 100er oder 110 und der überholt mich mit dem Dienstauto. Was soll ich da sagen. Dann kommt der Antrag herein auf 120 aufzustocken. Da, hat er gesagt, sind wir dagegen. Na, was ist denn los da? Genau das sind die Dinge, die politisch auch Diskussionen haben und der Gleichen mehr. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt doch nicht.)* Aber, im Endeffekt werdet Ihr jetzt sagen, Gott sei Dank, und jetzt sage ich eines dazu, auch ein Antrag von uns, dass die S31 ausgebaut wird. Aber, nur leider, Herr Kollege Illedits, leider muss ich sagen nur bis Weppersdorf. Die meisten Unfälle passieren jetzt zwischen Weppersdorf und Neutal. Ist Euch das schon aufgefallen? Tödliche sogar. Das heißt, dort hat man auch jetzt die Verantwortung oder die finanzielle Situation herzunehmen.

Liebe ASFiNAG! 37 Millionen Euro poltert man hinein, von Oberpullendorf bis Rattersdorf, dann macht dort auch bitte etwas. Das wäre jetzt ein Schritt, wo ich den Herrn Landesrat Bieler bitten würde, dass man sofort bis mindestens nach Oberpullendorf hinunter geht und die ausbaut. Das wäre ganz ein wichtiger Faktor. Jetzt aber zurück zum Südburgenland. Auch ich habe gefordert, die B50 auszubauen, wenn Ihr Euch erinnern könnt. Da waren Sie noch in der Landesregierung. Da hat man das abgelehnt. Da hat mir der Herr Landesrat Bieler gesagt, das kostet 1,5 Millionen Euro. In Lutzmannsburg suchen wir noch immer diese 3 Millionen Euro. Wenn wir die hätten, hätten wir das schon zwei Mal ausbauen können. Das heißt, man sollte Prioritäten setzen, sich das ansehen, ist es notwendig, wenn man dort Oberwart wirklich ausbaut, um so viel Geld, dann sollten wir das auch ins Kalkül ziehen dass es ausgebaut gehört, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber nicht, dass die ASFiNAG 37 Millionen Euro investiert. Warum weiß ich gar nicht, muss ich ehrlich sagen. Von Oberpullendorf bis Rattersdorf und in Ungarn stehen wir an, und wissen nicht wie es weitergeht.

Aber, da werden wir noch eine Lösung finden, glaube ich. Ich glaube, dass wir heute mit diesen Dringlichkeitsantrag doch ein paar Punkte in Erinnerung gerufen haben, die wir doch schon vergessen haben, oder gar nicht mehr gewusst haben, was eigentlich schon passiert ist und was noch passieren kann. Da bin ich bei euch, aber ich habe kein Problem damit, mit Vorschläge sich einzubringen, aber ihr müsst auch offen und ehrlich in die Diskussion reingehen und nicht nur politisches Kalkül daraus zu ziehen, sondern offen und ehrlich sagen, Ja wir wollen, dass wir gemeinsam was weiterbringen.

In diesem Sinne, glaube ich, war der Antrag nicht so schlecht, der Abänderungsantrag noch besser, weil der sagt gar nicht aus, ist ohnehin völlig egal. Aber, nur für die ÖVP, denn wenn ihr wirklich für das Südburgenland seid, dann lasst es wirklich

bei einem guten Ragout und der Herr Landeshauptmann soll die Handtücher beim Vossen kaufen. Das wäre auch nicht schlecht. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet, Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte diesen Dringlichen Antrag nicht mehr zerreden, wie der Kollege Kölly das gesagt hat, sondern auf den Punkt bringen. Ein paar Antworten bin ich trotzdem noch schuldig. Der Kollege Hirczy hat nämlich gesagt, warum man gerade im Burgenland die Bezirksgerichte sperrt? Das Bundesgesetzblatt Jahrgang 2012. Gültigkeit mit 1.1.2013. Werden hier die Bezirksgerichte in Niederösterreich folgende *(Abg. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber nicht in einem gemeinsamen Verwaltungsbezirk! Mensch!)*

Darf ich jetzt das sagen, was ich will oder muss ich das sagen was Sie wollen? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Wahrheit solltest Du sagen!)* In Ordnung. Folgende Bezirksgerichte werden dort zusammengelegt. Acht Stück: Ebreichsdorf, Gloggnitz, Haag, Laa an der Thaya, Stockerau, Waidhofen an der Ybbs und Zistersdorf. Also, meines Wissens nach, war damals, so wie heute, weder der Justizminister und vor allem in Niederösterreich auch nicht der Landeshauptmann ein Roter.

Gut, ich darf jetzt auf den Dringlichen Antrag kommen. Sie können es aber gerne haben, Herr Kollege, sollten Sie es nicht wissen, gebe ich gern in dieser Form weiter. Unter dem Motto „Starke Ideen für eine starke Region“ - in den vergangenen Monaten wurden zahlreiche Veranstaltungen hier durchgeführt, unterschrieben die Einleitung von Herrn Mag. Steindl, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Steiner! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Steiner!)* von Herrn Mag. Steiner .*(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das täte mich jetzt wundern. – Heiterkeit bei der ÖVP - Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist ein Witz.)* und vom Herrn Mag. Sagartz. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist wirklich ein Witz.)*

Eigentlich müsste man ja sagen, wenn man sich wirklich den Inhalt durchliest, müsste es an und für sich *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist wirklich ein Witz, nicht einmal richtig herunterlesen. – Unruhe bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Also bitte, also ehrlich jetzt.)* Herr Abgeordneter, Sie haben sich noch nie versprochen? Mag. Steiner und Mag. Sagartz.

Grundsätzlich hätte es besser gepasst, wenn hier, wenn die Brüder Grimm das geschrieben hätten. Das einzige, was das ist, das ist eine Hochglanzbroschüre und was da drinnen steht, das haben die Leute ja schon gesagt. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Grundsätzlich zu sagen aus dem Gleichheitsgrundsatz, dass man im Südburgenland grundsätzlich 20 Prozent höhere Förderungen *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Geh, das stimmt ja nicht.)* auf die Wohnbauförderung hingibt, das glauben Sie ja in dieser Form selber nicht.

Ich muss ehrlich sagen, ich habe mir das das erste Mal angeschaut, wie die Diskussion war, dass in Stinatz eine Trafik nicht mehr weitergeführt wird. Und unsererseits ist es ferngelegen, dass man hier parteipolitische Arbeit macht. Dort haben sich der Kollege Temmel, der Bürgermeister, die Frau Bundesrätin, haben sich dann letztendlich hingestellt und haben gesagt, ja leider kann man aus der ganzen Geschichte nichts mehr machen. Eine Trafik, eine Trafik die 100 Jahre besteht. Die hier, - *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sag das Euren Gesundheitslandesrat, wenn Ihr Euch so einsetzt für die*

Gesundheit.) eine Trafik die 100 Jahre besteht. Mit einer Postpartnerstelle, mit einer Lotto-Toto-Annahmestelle und auch mit einer Putzerei.

Die Tabakmonopol, direkt unter dem Finanzministerium angesiedelt, hat grundsätzlich gesagt, es gibt keinen weiteren Vertrag für eine Neugründung der Trafik. Und alle haben dazu applaudiert, auch die Frau Bundesrätin, die ja hier Wirtschaftskompetenzen hat, wie sie immer sagt, und man hat das grundsätzlich so hingenommen. In weiterer Folge gibt es dort auch von der Wirtschaftskammer Vertreter für Trafiken. Die hat sogar zugestimmt bitte, auf Landesebene wurde zugestimmt, dass die Trafik in Stinatz nicht weitergeführt wird. *(Abg. Walter Temmel: So wie der Landesrat.)* Und Ihr schaut Euch das alles an, applaudiert und sagt, na da kann man halt nichts machen.

In der Broschüre, wo Sie schreiben, die Nahversorgung wollen Sie fördern und ausbauen. In dieser Form, - *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wollen wir.)* ja das möchten Sie gerne, Sie müssen aber auch etwas dafür tun. *(Unruhe bei der ÖVP)* Alles was da drinnen steht, das sind Schmähparaden, was Sie machen, nicht mehr und nicht weniger. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Herr Abgeordneter, wie kann sie zustimmen?)*

Genau, ja Frau Kollegin, ich weiß. Sie können dann eh heraus gehen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, wie kann sie zustimmen?)* Ich habe eh gehört, was Sie gemacht haben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Keine Antwort.)* Sie machen nichts anderes, Sie waren Jahrzehnte in der Regierung und gehen heute her und sagen, alles ist schlecht.

Außerdem, meines Wissens sind Sie auch aus dem Südburgenland. Was haben Sie dazu beigetragen*? (Abg. Mag. Michaela Resetar: Vieles.)* Wenn jetzt, heute, alles schlecht ist, und vor zwei Jahren waren Sie noch in der Regierung. Also bitte. Nicht nur, dass jetzt die Trafik dort geschlossen wird, sondern damit stirbt ein Nahversorger. Das heißt, dort ist die Lotto-Toto-Stelle dabei, dort ist die Postpartnerstelle dabei, dort ist eine Annahme einer Putzerei dabei.

Grundsätzlich ist es so, dieses Geschäft steht auf vier Säulen. Wenn dort eine wegbricht, sagt ganz einfach der Besitzer und der Betreiber und der neue Geschäftsmann, ich kann es nicht mehr weiterführen. Und alle Eurerseits schauen sich die Geschichte an und nützen in dieser Form überhaupt nichts. Außer, dass Sie Pressekonferenzen machen und letztendlich dann eingestehen müssen, dass Sie dort überhaupt in keiner Form etwas weiterbringen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich verstehe eines nicht, Kollege, Sie haben gesagt, Sie jammern nicht. Unsere fleißigen Burgenländerinnen und Burgenländer jammern nicht. Ich kenne noch Zeiten, wie etwa das Jahr 1979, und es sind ja hier viele dabei, die auch Pendler waren.

Wenn man damals, Anfang der 80er Jahre, nach Wien gekommen sind, da hat es die Burgenländerwitze gegeben. Die gibt es schon 20 oder 25 Jahre nicht mehr. Und mir kommt die ÖVP genauso jetzt vor, Ihr hättet es wiederum gern, dass man einfach die Burgenländerwitze erzählt, in vielen Bereichen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA; Geh bitte. – Allgemeine Unruhe)*

Der Herr Landeshauptmann hat es angesprochen, aus dem ehemaligen Armenhaus Österreichs haben wir uns in vielen, vielen Bereichen - nicht nur, dass wir im Mittelfeld Österreichs sind, sondern wir sind vorne mit dabei - da spielen wir in der Champions League mit, ob das in der Erneuerbaren Energie ist, ob das im Tourismus ist, in vielen Bereichen, auch in der Bildung. In dieser Form machen Sie nichts anderes, Sie reden die Menschen, unsere fleißigen Menschen, unsere Burgenländerinnen und

Burgenländer schwach, schlecht. Sie haben angesprochen den Breitbandausbau. Gerade wenn es hier nicht die Politik gegeben hätte, dann wären wir in dieser Form auch nicht so weit. Und ich muss sagen, da gibt es sehr viele Bürgermeister hier. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nach Alleininitiative.)*

Ich darf Bürgermeister sein in einer Gemeinde, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Schachendorf.)* der größten Streusiedlungsgemeine. Frau Kollegin, Sie kennen Olbendorf, wir haben alleine 120 Kilometer asphaltierte Gemeindestraße. Da kann man sich eigentlich vorstellen, in dieser Form, was die Herausforderung tagtäglich ist, das in der Form auf die Reihe zu bringen. Ich muss Ihnen eines sagen, ohne Förderung habe ich den Breitbandausbau in Olbendorf gemacht. Ich sage Ihnen auch wie es geht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, ich kann es Ihnen sagen, in Schachendorf auch.)* Nur immer hinzusetzen und sagen, wir drücken nur auf den Knopf. Frau Kollegin, Sie können ja gern wieder hinausgehen. Sie sagen, es ist nichts geschehen, das stimmt ja nicht. Man drückt natürlich nicht auf den Knopf und es fällt vom Himmel herunter. Man muss halt etwas tun. Man muss sein Hirnschmalz einsetzen. Man muss etwas tun. Man muss die Verbindungen machen. Viele Gemeinden machen das in dieser Form und das lasse ich einfach nicht schlechtreden. Es gibt auch dort sehr viele Bürgermeister seitens der ÖVP, die Gemeinden dort weiterbringen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das kommt auf den Bürgermeister drauf an.)* Ich möchte aber dazu sagen, Frau Kollegin, die Gemeinde Olbendorf ist in den letzten Jahren, hat einen Zuwachs bei 1.470 Hauptwohnsitzen von 60 Personen. Wir sind nächstes Jahr wieder vierklassig, wir sind dreigruppig im Kindergarten.

Und ich sage Ihnen auch wie es geht. Nicht nur weil der Bürgermeister fleißig ist. Wir haben einen Mandatsstand von 18 zu drei. Ich sage Ihnen das nur. Drei ÖVP Gemeinderäte, und in meiner Periode sind alle Beschlüsse im Gemeinderat einstimmig. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: In Schachendorf steht es 11 zu vier.)* Weil diese Gemeinderäte auch von der ÖVP nicht jammern, sondern mitarbeiten in der Gemeinde. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Schmähparaden, die Sie machen, glauben Ihnen nicht einmal draußen mehr die ÖVP-Funktionäre. Wir haben die meisten Dorferneuerungsprojekte in dieser Form. Wir haben in unserer Gemeinde, weil Sie die Problematik der Ärzte ansprechen, das ist ein Problem, aber man muss etwas tun.

Am 24. Juni hat die Gemeinde mit einem Arzt ein Grundstück erworben. Dort war grüne Wiese, es war aber gewidmet, ohne Infrastruktur, 24. Juni. Die Eröffnung der Ordination hat am 8. Oktober stattgefunden – drei Monate, eine Woche. Und das funktioniert nur in dieser Form, dass hier auch die Gemeinde, die Gemeindevertretung mit den ÖVP Gemeinderäten, mit den drei, nicht jammert, nicht polemisiert, sondern hier auch die Beschlüsse mitträgt und hier mitarbeitet. Das wäre ein Beispiel auch für Sie, dass Sie das machen würden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Schauen Sie, ich sage grundsätzlich, die Landespolitik leistet hier eine hervorragende und gute Arbeit. Und ich möchte auch nicht schlechtreden, wenn Sie sagen oder dass ich bestätige, wie Sie in der Regierung waren, dass nicht alles schlecht war, was Sie gemacht haben. Aber dass Sie sich heute herstellen und an und für sich jetzt zwei Jahre nicht mehr in der Regierung sind, Jahrzehnte, ein halbes Jahrhundert Ressorts gehabt haben, wie Sie jetzt die Frau Landesrätin Dunst schuldig werden lassen, in dieser Form, ob das beim Jagdgesetz ist, ob das beim Uhudler ist.

Dann lassen Sie sich in die zweite Reihe zurückfallen und sagen ganz einfach, alles ist schlecht. Ich glaube, dass Ihnen das niemand abnimmt. Das sind wir ganz einfach

unseren fleißigen Menschen in dieser Form auch schuldig, dass wir hier seitens der Politik unsere Rahmenbedingungen setzen.

Ich finde und lade Sie auch ein, dass Sie natürlich in Ihrer Position als Opposition eine Oppositionspolitik machen. Nur das ist eine Schmähparade. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich neuerlich Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Es freut mich wirklich, dass sich heute alle positiv zum Südburgenland bekennen. Gratuliere, Kollege Sodl, zum Bevölkerungszuwachs, Gemeinderat alles einstimmig, ich gratuliere auch dazu. Bei anderen Gemeinden ist es so ähnlich. Ich möchte aber nicht diese Gemeinden erwähnen.

Bezüglich Trafik glaube ich, haben sich alle bemüht. Natürlich der Gemeinderatsbeschluss war einstimmig, Unterschriftenaktion, Vorsprache bei den verschiedensten Stellen. Gratulation an Sie, Sie können sich eben besser verkaufen mit einer zusätzlichen Pressekonferenz. *(Abg. Wolfgang Sodl: Man braucht nur die Wahrheit sagen.)*

Aber zum Kollegen Wiesler noch einmal. Wir lassen uns das wirklich nicht gefallen, dass Sie meinen Bürgermeisterkollegen, also Ihren Bürgermeister, und auch die Vorgänger in der Landesregierung, die ÖVP-Vorgänger hier beschimpfen und sagen, es hat sich nichts getan. *(Unruhe bei der SPÖ)* Es wurden keine Projekte umgesetzt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Uns als Bremser hinstellen - also das bin ich meinem lieben alten Freund Joschi Wiesler schon schuldig, dass ich hier das berichtige und richtigstelle. *(Allgemeine Unruhe)* Mit der Hilfe von sehr fleißigen Unternehmerinnen und Unternehmern, Weinbäuerinnen und Weinbauern sind in den letzten Jahren Ratschen umgesetzt worden, das Koasa Schlössl, der Aussichtsturm im Rahmen des Ökoenergielandes wird landauf, landab bewundert von sehr vielen Touristen und natürlich auch von den Einheimischen.

Das letzte Projekt war der Buschenschank Poller, auch ein Restaurant und viele andere kleine Projekte. Die Weinbauern haben natürlich mitgeholfen, mitzufinanzieren.

Und ein Danke an die Landesrätin, Sie hat es die letzten Jahre gemacht. Das nur zur Richtigstellung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte sehr Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Landeshauptmann! Regierungskolleginnen und -kollegen! Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben alle Verständnis dafür, dass Sie überhaupt nicht umgehen können damit, dass der Herr Abgeordnete Wiesler, mit seinem Großonkel, der hervorragende Arbeit gemacht hat, aber leider mit der ÖVP nicht weiterarbeiten konnte.

Weil man mit Ihnen nicht arbeiten kann, *(Abg. Walter Temmel: Jetzt hören Sie aber auf, das ist eine Unterstellung.)* und daher wundere ich mich nicht, und das hat überhaupt nichts damit zu tun. *(Abg. Walter Temmel: Das ist eine Unterstellung.)* Gratuliere, Kollege Wiesler, richtiger Weg. Mit der ÖVP rennt man an die Wand und kommt nicht weiter. Das war der richtige Schritt, dort wegzugehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich weiß, dass das weh tut, meine Damen und Herren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist die Unwahrheit. Der war immer blau. – Abg. Ing. Strommer: Der war immer blau. - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Der war immer blau. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben gerade die Unwahrheit gesagt, Frau Kollegin.)* Aber das ist Tatsache. Nicht blau aber anders, nämlich blauäugig ist, heute mit einer Broschüre zu kommen. Und das ist der nächste Punkt. Der Landesrat Bieler hat es Ihnen eh schon gesagt. Liebe Kollegen aus dem Südburgenland, soll ich es Ihnen aufzählen? Es gibt acht Druckereien im Südburgenland.

Da stellen Sie sich her mit einer Südburgenlandbroschüre, verteilen es in drei Bezirken, in 28.000 oder 30.000 Haushalten*. (Unruhe bei der ÖVP)* Und dann haben Sie nicht einmal eine Druckerei im Süden gefunden. *(Abg. Walter Temmel: Ich möchte Deine wissen, Deine Projekte.)*

Also das zeigt wieder von Stärke. *(Unruhe bei der ÖVP – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen – Abg. Mag. Michaela Resetar: Wir haben im Burgenland drucken lassen und nicht in Polen.)* Die Broschüre zahlt sich ja gar nicht aus zum Anschauen, weil der Herr Kollege Sodl Ihnen klar gesagt hat, das ist wie Grimms Märchen.

Aber ich möchte zwei Themen herausnehmen. Weil sie ja wirklich unglaublich sind. Da steht unter anderem, Geldtopf für Risikoprojekte schaffen. Sie reden heute ständig von Crowdfunding. Gut, super. Nur schauen Sie einmal, dass Sie ein paar Projekte zusammenbringen, nicht fordern sondern tun. Das Zweite: Meine Damen und Herren, ist Ihnen klar, wie viele Projekte, Unternehmer im Südburgenland deswegen da sind, weil Risikokapital des Landes herinnen ist und auch des ATHENA-Fonds.

Wenn man da viele Betriebe wegnimmt, dann würden wirklich wenige sein. Gott sei Dank bekennt sich das Land dazu. Aber da haben Sie wieder überhaupt nichts mitgekommen, das ist leider zu spät, das wird gemacht. Aber, meine Damen und Herren, nur einige Sätze noch. Sie schreiben da, Nahversorger fördern. Wir wollen eine Nahversorgungsförderung für das Südburgenland. Eins zu eins gebe ich Ihnen recht.

Dann schreiben Sie weiter, Sie wollen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Ankauf neuer Maschinen, Anlagen und Geräte, und daher soll es eine Förderung von 20 Prozent geben. Da muss ich Ihnen eine Abfuhr erteilen. Entschuldigung, 20 Prozent ist ja viel zu wenig! *(Abg. Walter Temmel: Aber für alle!)* Vor 14 Tagen hat diese Regierung beschlossen, *(Abg. Walter Temmel: Aber für alle!)* 40 Prozent für Kleinst- und Kleinunternehmer, für Klein- und Kleinstunternehmer! *(Abg. Walter Temmel: Aber für alle. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Walter Temmel: Für alle!)*

Was tun Sie? Sie fördern die Großen. Wir haben es heute eh schon gehört, verschonen die Millionäre. *(Abg. Walter Temmel: Lenzing.)* Schauen Sie, dass mehr Steuern reinkommen, dann können wir endlich auch mehr investieren.

Und ich rede von kleinen und kleinsten Unternehmen, die zu stützen sind. *(Unruhe bei der ÖVP)* Aber macht ja nichts, Sie waren eh 70 Jahre in der Regierung.

Ich habe das nur zuwege gebracht mit dieser Nahversorgungsrichtlinie aus dem Agrarbudget, wo ich hergegangen bin und in Brüssel angesucht habe, dass ich eine Möglichkeit nutze, und habe ein Jahr lang gearbeitet, dass da eine Richtlinie umgeformt wurde. Ich bedanke mich bei jenen, die mich dabei unterstützt haben.

Der Süden wird genug davon profitieren können, da können Sie ganz, ganz sicher sein. Sie erzählen da auch so G‘schichteln wie 5.000 Euro fehlen aus der Dorferneuerung. Tut mir leid - wir in der Regierung sind gewohnt, so zu arbeiten, dass wir uns nach gesetzlichen Vorgaben zu richten haben. Wenn jemand - und ich teile aber jetzt nicht so

weit aus, wie Sie es gemacht haben, wenn ein Bürgermeister x-mal angerufen werden muss, wenn wir proaktiv auf ihn zugehen, dass wir einen Antrag brauchen und wie der ausschauen soll, damit wir es unterstützen können.

Tut mir leid, aber dann lasse ich mir von Ihnen nicht vorhalten, ich würde das Geld nicht auszahlen. *(Abg. Walter Temmel: Wir werden schauen was wahr ist.)* Weil das erzählen Sie im ganzen Pinkatal. Schauen Sie, dass Sie Ihren Bürgermeistern eher helfen beim Förderantrag ausfüllen, dann geht es schneller! Dass Sie - das hat der Kollege Sodl schon klar gestellt, dass Sie sich da heraus stellen und den Landeshauptmann für das Bezirksgericht Jennersdorf dafür verantwortlich machen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Landesregierung nicht den Landeshauptmann. – Allgemeine Unruhe – Abg. Walter Temmel: Die Regierung.)* und dann noch behaupten, obwohl Sie genau wissen, wer zuständig ist. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Regierung.)*

Es ist Ihr zuständiger Minister und da sagen Sie dann vor allem, dass Sie unfähig sind. Vor Jahren hat der Landeshauptmann schon verhindert, dass damals das Bezirksgericht zugesperrt hat, dass *(Unruhe bei der ÖVP)* Sie aber gewusst haben, dass das kommt und wie ein Damoklesschwert über uns hängt *(Abg. Manfred Kölly: 2002 hat er das gesagt.)* und das ist Ihr Parteikollege. Sie bringen es in vier Jahren nicht zusammen mit Ihren Parteikollegen als Minister zu reden, na wofür sitzen Sie dann denn überhaupt da? Das verstehe ich nicht. *(Abg. Ingrid Salamon: Das verstehen sie selber auch nicht.)*

Aber das Beste ist, dass Sie hier dann noch behaupten, in keinem Bundesland wären *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Walter Temmel: Verwaltungsbezirk. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In den Verwaltungsbezirken.)* Bezirksgerichte zugesperrt worden, alleine sieben in der Steiermark, alleine neun in Niederösterreich. *(Unruhe bei der ÖVP)*Bitte das kann ja nicht sein, dass Sie da einfach irgendetwas erzählen, was überhaupt nicht stimmt. Aber okay, das passt schon. Aber das, was mich trifft und damit möchte ich schon zum Abschluss kommen, das was mich trifft ist, ich habe Sie schon mehrfach darum gebeten, Sie schaden sich eh nur selber, schauen Sie sich die Ergebnisse an in den südlichen Bezirken, dann werden Sie eh merken, dass Ihnen die Leute nicht mehr vertrauen. Nicht nur der Herr Wiesler läuft Ihnen davon, sondern auch andere.

Ich möchte Ihnen eine Bewertung der Lebensqualität "Menschen", das hat der Herr Dr. Peter Hajek, den kennen Sie sicher, das ist nicht irgendwer, in einem Bürgerbeteiligungsmodell im Südburgenland gemacht und da sind Südburgenländer gefragt worden, da steht: „Wie geht es den Südburgenländern mit ihrer Lebensqualität?“

Meine Damen und Herren, und da sagen insgesamt 73 Prozent, sehr gut bis gut, wir sind zufrieden, wir haben eine hervorragende Lebensqualität. Und 22 Prozent sagen, es geht uns gut, die Lebensqualität ist gut. Vier Prozent sagen, die Lebensqualität ist schlecht. Jetzt können Sie zusammenzählen, was das ausmacht? Das sind über 80 Prozent die sagen, die Lebensqualität im Südburgenland ist hervorragend bis gut. Die Menschen wissen schon, was sie haben und reden Sie nicht ständig das Südburgenland schlecht. *(Abg. Walter Temmel: Wir reden nie schlecht.)*

Genauso wie die Menschen im Südburgenland befragt wurden, ob sie mit der Entwicklung im Burgenland zufrieden sind und da haben 58 Prozent ganz klar gesagt, sehr gut - da geht etwas weiter. Also wen immer Sie mit Ihrer tollen, in Eisenstadt gedruckten, Südburgenlandbroschüre da befragt haben, das entspricht aber leider etwas anderem. *(Abg. Walter Temmel: Ich bin neugierig was Du machst.)* Aber zuletzt, *(Abg. Walter Temmel: Wir werden das hinterfragen.)* Sie haben - und das haben eh mehrere

Vorredner heute schon gesagt - alleine am Beispiel Uhudler, Sie haben jahrzehntelang nichts gemacht.

Jetzt höre ich schon wieder, das Sie gegen das „Uhudlerland“ reden, wo ich mit dem zuständigen Tourismuslandesrat, der weiß, wie man im Südburgenland den Tourismus *(Abg. Walter Temmel: Wer ist der Geschäftsführer?)* vorwärts bringt und genauso ich. *(Abg. Walter Temmel: Wer ist der Geschäftsführer?)* Wir haben uns ausgemacht, das „Uhudlerland“ ist eine wichtige Marke unter dem Titel Südburgenland. *(Abg. Walter Temmel: Den Geschäftsführer möchte ich wissen.)*

Was tun Sie? Sie bekämpfen das schon wieder, obwohl wir wissen, der Uhudler ist ein Magnet der Sonderklasse. *(Abg. Walter Temmel: Wir bekämpfen gar nichts. - Allgemeine Unruhe)* Und was tun Sie? Über Jahrzehnte den Uhudler nicht zugelassen und dann sind Sie auch noch nach Wien gegangen *(Abg. Walter Temmel: Der Geschäftsführer würde mich interessieren.)* und haben gesagt, wir machen aus dem Uhudler ein ganz großartiges Getränk, das wird jetzt in ganz Österreich ausgepflanzt, gratuliere Ihnen! Damit nehmen Sie dem Südburgenland das, was in Wirklichkeit nur dem Südburgenland gehört *(Abg. Walter Temmel: Das haben ja Sie gemacht.)* und gehen her und lassen das zu, dass jetzt in ganz Österreich Uhudler als Obstwein angepflanzt wird. *(Abg. Walter Temmel: Unser Vorschlag war Gebietsschutz.)*

Wissen Sie, was Sie tun? Sie verraten das Südburgenland, *(Abg. Walter Temmel: Unser Vorschlag war Gebietsschutz. – Landeshauptmann Hans Niessl: Obstwein.)* machen es schlecht. Die Menschen machen Sie schlecht und die Leistung machen Sie schlecht! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Edith Sack: Das ist so traurig. - Abg. Walter Temmel: Unser Vorschlag war Gebietsschutz. – Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Sei ruhig!)*

Wer will denn da bleiben? Sie verraten die Region, Sie verraten die Menschen. Sie verraten die Betriebe, weil wenn Sie noch immer nicht kapiert haben, weil wenn man immer nur über eine Region schlecht redet, dass man in diese Region nicht fahren mag als Tourist, oder nicht investieren, dann bitte lesen Sie einmal irgendwo nach und bilden Sie sich weiter. *(Abg. Walter Temmel: Das glaubst Du jetzt selber nicht.)*

Sie machen die Region schlecht, Sie machen es schier unmöglich, dass an diese Region wer glaubt. Hören Sie endlich einmal auf! *(Abg. Walter Temmel: Das glaubst Du jetzt selber nicht.)* Das Südburgenland ist super, die Lebensqualität ist hervorragend, sagen die Menschen und genieren Sie sich, dass Sie mit unserer Heimat so umgehen. Das weise ich zurück, hören Sie endlich einmal auf! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Walter Temmel: Die Statistik sagt etwas anderes.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrat. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung. *(Allgemeine Unruhe – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Hergovich eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Die Entschließung betreffend 7 Punkte für das Südburgenland ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Unser Antrag ist angenommen.)*

Fortsetzung des 7. Tagesordnungspunktes

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Geschätzte Damen und Herren, wir steigen wieder in die unterbrochene Debatte ein und ich erteile Herrn Landtagsabgeordnetem Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke schön. Frau Präsidentin, ich zögere noch ein wenig hinaus, bevor ich zum Reden beginne. *(Einige Abgeordnete verlassen den Landtagssaal.)* Ruhig bleiben, nachdem der Abzug erfolgt ist, steigen wir dann wieder ein.

So, ich glaube jetzt dürfen wir uns wieder der Mindestsicherung widmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vieles was in der Vordiskussion jetzt angesprochen wurde, werde ich nicht kommentieren. Aber einen Punkt, den möchte ich ganz besonders hervorstreichen, weil er gleich zu Beginn in der Debatte gefallen ist.

Wir sollten es, Wortlaut, direkter Wortlaut "wir sollten es nicht zulassen, dass Burgenländer und Burgenländerinnen gegeneinander ausgespielt werden". Ich glaube, das ist auch dem Herrn Soziallandesrat noch in Erinnerung, nachdem es der Herr Klubobmann Hergovich gesagt hat. Wir werden es nicht zulassen, Menschen gegeneinander auszuspielen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt im Rekurs einen kleinen Streifzug in die Vergangenheit beziehungsweise auf die Konstellation, die wir in der Mindestsicherung zu diskutieren haben.

Das europäische Projekt, und das sagt Ihnen heute im Grunde genommen jeder, der ein wenig mit Verstand gesegnet ist, ist im Grunde genommen durch viele Versäumnisse, die in der Gemeinschaft passiert sind, nicht mehr im Stande den Gegebenheiten, den realen Umständen, sich zu widmen.

Eines der offensichtlichsten Probleme ist der im Zeitgeist gegebene Umbruch. Wir erleben eine Umbruchsituation, die durch absolute Irritation gekennzeichnet ist, weil es sich um Flüchtlingsbewegungen handelt, die Europa in der Form nie erwartet hat, mit der sie im Umgang auch nie zu Recht gekommen ist.

Wir haben eine Situation, wo jetzt im Nachklang vieles versucht wird, quasi vom Teller zu wischen, nur weil die Menschen, die zu uns gekommen sind oder die nach Europa gekommen sind, ein Auskommen gesucht haben, verfolgt durch in ihren Heimatländern gegebene Kriegssituationen und durch verschiedene andere Gegebenheiten. Das heißt, wir sind uns einig in der Bewertung, Europa sollte eine Sozialunion sein. Europa sollte auch eine Gemeinschaft sein, wo es eine gemeinsame Finanzpolitik gibt.

Und alle, die heute auch von diesem Unterschied zwischen Nord- und Südburgenland gesprochen haben, werden hoffentlich nicht der Meinung sein, dass das Südburgenland durch ein Ausscheiden aus dem Burgenland, durch einen Südburgenland-Brexit, zu einem neuen Leben erwachen könnte.

Diese Situation, die wir vorfinden auf die Mindestsicherung, ist aber ein Lizitieren innerhalb der europäischen beziehungsweise der österreichischen Situation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder der heute oder der die letzten Monate seit 1. Jänner verfolgt hat, wird mitbekommen haben, welches unmenschliche Handeln, allein von der Sprache her, in allen österreichischen Bundesländern, einen Unterschied zwischen Menschen die hier leben und denen, die hinzugezogen sind, gebildet wurde. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Ein unmenschliches Tun, ein unmenschliches Handel, eine Sprachwahl, die absolut nur auf Gegensatz aufgebaut ist. Man braucht sich nicht wundern, dass an Wirtshaustischen und im allgemeinen Sinne diese, über alle Medien vermittelte Disparität, der Unterschied so stark in der Hervorkehrung ist, dass dann nachträglich Menschen nicht mehr wissen, wie sie mit der Migration beziehungsweise mit den Menschen umgehen sollen, die nach Österreich gekommen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa hat in der Verteilung der Flüchtlingsströme versagt. Europa findet heute keinen Ansatz, dieses Leid in einer Aufteilung auf die 27 - ich nehme den 28. Staat nicht mehr hinzu - quasi auszugleichen.

Das System in der Solidarität unter den europäischen Mitgliedsländern ist nicht gegeben und funktioniert nicht. Was aber der Umkehrschluss und die Situation jetzt in Österreich anlangt, haben wir ein Desaster mit 1. Jänner 2017, dass sich auf nationaler Ebene niemand mehr bereitgefunden hat, eine Mindestsicherungslösung herbeizuführen, die für alle Österreicherinnen und Österreicher und für alle Ausländer, die in Österreich leben, Gültigkeit haben sollte.

Sondern man hat begonnen, ein System der Lizitation gegeneinander, von Bundesland zu Bundesland. Dann kommt man in der Diskussion, die wir heute führen, zu der Darstellung durch den Klubobmann Molnar, der dann eindeutig sagt, wir haben es erreicht, dass sozialste Mindestsicherungssystem Österreichs zu kreieren. Wobei in der Darstellung jetzt möglicherweise die sprachliche Ausführung eine andere war, aber der Sinn war so gemeint.

Wobei auf den Klubobmann Molnar darf ich noch insofern zurückkommen, falls es jemandem entgangen sein sollte, er hat eine absolute Leistung in der Darstellung auf die Mindestsicherung erbracht, die auch seinen Koalitionspartner staunen hätte lassen sollen.

Er hat nämlich es geschafft, nicht sich und den Partner in negativer Form darzustellen, sondern dem Abgeordneten Kölly und der Liste Burgenland den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben und auf der anderen Seite die GRÜNEN auch noch in den gleichen Topf zu werfen. Aber das war eine Meisterleistung in sprachlicher Form, inhaltlich war sie als solche mit Sicherheit zu verurteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was Sie heute bieten, im Sinne des Mindestsicherungsgesetzes ist auch nachvollziehbar an den Aussendungen zu verurteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was Sie heute bieten im Sinne des Mindestsicherungsgesetztes, ist auch nachvollziehbar an den Aussendungen. Es wird davon gesprochen, dass es sich um einen sogenannten Trampolinbereich handelt. Das ist korrekt. Es wird das Trampolin von der ÖVP als Partner zur SPÖ und dann das größere Trampolin beider Parteien der FPÖ, der sie nachzuspringen versuchen und die sie zu überholen versuchen. Das ist der bildliche Vergleich dessen, was an inhaltlichen Umsetzungen bei dieser Mindestsicherung passiert.

In Wirklichkeit, da kann man darüber streiten ob jetzt Niederösterreich brutaler ist, ob jetzt Oberösterreich brutaler ist, wer in der Regierungsbeteiligung innerhalb dieser Bundesländer den Ton angibt, ob es in Oberösterreich die Freiheitlichen sind und die ÖVP

dort nur quasi nachhing. Im Burgenland haben sie es geschafft quasi eine Umsetzung zu erreichen, die, meiner Ansicht nach, absolut unzuträglich ist und die ich auch verurteile.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Höhepunkt war dann in der Diskussion die Forderung, die ist dann von ÖVP-Seite noch gesetzt worden. Wir müssen danach trachten, jetzt auch die 15a-Vereinbarung mit dem Bund entsprechend zu lösen, weil das kann ja nicht sein, dass quasi wir dann die Zuzahler sind, für die, die vom Burgenland nach Wien umsiedeln sollen. Wir können uns diese Belastung nicht leisten.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir handeln hier und sprechen hier im Mindestsicherungseinsparungssinne, so wie es in drei holprigen Ansätzen vom Soziallandesrat geliefert wurde, um 360.000 Euro. Ich meine das war ein besonderes Beispiel von Regierungsverantwortung in der Umsetzung, dass ich drei Anläufe brauche, um die Summe zu qualifizieren, die ich mir in dieser Diskussion um die Mindestsicherung einspare.

Wenn es jetzt so sein soll, dass diese 360.000 Euro Einsparungspotenzial hier eine Meisterleistung im Sinne gegen Menschen gerichtet ist, die es Not haben von uns entsprechend auch von staatlicher Seite unterstützt zu werden, dann frage ich mich wie jemand es verantworten kann in Regierungsfunktion, wenn sein Repräsentationsbudget 400.000 Euro schon im ersten Halbjahr schluckt, und auf der anderen Seite hier Menschen das auskommen nicht sichern will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was dieses Europa, was dieses Österreich, was auch das Burgenland braucht oder alle gemeinsam brauchen, ist eine Situation der Anhebung der Mindestlöhne. Diese Situation ist das herausragendste Bindeglied in der sogenannten gesellschaftlichen Option auf Menschen, die die Fürsorge, die Obsorge, des Staates brauchen, egal ob sie jetzt Inländer oder zugezogene Ausländer sind. Bevor sie in einem Berufsleben und in ein Auskommen kommen, dass sie sich das Leben auch leisten können.

Auf der anderen Seite, ich möchte nur eines in Erinnerung rufen, damit wir wissen worüber wir diskutieren. Die Mindestlöhne, bezogen auf die europäischen Mitgliedsstaaten, sind am höchsten in der Qualität in Luxemburg mit fast 2.000 Euro, genau 1.998,59. Deutschland hat einen Mindestlohn von 1.498,59. Ungarn von 411, die Slowakei von 435 und Slowenien von 804 Euro. Ich habe bewusst die an uns grenzenden Mitgliedsstaaten der Europäischen Union herausgesucht.

Meine Damen und Herren! Es sollte ein Aufruf in Bezug auf die Mindestsicherungsdiskussion sein, diese Mindestlöhne entsprechend anzuheben, sie anzugleichen, in einer Form der Sozialunion, die eigentlich auch in friedensstiftender Absicht eine Gemeinschaft versucht hat, wo eben diese Unterschiede, diese Disparitäten, die, bezogen auf Nord- und Südburgenland auch Kriterium waren, dass wir einsteigen konnten mit Ziel 1 und anderen Förderungsgegebenheiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte im Grunde genommen die Verschiedenartigkeit der sogenannten Diskussion auch an einem anderen Beispiel festhalten. Ich weiß nicht ob jedem von Ihnen bewusst ist, dass die durchschnittliche Leistungshöhe pro Haushalt in Euro, unter Berücksichtigung der Bezugsdauer im Burgenland, 322 Euro beträgt. Das ist, und das jedem, der hier in politischer Hinsicht argumentiert hat, die niedrigste Quote der Zuteilung pro Kopf in Österreich.

Alle anderen Bundesländer weisen im Sozialbericht nach, dass sie eine höhere Leistung erbringen als die angesprochenen 322 Euro im Burgenland. Das heißt, wir sind auf der einen Seite der Mindestzahler, auch im Zusammenhang was die Zuzahler betrifft,

2015 bezogen, auf der anderen Seite sind wir diejenigen, die genauso mitlizitieren, um die Möglichkeit etwas für jemanden einzuschränken, der es quasi mit Sicherheit nicht verdient.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei aller Diskussion um die sogenannte Armengegebenheiten und wo wir uns immer wieder rühmen, dass wir im Burgenland besser sind als der österreichische Schnitt. Das mag statistisch stimmen, nur Sie sollten sich eines ansehen, Sie sollten sich die Situation im Burgenland vom Norden in den Süden und durchgehend vom Süden in den Norden ansehen. Sie werden draufkommen, wir nähern uns mit riesen Schritten in Bezug auf Inflation, die auch hauptsächlich durch Mietpreise, durch Baupreise anzusetzen ist, einem Punkt, wo diese sogenannte „Quote der Leistbarkeit“ immer stärker eingeschränkt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Beispiel, nur weil man darüber diskutiert, die sogenannten Zuschüsse auf Wohnungsbeihilfen einzuschränken. Weiß nicht ob Ihnen bewusst ist, dass im Jahre 2016, also im Vorjahr, vom ersten Halbjahr 2016 auf das zweite Halbjahr 2016, die Mietsituation im Burgenland, ich rede jetzt nur vom Burgenland, eine Steigerung von fast sieben Prozent gehabt hat und die bauliche Situation auf den Einfamilienhausbau im Burgenland auf 14 Prozent vom ersten auf das zweite Halbjahr gesprungen ist.

Das sind Parameter, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo es nicht in allgemeiner Hinsicht mehr darum geht, dass wir versuchen etwas einzuschränken, sondern wir sollten auch bedacht darauf nehmen, dass die sozialen Unterschiede immer stärker zum Greifen beginnen und dass wir nur dann ein friedliches Europa, ein friedliches Österreich und ein friedliches Burgenland zu Wege bringen werden, wenn diese sozialen Disparitäten nicht schlagend werden.

Wir sind natürlicherweise, und da wird mir der Herr Landesrat auch zustimmen, bemüht, eine für Jugendliche, für Erwachsene, für jeden der sich bemüht auf dem Arbeitsmarkt eine Möglichkeit zu schaffen, ein Auskommen zu erlangen. Nur müssen wir auch zur Kenntnis nehmen und auch offen diskutieren, dass wir, bezogen auf Monate gesetzt auf den Vormonat des Vorjahres, zwar jetzt die letzten vier Monate eine Einschränkung der Arbeitslosenzahlen haben, möchte aber gleichzeitig festhalten, dass in den Schulungen sich mehr davon befinden und auf der anderen Seite über das Jahr 2016 das Burgenland einen Zuwachs von 0,7 Prozent, bezogen auf die Arbeitslosenquote, eingefahren hat.

Das heißt, wir haben zirka 15.000 Menschen ohne Beschäftigung und jetzt kann man schon wieder dividieren. Die einen sind quasi aus Ungarn, aus anderen Ländern zu uns gekommen. Haben hier eine Arbeitssituation gehabt, die werden entsprechend dann auch von uns nicht mit Arbeitsgeld versorgt, das ist ja ein eigenes Kapitel.

Wenn man sich diese gesamten Paragraphen anschaut, wie sich das eigentlich zusammensetzt, aber im Endeffekt, und das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, auch in den sogenannten Parteistatuten und in den Festlegungen, das was Humanität betrifft, das was Solidarität betrifft, das was Gerechtigkeit anlangt, ist nicht mit einem Wisch wegzukehren, sondern das sollte Sie eigentlich in Ihrer Aufgabenstellung begleiten.

Wenn man das in der Diskussion verfolgt, dann kann man sehr wohl zu der Überzeugung kommen, man sieht die Sonne langsam untergehen und erschrickt doch wenn es plötzlich Nacht wird. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Norbert Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr geehrten Abgeordneten! Hohes Haus! Nach dieser nervenzerfetzenden Debatte über das Südburgenland bedauere ich ein bisschen, dass diese wichtige Debatte über die Mindestsicherung gestückelt wurde, weil jetzt natürlich die Wortmeldungen, auch die vorher abgehalten worden sind, schon - vielleicht nicht in Vergessenheit geraten sind - aber doch ein bisschen weit her sind.

Ich möchte aber trotzdem auf einige Dinge noch eingehen. Aber bevor ich darauf eingehe, möchte ich mich bedanken. Bedanken beim Regierungspartner FPÖ, aber auch in der Opposition der ÖVP, dass wir eine gemeinsame Lösung in diesem Bereich zustande gebracht haben. Aus meiner Sicht eine gute Lösung, eine Lösung, die im Gegensatz zur letzten Wortmeldung nicht unsozial ist, sondern die aus meiner Sicht soziale Treffsicherheit hat, die Gerechtigkeit in sich trägt und die damit auch eine gerechte Lösung ist.

Ich bin durchaus beim Kollegen Steier wenn er sagt, es geht um die Mindestlöhne, ja. Da bin ich hundertprozentig der Meinung, das ist auch die Forderung der Sozialdemokraten, diese Mindestlöhne auf 1.700 Euro anzuheben. Es geht auch um eine europäische Sozialunion, aus meiner Sicht, auch das ist richtig.

Aber es geht hier nicht um Brutalität oder lizitieren, sondern es geht darum, hier Gerechtigkeit zu schaffen. Wir sind auch besser, das möchte ich auch noch sagen, wir sind besser als der restliche Schnitt in Österreich was die Zahlen am Arbeitsmarkt betrifft. Wir haben jetzt seit sechs Monaten einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Wir haben, und das möchte ich schon dazu sagen, weil das jetzt in einem Nebensatz angesprochen wurde, wir haben es vor allem auch geschafft, alle gemeinsam, das ist nicht die ureigenste Aufgabe der Politik gewesen, beziehungsweise der Erfolg der Politik, aber wenn wir bei den 15- bis 24-Jährigen Arbeitslosen einen Rückgang von zehn bis zwölf Prozent haben, dann ist das für mich eine gute Nachricht und das sollte man auch nicht schlechtreden.

Wir haben Probleme bei den 50+ und wir haben, und das ist der letzte Punkt, den der Kollege Steier angesprochen hat, wir haben ein Problem was die Arbeitslosigkeit betrifft bei ausländischen Arbeitslosen. Die drängen sich nämlich selbst vom Arbeitsmarkt weg. Die inländischen Arbeitslosen sind weniger geworden in den letzten Monaten, das möchte ich nur der Vollständigkeit halber dazu sagen.

Grundsätzlich zu der heutigen Einigung. Kollege Kölly hat angesprochen den bundesweiten Versuch. Es gibt keine 15a-Vereinbarung. Deswegen war das Burgenland auch aufgerufen eine eigene Lösung zu finden. Wir haben diese eigene Lösung mit einem sehr breiten Konsens in diesem Haus geschafft und dafür, noch einmal gesagt, möchte ich mich bedanken. Es sind ja heute schon so viele Zahlen herumgeschwirrt.

Wir haben im Burgenland derzeit 2.839 Bezieher von Bundesmindestsicherung, davon, und das möchte ich auch dazu sagen, weil das ganz wichtig ist, 1.536 die voll von der Mindestsicherung leben. Die restlichen sind sogenannte Aufstocker und für die gilt auch diese Deckelung nicht, auf die ich dann noch zu sprechen kommen möchte. Wir haben 268 Asylberechtigte, die derzeit in den Genuss der Mindestsicherung kommen, um die geht es genau.

Deswegen diese Zahlen, die da herumschwirren. Das ist natürlich nicht so leicht auszurechnen, weil man sich ja nur ausrechnen braucht von 580 Euro auf 838 Euro. Man kann sich eine Differenz ausrechnen, wie viele Menschen davon betroffen sind und wie sich das auch in Zukunft entwickeln wird. Aber es geht hier, wie gesagt, nicht um die Einsparungspotentiale, sondern es geht hier um soziale Treffsicherheit. Ich sage jetzt ganz offen, Herr Kollege Steier, da verstehe ich Sie überhaupt nicht.

Sie wissen genau, Sie waren lange Bürgermeister in einer Gemeinde im Nordburgenland, dass sehr viele Menschen im Burgenland mit ganz geringen Pensionen auskommen müssen und sie haben 40 Jahre in dieses Pensionssystem eingezahlt. *(Abg. Gerhard Steier: Warum sind die Menschen schuld?)*

Nein, die Menschen sind nicht schuld, das System ist schuld. Aber es kann nicht so sein, dass Menschen die nichts eingezahlt haben mehr bekommen, als Menschen die eingezahlt haben *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* und das ist ein sozialdemokratischer Ansatz, das ist ein sozialdemokratischer Ansatz. Ich nehme für mich in Anspruch, vielleicht genauso oft wie Sie bei den Menschen zu sein und mit ihnen zu sprechen und die verstehen das nicht. *(Abg. Gerhard Steier: Das ist eine atypische Variante!)*

Nein, es ist einfach so, dass es tatsächlich so ist, dass die Menschen das nicht verstehen. Wir brauchen politische Akzeptanz und politische Akzeptanz kann nur passieren, wenn die Menschen auch akzeptieren was politisch umgesetzt wird. Wenn wir ihnen zuhören und das ist, glaube ich, das Grundprinzip der Politik, dass man ihnen zuhört und auch damit dafür sorgt, dass soziale Gerechtigkeit auch von den Menschen als solche empfunden wird. Zu dem stehe ich zu 100 Prozent und deswegen haben wir auch diese Lösung mit der Mindestsicherung so getroffen, wie sie jetzt getroffen wurde. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich verstehe auch nicht, Frau Kollegin Petrik, diese Jongliereréien mit vier Menschen, da bin ich dagegen, muss ich Ihnen ganz offen sagen, wenn man da versucht, irgendwelche Situationen zu konstruieren, damit man dann mehr bekommt. Das halte ich für falsch. Das ist auch genau dass, warum uns die Menschen in der Politik nicht mehr vertrauen, dass man jetzt Wohngemeinschaften bildet und damit versucht auch mehr Geld herauszuholen, zu dem stehe ich nicht.

Ich sage das ganz offen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sie wissen schon, dass man Wohngemeinschaften bildet seil man Geld spart!)* deswegen stehe ich auch zur Deckelung von 1.500 Euro. Es ist eben die Situation derzeit wie sie ist und ich halte das auch für richtig so. Jetzt komme ich zum Kern. Er wurde schon mehrfach angesprochen. Es geht um fünf Punkte aus meiner Sicht. Es geht um eine Deckelung der 1.500 Euro. Ich halte das für gerechtfertigt und auch nachvollziehbar. Wenn uns jetzt die Armutskonferenz vorwirft, dass es elf Familien im Burgenland betrifft, dann mag das stimmen, aber es ist ja dann sozusagen eher ein Argument dafür, weil wenn es ohnehin so wenig Familien betrifft, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die elf betrifft es ja!)* dann kann man das sozusagen auch als Signal an die Bevölkerung senden, dass es darum geht, hier soziale Gerechtigkeit einziehen zu lassen und wir stehen zu diesem Deckel.

Es ist mir auch mitgeteilt worden, da gibt es halt Familien mit sieben Kindern und so weiter. Es gibt auch Familien mit sieben Kindern, wo ein Alleinverdiener da ist. Der bekommt auch nicht mehr als 1.500 Euro. Und insofern halte ich das für gerechtfertigt, dass man diesen Deckel einzieht. Der ist, aus meiner Sicht - ich weiß, dass Sie eine andere Meinung haben - auch gerechtfertigt.

Das Zweite ist die Fünfjahresfrist, die wir jetzt gemeinsam, oder die Sie beschließen werden, nehme ich an, jetzt in den nächsten Minuten. Auch das halte ich für

richtig. Wenn Menschen kurz in Österreich sind, dann haben sie das Recht auf diese Mindestsicherung, in dem Ausmaß, wie wir sie jetzt beschließen werden - mit 584 Euro. Ich halte das für gut und richtig und ich halte es, und das ist der dritte Punkt, auch für richtig, dass wir Sachleistungen hier einziehen, und auch einen Integrationsbonus einziehen.

Denn niemand von uns kann interessiert sein, dass Menschen, die sich hier in Österreich integrieren wollen, nicht bereit sind, hier Sprachkurse und Wertekurse anzunehmen. Wenn das eben nicht der Fall ist, dann gibt es auch Kürzungen. Das halte ich für gerechtfertigt und nicht für unsozialdemokratisch und auch nicht für unsozial insgesamt, sondern ich halte das für eine ganz wichtige Maßnahme, um auch den Anreiz hier zu schaffen, dass sich Menschen früher integrieren und dass die Sachleistungen da sind.

Ich meine, wenn man wo wohnt, dann muss es auch möglich sein, dass diese Leistung einfach direkt transferiert wird und dass es damit auch die Möglichkeit gibt, den finanziellen Bonus hier nicht auszuschütten, sondern auf Sachleistungen überzugehen.

Den 4. Punkt, den halte ich auch für ganz wichtig, dass die Sanktionen auch da sein müssen, wenn es Menschen gibt, die sich hier nicht integrieren wollen. Wir sehen jetzt die Diskussion, das hat jetzt nichts mit der Migrationsfrage und mit der Integrationsfrage der Flüchtlinge direkt zu tun, aber wenn ich mir die Situation mit der Türkischen Community anschaue, dann macht mich das sehr nachdenklich, muss ich ganz offen sagen. Die Doppelstaatsbürgerschaften, die es da gibt und ein paar andere Dinge, die mir einfach nicht gefallen.

Wenn ich nach Österreich komme, muss ich mich hier integrieren und muss versuchen, in dieses Wertegefüge auch einzusteigen. Das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Punkt und deswegen halte ich es auch für richtig, dass wir in dem Bereich der Mindestsicherung auch dafür sorgen, dass diese Sanktionierungsmöglichkeiten auch explizit festgeschrieben werden. Ich stehe zu diesem neuen Gesetz, das wir heute beschließen zu 100 Prozent. Es ist ein gutes Gesetz.

Im Übrigen bin ich auch der Meinung, das ist jetzt auch ein bisschen weg vom Thema, dass man über andere Sozialleistungen und Transferleistungen reden muss, wie beispielsweise die Familienbeihilfe. Wo ich auch nicht verstehe, ist auch nicht in meinem Bereich beheimatet, wenn es eine 24-Stunden-Pflege gibt und die Frauen, die hier in Österreich gute Arbeit leisten, wo ihre Kinder in Rumänien oder in Bulgarien sind, die gleiche Familienbeihilfe bekommen sollen wie österreichische Kinder. Das sehe ich nicht ein.

Ich sage das ganz offen, weil es ja hier um eine Familienbeihilfe geht, und es geht darum, dass die Menschen in den Heimatländern, wo die Kinder auch leben, unterstützt werden sollen. Das muss auch, aus meiner Sicht, an den Lebensstandard dort angepasst werden. Also insgesamt geht es darum, und das sage ich jetzt ganz abgehoben von der Diskussion, was die Mindestsicherung betrifft, die Menschen messen uns auch an jener politischen Aktion, die wir setzen in Richtung, ob wir sie verstanden haben.

Ob wir ihr Niveau, das sie sozusagen für sich selbst in Anspruch nehmen, auch politisch mittragen können. Insofern halte ich dieses Gesetz, wie es im Burgenland jetzt, heute, beschlossen wird, für ein gutes Gesetz und bedanke mich noch einmal, auch bei der Opposition, dass sie diesem Gesetz zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen daher zur

gesonderten Abstimmung über die drei Tagesordnungspunkte Punkt 5, Punkt 6 und Punkt 7.

Ich lasse daher zuerst über den 5. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 813, mit dem das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 571, Beilage 838.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mindestsicherungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Es folgt nun die Abstimmung über den 6. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Beilage 473, betreffend "Einberufung eines Runden Tisches betreffend Änderung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes - Bgld. MSG", Zahl 21 - 321, Beilage 839.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den 7. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 260, betreffend "Verschärfungen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung angesichts der gegenwärtigen Zuwanderungsströme nach Österreich“, Zahl 21 - 185, Beilage 840.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 760) betreffend Wohnbeihilfe für BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung (Zahl 21 - 534) (Beilage 841);

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum 8. Punkt der Tagesordnung. Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und

Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 760, betreffend Wohnbeihilfe für BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, Zahl 21 - 534, Beilage 841.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Wohnbeihilfe für BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, in ihrer 17. und abschließend in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Wohnbeihilfe für BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich habe eine Wortmeldung. Als erster Rednerin darf ich der Frau Mag.a Regina Petrik das Wort erteilen.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ja, ich habe schon bei meiner Bitte, die Tagesordnungspunkte getrennt zu behandeln, darauf hingewiesen warum. Es geht nämlich in dem Antrag, den der Kollege Spitzmüller und ich eingebracht haben, nicht um das Mindestsicherungsgesetz, sondern um das Wohnbauförderungsgesetz.

Es war die letzten eineinhalb Jahre, wo ich hier im Hohen Haus mitarbeiten durfte, bis jetzt immer ganz gute Tradition, dass das zuständige Regierungsmitglied bei einem Tagesordnungspunkt auch anwesend war im Raum. Das tut mir sehr leid, dass das jetzt nicht der Fall ist. Der Herr Landeshauptmann ist zuständig für die Wohnbauförderung, für das Wohnbauförderungsgesetz.

Tatsache ist, dass, und das bestätigen uns oder sie brauchen es nicht einmal bestätigen, sondern sie melden es bei uns, ohne dass wir sie auch danach fragen, BeraterInnen und Juristen aus Beratungsstellen, dass beim Wohnen sehr viele Leute in sehr schwierige Situationen kommen und gerade auch jene, die bereits heute oft Thema waren, nämlich die Mindestsicherung beziehen. Auch zum Beispiel Frauen in der Pension, die dann arm dastehen.

Deswegen haben wir diesen Antrag auf Wiedereinführung der Wohnbeihilfe für MindestsicherungsbezieherInnen eingebracht. Worum geht es?

Es wurde im Jahr 2012 das Wohnbauförderungsgesetz geändert. Bis dahin war das nämlich drinnen. Im Jahr 2012 wurde das Wohnbauförderungsgesetz geändert, dass Menschen mit Anspruch auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung fortan keine Wohnbeihilfe mehr gewährt wurde. Die Folge war, dass bislang förderungswürdige

Personen, wie zum Beispiel geringfügig Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte, KinderbetreuungsgeldbezieherInnen oder BezieherInnen von AMS-Leistungen, welche ein Einkommen unter der Mindestsicherungsgrenze hatten, und somit zur Finanzierung des Lebensunterhaltes auf die Mindestsicherung zusätzlich angewiesen waren, per Gesetz von einem Tag auf den anderen keinen Anspruch mehr hatten auf diese Wohnbeihilfe.

Der Verwaltungsgerichtshof hat diesbezüglich eine Klarstellung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung vorgenommen. Er hielt nämlich fest, dass die im Jahr 2010 eingeführte Mindestsicherung eine Sozialhilfeleistung, keine Versicherungsleistung, also nichts mit System einzahlen und was rauskriegen, sondern eine Sozialhilfeleistung sei und nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshof kein Haushaltseinkommen darstelle. Darum könne und dürfe ihr Bezug keine Auswirkung auf die Gewährung von Wohnbeihilfe haben, sagt der Verwaltungsgerichtshof.

Insofern stellt die im Jahr 2012 vorgenommene Änderung des Burgenländischen Wohnbauförderungsgesetzes eine Abweichung von dieser Judikatur dar. Eine Bekämpfung beim Verwaltungsgerichtshof hätte also auch hohe Erfolgschancen. Wir wollen das gar nicht so weit kommen lassen, und wir wollen wirklich aufnehmen, was viele Leute betrifft. Deswegen haben wir den Antrag eingebracht, dass die Landesregierung diesen einen Passus - nur den Passus, dass jemand, der Bedarfsorientierte Mindestsicherung bezieht, keinen Anspruch mehr auf Wohnbeihilfe hat, wieder herausnimmt.

Nun gab es dazu auch Äußerungen von fachlicher Seite. Ich möchte mich da gar nicht jetzt so sehr nur auf meine eigenen Einlassungen hier festlegen, sondern ich möchte darauf hinweisen, dass sehr kompetente Menschen, in diesem Fall auch der Österreichische Berufsverband der Sozialen Arbeit, dazu eine Stellungnahme abgegeben hat. Zwar direkt an den Herrn Landeshauptmann. Er hat diese Stellungnahme auch öffentlich gemacht, der Berufsverband, deswegen erlaube ich mir hier auch, das weiterzuleiten.

Ich bin mir nämlich gar nicht sicher, ob der Herr Landeshauptmann das gelesen hat, und schon gar nicht, ob er es an Sie weitergeleitet hat. Ich weiß nicht, kennen Sie diese Stellungnahme? *(Abg. Robert Hergovich: Selbstverständlich!)*

Gut, dann macht es mich eigentlich noch betroffener, dass Sie darauf scheinbar gar nicht reagiert haben. Denn was schreibt denn der Österreichische Berufsverband der Sozialen Arbeit? Er schreibt an den Herrn Landeshauptmann, dass er Kenntnis bekommen hat von diesem Antrag auf Gewährung der Wohnbeihilfe für Burgenländische MindestsicherungsbezieherInnen und der OBDS Burgenland befürwortet diesen Gesetzesantrag offiziell aus folgenden Gründen, der Berufsverband der Sozialarbeit.

Er schreibt: Die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle liegt derzeit bei einem Nettoeinkommen von 1.163 Euro monatlich für einen Einpersonenhaushalt. Damit liegt die besagte Schwelle beinahe 300 Euro über dem aktuellen Ausgleichszulagenrichtsatz.

Er schreibt weiter: BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung gelten somit als akut armutsgefährdet und müssen insbesondere in dichter besiedelten. Er schreibt weiter, BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung gelten somit als akut armutsgefährdet und müssen insbesondere in dichter besiedelten Gebieten, etwa Eisenstadt und Umgebung, monatlich einen erheblichen Teil der bezogenen Sozialhilfe etwa für Miete und andere anfallende Wohnkosten ausgeben.

Ich zitiere weiter: Ein Großteil der KlientInnen in allen Handlungsfeldern der sozialen Arbeit hat mit Armut und armutsbezogenen Problematiken zu kämpfen oder ist armutsgefährdet.

Es wäre so fein, wenn Sie das auch hören würden, liebe Kollegen, gerade auch von der Sozialdemokratie, weil bei Ihnen hoffe ich doch, dass Sie sich dafür noch interessieren. Hier wird auch geschrieben von dem psychischen und dem sozialen Druck und den Existenzängsten, welche wiederum, wie die Praxis vielerorts bewiesen hat - steht hier -, direkt zur Entstehung psychischer Erkrankungen führen können. Sie kennen das, Sie haben das hoffentlich gelesen.

Ich zitiere jetzt wieder den Berufsverband für Sozialarbeit. In Zeiten, wo die Schere zwischen Arm und Reich nachgewiesenermaßen immer größer wird, würde eine Verbesserung des sozialrechtlichen Netzes, wie es in diesem Fall die zusätzliche Gewährung der Wohnbeihilfe für MindestsicherungsbezieherInnen wäre, nicht nur direkt zur Armutsprävention im Burgenland beitragen und damit auch große Teile der Mittelschicht vor dem finanziellen und sozialen Abstieg bewahren, sondern sich in weiterer Folge auch vielfach präventiv in Bezug auf soziale Problematiken aller Art auswirken. Zudem würde es der sozialen Gerechtigkeit im Burgenland Vorschub leisten, einem Kernanliegen der Sozialdemokratie. Ich zitiere, das glaubt mir sicher jeder, dass ich hier nicht die Sozialdemokratie so oft zitieren würde.

Ich zitiere weiter aus diesem Brief: Im Wahlkampf hat man Alfred Gusenbauer damals noch Spitzenkandidat der SPÖ auf Bundesebene einmal gefragt, weshalb man denn anstatt der SPÖ nicht einfach die GRÜNEN wählen solle. Ihre Ideen und sozialen Agenden seien doch oft dieselben. Darauf antwortete Gusenbauer knapp, aber pointiert: Wenn man etwas geschmiedet haben will, geht man zum Schmied und nicht zum Schmiedl.

In diesem Sinne - schreibt der Berufsverband der Sozialarbeit -, in diesem Sinne ersuchen wir Sie, Herr Landeshauptmann, ebenso wie die burgenländische Sozialdemokratie, diesem Gesetzesantrag zuzustimmen. Denn er richtet sich in positiver Weise an die Kernklientel der Sozialdemokratie, die kleinen Leute. Jene sind es auch, die diese Maßnahme am meisten spüren und es ihnen schlussendlich am Wahlkampf danken werden. - Ende des Zitats, Ende des Briefes. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Fachlich ist das nicht.)*

In diesem Sinne bringen wir noch einmal einen Abänderungsantrag zu dem vorliegenden Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen ein, und zwar hat der die Nummer 21 - 534.

Ich lese jetzt die Beschlussformel vor: „Die Landesregierung wird aufgefordert, den Absatz 7 in § 42 des Bgld. Wohnbauförderungsgesetzes 2005 idgF insofern abzuändern, dass die Wortfolge „oder auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung gemäß § 4 Bgld. MSG, LGBl. Nr. 76/2010, in der jeweils geltenden Fassung herausgenommen wird."

Wenn Sie diesen Antrag ablehnen, werte Kollegen und Kolleginnen der Sozialdemokratie, sagen Sie damit auch, wenn ich den Gedankengang hier weiterspinne, der nicht von mir war, dass Sie sozialpolitisch nicht mehr der Schmied sind.

Wenn Sie diesen Antrag ablehnen, bestätigen Sie damit, dass sozialpolitisch die GRÜNEN mittlerweile der Schmied sind. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN - Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher entsprechend § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller hat die notwendige Unterstützung nicht erfahren, sodass er in der Verhandlung nicht miteinbezogen wird. Entschuldigung, hat die notwendige Unterstützung erfahren und wird somit in die Verhandlung miteinbezogen. Ich war schon in Gedanken bei der nächsten Abstimmung. Pardon!

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse nunmehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, über den 8. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 760, betreffend Wohnbeihilfe für BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, Zahl 21 - 534, Beilage 841.

Nunmehr liegt ein Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Ich lasse daher zuerst über diesen Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dies ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 809) betreffend Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m.b.H. (Zahl 21 - 567) (Beilage 842)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, nunmehr zur Behandlung des 9. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 809, betreffend Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m.b.H., Zahl 21 - 567, Beilage 842.

Der Berichterstatter ist schon in Position. Es ist Herr Landtagsabgeordneter Schnecker. Ich weise darauf hin, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Bitte Herr Abgeordneter Ewald Schnecker um Ihren Bericht.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Herr Präsident, Danke schön! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m.b.H. in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m.b.H. wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als ersten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Es geht um den Bundes-Rechnungshofbericht über den Verkehrsverbund Ost-Region. Der Prüfbericht umfasst den Zeitraum 2010 bis 2014. Damals gab es noch nicht die einheitliche Tarifreform, die Gott sei Dank letztes Jahr dann doch umgesetzt wurde. Diese ist somit noch als Empfehlung im Rechnungshofbericht enthalten.

Das Interessante an der ganzen Reform ist allerdings - und das schreibt der Rechnungshof als eine wesentliche Kritik -, dass die Reform bereits im Jahre 2008 beschlossen wurde.

Noch einmal zum Nachrechnen, 2016 ist sie dann umgesetzt worden. Nicht nur, dass die Umsetzung so lange gedauert hat, man hat allein vier Jahre gebraucht, um diese Reform überhaupt anzugehen. Im Jahr 2012 wurde nämlich erst die Einrichtung eines Lenkungsausschusses, die Bestellung des Projektteams und Ähnliches festgesetzt.

Das heißt, man hat vier Jahre lang praktisch nichts getan, und dann hat es noch einmal vier Jahre gedauert, bis endlich die Tarifreform vollzogen wurde. Die umgesetzte Tarifreform nach acht Jahren war leider auch mit einigen Fehlern behaftet.

Einige Menschen müssen jetzt mehr zahlen als vorher und haben auch manche Verbindungen nicht mehr vorgefunden, die sie vorher hatten. Gut.

Aber um den Preis, dass zwar die 14 Jahre zuvor beauftragte Zusammenführung, vorher war es ja noch VOR und es gab noch den Verkehrsverbund Niederösterreich-Burgenland, hat man sich schon lange eben dazu geeinigt, dass man das zusammenführt. Nicht einmal das hat man wirklich geschafft. Man ist es zwar angegangen, aber man hat jetzt wieder zwei Öffi-Welten innerhalb dieses Verbundes, nämlich Wien und Niederösterreich-Burgenland, weil Wien nach wie vor ein eigenes Tarifsystem hat.

Das ging dann sogar soweit, dass man beispielsweise am Wiener Neustädter Bahnhof die Entwerterkästen zu gepickt und als ungültig gekennzeichnet hat. Das hat man jetzt wieder aufheben müssen. Die Kleber wurden wieder runtergenommen. Gott sei Dank hat man es nicht abmontiert. Das wäre etwas kostspieliger gewesen.

Die Grundidee dieses Drei-Länder-Verbundes ist eigentlich genial und man müsste sie eigentlich erfinden, wenn sie es nicht schon gebe. Das Problem ist nur und das zeigt der Rechnungshofbericht in vielen Details, dass eben doch noch einige anständige Hunde begraben liegen. So gab es zum Beispiel keine regelmäßigen Fahrgastzählungen, was natürlich besonders interessant ist, weil wenn ich keine Fahrgastzählungen habe, dann weiß ich auch nicht, wie die Busse, die Bahnlinien genutzt werden. Das widerspricht nämlich auch der Landesverkehrsreferentenkonferenz, die nämlich eine Mindestauslastung für die verschiedenen Linien festzulegen beschlossen hat. Nur, wie soll man das wissen, wenn man nicht weiß, wer in den Bussen drinnen sitzt, beziehungsweise nicht wer, sondern wie viele diese Busse oder diese Bahnen nutzen.

Beispiel, ich war vor kurzem in Vorarlberg. Die Vorarlberger haben das schon lange, dort gibt es automatische Lichtschranken und sie wissen ganz genau, sogar über Funk wird das an die Zentrale gemeldet, wie viele Menschen von wo bis wohin mit den Bussen unterwegs sind. Das hat natürlich den Vorteil, dass man sehr kurzfristig auf Änderungen reagieren kann und hier sehr flexibel ist, und vor allem, man weiß einfach, wie das genutzt wird.

Bei uns ist das eher umgekehrt. Wir haben nach wie vor Linien, wo leider kein Bus fährt, wo aber der Bedarf vorhanden wäre und dann gibt es Linien, die zu Zeiten fahren, wo drei, vier „Maxln“ sitzen und das fast jeden Tag. So kann man natürlich keine Lenkungen, keine Steuerungen vornehmen und die Linien nicht gescheit bedienen.

Weitere Kritik des Bundes-Rechnungshofes ist, dass die Organe der VOR GmbH. dem Aufsichtsrat und der Generalversammlung seit 2012 keine Soll-Ist-Vergleiche über die laufende Geschäftsgebarung vorgelegt haben. Diese gab es teilweise mündlich, wie es im Rechnungshofbericht dazu heißt. Das ist auch eine interessante Vorgangsweise, die Berichte mündlich zu halten.

Was man dem Rechnungshofbericht auch noch entnehmen kann, sind interessante Zahlen, die vielleicht als gewohnter Burgenländer nicht verwundern. Pendlerinnen und Pendler repräsentieren in der Ost-Region, als Beispiel wird da das Jahr 2014 hergenommen, 48 Prozent aller Fahrgäste und rund 54 Prozent der Erlöse aus den Fahrscheinkäufen und damit war das natürlich die bedeutendste Kundengruppe. Die Kundengruppe der Schülerinnen und Schüler, und Lehrlinge sind da auch noch mit, auch aus dem Jahre 2014, sind auch nicht gering, aber doch um ein Wesentliches geringer, 22 Prozent aller Fahrgäste und dann allerdings nur drei Prozent der Erlöse aus den Jugend- und Top-Jugendtickets, hat natürlich das Ganze eine vergleichbar geringere Bedeutung.

Interessant ist ein - meiner Meinung nach - Fehler, den der Rechnungshof schon in seiner Ausführung macht. Der Rechnungshof verlangt nämlich vom VOR, dass er praktisch kosteneffektiver arbeitet und dass es nicht zu so hohen Zuschüssen durch die Länder kommt. Wer Kenntnis von der Materie hat, müsste eigentlich wissen, dass ein öffentliches Bus- und Bahnsystem nicht gewinnbringend zu bewerkstelligen ist.

Natürlich ist es so gut als möglich zu führen, dazu gehören eben, wie ich vorher erwähnt habe, die Fahrgastzählungen, damit ich hier auch reagieren kann. Aber es kann nicht der Auftrag eines öffentlichen Verkehrs sein, gewinnbringend zu wirtschaften. Hier schießt der Rechnungshof meiner Ansicht nach ein bisschen über das Ziel hinaus. Wo er nicht über das Ziel hinausschießt, ist, dass konkret zum Beispiel bei der Buslinie G1 nach Wien die Barrierefreiheit völlig fehlt und auch nicht in den Ausschreibungsunterlagen vorgekommen ist.

Generell, schreibt der Rechnungshof, sind Gender- und Diversitätsziele zwar vorhanden, es fehlen aber quantitative Indikatoren mit Zielwerten im Burgenland. So eben der Rechnungshofbericht. Positiv merkt er an, das finde ich auch wichtig hervorzuheben, dass die Ausschreibungsregionen sehr stark in verschiedene Lose unterteilt worden sind und da ist auf eine unterschiedliche Größe Wert gelegt worden, so, dass man klein- und mittelständischen Unternehmen auch die Möglichkeit gibt, an diesen Ausschreibungen teilnehmen zu können.

Das heißt, es gibt große Regionen, die ausgeschrieben werden, aber auch kleine Regionalbuslinien, die extra ausgeschrieben wurden. Ab dem Jahr 2015 hat die VOR in den Ausschreibungsunterlagen dann auch Sozialkriterien mithineingenommen, wie zum Beispiel Beschäftigung einer Mindestzahl von Lehrlingen, die Beschäftigung älterer

Arbeitnehmer. So kann praktisch auf sozialpolitisch unerwünschte Maßnahmen in den Unternehmen eingegangen werden und die positiven hier hervorgehoben werden.

Auf der anderen Seite weniger zu verstehen ist, betrifft auch wieder die Linie G1, dass es grundsätzlich so ist, dass die Linienverträge als Bruttoverträge ausgestaltet sind. Lediglich bei zwei Linien, und das eine ist eben die Linie 7900, das ist G1 Jennersdorf - Wien, und die Linie 7860 von Wien nach Markt Neuhodis, mit Nettoverträgen behaftet sind.

Das heißt, diese beiden Linien, die noch dazu sehr lukrativ sind, vor allem die Wien - Jennersdorfer - Linie wurden im Gegensatz zu allen anderen so gestaltet, dass der Linienbetreiber sämtliche Fahrgasteinnahmen selber behält, aber zusätzlich auch noch den Vorteil genießt, die Abgeltung für Ab- und Durchtarifverluste sowie die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt zu bekommen.

Hier hat man eigentlich eine völlige Ungleichheit zwischen den verschiedenen Betreibern hergestellt, und es ist besonders unerklärlich, warum das gerade bei so einer offenbar sehr lukrativen und gut gehenden Linie wie der Linie G1 geschehen ist.

Das kritisiert der Rechnungshof ganz eindeutig und die Stellungnahme vom Land ist dann, dass man hier nicht generell auf ein Bruttobestellprinzip beharrt und nach Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit vorgeht, was ich in diesem Zusammenhang in Frage stelle.

Ich habe auch versucht, in diesen Vertrag Akteneinsicht zu bekommen, das geht natürlich nicht, weil das VOR-System eine eigene Institution ist, in die wir nicht einsehen können. Das Thema hatten wir heute eh schon. Tochterunternehmen, ausgelagerte Unternehmen sind uns leider nach wie vor vorenthalten.

Was noch wesentlich ist, war, die VOR-GmbH reduzierte die Zahlungen an ein privates Unternehmen für Managementleistungen, für den Verkehrsverbund Niederösterreich-Burgenland erst ab dem Jahr 2013, obwohl bereits ab Mitte 2012 über den VOR bestellt wurde. Es handelt sich um 2,9 Millionen Euro, die in dieses Unternehmen geflossen sind. Der Rechnungshof bezweifelt die Angemessenheit der Zahlungen an das Unternehmen und weist auch darauf hin, dass das leider, wir kennen dieses Sprüchlein leider schon, mangels aussagekräftiger Unterlagen nicht nachvollziehbar ist.

Das sind immerhin fast drei Millionen Euro, die hier an ein Unternehmen gehen, wo man nicht genau weiß, was sie dafür geleistet haben. Summa summarum, eine Vielzahl an Fehlern, die leider in dem System nach wie vor stecken, vor allem weil man eben nicht konsequent genug war, dieses System komplett umzustellen - eben Wien, Niederösterreich, Burgenland wirklich komplett auf ein einheitliches Tarifsystem umzustellen.

Der Rechnungshof kritisiert auch weiters einen Vertrag, der 2005 abgeschlossen wurde, und zwar mit einer 15-jährigen Laufzeit, obwohl die PSO-Verordnung, das ist die EU-Verordnung betreffend Personenverkehrsdienste, vorgibt, dass es nur 10-jährige Verträge geben soll. Der 15-jährige Vertrag wird trotzdem weitergeführt, wie es in der Stellungnahme des Landes Burgenlandes zum Rechnungshofbericht heißt.

Ich glaube, dass das System VOR hier wesentlich reformiert werden könnte, auch natürlich zum Wohl der Pendlerinnen und Pendler oder allen anderen Nutzern des Verkehrssystems. Soweit ich weiß, ist zumindest jetzt angedacht, auch in den Bussen im Burgenland diese Lichtschranken anzubringen, um zu wissen, welche Linien werden genutzt, welche Linien werden nicht genützt. Fraglich sind übrigens auch der

Verwaltungsaufwand und die Zahl der Beschäftigten, die sehr stark gestiegen sind, obwohl das Verkehrsaufgebot nicht so stark gestiegen ist, also der Rechnungshof spricht hier für den Überprüfungszeitraum 2010 bis 2014, von einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen von 7,8 Prozent.

Der Verwaltungsaufwand stieg gleichzeitig um 25 Prozent und die Zahl der Beschäftigten um 33 Prozent. Leider konnte der Rechnungshof hier auch nicht zu genaueren Informationen gelangen, weil hier offensichtlich auch nicht ausreichend Unterlagen vorgelegen sind. Der öffentliche Verkehr im Burgenland, in Niederösterreich bis Wien hinaus, ist gerade für das Burgenland sehr wichtig. Ein Teil streift ja auch die Steiermark. Deswegen ist dieser Zusammenschluss sehr wichtig, aber natürlich muss er auch wirklich gut funktionieren.

Es gibt natürlich eine Vielzahl an Empfehlungen, die der Rechnungshof auflistet. Wie gesagt, die Tarifreform wurde schon erfüllt. Ich hoffe doch, dass es hier zu einer wesentlichen Verbesserung im nächsten Jahr - muss man eigentlich sagen -, nicht in den nächsten Jahren, kommen wird, damit erstens, Geld eingespart werden kann und zweitens, wenn man Geld einsetzt, dieses effektiv wirklich dort genutzt werden kann, wo es gebraucht wird, wo Busse fahren und nicht ein Bus, der um halb zehn in Eisenstadt ankommt, wo dann zwei, drei „Maxln“ aussteigen.

Das macht nicht viel Sinn. Dafür fehlt der frühere, der für Pendler wirklich wichtig wäre, oder umgekehrt, dass man konkret in den schulfreien Tagen das öffentliche Verkehrssystem dermaßen ausdünnt und nicht zumindest schaut, dass man in den Sommermonaten die Busse, die für Pendler und Pendlerinnen interessant sind, nicht auch noch einstellt. Konkretes Beispiel: Der um 18 Uhr 10 in den Süden hinunter fährt, der fährt an den schulfreien Tagen genau überhaupt nicht. Der ist aber für Schüler/Schülerinnen nicht wirklich interessant, sondern gerade für Menschen, die berufstätig sind.

Wir werden dem Rechnungshofbericht natürlich zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Abgeordneten Markus Wiesler.

Bitte um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Verkehrsverbund Ost-Region ist der größte Verkehrsverbund Österreichs und sichert mit mehr als 40 Schienen- und Busverkehrspartnern flächendeckende Mobilität in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Als moderne Mobilitätsagentur kümmert sich VOR in diesen drei Bundesländern grenzüberschreitend um Planung, Finanzierung und Koordination des gesamten öffentlichen Verkehrs. Als Schnittstelle zwischen Fahrgästen, Verkehrsunternehmen, Gebietskörperschaften und Politik arbeitet VOR an der Weiterentwicklung der Mobilitätsangebote. Effiziente und umweltverträgliche Planung des öffentlichen Verkehrs sind zentrale Anliegen und Aufgaben des Verkehrsverbundes.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Rechnungshof hat den Verkehrsverbund unter die Lupe genommen, im Zeitraum von 2010 bis 2014. Es gibt einige Kritik und demnach klare Empfehlungen. Der Nutzen der Bevölkerung beziehungsweise der Fahrgäste soll sozusagen im Vordergrund stehen. Trotzdem hat sich der Rechnungshof auf konstruktiver Ebene mit dem Thema Verkehrsorganisation befasst. Geprüft wurde die Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Aufgabenerfüllung.

Ganz kurz zu den wichtigsten Punkten. Kollege Spitzmüller hat schon das Wesentliche ausgeführt. So zum Beispiel, dass jedes Jahr Verluste mit öffentlichen Zuschüssen abgedeckt werden müssen, oder dass unterschiedliche Tarifsysteme angeboten wurden, obwohl der Verbund seit dem Jahr 2002 unter einer gemeinsamen organisatorischen Führung gestanden ist. Der Verbund rechtfertigt dies zu Recht mit dem Unternehmensauftrag, es gehe hier nicht um Gewinnmaximierung, und letztes Jahr wurde ein einheitliches Tarifsystem geschaffen. Dieses moderne und umfassende Tarifsystem für die gesamte Ostregion sichert der Bevölkerung einen leistbaren und gerechten öffentlichen Verkehr.

Es ist somit auch die Voraussetzung für eine Tarifautomatik geschaffen worden. In den letzten Jahren, von 2010 bis 2014, flossen insgesamt rund 2,9 Millionen Euro für Managementleistungen, für den Verkehrsverbund Niederösterreich-Burgenland an ein privates Unternehmen. Auch hier wurde reagiert. Das Management VOR und der Verkehrsverbund Niederösterreich-Burgenland wurde bereits 2012 zusammengelegt, und die kritisierte Doppelgleisigkeit gibt es somit nicht mehr.

Verkehrsleistungen wurden nicht nur ohne Ausschreibungen vergeben und Verträge laufen länger als in der EU-Verordnung als Übergangsfrist vorgesehen. 15 Jahre Laufzeit unter Ausschluss des Wettbewerbs das sei zu lang, sagt der Rechnungshof. Bei den Busverkehrsleistungen vergab der Verbund nur sechs von insgesamt 20 Ausschreibungsregionen im wettbewerblichen Verfahren. Die erste Phase der wettbewerblichen Vergabe wirkte sich überwiegend positiv auf das Preis-Leistungsverhältnis aus. Der Rest befindet sich plangemäß in der Umsetzungsphase und wird bis 2020 öffentlich ausgeschrieben.

Der Verbund vergab in den Jahren 2010 bis 2014 an ein privates Unternehmen IT-Beratungsleistungen im Gesamtumfang von rund 490.000 Euro direkt, ohne ein wettbewerbliches Verfahren, auch das ist ein klarer Kritikpunkt. Es wäre natürlich interessant, welche privaten Unternehmen dies sind. Bei nötigen finanziellen Nachschüssen sollten die Beschlüsse mit der gleichen Sorgfalt und Transparenz erfolgen wie bei den ordentlichen beziehungsweise außerordentlichen Zuschüssen. Insgesamt war die Datenlage über alle staatlichen Gelder für die Ostregion eher mager. Weder das BMVIT, noch der Verbund verfügten über eine vollständige Übersicht der eingesetzten öffentlichen finanziellen Mittel. Weiters fordert der Rechnungshof einen neuen Finanzierungsvertrag mit dem Bund. Auch dieser wird derzeit ausgearbeitet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Seit der Prüfung des Rechnungshofes sind zahlreiche Empfehlungen großteils umgesetzt worden, und manche befinden sich laut VOR in Umsetzung. Ich denke, Zuschüsse zu Verkehrsverbünden sind eine bewusste politische Entscheidung, damit sich die Bevölkerung den öffentlichen Verkehr leisten kann.

Ich denke, dass es nicht unbedingt zu jeder politischen Entscheidung Empfehlungen braucht, wenn die Transparenz in Ordnung ist. Es geht um eine soziale und verkehrspolitische Verantwortung. Der öffentliche Verkehr ist Teil einer Daseinsvorsorge und nicht allein durch Kennzahlen bewertbar.

Wir stimmen dem Bericht gerne zu und danken für die Empfehlungen des Rechnungshofes, die helfen, die Effizienz zu steigern. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram.

Bitte Herr Bürgermeister und Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zum vorliegenden Bericht des Rechnungshofes Verkehrsverbund Ost-Region. Kollege Wiesler hat das eine oder andere schon gesagt. Da glaubt man ja, die Welt ist ja auch in Ordnung.

Kollege Wiesler hat das ein oder andere schon gesagt. Da glaubt man ja, die Welt ist auch in Ordnung, wenn man dem so zuhört. Tatsache ist, dass der Beteiligungsschlüssel von 44 Prozent Niederösterreich, 44 Prozent Wien und 12 Prozent Burgenländischer Gesellschaftsanteil doch auch einwandt, dass wir diesen Bericht sehr ernst nehmen und auch in weiterer Folge mit dem Zuständigen Personen im VOR sprechen sollten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der VOR produziert einen jährlichen Fehlbetrag von 6,7 Millionen Euro. Dieser Ausgleich passiert durch die Gesellschaft selbst. Der Bogen der Kritiken des Berichtes ist relativ weit gespannt. Das fängt bereits bei den Fahrtgastzählungen an, denn nach Änderungen vom Fahrplan, werden keine Fahrgastzählungen durchgeführt. Somit kann man das auch nicht Evaluieren, wie effizient man die Linien bei der Einforderung von Gesellschaftern Nachschüssen einsetzt.

Der Rechnungshof kritisiert, zum Beispiel, auch, dass die Transparenz insbesondere hinsichtlich der Zahlungsgründe und Verwendungszwecke nicht gegeben ist. Weiters steigt das Verkehrsangebot in der Ostregion in dem Zeitraum, wo der Rechnungshof geprüft hat, nämlich von 2010 bis 2014 um 8 Prozent. Gleichzeitig um eine Steigerung um 41 Prozent bei den Fahrgästen. Nur 7 Prozent mehr Einnahmen und die Beiträge aus der öffentlichen Hand werden effektiv um 10 Prozent gesteigert.

Dieses System sollte man näher hinterfragen, warum das eigentlich so ist, wenn ich überall Steigerungen habe, dass aber auch der Beitrag der Öffentlichen Hand gleichzeitig um 19 Prozent steigt. Ein weiterer Kritikpunkt waren auch die nicht einheitlichen Auftritte im Web beziehungsweise auch die Unterschiedlichen Kartendarstellungen zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland.

Ich glaube, das sollte unser aller Ziel sein, für die Pendlerinnen und Pendler, aber auch genauso für alle Touristen, Schülerinnen und Schüler und andere Personen, die damit fahren, dass die Kartendarstellung zumindest einheitlich sein sollte. Bis hin, was vorhin schon angesprochen worden ist, zum Verkehrsdienstvertrag mit der ÖBB Personen- und Verkehrsaktiengesellschaft, der unionsrechtlich und nach dem unionsrechtlichen nationalen Bestimmungen entsprechen angepasst und abgeschlossen werden soll.

Demnach, was ich vorher schon erwähnt habe, keine Fahrgastzählungsmeldung nach einer Änderung im Fahrplan, führt mich auch zu dem Punkt, was seit Dezember 2015 immer wieder im Raum steht. Das ist bei den diversen Fahrplanänderungen, wo es immer wieder zu Schwierigkeiten kommt, und eigentlich darauf nicht reagiert wird.

Es ist weder seitens des Landes reagiert worden, genauso wenig vom VOR. Ich glaube, dass es nicht sein kann, dass Schülerinnen und Schüler, zum Beispiel, dann woanders aussteigen und einen wesentlichen weiteren Weg zur Schule haben müssen. Genauso wo Anschlussmöglichkeit von Bus und Bahn verfehlt werden. Bei den Änderungen haben wir uns auch in der Vergangenheit dementsprechend artikuliert. Es freut mich auch, wenn in den letzten Medienberichten mitgeteilt wird, dass bis 2019 im Burgenland konkrete Maßnahmen gesetzt werden. Zum Beispiel, die technische Sanierung von Eisenbahnkreuzungen, die Beschleunigungen im Bereich Neusiedl am See und der Ausbau von Park-and-Ride Anlagen auf der Strecke zwischen Frauenkirchen und Mönchhof in Frauenkirchen, St. Andrä und Pamhagen und weitere Maßnahmen für die Barrierefreiheit und so weiter.

Das ist natürlich eine tolle Sache, die man natürlich nur unterstützen kann. Aber, ich glaube, dass wir auch weitaus mehr Verbesserungspotenzial haben, wo wir auch gemeinsam etwas bewegen sollten, denn wenn man schon mit dem VOR beziehungsweise auch mit der ÖBB über den neuen Vertrag spricht, dann sollten wir auch die entsprechenden Forderungen zu diesen Verhandlungen mitnehmen und auch über diese sprechen, wie, zum Beispiel, dass alt bewehrte Buslinien wieder reaktiviert werden, wo sich die Pendlerinnen und Pendler orientieren können, wie Sie direkt und zeitgerecht zu Ihrem Arbeitsplatz und zu den Schulen kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch die Anschlussgarantie für Bus und Bahn ist für viele sehr wichtig, die weite Wege mit dem öffentlichen Verkehr zu absolvieren haben. Genauso die sofortige Modernisierung des Bahnhofes Parndorf-Ort, und die Erweiterung der Park-and-Ride Anlage. Genauso zählen dazu die fehlenden Verkehrsverbindungen zu den Randzeiten, wie auch umgekehrt die überfüllten Züge und Busse zu den Stoßzeiten.

Vor einiger Zeit hat es auch den Antrag seitens der ÖVP gegeben, auch die 3:2 Zählregel zu ändern. Dies gehört auch genauso zum Verbesserungspotenzial, wie auch jene, die im Rechnungshofbericht stehen. Genauso gehört, meines Erachtens noch dazu, dass die öffentlichen Anbindungen zum Flughafen ausgebaut und verbessert werden. Zudem haben wir auch schon hier im Landtag eine Debatte geführt. Wie auch hier bei der 3. Piste bin ich vom Flughafen überzeugt, dass das auch zur Sprache kommen wird.

Genauso, wenn es zu den Stoßzeiten wo 400 bis 500 Personen in Wien, zum Beispiel, wenn die Pendlerinnen und Pendler wieder nachhause fahren, auch in den Bus, beziehungsweise in den Zug einsteigen wollen. Da gibt es eine Wartezeit und eine Stehzeit der Bahn von maximal 2 Minuten. Wenn dann da 400 bis 500 Leute einsteigen wollen, dann gibt es natürlich immer wieder gefährliche Situationen. Bis dahin, das ist auch medial berichtet worden, wo eine Dame auf das Gleis gestoßen worden ist. Da fordern wir eine Einstiegszeit von mindestens 10 Minuten. Ich glaube, dass das auch dementsprechend machbar ist. Wir sollten diesen Bericht des Rechnungshofes sehr ernst nehmen. Diese Kritikpunkte, wie auch die Forderungen, die ich vorher gesagt habe, sollten auch ein Auftrag für die Landesregierung sein, denn gut ausgebaute Verkehrswege sind auch die Hauptschlagader für jede Region. Für den Norden genauso, wie für den Süden. Wir werden diesen Rechnungshofbericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Dr. Peter Rezar hat sich zu Wort gemeldet. *(Abg. Gerhard Steier: Jetzt geht es los!)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Sinne des Aufrufs des Kollegen Steier, es möge los gehen, darf ich auch zu diesem vorliegenden Rechnungshofbericht zum Verkehrsverbund Ost Region Stellung beziehen und darf vielleicht vor meinen Ausführungen zum Bericht inhaltlich anmerken, dass es, glaube ich, ganz wesentlich ist, ein klares Bekenntnis zum Verkehrsverbund Ostregion, dem wichtigsten Österreichs, wie wir bereits eingangs gehört haben, abzulegen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke, es muss an uns allen ein Anliegen sein, diesen Verkehrsverbund Ostregion künftighin noch effektiver zu gestalten und noch stärker auszubauen.

Es gibt großartige Leistungen für burgenländische Fahrgäste - insbesondere für Pendlerinnen und Pendler, für Studierende für Lehrlinge, wenngleich dieser Bericht ein

ganzes Bündel an Mängel aufgeworfen hat. Die Vorredner sind im Detail auf all diese Mängel eingegangen, von der sehr spät kommenden Tarifreform bis hin zu wesentlichen Mängel, die ganz einfach gefehlt haben.

Es wurde auch von Seiten der Vorredner moniert, und ich halte das für einen wesentlichen Mangel, dass trotz des Anstieges der Frequenz, des deutlichen Anstieges der Frequenz, die Zuschüsse ebenso gestiegen sind. Das heißt, es gibt keine Korrelation im Hinblick auf die tatsächlichen Kosten in Bezug auf die jeweiligen Zuschüsse. Es nimmt daher auch nicht wunder, dass hier der Rechnungshof, neben der Rechtmäßigkeit der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit, klare Prüfziele vorgegeben hat.

Natürlich war er auf Schwerpunkte fokussiert. Einer der wichtigsten Schwerpunkte war das Zusammenwirken der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien in der VOR GmbH. Aber auch die Entwicklung des Verkehrsangebotes insgesamt, sowie die Gestaltung der Tarife, die Finanzierung des Verkehrsangebotes und letztendlich auch die Fortschritte bei der Ausschreibung der Busverkehrsdienstleistung.

Sonderbarerweise, wenn man das Unternehmen in seiner Gesamtstruktur betrachtet, sticht ins Auge, dass hier ein wesentliches Kernelement eines modernen Managements offensichtlich noch fehlt. Hier geht es künftighin klar in die Richtung, diese Elemente stärker ins Unternehmen einzuführen. Es kann nicht sein, dass es keine einheitliche Steuerungshoheit gibt, dass es keine gemeinsamen quantifizierbaren Verlagerungsziele gibt, insbesondere in Bezug auf die Pendlerinnen und Pendler, dass es keine Aussagen im Bezug über konkrete Budgetwirkungsziele gibt. Keine, beziehungsweise unzureichende strategische Steuerungen, keine vergleichbaren Verkehrskonzepte innerhalb eines Verbundes.

Was also gerade eine Verbundidee sein müsste, fehlt. Ebenso gibt es keine Kenntnis über den Umfang des Verkehrsaufkommens im Schienenverkehr. Erschüttert war ich eigentlich, dass es keine Informationen dazu gibt, wie viele Fahrgäste im Verbundgebiet in Zügen mit Haupttariftickets fahren. Das ist etwas, was sehr befremdlich ist.

Man hat damit keine Gesamtübersicht und kann natürlich auch nicht die entsprechende Nachfrage inhaltlich bewerten. Verstöße gegen EU-rechtliche Bestimmungen sind ebenfalls ein Detail, das abzustellen ist. Ich denke, wenn es kein Beschwerdemanagement gibt, dann ist das auch ein Hohn für die Fahrgäste, die dann berechtigterweise da und dort Beschwerden anbringen, wenn man kein Management hat und er darauf nicht reflektieren kann und er das dann postet. Ich denke, das ist nicht notwendig.

Der Personalaufwand, auch dazu wurde schon Stellung genommen, ist deutlich gestiegen. Der Bundesrechnungshof sagt zwar, dass er angemessen ist, aber nicht auf alle Kosten aufgeteilt beziehungsweise zugeordnet. Der Frauenanteil ist dankenswerterweise gestiegen. Leider nicht in den entsprechend hohen und höheren Funktionen. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage, und das wurde mehrfach moniert, ist es so, dass die jeweiligen Abgänge immer wieder durch Gesellschafterzuschüsse abgedeckt werden müssen.

Leider ein Automatismus, der in diesem Unternehmen kein Selbstverständnis sein sollte. Auch hier muss man künftighin modernste Managementformen anwenden. Die 38 vom Bundesrechnungshof getätigten Schlussempfehlungen, die natürlich nicht alle für das Burgenland zutreffend sind, sind daher die logische Folge. Ich glaube entscheidend muss und wird künftighin sein, dass man aufeinander abgestellte gemeinsame Planungen vornimmt, dass es bundesländerübergreifende Strategien geben muss, quantifizierbare

Ziele der Verkehrsmittelwahl sowie Steuerung relevante Kennzahlen für dementsprechenden Mitteleinsatz.

Speziell für das Burgenland wäre es wichtig, dass es rasch eine vorzeitige Kündigung des Verkehrsdienstvertrages mit den ÖBB gibt - und zwar im Bereich Personenverkehr. Man braucht die Installierung entsprechender Gesamtübersichten - insbesondere zum Umfang des Schienenverkehrsaufkommens. Die Meldung der Fahrgastzahlen muss ganz einfach ein Automatismus werden. Natürlich muss es ein Konzept im Hinblick auf die Aufteilung der Mehreinnahmen aus den Jugendticket und dem Topjugendticket geben. Es muss kalkulierbare, detaillierte Projektbudgets geben. Das ist unerlässlich.

Wir brauchen die Schaffung eines qualitativ hochwertigen Beschwerdemanagements. Es genügt ganz einfach nicht, die jeweiligen Abgänge hier abzudecken. Das ist natürlich auch, meine Damen und Herren, ein höherer, ein stärkerer Auftrag an die Politik. Das ist mein Fazit.

Die Politik muss sich hier künftig hin stärker einbringen, auch in der VOR GmbH. Es genügt eben nicht, der Gesellschaft jährlich Zuschüsse zu leisten, sondern hier muss man inhaltlich stärker Druck machen, stärker zusammen arbeiten, stärker kooperieren. Es genügt wahrscheinlich auch nicht, dass ein Beamter aus dem Landesdienst in den jeweiligen Gremien hier das Land vertritt.

Wir brauchen hier eine starke Einbindung der Politik im Hinblick auf ein stärkeres, zukünftiges, modernes Management zu entsprechend vernünftigen Preisen. Es wartet also in der nächsten Zeit viel Arbeit.

Eine Arbeit, die sich aber im Hinblick auf unsere burgenländischen Fahrgäste lohnen wird. Höchste Qualität des Angebotes, absolute Pünktlichkeit, Komfort und Topausstattung, höchste Kundenzufriedenheit unserer burgenländischen Fahrgäste, insbesondere unserer Pendlerinnen und Pendler, muss ganz einfach in den Mittelpunkt rücken.

Das muss unser aller Ziel sein. Meine Fraktion wird daher diesen vorliegenden Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter Dr. Rezar. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Rechnungshofberichte sagen in der letzten Zeit wirklich sehr viel aus. Wenn wir heute über das Südburgenland diskutiert haben und es funktioniert alles so wunderbar, habe ich vor Jahren schon das Thema Pendler immer als mein Steckenpferd angesehen, da wir in Deutschkreutz eine Pendlergemeinde sind und sich dort vermehrt die Beschwerden gehäuft haben.

Ich bin aber recht froh, dass der Zusammenschluss passiert ist, dass es diesen VOR gibt und dass das Land auch hier dahintersteht. Wenn ich jedoch diesen Rechnungshofbericht lese, „Tohuwabohu“, denn da wird aufgeführt, wie überall bei den Rechnungshofberichten. Wenn ich die lese, die wirklich hervorragend ausgearbeitet werden und dann stellt man sich her, und sagt, naja wir nehmen den zur Kenntnis, dann ist das ja schön und gut, wenn man den zur Kenntnis nimmt, aber gerade der Dr. Rezar hat ja das vollkommen richtig gesagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es liegt nämlich wirklich noch sehr viel Arbeit vor uns, wenn ich mir diesen Rechnungshofbericht anschaue. Ich will mit gewissen Punkten, die heute ohnehin schon vier-, fünfmal vorgebracht wurden, nicht ins Detail gehen und, aber Faktum ist, dass das Land viel Geld in die Hand nimmt und hier auch mitbestimmen kann, soll und muss. Was passiert dort? Da gibt es überhaupt keine Möglichkeit, oder man hat sich nicht eingebracht. Ich verstehe das nicht. Dann bin ich wieder bei Dr. Rezar, der sagt, eine Person schaukelt das Ganze. Das kann es nicht geben. Das funktioniert auch nicht. Das habe ich aus Erfahrung auf meinem eigenen Leib und in der eigenen Gemeinde spüren müssen. Vor 20 Jahren waren es 30.000 Pendler, jetzt haben wir 58.000 Pendler. Tagtäglich fahren in Deutschkreutz an die 600 Personen mit dem Zug weg. Da sollte man schon schauen, dass das auch funktioniert, weil hier sehr viel Geld im Spiel ist.

Wenn ich mir den Rechnungshofbericht tatsächlich noch einmal auf der Zunge zergehen lasse, dann sagt der klipp und klar, da hat einiges nicht funktioniert. Da wird in Zukunft wirklich viel Arbeit anstehen. Der Rechnungshofbericht vermittelt den Eindruck einer mehr oder weniger unkoordinierten, von den Ländern unabhängig voneinander betriebenen Verkehrspolitik. Vor allem in der Frage der Planung von Pendlerströmen beziehungsweise der Bewältigung von diesem Pendlervolumen in der Ostregion. Das heißt, wir haben Neider.

Der Pendler ist ohnehin schon gestraft genug, dass er überhaupt auspendeln muss. Dann hat er noch die Probleme, dass das alles nicht funktioniert. Weder die Fahrzeiten, noch das Wohlfühlen in einem Zug, wo ich mich wohlfühlen soll, wo geheizt wird, wo klimatisiert wird, wo man viel Geld investiert hat und das dann erst recht nicht funktioniert. Dann muss ich schon dazu sagen, liebe Verantwortliche in diesem Land, nehmen wir das sehr ernst und gehen den Weg, dass man dort wirklich Massives betreiben kann und machen sollte. Wenn ich mir die Punkte, die der Rechnungshof empfiehlt, anschaue, dann kann ich nur dazu sagen, tun wir etwas. Nur ein paar Punkte: Der Zuschuss, mit dem die jährlichen Verluste der VOR GmbH abgedeckt werden müssen, muss nach Ansicht des Rechnungshofes weniger werden. Die Fehlbeträge zwischen 2010 und 2014 betrugen pro Jahr jeweils 6,7 Millionen Euro, die durch die Gesellschafterzuschüsse, wie heute schon gehört, durch die Bundesländer Niederösterreich, Wien und Burgenland gedeckt werden müssen.

Die Eigentumsverhältnisse der VOR GmbH betragen für die Bundesländer Niederösterreich und Wien jeweils 44 Prozent, für das Burgenland 12 Prozent. Der Bundes-Rechnungshof empfiehlt daher, die Einführung einer adäquaten Kostenrechnung, den Abschluss eines neuen Grund- und Finanzierungsvertrages mit dem Bund, eine Tarifreform sowie die Einführung einer Tarifautomatik. Diese sollte auch dazu beitragen, den Bedarf an Gesellschafterzuschüssen zu senken.

Auch für das Burgenland würde das bedeuten, weniger zu zahlen, dass das auch funktioniert. Der Kernpunkt der Empfehlung des Bundes-Rechnungshofes betrifft die Transparenz des öffentlichen Mitteleinsatzes. Wie überall.

Wenn der Rechnungshof etwas niederschreibt, schwarz auf weiß, dann geht es immer um die Transparenz. Dann geht es immer ums Geld. Wir stellen uns immer her und sagen, wie wunderschön alles läuft. Ich frage mich nach unserer Zeit, wenn der Rechnungshof berichtet, ob wir wirklich das alles auch so gemacht haben, wie wir immer getan haben? Das ist die Frage.

Das heißt, dann muss man sich auch von der Opposition oft Ideen oder vielleicht Kritik gefallen lassen, wenn es auch sachlich fundiert ist. Das ist ja kein Problem. Das

zeigt man jetzt auf, dass von 2010 bis 2014 hier massive Probleme aufgetaucht sind. Die gibt es leider noch immer. Das heißt, wann geschieht endlich einmal etwas?

Ich kann nicht nur einem Rechnungshofbericht immer zur Kenntnis nehmen und sagen, legen wir ihn ab und es redet ohnehin keiner mehr drüber. In den letzten Jahren, jetzt, seit die neue Landesregierung angelobt wurde oder in Amt und Würden ist, haben wir eigentlich nur Rechnungshofberichte gehabt, die mit der neuen Regierung nichts zu tun gehabt haben. Das muss man jetzt auch klar sagen. Aber, die vorgehenden Regierungen. Massive Probleme sind da ans Tageslicht gekommen, wo der Rechnungshof wirklich gute Arbeit geleistet hat.

Nur sollten wir nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern sagen: Wie können wir diese Punkte anders machen, besser machen, für unsere Pendler, für unsere Leute in unserem Burgenland? Denn hier steckt viel Geld, hier zahlt das Land sehr viel Geld und daher glaube ich, dass man den Rechnungshofbericht nicht nur einmal diskutieren sollte, sondern immer wieder einmal zur Diskussion bringen sollte.

Ich würde sogar vorschlagen, dass man alle Quartale einmal die Rechnungshofberichte noch einmal hernimmt und schaut, was inzwischen eigentlich dort geschehen ist. Das wäre nur ein Vorschlag, wo man sich dort damit auseinandersetzt und sagt, dass der Punkt abgehakt ist, dort können wir nicht, das geht nicht, das ist nicht finanzierbar. Ich glaube, das wäre ein Vorschlag, den wir alle miteinander tragen könnten. Wir werden natürlich auch diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Dankeschön. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Rechnungshofbericht ist in seiner gesamten Ausführung von meinen Vorrednern eigentlich sehr grundlegend schon besprochen worden und sollte, wie es Manfred Kölly gesagt hat, eigentlich als Grundlage nicht nur einer Diskussion innerhalb der Verbundsteilnehmer dienen, sondern es sollte insgesamt auch dazu führen, diese Festlegungen von Fahrgastzahlen oder vom Aufkommen von Fahrgästen im Verhältnis auf die Preisgestaltung durchzubringen und damit eigentlich etwas in den öffentlichen Verkehr an Kostenbewusstsein schaffen; auf der anderen Seite auch eine Finanzierungsgrundlage.

So, wie es im Rechnungshofbericht festgehalten ist, kann man nachlesen, dass sich die Beiträge der öffentlichen Hand zur Finanzierung im gleichen Zeitraum um 10 Prozent erhöht haben. In den Jahren 2010 bis 2014 stieg das Verkehrsangebot im VOR um 8 Prozent. Die Verkehrsunternehmen verzeichneten um 41 Prozent mehr Fahrgäste.

Das heißt, die öffentliche Diskussion, die wir auch in politischer Hinsicht zu führen haben, ist die Förderung von Verkehrsverbünden beziehungsweise überhaupt des öffentlichen Verkehrs. Ich darf allen Abgeordneten zur Kenntnis bringen, ich war bis gestern eigentlich in Amsterdam. Von dort her kann ich das als Beispiel vermitteln, was den öffentlichen Verkehr anbelangt, sowohl was die Schifffahrt auf den Grachten, aber auch die Bahnverbindungen, Bahnlinien und auch die Busverbindungen betrifft.

Auf der dritten Seite ist eines der gewichtigsten Argumente für Amsterdam oder für den öffentlichen Verkehr im urbanen Bereich, der Fahrradverkehr. Wenn man sich anschaut, wie ein Einheimischer diese Wegstrecken in der Umsetzung bewältigt, dann kann man nur davon ausgehen, dass man als Gast sich dort auf kein Fahrrad setzt, weil

das ist sicherlich richtiggehend eine verkehrsgefährliche Situation, die dort oft geschaffen wird.

Aber, die Einheimischen schaffen es dort, einen Verkehrsfluss zu erzeugen, der für einen Betrachter besorgniserregend ist, auf der anderen Seite eigentlich von mir in diesen drei Tagen nur mit einem Unfall zu kennzeichnen war. Tatsache ist aber, die Schweiz hat schon langatmig im Vorbildsinne Vieles bewerkstelligt, was eine Verkehrsverbundsituation auf ein ganzes Land betrifft. Die Schweiz hat vor Jahren über eine Volksabstimmung eine eindeutige Bekenntnissituation zum öffentlichen Verkehr gelegt. Dafür haben Sie auch dort eine klare Positionierung, die darin besteht, dass Bus-, Bahnverbindungen und auch andere Verkehrsträger immer den genauen Takt vorgegeben haben, sodass sie immer einen Anschluss zum nächsten Zielort haben.

Dieser Taktverkehr funktioniert in fünf Minuten vor der halben Stunde und fünf Minuten nach der halben Stunde im Abfahrtsystem. Daher ist auch der Bürgermeister der Freistadt Eisenstadt so erfreut, dass sein Busverkehr jetzt eine derartig positive Gegebenheit ist und dass er so angenommen wird.

Tatsache ist, der Herr Vizebürgermeister treibt es in seinen Plakaten jetzt wieder auf den Punkt. Man kann es noch in vielerlei Hinsicht verbessern. Ich bin der Überzeugung, bis zu den Gemeinderatswahlen wird es noch Steigerungen geben. Es ist jetzt angepasst worden, aber es werden noch viel mehr Plakate stehen. *(Ein Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: U-Bahn!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verkehrsverbund Ostregion ist an sich ein gutes Beispiel, wie sich der Öffentliche Verkehr in der Planung, in der Auseinandersetzung eigentlich gestalten lässt. Ich schließe mich meinen Vorrednern an, denn Vieles ist verbesserungswürdig. Die finanziellen Mittel im Einsatz sind verbesserungswürdig, aber im speziellen das vom Kollegen Sitzmüller angesprochene Verhältnis auf Fahrgast- und Gästezahlen zu der Inbetriebnahme von Linien.

Ein abgestimmter öffentlicher Verkehr, der auch sinnvolle Frequenzen hat, ist als leuchtendes Beispiel festzuhalten. Frequenzen, die ich nicht erziele, werde ich auch nicht durch Zuschüsse ausgleichen. Daher sollte jede Vernunft angewendet werden, die Buslinien in dem Sinne auch so zu sponsern, so zu finanzieren, dass der Gast, wenn er die entsprechenden Angebote lösen will, auf der einen Seite nicht überfordert wird, dass er dadurch günstigere Tarife hat.

So kann auch das Land als Mitglied des Verkehrsverbundes Ostregion festhalten, dass sehr viel Geld in den öffentlichen Verkehr gesteckt wird. In der Konsequenz sollte das aber nicht bedeuten, dass man dann jährlich Nachbesserungen setzen muss, die eigentlich über den finanziell vereinbarten Rahmen hinweggehen. Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m. b. H. wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer

Entschließung (Beilage 805) betreffend Handwerkerbonus (Zahl 21 - 563) (Beilage 843)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 805, betreffend Handwerkerbonus, Zahl 212 - 563,Beilage 843.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Kurt Maczek: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Handwerkerbonus in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Handwerkerbonus, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter Mag. Maczek. Als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Dankeschön. Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag zum Handwerkerbonus wird seitens des Bündnisses Liste Burgenland sofort und natürlich doppelt unterstützt, weil es Sinn macht.

Das muss man einmal klar sagen. Er wurde 2016 eingeführt und, wie man sieht, auch gut angenommen. Im Jahr 2014 wurde auch von der Bundesregierung ein Handwerkerbonus als Förderaktion eingeführt. Über 65.000 Privatpersonen nahmen die Förderung für handwerkliche Tätigkeit in Anspruch und haben Tätigkeiten, wie Renovierungsarbeiten, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen von Wohnraum in Anspruch genommen.

Rund 20 Millionen Euro wurden dabei ausgeschüttet. Im Burgenland, diesen Umstand habe ich bereits erwähnt, ist der Burgenländische Handwerkerbonus hervorragend eingeführt worden und wurde heuer wieder erweitert. Er wurde sogar noch einmal um einen Monat verlängert.

Ich finde es deshalb für wichtig und richtig, dass man hier die Möglichkeit hat, auch in den Wintermonaten über diese Förderung handwerkliche Dienste in Anspruch zu nehmen. Heuer war allerdings ein strengerer Winter und man hat vielleicht dort oder da nicht so arbeiten können, wie man gerne gewollt hätte. Ein Monat länger. Und ich finde das für wichtig und richtig, dass man hier die Möglichkeit hat, auch in den Wintermonaten, und wie es heuer war, war ein strengerer Winter, hat man vielleicht dort oder da nicht so an können, mit den Gebäudesanierungen und dergleichen mehr, auch wieder glaube ich, ein Erfolg kommen wird.

Ich glaube aber trotzdem, eines vielleicht noch mit einzubringen, irgendetwas verstehe ich nicht ganz an der ganzen Situation. Das heißt, man bekommt nur dann einen Handwerkerbonus, wenn man Altbau saniert, wenn man keine neuen Häuser baut und auch dort die Handwerker arbeiten können.

Ich verstehe das nicht. Jemand, der noch keine Wohnbauförderung bekommen hat, schlussendlich, und diese auch gar nicht beantragt hat, warum bekommt der das nicht, wenn Firmen dort arbeiten? Das ist für mich halt unverständlich, warum ich nur bei Altbausanierung, oder bei Häusern die 10 Jahre alt, oder alter als 10 Jahre sind, im Endeffekt, wo die Handwerker die Möglichkeit haben zu arbeiten. Und warum nicht bei Neubauten, was ja genauso meiner Meinung unterstützt gehört?

Da geht es ja um das Prinzip, dass die Handwerker arbeiten können, damit man die unterstützt. Damit die Leute nicht abgebaut werden, beziehungsweise, dass sie auch in den Wintermonaten Möglichkeiten haben, zu arbeiten.

Heuer hat man typisch gesehen, wo nicht, wo der Winter ein bisschen strenger war, haben sie nicht hin können. Aber bei Neubauten wurde auch gearbeitet, wo Innenputzer sogar waren, wo Innenausbauer waren, die bekommen keine Unterstützung. Da sollte man sich etwas überlegen.

Das würde ich gerne einmal in einer Diskussion bringen, ob man nicht auch diese unterstützt und fördert. Weil das ist meiner Meinung ein wichtiger Faktor, mit diesem Handwerkerbonus, dass man sich auch Gedanken macht, wie kann man das ausweiten, wie kann man das machen? Der Bund, der Bund macht sich Gedanken, es ganz abzuschaffen, das ist ja ganz komisch. Daher hat es ja diesen Antrag gegeben, den wir gerne unterstützen. Könnte genauso von uns sein, aber macht nichts, wir arbeiten mit. Wir sind für die gute Zusammenarbeit.

Und trotzdem, diese Anregung sollte man wirklich überdenken, liebe Klubobleute, Géza Molnár und Hergovich Robert, oder liebe ÖVP, dass man das reinnimmt einmal als Diskussionsgrundlage, ob man nicht auch die Leute unterstützen kann. Es ist natürlich auch eine Berechnung, es ist eine Finanzierungsgeschichte. Aber auch hier sollte man nachdenken.

Herzlichen Dank, wir werden natürlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter, um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Handwerkerbonus des Bundes wurde 2014 ins Leben gerufen, die Fakten sind weitgehend bekannt. Ich sage nur die Eckpunkte: Gefördert

werden Arbeitsleistungen zwischen oder von 200 Euro bis 3.000 Euro. Gefördert werden 20 Prozent des Rechnungsbetrages höchstens, maximal 600 Euro.

Nicht subventioniert werden, wie schon richtig mein Vorredner erwähnt hat, die Schaffung von neuem Wohnraum, die Material- und Entsorgungskosten, also das wäre auch eine Möglichkeit, das dazu zu nehmen, weiters besteht kein Rechtsanspruch.

Es gilt der Spruch „first come, first serve“, das heißt, „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ und wenn der Fördertopf aufgebraucht ist, gibt es keine Förderungen mehr.

Auch die positiven Aspekte sind bekannt und eigentlich unumstritten. Es war sowohl für den Finanzminister als auch für die Handwerksbetriebe sehr positiv, schon im ersten Jahr waren über 40 Millionen Euro an Abgaben, das heißt Umsatzsteuer, Einkommensteuer und Lohnnebenkosten, Sozialversicherungsabgaben, im ersten Jahr bereits fällig. Der Bonus kann ruhig im Wesentlichen als Motivationsschub und als Konjunkturmotor bezeichnet werden. Der Finanzminister hat nun dennoch angekündigt, dass die Förderaktion nicht mehr verlängert wird.

Begründet hat er das damit, dass schon in der Planung dieses Bonus drinnen stand, dass er Konjunkturabhängig ist. Das heißt, wenn die Wirtschaftskonjunktur einen gewissen Wert, einen positiven Wert, erreicht hat, dann wird er nicht mehr verlängert. Das heißt, dieser Bonus ist an ein bestimmtes Wachstum gebunden und es gibt praktisch eine Konjunkturklausel und er sagt, dann wäre eben eine Gesetzesänderung notwendig.

Ja, meine Damen und Herren, dann soll eben das Gesetz geändert werden, wenn es so eine gute Sache ist, also das darf nicht daran hindern. Außerdem sollte sich der Herr Finanzminister ein Beispiel am burgenländischen Handwerkerbonus nehmen, der sicher besser angelegt ist.

Der *(Abg. Manfred Kölly: Mehr Geld.)* Erstens, für die nachfrageschwachen Wintermonate vorgesehen ist. 25 Prozent der förderbaren Kosten bis maximal 5.000 Euro sind möglich, und dieser Handwerkerbonus wird auch 2017 angeboten.

Wir sind jedenfalls für die Fortsetzung dieses Handwerkerbonus auch auf Bundesebene. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter, um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, meine geschätzten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Man kann die Wortmeldung bei diesem Tagesordnungspunkt relativ kurz halten. Die ÖVP Burgenland ist natürlich dafür, dass der Handwerkerbonus auf Bundesebene verlängert wird. Ich habe das auch bereits im Feber öffentlich klar gesagt. Wir sind sogar dafür, dass er ausgeweitet wird und verbessert wird. Es hat ganz einfach Sinn, weil man auch gesehen hat, dass es gute und positive Effekte gegeben hat, einerseits natürlich für die Bürgerinnen und Bürger, die Handwerksbetriebe beauftragt haben, aber natürlich auch für die kleinen und mittleren Unternehmen.

Und außerdem, was man auch nicht vergessen darf, ist natürlich, dass der Pfusch auch entsprechend eingedämmt wird. Es gibt Berechnungen, die von 250 Millionen Euro in etwa ausgehen.

Daher stehen wir, als ÖVP Burgenland, natürlich dafür ein, dass der Handwerkerbonus verlängert wird. Ich meine, der Kollege Richter hat es eh richtig gesagt, es gibt ja eine gesetzliche Beschlusslage auf Bundesebene, wo eben im Gesetz steht,

dass ab einem Wirtschaftswachstum von über 1,5 Prozent, dieser Handwerkerbonus eben nicht mehr gewährt wird. Aber ich bin auch der Meinung, Gesetze kann man ja ändern und ich bin dafür, dass sie geändert werden, Herr Kollege Richter und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, weil Sie mich gerade gefragt haben.

Es wäre halt schön, wenn Sie auch mit Ihren Abgeordneten reden würden, dass sie auch mitstimmen. Sie haben ja das letzte Mal auf Bundesebene gegen den Handwerkerbonus gestimmt. Der Vertreter der FPÖ hat nämlich gemeint, der Handwerkerbonus sei ein reines Placebo-Gesetz, das nur mehr kostet, als es bringt.

Und daher, reden Sie mit Ihren Kollegen auf Bundesebene, vielleicht gibt es dann auch auf Bundesebene eine Zustimmung der FPÖ.

Wir stimmen diesem Entschließungsantrag natürlich gerne zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Kurt Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter, um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! In diesem Antrag, wie wir schon gehört haben, wird die Burgenländische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, dass diese von der angekündigten Einstellung des Handwerkerbonus Abstand nehmen soll.

Wir haben schon gehört, wenn man dem Finanzminister Schelling Glauben schenken darf, dürfte es mit dem Handwerkerbonus des Bundes nach dem Jahr 2017 vorbei sein. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Er ist ja nicht die Gesetzgebung.)*2017 wird die Regierung den Bonus noch einmal gewähren.

Aufgrund derzeitiger Konjunkturdaten geht Finanzminister Schelling aber davon aus, dass Handwerkerleistungen künftig nicht mehr gefördert werden. Mit dem Bonus werden Handwerkerleistungen mit 20 Millionen Euro Gesamtförderung gefördert. Die Förderung beträgt 20 Prozent der Kosten und ist mit 600 Euro pro Förderungswerber gedeckelt und damit weit weg von den Zahlen des burgenländischen Handwerkerbonus.

Der Finanzminister sagt selber, er sei kein Freund des Handwerkerbonus und verstehe auch die Kritik der Abgeordneten dahingehend nicht. Auf Grund der aktuellen Konjunkturentwicklung geht der Finanzminister davon aus, dass die Bonusaktion kein weiteres Mal verlängert wird, heißt es in einer Aussendung.

Er beruft sich unter anderem, wie wir schon gehört haben, auf das Gesetz, in dem nämlich die Fördermaßnahme endet, wenn das Wirtschaftswachstum über 1,5 Prozentpunkte liegt. Das Wirtschaftswachstum des Burgenlandes ist schon Jahrelang über zwei Prozentpunkte und wir haben diesen Handwerkerbonus eben noch erweitert und umfangreicher gemacht. Also das ist für mich kein Argument.

Ein wichtiges Ziel dieses Handwerkerbonus, dieser Maßnahme, ist auch die Schwarzarbeit zu bekämpfen, neben Wachstum und konjunkturbelebender Impulse. Und auch der Linzer Ökonom Friedrich Schneider weist auf eine massive Reduktion beim Pfusch, bei Haussanierungen durch den Handwerkerbonus hin. Der Handwerkerbonus hat den Pfusch um 200 bis 250 Millionen Euro in diesem Bereich reduziert, weil es attraktiver war, jetzt Leistungen mit Rechnungen zu machen und sich das vom Staat zu vergüten.

Er sagt weiters, dass der Finanzminister durch die 20 Millionen Euro eigentlich nichts verloren hat, und es für ihn unerklärlich sei, das Ganze auslaufen zu lassen. Er fände es im Gegenteil sehr gut, wenn man den Handwerkerbonus zumindest ein bis zwei Jahre unlimitiert anbieten würde.

Auch die Wirtschaftskammer fordert das Auslaufen der Aktion zu überdenken. Der Bonus sei für Konsumenten, Handwerker und Staat eine gemeinsame Erfolgsgeschichte, so die Obfrau der Bundessparte Gewerbe und Handwerk, Renate Scheichelbauer-Schuster. Gerade im Handwerk seien die Konjunkturzahlen der vergangenen Quartale noch nicht auf dem Niveau der Gesamtwirtschaft. Auch der oberösterreichische Landesrat Rudi Anschober hat angeregt, dass der Handwerkerbonus nicht einfach auslaufen dürfe, sondern durch ein in mehreren EU-Staaten bereits bewährtes Anreizmodell, durch Sanierungen, ersetzt werden müsse.

Ja dabei kann der Bund sich ein Beispiel am Burgenland nehmen. Wir haben das schon erwähnt, es ist schon erwähnt worden, die maximale Förderhöhe von eben 600 Euro im Bund, 5.000 Euro im Land Burgenland. Das Burgenland ist auch flexibler. Wir haben ursprünglich 400.000 Euro für die Förderung vorgesehen, haben das auf Grund der hohen Anzahl der Anträge auf eine Million Euro im Vorjahr gesteigert und in diesem Jahr stehen wieder über eine Million Euro zur Verfügung.

Das Burgenland ist hier sicherlich Vorreiter und es hat im Vorjahr 1.279 Anträge gegeben. Und es ist auch, wenn man vergleicht, dass die Förderhöhe im Burgenland zehnmal so viele Investitionen ausgelöst hat, im Bund nur viermal so viele Investitionen, so kann man wirklich sagen, dass das Burgenland hier Vorreiter ist.

Abschließend möchte ich sagen, dass der Handwerkerbonus ein wichtiger Mosaikstein der Erfolgsdaten unseres Heimatlandes Burgenland ist, das Wirtschaftswachstum betreffend, Beschäftigungsrekord betreffend und vor allem auch verantwortlich für den Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Der Bund sollte sich daran ein Beispiel nehmen. Wir werden dem zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Frau Präsidentin! Ohne Zeitverlust. Es gibt in Wirklichkeit kein vernünftiges Argument gegen den Handwerkerbonus, außer man will ihn sich nicht leisten.

Ich stimme dem zu. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Ganz so kurz bin ich nicht, aber fast. Wir werden dem Handwerkerbonus auch zustimmen, obwohl ich es gescheiter fände, eine Sanierungsoffensive beziehungsweise einen Sanierungscheck, so wie wir es schon hatten, anzuregen, mit ökologischen Komponenten, was dann auch dem Klimaschutz hilft.

Ich nehme einmal an, dass die Zahlen ähnlich sind wie für den Handwerkerbonus. Bei der Sanierungsoffensive ist es so, dass es laut Berechnungen der Wirtschaftskammer

so viel an Mehr an Investitionen auslöst, dass praktisch mehr an Steuereinnahmen hereinkommen, als hier ausgeschöpft werden.

Das heißt, so wie meine Vorredner schon gesagt haben, es gibt eigentlich keinen vernünftigen Grund hier die Handbremse zu ziehen und wir stimmen deshalb diesem Antrag zu. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Herzlichen Dank. Ich mache es auch ganz kurz. Freue mich, dass der Handwerkerbonus des Burgenlandes so breite Zustimmung findet. Ich glaube, das ist auch eine wirklich gute Sache.

Ich freue mich auch, dass wir, sowohl der Landesrat Petschnig als auch die Sozialpartner diesen Handwerkerbonus erarbeitet haben, und dass das auf breiter Basis mitgetragen wird. Weil es ein Impuls einerseits für die Wirtschaft ist, nämlich in einer schwierigen Zeit, wo die Bauwirtschaft erst wieder mit den Arbeiten beginnt. Auf der anderen Seite können genau diese Sanierungsmaßnahmen, die notwendig sind, auch durchgeführt werden. Es kann die Barrierefreiheit auch durchgeführt werden.

Wir haben im Augenblick über 500 Anträge von Burgenländerinnen und Burgenländern, die entsprechend bearbeitet werden und das Geld relativ kurzfristig dann auch ausbezahlt wird. Natürlich auch eine sehr erfreuliche Tatsache dass 90 Prozent der Beauftragungen an burgenländische Firmen von den Burgenländerinnen und Burgenländern erfolgt sind, also genau nach unseren Intensionen dass eben Arbeit und Geld im Land bleiben sollen.

Die Qualität der burgenländischen Firmen wird von den Menschen des Landes geschätzt und genau in diese Richtung geht der burgenländische Handwerkerbonus. Und wenn über 500 das bis jetzt beantragt haben, zeigt es, dass es hier entsprechenden Bedarf gibt, dass die Sanierung verstärkt wird und die Wirtschaft auch einen Impuls bekommt.

Und ich denke das ist ein wirkliches Erfolgsmodell. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Handwerkerbonus ist somit einstimmig gefasst.

11. Punkt: Bericht des Rechnungsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 784) betreffend 125-ccm-Motorradführerschein (Zahl 21 - 558) (Beilage 844)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 11. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechnungsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 784, betreffend 125-ccm-Motorradführerschein, Zahl 21 – 558, Beilage 844.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht, geschätzter Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Abgeordneten Patrick Fazekas, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 125-ccm-Motorradführerschein, in seiner 18. Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 125-ccm-Motorradführerschein die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin! Es gibt in sehr wenigen Ländern in Europa diese Regelung dass man mit dem B-Führerschein, wenn man fünf Jahre gefahren ist, mit einer kurzen Praxis, ein 125-ccm Motorrad lenken darf.

Der Antrag der ÖVP geht dahin, dass das geändert werden soll und das auf EU-Ebene praktisch angehoben wird. Ich finde die Überlegung grundsätzlich gut, möchte aber berücksichtigen, dass gerade die Zweiradfahrer wirklich, manche Ärzte nennen sie „fahrende Organspender“, ein sehr hohes Verkehrsrisiko tragen. Vielen fehlt einfach die Übung, vielen fehlt die Praxis. Und der Umstieg vom Auto zum Motorrad ist ein natürlich großer weil sich natürlich ein Motorrad anders fahren lässt.

Ich habe deswegen angeregt diesen Antrag zu ergänzen, um hier zumindest ein bisschen mehr Praxis bei diesem sogenannten Code 111 Motorradfahrern zukommen zu lassen. Ihr seht das getrennt, ist Euer gutes Recht natürlich. Wir werden dem Antrag deswegen nicht zustimmen weil, ich habe mir die Unfallzahlen angeschaut. Natürlich sind vor allem Motorräder mit höherer Leistung hier noch gefährdeter, aber ganz zum Gegensatz zu den PKW's wo es zwar auch eine steigende Anzahl an Fahrzeugen gibt, aber die Unfallzahlen und vor allem die Todesfälle hier zurückgehen, das ist bei den Motorradfahrern leider anders.

Hier gibt es eine Zunahme sowohl der Motorradfahrer und -fahrerinnen als auch der Unfälle und auch leider der Toten. Wir bewegen uns da so in einer Größenordnung jährlich zwischen 100 und 80 Personen die auf dem Motorrad aus ums Leben kommen. Das ist einfach zu viel. Das Problem ist auch bei den Motorradfahrern, dass es im Vergleich zu PKW-Lenkern sehr oft Alleinunfälle sind, das heißt wo kein anderer Verkehrsteilnehmer mit beteiligt ist. Das rührt eben daher das teilweise aus Selbstüberschätzung, teilweise mit zu wenig Fahrpraxis gefahren wird.

Die teilweise auf und ups bei den Unfallzahlen und den Toten bei den Motorradfahrern resultiert natürlich auch je nach Witterung. Je nachdem wie die Motorradsaison eines Jahres ist, gibt es natürlich mehr Motorradfahrer auf der Straße und dadurch ist die Unfallzahl größer.

Ich finde es grundsätzlich gut, denn gerade die 125-ccm Klasse wird oft als Einstieg dann in stärkere Modelle gewählt, dass man hier praktisch seine Anfänge an schwächeren Motorrädern üben kann. Aber ich hätte es begrüßt, wenn man hier die Fahrpraxis beziehungsweise die Lehrstunden höher ansetzt und vielleicht nach ein paar Monaten, nachdem der Führerschein erweitert wurde um diesen Code 111, um einen zusätzlichen Crash-Kurs, ähnlich wie es beim Führerschein mit 17 und 18 beim Auto ist, erweitert.

Was noch dazu zu sagen ist, dass die Motorradfahrer und –fahrerinnen besonders gefährdet sind in Österreich oder nicht nur in Österreich wahrscheinlich aber in den Ländern, wo es halt viele Gebirgsstrecken gibt, wo viele Strecken mit Kurven besonders zu Unfällen neigen, da die Kurven oft unterschätzt werden und auch das Fahrkönnen überschätzt wird.

Also grundsätzlich sind wir für den Antrag, aber wir finden es notwendig hier mehr Fahrpraxis in diesen Führerschein, beziehungsweise in diesen Zusatz von dem B-Führerschein einzubringen und werden daher dem Antrag nicht zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter, um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ganz kurz, der vorliegende Antrag ist ein guter Antrag. Auch ich war einmal ein Besitzer eines Motorrades, es ist schon etliche Jahre her, aber nicht von einem 125er Motorrad sondern von einem schwereren Gerät.

Es wäre aber für mich unverständlich gewesen wenn man in einem anderen Land innerhalb der EU mit dem zulässigen Führerschein für ein Motorrad nicht hätte fahren dürfen. Es ist daher schon komisch und unverständlich dass allerlei Menschen zu unserem mühsamen aufgebauten Sozialsystem einen leichteren Zugang haben, wenn man sich zum Beispiel den Familienbeihilfenexport alleine innerhalb der EU ansieht, als eine so eine einfache Sache zu lösen, wie es im Entschließungsantrag sehr treffend formuliert ist. Normal sollten solche Dinge längst gelöst sein, wenn innerhalb der EU für alle alles gleich sein soll. Beim Sozialsystem sollen und wollen alle das gleiche Recht haben, obwohl es bei der Familienbeihilfe nicht gerechtfertigt ist.

Wir werden dem Antrag zustimmen, es bleibt nur zu hoffen das sich die Slowakei, die Ungarn und die Slowenen auf EU-Ebene nicht für eine einheitliche Regelung oder Lösung einsetzen, welches ihr Land betrifft oder begünstigt, dann darf man eben nur mit dem Führerschein der Klasse A1 in allen EU-Ländern mit einem 125 Motorrad fahren. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter, um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Seit November 1997 besteht in Österreich die Möglichkeit ein 125-ccm Motorrad mit einem Führerschein der Klasse B zu lenken ohne dafür eine Führerscheinprüfung absolvieren zu müssen.

Notwendig und Voraussetzung dafür ist der Besitz, der fünfjährige Besitz einer gültigen Lenkerberechtigung der Klasse B, keine Führerscheinprobezeiteinschränkung

sowie der Nachweis eines praktischen Fahrunterrichts im Ausmaß von sechs Fahrstunden. Danach wird, wie schon erwähnt, die Codierung 111 in den Führerschein eingetragen. Tatsache ist aber auch, dass so ein 125-ccm-Motorradführerschein mit der Codierung 111 nicht überall in der Europäischen Union gelenkt werden kann. Akzeptiert wird diese Codierung außer in Österreich nur in Spanien und Portugal. Dort ab dem Mindestalter von 25 Jahren.

Darüber hinaus in Tschechien, dort aber auch nur mit Fahrzeugen die automatisch betrieben werden, beziehungsweise in Italien und in Lettland. In Ungarn beispielsweise gibt es einen einfachen B125 Kurs um dann eine Berechtigung eine Eintragung in der Klasse A1 zu bekommen.

Österreicher dürfen aber in Ungarn mit der Codierung 111 nicht fahren. In Tschechien und in der Slowakei, meine geschätzten Damen und Herren, gilt ähnliches. Auch in Slowenien beziehungsweise der Feriendestination Kroatien darf man mit dem Code 111 nicht fahren. Die Konsequenz sind hohe Strafen, beziehungsweise an die kritische Rechtssituation im Falle eines Unfalls möchte ich gar nicht denken. Und gerade durch die Nähe zur Slowakei, zu Ungarn und zu Slowenien sind wir als Burgenland verstärkt betroffen, insofern braucht es eine Vereinheitlichung dieser Regelung auf europäischer Ebene damit diese Codierung in ganz Europa anerkannt wird.

Ich freue mich, dass wir heute im Landtag einen breiten Schulterschluss zu diesem Antrag erreichen können, was wiederum ein Beweis ist, dass wir als Volkspartei und starke Alternative keine Opposition im herkömmlichen Sinne sind. Wir stellen den Anspruch auf Gestaltung, was heute glasklar auch zur Geltung kommen wird.

Herzliches Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Killian Brandstätter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich noch genau daran erinnern, als ich in der Fahrschule im Zuge des Unterrichtes darauf hingewiesen wurde, dass ich mit dem B-Führerschein auch ein Motorrad mit 125-ccm fahren darf.

Natürlich unter den Voraussetzungen, die wir vorher gehört haben, dass ich fünf Jahre lang die Lenkerberechtigung der Klasse B habe, keine Führerscheinprobezeiteinschränkungen vorzuweisen habe sowie einen Nachweis, dass ich den praktischen Fahrunterricht gemacht habe.

Das war für mich ganz interessant, und deswegen habe ich eigentlich überlegt gehabt, ob mein erstes Fahrzeug ein Auto oder ein Motorrad werden soll. Letztendlich ist es doch das klassische Auto dann geworden, jedoch finde ich die Möglichkeit hier ob Zweirad oder Vierrad unter den Voraussetzungen natürlich eine tolle Sache.

Ich glaube, es gibt viele Jugendliche oder einige Jugendliche, die auch überlegen, ob ihr erstes Fahrzeug dann ein Motorrad oder ein stärkeres Moped sein soll. Vor allem natürlich, wenn man in der eigenen Heimatgemeinde arbeitet, ist es vielleicht dann die günstigere Variante.

Wie wir gehört haben, in den meisten europäischen Ländern ist es so, dass jedoch diese 125-ccm-Motorräder nur mit einem A-Schein gelenkt werden können, und gerade unsere Nachbarn - die Slowakei, Ungarn, Slowenien - zählen dazu.

Deshalb finden wir diese Entschließung an die Bundesregierung für eine EU-weite Vereinheitlichung auf Basis der österreichischen Gesetzeslage eine gute Sache. Genau deshalb werden wir sie auch unterstützen, denn sachlich gute Anträge unterstützen wir.

Jedoch ist das natürlich nur ein kleiner Teilbereich der leistbaren Mobilität von Jugendlichen. Unser vergangener Jugend-Landtag hat sich ja ausführlich mit Mobilität beschäftigt und unter anderem war hier auch das Thema generell beim Führerschein, auch den Führerschein leistbarer zu gestalten.

Denn zwischen den Preisen bei den Fahrschulen gibt es gravierende Unterschiede und es ist teilweise kaum möglich, diese zu vergleichen. Hier wäre es wichtig, diese transparent zu gestalten. Eine Offenlegung der Kosten von der Grundausbildung bis zur Abschließung der Mehrphasenausbildung, der Zusatzkosten, wäre wichtig.

Aber nicht nur im Individualverkehr, sondern auch im öffentlichen Verkehr gibt es noch ein bisschen Luft nach oben für junge Menschen, obwohl das Burgenland hier Vorreiter ist. Das Land Burgenland unterstützt ja Jugendliche schon seit langem mit 50 Prozent, indem sie 50 Prozent des Semestertickets übernehmen.

Viele Gemeinden fördern die anderen 50 Prozent, jedoch nicht alle wie wir schon öfters diskutiert haben. Hier wäre es wichtig, dass die anderen Gemeinden, vor allem mehrheitlich der ÖVP zugehörig, die Jugendlichen dabei unterstützen. Außerdem, wir haben schon öfters darüber debattiert, passiert ist noch immer nichts.

Viele Junge sprechen mich auch an wegen dem Top-Jugendticket. Hier hat sich die Familienministerin Karmasin noch immer nicht um eine Lösung gekümmert. Noch immer nicht, obwohl es für Jugendliche so wichtig wäre, dieses Ticket um 60 Euro erwerben zu können, mit dem sie österreichweit mit allen Zügen, Bussen fahren können. Im Moment haben wir es ja für Lehrlinge und SchülerInnen bis zum 24. Lebensalter in Wien, Niederösterreich und Burgenland.

Gerade weil wir heute das Südburgenland schon groß diskutiert haben, gerade Jugendliche aus dem Südburgenland würden von der Ausweitung des Top-Jugendtickets profitieren, weil viele Verbindungen natürlich auch über die Steiermark führen und das zusätzliche Kosten für die Jugendlichen bedeutet.

Wie lange möchte die Familienministerin Karmasin noch warten? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bis es der Verkehrsminister endlich macht!)* Bis Mobilität ein Privileg einiger Weniger anscheinend wird. Jugendliche haben ein Recht auf Mobilität und wir sind dafür da, ihnen dieses Recht zu ermöglichen. Deshalb ja zu diesem Entschließungsantrag, doch es braucht noch mehr Maßnahmen, um die Mobilität von Jugendlichen zu fördern und zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend 125-ccm-Motorradführerschein ist somit mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 808) betreffend Bau der 3. Piste am Flughafen Wien (Zahl 21 - 566) (Beilage 845)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 12. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses, Beilage 808, betreffend Bau der 3. Piste am Flughafen Wien, Zahl 21 - 566, Beilage 845, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Bau der 3. Piste am Flughafen Wien, in seiner 18. Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Bau der 3. Piste am Flughafen Wien die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Der Flughafen Wien ist ein wichtiger Arbeitgeber für die Bundesländer Wien und Niederösterreich, aber insbesondere natürlich auch für unser Burgenland. Wenn wir heute den Landesrat Darabos gehört haben, dann hat er in der Fragestunde gesagt, in allen unseren Spitälern sind in etwa 3.000 Personen beschäftigt.

Wenn wir den Flughafen hernehmen, dann sind dort 4.000 Burgenländerinnen und Burgenländer beschäftigt und das ist der größte private Arbeitgeber. Auch stehen mehr als 50.000 Arbeitsplätze im indirekten Zusammenhang mit dem Flughafen Wien. Der Flughafen Wien ist nicht nur ein wichtiges Drehkreuz für Flugpassagiere, auch viele Konzerne siedeln ihre Führungszentralen beim Flughafen an.

Vor allem auch jetzt nach dem Brexit versuchen europäische Länder und Hauptstädte von Großbritannien abwandernde Firmen und Organisationen für sich zu gewinnen. Da die Nachfrage im internationalen Flugverkehr weiter steigt und die bestehenden zwei Pisten nicht ausreichen, ist eine 3. Piste für den Flughafen Wien geplant. Es muss jedem klar sein, dass durch den Bau der 3. Piste und die dadurch verbesserte Frequenzabwicklung zusätzliche Arbeitsplätze auch für Burgenländerinnen und Burgenländer entstehen.

Das Burgenland ist insbesondere durch die Einflugschneise des Flughafen Wiens von zirka jedem zweiten Flug betroffen. Durch einen Bau würde die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden nicht weiter belastet werden, weil Flugzeuge keine Warteschleifen in Stoßzeiten mehr fliegen müssen. Ich glaube, das wissen wir selber, da brauchen wir nur raufschauen, dass das jetzt keine Mär ist, sondern dass das auch wirklich so passiert.

Das hat zur Folge, dass auch weniger Treibstoff verbraucht wird. Hier kann man aber davon ausgehen, dass wahrscheinlich nicht nur die Flugzeuge größer werden, es wird sich auch die Start- und Landehäufigkeit erhöhen. Aber ich bin davon überzeugt, dass auch dies vor allem ökologisch vertretbar ist. Ich möchte anmerken, dass natürlich der Klimaschutz für uns schon ein wichtiges Thema ist.

Wenn wir heute in der Fragestunde wieder gehört haben, wo es um den Energiewende-Index ging, gibt es für uns Burgenländer und vor allem für jede einzelne, für sich selbst verantwortliche Kommune noch genug Luft nach oben, um sich auch verstärkt in diese Verbesserung dieses Energiewende-Index einzubringen. Wir von der Liste Burgenland werden übrigens diesbezüglich in den nächsten Tagen einen Antrag dazu einbringen.

Wird die 3. Piste nicht in Wien gebaut, wird man auf nahegelegene Flughafenstandorte ausweichen. Ich glaube, das ist auch einem jeden klar. Wir alle wissen, dass Bratislava nicht gerade weit weg von uns ist und Fakt ist auch, dass die CO_2-Emmissionen keine Landesgrenzen kennen und somit auch nicht von der österreichischen Grenze haltmachen.

Ich glaube, es ist auch klar, dass der Wind nicht immer von Westen nach Osten blasen wird. Wir vom Bündnis Liste Burgenland begrüßen die Entscheidung der Flughafen Wien AG, alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel gegen das Abweisen des Erkenntnisses des Bundesverwaltungsgerichts zu ergreifen. Der Bau der 3. Piste würde Arbeitsplätze für viele Burgenländerinnen und Burgenländer schaffen.

Somit spricht sich das Bündnis Liste Burgenland für den Bau der 3. Piste aus. Wir hoffen, dass dieses, über viele politische Grenzen hinweg, gemeinsam gewünschte Projekt nicht von der kleineren Wiener Stadtregierungsfraktion verhindert werden kann. *(Beifall bei der LBL und der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Zitat: „Der Klimaschutz wird manchmal ein wenig stiefmütterlich behandelt. Es geht um die Umsetzung, dass man nicht nur redet, sondern auch wirklich Handlungen setzt.“ Gesagt hat das der Herr Landeshauptmann vergangenen Dienstag anlässlich der Präsentation des VCÖ-Mobilitätspreises.

Wenn ich mir den Antrag anschaue, kann ich mir nicht vorstellen, dass er dieses Zitat auch ernst meint. Abgesehen davon, dass der Antrag eigentlich völlig unnötig ist, da schon vor Monaten sowohl das Land Niederösterreich als auch die Flughafen AG medienwirksam verlautbaren hat lassen, dass sie jegliche juristischen Mittel ausschöpfen werden, um gegen diesen Bescheid vorzugehen.

Gut, jetzt haben wir das Thema trotzdem auf der Tagesordnung. Ich möchte hier erläutern, warum dieser Bescheid richtig, schlüssig und logisch war. Fliegen ist nämlich die klimaschädlichste Form der Mobilität. 2015 wurden in Österreich 2,2 Millionen Tonnen klimaschädliche Treibhausgase, berechnet anhand der Kerosinmenge, allein durch den Flugverkehr verursacht. Das entspricht ungefähr sage und schreibe 1,3 Millionen heimischer Benzin-Pkws.

Nur zur Erinnerung: Österreich und 170 andere Länder haben sich in Paris darauf geeinigt, dass man die Treibhausgase reduzieren wird. Sie haben sich nicht nur geeinigt,

sondern sie haben sich dazu verpflichtet. Die 3. Piste wird in etwa jährlich zwei Prozent zusätzlich zum österreichischen CO_2, zur österreichischen CO_2-Belastung beitragen. Zwei Prozent des gesamtösterreichischen CO_2-Aufkommens! Dazu kommt noch, dass Schätzungen zufolge die Klimabelastung im Flugverkehr zweimal so schnell wie in allen übrigen Emissionen wächst.

Jetzt ist eigentlich endlich einmal genau das passiert, was die Politik immer vorgibt. Zur Erinnerung, Klimaschutzstrategie des Bundes aus dem Jahr 2012, nicht einmal noch alt, die verlangt, „mögliche Folgen des Klimawandels in allen relevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen auf der nationalen bis hin zur lokalen Ebene, behördlich mitzuberücksichtigen“. Das Bundesverwaltungsgericht verweist aber auch auf die Unterzeichnung der Klimaverträge von Kyoto und Paris, eh klar, und die Klimaschutzzielvergaben zum Treibhausgasausstoß in Österreich.

Zitat: „Im Sektor Verkehr soll es zu einer Abnahme von 22,2 auf 21,7 Prozent kommen“. Das wäre eine Abnahme von 2,25 Prozent. Genau das Gegenteil würde die 3. Piste bewirken. Wir haben da ungefähr eben diese zwei Prozent Zunahme.

Der Klimaschutz und zusätzliche Arbeitsplätze sind sehr gut möglich. Der Herr Landeshauptmann und andere samt mir, waren vor kurzem in Heiligenkreuz bei der Firma Lenzing, da funktioniert das. Dort werden mit recht regionalen Rohstoffen auf ökologische Art und Weise Produkte hergestellt, die langfristig andere Produkte, die ökologisch und auch klimaschutzmäßig bedenklicher sind, ersetzen.

Die Gefahr, dass wir durch den Verzicht auf die 3. Piste Arbeitsplätze verlieren, ist gegeben. Das will ich nicht bestreiten. Aber die Gefahr, dass wir durch den Klimawandel viel mehr Arbeitsplätze verlieren, ist mindestens genau so groß, wenn nicht sogar größer. Lassen Sie mich ein Beispiel bringen. Ich habe dazu einmal mehr den Sachstandsbericht zum Thema Klimawandel hergenommen.

Beispiel Neusiedler See. „Bereits geringfügige Änderungen“, so heißt es dort, „von fünf bis zehn Prozent des Niederschlages, haben unter den derzeitigen Klimaverhältnissen einen deutlichen Effekt auf die Auftrittswahrscheinlichkeit von Niederstandwässern. Bei einer ständigen Aufeinanderfolgung des extrem trockenen Jahres 2003, da gab es zirka 40 Prozent weniger Niederschlag als in den Vergleichsjahren 61 bis 90, würde der See nach vier bis sechs Jahren weitgehend austrocknen.“

Aber ich will gar nicht so weit gehen. Die Experten nehmen alleine das Beispiel, dass der Seepegel zurückgeht. Beispiel, wenn man ausgeht von einem Seepegel von 115 Metern Seehöhe über dem Äquator und das fällt zurück auf eine Seehöhe um nur 115 Meter, werden Einnahmenverluste von etwa 13 Millionen Euro berechnet und der Verlust von etwa 480 Arbeitsplätzen in der Region.

Bei einem Absinken des Pegels um weitere 30 Zentimeter könnten die wirtschaftlichen Verluste das Dreifache erreichen und Arbeitsplätze bis um das Zweieinhalbfache reduzieren, soweit zum Beispiel Neusiedler See.

Zurück zum Flughafen. Alleine der Bodenverbrauch, muss ich ehrlich sagen, hat mich ziemlich verblüfft. Es würden insgesamt, wenn die 3. Piste gebaut werden würde, 661 Hektar hochwertiger landwirtschaftlicher Ackerboden vernichtet. Es muss ja hinten die Bundesstraße auch verlegt werden. Alles zusammen mit den Zufahrten, Abfahrten und der Piste selber, 660 Hektar bester Boden.

Das heißt, Boden, der CO_2 bündeln kann, der Wasser aufnehmen kann, der Nahrungsmittel herstellen kann und der auch in Zukunft wichtige, neben den

Lebensmittelerzeugnissen, auch wichtige Rohstoffe für andere Produkte, wo wir Kunststoffe zum Beispiel ersetzen können, zur Verfügung stellen würde.

Wir verlieren österreichweit sowieso schon jetzt viel zu viel Boden. Diese 661 Hektar sind wirklich ein einschneidender Eingriff in diesen Bodenverbrauch, der ohnehin schon so groß ist. Verschärfend wird die Situation insgesamt noch, dass der Emissionshandel prinzipiell schon nicht funktioniert.

Die Luftfahrt wird gestützt, weil es nämlich genau 0,0 Euro an Mineralölsteuer für das Kerosin gibt. Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO kritisiert diesen Steuervorteil des Flugverkehrs schon seit Jahren.

Laut VCÖ entgehen dem Finanzminister jährlich 400 Millionen Euro. Jetzt wird auch noch die Flugticketabgabe verkürzt. Das heißt, der Flugverkehr wird noch einmal gefördert. Klar wird dann auch mehr geflogen.

Was allerdings auch klar ist, ist, dass die Zahlen, die die Flughafen AG, beziehungsweise die Fachleute, die das für sie ausgearbeitet haben, was das Mehr an Arbeitsplätzen angeht, völlig überzogen sind. Der Rückgang der Flugbewegung seit 2008 beträgt 15 Prozent am Flughafen Wien Schwechat.

Stellt sich eigentlich die Frage: Wozu brauche ich eine 3. Piste, wenn die Flugbewegungen überhaupt rückgängig sind? Die Flugbewegungen zwischen 2012 und 2016 sind von 245.000 auf 226.000 Passagiere zurückgegangen. Sogar die RZB, die Raiffeisenzentralbank, sieht, Zitat: „vor dem Hintergrund einer schwächeren Passagierentwicklung in den letzten Jahren und dem Trend zu größeren Flugzeugen keinen Bedarf für die 3. Piste."

Zum Hauptgrund Klimaerwärmung zurück. In der Begründung des Bundesverwaltungsgerichtes heißt es wörtlich: „Da durch den Klimawandel mit schweren gesundheitlichen Schäden samt einer Zunahme von hitzebedingten Todesfällen sowie mit schweren Beeinträchtigungen der österreichischen Wirtschaft und der Landwirtschaft zu rechnen ist, und es durch das Vorhaben zu einem markanten Anstieg an Treibhausgasemissionen kommen wird, muss das öffentliche Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens hinter das öffentliche Interesse zum Schutz vor den negativen Folgen des Klimawandels und der Bodeninanspruchnahme zurücktreten."

„Insgesamt", heißt es weiter, „überwiegt das öffentliche Interesse, dass es in Österreich zu keinem weiteren markanten Anstieg der Treibhausgasemissionen durch Errichtung und Betrieb der 3. Piste kommt und Österreich seine national und international eingegangenen Verpflichtungen einhalten kann. Auch ist die Erhaltung wertvollen Ackerlandes für zukünftige Generationen zur Nahrungsmittelversorgung dringend geboten."

Man sieht also, die Entscheidungsträger haben hier endlich einmal Interessen des Klimaschutzes vor die Interessen von Wirtschaft gestellt. Summa summarum ist die Frage: Warum soll eigentlich die Flughafen AG alle rechtlichen Mittel ausschöpfen? Es gibt eigentlich keine wirklichen Argumente dafür.

Wie ich ausgeführt habe, sogar die Fluggastzahlen gehen zurück. Arbeitsplätze sind sicher ein Argument. Aber auch da ist die Frage, kann man Arbeitsplätze gegen Arbeitsplätze eintauschen? Zwei Prozent der Treibhausgasemissionen österreichweit sind nicht wenig und das ist genau der Betrag, wie ich vorher dargelegt habe, der Anteil den wir eigentlich einsparen sollten. Deswegen finden wir diese Entscheidung natürlich richtig, verstehen den Antrag nicht und werden natürlich gegen den Antrag stimmen. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident. Und ich verstehe die GRÜNEN nicht! Meine Damen und Herren! Ich sage gleich zu Beginn den einzigen Punkt, wo ich den GRÜNEN vielleicht doch Recht gebe, damit ich es hinter mir habe. Es ist unseriös, da bin ich bei Ihnen, Klimaschutzziele, Klimaschutzverträge, Klimaschutzabkommen zu unterschreiben und sich vorher nicht zu überlegen, wie ich dort hinkomme. Das ist unseriös und inkonsequent. Aber damit sind die Gemeinsamkeiten schon zu Ende.

Auch Kollege Spitzmüller stellt die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Wien nicht in Abrede. Er gesteht sogar ein, dass es Arbeitsplätze kosten könnte, wenn die Entwicklung des Flughafens gebremst würde. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Stimmt ja gar nicht!)* Gesagt hat er es. Bin ich der Einzige, der es gehört hat? Bin ich der Einzige, der es gehört hat? Der Flughafen ist einmal direkt ein sehr großer Arbeitgeber. Über 22.000 Menschen, darunter einige tausend Burgenländer. Ich glaube, 5.000 oder 6.000. Eine enorme Bedeutung für die Ostregion, für den Großraum Wien.

Die Tür zur Weltwirtschaft. Dass daran noch viel mehr Arbeitsplätze hängen, weil das natürlich ein Standortvorteil ist, ist gar keine Frage. Also die wirtschaftliche Bedeutung dieses Flughafens steht außer Streit. Es steht aus meiner Sicht ebenso außer Streit, dass es diese 3. Piste braucht. Warum sollten Verantwortliche einer Aktiengesellschaft solches Investitionsvolumen anpeilen, wenn es das gar nicht braucht? *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Da gibt es ein paar Beispiele!)*

Sie würden damit das Unternehmen schädigen. Also, dass es diese Piste braucht, ist klar. Es hat hier einen beispiellosen, einen jahrelangen Prozess gegeben, im Übrigen auch was Umweltaspekte angeht. Diese Piste und die Notwendigkeit dieser Piste stehen, unseres Erachtens, außer Streit.

Ja, und diese Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes kann ich in keinem Fall nachvollziehen. Ich bin auch der Meinung, dass das eine absolut überschießende Begründung ist, die es da gibt. Mit der Begründung, die Sie gerade zitiert haben, Herr Kollege Spitzmüller, könnte man so ziemlich jedes Projekt abdrehen. Jedes Projekt! Ich habe heute im Übrigen auch gelernt, dass der Bau der 3. Piste bedeuten würde, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Welches Projekt hat noch zwei Prozent Treibhausgasemissionen?)* dass der Neusiedler See austrocknet, ist auch recht spannend.

Ich will gar keine Grundsatzdiskussion über den Klimawandel führen. Den gibt es. Das ist gar keine Frage, aber wenn es um CO_2 und den menschlichen Einfluss geht, da bin ich durchaus, das wissen Sie auch, genauso wie meine Partei, anderer Meinung. Ich glaube, das kann man durchaus differenziert sehen. Im Endeffekt sind die Klimaschutzargumente, die hier angeführt werden, recht abstrakt und für mich nicht nachvollziehbar.

Klar ist auch, dass man das Wirtschaftswachstum und eben diese Argumente des Umweltschutzes, Klimaschutzes natürlich in einer Balance halten muss. Der Flugverkehr wird mit oder ohne 3. Piste wachsen. Eigentlich ist dem nicht mehr viel hinzuzufügen. Der Kollege Hutter hat es ja vollkommen richtig gesagt, wenn der Flieger nicht in Wien untergeht, dann wird er halt in Pressburg landen.

Weil Sie das Beispiel mit der Ticketsteuer erwähnt haben, die gestern ja im Nationalrat auch behandelt wurde, die wird jetzt genau deshalb abgeschafft, weil man

eben einen Standortnachteil dadurch erleidet, aber überhaupt keine Auswirkungen erreicht, was jetzt die Anzahl der Flugkilometer und so weiter und so fort angeht.

Es wird verhindert, dass es Zwischenlandungen in Wien gibt, weil es sich einfach für die Fluglinie nicht auszahlt. Ja, und wenn der Flieger dann in Pressburg hinuntergeht, ja was haben wir dann davon? Wir haben wirtschaftliche Nachteile. Die Grenze ist offen. Im Großen und Ganzen eh nur für CO_2, Gott sei Dank. Also klimaschutzmäßig bringt das überhaupt nichts.

Ich bringe ein Gegenbeispiel. Ein Diesel-PKW, den sie in Österreich verbieten und nicht zulassen, der fährt auch nirgendwo anders, der fährt auch nicht in Pressburg spazieren. Das täte etwas bringen. Aber einen Flieger, den ich in Wien nicht landen lasse, ja der kommt halt irgendwo anders herunter. Also wir stehen zu dieser 3. Piste. Wir stehen dazu, dass die Flughafen Wien AG hier auch rechtlich weiter vorgeht. Es wäre für den Großraum Wien, für das Nordburgenland, ein schwerer Rückschlag, wenn es diese 3. Piste nicht geben würde. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Präsidenten Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist heute eine Premiere, dass der Burgenländische Landtag Begrüßungen beschließt. Denn wenn Sie die Beschlussformel genau lesen, dann steht drauf: „Der Burgenländische Landtag bekennt sich zum Vorhaben der Errichtung einer 3. Piste am Flughafen Wien und begrüßt die Entscheidung der Flughafen Wien AG, alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel gegen das Abweisen der Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichtes zu ergreifen.“

Begrüßungen haben wir, meines Wissens, noch nicht in einem Beschlusstenor gehabt. Aber soll sein. Wir begrüßen, dass private Firmen ihr Recht ganz einfach in Anspruch nehmen, im Rechtstaat ein Gerichtsurteil, das in erster Instanz kommt, auch entsprechend zu bekämpfen. Soll sein. Ja, ich sage es gleich vorweg: Wir, die Österreichische Volkspartei, begrüßen, dass der Mag. Michael Jäger als Vorstandsdirektor der Flughafen Wien AG und der Dr. Ofner, ein Kind unseres Heimatlandes Burgenland, der uns nicht unbekannt ist, gemeinsam mit vielen Unterstützern gegen dieses Gerichtsurteil zu Felde ziehen, weil es, wie viele meiner Vorredner gesagt haben, nicht einsehbar ist, warum Begründungen eines Gerichtes herangezogen werden.

Ich könnte genauso sagen, ich mache die Augen zu und Sie sehen mich nicht. Denn wenn ich in Wien ein Flugzeug nicht landen lasse, weiß aber, dass es in Bratislava landet oder wenn ich nach New York fliegen will und von Wien nicht nach München oder Frankfurt zu großen Drehscheibendestinationen komme, dann muss ich eben von Graz wegfliegen oder mit dem Auto dorthin fahren.

Jetzt kann man diskutieren, ob der Schadstoffausstoß mehr ist oder weniger. Von der Sicherheit gar nicht zu reden. Wir wissen ja, dass das Unsicherste beim Fliegen der Weg von zu Hause zum Flughafen und wieder zurück ist. Rein bei den Flugbewegungen, Gott sei Dank - und wir klopfen alle auf Holz, bevor wir wieder irgendwohin auf Urlaub fliegen oder beruflich unsere Wege gehen -, dass hier nicht mehr passiert.

Grundsätzlich sind die Argumente ja schon gefallen. Denn wenn wir mehr Flugbewegungen in Wien rein physisch nicht mehr im Stande sind aufzunehmen, dann werden eben die Nachbarflughäfen weit mehr frequentiert werden als ein Flughafen Wien.

Ob die CO_2-Belastung über Österreich dann weniger ist, wenn in Bratislava gelandet wird, das kann man sich anschauen.

Wenn Sie heute eine japanische Familie oder eine chinesische Familie, die ein Leben lang auf eine Europareise spart, denn ist es nicht nur die Ticketsteuer alleine, warum oft in Bratislava gelandet wird und nicht in Wien. Im Übrigen, Sie wissen, wie dieser Österreichtag einer Zehn-Tage-Reise China oder Japan, wo ausländische Unternehmer arbeiten, wo ausländische Firmen diesen einen Tag auch in Österreich planen, Bratislava landen, Autobus, Outlet Parndorf, Hallstadt, Salzburg, dann nächster Stopp Neuschwanstein. Dort wird wieder genächtigt. Das ist nämlich genau das, was ein Autobus in acht oder zehn Stunden mit einem Busfahrer fahren kann.

Das sind unsere Mitbewerber, das sind unsere Konkurrenten, mit denen müssen wir leben. Wen wir sagen, wir haben nicht so viele Möglichkeiten am Flughafen Wien Schwechat, dann werden solche ausländischen Reiseorganisatoren, die im Übrigen in Österreich gar keine Steuer zahlen, noch mehr auf andere Flughäfen ausweichen.

Seit 9. Feber wissen wir, dass es ein Gericht in Österreich gibt, das Bodenverbrauch, CO_2 und Umweltbelastung weit höher einstuft als wirtschaftliche Wertschöpfung in einer Region, wir müssen gut aufpassen. Wir bekennen uns als Österreichische Volkspartei zu diesem Kyoto-Ziel. Wir bekennen uns zur CO_2-Reduktion. Aber wenn Sie sich anschauen und die Kollegen, alle die vorhin gesprochen haben, gehe ich davon aus, dass Sie dasselbe Papier vom Flughafen Wien-Schwechat bekommen haben wie ich, als ich mich dort erkundigt habe.

Dann haben die schon sehr viel getan, um ihren Energieeinsatz in den letzten Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu reduzieren, um den CO_2-Ausstroß zu reduzieren, in Photovoltaikanlagen investiert, in LED-Lichtanlagen, in eine E-Mobilität vor Ort.

All diese Dinge sind es, die ganz einfach schon dazu beigetragen haben, dass die Flughafen Wien Betriebs GesmbH weit weniger an Energie verbraucht, als sie das bisher tut. Ein Argument ist gekommen, es arbeiten viele Menschen dort. Der Flughafen Wien ist eine Destination geworden, wo sich auch 230 Firmen angesiedelt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe mich gewundert, als ich vor einem Jahr zur Eröffnung eines Postamtes, einer Poststelle, am Flughafen Wien-Schwechat eingeladen wurde.

Denke ich mir, bin ich doch ein bisschen unterwegs auch in der Welt. Ich hätte noch nie auf einem Flughafen ein Postamt gesucht, weil ich dort eigentlich noch nie Postdienste verrichten lassen wollte. Man hat mich eines Besseren belehrt. Wenn 230 Firmen dort sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann brauchen die eine Poststelle vor Ort und ich war angenehmst überrascht, als ich gemerkt habe, was dort für eine Frequenz ist.

Im Übrigen gibt es auch sehr gefinkelte und kluge Leute, vor allem die jungen Leute machen das sehr gerne. Es gibt die Möglichkeit, mit Billigfliegern irgendwohin zu fliegen und mit der Post die Koffer aufzugeben. Das ist billiger als es im Flugzeug mitzunehmen. Auch solche Dinge habe ich dort gelernt. Wenn Sie drei Studenten zu Hause haben wie ich, dann lernen Sie auch solche Dinge, wo man auch ganz, ganz wenige Euro mit solchen Dingen sparen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn 280.000 Tonnen Fracht pro Jahr über Wien-Schwechat mit Luftcargo weggehen, dann sind das, meine Damen und Herren, 770 Tonnen pro Tag, die dort an Waren umgeschlagen werden. Von den 22.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, meine

sehr geehrten Damen und Herren, arbeiten natürlich jene am meisten von der Zahl dort, die in der nächsten Umgebung auch wohnen. 15 Prozent der Mitarbeiter sind aus Schwechat. Zwischen 20 und 22 Prozent, zwischen 4.000 und 5.000 Menschen, arbeiten aus dem Burgenland dort, natürlich die meisten aus dem Bezirk Neusiedl am See und Eisenstadt, einige auch aus dem Bezirk Mattersburg.

Viele, meine sehr geehrten Damen und Herren, die zum Flughafen Wien-Schwechat fahren, müssen die Ostautobahn A4 fahren. Sie müssen die Ostautobahn A4 fahren, weil es keine Möglichkeit gibt, öffentlich dort hinzukommen.

Auf Bundesebene - und ich habe mit dem Dr. Günther Ofner und auch mit dem Herrn Jäger vor einigen Tagen gesprochen - haben sich für diese 3. Piste möglichst viele Persönlichkeiten bereits ausgesprochen. Herr Bundeskanzler Kern *(Abg. Manfred Kölly: Hat der Kern mit der SPÖ etwas zu tun?)* hat sich übrigens noch nicht dafür ausgesprochen. Vielleicht macht er es noch. Ich hoffe doch, dass er das auch im Interesse des wirtschaftlichen Fortkommens des Flughafens tun wird.

Aber, meine Damen und Herren, wir hier in der Region, wir haben auch die Verantwortung zu trachten, dass wir auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln diesen Flughafen Wien-Schwechat erreichen können. Was ich heute über das Südburgenland hier gehört habe, wir kennen ja die Situation, dass viele Verbindungen nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln in große Ballungsräume nicht möglich sind. Sie kommen auch aus dem Bezirk Eisenstadt und aus dem Bezirk Mattersburg öffentlich nicht in einer annehmbaren Zeit zum Flughafen Wien-Schwechat. Leider hat der damalige Generaldirektor der ÖBB, der heutige Bundeskanzler Dr. Kern, es verabsäumt, nein, er hat es nicht gemacht. Denn es war dies ein Dreierprojekt: der Hauptbahnhof in Wien, der Verschiebebahnhof in Kledering und die Verbindung, so war es nämlich tituliert, der beiden Flughäfen Wien-Schwechat und Bratislava mit der Spange Götzendorf.

Jetzt lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen! Alle UVP-Verfahren erledigt, Trassen fertig verhandelt mit allen Bürgermeistern, mit allen Gemeindevertretern, mit allen Grundeigentümern, und dann wird es nicht gemacht.

Natürlich hätte es Geld gekostet - 200 Millionen Euro hätte es gekostet. Aber wir hätten als Burgenland die Chance gehabt, von Neusiedl am See, von Parndorf, von Bruck an der Leitha, von Eisenstadt, wie auch immer, mit dem Zug dort direkt hinzufahren. Fahrzeit von Neusiedl am See, ich sage es nur, 32 Minuten. Was bedeutet das für Pendlerinnen und Pendler? Rasch und sicher vom Wohnort zum Arbeitsplatz und wieder zurückzukommen. In Neusiedl am See einzusteigen und 32 Minuten nach Wien-Schwechat zu fahren, oder tagtäglich mit dem Auto die verstopfte Ostautobahn A4, wo jeden Tag ein Unfall nach dem anderen ist, wo seit 16 Monaten die dritte Spur von Fischamend nicht weitergebaut wird. Ich weiß nicht warum. Seit September 2015, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird die dritte Spur, die von Wien herausgebaut ist, über den Flughaben drüber bis Fischamend nicht weitergebaut. Jene aus dem Bezirk Neusiedl am See und Eisenstadt, die dort öfter fahren, werden mir Recht geben, dass es unverständlich ist.

Ich verstehe auch nicht, warum man eine Autobahn zwischen Neusiedl am See und Mönchhof und dann zwischen Mönchhof und Nickelsdorf und der Staatsgrenze saniert, um eine zweispurige Autobahn zu sanieren, um wieder eine zweispurige zu haben. Vernünftiger wäre es, dieses Geld für die Sanierung in den Weiterbau der dreispurigen Autobahn zu verwenden. Baue ich halt nicht so viel, aber ein Stück nach dem anderen dreispurig ausbauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich sehr gewundert, dass an jenem Platz, wo diese Spange Parndorf hätte kommen sollen, und ich war dort und habe mir in der ÖBB Infrastruktur die Pläne geben lassen. Man war dort sehr höflich zu mir und hat mir in dieser Infrastrukturentwicklungsabteilung gezeigt, ja, hier wird die Spange Parndorf gebaut. Ich habe mir die Pläne angeschaut und habe gesagt, dort bauen sie keine Spange Parndorf mehr. Warum nicht? Das Land Burgenland hat einmal gesagt, dieser Herr Diplomingenieur hat das Grundstück optioniert - hatte vielleicht. Mittlerweile hat ein Frauenkirchner Unternehmen dort sein Verwaltungszentrum für seine Windräder hingebaut. Ja, das gibt es nicht, das ist unmöglich. Das Land Burgenland ist mir im Wort. Sage ich, schauen Sie es sich in „Google Maps“ an. Nach drei Tagen hat er mich angerufen und gesagt, Sie haben Recht.

Das ist keine Vorgangsweise, meine sehr geehrten Damen und Herren, die wir uns wünschen, dass wir den Pendlerinnen und Pendlern, jene, die mit dem öffentlichen Verkehr, die von Bratislava nach Parndorf, nach Neusiedl am See, wo auch immer, oder von Neusiedl am See und Parndorf nach Wien fahren wollen, oder zum Flughafen wollen, dass man diese Grundstücke, die wir optioniert hatten, dass das Land Burgenland die Option hier nicht verlängert und Private dieses Grundstück dann so kaufen, dass ein Ausbau der Infrastruktur, meine sehr geehrten Damen und Herren, weiterhin nicht möglich ist.

Ich begrüße es, als ich heute in der Früh gehört habe, dass die Neusiedler Seebahn ausgebaut werden soll, dass man mit klugem Ausnützen von EU-Programmen 85 Prozent an Förderung bekommen soll. Die Strecke Fertőszentmiklós bis Neusiedl am See soll also so ausgebaut werden, dass sie schneller ist, dass auch die von Berni Hirczy jahrelang geforderte Elektrifizierung im Südburgenland über Jennersdorf, St. Gotthard, Richtung Graz, dass das in Angriff genommen wird, das freut uns.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier ist ein strategischer Fehler passiert, der hätte nicht passieren dürfen, weil ein Ausbau sozusagen nicht mehr stattfinden kann.

Der Herr Landeshauptmann wird sagen, der Strommer fordert schon wieder seinen Bahnhof, seine Haltestellen, weil ihm sonst nichts einfällt. Ja, Herr Landeshauptmann, wir sind felsenfest davon überzeugt, dass diese Neusiedler Seebahn mit einem Halt, dort, wo sie die Podersdorfer Kreuzung überquert, zwischen Weiden am See und Podersdorf, wenn dort die Eisenbahn stehen bleibt, zwei, drei Hektar Grund gekauft werden, angeschottert werden, der Zug aufhält, eine kleine Park and Ride-Anlage gemacht wird, dass die Pamhagener, die Apetloner, die Illmitzer und die Podersdorfer dort ihr Fahrzeug hinstellen, in den Zug einsteigen und Richtung Wien oder Eisenstadt, wo auch immer, hinfahren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie würden die überfüllte Park and Ride-Anlage in Neusiedl am See nicht weiter strapazieren. Sie würden die überfüllte Park and Ride-Anlage in Parndorf, die jetzt auch nicht mehr weiter ausgebaut werden kann, weil ja dem PÜSPÖK seine Verwaltungszentren dort stehen, würden diese Anlage dort ebenfalls nicht frequentieren, würden durch Neusiedl am See und durch Weiden nicht mehr durchfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wäre ein Gewinn. *(Beifall bei den GRÜNEN)* Mag schon sein, Herr Landeshauptmann, dass Sie dies aus Gründen, die Ihnen Ihren Bewertungen ganz einfach liegen, das nicht wollen. Mag sein. Es werden nach mir Leute kommen, die werden das auch fordern. Es werden nach Ihnen Leute

kommen, die werden das dann machen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wann immer das ist, weil es eine vernünftige Forderung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesem Antrag, wo wir begrüßen, dass ein privates Unternehmen hier Rechte in Anspruch nimmt, werden wir gerne zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident! Ich stelle gleich am Anfang fest, meine Fraktion wird dem Bau der 3. Piste jedenfalls zustimmen. Ich teile deshalb genauso wie Kollege Molnár nicht die Meinung der GRÜNEN. Ich finde zwar, dass Klimaschutz und die Klimaziele auch Aspekte sind, die in der Politik zu beachten sind. Nur im konkreten Fall geht es um mehr.

Es geht um den Flughafen Wien, um die Flughafen Wien AG, die seit zirka 16 Jahren versucht, durch sämtliche Maßnahmen die Erwartung zu erfüllen, dass die Kapazitätsgrenzen 2025 überschritten werden, sodass eine 3. Piste notwendig sein wird. Diese Verfahren, die durchgeführt worden sind, unter anderem auch ein Meditationsverfahren, wo sich alle Interessen haben einbinden können, haben aber dazu geführt, dass trotzdem ein Bundesverwaltungsgericht im Feber dieses Jahres eine ablehnende Haltung erteilt hat.

Dabei wurden interessanterweise öffentliche Interessen der Bodenraumschaffung und öffentliche Interessen des Klimaschutzes vor dem öffentlichen Interesse der Beschäftigung und der nachhaltigen Wirtschaftsschaffung gesetzt.

Warum haben der Flughafen Wien und diese 3. Piste eine so wesentliche Bedeutung auch für unser Land Burgenland? Es gibt mehrere Gründe. Der erste Grund wurde heute bereits von einigen Rednern angesprochen, das sind die Beschäftigten. Wenn wir heute in der Fragestunde den zuständigen Landesrat Mag. Darabos gefragt haben, wie viele Mitarbeiter die KRAGES hat, waren es 3.000. Rund 4.000 Mitarbeiter, beschäftigte Burgenländerinnen und Burgenländer in verschiedenen Berufssparten, sind am Flughafen Wien beschäftigt. Damit ist der Flughafen Wien der größte Dienstgeber der Burgenländerinnen und Burgenländer. Von insgesamt 20.000 Beschäftigten und 40.000 aus Zulieferfirmen sind insgesamt 4.000 Burgenländerinnen und Burgenländer.

Des Weiteren ist der Flughafen Wien als internationales Drehkreuz ein wichtiger Faktor für unser Wirtschaftswachstum im Burgenland. Wie bereits in der letzten Landtagssitzung dargestellt, ist gerade das Wirtschaftswachstum im Burgenland das höchste aller Bundesländer. Ich glaube deshalb, dass dieser Wirtschaftsimpuls des Flughafens Wien infolge der Auslastung und der Beschäftigung ein wesentlicher Aspekt ist.

Nicht unerwähnt soll auch der Umstand bleiben, dass gerade das Einkaufszentrum Parndorf und andere Handelsbetriebe in der Umgebung wesentlich davon profitieren, wie viele Fluggäste im Endeffekt in Wien landen und der Möglichkeit der Konsumation im Burgenland genießen können.

Ich behaupte auch, auch der Aufstieg des Burgenlandes als Tourismusland mit über drei Millionen Nächtigungen ist untrennbar mit dem Flughafen Wien verbunden. Deshalb behaupte ich und sage ich, die wirtschaftspolitische Erfolgsgeschichte unseres

Bundeslandes Burgenland kann nicht losgelöst vom größten Dienstgeber der Burgenländerinnen und Burgenländer gesehen werden.

Daher ist diese Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes, das mittlerweile einerseits durch Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, andererseits mittels außerordentlicher Revision an den Verfassungsgerichtshof bekämpft wird, nicht unwichtig. Es ist nämlich für mich und für viele von uns - in der Boxersprache gesagt - ein K.O.-Schlag gegen sämtliche Arbeitsplätze, gegen den Arbeitsmarkt, gegen Wirtschaft und auch Tourismus.

Der Flughafen schätzt, dass bei dem Bau der 3. Piste zusätzliche 30.000 Beschäftigte möglich sind. Wenn man das umrechnet, wären das einige tausend Burgenländerinnen und Burgenländer, die in den nächsten Jahren, frühestens wahrscheinlich ab 2030, wenn der Bau beginnen kann, einen Arbeitsplatz finden können.

Gerade in Zeiten der Rekordarbeitslosigkeit, in Zeiten, wo man wirklich Investitionen setzen muss, damit Beschäftigung gewährleistet werden kann, ist es wichtig, dass diese Maßnahmen gesetzt werden. Deshalb kann es nicht sein, dass ein Bundesverwaltungsgericht das öffentliche Interesse des Klimaschutzes und der Bodenraumschaffung voranstellt. Ich bin auch überzeugt, dass damit der Jobmotor für die nächsten Jahrzehnte ins Stocken gerät.

Man hat sogar gemeint, das waren die Gewerkschafter, aber auch das Unternehmen, aber auch die Wirtschaftskammer, dass durch die 3. Piste ein weiterer Turbo gestartet werden könnte, damit Beschäftigung auch in der Zukunft langfristig abgesichert werden kann.

Nun zu der Entscheidung selbst. Ich glaube, diese Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes ist auch fürs Burgenland nicht unwichtig, weil es meiner Meinung nach schon ein Präjudiz schafft. Präjudiz dafür, dass zukünftig vielleicht bei ähnlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel auch bei der S7 als Großprojekt, die gleichen Interessen seitens der Gerichte Vorrang bekommen. Das würde bedeuten, dass nicht nur die 3. Piste am Flughafen Wien, sondern ähnlich große Wirtschaftsprojekte scheitern können. Das würde auch bedeuten, dass dieses öffentliche Interesse an Klimaschutz, an Bodenraumschaffung zur Nahrungsmittelversorgung vorangetrieben wird und damit die Wirtschaft, Arbeitsplätze und auch Tourismus in Zukunft stockt.

Gerade deshalb muss das Burgenland nicht nur die Rechtsmittel der jeweiligen Unternehmungen begrüßen oder begutheißen oder befürworten, sondern sämtliche Schritte setzen, die den Bau der 3. Piste fördern können. Ich bin sogar der Meinung, wenn man sich dazu bekennt, dass die Beschäftigung zukünftig als wesentliches Thema angesehen werden soll, das ist auch im Regierungsprogramm des Bundeskanzlers stehend, dann sollte man auch versuchen, diese durch gesetzliche Aktivitäten aktiv so weit hineinzubringen, dass das öffentliche Interesse der Beschäftigung oder an zukünftiger Beschäftigung vorangetrieben wird. Gerade beim Bau der 3. Piste wäre das wesentlich.

Wenn jemand glaubt, dass die 3. Piste keinen Schaden bringen würde, so behaupte ich, dass dadurch Arbeitsplätze exportiert werden. Es ist naheliegend, dass die Piste dann in Bratislava oder in München gebaut wird. Es ist naheliegend, dass die Arbeitsplätze nach Bratislava und nach München wandern werden. Und es ist auch naheliegend, dass die Fluggäste nur dann verteilt nach München und Bratislava kommen.

Nur wenn jemand glaubt, dass das Nordburgenland vom Treibhauseffekt oder von der Lärmbelästigung weniger belastet wird. Mir ist gesagt worden, dass damit die

sogenannte Warteschleife noch länger wird, und diese Warteschleife führt dazu, dass gerade in dem Bereich des Leithagebirges dann noch mehr Fluglärm und noch mehr CO_2-Ausstoß vorhanden wären.

Ich bin auch überzeugt, dass die Kapazitätsgrenzen, die nunmehr dazu führen, dass bloß 1,6 Prozent der beiden Start- und Landepisten ausgenutzt werden können, auch dazu führen, dass die Flugsicherheit eingeschränkt wird. Das sind zusätzliche Aspekte, die natürlich auch die Beschäftigten der Unternehmungen betreffen. Deshalb glaube ich, diese Aspekte sollten berücksichtigt werden.

Meiner Meinung nach hat der Flughafen Wien oder die AG ihre Hausaufgaben gemacht. Ich habe gesehen, dass sie bei den Treibhauseffekten bereits eine Minimierung um zirka 20 Prozent in den letzten vier Jahren erreicht hat.

Ich habe auch gesehen, dass sie versucht hat, im Bereich Umwelt viele Aktivitäten zu setzen und im Vergleich zu anderen Flughäfen sind sie damit unter den besten. Deshalb glaube ich auch, dass einerseits das Burgenland, andererseits die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Flughafen und andererseits auch die Unternehmung es verdienen, dass diese 3. Piste kommt.

In dem Sinne hoffe ich auch, dass die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes aufgehoben wird, damit der Bau rasch erfolgen kann und damit auch zukünftig weitere Arbeitskräfte geschaffen werden können. Dies hoffe ich für unser Land, für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer, und hoffe natürlich auch für die Drehscheibe des Flughafens für Ost- und Westeuropa. Danke für Eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Herr Abgeordneter Spitzmüller hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Nur ganz kurz noch. Laut Weltbank gibt es in hochentwickelten Ländern keine signifikante Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und Erreichbarkeit. Luftverkehr über ein gewisses Maß hinaus trägt also nicht mehr zusätzlich zum Wachstum bei. OECD- und EU-Arbeiten zeigen, dass kein Zusammenhang zwischen Investitionen in den Luftverkehr und Wirtschaftswachstum nachweisbar ist. Wirtschaftswachstum zieht Luftverkehr nach sich, umgekehrt gilt dies nur in sehr abgelegenen Gebieten. *(Abg. Géza Molnár: Also Südburgenland. Brauchen wir einen Flughafen.)*

So viel noch zum Ende. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Als nächsten Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landeshauptmann Niessl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurde schon sehr vieles gesagt. Ich bin auch ganz ruhig, Herr Kollege Steier, ich sage das wirklich nur ganz sachlich, ich bleibe auch ruhig, ja. *(Abg. Gerhard Steier: Das spüren wir.)* Zum Kollegen Strommer, auch ganz ruhig. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich bleibe auch ganz ruhig.)*

Man muss sich vorstellen, es ist interessant. Ich bin ja neugierig, ob es hier im Landtag eine Mehrheit für sinnlose Investitionen geben würde. Die werden zwar seit Jahren gefordert, aber bringen nichts. Wir haben im Bezirk Neusiedl, Podersdorf, Illmitz,

Apetlon, Halbturn, die keinen Bahnhof haben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Der heißt „Mönchhof-Halbturn“.)*

Aber Halbturn hat keinen Bahnhof, sondern der Bahnhof liegt in Mönchhof. Der heißt nur so, aber es gibt keinen da, sind wir uns ja hoffentlich einig, weil das können wir nicht … *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: So ist es!)* Zeuge aus Halbturn, also bitte. *(Heiterkeit und Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Danke Herr Kollege. Glaubt mir bitte, auch die Kollegen von der Liste Burgenland können das glauben, ich habe einen Zeugen.

Von jeder Ortschaft, die keinen Bahnhof hat, ist es kürzer zur Nachbargemeinde, die einen Bahnhof hat, als zum neu zu errichtenden. *(Abg. Manfred Kölly: Deutschkreutz brauchen wir schon.)* Also wenn ich von Illmitz zum Beispiel ohne Bahnhof oder Apetlon nach Frauenkirchen fahre, bin ich näher, als wenn ich auf den neu zu errichtenden fahre. Wenn ich von Halbturn nach Mönchhof fahre - dort heißt sogar der Bahnhof Mönchhof-Halbturn -, fahre ich drei Kilometer, am neu zu errichtenden Bahnhof fahre ich zwölf Kilometer. Also insofern muss man sagen, warum soll es Millionen an Investitionen - die GRÜNEN applaudieren - im Nationalpark geben und bauliche Maßnahmen im Nationalpark gesetzt werden, damit man mit dem Auto mehr CO_2 verbraucht, um zum neu zu errichtenden Bahnhof zu kommen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wo ist ein Nationalpark?)* Also insofern muss ich sagen, ich glaube, das können wir relativ rasch abhandeln. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nationalpark ist dort, wo die Fische hinwerden. - Landesrat Helmut Bieler: Du weißt schon, dass dort Autos fahren.)*

Bitte? Entschuldige, vielleicht gibt es wieder aus dem Seewinkel einen Zeugen, dass dort das Kerngebiet des Nationalparks ist, nämlich in unmittelbarer Nähe zu den Zitzmannsdorfer Wiesen, und das ist nicht nur Nationalpark, das gehört zu den ganz wichtigen und elementaren Kerngebieten des Nationalparks, die in unmittelbarer Nähe des neu zu errichtenden Bahnhofs sein sollen. Also wenn Sie dazu applaudieren, dann sage ich, dann haben Sie die letzte grüne Kompetenz auch noch verloren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der nächste Punkt ist die A4. Auch dazu klare Aussagen. Das sind alles Fakten. Wir haben von Wien bis Bruckneudorf zirka 80.000 Fahrzeuge auf der A4. Sehr viel, dreispuriger Ausbau. Es gibt von Bruckneudorf bis Parndorf zirka 60.000 auf der A4, weil 20.000 nach Bratislava fahren, A6, auch klar. Also haben wir bis Parndorf 60.000 und von Parndorf bis nach Nickelsdorf sind es zirka 40.000. Die ASFiNAG hat österreichweit Richtlinien, wie sie Autobahnen, Schnellstraßen bauen. Es gibt kein Programm für den Bezirk Neusiedl, sondern es gibt ein österreichweites Programm, an dem man sich ganz einfach halten muss. Natürlich wird irgendwann, wenn das von 40.000 weitergesteigert wird, aber das ist in der Prognose kurzfristig nicht absehbar, damit man dort ein paar 100 Millionen, da geht es um Zusatzinvestitionen von einigen 100 Millionen Euro.

Wenn die Frequenz nicht nur, sage ich, es sind eh sehr viele, 40.000 fahren, dann kann ich nicht gleich argumentieren wie bei 80.000. Das kann man schon machen und es gibt auch hin und wieder ein Foto, wo man sagen kann, es wäre viel gescheiter, wenn man mit dem Geld, was ja gar nicht stimmt, dreispurig ausbauen, weil die Sanierung bleibt ja nicht erspart. Das heißt, es sind zusätzliche Kosten von ein paar 100 Millionen mit österreichweiten Richtlinien.

Insofern muss man sagen, es wird sicher der Zeitpunkt kommen, wo das auch in die Richtlinien reinkommt und wo man sagt, das wird dann dreispurig ausgebaut, aber zu sagen, 80.000 ist gleich 40.000, und damit die gleichen Baumaßnahmen und damit 200 Millionen an Steuergeldern dort zu investieren, wo nicht die Frequenz gegeben ist, das ist

halt ein bisschen problematisch, weil das nicht den Richtlinien entspricht und die ASFiNAG als Aktiengesellschaft gar nicht machen darf, weil wenn sie eine Ausnahme macht, wie sollen sie das argumentieren? Dann haben sie auch ein strafrechtliches Problem, wenn man ganz willkürlich sagt, weil das im Burgenland ein paar fordern und weil sie sich immer auf die Autobahn hinstellen, jetzt bauen wir das dreispurig.

Das können nicht die Kriterien sein, sondern das können nur die Frequenzen sein, und wenn die Frequenzen 40.000 sind, dann kann ich nicht argumentieren, das sind 80.000, weil man das zählen kann und die Verkehrszählungen ja regelmäßig erfolgen. Soweit die Einleitung, und ich hoffe, dass dies zur Klarheit ein bisschen beigetragen hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und jetzt zum Flughafen. Also ich bin wirklich von der Wortmeldung, von der zweiten, noch mehr überrascht vom Kollegen Spitzmüller als von der ersten. Denn kein Wirtschaftswachstum durch einen größeren, moderneren Flughafen zu haben, also die Studie, die schaue ich mir schon wirklich sehr gerne an. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Bringe ich gerne.)* Denn das Gegenteil ist der Fall.

Das Gegenteil ist der Fall, dass natürlich die Flughäfen wesentlich zu einer wirtschaftlichen Entwicklung einer Region und eines Landes beitragen. Die Luftfahrt sichert heute in Österreich 80.000 Arbeitsplätze, Jobs, und erwirtschaftet ein BIP von 1,8 Prozent. Da muss man sagen, wenn das nichts ist, dann muss man das so zur Kenntnis nehmen, sondern das ist etwas und das wird weiter gesteigert.

Es entstehen durch die 3. Piste zirka 30.000 neue Arbeitsplätze, also das trägt zum Wirtschaftswachstum bei. Der Tourismus profitiert davon, weil die Nähe zu Wien, vor allen Dingen vom Nordburgenland ist er in 30 Minuten im Bezirk Neusiedl, ist er in 50 Minuten im mittleren Burgenland oder in Eisenstadt. Das sind international überhaupt keine Entfernungen mehr, wenn ich vom Flughafen 30, 40 oder 50 Minuten in meine Destination fahre.

Auch der Städtetourismus in Wien, wo auch Burgenländer profitieren, wo burgenländische Betriebe ihre Produkte hinbringen, wo fast alles Chinesen, die nach Wien kommen, ins Burgenland kommen. Ich glaube, 70.000, 80.000 pro Jahr, sie kommen nicht mit der Eisenbahn nach Wien, sondern sie kommen alle mit dem Flugzeug nach Wien. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* In Wien fahren sie vielleicht mit dem Fiaker dann zwischendurch, aber sie kommen dann alle ins Burgenland.

Übrigens, wie ich in Peking war, haben sie gesagt, die Chinesen kennen drei Städte in Österreich. Das ist Wien, das ist Salzburg und das ist Parndorf. Also insofern brauchen sie auch einen entsprechenden Anschluss, nämlich für die Flugzeuge. Ganz wichtig, ganz wichtig! Das Burgenland wird vom Fluglärm entlastet. Zu den bisherigen Argumenten, es waren sehr viele und sehr gute Argumente.

Wir haben das Problem, dass natürlich der Fluglärm über Breitenbrunn, Purbach, Donnerskirchen relativ groß ist. Dort gibt es Beschwerden. Aber durch die 3. Piste werden diese Beschwerden weniger, weil es mehr Möglichkeiten der Einflugschneise gibt. Man hat mehr Varianten und damit wird weniger über diese drei Gemeinden geflogen. Also der Bezirk Eisenstadt hat auf alle Fälle - und das ist nachzuweisen - eine Entlastung der Flugfrequenz und des Fluglärms über die Gemeinden, die sich teilweise zu Recht natürlich, interessanterweise auch die Piloten, die dort wohnen, beschweren. Somit auch für den Bezirk Neusiedl ein ganz großer Vorteil.

Ich muss sagen, der Vorschlag, das in Bratislava zu bauen, ich nehme an, der kann auch nicht ernst genommen werden, denn damit, nein, das haben nicht Sie gemacht, aber

es haben andere von Ihrer Partei gemacht. Also in Bratislava das zu bauen, halte ich überhaupt für ganz schlecht für Österreich, für den Wirtschaftsstandort Österreich. Denn wir haben genau die gleichen Emissionen, wir haben die Schleifen, die dann über das Nordburgenland erfolgen und die Arbeitsplätze haben wir nach Bratislava ausgelagert. Die Wertschöpfung ist dann dort, das Wirtschaftswachstum ist dann dort, ein jeder Leitbetrieb - und ein Flughafen ist ein Leitbetrieb - sichert im Umfeld auch über die Klein- und Mittelbetriebe den Faktor 2, 3 oder noch mehr an zusätzlichen Arbeitsplätzen, so, wie ich das in der Früh auch gesagt habe, bei Lenzing Lyocell, wo eben 250 bis zu 1.000 Arbeitsplätze im Bereich der KMU auch in entsprechender Form positiv beeinflusst werden.

Sich herzustellen und zu sagen, eine moderne Infrastruktur, ein moderner Flughafen, wo die Flüge immer von Jahr zu Jahr zunehmen, trägt nicht zu einer wirtschaftlichen Entwicklung bei, also das halte ich wirklich für nicht in Ordnung.

230 - das hat der Kollege Strommer gesagt - Unternehmen gibt es am Flughafen und mit der 3. Piste werden es mehr. Wenn Brexit stattfindet, werden internationale Organisationen hoffentlich nach Wien kommen. Das heißt, wir brauchen einen modernen, leistungsfähigen Flughafen.

Etwas zu verhindern und dagegen zu sein, das ist relativ einfach. Sich zurückzulehnen, alle Annehmlichkeiten des Sozialstaates aber zu fordern, aber das nicht zuzulassen, dass man das auch in entsprechender Form erwirtschaftet, das halte ich für den absolut falschen Weg.

Wir brauchen eine starke wirtschaftliche Entwicklung, wir brauchen den Flughafen Wien-Schwechat, wir brauchen die 3. Piste, und damit können wir auch für die nächsten Generationen in entsprechender Form den Wohlstand und die Finanzierung unseres gesamten Sozialstaates sicherstellen.

Vielleicht abschließend eine Zahl. Heute leistet die österreichische Luftverkehrswirtschaft jährlich rund 2,3 Milliarden an Steuern und Sozialabgaben. Es sind ja nur 2,3 Milliarden, die der Staat einnimmt. Jetzt kann man sagen, das können wir uns eh alles leisten, frage nur wie lange? Das sind wahrscheinlich in einigen Jahren nicht 2,3, sondern 2,5 und drei Milliarden Euro, die der Staat einnimmt, um sich das Bildungssystem leisten zu können, um sich das Gesundheitssystem leisten zu können, um sich die Mindestsicherung, die Sie fordern, auch leisten zu können, also insofern brauchen wir die Steuereinnahmen, damit Österreich wettbewerbsfähig bleibt, dass der Sozialstaat finanziert werden kann, damit neue Arbeitsplätze entstehen.

Wenn es jetzt 4.000 oder 5.000 Burgenländer sind, die dort beschäftigt sind, dann werden es in einigen Jahren, wenn die 3. Piste da ist, und ich kann Ihnen versichern, die 3. Piste wird kommen, die kann man verzögern, aber man wird sie nicht verhindern können, und ich sagen Ihnen noch etwas, dieses Urteil, das hier getroffen wurde, das kann ein Präjudiz sein für jedes andere Projekt, das man verhindern kann, nämlich damit zu argumentieren, dass man für die Landwirtschaft jetzt Flächen in Angriff nimmt, damit kann ich fast ein jedes andere Projekt auch in entsprechender Form blockieren und damit auch zu Fall bringen.

Wenn das Schule macht, dann ist dieses Urteil ein Präjudiz dafür, dass viele Großprojekte in Österreich nicht realisiert werden können, dass Österreich auf der Strecke bleibt, dass wir den internationalen Anschluss, die internationale Wettbewerbsfähigkeit auch nicht steigern können.

Deswegen bin ich absolut auf der Seite Niederösterreichs, auf der Seite Wiens, aber auch auf der Seite des Vorstandes Ofner und Jäger, die das beeinspruchen und die versuchen, die 3. Piste auch in entsprechender Form umzusetzen, und meine Unterstützung - das sage ich auch dazu - haben sie. Das bin ich schon den 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Burgenland am Flughafen schuldig und der nächsten Generation, die dort Zukunftschancen hat.

Ich hoffe, dass die absolute Mehrheit natürlich des Burgenländischen Landtags - bis auf zwei Ausnahmen - ebenfalls dafür ist. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Diese Zahlen, die Sie jetzt aus der Textform des Flughafens Schwechat gewählt haben, bezogen auf zusätzlich 30.000 Beschäftigte, beziehungsweise auf das Steueraufkommen der Luftfahrt, die möchte ich nicht zur baren Münze nehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da könnte es durchaus auch andere Zahlen geben. Das ist eine Zitation, die zwar jetzt von Ihnen getroffen wurde, aber das möchte ich so nicht uneingeschränkt im Raum stehen lassen. Unabhängig davon, was diese Zahlen anbelangt, können wir davon ausgehen, dass ein Großteil des Wirtschaftswachstums in der Region Wien, Niederösterreich und Burgenland aus diesem Flughafen beziehungsweise vom Flughafen herrührt, und dass in den letzten Jahren ein Aufkommen erzielt wurde, das eigentlich für sich spricht. In der Nennung der sogenannten Konkurrenzorte Bratislava, jetzt außerhalb Österreichs, möglicherweise auch Budapest, haben wir eine Situation, die mit Sicherheit Konkurrenz bietet. Viele kleine Fluglinien sind durchaus bereit, aus Kostengründen Wien zu verlassen und im Zusammenschluss der Fluglinien, wo eine sehr starke Konzentration stattfindet, hat Bratislava noch immer gepunktet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, egal auf welchem Flughafen, auf welchem Punkt der Welt man kommt, hat es eine Entwicklung gegeben, oder findet eine Entwicklung statt, die eigentlich ein positives Potential für viele Bereiche bietet.

Was mich heute eigentlich negativ berührt, und was bisher in den Darstellungen in allen Wortmeldungen nicht gefallen ist, ist darauf abzustellen, wer die Zielsetzungen, die der Senat des Bundesverwaltungsgerichtes getroffen hat, bestimmt hat.

Da sind Zielsetzungen erfolgt, die im Vertragsabschluss über die Klimakonferenzen in Paris und in anderen Ländern gefolgt sind, die sind, wie mein Kollege, mein Sitzkollege, auch mir gesagt hat, Absichtserklärungen, sind Zielvorstellungen, die keine gesetzliche Handhabe haben. Es sind Grundlagen, die durchaus aber in eine bestimmte Diskussion miteinzubringen sind. Auf der anderen Seite ist es für mich absolut unverständlich, wenn ich davon ausgehe, dass dieses Bundesverwaltungsgericht jetzt nachträglich, nach diesem Urteil, wo es von der Bestellung her mit Sicherheit auf SPÖ und ÖVP zurückzuführen ist, vollinhaltlich auf Kritik stößt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, Christian Drobits, hat darauf verwiesen, dass der Flughafen Wien mit seinen zwei Sprechern gegen die Urteile Revision eingelegt hat beziehungsweise Verfassungsbeschwerde erheben wird. Dass ein Zeitraum von 16 Jahren in der Nutzung auf diesen Punkt des eigentlich abweisenden Urteiles stattgefunden hat mit hunderten von Mediationsverfahren, und dass auf der

anderen Seite jetzt eine Entwicklung stattfindet, die über die Whistleblower-Situation beim Justizministerium zwei der Richter, nämlich zwei aus dem Umweltministerium kommt und ein Dritter, der Generalsekretär der Land- und Forstbetriebe war, angezeigt haben.

Das heißt, die Situation wurde jetzt verkehrt, dass diejenigen, die ein Urteil gesprochen haben, im Grunde genommen in der kritischen Begutachtung sind und dass denen jetzt zum Vorwurf gemacht wurde, dass sie eigentlich in der Entscheidung Betroffene gewesen sind oder für ihre ehemaligen Arbeitgeber mehr oder weniger ein Votum abgegeben hätten.

In juristischen Kreisen ist aber auch eine Debatte losgebrochen, ob eine Wertungsfrage bei einer von der Politik unabhängigen Behörde, eben dem Bundesverwaltungsgericht, gut aufgehoben ist?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich vorher angedeutet habe, was mich am meisten an dieser Diskussion heute stört, ist, entweder wir haben unabhängige Gerichte, ob es Verwaltungsgerichte oder Verfassungsgerichte sind, oder wir besprechen eine Situation, die rein darauf besteht, dass wir quasi ein Urteil, das uns nicht gefällt, in politischer Hinsicht zu einem anderen Urteil ummünzen wollen. Es ist nachvollziehbar, dass ich in der Aufbereitung auf 16 Jahre Entwicklung Bau der 3. Piste, mehr als enttäuscht bin, wenn dann in der Folge das nicht stattfindet.

Tatsache ist aber auch, ein Gerichtsurteil wird jetzt von den sogenannten Flughafenvorständen beziehungsweise von den beiden Eigentümern, nämlich dem Land Niederösterreich und dem Land Wien - Wien beteiligt sich nur, Niederösterreich hat ebenfalls die Revision und die Verfassungsbeschwerde mit unterschrieben, wird beeinsprucht.

Das ist durchaus ein legitimer Weg. Das ist das, was eigentlich die Gerichtsbarkeit zur Verfügung stellt und die Möglichkeit bietet, dass sich jeder, der sich ungerecht behandelt fühlt, auch dementsprechend mit einer Revision beziehungsweise einer Beschwerde an ein höheres Gericht wenden kann.

Tatsache ist, dass jetzt von den Vorständen gesagt wird, dass das Urteil gesprochen ist und es mindestens sechs Jahre jetzt dauern wird, bis es möglicherweise zu einem vollständigen Urteil kommt. Das heißt, im Endeffekt, wenn wir vom heutigen Stand ausgehen, sind 22 Jahre vergangen, nach der Schätzung dieser Vorstände, von einer Einleitung der Absicht des Baues der 3. Piste bis sie möglicherweise stattfindet und die sogenannten Frequenzen abbildet. Was den GRÜNEN zum Vorwurf gemacht wurde in ihrer Darstellung, ist durchaus auch nachvollziehbar, was die Flugzahlen anlangt, was die Zunahmen der Fluggäste anlangt. Speziell dort ist es abzuleiten, dass sie berechtigte Kritik üben, weil Kerosin steuerfrei gestellt ist, und auf der anderen Seite eine Einführung die Österreich durchaus in den Kreis der sogenannten Klimaschutzbefürworter eingebracht hat, nämlich die sogenannte Fluggaststeuer, jetzt nachdem sie drei, vier Jahre funktioniert, aus sogenannten Kostengründen, aus wirtschaftlichen Gründen zurückgenommen wird.

Ich finde das einen absoluten Rückschritt, weil es im Zusammenhang mit dem Klimaschutz frappant eine Ähnlichkeit aufweist, wie mit der gestrigen Unterschrift des amerikanischen Präsidenten bezogen auf den erweiterten und zusätzlichen Kohleabbau. Das sind so diese Jumping-Jack-Sprünge von einer Situation zur anderen.

Beim Flugverkehr ist davon auszugehen, dass er mit Sicherheit nicht abgestellt werden kann und dass er mit Sicherheit, nachdem was sich jetzt gesellschaftlich abbildet, auch zunehmen wird. Im Endeffekt sind wir hier in einer Konkurrenzsituation, die auch

naheliegend nachvollziehbar macht, dass keine Unterschiedsform zwischen Bratislava und Wien in der sogenannten Ausführung auf den Klimaschutz darstellt.

Was ich in Vermessenheit eigentlich angenommen habe, ist in der Debatte um das Urteil nachträglich dann der Wirtschaftsminister, der sich dann vorstellen kann, dass das sogenannte öffentliche Interesse bezogen auf den Ausbau des Flughafens Wien in der Abweisung durch den Verwaltungsgerichtshof jetzt eine Staatszielbestimmung werden soll. Das heißt, alle Vorwürfe, die in Richtung einer Anlassgesetzgebung gelten, sind hier soweit schon dann gediehen, dass man sich vorschützt quasi und voranstellt, um dann eine verfassungsmäßige Richtlinie zu setzen, um alle Gerichtsbarkeiten auszuhebeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiteres Detail, das Ihnen vielleicht nur durch die Lektüre mancher Medien untergekommen ist: Ich habe es auch zutiefst befremdend empfunden, dass im Anschluss an das Urteil manche Boulevardblätter die bösen Gerichte angegriffen haben, weil sie es mit ihrem Urteil verwehren, dass in den sogenannten Umwelttöpfen des internationalen Flughafens Wien jetzt nicht mehr die Millionen bereitstehen, die manche Gemeinden im Umland des Flughafens schon für den Ausbau ihrer Infrastruktur festgelegt haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wohin das führt, aber es ist mit Sicherheit kein gutes Argument, das hier benutzt wird, um Interessen durchzusetzen. In der Abwägung kann man schon der Überzeugung sein, dass manches von der Dauer der Einleitung von der gesamten Umsetzung bis zum Ziel einer quasi Fertigstellung eine langatmige Geschichte geworden ist. Dass sich Österreich hier in verwaltungsrechtlicher Form sehr viele Auflagen und Wege einfallen hat lassen. Dass aber jetzt in der Reduktion nach einem Urteil darauf wieder in die Richtung gesetzt wird, man sollte reduzieren, manches nicht stattfinden lassen, haben wir erst unlängst erlebt.

Dass es auch bei Straßenbauten, bei Umfahrungen, nicht Gültigkeit hat, wenn man ein UVP-Verfahren ausschließt, wo es jetzt nachträglich, und jetzt haben wir schon die zweite Sitzung, wo noch immer nicht verlautbart wurde, wie es im Haus hier anklingt, dass sich das Land mit den Grundstückseigentümern bei der Umfahrung Schützen geeinigt hätte. Aber, wir werden diese positive Meldung hoffentlich irgendwann einmal auch erfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vieles, was Verkehrsprojekte anlangt, ist mit Sicherheit in einer Diskussion, sowie ich es jetzt dargestellt habe, oft die Kultur vermissen lässt, nämlich, die Diskussionskultur. Wenn ein Gericht in dem Sinne ein Urteil fällt, dann sollte derjenige, der betroffen ist, nämlich im Eigentümerverhältnis auch dagegen die Möglichkeit haben und eingeräumt bekommen, zu berufen.

Es sollte aber in politischer Hinsicht nicht immer durch den Zuruf quasi die Gerichtsbarkeit in ihrer Eigenständigkeit beeinflusst werden wollen. Im Interesse des Wirtschaftsstandortes, des Tourismusstandortes ist aber dem Bau der 3. Piste sehr wohl zuzustimmen. Danke schön.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Bau der 3. Piste am Flughafen Wien ist somit mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 818) betreffend ärztliche Versorgungsgarantie für den ländlichen Raum (Zahl 21 - 576) (Beilage 846)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen nun zur Behandlung des 13. Punktes der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 818, betreffend ärztliche Versorgungsgarantie für den ländlichen Raum, Zahl 21 - 576 Beilage 846.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ärztliche Versorgungsgarantie für den ländlichen Raum, in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ärztliche Versorgungsgarantie für den ländlichen Raum die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Zum Thema, zum Tagesordnungspunkt 13, Ärztemangel, darf ich grundsätzlich einmal festhalten, dass ich glaube, dass wir in Österreich im globalen Vergleich, was die medizinische Betreuung betrifft, wir uns im absoluten Spitzenfeld befinden. Das ist aber österreichweit nur Städte und Länder betrachtet, zurücklehnen und die Hände verschränken, geht leider nicht. Im burgenländischen Gesundheitswesen herrschen zum Teil besorgniserregende Zustände, die auch auf einen Mangel an Fachärzten zurückzuführen sind.

Ich muss hier an dieser Stelle leider dem Klubobmann Robert Hergovich widersprechen, denn wir haben hier andere Informationen. So mussten im Krankenhaus Oberwart Ambulanzen, zum Beispiel die Gefäßambulanz, geschlossen werden. In

Jennersdorf sind die Posten für Fachärzte der Zahnheilkunde seit eineinhalb Jahren und ein Facharzt für Gynäkologie seit zwei Jahren unbesetzt.

Wie ja bereits bekannt ist, werden bis 2025 zirka 60 Prozent der Allgemeinmediziner ihre Pension antreten. Um die Patientenversorgung nicht weiter nachhaltig zu gefährden, sind jetzt dringend notwendige Maßnahmen zu setzen.

Beispielsweise muss über ein Anreizsystem sichergestellt werden, dass vermehrt Fachärzte im Burgenland in ein Beschäftigungsverhältnis eintreten. Der Gesundheitsstandort Burgenland muss für Mediziner und Patienten nachhaltig abgesichert werden. Der Hilferuf von der Burgenländischen Ärztekammer ist diesbezüglich nicht zu überhören.

Darum ist es jetzt wichtig, die Zugangsbeschränkungen für das Studium der Humanmedizin aufzuheben und zwischenzeitig die Zahl der Studienplätze deutlich anzuheben, um sicherzustellen, dass ausreichend Mediziner, sowohl für den Spitalsbereich, als auch für die niedergelassenen Praxen, Allgemeinmediziner und Fachärzte ausgebildet werden können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein Beispiel dafür aus unserem Nachbarbundesland Niederösterreich. Wer in der Karl Landsteiner Privatuni in Krems studiert und sich verpflichtet, in Niederösterreich zu bleiben, bekommt ein Stipendium. Das heißt, Strategien entwickeln, um alle Jungärzte, deren Ausbildung Österreich finanziert hat, in Österreich zu halten, aber ansonsten ihre Ausbildungskosten einzufordern. 75 Prozent der Studienplätze sind weiterhin für die Inhaber österreichischer Reifezeugnisse zu reservieren. Die Ausbildung der Allgemeinmediziner ist im Vergleich zur Fachausbildung attraktiver zu gestalten. Die Ausbildung für Fachärzte ist dahingehend zu verbessern, dass vor allem die schlechten Einstiegsbedingungen, Turnus, wenige Kompetenzen, und so fort, an Nachbarländer, wie Deutschland und die Schweiz, angeglichen werden und anlässlich der Evaluierung der Aufnahmeprüfungsmodalitäten darauf hin einzuwirken, dass der Bereich der sozialen Kompetenzen in den Aufnahmeprüfungen Berücksichtigung findet.

Wir vom Bündnis Liste Burgenland werden diesen, auch von uns mit eingebrachten Antrag natürlich unterstützen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes ist der Herr Abgeordnete Manfred Haidinger zu Wort gemeldet.

Bitte um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Hohes Haus! Die medizinische ärztliche Versorgung muss uns allen ein Anliegen sein. Wir sind gut, da kann ich dem Vorredner mehr oder weniger unterstreichen. Seine Befürchtungen teile ich nicht zur Gänze, aber da ich gesehen habe, dass der Landesrat ohnehin schon seine Notizen gemacht hat, gehe ich davon aus, dass er dementsprechend antworten wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, man muss rechtzeitig darauf schauen, dass man es hat, wenn man es braucht. In unserer Generation, glaube ich, kennen alle diesen Spruch. Wir können dazu natürlich auch medizinische Personalplanung oder Personalmanagement sagen. Das ist etwas, was wir jetzt beginnen müssen.

Wir haben es eigentlich schon begonnen, wenn wir uns noch an den Oktober 2016 erinnern, wo man das erste Mal die Landesregierung aufgefordert hat, dass die an den Bundesminister herantritt. Da bekommen wir von dem zurück, dass vorgesehen ist, 300 bis zu 2022/23 im Prinzip durch seine Mittel zur Verfügung zu stellen. Na gut, wenn jetzt

der Wirtschaftsminister und Wissenschaftsminister und Forschungsminister uns so etwas zurückschreibt, wenn man gleichzeitig weiß, dass allein im Burgenland bis 2025 etwa 60 Prozent der jetzt angesiedelten Ärzte in Pension gehen, dann muss man sich, ich sage es jetzt ein bisschen salopp, eigentlich geschält fühlen.

Alleine bei uns sind es 60 Prozent, die in Pension gehen. Er bietet uns ein Projekt oder eine Gegenmaßnahme an, wo er mit 300 auf uns zukommt und die aber für ganz Österreich meint. Das ist wohl wirklich ein Scherz und da verstehe ich jetzt nicht ganz, warum zumindest die Bundes-ÖVP und in der Person der Bundesministers Mitterlehner die Problematik der Ärzte in der Zukunft noch nicht erkannt wurde.

Weil das ist für mich eine klare Botschaft. Entweder hat er es nicht verstanden oder er will es nicht verstehen, dass er jetzt eigentlich etwas einleiten muss, damit das im Prinzip passiert, dass wir rechtzeitig auch die ganzen Ausbildungszugänge und sonstiges umstellen, damit in einer vernünftigen Personalplanung, Personalmanagement und das natürlich über die Studien, über das Studium der Medizin sichergestellt wird. Daher ist es eindeutig und klar für uns, dass wir das so nicht stehen lassen können. Daher ist dieser Entschließungsantrag, den wir schon im 2016er Jahr gemacht haben, natürlich noch einmal und verstärkt und detaillierter zu tun.

Daher ist es auch klar, dass wir fordern müssen, die Zugangsbeschränkungen aufzuheben. Die Zahl der Studienplätze deutlich anzuheben, denn die 75 Prozent der Studienplätze sollen ja so bleiben, wie wir sie haben und weiterhin nur für Inhaber österreichischer Reifeprüfungszeugnisse bestehen und die Botschaft anständige Strategien zu entwickeln, um Jungärzte in die Ausbildung, in die österreichische Ausbildung, zu bringen und sie aber auch danach in Österreich zu halten.

Weil da haben wir auch das Problem, dass zwischen einem und zwei Drittel, also bis zu zwei Drittel, die das Studium beginnen, ja eigentlich dann nicht das Studium beenden, beziehungsweise wenn sie es auch beenden, nicht im medizinischen Bereich, zumindest nicht als Arzt, tätig werden. Auch da muss man eine Strategie entwickeln, wie man es zusammenbringt, dass man Berufene, die sich eben berufen fühlen, den medizinischen Beruf auszuüben, denen die Chance zu geben, das auch zu verwirklichen.

Die Berufung merken sie eben einfach - und das ist auch empirisch jetzt nachweisbar beziehungsweise durch Studien belegt - erst dann, wenn sie schon längere Zeit im Studium sind.

Das heißt, Strategien in die Richtung, da will ich jetzt nicht irgendetwas vorgeben, aber nur so grob in die Richtung, man muss dafür sorgen, wenn Studienabgänger so nach neun Monaten, nach zwölf Monaten gehen, dass man im Prinzip hinten noch jemanden hineinbringt. Da muss sich in diesem Zusammenhang eine Dynamik entwickeln, damit wir diese Personalressourcen auch rechtzeitig hier bei uns im ländlichen Raum als Allgemeinmediziner, Niedergelassener oder auch im Bereich der Krankenanstalten haben. Zu den Krankenanstalten in Verbindung mit dem Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz ist es natürlich auch ein bisschen frappant, wenn das durch den Bund beschlossen wird. Auch da muss ich jetzt im Prinzip sagen, hat die Bundesregierung bei dieser Gesetzgebung nicht ganz ihre Aufgaben gemacht, weil in den Erläuterungen beziehungsweise im Vorwort dazu stand, dass es keine Auswirkungen hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt sehen wir aber so ziemlich nach einem Monat, nachdem es in Kraft gesetzt wird, welche Auswirkungen das Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz in Wirklichkeit hat, weil durch diese Einschränkung in der Zeit der Mediziner auf einmal im Prinzip ja die

Forderung nach einer unmäßigen Anzahl von neuen Medizinern, um die gleiche Qualität in den Krankenanstalten zu halten, auf einmal ausgeartet ist.

Das ist etwas, das hätte man sich schon bei der Gesetzgebung überlegen müssen. Auch wenn man jetzt natürlich sagen kann, es hat ohnehin so eine lange Übergangsbestimmung gegeben. Da muss man natürlich auch ein bisschen die Krankenanstalten in die Verantwortung nehmen. Die haben eben auch bis zum letzten Tag gewartet, um irgendwelche Planungen zu machen. Aber, das ist jetzt in Wirklichkeit alles nicht Aufgabe des Landtages. Unsere Aufgabe ist es, für unseren Bereich die Verantwortung wahrzunehmen.

Das, glaube ich, tun wir jetzt mit diesem Entschließungsantrag an die Landesregierung, dass die an die Bundesregierung herantritt.

Daher sind diese Forderungen auch berechtigt erhoben und von uns auch zu Recht an die Landesregierung gestellt. Deshalb hoffe ich doch, dass alle Fraktionen mitgehen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Herr Abgeordneter Georg Rosner hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der ärztlichen Versorgungsgarantie für den ländlichen Raum sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass wir in diese Richtung auch Anstrengungen tätigen müssen, um da auch die Lebensqualität im Land zu sichern. Ich will das auch gar nicht alles wiederholen, was der Herr Haidinger gesagt hat, das ist alles korrekt, dass da diese Aufstockung der Studienplätze jetzt nicht das Gelbe vom Ei ist, von 300 Studienplätzen vom Jahr 2022 bis 2023 hin und auch diese Problematik, dass bis 2025 etwa 60 Prozent der Allgemeinmediziner in Pension gehen.

Das Ärztearbeitszeitgesetz spielt also in vielen Faktoren mit, und ich glaube auch, dass zwei Drittel der Absolventen, die das Medizinstudium in Österreich ergreifen, nie ihren ärztlichen Beruf im Inland ausüben. In Summe wird sich also durch die angespannte Situation das Ärzteangebot nicht entschärfen, sondern, im Gegenteil, weiter anspannen.

Wir sehen das so, dass unsere Forderungen sozusagen das erste Puzzle wären. Das habe ich heute ohnehin schon einmal gesagt, denn das sind diese Stipendien, wo wir Jungärzten Stipendien geben, die wir dann im Land halten wollen. Pro Jahr sollen seitens des Landes zirka 20 Stipendien für Jungärzte ausgeschrieben werden. Die wollen wir dann auch hier binden. Beim zweiten Puzzle und bei diesen Maßnahmen erhält sozusagen auch unser Herr Landesrat Darabos Rückenstärkung von der Volkspartei Burgenland, denn gemeinsam, so sagen wir, geht mehr. Ich glaube, dass das durchaus auch von uns gutgeheißen wird. Die Volkspartei Burgenland kann sich vorstellen, die Zwangsbeschränkungen für das Studium der Humanmedizin aufzuheben und zwischenzeitig die Zahl der Stipendienplätze deutlich anzuheben. Das wäre ein möglicher Schritt, um den drohenden Ärztemangel zu bekämpfen. Jetzt liegt es natürlich an Ihnen, Herr Landesrat, dem burgenländischen Standpunkt mit aller Kraft Nachdruck zu verleihen, damit auf Bundesebene Schritte gesetzt werden, die uns allen in diesen Belangen weiterhelfen.

Als ein weiteres und drittes wichtiges Puzzle sehen wir die Beibehaltung der Quotenregelung. Das heißt, dass die 2006 eingeführte Quotenregelung mit 75 Prozent der Plätze für Human- und Zahnmedizin für österreichische Maturanten reserviert sind. 20 Prozent gehen ja an EU-Bürger und die fünf Prozent an Nicht-EU-Bürger.

Ich glaube, dass diese Summe und dieses Puzzle ein schönes Rundes ergibt und dass hier jede Maßnahme dieses Vorhaben in die richtige Richtung führt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist vom Landtagsabgeordneten Günter Kovacs.

Bitte um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich auf die Gesundheitsversorgung eingehe, auch einen Appell an uns alle gemeinsam richten, nämlich, dass wir auf die Gesundheit keine Panikmache machen sollten. Versuchen wir gemeinsam, sachlich und konstruktiv Lösungen für unser Burgenland zu erarbeiten. Gerade dieser hochsensible Themenbereich kann sehr schnell zu einer Verunsicherung der Bevölkerung führen. Uns muss es aber natürlich darum gehen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger weiterhin zu gewinnen. Oberstes Prinzip der Gesundheitspolitik muss es sein, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung durch qualifizierte Ärztinnen und Ärzte zu garantieren. Auch wenn wir vor sehr großen Herausforderungen stehen, auf die ich noch eingehen werde, darf ich auf die aktuelle Situation aus der Sicht der burgenländischen Bevölkerung hinweisen.

Eine Sicht, die durchaus positiv zu werten und ein Beweis für den bisher eingeschlagenen Weg der Gesundheitspolitik ist. So sind, laut den letzten Gesundheitsparametern, 83 Prozent der Bevölkerung mit der Gesundheitsversorgung im Burgenland zufrieden bis sehr zufrieden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Höchste Zufriedenheitswerte gibt es bei der Versorgung durch den Hausarzt, wobei einige der Befragten den Wunsch nach längeren Öffnungszeiten äußerten. Insgesamt ist das ein positiver Befund, der uns jedoch nicht den Blick auf die Probleme verstellen soll. Ich darf dazu einige Zahlen nennen.

Laut Ärztekammer praktizieren derzeit rund 1.140 Ärzte im Burgenland. Davon sind mehr als 600 Fachärzte, rund 560 praktische Ärzte und fast 200 Turnusärzte. Wenn wir in die Zukunft blicken, müssen wir feststellen, dass wir vor allem im ländlichen Raum vor großen Problemen stehen. Die Stellen der niedergelassenen Allgemeinmediziner und Fachärzte können oft nicht nachbesetzt werden.

Wie heute schon öfters erwähnt, werden bis 2025 rund 60 Prozent der Allgemeinmediziner in Pension gehen. Soweit es im Einflussbereich des Landes möglich ist, wird vor allem im Bereich der Primärversorgung versucht, Gegenmaßnahmen zu setzen.

Im Kern geht es um eine engere Kooperation der niedergelassenen Ärzte mit dem Spitalsbereich. Diese wurden mit dem österreichweit einzigartigen Pilotprojekt Akutordination im Krankenhaus Oberwart bislang auch sehr erfolgreich umgesetzt. Dabei geht es nicht nur um eine möglichst große Zahl an betreuten Patienten, sondern um die Qualität. Konkret sollen jene Patienten abgefangen werden, die in die Spitalsambulanzen kommen, aber, aus medizinischer Sicht, im niedergelassenen Bereich behandelt werden müssten. Außerdem soll dadurch der Landarztberuf wieder mehr an Attraktivität gewinnen.

Wir erhoffen uns, dass durch die zeitliche Begrenzung der Dienstzeiten Ärztinnen und Ärzte motiviert werden, wieder diese Landarztstellen zu übernehmen. Die ersten Daten, meine Damen und Herren, vom 4. Quartal 2016 stimmen uns äußerst positiv. So konnten rund 68 Prozent der PatientInnen von den Ärzten der Akutordination behandelt werden. Sechs Prozent konnten ohne sofortige Behandlungsnotwendigkeit und 38 Prozent mit Behandlung nach Hause entlassen werden. 31 Prozent wurden an die zentrale Aufnahme und Erstversorgung des Krankenhauses überwiesen. Insgesamt wurde die Akutordination - inklusive Visitenärzte - während der Öffnungszeiten von 17.00 bis 22.00 Uhr von insgesamt 544 Patienten frequentiert.

Mittlerweile wird dieses Projekt, für das ich mich auch bei Dir, Herr Gesundheitslandesrat Darabos, bedanken möchte, auch von den anfänglichen Skeptikern positiv bewertet. Als nächster Schritt soll deshalb auch eine Ausweitung auf das Nordburgenland erfolgen.

Wenn wir über diesen Ärztemangel aber auch heute reden, dann kommen wir unweigerlich auch zum Thema Ärzteausbildung. Auch das ist heute schon mehrmals angeklungen. Auch hier versucht das Burgenland natürlich gegenzusteuern, etwa durch kostenlose Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung zum Medizinstudium oder durch monatliche Zuschüsse, eben für die angehenden Mediziner in burgenländischen Spitälern, während des klinisch-praktischen Jahres.

Der Hebel muss also in Bereichen der Ausbildung angesetzt werden, die klar beim Bund angesiedelt sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Dank an den Gemeindevertreterverband Burgenland aussprechen, der in einer Resolution an den Gesundheitsminister, sowie an den Wissenschaftsminister, die Probleme klar zum Ausdruck auch brachte und auch Maßnahmen fordert, um die medizinische Versorgung, vor allem in ländlichen Gemeinden, zu sichern.

Ich möchte einige dieser Vorschläge in Kürze noch aufzählen, denen ich inhaltlich nur voll auch zustimmen kann. So müssen mehr Ärzte ausgebildet werden und vor allem auch in Österreich gehalten werden. Die Ausbildung der Allgemeinmediziner muss im Vergleich zur Facharztausbildung attraktiver gestaltet werden.

Primärversorgungszentren sollen gefördert werden und man sollte sich überlegen, ob es Wege geben kann, jene Jungärzte, die in Österreich ausgebildet wurden, zu verpflichten, zumindest fünf Jahr in Österreich zu praktizieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor allem aufgrund der prognostizierten Pensionierungswelle bei den Allgemeinmedizinern erscheint es notwendiger denn je, endlich die Anzahl der Studienplätze auch anzuheben.

Außerdem muss auf EU-Ebene eine Verlängerung der Quotenregelung für den Studienzugang, natürlich zum Medizinstudium, sichergestellt werden. Damit der diskriminierungsfreie Zugang zum Medizinstudium gewährleistet ist, müssen die Zugangsbeschränkungen zum Medizinstudium eben abgeschafft werden.

Diese Forderungen richten sich klar an Minister Mitterlehner. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Das Ziel all dieser Maßnahmen müssen die Sicherung und der Ausbau der medizinischen Versorgung sein, unabhängig vom Einkommen und Wohnsitz natürlich.

Was wir nicht wollen, ist eine Zweiklassenmedizin, die die Menschen mit Privatversicherung oder höherem Einkommen bevorzugt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet von der Regierungsbank hat sich Landesrat Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrtes Hohes Haus! Ich mache es kurz. Als Gesundheitslandesrat muss ich auf Ihre Gesundheit schauen. Sie schauen alle schon ein bisschen müde aus und der Herr Kollege Kovacs hat eigentlich alles gesagt, was ich auch sagen wollte.

Ich möchte nur kurz, vielleicht etwas Interessantes für Sie, Herr Abgeordneter Steiner, sagen. Insgesamt ist es so, dass wir im internationalen Vergleich noch immer gut dastehen mit 4,8 Ärzten. Also 4,8 ist ein eigenartiger Begriff, weil es gibt nicht ein Achtel oder 0,8 Prozent eines Arztes. Aber insgesamt sind wir mit knapp fünf Ärzten pro 1.000 Einwohnern von einem Ärztemangel weit entfernt.

Allerdings, und das ist auch durchaus über die letzten Jahre schon auch dargestellt worden, gibt es in den nächsten Jahren, das wurde jetzt mehrfach in den Beiträgen angesprochen, leider die Tendenz, dass 60 Prozent, vor allem der Landärzte, in Pension gehen werden und das wir darauf achten müssen, dass wir hier auch einen Nachwuchs finden.

Es hat sich sehr viel geändert. Mein Hausarzt sagt, er fährt ins Burgtheater in der Nacht, er macht Nachtdienste. Junge Ärzte sagen, sie müssen auf ihre Work-Life-Balance achten. Ja, das ist alles okay. Aber grundsätzlich haben wir wirklich ein Problem in den nächsten Jahren und dem müssen wir entgegenwirken.

Entgegenwirken können wir nur, wie es in diesem Antrag jetzt hier auch angesprochen ist, indem wir erstens, die Studienplätze zu 75 Prozent für österreichische Studentinnen und Studenten reservieren.

Ich würde mir auch wünschen, das sage ich ganz offen, und wir sind auch in guten Gesprächen mit dem Ministerium, dass die Beschränkung wegfällt. Weil wenn wir uns die Zahlen anschauen, ich kann Ihnen die Zahlen sagen, insgesamt haben wir im Jahr 2000 21.060 Studierende gehabt an den Universitäten im Fach Humanmedizin. Im Jahr 2011 waren es nur mehr 13.000, also ein Minus von 7.000.

Ich bin halt der Meinung, dass junge Menschen, das ist auch Tatsache, die mit Auszeichnung maturieren, dann auch die Chance haben sollten, ein Studium zu beginnen. Ob sie es dann abschließen können, ist eine andere Frage.

Aber es wäre gut, wenn man ihnen die Chance gibt. Weil wir haben damit durch weniger Plätze auch weniger Chancen, dass wir diese Plätze, die wir im Burgenland brauchen, auch besetzen können.

Das wollte ich Ihnen sagen, Herr Kollege Steiner. Ich bin durchaus bereit, auch darüber mit Ihnen zu sprechen, ob wir diese Stipendiengeschichte ernsthaft andenken sollten, weil ich glaube, dass damit auch die Möglichkeit da ist, im Burgenland mehr Ärztinnen und Ärzte anzustellen.

Das wollte ich, das ist vielleicht das News - kein Fake-News, sondern ein wirkliches News - am heutigen Tag, und vielleicht kann man über das nachdenken, weil wir brauchen das. *(Beifall bei der ÖVP)*

Danke. Wir haben heute schon zwei Beschlüsse gemeinsam gefasst. Nein, ich meine das wirklich ernst, weil es schon wichtig wäre, dass wir im Burgenland halt sowohl

im niedergelassenen Bereich, als auch im Bereich der Spitalsärzte hier keine Löcher aufkommen lassen.

Wir sehen das auch, wir haben in dem Bereich, für den ich zuständig bin, für Spitalsärzte kein Problem. Aber ich sage ganz offen, wir haben sehr viele Ärzte, die nicht aus Österreich kommen, die aus dem ungarischen Raum kommen, die aus dem kroatischen Raum kommen. Das heißt, nicht das die Qualität hier nicht passt, aber mir wäre halt doch recht, wenn wir hier auch österreichische Ärzte und Ärztinnen anstellen könnten.

Insofern halte ich diesen Antrag, so wie er jetzt vorliegt, als Abänderungsantrag, für gut und ich darf ihn ergänzen, um auch die Bereitschaft von mir hier in Richtung Stipendien zu verhandeln.

Grundsätzlich halte ich diese Entscheidung, die der Landtag jetzt, nehme ich an, mit großer Mehrheit treffen wird, für richtig. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Mit dieser Ansage werden wir weiter arbeiten als Landtag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend ärztliche Versorgungsgarantie für den ländlichen Raum ist somit mehrheitlich gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 782) betreffend Maßnahmenpaket der FTI Burgenland GmbH (Zahl 21 - 556) (Beilage 847)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 14. Punkt der Tagesordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 782, betreffend Maßnahmenpaket der FTI Burgenland GmbH, Zahl 21 - 556, Beilage 847.

Berichterstatter ist Mag. Sagartz, BA.

Ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag von mir, meiner Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmenpaket der FTI Burgenland GmbH in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Ich wurde auch zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abgeordneten Mag. Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmenpaket der FTI Burgenland GmbH unter Einbezug der vom

Landtagsabgeordneten Sodl beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Ich teile auch mit, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Sie sind am Wort, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und vielleicht sind zu dieser späten Stunde auch noch ein paar Leute draußen an den Bildschirmen im Livestream. Im Jahr 2014 wurde die FTI – Strategie für Forschung, Technologie und Innovation für das Burgenland beschlossen.

Das war ein wirklich wichtiger Schritt, weil das Burgenland hier großen Aufholbedarf hat, noch immer. Gut, dass noch vor Ende der letzten Legislaturperiode damit begonnen wurde, den Rückstand an Forschung und Innovation Schritt für Schritt aufzuholen und damit frühere Versäumnisse wettzumachen.

Die Forschungsquote lag im Jahr 2014 gerade einmal bei 0,76 Prozent, weit abgeschlagen im Österreichvergleich. Die aktuellen Zahlen liegen noch nicht vor, also können wir leider noch nicht die Frage beantworten, ob das Burgenland die Ein-Prozent-Marke diesmal schon schaffen wird.

Erhofft wird es, angestrebt ist es, aber wir haben noch einen großen und sicher sehr herausfordernden Weg in der Forschung vor uns. Es gab die längste Zeit, das muss man zugeben, keinen Plan dafür und der Wert der Forschung wurde viele, viele Jahre zu wenig im Burgenland geachtet.

Das hat sich mit der FTI Strategie 2014 geändert und die ersten Erfolge sind zu verbuchen. Manche können sich noch erinnern an die Präsentation. Hier sind ja sehr ambitionierte Ziele auch formuliert worden. Das ist auch im Bericht für das Jahr 2015 nachzulesen.

Originell ist es ja, dass wir im Landtag per Beschluss einen Bericht einfordern sollen, der ohnehin vorliegt. Aber gut, dass ich das nun, nach einem Antrag der ÖVP und einem Abänderungsantrag, der uns nicht weiter überrascht, der sich bei den Regierungsfraktionen, hoffentlich bei allen, herumgesprochen hat, erspare ich uns die detaillierte Aufzählung der Leistungen. Die sind hier drinnen nachzulesen und ich hoffe doch, jede Abgeordnete und jeder Abgeordneter hat das auch schon durchgeackert.

Ich will auf ein paar Punkte hinweisen. Es ist, und das gefällt mir an diesem Bericht, sehr transparent dargestellt, in welchen Bereichen bereits vorgegebene Ziele erreicht wurden, ob die FTI Burgenland im Plan ist und wo noch Aufholbedarf vorhanden ist.

Ich muss sagen, es ist wirklich wohltuend, einmal einen Bericht in Händen zu halten, der zeigt, was Sache ist, nichts beschönigt, und so kann man auch die erbrachten Leistungen noch besser schätzen. Denn nur wer auch selbstkritisch darstellen kann, was noch nicht gelang, ist glaubwürdig in der Darstellung dessen, was laut Strategiezielen schon erreicht wurde.

Das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass hier Menschen am Werk sind, deren Alltag die Forschung ist. Forschung heißt eben auch, in sich mit Rückschlägen, mit Misserfolgen und Teilerkenntnissen umgehen zu können.

Als einen Punkt, den möchte ich herausnehmen, in dem noch Aufholbedarf ist, ist die Teilnahme von Kindergärten und Schulen, an FTI Programmen ausgewiesen. Ich möchte hier auf ein Missverständnis hinweisen, das sich im Bildungsbereich leider immer wieder breitmacht.

Es geht nicht darum, wenn wir wollen, dass Kinder und Jugendliche einen Zugang zu Forschung und Technologie und Innovation finden, da geht es nicht darum, möglichst viele Kurse zu buchen, in denen Kinder dann für eine Woche alle möglichen Forschungsarbeiten erledigen dürfen, Forschen spielen dürfen.

Es geht darum, dass wir in unserem Bildungswesen grundsätzlich eine Haltung des Forschens entwickeln und aushalten. Eine Haltung des Forschens heißt, ausprobieren dürfen, Fehler machen dürfen. Innovativ sein heißt, neue Wege gehen zu dürfen, auch Wege ausprobieren zu dürfen, die vielleicht von jenen, die etwas lehren und vortragen, so noch gar nicht gedacht wurden, auch mit dem Risiko, einmal umdrehen zu müssen.

Wenn wir in unserem Bildungssystem es nicht schaffen, diese Haltung des Lernens und des Forschens zu etablieren, werden einzelne Forschungsprojekte in Schulen leider diesbezüglich nicht besonders nachhaltig sein. Wer sich immer nur anpassen muss, wird in unserer Gesellschaft, in unserem Arbeitsmarkt, aber auch in der Politik keine neuen und innovativen Ideen einbringen und umsetzen können.

Daher halte ich diese Ideen, hier noch gezielter auch Forschung und Innovation mit Kindern und Jugendlichen zu erarbeiten und zu etablieren, für unsere gesamte Gesellschaft für sehr wichtig.

Hervorheben möchte ich auch, dass der FTI Burgenland wichtig ist, mehr Frauen in die Forschung zu holen. Hier gibt es schon auch einen Zusammenhang mit dem, was ich gerade vorhin gesagt habe, mit den Bildungseinrichtungen.

Es geht also auch darum, wenn tatsächlich ein Anliegen ist, mehr Frauen in die Forschung, in die Technologie, Innovationsprojekte zu holen, dass auch Kinder und Jugendliche in ihren Bildungseinrichtungen und in der Öffentlichkeit Frauen erleben, sogenannte Role Models, die das bereits tun.

Was also kontraproduktiv wäre, ist, wenn in einem Kindergarten oder einer Schule, wo Pädagoginnen tätig sind, für einzelne Projekte Männer hereinzuholen, die dann mit den Kindern forschen und in der Zeit haben sich die Frauen zurückzuziehen.

Meine Erfahrung mit unseren Pädagoginnen ist, die können sehr viel und können sehr gut mit Kindern auch forschen und innovativ arbeiten. Man muss sie darin bloß noch mehr unterstützen.

Die FTI Burgenland bietet auch Seminare für Frauen in Führungspositionen an und will mit ihrer Initiative Forschung auch im Burgenland weiblicher machen. Das kann ich nur unterstützen.

Natürlich gibt es auch Probleme. Man spürt das Zurückgehen der EU-Fördergelder, Start-Ups wandern immer wieder ab, weil sie woanders dann doch ein attraktiveres Umfeld finden, damit muss kritisch und muss gut überlegt umgegangen werden. Die FTI setzt hier gute Initiativen, soweit ich das beurteilen kann.

Ein Beispiel dafür ist der Aufbau einer Community für Start-Ups, wo man sich auch austauschen und gegenseitig stützen kann. Es gibt etwa auch Zuwächse bei Veranstaltungen in Betrieben und die helfen, mehr Forschungsgelder vom Bund abzuholen. An sich eine sehr gute Strategie in der Forschungsstrategie.

Was wir auch in diesem Bericht sehen können, wie wichtig es ist, besondere Personen vor den Vorhang zu holen, die etwas Besonderes geschafft haben, etwas Besonderes geleistet haben und die auch Motivation für andere sein können, es selbst auch zu versuchen. Dass ich einen meiner ehemaligen Chefs vom letzten Jahr da drinnen auch gefunden habe, freut mich persönlich natürlich.

Wenn dies alles gelingt, dann ist das ein wichtiger Beitrag für die Schaffung qualitativer Arbeitsplätze im Burgenland. Arbeitsplätze, die zukunftstauglich sind und die auch einen Beitrag zum Klimaschutz darstellen.

Weil im Gegensatz zu anderen Vorhaben, die wir auch schon diskutiert haben, die extrem klimaschädlich sind und nur auf alten politischen und wirtschaftlichen Denkmustern aufbauen, steckt in der Arbeit der FTI Burgenland sehr viel Innovatives drinnen, wo neue Arbeitsplätze entstehen, die dann auch dem Klimaschutz dienen können.

Hier bei der FTI Burgenland wird Steuergeld wirklich sinnvoll investiert, wenngleich es natürlich jetzt lächerlich ist, dass wir einen Beschluss fassen, das etwas, das beschlossen wurde, auch wirklich umgesetzt wird, so etwas haben wir hier ja öfter.

Möglicherweise ist es aber so, dass gerade die technische Innovation und das zarte Pflänzchen Forschung im Burgenland eine zusätzliche Absicherung braucht, damit nicht wieder Budgetgelder gestrichen werden, und darum stimmen wir diesem Antrag, dem Abänderungsantrag zu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Herr Landtagsabgeordneter Mag. Richter ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! *(Der Abgeordnete Mag. Richter grüßt in Richtung Galerie.)* Sehr geehrter Herr! *(Allgemeine Heiterkeit)* Wenn es um die Vergangenheitsbewältigung geht, dann legt die ÖVP eine beachtliche Beharrlichkeit an den Tag.

Tatsache ist, dass schon im Jahr 2014 die FTI-Strategie 2025, FTI-Strategie Burgenland 2025 beschlossen wurde, und zur Umsetzung derselben wurde die FTI-Burgenland GmbH gegründet, die seit Anfang 2015 tätig ist.

Man könnte kurz sagen, die FTI-Strategie Burgenland beschreibt die geplante Entwicklung der Bereiche Forschung, Technologie, Innovation im Burgenland zwischen 2015 und 2025. Die Ziele sind Steigerung der Forschungsquote, Hebung der Wertschöpfung und schließlich das Entstehen qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze im Burgenland.

Mir gefällt in dem Zusammenhang der Ausdruck „wissensbasierte Arbeitsplätze“. Die FTI-Burgenland arbeitet seither daran, diese Bereiche gezielt und langfristig zu stärken.

Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei die Themen Erneuerbare Energie, weiters nachhaltige Lebensqualität sowie intelligente Produkte und Prozesse. Fachliche Unterstützung bietet ein Expertenrat aus Wirtschaft, Forschung, Recht, bis hin zu den Geisteswissenschaften.

Die Finanzierung erfolgt durch Budgetmittel des Landes, vor allem Mittel des EFRE, also des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, und auch Bund und EU.

Das heißt zusammengefasst, es ist eigentlich alles auf Schiene, liebe ÖVP, die Ziele werden konsequent verfolgt. Auch wir sind übrigens dafür, dass jährlich ein Bericht

als Überprüfung der Fortschritte im Bereich FTI an den Burgenländischen Landtag übermittelt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, im 21. Jahrhundert werden erfolgreiche Forschung, Kreativität, Ideen und vernetztes Denken zu den wichtigsten Rohstoffen gehören.

Übrigens möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Tourismusgala vor einer Woche hinweisen, wo genau diese Kriterien, praktisch diese Inhalte, Unternehmer im Zusammenhang mit diesen Kriterien ausgezeichnet wurden, in diesen Kategorien.

Das Gebot der Stunde ist es praktisch, das Burgenland zukunftsfit zu halten und dazu sind wir auf dem besten Weg. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Richter, wir sind auf einem guten Weg, das ist korrekt. Die Problematik ist, wir sind halt weit abgeschlagen, das liegt auch, egal welche Regierung gerade am Werk wäre, maßgeblich daran, dass wir eine ganz andere Struktur von Unternehmen haben.

Dass die bereits von Anfang an durch ihre Kleinstrukturiertheit, durch die Überschaubarkeit großer Industrieunternehmen in unserem Land, die Forschungsquote traditionell und natürlich auch aufgrund all dieser Entwicklungen langsam wachsend und niedrig bleiben wird.

Eines muss man aber schon sagen, es könnte gemeinsame Anstrengungen geben, die das alles ein wenig beschleunigen. Ich glaube, es gibt hier Wachstum, es ist der richtige Weg, es bestreitet auch niemand, dass es richtig war, eine Forschungsgesellschaft zu gründen.

Die FTI-Burgenland GmbH hat sich auch entwickelt. Ich möchte für mich persönlich sagen, nicht in dem positiven Ausmaß, wie ich es mir erhofft hätte. Ich habe auch mit zwei Unternehmern in der letzten Zeit gesprochen, die beide Kontakt mit FTI-Mitarbeitern hatten, die auch sehr kompetent und freundlich waren, aber schlussendlich nichts dabei herausgeschaut hat und warum?

Weil diese Unternehmen entweder zu klein oder eben zu groß sind, um bei der FTI-Burgenland andocken zu können. Denn ab einer gewissen Größe ist natürlich auch die Industriellenvereinigung ein wichtiger Partner im Forschungsbereich, und deshalb ist es schade, dass hier eigentlich nur in kleinen Schritten etwas weitergeht.

Wir wünschen uns einen Maßnahmenplan, wir wünschen uns ein Paket an Maßnahmen und Innovationsprojekten. Das würden wir gerne auch gemeinsam erarbeiten. Ich glaube, hier wäre es kein Problem, wenn alle Landtagsfraktionen und Experten an einem Tisch zusammenkommen und etwas erarbeiten.

Wir sind einer Meinung, wenn es um einen jährlichen Bericht über die Fortschritte an den Landtag geht. Ich wünsche mir einen Bericht, wo auch gesetzlich festgehalten ist, nicht so wie es lange Zeit beim Kulturbericht war, dass wir irgendwann in unseren Postfächern ein wunderschönes Prospekt erhalten, sondern dass wir langfristig uns darauf vorbereiten und hier in einer Landtagsdebatte einen parlamentarischen Bericht bekommen.

Ich glaube, das wäre eine hoch notwendige Sache, ich habe deshalb das thematisiert und ich werde auch einen dementsprechenden Abänderungsantrag einbringen. Er ist den Fraktionen bekannt, und ich darf mich deshalb auf die Beschlussformel reduzieren.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ein konkretes Maßnahmenpaket für die FTI-Burgenland GmbH vorzulegen und einen jährlichen Bericht über die Fortschritte der FIT an den Burgenländischen Landtag zu übermitteln.

Bevor ich diesen Abänderungsantrag abgebe und auch meinen Redebeitrag beende, möchte ich auf etwas hinweisen, was ich heute bereits zweimal in einer Wortmeldung machen wollte, aber die Emotionen waren zu diesem Zeitpunkt so hoch im Raum, dass das wahrscheinlich untergegangen wäre.

Ich möchte Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, drei Anfragebeantwortungen ans Herz legen. Es gibt eine Anfrage des Abgeordneten Markus Ulram an den Herrn Landesrat Darabos, die stammt vom 9. November.

Hier weist der Herr Landesrat Darabos darauf hin, dass er eigentlich nicht verpflichtet wäre, Informationen weiterzugeben. Der Abgeordnete Ulram hat ihn etwas gefragt, es geht um Arbeitslose, es geht um Statistiken. Der Herr Landesrat hat sich bemüht, hat beim AMS nachgefragt und hat dem Abgeordneten Ulram, und damit uns allen, umfangreiche Daten und Informationen zu den Fragen zur Verfügung gestellt, auch wenn es nicht gesetzlich verpflichtend war.

Eingelangt ist diese Anfrage auch etwas früher als im notwendigen Rahmen der sechs Wochen, gut. Eigentlich sehr positiv, möchte ich hier wirklich positiv erwähnen. *(Abg. Gerhard Steier: Das ist ja nicht so oft.)* Das ist gute Landtagsarbeit, das ist gute Regierungsarbeit, da kann man etwas damit anfangen.

Hier konnten wir konkret das Projekt 50+ aufsetzen, ein Antrag, den wir dann alle gemeinsam unterstützt haben, wo es jetzt die Expertise noch einmal durch die Landesregierung gibt und dann, wir einen gemeinsamen guten Antrag zusammenbringen werden.

Am 22. März ist eine Anfragebeantwortung von Herrn Landesrat Bieler eingelaufen. Ich habe ihn gefragt, drei konkrete Fragen zum Landesbudget. Ganz kurze Fragen und seine Antwort war noch kürzer. Zur Frage Eins sagt er, „nein“, zur Frage Zwei sagt er, „siehe Antwort Eins“, bei Frage Drei sagt er mir, „die genaue Aufteilung der Budgetpositionen der Regierungsmitglieder ist im Landesvoranschlag 2017 nachzulesen“.

Das ist kurz, das ist korrekt. Es ist nicht das, was man sich als Abgeordneter wünscht, weil er hat ja die zuständige Abteilung, die das eigentlich für uns alle aufbereiten hätte können. Die Antwort bekommt ja nicht nur der fragestellende Abgeordnete, sondern alle.

Was ich aber auch am 22. März bekommen habe und da musste ich dann schon wieder schmunzeln, das ist der Unterschied dann zu den beiden. Bieler hält sich radikal kurz, Darabos ganz korrekt und ausschweifend, und jetzt kommt der Herr Landeshauptmann.

Der Herr Landeshauptmann hat eine Frage gestellt bekommen von Bernhard Hirczy zu dem heute ja noch gegenständlichen Thema Bezirksgericht Jennersdorf und

zurück kommt eine sehr nette Formulierung. Eben Frage Eins bis Sieben wurde kurz, aber auch umschweifend erklärt, wer aller für was zuständig ist in der Landesregierung.

Bei der Frage Nummer Acht steht dann drinnen, dass er keine weiteren Behörden schließen möchte. Und auf die eigentlich alles entscheidende Frage, *(Abg. Gerhard Steier: Gibt es keine Antwort.)* wann wurde was beschlossen, gibt er keine Antwort.

Ich glaube, in dem Spannungsfeld sieht man ganz klar, wie auch das behandelt wird, was die Kollegin Petrik heute bei der Geschäftsordnung gesagt hat, was ich vollinhaltlich unterstütze. Ich wollte das nicht irgendwie dramatisieren, Präsident Illedits hat ja eines vergessen dazu zu sagen.

Wir haben das ja nicht nur diskutiert in der Präsidiale hinsichtlich des Einbringens dieser Anfragen und der Akteneinsicht, er hat ja auch zugesichert und ich glaube, das ist ja nach wie vor gültig, dass er mit der Landesregierung in Kontakt treten wird und zumindest die Usancen ein wenig erfragen wird, dass das für uns alle einfacher und in irgendeiner Hinsicht geregelt wird.

Also ich glaube, die Chance möchte ich allen geben, die hier beteiligt sind, dass das in irgendeiner Art und Weise im Rahmen der Geschäftsordnung geregelt werden kann, dass Abgeordnete und Regierungsmitglieder mit diesen Anfragen und mit der Akteneinsicht leben können.

Der zweite Punkt ist ja, es gibt viele Dinge, die zu regeln und anzudenken sind, aber es gibt auch viele, die sich heute schon sehr intensiv mit den Inhalten beschäftigen, uns als Abgeordnete bestens informieren, und andere, die unsere Arbeit blockieren und behindern.

Ich glaube, in diesem Spektrum arbeiten wir weiter. Wir lassen uns davon sicher nicht aufhalten. Für die Österreichische Volkspartei darf ich betonen, wir werden sicherlich all diese Dinge, die uns die Bevölkerung mit auf den Weg gibt, die wir erfragen müssen und erfragen sollen, im Auftrag unserer Verantwortung als Mandatare wahrnehmen und das egal, welche Regierung am Werk ist. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abg. Mag. Christian Sagartz, BA übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben übergebene Abänderungsantrag des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA und Kollegen ist gehörig unterstützt. Er wird entsprechend § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen.

Landtagsabgeordneter Sodl hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Vor allem jene Zuhörerinnen und Zuhörer, die uns via Internet Live Stream noch verfolgen. Frau Kollegin Petrik sowie die Kollegen Richter und Sagartz haben grundsätzlich das meiste gesagt.

Wie gesagt, das Burgenland liegt in Bezug auf die Forschungsquote im Vergleich zu den anderen Bundesländern traditionell an letzter Stelle. Gründe dafür sind natürlich historisch die bedingte Randlage, eine kleinteilig strukturierte Wirtschaft und der Mangel natürlich an größeren forschungsnahen Industriebetrieben.

Hierzu kommt, dass es im Land auch keine Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gibt. Genau aus diesem Grund hat die Burgenländische Landesregierung im Jahr 2014, wie wir schon gehört haben, die FTI-Strategie Burgenland

2025 beschlossen, die die entsprechenden qualitativen und quantitativen Zielsetzungen für diesen Zeitraum, der zehn Jahre, sprich 2025, hier enthält. Sie kennen sicherlich auch die Jahresberichte 2015 und 2016 von der FTI. Die FTI Burgenland GmbH hat im Frühjahr 2015 ein Maßnahmenprogramm von 25 Einzelprojekten vorgelegt und in den Jahren 2015 und 2016 eine Vielzahl von Maßnahmen auch durchgeführt.

Hervorragende Berichte, die die Strategie und die Zielführung im Bereich der Forschung, Technologie und auch Innovation dazu festlegt. Hervorragende Berichte und eine hervorragende Arbeit, die hier geleistet wird. Dazu möchte ich vor allem dem Geschäftsführer und Forschungsbeauftragten Herrn Dipl.-Ing. Dr. Walter Mayrhofer mit seinem kleinen, aber feinen Team recht aufrichtig und herzlich gratulieren und auch danken.

Die erste Maßnahme im Beginn der FTI war die Weiterentwicklung der FTI-Strategie Burgenland und ein operationelles Arbeitsprogramm. Dabei wurden für die fünf strategischen Schwerpunkte jeweils fünf Projekte definiert. Daraus wurde ein Programmplan entwickelt und eine Priorisierung vorgenommen, da nicht alle 25 Projekte gleichzeitig in Angriff genommen werden konnten. Der übergeordnete Auftrag der FTI Burgenland GmbH ist die Koordination, beziehungsweise die Bündelung der Aktivitäten des Landes in Bezug auf die Forschung, die Technologie und auch der Innovation.

Entsprechend der schlanken Struktur der FTI Burgenland GmbH ist eines der Grundprinzipien die Gewinnung von Partnern und Verbündeten von Institutionen, das auch in dieser Form auch hervorragend gelungen ist. Es gibt auch ein Schreiben seitens des Herrn Innenministers Mag. Wolfgang Sobotka, das ich Ihnen in dieser Form nicht vorenthalten möchte. Es ist gerichtet an den Herrn Landeshauptmann am 3. März 2017:

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Niessl, lieber Hans! Ich möchte mich herzlich für den von Dir übermittelten burgenländischen FTI-Bericht bedanken. Mit großem Interesse habe ich über Deine Initiative über die Beflügelung des Forschergeistes im Burgenland, die Stärkung von Technologie, Innovationskraft und die Schaffung hochwertiger Arbeitskräfte gelesen. Für die Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes benötigt es eine Innovations- und Gründergrenze-Szene, die sich auch außerhalb von städtischen Ballungsräumen entwickelt.

Das im Bericht dargestellte Monitoring der Zielerreichung bei den Schwerpunkthemen durch erhobene Maßzahlen zeigt schon im ersten Jahr den erfolgreichen Beginn der bis ins Jahr 2025 laufenden Strategie. Ich bin überzeugt, dass die Bildungsentwicklung und der Ausbau der Forschungsinfrastruktur, der unter anderem auch auf eine kooperative Anschaffung und Nutzung zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen setzt, auch für die Zukunft viel Positives erwarten lassen.

Das im FTI-Bericht Burgenland 2015 aufgezeigte Spektrum an innovativen Unternehmungen und Persönlichkeiten zeigt die breite Vielfalt an Visionen, Engagement und Wissen. Ich wünsche Dir als Landeshauptmann weiterhin viel Erfolg bei der Steigerung der Zukunftsfähigkeit Deines Bundeslandes.

In dieser Form ist dem nichts mehr hinzuzufügen. Ich bin fest überzeugt, dass die in der FTI-Strategie Burgenland festgelegten Ziele weiterhin konsequent verfolgt werden und schlussendlich die Ziele mit viel Engagement zum Wohle unseres Bundeslandes auch erreicht werden. Wir sind auf einem guten Weg, wir sind auf einem richtigen Weg, um hier auch die Ziele zu erreichen und umzusetzen. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Forschung, Technologie und Innovation im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

15. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 768) betreffend Erhalt des Bezirksgerichtes Jennersdorf (Zahl 21 - 542) (Beilage 848)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich ersuche nun Herrn Landtagsabgeordneten Wolf um die Berichterstattung zum 15. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 768, betreffend Erhalt des Bezirksgerichtes Jennersdorf, Zahl 21 - 542, Beilage 848.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Rechtsausschuss hat den soeben genannten Antrag in seiner letzten Ausschusssitzung beraten.

Am Ende wurde ein Abänderungsantrag von der Kollegin Klaudia Friedl eingebracht, der mehrheitlich angenommen wurde.

Daher stellt der Rechtsausschuss den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgeordneten Hirczy, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Erhalt des Bezirksgerichts Jennersdorf, unter Einbeziehung des Abänderungsantrages, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Abgeordneter Kölly hat sich als Erster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bezirksgericht Jennersdorf Schließung. Heute schon nicht einmal, sondern des Öfteren diskutiert worden und in aller Munde gewesen. Klargestellt: Das, was zu ist, ist zu. Heißt das, auf Deutsch gesagt. Das war schon Debatte 2002, wie wir gehört haben, als ich noch der FPÖ angehört habe und als Klubobmann vorgestanden bin.

Auch damals schon eigentlich einiges gefordert habe. Da hat es immer geheißen, das schauen wir uns an, das wird sicherlich nicht passieren. Inzwischen ist mehr passiert,

sind Postämter geschlossen worden, sind Polizeiposten geschlossen worden oder verlegt worden und dergleichen mehr. Daher sollte man nie, nie sagen. Aber leider, in Jennersdorf beim Bezirksgericht ist es einmal eingetreten und hier hat das Land die Zustimmung erteilt. Das muss man einmal klipp und klar sagen.

Die Möglichkeit besteht, dass das Land gesagt hätte, nein, lassen wir nicht zu, ist gesetzlich auch so geregelt, die Möglichkeit besteht. Anscheinend hat die ÖVP das verschlafen oder nicht mitbekommen. Ansonsten hätte es ja einen großen Aufschrei gegeben seitens des Bürgermeisters aus Jennersdorf oder Deinem Vorgänger. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist ja passiert! Hast Du geschlafen?)*

Nein, nein, nein, nein. Seid mir bitte nicht böse, das ist ja nicht erst heute, sondern schon Monate und Jahre davor in Diskussion gestanden. Was machen wir eigentlich? Das hätte man schon überzuckern sollen. Wenn man politisch tätig ist, hat man ein bisschen ein Gespür, was sich in meiner Ortschaft tut. Was tut sich in meiner Region? Was tut sich in meinem Bezirk? Das muss man schon klar festhalten.

Da gibt es keine Diskussion darüber. Ich will mich nicht länger verbreitern, sondern eines ist klar, um das noch einmal am Punkt zu bringen. Jennersdorf ist nicht mehr aufzusperren. Es ist nur die Frage, wie viel sperren wir noch zu? Das ist die nächste Absichtserklärung, wo ich sage, was macht der Bund, was macht die EU für Vorgaben. Wie es in der Steiermark passiert ist, dass man Gemeinden zusammengelegt hat, so könnte ja auch sein, dass man im Burgenland weiterhin das macht.

Da sollten wir uns jetzt schon fragen, beziehungsweise in einer Diskussionsrunde einsteigen, wo man sagt, was kann auf uns zukommen? Da glaube ich schon, Herr Kollege Hirczy, da habt Ihr schon ein bisschen in der Pendeluhr geschlafen. Weil wenn Du mich vor einem Jahr gefragt hättest, hätte ich gesagt, pass auf, was da unten passiert. Vor zwei Jahren schon.

Das ist so, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr wundert Euch immer über Rechnungshofberichte, die dann immer klar feststellen, dass das und das leider passiert ist. Jetzt ist die Schließung in Jennersdorf passiert und Ihr wisst ganz genau, wo eine Bezirkshauptmannschaft ist, soll ein Bezirksgericht sein. Jetzt haltet Euch an, wo das Bezirksgericht zugesperrt wird, wird die BH wahrscheinlich demnächst dran kommen.

Da sollten wir uns Gedanken machen. Ich wiederhole mich schon wieder. Ich glaube, dass man im Vorfeld wirklich die Möglichkeit suchen sollte, was hat eigentlich der Bund vor. Weil der große Aufschrei, wenn ich mich erinnern kann, war damals, als wir das „vorausgesagt“ haben, dass das kommen wird und wir waren sogar Befürworter. Ich sage das auch gleich mit dieser Deutlichkeit. Wir waren Befürworter, dass das so kommt.

Das ist genau der Punkt, wo ich jetzt sage, jetzt sollten wir uns halt auch Gedanken machen. Ist es notwendig? Brauchen wir es oder brauchen wir es nicht? Daher noch einmal zur Standortfestlegung der Spitäler oder nicht nur Festlegung, sondern da sagt man, dass nichts zugesperrt wird, so sicher bin ich mir nicht mehr in diesem Land. Glaubt Ihr mir das? Daher noch einmal, denken wir nach, was in der nächsten Zeit passieren kann.

Dieser Antrag ist für mich obsolet, mit dem kann ich nichts mehr anfangen, weil es passiert und vergangen ist. Wir wollten in die Zukunft schauen, welches nächste Bezirksgericht zugesperrt oder vielleicht umgewandelt wird auf etwas anderes oder die BH zugesperrt wird. Das ist das, was ich nur mehr zu diesem Antrag sagen kann. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Präsidentin Benkö das Wort.

Bitte Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, dass ich jahrzehntelang hier Oppositionspolitikerin war, so wie einige Abgeordnete aus den Reihen der ÖVP über Jahre und teilweise sogar über Jahrzehnte Regierungspolitiker waren. Beide Seiten wissen daher, was es bedeutet und worum es eigentlich geht.

Opposition bedeutet unter anderem das Privileg, sich auf das Fordern des Populären konzentrieren oder sogar beschränken zu können. Regierung, und das wissen die Kollegen von der ÖVP, bedeutet, dass man sich auch um Unpopuläres kümmern muss, dass man dann und wann Maßnahmen zu treffen hat, die zumindest vordergründig eben nicht populär sind. Es ist daher vollkommen klar und logisch, dass sich die ÖVP lautstark gegen die Schließung des Bezirksgerichtes Jennersdorf ausspricht. Der Protest ist also eher den politischen Ritualen, denn der Sache selbst geschuldet und, liebe Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, das werde ich auch versuchen jetzt zu beweisen.

Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit vielen Jahrzehnten selbst treue Mitarbeiterin eines Bezirksgerichtes, das wissen Sie. Eine langjährige Rechtspflegerin am Bezirksgericht Oberwart. Ich glaube, mir sagen zu trauen, ich weiß durchaus worum es geht. Aber reden wir über die trockenen Fakten.

Der Anstoß und die Initiative, das hat mein Vorredner erwähnt und das hat ja auch die ÖVP im Antrag zur Schließung der Gerichte, die kommt, man höre und staune selbst aus den Reihen der ÖVP, nämlich der Justizminister, und das ist auch glasklar in Ihrem Entschließungsantrag vollkommen richtig festgestellt worden. Ich könnte jetzt sagen, mit dieser Frage könnte ich hier enden. Was wollen Sie eigentlich von der Regierung? Aber das tue ich nicht. Möchte Ihnen aber schon sagen, was auch der Kollege Kölly richtig gesagt hat, letztendlich thematisiert ist die Schließung dieses Gerichtes in Jennersdorf eigentlich überhaupt erst vom Justizminister, also von Ihrem ÖVP-Minister, meinem Justizminister geworden.

Was allerdings auch den Tatsachen entspricht, und das kann man nicht leugnen, ist der Umstand, dass eben die Schließung des Bezirksgerichtes nur möglich war, und auch das hat der Kollege Kölly schon erwähnt, weil eben die örtlich zuständige Landesregierung ihre Zustimmung erteilt hat. Was im Fall des Bezirksgerichtes Jennersdorf offenkundig ja auch geschehen ist. So viel, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zur politischen Seite der Medaille.

Kommen wir nun auf die Sachebene und zur inhaltlichen Seite der Medaille. Eine Seite übrigens, und das möchte ich nicht unerwähnt lassen, die im Antrag, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, von Ihnen schon komplett ausgespart wurde. Fakt ist, das Bezirksgericht Jennersdorf ist das kleinste Gericht des Burgenlandes. Am Bezirksgericht Jennersdorf ist, sage und schreibe, ein einziger Richter tätig. Wobei ich hier erwähnen möchte, das ist ein hervorragender Richter, der hat seine Ausbildung beim Bezirksgericht Oberwart gemacht.

Aber es ist trotzdem nur ein einziger. Ihm zur Seite stehen sechs Beamte und Vertragsbedienstete, also sechs weitere Köpfe. Die Darstellung und die Behauptungen, die von der ÖVP in ihrem doch eher dürren Antrag aufgestellt worden sind, stimmen schlicht und einfach nicht. Das sage ich hier klar und deutlich. Ich sage hier klar und deutlich, dass es in vielen Fällen sogar das Gegenteil ist. Es stimmt nicht, liebe

Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, dass das Burgenland geschwächt wird, denn Sie verschweigen wissentlich den Umstand, dass es natürlich durch die Schließung von Jennersdorf gleichzeitig zu einer massiven Aufwertung des Bezirksgerichtes Güssing kommen wird und soweit ich informiert bin, ist auch Güssing ein Teil des Südburgenlandes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es stimmt auch nicht, dass die Schließung des Bezirksgerichtes Jennersdorf Arbeitsplätze kosten wird. Die ÖVP versucht in ihrem Antrag zu suggerieren. Ich habe hier keine Ahnung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie eigentlich darauf kommen. *(Abg. Bernhard Hirczy: Wird kein Mitarbeiter gekündigt?)* Alle Bediensteten des Bezirksgerichtes Jennersdorf bleiben weiterhin Mitarbeiter des OLG Wien, des Oberlandesgerichtsprengels Wien. *(Abg. Bernhard Hirczy: Bleiben oder können?)* Bleiben. Das ist Fakt. *(Abg. Bernhard Hirczy: Ich habe eine andere Information!)*

Dann müssen Sie sich Informationen bei Ihrem Minister holen, weil ich gehe ja davon aus, dass mein Justizminister und Ihr Minister das weiß. Ein wenig wird er ja von der Sache eine Ahnung haben.

Aber zum zweiten Punkt. Dann thematisiert die ÖVP noch die Rolle von den Rechtsanwälten und Notaren, die in Jennersdorf ansässig sind. Was macht die ÖVP? Sie suggeriert, dass es durch diese Schließung auch das Ende für die Anwälte und für die Notare bedeuten könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Kollegin Resetar! Auch das stimmt nicht. Im Gegenteil, das Gegenteil ist der Fall. Wenn es vor Ort kein Bezirksgericht gibt, dann sind Anwälte und Notare für die freien Rechtsberufe die allererste Anlaufstelle für die Bürger. Stellen Sie sich vor, die erste Auskunft ist auch noch kostenlos, also ist das auch widerlegt, was Sie sagen.

Letztendlich argumentiert die Volkspartei auch noch mit weiten und teilweisen unzumutbaren Anfahrtswegen. Herr Kollege Hirczy, bei allem Respekt, ich kenne das Südburgenland auch gut. Überlegen Sie einmal, wie oft hat ein Durchschnittsbürger tatsächlich bei Gericht oder mit Gericht zu tun. Wenn er nicht gerade ein „Prozesshansl“ ist, dann kommt er im Leben einmal zu Gericht. Früher war das möglicherweise öfter der Fall, zumal es keinen elektronischen Rechtsverkehr gab und keine ADV und EDV. Heute kann man ins Grundbuch Einsicht nehmen, es funktioniert sehr, sehr viel elektronisch, und deshalb kommt ein Durchschnittsbürger einmal durchschnittlich zu Gericht.

Was die Opposition aber verschweigt, dass es durch diese organisatorische Verschiebung innerhalb des Südburgenlandes auch Vorteile geben wird. Ich sage Ihnen jetzt noch etwas, obwohl ich den Gerichtsvorsteher, den einzigen Richter, persönlich sehr schätze und er ein Experte in der Materie ist. Aber Sie müssen ja verstehen, ein Richter, sechs Bedienstete, das bedeutet natürlich eingeschränkte Zeiten für den Parteienverkehr. Ein Richter, sechs Bedienstete, das bedeutet bei schwierigen Fällen durch eine notwendige Vertretung, wenn Urlaub oder Krankenstand ist, eine Verzögerung.

Ein Richter, sechs Bedienstete, bedeutet vielleicht auch eine längere Dauer bei den Abläufen des Verfahrens. Obwohl es natürlich eine Geschäftsordnung gibt, es gibt gesetzliche Fristen, das ist alles klar, aber das darf man nicht außer Acht lassen. Was bedeutet ein Richter, sechs Bedienstete noch? Keine Möglichkeit für die Mitarbeiter, sich auf bestimmte Sparten noch mehr zu konzentrieren. Was wiederum Auswirkungen auf die Qualität und möglicherweise, ich sage es nicht, möglicherweise auf die Dauer der Verfahren haben könnte.

Ähnliches, geschätzter Kollege Hirczy, oder Gleiches gilt natürlich auch für das Bezirksgericht in Güssing. Ich weiß, Sie haben sich das angeschaut, weil es in Güssing nicht um wesentlich mehr geht. Nämlich hier haben wir zwei Richter und acht Beamte an Köpfen, Vertragsbedienstete und Beamte, nicht systemisierte Planstellen und daher müssten wir wissen, wovon wir reden.

Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Das meine ich so, wie ich es Ihnen sage. Die Landesregierung Rot-Blau kämpft, und das haben wir heute schon zigmal gehört, um die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit staatlichen Dienstleistungen im Bereich der Schulen, im Bereich der Spitäler und im Bereich, wo der Kollege Kölly gesagt hat, er kann es nicht glauben, der Bezirksverwaltungsbehörden.

Ich sage Ihnen, was die Justiz angeht, wird das Südburgenland eigentlich aufgewertet. Davon bin ich wirklich überzeugt. Mit einem größeren Bezirksgericht in Güssing, wird es für die Bürger der zwei südlichsten Bezirke spürbare Verbesserungen geben, es wird zu diesen kommen.

Längere Parteienverkehrszeiten, bessere organisatorische Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter und dadurch auch raschere Abläufe der Verfahren, erhöhte Spezialisierung der Richter und natürlich auch für die Mitarbeiterqualifizierung ganz, ganz wichtig und durch die höhere Qualität gibt es natürlich wieder raschere Abläufe der Verfahren.

Was natürlich, und da gebe ich Ihnen auch Recht, was als Nachteil übrig bleibt, und das gilt aber nur für manche Bürger, ich habe Ihnen gesagt, viele fahren ja nicht täglich zu Gericht, was natürlich überbleibt, das ist natürlich mitunter ein längerer Anfahrtsweg. Keine Frage, aber gemessen an den Vorteilen, die ich Ihnen jetzt versucht habe sachlich aufzuzeigen, ja, ist das, glaube ich, den Bürgern zumutbar.

Ich verstehe Sie auch als Bürgermeister, ich verstehe durchaus, dass man sich in der Stadt Jennersdorf über diesen Umstand nicht freut, das kann ich verstehen. Ich verstehe politisch, dass man die Sache im Jahr der Wahlen von Bürgermeister und Gemeinderat auch gerne aufblasen möchte. Das kann ich alles verstehen. Aber ich sage Ihnen eines - in der Sache sage ich abschließend auch noch einmal, klipp und klar, und das traue ich mir als erfahrene Mitarbeiterin der Justiz sagen, immerhin habe ich auch schon 37 Dienstjahre am Rücken, das Südburgenland und die Südburgenländer erfahren in diesem Ergebnis eine Aufwertung, davon bin ich felsenfest überzeugt. Jedenfalls keine Abwertung.

Mein Justizminister, Ihr Minister, meine Damen und Herren von der ÖVP, ich habe es schon gesagt, davon gehe ich aus, der hat schon ein bisschen Ahnung davon was er tut. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser fulminanten Wortmeldung könnte man meinen, dass hier die Sprecherin der Regierung gesprochen hat. Es sind auch Antworten gekommen, die wir vom Landeshauptmann erwartet hätten.

Wir haben die Antworten noch nicht bekommen, haben die Fragen noch einmal eingereicht und sind nun gespannt, was künftig für Antworten kommen werden. Der Sachverhalt ist erklärt, das Bezirksgericht Jennersdorf soll per 31.12.2017 zugesperrt

werden. Es ist auch richtig, dass es in Jennersdorf natürlich keine Freude bereitet und es ist daher nur legitim, dass die Personen in Jennersdorf sich dieser Unterstützung anschließen. Eine Resolution zum Erhalt des Bezirksgerichtes Jennersdorf wurde in Jennersdorf beschlossen.

Die war schon im Petitionsausschuss und ich darf erinnern, dass das Bezirksgericht bleiben soll. Das wurde nicht nur von der ÖVP gefordert, sondern auch von der SPÖ, von der Karin Hirczy-Hirtenfelder, von der FPÖ von Michael Kristan und von den GRÜNEN, von Robert Necker unterstützt.

Mit dieser Forderung, dass das Bezirksgericht bleiben soll, die Bitte an den Landeshauptmann, diesen Beschluss rückgängig zu machen, *(Abg. Manfred Kölly: Das geht nicht!)* sind wir dann einen Schritt weiter gegangen. Auch dort haben wir die Unterstützung von 12 Gemeinden bekommen. Ich darf hier festhalten, dass hier über die Parteigrenzen hinweg, die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen unterschrieben haben, und sogar eine vertretende Stimme war dabei, in diesem Fall die Gemeinde Königsdorf, der ehemalige Abgeordnete Trinkl hat dort unterschrieben, wobei die Zustimmung des Gemeinderates gegeben war.

Das heißt, der Bezirk Jennersdorf möchte nicht kampflos aufgeben, und ich bin mir sicher, jeder Einzelne im Raum wird das verstehen.

Es läuft auch eine Unterschriftenaktion. In Wirklichkeit muss man sich fragen - natürlich kam der Vorschlag, man muss aber auch hinterfragen - welcher Vorschlag wurde gemacht. War eine größere Reform geplant? War in allen neun Bundesländern eine Reform geplant und haben acht andere Landeshauptleute ebenfalls gesagt, ja, bei uns im Bundesland XY wird ein Bezirksgericht zugesperrt? *(Abg. Manfred Haidinger: Die haben ja eh schon zugesperrt in anderen Bundesländern!)*

Der Bezirk Jennersdorf ist der erste Bezirk in Österreich ohne eigenes Bezirksgericht. Und das Bezirksgericht Jennersdorf… *(Zwiegespräche zwischen dem Abg. Mag. Christian Sagartz, BA und dem Abg. Manfred Haidinger)*

Das Bezirksgericht Jennersdorf hat durch diese Schließung den Mietvertrag gekündigt und, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Großraum Jennersdorf gibt es eigentlich keine Wohnung mehr. Es wird versucht, Fünf-Euro-Wohnungen anzubieten, der Durchschnittspreis liegt bei sieben Euro pro Quadratmeter. Das Bezirksgericht hatte einen Mietsatz von drei Euro pro Quadratmeter. Das günstigste Bezirksgericht wurde geschlossen.

Der kleinste Bezirk, an Einwohnern kleinste Bezirk Österreichs, kämpft um dieses Bezirksgericht. Man kann über jeden Arbeitsplatz diskutieren. Nur jeder Politiker, der sich hinstellt und sagt, ich stehe für den ländlichen Raum, der muss den Weitblick haben und die Kompetenz in der Entscheidung finden, um zu sagen, ja, ich bin in der Regierung, ich stimme zu, wir wollen, dass das Bezirksgericht geschlossen wird. Ich bin mir sicher, die handelnden Personen sind sich der Tragweite bewusst.

Ich finde es noch charmant, Frau Kollegin Benkö, aus dem Jahr 2013 liegt eine Anfrage vor, damals haben Sie den Herrn Landeshauptmann Niessl in einer schriftlichen Anfrage vom 27. Juni 2013 gefragt, die vom Herrn Landeshauptmann beantwortet wurde.

„Ich habe daher einige Bezirksgerichte des Burgenlandes persönlich besucht und mit allen betroffenen Berufsgruppen am Gericht (Leiter, Richter, Rechtspfleger) intensive Gespräche geführt. Darüber hinaus habe ich Stellungnahmen von der Arbeiterkammer und der Rechtsanwaltskammer erhalten und die Meinung von vielen, möglicherweise betroffenen Menschen des Burgenlandes, eingeholt.“

Kurz zusammengefasst wird auf der Folgeseite festgehalten, vom Landeshauptmann Niessl, „eine Ausdünnung des ländlichen Raumes kommt nicht in Frage, da es sich hier gerade bei der Schließung von Bezirksgerichten in strukturschwachen Gegenden zur Ausdünnung des ländlichen Raumes kommen könnte."

Damals war das die Meinung und damals standen wir kurz vor einer Nationalratswahl und auch hier wurde schriftlich beantwortet: „Im Licht der obigen Ausführungen werde ich daher den vorliegenden Schließungsplänen von Bezirksgerichten meine Zustimmung verwehren und zwar sowohl jetzt, als auch nach der anstehenden Nationalratswahl."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben einen Abänderungsantrag vorbereitet, ich darf die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, die Zustimmung zur Schließung des Bezirksgerichtes umgehend zurückzunehmen und sich zukünftig dafür einzusetzen, alle Bezirksgerichte im Burgenland zu erhalten. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Bernhard Hirczy übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Friedl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Dezember 2016 hat der Bundesminister für Justiz den Entwurf einer „Bezirksgerichtsverordnung Burgenland 2017" vorgelegt, die die Aufnahme des Bezirksgerichtes Jennersdorf durch das 25 Kilometer entfernte Bezirksgericht vorsieht.

Herr Kollege *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Welcher?)* Hirczy, *(Allgemeine Heiterkeit)* vor ein paar Stunden haben Sie noch gesagt, Sie sind von der Gemeinde aufgefordert worden, von den Bürgern, dass Sie eine Aussendung machen sollen. Und da haben Sie in die Aussendung reingeschrieben, Rot-Blau schließt das Bezirksgericht Jennersdorf. Jetzt frage ich Sie, haben Sie mit dem Minister gesprochen?

(Abg. Bernhard Hirczy: Ja!) Und was hat er Ihnen gesagt? *(Abg. Bernhard Hirczy: Er hat einen Vorschlag gemacht und das Burgenland hat dem Vorschlag Folge geleistet!)* Hat er Ihnen das Bundesgesetzblatt gezeigt? Eingang 2.2., Einlauf 9.3., Beschluss 30.3. Jetzt hören Sie mir zu! *(Allgemeine Heiterkeit)* Gerichtsträger aller Gerichte der Republik Österreich ist gemäß der Kompetenzverteilung des B-VG der Bund. Die Gerichtsbarkeit in Straf- und Zivilrechtssachen ist alleinig Kompetenz des B-VG der Bund. Die Gerichtbarkeit in Straf- und Zivilrecht ist alleine Kompetenz des Bundes. Ich darf darauf hinweisen, dass selbstverständlich Nationalrat und Bundesrat befugt sind, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, deren Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen.

Das Bezirksgericht - jetzt passen Sie gut auf - gehört zu den kleinsten Bezirksgerichten. Durch den Geschäftsanfall wird lediglich ein Einzelrichter - wie die Kollegin schon gesagt hat - ausgelastet.

Das Bundesministerium begründet das Vorhaben mit wirkungsvollem Mitteleinsatz, im Interesse einer bürgernahen Justiz. Durch diese Zusammenlegung geht der Sprengel des Bezirksgerichtes Jennersdorf in jenem des Bezirks Güssing auf, was letzteren Standort stärkt und für die Zukunft absichert.

Arbeitsplätze werden dort einfach untergebracht. Ein Team von mehreren Richtern an einem Standort bedeutet besseres Bürgerservice, höhere Spezialisierung und damit einhergehend bessere Beratung. Außerdem soll das Gerichtsgebäude in Güssing baulich saniert werden.

Am Standort Jennersdorf - das hat auch schon die Kollegin gesagt - werden kostenlose Erstberatungen sowie Zugang zu Grundbuch, Firmenbuch, elektronischer Rechtsverkehr weiterhin durch die Vertreter der freien Rechtsberufe angeboten.

Das Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung 2013 bis 2018 sieht im Kapitel Staatsreformen und Demokratie eine Reduktion derartiger Zustimmungsrechte zwischen Bund und Länder vor. Eine entsprechende Gesetzesinitiative enthält den Entfall der Mitsprache der Landesregierung bei Änderung in den Sprengel der Bezirksgerichte und wurde bereits dem Nationalrat unterbreitet.

Der Bericht des Rechnungshofes zur Strukturreform der Bezirksgerichte 2014 verweist auf eine Machbarkeitsstudie des Bundesministeriums, die im Burgenland eine Zusammenlegung aller Standorte auf lediglich zwei Bezirksgerichte empfiehlt. Zwei!

Der Burgenländische Landtag spricht sich dagegen aus. Man muss auch sagen, dass Herr Landeshauptmann mit Herrn Minister gesprochen hat und sich eigesetzt hat, und sonst wäre das Bezirksgericht Güssing ebenfalls weg gewesen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das wird das Nächste sein.)*

Auch die Schließung der Bezirkshauptmannschaft wurde und wird konsequent abgelehnt.

An der Bezirkshauptmannschaft Jennersdorf und Oberwart haben in den letzten Monaten Sitzungen der Burgenländischen Landesregierung unter dem Motto „Regieren vor Ort“ stattgefunden. Bei einem anschließenden Sprechtag haben die Burgenländerinnen und Burgenländer zudem die Möglichkeit, ihre Anliegen persönlich vor Ort auch anzubringen.

Das Land Burgenland investiert zudem viel Geld in die Modernisierung jeder einzelnen Bezirkshauptmannschaft. Die Gesamtinvestitionssumme beträgt 12,37 Millionen Euro. Jetzt kommt das, was auch die Kollegin gesagt hat: Statistisch betrachtet sucht der Durchschnittsbürger einmal im Leben ein Gericht auf, also weit häufiger allerdings diverse Verwaltungsbehörden.

Das Land Burgenland setzt in Landes- und landesnahen Betrieben laufend Maßnahmen zur Kostenreduktion bei steigender Effizienz und wachsender Leistungsangebote, ohne dass die Bevölkerung Einschnitte bei Serviceleistungen, Qualitäten oder Standorte hinnehmen muss. Auf kommunaler Ebene ist die Stärkung des ländlichen Raumes durch Gemeindekooperationen anzustreben, um effektive Synergien zu nutzen und um Kosten einzusparen.

Wir bekennen uns - das hat auch der Landeshauptmann gesagt - zur Erhaltung aller sieben Bezirkshauptmannschaften. Erstens weil sie hervorragend arbeiten, zweitens mit den Gemeinden und dem Land zusammen. Dann weiters für alle fünf Standorte, wo eher Güssing die ÖVP schließen wollte. Ich muss sagen, ich war vor einem Jahr in Güssing, dort ist eine hervorragende Chirurgie. Nach drei Wochen haben ich mit einer

Prothese laufen können. Ich muss sagen, dort sind Spitzenärzte für Knie, für Hüften und für Schultern.

Weiteres werden auch die Schulstandorte durch die Möglichkeit der Einrichtung einer Expositur auch beibehalten. Die Landesregierung wird den eingeschlagenen Weg zur Umsetzung nachhaltiger Strukturen weiterhin mit dem Ziel der Beibehaltung standortnaher und effizienter öffentlicher Servicestellen verfolgen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein von Herrn Landtagsabgeordneten Hirczy eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jenen Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jenen Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend nachhaltige Strukturreformen und Erhaltung der hohen Servicequalität und Standortnähe von Behörden im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

16. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 780) betreffend Offenlegung der Einkommen der Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag (Zahl 21 - 554) (Beilage 849)

Präsident Christian Illedits: Es folgt die Behandlung des 16. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 780, betreffend Offenlegung der Einkommen der Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag, Zahl 21 - 554, Beilage 849.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um den Bericht, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Offenlegung der Einkommen der Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag in seiner 18. Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Offenlegung der Einkommen der Abgeordneten

zum Burgenländischen Landtag unter Einbeziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag eingebracht, dass die Verbindlichkeiten, Abhängigkeiten, Zugehörigkeiten von uns Abgeordneten, die wir hier Politik machen und Menschen vertreten, offengelegt werden, weil zum einen Politiker- und Politikerinnen-Einkommen und deren Höhe als Gesprächsthema ein Dauerbrenner sowohl im öffentlichen Diskurs als auch an Stammtischen ist. Das wissen alle, die an Stammtischen sitzen.

Während das Bruttogehalt eines Abgeordneten oder einer Abgeordneten öffentlich nachvollziehbar ist, sind aber Nebenverdienste nur sehr rudimentär nachzuvollziehen. Was auch oft nicht klar ist, bei wem steht man eigentlich in Diensten?

Es gibt die eine Offenlegungspflicht, wo man angibt, heute sind wieder Formulare ausgelegt worden, in welchen Einkommensklassen man ist, aber eigentlich ist es schon noch eine Frage, dass unsere Wählerinnen und Wähler offengelegt bekommen sollen, wem gegenüber ist man als Politiker, als Politikerin auch noch verpflichtet.

Deswegen ist es uns wichtig, dass wir auf der einen Seite eine größtmögliche Offenlegung haben über das, was wir an Einkommen, aber auch an Vermögen haben. Auch an Aktienbesitz und auch an Verbindlichkeiten von Menschen, in deren Diensten wir auch an anderen Seiten stehen.

Uns ist es wichtig, dass hier die Transparenz eine größtmögliche ist, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik und deren Repräsentanten und Repräsentantinnen zu erhalten und, wie es mittlerweile auch schon nötig ist, zu verstärken. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Es geht uns eben nicht nur ausschließlich um die Höhe der Nebeneinkünfte, sondern auch um Arten der Nebenbeschäftigung, weil Sie Auskunft über allfällige Abhängigkeiten gibt - von Konzernen, von Interessensverbänden, vielleicht auch von Lobbyingvereinigungen, die die freie Ausübung des politischen Mandates beinträchtigen könnten.

Deswegen haben wir einen Antrag gestellt, wo es um die umfassende Transparenz geht. Wir wollen auch, dass die transparente Auflistung aller Einkünfte der Abgeordneten auf der Homepage des Landes nachzuvollziehen ist. All das ist jetzt leider nicht der Fall.

Was uns nun hier vorgelegt wird als Abänderungsantrag, ist einfach wieder das, was wir gewohnt sind, nämlich gar nichts Neues und Innovatives, keine größere Offenheit, sondern einfach das Bekenntnis dazu, dass man das, was jetzt im Bezügebegrenzungsgesetz und im Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz festgesetzt ist, sowieso auch umsetzen möchte.

Man bekennt sich zu den Gesetzen, das ist eh schön, aber wie ich vorher schon gesagt habe, solche Beschlüsse, wo der Landtag einfach sagt, wir bekennen uns zu einem Gesetz, sind eigentlich peinlich, weil das müsste ja Selbstverständlichkeit sein, dass wir uns zu einem Gesetz bekennen.

Die Frage ist bloß: Wollen wir für uns auch noch mehr Offenlegung, noch transparenter machen? Dazu kann man sagen, ja, wir wollen oder nein, wir wollen nicht.

Was wir durch diesen Abänderungsantrag erfahren: SPÖ und FPÖ wollen nicht mehr Transparenz als unbedingt nötig und jetzt im Gesetz festgeschrieben ist. Sie wollen nicht sagen, von welchen anderen Bezügen Abgeordnete abhängig sind. Sie wollen nicht offenlegen, wie vermögend Abgeordnete sind. Sie wollen auch nicht, und das sehen wir zumindest bei einer Partei ganz deutlich, nicht einmal offenlegen, wie hoch die Wahlkampfkosten sind. Weil die SPÖ hat uns die Wahlkampfkosten des letztes Landtagswahlkampfes noch immer nicht ganz transparent bekannt gegeben. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wen interessiert das? - Abg. Edith Sack: Das ist aber eine ganz andere Geschichte. - Abg. Robert Hergovich: Mich interessieren Deine Mieteinnahmen auch nicht. - Landeshauptmann Hans Niessl: Mieteinnahmen! - Abg. Robert Hergovich: Ich weiß ja Deine auch nicht.)*

Um weiteren Gerüchten hier und dümmlichen Postings vorzubeugen. Ich bin nicht mehr Hausbesitzerin und habe keinerlei Einkünfte aus Vermietungen. *(Abg. Manfred Kölly: Da hast Du es schon. - Abg. Mag. Michaela Resetar: Bist Du Eigentümerin, oder was? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sind für eine umfassende Offenlegung und haben keine Angst vor weiterer Transparenz, wir haben nichts zu verbergen. Aber darüber gibt es auch unterschiedliche Auffassungen.

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Präsidentin Benkö das Wort.

Bitte Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geschätzte Frau Kollegin Petrik! Liest man den Antrag der GRÜNEN, und wenn man Ihnen aufmerksam zuhört, so wie ich es gemacht habe, was Sie jetzt nicht machen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Entschuldige!)* dann könnte einem wirklich das Weinen kommen. Politiker und Mandatare, die alles, was nur geht, verheimlichen, ist Ihr Motto. Politiker und Mandatare, die sich nicht um das Allgemeinwohl, vielmehr um den eigenen persönlichen Vorteil kümmern. Politiker und Mandatare, die sich in krasser Abhängigkeit befinden, zu wem auch immer. Das ist mein Feedback Ihrer Rede.

Politiker und Mandatare, die sich selbst Gesetze beschließen, um abseits der Öffentlichkeit aller möglichen, ich verwende jetzt ein sehr feines Wort, Bösartigkeiten, vor zwei Jahren hätte ich ein anderes Wort verwendet, um alle Bösartigkeiten begehen zu können. Das haben Sie gerade von sich gegeben!

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich verwehre mich gegen diese Darstellung. Ich verwehre mich ausdrücklich dagegen, und ich werde Ihnen, geschätzte Kollegin, gleich darlegen, warum diese Inszenierung der GRÜNEN wenig bis gar nichts mit der Realität zu tun hat und dazu nicht ganz ehrlich ist, das kommt ja noch dazu.

Im Internet kann sich eine jede Bürgerin, ein jeder Bürger, auf der Seite des Landtages darüber informieren, was wir Abgeordnete neben dem Mandat noch so machen und was wir verdienen. Damit ich das entsprechend darstellen und zeigen kann, habe ich hier das entsprechende Datenblatt mir von Ihnen mit folgenden Angaben, die Sie machen mussten, so wie alle anderen, Stand 30.6.2016, ob das jetzt noch so ist oder nicht, das betrifft ja das vorige Jahr. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Zu diesem Stand hat es auch genauso gestimmt.)* Das werde ich jetzt verlesen.

Erstens. Name der Abgeordneten: Landtagsangeordnete Mag.a Regina Petrik.

Zweitens. Letzte berufliche Tätigkeit vor Mandatsantritt: Angestellte bei den GRÜNEN im Burgenland.

Drittens. Leitende Tätigkeiten, insbesondere als Mitglied im Vorstand, Geschäftsführer, Aufsichtsrat einer AG, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Stiftung, in einer Sparkasse: *(Abg. Manfred Kölly: Ausschluss der Öffentlichkeit.)* Leermeldung der Kollegin.

Viertens. Jede sonstige Tätigkeit neben dem Mandat, die der Steuerveranlagung unterliegt: Ab Oktober 2012 Gemeinderätin in Eisenstadt, fallweise Referententätigkeit, Erwachsenenbildung.

Fünftens. Jede leitende ehrenamtliche Tätigkeit seit März 2012: Landessprecherin der GRÜNEN Burgenland.

Sechstens. Vereinbarungen über künftige Tätigkeiten oder Vermögensvorteile: Leermeldung der Kollegin.

Siebentens. Beteiligung an Kapital-, Personengesellschaften: Leermeldung der Kollegin.

Achtens. Erhalt von Spenden: Keine.

Neuntens. Kategorie Gesamteinkommen aus Punkt drei und vier, monatlich vom 1.1.2015 bis 31.12.2015: Kategorie 1 - also hier bis zu 1.000 Euro.

Meine geschätzten Damen und Herren! Mit ganz wenigen Ausnahmen ist das, was die GRÜNEN in Ihrem Antrag verlangen, seit Jahren hier Realität und in den Gesetzen vorgeschrieben. Das machen wir, was Sie da verlangen, deshalb verstehe ich diese Show nicht. Über jene Dinge, die nicht Realität sind, da bin ich bei Ihnen, da kann man unterschiedlicher Meinung sein.

Etwa, ob man das in Kategorie eingibt, ausfüllt, oder ob man es auf Cent genau angibt, darüber können Sie mit mir gerne debattieren. Aber alles andere kann ich nicht verstehen.

Fest steht jedenfalls, und das sage ich Ihnen, dass das Bild, das Sie hier zeichnen, absolut nicht der rechtlichen und überhaupt nicht der gelebten Praxis entspricht und das, muss ich Ihnen sagen, tut mir weh und das erschüttert mich.

Fest steht natürlich auch, dass im Bereich der Einkommen von Mandataren eine Transparenz vorherrscht, das ist gegeben, die nur in Ausnahmefällen überhaupt vielleicht noch zu steigern wäre, wo man vielleicht wirklich in Cent angibt. Das ist okay.

Fest steht außerdem, dass auch Ihre Vorschläge, und das sage ich Ihnen ganz cool, nicht durchdacht sind, denn komplette Transparenz bei einem Selbständigen würden Sie nur etwa dann erzielen, wenn Sie auch Informationen über die jeweiligen Auftraggeber der einzelnen Aufträge hätten und haben. Ich weiß zum Beispiel nicht, wer der Kollegin Petrik als Referentin in der Erwachsenenbildung im Jahr 2015 Aufträge erteilt hat. Ich weiß auch nicht, wer entsprechende Honorare gezahlt hat und wem sie daher verpflichtet sein könnte.

Was wir spätestens seit Ihrer einleitenden Pressekonferenz kennen, das ist die Tatsache, dass die Kollegin Petrik irgendwann auch Mieteinnahmen erzielt hat. Einnahmen allerdings, die sie seinerzeit gegenüber dem Landtag offensichtlich laut dem Papier nicht offengelegt hat. Ja, rechtlich mussten Sie bisher auch nicht, aber Frau Kollegin, diesen ganzen Wirbel, den hätten Sie sich ersparen können.

Ich sage Ihnen, Sie geben die Mieteinnahmen nicht an, stellen sich da her und machen ein Trara, das finde ich nicht in Ordnung. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Richtigstellung!)*

Zu Ihrem Kollegen Spitzmüller, das Datenblatt hat mir besonders gut gefallen, das möchte ich auch nicht verheimlichen. Der Kollege Spitzmüller, dessen Datenblatt ist wirklich ganz interessant, der hat vor seinem Mandatsantritt niemals einen Beruf gehabt. Das ist auch schön, aber ist ja möglich.

Geschätzte Damen und Herren! Meine Kollegen von den GRÜNEN! Ich halte die momentane Rechtslage für absolut in Ordnung. Über manche Ihrer Aussagen wie eben mit den Cent, darüber kann man reden, die halte ich unter Umständen für überlegenswert. Da bin ich gerne bereit, mich bei Diskussionen über die Landesverfassung, der Geschäftsordnung, die Parteienfinanzierung gegen Ende dieser Legislaturperiode gerne einzubringen und mich mit Ihnen darüber zu unterhalten.

Aber ich sage Ihnen, diesen Entschließungsantrag, den werden wir Freiheitliche unter allen Umständen und überhaupt nach Ihrer Inszenierung ablehnen. Ich sage, ein Hoch der Transparenz!

Und liebe Kollegin Petrik, ich sage Ihnen noch eines, und das wäre vielleicht gut, wenn Sie das bei Stammtischen erzählen würden. Das Burgenland war das erste Bundesland, hatte Vorreiterrolle, als im Jahr 1995 hier beschlossen wurde, dass die Pensionen abgeschafft werden. Das ist Transparenz, das gehört hochgehalten. Ein Hoch unserer Transparenz im Burgenland! Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete Mag.a Petrik hat sich gemäß § 65 Abs. 1 GeOLT zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Eine tatsächliche Berichtigung. Wie das letzte Mal abgefragt wurde, hatte ich keinerlei Mieteinnahmen. Das hat sich danach so erst entwickelt und wie ich gesehen habe, wie bösartig darauf reagiert wird, wenn man ein Haus, das man gerade selber nicht bewohnt, vermietet, habe ich gesagt, ich will da raus, das ist es mir nicht wert, und ich habe keine Einnahmen mehr aus Mieteinnahmen.

Also meine Angaben waren zum jeweiligen Zeitpunkt ganz korrekt. *(Abg. Ilse Benkö: Das kann man ja …)* Nein, nein. Das war ganz korrekt, *(Abg. Ilse Benkö: Das unterstelle ich auch nicht.)* und ich habe mich danach gehalten, weil mir ist das wirklich wurscht. Das kann gerne jeder von mir wissen. *(Abg. Ilse Benkö: Unterstellt ja keiner etwas.)* Also, hier sozusagen mit Unterstellungen zu arbeiten, bringt weiter nichts. Vielleicht haben Sie es nicht besser gewusst, weil es tatsächlich ein Fenster dazwischen gab, aber Sie können das gerne alles nachschauen *(Abg. Ilse Benkö: Mich interessiert es ja nicht so.)* und anschauen. Nur, damit das hier auch festgehalten ist. *(Abg. Géza Molnár: Es schaut komisch aus, wenn man etwas fordert, es selbst aber nicht macht. Rechtlich war es in Ordnung, hat die Kollegin eh gesagt.)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen geben)***:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Wolf das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter:

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zentrum der politischen Arbeit müssen Transparenz und das aktive Zugehen auf die Bürger mit Informationen stehen. Das ist kein Geheimnis.

Da sind wir uns alle einig. Transparenz gibt es hinsichtlich der Politikergehälter mittlerweile.

Man muss nicht am Rednerpult von einzelnen Abgeordneten vorlesen, welche Nebeneinkünfte sie haben. Jeder kann für sich andere Kollegen stalken. *(Abg. Ilse Benkö: Was ich vorlese, ist meine Sache, Herr Kollege.)* Es ist nicht notwendig. *(Abg. Ilse Benkö: Sie lesen, was Sie wollen, und ich lese, was ich will. Nur dass wir uns auskennen! Nur dass das einmal klar ist!)*

Sie können die Details zu Hause nachlesen. Jedenfalls glaube ich, dass die Offenlegung sämtlicher Gehälter und Nebenbeschäftigungen mittlerweile eine Selbstverständlichkeit ist, Gott sei Dank. *(Abg. Ilse Benkö: Sie superschlau.)*

Wir sind natürlich diskussionsbereit und offen für Neuerungen, wenn man es ernst meint und in die gleiche Richtung gehen möchte. Wenngleich Gehälter in der Privatwirtschaft meist Privatsache bleiben sollten. Aber das ist eine Angelegenheit, die wir gerne diskutieren.

Was sehr wohl kritisch zu hinterfragen ist, sind etwaige Verbundenheiten, persönliche Seilschaften, Geflechte oder berufliche Verwicklungen von Politikern, die etwaige Vorteile mit sich bringen könnten und die man den Bürgern und Wählern klar darlegen müsste.

Das Entscheidende ist, diese Abhängigkeiten offenzulegen. Nicht nur von uns Abgeordneten, sondern auch von Regierungsmitgliedern. Klar, die Regierungsmitglieder haben ein Berufsverbot, das ist das eine. Aber auch die ehrenamtlichen Funktionen unserer Regierungsmitglieder sind transparent zu gestalten. Es wäre praktisch, diese offenzulegen, um zu sehen, welche Verbindungen gegeben sind, mit etwaigen Vereinen oder Ehrenämtern.

All das ist entscheidend, um gewisse Gefälligkeitsbeschlüsse oder Bevorzugungen durch das Land zu verhindern. Diese sind nicht fair und auch nicht erklärbar. Dementsprechend sind wir in der Sache diskussionsbereit und offen für Neuerungen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich bin natürlich bei Ihnen, Frau Kollegin Petrik, wenn Sie sagen, dass PolitikerInneneinkommen sehr oft Gesprächsthema in verschiedenen Lokalen und so weiter in Teilen der Bevölkerung sind, das stimmt. Ich bin auch bei Ihnen, wenn Sie sagen, unsere Wählerinnen und Wähler sollen wissen, was ein Abgeordneter verdient, welche Nebeneinkünfte er hat und wie viel Geld er von daher verdient. Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht.

Ich verstehe aber trotzdem nicht, warum Sie diesen Antrag eingebracht haben. Gerade Sie, Frau Kollegin Petrik, die immer wieder betont, nicht populistisch oder parteipopulistisch zu agieren. Sie wollen keine populistische Politik. Was aber wollen Sie mit dieser Debatte bewirken? Wollen wir draußen eine Debatte haben, dass immer wieder die Politikerinnen, die Politiker, im Mittelpunkt stehen mit Gehältern? Wollen wir nicht unsere Arbeit in den Mittelpunkt tragen? Das wäre vielleicht viel wichtiger. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich sehe keinen Sinn in diesem Antrag. Ich sehe auch keinen Sinn in Ihren Forderungen, und ich sage Ihnen auch warum. Die Frau Präsidentin hat es vorhin schon wirklich sehr deutlich gesagt. Auch ich habe recherchiert und habe gesehen, dass die Gehälter, dass die Einkünfte der Abgeordneten, dass man hier wirklich einsehen kann. Das sieht man auf der Homepage des Burgenländischen Landtages. Das fordern Sie, das gibt es aber bereits.

Sie sehen dort, welches Gehalt ein Abgeordneter hat, der Präsident, der zweite Präsident, der dritte Präsident, die Klubobleute, was sie verdienen. Es gibt eine öffentlich einsehbare Liste, wo man sieht, wie viel ein Abgeordneter verdient, das hat auch die Präsidentin gesagt, ich brauche das nicht zu wiederholen. Sie hat das tadellos vorgelesen. Auch sind die ehrenamtlichen Tätigkeiten sogar aufgelistet.

Wir wissen alle, die Mitglieder des Landtages sind nach § 6 Abs. 2 des Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetzes verpflichtet, ihre Tätigkeiten und ihre Einnahmen, sobald sie ein Mandat angenommen haben, zu melden. Und über diese Zulässigkeit der Ausübung der gemeldeten Tätigkeiten entscheidet der Unvereinbarkeitsausschuss.

Auch hier können Sie aufhören, das Misstrauen der Bevölkerung zu schüren, denn auch unsere Tätigkeiten, die wir neben unseren Abgeordnetentätigkeiten machen, werden geprüft und kontrolliert. Hören Sie bitte mit diesem Misstrauenschüren, die Bevölkerung aufzuhetzen, auf!

Bei jedem Abgeordneten steht, in welcher Kategorie das durchschnittliche Einkommen, das monatliche Einkommen, die Höhe gemeldet ist. Ihr könnt es alle durchlesen. § 6 Abs. 2 steht das drinnen, wie viel bei Kategorie eins drinnen ist, bei zwei, bei drei, bei vier, bei fünf. Die einzige Kategorie fünf ist, dass man hier über 10.000 Euro verdienen kann und es gibt hier keine oberste Grenze. Daher ist das nicht so einsehbar und übersehbar.

In dieser Einkommenskategorie gibt es aber nur einen Abgeordneten. Bis zu 10.000 gibt es zwei Abgeordnete, und alle anderen Abgeordneten befinden sich in den Kategorien eins, zwei und drei. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sind die Abgeordneten?)* Also das ist alles, der Herr Kölly hat sich schon gerührt, ich kann es sagen, der reichste Abgeordnete hier im Landtag ist der Kölly Manfred. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei Ihnen, Frau Kollegin Petrik, kann ich mich auch nur anschließen, vermisse auch ich die Mieteinnahmen und auch woher diese kommen. Das hätte uns natürlich jetzt auch interessiert. Solche Offenlegungen sind für uns selbstverständlich.

Ich bin der Meinung, dass es so viel Transparenz noch nie gegeben hat. Ich persönlich habe nichts zu verbergen. Da können Sie auch reinschauen. Ich denke, dass sich die Bevölkerung sehr wohl ein Bild machen kann, was ein Abgeordneter tut und was ein Abgeordneter verdient.

Ich schließe mich auch der Frau Präsidentin an, man sollte vielleicht dahingehend ergänzen, dass wir Politikerinnen und Politiker im Burgenland den niedrigsten Lohn aller Bundesländer bekommen. Ich beschwere mich aber jetzt nicht und soll auch nicht weinerlich klingen, aber man sollte es festhalten und auch, dass wir keine Politikerpension erhalten, weil diese schon 1998 abgeschafft wurde. Das ist leider in der Bevölkerung noch nicht wirklich durchgesickert, weil da habe ich sogar mit Verwandten Diskussionen, die sagen, du brauchst dir keine Sorgen zu machen, weil du bekommst ja einen Patzen Politikerpension.

Das stimmt auch nicht und das sollten wir vielleicht den Menschen draußen sagen und nicht Neid schüren und das Misstrauen der Leute wecken. Ich denke, dass man transparenter nicht sein kann und dass der Burgenländische Landtag hier wirklich mustergültig vorgeht und alles, was im Gesetz vorgesehen ist, auch erfüllt. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es muss einfach sein, ich kann das nicht so stehen lassen. All diese Begründungen, die Sie hier Ihrem Antrag unterfertigen, ob für Abgeordnete die Ausübung des Mandats tatsächlich im Mittelpunkt ihrer beruflichen Tätigkeit steht, oder ob auch noch anderen Verpflichtungen nachgegangen werden muss, oder allfällige Abhängigkeiten, die die freie Ausübung des politischen Mandats beeinträchtigen könnten, impliziert im Prinzip die Unterstellung, dass Sie jeden von uns hier unter Generalverdacht stellen und im weiteren Sinne jeden, der ein öffentlich politisches Mandat ausübt, unter einen Generalverdacht stellen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das haben Sie falsch verstanden.)*

Und da kann ich Ihnen nur ein altes Sprichwort meiner Mutter zurückgeben: So wie der Schelm ist, so denkt er. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Bezügebegrenzung, Transparenz und Unvereinbarkeit ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

17. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 806) betreffend Maßnahmen gegen Feinstaubbildung (Zahl 21 - 564) (Beilage 850)

Präsident Christian Illedits: Der 17. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 806, betreffend Maßnahmen gegen Feinstaubbildung, Zahl 21 - 564, Beilage 850.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Feinstaubbildung, in ihrer 8. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. März 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein gestellter Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Feinstaubbildung unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Wenn man den Antrag spät abgibt, dann ist er der letzte auf der Tagesordnung, was ein bisschen schade ist, weil ich ihn sehr wichtig finde. Es geht um die Feinstaubbelastung, die heuer im Jänner besonders hoch war, weil eben ein Zusammenspiel des Wetters besonders ungünstig war.

Auf der einen Seite war es sehr kalt, das heißt, die Öfen sind volle Post gelaufen und zweitens, hatten wir sehr lange Zeit eine Inversionswetterlage. Das heißt, der Feinstaub hat sich auch sehr lange gehalten.

Grenzwertüberschreitungen in Kittsee 25, Lutzmannsburg 24, Eisenstadt 20, Jennersdorf 22. Es ist schon klar, dass das nicht alles hausgemacht ist. Der Feinstaub hält sich weder an Bundes-, noch an Landesgrenzen. Trotzdem ist es notwendig, die eigenen Feinstaubquellen möglichst klein zu halten, zu verkleinern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vor allem deswegen, weil erstens, Feinstaub nicht erst ab dem Grenzwert schädlich ist. Feinstaub schädigt, egal in welcher Menge. Natürlich, je mehr es ist, desto schlimmer ist es. Zweitens, weil es inzwischen auch EU-weit unter Experten starke Diskussionen gibt, ob der Grenzwert oder die Grenzwerte, je nach der Größe des Feinstaubes, nicht ohnehin zu hoch angesetzt sind. Wir messen im Burgenland leider größtenteils den „größeren“ Feinstaub, die sogenannten „PMC“. Es gibt, glaube ich, im Moment zwei Messstellen, wo wir auch den „kleineren“ Feinstaub, die „PM 2,5“ messen. Es passiert auch einiges im Burgenland. Spät, aber doch, ist jetzt das Emissionsschutzgesetz Luft in Kraft getreten. Leider sind die Fahrverbote für die schlechten LKW-Abgasklassen nicht gleich wie in Wien und Niederösterreich.

Das heißt, die Gefahr von einem Verkehr, der sich hier über das Burgenland bewegt, weil er in Niederösterreich nicht fahren darf, ist gegeben. Deswegen ist in unserem Antrag auch enthalten, dass die Fahrverbote natürlich zu den anderen Bundesländern angeglichen werden. Luftschadstoffe wie Feinstaub, aber auch Stickoxide sind laut der Europäischen Umweltagentur österreichweit für bis zu 8.000 Tote im Jahr verantwortlich. Diese Zahl übersteigt die Zahl der Verkehrstoten um ein Vielfaches. In Österreich sind wir inzwischen auf ungefähr 500 pro Jahr heruntergekommen. Gott sei Dank.

Das ist immer noch viel zu viel, keine Frage, aber im Vergleich zu 8.000 ist das natürlich schon erschreckend. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Leider ist es auch eine sehr unsichtbare Gefahr, die wir nicht wirklich wahrnehmen. Deswegen ist

es aber umso notwendiger, hier erstens aufzuklären und zweitens Maßnahmen anzugehen und natürlich auch kontraproduktive Nachmaßnahmen, wie verbilligte Diesel-Landestankstellen und den Bau von weiteren hochrangigen Straßen weiter auszubauen. Unsere Gesundheit ist dafür einfach zu wichtig. Was sind nun die Hauptquellen von Feinstaub? Ein großes Problem sind vor allem alte, schlechte Heizanlagen. Oft reichen in einer Ortschaft ein, zwei solcher alter Stinker und die „richtige“ Wetterlage und der ganze Ort wird zugestaubt. Solche Öfen sind nicht nur Feinstaubschleudern, sondern auch ineffizient und eigentlich teuer im Betrieb, weil sie natürlich nicht die Leistung bringen, die sie eigentlich bringen könnten.

Aber auch bei neuen Öfen kann man bei schlechter Feuerung einiges falsch machen. Es wurde heute ohnehin schon von der Landesrätin angekündigt, dass sie da vor der nächsten Heizperiode aufklärend wirken wird. Richtigheizen.at ist, zum Beispiel, eine Homepage, wo auch ich noch einige Punkte gefunden habe, die ich nicht wusste.

Eine weitere Quelle ist natürlich der Verkehr und da insbesondere die Dieselfahrzeuge. Ich habe mir da herausgesucht, dass die Deutsche Umwelthilfe Abgasmessungen an Euro 6-Diesel PKW vorgenommen hat.

Insgesamt wurden 16 Autos getestet. Bei mehr als der Hälfte kam es zu mehr Grenzwertüberschreitungen als das Zweifache. Ein Fiat 500 hat, zum Beispiel, eine 17-fache Grenzwertüberschreitung bei Stickoxiden, also jetzt nicht bei Feinstaub, sondern bei Stickoxiden und CO_2. Renault 16, Volvo S90 13, Mercedes B180 13, Opel Zafira zwölffache und Hyundai i20 die zehnfache Grenzwertüberschreitung. Also, nicht nur, dass die Dieselfahrzeuge von Haus aus schon eine große Quelle darstellen, werden die Grenzwerte auch noch bei weitem überschritten. Ähnlich wie beim Klimaschutz wird das Thema massiv unterschätzt. Wer mit ExpertInnen und ÄrztInnen spricht, bekommt das auch ganz klar vermittelt. So hat, zum Beispiel, ein internationales Forscherteam Daten von mehr als 100.000 StudienteilnehmerInnen ausgewertet, in einem durchschnittlichen Zeitraum von 11,5 Jahren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf Euch ein bisschen noch um Aufmerksamkeit bitten! Vielen Dank! Das waren über einen langen Zeitraum viele Menschen. Ein Anstieg der jährlichen Konzentration von Feinstaubpartikeln des Typs „PM 2,5“ um fünf Mikrogramm je Kubikmeter Luft war das Ergebnis. Das führt zu einem um zwölf Prozent erhöhten Risiko für Infarkt und Angina. Bei einer Belastung von „PM 10“ um zehn Mikrogramm stieg das Risiko für Herzprobleme um 13 Prozent. Die Forscher haben in der Berechnung sehr wohl miteinbezogen, ob jetzt jemand ein Raucher ist oder nicht, oder an anderen Krankheiten gelitten hat. Der Grenzwert „PM 2,5“ liegt zurzeit bei 25 Mikrogramm pro Kubikmeter. Die WHO empfiehlt dagegen einen Grenzwert von zehn Mikrogramm. Das heißt, wie ich vorher schon ausgeführt habe, liegen die Grenzwerte einfach zu hoch.

Was ist jetzt gesundheitlich das Problem? Ultrafeinstaub dringt nicht nur in die Lungenbläschen ein, sondern schafft es auch in den Blutkreislauf. Der Blutkreislauf verteilt die Partikel dann an die Organe. Dort entstehen winzige Entzündungen, die dann zu Herzinfarkten oder Schlaganfällen führen können. Aber auch Bronchitis, Diabetes und die Einschränkung kognitiver Fähigkeiten werden immer stärker auf Feinstaub zurückgeführt. Die Forschung kommt hier erst nach und nach und gerade in den letzten Jahren dahinter, dass viele Krankheiten dadurch verstärkt oder sogar erst hervorgerufen werden.

Dr. Hans-Peter Hutter vom Institut für Umwelthygiene der medizinischen Universität nennt noch ein weiteres Problem. Feinstaub macht nämlich dümmer. Klingt witzig, ist es aber leider nicht. Er schreibt, über die Nase eingeatmet, dringen die Feinstaubpartikel entlang des Riechnervs direkt ins Gehirn. Treffen winzige Feinstaubteilchen auf die

Gehirnnervenzellen, kann das entzündliche Veränderungen dieser auslösen. Die Folgen sind schon nach kürzerer Zeit, binnen ein, zwei Stunden in verschmutzter Luft, zu bemerken. Man fühlt sich benommen, kann sich schlechter konzentrieren, hat Schwierigkeiten beim Denken. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hutter weiter: Wer sich häufig und länger in schlechter Luft aufhält, also etwa an einer stark befahrenen Straße wohnt, muss damit rechnen, dass mittel- und langfristig bestimmte geistige Fähigkeiten nachlassen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Feinstaubthema? Das ist doch lächerlich!)* Es geht da um den Feinstaub. Was ist lächerlich? Was ist da lächerlich, Frau Kollegin? Die Krankheiten sind lächerlich? In Ordnung.

Ich möchte hier unseren Antrag noch einmal zitieren, weil der Abänderungsantrag natürlich weit hinter den Forderungen steht, die wir gestellt haben. Ein Antrag wäre, eine Förderung für ein attraktives Kesseltauschprogramm, um alte Heizkessel aus dem Verkehr zu ziehen. *(Abg. Ingrid Salamon: Gibt es schon!)* Ein Kesseltauschprogramm gibt es bereits? Das ist mir neu. *(Abg. Manfred Kölly. Weil du nicht aufpasst.)* Eine Info-Kampagne vor der nächsten Heizsaison wurde bereits versprochen. Dass die LKW-Fahrverbote anzugleichen sind, habe ich bereits erwähnt. Die Förderung des Diesel-Treibstoffes und der Landestankstellen ist zu beenden. Den hochrangigen Straßenbau im Burgenland zu stoppen und stattdessen kleinräumige Umfahrungen zu machen, um die Orte zu entlasten, wäre auch notwendig. Den öffentlichen Verkehr massiv auszubauen, natürlich mehr, als die Verkehrsstrategie hier vorhat, wäre ebenfalls eine Forderung von uns.

Weiters wäre der Ausbau und die Verfeinerung der Feinstaubmessungen auch auf „PM 2,5“ und „PM 1“ und die Umstellung der Messanlagen auf Partikelanzahl, und nicht das Gewicht, durchzuführen. Der angenehme Nebeneffekt dieser Maßnahmen wäre, dass nicht nur der Feinstaub reduziert wird, sondern gleichzeitig auch die Stickoxide und andere Schadstoffe.

Der Abänderungsantrag geht uns natürlich nicht weit genug. Wir werden deshalb dem natürlich nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneter Ingrid Salamon das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es jetzt wirklich kurz machen. Nicht weil wir schon eine fortgeschrittene Stunde haben. Herr Kollege, Sie haben uns vorgelesen, was in Ihrer Entschließung steht.

Ich muss sagen, das Burgenland hat, glaube ich, bei allem, was die Umwelt betrifft, wirklich eine Vorreiterrolle. Natürlich ist uns da auch wichtig und ist uns auch bewusst, dass Feinstaub wirklich diese Problematik sein kann, die Sie uns geschildert haben.

Sie haben Recht, dass Feinstaub wirklich mit manchen Krankheiten in Verbindung zu bringen ist. Ich glaube, alle, so, wie wir hier sind, aber auch unsere Enkelkinder und unsere Nachkommen wollen nicht, dass wir auf das nicht achtgeben. Aber, ich muss Ihnen sagen, ich lese das jetzt nicht mehr vor. Sie haben Ihren Antrag vorgelesen. Es sind sehr viele oder fast alle Dinge, die Sie hier vorgelesen haben, jetzt schon vom Land erfüllt worden. Ich darf Ihnen nur sagen, weil Sie das richtige Heizen und die Beratung angesprochen haben, dass es da vom Land immer im Herbst eine Information für richtiges Heizen gibt.

Sie wissen, dass es zu diesen Autos, die Sie genannt haben, Euroklasse 0, 1 und 2, ein Gesetz gibt, dass 2018 in Kraft tritt. Sie wissen aber auch, dass es Maßnahmen vom Land gibt, wo es Alternativförderungen gibt und wo man bis zu 30 Prozent bekommen kann, um eben diese alten Heizungen, die Sie genannt haben, austauschen zu können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Diese Dinge sind jetzt wirklich schon vom Land möglich. Das Land wird, so, wie bis jetzt auch, alles in diese Richtung unternehmen. Die Frau Landesrätin ist ein Garant dafür und wird sich sicherlich auch weiterhin in diese Richtung einsetzen. Daher kann man Ihrem Entschließungsantrag nicht zustimmen, weil da wirklich fast schon alles, so sehe ich das, erledigt ist. Wir werden uns aber bei diesem Thema weiterhin bemühen. Das sagt auch unser Abänderungsantrag.

Daher werden wir für unseren Abänderungsantrag stimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuschauerinnen und Zuschauer! Vorerst eine Richtigstellung zum Vorwurf von Landesrätin Dunst, dass kein Antrag für das Kaufhaus in Eberau gestellt wurde. Das ist schlichtweg unwahr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Herr Präsident, hier bitte ich auch Sie, dass Sie hier einmal ein klares Wort sprechen. Es kann nicht so sein, dass sich eine Landesrätin hier herstellt und jedes Mal die Unwahrheit sagt, wenn wir etwas aufzeigen. *(Abg. Ingrid Salamon: Na, Na!)*

Ich erspare Ihnen natürlich die genauen Informationen, *(Abg. Edith Sack: Reiß dich zusammen!)* weil die Zeit schon fortgeschritten ist. Für uns ist natürlich wichtig, dem Klimawandel auch von Landesseite ernsthaft entgegenzuwirken. Denn eine der größten Herausforderungen in den nächsten Jahrzehnten wird der Umweltschutz und die Reduzierung der Luftschadstoffe sein.

Die Ansätze der Grünen Fraktion, zum Beispiel, für eine Förderung für ein Kesselaustauschprogramm und für den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs unterstützen wir. Zu diesem wichtigen Gesamtthema fehlen mir seitens der Regierung konkrete Umsetzungsprogramme. Der Abänderungsantrag besteht aus vielen Ankündigungen und wie wir aus Erfahrung wissen, wird leider wenig umgesetzt. Wir stimmen deshalb diesem Antrag - diesem Abänderungsantrag - nicht zu. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend nachhaltige sozial gerechte, ökonomische und ökologische Entwicklung des Burgenlandes ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 27. April 2017, vorgesehen

ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 23.25 Uhr in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 23 Uhr 16 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 24. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 27. April 2017

10.03 Uhr - 18.55 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird (Änderungsvereinbarung betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor) zugestimmt wird;
3. Bericht des Rechnungshofes betreffend Mittelflüsse im Gesundheitswesen;
4. Tätigkeitsbericht 2016 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes;
5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend faire Reform der Pendlerpauschale;
6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Abschaffung der Schaumweinsteuer;
7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.[a] Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Erhalt des Österreichischen Rettungswesens;
8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Schaffung einer stationären Behandlungseinrichtung bzw. eines Betreuungszentrums für suizidgefährdete junge Menschen im Burgenland;
9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Beibehaltung der Besteuerung auf Diesel;
10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.[a] Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Anschlussbeitrag für die Kanalnutzung laut Kanalabgabegesetz;
11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Sportstättenstrategie 2020“;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 3882)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 118 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Gesundheitsreform 2017
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3885)
Zusatzfrage: Günter K o v a c s (S. 3886 u. S. 3887), Mag a. Regina P e t r i k (S.3887), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3888) und Klaudia F r l e d l (S. 3889)

Anfrage Nr. 120 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Helmut Bieler betreffend Prozess bezüglich der intransparenten Vergabe von Kulturförderungen
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut B i e l e r (S. 3890)
Zusatzfrage: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3890 u. S. 3890), Mag. Franz S t e i n d l (S. 3890), und Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3891)

Anfrage Nr. 121 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bilanz des Sportlandes Burgenland für das Jahr 2016
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 3891)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 3893 u. S. 3894), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 3894) und Manfred K ö l l y (S. 3895)

Anfrage Nr. 122 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Helmut Bieler betreffend absehbare außerplanmäßige Finanzierungen für den Nachtragsvoranschlag 2017
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut B i e l e r (S. 3896)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 3897 u. S. 3897), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 3898), Géza M o l n á r (S. 3898) und Mag. Christian D r o b i t s (S. 3898)

Anfrage Nr. 123 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Novellierung des Polizeistrafgesetzes
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 3899)
Zusatzfrage: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 3900 u. S. 3901), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3902), Manfred H a i d i n g e r (S. 3903) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3903)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 860), mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird (Änderungsvereinbarung betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor) zugestimmt wird (Zahl 21 - 602) (Beilage 885);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S.3904)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3904), Manfred H a i d i n g e r (S. 3907), Markus U l r a m (S. 3908), Ingrid S a l a m o n (S.3909), Gerhard S t e i e r (S. 3910) und Manfred K ö l l y (S. 3913)
Annahme des Beschlussantrages (S. 3917)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 828) betreffend Mittelflüsse im Gesundheitswesen (Zahl 21 - 586) (Beilage 886);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 3917)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 3917), Mag.a Regina P e t r i k (S. 3923) Johann R i c h t e r (S. 3924), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 3926), Günter K o v a c s (S. 3929), Gerhard S t e i e r (S. 3931), Mag. Franz S t e i n d l (S. 3935), Robert He r g o v i c h (S. 3936), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 3937), Mag. Christoph W o l f , M.A, (S. 3940) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S.3941)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 3942)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2016 (Beilage 863) des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 21 - 605) (Beilage 887);
Berichterstatter: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3943)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 3943), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 3946), Géza M o l n á r (S. 3947), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S.3948), Robert H e r g o v i c h (S. 3949) und Gerhard S t e i e r (S. 3950)
Annahme des Tätigkeitsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes S.3950)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregional bedeutsamer Infrastruktur-Projekte (Zahl 21 - 643) (Beilage 911)
Begründung der Dringlichkeit: Robert Hergovich (S. 3964)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 3967), Markus Wiesler (S. 3970), Mag. Thomas Steiner (S.3973), Manfred Kölly (S. 3976), Landeshauptmann Hans Niessl (S.3979) und Ewald Schnecker (S. 3982)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 3985)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 864) betreffend faire Reform der Pendlerpauschale (Zahl 21 - 606) (Beilage 888);
Berichterstatter: Ewald Schnecker (S. 3951)
Redner: Manfred Kölly (S. 3951), Wolfgang Spitzmüller (S. 3957), Manfred Haidinger (S 3959), Mag. Franz Steindl (S. 3961), Wolfgang Sodl (S. 3985) und Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 3987)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3988)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 865) betreffend die Abschaffung der Schaumweinsteuer (Zahl 21 - 607) (Beilage 889);
Berichterstatter: Günter Kovacs (S. 3989)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S.3989), Karin Stampfel (S. 3991), Walter Temmel (S. 3991), Günter Kovacs (S. 3993), Gerhard Steier (S. 3994) und Landesrätin Verena Dunst (S. 3995)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 3997)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 854) betreffend den Erhalt des Österreichischen Rettungswesens (Zahl 21 - 596) (Beilage 890);
Berichterstatter: Manfred Haidinger (S. 3998)
Redner: Manfred Kölly (S. 3998), Mag.a Regina Petrik (S. 3999), Manfred Haidinger (S. 4000), Ing. Rudolf Strommer (S. 4001), Ewald Schnecker (S. 4003), Gerhard Steier (S. 4004) und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 4005)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4005)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 820) betreffend „Schaffung einer stationären Behandlungseinrichtung bzw. eines Betreuungszentrums für suizidgefährdete junge Menschen im Burgenland“ (Zahl 21 - 578) (Beilage 891);
Berichterstatter: Manfred Haidinger (S. 4006)
Redner: Gerhard Hutter (S.4006), Mag.a Regina Petrik (S. 4008), Markus Wiesler (S. 4010), Georg Rosner (S. 4012), Mag. Christian Drobits (S. 4013), Manfred Kölly (S. 4015), Mag.a Regina Petrik (S. 4018), Manfred Haidinger (S. 4018) und Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 4018)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4019)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 858) betreffend Beibehaltung der Besteuerung auf Diesel (Zahl 21 - 600) (Beilage 892);
Berichterstatter: Mag. Franz Steindl (S. 4020)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 4020)
Annahme des Entschließungsantrages (S.4021)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.[a] Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 861) betreffend Anschlussbeitrag für die Kanalnutzung laut Kanalabgabegesetz (Zahl 21 - 603) (Beilage 893);
Berichterstatterin: Klaudia Friedl (S. 4021)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 4022), Markus Wiesler (S. 4022), Klaudia Friedl (S. 4024)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4026)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 867) betreffend „Sportstättenstrategie 2020“ (Zahl 21 - 609) (Beilage 894);
Berichterstatter: Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4026)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 4026), Markus Wiesler (S. 4028), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4029), Robert Hergovich (S. 4030)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4032)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 3882)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Bitte die Plätze einzunehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich wünsche einen wunderschönen Guten Morgen den Damen und Herren des Hohen Hauses, den Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung und Ihnen, die uns per Internet beiwohnen und die heute hierher den Weg in den Landtagssitzungssaal gefunden haben und auf der Tribüne der Sitzung beiwohnen.

Ich e r ö f f n e die 24. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 23. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack und Herr Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 24. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 27. April 2017.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertrags-bedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 - 635) (Beilage 903);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 636) (Beilage 904);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 637) (Beilage 905);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Zahl 21 - 638) (Beilage 906);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 639) (Beilage 907);
6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (Zahl 21 - 640) (Beilage 908);
7. Beschlussantrag, mit dem der Bericht über die Beendigung der HETA-Problematik im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 641) (Beilage 909);

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregional bedeutsamer Infrastruktur-Projekte (Zahl 21 - 643) (Beilage 911) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Spekulationsverbot (Zahl 21 - 619) (Beilage 877);
2. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 46 der Bgld.

Landesverfassung iVm. § 53 der GO des Bgld. Landtags zur Causa "Burgenländisches Genuss- und Agrarmarketing" (Zahl 21 - 633) (Beilage 901);
3. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Bekämpfung illegaler Doppelstaatsbürgerschaften und Fragen der Verleihung von Staatsbürgerschaften (Zahl 21 - 642) (Beilage 910);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Internationalisierungsoffensive Burgenland (Zahl 21 - 644) (Beilage 912);
5. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden (Zahl 21 - 645) (Beilage 913);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 610) (Beilage 868);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 611) (Beilage 869);
3. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 612) (Beilage 870);
4. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 613) (Beilage 871);
5. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Nobert Darabos betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 614) (Beilage 872);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf. M.A. an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 615) (Beilage 873);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 616) (Beilage 874);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Bürokratieabbau (Zahl 21 - 617) (Beilage 875);
9. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Verkehr auf einem Güterweg Nikitsch (Zahl 21 - 618) (Beilage 876);
10. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Therme Lutzmannsburg (Zahl 21 - 620) (Beilage 878);
11. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Fonds (Zahl 21 - 628) (Beilage 896);
12. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Entzugseinrichtungen (Zahl 21 - 629) (Beilage 897);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 555) betreffend Verkehr (Zahl 21 - 621) (Beilage 879);
2. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 561) betreffend Förderungen Nachmittagsbetreuung Gemeinden (Zahl 21 - 622) (Beilage 880);
3. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 560) betreffend Burgenländisches Straßengesetz 2005 (Zahl 21 - 623) (Beilage 881);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat MMag.

Alexander Petschnig (Zahl 21 - 615) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 624) (Beilage 882);

5. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 620) betreffend Therme Lutzmannsburg (Zahl 21 - 625) (Beilage 883);
6. des Landtagsabgeordneten Ing. Strommer an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 570) betreffend Fischsterben in der Langen Lacke (Zahl 21 - 626) (Beilage 884);
7. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 580) betreffend Inserat Jagdgesetz (Zahl 21 - 630) (Beilage 898);
8. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 579) betreffend Holzverladung (Zahl 21 - 631) (Beilage 899);
9. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 582) betreffend 15a Vereinbarung Zielsteuerung-Gesundheit (Zahl 21 - 632) (Beilage 900);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landtagspräsidenten Christian Illedits (Zahl 21 - 584) betreffend Rechnungsabschluss 2014 (Zahl 21 - 634) (Beilage 902);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer für die Verlesung. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 635, Beilage 903, Zahl 21 - 636, Beilage 904, Zahl 21 - 637, Beilage 905, Zahl 21 - 638, Beilage 906, Zahl 21 - 639, Beilage 907, Zahl 21 - 640, Beilage 908, und Zahl 21 - 641, Beilage 909, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 619, Beilage 877, Zahl 21 - 644, Beilage 912, und Zahl 21 - 645, Beilage 913, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltausschuss

und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 633, Beilage 901, und Zahl 21 - 642, Beilage 910, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 610, Beilage 868, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 611, Beilage 869, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 612, Beilage 870, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 613, Beilage 871, und Zahl 21 - 618, Beilage 876, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 614, Beilage 872, und Zahl 21 - 629, Beilage 897, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 615, Beilage 873, Zahl 21 - 617, Beilage 875, und Zahl 21 - 620, Beilage 878, habe ich Herrn Landesrat MMag. Petschnig,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 616, Beilage 874, und Zahl 21 - 628, Beilage 896, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 621, Beilage 879, Zahl 21 - 622, Beilage 880, Zahl 21 - 623, Beilage 881, Zahl 21 – 624, Beilage 882, Zahl 21 - 625, Beilage 883, Zahl 21 - 626, Beilage 884, Zahl 21 - 630,

Beilage 898, Zahl 21 - 631, Beilage 899, Zahl 21 - 632, Beilage 900, und Zahl 21 - 634, Beilage 902,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Des Weiteren möchte ich mitteilen, dass am 25. April 2017 der selbständige Antrag Zahl 21 - 627, Beilage 895, von den Antragstellern zurückgezogen wurde.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregionaler bedeutsamer Infrastruktur-Projekte, Zahl 21 - 643, Beilage 911, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen hiermit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 15 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Landesregierung und der Landtag haben die Gesundheitsreform 2017 beschlossen, und damit wesentliche Weichen zu Veränderungen im Gesundheitswesen gestellt.

Die Reform regelt neben den Schwerpunkten im intra- und extramuralen Bereich auch die Finanzierung des Systems über die nächsten Jahre und sieht erstmals einen festgelegten Kostendämpfungspfad vor.

Sehr geehrter Herr Landesrat, wie beurteilen Sie diese Reform?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Möchte gleich am Beginn sagen, dass wir im Burgenland auf Grund einer langjährigen Tradition studienmäßig auch mit dem Herrn Professor Filzmaier, mit dem Institut, das er auch führt, auch abfragen, wie das Gesundheitssystem im Burgenland beurteilt wird. Eine 83-prozentige Zustimmung ist eine, die österreichweit nicht da ist, sondern im Burgenland ist die Zustimmung am stärksten, insgesamt zum Gesundheitssystem, das möchte ich ganz am Beginn auch sagen.

Wir stehen natürlich aber in einem Spannungsfeld zwischen der bestmöglichen Versorgung der Patientinnen und Patienten und auch der Finanzierbarkeit des Systems. Es wurde auch hier in der Landesregierung und auch im Landtag eine Vereinbarung zur Organisation und Finanzierung des Gesundheitssystems insgesamt beschlossen, sowie die Vereinbarung Zielsteuerung-Gesundheit. Da wurde ein erster Schritt auch in die Veränderung des Gesundheitssystems sowohl im intramuralen als auch im extramuralen

Bereich gesetzt. Also das ist sehr technisch. Intramural heißt, es geht um die Spitälerversorgung, extramural um die niedergelassenen Ärzte.

Wir haben, und das ist eine Herausforderung für die nächsten Monate und Jahre hier, vor allem was den Bereich der Primärversorgungseinrichtungen betrifft, hier auch eine ganz wichtige und dynamische Rolle einzunehmen. Es geht nämlich um die Versorgung im niedergelassenen Bereich in den nächsten Jahren. Es ist mir ganz wichtig, dass wir hier auch im Burgenland auf diesen Bereich reagieren. Wir haben wesentliche Unterscheidungsmerkmale, was beispielsweise den Bereich Wien betrifft. Also den Ballungsraum Wien, wo es ganz große Probleme gibt, was niedergelassene Ärzte betrifft. Im Burgenland weniger.

Wir haben auch im Burgenland da und dort auch durchaus Indizien und auch Alarmzeichen was die Frage der Entlastung von Ambulanzen betrifft und eine Stärkung des niedergelassenen Bereiches betrifft. Deswegen auch von uns aus hier die Variante, dass wir versuchen, dieses Gesetz, das derzeit in Begutachtung ist und das aus meiner Sicht auch ganz, ganz wichtig ist für die Versorgung im niedergelassenen Bereich, hier auch zum Anlass nehmen, im Burgenland politisch zu handeln.

Es geht um die Versorgung im wohnortnahen Bereich. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir die Primärzentren hier auch im Burgenland umsetzen sollen und können. Das Wort PHC, Primary Health Care, da weiß keiner, was er mit dem anfangen soll. Es geht darum, dass wir im wohnortnahen Bereich auch Ärzte haben. Insgesamt ist das Gesetz so ausgerichtet, dass wir bis 2020 in Österreich 75 solcher Einrichtungen auch einrichten sollten. Insgesamt stellen die Länder und der Bund 200 Millionen Euro zur Verfügung. Für das Burgenland würde das bedeuten, hier 2,5 Einrichtungen bis 2020 zu errichten.

Wir haben ein erstes Pilotprojekt in Oberwart mit der Akutordination im Krankenhaus Oberwart, auch gegen Widerstände durchgesetzt. Das ist sehr gut angenommen worden. Wir werden auch ein weiteres Projekt im Nordburgenland, im Bezirk Neusiedl, hier auch implementieren. Das ist in Abstimmung mit der Gebietskrankenkasse, mit der Ärztekammer. Es sind sehr viele Player in diesem Spiel um den Burgenländischen Gesundheitsfonds auch so festgelegt. Wir wollen dieses Projekt bis Ende 2017 auch vorlegen und auch implementieren.

Das ist aus meiner Sicht ein guter Weg, den wir hier im Burgenland eingeschlagen haben. Wir sind auch, wie gesagt, auf Grund der Tatsache, dass 83 Prozent der Bevölkerung mit diesem System zufrieden sind, auch zufrieden.

Es gibt immer wieder Verbesserungsvorschläge und auch Wünsche und wir nehmen das auch sehr ernst. Aber grundsätzlich möchte ich sagen, dass es ein guter Weg ist, den wir hier im Burgenland eingeschlagen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Landesrat! Wie beurteilen Sie die Einziehung des Kostendämpfungspfades im Rahmen dieser Gesundheitsreform?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Wort Kostendämpfungspfad gefällt mir persönlich nicht, weil es heißt ja nicht, dass Kosten reduziert werden, sondern sie werden erhöht. Aber vielleicht nicht in dem Ausmaß, wie es sich manche wünschen würden. Aber es geht hier darum, dass wir im Jahr 2016, 2017, eine Wachstumsrate im Gesundheitsbereich haben von 3,6 Prozent, 2018 3,5 Prozent, 2019 3,4 Prozent, 2020 3,3 Prozent, 2021 3,2 Prozent Kostensteigerung.

Das halte ich auch für politisch richtig. Weil wir sehen ja auch im Burgenland, im Budget, wir haben mehr als die Hälfte des Budgets im Burgenland für den Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich vorgesehen. Das halte ich für eine politisch richtige Vorgangsweise. Insofern ist es auch wichtig, dass wir diesen Kostendämpfungspfad, wie er in der Öffentlichkeit heißt, eigentlich ein schlechtes Wort, vom Bund her so kreiert, einhalten, aber es heißt eine Steigerung.

Wir haben diese Steigerung auch im Burgenland zur Verfügung. Wir haben das auch im Budget so implementiert und ich halte das auch für richtig. Die Menschen erwarten von uns auch, dass das so durchgeführt wird. Was ich dazusagen möchte ist, dass wir damit auch gewährleisten können, dass die fünf Krankenanstalten im Burgenland nicht nur beibehalten werden, sondern auch ausgebaut werden und gewisse Schwerpunktbildungen auch in diesen Krankenanstalten vorgenommen werden. Dass wir insgesamt, wie gesagt, diese Krankenanstalten auch aufrechterhalten.

Das möchte ich heute im Landtag explizit zum dritten Mal noch einmal sagen, weil es ganz wichtig ist. Es hat ja auch andere Ideen gegeben vor dem letzten Landtagswahlkampf. Wichtig ist, dass wir die Gesundheitsversorgung in diesem Bereich aufrechterhalten über die KRAGES. Aber auch über die Barmherzigen Brüder und im niedergelassenen Bereich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie beurteilen Sie die Abschaffung des Kinderselbstbehaltes, der von Ihnen ja mit dieser Gesundheitsreform ausverhandelt wurde?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Positiv! Das würden Sie auch so sehen, nehme ich an. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir alle einer Meinung! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nächste Frage!)* Sehr positiv. Seit dem 1.1.2017 müssen Eltern in den Krankenanstalten im Burgenland keine Selbstbehalte mehr zahlen. Das haben wir durchgesetzt. Damit ist die Lebensqualität auch höher und auch die finanzielle Belastung der Familien geringer geworden. Das halte ich für einen ganz, ganz wichtigen politischen Schritt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Zuge der Gesundheitsreform ist ja jetzt auch das Primärversorgungsgesetz in Begutachtung. Was dort leider noch immer nicht vorgesehen ist, dass in den Primärversorgungszentren auch Ärzte, Ärztinnen, durch andere Ärzte und Ärztinnen angestellt werden. Wie beurteilen Sie das?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, das ist eine gute Frage. Das ist eine Frage die noch zu klären ist. Wir haben auch in diesen Primärzentren auch ein anderes Problem, nämlich dass auch die Ärztekammer im Burgenland mittlerweile nicht eingeschwenkt, aber zumindest auf einem Kurs ist, wo wir uns einigen könnten, dass gewisse Befürchtungen wegfallen, was beispielsweise die Frage betrifft, ob jetzt diese Primärversorgungszentren, also es geht um Gesundheitszentren in einer gewissen Region, die von gewissen Konzernen übernommen werden. Das wird nicht so der Fall sein. Die Ärztekammer im Burgenland ist zumindest jetzt erstens gesprächsbereit und

zweitens auch bereit, auf das was auf Bundesebene aber auch auf Landesebene gewünscht wird, einzuschwenken. Aber ich bin durchaus bei Ihnen. Es geht um Lehrpraxen teilweise. Das müssen wir noch regeln.

Das ist auch eine Bundesangelegenheit, die hier zu regeln ist. Im Sinne dessen, dass diejenigen, die diese Lehrpraxen auch anbieten, nicht zur Kasse gebeten werden, weil es wichtig ist. Das hängt ja auch mit dem gesamtpolitischen Problem des Ärztemangels, den es auch meiner Sicht in dieser Form nicht gibt, zusammen. Aber das ist eine Diskussion, die werden wir noch in den nächsten Monaten politisch zu führen haben.

Aber jedenfalls soll dafür gesorgt werden, dass jene, die einen Menschen ausbilden, Ärzte die junge Ärzte ausbilden, auch hier nicht zur Kasse gebeten werden, sondern dafür belohnt werden, dass sie dafür sorgen, dass das Gesundheitssystem im Burgenland auch aufrecht erhalten werden kann, auch im Bereich der Spitäler. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Es ist einmal positiv anzumerken, wie bei den Selbstbehalten oder der Abschaffung dieser Selbstbehalte, sind wir auch hier im Landtag einer Meinung, dass es im Bereich des drohenden Ärztemangels Handlungsbedarf gibt. Sie haben einmal mehr in einem medialen Interview angemerkt, dass Sie den Vorschlag der ÖVP, nämlich die Einführung von Stipendien um Landärztestellen in Zukunft absichern zu können, durch das Land Burgenland begrüßen. Sie haben mehrfach angekündigt, diesen Vorschlag prüfen zu lassen.

Ich möchte Sie ganz konkret fragen, wie lange dauert noch diese Prüfung?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Wort „Deal“ ist politisch negativ behaftet. Aber wir können einen Deal machen. Sie sagen dem Herrn Wissenschaftsminister, wir lösen die Zugangsbeschränkungen zum Medizinstudium auf *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das haben wir eh schon gehabt!)* und Sie setzen das in der ÖVP durch.

Ich sorge dafür, dass der Vorschlag, den auch schon die SPÖ einmal gemacht hat, aber der von der ÖVP verstärkt wurde, nämlich was Stipendien betrifft, auch umzusetzen. Wir werden in den nächsten Wochen auch zu einem Ergebnis kommen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In den nächsten Wochen? Na immerhin!)* Ja, ich bin durchaus bereit, diesem Vorschlag auch nachzukommen. Es ist natürlich eine finanzielle Belastung für das Land. Wir müssen das auch innerhalb der Regierung, beziehungsweise auch innerhalb dieses Gremiums des Landtages besprechen, aber grundsätzlich halte ich diesen Vorschlag für richtig und gut, mit der Begründung und auch mit der "Repression", dass diese Menschen dann auch im Burgenland ordinieren müssen und im Nachhinein dann, wenn sie dann irgendwie diese Vereinbarung mit dem Land brechen würden, es zurückzahlen müssten.

Aber grundsätzlich ist dieser Vorschlag auch von mir codiert worden, wie sie auch aus den Medien mitgeteilt bekommen haben und auch erfahren haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Friedl.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie geht es jetzt weiter mit der Umsetzung der Reform im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es gibt jetzt derzeit große Diskussionen auch auf Bundesebene. Es gibt so viele Gremien in diesem Bereich, die Bundeszielsteuerungskommission, die Landeszielsteuerungskommission, die 15a-Vereinbarungen, die hier in diesem Bereich auch geschlossen werden müssen.

Ja, derzeit sind sie auch in Diskussion sie umzusetzen. Wir werden hoffentlich vor dem Sommer noch diese ganzen Geschichten was dieses PHC-Gesetz betrifft, behandeln. Noch einmal, da hat es auf Bundesebene eine lange Diskussion gegeben, ob der Name PHC, Primary Health Care Center, ein guter ist, weil damit kann keiner etwas anfangen. Aber es wäre eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Und wir haben ein Problem. Das wissen wir alle, dass junge Ärzte anders denken, ticken, als Ärzte, die jetzt knapp vor der Pensionierung sind. Wir werden in den nächsten Monaten sehr viele Ärzte im niedergelassenen Bereich auch in Pension, wir schicken sie nicht in Pension, aber sie gehen in Pension. Sie wissen, Frau Abgeordnete, aus eigener Erfahrung, aus Ihrer Heimatgemeinde, dass das nicht einfach ist, hier Nachbesetzungen durchzuführen. Work-Life-Balance ist zum Beispiel ein ganz modernes Wort momentan.

Aber wir versuchen eben mit diesem neuen Gesetz, und ich würde meinen, man sollte es auch im Gesetz ein bisschen anders formulieren, Primärversorgung, dafür zu sorgen, dass damit auch die Hemmschwelle in den ländlichen Raum zu gehen, reduziert wird und dass wir damit auch gewährleisten, dass im ländlichen Raum im Burgenland genug Ärzte und Ärztinnen vorhanden sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Herr Landtagsabgeordneter Sagartz hat gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT seine Anfrage zurückgezogen.

Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Sodl an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Auch Herr Landtagsabgeordneter Sodl hat die Anfrage heute gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen.

Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf an Herrn Landesrat Bieler gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Rahmen des Prozesses bezüglich der intransparenten Vergabe von Kulturförderungen wurde das Land Burgenland in erster Instanz zur Zahlung von einer Million Euro plus Zinsen an die Arenaria GmbH verurteilt. Gegen das Urteil hat das Land Rechtsmittel ergriffen.

Wie hoch sind die dem Land bisher entstandenen Kosten im Zusammenhang mit diesem Prozess?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Die Kosten für das anhängige Verfahren können jetzt noch nicht festgestellt werden, da das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und

daher, wie Sie wissen, noch keine Zuteilung der Kosten erfolgt sein kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat, Sie wurden ja von Seiten des Landes von der Anwaltskanzlei Lansky vertreten. Da werden kasachische Bankmanager, Natascha Kampusch oder auch die ÖBB vertreten.

Womit begründen Sie die Auswahl vom Anwalt Lansky? Warum ist das der beste Anwalt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Weil die Kanzlei Lansky und Partner zu den besten in Österreich gehört, daher vertritt er auch das Land Burgenland bei solchen Klagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Danke, für die sehr ausführlichen und informativen Antworten. Herr Landesrat, laut den Medienberichten haben Sie das Nova Rock Festival mit 13.000 Euro für die Errichtung eines Güterweges gefördert.

Wieso haben Sie hier eine Kulturförderung genehmigt, obwohl die Fachabteilung das nicht empfohlen hat?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Ich habe das auch vor Gericht gesagt, dass das aus meiner Sicht und auch im Nachhinein ein Irrtum war. Es war die Rechtsmeinung seitens der Landesamtsdirektion, dass wir diese Gelder direkt über die Kulturförderung bezahlen müssten und nicht über den Weg der Gemeinde, die ja dafür zuständig ist zu helfen.

Aus meiner Sicht war es falsch und daher habe ich das vor Gericht auch so gesagt und stelle das auch hier fest. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Hergovich an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Herr Abgeordnete Steindl hat eine Zusatzfrage!)* Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Steindl.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! In Ihrem letzten Kulturbericht, den wir ja im Landtag heuer 2017 diskutieren, der Bericht ist vom Jahr 2015, finden auch die Burgspiele Güssing Erwähnung. Sie weisen auf das Engagement in der Nachwuchsförderung hin. Bis 2015 wurden auch die Burgspiele Güssing von der Burgenländischen Landesregierung gefördert.

Seit der neuen Gesetzesperiode nicht. Meine Frage: Warum werden Förderansuchen der Burgspiele Güssing von Ihnen als Kulturlandesrat abgelehnt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sie meinen die Förderungen wo die Familie Koller dahinter steht? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Burgspiele!)* Sind das die? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Burgspiele! Da gibt es einen Verein, den werden Sie ja kennen!)* Ich habe das im Hohen Landtag schon mehrfach beantwortet. Zu Beginn meiner Regierungstätigkeit hat es Streitigkeiten in Güssing gegeben, zwischen verschiedenen

Gruppierungen, wo sich dann auch in der Diskussion gezeigt hat, dass eben diese unterschiedlichen Meinungen auch zu einer Trennung führen könnten.

Ich habe damals ganz klar festgestellt und das ist auch so anerkannt worden, auch von den Beteiligten, auf der einen Seite Frank Hoffmann, auf der anderen Seite die Familie Koller, dass wir nicht sinnvoller Weise in Güssing Parallelveranstaltungen durchführen sollten und ich habe dann ganz klar festgehalten, kommt es zu einer Spaltung und kommt es zu parallelen Veranstaltungen, dann wird es nur eine Förderung geben können, weil das Land nicht da ist, Streitigkeiten mit finanziellen Aufwendungen auszugleichen.

Das gilt seit damals und das ist immerhin schon 18 Jahre her und hat sich auch bis heute nicht geändert. Die Familie Koller führt ihre Veranstaltungen durch, kein Problem. Die Ansicht, die wir dann vertreten haben und die auch ausdiskutiert wurde, da eben keine Doppelförderungen zu geben, das gibt es und das ist die Begründung dazu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? Bitte Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Herr Landesrat, wie sieht es grundsätzlich aus mit den Voraussetzungen für Förderungen? Was sind die Fördervoraussetzungen? Wo ist das festgeschrieben? Gibt es auch ein: Wer zuerst kommt mahlt zuerst? Wie sieht es konkret aus? Dankeschön.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Als Abgeordneter müssten Sie wissen, dass die Grundlage das Kulturfördergesetz ist und die dazu erlassenen Richtlinien. Sie brauchen nur nachzulesen. Ich habe in den zwei Minuten nicht die Zeit Ihnen das zu erläutern und die genauen Punkte zu sagen.

Alle Förderungen werden nach diesem Gesetz und nach den gleichen Voraussetzungen genehmigt oder eben nicht genehmigt. Das ist die Grundlage. Wir haben daher auch, weil das Gericht es anders gesehen hat, dagegen Berufung eingelegt und sind in die nächste Instanz gegangen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So, jetzt gibt es keine Wortmeldungen mehr, keine Fragen mehr, dann kommen wir jetzt zur fünften Anfrage. Die ist vom Herrn Abgeordneten Hergovich an den Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Bilanz kann das Sportland Burgenland für das Jahr 2016 vorweisen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann! Herr Präsident! Hohes Haus! Also ich glaube, das hat sich der Sport verdient, dass er auch eine ordentliche Bühne im Landtag bekommt, damit man auch weiß, damit alle wissen, was sich im Sport im Laufe eines Jahres ergeben hat. Es gibt immerhin ein Sportbudget von 3,86 Millionen Euro. Dass der Landtag in entsprechender Form beschlossen hat, einen Bericht abzuliefern, dass diese Gelder gut und richtig eingesetzt wurden, glaube ich, ist auch sehr, sehr wichtig. Ich kann Ihnen auch eines sagen, das Burgenland war in

seiner 95-jährigen Geschichte noch niemals so erfolgreich im Bereich des Sports, als das aktuell der Fall ist.

Wir konnten im vergangenen Jahr immerhin 754 Medaillen bei nationalen und internationalen Wettkämpfen erringen. 754 Medaillen! Das ist eine Verdoppelung unserer Medaillen innerhalb der letzten zehn Jahre und da muss ich wirklich sagen, da bin ich sehr, sehr stolz auf unsere Sportlerinnen und Sportler, auf die Trainer und auf die Vereine. Das ist eine gute Bühne für das Burgenland. Das sind Botschafter des Burgenlandes sowohl im Inland als auch im Ausland. Wir können nur noch einmal sagen, Gratulation allen, die diese 754 Medaillen auch errungen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich darf auch sagen, dass es einer der Höhepunkte auch ist, diesen Sportlerinnen und Sportlern eine Bühne zu bieten. Wir haben in der Villa Vita die Nacht des Sports mit den Sportlerinnen und Sportlern gefeiert, mit der Wahl der Sportlerin des Jahres, mit der Wahl des Sportler des Jahres, Mannschaft des Jahres, Aufsteiger, Persönlichkeiten, die sich im Laufe der Jahrzehnte große Verdienste erworben haben. Ich glaube, das ist in der Sportwelt, nicht nur im Burgenland, sondern wir haben Vertreter von anderen Bundesländern da gehabt, im Bereich des Skisports, den Abfahrtsolympiasieger, den Matthias Mayer, die Superskiweltmeisterin, die Fußballlegende den Herbert Prohaska, Spitzentrainer auch aus anderen Bundesländern, die gerne hierher kommen und ganz einfach sagen, dieses kleine Burgenland mit diesen tollen und großartigen Erfolgen, da kommen wir auch her, da überreichen wir Preise, da sagen wir auch, wir haben großen Respekt vor den Leistungen der burgenländischen Sportlerinnen und Sportler.

Eines ist auch ganz wichtig, wir konzentrieren uns nicht nur auf einige wenige Sportarten die halt besonders beliebt sind wie Fußball, Basketball, oder Tennis, sondern die burgenländischen Sportlerinnen und Sportler haben in 30 verschiedenen Sportarten die 754 Medaillen auch erringen können. Das ist eine Vielfalt, die man ja, glaube ich, als Außenstehender gar nicht annehmen würde, dass man in 30 verschiedenen Sportarten Medaillen auf internationaler und nationaler Ebene macht.

Ganz besonders erfolgreich waren natürlich die Olympiateilnehmer, der Thomas Zajac und die Tanja Frank, die als einzige als österreichisches Team die Bronzemedaille erringen konnten. Österreich hat eine Medaille bei den Olympischen Sommerspielen errungen, das waren Burgenländer, eine Burgenländerin, ein Burgenländer, die für Neusiedl am See im Bundesleistungszentrum für Segelsport regelmäßig trainieren, die sich dort auf die Wettkämpfe vorbereiten. Auch dieses Bundesleistungszentrum für Segelsport haben wir in der Vergangenheit finanziell unterstützt, bei der Errichtung gemeinsam mit dem Sportministerium, mit der Stadt Neusiedl und natürlich auch mit Unterstützung des Landes Burgenland.

Auch noch ein Satz, die Basis sind die Vereine. Wir schauen, dass es gute Rahmenbedingungen im Sport gibt, das ist der Sportbeirat. Wie gesagt, der Sportbeirat oder der Sport verfügt über 3,86 Millionen Euro, da kommen natürlich noch Bedarfszuweisungen dazu. Ganz vorbildlich, glaube ich, ist auch der Sportpool wo private Firmen 150.000, 170.000 Euro pro Jahr in diesen Sportpool einzahlen und wo die Sportjournalisten diese Gelder auch nach vielen Diskussionen und sehr objektiv vergeben.

Ein Dank auch an den Sportbeirat. Ich glaube, in den letzten 17 Jahren, seit ich Sportreferent bin, wurden alle Beschlüsse sowohl im Sportbeirat als auch in der Burgenländischen Landesregierung einstimmig gefasst. Da werden auch gute Beiträge bei den Diskussionen, Anregungen geleistet und damit können wir auch gute Voraussetzungen schaffen, dass der Burgenlandsport aktuell große Erfolge hat. Unser

Ziel ist, wie es im Sport eben ist, von den 754 Medaillen wollen wir heuer noch ein bisschen zulegen, weiter wachsen beim Medaillenstand, Spitzensport fördern und damit den Breitensport motivieren, Kinder motivieren Sport zu betreiben.

Dass wir die tägliche Turnstunde als erstes Bundesland im Burgenland haben ist bemerkenswert. Viele Bundesländer haben mich schon gefragt, erst unlängst, als ich in St. Pölten war - das wollen wir auch, wie sind die Erfahrungswerte - dieses burgenländische Modell im Bereich des Sports werden auch andere Bundesländer übernehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben den Sportbeirat bereits erwähnt. Können Sie einige wichtige große Sportstättenprojekte nennen, die in den letzten beiden Jahren im Sportbeirat genehmigt wurden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann! Im Sportbeirat, und das ist auch vergleichbar und das kann man ja nachlesen, werden nicht nur die Beschlüsse einstimmig gefasst, sondern auch die Förderrichtlinien. Da sind wir auch sehr gut unterwegs, dass sowohl im Bereich des Breitensports Infrastruktur gefördert wird, dass es Trainerförderung gibt, Spitzensportförderung gibt, also viele, viele Fördermöglichkeiten.

Das Geld wird, meiner Meinung nach, auch sehr effizient eingesetzt. Es gibt natürlich große Anlagen, die vom Sportbeirat in entsprechender Form auch unterstützt wurden, beschlossen wurden und damit auch realisiert und umgesetzt werden konnten.

Ich habe es schon angedeutet. Die einzige Bronzemedaille in Österreich, das hat auch seinerzeit der Sportbeirat beschlossen, dass es das Bundesleistungszentrum für Segelsport in Neusiedl gibt. Eine gute Kooperation zwischen dem Sportministerium, der Stadt Neusiedl und dem Land Burgenland. Gemeinsam konnten wir dieses Projekt stemmen. Wir sind im Augenblick auch dabei, ich habe erst den Präsidenten des Österreichischen Segelverbandes getroffen, das war vorgestern im Parlament, der mir gesagt hat, ja wir wollen weiter ausbauen. Wir haben vor dieses Bundesleistungszentrum zu attraktiveren, wo wieder die Stadt Neusiedl einen Beitrag leisten wird, hauptsächlich durch Einbringung eines Grundstückes, das muss entsprechend bewertet werden, aber wo auch wir von Seiten des Landes finanzielle Beiträge leisten, immerhin 110.000 Euro, um das Bundesleistungszentrum weiter auszubauen.

Wir haben mit dem Bürgermeister von Eisenstadt Gespräche geführt, die Kunsteisbahn in Eisenstadt zu überdachen, mit 44.000 Euro. Die Leichtathletikanlage in Pinkafeld, die einzige die wir jetzt haben, wird modernisiert, wird ausgebaut. Fast 60.000 Euro stellt auch hier für die Leichtathletikanlage das Land Burgenland zur Verfügung.

Aber auch die Rasenheizung des SV Mattersburg, die Flutlichtanlage, die HD-fähig sein muss, sonst gibt es keine Übertragungen am Abend, auch das wurde finanziell unterstützt. Wir sind dabei die Tennisanlage in Eisenstadt zu unterstützen, also insofern, wir haben in der Vergangenheit das Bundesleistungszentrum für Sportkegeln oder das Sportkegelzentrum unterstützt.

Die Inline Skater in Stegersbach, die österreichweit Spitze sind mit ihrer Halle, also insofern, wir haben den Olympiastützpunkt Ost im Ringen, im VIVA in Steinbrunn, *(Abg.*

Manfred Kölly: Es kommen eh noch sechs Fragen, lasst ihn bitte reden!) also viele Aktivitäten im Bereich des Spitzensports, verschiedene Sportarten, Herr Abgeordneter Kölly, eine Erfolgsgeschichte der burgenländische Sport, ich hoffe Sie stimmen in Zukunft dem Budget auch zu. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Ja, danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Mit dem Schuljahr 2017/2018 soll das burgenländische Pilotprojekt der täglichen Turnstunde in ganz Österreich umgesetzt werden. Wie waren die Erfahrungen mit diesem tollen Projekt im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe in einem Satz schon erwähnt, dass wir hier österreichweit eine Vorreiterrolle haben. Es ist uns mit dem Sportminister und auch mit dem Unterrichtsminister gelungen, dieses Projekt auch ins Burgenland zu bringen. Viele haben diskutiert, die tägliche Turnstunde soll es in Pflichtschulen geben, soll es in Pflichtschulen nicht geben.

Wir haben das dort auch realisiert und ermöglicht, wo das auch gewünscht ist. Wir wollen nichts von oben verordnen. Es kann jede Schule die Schwerpunkte setzen, die für sie und aus ihrer Sicht wichtig sind. Wir haben ÖKOLOG-Schulen, wir haben Sportschulen, wir haben die tägliche Turnstunde, wir haben sprachliche Schwerpunkte, also genau das soll man ja schulautonom festlegen. Aber immerhin werden von Seiten des Sportministeriums 3,3 Millionen Euro im Burgenland zur Verfügung gestellt, um die Sportlehrer und die Trainer auch zu bezahlen, die eben die tägliche Turnstunde im Pflichtschulbereich realisieren und umsetzen und die sind angestellt bei den Dachverbänden, bei ASKÖ, Union, ASVÖ. Auch das ist eine gute Konstruktion.

77 Prozent aller burgenländischen Pflichtschulen nehmen daran teil, das ist schulautonom zu entscheiden. Ich denke, das werden auch in Zukunft etwas mehr werden. 591 Klassen, 10.000 burgenländische Schülerinnen und Schüler haben erstmalig die Gelegenheit in diesem Schuljahr genützt. Manche sind vorsichtig, sagen warten wir ab. Es ist nur positiv, es gibt nur positive Rückmeldungen. Ich gehe davon aus, dass im Burgenland die tägliche Turnstunde weiter ausgebaut wird. Ich höre von meinen Kollegen, auch Landeshauptleuten, Sportreferenten in anderen Bundesländern, wie geht das, wir wollen das auch machen. Unlängst erst in Niederösterreich, und ich gehe davon aus, dass im Bereich des Sports das Burgenland wieder Vorbild für andere Bundesländer bei der Umsetzung der täglichen Turnstunde ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Resetar.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben erwähnt, Fußball, Basketball, Tennis, was natürlich sehr, sehr wichtig ist, dass das auch gefördert wird, das habe ich immer wieder unterstützt. Wir haben einen Golfprofi. Bernd Wiesberger ist Gott sei Dank auch Sportler des Jahres im Burgenland geworden. Er ist für mich auch ein internationales Aushängeschild.

Meine Frage ist dahingehend: Wieviel Förderung hat Herr Wieseberger vom Burgenland Tourismus oder vom Land schon bekommen, beziehungsweise wie wird er in Zukunft auch eingesetzt, weil ich glaube, er ist ein sehr sympathischer Sportler und mit seiner Kraft könnten wir auch international punkten?

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete, die Sportfrage lasse ich zu, die Tourismusfrage nicht. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir fördern nur, um ein kleines Beispiel zu sagen, über den Sportpool 40, 45 Sportler, wo auch der Herr Wiesberger dabei ist. Ich kann von allen 45 jetzt nicht die Beträge sagen, wieviel die tatsächlich bekommen, weil das auch von den Sportjournalisten beraten wird. Ich kann aber nachschauen und kann Ihnen das sagen.

Was er an Spitzensportförderung in der Vergangenheit bekommen hat, kann ich Ihnen auch nicht sagen, weil wir Dutzende von Spitzensportlern im Laufe der Jahre fördern. Dass er Förderungen bekommen hat, das ist ganz klar, um sich dorthin zu entwickeln, wo er jetzt ist, nämlich einer der besten Golfer weltweit. Jetzt brauchen wir über die Förderungen an ihn nicht mehr reden, *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Mag. Michaela Resetar: Jetzt ist er Profi!)* weil er bei Turnieren mitspielt, wo es Preisgelder von 100.000 Euro gibt, also insofern… *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich muss sagen, die Sportförderung, das sind einige wenige 1.000 Euro, das ist unbedingt notwendig und wichtig, um gute Voraussetzungen zu erlangen, um an die Weltspitze zu kommen. Da muss man differenzieren, ob ich in einer Sportart tätig bin, wo ich eben zwar Weltmeisterin bin, wie beim Kickboxen, aber nicht das große Geld verdienen kann. Oder ob ich Golfer bin, der bei X-Turnieren mitspielt, wo es um Preisgelder von 100.000 Euro im Laufe des Jahres geht und damit im Jahr 100.000 Euro verdiene.

Also ich glaube, dass der Herr Wiesberger sehr erfreut ist, wenn er Sportler des Jahres wird, dass man seine Leistungen respektiert und anerkennt, das machen wir auch, aber dass er sagt, ich bin angewiesen auf ein paar tausend Euro Sportförderung vom Burgenland, also das glaube ich nicht, weil ich ihn persönlich auch gut kenne, schätze und er auch die entsprechenden Ehrungen bekommt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich gratuliere den Sportlerinnen und Sportler natürlich zu ihren Leistungen, die sind wirklich hervorragend. Gratuliere übrigens zu der Veranstaltung in der Villa Vita, weil ich denke, dass es notwendig ist, eine Bühne zu schaffen für diese Sportler, wo man wirklich Vorzeigeland im Sport ist. Habe aber eine Frage dazu, da ich schon öfters dabei war.

Welche Kriterien muss eine Fraktion im Landtag erfüllen, um hier eingeladen zu werden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Gut, dass Sie den Sportlerinnen und Sportlern auch gratulieren, weil das ist für mich eine der wesentlichsten Voraussetzung, weil ich mache einen Bericht über den Sport im Burgenland, über die erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler.

Die Einladungsliste ist immer ganz klar, nämlich, dass die Regierung, der Sportbeirat und die entsprechenden Dachfachverbände, Vereine, SportlerInnen, Angehörige, Trainer, dort eingeladen werden. Aber wir schauen uns gern die Einladungsliste an, und können natürlich jederzeit, wir sind bei den Einladungen flexibel, dort auch entsprechend gestalten.

Aber, wie gesagt, ich mache das nicht persönlich, dass ich mir die Einladungsliste anschaue, sondern das wird größtenteils vom Protokoll gemacht, in dem Fall auch von der Sportabteilung. Aus dieser Diskussion heraus werden die Leute eingeladen. Wenn es ein Problem gibt, bitte bin ich gerne bereit, mir das anzuschauen. Uns kommt es nicht darauf an, bei 400 Anwesenden, dass hier Adaptierungen grundsätzlich durchgeführt werden.

Aber alle, die den burgenländischen Sport positiv sehen, das sehe sich natürlich sehr positiv, also insofern schaue ich mir das gerne an. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Nachschauen und berichten!)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Bieler gerichtet. Ich bitte den Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Die erste Jahreshälfte des Finanzjahres ist fast erreicht.

Welche nötigen außerplanmäßigen Finanzierungen sind für den Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2017 bereits absehbar?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Klubobmann! Der Nachtragsvoranschlag ist ein wichtiges Instrument, um unvorhergesehene Ausgaben im laufenden Jahr auch tätigen zu können. Er ist gesetzlich vorgeschrieben und daher sei ein kurzer Zwischenbericht durch diese Frage ermöglicht.

Wir haben bereits einige Nachträge in der Regierung beschlossen, die notwendig sind für Hagel-, Frostversicherung im Bereich Obst, 555.600 Euro. Beihilfe für Unwetterkatastrophen im Bereich Wein, 5,6 Millionen Euro. Beitrag für Häftlinge in Justizanstalten, 126.000 Euro. Aufgrund der Anregung vom Rechnungshof, Umstellung der KFZ-Beschaffungsstrategie von Leasing teilweise auf Kauf von 486.000 Euro und darüber hinaus sind noch die Pflegegelder der KRAGES und der Barmherzigen Brüder, also des Konventes mit 5,3 Millionen Euro vakant.

Nach vielen Verhandlungsrunden werden nun die Forderungen aus der HETA-Haftung gegenüber dem Pfandbriefstellengesetz im Nachtragsvoranschlag 2017 bereinigt. Ursprüngliche Forderungen und Haftungen von 77,7 Millionen Euro, wie sie durch das Finanzministerium, durch die Finanzmarktaufsicht gedroht haben, sind durch Verhandlungen auf zehn Prozent gedrückt worden. Das heißt, 7,8 Millionen Euro, die hier schlagend wurden. Das Burgenland erkennt somit als letztes Bundesland die Gewährträgerhaftung gegenüber der Pfandbriefstelle an. Damit ist die HETA-Problematik für das Burgenland beendet. Es gibt keinen Rechtsstreit mit den anderen Landeshypotheken-Banken. Der Bericht ist heute in den Landtag eingelaufen.

Es gibt sieben Rechtsgutachten, die diese Notwendigkeit der Anerkennung der Gewährträgerhaftung bestätigen. Darüber hinaus hat der Verfassungsdienst der Republik im vorigen Jahr und auch im heurigen Jahr diese Haftung bestätigt, in dem sie sagt, die Mitgliedsinstitute, das sind die Hypos und die Gewährträger, das sind die Bundesländer, mit Ausnahme Wiens, weil die keine Hypo-Bank haben, haften nach außen uneingeschränkt und gleichrangig für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle in Form einer Solidarhaftung.

Aufgrund dieser eindeutigen Sachlage wäre es unverantwortlich gewesen, dass Prozessrisiko gegenüber den anderen Bundesländern einzugehen. Daher hat das Burgenland, als letztes Bundesland, in seiner Regierungssitzung am 4.4.2017 die

Gewährträgerhaftung gegenüber der Pfandbriefstelle anerkannt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie kam es eigentlich zu der Haftung der Hypos beziehungsweise der Länder?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Die Pfandbriefstelle ist die finanzielle Drehscheibe aller Bundesländer, aller Landeshypothekenanstalten. Die Aufgabe ist es, für die Bundesländer und die Hypos zum Beispiel Anleihen zu emittieren, die sie dann als Darlehen an die Mitglieder weitergeben, die dann eben in der Folge auch zurückbezahlt werden müssen. Diese Gewährträgerhaftung gegenüber der Pfandbriefstelle ist jetzt schlagend geworden. Das Problem war, dass am 1. März 2015 die Finanzmarktaufsicht auf Anregung des Finanzministers einen Bescheid erlassen hat, wo von einem Tag auf den anderen die Zahlungen der HETA an die Pfandbriefstelle eingestellt wurden. Die Zahlungen der Abwicklungsstelle der in konkursbefindlicher Bank in Kärnten wurde damit vakant.

Die Folge dieses Bescheides war ein massives Liquiditätsproblem der Pfandbriefstelle und das ist ja, fast unverantwortlich, eine Gefährdung des Finanzmarktes in ganz Österreich. Diese Vorgangsweise ist für mich heute noch äußerst fragwürdig, weil damit die Belastungen vom Bund, und die HETA ist im Eigentum des Bundes, auf die Landeshypos und auf die Länder übertragen wurden, was ja an sich eigentlich ein Wahnsinn ist.

Der Finanzmarkt wäre kollabiert, wenn nicht sofort die Hypos und die Länder, Landesfinanzreferenten und die Landeshauptleute reagiert hätten und diese Zahlungen übernommen hätten, weil sonst 5,6 Milliarden Euro für die Pfandbriefstelle und 18 Milliarden Euro Landes Hypo-Haftungen insgesamt schlagend geworden wären.

Seit 1939 haben die Länder die Haftungen für diese Pfandbriefstelle, 1999 wurde das bestätigt. Wir haben das jetzt als letztes Bundesland anerkannt, weil wir mit den Ländern solidarisch den Finanzmarkt Österreich und die Stabilisierung eigentlich damit bewirken wollten und das ist Gott sei Dank auch gelungen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie lange besteht eigentlich diese Gewährträgerhaftung des Landes gegenüber der Pfandbriefstelle noch?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Diese Gewährträgerhaftung endete mit der Annahme der Gewährträgerhaftung und der Zahlung an die Bank Burgenland. Darüber hinaus, weil es viele Fragen gegeben hat, haben wir auch geprüft, ob es eine Regressmöglichkeit gegenüber dem Land Kärnten geben könnte.

Alle Bundesländer sind zur Rechtsauffassung gekommen, dass hier keine Möglichkeit eines Regresses gegenüber dem Land Kärnten besteht. Wir haben darüber hinaus von der Kanzlei Herbst Kinsky eine Stellungnahme eingeholt, die genau in diese Richtung geht. Das heißt, leider können die Bundesländer sich im Regresswege vom Land Kärnten kein Geld zurückholen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? Bitte Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Wie haben sich unsere Zinsspekulationen seit Jahresbeginn entwickelt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Wir haben keine Zinsspekulationen, das wissen Sie ganz genau, auch wenn Sie es immer wieder wiederholen! Das ist in keinem Bericht vorgekommen, außer in Ihrer politischen Stellungnahme. Es hat sich hier nichts geändert, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist Ihre Ansicht!)* weil sich auch die Weltwirtschaftssituation nicht geändert hat. Auch das wissen Sie genau, Sie wollen immer nur Falschmeldungen in der Öffentlichkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Also haben sie sich nicht entwickelt?)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Klubobmann Molnár.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Landesrat, Sie haben den Sachverhalt rund um Pfandbriefstelle und Gewährträgerhaftung sehr genau beschrieben. Ich bitte dennoch um Präzisierung, welche Handlungsoptionen hätte das Land Burgenland in dieser Sache noch gehabt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Ja. Gerne. Es hat mehrere Möglichkeiten gegeben. Die Klage zu riskieren, die Klage zu gewinnen, nichts bezahlen zu müssen. Andererseits die Klage zu verlieren und ein Prozessrisiko von 19,7 Millionen einzugehen, weil hier sehr hohe Zinsforderungen, weil hier im Laufe der Jahre - es wäre ein Rechtsstreit von bis zu 15 Jahre möglich gewesen - diese hohe Summe bewirkt hätte.

Die andere Möglichkeit ist es eben, diesen Vergleich einzugehen, um hier dieses Prozessrisiko nicht zu haben, die Anerkennung der Gewährleistung, Gewährträgerhaftung durchzuführen und diese 7,8 Millionen Euro an die Bank Burgenland zu bezahlen, die das vorfinanziert hat. Wir haben uns im Kreise aller Bundesländer - und hier als letztes Bundesland - dazu entschieden, diese Gewährträgerhaftung anzuerkennen und diese 7,8 Millionen Euro zu bezahlen. Damit ist die HETA-Problematik erledigt.

Es gibt keine Rechtsstreitigkeiten. Es gibt auch keine Notwendigkeiten für eine Darlehensaufnahme, keine Erhöhung des Schuldenstandes des Landes, auch keine Erhöhung und Verschlechterung des Maastricht-Schuldenstandes beziehungsweise des Maastricht-Ergebnisses des Landes. Im Übrigen hat auch Standard & Poor's diese gemeinsame Tragung der gesamtösterreichischen Lösung aller Bundesländer und auch des Burgenland sehr positiv gesehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? Bitte Herr Abgeordneter Mag. Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Bedeutet dies in concreto, dass alle Bundesländer, gleichsam das Burgenland, für Kärnten zahlen musste beziehungsweise müssen? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hast Du es nicht gerade gehört?)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ)**:** Alle Bundesländer haben sich dazu bekannt, eine gesamtösterreichische Lösung mitzutragen - für die Sicherung des Finanzmarktes

Österreich, für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich. Diese solidarische Verantwortung untereinander und gegenüber dem Bund hat dazu geführt, dass wir Haftung übernehmen, die nicht durch die Schuld der Bundesländer getragen wurden, sondern das ist in Kärnten passiert, und daran werden noch Generationen zahlen müssen und diese Suppe müssen wir jetzt gemeinsam auslöffeln, obwohl wir nichts dafür können. Das stimmt, aber auf Grund dieser Gewährträgerhaftung aller Bundesländer mussten die Bundesländer und haben das auch getan, diese Zahlungen übernehmen, gemeinsam mit den Hypos. Daher war diese Maßnahme notwendig, weil - und das habe ich vorher gesagt - der Bund diese Verantwortung einfach abgeschoben hat und die Bundesländer in Verantwortung der gesamtösterreichischen Lösung und auch in der Notwendigkeit der Einhaltung der Gesetze, diese Zahlungen übernommen haben.

Ja, da gibt sehr viele Diskussionspunkte, die hier noch viele Generationen dauern werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die siebente Anfrage in vom Herrn Abgeordneten Ing. Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Gemäß Referatseinteilung der Burgenländischen Landesregierung sind Sie für das „Landes-Polizeistrafgesetz“ zuständig. In einer Aussendung am 23. März 2017 haben Sie von einer Novellierung des Polizeistrafgesetzes gesprochen. Auch eine Änderung zum Thema Grenzsicherung und Grenzkontrollen haben Sie immer wieder medial angekündigt.

Inwieweit ist es im Zuge dieser Novellierung möglich, Ihre Ankündigungen umzusetzen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Zweiter Präsident des Landtages! Das Landes-Polizeistrafgesetz stammt aus dem Jahr 1986 und regelt die Verwaltungsstrafen, das heißt, alles was mit Verwaltungsstrafen zu tun hat, wird im Landes-Polizeistrafgesetz geregelt und ist dort verankert.

Damals wie auch heute wird die Grenzsicherung, natürlich auch die Grenzkontrolle, im Artikel 10 der Bundesverfassung geregelt, sowohl in Sachen der Gesetzgebung, wie auch in der Vollziehung. Das heißt, das ist klare Angelegenheit der Bundesgesetzgebung. Dass es natürlich keine Denk- und Sprachverbote geben darf, ist klar. Die Forderung, die ich damals gestellt habe, hat sich natürlich spätestens ein halbes Jahr später bestätigt. Nachdem es diese 71 Toten gegeben hat, hat es ein totales Umdenken in der Bundesregierung gegeben, und es sind Grenzkontrollen eingeführt worden. Es ist das Bundesheer an die Grenze gekommen. Was ich damals angekündigt habe, hat seine Richtigkeit gehabt!

Zum Landes-Polizeistrafgesetz. Hier ist vieles geregelt, zum Beispiel im Bereich der Anstandsverletzung, hier muss es eine Novellierung geben. Die Anstandsverletzung ist nicht konkret geregelt. Auch hier sollte man im Detail darüber nachdenken, wie man der Bevölkerung erklärt, was ist im Verwaltungsstrafgesetz geregelt und was nicht. Wir müssen uns Gedanken machen, wie der Schutz der öffentlichen Einrichtungen geregelt werden kann oder unerwünschte Eingriffe in die sexuelle Sphäre eines jeden - das ist

auch nicht geregelt, die natürlich noch nicht unter das Strafgesetz § 218 fallen, das muss man natürlich auf sagen. Belagerung von öffentlichen Orten, die unzumutbare Belästigungen von Bürgern hervorrufen oder die aggressive Bettelei, die auch im Burgenländischen Strafpolizeigesetz nicht verankert ist und immer mehr und mehr jetzt zunimmt.

Was mir besonders wichtig ist - dieses Quäntchen Anstand, das jeder haben sollte, zum Beispiel wenn verschiedene Personen oder sogar manchmal Medien an Unfallorten fotografieren, oder Verunglückte fotografieren oder wenn Personen, die verunglücken, fotografiert worden sind, und die Fotos auch noch gepostet werden, sogar ins Facebook gestellt werden, und so weiter und sofort. Das muss auch im Landes-Polizeistrafgesetz geregelt werden.

Oder im Bereich der Wegweisungen oder auch Sicherstellungen, wenn zum Beispiel unglaublicher Lärm verursacht wird, dass man die Möglichkeit hat, wegzuweisen oder auch Gegenstände sicherzustellen, die diesen Lärm verursachen. Es ist hier noch einiges zu tun. Mit dem Koalitionspartner haben wir bereits eine Verhandlungsrunde abgehalten - in der nächsten Verhandlungsrunde werden wir über Details sprechen – auch ÖVP, LBL und GRÜNE werden wir einladen, damit wir als Ergebnis ein der Zeit entsprechendes Polizeistrafgesetz haben, welches wir dann vielleicht am Ende Landes-Sicherheitsgesetz nennen werden können.

Das heißt, es wird ein neues Landes-Sicherheits-Polizeistrafgesetz geben, das an dieses Polizeistrafgesetz angepasst ist. Das Gesetz ist aus dem Jahr 1986, daher ist eine Novellierung dringend erforderlich. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben es gerade selbst gesagt. Das Polizeistrafgesetz ist im Rahmen der Verwaltung in Ihrer Verantwortung. Mit Grenzsicherung, mit Grenzüberwachung haben Sie nichts am Hut. Sie haben hier keine Zuständigkeit. Sie haben aber der Bevölkerung weismachen wollen, Sie hätten eine. Sie haben keine! Im Polizeistrafgesetz kennen wir die Prostitution, Geruchsbelästigung, all diese Dinge.

Haben Sie Ihre Forderung nach berittener Polizei an der Grenze mit dem Koalitionspartner abgesprochen, weil sie ja alles absprechen? *(Abg. Manfred Kölly: Diese Frage hättest Du Dir ersparen können.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Abgeordneter! Man muss schon differenzieren. Als ich angekündigt habe, man muss auch an der Grenze kontrollieren, waren Sie der, der gesagt hat, das ist unmöglich, man kann doch nicht in der Nähe der Grenze Fahrzeuge kontrollieren, das halten Sie für unverschämt, und das geht auch gar nicht. Ich habe aber trotzdem im August 2015 gemeinsam mit den Bezirkshauptmannschaften folgendes ausgearbeitet. Danach ist aber die Grenzsicherung gekommen und auch das Bundesheer, deshalb war das nicht mehr erforderlich. Es wurde auf folgendes erarbeitet: Die genaue Einsatzplanung möge seitens der Polizei und der Bezirkshauptmannschaften entsprechend verkehrssicherheitstechnischer Überlegungen und Erfahrungen vorgenommen werden. Die Kontrollen sollen in eigenem und angemessenem Umfang erfolgen und von der Anzahl der Kontrollen und vom Personaleinsatz her den übrigen Verkehrskontrollen im Landesinneren bei neuralgischen

Punkten, Zeltfesten, Diskotheken, Schulen entsprechen. Sie sollen zu keinen unvertretbaren Verkehrsbehinderungen führen, und es sollen nicht nur ausländische Lenker oder im Ausland zugelassene Fahrzeuge kontrolliert werden.

Das heißt, das ist in der StVO, im § 94 geregelt. Angeordnet wurde, dass im grenznahen Bereich Kontrollen durchgeführt werden, nicht direkt an der Grenze, sondern im grenznahen Bereich. Das war auch schon so bei den Bezirkshauptmannschaften.

Sie haben das abgelehnt. Sie haben gesagt, es kommt gar nicht in Frage, dass man in der Nähe der Grenze kontrolliert. Aber das war wirklich angeordnet. Natürlich hat sich das durch die Bundesgesetzgebung mit den Grenzkontrollen erübrigt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Manches, was Sie gesagt haben, stimmt, vieles nicht. Die ÖVP hat sich nie gegen Grenzsicherungsmaßnahmen gestellt. *(Abg. Robert Hergovich: Sicher!)* Sie sind auch nicht zuständig dafür. Sie sind im verkehrspolitischen Bereich zuständig. Sie können nicht anordnen, an der Grenze Kofferraum auf, Kofferraum zu. Das können Sie nicht. Wenn Sie das tun, dann maßen Sie sich Dinge an, die Sie nicht können.

Meine klare Frage vorhin war: Haben Sie Ihre Forderung nach berittener Polizei an der Grenze mit dem Koalitionspartner abgesprochen? Ja oder Nein? Mir reicht eines dieser Worte. *(Abg. Walter Temmel: Ja oder nein?)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Zum einen noch einmal. Wenn die Verkehrspolizei im grenznahmen Raum kontrolliert, dann hat der Beamte selbstverständlich die Möglichkeit, wenn er Verdachtsmomente sieht oder bekommt, zu sagen, bitte Kofferraum auf, Kofferraum zu oder machen Sie bitte hinten den Kofferraum auf. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein!)* Doch, selbstverständlich! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Dafür sind andere zuständig. Die Bundespolizei, das Bundesheer, der Herr Landeshauptmann, … Aber nicht Sie! – Abg. Ingrid Salamon: Wer ist jetzt am Wort?)*

Jeder Polizeibeamte hat die Möglichkeit, Herr Abgeordneter. Jeder Polizeibeamte hat die Möglichkeit, wenn er ein Fahrzeug zu kontrollieren hat, auch den Kofferraum anzuschauen oder auch die Ladefläche anzuschauen. *(Abg. Manfred Kölly: Er ist ja Polizeibeamter, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.)* Das war nicht mehr und nicht weniger. Warum soll das so schlecht sein?

Zu Ihrer Nachfrage bezüglich der berittenen Polizei. Es ist ja nicht so, dass wir als Koalitionspartei mit der SPÖ immer der gleichen Meinung sind, eine Einheitspartei sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eine Teilorganisation bist.)* Es wird auch so sein, dass die SPÖ viele Vorschläge hat, die vielleicht nicht für die FPÖ so sind, dass man sagt, in Ordnung, das akzeptieren wir. Umgekehrt wird es auch so sein.

Das heißt, wichtig ist die Zusammenarbeit. Wichtig ist, dass man auch, wenn man verschiedene Standpunkte hat, darüber zu sprechen spricht, und ziellösungsorientiert verhandelt. und sagt, in Ordnung, da können wir mit, da können wir nicht mit. Die Lösung muss passen und dann kommt das zur Umsetzung, wo man sich auch trifft und versteht, alles andere ist irgendwo eine politische Aussage, die Sie natürlich auch bewusst tätigen.

(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja oder nein? - Abg. Mag. Franz Steindl: Ein lahmer Gaul. – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich komme wieder auf die ursprüngliche Frage zurück und auf Ihren Wunsch oder Ankündigung nach einer Pferdestaffel im Grenzschutz.

Die Reitausbildung des Österreichischen Bundesheeres wurde 2015 aufgelöst und alle Pferde wurden verkauft. Das heißt, es müssten Pferde ausgebildet, gekauft werden, vor allem wenn man mehr will, als nur mit Feldstechern in der Gegend auszureiten.

In Hamburg hat im Jahr der Gründung der Polizeipferdestaffel im Jahr 2010 mit acht Pferden Ausgaben in Höhe von 400.000 Euro verursacht und in jedem Folgejahr Kosten von 150.000 Euro.

Deswegen meine Frage an Sie: Wie haben Sie sich das konkret vorgestellt bei Ihrer Kostenschätzung von einmal 100.000 Euro für Neuaufbau einer Pferdestaffel für den Grenzschutz? *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Heiterkeit bei der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar und bei den Abgeordneten Mag. Franz Steindl und Ing. Rudolf Strommer)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Grundsätzlich verstehe ich nicht, warum man so amüsiert ist, wenn jemand eine berittene Polizei fordert – eine solche gibt es z.B. in Deutschland, speziell in Bayern. Eine berittene Polizei hat schon etwas in sich, so lächerlich würde ich das nicht sehen. Aber das ist Ihre Angelegenheit. Ich habe mich natürlich auch mit sehr vielen Experten unterhalten. Ich werde mich auch demnächst in Bayern darüber informieren, wie dort die Zustände sind, welche Erfahrungen man dort gemacht hat.

Ich glaube aber schon, dass es ein Thema ist, über das man sprechen kann. Ich habe auch mit dem Verteidigungsminister über das Thema persönlich gesprochen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat der dazu gesagt?)* Also so ist das nicht, dass das einfach so, wie die ÖVP das macht, ins Lächerliche gezogen wird. Wichtig ist natürlich, dass wir über man alle möglichen Grenzschutzmittel, die man haben kann, auch andenkt nachdenken. Ich glaube, dass es Das ist besser ist, als eine Mauer zu errichten. Ich glaube auch, dass es insgesamt wichtig wäre, bei Großveranstaltungen oder Demonstrationen auch Pferde einzusetzen. Man könnte im Burgenland natürlich mehr bewirken als man glaubt. Man könnte für in Österreich hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Ich bin überzeugt davon, dass eine Pferdestaffel auch für das Bundesheer und natürlich wie auch für die Polizei sehr wirksam wäre und unterstützend wie auch öffentlichkeitswirksam wäre. Man darf überhaupt nicht vergessen, man muss wirklich einmal sollte auch mit Tierärzten sprechen oder man muss auch mit und jenen Personen sprechen, die mit Pferden zu tun haben, dass das wirklich ein Zusammenwirken zwischen dem Reiter und dem Pferd ist, was man sich gar nicht vorstellen kann. Um über dieses Thema mehr zu erfahren. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Dem möchte ich keine Lächerlichkeit zubilligen, so wie es die ÖVP tut, sondern ich glaube, man sollte auch wirklich ernsthaft über jedes Thema sprechen, was wir auch mit der SPÖ tun, auch wenn man manchmal verschiedene Auffassungen hat. Aber das ist

genau das Wichtige ist, dass man Ziele findet und Lösungen findet und mit Wertschätzung an ein Thema herangeht, nicht so wie die ÖVP das macht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe eine sehr ernsthafte Frage gestellt.)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Haidinger. *(Abg. Manfred Kölly: Er ist dafür.)*

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Nachdem es jetzt gelungen ist, dem Landtagspräsidenten Ing. Strommer und der Kollegin Petrik die zwei Dinge, die nicht zusammengehören, im Prinzip zusammenzufassen, darf ich vielleicht noch einmal fragen, weil es mich auch besonders interessiert und ich glaube, auch alle anderen auch interessiert: Welche Angelegenheiten bedürfen Ihrer Meinung nach der Novellierung beziehungsweise der Neuaufnahme in dieses Landesgesetz? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Hat er eh schon gesagt.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Danke schön, Herr Abgeordneter. Wenn ich Sie richtig verstehe, wollten Sie einfach darauf hinweisen, dass die Fragestellung der ÖVP nicht wirklich den Tatsachen entspricht, denn Bundeskompetenz ist etwas anderes als Landeskompetenz. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich habe einen Gaul an der Grenze nicht gefordert!)* Aber es ist überhaupt kein Problem. Ich nehme das auch gerne zur Kenntnis.

Wichtig ist und das ist die Quintessenz sowie die Kernaussage, dass wir ein neues Landes-Polizeistrafgesetz brauchen. Es gehört novelliert, es gehört wirklich im Detail ausverhandelt. Wir sind mit dem Koalitionspartner auf sehr gutem Wege und werden natürlich sehr gerne die ÖVP, die LBL und die GRÜNEN einbinden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Einbindung und Diskussion ist immer in Ordnung. Sie haben auch erwähnt, mit dem Verteidigungsminister diesbezüglich gesprochen zu haben. Wenn Sie das schon erwähnen, würde ich Sie bitten, dass Sie uns auch berichten, was denn seine Stellungnahme zu Ihrem Thema und Ihrem Vorschlag hinsichtlich berittener Grenzpolizei ist.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sie werden natürlich verstehen, dass ich nicht jetzt alle 50 oder 60 Gespräche, die ich mit verschiedenen Personen geführt habe, im Landtag öffentlich zur Diskussion bringe. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ein! Ein!)* Das sind nämlich genau solche Gespräche, die vertrauenswürdig sind. Diese beruhen auf gegenseitiger Wertschätzung und die sollen nicht dazu beitragen, dass die ÖVP sich irgendwie lustig macht oder den Landtag als politisches Schauspiel verwendet. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist durch Zeitablauf b e e n d e t.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 860), mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über

Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird (Änderungsvereinbarung betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor) zugestimmt wird (Zahl 21 - 602) (Beilage 885)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 860, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird (Änderungsvereinbarung betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor) zugestimmt wird, Zahl 21 - 602, Beilage 885.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird (Änderungsvereinbarung betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor) zugestimmt wird, in ihrer 9. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 19. April 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird (Änderungsvereinbarung betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor), wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe ZuhörerInnen, Zuschauer im Saal und an den Geräten! Diese 15a-Vereinbarung ist letztes Jahr ausgelaufen und musste erneuert werden. Basierend ist die ganze Geschichte natürlich auch, da es um Klimaschutz geht, mit der Ratifizierung im Parlament in Wien am 8. Juli 2016 des Weltklimavertrages von Paris. In diesem steht, dass sich Österreich, sowie die meisten anderen oder fast alle Industriestaaten, zu einem vollständigen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energiequellen sowie eine 95-prozentige Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen verpflichtet und zwar im Vergleich zu 1990 auf 2050.

Das bedeutet eine enorme Herausforderung. Ein Teil dieser Herausforderung und dieses ambitionierten Zieles konnte Gott sei Dank in der Vergangenheit unter anderem mit dieser 15a-Vereinbarung erreicht werden. Die CO_2-Emissionen sind insbesondere im Gebäudebereich seit 1990 doch maßgeblich zurückgegangen, konnten gesenkt werden. Die Maßnahmen sind vielfältig. Es geht vor allem um Maßnahmen im Bereich der

Wohnbauförderung der Länder im Neubau, wo es um Energieeffizienz geht, um Mindestanforderungen zur Gewährung der Wohnbauförderung im Neubau, die da festgelegt worden sind. Es geht um thermische Sanierung. Es geht um Anreizsysteme für thermische Sanierung und Energieeffizienz, um die Sanierung von Heizungsanlagen, vor allem die Umstellung von Öl auf erneuerbare Anlagen. Und es geht natürlich um Bau- und energietechnische Vorschriften, die die Bundesländer nach den OIB-Richtlinien unter anderem sicherzustellen haben.

Das Ganze - kann man sagen - war ein Erfolg. Umso interessanter ist dann die Schlussfolgerung Ende des Jahres 2016, als diese Verordnung ausgelaufen ist. Es haben sich nämlich die WohnbaulandesrätInnen getroffen und haben in ihrer Konferenz am 3. Juni mit dem Verweis auf bisherige Erfolge erklärt, dass es eigentlich keine Notwendigkeit mehr für die Fortschreibung oder eine Erneuerung dieser 15a-Vereinbarung braucht. Gott sei Dank haben sie sich nicht durchgesetzt. Allerdings muss man sagen, erkennt man jetzt an der Neuausrichtung, dass sie nicht wirklich mit voller Begeisterung dabei waren, es gibt nämlich leider einige Nachteile in dieser neuen 15a-Vereinbarung.

Der größte Nachteil ist eigentlich, dass es durch die Bindung der gesetzlichen Mindestanforderungen zu einer Verschlechterung der Mindestanforderungen im Wohnbauförderungsgesetz kommt. Konkret: Die Effizienzanforderungen für die Förderungen eines Einfamilienhauses nach alter 15a-Vereinbarung lagen bei 36 Kilowattstunden pro Quadratmeter, nach der neuen sind in etwa 54 Kilowattstunden pro Quadratmeter nur mehr erforderlich, das ist natürlich eine Verschlechterung. Das heißt, schlechtere Maßnahmen. Der Wert, den wir jetzt bisher hatten, wird dann erst 2021 wieder erreicht, weil das eben dann pro Jahr - Gott sei Dank - wieder zu einer Verbesserung kommt, aber im Ganzen gesehen ist es hier zu einer Verschlechterung gekommen.

Eigentlich hätte man sich erwartet, dass die 15a-Vereinbarung, wenn sie schon ein Erfolg war, nicht nur fortgeschrieben wird, sondern auch verbessert wird. Es gibt keine verpflichtenden Maßnahmen bei Raumordnungszielen, obwohl das eigentlich für alle Länder ein wichtiges Ziel ist, das auch im Landesentwicklungsplan steht.

Das heißt, Flächenverbrauch, Siedlungsentwicklung und Mobilität sind kein Kriterium für den Wohnbau, für den geförderten Wohnbau in den Ländern. Zum Beispiel haben wir das Problem, selbst wenn ich noch so ein gut gedämmtes und ökologisch optimales Niedrigenergie oder Null-Energie-Haus habe, wenn ich das weit ab vom öffentlichen Verkehr baue und dann mit dem SUV in die Arbeit fahren, haue ich mir praktisch einen Großteil der positiven Maßnahmen, die ich im Haus gesetzt habe, wieder zusammen. Es gehörte eigentlich dieser Punkt „Raumordnungsziele“ mit eingerechnet.

Was völlig fehlt, allerdings leider nur im Burgenland, sind Förderungen für ökologische Dämmstoffe. Es wird zurzeit sehr viel mit Styropor gedämmt. Das Problem ist, wenn man es mal vom Haus wieder runternehmen will, oder das Haus abgerissen wird, ein Sondermüll. Durch die Verklebung kann man keine Teile wiederverwenden und auch ein Recyceln ist sehr schwer, weil auf dem Styropor der Kleber drauf ist und somit hier, wie gesagt, Sondermüll produziert wird. Hier wäre es notwendig, so wie in allen anderen Bundesländern, eine maßgebliche Förderung für jene, die sich entscheiden, statt Styropor Hanf, Papier, Holzfaser oder Ähnliches zur Dämmung zu verwenden.

Im Ganzen muss man sagen, ist das Problem thermische Sanierung deswegen auch so maßgeblich, weil man nicht einmal die Ziele, die man sich gesetzt hat, nämlich drei Prozent pro Jahr an Sanierungsrate zu erreichen, von denen sind wir weit entfernt, da ist auch das Burgenland leider in schlechter Gesellschaft. Bundesweit sind wir ungefähr

bei 0,6 Prozent, mit rücklaufenden Tendenzen. Das sagen nicht wir, das sagt der Klimaschutzbericht 2016 des Umweltbundesamtes.

Wenn wir in diesem Tempo, also die 0,6 Prozent weitermachen, dauert es 170 Jahre, bis wir den Altbestand saniert haben. Das sind Häuser, die ab 1900 bis 1980 gebaut sind, die thermisch extrem schlecht sind, bis gar nicht gedämmt sind und wo ein sehr großer Nachholbedarf besteht. Man muss auch sagen, dass das sowieso völlig unerklärlich ist, wie man ein Instrument, nämlich Förderungen in Sanierung, dermaßen zurückfahren kann.

Die Bundesregierung hat die Gelder 2015 etwa halbiert. Das hat man dann auch daran gesehen, dass bereits im August 2015 die Gelder ausgeschöpft waren. Völlig unverständlich, weil nicht zuletzt das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt, Sanierungsförderungen sind Jobmotoren. Sanierungsgelder sind Konjunkturmotoren. Es gibt Berechnungen, dass jeder eingesetzte Fördereuro um das Drei- bis Vierfache wieder zurückkommt, das heißt, Steuerabgaben auslöst, aber eben auch - ganz wesentlich- Jobs schafft.

Das WIFO spricht davon, dass, wenn man die Sanierungsquote erfüllen würde, die man sich gesetzt hat, man mit 30.000 Jobs mehr rechnen könnte. Das heißt, es wäre eine Win-Win-Win-Situation - kann man eigentlich nur sagen -, und es ist völlig unklar, warum auch im Burgenland der Sanierungsscheck eingestellt worden ist.

Noch dazu hilft man damit auch den Menschen in den Häusern, vor allem die jetzt in Häusern sitzen, die schlecht gedämmt sind, die alte Heizungen haben, weil die ganze Geschichte ist natürlich teuer. Wenn wir hier investieren würden, könnten wir diesen Menschen über Jahre hinaus Geld sparen helfen. Bei der Wohnbauförderung geht es aber nicht nur um umweltpolitische Lenkungseffekte, sondern es geht auch um leistbares Wohnen, um einen verantwortungsbewussten, transparenten Umgang mit den Fördergeldern. Die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen müssen eigentlich neue Regelungen im Umgang mit den Wohnbaufördergeldern bringen.

Vor allem geht es um eine zielfokussierte Einsetzung dieser Gelder. Deswegen sind unsere Forderungen auch an erster Stelle natürlich wieder die Zweckwidmung, damit man die Rückflüsse der Gelder wieder in die Sanierung investieren kann. Das macht natürlich Sinn, weil sich damit ein gewisser Schaukeleffekt ergibt. Wir fordern volle Transparenz! Die Bundesländer müssen sich verpflichten, über die Verwendung der Wohnbauförderungsmittel öffentlich regelmäßig zu berichten. Es braucht leider, auch wenn wir das heute hier beschließen werden, eine neue 15a-Vereinbarung, die die zu Anfang gesetzten Ziele, nämlich 95-prozentige Reduktion der Treibhausgase, möglich macht. Diese wenig ambitionierte 15a-Vereinbarung wird das leider nicht schaffen.

Wie soll ein 15a-Vertrag unserer Meinung nach aussehen? Es braucht Förderzuschläge nur noch für Niedrigst- und Passivhausstandard. Es braucht Mindestanforderungen bei den Förderungen gegenüber dem nationalen Plan, der ja auch maßgeblich bautechnische Mindeststandards einfordert. Es braucht Anreize zur Unterschreitung der Mindestanforderungen - Thema Plus-Energiehaus -, und es braucht einen noch stärkeren Fokus auf mehrgeschossigen Wohnbau, weil im mehrgeschossigen Wohnbau kann ich natürlich die Ziele durch die kompakte Bauweise leichter erreichen. Deswegen sind auch beim mehrgeschossigen Wohnbau die Mindestanforderungen höher als beim Einfamilienhaus, was ja auch Sinn macht. Es braucht verpflichtende Berücksichtigung, wie ich vorher ausgeführt habe, dass der Flächenverbrauch und der Anschluss am öffentlichen Verkehr auch ein Kriterium ist. Auf jeden Fall sollte es diese Anreize geben.

Nachverdichtung in Siedlungszentren, ganz wichtig, eingeschossiger Bau in Städten und Gemeinden geht nicht mehr. Das muss auf jeden Fall mehrgeschossige sein. Keine Förderung für Autoabstellplätze. Keine Förderung für fossile Heizsysteme, weder im Neubau, noch in der Sanierung. Und natürlich die thermische Sanierung, die dieses ambitionierte Ziel der drei Prozent Sanierungsquote erreicht, ist ganz wichtig.

Die Schaffung von „billigem“, besser gesagt, leistbarem Wohnraum, ist noch ganz wesentlich. Hier haben sich die Vorarlberger angeschaut, was heißt das eigentlich, diese Diskrepanz zwischen billig, nachhaltig bauen und trotzdem kostengünstig beziehungsweise leistbar. Man hat sich dort ein Bauprojekt mit einer Wohnhausanlage mit 18 Wohnungen angesehen und ist bei der Abwägung zwischen Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit zu dem Schluss gekommen, dass das Mehr der Baukosten von etwa vier bis sechs Prozent innerhalb des Lebenszyklus durch geringere Betriebskosten leicht kompensiert und damit natürlich auch die jährliche Belastung der Bewohner und Bewohnerinnen geschmälert werden kann.

Diese 15a-Vereinbarung schafft das leider alles nicht. Das heißt auch, dass wir den Pariser Verträgen des Weltklimavertrages auf diese Art und Weise nicht erreichen werden können. Und noch dazu, Thema „Jobmotor und Konjunkturmotor“, hier eigentlich uns Arbeitsplätze entgehen, wirtschaftliche Impulse und letztendlich die Menschen weiter in Häusern und Wohnungen leben, die teuer sind, weil sie viel heizen müssen, weil die Dämmung nicht ausreicht.

Wir werden daher dieser 15a-Vereinbarung nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Werte Zuseher! Es schmerzt mich ein bisschen, wenn der Vorredner jetzt festgestellt hat, dass die GRÜNEN diesem Antrag nicht zustimmen werden, insbesondere da es ja um eine Verminderung der Treibhausgase geht. Was für mich also jetzt nicht verständlich ist, wenn es in die richtige Richtung geht, wenn es vielleicht nicht so weit geht, wie es sich die GRÜNEN vorgestellt hätten, kann man nur sagen, dass es besser ist, der Feind des Guten beziehungsweise die Politik ist die Kunst des Machbaren. Wir sind eben in der Demokratie, Gott sei Dank, über mehrere Interessenslagen, aber natürlich auch mehrere Meinungen, dementsprechend gefordert, das Beste aus den unterschiedlichen Interessenslagen zu holen. Und das ist meiner Meinung nach das Beste.

Inhaltlich will ich jetzt auf diese 15a-Vereinbarung gar nicht mehr eingehen, weil die Verlesung von meinem Vorredner den Inhalt eh schon abgearbeitet hat. Zwei, drei wesentliche Punkte möchte ich herausheben. Ein großer Paradigmenwechsel ist, dass jetzt alles auf die OIB-Bereiche abgestuft wird, dass die Wohnbauförderung nach wie vor ein Instrument bleibt, nicht nur im Bereich des privaten Baus, sondern mit der Verpflichtung mit dem Bau im öffentlichen Bereich.

Aber, und das ist jetzt ein Appell, ich verstehe hier wirklich die GRÜNEN nicht, wenn wir etwas zusammengebracht haben, wo die Richtung stimmt, wo die Marschzahl im Prinzip vielleicht nicht so hoch ist, als Sie es sich erwartet hätten, und daher im Prinzip ein Produkt, das die Treibhausgase verringern hilft, ablehnen. Da würde ich schon noch bitten, bis vor der Abstimmung, dass Sie da ein bisschen in medias res gehen oder sich

draußen an der frischen Luft, auf der Terrasse, noch ein paar Inspirationen holen, warum Sie nicht doch am Ende dieses Tagesordnungspunktes die Abstimmung überlegen können.

Oder der Herr Abgeordnete Spitzmüller, oder seine Kollegin, gibt uns hier noch einmal zu verstehen, dass wir vielleicht doch dieses Stück des Weges miteinander gehen können, sodass wir dann bei der Abstimmung, zumindest für die Treibhausgase, und damit für unsere Umwelt miteinander etwas Gutes tun. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Vereinbarung über die Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zwecke der Reduktion des Ausschusses an Treibhausgasen ist natürlich in Ordnung, wenn man auf die Umwelt schaut, damit man auch eine gesicherte Zukunft entgegensehen kann. All diese Maßnahmen waren in der Vergangenheit und sind auch in der Zukunft ein wichtiges Element, in allen Bereichen, nicht nur im Gebäudesektor, sondern auch in vielen anderen Bereichen.

Aber man muss natürlich immer wieder im Auge behalten, dass man einen Einklang von dem Machbaren und dem Möglichen in der Gesetzeswerdung, in den Vereinbarungen, aber auch umgekehrt genauso, den Einklang findet, damit man das auch machen und durchführen beziehungsweise finanzieren kann.

Wenn heute vom Kollegen Spitzmüller etwas vermengt worden ist, das Baugesetz mit der Wohnbauförderung, dann ist das das eine. Tatsache ist, dass wir schon relativ niedrige Werte bis jetzt gehabt haben. Mit einem Gesamtwert in der Wohnbauförderung von 36, gleich oder kleiner, ist das nicht wenig.

Das Gleiche gilt für den A/V in der Wohnbauförderung von 0,8, ist es genauso nicht wenig. Das, was wir jetzt eigentlich schon gehabt haben. Wenn man diese Werte heute als Häuslbauer zusammenbringen muss, so ist es heute schon eine Riesenherausforderung, mit vielen Kosten verbunden, mit Mehrkosten verbunden. Wo gleichzeitig auch in der OIB, genauso im Baugesetz wie auch in der Bauordnung, dementsprechende Anpassungen teilweise auch gemacht werden sollten. Diese Werte, die vorgegeben werden, für die Energieeffizienz, für die Umstellung vom Heizsystem, von hocheffizienter alternativer Heizungs- und Warmwasserbereitungsanlagensystemen und so weiter, in dem Wohnungsbereich, ist natürlich selbstverständlich in Ordnung, haben wir jetzt teilweise auch gehabt. Das Land Burgenland hat das über die Energieagentur Burgenland beziehungsweise über die Wohnbauförderung auch abgewickelt.

Tatsache ist, ich glaube, dass wenn man schon eine 15a-Vereinbarung neu beschließt, dass man auch darüber nachdenken sollte, auch wenn immer beteuert wird, dass wir eine sehr gute Wohnbauförderung haben, ja, stimmt. Aber Tatsache ist, dass es in vielen Bereichen auch Änderungen geben soll. Wir haben zum Beispiel seit mittlerweile fast 15 Jahren keine Änderung im Förderungsgrundbetrag gehabt. Wir haben keine Änderung im Kindersteigerungsbetrag gehabt. Der Ortskernzuschlag, haben wir hinlänglich schon hier im Hohen Haus darüber gesprochen, wie schwierig es ist, für Gemeinden Anreize zu schaffen, im Ortskern zu bauen.

Wenn ich besondere Vereinbarungen schließe, für diese Maßnahmen zur Vermeidung des Ausstoßes an Treibhausgasen, so muss man auch besondere Förderanreize bieten, um die umfassende energetische Sanierung von Wohnhäusern

auch gewährleisten zu können. Es muss ja auch irgendwo leistbar sein. Wenn heute schon angesprochen worden ist, der Sanierungsscheck, der Handwerkerbonus gehört genauso dazu, wie sämtliche Förderungen und Unterstützungen, was ein Häuslbauer auch erreichen kann, um diese niedrigen Werte ausführen zu können. So gehört genauso dazu, dass man eine Zweckbindung von diesen Wohnbauförderungsgeldern macht.

Von diesen fast 124 Millionen werden lediglich 78 Millionen ausgegeben. Obwohl laut Anfragebeantwortung der Rückfluss dementsprechend auch in Ordnung ist, dass sehr wenige Ausfälle gegeben sind, so glaube ich, dass man sich hier im Hohen Haus darüber auch verständigen könnte, auch hier Anpassungen zu machen. Das Gleiche gilt in den Vorgaben bei diesem sehr hoch gesteckten Zielen, mit in der Wohnbauförderung von kleiner gleich 36 und dem A/V-Wert von 0,8, wie vorher angesprochen, damit man auch bei den Wärmeschutzfassaden etwas nachdenkt. Wenn man heute 20 Zentimeter dämmen muss oder darüber hinaus und ein 50er Ziegel schon nicht mehr ausreicht, dann muss man auch dementsprechend überlegen, wie man das vielleicht in einer besonderen Art und Weise auch fördern kann.

Um zum Beispiel diese Werte zu erreichen, wird derzeitig auch hergegangen, dass man Wohnraumlüftungen einbauen muss, um einfach diese Werte zu erreichen. Das, glaube ich, ist schon fast überbordend, das Klimaziel ist in Ordnung, soll auch eingehalten werden, aber man muss das auch leistbar und möglich machen. Dementsprechend ist diese Anpassung in der 15a-Vereinbarung in Ordnung.

Wir stehen auch dazu, dass wir das Klima und unsere Umwelt schützen, aber wir wollen auch in Zukunft eine Änderung bei den Fördervoraussetzungen sehen, damit das auch leistbar für die Zukunft, für unsere Häuslbauerinnen und Häuslbauer gemacht werden kann. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt schon sehr viel über diese Veränderung oder Anpassung dieser 15a-Vereinbarung gehört. Ich muss sagen, ich kann mich wirklich meinen Vorrednern anpassen und verstehe das auch nicht wirklich, dass, wenn diese Treibhausgase verringert werden sollen, wenn CO_2-Ausstoß verringert werden soll, dass es dann wirklich ein abruptes Nein der Abgeordneten der GRÜNEN gibt, weil Sie haben ja vorher erwähnt, dass wir sagen, wir haben die bestehende 15a-Vereinbarung, die abgelaufen ist, dass diese gut war, dass gute Ziele erreicht worden sind. Diese Anpassung, die wir jetzt haben, davon bin ich überzeugt, dass es im Sinn des Möglichen ganz einfach passiert ist.

Ich sehe das so wie meine Vorredner. Es ist natürlich der Umweltschutz und die Treibhausgase zu verringern, immer ein Richtiges und der richtige Weg. Man muss das aber schon abschätzen können, dass man sagt, dass das nicht überbordend ist, sondern dass es im Einklang mit dem ist, was auch tatsächlich leistbar ist und was sinnvoll ist.

Ich möchte zu dieser 15a-Vereinbarung wirklich bemerken, aus meiner Sicht und aus unserer Fraktion, ist es eine Anpassung, die wirklich sinnvoll ist, die für die zukünftigen Häuslbauer umsetzbar sein wird und die auch ein Schritt in die richtige Richtung der Umwelt ist. Wenn Sie angesprochen haben, dass Sie die Raumplanung vermissen, dass man weniger Raum in Zukunft verbrauchen kann, von den Gemeinden her, dann möchte ich Sie schon daran erinnern, dass wir die Gemeinde nicht so, wie Sie

sich das einfach vorstellen, irgendwelche Umwidmungen machen muss, sondern dass es ein Prozedere gibt, wo immer darauf Rücksicht genommen wird, wo kann ich ein neues Bauland umwidmen? Wie viel Bauland hat eine Gemeinde? Dieses Beispiel, das Sie an den Haaren herangezogen haben, das ist in Zeiten wie diesen nicht mehr möglich.

Jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin, die heute hier herinnen sitzt, kann das bestätigen. Das war vielleicht mal so. Aber wenn Sie ganz ehrlich sind, dann ist das nicht mehr möglich, dass irgendwo ganz weit weg, das passiert, dass jemand bauen kann und wo dann das Ganze, das Prozedere, das Sie geschildert haben, tatsächlich eintritt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Das ist nicht wirklich ganz ehrlich. Die nächste Geschichte, dass man natürlich, wie Sie sagen, so angeklungen, Anreize gibt. Ich glaube, das Burgenland hat bewiesen, dass der Handwerkerbonus wirklich ein Anreiz ist, dass es wichtig ist, erstens einmal für die Häuslbauer, erstens einmal für die Sanierung, aber zweitens auch für die Firmen. Ich bin davon überzeugt, dass wir hier wirklich auf dem richtigen Weg sind.

Dass natürlich die Wohnbauförderung angepasst werden muss, was von meinen Vorrednern auch angesprochen worden ist, aufgrund der 15a-Vereinbarung, wo man vielleicht über andere Dinge diskutiert, es ist immer richtig, einen Weg zu bestreiten, wo man sagt, man zieht einmal Bilanz. Man schaut, was alles die Zukunft bringt und wie können wir unserer Bevölkerung erstens einmal gerecht werden, mit dem Umweltgedanken. Aber zweitens auch gerecht zu werden, wenn sich jemand bei uns ein Eigenheim bauen will, wenn jemand in eine Wohnung einzieht, dass das natürlich leistbar und umweltbewusst passiert.

Ich glaube, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist, und wir werden der 15a-Vereinbarung zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der Pariser Klimaschutzvertrag ist auch von Österreich ratifiziert worden. Das heißt, wir haben uns im Grunde genommen dazu bekannt, dass CO_2-Reduktion und andere klimaschutztechnische Maßnahmen ein oberstes Ziel auch Österreichs im Verbund der Welt darstellen sollen.

Diese Gegebenheiten sind jetzt in der Diskussion auch vom Abgeordneten Spitzmüller angesprochen worden, und sie haben Widerspruch geerntet. Man sollte sich das immer grundsätzlich überlegen. Jetzt abgesehen vom Standpunkt her, der in politischer Hinsicht quasi angetragen wird, auf der anderen Seite von den Maßnahmen und Wirklichkeiten, die Klimaschutz im Wohnbau überhaupt bedeuten.

Wenn wir in der historischen Befundung auf 1990 versus 2014/2015 blicken, dann haben wir eine Reduktion der Gebäudeemissionen, die sich in Österreich abgespielt haben, eindeutig zur Hand.

Das heißt, es hat eine Entwicklung gegeben, die 1990 eingeleitet, bis heute eigentlich stattfindet und wo es zur wirklichen Reduktion von Treibhausgasemissionen im Bereich der Wohnbauten, der Wohnungen, der Häuser, aber auch im Speziellen durch sogenannte Energieeffizienzmaßnahmen gekommen ist. Dabei spielen natürlicherweise auch erneuerbare Energieträger eine Rolle, die sich natürlicherweise nicht auf Altsubstanzen, auf Altbauten umlegen lassen. Aber grundsätzlich einfach einmal

datenmäßig, was bisher zu dieser Diskussion nicht angesprochen wurde, einiges aufgelistet.

Etwa 15 Prozent der Kohlendioxidemission in Österreich werden durch Heizungs- und Warmwasseraufbereitungsanlagen in Gebäuden verursacht, das entspricht rund neun Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr, ohne Fernwärme und andere Heizungsformen. Zwischen 70 und 75 Prozent des Kohlendioxidemissionsausstoßes aus Gebäuden entfallen grundsätzlich auf Wohngebäude, 25 bis 30 Prozent auf private oder öffentliche Dienstleistungsgebäude. Der angesprochene reduzierte Wert von 1990 bis 2014 sind 14 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen weniger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesem rückläufigen Trend, den wir durchaus statistisch auch festhalten können, stehen natürlich die Effekte gegenüber, die vereinbart wurden und denen man sich grundsätzlich natürlich auch stellen muss.

Ich kann keine Vereinbarung treffen und auf der anderen Seite dann sagen, ich werde das durch Abschlagszahlungen wieder ausgleichen, wobei der Bürger dafür im Grunde genommen absolut kein Verständnis hat. Der Sektor Gebäude und insgesamt Emissionen ist aber in der Gesamthaltung zum Beispiel gegenüber dem Verkehr durchaus ein positives Beispiel, da es hier ohne den vermehrten Einsatz von alternativer Antriebssituation mit Sicherheit zu keinen Effekten kommen wird und wir hier ein Riesenproblem haben.

Aber rein auf die Energieeffizienz, sprich Passivhäuser, Niedrigenergiehäuser, thermisch-energetische Sanierung, wo meine Vorredner schon einiges darauf verwendet haben, und den Einsatz von erneuerbaren Energien, dem Zurückdrängen von fossilen Energieträgern, gibt durchaus Anlass, um sich entsprechend dem Gebäudesektor im Sinne der Klimaschutzreduktion auf die letzten zehn, 15 Jahre positiv zu nähern.

Natürlich gibt es die Vorgaben, die heute in dieser 15a-Vereinbarung gebündelt sind, Tatsache ist, dass wir in Bezug auf Sanierung und andere Maßnahmen durchaus progressiver, stärker und mit Sicherheit auch mehr Einsatzbereitschaft herangehen könnten.

Wir haben eine Substanz an Altgebäuden, die wir wahrscheinlich nur mit äußerstem Aufwand sanieren könnten, aber im Neubau - speziell im öffentlichen Bereich, aber im Speziellen auch im privaten Bereich - wird sehr effektiv gearbeitet, unter anderem speziell auch im Wohnbauförderungssinne mit den gegebenen Auflagen, die klar und deutlich ausweisen, dass diese k-Werte und die entsprechenden Energieeffizienzrichtlinien auch eingehalten werden müssen.

Im Widerspruch dazu hat die letzte statistische Erhebung im Vorjahr einen Rückgang von privaten Wohnbauförderungsansuchen ergeben, das heißt, man kann das nicht ausschließlich, meiner Ansicht nach, darauf zurückführen, dass sich die Zinslandschaft im Allgemeinen so niedrig bewegt, dass ich auf eine Wohnbaudarlehenssituation oder -geschichte quasi verzichte. Es gilt auch sehr wohl - und das wird jeder anerkannte Experte zu diesem Thema sagen - es gilt sehr wohl, dass die Auflagen, die speziell im Bereich der technischen Situation im Gebäudebereich veranschlagt werden, viel zu teuer sind, auf jeden Fall in der Extremsituation auch den Wohnbau und alles andere vergrößern. Das Erreichen von k-Werten zum Beispiel durch die notwendige Installation von Wohnraumlüftungen ist natürlich ein finanzieller Bereich, der nicht so leicht zu tragen ist, wo man speziell, und das möchte ich bei der Gelegenheit auch betonen, in einer anderen Studie nachgewiesen hat, dass gerade in unserem Bundesland entgegen aller Beteuerungen im Vorjahr - vom ersten auf das zweite Halbjahr - sich der Wohnungsbau eklatant um bis zu 15 Prozent verteuert hat.

Worauf diese Parameter zurückzuführen sind, das möchte ich jetzt nicht in den Raum stellen. Tatsache ist, es wird hoffentlich niemand auf die Idee kommen, dass durch „Bau aus dem Burgenland“ diese Verteuerungssituation eingetreten ist oder sich plötzlich durch die effektive Bekämpfung von Pfuschsituationen diese Situation eingestellt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Energiewende im Gebäudebereich ist auch von verschiedenen Einrichtungen erhoben worden, und dieser Wohnbau-Check 2017 gibt einen sehr interessanten Aspekt bezogen auf den sogenannten Einsatz von heizungstechnischen Gegebenheiten, nämlich auf Öl, Gas und auf andere Energieträger.

Dabei - und das ist auch im Bundesländerranking sehr interessant - hat Wien am ersten Platz abgeschnitten, was diesen Einsatz von alternativen Energien anlangt. Auf jeden Fall ist der Klimaschutzpionier in dem Sinne mit Wien bezeichnet, im Abstand Vorarlberg, Steiermark und Niederösterreich.

Auf Grund dieser von den NGOs auch durchgeführten Ausgangslage im Bereich Öl und Gas, ist die Bilanz seit 2005 eigentlich im Durchschnitt um 35 Prozent reduziert worden, wobei die Rückgänge in diesem Zeitraum im Speziellen Wien mit minus 74 Prozent und - das möchte ich in dem Kreis jetzt betonen - auch im Burgenland mit minus 46 Prozent positiv und überdurchschnittlich stark ausgefallen sind.

Das heißt, auch unser Bundesland, die privaten Hausbauer beziehungsweise auch öffentliche Bauwerke im Sinne der Genossenschaften haben hier im Zusammenhang mit energieeffizienten Einsatzmöglichkeiten diese Reduktion von Öl- und Gasheizungen bewirkt.

Nicht viel geändert hat sich im Grunde genommen, aber aufs Gas bezogen, waren es 2005 insgesamt 25 Prozent der Haushalte, die mit diesem Rohstoff geheizt haben, waren es 2014 immer noch 24 Prozent.

Und jetzt der Widerspruch, in Tirol plus 23 Prozent, im Burgenland leider plus neun Prozent und in der Steiermark plus sieben Prozent, zeigt der Zehn-Jahres-Trend einen Zuwachs bei sogenannten Gasheizungen und damit fossilen Energieträgern noch immer an.

Das heißt, hier ist die Bewertung mit Sicherheit ausbaufähig. Ich bin aber zutiefst davon überzeugt, dass die Bewusstseinsbildung speziell auf den Einsatz von Ölheizungen, wo es schon Bundesländer gibt, die das bei Neubauten verboten haben, also eine strikte Haltung eingenommen haben, bezogen auf den Klimaschutz, in der Erweiterung auch für das Burgenland ein sehr notwendiger und klarer Entscheidungsfindungsbedarf festzuhalten ist, dass in der Kategorie Gebäudesanierung jetzt Folgendes gilt:

Als Zitat: „Alarmierend ist, dass sich die Rate an umfassenden Gebäudesanierungen im geförderten Wohnbau in den letzten Jahren halbiert hat, obwohl vom Bund als auch von einigen Ländern eine Verdreifachung angestrebt wird,“ hieß es in diesem von mir zitierten Wohnbau-Check.

Das heißt, wir haben offene Lippenbekenntnisse in Hinsicht wir sollten mehr tun, wir sind gefordert, weil wir Abkommen geschlossen haben, wir bekennen uns zum Klimaschutz. Die Maßnahmensituation ist aber eine, die sich schleichend bewegt, die nicht im Grunde genommen eine sehr progressive Haltung ansetzt, sondern wir werden es schon richten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines steht fest: Ich werde nicht auf der einen Seite Klimaschutzverträge abschließen können und auf der anderen Seite dann

einen sogenannten schleichenden Weg in Richtung energieeffizientem Gebäudesanieren oder Gebäudemaßnahmen setzen. Hier gehört eine offensivere Haltung und - da hat der Kollege Spitzmüller sehr wohl Recht - natürlicherweise ist hier auch der Staat meiner Ansicht nach gefordert, dass er diese Unterstützung gewährt und diese Klimaschutzmaßnahmen auch mit entsprechenden Förderungsmöglichkeiten unterstützt.

Hier war auf der einen Seite der Handwerkerbonus im Bund eine sehr wertvolle Situation, die zumindest in den Anfängen einen sehr hohen Anreiz gesetzt hat, hier klimaschutztechnisch Maßnahmen zu setzen, auf der anderen Seite auch die spezifische Förderung des Burgenlandes. Insgesamt muss man aber klar und deutlich festhalten, es kann nicht auf Dauer einen Förderrahmen geben, der sich hier einstellt. Wir werden es wahrscheinlich nicht schaffen, unter Denkmalschutz stehende Gebäude mit entsprechenden Maßnahmen zu setzen, quasi Gebäude saniert zu machen, auf der anderen Seite sollte aber das Bestreben in klarer Weise fortgesetzt werden.

Daher ist jede Maßnahme zu begrüßen, auch wenn sie im Grunde genommen nicht weitreichend genug ist, aber hier sollte das Bekenntnis einhergehen und der Anspruch Pacta sunt servanda - eigentlich vertragskompositionsmäßig, auch vertragsgetreu - eingehalten werden. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf das Thema Treibhausgase und Klimaschutzmaßnahmen eingehe, möchte ich zur Fragestunde doch ein paar Sätze verlieren. Ich glaube, wenn das mit diesen Fragestunden so weitergeht, wo man sich gegenseitig abfragt, dann sollte man sich lieber in den Klubs zusammensetzen und darüber diskutieren, bevor man hier in der Öffentlichkeit solche Dinge austrägt, die hier nicht hergehören.

Hier sind wichtigere Dinge zu diskutieren, und unter anderem komme ich jetzt auf diesen Punkt, Treibhausgase und Klimaschutzmaßnahmen, weil es ein wichtiger Faktor ist. Meine Vorredner haben schon sehr viel gesagt und auch der Kollege Steier, man sollte eigentlich schon umdenken, bevor man Klimaschutzziele unterschreibt und eigentlich nicht umsetzen kann. Wenn ich mir das anschaue, was wir schon unterschrieben haben, wir machen Strafzahlungen, müssen wir eingehen, der Bund und dergleichen mehr, und da frage ich mich, ob wir nicht doch auch als Land etliches dazu beitragen können.

Wenn ich mir diese 15a-Vereinbarung wirklich genau durchgelesen habe, dann sind wir schon am richtigen Weg, nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich mir anschaue, die öffentlichen Gebäude und sei es Gemeinden, sei es aber auch dieses nette Landhaus, was entspricht den eigentlich diesen Klimaschutzmaßnahmen und dieser Umweltsache? Wenn ich das Landhaus anschaue, kann ich mir nicht vorstellen, dass das dem auch entspricht, was wir heute diskutieren und auch festhalten wollen.

Weil eines ist klar und ich rede auch von der Gemeinde Deutschkreutz: 48 Jahre ein Gemeindeamt, gefördert von der Burgenländischen Wohnbauförderung, das muss man sich einmal vorstellen, 50 Jahre wird das gefördert und da regt sich keiner auf, weil das absolut nimmer hinten und vorne zusammenpasst. Die Fenster sind schon längst überfällig und dergleichen mehr. Jetzt sagen Sie, der soll etwas in der Gemeinde investieren. Selbstverständlich, jetzt brauche ich aber wieder die Wohnbauförderung

dazu, weil ich es nicht rechtzeitig zurückzahlen habe können. Dass überhaupt bitte die Wohnbauförderung vielleicht, dass ich herauskomme aus der ganzen Geschichte, noch einmal eine Sanierung oder einen Neubau zu machen.

Jetzt sind wir bei einem Neubau, wo die Liste Burgenland auch von allen Fraktionen eine Unterstützung wünscht, dass wir bei öffentlichen Gebäuden, sei es jetzt in Steinberg, das ein wunderbares Gemeindezentrum gebaut hat, denke ich, dass dort alle Kriterien erfüllt worden sind. Jetzt frage ich aber nur, wer hat das gebaut? Ist es eine Siedlungsgenossenschaft, dann wird das sowieso gefördert, aber Ihr habt es ja anders finanziert. Dann werden auch diese Kriterien hoffentlich auch angenommen.

Das wollen wir eigentlich mit einem Antrag fixieren, wo wir fix klarlegen, die öffentlichen Gebäude müssen diese Kriterien alle erfüllen. Auch hier - das Landhaus soll auch hier dabei sein!

Wenn wir heute diskutiert haben, wie gut eigentlich unsere Wohnbauförderung ist, ja, ist schon in Ordnung, aber wenn ich dann lese, Boom bei Wohnungsbau und die Bauten von Privathäusern gehen massiv zurück, dann ist eines klar, und Kollege Steier hat das richtig gesagt: Schauen Sie sich das einmal an, was passiert auf unserem Markt, auf unserem Wirtschaftsmarkt, auf unserem Baumarkt oder Wohnungsmarkt. Wohnungen boomen, gar keine Diskussion!

Wir sind in der glücklichen Lage, wirklich kostengünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen, jedoch eines ist klar, privat Häusl bauen, ist fast unmöglich geworden. *(Abg. Werner Friedl: Das stimmt doch nicht!)*

Herr Kollege, wenn Sie ein Haus bauen und alle diese Kriterien erfüllen müssen, die Sie hier vorgeschrieben haben, bekommen Sie keine Wohnbauförderung, weil da gehe ich lieber zu der Bank, da kriege ich mit ein Prozent oder 1,25 Prozent einen Kredit, und wenn ich eine Wohnbauförderung aufnehme, was bezahle ich dann, Herr Kollege Friedl? Bitte nachdenken! *(Abg. Werner Friedl: Das stimmt nicht!)* Dann stimmt es halt nicht. Ich kann Dir nur sagen, dass es so funktioniert, weil ich im vorigen Jahr zwei Häuser so gebaut habe, meine Söhne, und ich weiß, was wirklich Sache ist.

Der Wohnbau boomt insofern, ist mir schon bewusst, wenn ich sage, um fünf Euro stelle ich mir und der Wohnbau boomt insofern, ist mir schon bewusst. Wenn ich sage, um fünf Euro pro Quadratmeter stelle ich mir eine Wohnung zur Verfügung, dann wird man das nehmen müssen, weil ich mir sonst keine andere Möglichkeit schaffen kann.

Wenn ich Pendler bin, wie ich gestern gehört habe, „50 Jahre pendeln“. Super! In Wien wird eine Veranstaltung gemacht für Pendler, anstatt dass man sie im Burgenland macht, wenn 100.000 Leute sich ständig bewegen, pendeln müssen. Das verstehe ich nicht. Warum, Herr Kollege Sodl, holt man die Veranstaltung nicht ins Burgenland zurück?. 95 Jahre Burgenland in Wien ausgetragen. Das gehört einmal ins Burgenland.

Dann erspart man sich umweltmäßig einiges. Dann ist man im Burgenland, da kann man mit dem Zug fahren, da kann man andere Möglichkeiten nutzen. Aber Ihr seid ja die „Wunderwuzzis“ und wir stellen uns dorthin, am höchsten Aussichtspunkt in Wien. Die Pendler!

Was haben Sie für die Pendler gemacht? Nichts haben Sie gemacht für die Pendler. Leider Gottes! Weil 100.000 müssen noch immer pendeln. Aber jetzt bin ich ein bisschen weg gekommen vom Thema. Aber ich möchte jetzt noch eines klar und deutlich sagen. Die Liste Burgenland hat einen Antrag eingebracht, Handwerkerbonus finde ich eine super Sache, aber nur für Altbauten, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wo ist denn der Neubau? Was heißt denn Handwerkerbonus? Ich muss eine jede Firma, die eine Leistung erbringt in dieser Zeit wo ich leider Arbeitslose habe, auch unterstützen, auch den Häuselbauer. Das tue ich nicht mit einem Neubau. Weil der kann sich keine Wohnbauförderung leisten, weil die Vorschriften enorm sind. Das sind die Dinge, über die Sie nachdenken sollten, werte Sozialdemokraten. Das wäre etwas.

Oder, Ihr sprecht ja dauern, dass wir nicht die ausländischen Firmen hereinbekommen. Na, ist in Ordnung. Ich habe kein Problem, dass österreichische Firmen da arbeiten. Nur eine Stunde von einer österreichischen Firma, von einem Maurer oder von einem Handwerker, kostet zwischen 55 und 60 Euro in der Stunde. Und der ungarische? Kommt herein, macht die Arbeit, das Gleiche, zahlt zwar auch Kollektivverträge, bezahlt die auch und auf Umwegen müssen die das zurückzahlen.

Auf eine Kasse. Heute mit einem Kollegen gesprochen. Mit dem Kollegen Christian Drobits, der jetzt… *(Zwischenruf des Abg. Manfred Haidinger)* Nein, Du hörst mir nicht zu was ich will. Du musst mir zuhören. Ich will, dass wir eine Möglichkeit schaffen, dass wir solche Dinge, die der Kollege Drobits aufgezeigt hat, auch dementsprechend, aber sofort exekutieren und schauen, dass das nicht mehr passieren kann. Das sind die Dinge. Daher Handwerkerbonus gut, aber auch für Neubauten. Das Nächste was die Liste Burgenland eingebracht hat: Ortskernförderung. Für alte Häuser, damit man die weg bekommt, damit man dort neu bauen kann. Was hat man gemacht?

Abgelehnt hat man diesen Antrag. Warum ist mir auch bewusst. Weil das Land natürlich hinsichtlich der finanziellen Mittel leider ein großes Problem hat. Wenn ich mir heute die Fragestunde angehört habe, wo der Kollege Hergovich fragt, was mit einem Nachtragsvoranschlag ist, da hat es mich gleich gebeutelt. Im April fragt er mit einem Nachtragsvoranschlag. Dann stellt sich der Herr Landesrat für Finanzen hin und erzählt irgendetwas. Wenn ich das jetzt zusammenrechne, sind das jetzt schon 20 Millionen Euro, die wir schon wieder mehr brauchen. Von wo nehmen wir es her? Von den ausgelagerten Firmen, die dem Land gehören.

Oder vielleicht den Gemeinden noch ein bisschen mehr wegnehmen, werte Kolleginnen und Kollegen Bürgermeister! Das ist alles möglich heutzutage. Da frage ich mich bei einer Fragestunde, was hat ein Nachtragsvoranschlag im April jetzt schon zu tun, wenn wir eigentlich noch ein dreiviertel Jahr vor uns haben? Das ist ja wirklich interessant, was sich da eigentlich auftut. Daher noch einmal. Wenn wir auch Anträge einbringen seitens der Liste Burgenland, schaut Euch das an. Vielleicht ist es doch möglich das eine oder andere umzusetzen. Und nicht Abänderungsanträge, die wir ja heute auch noch diskutieren werden. Wieder Abänderungsanträge, die komplett gleich mit unseren Anträgen sind.

Aber man hat halt einen Beistrich anders gesetzt. Das sind Dinge, bei Treibhausgasen und Klimaschutzmaßnahmen haben wir Vorschläge eingebracht. Die Vorschläge können nicht falsch sein. Genauso die GRÜNEN. Genauso haben andere Fraktionen hervorragende Vorschläge. Aber abzulehnen, weil sie nicht von Rot und Blau derzeit kommen, das kann es nicht sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sollte man sich überlegen. Weil ich der festen Überzeugung bin, dass wir gemeinsam in diesem Hohen Haus für unsere Bevölkerung da sein müssen. Da geht es um öffentliche Gelder. Da geht es wirklich um öffentliche Gelder, die wir auch gemeinsam umsetzen könnten. Sei es jetzt bei den Treibhausgasen, Klimaschutzmaßnahmen und dergleichen mehr. Ich habe jetzt ein paar Beispiele gebracht. Wir werden einen Antrag einbringen. Ich hoffe, dass alle mittun. Wir

zeigen Euch den vorher, vielleicht fällt Euch ein Beistrich auf, den Ihr ändern wollt, dann haben wir auch kein Problem damit. Aber dass man das endlich einmal weiterbringt.

Wenn ich heute zu diesem Antrag, dem Dringlichkeitsantrag, noch eine Stellungnahme abgeben darf. Na wunderbar! Nur was sollen wir mit dem? Ihr wisst ganz genau, was das heißt. Wir sind in einer Demokratie, ein jeder hat das Recht Einspruch zu erheben, jeder hat das Recht, sich auch dazu zu äußern. Das ist der Dringlichkeitsantrag heute, zu dem wir noch kommen werden.

Ich glaube, wir haben andere Dinge zu diskutieren. Daher glaube ich, wenn wir noch einmal zum Wohnbau zurückkommen. Wenn ich immer höre. Im Budget habe ich es mir angeschaut. 124 Millionen Euro sind tatsächlich im Voranschlag drinnen. Der Herr Landesrat Bieler sollte das auch wissen, und der weiß es. Dann steht in den Medien: 117 Millionen Euro stehen für Wohnbauförderung zur Verfügung.

Heute haben wir schon gehört von einem Kollegen von der ÖVP, dass nur 78 Millionen Euro eigentlich für Wohnbauförderungen ausbezahlt werden. Was geschieht mit dem anderen Geld? Warum sagt man nicht die Wahrheit? Warum sagt man diesen Medien nicht, das stimmt nicht mit den 117 Millionen Euro, es sind im Endeffekt 78 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das wäre Transparentheit, das wäre ein guter Zugang, auch für die Bevölkerung, dass die endlich einmal Bescheid weiß, was mit dem Geld geschieht. Ist ja kein Problem. Wenn ich nur 78 ausgebe, dann muss ich mich rechtfertigen und sagen, das andere Geld nehme ich für andere Dinge. Aber das wird nicht gesagt. Es wird immer behauptet 124 Millionen Euro, sagt der Landeshauptmann, sind im Budget. Jetzt lese ich nur 117 sind im Budget.

Ich kenne mich nicht mehr aus. Das sind genau diese Dinge, warum ich mir denke, Transparentheit und offene Diskussionen sollte man eigentlich aushalten, Herr Kollege Kovacs. Auch in Eisenstadt sollte man das aushalten. Ich glaube, Ihr habt gute Vorschläge in Eisenstadt. Nur einmal Verantwortung übernehmen und dann das umsetzen. Das wäre einmal ein klasses Ziel. Eines muss man klar sagen.

Als Bürgermeister schaut die Welt ein bisschen anders aus, als wie nur Bezieher von irgendwelchen Mitteln, weil ich halt Vizebürgermeister bin oder Gemeindevorstand. Das sollte man sich überlegen. Dort sollte man eigentlich den Hebel ansetzen und mitarbeiten, dass wir die öffentlichen Gebäude eigentlich dort hinbringen, wo sie hingehören. In diesem Sinne nehme ich das gerne zur Kenntnis und werde natürlich mitstimmen. Danke schön. *(Beifall bei der LBL und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Meine Damen und Herren! Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird (Änderungsvereinbarung betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor) wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG mehrheitlich zugestimmt.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 828) betreffend Mittelflüsse im Gesundheitswesen (Zahl 21 - 586) (Beilage 886)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Berichterstattung zum 3. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 828, betreffend Mittelflüsse im Gesundheitswesen, Zahl 21- 586, Beilage 886, wird Herr Landtagsabgeordneter Hergovich vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter, Herr Berichterstatter, Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend Mittelflüsse im Gesundheitswesen in ihrer 19. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 19. April 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Mittelflüsse im Gesundheitswesen wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als Erstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kölly. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute einen Bundesrechnungshof vorliegen haben, der natürlich wieder einmal aufzeigt, welche Schwachstellen und welche dementsprechenden Möglichkeiten gegeben waren und das schlussendlich nicht so umgesetzt wurde, oder vielleicht doch ein Großteil, dann darf ich doch zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Ich glaube, wenn der Herr Landesrat Darabos da sitzt und jetzt Zuständigkeit hat für Soziales und Gesundheit, natürlich ist Gesundheit eines der wichtigsten Güter das man hat. Aber er hat es nicht leicht gehabt. Wenn in der Vergangenheit anscheinend vieles abgebröckelt ist in diesem Land von der Gesundheitsvorsorge und dergleichen mehr, wo wir eigentlich Primarärzte dementsprechend außer Kraft gesetzt haben oder abgewandert sind.

Ein Primar drei Bezirke oder drei Standorte betreuen musste, und schlussendlich nicht unbedingt auf jeden Platz sein konnte, das muss man halt auch klar sagen. Es hat sich ja inzwischen doch einiges geändert. Aber ich glaube, dass man damals 2010 eine Standortortgarantie abgegeben hat für die fünf Krankenhäuser. Soll so sein. 2015 haben sich SPÖ und FPÖ wieder geeinigt, dass man dran bleibt. Wenn wir das auch finanziell schaffen, dann ist das ein erfolgreicher und ein guter Weg. Aber ich befürchte, und da, glaube ich, sind wir uns ja einig, dass das schön langsam alles ausufert und fast nicht mehr finanzierbar ist. Wenn wir heute gehört haben, dass eigentlich die Hälfte von unserem Budget für Gesundheit und dergleichen mehr eingesetzt wird, dann ist es ja okay. Aber man muss aufpassen, wie geht das weiter, wie schaut es aus im Jahr 2022, 2025? Können wir uns das alles noch leisten?

Ich denke, man sollte auch zu einigen Themen Stellung nehmen und zwar zur Personalsache. Und zur Personalsache auch in der KRAGES. Weil KRAGES ist ja derzeit

in aller Munde. Ich glaube, das wird noch länger anhalten. Aber dazu gibt es ja dementsprechende Anfragen und dementsprechende Auskünfte, hoffe ich, wo wir dann wissen, wie schaut der Vertrag dieses Herren aus, den wir da in die Luft gesetzt haben.

Oder der Zweite, der nach Wien abgewanderte ist, der Herr Dopler und dergleichen mehr. Wie haben dort Abfertigungsgeschichten ausgeschaut? Wie schaut ein Vertrag aus? Wie können wir eigentlich als Opposition in diesem Hohen Haus das eigentlich in Erfahrung bringen? Weil ansonsten sind wir ja hier unnötig, meine sehr geehrten Herren Damen und Herren Abgeordneten!

Weil im Endeffekt, und das sage ich bei jeder Sitzung, wenn wir den Voranschlag beschlossen haben, dann können wir uns eigentlich verabschieden, weil die Regierung macht im Endeffekt was sie will. Das kann es nicht sein! Wir sind wirklich gewählt worden, dass wir auch Kontrollfunktion ausüben, dass wir mit guten Ideen mitarbeiten. Das tut die Liste Burgenland. Wir arbeiten mit hervorragenden Ideen mit, wir bringen Anträge ein. Werden zwar abgeändert ständig, aber sei es wie es sei. Im Endeffekt sind Ideen und Visionen auch wichtig in diesem Hohen Haus.

Aber eines muss klar sein. Es muss eine gewisse Wertschätzung eines Politikers in diesem Hohen Haus auch angenommen und auch gesehen werden. Denn es kann nicht so sein, lass sie reden, die können eh reden was sie wollen, das ist uninteressant, wir sind jetzt via Livestream unterwegs und die Leute können sich ein Bild machen. Nur, es funktioniert in den meisten Fällen sehr wohl, aber auch nicht in allen Fällen.

Daher sind wir gefordert, auch das aufzuzeigen und auch dort den Finger draufzuhalten. Wenn es auch immer heißt, der Kölly wiederholt sich dauernd in der Sache. Ja, ich muss mich ja wiederholen, weil noch immer die gleichen Fehler gemacht werden. Der Rechnungshof zeigt das ganz genau auf.

Das sind die Dinge, die wir diskutieren müssen. Ich habe ja kein Problem. Wir können nicht alles zu 100 Prozent machen. Aber man muss auch Kritik annehmen, habe ich kein Problem damit. Auch bei mir in der Gemeinde. Nur wenn ich heute gehört habe, den Herrn Klubobmann Hergovich, dass manche mit aller Gewalt verhindern. Dann geht in die Gemeinde Deutschkreutz und fragt Eure SPÖ-Freunde. Die wollen alles verhindern im Endeffekt. Die wollen überhaupt nicht, dass da etwas weitergeht. Gott sei Dank gibt es auch Möglichkeiten, dass man sich noch einmal zusammensetzt und noch einmal darüber diskutiert. Aber von Haus aus sind wir einmal dagegen. Sie, Herr Kollege Hergovich, sollten sich einmal dementsprechend mit den Herrschaften zusammensetzen, denn manche wollen nur verhindern.

Das ist schon richtig, aber in diesem Fall, bei der S7, die wir heute noch diskutieren werden, schaut ja die Welt ein bisschen anders aus. Das ist ein demokratisches Recht und legitim, weil wir solche Gesetze geschaffen haben. Nicht wir, sondern der Bund. Das darf man auch nicht vergessen. Wir sagen immer, wir stellen uns in die Medien und die Medien schlucken sowieso gleich alles.

Die Medien bringen die wichtigsten Dinge. Heute in der Landtagssitzung sind diese Punkte. Wer sagt denn das? Wer sagt, dass das die wichtigsten Punkte sind? Die Medien sollten sich auch einmal bei der Nase nehmen und hergehen und sagen, was ist tatsächlich wichtig in diesem Land.

Was diskutieren wir als Landtagsabgeordnete? Die Regierung macht sowieso was sie will. Das sollten wir auch einmal gesagt haben. Weil heute hat man wieder gesehen, da sagt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Naja, ich darf ja vorschlagen, die Pferde als Grenzüberwachung zu nehmen. Kann er eh machen. Ich habe ja kein Problem

damit. Aber die Medien fangen das auf, seitenweise berichten sie über das und es wurde nicht einmal nachgedacht, wie man das finanziert.

Da haben wir jetzt schon Probleme mit dem Nachtragsvoranschlag. Was kostet das alles? Und dergleichen mehr. Oder mit diesen Ortschaften, mit diesen acht oder neun, die Sicherheitspartner oder wie sie heißen. In Kittsee, wo waren die Sicherheitspartner wie man dort eingebrochen und alles weggeräumt hat? Da waren sie nicht da. Das kostet eine Menge Geld. Auch diese Dinge sollte man diskutieren. Das ist unsere Pflicht als Abgeordnete. Auch als Abgeordneter, auch als Opposition zu diskutieren.

Jetzt komme ich zur KRAGES, Herr Kollege Kovacs. *(Abg. Günter Kovacs: Fair, hast Du gerade gesagt!)* Nein, die KRAGES ist ein spezieller Fall jetzt. Das wissen wir alle ganz genau. Nicht nur seit man den Herrn Geschäftsführer des Amtes enthoben hat. Aber auf sanfte Art und Weise, weiß ich nicht, warum man das nicht anders hätte lösen können. Egal.

Ich muss dazu sagen, ich habe einen Zugang gehabt. Ich habe mir gedacht, wenn der ausgesucht ist und der vorgestellt wird von der Regierung, dass der ein Top-Mann ist. Ich habe auch den Eindruck gewonnen, dass er das ist. Ich habe ein längeres Gespräch, oder wir haben ein längeres Gespräch mit ihm geführt, und ich denke, dass er sehr wohl einer ist, der diesen Betrieb eigentlich wieder führen kann und dort in die richtigen Bahnen bringen kann, weil wir wissen ganz genau, was in der KRAGES los ist.

Wir wissen auch, was im Land los ist. Da wird auch getrickst und verdeckt in der ganzen Geschichte. Speziell bei den Personalkosten. Ich sage einmal, wenn ich mir das anschaue, wie damals noch SPÖ-ÖVP war, was sich da abgespielt hat. Rund um das Krankenhausprojekt Oberwart, was wir da schon diskutierten. Auch die Freiheitlichen waren ja - das war ja ein Wahnsinn, was die Kollegin Benkö damals alles aufgeführt hat und gesagt hat, das ist eine Sauerei und dergleichen mehr.

Jetzt stimmt sie überall mit, weil sie in der Regierung sitzt. Damals 12,7 Millionen Euro nur an Planungskosten und dergleichen mehr. Das hat man jetzt wieder revidiert. Ist ja wurscht. Jetzt baut man neu. Man redet immer von Kosten, damals von 80 Millionen Euro, jetzt sind wir auf 150 Millionen Euro. Man sagt, der Bau ist 2021 fertig. Ich würde mich so nicht äußern, Herr Landesrat Darabos. Ich würde sagen, dass muss man sich alles noch einmal genau anschauen.

Denn eines ist klar. In Zeiten wie diesen kann vieles passieren. Daher muss man auch da eine „Transparentheit“ herrschen lassen. Was wir seitens Liste Burgenland, Bündnis Liste Burgenland, immer gefordert haben, eine begleitende Kontrolle einführen. Ich hoffe, dass Ihr nichts dagegen habt, weil dann tut Ihr Euch auch leichter.

Dass man alle Fraktionen hier im Landtag in eine Kontrollfunktion hinein nimmt. Das ist möglich. Auch der Rechnungshof kann begleiten - der braucht nur eine eigene Mannschaft dafür. Auch das haben wir mit dem Rechnungshofdirektor diskutiert. Der steht allem offen. Da müssen wir halt das Gesetz ein bisschen ändern oder eine eigene Gruppe einsetzen, dass das funktioniert.

Denn auch dort werden wir nach Jahren munter werden und es heißt wieder, na ja, das sind halt 250 Millionen Euro geworden mit Nebengeräuschen und Drum und Dran. Das sind so Dinge, wo ich glaube, das gehört auch diskutiert und die Bevölkerung, die Öffentlichkeit, soll das auch so wissen. Wir brauchen nichts schönreden, wir brauchen nur die Fakten am Tisch legen. Die Fakten sind aber anscheinend noch immer nicht ganz klar, weil, wenn einer redet von 150 Millionen Euro, dann höre ich, das könnte bis 250 Millionen

raufkommen, ich frage mich, wer das alles finanzieren soll und wie das dort wirklich weitergeht und dergleichen.

Das sind die Dinge, die die Bevölkerung auch unbedingt wissen muss und soll. Das passiert aber nicht. Die Medien gehen her, schreiben das, was der Herr Landesrat sagt, oder schreiben jetzt, was der Herr Schnedl sagt. So - wir stehen in der Mitte, wir kennen weder einen Schnedl-Vertrag *(Abg. Günter Kovacs: Ist das zum Tagesordnungspunkt?)* noch einen Dopler-Vertrag, wir kennen gar nichts im Endeffekt, Herr Kollege Kovacs. Kennen Sie die Verträge? Kennen Sie die Verträge? *(Abg. Günter Kovacs: Gehört das zum Tagesordnungspunkt?)*

Das gehört zum Gesundheitsbericht dazu. Jetzt komme ich zum Personal, wie das geht. Warum macht die Landesregierung solche Tricksen-, Tarnen- und Täuschen-Geschichten? Dass da Millionen eigentlich dementsprechend hin und her geschoben werden, was im Land in einem Budget gar nichts verloren hätte. Schauen Sie sich das einmal genau an.

Ich weiß nicht, ob Sie sich das schon einmal genau angeschaut haben. Wenn ich mir anschaue, was bei uns im Burgenland zum Bespiel an stationären Kosten pro Bett anfallen. Im Burgenland liegen wir bei 184.000 Euro, weit über dem Österreichdurchschnitt bei den stationären Kosten. Pro Belegstag ist das Burgenland mit 739 nicht nur deutlich über dem Österreichschnitt, sondern hinter der Bundeshauptstadt das zweitteuerste Bundesland in Österreich.

Na bitte. Was können wir dagegen machen? Wie können wir das ändern? Das gehört diskutiert. Welche Möglichkeiten gibt es? Ich hoffe, dass der Herr Landesrat, der ist sehr offen in dieser Sache, auch das genauso sieht.

Wir haben am Samstag Ärztetag in Deutschkreutz gehabt und da ist ein gutes Gesprächsklima da, mit der Ärzteschaft und mit dem Präsidenten und dergleichen mehr. Weil sich die Zeiten geändert haben. Weil wir alle an einem Strang ziehen und nicht nur glauben, es ist eine politische Linie, sondern, man muss wirklich Obacht halten, was passiert in dieser Sache. Weil es ein ganz ein wichtiger Faktor ist. Ärztemangel!

Herr Landesrat Darabos, Du hast bei der Anfrage gesagt, Du bist nicht der Meinung. Du weißt auch ganz genau, dass das jetzt nicht schlagend wird, sondern in ein paar Jahren. Also das heißt, wir müssen präventiv unterwegs sein. Wir müssen schauen, was geschieht in fünf Jahren, in zehn Jahren, in 20 Jahren mit der Ärzteschaft. Wie können wir damit umgehen? Oder, wir haben auch diskutiert mit diesen Ausbildungsstellen. Da bin ich total bei Ihnen.

Wir müssen schauen, weil der Bund hat sich von diesen Lehrstellen verabschiedet. Wenn jemand Arzt werden will, muss er in einem Spital ein halbes Jahr arbeiten und dann sollte er eigentlich in der privaten Praxis auch einmal arbeiten. Da tut der Bund nichts dazu. Auch hier müsste man dementsprechend, Herr Landesrat, einmal eine Möglichkeit finden, dass wir 18 Stellen, glaube ich, zwischen 14 und 18 Stellen finden im Burgenland, dass die ausgebildet werden, dass die von der Praxis eine Ahnung haben.

Das sind die Dinge, werte Kolleginnen und Kollegen. Das gehört einmal umgesetzt. Das gehört einmal diskutiert, weil es wichtig ist für die Zukunft. Ein Rechnungshofbericht, da ist alles in Ordnung. Da reden wir aber von Vergangenem. Wir sollten in die Zukunft schauen. Aber wenn wir den diskutieren, müssen wir die Fehler auch anerkennen, die passiert sind. Das ist genau das, wo ich oft frage, warum das notwendig ist. Ich glaube, dass wir generell kritisieren oder kritisch hinterfragen sollten, dass von den angeblichen Einsparungen von mehr als 20 Millionen Euro, wurde heute auch schon diskutiert, im

Gesundheitsbereich nur ein kleiner Teil tatsächlich realisiert worden ist, vielmehr wurden budgetkosmetische Tricks angewendet, schreibt der Rechnungshof. So beispielsweise beim Personalaufwand der Pflegeanstalten, der nicht mehr innerhalb der KRAGES dargestellt wird.

Weil die Pflegebediensteten nur bei der Burgenländischen Pflegeheimbetriebs-GmbH unter Vertrag stehen. Solche Konstruktionen werden vorgenommen, um einerseits eine Auslagerung aus dem ordentlichen Budget zu erreichen, andererseits durch die neue Anstellung teurer Kollektivverträge bei den Bediensteten zu umgehen. Herr Kollege Hergovich! Wo ist denn die Gewerkschaft? Wo ist die Arbeiterkammer? Wo Ihr auch gefeiert habt, gestern in Neudörfl? Die hätten sofort aufschreien müssen. Wenn ich solche Dinge lese, dass man Kollektivverträge umgangen hat. Neuanstellung teurer Kollektivverträge. Das heißt, da bremst man die eigenen Leute aus. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind diese Schummeleien, Verdeckungen und dergleichen mehr. Aber wenn wir immer dem Budget und dem Rechnungsabschluss zustimmen, dann ist eh alles klar.

Dann ist es halt einmal so. Nach drei oder vier Jahren kommt der Rechnungshof und sagt, das dürftet ihr eigentlich gar nicht machen. Dazu muss ich eines sagen, dass der Rechnungshof sich das ja nicht aus Jux und Tollerei vornimmt, sondern der macht ja ganz klar und deutlich diese Aussagen, dass die nicht mehr so anwendbar sind.

Zum Beispiel: Die kassenwirksame Verbuchung von Personalaufwand der KRAGES durch das Land Burgenland sollte unterbleiben, weil diese keine Einnahmen beziehungsweise Ausgaben des Landes waren. Habt Ihr Euch das angeschaut? Sicherlich keiner! Dann der nächste Punkt. Die kassenwirksame Verbuchung von Mittel des Burgenländischen Gesundheitsfonds vom 5,73 Millionen Euro durch das Land Burgenland sollte unterbleiben, weil diese keine kassenwirksamen Ausgaben des Landes waren. Lauter solche Dinge stehen dort, und keiner hat es sich angeschaut.

Dann kommt der Kölly daher und erzählt solche Sachen. Ich erzähle das nicht, sondern das steht da drinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ja, Herr Landesrat, ich bin ja eh bei Dir. Du bist ein „frisch Gefangener“ auf Deutsch gesagt. Ich weiß schon, ich erwähne das auch immer wieder, dass wir leider Gottes die Rechnungshofberichte erst nach drei, vier Jahren oder nach fünf Jahren bekommen.

Das sind die Dinge. Ich weiß jetzt schon, jetzt stellt sich die FPÖ her und sagt, da können wir nichts dafür, weil das sind ja Rechnungshofberichte vom Jahre 2014, wo wir noch nicht in Amt und Würden waren. Das kann ich leicht sagen. Meine Damen und Herren, das sind genau die Punkte, die die Öffentlichkeit nicht will und genau wissen sollte, um was es da geht.

2014 gibt es den Rechnungshofbericht. Was wurde jetzt geändert? Jetzt kann der Herr Landesrat dann aufstehen und kann sagen, wir sind am Weg, dass wir das ändern, weil das und das passiert. Nur, die Frage ist, ist es tatsächlich so? Können wir das überhaupt so machen? Warum kann man nicht tatsächlich auch in der Öffentlichkeit „Transparenz“ herrschen lassen und sagen, das ist ja nicht ein Einzelfall. Das ist ja kein Einzelfall, was da passiert.

Wird es in anderen Geschichten, nicht nur in der KRAGES, sondern woanders auch angewendet? Herr Landesrat Bieler, der ist nicht da, der wird mich aber hören, ist es in anderen öffentlichen Institutionen, die ja jetzt zusammengelegt werden sollen und wo der Landtag Einsicht bekommt, auch so? Ich glaube bei Gott nicht daran, dass der Landtag irgendwann einmal Einsicht bekommt in die ganze Situation. Dass jetzt mit der

KRAGES ein Vulkan ausgebrochen ist und das passiert ist, ist jetzt natürlich in aller Munde. Das gehört einmal klar und deutlich am Punkt gebracht.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ! Ihr wart die, die auch immer „Transparentheit“ und Offenheit gefordert haben. Ich wünsche mir jetzt, dass ich sämtliche Verträge sehe, wo Geschäftsführerposten ausgeschrieben sind. Was bekommen sie tatsächlich? Bekommen sie einen Bonus? Bekommen sie Prozente, Beteiligungen und dergleichen mehr? Das habt Ihr immer gefordert.

Auch ich war in dieser Situation und habe das auch immer gefordert. Jetzt habt Ihr die Möglichkeit, uns das zu präsentieren und zu sagen, so schauen die Verträge aus. Nicht dass es ein böses Erwachen gibt, wie beim Wasserleitungsverband in Eisenstadt, wo die Geschäftsführer angeblich mehr verdienen wie der Herr Landeshauptmann. *(Abg. Robert Hergovich: Angeblich!)* Angeblich. Genau das ist der Punkt.

Warum bekommen wir solche Verträge nicht? Wir sind die, die ein Budget beschließen müssen. Wir sind die, die der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen müssen. Was passiert hier? Wir können nur darüber reden und diskutieren, ob das umgesetzt wird. Wir fordern ja auch immer, Herr Kollege Kovacs, so wie Sie in Eisenstadt, verlangen wir immer Offenlegung der ganzen Geschichte. Warum dürfen wir von Verträgen nichts wissen? Ist das so etwas Geheimes?

Oder Umfahrung Schützen. Stillschweigevereinbarungen gibt es dort. Na, das ist ja öffentliches Geld. Das gibt es ja nicht, und das werden wir auch bekämpfen. Das kann nicht so sein, dass die Landesregierung sagt, ein Stillschweigeübereinkommen gibt es da. Das ist öffentliches Geld, das bezahlt wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben die Verpflichtung, schlussendlich das aufzuzeigen und den Finger in die Wunde hineinzulegen und zu sagen: Leute stellt euch nicht hin bei Sonntagsreden wie gut und schön ihr seid.

Das brauchen wir nicht, sondern wir wollen „Transparentheit“. Wir haben auch das Recht, als Abgeordneter zu erfahren, was gibt es in Regierungssitzungen für Punkte? Wie schauen die aus? Und speziell Verträge. Wir wissen das ganz genau, in der letzten Zeit, Verträge. Tourismus: Der Herr Baier. Was hat er für eine Abfertigung bekommen? Wie hat der Vertrag ausgeschaut? Da bekommen wir jetzt einen Freiheitlichen. Ich weiß nicht, was für einen Vertrag der kriegt und dergleichen mehr. Müllverband: Ich weiß nicht, was die drei Geschäftsführer für Verträge haben. Ich habe sie ein paarmal eingefordert. Da hat es geheißen, das geht dich nichts an. Ich bin Bürgermeister! Ich bin Mitglied dort. Dann sollte ich das sehr wohl wissen, oder? So ist es in der Landesregierung auch.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bericht zeigt wieder einmal auf, obwohl er von 2014 ist, da bin ich beim Herrn Landesrat Darabos natürlich, dass vieles, vieles im Argen liegt und noch immer vielleicht korrigiert gehört. Ich hoffe, dass der Herr Landesrat und seine Sozialdemokratie auch wirklich einmal die Einsicht haben, dass man das veröffentlicht und auch öffentlich bekannt gibt.

Das war so, die Verträge schauen so aus, der Herr so und so xy hat den Vertrag gehabt, hat den leider nicht eingehalten, weil das und das passiert ist. Vielleicht könnte man darüber auch einmal reden. Was hat der Herr Dopler für Geschichten in dieser Sache gespielt? Warum ist er wieder nach Wien gekommen? Was hat er für Möglichkeiten bekommen? Einen „Golden Handshake“ und dergleichen mehr.

Daher glaube ich, sollten wir uns solche Berichte wirklich genau anschauen. Noch einmal drüber diskutieren, um Fehler zu vermeiden. Wir wissen alle miteinander, Fehler kommen vor, aber schlussendlich hoffe ich, dass wir in Zukunft, und das ist ein wichtiges

Thema, die Gesundheit, auch die Mittel noch zur Verfügung haben, dass wir dieses Gesundheitssystem wirklich aufrecht erhalten können, beziehungsweise ausbauen, weil ja das ständig steigt.

Herr Landesrat Darabos, ich glaube, dass Sie einer sind, der das sowieso gerne umsetzt, vielleicht sofort, aber das wird es nicht spielen. Auch nicht beim Krankenhaus Oberwart, aber auch bei anderen Situationen oder bei den Barmherzigen Brüdern. Reden Sie Klartext und diskutieren Sie mit uns und sagen Sie, so schaut es tatsächlich aus. Können wir das schaffen? Können wir das nicht schaffen? Wie steht Ihr dazu? Dann habe ich kein Problem, wenn wir auch solchen Dingen, solchen Anträgen oder dergleichen auch zustimmen können.

Diesen Bericht nehmen wir zu Kenntnis. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Kölly! Natürlich haben einige von uns, und ich gehöre dazu, diesen Bericht des Rechnungshofes über die Mittelflüsse im Gesundheitswesen gelesen. Deswegen wissen wir auch, dass es eben um die Mittelflüsse geht in diesem Bericht und nicht um die Mittelverwendung. Es geht um Transparenz und Verrechnungssysteme, die hier geprüft wurden.

Die Transparenz der Verrechnungssysteme. Es wurde in verschiedenen Ministerien geprüft. Ich möchte gar nicht aufzählen, was alles geprüft wurde, weil zum Schluss ist die Aussage, dass dieser Rechnungshofbericht, die Finanzströme vom Bund zu den Sozialverssicherungssystemen nicht immer nachvollziehbarsind. Das ist etwas, was uns jetzt nicht überraschen wird, weil das hatten wir ja auch schon mehrfach hier in unserer Diskussionsrunde, wenn wir unser Gesundheitssystem angeschaut haben.

Wenn wir uns das Sozialversicherungsgesetz angeschaut haben, dass wir festgestellt haben, oder einige von uns festgestellt haben, dass hier die Verzweigungen viel zu vielfältig sind. Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, dass es eine Vereinfachung braucht in Sozialversicherungssystemen, ein Ende der unübersichtlichen Verästelungen, vor allem aber auch einmal eine Reduktion der Sozialversicherungsträger und mehr Transparenz in den Mittelflüssen.

Was in Bezug auf das Burgenland deutlich gemacht wurde - durch den Rechnungshof - ist, dass darauf hingewiesen wird, dass laut Rechnungsabschluss 2014 des Landes, sich die Einnahmen in der Haushaltsgruppe 5, Gesundheit, auf 111,20 Millionen Euro beliefen. Die Ausgaben in dem Jahr aber um 108 Millionen Euro höher waren. Das Land bereinigte dies durch die Entnahme aus Rücklagen und Einnahmen, die nicht den Gesundheitsbereich betrafen, zum Beispiel Einnahmen des Veterinär-, Natur- und Umweltschutzes oder auch aus dem Sozialbereich.

Hier gab es einige Unstimmigkeiten, also Unsauberkeiten in der Hin- und Herverrechnerei, vor allem in der Darstellung. Aber es wurde zugesagt, dass das bereinigt wurde.

Auch die zweite große Rückmeldung des Rechnungshofs, nämlich wie es ausschaut mit Bedarfszuweisungen, die dann auf unterschiedlichen Ebenen wieder rückgerechnet werden, auch da gab es seitens des Landes die Zusage, dass das hier geändert wird. Das heißt, was bleibt unterm Strich? Wir müssen alle unsere Kräfte im Gesundheitswesen darauf richten, im System wirklich grundsätzlich zu ändern, wenn es um die Sozialversicherungen geht.

Hier gibt es viel Unübersichtlichkeit, hier müssen wir vereinfachen. Hier müssen wir auch sozusagen eine Gleichstellung zwischen den verschiedenen Sozialversicherungsträgern und deren Kunden und Kundinnen schaffen. Insgesamt schaut es aber, was die Mittelflüsse anbelangt im Burgenland, sauber aus. Wir stimmen dem Bericht des Rechnungshofes zu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Eine weitere Zusatzfrage! – Bitte Herr Abgeordnete Mag. Richter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal Bezug nehmen auf zwei andere Rechnungshofberichte, die hier vor kurzem erst behandelt worden sind und ich selbst darüber gesprochen habe. Das ist einerseits einmal der Bericht über die Schulbehörden. Es hat geheißen, Zahlungen in dem Zusammenhang waren recht problematisch. Die Beschäftigung von Landesbediensteten bei Schulbehörden des Bundes in den Ländern erfolgte oft ohne gesetzliche Grundlage.

Es war von - das Wort gefällt mir - „kompetenzrechtlicher Gemengelage“ im österreichischen Schulwesen die Rede, und so weiter. Der zweite Rechnungshofbericht handelte von der Forschungsfinanzierung in Österreich. Der Rechnungshof kritisierte das Thema als komplex, unübersichtlich, es gab nicht nachvollziehbare Vorgänge und wieder ein recht gutes Wort vom Rechnungshof, es gäbe einen „Programmdschungel“ in diesem Bereich.

Dies alles ist jedoch harmlos und ich sage einmal, fast nicht der Rede wert, im Vergleich mit der heutigen Thematik, nämlich dem österreichischen Gesundheitswesen und den damit zusammenhängenden Mittelflüssen. Der Rechnungshof überprüfte, und das sind hier die Fakten, das Jahr 2014, von Juli bis Dezember 2015. Sein Ziel war es, einen Überblick zu schaffen. Ganz einfach einen Überblick über sämtliche Verflechtungen zu schaffen. Dazu muss einmal grundsätzlich gesagt werden, auf Grund der Gesetzeslage, die in Österreich herrscht, sind die Kompetenzen auf Bund, Sozialversicherungsträger, Länder und Gemeinden aufgesplittert. Die Folge davon ist, dass auch die Ausgaben, die Aufgaben und auch die Finanzierungsverantwortung ebenfalls sehr aufgesplittert, verzweigt und praktisch unübersichtlich sind. Außerdem ist ein gemeinsamer Finanzierungstopf, wie er eigentlich vernünftig wäre, durch das Prinzip der Einstimmigkeit zwischen diesen Trägern eigentlich nicht realisierbar.

Konkret zu den Geldflüssen. Wenn man sich das anschaut, es gibt mehr als 60 Akteure und ich sage jetzt nur ein paar Zahlen. Es entfielen auf die Krankenanstalten 17,8 Milliarden Euro, auf Heilmittel und Heilbehelfe 3,5 Milliarden Euro, auf die niedergelassen Ärzte 4,6 Milliarden Euro, auf das Rettungswesen 520 Millionen Euro und auf sonstige Gesundheitsdienstleistungen 800 Millionen Euro.

Im Zusammenhang mit diesen Mittelflüssen stellte der Rechnungshof quasi fest, bei Verrechnungen, wie schon erwähnt, zwischen Bund und Sozialversicherungsträgern wurden unterschiedliche zeitliche Abgrenzungen verwendet, sodass es auch bei den Aufwendungen und bei den Erträgen natürlich unterschiedliche Höhen gab. Der Rechnungshof empfahl natürlich eine Harmonisierung mit dem Rechnungswesen des Bundes. Auch bei den Landesgesundheitsfonds fehlten einheitliche Vorschriften über Form und Gliederung der Jahresabschlüsse. Eigentlich gibt es ja dieselbe rechtliche Grundlage für alle, das ist ja eine 15a-Vereinbarung, trotzdem gab es Unterschiede bei der Finanzierung zum Beispiel in den Ländern Salzburg und Burgenland.

Zur Verdeutlichung führt der Rechnungshof an, bei einem Gebarungsumfang von über 700 Millionen Euro in Salzburg und 230 Millionen Euro im Burgenland, gab es keine

detaillierten Vorschriften über die Form und Gliederung der Jahresabschlüsse. Auch gab es in Salzburg keine regelmäßige Prüfung des Jahresabschlusses. Im Burgenland hingegen wurde wenigstens zumindest der Jahresabschluss durch ein Kontrollorgan des Landes überprüft und zwar die Finanzabteilung.

Am augenscheinlichsten ist die ganze Problematik, da gibt es eine sehr gute grafische Darstellung. *(Abg. Mag. Johann Richter zeigt eine Grafik)* Wenn man sich das anschaut, diese Abbildung, die sieht aus wie ein Sonnensystem mit verschiedensten Sternen, Sonnen und Planeten, ungefähr 30 an der Zahl und eine Vernetzung und eine Verbindung zwischen den einzelnen, dass das ausschaut wie irgendein ganz fein gesponnenes Gewebe.

Diese Aufsplitterung der Kompetenzen und diese Vielzahl von Akteuren auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sind charakteristisch für das österreichische Gesundheitswesen und für mich als Laien scheint eine echte Reform fast nicht möglich, obwohl andererseits eine solche unbedingt notwendig wäre.

Zum Abschluss möchte ich nur noch ein, zwei Details zum Burgenland anbringen. Der Rechnungshof erfasste 20 Akteure. Akteure heißt Zahler und Empfänger in diesem Zusammenhang. 472,92 Millionen Euro gingen an die Krankenanstalten einschließlich Gesundheitsfonds und KRAGES und 6,68 Millionen Euro wurden für andere Gesundheitsdienstleistungen ausgegeben. Das heißt, die bereinigten Einnahmen betrugen 108,14 Millionen Euro.

Das Land verbuchte den Personalaufwand der KRAGES, das hat der Kollege Kölly schon erwähnt, 104,5 Millionen Euro als kassenwirksame Ist-Einnahme und gleichzeitig als kassenwirksame Ist-Ausgabe des Landes, obwohl die KRAGES diese direkt an die Dienstnehmer ausbezahlte.

Das heißt, diese Verbuchungen waren keine Einnahmen beziehungsweise Ausgaben des Landes. Vielleicht noch ein zweiter Punkt, die bereinigten Ausgaben des Landes betrugen ungefähr 192 Millionen Euro. Unter dem Titel „Beitrag an die Bundesgesundheitsagentur“ wurden vom Land 5,73 Millionen wieder quasi Umsatzsteueranteile als kassenwirksame Ausgabe verbucht. Diese Mittel wurden jedoch vom Bundesministerium für Finanzen direkt an den Burgenländischen Gesundheitsfonds angewiesen und waren daher keinesfalls Ausgaben des Landes. Ja, das sind so Dinge, die nicht sehr nachvollziehbar sind. Als Letztes noch eine Kleinigkeit, die aber recht interessant ist.

Das Land Burgenland finanzierte einen Kraftwagen im Landesfuhrpark aus Mitteln der Bedarfszuweisungen für Gemeinden. Diese Leasingfinanzierung betrug 8.414 Euro jährlich.

Das bedeutete praktisch, das stellte der Rechnungshof fest, eine Minderung der Bedarfszuweisung für die Gemeinden, wofür es natürlich keine gesetzliche Grundlage gab. Der Abzug, das ist jetzt recht interessant, wurde lediglich auf Grund einer mündlichen Vereinbarung zwischen einem Abteilungsvorstand und - ÖVP aufgepasst - dem damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter vorgenommen. Na super.

Wir werden den Bericht natürlich zur Kenntnis nehmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordnete Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzter Herr Präsident! Ein wenig muss ich noch schmunzeln. Herr Abgeordneter Richter, wenn Sie das schon so süffisant anmerken, auf Grund einer mündlichen Vereinbarung, dass der Rechnungshof aber angemerkt hat, dass alle Finanzflüsse auch mit Regierungsbeschlüssen und am Ende des Tages auch mit Beschlüssen des Landtages genehmigt sind, weil wir ja heute sogar über den Rechnungsabschluss schon debattiert und informiert wurden, der noch nicht einmal Thema ist irgendwo, sondern der Herr Landesrat nur „vorbereitend“ erzählt.

Was war dann das heute? Es war eine mündliche Information, dass wir mehr Geld ausgeben werden für die Dinge, wo wir alles schon wissen, über die Hypo Alpe Adria hier informiert zu werden und dass die dem Land Burgenland Geld kosten wird, weiß ein jeder, der in den letzten paar Monaten die Zeitungen aufgeschlagen hat.

Der Rechnungshofbericht hat hier etwas festgestellt, um gleich bei diesem Beispiel zu bleiben, dass man sich im Land Burgenland ausgemacht hat, was man im guten Wissen so gehandhabt hat und was durch Beschlüsse der Regierung und des Landtages ja legitimiert ist.

Tatsache ist, dass der Rechnungshof das anders sieht und das geändert wurde. Das selbige trifft eben auf eine kassenwirksame Verbuchung zu, einerseits beim Personalaufwand, aber auch bei den Mitteln des Burgenländischen Gesundheitsfonds.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! All das betrifft natürlich die KRAGES, und ich war etwas verblüfft, ich habe immer gewartet, Kollege Richter sagte, es kommen noch Details, interessante Details, ja, eigentlich hätte ich mir erwartet, dass, wenn wir heute einen Rechnungshofbericht auf der Tagesordnung haben, der sich mit dem burgenländischen Gesundheitswesen auseinandersetzt, dass zumindest die derzeitigen Dinge gestreift werden, was zumindest die Kollegin von den GRÜNEN und Kollege Kölly ja sehr ausführlich getan haben.

Es überrascht mich, dass es möglich ist, dass bei einer derartigen Debatte ein Thema ausgespart wird und das möchte ich ganz bewusst sagen. Die Vorgänge rund um die Entlassung des KRAGES-Geschäftsführers Rene Schnedl sind für mich nicht nur eine Frage der Gesundheitspolitik. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das stimmt zwar, dass es hier am Ende des Tages um einen Streit geht zwischen einem Mitarbeiter und seinem ehemaligen Arbeitgeber, aber was da in den letzten Wochen im Burgenland passiert ist, das ist schon ein lupenreiner Skandal.

Da hat es nichts damit zu tun, ob jetzt jemand zu Recht oder zu Unrecht entlassen wird. Da geht es um die Vorgangsweise, und ich möchte das hier deutlich machen. Ich bin nicht der Anwalt, ich bin nicht Rechtsvertreter und schon gar nicht der Verteidiger eines Mitarbeiters oder eines Arbeitgebers. Ich möchte lediglich aufzeigen, dass, so wie hier seitens der SPÖ, seitens des Landeshauptmanns und des zuständigen Landesrates vorgegangen wird, das ein lupenreiner Skandal ist, und ich werde das auch begründen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man mit seinen Mitarbeitern nicht mehr einverstanden ist und wenn man der Auffassung ist, es ist besser, sich zu trennen, dann gibt es, Gott sei Dank, in Österreich klare Spielregeln. Die sind manchmal in privatrechtlicher Natur festgelegt, in Verträgen zwischen dem Geschäftsführer, zwischen dem Mitarbeiter oder dessen Arbeitgeber, oder sie sind eben gesetzlich festgelegt. Das aber was im Fall vom Rene Schnedl passiert ist, ist nirgends festgelegt, das ist maximaler Machtmissbrauch verschiedenster Instanzen. Tatsache ist, dass man offensichtlich mit Rene Schnedl nicht einverstanden ist.

Der Arbeitgeber, in dem Fall das Land Burgenland, ist vertreten durch den Landeshauptmann und durch den zuständigen Gesundheitslandesrat. So, wie man das bereits im Tourismus, ist schon angesprochen worden, einige Male gemacht hat, so, wie man das bei anderen landesnahen Unternehmungen gemacht hat, hat man eben auch dort gesagt, ich bin mit dem nicht einverstanden. Aber was ist daraus gefolgt?

Offensichtlich hat der Herr Schnedl darauf Wert gelegt, dass alle diese Vorwürfe diskutiert werden, offensichtlich hat er darauf Wert gelegt, dass das, was man ihm vorgeworfen hat, auch präzisiert wird. Was ist dabei herausgekommen?

Am Ende dieser Diskussion steht eine fristlose Entlassung, die dann noch darin gipfelt, dass zwei Anwälte beauftragt wurden - zwei Anwälte der KRAGES offensichtlich, oder des Landes, ist ja noch nicht von irgendeiner Seite her bestätigt oder dementiert worden, wer diese beiden Rechtsanwälte zum Privathaus eines, somit ehemaligen Mitarbeiters eines Landesunternehmens geschickt hat?

Was machen die dort? Ich meine, das sind Anwälte, das sind jetzt nicht unwissende Privatpersonen, die sagen, ich habe das halt gemacht, weil es mir angeschafft wurde, sondern das sind Menschen, die ganz klar wissen, was Recht und Unrecht bedeutet.

Sie sind dorthin, haben nach meiner Sicht nach Hausfriedensbruch begangen, sind dort hinein und gegipfelt ist jetzt der ganze Vorfall in einem Polizeieinsatz. Tatsache ist, dass man sich gerechtfertigt hat, man müsste einen Dienstwagen abholen. Ich weiß nicht, wie groß das Interesse unseres Landes an diesem einen Fahrzeug ist, dass das sofort stante pede zurückgeholt werden muss.

Man wollte Unterlagen aus einem Privathaus holen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ganz simpel. Es gibt hier Rechtsvorschriften. Der Geschäftsführer Schnedl hat, wenn er entlassen wird, sich auch an diese zu halten. Er bringt eben zurück, was nicht ihm gehört, das ist das Dienstfahrzeug, Unterlagen, die der KRAGES gehören.

Aber dazu entsendet ja niemand zwei Anwälte, die dann dort offensichtlich mit relativer Gewalt versucht haben, sich dieser Dinge zu bemächtigen, weil ansonsten hätte ja wohl niemand die Polizei gerufen. *(Abg. Geza Molnár: Ist das offensichtlich?)* Entschuldige, das hat mir niemand heute erklären können, bis heute, Kollege Molnár, ich habe überhaupt kein Problem, wenn irgendwo eine Stellungnahme zu diesem Thema gekommen wäre. Warum hat man wen entsandt?

Was war die wirkliche Problematik? Warum hat er die Leute nicht ins Haus gelassen? Ich habe nur Mutmaßungen gehört. Und jetzt möchte ich noch auf die Mutmaßungen eingehen. Mich ärgert ja eines noch viel mehr. Das Land hat eine hundertprozentige Tochter, die KRAGES. Wer vertritt das Land? Der Landeshauptmann, die Regierung? Ja, man könnte auch sagen, wir als Abgeordnete, natürlich Vertreter des Landes.

Aber wer ist sicher nicht Vertreter des Landes? Der SPÖ-Parteisekretär. Christian Dax informiert die Öffentlichkeit, nachdem vier Abgeordnete der ÖVP sagen, wir lassen uns das nicht gefallen, wie hier vorgegangen wird, wir werden das überprüfen. Antwortet der SPÖ-Parteisekretär, der bekanntermaßen bis vor kurzem noch Mitarbeiter im Büro des Landeshauptmannes war. In welcher Funktion hat er die Öffentlichkeit informiert? Und was hat er gesagt? Ich möchte das klar gegenüberstellen.

Am 10. April ist Christian Dax an die Öffentlichkeit getreten und hat gesagt, Schnedl habe die Vorstellungen des Landes im Gesundheitsbereich nicht wie erwartet umgesetzt. Es hätte Unregelmäßigkeiten gegeben bei Prüfungen, die notwendig waren.

Und man hätte sofort reagieren müssen, um Schaden für das Unternehmen und das Land abzuwenden. Weiters sagt er: Beim Regionalen Strukturplan Gesundheit, dem RSG, gab es unterschiedliche Vorstellungen zwischen ihm, den vom Land eingesetzten Geschäftsführer, und der politischen Ebene.

Da hat man dann einige Beispiele genannt, die allesamt nie wieder zum Thema gemacht wurden. Neun Tage später, ein ganz ein anderes Szenario. Der Herr Landesrat Darabos in Begleitschutz von mehreren Anwälten betritt die mediale Bühne und erwähnt keinen der vom Dax erwähnten Vorwürfe. Was sagt Landesrat Norbert Darabos: Schnedl hätte Unterlagen nicht herausgegeben, er hätte Verträge zum Nachteil der Gesellschaft verändert und sich selbst Gelder ausbezahlt. Mehrfach habe er selbst Boni ausbezahlt und hätte damit keine vertragliche Rechtfertigung in seinem Dienstvertrag. Schnedl habe weiters die Prüfung verhindert, die anberaumt wurde, weil die KRAGES in die BLh eingegliedert werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn all das stimmen mag, wenn das so ist und Rene Schnedl hat sich derartig viel zu Schulden kommen lassen, warum hat man nicht einfach den Rechtsweg beschritten, hat ihn gekündigt? Warum müssen da Anwälte zu Privathäusern? Warum werden hier Leute unter Druck gesetzt? Warum geht man nicht mit der vollen Wahrheit an die Öffentlichkeit und sagt alle Vorwürfe, die im Raum stehen? Warum wird ein Parteisekretär vorgeschoben, der weder ein Abgeordneter ist, noch ein Regierungsvertreter ist, der berichtet dann über die landeseigenen Unternehmungen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Wirklichkeit ist das für mich der wahre Skandal. Mir ist es nämlich, auf den Punkt gebracht, wichtig, klarzustellen, das ist eine Vorgangsweise, die das Land Burgenland gewählt hat, die in keinem Fall, unter keinsten Umständen in irgendeiner Art und Weise zu rechtfertigen ist! So geht man mit Bürgern unseres Landes nicht um, egal was sie sich zu Schulden kommen lassen oder nicht. Aber das ist ein lupenreiner Skandal und das können wir so nicht mittragen! *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Landesrat, damit ich es gleich auf den Punkt bringe. Diese Flucht nach vorne, diese Möglichkeit, dass Sie sagen, es ist notwendig, man muss jetzt den Rechnungshof einschalten und die ÖVP hätte ja schon einen Antrag an den Rechnungshof, an den Bundesrechnungshof gestellt, den werden wir gleich dazu nutzen, dass alles aufgedeckt wird.

Ich sage Ihnen, ich werde mich gut informieren und wir werden uns auch mit Rücksprache mit Rechts- und Verfassungsexperten darüber auseinander setzen, ich maße mir nicht an, dass ich jetzt behaupte, das geht überhaupt nicht. Aber eines ist für mich klar. Die ÖVP hat einen Antrag gestellt, wir wollen die Überprüfung der Vorfinanzierung und der Planungskosten beim Krankenhaus Oberwart.

Was das mit den Vorgängen in der KRAGES zu tun hat, dass ein Mitarbeiter auf diese Art und Weise gekündigt wurde, das müssen Sie mir einmal erklären. Zweitens müssen Sie mir erklären, in welchem Gesetz, in welcher Rechtsvorschrift, sehen Sie die Möglichkeit für uns als Antragsteller ÖVP, dass Sie als Regierung beschließen, was wir dann als Rechnungshofbericht präsentiert bekommen?

Also für mich gibt es hier nur eine Sache, die ich klar sagen möchte. Für mich ist das alles irgendwie, als wären wir in einem Land, wo ein, zwei Leute sich zusammensetzen und sagen, was die Opposition will, wissen wir am besten, wie der Rechnungshof funktioniert, wissen wir am besten, wer für uns arbeitet und nicht mehr arbeiten darf, wissen wir am besten. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist

nicht das Land, das uns beauftragt hat, hier als 36 Mandatare Verantwortung zu tragen. Entweder als Regierungspartei oder in der Kontrolle als Opposition.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Land, in dem ich nicht Verantwortung und nicht Kontrolle übernehmen möchte, weil das darf es nämlich geben, dieses Land. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn einer anschafft, wer heute gekündigt wird, was morgen im Rechnungshof passiert, was irgendwo in diesem Land passiert, dann leben wir in diesem Land, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, wo Sie ein Kinderbuch vorgestellt haben und klar aufzeigen, was die Aufgabe von Regierung und Kontrolle ist.

Aber dieses Land, dieses dort beschriebene Land wird es in Burgenland nicht geben! Darauf werden die Mandatare der Volkspartei, die Mandatare der Opposition, und ich hoffe sehr stark, auch die Mandatare der derzeitigen Regierung trachten und aufpassen. Denn alles andere, das wäre noch der größere Skandal, als der, den wir gerade bei der KRAGES erleben! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Herr Abgeordneter Günter Kovacs hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Herr Abgeordneter Sagartz, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bitte?)* wenn eine Partei wie die ÖVP, die Schießung von Krankenhäusern vor wenigen Monaten noch in Betracht zieht, dann hat für mich diese Partei jegliche Gesundheits- und Sozialkompetenz verloren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich denke, Frau Mag. Resetar, es geht noch besser, *(Abg. Walter Temmel: Dann ist der Schnedl rausgekommen!)* denn Ihr Parteiobmann ÖVP-Mann Steiner verteidigt quasi eine Reduzierung des Strukturplanes, der die Reduzierung der HNO und der Herzkatheter-Station in Eisenstadt vorgesehen hat, gibt praktisch dem Geschäftsführer Schnedl Recht. Wir mussten praktisch handeln, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist ein noch schöneres Märchen als das vom Landtagspräsidenten! Noch schöneres Märchen!)* um eben hier noch diese Stationen zu behalten.

Die ÖVP unterstützt das, das gehört gesagt, vor allem der Bevölkerung *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das glaubt Ihr ja selber nicht!)* Wer war für Schließungen der Spitäler im Burgenland? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Deshalb habt Ihr den Schnedl rausgehaut!)* Alle anderen hier im Haus nicht, die ÖVP war es, wie eben Mag. Resetar vor wenigen Monaten noch gesagt hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren! Kommen wir aber eigentlich zum Tagesordnungspunkt. Es ist schon interessant, der Herr Abgeordnete Sagartz, Tagesordnungspunkt. Was war es? KRAGES, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na Entschuldigung, also bitte!)* Haben wir über die KRAGES gesprochen oder über den Rechnungshofbericht? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer ist denn zuständig für den Gesundheitsbereich?)* Also ich glaube, ganz, ganz weit vom Thema. In der Schule würde man sagen, Thema verfehlt, setzen, Herr Sagartz. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

So. Jetzt zum Tagesordnungspunkt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt haben Sie alles heruntergelesen, was Sie vorgelesen haben!)* Der Gesundheitsbereich ist jener Bereich, *(Abg. Doris Prohaska: Der Schelm denkt, wie er ist!)* der aus Sicht *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, nein!)* der Sozialdemokratie einer der zentralsten Errungenschaften unserer Bewegung auch ist. In dem alle Menschen das Recht auf Gesundheitsfürsorge im Burgenland haben, jeder kann, und Gott sei Dank darf in den

jeweiligen Krankenhäusern, in allen Burgenlands, operiert und versorgt werden. Unabhängig vom Einkommen und an den Sozialversicherungen geleisteten Beiträgen.

Dafür trägt der Burgenländische Gesundheitsfonds Vorsorge. Alle Zahlergruppen unseres Heimatlandes Burgenland, das Land selbst, die Gemeinden, das BMF, das BMG und natürlich die Sozialversicherungsträger, haben größtes Interesse an der Transparenz der Mittelflüsse und an einer nachhaltigen Darstellung der Gelder in den Rechnungsabschlüssen des Fonds. Das unterscheidet im Übrigen auch Österreich und das Burgenland *(Abg. Manfred Kölly: Glaubst Du das wirklich?)* von einem Großteil der Rest der Welt. *(Abg. Manfred Kölly: Glaubst Du das wirklich? Das ist eine Frechheit!)* Nicht alles miesreden, liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns das Burgenland noch genauer an. *(Allgemeine Unruhe)*

Es ist nämlich keine Selbstverständlichkeit, sondern ein österreichisches burgenländisches Alleinstellungsmerkmal, nämlich in den USA zum Beispiel, sterben Menschen an Hautkrebs, weil sie sich die Behandlung nicht leisten können. *(Abg. Manfred Kölly: In Österreich auch!)* Stetig steigende Herausforderungen, das wissen wir, weil sie sich die Behandlung eben in Amerika nicht leisten können, sind wir diesen Herausforderungen gestellt, im Gesundheitsbereich, mit stetig steigenden Kosten durch modernste Geräte, Gott sei Dank, neue technische Standards, das neue Ärztearbeitszeitgesetz, sowie zusätzliche Ausbildungsanforderungen.

Diese Gesichtspunkte werden sicherlich das zentrale Element der Arbeit der nächsten Jahre für die Gesundheitspolitik sein. Durch die neue 15a-Vereinbarung zur Gesundheitsfinanzierung, die mit 1.1.2017 ja schon in Kraft getreten ist, sieht auch erstmals eine Ausgabendeckelung im Gesundheitswesen vor. Die Steigerung von Gesundheitsausgaben soll von 3,6 Prozent auf 3,2 Prozent ab 2021 fallen.

Auch das sei im Zusammenhang mit dem Bericht erwähnt. Das Burgenland hat aber auch hier seine Aufgaben bereits gemacht. Nach Umsetzung des regionalen Strukturplans für Gesundheit wird das Intramurale eine Steigerungsrate von 3,19 Prozent für 2017 aufweisen und insgesamt 264 Millionen Euro betragen. Der Landesanteil, meine Damen und Herren, beträgt rund 87 Millionen Euro für 2017 und ist der höchste in der Geschichte unseres Heimatlandes Burgenland.

Das sei auch hier einmal am Rande erwähnt, damit Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen, welche Mittel hier pro Jahr umgeschlagen, einbezahlt und letztendlich für die burgenländischen Patienten auch aufgewendet werden.

Ich ziehe also für diesen Rechnungshofbericht folgende Schlüsse: Mittelflüsse im Gesundheitswesen sind sehr wichtig. Der Ausweis im Rechnungsabschluss 2017 und im Jahresabschluss der KRAGES wird ab 2017 umgestellt werden, die Bedarfszuweisungsmittel werden in einem transparenten Prozess ab dem Rechnungsabschluss nicht mehr abgezogen werden und die kassenwirksame Verbuchung der Ausgaben für Personal, Herr Kölly, *(Abg. Manfred Kölly: Warum sagst Du das jetzt?)* und Mittelzuschüsse vom Land an den Bund werden in Hinkunft richtig dargestellt werden. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich erteile Herrn Abgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir behandeln mit dem Rechnungshofbericht des Bundes mit

Sicherheit eines der schwierigsten Kapitel in Bezug auf Verantwortung der Politik, aber auch aller ausgelagerten Rechtsträger, die die Republik Österreich in den kommenden Jahren zu bewältigen hat.

Das Thema Gesundheit, eingeschlossen jetzt Soziales als Gesamtüberblick, ist derart verfrachtet, dass es nicht eines Rechnungshofberichtes gebraucht hätte, wo es heißt, dass diese Gesamtmittel mehr als zersplittert sind, dass es notwendig wäre, sie zusammenzuführen, um den Herausforderungen, die jetzt von meinen Vorrednern auch angesprochen worden sind, im Sinne einer Dienstleistung der gesundheitspolitischen, hochqualitativen Ausführung entsprechen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meinem Vorredner ins Stammbuch geschrieben: Es braucht nicht mehr etwa eine Diskussion über die Unterschiede Amerika-Österreich im Sinne der sogenannten Zwei-, Drei-, Vier-, Fünf-Klassen-Medizin, sondern wir haben vor Ort, und das weiß der Herr Gesundheitslandesrat, das weiß sein Vorgänger, ein Problem, das sich unter anderem darin äußert, dass MRTs, Computertomographieformen, in einem Rhythmus von mindestens drei Monaten Wartezeit stattfinden müssen, dass OPs, die auf orthopädische Einrichtungen zielen, im Grunde genommen eine Vorlaufzeit haben von mindestens einem halben Jahr, und dass es in der Konsequenz, und das nur als Punkt angeführt, in der Konsequenz bei den Barmherzigen Brüdern jetzt drei Kündigungen von Primaren gegeben hat.

Warum haben sich die zurückgezogen? Weil das System und die gesamte Finanzierung in der Verantwortung, die sie zu tragen hätten, nicht mehr gegeben ist. Das ist die Wirklichkeit. Daher ist das, was heute beteuert wird, in der Darstellung mehr als zurückzuweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben Verantwortung und der sollten wir uns stellen. Es geht nicht darum, dass wir Geschäftsführer eliminieren, und das ist die grundsätzliche Überzeugung. Wer hat den Geschäftsführer bestellt? Ich werde das jetzt nicht an Peter Rezar festmachen, sondern es ist die Bestellung seitens des Landes passiert. Dass dieser Geschäftsführer einen Fünf-Jahres-Vertrag hat und nach zwei, zweieinhalb Jahren quasi nunmehr den Horizont schon überschritten hat, ist einem Umstand geschuldet, und es wird keiner wegwischen und wegdiskutieren können, dass er sich seine eigene Meinung zu sagen getraut hat.

Meine Damen und Herren! Das ist das Hauptproblem, das heute in dieser Republik und speziell hier in diesem Bundesland zu tragen kommt, dass sich nämlich jemand - im Sinne seiner Verantwortung als Geschäftsführer einer Einrichtung - getraut, die Wirklichkeiten, die Parameter, die gesamte Konstruktion darzustellen, und wenn jemand das macht, dann ist es Gotteslästerung. Dann ist es quasi nicht genehm, dann ist es in dem Sinne sofort zu exekutieren, und deswegen sind auch auf den Kollegen Sagartz bezogen, alle Maßnahmen, die nicht zu hinterfragen es heute Gültigkeit hat, sondern alle Maßnahmen im Sinne der Freisetzung des Geschäftsführers und des anwesenden Rechtsanwaltes oder Rechtsvertreters der KRAGES sofort und gleichzeitig zu passieren.

Das ist natürlicherweise - und da stimme ich mit dem Kollegen Sagartz vollinhaltlich überein - das Problem, das heute in der Regierung vorhanden ist, ist auf den Punkt gebracht Folgendes: hoheitliches Handeln im Sinne der Aufträge, die quasi auch vom Landtag her gegeben sind, versus ausgelagerte Gesellschaften. Und den Zwiespalt und Widerspruch, der ist festzumachen an der Exekution, die bezogen auf den Geschäftsführer und den Rechtsvertreter dort stattgefunden hat.

Diese Exekution, nämlich das Rausschmeißen in der direkten Ausführung, dass man vor Ort auftritt, das ist quasi die Aufdeckung des Widerspruchs.

Ich glaube, wir werden genügend Zeit noch finden, über die Gegebenheiten zu diskutieren. Das, was bisher im sogenannten Abwehrverhalten seitens der Verantwortungsträger versus einem Geschäftsführer und Familienvater passiert ist, *(Abg. Ingrid Salamon: Moment!)* ist, glaube ich, eine Situation, die im Grunde genommen einem Land nicht würdig ist. *(Zwischenruf von Landesrat Mag. Norbert Darabos)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich Fakten wüsste, dann könnte ich darauf eingehen. Nur Sie, Herr Landesrat, Sie haben es in der Umsetzung durchaus in der Möglichkeit, dass Sie Fakten nennen. Aber Sie haben es bis heute nicht getan! *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Sicherlich!)*

Sie haben Vorurteile in dem Sinne verkündet, die über Ihre privaten Nachforschungen dort stattgefunden haben und das, was Ausweis ist, ist eine Darstellung auf eine Gesellschaft bezogen. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Es waren keine privaten Nachforschungen, es war ein Auftrag des Landes, …)* Ich bin am Wort, Herr Landesrat, Sie können sich dann zu Wort melden und können das sagen! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ingrid Salamon: Na und? - Landesrat Mag. Norbert Darabos: Eine glatte Lüge!)* Frau Salomon, Sie können das dann auch verkünden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: „Lüge“ hat er gesagt! Der Landesrat hat das Wort „Lüge“ gesagt! Ich würde ersuchen, dass man gleich … - Abg. Ingrid Salamon: Du solltest ihm auch sagen, dass Du am Wort bist!)*

Im Grunde genommen sollten Sie eines zur Kenntnis nehmen: Jede Form von Kritik, die hier vom Rednerpult …

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat - das Glockenzeichen gebend)***:** Am Wort ist der Herr Abgeordnete. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Sie haben die Sitzungsführung!)*

Ich bitte den Herrn Abgeordneten fortzufahren und dann werden wir weiter schauen. Ich werde mir das Protokoll durchlesen, so wie es andere machen. Wenn dem so ist, dann werden wir das nächste Mal … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn ein Landesrat „Lüge“ sagt. - Abg. Doris Prohaska: Jetzt ist es plötzlich ein Grund? Vor zwei Sitzungen war das Wort für Euch keiner. Das ist schon lustig. Vor zwei Sitzungen war es für Euch keiner. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe aber auch einen Ordnungsruf bekommen. - Zwiegespräche zwischen der Abgeordneten Doris Prohaska und dem Abgeordneten Mag. Thomas Steiner - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen - Abg. Doris Prohaska: Das ist ja wirklich lustig.)*

Ich habe es nicht gehört. *(Abg. Gerhard Steier: Ich habe es nicht gesagt.)* Ich habe es deshalb nicht gehört, weil so viel Unruhe in den Bänken herrscht. *(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Bitte Herr Abgeordneter, fahren Sie fort.

Abgeordneter Gerhard Steier *(fortsetzend)***:** Danke. Es ist schon einigermaßen erstaunlich, welche Emotionen plötzlich hochjammern und hochkochen, wenn es darum geht, dass auch Wahrheitsgehalte präsentiert werden. Ich kann mich durchaus zurückziehen auf die Darstellung: Diese Einrichtung, die von Landesseite als hundertprozentige Tochter installiert wurde, die KRAGES, hätte mit dem Geschäftsführer auf diese armen Barmherzigen Brüder sowas und sowas vorgehabt.

Herr Kovacs, nur eines zur Kenntnis: Ein Geschäftsführer ist nicht nur dazu da, zu exekutieren, was ihm irgendjemand aufträgt in der Verantwortung. Dafür gibt es den sogenannten Beschlussfaktor. Da sind alle dann zusammengefasst von den Playern, die sie gesprochen haben, die dort vertreten sind. Ein Geschäftsführer hat auch Alternativen

aufzuzeigen. Er hat quasi die Breite auch darzustellen und das drückt sich auch in verschiedener Hinsicht dort aus, wo es angebracht ist, das zu diskutieren.

Die Wahrheit ist immer ein Problem, wenn sie quasi den Nerv trifft und wenn sie dort ansetzt, wo bisher Nebelbomben und Nebelgranaten geworfen wurden. *(Abg. Robert Hergovich: Was ist dann die Wahrheit?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will darauf hinweisen, ich hätte die Vermutung gehabt, dass im Grunde genommen, mit dem 25. April das Angebot auf einen Ausgleich oder eine einvernehmliche Einigung stattgefunden hätte. Das war so in der Überzeugung, wie es gehandhabt wird. Dass dem nicht der Fall ist, ich weiß nicht, ob sich alle Player der Verantwortung auch bewusst sind, die damit einhergeht. Wenn es zu dem Arbeitsprozess jetzt kommt und allen Gegebenheiten, dann möchte ich Euren Hochmut, den Ihr zur Schau trägt, und Eure Verantwortung aber nicht an den Punkt dann gescheitert wissen, wenn es wirklich darauf ankommt, auch der Wahrheit ins Auge zu sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme auf den Ausgangspunkt zurück. Die Gesundheit ist eine der herausragendsten Aufgaben im Sinne des Finanzmanagements und der Verantwortung, die dem Bundesland Burgenland aufgetragen ist. Wenn es um Mittelflüsse über die Kritik des Rechnungshofes in der Darstellung geht, dann geht es nicht nur um die Krankenhäuser, die der KRAGES zugeordnet sind, nämlich die vier, sondern da geht es auch um das fünfte Krankenhaus, nämlich das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder.

Das, was jetzt als Punkt - und ich bin Zeitungskonsument, von dort her kenne ich auch die Sachlage, soweit sie quasi orientiert wird oder festgehalten wird -, wenn es auf den Punkt gebracht in Schnedls Verfehlungen jetzt da steht, dass er quasi das Krankenhaus Eisenstadt aushungern oder niederbauen wollte, dann verstehe ich die ganze Situation nicht. Herr Landesrat, Sie wissen es, es hat einen - und das auch zu den Einwürfen vom Kollegen Sagartz - Rechnungshofbericht auf den BURGEF im Jahre 2015 gegeben. Das heißt, alles was inhaltliche Bestimmung, rechnungshofkritischer Prüfung anlangt, braucht jetzt nicht den Verfehlungsanspruch noch einmal zum Krankenhaus Oberwart, sondern Sie müssen sich nur anschauen, was in dem BURGEF-Bericht vom Rechnungshof drinnen steht.

Unter anderem eines, ich weiß, dass es jetzt sehr ketzerisch klingen wird, aber eines zu Ihrer Darstellung oder zu der Gesamtdarstellung. Meine Herren, weil es auch der Herr Kollege Kovacs angesprochen hat, aber nehmen Sie jetzt Folgendes bitte als Zitat zur Kenntnis: „Letztlich darf angemerkt werden, dass grundsätzlich zu den strategischen Budgetplanungen und Zielsetzungen der Barmherzigen Brüder, die im Burgenland bestehende Standortgarantie - Frau Kollegin Resetar - der Krankenanstalten offen als verfehlt und unsinnig kommuniziert wird.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage mich überhaupt nichts mehr, aber ich frage mich, wo Ihre Wahrheit zu der die in der Diskussion heute ansteht, irgendwo angemerkt werden kann. Wir sind der Überzeugung - und wir sollten es wirklich tun - das, was quasi wirklich da passiert, sollte auch so kommuniziert werden, dass es nicht dann zu Anfragebeantwortungen kommt, das geht euch überhaupt nichts an, das ist eine ausgelagerte Gesellschaft. Oder dass dann anschließend - und dann ist der Aufschrei immer der größte -, dass der Rechnungshof Einschau gewährt bekommt und dass dann nach Jahren etwas aufgelistet wird, was im Grund genommen dem Steuerzahler hunderte, wenn nicht hunderttausende Euro gekostet hat, was im Grunde genommen von niemandem vertreten werden kann.

Wenn wir hergehen und die Diskussion so offen führen, das, was die Mittelverteilung im Bereich Staat, also Bund, Länder, Gemeinden, anlangt und die gesamten ausgelagerten - Hauptverband und Sozialversicherungsträger und wie immer auch - Zuständigen für die finanzielle Versorgung der Spitäler betreffend, was diese Mittelaufbringung anlangt, sind wir schon lange am Punkt angelangt, weil in der gleichzeitigen Diskussion die Verantwortungsträger in der Bundesregierung darum ringen, die sogenannten Lohnnebenkosten, die auch Mitfinanzierungsbeiträge für die Sozialversicherungen sind, zu reduzieren.

Wenn wir das quasi nur gegenüberstellen, dann ist dieser Bericht noch ein positiver, weil das, was in Zukunft auf uns zukommt, bei einer der höchsten Steuerbelastungen in dieser Republik, die wir jemals hatten, bedeutet auf der einen Seite Einschnitte bei den Lohnnebenkosten, auf der anderen Seite damit Probleme in der Finanzierung.

Jetzt frage ich nur Verantwortungsträger, die sich heute auch jetzt nach mir zu Wort melden werden: Warum ist die Kollegin Radmer vom Hauptverband zurückgetreten? *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Wie soll ich das wissen?)* Ich sage es Ihnen. Ich frage Sie nicht. Aber ich frage das rhetorisch in die Runde.

Warum ist Sie zurückgetreten? Das ist aber Ihr Problem genauso. Ihr Problem besteht darin, und das hat sich auch offen kommuniziert, das ist im Gegensatz zu Ihnen jetzt eine Darstellung, die durchaus zum Tragen kommt. Sie hat nämlich ausgedrückt, dass sie nach 16 Monaten Verantwortungszeit zu der Überzeugung gekommen ist, dass sie die notwendigen und auch von allen Studien als solche ausgewiesenen Schritte im Sinne einer Reform des gesamten finanziellen oder der Finanzierung des Gesundheitswesens absolut nicht bewerkstelligen kann, weil es derart beharrende Kräfte, derart zementierte Pattstellungen gibt, dass in Österreich keine Reform möglich sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten eines zur Kenntnis nehmen. Es reicht oft nicht aus, nur zu sagen, wir wissen alles besser. Es kann schon sein, dass manches nicht zum Ersten gleich so dargestellt werden kann, wie man sich das vorstellt.

Nur eines, Herr Landesrat, - und das sage ich Ihnen abschließend ins Gewissen - eines ist bei diesem Sachverhalt, den ich jetzt angesprochen habe, mit Sicherheit zu erwarten. Das wird mit Sicherheit nicht unter den Tisch zu kehren sein, sondern das wird - und da gebe ich Ihnen Recht - noch einiges zu Tage fördern, das im Grunde genommen die Grundfesten dieses Bundeslandes erschüttern wird. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich hätte mich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht gemeldet, aber nachdem ich da auch meinen Namen gehört habe, nachdem der Freiheitliche Abgeordnete hier den Rechnungshof zitiert hat, möchte ich das schon richtigstellen. Nämlich, der Rechnungshof bekrittelt auch, dass mit den Bedarfszuweisungen ein Dienstkraftwagen für Desinfektoren angeschafft wurde. Das stimmt. Das ist alles richtig. Und dann steht drinnen, dass ich scheinbar mit dem Abteilungsleiter quasi das gemauschelt oder abgemacht hätte und damit wären den Gemeinden diese Gelder entgangen.

So stimmt das absolut nicht! Nämlich deswegen, weil in der Burgenländischen Landesregierung diese Sache besprochen wurde. Der zuständige Landesrat Rezar, der jetzt nicht da ist, aber der mir das bestätigen wird, hat Gespräche geführt mit den beiden Gemeindevertreterverbänden - Gemeindebund und dem Sozialistischen Gemeindevertreterverband. Es war natürlich miteingebunden auch der Finanzlandesrat und die gesamte Landesregierung, und es wurde ausgemacht, dass es einen Vorwegabzug bei den Bedarfszuweisungen geben wird, so wie es einen Vorwegabzug bei den Bedarfszuweisungen gibt für Feuerwehrförderungen, für die katholischen Pfarren, für den Wochentags-Nacht-Bereitschaftsdienst der Ärzte und, und, und, weil auch hier die Gemeinden betroffen sind.

Daher wurde ausgemacht, dass dieser Betrag - und da geht es um zirka 9.800 Euro im Jahr - als Vorwegabzug von den Bedarfszuweisungen abgezogen wird. Nachdem ich für alle Bedarfszuweisungen im Lande zuständig war, war es klar, dass von mir aus formal dieser Regierungsakt so eingebracht werden muss. Das habe ich auch getan und der wurde dann einstimmig in der Burgenländischen Landesregierung auch so beschlossen.

Das, was ich kritisiere, ist, dass es einen Rechnungshofbericht gibt und der ist an verschiedenen Stellen als Rohbericht zu ergangen. Dann habe ich keine Möglichkeit, obwohl dort mein Namen aufscheint, keine Möglichkeit, auf diesen Rohbericht zu replizieren. Das finde ich nicht in Ordnung. Das finde ich nicht in Ordnung. Es wird wahrscheinlich eine Stellungnahme seitens der Gesundheitsabteilung ergangen sein, und diese Stellungnahme werde ich mir ganz genau noch anschauen, denn ich befürchte, dass sie auch nicht vollständig der Wahrheit entspricht.

Wenn man schon meinen Namen dafür verwendet, dann sollte man das auch richtig tun. Das möchte ich hier schon in aller Deutlichkeit sagen, und ich sage warum. Weil ich vor der Landtagssitzung, vor einigen Wochen schon, von den Medien dementsprechend damit konfrontiert wurde, wo auf einmal irgendwer aus der Politik, ich möchte niemandem etwas unterstellen, einen kleinen Skandal gewittert hätte.

Ich habe das sehr rasch aufklären können. Ich möchte das jetzt im Landtag tun und meine, dass diese Vorgangsweise politisch die richtige war. Ich stehe auch dazu deswegen, weil dieser Desinfektionsbus vor allem auch den burgenländischen Gemeinden zur Verfügung gestellt wird, in dieser Sache. Daher ist dieses Geld gut eingesetzt.

Daher werden wir in dieser Causa keinen Richter brauchen! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich möchte schon festhalten, dass diese Skandalisierungsversuche, die heute hier unternommen wurden, völlig ins Leere gehen. Da wird auch von Wahrheit gesprochen, wie die Wahrheit wirklich aussehen könnte und so weiter, bleibt aber trotzdem jedes Argument schuldig, wie die Wahrheit wirklich aussehen sollte.

Ich möchte schon festhalten, wie es wirklich war! Nämlich, im Rahmen der Eingliederung der KRAGES in die Landesholding kam es zu einer Prüfung, wie bei anderen. Nicht mehr - nicht weniger!

Dabei sind Unregelmäßigkeiten aufgetaucht. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A: Warum weißt Du das jetzt eigentlich?)* Sie brauchen nur die letzten Zeitungsmeldungen hernehmen, durchlesen, dann werden Sie das sehen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Welche jetzt? Die vom Dax oder vom Darabos? - Abg. Manfred Kölly: Gerade habt Ihr gesagt, die Zeitungsartikel darf man nicht so ernst nehmen. Das hast Du gerade gesagt. Was ist jetzt? Kennst Du den Vertrag vom Schnedl oder kennst Du ihn nicht? Das will ich wissen. - Abg. Ingrid Salamon: Er ist am Wort!)*

Hören Sie mir zu, Herr Kollege Wolf, dann wissen Sie es für die Zukunft auch! Wollen Sie jetzt zuhören oder nicht? Also!

Es sind Unregelmäßigkeiten aufgetaucht, und die Prüfer haben die Abberufung des Geschäftsführers empfohlen. Die Prüfer haben dem Herrn Landesrat die Abberufung des Geschäftsführers empfohlen, und der Landesrat hat das umgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage Sie jetzt: Was hätten Sie denn getan in Verantwortung der Steuerzahler, in Verantwortung des Landes Burgenlandes, wenn es bei einer Prüfung zu Unregelmäßigkeiten kommt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zumindest nicht Anwälte hingeschickt. Das hätte ich nicht gemacht.)* die Prüfer dann zu Ihnen kommen und sagen, das Dienstverhältnis mit dem Geschäftsführer muss aufgelöst werden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hat er eh gesagt.)* weil wir auf Unregelmäßigkeiten draufgekommen sind? Ich frage Sie: Was hätten Sie getan? *(Zwiegespräche zwischen dem Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA und Landesrat Mag. Norbert Darabos)*

In hoher Verantwortung dem Steuerzahler und dem Land gegenüber hat der Landesrat auch die Empfehlung der Prüfer umgesetzt. Die Landesregierung ist sogar weitergegangen und hat den Bundesrechnungshof ersucht, diese Vorgangsweisen dort auch zu prüfen.

Ich frage Sie: Wo gibt es denn mehr Kontrolle? Wo gibt es denn mehr Transparenz wie in dieser Angelegenheit? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Also bitte!)* Na wo? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Welche Information haben wir über die KRAGES bekommen? Keine einzige! Nichts dürfen wir als Abgeordnete wissen. Das kann es doch nicht sein.)* Was hätte der Landesrat Ihrer Meinung nach tun sollen? Soll ich Ihnen was sagen, Herr Kollege Wolf, was Ihnen weh tut? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wo ist da etwas transparent? Keinen Strich! Nichts! Gar nichts!)* Dass Ihre Story nicht aufgeht! Diese Skandalisierung nicht aufgeht und dass alles ins Leere geht! *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das glauben Sie doch nicht einmal selber.)*

Wichtig dabei ist aber schon festzuhalten, dass es um die gesundheitspolitische Ausrichtung geht. Wenn Sie jetzt hergehen, und Sie wissen ganz genau, dass die Geschäftsführung dort geplant hat, Sie brauchen ja nur den Direktor Maurer des Krankenhauses Eisenstadt interviewen, ihn fragen, der gibt auch Auskunft. Reden Sie einmal mit ihm! Dass geplant war, die HNO-Abteilung in Eisenstadt zu schließen, dass geplant war, die Herzkatheder-Abteilung zu schließen, dass es damit ganz klare Einschnitte in der Gesundheitspolitik für das Nordburgenland gegeben hätte. Die Landesregierung … *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Da hat der Schnedl doch gar nichts zu reden. Die Barmherzigen Brüder gehören doch nicht zur KRAGES.)*

Wer zahlt es denn, Herr Kollege Strommer? Jetzt stellen Sie sich nicht so! Sie wissen ganz genau, wo das Geld herkommt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ganz genau.)* Na also! Überlegen Sie ein bisschen!

Also, und ich sage Ihnen jetzt auch ganz offen, ich habe schon den Eindruck, wer den Geschäftsführer jetzt verteidigt, verteidigt mit, was da im Krankenhaus Eisenstadt passiert wäre, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Geh bitte! Also viel primitiver geht es nicht mehr. Das ist ja lächerlich. - Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Da müsst Ihr Euch aber über den Kopf fahren.)* und dass die Versorgungssicherheit im Nordburgenland darunter gelitten hätte. Das müssen Sie aber verantworten. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Vorgangsweise des Herrn Landesrat absolut verantwortungsbewusst war. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das werden Gerichte entscheiden.)*

Ich frage Sie noch einmal: Was hätten Sie getan, wenn die Prüfer nach einer Prüfung auf Unregelmäßigkeiten draufgekommen sind und die Empfehlung abgegeben hätten, den Geschäftsführer freizusetzen? *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Abg. Mag. Thomas Steiner: Keine Schergen hingeschickt!)*

Das können Sie überlegen und dann vielleicht versuchen, noch einmal so einen Skandal zu inszenieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich ja, dass auch einige der Redner zum Tagesordnungspunkt gesprochen haben, nämlich zu den Mittelflüssen im Gesundheitswesen. Ich möchte nur sagen, das ist ein Bericht, der das Jahr 2014 betrifft. Es gibt wenige Berichte des Bundesrechnungshofes, die so positiv ausgefallen sind, mit einigen kleinen Einschränkungen. Grundsätzlich halte ich diesen Bericht auch für eine Bestätigung der Gesundheits- und Sozialpolitik des Landes.

Wir haben in diesen Bereichen auch sehr viele Dinge, die uns international von anderen Ländern unterscheiden. Das ist keine Selbstverständlichkeit! Wir haben ein Alleinstellungsmerkmal, was die Gesundheitspolitik betrifft, wenn ich mir beispielsweise nur die USA anschaue, wo sich sehr viele Menschen die Behandlungen nicht leisten können, wo, das wird auch im Rechnungshof positiv angemerkt, es in Österreich anders ist. Wo wir jetzt, das ist heute schon ganz kurz angesprochen worden, auch im Bereich der Gesundheitsfinanzierung mit 15a-Vereinbarungen dafür sorgen, dass es Kostendämpfungsraten gibt, das heißt, trotz der Steigerungsraten von 3,6 Prozent pro Jahr für den Gesundheitsbereich, und wo sehr vieles positiv angemerkt wird und wo es auch zwei, drei Punkte gibt, die wir auch kritisch durchleuchten werden. Das ist auch die Aufgabe des Rechnungshofes.

Man sollte nicht vergessen, der Rechnungshof ist Organ der Legislative und jede Maßnahme, die er setzt, beziehungsweise jede Empfehlung, die er setzt, ist sehr ernst zu nehmen. Es gibt eben drei Punkte, die wir auch ernst nehmen werden, dass wir den Jahresabschluss bei der KRAGES ab 2017 umstellen werden, dass wir die Bedarfszuweisungsmittel, es wurde vom Kollegen Richter, glaube ich, angesprochen, transparenter durchführen werden, damit das nicht im Rechnungsabschluss mehr abgezogen wird und dass wir auch kassenwirksame Verbuchungen der Ausgaben für Personal und Mittelzuschüsse vom Land an die BURGEF in Hinkunft transparenter darstellen werden.

Aber grundsätzlich halte ich noch einmal fest, ist es aus meiner Sicht ein positiver Bericht. Es wurde auch von einigen Rednern hier auch angemerkt.

Jetzt zu dem Punkt, der eigentlich nicht zu diesem Tagesordnungspunkt gehört, aber … *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Causa prima!)* Causa prima ist, das ist richtig. Nur, ich muss da jetzt ganz offen sagen, ich ziehe das Wort „Lüge“ zurück, aber es ist eine Unwahrheit, Herr Kollege Steier, es hat keine private Prüfung gegeben, es hat eine Prüfung gegeben, die auf Grundlage, wie es der Klubobmann Hergovich angesprochen hat, aufgrund der Eingliederung in die Burgenland Holding stattgefunden hat, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also Ordnungsruf!)* und keine private Nachforschung.

Ehrlich gesagt, das muss ich wirklich schärfstens zurückweisen, das ist eine Behauptung, die ich so nicht stehen lassen kann! Weil, ich habe diese Prüfer nicht beauftragt, sondern das Land hat sie insgesamt beauftragt, und keine private Nachforschung gegen irgendwen durchgeführt, *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* weder gegen den Herrn Schnedl, noch gegen den Herrn Duran, der dort Personalchef war. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Rechtschef! Nicht Personalchef.)*

Ich möchte auch dazu sagen, es geht hier um eine Doppelgeschichte, die wir hier diskutieren. Es geht nicht jetzt, was die Entlassung des Herrn Geschäftsführer Schnedl betrifft, um seine Ausrichtung, wie er gewisse Dinge gesehen hat, das ist eine politische Diskussion, die wir führen können und die wir auch führen müssen, abgesehen davon, dass man sich dann auch plötzlich von Dingen, die man mir vorgelegt hat, plötzlich distanzieren möchte, was jetzt den österreichischen Sozial- und Strukturplan betrifft, oder den regionalen Struktur- und Gesundheitsplan, aber das sind Diskussionen, die können wir politisch führen.

Um was es hier geht, sind Verfehlungen, die in seinem Bereich getätigt wurden und die mir von Anwälten des Landes und Wirtschaftsprüfern des Landes vorgelegt worden sind. Und ich konnte nicht anders handeln.

Ich konnte nicht anders handeln, ich musste diesen Schritt setzen, sonst wäre ich in der Ziehung gewesen. Ich sage Ihnen jetzt auch ganz offen, Herr Wolf, Sie schauen mich jetzt so interessiert an, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich noch nie vorher gehört. Das haben Sie noch nirgends erzählt.)* Sie sind Steuerberater. Gratuliere zur Prüfung und allem! *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Danke!)*

Wie würden Sie reagieren, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Keine Schergen anstellen. - Abg. Christian Illedits: Um das geht es jetzt nicht.)* wenn ein Eigentümer eine Prüfung gegenüber Ihren Tätigkeiten anordnet, und Sie sagen, das interessiert mich einfach nicht, ich höre auf, ich unterbreche die Prüfung?

Aus meiner Sicht, ich bin kein Jurist, auch kein Richter, auch kein Staatsanwalt, aber aus meiner Sicht wäre das schon Grund genug, jemanden zu entlassen, weil ich kann doch nicht eine Prüfung des Eigentümers einfach von mir aus ohne Grund absagen. Das geht einfach nicht.

Das ist eine Frage, die kann der Herr Schnedl irgendwann vor Gericht beantworten, aber ich finde, es ist einfach nicht okay, dass jemand eine Prüfung einfach von sich aus absagt. Ja, das ist ein … *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich habe deswegen lange geschwiegen, weil ich nicht in den Arbeitsgerichtsprozess vorgreifen wollte. Ich habe aber in der Öffentlichkeit, und deswegen ist es auch legitim, dass der Herr Klubobmann das anspricht, weil es ja in der Öffentlichkeit schon diskutiert wurde, vier Punkte angesprochen.

Es hat Boni-Zahlungen gegeben, die sich der Geschäftsführer selber ausbezahlt hat. Es hat gewisse Dinge, Ungereimtheiten gegeben, was seine Krankenstandszeiten und Urlaubsabrechnungen betrifft. Es hat drittens die Frage gegeben, ob die Existenz von

Verträgen auch legitim ist. Da geht es um durchaus auch einen sehr wichtigen gesundheitspolitischen Bereich im Bereich des MR Oberwart, wo man jetzt nachschauen muss, ob diese Zahlungen auch gerechtfertigt sind beziehungsweise wem diese Aufträge zugeflossen sind. Und der vierte Punkt, den habe ich schon angesprochen, ist die Frage, ob man Prüfungen von sich aus einfach unterlassen kann.

Unterm Strich gesagt, ich verstehe die politische Aufregung, ist logisch, das ist ein wichtiges Thema. Es ist auch ein Thema, das sozusagen für die Opposition möglicherweise was hergeben könnte, aber bitte lassen Sie jetzt die Gerichte entscheiden. Es geht um eine Person. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Um die Vorgangsweise.)* Wir haben 104.000 Beschäftigte im Burgenland. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Um zwei!)* Zweite Person, ja gut, ok, es geht um zwei Personen, aber wir haben 104.000 Beschäftigte im Burgenland. Das ist ein wichtiger Bereich, wo wir auch politisch dafür gesorgt haben, dass so viele Menschen im Burgenland Beschäftigung finden.

Wir wissen, jeder hat das Recht auch, sich selbst zu verteidigen, aber die Gründe, die - wie gesagt - von den Anwälten des Landes auch hier angeführt worden sind, sind aus meiner Sicht schwerwiegend. Ich konnte nicht anders handeln. Ich habe auch auf Grundlage von Regierungsbeschlüssen gehandelt, sowohl in dem ersten Punkt, als auch im zweiten Punkt, was jetzt eine Ausweitung auch der Prüfung betrifft, und ich verstehe die Aufregung der ÖVP nicht ganz. Ihr habt einen Beschluss eingebracht, das Krankenhaus Oberwart zu prüfen, muss man demokratisch zur Kenntnis nehmen. Betrifft zwar nicht meine Zeit als Landesrat, aber warum jetzt eine Ausweitung dieser Prüfung etwas kritisch gesehen wird, verstehe ich nicht, ganz im Gegenteil. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein! Ob sie rechtlich möglich ist.)*

Ja, okay. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber das ist das Wesentliche.)* Können wir auch von mir aus rechtlich aufdröseln, ist egal, aber es wäre wichtig, auch im Sinne der Transparenz, die von der Opposition auch eingefordert wird, diese Prüfung auch durchzuführen, und diese Prüfung wird durchgeführt. Man sollte es ein bisschen entspannter sehen und auch versuchen, dann im Endeffekt dafür zu sorgen, dass das Beste fürs Burgenland herauskommt.

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen, sollte ich vielleicht nicht, aber es geht mich auch persönlich nichts an, ich verstehe nicht die ganze Aufregung, wenn jemand einen Brief persönlich übergeben möchte, als Anwalt, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Bitte?)* die Polizei hat das übrigens zurückgelegt, möchte ich Ihnen nur sagen, ja, die Frage des Hausfriedensbruchs und so weiter, dann verstehe ich nicht, warum man diesen Brief nicht übernehmen möchte.

Ich sage Ihnen jetzt noch ein Detail, das ich auch noch nicht angesprochen habe. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Eingeschrieben!)* Der Geschäftsführer war im Pflegeurlaub und ist dann so schleifend in den Urlaub für sechs Wochen gegangen. Damit war Gefahr im Verzug, weil man ihm dieses Schreiben nicht übergeben hätte können. So! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das macht man mit Einschreiben. - Abg. Michaela Resetar: Einschreiben! Geht das nicht? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei der Post gibt es einen RSa- und einen RSb-Brief.)*

Und ich verstehe nicht, warum das ein Problem sein sollte, noch einmal, es ist nicht mein Zuständigkeitsbereich, aber ich verstehe nicht, warum man ein Problem damit hat, wenn man einen Brief übernimmt, wenn man Zuhause ist, das verstehe ich überhaupt nicht.

Aber gut, das ist eine Frage *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Des Stils!)*, es gibt Vorwürfe, die da sind, ich stelle fest, Sie stellen sich hinter dem, der die Vorwürfe zu

verantworten hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein! Nein!)* Das habe ich so in der Wortmeldung des Kollegen Sagartz empfunden. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Abg. Ingrid Salamon: Kann ja zu seinem Wort stehen.)* Das ist ja legitim, wir werden dann nur sehen, wer sozusagen am Ende des Tages Recht bekommt.

Wir leben in einem Rechtsstaat, zu dem stehe ich. Grundsätzlich halte ich die Vorgangsweise, wie sie getätigt wurde, von Seiten des Landes mit einem einstimmigen Regierungsbeschluss für richtig.

Wir werden jetzt in den nächsten Wochen sehen, wie es weitergeht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Fragen Sie mal die Leute!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Zumal ich das Wort „Lüge“ nicht gehört habe und der Herr Landesrat es jetzt gesagt hat, sehr geschätzter Herr Landesrat, erteile ich Ihnen nachträglich für das Wort „Lüge“ einen Ordnungsruf.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für uns als ÖVP-Fraktion vehement festhalten, dass wir hinter dem Gesundheitssystem im Burgenland stehen, dass wir für die gesundheitliche Versorgung im Burgenland einstehen, für kurze Wartezeiten, für kurze Wege zu dem nächsten Versorgungspunkt, für gute Ärzte und für ein gutes Pflegepersonal.

Wir stehen hier nicht hinter einer Einzelperson und nicht hinter einer Funktion, sondern hinter dem Gesundheitssystem und hinter dem Steuerzahler. Das ist uns wichtig, und das möchte ich auch hier betonen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn man den RSG anspricht, dann wissen wir alle, dass der im BURGEF diskutiert und beschlossen wird. Im BURGEF, Herr Landesrat Darabos, sitzen Sie an der Spitze, und dort gibt es jemanden, der die Dinge, die dort beschlossen werden, operativ ausführen muss. Das heißt auch, dass die politische Verantwortung an dem Gremium liegt. Wenn man sich ansieht, wer im BURGEF noch sitzt, hat die SPÖ namhafte Vertreter, die sehr wohl, nicht nur 2014, sondern in den letzten beiden Jahren, schon sagen hätten können, wir wollen diese von Ihnen verfolgte Gesundheitsstrategie nicht verfolgen, wir brauchen einen neuen RSG. *(Abg. Robert Hergovich: Genau das haben sie gemacht.)*

Das ist bis heute nicht passiert. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, jetzt auf einmal zu sagen, wir möchten diese Politik nicht und wir schieben die Schuld irgendjemand anderen in die Schuhe, das ist für uns nicht akzeptabel. Ihr spielt mit einer Doppelmoral, die man überhaupt niemandem erklären kann.

Geschätzte Damen und Herren! Die SPÖ hat mit all ihren Funktionären die letzten Jahre jegliche Information über all die Vorgänge in der KRAGES, im Gesundheitssystem, in allen Spitälern erhalten - es kann mir niemand erzählen, dass die SPÖ nicht Bescheid wusste. Jetzt auf einmal stellt ihr euch großmundig her, oh mein Gott, wir mussten schnell handeln und den Geschäftsführer entlassen. Bei aller Liebe!

Herr Landesrat außer Dienst, Peter Rezar, hat damals den Experten Mag. Schnedl geholt. Wenn man ein wenig im Internet sucht, erkennt man klar, welche Worte er gefunden hat, dass er ein toller Experte ist, langjähriger Erfahrung und deswegen musste er als Geschäftsführer bestellt werden. Jetzt auf einmal verneint man dieses Lob. Man

stößt ihn ab, man braucht ihm nicht, weil er offensichtlich selbst mitgedacht hat. *(Zwischenruf der Abg. Klaudia Friedl)*

Geschätzte Damen und Herren! Wir kritisieren nur die Vorgehensweise scharf, wie jemand aus dem Landesdienst entfernt wird. Nicht mehr und nicht weniger! *(Abg. Günter Kovacs: Das machst Du auch beim Magistrat?)* Speziell die Vorgehensweise.

Wenn jemand Personalverantwortung hat, dann glaube ich, dass man im Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in erster Linie das Gespräch sucht. Dass man versucht, alle Ungereimtheiten aus dem Weg zu räumen. Dass man diskutiert, wo es Probleme gibt, wie man das lösen kann? Das habt Ihr bei vielen anderen Persönlichkeiten im Land auch schon gemacht. Wenn ich nur an den Tourismusverband Burgenland denke. Oder vielleicht an Herrn Dopler in der KRAGES, der auch gegangen wurde oder ging? Man weiß es nicht. Plötzlich schickt man Anwälte, Wirtschaftsprüfer und vielleicht noch die Polizei nach Hause? Also, das ist keine Art, kein Charakter und kein Stil. Das ist das Einzige, was wir massiv kritisieren und hinter dem wir auf keinen Fall stehen werden. Das zu rechtfertigen, darauf bin ich schon gespannt. Weil scheinbar bröckelt die Verteidigungsstrategie. Es gibt nichts Greifbares. Aber man wird sehen, was die Gerichte entscheiden und was sich politisch noch auftun wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Sie haben sich vorher sehr lautstark gewehrt, gegen eine Unterstellung. Sie haben auch mir etwas unterstellt. Sie haben mir unterstellt, dass ich hinter einer Person stehe und hinter ihren Taten. Ich wiederhole noch einmal: Ich bin nicht der Anwalt - und ich habe genau diese Wortwahl getroffen - einer Einzelperson. Aber ich bin der Anwalt all jener, und zwar als Abgeordneter eines Landesparlaments, der sich schützend vor Menschen stellt, die so behandelt werden. *(Abg. Günter Kovacs: Dann frage Deinen Nachbar.)*

Das möchte ich Ihnen schon deutlich sagen. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Briefe künftig, die wichtige Nachrichten enthalten, Anwälte des Landes überbringen, und nicht mehr so wie in vielen anderen Fällen, seit Generationen das üblich ist, die Post, oder dass man Leute einbestellt und sagt, wir führen zwischen Arbeitgeber und Mitarbeiter ein Gespräch, und man spricht die Kündigung aus.

Wenn Sie das verharmlosen, Sie sind Historiker. Dann wissen Sie ganz genau, wo man vielleicht und in welchen Zeiten mit Personen so umgegangen ist. *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Jetzt reicht es aber.)* In Österreich entscheidet das Gericht. Das ist der eine Teil.

Der Arbeitsprozess wird klären, ob die Anschuldigung gegen die Person rechtens ist. Was aber sicherlich hier politisch zu klären ist: Wir werden mit aller Kraft dagegen ankämpfen, dass die von Ihnen gewählte Vorgangsweise nicht mehr passiert, und wenn Sie uns heute erzählt haben, es sind nicht Ihre Anwälte gewesen, das hat mir bis heute niemand gesagt. Ich habe dreimal in einer Pressekonferenz gefragt, wer hat Anwälte ausgeschickt? Das Land, die BLh, die KRAGES? Heute haben Sie, weil wir es angesprochen haben, zum ersten Mal das erwähnt. Das ist ein riesiger Unterschied. Vielleicht ist das so manchem hier im Raum nicht bewusst. Aber das ist dann noch ein größerer Skandal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Das Land hat ausgeschickt.)* Das Land hat ausgeschickt. Ich weiß, das ist noch ein größerer Skandal für mich. *(Abg. Ingrid Salamon: Wo ist denn da der Skandal?)*

Nein, Sie können doch bitte nicht sagen, wenn ein Angestellter der KRAGES gekündigt wird, und die Angestellten sollen diese Briefe von den Anwälten erhalten, dann kann nicht das Land für eine andere Institution, für die KRAGES, das tun.

So weit sind wir noch nicht gekommen. Weil entweder lagern wir Dinge aus und sagen, die Abgeordneten dürfen nicht hineinschauen, wir dürfen nichts wissen. Oder es geht dann doch ums Land. Also was wollen wir jetzt? Ich möchte nur, dass diese Vorgangsweise lückenlos aufgedeckt wird. Ich weiß noch nicht, ob das mittels Ihres Vorstoßes, den Bundes-Rechnungshofantrag der ÖVP zu ändern, möglich ist.

Aber eines kann ich Ihnen versprechen: Eine derartige Vorgangsweise werden wir nicht dulden! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Darabos. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Nein!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herr Landesrat Darabos zieht seine Wortmeldung zurück.

Daher liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, und wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche, jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Mittelflüsse im Gesundheitswesen wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2016 (Beilage 863) des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 21 - 605) (Beilage 887)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2016, Beilage 863, des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Zahl 21 - 605, Beilage 887.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Spitzmüller: Danke Frau Präsidentin. Uns liegt der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2016 (Beilage 863) des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 21 - 605) (Beilage 887) vor.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle den Tätigkeitsbericht 2016 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis nehmen.

Ich bitte um Einstieg in die Debatte und Abstimmung.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly ist als erster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal ein Rechnungshofbericht, der aber sehr positiv, glaube ich, zu bewerten ist und meiner Meinung nach auch wichtig ist.

Dass ein Tätigkeitsbericht eines Rechnungshofes so aussieht, war mir klar und ist auch wichtig, das auch zu kommentieren, weil ich der Überzeugung bin, dass hier eine Institution geschaffen wurde, die tatsächlich mit Akribie und mit viel Weitblick arbeitet.

Leider, und das haben wir heute schon im vorgehenden Rechnungshofbericht des Bundes gehört und auch mitbekommen, dass natürlich auch Jahre vergehen, bis wir Rechnungshofberichte dann diskutieren können. Und auch im Hohen Landtag eigentlich oft streitiger Weise mit den anderen Fraktionen, die derzeit in der Regierung sind, und das ist ja das Interessante, natürlich das verteidigen müssen, was da drinnen steht und sagt, es wird eh alles besser und wird alles schöner.

Ich muss Herrn Kollegen Hergovich schon eines sagen, ich verstehe Sie als Klubobmann, dass man so etwas verteidigt und natürlich anders sieht wie die Opposition. Ich verstehe nur nicht die FPÖ, die jahre- oder jahrzehntelang Opposition betrieben hat, wo ich auch mich dazugehörig fühle, noch immer, weil ich sage, es eine richtige Entscheidung war, dass ich glaube, dass wir Opposition betrieben haben, auch dementsprechend aufgezeigt haben und auch fair mit der Bevölkerung gegangen sind und nicht nur Leute hinter das Licht geführt und erzählt haben, wie wunderbar und wie wunderschön alles in diesem Land rennt. Egal - wie auch immer!

Wenn sich der Herr Landesrat Darabos jetzt herstellt und sagt, das war 2014, so quasi mein Vorgänger hat das irgendwo „so quasi verbrochen“.

Ich weiß nicht, ob man über Verbrechen sprechen kann. Ich glaube eines, dass wir seitens der Opposition - und ich bin schon sehr lange in diesem Hohen Haus - immer wieder darauf hingewiesen haben, dass hier Fehler passieren, dass hier einiges nicht rund läuft. Aber da war die SPÖ und ÖVP in einer Regierung.

Jetzt bin ich schon dort, Frau Kollegin Resetar, auch Sie haben damals immer wieder im Land einstimmig beschlossen, was alles „der Rechnungshof aufgedeckt hat“. Soll so sein!

Aber ich komme zurück zu der Diskussion. Wenn ich die FSG anschaue oder die SPÖ, die „ohne Kampf kein Fortschritt“ plakatiert und hinausgeht, jetzt zu solchen Rechnungshofberichten eigentlich sehr ruhig ist und nicht aufsteht und sagt, liebe Freunde, da müssen wir unbedingt etwas machen, weil da stimmt einiges nicht.

Herr Kollege Hergovich, eines ist schon klar, Sie kennen den Vertrag vom Herrn Schnedl, nehme ich an? *(Abg. Robert Hergovich schüttelt den Kopf.)* Kennen Sie nicht? *(Abg. Robert Hergovich: Von woher?)* Sie diskutieren da aber voll mit und sagen, das ist und das ist und jenes. Ich kenne den Vertrag nicht. *(Abg. Robert Hergovich: Ich auch nicht.)*

Daher fordere ich noch einmal, und Bündnis Liste Burgenland fordert noch einmal unbedingt ein, solche Verträge auch dem Landtag zukommen lassen, um vielleicht das eine oder andere im Vorfeld auszuräumen. Oder vielleicht zu sagen, wieso kriegt der einen Bonus, wieso kann sich der vorher das auszahlen. Gibt es nicht ein Vieraugenprinzip, so wie in den Gemeinden, wo der Bürgermeister eigentlich gar nicht unterschreiben darf, sondern ein Vieraugenprinzip Kassier und eine andere Dame oder

ein Herr das unterzeichnen muss? Ist das im Land nicht so? Ist das ein Einzelfall in der KRAGES oder gibt es mehrere solche Fälle?

Wenn Sie sich hinausstellen und sagen, na ja, was will jetzt die ÖVP damit eigentlich anfangen? Na ganz klar, und da bin ich schon bei der ÖVP, sie sagen, da geht es nicht nur um den Herrn Schnedl und um den Herrn Dopler, ich weiß ja gar nicht, was dort passiert oder was passiert ist. Den Herrn sollten wir auch einmal einladen und ein Gespräch führen, warum der so schnell das Schiff verlassen hat - Schiff KRAGES. Und den Herrn Schnedl auch einmal fragen dürfen, wie schaut das aus.

Wenn Sie hergehen und sagen, die Rechtsanwälte fahren hin und sagen, lieber Freund, pack dich zusammen, wir nehmen dich gleich fest. Wir führen dich zum Dr. Rauter, weil der sperrt dich eh gleich ein, weil du hast so viel verbrochen. Das ist ein Wahnsinn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das im Land so zugeht, dann glaube ich, haben wir ein Problem. Nicht nur im Gesundheitssystem ein Problem, wo die fleißigen Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten in den Spitälern fleißig arbeiten, versuchen das Beste für unsere Gesundheit zu geben. Kollege Kovacs hat gesagt, in Amerika, wie es dort zugeht. Na wie geht es bei uns zu?

Wenn ich eine Untersuchung oder eine Operation brauche, brauche ich ein halbes Jahr. Außer ich kenne einen gut. Na dann werde ich irgendwo nach zwei Monaten dran kommen. Oder, ich kenne wirklich einen gut und habe ein bisschen Cash auch noch mit, dann komme ich halt in 14 Tagen dran, oder in drei Wochen. Das sind genau die Situationen in unserem Land. Das sollten wir andiskutieren, ob das notwendig ist. Denn wir finanzieren wirklich vieles in die Gesundheit, und das ist auch richtig, muss ich auch dazu sagen. Ich glaube schon, dass man solches andiskutieren sollte und muss.

Wenn ich dann höre, die Regierung, das Land hat sie beauftragt, sagt der Herr Landesrat Darabos, der hat sie beauftragt, dort hinzugehen, mit dem Kuvert, und zu sagen, lieber Freund, du bist eigentlich nicht mehr erwünscht. Na wer ist das Land? Gehören da nicht wir dazu, die Abgeordneten? Wer ist denn das Land? Ist das wirklich nur die Regierung, wo sie dauernd sagen, die Regierung entscheidet?

Aber so was von selbstlos und von so was Ungeheuerlichem, dass wir gar keine Ahnung haben. Wir sitzen im Landtag, dürfen nur den ganzen Tag hier reden, und das andere ist eh egal, weil die Regierungsbank ist wieder total verweist und verlassen. Das interessiert gar keinen! Genau das sind die Dinge, wo es den Leuten in der Öffentlichkeit sauer aufstoßt und sagen, was soll das Ganze? Natürlich, wenn die zuhören und sagen, die Regierung entscheidet sowieso alles alleine.

Wir haben keine Einsicht als Abgeordnete. Ich denke mir schon, Herr Kollege Hergovich, das kann es nicht sein. Auch dort sollten wir uns als Abgeordnete einmal auf die Füße stellen und sagen, liebe Freunde, so kann es nicht mehr gehen.

Daher glaube ich, wenn wir heute einen Rechnungshofbericht wieder haben, wo man den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes diskutieren soll, dann kann ich nur sagen, ein Dankeschön an den Rechnungshof, an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die haben mit den geringsten Mitteln, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, dort könnten wir uns eines abschneiden, in der ganzen Regierung, da sollte man dort einen Blick darauf werfen, wie die arbeiten, effektiv, wirklich peinlichst genau.

Das muss man schon sagen, herzliche Gratulation, wie da der ganze Rechnungshof geführt wird, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Weil das Entscheidende ist, dass wir auch das zur Kenntnis kriegen, leider Gottes muss ich das

jetzt dazu sagen, immer erst nach drei, vier Jahren. Aber man hat akribisch das Ganze aufgearbeitet, und man hat die Fehler auch aufgezeigt. Ich finde auch das für in Ordnung, und wenn der Rechnungshof diesen Bericht veröffentlicht, dann muss ich dazu sagen, der Burgenländische Rechnungshof hat acht Prüfungsberichte im Jahr 2016 abgearbeitet. Die Prüfer des Rechnungshofes haben 350 teils kritische Feststellungen, sprachen über 250 Empfehlungen aus. Der Großteil seiner Empfehlungen - 50 Prozent - betraf die Verbesserung der Effizienz der geprüften Stellen. 50 Prozent - da fehlen noch immer 50 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es ist unsere Aufgabe zu schauen, dass diese Fehler zukünftig nicht genauso passieren, sondern das wir uns miteinbringen können. Seitens Bündnis Liste Burgenland haben wir immer gesagt, wir wollen mitarbeiten. Wir wollen mitgestalten, weil es schlussendlich um öffentliches Geld geht und nicht um irgendwelche lustigen Geschichten, wo ich mich am Sonntag hinstelle und sage, beim Land geht es am besten, wir sind die Schönsten und die Besten. Das stimmt so nicht!

Daher glaube ich - noch einmal klar und deutlich aussagt -, wenn der Rechnungshof solche dementsprechenden Möglichkeiten und Empfehlungen abgibt, dann sollten sie auch zumindest zu 90 Prozent umgesetzt werden.

Der Rechnungshof war im Berichtjahr mit Kontrollbefugnissen über öffentliche Ausgaben von zumindest 2,2 Millionen Euro ausgestattet. Für die praktischen Umsetzungen dieses gesetzlichen definierten Kontrollauftrages verausgabte der Burgenländische Rechnungshof 0,89 Millionen Euro. Der Kostenanteil des Burgenländischen Rechnungshofes im Verhältnis zu seinem Kontrollvolumen betrug somit rund 0,0 Prozent.

Ich finde, das ist sehr wirtschaftlich und sparsam gearbeitet. Ich möchte mich nochmals bedanken. Ich glaube auch, dass ich die Aufgaben der Prüfungsmöglichkeiten gar nicht zitieren muss und auch nicht dementsprechend vorzubereiten, weil ich denke, jeder hat sich das angeschaut.

Ich möchte eines noch abschließend sagen: Der Burgenländische Landtag hat die Verpflichtung und hat das Recht, für die Bevölkerung das Beste zu erarbeiten, um endlich und schlussendlich auch Prüfberichte seitens des Rechnungshofes, so wie es halt der Herr Landesrat Darabos dargestellt hat, ist es sogar ein positiver Bericht, hat aber vergessen, dass dort Dinge drinnen vorgekommen sind, die wir nicht mitbeschließen können und dürfen. Der Herr Landeshauptmann sagt ja immer, der, der den Voranschlag nicht mitbeschlossen hat, ist nicht berechtigt, so quasi hier mitzureden. So kann es doch nicht sein!

Daher glaube ich, einen Satz noch zu sagen: Der Rechnungshofbericht, der Tätigkeitsbericht, ist ein klarer und sagt eines aus in diesem Land, schauen wir uns vom Rechnungshof was ab, nehmen wir diese Empfehlungen wirklich ernst und setzen wir diese schlussendlich auch um. Denn schlussendlich ist das Land Burgenland ein wunderschönes Land, und daher setzen wir uns auch ein. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Tätigkeitsbericht 2016 des Landes-Rechnungshofes. Einige Punkte hat der Kollege Kölly jetzt schon aufgezählt. Was mir noch wichtig ist, ist, dass, so wie auch bei den letzten Tätigkeitsberichten, der Großteil der Kosten, die für den Landes-

Rechnungshof bereitgestellt wird, sind Personalkosten. Meistens so um die 90 Prozent, diesmal, im Jahr 2016, waren es 86,3 Prozent.

Die acht abgeschlossenen Prüfungen haben wir im Landtag bereits behandelt. Die durchschnittliche Dauer eines Prüfberichtes ist auf der einen Seite eine interessante Zahl mit 164 Tagen. Allerdings muss man dazu sagen, dass die Prüfberichte natürlich sehr unterschiedlich sind im Umfang und daher die Zahl auf die einzelnen Prüfberichte nicht wirklich einen Rückschluss zulässt, weil die Unterschiede sehr groß sind.

Auf Partnerschaften wird in letzter Zeit ein sehr großer Schwerpunkt gesetzt des Landes-Rechnungshofes beziehungsweise der Landes-Rechnungshöfe gemeinsam, österreichweit. Viele Koordinationen und Kooperationen mit der EU, es gibt einen neuen Prüflehrgang mit Master-Abschluss. Wir haben vor kurzem erst erfahren, dass die Mitgliedschaft bei der sogenannten EURORAI angesucht wurde. Das steht im Prüfbericht noch nicht, also dass angesucht wurde schon, aber dass das inzwischen auch positiv abgeschlossen ist, steht im Prüfbericht noch nicht drinnen. Damit sind jetzt, soweit ich mich erinnern kann, alle neun Landes-Rechnungshöfe in dieser Organisation.

Neben den Prüfungen ist ein wesentlicher Punkt, konnte ich dem Bericht entnehmen, auch die Weiterbildung. Insgesamt wurden 25.000 Euro dafür verwendet und das folgert in 99 Schulungstage für die Prüfer und Prüferinnen.

Die Prüfberichte haben wir alle gelesen, zur Kenntnis genommen, aber vor allem auch im Landtag besprochen und kritisiert natürlich auch die Punkte, die der Landes-Rechnungshof kritisiert hat.

Bei der Gelegenheit herzlichen Dank an die Arbeit des Landes-Rechnungshofes, seiner Prüfer und Prüferinnen. Er ist ein wesentlicher Teil natürlich der Kontrolle des Landes und macht es uns leichter, die Regierung zu kritisieren. *(Heiterkeit des Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller selbst sowie in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch wenn man zu den politischen Äußerungen der Bundesrechnungshofchefin Kraker kritisch gegenüberstehen mag oder soll, sie hat vor kurzem die Verkürzung der Legislaturperiode und des Verbotes von vorgezogenen Neuwahlen angedacht, wesentlich glaube ich, ist bei ihrer Arbeit eben der vorher angesprochene Schwerpunkt auf Kooperationen, Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch innerhalb der Rechnungshöfe Österreichs, und das erscheint mir wesentlich.

Manchmal ist es allerdings auch notwendig, so hoffe ich doch, die Arbeit des Landes-Rechnungshofes weiter zu führen, alles darf der Rechnungshof nicht, zum Beispiel politische Verantwortungen abklären, Konsequenzen daraus einfordern, das ist natürlich zu guter Recht nicht die Arbeit des Rechnungshofes.

Deswegen haben wir zum Prüfbericht, der unter anderem auch die Genussakademie betrifft, einen Antrag auf einen Untersuchungsausschuss eingefordert. Ich glaube nicht, dass das ausschließlich ein Recht der Opposition ist, das ist auch ein Recht der Opposition, aber ich glaube, das ist eine Notwendigkeit, hier abzuklären, wie ist das politisch abgelaufen, was ist passiert, was kann man daraus für Schlussfolgerungen ziehen. Sachen, die im Landes-Rechnungshof teilweise noch nicht drinnen stehen, die uns inzwischen zur Kenntnis gelangt sind, abzuklären. Deswegen bin ich auf die nächste Landtagssitzung und auf die Zustimmung der diversen Abgeordneten gespannt.

Vielen Dank noch einmal für den Tätigkeitsbericht und die wichtige Arbeit! Wir werden dem Tätigkeitsbericht selbstverständlich zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Landtagsabgeordnetem Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Der Klub der Freiheitlichen wird seine Wertschätzung dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof gegenüber nicht durch eine besonders lange Rede zum Ausdruck bringen *(Beifall bei der FPÖ)*, sondern dadurch, dass wir die Sache auf den Punkt bringen.

Auf den Punkt gebracht kann man nur sagen, der Landes-Rechnungshof leistet hervorragende, leistet großartige Arbeit und der Direktor Andreas Mihalits, er hat dies auch im Vorjahr getan, also im Berichtszeitraum 2016, hier liegt uns der Bericht vor. Gradmesser für die Zufriedenheit mit dem Landes-Rechnungshof ist nicht zuletzt oder sogar in erster Linie die Opposition, die sich hier zufrieden geäußert hat. Wir sind es auch im Übrigen, Herr Kollege Kölly, es ist schon klar, dass ein Rollenwechsel manchmal auch einen Wechsel im Verhalten mit sich bringt in der Politik, aber was den Umgang mit Rechnungshofberichten und entsprechenden Feststellungen und Kritikpunkten angeht, hat sich gar nichts geändert.

Sie haben heute wahrscheinlich dem Herrn Mag. Richter zugehört, als es um die Mittelflüsse im Gesundheitswesen ging, wo er durchaus auch die eine oder andere kritische Bemerkung getroffen hat. Sie haben wahrscheinlich mir das letzte Mal zugehört, als es um die Genussakademie ging, wo im Übrigen auch der Kollege Dr. Rezar kein Geheimnis daraus gemacht hat, dass wir diesen Bericht für verheerend halten. Also, diesen Vorwurf kann ich nur an die Liste Burgenland zurückweisen.

Ja, Zahlen, Daten, Fakten sind im Tätigkeitsbericht nachzulesen, nur zwei Anmerkungen: Wir haben 2016 - Kollege Spitzmüller hat es erwähnt - acht Prüfberichte bekommen, fünf davon Initiativprüfungen und drei Antragsprüfungen. Es wurden zusätzlich vier Prüfungen eingeleitet - hier wiederum vier Initiativprüfungen und drei auf Antrag.

Das heißt, wir haben hier einen Überhang an Initiativprüfungen und das ist ein gutes, das ist ein wichtiges Zeichen, meine Damen und Herren, weil der Freiraum, den ein Rechnungshof hat, um initiativ Prüfungen durchführen zu können, ein wesentliches Merkmal und ein wesentliches Element der Unabhängigkeit eines Rechnungshofes ist.

Wir brauchen einen starken und vor allem, wir brauchen einen unabhängigen Landes-Rechnungshof, gerade im Lichte der sonstigen parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten.

Zweite Bemerkung zum Schluss: Es gab im Jahr 2016 über 250 Empfehlungen, die Umsetzungsquote liegt in den letzten Jahren stabil bei über 75 Prozent. Das spricht für die kontrollunterworfenen Institutionen und Einrichtungen und damit auch für die Landesregierung. Ich hoffe, dass es dabei bleibt.

Wie gesagt, die Zufriedenheit und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Landes-Rechnungshof ist allseits gegeben.

Wir nehmen den Tätigkeitsbericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Zu Beginn ein großes Lob und Anerkennung an das gesamte Team für die großartige Arbeit im Landes-Rechnungshof, stellvertretend anwesend heute ist der stellvertretende Leiter, Ewald Schlaffer, - bitte das Lob an die Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben. Es freut uns, dass die Zusammenarbeit sehr gut ist und die Ergebnisse auch gut für das Land sind.

Derzeit hält die Umsetzungsquote bei 75 Prozent, das ist eine gute Quote, klar, auf alle Fälle! Aber für uns bleiben die restlichen 25 Prozent über, die noch immer Anlass zur Verbesserung und zur Optimierung geben Wer aufhört, besser werden zu wollen, hat aufgehört, gut zu sein.

Ich glaube, man sollte sich das in der Landesregierung zu Herzen nehmen und versuchen, die weiteren Empfehlungen auch umzusetzen. Aufgedeckt wurden mittlerweile die Zinsspekulationen, die Therme Lutzmannsburg, die in der BVOG versenkten Millionen, oder auch die Missstände in der EDV-Abteilung. Also kann man zusammengefasst sagen, dass der Rechnungshof sehr gute Arbeit leistet und vor allem darauf hinweist, dass die Landesregierung, die Verwaltung in vielen Bereichen an der Effizienzsteigerung arbeiten kann. Es gibt hier sehr viel Potential, um etliche Millionen einzusparen.

Jetzt haben wir heute in der Fragestunde gehört, dass es zu einem Nachtragsvoranschlag kommen wird, der zumindest 20 Millionen Euro ausmachen wird. Das heißt, wir sind schon weit weg von dem Plus-Minus-Nullergebnis, das die SPÖ vor Weihnachten großartig hinausposaunt hat. *(Abg. Robert Hergovich: Wie willst Du das wissen?)*

Das heißt, wir haben zumindest 20 Millionen Verlust, dann kommen noch acht Millionen für die HETA hinzu. Weiters folgen noch zehn Millionen Euro, die die Umfahrung Schützen mehr kosten wird. Dann gibt es noch einen teuren Prozess, den man mittlerweile mit dem Land gegen Esterházy verloren hat. Noch dazu gibt es hohe Abfertigungszahlungen, nicht nur in der KRAGES, sondern auch im Tourismus Verband Burgenland. Schließlich gibt es etliche Posten, die im Budget nicht ausgeglichen sind. Ich frage mich, wo auf einmal dieses Nulldefizit herkommen soll. *(Abg. Robert Hergovich: Lass Dich überraschen!)* Ich bin gespannt, wie man in Summe fast 50 Millionen auf einmal auftreiben wird. Die Sozial- und Gesundheitskosten steigen enorm. Zum Rechnungshof zurückzukommen, er wird diese Sachverhalte rechtzeitig analysieren.

Was uns bedenklich stimmt, ist, dass die Landesregierung beschließt, den KRAGES-Antrag der Opposition an den Bundesrechnungshof so abzuändern, wie es ihnen gefällt. Wenn das Instrument der Antragsprüfungen rechtlich in irgendeiner Weise angedacht wurde, vergisst man, dass es eine gesetzliche Unterscheidung zwischen Parlament und Regierung geben muss. Wenn die Opposition, und in dem Fall auch die Gesetzgebung, der Meinung ist, es gehört durch den Rechnungshof geprüft, dann darf das nicht durch die Regierung auch nur irgendwie beeinflusst oder gar abgeändert werden.

Weil sonst ist das gesamte politische System, das wir in der österreichischen Demokratie haben, ad absurdum geführt, Dann könnte im weiteren Schluss jeder Antrag des Rechnungshofes durch die Regierung abgeändert werden. Das kann nicht Sinn der Sache sein. Also hoffe ich natürlich auf den Bundesrechnungshof, der diesen Antrag der Landesregierung zurückweisen wird.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben alle Details aus dem Bericht bereits gehört. Kollege Spitzmüller hat es ausgeführt, ich schließe mich dem Lob und Dank an,

freue mich auf die weitere Zusammenarbeit, die doch sehr intensiv sein wird. Wir nehmen diesen Bericht natürlich zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich glaube, der Tätigkeitsbericht des Landes-Rechnungshofes zeigt vor allem die gute Zusammenarbeit des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes mit dem Land, aber vor allem mit den geprüften Stellen, mit den Institutionen, die zu prüfen waren. Immerhin im Jahr 2016 260 Empfehlungen, die hier abgegeben wurden. Ich glaube, das zeigt allein und dokumentiert allein die Wichtigkeit des Landes-Rechnungshofes.

Bei der Follow-up-Überprüfung 2016 kam es zu einem Umsetzungsgrad von 78 Prozent, das ist sicher ein Spitzenwert, wenn man das im österreichischen Vergleich heranzieht.

Der langjährige Durchschnitt liegt über 75 Prozent, auch das ein hervorragender Umsetzungsgrad, weil nur dann macht es Sinn, wenn der Landes-Rechnungshof hier aufzeigt, Erinnerungen einbringt, die dann ernst genommen und auch umgesetzt werden. Das zeigt, nicht nur Kontrollstelle, sondern viele konstruktive Anregungen, die hier vom Landes-Rechnungshof kommen.

Ich halte das für ganz notwendig. Wir hatten erst vorgestern eine Parteienverhandlung - Parteienverhandlungen - und da wurde natürlich auch davon gesprochen, … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ein Freudscher?)* Bitte? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ein Freudscher?)* Nein! Ich war mit dem Kollegen Sagartz oft dabei und wir haben natürlich auch hier einige Dinge herangezogen, in diese Parteienverhandlungen einfließen lassen, die der Rechnungshof angeregt hat. Ich glaube, es ist auch Sinn und Zweck, dass man insgesamt besser wird, das ist unser Anspruch.

Zwölf Prüfungen hat es im Jahr 2016 gegeben, acht Prüfungsberichte wurden dem Landtag übermittelt, zugewiesen, debattiert und auch beschlossen.

Ich glaube, bei jedem Rechnungshofbericht sieht man, dass es eine umfassende Prüfung ist, dass die Kenntnisse umfassend sind und vor allem, dass der Landes-Rechnungshof unabhängig agiert und auch das ist ganz wesentlich. Zeigt auch das insgesamt große Interesse der Öffentlichkeit, auch der Medien an den Berichten des Landes-Rechnungshofes.

Ich glaube, das ist auch gut und wichtig so. Ich möchte mich im Namen der Sozialdemokraten natürlich auch beim gesamten Team, dem Direktor, dessen Stellvertreter, dem Ewald Schlaffer, und dem gesamten Team des Landes-Rechnungshofes sehr, sehr herzlich bedanken. Ich nehme diesen Bericht sehr gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich greife die Wortschlussmeldung vom Abgeordneten Spitzmüller auf, der gemeint hat, der Rechnungshof, der Burgenländische Rechnungshof dient dazu, dass die

Opposition die Regierung leichter kritisieren kann. Ich möchte das ausweiten auf den Punkt, er dient nicht nur dazu, Kritik zu üben, sondern er ist inzwischen das einzige Instrumentarium des Landtages, der Landtagsabgeordneten, um eine kritische Möglichkeit, Stellungnahme und Darstellung von Regierungsverantwortung zu erklären.

Diese Umstände sind nicht nur dem Engagement und dem Elan der Bediensteten des Rechnungshofes geschuldet, sondern das ist auch quasi unser Auftrag, den sie im Grunde genommen vorbildlich erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine Vielzahl von inhaltlichen kritischen Anmerkungen gehabt im Laufe des vergangenen Jahres über eine Vielzahl von Rechnungshofberichten, die in akribischer Ausführung nachgewiesen haben, wo eigentlich in verantwortlicher Seite der Schuh drückt, wo es mehr als fragwürdige Entscheidungen gegeben hat.

Was mich am meisten eigentlich dann positiv stimmt ist, dass in kurzfristiger Form auch diesen Empfehlungen Folge geleistet wird. Tatsache ist, ich würde mir wünschen, und das sollte eigentlich auch für jeden Regierungsverantwortlichen gelten, dass die Entscheidungen, die getroffen werden, es nicht notwendig machen, dass Empfehlungen ausgesprochen werden.

Es gibt sehr wohl die Möglichkeit, dass Fehler begangen werden, zu denen sollte man aber auch stehen, und die entsprechend auch versuchen auszumerzen, beziehungsweise beim nächsten Mal nicht zu begehen.

Diese Erkenntnis ist eigentlich mehr oder weniger die Grundvoraussetzung, die der Landtag in der Beschlussfassung und Auftragserteilung gegenüber dem Rechnungshof setzt. Daher nochmals in einhelliger Form ein herzliches Dankeschön und weiterhin eigentlich das Bestreben, den Verantwortlichen entsprechend auf die Finger zu schauen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht 2016 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 864) betreffend faire Reform der Pendlerpauschale (Zahl 21 - 606) (Beilage 888)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 864, betreffend faire Reform der Pendlerpauschale, Zahl 21 - 606, Beilage 888.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschusse und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend faire Reform der Pendlerpauschale die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den vielen Rechnungshofberichten und Emotionen zu den Pendlern, die ja auch in diesem Land sehr wichtig sind. Wenn Feiern abgehalten werden, Herr Kollege Sodl, dann sollten sie wirklich im Burgenland abgehalten werden.

Weil ich der Überzeugung bin, dass Pendler, die feiern, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht ins Penthaus!)* nicht ins Penthouse, anscheinend in eine der teuersten Location in Wien gehören, denn auch dort hätte ich gerne diese Rechnung gesehen, wie das ausschaut. Jetzt sind wir wieder bei der „Transparentheit“. Jetzt sind wir wieder dort, „90 Jahre Burgenland“, „95 Jahre Burgenland“ wird gefeiert, mit niederösterreichischen Weinen und Würsteln und allem Drum und Dran. Seid mir bitte nicht böse.

Pendeln ist eh schon schmerzhaft, dass man pendeln muss, ist eine Katastrophe. Versetzt Euch einmal in die Situation als Pendlerin oder als Pendler, die tagtäglich um 04.00 Uhr in der Früh aufstehen müssen und um 07.00 Uhr am Arbeitsplatz sein müssen. Um 19.00 Uhr - 19.30 Uhr nach Hause kommen, wo das Familienleben und das Soziale natürlich auf der Strecke bleiben. Ich glaube, da sind wir uns einig, Herr Kollege Haidinger, Du hast es leicht.

Du bist Gewerkschaftler irgendwo beim Bundesheer. *(Abg. Manfred Haidinger: Wo pendelst Du hin?)* Du kannst freigestellt werden, Du kannst machen, was Du willst. Versetzen Sie sich in die Lage eines Pendlers, Herr Kollege Haidinger! *(Abg. Manfred Haidinger: Wo pendelst Du hin?)*

Nur, aber wann musst Du dort sein? *(Abg. Manfred Haidinger: Wo pendelst Du hin? In Deutschkreutz?)* Um 09.00 Uhr in der Früh musst Du am Arbeitsplatz sein, sonst gar nichts. Wir kennen Sie ganz genau und erzählen Sie nicht irgendwas in der Öffentlichkeit was nicht stimmt. Das ist ja eine Frechheit! *(Abg. Gerhard Steier: Bravo!)*

Wenn wir heute über Pendler reden, die tatsächlich um 04.00 Uhr in der Früh aufstehen müssen, um wirklich zum Arbeitsplatz kommen müssen, weil sie sonst, wenn sie um 07.00 Uhr nicht auf der Baustelle sind, entlassen werden. Sie werden nicht entlassen. Sie werden pragmatisiert, Herr Kollege Haidinger! Das sind die Dinge, die mich so aufregen. Immer groß reden, sondern wirklich von dem reden, was ein Pendler mitmacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass die burgenländische Politik eines erkannt hat. Man muss den Pendlern auch unter die Arme greifen, behilflich sein, unterstützen. Es wurde in der letzten Zeit doch einiges bewegt. Auch schon in der vorigen Regierungskonstellation hat man sehr wohl für die Pendler einiges auf die Wege gebracht, aber auch auf die Schiene gebracht.

Und jetzt bin ich bei dem einen Punkt, Herr Haidinger, auf die Schiene gebracht. Wo immer die FPÖ gesagt hat, schauen wir ins Südburgenland, dass wir die Schiene

wieder ins Leben rufen. Schauen wir, dass dort etwas weitergeht. Ja, aber derzeit vermisse ich die ganze Geschichte noch. Vielleicht kommt sie noch seitens der FPÖ, denn wir haben ja doch sehr, ich sage einmal, hochkarätige Politikerinnen und Politiker im Südburgenland, die sich dafür einsetzen können, dass das jetzt so funktioniert.

Ich bin es mir leid, wenn ich immer höre: „Ja, ich sitze in einer Regierung und ich muss dort zustimmen, weil das alles einstimmig sein muss“. Es muss nicht einstimmig sein. Ich kann mich erinnern, ein Dr. Rauter, wie der in der Regierung war, war es nicht immer einstimmig. Er hat 90 Prozent zugestimmt, weil es gepasst hat. Aber dann hat er sein Wort erhoben und hat gesagt: „So Freunde, das ist eine Regierungssitzung, so schaut es aus in der Regierungssitzung, die und die Punkte kann ich nicht mittragen und mitvollziehen“.

Wenn ich beim öffentlichen Verkehr bin, Herr Kollege Haidinger, ich weiß nicht, wie Sie da hinauffahren, womit Sie fahren. Natürlich sind Sie auch Pendler. Wenn ich höre, 100.000 Pendler gibt es im Burgenland, dann ist das schon enorm. Für unsere Einwohnerzahl 100.000 Pendler! Natürlich sind die auch im Lande unterwegs, gar keine Diskussion. Aber viele müssen nach Wien pendeln. Ich kann mich erinnern, vor 20 Jahren als Abgeordneter habe ich gesagt, bitte Herr Landeshauptmann schauen wir, dass wir eine Pendlerrückholaktion haben.

Hat er gesagt, ja, das machen wir. Derzeit haben wir leider Gottes um 20 bis 30 Prozent mehr Pendler. Das ist eine Katastrophe. Ich sage Euch das auch gleich, mit dieser Sache.

Wenn heute die SPÖ und FPÖ hergeht und diesen Tagesordnungspunkt „Reform der Pendlerpauschale“ einbringt, muss ich mich eigentlich kratzen. Ich weiß zwar nicht wo, aber das ist ein Hohn. Das ist echt ein Hohn, muss ich Euch sagen. Das ist eine Augenauswischerei wieder einer Regierungsformation, wo ich mir denke, warum spielt die FPÖ mit? Warum die, die jahrelang gekämpft haben für gewisse Richtlinien, für gewisse Dinge?

Wir, seitens der Bündnis Liste Burgenland haben auch Gratisticket für Schülerinnen und Schüler gefordert. Warum passiert denn das nicht? Oder für Pendler? Dass man da Geld in die Hand nimmt und nicht dass wir heute einen Nachtragsvoranschlag zu beschließen haben.

Naja Freunde, ich glaube da hat es irgendetwas. Weil die Pendler müssen uns was wert sein. Der Herr Kollege Sodl hat ja das gestern richtig auf den Punkt gebracht. Man hat vieles schon erreicht. Aber es ist noch lange nicht, und der Arbeiterkammerpräsident, der neue, hat gesagt, wir haben vieles erreicht, aber bei Weitem noch nicht, was wir uns eigentlich vorgestellt haben.

Da bin ich bei den Herrschaften. Der neue Arbeitskammerpräsident, wenn Du ihm zugehört hast, Herr Kollege Kovacs, hat gestern gesagt, bist ja daneben gestanden, *(Abg. Günter Kovacs: Warst Du dort?)* ein Würstel und ein Bier hast Du bekommen, ich weiß eh, das ist ja kein Problem. Aber genau das sind die Dinge, die man ansprechen muss. Er hat Recht. Ich unterstütze ihn. Ich war immerhin 15 Jahre in der Arbeiterkammer, obwohl ich nicht gern gesehen war.

Aber wenn jetzt der scheidende Präsident sagt, da hat sich wenigstens etwas getan, da ist etwas weitergegangen, dann muss ich Euch jetzt ehrlich sagen, ja, weil wir auch dort mitarbeiten wollten und auch mitgearbeitet haben. 15 Jahre bin ich dort drinnen gesessen und dann bin ich zehn Jahre in der Wirtschaftskammer gesessen. Auch dort, muss man einmal sagen, brauche ich keine Zwangsmitgliedschaft.

Wenn ich gerne wo dabei bin, wenn etwas weitergeht, dann ist das okay. Warum brauche ich Zwangsgeschichten oder einen Zwangsanschluss vom Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland? In den anderen Bezirken gibt es das nicht. Warum brauche ich immer Zwänge? Ihr braucht immer Zwänge, liebe Sozialdemokraten! Das ist das Problem bei Euch.

Aber ich sage das schon mit der Klarheit, und daher, wenn der Wirtschaftslandesrat da sitzt, der weiß wovon er redet. Daher verhält er sich auch sehr ruhig in den letzten Monaten. Er macht das hervorragend. Ich kann ihn nur loben, weil er nicht unbedingt eine Daseinsberechtigung haben muss.

Weil der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter glaubt, er braucht Rösser und was weiß ich alles dazu, dass er eine Daseinsberechtigung hat. *(Heiterkeit bei den Abgeordneten)* Das brauchen wir nicht. Wir wollen für dieses Land vernünftig arbeiten. Ja, und ich komme jetzt trotzdem zurück, dass das Land viele Dinge hervorragend gemacht hat.

Das Top-Jugendticket, das Semesterticket gefördert, kostengünstige Garagenplätze, wo sich der Herr Präsident Illedits immer wieder dafür einsetzt und verwendet. Wie weit das überhaupt einem Pendler hilft, ist die andere Geschichte. Denn, noch einmal, unser Zugang müsste sein, mehr öffentliche Möglichkeiten zu schaffen. Ich komme noch einmal auf das Südburgenland. Da weiß ich, da sitzt eine Frau Präsidentin, die das auch befürwortet, was ich heute und da sage.

Nur wir müssen es endlich einmal umsetzen. Das gehört einmal gemacht. Noch einmal die Reform einer Pendlerpauschale, das können wir, was sollen wir? Sollen wir im Burgenland das machen? Ich hätte lieber einen Zugang, dass wir mehr beim VOR mitreden könnten, weil dort investieren wir massive Gelder. Wir zahlen viel Geld in diesen Topf ein und haben eigentlich wenig zum Schwätzen. Oder fast gar nichts zum Schwätzen.

Da fordere ich den Herrn Landeshauptmann auf, sich mehr einzubringen und noch stärker darauf zu pochen, dass wir da einiges umsetzen können. Wenn ich einmal höre, Bahnhofoffensive dort oder da und das und jenes wird gemacht, das ist schon in Ordnung, das brauchen wir. Aber man darf nicht vergessen, dass in den letzten Jahren die Pendler wirklich mehr geworden sind und dass das Familienleben und das Soziale natürlich darunter leiden.

Und eines muss schon klar sein. Mit dem Auto pendeln ist auch schön und gut. Wir wissen, dass das immer schwieriger wird. Der Verkehr nach Wien hinein und heraus ist ein Horror, wenn man sich das ansieht. Da muss man sich auch wirklich etwas einfallen lassen.

Abgesehen von dem, dass man heute mit diesem Populismus-Antrag ja eines schon bezwecken will: Wir sind die, die sich für die Pendler einsetzen. *(Abg. Klaudia Friedl: Aha!)* So stimmt das nicht, Frau Kollegin Klaudia Friedl, weil wir der Meinung sind, und glaubt mir das, Ihr stellt Euch zwar am Bahnhof hin am 1. Mai und verteilt rote Nelken oder weiß der Teufel, oder Mannerschnitten. Das ist zu wenig. Ihr müsst einfach für die Pendler mehr machen. Auch hier in diesem Lande. Aber ich verstehe Euch auch. Ihr habt ja nichts zu schwätzen. Da wird entschieden. Genau das ist der Punkt. Die Regierung entscheidet, was eigentlich geschieht.

Herr Kollege Kovacs, haben Sie einmal eine Regierungssitzung, ein Protokoll gesehen? Oder habt Ihr schon einmal gesehen, was Tagesordnung ist? Ich glaube nicht. Ihr habt nicht einmal den Vertrag vom Schnedl gesehen. Ihr habt keinen Vertrag gesehen

von, wurscht wie alle angestellt werden, in der WiBAG damals und dergleichen mehr. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Der Hergovich hat ihn gesehen!)* Der Hergovich hat ihn gesehen?

Nein, er hat gerade gesagt, nein, er hat ihn nicht gesehen, aber redet zumindest mit. Das ist einmal wichtig. Das ist schon einmal ein ganz ein wichtiger Punkt. Er hat ihn zwar nicht gesehen, aber er redet mit. Und er nimmt Details in die Hand, oder in den Mund, wo ich mir denke, huha.

Daher glaube ich, als Opposition, aber auch als Abgeordnete sollten wir eigentlich schon die Möglichkeiten bekommen,… *(Abg. Mag. Franz Steindl: Es gibt zwei Arten!)* Ja, es gibt aber mehrere, Herr Kollege Steindl, ich will nur darauf aufmerksam machen. 20 Jahre stehe ich schon da, und wenn ich Euch in der ÖVP gefragt habe, habe ich das auch immer gleich bekommen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Von mir hast Du immer eine Antwort bekommen!)*

Ja, die Antwort haben wir schon bekommen, aber die war so, wie ich jetzt eine schriftliche Anfrage mache, da stehen zwei Zeilen drinnen. Da kannst dir jetzt aus den Nasenlöchern rausnehmen was eigentlich da wirklich gemeint ist, mit der ganzen Geschichte.

Aber das sind genau die Dinge, Herr Kollege Steindl. *(Abg. Doris Prohaska: Deine Wortwahl ist ein Wahnsinn!)* Ich verstehe das auch. Wenn ich jetzt in der Regierung sitzen würde, wäre ich wahrscheinlich auch ein Revoluzzer. Das sage ich Euch! Warum? Warum wäre ich ein Revoluzzer? Weil es notwendig ist, sogar in einer Regierung auch aufzuzeigen, dass nicht alles so in Ordnung ist, was eingebracht worden ist. Und dass nicht alles in Ordnung ist, wo ich jetzt Ohren zu und Augen zu und den Kopf in den Sand stecken muss. Das macht der Herr Wirtschaftslandesrat ganz hervorragend. Das gefällt mir.

Ich bin ja sowieso einer, das ist ja kein Problem. Sonst wäre ich ja dementsprechend nicht dort hingekommen, wo ich derzeit bin. Weil als Einzelkämpfer oder zu zweit, Gott sei Dank, haben wir doch einiges bewegen können. Wir werden in Zukunft noch mehr bewegen in diesem Land, weil uns das Land wichtig ist.

Ich glaube, wenn man sich diesen Antrag wirklich auf der Zunge zergehen lässt, Herr Kollege Hergovich ist ja nicht da, das interessiert ihn ja sowieso nicht, aber im gestrigen Pendlerforum und überall sind wir halt, was wichtig ist, dort zu sagen, wie wichtig und schön das ist. Ich habe noch in Deutschkreutz keinen einzigen von den Pendlervertretern von der SPÖ erlebt. Wir laden ein.

Wir laden wirklich ein. Das VOR ist eingeladen, die Post ist eingeladen, die ÖBB ist eingeladen, die Raab-Ödenburger ist eingeladen. Ich habe noch nie einen Vertreter Sodl dort gesehen. *(Abg. Wolfgang Sodl: Dann musst Du mich einladen!)* Da frage ich mich, wen vertritt denn der dann eigentlich? Vertritt er nur seine eigene Ortschaft oder was macht er? Daher glaube ich, dass das alles eine Schmähparade ist. Das ist alles eine Schmähparade! Jetzt haben wir Gemeinderatswahlen im Oktober, jetzt müssen wir viele Veranstaltungen machen.

Am Dienstag in Wien, am Mittwoch in Neudörfl. Was haben wir heute? Irgendwo werdet Ihr noch eine Veranstaltung haben, wo auch immer, mit den roten Nelken oder mit irgendetwas. *(Abg. Doris Prohaska: Der Abgeordnete redet gescheit!)* Genau das ist das Problem, was Ihr habt. Und ich komme noch auf einen Punkt. Ich komme noch auf einen Punkt, den Punkt 9. Da rede ich heute nicht zum Punkt 9, außer es fällt mir dann noch irgendetwas ein. Weil der Punkt 9 ist das mit dem Diesel.

Das ist ja die nächste Geschichte. Eine Dieselbesteuerung machen wir jetzt auch noch! Das ist eigentlich ÖVP-Geschichte gewesen. Da frage ich mich auch: Was ist dem eingefallen? Aber Gott sei Dank gibt es schon viele in der ÖVP, die auch sagen, hoppla lieber Freund! Alles kannst Du uns nicht raufdrücken. So nicht! Oder Ihr tauft den Antrag um und schreibt hin statt Diesel Benzin. Dann habe ich kein Problem. Dann stimme ich sofort zu.

Weil wenn man Benzin ein bisschen mehr versteuert, damit habe ich kein Problem. Weil zuerst redet man uns ein, Dieselfahrzeuge zu kaufen. Diesel eigentlich zu propagieren. Ich fahre auch ein Auto mit einem Diesel, weil ich auch sage, Umwelt schonen und, und, und. Dann stellt sich heraus, dass das gar nicht so stimmt. Lauter solche Dinge. Das heißt, wir werden ständig hinters Licht geführt. Ich sage nicht belogen. Das hat heute einer gesagt.

Aber genau das sind die Dinge, wo ich sage, als burgenländischer Politiker sollte man sehr wohl sein Wort erheben, aber wir wissen ganz genau, wenn der Bund das so beschließt, sitzen wir brav da und nehmen es zur Kenntnis. Die ÖVP verteidigt ihre Sparte, Ihr verteidigt Eure Minister. Wenn ich höre, wie gut das Unterrichtsministerium läuft und wie gut das Infrastrukturministerium läuft und der Finanzminister ist eigentlich immer der Schlimme und der Böse.

Sind die nicht eine Regierung? Ist es nicht so wie im Land Burgenland? Wenn der Herr Landeshauptmann sagt, so ist es, dann ist es so. Dann sitzen alle stramm und sagen, na selbstverständlich ist es so. Was tun wir denn eigentlich? Das ist eigentlich leider die Politik. Da muss man schon eines dazusagen, ich würde mir wünschen, dass die FPÖ, und dann höre ich auf mit der FPÖ, wirklich einmal das umsetzt, was sie vor Jahren immer wieder gepredigt hat.

Ich muss ja nicht überall mitstimmen! Wo habe ich denn ein Problem damit? Ich kann mich noch erinnern an die Geschichte Tourismus, Frau Kollegin Resetar! Stündl haben wir abberufen. Den haben wir rausgeschmissen auf Deutsch gesagt. Dem haben wir auch noch eine Abfertigung gezahlt. Dann hat ihn der Herr Landeshauptmann irgendwann wieder als Geschäftsführer zurückgeholt. Ich habe mich da gar nicht mehr ausgekannt, wie das gegangen ist. Da seid Ihr nicht gewesen. Das ist in der neuen Periode passiert.

Nur damit wir es wissen. Dafür sage ich: Obacht was passiert. Den Stündl haben wir „geschasst“ - entschuldigt diesen Ausdruck -, weg mit ihm, weil der bringt ja nichts weiter. Falsche Strategie. Wir haben beschlossen gehabt, Lutzmannsburg zu verkaufen. Das ist ja das Lustige - ein Beschluss in der Regierung, wir verkaufen, wir privatisieren. Dann kommt Gott sei Dank einer und sagt, wartet ein bisschen! Schauen wir uns das einmal an. Was ist in Lutzmannsburg? So schlecht läuft ja das gar nicht. Machen wir es so!

Super! Gratuliere! Nein, ich bin nicht immer seiner Meinung, aber in dem Fall verhält er sich vollkommen richtig. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Willst Du wieder zurück zu den Freiheitlichen?)*

Ja, ich bin immer einer gewesen. Mach Dir keine Sorgen! Und ich bleibe auch einer! Das sage ich auch klipp und klar. Wo liegt das Problem? Die Richtung war immer die richtige. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt nicht mehr!)* Nur die Freunde haben leider alles über Bord geschmissen, weil, es ist ja kein Problem. Vielleicht besinnen sie sich und sie kommen wieder zurück und sagen, ja, ich muss nicht überall mittun, was man uns vorgibt, Herr Landtagsabgeordneter Steindl.

Ein paar Sätze zu Ihrem Vorwurf, was da drinnen gestanden ist mit den Bedarfszuweisungen und dann höre ich auf.

Das ist schon okay. Nur das hätten wir im Vorfeld eigentlich auch schon klären können, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich habe nicht einmal die Möglichkeit gehabt!)* weil dieser Bericht eigentlich schon länger aufliegt. Das hast Du auch richtig gesagt. Nur dann denke ich mir, dass wir überhaupt keinen Zugang haben, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich auch nicht!)* siehst Du das, wie es uns geht in der Opposition oder als Abgeordnete? Entschuldigung, Du bist in der Regierung gesessen und weißt die Vorgangsweise. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nein!)* Ich weiß ja gar nicht, wie ich da dazukommen soll. Und das ist… *(Zwischenruf des Abg. Gerhard Steier)*

Herr Kollege Steier, Du bist ja auch altgedient und weißt auch, wie sich das ganze Gefüge zusammensetzt. Nur, genau das sind die Punkte, die die Leute glauben, wir entscheiden da alles. Draußen in der Öffentlichkeit glauben alle, der Landtag entscheidet. Wenn man sich wohin stellt in einem Wirtshaus und diskutiert, na ihr habt ja das Gesetz beschlossen. Ihr habt ja das beschlossen den Vertrag mit dem Schnedl oder mit dem Dopler oder wie die heißen.

Sage ich: Da sage ich dir etwas. Ich habe nicht einmal gewusst, dass der Posten ausgeschrieben ist. Ich habe nicht einmal gewusst, da ist es schon längst bestimmt gewesen, haben wir erst eine Nachricht bekommen, der ist es geworden. Ein klasser Bursche. Der ist super. Beim Schnedl haben sie gesagt, das ist der Beste und der Schönste. Soll so sein. Nur, warum der Landtag von dem nicht alles erfahren darf, das verstehe ich nicht.

Das verstehe ich nicht! Ja, der Schnedl ist übrigens auch ein Pendler gewesen, nur dass wir es auch wissen. *(Abg. Manfred Haidinger: Ah, da ist der Zusammenhang!)* Weil da sind wir ja dann auch ins Haus hingefahren nach Niederösterreich oder Steiermark, ich weiß nicht wo er war, und haben ihn ja dann auch hopp genommen.

Das sind die Geschichten, wo ich sage, ich verteidige nicht den Schnedl, und da bin ich bei der ÖVP, sondern wie ist die Vorgangsweise. Mein erster Eindruck war, warum machen wir das? Man hat in der Vergangenheit vieles ganz anders abgehandelt. Wo wir gar nichts gewusst haben und auf einmal ist der freigesetzt gewesen. Der hätte noch Jahre dienen müssen, rennt als weißer Elefant irgendwo umher irgendwo in der Gegend und bekommt noch gut bezahlt.

Das ist das Nächste übrigens. Das sind die Dinge, die die Öffentlichkeit wissen sollte. Es gibt in diesem Land Leute, die schon längst zu Hause sind in Pension und rennen mit einer guten Gage noch herum, die sind noch immer da gemeldet. Das sind die Dinge, die mir so wehtun. Wo ich dort die Finger draufhalten werde und das Bündnis Liste Burgenland hinterfragen wird, wer sind diese Leute.

Wieso haben die drei, vier Jahre Überstunden und Urlaubsmöglichkeiten? Warum ist das? Franz Steindl! Du weißt das. Du gibst mir Recht. Nur leider ist das in der Vergangenheit halt auch passiert. Da müssen wir halt schon schauen. Transparentheit reden immer alle und wie schön und gut. Wenn wir das in der Gemeinde machen, na grüß Gott, Frau Kollegin Friedl. Dann können wir gleich in die Wallfahrtskirche nach Mariazell fahren.

Das wäre das Einzige, wo wir noch eine Chance hätten. Aber da ist das völlig „wurst“. Das verstehe ist nicht und daher glaube ich, dieser Antrag mit den Pendlern ist einfach ein populistischer. Wir fordern für alle Pendler eine klare Unterstützung und für die

Schüler Freifahrten. Diesen Antrag, den haben wir auch eingebracht, den habt Ihr auch abgelehnt.

Ich verstehe es auch, weil man kann sich ja nicht gegen das VOR stellen und man kann sich nicht gegen die ÖBB stellen und dergleichen mehr. Ich kann Euch nur einen Satz noch sagen: Mit der ÖBB zu verhandeln, mit einem "Moloch" zu verhandeln, ist eine Katastrophe. Ich glaube Ihr werdet, wenn Ihr einen Bahnhof habt oder noch Gleise dort liegen habt, schwierigst sondergleichen. Daher ist der Herr Landeshauptmann gefordert. Ich glaube, dass er das hervorragend kann, weil er ist einer, der gut verhandeln kann, was ich jetzt mitbekommen habe.

Denke, dass wir auch schaffen werden, für die Pendler das Bestmögliche heraus zu holen. Herr Kollege Sodl, das nächste Pendlertreffen machen wir in Deutschkreutz im Vinatrium. Ich werde Dich unterstützen, alle die kommen mit einem guten Glas Blaufränkisch von Deutschkreutz. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön, Herr Präsident. Der Antrag an und für sich, ich finde es ist keine Schmähparade, so wie der Herr Kollege Kölly gemeint hat. Ich finde Teile davon sehr wichtig, vor allem was die soziale Komponente angeht. Warum?

Ein Fünftel der Pendlerpauschale geht an Personen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 50.000 Euro. Das heißt, wir haben hier nicht in erster Linie eine fehlende soziale Treffsicherheit und was noch dazu kommt, ist die ökologische fehlende Treffsicherheit. Die Pendlerpauschale ist jetzt etwa so ein bisschen im Prinzip Gießkanne. Es wurde zwar im Jahr 2013 ein bisschen entschärft. Mit dem Pendlereuro hat man da zumindest die wesentlichen Punkte entschärft. Aber im Prinzip haben wir nach wie vor das Problem, dass die Pendlerpauschale unsozial und unökologisch ist.

Mehr als 1,2 Milliarden Euro werden pro Jahr steuerlich geltend gemacht. Das ist ungefähr doppelt so hoch wie noch 2006. Resultiert natürlich auch ganz stark daraus, weil es immer mehr Leute gibt, die aus Wien rausziehen. Vor allem in den Speckgürtel und dann die Pendlerpauschale anfordern und leider, muss man dazu sagen, auch bekommen.

Ursprünglich war sie, als sie in den 70er Jahren eingeführt wurde, vor allem für schlechter Verdienende in strukturschwachen Regionen geschaffen. Damals hat das auch noch einigermaßen gepasst. Inzwischen ist man davon leider weit entfernt. Die Steuerreformkommission beziffert die Kosten der Pendlerpauschale mit rund 500 Millionen Euro im Jahr. Wie gesagt, ein sehr großer Teil, nämlich 28 Prozent gehen an Menschen mit einem Jahreseinkommen über 50.000 Euro. Im Vergleich dazu nur 16 Prozent an Personen, die weniger wie 20.000 Euro verdienen. Dieser Gap hin zu den Besserverdienenden, hat gerade in den letzten Jahren ganz stark zugenommen.

Zu den ökologischen Fehlern. Das WIFO hat 2016 eine Studie über die umweltschädlichen Subventionen in Österreich veröffentlicht. Vor allem im Bereich Verkehr und Energie. Mit ungefähr vier Milliarden Euro erreichen umweltschädliche Subventionen in Österreich nahezu den Umfang der gesamten letzten Steuerreform.

Umweltschädliche Subventionen sind unter anderem natürlich die Pendlerpauschale, die Energieabgabenvergütung, die pauschale

Dienstwagenbesteuerung, die Stellplatzverordnung und vor allem auch, habe ich letztes Mal schon erklärt, die Steuerbegünstigung des internationalen Flugverkehrs, wo keine Steuern auf Kerosin aufgehoben werden, wo keine Umsatzsteuer bei den Tickets entrichtet werden muss und wo die Ticketabgabe jetzt auch noch zu allem Überdruss halbiert wurde.

Natürlich gehört dazu, auch das führt der WIFO an, zu dem Tagesordnungspunkt kommen wir heute noch, die Begünstigung des Dieseltreibstoffes. Der Dieseltreibstoff ist nämlich, lieber Kollege Kölly, auch wenn er jetzt nicht da ist, natürlich nicht umweltfreundlicher oder gesundheitsfreundlicher wie der Benzin, im Gegenteil, es ist fast gerade umgekehrt.

Es geht auch nicht um eine Steuer, um eine Zusatzsteuer, sondern es geht um eine unfaire Behandlung zwischen zwei Personengruppen. Die einen, die sich für einen Benziner entschieden haben und die anderen, die sich für den Diesel entschieden haben. Oder aus irgendwelchen anderen Gründen dieses oder jenes Auto fahren. Das ist eine völlige Ungleichbehandlung und, wie gesagt, noch dazu eine umweltschädliche Subvention und auch eine gesundheitsschädliche Subvention.

Ich habe das letztens bei dem Tagesordnungspunkt zum Thema Feinstaub weit ausgeführt. Der Diesel hat nicht nur wesentlich mehr Feinstaub wie der Benziner, sondern das Problem sind vor allem die krebserregenden Stoffe, die hier mittransportiert werden. Zudem sei noch dazu gefügt, entgehen dem Staat dadurch in etwa 560 Millionen Euro an Steuern.

Zurück zur Pendlerpauschaule. Was braucht es wirklich? Eine Bevorzugung der Öffis. Sie entlasten die Straßen, die Personen, die Öffis verwenden können, kommen natürlich günstiger weg, wie wenn sie mit dem Auto fahren. Hilft praktisch den Pendlerinnen und Pendlern und dem Klima. Zurzeit gibt es auch eine Ungleichbehandlung, weil man auf der gleichen Distanz für das Öffi weniger lukrieren kann, wie wenn ich mit dem Auto fahre.

Auch ist die Pendlerpauschale unfair, was die Kilometer angeht. Ich kann die Pendlerpauschale beim Auto bereits ab zwei Kilometer beantragen, für Öffi-Pendler ist dies erst ab 20 Kilometer möglich. Das ist eine Ungerechtigkeit und wird durch den Pendlereuro noch verstärkt.

Sozialer Ausgleich - habe ich bereits angeführt. Es braucht hier ganz stark eine Umdotierung der Pendlerpauschale hin zu Wenigverdienern, das ist richtig erkannt im Antrag. Natürlich auch eine Vereinfachung. Die jetzige Pendlerpauschale ist ein ziemlich kompliziertes System. Zusätzlich gibt es noch den Pendlereuro. Hier könnte man relativ leicht ein einfacheres System machen. Das war leider 2013 nicht möglich. Schuld daran ist unter anderem die damalige Nationalratswahl in Niederösterreich. Landeskaiser Pröll hat damals noch ein Wahlzuckerl gebraucht. Wichtig ist natürlich auch, dass es keine Einkommensobergrenzen gibt. Wir brauchen in Zukunft Einkommensobergrenzen auch in diesem Bereich. Es ist nicht einzusehen, dass Menschen, die eben viel verdienen, hier noch zusätzlich für ihre Limousinenfahrerei belohnt werden.

Die größte Hilfe für Pendlerinnen und Pendler können wir machen, wenn wir ihnen öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stellen. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren sie am günstigsten, fahren sie am sichersten und fahren sie am entspanntesten. Deshalb ist der Öffi-Ausbau wesentlich wichtiger als die Pendlerpauschale, die dringend reformiert gehört.

Wir wollen gerne einem Teil des Antrags deswegen zustimmen und wir werden daher einen Antrag auf eine getrennte Abstimmung der beiden Punkte in der Beschlussformel einbringen. Ich darf das jetzt übergeben. *(Beifall bei den GRÜNEN – Der Abgeordnete übergibt den Antrag auf getrennte Abstimmung dem Präsidenten)*

Präsident Christian Illedits: Der Herr Abgeordneter Manfred Haidinger ist als nächster Redner zur Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine geschätzte Frau Landesrätin! Meine Herren Landesräte! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich erlaube mir zu den Tagesordnungspunkten 5 und 9 zusammenfassend gleich zu sprechen, um das ganze Thema in Wirklichkeit abhandeln zu können.

Weil worum geht es denn eigentlich? Es geht darum, dass Menschen mobil sein müssen, um arbeiten zu können. Da kann man natürlich geteilter Meinung sein. Wie lebe ich Mobilität? Lebe ich Mobilität, wenn ich in Deutschkreutz unterwegs bin oder in Eisenstadt unterwegs bin oder in Wien unterwegs bin?

Oder ob ich von einer sehr entfernten Region, wo halt wieder viel öffentlicher Anschluss ist, in eine Großstadt pendeln muss, ob das jetzt aus dem Süden ist, aus dem Burgenland, oder aus dem Norden, aus dem Seewinkel herauf?

Da geht es darum abzuwägen, als Pendler abzuwägen, und da spreche ich wirklich aus eigener Erfahrung im Gegensatz zu unserem Bürgermeister aus Deutschkreutz, und ich spreche auch aus Erfahrung von meiner Frau.

Weil das ist eine, die um 4.00 Uhr in der Früh aufstehen muss. Das ist eine, die um 6.00 Uhr den Dienst antreten muss, damit sie um 16.00 Uhr wieder nach Hause fahren kann und um 17.00 Uhr wieder bei den Kindern sein kann. Das erlebe ich Tag für Tag mehr oder weniger mit. Mich selber trifft es natürlich auch mit meinem anderen Job beim Österreichischen Bundesheer und da geht es darum abzuwägen.

Was wiegt jetzt ein Mensch ab? Was kostet es mich an Geld und was kostet es mich an Zeit? Viele, viele Menschen nehmen in Kauf, dass es etwas mehr an Geld kostet, um einfach diese notwendige und wichtige Freizeit für sich, für seine Familie als Freizeit, oder für seine Hobbys nutzen zu können. Genau in dieser Schere treffen die Menschen in Wirklichkeit zwei große Probleme.

Es trifft sie das Problem, dass jetzt auf einmal, und darum finde ich es ja sehr abstrus und witzig, die ÖVP einen Antrag stellt, man soll an die Bundesregierung herantreten, dass das mit der Dieselsteuer nicht kommt, obwohl ein ÖVP-Minister das im Prinzip gefordert hat.

Ja, er wird sich das anschauen und er wird danach trachten und es wird passieren und die Steuererleichterung wird wegfallen, et cetera. Jetzt machen sie es da, statt dass in einem ÖVP-Präsidium einem Vorstand in einer Leitung, oder was auch immer, oder auf einem ÖVP-Parteitag dem Herrn Bundesminister die Leviten lesen und sagen, so geht es nicht.

So geht es nicht, also geht es darum, dass uns seit Jahren im Prinzip der Diesel als das gesündeste und auch das billigste und auch das wirtschaftlichste Fortbewegungsmittel verkauf wurde und jetzt drehen wir um?

Drehen wir wirklich nur um wegen der Ökologie? Drehen wir wirklich nur wegen dem um? Oder sind auch ökonomische Ansätze im Hintergrund? Gibt es vielleicht

irgendeine Lobby die sich gerade jetzt überlegt, jetzt haben wir alle Richtung Diesel gekarrt, jetzt machen wir alle wieder Richtung Benzin beziehungsweise schauen wir oder öffnen wir ein kleines Fenster von einer Elektromobiliät?

Das sind aber alles Themen, mit denen beschäftigt sich der eigentliche Bürger nicht. Der eigentliche Bürger hat das Problem: Um 4.00 Uhr läutet der Wecker, um 4.30 Uhr muss ich wegfahren, weil um 7.00 Uhr muss ich den Dienst antreten, irgendwo, und kann nachher dann erst wieder heimfahren. Da sind wir schon ein bisschen abgehoben, wenn wir jetzt nur darüber nachdenken, ob wir uns mehr oder weniger vom Burgenland in ein Match mit der Bundesregierung begeben, obwohl das die ÖVP hätte leicht lösen können.

Aber auch wenn wir zulassen würden als Burgenländischer Landtag, dass wir nicht der Bundesregierung sagen, bei den Pendlern müssen wir nachjustieren, und genau das tun wir auch mit diesem Antrag. Auf der einen Seite verwerfen wir dieses Spiegelfechten der ÖVP indem wir da etwas Gescheites daraus machen und auf der anderen Seite gehen wir wirklich, oder treten wir wirklich an die Bundesregierung heran, um denen zu sagen, das was jetzt gerade läuft, ist für die Mittel- bis Besserverdienenden gut, aber nicht für den Kleinverdiener und auch für die untere Ebene der Mittelverdiener ist das noch zu wenig. Wir haben hier Zahlen von Pendlerkilometer, die gefahren werden müssen. Das amtliche Kilometergeld von 0,42 Cent sind ja in Wirklichkeit nicht die vollen Kosten die ein Mensch zahlen muss, wenn er mit dem Auto unterwegs ist.

Und die Zeit die er braucht, diese viel, viel längere Zeit die er braucht, wenn er mit öffentlichen Verkehrsmitteln pendeln muss, die kann man halt schwer in Geld fassen, weil jeden Menschen seine eigene Zeit natürlich einen anderen Stellenwert hat, wenn man es in Geld fassen möchte. Aber wir müssen danach trachten, und da sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass das Arbeiten nicht zusätzlich kostet.

Daher müssen wir die Fördermittel, die wir haben, und von vielen anderen Fördermitteln bin ich sogar noch davon überzeugt, müssen wir Dinge herunternehmen, um hier den Menschen zur Arbeit zu bringen und ihm auch die Motivation zur Arbeit zu geben.

Weil passiert das nicht und er verliert die Motivation zur Arbeit, wo kommen wir dann hin? Dann kommen wir genau zu dem Thema, das wir schon einmal hier diskutiert haben, sehr emotional auch diskutiert haben. Ich mit den GRÜNEN, weil es darum geht, die legen sich dann zurück in die soziale Hängematte, weil es einfach für die 150 Euro, was dann unterm Strich überbleibt, als wenn sie von der bedarfsorientierten Mindestsicherung allen anderen Dingen dann noch profitieren können, warum sollen sie dann von Rudersdorf oder von wo auch immer aus dem Süden nach Wien pendeln?

Das ist aber auch verständlich und genau diese Motivation dürfen wir den Menschen nicht nehmen. Daher müssen wir sie dabei unterstützen, dass sich arbeiten in Wirklichkeit lohnt. Das wäre ja auch eine Forderung der ÖVP, weil die ja auch immer wieder mit diesen Geschichten kommt. Aber mit der Dieselbesteuerung ist das natürlich genau in die andere Richtung.

Da sage ich schon, wir müssen dafür sorgen, und das können wir einfach als Gesetzgebungskörper, vom Burgenland nicht anders als mit einem Entschließer an die Bundesregierung, dass sich die den Pendlereuro, beziehungsweise die Pendlerpauschale und das alles, noch einmal zur Burst nehmen.

Unsere drei Punkte, die wir hier im Ansatz drinnen haben, sind einfach die Mindesterfordernisse, um den Menschen wieder zur Arbeit zu bringen, ihn an der

Motivation zu erhalten und auch dafür zu sorgen, dass er nicht zahlen muss, um arbeiten gehen zu können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ja, das Thema Pendler, da werden Sie mir Recht geben müssen, ein Dauerthema, wir werden uns sehr oft im Burgenländischen Landtag über dieses Thema unterhalten.

Auslöser war ja eigentlich unser Antrag, unser Dieselantrag im Ausschuss. Der Pendlerantrag seitens der FPÖ und der SPÖ, der kommt ja zweimal vor, nämlich jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt und dann als Gegenantrag zu unserem Antrag, der letztendlich auch einstimmig beschlossen wurde.

Daher möchte ich auf beide Anträge eingehen, nämlich auf die Pendlersituation und dann natürlich auf die Dieselsteuer. Vielleicht zur Reform der Pendlerpauschale. Ich meine der Abgeordnete Kölly hat gar nicht übertrieben, das stimmt schon, es sind viele, wahrscheinlich die meisten Burgenländerinnen und Burgenländer immer unterwegs, müssen auspendeln. Aber es sind laut Statistik über 40.000 oder 48.000 Burgenländerinnen und Burgenländer, 40 Prozent, die das Bundesland Burgenland verlassen müssen, um in einem anderen Bundesland eine Arbeit zu finden. Wir kennen natürlich die Erschwernisse.

Selbstverständlich bin ich auch da mit der Regierungskoalition, wenn es darum geht, Verbesserungen zu erreichen. Wir haben ja diese Verbesserungen in den letzten Jahren auch erreicht. Ich darf nur erinnern, der Verkehrsabsetzbetrag soll die Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte abgelten. Wir wissen, das macht er nur zum Teil.

Wir kennen die große und die kleine Pendlerpauschale, die ebenfalls nicht die tatsächlichen Fahrtkosten abdecken. Ist ein wunder Punkt. Aber wir haben zum Beispiel vieles erreicht. Bei den Teilzeitbeschäftigten, ich darf erinnern, vor 2013 sind die hinausgefallen. Ab 2013 steht denen ein Teil der Pendlerpauschale zur Verfügung.

Oder ich darf erinnern an den Pendlereuro, der ebenfalls eingeführt wurde. Oder wenn ich daran erinnern darf, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen. Die profitieren von der erweiterten Pendlerförderung, Pendlerzuschlag, Herr Abgeordneter, von 141 Euro auf 290 Euro angehoben.

Insgesamt gibt es die Möglichkeit einer Negativsteuer, als einer Transferleistung seitens des Finanzamtes bis zu 400 Euro. 2016 hat sich einiges verbessert: Die maximale Negativsteuer ist auf 450 Euro angehoben worden.

Oder 2017: Wenn Sie die Veranlagung für 2016 vornehmen, dann besteht natürlich auch die Möglichkeit, dass Sie inklusive der Sozialversicherungsbeiträge bis höchsten 500 Euro jährlich rückerstattet bekommen. Aber! Großes aber, das genügt nicht! Daher müssen wir mehr tun. Ich bin auch dafür, dass man hier kilometergerecht absetzen kann.

Das was jetzt vorliegt, begünstigt eher die mit dem höheren Einkommen und nicht mit dem geringeren Einkommen. Dieser Antrag wurde ja auch in der Arbeiterkammer mit den Stimmen aller in der Fraktion beschlossen, auch mit den Stimmen der ÖVP. Daher sind wir für diesen Antrag. Das haben wir auch schon im Ausschuss bewiesen. Wir setzen uns natürlich breitest dafür ein, dass es eine Verbesserung für die burgenländischen

Pendlerinnen und Pendler in Zukunft geben muss. *(Beifall bei der ÖVP und des Abgeordneten Sodl)*

Das ist unser Auftrag. Nun, Herr Abgeordneter Haidinger, ja, jetzt kann man natürlich herausgehen, ich habe Ihnen genau zugehört, andächtig zugehört, und kann natürlich sagen, es ist ein Witz, dass die ÖVP jetzt auf einmal hergeht und gegen die Erhöhung einer Dieselsteuer wettert, wenn das der eigene Minister vorgeschlagen hat. Ja, Herr Abgeordneter Haidinger, Sie werden sich jetzt wundern. Ich mache das und ich prangere auch den eigenen Minister an. Das tue ich und zwar deswegen, weil ich das nicht in Ordnung finde und ich werde das beweisen.

In Österreich kann man, wenn man mit dem LKW unterwegs ist, oder in der Landwirtschaft mit dem Traktor, dann kann man nur mit Diesel fahren. Das geht gar nicht anders. Auch die Hälfte der vier Millionen mobilen Österreicherinnen und Österreicher sind natürlich mit Dieselkraftstoff unterwegs. Interessanterweise bis 1987 hat es diese Mineralölsteuer zweckgebunden gegeben. Dann hat man sie aufgehoben, das fließt jetzt alles in das normale Budget, die Einnahmen von 4,14 Milliarden Euro.

Nicht wenig. Man muss auch eines sagen, man muss immer bei der Wahrheit bleiben. Natürlich gibt es einen Unterschied zwischen Diesel und Benzin. Wenn man sich den Unterschied in Österreich anschaut und in den benachbarten Ländern, dann sind wir eines der billigsten, was bedeutet, dass es einen sogenannten Tanktourismus gibt.

Von diesem Tanktourismus, das muss man auch dazu sagen, leben der Finanzminister und die ganze Bundesregierung hervorragend. Daher muss man, wenn man die Dieselsteuer diskutiert, nicht nur den ökologischen Aspekt einbringen, sondern auch den ökonomischen Aspekt.

Es gab ja immer wieder Steuererhöhungen. 2007, 2011, 2016, hat es immer wieder einen Mehrwert gegeben, weil Diesel mehr besteuert wurde als Benzin.

Es gibt Befreiungen und das war in Ordnung. Es gab auch Rückvergütungen, Herr Abgeordneter Steier, nämlich vor allem bei den Landwirten. Seit 2012 bis zum Jahr 2015. Dann ist man auf einmal hergegangen und hat das alles wieder gestrichen und hat gesagt, okay, da werden wir jetzt 80 Millionen Euro mehr einnehmen. Ob wir das wirklich eingenommen haben, das wage ich zu bezweifeln.

Daher sage ich das, weil ich selber aus einer landwirtschaftlichen Familie komme, Herr Abgeordneter Haidinger. Ich weiß wie das ist, wenn man den Euro, oder den Schilling damals, dreimal umdrehen muss, wenn man für den Traktor Diesel tankt. Daher halte ich den Ansatz, dass der Minister Rupprechter sagt, ich setze mich für eine Ökologisierung des Steuersystems ein, für richtig.

Ich glaube, da sind wir alle miteinander einverstanden. Nur die Wege wie man geht und wie man einen Ausgleich findet, ja daran scheiden sich die Geister. Daher lehne ich eine einseitige Steuererhöhung auf Diesel ab. Auch wenn das WIFO interessanterweise… *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Angleichen!)* Na klar, Herr Abgeordneter, einseitig, na absolut, ich werde Ihnen das aufzeigen, dass das ein Blödsinn ist, wenn man das angleicht. Weil das vielleicht ökologisch ein Weg wäre, aber ökonomisch nicht. Das würde zu Steuerausfällen führen!

Ich werde den Beweis antreten. Das WIFO hat berechnet, dass eine Gleichstellung, würde man jetzt den Diesel mit Benzin gleichstellen, dann würde der Staat bis zu 560 Millionen Euro einnehmen. Ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, das sind theoretische Zahlen. Keine bewiesenen, keine realen Zahlen. Es gibt viele Gegenargumente, ich möchte den Gegenbeweis antreten.

Würde man Diesel angleichen an Benzin, dann würde das in Wahrheit einer wesentlichen Aufkommensreduzierung bei der Mineralölsteuer gleichkommen. In Deutschland haben wir diese Diskussionen gehabt, Anlauf zur Abschaffung des Steuer für Diesel, ist im April vorigen Jahres gescheitert. Prescht Österreich jetzt alleine vor, dann sage ich Ihnen, dann bleibt der Tanktourismus einmal weg. Der bleibt weg. Der ist weg. So.

Und jetzt, wenn Sie jetzt diese Steuererhöhung auf Diesel durchführen und gleichstellen, kommt der Steuerzahler gleich zweimal zum Handkuss. Einerseits müsste er selber rund 400 Millionen Euro mehr im Jahr zahlen, und andererseits müsste er für den Entfall des Tanktourismus, und das sind immerhin geschätzte 870 Millionen Euro, aufkommen. Unterm Strich wäre das ein Minus von 400 Millionen Euro.

Die Zahlen, die darf ich Ihnen dann geben. Das wäre es unterm Strich, wenn man jetzt den Dieselpreis an den Benzinpreis angleicht. Vielleicht wäre es ein ökologischer Weg, aber kein ökonomischer Vorteil. Und jetzt noch etwas, und das ist noch stärker für mich. Nämlich im Bereich der Landwirtschaft. Haben Sie sich, Herr Abgeordneter, Sie sind ja Landwirt, Sie kennen die Situation wahrscheinlich noch besser.

Haben Sie sich die Situation in Österreich und im Burgenland angeschaut? Die Situation in Österreich, da ist der Produktionswert um zwei Prozent in der Landwirtschaft 2015, andere Zahlen habe ich nicht, gesunken. Das landwirtschaftliche Realeinkommen je Arbeitskraft in Österreich, je nachdem welche Statistik man da herannimmt, ist in Österreich um 8,4 Prozent in der Landwirtschaft gesunken. 8,4 Prozent! So, und jetzt zeige ich Ihnen die Situation im Burgenland auf. ORF Burgenland, vom 5. Jänner 2015, zeigt die schwierige Lage der Bauern im Burgenland auf.

„Die Einkommen der Bauern, also zirka 6.000 Landwirte, sind 2014 schon zum dritten Mal infolge gegenüber dem Vorjahr gesunken“. Ich habe mir die Statistik von der Landwirtschaftskammer geholt. Im grünen Bericht finde ich diese Statistik nicht. Leider, Frau Landesrätin Dunst. Vielleicht könnte man das in Zukunft einbauen. Nämlich die Einkünfte der Land- und Forstwirtschaft je Betrieb betrug 1995 24.289 Euro und 2015, 20 Jahre später, 23.041 Euro, sechs Prozent minus innerhalb von 20 Jahren.

Welcher Arbeitnehmer würde sich das auf lange Sicht gefallen lassen? Jetzt zitiere ich noch einmal den ORF vom 24. April 2017. Ich zitiere: „Die Frostnächte in der vergangenen Woche haben Wein- und Obstbauern im Burgenland schwer getroffen. In einer ersten Bilanz spricht die Österreichische Hagelversicherung von einem Schaden in der Höhe von rund zehn Millionen Euro. Auch im Vorjahr gab es im Burgenland schwere Frostschäden.

Auf die damals vom Land angekündigten einmaligen direkten Entschädigungszahlungen in Höhe von rund 12 Millionen Euro warten viele Weinbauern bis heute". Zitat Ende. Nicht von mir, sondern vom ORF zitiert. Das heißt, die Einkommenssituation ist noch dramatischer für die Landwirtschaft. Sie ist witterungsabhängig, sie ist von der Marktlage abhängig, von der Konjunktur abhängig, und daher meine ich, ich könnte da jetzt sehr vieles sagen, wir müssen aufpassen, dass wir den Berufsstand nicht ruinieren, den wir alle forcieren wollen.

Nämlich wir reden von „Herkunft hat Zukunft“, von regionalen Produkten, von der Ökologisierung, von der Landschaftspflege, ja wer macht das? Das machen nicht irgendwelche Berufsgruppen, außer den Landwirten. Daher gehören die Landwirte gefördert und nicht bestraft. Daher zusammenfassend: Höhere Dieselsteuern schaden Bauern und Autofahrern, der einseitige Vorschluss von Minister Rupprechter ist daher abzulehnen.

Wir lehnen daher auch eine einseitige Besteuerung für Dieselfahrzeuge ab. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregional bedeutsamer Infrastruktur-Projekte (Zahl 21 - 643) (Beilage 911)

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregional bedeutsamer Infrastruktur-Projekte Zahl 21 - 643, Beilage 911, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat, und ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Robert Hergovich das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPÖ, die FPÖ und die ÖVP haben sich entschlossen, aus aktuellem Anlass einen Dringlichkeitsantrag hier heute im Hohen Haus einzubringen.

Auslöser ist die erneute Zwangspause bei der Realisierung der Schnellstraße S7, die durch das Südburgenland führen sollte. Praktisch fünf Minuten vor Baubeginn hat der Verfassungsgerichtshof einem Antrag auf außerordentliche Revision stattgegeben. Er hat zwei wasserrechtliche Bescheide, Bewilligungen, gekippt. Die Bescheide müssen neu beantragt werden, die ASFiNAG geht von einer weiteren Verzögerung zwischen sechs und 12 Monaten aus.

Ich glaube, das ist eine sehr gering geschätzte Dauer. Es könnte durchaus sein, dass es zu einer deutlich längeren Verzögerung kommen könnte. Allein deswegen, weil beim Verfassungs- und beim Verwaltungsgerichtshof drei weitere Revisionen und eine Beschwerde anhängig sind.

Es sieht also danach aus, dass das Motto lautet: „Zurück an den Start“ und das wäre für die gesamte Region wirklich eine Katastrophe. Die zentrale Grundlage für Wohlstand und Wirtschaftswachstum und damit verbunden mit neuen Arbeitsplätzen, ist sicher der Ausbau von Infrastruktur-Projekten. Daher ist sicher entschlossenes Handeln gerade jetzt gefragt. Wenn der Wirtschaftsstandort und damit auch der Arbeitsmarkt Schaden erleidet, ist Dringlichkeit geboten.

Wir nehmen nicht achselzuckend zur Kenntnis, dass wichtige Projekte immer wieder aufgeschoben werden, immer wieder auf die lange Bank versetzt werden. Die UVP wurde im Jahr 2008, ich betone im Jahr 2008, eingereicht. Wir befinden uns also im zehnten Jahr des Genehmigungsprozesses. Im zehnten Jahr des Genehmigungsprozesses! Ich verstehe, dass vor Ort großer Unmut entsteht, wenn man hört, dass ein Projekt zehn Jahre braucht, bis eine Genehmigung vorliegt.

Die Zeitspanne ist eine extreme Belastung, insbesondere für die beiden Bezirke Jennersdorf und Güssing. Von Seiten der ASFiNAG waren schon alle Vorkehrungen für den Baustart getroffen. Wenn man vor wenigen Tagen durch das Südburgenland gefahren ist, hat man schon Zäune gesehen, hier wurden schon Planierarbeiten vorgenommen, die Baustelle war also sozusagen fast eingerichtet. Wir fordern daher ganz

klar heute, vom Burgenländischen Landtag aus, dass die neuerliche Verzögerung auf ein Minimum reduziert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Würde man in der Region eine Volksabstimmung durchführen, zum Bau der S7, dann würde die Entscheidung positiv ausfallen, ich meine in Richtung 90 Prozent positiv ausfallen. Vor Ort, meine Damen und Herren, ich war erst vor kurzem im Südburgenland, versteht niemand, überhaupt niemand, dass eine derartige Vorgangsweise hier möglich ist.

Vor Ort versteht auch niemand mehr, dass eine ganze Region von einer kleinen Gruppe von „Verhinderern“ in Geiselhaft genommen wird und hier dieses Projekt andauernd verzögert wird. Diese Blockade ähnelt in vielen Aspekten auch der Blockade der 3. Piste am Flughafen. Ich rufe in Erinnerung, im Mediationsverfahren wurde im Jahr 2000 gestartet, wir wissen alle, das kostet sehr viel Geld, im Jahr 2007 wurde dann im Laufe dieses Mediationsverfahrens eine Einigung erzielt.

Im Jahr 2007 eine UVP-Prüfung eingereicht. 2012 kam es dann zu einem positiven Bescheid. Also ein positiver Bescheid der UVP-Prüfung wurde ausgestellt, und jetzt vor einigen Tagen kam es zu einem negativen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Sollte der Flughafen noch eine Revision erreichen in diesem Fall, ist mit weiteren sechs Jahren Verfahrensdauer zu rechnen, mit weiteren sechs Jahren Verfahrensdauer zu rechnen!

Die S7 und die 3. Piste Flughafen haben also einiges, ja vieles gemeinsam, nämlich endlose Verfahrensdauern, sowohl hier als auch dort. Hohe Kosten durch Marathonverfahren, enorm extrem hohe Kosten, die hier schlagend werden und schwerwiegende, nämlich negative Folgen für den Wirtschaftsstandort, für den Arbeitsmarkt!

Das zeigt, es gibt Handlungsbedarf im Hinblick auf die rechtlichen Rahmenbedingungen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, Richter, Richter entscheiden immer auf Basis geltender Gesetze. Die Gesetze macht die Politik. Also sind wir gefordert, die Gesetze derart zu gestalten und zu ändern, wenn der Rechtsweg überhaupt kein Ende mehr findet, dann ist hier Handlungsbedarf gegeben.

Die Freiheitlichen, die Volkspartei und die Sozialdemokratie haben daher vier Forderungen formuliert. Vier Forderungen für das Verfahrensrecht bei überregionalen Infrastruktur-Projekten. Erstens. Wir wollen rechtssichere Entscheidungen binnen einer angemessenen Verfahrensdauer. Ich glaube, das ist für alle wichtig, dass man auch weiß, irgendwann gibt es eine Entscheidung und diese Entscheidung ist auch absehbar. Das ist auch nichts Neues. Diese Variationen gibt es auch in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedlich ausgeprägt. Das gibt es.

Ich glaube Österreich ist gut beraten, einen ähnlichen Weg zu gehen wie hier Deutschland. Wesentliche Verfahrensbeschleunigung und raschere Entscheidungsfristen sollen hier auch gegeben sein. Ich meine, dass fünf Jahre in der Regel ausreichen müssten, um hier die Entscheidung auch treffen zu können. Ich bin aber auch der Meinung, oder wir sind der Meinung, dass es zur Eindämmung von Möglichkeiten kommen muss, die zur Verfahrensverschleppung, nämlich der mutwilligen Verfahrensverschleppung kommen soll.

Wir wollen eine Verankerung von Wachstum und Beschäftigung als Staatszielbestimmung in der Bundesverfassung. Wir meinen, dass Umweltschutz ganz, ganz wesentlich und wichtig ist, aber auf Augenhöhe, mindestens auch auf Augenhöhe, mit Wachstum und Beschäftigung gesehen werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist durchaus bewusst, dass es hier zu einem Spannungsfeld kommt. Ein Spannungsverhältnis auch entsteht zwischen einerseits den Projektwerbern, die Geld in die Hand nehmen, investieren in einen Standort, die hier tätig werden wollen, und ich sage ganz offen gleich dazu, er muss natürlich alle gesetzlichen Erfordernisse einhalten, er muss alle Unterlagen zeitgerecht vorlegen, alles was notwendig ist, muss natürlich der Projektwerber vorlegen und einbringen.

Auf der anderen Seite die Projektgegner. Das ist in unserem Fall ein pensionierter Richter, der in das Südburgenland zugezogen ist, und ein Landwirt aus Deutsch Kaltenbrunn, der das Projekt schon sehr lange sehr erfolgreich verzögert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte außer Streit stellen, und das ist mir ganz wichtig festzuhalten: Das Recht auf Parteienstellung ist wichtig und eine hart erkämpfte Errungenschaft unserer Rechtsordnung. Das ist wichtig und das muss natürlich bleiben. Betroffene können und sollen sich auch in Verfahren beteiligen und ihre Bedenken geltend machen, wenn es Bedenken gibt. Völlig klar.

Die aktuellen Beispiele zeigen aber eine Schieflage auf zwischen den Interessen einer gesamten Region und Einzelner, die wissen, wie man mit diesen Instrumenten umgeht und Projekte deutlich verzögert. Die Gegner bringen hier scheibchenweise in Salamitaktik - wenn man so will - Rechtsmittel ein, um das Projekt jahrelang zu verzögern, und eine ganze Region leidet massiv darunter.

Wir können es uns als Wirtschaftsstandort Burgenland nicht leisten, als verantwortungsvoller Politiker, dass wichtige Infrastrukturprojekte zu Tode verhandelt werden. Irgendwann muss es eine Entscheidung geben, die dann entweder positiv oder auch negativ ausgeht. Aber eine Endlosverhandlung sollten wir mit aller Kraft verhindern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch überzeugt, dass sich der Großteil des heutigen Landtags zu diesem Antrag auch bekennen wird. Ich weiß, dass die GRÜNEN hier Bedenken haben.

Ich verstehe aus Ihrer Sicht, dass man auch Bürgerinitiativen unterstützen will, ich verstehe das. Ich möchte trotzdem festhalten und auch an Sie appellieren. Es ist heute die S7, es ist die heute die 3. Piste am Flughafen, aber es ist vielleicht morgen eine Bahnschleife. Es ist vielleicht morgen ein Projekt des öffentlichen Verkehrs, das unter den gleichen Voraussetzungen torpediert und verzögert wird. Daher müssten alle - alle - höchstes Interesse haben, dass es zu schnellen Entscheidungen kommt, zu angemessenen Verfahrensdauern kommt, um eben auch rechtssichere Antworten zu erhalten.

Ich betone - und das ist mir auch ganz wichtig -, wir wollen weder den Umweltschutz, noch den Rechtsstaat ausheben. Ganz im Gegenteil! Wir wollen eine rechtssichere Entscheidung in absehbarer Zeit - und zwar für alle. Für Befürworter als auch für Gegner. Jeder soll wissen, wann endet dieses Verfahren, wann gibt es eine Entscheidung über dieses Projekt.

Es ist eine Überlebensfrage für den Wirtschaftsstandort Österreich, und es ist sicher eine Zukunftsfrage für unser Südburgenland. Ich bin der Meinung, dass es in den nächsten Jahren nicht einfacher, sondern schwieriger wird. Wir alle wissen, dass 2020 ein ganz wichtiges Datum ist, denn ab da ändert sich auch die Förderkulisse des Burgenlands. Wie wissen wir noch nicht, aber wir können davon ausgehen, dass es zumindest weniger sein wird, und dann ist eines gefragt: Tempo! Tempo im Umsetzen von Projekten, Tempo im Umsetzung von Infrastrukturprojekten, Tempo in Verfahrensangelegenheit! Das wird unsere Stärke sein. Daran werden wir gemessen.

Wenn wir also mit Beispielen herkommen, wo wir im zehnten Jahr eine Entscheidung herbeisehnen, ja, dann sind wir nicht sehr sexy als Wirtschaftsstandort. Dann sind wir das Gegenteil. Daher müssen wir daran trachten, ordentliche Rahmenbedingungen vorzufinden, damit Tempo auch gelebt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich appelliere wirklich eingehendst, einen möglichst breiten Konsens im Hohen Landtag zusammenzubekommen, denn wir müssen ein starkes Signal nach Wien senden, damit sich hier einiges ändert und diese endlos langen Diskussionen der Vergangenheit angehören müssen. Das öffentliche Interesse am Wirtschaftswachstum, das öffentliche Interesse an Beschäftigung, an Umweltschutz sollte uns allen ein wichtiges Anliegen sein.

Ich ersuche Sie daher um breite Zustimmung zu diesem Antrag. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein, und ich erteile als erstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort. *(Abg. Doris Prohaska: Oje! – Abg. Géza Molnár: Verkürzt die Verfahrensdauer. – Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Nachdem er nicht anwesend ist, erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(das Rednerpult knarrt bei der Höhenverstellung)***:** Das ist jetzt schon bei der dritten Sitzung, Herr Präsident. Vielleicht könnten wir das einmal ölen? Danke schön, Herr Präsident.

Wir haben hier diesen Dringlichkeitsantrag vorliegen, bei dem es aber um verschiede Dinge und verschiedene Ebenen der Politik geht. Das eine ist die inhaltliche Ebene - und es wurde ja auch schon angesprochen -, es gibt hier einen konkreten Anlass oder zwei Anlässe, die die Regierungsparteien dazu gebracht haben, jetzt auf formale Abläufe hinzuweisen und hier eine Änderung hervorrufen zu wollen.

Es gibt auch sehr unterschiedliche Faktoren, die zu Verzögerungen von Projekten führen können. Auch das ist in diesem Antrag etwas zu viel durcheinander geworfen. Aber eines nach dem anderen.

Dass das eine oder andere Verfahren schneller abgewickelt werden könnte oder sollte, darin sind wir uns einig. Der Zusammenhang, in dem Sie dieses Anliegen aber präsentieren, spricht für sich. Sie ärgern sich, dass dieses Herzensprojekt der S7 nicht weitergeht und auch da - das haben Sie mir zu sehr durcheinander geworfen -, in der Antragsbegründung gibt es sehr unterschiedliche Akteure und Akteurinnen bei Einsprüchen. Auch da dürfen nicht alle in einen Topf geworfen werden.

Das Herzensprojekt der S7 ist ein durchaus umstrittenes, wenn Sie sagen, Sie kennen niemanden, der noch gegen die S7 ist, dann haben Sie einfach mit vielen Leuten nicht gesprochen oder die sind halt nicht so in Ihrem Blickfeld. Soll sein, Sie müssen ja nicht alle Menschen vertreten, aber es gibt sie trotzdem.

Es ist von der S7 bis jetzt in keiner Debatte wirklich belegt worden, dass es mit dieser Straße, die viel Boden versiegelt, die viel Feinstaub erzeugt, die viel CO_2-Ausstoß erzeugt, tatsächlich zu einer Ansiedelung von vielen Betrieben und zum Schaffen von vielen Arbeitsplätzen kommt.

Was man auf Grund von Erfahrungen aus anderen Landstrichen durchaus sagen kann, ist, das wird mit Sicherheit eine Transitstrecke werden. Es werden sich mit Sicherheit Betriebe, die sich jenseits der Grenze in Ungarn zu anderen rechtlichen Bedingungen ansiedeln können, hier massiv davon profitieren, und es werden auch Betriebe in der Südsteiermark davon profitieren. Sei ihnen unbenommen, aber für das Südburgenland selber wird die S7 nach der Einschätzung von Fachleuten, die halt nicht aus Ihren Reihen kommen, sondern von woanders kommen, sich vor allem eine Transitstrecke entwickeln. Aber gut, das ist die inhaltliche Sache.

Ebenso gibt es zur 3. Piste inhaltlich unterschiedliche Auffassungen und Experten- und Expertinnenmeinungen. Das haben wir aber schon in einer früheren Landtagssitzung diskutiert. Darauf möchte ich jetzt gar nicht so im Detail eingehen.

Es gibt einfach unterschiedliche Einschätzungen. Auch ein Durcheinanderwürfeln was jetzt wo ein Staatsziel ist, über die Staatsziele spreche ich nachher auch noch.

Bei der 3. Piste ging es um ein Staatsziel oder um eine Formulierung aus der Niederösterreichischen Landesverfassung, nämlich wo nachhaltige ökologische und zukunftssichere Entwicklung festgeschrieben ist, und darauf haben sich damals die Richter im Spruch zur 3. Piste beim Flughafen Schwechat bezogen, die Ökologie zu kurz gekommen ist.

Ich plädiere daher: Unterscheiden wir wirklich zwischen Inhalt von einzelnen Projekten! Wir könnten jetzt über die Umfahrung Schützen auch noch lange reden, wo aus unterschiedlichen Gründen manche Verfahren nicht mehr abgewartet wurden, auf manche Sprüche nicht reagiert wurde seitens des Landes. Aber das ist die inhaltliche Sache, die ich jetzt draußen lassen möchte.

Verzögerungen. Verzögerungen in Projekten hängen auch manchmal mit mangelhaften Bescheiden zusammen. Das ist etwas, was immer wieder vorkommt. Das ist jetzt nicht irgendwelchen Bürgerinitiativen in die Schuhe zu schieben, wenn Bescheide - aus welchen Gründen auch immer - mangelhaft sind, und deswegen ein Projekt noch einmal eine Schleife einlegen soll, dann ist das auch eine Verzögerung. An der Seite könnte man sicher da und dort eine Schraube fester anziehen.

Uns muss aber auch klar sein, dann braucht es auch das entsprechende Personal dafür. Es reicht nicht, in einer Abteilung anzurufen und zu sagen, arbeitet schneller, arbeitet schneller. Nur leider ist das Personal dafür nicht vorhanden. Da braucht man halt auch die entsprechenden Juristinnen und Juristen, die das alles bearbeiten können. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Es hilft auch nicht, wenn Bürgerinnen- und Bürgerrechte beschnitten werden. Dadurch werden Verfahrensmängel nicht aus der Welt geschafft, wohl aber die Einbindung unterschiedlicher Sichtweisen, und das ist ja gerade wichtig für ein umfangreiches Projekt.

Sie schlagen mehrere Punkte zur Beschleunigung der Verfahren vor. Da kann man über das eine oder das andere durchaus reden. Allerdings wollen Sie ganz auf Nummer sicher sein, dass es nie wieder passiert und so wirkt es einfach, so, wie dieses Anliegen formuliert ist, dass es nie wieder passiert, dass Bedenken bezüglich Klimaschutz und Umweltbelastung in Projekten abgeschossen und durch andere Ziele übertrumpft werden können.

Schauen wir uns an, was das im Detail in Ihrer Beschlussformel dann heißt. Punkt eins, rechtssichere Entscheidung binnen angemessener Verfahrensdauer. Das wollen

Sie, okay. Aber das ist für mich die Frage: Was verstehen Sie unter „angemessen“? Das ist mir zu schwammig. Welchen Rahmen braucht es dafür? Das ist leider nicht definiert.

Sie wollen unsere Zustimmung dafür, dass wir sagen, es soll die wesentliche Verfahrensbeschleunigung und kurze Entscheidungsfristen erreicht werden. Klingt auch einmal gut, aber was heißt „kurz“ in Ihrer Definition? Heißt das auch, dass dann wesentliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger ausgeschlossen werden? Das ist mir zu unklar. Steht nicht hier. Man weiß nicht so ganz, kauft man hier die Katze im Sack?

Beim dritten Punkt aber hüpft die Katze aus dem Sack. Da sagen Sie, es geht um Eindämmung von Möglichkeiten zur Verfahrensverschleppung. Allein mit dem Begriff „Verfahrensverschleppung“ haben Sie schon gezeigt, dass Sie bereits bewerten, was jemand tut. Sie unterstellen damit bereits in dieser Formulierung - und das halte ich für unsachlich an dieser Beschlussformel -, dass Menschen, die Einspruch erheben, etwas verschleppen wollen. Sie unterstellen, da haben Sie sogar jetzt gesagt, Mutwilligkeit und ja, das kenne ich auch in dem einen oder anderen Projekt, *(Abg. Robert Hergovich: Was wollen Sie da verteidigen? Wollen Sie das verteidigen?)* gibt es Menschen, die sind einfach mutwillig, was Sie hier machen. Sie nehmen alle auf einen Haufen zusammen, unterstellen hier - hier steht es geschrieben Schwarz auf Weiß -, dass Menschen Möglichkeiten zur Verfahrensverschleppung nutzen und nicht um ihre verbrieften Bürgerinnen- und Bürgerrechte zum Beispiel im Rahmen von Bürgerinitiativen auch bis zur letzten Möglichkeit auszuschöpfen.

Im vierten Punkt wird es dann besonders spannend, da wollen Sie die Verankerung der Staatszielbestimmungen „Wachstum und Beschäftigung“ im Verfassungsrang. Sie haben auch schon immer wieder darauf hingewiesen, dass das mit dem Klimaschutz zwar etwas ist, was man schon irgendwie ernst nehmen sollte, aber bitte nicht so sehr. Immer wieder wird in solchen Diskussionen Beschäftigung gegen Klimaschutz gestellt. Genau das ist es, was wir überwinden müssen. Es geht nicht darum, dass Klimaschutz Beschäftigung verhindert, sondern es geht darum, dass wir Beschäftigung durch Klimaschutz erreichen, und zwar höhere Beschäftigung in Klimaschutzprojekten und durch Klimaschutzarbeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Schauen wir mal, was gibt es denn für Staatsziele in der Österreichischen Bundesverfassung? Da haben wir etwa das Verbot narzisstischer Tätigkeiten, Verbotsgesetz ab 1955, das Neutralitätsgesetz, also das Staatziel über die dauernde Neutralität, auch aus dem Jahr 1955. Wir haben als Staatsziel umfassende Landesverteidigung 1975, Umweltschutz kam dann 1984 als Staatsziel hinzu. Die Gleichbehandlung von Behinderten und die Gleichstellung von Mann und Frau 1997 und 1998. Hier geht es wirklich um sehr grundlegende Ausrichtungen und auch rechtliche Verbürgungen. Es geht um den Schutz der Volksgruppen in einem Staatsziel. Es geht auch um den öffentlichen Rundfunk als öffentliche Aufgabe 1974, und es gibt bereits jetzt ein Staatsziel, Herr Kollege Hergovich, das kennen Sie vielleicht noch nicht, weil Sie es nicht genau nachgelesen haben, nämlich gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht. *(Abg. Doris Prohaska: Sie unterstellen uns immer, dass wir nicht alles lesen und nicht alles wissen. Das machen Sie ständig: „Sie haben es ja nicht alle gelesen. Wahrscheinlich wissen Sie das nicht.“ Das ist ein Witz! Na ehrlich! Das geht mir schon auf den Keks.)*

Dieses Staatsziel „gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“ zielt eigentlich auf das ab, was Sie vorher erläutert haben, weil genau darum geht es. Auf der einen Seite haben wir das Staatsziel für Umweltschutz und auf der anderen Seite das Staatsziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes. Nun frage ich Sie: Was anderes ist es denn, als

wenn man in wirtschaftlichem Gleichgewicht nach den größtmöglichen Optionen für Beschäftigung sucht und dennoch dem Staatsziel des Umweltschutzes nicht widersprechen muss. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Für mich ist auch die Frage, was hier noch spezifiziert werden muss. Sie haben auch in Ihrer Ausführung und auch im Antrag das Begehren der Staatszielbestimmung „Wachstum“. Nur da traue ich mich nun wirklich sehr grundsätzlich zu hinterfragen. Ist eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich und sogar als Staatszielbestimmung festschreibend, immer nur auf Wachstum setzt, eine, die zukunftsträchtig ist?

Ich wage das zu bezweifeln. *(Abg. Robert Hergovich: Was ist die Alternative?)* Dazu gibt es unterschiedliche Zugänge. Aber seitens einer größeren und langfristigen Überlegung, wie sich Wirtschaft bei uns entwickeln soll, darf ich das doch wohl auch infrage stellen.

Natürlich wäre es angenehm, wenn wir kurz mittelfristig ein Wirtschaftswachstum hätten, weil sich durch fehlendes Wachstum in erster Linie negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zeigen.

Aber, der Reflex klassischer Politik und der Wirtschafspolitiker fast aller Parteien ist nur vor dem Hintergrund einer sehr kurzfristigen Politik verständlich. In den praktischen Problemen müssen wir ein Stück weiter kommen. Und ich lade Sie ein, in umfassenden Diskussionen und gemeinsamen Anstrengungen zu schauen, wie diese Wachstumsideologie überwunden werden kann, die nämlich viel in die Krise geführt hat und nicht aus der Krise heraus.

Der Vorschlag ist ein kurzfristiger, der auf eine schnelle Wirkung abzielt. Dabei wird ignoriert, dass dies langfristig zu größeren Problemen führen kann, oder anders ausgedrückt, es ist kurzsichtig, ein Schnellschuss, ein Dringlichkeitsantrag, der nicht langfristig wirkt. Genau das wäre aber jetzt das Gebot der Stunde. Seien wir umsichtig und nicht kurzsichtig! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Gewerbeordnung reformieren, Bürokratieabbau, Entbürokratisierung und Entlastung, die Wirtschaft entfesseln, umfassende Deregulierung, Arbeitsrecht entrümpeln, zu hoher Verwaltungsaufwand, überschneidende Zuständigkeiten, Vorschriften verschlanken, beidseitig Beseitigung von Doppelgleisigkeit und schleppende Verfahren beziehungsweise Bewilligungsverfahren, die ewig dauern. All das sind Dinge, die der Bevölkerung, den Menschen, der Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt zum Hals raushängen und die sie nicht mehr hören können.

Im Burgenland ist man bemüht, solche Dinge zu beseitigen, wo man eben zuständig ist, um besser, schneller und effizienter werden zu können. Aber die Politik insgesamt ist in diesen Bereichen enorm gefordert, wenn wir Österreich und seine Bundesländer weiterhin voranbringen möchten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die S7 gleicht einer unendlichen Geschichte, ist als Beispiel zu nehmen, wie es nicht sein sollte.

Mittlerweile zehn Jahre durchläuft der geplante Bau der Schnellstraße einen Genehmigungsprozess. Schlichtweg ein Wahnsinn für alle Beteiligten, vor allem für die Bevölkerung vor Ort.

Manche Abgeordnete hier im Landtag gibt es gar nicht mehr, welche von Beginn an mit der S7 betraut oder beschäftigt in irgendeiner Form waren. Manche sind in der Zwischenzeit neu dazugekommen und gehen vielleicht vorher schon wieder in Pension, bevor mit dem Bau tatsächlich begonnen wird.

Die Sinnhaftigkeit und die Zielsetzung von Umweltverträglichkeitsprüfungen stehen mit Sicherheit außer Frage. Natürlich ist es ein wichtiges Verträglichkeitsinstrument, um den Ausgleich zwischen Umwelt, den Menschen, Wirtschaft und Behörde zu bewerkstelligen, zu prüfen, und niemand will irgendjemandem den Rechtsschutz beschneiden. Es ist natürlich immer eine große Herausforderung, auf der einen Seite eine regionale wirtschaftliche Entwicklung für die Bevölkerung zu ermöglichen, wie im Bezirk Jennersdorf und Güssing, welche die S7 dringend brauchen, und auf der anderen Seite soll dies im Einklang mit der Natur erfolgen. Leider wird die UVP zunehmend aber dazu benutzt, um notwendige und mehrfach geprüfte Projekte zu verzögern oder überhaupt zu verhindern. Meist geschieht dies durch Einzelpersonen oder kleinen Gruppen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit unseren Wohlstand behalten wollen, müssen Maßnahmen gesetzt werden, die der Beschleunigung von Bewilligungsverfahren für Infrastrukturprojekte dienen, die überregional und bedeutsam sind, wie zum Beispiel die S7 oder die 3. Piste am Flughafen Wien.

Die vorgesehene Vertragsdauer für solche Projekte von zirka fünf Jahren, oder von einem Jahr, wie angegeben, steht nur auf einem Papier, in der Praxis dauern diese Verfahren aufgrund der zahlreichen Einspruchs- und Verschleppungsmöglichkeiten und komplexen Instanzenwege bis zu zehn Jahren, wie eben bei der S7. Auf der einen Seite will jeder Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze, auf der anderen Seite dauern solche Verfahren Jahre und verschlingen jede Menge Geld, was eine volkswirtschaftliche Katastrophe ist.

Auch die Versäumnisse von zehn Jahren einer regionalen wirtschaftlichen Entwicklung wird entlang der S7 nicht mehr aufzuholen und nicht wiederbringbar sein. Wahrscheinlich sind junge Menschen, Familien, weil die Verkehrsanbindung nicht passt, weggezogen. Ansiedelungen wird es wahrscheinlich auch weniger gegeben haben, nicht nur von der Bevölkerung, sondern von Betrieben und Firmen und somit von Arbeitsplätzen. Dieses Potential von vor zehn Jahren ist nicht wiederbringbar.

Ich hoffe, die Verantwortlichen führen sich das vor Augen, welche Schicksalsschläge damit bewusst oder unbewusst besiegelt wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf hier Alexander Walcher, Geschäftsführer der ASFiNAG Bau zitieren: „Die Schaffung des Bundesverwaltungsgerichtes wurde der Öffentlichkeit und den Unternehmen seinerzeit als Erleichterung und Beschleunigung der Behördenverfahren angepriesen. In der Praxis bringt dieses aber zusätzliche Unsicherheit.“ Das heißt für mich, es funktioniert in der Praxis nicht, deshalb muss die Politik reagieren, und es herrscht höchster Handlungsbedarf.

Walcher weiter: „Die ASFiNAG könnte jährlich 100 bis 200 Millionen“ - ich wiederhole, 100 bis 200 Millionen - „mehr in Straßenprojekte investieren und damit Arbeitsplätze sichern beziehungsweise schaffen, wenn Genehmigungsverfahren rascher vorliegen würden.“

Es ist halt leider so, dass jeder durch verfahrensverzögernde Maßnahmen auch bei überregional bedeutsamen Infrastrukturprojekten zum Beispiel Schäden für die Volkswirtschaft in Millionenhöhe verursachen kann, ohne selbst ein Risiko einzugehen.

Ein anderes prominentes Beispiel neben der S7 ist die geplante 3. Piste des Flughafens Wien. Wir haben schon gehört, die Planung begann dort 1999, dort ist man noch auf Konsens Bedacht gewesen, 2005 wurde ein Meditationsvertrag abgeschlossen, wo zahlreiche Verpflichtungen übernommen wurden, das hat leider nicht gereicht, wie man feststellen muss. Bis jetzt sind dort aber allein für die Verfahren beim Flughafen 22 Millionen Euro angefallen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das kann nicht so weitergehen. In vielen Fällen kommt noch dazu, es stehen rein egoistische Einzelanliegen und finanzielle Interessen dahinter und nicht unbedingt berechtigte Umweltanliegen.

Solche Dinge gehören einfach neu geregelt. Da sich die gesellschaftlichen Herausforderungen geändert haben, gehört hier einfach nachgezogen, um beste Lösungen für alle Beteiligten zu erzielen, Unternehmer, Behörde, Wirtschaft, Einzelpersonen, vor allem dort, wo es um bedeutsame Projekte geht, im öffentlichen Interesse.

Es kann nicht sein, dass durch eine Minderheit einer Mehrheit in einer Demokratie notwendige Infrastrukturprojekte, die im öffentlichen Interesse der Bevölkerung stehen und dringend gebraucht werden, so lange blockiert werden können. Hier gehört unbedingt durch verschiedene Maßnahmen eine Beschleunigung von Bewilligungsverfahren her.

Wir leben in einer ständigen Veränderung. Wir müssen Bereitschaft haben, sich mit Neuem auseinanderzusetzen und offen sein für innovative Lösungen, wie eben in diesem speziellen Bereich. Wir müssen Verantwortung übernehmen für künftige Generationen, damit in Zukunft schneller, effektiver gestaltet werden kann. Wer Zweiter ist, hat hier schon verloren.

Die Menschen vor Ort wollen für ihre Steuerleistung eine Weiterentwicklung haben, auch bei Infrastrukturmaßnahmen, aber nicht von heute in zehn Jahren, sondern so rasch wie möglich. Das Burgenland ist ein Land, wo Menschen gerne leben wollen, dazu braucht es aber auch gute Verkehrsanbindungen, wie etwa die S7 oder auch Arbeitsplätze in der Nähe, in der Region, wie etwa durch den Bau der 3. Piste des Flughafens Wien.

Gerade in der heutigen Zeit spielt Regionalität für die Menschen eine wichtige Rolle. Damit sie in ihrer Region aber bleiben können, müssen wir auch etwas tun, nicht nur darüber debattieren, wie super das alles wäre, keine Frage, wir brauchen Tradition und Natur, aber auch vorrangig Wirtschaftskraft, Weiterentwicklung, Infrastruktur, denn auch sonst gibt es das andere auch bald nicht mehr, weil dort niemand mehr wohnen wird.

Deswegen ist der Dringlichkeitsantrag so wichtig. Wir müssen zeigen, wie wichtig uns die betroffenen Regionen als ländlicher Lebensraum und Wirtschaftsraum sind. Wir müssen zeigen, dass wir in Zukunft solche elendslangen Verfahren nicht mehr wollen. Es darf nicht sein, dass bei der S7 wegen eines Formalmangels, eines Kundmachungsmangels, die Wasserbescheide nach drei Jahren Verfahrensdauer aufgehoben wurden.

Die Kundmachung war in einer - man höre - zu wenig verbreiteten Zeitung bekanntgegeben worden. Das versteht wirklich niemand, dass dadurch Großprojekte

verschleppt werden können. Hoffentlich löst man dadurch keinen Dominoeffekt bei den Bescheiden aus und es geht zurück zum Start.

Es ist bedauerlich, dass sich das für die Region so wichtige Projekt aus reinen Formalgründen verzögert. Das versteht auch die Bevölkerung nicht mehr. Es heißt nur, die Politik bringt hier nichts weiter.

Das erklärte Ziel ist daher eine dringend notwendige Reform im Sinne der Verfahrensbeschleunigung, wo mehrheitlich anerkannte Lösungen für die Menschen, für die Umwelt und für die Wirtschaft im regional- als auch im volkswirtschaftlichen Interesse Österreichs zu erarbeiten. Das Verwaltungsverfahrensrecht soll auf Basis der Rechtsstaatlichkeit für Infrastrukturprojekte von überregionaler Bedeutung weiterentwickelt werden, während Möglichkeiten zur Verschleppung der Verfahren eingedämmt werden sollen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Verfahren eben beschleunigt werden. Die vier Punkte wurden bereits aufgezählt. Ich gehe nicht mehr darauf ein.

Abschließend möchte ich festhalten, es geht nicht darum, den Umweltschutz oder andere wichtige öffentliche Interessen auszuhebeln oder die Rechtsstaatlichkeit von Verfahren infrage zu stellen oder jemandem seinen Rechtsschutz zu nehmen. Gesetze, die nicht mehr dienlich und zeitgemäß sind, gehören einfach geändert, und dazu wird eben die Bundesregierung aufgerufen.

Meiner Meinung nach würde ein kurzer Gesetzestext genügen, macht euch die Erde untertan, aber dort steht nicht dabei, ruiniert die Natur, das wäre für mich der einfachste Gesetzestext.

Ich lade alle Parteien dazu herzlich ein, dem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstem erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag von SPÖ, FPÖ und ÖVP ist, glaube ich, inhaltlich jedenfalls ein absolut richtiger.

Es ist ganz logisch, dass die ÖVP hier mit dabei ist, wenn es darum geht, wirtschaftliche Interessen mehr in den Vordergrund zu rücken, was aber nicht heißt, dass man andere Interessen deswegen vernachlässigen muss oder vernachlässigen soll oder vernachlässigen darf.

Es ist unsere wirtschaftspolitische Grundlinie, die sich hier in diesem Antrag widerspiegelt, wenn es um die Frage von Bürokratieabbau geht, wenn es um die Frage von Rechtssicherheit geht und wenn es um die Frage auch des Zugangs zum Recht geht.

Dieser Dringlichkeitsantrag hat ja ein Vorbild. In Oberösterreich wurde ein ziemlich ähnlicher, um nicht zu sagen wortidenter Dringlichkeitsantrag beschlossen, dort von - soweit ich informiert bin - ÖVP und FPÖ, aber ich halte auch diesen Dringlichkeitsantrag für richtig, und er hat eigentlich diese Grundidee, die wir heute auch nach außen tragen wollen, auch richtig charakterisiert.

Im Grund geht es darum, jene Rechtsvorschriften, die in den letzten Jahren sicherlich aus guten Absichten oder nach besten Absichten so derart verkompliziert

worden sind, dass wir heute vor einem Regelwerk stehen, wo sich eigentlich niemand mehr auskennt und wo die Menschen das auch nicht mehr nachvollziehen können, dass dieses Regelwerk eben abgeändert und verändert wird.

Wenn Unternehmen bei Investitionen zögern beziehungsweise Investitionen gar nicht mehr tätigen, weil sie sich nicht sicher sein können, dass in einer überschaubaren Zeit Projekte umgesetzt werden können, dann werden natürlich Arbeitsplätze gefährdet, und das wollen wir nicht. Im Gegenteil!

Wir wollen ein Klima schaffen, wo Unternehmerinnen und Unternehmer auch Rechtssicherheit haben, ob sie ihre Investition tätigen können, damit die Menschen Arbeitsplätz vorfinden können. Das gilt im Grunde nicht nur für Großprojekte wie die 3. Piste in Schwechat und jetzt S7, sondern da geht es um viele kleinere Projekte, die in der Öffentlichkeit vielleicht nicht so wahrgenommen werden, aber mit diesen Schwierigkeiten haben viele Investoren zu kämpfen. Daher sollten wir die auch nicht vergessen.

Ich muss ein paar Worte zur Frau Kollegin Petrik sagen, weil Du gerade vor allem das Thema Staatszielbestimmungen angesprochen hast. Ich meine, erstens einmal, ich kann mich erinnern, es ist schon zwar ein „Zeitl“ her, aber als wir studiert haben, Jus studiert haben, haben wir natürlich auch die Staatszielbestimmungen immer wieder zu bearbeiten gehabt. Uns ist damals beigebracht worden, Staatszielbestimmungen werden grundsätzlich nicht direkt angewendet, sondern sind wirklich sozusagen Grundaussagen des Staates, wonach sich das Recht ausrichten soll. Die konkrete Ausformung dieser Zielbestimmungen passiert natürlich immer durch Gesetze.

Das heißt, nur die Tatsache, dass ein Staat in die Bundesverfassung hineinschreibt, wir sind für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, heißt das noch lange nicht, dass das der Fall ist, sondern es muss in konkreten Gesetzen ausgeführt werden.

Wenn dann Bezug genommen wird auf eine Staatszielbestimmung bezüglich des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, was ja gemacht wurde - ich habe die Verfassung schon gelesen, früher einmal, jetzt nicht mehr so intensiv -, dann nehme ich an, dass auf den Artikel 13 B-VG Bezug genommen wurde, wo das drinnen steht. Man muss halt den zweiten Satz auch lesen, nur dass man das auch klarstellt, weil es geht nicht um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in dem Sinne, wie Du es hier vorgebracht hast, sondern es geht darum, dass Bund, Länder und Gemeinden dadurch verpflichtet werden, einen ausgeglichenen Haushalt in ihrem Budget herzustellen.

Also, wenn man Argumente verwendet, dann muss man schon auch die richtigen Argumente verwenden, und das war eindeutig kein richtiges Argument. Im Übrigen auch die Aussage, na ja, wenn die S7 im Südburgenland kommt, dann profitieren die Südsteirer und es profitieren die Ungarn. Dies ist schon ein für mich nicht ganz schlüssiges Argument, dass alle profitieren sollten, nur gerade die Südburgenländer nicht. Ich glaube das Gegenteil. Ich glaube, dass diese S7 zu einem wirklichen wirtschaftlichen Aufschwung dieser Region auch führen kann und führen wird.

Daher sind wir seitens der ÖVP natürlich uneingeschränkt dafür, dass dieses Projekt so rasch wie möglich umgesetzt wird. Das haben wir schon sehr oft gesagt, wahrscheinlich jede Fraktion mit Ausnahme einiger weniger in diesem Hohen Haus. Es wäre dann schon irgendwann einmal die Zeit, dass wir dieses Thema S7 von unserer politischen Agenda insofern streichen könnten, als dass sie umgesetzt ist und dass die Südburgenländerinnen und Südburgenländer endlich diese wichtige wirtschaftliche Lebensader auch zur Verfügung haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Dieser Antrag hat eine Zielrichtung. Es soll ein klares politisches Signal Richtung Bundesregierung sein. Ich hoffe, und ich gehe davon aus, dass es auch von anderen Ländern noch weitere Signale gibt, damit hier auch ganz klar der politische Wille einer breiten Mehrheit dokumentiert wird, denn nicht nur die Investoren müssen Interesse daran haben, dass eben solche Projekte in absehbarer Zeit entschieden werden können, ob es jetzt negativ oder positiv ist.

Es muss natürlich auch das Interesse der politischen Entscheidungsträger sein. Schlussendlich haben auch die Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf solche ordentliche Umstände, unter denen gewirtschaftet wird.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist - wie gesagt - dieser Antrag wichtig und richtig und auch, dass er als dringlicher Antrag eingebracht wurde. Es geht nicht darum, den Rechtsstaat zu schädigen, es geht nicht darum, Rechtsschutz aufzuheben oder die Interessen von Beteiligten, von Parteien zu schmälern, sondern es geht darum, dass man ganz einfach die Verfahrensvorschriften ordentlich anpasst.

Man kann sich übrigens über Kundmachungsfragen lustig machen. Aber das ist schon ein wichtiger Punkt. Es ist nur die Frage, wie es geregelt ist, weil das Wesen in unserem Rechtssystem ist schon, dass Gesetze, Verordnungen, Bescheide erst dann eine rechtliche Existenz haben, wenn sie in irgendeiner Form kundgemacht worden sind. Ordentlich kundgemacht worden sind!

Man muss sich halt überlegen, in welchem Wege man das macht, denn die Kundmachung an sich in Frage zu stellen, das würde ich jedenfalls nicht unterstützen und nicht tun.

Meine Damen und Herren! Eines müssen wir uns immer vor Augen führen, es sind nicht die Rechtsanwälte schuld an solchen langen Verfahren, es sind nicht die Menschen schuld, die Parteistellung haben an solchen Verfahren, an solchen langen Verfahrensdauern, auch nicht die Verwaltungs- und Verfassungsrichter oder die Beamten, sondern zuständig für die Frage, wie solche Verfahren ausgestaltet sind, das sind die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften, natürlich des Nationalrates, des Bundesrates, aber auch der Landtage.

Daher müssen wir diese Verantwortung übernehmen. Wir, damit meine ich die Nationalratsabgeordneten auf Bundesebene, die wir auffordern und denen wir sagen, bitte verändert hier im Sinne der Wirtschaft und der Bürger die Verfahrensvorschriften. Aber wir sollten auch unsere Verantwortung wahrnehmen und auf burgenländischer Ebene, dort wo es sinnvoll und möglich ist, auch für Rechtsbereinigung sorgen. Man sollte das, was wir schon seit vielen, vielen Monaten sagen, wirklich angehen, das wäre eine lohnende Aufgabe für den Burgenländischen Landtag.

Warum sollte nicht der Rechtsbestand systematisch überprüft werden, um nicht mehr notwendige Verfahrensbestimmungen abzuschaffen? Selbst der Herr Bundeskanzler Kern, wenn er nicht gerade Pizzas austrägt, ist dieser Meinung.

Warum sollte nicht ein Ablaufdatum für Gesetze und Verordnungen festgelegt werden? Damit man sich nämlich selber zwingt, immer wieder über die Bestimmungen, die man beschließt, nachzudenken.

In dem Sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es gut, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag heute mit einer - ich gehe davon aus - sehr breiten Mehrheit beschließen werden. Es wird auch gut sein, wenn wir uns selber bei der Nase nehmen und dort tätig werden, wo auch wir direkte und Hauptverantwortung tragen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön! Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr Abgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dringlichkeitsantrag - ja, weil es wirklich dringlich ist, dass wir solche Themen thematisieren.

Ich war auch gefragt, ob ich nicht auf den Antrag draufgehe. Danke für die Einladung. Ich habe gesagt, ich habe mir überlegt, ich gehe nicht drauf, aber ich bin dafür. Ich werde das unterstützen. Ich muss nicht überall draufstehen. Ich will mir die Debatten anhören, was sich da eigentlich wirklich tut, weil oft macht sich etwas während einer Sitzung auf, wo man dann denkt, Hoppla, warum habe ich das eigentlich mitgetragen?

Wenn wir heute diskutieren über Beschleunigung der Verfahren und dergleichen mehr, S7 und Flughafen, dann ist für mich eines klar. Das geht schon Jahrzehnte dahin, das ist nicht nur die S7, das ist auch der Flughafen, der auch schon sehr viele Jahre diskutiert wird. Jetzt hat sich herausgestellt, dass ein Gericht einfach sagt, nein, kommt nicht in Frage, kann nicht so sein.

Bei der S7 schaut es ganz anders aus. Da hat man aber auch, und das muss ich jetzt richtig sagen, dem Herrn Kollegen Steiner Recht geben, nicht die Behörde ist schuld, sondern auch wir als Gesetzgeber, oft nicht nachdenken, welche Gesetze wir verabschieden und schlussendlich draufkommen, Hoppla, da sind Fehler passiert.

Warum können sie überhaupt in dieses Verfahren eingreifen? Allgemein. Wir machen Gesetze, auch hier im Land, wo sich nachträglich herausstellt, in ein, zwei Monaten oder drei Monaten, dass wir sie abändern müssen, weil juristische Fehler passiert sind. Soll so sein!

Aber man muss auch rechtzeitig erkennen beziehungsweise auch offen zugeben und sagen, das muss man ändern, ansonsten hat man draußen in der Verantwortung als Bürgermeisterin oder als Bürgermeister, oder der Behörde, der Bezirksbehörde, der Landesbehörde, massive Probleme zu tragen. Das muss man einmal sehen.

Daher bin ich eher für Transparenz, Offenheit und Ehrlichkeit und sage, ja, warum nicht, wenn dort etwas passiert ist, sei es jetzt egal, bei welchem Gesetz, das wir verabschiedet haben. Wo auch wir, seitens Liste Burgenland, mitgetragen haben das Ganze, vielleicht auch mit Kompromissen, aber trotzdem mitgetragen haben.

Dann finde ich es fair, wenn man hergeht und sagt, diese Diskussion muss man aushalten, warum nicht, wenn dort das eine oder andere passiert ist, auch so zu machen.

Daher gebe ich nicht denen Schuld, die die Möglichkeit haben, bei der S7, das zu verzögern, sondern auch wir als Politiker - vom Bund, von EU und im Land - haben auch klarzustellen, dass da einiges halt nicht in Ordnung war. Das müssen wir korrigieren.

Wenn wir heute diese Diskussion führen und an den Bund raufschicken, wie lange dauert es, bis das überhaupt einmal dort oben ankommt. Wie lange dauert es, bis das überhaupt zur Umsetzung kommt? Wie lange lassen sich die Herrschaften Zeit? Vielleicht gibt es inzwischen Neuwahlen und dann haben wir andere Möglichkeiten, das zu diskutieren.

Ich glaube, auch solche Dinge muss man ins Kalkül ziehen. Aber, und da bin ich bei Euch, man muss einmal die Stimme erheben. Aber nur ein Beispiel noch, weil gerade Sie, als SPÖ, immer wieder darauf drängen, beschleunigen, effizienter, schneller. In

Deutschkreutz habe ich ein Krematorium errichten wollen. Wissen Sie, wie lange das dauert? Seit zwei, drei Jahren geht das schon so, wird nur verzögert und verzögert, obwohl ich sicher bin, dass das in Ordnung ist, dass das auch passt. Da haben sie mir meinen Bescheid aufgehoben, als Bürgermeister, das muss man sich einmal vorstellen. Es wird noch immer diskutiert und noch immer geredet. Hat dem Land viel Geld gekostet; die besten Rechtsanwälte eingeschaltet. Und dazu sagt man nichts! Da ist man still und heimlich, Herr Kollege Hergovich, da sagt man nichts. Ich hätte genauso einen Antrag einbringen und hätte sagen können, Beschleunigung der Verfahren, andere Dinge.

Oder - vor kurzem - was wir für Gesetze beschließen. Dass man eine Fischerhütte im Grünland bauen darf, aber es ist nicht genau drinnen definiert, wie groß sie sein darf. *(Landesrätin Verena Dunst: Das stimmt nicht.)* Frau Landesrätin, schauen Sie es an, und zeigen Sie mir das Gesetz, wo drinnen steht, nur bis zu 50 Quadratmeter. Genau das habe ich gefragt. *(Landesrätin Verena Dunst: 50 Quadratmeter steht drinnen.)* Es steht nicht 50 Quadratmeter drinnen. Schauen Sie sich das an, bevor Sie jetzt irgendetwas sagen! Es steht nicht drinnen. Ich habe die Behörde dieser Tage bei mir gehabt, und genau das haben wir diskutiert. Sie sollten sich das genau anschauen, bevor Sie etwas sagen! *(Landesrätin Verena Dunst: Ich schaue es mir an.)* Genau das ist das Problem.

Oder - auf der anderen Seite - Windräder. Das ist das nächste Thema. Man verzögert gewisse Dinge, weil man das eine oder andere, weil man dort eine Obstplantage anbauen will, oder was weiß der Teufel.

Dann wird das hinausgeschoben, hinausgeschoben, worum geht es? Na um das Geld geht es! Genau das sind die Punkte. Wir sollten den Hebel eigentlich aber anders anheben und ansetzen und nicht sagen: „Ach!“ Wir sind im Endeffekt als Politiker die, die Gesetze beschließen. Daher sollten wir uns bei der Nase nehmen und sagen, wo müssen wir vernünftig reformieren? Wo müssen wir schauen, dass wir das beschleunigen können, in diesem Punkt bin ich total bei Euch.

Wenn ich mir die GRÜNEN anschaue, seid mir bitte nicht böse, liebe Freunde, wir wollen schon, dass die Schiene auch natürlich unterstützt wird, aber ohne Straße wird gar nichts gehen. Überall wo Straße ist, überall wo Verkehr ist, ich sage bewusst, wo Verkehr ist, ist auch Leben. Das wissen Sie auch, daheim auch übrigens, wo Verkehr ist, ist Leben. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist halt einmal im Leben so, dass es so ist.

Aber ich möchte eines dazu sagen, viele Ortschaften könnten nicht überleben, wenn nicht dort eine Schnellstraße oder eine Straßenverbindung gäbe. Die S7 ist wahrscheinlich für das Südburgenland, weil immer das Südburgenland zitiert und immer groß daher geredet wird, wir sind für das Südburgenland, wir machen das und das. Im Endeffekt müsstet Ihr aufstehen, ja, wir sind zwar GRÜNE, wir sehen das aber auch so, die S7 soll kommen, aber auf der anderen Seite sollen wir die Schiene auch weiter dementsprechend fördern und unterstützen. Ich hätte nichts dagegen. Aber grundsätzlich dagegen sein, dass etwas weitergeht, das verstehe ich überhaupt nicht.

Ich komme aus der Wirtschaft, und ich sage Euch eines, wenn wir die Wirtschaft nicht im Burgenland so angekurbelt hätten, vom Norden bis in den Süden, oder von Süden bis in den Norden, hätten wir nicht 100.000 Pendler. Dann hätten wir wahrscheinlich 130.000 Pendler. Das muss ich dazusagen.

Das ist genau der Punkt, wo ich sagen muss, schauen wir, dass wir Arbeitsplätze für das Burgenland schaffen, dass wir auch dann ein Familienleben haben, einen Sozialbereich haben, wo das wieder passt. Das wäre eigentlich auch für die GRÜNEN ins Stammbuch geschrieben.

Noch einmal, ich kann nicht alles verhindern. Ich muss auch Kompromisse schließen können. Ich muss auch oft sagen, wie Ihre Tochter, Frau Petrik, auch wenn sie sich gesträubt hat, gegen gewisse Dinge, die ist aufgestanden und hat gesagt, das gefällt mir nicht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik nickt.)* Das ist auch richtig so, der gebe ich nämlich vollkommen Recht. Nur Sie sollten auch den Mut einmal haben und sagen, ja, wir sind für das, ja, wir sind für diesen Ausbau. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist immer dieses „Ich traue mich nicht und ich darf nicht“. Sagen wir es ganz offen heraus! Das ist das Leben heutzutage. Was soll es?

Wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pferde will, dann werden wir über die Pferde diskutieren. Ist auch ein Verkehr. Es tut sich dann auch etwas, auf und ab. Ist doch kein Problem! Aber ich kann nicht immer gegen alles sein. Ich darf nicht gegen alles sein.

Übrigens, wenn ich mir anschaue - die ASFiNAG wurde heute zitiert -, sollten wir nicht die ASFiNAG mit der ÖBB zusammenlegen, dass sich vielleicht dort etwas schneller bewegt. Weil bei der ÖBB, bei diesem Moloch, wo ich verhandle seit Jahren, geht nichts weiter, und bei der ASFiNAG geht anscheinend etwas weiter.

Bei Schützen am Gebirge haben wir es überhaupt anders gemacht, Frau Kollegin. Man hat es einfach gemacht und aus, Schluss, fertig.

Da hat man gar nicht gefragt. Aber die ASFiNAG fragt wenigstens dort unten, was können wir machen und dies und das. Na es ist so!

Das ist die Wahrheit und das ist die Relation an der ganzen Sache, wir diskutieren, wollen wir eine Wirtschaft haben, wollen wir Arbeitsplätze schaffen. Wenn Sie sagen, Arbeitsplätze ist nicht das Wichtigste, für mich sehr wohl!

Weil wenn ich Arbeitsplätze schaffe, dann habe ich einen sozialen Frieden, dann habe ich ein Familienleben, dann habe ich andere Möglichkeiten. Wir können auch im Burgenland investieren, das muss man auch dazusagen.

Über die 3. Piste Schwechat ist schon lange diskutiert worden, Flughafen Wien, 3. Piste, jetzt ein Fall für die Höchstgerichte, seitenweise geht es da drunter und drüber, das ist schon lange eine Diskussion - seit Jahren ist das schon eine Diskussion. Wenn Sie dann daherkommen, Herr Kollege Hergovich, und sagen, wir brauchen diese unbedingt, weil in Donnerskirchen ist der Fluglärm dann ein anderer, in Breitenbrunn, das wissen Sie nicht, weil so wie Sie einen Vertrag vom Schnedl nicht kennen, können Sie das auch nicht wissen, ob das stimmt oder nicht, weil man weiß nicht, wie die Einflugschneisen eigentlich dann tatsächlich wären. Wer erzählt Ihnen denn das? *(Abg. Géza Molnár: Die geht dann über Deutschkreutz.)* Macht ja nichts, ich hätte auch bald einen Flughafen bekommen, das ist kein Problem.

Nur eines muss man schon klar dazusagen, Herr Kollege Hergovich, nicht nur mediengeil sein, sondern sich auch das anschauen, ist das realistisch oder ist das nicht realistisch. Ich kann denen nicht versprechen - Purbach und Breitenbrunn und was weiß ich -, ihr habt dann nicht mehr so viel Fluglärm, wenn die 3. Piste da ist. *(Abg. Robert Hergovich: Oja! Das kannst schon sagen.)* Das kann ich nicht sagen, das können Sie nicht sagen, nicht einmal der Landeshauptmann kann das sagen. Der sagt das auch nicht, muss ich dazusagen, das haben Sie eigentlich in die Welt gestellt.

Und besser, schneller, effizienter - soll so sein, das ist Euer Motto in der neuen Landesregierung, ich bin dafür. Nur, wenn man Fehler macht, dann sollte man es auch

zugeben, das ist kein Problem, Nobody is perfect, und daher glaube ich, wenn man Gesetze beschlossen hat, sei es das Jagdgesetz, sei es Gemeindepaket und dergleichen mehr, wenn dort irgendwelche Kleinigkeiten sind, dann muss man es ausdiskutieren und sagen: Ja, man ändert das wieder ab, und damit fällt uns keine Perle aus der Krone.

Daher glaube ich, dass dieser Antrag in Ordnung ist. Ich habe auch gesagt, ich stimme zu oder wir stimmen zu, weil es eine wichtige Sache ist.

Den GRÜNEN nochmals ins Stammbuch geschrieben. Frau Petrik, ich bin Bürgermeister, Abgeordneter und habe auch noch Zeit für etwas anderes, und Sie machen eigentlich nur Abgeordnete und jetzt gehen Sie zum Müllverband, dort etwas machen - ist eh schön und gut -, Sie haben einen Beruf, wie ich weiß, warum üben Sie den nicht aus? Das ist doch auch noch eine Möglichkeit!

Sie verstehen mich wahrscheinlich nicht, aber ich sage Ihnen, wie das ist: Sie sind Abgeordnete und machen in den Medien publik, die Medien schnappen das auf, dass Sie dorthin gehen arbeiten und dorthin gehen arbeiten - na wunderbar! Nur, haben Sie nicht einen vernünftigen Beruf gelernt, dass Sie dort eigentlich neben der Landtagsabgeordneten auch dort Ihren Job machen können?

Ich glaube, das wäre eine gute Idee und nicht in den Medien, jetzt muss ich zwei Wochen beim Müllverband oder drei Wochen dienen, damit ich sehe, wie dort der Müll aus- und eingeht. Entschuldigung, das wissen wir als Abgeordnete, darüber machen wir uns sowieso Gedanken oder als Bürgermeister. Vielleicht wollen Sie bei der nächsten Gemeinderatswahl den Bürgermeister stellen oder die Bürgermeisterin, dann brauchen Sie diesen Job auch nimmer antreten.

In diesem Sinne werden wir diesem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der LBL – Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landeshauptmann Hans Niessl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Vielleicht einige Anmerkungen. Wenn Österreich alle Projekte, die im Bereich der Infrastruktur fertig geplant sind, umsetzen würde, dann hätten wir das größte Konjunkturpaket, das es jemals in Österreich gegeben hat. Nämlich, es werden alleine in Ostösterreich Dutzende große Projekte verhindert, obwohl diese für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Österreich von ganz großer Bedeutung wären.

Ich darf nur einige aufzählen, ob das das Hochhausprojekt am Wiener Heumarkt ist, ob das der Lobautunnel ist, ob das der Semmering-Basistunnel ist, ob es die 3. Piste in Wien ist, ob es das Kloster in St. Andrä ist, das Glashaus in Frauenkirchen ist, die S7 im Südburgenland, ich könnte jetzt noch weiteraufzählen.

Durch Verhinderung, durch Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten und durch eine Gesetzgebung, die schon nicht von niemandem mehr durchschaubar ist, werden wichtige Zukunftsprojekte in der Republik und unserem Heimatland Burgenland verhindert, das finde ich nicht für richtig, da muss es eine Entrümpelung geben, da muss es eine andere Gesetzgebung geben, sonst bleibt Österreich - und das ist nicht verantwortbar für die nächste Generation - hinten und die Bremser müssen sich hinten anstellen, wir brauchen andere Gesetze, mehr Tempo in der Umsetzung, damit Österreich vorne bleibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich bin auch dafür, dass die Gesetze geändert werden. Ich stimme schon mit all jenen überein, die sagen, das ist nicht Problem der Gerichte, das ist ein Problem der Gesetzgebung. Absolut richtig, man weiß eh, wie oft Gesetze zusammenkommen, dass man sagt, wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit, also müssen wir irgendeine Partei mitnehmen, die ganz einfach ihre Vorstellungen einbringt, wissentlich, das führt in Zukunft zu einer Blockade.

Das gehört entrümpelt, es muss eine Vernunft im Parlament geben, es müssen sich jene mit Zweidrittelmehrheiten zusammenschließen, die sagen, wir ändern die Staatszielbestimmungen, um nicht dem Umweltschutz mehr Stellenwert zu geben als dem Arbeitsplatz und der Zukunft der Menschen. Also insofern brauchen wir hier einige Änderungen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum Südburgenland. Wir wissen, dass das Südburgenland große Probleme aufgrund der peripheren Lage hat. Es ist ein Unterschied, ob der Bezirk Neusiedl 20 Autominuten von Wien entfernt ist oder 20 oder 25 Autominuten vom Flughafen entfernt ist, wo 4.000 Burgenländer und Burgenländerinnen arbeiten, oder ob es einen Wirtschaftsstandort ganz an der slowenisch-ungarischen Grenze gibt. Es ist schwierig, dort jemanden hinzubringen. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen, um dort Betriebe anzusiedeln, Arbeitsplätze zu machen, ist die Verkehrsinfrastruktur auszubauen.

Solange es im Norden nicht die A4 und die A6 gegeben hat, hat es auch keine oder eine sehr schwache wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Seit die A4, die A6 und der Eiserne Vorhang gefallen sind, ist es eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung und ein Selbstläufer, wo die Gründe dort um 130 Euro verkauft werden können, und im Südburgenland werden sie um 30 Euro verkauft. Das wird von selbst verkauft, ohne dass hier großartige Subventionen oder andere Zuwendungen auch erfolgen.

Deswegen ist die Verkehrsinfrastruktur so wichtig, das ist absolut falsch, was die Kollegin Petrik gesagt hat, dass die S7 nicht zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führt, dass sie nicht attraktiver wird.

Wenn heute Lenzing-Lyocell 60 Millionen Euro investiert, ohne Förderungen, dann warten die darauf, dass die S7 gebaut wird, dann warten andere darauf, um sich im Wirtschaftspark Heiligenkreuz ansiedeln zu können, wenn endlich der Startschuss und alle rechtlichen Genehmigungen durchgeführt werden. Es ist halt leider in Österreich so, dass kaum mehr viele die Gesetzgebungen im Umweltbereich, die Gesetzgebungen im Schulbereich tatsächlich durchschauen, und wenn man sich viel Zeit nimmt, kann man sehr vieles jahrelang blockieren, wir sehen das, 13 Jahre lang.

Aber ich bin optimistisch. Wir brauchen alle Genehmigungen, das ist unangenehm für die Bevölkerung. Ich leide mit der Bevölkerung mit, und ich kann Euch sagen, vor über zehn Jahren sind Bürgermeister von beiden Parteien - SPÖ und ÖVP - zu mir gekommen und haben gesagt: Bleib dran bei der S7 - ich muss offiziell dagegen sein, weil die Gemeindebürger wollen das nicht, aber bleib du dran, weil in Wahrheit wollen wir sie eh, warten wir die nächste Wahl ab und dann wird sich die Sache beruhigen. Wir sind dagegen, wir sind auch gegen dich, aber bleib du dafür, das ist eh nicht so ernst gemeint.

Das waren die Voraussetzungen, die wir dort gehabt haben. Wenn ich im südlichen Burgenland war, im Jennersdorfer Bezirk, ist die Bürgerinitiative zwei Tage, wenn ich mit dem Fahrrad unterwegs war, da waren wir noch jünger und sind mehr mit dem Fahrrad gefahren, unterwegs waren, sind die zwei Tage neben mir gestanden und haben ein Schild vor den Kopf gehalten, haben nur darauf gewartet, dass ich irgendwann eine Reaktion mache und vielleicht sage, bitte geh zur Seite und wir hätten den großen

Skandal gehabt und wir hätten wahrscheinlich im Landtag schon vor zwölf Jahren diskutiert, was es dort für einen ungeheuerlichen Vorfall gegeben hat.

Das habe ich alles miterlebt, die Gegner hautnah, mit Körperkontakt, die Bürgermeister dagegen, die Bevölkerung gespalten, nur wir haben Linie gehalten.

Wir haben Linie gehalten, dass ich vom ersten Tag an, vor 13 Jahren hat das Verfahren begonnen, gesagt habe, ich stehe dazu, alles, was das Land unternehmen kann, an Gutachten, an Rechtsanwälten, an Vergaberechtler und alles Mögliche unternommen, damit wir die Voraussetzungen schaffen.

Denn es gibt ein Bekenntnis, das war die Landesregierung der vergangenen 15 Jahren, und das ist die Landesregierung jetzt seit zwei Jahren.

Wir stehen dazu und das sind für mich Partner, die sagen, ja, wir wollen im Land Arbeitsplätze haben. Ja, wir wollen im Land Infrastruktur haben, um auch Arbeitsplätze schaffen zu können. Nicht das Blockieren bringt das Land weiter, sondern aktiv Projekte umzusetzen, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Wirtschaft sich entwickeln kann, dass Arbeitsplätze entstehen.

Es ist nirgendwo so notwendig wie im südlichsten Teil des Landes, wie im Südburgenland, weil diese Region viel schwieriger zu entwickeln ist als der Selbstläufer im Norden, weil die Entfernungen andere sind, weil die periphere Lage eine andere ist. Genau deswegen brauchen wir dort die Voraussetzungen, um ganz einfach neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Robert Hergovich hat es gesagt, wir brauchen Tempo, und wir brauchen Tempo in der Umsetzung, und wir brauchen Qualität, auch da bin ich absolut dafür. Wir brauchen Tempo und Qualität bei den Genehmigungen, und ich bin auch dafür, dass man überprüft, ob derartige Großprojekte nicht innerhalb einiger Jahre abgeschlossen sein müssen, wie es teilweise auch die deutschen Bundesländer zum Teil schon machen.

Wir haben auch Erfahrungen gemacht, dass manche Infrastrukturprojekte sehr lange in der Planung dauern, die machen übrigens auch Erfahrungen, dass es auch in der Umsetzung sehr lange dauert in Berlin und andere Projekte. Diesbezüglich sind wir natürlich auch gefordert, und es sind alle, die Bauvorhaben umsetzen, natürlich voll und ganz gefordert, aber eine zeitliche Limitierung zu machen und zu sagen, in x Jahren muss der Bescheid fertig sein, entweder positiv oder negativ, wenn er negativ ist, wird es nicht gebaut, wenn er positiv ist, wird es umgesetzt.

Es werden Millionen ausgegeben jetzt in Gutachten, Gegengutachten, Umplanungen - und wenn man 13 Jahre plant, dann werden die Gesetze auf Europaebene, auf Bundesebene nochmals geändert, neu zum Start, unter neuen gesetzlichen Voraussetzungen und Bedingungen. Damit ändert sich alles wieder!

Ich glaube, wir sind es der nächsten Generation schuldig, jetzt uns dafür einzusetzen, dass Verfahren möglichst rasch, mit höherem Tempo, mit höherer Qualität auch umgesetzt werden. Dass die Nationalräte auf Bundesebene die Gesetze so abändern, dass das auch ermöglicht wird, die Gerichte entscheiden aufgrund der Gesetze, und die Gesetze müssen eben entsprechend auch geändert werden, damit Österreich vorne bleibt, damit das Burgenland den Aufholprozess auch fortsetzt.

Wie gesagt wurde, nach dem Jahr 2020, wir sollten nicht nur denken bis zur nächsten Wahl 2020, sondern was ist nachher. Die Weichenstellungen jetzt vornehmen, dass wir fit sind, dass die Wirtschaft fit ist, dass die Rahmenbedingungen passen und

dass wir nicht nur 100.000 Beschäftigte haben, sondern dass wir uns der Marke von 105.000, 110.000 Schritt für Schritt in den nächsten Jahren nähern können.

Meine und unsere Aufgabe der Burgenländischen Landesregierung ist es, Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze zu schaffen, unserer Vision „Vollbeschäftigung im Burgenland zu haben“ Schritt für Schritt auch näher zu kommen, der Jugend eine Zukunftsperspektive zu geben. Wir brauchen mehr Tempo bei den Genehmigungen wichtiger Infrastrukturanlagen, Großbauwerke. Mit dieser Erkenntnis kann man im Burgenland und in Österreich alles verhindern, ich gehöre nicht zu den Verhinderern, sondern die, die umsetzen und die in die Zukunft schauen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Herr Abgeordneter Ewald Schnecker ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir haben einen Punkt erreicht, wo wir sagen können, wir sind überreguliert, was die Gesetzgebung betrifft, und ich möchte, nachdem schon, was die Verfahrensrechte und die Großbauprojekte betroffen hat, das meiste oder alles gesagt ist, jetzt wirklich ein bisschen ein Gefühl erwecken, um was es da geht und wie das alles bei der S7 zum Beispiel funktioniert hat beziehungsweise dann eben nicht funktioniert hat.

S7 - das ist uns allen bekannt, das Straßenstück zwischen der Autobahn A2 Riegersdorf bis hin zur Staatsgrenze, 29 km lang, also das wäre alles jetzt gar nicht so tragisch, ein wichtiges Projekt für das Südburgenland, das hat auch der Herr Landeshauptmann jetzt mehrfach angesprochen, für die Bezirke Jennersdorf und Güssing, und warum?

Weil wir eben der Meinung sind, dass wir mit dem Bau der S7 Arbeitsplätze schaffen und generieren können und vorhandene absichern können. Es gibt Anfragen und es gab Anfragen von Firmen, zumindest in Rudersdorf, die darauf abgezielt haben, wenn die S7 kommt, dass sie sich im Bereich der Auf- und Abfahrtsschleifen anzusiedeln gedenken.

Nicht zu vergessen ist auch natürlich die Anbindung des Wirtschaftsparkes Heiligenkreuz an das hochrangige Straßennetz, damit wir auch dort, Heiligenkreuz/St.Gotthard, einen Aufschwung und Ansiedelungen bekommen können. Weil sie auch den Pendlerinnen und Pendlern helfen kann - zum einen, weil viele Pendlerinnen und Pendler Arbeit in der Region finden könnten, wenn wir die S7 zum Bau bringen, und auf der anderen Seite, wenn sie schon weiterpendeln müssen, die Fahrzeit eben zur Arbeitsstelle verkürzen können.

Auch die Sicherheitsfrage ist nicht von der Hand zu weisen beziehungsweise außer Acht zu lassen. Es würde ein Mehr an Sicherheit in unseren Ortschaften bedeuten, weil es wesentlich weniger an Verkehr, an Durchzugsverkehr geben würde, womit klarerweise dann auch die Sicherheit steigt. Es ist auch alles in allem - wie mehrfach gesagt wurde - dies mit großen Vorteilen verbunden.

Die ASFiNAG hat 2009 eine Studie in Auftrag gegeben, es war 2009, so lange läuft das alles schon, und einige Auszüge daraus, weil sie wirklich interessant sind. Ich lese das einfach so vor: In Summe geht das IHS in dieser Analyse von der Schaffung, beziehungsweise Sicherung von 7.100 Arbeitsplätzen aus. Durch den Neubau der S7! 7.100 Arbeitsplätze, da könnten wir einiges machen.

Durch den Bau der S7 wird in Österreich wirksamer Konsum von mindestens 90 Millionen Euro ausgelöst. Ein in Österreich wirksamer Konsum von mindestens 90 Millionen Euro! 2009 war das. Durch die von der ASFiNAG getätigten Investitionen wird ein Bruttoproduktionswert von mehr als 1,3 Milliarden Euro ausgelöst, 970 Millionen Euro davon im Inland. Das sind Zahlen, wo wir nur fragen können, warum bauen wir das nicht? Das war 2009, also das hat sich ja alles erhöht.

Über den gesamten Investitionszeitraum wird ein direkter Wertschöpfungseffekt in der Höhe von ungefähr 610 Millionen Euro ausgelöst, 450 Millionen Euro davon würden in Österreich verbleiben. Also alles in allem Zahlen, wo wir nur mit Kopfschütteln darauf reagieren können, dass es immer noch Leute gibt, die es darauf anlegen, dieses Projekt zu verhindern.

Jetzt einige interessante Details zur Historie. Wir reden immer von zehn oder 15 Jahren, das der Genehmigungsprozess jetzt läuft. Ich möchte auch das wirklich bringen, um zu sehen wie absurd, damit wir ein Gefühl bekommen, wie absurd das alles ist. In den siebziger Jahren, meine Damen und Herren, in den siebziger Jahren, Sie haben sich nicht verhört, hat es erste Überlegungen zur Realisierung von Ortsdurchfahrten gegeben. Auf Grund des Eisernen Vorhanges hat man das damals wieder verworfen, weil das Verkehrsaufkommen zu wenig war.

Anfang der neunziger Jahre hat es dann Planungen gegeben, die Ortsumfahrungen, lokale Ortsumfahrungen zu gestalten, Anfang 2002 ist dieses Straßenprojekt in die Zuständigkeit der ASFiNAG übergegangen, weil eben die ASFiNAG damals geschaffen worden ist. 2002 hat es auch Untersuchungen von Trassenvarianten gegeben. 2005, vor 12 Jahren, hat es die Ausweisung des Bundesstraßenplanungsgebietes gegeben. 2006 sind bereits Bohrungen durchgeführt worden.

2008, im März, ist der Erlass der Bundesstraßenplanungsgebiete für die Abschnitte Ost und West gekommen. 2008 ist die UVE - die Umweltverträglichkeitserklärung - eingereicht worden, und so ist es dann weitergegangen. Mündliche Verhandlungen im Jahr 2009, der Herr Hofrat Prem sitzt da oben, der war, glaube ich, damals schon dabei. Einreichung der Materienrechtsverfahren im Herbst 2009 und die Erteilung der Wasserrechtsbescheide, meine Damen und Herren, ist 2012 erfolgt.

Diese Wasserrechtsbescheide wurden dann angefochten. Um die geht es nämlich. Diese Anfechtung der Wasserrechtsbescheide wurde im Bundesministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz behandelt und dort nicht ausreichend behandelt. Aber wir haben auch schon gehört, dass so etwas passieren kann. Damals war allerdings der Herr Bundesminister Berlakovich in diesem Ministerium tätig. 2015 ist der Umweltverträglichkeitsbescheid gekommen. Vielleicht auch noch einige Anmerkungen für die Kollegin und für den Kollegen der GRÜNEN.

Sie wollen Beschäftigung gegen Klimaschutz ausspielen. Das ist nicht so. Das Straßenprojekt S7 ist veranschlagt mit mehr als 600 Millionen Euro. 96 Millionen Euro davon werden für reine Umweltschutzmaßnahmen aufgewendet. Zum Beispiel für die Gehölzbepflanzung von Wiesen und Sicherung von Brachen im Ausmaß von 84 Hektar. Waldverbesserungen wurden im Ausmaß von 113 Hektar gemacht. 3.000 Laufmeter Hecken wurden angepflanzt.

Das geht sogar so weit, von Acker zu Wiesen umwandeln bis hin zu Wildacker anlegen, von Waldverbesserung zu Sichtschutzverpflanzungen, Gehölzbepflanzungen, Hecken habe ich schon gesagt, Amphibiengewässer wurden angelegt, Nistkästen wurden für Vögel und Fledermäuse montiert, Kunsthorste für den Schwarzstorch wurden

eingerichtet, also Sie sehen, an diesen Beispielen lässt sich ablesen, dass der Umweltschutz keinesfalls außer Acht gelassen wird.

Gewässerschutzanlagen, Wildquerungen und sogar einen Fledermaustunnel hat man gemacht. Oder will man in diesem Projekt verwirklichen, damit hier keine Eingriffe in die Natur erfolgen, beziehungsweise so gering wie möglich gehalten werden?

Robert Hergovich hat es angesprochen: Was wir nicht wollen, das wollen wir tatsächlich nicht, das Recht der Parteienstellung ist wichtig, das wollen wir nicht beschneiden und wir wollen auch diese hart erkämpfte Errungenschaft unserer Rechtsordnung nicht beeinträchtigen. Betroffene müssen sich am Verfahren beteiligen können, das ist doch klar, und Ihre Bedenken geltend machen können.

Wir wollen auch keine Einschränkungen im Bereich des Umweltschutzes. Wir wollen aber auch nicht, dass die Verhältnismäßigkeit, meine Damen und Herren, gänzlich außer Acht gelassen wird. Es ist nicht verhältnismäßig, wenn eine kleine Gruppe von Projektgegnern die Entwicklung einer ganzen Region beeinträchtigt, was jetzt zweifelsfrei passiert, wenn sich ein pensionierter Richter seinen Beruf jetzt zum Hobby gemacht hat und scheibchenweise immer wieder Einsprüche einbringt, damit dieses Projekt gestoppt oder verzögert wird.

Es ist auch nicht verhältnismäßig, wenn durch diese kleine Gruppe von Menschen vielen Menschen die Möglichkeit genommen wird, einen Arbeitsplatz in der Region zu finden.

Es ist nicht verhältnismäßig, geschätzte Damen und Herren, wenn durch diese kleine Gruppe vielen Menschen die Möglichkeit genommen wird, die Fahrtzeit zur Arbeitsstelle zu verkürzen, indem es halt die Straße nicht gibt oder viel später gibt, wie es mehrfach in den Beiträgen auch angesprochen worden ist.

Was wollen wir? Wir kämpfen für die S7, ich kämpfe für die S7 jetzt und auch in Zukunft. Was wir wollen, hat Robert Hergovich ausgeführt. Wir wollen rechtssichere Entscheidungen binnen angemessener Frist. Das muss möglich sein. Hier gibt es Verbesserungspotential.

Wir wollen wesentliche Verfahrensbeschleunigungen und kurze Entscheidungsfristen, auch das wurde ausgeführt. Könnte ein politischer Prozess sein, auf den man sich einigt, indem man die fünf Jahre definiert oder eben diese Jahresanzahl, worauf man sich dann einigt. Die Eindämmung von Möglichkeiten zur Verfahrensverschleppung ist, meiner Meinung nach, hier gegeben und die Verankerung der Staatszielbestimmung, Wachstum und Beschäftigung und Verfassungsrang und nicht das Ausspielen des Klimaschutzes gegen die Beschäftigung.

Also wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen. Wir hoffen auf den baldigen Baubeginn und eine möglichst geringe Verzögerung dieses Projektes. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Wortmeldungen liegen keine mehr vor.

Ich lasse daher über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregional bedeutsamer Infrastruktur-Projekte abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregional bedeutsamer Infrastruktur-Projekte ist somit mehrheitlich angenommen.

Fortsetzung des 5. Tagesordnungspunktes

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir setzen nun beim Tagesordnungspunkt 5 fort und ich erteile als nächstem Redner dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke. Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kommen zurück zum Antrag der fairen Pendlerpauschale. Ich bin heute sehr dankbar, dass wir diesen Antrag in dieser Form diskutieren können. Persönlich natürlich im Namen des Pendlerforums und natürlich auch für unsere Pendlerinnen und Pendler.

Ich bedanke mich auch, Kollege Steindl hat es schon angesprochen, dass dieser Antrag auch im Ausschuss einen einstimmigen Beschluss bekommen hat. Wir haben auch schon gehört von meinen Vorrednern, dass wir seitens des Burgenlandes, unseres Bundeslandes, den höchsten Pendleranteil haben. Ich möchte festhalten, von den 133.000 erwerbstätigen Burgenländerinnen und Burgenländer pendeln 70 Prozent der erwerbstätigen Menschen.

Die Hälfte der knapp 100.000 burgenländischen Pendler arbeitet nicht im Burgenland, sondern in einem anderen Bundesland wie zum Beispiel in Wien, 25.000 Burgenländerinnen und Burgenländer arbeiten in Niederösterreich und der Steiermark.

Ich möchte auch zur Wortmeldung vom Kollegen Kölly kommen, der doch kritisiert hat, dass das Pendlerforum „50 Jahre Burgenland“ feiert. *(Abg. Manfred Kölly: Kritisiert habe ich das nicht!)*

Wir feiern nämlich genau dort, Herr Kollege Kölly, wir feiern genau dort, *(Abg. Manfred Kölly: Wo Ihr gefeiert habt!)* wo die Pendler sind. Vielleicht wissen Sie aus der Geschichte heraus, Sie sind ein Bürgermeister einer Gemeinde des Bezirkes Oberpullendorf, *(Allgemeine Unruhe – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* und ich weiß nur aus eigener Erfahrung von meinem Vater, der ein Leben lang als Pendler in Wien am Bau gearbeitet hat, genauso mein Bruder, dass viele der Pendlerinnen und Pendler aus Deutschkreutz kommen und auch viele… *(Abg. Manfred Kölly: Wieso habt Ihr dann das nicht in Deutschkreutz gemacht?)*

Ja, ich komme auch gerne auf Ihre Einladung zurück, wenn Sie diese Einladung in der Form auch wiederum aussprechen. *(Abg. Manfred Kölly: Gerne!)* Wenn Sie sagen, Sie haben Veranstaltungen seitens der Pendlerinnen und Pendler, würde ich mich freuen, wenn Sie mich auch dazu einladen würden, ich komme gerne. *(Abg. Manfred Kölly: Handschlagqualität!)*

Ich möchte Ihnen nur sagen, wir haben 2015 eine Pendlerinitiative gemacht, auch im Bezirk Oberpullendorf, wo ich Sie eingeladen habe und Sie sind nicht gekommen. *(Abg. Manfred Kölly: Wo hast Du eingeladen?)* In Ordnung.

Es ist auch angesprochen geworden, dass natürlich die Pendlerpauschale ein wichtiges, ein sehr wichtiges Thema ist. Aber natürlich die höchste Aufgabe und die Priorität der Politik ist und muss sein, so wenig wie möglich Pendlerinnen und Pendler in dieser Form zu haben und ganz einfach zu versuchen, Arbeitsplätze im Land zu schaffen und das ist uns ja und den Verantwortlichen der Politik auch gelungen.

Die Dringliche Anfrage, die vorher diskutiert wurde, betreffend S7 aber natürlich auch das Flughafenprojekt, und wir haben es von vielen meiner Vorredner gehört, wie wichtig diese Projekte sind, grundsätzlich natürlich, dass hier Arbeitsplätze weiter geschaffen werden, aber natürlich, dass die Wertschöpfung in unseren Bezirken, in unserem Land, in unserer Region bleibt.

Der zweite Punkt wurde auch natürlich angesprochen, dass versucht werden muss, dass es gemacht wird, mit 17 Millionen Euro jährlich, die hier das Land in den öffentlichen Verkehr investiert, dass hier die Verkehrsmittel leistbar, günstig, sicher und natürlich zuverlässig sind.

Wir sollten auch sagen, der öffentliche Verkehr, ob das die Bahnbetreiber sind, ob das die Busbetreiber sind, dann würden die Kosten für die PendlerInnen, für die Fahrgäste, von der Wochenkarte bis zur Jahreskarte das Doppelte kosten, würden hier nicht seitens des Landes über den VOR diese Fahrkarten auch unterstützt werden.

Es wurde auch angesprochen, 2013 gab es doch einige Verbesserungen, auch wichtige Verbesserungen. Ich betone es gerade deshalb, weil ursprünglich in diesem Haus hier die Grundfeste gelegt wurde. Wir wurden doch ein bisschen belächelt. Das kleine Burgenland hat damals den Druck aufgebaut, um die Pendlerpauschale zu reformieren. Es ist uns auch zum Teil gelungen.

Vielleicht zur Erinnerung, Teilzeitbeschäftigte ab vier Arbeitstagen pro Monat bekommen seit damals eine Pendlerpauschale. Hier fallen auch die Wochenpendler hinein. Es wurde auch der Pendlereuro eingeführt, aber die große Ungerechtigkeit besteht nach wie vor.

Vom derzeitigen Modell der Pendlerpauschale profitieren nämlich jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am meisten, die das höchste Einkommen haben. Je mehr man verdient, desto mehr bekommt man an Förderung. Desto weniger man verdient, desto weniger bis gar keine Förderung bekommt man, sprich Pendlerpauschale.

Eine faire Entlastung für die Arbeitnehmerinnen sowie auch für die Arbeitnehmer sieht nämlich anders aus. Wir fordern hier ganz konkret die Umstellung auf eine kilometerbezogene Abrechnung bei jedem gefahrenen Kilometer. Dieser muss auch gleich viel wert sein, unabhängig davon, wieviel hier ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin verdient.

Es darf und es kann nicht sein, dass jene, die viel verdienen viel Förderung, bekommen, die wenig verdienen, bekommen keine oder wenig. Das ist nicht fair, das ist nicht gerecht, das ist nicht sozial und gegen das verwehren wir uns auch. Ich stelle hier gerne die Arbeiterkammer vor, die hier ein Modell geschaffen hat, die auch immer mit im Boot ist wenn es darum geht, hier die Pendlerpauschale als faire Pauschale einzufordern. Hier schaut es aktuell so aus.

Wenn jetzt ein Arbeitnehmer, sprich ein Filialleiter einer Bank, der rund 4.500 brutto verdient aus St. Andrä nach Neusiedl fährt mit 22 km, so bekommt er 663 Euro Pendlerpauschale. Wenn es hier eine Kollegin gibt mit Abschluss HASCH, wenn wir das annehmen, und sie arbeitet in der gleichen Bank mit einem Einkommen von 1.780 Euro, dann bekommt sie 413 Euro.

Das ist ein Unterschied von 250 Euro für die gleiche Strecke. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)* Nehmen wir jetzt nur an, der Filialleiter mit diesem Einkommen fährt von Neusiedl nach Wien zum Arbeitsort, dann beträgt bereits zu dieser Kollegin die Pendlerpauschale im Jahr 1.000 Euro. Ich glaube da kann mir keiner hier sagen, dass das fair ist, dass das gerecht ist. Wenn das Geld ist, eine Unterstützung ist, so kann es doch

nicht sein, der der mehr verdient, der viel verdient, dass der umso viel mehr Förderung bekommt.

Diese Fahrt zur Arbeit und von der Arbeit zum Wohnort ist, glaube ich, für jeden gleich belastend. Wenn wir jetzt das Modell der Arbeiterkammer hernehmen, dieses Modell wurde berechnet mit 12 Cent pro km, die einfache Wegstrecke. Als Absetzbetrag, auch als Negativsteuer auf den Kilometer genau abgerechnet. Kein Unterschied mehr auf Grund des Einkommens und das darf es ja auch nicht sein.

Das heißt, der Filialleiter und seine Mitarbeiterin aus St. Andrä bekommen mit dem AK-Modell beide gleich 697 Euro. Dieses Modell unterstützen wir in dieser Form gerne.

Ich bitte daher über die parteipolitischen Grenzen hinweg, dass wir wieder diesen Schulterschluss machen und gemeinsam wiederum den Anstoß für eine faire und für eine gerechte Pendlerpauschale legen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Ich mache es kurz. Danke einmal für diesen Antrag und danke, dass ich davon ausgehe, dass das eine Mehrheit in diesem Hohen Haus findet. Wir haben im Burgenland über 100.000 Beschäftigte im Schnitt voriges Jahr gehabt. Das ist ein Wert, den ich vor 20 Jahren wie ich in die Landesregierung gekommen bin, nicht für möglich gehalten hätte, aber wir haben immer noch einen Anteil von Pendlerinnen und Pendlern, die auch von uns politisch betreut werden müssen und auch damit finanziell betreut werden müssen aus meiner Sicht.

Es hat dieser Tage „50 Jahre Pendlerforum“ gegeben. Ich darf dem Herrn Abgeordneten Sodl herzlich gratulieren. Du bist ja Obmann dieses Pendlerforums. Das ist eine ganz wichtige politische Stimme, aber auch eine gesellschaftliche Stimme des Burgenlandes. Das ist auch Ausfluss aus diesem Antrag und ich gratuliere zum 50jährigen Jubiläum. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte nur verstärken, was der Herr Abgeordnete Sodl gesagt hat. Wir haben noch Pendler, die sind hochmotiviert, die sind auch belastet, wie wir alle wissen. Ich bin selbst aus einer Pendlerfamilie kommend. Die Pendlerpauschale ist dringend reformbedürftig.

Ich möchte auch noch ein Beispiel aus meinem Heimatbezirk bringen. Wir haben derzeit eine Ungleichbehandlung von besserverdienenden Pendlern zu schlechterverdienenden Pendlern, das sollte nicht unser Ansatz sein. Wenn man aus Lockenhaus nach Eisenstadt fährt, 63 km einfache Strecke, bei einem Einkommen von 1.500 brutto ist die Steuerersparnis derzeit 531 Euro. Wenn man ein leitender Angestellter aus Lockenhaus ist, also aus dem gleichen Ort, hat man eine Steuerersparnis von 1.666 Euro.

Wenn man das neue Modell anwenden würde, wie das der Herr Kollege schon angesprochen hat, mit den 12 Cent, würde das heißen, dass beide Pendler, sowohl die besserverdienenden, als auch die schlechterverdienenden, eine Ersparnis von 1.195 Euro haben. Ich halte das für gerecht. Insofern halte ich diesen Antrag nicht nur für gut, sondern auch notwendig und politisch auch zu unterstützen.

Insgesamt glaube ich, dass das Burgenland sich dieser Verantwortung bewusst ist. Insgesamt zahlen wir 17 Millionen Euro, das wurde schon angesprochen, für den öffentlichen Verkehr. Wir unterstützen im Bereich der Monats- und Wochenkarten. Wir

haben eine Modernisierungsoffensive bei den Bahnhöfen, wir haben Ausbau der Park and Ride-Anlagen im ganzen Burgenland vorgesehen.

Es gibt einen Fahrtkostenzuschuss für Geringverdiener und Lehrlinge. Es gibt die Aktion „Fair tanken“ in jedem Bezirk. Es gibt das Top-Jugendticket für Lehrlinge und Schüler. Es gibt das Semesterticket für Studierende. Es gibt kostengünstige Garagenplätze für Burgenländerinnen und Burgenländer in Wien.

Das ist viel, aber wenn wir diese neue Pendlerpauschale erweitern könnten wäre es noch ein zusätzlicher Meilenstein oder Mosaikstein bei der Betreuung unserer Pendlerinnen und Pendler. Also ich kann diesen Antrag, von Seiten des Landes auch finanziell mitgestaltet von uns, nur zu 100 Prozent unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller eingebrachter Antrag auf getrennte Abstimmung vor und zwar, er möchte die beiden Punkte in der Beschlussformel getrennt abstimmen lassen.

Ich lasse daher zuerst über folgenden Wortlaut abstimmen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an den zuständigen Bundesminister für Finanzen heranzutreten mit der Forderung nach einer fairen und sozial ausgewogenen Reform der Pendlerpauschale und einer besseren Förderung der Pendlerinnen und Pendler. Ziel muss vorrangig die Umstellung des Gesamtsystems auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag sein, bei dem jeder gefahrene Kilometer berücksichtigt und gleich viel wert sein muss. Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte sollen durch volle Negativsteuerwirkung profitieren.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist eine Einstimmigkeit.

Ich lasse nun über folgenden Wortlaut abstimmen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an den zuständigen Bundesminister für Finanzen heranzutreten…

Darüber hinaus darf es zu keinen weiteren Belastungen der Pendlerinnen und Pendler in Form einer höheren Besteuerung von Diesel oder einer kilometerbezogenen PKW-Maut kommen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend faire Reform der Pendlerpauschale ist somit mehrheitlich gefasst.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich, Klubobmann Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 865) betreffend die Abschaffung der Schaumweinsteuer (Zahl 21-607) (Beilage 889)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Geschätzte Damen und Herren! Wir kommen nun zum 6. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich, Klubobmann Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 865, betreffend die Abschaffung der Schaumweinsteuer, Zahl 21-607, Beilage 889.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich, Klubobmann Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 865, betreffend die Abschaffung der Schaumweinsteuer, Zahl 21 – 607, Beilage 889, in ihrer 19. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 19.4.2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich, Klubobmann Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Abschaffung der Schaumweinsteuer, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Ja, irgendwelche Steuern abzuschaffen, das lässt sich immer gut verkaufen. Mitunter fühlt man sich aber im wahrsten Sinn des Wortes in dieser Debatte in mittelalterliche Diskussionen hineingezogen.

Schon damals gab es eine Weinsteuer die als „Ungeld“, oder als „Böspfennig“ bezeichnet wurde. In dem vorliegenden Antrag findet sich ein Hauch dieses mittelalterlichen Gezeters wieder. Weil im Antrag Vergleiche mit ausländischen Betrieben gezogen wurden, muss dann doch auch erwähnt werden, dass die Bundesrepublik Deutschland etwa seit 1952 eine Schaumweinsteuer hat und dort gibt es die Probleme nicht, die hier als Argumente vorgebracht werden.

In Österreich haben wir 114 Sektkellereien. Ehe für diese eine Sonderbehandlung in der Besteuerung von Alkohol eingefordert wird, sollte man das Flickwerk der Besteuerung von Alkohol in Österreich einmal genauer unter die Lupe nehmen und schauen, ob man da nicht zu einheitlichen und besseren Lösungen kommt.

Da dieses Thema ja auch schon im Nationalrat war, kann ich hier getrost meinen Kollegen Bruno Rossmann zitieren: „Wir haben in Österreich eine Alkoholsteuer für

Schnaps und dergleichen, wir haben eine Biersteuer, wir haben eine Zwischenerzeugnissteuer, wir haben eine Schaumweinsteuer und in der Umsatzsteuer haben wir schließlich und endlich eine Sonderregelung für den Ab-Hof-Verkauf von Wein. Da, denke ich, wäre es die Aufgabe einer Steuerreform, hier einmal ein einheitliches Konzept zu schaffen“.

Warum es uns hier eigentlich auch gehen sollte, das ist eine noch viel grundsätzlichere Frage. Jene, von Ihnen angesprochenen Arbeitsplätze in den landwirtschaftlichen Betrieben zu halten, braucht es nämlich nicht nur das Drehen am kleinen Rädchen, sondern eine ganz grundsätzlich neue Aufstellung des Förderwesens in der Landwirtschaft.

Frau Landesrätin Dunst hat ja hier schon eine erste, sehr gute Initiative ins Leben gerufen. Initiative Landwirtschaft, das können wir als GRÜNE-Perspektive nur unterstützen. Dankeschön hierfür Frau Landesrätin!

Hier erleben wir erstmals seitens der Burgenländischen Landesregierung ein ernsthaftes Bekenntnis zur Unterstützung der kleineren Landwirtschaften, auch von Biolandwirtschaften. Aus meiner Erfahrung hier im Hohen Haus, habe ich aber die Befürchtung, dass der Frau Landesrätin so grundsätzlich in Fragen keineswegs ganz freie Hand gelassen wird und dass echte Steuerung direkt von höchster Stelle betrieben wird.

Im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft kann ich nur hoffen, dass der Herr Landeshauptmann hier nicht auch wieder seine Hand drauf hat. Vom Bauernbund können sich die kleinen Landwirtschaftsbetriebe leider auch nichts mehr erwarten. Wachsen und Weichen scheint der Leitgedanke jener zu sein, die früher einmal die Interessensvertretung der bäuerlichen Landwirtschaft dargestellt haben.

Die verfehlte Landwirtschaftspolitik spüren wir im Burgenland besonders. Hier haben wir die meisten Betriebe im Österreichvergleich die zugesperrt haben. Darum müssen wir kämpfen, dass wieder mehr Menschen ihren Arbeitsplatz in der Landwirtschaft finden.

Wir brauchen mehr Bäuerinnen und Bauern in überschaubaren Betrieben und weniger Massentierhaltung. Ich denke, da sind wir hier ganz auf einer Linie. Es braucht die Neustrukturierungen der Sozialversicherung für die Bäuerinnen und Bauern, es braucht die Unterstützung für Neueinsteiger und Neueinsteigerinnen in die Landwirtschaft und es braucht die Unterstützung für die Übergabe von Höfen und Betrieben auf Bäuerinnen und Bauern, die nicht aus der eigenen Familie kommen.

Es braucht gemeinsame Anstrengungen in Österreich, um die Förderpolitik der EU im Agrarbereich grundlegend zu ändern. Das sollten wir tun und nicht über Detailfragen, die ohnehin wirkungslose Entschließungen an die Bundesregierung beinhalten, hier abstimmen.

Wir werden gegen diesen Antrag stimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Uns liegt hier ein Antrag vor, mit dem ein Missgeschick der Bundesregierung aus der Welt geschaffen werden soll. 2005 wurde die Schaumweinsteuer abgeschafft, weil der Verwaltungsaufwand in keiner Relation zu den Mehreinnahmen durch den Finanzminister stand.

Mit dem Abgabenänderungsgesetz 2014 trat unter ÖVP-Minister Schelling, aus welchen Gründen auch immer, die Schaumweinsteuer wieder in Kraft. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer hat sie denn beschlossen?)* Der Steuersatz für Schaumweine wurde dadurch von 0 auf 100 Euro je Hektoliter angehoben. Ein nicht unwesentlicher Anteil. Zirka zehn Prozent der heimischen Weingartenflächen werden für die Herstellung zur Sekterzeugung herangezogen. Zirka 500 Arbeitsplätze in der Sektbranche und 700 Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben sind auch arbeitsmarktbezogen nicht unrelevant.

Die Wiedereinführung der Schaumweinsteuer bedeutete daher einen herben Schlag gegen die Sektbranche und vor allem auch gegen unsere Weinbauern und gegen alle Wirtschaftstreibenden. Die ÖVP, hier der Finanzminister, beweist wieder einmal, dass sie gegen die Wirtschaft und gegen die Bauern arbeitet. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Der Finanzminister kann nichts beschließen, Frau Kollegin!)*

Diese Steuer stellt für die betroffenen, heimischen Branchen zusätzlich auch einen wesentlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber ausländischen Prosecco- und Frizzante-Erzeugern dar. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Beim Beschluss waren die Roten auch dabei!)* Denn was übersehen wurde ist, dass aus EU-rechtlichen Gründen ausländische Erzeuger ausgenommen werden mussten. Das hat nur negatives für unsere heimischen Sekterzeuger nach sich gezogen. Nämlich einen Wettbewerbsnachteil bei vernachlässigbarem Steueraufkommen.

Es ging seitens unserer Erzeuger seither auf Grund der steuerlich bedingten Verteuerung der Produkte ein Marktanteil von rund 20 Prozent verloren. Ein unnötiger erhöhter Mehraufwand in der Verwaltung, ein erhöhter Kontrollaufwand für den Staat. Und die Steuereinnahmen blieben weit unter den Erwartungen.

Der Bund, insbesondere der Herr Finanzminister, wird daher aufgefordert, die mit dem Abgabengesetz 2014 eingeführte Schaumweinsteuer, welche für die burgenländische Sektbranche, die burgenländischen Unternehmer und die burgenländischen Weinbauern nur Negatives gebracht hat, unverzüglich abzuschaffen.

Wir arbeiten für unser Land, für unsere Wirtschaft, für unsere Landwirte und für die Bevölkerung. Daher werden wir diesem Antrag natürlich unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren! Ich habe schon öfters gesagt oder gefragt, wie definieren Sie Klein-, Mittel-, Großbauern oder Massentierhaltung? Sagen Sie mir im Burgenland eine Massentierhaltung! Ich bin wirklich sehr neugierig, welche Betriebe Sie mir da nennen wollen.

Bevor ich aber in die Tagesordnung eingehe, noch ein Wort zur schriftlichen Anfragebeantwortung. Die Kollegen Steindl und Kölly haben es heute bereits erwähnt, und meine Bitte auch an den Präsidenten und an Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns in Zukunft solche unqualifizierten Beantwortungen nicht gefallen zu lassen.

Die klare Frage an Frau Landesrätin Dunst: Welche Kosten sind durch die Schaltung des Inserates *(Abg. Manfred Kölly in Richtung Landesrätin Dunst: Du solltest Dich mit dem wirklich einmal zusammensetzen!)* betreffend Jagdgesetz entstanden? Wird

nicht mit den Kosten beantwortet, *(Landesrätin Verena Dunst: Reden wir jetzt von der Schaumweinsteuer?)* sondern *(Abg. Manfred Kölly: Der Uhudler fällt da auch hinein!)* die Kosten für das Inserat entsprachen den marktüblichen Konditionen. Ist das eine Antwort?

Und weiter: Wie hoch waren die Kosten für die Werbe- und Informationskampagnen? Wieder eine schwammige Antwort, ohne Nennung der Kosten. Wir wollen klare Antworten haben. Da können Sie den Bund, da können Sie den ehemaligen Minister Darabos fragen. Solche Behandlungen von Regierungsmitgliedern gegenüber dem Landtag dürfen wir uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz einfach nicht gefallen lassen.

Die Schaumweinsteuer oder besser bekannt als Sektsteuer wurde seinerzeit, wie einem „Profil“-Artikel zu entnehmen ist, ausgerechnet von einem Bankdirektor eingeführt. Und zwar vom Sozialdemokraten Hugo Breitner. Er ist der Erfinder der Luxussteuern. Dieser windige Stadtrat nützte nach der Loslösung Wien von Niederösterreich die Möglichkeit eigene Steuern einzuheben. Zitat: "Die rote Gemeinde holt sich das Geld bei den Reichen und bei den Lustigen, um den Armen und Traurigen in ihrer Not beizustehen." *(Abg. Manfred Kölly: Ich hab gleich gewusst, das war kein Schwarzer!)*

Später machte sie Finanzminister Hannes Androsch zum Schallplattenschlager und mit der Wachteleier-Koalition endete sie als Farce. Die Schaumweinsteuer wurde, wie bereits gesagt, wieder eingeführt am 1. März 2014 von der Koalition, das sind zwei Parteien, noch immer die SPÖ und die ÖVP auf Bundesebene.

Die Gesetze beschließt nicht der Finanzminister, Frau Kollegin Stampfel, die beschließt der Nationalrat, beziehungsweise der Bundesrat auf Bundesebene und hier eben der Landtag. Die Schaumweinsteuer wird von weinhaltigen Getränken eingehoben, die mindestens drei bar aufweisen. Diese Steuer beträgt einen Euro pro Liter, also 0,75 Euro je 0,75 Liter-Flasche.

Wie bereits im Antrag ausgeführt, da gebe ich Ihnen Recht, es ist ein Wettbewerbsnachteil für uns und deshalb gehört sie auch abgeschafft. Die Einnahmen betrugen im letzten Jahr 23 Millionen Euro. Deshalb soll nicht nur diese Steuer, sondern auch andere Bagatellsteuern, wenn es nach uns geht, nach unseren Steuerexperten, abgeschafft werden.

Wir als Österreichische Volkspartei sind selbstverständlich für jede Stärkung des ländlichen Raumes. Das bestätigen wir immer wieder durch diverse Anträge zur Unterstützung der fleißigen Bäuerinnen und Bauern.

Ich erinnere wieder daran, Zuzahlung bei Sozialversicherungsbeiträgen, Zuzahlung bei Hagelversicherung im Obst- und Weinbau und im Rinderbereich. Und Einkauf von regionalen Lebensmitteln durch das Land und landesnahe Betriebe. All diese wichtigen Anträge haben Sie abgelehnt.

Ihre sogenannte Wertschätzung der Landwirtschaft gegenüber, heute hat es bereits der Kollege Franz Steindl erwähnt, bezeugen Sie auch, Frau Landesrätin Dunst, wenn Sie geschädigte Winzerinnen und Winzer mehr als ein Jahr auf die notwendigen Entschädigungen warten lassen. Mehr als ein Jahr brauchen Sie, um diese Entschädigungen auszubezahlen.

Das ist der wesentliche Unterschied zu unserer Partei. Wir stimmen nämlich diesem Antrag zu, weil er den ländlichen Raum stärkt und wir jede positive Maßnahme dazu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Günter Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Ganz kurz zu meinem Vorredner, noch vielleicht zur Frau Petrik, die sich ja dagegen ausspricht, gegen diese Abschaffung der Schaumweinsteuer, weil es ja eine kleine Steuerinsel ist und nicht viel ausmacht. Interessant, interessant kann ich nur sagen. Vor zwei Tagen war unser Kollege Kilian Brandstätter, dem ich danken möchte, bei einem Produzenten, bei Peter Szigeti, Aushängeschild für das Burgenland, und der hat ihm gesagt, er hat einen enormen Rückgang, 20 Prozent Rückgang seines Umsatzes.

Er hofft, dass die Politik heute diesen, und das kann man ja auch einmal kritisch anmerken, diesen Fehler korrigiert und die unsinnige Steuer wieder aufhebt. Danke Kilian, Du bist in Kontakt mit den Unternehmern. Das ist ganz wichtig auch für unser Burgenland.

Meine Damen und Herren! Die Abschaffung der Schaumweinsteuer wurde in den Koalitionsverhandlungen vereinbart. Es hat sich leider herausgestellt, dass der Prosecco nach EU-Recht eben Wein ist, also keine Schaumweinsteuer möglich ist. Diese Situation ist damit entstanden, die eigentlich keiner wollte.

Erstens, das Steueraufkommen war geringer als gedacht, und was dazu kommt, ausländische Produkte erhielten einen großen mit nichts zu rechtfertigenden Wettbewerbsvorteil. Da muss man eben selbstkritisch anmerken, hier haben wir politisch auf Bundesebene einen Fehler begangen. Es war als Instrument der sozialen Umverteilung gedacht, hat aber die heimischen Sektproduzenten geschwächt.

Noch dazu sind viele heimische Produzenten auf Frizzante-Produkte umgestiegen, die nicht von der Schaumweinsteuer betroffen sind, und unseren traditionellen österreichischen Sekt so zusätzlich eigentlich auch geschwächt haben. Es gilt daher unsere heimische Weinwirtschaft weiterhin zu stärken. Jeder 17. Arbeitsplatz ist im Burgenland eigentlich kausal mit Weinwirtschaft verbunden. Die Sektproduktion ist ein nicht zu vernachlässigender Teil der burgenländischen Weinwirtschaft.

Große Betriebe, vorher erwähnt, Szigeti oder ich zitiere einen Auszug von Werner Muhm, Wiener Arbeiterkammer-Direktor der sagte: "Das fiskalische Ergebnis blieb weit unter den Erwartungen und ausländische Produkte erhielten einen großen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil." Das müssen wir auf jeden Fall lösen. Deswegen gilt es eben diesen Irrtum zu verbessern im Sinne unserer Weinwirtschaft für burgenländische Arbeitsplätze.

Die Schaumweinsteuer hat sich in dieser Form als nicht praktikabel erwiesen. *(Abg. Manfred Kölly: Die Registrierkasse auch nicht!)* Deshalb befürworten wir natürlich ihre Aufhebung. Politik heißt für mich nicht immer Recht zu haben, sondern ständig dazuzulernen und genau das ist ein gutes Beispiel dafür. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schaumweinsteuer, und dies sollte auch in der Geschichtsbetrachtung aufkommen, ist kurz angeführt worden, dass sie irgendjemand als Banker erfunden hätte. Es ist aber rein politisch gesehen eine Kreation gewesen, die im Zusammenhang mit der

letzten Koalitionsvereinbarung als sogenannte, und das ist auch dargestellt worden, als sogenannte Reichensteuer ausgeführt wurde.

Die Leidtragenden sind im Grunde genommen nicht nur jetzt die Konsumenten, die das bezahlen müssen, sondern im Endeffekt auch, wie es ausgeführt wurde, diejenigen, die sich mit der Sekterzeugung beschäftigen.

Ein burgenländischer Betrieb in Gols angesiedelt, mit seinen Repräsentanten, einem Brüderpaar, hat ja dieses Kapitel schon langatmig in der Diskussion und führt bei jeder Gelegenheit an, dass das nicht nur eine Beschränkung des Wettbewerbs ist, sondern ihnen auch Einkommenseinbußen beschert hat, die, und das lässt sich auch umrechnen, mehrere Arbeitsplätze gekostet hat.

Tatsache ist, dass wir eine Ungleichbehandlung jetzt über den Namen Frizzante und über die Sektsteuer in der Qualifizierung für den Fiskus haben und aus diesem Umstand heraus schon eine Benachteiligung der österreichischen Produzenten herrührt. Daher ist es ein Einfaches festzuhalten. Diese Steuer sollte eigentlich abgeschafft werden.

Im Zusammenhang mit allen Gegebenheiten und Diskussionsbeiträgen gehe ich konform, dass das notwendig ist. Aufzuzeigen woher es kommt, wie es zustande gekommen ist und wie jetzt der Meinungsschwenk passiert, ist das andere. Auf der anderen Seite sollten wir uns bei der Gelegenheit immer überlegen, welche Möglichkeiten insgesamt in der Betrachtung auf das österreichische Steueraufkommen tatsächlich anzuführen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben vorher in der dringlichen Debatte etwas festgehalten von den Rednern her, was mir sehr wichtig erscheint und dass ich in diesem Sinne auch nochmals anführen möchte, nämlich wenn das Bekenntnis nicht nur ein Lippenbekenntnis war, dann geht man davon aus, dass die Gewaltentrennung durchaus ein grundsätzlicher Moment in der Demokratie ist. Und daher auch festzuhalten war, dass Richter Entscheidungen auf gesetzlicher Basis zu treffen haben. Diese gesetzlichen Grundlagen schafft die Politik.

Daher ist heute eigentlich in der Diskussion um die sogenannte Straßenführung im Südburgenland oder auch um die 3. Piste, wo wir schon eindringlich diskutiert haben, den Gegensatz zwischen den einzelnen Vorstellungen und Wünschen hauptsächlich darauf bezogen, dass der Gesetzgeber hier zu handeln hat.

Wenn der Gesetzgeber im Sinne der Auftragserteilung die Schaumweinsteuer abschaffen möchte, dann entspricht das nicht nur unserem Wunsch, dann sollte man aber auch frühzeitig jetzt die Weichen setzen, damit dieses leidige Problem, das vorher qualifiziert wurde vom Kollegen Temmel, mit über 20 Millionen Euro Einnahmen, vom Verwaltungsaufwand viel höher zu qualifizieren ist, nicht mehr eingehoben werden sollte.

Tatsache ist, dass findige Unternehmer im Burgenland es zu Wege gebracht haben, in Bezug auf die Schaumweinsteuer, Sektherstellung, ganz eigene Kreationen oder kreative Bereiche zu setzen. Wir haben im Nordburgenland einen Unternehmer, der vom Weinbauer, der die Herstellung der Sekte ersetzt, ein Zwischenlager errichtet und über dieses Zwischenlager, wo zweimal quasi der Wechsel wieder in den Betrieb stattfinden muss bis zur endgültigen Klärung des Sektes, das bis zu dem Zeitpunkt eigentlich keine Sektsteuer anfällt.

In Wirklichkeit wäre sie mit einer Produktion einer Flasche eigentlich schon fällig. Daher ist dieses ganze Treiben, dieses ganze Richten, dieses ganze Tun darauf zurück zu führen, dass wir ein in der kreativen Gestaltung um die Neuerfindung einer Steuer, die

im Endeffekt mit 20 Millionen wahrlich nicht viel Aufkommen hat, viele vergrault hat, auf der anderen Seite aber die Zielsetzung, die politisch im Hintergrund gestanden ist, mit Sicherheit nicht erreicht hat.

Daher ist diese Abschaffung durchaus gewährleistet. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren zu Hause! Zunächst einmal bin ich sehr froh darüber, dass dieser Antrag eingebracht wurde. Ich bedanke mich auch schon im Vorhinein bei Jenen, die heute das unterstützen werden, weil ich es für sinnvoll halte, und ich brauche das nicht einmal zu wiederholen, es ist oft genug ausgeführt worden, dass hier viele Gründe dafür liegen, dass wir hier burgenländischen, gut organisierten Winzerinnen und Winzern helfen, dass sie hier zu marktähnlichen und vor allem zu wettbewerbsähnlichen Konditionen und Rahmenbedingungen auch exportieren können und hier mithalten können.

Gestatten Sie mir zu den einzelnen Wortmeldungen nur kurz Stellung zu nehmen. Vielen herzlichen Dank, Frau Abgeordnete Petrik, für Ihr Dafürhalten und Unterstreichen der Workshop-Reihe die ich jetzt durchführe zum Thema "Zukunft der Landwirtschaft" oder ganz konkret "Die Landwirtschaft hat Zukunft", denn sie hat Zukunft. Das möchte ich hier betonen. Natürlich ist der Teil, den wir heute diskutieren, für Winzerinnen und Winzer der erfolgreichste. Da sind wir alle stolz darauf.

Auf der anderen Seite müssen wir wohl zugeben, so wie Sie es klar gesagt haben, dass wir hier sehr bald etwas unternehmen müssen und dass wir viele Jahre verloren haben. Der Strukturwandel ist viel zu schnell gegangen und es hat für die Kleinen und Mittleren keine Chance gegeben, weil man nicht dagegen gesteuert hat, weil man hier vieles versäumt hat, daher müssen wir hier noch etwas tun, herzlichen Dank dafür.

Zum Zweiten auch nur ganz kurz. Die Kollegen Stampfel beziehungsweise Kovacs haben das auch ganz klar gesagt, warum und wieso das wichtig ist und ein wichtiger Schritt ist. Wir haben sehr, sehr engagierte, sehr exportfreudige Unternehmen im Burgenland, die auch einen Namen für das Burgenland hinaustragen und die brauchen, wie ich vorher schon gesagt habe, wirklich gleiche Rahmenbedingungen.

Zum Dritten: Ich möchte etwas klarstellen: Ich glaube, dass das dem Steuerzahler und uns allen auch zusteht, was ein Kollege, der immer wieder nur auffällt, weil er dagegen redet und hier andere Leute denunziert, das geht weit über eine normale Landtagsarbeit hinweg. Ich glaube, dass die Wählerinnen und Wähler und auch die Menschen draußen die Politik nicht wollen, wo einer den anderen nur schlecht macht, anpatzt und immer dagegen ist und wo es schon, weit über parteipolitische Dinge hinweg, einfach ums persönliche Kränken und ums Persönliche „ja jetzt gebe ich dir eine in den Magen“ geht.

So etwas weise ich zurück. Aber ich kann es nicht ändern. Ich möchte aber nur klarstellen, dass da nicht immer Dinge überbleiben im Raum. Und zwar, das Erste, ich bedanke mich wirklich bei Ihnen, weil Sie haben diese Initiativen unterstützt und auch bei allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.

Wir haben heuer, und ich darf Ihnen das mitteilen damit Sie das auch weitersagen können, unglaubliche 12 Millionen Euro, der Herr Kollege Finanzlandesrat hat das heute

bei der Fragestunde schon beantwortet, damit muss er in den Nachtrag gehen, 12 Millionen Euro an burgenländische Obstproduzenten und an Winzerinnen und Winzer auszahlen können, 12 Millionen Euro!

Da muss jeder von Ihnen, ich und viele andere Menschen, nämlich alle Steuerzahler und Steuerzahlerinnen mitzahlen. Bedanke mich auch dafür.

Wissen Sie was mir gut tut, nicht mir persönlich, vor allem jenen die es kriegen, nämlich diese 12 Millionen Euro, 50 Prozent Land, 50 Prozent Bund. Hier bedanke ich mich auch bei allen Bundesländern. Wir haben Monate verhandelt, damit wir diese Lösung zu Wege kriegen.

Ich bedanke mich für jene, die diese 12 Millionen Euro kriegen als Entschädigungen für den Frost, dass niemand heute diskutiert ob das denn gerecht ist und ob da nicht manche Menschen hohe Förderungen kriegen und viele sozusagen Steuergeschenke. Danke, dass das niemand sagt, denn wir wissen alle, dass das Produzieren unter freiem Himmel sehr, sehr schwierig ist.

Wir wissen alle, dass wir auch heuer schon wieder in den letzten Tagen ja voller Sorge waren, denn wir brauchen diese Produzenten. Ob es jetzt Obstproduzenten oder Winzer und Winzerinnen sind, die brauchen nicht die Entschädigungen. Denen wäre es viel lieber, wenn sie ihre Produkte in den Regalen verkaufen könnten.

Daher ist es so wichtig, dass es hier eine breite Zustimmung gibt und auch klar, dass ich niemanden keinen einzigen Tag länger warten habe lassen wollen oder müssen, sondern im Gegenteil. Das so hinzustellen, dass sie ein Jahr warten mussten, ist mir jetzt schon wichtig klarzustellen. Nur damit Sie die Reihenfolge wissen. Bis zum 15.11., 15. November, im April ist das passiert, ist überhaupt erst einmal der Antrag zu stellen gewesen für Entschädigung. Das ging gar nicht früher.

Bis zum 15.12., ich rede vom Dezember 2016, war dann überhaupt die letzte Erntemeldung abzuliefern. Bis dahin haben wir auch auf Bundesebene und auf Landesebene gebraucht mit über 20 Sitzungen, wo ich mich wirklich bedanke, dass da so viele Menschen, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bundesländern, aus dem Ministerium, vom Minister Rupprechter bis hin zu Vertretern des Bundeskanzleramtes, der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammer, dass wir da einen Konsens gefunden haben, dass wir überhaupt diese 100 Millionen Euro in Österreich aufstellen konnten und das ging nur in einem großen gemeinsamen Schulterschluss.

Also es war gar nicht früher möglich auszuzahlen, bis hin dass natürlich auch die Landwirtschaftskammer heuer dann auch die Hagelversicherung, als wir die Daten im Haus hatten - hier danke an die Landwirtschaftskammer - die hat ja das erst jeden einzelnen Fall aufnehmen müssen, nur dass sie eine Zahl haben. 89 Obstproduzenten und 849 Winzerinnen und Winzer, auf die wir diese 12 Millionen Euro in etwa natürlich gerecht aufgeteilt haben.

Genau nachgerechnet, weil ich will nicht, dass irgendwer etwas nachzahlen muss, also zurückzahlen muss oder dass jemand den Eindruck hat, da ist nicht gut gerechnet worden. Da haben viele Augen darauf geschaut, beginnend von der Landwirtschaftskammer bis natürlich zu unseren Zuständigkeiten. Ich bedanke mich hier auch bei der Landesamtsdirektion. Um ja keine Zeit zu verlieren, haben hier noch zusätzlich Mitarbeiter aus anderen Abteilungen, außerhalb der Agrarabteilung, mitgearbeitet, damit wir rasch das erledigen konnten.

Wir haben im zweiten Quartal des Monats März dann die Bundesmittel bekommen, vorher kann ich ja sowieso nicht auszahlen. Dann kamen die Bundesmittel, eben die sechs Millionen Euro. Damit konnten wir unsere Landesmittel austeilen. Wir haben bereits vor zwei Wochen mit den ersten Auszahlungen begonnen. Wir haben hier - Obst ist schon lange weg - aber ich rede jetzt vom letzten Quartal und von der letzten Etappe, das sind die Winzerinnen und Winzer.

Hier haben wir - und das sage ich auch gleich vorweg - einige noch liegen, weil wir damit die Hagelversicherung, mit der Landwirtschaftskammer, die dann wieder für uns im Referat in der Landesregierung wieder einige Dinge nachfordert, die wir nicht haben, einige haben wir noch, weil da einfach nicht alles da ist, dass wir rechnen können, das heißt, schnellst möglichst reagiert, mit Steuermitteln sorgsam umgegangen, die Bundesmittel jetzt ausgelöst und zum Großteil alles ausbezahlt.

Noch einmal herzlichen Dank an Sie alle und an jene die alle mitzahlen, nämlich jeder einzelne, dass wir da keine Diskussionen haben. Die Menschen, die Unternehmerinnen, die Unternehmer, viele Nebenerwerbsbauern brauchen auch dieses Geld, auch die Kleinen und Mittleren, damit sie nicht zusperren. Das wollen wir alle nicht und hoffen wir, dass wir sowohl Obst als auch guten Wein aus dem Burgenland wieder in den Regalen haben und nicht wieder über Frostentschädigungen diskutieren müssen.

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin Verena Dunst für die Ausführungen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Abschaffung der Schaumweinsteuer ist somit mehrheitlich gefasst.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 854) betreffend den Erhalt des Österreichischen Rettungswesens (Zahl 21 – 596) (Beilage 890)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 854, betreffend den Erhalt des Österreichischen Rettungswesens, Zahl 21 - 596, Beilage 890.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte nun um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Manfred Haidinger: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer

Entschließung betreffend den Erhalt des Österreichischen Rettungswesens, in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 19. April 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag volle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten, wie gerade oben zitiert, auf Fassung einer Entschließung betreffend den Erhalt des Österreichischen Rettungswesens, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein klarer Schulterschluss aller Fraktionen, aller hier im Landtag vertretenen. Weil es ein richtiges und wichtiges Zeichen ist denke ich auch, dass dieses Thema für das ganze Burgenland, aber nicht nur für das Burgenland, sondern für ganz Österreich ein wichtiges Thema ist. Warum?

Wenn man Verantwortung trägt als Politiker, wenn man Verantwortung trägt auch für das Soziale, aber auch für die Gesundheit und für das Rettungswesen, dann gibt es gar keine andere Möglichkeit, dass wir hier einen gemeinsamen Schulterschluss, einen gemeinsamen Antrag, auch dementsprechend definiert haben und eingebracht haben.

Ich brauche mich nicht länger aufzuhalten, denn es ist jedem einzelnen klar, welche Leistungen hier das Rettungswesen im Burgenland, aber speziell auch in Österreich macht.

Auch für die Bevölkerung ist es ein Zeichen der Klarheit, dass wir es brauchen, dieses Rettungswesen. Wenn dann seitens der EU 2014 eine neue Richtlinie zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen beschlossen wurde, sie soll zum Beispiel im Vergabereformgesetz 2017 umgesetzt werden, wenn das nicht umsichtig geschieht, könnte das bewährte Rettungsverbundsystem gefährdet werden. Ja, daher dieser Antrag.

Ja, daher stehen wir alle hinter dieser Möglichkeit, hier uns als Politiker, als Landtag, dementsprechend einmal auf die Beine zu stellen und ihnen klar zu machen, dass wir das anders sehen. Ich möchte mich dafür bei allen bedanken, auch beim Rettungswesen, die ja viele freiwillige Stunden hier auch verbringen, die auch wirklich mit Einsatz viel Leben retten, viel unterwegs sind.

Man darf ja nicht vergessen, dass Tag und Nacht hier Einsatzbereitschaft besteht. Natürlich würde das Ganze, wenn man das anders sieht, an finanziellen Mitteln Einbußen geben, weil wir nicht mehr die Möglichkeit hätten das zu lukrieren, was tatsächlich möglich ist. Ich möchte schon eines dazu sagen, auch die Gemeinden tragen ja einen Löwenanteil dazu bei, dass wir hier auch das Rettungssystem, den Rot-Kreuz-Schilling, unterstützen. Ob es freiwillig ist oder nicht, das ist die andere Seite.

Denn die Regierung beschließt ganz einfach oft nach dem Voranschlagsentwurf, den Rettungsschilling zu erhöhen beziehungsweise ihn beizubehalten. Das finde ich auch nicht in Ordnung, diese Kritik muss ich sehr wohl anbringen, denn ab und zu hast du den Voranschlag fertig und dann kommt vom Land ein Schreiben, der Rot-Kreuz-Schilling wurde erhöht auf 9,40 Euro oder in dieser Größenordnung.

Schmerzt natürlich auch in der Gemeinde, denn die Sozialabgaben sind ja nicht ohne die wir leisten. Aber auf der anderen Seite muss man wirklich ein Dankeschön sagen an diese Rot-Kreuz-Situation oder auch dem Samariterbund. Man hat ja das jetzt

sowieso in einen Topf geschmissen. Jetzt sage ich einmal eines, es ist ein Politikum auch oft dort oder da gewesen. Ich hoffe, dass man das in der Zeit und auch in Zukunft ausräumt, dass hier politische immer wieder Diskussionen entstehen, wer da ganz vorne steht oder nicht.

Im Endeffekt ist es entscheidend, dass beide Institutionen für unsere Gesundheit, für Ihre Rettung zeitgerecht am Ort sind. Eines muss man dazu sagen, auch als Bürgermeister die Verantwortung tragen und auch eine totale Unterstützung hier dem Roten Kreuz zukommen lassen.

Ich bin auch der Überzeugung, dass man mit diesem Rot-Kreuz-Schilling natürlich ein Zeichen setzt, dass man auch dahintersteht, dass man auch in Ortschaften Freiwillige hat, die das Rote Kreuz unterstützen, sei es bei Blutspenden, sei es aber auch bei anderen Ausfahrten oder wenn man einen First Responder unterstützt. Und das haben wir als Gemeinde auch gemacht, wir haben schon drei First Responder finanziert.

Ich glaube, das ist auch sinnvoll, dass man innerhalb von wenigen Minuten eigentlich am Unfallort sein kann und auch dort helfen kann. Der ist oft schneller als die Rettung dann dort, und das gehört unterstützt. Daher, in diesem Sinne ist dieser Antrag sehr wichtig, sehr wertvoll. Dass wir mitgehen, war eine Selbstverständlichkeit. Dass hier alle ein Zeichen setzen, dafür möchte ich mich bedanken.

In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön, dass das alles unterstützt wird. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Die Rettungsorganisationen helfen uns, jetzt müssen wir auch als Landtag den Rettungsorganisationen helfen. Es geht, wie schon vorher erwähnt, um ein neues Gesetz zur Vergabe öffentlicher Aufträge, das vorsieht, unterschiedliche Gesundheits- und Rettungsdienste getrennt voneinander auszuschreiben und zu vergeben.

Der vorliegende Gesetzesentwurf gefährdet aber das Rettungssystem wie wir es heute kennen und schätzen. Dass wir uns jederzeit darauf verlassen können, dass jederzeit und überall ein Rettungswagen kommt, wenn wir ihn brauchen, das verdanken wir Organisationen wie etwa dem Roten Kreuz, das seine Arbeit auf verschiedenen Säulen aufbaut und dabei unheimlich viele Ehrenamtliche einbindet.

Wenn nun die öffentliche Hand nur mehr einer Säule einen Auftrag gibt, verliert das Gesamtwerk die Stütze der anderen Säulen und droht zusammenzustürzen. Das kann dann dazu führen, dass die Rettungsorganisationen die gewohnte und so wichtige Versorgung nicht mehr finanzieren und damit nicht mehr leisten können.

Das darf nicht passieren! Es geht um das Wohl, die Gesundheit und das Leben der Menschen.

Wenn wir uns anschauen, was etwa eine Rettungsorganisation wie das Rote Kreuz leistet, dann sehen wir im Leistungsbericht eine Übersicht mit 28 verschiedenen Säulen, wobei einige natürlich besonders groß sind, eine dieser großen Säulen davon ist der Rettungsdienst.

Gerade im Krankentransport aber wittern vermehrt kommerzielle Anbieter den großen Gewinn. Die Rettungsorganisationen sind aber keine kommerziellen

Unternehmen. Sie sind nicht auf Gewinn aus, sondern sie sind gemeinnützig, und sie sind am Bedarf der Menschen orientiert.

Nimmt man den Rettungsorganisationen die wichtige Einnahmequelle weg, dann können sie andere Aufgaben nicht mehr wie bisher leisten. Das ist eine ganz einfache Rechnung.

Gerade für die ländlichen Regionen und damit für das Burgenland wäre es fatal. Das Rettungswesen - und das ist uns allen gemeinsam hier im Raum, die wir heute diesen Antrag beschließen -, das Rettungswesen darf nicht am Altar der Marktwirtschaft geopfert werden.

Das Rettungswesen mit seinen abertausenden bestens ausgebildeten und höchst engagierten Helferinnen und Helfer ist ein System, das eingespielt ist, bestens bewährt ist und in unserer Gesellschaft unverzichtbar ist. Das darf auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden. Auch bei Vorgaben der EU dürfen nationale Gegebenheiten berücksichtigt werden, das muss in diesem Fall jedenfalls getan werden.

Es liegt in der Hand des Parlaments, das Vergaberecht entsprechend zu gestalten, und ich freue mich, dass wir heute hier auch im Landtag das miteinander unterstützen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Aber ganz besonders den Zusehern in unserem Live-Stream, den Bürgerinnen und Bürgern vom Burgenland. Es geht um Ihre gesundheitliche Versorgung. Es geht um die Katastrophensicherheit hinsichtlich der Katastrophenreaktionsfähigkeit. Es geht um Ihre Sicherheit im weiteren Sinne, aber auch im engeren Sinne.

Was wir jetzt gerade erleben, nämlich diesen Zwang, eine EU-Vorgabe aus dem 2014er Jahr umsetzen zu müssen, ist nichts anderes als ein Angriff auf unsere Gesellschaft.

Das, was Österreich mit dem Österreichischen Rettungswesen auf dem Boden stehen hat, also bereithält, nicht nur die Notärzte, die Sanitäter, auch dahinter die vielen Freiwilligen, die dann auch in einem Katastropheneinsatz bereitstehen, ist etwas typisch Österreichisches, wo wir Vorzeigenation zumindest in Europa, wenn nicht weltweit, sind, weil so billig und so effizient hat und kann kein anderes Land im Prinzip die Sicherheit, die gesundheitliche Sicherheit, aber auch die Katastrophensicherheit für ihre Bürger sicherstellen.

Jetzt soll uns aus möglichen lobbyistischen Gedanken heraus durch diese EU-Richtlinie verordnet werden, dass wir dieses „Aus der Gesellschaft für die Gesellschaft-Modell“ zerschlagen müssen, um es - und da darf ich jetzt auch das Zitat der Vorrednerin nehmen - „auf dem Altar der Marktwirtschaft“, ich sage, dem schnöden Mammon opfern. Das kann und darf nicht sein!

Es kann und darf nicht sein, dass sich Österreich und seine Bürger damit ausliefert an irgendwelche Gesellschaften mit oder ohne beschränkter Haftung, an irgendwelche vielleicht sogar noch Aktiengesellschaften - da steigen mir dann sowieso schon die „Grausbirnen“ auf -, denen es nur darum geht, aus diesem Modell heraus, so viel Geld wie möglich zu schöpfen und so wenig Dienstleistung und Qualität zu bringen. Weil das sehen

wir an vielen Beispielen, dort, wo in der EU das Wasser verkauft wurde oder andere Dinge im Prinzip geopfert wurden, dort läuft das nämlich so.

Das ist eines der letzten Aufgaben, wo wir uns wirklich noch auf diese Freiwilligen verlassen können. Auf diese Menschen verlassen können, auf diese hoch qualifizierten Notärzte, Sanitäter, Pfleger, und so weiter und so fort, bis hin zu den Feuerwehrleuten, die in weiterem Sinne auch zum Katastrophenschutz gehören.

Eines muss uns klar sein, und das haben wir alle miteinander Gott sei Dank erkannt, weil darum gibt es diesen Schulterschluss über alle Parteien hinweg, und ich hoffe auch, dass dieser Schulterschluss bis hinauf in die Bundesregierung getragen wird. Es ist nicht möglich, Leistung an der Gesellschaft auszuschreiben. Das ist etwas, das tut man, oder man tut es nicht. In Österreich wird das getan.

Daher ist es unvorstellbar, Leistungen, die ich für die Gesellschaft gerne erbringen will, die ich zum Großteil, und wenn man sich den gesamten Erfolg des Rettungswesens anschaut, nämlich gemessen an den Arbeitsstunden, mit über zwei Drittel bei den Freiwilligen liegen, das auszuschreiben.

Wir wissen oder können es uns hochrechnen, was es kosten würde, die gleiche Qualität zu erreichen und wissen aber auch gleichzeitig, dass es in Österreich nicht leistbar ist.

Ein bisschen erinnert mich dieses Thema, wie wir das Thema in Österreich gehabt haben mit der Wehrpflicht Ja oder Nein. Genauso ist auch das Thema zu sehen.

Daher kann und darf dieser Landtag, und er wird es auch, weil wir haben einen gemeinsamen Antrag, wird auch dafür eintreten, und ich gehe auch davon aus, dass alle Fraktionen auf Ihren Fraktionskanälen auch bis hinauf ins Parlament einen Erfolg zeitigen können, weil wir haben es schon einmal erlebt, dass es Möglichkeiten gibt, wo sich sechs Fraktionen im Nationalrat einig sind, obwohl es - sagen wir einmal - von der Bundesregierung in eine andere Richtung ging. Ich denke nur an diesen Resolutionsantrag der sechs Fraktionen hinsichtlich des Österreichischen Bundesheers.

Da ist es genauso gefordert. Da müssen die einzelnen Mandatare aller politischen Parteien im Nationalrat klar eine Feststellung treffen, dass Leistung an der Gesellschaft, Leistung für die Gesellschaft nicht ausgeschrieben werden kann, und daher ist dieser Antrag natürlich einstimmig durchzubringen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Präsidenten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Präsident um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dort anschließen, wo die Frau Kollegin Petrik auch gesprochen hat, das Österreichische Rote Kreuz hat aufgrund ihrer verschiedenen Säulen, wo die Struktur ganz einfach aufgebaut ist, Möglichkeiten, die andere nicht haben.

Diese gut ausgeklügelte Symbiose zwischen hauptamtlichen Mitarbeitern, ehrenamtlichen Mitarbeitern, mit den Zivildienern garantiert uns eine Versorgung in einem so hohen Ausmaß, wie das nicht in allen Ländern der Welt, auch nicht in allen Ländern Europas möglich ist.

Das, was der Kollege Haidinger gesagt hat, da muss man ein bisschen aufpassen, Herr Kollege. Die Europäische Union hat mehrere Möglichkeiten, Gesetze für alle Bürger

einzubringen. Eine Verordnung, eine EU-Verordnung wäre eine Art Gesetz, die sofort für alle 500 Millionen Bürger der Europäischen Union gilt.

Das hat aber die Europäische Union in diesem Fall nicht getan. Die EU hat 2014 eine Richtlinie erlassen, eine Art Rahmengesetz und innerhalb dieses Rahmengesetzes kann jedes Land diese Rechtsmaterie in nationales Recht übernehmen.

Sie haben selbst gesagt, 2014 ist diese Richtlinie erlassen worden. Na ja, drei Jahre doktern wir eh schon umeinander, und jetzt geht Österreich daran, diese Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Ich teile Ihre Skepsis, dass die österreichische Gesetzgebung sehr oft beim Übernehmen von EU-Materie in nationales Recht durchaus auch überschießend reagieren kann.

Denken Sie nur an die Allergenverordnung. Die Allergenverordnung, jene Menschen, die Probleme mit solchen Lebensmitteln haben, die wissen das weit besser als jeder Gesetzgeber, wir hatten auch bisher keine wie immer gearteten Probleme damit. Es reicht auch in vielen Fällen aus, indem man der Speisekarte ein Zettelchen beilegt: „Fragen Sie unser geschultes Personal!“

Die Italiener haben das in einer viel einfacheren Art und Weise gelöst, die Ungarn in einer viel einfacheren Art und Weise. Österreich glaubte, Musterschüler sein zu müssen und hat einen bürokratischen Wulst an Verordnungen erlassen, die die Unternehmerinnen und Unternehmer Österreichs ganz einfach schlucken müssen. Das ist nicht von der EU gewollt. Das ist nationales Recht aufgrund einer EU-Richtlinie geworden.

Jetzt muss man ganz einfach aufpassen, dass diese Richtlinie, die die Europäische Union im Bereich Krankentransport, im Bereich Rettungswesen erlassen hat, bei der Übernahme in nationales Recht, und das soll in einem Ausschreibungs- und Vergabegesetz geschehen -, weil nicht in allen Ländern Europas das Rettungswesen und das Krankentransportwesen in einem Art Verbundsystem wie in Österreich geregelt sind und aufgrund dieses Verbundsystems sich ergebende Synergien, die man nützen kann, sich kostendämpfend auswirken - nicht nachteilig auswirkt.

Jetzt haben natürlich Menschen, die sich das sehr genau angesehen haben, in politischen Parteien den Gesetzgeber darauf aufmerksam gemacht, wenn man hier nicht behutsam vorgeht, könnte das gute System Österreichs deshalb in Gefahr geraten, weil es möglicherweise EU-rechtswidrig wäre, oder wenn man den Rechtsbestand dieser EU-Richtlinie eins zu eins übernimmt, dann könnte das gute System in Gefahr sein.

Deshalb hat sich der Landtag auch entschlossen, die Verantwortlichen, die diesen Antrag vorbereitet haben, mit dieser Meinung des Landtages an die Bundesregierung, respektive an den Bundesminister für Kunst, Kultur und Verfassung und Medien, heranzutreten und ihn aufzufordern, dem Nationalrat eine gesetzliche Grundlage vorzulegen, welche den Erhalt des bewährten Österreichischen Rettungsverbundsystems sicherstellt, indem es die Definition von qualifizierten Krankentransportern als Teil des Österreichischen Rettungsverbundsystems beinhaltet und damit sanitätsdienstlich begleitete Personentransporte vom Geltungsbereich des Bundesvergabegesetzes ausnimmt.

Diese Definition hat insbesondere eine Klarstellung zu enthalten, dass die notärztliche Notfallrettung, die nicht notärztliche Notfallrettung, der Sanitätseinsatz, die Ambulanztransporte und die Tätigkeit der Rettungsleitstellen vom Geltungsbereich dieses Bundesvergabegesetzes im § 9 Abs. 1 Z 16 ausgenommen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Gesetz hat der Nationalrat vorbereitet. Bis 3. April gab es die Begutachtungsfrist. Innerhalb der Begutachtungsfrist

sind an den Nationalrat natürlich sehr viele Erinnerungen gekommen, auch jene, die nach der Begutachtungsfrist sind, die heute der Burgenländische Landtag beschließt, werden in die Meinungsbildung mitaufgenommen.

Wir von der ÖVP werden diesem Antrag so, wie ich erläutert habe, gerne zustimmen, und ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, dies dem ÖVP-Klub gleichzutun. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident für die Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Alles gesagt, alles richtig, das meiste zumindest. Es geht um die Vergaberichtlinie 2014, die Frist wäre gewesen, haben wir schon gehört, April 2016. Die Richtlinie gilt nicht, soweit es die Intention der EU betrifft, für Dienstleistungen des Katastrophenschutzes, des Zivilschutzes, der Gefahrenabwehr, sofern sie von gemeinnützigen Vereinigungen oder Organisationen erbracht werden.

Das heißt, in der Richtlinie besteht eine Ausnahme für den Rettungsdienst, für den Einsatz von Krankenwagen, wenn ein Sanitäter mitfährt, für Notärzte, Notarzthubschrauber, Leitstellen und so weiter. Es besteht derzeit keine Ausnahme für die reine Patientenbeförderung.

Wir haben zwar kein Verbundsystem, Herr Präsident, aber so etwas Ähnliches, weil wir die Infrastruktur, die Fahrzeuge und die Ressourcen für diesen gemeinsamen Dienst - eben Rettungsdienst und Krankentransport - auch nutzen, darum bringt das, wie Sie dann richtig schlussgefolgert haben, natürlich Probleme mit sich.

Das Problem ist derzeit, dass diese Bereichsausnahme weder im Gesetz - also im vorliegenden Entwurf -, noch in der Richtlinie genau definiert ist. Das heißt, es könnte bei zu restriktiver Auslegung dieser Ausnahmebestimmungen, dieser Bereichsausnahme, wie es genannt wird, zu Problemen kommen.

Wenn diese genaue Definition jetzt nicht passieren würde, worauf wir uns ja heute im hohen Ausmaß einigen, das weiterzutragen, dann käme es zu einer Kommerzialisierung. Das würde heißen, fehlende Freiwillige, fehlende Ehrenamtliche, das würde heißen, fehlende Zivildiener, das würde heißen, eine Verteuerung natürlich, wenn keine Ehrenamtlichen und Freiwilligen da sind, dann muss man mit Hauptamtlichen weiterbesetzen und nachbesetzen, weil die Qualität und das Vorhandensein wird ja wohl niemand in Frage stellen wollen, das käme dadurch zu einer höheren finanziellen Belastung der Gesellschaft, das ist eben das Ergebnis dann.

Zusätzlich kämen Probleme bei der Katastrophenhilfe dazu, weil ein Charakteristikum der Katastrophenhilfe eben der hohe Personaleinsatz ist, ebenso Probleme bei der Abarbeitung von Großschadensfällen, ebenso wieder mit sehr viel Personaleinsatz verbunden, und es bedeutet auch eine - ganz einfach gesagt - allgemeine Verschlechterung der medizinischen Versorgungssicherheit.

Es ist auch angesprochen worden, dass wir derzeit diese Probleme nicht haben. Wir haben sie nicht, weil wir im Burgenland ein gut funktionierendes Rettungswesen haben - mit dem Roten Kreuz und mit dem Arbeitersamariterbund. Wir haben ein System, wo wir derzeit sehr viele Synergien im Rettungs- und Krankentransportwesen und in der Katastrophenhilfe nutzen können.

Mit dem Rettungseuro haben wir im Burgenland ein System gefunden, wo wir eine gesicherte Finanzierung auf die Beine gestellt haben, der Notarztversorgung und des Rettungsdienstes, und das Betreiben eines Rettungsdienstes, und das würde die Probleme verursachen, das wurde auch schon richtigerweise gesagt, getrennt vom Krankentransportdienst ist schon aus logistischen Gründen bei uns schwer bis gar nicht vorstellbar und nicht möglich.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Vergaberechtsreform 2017 in seiner aktuellen Ausgestaltung ohne die Klarstellungen, was unter die Bereichsausnahme fällt beziehungsweise bei zu restriktiver Auslegung dieser Bereichsausnahmen zu Problemen führen könnte - und das ist eben auch der Sinn dieses Antrages -, dass es hier zu einer Klarstellung, zu einer genauen Definition, zu einer Präzisierung kommt, dass wir dieses System, das wir jetzt so erfolgreich haben, auch weiterbeibehalten können.

Ich darf mich noch abschließend bei allen Ehrenamtlichen, die uns so großartig versorgen, den Freiwilligen vom Roten Kreuz und Arbeitersamariterbund und ebenso bei den Mitarbeitern dieser beiden Organisationen sehr herzlich bedanken. Ich kann Euch sagen, Ihr macht einen großartigen Job!

Wir stimmen dem Antrag zu. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Kommerzialisierung des Rettungswesens ist jetzt eigentlich in der Sache fast alles gesagt worden. Ich möchte im Zusammenhang diese vom Kollegen Strommer angesprochene Verbundsituation - Kranken- plus Rettungsdienste - als wichtigen Bestandteil der österreichischen Struktur des Rettungswesens und Krankentransportwesens anführen und das als solches für uns, so wie es heute alle eigentlich vermittelt haben, als unangreifbar qualifizieren.

Ich möchte aber bei der Gelegenheit eines anführen, ich weiß nicht, ob jedem im Haus bewusst ist, dass es in Tirol vor ungefähr zwei Jahren einen Versuch gegeben hat, der dann schlussendlich auch durchgeführt wurde und nach kurzer Zeit eigentlich zum Scheitern verurteilt war, nämlich den Versuch gegeben hat, über eine Ausschreibung einen deutschen Rettungsdienst zur gesamten Versorgung des Bundeslandes Tirol hereinzuholen.

Dieses Ausschreibungsverfahren, das natürlich vom Preis her dieser deutsche Rettungsdienst gewonnen hat, hat dazu geführt, dass nicht nur der Aufruhr und die Beständigkeit des Rettungswesens im Bundesland Tirol fast ausgehebelt worden ist, sondern es war nach kurzer Zeit und quasi qualifizierter Kritik an diesen Ausschreibungsbedingungen, aber auch an den Durchführungsbestimmungen ein Muss, sich davon zu verabschieden.

Was ich damit sagen will? Es hat sehr wohl schon unter anderen Voraussetzungen, ohne neue gesetzliche Richtlinien, diese Bereitschaft gegeben, die Kommerzialisierung des Rettungswesens quasi einzusetzen, man hat sich aber - und dies nur als Beispiel auch in der Diskussion - nach kurzer Zeit davon getrennt. Daher nehme ich an, so, wie es meine Vorredner gesagt haben, dass niemand auf die Idee kommen sollte und wird, dieses Rettungswesen, das Österreich eigentlich zu einem profunden Land der Versorgung gemacht hat, aus den Angeln zu heben.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Herzlichen Dank allen im Landtag vertretenen Parteien, inklusive dem Abgeordneten, der keiner Partei zugehörig ist. Danke, dass man hier die Einstimmigkeit erleben darf.

Ja, das Rettungswesen ist in Gefahr, und das ist ein „EU-Murks“, wie es so viel „EU-Murks“ gibt. Faktum ist natürlich - und das muss man immer wieder hervorstreichen - und ich halte mich eh ganz kurz, dass, wenn die Rettung sozusagen privatisiert wird, alles schon wieder mit Geld zu tun hat. Das heißt, möchte da jemand bei jeder Rettungsfahrt Geld verdienen. Was macht ein Privater, wenn es eine Katastrophe gibt?

Das heißt, das Rettungswesen ist definitiv in Gefahr, wirklich in Gefahr, wenn dieser „EU-Murks“ auch zur Umsetzung kommt, dann haben wir ein Problem.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass nur diese Organisationen, die im Rettungswesen verankert sind, auch die Möglichkeit haben und natürlich in Verbindung mit der Gemeinnützigkeit auch diese Tätigkeit auszuüben. Es ist wirklich gefährlich, wenn man solche Dinge betrachtet.

Ich bin auch überzeugt davon, wenn es hier zu einer Entscheidung kommen würde, sollte, wo vielleicht sogar sich die EU-Meinung durchsetzen würde, dass man dann auch sogar bis hin zu einer Volksbefragung im Burgenland denken kann, denn das kann man sich natürlich nicht gefallen lassen.

Wir sind stolz auf unser Rotes Kreuz, wir sind stolz auf den Samariterbund, wir sind stolz darauf, dass bei uns alles wirklich tadellos funktioniert, und das lassen wir uns natürlich nicht nehmen.

Deshalb danke ich allen Parteien, dass sie diesem Antrag zustimmen. Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend den Erhalt des Österreichischen Rettungswesens ist somit einstimmig gefasst.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 820) betreffend Schaffung einer stationären Behandlungseinrichtung beziehungsweise eines Betreuungszentrums für suizidgefährdete junge Menschen im Burgenland (Zahl 21 - 578) (Beilage 891)

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun den Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger um die Berichterstattung zum 8.Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 820, betreffend Schaffung einer stationären

Behandlungseinrichtung beziehungsweise eines Betreuungszentrums für suizidgefährdete junge Menschen im Burgenland, Zahl 21 - 578, Beilage 891.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Manfred Haidinger: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Schaffung einer stationären Behandlungseinrichtung beziehungsweise eines Betreuungszentrums für suizidgefährdete junge Menschen im Burgenland in ihrer 19. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 19. April 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt und stellte nach meinem Bericht einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Schaffung einer stationären Behandlungseinrichtung beziehungsweise eines Betreuungszentrums für suizidgefährdete junge Menschen im Burgenland unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Tagesordnungspunkt 8, ich glaube, ein sehr ernstes und heikles Thema, die Schaffung einer stationären Behandlungseinrichtung beziehungsweise eines Betreuungszentrums für suizidgefährdete junge Menschen im Burgenland.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, keine Todesart löst so viel Betroffenheit aus und stellt für die Angehörigen sowie das weitere Umfeld eine große Belastung dar wie die Selbsttötung. Ich denke, jeder von uns war schon einmal in seinem Freundes- oder Bekanntenkreis mit einer dieser Situationen konfrontiert. Im Jahr 2015 starben in Österreich 1.251 Personen durch Suizid. Das bedeutet, dass die Zahl der Suizidtoten mehr als dreimal so hoch ist, wie beispielsweise jene der Verkehrstoten, das waren im Vergleichszeitraum 475.

Seit den 80er Jahren ist zwar ein deutlicher Rückgang der Suizidhäufigkeit zu beobachten, aber mit Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 1908 verlangsamte sich dieser Rückgang jedoch deutlich und der Wert bis heute ist nahezu gleich geblieben - konstant.

Fakt ist, dass zu Suizidversuchen keine zuverlässlichen Zahlen vorliegen, da sie oft nicht als solche erkannt beziehungsweise dokumentiert werden und natürlich auch nicht zwingend zu einem Kontakt mit dem Gesundheitssystem führen. Internationale Studien gehen jedoch davon aus, dass Suizidversuche, die Zahl der tatsächlichen durch Suizid verstorbenen Personen um das Zehn- bis das Dreißigfache übertreffen.

Der Suizid gilt weltweit als eine der häufigsten Todesursachen. Jedes Jahr stirbt etwa eine Million Menschen an Suizid. Das Risiko für die Entstehung von Suizidgedanken steigt während der Adoleszenz, das heißt, im Übergangszeitraum von der späten Kindheit, über die Pubertät, bis hin zum vollen Erwachsensein an und stabilisiert sich erst im mittleren Lebensabschnitt.

Die häufigste Todesursache bei Kindern ist im Regelfall der Unfall. In jungen Altersgruppen folgt dann aber schon der Suizid als zweite Todesursache. Die Häufigkeit von Suizidversuchen erreicht einen Höhepunkt im Alter zwischen 14 und 24 Jahren. In diesem Lebensabschnitt werden die Prävalenzraten, die Krankheitshäufigkeit, für Suizidversuche länderübergreifend mit drei bis neun Prozent angegeben. Die Prävalenz für suizidale Absicht liegt sogar bei 20 bis 25 Prozent, das heißt, etwa jeder fünfte Jugendliche hat schon Selbstmordgedanken gehabt. Aufklärung ist ein zentraler Punkt, um Selbstmorde zu verhindern. Suizidalität ist nämlich kein statischer Zustand, sondern entwickelt sich oft über längere Zeit. Die Betroffenen pendeln dabei zwischen am Leben bleiben wollen und einem extremen Todeswunsch. Wird der Prozess rechtzeitig aber erkannt, ist die Behandlungschance relativ hoch.

Obwohl der Suizid im Kindes- und Jugendalter zu den häufigsten Todesursachen zählt, gibt es anders als in vielen anderen Bundesländern, im Burgenland derzeit leider keine einzige Einrichtung für Jugendliche, die einen Suizidversuch überlebt haben. Zur Behandlung müssen hier Jugendliche in andere Bundesländer ausweichen.

Das Bündnis Liste Burgenland hat sich sehr wohl etwas gedacht, wie wir diesen Antrag eingebracht und formuliert haben. Dass dieser Antrag von SPÖ und ÖVP abgeändert wird und es anstatt zu einer Errichtung eines Zentrums für suizidgefährdete junge Burgenländer nur zu einer Prüfung betreffend Zusammenarbeit mit den benachbarten Bundesländern kommt, halten wir eher für wenig verantwortlich.

Die verantwortlichen Politiker sollten sich einmal in die Lage versetzen, wie es den betroffenen Eltern und den Geschwistern von suizidgefährdeten Jugendlichen eigentlich geht, wenn es keine stationäre Einrichtung im Burgenland gibt und die Eltern nach Hinterbrühl oder nach Graz auspendeln müssen. Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns in unserem wirklich sehr schönen und sehr lebenswerten Burgenland sieben Bezirkshauptmannschaften leisten können, muss es auch möglich sein, für so einen betroffenen Personenkreis Unterstützung im eigenen Land zur Verfügung zu stellen. *(Beifall bei der LBL)*

Das Bündnis Liste Burgenland ist daher der Meinung, dass für suizidgefährdete Jugendliche ein geeignetes Behandlungszentrum im Burgenland dringend notwendig ist, um dort eine fachärztliche, sozialpädagogische und psychotherapeutische Hilfe auch in Anspruch nehmen zu können. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Die LBL hat hier auf ein ganz wichtiges Problem hingewiesen. Kollege Hutter hat auch schon einiges inhaltlich dazu gesagt, da werde ich mich jetzt kürzer fassen.

Die Frage ist, ob die Antwort auf dieses Problem tatsächlich eine stationäre Einrichtung ist, bei dem - gerade sozusagen - wie wir auch im Burgenland regional aufgestellt sind und der Form des Burgenlandes. Daher halten wir die Weiterentwicklung im Abänderungsantrag für durchaus tauglich, wo es dann darum geht, ein Konzept zur

Weiterentwicklung der psychosozialen Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Burgenland zu stellen - das ist wichtig - und die Einrichtung von gegebenenfalls zu schaffenden Strukturen für suizidgefährdete Jugendliche sowie die Zusammenarbeit mit benachbarten Bundesländern zu prüfen.

Das ist in der Tat ein bisschen weniger verbindlich als das, was Sie wollten, aber es ist von der Aufstellung her etwas breiter. Ich kenne aus dem - von Ihnen, Kollege Kölly, angesprochenen - früheren Beruf, die Szene recht gut. Das ist schon gut, wenn man sich hier etwas breiter aufstellt und ein breiteres Konzept entwickelt.

Der Abänderungsantrag kann unterstützt werden, denn es bedarf in der Tat dieser Weiterentwicklung. Suizidgefährdung hat sehr viele Ursachen. Die individuelle psychische Konstitution von Kindern und Jugendlichen spielt eine Rolle, familiäre Beziehungsmuster und auch das soziale Umfeld, besondere Lebensereignisse sowie die gesellschaftliche Sozialisation, sie wirken zusammen und ineinander.

Kinder und Jugendliche, die in eine emotionale Situation gelangen, für deren Verarbeitung ihnen die Fähigkeit fehlt, und die in ihrem Beziehungsumfeld in der Familie, aber auch im Freundeskreis nicht die nötige Unterstützung finden, sind in besonderem Maße gefährdet. Suizidwünsche sind oft von außen nicht erkennbar. Das wurde vorher angesprochen. Sie haben eine lange Geschichte an leidvollen psychischen Erfahrungen und emotionalen Erfahrungen hinter sich. Daher muss bereits der Prävention besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Da geht es dabei, dass Eltern unterstützt werden, wenn sie in belastenden Situationen sind. Da geht es um Begleitung von Pädagoginnen und Pädagogen im Kindergarten und Schule, die mit Kindern und Jugendlichen in belastenden Lebenssituationen zu tun haben.

Gerade die Schule wirkt leider immer wieder als zusätzlicher Stressfaktor, weil Lehrende nicht adäquat auf solche Art belastete Schülerinnen oder Schüler eingehen können oder eingehen. Oft fehlt es auch an der Struktur. Es bräuchte bereits erste Präventionsmaßnahmen in der Schule, aber da werden Pädagoginnen und Pädagogen meist allein gelassen. Das nötige Fachpersonal ist dafür auch gar nicht vorgesehen.

Zum Dritten braucht es einen Zugang zu Beratungsstellen für Eltern und Jugendliche, und zwar einen sehr niederschwelligen Zugang. Die Stellen selbst müssen von dem Finanzdruck, unter dem sie oft stehen, entlastet werden. Es braucht auch eine kritische Reflexion der Berichterstattung, der medialen Auseinandersetzung über Suizide, weil diese ja nachweislich auch wiederum Nachahmungstäter/Innen finden beziehungsweise die Schwelle herabsetzen, in der Menschen bereit sind, sich mit Suizid auseinanderzusetzen.

Große Bedeutung hat aber auch das gesellschaftliche Klima, in dem die gefährdeten Kinder und Jugendlichen aufwachsen, denn wenn sie von Menschen umgeben sind, die selbst das Gefühl haben, mit den Anforderungen des Lebens nicht zurande zu kommen, finden diese Kinder und Jugendlichen in belastenden Situationen keinen Halt in ihren Beziehungen rundherum.

Wenn Menschen das Gefühl haben, in einer bedrohlichen Welt zu leben und Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg haben, dann fühlen sie sich schneller in einer emotionalen Sackgasse ohne Ausweg.

Das ist auch maßgeblich davon beeinflusst, was Menschen von dieser Welt erzählt wird. Wie sehr wird ihnen von Aussichtslosigkeiten erzählt, davon, dass heute alles schlimmer wäre als früher. Dabei ist es das eigentlich gar nicht.

Statistisch gesehen geht es uns gesellschaftlich in Österreich so gut wie noch nie in der Geschichte. Auch der Herr Landeshauptmann lässt keine Gelegenheit aus, uns zu erklären, wie großartig sich das Burgenland in den letzten 20 Jahren, also seit dem EU-Betritt, entwickelt hat. Die Sicherheitslage im Burgenland ist auf einem stetig hohen Level. Wir haben weniger Gewalttaten, weniger Einbrüche, weniger konkrete Bedrohung als früher. Krieg, Terror, Hunger war historisch noch nie auf einem so niedrigen Niveau wie in der heutigen Zeit.

Trotzdem haben immer mehr Leute das Gefühl, in einer Welt zu leben, die keine Aussicht auf Besserung hat, die viele Sackgassen bietet. Ich kann mich noch gut an meine Jugendzeit erinnern, in der terroristische Akte Österreich erschütterten. Der Überfall auf die OPEC mit dem Kidnapping von elf Erdölministern im Dezember 1975. Zwei Jahre davor war ein Zug mit jüdischen Auswanderern aus der Sowjetunion in Marchegg von einem Palästinenser-Kommando gekapert worden. Zwei Monate davor erschossen Terroristen in Wien den türkischen Botschafter. Das war in den 70er Jahren.

Anfang der 80er Jahre, 1981 wird der Wiener SPÖ-Stadtrat und Präsident der österreichische-israelischen Gesellschaft Heinz Nittel in seinem Auto von Mitgliedern der palästinensischen Terrororganisation Abu-Nidal erschossen. Im selben Jahr werden jüdische Gläubige vor der Synagoge in Wien, Innere Stadt, mit Handgranaten und Maschinenpistolen von Attentätern angegriffen - in Österreich alles.

Ich kann mich noch gut an den Terroranschlag am Wiener Flughafen zu Weihnachten 1985 erinnern. Vier Menschen starben, 38 wurden verletzt. In diesen Jahren gab es in Europa viele Attentate. Am 3. Dezember 1993 beginnt die bisher folgenschwerste innenpolitisch motivierte Terrorwelle in der Zweiten Republik. In den 1990er Jahren.

Ein rechtsradikaler Steirer, Franz Fuchs, tötet und verletzt Menschen durch selbstgebastelte Briefbomben. Zu den Opfern zählen die Moderatorin Silvana Meixner, Redakteurin der Sendung „Heimat, fremde Heimat“, viele von uns kennen sie. Der Hartberger Flüchtlingspfarrer August Janisch, der damalige Wiener Bürgermeister Helmut Zilk, und am 24. August 1994 reißt eine Rohrbombe in Klagenfurt dem Polizisten Theo Kelz beide Arme weg. Am 4. Februar 1995 tötet eine Rohrbombe in Oberwart vier Roma. Josef Simon, Peter Sarközi, Karl Horvath und Erwin Horvath sind burgenländische Opfer eines österreichischen Attentäters in den 1990er Jahren.

Linksradikale Attentäter sterben selbst bei einem von ihnen verübten Anschlag, als sie einen Strommasten in der niederösterreichischen Gemeinde Ebergassing sprengen wollen. Und 2009 verüben fundamentalistische Anhänger der Sikh-Religion einen Anschlag auf einen Tempel in Wien.

Warum ich das hier aufzähle, ist, um uns daran zu erinnern, in welch‘ unsicheren Zeiten wir gelebt haben und dass wir in einer Zeit leben, die so sicher ist in Österreich, wie in vielen früheren Jahren gar nicht. Trotzdem ist es so, dass laut Umfragen die Menschen heute mehr um ihre Sicherheit als in jenen Zeiten fürchten, in der tatsächlich viele Anschläge in Österreich verübt wurden und die Sicherheit tatsächlich viel mehr gefährdet war.

Das Gefühl der Unsicherheit und der Ausweglosigkeit, die dann oft auch zu Gedanken des Suizid führt, hängt also weniger mit Fakten zusammen als mit Geschichten, die medial transportiert und Bedrohungsszenarien ausgeschmückt werden.

Auch die individuellen Rechte wurden in den letzten 20, 30, 40 Jahren ausgebaut. Ich hoffe sehr, dass die Bundesregierung zur Besinnung kommt und diese nicht wieder

einschränkt, wie aktuell durch einen Nationalratsbeschluss zur Beschränkungen des Versammlungsrechts. Wir haben also mehr Demokratie, mehr Frauenrechte, mehr Wohlstand, mehr gesellschaftliche Teilhabe, aber das schlägt sich nicht im Lebensgefühl der Menschen nieder.

Dafür, dass es so ist, dieses Lebensgefühl, das immer mehr Menschen in eine Ausweglosigkeit hineindrängt, trägt auch die Politik Verantwortung. Politische Akteure, die nicht müde werden, medial miese Stimmungen zu verbreiten, permanent Bedrohungsszenarien entwerfen und eine Stimmung der Herabwürdigung einzelner Bevölkerungsteile forcieren, tragen Mitverantwortung dafür, dass sich Menschen zunehmend hilflos und dem Leben ausgeliefert fühlen.

Auch darüber müssen wir nachdenken, wenn wir von suizidgefährdeten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sprechen. Dafür hat jede und jeder von uns Verantwortung. Zeigen wir den Jugendlichen die Chancen auf, die unser modernes Leben bietet und gaukeln wir ihnen nicht den Untergang des Abendlandes vor! Gerade suizidgefährdete Kinder, Jugendliche und Erwachsene brauchen das Gefühl, in einer sicheren, gestaltbaren Welt zu leben.

Geben wir ihnen dieses Gefühl! Schauen wir, dass da etwas im Burgenland weitergeht! Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnete Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist mit Sicherheit ein ganz wichtiges Thema, weil sicher jeder im näheren Umfeld mit solchen Dingen schon befasst oder solche Dinge miterlebt hat und welche Gefühle dann innerlich hochsteigen.

Deswegen möchte ich zu allererst allen Betroffenen sagen, die vielleicht die Landtagssitzung via Internet mitverfolgen, dass psychische Erkrankungen und Depressionen keine Schande sind. Leider ist es halt so, dass diese Erkrankungen aber viel zu oft als Schande angesehen werden. Man schämt sich und somit unternimmt man auch nichts dagegen und allzu oft endet es im Suizid.

Leider sind Suizid und Suizidversuche und auch Depressionen in der Gesellschaft noch große Tabuthemen. Wie groß diese Problematik ist, zeigt eine Gegenüberstellung zwischen Suizide in Österreich und Verkehrstote in Österreich. Es ist eine erschreckende Zahl.

Während zum Beispiel im Verkehrssicherheitsbereich mit Bewusstseinsbildung die Opferbilanz gesenkt werden konnte, wird das Thema Suizid und psychische Erkrankungen eher niedergeschwiegen. Im Gegensatz zu körperlichen Problemen, die man sieht, ist es natürlich schwierig, suizidgefährdete Menschen, wo oft schwere Depressionen vorausgehen, zu helfen. Menschen mit Suizidversuchen schämen sich oft und suchen deshalb auch keine Hilfe auf. Dabei wäre eine unaufgeregte Aufklärung der Bevölkerung dringend notwendig.

Da Selbstmord für die Medien angesichts dieser hohen Zahlen keine Sensation mehr ist, wird kaum in der Medienlandschaft darüber berichtet. Dabei wären sachliche Berichte für die Menschen mit psychischen Problemen sowie für die Angehörigen extrem hilfreich, denn neben zirka 42.000 Suiziden in Österreich gibt es jährlich rund 25.000 Suizidversuche. Die Zahl ist zwar in den letzten Jahren doch zurückgegangen, dennoch

ist die Zahl aber viel, viel zu hoch. Deshalb gehört vor allem Jenen Hilfe angeboten, die sich schon - wie vorher erwähnt wurde - im frühen Alter mit Gedanken und Phantasien, mit der Möglichkeit der Selbsttötung befassen.

Bei Suizidversuchen spielen natürlich viele Gründe und ausgeprägte Zusammenhänge mit. Auch hier wurden schon einige Beispiele aufgezählt. Depressive Erkrankungen, Alkohol, Drogen und Medikamentenmissbrauch, unheilbare Krankheiten, Sozialaspekte, um einige Dinge auch aufzuzählen. In all diesen Fällen ist professionelle Hilfe und die Behandlung der Grundkrankheit unerlässlich und das Grundwesentliche.

Deshalb ist es wichtig, dass es professionelle Hilfseinrichtungen gibt und zur Verfügung stehen. Deshalb ist auch die Zahl der Selbstmorde in den letzten Jahren doch zurückgegangen. Gleichzeitig ist natürlich weiter wichtig, die Aufklärung, dass die Menschen auch die Bereitschaft haben, diese Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen, damit ihnen auch geholfen werden kann.

2013 wurde in Österreich eine breitangelegte Präventionsstrategie namens SUPRA - Suizidprävention Austria - etabliert. Ziel von SUPRA ist es, alle Personen sowie Organisationen, die im Bereich der Suizidprävention tätig sind, zu vernetzen, vorhandene Ressourcen zu bündeln und gemeinsam Projekte umzusetzen. Neu ist auch die E-Mail-Beratung, weil viele Menschen, die Face-to-Face-Kontakte scheuen, und somit ist auch hier eine wichtige Ergänzung geschehen.

Es gibt dazu verschiedene Einrichtungen, die in diesem Bereich hervorragende Leistungen zum Wohle der hilfsbedürftigen Menschen erbringen. Auch im Burgenland gibt es hier zwei sehr hilfreiche Zentren in Oberwart und Eisenstadt.

Der Psychosoziale Dienst Burgenland ist eine Beratungs-, Behandlungs- und Betreuungseinrichtung für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Problemen und deren Angehörige sowie für Menschen in Lebenskrisen. Hier wird eine umfassende flächendeckende Betreuungsarbeit ermöglicht.

Mit den benachbarten Bundesländern - wie schon erwähnt - Steiermark und Niederösterreich kooperiert man bei hoch akuten Fällen von Suizidgefährdungen im Kindes- und Jugendalter mit den stationären Einrichtungen sehr gut, wobei die geographische Erreichbarkeit durchaus zumutbar ist. So finde ich, für wesentlich unwichtigere Dinge werden oft längere Wege in Kauf genommen.

Es ist dann aber natürlich die Weiterentwicklung der psychischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Burgenland weiter wichtig. Somit wird eben die Landesregierung aufgefordert, ein dementsprechendes Gesamtkonzept zu erstellen, was noch zusätzlich benötigt wird.

Wir werden dem Antrag gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde schon viel gesagt, aber ich möchte mich da auch nicht lang ausbreiten. Der hohe Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Suizidgedanken beziehungsweise bei den Suiziden ist erschreckend und zeigt, wie dringend der Handlungsbedarf ist. Gerade die Zeitspanne vom Kind zum Erwachsenen ist

eine empfindliche Phase, die durch Entwicklungsanforderungen, Veränderungen und Krisen geprägt ist.

Im Hinblick auf die Suizidgefahr werden viele mögliche Gründe genannt: Biologische Ursachen, die persönliche Entwicklung eines Menschen, belastende Lebensereignisse, das soziale Umfeld sowie psychische Grunderkrankungen, Depressionen. Oft fehlt die Fähigkeit zur Verarbeitung von Problemen oder die entsprechende Unterstützung in der Familie.

In der Regel reagieren zu Suizid neigende Jugendliche auf Probleme entweder impulsiv, aggressiv oder sie ziehen sich zurück und flüchten sich in Fantasien und Grübeleien. Häufig sind die betroffenen Kinder sozial weniger akzeptiert, fühlen sich einsamer, hoffnungsloser und haben ein geringes Selbstwertgefühl. Hier braucht es ein aufmerksames Umfeld, um diese Anzeichen wahrzunehmen.

Auch Präventionsarbeit spielt eine wichtige Rolle und kann die Suizidgefahr unter Jugendlichen signifikant senken. Präventionsarbeit ist vor allem in Schulen wichtig, denn auch eine permanente schulische Überforderung kann Jugendliche in schwere Krisen führen.

Die Zahlen zeigen - wurde heute schon genannt -, der Bedarf an Hilfestellungen beziehungsweise psychosozialer Betreuung wächst. Wenn Jugendliche bereits frühzeitig in Ausnahmesituationen Hilfe erfahren, kann akuten Problemfällen entgegengewirkt und die Suizidgefahr signifikant gesenkt werden.

Im Burgenland haben wir - Kollege Wiesler hat es schon erwähnt - mit dem Psychosozialen Dienst erste wichtige Anlaufstellen, und es wird hier auch sehr gute Arbeit geleistet. An dieser Stelle auch einen herzlichen Dank an diese Mitarbeiter. Diese Stellen sind aber extrem ausgelastet und in vielen Fällen ist mit längeren Wartezeiten zu rechnen.

In Rust gibt es ein Heilpädagogisches Zentrum, hier werden Kinder und Jugendliche aufgenommen und behandelt, die verschiedene psychische Probleme oder Erkrankungen, Verhaltensauffälligkeiten, Entwicklungsstörungen oder schulassoziierte Störungen haben. Nicht aufgenommen werden Kinder und Jugendliche mit komplexen Behinderungen, ausgeprägten Essstörungen, psychotischen Störungsbildern oder akuter Suizidgefahr.

Hier fehlen im stationären Bereich die entsprechende Infrastruktur und das entsprechende Personal. Kinder und Jugendliche werden bei Bedarf beziehungsweise in Akutsituationen in die stationären Einrichtungen nach Hinterbrühl und Graz überwiesen, wurde auch schon erwähnt, aber auch hier muss man sagen, dass die Bettenkapazität zunehmend ein Problem wird.

Ich glaube, da sind wir uns einig, Vorredner haben das auch so gesehen, es müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um unsere Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung und vor allem in Problemsituationen zu unterstützen. Der Lebensweg von Kindern und Jugendlichen darf nicht daran scheitern, dass hier am falschen Platz gespart wird.

Wir brauchen ein funktionierendes System mit ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten im extramuralen und im stationären Bereich, das für alle leistbar und leicht zugänglich ist.

Wir werden diesem Antrag gerne zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Im Tagesordnungspunkt 8 der heutigen 24. Landtagssitzung des Burgenländischen Landtages wird meiner Meinung nach ein sehr hochsensibles, gesellschaftspolitisches Themenfeld behandelt, nämlich die Zielgruppe der suizidgefährdeten Kinder und Jugendlichen im Burgenland.

Am Welt-Suizid-Präventionstag 2016, der jährlich von der WHO am 10. September fixiert worden ist, wurde für das Jahr 2015 der heute bereits erwähnte Wert von 1.251 Suizidfällen in Österreich festgestellt und dokumentiert. Dabei wurden nicht die Suizidversuche berücksichtigt, die ein Höchstausmaß von 38.000 erreichen würden.

Bedauerlicherweise ist gerade die Anzahl der Suizidfälle im Kindes- und Jugendalter irrsinnig hoch. Das ist der Zeitraum oder Lebensabschnitt vom 14. bis zum 24. Lebensjahr. Neben dem Verkehrsunfall zählt dabei der Suizid als zweitstärkste oder -häufigste Todesursache.

Jede und jeder fünfte Jugendliche hat Suizidgedanken. Insgesamt spricht man von einer Prävalenz von 20 bis 25 Prozent, wenn es um suizidale Absichten von Kindern und Jugendlichen geht.

Erschreckend war für mich die Recherche in einem OECD-Bericht, wo ich feststellen konnte, dass Österreich bei den 15- bis 19-Jährigen nach Neuseeland, Finnland, Norwegen, Kanada und Irland bereits an der sechsten Stelle bei der Häufigkeit der Suizidfälle steht.

Wenn man die Experten, wie zum Beispiel Professor Kapusta anhört, erkennt man, dass eigentlich die Suizidfälle einhergehen mit den psychischen Erkrankungen und dass damit auch, mit diesen Erkrankungen, das Suizidrisiko erhöht wird. Außerdem - das wurde bereits heute erwähnt - sind es die akuten Belastungssituationen, gerade im Schulbereich, aber auch bei Partnerschaftskonflikten, in der Familie und auch im Beruf, die eine Erhöhung des Suizidrisikos bewirken.

Noch nicht erwähnt wurde heute ein Umstand, der mir in den letzten Monaten selbst zuteil geworden ist, dass auch über Internet, über diese Plattform, mittlerweile Suizidpakte zwischen Personen, die sich im Internet treffen, häufiger werden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Burgenland zumindest auf Grund von Daten des PSD von zirka 340 psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen auszugehen. Man spricht von einer Sozialität von zirka ein bis drei Suiziden und zirka zehn bis 30 dokumentierten Selbstmordversuchen in unserem Bundesland. Damit liegen wir nach Statistik Austria aber noch unter dem Österreichschnitt. Dabei ist die häufigste Methode der Suizidbegehung die Medikamentenintoxikation.

Für viele gilt Folgendes: Überall dort, wo die psychosoziale Versorgung in angemessener, aber auch breiter Form - so, wie es auch von Kollegin Petrik heute angeführt worden ist - stattfindet, ergibt sich zwangsläufig eine Rückläufigkeit von Suiziden und Suizidversuchen.

Deshalb ist unsere Intention dahin gelegen, eine Weiterentwicklung der psychosozialen Versorgung, Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Burgenland zu erreichen. Dabei zählt in erster Linie die Primärprävention.

Was bedeutet Primärprävention? Kollege Rosner hat das angeführt, mit Aufklärung in den Schulen. Aber nicht nur die Schüler sollen aufgeklärt werden, sondern das Lehrpersonal, die Behörden und in weiterer Folge auch die Eltern. Das wäre der

wichtigste Schritt, weil sich nämlich mittlerweile jedes zweite Schulkind gemobbt fühlt. Cybermobbing und Mobbing in gleicher Art und Weise!

Als zweiter Schritt ist die Kinder- und Jugendpsychiatrie, die wir heute auch bereits erwähnt haben, für hilfesuchende Kinder und Jugendliche nach dieser Aufklärung eine wichtige Andockstation. Die Fragen, wo bekomme ich Hilfe, wohin kann ich mich wenden, sind wesentliche essentielle Aufgaben der Prävention und werden durch diese Kinder- und Jugendhilfe gewährleistet.

Nach der Primärprävention ist für mich der zweite Schritt die Sekundarprävention, und da geht es darum, dass wirklich diese Depressionen und Krisen von Kindern und Jugendlichen erkannt werden, aber auch professionelle Diagnostik und Behandlung von diesen erkrankten Personen unumgänglich ist.

Wir haben im Burgenland eine gute Grundstruktur, wenn es um die extramurale Betreuung suizidgefährdeter Kinder und Jugendlicher geht. Wir haben, ich möchte es nicht weiter ausholen, das PSD - den Psychosozialen Dienst einerseits im Norden und auch im Süden - und dabei haben wir wirklich auch eine Verbindung und Kooperation mit fachspezifischen Einrichtungen.

Ich behaupte, wir sind keinesfalls bei dieser Zielgruppe am Ende angelangt, aber wir brauchen auf Grund der Grundstrukturen, die wir besitzen, ein Konzept, damit wir das weiterentwickeln und auch die zukünftige psychosoziale Betreuung angemessen und breit steuern können.

Bei der Vorbereitung zu dieser Rede habe ich selbst mit der Leiterin des PSD Oberwart gesprochen, und sie hat mir mitgeteilt, dass gerade in Oberwart, das seit 2013 besteht, Eisenstadt war mit 2007 schon beginnend, insgesamt seit 2013 1.176 Patienten oder Klienten vorgesprochen haben. Jährlich wird von 278 Neuzugängen gesprochen.

Ich finde, von dieser Zahl betrachtet ist es deshalb auch wichtig, diese Grundstrukturen, die wir durchaus besitzen, und das sagt sie auch und bejaht sie auch, dass wir zukünftig auch schauen, dass paktfähige Klienten geeignete Anlaufstellen im Süden und Norden auch finden und dass wir dieses Konzept, das wir haben, auch ausbauen.

Heute wurden bereits auch die hochakuten Fälle der Suizidgefährdung angesprochen. Dabei ist natürlich bekannt, dass gerade mit der Steiermark und mit Niederösterreich diese Kooperationspartner bestehen. Auch dabei konnte ich nach Rücksprache mit den verantwortlichen Psychiatern des PSD erkennen, dass sich eigentlich diese Kooperationsvereinbarung etabliert hat. *(Abg. Manfred Kölly: Das Stimmt ja nicht. Das ist falsch.)* Diese Etablierung zeigt sich darin, dass rund 100 Jugendliche in Graz und Hinterbrühl stationär betreut werden.

Ich glaube deshalb, dass nicht der Hintergrund darin gelegen sein kann - ich bin zwar dankbar für den Antrag, den Ihr gestellt habt -, aber ich glaube schon, dass nicht im intramuralen Bereich das Problem besteht, sondern dass sehr wohl die Thematik besteht, dass wir sehr breit und angemessen die Betreuung sowohl im extra-, als auch im intramuralen Bereich stellen müssen. Ich bin aber der Meinung - und da sind wir gleich -, dass wir nicht ein Behandlungszentrum brauchen, sondern dass es teilstationäre Einrichtungen in den Strukturen geben soll.

Wenn man zum Beispiel die große Anzahl der Essensstörungen innerhalb der Kinder und Jugendlichen betrachtet, wäre es wichtig, auch in diesem Bereich anzudenken. Ich weiß auch, dass Strukturen in dieser Richtung angedacht werden, und

es ist deshalb auch gerade bei diesen teilstationären und auch tagesklinischen Einrichtungen eine Notwendigkeit, die Strukturen zu evaluieren und zu überdenken.

Ich glaube auch, dass die Idee einer Kinder-Reha-Einrichtung - so wie auch in anderen Bundesländern - durchaus anzustreben ist.

Meine Fraktion wird jedenfalls bei diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Themenfeld darauf trachten, dass im Sinne einer Bedarfsentwicklung das Konzept der psychosozialen Betreuung, insbesondere im Bereich der Prävention und Aufklärung, evaluiert und bearbeitet wird.

Wir wollen neue Strukturen, vor allem für diese Gruppe 15- bis 19-Jährige, wo extrem hohes Potential besteht, für Suizidgefährdung finden, und wir wollen vor allem auch diese Kooperationsvereinbarung mit den Bundesländern Steiermark und Niederösterreich evaluieren, um wirklich dann eine Vorgehensweise zu erzielen, wo entsprechende Adaptierungen auch angedacht werden können.

Für mich persönlich ist die primäre und sekundäre Prävention aber das Wichtigste. Das rechtzeitige Erkennen und Einschätzen einer Suizidgefahr im Kinder- und Jugendbereich ist, glaube ich, der wichtigste Punkt. Deshalb bedarf es nicht nur dieser medizinischen und psychosozialen Anlaufstellen, wie zum Beispiel dem PSD, sondern überwiegend der Aufklärung in den Schulen und diversen Einrichtungen.

Unter dem Motto: „Kinder sind der Schlüssel zum Herzen der Eltern“, bin ich der Meinung, dass es sowohl der Gesellschaft, als auch uns politisch Verantwortlichen jedenfalls ein großes Anliegen sein muss, dieser Zielgruppe der suizidgefährdeten Kinder- und Jugendlichen entsprechend unter die Arme zu greifen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, ein ganz ein wichtiger Antrag, der wieder einmal abgeändert wird und wieder einmal nicht an sich selber, oder an die Familien gedacht wird, die tatsächlich mit diesen Möglichkeiten konfrontiert wurden.

Hören Sie sich das an, oder schauen Sie sich das an, Herr Landesrat Darabos, diese Personen, diese Familien waren bei mir und haben klargestellt, die waren auch schon bei Ihnen, Sie haben nichts getan.

Sie lassen sogar die Medien warten um einen Rückruf und, und, und. Das müssen Sie zugeben, auch die „Kronen Zeitung“, der Herr Kramer, hat Sie nicht einmal angerufen wegen diesen Angelegenheiten! Sie rufen einfach gar nicht zurück, weil Sie das nicht interessiert. Das wäre Ihre Aufgabe, genau diesen Weg zu gehen, um hier Hilfestellung zu geben.

Ich weiß schon, dass das Land finanzielle Probleme hat, weil man wieder etwas Neues aufmachen will, aber was ist uns das wert im Land? Darf uns das nichts wert sein? Wir versenken Millionen! In Lutzmannsburg wissen wir noch immer nicht wo die drei Millionen Euro hingekommen sind, und, und, und.

Hier geht man her und ändert wieder das ab. Ich bin dankbar für jeden Redner, der sich für das interessiert und auch seinen Beitrag geleistet hat. Aber noch einmal, Herr

Kollege, ich denke, Sie wissen ganz genau wo wir hinwollen, nur Sie wissen auch ganz genau, dass das auch nur mit finanziellen Mitteln zu schaffen ist.

Da müssen wir uns dementsprechend auch mit diesen Möglichkeiten auseinandersetzen und klar sagen, schaffen wir es oder schaffen wir es nicht? Aber nicht zu sagen, in der Hinterbrühl funktioniert es und in der Steiermark, stimmt so nicht. Erkundigen Sie sich ganz genau, fragen Sie den Herrn Landesrat, der der Familie kein Wort darauf gegeben hat, diesen Leuten keinen, aber nicht einmal einen Rückruf vergönnt hat.

Herr Landesrat, ich sage Ihnen jetzt klipp und klar etwas. Ich lobe Sie sehr oft, aber in diesem Fall haben Sie total versagt, weil das ist, meiner Meinung, letztklassig, wenn man einen Abänderungsantrag so formuliert, wie der formuliert ist.

Unser Antrag hat gelautet: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert entsprechende Schritte zu setzen und Maßnahmen einzuleiten um für suizidgefährdete Jugendliche ein geeignetes Behandlungszentrum im Burgenland zu schaffen, oder ins Auge zu fassen, um dort eine fachärztliche sozialpädagogische und psychotherapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Was macht Ihr? Wieder einmal? Rot und Blau? Das wundert mich immer wieder bei den Blauen, das tut mir so weh, weil es das ja nicht sein kann.

Habt Ihr Euer soziales Herz irgendwo liegen lassen? Das ist ja nicht normal. Ja, dafür sage ich ja, mein Herz ist noch immer im Sozialbereich und auch bei den Leuten draußen.

Wenn ich mir diesen Abänderungsantrag anschaue: Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Weiterentwicklung der psychologischen Betreuung von Kinder und Jugendlichen im Burgenland zu erarbeiten.

Ein Konzept! Wissen Sie, wie viele Konzepte wir schon machen? Ständig machen wir nur Konzepte! Herauskommen tut nichts, außer nach drei, vier Jahren in einem Rechnungshofbericht, dass wir dort einen Pallawatsch zusammendrehen und dort Blödheiten gemacht hat, entschuldigt den Ausdruck, aber das ist leider so.

Dann hat man nicht einmal einen Cent über für so eine Betreuungseinrichtung. Da hat der Herr Kollege ja vollkommen Recht, der Herr Drobits, vielleicht könnte man doch in diversen Krankenhäusern, wo wir eine Standortgarantie abgegeben haben, eine Standortgarantie dort Einrichtungen zu schaffen. Habt Ihr an das schon einmal gedacht?

Niemand denkt an das, weil Ihnen das völlig egal ist. Ich werde das solange trommeln, dass das klar ist. Ihr Sozialdemokraten, wo immer Ihr Euch hinauslehnt, wo Ihr sagt wie sozial Ihr seid und für die Gesundheit und, und, und.

Keine einzige Antwort hat diese Familie bekommen vom Herrn zuständigen Landesrat, das tut mir im Herzen weh, weil das hätte ich ihm nicht zugetraut. Denn ich hätte wenigstens wen hingeschickt und hätte gesagt, kommt her, wir unterhalten uns. Es wird jetzt eine Arbeitsgruppe eingerichtet, das sage ich jetzt auch gleich, und wenn ich es seitens der Gemeinde oder als Privater unterstütze.

Weil ich finde das nicht in Ordnung, dass man so etwas ablehnt. Das hätte uns bei weitem nicht das gekostet, was wir jährlich versenken in diesem Land. Das tut mir wirklich leid. Alleine schon das, wenn ich den Schnedl entlasse, der kostet uns wahrscheinlich ein paar 100.000 Euro und der Dopler und alle wie sie sind, die kosten uns ein Schweinegeld miteinander.

Ja, das ist so, ich weiß es aber nicht, weil ich keinen Vertrag kenne, aber wir müssen ihn wahrscheinlich… *(Abg. Doris Prohaska: Deine Ausdrucksweise ist wirklich ein Wahnsinn!)* Man hat beim Tourismus den Herrn Baier nach Hause geschickt, der wird ja nicht alleine heimgegangen sein und hat den Vertrag einfach so liegen lassen.

Die haben alle dementsprechend Gelder bekommen, da bin ich überzeugt davon und wir werden es auch wissen. Wir brauchen kein Stillabkommen vereinbaren. Warum? Das ist öffentliches Geld und das wollen wir wissen in diesem Landtag und ich bleibe solang drauf bis ich das weiß.

Oder in Schützen. Das sind Gelder wo ich mich frage, dürfen wir das nicht wissen? Und dann ändere ich so einen Antrag ab, der für mich ein ganz entscheidender Antrag war, wo es mich gefreut hat, dass Ihr alle eigentlich in die Richtung geredet habt.

Aber im Endeffekt hätten wir einmal den Herrn Finanzlandesrat einmal fragen müssen, ob man nicht die Möglichkeit sieht, dort oder da, oder den Soziallandesrat, einen Weg zu finden.

In den fünf fixierten Krankenhäusern eine Möglichkeit zu finden, das kann doch nicht sein, dass man das nicht schafft. Das tut mir im Herzen weh. Daher glaube ich, dass es vernünftig wäre, für solche Leute wirklich etwas zu tun, denn es sind alle gefordert.

Ich hoffe nicht, dass einmal irgendeiner in seiner Familie das hat, weil dann bin ich neugierig was passiert. Dann seid Ihr die Ersten die herkommen und bla, bla, dann muss der Landeshauptmann wieder einspringen und dergleichen mehr. Du springst ja ein, Du bist ja immer der, der ja den Schädl hinhalten muss, schlussendlich, und das verzeichnet, weil solche Dinge, ich meine wir können Abänderungsanträge über einen Diesel, über Benzin ändern, ist mir völlig egal, aber diese Sachen sind für mich existenzgefährdend.

Wenn ich solche Dinge ablehne und sage in der Hinterbrühl ist es gemütlich, dort ist es schön. Wie kommt die Betroffene von Kaisersdorf in die Hinterbrühl. Dieses betroffene Mädel, eine Jugendliche mit 15 Jahren! Die Mutter muss arbeiten gehen, ist alleinerziehend. Wie kommt die dorthin und was geschieht dort? Seid mir bitte nicht böse. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Kaisersdorf kommt man nicht einmal nach St. Martin.

Das sind die Dinge, liebe Frau Kollegin, was hast denn für ein Problem, geh in den Müllverband arbeiten, dann siehst Du was eigentlich los ist. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Herr Kollege Kölly, Herr Abgeordneter Kölly, *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* ich bitte Sie ein wenig Ihre Wortwahl zu überdenken. *(Abg. Manfred Kölly: Was hab ich gesagt? Bitte sage mir, was ich gesagt habe!)*

Wenn man Schwein in den Mund nimmt, dann es nicht der Würde des Hohen Hauses entsprechend und man kann es in der ganzen Aufregung auch ein bisschen mäßigen.

Bitte Frau Abgeordnete Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich bitte sehr dringend darum, Herr Kollege Kölly, hier keine Angaben über Personen zu machen, die sie identifizierbar machen. Bitte. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sagt das? Warum nicht? Die will das! Die Person will das haben, weil sie ständig von einem Amt zum anderen rennt und nichts passiert! Die will das haben! – Abg. Doris Prohaska: Das glaub ich! - Abg. Manfred Kölly: Wenn Ihr wollt, dann bring ich sie her, liebe Frau GRÜNE Abgeordnete, na so Eine!)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Haidinger.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Werte Damen und Herren! Hohes Haus! Worum geht es denn jetzt dem Herrn Abgeordneten Kölly? Ums Recht haben oder ums Schauferl in der Sandkiste? Weil jetzt müssen wir uns einmal die beiden Entschließungsanträge, die vom Herrn Kölly und die Abänderungsanträge zu Gemüte führen.

Was schreibt denn der Herr Kölly? Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert entsprechende Schritte zu setzen und Maßnahmen einzuleiten, um für suizidgefährdende Jugendliche ein geeignetes Behandlungszentrum im Burgenland zu schaffen, um dort eine fachärztliche, sozialpädagogische und psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Was heißt das?

Er will das jetzt einmal haben, ohne dass die maßgeblichen Institutionen das auch überhaupt geprüft haben. Ja, *(Abg. Manfred Kölly: Wir haben ja schon geprüft!)* nein, da geht es um das. Das will ich jetzt haben, weil ich bin der Manfred Kölly, ich will das sofort jetzt haben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Wie heißt unser Entschließungsantrag? Der seriöse Zugang im Sinne der Politik ist die Kunst des Machbaren.

Wir fordern die Landesregierung auf, nämlich ein Konzept zur Weiterentwicklung zu erstellen sowie die Errichtung von gegebenenfalls zu schaffenden Strukturen. Und da haben wir ja eh den kleinen Wunsch vom Herrn Kölly drinnen verpackt, aber der große Aufhänger ist es schon. Anschauen und prüfen müssen wir es schon auch, weil wir jetzt da nicht irgendwo an einem wirklichen Bedarf vorbeitun.

Wenn jetzt der Herr Kölly jemanden hat, der ein Problem hat, dann mag er ihn ins Auto setzen und vielleicht dorthin führen. Aber jetzt geht es in Wirklichkeit darum, dass man nicht stante pede, weil ich es bin, sofort etwas errichten muss, sondern die Landesregierung soll schon in ihrer Gesamtheit als Institution das anständig prüfen und überlegen und gesetzt den Fall es kommt auch das heraus, dann ist in diesem Abänderungsantrag ja auch verpackt, dass gegebenenfalls Strukturen geschaffen werden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin jetzt nicht nur ein bisschen enttäuscht, sondern auch ein bisschen echauffiert, was Sie da gesagt haben. *(Abg. Manfred Kölly: Herr Landesrat, Du hättest darauf antworten müssen! – Abg. Ingrid Salamon: Wer ist denn jetzt am Wort bitte?)*

Sie gehen da ans Rednerpult und behaupten der Herr Kramer hätte mich angerufen, also ich weiß von dem nichts und um auf die Sachlichkeit zurückzukommen, das ist eine schwierige Situation, das gebe ich zu, weil es ja um Einzelschicksale geht.

Wenn wir es aber statistisch herunterbrechen ist das Burgenland ganz, ganz wenig betroffen mit ein bis drei suizidgefährdeten Jugendlichen im Jahr. Trotzdem ist jede… *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das sind aber um drei zu viele!)*

Ja, genau, da bin ich bei Ihnen, Frau Abgeordnete, ich möchte es aber nur kurz anmerken. Nur, ich lasse mir die Institutionen des Landes nicht schlechtreden. Sie waren

in der Regierung und *(Abg. Wolfang Sodl: Das haben sie schon vergessen!)* Sie haben damals auch die budgetären Mittel für diese Institutionen zur Verfügung gestellt.

Es gibt das HPZ in Rust, das Heilpädagogische Zentrum, es gibt den PSD, der diese ganzen Sachen auch händelt und der Abgeordnete Drobits hat das ja auch in seiner Rede angesprochen.

Also ich würde schon bitten, dass wir sachlich bleiben und wenn es einen Einzelfall gibt, bin ich gerne bereit. Ich habe ja auch gerade versucht nachzuforschen, also die Kronen Zeitung hat mich in dieser Frage nie kontaktiert. *(Abg. Manfred Kölly: Darf ich gleich anrufen gehen?)*

Aber das ist ja nicht das zentrale Thema. Es ist einfach wichtig, dass wir hier etwas gemeinsam auf die Beine stellen und ich würde es auch nicht geringschätzen, das möchte ich auch nicht sagen.

Ich versuche heute sachlich zu sein, *(Abg. Manfred Kölly: Das ist sachlich!)* dass wir hier in der Hinterbrühl einen Partner haben und in Graz einen Partner haben. Das wurde schon mehrfach angesprochen, das ist auch ganz, ganz wichtig und ich bin froh, dass es nicht mehr Fälle im Burgenland gibt.

Im Österreichschnitt sind wir unterdurchschnittlich da, aber da bin ich schon bei Ihnen, Frau Kollegin, jeder Fall ist ein Fall zu viel. Wenn wir es schaffen können, diese Fälle hintanzuhalten, dann werde ich gerne dazu beitragen. Aber es ist jedenfalls so, dass wir im Burgenland grundsätzlich in dem Bereich des Psychosozialen Dienstes und des Heilpädagogischen Zentrums sehr gut aufgestellt sind und dass wir deswegen auch diesen Antrag, so wie er jetzt formuliert ist, von den Regierungsparteien nicht nur unterstützen werden, sondern auch die drei Punkte, die hier festgelegt sind, auch abarbeiten werden und versuchen werden, jeden einzelnen Fall noch einmal zum Positiven zu wenden. Hundertprozentig kann man das nie gewährleisten durch die beste Betreuung die das Land bieten kann.

Aber ich lasse mir die Betreuung des Landes in diesem Bereich nicht schlechtreden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir nun zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend suizidgefährdende Jugendliche ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 858) betreffend Beibehaltung der Besteuerung auf Diesel (Zahl 21 – 600) (Beilage 892)

Präsident Christian Illedits: Es folgt die Behandlung des 9. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 858, betreffend Beibehaltung der Besteuerung auf Diesel, Zahl 21 - 600, Beilage 892.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Jetzt bitte ich um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Franz Steindl: Danke Herr Präsident. Ich habe das vernommen Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben über den selbständigen Antrag von mir und den Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 858, betreffend Beibehaltung der Besteuerung auf Diesel, Zahl 21 – 600, Beilage 892, diskutiert.

Am Ende der Wortmeldung gab es dann einen Abänderungsantrag und der Rechtsausschuss hat hier natürlich dann die Beschlüsse gefasst und ich ersuche jetzt auf Grund dieser Beschlüsse in die Debatte einzusteigen und die notwendigen Beschlüsse im Landtag zu fassen.

Präsident Christian Illedits: Danke für den Bericht. Ich erteile nun als ersten und einzigen Redner Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Keine Sorge, ich bin ganz kurz. Ich möchte nur inhaltlich noch kurz auf den Kollegen Steindl betreffend Landwirtschaft eingehen. Ich bin ganz bei Ihnen, dass es den Landwirten und Landwirtinnen sehr schlecht geht. Nur das generell über die Bevorzugung der Dieselsteuer auszugleichen und damit auch SUV und Co zu bedienen, ist meiner Ansicht nach der falsche Weg.

Ein Wort noch zum Diesel-Pkw. In Deutschland hat man sich die sogenannten Euro 6-Norm-Pkw's angeschaut. Erlaubt sind bei denen Stickoxide 80mg/km Euro 6-Norm Pkws. Gefunden hat man bis zu 507 mg/km. Also die Diesel sind wirklich teilweise gesundheitsgefährdende Fahrzeuge und da gehört einfach sowohl im Bereich der Steuer als auch im Bereich natürlich hier diese Einhaltung der höchsten Stickoxide etwas gemacht. *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Leider ist dieser Abänderungsantrag wortident mit dem, den wir heute schon hatten. Da wir damals einen Antrag auf getrennte Abstimmung gestellt hatten, bin ich mehr oder weniger gezwungen, diesen jetzt wieder zu stellen.

Ich ersuche daher um getrennte Abstimmung der beiden Beschlussformelpunkte. Danke. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller übergibt den Antrag auf getrennte Abstimmung dem Präsidenten – Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zu Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Spitzmüller, wie eben gehört, eingebrachter Antrag auf getrennte Abstimmung vor. Er möchte die beiden Punkte in der Beschlussformel getrennt abstimmen lassen.

Ich lasse daher zuerst über folgenden Wortlaut abstimmen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an den zuständigen Bundesminister für Finanzen heranzutreten mit der Forderung nach einer fairen und ausgewogenen Form der Pendlerpauschale und einer besseren Förderung der Pendlerinnen und Pendler. Ziel muss vorrangig die Umstellung des Gesamtsystems auf einen kilometerbezogenen

Absetzbetrag sein, bei dem jeder gefahrene Kilometer berücksichtigt und gleich viel wert sein muss. Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte sollten durch volle Negativsteuerwirkung profitieren.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Einstimmigkeit.

Ich lasse nun über folgenden Wortlaut abstimmen:

Die Landesregierung wird aufgefordert an den zuständigen Bundesminister für Finanzen heranzutreten, darüber hinaus darf es zu keinen weiteren Belastungen der Pendlerinnen und Pendler in Form einer höheren Besteuerung von Diesel oder einer kilometerbezogenen PKW-Maut kommen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend fairer Reform der Pendlerpauschale ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 861) betreffend Anschlussbeitrag für die Kanalnutzung laut Kanalabgabegesetz (Zahl 21 – 602) (Beilage 893)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen jetzt zur Behandlung des 10. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 861, betreffend Anschlussbeitrag für die Kanalnutzung laut Kanalabgabegesetz, Zahl 21 - 602, Beilage 893.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Klaudia Friedl: Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Anschlussbeitrag für die Kanalnutzung laut Kanalabgabegesetz in unserer 19. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 19. April 2017, beraten.

Danach habe ich einen Abänderungsantrag eingebracht.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Anschlussbeitrag für die Kanalnutzung laut Kanalabgabegesetz, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Der Abänderungsantrag ist für mich überraschend positiv, weil offensichtlich der Wille hier etwas zu ändern vorhanden ist. Es geht konkret um die Anschlussgebühr für den Kanal.

Wir haben im Moment ein sehr kompliziertes System, das unserer Meinung nach auch noch dazu sehr unfair ist und zusätzlich noch den Nachteil bringt, dass über die Jahre hinweg eigentlich immer wieder nachberechnet, nachkontrolliert werden müsste, was in vielen Gemeinden nicht geschieht. In manchen Gemeinden geschieht es dann, was meistens oder sehr oft zu sehr viel Unmut natürlich in der Bevölkerung führt.

Wir halten daher dieses System für längst überholt und wollen deshalb ein neues. Wie das genau ausschauen kann, dazu haben wir uns Gedanken gemacht, darauf will ich aber jetzt gar nicht eingehen.

Ich hoffe, dass es zu Parteiengesprächen kommt, um hier ein System zu finden, das natürlich auch auf die Kosten kommt, letztendlich die ja für die Gemeinde im Ganzen getragen werden müssen, das aber wesentlich unkomplizierter ist, einfacher und nachvollziehbarer für die Menschen. Das alles fehlt im Moment jetzt unserer Meinung nach.

Die Neuvermessungen kosten extra viel Geld. Auch das könnte man sich ersparen. Wie gesagt, manche Gemeinden machen das. Die Anschlussgebühr würden wir doch in Richtung Größe des Wasserverbrauchs ändern, also je nachdem wie groß zum Beispiel der Wasserzähler ist, wäre ein Kriterium. Das würde wesentlich auch eine soziale Ausgeglichenheit ermöglichen und für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung.

Wir werden natürlich da auch dem Abänderungsantrag zustimmen und hoffen, dass wir hier ein neues System zusammenbringen können, das dem Jahr 2017 entspricht und, wie gesagt, einfacher und nachvollziehbarer ist. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile Herrn Abgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Herr Abgeordneter bitte.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Kanalabgabegesetz ist eine immer wiederkehrende Thematik, die Diskussionen zwischen den Bürgern und den Gemeindeverantwortlichen auslöst. Zumeist deswegen, weil die Anwendung des Gesetzes in der Berechnung sehr komplex und für die Gemeindebürger schwer nachvollziehbar ist.

Für Gemeindemitarbeiter, die mit den Bewertungsfaktoren umgehen müssen, sind das gewachsene Strukturen und haben damit weniger Probleme, so denke ich. Es ist durchaus wünschenswert und erstrebenswert für die Gemeinden, hier eine Vereinfachung der Berechnung zu erreichen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern und den Bürgern gleichzeitig verständlicher zu machen.

Man muss aber dazu sagen, dass die Bewertungsfaktoren aber natürlich einen Sinn machen, obwohl sie vielleicht für die Bürger schwieriger zu verstehen sind. Die Bewertungsfaktoren hängen natürlich mit dem Nutzen des Raumes zusammen: Ziehe ich

einen Nutzen daraus, verdiene ich damit und hängen mit der Belastung des Kanals zusammen. Deswegen heißt die Berechnungsfläche auch Nutzfläche.

Mit der Belastung meine ich, wie stark ist das Abwasser verunreinigt und wieviel Wasser gebe ich täglich an die Kanalisationsanlage ab. Hat aber nichts mit den Kanalberechnungsgebühren zu tun, Abwasser ist nicht gleich Abwasser.

Es ist auch ein Unterschied zwischen Schmutzwasser und Niederschlagswasser, wo ja die Kanalisationsanlage unterschiedlich belastet wird. Somit kommt hier natürlich das Verursacherprinzip der Belastung zu tragen, wo sich eben ein unterschiedlicher Anschlussbeitrag aus den verschiedenen Bewertungsfaktoren zusammensetzt.

Ein gutes Beispiel sind hier die Fleischereien mit eigener Schlachtung. Zum Beispiel ohne Abscheideanlage Bewertungsfaktor 4, der Kanal wird mehr belastet, mit Abscheideanlage Bewertungsfaktor 2, der Kanal wird weniger belastet.

Oder es gibt auch bei der Aufzählung der Bewertungsfaktoren Sonderbetriebe, die durch ihre Zweckbestimmung die Kanalisationsanlage in einem wesentlich höheren Maß beanspruchen. Hier sind sogar Gutachten für die Bewertung einzuholen.

Die Berechnungsmethode macht durchaus Sinn, weil die Kanalisationsanlage unterschiedlich belastet wird. Danach richtete sich eben der Anschlussbeitrag und nach dem Anschlussbeitrag richten sich dann auch der Ergänzungsbeitrag und der Nachtragsbeitrag, zum Beispiel bei einer Sanierung der Kläranlage.

Meiner Meinung nach entsteht der erhöhte Verwaltungsaufwand nicht bei der Ausrechnung des Anschlussbeitrages bei einem neuen Haus zum Beispiel, sondern bei der Errechnung und Einhebung von Ergänzungsbeiträgen oder wenn der Beitragssatz neu festgesetzt wird.

Dies geschieht dann, wenn zum Beispiel die Kläranlage saniert wird, dann ist der Nachtragsbeitrag zum Anschlussbeitrag zu erheben. Meistens veranlasst eine Gemeinde eine Neuausmessung um alles neu zu erheben, weil die Berechnungsflächen ewig her sind. Dann entsteht natürlich ein vermehrter Verwaltungsaufwand. Die Strukturen sind sicherlich gewachsen.

Aber wir leben in spannenden modernen Zeiten und ich begrüße es, wenn die Gemeinden zu einem verwaltungsökonomisch sinnvollen, praxistauglichen und einfachen Berechnungsmodus, speziell für den Anschlussbeitrag, zur Umsetzung gelangen könnten.

In diesem Sinne stimmen wir gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Die mannigfaltigen Aufgaben, die unsere Gemeinden tagein tagaus zu bewältigen haben, sind vielen von uns bekannt, sitzen ja viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hier im Hohen Haus.

Dass aus Bürgermeistern mittlerweile Manager geworden sind, brauche ich, glaube ich, an dieser Stelle auch nicht zu sagen. Manager, die mit großem Fachwissen und mit großer Empathie im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern tagtäglich all das auf die Reihe bringen und managen, damit es - um es salopp zu sagen - in der Gemeinde läuft.

Wir sind eigentlich Anlaufstelle für alles. Wenn man einen Tag als Bürgermeisterin oder als Bürgermeister am Gemeindeamt verbringt, dann kommen ständig neue

Bürgerinnen und Bürger herein mit den unterschiedlichsten Dingen. Eigentlich sind wir Mädchen für alles.

Oft betrifft es auch das Privat- und Zivilrecht, oft geht es um Rechtsberatung, um Bauberatung. Wir sind diejenigen, die alles auffangen und dann versuchen zu kanalisieren und zu beraten und zu helfen und die Menschen weiter zu schicken, wo sie wirklich dann Hilfe finden, wenn wir letztendlich nicht zuständig sind.

Trotz der Vielfältigkeit glaube ich sagen zu können, dass es eine grobe Kategorisierung auf Hauptthemen und Hauptpunkten gibt. Da wäre einmal das große Thema, sagen wir einmal der Bildung, wo die Kinderkrippe, der Kindergarten, die Schulerhaltung und die Nachmittagsbetreuung dabei sind.

Unsere Gemeinden schaffen ja auch sehr, sehr viele Arbeitsplätze und vor allem, als Bürgermeisterin auch für mich sehr wichtig, sehr, sehr viele Frauenarbeitsplätze, speziell im Bereich der Bildung.

Dann ein weiterer großer Schwerpunkt eben die Verwaltung als Bürgerservice und Anlaufstelle für alles, was unsere Bürgerinnen und Bürger am Herzen liegt. Das große Thema rund um Hausbau, Bauplatzerschließung, Widmungen und all die damit zusammenhängenden Probleme und das sehr große Thema der Infrastruktur vor allem Straßenbau, öffentliche Plätze, Wege, Beleuchtung und Wasser- und Abwasserversorgung.

Dieser letzte Punkt ist genau das Thema des heutigen Tagesordnungspunktes, wo ich meine, dass neben der Errichtung von öffentlichen Gebäuden und der Erhaltung eben dieser, für die meisten Gemeinden der kostenintensivste Punkt ist. Vieles von dem was meine Vorredner schon gesagt haben, teile ich und bin ebenso der Meinung, dass das Kanalgesetz ein bisschen in die Jahre gekommen ist und in der jetzigen und derzeitigen Form nicht mehr den realen Gegebenheiten entspricht.

Einerseits geht es hier auch darum, um diese für viele sehr unlogische Berechnungsformel, die zwar die Mitarbeiter des Gemeindeamtes sehr wohl kennen und sich damit auskennen und auch vermeintlich verstehen. Aber Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, wie es dazu kommt und sie aufzuklären - und sie kommen auch wirklich und sagen bitte übersetzt uns das was im Gesetz steht. Wir verstehen es nicht wirklich.

Es kommt nicht einmal vor, wir bemühen uns wirklich sehr, dass die Bürgerinnen und Bürger kopfschüttelnd hinausgehen und sagen, jetzt habt ihr uns das zwar gut erklärt, aber letztendlich haben wir es noch immer nicht verstanden, beziehungsweise vielleicht verstanden, aber es ist unlogisch.

Also viele verschiedene Zugänge, warum man Änderungen vornehmen kann und soll. Ich möchte vielleicht einige aus der Praxis bezogene Beispiele aufzählen, die exemplarisch das zeigen, was es vielleicht an Veränderungen bedarf. Im Baurecht ist es ja so, dass die Berechnungsfläche von den Innenmauern der Grundfläche berechnet wird. Im Kanalgesetz, witzigerweise, wird die Außenmauer herangezogen bei der Berechnung dieser Gesamtfläche.

Im konkreten Fall kam eben ein Bürger und hat gesagt, ich möchte gerne mein Haus sanieren, möchte eine Isolierung, eine Vollwärmeisolierung rund um mein Haus machen, hat das auch getan, dadurch wurde natürlich die Außenmauer um einige Zentimeter verstärkt.

Das hatte wiederum zur Folge, dass natürlich die Gesamtfläche des Hauses, so gemessen wie wir es jetzt im derzeitigen Gesetz messen, erhöht wurde, und dadurch

natürlich auch die Gebühr höher war. Der Betroffene hat natürlich bei der nächsten Abrechnung gesagt, was soll denn das? Jetzt muss ich auf einmal mehr zahlen? Ich habe eigentlich etwas Gutes gemacht, ich habe eigentlich isoliert! Wir haben versucht zu erklären, aber wirklich zufrieden gestellt und glücklich war der Bürger eigentlich nicht.

Dann, viele Bürger fragen uns natürlich auch, was haben denn die Hausmauer, oder die Fläche und die Quadratur mit dem Wasser- und Abwasser zu tun? Denn logischerweise brauchen vier Personen, wenn sie ein Badezimmer haben, im selben Haushalt mehr Wasser, ergo auch Abwasser, als ein Singlehaushalt, der zwar auch nur ein Badezimmer hat, aber halt nur einmal duscht und einmal oder je nachdem wie oft die Toilette benutzt, wie eine vierköpfige Familie.

Es gibt natürlich auch Bürger die sagen, vor allem die die neu bauen, wir fangen unser Regenwasser und unsere Umbauflächen besser in Zisternen auf, um damit den Rasen zu gießen, um unsere Blumen und unseren ganzen Garten zu befeuchten. Wieso zahle ich oder falle ich genauso hinein und muss das genauso berappen wie diejenigen, die die Oberflächenwässer in den Kanal hineinleiten?

Also viele Dinge, die den Bürgerinnen und Bürgern unverständlich sind, ihnen auch ein bisschen das Leben erschweren. Denn aus Unwissenheit melden viele oft nicht diese Veränderungen und machen sich da eigentlich auch in Wahrheit ein bisschen strafbar.

Viele dieser Fälle aus der Praxis zeigen uns, dass wir wirklich daran arbeiten sollten, dieses Gesetz zu verändern. Aus meiner Sicht ist es aber auch nicht wirklich demokratisch was jetzt gerade passiert. Wir können ja als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch eigene Wege gehen und uns teilweise die Abrechnungsart und den Modus aussuchen.

Das finde ich nicht wirklich demokratisch. Im Sinne der Gleichbehandlung, denke ich, sollten wir auch das überdenken, denn alle Bürgerinnen und Bürger des Landes sollten uns gleich viel wert sein.

Am Schluss möchte ich noch an die Gruppe, die da hoffentlich jetzt bald installiert wird, appellieren, dass sie zusammengesetzt werden. Möge bitte von den Fachleuten aus der Praxis, nämlich von Amtsfrauen und Amtmännern, von Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die tagtäglich erleben und aus ihrem Erfahrungsschatz sicherlich das Beste zu einer Verbesserung des Gesetzes beitragen können, eine Gruppe wie gesagt aus Amtsleitern, Bürgermeistern, Vertreter GVV und Gemeindebund wären mir natürlich sehr willkommen und den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Land.

Das wäre, aus meiner Sicht, eine ideale Mischung, um den Status Quo einmal darzustellen und dann, denke ich, oder bin ich überzeugt davon, dass es uns gelingen wird, einen guten neuen, vor allem einen logisch nachvollziehbaren, einfachen und gerechten Berechnungsmodus zu beschließen.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Die Entschließung betreffend Anschlussbeitrag für die Kanalnutzung laut Burgenländisches Kanalabgabegesetz ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 867) betreffend „Sportstättenstrategie 2020“ (Zahl 21 - 609) (Beilage 894)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 11. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Mag.a Regina Petrik, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 867, betreffend "Sportstättenstrategie 2020", Zahl 21 - 609, Beilage 894.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A..

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den soeben genannten Antrag in ihrer 19. gemeinsamen Sitzung, am Mittwoch, dem 19. April 2017, beraten.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde ein Abänderungsantrag mehrheitlich gegen die Stimmen der ÖVP angenommen, deswegen bitte ich um den Einstieg in die Debatte.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Wir können uns hier im Hohen Landtag quer durch alle Parteien darüber einigen, dass das Burgenland im Allgemeinen einen guten Weg geht, wenn es um die Förderung von Sportstätten geht.

Im Konkreten gehen aber einige unserer Einschätzungen und Meinungen offensichtlich auseinander. Ich möchte das anhand eines aktuellen und konkreten Beispiels erläutern.

Während die Regierungsfraktionen sich auf eine nur recht unverbindliche Formulierung einlassen in diesem Antrag, in dem es heißt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Förderung der Errichtung, Sanierung und Änderung von Sportstätten weiterhin im Rahmen der vorhandenen Mittel bestmöglich zu gewährleisten, wollen wir seitens der GRÜNEN konkretere Zusagen des Landtages und seiner Abgeordneten. Es gibt nämlich eine Kategorie von Sportstätten, die zurzeit besonderer Bemühungen bedarf.

Ich rede von den Hallenbädern. Im Speziellen jetzt aktuell vom Neusiedler Hallenbad. Dieses hat nicht nur Bedeutung für die Gemeinde Neusiedl, sondern für Vereine und Schulen und für alle sportlich Ambitionierten in einem weiten Umkreis von Neusiedl am See. Das Hallenbad von Neusiedl am See wurde in den vergangenen Jahren wirtschaftlich schlecht geführt. Aber darf man es deswegen aufgeben? Nein.

Während die GRÜNE Gemeinderätin als Vorsitzende des Konsolidierungsausschusses Punkt für Punkt der Sanierung der Gemeinde seriös abarbeiten will und es ihr zu verdanken ist, dass die Konsolidierung der Stadtgemeinde Neusiedl am See überhaupt auf Schiene ist, herrscht in puncto Hallenbad eisernes Schweigen der anderen Parteien, wenn es um konkrete Maßnahmen geht, um konkrete Maßnahmen, um dieses Hallenbad noch zu retten.

Da frage ich mich schon, was läuft denn hier ab im Hintergrund? Worum geht es denn wirklich? Was passiert hier? Was hier passiert, ist eine Abrechnung der SPÖ mit der ÖVP Neusiedl am See, eine parteipolitische Abrechnung, die auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen wird. Jetzt ist Handlungsbedarf. *(Abg. Robert Hergovich: Das war jetzt aber ein Bauchfleck!)*

Die Gemeindeaufsicht fordert die Schließung des Hallenbades, der Masseverwalter verlangt das auch und es ist zu erwarten, dass sich auch der Rechnungshof in diese Richtung äußern wird. Jetzt muss das Land das Hallenbad retten, und das ist möglich.

Darum fordern wir, gemeinsam mit der ÖVP in einem Abänderungsantrag, der aber vom Kollegen Wolf dann eingebracht wird, den Antrag um einen konkreten Aspekt zu erweitern, der die langfristige Absicherung der burgenländischen Hallenbäder beschreibt. Unser Abänderungsantrag ist wortident mit dem der SPÖ und der FPÖ. Das heißt, Sie können da sicher auch mitgehen, er ist bloß ergänzt um die Aufforderung, *(Abg. Günter Kovacs: Dann ist er nicht ident!)* insbesondere die drei burgenländischen Hallenbäder langfristig abzusichern.

Ich nehme an, da werden auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirk Neusiedl am See sich dem gerne anschließen, weil, wie sollen sie sonst ihren Bürgerinnen und Bürgern in den Gemeinden Gols, Zurndorf, Halbturn, erklären, dass sie es nicht für möglich halten, dass hier das Land Burgenland seinen Beitrag dazu leistet, dass dieses Hallenbad, das so wichtig ist für die Region, auch wirklich erhalten bleibt.

Auch die Thermen arbeiten defizitär. In Steinbrunn leistet sich das Land mit dem Landessportzentrum VIVA eine Sportanlage. So wie es mit der VIVA gehandhabt wird, so kann es auch mit den Hallenbädern im Burgenland gehandhabt werden und weiter gehen.

Wir können eine Gesellschaft in 99-prozentigem Besitz der BELIG, also der Landesholding, also des Landes, einrichten.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer*(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte um etwas Ruhe. Die Frau Abgeordnete Petrik ist am Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Das ist ein ganz konkreter Vorschlag wie es möglich ist, langfristig die Hallenbäder, es gibt drei im Burgenland, und sie sind alle wichtig für wesentlich mehr Menschen als in den konkreten Gemeinden wo sie angesiedelt sind, zu retten.

So können Sportstätten nicht nur mit allgemeinen Bekenntnissen, sondern mit konkreten Zusagen erhalten werden. Auch das Hallenbad in Neusiedl und das sollten wir heute beschließen.

Ich bitte um Ihre Unterstützung. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der Herr Landtagsabgeordnete Markus Wiesler hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich von hier aus allen recht herzlich gratulieren, die bei der „Nacht des Sports 2017“ letzte Woche für ihre Erfolge ausgezeichnet wurden. Ich darf aber auch dem Ehrenpreisträger für besondere Verdienste herzlich gratulieren. Dort hat man deutlich gesehen, welche Erfolge im Bereich des Sportes das Burgenland auf- und vorzuweisen hat.

Dies wird auch immer wieder mit dem burgenländischen Sportbericht belegt. Der Sportbericht stellt auch immer wieder fest, dass das Land Burgenland sowohl im Breitensport als auch im Spitzensport einiges vorzuweisen hat und auf guten Beinen steht.

Eine wichtige Grundlage für diese Erfolge, und dass man sich in fast allen Sportarten betätigen kann, ist natürlich das Sportförderungsgesetz. Investitionen in den Breitensport, insbesondere in den Kinder- und Jugendsport rentieren sich mehrfach für die Gesellschaft im Bereich der Gesundheit, im sozialen Verhalten, Sport wirkt sich auch präventiv - wenn man so will - aus, und gibt Halt.

Ein neuer, wesentlicher Beitrag zum Sport wird die tägliche Turnstunde in den Schulen sein. Wie wir heute schon vernommen haben, ist hier das Burgenland das erste Bundesland.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie schon vorhin erwähnt, ist die Sportförderung im Burgenland die Grundlage für die Vielfältigkeit der verschiedenen Sportarten. Und dass die Sportförderung im Burgenland funktioniert, zeigen die vielen Medaillen und Titel, die die Sportler in jüngst vergangener Zeit erobert haben. Die Erfolge sind ein wichtiger Gradmesser. Damit man eben Erfolge feiern kann, braucht es eine gute Sportstätteninfrastruktur. Diese findet man mit Sicherheit im Burgenland vor und ist gewährleistet. Der Herr Landeshauptmann hat heute schon erklärt, welche Projekte auch in Zukunft anstehen werden. Das Burgenländische Sportförderungsgesetz stellt eine umfassende, gerechte und transparente Sportförderung für Sportvereine, Sportverbände sowie Gemeinden sicher.

Dazu gehören natürlich auch viele Eigenleistungen, die die Vereine und Funktionäre erbringen für moderne und funktionelle Sportstätten in allen Bereichen. Ohne diese Leistungen würde vieles gar nicht möglich sein und gar nicht gehen. Das Sportförderungsgesetz fördert aber nicht nur die Errichtung und Sanierung von Sportstätten einschließlich Trendsportarten, sondern Aktivitäten der Sportvereine, den Einsatz von Sportlehrern, geprüften Trainern sowie Aus- und Fortbildung von Funktionären, überregionale Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung, internationale Sportveranstaltungen, den Behindertensport, den Spitzensport, die Dach- und Fachverbände bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und die sportmedizinische Betreuung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das sind alles wesentliche und wichtige Punkte für den Spitzen- und auch für den Breitensport im Burgenland. Jetzt stellen sich die Fragen: Was soll man wem streichen? Wen oder was soll man bevorzugen? Oder wen soll man benachteiligen? Denn wenn man eine Strategie laut ÖVP verfolgen will, würde genau so etwas rauskommen.

Das Sportförderungsgesetz hingegen stellt hier eine gerechte und transparente Sportförderung für alle sicher. Natürlich ist die Landesregierung weiter aufgefordert, die Förderung der Errichtung, Sanierung und Änderung von Sportstätten weiterhin im Rahmen der vorhandenen Mittel bestmöglich weiterhin zu gewährleisten. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Mag. Christoph Wolf, M.A..

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Danke sehr. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Ziel ist es, langfristig einen Plan für das Burgenland zu zeichnen. Unsere Vision ist ebenso im Sportbereich ganz klar. Wir wollen langfristig die Entwicklung von wettkampftauglichen Sportanlagen koordinieren, die Entwicklung bedarfsgerecht gestalten und langfristig in die Zukunft blickend die Sportanlagen absichern - vor allem in den Bereichen Breiten-, Leistungs- und Spitzensport. Das ist unser Ansinnen. Wir möchten, dass die Hobbysportler, die Spitzensportler und die Breitensportler in ihrer Nähe ihr jeweiliges Hobby ausüben können, sich bewegen können.

Das Hobby soll zu mehr Bewegung anregen, zu mehr Gesundheit und schließlich zu Spitzensport führen können. Wenn man das Burgenland betrachtet, dann fehlt es nach wie vor an einer wettkampffähigen Leichtathletikbahn, an einem wettkampffähigen Hallenbad. Aber die Stadt Eisenstadt geht voran. Mit der Unterstützung von allen gibt es schon bald in Eisenstadt neue Sportstätten. Das freut mich als Sportsprecher natürlich ganz besonders.

Wir wollten mit diesem Sportstättenstrategieplan 2020 die bestehenden Infrastrukturen analysieren, langfristig planen und uns ansehen, in welchem Bezirk, in welchen Gemeinden welche Sportstätten noch fehlen. Das ist unser Plan.

Da die Landesregierung bisher dieser Aufforderung säumig blieb und nichts getan hat, die Untätigkeit in den Vordergrund gestellt hat, haben wir das selbst in die Hand genommen, haben diesen Sportstättenatlas *(Der Abgeordnete Mag. Christoph Wolf, M.A. zeigt den Sportstättenatlas)* selbst gestaltet und darf den heute auch Herrn Landeshauptmann überreichen - in der Hoffnung, dass das Land dieses Projekt weiterführt. Ich bin überzeugt, dass es nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für alle Beteiligten, die Sport und Bewegung betreiben, wichtig und entscheidend ist.

Eine Gratulation gilt an dieser Stelle natürlich allen Sportlern, allen Trainern und Betreuern, vor allem auch den Familien, die ihre Kinder immer fleißig zu den Trainings- und Sportstätten chauffieren, aber auch den Vereinen, Funktionären und Fans, die immer tatkräftig anfeuern und in der Organisation auch den Fachverbänden und Dachverbänden, schließlich auch den Gemeinden, die kräftig investieren, damit die Sportstätten vor Ort auf Trab gehalten werden.

Der Abänderungsantrag von Rot-Blau ist nichts Neues, das ist die klassische Präsentation von der alten Politik im Burgenland. Ihr wollt das, was zurzeit besteht, weitergeführt wird. Es gibt keine großartigen Änderungswünsche bei den Sportstätten. Man glaubt, man ist schon an der Spitze und am besten Weg. Daher möchten wir jetzt testen, ob Ihr es mit den Sportstätten ernst meint. Deswegen haben wir gemeinsam mit den GRÜNEN einen Abänderungsantrag vorbereitet.

Dieser Abänderungsantrag ist eins zu eins, wortwörtlich, der Abänderungsantrag von Rot-Blau. Wir haben ausschließlich in der Beschlussformel einen Satz ergänzt. Ich darf nun diese Beschlussformel vorlesen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Förderung der Errichtung, Sanierung und Änderung von Sportstätten weiterhin im Rahmen der vorhandenen Mittel bestmöglich zu gewährleisten - nichts Neues - und insbesondere die drei burgenländischen Hallenbänder langfristig abzusichern.

Dieser Abänderungsantrag, glaube ich, kann von allen wohlwollend unterstützt werden. Ich hoffe dabei auf einen einstimmigen Beschluss und freue mich schon auf das Ergebnis. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Wolf, M.A. übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben übergebene Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird entsprechend § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen.

Nächster Redner ist der Herr Landtagsabgeordnete Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war ja fast amüsant, welches Schauspiel uns jetzt geboten wird. Die GRÜNEN lassen sich hier einspannen, für die ÖVP den Kahn zu ziehen, und gehen bei dem Abänderungsantrag mit. Man skizziert, dass das eigentlich ein wortidenter Antrag wäre, man hätte nur einen einzigen Satz verändert.

Ja, das glaube ich schon, nur der eine Satz hätte es massiv in sich und das ist das Problem. Eigentlich wäre es ziemlich unseriös, denn man muss wissen, dass das Hallenbad oder die Gemeinde Neusiedl am See insgesamt geprüft wird und wir wahrscheinlich in wenigen Wochen oder Monaten einen Bericht des Rechnungshofes erhalten, wo die ganze Causa, die dort federführend von der ÖVP verbockt wurde, aufgearbeitet wird und dann werden wahrscheinlich ordentliche Empfehlungen abgegeben werden.

Auf Grund dieser Empfehlungen von Fachleuten müssen dann die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Die Opposition, in dem Fall, Entschuldigung, nur die ÖVP und die GRÜNEN, ich sage ja nur die ÖVP und die GRÜNEN, machen es sich in diesem Beispiel sehr, sehr einfach.

Immer wenn man etwas verbockt, meistens sind es ÖVP Gemeinden, dann nimmt man noch die GRÜNEN mit und sagen, wir lassen euch ein bisschen mitleben, die tappen dann immer in die Falle und dann geht man her und sagt, wir haben es zwar verbockt, aber das Land soll es für uns richten.

Zuerst hat man es versucht bei den anderen Gemeinden, da hätten die Gemeinden 20.000 Euro pro Jahr für 20 Jahre finanzieren sollen, weil irgendeiner sein Geschäft nicht versteht und ein Hallenbad hinunterwirtschaftet.

Jetzt geht man her und sagt, ja, jetzt haben wir ein Problem, wir haben wieder was verbockt, das Land möge es finanzieren und soll uns wieder aus der Patsche helfen. Heute ist es ein Hallenbad, morgen sind es die Freibäder, übermorgen sind es Altenbetreuungseinrichtungen.

Wenn wir das machen würden, was Sie da vorschlagen, würden wir das Land finanziell an die Wand fahren, dass es nur so klingelt und wir könnten zudrehen! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na ja, bei Euren Spekulationen, wie bei den Swaps!)* Keine Angst, wir werden das natürlich nicht tun. Wir gehen verantwortungsvoll mit den Finanzen und dem Budget des Landes und mit dem Geld der Steuerzahler um.

Wir werden das natürlich nicht machen! Das wäre fahrlässig, wenn man jetzt hier solche Dinge beschließen würde, wo nicht einmal klar ist, welche Maßnahmen getroffen werden müssen.

Das wird erst der Rechnungshof aufzeigen, welche Kosten hier entstehen. Also diese Schmähparaden sind abzulehnen! Die kosten dem Steuerzahler sehr, sehr viel Geld, für das sind wir sicher nicht zu haben! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zur Sportförderung insgesamt. Ich glaube, das ist ein sehr, sehr erfolgreicher Weg. Nicht in Sowjet-Manier wie es der Herr Kollege Wolf sagt. Am Plan für fünf Jahre, wo alles durchgeplant wird. Nein. Wir gehen hier einen völlig anderen, einen ordentlichen Weg, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Du kannst mir alles vorwerfen, das aber nicht!)* nämlich wir vertrauen hier auf die Verbände und auf die Sportverbände. Ich glaube, dass das der vernünftigere Weg ist.

Wissen Sie, Herr Kollege Wolf, Sie sind zwar Sportsprecher, aber ich vertraue trotzdem den Sportverbänden mehr als Ihnen in dieser Frage. Von Sportlern für Sportler ist wahrscheinlich gescheiter. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenigstens musst Du selber lachen!)* Nein, ich meine das völlig ernst. Ich vertraue wirklich der Sportunion, dem ASKÖ und dem ASVÖ deutlich mehr, als dem Kollegen Wolf in dieser Frage. Glauben Sie mir, ich meine das auch so, wie ich das sage.

Ich glaube, dass dieser Weg auch sehr erfolgreich war. Wir haben dabei den breiten Spitzensport ordentlich gefördert, immer in Kombination und Absprache mit den Verbänden, das ist auch gut so.

Auch die Errichtung und Sanierung von Sportstätten waren sehr, sehr erfolgreich. Ich möchte einige Projekte hier aufzählen, nämlich den Ausbau des Bundesleistungszentrums in Neusiedl, da haben wir, weil es einen Sinn macht, ordentlich Geld in die Hand genommen. Jetzt auch beim Hallenbad, was die ÖVP verbockt hat, sondern ein ordentliches Projekt. *(Abg. Gerhard Steier: Die WM im Segeln!)*

Da wird Geld in die Hand genommen. Das passt und da sieht man auch, dass sich das auszahlt, auch die Errichtung der Leichtathletikanlage in Pinkafeld, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also Ihr seid gegen die Hallenbäder?)* das gerade kritisiert wurde in Pinkafeld. Hier im Südburgenland was hier entsteht, oder auch die Rasenheizung des SV Mattersburg wo wir uns erfreuen, weil sie wieder ordentlich Spiele gewinnen.

Es gibt aber trotzdem mehrere andere erfolgreiche Projekte, beispielsweise den Olympiastützpunkt Ost der Ringer, eine tolle Gelegenheit, viele Bundesländer beneiden uns dafür. Das Bundesleistungszentrum für das Sportkegeln in Ritzing. Das Bundesleistungszentrum für Inline-Skaterhockey in Stegersbach. Grasski-WM-Ort Rettenbach hat ordentlich profitiert von einem neuen Lift, mit Unterstützung des Landes natürlich errichtet, oder auch in Eisenstadt wo eine ASKÖ Tennishalle gefördert wird.

Ich glaube, das ist der erfolgreiche burgenländische Weg auf die Verbände, auf die Sportler zu vertrauen und nicht auf den Kollegen Wolf. Diesen Weg sollten wir auch weitergehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

400.000 Euro stehen für Sportförderung zur Verfügung, auch Sondermittel für überregionale Projekte in Zusammenarbeit mit dem Land, aber auch mit dem Bund. Das ist auch ganz, ganz wichtig und den Gemeinden, die das ernst nehmen und vor allem mit den burgenländischen Sportverbänden. Das ist, glaube ich, gut und wichtig so, das ist das Erfolgsrezept und diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch weitergehen.

Der ist auch messbar nämlich mit Medaillen. 754 Medaillen konnten wir 2016 erringen. Also da kann man sagen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer wir?)* wenn man sich das Burgenland, die Sportlerinnen und Sportler… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich hab geglaubt Du! Na Du hast ja gesagt wir!)* Nicht Sie, nicht ich, sondern die Sportlerinnen und Sportler des Burgenlandes.

Also ich glaube, sich auf die Sportverbände, sich auf die Sportler zu verlassen, ist der erfolgreiche Weg. Den sollten wir auch weitergehen und daher werden wir unserem Antrag sehr, sehr gerne natürlich die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke, meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt liegt uns ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Wolf eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen sich von den Plätzen zu erheben.-

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Sportstätten im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. *(Allgemeine Unruhe)* Ich bitte um Ruhe. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Burgenländischen Landtages für Donnerstag, dem 18. Mai 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 19.15 Uhr im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 55 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 25. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Freitag, 05. Mai 2017

10.02 Uhr - 17.43 Uhr

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4036)

Fragestunde:

Die
Anfrage Nr. 124 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Gesundheitssystem im Burgenland
sowie die
Anfrage Nr. 125 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Gespräche mit dem Nachbarland Ungarn zum Thema Grenzsicherung und Grenzkontrollen
sowie die
Anfrage Nr. 126 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend die Änderungen im Bereich der Zumutbarkeitsbestimmungen
wurden in der heutigen Sitzung von den Fragestellern gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen.

Unterbrechung

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Gerhard Steier, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs 1 Z 2 iVm § 5 Abs 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz (Zahl 21 - 654) (Beilage 922)
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christian Sagartz, BA (S. 4039)
Redner: Manfred Kölly (S. 4045), Wolfgang Spitzmüller (S. 4055), Géza Molnár (S. 4057), Markus Ulram (S. 4061), Robert Hergovich (S. 4064), Gerhard Steier (S. 4072), Mag.a Regina Petrik (S. 4077), Ing. Rudolf Strommer (S. 4078), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 4080), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 4085) und Manfred Kölly (S. 4086)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 4089)

Dringliche Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES (Zahl 21 - 655) (Beilage 923)
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 4089)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 4099), Günter K o v a c s (S. 4099) und Mag. Franz S t e i n d l (S. 4101)

Dringliche Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend KRAGES (Zahl 21 - 656) (Beilage 924)
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4102)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 4111), Mag. Christian D r o b i t s (S. 4113), Gerhard S t e i e r (S. 4115) und Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4117)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4036)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen. Ich darf Sie alle recht herzlich zu der 25. Sitzung des Burgenländischen Landtages begrüßen. Alle Damen und Herren des Hohen Hauses, auf der Regierungsbank, auf der Tribüne und die uns via Livestream auch beiwohnen.

Ich eröffne die 25. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Diese Sitzung habe ich aufgrund eines von den Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Bernhard Hirczy, Mag. Michaela Resetar, Georg Rosner, Mag. Christian Sagatz, BA, Mag. Franz Steindl, Mag. Thomas Steiner, Ing. Rudolf Strommer, Walter Temmel, Markus Ulram, Mag. Christoph Wolf, M.A., Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly und Gerhard Steier gemäß § 54 Abs. 2 GeOLT gestellten Verlangens fristgerecht einberufen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Amtliche Verhandlungsschrift der 24. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig und Herr Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar entschuldigt. *(Abg. Manfred Kölly: Na geh!)*

Ich ersuche den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 25. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Freitag, dem 5. Mai 2017.

Von den Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Gerhard Steier, Kollegin und Kollegen ist der Dringlichkeitsantrag auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs. 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz (Zahl 21 - 654) (Beilage 922) eingelangt.

Ebenso sind die dringlichen Anfragen

1. des ÖVP-Landtagsklubs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES (Zahl 21 - 655) (Beilage 923);
2. des ÖVP-Landtagsklubs an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend KRAGES (Zahl 21 - 656) (Beilage 924);

eingelangt.

Weiters ist der selbständige Antrag

1. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen (Zahl 21 - 653) (Beilage 921);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Rechnungsabschluss (Zahl 21 - 647) (Beilage 915);
2. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Wohnbauförderung (Zahl 21 - 648) (Beilage 916);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagatz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 585) betreffend Jagdgesetz (Zahl 21 - 646) (Beilage 914);
2. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 594) betreffend Bezirksgericht Jennersdorf (Zahl 21 - 649) (Beilage 917);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 595) betreffend Sport (Zahl 21 - 650) (Beilage 918);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 590) betreffend Zinstauschgeschäfte (Zahl 21 - 651) (Beilage 919);
5. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 593) betreffend VOR-Tarifreform (Zahl 21 - 652) (Beilage 920);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Den selbständigen Antrag, Zahl 21 - 653, Beilage 921, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen, Zahl 21 - 647, Beilage 915, und Zahl 21 - 648, Beilage 916, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe die Beantwortung von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 646, Beilage 914, Zahl 21 - 649, Beilage 917, Zahl 21 - 650, Beilage 918, und Zahl 21 - 651, Beilage 919, und Zahl 21 - 652, Beilage 920, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Weiters eingelangt ist:

der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagatz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Gerhard Steier, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs. 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz.

Vom ÖVP-Landtagsklub ist eine dringliche Anfrage gemäß § 30 Abs. 2 GeOLT, Zahl 21 - 655, Beilage 923, an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES und

eine dringliche Anfrage gemäß § 30 Absatz 2 GeOLT, Zahl 21 - 656, Beilage 924, an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend KRAGES eingelangt.

Gemäß § 30 Abs. 6 erfolgt die Behandlung nach Erledigung des Dringlichkeitsantrages.

Erster und einziger Tagesordnungspunkt ist die Fragestunde.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet.

Laut § 31 Abs. 3 GeOLT hat Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. seine Frage zurückgezogen.

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Ing. Strommer an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet.

Laut § 31 Abs. 3 GeOLT ist auch diese Anfrage vom Abgeordneten Ing. Strommer zurückgezogen.

Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet.

Auch diese Frage wurde vom Herrn Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. laut § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen. *(Abg. Géza Molnár: Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die kurze mündliche Anfrage ist, wie vom Herrn Präsidenten zitiert, im § 31 der Geschäftsordnung dieses Hauses geregelt. Es ist das gute Recht, diese Anfragen zurückzuziehen.

Sie vermeiden damit allerdings, dass wir uns heute über wichtige Themen unterhalten, und Sie legen damit gleich zu Beginn dieser Sondersitzung klar, dass es Ihnen heute nur um Inszenierung geht.

Sie wollen heute nicht in der Fragestunde, obwohl die Öffentlichkeit da ist und die Regierungsmitglieder vorbereitet sind, über das Gesundheitssystem reden.

Sie wollen heute nicht über das aktuelle Thema Grenzkontrollen reden. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Sie wollen heute nicht über das aktuelle Thema Arbeitsmarkt reden. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?)*

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Das richtet sich von selbst. Dieser billigen Show werden wir nicht auf den Leim gehen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zur Geschäftsordnung!)*

Präsident Christian Illedits: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Sagatz. Bitte. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist unglaublich.)*

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Abgesehen davon, dass ich in Abrede stelle, Herr Kollege Molnár, dass das eine Meldung zur Geschäftsordnung war, *(Abg. Géza Molnár: Ist das jetzt eine?)* möchte ich einseitig und eindeutig dazu Stellung nehmen. *(Abg. Edith Sack: Einseitig.)*

In dieser Situation haben wir die drei mündliche Anfragen zurückgezogen, weil was Sie heute machen wollen, ist Nebelgranaten werfen. Sie wollen ablenken, dass es heute nur um eine Sache geht, nämlich um die politischen Verfehlungen der hier im Hause Verantwortlichen für die KRAGES, nämlich des Landeshauptmannes und des

Gesundheitslandesrates, *(Abg. Géza Molnár: Sie verzichten auf Kontrolle.)* und diese politischen Nebelgranaten werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Géza Molnár: Das war jetzt auch zur Geschäftsordnung? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Das waren jetzt zwei Erklärungen. Es steht jedem Abgeordneten das Recht zu, laut Geschäftsordnung Fragen einzubringen, aber auch Fragen zurückzuziehen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Danke, Herr Präsident.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem sich sonst keine weiteren Fragen im Einlauf befinden, ist somit die Fragestunde in Ermangelung an Fragen b e e n d e t .

Sehr geehrte Damen und Herren! Da die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages gemäß § 24 Abs. 4 GeOLT erst nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung beginnen kann, unterbreche ich nunmehr die Sitzung bis 13 Uhr 15 Minuten.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 10 Uhr 13 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 15 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme nun die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Dringlichkeitsantrag auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz (Zahl 21 - 654) (Beilage 922)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagatz, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Gerhard Steier, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs. 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz, Zahl 21 - 654, Beilage 922.

Da die Behandlung geschäftsordnungsgemäß nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu beginnen hat, erteile ich nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagatz, BA das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Drei Fraktionen und ein parteifreier Abgeordneter, das sind insgesamt 16 Mandatare dieses Hauses, haben heute diese Sitzung beantragt und unterstützen drei Tagesordnungspunkte.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist die Beantragung einer Prüfung durch den Burgenländischen Landes-Rechnungshof. Die ÖVP, die GRÜNEN, die Liste Burgenland und Gerhard Steier fordern gemeinsam, dass insbesondere fünf Themenkomplexe durch den Landes-Rechnungshof überprüft werden.

Erstens, alle Umstände der Entlassung von KRAGES-Geschäftsführer Rene Schnedl.

Zweitens, alle Umstände, die zur Entlassung des KRAGES-Juristen Dr. Yalcin Duran geführt haben.

Des Weiteren die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Einsetzung von Mag. Georg Funovits als Prokuristen in der KRAGES.

Weiters die Frage der Vereinbarkeit der Funktion des Landesrates Mag. Norbert Darabos als Aufsichtsratsvorsitzender der KRAGES mit seiner politischen Verantwortung als zuständiger Landesrat.

Und wir fordern, dass alle Umstände rund um die Kündigung des KRAGES-Prokuristen Mag. Peter Dopler, insbesondere Kündigungsgründe, allfällige Abfertigungszahlungen, durch den Landes-Rechnungshof überprüft werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist unser Antrag, das ist ein Dringlichkeitsantrag, und ich glaube, wenn man in den letzten Wochen die Medien verfolgt und auch Gespräche geführt hat, dann gab es wenige politische Themen, die so viele Verantwortungsträger, aber auch Bürger betroffen gemacht haben, wie all diese Vorfälle, die sich rund um diese Beantragung ereignet haben, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bringe es auf den Punkt.

Ich habe Ihnen jetzt bewusst vorgelesen, was die Prüfungsgegenstände sind, aber eines möchte ich auch ganz deutlich sagen und insbesondere dadurch, dass ich nach der Sitzungsunterbrechung noch kurz ein Vier-Augen-Gespräch mit dem Landeshauptmann hatte, ist mir erst bewusst geworden, dass ich das nochmals ganz deutlich und dezidiert hier sagen möchte:

Es geht uns heute hier nicht um die Person Rene Schnedl, es geht heute um die Vorgangsweise, wie das Land, eine landesnahe Unternehmung, ein politisches System, mit Menschen umgeht und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ruft drei Oppositionsfraktionen und einen parteilosen Abgeordneten auf den Plan.

Das ist es, was wir heute hier diskutieren müssen, denn aus unserer Sicht und - das sage ich gleich vorne weg - war alles, was sich durch die Vorgangsweise ereignet hat, alles, wie es geschehen ist, und ich rede nicht von den Beweggründen, warum es geschehen ist, ich rede nur von der Vorgangsweise, wie das Land, landesnahe Unternehmungen, politische Verantwortungsträger, mit Menschen im Burgenland umgehen. Das möchten wir heute diskutiert wissen, das möchten wir in Zukunft mit aller Vehemenz und Kraft verhindern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich verstehe natürlich, dass es lästig und unangenehm ist, wenn die Opposition, dank ihrer Stärke, wir sind 16 Mandatare, wir sind nun einmal die stärkste Opposition, die das Land Burgenland jemals hatte, Landtagsinstrumente dazu einsetzt und versucht, hier Licht ins Dunkel zu bringen und volle Aufklärung fordert.

Wir haben das in einer Pressekonferenz erklärt. Es kam sogar die Frage, warum wir eigentlich nur ein „gelinderes“ Mittel einsetzen, warum wir uns „nur“ zu einem Sonderlandtag zusammensetzen und nicht gleich Untersuchungsausschüsse und Misstrauensanträge stellen, und das kann ich Ihnen erklären.

Dieser Sonderlandtag hat einen Sinn und einen Zweck: Dass Rede und Antwort gestanden wird.

Ich habe in einem Vier-Augen-Gespräch heute schon mehr über die gesamten Zusammenhänge der Abläufe bei der KRAGES erfahren, als ich jemals offiziell hier in diesem Haus erfahren werde können, und ich sage Ihnen warum?

Das Land Burgenland ist den Weg gegangen, auch mit der Unterstützung anderer Parteien, und hat Institutionen ausgelagert. Die KRAGES ist eine Landesgesellschaft. Das bedeutet, dass die Politik gesagt hat, die politischen Verantwortungsträger ziehen sich zurück, die kontrollieren und übergeben die Verantwortung einem Geschäftsführer, Prokuristen, die darauf schauen, dass 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass Ärzte, Krankenhauspersonal und Patienten in guten Händen sind.

Umgekehrt bedeutet das für uns als Abgeordnete, dass wir durch das Budget zwar Finanzen zur Verfügung stellen dürfen, aber dann keinerlei Möglichkeit haben, Nachfragen zu stellen.

Das Fragerecht ist ausgeschaltet, weil, ausgegliederte Gesellschaft. Wenn das so ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ich übrigens auch in Zweifel ziehe, dann kann nur bedeuten, dass auch die Politik dann dort nichts verloren hat.

Tatsache ist, dass in der KRAGES - und der Herr Landesrat Darabos hat es in der letzten Sitzung explizit gesagt - Anwälte des Landes eine Entlassung durchgeführt haben. Und wie haben sie das gemacht?

Sie sind dort hingefahren, zum Privathaus eines nunmehrigen ehemaligen Mitarbeiters einer Landesgesellschaft und haben im Auftrag, von wem auch immer, eine Entlassung ausgesprochen. Dann ist zufällig noch der Chefjurist dieser Landesinstitution anwesend, der wird ebenfalls gleich entlassen. *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Zufällig.)*

Ja, ich gehe davon aus, ich weiß nicht, ob sie alle erwartet haben, dass der Herr Yalcin Duran dann wartet, bis die KRAGES-Mitarbeiter oder die Landesanwälte zum Privathaus vom Herrn Schnedl fahren, also das ist jetzt schon ein starkes Stück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das die übliche Vorgangsweise ist, dass Anwälte des Landes persönlich Entlassungsbriefe übermitteln, Laptops und Diensthandys einverlangen, das Dienstauto mitnehmen, dann möchte ich bitte wissen: In wie vielen Fällen dieses Hauses, in wie vielen Fällen aller Landesgesellschaften ist das schon passiert?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in irgendeiner Art und Weise die übliche Vorgangsweise ist. Das ist in Wirklichkeit nur eine Machtdemonstration gewesen, weil jemand seine eigene Meinung gesagt hat, weil jemand anderer Auffassung war und weil er sich nicht gefallen hat lassen, dass die Politik in eine Landesgesellschaft, die ausgegliedert wurde, hineinregiert.

Das kann nur der Ausfluss dessen sein, dass jemand seine Macht demonstrieren wollte, und heute soll Rede und Antwort gestanden werden, wer hinter diesen Machenschaften steckt. *(Beifall bei der ÖVP)* Es steht jedem frei, das zu bewerten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 16 Abgeordnete haben einen Sonderlandtag beantragt. Dieses Verlangen wurde zügig und rasch umgesetzt. Wir sind heute beieinander, und das darf man auch kommentieren und mit dem muss man auch nicht einmal einverstanden sein.

Aber eines, Herr Kollege Hergovich, möchte ich schon betonen. Sie haben ein Wort gebraucht, das mich ein wenig erschrocken hat. Sie haben gesagt, wir missbrauchen den Landtag. Herr Abgeordneter, wir alle haben die gleichen Rechte. Wir unterschreiben Anträge, Anfragen. Wir unterstützen mit Stehen oder Sitzenbleiben einen Antrag, ein Gesetz, was auch immer.

Wenn 16 Abgeordnete eine Sondersitzung verlangen und wenn 16 Abgeordnete der Auffassung sind, dass wir heute über dieses wichtige Thema für das Land bei der größten Institution des Landes nachfragen und Nachschau halten, dann bitte ich Sie, überlegen Sie, was das Wort „Missbrauch“ impliziert.

Sie können sagen, dass Sie das nicht wichtig genug erachten. *(Abg. Robert Hergovich: … auch das, was Sie machen.)* Sie können sagen, dass das aus Ihrer Sicht kein Thema ist im Land. Dann ist das so! Dann lasse ich Ihnen das sicherlich unbenommen sein, aber eines möchte ich Ihnen schon deutlich sagen, passen Sie bei dieser Wortwahl „Missbrauch“ auf, weil das würde nämlich bedeuten, dass Sie uns absprechen, von diesem Recht Gebrauch zu machen, und das weise ich auf das Allerschärfste zurück. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dann haben Sie auch gesagt, und das habe ich interessant gefunden, die Floskel gefällt mir, „die kleineren Oppositionsparteien lassen sich vor den schwarzen Karren spannen“. *(Abg. Werner Friedl: Richtig!)*

Wenn ich bei Ihrer Diktion jetzt bleibe, dann bedeutet das, das ist Ihre Sache, dass Sie den anderen Oppositionsparteien einmal absprechen, dass Sie sich mit dem Thema ernsthaft auseinandergesetzt haben, weil eines können Sie uns ja allen nicht absprechen: Das ist Thema! Das ist eine Sache, die das Land bewegt, die die Medienwelt, die politische Themenlandschaft beherrscht hat, also da kann man wohl nicht sagen, aber „sie lassen sich vor den Karren spannen“. Wer lässt sich dann noch vor den Karren spannen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute gab es eine Aussendung des Heinz Kulovits. Er sagt: „Die Opposition wechselt politisches Kleingeld auf Kosten der KRAGES-Beschäftigten und Patienten. 3.500 Mitarbeiter dürfen nicht zum Spielball der Politik gemacht werden.“

Eines kann ich ihm sagen. Beim ersten Satz ist er vollkommen im Unrecht, beim zweiten Satz hat er absolut Recht. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)* Genau deshalb sind wir zusammengekommen, genau das gilt es zu verhindern.

Ob es jetzt 3.500 sind, oder ob es nur mehr 3.499 sind, eines kann ich Ihnen versichern, wir werden nicht zulassen, dass, ob in der KRAGES, oder in irgendeinem anderen Unternehmen des Landes, oder hier im Landhaus mit einer Person so umgegangen wird, eine Entlassung auf diese Art und Weise ausgesprochen wird, das werden wir sicherlich nicht tatenlos akzeptieren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir haben einen dringlichen Antrag auf Prüfung durch den Rechnungshof eingebracht. Sie alle wissen, keiner der Mandatare der Opposition, aber eigentlich auch nicht der Regierung, hat die Möglichkeit, die Regierungsakte, die beschlossen wurden, einzusehen.

Es ist uns nur mitgeteilt worden, dass die Landesregierung sich entschlossen hat, eine Sonderprüfung der KRAGES durch den Bundes-Rechnungshof zu veranlassen. Da habe ich mir gedacht, siehe an, eigentlich ein richtiger Schritt, ist eigentlich in Ordnung, ich könnte auch sagen, ein wenig die Flucht nach vorne, aber gegen eine Überprüfung kann doch niemand etwas haben.

Dann lese ich weiter. Man möchte den von der ÖVP beantragten Antrag beim Bundes-Rechnungshof ergänzen und abändern. Darüber war ich aber überrascht. Das würde ja bedeuten, dass jede Institution mit einer Mehrheit hier im Landtag dann den jeweiligen Prüfantrag ergänzt. Da sagt man, nein, das gefällt mir eigentlich nicht so, da erweitern wir das um zwei Jahre, da schränken wir ein auf einige Personen, also das kann es ja wohl nicht sein.

Aber: Wenn es Ihnen ernst ist, wenn Sie wirklich wollen, dass der Rechnungshof überprüft, dann machen wir das bitte über unseren eigenen Landes-Rechnungshof, nicht weil ich dem Bundes-Rechnungshof misstraue, *(Abg. Doris Prohaska: Schaut fast so aus.)* aber weil ich einfach glaube, dass das rechtlich nicht funktioniert. Das funktioniert rechtlich nicht, einen Antrag zu ergänzen und zu erweitern.

Deshalb tun wir das, was funktioniert. Suchen wir eine gemeinsame Linie! Versuchen wir hier, den Landes-Rechnungshof mit Fragen, mit Initiativen auszustatten, und er soll all das, was wir wissen möchten, auf der einen Seite hinsichtlich der Vorgänge in der KRAGES, über das schuldhafte Verhalten der entlassenen Mitarbeiter, aber auch über die gewählte Vorgangsweise zu entscheiden, und dann haben wir die Grundlage, das zu beurteilen.

Ich sagen Ihnen, es ist mir völlig gleich, ob jemand schuldhaft entlassen wurde oder nicht. Was die Person getan hat, kann ich nicht beurteilen. Niemand von uns hat die Möglichkeit, in der KRAGES Einsicht zu nehmen. Ich kann ja nicht einmal etwas über die politische Ebene erfragen. Warum soll ich denn wissen und beurteilen können, ob in irgendeiner Art und Weise der Herr Schnedl schuldhaft oder nicht schuldhaft entlassen wurde? *(Abg. Robert Hergovich: Warum haben wir dann einen Sonderlandtag?)*

Aber eines möchte ich Ihnen sagen, das Einzige, was ich in dem Fall beurteilen kann, ist die öffentlich gemachte Vorgangsweise, und ich möchte nie wieder erleben, dass im Burgenland ein Mitarbeiter entlassen wird, wo es anschließend zu einem Polizeieinsatz kommt. Das möchte ich nicht, und dafür werde ich immer wieder das Wort ergreifen. Dagegen verwehre ich mich mit aller Kraft! *(Beifall bei der ÖVP)*

Jetzt weiß ich aus der letzten Landtagssitzung, wo hat der Herr Landesrat gesagt, er möchte ansetzen? Der Herr Landesrat Darbos ist von uns gefragt worden, und er hat geantwortet: Experten haben ihm die Entlassung empfohlen. Gesagt hat er aber nicht, weshalb diese Gründe waren. Er hat nur allgemeine Formulierungen gefunden, und dann hat man gesagt, schuld ist das Vorgehen beim RSG, beim Regionalen Gesundheitsplan haben die Verantwortlichen in der KRAGES das schlecht gemacht, gegen den politischen Willen des Landes, und da verstehe ich wieder die Vorgangsweise nicht.

Wie kann jemand, der nicht einmal mitbestimmt, wie dieser RSG aussieht, der Geschäftsführer der KRAGES hat dort de facto nichts zu melden, das entscheiden andere. Jeder von uns kann nachsehen, wer in diesem Gesundheitsfonds sitzt, wer in dieser Steuerungsgruppe sitzt. Sicherlich nicht der Herr Schnedl! Und deshalb musste er gehen?

Das hat ein gewisser Herr Dax gesagt, seines Zeichens SPÖ-Parteigeschäftsführer, weder Abgeordneter dieses Hauses, noch Regierungsmitglied. Wo der das also wieder her hat, ist eine andere Sache. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, was sagt der Herr Landesrat selbst dazu? In der APA vom 19. April 2017 sagen Sie, Herr Darabos, selbst: „Mit der gesundheitspolitischen Strategie des Burgenlandes oder der Erstellung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit hat die Entlassung nichts zu tun.“ *(Abg. Robert Hergovich: Hat es doch bereits gesagt.)* Wo sind dann also die Gründe dafür? *(Abg. Doris Prohaska: Alle Gründe beziehungsweise Punkte wurden bereits aufgezählt!)* Sie haben behauptet, die ÖVP stellt sich gegen irgendeine Institution im Land, weil wir diese Causa einfach hinterfragen. Das glaubt Ihnen doch niemand, denn das steht ja völlig außer Streit. Niemand von uns hat den Gesundheitsplan attackiert, niemand von uns hat irgendeine Entscheidung dort getroffen. Tatsache ist, dass Sie behaupten - und das ist ja eigentlich nur eine Ausflucht *(Abg. Robert Hergovich:*

Wieso sitzen wir dann heute hier?) - ich habe Ihnen ja gesagt, damit Sie Rede und Antwort stehen können. *(Abg. Robert Hergovich: Ich?)* Der Abgeordnete sicher nicht. Na, Sie doch nicht. Ich meine, wenn Sie etwas zur KRAGES wissen, dann sagen Sie es auch, aber am Ende des Tages, glaube ich, sind zwei Personen aufgefordert worden, Rede und Antwort zu stehen und das tun wir. Der erste Punkt ist ein Antrag auf Prüfung. Eines möchte ich aber deutlich sagen: Die ÖVP Burgenland steht hinter den KRAGES-Mitarbeitern, hinter den Institutionen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ganz bestimmt lasse ich mir aber sicher keinen Bären aufbinden, von niemandem, *(Abg. Ingrid Salamon: Die Mitarbeiter aber auch nicht.)* dass irgendjemand von uns irgendetwas gutheißt, was ein Mitarbeiter tut, den ich nicht einmal eingestellt habe, weder nachfragen kann, was er tut, noch seine Kündigung aussprechen kann. Das heißt, wenn Sie sich jetzt als Retter, Herr Klubobmann Hergovich, irgendwelcher Institutionen und des Krankenhauses aufspielen, dann kann ich Ihnen sagen, entweder haben selbst Ihre Verantwortungsträger im BURGEF das so entschieden und Sie haben das vielleicht rückgängig gemacht, da hat aber dann die ÖVP auch nichts damit zu tun, *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt. Das ist aber das Einzige, was bis dato gestimmt hat.)* oder Sie wollen da einfach nur mit einer politischen Nebelgranate alle ein bisschen eindecken und sagen, wir retten jetzt das Gesundheitssystem. Es geht um etwas ganz anderes!

Jetzt sage ich Ihnen, was ich abschließend zum Ganzen sagen möchte, was selbst mich überrascht hat. Der Peter Rezar ist, aus meiner Sicht, die Überraschung innerhalb unserer Abgeordneten-Gruppe. Das hat mich wirklich überrascht, weil dem weder Sie, noch wir, abreden können, dass er sich auskennt. Der hat dort die Verantwortung getragen und hat, als Abgeordneter, das klar angesprochen, was sich viele denken. Dieses Zitat lese ich Ihnen vor. Peter Rezar antwortet: „Ich finde das alles sehr beschämend, denn so geht man mit Mitarbeitern einfach nicht um. Außerdem erzeugt das Ganze in der Öffentlichkeit ein fürchterliches Bild. Es ist ein Wahnsinn, wie die Mitarbeiter behandelt werden. Für mich ist das der Ausdruck des System Niessls: Wer anderer Meinung ist, fliegt. Diese Vorgangsweise erinnert fast schon an Nordkorea."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wen brauchen Sie mehr als Kronzeugen in dieser Sache als den ehemaligen Verantwortungsträger für die KRAGES, als ehemaligen Weggefährten innerhalb der SPÖ-Regierung, der dann sagt, das trägt er persönlich nicht mit. Ich möchte nur sagen, wenn wir jetzt noch weitere Zeugen hören müssten, wäre es schon fast lächerlich. Es gibt kein Thema, keine inhaltliche Grundlage, die derzeit dringlicher ist, als die Überprüfung der KRAGES. Genau deshalb haben das heute 16 Abgeordnete beantragt und genau deshalb bitte ich Sie, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag gemeinsam an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof richten, um Klarheit, um volle Transparenz in dieser Sache erlangen zu können. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Ich lasse nun über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Dringlichkeit zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Einstimmigkeit.

Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir war klar, dass das bei diesem Antrag ein einstimmiger Beschluss wird. Wie könnte man sonst anders, denn es gibt zwei Seiten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die einen werden diese Fragen, die wir heute gestellt haben, dementsprechend beantworten. Auf der anderen Seite freue ich mich schon auf diese Antworten. Zum Dritten - und jetzt kommt das, Herr Kollege Hergovich: Missbrauch des Landtages! Da muss ich auch dem Kollegen Sagartz Recht geben. Ich glaube, uns ist schon bewusst, dass der Landtag ein ganz wichtiges Instrument ist, um auch solche Dinge dementsprechend zu diskutieren und auch der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Wir sind - ja, denke ich schon, wenn heute auch nicht so viele Zuschauer da sind, aber per Live-Stream ist man mit dabei - und ein paar Dinge, die ich schon auch als Person Kölly loswerden möchte. Denn nicht immer einfach hat es eine Oppositionspartei, die schon jahrelang hier immer wieder auf die Missstände in diesem Land hinweist. Dann geht man seitens der Regierung her und sagt, lasst doch den Kölly reden, ist ja alles ein Blödsinn. Ich sage immer wieder, steter Tropfen höhlt den Stein! Wenn wir solche Baustellen wie die KRAGES sehr viele haben in diesem Land und die FPÖ auch immer wieder mit mir oder ich mit der FPÖ das aufgezeigt habe, dann sind wir immer goldrichtig gelegen. Es war eben eine andere Regierungskonstellation. Aber trotzdem sind wir in der Sache immer richtig gelegen.

Jetzt zeigt sich, dass es wieder einmal stimmt. Wenn wir, die Oppositionsparteien, heute einen Sonderlandtag verlangt haben, finde ich das für wichtig und richtig, weil hier eine Aufklärung, ein Aufklärungsbedarf gegeben ist. Die KRAGES ist ja nicht irgendjemand in diesem Land, sondern eine ganz wichtige Institution, wo viel öffentliches Geld hineinfließt. Aber, wo wir, und da bin ich beim Herrn Landesrat Darabos, ja uns auch in Zukunft Gedanken machen müssen und sollen. Wie kann man dieses Sozialsystem, dieses Gesundheitssystem, eigentlich weiter in diesem Land aufrechterhalten?

Nicht mit Tricksen, Tarnen und Täuschen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern mit offenen Diskussionen. Wir seitens des Landtages, wir Abgeordnete, haben die Verpflichtung und das Recht, auch Fragen zu stellen und auch Antworten zu bekommen. Das machen wir heute mit zwei Anfragen an den Herrn Landeshauptmann und an den zuständigen Landesrat Darabos. Ich glaube, das Beste wird sein, wenn man wirklich klar und deutlich sagt, warum das Ganze so gelaufen ist. Ich weiß schon, oft ist es so - auch in den privaten Firmen -, dass man sich bei Leuten, die man einstellt, täuschen kann.

Aber, jedes Mal, wenn jemand eingestellt wird, wo man schon lange im Vorhinein weiß, wer das wird, eigentlich der Geschäftsführer oder der und der, und wir nur den kleinen Finger heben und sagen, ist das gut, ist das nicht politisch irgendwo wieder so passiert, wie wir es in der Vergangenheit gewohnt sind – nein, wir haben ja keine Ahnung! Die besten Leute! Ich sage nur ein paar Beispiele: Schnedl - ich habe, Gott sei Dank, die Möglichkeit gehabt, mich mit ihm persönlich zu unterhalten. Ein fähiger Mensch, das muss ich auch dazu sagen, ein ganz Gescheiter, der auch jung und dynamisch ist und der etwas weiterbringen wollte. Ich sage ganz bewusst „wollte“. Aber, es ist in diesem Land vielleicht auch nicht gut, wenn man nicht genau das tut, was die Obrigkeit will. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch der Tourismusdirektor Baier hat sich von uns verabschiedet. Nein, bei mir nicht, leider, denn ich hätte gerne mit ihm einmal geredet, warum das eigentlich passiert ist. Was hat er für ein Paket auf die Reise mitbekommen? Wir sagen in Deutschkreutz,

„auf die Roas kriegst du ein Packl mit und jetzt schau, wie du weiterkommst“. Interessant ist aber, dass man da auch nichts erfährt.

Oder, der Herr Dopler, der da auch eine Rolle spielt, und sich wieder ins Verteidigungsministerium zurückgezogen hat. Mit dem Herrn Verteidigungsminister habe ich darüber geredet. Der sagt: „Na ja, was hätten wir tun sollen, er wurde uns so serviert.“ Punkt aus!

Das Nächste ist: Auch der Herr Stündl wurde von der Therme Lutzmannsburg verabschiedet und hochkantig hinausgeschmissen. Übrigens war da die ÖVP auch noch am Arbeiten. Da müssen wir auch aufpassen, denn da gehört Ihr auch dazu! Dann setzt man dort irgendeine Geschäftsführerin ein. Was passiert? Auch die wurde still und heimlich über Nacht wieder abgesetzt und der Herr Stündl ist wieder gekommen. Ohne große Aufregung, ohne eine große Hinterfragung, außer wir, seitens Bündnis Liste Burgenland, haben gesagt, was ist da, was geschieht da? Was sind das für Verträge, meine sehr geehrten Damen und Herren? Welche Verträge gibt es da? Leider haben wir in der Opposition oder im Landtag keine Möglichkeit, in solche Verträge Einsicht zu nehmen. Das ist genau der Punkt, Herr Kollege Hergovich, denn ich weiß nicht, ob Sie als SPÖ-Klub diese Verträge sehen, was die Regierung oder die Zuständigkeit außerhalb beschließen.

Die sind ja alle ausgelagert, da kann man ja machen was man will. Nur, die Verantwortung trägt trotzdem die Landesregierung, weil, wie wir den Voranschlag beschlossen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir eigentlich ja dafür da, dass wir ein bisschen eine Diskussion führt. Den Live-Stream schauen sich die Leute doch auch an und sagen: Na ja, was sollen wir? Schön und gut, die wissen aber nicht, dass die Regierung das ganze Geld dementsprechend auch umsetzt. Das ist ja auch in Ordnung, es wird ja nicht alles nur schlecht sein, denke ich einmal. Aber, wenn man darauf hinweist, dass solche Dinge passieren, dann ist es immer so Stillschweigen! Das ist das Beste, das ist da neueste Wort, übrigens für die Medien: Stillschweigen ist vereinbart worden! Sei es die Umfahrung Schützen - Stillschweigen vereinbart, seien es Verträge - egal welcher Manager - Stillschweigen ist vereinbart. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da geht es um öffentliche Gelder! Um unsere Gelder, um Ihre Gelder, um alle unsere Gelder geht es da! Na selbstverständlich und was machen wir? Man sitzt brav und der SPÖ-Klub, na logisch, was soll er sonst machen, muss das verteidigen, was in der Regierung passiert. Nur, was mich wundert in der Regierung ist, dass sich das Beiwagerl FPÖ jetzt noch herstellt und sagt heute vormittags „na ja, die stellen die Fragen, die ziehen die Fragen zurück und nimmt noch den Kodex mit oder die Geschäftsordnung mit.“ Den brauchst Du gar nicht mitnehmen, Herr Kollege Molnár, sondern musst einfach nur sagen, Du wurdest von der SPÖ vorgeschickt, aber das würde ich mir nicht antun, Herr Kollege Molnár, sondern, ich würde einmal sagen, hören wir uns das an, wenn nichts zum Verbergen ist.

Was hat man für ein Problem damit! Im Gegenteil, und ich denke, dass der Herr Landeshauptmann so denkt und der Herr Landesrat auch so denkt. Daher freue ich mich schon auf die Antworten, die da heute kommen werden. Aber, ich möchte bei ein paar Dingen noch in die Tiefe gehen: Dass der Herr Landesrat Rezar heute nicht anwesend ist und dass wir heute Sitzung haben, ob da nicht irgendwo irgendwas mitspielt in der Causa, das hätte ich gerne gewusst! Auch diese Offenheit, muss man einmal sagen, wenn Sie angerufen hätten und hätten gesagt: „Herr Peter Rezar, Herr Doktor, wann hast du Urlaub, wann kannst du nicht da sein, da machen wir die Landtagssitzung?“

Ich stelle das nur in den Raum. Ich habe es nicht behauptet, ich stelle es nur in den Raum! Ganz einfach! Weil, ich denke, es brodelt nicht nur im Land, mit den vielen Baustellen, sondern es brodelt auch in der SPÖ und irgendwann brodelt es in der FPÖ, weil lange können sie das nicht mehr mittragen, denke ich. Aber, es sind ja auch viele Vergangenheitsbewältigungen da mit dabei, wo man die ÖVP sich nicht ganz aus der Verantwortung ziehen lassen darf, das muss man auch dazusagen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ruhig bleiben, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Also, bitte!)* denn ich glaube, es ist vernünftiger, man hört sich das jetzt an, man kriegt wirklich offene und klare Antworten, dann können wir weiter diskutieren. Das ist ja jetzt nicht gleich vorbei, weil der Kölly geredet hat oder ein paar geredet haben da vorne oder etwas gesagt haben, sondern, hören wir uns diese Antworten von den Zuständigen an, die auch die Verantwortung für diese ganze Sache, was da passiert ist, tragen. Sei es jetzt der Herr Schnedl oder der Herr Baier vom Tourismus oder der Herr Dopler oder egal wo man hinschaut. Man hat auch einen Burgenlandmanager, einen Südburgenlandmanager, eingesetzt. Ich kann mich erinnern, an die ersten Tage, wo SPÖ und ÖVP noch beieinander waren. Da hat man den Herrn von der Kurbad Tatzmannsdorf AG nicht zugelassen. Vielleicht wäre er gut gewesen. Jetzt hat man den anderen genommen. Wir wissen nicht einmal, welche Verträge es dort gibt. Haben wir nicht das Recht, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, zu erfahren, was da beschlossen wird, welche Verträge abgeschlossen werden?

Dann höre ich, egal vom Landesrat oder vom Landesparteisekretär verschiedene Aussagen und verschiedene Meinungen dazu. Was ist also näher, als dass ich gesagt habe, gebt mir bitte den Vertrag? Ich habe ja kein Problem damit, wenn derjenige Bonuszahlungen bekommt, die ihm nicht zustehen, wenn der irgendwelche Provisionen bekommt, die ihm nicht zustehen oder wenn der nebenbei seine Familie betreut oder studiert, ich weiß ja nicht, was da los ist! Ich hätte gerne gewusst, was in diesem Vertrag steht.

In einer Gemeinde, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, muss man das sehr wohl offenlegen und im Gemeinderat beschließen. Wir sind ja das Gremium, wo das eigentlich beschlossen werden soll. Ihr tut Euch ja ohnehin leicht, denn Ihr habt ja ohnehin die Mehrheit. Das könnten wir ja dort ganz klar vorlegen und sagen, ja, wird ohnehin beschlossen, da brauchen wir ohnehin keine Angst haben. Warum versteckt man da etwas, warum vertuscht man da etwas? Aus welchem Grund? Die FPÖ hat ja vor zwei, drei Jahren noch genauso gesprochen. Warum macht man das? Die Prüfung vom geplanten Spital in Oberwart und dergleichen mehr! Da gibt es Anhaltspunkte, wo man jetzt dem Herrn Schnedl bestimmte Dinge vorwirft. Hier bin ich jetzt wieder beim Kollegen Sagartz, denn mir geht es nicht um den Herrn Schnedl, mir geht es um das System, denn das System krankt da in der ganzen Situation. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es muss eines klar sein: Wenn Ihr mich einmal abholt mit der Polizei daheim, weil ich im Land angestellt bin, da könnt Ihr Euch einmal etwas anderes anschauen! *(Abg. Robert Hergovich: So stimmt das nicht.)* Herr Kollege! Es ist dort zu einer Auseinandersetzung gekommen, dass man die Polizei gebraucht hat. Warum ist das notwendig, dass man sich das antut in diesem Land, wo eigentlich ohnehin alles Honig und was weiß ich alles fließt und es so wunderbar ist. Bei jeder Sonntagsrede sind wir die Besten und die Schönsten und dergleichen mehr. Noch einmal: 20 Jahre bin ich da schon in diesem Hohen Haus und jedes Mal habe ich das Gleiche gesagt, wie es der Herr Landesrat Bieler immer sagt, der packt die Rede von vor fünf Jahren aus. Na no na, es ist ja auch immer das Gleiche!

Jetzt sage ich Ihnen etwas, Herr Landesrat Bieler: Jetzt kommen wir genau zu diesem Punkt. *(Landesrat Helmut Bieler: Jetzt nicht!)* Jetzt kommen wir zu diesem Punkt, wo Du Dich wundern wirst! Ich war für die Leute in diesem Land immer ein Kämpfer. Da brauche ich keine Partei dazu. Ich war immer für die Menschen da und nicht für ihre Partei.

Das muss man auch einmal klar gesagt haben. Mir hat nur eines gefallen, dass man auch in der FPÖ in diese Richtung gearbeitet hat. Ich hoffe, dass sie zu diesen Werten wieder zurückfinden. Ich glaube daran, dass das auch funktionieren wird. Herr Landeshauptmann! Ich verstehe Sie schon, dass das natürlich schon schmerzt, aber im Endeffekt müssen Sie dann für solche Dinge „auch den Kopf hinhalten“. Da müsst Ihr Euch, der Herr Landesrat und Sie, schon abreden, welche Aussagen getätigt werden. Man sollte vielleicht auch einmal den Herrn Landesparteisekretär briefen, was er für Dinge aussagen soll. Dann hätten wir nämlich das Problem nicht, dass man das hinterfragen muss. Man legt uns das am Tisch und sagt, das ist so gewesen. Ich habe kein Problem damit. Glaubt mir das. Ich habe absolut kein Problem damit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber, wenn ich mir anschaue, welche Streiche in der letzten Zeit passiert sind, wo ich mir denke, dass die FPÖ da mitspielt, das kann es nicht geben, das darf es nicht geben.

Der erste Streich ist im Juni 2016 mit dem Werner Unger, dem Südburgenland-Manager erfolgt. Wir kennen keinen Vertrag, das habe ich schon erwähnt. Zweiter Streich, August 2016: Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter besetzt Posten in den Büros oder irgendwo, egal, wie auch immer, soll so sein. Ich habe da überhaupt kein Problem damit, glaubt mir das. Aber, warum streitet man das alles ab? Es ist ja kein Problem, wenn man das macht, glaubt mir das. Das wird immer alles unter der Tuchent gehalten.

Eines muss auch klar sein, Herr Landeshauptmann: Sie verlangen immer burgenländische Arbeitskräfte für burgenländische Arbeitsplätze. Ich frage mich in den Regierungsbüros, wer sitzt denn beim Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz oder beim Herrn Landesrat Petschnig. Kärntner, Niederösterreicher, und so fort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich sage schon bald in Deutschkreutz: Finden wir im Burgenland keine guten Leute? *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Das kann es ja nicht geben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da frage ich Sie, Herr Landeshauptmann, dass Sie da zuschauen? Aber, ich weiß schon, die dürfen sich aussuchen was sie wollen, denn die sind ja das Beiwagerl Deiner SPÖ und stimmen überall mit. Ich sage Euch noch einmal, Zeiten. *(Ein Zwischenruf des Landeshauptmann-Stellvertreters Johann Tschürtz)*

Siehst Du, das sind Aussagen, die mir wehtun. Das ist ja ganz komisch. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Mit dieser Art und Weise werden Sie nicht weit hüpfen und nicht weit kommen. Es ist ja kein Problem, das gibt man einfach zu, dass es heutzutage so läuft.

Oder, wenn man den Tourismusdirektor loswerden will und einen anderen herbringen will, dann verstehe ich das auch. Ich habe auch kein Problem damit. Aber, was hat man dagegen, wenn man sagt, ja, wir wollen unsere Leute, wir haben auch gute Leute, die man da auch dementsprechend in Positionen bringt. Das ist einmal so. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die FPÖ ist ohnehin sehr ruhig in den Reihen da draußen, aber Du regst Dich halt immer auf. Ich weiß nicht warum. Das ist ja nicht notwendig, denn man muss einfach nur dazu stehen, dass das so gemacht wurde. Kein Problem, es werden noch andere Dinge passieren. Nur, dass ich einen 7er BMW fahren kann und zwei Chauffeure habe, das ist für Politik in diesem Lande zu wenig. Ich will,

dass man für die Leute etwas tut, dass man sich für die Leute einsetzt und dass offene und ehrliche Diskussionen entstehen können. Kommen wir nun aber wieder zur KRAGES zurück, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich war sehr glücklich, als der Herr Landesrat Darabos eigentlich fast die Seiten gewechselt hat, ist mir vorgekommen. Weil der Herr Landesrat Rezar hat sich von vielen Primaren und dergleichen mehr verabschiedet, und viele Ärzte sind uns davongegangen. Der Herr Landesrat Darabos hat versucht, neue Ärzte an uns zu binden. Es ist ihm teilweise auch gelungen, was ich weiß. Ich war darüber voll begeistert. Nur, Herr Landesrat, in der letzten Zeit habe ich schon ein bisschen meine Bedenken, und ich habe Ihnen auch eines vorgehalten. Mit der Suizidgeschichte. Dass Sie das nicht gewusst haben, das ist falsch. Stehen Sie dazu, dass Sie in Ihrem Büro das nicht im Griff gehabt haben, dass Sie das nicht gewusst haben, dann habe ich kein Problem. Aber, da ist ein Briefwechsel entstanden und Sie haben das nicht einmal gewusst. Sie haben das sogar unterschrieben, das sage ich Ihnen auch gleich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das sind diese Dinge, die mich ärgern. Wenn man keinen Cent für suizidgefährdete Menschen und Familien hat und nicht einmal eine Diskussion darüber vernünftig führen kann, und dass Sie uns einladen oder diese Familien einladen und versuchen, etwas daraus zu machen, das tut mir weh. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Was soll das?)*

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie können sich dann bei diesem Thema gleich zu Wort melden. Bei den Pferden kennen Sie sich nicht aus, dort kennen Sie sich nicht aus, bei der Feuerwehr kennen Sie sich auch nicht aus. Vielleicht kennen Sie sich bei der KRAGES aus. Ich weiß nicht, aber das tut mir ja direkt weh, wenn ich mir so etwas anschauen muss, weil die Leute es nicht verdient haben und nicht notwendig haben, solch eine Politik über sich ergehen zu lassen. Ich bin schon beim Herrn Landeshauptmann Niessl. Er macht das sehr geschickt. Ich kann ihm dazu nur gratulieren. Er hat Euch voll im Griff. *(Abg. Ingrid Salamon: Alles im Griff!)* Es gefällt mir ja, wie das alles über die Bühne geht. Er hat aber trotzdem die Verantwortung auch für Euch. Ich sage Euch das auch gleich.

Für die ganzen Menschen und die Bevölkerung im Burgenland. Das macht er wirklich ganz gut. Aber, im Fall KRAGES, wo er, glaube ich doch, solche Adern bekommen hat, wie das passiert ist, na dann steht man halt zur Wahrheit, ist ja auch kein Problem. Aber, die Art und Weise sollte man eben dementsprechend einhalten.

Zur KRAGES wieder zurückkommend. Da habe ich den KRAGES Fortbildungskatalog 2017. Da haben wir noch nicht daran gedacht, dass wir den Herrn Schnedl an die Luft setzen. Da muss man allerdings auch schon gewusst haben, was der für ein Verbrecher ist und was der alles angestellt hat - laut Euren Aussagen. Der hat das genommen, das hat er nicht herausgegeben, und dergleichen mehr. In diesem Vertrag muss ja irgendetwas stehen, was er darf oder nicht darf. Oder? Dann sehe ich noch den Herrn Mag. Peter Dopler, Personaldirektor, Herr Kollege von der Gewerkschaft, Herr Kulovits. Diese Meldung hätte man sich auch ersparen können, das sage ich Euch auch gleich.

Ich bin lange genug in der Arbeiter- und auch in der Wirtschaftskammer gesessen, aber nur die SPÖ zu verteidigen, oder den Landeshauptmann, oder den Landesrat zu verteidigen, ist ein bisschen schwach. Sie wissen ganz genau, dass man auch in den Krankenhäusern genug Ängste und Sorgen hat, Stichwort Pflege und dergleichen mehr. Wir haben dann die Gehälter von der Pflege erhöht. Das ist alles in Ordnung, denn warum immer nachhinken. Da wären eigentlich Ihre Meinung gefragt gewesen. Ich hätte mir auch erwartet, dass die darauf beim Herrn Landesrat Darabos einwirken und sagen, wir müssen hier nachziehen, denn die anderen Bundesländer haben das schon. Das fehlt mir

bei Ihnen, bei der Gewerkschaft. Aber, macht nichts, denn ich schätze Ihre Arbeit. Aber ich weiß nur eines, die Aussage von heute, die hätte man sich ersparen können. Aber, es ist nun einmal so. *(Zwischenruf aus der Reihe der Regierungsmitglieder: Meinungsfreiheit!)* Ja, Herr Kollege Bieler, das ist die Meinungsfreiheit. Wenn ich mir nur die Rechnungsabschlüsse anschaue oder die Voranschläge, wenn ich mich zu Wort melde und das eine oder andere dort aufzeige, werde ich immer kritisiert. Das ist schon sehr interessant.

Der Bundes-Rechnungshof hat 2011 eine Follow-up-Prüfung gehabt, wo es Empfehlungen gibt, die Sie, denke ich einmal, sehr wohl kennen, aber bis dato nicht umgesetzt haben. Was sind das für Empfehlungen? Wisst Ihr das? Nein, das interessiert Euch ja auch nicht. Ihr müsst ja nur brav die Hand heben. So ist es. Da heißt es, die Empfehlung des Rechnungshofes, die Betriebsabgänge der KRAGES nicht durch Darlehen, sondern durch Betriebszuschüsse des Landes Burgenland zu finanzieren, wurde 2011 nicht umgesetzt. Geschehen ist nichts. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Sicher ist etwas geschehen!)* Warte ein bisschen, Du kannst Dich dann ohnehin rechtfertigen. Ich gebe Euch das übrigens auch, denn das ist Schwarz auf Weiß, das ist ja kein Problem.

Das Land argumentiert zu der ganzen Geschichte, dass im Nachtragshaushalt 2016 ein Investitionszuschuss für die KRAGES in Höhe von 22,8 Millionen Euro budgetiert wurde. Hier argumentiert das Land wie folgt: Die Burgenländische Landesregierung hat am 1.12.2009 beschlossen, für die Burgenländische Krankenanstalten GmbH, KRAGES, für die von ihr im Wege der Hypo-Investment-Bank AG vergebenen Schuldverschreibungen in der Höhe von Nominale 15 Millionen Euro Anleihe 2009 - 2016 und Nominale 7,85 Millionen Euro, Anleihe 2010-2016 Garantieerklärungen abzugeben.

Des Weiteren wurde beschlossen, der KRAGES einen Gesamtinvestitionszuschuss in der Höhe der aufgenommenen Anleihen von 22,85 Millionen Euro auf die Gesamtlaufzeit des Darlehens, endfällig 14.12.2016 zu gewähren.

Wir haben das im Rechnungsabschluss diskutiert, Herr Landesrat Bieler. Sie haben mir keine Antwort gegeben, aber, das macht ja nichts. Vielleicht bekomme ich heute eine Antwort. Wobei für die Zinsen Fixzinssatz - und jetzt sind wir wieder beim Fixzinssatz, 3,65 Prozent! Wir bewegen uns derzeit bei 0,72 oder so irgendetwas. Wir zahlen dort also enorme Zinsen. Erstmals fällig am 4.12.2010. Landesvoranschlag 2010. Bis zur Endfälligkeit wurde in den jeweiligen Landesvoranschlägen Vorsorge getroffen. Ausschlaggebend für die damalige Übernahme des Investmentzuschusses war seitens des Landes, dass in den Jahren zuvor seitens der KRAGES sowohl laufende Projekte, als auch geplante Investitionsprojekte, wie Bau- und IT-Projekte in Höhe von 22,85 Millionen Euro, aus Mittel des laufenden Betriebes beziehungsweise aus Rücklagen finanziert wurden.

EDV-Projekte, Archivierung, Ausbau der Radiologie beziehungsweise Neuanschaffung eines CTs im Krankenhaus Kittsee, Zu- beziehungsweise Umbau der Chirurgischen Ambulanz im Krankenhaus Oberpullendorf, Gesamtsanierung der Elektrik im Krankenhaus Oberwart.

Jetzt bleibe ich kurz beim Krankenhaus Oberwart stehen. Ihr könnt Euch an die Diskussionen erinnern, auch die FPÖ, wo wir von Gesamtkosten von 70 oder 80 Millionen Euro ausgegangen sind. Jetzt sind wir bei 150 Millionen Euro gelandet. Ich schätze, dass wir auf 300 Millionen Euro kommen werden. Das sage ich Euch jetzt auch gleich so, wie ich da stehe.

Da weigert man sich immer, dass man eine begleitende Kontrolle einführt. Das versteht niemand. Lasst das zu, ganz einfach. Das ist das Einfachste, was wir machen können. Jetzt kommt es. Derzeit wird in Oberwart bis zum Gehtnichtmehr saniert. Obwohl wir wissen, dass man das Krankenhaus wegschieben wird. Wer hat das angeschafft? Wie geht das dort weiter? Da wird auf Teufel komm raus saniert. Elektrische Leitungen, alles neu, soll so sein, wenn ich es brauche. Aber, dann sagt es uns, dass wir auch Bescheid wissen, denn wir bekommen auch ein Input-Material von Leuten, die sagen: Was geschieht denn dort eigentlich? Ich hätte nur gerne eine klare, offene und transparente Antwort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das sind diese Dinge, Herr Landesrat, wo ich mich dann frage, ob das notwendig ist. Sie haben in diesem Land natürlich eine große Last übernommen. Vorher waren Sie Verteidigungsminister, dann Soziallandesrat. Es ist natürlich nicht einfach, das größte Sozialbudget seit eh und je zu verwalten.

Aber, ich bin immer der Meinung gewesen, Sie werden das schon schaffen, auch mit unserer Unterstützung im Land. Aber, dass dann solche Dinge passieren, die jetzt passiert sind, das ist natürlich arg. Das ist schon arg. Das bringt das Fass zum Überlaufen, denke ich einmal. Da müssen wir ein bisschen aufpassen und müssen schauen, wie man das einfangen kann. Aber, das kann man nur mit Offenheit, mit Transparenz und vielleicht mit einer ehrlichen Antwort, die wir heute noch bekommen werden.

Ich komme aber weiter zum Herrn Landesrat Bieler, weil ja die Finanzierung an der ganzen Situation sehr wichtige ist, Herr Landesrat. Die bisherige Vorgangsweise der KRAGES führte letztendlich dazu, dass der Großteil der Rücklagen beziehungsweise die liquidierten Mittel aufgezehrt wurden und es für die weiteren Finanzierungen von Projekten von dringender Notwendigkeit war beziehungsweise zur Sicherstellung des laufenden Betriebes zusätzlicher Finanzierungsmittel bedurfte. Dieser zusätzliche Bedarf wurde über die Begebung von Anleihen der KRAGES mit der Übernahme des Investitionszuschusses des Landes abgedeckt. Aufgrund der Rückzahlungstermine, der endfälligen Anleihen per 4.12.2016 ist es nun erforderlich, obige Mittel im Wege des Nachtragsvoranschlages zur Verfügung zu stellen. Soll so sein. Hier wäre dringend zu hinterfragen, wie genau diese bisherige Vorgangsweise der KRAGES ausgesehen hat, die letztendlich dazu geführt hat, dass das Land mit zusätzlichen Mitteln einspringen muss, und das nicht einmal eine Woche vor dem Termin. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Landesrat! Das sind so diese Dinge, wenn man das bei einem Voranschlag diskutiert. Zwei Tage lang haben wir eine Diskussion. Dann gibt es auch noch den Nachtragsvoranschlag, aber dann wird man immer abgewimmelt und man bekommt keine Antworten. Man stellt zwar Fragen, aber man bekommt keine Antworten. Ich weiß schon, das ist keine Fragestunde, sagen Sie dann, aber es wäre schon wünschenswert, dass auch der Landtag, dass auch die Landtagsabgeordneten erfahren, worum es hier geht. Ich nenne Ihnen noch ein paar Zahlen. Landesvoranschlag 2017 - Investitionszuschuss 57 Millionen Euro im Jahr 2015, 70,5 Millionen Euro im Jahr 2016 und 72,5 Millionen Euro im Jahr 2017. Sonderzuschuss Krankenhaus Eisenstadt, weil das beim Herrn Schnedl angeblich auch ein wichtiger Punkt ist.

Was sich der dort aufgeführt hat, ist eine „Sauerei“! Entschuldigung, ich nehme dieses Wort natürlich gerne zurück, und sage: Was hat sich der dort eigentlich gedacht, wie er das gemacht hat, dass solche Aussagen, die anscheinend aber ohnehin nicht stimmen, aber, es sei so. Sonderzuschuss Krankenhaus Eisenstadt 11,5 Millionen Euro

im Jahr 2015, 100 Millionen Euro im Jahr 2016, und im Landesvoranschlag 2017 auch 100 Millionen Euro. Wir reden ja nicht von 100.000 Schilling, wir reden von 100 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das sind ja Beträge, die muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Aber, sei es wie es sei. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Krankenhaus Eisenstadt, für die baulichen Investitionen, im Rechnungsabschluss 2015, 1,5 Millionen Euro, im Voranschlag 2016 2,2 Millionen Euro und im Voranschlag 2017 2,1 Millionen Euro. KRAGES-Zuschuss für bauliche Investitionen insgesamt, 57 Millionen Euro im Jahr 2015, im Jahr 2016 70,5 Millionen Euro und im Voranschlag 2017, 72,5 Millionen Euro.

Warum ich die Zahlen jetzt da vorlese und nenne, ist auch wichtig, weil das alles viel Geld ist. Dann geht man her und macht einen solchen Akt, wie das jetzt passiert ist, mit der KRAGES. Hätte man das nicht anders abstimmen können? Hätte man da nicht vielleicht sich zusammengesetzt - wie ich immer sage - und darüber diskutieren können und normal mit diesen Herrschaften geredet. Ihr müsst aufpassen, weil dort und da etwas nicht stimmt. Aber, dass man diese Vorgangsweise gewählt hat, das stößt mir wirklich sauer auf. Das ist nicht normal und das darf auch in Zukunft nicht passieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich glaube auch, wenn man sich das Personal anschaut, und weil der Kollege oben sitzt und sich heute zu Wort gemeldet hat, 2015 haben wir für Personalaufwand 100 Millionen Euro gehabt. Im Voranschlag 2016 waren es 99 Millionen Euro, im Voranschlag 2017, 120 Millionen Euro. Kein Nachweis für Zuführung aus Rücklagen. Daher, es wird nach wie vor über Darlehen fremdfinanziert. Die ganze Geschichte. Jetzt kommen wir zu den Auslagerungen. Man lagert aus, man hat das Personal ausgelagert. Wie wird das in Zukunft sein, wenn man das unter einem Dach haben will? Ist das überhaupt möglich, Herr Landesrat Bieler? *(Landesrat Helmut Bieler: Nein.)* Wenn man eine GmbH gründet, dass man das möglich macht?

Daher noch ein paar Punkte. Die KRAGES soll über die Burgenländische Landesholding eingebracht werden. Politisch argumentiert wird dieser Schritt mit einer Einsparungsmaßnahme. Na, schauen wir uns das an. Die Landesholding ist als GmbH organisiert. Der Landtag, und somit die Kontrollfunktionen, jetzt hört einmal zu, haben keinen Einblick, in die Geschäfte der Landesholding. Na wofür ist denn der Landtag dann da? Wofür sind die Opposition und die Kontrollorgane da? Nächster Punkt. Die BLh weist 2016 einen Jahresfehlbetrag von mehr als 38 Millionen Euro auf. 38 Millionen Euro. Das muss Euch ja nicht interessieren, weil Ihr mit den Zahlen nichts am Hut habt.

Nächster Punkt, die BLh weist 2016 einen Jahresfehlbetrag von mehr als 38 Millionen Euro auf. 38 Millionen Euro! Muss Euch nicht interessieren, weil mit die Zahlen habt Ihr nichts am Hut. Aber es ist einmal so. 38 Millionen Euro! Seitens des Landes werden jährlich zirka 120 Millionen Euro in die BLh gepumpt, ohne der Kontrolle des Landtages zu unterliegen. Liebe Freunde von der FPÖ! Ich würde Euch bitten, klar in der Regierung zu sagen, ja, wir wollen Offenlegung. Wir wollen das auch dem Landtag sagen, wir wollen das denen zeigen. Damit vertut Ihr Euch überhaupt nichts.

Ich kann mich erinnern an Zeiten Rauters. Vor jeder Regierungssitzung ist er hergegangen und hat gesagt, bei diesen Punkten, die, die, die, die, er hat aufgezeigt, wo er mitkann und nicht mitkann. Das fehlt mir ganz einfach. Man vertut sich nichts, wenn man das offenlegt, glaube ich. Dann haben auch die Menschen mehr Vertrauen in die Politik, dann wären wir nicht an der untersten Skala als Politiker, sondern täten wahrscheinlich irgendwo wieder an Land gewinnen. Ich glaube aber, das sollte man alles einmal publizieren und da würde ich auch die Medien bitten, dass sie das auch tun.

Das Nächste, der Geschäftsführer hat eine jährliche Gage von etwa 200.000 Euro. Na, Herr Landeshauptmann, was bekommen Sie? Dann bekommt er Boni dazu, dann bekommt er noch etwas dazu und dergleichen mehr. Daher will ich die Verträge sehen. Wenn der mehr bekommt wie ein Landeshauptmann, der Tag und Nacht unterwegs ist für das Land, dann frage ich mich, dann sind wir falsch gewickelt alle miteinander in der Politik.

Dann müssen wir einen anderen Job machen. Das ist halt einmal so. Genauso im Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland. Ich habe noch immer nicht gehört, was dort die Geschäftsführer verdienen. Warum traut sich das niemand sagen? Ist das so schwierig? Das verstehe ich alles nicht.

Politisch ist zu hinterfragen, wie es sein kann, dass ein Defizitbetrieb wie die KRAGES in eine GmbH eingegliedert werden kann, Herr Landesrat Bieler, das ist gar nicht möglich. Es müssen nämlich nach Gesetz alle Aktiva und Passiva vor der Übertragung geprüft werden. Diese Informationen sind dem Landtag nicht zugängig. Also das heißt, wir haben ja gar keine Chance, dass wir dort einen Zugang bekommen.

Uns bleibt nur der Rechnungshof über, der sich wirklich bemüht und wirklich alles aufarbeitet, aber nach drei Jahren. Dann kann sie es noch geben oder nicht mehr geben oder was weiß ich, wie der Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz sagt, naja lange wird es euch eh nicht geben. Na, das sind Antworten? Das tut mir aber echt leid und solche Leute haben Verantwortung? Herr Landeshauptmann, überlegen Sie sich das, mit wem Sie eine Koalition eingehen, weil das sind für mich keine Antworten, das ist einfach eine Katastrophe, wenn man eigentlich so eine Antwort bekommt.

So, das Nächste ist… *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Die Wahrheit!)* Die Wahrheit werden wir heute hören, die werden wir heute hören. Hört mir zu, ich bin gleich fertig. Bisher waren die Schulden und die Haftungen, die das Land Burgenland für die KRAGES übernommen hat, im Landeshaushalt nicht bilanziert. Habt Ihr das alle gewusst? Nein. Wird die KRAGES in die GmbH eingebracht, muss man wissen, wie die Einbringungswerte aussehen, wie die verbleibenden Haftungen beim Land und wie die verbleibenden Verbindlichkeiten aussehen.

Hat da der Schnedl getrickst oder was hat er dort gemacht oder was ist passiert? Ich hätte das gerne gewusst. Ich begrüße den Herrn Schnedl, ist er nicht da? Ich habe geglaubt, sie sind da, der Herr Schnedl und der Herr Dopler. Nicht da, okay, tut mir leid, aber der ORF ist da, der Herr Schneeberger.

Das ist auch wichtig, dass man dort eine wirklich offene Berichterstattung hat. Daher sage ich, wenn die KRAGES komplett verschuldet ist, ist die Einbringung in die GmbH nach Gründungssteuerrechten nicht möglich, nicht möglich! Wir haben keine Juristen angestellt, so wie Ihr hunderte Juristen im Land sitzen habt und dann passieren halt auch Fehler, das ist einmal so.

Wir müssen uns das erarbeiten. Wir müssen von außen Leute holen, damit wir solche Dinge eigentlich auftauchen können lassen aus gewissen Unterlagen. Wir müssen arbeiten Tag und Nacht, daher arbeite ich heute auch gern am Freitag. Wir bekommen gut bezahlt dafür. Also ist der Sonderlandtag nichts Böses, im Gegenteil, normal würde ich in der Gemeinde arbeiten. Wir haben heute einen Markt, da wäre ich auch gerne dort gewesen. Aber macht ja nichts. Ich stehe dazu, dass wir solche Dinge aufarbeiten, abarbeiten. Daher noch einmal.

Die Frage stellt sich, wie der Landtag das dann überhaupt noch zuordnen kann. Wie soll man das machen? Es hat geheißen, jetzt bringen wir die ausgelagerten Betriebe

unter ein Dach. Das funktioniert aber nicht. Wir haben wieder keinen Einblick. Wollt Ihr das haben? Wenn Ihr das haben wollt, ich nicht.

Wir werden uns dagegen verwehren. Ich werde so lange laufen und so lange meine Reden halten und so lange da stehen, steter Tropfen höhlt den Stein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Landeshauptmann, Sie tragen die Verantwortung auch für uns alle miteinander. Schlussendlich sind Sie unser Landeshauptmann, unser Landeshauptmann vom Burgenland.

Da würde ich mir wünschen, dass heute Klarheit am Tisch kommt, dass heute die Wahrheit am Tisch kommt und dann brauchen wir nicht mehr nachdenken, ob ein Untersuchungsausschuss oder das eine oder andere, Klarheit, Transparenz und dergleichen mehr. Die FPÖ, hoffe ich, dass sie mittut, weil das ihr ureigenster Stil und ihr ureigenster Sinn gewesen ist. Aber ich hoffe, dass man jetzt endlich einmal auch draufkommt, dass man sich nichts vergibt, wenn man das eine oder andere klar offenlegt und der Fall ist erledigt.

Ich denke jetzt weiter, der Herr Kulovits sitzt da oben, was passiert mit den Angestellten, wenn der Pflegebetrieb auch eingegliedert wird oder findet dann ein Arbeitskräfteverleih statt? Was tut man mit denen? Habt Ihr Euch schon Gedanken gemacht? Das beschließen sie irgendwo wieder unter der Tuchent und der Fall ist erledigt und wir bekommen es irgendwann wieder nach drei, vier Jahren. Okay, es ist halt passiert, macht ja nichts.

Aber auf der anderen Seite heißt es, es rennt alles so super jetzt, das ist unglaublich wie das rennt. Ihr werdet Euch wundern. Der Herr Landesrat Darabos sagt 150 Millionen Garantie plus ein paar „Znepfte“ die dazu kommen mit der Indexsteigerung und 2021 ist das fertig. Na, in 100 Jahren nicht, Herr Landesrat. Ich meine, Sie sollten einmal in die Wirtschaft gehen, damit Sie spüren, was das überhaupt heißt. Was sich dort überhaupt abspielt.

Was das überhaupt für eine Möglichkeit aufmacht in 2021 das alles fixfertig zu haben. Diese Summe, tut mir leid, ich glaube es nicht und es wird auch herauskommen, dass dies wahrscheinlich 250 oder 300 Millionen Euro sind.

Das sind die Dinge, die wir heute diskutieren sollen, wo ich glaube, dass man viel mitnehmen sollte. Das Wichtigste ist für mich, und das sage ich auch gleich, dass wir heute erfahren, was sich tatsächlich bei der KRAGES abspielt. Wie schaut das aus? Was war am 2. Mai? Übrigens, Herr Kollege Kulovits von der Gewerkschaft, da haben etliche angerufen, nur in der KRAGES war niemand erreichbar. Ist das gut in einem Gesundheitssystem, in einem Krankenhaus und in gewissen Dingen?

Sind das Landesangestellte, da diese frei gehabt haben oder ist das ein Betrieb, wo man eigentlich rund um die Uhr erreichbar sein sollte? Auch das sollten wir andenken. Daher noch einmal und zum Schluss: Befund Rezar über KRAGES sagt sehr vieles aus. Es ist schade, dass er heute nicht da ist. Vielleicht hätte er die eine oder andere Wortspende dazugegeben in dieser Sache. Denn er ist ein profunder Kenner dieser Situation.

Er ist ein profunder Kenner einer wirklichen Machenschaft, was sich derzeit abspielt, wo die FPÖ Beiwagerl spielt und alle nur Kopfnicken. Hauptsache wir haben unseren 7er BMW mit zwei Chauffeuren. Danke, in diesem Sinne freue ich mich auf die nächste Diskussion. *(Beifall bei der LBL, der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Diesen Sonderlandtag gibt es konkret wegen dem Fall KRAGES. Aber es gibt, glaube ich, diesen Sonderlandtag auch, um ein grundsätzliches Problem zu beleuchten, dass nämlich dem Landtag immer mehr Bereiche des Landes entzogen werden, der Kontrolle entzogen werden, der Information entzogen werden.

Hier sieht man das praktisch beispielgebend anhand der KRAGES. Wir haben die Landesholding, die schon vor langer Zeit geschaffen worden ist. Acht Geschäftsfelder mit insgesamt 54 Unternehmen des Landes, die inzwischen hier ausgelagert sind und die eigentlich nur mehr vom Rechnungshof kontrolliert werden.

Das geht natürlich auch nur teilweise, mit neuen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist das nicht so leicht hier reinzusehen. Eigentlich gibt es dafür den Landtag, um hier rechtzeitig Einblick zu nehmen, Informationen zu geben. Aber leider funktioniert das schon lange nicht mehr. Wir können Anfragen stellen, schriftlich, mündlich, die werden teilweise nicht beantwortet, weil es eben heißt, das sind ausgelagerte Gesellschaften, darüber wird keine Auskunft gegeben.

Das betrifft sehr wesentliche Bereiche des Landes, die BELIG, die WiBAG, die Technologiezentren, die Thermen mitunter, die Kulturbetriebe, das Liszt-Haus und viele, viele andere, wie gesagt, über 50 sind es inzwischen. Die KRAGES soll da jetzt auch noch in die Holding eingegliedert werden.

Das ist bedenklich und meiner Ansicht nach eigentlich unmöglich, weil hier immer weitere, immer größere Teile des Budgets und des Landes einer Kontrolle entzogen werden. Wir müssen uns als Opposition die Informationen teilweise aus den Medien holen, sind darauf angewiesen, was andere sagen.

Als die Kündigung, um die es heute geht, öffentlich gemacht worden ist, hat es gleich als Erstes geheißen, über die Gründe der Abberufung wurde Stillschweigen vereinbart. Dann war offenbar die mediale Aufregung so groß, dass man doch klein beigeben musste und Stück für Stück Argumente geliefert hat, warum es zu dieser Entlassung gekommen ist. Interessanterweise war einer der ersten, der dazu Stellung genommen hat, der Geschäftsführer der SPÖ, keine Ahnung was der genau damit zu tun hat. Er hat dann noch dazu Argumente geliefert, die nachher vom zuständigen Landesrat Darabos eigentlich wieder zurückgenommen worden sind.

Er hat nämlich gesagt, dass der damalige Noch-Geschäftsführer Schnedl eigene Ideen zum Regionalen Strukturplan Gesundheit erarbeitet hat, die auch das Krankenhaus Eisenstadt benachteiligen sollten. Jetzt ist es doppelt interessant. Erstens einmal, weil hier ein Geschäftsführer einer Partei im Burgenland dazu Stellung nimmt. Zweitens, er das Krankenhaus Eisenstadt erwähnt, das ja gar nicht im Teil der KRAGES ist. Das ist ja eigenständig. Das heißt, der Herr Schnedl kann da erzählen und sich vorstellen was er will, er hat ja keinen Einfluss darauf.

Es gibt, soweit mir bekannt ist, ich lasse mich dann gerne eines Besseren belehren. Tatsache ist, das Krankenhaus Eisenstadt ist nicht Teil der KRAGES. Die Frage stellt sich auch, wenn man in der Geschichte ein bisschen zurückschaut, wie geht die KRAGES grundsätzlich mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen um? Der Herr Schnedl ist ja nicht der Erste, der Prozess führt mit der KRAGES. Ich erinnere an einen Dr. Ranftl. Ich erinnere an den Kurt Resetarits, wo das Verfahren soweit ich weiß, jetzt noch läuft. Wo man gedacht hat, die drei südlichen Krankenhäuser Oberwart, Güssing und Oberpullendorf legt man zusammen und macht einen Leiter um Synergien zu nutzen. Zwei Jahre später ist man dann draufgekommen, dass das Ganze wirtschaftlich eigentlich

nicht so gescheit ist, die Synergien offenbar zu klein sind oder nicht vorhanden sind und man hat seinen Vertrag wieder gekündigt.

Und jetzt prozessiert man konkret auch mit ihm. *(Landesrat Norbert Darabos: Moment, wer prozessiert mit ihm?)* Die KRAGES gegen *(Landesrat Norbert Darabos: Wer war der Geschäftsführer?)* Resetarits, der die drei Krankenhäuser zusammen… *(Landesrat Norbert Darabos: Wer war der Geschäftsführer, der den Prozess angestrebt hat?)* Bitte? *(Landesrat Norbert Darabos: Wer war der Geschäftsführer, der den Prozess angestrebt hat?)* Das ist ja egal, das war die KRAGES. *(Landesrat Norbert Darabos: Das war der Schnedl!)* Es war die KRAGES und die KRAGES hat offensichtlich sehr oft Probleme mit ihrem Personal.

Die Frage ist, sind die Personalentscheidungen der KRAGES gescheit oder wirkt da zu sehr die Politik ein, sodass die Entscheidungen nicht gut gemacht werden und Leute zum Zug kommen, die offensichtlich politisch nicht genehm sind? Man sollte grundsätzlich, glaube ich, bei Personalproblemen, die ja laut Medienberichten schon länger laufen, versuchen, das Ganze so über die Bühne zu bringen, dass ich nicht so einen Riesenskandal zusammen bekomme. *(Abg. Günter Kovacs: Das ist ein Wahnsinn! – Allgemeine Unruhe)*

Man mag zu der Entscheidung stehen wie man will, wahrscheinlich habt Ihr auch noch extra Argumente, warum es dazu kam. Gehen wir davon aus, das war richtig. Die Vorgehensweise war auf keinen Fall richtig und es kommt nicht von ungefähr, dass wir hier jetzt einen Sonderlandtag haben, dass die Medien sehr stark darüber schreiben und die Vorwürfe, die jetzt zumindest in der Öffentlichkeit kursieren unter anderem fragwürdig sind.

Die Frage für mich stellt sich auch: Wozu gibt es einen Aufsichtsrat? Was hat der Aufsichtsrat getan? Wann wusste der Aufsichtsrat von den Unzulänglichkeiten betreffend den Geschäftsführer? Was hat der Aufsichtsrat konkret dann getan?

Diese Fragen haben wir ja heute an den Landesrat und den Landeshauptmann gestellt und ich bin gespannt, wie sie beantwortet werden. Auch weil wir leider in letzter Zeit, was Anfragebeantwortungen angeht, nicht von allen Landesräten, aber doch immer wieder praktisch keine Antwort bekommen.

Daher wird es spannend, die Anfragen zu hören. Ich glaube, dass es notwendig ist, sehr wohl auch unangenehme, ungewöhnliche Fragen zu stellen, wie es ein Geschäftsführer Schnedl damals vor kurzem auch getan hat. Zu schauen, wie sinnvoll ist es wirklich im Burgenland in zahlreichen Krankenhäusern die gleichen Leistungen anzubieten?

Ist es notwendig, in allen Krankenhäusern alle Operationen durchzuführen zum Beispiel oder viele Operationen durchzuführen? *(Abg. Doris Prohaska: Hoffentlich betrifft es nicht Sie einmal!)* Das Burgenland ist kein so ein riesiges Land, um hier das Programm so zu fahren. *(Abg. Ingrid Salamon: Hoffentlich hören alle Burgenländer zu!)* Es geht darum, sich solche Fragen zu stellen und zu überprüfen.

Man hat das ja auch mit der Zusammenlegung der drei Krankenhäuser versucht. Offensichtlich vorher zu wenig geschaut, ob das wirklich gescheit ist. Also Versuche zu machen, die man dann wieder zurückzieht, finde ich wenig gescheit. Diesbezüglich bin ich gespannt auf die Beantwortung. Danke für Ihr Interesse. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Ich gliedere meinen Beitrag in drei Abschnitte, erster Abschnitt welche Qualität hat diese Sitzung heute. Rechtlich ist das ziemlich klar, es ist eine Sondersitzung wie sie selten vorkommt, wie sie aber in der Geschäftsordnung vorgesehen ist und wie sie das gute Recht der Opposition und der Minderheit hier im Haus ist.

Qualitativ war ich mir zuerst nicht ganz sicher, seit heute Morgen bin ich mir sicher, der Koalitionspartner hat ja bereits vor einigen Tagen von Inszenierung gesprochen und ja, wenn man sich das vor Augen führt, was die letzten Tage passiert ist, speziell seit letzten Donnerstag und speziell was heute Morgen passiert ist, dann hat der Koalitionspartner Recht. Aber gut, die Inszenierung gehört zum politischen Geschäft, vor allem auch zum politischen Geschäft der Opposition. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das sagt der Herr Kern!)*

Wir hatten gerade erst vergangenen Donnerstag, am 24. April, eine Landtagssitzung. Wir wissen alle miteinander, dass die Tagesordnung ungewöhnlich schütter war, nicht sonderlich spektakulär, fast schon langweilig. Aber die Opposition und die ÖVP hat diese Tagesordnung nicht genutzt oder diesen Anlass nicht genutzt, um eine Aktuelle Stunde zu beantragen, um eine dringliche Anfrage einzubringen, um einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, weil es ihr nicht um die Sache ging und weil sie das Ganze auch nicht für so sonderlich dringend erachtet hat, sondern weil sie bereits den Plan gefasst hatte, eine Sondersitzung zu diesem Thema zu machen, meine Damen und Herren, weil sie eben sich und das Thema im Rahmen einer Sondersitzung inszenieren wollten.

Sie haben nicht einmal eine normale Vorlage eingebracht, die wir im Übrigen bereits kommende Woche im Ausschuss behandeln hätten können und am 18. Mai in der nächsten Landtagssitzung. Die Sache war Ihnen egal, Sie wollten das große Kino, das ist legitim, gar keine Frage, aber es ist ebenso durchschaubar.

Zweiter Abschnitt, welche Vorwürfe erhebt die Opposition? Das sind im Wesentlichen zwei Vorwürfe, das eine betrifft die Zustellung eines Schriftstückes, das sind die Vorgangsweise und die mangelnde Transparenz. Es war jetzt schon viel die Rede davon, wie es im ausgelagerten Bereich ausschaut. Sie wissen das auch, dass ich der Meinung bin, dass in ausgelagerten Bereichen die parlamentarische Kontrolle nicht unbedingt zum Besten steht.

Dieser Auffassung waren wir Freiheitlichen schon immer. Wir sind dieser Auffassung nach wie vor, daran hat sich nichts geändert. Ein Zustand übrigens, der Kollege Sagartz hat es eingestanden, an dem ja die ÖVP nicht ganz unbeteiligt ist. Ein Zustand jedenfalls, der auch aus Sicht von uns Freiheitlichen eben nicht befriedigend ist und durchaus Thema der nächsten Gespräche zu einer kommenden Verfassungsreform sein sollte. Wobei ich schon auch der Vollständigkeit halber auf zwei Dinge hinweise. Es geht hier auch um gesellschaftsrechtliche Fragen, die nicht in unserem Einfluss stehen.

Man muss auch sagen, dass gewisse Dinge im ausgelagerten Bereich sicherlich besser aufgehoben sind, weil der Staat nicht immer der beste Unternehmer ist und die Dinge privatwirtschaftlich oft besser geregelt werden können. Aber man muss hier eben den Spagat schaffen zwischen Auslagerung und parlamentarischer Kontrolle. Das was momentan zum Vorwurf formuliert wird in Sachen KRAGES, hat jetzt, meiner Meinung nach, wenn es um den Vorwurf der mangelnden Transparenz geht, bisher nur am Rande mit der Auslagerungsproblematik zu tun.

Ich behaupte, das sage ich ganz offen, ich behaupte nicht, dass die Kommunikation in dieser Angelegenheit zu jedem Zeitpunkt optimal gelaufen ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das hast Du jetzt schön gesagt!)* Aber so sehr ich als neugieriger Parlamentarier, und der bin ich auch, gerne mehr wüsste, so sehr verstehe ich die Zurückhaltung der KRAGES und der Landesregierung in dieser Sache, aus mehreren Gründen.

Da geht es einerseits einmal darum, dass man auch ehemaligen Mitarbeitern gegenüber eine gewisse Verantwortung hat, sprich darauf schauen muss, dass sie das Gesicht in der Öffentlichkeit nicht verlieren, dass sie nicht so beschädigt werden, dass sie nirgends mehr gerade in der Branche unterkommen und zweitens, ist in so einer Fallkonstellation vollkommen klar, das gerichtliche Verfahren alles andere als unwahrscheinlich sind und eine Landesregierung, die in so einem Falle eine zu offensive Informationspolitik die Position im eigenen Verfahren verschlechtern würde, die würde grob fahrlässig handeln im Endeffekt zum Schaden des Landes und der Steuerzahler.

Das wissen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ganz genau. Das heißt, im Ergebnis ist der Vorwurf der mangelnden Transparenz zwar emotional verständlich, es ist auch politisch logisch, was da von der Opposition geäußert wird, das gilt im Übrigen auch für die Medien. Ich verstehe, dass man neugierig ist, ich bin es ja selber auch. Ich weiß auch nicht mehr, als in den Zeitungen steht. Aber politisch läuft dieser Vorwurf im Endeffekt aufgrund der Umstände ins Leere.

So und jetzt dritter Abschnitt zur Sache selbst und insbesondere zum Dringlichkeitsantrag der Opposition. Gerade als gelernter Oppositionspolitiker habe ich ja für die Sondersitzung und diese Inszenierung noch ein gewisses Verständnis für den Dringlichkeitsantrag, mit dem der Landes-Rechnungshof beauftragt werden soll. Inhaltlich allerdings nicht. Das sage ich klar und deutlich. Denn was wollen Sie vom Landes-Rechnungshof?

Das was Sie als Prüfumfang umschreiben, ist fast schon eine Provokation. Es ist jedenfalls unseriös. Denn Sie wollen im Kern, dass der Landes-Rechnungshof quasi gutachterlich nicht nur in gesellschaftsrechtlichen Fragen, das ist sicherlich in Ordnung, sondern vor allem in arbeitsrechtlichen Fragen aktiv wird und praktisch begleitend kontrolliert in einer Situation, wo es zu einem Arbeitsrechtsprozess kommen wird. Ich bin mir persönlich nicht einmal sicher, ob der Landes-Rechnungshof das überhaupt darf.

Der Herr Direktor wird sich damit zu befassen haben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Er wird es schon wissen!)* Ich bin auf jeden Fall der Meinung, dass es auf jeden Fall nicht ist, wenn hier begleitend der Rechnungshof zu einem gerichtlichen Verfahren in dieser Form tätig wird. Die Frage ob gesellschafts- und ob vor allem arbeitsrechtlich korrekt gehandelt wurde in dieser Angelegenheit, meine Damen und Herren, das ist einzig und alleine Sache der Gerichte, nur Sache der zuständigen Gerichte. Mir ist schon klar, dass das jetzt politisch für den einen oder anderen unbefriedigend ist.

Aber man muss auch darauf hinweisen, dass zum jetzigen Zeitpunkt ja auch in der KRAGES interne Prüfungen, soweit ich weiß, noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Das heißt, es handelt sich in mehrfacher Hinsicht um ein offenes Verfahren. Das heißt, man könnte auch in Frage stellen, ob es zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt einen Sinn macht den Landes-Rechnungshof mit der Sache zu befassen.

Ich glaube, dass Sie das auch in Wirklichkeit ganz genau wissen, dass Sie halt nur politisch darauf abzielen, dass die Koalition Ihrem Antrag nicht stattgibt, was wir im Übrigen auch nicht werden. Wir werden einen Abänderungsantrag dazu einbringen. Der Landes-Rechnungshof wird also befasst werden, nur in einer anderen Form als Sie sich

das vorstellen. Im Übrigen, Kollege Sagartz hat es erwähnt, wurde der Rechnungshof in Wien bereits gebeten sich der Sache anzunehmen.

Ich verstehe in diesem Zusammenhang die Aufregung überhaupt nicht. Soweit ich das in der Zeitung gelesen habe, bezieht sich die Landesregierung hier auf denselben Artikel im Bundesverfassungsgesetz, auf den sich auch der ÖVP-Klub bei seinen Anträgen an den Rechnungshof beruft, nämlich die besonderen Akte der Gebarungsprüfung, ja und ob der Rechnungshof unter Umständen entscheidet, einen bereits bestehenden Antrag auszuweiten, die Dinge zu verheiraten oder nicht. Ich sage ganz ehrlich, das ist aus meiner Sicht nicht das Problem. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Lösung…!)*

Die Regierung hat hier auf jeden Fall richtig gehandelt, es liegt hier ein verbindlicher Antrag, ein verbindliches Verlangen der Landesregierung vor und *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber kennen tun wir es nicht und Sie auch nicht!)* der Rechnungshof in Wien wird sich damit befassen müssen.

Nein, Herr Kollege Sagartz, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Naja, einen Antrag haben Sie zerpflückt und den anderen kenne ich nicht mehr!)* ich weiß nicht was Sie glauben, wie die Regierung arbeitet. Aber wenn sich die Regierung auf Grundlage des Bundesverfassungsgesetzes an den Rechnungshof in Wien wendet, dann wird das in Ordnung sein und der Rechnungshof wird sich der Sache annehmen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das hätten Sie vor ein paar Jahren wahrscheinlich genauso formuliert in der Opposition! Garantiert, oder?)*

Nochmal die Frage, Herr Kollege Sagartz, die Frage ob der Rechnungshof in Wien jetzt eine bereits bestehende Prüfung im Burgenland im Zusammenhang mit der KRAGES oder dem Spital in Oberwart prüferteammäßig, organisatorisch mit dem Antrag der Regierung jetzt sozusagen verheiratet, ist eine, wie gesagt, organisatorische Frage. Ich verstehe den politischen Vorwurf nicht.

Sie werfen einerseits vor, dass die Regierung nicht handelt, dann handelt sie, beauftragt den Rechnungshof und jetzt konstruieren Sie wieder einen Vorwurf daraus. Das ist gekünstelt bis zum geht nicht mehr. Dieser Auftrag ist sicherlich in Ordnung. Ich meine ich weiß nicht, was Sie glauben, dass im Haus lauter Idiotien arbeiten? Das ist sicherlich nicht der Fall. Ich möchte auf einen Aspekt noch hinweisen, weil es heute einen Auftrag an den Landes-Rechnungshof geben wird.

Wir haben das letzte Mal den Tätigkeitsbericht des Landes-Rechnungshofes behandelt und ich habe dort gesagt, dass es ein wesentliches Merkmal der Unabhängigkeit des Landes-Rechnungshofes ist, ob er auch Platz für Initiativprüfungen hat. Wir werden, wie gesagt, diesen Antrag heute abschicken. Aber ich weise darauf hin, dass sich im Landes-Rechnungshof die Antragsprüfungen jetzt langsam zu stapeln beginnen und dass wir auch das im Auge haben sollten und daher uns umso genauer die Frage stellen sollten, in welchen Fällen und zu welchen Zeitpunkten es ratsam ist, den Landes-Rechnungshof zu Rate zu ziehen.

So, zur Abberufung und Entlassung des Geschäftsführers. Ich habe es schon erwähnt, ich weiß auch nur das, was Sie wissen, was in der Zeitung gestanden ist, was uns der Landesrat letzte Woche im Rahmen der Landtagssitzung gesagt hat. Es wurden im Wesentlichen vier Entlassungsgründe genannt: Prüfungsbehinderung, es geht um unberechtigte Gehaltsauszahlungen, es geht um Verträge zum Nachteil der KRAGES und es geht um unerklärbare Abwesenheiten.

Das ist die Begründung, die die Landesregierung abgegeben hat, die eben auch in den Medien nachzulesen war. Es sind möglicherweise noch gar nicht alle Gründe. Aber ich halte hier von dieser Stelle aus einmal fest, dass schon jeder Grund für sich, so er zutrifft, eine Entlassung jedenfalls rechtfertigt. Ich vertraue hier der Landesregierung, ich vertraue hier dem Eigentümer und seinen Vertretern, weil diese Skepsis, muss ich ganz ehrlich sagen, bei allem politischen Verständnis verstehe ich nicht, weil ich weiß nicht was Sie glauben, wie hier in der Regierung gearbeitet wird.

Dass der Herr Landeshauptmann oder irgendein Regierungsmitglied in der Früh ins Büro kommt, vielleicht einen schlechten Tag hat wie wir das alle haben und dann sagt na heute lasse ich irgendeinen Kopf rollen? So läuft es ganz bestimmt nicht. *(Allgemeine Heiterkeit)* Es gab eine Prüfung im Vorfeld über die geplante Eingliederung der KRAGES in die Landesholding, meine Damen und Herren.

Es gab Feststellungen der Prüfer. Diesen Feststellungen sind Empfehlungen von Seiten der Prüfer gefolgt und diesen Empfehlungen wurde Folge geleistet und der Rest ist Sache der Gerichte. Diese Regierung hat richtig gehandelt. Sie hat umfassend gehandelt. Ich würde mir jetzt nämlich gerne die umgekehrte Geschichte anhören, wenn Sie gehört hätten, dass es Empfehlungen der Prüfer gibt zu handeln, abzuberufen, zu entlassen und die Regierung hätte es nicht gemacht.

Dann hätten wir wahrscheinlich genauso eine Sonderlandtagssitzung mit umgekehrten Vorwürfen. Dann hätten Sie das Blatt umgedreht. Im Endeffekt bleibt von Ihren Vorwürfen wenig über. Sie sind ja wenigstens so ehrlich, dass Sie schon in der letzten Landtagssitzung auch heute wieder gesagt haben, dass es Ihnen im Großen und Ganzen um die Zustellung dieses Schriftstückes geht, sprich die Vorgehensweise. *(Abg. Walter Temmel: Das ist ein Skandal!)*

Ich wundere mich im Übrigen *(Abg. Walter Temmel: Das ist ein Skandal!)* heute noch darüber, Herr Kollege Sagartz, ich wundere mich heute noch darüber, dass Sie die, ich sage jetzt einmal so, die Härte haben, auch im Schutz der parlamentarischen Immunität den Anwälten Hausfriedensbruch vorzuwerfen, immerhin ein Straftatbestand. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)*

Im Übrigen, der Kollege Steiner kennt ja einen der Anwälte auch ganz gut. Das ist ein Vertrauensmann, der die Vergaberechtsverfahren in Eisenstadt *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bitte?)* für die Stadtgemeinde abwickelt. Das ist auf jeden Fall für mich kein Stil. Wir waren bei diesem Ereignis in Gloggnitz alle nicht dabei und jemandem Hausfriedensbruch zu unterstellen, einen Straftatbestand, meine Damen und Herren, das würde ich mir zweimal überlegen, auch wenn ich noch so immun bin, rechtlich. Es sind unterm Strich also nur Mutmaßungen, die die Opposition hier zum Besten geben kann und haltlose Verdächtigungen.

Es handelt sich eben um eine Inszenierung. Eine Inszenierung, die natürlich auch damit zu tun hat, dass Sie mit einer Koalition oder einer Regierung konfrontiert sind, die ihre Arbeit jetzt seit zwei Jahren hervorragend erledigt, die erfolgreich ist, die vor allem auch Umfragewerte vorweisen kann die, ich sage jetzt einmal so, historisch ungewöhnlich sind, weil wir eine Situation haben, wo innerhalb einer Koalition zwei Parteien zumindest gleichbleiben oder sogar dazugewinnen.

Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren. Ja, wie gesagt, Inszenierung gehört zum Geschäft. Aber es ist eben nicht mehr als Inszenierung. Wir werden uns von unserem Weg nicht abbringen lassen und in der Sache, meine Damen und Herren, werden die Gerichte entscheiden, ob die Regierung hier korrekt gehandelt hat oder eben nicht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Klubobmann Molnár, es ist spannend, was Sie jetzt zum Besten gegeben haben. Zum einen habe ich noch nicht gehört, dass ein Klubobmann einer Regierungspartei zum Besten gibt, dass eine Landtagssitzung langweilig ist. Ich weiß nicht, wo Sie beim letzten Mal waren.

Sie haben es eigentlich in der Hand, nein eigentlich nicht, eigentlich hat es die SPÖ in der Hand, Sie müssen ja nur zustimmen in der Hinsicht. Die Kontrolle insgesamt, dass Sie selbst sagen, dass sie viel zu wenig ist, und dass es eigentlich unterstützt gehört, dass das ausgeweitet wird und dass der Parlamentarismus eigentlich auch mehr dazu beitragen kann, ist auch etwas Seltsames als Regierungspartner. Dass Transparenz vom Klubobmann so hinterfragt wird, dass ich nicht mehr weiß, wie das was in der Zeitung steht, ich gehe einmal davon aus, dass es schon mehrere Regierungssitzungen waren. Abgesehen, dass die Regierungssitzungen ja nicht mehr so häufig sind wie früher, aber ich nehme einmal an, dass es einmal eine gegeben hat, in der man auch über diese Causa gesprochen hat und dass man sich… *(Abg. Géza Molnár: Bin ich in der Regierung?)*

Von dem gehe ich einmal aus. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Aber Du hast die Information bekommen!)* Dass ein Abänderungsantrag zu so einem Dringlichkeitsantrag gestellt wird, finde ich schon etwas eigenartig, muss man ehrlicherweise sagen. Gegen Kontrolle insgesamt kann man ja nichts sagen, das ist ja legitim. Heute ist das schon einmal in den Mund genommen worden.

Wenn die Gemeinden überprüft werden, was die alles machen müssen mit Verträgen, mit Dienstverträgen und so weiter, ein jeder muss in der Gemeinde, wenn eine Prüfung ist, die Hose runterlassen. Wo lässt da das Land die Hosen runter? Bei keinem einzigen Punkt. Wir als Parlamentarier werden einfach ausgeschaltet, weil alles ausgelagert wird.

Da darf man nichts mehr fragen, da erfährt man nichts mehr, da passiert auch nichts mehr. *(Abg. Gézar Molnár: Wer hat die Rechtskontrolle gemacht?)* Dann waren wir vorher in der Opposition, wie Sie immer sagen, und dann, wenn wir in der Regierung sind, ist es eigentlich schon wieder uninteressant, weil dann muss man ja eigentlich mit dem Regierungspartner mithalten. *(Abg. Géza Molnár: Sie widersprechen sich.)*

Bezüglich Ihrer angesprochenen Anfragen, heute schon um zehn Uhr in der Früh. Nach Ihrer Aussage, Herr Klubobmann, müssen wir ja dann die nächste Anfrage stellen, Herr Klubobmann Molnár. Die nächste Anfrage müsste dann sein: Wie viele schlechte Tage hat der Herr Landeshauptmann oder ein Regierungsmitglied? Wie viele Köpfe rollen dann noch? Oder, wie ist das nachher? Wie ist das jetzt auszulegen, wie Sie das vorher gemeint haben? *(Abg. Doris Prohaska: Nicht verstanden! Peinlich!)*

Tatsache ist, dass zu den ganzen Vorgehensweisen, Herangehensweisen an dieser ganzen Sache, wie das Ganze passiert ist, viele verschiedene Aussagen getätigt worden sind. Wie eigentlich ein Parteisekretär dazukommt, dass er mehrere Presseaussendungen macht, im Facebook Aussendungen macht und so weiter, wie der zu diesen Informationen kommt? Wir haben das nicht gehabt.

Ich habe nirgends noch eine Information bekommen, als Mandatar dieses Hauses, was da jetzt genau passiert ist, wie diese Vorgehensweise war. Der Parteisekretär der

SPÖ hat das alles gehabt. Der kann eine Aussendung machen, wo er sagt, die Vorstellungen des Landes im Gesundheitsbereich sind nicht wie erwartet umgesetzt worden. Wo er sagt, Unregelmäßigkeiten hat es gegeben, wo Prüfungen hintangehalten worden sind. Wo er sagt, der Regionale Strukturplan Gesundheit ist nicht dementsprechend, den Erwartungen des Landes entsprechend, umgesetzt worden.

Wo er sagt, die Schließung der HNO-Abteilung genauso wie der Herzkatheter-Station im Krankenhaus Eisenstadt war ein großes Thema, wie auch die Betten, die Intensivbetten, die Aufstockung, wo er sich dagegen verwehrt hat. Das hat der Herr Parteisekretär der SPÖ gesagt. Das kann man in mehreren Aussendungen in der APA und so weiter, auch im „Standard“ nachlesen.

Dann hat es vorgestern einen Bericht gegeben, ein Interview in den „Bezirksblättern“. Der Herr Chefredakteur ist heute auch zugegen, wo er den Direktor Maurer der Barmherzigen Brüder interviewt hat. Hoch interessant! Da wird er gefragt, wie das vor sich gegangen ist, mit der Herzkatheter-Station und mit der HNO-Abteilung, ob diese geschlossen werden hätte sollen. Das bestätigt er, und dann sagt er aber dazu, die Politik hat es aber gerichtet. Nicht der Schnedl hat es gerichtet, oder sonst irgendwer, die Politik hat es gerichtet. Dazu wird der Klubobmann der SPÖ dann sogar zitiert und - das ist bemerkenswert - hat gesagt, und jetzt ist es Chefsache.

Das heißt, der Chef entscheidet, was dort jetzt passiert. *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Gott sei Dank! - Abg. Ilse Benkö: So schaut es aus.)* Genau! So schaut es aus. Genau! Das ist die Aussage dazu, so schaut es aus bei uns.

Was ich positiv finde ist, dass nichts zugesperrt worden ist, dass dort nichts passiert ist, ist ja auch in Ordnung, Herr Landeshauptmann. Fände ich auch in Ordnung, dass man die HNO behält, die Herzkatheter-Station behält, ist ja auch in Ordnung so. Soll auch so sein! *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Hättest Du wollen, dass die Herzkatheter-Station wegkommt?)* Eben nicht, habe ich ja gerade gesagt, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Du musst mir bitte zuhören. Ich habe gerade gesagt, dass ich das in Ordnung finde, dass das so ist.

Wenn der Chef das so entscheidet und es bleibt so zum Wohle unserer Burgenländerinnen und Burgenländer, dann ist das ja in Ordnung. Absolut. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich stehe auch dazu!)*

Dann hat es einen Antrag von den Barmherzigen Brüdern gegeben, 1,1 Millionen Euro für die Erweiterung der Intensivbetten. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich stehe auch dazu!)* Es hat einen Antrag gegeben. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wo ist das Problem?)* Dieser Antrag ist nicht umgesetzt worden, sondern es ist dieser reduziert worden und somit konnten die weiteren vier Betten, Intensivbetten, nicht damit finanziert werden. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich stehe dazu. Wo ist denn das Problem? – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein weiterer Punkt in diesem Interview war, dass es schon stimmt, dass der KRAGES-Geschäftsführer keinen direkten Einfluss auf das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat wen jetzt … - Abg. Walter Temmel: Aha!)* So! *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl)*

Jetzt nehme ich die Aussagen her von Parteisekretär Dax, dann nehme ich die Aussagen her von Direktor Maurer und dann kommt der Herr Landesrat, der zuständige Landesrat Darabos dran, Aufsichtsratsvorsitzender der KRAGES, oberstes Kontrollorgan - gibt keinen höheren. Der Aufsichtsrat: Was hat der Aufsichtsrat eigentlich für Aufgaben? Ein Aufsichtsrat hat keine, Herr Landesrat, Sie werden das wissen, nehme ich an, Sie

haben ja auch - Sie als Vorsitzender mit Ihren Kollegen - fachliche Kompetenz, ausreichende Kenntnis des Unternehmens und entsprechender Zeiteinsatz, so sind die Aufgaben eines Aufsichtsrates ja auch wahrzunehmen. So lernt man es auch und so steht es auch in allen Büchern.

Wenn ich heute Aufsichtsratsvorsitzender bin und der Parteisekretär der eigenen Partei hergeht und sagt, was da eigentlich alles war, warum dieser Herr Schnedl eigentlich so hinausgeschmissen worden ist, dass es so dringlich ist, dass sogar ein Polizeieinsatz notwendig war, *(Abg. Géza Molnár: Polizei heißt noch gar nichts.)* dann wundere ich mich, Herr Landesrat, dass Sie dann sagen, wo immer gesagt wird, der Strukturplan war schuld und so weiter, und das hat der Schnedl alles nicht wollen und der hat nicht gehört und so weiter. Dann sind Sie hergegangen, am 19. April, Ihre Aussage in der APA, sagt der Herr Landesrat Darabos, wortwörtlich: „Mit der gesundheitspolitischen Strategie des Burgenlandes oder der Erstellung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit habe die Entlassung nichts zu tun."

Jetzt frage ich mich schon, und für das brauchen wir sehr wohl eine Aufklärung und darum gibt es auch heute einen Sonderlandtag, dass wir hoffentlich erfahren, warum was jetzt passiert ist. Warum ist diese harte Vorgangsweise gewählt worden? Warum ist eigentlich so mit den Leuten umgegangen worden?

Und da passt es, eins zu eins, und das darf ich auch zitieren, nochmals zitieren, wie heute schon angesprochen, die Aussage des SPÖ-Mandatars - ehemaliger Gesundheitslandesrat -, was sehr gut dazu passt. Er hat nämlich wortwörtlich gesagt: „Es ist ein Wahnsinn, wie die Mitarbeiter behandelt werden. Für mich ist das ein Ausdruck des Systems Niessl. Wer anderer Meinung ist, fliegt. Diese Vorgangsweise erinnert fast schon an Nordkorea."

Dann habe ich noch eine spannende Geschichte zu den Aussagen von Parteisekretär Dax gefunden. Der gibt im Facebook preis, wie er das alles geschrieben gehabt hat und so weiter, warum er das getan hat. Nicht nur, weil jetzt von der SPÖ gerade niemand da war, sondern er sagt dort: „Und im Endeffekt ging es ja nicht um eine inhaltliche Verteidigung, sondern um Präsenz." Wo wer was inszeniert, möchte ich dann hinterfragen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)*

Weiters finde ich spannend, habe ich auch nicht gewusst, heute ist im Antrag des Herrn Präsidenten, er hat es vorgelesen, wer den Antrag zur heutigen Sondersitzung gestellt hat. Es waren die ÖVP, die Liste Burgenland, die GRÜNEN und der freie Abgeordnete Steier. *(Abg. Ingrid Salamon: Der beleidigt ist.)*

Der Parteisekretär der SPÖ hat das noch nicht ganz mitbekommen, weil der schreibt: „Ich verstehe bis heute nicht, was das System Niessl sein soll. Der Gerhard Steier war ja auch bei der ÖVP-Pressekonferenz dabei, der gehört ja auch zum System Niessl." Spannende Geschichte. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)* Also irgendwo ist da etwas vorbeigegangen.

Und zu dieser Aussage des ehemaligen Herrn Landesrates Rezar, die ich vorher zitiert habe, sagt der Parteisekretär weiters - eine wichtige Person übrigens in dieser Regierung, anscheinend -, dass das „eine persönliche Meinung ist", die gewissermaßen eine beleidigte Leberwurst, die im persönlichen Kampf gegen den Landeshauptmann ist, - also da muss ich schon fragen.

Wenn ich in meinen eigenen Reihen, wenn ich Parteivorsitzender, Herr Landeshauptmann, *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das werden Sie eh nie werden.)* und

ich hätte in der ersten Reihe vor mir solche Leute sitzen, dann ist das auch eine spannende Sache, wie man mit den eigenen Persönlichkeiten natürlich umgeht.

Wir wollen eigentlich nichts anderes, als wie mit diesem Sonderlandtag zumindest einen Teil dazu beitragen können, dass Transparenz, Aufklärung herrscht und dass wir endlich einmal erfahren, was da wirklich vorgefallen ist, warum dieser Herr Schnedl so in Ungnade gefallen ist.

Es gibt mehrere Aussagen des Herrn Landesrates, des Parteisekretärs und was alles in der Presse gestanden ist. Die Blauen wissen auch nicht mehr, die wollen es wahrscheinlich auch wissen, weil sie lesen nur in der Zeitung, was gerade passiert, und darum sind wir genauso neugierig. *(Abg. Géza Molnár: … so wie Sie.)*

Für Transparenz und Offenheit und vor allem für eine Kontrolle und eine Prüfung durch den Landes-Rechnungshof! Dagegen kann kein Mensch etwas sagen, und ich erwarte mir dadurch auch eine einstimmige Beschlussfassung dieses Antrages. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubomann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute im Sonderlandtag, und der Sonderlandtag ist etwas Besonderes. Er findet nicht jeden Tag statt, sondern ist wirklich etwas Besonderes. Es ist ein besonderes Instrument des Burgenländischen Landtages, und der letzte Sonderlandtag liegt schon einige Jahre zurück, nämlich sieben Jahre. *(Abg. Manfred Kölly: Eberau!)*

Damals gab es einen Sonderlandtag, richtig Herr Kollege Kölly, zu einem ÖVP-Projekt, *(Abg. Manfred Kölly: Das haben wir eh abgedreht.)* nämlich zu einem ÖVP-Projekt, das die damalige ÖVP-Innenministerin im Burgenland umsetzen wollte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Passt eh. Alles gelingt uns nicht.)* Es ging damals über ein überdimensioniertes Asylzentrum, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat das inszeniert?)* dabei kam ein Sonderlandtag zustande. Nicht aus Inszenierung, Jux und Tollerei, sondern nach diesem Sonderlandtag gab es dann noch eine Volksbefragung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Keine Inszenierung?)* und die Burgenländerinnen und Burgenländer haben sich damals klar ausgesprochen, was sie von dem ÖVP-Projekt halten.

Also, ein Sonderlandtag findet nicht jeden Tag statt, sondern der letzte ist sieben Jahre zurück, aufgrund eines ÖVP-Projektes, das damals verhindert wurde.

Auch dringliche Anträge sind kein Mittel, das jeden Tag benutzt wird, es ist ein dringliches Begehren von Abgeordneten, das durchaus wichtig ist, aber sehr selten eingesetzt wird, in den letzten zehn Jahren sehr gering eingesetzt wurde, weil es eben etwas ganz Besonderes ist.

Auch die dringlichen Anfragen sind ebenfalls ganz besondere Möglichkeiten für Abgeordnete des Hohen Hauses, und daher kommen sie auch ganz selten zum Tragen, weil es eben etwas ganz Besonderes ist.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten erst am 27. April die letzte Landtagssitzung, also sage und schreibe vor acht Tagen. Vor rund einer Woche haben wir hier im Hohen Haus beieinandergesessen, mehrere Beschlüsse gefasst, diskutiert und unter anderem gab es ein Riesenthema. Ein Riesenthema! Ich weiß gar nicht, wie viel Zeit

wir dafür verwendet haben, aber eine Diskussion rund um die Gesundheitspolitik, eine Diskussion rund um die KRAGES, *(Abg. Manfred Kölly: Suizid! Abgedreht, nur dass man es weiß. Habt Ihr abgelehnt.)* die einen sehr großen Part in dieser Landtagssitzung eingenommen hat.

Lange Diskussionen von allen im Landtag vertretenen Parteien waren an der Tagesordnung. Insbesondere die Opposition hat ihre Positionen hier formuliert und sich auch positioniert. Argumente wurden ausgetauscht, Standpunkte wurden klar formuliert - für, gegen -, wie auch immer. Landesrat Darabos hat sich ausführlich dazu gemeldet, hat ausführlich Stellung genommen.

Warum sage ich das? Einige Stunden nach dieser Landtagssitzung - einige Stunden nach dieser Landtagssitzung! - geht eine Einladung zu einer Pressekonferenz an die burgenländischen Medien, wo die Oppositionsparteien, federführend natürlich von der ÖVP, zu einer Pressekonferenz einladen, *(Abg. Manfred Kölly: Nein! Hallo! Ich habe das vorgeschlagen.)* wo sie ankündigen, einen Sonderlandtag zu machen. *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe das vorgeschlagen. Hallo, aufpassen!)*

Wissen Sie, zu was für einem Thema? Richtig! Zur KRAGES! *(Abg. Manfred Kölly: Du liegst falsch. Das war meine Idee!)* Ich habe mir nur gedacht, als ich das gelesen habe, was wird sich jetzt der politische Beobachter von dieser Aktion denken? *(Abg. Manfred Kölly: Ihr müsst aufpassen, von Eurer Partei.)* Rund eine Woche nach der letzten Landtagssitzung sitzen wir, stehen wir, hier im Sonderlandtag, zum gleichen Thema, das wir ausführlichst vor rund acht Tagen behandelt haben.

Eine Woche danach, die nächste offizielle Sitzung wäre schon am 18. Mai, auch wenn das normal eingelaufen wäre, wäre es kommende Woche in den Ausschüssen behandelt worden und wäre in der nächsten Sitzung, die schon am 18. Mai planmäßig stattfindet, behandelt worden. Also fragen sich natürlich alle, vor allem die Burgenländerinnen und Burgenländer, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sicherlich.)* was ist denn jetzt so dringlich? Warum gibt es denn jetzt einen Sonderlandtag? Gibt es etwas Neues? *(Abg. Walter Temmel: Das System.)*

Wir waren alle gespannt, was heute die ÖVP an Besonderheiten liefern wird. Ich glaube nicht nur wir, sondern die Burgenländerinnen und Burgenländer werden heute ordentlich enttäuscht. Es gibt nichts Neues. Keine neuen Fakten, keine neuen Angelegenheiten, die hier präsentiert werden. Also, warum gibt es etwas Neues? Nein, es gibt nichts! Komisch!

Also, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, es geht Ihnen ausschließlich - ausschließlich! - um Parteipolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ob Sie es hören wollen oder nicht, Sie missbrauchen den Burgenländischen Landtag für eine inhaltslose Inszenierung, für eine parteipolitisch motivierte Inszenierung auf Steuerzahlers‘ Kosten. *(Abg. Manfred Kölly: Geh!)* Und das müssen Sie dem Steuerzahler, der Steuerzahlerin einmal erklären, *(Abg. Manfred Kölly: Wir kriegen sowieso bezahlt.)* dass Sie diese inhaltsleere Inszenierung hier durchführen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich sage Ihnen ganz offen, Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, im Rückblick der letzten Landtagssitzung und der kommenden schon am 18. Mai würde ich mich schämen. Ich würde mich schämen, so eine Inszenierung hier zu machen, das ist der Missbrauch des Hohen Landtages für eine Inszenierung, die inhaltsleer und parteipolitisch motiviert ist. Ich würde mich in Grund und Boden schämen für Ihr Vorgehen. *(Beifall bei der SPÖ*

und FPÖ – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Herr Präsident, das geht zu weit. - Abg. Walter Temmel: Kontrollorgan! Wir sind die Kontrolle. Der Landtag kontrolliert.)

Hohes Haus! Aber es wird sichtbar, es geht der ÖVP nicht um verantwortungsvolle Gesundheitspolitik, sondern es geht der ÖVP ausschließlich um Fake-Skandale. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sagst Du in der Sache auch etwas? – Abg. Ingrid Salamon: Horch zu! – Abg. Doris Prohaska: Damit Du es verstehst.)* Fake-Skandale, die man versucht zu inszenieren und jedes Mal einen Bauchfleck macht.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen der GRÜNEN und der Liste Burgenland! Ich bedaure wirklich, dass Sie sich für so etwas hergeben und sich vor diesen schwarzen Karren spannen lassen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die ersten sechs Minuten sind schon um.)* für diese Inszenierungen, das hätte ich mir so nicht gedacht.

Aber ich halte schon fest, wir können uns jeden Tag hersetzen. *(Abg. Manfred Kölly: In den Gemeinden, wo Ihr in Opposition seid, müsst Ihr mal reinschauen. – Abg. Ingrid Salamon: Wir sind im Landtag.)* Herr Kollege Kölly, wir können uns jeden Tag zu einem Sonderlandtag zusammenfinden, wir werden dafür bezahlt, wir sind auch gewählt, also, wir können uns jeden Tag hier zusammensetzen.

Aber, Herr Kollege Sagartz, zumindest eine Substanz sollten diese Sonderlandtage haben. Substanz wäre wenigstens angebracht! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Tragen Sie etwas dazu bei! Sagen Sie etwas dazu!)* Das ist wirklich nur mehr Jux und Tollerei, das ist eigentlich wirklich beschämend. *(Abg. Walter Temmel: Frag‘ den Rezar!)*

Herr Kollege Sagartz, wissen Sie, was noch passiert ist? Es sind sogar dieselben Argumente ausgetauscht worden. Sie können das Protokoll der letzten Woche hernehmen, sogar dieselben Argumente wurden gebracht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sind auch dieselben Fragen.)*

Das ist ja wirklich unglaublich, außer eines gibt es, gibt es Neues: Herr Kollege Kölly hat uns schon überrascht, das muss ich schon sagen, er hat nämlich die Gruppe 5, Gesundheit, Seite C-139 angesprochen und hat gesagt, 100 Millionen, stellt Euch das mal vor, was das für Geld ist, und das schreibt man einfach so hinein. *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* Jetzt bin ich etwas misstrauisch geworden, *(Abg. Manfred Kölly: Hast Du raussuchen lassen? Schnell raussuchen lassen.)* weil wenn das wirklich so gewesen wäre, naja, dann müsste man diskutieren.

Herr Kollege Kölly, ich möchte Sie nur darauf hinweisen, schauen Sie nach! *(Abg. Manfred Kölly: Ich brauche nicht nachschauen. Ich habe es da.)* Der Voranschlag für das Land Burgenland für 2017, Gruppe 5, Gesundheit - *(Abg. Manfred Kölly: Ich gebe es Dir. Schwarz auf Weiß.)* schauen Sie nach! -, auf der Seite 139, Herr Kollege Kölly, das sind 100 Euro. 100 Euro sind ein bisschen etwas anderes wie 100 Millionen, etwas weniger wert. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Schauen Sie sich das bitte nochmals gut an, es ist etwas anderes, aber es skizziert und beschreibt auch die heutige Landtagssitzung, wie hier von der Opposition gearbeitet wird. *(Abg. Manfred Kölly: Ihr solltet nicht nachschauen müssen. Ihr solltet es auswendig wissen. Ich habe Euch nur getestet. – Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Präsidenten Illedits wirklich dankbar, dass er diese Sitzung auch relativ rasch und umgehend einberufen hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Korrekt!)*

Herr Kollege Sagartz, und ich sage Ihnen noch was, ich sage Ihnen noch etwas. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, ich bin da.)* Wir haben heute dieser Dringlichkeit zugestimmt, sowohl die FPÖ als auch die SPÖ, aber nicht, weil wir der Meinung sind, dass das wirklich so dringlich behandelt werden müsste, sondern ausschließlich darum, weil wir die Verunsicherung der ÖVP auf Rücken der Patienten und Patientinnen und vor allem der Mitarbeiterinnen und der Mitarbeiter beenden wollen. Das muss endlich aufhören! Das haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Patientinnen und Patienten nicht verdient! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun zu den Fakten, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Neun Minuten! Jetzt kommt er zur Sache. Aber wir sollen inhaltslos sein.)* weil herumgeredet ist heute viel geworden. Nun zu den Fakten. Zur Entlassung des ehemaligen Geschäftsführers in der KRAGES.

Sie wissen alle, wie es dazu gekommen ist. Die KRAGES wurde überprüft, oder wurde einer Prüfung unterzogen, weil sie in die Landesholding eingegliedert werden soll. Über das wird ja nicht gesprochen, das ist der wahre Grund, warum es zur Prüfung kam.

Bei dieser Prüfung wurden von den Prüfern Unregelmäßigkeiten entdeckt, Unregelmäßigkeiten sind aufgetaucht. Die Prüfer, meine sehr geehrten Damen und Herren, - nicht irgendwer - die Prüfer haben daher auf Grund dieser Unregelmäßigkeiten empfohlen, den Geschäftsführer abzuberufen. Nicht irgendwer! Die Prüfer haben Unregelmäßigkeiten gefunden und haben empfohlen, den Geschäftsführer abzuberufen.

Der zuständige Landesrat hat diese Empfehlung aufgenommen und hat diese Empfehlung umgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Darabos hat in hoher Verantwortung dem Lande gegenüber, in hoher Verantwortung des Steuerzahlers, hier die Empfehlungen der Prüfer umgesetzt. Wäre er untätig gewesen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wäre er in Erklärungsnotstand gekommen.

Ich bin überzeugt, hätten Sie davon Kenntnis erfahren, hätten wir wieder eine Sonderlandtagssitzung, wo Sie den Kollegen Darabos beschuldigt hätten, er hätte nicht reagiert. Das zeigt schon, wie Sie denken, wie Sie arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dann wird es eher unangenehm für Sie. Die Landesregierung hat nämlich Transparenz und Kontrolle sehr, sehr ernst genommen und hat den Bericht dem Bundes-Rechnungshof übermittelt. Das sagen Sie auch nicht! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wissen wir nicht. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Von woher sollen wir das wissen? – Abg. Christian Sagartz, BA: Warum wissen Sie das überhaupt? – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Von woher wissen Sie das?)* Also was kann man denn noch mehr tun, als die Landesregierung hier getan hat.

Herr Kollege Sagartz, Hand aufs Herz, Herr Kollege Sagartz, Entschuldigung, weil Sie es gesagt haben, Sie werden ja nicht schmettern, also. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wo? Von wem? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wann ist das gesagt worden?)* Wer die burgenländischen Medien liest, der hat das auch gelesen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Vom Bericht ist in den Medien nicht berichtet worden.)* also hin und wieder die Zeitung lesen, wäre nicht schlecht, würden wir keine Sonderlandtage brauchen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wäre nicht schlecht, wenn man dem Landtag …)*

Herr Kollege Sagartz, aber jetzt wirklich, Hand aufs Herz, was hätten Sie und Ihre Parteikollegen gemacht, hätten Prüfer Unregelmäßigkeiten beanstandet, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Eine ordnungsgemäße Kündigung!)* Ihnen empfohlen, Sie sollen hier tätig werden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ordnungsgemäß!)* ich frage Sie,

Hand aufs Herz: Wie hätten Sie reagiert? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ordnungsgemäß gekündigt! – Abg. Walter Temmel: Ohne Polizei!)*

Jetzt kritisieren Sie, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Weil es nicht ordnungsgemäß war.)* und ich gebe zu, ja, die gesundheitspolitische Ausrichtung zwischen der Geschäftsführung und dem Land Burgenland war nicht kompatibel. Ja, das ist so.

Er wurde heute schon zitiert. Es gibt ein Interview in den aktuellen „Bezirksblättern“, am Mittwoch erschienen, wo der Chefredakteur Mag. Christian Uchann, den Direktor des Krankenhauses Eisenstadt, Mag. Robert Maurer interviewt hat. Ich werde nicht das gesamte Interview vorlesen *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Danke!)*, mir ist auch das völlig wurscht. Ich brauche auch kein Denkmal oder sonst irgendwas, um das geht es mir alles nicht, *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP – Abg. Ingrid Salamon: Witzig ist das nicht.)* aber ich möchte eines zitieren, die Bezirksblätter fragen den Herrn Direktor unter anderem, ich zitiere: „Unter anderem stand der Vorwurf im Raum, dass die Herzkatheter-Station und die HNO-Abteilung geschlossen werden sollen.“ Direktor Robert Maurer antwortet, ich zitiere wieder wörtlich: „Ja, die Umsetzung wurde schon sehr konkret präsentiert. Und es ist der Politik zu verdanken, dass es nicht so weit gekommen ist.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Lies weiter! Namentlich zitiert.)* Ich sage ja, ich brauche kein Denkmal. Da geht es nicht um mich, sondern da geht es darum, *(Abg. Walter Temmel: Lies weiter!)* dass die Gesundheitsversorgung im Burgenland gewährleistet wird.

Ich sage Ihnen jetzt aber schon etwas, Kollegen der ÖVP, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sind eh da.)* wer entlasse Geschäftsführer jetzt verteidigt - ich sage es Ihnen ja -, der verteidigt in einem Atemzug die Schließungspläne der HNO und der Herzchirurgie im Krankenhaus Eisenstadt mit. Ich sage das nur, und ich betone das auch! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Walter Temmel: Das glaubst Du doch selber nicht.)*

Aber mich wundert bei der ÖVP eh nichts mehr, aber gar nichts mehr. Da gibt es den Bürgermeister von Eisenstadt, der auch Abgeordneter ist, und das ist der einzige Bürgermeister weltweit, den ich kenne, der sagt, in meiner Stadt sollen die Betriebe mehr Steuern wie im Südburgenland zahlen. Das ist der einzige Bürgermeister weltweit, den ich kenne, *(Abg. Walter Temmel: Weniger, nicht mehr!)* der so etwas tut und so etwas sagt. *(Abg. Walter Temmel: Im Südburgenland weniger!)*

Jetzt verteidigt der betroffene Bürgermeister der Landeshauptstadt Eisenstadt einen Geschäftsführer, der in seiner Stadt, *(Abg. Doris Prohaska: In der eigenen Stadt mehr! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von woher kommst Du? Aus Eisenstadt, oder?)* im Krankenhaus, das in seiner Stadt angesiedelt ist, zwei Abteilungen schließen wollte. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Geh, bitte! Wo steht das? – Abg. Walter Temmel: Wo steht das?)*

Herr Kollege Steiner, Sie sind wahrscheinlich der einzige Bürgermeister, den ich kenne, der auch das wieder so zur Kenntnis nimmt, alle anderen Bürgermeister hätten gekämpft darum, gekämpft darum, dass diese beiden Abteilungen aufrechtbleiben. Dank der Landesregierung ist das eh der Fall. Da brauchen Sie sich keine Sorgen machen - passt schon!

Ihre Rolle ist trotzdem sehr eigen, aber es passt zum Bild der ÖVP, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil die Gesundheitspolitik war Ihnen schon immer ein Dorn im Auge. Und wieder eine Rederei, die man irgendwo daherredet, sondern wieder, diesmal nicht aus den „Bezirksblättern“, sondern diesmal aus der „BVZ“, als die damalige

Regierungskollegin der ÖVP, Resetar, drei Spitäler im Burgenland schließen und nur mehr zwei aufrechterhalten wollte.

Man sieht schon, in der gesundheitspolitischen Ausrichtung sind wir uns auch nicht einig. Wir wollen, dass die HNO und die Herzkatheter-Station aufrechtbleiben. Wir wollen, dass die Spitäler aufrechtbleiben *(Abg. Manfred Kölly: Wer finanziert es?)*, da haben Sie eine andere Meinung, ist in Ordnung.

Aber Sie können sich verlassen, solange die Sozialdemokraten, solange Rot-Blau hier im Burgenland etwas zu reden hat, wird kein Spital geschlossen, da können Sie sich sicher sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren, und jetzt hat sich heute auch die Personalvertretung zu Wort gemeldet, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja! Vor den Karren gespannt, hast Du vorher gesagt.)* in dem Fall der Zentralbetriebsratsvorsitzende der KRAGES, der Heinz Kulovits, *(Abg. Ingrid Salamon: Das tut weh. – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)* und der Dr. Martin Ivanschitz, auch Betriebsrat der Barmherzigen Brüder. Ich möchte schon die Pressemitteilung vorlesen.

Ich weiß, dass Ihnen das unangenehm ist *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, überhaupt nicht. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Tu weiter! - Abg. Ingrid Salamon: Die möchte ich mir schon anhören.)* und nicht ins Konzept und in die Dramaturgie passt und ins Drehbuch passt, aber wenn sich die Personalvertreter von 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur heutigen Landtagssitzung zu Wort melden, dann ist meiner Meinung nach auch so viel Platz, dass man sie auch zitiert. Das möchte ich auch tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein! Kulovits hat sich zu Wort gemeldet.)*

Die beiden Personalvertreter sagen Folgendes: Überschrift. „Opposition wäscht politisches Kleingeld auf Kosten der KRAGES-Beschäftigten und der Patienten - 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zum Spielball der Politik machen."

Ich zitiere wörtlich, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: „Dieser Sonderlandtag wurde nur aus einem Grund verlangt, nämlich um politisches Kleingeld zu machen. Dadurch entsteht Unsicherheit bei den Patientinnen und Patienten, die auf die Einrichtung der KRAGES angewiesen sind; aber auch bei den Beschäftigten des Unternehmens. Dieser Sonderlandtag wird das bisher gute Image der KRAGES anpatzen", so der Zentralbetriebsratsvorsitzende, der Heinz Kulovits.

Dr. Ivanschitz, der Arzt in Eisenstadt ist, sagt dazu, ich zitiere wörtlich: „Es ist bedauerlich und strikt abzulehnen, dass die MitarbeiterInnen und PatientInnen des Eisenstädter Krankenhauses zum Spielball der Oppositionspolitik gemacht werden." Sagt auch Dr. Martin Ivanschitz in seiner Funktion als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt: „Anfangs geplante Einschnitte im Krankenhaus Eisenstadt hätten für große Verunsicherung gesorgt. Die angedachte Schließung der HNO-Abteilung, der Herzkatheter-Station konnte durch das Einschreiten der Landespolitik" - hören Sie gut zu - „durch das Einschreiten der Landespolitik verhindert werden. Dadurch ist wieder Ruhe unter den MitarbeiterInnen und den PatientInnen eingekehrt, dieses positive Arbeitsklima darf nicht neuerlich gestört werden. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Der kann nicht einmal lesen. Ist es nicht so? Kann nicht einmal lesen. – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Abg. Wolfgang Sodl: Das ist wieder typisch. Nur Du kannst es, Frau Kollegin. – Abg. Günter Kovacs: Das ist die ÖVP.)* Das Vertrauen der Patientinnen und Patienten ist unser höchstes Gut."

Und jetzt war ich schon etwas erstaunt, dass man dann noch sagt, wir kritisieren Personalvertreter, Betriebsräte von 3.500 Menschen, *(Abg. Ingrid Salamon: Die gewählt*

worden sind von ihnen.) dass sich die zu Wort melden, im Sinne ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da bin ich schon etwas verwundert, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist mit unseren? Der LBL, GRÜNEN, Schwarzen?)* aber passt ja auch wieder in das Bild der ÖVP.

Ich kann mich noch erinnern, vor einigen Monaten, wie der Kollege Wolf gesagt hat, Gewerkschaften braucht man eh nicht mehr und dergleichen und da wissen wir, wie das einzuordnen ist.

So, meine Damen und Herren, jetzt könnten wir sagen, ja, die Betriebsräte, und so weiter. Es gibt aber noch jemanden, der sich zu Wort gemeldet hat, nämlich gestern. Es war immerhin der Ärztekammerpräsident des Burgenlandes. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo arbeitet der?)* Entschuldigung, er ist Ärztekammerpräsident. Wollen Sie auf den jetzt auch losgehen? Wollen Sie auf den auch losgehen, ich weiß nicht.

Er sagt: *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wo arbeitet der? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Lesen Sie auch das vor!)* „Chancen für Neustart nutzen statt parteipolitisches Hick-Hack.“

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! „Statt parteipolitisches Hick-Hack. *(Abg. Walter Temmel: Alle müssen anrücken. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Alle müssen ausrücken.)* Es müsse endlich Ruhe in diese leidliche Causa einkehren. Der Schaden, der für das Unternehmen und damit auch für die Gesundheitsvorsorge im Burgenland entstanden ist, ist schon enorm groß.“

Also, das sind lauter Betroffene - Patientinnen, Patienten, Ärztinnen, Ärzte, Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche Sie wirklich, denken Sie ein bisschen über die Agitation nach, die Sie hier im Hohen Landhaus machen und denken Sie auch ein wenig an die Verantwortung!

Ich fordere Sie auch auf, lassen Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenhauses endlich in Ruhe arbeiten! Sie haben sich dieses politische Hick-Hack nicht verdient, das hier betrieben wird.

Missbrauchen Sie nicht unser Gesundheitssystem, das gut funktionierende burgenländische Gesundheitssystem, für Ihre parteipolitischen Spielchen! Dazu dient das Gesundheitssystem im Burgenland wirklich nicht. Hören Sie endlich auf, mit Ihrer Rufschädigung am Gesundheitssystem des Burgenlandes! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber wir sind in den letzten Monaten, den letzten beiden Jahren, ja sehr oft mit Fake-Skandalen konfrontiert. Egal welches Thema hier angesprochen wird, es gibt immer einen Skandal dahinter. Die ÖVP vermutet hinter jedem Baum einen Skandal, hinter jedem Baum, wo jemand hervorspringt, ist schon ein Skandal.

Ich habe eine Liste vorbereitet, die ich eigentlich vorlesen wollte, ich erspare uns das allen. *(Abg. Walter Temmel: Lies vor!)* Sie wissen, was ich meine, überall ein Skandal.

Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Overkill, den Sie hier betrieben haben, sind Sie so etwas von unglaubwürdig geworden. Sie haben die letzte Glaubwürdigkeit zu Tode getragen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ganz sicher.)* die Sie noch gehabt haben!

Der eigentliche Skandal ist etwas anderes, dass die ÖVP einen KRAGES-Geschäftsführer verteidigt, der Abteilungen schließen wollte. Der eigentliche Skandal ist, dass die ÖVP einen Geschäftsführer verteidigt, *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat den Schnedl*

eingestellt? Wer hat zugestimmt?) der die Auszahlung von höheren Gehältern für die Pflegekräfte verzögert hat, *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat den Dopler eingestellt? – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und der LBL)* und der eigentliche Skandal ist, dass die ÖVP den guten Ruf unserer Spitäler damit zerstört. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt doch ein Skandal; gerade hast Du gesagt, es gibt keinen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Rot-Blau geht hier einen anderen Weg, einen völlig anderen Weg. Der zuständige Landesrat, die Landesregierung und Rot-Blau geben nämlich ein klares Bekenntnis zum burgenländischen Gesundheitssystem ab! Zu unserem gut funktionierenden Gesundheitssystem!

Wir geben vor allem ein klares Bekenntnis der 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Krankenanstalten, egal ob es Mitarbeiter sind, die am Bett stehen, Ärzte sind, die in der Administration tätig sind oder auch im niedergelassenen Bereich arbeiten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir wollen auch die Akutambulanz ausbauen. Ich glaube, auch das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der zu mehr Versorgungssicherheit führt - eine Win-Win-Situation für Ärzte und Patienten und auch für unsere Spitäler und wir wollen auch die Standortgarantie für das Burgenland beibehalten. Wir wollen, im Gegensatz zur ÖVP, die fünf Spitäler, die wir im Burgenland haben, weiterhin aufrechterhalten. Wir wollen größtmögliche Transparenz. Daher werden wir entweder den Landes-Rechnungshof beauftragen oder auch den Bundes-Rechnungshof, je nach Schnelligkeit, je nach Möglichkeit, wer das besser macht.

Wir sind ja aus zwei Gründen gezwungen, heute einen Abänderungsantrag einzubringen: Erstens ist der Antrag, den hier die Opposition vorgelegt hat, ja sehr fehlerhaft, denn es gibt keinen Prokuristen. Der war nicht Prokurist, sondern Personalchef. Ist ja ohnehin egal, denn es gab auch keine Kündigung, sondern es war eine einvernehmliche Auflösung. Also sind das viele Fehler, die man da reinformuliert hat, aber, das macht ja nichts, das ist ja kein Problem. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Weil ich nicht in die KRAGES hineinfragen darf! Daher kann ich es auch nicht wissen.)* Ich kann ja nichts dafür, ich habe ihn ja nicht falsch geschrieben, Herr Kollege Sagartz. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich kann nicht fragen! Wenn ich frage, erhalte ich von Euch keine Antworten.)* Ich kann ja nichts dafür, sagen Sie Ihren Mitarbeitern, dass Sie falsch informiert wurden. Ich kann ja nichts dafür, tut mir leid. *(Abg. Walter Temmel: Transparenz wollen wir!) Fragen* Sie mich das nächste Mal, ich sage es Ihnen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn ich eine Antwort bekäme, dann hätte ich es gewusst.)*

Außerdem wollen wir einen Antrag einbringen, der weitergehend ist. Daher werden wir einen Abänderungsantrag dazu einbringen. Ich darf auch gleich die Beschlussformel dazu vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag richtet hiermit an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof das Verlangen auf Durchführung einer Antragsprüfung gem. § 5 Abs. 1 Z 2 iVm § 5 Abs. 3 Z 1 Burgenländisches Landes-Rechnungshofgesetz über folgenden Gegenstand und Umfang:

Überprüfung der KRAGES Burgenländische Krankenanstalten Gesellschaft m.b.H.

unter Berücksichtigung insbesondere folgender Schwerpunkte:

1. Grundlagen der kürzlich erfolgten Entlassung leitender Bediensteter

2. Bonuszahlungen an die Geschäftsführung beziehungsweise leitende Mitarbeiter seit 1. Juli 2014
3. Auftragsvergaben über einen Auftragswert von mehr als 50.000 Euro seit 1. Juli 2014
4. Kostenverrechnung für die Administration des Burgenländischen Gesundheitsfonds
5. Insourcing/ Inhousevergaben seit 1. Juli 2014
6. Ausarbeitung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit (RSG) für das Burgenland vor Neuerstellung des Österreichischen Strukturplan Gesundheit (ÖSG)
7. Änderungen bei der Verteilung der Mittel aus der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) ab 1. Juli 2014

Ich darf diesen Abänderungsantrag auch gleich einbringen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt und wird gemäß § 61 GeOLT in die Beratung miteinbezogen. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir gerade gehört haben, ist nach Pipi Langstrumpf: „Mach mir die Welt, so wie sie mir gefällt!“ *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Wenn dem allen so einfach wäre und wenn das alles von den Gegebenheiten so einfach umzusetzen und darzustellen wäre, wie es der Herr Hergovich gerade getan hat, dann würde das Burgenland auch anders aussehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgesetzt vom parteipolitischen Hick-Hack, dem muss ich nicht beipflichten und da kann ich mich auch frei heraushalten, ist es aber eine Tatsache, dass es hier einiger oder einer Richtigstellung bedarf, die in diesem gesamten Konzept auf die Verunglimpfung und den Missbrauch des Landtages als Antwort gelten sollte.

Herr Kollege Hergovich! Es mag sein, dass man aus parteipolitischem Interesse die sogenannte vereinte Opposition züchtigt und ihr vorwirft, sie würde den Landtag missbrauchen. Es ist eine Grundkonsequenz und eine Grundverantwortung des Mandatars, dass er hinterfragt und versucht, die Gegebenheiten, die sich abgespielt haben, zu ordnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, dass diese Verantwortung durch die Wahl jedem Abgeordneten aufgetragen ist. Die einzigen, die eine Verunglimpfung des Landtages und der Abgeordneten hier vornehmen, sitzen hier vorne. Diejenigen, die Sie nämlich so herausschicken und das umsetzen lassen, was im Grunde genommen absolut falsch ist. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und den GRÜNEN)* Jeder einzelne von uns, für den Bürger, für die Bürgerin des Burgenlandes, ist in der Verantwortung, klar und deutlich zu hinterfragen, was sich innerhalb dieser KRAGES abspielt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine 100-prozentige Tochter, die ausgelagert Verantwortung trägt, wo ich Ihnen auch an Beispielen widerlegen werde, was Sie hier behauptet haben, *(Abg. Doris Prohaska: Nicht so aufregen!)* das ist, glaube ich, mehr als zu hinterfragen und das Recht, die Verantwortung und die Verpflichtung der Abgeordneten, sich in dieser Causa nicht nur

inhaltlich richtig zu stellen, sondern auch zu hinterfragen, *(Abg. Robert Hergovich: Schmähparaden!)* was Verantwortliche dort getan haben. *(Abg. Doris Prohaska: Gekränkte Eitelkeit! - Abg. Robert Hergovich: Das muss wehtun. - Abg. Doris Prohaska: Na, sicher!)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann durchaus nachempfinden, dass diese Sache weh tut. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten - Abg. Ingrid Salamon: Wem? - Abg. Doris Prohaska: Ja, wem?)*

Aber, sie hat in der Konsequenz mit Sicherheit von dem heutigen Tag an mehr Folgen, als manche hier meinen, das stattfinden wird. Das, was quasi in der Umsetzung auf sogenannte ausgelagerte Gesellschaften von meinen Vorrednern jetzt in vielerlei Hinsicht definiert und angesprochen passiert, ist das Prinzip „hire and fire“. Das, was quasi grundsätzlich damit verknüpft ist, dass jeder, der angestellt wurde, im Prinzip innerhalb von ein paar Jahren nicht nur gekündigt, sondern dass er rausgeschmissen wurde und in der Verantwortung - da sind einige aufgezählt worden, die hier quasi den Platz dafür einzunehmen haben, ob es jetzt der Schnedl zum Schluss war, der Mario Baier vorher im Tourismusbereich, auch der Peter Dopler in der KRAGES oder wie immer auch Personen, haben eines in der Konsequenz jetzt noch zusätzlich mitzutragen gehabt: Die haben alle eine Abfertigung erhalten! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Landtag, die Regierung und alles was sich hier innerhalb dieses Landes begibt, ist eine klare Angelegenheit, wo die Ordnung klar und deutlich festgelegt ist: Die Legislative beschließt, die Regierung führt aus, die Regierung setzt, meiner Ansicht nach, inkonsequenter Weise nur mehr auf Holdings, auf ausgelagerte Gesellschaften.

Sie von der Regierungsfraktion - von beiden - beschließen das, was in den nächsten Minuten nach der Beschlussfassung quasi budgetär in die ausgelagerten Gesellschaften herübergeleitet wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann wird Ihnen, genauso wie uns, das Fragerecht entzogen. Die Antworten, das können Sie ja bei den Anfragebeantwortungen nachlesen, ob das a, b, oder c lautet inzwischen obligatorisch: Das geht Sie nichts an!

Meine Damen und Herren! Wenn das objektive Verantwortung und Transparenz ist, dann ist es mit Sicherheit nicht richtig. Doch nun zum Sachverhalt und zu den Gegebenheiten, die sich hier abspielen. Eines vielleicht noch zu den Gegebenheiten: Die Schnelligkeit, die Sie sich in der Regierungsverantwortung gesetzt haben, auch in der Konsequenz jetzt beurteilt, ich habe nicht gewusst und habe es erst heute in die Hand bekommen, dass die Gegebenheiten um die KRAGES und um den Geschäftsführer Schnedl in Buchform schon erschienen ist, aber dann ist mir das neue Buch des Burgenländischen Landtages von Thomas Brezina begegnet und dabei kommen zwei Figuren vor: Der Demokratino und der andere heißt Diktator, Diktatus oder Diktatorus - ja im Prinzip ist quasi die Zusammenfassung dessen schon in Buchform zusammengestellt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist wirklich lustig.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Darstellung ausgelagerter Gesellschaften, Hoheitsverwaltung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskrepanz, die es offensichtlich hier gibt, Hoheitsverwaltung ist eine klare Disposition, die auch vom Wähler und von der Wählerin in der Verantwortung auf die Regierung übertragen wird. Hier gibt es einen Landesamtsdirektor, der dieser Hoheitsverwaltung als Oberster vorsteht. Inzwischen, und das kann man auch in klarer Form nachvollziehen, gibt es in der KRAGES 2.300 Mitarbeiter.

Sie sind in der Ausführung auf die Krankenhäuser aufgeteilt, auf drei Pflegeheime mit 340 Mitarbeitern, dem Psychosozialen Dienst mit 300 Mitarbeitern und Selbsthilfewerkstätten mit rund 20 Mitarbeitern. Das heißt, wir haben hier ein Konvolut,

das ausgelagert in der Verantwortung steht und wo jetzt die Verantwortungsträger dieser Gesellschaft einen Geschäftsführer beauftragen. Der Widerspruch, der jetzt in allen Wortmeldungen zu Tage getreten ist, wird bestimmt, dass dem Geschäftsführer in seiner gesamten Agenda unverantwortlicher Weise direkt hineinregiert wird. Dem wird angeschafft, dem wird aufgetragen, der soll tun! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* In der Regierung beziehungsweise von einzelnen Regierungsvertretern wird der Beschluss gefasst, der Mann, die Person gehört eliminiert. Es gibt keinen Organbeschluss, das gesamte gesellschaftliche Rahmenkonzept wird außer Kraft gesetzt, nur um zu dem Ergebnis zu kommen, wir entledigen uns einer Person.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die KRAGES hat, unter anderem, auch nicht nur ein riesengroßes Budget mit fast 200 Millionen Euro, sondern hat in der Verantwortung auch eine Gegebenheit, eine Darstellung, die wir in verschiedenen Bereichen sonst nicht finden, aber im Endeffekt heute das heikelste Programm in politischer Verantwortung betreffen wird. Das gesamte soziale, gesundheitsmäßige und arbeitsmarktpolitische Konzept ist - und das wird ja immer wieder von Regierungsseite betont - mit der größten budgetären Summe verflochten. Tatsache ist, dass wir in der KRAGES die Verantwortung für viele Personen gebündelt haben, auf der anderen Seite ausgelagert auch einen Geschäftsführer in der Bestellung. Dem wird jetzt in verschiedensten Wortmeldungen, aber auch in Pressemeldungen, angelastet, er hätte nicht ordnungsgemäß gehandelt, er hätte seine Kompetenzen quasi möglicherweise überschritten und so fort.

Ich verstehe eines nicht: Wenn ich jemanden einstelle und ihm eine Verantwortung übertrage, die in der Vorbereitung, in der Gesamtdarstellung des Aufgabenbereiches auch klar definiert ist, wieso kommt dann jemand her und sagt, beim Regionalplan, der für das Gesundheitswesen vorhanden ist, dass der Geschäftsführer daran eine Schuld trägt, dass irgendwo etwas nicht in der Form stattgefunden hat oder stattfinden sollte, was ich nicht will? Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Organsituation, einer ausgelagerten Gesellschaft gibt es eindeutig Verantwortliche. Der Geschäftsführer beschließt nichts, der kann vorbereiten, ist verpflichtet, die Gesamtbreite einer Anlage so vorzubereiten, dass sie auch von allen als Gesamtes gesehen wird.

Die Entscheidung treffen dann diejenigen, die in dem Organ Verantwortung tragen. In der KRAGES ist es stellvertretend für die Regierung mit Sicherheit der Landesrat für Soziales. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Standortgarantien: Ich habe es in der letzten Sitzung schon angesprochen - es gibt einen Rechnungshofbericht über den BURGEF, den Burgenländischen Gesundheitsfonds, wo eindeutig festgestellt ist, dass wir in der Entwicklung der gesamten Gesundheitspolitik ein Problem haben, wo es, unter anderem, jetzt eine 15-a-Vereinbarung gibt, um sogenannte Kostendämpfungsmaßnahmen von drei Prozent einzuhalten.

Ich frage heute schon korrekt: Ich bin neugierig, wo Sie diesen Kostendämpfungsansatz finden werden. Drei Prozent in der Summe sind etwas, das man nicht in der Verantwortung darauf delegieren wird können, dass man sagt, das interessiert mich nicht, sondern es wird dann eines nicht passieren, dass nämlich die Gelder von Wien ins Burgenland fließen werden. Dann wird es uns sehr wohl interessieren, weil wir wieder ein Problem in der Gesamtfinanzierung haben. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Was heißt das jetzt in Ihren Augen?)* Sie können sich dann melden, Herr Landesrat, *(Abg. Ingrid Salamon: Nur nicht nervös werden.)* denn Tatsache ist, dass wir im Grunde genommen in der KRAGES diese vier Spitäler in der Hauptverantwortung haben und das 5. Spital - das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder - in der Finanzierung seitens des Landes gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur eines, ohne jemanden schaden zu wollen, für den Inhalt und für die Bestimmung, die auch vorher vorgetragen wurde. Was ist von einem Leumund, von einem sogenannten Kronzeugen zu halten, dem in der KRAGES in der Verantwortung quasi nachempfunden wurde, dass er zwölf Millionen Euro, und davon hat er dann freiwillig sechs Millionen Euro angeboten, dem Land zurückzahlen will? Das, Herr Kollege Hergovich, sollten Sie in Ihrem Wissen um die Gegebenheiten im Krankenhauswesen hinterfragen, wo klar und deutlich die Barmherzigen Brüder durch eine Falschverbuchung dem BURGEF zum Schluss sechs Millionen Euro als quasi Schuldensituation, weil der Betrag falsch eingebucht, und nicht gezahlt wurde, zurückzahlen möchte.

Das ist keine Gegebenheit so ohne weiteres. Was halten Sie von der Situation, wo klar und eindeutig in der Vergangenheit über drei Jahre in der Hauptinvestitionsphase des Krankenhauses Eisenstadt, wo immer die Vorwürfe gegen den Bürgermeister erhoben werden, was kann er dafür, was Eisenstadt anlangt im Krankenhaus, aber wo gleichzeitig dort die Vorwurfsituation gefahren wird. Im Krankenhaus Eisenstadt sind drei Jahre hinweg von Landesregierungsseite Gelder für die Investition bezahlt worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dazu hat ja die Landesregierung auch einen Beschluss gefasst. Aber, was entscheidend ist, drei Jahre hindurch hat keiner von Landesseite und von verantwortlicher Seite dieses Kapitel kontrolliert. Es hat nichts stattgefunden, was den sogenannten Finanzfluss in dieses Krankenhaus gerechtfertigt hat. Anschließend ist man draufgekommen, dass das nicht das ist, was Sie jetzt vom Tisch wischen wollen, sondern das sind Fakten, das sind Gegebenheiten, die im Rechnungshofbericht auch aufscheinen und festgehalten werden.

Sie sollten sich über Inhalte informieren, dann über Gegebenheiten reden. Bei der KRAGES, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden Sie mit Sicherheit über Sachen noch informiert werden, wo Ihnen in der Verantwortung mit Sicherheit auch schlecht werden wird. Das quasi in der Verantwortung auf den Steuerzahler, wo Sie vorher das auch so dargestellt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wichtiges Konstrukt des Gesundheitswesens sind einmal Spitäler. Wenn Sie vorher von der Herzkatheter-Station gesprochen haben, Sie wissen auch, Herr Kollege Hergovich, unabhängig davon, dass das hier verbleiben sollte, unabhängig davon und das jetzt nur auf die Vorbereitung des gesamten Prozesses im regionalen Gesundheitsplan, ist die Situation festzuhalten, dass wir in Eisenstadt und in anderen vier umgebenden Spitälern Herzkatheter-Stationen haben. Jetzt nur zu Ihrer Kenntnis und zur allgemeinen Kenntnis. In Oberwart und in Güssing gibt es dementsprechend keine Einrichtung. Wissen Sie wo alle im Süden hin verpflichtet sind, Kathederleistungen zu empfangen? *(Abg. Robert Hergovich: Künftig in Oberwart!)* In Graz und zu Oberwart.

Bei der Gelegenheit gleich eines: Ja gut, das können Sie dann sagen. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Schon geschlossen!)* Tatsache ist, dass alle Südburgenländer bisher keine Kathederleistung bekommen, sondern ausgelagert nach Graz fahren müssen. Das nur zu Ihrer Kenntnis und Tatsache zu Oberwart. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche mir, dass die Garantiesituation, die uns der Herr Landesrat geboten hat, weil ich die Erfahrung in Güssing gesammelt habe, mit 2021 wird das Spital in Oberwart um die gegebene Bausumme von 158,5 Millionen Euro stehen und in Betrieb sein.

Inzwischen hört man Folgendes: Tatsache ist, das Krankenhaus Oberwart ist von den Kosten, bevor noch ein Ziegel gesetzt wurde, schon in Größenordnungen explodiert, da wird dem Herrn Landeshauptmann schlecht dabei. Da setzt man auf Sachen, die

eigentlich in der Finanzierung jetzt, nur in der gedanklichen Form, jetzt schon über 200 marschieren und damit eigentlich den Herrn Landesrat auf die Bühne bittet, in dem er, zum Beispiel, die Kostenexplosion mit einem Bauherrenzuschlag erklären will.

Ich habe verschiedene Bauleute gefragt, aber einen Bauherrenzuschlag habe ich noch nirgends vernommen und den gibt es auch in dem Sinne, rein als bautechnische Maßnahme nicht. Was es gibt, sind sogenannte Erfindungen im Sinne der Kostensteigerungen. Das sind, unter anderem, zum einen jetzt schon die Übersiedlungskosten, denn die werden eklatant sein und wahrscheinlich wenn man jetzt dort hingeht und auf der anderen Seite auch noch quasi Widrigkeiten, die im Grunde genommen bis zur Fertigstellung, die heute in internen, in internen Unterlagen innerhalb dieses Hauses schon mit 2022 fixiert werden.

Da ist also nicht mehr von 2021 die Rede, sondern man ist schon weit darüber hinaus in Gegebenheiten, wie das hier. Wenn das der burgenländischen Patient und die burgenländische Patientin verdienen, dann frage ich mich, wo das hinsteuert, wenn dieses Krankenhaus einmal stehen wird. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Wie kommen Sie darauf?)*

Dann wird es nämlich eine Kostenexplosion geben, die niemandem erklärt werden kann. Daher hoffe ich mit Inbrunst, dass diejenigen Maßnahmen, die quasi die Einschränkung der Kostenexplosion bringen sollen, auch frühzeitig greifen und uns nicht überraschen lassen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über den Rausschmiss, über die Vorgänge, wie der Geschäftsführer der KRAGES entfernt worden ist, haben meine Vorredner schon ein Sittenbild abgegeben. *(Abg. Ingrid Salamon: Nein!)* Im Grunde genommen ist ein Aspekt interessant, der auch den sogenannten Rechtsvertreter der KRAGES betrifft und in der Verantwortung kennzeichnet.

Man muss zur Kenntnis nehmen, dass vor der Installierung eines eigenen Juristen innerhalb der KRAGES die Rechtsgeschäfte ausgelagert gewesen sind und dass eine Rechtsanwaltskanzlei hier mehr oder weniger ein Monopol auf die Gegebenheiten hatte. Dass dann anschließend einem Rechtsanwalt im Haus, einem Hausjuristen, natürlicherweise die Fremdleistungen weggefallen sind, das sollte man auch in der Diskussion offener Art zugeben und sich nicht hinter etwas verschanzen, was im Grunde genommen dort nicht angebracht ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde heute noch Gelegenheit haben, zu einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Eines ist im Grunde genommen, gesamtgesehen, festzuhalten. Wir haben einen Vorgang, der weit über die Landesgrenzen des Burgenlandes hinaus, nicht nur Aufsehen erregt, sondern auch absolutes Unverständnis erzeugt hat. Wir haben in der Verantwortung nicht über die Oppositionsparteien ein Handicap oder eine Darstellung gegen die Beschäftigten in den Tageshäusern oder bei den Barmherzigen Brüdern erzeugt, sondern wer das erzeugt hat, war die Politik.

Die Politik von Regierungsbankseite, die sich mit einem ursprünglich von ihrer Seite geholten Geschäftsführer wieder von ihrer Seite, und das sei jetzt auch dahingestellt, rechtmäßig oder unrechtmäßig, entfernt hat. Wo sie ohne Rücksicht auf eine Person quasi freigestellt hat, der im Grunde genommen, diese Person, die im Grunde genommen nur einen Weg beschreiten kann, um zum Recht zu kommen, nämlich, zum Arbeitsgericht zu gehen und in der Folge dann quasi seine Rechte auch einzumahnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das wäre auch eine Aufgabe der Gewerkschaft gewesen, die im Grunde genommen auch im Aufsichtsrat und in anderer Gegebenheit in der KRAGES vertreten ist. Hier gibt es auch verschiedene Player, deren Rolle und Situation hinterfragt werden

muss, aber dazu wird es sicherlich auch von Landtagsseite her Gelegenheit geben. Zusammenfassend, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Sittenbild, das sich hier abgespielt hat, da hätte es den Peter Rezar nicht gebraucht, das festzuhalten, denn das Sittenbild, das sich hier ergeben hat, ist ein Trauerspiel. Nicht diejenigen, die von Ihrer Seite, von Regierungsseite und von den Regierungsfraktionen im Vorwurfssinne damit bedacht worden sind es ausgelöst zu haben sind die Verantwortlichen, sondern die sitzen hier.

Der wahre Erzeuger der gesamten Gegebenheiten ist heute schon in einem Facebook-Posting, wo ich quasi als Systemanteilnehmer gehandelt oder dargestellt wurde, genannt worden. Herr Landeshauptmann! Sie haben in den letzten Wochen einige Auszeichnungen empfangen. Unter anderem auch einen Orden von China und von Viktor Orban von Ungarn. Ich verleihe Ihnen heute in Bezug auf die KRAGES und auf die Gegebenheiten, die Sie umsetzen auch eine Auszeichnung. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Danke!)*

Ich bezeichne Sie als Master of Desaster. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren. Von Regierungsfraktionsseite hört man immer wieder die Frage, warum es so einen Sonderlandtag braucht? Ja, er ist etwas Besonderes. Das hat uns der Herr Kollege Hergovich ja ausführlich erklärt, dass ein Sonderlandtag etwas Besonderes ist und dass eine dringliche Anfrage eine sehr dringliche ist. Das ist tatsächlich so. Wir haben nun bereits in dieser kurzen Zeit der Auseinandersetzung Informationen bekommen, die wir vorher noch nicht hatten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt.)*

Zum Beispiel wurde hier mehrfach erwähnt, diese Empfehlung der Wirtschaftsprüfer, der Anwälte, die bislang nicht einmal den Mitgliedern des Rechnungshofausschusses bekannt waren, aber offensichtlich einzelne Teile des SPÖ-Klubs kennen sie, weil sie reden so davon, als wäre es eine Selbstverständlichkeit, dass wir das alles wissen. Das wissen wir nicht und deswegen braucht es so eine Landtagssitzung, in der alles auf den Tisch gelegt wird. *(Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP)* Ein weiteres Beispiel: Mehrfach wird zitiert, man habe ja nur die Empfehlungen von Wirtschaftsprüfern und Anwälten umgesetzt. Nur, was diese Empfehlung wirklich beinhaltet, das wurde uns nie gesagt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)*

War die fristlose Kündigung die Empfehlung oder war die Empfehlung, das genauer anzuschauen und Konsequenzen zu ziehen? Wir wissen es nicht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau.)* Wir bitten um Klarheit und deswegen gibt es diesen Sonderlandtag. *(Beifall bei den GRÜNEN)* Eine andere Sache noch, Herr Kollege Hergovich. *(Abg. Robert Hergovich: Das haben wir alles beim letzten Landtag vorige Woche diskutiert. Warum weißt Du das jetzt nicht?)* Ich kann schon nachvollziehen, dass es für Sie sehr schwer ist, zu erkennen, was die Aufgabe der Oppositionsparteien hier in diesem Landtag ist.

Sie kennen die Politik des Landes ausschließlich aus der Perspektive einer mächtigen Regierungspartei, denn etwas anderes haben Sie hier noch gar nicht erlebt. Sie fragen ja immer wieder nach, warum die Opposition das eine oder das andere tut.

(Abg. Robert Hergovich: Das ist doch alles eine Schmähparade!) Wir haben als Opposition die Verpflichtung, Kontrollrechte auszuüben.

Wir haben auch als Oppositionsabgeordnete das Recht, überall zuzuhören. Ich weiß nicht, ob es innerhalb der SPÖ-Fraktion, unter einigen Mitgliedern dieser Fraktion ausgemacht ist, oder ob es einfach passiert, dass permanent laut geplaudert wird, während andere Abgeordnete beim Rednerpult stehen. Wenn ich dann von hinten bitte, ein wenig leiser zu sein, weil ich eine Abgeordnete bin, die gerne zuhören möchte, wird mir gesagt, der redet ohnehin nur Blödsinn, *(Abg. Robert Hergovich: Das hat keiner gesagt!)* über einen Kollegen der am Rednerpult steht, dann ist es etwas, dass ich als Oppositionspolitikerin auch in den hinteren Reihen nicht akzeptieren kann. *(Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP)*

Ich bitte Sie sehr, Herr Hergovich, ich weiß Sie können sich kaum halten, Sie rufen auch jetzt immer dazwischen, *(Abg. Robert Hergovich: Ich melde mich ohnehin gleich. Ich melde mich schon gleich.)* ich bitte Sie wirklich dringend zu respektieren, dass es hier in diesem Hohen Haus unterschiedliche Funktionen gibt. Die Funktionen der Regierungsfraktionen und die Funktionen der Oppositionsparteien.

Hier gibt es wieder welche, die einen Klub zur Verfügung haben, andere die ohne Angestellte arbeiten. Aber jeder und jede von uns hat das Recht darauf seine und ihre Arbeit als Abgeordnete nachzugehen, ohne von Ihnen lächerlich gemacht oder gar marginalisiert zu werden. *(Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP)* Ich bitte dringend, dass wir bei aller unterschiedlicher politischer Meinung und Haltung, die wir hier vertreten, den Respekt voreinander nicht verlieren. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP – Abg. Manfred Kölly: Da hat sie Recht!)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kennen Sie Transnistrien? *(Abg. Robert Hergovich: Eine alte Geschichte.)* Einer kennt es. Transnistrien ist ein kleiner Staat, Pridnestrowien nennen sie sich selbst, östlich des Flusses Dnister. Ein stabilisiertes De-facto-Regime, hat sich seit 1990 selbst als Republik bezeichnet, ohne jegliche internationale Anerkennung.

Die Hauptstadt heißt Tiraspol. Präsident ist ein gewisser Wadim Nikolajewitsch Krasnoselski. 475.000 Einwohner, ein bisschen größer als das Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Warum sage ich das, meine sehr geehrten Damen und Herren? *(Abg. Robert Hergovich: Das fragen wir uns auch alle.)*

Ich habe, vor 12 Jahren ungefähr war das, erklärt, dass Transnistrien mehr demokratisch geprägt ist, als die KRAGES. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist ein Skandal. Das ist jetzt wirklich ein Skandal! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Warten Sie ein bisschen, bevor Sie sich aufregen. *(Abg. Robert Hergovich: Ich warte überhaupt nicht! Das reicht mir jetzt.)* Na, macht ja nichts.

Daraufhin hat mich die KRAGES geklagt. Die KRAGES hat mich geklagt, privatrechtlich, 30.000 Euro Streitwert. Da greift keine parlamentarische Immunität, 30.000 Euro Streitwert. Ich habe mir einen guten Anwalt gesucht, auch das Land hatte sich, nein, die KRAGES hat sich einen guten Anwalt gesucht.

Im Übrigen war der Vertreter der KRAGES der damalige dritte Präsident des Landtages, der Dr. Moser. Die Situation war eigenartig. Der dritte Präsident des Landtages ist der Rechtsvertreter der KRAGES, einer Gesellschaft des Landes, die einen Mandatar klagt, der nicht fragen darf.

Ich habe das im Landtag dann auch thematisiert, worauf der Dr. Moser sein Mandat zurückgelegt hat, aber nicht die Kanzlei, sondern ein anderer Anwalt seiner Kanzlei hat das dann weitergeführt. Zeugen, da waren schon Kaliber da als Zeugen, der damalige Büroleiter des Landeshautpmannes, Martin Ivancsics. Er hat relativ bald erkannt, dass es nicht so weitergeht, denn in erster Instanz habe ich den Prozess gewonnen. Daraufhin ist die KRAGES in die zweite Instanz gegangen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Da geht es dann schon ein bisschen ums Geld, da muss man schon überlegen wie man agiert als Mandatar, Familie, drei Kinder. So einfach ist ja das nicht. 30.000 Euro! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war damals in der Regierung?)* Das sage ich schon. Damals hat die KRAGES erkannt, dass der Prozess nicht zu gewinnen ist und es hat einen Vergleich gegeben. Die KRAGES hat alle Gerichtskosten gezahlt, hat meine Anwaltskosten bezahlt, weil der Prozess nicht zu gewinnen war.

Ich sage nicht, dass nach wie vor die KRAGES nicht demokratisch geführt ist, das sage ich nicht. Ich sage nur was damals war. Meine sehr geehrten Damen und Herren, was war damals? Damals haben Mandatare des Landtages Anfragen gestellt, so wie heute - vor 12 Jahren. Die Antwort des zuständigen Regierungsmitgliedes war immer, das ist eine ausgegliederte Gesellschaft, das geht euch nichts an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden da von einer Budgetsumme, damals waren im Burgenländischen Landtag budgetiert, Herr Kollege Hergovich, das ist nicht fair, was Sie gerade gemacht haben, es sind nur 100 Euro budgetiert. Damals waren 150 Millionen Euro budgetiert. Der Landtag hat das beschlossen, am 1. Jänner ist das überwiesen worden. Landtag, Kontrolle der Regierung, Du brauchst hier nicht mehr nachzusehen.

Wissen Sie, und das tut weh, wenn der Landtag, es tut mir leid das die Frau Kollegin Dunst jetzt nicht da ist, die hat diese Woche gesagt, die Opposition ist zur Kontrolle der Regierung aufgerufen. Falsch, Frau Lehrer, setzen, 5. Der Landtag ist zur Kontrolle der Regierung berufen, auch Sie, Kollege Hergovich. Sie sind ganz besonders gefordert. Es kann doch nicht sein, dass sich die Regierung eine Abstimmungsmaschinerie mit einer Mehrheit im Landtag hält und andere sollen kontrollieren.

Ich sage Ihnen, in einer Proporzregierung war es leichter zu kontrollieren und ich sage Ihnen auch warum. Weil die SPÖ-Mandatare die ÖVP-Regierungsmitglieder und die ÖVP-Regierungsmitglieder die SPÖ-Regierungsmitglieder kontrolliert haben. Ich sage Ihnen, es war einfacher die Kontrolle auszuüben als das jetzt der Fall ist. Sie machen es nämlich nicht mehr, sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Frech hieß damals der Geschäftsführer der damaligen KRAGES. Soswinski, der war auch Geschäftsführer, ich habe innerlich schon Abbitte geleistet, der war ja noch der Vernünftigste von all denen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Mit dem konnte man zumindest reden und auch streiten und man hat auch Informationen bekommen.

Beim Nachfolger Frech haben wir überhaupt nichts bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Abg. Manfred Kölly: Da seid Ihr eh noch in der Regierung gewesen!)* Deshalb, seit mehr als zehn bis 15 Jahren ist dieses Thema hier da, dass

Mandatare des Landtages Fragen in Bezug auf die KRAGES stellen und immer dieselbe Antwort bekommen, ausgelagerte Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen in die Gesellschaftsverträge hineinschreiben, dass das Fragerecht der Landtagsabgeordneten auch bei ausgelagerten Gesellschaften gilt. Dann, und nur dann, wird der Landtag seiner Kontrollaufgabe nachkommen können. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich im Vorfeld dieser Landtagssitzung in den Medien von Inszenierung vernommen habe, von Missbrauch des Landtages, heute haben Sie noch eines draufgesetzt, Herr Kollege Hergovich, beschämend. Das ist schon ein starkes Stück. Ich sage Ihnen im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer ist der Landtag zur Kontrolle der Landesregierung nicht nur berechtigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind verpflichtet, verpflichtet. *(Abg. Robert Hergovich: Aber für keine Schmähparaden!)*

Sie kommen Ihrer Verpflichtung dieser Kontrolle nicht nach. Zu dieser Kontrolle stehen den Mitgliedern des Landtages, meine sehr geehrten Damen und Herren, verschiedene Rechte zur Verfügung. Das Interpellationsrecht, das ist das Fragerecht, eingeschränkt bei ausgelagerten Gesellschaften - muss repariert werden, mündlich oder schriftliche Fragen.

Die Einschaltung des Rechnungshofes, meine sehr geehrten Damen und Herren, sowie das Einberufen von Sonderlandtagen, wo solche Situationen, wie wir sie heute vorfinden, ganz einfach auf parlamentarischer Ebene ausdiskutiert werden. Es ist verbrieftes Recht, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Verfassungsrang verbrieftes Recht, wenn sechs Mandatare des Hohen Hauses eine Landtagssitzung mit zumindest einem Tagesordnungspunkt oder mit dem Hinweis, dass man etwas dringlich debattieren möchte, innerhalb von sieben Tagen der Herr Landtagspräsident diese Landtagssitzung einzuberufen hat, innerhalb einer weiteren Woche stattzufinden hat.

Der Herr Landtagspräsident hat sich in vorbildlicher Art und Weise an die Frist nicht nur gehalten, er hat sie nicht ausgeschöpft, hat in zügiger Art und Weise zu einer Sitzung einberufen, weil er erkannt hat, dass hier ein Kontrolldefizit seitens des Landtages da ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses verbriefte Recht der Landtagsabgeordneten, das im Verfassungsschutz steht, im Verfassungsrang steht, werden wir uns nicht nehmen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Als einer der Präsidenten des Landtages und ich weiß, dass die beiden anderen Präsidenten das genauso sehen, bin ich überzeugt, dass wir diese Kontrollarbeit auch künftighin gut erledigen werden. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen sachlich zu bleiben, aber einige Dinge muss ich schon vorweg schicken. Ich werde nicht so lange reden wie der Herr Kollege Kölly, 33 Minuten. Aber, Herr Präsident, ich muss schon eine Frage stellen, die jetzt mit dem Thema nichts zu tun hat, aber wer hat die Landesverfassung verändert in Richtung Abschaffung des Proporzes? *(Zwischenruf eines Abgeordneten: Wir gemeinsam!)*

Ja, genau, danke. Das war eine richtige Antwort. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist eine Feststellung!)* Also Sie haben damals mitgestimmt, also das hier sozusagen jetzt anzuprangern, ist eine eigene Geschichte. Ich muss trotzdem auch einige Dinge klarstellen, bevor ich dann in die Sache eingehe. Ich persönlich habe kein Problem mit dem Sonderlandtag, ganz im Gegenteil. Ich bedanke mich für die Möglichkeit hier auch transparent… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es gibt eine Differenz zwischen dem Hergovich und Dir!)*

Es gibt keine Differenz. Ich bedanke mich, dass wir die Möglichkeit haben, hier jetzt auch politisch Rede und Antwort zu stehen und auch klar zu machen, was Sie in den Wortmeldungen, die vorher hier abgegeben worden sind, versucht haben zu vernebeln und zu verschleiern. Es ist einfach auch wichtig, dass man diese Möglichkeit bekommt.

Im Übrigen möchte ich vorher auch noch einige Dinge sagen. Ich bin auch sehr froh, das möchte ich als Gesundheitslandesrat sagen, dass wir ein super Zeugnis von der Volksanwaltschaft, man kann ja auch einmal positive Nachrichten im Landtag diskutieren, bekommen haben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Pflegeheime!)* was die Pflegeheime betrifft.

Die Pflegeheimbetreiber, die wir kontrollieren und die hervorragend im Burgenland arbeiten, sind auch von uns aus zu würdigen und das sollte auch der Landtag würdigen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und der LBL – Abg. Manfred Kölly: Was es hat, das hat es!)*

Ich glaube, Sie haben einen Volltreffer gelandet. Ich habe den Wahlkampf des Herrn Landeshauptmann 2000 leiten dürfen. Da war der Volltreffer einer der Slogans. Der Volltreffer der ÖVP ist aus meiner Sicht jetzt nach hinten losgegangen und ist zu einem Eigentor geworden, weil Sie haben es geschafft in dieser Landtagssitzung auch 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Geiselhaft zu nehmen.

Es sitzt hier der Betriebsratsvorsitzende *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar)* da, der von Ihnen hier im Landtag angegriffen worden ist, obwohl er keine Möglichkeit hat, sich gegen Ihre Anschuldigungen zu verwehren und das ist aus meiner Sicht ein schlechter politischer Stil. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz: Ich hab ihn nicht eingeladen, eine Aussendung zu machen!- Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Sie schon, oder?)*

Der Herr Kollege Kölly hat ein paar Sachen vermischt. Die *(Abg. Manfred Kölly: Ich sage es Dir gleich!)* Suizid-Geschichte muss ich zurückweisen, damit habe ich nichts zu tun. Das muss ich schon sagen, *(Abg. Manfred Kölly: Wer?)* weil das ist schon ein schwerwiegender Vorwurf, der hier getätigt wurde. Der Brief ist nicht an mich gegangen. Sie, Herr Abgeordneter, wissen das aber. Das ist jetzt egal.

Dann noch etwas vorher zum Krankenhaus Oberwart, diese Unterstellung pausenlos, dass da etwas nicht in Ordnung ist. Es ist ein Beschluss, den die Regierung im Jahr 2014 gefasst hat, die SPÖ-ÖVP Regierung mit den Dingen die Sie angesprochen haben. Nämlich mit 158,5 Millionen Euro plus einer Bauherrenreserve, die damals schon in der Regierungssitzung drinnen war, plus die Übersiedlungskosten und plus einem Index, der natürlich zum Tragen kommen kann, wenn das Krankenhaus im Jahr 2021/2022 fertig wird. *(Abg. Manfred Kölly: Ich hab ja nichts anderes gesagt!)*

Das wollte ich nur kurz hier ansprechen, weil auf diese Überprüfung freue ich mich schon, weil sie mich auf keinen Fall betrifft. Das möchte ich trotzdem in dem Landtag hier auch ansprechen, weil es geht ja auch um mich. Seit der Zeit, wo ich für das verantwortlich bin, haben wir völlige Transparenz, haben wir mit dem Lenkungsausschuss, mit Gremien, die dauernd auf eine begleitende Kontrolle schauen, alles gemacht, was

man demokratisch machen kann und ich garantiere Ihnen, dass wir dann auch die Kosten einhalten werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte jetzt nicht auf jeden einzelnen Abgeordneten eingehen, aber ich muss dem Kollegen Spitzmüller noch sagen, er hat es sicher nicht böse gemeint, aber der Schnedl hat den Resetarits geklagt. Also das ist ja nicht so, dass wir das gemacht haben, sondern die KRAGES hat das gemacht.

Also Sie nehmen jemanden in Schutz, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich nehme ihn nicht in Schutz!)* der dann jetzt wahrscheinlich den Prozess auch verlieren wird gegen den Primarius Resetarits. Das ist halt etwas, was natürlich, ich verstehe das schon, dass Sie nicht im Detail so eingearbeitet sind, aber das sollte man auch ganz kurz vorher sagen und… *(Abg. Gerhard Steier: Sie wissen, worum es hier geht?)*

Ich weiß, um was es geht, ja. *(Abg. Gerhard Steier: Dann ist das intolerant was Sie sagen!)* Ja, politisch stehe ich aber dazu, das möchte ich Ihnen auch sagen, Herr Kollege Steier. Ich stehe dazu, dass wir wieder zurückgekehrt sind von der Lösung mit drei Krankenhäusern… *(Abg. Gerhard Steier: Ein Fünf-Jahres-Vertrag…!)*

Jaja, es ist ja darum gegangen, dass der Herr Kollege Resetarits drei Krankenhäuser geführt hat und jetzt nur mehr eines führt, weil ich es für politisch, gesundheitspolitisch, sinnvoll erachte und zu dem stehe ich zu 100 Prozent, dass jedes Krankenhaus einen eigenen ärztlichen Leiter hat. *(Abg. Manfred Kölly: Bravo! – Beifall bei der SPÖ)*

Ja, und dann noch ein Punkt und dann komme ich zum wirklichen Thema. Sie haben von Kostendämpfung gesprochen, Herr Kollege Steier. Wissen Sie was Kostendämpfung heißt? Ein Plus von 3,6 Prozent, kein Minus von 3,6 Prozent. Das ist ein guter Punkt, auch für das Burgenland das einzuhalten. *(Abg. Gerhard Steier: Vom Gesamten! – Beifall bei der SPÖ)*

Jetzt kommen wir aber zum tatsächlichen Thema. Ich komme zum tatsächlichen Thema. Wir haben im Burgenland seit Jahren ein Barometer wo es darum geht, wie zufrieden die Burgenländerinnen und Burgenländer mit der Gesundheitsversorgung im Burgenland sind. Dieses Barometer, Professor Filzmaier ist der Chef dieses Institutes, ich glaube, er ist unumstritten, nehme ich an auch bei Ihnen, 83 Prozent sagen, im Burgenland sind sie mit der Gesundheitsversorgung sehr zufrieden.

Also mehr als acht von zehn im jüngsten Barometer Befragten sagen, dass sie sehr zufrieden sind. Das ist ein hoher Wert, der im Bundesländervergleich keinen Vergleich zu scheuen braucht. Wir sind daher, aus meiner Sicht, zu Recht stolz auf die Gesundheitsversorgung. Wir wollen aber, dass es so bleibt. Es hat einige Dinge auch in dem Bereich gegeben. Aber das ist jetzt nicht der Grund, warum wir den Herrn Mag. Schnedl entlassen haben.

Aber hier hat es durchaus auch Unterschiede gegeben in der Wahrnehmung. Ich möchte auf das auch kurz zu sprechen kommen. Wenn man diese Zufriedenheit auch aufrechterhalten möchte, dann muss man Entscheidungen treffen. Dazu wurden wir ja auch gewählt und dazu sind wir auch in der Politik. Es heißt, dass wenn wir eine 83-prozentige Zufriedenheit haben, dann möchte ich auch meinen, dass die Opposition im Landtag meint, dass die Gesundheitsversorgung im Burgenland nicht so schlecht dasteht und ich trete als Gesundheitslandesrat jedem und jeder entschieden entgegen, die das nicht so sehen.

Wir wollen in Zukunft auch, dass jeder Burgenländer, jede Burgenländerin die beste Gesundheitsversorgung bekommt. Wir brauchen dieses umfangreiche Angebot, das wir

auch haben, und wir haben eine Standortgarantie, der Herr Klubobmann hat es schon angesprochen, für fünf Krankenhäuser ausgesprochen. Das war nicht immer so. Im letzten Wahlkampf, wenn ich mich recht erinnere, ich war damals in der Bundespolitik tätig, hat es auch MandatarInnen in dem Fall in diesem Haus gegeben, die das in Abrede gestellt haben und die gemeint haben, man kann auch mit zwei Krankenhäusern im Burgenland das Auslangen finden. Das sehe ich nicht so.

Das war die ÖVP-Forderung im Wahlkampf, auch wenn es jetzt da und dort wieder abgestritten wird. Aber ich glaube, dass diese fünf Krankenhäuser für das Burgenland wichtig sind, mit den zwei Schwerpunktkrankenhäusern in Eisenstadt Barmherzige Brüder ist richtig, ist keine KRAGES-Anstalt, aber mit Oberwart als zweiten Punkt. Insofern halte ich es für ganz wichtig, dass diese fünf Standorte auch garantiert im Burgenland bleiben werden und dass wir das in Zukunft auch aufrechterhalten. Solange wir politisch dafür verantwortlich sind, wird das auch so sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte auch noch kurz dazu sagen, es wurde kurz angesprochen, ich habe nicht ganz verstanden, wenn es eine politische Entscheidung gibt, ausverhandelt mit den Belegschaftsvertretern der KRAGES und mittlerweile auch mit den Barmherzigen Brüdern, dass es ein Plus um 250 Euro gibt für knapp 3.000 Mitarbeiter, weil die mehr leisten müssen und das hart ausverhandelt wurde und das von der KRAGES bis zum Schluss bekämpft wurde, obwohl es Regierungsbeschlüsse gegeben hat, Aufsichtsratsbeschlüsse gegeben hat, dann frage ich mich, auf welche Seite Sie sich stellen, sage ich ganz offen, weil das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Beitrag für die Menschen, *(Abg. Manfred Kölly: Spät, spät war das!)* die hier im Gesundheitssystem für uns, für Euch, für alle im Burgenland arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Jetzt komme ich dann auch zu den Punkten, die den Bereich der Entlassung betreffen. Wir haben eine Prüfung von Landesseite einberufen, weil es um die Eingliederung der KRAGES in die Landesholding gegangen ist. Aus meiner Sicht ist diese Prüfung notwendig gewesen, um diese Eingliederung auch gewährleisten zu können.

Ich könnte Ihnen hier auch viele Beispiele noch nennen, wie man sich versucht hat, sich gegen diese Prüfung zu wehren von Seiten der Geschäftsführung der KRAGES unter dem Titel beispielsweise, dass die Gemeinnützigkeit nicht gegeben sei. Das sind Dinge, die müssen wir hier nicht im Landtag diskutieren, aber sie sind natürlich hier auch ganz, ganz wichtig.

Im Rahmen dieser Prüfung ist folgendes zutage getreten. Ich lese Ihnen jetzt wörtlich vor, was mir von den Rechtsanwälten Wutzlhofer, Sporn und vom Wirtschaftsprüfer Kohlhauser vorgeschlagen wurde.

"Auf Basis der verfestigten Sachverhaltselemente und der festgestellten Verfehlungen war der Ausspruch der Entlassung im Interesse der Burgenländischen Krankenanstalten - Gesellschaft m.b.H. und unsere Empfehlung zu dieser Vorgangsweise geboten". So. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Im Nachhinein!)*

Nein, es war schon im ersten Bericht so drinnen, es ist jetzt ein zweiter und ein dritter Zwischenbericht da, und damit ist das noch bestätigt worden. Der Kollege Hergovich hat es schon angesprochen, ich hätte gar nicht anders handeln können, das hätte ich mir gerne angeschaut, wenn ich es anders gemacht hätte. Dann hätten Sie mich genau wegen dem angegriffen und hätten gesagt… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Haben wir ja nicht gesagt! Aber wissen tun wir es nicht!)*

Ich werde jetzt die vier Gründe noch einmal nennen, *(Abg. Klaudia Friedl: Das war das letzte Mal schon Thema!)* entgegen der Empfehlung, das öffentlich zu machen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Den Bericht, es wurden keine Ergebnisse verkündet!)*

Der erste Punkt ist, dass der Herr Geschäftsführer verweigert hat, die Prüfung weiterzuführen. Ich habe den Kollegen Wolf schon beim letzten Mal gefragt, wie er als Steuerberater das sehen würde, wenn jemand aufgefordert wird, vom Eigentümer her eine Prüfung zuzulassen und er diese Prüfung nicht zulässt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was war die Antwort? Konsequenzen ziehen, oder?)* Na eben, das würde aus meiner Sicht schon reichen, die Entlassung hier auszusprechen.

Der zweite Punkt ist, es gibt Fragen, die seine Urlaubsaufzeichnungen, Krankenstände und so weiter betreffen.

Der dritte Punkt ist eine aus meiner Sicht auch durchaus relevante Frage, was die Versorgung mit MR betrifft und wer da etwas sozusagen an Honoraren, beziehungsweise Prämien bekommen hat. Das sind Punkte, die kann man nicht vom Tisch wischen.

Diese Punkte sind einfach wichtig und ich halte es insofern für durchaus gerechtfertigt, diese fristlose Entlassung auszusprechen. Darüber hinaus hat dieses Triumvirat an Rechtsanwälten und Wirtschaftsprüfern, das mir auch vorgeschlagen und die ganze Landesregierung ist dem nachgekommen. Auch mit Beschlüssen innerhalb der Landesregierung.

Wenn man das sieht, dann sehe ich überhaupt keinen Grund, warum Sie sich für den Herrn Geschäftsführer einsetzen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hab ich schon dreimal gesagt!)* Na, das haben Sie schon gemacht, ja.

Ich möchte Ihnen abschließend sagen, ich bin jedenfalls auch - und das ist die politische Dimension, die heute auch noch besprochen werden wird - ich bin für die Gleichbehandlung aller Landesteile. Ich bin dafür, dass beide Schwerpunktkrankenhäuser auch gleich behandelt werden, dass wir eine HNO beispielsweise in Eisenstadt haben, aber auch in Oberwart haben, dass wir dafür sorgen, dass beide Landesteile gleich versorgt werden.

Ich habe das Gefühl, das ist nicht in jedermanns oder jederfraus Interesse, *(Allgemeine Heiterkeit)* ich habe das Gefühl, dass auch beispielsweise die Fragen, die die Besoldung der Pflegerinnen und Pfleger betrifft, offensichtlich nicht geteilt sind. Wenn man sich hinter den Geschäftsführer stellt, dann stellt man sich auch hinter jene, die diese 250 Euro Gehaltserhöhung verhindern wollten.

Wir sind für den Erhalt aller Krankenhäuser. Ich hoffe, das ist im gesamten Interesse. Ich hoffe, dass ich Ihnen zumindest jetzt die Aufklärung gegeben habe, die ich ja schon beim letzten Mal im Landtag gegeben habe, die Sie aber offensichtlich verdrängt haben, was jetzt die Kündigungsgründe betrifft. Ich halte das für eine richtige und gute Entscheidung.

Wir werden in diesem Sinne für das burgenländische Gesundheitswesen für die Zukunft dafür sorgen, erstens, dass alle Krankenhäuser erhalten bleiben, zweitens die Verpflegung beziehungsweise die Ausstattung aller Krankenhäuser sowohl im Norden als auch im Süden gleich stark ist und insofern halte ich diese Entscheidung für richtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Robert Hergovich hat einen Abänderungsantrag eingebracht und ich möchte hier anmerken, dass wir als ÖVP-Fraktion diesen Abänderungsantrag unterstützen werden. Dass der Landes-Rechnungshof eingeschaltet wird, ist offensichtlich Mehrheitsmeinung hier im Burgenländischen Landtag und somit hat diese Sondersitzung mit einem ganz konkreten Beschluss und mit einer ganz konkreten Vorgangsweise hoffentlich vieler Mandatare ein sehr eindeutiges Ergebnis. Weil das hier heute mir unterstellt wurde, dass ich jemanden persönlich attackiert habe:

Ich möchte eines feststellen, auch als Gewerkschaftsmitglied übrigens, Herr Darabos, ich selbst bin ja auch Mitglied der Gewerkschaft, ich möchte nur eines festhalten: Wer auch immer sich am politischen Parkett bewegt, wer sich zu Wort meldet und mit Politik machen möchte, ist herzlich willkommen. Er muss aber dann auch aushalten, ob er Ärztekammerpräsident ist, Wirtschaftskammerpräsident, Landwirtschaftskammerpräsident, Arbeiterkammerpräsident oder eben auch Gewerkschaftsvorsitzender, dass er dann auch aushalten muss, dass andere nicht seiner Meinung sind.

Ich habe niemanden eingeladen und niemanden ausgeschlossen, seine politische Meinung zu sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wenn mir jetzt unterstellt wird, dass ich trotzdem irgendjemanden beleidigt habe, dann erwarte ich mir eine Entschuldigung, weil das lasse ich nicht auf mir sitzen.

Es ist nicht korrekt. Es ist mir unterstellt worden, dass jemand, der politisch sogar dazu da ist, dass er seine Meinung sagt. Ein frei gewählter Personalvertreter hat ja die Aufgabe, aber es ist nicht meine Aufgabe, derselben Meinung zu sein, nur wenn jemand sich hier einmischt und auch seine Meinung kundtut. Das kann niemand von uns erwarten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Landesrat Darabos, Sie haben jetzt mehrfach erwähnt, Sie haben sogar von mittlerweile drei Teilberichten einer Prüfung gesprochen. Sie haben gesprochen von Regierungsbeschlüssen. Kollege Hergovich hat einige auch genannt. Ich möchte noch einmal festhalten, warum braucht es einen Sonderlandtag, wenn ich all das Sie fragen würde? Was bekomme ich als Antwort zurück?

Ich habe den Herrn Landeshauptmann gefragt, wann war folgender Regierungsbeschluss - keine Antwort, geht uns nichts an. Dasselbe gilt für Prüfberichte. Also Sie können uns nicht vorwerfen, dass ich nichts erfragen darf, und gleichzeitig, dass ich nichts weiß. *(Abg. Robert Hergovich: Wir haben eine Fragestunde gehabt!)* Herr Landesrat, entweder Sie legen das alles auf den Tisch und wir können uns alle auf Grundlage derselben Informationen eine Meinung bilden oder Sie zitieren das nicht und sagen, das geht dem Landtag, insbesondere der Opposition nichts an.

Aber was ist der Unterschied? Sie zitieren aus Berichten, sagen uns dann die Conclusio und verlangen von uns, das zu glauben, obwohl ich außer Ihrer Aussage nichts auf dem Tisch habe. Das kann man nicht erwarten, das ist nicht seriös. Wenn Sie sagen, es geht uns nichts an, das sind interne Berichte an die Landesregierung, aber das Ergebnis ist für Sie bindend und die Gerichte sollen entscheiden, das ist eine Vorgangsweise.

Aber uns zum Vorwurf zu machen, dass wir etwas, was Sie uns nicht zeigen, nicht kennen, und deshalb nicht beurteilen können, das ist mehr als fadenscheinig, das ist kein seriöser Zugang zu dieser Diskussion. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde nicht wieder 33 Minuten für dieses Thema verwenden, obwohl es notwendig wäre, wahrscheinlich den ganzen Tag und die ganze Nacht zu diskutieren, weil es sehr wichtig ist.

Wenn heute der Klubobmann Hergovich sich herstellt und sagt man missbraucht diesen Landtag und es ist eigentlich beschämend, dass man so etwas macht, dann glaube ich, da liegen wir leider Gottes in der Opposition sehr wichtig und richtig, dass wir das machen. Weil die Bevölkerung hat das Recht, zu erfahren, was tatsächlich rennt.

Ich verstehe Sie schon, Sie müssen vieles verteidigen und Sie müssen vieles wieder geraderichten, wo Sie glauben was danebengegangen ist. Nicht nur glauben, sondern wo Sie es wissen, dass vieles danebengegangen ist. Aber das ist ja nicht mehr Sache von der Diskussion.

Ich möchte ja nur eines klarstellen. Herr Landesrat Bieler, Sie haben gut aufgepasst, und Sie haben auch kapiert, worum es mir gegangen ist wie ich gesagt habe, im Voranschlag 2016 und 2017 waren 100 Millionen Euro. Es waren 100 Euro genau drinnen, vollkommen richtig. Was habe ich damit ausdrücken wollen, Herr Landeshauptmann? *(Allgemeine Heiterkeit)*

Dass man, dass man - warte ein bisschen, nur zuhorchen, dass man in diesem Voranschlag kein Geld mehr verwendet hat, sondern ausgelagert hat. Heute haben wir das mit der Auslagerung schon gehört. Man hat da nichts mehr vorgesehen gehabt. Wenn sich heute Herr Landesrat Darabos herstellt, dann bin ich ihm eigentlich sehr dankbar. Er hat ein paar offene Worte gefunden. Nur eines wird er ja nicht glauben, dass das in Stein gemeißelt ist.

Das hat er schon einmal gesagt, mit Oberwart und mit seiner Prophezeiung, dass das alles so passieren wird. Ich glaube es nicht, denn intern, und da hat der Kollege Steier schon vollkommen Recht, werden schon andere Zahlen kommuniziert und auch diskutiert.

Wenn ich dann höre, dass wir gegen die Angestellten sind, weil wir heute einen Sonderlandtag einberufen haben, im Gegenteil. Ich habe eines klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Im Gegenteil, die Angestellten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten sehr vieles. Aber dass sie dann immer später dran sind, wie andere Bundesländer, da sollte man sich einmal an der Nase nehmen und fragen, warum ist das notwendig, dass man später dran ist. Vielleicht hätte man da auch eine Vorreiterrolle einnehmen können, wie man immer bei Sonntagsreden behauptet. Wir sind Vorreiter, wir sind die Besten in ganz Österreich.

Nicht wir sind gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern ich glaube, dass die Regierung da säumig war, um das schon vorauszusagen und auszubezahlen. Das glaubt der Schnedl, wenn er dagegen war, dann hätte ich das gerne gewusst. Mit welchem Recht hat er eigentlich das zu sagen, dass man das nicht machen sollte? Welche Verantwortung hat er dort drinnen gehabt?

Auch für die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Ist ihm das zugestanden, oder gibt es da einen Vorstand, einen Aufsichtsrat, und dergleichen mehr, die das entscheiden müssen? Oder hat der Herr Landesrat mit der Regierung das zu entscheiden? Das sind unsere Fragen und ich hoffe, dass wir auch Antworten bekommen.

Denn, Herr Landesrat Darabos, von den Fragen, die wir Ihnen heute gestellt haben, haben Sie eigentlich nicht viele von sich gegeben. *(Abg. Robert Hergovich: Das kommt ja erst! Zu dem kommen wir noch!)* Die kommen erst, aber ich hätte sie jetzt schon eingepackt, Herr Landesrat, weil es ja entscheidend gewesen wäre, *(Zwischenruf der Abg. Ingrid Salamon)* entscheidend gewesen wäre, wenn der Kollege Sagartz…

Frau Kollegin Salamon, *(Abg. Ingrid Salamon: Bitte, Herr Kollege?)* Sie können sich auch zu Wort melden, ist überhaupt kein Problem. Würde nur wissen, wie Sie das handhaben, wenn Sie sich rausstellen und sagen, wie gut als eigentlich das alles funktioniert.

Ja, es funktioniert sehr vieles, aber in dem Bereich ist auch einiges danebengegangen. Es macht ja nichts, ist auch kein Problem, dann sollte man das offen andiskutieren können und es nicht nur andiskutieren können, sondern auch einen Sonderlandtag einberufen können.

Heute hat der Kollege Hergovich gesagt, vor sieben Jahren war Eberau sehr wichtig. Gott sei Dank, auch ich habe damals gesagt, das kann es nicht geben und das darf es nicht geben, dass man so mit der Bevölkerung umgeht und der Herr Landeshauptmann hat das auch vollkommen richtig gemacht.

Aber auch das ist wichtig, dass die Bevölkerung erfährt, wie man mit öffentlichen Geldern umgeht. Was bekommen die wirklich für eine Abfertigung? Ich habe heute noch nicht gehört, warum der Herr Baier, Tourismusobmann, warum der "gegangen worden ist". Was hat der tatsächlich für eine Abfertigung bekommen? Ich vergönne es ihm ja, wenn er einen Vertrag hat, und man setzt ihn an die frische Luft, dann muss er ja auch von etwas leben. Oder wie schaut das aus? Hat man ihm einen Job woanders besorgt und dergleichen mehr?

Warum darf der Landtag das alles nicht wissen? Ich bin jetzt bei der Kollegin Petrik. Wenn sie sagt, Demokratieverständnis und wir dürfen ja hoffentlich eine solche Sondersitzung einberufen, und man soll das auch respektieren, und auch im Landtag die Abgeordneten. Weil ich der Überzeugung bin, wir sind der Landtag, das ist die Regierung. Wir müssen auch der Bevölkerung klarlegen, wir wurden gewählt.

Wir wurden gewählt, manche sind nur besetzt worden oder hingesetzt worden, die sind nicht einmal gewählt worden. Das muss man auch einmal klar gesagt haben. Manche sind nur hingesetzt worden und nicht gewählt worden. Wir sind gewählt worden. Das muss man auch klar und deutlich einmal sagen. Daher glaube ich, dass man auch das als Verantwortung eines Abgeordneten sehen muss.

Da bin ich wieder beim Herrn Kollegen Steier, dass wir einzeln, eigentlich für uns selber hier sitzen und nicht für einen Klub und nicht für eine Partei. Sondern jeder kann selbst frei entscheiden und das soll er auch.

Leider ist das halt - und da gibt es ja den Tassilo, welcher so schön schreibt, der Parteienfilz. Ihr werdet den ja gelesen haben. Er nimmt sich kein Blatt vor den Mund. Der sagt die Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Lesen Sie das einmal an einem Sonntag, was der sagt, meine Damen und Herren.

Dort ist es klar und deutlich zum Ausdruck gekommen, da traut sich keiner etwas gegen ihn sagen, weil es genau stimmt. Daher sollten wir uns an die richten, und sagen, nicht die Partei steht im Vordergrund, sondern der Mensch steht im Vordergrund in unserem wunderschönen Land. Da bin ich total d‘accord mit dem Landeshauptmann und mit vielen in der Regierung.

Nur, ich habe ein Problem, wenn man nicht Transparentheit herrschen lässt. Ich habe ein Problem, wenn man nicht die Wahrheit ans Tageslicht bringt. Legen wir sie her und sagen, der Vertrag vom Schnedl hat so ausgeschaut, der Vertrag vom Baier hat so ausgeschaut, der Vertrag von allen, die jetzt „geschasst“ geworden sind. Der eine sitzt halt jetzt in Wien. Was hat der für eine Rolle gespielt, was hat der für eine Rolle gespielt? Der hätte das auch wissen müssen, Herr Landeshauptmann.

Der Herr Personalchef hätte das ja wissen müssen, dass da einiges nicht so rennt. Oder war der der Informant von der ganzen Geschichte, dass das nicht so rennt? Ist das auch eine Möglichkeit? Ich stelle das nur in den Raum. Vielleicht ist das so passiert, ich weiß es ja nicht. Wenn es so ist, dann sollte man es sagen. Auch egal, ich habe auch kein Problem damit.

Nur, es gehört die Wahrheit ans Tageslicht, *(Abg. Ingrid Salamon: Wessen Wahrheit?)* und ich glaube, dass wir sehr wohl die Verpflichtung haben, auch das zu erfahren. Wenn ich mich hinstelle, Herr Landesrat, ein bisschen patschert ist halt die Pressekonferenz auch angekommen, muss ich dazu sagen, wo sich die Herren Experten Sporn, Wutzlhofer, Kohlhauser hinsetzen und sagen das, na gut, schön und gut.

Warum hat man nicht eigentlich im Vorfeld das diskutiert, auch mit dem Landtag, auch mit den Klubs, das und das wird passieren? Das und das ist leider passiert, ist eingetreten! Dann hätten wir nicht die Inszenierung, wie Ihr behauptet, wir inszenieren uns nur da. Nein, wir haben eine Verpflichtung, das zu hinterfragen und dazu stehe ich auch.

In diesem Sinne erwarte ich mir jetzt wirklich klare Antworten. Es wäre doch schön, wenn wir wirklich die Wahrheit tatsächlich erfahren, oder ob es die Gerichte entscheiden müssen.

Mit ist lieber, wir erfahren es da, wir können es transportieren in die Bevölkerung hinaus, wo das auch passt. Wo wir immer gesagt haben, auch in der Opposition, wir arbeiten gerne mit, selbstverständlich, aber wir sollten wissen, wo wir mitarbeiten sollen. Ob das überhaupt legitim ist, ob der angestellt ist worden, unter welchem Vertrag ist er angestellt worden?

Welche Verträge gibt es noch, die irgendwo herumschwirren, sei es in der Energie Burgenland, sei es in vielen Dingen, die mehr verdienen als der Landeshauptmann. Ich kann ein Beispiel nur sagen: Simandl. *(Abg. Doris Prohaska: Der Kölly.)*Damals ist nämlich der Zirkus mit dem Simandl losgegangen. Der hat 400.000 verdient und dann hat der Herr Landeshauptmann 240.000 nur bekommen. Also das kann es auch nicht geben.

Daher sollte man auch hier mit offenen Karten spielen und sagen, liebe Freunde, verdient der das tatsächlich? Schauen wir uns die Verträge an! Somit hat man eigentlich eine gute Diskussion gehabt, aber wir wissen auch die Wahrheit, und das ist unser Recht. Der Rechnungshof wird hoffentlich alles aufdecken - und bei dem Antrag werden wir natürlich auch mitstimmen -, weil dort viele Dinge drinnen stehen, die vielleicht im Vertrag vielleicht auch drinnen stehen, was wir gerne gesehen hätten.

Vielleicht kommt der dann ans Tageslicht, aber ich hoffe nicht in drei Jahren oder in vier Jahren, sondern den bräuchten wir so rasch als möglich. Wenn der Rechnungshof zu wenig Personal hat, dann stellen wir ihm gerne eines zur Verfügung. Verzichten wir halt einmal auf eine Landtagsgage, einen Monat oder zwei Monate, und geben ihnen Personal. *(Abg. Robert Hergovich: Sondersitzung können wir einsparen.)*

Vielleicht wäre das ein guter Ansatz, dass man auch Licht in den Tunnel bringt. Das wäre, glaube ich, eine wichtige Entscheidung. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Hergovich, Molnár und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist ein einstimmiger Beschluss.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Hergovich, Molnár und Kollegen ist somit einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES (Zahl 21 - 655) (Beilage 923)

Präsident Christian Illedits: Es erfolgt nun die Verhandlung der dringlichen Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos, Zahl 21 - 655, Beilage 923, und ich erteile hiezu Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, MA das Wort zur Begründung.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landesrat Darabos! Nicht viele waren überzeugt von Ihnen oder Ihrer Arbeit, als Sie als Landesrat angelobt wurden, so ehrlich dürfen wir sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und FPÖ – Abg. Ingrid Salamon: Das ist ja wirklich!)* Wir haben Ihnen aber viel an Vorschusslorbeeren geschenkt. Wir als ÖVP haben Ihnen viel an Vorschusslorbeeren geschenkt, weil wir der Meinung waren, dass Sie immer fachlich diskutieren und die Sachpolitik in den Vordergrund stellen.

Mit dem Abgang vom Wiener glatten Parkett ist es jetzt nicht unbedingt einfacher im Burgenland für Sie geworden, aber Ihr Ansager, vor allem als Bollwerk in der Regierung gegen die FPÖ zu wirken, hat sich mittlerweile nur mehr an Ihrer Sitzposition gezeigt.

Sie müssen vielmehr der Handlanger sein - von Ihrem Chef, von Ihrer Partei, und in dem Fall auch den Kopf sogar hinhalten. Sie müssen ausbaden, was Ihnen Ihre Einsager vorgelegt haben. Herr Landesrat, wir haben bewusst keinen Untersuchungsausschuss eingesetzt, weil einer für Sie jetzt eh reicht, aber das heißt ja nicht, dass der nicht noch kommen kann.

Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hergovich! Vor allem Sie, der behauptet hat, dieser Sonderlandtag ist nicht wichtig, dieser einstimmige Beschluss beweist ja vielmehr und unterstreicht noch die Dringlichkeit und begründet sie auch. *(Abg. Robert Hergovich: Haben wir Euch wieder rausgerissen.)* Also, vielen Dank, dass wir diesen Beschluss einstimmig fassen konnten.

Heute, bei diesen dringlichen Anfragen, sind wir an dem Punkt angelangt, wo wir „die Vorgehensweisen wie in Nordkorea“ und „das System Niessl“ - also Zitat Peter Rezar - durchleuchten und durchschauen möchten. Zu Beginn möchte ich die Fakten noch einmal zusammenfassen.

Die gesamte Verantwortung in den letzten Jahrzehnten im gesundheitspolitischen Bereich im Burgenland haben und hatten SPÖ-Politiker und Funktionäre inne, im BURGEF, im Regionalen Gesundheitsplan, in der KRAGES und auch in der politischen Verantwortung und im politischen Ressort. *(Abg. Ingrid Salamon: Ja! Darum gibt es die*

positiven Rückmeldungen, die wir heute schon gehört haben.) Da geben Sie mir Recht - scheinbar.

In der KRAGES sind Sie, Herr Landesrat, der Vorsitzende des Aufsichtsrates und auch Eigentümervertreter in der größten ausgegliederten Gesellschaft mit etlichen Millionen. Da geben Sie mir auch Recht. Und um den Einfluss auf die KRAGES als GmbH zu nehmen, bedarf es Beschlüsse der Generalversammlung, um diese von der Regierung auch weiterzutragen in die GmbH, um an den Geschäftsführer auch Aufgaben weiterzutragen.

Das sind Standpunkte. Das sind drei Tatsachen, wo Sie mir, nehme ich an, Recht geben, weil es kein Durchgriffsrecht von einer Regierungssitzung, von einem Regierungsbeschluss, in die GmbH gibt.

Zum letzten, der vierte Punkt, wo Sie mir Recht geben müssen, ist, dass die SPÖ in den letzten Jahren immer über alle Personalangelegenheiten in der KRAGES Bescheid wusste. Die Einstellung vom Schnedl wurde von uns allen nicht nur mitgetragen, sondern von der SPÖ forciert, aber auch das andere, sonstige Personal, Personalchef und wie sie alle heißen, wurden von der SPÖ bewusst vorangetrieben. Es wurde bekannt und natürlich auch genehmigt. Das sind vier Tatsachen, über die wir nicht diskutieren können.

So. Und daraus abgeleitet, ergibt sich auch schon der SPÖ-Krimi, der die Parteipolitik und die Machthabe auf Kosten der Mitarbeiter und der Patienten leider nicht rechtfertigt. Der Geschäftsführer, um das zusammenzufassen, wird kriminalmäßig mit Polizeieinsatz entlassen - durch Anwälte des Landes und nicht von der KRAGES entlassen - und weil der, … *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das stimmt schon wieder nicht!)* Das haben Sie in der letzten Sitzung gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben das gesagt. – Das stimmt nicht.)*

Herr Landeshauptmann, lesen Sie das Protokoll. Im Protokoll steht ganz klar, dass der Herr Landeshauptmann gesagt hat, die Anwälte des Landes haben den Geschäftsführer der KRAGES entlassen. Das ist jetzt nichts, was ich erfunden habe. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das ist so nicht!)* Das steht im Landtagsprotokoll, gerne nachzulesen, falls es jemand vergessen hat.

Und weil der Rechtsanwalt der KRAGES auch dort anwesend war, aus welchen Gründen auch immer, wir wissen es nicht, wurde der gleich mitentlassen.

Zuvor ist aber noch zu klären - und diese Frage stellen wir auch -, warum der Personalchef Dopler damals gehen musste. Wir wissen auch nicht, in welcher Höhe ihm die Abfertigung bezahlt wurde. Auch wenn er jetzt ein Vertrauter des Landeshauptmannes ist und aus dessen Büro kommt, ist es für uns unklar, wie hoch und warum er diese Abfertigung bekommen hat.

Ein weiterer Punkt, der für uns unklar ist, ein paar Tage vor oder um die Entlassung des Geschäftsführers Schnedls wurde zufällig der Mitarbeiter vom Landeshauptmannbüro, der Herr Funovits, in die KRAGES entsandt, als Prokurist über eine Weisung der Landesregierung.

All diese Fragen sind für uns ungeklärt. Wir wissen es nicht. Darüber lassen Sie uns im Dunkeln, und das ist für uns auch nicht in Ordnung, weil wenn man jetzt einen Wachhund oder einen Aufpasser oder wen auch immer in die KRAGES vom Landeshauptmannbüro entsendet, dann ist es, glaube ich, schon opportun, dem Landtag, der die budgetären Mittel zur Verfügung stellt, darüber Bescheid zu geben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und da bin ich noch gar nicht bei der Frage, ob der Herr Funovits überhaupt bestqualifiziert für diesen Job ist oder ob er einfach nur im Sinne von Herrn Landeshauptmann dort agieren wird und täglich Bericht erstatten wird.

Die große Frage, die sich für uns in der KRAGES auch noch stellt, ist, warum gewisse Entscheidungen ausschließlich durch Weisungen in die GmbH getragen werden. Ich glaube, dass es in einer GmbH notwendig ist, einen Gesellschafterbeschluss zu fassen. Die Eigentümervertreter sind gleich jenen, die in der Landesregierung sitzen.

Aber trotzdem gibt es Schriftstücke, wo der Herr Landeshauptmann, der Herr Darabos in seiner Zuständigkeit, auch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, warum auch immer, sie zu dritt eine Weisung unterschreiben, was in der KRAGES passieren soll. Das sind offene Fragen, die für mich nicht erklärbar sind.

Was hat das eine mit dem anderen zu tun, wenn man schon immer darüber spricht, dass die GmbH, die ausgegliedert ist, eigentlich kein Auskunftsrecht gegenüber den Abgeordneten hat? Ich frage mich schon, welche Fehler hier passiert sind und warum gerade Weisungen das adäquate Mittel für diese Politik sind.

Aber der Krimi geht ja noch weiter. Man orientiert sich mittlerweile an irgendwelche Spitzelmethoden, weil kurz nach der Entlassung von Herrn Geschäftsführer Schnedl kommt es zu einer Sonderprüfung, zu einer Fragestunde des Verfassungsschutzes in der KRAGES. Es werden Wiener IT-Firmen beauftragt, die den einzigen Auftrag haben, irgendwelche E-Mail-Postfächer von Mitarbeitern zu durchforsten, irgendwelche E-Mails der letzten Jahre durchzusehen, ob man noch irgendein kleines Brösel findet, um das zu rechtfertigen, was da alles passiert ist.

Also, das ist in anderen Systemen der Welt schon öfter passiert, heute noch passiert, aber gerade mit diesem System rühmen wir uns nicht. Ganz im Gegenteil, diese verurteilen wir!

Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, wo die Verteidigungsstrategie der SPÖ mehr als nur bröckelt. Ja, sie fällt in sich zusammen, weil Ihr seid es, die die KRAGES leider beschädigt habt und mit solchen Vorgehensweisen nicht den Charakter eines Politikers zeigen, den man eigentlich erwartet.

Herr Landesrat, weil Sie mich angesprochen haben, wir haben das bei der letzten Sitzung kurz diskutiert, wenn in einer Firma der Chef mit den Mitarbeitern ein Problem hat, dann sucht man in erster Linie das persönliche Gespräch, gibt ihm vielleicht noch eine Chance, und wenn das nicht der Fall ist, na dann wird es zur Entlassung kommen. Das stimmt schon. Da geben wir Ihnen alle Recht.

Aber in dieser speziellen Situation, als Gesellschaft des Landes zu 100 Prozent, mit 150 Millionen Budget, das wir als Landtag zur Verfügung stellen, steht es uns mehr als zu, darüber Bescheid zu wissen, weil das sind mehr als zehn Prozent des Landesbudgets. Und dann zu sagen, ja, lieber Landtag, das ist alles geheim und das ist alles wichtig und wir haben eh Stillschweigen vereinbart, das ist uns eindeutig zu wenig und das sprüht in Wirklichkeit schon nach einem Skandal.

Bei dieser dringlichen Anfrage geht es jetzt natürlich darum, die Machenschaften und das System Niessl zu hinterfragen und nicht um Einzelpersonen oder sonstige Positionen. Man versucht, zähneknirschend irgendwelche Anhaltspunkte zu finden, um die Überreaktion der Entlassung zu finden und leider aber, wie wir jetzt gehört haben, sind alle Erklärungen nur darauf abzuzielen, warum wir jetzt den Sonderlandtag machen.

Ich habe jetzt seit drei Stunden kein einziges Argument inhaltlicher Natur von den Herrn Kollegen Abgeordneten gehört, warum es zu diesen Vorgängen gekommen ist. Der Herr Landesrat hat versucht, sich zu erklären, aber sehr holprig, weil schlüssig ist das trotzdem für uns noch nicht.

Geschätzte Damen und Herren! Das sind leider für uns billige Ausreden, um so eine polizeibekannte Entfernung zu rechtfertigen. *(Abg. Werner Friedl: Der kapiert das einfach nicht.)* Wir haben es schon einmal kurz erwähnt und, Herr Kollege, ich kapiere es wahrscheinlich besser als Sie. Wenn Sie schon so großartig daherreden, *(Abg. Werner Friedl: Du kapierst es nicht.)* stellen Sie sich heraus und versuchen Sie uns, das System zu erklären.

Ich weiß wie das bei Ihnen rennt. Als SPÖ-Abgeordneter müssen Sie sich ducken, müssen nachlaufen, damit ja nichts passiert. Das weiß ich schon. Der große Unterschied zu uns ist halt, dass man eigenverantwortlich, selbstverantwortlich mitdenkt, Ideen einbringt *(Zwiegespräche und Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* und versucht, gute Politik zu machen. Aber bei Ihnen ist das anders. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die genauen Entlassungsgründe sind bis heute nicht da. Wir wissen nicht, zu welchem Zeitpunkt Sie in der Regierung, Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat, über die Missstände in der KRAGES Bescheid gewusst haben. Worüber wurden Sie als Aufsichtsrat, als Regierungsmitglied, in Kenntnis gesetzt? War da schon etwas vor Weihnachten?

Gab es das erst zwei Tage nach der eingesetzten Prüfung? Warum wurde ein Regierungsbeschluss erst ein paar Tage nach Beginn der Prüfung gefasst? Das ist ja eine falsche Reihenfolge. Zuerst schickt man irgendwen irgendwohin prüfen und erst im Nachhinein rechtfertigt man das mit einem Regierungsbeschluss. Da sind so viele Fragen offen, die für uns ungeklärt bleiben.

Um das System Niessl noch einmal zu erklären, das war bereits in den Medien: Wie kann es sein, dass ein SPÖ-Aufsichtsrat eine SMS verschickt, wo drinnen steht sinngemäß: „Mach‘ das, was der Landesfürst will, nur dann behältst du deinen Job.“ Das ist das System Niessl und das können wir nicht tolerieren.

Wir wollen Antworten darauf, warum so etwas funktionieren kann. *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl)* Bitte, Sie haben heute noch die Gelegenheit dazu. Ich werde aufmerksam zuhören und darauf hoffen.

Geschätzte Damen und Herren! Diese Nervosität zeigt ganz klar, dass die SPÖ in Erklärungsnot ist.

Wir kommen zum nächsten Punkt, wo offene Fragen sind. Das ist der Regionale Gesundheitsplan. Die Basisversorgung ist im aktuellen RSG enthalten. Dieser wird von Experten erarbeitet und - was ja noch viel wichtiger ist und das sollte man sich auch zu Herzen nehmen -, der RSG wird von der Politik vorgegeben.

Im BURGEF sitzen ausschließlich politische Vertreter, Vertreter der Institutionen, die durch die Politik entsendet werden. Wenn ich mir die Anwesenheitsliste einer Sitzung vom BURGEF ansehe, dann hat den Vorsitz der Herr Darabos, der Landesrat Bieler ist dabei, auch der Günter Kovacs sitzt da drinnen, und dieses Gremium hat die Verantwortung, den RSG zu diskutieren, die Gesundheitspolitik im Burgenland vorzugeben.

Und siehe da, in den letzten Monaten wurde immer wieder darauf abgezielt, dass der RSG nicht gescheit fürs Burgenland ist. Aber dann ist ja das ein Eigentor, geschätzte

Damen und Herren. Sie werfen sich selbst vor, die Gesundheitspolitik im Burgenland passt nicht, obwohl sie selbst im BURGEF das vorgeben könnten, weil der Herr Schnedl, glaube ich, ist dort nur Befehlsempfänger, zumindest steht er da jetzt nicht operativ drauf, dass er die Entscheidungsgewalt darüber hätte.

Darüber wollen wir auch Antworten bekommen, Herr Landesrat. Ich bin schon gespannt, wie das ausschauen wird!

Das Krankenhaus Eisenstadt ist einer der nächsten Punkte, wo offene Fragen sind.Die SPÖ hat jahrelang verhindert, dass dort Ärzte oder Personal angestellt werden. Wenn man die Medien in den letzten Jahren verfolgt, und es gibt genug Artikel aus dem Jahr 2015, zufällig im Mai vor der Landtagswahl wurde dort natürlich das Krankenhaus Eisenstadt groß ausgebaut.

Hinter diesen Plänen stehen wir auch, und es ist darum gegangen, die Bettenanzahl auf 420 zu erhöhen, was schlussendlich passiert ist. Aber scheinbar hat die Politik, wer auch immer da zuständig war, darauf vergessen, budgetäre Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Pflegekräfte, die Ärzte und das sonstige Personal anzustellen.

Geschätzte Damen und Herren! Jetzt das irgendjemandem vorzuwerfen, obwohl man vorher selbst darauf vergessen hat, die Überweisungen zu tätigen, all das zeugt von einer Doppelmoral, die wir eigentlich nicht für sinnvoll erachten.

Geschätzte Damen und Herren! Im Krankenhaus Oberwart hätten 250 neue Mitarbeiter eingestellt werden müssen, und man hat darauf vergessen, die budgetären Mittel in Höhe von zirka zehn, zwölf Millionen Euro dafür zur Verfügung zu stellen.

Ich zitiere den Gesamtleiter Robert Maurer von damals: „Drei neue Abteilungen können auf Grund von nicht genehmigten Dienststellen vorerst nicht eröffnet werden.“ Weiters steht im ORF, dass ständig neue Hürden und inakzeptable Eingriffe in die Betriebsführung dazu geführt haben, dass die Eröffnung eines Neubaues nicht von statten gehen hat können.

Geschätzte Damen und Herren! Das zeigt doch eindeutig, dass Sie es nicht mit der Gesundheitspolitik im Burgenland ernst gemeint haben, und auch hier sind Fragen offen, auf die wir hoffentlich heute Antworten bekommen.

Dann komme ich auch schon zum nächsten Punkt. Das ist das Krankenhaus Oberwart. Der Herr Kollege hat es heute schon kurz angesprochen. Es wird in Stein gemeißelt sein, dass das Krankenhaus Oberwart 150 Millionen kosten wird und 2021 eröffnet werden wird.

Das haben wir in den letzten Jahren in allen Zeitungen gelesen. Der Herr Landeshauptmann, der Herr Landesrat Darabos rühmen sich damit, aber - wie wir heute auch schon erfahren haben - jeder weiß, dass es erstens, wahrscheinlich nicht 2021 eröffnet wird und bei weitem über 250 Millionen Euro kosten wird, und das ist nicht ehrlich für den Steuerzahler, das ist auch nicht ehrlich für alle Patienten, die im Südburgenland hier eine neue Anlaufstelle bekommen wollen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hier bleiben viele Fragen offen. Jetzt komme ich zu einem Punkt, der uns in den letzten Tagen zugetragen wurde. Es geht um die Landeskrankenpflegeschule, die auch in den Bereich der KRAGES und der Gesundheitsversorgung gehören. Man hört im Land, dass es auch in der Schule für Gesundheit und Krankenpflege in Oberwart eine Prüfung gab, dass es dort auch Ungereimtheiten gab und festgestellt wurde, dass man etwas tun muss.

Wir fragen auch deshalb, ob dort die Leiterin der Schule überhaupt die notwendigen Qualifikationen nach geltendem Recht aufweist? Wir fragen uns, warum es in den letzten Jahren eine derart hohe Fluktuation beim Lehrpersonal gab? Man hört auch, dass es persönliche Weisungen hinsichtlich der Abrechnungsmodalitäten für das Lehrpersonal gab. Angeblich wurden auch Zeugnisse im Nachhinein umgeschrieben, weil Klagen gegen das Land im Raum standen.

All das sind Fragen, die für uns ungeklärt sind und wo wir Antworten haben möchten. *(Abg. Manfred Kölly: Habidere!)* Hier öffnen sich neue Missstände und das Mindeste ist doch wohl, dass man hier die Ausbildung auf hohen Stand behält und den AbsolventInnen auch Zukunftsaussichten gibt.

All das veranlasst uns heute, diese dringliche Anfrage zu diskutieren. Diese Fragen an Sie, Herr Landesrat, zu stellen, weil es noch so viele ungeklärte Fragen gibt. Das System, in dem Sie mitspielen müssen, das schlägt leider hier voll zu, es wurde dieses Buch heute schon zitiert, ich möchte es nochmals tun.

Das von Herrn Präsidenten Illedits inszenierte Buch „Demokratino“ von Herrn Brenzina - jetzt ist er nicht da - kann man nachlesen, da drinnen findet man Akteure wie den Leopold, die Doro, oder den Diktatos, und man kann schnell Parallelen zum Burgenland finden, weil nicht nur das Landhaus auf der Vorderseite abgebildet ist, sondern auch der Herr Präsident Illedits auf der zweiten Seite herauslacht, aber es macht wohl keinen Sinn, einen Ordnungsruf zu geben, vielleicht bringt dieses Buch ja eine neue Dynamik in diese Thematik.

Nichtsdestotrotz für Euch gilt es wohl ausschließlich hier, wenn es nach dem Landesrat Rezar geht, nachzulaufen, zu kuschen, nichts zu sagen, weil sonst wird man entfernt. Auch das ist ein sinngemäßes Zitat von Ihrem Kollegen, der in der ersten Reihe sitzt und jeden Tag mit Ihnen in der SPÖ diskutieren darf und kann.

Die Burgenländer haben es sich jedenfalls verdient, in dieser Angelegenheit besser informiert zu werden, eine durchschaubare Politik zu machen und nochmals, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von Rot und Blau, bei den Abgeordneten, es ist unser Recht zu erfahren, was in diesen ausgegliederten Gesellschaften passiert.

Es ist auch unser Recht, wenn auch wir denen das Geld zur Verfügung stellen, darüber Bescheid zu wissen, wer dort angestellt wird, wer welche Verträge unterschreibt, wer wie viel verdient und welche Arbeit sie leisten und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Wir wollen, dass es klar und nachvollziehbar wird. Das ist unser Anspruch an Politik, und deswegen haben wir diese Fragen gestellt.

Herr Landesrat, bitte erklären Sie uns nun diese dubiosen Machenschaften, oder diese dubiosen Dinge, die hier in den letzten Monaten passiert sind, weil wir - und das möchte ich unterstreichen - wollen ausschließlich eine lückenlose Aufklärung dieser Dinge. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Die Begründung ist somit erfolgt.

Ich erteile daher Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos von der Regierungsbank das Wort zur Abgabe seiner Stellungnahme gemäß § 30 Abs. 3 GeOLT.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn etwas ein Skandal ist, dann ist das Ihre Wortwahl. *(Abg. Robert Hergovich: Absolut! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* „Dubiose Machenschaften“ - irgendwann hört sich der Spaß auf.

Ich werde auch auf die einzelnen Dinge eingehen. *(Abg. Walter Temmel: Transparenz!)* Dem Polizeieinsatz, um sozusagen in der Chronologie fortzufahren, den hat nicht die Landesregierung angeschafft, sondern das hat der Herr Schnedl offensichtlich mit dem Kollegen Duran... *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wie sie in das Haus eingedrungen sind, oder?)* Ins Haus eingedrungen? Fragen Sie die Polizei, ob da ein Verfahren oder so etwas ist.

Ich würde meinen, wenn ich entlassen werde, und ich bin nicht in der Lage, diesen Brief zu empfangen, und es kommt jemand freundlich und möchte einen Brief übergeben *(Abg. Ingrid Salamon: Ruft man die Polizei, selbstverständlich.)* und ich bin zu Hause, dann würde ich keinen Grund sehen, diesen Brief nicht zu übernehmen, oder? Wie sehen Sie das? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: War es der Postler? Nein.)* Es war ein Anwalt. *(Abg. Walter Temmel: Ist das üblich?)*

Wo ist da das Problem? Dass Sie sich da auch noch hinter den Kollegen Schnedl stellen, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Es geht um das System.)* das verstehe ich jetzt überhaupt nicht, muss ich ganz offen sagen, denn es ist jemand gekommen und hat einen Brief freundlich übergeben *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist das für eine Vorgangsweise?)* und ist wieder gegangen. Gut das war es. So, das ist jetzt die eine Geschichte. *(Abg. Walter Temmel: Ist das üblich?)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Am Wort ist der Herr Landesrat.

Bitte.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): *(fortsetzend)* Zum Herrn Kollegen Funovits, Sie können sich sicher sein, dass der einen hervorragenden Job jetzt als Prokuristen in der KRAGES leistet *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Musst Du ja sagen.)* und den sollte man jetzt nicht anschütten, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich schütte gar nicht an, ich hinterfrage nur, ob er der Beste ist. – Abg. Ingrid Salamon: Strategie der ÖVP!)* ohne dass man sozusagen seine Tätigkeit auch einschätzen kann.

Der dritte Punkt. Es gibt auch einige, ich werde die Fragen dann auch einzeln beantworten, obwohl ich es nicht müsste, in dem Ausmaß, weil das kann ich natürlich auch schriftlich machen, aber ich mache es trotzdem.

Es gibt auch noch einen weiteren Vorwurf, das habe ich nicht ganz verstanden von Seiten der ÖVP, Sie nehmen jemanden in Schutz, der Daten einer Firma löscht, wenn er gekündigt wird. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wer löscht Daten? Das wissen wir ja gar nicht.)* Das haben Sie ja so angedeutet, dass Sie wissen, forensisch, dass da … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich weiß nicht, wer was löscht. – Abg. Klaudia Friedl: Genau, jetzt auf einmal wissen wir nichts.)*

Na gut, ich sage es Ihnen nur, auch das wird Gegenstand der Untersuchungen sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP) E*s wurde von Seiten der ÖVP angesprochen, dass man ihn sozusagen verfolgt hätte, *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* weil Daten gelöscht worden sind. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich habe nur von Mitarbeitern geredet. Ich habe nichts von löschen gesagt. Das haben Sie gesagt.)*

Also, ehrlich gesagt, das kann ich nicht nachvollziehen, ich habe nichts dagegen, wenn jemand private Daten von seinem Computer löscht, aber dienstliche Daten vom Computer zu löschen, das wird auch Frage möglicherweise der Staatsanwaltschaft sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Weiters weise ich zurück, dass Sie von SPÖ-Aufsichtsräten sprechen. Sie meinen wahrscheinlich den Kollegen Wolner, das ist ein hochdekorierter Herzchirurg, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich weiß nicht, von wem das SMS ist.)* der - ich nehme an, dass das Ihr Verdacht war, warum sagen Sie dann SPÖ-Aufsichtsrat, wenn Sie nicht wissen, von wem es ist? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also wie heißt der Herr? Wolner, oder wie?)*

Ich weiß es nicht, es könnte sein. Das ist ja die Verdächtigung von Euch gewesen. Aber ehrlich gesagt, einen SPÖ-Aufsichtsrat gibt es nicht in der KRAGES, ganz im Gegenteil, die Aufsichtsratssitzung der KRAGES sind sehr harte Aufsichtsratssitzungen.

Vierter Punkt: RSG, ÖSG. Wir sind derzeit in der Begutachtungsphase des Österreichischen Struktur- und Gesundheitsplanes. In der Begutachtungsphase. Sie haben Recht, der Geschäftsführer der KRAGES und der operative Leiter in der BURGEF haben kein Recht sozusagen, diesen Plan endgültig zu entscheiden, sondern das müssen wir tun.

Nur die Vorschläge, wie sie gemacht worden sind, sind hinterfragenswert gewesen und die sind ja nicht nur hinterfragenswert, sondern man hat auf Grundlage des ÖSG gemeint, den es noch nicht gegeben hat, man muss den RSG so und so verfassen, was sicher den Bürgermeister Steiner auch im negativen Sinne betroffen hätte, aber Sie setzen sich ja für die Leute ein, die für Eisenstadt nicht das Positivste wollen, das ist so. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Von was reden Sie? Das glauben Sie doch nicht selber. Das werden Sie doch nicht einmal selber glauben.)*

Die HNO, das war vom Geschäftsführer der KRAGES vorgeschlagen, das war nicht der Entlassungsgrund, aber es war vorgeschlagen vom Geschäftsführer der KRAGES, die HNO in Eisenstadt zu schließen. Damit hätten wir 166.000 Menschen im Nordburgenland ohne HNO-Versorgung gehabt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir haben dem ja nicht zugestimmt. Ich wollte das nur kurz sagen, und das ist auch ganz wichtig.

Beim Krankenhaus Oberwart verstehe ich den Zugang überhaupt nicht, ich sage das ehrlich. Sie haben, nicht Sie persönlich, aber zwei Leute sind noch unter uns, haben 2014 mitgestimmt, diese Vorgangsweise so zu wählen, wie sie gewählt wurde und da steht alles drinnen.

Ich kann es genau sagen. 158,5 Millionen Euro plus einer Bauherrenreserve, plus einer Indexanpassung, je nachdem wie lange der Bau dauert, plus Übersiedlungskosten. Das haben Sie mitbeschlossen, und ich verstehe nicht ganz genau, wo Sie da hinauswollen.

Wir stehen dazu, dass wir dieses Krankenhaus bauen, und ich stehe dazu, und ich hoffe, Sie stehen auch noch dazu, was Sie damals in der Regierung mitbeschlossen haben und dass das auch eine gute Entscheidung für die Gesundheitspolitik im Burgenland ist. *(Abg. Walter Temmel: Kostenhöhe!)*

Jetzt zu den einzelnen Fragen. Im Übrigen, die letzte Frage kommt nicht vor in Ihrer Anfrage, was die Krankenpflegeschule betrifft, aber ich werde trotzdem die Fragen, wie Sie sie gestellt haben, auch beantworten. Im Übrigen möchte ich kurz darauf hinweisen, erstens danke für die Vorschusslorbeeren, schade, dass sie offensichtlich nicht erfüllt worden sind, aber mit der Mindestsicherung beispielsweise haben wir einen gemeinsamen Beschluss zustande gebracht.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die ÖVP nicht immer destruktiv, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Selbst Ihr seid konstruktiv.)* sondern auch ab und zu konstruktiv war.

Wir haben im Budget mehr als die Hälfte des Geldes in den Gesundheits-, Sozial-, Arbeitsmarkt und Bildungsbereich gestellt, und auf das sind wir stolz. Politisch stolz! Weil das ist einfach eine wichtige Entscheidung, dass das Burgenland in diesem Bereich, im Sozial- und Gesundheitsbereich, Vorreiter österreichweit ist, auch mit klarer Aussage in Richtung mehr als die Hälfte des Budgets. Wer kann sich mehr wünschen?

Zu den Fragen im Einzelnen. Zur ersten Frage: Ich wurde von der Abteilungsvorständin der für die KRAGES zuständigen Abteilung, das ist die Finanzabteilung, über die bereits veröffentlichten Verfehlungen in Kenntnis gesetzt. Im März des Jahres - und das war auch eine Falschmeldung von Ihrer Seite - hat die Landesregierung einen einstimmigen Beschluss gefasst, diese Prüfung durchzuführen und im Zuge der Einbindung der KRAGES in die Burgenland Holding, um das sozusagen auch umzusetzen. Im Rahmen dieser Sonderprüfung, die als rechtsüblich vorgesehen ist und auch so eingestuft wird, wenn es um Umgründungen von Unternehmen geht, wurde dies einstimmig in der Regierung auch so festgelegt.

Wer hat die Sonderprüfung beauftragt? Die Sonderprüfung wurde durch das Beteiligungsmanagement, durch die Finanzabteilung, empfohlen, und die Landesregierung ist der Empfehlung mittels Beschluss am 7.3.2017 nachgekommen.

Wer wurde damit beauftragt? Die Kanzlei Dax und Partner. Diese hat im Zuge der Prüfung den Steuerberater Kohlhauser und Dr. Alexander Sporn hinzugezogen.

Ich habe sofort auf Empfehlung der Experten gehandelt. Ich kann es Ihnen noch einmal vorlesen, was jetzt nach dem dritten Zwischenbericht hier auch Schwarz auf Weiß nachzulesen ist, und habe auf Grundlage dieser Beschlüsse auch die Entscheidung gefasst, dass man diese Entlassung, so, wie sie jetzt auch daliegt, ausgesprochen hat.

Es gibt keine offenen Forderungen des Landes gegenüber der KRAGES. Es gibt offene Forderungen der KRAGES gegenüber dem Land aufgrund des Budgets, und das ist aber auch für sie nachvollziehbar. Die Handlungen des Geschäftsführers - das ist die fünfte Frage - haben nichts unmittelbar mit der Entlassung zu tun, allerdings ist auch das Vertrauen des Eigentümers, des Landes Burgenland, in die Geschäftsführung erschüttert und hat auch gewisse Auswirkungen, allerdings nicht was seine Entlassung betrifft.

Ich möchte jetzt noch einmal kurz sagen, der Herr Kollege Wolf - ich weiß nicht, ob er nicht zuhört, oder ob er das bewusst sagt - die Gründe für die Entlassung:

Erstens: Der Geschäftsführer hat sich selbst mehrfach Geld ausbezahlt; Auszahlungen, die weder durch seinen Dienstvertrag, noch durch sonstige Vereinbarungen mit dem Eigentümer gedeckt waren.

Zweitens: Die Anwesenheit des Geschäftsführers, seine Urlaubsaufstellungen und Krankenstandzeiten sind auffällig; das ist ebenfalls zu hinterfragen.

Drittens: Im Zuge der Prüfung wurde die Existenz von Verträgen festgestellt, die nicht erklärbar sind und zum Nachteil der Gesellschaft abgeschlossen wurden.

Viertens: Der entlassene Geschäftsführer - und das ist für mich einer der wichtigsten Punkte - hat sich der Einschau durch die Prüfer entgegengestellt und hat die Einschau zu vereiteln versucht. Er hat diese Prüfung nachweislich behindert, indem er auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verboten hat, Unterlagen vorzulegen, und das ist aus mehreren Gründen inakzeptabel.

Das Land, dem 100-prozentigem Eigentümer der KRAGES, obliegt ein uneingeschränktes Einsichtsrecht, und diesem hat er sich widersetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann ist noch die Frage da: Haben Sie den Einsatz der Anwälte bei Schnedls Privathaus veranlasst? Nein, das habe ich nicht, aber es hat einen Beschluss gegeben ihm eben das von Seiten des Landes zu überbringen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Von wem war der Beschluss?)* Diese Entlassung musste Mag. Schnedl auch kommuniziert werden und aus diesem Grund war es unerlässlich, dass ihm die Entlassungserklärung direkt übergeben wurde.

Da hat es ja auch noch andere Dinge geben, wie Pflegeurlaub, Urlaubsanspruch oder Anmeldung über sechs Wochen. Man wollte sich hier offensichtlich dem entziehen, aber das werden die Gerichte zu überprüfen haben.

Stimmt es, dass die Erhöhung der Gehälter des KRAGES Pflegepersonals aufgrund eines fehlenden Beschlusses verspätet zur Auszahlung kam? Nein, ganz im Gegenteil. Wir haben diese Beschlüsse gefasst und es hat Versuche geben, diese Gehaltsauszahlung mit nicht nachvollziehbaren Argumenten auch zu verhindern. Wir haben es dann aber geschafft, das durchzuführen. Es geht hier immerhin um 250 Euro pro Monat. Das ist nicht wenig, denn, wenn man die Gehälter im Umfeld von 2.000 Euro sieht, dann ist das ein relativ hoher Gehaltsbestandteil, den wir aus guten Gründen auch ausbezahlt haben - auch aufgrund der neuen gesetzlichen Lage, das nämlich das Pflegepersonal auch mehr Aufgaben zu erfüllen hat, als es vor dem neuen Gesetz, das noch vor meiner Amtszeit in Kraft getreten ist, auch zu erfüllen hatte.

Die Frage des RSG und ÖSG habe ich schon beantwortet. Es wurde auch das vor meiner Amtszeit noch das „Joanneum Research“ beauftragt, einen Entwurf des RSG zu erstellen. Das ist auch im April des Jahres 2015 passiert, aber grundsätzlich ist es schwer nachvollziehbar, wenn es noch keinen ÖSG gibt, dass man einen RSG vorher beschließen möchte.

Die Fragen, wer eingebunden war, habe ich schon in der zum regionalen Struktur- und Gesundheitsplan beantwortet. Die Krankenhauskosten habe ich auch schon beantwortet. 158,5 Millionen Euro sind in diesem Regierungsbeschluss des Jahres 2014 involviert oder initiiert. Diese Indexanpassungen sind auch dabei.

Ich gehe davon aus, dass die Eröffnung des Krankenhauses am Beginn der 20er Jahre, ich hoffe 2021, stattfinden kann - wenn es keine Verzögerungen gibt. Grundsätzlich sind wir im Zeitplan. Wir haben einen Generalplaner beauftragt. Wir haben jetzt nach dem Generalplaner, der fleißig plant, einen Generalunternehmer zu beauftragen. Dann können wir, nachdem der Generalunternehmer beauftragt wird, auch zu bauen beginnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich gehe davon aus, dass das Krankenhaus Oberwart auch einen Meilenstein in der burgenländischen Gesundheits- und Sozialpolitik bedeutet und gehe auch davon aus, dass nicht nur der Bürgermeister von Oberwart hier auch mitziehen wird, sondern auch die gesamte Landtagsriege, die hier sitzt, weil es, aus meiner Sicht, eine richtige Entscheidung war, dieses Krankenhaus neu zu bauen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Zu Wort gemeldet ist als Erster bei der Debatte nunmehr der Landtagsabgeordnete Manfred Kölly. *(Abg. Manfred Kölly: Jawohl!)*

Ich weise darauf hin, dass bei der Debatte über diese dringliche Anfrage kein Redner länger als 20 Minuten reden darf. *(Abg. Manfred Kölly: Brauche ich auch nicht.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde heute schon sehr viel gesagt und auch dementsprechend diskutiert, sodass ich der Meinung bin, das wir hier wirklich offene und ehrliche Antworten bekommen haben und bekommen werden. Mehr sage ich nicht mehr dazu, um das nicht zu verlängern.

Denn, ich glaube, es macht nur Sinn, wenn wir auch als Opposition wirklich Einsicht in gewisse Verträge bekommen, in gewisse „entsprechende Diskussionen“ die in der Regierung geführt werden. Das wir auch in Regierungsakte beziehungsweise in eine Tagesordnung in der Regierung oder in ausgelagerte Gesellschaften Einsicht bekommen. Solange das nicht echt passieren kann, haben nur wir die Verpflichtung und das Recht, einen Sonderlandtag bei gewissen Dingen einzuberufen.

Ich sage auch klipp und klar, da ja mit der Abfertigung, mit den Bonuszahlungen und dergleichen mehr sehr viel Geld auf dem Spiel steht - wie man auch in der Vergangenheit gesehen hat. Beispielsweise bei der Umfahrung Schützen, wo man sagt, „ja, man darf nichts sagen, Stillschweigen“ und jetzt stellt sich heraus, dass das dem Land viel Geld gekostet hat. Solche Dinge sollte man vermeiden.

Warum sagt man da nicht die Wahrheit? Viele andere, die sich hier wirklich vorher schon mit den Grundstücken umhergeschlagen haben und verkauft haben, sollten oder müssten jetzt einmal erfahren, was tatsächlich gelaufen ist.

Auch wir haben das Recht und die Verpflichtung, dass hier Transparenz herrscht. Daher denke ich, dass es wichtig ist, dass wir jetzt die ehrlichen Antworten auf den Tisch bekommen. Das war es.

In diesem Sinne erwarte ich mir eine wirkliche Offenheit und Ehrlichkeit. Danke. *(Beifall bei der LBL und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Günter Kovacs.

Bitte um ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde heute schon erwähnt, dass rund 83 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer mit der Gesundheitspolitik im Burgenland zufrieden sind. Auf das können wir einmal ordentlich stolz sein. Ich möchte deshalb Dir, Herr Landesrat, *(Abg. Gerhard Steier: Hat der Rezar auch gehabt!)* zu diesem Umfrageergebnis gratulieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es muss - besonders an die Oppositionsparteien - ein Anspruch aller Abgeordneten in diesem Hohen Haus sein, das Gesundheitssystem in dieser Qualität weiter auszubauen *(Abg. Manfred Kölly: Sehr gerne!)* und nicht rückzubauen. Daran möchte ich schon auch erinnern.

Es wurde zwar heute schon mehrmals erwähnt, aber wenn die ÖVP vor wenigen Monaten noch gesagt hat, sie möchte Spitäler, Krankenhäuser schließen, ich weiß, dass das jetzt unangenehm ist, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Bitte, sagen Sie es noch einmal. Überhaupt kein Problem!)* dass die ÖVP das gesagt hat, dann hat sie für mich auch in der Gesundheits- und in der Sozialpolitik *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt ja auch gesagt, die BHs werden nicht geschlossen und jetzt wird die BH in Jennersdorf doch geschlossen.)* ihre Kompetenz völlig verwirkt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Unabhängig von dieser Entlassung des KRAGES Geschäftsführers gab es natürlich diese Intention die Schließung der HNO und Herzkatheter Station in Eisenstadt

bis zur Festschreibung der 8 statt 12 Betten bei der HNO. Das ist schon einiges, nämlich, 50 Prozent wären es weniger gewesen. Also von 12 auf 8 zu reduzieren.

Das wäre eine Schwächung gewesen, vor allem meiner Region, unserer Region hier in Eisenstadt und natürlich als Arbeitgeber im Nordburgenland enorm wichtig. 1.100 Arbeitsplätze hängen daran und dieser KRAGES Geschäftsführer hatte das als Vorsitzender des BURGEF, wie vorher schon von Herrn Kollegen Wolf erwähnt wurde, auch betrieben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Direktor des Krankenhauses Eisenstadt, das haben wir heute schon gehört, hat glücklicherweise dann auch verkündet, wer daran quasi im positiven Schuld daran ist, dass die Politik wieder eigentlich die Rahmenbedingungen geschaffen hat, damit im Gesundheitsbereich etwas weitergeht. Damit hat er aber Rot-Blau gemeint, meine Damen und Herren. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das sagst Du jetzt.)*

Der Robert Mauerer hat damit ganz klar Rot-Blau gemeint. Er sagt, danke dem Landeshauptmann, das möchte ich auch sagen, danke dem Herrn Gesundheitslandesrat und Dir auch, Robert Hergovich, dem Klubobmann, unseren Klubobmann, der sich von Beginn an für das Krankenhaus Eisenstadt, für eine HNO, für eine Herzkatheter Untersuchung, sofort eingesetzt hat. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Soweit noch gar kein Vorwurf an die Opposition, aber einen Vorwurf, und der ist leider jetzt nicht im Raum, möchte ich schon der ÖVP, dem ÖVP Obmann Steiner, zukommen lassen, denn er stellt sich hinter einen Mann, der eben diese Schließungen im HNO Bereich vorgesehen hat. Auch die Herzkatheter Untersuchungen in Eisenstadt wären vielleicht nicht mehr möglich gewesen. Für diese Einschnitte war er zu haben. Er hat als Bürgermeister von Eisenstadt nichts dagegen gesagt.

Ich wäre an seiner Stelle schon aufgestanden und hätte gesagt, dass ich das sicher nicht zulasse, dass die Patienten in Eisenstadt nicht mehr behandelt werden können. Aber das ist ja eigentlich nichts Neues. Ich habe mir jetzt einiges herausgesucht und möchte einen kleinen Sidestep machen - damit man auch die Wichtigkeit sieht.

Heute reden wir über einen Geschäftsführer Schnedl und ich möchte einen Sidestep machen, einen Gesundheitssidestep auf Eisenstadt. Damit werde ich heute dem Herrn Parteiobmann Steiner und auch vielleicht den GRÜNEN wahrscheinlich eine Neuigkeit berichten. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Macht Euch doch das in der Gemeinde aus. Nicht hier im Landtag.)*

Frau Mag. Resetar! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Im Gemeinderat macht's Euch das doch aus.)* Miteinander können wir singen, aber reden kann nur ich.

Den Feinstaubschock in Eisenstadt hat keiner wahrgenommen, auch die GRÜNEN nicht, Frau Kollegin Petrik. Da hat es keine Wortmeldung gegeben. Da geht es um die Gesundheit der Eisenstädterinnen und Eisenstädter, um die Pensionisten, um junge Menschen. Wir hatten vor wenigen Wochen 30 getestete Kommunen in Österreich.

Das Ergebnis war, dass in Eisenstadt, in der Laschoberstraße, das ist unmittelbar beim Kreisverkehr, Frau Mag.a Petrik, Sie kennen das, der höchste Wert in ganz Österreich gemessen wurde. Nicht von irgendwem, sondern… *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Haben wir gesagt! Mehrmals!)* haben Sie gesagt? Haben Sie gesagt? Was haben Sie dagegen unternommen? Das ist ja die andere Frage? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir haben hier einen Antrag eingebracht!)*

Was hat der Herr Bürgermeister von Eisenstadt dazu gemacht? Einen KRAGES Geschäftsführer, den verteidigen wir. Die Brisanz dabei ist aber, wenn es droht, dass eine HNO geschlossen wird, eine Herzkatheter Untersuchung vielleicht nicht mehr möglich ist und ich in der Stadt schon Probleme habe, dass ich nämlich dann auch noch dort am Kreisverkehr großartig plakatiere „Eisenstadt tut dir gut“ wo ich nicht einmal 50 Meter von der Messstation entfernt bin, wo der höchste Wert von ganz Österreich in puncto Feinstaubbelastung gemessen wurde. Das ist ein Zeugnis. Da kümmert man sich nur darum, denn, wie gesagt, politisches Kleingeld ist wichtig, aber die Gesundheit der Eisenstädterinnen und Eisenstädter, der Burgenländerinnen und Burgenländer, eher nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Kollege Hergovich hat es vorher einmal erwähnt. Es ist auch unverständlich, dass du dich nicht für die Eisenstädter, für die Patientinnen und Patienten, einsetzt. Wir wollen aber klarerweise das Gesundheitssystem im Burgenland weiterhin stärken und geben, nochmals erwähnt, eine Standortgarantie ab. Das heißt, fünf Krankenanstalten im Burgenland, im Gegensatz, auch an alle Menschen im Burgenland gerichtet, zur ÖVP, die das ja nicht will. Wir bekennen uns ganz klar zum Krankenhaus Eisenstadt. Das ist kein Lippenbekenntnis, sondern durch Investitionen von 60 Millionen Euro belegbar, die das Land und der Orden hier beitragen.

Wir wollen das Krankenhaus Eisenstadt auch weiterhin stärken. Wenn möglich auch durch eine Akutordination entsprechend dem erfolgreichen Pilotprojekt, das ja der Herr Landesrat Darabos in Oberwart eingeführt hat. Das bringt erstens eine bessere Versorgung für die Patientinnen zu Randzeiten, zweitens eine Attraktivierung des Landarztberufes und eine weitere Aufwertung des Krankenhauses Eisenstadt. Ich bin dir, Herr Landesrat Darabos, sehr dankbar, dass Du dich auch dafür einsetzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Werte Kolleginnen und Kollegen! Da möchte ich gar nicht die anderen Oppositionsparteien, sondern vordergründig die ÖVP ansprechen. Wenn Sie heute nach der vielen Skandalisierung, die Sie heute betrieben haben, vorher der Mag. Wolf, vorher der Herr Mag. Sagartz oder diese Dünnhäutigkeit, die immer wieder von der ÖVP heute zum Tragen kommt, wieder etwas Luft bekommen, dann bitte ich Sie, uns im Sinne der Patientinnen und Patienten, im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer, im Sinne der vielen tausend engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei zu unterstützen und mitzuhelfen, damit wir ein ordentliches Krankenhaus und eine ordentliche Gesundheitsversorgung im Burgenland haben. Dankeschön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Landtagsabgeordneter Herr Mag. Franz Steindl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Der Herr Abgeordnete Kovacs hat in seiner Rede behauptet, die ÖVP wollte im Wahlkampf Krankenhäuser im Burgenland schießen. Das ist unrichtig. Als ÖVP Landesparteiobmann habe ich mich immer zu den fünf Standorten bekannt.

Wir haben sogar im Jahr 2010 ein Regierungsübereinkommen abgeschlossen, wo wir das dezidiert hineingeschrieben haben. Der Landeshauptmann ist mein Zeuge. Das möchte ich berichtigen.

Das ist mir wichtig. Die ÖVP hat die letzten 15 Jahre meine Person vertreten und ich habe mich immer als ÖVP Burgenland zu den Standorten im Burgenland bekannt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, die Debatte über die dringliche Anfrage ist somit beendet.

Die Anfrage wird gem. § 29 GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos übermittelt.

Dringliche Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend KRAGES (Zahl 21 - 656) (Beilage 924)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es erfolgt nun die Verhandlung der dringlichen Anfrage des ÖVP-Landtagsklubs an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl, Zahl 21 - 656,Beilage 924.

Dazu erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort zur Begründung.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann als Adressat der dringlichen Anfrage! Wir haben heute die Sachverhalte schon von vielen Facetten beleuchtet bekommen, aber eine Frage stellt sich natürlich nach wie vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wurde immer wieder erzählt, auch der Landesrat Darabos hat es ja gerade erwähnt, dass das Land Anwälte ausgeschickt hat. Jetzt hat es geheißen, es gibt Beschlüsse, die man als Land gefasst hat.

Da ich, wie schon eingangs erwähnt, nicht die Möglichkeit habe, Regierungsakte einzusehen, ja gar nicht weiß, was in der Regierung beschlossen wird, weder die Möglichkeit habe, Prüfberichte einzusehen, noch, Kollege Kölly hat es ja mehrfach erwähnt, Verträge einzusehen, bleibt nur wenig über, nämlich, die eine Sache ist, die Kontrolle durch den Rechnungshof, eine Kontrolle im Nachhinein, das bedeutet, dass es natürlich zeitverzögert passiert und die Thematisierung im Landtag. Genau das müssen wir heute tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich möchte das noch einmal betonen, wenn Sie immer wieder verkürzt die Darstellung erwähnen und sagen, ich hätte etwas Falsches gesagt. Sie haben mich heute korrigiert. Ich stehe dazu, denn offensichtlich ist mir ein Fehler unterlaufen. Ich möchte das hier korrigieren. Ich habe Sie als Eigentümervertreter bezeichnet. Ja, mag sein, dass das offiziell nicht so ist. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Stimmt nicht.)* Ja, dann nehme ich das für meinen Kollegen dementsprechend zurück, *(Landeshauptmann Hans Niessl: Passt schon.)* aber, wo ich auf den Punkt hinkommen möchte ist, dass es zur Chefsache erklärt worden ist. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Stimmt!)* Sehen Sie, da sind wir uns das erste Mal einig. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Eisenstadt – Weg mit der HNO!)* Sie sind ja ohnehin gleich dran, Herr Landeshauptmann. Schenken Sie mir noch zwei, drei Minuten Aufmerksamkeit. Ich bin ja gleich soweit, dann sind Sie am Wort - *(Landeshauptmann Hans Niessl: Ich lasse mir hier sicher nicht Eisenstadt abräumen. – Abg. Manfred Kölly zu Landeshauptmann Hans Niessl: Ziehst Du jetzt nach Eisenstadt?)* kurz - ich weiß, es ist schwierig, anderen zuzuhören, das sehe ich immer selber ein, wenn man nämlich gut in Rage ist und dann möchte man etwas formulieren, dann ist es natürlich auch schwierig, den anderen zuzuhören. Tatsache ist, dass Sie gerade ja selbst gesagt haben, das ist

Chefsache. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Natürlich!)* Gut. Genau deshalb stellen wir eine dringliche Anfrage an Sie und möchten wissen, wann Sie über die Missstände in der KRAGES Kenntnis erlangt haben?

Was war der Anlass einer Sonderprüfung, die dann darin geendet hat, dass Vorgänge, die ich heute jetzt schon drei-, viermal erwähnt habe und ich es deshalb nicht wiederholen möchte, in einem Privathaus zustande kommen, die dann in einem Polizeieinsatz enden? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tatsache ist, dass es heute darum geht, die Vorgangsweise, die Systeme, die dahinter stecken, zu hinterfragen und nicht die Personen. Ich möchte es noch einmal betonen, weil es offensichtlich auf taube Ohren gestoßen ist. Uns geht es nicht darum, was man konkret als berechtigt oder unberechtigt zu der Entlassung von René Schnedl sagen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Uns geht es darum, wie diese Entlassung zustande gekommen ist. Ich möchte es noch einmal betonen, es ist nicht die ÖVP, die vom System Niessl spricht. Es ist nicht die ÖVP, die sagt, wenn man anderer Meinung ist, fliegt man. Das sind ja andere! Ich meine, wenn man da als Opposition still hält und zuschaut, dann gibt man sich selbst auf. Also, ich glaube, dass Sie von uns nicht erwarten können, wenn der Kronzeuge dieser Vorgänge mit Dr. Peter Rezar aus den eigenen Reihen kommt, dass die Opposition das stillschweigend hinnehmen kann. Der heutige einstimmige Beschluss auf Prüfung durch den Landes-Rechnungshof zeigt uns ja, dass wir richtig liegen. Genau das, was wir unter untersuchen wollen, was wir überprüfen wollen, wurde sogar einstimmig im Landtag angenommen. Für diese Einstimmigkeit danke ich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich frage Sie deshalb, wer die Anwälte geschickt hat? Sie haben ja heute gesagt, Sie waren es nicht. Der Herr Kollege Darabos sagt, er war es auch nicht. Es war das Land! Jetzt ist die Frage, wer ist das Land? Wenn ich Sie frage, darf ich dazu den Regierungsbeschluss sehen, dann kriege ich wieder die Antwort, im Gutachten von 2005 und 2014 steht, ich darf dort nicht hineinschauen. Sie erteilen Weisungen. Warum werden Weisungen der Landesregierung erteilt, wenn es um eine ausgegliederte Gesellschaft geht?

Ich möchte es noch einmal betonen: die Politik kann ja nicht so funktionieren, dass wir sagen, Unternehmungen werden ausgelagert, damit sie besser wirtschaften können, damit sie marktkonform agieren und gleichzeitig regiert die Landesregierung hinein? Darum glauben wir, dass die Anwälte auf Geheiß einer Person geschickt wurden, nämlich, aufgrund Ihres Antrages und Ihrer Bestimmung, weil Sie alles zur Chefsache erklären! Hand drauf! *(Landeshauptmann Hans Niessl: Na, so habe ich das nicht gesagt!)* Na, aber den Eindruck Herr Landeshauptmann - der schmeichelt Ihnen ja auch bis zu einem gewissen Grad - den können Sie nicht abstreiten, dass viele und Peter Rezar hat das eben gesagt, viele andere sagen es hinter vorgehaltener Hand - die ÖVPler und andere Oppositionskräfte sagen es sehr deutlich, dass Sie der bestimmende Faktor in allen Bereichen sind.

Nur, dann bitte, dann reden wir uns nicht ein, dass wir eine BLh gründen, dass wir die KRAGES haben, dass alle ausgelagert sind. Weil wenn dann dort etwas passiert, dann hat das Land damit nichts zu tun. Dann schreien sie: „Haltet den Dieb!“ Dann sagen sie „Sonderprüfung“, noch ein Anwalt, noch ein Anwalt, noch eine Prüfung, ein Wirtschaftstreuhänder dazu, Herr Landesrat Sie sind ja bei dieser Pressekonferenz mit drei Bodyguards aufgetreten, *(Abg. Mag. Norbert Darabos: Keine Bodyguards! Das waren Wirtschaftsprüfer.)* Gut mit drei Bodyguards in Form von zwei Anwälten und eines Wirtschaftsprüfers. Aber, es hat den Eindruck erweckt, dass es hier zu vertuschen und zu

verbergen gilt, weil wenn diese Entlassung so eindeutig gewesen wäre, wenn das alles so sang- und klanglos über die Bühne gegangen wäre, wie das ja bei anderen Kündigungen im Land der Fall ist, na bitte es ist ja nicht so, dass bei jeder Kündigung, wenn es Verfehlungen gibt, es einen riesigen Wirbel gibt. Aber, Tatsache ist, dass es hier zu Verfehlungen gekommen ist und für die möchten wir Aufklärung. Ich möchte auch ganz konkret von Ihnen wissen, was der Herr Landesrat Darabos im Rahmen der Landtagssitzung vom 27. April damit gemeint hat, dass die Anwälte seitens des Landes beauftragt wurden?

Wer hat dann die Anwälte schlussendlich zu René Schnedl in sein Privathaus geschickt? Dann möchte ich von Ihnen wissen, wenn schon der RSG laut Ihres Parteisekretärs Auskunft verantwortlich dafür ist und dessen Ausgestaltung, warum dieser Entlassungsgrund gesetzt wurde, da hätte ich gerne gewusst, welche Kompetenz hat Dax, in diesem ganz konkreten Fall René Schnedl? Sehr geehrte Damen und Herren! Diese dringliche Anfrage richtet sich relativ wortident an Landesrat Darabos und Landeshauptmann Niessl und ich sage Ihnen auch warum: Es ist völlig unmöglich, für einen Mandatar dieses Hauses zu durchschauen, wer wo welche Anweisungen gegeben hat. Mit der Geschäftsordnung der Landesregierung hat das alles nichts mehr zu tun, denn das hat nur mehr damit zu tun, dass offensichtlich einige wenige, manche sagen ein Einziger, bestimmt, was passiert. Dann mit aller Deutlichkeit, mit allem Nachdruck - ja fast hätte ich schon gesagt, mit aller Gewalt - das durchsetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau deshalb gibt es einen Antrag, genau deshalb gibt es Anfragen und genau deshalb sind all diese Vorwürfe mehr als dringlich. Ich fordere im Namen der ÖVP-Fraktion und aller Abgeordneten volle Aufklärung und Transparenz. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die Begründung ist somit erfolgt. Gemäß § 30, Abs. 3 GeOLT erteile ich von der Regierungsbank dem Herrn Landeshauptmann Hans Niessl das Wort zur Abgabe seiner Stellungnahme.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe jetzt sehr lange und sehr aufmerksam zugehört. Mir fällt ein Satz ein: „Das Licht ist an, aber nicht alle sind zuhause." Insofern hat es also ein paar sehr sachliche Beiträge gegeben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Den Vergleich habe ich jetzt nicht verstanden.)*Na ja, das ist Ihr Problem, wenn Sie es nicht verstehen. Wird schon werden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr klausuliert!)* würde ich sagen. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Insofern denke ich, dass ich zu einigen Anmerkungen auch etwas sage, bevor ich ein paar Fragen beantworte, die ja der Norbert Darabos sowieso schon beantwortet hat. Zur Landesholding: Können Sie mir Bundesländer sagen, wo es keine ausgelagerten Gesellschaften gibt? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben ja Sie gefragt!)* Na, die KRAGES ist schon lange ausgelagert. Das ist ja schon unter Sauerzopf und ich glaube Sipötz durchgeführt worden. *(Abg. Gerhard Steier: 1992!)* Na bitte, das ist ja schon ewig ausgelagert. Es gibt keine Bundesländer, das wollte ich damit nur sagen, wo es keine ausgelagerten Gesellschaften gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Landesholding hat die Aufgabe, nicht dass sie operative Tätigkeiten macht, sondern dass sie schaut, dass die Effizienz zwischen den ausgelagerten Gesellschaften gesteigert wird. Wir werden einen Rechenschaftsbericht legen, wie im Laufe der Jahre Millionen Euro an effizienten Steuergeldern eingespart wurden, um sie wieder zum

Beispiel im Gesundheitsbereich entsprechend investieren zu können. Wir haben in Hans-Peter Rucker einen spitzen Geschäftsführer in der Landesholding. Da gibt es keinen kompetenten Wirtschaftsvertreter im Land, der nicht sagt, der Hans-Peter Rucker ist ein sehr guter Mann ist. *(Abg. Manfred Kölly: Das haben wir schon von vielen Geschäftsführern gehört! Auch über Herrn Schnedl.)*

Ich sage nur, dass der in der Wirtschaft anerkannt ist. Das kann man nicht in Abrede stellen. Wir haben mit dem Präsidenten Gerger einen Aufsichtsrat, der auch ein sehr kompetenter Vertreter ist. Wir haben mit dem Direktor Draxler einen sehr erfahrenen Manager, der ebenfalls im Aufsichtsrat ist und wir werden vielleicht in nächster Zeit noch eine weitere Persönlichkeit dazu bekommen, um hier wirklich höchste Qualität vom Geschäftsführer bis hin zu den Aufsichtsräten auch in der Landesholding zu haben, um die Effizienz zu steigern und eine sehr moderne Einrichtung zu haben, die zu den modernsten in Österreich zählt.

Das, glaube ich, ist einmal eine ganz entscheidende Sache. Es gibt kein Bundesland, das keine ausgelagerten Gesellschaften hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*Eine neue Erkenntnis habe ich auch, nämlich, dass ich für die Mitarbeiter in den Regierungsbüros zuständig bin. Wir sind schon so demokratisch, dass sich jeder die Mitarbeiter in den Regierungsbüros selbst aussuchen kann. Also bitte nicht, dass ich auch noch dafür verantwortlich bin, was in den Regierungsbüros passiert. Wir haben in dem ganzen landesnahen Bereich rund 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ja, das ist schon eine große Herausforderung, denn genau überall, wo es Probleme gibt, kann man dann natürlich sagen, es ist der Landeshauptmann verantwortlich. So, wie es jetzt auch gemacht wird - das politische Spiel! Ja, wir schauen, dass wir den Landeshauptmann anpatzen können und wir sind die Schönen! Ihr seid überhaupt nicht die Schönen, weil Ihr trägt dazu bei, dass die gesundheitliche Versorgung, wenn das so eingetreten wäre, verschlechtert worden wäre. In Hornstein erklären Sie das Ihren Bürgern, Sie in Pöttsching und Sie in Eisenstadt. Ich hätte mir erwartet, dass Sie mehr Positives beitragen und nicht nur negativ reden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich komme ohnehin noch im Detail dazu, wie ist es zu den Abläufen gekommen ist und damit bin ich auch schon bei den konkreten Fragen: Wir haben in der Regierungsklausur vom 2.2.2017 in Rust über die Eingliederung der KRAGES in die BLh gesprochen. Das ist deswegen sinnvoll, weil wir wieder über die Finanzierungen bessere Konditionen bekommen, über Einkäufe bessere Konditionen bekommen, Beschaffung, Support-Leistungen, und so fort. Also effizienter werden und das Geld für den Gesundheitsbereich, für die Burgenländerinnen und Burgenländer, zur Verfügung stellen können. Wir haben aber auch gesagt, wir wollen wissen, was zu uns kommt und schauen uns das in Form einer Beteiligungsmanagements-Überprüfung an, wie wir das schon x-mal gemacht haben.

Das ist ja die Aufgabe des Beteiligungsmanagements, die Beteiligungen zu überprüfen und das wird auch regelmäßig gemacht, viele Beispiele, wo das schon in der Vergangenheit gemacht wurde, in der Gegenwart und sicherlich auch in der Zukunft gemacht werden muss. Das Beteiligungsmanagement ist ja dazu da, dass man die Beteiligungen überprüft, ob gut gearbeitet wird oder ob es Missstände gibt. Das ist ja ganz etwas Klares, das gibt es in jedem Land! Er tut ja so, als ob die ganze Geschichte einzigartig im Burgenland wäre und von Skandalen redet. Ja, wenn ich 50 Mal Skandale sage, dann ist es noch immer kein Skandal. Wo ist der Skandal, dass die Polizei dort hingekommen ist? Das werden wir noch genau aufklären, warum die Polizei hingekommen ist, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Sehr gut! Genau, das wollen wir!)* weil

wenn eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch ist und die Polizei sagt, da war eigentlich gar nichts, sondern da hat auch einer „Skandal“ gerufen und wir sind hingekommen und es war nichts, na, was sagen Sie denn dann zu Ihrem Skandal? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Na, dann wissen wir es!)*

Na gut, dass ist der Skandal, weil die Polizei gekommen ist? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wissen wir das jetzt?)* Das haben ja nicht wir beauftragt, das hat weder der Norbert Darabos, noch ich beauftragt, sondern der Anwalt hat auch den Auftrag gehabt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von wem?)* die Entlassung zu machen und der hat entsprechend gehandelt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Von wem hat er den Auftrag bekommen? Von wem?)* Ich kann dem doch nicht - na von der KRAGES einen Regierungsakt, dass das zu beauftragen ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Also die Regierung?)* Die Regierung hat es beschlossen und im Auftrag der KRAGES hat er das gemacht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dankeschön! Die Frage habe ich schon viermal gestellt. Am Donnerstag hat das aber Niemand gesagt. Jetzt habe ich eine Antwort.)* Wenn der Norbert Darabos sagt, vom Land her, dann hat er wahrscheinlich gemeint, dass die KRAGES eine 100-prozentige Landestochter ist und damit war das das Land.

Aber, es hat die KRAGES beauftragt, um das noch einmal zu sagen. Da kann man jetzt natürlich eine Sonderlandtagssitzung machen. Ich bin ohnehin bei allen, die sagen, das ist wichtig und notwendig, aber wegen der Worte „Der ist vom Land geschickt worden“ und in Wirklichkeit ist er von der KRAGES geschickt worden, also das hätte man natürlich auch relativ einfach klären können und hätte ich Ihnen auch gerne schriftlich gegeben und wir hätten das in einem relativ kurzen Weg auch aus der Welt schaffen können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann hätten Sie mir wieder gesagt, ich darf hier nicht fragen.)*

Die Regierung hat dann am 7.3.2017, am 2.2.2017 war die Klausur, die Regierungssitzung war am 7.3.2017 und es wurde hier die Abteilung 3 beauftragt, die Prüfung der Gesellschaften KRAGES und BURGEF mit externen Experten hinsichtlich der Eingliederung in die BLh durchzuführen , also was ich vorher gesagt habe. Der Antrag lautete wie folgt: Die Burgenländische Landesregierung beschließt, die Abteilung 3 - Finanzen, Hauptreferat Beteiligungen und Controlling - mit der Prüfung der KRAGES und des BURGEF unter Heranziehung externer Experten zu beauftragen. Ganz eine normale Vorgangsweise. X-mal schon gemacht, vorher war das das Beteiligungsmanagement - muss ich auch sagen - das ist jetzt durch die ganze Strukturreform schon vor einigen Monaten in die Abteilung 3 gewandert. Am 31.3.2017 wurde der Abteilung 3 der Zwischenbericht übermittelt. Ein Prüfteam, das ist bereits gesagt worden, wer es beauftragt hat. Auf Grund des Zwischenberichtes mit folgendem Sachverhalt, und hat Entlassungsgründe angeführt, konkret angeführt, nicht irgendwie schwammig, sondern konkret. Ungerechtfertigte Prämienauszahlung, Wertanpassung des Gehaltes ohne vertragliche Grundlage, Aufsplittung Fixbezug und Überstunden.

Es gab keine Zeitaufzeichnung, aber Überstunden. Ungerechtfertigte Ausbezahlung der Resturlaube. Weigerung Informationen auszuhändigen… *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Seit 1.7…?)* Bitte? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Seit 1.7.?)* Ich habe schon gesagt, wann der Zwischenbericht gekommen ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Seit wann hat er das gemacht, diese Bonusauszahlung?)* Das hat es eben in den letzten Monaten oder in den letzten Jahren, das muss man jetzt im Detail, ich habe jetzt Details des Berichtes, das ist so ein Bericht bitte, ja, und der wird noch stärker, weil jetzt ist erst die EDV dran.

Weil es ist ein ganz ein interessanter Hinweis, dass es eine forensische, ich meine jetzt, ich kenne mich da nicht so aus, aber manche werden sich auskennen, was eine forensische Löschung ist. Da braucht man Spezialmethoden und Spezialeinrichtungen, die man in der KRAGES gar nicht hat. Also auch eine interessante Sache und es ist die besondere Herausforderung forensische Löschungen auch wieder zu aktivieren. Ja, sage ich auch nur dazu. Die nächste Frage ist, wann gelöscht wurde. Weil das ist ja auch interessant, die Uhrzeit, der Zeitpunkt und das werden wir auch feststellen. Da deutet auch einiges daraufhin, wann es gelöscht wurde, was ich aber jetzt nicht sagen kann, weil ich das erst schriftlich bekomme, oder die KRAGES schriftlich bekommt und die das dann weitergibt.

Also insofern wird das auch noch eine spannende Sache. Der dicke Bericht könnte noch dicker werden. Interessant, wann die Löschungen erfolgt sind, nämlich vor oder nach der Entlassung. Ich sage nur ein paar problematische Dinge, damit man nicht sagt, jetzt hat er sich die ganze Zeit nicht zu Wort gemeldet und dann sagt er uns auch nichts. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir sind sehr gespannt!)* Na, das passt, ich sage das gerne.

Nächster Punkt, Behinderung der Prüfung durch Weisung an die Mitarbeiter keine Informationen den Prüfern auszuhändigen. Eine 100 Prozent-Tochter des Landes! Das Land sagt, wir wollen wissen was los ist und da gibt es Weisungen und da gibt es Zeugen, da gibt es Notizen, ihr dürft nichts weitergeben. Löschungen am Computer, ihr dürft nichts weitergeben. Dann ist genau das gekommen, was der Norbert Darabos schon einige Male gesagt hat. Es hat eine schriftliche Empfehlung dieser Rechtsanwälte und Wirtschaftstreuhänder gegeben.

Jetzt sage ich, der 32 Jahre in der Politik ist, wenn mich ein Wirtschaftstreuhänder aufmerksam macht und ein Rechtsanwalt schriftlich aufmerksam macht, dass es Verfehlungen und Entlassungsgründe gegeben hat, ja da muss er handeln. Das geht ja gar nicht anders! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir voll bei Ihnen! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Ein RSb-Brief hätte gereicht!)* Nein, ich bin ja froh, wenn wir gemeinsame Beschlüsse haben. Ja, natürlich.

Nämlich eine schriftliche unverzügliche Abberufung Schnedls, unverzüglicher Ausspruch der Entlassung. Bestellung eines neuen Geschäftsführers, Abberufung von Schnedl als stellvertretenden Vorsitzenden „Psychosoziale Dienste“ und als Vorsitzenden der „Selbsthilfe-Werkstätten-Betriebe“ und das wird wahrscheinlich noch mehr werden.

Rückforderung der bisher zu Unrecht bezogenen Gehaltsanteile. Wir müssen ja Schaden vom Land fernhalten, Schadenswiedergutmachung steht im Vordergrund. Per Umlaufbeschluss vom 3.4.2017 von der Landesregierung als 100 Prozent-Eigentümer wurde die Entlassung von Schnedl in seiner Funktion eben als KRAGES-Geschäftsführer und ex lege BURGEF-Geschäftsführer auch ausgesprochen und Helm wurde eben damit betraut. Ich bin sehr froh, weil ich bin für volle Transparenz, dass der Rechnungshof prüft und wir wollten ja sofort, genauso wie wir es bei der Energie Burgenland gemacht haben, eine Sonderregierungssitzung, Beauftragung des Rechnungshofes mit der Überprüfung der Vorgänge.

Ob das jetzt der Bundes-Rechnungshof ist oder der Landes-Rechnungshof ist, wer es besser, schneller macht, der soll es machen. Weil wir wollen ja die absolute Transparenz und das zweite ist die Staatsanwaltschaft. Auch genau diese Vorkommnisse sind an die Staatsanwaltschaft bereits weitergeleitet.

Wo gibt es eine größere Transparenz als Rechnungshof und Staatsanwaltschaft? Also insofern, denke ich, dass hier sehr vieles gemacht wurde und dass wir hier auch

richtig gehandelt haben und gar nicht anders handeln konnten als Regierung und als zuständiges Regierungsmitglied. Wenn ich das schriftlich alles bekomme, was da offensichtlich alles vorgefallen ist. *(Abg. Manfred Kölly: Warum bekommen es wir nicht als Abgeordnete?)*

Das Nächste ist auch, jetzt muss ich noch etwas dazu sagen, ein guter Hinweis und das hat auch die Frau Kollegin gesagt. Wenn uns die aufmerksam machen, dann musst du innerhalb weniger, ich will nicht sagen Stunden oder zumindest Tage, sofort reagieren sonst kannst du das nicht mehr machen. Du verlierst dann jeden Arbeitsprozess.

Das ist das Problem, dass du nicht eine Sitzung machen kannst mit den Einladungsfristen, weil dann kannst du das, was die Rechtsanwälte gesagt haben, gar nicht mehr umsetzen. Dann kann man sagen, ihr habt ja da wieder etwas gemacht absichtlich, um genau diese Vorschläge nicht umsetzen zu müssen, weil das vielleicht ja die SPÖ angestellt hat oder eingestellt hat, so meine ich das. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, ich habe es jetzt eh gehört!)* Also insofern ist das vom Arbeitsrecht her auch eine Situation mit der man umgehen muss und mit der eben auch unsere Anwälte gesagt haben, was zu tun ist. Und das auch in schriftlicher Form.

Ich darf auch noch, der Norbert Darabos hat viele Punkte beantwortet. Vielleicht ein Punkt, der natürlich auf mich zutrifft. Ich muss auch dazu sagen, die KRAGES, die hier in der Frage steht, ist ja noch nicht Teil der BLh, die wird erst eingegliedert. Da haben wir Gutachten, damit die Gemeinnützigkeit nicht verloren geht, gemeinnützige GmbH ist die KRAGES, ein besonderer Status, da muss man aufpassen, da gibt es Rechtsgutachten. Also da machen wir ohne… *(Abg. Manfred Kölly: Ob das funktioniert, auf das bin ich gespannt!)*

Ja, haben die Steirer schon vorgezeigt. Also insofern haben wir da schon Vorbilder. Das muss man natürlich kontrollieren. Dass das keine einfache Sache ist, ist natürlich klar. Wenn es einfach wäre, könnten es andere auch machen. Also insofern sind wir da auch sehr, sehr vorsichtig und wie gesagt, da sind auch gute Leute im Aufsichtsrat der BLh, die sich das sehr wohl auch mitanschauen und das auch alles mitverantworten.

Jetzt komme ich zum „System Niessl“. Glaubt irgendwer, dass der Herr Professor Wollner, der im Aufsichtsrat sitzt, oder der Professor Sebesta oder die Betriebsräte sich von mir sagen lassen, was Sie zu tun haben? *(Abg. Manfred Kölly: Ja!)* Ja, gut, das ist ein Irrglaube. *(Abg. Manfred Kölly: Ihr Kollege hat das gesagt!)*

Na, ich sage es nur, ich frage ja die hier Anwesenden, *(Abg. Manfred Kölly: Wie lange ist er noch? Wie lange ist er noch in der SPÖ, der Kollege Rezar? Auf das bin ich gespannt!)* das hat ja mit der KRAGES nichts zu tun jetzt. *(Abg. Manfred Kölly: Oh doch* Noch einmal, ich frage noch einmal. Sie glauben das? Okay, ist einer da. Aber dann werden Sie einmal mit dem Herrn Professor Wollner und dem Herrn Sebesta reden, ob sich die vorgeben lassen als Professoren, der Professor Wollner war der Chef der Herzchirurgie im Allgemeinen Krankenhaus, *(Abg. Manfred Kölly: Aber warum sagt das dann der Rezar dann?)* europaweit einer der angesehensten Ärzte, und der lässt sich von mir im medizinischen Bereich etwas vorgeben.

Also das glaubt ja nicht einmal irgendwer! Oder der Herr Professor Sebesta, das ist ja denkunmöglich. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Er hat ein rotes Parteibuch! – Abg. Ingrid Salamon: Das ist aber Dein Problem!)* Wer hat ein rotes Parteibuch? Der Wollner? *(Abg. Manfred Kölly: Der Rezar!)*

So und jetzt kommen wir zum eigentlichen Skandal und eigentlich hätte ich mir darüber … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das*

Glockenzeichen) Eine Sondersitzung, wenn das die Opposition gefordert hätte, dann hätten sie etwas Gescheites gemacht. Nämlich zu sagen, warum die Polizei hingekommen ist, kann mir nur ein Rechtsanwalt sagen. Wenn das der Streitpunkt ist, dann ist das in zwei Minuten geklärt.

Jetzt zum eigentlichen Skandal. Ich habe mit einem Rettungsfahrer gesprochen vor einigen Wochen. Lebensbedrohliche Situation im Seewinkel, im südlichen Seewinkel, Pamhagen, Apetlon. Der Rettungsfahrer fährt hin, ein Patient kommt rein, eben in einer ganz schweren Situation und sie fahren nach Eisenstadt. Rufen an: Wir haben keine Betten. Rufen in Wien an, SMZ und andere: Wir haben keine freien Betten. Sie rufen in Wiener Neustadt an: Wir haben keine freien Betten. Sie fahren in Neusiedl und er sagt, wo soll ich jetzt hinfahren? Nach Wien, nach Eisenstadt, in welche Richtung? Ein halbes Dutzend Telefonate Krems. Und was ist der Grund? Der ÖSG, nämlich der Bund, sieht zwölf Akutbetten vor und es wurden vom BURGEF nur acht genehmigt.

Das ist mit ein Grund, warum 70 Patienten *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wer sitzt im BURGEF?)* Warte ein bisschen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wer beschließt im BURGEF? Wer sitzt denn dort?)* Der Geschäftsführer des BURGEF …*(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Nein, nein, nein! Abg. Markus Ulram: Der Kovacs sitzt auch im BURGEF! - Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Kovacs, der Bieler, der Darabos, die sitzen dort!)* Entschuldigung, dort gibt es einen Geschäftsführer.

Moment, da kann man ja den Direktor Maurer fragen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der sitzt auch dort, genau!)* Genau deswegen sitzt, entschuldige, wenn aber der Geschäftsführer sagt, ich genehmige euch das nicht, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der hat das nicht zu genehmigen!)* dann könnt ihr es machen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der macht das.)* Moment, na redet mit ihm, und dann brauchen die um 50 Prozent mehr Betten, dann sage ich, das kann ich mir nicht bieten lassen. Und dazu stehe ich und dazu habe ich auch argumentiert.

Zweiter Punkt: Wir haben eine Präsentation bei mir im Büro gehabt, einmal eine Präsentation. Ich weiß nicht wie lange der da war. Ich sehe bei der Präsentation, in Eisenstadt soll die HNO wegkommen. Ich frage in Eisenstadt den Herrn Direktor Maurer, ist die so schlecht die HNO, das die wegkommt oder sind da so wenig Patienten, ist der Bedarf nicht da?

Ich habe mir dann die Zahlen kommen lassen. Im Jahr 2016 wurden rund 1.700 Patienten stationär behandelt. 1.100 Patienten davon wurden in Eisenstadt operiert und in der Ambulanz waren 9.200 Patienten. Das sind in Summe 11.900 Patienten. Eine derartig gut funktionierende HNO legt er vor, hat schon Gespräche geführt, ohne dass das irgendwer beschlossen hat, dass das wegkommt.

Das ganze Nordburgenland, und da geht es nicht darum, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Spitzmüller, man kann überall das Gleiche machen, sondern es wird nirgendwo etwas gemacht. Nämlich es gibt im gesamten Nordburgenland keine HNO, das heißt, dass der Pamhagener und der Apetloner zwei Stunden nach Wiener Neustadt fahren. Es steht aber in den Vorgaben des Bundes, du musst in der Grundversorgung in einer Stunde das Spital erreichen.

Natürlich, und das ist meine Verantwortung zu sagen, und da habe ich mich auch in entsprechender Form artikuliert, sofort bei der Präsentation, nicht nachher, nicht irgendwann, dass ich gesagt habe, das geht nicht, das ist nicht möglich. Ich bin verantwortlich für die 160.000 Burgenländer, die im Bezirk Neusiedl, Eisenstadt und Mattersburg leben und ich garantiere, dass die HNO von Eisenstadt, solange ich Landeshauptmann bin, nicht wegkommt, 11.900 Patienten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Übrigens, irgendwer hat es gesagt, auch im Südburgenland wird es die HNO natürlich geben. Wir werden auch schauen, dass das Burgenland nicht mehr aufgeteilt wird auf Niederösterreich und auf die Steiermark, sondern dass wir einen Burgenlandverbund machen. Die Aufteilung hat es nämlich schon einmal gegeben. Die wollen wir nicht. Wir werden versuchen, hier im Burgenland, sowohl in Eisenstadt als auch in Oberwart eine HNO zu haben.

Jetzt komme ich zum Nächsten. Da habe ich geglaubt ich falle um, ich kriege einen Herzinfarkt, wie die nächste Präsentation gekommen ist. Auch der Herzkatheter soll wegkommen. Gut. Im Jahr 2016 waren 1.055 Patienten am Herzkatheterplatz, 211 davon waren akute Herzinfarkte. Das heißt, beim Herzinfarkt muss man schnell handeln. Je rascher man den Herzkatheter, unter Umständen einen Stent bekommt, umso rascher ist man wieder gesund und umso größer sind natürlich auch die Chancen, dass man das überlebt. Ja, und damit war für mich die Diskussion vorbei, es hat einen halben Abbruch gegeben, weil ich nicht einsehe, dass man schwerstkranke Menschen im Nordburgenland *(Abg. Manfred Kölly: Suizidgefährdet!)* und auch nicht im Südburgenland versorgen kann. Deswegen wird es den Herzkatheter in Eisenstadt geben, nämlich in noch weiter ausgebauter Form.

Es wird ihn auch im Südburgenland geben, damit die Menschen eine wohnortnahe Versorgung in diesen wichtigen Bereichen HNO und Herzkatheter haben. Und da Verhandlungen zu führen, konkret mit dem Direktor Maurer, das ganz einfach wegzutun und wegzugeben, ja liebe Abgeordnete, liebe Regierungsmitglieder, ich kann mir nicht vorstellen, dass es da irgendjemanden gibt der sagt, du hast es nicht gut und richtig gemacht.

Wenn man sagt „System Niessl“, dann habe ich auch kein Problem, weil mir geht es um die Sache. Nämlich dann, wenn ich der Meinung bin, und meine Überzeugung sage ich sowieso meistens, ja, dass das richtig ist im Sinne der Menschen. Nämlich im Sinne der 160.000, die hier im Nordburgenland leben, dann lasse ich das auch nicht zu und unternehme das, damit das auch da bleibt.

Ich gehe davon aus, dass ich hier ebenfalls eine breite Unterstützung erfahre, und wir machen das auch, wir haben das auch in der Regierung beschlossen, auch im Oberwarter Krankenhaus, dass wir das auch für die Menschen im Südburgenland machen, für 130.000 Leute im Südburgenland.

Das sind wir den Burgenländerinnen und Burgenländern schuldig. Das ist die wohnortnahe Versorgung die wir brauchen und das werden wir auch umsetzen. Das ist von mir aus, wenn Sie es so sehen, das „System Niessl“. Das ist kein Desaster, das ist eine moderne Zukunftsmedizin und die beste Versorgung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Ich möchte es nicht allzu lange machen, 24 Minuten reichen. Ich bin sehr dankbar der Personalvertretung, auch in der KRAGES.

Ich kann Ihnen sagen, der Personalvertreter hält mehr aus als Sie. Also der hat keine Angst, wenn Sie ihm irgendetwas sagen, das möchte ich nur auch festhalten. Ja, ich war selber einmal Personalvertreter. Die Personalvertreter stecken schon etwas ein, aber sie können auch austeilen. Ja. Seine Aussendung ist absolut in Ordnung, *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat ihm gesagt, dass er es ausschickt? – Abg. Doris Prohaska: Mensch Kölly! - Abg. Manfred Kölly: Wer hat ihm gesagt, dass er es ausschickt?)* weil er genau hinterleuchtet, na ich sage es ja nur.

Frag ihn. Ja. *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt ihm die Anweisung gegeben! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich bin den Personalvertretern, ich sage es noch einmal, dankbar, weil auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dankbar sind. Ich

bin dem Personalvertreter, auch dem Dr. Martin Ivancsits dankbar, der im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder ist, denn reden Sie einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Kittsee über Eisenstadt bis nach Güssing.

Da hat niemand Verständnis gehabt, die eine gute, sehr gute Arbeit machen und da bin ich schon beim Schluss, mein ganz großer Dank gilt der Personalvertretung. Gilt aber auch den 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die rund um die Uhr arbeiten, die 365 Tage im Jahr im Einsatz sind und die eine hervorragende Qualität im burgenländischen Gesundheitswesen liefern. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen zu verbessern, dass man auch diese Qualität in Zukunft bietet.

Dass wir die wohnortnahe Versorgung im HNO-Bereich haben, dass wir die wohnortnahe Versorgung beim Herzkatheter nach einem Herzinfarkt haben und dass wir mehr Akutbetten kriegen und die Leute nicht nach Krems transportieren müssen. Dafür setze ich mich ein. Wenn Sie wollen, ist das das „System Niessl“ und da wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Landeshauptmann. In der Debatte über die dringliche Anfrage erteile ich nunmehr Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort. Ich möchte jedoch bemerken, dass bei der Debatte über die dringliche Anfrage kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Politische Rede vom Herrn Landeshauptmann natürlich wieder einmal mehr. Es ist ja wirklich interessant, wie man mit dieser Sache umgeht. Man stellt sich her und sagt, es ist alles so wunderbar und das „Niessl-System“ ist das Beste, das es überhaupt gibt.

Ich bin schon bei Ihnen, Herr Landeshauptmann. Sie haben alles im Griff. Das ist so wie in meiner Firma. Ich bin Chef und entscheide und ich sage, wann wer entlassen wird und aus und das haben Sie genauso gesagt. Seid mir bitte nicht böse. Genauso ist es abgelaufen. Wenn ich jetzt zum Personal komme, na selbstverständlich. Niemand hat sich da irgendwo geäußert, Herr Landeshauptmann, dass das Personal oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter irgendwo schlechte Arbeit machen oder irgendwelche anderen „G’schichteln“ machen. Nur, sie wurden benachteiligt jahrelang gegenüber anderen Bundesländern, weil Sie immer andere Bundesländer andiskutieren.

Da hätte sehr wohl der Herr Vertreter der Arbeitnehmer schon längst schreien müssen und sagen, bitte zahlen wir ihnen die Gage oder die Gehälter die ihnen zustehen. Das hat mir gefehlt in der Gewerkschaft. Das hat mir gefehlt bei der Personalvertretung. Ich fahre auch von Bezirk zu Bezirk und von Krankenhaus zu Krankenhaus. Wie Sie sagen, dass die alle so zufrieden sind die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen na ja, tut mir leid, es gibt genug Leute, die sich auch dementsprechend äußern. Ich verstehe das auch und ich sehe das auch richtig. Wenn Sie sagen, dass das und das, Sie lassen sich das nicht bieten und Sie werden anschaffen, dass die Akutbetten erhöht werden und dergleichen mehr, dann bin ich schon bei Ihnen, Herr Landeshauptmann.

Was hat der Schnedl damit zu tun gehabt? Wenn der Schnedl so eine Macht gehabt hat, dass er das abschaffen hätte können, na dann frage ich mich, ist das ein Wunderwuzi gewesen, oder haben Sie mit ihm nicht gut verhandelt oder gute Gespräche geführt? Denn Sie sind der Chef.

Gerade habe ich es gesagt. Wenn ich Chef bin, entscheide ich und das haben Sie auch gemacht. Die Regierung hat von Ihnen einen Umlaufbeschluss bekommen. Ihr habt

das zu machen. Danke. Wiederschauen. Na, wer leicht? Seid mir bitte nicht böse, Herr Landeshauptmann, *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl)* ich schätze Sie. Bei aller Wertschätzung, aber das brauchen Sie mir nicht erzählen, dass Sie nicht klar und deutlich gesagt haben, mit dem fahren wir. Der passt nicht in unser Schema, nicht in unser System. Seid mir bitte nicht böse, Frau Salamon. *(Abg. Robert Hergovich: Sind wir Dir nicht!)* Der Herr Tourismusdirektor Baier, von dem höre ich auch nichts. Was hat der gehabt? Was hat der schlecht gemacht? Was ist passiert mit dem? Sagt uns das. Wir wollen nicht mehr wissen, was ist passiert? Das ist das Recht und die Pflicht eines Abgeordneten das zu tun. Ich wiederhole mich zehnmal schon, aber da bin ich total auf der Linie und werde immer auf der Linie bleiben.

Wie Sie sagen, das ist das „System Niessl“. Ich sage, der Kölly wird so lange da stehen und wird sagen, steter Tropfen höhlt den Stein und ich werde immer Recht bekommen. Ich hoffe, dass ich noch lange da stehen kann und positive Signale für die Bevölkerung aussenden kann. Herr Landeshauptmann, Sie machen das. Das weiß ich. Aber nur ich kann nicht hergehen und sagen, ich mache einen Umlaufbeschluss, ich habe angeordnet, Wiederschauen, danke.

Dann ist es einmal so. Dann muss ich dazu stehen. Und wenn der Schnedl, egal wie er heißt, Schnedl oder Dopler, ich wär nur neugierig, was der Dopler für eine Rolle spielt in dieser Sache. Herr Kollege Hergovich, was spielt der Herr Dopler, wenn Sie das so genau wissen? *(Abg. Robert Hergovich: Was fragst Du dauernd mich?)*

Das wissen Sie ja nicht. Genau das ist der Punkt. Sie sind Klubobmann und wissen nicht einmal was der Herr Dopler für eine Rolle spielt in einer öffentlichen, eigentlich in der größten Abteilung des Landes, 100 Prozent-Tochter und Sie wissen das nicht als Klubobmann? Na dann muss ich Ihnen ehrlich sagen, sind Sie auch schwach. Weil das kann es nicht sein, dass ich mich nicht erkundige, was tatsächlich passiert ist. Darf ich in den Vertrag Einsicht nehmen und dergleichen mehr? Dann werden wir beschuldigt weil wir einen Sonderlandtag so quasi, das ist ja ein Witz was da jetzt aufgeführt wird. Das ist eine totale Inszenierung von der SPÖ und FPÖ gewesen, *(Abg. Werner Friedl: Das glaub ich!)* sonst gar nichts.

Wir haben nur sachlich und wirklich mit dieser Klarheit gefordert. Lasst uns Einsicht nehmen. Eines muss ich schon dazu sagen. Dann patzt man den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter a.D. an, dass er nicht für die fünf Spitäler war. Das ist ja schwarz auf weiß. Legt es her, dass er unterschrieben hat. Was ist da für ein Problem? Legt es her, dass er unterschrieben hat. Das wollen wir eigentlich wissen. Mehr nicht. Wenn er sich ans Rednerpult stellt und sagt: „Ich habe das gemacht, Herr Landeshauptmann“, was ist dabei, wenn Ihr uns das vorlegt, Herr Kollege Hergovich?

Legt es her und nicht behaupten, er hat dagegen gestimmt. *(Abg. Robert Hergovich: Das hab ich nicht gesagt!)* Das finde ich nicht für fair. *(Abg. Robert Hergovich: Das hab ich nicht gesagt!)* Sondern wir wollen, und da bin ich beim Landeshauptmann, Transparentheit, Transparentheit, Offenheit und nicht mehr. Ich glaube, das würde Sinn machen. Dann könnten wir uns viele Debatten ersparen. Wirklich Debatten, das was Ihr nicht wollt, weil das hört Ihr nicht gerne. Wir sind jetzt wahrscheinlich schon im Wahlkampf für die Gemeinderatswahl, weil da darf heute ein Herr Kovacs darf über den Herrn Steiner herziehen und dergleichen mehr. Da geht es um andere Dinge. Herr Kovacs, übernehmen Sie einmal Verantwortung. Na, Sie haben keine. Sie sitzen dort drinnen. Sie sitzen ja dort drinnen! *(Abg. Mag. Franz Steindl: Er weiß das gar nicht!)* Was haben Sie bis jetzt gemacht?

Sie haben nicht einmal das Wort einmal verwendet. Ich habe mich eh gekümmert was dort passiert. Er hat ja gar nicht gewusst, dass er dort drinnen sitzt. Das ist ja überhaupt das Beste. Daher noch einmal. Herr Landeshauptmann, ich bin total bei Ihnen. Transparentheit. Ich hoffe, dass Sie in Zukunft auch der Opposition Einsicht gewähren. Was ist dabei? Ich habe einmal gefordert, in den Vertrag Einsicht zu nehmen. Hat es geheißen, ja, Sie haben kein Problem. Bis dato habe ich nie die Chance gehabt. Nein. Das ist ja das Nächste. *(Abg. Walter Temmel: Das ist Transparenz, genau!)*

Das ist das Nächste. Was vergibt man sich, liebe Kollegen, Kolleginnen, was vergibt man sich, wenn man dort wirklich Einsicht bekommt? Dann können wir uns viel ersparen, die Diskussionen.

Dann geht man her und sagt okay, das wurde so vereinbart. Danke und der Herr Schnedl und wie sie alle heißen, Dopler und was weiß der Teufel, haben halt dem Vertrag nicht entsprochen Bonuszahlungen hat er sich ausgezahlt, was eben nicht gerechtfertigt war, das war nicht gerechtfertigt und was weiß ich was der alles verbrochen hat. Aber noch einmal, man kann sich ja auch täuschen in einem Menschen, ist einmal so.

Aber wir als Opposition haben die Verpflichtung auch dort das aufzuzeigen und daher hat es diesen Sonderlandtag gegeben. Es war gut, dass es den gegeben hat. In diesem Sinne glaube ich, dass wir trotzdem alle miteinander arbeiten müssen für das Land Burgenland. Danke. *(Beifall bei der LBL und der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Nun, ich hätte persönlich nicht gedacht, dass ich eigentlich in meiner Funktion als Mandatar beim Burgenländischen Landtag wiederum sehr rasch zu den Wurzeln meines erlernten und überwiegend ausgeübten Berufes als Arbeitsrechtsjurist zurückkehre.

Aber infolge des Dringlichkeitsantrages in der heute beantragten Sonderlandtagssitzung musste ich vernehmen, dass gerade meine Kenntnisse aus den letzten 20 Jahren als Gerichtsvertreter wichtig sind und gerade bei der Beurteilung dieser heutigen Thematik durchaus wesentlich sein können. Mir ist es deshalb auch wichtig zu erklären, aus der Sicht eines Arbeitsrechtlers, warum der zuständige Landesrat Mag. Norbert Darabos gar nicht anders handeln konnte.

Diese emotionale Thematik hinblicklich der Entlassung und der Abberufung des Geschäftsführers der KRAGES Burgenland ist ein *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wer waren seine Anwälte?)* Thema, das, wie analog zu anderen gleichgearteten Fällen der Entlassung, natürlich immer objektiv, fachkundig und transparent zu beurteilen ist. Wenn man feststellt, dass die KRAGES seit 1.1.1993 aus der Landesverwaltung ausgegliedert worden ist und das Land also nicht mehr operativ die KRAGES führt, dann gilt, dass ein Geschäftsführer, zuletzt der Herr Mag. Schnedl laut GmbH-Gesetz einem umfassenden Weisungsrecht des Eigentümers, dem Land Burgenland unterliegt.

Das ist der Punkt, den ich auch dem Kollegen Steier mitgeben möchte. Das GmbH-Gesetz sieht nämlich ausdrücklich vor, dass dieses umfassende Weisungsrecht gegenüber dem Eigentümer besteht. Wenn das Land Burgenland unter seiner Aufsicht durch die entsandten Mitglieder der Landesregierung, wie Landesrat Mag. Darabos, Landesrat Bieler oder Landesrat Petschnig bemerkt, dass in einer GmbH etwas falsch läuft, dann ist natürlich die Verpflichtung gegeben, entsprechende Maßnahmen und

Schritte zu setzen. Das Land hat in diesem konkreten Fall gehandelt, wie es jeder andere Unternehmer der ordentlich arbeitet, auch macht, wenn ein Angestellter das Vertrauen missbraucht. Im konkreten Fall haben wir heute gehört, dass laut Prüfberichten, aber auch laut den entsprechenden Mitteilungen, ein Fehlverhalten vorgelegen ist, welches schließlich auch seitens der Prüfer und seitens der Experten dazu geführt hat, dass im Wesentlichen eine Entlassungsempfehlung an den zuständigen Landesrat ergangen ist.

Norbert Darabos als verantwortungsbewusster Vertreter des Eigentümers musste so handeln. Er musste die Entlassung unverzüglich aussprechen und er musste die Abberufung des Geschäftsführers aus formellen Gründen vornehmen. Nach diesen Fakten und nach dem heute Gehörten behaupte ich, das Land musste die fristlose Entlassung unverzüglich aussprechen, damit ein weiterer Schaden durch das Fehlverhalten des Geschäftsführers verhindert worden ist.

Dazu muss man vielleicht ausführen und das ist nicht unwesentlich, dass wir gerade bei der Entlassung eine Unverzüglichkeitsgebot haben und deshalb bei Bekanntwerden der wichtigen Gründe, wie heute bereits mitgeteilt, unverzüglich diese Entlassung auszusprechen war.

Nachdem diese empfangsbedürftig ist und eine empfangsbedürftige Willenserklärung darstellt, ist es notwendig gewesen, wegen der Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung diese so rasch wie möglich durchzuführen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mittels Rsa-Brief!)*

Wie ich bereits mitgeteilt habe, muss eine empfangsbedürftige Willenserklärung natürlich auf den Empfang gerichtet sein und der Empfang muss raschest möglich gewährleistet werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das möchte ich mir anschauen, was Du sagen würdest, wenn das eine Firma machen würde!)* Wenn jetzt im konkreten Fall der zuständige Landesrat das nicht unverzüglich gemacht hätte, Herr Kollege Steiner, das wissen Sie als Jurist, wäre dieser Anspruch verwirkt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber nicht auf diese Art und Weise!)*

Das bedeutet natürlich, dass dann sämtliche wichtige Entlassungsgründe nicht mehr nachgebracht werden könnten. Deshalb hätten Sie selbst, dem zuständigen Landesrat und den jeweiligen Vertretern wahrscheinlich den Vorwurf gemacht, wenn die Entlassung nicht ausgesprochen worden wäre *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es ist die Frage, wie man es macht. Es ist die Art und Weise. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Wenn das eine Privatfirma macht.)* und die Weiterbeschäftigung gegeben gewesen wäre, dass er durch das Fehlhandeln für den Schaden verantwortlich wäre. Ich glaube deshalb, Norbert Darabos hat die wesentlichen Gründe dargestellt und hat auch unverzüglich gehandelt. Aus meiner Sicht ist deshalb auch noch zu erwähnen, dass diese Empfehlungen der jeweiligen Experten, die beigezogen worden sind, jedenfalls ernst zu nehmen waren, weil ansonsten hätte das bedeutet, dass eventuelle weitere Nachteile nicht nur für die KRAGES, nicht nur für unser Gesundheitssystem, sondern auch für das Land und vor allem seine Menschen entstanden wären, und das will niemand in diesem Raum. Deshalb glaube ich, dass dieser Schritt der Entlassung und Abberufung des Geschäftsführers in der Form, wie er stattgefunden hat, formell und auch inhaltlich richtig war.

Hohes Haus! Ich bin aber auf Grund der Wortmeldungen, insbesondere auf Grund der Wortmeldung von Mag. Wolf nicht sicher, ob es wirklich um diese Entlassung heute gegangen ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sicher! Um was denn sonst?)* Ich bin mir auch nicht sicher, ob es wirklich um den Herrn Geschäftsführer Schnedl beziehungsweise um die Thematik der Entlassung und Abberufung gegangen ist.

Auf Grund der Wortmeldung von Mag. Wolf glaube ich, dass sehr wohl heute versucht worden ist, die Keule auszupacken *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Keule hat der Kollege Rezar ausgepackt.)* und gegenüber dem Landesrat Mag. Darabos und Landeshautmann Hans Niessl vorzugehen.

Ich glaube deshalb, dass die Situation des abberufenen Geschäftsführers ausgenutzt worden ist, um diese Inszenierung durchzuführen. Dabei stehe ich nicht alleine da, ich bin dort, wo auch der Zentralbetriebsratssvorsitzende der KRAGES steht. Ich glaube, das war eine bewusste Inszenierung, um ein Störfeuer gegen die Spitze unseres Landes im Gesundheitswesen zu richten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich bin der festen Überzeugung, dass das niemand in unserem Land verdient. Nicht die Mitarbeiter, nicht die Patienten, aber schon gar nicht die Burgenländer und Burgenländerinnen, die sich Hoffnungen machen, dass unser Gesundheitssystem, das mit 83 Prozent positivem Echo gute Werte hat, dass diese Hoffnung machen, dass durch den Neubau des Krankenhauses Oberwart und zusätzliche effiziente Versorgungseinrichtungen noch besser aufgestellt wird und ich bin gegen das Krankjammern dieses Gesundheitssystem, das heute wieder inszeniert worden ist.

Ich glaube, und ich bin fest der Überzeugung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Christian, hast Du ihm zugehört?)* dass sehr wohl auch der Kollege Rosner als Bürgermeister aus Oberwart es nicht wirklich machen kann, oder nicht wirklich in die Richtung tendieren darf, dass er sagt, ich mache mein Krankenhaus schlecht, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat das denn gemacht aus Deiner Sicht?)* um eventuell dem Herrn Landeshautmann oder dem Herrn Landesrat eines auszuwischen, das kann nicht die Intention sein. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist das jetzt der Gemeinderatswahlkampf?)*

Er wird das sicherlich verneinen, und das muss auch unsere gemeinsame Intention sein. Die Intention muss lauten: Wir müssen zukünftig schauen und trachten, dass wir wirklich wieder eine konstruktive Gesprächsbasis finden, zu dieser zurückkehren, das verdienen unsere Burgenländerinnen und Burgenländer, das verdienen die 83 Prozent, die an unser Gesundheitssystem sehr positiv glauben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich selbst als "praktizierender" Südburgenländer stehe natürlich zu dem Schwerpunktkrankenhaus Oberwart, und ich stehe auch dazu, dass dort ein echtes Gesundheitszentrum entsteht. Störfeuer in diese Richtung sind unverhältnismäßig und würden viel höheren Schaden und höhere Risken für diese Situation bezwecken. Ich wehre mich dagegen, dass unser Krankenhaus schlechtgemacht wird, ich will ein echtes Gesundheitszentrum entstehen lassen, das sind wir unseren Beschäftigten und das sind wir auch den Burgenländerinnen und Burgenländern schuldig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Daher abschließend: Gehen wir den Weg des Miteinanders im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer, darum bitte ich Sie. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze. Es sind - und es war auch zu erwarten - Gott sei Dank auch einige Fragen beantwortet worden, dafür sage ich auch Danke. Daher nehme ich jede Art von Verunglimpfung, die auf die Einberufung der heutigen Sonderlandtagssitzung abgestellt war, eigentlich als falsch an. Es kann nicht sein, dass der Mandatar, egal welcher Couleur

er ist, freigestellt wird im Sinne von Verantwortung, indem ihm nicht erklärt wird, nicht dargestellt wird, welche Gründe dafür sprechen, in einer 100-prozentigen Landestochter jemanden zu entlassen.

Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, ohne mich jetzt vor den expedierten Geschäftsführer Schnedl zu stellen, ihm jetzt als solches so dastehen zu lassen, dass seine Verfehlungen, die dargestellt wurden, mehr als Grundlage gewesen sind, ihn zu entlassen. Es sei dahingestellt in der Handlungsaufgabe der Gesellschafter, dass sie diesen Weg beschritten haben, aber ich möchte für ihn jetzt auch eines festhalten, er wird mit Sicherheit vor dem Arbeitsgericht auch darstellen können, ob die gegebenen Anschuldigungen, die gegen ihn erhoben werden, zu Recht erfolgt sind, und ich möchte im Grunde genommen nicht wissen, wenn das nicht der Fall ist, welche Verantwortung wir dann von der Regierungsseite hören werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sei dahingestellt, dass Verfehlungen begangen worden sind. Im Grunde genommen, Herr Landeshauptmann, nur auf Ihre Darstellungen ein paar Reflexionen. Im Grunde genommen, das sollten Sie hinterfragen, im BURGEF sind zwölf Intensivbetten veranschlagt gewesen, nicht acht, wie Sie gesagt haben, *(Abg. Klaudia Friedl: Er hat zwölf gesagt.)* zwölf sind festgehalten gewesen. Sind wir d'accord, wenn das so ist, wie Sie gesagt haben, dann nehme ich das zurück. Es sind zwölf gewesen.

Auf jeden Fall ist die Situation, und das muss man bei dieser Gelegenheit auch diskutieren dürfen, ist die Situation, und das wissen Sie am besten, weil Sie auch beim Krankenhaus Oberwart in der Darstellung auf den Neubau darauf achten werden - hoffentlich -, die finanziellen Möglichkeiten auch einzuhalten, die veranschlagt sind. Das Gleiche gilt auch für das Gesundheitswesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle und ich nehme niemanden aus, wünschen uns für alle Burgenländerinnen und Burgenländer, dass wir das beste Gesundheitswesen mit den besten Möglichkeiten zur Hand geben. Nur eines, Herr Landeshauptmann, sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, Sie wissen es, ich weiß es und alle anderen auch, die finanziellen Möglichkeiten sind laufend eingeschränkt dazu werten. Mit dem vorher angesprochenen Kostendämpfungspfad werden Sie auch von Bundesseite her nicht um den prozentuellen Ansatz wachsen, der ursprünglich veranschlagt ist. Eines noch insgesamt zur Kenntnis gebracht, der Regionalplan Gesundheit in Ableitung vom Österreichischen Regionalplan ist mit Sicherheit von Experten erstellt worden.

Wenn jetzt jemand aufzeigt, dass ich finanzielle Möglichkeiten habe, dann würde ich ihn im Grunde genommen jetzt nicht deswegen verurteilen, weil er das an einem Beispiel bekannt gemacht hat, wo andere Zuträger jetzt die Aussage getroffen haben, er hätte sich für irgendeine Schließung von einer Abteilung eingesetzt.

Sie wissen es ganz genau, und wir haben es insgesamt alle miteinander verfolgen dürfen, dass im Zusammenhang mit der letzten Landtagswahl im Vorfeld des sogenannten Ärztezeitmodels, oder der Ärztezeitarbeitseinschränkung eine Diskussion gelaufen ist, die sich kein politisch Verantwortlicher gewünscht hat und dass in dem Zusammenhang mit den gegebenen Verantwortlichkeiten mehr als Vorwürfe von Ärzteseite an die Politik gestellt worden sind.

Im Burgenland hat es nachträglich eine Einigung gegeben und - wie wir alle wissen - hat es auch eine Einigung in Bezug für die Zulage für das Krankenschwesternwesen gegeben. Im Grunde genommen, Herr Landesrat, und das müssen Sie auch bei der Diskussion sagen, wo Sie sagen, der Geschäftsführer in der KRAGES hätte das Ganze

behindert. Wer hat sich auf die Zulage der Krankenschwestern geeinigt? Ich würde jetzt meinen, Sie sagen, Sie haben sich geeinigt. Wer hat die Verantwortung im Sinne der Auszahlung der Gelder an das Personal? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Gut. Waren zu dem Zeitpunkt, wo Sie das moniert haben, dass die KRAGES behindert hätte, waren zu dem Zeitpunkt die Beschlüsse in der KRAGES gefasst? Da widerspreche ich Ihnen, das war nämlich nicht der Fall. Das heißt, zu dem Zeitpunkt, wo es erfolgt ist, im März, am 15., dann waren sie beschlossen, aber im Jänner, im Feber hat es diese Beschlüsse nicht gegeben, daher ist der Vorwurf absolut nicht zielgerichtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend, ich wünsche mir genauso wie jeder andere nicht die heutige Diskussion, sondern den höchsten Einsatz dafür, dass für die Patienten im Sinne der Versorgung alles geleistet wird. Die Möglichkeiten - und das werden Sie auch einmal bekennen müssen - sind nicht mehr so vorhanden, dass wir jeden Tag mit Lottosechsern ausgestattet werden, um alles zu vollziehen.

Das heißt, wir werden Einschränkungen setzen müssen. Die Frage ist, wo wir sie setzen. In Wirklichkeit bei den Kathedern, bei den Herzkatheter, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, dass das nicht der Fall ist, ich gebe Ihnen auch Recht, dass es bei anderen Sachen, bei der HNO nicht der Fall sein sollte, aber in Wirklichkeit - und da haben Sie vorher nicht zugehört - bei den Kathedern haben wir eine Verbundsituation über den Regionalplan mit den niederösterreichischen Krankenhäusern. Im Süden, in Oberwart und in Güssing haben wir keine Station, haben wir im Verbund eine Vereinbarung mit Graz. Daher ist es durchaus legitim, wenn jetzt der Süden aufschreit und sagt, wir brauchen es auch. Sie haben zugesagt, dass es in Oberwart, im neuen Haus, das geben wird. *(Abg. Robert Hergovich: Hat er eh schon dreimal gesagt.)* Ist in Ordnung! Daher nehme ich auch an, dass das der Fall sein wird. Herzlichen Dank. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist ein Wahnsinn. Der hört sich so gerne reden. – Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ich möchte noch eines unterstreichen. Ich möchte es nicht in die Länge ziehen, aber das sind, glaube ich, ganz wesentliche Dinge, dass wir in der Regierung beschlossen haben, dass sehr wohl der Herzkatheter auch in Oberwart gemacht wird und das in Eisenstadt auch ausgebaut wird, weil es da auch noch Kapazitäten bedarf. Also, das sind so wichtige Dinge bei Herzinfarkt, und das wird nicht weniger, dass das sowohl in Oberwart und wir nicht den Verbund mit der Steiermark machen, sondern dass wir einen Burgenlandverbund machen. Das ist beschlossen. Das wird in Oberwart gemacht. *(Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir ja nicht als Abgeordnete.)* Das möchte ich nur - deswegen sage ich es noch einmal - entschuldige, Du warst draußen - *(Abg. Manfred Kölly: Ich höre eh immer mit, beim Fernseher.)* und da habe ich es gesagt. Dann passt es. Hervorragend!

Deswegen sage ich es noch einmal *(Abg. Manfred Kölly: Darum ist es wichtig, dass wir Informationen bekommen.)* und jetzt auch zu der - ich will es nur unterstreichen, - zu der Akut- und zur Grundversorgung, auch da sagt der ÖSG, dass wir für die Akut- und Grundversorgung verantwortlich sind und da sieht der ÖSG-Bundesstelle die zwölf Betten vor, wo nur acht Betten genehmigt wurden.

Das ist evident, weil, sie haben gesagt, du kannst schon zwölf machen, aber zahlen tue ich sie nicht über den BURGEF, und das ist das Problem, dass 70 dann innerhalb von drei Monaten nicht untergebracht werden konnten, das möchte ich auch nochmals

unterstreichen, damit eben diese Situation klar ist, dass wir das aufrüsten müssen und dass sowohl im Süden als auch im Norden der Herzkatheter und die HNO natürlich in entsprechender Qualität zur Verfügung stehen. Das möchte ich noch abschließend betonen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, die Debatte über die dringliche Anfrage ist somit beendet.

Die Anfrage wird gemäß § 29 GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl übermittelt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 18. Mai 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich darf mitteilen, dass die Präsidialsitzung heute im Büro des Herrn Präsidenten in 15 Minuten stattfindet.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 17 Uhr 43 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 26. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 18. Mai 2017

10.02 Uhr - 16.07 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird;

3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird;

4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird;

5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird;

6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird;

7. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird;

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen;

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Bekämpfung illegaler Doppelstaatsbürgerschaften und Fragen der Verleihung von Staatsbürgerschaften;

10. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden;

11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Umfahrung Schützen (B 50);

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4125)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 127 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 4127)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4128 u. S. 4128) und Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 4128)

Anfrage Nr. 143 des Abgeordneten Mag. Johann Richter an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Förderaktionen in den Bereichen Tourismus und Wirtschaft
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 4129)
Zusatzfrage: Mag. Johann R i c h t e r (S. 4130 u. S. 4131), Markus W i e s l e r (S. 4132) und Mag. Michaela R e s e t a r (S. 4133)

Anfrage Nr. 129 der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Gesundheitssystem im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4134)
Zusatzfrage: Mag. Michaela R e s e t a r (S. 4135 u. S. 4136), Georg R o s n e r (S. 4136) und Günter K o v a c s (S. 4137)

Anfrage Nr. 135 des Abgeordneten Werner Friedl an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend transnationale INTERREG-Projekte mit burgenländischer Beteiligung
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4138)
Zusatzfrage: Werner F r i e d l (S. 4140 u. S. 4140) und Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 4141)

Anfrage Nr. 128 des Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Konzept für den Tourismus im Südburgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 4143)
Zusatzfrage: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4144 u. S. 4144) und Mag. Michaela R e s e t a r (S. 4145)

Anfrage Nr. 130 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Änderungen im Bereich der Zumutbarkeitsbestimmungen
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4146)
Zusatzfrage: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 4147 u. S. 4147), Walter T e m m e l (S. 4148) und Robert H e r g o v i c h (S. 4148)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 903), mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 - 635) (Beilage 930);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 4149)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4166)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 904), mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 636) (Beilage 931);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 4150)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4167)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 905), mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 637) (Beilage 932);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 4150)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4167)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 906), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Zahl 21 - 638) (Beilage 933);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 4150)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4167)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 907), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 639) (Beilage 934);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 4151)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4168)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 908), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (Zahl 21 - 640) (Beilage 935);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 4151)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4151), Manfred H a i d i n g e r (S. 4152), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4154 und S. 4161), Werner F r i e d l (S. 4156), Gerhard S t e i e r (S. 4158), Robert H e r g o v i c h (S. 4158), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4162) und Géza M o l n á r (S. 4166)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4168)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 921) betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen (Zahl 21 - 653) (Beilage 936);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 4168)

Redner: Manfred K ö l l y (S. 4169), Géza M o l n á r (S. 4172), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 4174), Ewald S c h n e c k e r (S. 4176), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4179), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 4181), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4182) und Gerhard S t e i e r (S. 4186)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4189)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 910) betreffend die Bekämpfung illegaler Doppelstaatsbürgerschaften und Fragen der Verleihung von Staatsbürgerschaften (Zahl 21 - 642) (Beilage 937);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 4189)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4190), Géza M o l n á r (S. 4193), Mag. Franz S t e i n d l (S. 4195), Ewald S c h n e c k e r (S. 4199), Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 4201) und Gerhard S t e i e r (S. 4202)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4203)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 913) betreffend Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden (Zahl 21 - 645) (Beilage 938);
Berichterstatter: Georg R o s n e r (S. 4203)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4204), Karin S t a m p f e l (S. 4206), Walter T e m m e l (S. 4207 u. S 4223), Wolfgang S o d l (S. 4211), Gerhard S t e i e r (S. 4213), Manfred K ö l l y (S. 4214), Landesrätin Verena D u n s t (S. 4217 u. S. 4224), und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4224)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4225)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 405) betreffend Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Umfahrung Schützen (B 50) (Zahl 21 - 277) (Beilage 939);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 4225)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 4226), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4228) und Gerhard S t e l e r (S. 4230)
Ablehnung des Entschließungsantrages (S. 4231)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4125)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Ich darf Sie alle recht herzlich zu der 26. Sitzung des Burgenländischen Landtages willkommen heißen. Ich e r ö f f n e diese Sitzung.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 25. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Herr Landesrat Helmut Bieler sowie Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon und die Herren Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar und Mag. Thomas Steiner entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 26. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 18. Mai 2017.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 674) (Beilage 952);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird (Zahl 21 - 675) (Beilage 953);
3. Gesetzentwurf, mit dem das als Landesgesetz geltende Bundesgesetz, betreffend die Tanzlehranstalten, aufgehoben wird (Zahl 21 - 676) (Beilage 954);
4. Beschlussantrag, mit dem der Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe, zugestimmt wird (Zahl 21 - 677) (Beilage 955);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der

1. Prüfungsbericht betreffend Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG und Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH (Zahl 21 - 660) (Beilage 928);

eingelangt.

Weiters ist von der Volksanwaltschaft der Bericht zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2016 (Zahl 21 - 672) (Beilage 950) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Steuern auf Vermögen (Zahl 21 - 670) (Beilage 948);
2. der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Mag.a Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz-Maßnahmen - Heizung und Sanierung - im Wohnbau (Zahl 21 - 673) (Beilage 951);
3. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen

betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Zahl 21 - 678) (Beilage 956);

4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung für Nahversorger (Zahl 21 - 679) (Beilage 957);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Entschärfung der Kreuzung zwischen Großpetersdorf und Jabing (Zahl 21 - 659) (Beilage 927);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Einkaufszentrum „Arena“ (Zahl 21 - 667) (Beilage 945);
3. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Inserat Jagdgesetz (Zahl 21 - 668) (Beilage 946);
4. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Frostentschädigungen (Zahl 21 - 669) (Beilage 947);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Integrationsarbeit (Zahl 21 - 671) (Beilage 949);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 613) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 657) (Beilage 925);
2. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 618) betreffend Verkehr auf einem Güterweg Nikitsch (Zahl 21 - 658) (Beilage 926);
3. des Landtagsageordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 617) betreffend Bürokratieabbau (Zahl 21 - 661) (Beilage 929);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 616) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 662) (Beilage 940);
5. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 611) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 663) (Beilage 941);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 610) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 664) (Beilage 942);
7. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 614) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 665) (Beilage 943);
8. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 612) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 666) (Beilage 944);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 674, Beilage 952, Zahl 21 - 675, Beilage 953, Zahl 21 - 677, Beilage 955, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 670, Beilage 948, Zahl 21 - 673, Beilage 951, Zahl 21 - 678, Beilage 956, und

Zahl 21 - 679, Beilage 957, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 676, Beilage 954, und den Bericht der Volksanwaltschaft Zahl 21 - 672, Beilage 950, weise ich dem Rechtsausschuss

und den Bericht des Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 660, Beilage 928, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 659, Beilage 927, und Zahl 21 - 667, Beilage 945, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 668, Beilage 946, Zahl 21 - 669, Beilage 947, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 671, Beilage 949, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 657, Beilage 925, Zahl 21 - 658, Beilage 926, Zahl 21 - 661, Beilage 929, Zahl 21 - 662, Beilage 940, Zahl 21 - 663, Beilage 941, Zahl 21 -664, Beilage 942, Zahl 21 – 665, Beilage 943, und Zahl 21 - 666, Beilage 944,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 11 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Bei Ihrer Ankündigung, das Burgenländische Landes-Polizeistrafgesetz novellieren zu wollen, äußerten Sie, ein sogenanntes „Rempelverbot“ gesetzlich verankern zu wollen.

Wie genau stellen Sie sich die Regelung und das Exekutieren desselben vor?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Da muss man Folgendes hinzufügen, dass dieses Wort „Rempelverbot“ eigentlich eine Erfindung von einem Journalisten namens Auer ist. Warum er dieses Wort erfunden hat, weiß ich nicht. Ich gehe einmal davon aus, dass er der Freiheitlichen Partei Schaden zufügen möchte. Warum er das gemacht hat, weiß ich nicht. Das ist nicht eine journalistische Sorgfalt, wie man es erwartet, sondern ein „Rempelverbot“ gibt es einfach

nicht, es gibt eine Anstandsverletzung, aber vom „Rempelverbot“ war überhaupt nie die Rede. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie genau soll dann die Ahndung der Anstandsverletzung geschehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Frau Abgeordnete! Es ist derzeit so, dass im Gesetzestext nur verankert ist, es ist verboten, den öffentlichen Anstand zu verletzen. Das heißt, hier werden wir eine Ausformulierung vornehmen, dass man zum Beispiel auch nicht die Möglichkeit haben soll, mit einer aggressiven Bettelei jemanden zu bedrängen oder dass man nicht die Möglichkeit haben darf, dass das in das Verwaltungsstrafgesetz kommt, wenn man zum Beispiel jemandem den Zugang zu einem Spital verhindert, indem man sich hinstellt und sagt, du kannst in das Spital nicht hineingehen. Oder wenn man jemandem den Zugang zu einem öffentlichen Verkehrsmittel verhindert.

Das sind alles Situationen, die derzeit im Landes-Polizeistrafgesetz nicht verankert sind.

Das wollen wir natürlich dann auch noch in einem untergeordneten Sideletter sozusagen anführen, damit dann natürlich auch das Bedrängen oder das Verhindern zum Zugang an einen öffentlichen Ort, sprich Spital, nicht mehr möglich ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sie haben jetzt das aggressive Betteln angesprochen.

Explizit kann ich davon ableiten, dass gegen das stille Betteln Ihrerseits nichts einzuwenden ist?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, da liegen Sie völlig richtig. Das stille Betteln ist österreichweit überall erlaubt, nur das aggressive Betteln ist natürlich verboten.

Ich glaube auch, dass das sehr zweckdienlich ist, denn manche Menschen werden dazu benutzt, hier eine aggressive Bettelei durchzuführen. Wenn man das verankert hat, dann haben wir die Gewährleistung, dass so etwas nicht passiert.

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Das Polizeistrafgesetz wollen Sie also durch ein Landessicherheitsgesetz ersetzen. Sie haben das in den Medien auch entsprechend dargestellt. Der Koalitionspartner war hörbar überrascht, weil er dann von sehr vielen Abstimmungsproblemen noch gesprochen hat.

Ich möchte einen Punkt des von Ihnen geplanten Gesetzes aufgreifen. Dabei geht es auch um das Bettelverbot. Es hat die Landeshauptstadt Eisenstadt - und das ist eher

ein Problem im Ballungsraum als in den kleinen Gemeinden - ein Bettel- und Alkoholverbot mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ im Gemeinderat beschlossen.

Explizit steht im „Standard“ - Nachsatz, Ihr Nachsatz: Anders als zurzeit in Eisenstadt soll Ihr Landessicherheitsgesetz sein.

Wie unterscheidet sich Ihr geplantes Landessicherheitsgesetz von dem Gemeinderatsbeschluss in Eisenstadt? *(Abg. Manfred Kölly: Ich kenne den nicht. – Abg. Ilse Benkö: Den kennst Du nicht? Ich auch nicht. – Abg. Robert Hergovich: Dass es besser wird.)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Das konterkariert sich überhaupt nicht. Faktum ist, dass das Landes-Polizeistrafgesetz dann das Landessicherheitsgesetz sein wird. Es geht darum, dass explizit nicht die aggressive Bettelei angeführt ist. Das heißt, das wollen wir natürlich auch anführen, auch deshalb, weil man natürlich auch Vorsorge treffen muss. Man weiß ja nie, was kommt.

Dieses geplante Gesetz wurde mit der Polizei, mit dem Koalitionspartner, mit der Abteilung, sehr konstruktiv durchdiskutiert. Ich glaube auch, dass wir da auf einen grünen Nenner gekommen sind. Insgesamt muss man sagen, dass wir bei der nächsten Runde dann schon ziemlich weit sind und natürlich - das habe ich schon einige Male erwähnt - auch die anderen Parteien eingebunden werden.

Wenn es irgendwelche Anregungen seitens der anderen im Landtag vertretenen Parteien gibt, sind wir selbstverständlich bereit, auch darüber zu sprechen. *(Abg. Manfred Kölly: Wie heißt das Gesetz in Eisenstadt? – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Richter an Herrn Landesrat MMag. Petschnig gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Richter um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Danke. Sehr geehrter Herr Landesrat! Seit Ihrer Angelobung als Landesrat haben Sie schon viele erfolgreiche Förderaktionen in den Bereichen Tourismus und Wirtschaft gestartet und auch umgesetzt.

Wie sind Ihre letzten beiden Qualitätsinitiativen verlaufen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Kurz und gut, diese Qualitätsinitiativen sind sehr, sehr gut verlaufen. Es gab zwei Stück davon. Die erste … *(Abg. Ilse Benkö: Kurz und Kern! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Kurz und gut, hat er gesagt.)* Kurz und bündig, ich hoffe, dass diese Formulierung nicht Probleme aufwirft. Die erste Qualitätsinitiative, um das kurz zu rekapitulieren, 1. April bis 30. September 2016 … *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Überall „Kurz“.)* Jetzt komme ich erst mit, was Ihr meint.

1. April bis 30. September 2016, davor waren vor allem die Kleinbetriebe, also Privatzimmervermieter und kleine Gewerbliche bis 20 Betten, also zehn Zimmer, begünstigt. Budgetmittel mussten von 400.000 auf Grund hoher Nachfrage auf 500.000 Euro aufgestockt werden. 68 Anträge positiv behandelt, Zuschusshöhe knapp 498.000 Euro, ein Ausnutzungsgrad von 99,5 Prozent.

Ich möchte mich auch ausdrücklich noch einmal beim Zuständigen für die Tourismusförderung in der WiBuG, beim Franz Kain, bedanken, der wirklich nicht nur die

Initiative sehr gut herausgearbeitet hat, sondern auch die Budgetierung nahezu perfekt hingebracht hat. Also wirklich eine Punktlandung! Ein ausgelöstes Gesamtinvestitionsvolumen von etwas über 1,8 Millionen Euro für die kleinsten unserer Tourismusbetriebe.

Die Qualitätsinitiative 2.0 mit der Laufzeit von 1. Dezember 2016 bis 30. April 2017, diese ist also erst vor kurzem ausgelaufen, betrifft jetzt Beherbergungsbetriebe von elf bis 30 Zimmer. Sie sehen also, die nächste Größenkategorie mit 74 potentiellen Förderwerbern. Es wurden Budgetmittel von 800.000 Euro dafür reserviert, 28 Anträge konnten positiv behandelt werden, die Zuschusshöhe belief sich auf knapp 653.000 Euro, das wäre ein Ausnutzungsgrad von knapp 82 Prozent. Hier sind natürlich die Ausnutzungen durch einzelne Fälle natürlich größer, weil mit 30 Betrieben, das ist schon eine stattliche Pension, aber trotzdem mit 82 Prozent Ausnutzungsgrad, glaube ich, ein sehr, sehr großer Erfolg.

Gesamtinvestitionsvolumen, das auch zusätzlich noch über den Winter investiert wurde, der touristisch eher eine Sauregurkenzeit ist und auch im Sinne einer Umwegrentabilität für die Bauwirtschaft entsprechenden Mehrwert generiert. Ein Gesamtinvestitionsvolumen von 1.794.000 Euro, also das ist ein schöner Impuls, wie gesagt, auch für andere unserer Branchen hier im Burgenland.

Der Bedarf war offensichtlich, konnte ebenso offensichtlich in hohem Ausmaß gedeckt werden und entspricht eigentlich unserer Tourismusstrategie, die insbesondere im Beirat von den Expertinnen und Experten aus der Praxis entwickelt worden ist. Es sitzen genau jene Leute und jene Tourismusexperten drinnen, die diese Strategie auch umsetzen. Es wird auf Qualität gesetzt, es wird die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, es wird die Auslastung dadurch erhöht, es wird die Preisdurchsetzung erhöht, wobei man im Burgenland einen gewissen Aufholbedarf hat, und ich glaube, das ist kurz und einfach der richtige Weg.

Ich freue mich schon auf die kommenden Initiativen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Ich sehe, dass da sehr gut gearbeitet wird, sage ich einmal. *(Abg. Walter Temmel: Wo siehst Du das?)* Wie waren - das ist vielleicht noch interessant - wie waren die Antragsteller beziehungsweise die Begünstigten regional verteilt? Weil das immer so … *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die meisten waren in Illmitz. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Dort, wo es die Privatzimmer gibt.)* Schauen, ob es ein Nord-Süd-Gefälle gibt oder Ähnliches.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Teilweise kommen schon richtige Antworten aus den Reihen. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)*

Bei der Qualitätsinitiative 1.0 ist es natürlich so, dass der Schwerpunkt bei den Privatzimmervermietern oder bei den kleinen Betrieben rund um den Neusiedler See liegt. Das ist, glaube ich, weithin bekannt. Daher war auch der Löwenanteil aus dem Bezirk Neusiedl am See.

Ich glaube, dass die Heimatgemeinde von mir und auch vom Herrn Präsidenten, Illmitz, auch jene war, die das am intensivsten ausgenutzt hat. Da sind aber auch andere, die hier sehr toll investiert haben. Nummer zwei war hier Eisenstadt beziehungsweise Eisenstadt-Umgebung, und diese beiden haben rund zwei Drittel der Gesamtmittel

ausgenutzt. Aus Mattersburg kamen keine Anträge und die mittel- und südburgenländischen Bezirke jeweils zwischen drei und sechs Anträge, mit einem geringen Vorteil für Oberwart, mit zum Beispiel einer Summe von 172.000 Euro, die dort investiert worden sind.

Bei der Qualitätsinitiative 2.0 ist es so, dass eine Entwicklung hier Platz gegriffen hat, die mich persönlich sehr freut, auch wenn ich darauf erpicht bin, alle Landesteile gleich zu behandeln, zumindest was das Angebot, das wir hier legen, betrifft. Es ist zwar nach wie vor der Bezirk Neusiedl mit acht Anträgen und knapp 495.000 Euro an förderbaren Kosten an der Spitze, der zweite Platz ist hier aber der Bezirk Jennersdorf. Hier wurden 426.000 Euro investiert. *(Abg. Ilse Benkö: Südburgenland!)* An dieser Stelle möchte ich wirklich verbindlichsten Dank auch für den Mut hier aussprechen, der hier die Betriebe dort auszeichnet.

Es ist so, dass Jennersdorf darunter leidet, dass ein großes Hotel im Ort, der Abgeordnete Hirczy wird Ihnen das bestätigen können, geschlossen hat. Das sieht man natürlich auch in den Nächtigungszahlen. Da fehlen uns jeden Monat zwischen 4.000 und 5.000 Nächtigungen, natürlich auch in der Statistik, aber vor allem natürlich im Bezirk und in der Stadtgemeinde.

Wenn hier andere, kleinere Betriebe eingreifen, in Qualität investieren, dann ist das, glaube ich, ein guter Weg. Es freut mich insbesondere, dass hier das Südburgenland - wie die Frau Präsidentin gesagt hat - auch zugeschlagen hat. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Zweite Frage: Sind für die nähere Zukunft weitere Förderprojekte geplant?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Herr Abgeordneter! Es sind natürlich weitere Förderprojekte geplant, wobei wir hier natürlich einmal zuerst den Rücklauf analysieren wollen, den die zweite Qualitätsinitiative gebracht hat.

Es gilt einmal, hier die Daten zu analysieren, den eventuellen Bedarf zu erheben, geht man zum Beispiel in die nächsthöhere Größenklasse, was ja auf der einen Seite auf der Hand liegen würde, es gibt aber auch andere Aspekte, die man fördern könnte.

Wir haben zum Beispiel überlegt, ob es möglich wäre, Campingplätze zu fördern. Ein Angebot, das im Burgenland sehr wichtig ist. Hier haben wir ein bisschen ein rechtliches Problem, weil die meisten im Eigentum oder im mittelbaren Eigentum von Gemeinden und damit von der öffentlichen Hand stehen, was sich europarechtlich nicht verträgt.

Es gibt die Möglichkeit der Digitalisierung, also Industrie 4.0 ist immer wieder ein Thema, der Digitalisierung der Online-Buchbarkeit zu fördern. Man muss natürlich auf die Treffsicherheit achten, es gibt hier tolle Privatzimmervermieter, die das wirklich perfekt machen.

Beim High End-Angebot, bei den Thermen und so weiter, ist das sowieso der Fall, aber es ist hier schwierig, wirklich die entsprechende Betroffenheit auszulösen. Das heißt, die Treffsicherheit sicherzustellen, also die Richtigen in den Genuss der Förderung kommen.

Dann gibt es natürlich ein Projekt, das auch mein oder unser Lieblingsprojekt ist, nämlich das mit den Kellerstöckel im Südburgenland, wo wir eben schauen, dass wir eine bei aller Gleichbehandlung, dass wir hier natürlich ein Angebot, das, glaube ich, für das Burgenland sehr speziell ist, ganz speziell fördern, und auch in diesem Bereich sind wir in einer Entwicklungs-, in einer Überlegungsphase. Ich hoffe, dass wir hier zu einem positiven Ergebnis kommen können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Werter Herr Landesrat! Sie haben eben ein Projekt mit Kellerstöckel im Südburgenland erwähnt. Diese Region wird von der Opposition touristisch immer wieder zur Unerträglichkeit krankgejammert.

Was stellen Sie sich bezüglich der Kellerstöckel genau vor?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat. *(Abg. Walter Temmel: Wir tragen berechtigte Anliegen vor.)*

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Herr Abgeordneter! Ob jetzt krankgejammert oder berechtigtes Anliegen, *(Abg. Walter Temmel: Berechtigte Anliegen!)* ich glaube, beides kann man, je nach Standpunkt, vertreten.

Um Ihre Frage zu beantworten: Es geht darum, dass man in den Kellerstöckeln aus touristischer Sicht - optimal wäre die gesamte Bandbreite, von Rechnitz bis ins Uhudlerland - ein sogenanntes dezentrales Hotel entwirft, wie man es im Westen Österreichs, in Kärnten, in Tirol, in Salzburg, mit Almhütten und dergleichen schon kennt, die auch sehr gut gehen, wo tolle Preise bezahlt werden, wo ein tolles Angebot geboten wird, dass wir das auch ins Burgenland holen. Natürlich mit dem Angebot, das wir im Südburgenland haben - den Wein, die Kulinarik, das Radfahren, eventuell das Reiten, das E-Bike und so weiter - vernetzen.

Das heißt, wir brauchen dort natürlich die Online-Buchbarkeit, das ist ganz wichtig, wir brauchen einen Betreiber, wir brauchen natürlich auch das Modell unterschiedliche Rechtsformen, wie wir über diese Kellerstöckel verfügen können, werden die gekauft, werden die gepachtet oder wie auch immer, wir brauchen ein Shuttle-Service.

Sie können sich vorstellen, wenn ein Radfahrer von Rechnitz Richtung Süden fährt, dann will er das Gepäck irgendwie nicht mitnehmen, sondern das muss ihm dann nachgebracht werden, von einem Kellerstöckel zum nächsten, um auch mehrere Nächtigungen zu ermöglichen.

Es gilt, eine Nahversorgung sicherzustellen, mit Frühstück, mit Reinigung, eventuell auch mit Jausen für unterwegs und dergleichen mehr. Hier sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Wenn wir das alles in ein Paket schnüren, mit jeder Menge Partner, mit unterschiedlichen örtlichen Tourismusverbänden, dann glaube ich, dass wir ein gutes Projekt haben, wo das Südburgenland - ich glaube, sogar österreichweit - wirklich voranschreiten würde.

An uns soll es nicht scheitern, denn, wie gesagt, das ist eines meiner Lieblingsprojekte, und ich hoffe, dass sich die Partner finden, dass wir das auch zeitnah umsetzen können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Landesrat! Bei Ihren Fragen ist mir noch eingefallen, da könnte man so ähnlich sagen, in der Früh geht die Sonne auf. Aber egal. *(Abg. Ilse Benkö: Das stimmt.)*

Herr Landesrat, Sie haben gesprochen von Privatzimmern, zehn bis 20 Betten. Habe ich jetzt da irgendetwas falsch gehört, weil ich glaube, bis zehn Betten sind Privatzimmer, und darüber sind sie ja schon gewerblich. Was mich aber sehr freut, weil natürlich, na no na, dort, wo die Privatzimmer sind, dort wird auch investiert, und das ist auch gut so, und dafür freue ich mich besonders.

Das Einzige, wo ich ein bisschen ein Problem sehe, ist die Südburgenland-GesmbH, aber wir haben heute noch eine Frage, da wird mir sicher noch etwas anderes auch einfallen.

Die Südburgenland GesmbH wurde aufgelöst, macht vielleicht auch in Oberwart, in der Stadt, das wird der Herr Bürgermeister nicht gerne hören, auch keinen Sinn.

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete, zur Frage!

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Ich hätte Sie gerne in Bad Tatzmannsdorf gesehen. Aber, was passiert jetzt mit dieser Südburgenland GesmbH? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was soll das? Weil ja Bad Tatzmannsdorf …

Präsident Christian Illedits: Die Frage bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Meine Frage: Die Südburgenland GesmbH wurde aufgelöst. Sie haben gemeint, es könnte vielleicht nach Bad Tatzmannsdorf verlagert werden.

Was passiert jetzt damit?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wie Sie richtig gesagt haben, wir kommen heute noch zu dem Thema, wo ich mehr Zeit habe, das zu beantworten.

Nur kurz. Die Südburgenland GesmbH wurde in Übereinstimmung mit zumindest den allermeisten Tourismusverbänden vor Ort in die Burgenland Tourismus GmbH integriert, das heißt, durch eine Verschmelzung zusammengeführt.

Es gab dann in einer Übergangsphase ein Büro vor Ort, wobei wir uns schlicht und einfach daran orientiert haben, wo die günstigsten Konditionen für uns zu erreichen waren. Es war Jennersdorf mit seinem Angebot ganz vorne mit dabei. Wir haben uns dann vergleichbar und auf Grund der Geographie - natürlich, auch da ist Jennersdorf ein wenig benachteiligt - für Stadtschlaining entschieden.

Es gab jetzt das Übereinkommen vor Ort, das werde ich dann vielleicht auch noch ausführen können, dass das nicht mehr benötigt ist. Ich habe auch das entsprechende Schriftstück der Tourismusgeschäftsführer aus dem Südburgenland mit, die wollen das nicht mehr. Sie sehen den Mehrwert nicht mehr für das Geld, das hier von der Burgenland Tourismus GmbH investiert wird, und insofern haben wir gehandelt.

Also, das ist nicht mein Wunsch, das zu schließen, sondern wir kommen nur dem Wunsch nach und vielleicht, dass man das Geld im Südburgenland auch anders, sinnvoller investieren kann. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag. Michaela Resetar an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag. Resetar um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Eine funktionierende Gesundheitsversorgung ist eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität einer Region.

Wie steht es derzeit um das Gesundheitssystem im Burgenland? *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Bestens!)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich könnte die Frage kurz beantworten und gut sagen, ich werde aber auf den Kern dieser Anfrage zurückkommen *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* und sage Ihnen, laut einer Studie, die wir im Monitoring jährlich durchführen oder halbjährlich sogar durchführen, mit dem Herrn Professor Filzmaier vom Institut für Strategieanalysen, wird uns im Burgenland ausgewiesen, dass 83 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer mit der Gesundheitsversorgung sehr zufrieden sind.

Das heißt, grundsätzlich ist das ein Wert, den es in Österreich in dieser Form nicht gibt.

Sie wissen auch, dass im Regierungsübereinkommen, dass sich die Landesregierung selbst verfasst hat, beziehungsweise dass in diesem Regierungsübereinkommen auch die Gesundheitsstandorte - was die Spitäler betrifft - auch erhalten werden sollen.

Ich darf Ihnen jetzt ganz kurz einen Satz vorlesen, wobei ich weiß, dass sich der Herr Kollege Steindl wieder zu einer tatsächlichen Berichtigung melden wird, aber es betrifft nicht Sie, Herr Kollege Steindl. Zum Beispiel bin ich strikt gegen fünf Spitäler im Burgenland, denn je eines in Oberwart und eines in Eisenstadt müssen reichen. Für die dann leerstehenden Gebäude in Güssing und Oberpullendorf hätte ich schon Ideen, die ich zu gegebener Zeit präsentieren werde. Altersheime schweben mir jedenfalls nicht vor, soviel ist sicher.

Sie wissen, wer das gesagt hat. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich?)* Ja, Sie, genau. Ich wollte Ihnen nur sagen, wir stehen, was Ihre Frage in Richtung Gesundheitsversorgung betrifft, zu den fünf Krankenhäusern, die wir im Burgenland nicht nur erhalten wollen. Im Gegensatz zu benachbarten Bundesländern, wie der Steiermark, die über Standortschließungen nachdenken, stehen wir zu den fünf Häusern.

Wir haben bei den fünf Häusern auch klar zum Ausdruck gebracht, wo wir Schwerpunktsetzungen durchführen wollen. Beispielsweise in Oberpullendorf im Bereich der Augenabteilung. Das ist ein sensationeller Erfolg, denn so viele Operationen, wie jetzt, hat es in Oberpullendorf noch nie gegeben.

Wir haben auch die Orthopädie in Güssing oder die Urologie in Kittsee. Damit kommen wir auch den Krankenhäusern, die nicht im Schwerpunktbereich liegen, also weder Eisenstadt, noch Oberwart betreffen, hier mit den Standortgarantien entgegen. Dadurch sorgen wir aber auch dafür, dass wir diese Krankenhäuser erhalten können.

Wir haben im Burgenland insgesamt neben den fünf Krankenhäusern 44 Pflegeheime. Auch das ist, auf die Bevölkerung gesehen, nicht nur ein Spitzenwert,

sondern der beste Wert in Österreich. Diese 44 Pflegeheime leisten tolle Arbeit. Drei davon sind auch im Eigentum oder im Mehrheitseigentum des Landes. Ich halte das für ganz wichtig. Wir haben eine 24-Stunden-Pflege, wir haben die Hauskrankenpflege, wir haben betreutes Wohnen, wir haben betreutes Wohnen Plus.

Um also Ihre Frage zu beantworten: Ich finde, dass diese Gesundheitsversorgung im Burgenland sehr gut ist. Ich sehe natürlich auch gewisse Probleme, vor allem im niedergelassenen Bereich, wo wir dafür sorgen müssen, dass wir in Zukunft auch die Ärzte im niedergelassenen Bereich in der Region, im Burgenland, halten können.

Da lade ich Sie aber auch als ÖVP ein, jetzt vielleicht noch in den letzten verbleibenden Monaten dieser Regierung auch auf ihren neuen Wissenschafts- und Wirtschaftsminister einzuwirken, dass er unserem Vorschlag positiv entgegentritt. Nämlich, dass man auch die Aufnahmebeschränkungen im Bereich des Zugangs zum Medizinstudium aufhebt, was auch bereits gelungen ist. Das sehe ich sehr positiv. 75 Prozent sind derzeit für Österreicherinnen und Österreicher vorgesehen, aber wir wissen, dass wir in den nächsten Jahren im niedergelassenen Bereich durchaus einen Bedarf haben werden, weil sehr viele Ärztinnen und Ärzte in Pension gehen werden.

Aber, ich hoffe hier auch auf die Unterstützung der ÖVP, nämlich, dem Vorschlag, den ich gemacht habe, auch näher zu treten. Nämlich, dafür zu sorgen, dass jeder, der Medizin studieren möchte, auch Medizin studieren kann. Ob er es dann schafft, ist eine andere Frage, aber grundsätzlich sehen wir, dass das der Schlüssel dazu ist, dass wir dann auch die Versorgung im ländlichen Bereich aufrechterhalten können. Insgesamt sehe ich ein sehr positives Bild, was die Gesundheitsversorgung im Burgenland betrifft. Nicht zuletzt ist hier im Hohen Haus ja auch beschlossen worden, dass die Hälfte des Budgets in den Bereich der Gesundheitsversorgung und der Sozialpolitik geht.

Das ist ein gutes Zeichen, denn auch das gibt es in keinem anderen Bundesland. Die Entwicklung ist also, aus meiner Sicht, eine sehr positive, aber wir können natürlich in dem einen oder anderen Bereich noch ein Scheubchen nachlegen und ein Rädchen noch drehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben am 5. Mai 2017 in der Landtagssitzung folgendes gesagt: „Wir werden in diesem Sinne für das Burgenländische Gesundheitswesen für die Zukunft dafür sorgen, dass alle Krankenhäuser erhalten bleiben, die Verpflegung beziehungsweise die Ausstattung aller Krankenhäuser - sowohl im Norden, als auch im Süden - gleich stark ist und insofern halte ich diese Entscheidung für richtig.“ Aus dem Rohprotokoll entnommen. Wann werden die Abteilungen in den einzelnen Spitälern aufgerüstet?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir sind derzeit dabei, auf Basis des österreichischen Struktur- und Gesundheitsplanes, der jetzt in Begutachtung ist und den wir auch in einigen Punkten beeinspruchen werden, einen regionalen Struktur- und Gesundheitsplan zu erarbeiten und dann wird die von Ihnen gestellte Frage auch zu beantworten sein. Grundsätzlich halte ich es aber für wichtig und notwendig, das sage ich jetzt auch ganz offen hier, das ist auch ein Grund, warum diese Diskussion mit der KRAGES entstanden ist, dass das Südburgenland genauso wie das Nordburgenland behandelt wird. Beide Standorte, beide Regionen müssen gleich behandelt werden und wir haben sehr viel Geld in die Hand genommen,

um auch in beiden Regionen dafür zu sorgen, dass alle wichtigen Parameter in der Gesundheitspolitik erfüllt werden können, sowohl im Norden als auch im Süden.

Ich halte das am Beispiel der HNO für die Barmherzigen Brüder in Eisenstadt beziehungsweise für das Krankenhaus in Eisenstadt, als auch für das Krankenhaus in Oberwart für wichtig und das ist auch ein Beispiel und ein Signal dafür, dass die gesamte burgenländische Region hier auch gleich behandelt wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Ja, ich muss jetzt aber noch einmal zurückkommen. Was bedeutet dann das, wenn Sie sagen: „Die Ausstattung aller Krankenhäuser, sowohl im Norden als auch im Süden, soll gleich stark sein?“ Was bedeutet das für Sie konkret?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wir werden das im regionalen Struktur- und Gesundheitsplan konkret ausführen. Das heißt, dass wir in jeder Region des Burgenlandes eine gesundheitliche Versorgung auch in jedem Bereich ermöglichen wollen. Wir können natürlich jetzt nicht ausschließen, dass in Güssing einige Dinge weniger in Anspruch genommen werden können, als beispielsweise in Oberwart, aber für die Region heißt das, dass wir das regional ausgleichen wollen.

Wir haben übrigens, das möchte ich auch kurz anmerken, leise Versuche auch von der Steiermark gehabt, oder nicht leise sondern eigentlich laute, dass man gewisse Dinge von der Steiermark ins Burgenland übermittelt. Das schmeichelt uns grundsätzlich, weil, wenn Hartberg beispielsweise gewisse Leistungen zurückfährt und die nach Oberwart bringen möchte, dann ist das so eine Auszeichnung und eine Qualitätsauszeichnung für das Burgenland.

Aber, grundsätzlich werden wir dafür sorgen, dass alle Primariate auch gleich ausgestattet sind und ich sage ganz offen dazu, ich war jener Landesrat, der dafür gesorgt hat, dass eine, aus meiner Sicht, verfälschte und fälschlicherweise durchgeführte Entscheidung, nämlich dass man 1. die ärztlichen Leitungen zusammengelegt und 2. Primariate zusammengelegt hat wieder aufhebt. *(Abg. Manfred Kölly: Wer war denn das, der das gemacht hat? Wer denn?)*

Ich glaube nämlich, dass jedes Krankenhaus die Qualität hat, um hier auch für ärztliche Versorgung, aber auch für menschliche Betreuung zu sorgen. Es ist deshalb jetzt die Aufgabe, dass man das in diesem regionalen Struktur- und Gesundheitsplan auch umsetzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Rosner.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Rahmen der Entlassung des KRAGES Geschäftsführers Schnedl gab es, laut Ihren Aussagen, auch Uneinigkeiten betreffend der Kostenschätzung und des Zeitpunktes der Fertigstellung des Krankenhauses Oberwart. Meine Frage: Wann werden welche konkreten Schritte zum Neubau des Krankenhauses Oberwart gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe dabei ein nicht nur sehr reines Gewissen, sondern ich glaube nicht, dass es jemals

ein Projekt gegeben hat, dass in dieser Transparenz auch umgesetzt wird. Es ist momentan ein Generalplaner eingesetzt, der derzeit plant.

Wir haben dann in weiterer Folge einen Generalunternehmer einzusetzen, der dann auch rechtzeitig eingesetzt werden wird. Wir sind bei der Kostenschätzung, was schon im Jahr 2014 von der SPÖ-ÖVP, ich betone, von der SPÖ-ÖVP Regierung beschlossen wurde, nicht abgewichen und sind auf dem besten Weg, dieses Projekt auch umzusetzen.

Die einzige Frage, die sich gestellt hat, war eben das, was ich zuerst angesprochen habe, wenn es von Hartberg ein Angebot gibt hier mehr Betten im Geburtshilfe- und Gynäkologiebereich anzubieten, dann hätten wir vielleicht umplanen müssen. Das ist aber mittlerweile, aus meiner Sicht, vom Tisch, denn die Steirer haben sich da eher zurückgezogen.

Aber grundsätzlich sind wir im Plan. Sie, Herr Bürgermeister, können sich sicher sein, ob Sie dann noch Bürgermeister sind, weiß ich nicht, dass das modernste Spital Österreichs in Oberwart stehen wird. *(Unruhe bei den ÖVP-Abgeordneten - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was soll das jetzt? So zynisch?)* Nein, das war jetzt nicht zynisch gemeint, sondern das wissen wir alle nicht. Aber, es geht darum, dass wir in Österreich mit dieser Planung das modernste Spital haben werden. Vielleicht noch einen Satz dazu: Wir haben einen Lenkungsausschuss eingesetzt, weil, und das habe ich schon mehrfach in diesem Haus nicht nur angedeutet, sondern auch gesagt, ich nicht interessiert bin, dass die Kosten explodieren.

Es geht ja auch um meine Reputation als zuständiger Politiker. Ich bin interessiert, dass das, was ausgemacht und auf politischer Ebene auch beschlossen wurde, auch umgesetzt wird und ich bin sicher, dass wir damit das modernste Spital zum Zeitpunkt der Eröffnung in Oberwart in Österreich haben werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Eröffnung? So ist es.)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Dankeschön Herr Präsident. Bevor ich die Frage stelle, darf ich schon festhalten, dass es sehr interessant ist, was die Frau Mag. Resetar als Anfrage heute gestellt hat. Sie ist ja dafür gewesen, wir haben es ja vorhin gehört, dass es Schließungen von Krankenhäusern gibt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bitte noch einmal zitieren!)* Ja, es ist so. Sie stellen Fragen zur funktionierenden Gesundheitsversorgung im Burgenland, sind aber für Schließungen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Mehr könnt Ihr nicht?)* das ist auch sehr interessant. *(Allgemeine Unruhe)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Der Herr Abgeordnete Kovacs ist am Wort.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)*: Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine Frage steht im Zusammenhang mit der Zufriedenheit des Gesundheitssystems. Wie Sie wissen, spielt hier auch das neue Primärversorgungsgesetz eine nicht unwesentliche Rolle. Wie bewerten Sie dieses?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich darf nicht noch einmal zitieren, aber ich würde es gerne noch einmal machen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na, gerne doch!)* Aber, zu Ihrer Frage kommend: Das ist ganz eine wichtige Geschichte. Wir sind

derzeit in einer Diskussion über dieses sogenannte „primary health care“-Gesetz. Dieser Name gefällt mir überhaupt nicht, denn es geht um die Primärversorgung.

Wir haben derzeit im Burgenland, im Krankenhaus Oberwart, mit der Akutordination ein Projekt laufen, das perfekt läuft. Da gibt es niemanden, der das kritisiert. Vielleicht mit dem kleinen Nebensatz, dass möglicherweise noch mehr Menschen davon Kenntnis erlagen sollten und das dann auch in Anspruch nehmen könnten, aber grundsätzlich ist das ein guter Ansatz.

Wir sind im Burgenland hier auch dabei, das auf Grundlage dieses Gesetzes zu implementieren und im Seewinkel in einem Zentrum einzusetzen. Ich habe gestern auch ein langes Gespräch mit den Vertretern der Gebietskrankenkasse gehabt, die, aus meiner Sicht, einen noch besseren Vorschlag gemacht haben, wo sich dann mehrere Ärztinnen in einem Bezirk zusammensetzen und auch gemeinsam dann die nächtliche Versorgung für Patientinnen und Patienten gewährleisten.

Wir sind hier auf einem guten Weg. Ich glaube, dass das Burgenland hier mit diesem Projekt in Oberwart schon eine Vorreiterrolle eingenommen hat und dass diese Vorreiterrolle auch in Österreich als solche wahrgenommen wird. Ich sehe das ja auch bei den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern, die nicht alle der Sozialdemokratie angehören, ganz im Gegenteil. Die meinen, dass das ein guter Weg ist, den wir hier eingeschlagen haben.

Wir sind auch in guten Gesprächen mit der Ärztekammer, die am Beginn auch eine gewisse Skepsis geäußert hat, weil man geglaubt hat, dass diese Primärversorgungszentren dazu dienen könnten, um hier Konzernen zu dienen. Mittlerweile ist das ausgeräumt. Ich glaube, dass das auch ein guter Weg in Richtung einer work-life-balance ist, wie das die Ärzte auch immer öfters sagen, nämlich, dafür zu sorgen, dass in den Bezirken die Menschen gut versorgt werden können.

Das ist ein guter Weg, den wir als Burgenland auch mittragen wollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die 4. Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Friedl an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Friedl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Danke. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! INTERREG ist ein eigenes Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Gibt es auch transnationale INTERREG-Projekte mit burgenländischer Beteiligung?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich denke, dass dieses INTERREG Programm ein sehr wichtiges Instrument für das Zusammenwachsen, für die Entwicklung, für die wirtschaftliche Positionierung der gesamten Region ist. Ich kann auch sagen, dass wir von Seiten des Landes Burgenland eine sehr gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Ungarn haben, das wir schon in der Vergangenheit viele Projekte umgesetzt und realisiert haben. Unabhängig davon, welche politischen Konstellationen es auf Bundesebene gibt, sehe ich meine Aufgabe auch darin, dass wir von Seiten des Landes Burgenland, aber auch von ungarischer Seite, nicht nur auf regionaler, sondern auch auf nationaler Ebene

zusammenarbeiten müssen, um etwas weiterzubringen. Ich darf auch dazu sagen, dass ich gestern wieder den Botschafter von Ungarn, den Herrn Botschafter Dr. Janos Perenyi getroffen habe und er auch in seiner offiziellen Ansprache auf das gute Verhältnis zwischen Ungarn und dem Burgenland hingewiesen hat.

Gestern, bei diesem Festakt zum 25jährigen Bestandsjubiläum des mehrsprachigen Bundesgymnasiums in Oberwart, wo auch die Botschafterin aus Kroatien anwesend war, hat der Herr Botschafter aus Ungarn in seiner Ansprache auch auf diese Partnerschaft, die in sehr vielen Bereichen besteht, hingewiesen, was wieder heißt, dass wir von Seiten des Landes Burgenland, von Seiten der Burgenländischen Landesregierung in den letzten 15 oder 17 Jahren in der Vergangenheit, aber auch aktuell, bemüht sind, gute Kontakte zu unseren Nachbarn zu haben.

Ich war auch mit dem ehemaligen Herrn Bundespräsidenten Dr. Fischer auf Staatsbesuch in Ungarn. In den nächsten Wochen wird der nächste Staatsbesuch in Ungarn stattfinden, wenn nämlich der neue Herr Bundespräsident ebenfalls Ungarn besuchen wird.

Ich gehe davon aus, dass ich auch bei diesem Staatsbesuch wieder dabei sein werde, um genau diese guten Kontakte zu pflegen, um auch einen Empfang in der österreichischen Botschaft in Ungarn zu geben, um auf politischer, aber auch auf wirtschaftlicher Ebene wieder möglichst ein Türöffner zu sein, dass diese guten Kontakte nicht abreißen, sondern dass sie auch weiter ausgebaut werden. Es steht auch einiges an finanziellen Mitteln für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Verfügung. In der Periode 2014 bis zum Jahr 2020 stehen insgesamt 80 Millionen Euro an Mittel für grenzüberschreitende Aktivitäten zur Verfügung. Das sind natürlich nicht nur Mittel für das Burgenland, sondern auch für die anderen Bundesländer im Osten.

Auf das Burgenland entfallen hier immerhin 32,8 Millionen Euro. Wir haben hier gemeinsam mit den Nachbarn auch schon ein ganz konkretes Projekt auf Schiene gebracht. Nämlich, für den Ausbau und die Attraktivierung der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur. Dieses EU-Projekt umfasst immerhin 12,7 Millionen Euro und wird mit 85 Prozent aus Geldern der Europäischen Union finanziert. Das sind ja die Herausforderungen und das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit, dass bis zu 85 Prozent an Förderungen ermöglicht wurden.

Deswegen arbeiten wir auch auf Beamten- und Botschafterebene sehr intensiv zusammen. Die Botschafterin in Ungarn steht mit dem Botschafter Ungarns in Österreich in einem sehr guten Kontakt. Da gibt es immer wieder Treffen, auch hier bei uns im Land Burgenland, um diese Kontakte nicht abreißen zu lassen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind teilweise in Ungarn, um diese Projekte zu diskutieren und zu finalisieren. Ich habe auch in der Vergangenheit regelmäßige Treffen mit dem jetzigen Außenminister Peter Szijjarto und mit dem jetzigen Staatssekretär Levente Magyar gehabt, wo wir immer versucht haben, wenn es Probleme gibt, auch Lösungen zu finden.

Dieses EU-Projekt von immerhin 12,7 Millionen Euro, das mit einer 85 Prozent Förderung der Europäischen Union realisiert wird, ist das beste Beispiel dafür. Aber, worum geht es dabei konkret? Es soll hier die grenzüberschreitende Eisenbahnverbindung Neusiedl am See-Pamhagen-Fertöszentmiklos weiter entwickelt, modernisiert und beschleunigt werden. Es geht darum, dass Park and Ride Anlagen errichtet werden, dass der Unterbau modernisiert wird, dass die Bahnhöfe modernisiert werden und dass es behindertengerechte Einrichtungen gibt.

Es gibt auch schon einen Auftrag für das Südburgenland, nämlich, die Elektrifizierung Richtung Jennersdorf. Da kann man nur auf Grundlage von Studien

Entscheidungen treffen. Mit den Ungarn ist vereinbart, dass hier eine Studie erstellt wird, die ebenfalls von der Europäischen Union gefördert wird. Es gibt also, wie bereits gesagt, gute Kontakte, die zu einem konkreten Ergebnis von 12,7 Millionen Euro bei einer 85 Prozent Förderung und einer Machbarkeitsstudie, die bereits in Auftrag gegeben wurde, führten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben erwähnt, dass die Zusammenarbeit mit den Ungarn hervorragend funktioniert. Meine Frage dazu: Hat es auch schon in der abgeschlossenen Periode von 2007 bis 2013 Projektumsetzungen gegeben?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir aktuell sehr gute Kontakte zu unseren Nachbarn pflegen, was, glaube ich, auch von allen für richtig geheißen wird. Weil mit den Nachbarn soll man gute Beziehungen haben. Auch in der Vergangenheit waren wir sehr erfolgreich. In den Jahren 2007 bis 2013 standen im Programm für Österreich - Ungarn insgesamt 82 Millionen Euro an finanziellen Mittel von der Europäischen Union zur Verfügung. Dazu kommen noch 20 Millionen Euro an nationalen Kofinanzierungsmittel, sodass insgesamt über 100 Millionen an öffentlichen Geldern aus dem Programm für gemeinsame Projekte vorgesehen waren. Der Anteil des Burgenlandes beträgt 30 Prozent. 30 Millionen Euro, mit denen auch Projektträger aus dem Burgenland gefördert wurden. Ich darf auch einige Projekte davon herausgreifen. Eines davon ist das Projekt Welterbe, das auch europaweit ein Vorzeigeprojekt ist, weil es grenzüberschreitend ist und weil es zwischen Österreich und Ungarn sehr gut funktioniert. Wir haben auch mit dem neuen Nationalparkdirektor und gestern auch mit dem Botschafter Ungarns vereinbart, dass wir weitere enge Kooperationen zwischen den einzelnen Naturparks, aber auch zwischen dem Nationalpark haben wollen, weil das für die Erhaltung einer intakten Natur, aber auch für den Tourismus wichtig ist.

Die Natur zu schützen und zu nützen, da sind wir uns einig. Da kann man auch eine Region sehr gut weiterentwickeln. Wir haben Kooperationen im Bereich unserer Naturparks. Wir haben das Projekt AT-HU.NET die Entwicklung und Ausbau eines Netzwerkes aller burgenländischen und westungarischen Natur- und Nationalparke. Oder, das Projekt Ökomobilität - Österreich - Ungarn - über die Mobilität. Über den Radelgenuss. Über grenzüberschreitende Radwege. Damit haben wir wieder ein Angebot für die einheimische Bevölkerung, ein Angebot für die Touristen, die hier sind, um mit dem Rad um den Neusiedler See, oder auch im Südburgenland entsprechend unterwegs zu sein. Ich glaube, dass das auch in der Vergangenheit gute Projekte waren. Vielleicht abschließend noch Centrope erwähnen. Wo die Regionen Westungarns, Burgenland, auch Niederösterreich, Slowakei zusammengefasst sind. Und wo immer wieder sinnvolle Projekte nicht nur diskutiert, sondern auch realisiert und umgesetzt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Danke. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gibt es in der laufenden Periode 2014 bis 2020 auch mit der Nachbarregion Slowenien bereits Projektgenehmigungen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir mit Slowenien gute Anknüpfungspunkte gefunden haben. Auf diesen grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr, auf die Naturparks, aber auch auf den Nationalpark Neusiedler See habe ich bereits hingewiesen. Das Burgenland hat immerhin 33 Prozent seiner Landesfläche unter Naturschutz gestellt.

Mit unseren Naturparks, mit dem Nationalpark Neusiedler See, mit dem Welterbe wollen wir sozusagen die Natur schützen, aber auch nützen. Unter dem Motto „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ versuchen wir, auch eine wirtschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung der Natur und damit einen anderen Schwerpunkt mit den Slowenen zu haben. In diesem Bereich haben wir nämlich eher auf den Schwerpunkt der Forschung und der Entwicklung gesetzt. Es gibt im Programm Österreich - Slowenien drei Millionen Euro EFRE-Mittel für Projektpartner aus dem Burgenland. Mit der Slowakei gibt es in Summe fünf Millionen Euro EFRE-Mittel. Es hat im Programm Österreich-Slowenien bereits zwei Begleitausschüsse gegeben. Im ersten Begleitausschuss wurden drei Projekte mit burgenländischen Partnern genehmigt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 3,5 Millionen Euro. Daraus resultieren für das Burgenland Kosten in Höhe von einer Million Euro. 85 Prozent sind EFRE-Mittel.

Im zweiten Begleitausschuss wurden fünf Projekte mit burgenländischen Partnern genehmigt. Ich darf Ihnen auch sagen, dass diese Projekte sehr innovativ sind. Wir brauchen diese Innovation in vielen Bereichen. Smart production SI-AT 45, heißt das eine. Das ist ein grenzüberschreitendes Programm für Forschung und Innovation. Unser Ziel ist die Verbreiterung der Basis innovativer Unternehmen im Programmgebiet. Also hauptsächlich im Südburgenland und auch in Slowenien.

Smart production konzentriert sich auf die Lösung von Herausforderungen mit Schwerpunkt auf dem Kompetenzwachstum im Bereich der produktionsorientierten KMU und das andere Projekt ist SI-AT100. Das heißt, die Stärkung des grenzüberschreitenden Wettbewerbes, der Forschung und der Innovation.

Wir versuchen hier gerade mit Slowenien und dem Südburgenland, dort, wo wir Defizite haben, nämlich, im Forschungs- und im Innovationsbereich, stärker zu werden, größtmöglich zu kooperieren und hier auch den innovativen Weg des Südburgenlandes noch verstärkt in Angriff zu nehmen und damit neue Arbeitsplätze, vor allem auch im Südburgenland, zu schaffen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Strommer.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! In letzter Zeit merken wir vor allem im Nordburgenland, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Slowakei weit einfacher funktioniert, als mit dem Nachbarland Ungarn. Mit der Region Trnava funktioniert das im Tourismusbereich über weite Strecken eigentlich problemlos. Das wissen auch die Gemeinden entlang der Leitha. Mit Ungarn gibt es hier oft Verzögerungen in einer Art und Weise, die dem gegenüber der Slowakei überhaupt nicht im Zusammenhang stehen. Da gab es einmal diese EUREGIO, wo die Regionen, Györ-Moson-Sopron, Vas, Zala diese Komitate und auch das Burgenland Projekte ausgetauscht haben.

Gibt es hier solche Plattformen, wo solche Dinge und möglicherweise auch entscheidende Kooperationen vorbereitet werden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Wir haben eine sehr gute Plattform. Das ist der direkte Kontakt. Das ist der effizienteste Bereich. CENTROPE gibt es natürlich jetzt auch. Da hat in diesem Jahr Ungarn den Vorsitz. Da wird auch über kulturelle Projekte gesprochen. Das ist diese Plattform. Da wechselt jedes Jahr der Vorsitz. Im heurigen Jahr hat Ungarn den Vorsitz. Aber, wo wir die besten Erfahrungen gemacht haben, das ist der direkte Kontakt zu jenen Vertretern, die aus Budapest hier sind. Ich habe es vorhin bereits gesagt. Es war einige Jahre der Außenminister Szijjarto mit dem ich mich regelmäßig getroffen habe, das ist jetzt der Nachfolger von Szijjarto, ein Staatssekretär Levente Magyar, mit dem ich ebenfalls zusammen komme.

Der berichtet direkt in Budapest den zuständigen Stellen. Damit sind wir sehr effizient, weil die Entscheidungen in Ungarn natürlich weniger auf regionaler Ebene fallen, sondern sehr zentral in Budapest getroffen werden. Da haben wir gesagt, das ist der richtige Weg. Das zeigen auch die vielen Projekte, die wir mit Ungarn umgesetzt haben. Ich habe die Zahlen bereits genannt. Aktuell gibt es wieder ein Projekt mit 12,7 Millionen Euro mit einer Förderung von 85 Prozent seitens der Europäischen Union.

Das heißt, da fallen Entscheidungen. Da arbeiten auch die Beamten intensiv zusammen. Das ist auch unsere Plattform, denn da arbeitet dann der Verkehrskoordinator mit den Vertretern aus Ungarn, da arbeitet dann der Baudirektor mit den zuständigen Kollegen aus Ungarn, mit den sehr kompetenten Vertretern von Ungarn, eng zusammen. Das wird auch von Seitens Ungarns geschätzt.

Den Orden, den ich von Ungarn bekommen habe, den habe ja nicht ich als Person entgegengenommen, sondern den habe ich stellvertretend für unser Heimatland Burgenland entgegengenommen. Das hat auch gezeigt, dass die Ungarn mit dieser Vorgangsweise sehr zufrieden sind. Nämlich, direkte Gespräche zu führen. Was wir wollen, das sagen wir. Wir können natürlich nicht alles durchsetzen, da wir oft drei oder vier verschiedene Partner dazu benötigen. Da haben wir aber auch bereits viel erreicht. Da sind wir auf einem guten Weg.

Mein Ziel ist es daher, diese guten Kontakte weiter zu haben, weiter auszubauen und über INTERREG möglichst viele EU-Gelder auch für grenzüberschreitende Projekte zu lukrieren, wie gesagt, vieles erreicht, aber noch viel vor.

Der direkte Weg zum ungarischen Staatssekretär Levente Magyar das ist unser Weg, den wir gehen, wo wir auch sehr rasch Rückmeldungen bekommen und wo in Budapest entschieden wird, was umsetzbar ist. Dabei sind wir sehr gut unterwegs. *(Abg. Manfred Kölly: System Niessl! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller *(Landeshauptmann Hans Niessl: 12,7 Mio. Euro!)* an Herrn Landesrat MMag. Petschnig gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Schließung des Tourismusbüros im Südburgenland ist für den Südburgenland-Tourismus ein Nachteil. Wie sieht Ihr Konzept für den Tourismus im Südburgenland aus?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich tu mir bei dieser Anfrage insofern ein bisschen schwer, weil hier Begriffe verwendet werden, die nicht eindeutig sind. Die muss ich interpretieren. Daher kann sich die Beantwortung Ihrer Anfrage nur um diese Interpretation beziehen.

Sie verwenden, zum Beispiel, den Begriff Südburgenland-Tourismus. Ich gehe davon aus, dass Sie im Sinne von der Frau Abgeordneten Resetar damit die Südburgenland Tourismus GmbH meinen? Ich gehe zumindest davon aus.

Da wird es aber schon ein klein wenig kurios, und zwar deswegen, weil die Südburgenland Tourismus GmbH, wie wir vorher schon besprochen haben, mit Verschmelzungsvertrag zum 31. Dezember 2015 aufgelöst wurde. Sie wurde in den Burgenland-Tourismus übernommen. Das Büro in Stadtschlaining, im Südburgenland, wurde am 7. April 2017, also voriges Monat, geschlossen. Also, wie eine Maßnahme im Jahr 2017 einer Gesellschaft schaden soll, die es seit 2015 nicht mehr gibt, das verschließt sich mir ein wenig.

Das ist irgendwie so ein bisschen Sciencefiction oder so, dass man damit Zeitreisen kann. Jedenfalls reden wir da nicht von der burgenländischen Tourismuspolitik. Da sagen Sie, das haben wir auch schon vorher besprochen, es wäre ein Nachteil. Es gab am 17. Feber 2017 eine Besprechung in Oberwart, wo neben einem Vertreter meines Büros und dem Vertreter der Burgenland Tourismus GmbH auch die Geschäftsführer der Tourismusverbände im Südburgenland, also Jennersdorf, Stegersbach, Güssing und Oberwart, sowie ein Vertreter des Kurfonds in Bad Tatzmannsdorf, der ja auch ex lege touristische Aufgaben wahrzunehmen hat, anwesend waren.

Dort wurde einstimmig beschlossen, dass man eine Expertin oder einen Experten vor Ort benötigt. Dass man dieses Büro aber nicht mehr benötigt, dazu gab es am 20. Februar 2017 den vorher angesprochenen E-Mail-Verkehr, den ich hier auch mit habe, das gibt es schriftlich. Das wird nicht mehr benötigt und daher haben wir mit der entsprechenden Kündigungsfrist dieses Büro aufgelöst.

Das Geld bleibt dem Südburgenland natürlich erhalten. Wir haben in der Bilanz der Burgenland Tourismus GmbH - die kann man ja auch im Firmenbuch abfragen, das ist ja öffentlich - einen Rücklagenposten gebildet, dass jene Mittel, die aus dem Südburgenland aus der STG hereingekommen auch für das Südburgenland zweckgewidmet werden. Aber es war eben die übereinstimmende Meinung der Herren vor Ort, dass wir das anders besser verwenden können, was ich auch vorher angedeutet habe, als das in ein Büro zu verwenden.

Und zum Dritten: Das Konzept für den Tourismus - also ich sage Ihnen ganz offen ich lege kein Konzept vor, weil ich nicht glaube, dass es Aufgabe der Politik ist, den Unternehmern vor Ort vorzuschreiben, was sie zu tun haben. Ich kann die Rahmenbedingungen setzen, beziehungsweise der Burgenland Tourismus, und das tun wir auch. Da hat es weitere Besprechungen gegeben und eine von einem Tourismusexperten, von einem Unternehmensberater, der von den Geschäftsführern im Südburgenland extra gewünscht wurde. Das haben wir vom Burgenland Tourismus auch bezahlt. Das heißt, wir begleiten das gerne.

Da kam dann folgende Studie heraus, auch die habe ich mit, das kommt vom Feber 2017. Sie haben natürlich mit einem Recht, die wird erst am 1. Juni - also in einigen wenigen Tagen - der Öffentlichkeit vorgestellt und das steht klipp und klar drinnen. Es ist nicht nur eine Analyse des Positiven, das heißt des Ist-Zustandes, sondern ein enormer

tiefer Weg, wo man sich hinentwickeln soll, welche Maßnahmen man treffen soll und dergleichen mehr.

Das müssen aber die Tourismusvertreter vor Ort machen, die Hoteliers, die Zimmervermieter, die Gastronomen vor Ort. Ich setze die Rahmenbedingungen, aber dass ich hier vom Grünen Tisch in Eisenstadt aus irgendein Konzept vorlege, die Form von Planwirtschaft wird es mit uns und mit mir sicher nicht geben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke für die Information. Bin schon gespannt auf die Studie. Tatsache ist, dass von Seiten der Regierung immer wieder Rahmenbedingungen - wie Sie es nennen - angekündigt werden, zum Beispiel das Uhudlerland. Wir hatten ja vor kurzem - Ende April - den Weinfrühling im Südburgenland, der anscheinend sehr gut abgelaufen ist, sehr erfolgreich war.

Wie sieht es zum Beispiel konkret mit dem Uhudlerland aus?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Uhudler ist, wie wirklich seine konkrete Definition lautet, ich bezeichne ihn einmal als Wein, ich hoffe ich trete hier niemandem auf die Zehen, für Wein ist die Kollegin Dunst zuständig und ich darf die Frage vielleicht in irgendeiner Form weitergeben oder Sie ersuchen, an das zuständigen Mitglied der Landesregierung diese Frage zu richten. Ich bin da der falsche Ansprechpartner. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Ich sehe, Sie tun sich schwer mit konkreten Antworten. *(Heiterkeit bei den Abgeordneten)* Es geht beim Uhudlerland ja konkret nicht nur um die Landwirtschaft, sondern logischerweise auch um den Tourismus und da nehme ich doch an, dass die Landesrätin und der Landesrat, die dafür zuständig sind, sich absprechen, zusammenarbeiten.

Gibt es da konkrete Maßnahmen, Vorhaben, Rahmenbedingungen, ähnliches? Mehr wollte ich nicht wissen. Danke schön.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Jetzt tue ich mich ein bisschen leichter. Natürlich gibt es hier Abstimmungen. Wir sind sogar in sehr intensivem Kontakt. Wir haben zum Beispiel gemeinsam in Güssing den entsprechenden Weinfrühling eröffnet. Wir werden uns natürlich auch die touristische Vermarktung dieses Bilden von Packages, von Paketen, die wir an Personen, Interessenten, Gästen von jenseits der Landesgrenze des Burgenlandes anbieten, gemeinsam entwerfen. Wir vertreten es auch gemeinsam.

Wir begeben uns morgen gemeinsam nach Linz, wo 62 burgenländische Austellerinnen und Aussteller die gesamte Landstraße, das ist die zweitstärkste Einkaufsstraße in ganz Österreich, bevölkern. Die wird abgesperrt, da fährt keine Straßenbahn. Da sind nur burgenländische Betriebe, burgenländische Weinbauern und vergleichbare Anbieter vor Ort, *(Abg. Manfred Kölly: Deutschkreutz ist auch dabei!)* auch aus Deutschkreutz. Aber auch aus dem Uhudlerland.

Also da sind alle eingeladen worden, alle sind angeschrieben worden von der Landwirtschaft genauso wie vom Tourismus und das sind, glaube ich, Maßnahmen von

denen gibt es auch mehr, wo wir das natürlich Hand in Hand vermarkten, entsprechend nach vorne bringen.

Das Projekt mit den Kellerstöckeln habe ich Ihnen schon genannt. Auch da brauchen wir natürlich eine enge Abstimmung mit den Urproduzenten, mit den Herstellern aber natürlich auch mit der touristischen Vermarktung. Also da brauchen wir uns keine großen Sorgen zu machen. Es ist nur so, dass man den einen oder anderen Partner aus der privaten Wirtschaft, von den Bürgermeistern, von den Tourismusverbänden und so weiter auch braucht.

Das heißt, es lässt sich nicht immer alles von heute auf morgen lösen. Ich glaube die Frau Kollegin Dunst hat ja auch hier schon zu diesem Thema entsprechend Rede und Antwort gestanden. Das Südburgenland und insbesondere das Uhudlerland sind bei uns in sehr, sehr guten Händen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar. Bitteschön.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Burgenland Tourismus hat schon immer einen Marketingplan in Abstimmung mit den Unternehmern vorgegeben. Wir haben uns nur immer geärgert, dass er immer relativ spät war, weil sich natürlich alle Unternehmerinnen und Unternehmer an diesen Marketingplan anhängen. Also das ist der sogenannte Rahmenplan, den auch die Politik und der Burgenland Tourismus vorgeben. Aber im Prinzip, ich habe erst vor kurzem eine Sitzung in Bad Tatzmannsdorf, in der AVITA Therme gehabt, da hat ein Teilnehmer gemeint: In Wahrheit ist der Burgenland Tourismus hin. Ich hoffe, dass es mit dem neuen Tourismusdirektor jetzt wieder aufwärts geht.

Meine konkrete Frage: Sie haben die Burgenland Tourismus GmbH angesprochen und Gott sei Dank sind jetzt die Gelder noch auf Rücklage vorhanden. Was passiert mit diesen Geldern? Gibt es da schon konkrete Pläne?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Hoffnung in den neuen Tourismusdirektor teile ich natürlich, da rennen Sie, glaube ich, bei uns allen offene Türen ein. Mit den konkreten Geldern ist es so, dass wir hier natürlich konkrete Maßnahmen in Übereinstimmung mit den Verbänden im Südburgenland setzen.

Wiederum, das beschließe nicht ich hier am Grünen oder wie auch immer gefärbten Tisch, sondern da begeben wir uns ins Südburgenland, haben Konferenzen - zwei habe ich jetzt vorher erwähnt. Es gibt natürlich auch mehrere Abstimmungsgespräche, auch mit Bad Tatzmannsdorf, und da werden entsprechende Marketinginstrumente, entsprechende Beratungsleistungen, wie ich auch vorher erwähnt habe, davon bezahlt. Es ist auch eine höhere sechsstellige Summe sozusagen noch auf Rücklage und entsprechend werden wir die Projekte die dort kommen, beziehungsweise wenn man auch organisatorisch sich entschließt entsprechende Fusionsmaßnahmen vielleicht durchzuführen, dass wir die entsprechend ausfinanzieren, dass wir hier Zuschüsse leisten.

Dafür ist das Geld vorgesehen. Dafür werden wir es einsetzen, um eben das Südburgenland, um die gesamte Region nach vorne zu bringen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Trotz leichter Rückgänge der Arbeitslosenzahlen befindet sich die Arbeitslosenquote auf einem historischen Höchststand. Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitssuchende sind oftmals ein Hindernis bei der Vermittlung offener Stellen.

Wie stehen Sie zu Änderungen im Bereich der Zumutbarkeitsbestimmungen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich weiß nicht was Sie unter leicht verstehen. Wir haben einen Rückgang von 8,5 Prozent im Arbeitslosenbereich, 8,5 Prozent! Okay, die Anfrage wurde vorher gestellt, das nehme ich sozusagen mildernd zur Kenntnis. Es kommt… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In die Zukunft vorausschauen, ist für jeden schwer!)* Beim letzten Mal haben Sie die Anfrage zurückgezogen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da war sie ja auch schon länger drinnen!)*

Es ist jedenfalls so: Wir haben 103.000 Beschäftigte. Als ich in den 90er-Jahren politisch tätig wurde, war das Ziel 75.000 Beschäftigte im Burgenland zu haben. Jetzt haben wir 103.000 Beschäftigte Ende April dieses Jahres gehabt. Einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen von 8,5 Prozent! Interessant ist auch, das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten als Hohes Haus - dass es einen Rückgang bei Inländern von 10,5 Prozent gibt, einen Zuwachs bei ausländischen Beschäftigten, also Ausländer verdrängen Ausländer vom Arbeitsmarkt im Burgenland und was ganz, ganz wichtig ist aus meiner Sicht, und das ist für mich auch politisch ein ganz wichtiges Signal, dass wir bei den 15- bis 24-Jährigen einen Rückgang von 17 Prozent haben bei den Arbeitslosenzahlen.

Das ist ganz wichtig, weil die jungen Menschen brauchen ja Hoffnung, sie brauchen Perspektiven, sie müssen auch das Gefühl haben, dass sie gesellschaftlich akzeptiert sind und auch die Chance haben am Arbeitsmarkt hier auch Fuß greifen zu können. Wir sehen beispielsweise - möchte ich auch nicht vorenthalten - dass wir im Baubereich logischerweise auch auf Grund des Wetters - ein Minus von 20 Prozent haben. Das ist doch ein Wert, der uns Hoffnung macht.

Der Herr Landeshauptmann hat es schon angesprochen, das Wirtschaftswachstum des Burgenlandes ist so stark, dass wir auch nicht nur die Hoffnung hegen können, dass das nicht eine Momentaufnahmen ist über mittlerweile acht Monate, sondern ein Trend, der als Trend auch zu erkennen ist und als solcher auch zu bezeichnen ist. Das würde ich mir auch vom AMS wünschen, dass das anerkannt wird als Trend, weil, wie gesagt, ein Minus von 8,5 Prozent ist ein Wert, den hat es, glaube ich, in der Geschichte des Burgenlandes noch nicht gegeben, was jetzt die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen betrifft.

Zu Ihrer Frage konkret: Ich kann es aus Ihrer Frage nicht genau herauslesen, in welche Richtung Sie gehen wollen. Wenn es darum geht, dass Zumutbarkeitsbestimmungen insofern geändert werden sollen, als dass der Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz erweitert werden soll, dann bin ich auf jeden Fall dagegen, weil ich möchte nicht haben - ich kommen selber aus einer Arbeiterfamilie, mein Vater war Maurer- dass ein burgenländischer Maurer, dass es ihm zumutbar ist nach Vorarlberg arbeiten gehen zu müssen.

Der will eh arbeiten, aber diese weiten Anfahrtswege - und das ist ein zentrales Element dieser Bestimmungen, das würde ich hier nicht ansprechen wollen. Ganz im Gegenteil. Ich glaube, dass es wichtiger wäre - und da sehe ich mich eins mit Experten aus dem Wifo und dem IHS, die meinen, nicht die Zumutbarkeitsbestimmungen sind das Problem, sondern der Zugang zum Arbeitsmarkt insgesamt. Wir haben hier versucht mit sehr vielen Maßnahmen, beispielsweise bei 50+ im Burgenland selbst gemeinsam mit dem AMS, aber jetzt auch gemeinsam mit dem Minister Stöger, mit dieser „Aktion 20.000“ - wo ich sehr hoffe, dass diese Regierung, die jetzt nicht mehr so lange bestehen wird, das auch noch beschließen wird, mit dieser „Aktion 20.000“ dafür zu sorgen, dass Menschen wieder in Beschäftigung kommen können in den Gemeinden, in gemeindenahen Organisationen, in Pflegeeinrichtungen, was auch meinen Bereich betrifft.

Wenn wir das schaffen, ist es aus meiner Sicht das Bessere, als dass wir Zumutbarkeitsbestimmungen noch verschärfen wollen, die eigentlich nur diejenigen betreffen, die grundsätzlich bereit sind arbeiten zu wollen, aber auf Grund von geographischen Gegebenheiten nicht in der Lage sind das zu tun. Insofern halte ich von einer Änderung - wenn das gemeint ist - der Zumutbarkeitsbestimmungen nichts. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Laut einer anderen IHS-Studie wird festgehalten, dass die Digitalisierung neun Prozent aller bestehenden Jobs bedroht, vor allem die Hilfskräfte müssen um ihre Jobs bangen, beispielsweise Reinigungskräfte, Hilfskräfte am Bau oder in der Nahrungsmittelerzeugung.

Wie steht das Burgenland zu dieser Entwicklung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Also ich werde diese Entwicklung nicht stoppen können, aber ich bin da durchaus bei Ihnen, dass das ein Problem ist, weil das durchaus auch Arbeitsplätze gefährdet. Aber wir sollten auf Bundesebene versuchen, in diesen Bereich einzugreifen und hier auch Maßnahmen gemeinsam vielleicht, noch einmal wie gesagt, mit der jetzigen Regierung auch festlegen, die auf dieses Problem auch hinschauen, den Fokus darauf legen und dann vielleicht auch eine Lösung finden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Bezüglich der Qualifizierungsmaßnahmen in Richtung Digitalisierung. Gibt es hier schon konkrete Pläne von Ihrer Seite?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das ist eine gute Frage. Wir haben jetzt derzeit keine Pläne, die in Richtung Digitalisierung gehen. Aber es ist natürlich eine Frage, die wir auch in Zukunft uns selbst stellen müssen und die wir dann auch da beantworten müssen, auch gemeinsam. Das ist keine parteipolitische Frage würde ich meinen, sondern eine insgesamt gesellschaftspolitische.

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Temmel. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Bezüglich der „Aktion 20.000“. Was kostete diese Aktion konkret den Gemeinden pro Beschäftigten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Die „Aktion 20.000“ kostet den Gemeinden nichts. Das ist eine Aktion, die das Gesundheitsministerium, unabhängig von der Aktion, die wir im Land haben, wo wir 50:50 haben, 50+, wo es um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, hier auch abhandeln. Im Übrigen möchte ich noch ganz kurz anmerken, dass die Aktion, die wir hier im Land haben, insofern dem Land mehr kostet als vorgesehen, weil das AMS sich aus gewissen Finanzierungsmöglichkeiten zurückgezogen hat.

Von 67 Prozent - also von zwei Drittel auf 50 Prozent, das heißt den Rest muss das Land jetzt mittragen. Auch was die Laufzeit betrifft ist von sechs Monaten auf drei Monate reduziert worden von Seiten des AMS, also vom Bund her. Wir tragen das aber gerne weil wir glauben, dass diese Aktion auch den Gemeinden etwas bringt und auch vor allem den Menschen die 50+ sind. Jeder von uns weiß, wenn man über 50 ist und arbeitslos wird, dann ist es relativ schwierig wieder in den Arbeitsprozess zurück zu kehren. Insofern bekenne ich mich zu dieser Aktion zu 100 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Hergovich. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt.

Durch mutwillig vom Zaun gebrochene, nämlich vorgezogene Neuwahlen, könnten wichtige, fertig auspaktierte Projekte scheitern. Beispielsweise könnte der schon mit 1. Juli, also in wenigen Tagen, geplante Beschäftigungsbonus nicht kommen.

Welche Auswirkung hätte das auf unser Heimatland Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, man kann es ja statistisch nicht ganz fest machen, aber es hätte negative Auswirkungen logischerweise. Ich halte es auch für den falschen Zugang, eben was Zumutbarkeitsbestimmungen betrifft und diesen Beschäftigungsbonus betrifft, dass man hier das Rad zurückdreht und soziale Maßnahmen, nicht sozialdemokratische, aber es sind auch solche, hier zurückdreht. Also es hätte auch auf das Burgenland negative Auswirkungen.

Wir haben gesehen, dass beispielsweise durch den Handwerkerbonus auch im Burgenland die Beschäftigung angesprungen ist und dass das Wirtschaftswachstum, noch einmal gesagt, über allen anderen österreichischen Bundesländern liegt und damit ist hier auch "im Stillen" unter Anführungszeichen gelungen, die Beschäftigung weiter zu steigern.

Es ist ja kein Zufall, dass es 103.000 Beschäftigte gibt. Also wenn man diese Maßnahmen nicht setzt, die Sie Herr Klubobmann angesprochen haben, dann hätte das negative Auswirkungen auf das Burgenland. Auf jeden Fall eine Reduzierung der Arbeitsplätze. In welchem Ausmaß kann ich aus heutiger Sicht noch nicht sagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 903), mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 – 635) (Beilage 930)

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 904), mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 – 636) (Beilage 931)

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 905), mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 – 637) (Beilage 932)

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 906), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Zahl 21 – 638) (Beilage 933)

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 907), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 – 639) (Beilage 934)

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 908), mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (Zahl 21 – 640) (Beilage 935)

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist durch Zeitablauf beendet. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 2., 3., 4., 5., 6. und 7. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 2., 3., 4., 5., 6. und 7. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Dies ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit akzeptiert.

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 903, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, Zahl 21 – 635, Beilage 930.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Die Berichterstattung zum 3. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 904, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 636, Beilage 931, wird ebenfalls vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits vorgenommen.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Herr Mag. Drobits wird dann auch zum 4., 5., 6., und 7. Punkt als Berichterstatter fungieren, deshalb kommen wir jetzt zum Bericht des Rechtsausschusses als 4. Tagesordnungspunkt und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 905, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, Zahl 21 - 637, Beilage 932.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 906, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird, Zahl 21 - 638, Beilage 933.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 6. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 907, mit dem das

Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, Zahl 21 - 639, Beilage 934.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 908, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, Zahl 21 - 640, Beilage 935.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke für Ihre Berichte Herr Berichterstatter. Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erster Rednerin erteile ich nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, Danke schön, Herr Präsident. In aller Kürze, es geht an sich sowohl um Inhaltliches als auch um Finanzielles in diesen verschiedenen Vorlagen. Das Inhaltliche ist etwa beim Gemeindebedienstetengesetz die Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaften mit den Eheschließungen, den anderen Familienrechten. Zum Beispiel betrifft dies auch die Familienhospiz, die nun auch für Menschen mit eingetragener Partnerschaft möglich ist. So etwas ist natürlich zu unterstützen. Sonst haben wir einige spannende Anpassungen, die ich jetzt im Detail aber nicht erläutern möchte.

Bei den Besoldungsbestimmungen geht es um Anpassungen. In dem Zusammenhang möchte ich aber im Rahmen der Landesverwaltung auf etwas hinweisen. Herr Landeshauptmann, Sie sind ja hier auch für das Personal zuständig.

Bei allem was wichtig ist an Verwaltungsreformen durchzuführen und wo es wichtig ist neue Strukturen auf gute Beine zu stellen, müssen wir doch darauf achten, dass hier nicht so weit gespart wird, dass die Beamten und Beamtinnen und die Angestellten ihre

Arbeit nicht gut verrichten können. Wir müssen dringend darauf achten, dass wir nicht auf der einen Seite sagen, es müssen Verfahren schneller, schneller, schneller abgehandelt werden und auf der anderen Seite aber Personal abgezogen wird.

Jetzt habe ich schon Verständnis dafür, dass natürlich aus früheren Jahren durch parteipolitische Besetzungen hier noch Menschen am Werk sind, die vielleicht nicht überall dort einsetzbar sind, wo es jetzt nötig wäre. Aber ich bitte sehr in Zukunft genau darauf zu achten, dass die Arbeit dort gut geschehen kann, wo wir viel erwarten und das Personal auch wirklich sozusagen gut arbeiten kann mit allen Kompetenzen die es mitbringt.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Frau Landesrätin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren auf den Besuchertribünen! Aber ganz besonders die Damen und Herren, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landes und der Gemeinden sind. Weil mit dieser Gesetzgebung schaffen wir ihnen jetzt Rechtssicherheit, dass sie, die bis dato auf nicht rechtlicher Basis bezogenen Gehälter, seit 1.1.2017 auch wirklich rechtens bekommen haben, weil die Gehaltsnovelle, die ja schon durchgeführt wurde, de facto de jure jetzt nachvollzogen wird… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer war denn säumig? Oder was meinst Du damit?)*

Schaffen wir jetzt Rechtssicherheit, habe ich gesagt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so!)* Ich habe von keiner Säumigkeit gesprochen, ich habe von gar nichts gesprochen. Unter Eurer Zeit hat es noch länger gedauert, bis das passiert ist, also so ist es ja nicht. Das ist also eine ganz interessante und auch wichtige Botschaft, glaube ich, für alle Bediensteten im Land und in den Gemeinden.

Darüber hinaus passen wir die Konkurrenzklauseln der heutigen Zeit an. Weil diese Beträge, die wir bis dato drinnen stehen hatten, waren ja nicht wirklich zeitgemäß, weil die haben ja manche aus der Portokasse bezahlt.

Die vorzeitige Beendigung der Familienhospiz ist, glaube ich, auch eine wichtige Geschichte, weil bis dato war es immer schwierig aus einem schon verfügten Freistellungsbereich frühzeitig zurückzukehren. Und so schaffen wir hier auch eine Rechtsgrundlage, damit das funktioniert.

Die Anpassung über die Urlaubsersatzleistungen, die Umsetzung mehr oder weniger eines europäischen Gerichtshoferkenntnisses ist ebenfalls geboten gewesen. Der Entfall des Vorbildungsausgleiches für Studien, die schon vor der Landes- oder Gemeindeanstellung, also die schon vor der Zeit der Anstellung eigentlich abgeschlossen wurden, auch die wird hier geregelt und neu und besser geregelt.

Wichtig scheint mir auch zu sein, und das habe ich jetzt vermisst, dass das nicht bei meiner Vorrednerin vorgekommen ist, dass diese Strafregisterauszüge gerade bei solchen Bewerberinnen und Bewerbern, die im Unterricht beziehungsweise in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen tätig sind, dass die jetzt eine rechtliche Grundlage erfahren. Weil es war ja auch sonst immer ein bisschen ein Spießroutenlauf das zu bekommen.

Jetzt ist es im Prinzip als vorgegeben zu sehen und es muss also durchgeführt werden, sodass wir doch damit präventiv für die Zukunft arbeiten und davon ausgehen können, dass uns manche Schlagzeilen so wie wir in - wie wir, meine ich damit Österreich - in der letzten Zeit in den Zeitungen gehabt haben, hintanhalten können.

Auch für die Bediensteten ein wichtiger Punkt scheint mir zu sein, dass im Versetzungs- oder Bescheidverfahren, Abversetzung, Verwendungsänderung und sonstiges jetzt hier klar gestellt wurde, dass so lange dieser Bescheid einer Abversetzung nicht rechtskräftig geworden ist, eine Nachbesetzung dessen Arbeitsplatzes nicht erfolgen kann, so dass im Prinzip hier ein dementsprechender Rechtsschutz für den Bediensteten auch da ist.

Ganz besonders toll finde ich es, dass eine langjährige Forderung auch unseres dritten Nationalratspräsidenten jetzt endlich einmal auch hier Einzug hält. Nämlich die Forderung der Zurücknahme der vollen Handlungsfähigkeit bei den Ernennungserfordernissen im Gemeinde- und Landesdienst für Bedienstete, die einfach eine Behinderung haben und daher nicht die volle Handlungsfähigkeit haben können, indem der Gesetzgeber jetzt klar sagt, die Handlungsfähigkeit ist auf den Arbeitsplatz, beziehungsweise auf die Tätigkeit abzustufen.

Damit geben wir all jenen Menschen die Chance in den öffentlichen Dienst kommen zu können, die nicht eine volle Handlungsfähigkeit haben, weil sie sie so diagnostiziert haben, aber wir trotzdem nicht einfach darüberfahren und sagen, es muss volle Handlungsfähigkeit bleiben. Nein, wir differenzieren und es geschieht bezogen auf den jeweiligen Arbeitsplatz, beziehungsweise die jeweilige Verwendung.

Für mich persönlich haben diese gesamten Gesetzeskonvolute, die wir heute hier gemeinsam befassen, aber auch zwei kleine Bauchweheffekte. Der eine ist, dass wir die Besoldungsreform des Bundes am 01.11.2015 auch in das Landesrecht übernommen haben, das war halt vor meiner Zeit, tut mir aber weh, weil ich persönlich der Meinung bin, dass es, wenn wir es auf dem Pfad dessen, dass wir eigentlich Vorzeige- oder Modellregion für Österreich sein können, beim Vorrückungsstichtag belassen hätten, hätten wir uns viel erspart, was jetzt auf den Bund und natürlich dann auch auf die Länder zukommt.

Das ist der eine Wermutstropfen, der mich hier berührt und der andere Wermutstropfen der berührt mich gleich doppelt, ist, dass wir es auch machen, so wie es der Bund macht, oder der Bund gemacht hat, dass wir bei allen Anrechnungen im Zuge dieser neuen Besoldungsreform Präsenzdiener-Ausbildungsdienst aber auch den Zivildienst mit neun beziehungsweise sechs Monaten begrenzen.

Weil eines und das möchte ich jetzt schon als Bild darstellen, Menschen, die als Präsenzdiener im Ausbildungsdienst über die Zeit der sechs Monate für die Republik, und wenn wir uns jetzt als Konzern sehen, dann dienen diese Menschen für denselben Konzern, dass diese Zeiten, die sie dem Konzern dienen dann in irgendeinem Filialbereich nicht mehr angerechnet werden, sondern nur mehr beschnitten angerechnet werden, nämlich zu sechs beziehungsweise neun Monaten, stimmt mich traurig.

Ich möchte es zusammenfassend als mehr oder weniger kurze Kernaussage auf den Punkt bringen. *(Abg. Manfred Kölly: Kurze Kernaussage; der kurze Kern.)* Es geht im Wesentlichen darum, dass hier trotzdem dem Gesetz zugestimmt werden muss, weil die Überwiegenheit im Prinzip auf der positiven Seite zu suchen ist und die beiden Punkte, die mir ein bisschen Tränen in die Augen treiben, kann man möglicherweise, ganz besonders den letzten, nämlich die anrechenbare Zeit, möglicherweise hier im Burgenland noch in Nachverhandlungen erledigen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Es kommt, glaube ich, selten vor, dass ich in die Rolle schlüpfen darf, um etwas Verteidigendes für den Landeshauptmann zu sagen. Aber in dem Fall muss man sagen, eine klare gesetzliche Vorgangsweise, die manchmal kürzer, manchmal länger gedauert hat, weil es einfach an der… *(Landeshauptmann Hans Niessl: … dass das öfter der Fall ist.)* Mein Vertrauen kann sich jeder durch Taten und auch manchmal nur durch Worte erarbeiten. Das gilt für jeden hier im Raum.

Aber ernst genommen ist es ja ein Nachvollziehen von Bundesbeschlüssen, wo Gewerkschafter gemeinsam mit den Vertretern des Bundes, der Länder und der Gemeinden an einem Tische sitzen, und das finde ich gut so, eine gesamtheitliche Lösung für das Bundesgebiet erarbeiten.

Wenn man das jetzt auf die Erhöhung der Bezüge für Landesbedienstete, Landesbeamte, Gemeindebedienstete und Mitglieder der Landesverwaltungsgerichte auf ein Beispiel reduzieren möchte, dann ist es gut, dass die 1,3 Prozent - die aufgerundeten Gehaltsabschlüsse - hier im öffentlichen Bereich darstellen, gemeinsam verhandelt werden. Denn gemeinsam hat man hier natürlich die Möglichkeit als Gewerkschaft, als Arbeitnehmervertretung, gegenüber einer gemeinsamen Arbeitgebervertretung, um es auf den Punkt zu bringen, aufzutreten.

Was wir heute mitvollziehen, das ist die Umsetzung des Pensionshunderters oder anderer Dinge, die insbesondere angesprochen wurden im Bereich der Sterbebegleitung und Pflegefreistellung. Ein Bereich, der sehr, sehr wichtig werden wird. Unsere Gesellschaft wird älter, viele ältere Menschen wollen, solange es möglich ist, zuhause von Angehörigen gepflegt werden. Ein ganz besonderer Aufgabenbereich, der Familienzusammenhalt erfordert, aber auch die berufliche Möglichkeit.

Ich glaube, dass hier insbesondere der öffentliche Dienst mit einer guten Rahmenbedingung für Menschen, die hier für pflegebedürftige Angehörige selbst sorgen möchten, mit gutem Beispiel vorangehen muss.

Eines ist natürlich auch klar, dass hier jetzt angepasst wurde, die Klarstellung hinsichtlich des Vorrückungsstichtages und die Anrechnung von Ausbildungs- und Vordienstzeiten, eine ganz gewichtige Sache, wenn es hier einheitliche und faire Rahmenbedingungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt.

Was nicht angesprochen wurde, was für mich ein Punkt ist, den ich als „Wehmutstropfen“ bezeichnen darf, wenn ich beim Wording vom Kollegen Haidinger bleiben darf, ist diese sogenannte „Fallschirmregelung“ für Landesbeamte, wenn auf Grund einer Verwendungsänderung eine niedrige Verwendungszulage zusteht, über einen Zeitraum von drei Jahren, in Form einer Ergänzungszulage.

Klingt etwas kompliziert, ist relativ einfach formuliert. Man will verhindern, dass jene, die von ihren Funktionen entfernt wurden aus unterschiedlichsten Gründen - aus unserer Sicht werden Sie mir wahrscheinlich zugestehen müssen, dass ich hier natürlich auch Parteipolitik mit im Spiel sehe, in Form einer Verwaltungsreform, die eigentlich eine Strukturreform war, - dass jene, die hier betroffen sind, milder gestimmt werden, sage ich.

Was heißt diese „Fallschirmregelung“? Man bekommt eben mehr an Gehalt, als man eigentlich in der aktuellen Funktion bekommen würde, aufgrund seiner alten Funktion und hat damit eben auch seine Möglichkeit verwirkt, sich rechtlich gegen das Ausscheiden aus der vorigen Funktion zu wehren. *(Abg. Manfred Haidinger: Das stimmt ja nicht.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich zwei Punkte wiederholen. Wir alle wissen, dass das Landesverwaltungsgericht in Bausch und Bogen eine Vielzahl der Bescheide aufgehoben hat, die hier im Rahmen der Verwaltungsreform Positionen ermöglicht haben. Ich denke auch, das muss man klar sagen. Ein bisschen mehr Sorgfalt, ein bisschen weniger Parteipolitik hätte hier nicht geschadet. *(Abg. Manfred Haidinger: Das habt Ihr ja ausgemacht, nicht die Roten.)*

Der zweite Punkt ist, ich wiederhole, öffentlich und deutlich unseren Anspruch und unser Angebot an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes. Der ÖVP-Landtagsklub ist auch weiterhin bereit, allen kostenlose Rechtsbegleitung, Rechtschutz zu gewähren und Rechtsberatung anzubieten, die sich durch die Verwaltungsreform des Landes und durch parteipolitische Machenschaften benachteiligt fühlen. Dieses Angebot bleibt aufrecht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Im Übrigen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, vielleicht brauchen viele andere Menschen diese „Fallschirmregelung“ viel notwendiger als unsere Landesbediensteten. Wenn ich mir anschaue, was gerade für eine Bewegung in die Bundespolitik gekommen ist und welche Ängste hier herrschen, Kollege Hergovich hat schon Angst, dass paktierte Dinge scheitern könnten. Wir reden schon über Zukunftsszenarien des Scheiterns.

Eigentlich sind wir ja als Politiker aufgefordert, über die Zukunft von Erfolgen zu sprechen. Ich bin der Auffassung, wenn all das, was im Rahmen eines Koalitionsabkommens paktiert wird, dann so umgesetzt wird, wie ich das in den letzten Monaten verfolgen durfte, Herr Kollege Hergovich, dann müssen wir ja froh sein, dass wir Angst haben dürfen, dass etwas scheitert als dass es Erfolg hat.

Weil wenn Sie sich herstellen und sagen, in dem Bereich hätte ich noch gern, dass die Bundesregierung das umsetzt, was war dann mit der Reform der Gewerbeordnung? Was war da? Ist das auf einmal ein ganz ein anderes Thema? Das war nämlich ebenfalls paktiert, das war ebenfalls ausgemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man nicht blanken Populismus herrschen lässt, sondern sachlich etwas diskutieren möchte, dann bin ich felsenfest davon überzeugt, dass gerade unser neuer, sogar mit Burgenlandbezug ausgestatteter Vizekanzler Brandstetter der richtige Ansprechpartner ist. Ein unabhängiger ehemaliger Rechtsanwalt, der heute hier, glaube ich, der perfekte Ansprechpartner ist, wenn man all das, wo Sie Angst haben, das es Scheitern könnte, in aller Sachlichkeit diskutiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An so einem Tag, wo schon die nächste bundespolitische Entscheidung ansteht, erlauben Sie mir, dass ich auch eine Wortmeldung zu dem Gesagten der letzten Wochen verliere.

Ich finde das extrem spannend, Sie kennen alle noch die Aussage: Es reicht! Ich glaube, die ist unmittelbar verbunden mit dem damaligen Vizekanzler Molterer. Ich wusste nicht, dass auch der Herr Landeshauptmann schon gesagt hat, es reicht. Nämlich im Juni 2016 sagte der burgenländische Landeshauptmann, damals der zweitwichtigste Landeskaiser der SPÖ, so sagt das die Zeitung „Österreich“, so deutlich wie noch kein Spitzenpolitiker sagt er Folgendes: Es reicht! Mit dieser Lopatka-ÖVP geht es nicht mehr weiter.

Das haben Sie, Herr Landeshauptmann, schon im Juni 2016 gesagt, als es die … *(Landeshauptmann Hans Niessl: Und das stimmt heute noch. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ja, ich möchte ja gar nicht sagen, dass Sie das nicht sagen dürfen oder nicht sagen sollen, ich möchte nur sagen, dass ist jener laut „Österreich“ der zweitwichtigste Landeskaiser der SPÖ. *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Niessl.)* Sehen Sie, sehen Sie und das ist der Punkt. Das ist der Punkt. *(Abg. Manfred Kölly: Er ist der Meinung, er ist der Wichtigste.)*

Herr Landeshauptmann, ich bin ganz Ihrer Meinung. Es gab in der ÖVP den Vorstoß von Sebastian Kurz um zu sagen, wählen wir neu. Diese ständige Blockade, das gegenseitige Nicht-Vergönnen und das Blockieren wichtiger Projekte regeln wir durch eine Neuwahl. Es war aber exakt Ihr Bundesparteiobmann oder Bundesparteivorsitzender, der tags darauf sagt, er möchte eine Reformpartnerschaft mit allen neuen Kräften in der ÖVP.

Tags davor rücken alle aus, schimpfen den Sebastian Kurz quer durch alle Ressorts. Sie haben schon wenigstens früher die Karten klar auf den Tisch gelegt und haben sich schon immer dazu bekannt, dass Sie mit dieser ÖVP nicht wollen.

Das ist der Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir, alle Parteien, die derzeit den Nationalrat und den Landtag stellen, mit Fug und Recht behaupten können, diese von der ÖVP und von Sebastian Kurz initiierte Reformbewegung, was auch immer Sie hineininterpretieren wollen, diese Chance für Österreich der Neugestaltung, der Neuausrichtung und der Veränderung werden wir als Österreichische Volkspartei wahrnehmen.

Ich freue mich, dass dieser Überzeugung dann nach einem kurzen Schock innerhalb der Sozialdemokratie alle gefolgt sind, und ich bin mir ganz sicher, Kollege Hergovich, Sie sind und wir alle ein Garant dafür, dass die wirklich wichtigen Sachthemen auch trotz dieser Situation vorangetrieben werden.

Ich freue mich auf eine interessante Diskussion und sachliche Auseinandersetzung zu all die von Ihnen genannten Themen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Friedl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Folgende Landesgesetze sollen geändert werden. Bevor ich aber in die Inhalte eintrete, möchte ich den Bediensteten der Gemeinden, der Bezirkshauptmannschaften, der Landesregierung, den Regierungsbüros und natürlich auch den Klubangestellten Danke sagen. Danke für die wirklich sehr gute Arbeit, die sie leisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Nun wichtige Inhalte. Erstens, die Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte, Zulagen, mit Ausnahme der Kinderzulage, ab 1.1.2017 um 1,3 Prozent. Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsbezüge bis zu einer Höhe von 4.980 Euro Höchstbemessungsgrundlage um 0,8 Prozent und darüber hinaus um einen Fixbetrag von 39,84 Euro.

Dann kommt eine Einmalzahlung in der Höhe von 100 Euro an Beamtinnen und Beamten im Ruhestand und deren Hinterbliebene, die im Dezember 2016 einen Anspruch auf wiederkehrende Leistungen hatten. Beim Bezug mehrerer Pensionen wird die Einmalzahlung nur einmal ausbezahlt. Für Politikerpensionen ist die Einmalzahlung nicht vorgesehen.

Im Disziplinarrecht der Beamtinnen und Beamten wird der Informationsaustausch zwischen Disziplinarkommission und Dienstbehörde verbessert.

Weiters werden die bestehenden Schutzbestimmungen bei den Vernehmungen minderjähriger Zeugen, zum Beispiel Recht zur Beiziehung einer Vertrauensperson auf alle nicht, nur auf minderjährige Zeugen, ausgedehnt.

Die Antragsstellungserfordernisse werden dahingehend geändert, dass Personen, die nicht voll handlungsfähig sind, zum Beispiel besachwaltete Personen, in den Landesdienst für Verwendungen aufgenommen werden können, hinsichtlich derer sie die erforderlichen Handlungsfähigkeiten besitzen.

Ein Beamter, der ohne sein Verschulden, zum Beispiel wegen einer Organisationsänderung, von einer Leitungsfunktion abberufen wird und dadurch eine Verwendungszulage ganz oder teilweise verliert, soll durch sogenannte „Fallschirmregelungen“ eine Ergänzungszulage zur Abfederung der finanziellen Einbußen erhalten. Die Ergänzungszulage beträgt im ersten Jahr 90 Prozent, im zweiten Jahr 75 Prozent und im dritten Jahr 50 Prozent der bisherigen Verwendungszulage bei gänzlichem Entfall beziehungsweise der Differenz zwischen der bisherigen und der niedrigen neuen Verwendungszulage.

Bei Aufnahmen in den Landes- und Gemeindedienst sollen die jeweiligen Personalstellen verpflichtet werden, Strafregisterauszüge und Auskünfte aus der Sexualtäterdatei einzuholen, wenn die Verwendung in einer Einrichtung zur Betreuung, Erziehung und Unterrichtung von Kindern und Jugendlichen erfolgt, wie zum Beispiel bei Kindergärten, in schulischen Tagesbetreuungen, an Landesschulen, Konservatorium, Landesberufsschulen und Landwirtschaftsschulen.

Kindergärtnerinnen und Kindergärtner und Betreuungspersonen, Nachmittagsbetreuung, die einen Dienstwechsel in eine andere burgenländische Gemeinde beabsichtigen, müssen unter Umständen eine massive Verschlechterung ihrer dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung in Kauf nehmen, da nach aktueller Rechtslage die oder die Bediensteten mit Beginn des Dienstverhältnisses zur neuen Gemeinde kraft Gesetzes und daher auch gegen ihren oder seinen Willen in das neue Dienst- und Besoldungsrecht überzuleiten ist.

In Anlehnung an die Regelung im Lehrerdienstrecht soll sichergestellt werden, dass für die betroffenen Gemeindebediensteten jenes Dienst- und Besoldungsrecht auch in der neuen Gemeinde gelten soll, für das sie sich bis Ende Februar 2017 in der früheren Gemeinde entschieden haben. Durch eine Übergangsbestimmung soll auch jenen Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern und Betreuungspersonen ein bis 30. Juni 2017 befristetes Wahlrecht eingeräumt werden, die seit 1. September 2016, dem Inkrafttreten der Besoldungsreform, einen Dienstwechsel vorgenommen haben.

Mit 1. Jänner 2016 wurden Kindergärtnerinnen und Kindergärtner in den Anwendungsbereich des Gemeindebedienstetengesetzes 2014 einbezogen. Gleichzeitig wurden das Kindergarten- und Hortdienstrechtgesetz aufgehoben. Es soll nunmehr auch aus verfassungsrechtlichen Gründen klargestellt werden, dass mit dieser legistischen Maßnahme in bestehende vertragliche Vereinbarungen, insbesondere in Sonderverträgen, nicht eingegriffen wird.

Meine Fraktion wird dieser Dienstrechtsnovelle 2017 zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eingangs einen Punkt erwähnen, der mit der gestrigen Veröffentlichung für diese gesamte gesetzliche Materie von den inhaltlichen Bestimmungen her eigentlich jedem von uns auch die Augen öffnen sollte.

Die gestrige statistische Zentralamtsveröffentlichung auf die sogenannte Inflationsrate hat 2,1 Prozent Inflation ausgewiesen. Wir beschließen heute im Nachschlag auf den 1. Jänner 2017, gültig bis 31. Dezember 2017, eine Erhöhung von 1,3 Prozent.

Meine Damen und Herren! Wir setzen damit eigentlich einen Punkt auf, der jetzt schon bedeutet, dass es einen Reallohnverlust wieder geben wird, und das finde ich, ist bei allem Lob, das vorher von meinen Vorrednern, bezogen auf die gemeinsame Darstellung und Errungenschaft der Verhandlungen um das Gemeindebediensteten- beziehungsweise Landesdienstrecht, durchaus beachtenswert.

Ich würde mir wünschen, dass bei solchen gesetzlichen Regelungen dann auch auf die reale Situation Rücksicht genommen wird und dass nicht durch inflationäre Maßnahmen eigentlich jede Besoldungsreform schon ad acta und ad absurdum geführt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Inhaltlich von der rechtlichen Seite, von der gesetzlichen Seite, als auch von der formalrechtlichen Seite, werde ich dieser Gesetzesmaterie in den Tagesordnungspunkten zustimmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Sagartz und ich tragen heute die gleiche Krawatte, haben aber unterschiedliche Standpunkte, insbesondere wenn es um die Analyse der letzten Tage und Stunden geht. *(Abg. Walter Temmel: Du bist blau und er ist schwarz.)* Denn wie ist denn die momentane Situation wirklich?

Man muss festhalten, die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt. Erst gestern wurden Daten veröffentlicht, wie das Wirtschaftswachstum aussieht, nachzulesen in der APA. Österreich entwickelt sich beim Wirtschaftswachstum hervorragend, das Burgenland übrigens überdurchschnittlich gut, liegt über dem Österreichwert, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir wählen auch.)* also wieder sehr gut unterwegs.

Die Arbeitslosigkeit sinkt erstmalig nach fünf Jahren im Burgenland, das achte Mal in Folge, acht Monate hinweg gibt es einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Stimmung in der Wirtschaft ist eine sehr gute, Optimismus und Investitionsbereitschaft der Wirtschaft sind gegeben. Man investiert, man baut aus. Eigentlich eine Aufbruchsstimmung, die hier zu verzeichnen ist.

Aber gerade jetzt, just in dieser Aufbruchsstimmung, wird durch ein ÖVP-Chaos diese Aufbruchsstimmung gefährdet. *(Heiterkeit des Abg. Walter Temmel – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nicht einmal vorgekommen ist der Kern in den letzten fünf Tagen im Fernsehen.)*

Herr Kollege Sagartz! Ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört, versuchen Sie es bei mir auch. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist provozierend.)* Denn es waren innerparteiliche Streitigkeiten, die dazu geführt haben, dass der Herr Mitterlehner abgetreten ist.

Querschüsse wie vom Herrn Innenminister Sobotka, der den Kanzler hier attackiert, es sind Broschüren mit Hammer und Sichel, die die ÖVP aufgelegt hat. Es gibt den heute schon genannten Lopatka, der auf Einkaufstour geht und irgendwelche Abgeordneten in die ÖVP holt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist jetzt?)* Da wundert es mich nicht, dass der Herr Vizekanzler Mitterlehner das Handtuch wirft und sagt, mir reicht es, macht euch das alles selber.

Herr Kollege Sagartz, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja!)* wichtig ist aber die Begründung. Ich habe diese Pressekonferenz live im Fernsehen gesehen, die der Herr Mitterlehner hier gemacht hat und er sagt sinngemäß: Regierungsverantwortung und Opposition gleichzeitig, das geht nicht. *(Abg. Walter Temmel: Er hat die SPÖ gemeint. Die SPÖ! - Abg. Edith Sack: Nein, ... lange Jahre her. - Abg. Walter Temmel: Vor ein paar Jahren habt schon geschimpft.)* Ja, habe ich mir gedacht, das würde ich sofort unterstreichen, mit einem Leuchtstift noch kennzeichnen.

Er sagt aber dann weiter, die ÖVP hat ein strukturelles Problem. Auch das konnte ich nachvollziehen. Ich war dann ziemlich überrascht, wie Ihr Parteiobmann des Burgenlandes, der Herr Steiner, gemeint hat, nein, nein, das ist nicht so. Ich zitiere ihn: „Die ÖVP ist sehr gut aufgestellt“, auf die Frage, ob es wirklich ein strukturelles Problem gibt.

Sofort nach dem Handtuchschmeißen des Herrn Mitterlehners gibt es Kurz-Rufe. Laute Kurz-Rufe. *(Abg. Walter Temmel: Kurz und gut!)* Doch der Herr Kurz sagt darauf, die ÖVP ist eine Chaostruppe, die übernimmt er so sicher nicht. Nicht der Hergovich oder sonst wer sagt das, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Chaostruppe hat er nicht gesagt.)* im Zeugenstand steht der heutige ÖVP-Parteiobmann, der Herr Kurz, der sagt, *(Abg. Mag. Chrisitan Sagartz, BA: Wenn wir schon den Zeugenstand ausrufen.)* die ÖVP ist eine Chaostruppe.

Danach wird es aber wirklich interessant. Das ist ein Novum der österreichischen Innenpolitik, ich habe so etwas noch nie erlebt. Es wird zu einer Pressekonferenz einberufen. Die Betonung liegt, dass eine Privatperson zu einer Pressekonferenz einlädt. Es wird betont, dass es nicht ein ÖVP-Mitglied und auch nicht ein Minister machen wird, sondern die Privatperson Kurz.

Na, da waren alle überrascht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Alle waren da!)* Umso mehr war ich überrascht, dass eine Privatperson - kein ÖVP-Mitglied, kein ÖVP-Minister, eine Privatperson - Neuwahlen ausrufen kann, und alle applaudieren und greifen hin.

Viele waren verwundert, ich eingeschlossen, dass genau diese Privatperson ein paar Wochen davor ein Arbeitsübereinkommen mit seiner eigenen Unterschrift unterfertigt hat. Nicht irgendwie per Mail, sondern der hat das unterschrieben, in seiner Hand. Ein paar Wochen drauf erinnert er sich nicht mehr und sagt, wir brauchen Neuwahlen.

Durchaus beeindruckend, wie da der heutige Parteiobmann der ÖVP agiert. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Kommt jetzt eine Zusammenfassung, oder was?)* Interessant wäre, und da wäre ich schon gespannt, wie das die ÖVP-Funktionäre wirklich sehen, denn in Wahrheit war das die Beerdigung der innerparteilichen Demokratie, was da stattgefunden hat.

Die Beerdigung der innerparteilichen Demokratie, *(Abg. Manfred Kölly: Zum Thema, Herr Präsident! Thema! Zu diesen Gesetzen!)* wenn sich der Obmann vorbehält, hier einzugreifen, die Wahlliste selbst zugestehen. *(Abg. Manfred Kölly: Wir sind nicht im Wahlkampf. Dann melde ich mich auch noch. Dann sind wir richtig im Wahlkampf. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Melde Dich!

Interessant wird es aber dann, wenn die ÖVP jetzt den Wählerinnen und Wählern weismachen will, sie sei eine Wahlbewegung. Na, habe ich mir gedacht, da bin ich aber überrascht. Wie könnte so eine Wahlbewegung denn ausschauen? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wie schaut das in Eisenstadt aus?)* Und wir sehen am Ende des Tages, Kurz steht drauf, ÖVP ist drinnen und sonst nichts anderes. Denn Kurz ist ÖVP-Bundesparteiobmann, also keine Wahlbewegung wie Macron in Frankreich, sondern er ist Bundesparteiobmann der ÖVP.

Natürlich fragen sich alle, wer zahlt denn den Wahlkampf? Irgendeine Bewegung? Oder ist das die ÖVP? Es ist natürlich die ÖVP! Also die Bewegung ist ein Fake. *(Abg. Walter Temmel: Danke für die Werbeeinschaltung.)* Wer Kurz wählt, der wählt die ÖVP, das muss klar sein.

Dann gab es noch einen unglaublich interessanten Schmäh. Der ist durchaus wert, kurz darüber zu sprechen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Zusammenfassung!)* Der Herr Bundesparteiobmann Kurz sagt, bei uns gibt es jetzt die Revolution, wir machen den Reißverschluss. Mann, Frau - oder umgekehrt -, Frau, Mann, na revolutionär. *(Abg. Doris Prohaska: Haben wir schon gemacht. Haben wir schon lange.)*

Das haben andere Parteien eh und je, aber ich verstehe, dass das ein Problem ist in der ÖVP, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe kein Problem damit.)* wenn ich nämlich in den Landtag schaue, dann gibt es eine Abgeordnete, die hier mitarbeitet. Alles andere wird von Männern sozusagen gemacht. *(Abg. Walter Temmel: Danke!)*

Gut, wenn die ÖVP jetzt auch in die Neuzeit schreitet, dann mag das revolutionär für die Volkspartei sein, aber alle anderen Parteien sind da schon sehr viel weiter.

Dann war aber interessant, dass es ein neues Vorzugsstimmenmodell gibt für die ÖVP. Darüber war ich wirklich überrascht, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kennst Du das schon?)* und ich habe mir gedacht, wie das funktionieren soll, weil es gibt eine gesetzliche Regelung, wie Vorzugsstimmensysteme in Österreich gehandhabt werden und dieses Gesetz gilt für alle, auch für die ÖVP. Daher bin ich schon neugierig, wie diese Schmähparade wieder verteidigt wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Walter Temmel: Sieben Minuten Werbeeinschaltung. – Abg. Edith Sack: Auf das wird er verzichten. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Belangsendung der ÖVP. Super!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber interessant wird es wirklich, wenn man die letzten Tage verfolgt, indem man schaut, wer sich hier zu Wort meldet.

Frau Kollegin Resetar! *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Belangsendung der ÖVP!)* Wissen Sie, wer die „Adler Runde“ ist? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer? Was?)* Die „Adler-Runde“? Ich werde es Ihnen sagen. Die „Adler Runde“ ist ein Zusammenschluss der größten Unternehmungen, der 42 größten Unternehmungen von Tirol. Können Sie googeln, werden Sie gleich sehen.

Diese „Adler Runde“ hat sich sofort zu Wort gemeldet und hat gesagt, sie unterstützt den Herrn Kurz - darüber waren wir durchaus überrascht - *(Abg. Walter Temmel: Tüchtiger Unternehmer.)* und argumentiert und erklärt das folgend, dass sich der Herr Kurz schon vor einiger Zeit mit der „Adler Runde“ zusammengesetzt und erklärt hat, was er vorhat.

No, ist überraschend, oder? Und sie sagen auch ganz ungeniert, warum. Was verspricht sich diese „Adler Runde“ von dem Herrn Kurz? Sagt er, naja, ordentliche Rahmenbedingungen für die 42 größten - *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist denn dann das Problem jetzt?)* na warten Sie ein bisschen - Rahmenbedingungen für diese 42 größten Unternehmungen von Tirol. Na gut. Und auf die Frage hinauf, ob die Unterstützung nur moralisch wäre oder auch finanziell verbunden sei, sagt die „Adler Runde“, auch das ist vorstellbar. Alles ist vorstellbar.

Ich frage mich wirklich, für wen ist denn dann der Herr Kurz wirklich in der Pflicht? *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar - Abg. Edith Sack: Mich interessiert das sehr.)* Für wen ist er der Lobbyist? Der großen Unternehmer, der „Adler Runden“ oder der Menschen, die hart und fleißig arbeiten müssen? *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt schenkt Ihr uns wenigstens ein bisschen eine Aufmerksamkeit. - Abg. Doris Prohaska: Dann hört zu, wenn wir Euch schon die Aufmerksamkeit schenken. - Abg. Mag. Michaela Resetar: Er redet kein einziges Wort zur SPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber wissen Sie, überall wo ich hinkomme, wird eines diskutiert. Jetzt wird der Herr Kurz Bundesparteiobmann der ÖVP und alle gehen davon aus, dass er Verantwortung übernimmt, weil, immerhin hat man den Herrn Mitterlehner ja dazu gebracht, dass er das Handtuch wirft. Jetzt waren natürlich alle gespannt, ob er Verantwortung übernimmt. Nein, das tut er nicht. *(Abg. Doris Prohaska: Na geh! Da schau!)*

Und ich verstehe jeden, ich verstehe jeden, der sagt, naja, wenn er nicht Vizekanzler werden will, wie soll er dann Kanzler werden? Ich verstehe das und würde das auch unterschreiben.

Meine Damen, meine Herren! Es ist nicht die Zeit der „ICH-AGs“, es ist die Zeit, hart und fleißig zu arbeiten. Nicht das Ego des Einzelnen, sondern das Interesse aller ist hier notwendig.

Meine Damen, meine Herren! Mit Österreich spielt man nicht. Verantwortung nimmt man wahr. Ich bin überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler das auch am 15. Oktober genauso sehen werden.

Herzlichen Dank! *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Mag. Michaela Resetar: Kein einziges Wort über die SPÖ. - Abg. Doris Prohaska: So unangenehm ist Euch das? - Abg. Walter Temmel: Danke für die neun Minuten. - Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein! Sicher nicht. - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Überhaupt nicht!)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** So, gut! Ich nehme an, Herr Klubobmann, Sie machen sich auch Sorgen, dass das Ganze in einem Zusammenhang mit der ganzen Gesetzgebung, die heute zu beschließen vorliegt, *(Abg. Robert Hergovich: Selbstverständlich! - Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* passiert. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aus derselben Sorge heraus!)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz das Wort. *(Abg. Manfred Haidinger: Wir haben aber keine Wahlen im Burgenland.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Danke. Sehr geehrter Herr Präsident! Aus derselben Sorge heraus! *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Es ist interessant,*

was einem da geboten wird.) Ich garantiere Ihnen, in zwei Minuten habe ich mein Statement beendet.

Ich möchte nur eines festhalten: Zehn Minuten, Kollege Hergovich, haben Sie jetzt gebraucht, um uns zu erklären, warum Sie so viel Angst vor Sebastian Kurz haben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Genau! - Beifall bei der Abg. Mag. Michaela Resetar)*

Ich muss Ihnen sagen, das ist schon recht einfach zu erklären. Sie merken gerade, was für ein Ruck durch Österreich geht. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* Das ist ganz einfach. Der geht quer durch. Überlegen Sie sich, wie viele Menschen offensichtlich auf eine Bewegung, auf eine Möglichkeit gewartet haben, Österreich zu verändern. Genau diese Veränderung streben wir an. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich antworte Ihnen ganz einfach, die größte Angst ist immer die, die größte Angst ist immer die, man möchte alles verändern, und viele hoffen, es bleibt so wie es ist. *(Abg. Robert Hergovich: Das wird die ÖVP sein. - Abg. Edith Sack: Die gibt es ja nicht mehr. Nur mehr den Sebastian Kurz.)*

Ich kann Ihnen garantieren, die Unterstützung, die der Sebastian Kurz bekommen hat, von neun Bundesländern und sechs Teilorganisationen, die die ÖVP *(Abg. Edith Sack: Die ÖVP gibt es nicht mehr.)* ausmachen, die begründet nur ein Vertrauen. Die begründet das Vertrauen, dass wir mit ihm als Kandidaten einen Weg einschlagen können, der genau das, was Sie aufgeschrieben und jetzt skizziert haben, beendet.

Diese Taktiererei, was Sie jetzt gerade gemacht haben, warum jemand etwas sagt oder nicht, alle haben hinter vorgehaltener Hand bereits gesagt, es ist Zeit, diese Koalition zu beenden. Alle - Journalisten, Bürger, Politiker -, alle waren derselben Meinung, beenden wir diese Koalition. Einer hat jetzt den Anstoß dazu geliefert, er hat dafür fünf Tage die vollste Aufmerksamkeit gehabt.

Eines macht Ihnen natürlich Angst, der Herr Kern ist in dieser Zeit gar nicht vorgekommen. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Doris Prohaska: Wenn Sie Veränderungen so lieben, dann war die letzte Landtagswahl eh genau richtig für Sie.)*

Präsident Christian Illedits*(das Glockenzeichen gebend)***:** Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! „Ein neuer Messias ist geboren“, das schreiben die Zeitungen. *(Abg. Walter Temmel: Keine Beleidigung.)* Lesen Sie keine Zeitungen? Der neue Messias ist sieben Jahre in der Regierung, ist für die Regierungsarbeit mitverantwortlich und ist eigentlich nicht dabei, *(Abg. Edith Sack: Genau!)* und kommt jetzt als neuer Star und alle himmeln ihn an und keiner sagt, was hast du eigentlich die sieben Jahre in der Regierung gemacht? *(Abg. Walter Temmel: Was stört Sie?)*

Welche Beiträge hast du geleistet, dass Österreich weitergekommen ist? Welche Erfolge und welche Leistungen hast du für die Republik gebracht? Wie stehst du zu dem Zwölf-Stunden-Tag? Wie stehst du zur Vermögensbesteuerung? Ein Kandidat, der sich sieben Jahre gedrückt hat, Verantwortung zu übernehmen, klare Aussagen zu machen und Österreich weiterzubringen, das ist meine Meinung dazu. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und zur Demokratie: Ich frage mich, ob das eine Weiterentwicklung einer Demokratie ist, wenn einer die Durchgriffsmöglichkeit zu jedem Abgeordneten hat.

Das ist in der SPÖ undenkbar, *(Abg. Doris Prohaska: Das glaube ich.)* dass ich bestimme *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist ja weniger als in der SPÖ-Burgenland, was der will.)* - Moment - na ich sage es noch einmal. *(Abg. Walter Temmel: Das war wirklich das Größte.)* Noch einmal! Sie können lachen. Das zeichnet Sie aus, *(Abg. Walter Temmel: Das zeichnet Sie auch aus.)* dass Ihr Beitrag

Es zeichnet Sie aus, dass Ihr Beitrag zur konstruktiven Arbeit im Burgenland das Lachen ist. *(Abg. Walter Temmel: Dort ist Ihr Zeuge! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber das ist auch ein spärlicher Beitrag, das nur nebenbei gesagt. Das ist die Arbeitsaufteilung, lachen Sie nur weiter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Walter Temmel: Das können Sie wem anderen erzählen!)*

Nächster Punkt ist, ich sage es noch einmal. Bei uns im Bezirk Neusiedl am See, wo ich Bezirksvorsitzender bin, wählen 180 Leute in geheimer Wahl in der Wahlurne, wer Abgeordneter wird. Jetzt können Sie wieder lachen, denn wenn Sie glauben, dass man 180 Leute in der Wahlurne in einer Vorwahl beeinflussen kann, wen Sie wählen, dann haben Sie eine falsche Einschätzung. Die wählen mich als Spitzenkandidat, in geheimer Wahl in einer Wahlurne, die wählen im Südburgenland den Kollegen Schnecker, und die anderen Kandidaten in geheimer Wahl in der Wahlurne.

Sie glauben doch hoffentlich nicht wirklich, dass man das beeinflussen kann, wenn 180 Leute in Vorwahlen, die Bezirksmandatare wählen. Das ist Parteidemokratie! Sie haben den Herrn Kurz, der das Durchgriffsrecht zu jedem Abgeordneten hat und jetzt können Sie weiter lachen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das wir das System, *(Abg. Mag.a. Regina Petrik: Warum sitzt dann die Gabi Titzer nicht da? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* mit einer sehr demokratischen Vorgangsweise, weiter aufrecht halten, ist auch klar. Das wird uns auch von der ÖVP unterscheiden, denn dort entscheidet eine Person und bei uns sind das die Spitzenfunktionäre, die Gewerkschafter, die Vertreter der Wirtschaft, die Pensionisten und die Jugendorganisation, die unsere Kandidaten geheim in der Wahlurne wählt. Das unterscheidet uns von der ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Lachen Sie nur weiter, das passt Ihnen ohnehin gut. Der nächste Punkt ist die Situation im Burgenland. *(Abg. Walter Temmel: Wahlkampfrede! – Abg. Edith Sack: Der beginnt erst!)* Das wurde bereits kurz angesprochen. Wie steht jetzt das Burgenland da? Wir haben das höchste Wirtschaftswachstum. Bitte, das ist heute im Kurier zu lesen. 2,4 Prozent gemeinsam mit Vorarlberg im vergangenen Jahr. Ein absoluter Topwert in der Ostregion.

Wir haben das höchste Beschäftigungsniveau in der Geschichte des Burgenlandes erreicht. Wir haben die höchsten Tourismuszahlen in der Geschichte des Burgenlandes und wir zählen österreichweit zu den besten Bundesländern bei den Bildungstest. Wir sind eine Aufsteigerregion im Bereich der Bildung.

Ich sage aber auch eines dazu: Natürlich hat die Landesverwaltung, und damit bin ich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zu dieser tollen Entwicklung große Beiträge geleistet. Wir brauchen deshalb eine schlanke und effiziente Landesverwaltung. Ich denke, dass wir da auch auf einem guten Weg sind, denn wir haben seit 70 Jahren die größten Reformen im Bereich der Landesverwaltung. Strukturen, die über Jahrzehnte gewachsen sind, aufzubrechen, zu verändern, ist nicht einfach.

Das wissen wir. Aber, das ist unter Einbindung der Gewerkschaft und der Personalvertretung im großen Konsens gelungen. Wir haben keine privaten Anwälte,

sondern die Gewerkschaft mit dazu genommen, die vor Ort, ebenso wie die Personalvertretung, am Tisch sitzt und diese Veränderung auch mitträgt.

Dass die Strukturen vor 30 oder 40 Jahren andere waren, als jetzt, ist ja klar. Wer nicht darauf reagiert, ist in der Politik am falschen Platz. Nämlich, Veränderungen nicht so durchzuführen, dass die Effizienz gesteigert wird, und auch zum Einsparen vom Personal.

Wo wir sehr wenig eingespart haben, als im Verwaltungsbereich, wo wir relativ viel gespart haben, ist im Baubereich, weil es vor Jahrzenten natürlich noch Aufgabe der Öffentlichen Hand war, Straßen, Güterwege oder den Hochwasserschutz selbst zu bauen. Das macht kein anderes Bundesland mehr.

Jetzt haben wir die verschiedenen Abteilungen zur Baudirektion zusammengefasst. Private Firmen bauen, wir machen die Aufsicht, die Planungen, die Abrechnungen, sodass wir da die Kompetenz haben und da ist eingespart worden. Ich habe gestern auch wieder mit dem Landesamtsdirektor ein langes Gespräch gehabt. Wir sind in Vorarlberg, wir sind in Oberösterreich, weil die im Verwaltungsreformbereich vielleicht in manchen Bereichen einen Schritt weiter sind.

Die Vorarlberger kooperieren mit der Universität St. Gallen. Das ist im deutschsprachigen Raum eine der besten Einrichtungen was die Verwaltungsinnovation anbelangt. Es werden also viele Gedanken darüber gemacht, wie wir die neuen Herausforderungen bewältigen können. Da gibt es Vergleiche unter den einzelnen Bezirkshauptmannschaften. Wieviel Akte werden in Neusiedl am See, wieviel in Jennersdorf oder wieviel in Oberwart mit wie vielen Mitarbeiter bearbeitet?

In Österreich werden diese Dinge vom Rechnungshof angesehen. Wir haben die Rechnungshofberichte durchleuchtet und untersucht, ob wir das schon gemacht haben, denn wir wollen die Kritik des Rechnungshofes ernst nehmen und das ist in entsprechender Form auch umzusetzen.

Ich kann auch dazu sagen, dass wir einen Rechnungshofbericht über die EDV diskutiert haben, denn da hat es ständige Probleme gegeben. Es ist uns aber gelungen, diese ständigen Probleme zu beheben, mit Oberösterreich zu kooperieren und unter dem Strich damit Geld einzusparen. Das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen und wo wir auf einem sehr guten Weg sind.

Andere Länder kommen auch zu uns, um nachzuschauen, was bei uns vielleicht besser gemacht wird, wo wir uns austauschen, wie wir zu den besten Lösungen im Verwaltungsbereich kommen können, um schlussendlich rasch Entscheidungen treffen zu können. Benchmarks bei der Abwicklung von einem Verfahren, bei Betriebsanlagengenehmigungen, bei Baugenehmigungen, all das sind Aufgaben der Bezirkshauptmannschaften des Landes.

Da müssen wir uns auch in Zukunft weiter steigern, da müssen wir uns Gedanken machen, wie wir noch besser werden.

Das sage ich auch noch dazu: Wir haben von unseren zirka 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, und der Abgeordnete Friedl hat es gesagt, viele sehr tüchtige Leute, die engagiert arbeiten, die sehr kompetent sind, die auch die Herausforderungen positiv sehen und auch annehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben im Land selbst und im landesnahen Bereich in Summe 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Land und bei den Landesbeteiligungen in Summe 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben, ist eine Herausforderung. Es ist aber

auch im Rahmen der Landesholding eine Herausforderung, das intelligent zu strukturieren, damit wir für die nächste Generation, zum Beispiel, das wohnortnahe Spital oder die wohnortnahen Pflegeheime erhalten können.

Wir im Burgenland sind die Kleinsten. Unser Ziel ist es, dass wir im Verwaltungsbereich die Besten werden. Da bin ich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit der Personalchefin, die heute auch anwesend ist, sehr dankbar, dass hier gemeinsam gearbeitet wird, um beim Land Burgenland im Verwaltungsbereich und damit auch im Bereich der Baugenehmigungen, bei den Bezirkshauptmannschaften, beim Umweltschutz oder bei den Betriebsanlagengenehmigungen hier wirklich noch effizienter und schneller zu werden.

Das ist auch für den Wirtschaftsstandort Burgenland wichtig. Wenn wir sagen, heute ist die Inflation schon größer, Entschuldigung, dann ist ja die Gehaltserhöhung auch eine Sache der Sozialpartner. Die Berechnungen sind immer im Nachhinein. Als letztes Jahr die Inflationsrate war, gibt es auch einen Schlüssel, Gewerkschaft Arbeitnehmer-Arbeitgeber. Insofern funktioniert also das System sehr gut.

Ich bekenne mich auch dazu und ich kann auch eines sagen: In den 17 Jahren, seit ich für das Personal zuständig bin, habe ich das Ergebnis der Sozialpartnerschaft immer akzeptiert. Wir haben das auch immer eins zu eins umgesetzt, was einerseits die Gewerkschaft andererseits die Arbeitgeberseite ausverhandelt hat. Das ist für mich wichtig.

Das sind dieses Mal diese 1,3 Prozent. Das haben wir schon gemacht. Die rechtliche Grundlage liefert heute der Hohe Landtag und ich kann dazu nur eines sagen: Ich werde mich auch in Zukunft an den Ergebnissen der sozial Partnerschaft bei Lohnerhöhungen sehr stark orientieren.

Wie in der Vergangenheit gibt es aber einzelne Punkte, das sage ich auch abschließend dazu, die wir uns ansehen müssen. Mir schwebt eines vor, das ist eine ganz starke und große Herausforderung und ich möchte das auch noch nicht ankündigen. Aber, eine wirklich gravierende Gehaltsreform im Land Burgenland mit höheren Einstiegsgehältern und flacheren Endgehältern - all diese Punkte, die auch anstehen, wären zu diskutieren.

Das ist eine sehr starke und große Herausforderung. Wir werden das aber noch in diesem Jahr, nach den Personalvertretungswahlen, nach den Gemeinderatswahlen, in Angriff nehmen und versuchen, ein modernes Dienstrecht für unsere Landesbedienstete zu schaffen, wo junge Menschen eine stärkere Zukunftsperspektive haben, weil die Einstiegsgehälter deutlich angehoben werden sollen, die Endgehälter flacher sein werden.

Dann muss man auch Substanz aufbauen, weil da gibt es dann Optimierungen im neuen Dienstrecht und eine Optierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die schon einige Jahre angestellt sind und in das neue System kommen können. Das verursacht am Beginn natürlich deutlich höhere Kosten.

Da muss man jetzt einmal schauen, die Strukturen zu verschlanken, um dann ein neues Dienstrecht nach Möglichkeit umzusetzen, um vor allem der kommenden Generation, auch im Öffentlichen Dienst, noch bessere Zukunftsperspektiven geben zu können.

Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit des Landestages dieser Vorgangsweise auch zustimmt. Danke dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich, Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Ich schließe an die beiden Klubobmänner an. Was diese Diskussion jetzt gezeigt hat, ist etwas, was Österreich braucht. Österreich braucht das, was wir im Burgenland haben. Österreich braucht ein Ende von Rot-Schwarz. Österreich braucht eine dieser beiden Parteien in Opposition und umgekehrt eine Freiheitliche Partei in Regierungsverantwortung.

Wir brauchen in Österreich zwei Parteien, die im Interesse dieses Landes ähnlich zusammen arbeiten wollen. Die Probleme sind leider groß genug. So, wie wir das im Burgenland mit Rot-Blau handhaben. *(Abg. Manfred Haidinger: Stabilität! - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank! Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die sechs Tagesordnungspunkte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bitte beim Abstimmungsvorgang um etwas mehr Ruhe. Herzlichen Dank.

Ich lasse zuerst über den 2. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsauschusses, über den Gesetzentwurf, Beilage 903, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, Zahl 21 – 635, Beilage 930.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, ist somit einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung zu erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den 3. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 904, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird,Zahl 21 – 636, Beilage 931.

Ich ersuche jene Damen und Herren und Landtagsabgeordneten; die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf; mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf; mit dem das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den 4. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 905, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, Zahl 21 – 637, Beilage 932.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den 5. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Dies ist der Bericht des Rechtsauschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 906, mit dem das Burgenländische Beamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird,Zahl 21 - 638, Beilage 933.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den 6. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 907, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, Zahl 21 - 639, Beilage 934.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung des 7. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 908, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, Zahl 21 - 640, Beilage 935.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 921) betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen (Zahl 21 - 653) (Beilage 936)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen nun zur Behandlung des 8. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 921, betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen, Zahl 21 - 653, Beilage 936.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte nun um Ihren Bericht sehr geschätzte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen, in seiner 19. Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Danach stellte Landtagsabgeordneter Mag. Steiner einen Abänderungsantrag. Dieser wurde zur Gänze verlesen und bei der anschließenden Abstimmung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich abgelehnt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist heute ein ruhiger Tag, den ich mir auch so vorgestellt habe. Aber, dann habe ich darüber nachgedacht, und mir ist die Zerreißprobe im Nationalrat eingefallen. Da war mir klar, dass da von jeder Seite sich irgendjemand dazu äußern wird. Aber, sehr interessant scheint das ja im Landtag überhaupt nicht zu sein, weil sie alle wieder gegangen sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben bei den Tagesordnungspunkten 2 bis 7 eigentlich fast nichts über diese Tagesordnungspunkte selbst gehört, sondern ausschließlich den Wahlkampfmodus eingeschaltet gehabt. Vollgas.

Da getraut sich der Herr Géza Molnár hinauszugehen und zu sagen: Wir sind die Besten und die Schönsten und daher gehört das im Bund auch so gemacht. Lassen wir doch die Wähler entscheiden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Vor wem habt Ihr Angst? Vor einem Kurz habt Ihr Angst? Wir haben vor dem Kern auch keine Angst gehabt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir wollen für die Bevölkerung etwas leisten und etwas arbeiten. Auch im Land Burgenland, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir brauchen da nicht nervös werden, denn wir haben seitens Bündnisses Liste Burgenland schon immer gesagt, dass im Bund einiges nicht stimmt. Ihr habt immer gesagt nein, da kommt eine neue Person, da kommt der Mitterlehner, da kommt der. Die sind alle so super und so gut und da wird sich jetzt alles bewegen.

Der Herr Kern ist nicht einmal gewählt worden, denn der ist einfach hingesetzt geworden. Viele solche Dinge passieren da. Aber, das interessiert ja keinen. Heute, wo bei dieser Landtagssitzung, eigentlich eher die Besoldungssachen ein Thema sind, spricht der Herr Landeshauptmann, wenn man Ihm ein bisschen zugehört hat, über den Herrn Kurz und sagt, was der da aufführt und was der sich jetzt alles bei den Durchgriffsrechten und dergleichen mehr gemacht hat.

Ich darf Euch dazu ein paar Beispiele im Land sagen, wie das hier so geht. Es sind ein paar Kollegen nicht da oder wieder da und umgekehrt, wo man sehr wohl gesagt hat, den will ich nicht mehr und aus, Schluss, fertig und auf Wiedersehen oder den setze ich hin, weil es gibt in Großhöflein eine Abgeordnete, die etwas mehr Stimmen gehabt hätte und dergleichen mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Da spricht der Herr Landeshauptmann vom Durchgriffsrecht? Ich gebe ihm ja ohnehin Recht, weil einer die Galionsfigur ja sein muss, die etwas anschafft, seid mir bitte nicht böse. Aber, das Bündnis Liste Burgenland zeigt es anders vor und da hat sich der Herr Kurz - merkt Euch ÖVP - etwas abgekupfert. Der hat gesagt, bevor er die ÖVP total zertrümmern lässt, schaut er, dass eben noch ein bisschen etwas auf den Weg kommt. *(Abg. Gerhard Steier: Nach dem Vorbild.)*

Ich muss ehrlich sagen, ich muss ihm recht geben, weil in der ÖVP mit den Bünden und mit dem Ganzen, das wisst Ihr selber, wie es da zugeht, weil sonst würdet Ihr eventuell auch noch in der Regierung sitzen und vielleicht das eine oder andere verteidigen, was Ihr jetzt eigentlich kritisiert. Ich muss Euch schon eines mitgeben oder in das Stammbuch schreiben. Politik ist für die Menschen da, und nicht für die Parteien. *(Beifall des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Das sollten wir uns einmal vor Augen halten. Das wäre einmal entscheidend. Was sind sie denn, die Kolleginnen, die Abgeordneten und Kollegen Abgeordneten? Vielleicht schmeckt ihnen das Huhn ohnehin gut vom Freiland und weiß der Teufel, was es heute noch gibt. Aber, das kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider sind auf der Tribüne nur zwei Leute, die auf uns aufpassen sollen und müssen, dass uns nicht irgendwo etwas passiert. Das ist vollkommen richtig. *(Abg. Gerhard Steier: Ein Hoch der Tribüne!)*

Aber, die anderen Herrschaften interessiert das überhaupt nicht, was für einen Antrag sie eingebracht haben. Jetzt komme ich vielleicht noch zum Antrag und muss dazu sagen, dass dieser Antrag von uns selbstverständlich voll unterstützt wird. Da gibt es überhaupt keine Diskussion.

Da muss ich dem Herrn Landeshauptmann schon recht geben, aber auch dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, dem jetzigen, der dann gesagt hat, dass wir diese Grenzkontrollen brauchen. Das ist verdammt wichtig.

Aber auch wir seitens des Bündnis Liste Burgenland und im speziellen auch in Deutschkreutz haben es immer wieder vorgezeigt und immer darauf hingewiesen. Damals sind die Medien gekommen und haben gesagt, was der in Deutschkreutz aufführt und was hier mit seiner Bürgerwehr und dergleichen mehr geschieht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Landeshauptmann-Stellvertreter macht es jetzt in ein paar Gemeinden. Ich weiß nicht, wie es funktioniert. Bis jetzt höre ich und sehe ich auch nichts mehr. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das Licht brennt!)* Anscheinend sieht man sie nicht. Aber in Ordnung soll so sein.

Dieser Antrag wäre schon längst fällig gewesen, denn, wie wir wissen, sollte das nach EU-Beschluss eigentlich im November ausgesetzt werden. Wir wissen ganz genau, was das dann heißen würde. Ich weiß nicht, ob die sich Gedanken gemacht haben, was sich eigentlich an der Grenze entlang des Burgenlandes noch immer abspielt. Ob sie sich vielleicht doch einmal wieder zurücknehmen und sagen, naja, ihr seid ja auch dafür gewesen. *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Stimmt ohnehin ÖVP, ist ja kein Problem. *(Abg. Bernhard Hirczy: Kein einziger Abgeordneter ist da. Schau Dir das an! Ein Wahnsinn! - Abg. Gerhard Steier: Haben aber den Antrag eingebracht.)* Ja.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein Beispiel, denn wir sind ohnehin im Live-Stream. Der Herr Präsident wird sich das ja ohnehin aufzeichnen lassen.

Vielleicht verschicken wir es auch noch ein-, zwei- oder drei-Mal, dass das in die Hinterköpfe hineingeht, was sich eigentlich da tut.

Mich freut es, dass jetzt auch der Sprecher der Exekutive da ist, der das vielleicht auch für gut heißt oder für nicht gut heißt, dass man so über einen wirklich guten Antrag diskutiert. Wie weitreichend das sein kann, werden wir erst sehen, denn wenn sich im Bund die eine andere Machenschaft auftut, das weiß man ja nicht, das muss der Wähler erst entscheiden, was sich da tut, dann werden wir das anders sehen.

Aber, ich bin schon der Meinung, dass man auch im Landtag das sehr wohl diskutieren muss, weil gerade das Land Burgenland in den letzten Wochen, Monaten und Jahren eigentlich mit vielen dieser Dinge zu kämpfen gehabt hat.

Da muss man schon auch ein Dankeschön an diejenigen sagen, die dort freiwillig Stunden verbracht haben. Aber auch das Rote Kreuz, die Feuerwehr und die Exekutive haben sich damit wirklich auseinandergesetzt und bemüht, dass das funktioniert.

Ob das eine oder das andere dann durchgewunken wurde, das ist eine andere Sache, da sollten wir dann den Doskozil auch einmal fragen. War der da nicht auch verantwortlich, dass wir da die Daten aufgenommen hätten und dergleichen mehr?

Aber, das ist auch politisch so zu bewerten. Aber, und wir wissen das, dass Millionen wieder warten und eigentlich auf den Aufbruch warten. Wann kommen sie wieder herauf in unser schönes Land, wo man in einer gewissen Höhe eine Mindestsicherung bekommt, wo man gewisse Vorzüge hat und dergleichen mehr.

Auch das sollte man wieder andiskutieren und fragen, warum wir eigentlich so großzügig sind? Daher kommen die alle zu uns. In der Europäischen Union sind Länder, die sagen, wir nehmen überhaupt keine auf. Uns interessiert das gar nicht.

Auch das gehört zur Diskussion. Auch zu so einem Antrag. Warum ist das so, warum wird da nicht vom Bund ein Druck gemacht, warum wird nicht in der EU dementsprechend gehandelt? Wir im Burgenland zeigen es vor und das finde ich für richtig. Da muss ich eigentlich jedem Recht geben, der sich für diesen Antrag einsetzt, der auch dazu steht, dass man das auch möglich macht.

Ich glaube, man soll das nicht auf den November schieben und sagen, so, jetzt machen wir wieder alles auf. Schengen funktioniert ohnehin gut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Schengen funktioniert überhaupt nicht, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Das wissen wir alle miteinander am besten, dass das noch nicht so funktioniert, wie wir uns das vorstellen und dass noch immer genug Leute hereinkommen. Da müssen wir uns auch Gedanken machen, ob wir nicht weiter unsere Grenzkontrollen aufrechterhalten und auch das Bundesheer weiterhin im Einsatz behalten.

Das finde ich auch für richtig, weil es wichtig ist, dass die Bevölkerung das Gefühl hat, eine gewisse Sicherheit zu haben. In diesem Antrag ist, glaube ich, eigentlich alles enthalten, wo wir seitens des Bündnis Liste Burgenland nur zustimmen können.

Ich will mich gar nicht lange aufhalten und vielleicht auch noch polemisch jetzt irgendwo diskutieren, was bei den Nationalrats- oder bei den Gemeinderatswahlen sein wird, oder nicht, sondern, wir haben heute einen Antrag zu behandeln, der eine klare einstimmige Mehrheit erfahren sollte.

Es wäre einmal wichtig, dass wir das Signal ausstrahlen. Mit diesen Worten schließe ich, dass ich sage, gemeinsam statt einsam, dass wir versuchen sollten, wirklich

einen Weg zu gehen, wo man schlussendlich den beschreitet und heute nicht nur, und ich warte schon drauf, wieder die Nationalratswahlen in aller Munde sind, sondern klipp und klar einmal sagt, jetzt behandeln wir wirklich die Anträge.

Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter! Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank. Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich in die Debatte einsteige, bringe ich einen Abänderungsantrag ein. Nach einem sachdienlichen Hinweis der ÖVP im Rechtsausschuss.

Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 653, welcher abgeändert wird wie folgt: Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge auf EU-Ebene die rasche Umsetzung folgender Ziele verfolgen:

- auf EU-Ebene die rasche Umsetzung folgender Ziele verfolgen:
  - Aufrechterhaltung der österreichischen Grenzkontrollen
  - Adaptierung des Schengener Grenzkodex
  - praxisgerechte Ausnahmebestimmungen für die Durchführbarkeit von Grenzkontrollen im Schengen-Raum auf Basis der Entscheidung der jeweiligen Mitgliedsstaaten
  - effizienter Schutz der Schengen-Außengrenzen
- sowie im eigenen Wirkungsbereich
  - alle rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung illegaler Migration nach Österreich ausschöpfen

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In wenigen Wochen jährt sich das Plebiszit der Briten über den Austritt aus der Europäischen Union zum ersten Mal. Die Entscheidung der Briten für den EU-Austritt, der Brexit, war wohl der Höhepunkt einer Reihe von Tief- und Rückschlägen für die Europäische Union.

Auch dieser Landtag hier hat sich dann wenige Wochen nach dieser Entscheidung mit dem EU-Austritt Großbritanniens und mit seinen Folgen beschäftigt. Das war am 14.7.2016 im Rahmen einer Aktuellen Stunde, die die Freiheitlichen unter dem Titel „Das Recht geht vom Volk aus, die Zukunft unserer Demokratie in Europa“ beantragt hatten.

Alle, wirklich alle, ob es hier im Landtag in Eisenstadt war, ob es in Wien war, in Berlin oder auch in Brüssel, wirklich alle waren sich damals einig, dass sich die Europäische Union in einem viel größeren Ausmaß der Lebensrealität der Bürger, ihren Bedürfnissen widmen muss, möchte sie noch weitere 60 Jahre überleben.

Ich glaube, ich bin nicht der Einzige, der es noch im Ohr hat, was damals an Reaktionen aus Brüssel gekommen sind infolge von Brexit. Da hat es geheißen, wir haben verstanden, wir werden uns ändern, wir wollen die Europäische Union gemeinsam mit den Bürgern gestalten.

Kein Jahr später, meine Damen und Herren, und wir müssen feststellen, dass es sich wieder nur um Lippenbekenntnisse gehandelt hat. Dass man es wieder nicht ernst gemeint hat. Und dass man es noch immer nicht verstanden hat. Ein treffendes Beispiel

hiefür ist eben die Frage nach der Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen, ist die Frage nach den Grundbedürfnissen der Menschen schlechthin und einer Grundaufgabe des Staates schlechthin, nämlich die Frage nach der Sicherheit.

Ich halte mich jetzt gar nicht lange mit der Kernfrage auf, ob es Grenzkontrollen braucht, ob es notwendig ist, dass wir Kontrolle darüber haben, wer in unser Land einreist und wer ausreist. Diese Kontrollen sind eine Notwendigkeit. Punkt. Das sieht jeder der Augen im Kopf hat und der nicht verträumt ist.

Was macht die Europäische Union in dieser Situation? Was macht der Herr EU-Innenkommissar, dieser Herr Dimitris Avramopoulos. Er teilt kaltschnäuzig mit, dass die Zulässigkeit nationaler Grenzkontrollen mit November 2017, als heuer in wenigen Monaten, enden solle, die Reisefreiheit für alle, eben auch für illegale Migranten, wieder eingeführt werde.

Meine Damen und Herren, alleine bis Ende April hat es an Österreichs Grenzen knapp 9.700 Aufgriffe gegeben. Das sind nur jene illegalen Migranten, die nicht durchgerutscht sind, denn wir haben ja auch Zahlen aus der Bundesrepublik Deutschland, die wiederum an der Grenze zu Österreich ebenfalls tausende Aufgriffe hatten. Wir erleben über Italien, über die Mittelmeerroute wieder ein starkes Ansteigen der Migrationsströme - ein Plus von 44 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

In dieser alles anderen als harmlosen Situation geht die Europäische Union her und zieht sich auf einen nüchternen juristischen Standpunkt zurück und sagt, keine Notwendigkeit für Grenzkontrollen, ab Spätherbst wieder Reisefreiheit.

Meine Damen und Herren! Wir können, wir dürfen und wir werden uns diese Borniertheit, und das ist nicht anders zu bezeichnen, wir werden uns diese Borniertheit irgendwelcher EU-Kommissare sicherlich nicht ohne Widerspruch gefallen lassen. Es braucht hier - Kollege Kölly hat es gesagt - einen Schulterschluss, und zwar einen Schulterschluss auf allen Ebenen und zwischen allen Parteien.

Diese Koalition setzt die Initiative in dieser konkreten Frage dazu. Rot-Blau wird sich ein Ende der Grenzkontrollen sicherlich nicht widerstandslos gefallen lassen. Wir brauchen auch weiterhin Grenzkontrollen an unseren Grenzen zu unseren Nachbarländern. Ich erspare mir jetzt auch langatmige Ausführungen darüber, wie es an den Außengrenzen ausschaut, an der EU-Außengrenze an der Schengenaußengrenze.

Hier ist die Europäische Union gefragt und bringt viel zu wenig weiter. Das ist offensichtlich. Aber so lange die Europäische Union eben nicht imstande ist, und vielleicht auch gar nicht willens ist, langfristige und nachhaltige Lösungen umzusetzen an den Außengrenzen, kann sie wirklich nicht erwarten, dass das Verbot von nationalstaatlichen und innereuropäischen Sicherheitsmaßnahmen widerstandslos hingenommen wird - von nationalen Politikern nicht, und vor allem auch von den Bürgern nicht.

Die Europäische Union riskiert mit ihrem Standpunkt nicht nur die Sicherheit Österreichs und Europas. Sie setzt damit auch einmal mehr das Vertrauen der Bürger aufs Spiel. Mit dieser Politik darf sich die Europäische Union wirklich nicht wundern, dass immer mehr Bürger das Vertrauen in sie verlieren, sich von diesem Projekt abwenden und nach Nationalisierung rufen. Die EU richtet sich mit diesem Weg selbst zu Grunde.

Meine Damen und Herren, es braucht grundsätzlich drei Dinge, um von einem Staat sprechen zu können. Das ist ein Staatsvolk, dazu kommen wir dann noch beim nächsten Tagesordnungspunkt. Dazu braucht es eine funktionierende Staatsgewalt, die vor allem auch das Grenzregime beherzigt und das Territorium entsprechend sichert. Und

dann braucht es eben dieses Staatsgebiet. Sicherheit ist nicht nur ein Grundbedürfnis des Menschen. Die Gewährleistung der Sicherheit ist eine Grundaufgabe des Staates.

In Wirklichkeit bezieht der Staat seine Existenzberechtigung erst aus Erfüllung dieser Grundaufgabe und aus der Gewährleistung der Sicherheit. Es ist schon klar, Sicherheit bedeutet nicht nur Grenzkontrollen, Sicherheit ist mehr. Aber ohne Grenzkontrollen, ohne eine Kontrolle darüber, wer einreist, wer ausreist, wer sich bei uns aufhält, kann man sicherlich nicht von der umfassenden Gewährleistung der Sicherheit sprechen. Daher diese Antwort von Rot-Blau.

Daher unsere Aufforderung, unsere dringende Aufforderung an die Verantwortlichen aller Ebenen. Sorgen Sie umgehend für eine rechtliche Grundlage - Stichwort Schengener Grenzkodex - die eine Fortsetzung von Grenzkontrollen in nationalstaatlicher Verantwortung ermöglicht. Alles andere wäre gefährlich in mehrfacher Hinsicht. Vor allem aber auch für den Fortbestand der Europäischen Union. Die Bürger haben für diese Art der Politik kein Verständnis.

Es ist verständlich, die Bürger haben die Nase voll. Vollkommen zu Recht. Stimmen Sie diesem Antrag zu, machen Sie bei diesem Schulterschluss mit, meine Damen und Herren. Nicht im Interesse der Sicherheit Österreichs und seiner Bürger, sondern auch im Interesse der Europäischen Union. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Der Abgeordnete übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihren Redebeitrag. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er in die Verhandlungen einbezogen werden wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Präsidenten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Präsident um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg, Herr Kollege Molnár, wir werden dem Abänderungsantrag unsere Zustimmung erteilen. Wir werden ihm deshalb die Zustimmung erteilen, weil wir uns mit allem in den Formulierungen wiederfinden und die Intentionen eins zu eins teilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nichtsdestotrotz einige wenige Sätze zu dieser Situation. Ja, es ist richtig, im heurigen Jahr ist die Anzahl der Illegalen an unseren Grenzen zurückgegangen. Im heurigen Jahr ist die Zahl der Asylanträge massiv zurückgegangen. Deshalb dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen. Wir müssen alles tun, um diese Situation so beherrschbar wie nur möglich zu gestalten. Ich teile auch die Einschätzung meines Vorgängers in Bezug auf den Herrn Dimitris Avramopoulos, dem man auch sagen muss, dass hier die Mitgliedsländer ein Mitspracherecht brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen auch wissen, dass all diese Bestimmungen oder der gesamte Schengen-Kodex in einer Zeit verhandelt wurde, als wir davon ausgegangen sind, dass die EU-Außengrenzen beherrschbar sind, dass bei einem Eintritt in den Schengenraum jenes Land zuständig ist für einen illegalen Grenzübertritt, für eine Person, wo das passiert. Das ist technisch nicht möglich. Wir haben auch nicht diesen Migrationsdruck gehabt an unseren Grenzen vor zwei Jahren, 300.000 Menschen. All das war beim Verhandeln des Schengen-Kodex ja nicht der Fall. Deshalb bin ich auch der Meinung, wie meine Vorredner, dass wir diesen Schengen-Kodex neu verhandeln müssen und dass es ein Mitspracherecht bedarf. Die Österreichische Volkspartei wird dies sehr genau unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass diese Flüchtlingsroute, die Balkanroute, geschlossen wurde. Zwei Dinge sind notwendig. Einerseits müssen auf politischer Ebene alle notwendigen Schritte gesetzt werden, um dies auch weiterhin zu gewährleisten. Auf der anderen Seite müssen wir auch die hardfacts an unseren Grenzen schaffen. Das haben wir getan.

Ich bin sehr froh, dass der Außenminister Kurz hier seines dazu beigetragen hat, dass diese Balkanroute auch tatsächlich geschlossen wurde. Natürlich suchen sich Migrationsbewegungen dann andere Linien. Ich bin überzeugt, dass auch diese anderen Linien in irgendeiner Art und Weise eingefangen werden müssen. Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist ein Schlepper? Es ist ein Traktor, eine Zugmaschine. Ein Schlepper in dem Bereich, in dem wir das diskutieren, ist ein Schlepper, und sie können im Duden nachsehen, Sie können in Wikipedia nachsehen, ein Helfer illegaler Migration - Einschleusung, Fluchthilfe, Menschenschmuggel, Menschenhandel, soweit möchte ich nicht gehen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, erinnern wir uns, was genau vor zwei Jahren an unserer Grenze los war. Der heutige Minister für Landesverteidigung, Sport, war damals unser Landespolizeidirektor. Der heutige Bundeskanzler der Republik Österreich war damals ÖBB-Generaldirektor. Wie nennen Sie Menschen, die, ohne die notwendige Identität an der Grenze festzustellen, die Menschen durchwinken, anrufen, ich brauche wieder einen Zug, an der Grenze in Nickelsdorf sind wieder 15.000 Menschen. Ich lasse Ihnen die Antwort zukommen, Sie können es nachlesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier sind Dinge damals passiert. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist jetzt wirklich ein peinlicher Auftritt!)* Während andere sich auf politischer Ebene bemüht haben, dass die Balkanroute geschlossen wird, *(Abg. Robert Hergovich: Wirklich ein peinlicher Auftritt!)* haben andere das eben nicht getan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Situation. Wenn heute auch diskutiert wird, natürlich stehen wir in drei Monaten vor zwei wichtigen Wahlen. Wir werden am 1. Oktober die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen in unserem Heimatland Burgenland haben. Alle politischen Parteien bereiten sich darauf vor. Wir werden am 15. Oktober Nationalratswahlen haben. Alle politischen Parteien bereiten sich darauf vor.

Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, 180 Delegierte werden in der SPÖ die Kandidaten nominieren. Ich habe heute gehört, es werden innerhalb der ÖVP im Nordburgenland 221 sein. Alle Parteien, gehe ich davon aus, werden in demokratischer Art und Weise ihre Kandidaten finden und machen. Warum auch nicht? Wir haben einen Bundesparteiobmann, vorerst einen geschäftsführenden, den wir auch beim Parteitag wählen werden, der dieser Österreichischen Volkspartei auf Bundesebene vorsteht. Kraft seiner Jugend, kraft seiner Dynamik, und da sind wir wirklich davon überzeugt, ein starkes Wahlergebnis für unsere ÖVP, für diese christdemokratische Bewegung, mit uns gemeinsam erreichen wird. Plötzlich schauen alle Mitbewerber *(Abg. Manfred Kölly: Namensliste!)* relativ alt aus ihm gegenüber. Ob Strache, ob Kern, oder wie auch immer sie heißen. Ich weiß nicht, wer jetzt bei den GRÜNEN heute nachkommt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Heute nicht, morgen!)*

Aber wann auch immer, innerhalb der ÖVP lassen wir die Jugend an die Front, innerhalb der GRÜNEN werden sie sozusagen ausgeschlossen, hat der Rupprechter gesagt, das sind nicht meine Worte. Aber er wird die Situation analysiert haben. Der Eine ist Pizzabote, der Andere tut für das Land arbeiten. Wenn heute gesagt wurde, und ich habe den Herrn Foglar, der ist ja unverdächtig, dass er meiner Partei sehr nahe steht,

sehr genau zugehört. Denn es ist im Koalitionsabkommen auf Bundesebene schon klar vereinbart, dass eine Partei die andere nicht überstimmt. Wenn der designierte Parteiobmann der ÖVP klar sagt, wir stehen zum Koalitionsübereinkommen. *(Abg. Robert Hergovich: Warum wählen wir ihn dann?)* Das was in der Pipeline ist, soll auch gemeinsam abgearbeitet werden. *(Abg. Robert Hergovich: Bitte verkaufe die Leute nicht für so naiv!)*

Herr Klubobmann hören Sie mir zu. Tatsache ist, dass es auch in diesem Koalitionsübereinkommen eine Vorgangsweise für die Auflösung einer Koalition gibt. *(Abg. Robert Hergovich: Die Koalition hat er aufgehoben!)* Diese Vorgangsweise für die Auflösung einer Koalition, auch die geht nach bestimmten Vorgängen, nach bestimmten Mustern, wie beim Koalitionsübereinkommen eben festgelegt. Da ist auch festgelegt, dass bis zum Ende der Periode sich die Parteien im Nationalrat nicht überstimmen werden. Wir, die Österreichische Volkspartei, wir werden uns daran halten, weil der Herr Foglar auch heute gesagt hat, das vom Herrn Kern propagierte freie Spiel der Kräfte könnte Zufallsergebnisse bringen, die niemandem und auch der Republik nicht helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Schmankerl möchte ich Ihnen doch noch sagen. Jetzt ist die Frau Landtagsdirektorin ja da. Sie gestatten, dass ich das kurz erwähne. Ich wollte bei der letzten Landtagssitzung den Herrn Landeshauptmann zur Grenzsicherung fragen. Herr Landeshauptmann, wir haben die Frage deshalb zurückgezogen, weil wir bei der letzten Landtagssitzung ganz einfach einen anderen Schwerpunkt setzen wollten.

Wir haben auch all diese Fragen wieder eingebracht. Die Frage, die ich zurückgezogen habe, habe ich wieder eingebracht und plötzlich wird mir mitgeteilt, dass die Frage wegen offenbarer Unzuständigkeit des Herrn Landeshauptmannes mir zurückgewiesen wird.

Meine Frage hat lediglich gelautet: Gemäß Referatseinteilung der Landesregierung sind Sie für die Bundes- und Landesgrenzen zuständig. Die Überwachung der Österreichischen Staatsgrenzen obliegt im Fall von Grenzkontrollen der Bundespolizei. Richtig. Gibt es seitens des Landes Burgenland Gespräche mit dem Nachbarland Ungarn zum Thema Grenzsicherung beziehungsweise Grenzkontrollen? Ich habe nur gefragt, ob es Gespräche gibt? Offenbar unzuständig.

Also wenn Sie, Herr Landeshauptmann, hier offenbar unzuständig sind, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter auf alle Fälle unzuständig ist, das wissen wir, weil er ausschließlich für das Verkehrswesen zuständig ist, dann ist es der Landtag, der heute hier das Heft in die Hand nimmt und die Bundesregierung auffordert, auf der Europäischen Unionsebene alles zu tun, damit die Grenzsicherung, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur von der Europäischen Union, sondern auch von den Mitgliedsländern mitgeprägt wird. Wir stimmen dem Abänderungsantrag, den der Kollege Géza Molnár eingebracht hat, gerne zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke sehr geschätzter Herr Präsident. Vielleicht eine kurze Anmerkung zu dieser Anfrage. Das ist ausführlich in der Präsidiale abgeklärt worden und ich gehe davon aus, dass Sie damit auch einverstanden sind. Jedenfalls danke für Ihren Redebeitrag. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorgeschichte wurde ausreichend erläutert. Herr Präsident Strommer,

da sind wir uns einer Meinung. Ja, der Landtag hat heute diesen Antrag auf der Tagesordnung, auf unseren Antrag hin und hat das Heft in die Hand genommen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Abänderungsantrag!)* das hat nichts damit zu tun, dass Sie den Herrn Landeshauptmann etwas fragen wollten. Wo die Frage so formuliert ist, dass er einfach nicht zuständig ist. Aber zum Thema. Es wurde gesagt, der EU-Innenkommissar hat die Aussage getroffen, dass die Grenzkontrollen enden sollen im November dieses Jahres und die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich darauf vorzubereiten. Wir sagen für uns, für die Sozialdemokratie ist hier ganz klar, dass die Entscheidungsmöglichkeit und die Entscheidungsgewalt ganz klar über den Beginn und die Verlängerung von Grenzkontrollen im nationalen Recht jedes Staates verankert sein sollen.

Die einzelnen Staaten können einfach die Situation besser abschätzen, die sich an ihren Grenzen abspielt und können daher auch rasch Maßnahmen setzen, was im Interesse von uns allen natürlich ist. Erfahrungsgemäß, da sind wir uns auch alle einig, dauern die Entscheidungen auf europäischer Ebene deutlich länger als auf nationaler Ebene.

Die Grenzkontrollen sind auch deswegen notwendig, weil die Europäische Union, und auch das wurde bereits mehrfach gesagt und da sind wir uns auch einig, die Schengen Außengrenze nicht in dem Ausmaß wie wir uns das vorstellen, sichern kann, und wie das im Schengen-Vertrag im Übrigen auch festgehalten ist. Unser Grundprinzip, meine Damen und Herren, lautet daher, solange die Sicherung der Schengen-Außengrenze nicht die vorgesehenen Standards hat, solange das einfach nicht funktioniert, und so ist es ja, solange die Rückführungen nicht in größerem Ausmaß stattfinden und durchgeführt werden, muss es den nationalen Staaten auch möglich sein, selbst darüber zu entscheiden und selbst die Grenzkontrollen eben durchzuführen.

Selbstverständlich, das wurde angesprochen, auch von Ihnen soeben, Herr Präsident Strommer, gibt es einen guten Austausch. Der Herr Landeshauptmann ist natürlich auch mit dem Verteidigungsminister und dem ÖVP-Innenminister in Kontakt, wenn es um unsere Sicherheit geht. Der Herr Landeshauptmann spricht sich auch seit Jahren und kontinuierlich und immer nachvollziehbar für Grenzkontrollen und für die Durchführung von Grenzkontrollen aus. Bei Ihnen war das nicht immer so klar. Was wir brauchen ist eine weitere Reduktion der Flüchtlingszahlen in Österreich.

Wenn Sie sagen, der Herr Außenminister, zu dem komme ich später noch, hat dafür gesorgt, dass die Balkanroute geschlossen ist - er hat erstens nicht dafür gesorgt, er hat es nur kommentiert, und zum zweiten wurden heuer in den ersten vier Monaten über 9.700 Flüchtlinge aufgegriffen, da kann man nicht davon reden, dass die Balkanroute geschlossen ist.

Wir haben funktionierende Grenzkontrollen an den 14 Grenzübergängen sowie an der Grünen Grenze, wir haben 200 Kolleginnen und Kollegen von der Bundespolizei an diesen Grenzübertrittstellen und an der Grünen Grenze und ebenso eben 400 Mitglieder des Österreichischen Bundesheeres. Hier leistet der Verteidigungsminister einen tollen Job, indem er dem Innenministerium diese Kräfte für die Assistenz zur Verfügung stellt.

Nachdem es Meldungen gibt, dass auch Schlepper die Nachbarländer stärker in Anspruch nehmen, wie die Slowakei, sagen wir auch hier ganz deutlich, dass wir auch zur Slowakei Grenzkontrollen brauchen. Ist auch unser stetiges Verlangen, hier braucht man auch mehr Polizeikräfte. Hier ist auch eingeflossen, und dafür haben wir uns auch immer ausgesprochen, dass im Bereich der Polizei das entsprechende Personal aufgenommen wird.

Dem ist man Gott sei Dank nachgekommen, zur Vernunft gekommen und jetzt stehen Kolleginnen und Kollegen in Ausbildung, die dann im Anschluss an ihre Ausbildung für die Sicherung an der Grenze, für unser Heimatland Burgenland und in der Republik Österreich sorgen werden, dafür jetzt schon ein herzliches Dankeschön.

Es gibt eine klare Zuständigkeit des ÖVP-Innenministers, der einfach gefordert ist, diese Grenzkontrollen zu verstärken, um an die Außengrenzen auch in entsprechender Form abzusichern und die Balkanroute eben dann wirklich nachhaltig zu schließen. Zur Praxis. Welche Situation haben wir? Die Grenzsicherung an den Grenzen, die wir als Burgenland zu betreuen haben, funktioniert. Sie funktioniert sehr, sehr gut. Polizei und Bundesheer arbeiten perfekt zusammen.

Wir haben zeitweise bessere Rahmenbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen gefordert an der Grenze, auch das ist erledigt. Mit dem Amtsantritt von Landespolizeidirektor Mag. Huber, der hier eine ganz hervorragende Arbeit leistet, auch das muss einmal gesagt werden, haben sich diese Rahmenbedingungen, die vorher nicht so in Ordnung waren, dann auch rasch zur Zufriedenheit aller erledigt. Wir haben auch die Situation, dass die Zuteilungen in andere Bundesländer abgestellt wurden. Im Gegenteil, es sind dann auch noch Kräfte zu uns gekommen, und das ist auch ein Zeichen, darauf haben wir auch immer hingewiesen. Wir haben immer gefordert, dass die Polizisten des Burgenlandes im Burgenland Dienst machen sollen und hier für die Sicherheit der Bevölkerung da sein sollen. Diese Situation ist bereinigt.

In Heiligenkreuz und in Nickelsdorf sind Registrierungsstellen eingerichtet worden, es sind Container aufgestellt worden. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich das einmal anzuschauen. Es ist einerseits imposant, auf der anderen Seite ist es jetzt natürlich wenig belegt. Also die Polizei ist hier sehr, sehr gut vorbereitet. Ein zweites Thema, die Rückführungen im Asylbereich. Hier brauchen wir verstärkte Anstrengungen für die Rückführung bei negativen Asylbescheiden. Hier ist eindeutig der Innenminister zuständig. Zugleich brauchen wir auch Anreize, um die freiwillige Rückführung hier zu verbessern und dass diese verstärkt in Anspruch genommen wird. Aber auch hier, ganz klar, die Zuständigkeit liegt beim Bund. Da können wir hier uns natürlich dafür aussprechen und wir tun ja das, den Bund aufzufordern, aber die Zuständigkeit liegt eindeutig beim Bund, die entsprechenden Maßnahmen zu setzen und die Staatsverträge auch abzuschließen.

Adaptierung des Schengener Grenzkodex wurde angesprochen, ja, der Grenzkodex wurde in einer Zeit erstellt und gemacht, wo die Situation eine ganz andere war. Das war auf keinen Fall auf die Situation von 2015 ausgelegt, wo hunderttausende Menschen an unseren Grenzen gestanden sind. Auch auf die Gefahrenlage im Zusammenhang mit der Terrorsituation gehört hier eine Adaptierung und Anpassung vorgenommen. Jetzt eines, Herr Präsident Strommer! Sie haben angesprochen Kern und Doskozil und das war nicht in Ordnung, was Sie gesagt haben. Die beiden Herren, wesentliche Repräsentanten der Republik Österreich, als Schlepper zu bezeichnen, weil, und ich weiß nicht, ob Sie in Nickelsdorf waren, ich war dort, nicht nur so, sondern ich habe auch dort Dienst gemacht.

Wenn diese beiden Herren das nicht so gemacht hätten, dann hätten wir mit Sicherheit Unruhen gehabt, bürgerkriegsähnliche Zustände mit Verletzten und Toten. Das sage ich hier so, und das lassen wir uns diesen Beiden nicht anhängen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Herr General Lang, Sie waren, glaube ich, bei der Eröffnung der Polizeiinspektion Podersdorf dabei, und der ist auch unverdächtig, so wie Sie es gerade

gesagt haben vom Herrn Präsidenten Foglar, unserer Partei nahezustehen, hat dort in seiner Ansprache so positiv über den Landespolizeidirektor Doskozil gesprochen. Ich habe zu meinem Sitznachbarn oder Stehnachbarn gesagt, jetzt wird er ihn bald seligsprechen. Also so wurde die Arbeit von den damals Maßgeblichen bewertet. Wenn Sie heute hier diese Untergriffe machen, dann ist es Ihre Sache. Wir weisen das auf das Schärfste zurück. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Jetzt wollte ich das eigentlich nicht sagen, aber Sie haben jetzt angefangen. Also die beiden Herren Außenminister und Innenminister, zum einen, der Außenminister, das ist der, der sich alle zu Leibeigenen degradiert hat, der die Demokratie ausgehebelt hat in der Volkspartei, der wäre eigentlich dazu berufen, mit diesen Staaten die Rückführungsabkommen abzuschließen und alle Maßnahmen in die Wege zu leiten. Er ist zuständig, niemand anders.

Das Gleiche gilt für den Innenminister. Der Innenminister wäre für die Grenzkontrollen zuständig gewesen, eben in dem Ausmaß auch innerhalb zu forcieren, und dafür zu sorgen, dass auf europäischer Ebene die Grenzkontrollen an den Schengen-Außengrenzen gesichert sind. Da hätte er sich dafür einsetzen müssen. Was hat er getan? Nichts von dem, sondern er hat jetzt, wo die Wirtschaft anspringt, das Wachstum kommt, die Arbeitslosigkeit zurückgeht, seine ganze Energie darauf verwendet, Intrigen zu schmieden und die Koalition in die Luft zu sprengen. So. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein wichtiger Antrag. Wir stimmen dem allem natürlich sehr gerne zu. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon Verständnis für Angst, ich habe Verständnis für die Angst der Menschen denen erzählt wird, wir würden in höchst unsicheren Zeiten leben. Obwohl die Fakten, ich habe das in einer früheren Landtagsitzung bereits erläutert, eigentlich etwas anderes sprechen.

Ich habe auch Verständnis für steigende Nervosität, wenn man mit der eigenen Politik am Ende ist, *(Heiterkeit bei den Abgeordneten)* weil wer ist denn die letzten 20, 40, 60 Jahre in der Regierung in Österreich am Ruder und hat offensichtlich ein Problem noch nicht wirklich lösen können? *(Abg. Günter Kovacs: Das möchte ich auch haben!)* Was aber klar ist, nämlich wo finde ich welches Problem. Wenn so große Angst in einem Land da ist, dann heißt es, dass irgendetwas an der Integration von Menschen, die zu uns kommen, nicht so geklappt hat, *(Abg. Ewald Schnecker: Genau, das habe ich vergessen!)* wie es hätte klappen sollen. *(Abg. Géza Molnár: Was heißt das? Alle herein, keine Grenzkontrollen? Wohin?)*

Das heißt, wenn die Integrationspolitik in den letzten Jahren gescheitert ist, dann gibt es schon jemanden, der dafür zuständig ist. Das ist der Herr Minister Kurz, der als Integrationsminister offensichtlich keine Lösungen gefunden hat für die Probleme, vor die wir hier gestellt worden sind und zwar Probleme für Menschen, die in Österreich leben und ebenso für die Probleme der Menschen, die nach Österreich kommen. Sonst hätten wir heute nicht so viel Angst. Aber Angst ist kein guter Ratgeber in der Politik. Vernunft ist ein guter Ratgeber. Erst wenn Menschen nicht mehr flüchten müssen, haben wir das Problem gelöst. Solange das Schließen von Grenzen als Antwort bejubelt wird, wird das

Problem verschoben, aber nicht gelöst. Den Blick nur bis zu unseren eigenen Landesgrenzen zu haben, das ist etwas begrenzt und es hilft nicht wirklich weiter.

Wir müssen die Ursache von den Problemen ausfindig machen und Lösungen an deren Wurzeln suchen. Wo Krieg ist, muss die Friedensvermittlung an erster Stelle stehen. Da ist nur eine Frage: Wo hat denn unser Außenminister dagegen Stellung bezogen, dass die Europäische, auch die Amerikanische und andere, aber eben auch die Europäische Rüstungsindustrie daran verdient, wenn Menschen im Nahen Osten einander bekriegen? Das habe ich vermisst.

AM steht hier nicht als Abkürzung für Außenminister sondern für Abschottungsminister. Wenn Fluchtwege eingedämmt werden sollen, dann müssen wir uns dafür einsetzen, dass den Menschen, die um ihr Leben rennen, weil sie in ihrer Heimat keine Existenzgrundlage mehr haben, kein Essen, kein Dach über dem Kopf, nicht mehr die gefährliche Reise nach Europa auf sich nehmen müssen. Dann müssen wir in Europa eine Handelspolitik betreiben, die nicht Raubbau an den Wirtschaften ärmerer Länder betreibt. Dazu gibt es zum Beispiel in Österreich die Entwicklungshilfe. Für die Entwicklungshilfe ist der Außenminister zuständig. Wer ernsthaft, wirklich ernsthaft Fluchtbewegungen aus armen Ländern eindämmen will, der muss eine vernünftige Entwicklungspolitik betreiben, das heißt eine Entwicklungszusammenarbeit.

Was aber geschieht in Österreich unter Außenminister Sebastian Kurz? Von dem ohnehin schon sehr kleinen Entwicklungshilfebudget zweigt er Mittel zur Förderung von Großkonzernen ab. Das ist ein Kurs, der weder Armut bekämpft, noch Fluchtbewegungen vorbeugt. Da geht es gar nicht um die Sicherung der existentiellen Grundlagen der Menschen vor Ort. Vielmehr gestaltet Kurz das Österreichische Botschaftsnetz so, dass es vor allem Marktchancen für Unternehmen ausmachen soll.

Er gründet sogar ein eigenes Unternehmensservice im Ministerium, das sich laut Eigenbeschreibung darum kümmert - ich zitiere - das weltweite Netz von 100 Botschaften und Konsulaten stärker in den Dienst der Wirtschaft zu stellen. Aber nicht in den Dienst der Wirtschaft der betroffenen Länder, sondern in den Dienst der österreichischen Wirtschaft. Das ist das Entwicklungshilfeverständnis von Sebastian Kurz? Da kann nichts weitergehen in der Migrationspolitik, denn Grenzen hochziehen hilft da überhaupt nichts.

Die österreichischen Beiträge für mehrere internationale Organisationen, internationale Organisationen die vor Ort helfen, damit Menschen dort wo sie leben auch bleiben können, die hat Außenminister Kurz gekürzt. Im Bereich der Entwicklungshilfe wurde der Entwicklungspolitische Beirat abgeschafft und durch ein Beratungsforum für Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich ersetzt. Das ist nicht unwesentlich. Denn wer wird da als Beratungsforum von Kurz eingesetzt? Die Erste Bank, die Industrieellenvereinigung, die ÖMV, die Wirtschaftskammer. Früher waren im Entwicklungspolitischen Beirat auch Gewerkschaften und NGO's vertreten.

Aber dass NGOs für Herrn Kurz nicht gerade gute Partner sind und sie ihm gar nicht gefallen, das hat er ja mehrmals zum Ausdruck gebracht. Die Stelle, die im Außenamt die Entwicklungshilfegelder verwaltet, ist die Austrian Development Agency, die ADA. Auch diese wurde unter Kurz neu orientiert. Sie investiert jetzt immer mehr in die Förderung von Unternehmensprojekten in Entwicklungsländern, die aber nicht der Entwicklung der Wirtschaft in den betreffenden Ländern dienen, sondern wieder der Entwicklung der europäischen Unternehmen. Zum Beispiel Hofer oder AGRANA, Teil des Raiffeisenkonzerns, oder auch zum Beispiel ein großer Kaffeekonzern. Da kam es bei der Unterstützung eines Projekts durch den Außenminister sogar zur Vertreibung der örtlichen Kaffeebauern.

Das heißt, diesen wurde durch vermeintliche Entwicklungshilfe die Existenzgrundlage entzogen. Wenn sich solche Menschen dann auf den Weg machen, dann wird hier laut geschrien - Grenzen hoch und sie sollen doch bleiben wo sie sind, euer Schicksal geht uns nichts an. Statt unsere Energie in Abschottung zu stecken, sollten wir in Österreich und in der Europäischen Union alle Handelsverträge durchforsten, die dazu führen, dass Menschen in solche Lebenslagen gebracht werden.

Für mich gibt es eine klare Grenze, es ist die Linie, die die Menschenrechte legen. Nicht alles, was rechtlich zulässig ist, ist auch menschenrechtlich zu akzeptieren. Totale Überwachung oder Zurückweisung ohne Prüfung von Asylansprüchen, weil darum geht es auch, wenn jemand an unseren Grenzen steht, und die Abschottung Europas vor den Problemen, die zu lösen es nicht im Stande ist, kann nicht unser Ziel sein.

Wir dürfen den anstehenden Problemen, und wir haben Probleme im Umgang mit Fluchtbewegungen, nicht wie es der vorliegende Antrag intendiert, mit alten Lösungen begegnen.

Wir brauchen grundlegend neue Lösungen. Die sind möglich, wenn alle wollen. So geht es nicht! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielleicht in aller Kürze zu Herrn Kurz. Der Herr Sebastian Kurz ist ja jetzt nicht mehr sozusagen in der ÖVP, sondern es gibt jetzt die Liste „Ich“, die Liste „Sebastian Kurz“. Das heißt auch, man darf nicht vergessen dass der Außenminister der längstdienenste Minister in der ÖVP ist. Das heißt, er kann nicht so tun, als wie wenn er nie etwas in dieser Regierung zu tun gehabt hätte. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Hat eh die meiste Erfahrung.)* Ich glaube schon, dass das irgendwann doch in der Bevölkerung so durchsickern wird, dass das definitiv die Liste „Ich und Ich“ ist.

Wer ist in dem Bereich Sicherheit zuständig? - Ich. Wer ist für die soziale Marktwirtschaft zuständig? - Ich. Also die Liste „Ich“, *(Abg. Gerhard Steier: Das hat der Cap auch gesagt.)* Ja, das hat der Cap auch gesagt, ja, *(Landeshauptmann Hans Niessl: Guter Mann!)* das war sehr, sehr genial. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Warum habt Ihr ihn abmontiert? – Zwiegespräche in den Reihen)*

Ich würde mit den Worten des Bundespareiobmanns Heinz-Christian Strache sagen, achten wir darauf, dass Österreich nicht zu kurz kommt. Gut! Jetzt zum heutigen Antrag. Ich glaube, es ist wirklich sehr positiv, dass dieser Antrag fast einstimmig beschlossen wird, die grüne Partei ist natürlich dagegen. Das Alternativkonzept kenne ich nicht. Was heißt das, wenn es keine Grenzkontrollen gibt, was kommt dann? Grenzen auf, alles herein, das geht sich alleine schon von der Fläche nicht aus, dass wir ungefähr 50 oder 70 Millionen Afrikaner nach Österreich holen. Wie soll sich das alles ausgehen?

Also, das heißt, das ist die Alternative, was wir immer gesagt haben, ist und das sickert auch jetzt EU-weit schon mehr und mehr durch, dass es damals schon kulturnahe Flüchtlingsstädte hätte geben müssen. Die EU hätte kulturnahe Flüchtlingsstädte errichten sollen und im afrikanischen Raum, wo fünf Millionen, sechs oder sieben Millionen Menschen Platz haben, mit einer Wasseraufbereitung und einem Schulsystem und so weiter und so fort, und wenn man dann den Krieg beendet, dann könnte man diesen Personen wieder helfen, ihr eigenes Land wiederaufzubauen, dann könnte man Geld in

die Hand nehmen, aber es ist ja keine Lösung, alle Menschen zu entwurzeln und in die EU zu holen. Das kann wirklich nicht die Lösung sein, weil natürlich insgesamt die Menschenmengen gar nicht verkraftbar sind und vor allem in dem kleinen Land Österreich. Was hat zu den Grenzkontrollen geführt? Zu den Grenzkontrollen hat der LKW geführt, wo 71 Tote zu verzeichnen waren. Dadurch hat es plötzlich ein Umdenken in ganz Österreich gegeben. Wir in der Landesregierung haben immer Grenzkontrollen gefordert. Ich weiß nicht, wie das damals mit der ÖVP war, aber ich glaube, da waren wir etwas skeptisch, man war doch dagegen. Ich glaube aber, dass das sehr viel gebracht hat.

Ich glaube auch, in der heutigen Zeit des Kommunikationsmittels Handy. Wenn es heute heißt, im November die Grenzkontrollen gibt es nicht mehr, dann bin ich davon überzeugt, dass wieder unglaubliche Menschenmassen zum Rollen beginnen werden. Das geht so schnell, das ist das Hauptkommunikationsmittel, das es halt vor zehn Jahren noch nicht gegeben hat, aber das geht so rasch, das können wir uns gar nicht vorstellen. Das heißt, alleine die Ansage, die Grenzkontrollen wird es nicht mehr geben, Grenzen auf. Alleine diese Ansage könnte oder kann für Österreicher wirklich sehr schlecht ausgehen.

Dann möchte ich diesen „EU-Murks“ vielleicht doch ein bisschen untermauern, weil das ist wirklich ein „Murks“ und zwar im Bereich des Roten Kreuzes. Wir haben auch schon einen Antrag verabschiedet, wonach die EU eigentlich möchte, dass das Rote Kreuz oder das ganze Sanitätssystem privatisiert wird. Das muss man sich wirklich einmal vorstellen. Das heißt, es würden dann irgendwelche Privatunternehmer mit den Patienten durch die Gegend fahren und würden bei jeder Fahrt ein Geld verdienen. Das ist genauso ein „EU-Murks“.

Auch diese Grenzkontrollen abzusagen, ist auch ein „EU-Murks“. Ich bin froh, dass dieser Antrag mit großer Mehrheit heute angenommen wird. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke. Als Nächster hat sich Herr Landeshauptmann Hans Niessl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin auch sehr froh, dass es diesen Antrag gibt, weil damit auch der Weg bestätigt wird, den ich in der Vergangenheit und nicht nur in den letzten Wochen und Monaten, sondern über Jahre hinaus vertreten habe, und wo ich doch in verschiedenen Medien, aber auch von politischen Parteien kritisiert wurde. Was grundsätzlich ja gut ist, wenn man kritisiert wird, aber wenn man im Nachhinein in seinem Weg Recht bekommt, dann ist das auch eine Bestätigung des Weges, den man eingeschlagen hat.

Bevor ich aber dazu komme, auch eine Anmerkung zur Frage des Abgeordneten Strommer, der in seiner Frage sagt: Für den Grenzschutz ist der Bund zuständig, und welche Gespräche haben sie im Umgang über den Grenzschutz geführt? Also insofern ist die Frage ja ein Widerspruch an sich, wenn ich auf der einen Seite und im ersten Teil der Frage sage, der Bund ist zuständig, und dann fragt man mich, was ich getan habe, wo ich nicht zuständig bin. Das ist ein Widerspruch.

Das braucht man nur nachzulesen beim Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Korinek, der ganz klar zu den Kompetenzen - Verfassungsgerichtshof, Entschuldigung, korrigiere. *(Abg. Gerhard Steier: Heuer gestorben.)* Auf alle Fälle eine anerkannte Persönlichkeit. Der klare Richtlinien und klare Erkenntnisse dieses höchsten Gerichtes

auch schriftlich niedergelegt und dargelegt hat, wie mit Anfragen und Ablehnungen umzugehen ist und wie der rechtliche Weg ist. Ich denke, dass wir uns darauf einigen sollten, dass wir von Präsidenten der Höchstgerichte die Stellungnahmen und die Gutachten auch anerkennen, denn wir bewegen uns alle auf demokratischer Ebene, nehme ich an, und wenn wir uns auf demokratischer Ebene bewegen, dann sollten wir auch derartige Gutachten respektieren und anerkennen.

Wenn man will, dass man die ergänzt, kann man das auch gerne tun, aber das ist ganz einfach die Grundlage in einer Demokratie, dass im Parlament, das demokratisch gewählt ist, auch auf demokratischer Ebene entsprechende Gutachten akzeptiert werden und das Recht gegenüber Gutachten nicht irgendwohin gedreht werden soll. Das hat mit Demokratie nichts zu tun und da sage ich, da brauchen wir einen klaren Weg. Das gilt für alle Regierungsmitglieder und wenn, machen wir nochmal Gutachten und wenn der Präsident des Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofes nicht ausreicht.

Also insofern, klar für mich gilt das, was der Oberste Gerichtshof, wenn für andere nicht gilt, dann werden wir auch die Demokratie hier weiterleben lassen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Punkt sind die Grenzkontrollen und die Bestätigung des Weges, den ich gegangen bin und wo es doch teilweise Kritik gegeben hat. Das rührt schon zurück seit dem Jahr 2010, wo ich der Überzeugung war, wie wichtig der Assistenzeinsatz des Bundesheeres in der Vergangenheit war. Immerhin 21 Jahre hat es den Assistenzeinsatz gegeben. Im Jahr 2010 hat der Präsident Strommer gesagt: „Wir sehen keine Notwendigkeit, der Assistenzeinsatz hat sich überlebt“, wortwörtlich, ich zitiere. Er ist aber ein Jahr weiter aufrechterhalten worden. Weitere Aussage: „Mittlerweile gibt es keine Grenze mehr zu überwachen, und daher ist der Assistenzeinsatz in dieser Form nicht mehr zeitgemäß“, so Strommer. Wenn es keine Grenzen mehr gibt, warum bewachen wir jetzt die Grenzen? Also wieder ein Widerspruch.

Weiters, wieder wörtliches Zitat: „Geld wäre fast überall sinnvoller eingesetzt.“ Also alles Zitate, die ich mir habe ausdrucken lassen. Norbert Darabos ist nicht da, trotz dieser negativen Stellungnahme hat er seinerzeit als Verteidigungsminister dafür gesorgt, dass trotz dieser Kritik der Assistenzeinsatz aufrechterhalten geblieben ist, und dafür bin ich ihm heute noch dankbar. Danke, Norbert Darabos, dass das noch weitergegangen ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich darf weiter zitieren: „Es gibt genug Polizisten im Burgenland, nur sind sie nicht immer dort, wo die Kriminalität ist.“ Na no na, kann ich da nur sagen. Wenn die Polizisten dort wären, wo die Kriminalität ist, dann würde es ja gar keine Kriminalität geben, weil kein Einbrecher und kein Krimineller geht dorthin, wo die Polizei steht, sondern die sind immer dort, wo die Polizei nicht ist, das ist ja die Herausforderung der Polizei, dass sie möglichst gute Strategien haben und die Strategien der Einbrecher, der Schlepper, der Rauschgifthändler durchschauen und damit erfolgreich sind. Diese Aussage, sage ich, kann ich nicht ganz nachvollziehen, denn wäre die Polizei dort, wo die Kriminellen sind, würde es im Burgenland gar keine Kriminalität geben.

Das gibt es leider nicht, und deswegen brauchen wir - und das habe ich auch zu dem Zeitpunkt gefordert - mehr Polizisten fürs Burgenland, was auch abgelehnt wurde, weil wir eh schon genug haben und umgelegt auf die Einwohner die meisten haben. Jetzt sehen wir, dass wir sie brauchen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es geht noch weiter. Ich bin beim Jahr 2014, es geht wieder um die Grenzkontrollen, die ich massiv gefordert habe, Aussage wieder des Sicherheitssprechers: „Man hat die Möglichkeit, bei Europameisterschaften so zehn Tage

oder wie auch immer Grenzkontrollen durchzuführen. Einen solchen Bedrohungsfall haben wir derzeit nicht, also keine Grenzkontrollen." Was war das Ergebnis? - 71 Tote im Sommer 2015! Keine Grenzkontrollen, wo ich das gefordert habe, November 2014, im Sommer 2015 71 Tote, heute die Verhandlungen in Ungarn wegen Schlepperei.

Hätte man schon vorher Grenzkontrollen gemacht, wäre das eine wichtige präventive Maßnahme gewesen, um hier auch entsprechend gegen die Schlepperkriminalität vorzugehen, und es hat nicht nur die 71 Tote gegeben, sondern es hat wenige Tage nachher noch einmal über 30 in den LKWs gegeben, die sie nur Tricks davon retten konnten, dass sie nicht erstickt sind.

Die Situation ist nicht vom Himmel gekommen, sondern jeder, der in der Nähe der A4 gewohnt hat, hat gesagt, so kann es nicht weitergehen, dass die Schlepper einen Shuttledienst zwischen Budapest und Wien eingerichtet haben. Das haben sehr, sehr viele Leute gewusst, weil die Schlepper auf der Autobahn die Menschen ausgelassen haben, weil es schon ein Sicherheitsrisiko war und es sind noch immer keine Grenzkontrollen gemacht worden, weil es ganz einfach nicht notwendig ist und weil man das nicht gemacht hat. Aus meiner Sicht war diese Forderung unbedingt notwendig. Hätte man diese umgesetzt, hätte das zu viel mehr Sicherheit in der Region geführt und unter Umständen hätten diese Maßnahmen auch dazu geführt, dass es weniger Tote gegeben hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wieder ein Zitat, das ist jetzt abschließend: „Statt eines veralteten Systems brauche es eine Sicherheit-Neu, wobei die Exekutive die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten solle", argumentierte Strommer, „der Einsatz sei seit dem Fall der Schengengrenze insgesamt problematisch."

Es wird sozusagen in der Presseaussendung darauf hingewiesen, dass der gesamte Assistenzeinsatz und die Grenzkontrollen rechtlich wahrscheinlich nicht in Ordnung und problematisch sind. Dazu muss man auch sagen, das war auch eine der Diskussionen, die innerhalb der Koalition zu führen war, nämlich die Sicherheitssituation gerade dort, wo die Balkanroute durchgeht, im Bezirk Neusiedl am See, im Burgenland nicht richtig einzuschätzen. Aus welchen, mir was das völlig schleierhaft, wie man zu den Ergebnissen kommt, wir brauchen keine Grenzkontrollen, wir brauchen keinen Assistenzeinsatz, alles ist in Ordnung, und eine Schönfärberei zu machen. Nichts war in Ordnung! Die Schleppermafia war täglich rund um die Uhr unterwegs, bis es zu 71 Toten geführt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin froh darüber, ich fahre jede Woche über Ungarn ins Südburgenland, es gibt die Grenzkontrollen. Ich werde genauso kontrolliert wie jeder andere. Genau das System hätten wir früher gebraucht. Das hätten wir früher gebraucht, damit es keinen Kontrollverlust an der Grenze gibt.

Was sagen die Burgenländerinnen und Burgenländer dazu, im überwiegenden Ausmaß, dass an der Grenze gar nicht kontrolliert wird, dass Menschen ohne Registrierung in dem Ausmaß hereingekommen sind? Das ist ein Zustand, den die Menschen überhaupt nicht wollen. Die Sicherheit, dafür ist der Staat verantwortlich, dafür brauchen wir das entsprechende Geld für die Polizei und natürlich für den Assistenzeinsatz. Das wollen die Menschen, das wird heute auch in Form des Entschließungsantrages beschlossen, und ich denke, das ist auch gut und richtig so, und ich bin auch sehr dankbar dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich letzte Woche bei der Landeshauptleutekonferenz auch zum Innenminister gesagt habe und ich stehe auch nicht an, auch wenn Wahlen sind und wir heute eben auch über verschiedene Personen,

Positionen, die noch nicht bei allen bekannt sind, auch in entsprechender Form sprechen. Ich habe dort auch deutlich gesagt, dass ich froh bin, Innenministerium und Verteidigungsministerium, dass es Grenzkontrollen gibt und dass es den Assistenzeinsatz gibt. Das sage ich auch im Wahlkampf, dass das wichtig und notwendig ist. Ich sage aber auch dazu, dass in der Vergangenheit die Situation vollkommen falsch war und dass man viel zu spät damit begonnen hat, diese Strukturen so hinaufzufahren.

Noch ein konkretes Beispiel. Sonntag, 15 Uhr. Bayern macht die Grenzen dicht. Anfang September. Es werden keine Flüchtlinge von Österreich übernommen. 10.000 Flüchtlinge sind in Nickelsdorf. In einer Gemeinde mit 1.500 Einwohnern. Die Situation droht zu eskalieren. Denn in einer Gemeinde, vielleicht tagelang und über Nacht 10.000 Flüchtlinge unterzubringen, ist nicht möglich, sie weiter zu transportieren, ist auch nicht möglich. Und jetzt, was machen wir?

Na, die Flüchtlinge muss man aufteilen. Auf möglichste viele Einheiten, damit Nickelsdorf frei wird, weil man gar nicht genau weiß, was noch kommt. Um Konflikte nicht aufkommen zu lassen, weil das gar nicht möglich ist, muss nur ein jeder nachdenken, 1.500 Einwohner, 10.000 Flüchtlinge sind schon dort, unter Umständen kommen 1.000 weitere. Also was macht man? Man teilt sie auf, und das als Schlepper zu bezeichnen, dass man sagt, wir bringen sie nach Frauenkirchen, nach Gols, nach Oberwart, um über Nacht dort in Nickelsdorf Luft zu haben, wo wir auch in Frauenkirchen - ich weiß es jetzt nicht genau wie viele - 70, 80 oder 100 genommen haben. Die Gemeinde Gols und so weiter.

Ich glaube, das ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass man versucht, sie wegzubringen, um Konflikte zu vermeiden, und das ist der große Verdienst, auch des Verteidigungsministers und damaligen Polizeidirektors. 300.000 Menschen in Nickelsdorf mit entsprechender Nahrung, mit Kleidung, mit medizinischer Versorgung zu versehen, ohne dass es einen Zwischenfall gegeben hat. Das ist eine einzigartige Leistung der Polizei, der Rot-Kreuz-Leute. Die Feuerwehr hat sogar teilweise mitgeholfen. Freiwillige Helferinnen und Helfer. Das ist ein Riesenverdienst gewesen.

Das Ganze hat geleitet und koordiniert der Verteidigungsminister, unser Burgenland-Minister. Er hat das hervorragend und sehr, sehr gut gemacht. Dafür bin ich heute noch allen dankbar, dass sie diese Leistungen erbracht haben, dass dieses Ereignis - und das war in Wahrheit auch ein welthistorisches Ereignis - ohne Konflikt und Zwischenfall umgesetzt werden konnte. Ich sage noch einmal Danke für dieses Engagement, für diesen Einsatz! Es waren ganz schwierige Situationen dabei. Eine davon habe ich soeben versucht kurz darzulegen, damit da ja nichts passiert, damit es keine Übergriffe gibt, damit es keine Konflikte gibt.

Ich bin auch auf das Burgenland stolz. Wir haben gezeigt, nach 56, nach 89 und auch 2015, dass geholfen wird, dass Menschlichkeit vorhanden ist und dass man auch schwierige Situationen durch gemeinsame Arbeit bewältigen kann. Wir haben auch von Seiten des Landes entsprechende Beiträge geleistet, koordiniert. Wo bringen wir Leute hin? Auch unsere Mitarbeiter von Seiten des Landes haben hier sehr gute und konstruktive Beiträge geleistet, sowie die Gemeinden, die das ebenfalls in entsprechender Form gemacht haben, dazu beigetragen haben. Deswegen brauchen wir, was Sie sagen, Frau Kollegin Petrik, ich bin ja nicht dagegen, die Länder dort so zu unterstützen, dass die Menschen dort bleiben können. Oder glauben Sie wirklich, dass ganz Afrika in den nächsten zehn Jahren auf einen Standard gebracht wird, der die Menschen einlädt, nicht unsere Standards in Anspruch zu nehmen?

Wir brauchen beides. Wir brauchen Hilfe vor Ort. Wir brauchen einen kontrollierten Zuzug, und wir brauchen das vor allem, um Menschen, die aus Kriegssituationen zu uns kommen, helfen zu können. Wenn heute viele Afghanen, die zu uns kommen, nicht aus Afghanistan, sondern aus dem Iran kommen, wo kein Krieg herrscht, dann muss man sagen, können wir das in Zukunft bewältigen? Können wir das auch in Zukunft in dieser Form machen oder müssen wir uns darauf konzentrieren, dass Menschen, und da bin ich zu 100 Prozent dafür, die aus Kriegsgebieten kommen, geholfen wird.

Nur wenn man das uneingeschränkt zulässt, dann wird unter Umständen die Kapazität, Kriegsflüchtlingen zu helfen, eben nicht mehr gegeben sein. Das ist nicht mein Zugang, sondern wir brauchen die Kontrolle an der Grenze. Das ist eine der wesentlichsten und wichtigsten Aufgaben des Staates. Wir müssen Kriegsflüchtlingen helfen, aber wir können nicht einen uneingeschränkten und unkontrollierten Zuzug aus Nichtkriegsgebieten ebenfalls zu uns einladen, denn dann wird wahrscheinlich die Bevölkerung, der Staat, der Sozialstaat, auch überfordert werden.

Fragen Sie einmal die Gemeinden, wie die auch schon belastet sind, durch unsere Sozialabgaben. Wir brauchen einen realistischen, vernünftigen Weg, und mit diesem Antrag schlagen wir diesen vernünftigen und guten Weg auch ein.

Ich bedanke mich bei den beiden, die hier federführend mit den Klubs dabei waren. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstem erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Lagebeurteilung auf Vergangenheit, die die Einführung von Grenzkontrollen gebracht hat, dass manches in der Sicherheitsdiskussion zu Tage befördert hat, und was alles von der Republik in der Zusammensetzung für den sogenannten Sicherheitsgedanken geleistet wurde, können wir durchaus übereinstimmen.

Tatsache ist, dass es zu einem gewissen Zeitpunkt, vor ungefähr eineinhalb Jahren, eine Situation gegeben hat, wo staatliches Ordnen und staatliche Ordnungsfunktion, staatliches Regelwerk, außer Kraft gesetzt worden ist. Das ist der Zustand, der von Ihnen gerade geschildert, auf Nickelsdorf stattgefunden hat, wo man von einer Nacht auf die andere plötzlich eine Situation vorgefunden hat, dass Hundertausende Menschen nach Österreich gestrebt haben, weil sie vom Nachbarland als solches weitergeleitet worden sind.

Wir haben uns auch darum bemüht, die Weiterleitung Richtung Deutschland, das von vielen dieser Flüchtlinge als Ziel definiert worden ist, anzunehmen. Tatsache ist, wir haben mit dem Zeitpunkt auch der erwähnten Todesfälle in diesem Schlepper-LKW bei Parndorf eine Situation zu Wege gebracht, die österreichweit eines diskutieren hat lassen: Das sogenannte Sicherheitsgefühl, auch noch gemixt mit dem sogenannten subjektiven Sicherheitsgefühl, wurde zu einem politischen Gedankenwerk geflochten, aus dem wir bis heute nicht entronnen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bekenne mich nicht persönlich alleine dazu, sondern auch für die Republik. Wir sind seit 95 Mitglied der Europäischen Union. Alle, die jetzt bisher gesprochen haben, fast, sind der Meinung, dass wir nicht Teil und Mitgliedsstaat dieser Europäischen Gemeinschaft sind, wo wir uns nicht nur auf nationale Gesetzgebung, sondern auch auf europäische geeinigt haben, weil wir integrierender Bestandteil dieses Europaprojekts sind.

Von der Kollegin Petrik angesprochen, friedensstiftende Maßnahmen, entwicklungstechnische Maßnahmen und alles, was das Zusammenleben, das friedliche Zusammenleben von Menschen nicht nur innerhalb der noch 28 Mitgliedsstaaten innerhalb des europäischen Kontinents bewerkstelligen lassen helfen soll, sondern auch darüber hinaus weltweit, ist eigentlich nicht nur ein humanitäres Ziel, sondern wäre auch für die Entwicklung in verschiedenster Hinsicht dieses gesamten Weltgeschehens von absolutem Vorteil. Was ist aber die Wirklichkeit? Um nur einen kurzen Exkurs in dieser Hinsicht zu setzen. Die Wirklichkeit schaut so aus, dass aus egoistischen, zum Teil nationalen Vorstellungen im Sinne von wirtschaftlicher Entwicklung der Kontinent Afrika, zum Beispiel, schon entmannt wurde.

Man hat von Chinaseite her alles, was an Rohstoffen vorhanden ist, aufgekauft. Amerika hat das getan. Und nicht nur das Beispiel von Kaffeeplantageneigentümern, die entwurzelt worden sind, sondern alles andere auch im Sinne von seltenen Erden und anderen Vorkommnissen, die in Afrika zur Bedienung unserer Wohlstandssituation Gültigkeit haben beziehungsweise dort aufzufinden sind, sind ein Motivationsschub für die sogenannten Wirtschaftslenker, diesen Menschen innerhalb dieser Staaten, die Existenz zu nehmen. Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann über politische Verantwortung in verschiedenster Hinsicht diskutieren. Wir haben - und hier war die FPÖ federführend und das schon seit Jahren - das Bekenntnis erfahren, Sicherheit gilt vor und für alles.

Das Ganze hat sich jetzt dazu entwickelt, dass wir drei Parteien inzwischen haben, die diesen Sicherheitsgedanken zu ihrem politischen Glaubensbekenntnis gemacht haben, unter den Anzeichen, dass es das subjektive Sicherheitsbedürfnis ist, das zu befriedigen es gilt. In der Regierungsvereinbarung hat der Landeshauptmann-Stellvertreter einen Pakt umgesetzt, der einen Plan für sogenannte Sicherheitsleute in einzelnen benannten Ortschaften ausführt.

Ich kann mich erinnern, Kittsee ist, glaube ich, dabei. Kittsee war aber auch ein Banküberfall oder der Raub eines Bankomaten, wo die Sicherheitsleute, die vor Ort waren, auch das nicht verhindern konnten. Und vorher im Gespräch auf Polizei vor Ort, wo der Landeshauptmann den Hinweis gegeben hat, dass auch Polizisten nie vor Ort sein können, gleichzeitig, wo etwas passiert. Ich kann mich erinnern, dass auch schon in Polizeiwachstuben eingebrochen worden ist, und das quasi nicht auszuschalten war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Statistisch gesehen, objektiv gesehen, haben wir mehr Sicherheitspersonal, mehr Polizisten im Einsatz. Das kann sich auch jeder auf die Fahnen heften, der jetzt gemeint hat, er hat das durchgesetzt. Nur einen Exkurs vielleicht noch am Rande. Wenn es in der politischen Diskussion um den bevorstehenden Wahltermin in Österreich gegangen ist, ist jetzt immer der Vorwurf an einzelne Minister gerichtet worden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur den Hinweis geben. Die Regierung ist ein Kollegialorgan und sie beschließen alle Tagesordnungspunkte, soviel ich weiß, einstimmig. Also, da kann man dieses eklektische Prinzip des Herausholens von einem Verantwortlichen durchaus ad acta legen. Ihr werdet schon noch Gelegenheit haben, im Parteien-Hick-Hack Euch das bis zum Wahltag eindringlich vorzuwerfen.

Was wir aber jetzt diskutieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, dass es im Grunde genommen, im objektiven Sinne statistisch gesehen, innerhalb der letzten eineinhalb Jahre oder dessen, was jetzt im Vollzug mit Grenzkontrollen und anderen passiert ist, weniger Aufgriffe gibt, dass es sichere Gegebenheiten gibt, und dass

manches gewährleistet wurde, mit einer nochmaligen Verlängerung der sogenannten europäischen Richtlinie bis in den November hinein, was Sicherheit anlangt.

Ich möchte einen Hinweis zu dem Zeitpunkt auch geben. Jeder von uns fährt in den letzten Monaten über bestimmte Grenzkontrollstellen. Ich glaube, dass niemand von denen, die jetzt eine Grenze passiert haben, innerhalb dieser Europäischen Union das erleben, was wir zum Beispiel im Grenzraum nach Ungarn erleben. Wenn es - zum Beispiel in Klingenbach - oder in Deutschkreutz mindestens drei oder vier Fahrbahnen gibt, wo man passieren kann, sowohl in die eine, als auch in die andere Richtung, dass bei einer Grenzkontrolle dann alles zugespitzt wird auf eine Fahrbahn, wo dich dann nachträglich der Polizist, der jetzt die Grenzkontrolle durchführen soll, noch durchwinkt, dann kann mir jemand nicht erklären, dass das irgendjemanden jetzt abhalten wird, wenn er jetzt bewusst Schlepperei betreiben will, dort quasi von dieser Maßnahme aufgehalten zu werden.

Wir erleben es in den letzten Monaten, dass die Schlepperei sehr wohl eingeschränkt ist oder zu Zeiten stattfindet oder an Orten stattfindet, wo sie nicht Aufgriffe setzen. Daher ist Sicherheitsgefühl nur eine Diskussion, die wir hier in politischer Hinsicht zu führen haben.

Tatsache ist, und das in der Umsetzung hat ja schon vorher funktioniert, weil es auch Vorwürfe an den Kollegen Strommer gegeben hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen allen ist die Tatsache bewusst, dass es im Grenzraum vor der Einführung der sogenannten Grenzkontrollen und auch nachträglich die Möglichkeit gegeben hat, sich die herauszupicken, die im Endeffekt kontrolliert werden sollten. Tatsache ist, wir, obwohl Mitglied - noch einmal erwähnt - eines europäischen Friedensprojekts, einer europäischen Wirtschaftseinheit, setzen dort drauf, unsere Wirtschaft in jeder Form zu beschränken, einzuengen und ihr Möglichkeiten zu nehmen, sich zu entfalten. Wir beschränken und engen ein, alle Form von Reisefreiheit, weil wir darauf bedacht sind, quasi die sogenannten Sicherheitskriterien erfüllt zu wissen.

Wir beschränken und engen alle Form von Reisefreiheit ein, weil wir darauf bedacht sind, quasi die sogenannten Sicherheitskriterien erfüllt zu wissen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn mir jemand nachweisen kann, dass ein Schlepper es heute auf einer normalen Bundesstraße versucht im Sinne von Geschäftemacherei herüber zu kommen, dann ordne ich den Schlepper mit Sicherheit nicht dort ein, dass er vernünftig ist. Auf jeden Fall ist seine Bemühung auch nicht mit Erfolgt gekrönt.

Auf der anderen Seite haben wir alles was Ordnung, Sicherheitsgefühl und anderes im Regelwerk der gesetzlichen Maßnahmen betrifft in organisatorischer Form in Österreich erfüllt. Ich nehme nicht an, dass jemand der auch diesen Antrag hier unterstützend mit Sätzen will, dass irgendjemand mir einreden kann, dass es noch zusätzliche Erfordernisse in jeder Form gibt.

Natürlicherweise ist es an diesen staatlichen Organen gelegen, dass wir kontrollieren. Wir brauchen aber mit Sicherheit nicht sowohl Militär, als auch Polizei in dieser Form an den Grenzen, wo man ordnungstechnisch, meiner Ansicht nach, alles einengt und alles verengt ohne den Geist dessen, was im 21. Jahrhundert im Grunde genommen geboten und das Maß der Dinge sein sollte, nämlich, ein offenes Weltgeschehen, einen offenen Zugang zu der Wirklichkeit und nicht restriktiv quasi alles zu verhindern und auf dem Rücken von Personen, die im Endeffekt, denen mitgeteilt wird,

ihr müsst große Angst haben, weil nur in der Erfüllung wenn wir an der Regierung sind, dann wird sich das quasi zu eurem Vorteil wenden, ist meiner Ansicht nach fehl am Platz.

Wir erleben, dass wir im November eine auslaufende Situation der sogenannten europäischen Richtlinie haben. Dass es eine Notwendigkeit gibt im sogenannten Schengen-Sinne manches zu regeln, das ist unbestritten. Dass es eine Notwendigkeit gegeben hätte, schon unter den Flüchtlingsaspekten innerhalb der europäischen Mitgliedstaaten ordnungsmäßig einzugreifen, ist unbestritten. Dass es eine absolute Notwendigkeit gibt, manches in der Ausführung so zu organisieren, dass der einzelne Mitgliedstaat als Hauptbetroffener da steht, ist auch unbestritten.

Wir sollten aber eines bewerkstelligen, nämlich, dass wir unter dem Aspekt Sicherheit in politischer Hinsicht erfüllen wollen, zu vernachlässigen, dass der Mensch im 21. Jahrhundert ein freies Individuum ist, das sich auch frei bewegt und freie Wirtschaft in der Umsetzung auch gewährleistet bekommen soll. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Géza Molnár eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 910) betreffend die Bekämpfung illegaler Doppelstaatsbürgerschaften und Fragen der Verleihung von Staatsbürgerschaften (Zahl 21-642) (Beilage 937)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 910, betreffend die Bekämpfung illegaler Doppelstaatsbürgerschaften und Fragen der Verleihung von Staatsbürgerschaften, Zahl 21 - 642, Beilage 937.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Bekämpfung illegaler Doppelstaatsbürgerschaften und Fragen der Verleihung von Staatsbürgerschaften in seiner 19. Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneter Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Bekämpfung illegaler Doppelstaatsbürgerschaften und Fragen der Verleihung von Staatsbürgerschaften die verfassungsmäßig Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Nachdem der Abgeordnete Manfred Kölly seine Wortmeldung zurückgezogen hat ersuche ich die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik zum Rednerpult.

Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Der vorliegende Antrag beinhaltet zwei Themenbereiche, liebe Kolleginnen und Kollegen, die unserer Meinung nach aber nicht vermischt werden dürfen. Das erste Thema umfasst illegal erworbene Doppelstaatsbürgerschaften. Das Zweite den grundsätzlichen Zugang zu und das Verständnis von Doppelstaatsbürgerschaften. Dass wir illegale Zustände abstellen wollen, ist ja wohl Konsens in diesem Saal. *(Abg. Manfred Haidinger: Bravo!)* Über die Art und Weise, wie das geschehen soll, *(Abg. Manfred Haidinger: Das hätte ich jetzt aber nicht geglaubt!)* darüber gibt es unterschiedliche Herangehensweisen.

Was durch diese Debatte geschieht, ist aber leider eine große Verunsicherung vieler Menschen. Verunsichert wurden in der Debatte Menschen, weil viele falsche oder halbwahre Informationen in den Debatten vermittelt wurden. Verunsichert wurden aber auch Betroffene, die selbst Doppel Staatsbürgerinnen sind. Sie müssen dauernd hören und lesen, dass Doppelstaatsbürgerschaften verboten oder illegal seien.

Dann beginnen sie langsam das selbst auch noch zu glauben und sie machen sich darüber Sorgen, ob sie sich selbst etwas zu Schulden hätten kommen lassen, auch wenn das gar nicht stimmt. Gerd Valchars schreibt in der Wiener Zeitung vom 25.4.2017: Während zwei von drei Gesprächspartner erklären, Doppelstaatsbürgerschaften wären in Österreich ja verboten, erzählt die dritte Gesprächspartnerin ganz selbstverständlich, dass sie selbst zwei Pässe hat. Wie kann das sein? Eine Doppelstaatsbürgerschaft ist in Österreich Realität und das ganz zu Recht, also rechtmäßig.

Beispielsweise entsteht eine Doppelstaatsbürgerschaft ganz automatisch bei der Geburt. Das Recht der Eltern ihre eigene Staatsbürgerschaft gleichberechtigt auf ihr Kind zu übertragen, führt bei Eltern mit unterschiedlichen Staatsbürgerschaften dazu, dass ihr Kind neben der österreichischen auch noch eine weitere Staatsbürgerschaft erwirbt. Beide Staatsbürgerschaften können ein Leben lang behalten werden. Ein Zwang, sich zwischen der einen oder der anderen zu entscheiden, besteht nicht und tritt auch nicht - wie oft geglaubt wird - mit der Volljährigkeit ein. Gleiches gilt, wenn Abstammungsprinzip und Geburtslandprinzip, die beiden international bekannten Prinzipien für den Erwerb einer Staatsbürgerschaft, per Geburt aufeinander treffen.

Also bringt beispielsweise eine österreichische Mutter, Abstammungsprinzip, ihr Kind in den USA, Geburtslandprinzip, zur Welt, erwirbt dieses Kind ebenfalls automatisch zwei Staatsbürgerschaften, die es beide sein Leben lang behalten darf. Nur bei der Einbürgerung nach Österreich pocht Österreich auf Exklusivität. Außer die besondere Person ist privilegiert, weil sie sehr bekannt ist. Da macht man dann schon eine

Ausnahme. Das nennt man dann eine Einbürgerung im besonderen Interesse der Republik, wenn beispielsweise jemand eine berühmte Opernsängerin ist oder ein Sportler oder irgendwelche tollen Wirtschaftsvertreter hier unterschreiben kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*Bei in diesem Sinne besonderen Menschen wird von einer verpflichtenden Rücklegung der Staatsbürgerschaft abgesehen. Es sind also doch nicht alle Menschen in Österreich vor dem Gesetz gleich. Noch eine Ausnahme gibt es, nämlich, für Flüchtlinge oder wenn eine Rücklegung nicht möglich ist. Das ist dann der Fall, wenn ein Herkunftsland einen Verzicht der eigenen Staatsbürgerschaft gar nicht vorsieht.

Es gibt Länder, bei denen ist das nicht möglich, dass man seine Staatsbürgerschaft zurücklegt. Oder, es gibt auch Länder, die das regelmäßig verweigern. Auch hier sieht Österreich eine Ausnahme vor, weil die betroffenen Menschen ja gar keine andere Wahl haben. In die andere Richtung ist Österreich sehr streng. Wer eine andere Staatsbürgerschaft annimmt, verliert automatisch die Österreichische. Doch anders als bei der Einbürgerung sind hier die Ausnahmen großzügiger geregelt. Bringt sich der Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft für den geborenen Österreicher oder die geborene Österreicherin etwa nachteilig auf das Privatleben oder auf das Familienleben aus, dann kann eine Beibehaltung beantragt werden.

Eine Möglichkeit, die bei der Einbürgerung leider gar nicht besteht. Der Staat weiß also, dass Doppelstaatsbürgerschaften für einzelne wichtig und notwendig sein können. Nur, während auf der einen Seite dafür eine rechtliche Möglichkeit geschaffen wurde, soll auf der anderen Seite drastisch gestraft werden. 18 der derzeit 28 EU-Staaten, oder wenn wir jetzt Großbritannien schon weg rechnen dann sind es 17 der 27 akzeptieren bereits Doppelstaatsbürgerschaften voll.

Ein Trend, der auch weltweit beobachtet werden kann. Das zeigt, dass hier sich ändernde Lebensrealitäten akzeptiert und respektiert werden. Während in dem vorliegenden Antrag ausschließlich die rechtliche Dimension angeschaut wird, möchte ich aber auch die persönliche Bedeutung von Staatszugehörigkeit von Menschen mit einbeziehen. Staatsbürgerschaft drückt Identität aus, drückt Zugehörigkeit aus und garantiert das Recht an demokratischer Teilhabe an einer Gesellschaft. Identität bildet sich auch durch das Eintauchen in eine Gesellschaft, durch Integration, durch Beziehungsaufbau aus. Das Gefühl der Zugehörigkeit wächst mit der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitgestaltung in den Vereinen, in den Dörfern, in den Städten, in den Gemeinschaften. Das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Ich habe mich bei Menschen kundig gemacht, die schon viele Jahre in Österreich leben und gerne die österreichischen Staatsbürgerschaft hätten und habe sie gefragt, warum sie dann ihre Herkunftsstaatsbürgerschaft nicht aufgeben wollen, wo sie doch in Österreich seit vielen ihren Lebensmittelpunkt haben und auch hier gesellschaftliche Teilhabe leben?

Die Antworten betrafen vor allem Fragen des Eigentums und Erbschaftsrechts, die an Staatsbürgerschaften hängen, auch Rechtssicherheit bei der Einreise in das Herkunftsland, auch die Einräumung eines Rückkehrrechts und vor allem in politisch unsicheren Zeiten die Sicherheit nicht einmal plötzlich staatenlos da zu stehen. Genau das, was für Österreicherinnen und Österreicher gilt die ihre Staatsbürgerschaften behalten dürfen, wenn es dafür persönliche und familiäre Gründe gibt, darum geht es auch jenen, die eine Staatsbürgerschaft nicht abgeben wollen. So schreibt mir beispielsweise jemand: Ich verstehe den großen Widerstand gegen Doppelstaatsbürgerschaft nicht wirklich. Ich würde gerne die österreichische Staatsbürgerschaft annehmen, um auch politisch voll mitmischen zu können. Ich zahle

hier seit über 20 Jahren meine Steuern, würde sagen, ich bin voll integriert, kann aber nicht mitbestimmen.

Trotzdem möchte ich meine holländische Staatsbürgerschaft nicht aufgeben. Ich habe zwei Kinder in Holland und ich hatte Angst um das Sorgerecht falls meiner Ex-Frau etwas zustoßen würde und ich Österreicher wäre. Das ist mittlerweile vorbei, sie sind beide erwachsen, aber trotzdem hänge ich emotional an beiden Ländern. Das eine Land, weil meine Familie dort lebt, das andere Land, weil ich hier meinen Lebensmittelpunkt habe. Eine deutsche Staatsbürgerin, die seit 30 Jahren in Österreich lebt, schreibt: Eine doppelte Staatsbürgerschaft würde meine Identität am besten widerspiegeln. Eine andere schreibt: Solange ich in Deutschland gelebt habe, hätte ich mich nie über meine Staatsbürgerschaft identifiziert. Ich sehe mich auch nach wie vor als Europäerin. Aber dennoch fällt es mir schwer, die deutsche Staatsbürgerschaft aufzugeben. Mein Papa war Deutscher, meine Mama hat kurz vor ihrem Tod die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und durfte ihre brasilianische Staatsbürgerschaft behalten. Dennoch zahle ich hier verdammt viele Steuern und habe zwei halbe Österreicher zur Welt gebracht, die hier aufwachsen werden.

Ich möchte also wählen. Hier - nicht in Deutschland. Oder, wieder ein anderes Motiv: Ich habe zwei, eine englische und eine österreichische Staatsbürgerschaft. Ich würde keine aufgeben wollen. Im Hinblick auf den Brexit bin ich froh, dass meinen österreichischen Kindern auch noch die englische Staatsbürgerschaft zusteht. So wird ihnen der Besuch von Familien nicht verwehrt werden und sie haben größere Bewegungsfreiheit. Oder etwas, wo sie sicher auch Menschen kennen, denn das betrifft ja viele Menschen im Burgenland, Ungarn die vertrieben wurden.

Der Kollege Molnár wird vielleicht auch aus der eigenen Familiengeschichte hier etwas dazu beitragen können, weswegen sie Land verloren haben, dann im Zuge der Wiedergutmachung wieder Land bekommen haben, das sie aber nur dann bewirtschaften dürfen, wenn sie die ungarische Staatsbürgerschaft haben. Auch hier gibt es also eine Menge Gründe, warum es für Menschen wichtig ist, zwei Staatsbürgerschaften haben zu dürfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine Österreicherin schreibt zurück: Ich weiß ehrlich gesagt auch nicht, wo das große Problem mit Doppelstaatsbürgerschaften ist, denn heutzutage kann man sich doch in mehreren Ländern daheim fühlen. Eine Staatsbürgerschaft ist keine Religion, wo es heißt, du sollst keine anderen Götter neben mir haben. Zitatende. Natürlich gibt es auch Problemfälle. Aber, machen wir bitte nicht tausenden anständigen Menschen das Leben schwer, weil wir uns vor einigen Unanständigen fürchten. Die müssen wir natürlich auch herausfinden. Aber diese Haltung ist in diesem vorliegenden Antrag erkennbar und deswegen werden wir ihm nicht zustimmen. Ich will, dass Österreich ein weltoffenes Land ist, dass keine Angst davor hat, wenn sich Bürgerinnen und Bürger auch noch eine zweite Heimat finden.

Ich will, dass Österreich ein Land ist, in dem kein Mensch seine Identität zerschneiden muss und genötigt wird, sich von seinem Herkunftsland loszusagen, wenn er auch hier mitgestalten und teilhaben will. Ich will, dass Österreich ein Land ist, das voll Freude akzeptiert, dass sich seine Staatsbürgerinnen und Staatsbürger auf der ganzen Welt zu Hause fühlen können und dennoch ihre Wurzeln nicht abschneiden wollen.

Gerade jene Menschen sind es doch, die durch ihre Bezogenheit auf mehr als nur ein Land Brücken bauen können, wenn sich Gräben aufgetan haben und vermitteln können, wenn es zu Konflikten kommt. Wir haben hier ein Potential, dass es zu nutzen und nicht zu bekämpfen gilt. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der Herr Klubobmann Géza Molnár hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Kollegin Petrik! Ich glaube, der Antrag ist recht nüchtern formuliert und zumindest die Antragsteller haben überhaupt keinen Anlass dazu gegeben, dass sich jetzt irgendwer fürchten muss, dass irgendwer Befürchtungen haben muss.

Es geht, wie Sie gesagt haben, um zwei Themenkomplexe. Aber auch von meiner Seite einleitend ein paar grundlegende Bemerkungen. Ich habe vorher angesichts des Antrages, was die Grenzkontrollen betrifft, die drei Elemente genannt, die einen Staat ausmachen - die Staatsgewalt, das Staatsgebiet, mit dem die GRÜNEN nicht viel, ja, keine große Verbindung mehr empfinden und das Staatsvolk. Der Zusammensetzung des Staatsvolkes kommt eine sehr grundlegende Bedeutung zu. Ich möchte das schon auch an einem Beispiel festmachen.

Das sieht man überall dort, wo sich Menschen zu Gruppen konstituieren und das fängt in einem Verein an. Wenn wir zwei, Frau Kollegin Petrik, einen Verein gründen, weil wir einen gewissen Zweck verfolgen und ein gewisses Ziel erreichen wollen, dann wird das Ganze nur dann Sinn machen, wenn wir uns in grundlegenden Fragen einig sind, wenn wir eben denselben Zweck verfolgen wollen und auch dasselbe Ziel haben und wenn wir zu diesem Ziel und zu diesem Zweck auch eine emotionale Bindung haben.

Das ist übrigens auch der Grund, warum wir jetzt beide in verschiedenen Parteien sind. Eine Doppelmitgliedschaft würde in unserem Fall schon gar nicht funktionieren. Ähnlich sehe ich das bei der Staatsbürgerschaft, zumindest in manchen Fällen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Begriff des Volkes, meine Damen und Herren, ist ein anderer Begriff, als derjenige der Bevölkerung. Das wird auch in der ganzen Migrationsentwicklung in den letzten Jahren immer mehr vermischt. Ein negativer Höhepunkt war da vor einiger Zeit die Aussage der deutschen Kanzlerin Merkel, die gemeint hat, Zitat: „Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt.“ Mit Volk sind in erster Linie oder ausschließlich Staatsbürger gemeint. Was das für Konsequenzen in der Umsetzung hätte, kann sich jeder denken, denn die Staatsbürgerschaft ist zu recht kein Geschenkartikel. Die Staatsbürgerschaft ist die höchste Auszeichnung, die man als Staat einer fremden Person zukommen lassen kann und, wie die Kollegin Petrik schon richtig erwähnt hat, ist natürlich mit der Staatsbürgerschaft auch das Wahlrecht verbunden, das heilige Wahlrecht, wie ich sage.

Das heißt, es ist alles andere als unproblematisch diese Begrifflichkeiten zu vermischen und es ist alles andere als unproblematisch, mit der Staatsbürgerschaft leichtfertig umzugehen. Welche Themen haben wir nun aktuell? Das ist auf der einen Seite die Frage der illegalen Doppelstaatsbürgerschaften, sprich Scheinstaatsbürger. Vor allem im Bereich der türkischen Mit- und auch Gegenbürger. Dann haben wir eben allgemeine Fragen des Staatsbürgerschaftsgesetzes, Voraussetzungen zur Verleihung oder wie die Vorrednerin auch ausgeführt hat, die Frage, wie man mit Doppelstaatsbürgerschaften umgeht, mit denen ich grundsätzlich einmal, oder nicht jedenfalls ein Problem habe, nicht zuletzt aufgrund meines familiären Hintergrundes oder meiner Familiengeschichte.

Aber, wir wissen, und das haben wir in der Migrationsdebatte auch immer wieder, dass man natürlich unterscheiden muss. Es gibt schon Fälle, wo das problematisch ist, wenn man, zum Beispiel, den Eindruck erhält, dass es die Politik der Republik Türkei ist,

ihre Staatsbürger nach Europa zu schicken, da zu schauen, dass sie eben auch andere Staatsbürgerschaften erhalten, um politischen Einfluss zu gewinnen, dann ist das hoch problematisch und das kann man nicht einfach so vom Tisch wischen. Die Sache bei den Scheinstaatsbürgern ist ganz einfach und ich freue mich über das Bekenntnis der Vorrednerin. Da geht es einzig und alleine um die Vollziehung des Gesetzes. Da gibt es auch keinen Ermessensspielraum. Es ist ganz klar geregelt, in welchen Fällen man der österreichischen Staatsbürgerschaft ex lege verlustig wird, sprich, wenn man schuldhaft, nicht aus dem ursprünglichen Staatsverband, ausscheidet oder sich sogar aktiv darum bemüht, dass man die ursprüngliche Staatsbürgerschaft auch weiterhin behält.

Das Land ist zwar in diesem Bereich nicht Gesetzgeber, aber sehr wohl in der Vollziehung zuständig. Anlass waren eben auch die politischen Entwicklungen in der Türkei und ihre Folgewirkungen. Jetzt müssen wir leider feststellen, dass die Vollziehung, sprich, auch die Behörden, die der Landesregierung unterstehen, oder die die Landesregierung darstellt, nicht mit jenen Instrumenten und gesetzlichen Ermächtigungen ausgestattet sind, die notwendig wären, um dieses Gesetz effektiv und in allen Belangen effektiv zu vollziehen. Wir sind in diesem Bereich in vielen Fällen auf Kommissar Zufall angewiesen. Das zeigen ja nicht zuletzt diese Listen, die da jetzt alle möglichen Politiker aus allen möglichen Quellen zugespielt bekommen und die dann in weiterer Folge, wie heute von den Freiheitlichen, an das Innenministerium weiter gegeben werden.

Das heißt, wir haben im Bereich der Vollziehung des Landes im Großen und Ganzen derzeit nur die Möglichkeit, dass wir die Behörden, die Dienststellen, die Sachbearbeiter sensibilisieren und auch im Kontakt mit dem Innenministerium besser vernetzen. Daher appellieren wir mit unserem Antrag an den Bund, die gesetzlichen Grundlagen so zu gestalten, dass eine effektive Vollziehung dieses Gesetzes auch möglich ist. Etwa ein Mitwirkungsrecht zu normieren, das es eben den Behörden erleichtert, in Verdachtsfällen entsprechend zu handeln und dem Verdachtsmoment nachzugehen. Natürlich ist ein Teil unseres Entschließungsantrages auch die Forderung an die Bundesregierung jenen Staaten näher zu treten, mit denen es keine Informationsübereinkommen gibt, beziehungsweise an Staaten heran zu treten, die diese Informationsübereinkommen mehr oder weniger negieren, wie wir das im Fall der Türkei ja erleben müssen.

Es wäre ja ein Einfaches, auch der völkerrechtlichen Verpflichtung nach zu kommen, die Anzahl von Doppelstaatsbürgern oder von illegalen Doppelstaatsbürgern zu vermindern, wenn die jeweiligen Herkunftsländer mitspielen würden. Wir wissen im Fall der Türkei, dass ist offensichtlich, dass es eben nicht geschieht, weil sich die Republik Türkei hier verweigert. Aber, und damit zum zweiten Komplex dieses Antrages, es geht natürlich auch um ganz grundsätzliche Fragen des Staatsbürgerschaftsrechtes. Da kann man natürlich unterschiedlicher Meinung sein. Wir haben uns konkret hier einen Punkt herausgesucht als Koalition, der uns beiden aufstößt, beziehungsweise, wo uns beiden nicht klar ist, was man damit überhaupt bezweckt. Da geht es da um § 11a Absatz 4 des Staatsbürgerschaftsgesetzes, wo es heißt, dass Fremden nach einem rechtmäßigen und ununterbrochenen Aufenthalt von mindestens sechs Jahren im Bundesgebiet die Staatsbürgerschaft zu verleihen ist, wenn ihnen der Status als Asylberechtigter zukommt.

Dieser rechtliche Zustand erscheint uns aus mehreren Gründen problematisch. Es ist erstens einmal so, dass hier auch in rechtlicher Hinsicht eine Aufhebung der Trennung von Zuwanderung und Asyl passiert. Asyl und Zuwanderung sind zwei verschiedene Dinge, oder sollten es in der Umsetzung zumindest sein. Diese Norm bedeutet gleichzeitig eine Besserstellung von Asylberechtigten, weil das Staatsbürgerschaftsgesetz im Regelfall auf eine Wartefrist von zehn Jahren abstellt und überhaupt nicht einsehbar ist,

warum das gerade bei Asylberechtigten, wo es um Schutz auf Zeit geht, anders sein sollte. Nebenbei ist es auch ein weiterer Faktor, der zur Attraktivität Österreichs als Zielland beiträgt. Auch das muss man ganz klar festhalten.

Wir sprechen uns daher in diesem Fall dafür aus, dass man den entsprechenden Paragraphen ändert und die Wartefrist an das anpasst, was auch ansonsten im Staatsbürgerschaftsgesetz der Regelfall ist.

Meine Damen und Herren! Die Staatsbürgerschaft ist das höchst Gut. Damit darf man nicht leichtfertig umgehen. Wir brauchen in der Vollziehung des Landes die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen, um dieses Gesetz entsprechend vollziehen zu könne. Daher dieser Antrag. Ich bitte um ihre Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Als nächster erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Das Staatsbürgerschaftsgesetz ist in den letzten Jahren oder Jahrzehnten sehr oft novelliert worden. Es ist schon gesagt worden, Grundgesetzgebung Bundessache, Ausführung Landessache. Ich war 15 Jahre in der Regierung für das Staatsbürgerschaftswesen zuständig. Es hat sich in diesen 15 Jahren schon sehr viel verändert. Ich beginne vielleicht einmal mit dem Jahr 1985. Da wurde das Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 wieder verlautbart. Was glauben Sie, wie viele Novellen es seither gegeben hat? Insgesamt acht große Novellen. Eine Novelle war 1985 ein wichtiger Schritt, dass man die eheliche Mutter mit dem ehelichen Vater bei der Vermittlung der Staatsbürgerschaft an ihre Kinder gleichgestellt hat.

Dann kam die große Diskussion 2006. Ich war damals mitten in der Regierungsarbeit, als wir sehr intensiv die Änderungen im Staatsbürgerschaftsgesetz diskutiert haben. Nämlich, der Anspruch, der sich auf zehn Jahre beschränkt und wo es notwendig ist, neben den zehn Jahren auch fünf Jahre Niederlassung dokumentieren zu können. Voraussetzung dafür war, keine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe, das wurde schon gesagt, und dass man auch seinen Lebensunterhalt hinreichend sichern kann. Dann gab es ebenfalls eine Diskussionsvoraussetzung bei Eheschließung, mindestens sechs Jahre Aufenthalt, ununterbrochener Aufenthalt und fünf Jahre musste man mit einem Ehepartner bereits verheiratet sein. Jetzt kommt es, denn die wichtigste Entscheidung war damals, dass man gesagt hat, aber was nützt das alles, wenn wir dieses Dekret verleihen und die Menschen können sich in unserer Sprache nicht verständigen?

Da möchte ich schon ein bisschen ausholen. Ich habe ungefähr sechs oder sieben Staatsbürgerschaftsverleihungen hier in diesem Sitzungssaal durchgeführt. Ich kann mich noch erinnern, im ersten Jahr waren es ungefähr 800 Personen, die die Staatsbürgerschaft bekommen haben. Zum Schluss waren es nur mehr unter 200 Personen. Interessant war damals vor 2006, und ich hatte schon damals ein etwas ungutes Gefühl. Ich habe nämlich allen dieses Dekret überreicht und die mussten mir in die Hand die Gelöbnisformel nicht aussprechen, die wurde vorgelesen, aber sie mussten sagen: Ich gelobe. Da habe ich erlebt, dass vor allem im Bereich von türkisch sprechenden Personen Frauen zu mir gekommen sind, die kein einziges Wort Deutsch gekannt haben. Das war schon ein Problem für mich damals, weil ich gesehen habe, dass es wichtig ist, wenn man die Sprache nicht beherrscht, dann kann man sich nicht integrieren. Dann gibt es Ghettobildungen und das ist für eine Gesellschaft nicht unbedingt von großem Vorteil.

Daher war die Sprache ein wichtiges Anliegen. Das wurde damals im Jahr 2006 verankert. Ich habe sofort mit Experten gesprochen und dann auch versucht, ein Manuskript zu erarbeiten. Nicht was die Sprache anbelangt, aber es war ja auch eine andere Voraussetzung. Nämlich, dass man die demokratischen Prinzipien und dass man die Geschichte des Landes etwas kennt. Ich habe damals Experten beauftragt, hier einen Fragebogen auszuarbeiten. Ich habe aber auch einen Leitfaden und Lernhilfen beigelegt.

Dann kam nochmals eine große Novellierung 2013, wo man gemeint hat, naja, wenn jemand die Sprache kann, wenn er sich integriert hat und wenn er dann sich freiwillig in Vereinen, in sozialen Organisationen, im Bildungsbereich, in Pflegeberufen und so weiter engagiert, warum soll man dann warten, dann könnte ja diese Person bereits nach sechs Jahren die Staatsbürgerschaft bekommen.

Ich habe das als gut befunden und befinde es nach wie vor als gut, weil es hier die Möglichkeit gibt, dass sich Menschen, die nach Österreich zuwandern und bereit sind, sich zu integrieren, dass man denen auch zuvorkommt und sagt, in Ordnung, nach sechs Jahren hast du die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft zu bekommen. 2013 war auch die Diskussion betreffend adoptierte Fremde im Kindesalter. Auch das hat man dann geregelt. Nämlich, bis zum 14. Lebensjahr gab es ein erleichtertes Verfahren. Es gab auch eine Gleichstellung aufgrund einer gerichtlichen Judikatur von ehelichen und unehelichen Kindern und so weiter und so fort. Ich habe mir die Entwicklung der Einbürgerungen in den letzten zwei Jahrzehnten angesehen. Interessant, wenn man sich das anschaut.

Ich habe von der Statistik Austria hier eine Graphik und da kann man das bis zum Jahr 1961 zurückverfolgen. Damals gab es nämlich keine großen Wellen. Eigentlich war dann letztendlich um 1988, 1989 oder 1990 eine große Aufbruchsstimmung spürbar. Man kann sich das auch genau ansehen. Nämlich, in den 60er und in den 70er Jahren hat man damals die sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei nach Österreich geholt. Vielleicht gar nicht so im Burgenland, aber, zum Beispiel, in Vorarlberg war eine besondere Aufbruchsstimmung. Das hat sich in der Statistik niedergeschlagen.

Oder, Sie können sich an die Jugoslawienkrise und dann an den Jugoslawienkrieg Anfang 1990 erinnern. Das hat dann zu einem prompten Anstieg bei den Ansuchen um Staatsbürgerschaft, und dann hat der Jugoslawienkrieg Anfang 1990 zu einem prompten Anstieg bei den Ansuchen um Staatsbürgerschaft geführt. 2008 war dann ein Jahr, wo wir das erste Mal die Zehn-Prozent-Marke übersprungen haben und jetzt sind wir bei 13,9 Prozent. Wir wissen nicht, wie sich das auch in Zukunft entwickelt.

Niemand weiß das und weil so viel heute von den Flüchtlingen gesprochen wurde. Ich muss wirklich eines sagen. Ich finde das gut, dass Politiker auch damals in Nickelsdorf waren. Ich finde das gut, dass man sich das angesehen hat. Ich war auch dort. Ich habe einmal mitgeholfen. Einen ganzen Tag lang mitgeholfen beim Roten Kreuz. Ich sage Ihnen, niemand konnte zu diesem Zeitpunkt feststellen, wie sich das wirklich in den nächsten Monaten und Jahren entwickeln wird, also niemand.

Wenn jemand dann Position bezogen hat, der Herr Landeshauptmann hat das gesagt und er hat dann Recht bekommen, ist es okay. Aber ich möchte nur nochmals zur Verteidigung aller aufrufen, nämlich niemand hat damals abschätzen können, wie sich das entwickelt. Es war, sind wir uns ehrlich, und so sind wir Burgenländer, es war auch ein Akt der Nächstenhilfe. Ich habe das auch erlebt, glauben Sie mir, ich habe das erlebt, als der Zug in Ungarn angehalten hat und dann haben die Flüchtlinge einige Kilometer über die Grenze marschieren müssen.

Dann kommt einmal ein erster Schwarm, das waren die ganz Jungen. Da hat man gesehen, ich weiß nicht, da habe ich ein ungutes Gefühl gehabt. Sind die wirklich Flüchtlinge, brauchen die das? Dann kamen die Familien, die älteren Personen. Da haben sich schon dramatische Ereignisse abgespielt. Niemand konnte damals genau absehen, wie sich das entwickelt. *(Abg. Ewald Schnecker: Desto verwerflicher ist das!)*

Ja, ich werde das nicht sagen, das werden Sie von mir nicht hören, sondern ich versuche jetzt wirklich, sehr objektiv das darzustellen, ja. Ich wäre damals, ich sage das wirklich ganz offen, wahrscheinlich auch verleitet worden, dass ich eine andere Meinung hier einschlage, ja, und daher muss man das immer abwägen. Ich bin dagegen, dass wir gerade in der Diskussion um Asylsuchende und überhaupt um Migranten, dass man immer eine Extremposition einnimmt.

Das Leben ist nicht gezeichnet von Extrempositionen, sondern das Leben ist der bunte Regenbogen, mit allen Schattierungen und Farben. Da muss man abschätzen können. Natürlich gibt es auch Probleme, die wir haben, aber man muss die menschliche Seite, das sage ich ganz bewusst, ganz bewusst und ich möchte hier keine Partei in Schutz nehmen oder verteidigen oder Personen, sondern das ist meine persönliche Meinung. Man muss hier wirklich abschätzen und das war damals zu diesem Zeitpunkt sehr, sehr schwierig.

Ich möchte vielleicht zum Staatsbürgerschaftsgesetz noch etwas sagen. Burgenland, wenn man sich das anschaut und das wird sich nicht geändert haben, Frau Landesrätin, hat da immer eine bescheidene Rolle eingenommen. Ich kann mich erinnern, als ich begonnen habe, glaube ich, haben Kärnten und Salzburg weniger Einbürgerungen gehabt. Ich weiß das jetzt gar nicht. Dann waren wir sehr oft das Schlusslicht. Wenn man sich das anschaut wie sich die Einbürgerungen entwickelt haben. Also ich habe mir die Statistik angesehen. 1946 hatten wir 2.538 Einbürgerungen. Das war der höchste Stand, der höchste Stand!

Wissen Sie, wie viel wir jetzt haben 2016? 170 Einbürgerungen, Vorarlberg, zum Beispiel vergleichbar mit Vorarlberg, 452 Einbürgerungen. Das heißt also, wir sind wirklich sehr, sehr genau in der Behandlung der Staatsbürgerschaften vorgegangen. Ich habe mir das auch angesehen. Die meisten, und das Bild wird sich nicht geändert haben, glaube ich, kamen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei vor allem.

Wir haben eines im Burgenland, Gott sei Dank, wir sind ein Land der kleinen Einheiten und Gott sei Dank gibt es die Möglichkeiten, dass man die Leute, die sich integrieren lassen, dass man die auf kleine Einheiten aufteilt, obwohl wir immer, als Jugendreferent habe ich das gesehen, auch Probleme gehabt haben. Ich sage Ihnen zum Beispiel dort, wo große Wohnsiedlungen gebaut worden sind, und ich nenne jetzt keine Namen, ich könnte jetzt einige Bezirksstädte aufzählen.

Ich tue das nicht. Dort haben wir natürlich Probleme, große Probleme im Zusammenleben. Ich sage nicht in der Kriminalität, sondern im Zusammenleben. Da gibt es große Spannungsfelder. Daher muss man wirklich bei diesem Thema, ob das jetzt das Asylthema ist oder Staatsbürgerschaftseinbürgerungen sehr, sehr vorsichtig und sensibel reagieren.

Wir haben das gemacht. Ich darf Ihnen berichten und das wird wahrscheinlich auch jetzt der Fall sein, dass immer die Voraussetzung war, wenn jemand um eine Staatsbürgerschaft angesucht hat, dass er vorher den Beweis erbringen musste, dass er die ursprüngliche Staatsbürgerschaft abgelegt hat. Das wurde dann in der Regierung beschlossen. Da gab es für jede Person einen eigenen Regierungsakt. Alle Beschlüsse

erfolgten einstimmig und erst dann gab es die Möglichkeit anzusuchen. Wenn die Voraussetzungen erfüllt wurden, dann wurde eben die Staatsbürgerschaft verliehen.

Ich weiß es jetzt nicht, wahrscheinlich sind das innerhalb der letzten 15 Jahre, wo ich zuständig war, 15 bis 20 Fälle, wo wir Doppelstaatsbürgerschaften vergeben haben. Ich weiß nicht, ob es mehr sind, aber ungefähr so wird es sein. Jede Doppelstaatsbürgerschaft wurde genau geprüft. Die Frau Kollegin von den GRÜNEN hat das bereits ausgeführt, nämlich klar, wenn also wirtschaftliche oder andere Interessen vorlagen, dann gab es auch diese Genehmigungen. Die soll es auch in Zukunft geben, wenn es dem Burgenland nützt.

Aber ich bin dagegen, dass man unter Umständen ein System ausnützt. Daher kann ich voll und ganz den Antrag nachvollziehen. Das sage ich ganz offen. Ich kann beide Punkte nachvollziehen. Wir brauchen auch Signale in Richtung Öffentlichkeit. Wir müssen alles versuchen, damit hier nicht illegal jemand zu einer Doppelstaatsbürgerschaft kommt. Eines muss ich auch dazu sagen, nämlich ich habe immer auf zwei Damen im Amt der Burgenländischen Landesregierung bauen können, die hervorragende Arbeit geleistet haben, die auch jetzt zuständig sind.

Das ist die Sissi Bader und die Astrid Grafl-Pfeifer. Bei denen möchte ich mich bedanken, weil die wirklich bis jetzt immer jeden Fall ganz genau objektiv geprüft haben. Es sind sehr viele Menschen, die die Staatsbürgerschaft bekommen, zu mir gekommen und haben gesagt: „Ich gratuliere Ihnen, Sie haben ein hervorragendes Personal“. Das möchte ich heute auf diesem Weg bei meiner Rede auch weitergeben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es ist nicht mehr viel zu sagen. Man darf halt das eine mit dem anderen nicht vermischen. Das eine ist die Frage Migration- und Asylbewegung und das andere ist nach gewissen Zeiten, dass man die Möglichkeit hat, hier die Staatsbürgerschaft zu bekommen. Seitens der ÖVP, aber nicht nur von der ÖVP, es hat wahrscheinlich auch seitens der anderen Parteien Initiativen gegeben. Ich darf nur unsere Initiative erwähnen. Wir haben bereits in einer Aktuellen Stunde unsere Grundlagen dargelegt, nämlich in Form von Leitlinien, fünf Bekenntnisse, wo wir glauben, dass es wichtig ist, dass die auch eingehalten werden.

Erstens einmal ganz wichtig, ganz wichtig die Sprache. Ich bin wirklich ein vehementer Vertreter dafür, dass man wirklich versucht, wer sich hier niederlassen möchte, muss die Sprache beherrschen. Zweitens, da kann man jetzt diskutieren, man braucht auf jeden Fall auch die demokratischen Prinzipien, die muss man ganz einfach inhaliert haben. Denn es gibt hier andere Systeme in anderen Ländern und das ist wichtig, dass man denen auch sagt, es gibt zum Beispiel ein Bekenntnis zur Demokratie und zum Gewaltenmonopol des Staates. Es gibt keine Selbstjustiz.

Das gibt es nicht. Nämlich es gibt den Staat. Warum sage ich das? Da meine ich jetzt nicht nur diejenigen, die Staatsbürgerinnen und -bürger werden wollen, sondern auch diejenigen, die zu den sogenannten Staatsverweigerern gehören. Auch diese Gruppe gibt es leider Gottes im Burgenland, die den Staat ablehnen und meinen, es ist alles nur eine Firma und ich habe eigentlich keine Verpflichtungen. Es ist so wichtig, dass man sich zu dieser österreichischen Leitkultur bekennt, nämlich Bekenntnis zur Demokratie und zum Gewaltenmonopol des Staates.

Ich habe das Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft auch nicht immer der Fall ist im Jahre 2017. Nämlich das Bekenntnis zur Gleichberechtigung der Frau. Da haben wir noch einen weiten Weg, aber das müssen wir ebenfalls vermitteln. Es gibt keinen Raum für Gewalt gegen Frauen oder Unterdrückung von Frauen. Bekenntnis zur Bildungspflicht.

Nicht nur die Möglichkeit, dass man Bildungseinrichtungen in Anspruch nehmen kann, nein, es gibt auch die sogenannte Bildungspflicht.

Bekenntnis zur Trennung von Kirche und Staat, das ist auch ganz, ganz einfach wichtig, um Radikalisierungen entgegentreten zu können und das letzte Prinzip Bekenntnis zur Leistung. Ich glaube, das sind unsere Werte. Das sind österreichische, burgenländische Werte, die müssen wir, egal von wo wir kommen, aus welcher Ecke wir parteipolitisch kommen, die sollten wir gemeinsam vertreten. Denn es ist wichtig, dass wir immer wieder diese Gesetze auch diskutieren und dementsprechend novellieren. Wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Abgeordneter Schnecker ist als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Herr Kollege Steindl, selten waren wir so einer Meinung. Ich bedanke mich auch bei Ihnen für die sachliche Darstellung und auch dafür, dass Sie hier etwas an Schärfe der vorigen Aussagen vom Vertreter Ihrer Partei herausgenommen haben.

Unsere Bundesverfassung sieht die Staatsbürgerschaften vor, das höchste Gut, das ein Staat einer fremden Person angedeihen lassen kann. Nicht zuletzt ist damit das Wahlrecht verbunden und damit ein umfassendes Mitbestimmungsrecht, das wissen wir innerhalb unserer staatlichen Strukturen. Eine Staatsbürgerschaft, auch das wissen wir, berechtigt und verpflichtet gleichermaßen, und wir wollen daher nicht leichtfertig damit umgehen. Das tun wir auch nicht.

Wir wollen aber auch nicht, dass damit leichtfertig umgegangen wird im Umkehrschluss. Vorrangig geht es heute um die Doppelstaatsbürgerschaften. Das wurde bereits herausgearbeitet, nicht um die Doppelstaatsbürgerschaften, wo es die legale Möglichkeit gibt, diese zu verleihen und zu erwerben und zu bekommen, sondern darum, wo es um illegale Staatsbürgerschaften geht. Wo man, und auch das glaube ich Ihnen, dass Ihre Mitarbeiterinnen das zu 100 Prozent korrekt erfüllt haben. Aber da geht es darum, dass diese Personengruppe, von der wir reden, vor dem Erwerb oder vor dem Antrag der österreichischen Staatsbürgerschaft ihre eigene zurückgelegt hat, um sie dann wieder, nach dem Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft, wo sie ja dann zu diesem Zeitpunkt nur die österreichische hatten, zurückzubekommen.

Das ist eben illegal. Das sieht das österreichische Recht nicht vor und dagegen ist etwas zu tun. In Gang gekommen ist die Diskussion nach dem türkischen Verfassungsreferendum, wir kennen das alle, bei dem 30.000 in Österreich lebende Türken stimmberechtigt waren, mit welchem man dem dortigen Staatsoberhaupt mehr Macht verleihen wollte, was ja letztendlich auch gelungen ist oder gelungen scheint. Dabei hat ein hoher Anteil der in Österreich lebenden türkischen Staatsbürger den Inhalten dieses Referendums zugestimmt.

Diese Menschen haben de facto dafür gestimmt, dass sie diese Freiheit, welche sie hier in Anspruch nehmen, die ihnen die Republik Österreich gewährt und die sie hier genießen, in der Türkei nicht haben wollen und dass diese dort abgeschafft wird. Das ist insofern interessant, dass es auch knallhart aufzeigt, dass die Integration nicht funktioniert hat. Auch heute wurde schon angesprochen, wer für die Integration in Österreich zuständig ist. Ich möchte mir das jetzt ersparen.

Dabei ist auch die Frage aufgetaucht, dass manche, vielleicht eine beträchtliche Anzahl, neben der österreichischen Staatsbürgerschaft, welche den Zugang auch zum österreichischen Sozialstaat ermöglicht, hier stimmen wir auch überein, möglicherweise eine zweite Staatsbürgerschaft, nämlich die türkische, um es auszusprechen, besitzen, was rechtswidrig ist. Als Sozialdemokraten stehen wir natürlich auf dem Standpunkt, dass das so nicht sein kann und darum eben unser Antrag. Das heißt, wir sind klar dafür, dass verstärkte Maßnahmen zu setzen sind, damit so etwas nicht passieren kann oder passieren soll. Wenn es passiert, damit es auch aufgedeckt und beendet wird.

Was brauchen wir also? Wir brauchen den Abschluss und die Durchsetzung von Übereinkommen mit ausländischen Regierungen. Ja, und das wissen wir auch, dass es schwierig ist, weil die türkische Regierung hier überhaupt nicht kooperativ ist, weil hier die Informationen verweigert werden.

Noch stärker ausgedrückt, die türkische Regierung ist daran interessiert, ihren Staatsbürgern, die vorher die Staatsbürgerschaft zurücklegen, nahezulegen, diese wieder anzunehmen, wie es der Klubobmann Molnár eben ausgeführt hat, um hier politisch tätig zu sein und nicht in unserem Sinne quasi politisch tätig zu sein und hier das Zusammenleben zu beeinträchtigen.

Wir brauchen eine gesetzlich verankerte Mitwirkungspflicht für die eingebürgerten Menschen, wenn in Österreich Dokumente neu ausgestellt werden. Das wäre vielleicht machbar. Das ist alles sehr schwierig. Der Bund ist für die Gesetzgebung zuständig, das Land ist eben für die Vollziehung zuständig.

Vom Antragsteller muss der Nachweis geführt werden, dass keine zweite Staatsbürgerschaft vorhanden ist. Wenn sich hier Zweifel ergeben, ist das ein klares Indiz. Das muss ein klares Indiz dafür sein, dass eine zweite Staatsbürgerschaft eben vorliegt. Wir brauchen die Vorlage von Auszügen aus ausländischen Personenstandsregistern. Das muss gesetzlich verankert werden für Angelegenheiten im Bereich des Personenstandsrechtes, wie immer das dort heißen mag im anderen Staat.

Wir brauchen eine Verpflichtung, wonach Informationen über legale Staatsbürgerschaften, also Doppelstaatsbürgerschaften, im Zentralen Staatsbürgerschaftsregister eingetragen werden sollen, weil es eine Erleichterung für die Behörden darstellt, wenn es dann zu Kontrollen kommt.

Seitens des Landes ist hier die Frau Landesrätin Eisenkopf zuständig. Das wurde auch angesprochen. Hier wurden, zumindest soweit es möglich war, alle rechtlich möglichen Maßnahmen getroffen, um in Zukunft bei Verdacht von Ungereimtheiten, als auch bei Hinweisen auf illegale Doppelstaatsbürgerschaften ein Feststellungsverfahren einleiten zu können.

Wenn ich heute den Medien entnehme, dass Listen übermittelt werden, dann wissen wir allesamt nicht, ob hier auch burgenländische oder vom Burgenland vergebene Staatsbürgerschaften betroffen sind. Man wird sehen, wie dieser Datensatz, der da angeblich dem Innenministerium heute übergeben wurde, welchen Wert dieser hat und dann wird sich natürlich auch das Land damit befassen.

Zum Staatsbürgerschaftsgesetz. Derzeit sind Asylberechtigte de facto bevorzugt. Wir treten hier dafür ein, dass es eine Gleichstellung gibt. Wenn es für alle zehn Jahre notwendig macht, ununterbrochene Aufenthaltsdauer zu haben, dann soll das angepasst werden. Diese Bestimmung mit den sechs Jahren wurde unter Schüssel II eingeführt. Das gehört jetzt geändert.

Geschätzte Damen und Herren! Zuständigkeit Gesetzgebung, habe ich bereits gesagt, liegt eindeutig beim Bund, die Vollziehung ist beim Land. Damit das ordentlich vollzogen werden kann, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen notwendig. Darum unser Antrag, den wir für wichtig halten, wo wir die Forderungen formuliert haben, die wir für wichtig halten. Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Inhaltlich ist, glaube ich, nicht mehr viel zu ergänzen. Es ist das meiste und das Wichtigste bereits gesagt worden zum vorliegenden Antrag und auch die nächsten Schritte sind klar. Unsere Aufgabe ist es jetzt vor allem, dass wir bei Verdacht auf illegale Doppelstaatsbürgerschaften im Rahmen unserer gesetzlichen Möglichkeiten handeln. Es ist einerseits zu kontrollieren, andererseits zu überprüfen, aber auch zu hinterfragen. Das tun wir, das werden wir auch in Zukunft jetzt verstärkt machen.

Die Staatsbürgerschaft - und das haben auch schon meine Vorredner fast alle gesagt - ist das höchste Gut, das ein Staat einer fremden Person angedeihen lassen kann und das gilt es natürlich auch in entsprechender Art und Weise zu schützen. Aus diesem Grund haben wir bereits auch schon veranlasst, dass ein Erlass hinausgegeben wird. Den haben die zuständigen Behörden auch bereits erhalten. Darin geht es vor allem darum, dass bei Amtshandlungen, sei es hier im Haus oder in den Bezirkshauptmannschaften oder auch in den Gemeinden, gewisse Daten kritisch zu hinterfragen sind, gegebenenfalls auch Dokumente nachzureichen und nachzufordern sind und wenn notwendig, das heißt vor allem in Verdachtsfällen, dass das Vorliegen von illegalen Doppelstaatsbürgerschaften uns zu melden ist.

Zusätzlich sind wir auch dabei, die zukünftigen neuen Staatsbürger verstärkt über den Verlust der Staatsbürgerschaft durch heimliche Annahme, beziehungsweise auch durch Wiederannahme einer anderen oder der bisherigen Staatsbürgerschaft und den daraus entstehenden Folgen zu belehren.

Das ist auch in der Vergangenheit immer passiert. Wir werden das allerdings in Zukunft noch verstärkt in Angriff nehmen. Des Weiteren sind wir auch in permanenter enger Abstimmung mit dem Innenministerium, einerseits was den Erfahrungsaustausch betrifft, zur Identifizierung von Verdachtsfällen, auf der anderen Seite aber auch, was den Abgleich von effizienten Vorgehensweisen in solchen Fällen betrifft.

Das ist natürlich mit Mehraufwand, auch mit personellem Mehraufwand verbunden, keine Frage. Aber ich bin der Meinung, dass das unsere Aufgabe ist. Auch die Aufgabe der zuständigen Abteilung. Deswegen möchte ich heute auch die Gelegenheit hier nutzen, um mich bei den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl im Haus, aber auch in den Bezirkshauptmannschaften und auch in den Gemeinden entsprechend zu bedanken, denn ich weiß diesen Arbeitsaufwand, vor allem diesen zusätzlichen Arbeitsaufwand, sehr zu schätzen.

Ich bin aber sehr froh, dass wir bisher durchwegs positive Rückmeldungen aufgrund dieses Erlasses auch bekommen haben, denn auch die zuständigen Behörden sind froh, jetzt einen gewissen Anhaltspunkt zu haben.

Deshalb ist der heutige Antrag ein besonders wichtiger, weil nämlich für uns, für die ausführenden Behörden es notwendig ist, dass wir entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen vorfinden. Teilweise sind Präzisierungen nötig, beziehungsweise auch das Schaffen von entsprechenden Rahmenbedingungen. Deswegen hoffe ich auf Unterstützung dieses Antrages. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf. Zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es ist zur Staatsbürgerschaft das Grundlegende vermittelt worden, auch die inhaltliche Bestimmung dazu. Auch die Obsorge, dass jemand, der Staatsbürger werden will, entsprechend fundamentiert und inhaltlich bekenntnismäßig dazu stehen muss, beziehungsweise auch in der Umsetzung sollte. Aber wir sollten uns zu Gemüte führen, und deswegen habe ich mich auch zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet, dass es im Grunde genommen einer politischen Opportunität entspricht, dass Doppelstaatsbürgerschaften heute in dieser Form hier diskutiert werden müssen.

Der ungarische Staat mit dem Regierungsantritt von Viktor Orbán hat seinen Minderheiten, die außerhalb des Staatsgebildes waren, diese Doppelstaatsbürgerschaften angedient. Aus welchem Grund? Mit welcher Option? Damit sie wahlberechtigt sind. Nämlich ob sie in der Slowakei wohnen, ob sie in Rumänien wohnen, dass sie bei nationalen Wahlen in Ungarn wahlberechtigt sind. Wir diskutieren diesen Tagesordnungspunkt jetzt auch, weil wir draufgekommen sind, dass im Sinne der türkischen Situation viele, die die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen haben, gleichzeitig bei ihrer Rücklegung den Antrag gestellt haben, sie wieder zu erlangen.

Darauf sind wir deswegen gestoßen, weil es in der politischen Opportunität plötzlich en vogue geworden ist, türkische Abstimmungssituationen über das Ausland, über andere Staaten für die Türkei richten zu lassen. Diejenigen, die in Österreich jetzt für das Referendum des Staatslenkers Erdogan gestimmt haben, sind quasi dokumentiert worden im Sinne ihrer Möglichkeit, in türkischen Botschaften quasi dieses Referendum zu unterschreiben.

Jetzt sind sie dann dokumentiert. Die Dokumentationen werden jetzt weitergeleitet an das Innenministerium und jetzt müssen wir uns auseinandersetzen, quasi eine Umsetzung zu erreichen. Ob es jetzt wieder mit einer Rücklegung und einer Wiederantragstellung auf türkische Staatsbürger kommen wird, das sei dahin gestellt.

Ich möchte betonen, dass es reine politische Opportunität ist, in dem Sinne diese Diskussion heute führen zu müssen, weil wir es immer mit ausländischen oder mit Nachbarstaaten in der Staatslenkerei zu tun haben, denen es zupasskommt, wenn es diese Doppelstaatsbürgerschaften im Sinne eines Abstimmungsverhaltens gibt.

Auf der anderen Seite, die spezielle Aufregung resultiert auf die Türkei bezogen jetzt auf das Referendum, was die Einführung der Todesstrafe anlangt und da waren Gott sei Dank alle österreichischen Verantwortlichen sich einig, dass es um dieses Referendum in der Doppelstaatsbürgerschaft nicht gehen kann.

Ein zweites, politisch durchaus opportunes Instrument ist die wirtschaftliche Komponente. Ein drittes, das quasi im staatstragenden Sinne auch angesprochen wurde, ist die sportliche beziehungsweise kulturtechnische Variante. Wir haben uns immer wieder dazu hinreißen lassen, weil wir auch nach dem Erfolg geschielt haben, diese Doppelstaatsbürgerschaften zu verleihen. Da waren sie durchaus genehm.

Im Prinzip, und das war der Gedanke, den ich auch hier aussprechen wollte, im Prinzip wäre es notwendig, über eine europäische Staatsbürgerschaft nachzudenken und mit einem europäischen Pass quasi auch jenen zupasszukommen, die entsprechend Mitgliedsstaaten sind und deren Bürger in der Gemeinschaft auch wohnen beziehungsweise leben, beziehungsweise wirtschaften, beziehungsweise auch auskommen.

Ich weiß schon, Herr Kollege Molnár, dass das möglicherweise ihrem Bild eines sogenannten souveränen Staates widerspricht, aber wir haben mit der Mitgliedschaft zur Europäischen Union manches auch quasi in die Richtung von den Weichen her gestellt und daher sollten wir dort auch den Ansatz haben. Was es im Prinzip nicht geben sollte, ist die Doppelstaatsbürgerschaft, nur weil es manchen in dem Sinne passt.

Wenn ich eine Entscheidung treffe, dass ich mich zu einem Staat bekenne, dass ich staatszugehörig bin, dann sollte es nicht daneben, so quasi als Beiwagerl, eine zweite Variante geben, die im Endeffekt eine Chance bietet auch in einem anderen Herkunftsstaat von Großeltern, Eltern oder wie immer auch, die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Gebarung zu setzen.

Das sollten wir auch bei dieser Diskussion berücksichtigen. Im Prinzip stehe ich dazu, dass es eine Ein-Staaten-Zugehörigkeit gibt, die, ausgenommen bei Geburtssituationen, ausgegliedert wurde. Aber wir haben ja schon, wie es Kollege Steindl erwähnt hat, mindestens acht große Novellen gehabt. Wir werden auch zukünftig welche haben. Deswegen der Einwurf, der eigentlich europäisch vom Gedankengang her geprägt ist, eine einheitliche Staatsbürgerschaft im Sinne eines europäischen Staatswesens. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Bekämpfung illegaler Doppelstaatsbürgerschaften und Fragen der Verleihung von Staatsbürgerschaften ist somit mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 913) betreffend Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden (Zahl 21 - 645) (Beilage 938)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich ersuche Herrn Landtagsabgeordneten Georg Rosner um die Berichterstattung zum 10. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 913, betreffend Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden, Zahl 21 - 645, Beilage 938.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Georg Rosner: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrtes Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und

Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe ZuhörerInnen an den Geräten und im Saal! Es geht um einen Antrag bezüglich Forschung betreffend Frostschutz, vor allem im Wein- und Gartenbau. Wir finden beide Anträge gut und unterstützungswert, allerdings hätten wir es gerne noch ein bisschen ausgeweitet. Man darf nicht vergessen, wir sind seit einigen Jahren Teil der EU. Es ist gut, wenn man mit den Steirern zusammenarbeitet, aber eigentlich wäre es gut, länderübergreifend, staatenübergreifend zusammenzuarbeiten.

Dies gilt einmal mehr, da zum Beispiel unsere direkten Nachbarn, die Bayern, hier schon einiges an Forschung in den letzten Jahren betrieben haben, konkret die Bayerische Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau, die sich auch die Zahlen angeschaut hat.

Seit 1968 gibt es praktisch ein kontinuierliches früheres Austreiben der Reben. Das ist das eigentliche Problem. Nicht der Frost im Mai, den gab es ja früher schon, sondern, dass die Vegetation durch die Klimaerwärmung, durch grundsätzlich den früheren Frühling in der Vegetationsphase wesentlich früher sind und dadurch natürlich auch wesentlich mehr Schäden eintreten.

Es gibt bei den Schäden eigentlich sehr viele Faktoren, die da mitspielen. Es kommt auf die Dauer der Frosteinwirkung an, natürlich auf die Luftfeuchtigkeit, den Entwicklungsstand der Reben, es ist je nach Sorte unterschiedlich beziehungsweise nicht nur der Reben, natürlich auch dann der Obstkulturen, je nachdem.

Auch beim Frost selber gibt es unterschiedliche Arten. Ich habe mir die Arbeiten der Bayern ein bisschen angeschaut. Sie unterscheiden hier vor allem zwischen Strahlungsfrost, der vor allem zustande kommt durch sogenannte Invasionswetterlagen. Also oben ist es wärmer wie unten und dadurch kann die kalte Luft nicht entweichen und den sogenannten Windfrost, der einfach mit einer Kaltfront mehr oder weniger kommt.

Nicht alle Methoden, die Pflanzen vor Frost zu schützen, sind für beide Arten geeignet. Ich möchte deswegen ein bisschen auf die verschiedenen Methoden eingehen

und die Vor- und Nachteile hier beschreiben, das, was ich vor allem von den Bayern hier mir anschauen und rausschreiben konnte.

Eine Möglichkeit sind Nebelkerzen beziehungsweise Vernebelungsmaschinen. Es gibt spezielle Maschinen, die ein bisschen nach der Methode dieser Disco-Nebelmaschinen arbeiten, natürlich wesentlich leistungsstärker. Es hat sich in den Untersuchungen und in den Versuchen gezeigt, dass das nicht sehr wirkungsvoll ist.

Eine weitere Möglichkeit ist über gasbetriebene Windmaschinen, schaut dann ähnlich aus wie unsere Windräder, die eigentlich zur Produktion von Strom gedacht sind, die brauchen leider Energie. Man versucht, durch Verwirbelungen der verschiedenen Schichten die Kälte und die Wärme, die weiter oben ist, zu vermischen und dadurch die Minustemperaturen praktisch zu vermeiden. Es steht in dem Bericht drinnen, dass es hier noch zu wenig wirklich wirksame Bewertungen gibt. Das schauen sie sich noch genauer an.

In manchen Landstrichen, auch in Amerika habe ich gesehen, werden sogar Hubschrauber, teilweise vom Militär, eingesetzt, die die Luftmassen auch hier, ähnlich wie die Windmaschinen durcheinander wirbeln sollen. Das ist natürlich keine sehr kostengünstige Variante, obwohl die Wirkung relativ gut ist. Man muss allerdings davon ausgehen, dass der Helikopter praktisch zirka alle zehn Minuten dieselbe Rebfläche wieder überfliegen muss, weil sonst die Wirkung nachlässt. Ein Helikopter schafft dafür allerdings um die 30 bis 40 Hektar, also doch eine ganz schöne Fläche.

Bei den Beregnungsanlagen, diese gibt es in Österreich eher im Obstbau zum Teil schon, ist das Problem, dass es natürlich enormen Wasserbedarf benötigt. Angegeben sind hier pro Stunde bis zu 30 Kubik pro Hektar, die Beregnung muss noch dazu relativ lange passieren und natürlich ist die Installation solcher Anlagen eine sehr teure.

Es gibt inzwischen von einer Firma eine wassersparende Beregnung, da gibt es allerdings noch zu wenige fundierte Ergebnisse, dass man sagen könnte, das hat ungefähr den gleichen Effekt. Der Effekt im Großen ist allerdings hier natürlich sehr groß und der Schutz der Pflanzen effektiv.

Frostschutzkerzen, früher waren es Paraffinkerzen, heute arbeitet man teilweise mit Wachs und Ähnlichem, sind zwar nicht sehr kostenintensiv, aber sehr personenintensiv, weil man das natürlich aufstellen muss, entzünden muss, dann wieder wegräumen muss, funktioniert bei kleineren Anlagen, wo das nur möglich ist, natürlich, weil man doch alle paar Meter eine aufstellen muss, an und für sich sehr effizient und ist eine sehr sichere Möglichkeit.

Eine weitere, die allerdings genau das Gegenteil von der günstigen, der Frostschutzkerzen ist, sind Heizdrähte, die direkt an den Reben angebracht werden. Natürlich auch eine sehr aufwendige Version, die hier mit bis zu 12.000 Euro Kosten veranschlagt wird und noch dazu immer wieder Nachbesserungen, Neuaufbringungen des Heizdrahtes erfordert. Wirkung ist natürlich optimal, weil die Wärme genau dort ist, wo sie hingehört, nämlich dort, wo die Triebe austreiben oder ausgetrieben haben.

Ich habe es vorher schon erklärt, das große Problem ist, dass wir den früheren Austrieb haben. Hier gibt es Versuche über verschiedene Schnittzeitpunkte oder sogar über doppelte Rebschnitte, diesen frühen Austrieb nach hinten zu verlegen. Das funktioniert an und für sich ganz gut. Es ist auch so, dass die Pflanzen diesen unterschiedlichen Schnitt dann relativ schnell wieder in der Vegetation aufholen, wenn sie eben durch den späteren Austrieb eigentlich einen Nachteil vorerst haben, das holen die

Pflanzen sehr schnell auf, ist natürlich aber auch nicht gerade eine sehr unaufwendige Methode.

Als letzte hier, natürlich gibt es noch einige andere, aber das sind die, die wesentlich geprüft worden sind, gibt es noch die Möglichkeit der Ölaufbringung. Das heißt, Pflanzenöle werden auf die Reben, auf die Triebe der Obstbäume ausgebracht. Auch das verzögert wieder den Austrieb, muss man natürlich rechtzeitig machen, so wie alle anderen Methoden auch.

Man sieht, es gibt hier eine Vielzahl an Methoden, wahrscheinlich wird es auch so sein, dass nicht jede Methode für die gleiche Region geeignet ist.

Es ist sicher wichtig, hier mehr zu forschen, auch deshalb, weil, auch das haben sich die Bayern angeschaut, die Methoden, die wir im Burgenland jetzt anwenden, eigentlich relativ nicht zukunftsweisend sind und auch nicht sehr sicher sind, weil ein einfacher Windwechsel die ganze positive Wirkung des Rauches vermindern beziehungsweise vernichten kann.

Zudem kommt, man braucht sich nur die Werte der Feinstaubmessstellen anschauen, die unheimlich starke Belastung mit Feinstaub. Dazu die Ballen, die Stroh- oder Heuballen brennen ja nicht, sondern sie glosen, dadurch ist eben diese starke Rauchentwicklung, und es ist nicht besonders gesundheitsgefährdend, und wer mit Menschen gesprochen hat, die in den Gebieten leben, die trotz geschlossenen, relativ modernen Fenstern diesen Räuchergeruch über eine Woche lang nicht aus ihren Häusern rausbekommen, ist es natürlich auch nicht die optimale Methode.

Also, jetzt für Notmaßnahmen gut, langfristig sind hier - allein schon auf Grund der starken Feinstaubbelastung, die wir jetzt bereits zwei Jahre hinter uns haben - Alternativen zu suchen, zu finden, zu erforschen. Ich glaube, wir werden nicht drum herumkommen, man sieht es eben allein auf Grund der Aufzeichnungen seit dem Jahr 1968, dass wir damit rechnen können, dass wir in den nächsten Jahren, Jahrzehnten, ähnliche Situationen, wenn nicht sogar verstärkt diese Situationen haben werden. Deswegen ist hier wirklich ganz dringend Forschung und ein Handeln notwendig.

Wir werden dem Antrag natürlich zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Uns liegt hier ein Antrag betreffend Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden vor. Unsere Landwirte, deren Überlebenskampf ohnehin immer schwerer wird, hatten im vergangenen Jahr unter anderem durch Frost große Ernteeinbußen.

Auch im heurigen Jahr kam es wieder zu Spätfrost und neuerlichen Schäden, welche jedoch durch Räucheraktionen zum Glück nicht ganz so schlimm ausfielen. Der entstandene Schaden hat manche Bauern an den Rand ihrer Existenz gebracht.

Nicht nur die Bauern selbst waren hier Leidtragende. Nachdem jeder 17. Arbeitsplatz im Burgenland mit Wein verbunden ist, zieht sich der Schaden wie eine Kettenreaktion weiter. Dass unsere Bauern hier jede nur erdenkliche mögliche Hilfe bekommen müssen, ist wohl selbstverständlich. Wir stehen voll und ganz hinter unseren Weinbauern und, ich glaube, ich kann hier im Namen aller hier im Saal sprechen.

Prävention ist wichtiger denn je, denn alles, was im Vorhinein an Maßnahmen gesetzt werden kann, hilft, den Schaden so gering wie möglich zu halten. Das Land Burgenland hat mit der zuständigen Landesrätin Verena Dunst in den letzten Monaten viel geleistet. Ich will hier nicht zu sehr ins Detail gehen, aber alleine im letzten Jahr wurden die Schäden auf knapp 3,7 Millionen Euro geschätzt. Unsere Landesrätin hat dementsprechende Maßnahmen gesetzt, um den Landwirten hier schnell und unbürokratisch zu helfen.

Was mich in Bezug auf die Frostentschädigungen, aber auch in anderen Materien extrem stört, seitens einer Partei werden ständig, aber wirklich ständig, miese Stimmung und Unwahrheiten verbreitet. Diese, meiner Meinung nach, kurzlebige Partei nennt sich ÖVP. Egal ob im Jagdgesetz oder auch hier, nur Unwahrheiten, um das Volk zu täuschen. *(Abg. Walter Temmel: Welche?)*

Auch der ÖVP-nahestehende Interessensvertretungen, die sich eigentlich mehr darum kümmern sollten, eben genau die Interessen der Weinbauern oder Jäger, zum Beispiel, zu vertreten, haben mitgezogen, um zu vertuschen, wie gut Rot-Blau arbeitet. Neid, den muss man sich erarbeiten, und genau das trifft hier zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Im Interesse der Winzer, der Burgenländer, und im Interesse aller: Bitte leistet endlich einen konstruktiven Beitrag! Nur Unwahrheiten zu verbreiten, *(Abg. Walter Temmel: Bitte sage eine!)* um die eigene Inkompetenz zu vertuschen, das ist meiner Meinung nach zu wenig für eine Partei, die vom Volk gewählt wurde, um es auch würdig zu vertreten.

Nun zum Agrarminister, der ja auch zur ÖVP gehört. Wie auch in Sachen Uhudler, wo das Land zuerst reagiert hat, weil der Bund säumig geblieben ist, ist es auch hier im Gegenständlichen der Fall.

Wir als Land geben 150 Prozent, doch vom Bund muss auch endlich etwas kommen. Die ÖVP schreit immer, doch ist sie ständig die einzige Partei, die permanent untätig ist.

Prävention ist wichtig, und daher ist es auch wichtig, dass auf Bundesebene endlich ein Projekt zur Überprüfung der Frostpräventionsmaßnahmen auf ihre Praxistauglichkeit im gesamten Bundesgebiet durchgeführt wird und auch eine Förderschiene eingerichtet wird, um vor allem die kleinen Landwirte, die besonders betroffen sind, zu unterstützen.

Wie gesagt, wir stehen voll hinter unseren Landwirten, Winzerinnen und Winzern, und daher werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Frau Kollegin Stampfel, Sie bezichtigen uns Unwahrheiten, sagen aber keine einzige. Sie haben noch die Chance, heute oder morgen, oder vielleicht bis Sonntag, *(Abg. Doris Prohaska: Die hat sie schon vor drei Monaten gesagt.)* diese Unwahrheiten, die wir verbreiten, zu nennen, zu sagen. *(Die Abgeordneten der ÖVP stellen Schilder mit der Aufschrift „Stirbt der Bauer, stirbt das Land!“ bei ihren Plätzen auf. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir alle wissen natürlich, die Werkstatt der Bäuerinnen und Bauern befindet sich unter freiem Himmel. Die burgenländischen Wein- und Obstbauern hatten es Ende April, wie bereits erwähnt, im Vorjahr sicher nicht leicht. Auf Grund der kalten Nächte ist es auch dieses Jahr vermehrt zu Frostschäden in der heimischen Landwirtschaft gekommen. Von Norden bis Süden haben Winzer und Obstbauern gegen den Frost gekämpft und versucht, Schäden soweit wie möglich zu vermeiden. Das konnte ich mit den betroffenen Winzern miterleben, die erstmals auch im Südburgenland am 21. April diese Vernebelungs- beziehungsweise Räucheraktion durchgeführt haben. *(Abg. Manfred Kölly: Fehlt nur noch Großkonzern.)*

Der Zusammenhalt und die Solidarität unter den Landwirten und auch aus vielen Teilen der Bevölkerung waren enorm. Ich danke den Bäuerinnen und Bauern für diesen Zusammenhalt in schwierigen Zeiten. Selbstverständlich gilt auch mein Dank den Helfern und den Organisationen der Freiwilligen Feuerwehr und der Polizei. Ein herzliches Danke gilt auch der Bevölkerung für Ihr Verständnis für diese Maßnahme. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auf Grund der Frostschäden des vergangenen Jahres war es richtig und wichtig, die betroffenen Winzer und Obstbauern aus dem Katastrophenfonds zu unterstützen. Für diese Hilfe danke ich auch dem Verantwortlichen der Landes- und Bundesregierung.

Trotz vielem Wissen und Technik, sind die bäuerlichen Betriebe sehr vom Wetter und Klima abhängig. Deshalb unser Antrag, um die betroffenen Betriebe zu unterstützen. Um neuerliche Frostschäden in Zukunft zu verhindern beziehungsweise zu verringern, ist die Entwicklung von Präventionsmaßnahmen gegen Frost notwendig.

Die Steirische Landesregierung will ein bundesweites Projekt starten, um mit Hilfe des Forschungsinstitutes Joanneum Research Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden zu entwickeln.

Das Projekt soll sich mit der Ausgestaltung von Bewässerungsanlagen bis hin zu technischen Wärmequellen befassen. In diesem Zusammenhang, Frau Landesrätin Dunst, bin ich Ihnen dankbar, dass Sie unsere Initiative auch bei der nächsten Agrarreferentenkonferenz auf die Tagesordnung setzen haben lassen. *(Abg. Gerhard Steier: Na!)* Es zeigt, Sie sind noch lernfähig. *(Heiterkeit bei der Landesrätin Verena Dunst - Abg. Manfred Kölly: Hawedere! Fährst Du nicht gleich mit ihm mit? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ankündigungen allein sind jedoch zu wenig, sondern man muss dieses Vorhaben auch umsetzen. Das Land soll sich sowohl inhaltlich, aber auch finanziell an einem konkreten Projekt beteiligen. Bei diesem Projekt sollen andere relevante Zentren in Österreich, Südtirol und Deutschland zu Rate gezogen beziehungsweise eingebunden werden.

Es gibt bereits in Bayern, wie vom Kollegen Spitzmüller erwähnt, umfassende Forschungsmaßnahmen, weil es in mehreren Gebieten immer wieder öfters tiefe Temperaturen im Mai und April gibt.

Verschiedene Formen - sie wurden von ihm bereits ausführlich erwähnt - sind möglich. Die klassische Maßnahme, wie zum Beispiel der späte Rebschnitt, die Frostversicherung, mechanische Maßnahmen, wie Frostberegnung und Vernebelung, Räuchern, Beheizen, Luftumwälzung, Nutzung des Regenwassers aus Rückhaltebecken und so weiter.

Wir wollen diese Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden entwickeln *(Abg. Manfred Kölly: Was Ihr alles wollt.)* und dieses innovative Projekt aus der Steiermark unterstützen.

Dass Sie wenig für fleißige Winzerinnen und Winzer übrig haben, beweist auch eindeutig Ihre ungerechte Frostschädenentschädigung.

Kollegin Stampfel, jetzt kommt es! *(Abg. Manfred Kölly: Aha!)* Wer hat jetzt Recht? Sie, Frau Landesrätin, werden noch oft vor burgenländischen Winzerinnen und Winzern erklären müssen, warum niederösterreichische und steirische Weinbauern mehr an Entschädigungszahlungen erhalten, obwohl die Sonderrichtlinie seitens des Bundes und der Bundesländer mit der EU-Genehmigung ausgemacht und koordiniert war.

Frau Landesrätin! Erklären Sie den Burgaubergern und den Kukmirnern, warum sie weniger Entschädigungen erhalten als die Nachbarn in Burgau. Erklären Sie das einmal! Nur weil Sie die Deckelung mit 35.000 Euro pro Betrieb vorzeitig berechnet haben und weil Sie zwischen Frost- und Hagelschaden nicht unterscheiden können? *(Abg. Günter Kovacs: Das ist ein Wahnsinn. Eine Frechheit! – Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Bist Du deppert! – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Abg. Klaudia Friedl: Das darfst nicht ernst nehmen.)*

Sie unterstellen dem Burgenländischen Bauernbund - laut Medienberichten - Falschmeldungen. Wann werden Sie endlich zugeben, dass Sie in Ihrem Verantwortungsbereich die Auszahlungen falsch berechnet haben und die Gelder an die Bauern auszahlen? Wie oft müssen wir Sie noch bei Unwahrheiten ertappen? Solche Vorfälle sind einer Landesrätin unwürdig. *(Abg. Manfred Kölly: Wo habt Ihr das Geld hin? Wo habt Ihr es hingegeben? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zurückzahlen müssen sie es!)*

Noch einmal, damit Sie und alle anderen es auch verstehen. Im Frühjahr gibt es den Frost und zu einem späteren Zeitpunkt, so wie letztes Jahr im Pinkatal, in Ihrer unmittelbaren Umgebung, am 15. August, das sollten Sie wissen, hat es einen Hagel gegeben. Nach dem Frost wurden diese Schäden besichtigt und geschätzt, und das Gleiche ist beim Hagel geschehen. Im Unterschied - sehen Sie, jetzt kommt der Unterschied - zu Ihren Berechnungen darf aber die Entschädigung für Hagel bei den Frostschäden nicht abgezogen werden. Das ist der wesentliche Unterschied! Bei Frostschäden ja, bei Hagelschäden nein!

Ihre Auffassung, dass ein und dieselbe Weingartenfläche nicht gleichzeitig durch Frost und zusätzlich durch den Hagel beschädigt werden kann, ist eindeutig falsch. *(Abg. Edith Sack: Warum ist es falsch? – Abg. Doris Prohaska: Warum nicht? Das erklärst Du mir jetzt! – Abg. Edith Sack: Das erklärst Du uns! Wenn es hin ist, dann ist es hin, ob es von dem kommt, oder von dem, das ist doch wurscht.)*

Herr Kollege Agrarsprecher! Es gibt Frostschäden, einen Frostschaden … *(Abg. Edith Sack: Der Weingarten kann nur einmal hinwerden. – Zwischenrufe des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA und der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar)* Eben nicht! Eben nicht! Bitte lassen Sie sich von WeinbäuerInnen … *(Abg. Doris Prohaska: Zweimal sterben kann man auch nicht! Kann man zweimal sterben? - Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Der Kollege Wiesler, der Kollege Wiesler!

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Meine Damen! Herr Abgeordneter Temmel! Die Damen enden …

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP) *(fortsetzend)***:** Der Kollege Wiesler und der Kollege … *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP - Abg. Edith Sack: Er soll gescheit reden und nicht so einen Blödsinn. - Abg. Manfred Kölly: Niederlage für die Weinbauern.)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter Temmel, ich habe geläutet. Ganz kurz innehalten. So, passt.

Bitte setzen Sie fort.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP) *(fortsetzend)*: Kollege Wiesler und Kollege Kölly kommen aus einer Weinbaugemeinde. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt.)* Sie werden es Euch erklären, was Frostschäden sind und Hagelschäden, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Genau!)* dass Hagelschäden auch mehrere Jahre hindurch der Schaden oft noch erkennbar und bemerkbar ist.

Ist das eines der Ergebnisse Ihrer geänderten und so hochgelobten Verwaltungsstrukturen oder haben Sie, so wie beim Jagdgesetz, die Entscheidungen getroffen, den bäuerlichen Familien, dieses Geld vorzuenthalten? Wer hat diese Entscheidung getroffen? Haben Sie diese letzte Entscheidung getroffen? *(Abg. Ilse Benkö: Das ist doch keine Fragestunde.)*

Sie haben dadurch die Landwirte um Ihre Ansprüche gebracht. Sie nehmen ganz unverschämt fleißigen Bauern das Geld weg! *(Abg. Edith Sack: Sie reden hier unverschämt.)* Zum Großteil auch den Kleinbauern des Südburgenlandes, weil gerade im Süd- und Mittelburgenland hat es diese Schäden gegeben.

Stimmt das Gerücht jetzt, dass Sie inzwischen die Deckelung von 35.000 Euro neu berechnet haben und die fehlenden Summen nachzahlen werden? Dann wäre es nämlich sinnvoll, gleich in einer Rechnung auch die ausstehenden Entschädigungszahlungen für die fälschlich abgezogenen Beträge für die Hagelversicherung auszuzahlen.

Sie schaffen es bis jetzt nicht, den Landwirten eine entsprechende Berechnungsgrundlage zur Verfügung zu stellen. Eine politische Aussendung natürlich, haben Sie noch zusammengebracht, jedoch ohne konkrete Angaben.

Wir, der Bauernbund, sind der Anwalt der fleißigen *(Abg. Ilse Benkö: Habt doch keine Bünde mehr! Haben sich aufgelöst.)* Winzerinnen und Winzer, *(Abg. Ilse Benkö: Heißt doch alles „Kurz". Kein Bauernbund! Kurz!)* und ich verlange, dass Sie die Richtlinie genauso anwenden wie die anderen Bundesländer und den Bauern die Gelder nicht vorenthalten. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Von der EU gibt es eh so viel. Ich bitte Dich!)*

Burgenländische Bauern, burgenländische Bauern dürfen nicht schlechter gestellt werden als Ihre Kollegen in den Nachbarbundesländern! *(Abg. Doris Prohaska: Transparenzdatenbank! Da wird mir gleich schlecht. – Beifall bei der ÖVP)*

Die Frau Kollegin Stampfel, hat es vorhin gesagt … *(Abg. Doris Prohaska: Hunderttausende cashen sie ab von der EU und dann jammern sie da. – Abg. Markus Ulram: Eine typische SPÖ-Einstellung dazu. Klassenkampf. – Abg. Doris Prohaska: Schau nach in der Transparenzdatenbank! Das muss ein Arbeiter einmal verdienen; Hunderttausend! – Zwiegespräche zwischen der Abgeordneten Edith Sack und der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar – Abg. Manfred Kölly: Frauen an die Macht!)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** *(Abg. Ilse Benkö: Vielleicht kommt der Präsident einmal auch zu Wort?)* Bitte jetzt die Damen Abgeordneten, auch die Herren, der Herr Abgeordnete Temmel ist am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP) *(fortsetzend)*: Die Frau Kollegin Stampfel hat es vorhin gesagt, hat es vorhin klar und deutlich gesagt, hier geht es oft um Existenzen.

Das dürfen wir alle nicht vergessen, *(Abg. Doris Prohaska: Bei den Arbeitern nicht?)* und sie haben ein Recht genauso wie andere Bundesländer, nichts anderes wollte ich sagen. *(Abg. Manfred Kölly: Mindestsicherung!)*

Aber damit Sie nie vergessen, Bäuerinnen und Bauern so zu behandeln, wie sie es verdienen und sich nicht zu Ungunsten dieser Bevölkerungsgruppe verrechnen, schenke ich Ihnen … *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Einen Uhudler? - Abg. Walter Temmel packt einen roten Kinder-Rechenschieber aus Holz aus. - Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)* Immer ein Geschenk, keinen Uhudler, eine Rechenmaschine. Und Ihnen sei ins Standbuch geschrieben: Stirbt der Bauer, stirbt das Land! *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Walter Temmel übergibt den Rechenschieber an Landesrätin Verena Dunst. - Landesrätin Verena Dunst: Keine Geschenkannahme! Das wäre vielleicht Bestechung. - Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kostet nicht so viel. - Abg. Manfred Kölly: Das ist noch im Rahmen. Wo hast Du den gekauft?)*

Bitte geben Sie es jenen weiter, die Rechenhilfe benötigen.

Aus den angeführten Gründen, stellen wir diesbezüglich einen Abänderungsantrag, die Auszahlungen der Frostentschädigungen an betroffene Winzer zu überprüfen und korrekt abzuwickeln.

„Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne der Antragsbegründung an dem Projekt „Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden“ sowohl finanziell als auch inhaltlich maßgeblich zu beteiligen und die Auszahlung der Frostentschädigungen an betroffene Winzer zu überprüfen und korrekt abzuwickeln.“ Herzlichen Dank! *(Abg. Walter Temmel übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben vom Abgeordneten Temmel überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Damen und Herren Zuhörer und Zuseher via Internet zuhause! Ich darf mich recht herzlich bedanken bei meinen Vorrednern Spitzmüller sowie bei der Kollegin Stampfel für die sachliche Diskussion betreffend Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden.

Unser Burgenland ist ein Land mit großer landwirtschaftlicher Vielfalt. Das geht natürlich aus von der hohen Qualität, Getreide, im Obst, in der Gemüseproduktion, und der Bogen spannt sich bis hin zu ausgezeichneten Weinen und natürlich auch den einzigartigen Uhudler und einer hervorragenden Fleischqualität.

Wir haben in unserem Land positive Grundvoraussetzungen wie das pannonische Klima und einen guten Boden, die zu einer hervorragenden Qualität und auch Einzigartigkeit bei den landwirtschaftlichen Produkten führt.

Sich ausschließlich mit internationalen Dumpingpreisen und Massenproduktionen zu messen, wissen wir, dass dies keinen Sinn macht. Die Stärke liegt in unserer Qualität, in unserer burgenländischen Qualität. Darum muss der Fokus ausgerichtet sein - und er ist auch ausgerichtet - auf Qualität, sprich: Qualität vor Quantität!

Dem Wein- und dem Obstbau kommt im Burgenland eine besondere Bedeutung zu. Es wird hier nicht nur unter freiem Himmel Urproduktion geleistet, sondern es ist auch jeder 17. Arbeitsplatz in unserem Land, im Burgenland, mit dem Wein verbunden.

Ich betone es jedes Mal, gerade als Bürgermeister unserer Kommunen und auch viele der Kolleginnen und Kollegen sind in unseren Gemeinden in der Funktion als Gemeinderätin oder als Gemeinderat vorhanden.

Stellen wir uns vor, wir hätten nicht unsere Landwirte, die hier auf der einen Seite natürlich Erzeugnisse erzeugen, landwirtschaftliche Produkte erzeugen, aber vor allem in unseren Gemeinden, wenn hier die Landwirtschaft, der Bauer, nicht Landschaftspflege übernehmen würde, wie würde es in unseren Gemeinden hier aussehen?

Wie gepflegt wären unsere Gemeinden, wenn wir unsere Landwirte in dieser Form nicht als Landschaftspfleger hätten? Wie viel würden diese Tätigkeiten, wenn wir sie seitens unserer Gemeinde hier machen müssten, den Gemeinden kosten? Vor allem, welche Auswirkungen hätte es, wenn unsere Gemeinden, unser Land, in dieser Form auch nicht so gepflegt wären? Was hätte es für Auswirkungen auf den Tourismus, in weiterer Folge auch für die Wirtschaft?

Neben der angespannten und gesamtwirtschaftlichen Situation, sorgen natürlich der Klimawandel und die dann damit zusammenhängenden, immer öfter auftretenden Wetterextreme für teilweise existenzgefährdende Probleme.

Die in den letzten Jahren häufiger werdenden extremen Wettersituationen wie der Hagel, Überschwemmungen durch Starkregen und Gewitter sowie Dürre und anhaltende Hitze setzen der heimischen Landwirtschaft natürlich immer schwerer zu.

Die daraus resultierenden massiven Schäden und Ernteeinbußen bewegen sich in Millionenhöhe.

Besonders plakativ macht sich dies am Beispiel des Spätfrosts im vergangenen Jahr 2016, aber natürlich auch im heurigen Jahr sowie den verheerenden Hagelunwettern im vergangenen Jahr, vor allem hier im Süden unseres Landes bemerkbar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es war eine Notwendigkeit für das Jahr 2016 einmalig zu helfen. Hier wurden rund 12 Millionen Euro an Obstproduzentinnen und Obstproduzenten und an die Winzerinnen und Winzer ausgeschüttet. Es ging auch um Existenzsicherung.

Aber, man muss auch ganz klar sagen, das Land ist kein Versicherungsunternehmen. Fakt ist, dass es sich hier für das Jahr 2016 um eine einmalige Aktion gehandelt hat. Damit unsere Bauern weiterhin für Produkte mit bester heimischer Qualität und Vielfalt sorgen und einen wesentlichen Beitrag zur Kultur- und Landschaftspflege leisten können, bedarf es daher entsprechender Unterstützung in Form tragfähiger Lösungen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf hier auch ansprechen, dass das Land Burgenland in den vergangenen Wochen bereits eine interne Arbeitsgruppe installiert hat, die vor allem die wohl wichtigsten Komponenten für die Vorhaben in den Vordergrund gestellt haben, nämlich das Wasser. Denn eines hat sich im vergangenen Monat ja auch bewiesen, dass hier die effektivste Abhilfe die Bewässerung, die Überkopfbewässerung, der Kulturen bringt.

Aber auch mit dem Räuchern, sprich, mit Räuchern Frost bekämpfen, haben wir in den letzten Wochen doch auch wiederum Minusgrade in den Nächten gehabt. Die Reben haben in den Weingärten, das wissen wir, bereits ausgetrieben. Eine große Herausforderung für den Obst-, aber natürlich auch für den Weinbau. Diese gegen den

Frost zu schützen, die Gefahr vor massiven Ernteverlusten beziehungsweise in weiterer Folge natürlich Existenzen, war natürlich enorm groß.

Die Minusgrade sind nicht so sehr das Problem, aber, wie wir wissen, eher die radikale Erwärmung, wenn die Sonne dann wieder am Morgen kommt. Durch die brennenden Strohballen erreicht man eine Vernebelung, die wiederum die Sonneneinstrahlung in dieser Form mildert.

Wir wissen aber auch, und es wurde auch heute schon angesprochen, ein Jahrhundert altes Kultgetränk aus dem Südburgenland, der Uhudler, feiert eigentlich einen sehr jungen Geburtstag. Er wird im Prinzip ein Jahr alt, dass das Kultgetränk in dieser Form gesetzlich als Wein verankert ist.

Hier möchte ich vor allem im Namen der Winzerinnen, der Winzer, aber natürlich vor allem der Südburgenländerinnen und Südburgenländer, und viele der Gäste, die eigentlich in das Südburgenland kommen, natürlich um unser wunderschönes Land zu besuchen, aber natürlich auch dieses Kultgetränk zu trinken.

Hier möchte ich vor allem Dir, Frau Landesrätin, zu diesem jungen Kind im Namen aller, die diesen Uhudler auch konsumieren, recht herzlich gratulieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir, seitens der SPÖ Fraktion, stimmen natürlich zu, an dem Projekt Forschungsaktivitäten für Präventionsmaßnahmen gegen Frostschäden sich sowohl auf der einen Seite finanziell, aber natürlich auch inhaltlich maßgeblich zu beteiligen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist schon interessant, wenn es um den Bauernstand geht, welche Emotionen manchmal ausgelöst werden. Dabei war es die letzte Gelegenheit jetzt gewesen, dass die Frau Landesrätin einmal noch, nämlich für das Jahr 2016, die Auszahlung von sogenannten Frostschäden administrieren darf. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Heuer, wenn es diese Frostschäden gegeben hat, gibt es diese Katastrophenschutzgelder nicht mehr. *(Abg. Wolfgang Sodl: Genau! - Abg. Manfred Kölly: so beschlossen!)* Ich möchte das nochmal eindringlich betonen, weil wir im Grunde genommen die Informationen noch immer nicht so weit vermittelt haben. Es wäre eine vordringliche Aufgabe in der Verantwortung, jedem, der quasi am freien Feld und in der Natur frei arbeitet, nicht nur zu empfehlen, sondern ihn auch darauf aufmerksam zu machen, dass die einzige Chance für gegebene Frost-, Dürre-, Hagelschäden nur mehr in der Versicherungsleistung liegt und dass das Land und der Bund diese Versicherungsleistung zu 50 Prozent unterstützen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen im Zusammenhang mit Frost etwas erlebt, das in der Gesamtheit eigentlich einzigartig war. Ich habe es in der Vergangenheit in der eindringlichen Form und in dieser Alarmiertheit und zusammenhängenden Form noch nie gesehen, dass Frostschutzmaßnahmen mit Schwelbränden eigentlich so exekutiert worden sind und dass diese Frostschutzmaßnahmen in der Form auch diese positiven Ergebnisse gebracht haben.

Dass dann noch einmal drei Tage später oder zwei Tage später wieder eine Frostsituation aufgetreten ist, die nicht mehr so eindringlich und einhellig exekutiert worden ist, hat dann auch nachträglich in vielen Ortschaften Frostschäden in der Vermittlung gehabt. Auf jeden Fall ist es mehr als begrüßenswert, dass es im Zeichen eines europäischen Gedankens auch, wie angesprochen, nicht nur eine Zusammenarbeit über die Landesgrenze hinweg mit der Steiermark, nicht nur über den deutschsprachigen Raum mit Südtirol, mit Deutschland über die Präventionsmaßnahmen und Möglichkeiten geben soll, sondern es sollte ein europäisches Projekt aufgestellt werden, das die Sicherheit bietet, dass der Freiraum Natur auch vor Eventualitäten, die Einschränkungen im Erntebereich bringen, geschützt werden kann.

Wir werden gegen die Natur mit Sicherheit nicht zu 100 Prozent reüssieren, aber es bestünde, und in der Verantwortung, glaube ich, da sind wir uns einig, die Möglichkeit, hier federführend auch mitzutun und präventive Maßnahmen im Forschungssinne auch umzusetzen. Ich kann nur empfehlen, aus eigener Anschauung und in Kenntnis der Situation in Südtirol, die sind da viel weiter als wir in der Umsetzung jemals sein könnten. Lagrein in Südtirol ist eine wirkliche Wirkungsstätte dessen, was Obstbau und Weinbau anlangt und auch in den Möglichkeiten der Umsetzung.

Es ist von meinen Vorrednern aufgezählt worden, welche Vielfalt an Varianten zur Verfügung stehen, um Frost entsprechend abzuwehren. Ich möchte im Zusammenhang mit den ganzen Maßnahmen, die jetzt diskutiert worden sind, auch einen Punkt erwähnen, den es schon seit Jahren in der sogenannten Zurverfügungstellung von den sogenannten Schutzmaßnahme her gibt.

Ich möchte daran erinnern, dass Obstbauern bei der Bereitstellung von Netzen, die über den Obstplantagen gesetzt worden sind, auch von einzelnen Versicherungsträgern in der Anschaffung unterstützt werden und wurden, weil es hier auch einen Zusammenhalt in diesem Zusammenhang gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich empfehle über den Antrag hinaus, die Zusammenarbeit und die Möglichkeit der Suche nach europäischen Mitteln, um diese Frostpräventionssituation zu klären. Auf der anderen Seite, Frau Landesrätin, und Sie werden jetzt ja gleich die Gelegenheit nach mir im Vortrag haben, appelliere ich an Sie, dass Sie den Vorwurf, der hier evident erhoben wird, im Sinne einer nur Teilbezahlung oder einer Teilauszahlung von Gegebenheiten, dass Sie den auch revidieren, dass Sie sich dazu bekennen, dass es hier möglicherweise, wie mir auch erzählt wird, eine Fehlberechnung gegeben hat. Dass Sie die nicht nur korrigieren, sondern dass Sie dazu auch stehen.

Auf der anderen Seite, wie ich eingangs erwähnt habe, ist es naheliegend, nachdem Sie die letzte Chance haben im Zusammenhang mit sogenannten Frostschäden-Zahlungen, dass Sie diesen Makel nicht auf sich haften lassen, sondern dass Sie sich selbst die Chance geben, diese Richtigstellung zu treffen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Stirbt der Bauer, stirbt das Land." *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dem kann ich wirklich viel abgewinnen, muss ich dazu sagen. Aber, nur die ÖVP hat in der Vergangenheit einiges dazu beigetragen, das möchte ich

jetzt auch gleich klar dazu sagen. Nicht nur jetzt sich herzusetzen und zu sagen, stirbt der Bauer, stirbt das Land.

Mit Argumenten zu kommen, jetzt macht die Landesrätin total etwas falsch. Es ist in der Vergangenheit auch viel nicht richtig gelaufen, *(Abg. Ilse Benkö: Danke ÖVP! - Abg. Walter Temmel: Bei der Auszahlung!)* denn da hat es vielleicht gar keine Auszahlung gegeben. Da haben die hohen Herren irgendein Geld bekommen und der Fall war erledigt. Ich will da jetzt gar kein Beispiel erwähnen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es wichtig ist, dass unsere Natur natürlich dementsprechend auch gepflegt wird, da sind wir uns hoffentlich alle einig. Ob das jetzt das Südburgenland ist, das wunderschöne, oder das Mittelburgenland, das wunderschöne, oder der Norden, brauchen wir uns gar nicht mehr dazu äußern.

Aber, eines ist Faktum. Es kann nicht so sein, dass Bund, Land hier eine Versicherung abschließen und dann zahlen sollen. Viele einzelne Winzer haben das aber getan. Die haben eben vorgedacht und haben gesagt, wir lassen uns hier versichern. Viele haben gesagt, ich schaue mir das an und wenn nicht, dann wird schon das Land oder der Bund einspringen, wenn irgendetwas passieren sollte.

Das finde ich auch nicht fair, muss ich ehrlich und offen dazu sagen. Dass es bei den Auszahlungen und bei den Modalitäten vielleicht dort oder da einige Unstimmigkeiten gibt. Das steht im Antrag und dann werden wir das überprüfen. Es wird ja kein Fehler sein, wenn man sagt, schauen wir uns das noch einmal an, diskutieren wir das noch einmal. Wenn wirklich ein Fehler passiert ist, Frau Landesrätin, ich meine da wird Ihnen auch keine Perle aus der Krone fallen, dann wird man das auch dementsprechend argumentieren können, dementsprechend auch vielleicht nachzahlen können, wenn es so ist, wie heute behauptet wird.

Denn, ich sage einmal so, als Opposition haben wir ja gar keinen Einblick, was tatsächlich ausbezahlt worden ist und welche Geldmittel geflossen sind. Dann heißt es, ja, man kann ohnehin hineinschauen in den Rechnungsabschluss. Aber glaubt mir eines, da fällt mir etwas anderes dann auf, wer alles hier ein Geld erhält. Wenn man nochmals von den kleinen Bauern, Herr Kollege, von den kleinen Landwirten und Weinbauern spricht, dass der Weinbau ein Wirtschaftsfaktor geworden ist in diesem Land, dann brauchen wir gar nicht darüber zu diskutieren. Dass der Obstbau ganz wichtig ist in diesem Land, brauchen wir nicht zu diskutieren. Dass wir versuchen müssen, diese zu unterstützen, brauchen wir auch nicht zu diskutieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, nur dass man sich politisch immer herstellt und einer dem anderen die Schuld gibt, glaube ich, ist nicht der richtige Weg, sondern versucht man einmal wirklich gemeinsam zu schauen. Ich habe es in der Vergangenheit ohnehin versucht. Aber, nur ist vieles nicht gelungen. Das muss ich auch gleich ehrlich sagen mit Liegenfeld und Co und Falb-Meixner waren ein paar Dinge, die nicht so gelaufen sind, wie man es sich vorgestellt hätte.

Weil, ich komme auch aus einem Bauernhaus heraus und da wurden die Kleinen nicht immer bevorzugt, sondern, das muss ich jetzt sagen, da haben dann die Großen eigentlich den Vorteil gezogen. Das muss man auch einmal klar gesagt haben. Aber, das Nächste ist das. Wir haben von Arbeitsplätzen gesprochen und dergleichen mehr. Ja, wenn ich höre, jeder 17. Arbeitsplatz ist in der Landwirtschaft und im Weinbau. Das ist korrekt. Nur, was sind das für Arbeitsplätze, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Schaut Euch das aber einmal genau an. Jeder 17. Arbeitsplatz kommt von der Landwirtschaft oder vom Weinbau. Nur, fahrt einmal vorbei an den Weingärten, fahrt vorbei an den Feldern, was dort für Autos mit welchen Nummerntafeln stehen.

Vielleicht könnten wir uns darüber auch einmal Gedanken machen, liebe ÖVP, liebe SPÖ, liebe Freunde überhaupt im Burgenland. Was könnte man da eigentlich machen? Vielleicht hat man da einmal eine Überlegung angestellt. Oder, dass man sich sagt, kann nicht vielleicht unser AMS die einen oder anderen Leute dort hinbringen, dass sie den Weingarten schneiden, dass sie vielleicht das andere machen können. Ist das nicht möglich?

Auch das sind Dinge, die man hier andenken sollten. Ich habe ja nichts dagegen, dass die Weinbauern ausländische Arbeitskräfte haben. Aber, ich glaube, die müssen ja auch bezahlt werden. Die müssen ja genauso korrekt bezahlt werden, wie alle anderen, nehme ich an. Ich weiß ja nicht, wer das überprüft. Aber, eines muss einmal klar sein, denn man darf nicht vergessen, dass man wirklich viel in der Landwirtschaft in der Vergangenheit erreicht hat, wo der Tourismus dranhängt, wo viele andere Möglichkeiten an der ganzen Situation dranhängen.

Aber, eines muss man schon offen und ehrlich sagen, nur herzugehen und Polemik zu machen, ist im Landtag für mich zu wenig. Ich komme darauf noch einmal zurück. *(Abg. Ilse Benkö: Der war gut!)* Nein, lieber Herr Kollege Kovacs, wir haben Euch den Herrn Rauter geborgt, denn der wird dann in dieser Sache ein bisschen etwas beibringen. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Eines ist klar, man kann nur davon reden, wovon man selber davon betroffen ist, oder arbeiten. Ich habe einen Weinbauern gehabt, ich war Geschäftsführer in einer Winzergenossenschaft, ich bin selbstständig, das heißt, ich weiß wovon ich rede. Dann brauche ich nicht darüber zu diskutieren und vielleicht von 36 Abgeordneten nur zwei oder drei oder vier nur selbständig sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Nicht lachen und dann sagen, ja keine Polemik. Wir machen da Polemik. Es ist schade, dass man Polemik macht und es nicht wirklich auf den Punkt bringt. Wenn das wirklich so ist, Frau Landesrätin, dann höre ich schon auf. Dass Fehler passiert sind, dann sagen Sie es, dann korrigieren Sie es.

Wenn das aber nicht der Fall ist, dann werden Sie uns jetzt sicher Aufklärung erteilen und dann werden wir schauen, wie es weitergeht. Aber, ich denke, dass der Antrag so weit in Ordnung ist, den ich auch gerne unterstützen kann. Wenn mir jetzt die Frau Landesrätin wirklich etwas anderes vorlegen kann, dann ist es auch gut, dann habe ich kein Problem, dann müssen wir uns wirklich noch einmal zusammensetzen und darüber diskutieren, wie man in Zukunft damit umgeht.

Der Kollege Steier hat es ja richtig gesagt: Was machen wir denn da, wenn im heurigen Jahr etwas Gröberes passiert wäre? Von wo nehmen wir dann das Geld her, denn der Bund zahlt nicht, das Land zahlt nimmer? Das sind so diese Dinge, wo man sich nicht nur auf die Politik, aufs Land und auf den Bund verlassen kann, sondern man muss schon selber ein bisschen Vorsorge treffen.

In diesem Sinne, Frau Landesrätin, freue ich mich auf eine klare Antwort. Wenn das dann so passt, werden wir diesem Antrag selbstverständlich gerne zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Zunächst einmal vielen herzlichen Dank für Ihre Gratulation, denn es ist gerade sozusagen Jahresfeier für den Uhudler.

Ich bin sehr froh und sehr stolz darauf, dass ich mich mit einigen Parteien - außer mit der ÖVP - beim Uhudler hier geeinigt habe, dass der Uhudler jetzt gerettet ist, dass die Menschen hier wieder hier aussetzen, zeigt, da möchte ich Sie gerne informieren, dass 16,5 Hektar mehr heuer nicht nur beantragt waren, sondern, wenn man im Süden fährt, da geht es aufwärts. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da wird nicht gejammert und schlecht geredet, da freuen sich die Menschen, dass sie endlich wieder einmal zusätzlich über das Uhudlerland eine Zukunft sehen. 16,5 Hektar mehr - es wird wieder mehr Uhudler geben, ich freue mich darüber. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es hat sich inzwischen ein Verein gebildet, nämlich, das Uhudlerland. Dazu ist heute ja schon der Kollege Petschnig gefragt worden. Es gibt viele Initiativen, denn Menschen kommen noch mehr als früher zu uns her ins Südburgenland. Eine regionalpolitische Maßnahme, Entwicklungsmaßnahme, die dem Südburgenland hilft. Wir arbeiten und jammern nicht nur!

Diese Woche hat es am Montag eine Sitzung gegeben, wozu der Verein Uhudlerland eingeladen hat, nämlich die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen der Uhudlerland-Gemeinden. Alle waren einverstanden, nächste Woche wird es eine in Jennersdorf geben. Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es waren alle der gleichen Meinung, nämlich „Das ist eine Chance!“

Es war nur einer dort, der schlechte Stimmung gemacht hat, *(Abg. Robert Hergovich: Wer?)* alle waren froh, dass er gegangen ist, *(Abg. Ilse Benkö: Temmel?)* weil er gegen das Uhudlerland war, weil er immer gegen das Südburgenland redet. *(Abg. Robert Hergovich: Wer?)* Sie dürfen raten, Herr Klubobmann, der Herr Temmel hat wieder dagegen gearbeitet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Walter Temmel: das ist die Unwahrheit! – Abg. Edith Sack: Dass Du dich nicht schämst im eigenen Land!)*

Da gibt es ein Protokoll dazu und Sie haben wieder, wie immer, die Doppelbödigkeit des Herrn Temmel. *(Abg. Walter Temmel: Das ist die Unwahrheit!)* Da stellen Sie sich heute da - her mit den Tafeln! *(Abg. Walter Temmel: Lüge will ich sagen, aber das ist die Unwahrheit, was Du da sagst!)*

Liebe Vertreter der ÖVP, Sie waren die Totengräber der kleinen und mittleren Betriebe, Obstbauern, Winzer und Landwirte. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Edith Sack: Genau!)*

Da haben Sie nicht einmal einen Genierer, dass Sie sich nicht auch noch die Tafeln herstellen. Das zeigt wieder, wie es ist. Danke, Sie haben die kleinen und mittleren Landwirte zu Grabe getragen. Leider schon vor Jahrzehnten, weil Sie nichts gegen den Strukturwandel getan haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Groß, größer, noch größer - weichen und wachsen, das ist eigentlich eine gescheite Initiative. Sie haben aber nichts getan und haben hier leider vielen nicht geholfen. Hören Sie sich draußen das einmal an, hören Sie sich das draußen an, was von Ihnen als Landwirtschaftsvertreter gesagt wird: „Die haben uns im Stich gelassen!“

Wir sind froh, dass jetzt eine neue Kraft das für uns tut. Das sind die Antworten draußen. Sie hören sie ja, aber natürlich stellen Sie sich lieber die Tafeln her. Aber, damit haben Sie sich wieder geoutet.

Ich kann Ihnen dazu nur gratulieren, denn jetzt sieht man, was Sie getan haben, nämlich, auf die Kleinen und Mittleren sicher nicht geschaut. *(Abg. Gerhard Steier: Kommen wir doch jetzt zur Sache!)*

Zum Zweiten: Ich komme zur Sache, meine Damen und Herren. Vielen herzlichen Dank für die Anträge, den Antrag, der letztendlich hier abzuschließen ist.

Es gibt zwei verschiedene Anträge. Ich bedanke mich bei allen, die hier mitgearbeitet haben. Warum? Ich brauche das nicht zu wiederholen, was hier alle gesagt haben: eine schwierige Zeit, besonders weil wir eben wissen, dass die Produktion unter dem freien Himmel nicht einfacher wird. Dass wir das auch nicht aufhalten können, den Klimawandel und dass sich vieles in der Natur verändert, das haben Sie alle gesagt und Sie haben alle miteinander recht. Nur, was tun wir? Was ist der nächste Schritt?

2016, aber auch die Jahre vorher, haben schon gezeigt, wie schwierig es ist. 2016 war natürlich besonders im Weinbau und bei der Obstproduktion ein schwieriges Jahr.

Ich bin sehr froh, dass ich eine der Ersten war, die damals eine Sonderagrarreferententagung gefordert hat. Ich bin sehr froh, dass wir uns zwar nach Monaten geeinigt haben, und alle Bundesländer mit dem Ministerium, mit dem Bundeskanzleramt, hier auf eine Einigung gekommen sind.

100 Millionen Euro ist ein Riesenpaket. Vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, dass hier der Steuerzahler und die Steuerzahlerin, jeder Einzelne und jede Einzelne, das mitbezahlt.

100 Millionen Euro für alle Bundesländer, 50 Millionen Euro vom Bund und 50 Millionen Euro von den Ländern musste hier natürlich auf den Tisch gelegt werden. Ich denke, dass das der absolut richtige Schritt war. Das ist heute von Ihnen auch schon gesagt worden, dass es wichtig ist, dass man hier Menschen hilft, den kleineren, mittleren oder größeren Obst- oder Weinproduzenten, weil es hier um eine Existenzgefährdung geht und weil wir alle miteinander eines nicht haben wollen, nämlich, dass noch mehr Landwirt, dass noch mehr Obst- oder Winzerproduzenten im kleineren Bereich aufhören.

Da ist es darum gegangen, zu schauen, dass die ihre Existenz beibehalten können und daher stehe ich auch dazu, dass jeder einzelne Euro gut verwendet wurde. Nur - das sollte natürlich auch allen klar sein - da gibt es Richtlinien, da gibt es Rahmenbedingungen, da gibt es gesetzliche Auflagen, wie der Steuerzahler sicher sein kann, dass jeder Euro von diesen 100 Millionen Euro - und im Land Burgenland sechs Millionen Euro aus burgenländischer Hand und sechs Millionen Euro vom Bund kommen, alles Steuermittel - dass natürlich das gerecht und fair verteilt wird, nämlich an jene, die in ihrer Existenz gefährdet sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt könnte man sagen, gut gelöst, zwölf Millionen Euro sind viel Geld und in diesem Bereich ist jeder Euro wichtig. Ja, was tut die ÖVP? Da muss ich schon klar sagen - meinen Ruf lasse ich mir von Ihnen sicher nicht beschädigen.

Es ist zwar heute nicht das letzte Mal gewesen, da bin ich mir sicher, weil Sie seit 1,5 Jahren nichts anderes tun können. Sie sind nicht mehr dort, wo Sie gerne wären - auf der Regierungsbank und für Landwirtschaft zuständig - aber, Gott sei Dank, sind Sie es nicht mehr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin froh, mit der Kraft der FPÖ und vielen anderen - ich bedanke mich auch bei allen anderen Parteien, die immer wieder diese Beschlüsse mittragen. Vielen herzlichen Dank dafür, denn jetzt geht wenigstens etwas vorwärts.

Sie gehen her und schreiben in Ihren Zeitungen und schalten Inserate, bezahlt natürlich durch die ÖVP, und schreiben: „Das ist ein Wahnsinn, die Verena Dunst hat falsch ausbezahlt!“

Hetzen alle Landwirte, hetzen die Obstproduzentinnen und -produzenten, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Die haben das selber gesagt.)* aber genau die Winzer und Winzerinnen gegeneinander auf und sagen: „Die ist ein Wahnsinn, die hat euch zu wenig ausbezahlt!“ *(Abg. Walter Temmel: Na, eh! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Stimmt es oder stimmt es nicht! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Stimmt es oder nicht! Ein Satz!)*

Sie können ja nichts anderes, als schlecht reden! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warst Du nicht deswegen gestern im Ministerium?)* Wissen Sie, was Sie nur immer wieder schlechtmachen, es ist Ihr Ministerium. Hätten Sie sich erkundigt.

Meine Damen und Herren! Hier sind die Richtlinien, da kann nicht einer so tun und der andere so. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Angewendet! Anders sind sie angewendet worden.)* Meine Damen und Herren, möchten Sie von mir eine Antwort haben, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie wissen, dass es falsch berechnet wurde.)* dann werden Sie leider zuhören müssen, auch wenn Ihnen das weht tut, das weiß ich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir waren schon sieben Minuten geduldig. - Abg. Mag. Michaela Resetar: Ein Satz genügt!)*

In dieser Sonderrichtlinie, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wäre vielleicht nicht schlecht, sie zu lesen.)* von allen Bundesländern mit unseren Vertretern des Burgenlandes verhandelt, steht hier ganz genau, wie umzugehen ist.

Ich hoffe, Sie haben sich das schon besorgt und haben sich das auch gescheit angeschaut. Unter dem Punkt 7.9. steht das ganz klar. Ich meine, ich kann das gerne jederzeit aushändigen, es ist aber im Internet!

Ich hoffe, Sie bereiten sich vor, bevor Sie wieder nur eines tun, nämlich, auf die Verena Dunst hinhauen, denn die darf ja keinen Erfolg haben.

Da geht es nicht um meinen Erfolg, da geht es um die Menschen. Vielleicht haben Sie das auch schon verstanden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Da steht ganz klar in der Richtlinie, dass hier die Versicherungen miteinzubeziehen sind. Aber, lassen Sie mich weiterreden: Sie suggerieren über Einschaltungen und über viele ihrer Verteilaktionen, dass die Gelder ein Jahr zu spät ausbezahlt wurden. Das war das nächste Tolle! Auch hier bin ich sehr froh, dass ich endlich einmal aufklären kann. *(Frau Landesrätin Verena Dunst hält eine Grafik in Händen.)*

Ich darf Ihnen diese Zeitleiste gerne auch zukommen lassen: In dieser Zeitleiste ist klar, dass wir vor dem 15. März keinen Euro hätten auszahlen können. Was schreien Sie durch die Gegend? Ein Jahr haben die Menschen warten müssen, das geht gar nicht anders, Sie wissen es aber ohnehin! *(Abg. Walter Temmel: In anderen Bundesländern geht es!)*

Aber, ich möchte die Gelegenheit nützen, um den Menschen, denen Sie ständig andere Informationen auftischen, die sie belügen, wie beim Jagdgesetz. Übrigens, Herr Klubobmann und *(Abg. Manfred Kölly: Haben sie es in anderen Bundesländern früher ausbezahlt?)* allen anderen: Ihnen darf ich das sagen und Herrn Kölly seiner Fraktion - Niederösterreich folgt jetzt unserem Jagdgesetz *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was hat das jetzt damit zu tun?)* und haben das vor ein paar Tagen beschlossen - auch wieder einmal so typisch, aber da haben Sie auch ein Jahr alles schlechtgeredet, haben alle

gegeneinander aufgehetzt genauso wie hier. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir reden jetzt hier vom fehlenden Geld und nicht vom Jagdgesetz.)*

Wenn es genauso wie hier ist, dann möchte ich das gerne erklären: Wir haben Ende April voriges Jahr die Frostnacht gehabt. *(Abg. Doris Prohaska: Was soll das jetzt? Wenn wir Vorreiter sind, sind wir die „Blöden". Wenn wir aber nicht die Vorreiter sind, sind wir auch die „Blöden"!)* Am 4.5. hat bereits die Task-Force-Gruppe getagt. Von Mai bis September haben verschiedene Gruppen, zwei Gruppen konkret, eine für Obst und eine für Wein, von Mai bis September diese Task-Force-Gruppe getagt.

Am 15.9. wurde dann der Beschluss gefasst, dass diese Richtlinie, die ich Ihnen vorher gezeigt habe, in Kraft tritt. Dann am 15.12.2016 wurden die Bundesmittel für Obst angewiesen. Vorher haben wir überhaupt nichts auszahlen können. Sie reden von einem Jahr, wo alles gelegen ist und wo keine Zahlung erfolgte, einfach Unwahrheiten, wie immer.

Ab Dezember 2016 hat dann natürlich, das habe ich noch vergessen, aber ich gebe Ihnen das gerne mit, ich schicke Ihnen das gerne.

Im April waren die Frostnacht und danach der Hagel. Am 15. Dezember des Vorjahres, also vor ein paar Monaten, war die Erntemeldung abzugeben. Ab dann hat die Landwirtschaftskammer überhaupt, und da darf ich mich wirklich bedanken, die hat das großartig gemacht, hat hier alle Vorarbeiten durchgeführt, erst mit der Arbeit beginnen können, nämlich, erst dann, als die Erntemeldung von den Winzerinnen und Winzern vorhanden war.

15. Dezember! Sie schreien hier, dass die Leute ein Jahr arbeiten und dann warten müssen. Am 15. Dezember haben wir von den einzelnen Winzerinnen und Winzern erst die Erntemeldung bekommen. Nehmen Sie das zurück, denn was Sie da tun und was Sie da sagen, das sind einfach Verleumdungen. Die sind wirklich letztklassig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Am 15. Dezember haben wir eine Million Euro für Frostentschädigungen an Obstproduzentinnen und Obstproduzenten ausbezahlt. Die haben also das Geld bekommen. Ab dann, als wir von der Landwirtschaftskammer alles da gehabt haben, haben wir sofort begonnen, hier auszuzahlen.

Da hat es keine Verzögerung gegeben. Aber, eines ist klar: Wir brauchen hier die entsprechenden Unterlagen, und ich sage noch einmal, jeder Steuerzahler hat das Recht, dass er weiß, was mit diesen 100 Millionen Euro passiert ist. Jeder burgenländische Steuerzahler hat das Recht, dass er weiß, mit seinem Steuergeld ist ehrlich, gerecht und vor allem gesetzeskonform umgegangen worden. Daher haben wir natürlich jeden einzelnen Fall geprüft.

Das hätten Sie nicht anders machen können. Das geht ja gar nicht anders! Natürlich hat der eine oder andere noch fehlende Unterlagen gehabt.

Natürlich hat der eine oder andere bei den Obstauszahlungen warten müssen, wenn er seine Unterlagen nicht an die Landwirtschaftskammer gebracht hat. Beim Obst können Sie mir überhaupt nichts vorwerfen - so schnell wie möglich wurde ausbezahlt, wie die Bundesmittel da waren.

Jetzt kommen wir zum Wein: Und es wird ja noch spannender! Wir haben also mit 15. Dezember die Erntemeldung da gehabt, wie viel Ausfall war, wer hat wie viel ernten können, dann ging die Rechnerei, die Vorarbeit der Landwirtschaftskammer erst los.

Dann haben wir natürlich dementsprechend sofort Einzelfälle, die wir bekommen haben, und das ist auch einzigartig in Österreich, dass der Einzelne nicht hat warten müssen, haben wir immer wieder einige zusammenkommen lassen und haben sofort mit der Auszahlung begonnen.

Ich habe also nicht die 849 Fälle zusammengewartet, sondern habe die Abteilung angewiesen, dass sie immer wieder dazwischen die Anweisungen veranlasst. Wir haben also so schnell wie möglich gehandelt, denn am 15. März ist vom Bund das Geld gekommen. Davor hätten wir keinen Euro auszahlen können. 15. März!

Sie reden von einem Jahr, aber vor ein paar Wochen haben wir das Geld bekommen. Wir haben sofort damit begonnen, es auszuzahlen.

Zur Auszahlungsmodalität, wo Sie so unverfroren sind und aufhetzen und glauben, dass wir nur einen einzigen Fall schlechter behandelt hätten, als demjenigen Winzer oder der Winzerin zusteht. *(Abg. Walter Temmel: Ich melde mich gleich!)* Das ist eine Frechheit, das schaut Ihnen aber wieder nur ähnlich, so wie Sie in den letzten Jahrzehnten gearbeitet haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist eine Frechheit. Das schaut Ihnen aber wieder nur ähnlich. So wie Sie in den letzten Jahrzehnten gearbeitet haben. Immer gegen die Winzerinnen und Winzer. Jetzt darf ich Ihnen klar etwas sagen.

Erstens gibt es diese Sonderrichtlinie, an die wir uns zu halten haben. Da steht ganz klar, dass man die Versicherungen herausnehmen muss. Ich sage Ihnen etwas, Sie bringen die Winzer und Winzerinnen in eine Situation, die sie überhaupt nicht haben wollen. Sie stellen die daher, das sind die großen Förderempfänger und die wollen immer Geld, Geld, Geld haben.

Das stimmt ja nicht. Die brauchen ja das auch nicht. Hören Sie endlich auf, die Winzerinnen und Winzer immer so hinzustellen, als wenn sie immer nur Steuermittel haben wollten. Sie bekommen das, was ihnen zusteht. Das haben sie auch gekriegt. Jetzt möchte ich Ihnen das an einem Beispiel sagen. *(Abg. Markus Ulram: Das ist ein Klassenkampf, so wie Sie das vorher gesagt haben!)*

Was ist mit Ihnen los? Ich habe immer geglaubt, Sie wollen eine Erklärung von mir. Dann hören Sie mir zu! Sie reden wieder von ganz etwas anderem. Von ganz etwas anderem. *(Abg. Markus Ulram: Ein SPÖ-Klassenkampf! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich sage Ihnen einen Fall. Ich sage Ihnen einen Fall. Vier Hektar, stellt sich eine Dame hin und macht große Pressekonferenz, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Rechenmaschine ist eh hinten!)* vier Hektar.

Vier Hektar, wovon man pro Hektar 3.600 oder 3.900 Euro bekommt. Je nachdem wie viel man erntet und wie viel man an Ertrag haben kann. Dann bekommt die Dame oder der Herr, ist egal, von der Hagelversicherung ist von der Hagelversicherung Geld. Dann der Winzer oder die Winzerin noch Geld natürlich aus dieser Sonderrichtlinie.

Ich hätte jetzt hergehen sollen, nachdem was Sie gesagt haben und hätte gesagt, macht nichts, wenn man eh von der Hagelversicherung oder für Frost etwas bekommt, dann bringen wir das nicht in Abzug, sondern zahlen das doppelt und dreifach aus. Das will niemand und das geht auch nicht, nach der Sonderrichtlinie. Zuletzt, meine Damen und Herren, es ist überhaupt nichts, und ich sage es noch einmal, falsch berechnet worden. Es gibt keinen einzigen Fall, der falsch berechnet ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na passt!)*

Es gibt überhaupt nichts, was verspätet ausbezahlt worden ist. Ich darf Ihnen aber noch etwas zur Verlesung bringen. Das zuständige Ministerium vom Herrn Minister Rupprechter, ich wollte das schriftlich haben, dass Sie endlich einmal aufhören, dass Sie die Menschen gegeneinander hetzen, weil Sie irgendetwas behaupten, das falsch ist.

Weder waren wir zu spät in der Auszahlung noch ist ein einziger Fall falsch berechnet. Das steht hier ganz genau. Wir sind extra gestern noch einmal ins Ministerium gefahren, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gefahren ist gut!)* haben Gespräche geführt - ich habe ja auch gewusst, Gott sei Dank, sind Sie gut informiert worden, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Beim Rapport waren Sie!)* weil das hätten Sie ja heute gerne dringlich gemacht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Beim Rapport waren Sie!)* Aber Gott sei Dank, hat man Ihnen vom Ministerium gesagt, blamiert Euch nicht, macht keine Dringliche, weil die Verena Dunst hat alles richtig gemacht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Gut, dass Sie es gehört haben. Steht ganz klar drinnen: Ich kann Ihnen auf Basis der in der Besprechung am 15.7. von Ihnen mitgeteilten Informationen über die im Burgenland gewählte Vorgangsweise bezüglich der Berücksichtigung später aufgetretener Hagelschäden auf frostgeschädigten Weinkulturen der Intention der Sonderrichtlinie eine existenzsichernde Unterstützung für frostgeschädigte Weinkulturen zu gewähren, entspricht, und damit rechtskonform ausgelegt und angewandt wurde.

Das ist die Frau MMag. Gerti Lindbaum. Sektionschef Lindner. Rechtskonform angewandt und ausgelegt! *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was ist das für eine Aussage? – Abg. Robert Hergovich: Dass alles passt!)* Vielen herzlichen Dank. Persilschein von Ihrem Ministerium. Hören Sie endlich einmal auf, irgendetwas zu behaupten. Persilschein! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber gerne lasse ich Ihnen das alles zukommen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der wird jetzt auch noch poliert werden!)* Ich hoffe, dass einer von Ihnen dann wenigstens so viele Manieren hat, dass er sich herausstellt und dass er sich entschuldigt, weil seit Monaten wieder eine Kampagne gegen mich läuft.

Wie beim Uhudler, wie bei der Jagd. Bei allem anderen was ich gemacht habe. Da stellen Sie sich hin und wollen nur den Ruf schädigen. Weiter bringen Sie nichts. Das Ende vieler landwirtschaftlicher Betriebe… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie sitzen in der Regierung und werfen uns vor, dass wir Ihre Arbeit nicht machen? – Allgemeine Unruhe)*

Stellen Sie sich raus und entschuldigen Sie sich, wenn Sie Manieren haben und einen Charakter! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Ich möchte Ihnen nur noch folgendes sagen, ich habe nicht nur auf Ihre Winzerinnen und Winzer geschaut. Genauso auf die Obstproduzenten. Ich habe alleine in diesen eineinhalb Jahren geschaut, was Sie liegen gelassen haben. Heute können wir mit Drohneneinsatz Stare bekämpfen. Jahrelang gefordert, ich habe es umgesetzt innerhalb von Monaten. *(Abg. Walter Temmel: Wir haben es ja vorgeschlagen!)*

Ich habe geschaut, dass die kleinen Winzerinnen und Winzer genauso wie die Obstproduzenten sich Hagelnetze anschaffen können. Aber nicht beginnend ab 10.000 und 15.000 Einstiegshürden, was für den Kleinen nicht geht. Umgesetzt, mit dem Ministerium verhandelt. Das sind Tatsachen. Oder es hat keiner zu Wege gebracht, was ich dank Ihnen zu Wege gebracht habe, wir haben jetzt eine umfassende Versicherung geschafft.

Weil wir zu unseren Winzern und Winzerinnen, zur Landwirtschaft und zum Obstproduzenten stehen. Wir haben nicht nur jetzt gegen Hagel versichert, was

Jahrzehnte war, wir haben jetzt gegen Frost versichert, gegen Dürre. Aber vor allem auch wenn es zu nass ist. Das heißt, jetzt kann sich die Landwirtschaft auf uns verlassen. Es waren 2,4 Millionen Euro, jetzt zahlen wir 3,7 Millionen Euro. Das sind Tatsachen, das sind Maßnahmen, die ich getroffen habe, die Sie jahrzehntelang versäumt haben!

Deswegen haben Sie ja auch das Totenschild auf Ihrem Tisch stehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Zuletzt noch einmal herzlichen Dank für Ihren Antrag. Das ist viel zu wenig, wenn ein einzelnes Bundesland, weil Sie da auch wieder versucht haben, mich durch den Kakao zu ziehen - ja, die Steirer tun schon etwas - wir haben schon längere Zeit, und nicht nur erst jetzt, sondern seit dem Vorjahr, seit das alles passiert ist, ständig Gespräche mit der Vertretung der Obstproduzenten, mit dem Präsident Plemenschits.

Es hat bereits Gespräche gegeben, wie kann man beispielsweise hier die Bewässerungssysteme forcieren. Wie kann man EU-weit, und das muss dorthin gehen, EU-weit kann man zum Beispiel eine Richtlinie zimmern, dass diese Bewässerung bei Obst auch gefördert wird, weil diese sehr viel Geld kostet und die Kleinen sich das wieder nicht leisten können.

Es gibt schon lange Gespräche. Ich habe schon Gespräche geführt, was die Hagelabwehr mit Flugzeugen anbelangt. Es wird Gespräche und hat Gespräche gegeben, in vielen anderen Bereichen. Guten Morgen! Vielleicht werden Sie einmal munter, bis dahin habe ich das alles längst umgesetzt. Ich bin neugierig, ob Sie jetzt herauskommen und sich entschuldigen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, Sie sind schnell, aber eine Sekunde *(Abg. Manfred Kölly: Ich komme noch inzwischen!)*

Herr Abgeordneter Temmel hat sich laut § 65 Abs. 1 GeOLT zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass eine tatsächliche Berichtigung *(Abg. Manfred Kölly: Der entschuldigt sich jetzt!)* mit der Wiedergabe der zu berichtigenden Behauptung zu beginnen hat und hat dieser Behauptung den berichtigten Sachverhalt gegenüberzustellen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sie haben behauptet, dass alle Bürgermeister bei dieser Versammlung in Heiligenbrunn eingeladen waren. Es waren sieben Bürgermeister von 28 anwesend, als ich dort war, glaube ich, zumindest hat es so geheißen. Sieben waren anwesend. Ich musste leider vorher gehen. Die Sitzung hat um zirka 35 Minuten…

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, was war falsch, was die Frau Landesrätin unrichtig gesagt hat?

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP) *(fortsetzend)*: Die Frau Landesrätin hat behauptet, alle Bürgermeister waren dort fürs Uhudlerland. Ich hatte eine negative Stimmung dort gebracht und alle waren froh, alle waren froh, dass ich weggegangen bin. Das stimmt nicht. Ich habe einen der Anwesenden gefragt. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Ein weiterer Fall - Sie haben hier behauptet, Sie haben hier behauptet, dass kein einziger Fall falsch ausgezahlt wurde. Hat jeder das bekommen aufgrund der Sonderrichtlinie? Können Sie das garantieren, dass keiner… *(Abg. Ewald Schnecker: Der kennt sich gar nicht aus!)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, noch einmal. Tatsächliche Berichtigung. Sie können eine Wortmeldung machen, da können Sie alles sagen. Aber eine tatsächliche Berichtigung bezieht sich auf die Berichtigung.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP) *(fortsetzend)*: Richtig.

Präsident Christian Illedits: Sie haben berichtigt, dass nicht alle froh waren, dass Sie gegangen sind und dass mehrere Bürgermeister dort waren.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP) *(fortsetzend)*: Alles andere habe ich vorher gesagt.

Präsident Christian Illedits: Danke. *(Beifall bei der ÖVP)* Gut, noch einmal die Frau Landesrätin Dunst von der Regierungsbank. Bitte.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Um es klarzustellen. Sie haben vorher nicht zugehört, wie immer. Ich habe ganz klar gesagt, die Bürgermeister der Uhudlergemeinden waren eingeladen, das sind neun und können nicht 28 sein.

Die sind nicht alle dabei beim Uhudlerland. Das sollten Sie eigentlich wissen. Zweitens. Fragen Sie den Herrn Kollegen Hoanzl, Kertelics und so weiter, ob man danach, als Sie weggegangen waren, nicht einen Konsens gefunden hat. Noch einmal, es geht darum, dass im Uhudlerland etwas weitergeht, dass Menschen dahin kommen, dass Geschäfte aufmachen.

Buschenschankrichtlinie, wo man 40 Prozent Förderung bekommt, und so weiter. Da muss etwas weitergehen. Tun und nicht krankreden! Man hat sich dort, als Sie weg waren, von neun waren sieben da, hat man sich geeinigt darauf, Uhudlerland ist eine große Initiative und zum Zweiten - ich stelle fest, Sie haben hier leider keine Chance genutzt, um sich zu entschuldigen. Aber ich habe damit gerechnet. Sie haben mich nicht enttäuscht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Sagartz das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Man kann das ganz unaufgeregt zusammenfassen. Wenn Ihre Berechnungsmethode richtig war, beziehungsweise haben Sie ja vorgelesen, dass sie anerkannt wurde, heißt das noch lange nicht, dass richtig berechnet wurde. Man wird das sehr schnell herausfinden, denn es wird… *(Abg. Edith Sack: Das hat Sie ja vorgezeigt …!)*

Ich kann Euch ganz ehrlich sagen, Ihr werdet Euch dementsprechend, genauso wie wir alle, daran erinnern können, abgerechnet ist dann etwas, wenn entweder kein Geld überbleibt, das sind nicht unsere Mittel, das wissen Sie, Frau Landesrätin, Sie werden ja dann hoffentlich im nächsten Rechnungsabschluss klarlegen, wo die Gelder hingegangen sind. Damit ist dann sichergestellt, dass sozusagen richtig abgerechnet wurde. Oder wenn Leute Nachzahlungen bekommen, ist das auch gewährleistet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz unaufgeregt, ich garantiere Ihnen, die ÖVP-Burgenland wird dann, wenn die 40 betroffenen Winzer, die ja das schon am Leibe verspürt haben und betroffen sind von Ihrer Berechnung, entweder etwas zurückbekommen oder etwas dazu bekommen oder sie das Geld zurück nach Wien schicken.

Egal wie. Egal wie. Es wird belegbar sein. Es wird alles, was hier gesagt wurde, auf den Prüfstand sein. Dann können Sie sagen, wer die Unwahrheit sagt. Und dann können Sie sich eine Entschuldigung erwarten. Oder ich erwarte mir Ihre Konsequenzen. *(Abg. Walter Temmel: Genau! – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: So jetzt gibt es keine Wortmeldungen mehr, daher kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Temmel eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Abstimmung. Ich bitte um Ruhe. Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Frostschadenprävention ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

11. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 405) betreffend Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Umfahrung Schützen (B 50) (Zahl 21 - 277) (Beilage 939)

Präsident Christian Illedits: Der 11. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 405) betreffend Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Umfahrung Schützen (B 50), Zahl 21 - 277, Beilage 939.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt. Ich bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Umfahrung Schützen (B 50), in ihrer 10., 12. und abschließend in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Mai 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle seinen Bericht, wonach der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Umfahrung Schützen (B 50) abgelehnt wird, zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Berichterstatterin. Das erste Wort erteile ich dem Abgeordneten Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Wählt der Bauer ÖVP, dann gibt es keinen Frost und keinen Hagel mehr oder keinen Schnee mehr. Das ist mir so gerade eingefallen, weil mir ein Nachbar das gerade gesagt hat. *(Allgemeine Heiterkeit - Beifall bei der SPÖ)*

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass man sich auch zu diesem Antrag trotzdem zu Wort melden muss. Ich finde den Antrag ja nicht für so unnötig. Denn eines ist einmal klar, auch hier kann man Politik machen und Politik gehört auch anscheinend zu unserem Rüstzeug und ist auch wichtig. Wenn ich mir diesen selbständigen Antrag „Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Umfahrung Schützen (B 50)“ anschaue, von den Kollegen von den GRÜNEN, warum sollten wir das nicht diskutieren?

Warum wird das abgelehnt? Ich weiß schon, der Rechnungshof berichtet demnächst darüber. Inzwischen, wie hat das so schön geheißen? Man darf eigentlich nicht die Wahrheit sagen, was da gezahlt wurde für Grundablöse und dergleichen mehr. Das ist ja das Nächste! Ich finde sehr interessant, dass wir in einem Land leben, wo die Abgeordneten nicht einmal wissen dürfen, was da draußen passiert.

Einer gegen den anderen wird ausgespielt und wir dürfen halt mitstimmen. Wir dürfen mitstimmen, wenn wir einen Voranschlag haben und nachher dürfen wir uns unterhalten, ob der Uhudler noch gut ist, ob das eh alles passt und dergleichen mehr. Aber im Endeffekt sind auch solche Anträge zu diskutieren. Es ist ja auch ein demokratisches Recht, wenn auch abgelehnt wird, dass man diskutiert.

Eines ist auch einmal klar, wenn ich dann höre, man hat sich geeinigt, Stillschweigen vereinbart und dann höre ich, dass man nur 70 Stundenkilometer fahren darf bei einer Umfahrung. Dann frage ich mich, darf das überhaupt das Land entscheiden? Frage an das Land, darf das Land das entscheiden? Denkt einmal nach. Oder wozu brauchen wir eine große Umfahrung? Dann fahren wir gleich wieder alle durch Schützen durch mit einem 50er vielleicht oder mit 55.

Das sind solche Dinge, die mir sauer aufstoßen. Weil sich da keiner Gedanken macht. Macht Euch wirklich einmal darüber Gedanken in der Landesregierung, ob das wirklich möglich ist, ob das Land entscheiden kann, dass dort ein 70er gemacht wird. Das Nächste ist diese Stillschweigevereinbarung. Ist ja nicht das erste Mal bei solchen Geschichten. Da geht es ja weiter vom Tourismus, vom Herrn Baier, den versuche ich schon ständig zu erreichen, was ist mit dem? Ist dort Stillschweigen vereinbart?

Was hat er für eine Abfertigung bekommen? Was hat er für Möglichkeiten in Zukunft, irgendwo beruflich Fuß zu fassen? Oder KRAGES, werden wir auch bald Stillschweigen haben, weil er hat jetzt das Arbeitsgericht eingeschaltet. Aber ich denke, da werden wir lange warten müssen. Inzwischen wird es auch ein Stillschweigen geben und das hat sich die Bevölkerung nicht verdient. Im Gegenteil, die Bevölkerung soll wissen, warum er abgelöst wurde. Warum dort das so passiert ist und was schlussendlich mit Steuergeldern passiert ist. Das ist das Gleiche bei der Umfahrung Schützen.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist man halt lustigerweise ja übergangen, umgangen, egal wie man es sieht. Da frage ich mich, wo ist der Umweltanwalt gewesen zu diesem Zeitpunkt? Ich weiß schon, wo er ist, der ist noch immer im Land tätig. Der sitzt noch immer im nördlichen Bezirk und kontrolliert den Schotter und tut Schotterwerfen oder was macht er dort oben? Was bekommt er dort eigentlich bezahlt? Das wäre meine nächste Frage. Wir haben zwei Umweltanwälte im Land angestellt. Da frage ich mich, wer bezahlt denn diese Herrschaften? Wisst Ihr im Landtag, was der überhaupt macht?

Das sind die Dinge. Der Herr Umweltanwalt hat in seiner Pension noch einen gutdotierten Job bekommen. Da hätte ich auch gerne gewusst und das hätte ich gerne gewusst von der Landesregierung, was der auf das „Pratzerl“ bekommt, weil er das macht. Da frage ich mich, wo war er damals bei Schützen am Gebirge? Haben wir das so stillschweigend hingenommen? Oder gibt es Berichte dazu? Wir wissen schon, dass es etwas gibt, aber nur das hat man umschifft. Vielleicht mit seiner Idee sogar und das ärgert mich.

Wenn ich heute den Herrn Landeshauptmann höre, effizient, rasch, schnell alles umsetzen bei den baulichen Maßnahmen. Ein Beispiel nur, gestern hätten wir Bauverhandlung gehabt. Billa Erweiterung. Schreibt zwei Tage vorher der Umweltanwalt, geht nicht, weil wir brauchen erst die Raumplanung dazu. Das fällt ihnen zwei Tage vor der Verhandlung ein, meine sehr geehrten Damen und Herren? Solche Beispiele kann ich dem Herrn Landeshauptmann genug erzählen.

Da sollten wir uns einmal Gedanken machen, was eigentlich los ist. Genauso ist das in vielen Gemeinden. Nur traut sich niemand aufmucken, weil um Gottes Willen nur nicht anstreifen mit solchen Dingen. Ich kann Ihnen nur eines sagen, ich lasse mir das nicht gefallen, weil das kann es nicht geben, dass man viermal im Jahr nur Beiratssitzungen hat und dann Wochen oder Monate warten muss, bis die zum Bauen beginnen können. Das heißt, man bremst alles ein, nicht beschleunigt die ganze Situation.

In Schützen die Umfahrung, die wird uns noch eine Weile begleiten, glaubt mir das. Abgesehen was sie gekostet hat und welche Tricks man dort anwendet mit Güterwege, mit Wasserbau, mit allen Gemeinden und allem Drum und Dran. Aber Euch macht das ja nichts aus, ist ja nicht euer Geld. Ich will Euch das nur erzählen. Natürlich ist es unser Geld, unser allgemeines Geld, und daher glaube ich, wenn jetzt der Antrag kommt, sollte man darüber diskutieren.

Man diskutiert ja eh, aber er wurde abgelehnt. Berechtigt vielleicht auf der einen Seite, weil der Rechnungshof sowieso prüft. Aber auf der anderen Seite dort Kriterien aufzustellen, dass man nur einen 70er fahren darf, das ist ja so wie bei Müllendorf. Ich muss das auch wieder einmal hochziehen. Was ist in Müllendorf geschehen inzwischen? Nichts ist geschehen, aber groß habt Ihr alle geredet bei unserem Antrag, wie wir gesagt haben, das sollen wir machen, hat es geheißen, die Liste Burgenland war dagegen. Weil wir gesagt haben, endlich einmal Maßnahmen zu ergreifen so schnell wie möglich.

Na, Ihr habt gesagt, in der Nacht darf man nur einen 80er fahren oder was weiß ich in dieser Richtung. Null ist dort geschehen. Da frage ich mich, ob die Bürger nicht das Recht haben, auch solche Dinge, die wir beschließen, noch einmal zu hinterfragen und das ist das Gleiche bei der Umfahrung. Daher bin ich den GRÜNEN recht dankbar, dass man das diskutieren kann. Ich bin auch froh, das wird in anderen Bereichen auch noch kommen. Da wird es ja noch einige Dinge geben, wo wir uns wirklich einmal auseinandersetzen mit solchen Dingen.

Über das Geld reden wir dann beim Rechenabschluss oder wenn der Rechnungshofbericht draußen ist. Ich glaube, dass es trotzdem ein guter Antrag gewesen ist, aber leider wurde der mit dem Rechnungshofbericht auch demensprechend abgesegnet. Danke. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Wie ich gerade erfahren habe, haben die Regierungsparteien ihre Wortspenden schon zurückgezogen. Wundert mich nicht ganz, weil die ganze Geschichte eigentlich ziemlich blamabel ist, wie dieser Bau dieser Straße zustande gekommen ist. Es ist auch eigentlich nicht von ungefähr, kommt nicht von ungefähr, dass Österreich im EU-Vergleich die wenigsten UVP-Verfahren hat und zwar über die letzten Jahre bis Jahrzehnte gerechnet.

Das ist bezeichnend und traurig, muss man sagen und zwar nicht die wenigsten pro Land, sondern umgerechnet sogar auf die Einwohneranzahl. Die Umfahrung Schützen ist ein besonderes Gustostückerl, muss man sagen, leider im Negativen. Ursprünglich geplant als Schnellstraße, da wäre eine UVP sowieso unbedingt notwendig gewesen, wurde dann zurückgezogen, weil schon damals wollte man ja keine Rechte, keine Mitsprache den Anrainern und Anrainerinnen geben. Das ging dann auch noch weiter als das Ganze, ähnlich wie die Rückplanung der S31-Verlängerung, auch hier auf eine Bundesstraße zurückgezogen wurde und die ASFiNAG komplett ausgestiegen ist aus dem Ganzen, nicht ganz unfreiwillig wahrscheinlich.

Bezeichnend, dass bereits der Spatenstich für diese Umfahrung rechtswidrig war, weil er damals noch auf fremdem Grund durchgeführt wurde. Gebaut wurde auch, obwohl es Volksbefragungen in den Gemeinden, die davon betroffen sind, gab. Es haben sich bis auf Schützen alle dagegen ausgesprochen. Damals ging es allerdings. Schützen hat sich dafür ausgesprochen, um eine kleinräumige Südumfahrung.

Davon war damals in erster Linie die Rede, nicht von dem, was wir jetzt bekommen haben. Auch wenn es jetzt eine Einigung gibt, nachdem zuerst der Wasserrechtsbescheid aufgehoben worden ist und dann eben auch die Enteignungen und man eigentlich sagen kann, dieser Straßenabschnitt, diese Umfahrung ist das Musterbeispiel, wie man das nicht macht. Wenn ich mich zurückerinnere an die letzte Landtagssitzung, wo es darum ging, einen Antrag von den Regierungsparteien umzusetzen, wo es um eine Beschleunigung der Verfahren geht. Genau das ist der falsche Weg.

Das wissen wir auch inzwischen anhand von anderen Beispielen. Wir hätten sonst im Südburgenland eine Müllverbrennungsanlage stehen. Ich glaube nicht, dass heute noch irgendjemand meint, dass das ein Versäumnis war. Wir hätten eventuell sogar eine Brücke über den Neusiedler See. Man muss damit rechnen, dass, wenn man große Verfahren in die Wege leitet, dass das eine Zeit lang dauert und dass Anrainerinnenrechte und Anrainerrechte gewahrt werden müssen.

Darauf schaut inzwischen Gott sei Dank auch die EU. In Sonntagsreden werden die Mitspracherechte natürlich immer groß herausgestrichen, wie wichtig das ist und die Oppositionsarbeit, wenn es dann darum geht, schaut ganz anders aus. Ich will und muss aber diese Straße und auch viele andere Bauvorhaben einmal mehr zum Anlass nehmen. Wir haben es heute kurz gestreift, schon bei den Frostschäden auf den Klimawandel hinzuweisen. Denn natürlich sind diese ganzen Baumaßnahmen, die wir, nicht wir, sondern Ihr geplant habt, ganz massive Treibhausgasemittenten.

Das heißt, mit jeder Straße, die wir mehr bauen, verursachen wir mehr Treibhausgase. Angedacht ist die Verlängerung der A3. Angedacht oder schon mehr ist der Bau der S7. Die Frage ist, ich sehe im Land ehrlich gesagt keine Maßnahmen, wie wir nicht nur das Mehr, das wir hier an Treibhausgasen verursachen, durch den Bau dieser Straßen wieder hereinbekommen, sondern wir haben uns verpflichtet in Paris, genau das Gegenteil zu tun, nämlich das zurückzunehmen. Ihr seid für den Ausbau der 3. Piste in Schwechat, auch das ein massives Treibhausgasplus, wo sind die Minusvorhaben?

Wo sind die Vorhaben, wo die Treibhausgase retour genommen werden, wo Maßnahmen geplant werden, wo man Treibhausgase reduziert? Kann ich nicht oder kaum erkennen. Dazu kommt noch, dass viele Gemeinden durch Straßenbauten zwar entlastet werden, aber man das Problem verschiebt und anderen mehr Belastung zugedeihen lässt. Ich will hier als Beispiel Wulkaprodersdorf hernehmen. Die sind jetzt schon massiv belastet. Ich habe mir die Zahlen der Verkehrsbelastung auf der S31 Wulkaprodersdorf rausgesucht. 22.000 PKW pro Tag, das war im Jahr 2015, drei Prozent mehr wie 2014.

Jetzt ist dann noch die Verlängerung der A3 geplant, auch davon wird Wulkaprodersdorf einiges abbekommen. Abgesehen von der Lärmbelastung kommt noch der Feinstaub, kommen die Stickoxide dazu. Schlechte Luftqualität verursacht in der EU, das sind Zahlen von der EU, geschätzte 630 Millionen, ah Milliarden an Gesundheitskosten. Millionen wären schön. Wir haben heute schon über die Gesundheit gesprochen, ein wichtiges Gut, da ist es nicht so wichtig. *(Abg. Robert Hergovich: Wie sieht die Lösung aus?)*

Die EU sagt auch, dass die Kommission sagt, dass bei 20 Prozent Mitteleinsatz 75 Prozent an Gewinn durch Investitionen in Luftreinhaltung erzielt werden könnte. „Vorrang der Gesundheit“ wie es der Verkehrsklub betitelt. Laut einer aktuellen Studie eines internationalen Forschungsteams, ganz aktuell herausgekommen, sterben jährlich fast 30.000 Menschen EU-weit an den Folgen konkret der Dieselabgase. Österreich und damit auch das Burgenland sind davon besonders betroffen, weil wir den Diesel ja auch noch fördern. Inzwischen ist sogar im Automobilsektor eine Umkehr zu erkennen.

Die Firma Volvo hat erst gestern oder vorgestern bekannt gegeben, dass sie in die Modellreihe der Dieselautos keine Investitionen mehr stecken, keine Forschung mehr betreiben. Das heißt, der Diesel ist langfristig am absteigenden Ast. Ein kurzer Blick auf die andere Seite Österreichs, nach Vorarlberg. Der dortige Landesrat Johannes Rauch, GRÜN-Landesrat, zuständig für Mobilität, hat die Zahlen des Rheintals auf seinen Schreibtisch bekommen. Dort hat man bei den Bussen einen Viertelstundentakt eingeführt, von so etwas können wir im Burgenland wohl nur träumen.

Das Ergebnis ist, die Fahrgastzahlen haben sich verdoppelt und zwar innerhalb von wenigen Monaten. Man sieht, Angebot schafft Nachfrage. Leider gilt das auch für Straßen. Im Burgenland haben wir das noch immer nicht begriffen. Je mehr Straßen wir bauen, desto mehr Autoverkehr werden wir ernten. Ich glaube, nein ich wollte mir schon ausborgen so ein Hefterl, die stehen immer in der Fußgängerzone. „Erwachet“, das war mir dann doch etwas zu religiös.

Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass der Klimawandel angekommen ist. *(Abg. Manfred Kölly: Gott sei Dank!)* Wir haben das heute bei der Landwirtschaft, wo man es am meisten sieht. Wir sind mitten im Klimawandel und wir müssen ganz massiv schauen, dass wir zumindest die Schäden begrenzen. Ich weiß, ich sage das bald schon in jeder Landtagssitzung, aber es geschieht einfach zu wenig und wir müssen hier auch gegenüber den nachkommenden Generationen Verantwortung übernehmen und hier massiv investieren. Es ist auch möglich zu investieren und in diesen Technologien Wirtschaft zu schaffen, die Treibhausgase einzudämmen, zu reduzieren oder überhaupt unnötig zu machen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es war im Ausschuss schon klar, dass der Antrag abgelehnt wird. Dennoch ist es in Zukunft wichtig, Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen, Anrainer- und Anrainerinnenrechte zu wahren und Verfahren, die lange dauern, auch lange dauern zu lassen, weil manchmal dann doch noch eine Änderung herbeigeführt werden kann oder

Projekte, wie die Müllverbrennung, komplett zurückgezogen werden. Alleine das ist es wert. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Wir reden über das Thema UVP Schützen, dass, so meine ich, von der Antragstellung her abzulehnen ist, mehr als korrekt, weil es schlussendlich jetzt eine Einigung gibt, die im Endeffekt eine klare Position nachträglich ausweist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich dem Thema Umfahrung Schützen auf einem anderen Weg nähern. Der Herr Landesrat für Verkehr ist heute nicht zugegen. Aber, ich möchte ein Thema ansprechen, das im Endeffekt sinnbildlich auf die Umfahrung Schützen anzuwenden ist und ausweist, wo es einen gravierenden Unterschied in der Handhabung einer Thematik gibt. Bezogen auf die Heta-Problematik hat das Land Burgenland eine Antragstellung auf Einigung mit der Pfandbriefstelle bezogen auf die Hypobank Burgenland und auf die Pfandbriefstelle umgesetzt. Das ist einmal der eine Punkt, der klar und deutlich ausweist.

Der zweite Punkt in dieser Vereinbarung lautet, dass der Betrag von 7.804.024 Euro inklusive von Stückzinsen auf den vereinbarten Vertrag aufzurechnen ist. Der dritte Punkt ist jetzt im Zusammenhang mit der Umfahrung Schützen interessant. Da heißt es nämlich in positiver Hinsicht: Die Hypobank Burgenland AG hat sich auf der anderen Seite dazu bereit erklärt, das Landessechzehntel an den bisherigen Anwaltskosten in der Höhe von 100.000 Euro und die hier effektiv entstandenen Finanzierungszinsen vom 04.03. bis zum 28.02.2017 in Höhe von 900.000 Euro sowie die Kosten des Absicherungsgeschäftes zu übernehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist interessant, dass ein Thema, das jetzt zum Schluss im dritten Punkt eine positive Position seitens des Landes hat, in der Berichterstattung auf eine Maßnahme in der gesetzlichen Werdung absolut für alle Abgeordneten, für alle Bürgerinnen und Bürger, transparent gemacht wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was passiert nun in der Causa Umfahrung Schützen? Da wird einvernehmlich ein Stillhalteabkommen geschlossen und dann heißt es, das geht keinem etwas an, was das gekostet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erkenne einen totalen Widerspruch, der in der Causa Umfahrung Schützen am Gebirge versus Heta-Problematik in der Abwicklung eindeutig von ein und derselben Person zutage getreten ist. Auf der einen Seite wird Transparenz in positiver Hinsicht und auf der anderen Seite soll niemand wissen, soll nie irgendjemandem irgendwie zur Kenntnis gebracht bekommen, was diese Umfahrung wirklich gekostet hat.

Ich gebe Ihnen, Herr Kollege Spitzmüller, absolut Recht, dass Anrainerrechte gewahrt werden müssen, und im Fall der Umfahrung Schützen ist es ja passiert, dass Anrainerrechte im Gerichtssinne durchgefochten wurden - und zwar bis zum Europäischen Gerichtshof. Interessanterweise hört man in den Gängen des Landhauses Folgendes: Im Endeffekt wurden alle Anwaltskosten, alle Gerichtskosten und alle Einigungsbestrebungen seitens des Landes erledigt. Was ein UVP-Verfahren im gesamtösterreichischen Gebilde noch nie zustande gebracht hat, hat die private Situation

in der Umsetzung auf den Europäischen Gerichtshof auf die Umfahrung Schützen zu Wege gebracht.

Dass nämlich jährlich, auch nachträglich, Evaluierungsmaßnahmen auf die bestehenden Komponenten gesetzt werden müssen und dass die Anrainer nachträglich die Rechte haben sollen, dort nachträglich auch mitzumischen. Das gibt es in keinem UVP-Verfahren. Das Kapitel hat noch einen zusätzlichen zündenden Stoff. Nicht nur für die Natur, für das Wild und für alle Gegebenheiten der Anrainer, sondern es hat noch eine andere Komponente, die sehr entscheidend ist. Es wird nämlich jährlich noch einmal Geld kosten.

Genau darin, jetzt abgesehen von Geschwindigkeitsbeschränkungen, liegt ein richtiggehend gemeiner Zusammenhang zwischen der Heta-Geschichte, der Pfandbriefstelle und der Umfahrung Schützen. Auf der einen Seite zahlen wir rund acht Millionen Euro für die Abwicklung der Hypo in Kärnten, auf der anderen Seite sind wir in keiner Weise damit eingebunden. Der Rechnungshof wird es ja sowieso nachweisen. Deswegen ist diese Sache total unverständlich.

Nicht proaktiv wird hier argumentiert, sondern nachträglich wird wieder gemauert werden. Nein, das ist nicht so weit, das wäre nicht so tragisch, denn das ist ohnehin nur halb so weit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In Wirklichkeit wird davon berichtet, dass die Kosten für die Umfahrung Schützen inzwischen einen Rahmen übersteigen, der nicht ursprünglich nur gesetzt war, sondern weit darüber hinaus in allen Bestandteilen eine Umfahrungsstraße ist, die so teuer gekommen ist, dass man keine zweite mehr bauen kann. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Umfahrung Schützen (B50) ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 8. Juni 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 16 Uhr 25 Minuten im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 16 Uhr 07 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 27. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 08. Juni 2017

10.02 Uhr - 19.06 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Aktuelle Stunde zum Thema: "Burgenland auf Wachstumskurs: Arbeitsmarkt und regionale Wirtschaft weiter stärken“;
3. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird;
4. Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird;
5. Gesetzentwurf, mit dem das als Landesgesetz geltende Bundesgesetz, betreffend die Tanzlehranstalten, aufgehoben wird;
6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird;
7. Beschlussantrag, mit dem der Bericht über die Beendigung der HETA-Problematik im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird;
8. Beschlussantrag, mit dem der Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe, zugestimmt wird;
9. Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2016;
10. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG und Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH;
11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA und Mag. Christoph Wolf, M.A. auf Fassung einer Entschließung betreffend 50-Euro-Kältebonus zum Heizkostenzuschuss;

12. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend "Aktion 50+ für Gemeinden";

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Steuern auf Vermögen;

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz-Maßnahmen - Heizung und Sanierung - im Wohnbau;

15. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung für Nahversorger;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4239)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 136 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Forderung nach einheitlichen Kontrollen im Bereich der Pflege
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4241)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 4242 u. S. 4243), Georg R o s n e r (S. 4243) und Klaudia F r i e d l (S. 4244)

Anfrage Nr. 131 der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar an Landesrätin Verena Dunst betreffend geplante Aktivitäten im Bereich Frauenarmut in Österreich
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 4245)
Zusatzfrage: Mag. Michaela R e s e t a r (S. 4246 u. S. 4247), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4248), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4249) und Edith S a c k (S. 4251)

Anfrage Nr. 137 des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Inanspruchnahme der Sonderförderaktion „Burgenländischer Handwerkerbonus“
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4252)
Zusatzfrage: Mag. Kurt M a c z e k (S. 4253 u. S. 4254) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4255)

Anfrage Nr. 132 des Abgeordneten Bernhard Hirczy an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Zusammenlegung der Bezirksgerichtssprengel Güssing und Jennersdorf - Festlegung des Tagesordnungspunktes für eine Regierungssitzung
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4256)
Zusatzfrage: Bernhard H i r c z y (S. 4257 u. S. 4258), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4258), Wolfgang S o d l (S. 4259) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 4260)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde zum Thema: "Burgenland auf Wachstumskurs: Arbeitsmarkt und regionale Wirtschaft weiter stärken“ (auf Verlangen des SPÖ-Landtagsklubs)
Redner: Robert H e r g o v i c h (S. 4261), Géza M o l n á r (S. 4265), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4268), Manfred K ö l l y (S. 4273), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4274), Edith S a c k (S. 4276), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 4277), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4279), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4281)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 952), mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 674) (Beilage 960);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 4282)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4283), Mag. Johann R i c h t e r (S. 4284), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 4285), Mag. Christian D r o b i t s (S. 4286)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4288)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 953), mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird (Zahl 21 - 675) (Beilage 961);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 4288)
Redner: Mag. Johann R i c h t e r (S. 4288), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4290), Mag. Christian D r o b i t s (S. 4291)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4292)

Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 954), mit dem das als Landesgesetz geltende Bundesgesetz, betreffend die Tanzlehranstalten, aufgehoben wird (Zahl 21 - 676) (Beilage 962);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 4293)
Redner: Mag. Johann R i c h t e r (S. 4293), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 4294), Werner F r i e d l (S. 4295)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4296)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 956), mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Zahl 21 - 678) (Beilage 963);
Berichterstatterin: Klaudia F r i e d l (S. 4296)
Redner: Markus W i e s l e r (S. 4297), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4297), Klaudia F r i e d l (S. 4298)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4299)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 909), mit dem der Bericht über die Beendigung der HETA-Problematik im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 641) (Beilage 964);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 4299)
Redner: Manfred Kölly (S. 4299), Géza Molnár (S. 4308), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4310), Robert Hergovich (S. 4311), Gerhard Steier (S. 4312) und Landesrat Helmut Bieler (S. 4315)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4315)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 955), mit dem der Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe, zugestimmt wird (Zahl 21 - 677) (Beilage 965);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 4316)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 4316), Manfred Haidinger (S. 4318), Mag. Thomas Steiner (S. 4319), Mag. Christian Drobits (S. 4320), Gerhard Steier (S. 4322) und Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 4326)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4327)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht der Volksanwaltschaft (Beilage 950) zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2016 (Zahl 21 - 672) (Beilage 966);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 4328)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 4328), Manfred Haidinger (S. 4331), Ing. Rudolf Strommer (S. 4332), Mag. Christian Drobits (S. 4333) und Mag.a Regina Petrik (S. 4335)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4335)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 928) betreffend Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG und Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH (Zahl 21 - 660) (Beilage 967);
Berichterstatter: Manfred Kölly (S. 4336)
Redner: Manfred Kölly (S. 4336), Wolfgang Spitzmüller (S. 4339), Karin Stampfel (S. 4340), Markus Ulram (S. 4341), Dr. Peter Rezar (S. 4343)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 4343)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA und Mag. Christoph Wolf, M.A. auf Fassung einer Entschließung (Beilage 766) betreffend 50-Euro-Kältebonus zum Heizkostenzuschuss (Zahl 21 - 540) (Beilage 968);
Berichterstatter: Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4344)
Redner: Manfred Haidinger (S. 4344), Mag. Thomas Steiner (S. 4345), Günter Kovacs (S. 4347), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 4349), Manfred Kölly (S. 4350), Mag.a Regina Petrik (S. 4351), Günter Kovacs (S. 4352)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4352)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 783) betreffend "Aktion 50+ für Gemeinden" (Zahl 21 - 557) (Beilage 969);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 4352)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4353), Markus W i e s l e r (S. 4354), Markus U l r a m (S. 4356), Klaudia F r i e d l (S. 4359) und Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4362)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4363)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 948) betreffend Steuern auf Vermögen (Zahl 21 - 670) (Beilage 970);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 4363)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4364), Géza M o l n á r (S.4367), Mag. Franz S t e i n d l (S. 4370), Robert H e r g o v i c h (S. 4375), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 4378) und Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4383)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4384)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 951) betreffend Klimaschutz-Maßnahmen - Heizung und Sanierung - im Wohnbau (Zahl 21 - 673) (Beilage 971);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 4384)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 4385), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4387), Karin S t a m p f e l (S. 4389), Walter T e m m e l (S. 4390), Mag. Kurt M a c z e k (S. 4391)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4394)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 957) betreffend Unterstützung für Nahversorger (Zahl 21 - 679) (Beilage 972);
Berichterstatter: Walter T e m m e l (S. 4394)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4394), Karin S t a m p f e l (S. 4396), Bernhard H i r c z y (S. 4397), Klaudia F r i e d l (S. 4398), Manfred K ö l l y (S. 4400) und Landesrätin Verena D u n s t (S. 4402)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4403)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4239)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle, die Damen und Herren des Hohen Hauses, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, die Besucherinnen und Besucher auf der Galerie, aber auch alle, die uns via Internet heute beiwohnen, recht herzlich begrüßen.

Ich e r ö f f n e die 27. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 26. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier entschuldigt.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 27. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 8. Juni 2017.

Von der Landesregierung ist folgende Vorlage eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2016 genehmigt wird (Zahl 21 - 691) (Beilage 982);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der

1. Prüfungsbericht betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See, 2011 bis 2015 (Zahl 21 - 681) (Beilage 959);

eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen im Burgenland (Zahl 21 - 683) (Beilage 974);
2. der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Mag.a Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung Bundes-Tierschutz-Gesetz (Zahl 21 - 686) (Beilage 977);
3. der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Mag.a Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Biolebensmittel in Großküchen des Landes (Zahl 21 - 687) (Beilage 978);
4. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw (Zahl 21 - 689) (Beilage 980);
5. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „nachhaltige ressourcenschonende Alternativenergieversorgung von Kommunalgebäuden, sowie von Kommunen ausgelagerten Betriebsstätten für Neubau bzw. Sanierung“ (Zahl 21 - 693) (Beilage 984);

6. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems (Zahl 21 - 694) (Beilage 985);
7. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schaffung des Berufsbildes „Alltagsbegleiter“ (Zahl 21 - 695) (Beilage 986);
8. der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten (Zahl 21 - 696) (Beilage 987);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Gesundheits- und Krankenpflegeschule Oberwart (Zahl 21 - 680) (Beilage 958);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Seefestspiele Mörbisch (Zahl 21 - 682) (Beilage 973);
3. des Landtagsabgeordneten Géza Molnár an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Fonds für Arbeit und Wirtschaft (Zahl 21 - 690) (Beilage 981);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 628) betreffend Fonds (Zahl 21 - 684) (Beilage 975);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 629) betreffend Entzugseinrichtungen (Zahl 21 - 685) (Beilage 976);
3. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 648) betreffend Wohnbauförderung (Zahl 21 - 688) (Beilage 979);
4. des Landtagsabgeordneten Géza Molnár an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 690) betreffend Fonds für Arbeit und Wirtschaft (Zahl 21 - 692) (Beilage 983);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 691, Beilage 982, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 683, Beilage 974, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 686, Beilage 977, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 687, Beilage 978, Zahl 21 - 693,Beilage 984, und Zahl 21 - 696, Beilage 987, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsauschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 689, Beilage 980, und Zahl 21 - 694, Beilage 985, weise ich dem Rechtsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 695, Beilage 986, weise ich dem Sozialausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss

und den Bericht des Landes-Rechnungshofes, Zahl 21 - 681, Beilage 959, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 680, Beilage 958, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 682, Beilage 973, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

und die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 690, Beilage 981, habe ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 684, Beilage 975, und Zahl 21 - 685, Beilage 976, Zahl 21 - 688,Beilage 979, und Zahl 21 - 692, Beilage 983, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? – Dies ist nicht der Fall.

Wir gehen somit in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Ich beginne jetzt, es ist 10 Uhr 10 Minuten, mit dem Aufruf der Anfragen. Die erste Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Mag. Drobits an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Frage der Qualität der Pflege in den einzelnen Bundesländern wurde kürzlich in einem Bericht der Volksanwaltschaft aufgegriffen. In der aktuellen Diskussion wurde die Forderung nach einheitlichen Kontrollen durch den Bund erhoben. Wie stehen Sie dazu?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bevor ich die Frage beantworte, möchte ich ganz kurz die Gelegenheit nutzen, diesen Bereich auch noch näher zu beleuchten. Wir haben im Landesbudget des Burgenlandes 48 Prozent in den Gesundheits- und Sozialbereich gesteckt. Das haben Sie beschlossen.

Das heißt, dass wir das Bundesland sind, das auch auf Grundlage der prozentuellen Ausformung des Budgets am stärksten in diesen beiden Bereichen investiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt auch, dass wir, aus meiner Sicht, insgesamt gut aufgestellt sind. Wir haben eine Standortgarantie für die Krankenhäuser abgegeben. Wir haben 44 Pflegeheime. Auch das gibt es in ganz Österreich nicht, dass auf die Einwohnerzahl gesehen, auch so viele Pflegeheime hier aufgestellt sind. Wir haben auch drei davon, die gemeinsam mit der VAMED, im Landesmehrheitseigentum stehen.

Der Pflegebereich, und das ist die Frage, die Sie gestellt haben, ist einer, der ganz wichtig für die Gesundheitsversorgung im Burgenland ist. Wir wissen, dass die Bevölkerung, Gott sei Dank, auch aufgrund der Politik der letzten Jahrzehnte älter werden kann und auch älter wird.

Allerdings gibt es auch gesellschaftliche Veränderungen. Unter anderem ist der Familienverband, ich würde nicht sagen aufgelöst, aber es ist zumindest schwieriger geworden, in der Familie auch die Pflege durchzuführen.

Die Pflege von Angehörigen wird daher auch schwieriger in den vier Wänden, also in Heimen die wir haben, beziehungsweise in den privaten Häusern, die wir haben.

Es ist auch ganz klar ersichtlich, dass es in diesem Bereich demografische Veränderungen gibt. Die Menschen werden im Burgenland immer älter. Gott sei Dank. Wir sind, noch einmal gesagt, im Burgenland sehr gut aufgestellt. Es gibt verschiedene Leistungen des Landes, die hier in diesem Bereich Platz greifen. Stationäre Pflege, das sind die Alten-, Wohn- und Pflegeheime. Teilstationäre Pflege, Seniorentagesstätten, ambulante Pflege, das ist die mobile Hauskrankenpflege, die 24-Stunden-Pflege. Da gibt es aber auch noch andere Dinge, die hier mitspielen, wie beispielsweise betreutes Wohnen beziehungsweise betreutes Wohnen plus.

Man sollte nicht vergessen, dass immerhin 77 Millionen Euro alleine für das Jahr 2017 im Bereich der stationären Pflege vom Land, von uns, von Ihnen, die Sie das Budget mitbeschlossen haben, zur Verfügung gestellt werden. Wir haben in diesen 44 Heimen insgesamt 2.160 Betten. Wie bereits gesagt betreibt das Land eine Kooperation mit der VAMED.

Jetzt komme ich aber zu Ihrer Frage. Dieser Bericht der Volksanwaltschaft hat mich sehr gefreut, weil das Burgenland in diesem Bericht nicht negativ, sondern nur positiv vorgekommen ist, denn wir haben auch in diesem Bericht beweisen können, dass die Kontrollen gut sind.

Das zeigt sich beispielsweise daran, dass im Jahr 2016 insgesamt 65 Kontrollen bei den Alten-, Wohn- und Pflegeheimen durchgeführt wurden. Weiters wurden 16 Behinderteneinrichtungen und 33 Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen kontrolliert.

Es hat hier keine einzige negative Stellungnahme gegeben. Bis auf eine Kleinigkeit, wo es aber lediglich um eine Datenerfassung gegangen ist. Insgesamt bin ich damit auch sehr zufrieden. Wir sind sehr wachsam. Wir kontrollieren uns selbst auch sehr gut.

Aber, ich glaube, wir sind gut aufgestellt. Das ist für das Burgenland ganz wichtig. Wenn ich dann diesen Bericht gelesen habe, den die Volksanwaltschaft hier abgegeben hat, was andere Bundesländer betrifft, dann bin ich stolz auf diese Einrichtungen, die hier im Burgenland eingerichtet sind und die keine qualitativen Schlechterstellungen beziehungsweise keine schlechte Qualität bilden.

Ganz im Gegenteil, wir wurden gelobt. Das Burgenland ist, aus meiner Sicht, in diesem Bereich, was die Pflegeeinrichtungen betrifft, federführend. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Wie wollen Sie die Herausforderung zwischen steigenden Kosten und Qualitätssicherung meistern?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wir arbeiten derzeit an einem neuen Bedarfs- und Entwicklungsplan für das Burgenland was die Pflegeeinrichtungen betrifft. Das ist, aus meiner Sicht, ganz wichtig. Ich halte es aus meiner Sicht auch für politisch wichtig und richtig, dass wir hier von Seiten der Landesregierung auch einen Schwerpunkt setzten.

Wir werden diesen Plan auch Ende 2017 vorlegen. Da geht es beispielsweise auch um folgendes: Momentan ist die Ausrichtung die, dass man sagt, man setzt auf den Ausbau von derzeitigen Einrichtungen im Gegensatz zu einem Neubau. Es gibt aber auch sehr viele Gemeinden, die gerne neu bauen würden.

Aber, grundsätzlich werde ich mit wissenschaftlicher Begleitung, in diesem Fall durch die Fachhochschule, und da bin ich sehr dankbar dafür, dass die Fachhochschule sich dazu auch bereit erklärt, diesen Plan noch einmal genau entwickeln und auch die regionalen Gegebenheiten einfließen lassen.

Die müssen wir natürlich auch berücksichtigen. Die sind im alten Plan natürlich auch verankert, aber der ist schon einige Jahre alt. Deshalb ist es notwendig, diese regionalen Entwicklungen auch dementsprechend zeitgemäß zu berücksichtigt, denn man sieht, dass der Bedarf aufgrund der Möglichkeit, dass die Menschen älter werden, steigt.

Wir werden das deshalb jetzt bis Ende 2017 auch gemeinsam erarbeiten. Die Fachhochschule ist hier ein kompetenter und wichtiger Partner. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Würden Sie einer bundeinheitlichen Regelung der Qualitätsstandards zustimmen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, dem würde ich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Rosner.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Laut Volksanwaltschaft leisten die burgenländischen Pflegeeinrichtungen gute Arbeit. Aber, wie wir bereits beim Thema Ärztemangel gesehen haben, ist es wichtig, auf künftigen Entwicklungen gut vorbereitet zu sein. Auch Experten sehen im Pflegebereich einigen Klärungsbedarf, denn die Pflege und Betreuung ist vor allem durch die zunehmende Ökonomisierung und die Sparpolitik auch einem steigenden Druck ausgesetzt.

Mit welchen konkreten Maßnahmen stellen Sie sicher, dass auch künftig im Burgenland der Pflegebedarf gedeckt ist und leistbar bleibt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen, dass wir vor mittlerweile einigen Monaten bereits beschlossen haben, dass auch die Qualität der Arbeit im Pflegebereich gesteigert wird, indem wir auch 250 Euro für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflegebereich bereitstellen. Wir werden das auch für die Pflegeheime tun, weil es auch wichtig ist, dass hier auch die Gleichstellung da ist. Es

ist österreichweit einzigartig, dass man neben der normalen Gehaltssteigerung auch diese 250 Euro zusätzlich vom Land her garantiert. Es ist so, dass das auch anerkannt wird.

Darüber hinaus, das habe ich auch schon angesprochen, bin ich, glaube ich, nicht im Ruf, dass ich unsozial bin. Wir werden deshalb, wenn es notwendig ist, den Pflegeheimbereich noch weiter ausbauen beziehungsweise auch neue Projekte starten. Wir haben einige Projekte in der Pipeline, um das auf neudeutsch zu sagen, wo es um einen Ausbau im Pflegebereich geht.

Aber, grundsätzlich glaube ich, dass wir gut aufgestellt sind und damit auch gewährleisten können, dass jede Burgenländerin und jeder Burgenländer die Möglichkeit hat, in ein Pflegeheim zu kommen, wenn sie es benötigen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist eine Maßnahme, die nicht immer ganz einfach zu treffen ist, weil das auch familiäre Auswirkungen hat. Aber, wie bereits gesagt, sind wir mit diesem Gesamtkonzept der 24 Stundenpflege und der mobilen Hauskrankenpflege, aus meiner Sicht, ganz gut aufgestellt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Klaudia Friedl.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Zum Thema Qualität die folgende Frage:

Welche weiteren Schritte werden Sie im Bereich der Qualität in der Pflege setzten?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich habe dazu bereits im Rahmen der Gesundheitsreferentenkonferenz meine Vorstellungen präsentiert. Es ist demnach so, dass wir Missständen entgegenwirken wollen, indem wir Qualität und Würde auch nicht nur zulassen, sondern dass auch überprüfen.

Wir haben im Rahmen der Gesundheitskonferenz, auf meinen Vorschlag hin, auch zugesagt, dass wir diese Empfehlungen des Jahres 2016/2017 mitnehmen werden. Wir haben auch landesgesetzlich festgelegt, dass wir die Kontrollen ansetzen, dass die Qualität auch beim Personal verbessert werden kann.

Wir haben auch angeregt, dass wir im Bundesministerium eine Arbeitsgruppe einsetzen und dann die Länder einbeziehen, um auf dieser Basis auf die Kritikpunkte und Empfehlungen des Maßnahmenkataloges, der von der Volksanwaltschaft gekommen ist, auch dementsprechend reagieren zu können.

Das ist ja nicht Jux und Tollerei sondern, ganz im Gegenteil. Diese Kommission hat in vielen Bundesländern auch Missstände festgestellt. Im Burgenland eben nicht. Gott sei Dank. Deshalb werden wir hier auch mithelfen, den Standard im Burgenland auch in die anderen Bundesländer weiter zu tragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die zweite Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag. Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag. Resetar um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Frauenarmut ist leider österreichweit ein Thema. Welche Aktivitäten haben Sie dazu in Ihrem Zuständigkeitsbereich geplant?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Guten Morgen! Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Mein Gruß gilt natürlich auch unseren jungen Zuschauerinnen und Zuschauern beziehungsweise jenen Menschen, die uns zuhören. Zunächst einmal ist die beste Bekämpfung von Frauenarmut immer ein Arbeitsplatz, ein eigenes Einkommen, mit dem gesichert ist, dass man eben nicht in Armut kommt. Da hat sich im Burgenland sehr viel getan und da bin ich sehr froh darüber. Ich möchte deshalb einige Zahlen und Daten von den letzten Jahren in Ihre Frage mit einbringen.

Wenn Sie vergleichen: Im Jahr 2000 waren im Burgenland von 80.263 Menschen, die beschäftigt waren, 35.000 Frauen mit dabei. Im Jahr 2016 waren das bereits 47.252 von insgesamt 100.000 Beschäftigten.

Meine Damen und Herren! Das bedeutet, dass die Frauenbeschäftigung in diesen 16 Jahren um 33 Prozent gestiegen ist. Das ist die beste Möglichkeit, um gegen Frauenarmut vorzugehen. Natürlich geht es dann immer auch um das Einkommen. Wenn man hier vergleicht, dann sind wir hier im Burgenland gut unterwegs.

Im Jahr 2010 lag das Bruttojahreseinkommen der Frauen bei 18.662 Euro. Im Jahr 2015/2016 ist das auf bis zu einem Plus von 16 Prozent gestiegen. Wenn man diese Zahlen mit anderen Bundesländern vergleicht, denn Vergleiche sind immer wichtig, dann können wir als Burgenländerinnen und Burgenländer mit Stolz sagen, dass wir im österreichweiten Vergleich von allen Bundesländern mit einem Bruttojahreseinkommen in Höhe von 29.093 Euro auf Platz 2 liegen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da können wir wirklich mit Recht stolz darauf sein. Schaut man da noch genau auf die Frauen und deren Einkommen, dann sind wir in Österreich hinter Wien und Niederösterreich mit 21.624 Euro auf Platz 3. Natürlich, das möchte ich gleich dazu sagen, ist es mir immer wichtig, zu schauen, dass es den Frauen gut geht, dass Frauen ein dementsprechendes Einkommen haben. Natürlich gibt es immer noch Frauen, die aufgrund ihrer Tätigkeit viel zu wenig Einkommen haben.

Wissen Sie, was ich sehr bedauere? Heute haben wir hier im Landtagssitzungssaal viele junge Menschen auf der Tribüne. Bildung ist die wichtigste Voraussetzung, um in Beschäftigung zu kommen. Da bin ich sehr traurig darüber, dass sich die ÖVP jetzt hier auf Bundesebene wieder einmal absetzt und verhindert, dass wir zu einer Bildungsreform kommen. *(Abg. Ing Rudolf Strommer: Fragen Sie sie doch einmal! Fragen! – Mag. Thomas Steiner: Fragen Sie sie doch einmal!)*

Fragen Sie die jungen Menschen, was die dazu sagen. Die werden darüber leider nicht sehr glücklich sein. Die ÖVP hat das verhindert, aber ohne eine dementsprechende Bildung habe ich keine Beschäftigung und ohne eine Beschäftigung habe ich kein Einkommen. *(Mag. Christian Sagartz, BA: Die wissen ja mehr als Sie. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Daher sage ich noch einmal. Schade, dass diese bundespolitische Entwicklung sich so gezeigt hat. Der Herr Kurz möchte es wissen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Er möchte Erster sein. Deswegen löst er alles auf. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Er wird auch Erster!)* Sie haben mich etwas gefragt. *(Unruhe bei den Abgeordneten)* Da geht es um Frauen und ich möchte es Ihnen gerade erklären.

Das Zweite, was mich sehr stört, ist die Tatsache, dass es seit vielen Jahren auch wichtig gewesen wäre, für Frauen die Frage nach dem Mindestlohn zu klären, denn es

kann nicht sein, und da ist die ÖVP wieder der Verhinderer, dass wir den Mindestlohn für Frauen mit 1.500 Euro nicht endlich schaffen.

Auch hier wird es leider wahrscheinlich nicht dazu kommen. Genauso wie zu einem Beschäftigungsbonus 50+, denn da kann man am besten Frauenarmut bekämpfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich sage auch gleich dazu, dass Mädchenarbeit genauso wichtig ist. Viele Frauen, die heute ein zu niedriges Einkommen haben und damit ihr Leben so nicht führen können, wie sie das gerne würden, haben oft auch die falsche Berufsentscheidung getroffen oder es hat die nicht vorhandene gute Ausbildung gefehlt. Deshalb setze ich im Rahmen der Frauenarbeit schon bei den Mädchen an.

Ich habe beispielsweise gerade in dieser Woche, und da lade ich Sie alle ein darauf zu schauen, ein großes Projekt gestartet. Hier sage ich ganz klar, dass Burschen und Mädchen, aber hier besonders Mädchen, jede Chance haben sollen, wenn es darum geht, dass ihnen von Anfang an die Welt offen steht, in technische Berufe zu kommen und vieles tun zu können.

Da lade ich Sie alle ein, auf Facebook zu schauen, denn diese Kampagne läuft unter „Typisch“. Es ist mir wichtig, dass Mädchen eine gute Ausbildung haben, damit sie später als erwachsene Frauen nicht in die Armut schlittern. Daher wünsche ich mir, dass diesen jungen Frauen von heute jede Bildungschance zu Teil wird, um später zu einem Einkommen zu kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sie legen mir bei Ihren Antworten immer eine Elf-Meter ohne Tormann auf. Macht nichts. *(Abg. Doris Prohaska: Der geht sicher rein!)* Sie haben nämlich Zahlen genannt. 2000 war die Arbeitslosigkeit, Frau Landesrätin, 3.148. 2016 bereits 4.616. Die Arbeitslosigkeit bei den Frauen über 45 war im Jahr 2000 840 im 2016 2.082. Jede arbeitslose Frau ist eine zu viel im Burgenland.

Ich freue mich natürlich, dass es diese Beschäftigung gibt und dass da mehr ist. Aber, Sie sind seit 17 Jahren Landesrätin. Seit 17 Jahren ist diese Zahl um 1.500 gestiegen.

Mit welchen konkreten Maßnahmen bringen Sie endlich mehr Frauen in Beschäftigung?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Damit ein Ball ins Tor geht, braucht es auch einen, der diesen Ball dann ins Tor bringt. Ich hoffe, Sie bringen ihn dann auch hinein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum Zweiten: Ich gebe Ihnen aber recht, wenn Sie sagen, jede Frau, die arbeitslos ist und auch jeder Mann der arbeitslos ist, ist eine oder einer zu viel. Das gilt für alle Menschen die arbeitslos sind. *(Abg. Doris Prohaska: Genau!)* Deshalb bin ich natürlich auch sehr dahinter, aber nicht alleine, sondern, ich freue mich, dass auch andere darauf schauen, dass die Beschäftigung im Burgenland wirklich wächst. Sie wächst! Wichtig wäre natürlich auch, dass die Arbeitslosigkeit, die Zahlen haben Sie bereits gesagt, auch abnimmt.

Ich möchte mich ganz herzlich auch beim Kollegen Darabos bedanken, der ja auch immer wieder hier im Landtag gefragt wird, welche Beschäftigungsinitiativen wir haben? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte für meinen Bereich sagen: Als Erstes möchte ich Ihre Fragen klar stellen, denn bei einem Elf-Meter muss man gut zielen und wenn man Statistiken, Daten und Fakten interpretiert, dann muss man gut lesen.

Sie haben mir in irgendeiner Zeitung vorgeworfen, dass die Frauenarbeitslosigkeit in meinem Bezirk überhaupt über alle Grenzen hoch sei. Ich habe mir das natürlich angeschaut, aber nicht wegen Ihrer Zeitungsartikel, wo es Ihnen nur darum geht, immer alles schlecht zu reden, sondern ich schaue mir das eigentlich wöchentlich an und gehe auch zum AMS und führe dort selber Gespräche mit den Verantwortlichen.

Im Bezirk Güssing ist beispielsweise die Frauenarbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr um ganze 17,4 Prozent gesunken. Das heißt, die Arbeitslosen sind, Gott sei Dank, weniger, aber noch immer zu viele.

Es gibt verschiedene Beschäftigungsinitiativen. Ich habe mich darum gekümmert als die Triumph zugesperrt hat, damit die Triumph-Mitarbeiterinnen in ihrem Bezirk wieder Arbeit bekommen. Es gibt hier ein eigenes Projekt maßgeschneidert für die Damen das „Triumphieren“ heißt.

Ich habe 2,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, aus dem Europäischen Sozialfonds, wo jeder Euro gut ankommt bei den Frauen, was sie brauchen. Wir holen sie dort ab wo sie sind, weil es immer maßgeschneiderte Qualität der Weiterbildung gibt und ich bemühe mich jeden Tag damit die Frauen in Beschäftigung kommen. Die Arbeitslosigkeit bei den Frauen sinkt.

Präsident Christian Illedits: Schlusssatz bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Güssing auch. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Dankeschön. Die nächste Zusatzfrage, Frau Abgeordnete? Bitteschön.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Gut. Wäre fast ein zweiter Elfmeter, aber das sage ich jetzt nicht. In Stegersbach ist die Frauenarbeitslosigkeit, Region Stegersbach 2.118, davon arbeitslose Frauen über 45 Jahre im Jahr 2016 - 219.

Ich komme aber zu einem ganz anderen Thema und zu einem sehr heiklen Thema. Professor Mazal hat einmal in einer Diskussionsrunde gesagt: Mit Angst kann man Politik machen und die Menschen haben Angst.

„Mamas Küche“ ist eine sehr gute Einrichtung, weil man Frauen die Möglichkeit gibt, dass sie ein Jahr dort oder auch länger arbeiten können, um dann auch in der Privatwirtschaft unterzukommen. Mitarbeiter werden zurzeit, oder vielleicht auch schon früher, ich weiß es nicht, nach politischer Zugehörigkeit bewertet und auch verfolgt. Es wird ihnen nahegelegt zum Beispiel auf ÖVP-Gemeinderatslisten nicht drauf zugehen.

Was werden Sie gegen diese Missstände tun? *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ich bin gespannt woher Sie Ihre Informationen haben, weil von denen weiß eigentlich niemand etwas, außer Ihnen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja, ja. – Unruhe bei der SPÖ – Abg. Wolfgang Sodl: Wie der Schelm denkt.)* aber

da sind wir wieder. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Doris Prohaska: Genau. – Abg. Wolfgang Sodl: Wie der Schelm denkt.)*

Eine Fragestunde ist eine Fragestunde an die Regierungsmitglieder, aber ich hätte Sie gerne gefragt, was Sie ehrenamtlich für Frauen machen? Was Sie ehrenamtlich machen in Beschäftigung? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe eine Beschäftigte, eine Frau.)*

Wen Sie beschäftigt haben? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe eine Beschäftigte. – Allgemeine Unruhe – Abg. Doris Prohaska: Bei so einem großen Betrieb kann man mehr Beschäftigte aufnehmen, nicht nur eine. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Doris Prohaska: Also ehrlich.)*

Aber ich kann Ihnen nur sagen, ich bin stolz darauf, auf die Volkshilfe. *(Allgemeine Unruhe)* Ich bin stolz darauf und bedanke mich bei allen die damals "Mamas Küche" geschaffen haben. Wie alle anderen, selbst im Burgenland, sozialökonomische Betriebe, die genau darauf schauen, dass gerade Frauen die lang arbeitslos werden, wieder, bis zu einem Jahr, dort über "Mamas Küche" arbeiten können.

Ich möchte Ihnen allen erklären, dass es in Oberwart eine Einrichtung gibt vom AMS, und das hat mit irgendeiner Politik überhaupt nichts zu tun, wo ausschließlich Langzeitarbeitslose beschäftigt werden und daher nehmen Sie das zurück und entschuldigen Sie sich, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sicher nicht.)* dass Sie da die Volkshilfe in Misskritik nehmen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sicher nicht.)*

Das AMS Oberwart leitet die Menschen zu, die am längsten arbeitslos sind und die gut zu "Mamas Küche" passen. Der Herr Bürgermeister aus Oberwart geht dort ein und aus, er kennt die Einrichtungen. Fragen Sie einmal ob das stimmen kann, was Sie hier behaupten.

Sie machen eine Einrichtung schlecht, wo man auf Frauen schaut. Ich bin stolz darauf, dass es das gibt. Sozialökonomische Betriebe kosten viel dem öffentlichen Steuerzahler, zugesagt werden sie über das AMS. *(Unruhe bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich bin neugierig ob sich das AMS das bieten lässt, was Sie hier in den Raum stellen?

Ich weise das aufs Schärfste zurück! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Allgemeine Unruhe)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend):* Bitte um Ruhe! Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön, Herr Präsident. Frau Landesrätin, am 17. Mai war ja eine Tagung über Frauenarmut, die haben Sie mit ausgerichtet. Eine sehr gute Tagung. Dankeschön auch für Ihre Mithilfe.

Mit einer Aussage im Rahmen dieser Tagung haben Sie ein bisschen für Irritation gesorgt und vielleicht könnten wir das jetzt aufklären. Es ging um die Wohnbauhilfe für Bezieherinnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung, wo ja hier im Landtag ein Antrag der GRÜNEN auf Wiedereinführung der Wohnbeihilfe aus dem Wohnbauförderungsgesetz abgelehnt wurde.

Im Rahmen der Veranstaltung haben Sie gesagt, es wäre Ihnen gelungen im Bezirk Güssing einer Frau die BMS bezieht auch gleichzeitig diese Wohnbeihilfe zukommen zu lassen. Da wurde ich gefragt, ja ist denn das möglich?

Könnten Sie das bitte klarstellen? *(Landesrätin Verena Dunst: Gerne.)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete. Vielen Dank einmal, Sie geben mir die Möglichkeit noch einmal zum Fachsymposium Stellung zu nehmen. Ich habe gemeinsam mit dem Soziallandesrat Mag. Norbert Darabos und der Frauenberatungsstelle „Der Lichtblick“ in Neusiedl, hier eine Veranstaltung abgehalten.

Fachsymposium hat es geheißen, für Sie als Information, „Frauen Leben Burgenland“. Da ging es gerade um dieses Thema, weil es uns beiden sehr, sehr wichtig ist immer zu schauen Frauenarbeitslosigkeit, Frauenarmut, wo kann man helfen?

Ihre konkrete Frage, da lassen Sie mich aber nochmals konkretisieren. Zunächst einmal weil es immer darum geht Mindestsicherung, Sozialhilfe, was war früher besser, was ist jetzt schlechter? Ich möchte es nochmals ganz klar sagen.

Damit man im Burgenland der Armut entgegensteuern kann da ist ganz, ganz wichtig die Wohnbauförderung. Wir haben die Beste in Österreich. Das ist auch die Motivation für viele ins Burgenland zu ziehen, weil hier der Landeshauptmann wirklich Wohnräume schafft. Ich sage jetzt nur, Sie alle kennen beispielsweise die Aktion mit bis zu fünf Euro pro Quadratmeter. Das ist ganz, ganz wichtig.

Natürlich haben Sie Recht, Sie haben mich damals schon im Rahmen dieses Fachsymposiums zu Frauenarmut und Frauenarbeitslosigkeit gefragt: Wie schaut es jetzt aus mit der Wohnbeihilfe?

Es ist so, dass die Mindestsicherung 1.500 Euro einen Deckel hat. Da sind in der Mindestsicherung 25 Prozent Wohnbeihilfe, Wohnunterstützung drinnen, während in der Sozialhilfe, damals der Deckel bei 1.158 Euro war. Da konnte man, da musste man das aber noch anfordern, dann konnte man zusätzlich eine Wohnbeihilfe bekommen.

Die Mindestsicherung ist jetzt eine ganz große Sicherheit für jene Menschen die das brauchen, damit sie sicher sind, dass der Wohnbedarf leistbar ist.

Sie haben mich damals auch gefragt, wo ist das und ich habe gesagt, ich frage nach. Es ging um einen Mann damals, es ging nicht um eine Frau. Ein Mann der mit einem Pflegefall im Hause lebt, das ist sein Vater. Mir ist es gelungen dort in der Abteilung zu fragen, ist es möglich oder nicht? Ich habe mich erkundigt. Es ist so wie es ist, dass hier die Wohnbeihilfe, 25 Prozent, drinnen ist in der Mindestsicherung und das ist gut so.

Weil, da braucht keiner mehr nachfragen, da gibt es nicht die großen bürokratischen Hürden und da braucht keiner darum kämpfen…

Präsident Christian Illedits: Schlusssatz, Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: damit er für seinen Lebensraum eine Unterstützung hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie laden wieder sehr medial aufmerksam zum Frauenlauf ein. Wir wissen aus dem Vorjahr, dass dazu einige Landesmittel verwendet werden, ein geringer Betrag für die Benefizveranstaltung dann überbleibt.

Glauben Sie nicht es wäre sinnvoller, die von Ihnen auch angesprochenen Projekte zur Verminderung der Frauenarbeitslosigkeit aus diesem Budgetprojekt vielleicht herauszunehmen? Das wäre ja eine Möglichkeit Geld einzusparen für öffentliche Auftritte und den Frauen direkt aus der Arbeitslosigkeit zu helfen.

Präsident Christian Illedits: Die Frage war jetzt konkret?

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP):Die Frage war in der Mitte. Glauben Sie nicht, dass es besser angelegt wäre?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Erstens, ist die Frage nicht neu, denn Ihre Kollegin hat mir die in den letzten Jahren wahrscheinlich mindestens dreimal gestellt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zur Frauenarbeitslosigkeit?)* Ich beantworte sie aber gerne noch einmal. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zur Frauenarbeitslosigkeit?)*

Das Erste ist, natürlich stimmt das nicht, was Sie sagen. Da geht es nicht um mediale Auftritte, sondern um Frauengesundheit und dass Sie auf die Idee kommen zu sagen, ich brauche das für die medialen Auftritte. Schauen Sie, fragen Sie einmal die Frauen draußen, ob die den Eindruck haben, dass es mehr um mich geht, oder um die Frauen selber? Holen Sie sich die Antwort selber. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Frage ist eine ganz andere.)*

Die zweite Geschichte ist, dass es wichtig ist, dass Frauen gesund bleiben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja.)* Es geht immer darum sie zu erinnern, dass sie auch auf sich schauen sollen, weil Frauen, junge Frauen, doppelt *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe etwas anderes gefragt.)* und dreifach belastet sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist jetzt „wurscht“.)*

Weil sie Beruf, weil sie Familie, weil sie Karriere, weil sie Einkommen- und Fortbildung brauchen *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich hab es probiert.)* und daher ist es ganz klar, dass es im Frauenlauf darum geht, dass sie gesund bleiben, dass sie sich dort beteiligen, vorbereiten und so weiter.

Und ich sage Ihnen ganz klar, da ist mir jeder Euro wichtig, weil es um die Frauen und um die Gesundheit geht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und, dass natürlich das Frauenreferat mit der tollen Frage gekommen ist, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es geht ja um die Arbeitslosigkeit.)* wo Sie gesagt haben, was ist, wenn wir da dann auch noch einen Benefizcharakter dazu hängen?

Und viele Frauen sagen, ich fühle mich da wohl, weil da passiert etwas nicht nur für mich indem ich mich gesund erhalte, sondern ich habe auch noch den Vorteil jemand anderem zu helfen, dem es nicht so gut geht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, aber die Frage war eine andere.)* Ich finde das super, ich finde das klass. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Er hat etwas anderes gefragt. Das hat er gar nicht gefragt.)*

Eine tolle Geschichte, wo Sie offensichtlich den Sinn nicht verstanden haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das habe ich nicht gefragt. – Beifall bei der SPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich werde es halt noch einmal fragen bei Gelegenheit.)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage *(Landesrätin Verena Dunst: Ja bitte. – Unruhe bei der ÖVP)* - bitte um Ruhe - kommt von der Frau Abgeordneten Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine große Herausforderung für berufstätige Mütter und unsere Kinderbetreuungseinrichtungen sind um diese Herausforderungen zu meistern ein Dreh- und Angelpunkt dafür und sind für die Vermeidung von Frauenarbeitslosigkeit und somit auch von Frauenarmut wesentlich.

Frau Landesrätin, wie beurteilen Sie die Entwicklung von Kinderbetreuungseinrichtungen in den letzten Jahren? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nicht zuständig. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht zuständig.)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Der Landeshauptmann ist zuständig.)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Zunächst einmal darf ich noch einmal replizieren: Frauenarmut, für jede Frau wo wir schauen können und sie unterstützen ist wichtig. Jede Frau die arbeitslos ist, hat ein Anrecht darauf, dass wir uns darum kümmern, natürlich auch die Wirtschaft die Arbeitsplätze hergibt.

Das Dritte ist eng damit verbunden mit Bildung, das die ÖVP blockiert, mit Beschäftigungspaket, das die ÖVP blockiert, mit Mindestlohn, das die ÖVP blockiert, da schaden sie natürlich den Frauen. *(Abg. Edith Sack: Ihr könnt Euch gratulieren. – Unruhe bei der ÖVP)*

Was den Frauen nützt ist natürlich die Vereinbarkeit. Denn, fragen Sie einmal die jungen Damen und Herren da oben in den Zuschauertribünen, die werden Ihnen das gleiche sagen, dass, wofür wir beide und wofür der SPÖ-Klub steht, es ist wichtig. Die Vereinbarkeit ist die Voraussetzung für eine Beschäftigung, weil wenn ich nicht weiß, wo ich mein Kind gut unterbringen und noch gut ausgebildet und gefördert wird, kann ich keiner Arbeit nachgehen.

Noch ist es nach wie vor so, dass ein Großteil der Betreuungspflichten ja bei den Müttern hängt. Viele junge Väter, soweit sie das können von ihrem Arbeitsplatz aus, unterstützen das ja auch.

Und das Burgenland ist hier sehr, sehr gut unterwegs. Ich war gestern, beziehungsweise auch in der letzten Woche immer wieder bei Podiumsdiskussionen bundesweit eingeladen und ich sage Ihnen, dass andere Bundesländer, egal welcher Fraktion sie angehören, dem Burgenland gratulieren.

Dazu, dass wir mit diesen kleinen Einheiten eine großartige Vereinbarung geschafft haben, wenn wir fast 100 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen in Betreuung, in gut geförderten Bildungsanstalten haben, als den Bildungskindergarten.

Wenn wir weit über alle anderen Bundesländer, außer Wien, in der Kinderkrippe gut unterwegs sind, dann ist das die Voraussetzung für junge Frauen, für Mütter, dass sie einer Arbeit nachgehen können. Das ist das Beste gegen Armut.

Herzlichen Dank auch an die Gemeinden die hier auch viel Geld dazugeben, das Land Burgenland zahlt und der Herr Landeshauptmann ist hier zuständig, *(Heiterkeit bei der ÖVP)* 25 Millionen Euro jedes Jahr rein. *(Abg. Walter Temmel: Das war gut. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Herr Landeshauptmann, auch im heurigen Jahr haben Sie als Wohnbaureferent die Sonderförderaktion „Burgenländischer Handwerkerbonus“ gestartet.

Wie viele Burgenländerinnen und Burgenländer haben diese Förderaktion in Anspruch genommen.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Dieser Wohnbaubonus, diese Sonderaktion "Burgenländischer Handwerkerbonus" hat sich in den letzten Jahren zu einer echten Erfolgsgeschichte entwickelt.

Wir haben den deswegen eingeführt, weil es im Winter naturgemäß im Baugewerbe eine relativ hohe Arbeitslosigkeit gibt. Da ist ja in den vergangenen Jahren die Arbeitslosigkeit gestiegen.

Ich glaube, dass der „Burgenländische Handwerkerbonus“ einen kleinen Beitrag geleistet hat, dass im Burgenland seit sieben Monaten die Arbeitslosigkeit zurückgeht und dass sie vor allem auch im Baugewerbe zurückgeht. Nämlich gerade in der schwierigsten Zeit des Jahres Jänner, Feber, März.

Wir haben hier 1.170 Anträge gehabt, die auch alle bearbeitet wurden. Wir haben ein Fördervolumen von 1,266.000 Euro auch ausgeschüttet. Das hatte anerkannte Bauleistungen von 5,2 Millionen Euro zur Folge und Gesamtinvestitionen von 9,7 Millionen Euro. Das heißt ein Impuls, ein Hebel, wo wir mit 1,2 Millionen Euro Förderungen Investitionen von 9,7 Millionen Euro im Burgenland ausgelöst haben.

Also, es wird von der Bevölkerung angenommen. Es werden Rechnungen gelegt, hauptsächlich von burgenländischen Betrieben, zu über 90 Prozent. Die Qualität aus dem Burgenland, der burgenländischen Bauwirtschaft, wird von den Burgenländerinnen und Burgenländern geschätzt.

„Made in Burgenland“ im Baugewerbe ist zu einem Qualitätsbegriff geworden. Es gibt da auch die Garantie, dass die Arbeit in Ordnung ist.

Und ich darf auch sagen, dass wir das auch an den Hauptwohnsitz geknüpft haben, nicht am Zweitwohnsitz. Das heißt, das ist auch positiv für die Gemeinden, auch für das Land, dass jene die den Hauptwohnsitz im Burgenland haben, diese Förderungen bekommen, Manche sich dann auch ins Burgenland melden um hier das auch in Anspruch nehmen zu können.

Wir werden wie jedes Jahr, auch das Ergebnis evaluieren. Und ich glaube, dass gerade in den letzten schwierigen Jahren es wichtig war, seit sieben Monaten geht im Burgenland die Arbeitslosigkeit zurück. Wir sind hier im Osten mit Abstand die Nummer Eins.

Wenn wir alle Bundesländer in der Ostregion vergleichen, dann haben wir den höchsten Rückgang der Arbeitslosigkeit auch der Jugendarbeitslosigkeit im Burgenland und die gesamte Wohnbauförderung mit dem Handwerkerbonus, glaube ich, leisten hier sehr, sehr wesentliche Beiträge, dass die Arbeitslosigkeit reduziert wird.

Und wir haben auch deutlich bessere Regelungen, als die der Bund gehabt hat. Der Bund hat seinen Handwerkerbonus schon eingestellt, wir haben das jetzt noch ein Jahr länger gemacht.

Und wir haben auch hier einen wesentlichen Unterschied, nämlich beim Bund hat es eine Förderhöhe von 600 Euro maximal gegeben. Im Burgenland haben wir gefördert bis maximal 5.000 Euro. Also das ist doch ein wesentlicher Unterschied zwischen der vergangenen Bundesförderung mit 600 Euro und der Landesförderung bis zu 5.000 Euro.

Wir haben auch die Förderung etwas verlängert, weil gerade der Jänner so mit niedrigen Temperaturen gegeben war, dass wir gesagt haben, da ist es unmöglich Renovierungsarbeiten durchzuführen, sodass es hier auch eine moderate Auswertung gegeben hat.

Ich darf auch dazu sagen, dass das kein Kredit ist, Wohnbauförderung ist in der Regel ein Kredit, sondern das ist ein Cash-Zuschuss, Bargeld, in der Höhe bis zu 5.000 Euro.

Viele Menschen nehmen das auch um das Haus barrierefrei zu machen, das haben wir auch damit ermöglicht, damit die Häuser, wenn man ins Alter kommt, eben barrierefrei gemacht werden. Auch diese Investitionen fallen in den Burgenländischen Handwerkerbonus hinein. Und auch das, glaube ich, ist eine wichtige Maßnahme, vor allem auch in Hinblick auf die ältere Generation, die darauf achtet, dass das Haus barrierefrei gemacht wird.

Also insofern ein Teil unserer hervorragenden Burgenländischen Wohnbauförderung, die speziell im Winter eingesetzt wird, ja gegen die Arbeitslosigkeit gerichtet ist und die auch den Menschen ermöglicht, einen sehr hohen Zuschuss zu machen, Investitionen vorzuziehen, das Haus zu renovieren oder barrierefrei zu machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? Bitteschön.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Welche Entwicklung zeigt der geförderte Mehrgeschosswohnbau im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon die sehr gute Burgenländische Wohnbauförderung angesprochen. Ich glaube anhand der Statistik sieht man am besten, wie gut die Wohnbauförderung ist.

Wenn man in der Statistik Austria nachliest und die Statistik Austria macht das objektiv für ganz Österreich, und auch für EURASTAT, dann sehen wir, dass wir im Burgenland die niedrigsten Mieten haben. Und ich glaube das ist das Wesentlichste, vor allem auch für junge Menschen die sich fragen, kann ich mir in Zukunft die Mieten noch leisten?

Leistbares Wohnen soll im Burgenland kein Schlagwort sein, sondern das leben wir, das ist nachzulesen bei Statistik Austria. Das zeigt, dass wir gut fördern, das zeigt aber auch, dass die burgenländischen Firmen gut arbeiten, das ist ein tolles Preisleistungsverhältnis gibt.

Das zeigt auch, dass in vielen Gemeinden der Baugrund noch erschwinglich ist, nämlich dass auch Baugrund in entsprechender Form zur Verfügung gestellt werden kann. Das wirkt sich natürlich auch positiv auf die Mieten aus und da gibt es viele Gemeinden, die sich bemühen preiswerten Baugrund für die Menschen auch zu schaffen.

Ich darf auch sagen, dass wir heuer und das ist wirklich ein Spitzenwert auch in Relation zu ganz Österreich 800 Wohnungen fördern werden. Wenn ich jetzt davon ausgehe, dass Wien achtmal größer ist, müssten die deutlich mehr Wohnungen bauen,

als sie tatsächlich bauen. Und in Relation zu Niederösterreich umgelegt auf die Einwohner, liegen wir da auch deutlich vorne.

Also wir sind österreichweit das Land, das, umgelegt auf die Einwohner, die meisten Wohnungen von allen Bundesländern fördert. Wir haben die niedrigsten Mieten, das heißt, leistbares Wohnen ist gegeben. Und wir lösen ein Bauvolumen aus, und darum geht es, durch die Burgenländische Wohnbauförderung im mehrgeschossigen Wohnbau von 150 Millionen Euro.

Und die inländische Wertschöpfung ist hier auch in einem großen Ausmaß gegeben, weil zirka 90 Prozent, fast 90 Prozent der burgenländischen Siedlungsgenossenschaften die 800 Wohnungen bauen, und burgenländische Firmen beauftragen, sowohl die Baustofffirmen als auch die Baufirmen, Baugewerbe, Baunebengewerbe, also insofern ein riesen Impuls.

„Wir bauen burgenländisch!“ ist zu einem Markenbegriff geworden, die Bürgermeister bekennen sich in einem großen Ausmaß dazu, unsere Siedlungsgenossenschaften bekennen sich dazu. Das heißt, Arbeit und Geld bleiben in hohem Ausmaß, von diesen 150 Millionen Euro, im Land und genau das war unser Ziel.

Da sind wir gut unterwegs und den Weg möchten wir auch weiter gehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? Bitteschön.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben es gerade angesprochen, auch in den Medien war es diese Woche zu vernehmen, zunehmend wird Wohnraum für junge Erwachsene in Österreich immer teurer. Mit der Sonderförderaktion "Junges Wohnen" beziehungsweise Starterwohnungen sorgen Sie für leistbare Mieten im Burgenland.

Wie viele Projekte "Junges Wohnen" beziehungsweise Starterwohnungen wurden bisher im Burgenland erfolgreich umgesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! „Junges Wohnen“ haben wir vor zwei Jahren gestartet, das erste Projekt wurde vor der Realisierung auch präsentiert, manche waren skeptisch, geht sich das überhaupt aus? Und wir können sagen, wir können jungen Menschen im Burgenland gute Starterwohnungen zur Verfügung stellen.

Starterwohnungen und das glaube ich, ist das Wesentliche, haben eine Miete von unter fünf Euro pro Quadratmeter. Das ist ein absolut toller Wert, dass es Wohnungen im Burgenland gibt für junge Menschen, Starterwohnungen, mit unter fünf Euro pro Quadratmeter.

Wir haben bis jetzt - vor zwei Jahren wurde gestartet, - 19 Projekte bereits realisiert, unter diesen fünf Euro und diese Projektumsetzung läuft natürlich weiter. Es befinden sich 151 Wohnungen im Bau und weiter 20 Wohnungen in Planung. Also "Junges Wohnen" ist nicht nur sage ich, eine Überschrift, sondern das wird von Nord bis Süd auch tatsächlich gelebt. Wir haben das mit 7,6 Millionen Euro bis jetzt auch gefördert.

Die Wohnungen sind relativ klein, 50 bis 55 Quadratmeter, deswegen sind sie auch Starterwohnungen. Es sind reine Mietwohnungen, die man nicht erwerben kann, weil man dort das eine andere Jahr, oder auch einige Jahre eben wohnt und wenn man Partnerschaften bildet, dann sind die Wohnungen auch zu klein.

Also insofern Starterwohnungen in allen Landesregionen, Starterwohnungen unter fünf Euro pro Quadratmeter, und da werden wir einige Projekte präsentieren, wo wir sogar deutlich unter fünf Euro zu liegen kommen, knapp über vier Euro. Auch das gibt es im Burgenland, das ist leistbares Wohnen, vor allen Dingen für die junge Generation.

Und da bin ich auch sehr, sehr froh, dass wir die Wohnbauförderung, immerhin mit 7,6 Millionen Euro für die jungen Menschen und für Starterwohnungen eingesetzt haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Im Rahmen der Sonderförderaktion ist es nicht möglich, Tischlerarbeiten abzurechnen? Woran liegt das?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ja weil die Wohnbauförderung, ja wie der Name schon sagt, dass der Bau gefördert wird. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sanierung.)* Bitte? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sanierung. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Sanierung.)*

Ja weil sich die Wohnbauförderung, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sanierung, der Handwerkerbonus ist auch für Sanierung möglich.)* die Sanierung auch orientiert an der Wohnbauförderung und das ein Teil der Wohnbauförderung ist, und das damit auch hauptsächlich die Baumaßnahmen, wie das in der Wohnbauförderung der Fall ist, eben gefördert werden.

Und der Erfolg zeigt, dass das viele in Anspruch nehmen, immerhin 1,2 Millionen Euro. Also das ist die Wohnbauförderung, oder Bau und nicht die Einrichtung. Entschuldigung, wenn ich die Tischlerarbeiten fördere, dann fördere ich die Einrichtung. Und die Einrichtung kann nicht Gegenstand der Wohnbauförderung sein, sondern das ist eine individuelle Sache, die ich dort auch gestalten muss, je nach Geschmack.

Wir fördern den Bau, dazu stehe ich, und das Baugewerbe profitiert davon und die Einrichtung, die muss jeder individuell gestalten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage wird gestellt von Herrn Landtagsabgeordneten Hirczy an Herrn Landeshauptmann Niessl. Ich bitte daher den Landtagsabgeordneten Hirczy um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gemäß Geschäftsordnung der Burgenländischen Landesregierung legt der Herr Landeshauptmann die Tagesordnung der Regierungssitzungen fest. Bereits in zwei schriftlichen Anfragen habe ich Sie daher gefragt, in welcher Regierungssitzung die Zustimmung die Landesregierung zur Zusammenlegung der Bezirksgerichtsprengel Güssing und Jennersdorf erteilt wurde?Beide Male haben Sie sich in Ihrer Antwort für nicht zuständig erklärt.

Wer hat diesen Tagesordnungspunkt für eine Regierungssitzung festgelegt, wenn Sie es offensichtlich nicht waren?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter. Sie unterliegen einem rechtlichen Irrtum, als Bürgermeister, muss ich dazu sagen. Als Bürgermeister sollten Sie wissen, dass Sie zwar die Tagesordnung erstellen, aber nicht immer zuständig sind für diesen Tagesordnungspunkt.

Ist ja auch in der Regierungssitzung so, dass es Zuständigkeiten gibt, und da sind ja auch ehemalige und aktive Regierungsmitglieder anwesend, die ihren Akt einbringen, und auch bei Gemeinderatssitzungen ist das so.

Der Bürgermeister legt die Tagesordnung fest ohne politisch dafür zuständig sein zu müssen. Also wenn Sie noch lange Bürgermeister sein wollen, dann werden Sie auch draufkommen, dass das so funktioniert und das auch so der Fall ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist jetzt nicht angesagt gewesen.)*

Das heißt, so ist es natürlich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist eine Frage gewesen, wie jede andere.)* Und ich habe eine Antwort gegeben, auch wie jede. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Zynisch, sehr gehässig. – Unruhe bei der ÖVP – Walter Temmel: Sehr, sehr gehässig. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Frage war sachlich.)* Nämlich, dass man aufgrund der Tagesordnung…*(Unruhe bei der ÖVP).*

Natürlich, und wenn einer sagt, in der Fragestellung, ja formuliert, wer hat diesen Tagesordnungspunkt festgelegt, wenn Sie ihn offensichtlich nicht haben, dann kriegt man auch die entsprechende Antwort auf diese Frage. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Er hat schon zweimal gefragt. Das war die dritte Frage, Herr Landeshauptmann.)*

Weil das ein Bürgermeister wissen muss. Ein Bürgermeister muss wissen, dass er eine Tagesordnung erstellt, wo er nicht für jeden Tagesordnungspunkt politisch verantwortlich ist. Das sollte man wissen. Also das habe ich nur betont, dass das ein Unterschied ist.

Nächster Punkt. Es gibt diese zwei Anfragen. Ich habe Ihnen auch in den schriftlichen Anfragen mitgeteilt, dass gemäß Kompetenzverteilung des Bundesverfassungsgesetzes die Gerichtsbarkeit sowohl in Straf- und auch in Zivilrechtssachen alleinige Kompetenz des Bundes ist. Es ist eine korrekte, rechtlich einwandfreie Antwort, die ich Ihnen gegeben habe, und die ich Ihnen jetzt wieder gebe.

Somit ist die alleinige Zuständigkeit des ÖVP-Justizministers Brandstetter gegeben. Sie haben auch den Justizminister in Ihren Klub eingeladen, um ihm das auch zu sagen, und Sie hätten auch mit Ihren Nationalratsabgeordneten direkt die Anfrage an die zuständige Stelle des Bundes stellen können, dann hätten Sie auch dort die entsprechende Antwort bekommen, weil die Zuständigkeit dort ist.

Laut Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, und das wissen Sie auch, dass schriftliche Anfragen an Regierungsmitglieder nur über Angelegenheiten gerichtet werden dürfen, die in den Vollzugsbereich von Landesorganen betreffen. Und ich weise nochmals darauf hin, vielleicht noch dreimal, wenn Sie mich fragen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer macht den Akt dann?)* dass die Schließung von Bezirksgerichten Bundesvollzug und nicht Landesvollzug *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum macht man dann einen Regierungsbeschluss?)* ist.

Also, dass der Herr Justizminister zuständig ist, den Sie eingeladen haben. Sie wissen das, ich habe Ihnen das schriftlich mitgeteilt. Jetzt fragen Sie mich mündlich, aber ich gebe Ihnen natürlich gerne noch einige Male mündlich die Antwort, die ich Ihnen schriftlich schon zweimal gegeben habe.

Und das Interpellationsrecht auf Bundesebene, das hätten Sie nützen sollen, dann hätten *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Fragen wer den Regierungsakt im Burgenland macht?)* Sie die Komponente an der zuständigen Stelle. Entschuldige, Sie können eine Zwischenfrage stellen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da bin ich schon dabei.)* Sind Sie Dauerredner, oder *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da bin ich schon dabei.)* dann melden Sie sich nachher zu Wort. Ja.

Also was haben Sie für ein Problem? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat den Regierungsakt beschlossen, die Bundesregierung allein?)* Entschuldige, haben Sie Jus studiert, oder sind Sie schon ausgestiegen aus der ganzen Sache? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat den Regierungsakt beschlossen?)* Ja, noch einmal, ich habe Ihnen gesagt, zuständig…*(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Frau Dunst, der Herr Illedits, wer war es? Sie wahrscheinlich, oder? – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, der Herr Landeshauptmann ist am Wort.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) *(fortsetzend)*: Wenn einer der Jus studiert, derartige Fragen stellt, dann frage ich mich, ob Sie das Studium verfehlt haben? *(Abg. Mag. Christof Wolf: Falsche Antwort, Fünf, bitte setzen.)* Ja, sage ich auch dazu, es ist eine Bundeszuständigkeit, der *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist Hochmut, sonst nichts. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bitte, Herr Landeshauptmann. - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sagen Sie, wann Sie es beschlossen haben.)* Bundesminister. *(Abg. Manfred Kölly: Was ist denn da los?)*

Es ist eine Bundesstelle, die zuständig ist, und einer der Jus studiert hat, muss wissen die Zuständigkeiten und wenn er es nicht weiß, dann tun Sie mir leid *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 1925 – Bundesgesetz.)* und damit können wir das Gespräch mit Ihnen beenden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Na das ist die elementare Bundesverfassung, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, das ist ein Affront.)* wenn ein Abgeordneter da sitzt, der die Bundesverfassung nicht kennt, dann ist er fehl am Platz, dann sage ich Ihnen das noch deutlicher. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Den Satz den wiederholen Sie aber noch einmal jetzt.)*

Natürlich, sage ich Ihnen. Wenn Sie die Bundesverfassung nicht kennen und Jus studiert haben, dann sind Sie fehl am Platz. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist aber wirklich das Letzte. Da haben viele nicht Jus studiert. – Abg. Walter Temmel: Das ist eine Frechheit. – Unruhe bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Wollen Sie das jetzt noch einmal hören? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist denn das für ein Ansatz? – Unruhe bei der ÖVP)* Ja, gut. Sie sollten die Bundesverfassung als Abgeordneter kennen und *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* wer zuständig ist. Gut.

Also der Bund ist zuständig, der Justizminister hat das so gemacht und die Landesregierung hat zugestimmt und das ist die ganze Sache. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na die Landesregierung hat zugestimmt! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt haben wir es!)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Hirczy.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Bereits mehr als 1.000 Menschen haben die Petition an Sie und Minister Brandstetter gegen die Schließung des Bezirksgerichtes Jennersdorf unterschrieben. *(Abg. Ilse Benkö: Der kann*

ja nichts machen, der ist nicht zuständig!) Darunter auch die 12 Bürgermeister des Bezirkes.

Werden Sie Ihre Entscheidung zurücknehmen?

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Also ich kann Ihnen die gleiche Antwort noch einmal geben. Ich darf Ihnen jetzt das Schreiben des Herrn *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt hätte ich eine andere Frage gestellt, aber nicht die!)* Justizministers beziehungsweise des Justizministeriums auch vorlesen, damit wir wissen wer zuständig ist, wenn die das selbst schreiben. Also wenn Sie mir nicht glauben, dass das Justizministerium zuständig ist, dann gebe ich Ihnen das Schreiben des Justizministeriums.

Das Bundesministerium für Justiz hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, dass die grundsätzlich im 19. Jahrhundert geprägte und in wesentlichen Teilen noch aufrechte Gerichtsorganisation nicht mehr den Lebensumständen, wie den Verkehrsverhältnissen und dem Rechtsleben, entspricht. Justizministerium - sieht man das zuständig ist.

Es sei daher Ziel des Bundesministeriums für Justiz, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen regionaler Nähe, fachlicher Kompetenz und den hiefür aufzuwendenden Mitteln zu schaffen. Das ist das Justizministerium. Das ist die Meinung des Justizministeriums *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir wollen nur wissen, wann zugestimmt worden ist! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie hätten nein sagen können!)*

Da können Sie die nächste Frage stellen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich brauche keine Frage! Das stelle ich fest!)* Sie können etwas feststellen oder auch nicht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Weil es so ist! Im Bundesgesetzblatt im Überleitungsgesetz…)*

Warum haben Sie das nicht dem Herrn Justizminister gesagt? *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Das Justizministerium weist in dem Schreiben darauf hin, warum die Bezirksgerichte zu schließen sind, und da muss ich sagen, habe ich mehr Vertrauen zum Herrn Justizminister, zu seinen Maßnahmen, als zu Ihren Ausführungen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Hirczy.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Landeshauptmann!

Warum wurde in acht anderen Bundesländern von dort zuständigen Landeshauptmännern der Schließung von Bezirksgerichten nicht zugestimmt, nur im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Da müssen Sie die Landeshauptmänner der anderen Bundesländer fragen. Außerdem sind viel mehr… *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ Abg. Ing. Rudolf Strommer: Es gibt keinen einzigen Bezirk ohne ein Bezirksgericht!)*

Präsident Christian Illedits| *(das Glockenzeichen gebend):* Herr Abgeordneter Strommer, Sie können sich zu Wort melden. Jetzt ist zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Mag. Sagartz.

Bitte Herr Abgeordenter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich habe in der Frage zum Handwerkerbonus sehr sachlich gefragt. Ich probiere es ein weiteres Mal, da war die Antwort sehr sachlich.

Wann hat die Burgenländische Regierung gemäß dem Übergangsgesetz vom 1. Oktober 1920 der Schließung des Bezirksgerichtes Jennersdorf zugestimmt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich werde wieder versuchen eine sachliche Antwort zu geben und kann auf das Schreiben des Justizministeriums auch hinweisen, wo das Justizministerium - ich lese weiter vor, also das ist das Schreiben des Justizministeriums nicht von uns: Das Bezirksgericht Jennersdorf gehöre zu den sogenannten Kleinstbezirksgerichten, der Geschäftsanfall habe im Jahr 2011 lediglich einen Richter ausgelastet.

Neben der dadurch auftretenden personellen Problematik im Vertretungsfall entspräche der Richter eines Kleinstbezirkes, welcher in seiner Tätigkeit auch im Lokalgeschehen eingebunden ist, nicht mehr dem modernen Richterbild - Justizministerium, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir sind Ihrer Meinung, dass wir dagegen sind! Sie sind zuständig!)* nicht meine Aussage - die richterliche Unabhängigkeit - jetzt muss man wirklich aufpassen, jetzt wäre es gescheit wenn Sie aufpassen würden - die richterliche Unabhängigkeit, Unvoreingenommenheit und Unbefangenheit nach außen glaubhaft zu vertreten.

Ich kann das noch einmal sagen und da sollten Sie wirklich aufpassen, weil, das müssen Sie ja mitkriegen. Die richterliche Unabhängigkeit, Unvoreingenommenheit und Unbefangenheit nach außen glaubhaft zu vertreten - sagt wortwörtlich das Justizministerium. Ein weiterer Effekt sei, dass Richtern von Kleinstbezirksgerichten die berufliche Fortbildung *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Man kann anderer Meinung sein, aber wann war der Beschluss?)* sowie eine allfällige Spezialisierung erschwert werden. Ein Effekt, der nicht dem Ziel einer kontinuierlichen Rechtsprechung und Rechtsfortbildung folge.

Also Entschuldigung, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wann war der Beschluss, Herr Landeshauptmann?)* wenn das schriftlich das Justizministerium hergibt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wann war der Beschluss, Herr Landeshauptmann?)* dann soll ich als Nichtrichter - Sie sind ein Dauerredner - *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wann der Beschluss war, Herr Landeshauptmann?)* also insofern wenn das das Justizministerium *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wann war der Beschluss?)* wortwörtlich hergibt, dann kann doch ich nicht als Nichtrichter und als Nichtjurist sagen, ich glaube nicht dem Justizministerium und stimme dem Justizministerium nicht zu bei diesen deutlichen Worten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wann, wann, wann?)*

Also insofern ist das das Ergebnis des Justizministeriums, das Schreiben des Justizministeriums und dass ich - noch einmal - dem Justizministerium mehr glaube als Ihnen, liegt auf der Hand. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Konnte durch die Zusammenlegung des Bezirksgerichtes Jennersdorf mit dem Bezirksgericht Güssing somit auch eine Schließung des Bezirksgerichtes Güssing abgewendet werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich gehe davon aus, dass die meisten Abgeordneten, nicht alle, wissen, dass ursprünglich geplant war fünf Bezirksgerichte zu schließen. Der Bundesrechnungshof - auch das kann ich jetzt vorlesen, erspare Ihnen das - hat festgestellt, dass fürs Burgenland zwei Bezirksgerichte reichen und natürlich ist, dass wir uns jahrelang dafür eingesetzt haben - ich weiß nicht was Sie gemacht haben als Bürgermeister von Jennersdorf, damit das Bezirksgericht erhalten bleibt.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass nicht fünf - das ist eine Leistung - dass nicht fünf Bezirksgerichte geschlossen werden, sondern dass eines geschlossen wird. Es wäre auch Güssing geschlossen worden. Aber der Herr Justizminister ist dem Burgenland entgegengekommen - das sage ich auch. Ist ja interessant, dass die ÖVP den eigenen Justizminister kritisiert und ich verteidige ihn, das sind ja verkehrte Rollen. Aber er hat sich bemüht und hat in Güssing massiv investiert, damit das Bezirksgericht Güssing fürs südliche Burgenland erhalten bleibt und nicht geschlossen wird.

Genau das ist der Weg wo ich sage, wenn man Güssing auch noch zugesperrt hätte, dann wäre das zu viel gewesen. In Güssing ist investiert worden, das war der Vorschlag. Ich bin ein Konsenspolitiker, sehe den Vorteil fürs südliche Burgenland, nämlich nicht bei den Bezirksgerichten den Kahlschlag zu machen und damit haben manche Gemeinden einen kürzeren Weg nach Güssing als sie tatsächlich nach Jennersdorf haben.

Also damit haben wir den Süden abgesichert für die nächsten Jahre. In Güssing ist investiert worden und das war der Vorschlag des Justizministers, den ich für intelligent gehalten habe und gesagt habe, ja wir schließen nicht fünf, wir schließen eines und wir investieren in Güssing. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Weg. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Herr Landeshauptmann! Durch das Mitverfolgen der Debatte ist jetzt eine Frage für mich offen. Es ist keine Glaubensfrage und keine Kompetenzfrage, aber ich hörte den Kollegen Sagartz fragen, wann wurde denn der Beschluss in der Landesregierung gefasst, und ich habe noch nicht die Antwort darauf gehört. Das wäre nur ein Datum.

Könnten Sie nur bitte das Datum nennen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Danke! – Beifall bei der ÖVP)*

Und ich bitte Sie darauf zu verzichten, irgendjemanden verächtlich zu machen. Danke.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sie werden ja nicht glauben, wir beschließen 14tätig 50 Beschlüsse. Das heißt, ich kann nicht von jedem Beschluss, das sind 100 im Monat, das sind in dem Jahr 600 Beschlüsse, die in etwa die Burgenländische Wohnbauförderung, ich meine die Burgenländische Landesregierung - auch im Bereich der Wohnbauförderung - beschlossen hat.

Sie können nicht von mir verlangen, dass ich von hunderten Beschlüssen weiß, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zwei!)* an welchem Tag die Beschlüsse gemacht wurden. Da muss man eben nachschauen.

Was hat das für eine Relevanz, ob das jetzt im April, im Jänner oder im Mai war? Ich verstehe die Relevanz der Frage überhaupt nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie müssen sie ja nicht verstehen! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So, die Fragestunde ist jetzt durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: "Burgenland auf Wachstumskurs: Arbeitsmarkt und regionale Wirtschaft weiter stärken

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung, *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* zur Aktuellen Stunde zum Thema: „Burgenland auf Wachstumskurs: Arbeitsmarkt und regionale Wirtschaft weiter stärken", die vom SPÖ-Landtagsklub beantragt wurde.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum - bitte um Ruhe - *(der Präsident gibt das Glockenzeichen)*zum Thema darzulegen, sodann ist je einem Sprecher jener Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf fünf Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf fünf Minuten beschränkt, außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden können.

Und schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde.

Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Hergovich das Wort.

Ihre Redezeit, Herr Abgeordneter, ist, wie bereits erwähnt, auf 15 Minuten beschränkt. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sozialdemokratie hat sich entschlossen, heute eine Aktuelle Stunde hier im Hohen Haus zu debattieren, weil wir im Wesentlichen zwei Gründen vorfinden. Es sind einerseits die Erfolge des Burgenlands, die Zahlen,

Daten und Fakten, die das Burgenland im Moment ausweist, die besonders sind und sie sind auch aktuell.

Ich werde auch im Anschluss daran noch genauer darauf eingehen. Andererseits haben wird durchaus das ambitionierte Ziel, diesen Wachstumskurs zu stärken, diesen Wachstumskurs zu verstärken, ihn auch weiter zu gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland kann sich sehen lassen. Die Daten, so wie es da steht, *(Abg. Robert Hergovich zeigt eine Grafik)* können sich wirklich sehen lassen. Ich möchte das auch an Zahlen, Daten und Fakten fest machen.

Beispielsweise, wenn wir uns das Wirtschaftswachstum der letzten fünf Jahre ansehen, dann werden wir feststellen, dass das Burgenland hier den absoluten Topwert verzeichnen kann. In den letzten fünf Jahren konnten wir zweimal auf dem zweiten Stockerl landen und dreimal sogar den Platz Eins erringen, was das Wirtschaftswachstum in Österreich anbelangt.

Auch heuer haben wir wieder ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Das ist deshalb so wichtig, weil damit Hand in Hand auch eine hervorragende Entwicklung am Arbeitsmarkt mitgeht.

Mein sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland hat zum siebenten Mal in Folge Rekordbeschäftigung. Noch nie, noch nie in unserer Geschichte des Burgenlands haben so viele Menschen Beschäftigung gefunden, wie jetzt gerade. Das ist wirklich ein besonderer Wert.

Wir dürfen auch darauf hinweisen, dass wir ein überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum vorfinden, mit einem durchschnittlichen Plus von rund 1.400 Arbeitsplätzen pro Jahr, beeindruckend hier, das sind die Daten des Arbeitsmarktservice Burgenland, die hier auch Bände sprechen. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Trendwende ist geschafft, die Arbeitslosigkeit sinkt das neunte Mal in Folge.

Neun Monate hintereinander sinkt die Arbeitslosigkeit und auch das ist etwas Besonderes, das ist nicht selbstverständlich. Eine Situation, die wir erstmals innerhalb von fünf Jahren hier vorfinden.

Auch der Nächtigungsrekord im Bereich des Tourismus kann sich sehen lassen. Wir haben erstmalig die magische drei-Millionen-Mauer durchbrochen und verfügen über mehr als drei Millionen Nächtigungen in unserem Heimatland Burgenland. Wir bleiben auch auf Erfolgskurs, denn die Zahlen zwischen Jänner und April weisen ebenfalls eine Plus von 1,5 Prozent auf. In den Wintermonaten waren wir sogar noch besser unterwegs und können hier ein Plus von 2,5 Prozent feststellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland ist zur Ganzjahresdestination geworden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland hat sich in den letzten Jahrzehnten unglaublich gut entwickelt. Darauf können wir stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen! Meine Herren! Aufgrund genau dieser Zahlen, Daten und Fakten kann man durchaus vom Wirtschaftswunder Burgenland sprechen. Wir sind in der besseren Lage als die anderen Bundesländer. Bei uns wächst die Wirtschaft dynamischer und stärker als in den anderen Bundesländern. Bei uns sinkt die Arbeitslosigkeit deutlicher. Bei uns wird die Beschäftigung mehr angezogen wie in den anderen Bundesländern.

Also, vom Wirtschaftswachstum Burgenland zu sprechen ist nicht übertrieben. Das zeigen auch die nackten Zahlen, Daten und Fakten, die die Statistik Austria hier dem Burgenland bescheinigt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht selbstverständlich. Ich weise darauf hin, dass das alles unter ganz besonderen Rahmenbedingungen stattfindet. Ich weise darauf hin, dass das Burgenland eine besondere Situation vorfindet. Wir grenzen an drei Staaten. Es ist bekannt, dass wir an die Slowakei, Slowenien und Ungarn grenzen, das Burgenland über eine rund 400 Kilometer lange Außengrenze verfügt, im Detail 397 Kilometer Außengrenze hat, und wir in der sogenannten Wohlstandskante leben.

Was bedeutet denn die Wohlstandskante? Na ganz einfach: Rund um das Burgenland leben rund eine Million Menschen, die in 30 Minuten Autofahrt hier im Burgenland wären und hier das Dreifache, Vierfache von dem verdienen könnten, was sie in ihren Heimatländern verdienen. Also ein Drittel des Lohnes in ihren Ländern erhalten und natürlich diese halbe Stunde gerne in Kauf nehmen würden mit dem Auto, wenn sie ihr Einkommen deutlich verbessern würden.

Also, der Druck am Arbeitsmarkt, der ist gegeben, sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als auch für die Unternehmungen. Ich weise auch darauf hin, dass wir 18 Prozent Einpendlerinnen und Einpendler aus dem benachbarten Ausland verzeichnen im Burgenland und gerade unter diesen schwierigsten Rahmenbedingungen haben wir uns trotzdem besonders entwickelt und ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum verzeichnen können. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen, die das Burgenland vorfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, festzuhalten ist aber auch, das ist kein Konjunkturautomatismus der hier passiert, ganz im Gegenteil, dieser positive Trend ist sehr stark auch hausgemacht. Denn wir liegen im Wirtschaftswachstum konstant über dem österreichischen Schnitt und das ist etwas ganz Besonderes, also da machen wir etwas besser als die anderen Bundesländer, als der österreichische Durchschnitt.

Und, wie es das WIFO erst vor wenigen Tagen formuliert hat, das Burgenland ist der positive „Ausreißer“ in der Ostregion. Also, die Ostregion hat natürlich zu kämpfen, weil sich das Lohnniveau völlig anders entwickelt wie im westlichen Österreich und das Burgenland kann hier als der sogenannte „Ausreißer“ besondere Daten liefern. Da können wir durchaus stolz sein.

Ich bedanke mich bei allen konstruktiven Kräften, die dazu beigetragen haben, dass das Burgenland so gut dasteht. Ich bedanke mich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei den Unternehmungen, die hart und fleißig für diese Erfolge arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt geht es aber darum, diese positive Entwicklung, diesen Wachstum zu verstärken und ihn voranzutreiben. Das wollen wir durch mehrere Maßnahmen tun.

Beispielsweise wollen wir die höchste Wirtschaftsförderung, die wir je im Burgenland gehabt haben, vorantreiben. 26 Millionen Euro stehen der regionalen, der heimischen Wirtschaft, im Budget für das heurige Jahr zur Verfügung. Die höchste Wirtschaftsförderung, die wir je im Burgenland gehabt haben. Auch die höchste Investitionsquote aller österreichischen Bundesländer, immerhin 235 Millionen Euro, die das Land Burgenland in Wachstum und in Beschäftigung investiert, soll beibehalten und vorangetrieben werden.

Wichtig sind jedenfalls auch Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Lehrlinge, für junge Menschen, die diese Zusatzqualifikation auch benötigen. Auch hier nehmen wir Geld in die Hand, auch für junge Menschen, sehr stark für junge Menschen, immerhin 2,1 Millionen Euro, allein im heurigen Jahr.

Wir fördern darüber hinaus weiterhin die überbetrieblichen Lehrwerkstätten. Junge Menschen brauchen Perspektiven. Für 641 junge Menschen geben wir 2,6 Millionen Euro aus. Wir werden auch die Sonderförderung für ältere Arbeitslose vorantreiben, Jobs im Dorf damit schaffen, ganz, ganz wesentlich.

Mit der besten Wohnbauförderung, die wir schon in der Fragestunde diskutiert haben, setzen wir ebenfalls einen Riesenschritt in Richtung Beschäftigung und Investitionen. Mit dem Handwerkerbonus versuchen wir vor allem, in den Wintermonaten die Konjunktur hoch zu halten und Beschäftigung voranzutreiben.

Investitionsförderungen im Tourismus oder auch die Förderungen für die Nahversorgung in den Gemeinden sind ebenfalls ganz, ganz wichtige Puzzleteile, die zu diesen tollen Daten und Fakten natürlich beitragen.

Ich bedanke mich hier vor allem bei zwei Landesräten, die dafür zuständig sind. Das ist natürlich für die Wirtschaft und für den Tourismus der Landesrat Petschnig und für den Arbeitsmarkt der Landesrat Darabos. Ich danke Euch für diesen Einsatz. Diese großartigen Zahlen habt Ihr deutlich mitzuverantworten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das ist auch die erfolgreiche Politik des Burgenlandes. Denn diese Ausnahmesituation, das Wirtschaftswunder Burgenland, fällt ja nicht vom Himmel. Das muss hart erarbeitet werden. Das Burgenland ist sicher eine Vorzeigeregion, wenn man sich anschaut wie sie arbeiten, nämlich Arbeit vor Streit, arbeiten statt streiten. Gemeinsames vor das Trennende zu stellen und etwas weiterzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das zählt und nichts anderes. Am Ende des Tages beurteilen die Menschen: Geht etwas weiter oder nicht. Gibt es Ergebnisse, gibt es Reformen, gibt es Rahmenbedingungen, die notwendig sind, sich wirtschaftlich gut zu entwickeln, Beschäftigung zu schaffen und sonst nichts?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen aber auch neue Schwerpunkte setzen, die ganz klar diesen Wachstumskurs vorantreiben. Erstens wollen wir die Entrümpelung der Landesgesetze durchführen. Wir wollen eine Rechtsbereinigung machen, die das Burgenland in den letzten Jahrzehnten noch nicht gesehen hat. Wir wollen den Bürokratiepalast damit abwerfen und wollen künftig eine Rechtsbereinigung machen, wo wir wieder eine Nummer-Eins-Position aller österreichischen Bundesländer innehaben.

Das machen wir natürlich laufend, auch in der heutigen Landtagssitzung. Aber, wir wollen das natürlich auch im kommenden Jahr ganz verstärkt machen, um hier die Rechtsbereinigung voranzubringen.

Ich möchte ein zweites Beispiel formulieren. Wir müssen uns auch vorbereiten auf die Zeit nach 2020. Wenn die gute Förderung der Europäischen Union möglicherweise nicht mehr in diesem Ausmaß besteht, dann müssen wir vor allem bei den Genehmigungsverfahren deutlich effizienter und schneller werden. Das wollen wir auch tun, und uns hier einen Wettbewerbsvorteil auch schaffen. Schneller, besser, effizienter zu werden als andere, als alle anderen Bundesländer in Österreich, um damit einen Kraftakt für die Wirtschaft und für die Arbeitnehmer zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gesagt, die Politik kann nur Rahmenbedingungen schaffen, die Erfolge machen Unternehmungen, die Erfolge erarbeiten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Aber die Rahmenbedingungen, die müssen von der Politik geschaffen werden, die müssen vorangetrieben werden. Um diese wichtigen Rahmenbedingungen geht es nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich. Dazu braucht man auch wichtige Projekte.

Bundeskanzler Christian Kern hat in seinem Plan A viele wichtige Projekte formuliert. Gerade jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade jetzt, und das ist besonders bedauerlich, wo die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt, nicht nur deutlich im Burgenland, sondern auch in ganz Österreich, gibt es Neuwahlen.

Ich hoffe, dass diese grundsätzlich gute Stimmung in der Wirtschaft, bei den Unternehmungen, die Investitionsbereitschaft signalisieren und auch durchführen, diese gute Stimmung durch Neuwahlen nicht gefährdet wird. Das wird man sehen.

Zentraler Punkt ist aber, dass gute Projekte, die schon in der Pipeline sind, auch umgesetzt werden. Ich möchte nur eines hervorheben, es ist ein Projekt, das für das Burgenland von besonderer Bedeutung ist, es ist der Beschäftigungsbonus und die „Aktion 20.000“. Das dürfte kommen. Ich hoffe es. Denn das Burgenland braucht es, und es darf nicht enden, wie die Bildungsreform gestern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben viel vor. Es sind große Anstrengungen notwendig, um diesen Wachstumskurs auch weiter gehen zu können. Beispielsweise muss man auch den Kampf gegen Preis und Lohnbetrug vorantreiben.

Ich war erst vor kurzem bei einer Firma, bei einer Baufirma hier im Bezirk Eisenstadt, beim Tag der offenen Tür, und hatte dort die Gelegenheit mit vielen Unternehmungen in der Baubranche zu sprechen. Sie haben mir ihr Leid geklagt und gesagt, wir brauchen viel mehr Kontrollen.

Denn es herrscht ein unlauterer Wettbewerb, vor allem in der Baubranche, im Bau- und Baunebengewerbe. Hier braucht man stärkere Kontrollen, um faire Rahmenbedingungen, fairen Wettbewerb für unsere heimischen Betriebe auch vorzufinden. Auch das wird ein zentraler Schwerpunkt sein, den wir hier vorantreiben wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, unser Heimatland Burgenland steht wirklich sehr gut da. Jetzt geht es darum, diesen Wachstumskurs voranzutreiben. Die Republik Österreich benötigt Reformen. Ich glaube, wir im Burgenland zeigen vor, wie das funktionieren kann.

Wir gelten durchaus als Musterregion hier in ganz Österreich und ich kann mich nur nochmals bei allen bedanken, die diesen erfolgreichen Weg mitgehen, die dafür sorgen, dass Menschen in Beschäftigung kommen, dass die Wirtschaft wächst. Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben es sich verdient. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erfolg, Erfolg ist kein Zufall. Es ist daher sicherlich auch kein

Zufall, dass das Burgenland, dass diese Landesregierung, dass diese Koalition in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt auf durchaus gute Zahlen, Daten und Fakten verweisen kann.

Diese Koalition hat sich ein klares Ziel gesetzt in ihrem Übereinkommen für die laufende Gesetzgebungsperiode. Wir haben einen klaren Schwerpunkt gesetzt auf die Bereiche Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Erstes Ziel war, ist und bleibt die Stärkung des Wirtschaftsstandortes unter der Ressortverantwortung von Landesrat MMag. Petschnig und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter der Ressortverantwortung von Mag. Norbert Darabos.

Das Wirtschaftsprogramm dieser Koalition zielt insbesondere darauf ab, burgenländische Arbeitsplätze zu sichern, burgenländische Arbeitsplätze zu schaffen und mehr Beschäftigung für Burgenländer zu erreichen. Das ist das klare politische Ziel unserer Koalition.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, kann ein kleines Bundesland die Entwicklungen der großen Welt nicht ins Gegenteil verkehren. Es gibt selbstverständlich Faktoren, die wir nicht beeinflussen können. Es gibt selbstverständlich Umstände, die wir nicht ändern können.

Natürlich haben wir gerade wenn wir über Wirtschaft und Arbeitsmarkt reden, mit unionsrechtlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen, die nicht unbedingt ein Vorteil sind, wenn es um die Arbeitnehmerfreizügigkeit geht, wenn es um die Dienstleistungsfreiheit geht, wenn es um das Thema Lohn- und Sozialdumping geht. Natürlich macht uns, Kollege Hergovich hat es erwähnt, die geografische Lage des Burgenlandes zu schaffen.

Wir leben an der Wohlstandskante, das erzeugt zusätzlichen Druck. Und natürlich ist es auch nicht besonders hilfreich, wenn in Wien eine Regierung sitzt, die seit Jahr und Tag das Gegenteil von unserer Regierung hier im Burgenland tut, nämlich streiten, blockieren und dabei zuschauen, wie die Probleme von Tag zu Tag größer werden.

Das heißt, die Rahmenbedingungen könnten insgesamt natürlich besser sein, aber dennoch können wir heute, nach fast zwei Jahren dieser Koalition, dieser Landesregierung, durchaus Zuversicht aus unserer Zwischenbilanz ziehen.

Kollege Hergovich hat bereits ausgeführt, dass sich das Burgenland auf Wachstumskurs befindet, auf Erfolgskurs befindet, und dass wir mit den wesentlichen Kennzahlen in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt im österreichischen Spitzenfeld liegen, und das mittlerweile beständig.

Die Beschäftigung steigt stärker als anderswo. Die Arbeitslosigkeit sinkt schneller als anderswo und die Wirtschaft wächst schneller und stärker als anderswo. Für 2017 sind für das Burgenland 2,4 Prozent Wirtschaftswachstum prognostiziert. Damit nehmen wir laut Prognose momentan gemeinsam mit Vorarlberg den ersten Platz ein.

Und, das wurde auch schon erwähnt, auch im Tourismus liegen wir im österreichischen Spitzenfeld und auch im Jahr "Eins" nach dem absoluten Rekordjahr was die Nächtigungen 2016 angeht, sind wir sehr erfolgreich unterwegs.

Meine Damen und Herren, zum Arbeitsmarkt! Sie wissen, dass wir Freiheitlichen seit jeher auch mit einer kräftigen Portion Skepsis und Unbehagen auf die immer neuen Beschäftigungsrekorde geschielt haben, weil wir lange Zeit mit einer Situation konfrontiert waren, in der zumindest statistisch ersichtlich war, dass von neugeschaffenen Arbeitsplätzen ausschließlich ausländische Arbeitskräfte profitieren und eben keine Inländer beziehungsweise keine Burgenländer.

Ja, aber auch hier haben wir die Trendwende geschafft, wie die jüngsten Arbeitsmarktzahlen zeigen. Ich nehme jetzt den April 2015 her, also zwei Monate vor Bildung dieser Landesregierung und den April 2017, das ist der letzte Monat, der datenmäßig vollständig vorliegt.

Im April 2017 gab es im Burgenland um 2.460 Arbeitsplätze mehr als noch im April 2015. Statistisch betrachtet gingen 80 Prozent dieser neu geschaffenen Arbeitsplätze an Ausländer, 20 Prozent an Inländer.

Es versteht sich von selbst, dass wir mit diesem Verhältnis noch lange nicht zufrieden sind, weil die Lage nach wie vor eine eklatante Schieflage ist, aber der Weg stimmt. Die Situation hat sich deutlich verbessert, denn - ich habe es schon erwähnt - wir hatten in den Jahren zuvor eine Situation, in der ausschließlich ausländische Bürger von neu geschaffenen Arbeitsplätzen im Burgenland profitiert haben.

Noch deutlicher ersichtlich wird diese positive Entwicklung, wenn wir uns den Rückgang der Arbeitslosigkeit ansehen. Wir hatten im April 2017 in etwa um sieben Prozent weniger Arbeitslose als noch im April 2015. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer hat um fünf Prozent zugenommen. Die Zahl der arbeitslosen Inländer um neun Prozent abgenommen.

Meine Damen und Herren! Das heißt, wir haben hier die Trendwende geschafft, diese Landesregierung hat die Trendwende geschafft. Diese Koalition ist auf dem richtigen Weg, wenn es um das klare politische Ziel geht, burgenländische Arbeitsplätze für Burgenländer zuerst.

Herr Präsident! Erfolg ist kein Zufall. Das zeigen auch die soeben skizzierten Entwicklungen. Diese Koalition hat sich von allem Anfang an zu einer klaren Kompetenzaufteilung, auch das muss man erwähnen, innerhalb dieser Landesregierung bekannt und Schwerpunktressorts gebildet. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche, effektive, für eine effiziente politische Arbeit. Es gibt keinen hinderlichen parteipolitischen Wettbewerb mehr innerhalb der Landesregierung, wenn es um wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Konzepte und Initiativen geht.

Diese Regierungsmitglieder ziehen an einem Strang. Es gibt weder Futterneid noch Missgunst und diese Koalition hat den festen Willen zur gedeihlichen Zusammenarbeit. Diese Zahlen belegen, dass wir auch im Stande sind, unsere Zielsetzungen zu erreichen. Es gibt eine klare Einigkeit, wenn es um Investitionen geht, es gibt eine klare Einigkeit, wenn es um Maßnahmen geht im Bereich der Wirtschaftsförderung, im Bereich der Tourismusförderung, es gibt einen klaren Konsens.

Der Landeshauptmann hat es in der Fragestunde schon gesagt, wenn es darum geht, auf burgenländisch zu bauen, burgenländisch zu kaufen, burgenländisch zu vergeben und vor allem auch im Bereich der Landesunternehmungen primär auf burgenländische Wirtschaftstreibende und burgenländische Arbeitnehmer zu setzen, sofern dies rechtlich möglich ist, denn auch hier spielt uns das Unionsrecht hinein.

Meine Damen und Herren! Wenn die Opposition im Anschluss auch Kritik üben wird, das sei ihr selbstverständlich unbenommen. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sagt das?)* Manfred Kölly ist immer eine Ausnahme. Ich gehe davon aus, dass es auch Kritik geben wird. Natürlich kann man, was konkrete Konzepte, konkrete Maßnahmen, konkrete Initiativen betrifft immer unterschiedlicher Meinung sein.

Aber wir können nach zwei Jahren dieser Koalition mit Fug und Recht behaupten, dass die Zahlen, Daten und Fakten in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt unseren

Weg bestätigen. Wenn heute gejammert wird, dann passiert das zugegebenermaßen auf einem sehr hohen Niveau.

Wir als Koalition wollen unseren Weg jedenfalls beibehalten, wir wollen die Trendumkehr am Arbeitsmarkt verfestigen, bestätigen, weiter fortsetzen. Wir wollen mehr Burgenländer in Beschäftigung bringen, wir wollen Österreichmeister im Tourismus und im Wirtschaftswachstum bleiben und wir wollen im eigenen Bereich weiterhin all das tun, was wir tun können.

Wenn es um Maßnahmen, Initiativen und um Schritte geht, die auf anderen Ebenen gesetzt werden müssen, dann werden wir auch weiterhin diese Maßnahmen und Schritte mit der entsprechenden Beharrlichkeit einfordern. Sei es in Fragen des Unionsrechts. Das Feld der Arbeitnehmerfreizügigkeit muss noch bearbeitet werden, sei es aber auch in Fragen der Bundesgesetzgebung, wenn es um die gewerberechtlichen Voraussetzungen geht, wenn es um das Steuerrecht geht oder auch wenn es, wie in den letzten Sitzungen besprochen, um Infrastrukturprojekte mit überregionaler Bedeutung geht, die wir auch im Burgenland dringend brauchen.

Erfolg ist kein Zufall, meine Damen und Herren. Diese Regierung ist erfolgreich. Diese Koalition im Landtag ist erfolgreich. Gehen wir guten Mutes in die nächsten drei Jahre im Interesse unserer Wirtschaft, im Interesse unserer Arbeitnehmer und im Interesse unseres Heimatlandes. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Sargartz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Molnàr, das ist nun einmal so, dass Regierungsparteien die Verantwortung haben, das, was ihre Regierung bietet, erarbeitet, auch dementsprechend zu loben, auch dementsprechend hier klar zu deponieren.

Sie haben auch richtig bemerkt, es gibt eine Verantwortung der Opposition, nämlich das, was die Regierung tut, kritisch zu hinterfragen, allenfalls Verbesserungsvorschläge einbringen, allenfalls die Kontrolle walten zu lassen, die notwendig ist, und auch eigene Vorstellungen zu bringen. Genau das möchte ich heute tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mit meinen Vorrednern einer Meinung, wenn es darum geht, ein Dankeschön auszusprechen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, abseits der politischen Haltung und der politischen Orientierung, dass zwei Gruppen ein besonderer Dank für diese Leistungen, die heute hier als Zahlen, Daten und Fakten präsentiert wurden, zuteil kommt.

Die erste Gruppe, das sind die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer, die fleißig und motiviert in ihren Arbeitsstellen das leisten, was wir heute als Wirtschaftswachstum sehen können. Es ist der Mut und die Überzeugung von ihren Arbeitgebern und in erster Linie großer Mut, weil wenn man bedenkt, die letzten Jahre waren wirtschaftlich nicht einfach, der es diesen Arbeitnehmern ermöglichen, dort diese Leistungen zu erbringen.

Dieses Zusammenwirken muss so erfolgreich sein, dass wir gemeinsam mit der Bundeslinie einen Trend, der Gott sei Dank auch ganz Europa wieder hat, nämlich einen Wachstumstrend, die Wirtschaft zieht an, es gibt wieder mehr Spielraum am Arbeitsmarkt, dass auch eine rot-blaue Landesregierung dieser Entwicklung nicht entgegenstehen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe auch nicht an zu behaupten, dass auf Bundesebene in den letzten Monaten nur mehr Minimalkompromisse gegeben

hat. Wenn wir derartige kleine Kompromisse zusammenbringen, wo sich dann keiner der Koalitionspartner mehr wiederfindet, ja, wo man am Ende des Tages - wie gerade bei der Bildungsreform - nicht einmal mehr klarstellen kann, wer sich jetzt auf welche Punkte geeinigt hat und wer nicht.

Wo den Freiheitlichen schon vorgeworfen wurde, sie hätten hier die Möglichkeit einer Verfassungsmehrheit geboten, wo dann die GRÜNEN gesagt haben, sie haben sich schon geeinigt, können aber nicht sagen, ob das jetzt der Parteiobmann der ÖVP oder der Wissenschaftsminister oder vielleicht doch der Vizekanzler war. Tatsache ist, bei solchen Minimalkompromissen war es mehr als notwendig, für den 15. Oktober eine Neuwahl anzusetzen und hier eine Chance einzuräumen, Konzepte zu vergleichen.

Robert Hergovich hat gesagt Plan A. Ich muss ehrlich sagen, mir fällt keine Idee und kein konkreter Vorschlag ein, ich gebe schon zu, ich habe mich wahrscheinlich auch aus parteipolitischem Interesse nicht so im Detail damit beschäftigt, aber ich stehe nicht an, Ihnen zu sagen, was Sebastian Kurz vorgeschlagen hat, der letzte Woche drei Schwerpunktthemen gesetzt und ganz klar skizziert hat, welchen Weg er im Bereich der Wirtschaft gehen möchte.

Der erste Punkt ist: Uns allen ist bewusst, dass noch vor 12 Jahren eine deutsche Zeitung getitelt hat: „Österreich - das bessere Deutschland.“ In allen Kennzahlen der Wirtschaft und auch am Arbeitsmarkt waren wir weit unseren deutschen Kollegen voran. Man muss zugeben, diese Zeiten sind vorüber, es ist in vielen Bereichen leider eine Rückwärtsbewegung eingetreten, und wir müssen schauen, dass wir wieder zum Spitzenfeld gehören und das, ohne Scheuklappe aufzusetzen.

Zweiter Punkt: Wir haben eine Migration in unser Sozialsystem. Es kommen viele Menschen, um aus dem Sozialsystem unseres Staates zu schöpfen. Wir brauchen solche, die bereit sind, zu leisten. Wir brauchen solche, die Verantwortung mittragen und in dieses Sozialsystem investieren, nämlich durch ihre Arbeitsleistung, durch ihre Steuerleistung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt in diesem Land Gott sei Dank eine Partei mit einem neuen Bundesparteiobmann Sebastian Kurz, der genau für diese Bevölkerungsschicht und genau für diese Gruppen alles geben wird, damit auch jene geschützt werden, die einzahlen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich bin für jeden Sozialtransfer zu haben, aber wenn wir nicht darauf achten, dass auch jene geschützt werden, die in das System einzahlen, dann sind wir am Ende des Tages so unsozial wie kein anderer Staat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es kein Schutzschild für jene gibt, die in das System einzahlen, das kann es mit der ÖVP auf keiner Ebene - weder im Bund noch im Land - geben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und ich sage Ihnen einen dritten Punkt: Für mich ist es auch unerklärlich, dass wir im Staat den Weg gehen, möglichst viel vom Brutto den Menschen wegnehmen, um ihnen später über Transferleistungen etwas zurückzugeben. *(Abg. Manfred Kölly: Wer sitzt denn in der Regierung? Sitzen wir in der Regierung, oder? Ich verstehe das nicht.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein klarer Vorschlag, der am 15. Oktober, wie ich eingangs erwähnt habe, zur Diskussion und zur Entscheidung steht. Wer diesen Weg möchte, dass wir weniger darauf achten, Menschen Geld aus der Tasche zu ziehen, dass wir überbordende Bürokratie zurücknehmen, der wählt am 15. Oktober Sebastian Kurz und die ÖVP. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Wie heißt die Partei nach der Wahl?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreichische Volkspartei! Ich habe Sie nicht verstanden, Frau Kollegin. *(Abg. Doris Prohaska: Wie heißt sie denn nach der Wahl?)* Sie heißt Österreichische Volkspartei. Am 1. Juli wählen wir einen Parteiobmann dieser Partei. Sie können das gerne nachlesen, steht in jeder Zeitung. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Liste Kurz.)* Das ist ein richtiger Hinweis, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das hat aber die Kollegin nicht gefragt.

Tatsache ist, dass wir zwei Bereiche haben, wo wir im Burgenland aufholen müssen. Ganz konkret in der Forschungsquote. Hier liegen wir mit 0,9 Prozent meilenweit dem Durchschnitt Österreichs hinterher. Das ist eine Aufgabe, die natürlich auch unserer Infrastruktur geschuldet ist, unseren regionalen Rahmenbedingungen, aber hier müssen wir schon mehr Gas geben, um nicht österreichweit den Anschluss zu verlieren.

Ein Thema war heute sogar schon Teil der politischen Diskussion, weil die Anfragebeantwortung sehr rasch und flott erfolgt ist, das Thema Arbeitslosigkeit im Bereich von Personen 50 Jahre und älter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können uns freuen, dass bundesweit, ja europaweit, der Trend in die richtige Richtung geht - zu mehr Beschäftigung, zu mehr Möglichkeiten am Arbeitsmarkt -, aber diese Gruppe fällt weiterhin zurück. Ich kann Ihnen nur sagen, wir können das … *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: … gegen das Programm „20.000“.)*

Herr Landesrat, sogar Ihr Kollege Robert Hergovich hat angemerkt, dass es hier keinerlei Diskussionsbedarf gibt zum Zeitpunkt Ihrer Einmischung jetzt, denn es gibt eine klare Abmachung auf Bundesebene. Diese Vereinbarung wird kommen. Das ist heute mein Wissensstand. Diese „Aktion 20.000“ wird kommen.

Ich kann Ihnen nur sagen, wenn Sie mehr wissen als ich über die Linie der ÖVP bundesweit, dann gratuliere ich Ihnen, aber ich glaube, Sie haben weder etwas gelesen, noch etwas gehört, dass Sie hier jetzt ermächtigt zu sagen: Hier würde die ÖVP blockieren. Bitte tun Sie das nicht, arbeiten Sie nicht mit derartigen Argumenten. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Eure raufen.)*

Jetzt müssen Sie mir schon erlauben, dass ich auf die Fragestunde eingehe. Herr Kollege Hergovich - es ist schon ein bisserl zum Schmunzeln -, Sie haben gesagt, arbeiten statt streiten, ist das Motto der rot-blauen Landesregierung. Stimmt. Der öffentliche Streit ist ein anderer geworden, der passiert jetzt woanders.

Vielleicht könnten Sie mit Ihrer Expertise als Schiedsrichter fungieren, wenn die Bundeskanzleramtsmitarbeiter mit den SPÖ-Parteizentrale-Mitarbeitern reden, weil es da zu Handgreiflichkeiten gekommen ist. Das kann wohl niemand behaupten, weil Sie immer sagen, früher wurde so viel gestritten und jetzt ist alles besser.

Wenn die SPÖ schon untereinander handgreiflich wird, dann bleiben wir bitte bei der Variante, dass wir sorgsam mit Argumenten umgehen und uns vor allem in der Diskussion ernst nehmen, mit uns können Sie alles, aber die Handgreiflichkeiten lassen Sie bitte in der Löwelstraße. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das ärgert mich deshalb, weil ich es nicht zulassen kann, dass der Landeshauptmann des Burgenlandes Hans Niessl heute hier in den Raum stellt, dass egal welcher Abgeordnete eine Frage stellt, er die Bundesverfassung kennen muss, ja, sogar ein Jusstudium abgeschlossen haben muss. Verehrte Kollegen, wer von Ihnen hat denn ein Jusstudium abgeschlossen? *(Abg. Mag. Thomas Steiner hebt die Hand.)* Herr Drobits ist noch da, gut, der ist nicht da.

Sind Sie wirklich der Auffassung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass es dem Herrn Landeshauptmann zusteht, uns als Mandatare derartig maßzuregeln und zu sagen, wer kein Jusstudium hat, stellt keine Frage? *(Abg. Klaudia Friedl: Das hat er nicht so gesagt.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine Frechheit, die heute hier passiert ist und das lassen wir uns nicht gefallen! *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Klaudia Friedl: Das hat er nicht so gesagt.)*

Ich habe zur Ehrenrettung heute einen Versuch gestartet, eine sachliche Frage zu stellen, nämlich Kollege Hirczy hat einmal schriftlich gefragt: Wann erfolgte der Beschluss … *(Abg. Klaudia Friedl: Er hat es anders gesagt. Niemals! - Abg. Doris Prohaska: Nein! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Herr Präsident, ein bisschen eine Ruhe! - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Kollegin Friedl, wenn das meine Interpretation ist, der Herr Landeshauptmann hat jederzeit die Chance, hier klarzustellen, was er gemeint hat. *(Abg. Klaudia Friedl: Das können Sie im Protokoll nachlesen. Das hat er nicht gesagt.)* Was der Herr Landeshauptmann gesagt hat, habe ich vernommen, wenn er etwas anderes gemeint hat, soll er das bitte hier klarstellen.

Ich bin aber sicherlich nicht zu haben, dass Sie mir erklären, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat. Der soll das bitte selber tun. *(Landesrat Helmut Bieler: Dann zitieren Sie ihn ordentlich.)* Ich habe ihn zitiert, *(Abg. Klaudia Friedl: Nein!)* er hat gesagt: „Wer die Bundesverfassung nicht kennt, … *(Abg. Doris Prohaska: Nein: „Wenn Sie Jus studiert haben, dann sollten Sie auch die Bundesverfassung kennen“. Na sicher! Na geh!)*

Es ist ja in Ordnung, dass Sie hier Ihren Kollegen verteidigen, *(Abg. Doris Prohaska: Na geh bitte! – Abg. Ingrid Salamon: Wir brauchen nichts verteidigen.)* parteipolitisch ist die Verantwortung offensichtlich Ihnen geschuldet, dass Sie das tun, aber … *(Abg. Doris Prohaska: Nein, aber zuhören sollte man ordentlich.)* Also, wenn ich schon so schlecht zuhöre, dann möchte ich Sie etwas anderes noch fragen, was hat er denn noch gesagt?

Die Relevanz der Frage versteht er nicht, und deshalb braucht er auch nicht zu antworten auf gut Deutsch. Sie können mir jetzt sagen, ich interpretiere zu viel, aber *(Landesrat Helmut Bieler: Sie zitieren falsch.)* was heute hier in der Fragestunde passiert ist, ist ein Affront gegenüber Ihnen allen, nicht gegenüber mir.

Ich habe eine Frage gestellt, die wurde eben nicht beantwortet. Wenn Sie glauben, dass das der Umgangston ist, den der Landeshauptmann uns als Abgeordneten schuldet - ich sage Ihnen für die ÖVP-Fraktion: Das nehmen wir nicht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und noch etwas: Ich habe mir heute vorgenommen, Ihnen sehr sachlich zu sagen, auf der einen Seite gibt es erfolgreiche Daten und Fakten, die gibt es - über die freuen wir uns, Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben dazu beigetragen -, aber eines kann ich Ihnen, wenn man schon über alle Leistungen der Landesregierung redet, nicht ersparen: Dann müssen wir auch darüber reden, was nicht geleistet wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist nicht mein Zitat, es ist ein Zitat aus einer Zeitung - der „Kurier“ vom 3. Juni hat getitelt: „Darabos und Bieler sind angezählt! Die Routiniers aus der roten Riege sind zu Problembären geworden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen nur sagen, und ich werde jetzt nicht die Zeit dazu verschwenden, Ihnen Details zu sagen, wo der „Kurier“ sie als Problembären sieht, aber ich kann Ihnen Überschriften nennen:

Herr Landesrat Bieler - Baustellenlandesrat: Umfahrung Schützen, Intendanz Festspiele Mörbisch, Arenaria-Prozess, Verurteilung zu einer Million, erstinstanzlich - gut, sind wir ganz fair, erstinstanzlich, könnte ja noch mehr werden -, Schloss Esterházy, Kreisverkehr Jabing-Großpetersdorf - nur eine Machbarkeitsstudie -, Kulturförderung beim Güterweg vom Nova-Rock - und ich weiß, Sie sind jetzt anderer Meinung, ich sage das Wort trotzdem - „Zinsspekulationen“.

Herr Landesrat Darabos, Sie haben … *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Sagen Sie mir jetzt bitte, dass Sie wo da nicht dabei sind? Herr Landesrat, ich halte fest: Sie sind der Auffassung, dass es keine Zinsspekulationen gibt und der Christian Sagartz vertritt die Meinung, dass es Zinsspekulationen gibt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So ist das.)* so einfach habe ich das formuliert. *(Landesrat Helmut Bieler: Ja, genau!)*

Sie können sich gerne melden und mir sagen, ich habe nicht Recht. *(Landesrat Helmut Bieler: Und ich zu Dir, dass das alles nicht so stimmen muss.)* Ich habe gerade gesagt, das ist meine Meinung. *(Landesrat Helmut Bieler: Man kann eh seine eigene Meinung haben.)* Gut.

Herr Landesrat Darabos - wesentlich kürzer, muss ich schon zugeben: Die Entlassung von Rene Schnedl, die Gehaltserhöhungen im Pflegebereich der Landeskrankenhäuser, das Krankenhaus Oberwart und all seine „Umgebungsgeräusche“ von 12,8 Millionen Verlust bei den Planungsarbeiten, na ja, und der Eurofighter-Ausschuss geht uns zwar als Landespolitiker wenig an, aber Tatsache ist, das ist eine lange, lange Liste von Baustellen.

Wenn wir schon über Leistungen reden, dann dürfen wir auch über Fehlleistungen reden, denn Aufgabe ist es, Kollege Molnár, der Regierungsparteien offensichtlich abzunicken, was vorgelegt wird, und unsere Aufgabe ist es als Opposition zu sagen, wo wir anderer Meinung sind. *(Abg. Doris Prohaska: Wo ist Ihre Leistung?)*

Genau das habe ich heute getan, *(Abg. Doris Prohaska: Wo ist Ihre Leistung?)* das ist die Aufgabe der Opposition, das ist meine Antwort auf Ihre Frage. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist eine billige Antwort.)* Die Leistung der Opposition ist Kontrolle, Kritik und Alternative - dazu stehen wir! *(Abg. Doris Prohaska: Das glaube ich. – Beifall bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Mit einer Punktlandung und dem Glockensignal darf ich ein kleines Geschenk passend dazu übergeben. *(Abg. Ingrid Salamon: Sieht nett aus.)* Es ist ein sehr netter und freundlicher Bär. Ich bin mir sicher, die beiden Herren finden einen jungen Erdenbürger, der sich über ihn freut. Große rote Schleife! Kleine blaue Schleife! *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA verlässt das Rednerpult und übergibt Landesrat Mag. Norbert Darabos und Landesrat Helmut Bieler einen Teddybären. - Landesrat Helmut Bieler: Die Bemerkung hättest Du Dir sparen können.)*

Präsident Christian Illedits: Wir fahren fort in der Debatte. *(Zwiegespräch zwischen dem Abg. Mag. Christian Sagartz, BA und Landesrat Helmut Bieler bei der Regierungsbank)* Herr Klubobmann, ich bitte um Ruhe. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was heißt „maschier“? „Maschier“ hat er gesagt. Wo sind wir denn? – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Bitte um Ruhe.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Kölly das Wort. Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit beträgt fünf Minuten.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ich brauche mich nicht tummeln. Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Eine illustre Fragestunde, eine illustre weitere Folge haben wir gerade miterleben dürfen. Ich hoffe, dass die Jugend das so mitnimmt, und ich hoffe, dass sie trotzdem an die Politik denken.

Auch wir haben Verantwortung zu tragen und Ihr seid die Zukunft in diesem Lande, wenn wir uns auch hier bei einem Wahlkampfgeplänkel derzeit befinden und eine Oppositionspartei, so wie die Liste Burgenland nur fünf Minuten Rederecht hat, dann müsst Ihr das auch so verstehen.

Ich glaube, auch hier gehört einmal demokratisch umgedacht, denn es kann nicht so sein, dass sich die Regierungsparteien oder die Klubobmänner jeweils mit 15 Minuten das Rederecht erkämpft haben beziehungsweise so drinnen steht in der Verfassung, aber auch fünf Minuten können oft genügen, um einiges rüber zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mir anschaue, Burgenland ja! Burgenland hat einen der besten Wachstumsschübe gemacht, Burgenland hat auch dementsprechend aufgeholt, aber auch dementsprechend nicht nur diese Regierung, sondern, lieber Herr Kollege Hergovich, Du hast es richtig gesagt, da nehme ich die ÖVP in Schutz, zehn Jahre, also da war die ÖVP auch noch in der Regierung.

Wir schlagen immer der Bundesregierung das Haupt ab und da frage ich mich, Herr Kollege Hergovich, *(Abg. Robert Hergovich: Eh, habe ja nichts dazu gesagt.)* der Herr Kern ist, glaube ich, Bundeskanzler seitens der SPÖ und wenn ich mir die andere Partie anschaue, der Herr Kurz ist sieben Jahre eigentlich Minister, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Erfolgreicher Minister.)* und jetzt kommt man drauf, dass man was anderes machen soll. Erfolgreicher Minister und jetzt hat er eine Namensliste gegründet, also er kupfert alles von uns ab, soll so sein, ist ja auch in Ordnung. *(Beifall bei der LBL und bei der Abg. Klaudia Friedl – Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Kurz weiß ja nicht einmal, dass es Euch gibt.)*

Ich glaube, auch hier sollte man, Herr Kollege Steiner, die Kirche im Dorf lassen. Aber wenn ich zur wirklich Aktuellen Stunde jetzt zurückkommen darf: Ich kann nur gratulieren, dass es uns wirklich in dieser Richtung gelungen ist, vieles weiterzubewegen.

Ich darf aber auch eines anmerken, dass die Liste Burgenland sehr viel dazu beiträgt, obwohl Opposition, aber mit sehr vielen Anträgen und sehr wichtigen Anträgen hier sich einbringt. Natürlich werden sie dort oder da abgeändert, soll so sein, aber schlussendlich werden sie dann verwertet. Auch das will ich einmal gesagt haben, dass man als Opposition sehr wohl mitarbeiten kann, sehr wohl sich einbringen kann.

Ich glaube auch, das ist ein Zeichen für die Gemeinderatswahlen, wo es wichtig ist, dass wir hier Unterstützung gemeinsam für die Gemeinde, gemeinsam für das Land arbeiten, in Opposition oder in Regierungsverantwortung oder Bürgermeisterverantwortung. Das gehört einmal auch klar und deutlich gesagt.

Denn nicht nur hier im Landtag, wo Rot und Blau jetzt sitzen und alles Gott sei Dank „erfolgreich“ funktioniert. Da trägt natürlich viel auch die Bevölkerung, die Wirtschaft, die ArbeitnehmerInnen, die Arbeitgeber sehr vieles dazu bei und vielleicht auch die eine oder andere Sozialpartnerschaft, wo die FPÖ derzeit sagt: Brauchen wir die überhaupt, ist

die überhaupt noch legitim? Brauchen wir eine Zwangsmitgliedschaft und dergleichen mehr?

Auch hier sollte man die Regierungsmitglieder einmal fragen, liebe Kollegen von der SPÖ. Das wäre einmal ein Thema, wie schaut es in der Zukunft aus? Wie schaut es tatsächlich in der Bildung aus? Hier sich herzustellen und zu sagen, die ÖVP hat verweigert, das ist zu wenig. Warum haben Sie das oder jenes nicht gewollt?

Warum hat die FPÖ das oder das andere nicht so gesehen und warum haben die GRÜNEN ein Signal gegeben, ja, wir werden mitstimmen und dann ist das trotzdem nicht zustande gekommen. Das sind Fragen, die sich natürlich auch die Bevölkerung erwartet oder die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Pädagoginnen und Pädagogen erwarten, weil schlussendlich, glaube ich, dass das ein wichtiger Entscheid ist und nicht seit 20 Jahren, seit ich in der Politik bin, immer diskutiert wird und es geschieht nichts! Es geschieht leider Gottes gar nichts!

Gehen Sie hinaus in die Schulen, gehen Sie hinaus und diskutieren Sie mit Pädagoginnen und Pädagogen oder mit Schülerinnen und Schülern, sie werden Ihnen sagen, was man braucht, um weiterzukommen. Wir können schon mit Fug und Recht behaupten, wir haben die höchste Maturantenquote in Burgenland - schon schön und gut, nur wir brauchen auch dementsprechende Fachkräfte, das ist auch sehr wohl wichtig.

Wir müssen aber auch schauen, dass wir Pendler wieder zurückholen, und das ist auch ein Signal, wo wir seitens Bündnis Liste Burgenland uns immer wieder einbringen und versuchen, dort mit konkreten Vorschlägen, mit wirklich Beispielen, auch für den Landtag, für das schöne Burgenland zu arbeiten.

Daher freut es mich und ein Dankeschön an alle, die da mitarbeiten, dass es uns relativ gut geht. Es gibt ein paar Ausreißer, die werde ich dann später, bei anderen Tagesordnungspunkten natürlich diskutieren. Leider sind die Schülerinnen und Schüler dann nicht mehr da, aber Ihr könnt Euch bei Live-Stream das Ganze anschauen.

Herzlichen Dank. Einen wunderschönen Tag noch! *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter, auch für den Hinweis auf den Live-Stream. Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuhörer, Zuschauer, Zuschaurinnen! Die positive Entwicklung zu begrüßen, ist das eine, wir sehen natürlich auch diese positive Entwicklung und finden es wichtig, das auch zu bestärken.

Was aber weiters wichtig ist, Entwicklungen, die in diesem Zuge vielleicht nicht so gut laufen, zu erkennen und die Rahmenbedingungen, das ist ja unser Job, weiterzuführen, damit sich da etwas verändert.

Zum Thema Wertschöpfung. Wir verlieren jedes Jahr Wertschöpfung aufgrund von Energieexporten, also Energie, die wir einkaufen, abzüglich der, die wir verkaufen - als Beispiel sei hier das Jahr 2016 erwähnt - von knapp sieben Milliarden Euro ins Ausland. Das betrifft in erster Linie Erdölprodukte, von denen wir schon allein aufgrund des Pariser Klimaabkommens eigentlich abkommen sollten.

Man kann - auch wenn das in der öffentlichen Debatte immer wieder als Gegensätze dargestellt wird - mit Klimaschutz Arbeitsplätze schaffen, man kann mit

Klimaschutz Wirtschaft stärken, man kann mit Klimaschutzmaßnahmen in die Wirtschaft investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Die eben erwähnte Zahl von sieben Milliarden war im letzten Jahr, das war noch ein gutes Jahr - 2012 waren das 13 Milliarden. Also wir haben hier eine irrsinnige Chance, teilweise hat das schon stattgefunden - ich verweise auf die Windenergie -, hier Energieexporte zu verringern und die Energie hier zu erzeugen.

Leider tun wir zu wenig, und leider treffen wir nach wie vor Maßnahmen, die genau das Gegenteil bewirken.

Österreich hat seit der Unterzeichnung des Klimaabkommens sowohl auf staatlicher Ebene als auch auf Landesebene sehr wenig bis gar nichts zum Thema Klimaschutzmaßnahmen beigetragen. *(Abg. Gerhard Hutter: Das stimmt überhaupt nicht.)* Die einzigen Maßnahmen, die einzigen Anträge zum Klimaschutz kommen von uns GRÜNEN seit einem Jahr, eigentlich seit zwei Jahren, seitdem die neue Landesregierung im Amt ist.

Das ist vielleicht konsequent, weil ja auch im Regierungsabkommen das Wort „Klimaschutz“ schon gar nicht vorkommt, aber letztendlich ist es kurzsichtig und verantwortungslos. Es gäbe zahlreiche Möglichkeiten, hier „zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen“. Wir haben leider im Moment im Burgenland sehr viele Maßnahmen, die genau das Gegenteil bewirken.

Straßenbau sei erwähnt, Outlet-Center, Fachmarkt-Zentren, die außerhalb von den Ortschaften gebaut werden, wo man dann mit dem Auto hinfahren muss, wir werden das Thema später noch bei den Nahversorgern haben, wo wir die Problematik ganz massiv in den Ortschaften sehen.

Wir haben leider auch - muss man dazusagen - in der Bundesregierung, im Parlament, Leute sitzen, die nach wie vor vom Klimawandel nicht überzeugt sind, von Dingen offensichtlich keine Ahnung haben, als Beispiel bringen, dass das Grönland früher grün war und dass dort Wein angebaut wurde.

Ich habe mir das angesehen, Grönland ist seit 100.000 Jahren unter Eis und die Agrargesellschaft hat sich entwickelt, ist entstanden vor 12.000 Jahren, also nur damit man das ungefähr sieht, welche Relevanz da steht, welche Zahlen verbreitet werden und welche Unwahrheiten letztendlich die FPÖ mit ihrem Klubobmann Strache macht sich hier ganz besonders zum Kasperl, muss man leider sagen. *(Abg. Markus Wiesler: Da redet der Richtige.)*

Was könnte man tun, damit sich das ändert? Wir brauchen einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, statt den Bau von hochrangigen Straßen. Wir brauchen einen massiven Ausbau von Photovoltaik und Windkraft statt vergünstigte Dieseltankstellen, auch hier wird leider auf Bundesebene gebremst.

Die Novelle zum Ökostromgesetz ist nach wie vor nicht verabschiedet, schaut auch im Moment nicht so aus, dass wir das in dieser Legislaturperiode noch schaffen, viele auch arbeits- und wirtschaftsmäßig notwendige Maßnahmen, die ja auch im Burgenland anstehen, die Repowering von Windkraftanlagen zum Beispiel steht hier an.

Massiver Ausbau von Biolandbau statt Tierfabriken und Monokulturen, Bodenschutz statt weiterer ungezügelter Bodenversiegelung, Sanierungsscheck und thermische Sanierung alter Landhausbauten statt KUZ Abriss und Neubau, Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf erneuerbare Energie, statt Förderung von Ölkesseln, allerdings nicht auf politischer Ebene, sondern auf wirtschaftlicher, ökosoziale Steuerreform, Arbeiter

steuerlich entlasten, Treibhausgasausstoß und Umweltverschmutzung besteuern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Herr Abgeordneter, bitte um Ihren Schlusssatz.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Gesprochen wird oft und lang davon, getan wird, vor allem auf Bundesebene, aber leider auch auf Landesebene, zu wenig. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Als Nächstes erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Herzlichen Dank. Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Wir diskutieren in der heutigen Aktuellen Stunde das Thema „Burgenland auf Wachstumskurs: Arbeitsmarkt und regionale Wirtschaft weiter stärken“. Wir haben in diesem Bereich vieles erreicht. Aber, es ist auch noch sehr viel zu tun.

Wir stehen natürlich immer wieder vor neuen Herausforderungen, auf die wir gezielt und effektiv reagieren. Die Zusammenarbeit mit dem Regierungspartner FPÖ funktioniert wirklich hervorragend. Wir haben im Burgenland das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer erreicht. Wir haben im Burgenland Rekordbeschäftigung.

Die aktuellen Arbeitsmarktdaten zeigen, dass sich der Arbeitsmarkt in die richtige Richtung entwickelt. Diese Zahlen und Daten werden aber nicht von uns gemacht, sondern die Statistiken der UniCredit Bank Austria und auch des WIFO haben dem Burgenland ein hohes Wirtschaftswachstum bescheinigt.

Aber, das interessiert die ÖVP sehr wenig. Der Herr Klubobmann Sagartz redet seine Standardsätze herunter. Im ersten Teil macht er hier im Hohen Landtag eine exzellente Wahlrede für den Herrn Kurz, *(Mag. Christian Sagartz, BA: Danke sehr!)* im zweiten Teil redet er unsere Arbeit schlecht, redet unsere Regierungsmitglieder schlecht und im dritten Teil verteilt er dann Bärchen mit Schleifchen.

Das ist die Arbeit der ÖVP. Das, was Sie seit 17 Jahren machen, haben Sie heute hier auch wieder bestätigt. Das ist auch der Grund dafür, dass Sie nun nicht mehr hier sondern dort sitzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir kümmern uns natürlich weiterhin um unser Burgenland, denn dafür sind wir gewählt worden und das ist auch unsere Pflicht verdammt noch einmal. Die Daten bestätigen die hohe wirtschaftliche Dynamik im Burgenland. Die neue Regierung arbeitet erfolgreich für die Menschen in unserem Land.

Das Entscheidende ist aber, dass wir eine ehrliche Politik machen, die nahe am Menschen ist. Das verkraften die Damen und Herren der ÖVP anscheinend nicht. Sie reden viel und machen nichts. Sie und der Herr Kurz haben kurz gesagt, nichts vorzuweisen, nichts. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kurz hat sie gesagt! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Walter Temmel: Kurz und gut!)*

Meine geschätzten Damen und Herren! *(Abg. Doris Prohaska: Kurz und Schluss, meine Herren!)* Die Menschen wollen keine Inszenierungen sondern Ergebnisse sehen und spüren. *(Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat hier von Inszenierungen gesprochen? Das war doch der Andere!)* Wie bitte? *(Mag. Christian Sagartz, BA: Der Andere! Der Kern*

hat Inszenierungen gesagt.) Keine Inszenierungen, sage ich Ihnen, sondern Ergebnisse wollen die Menschen sehen und spüren.

Wir können diese Ergebnisse liefern. Investitionen seitens des Landes in die Wirtschaft und zahlreiche Maßnahmen, die gesetzt werden, sind mit ein Grund für diesen positiven Trend. Der Aufschwung in der Wirtschaft ist überall zu spüren. Das ist für die vielen Menschen erfreulich, die von den zunehmenden Jobangeboten profitieren und nun wieder Arbeit gefunden haben.

Wenn es jetzt auch noch gelingt, die geplanten Maßnahmen zur Förderung der Einstellung neuer Mitarbeiter, sprich der Beschäftigungsbonus, und die Aktion 20.000, da nehmen wir Sie dann beim Wort, Herr Klubobmann Sagartz, die neuen öffentlichen Jobs für über 50-jährige Arbeitslose vorsieht, wenn uns das gelingt, dieses umzusetzen, wird das zu einer weiteren Entlastung der Situation führen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich bin überzeugt davon, dass vor allem auch Frauen verstärkt von dieser Aktion, aber auch von einem Mindestlohn von 1.500 Euro, profitieren. Da wäre es gescheit, wenn Sie mit Ihren Genossen oder Kollegen im Bund sprechen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genossen habt Ihr!)* weil soviel ich weiß, blockieren Sie ja bei dem 1.500 Euro Mindestlohn.

Wir setzen uns auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Das ist besonders für Frauen wichtig. Dazu brauchen wir Kinderbetreuungseinrichtungen, wovon wir im Burgenland viele tolle haben. Wir brauchen aber auch den Ausbau der Ganztagsschulen. Auch hier wird von der Bundes ÖVP blockiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns ist es ein großes Anliegen, dass dieser positive Trend fortgesetzt wird. Unsere Regierung wird weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, damit die Burgenländerinnen und Burgenländer sich in unserem Land wohlfühlen können.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank erteile ich dem Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht eingangs meiner Freude wieder einmal Ausdruck verleihen, dass die Ressorts Wirtschaft und damit abgeleitet auch der Tourismus im allgemeinen Interesse stehen. Das ist ja, leider Gottes, nicht immer so.

Heute, bei der Aktuellen Stunde, ist es so. Ich glaube, ich kann einmal eingangs noch weitgehend einhellig feststellen, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Burgenland dank allen, die dazu beigetragen haben, erfreulich ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben ein sehr gutes Wirtschaftswachstum. Je nach Studie oder je nach Institut, das man hier zitiert, liegt es zwischen 1,9 und 2,4 Prozent im Jahr 2016. Das bedeutet, wir belegen österreichweit den zweiten oder ersten Platz. Im Tourismus liegen wir mit 5,8 Prozent sogar doppelt so hoch. Das heißt, wir holen in einem bisher als Schwäche gesehenen Sektor sehr stark auf.

Das ist eine Umkehr der Verhältnisse, wie wir sie bis zur großen Krise im Jahr 2008 gesehen haben. Das ist einmal ein sehr schöner Erfolg, zu dem viele beigetragen haben. Es wurden die Unternehmer erwähnt, es wurden die Belegschaften erwähnt, es wurde die Politik in all ihren Facetten erwähnt, die das gemeinsam erwirtschaftet haben. Dafür einmal meinen verbindlichsten Dank.

Wir haben diese sehr guten Zahlen trotz gewisser struktureller Schwächen erwirtschaften können. Es gibt ja unterschiedliche Studien, die, nehme ich an, allen bekannt sind. Zumindest sind sie über das Internet öffentlich zugänglich. Es fehlt natürlich an gewissen hochqualifizierten Arbeitsplätzen.

Als, zum Beispiel, nicht Universitätsstandort hat das Burgenland hier natürlich eine gewissen starken Nachteil. Wir haben eine niedrige Forschungs- und Entwicklungsquote, wir haben einen gewissen Brain-Drain. Das sind natürlich alles Folgen einer fehlenden oder mangelhaften Industrialisierung, über die wir auch in der Vergangenheit hier schon gesprochen haben.

Wir haben auch eine niedrigere Innovationsfähigkeit und dergleichen mehr. Wir haben aber diese Zahlen auch erreicht, weil wir ganz bewusst unsere Stärken forcieren. Wir investieren zielgerichtet in produzierendes Gewerbe, wir investieren in die Dienstleistungen. Der Tourismus, wie gesagt, wurde schon mehrfach erwähnt. Wir arbeiten sukzessive an unseren Schwächen und wir stärken den Produktionssektor.

Auf dieser Basis wird für 2017 in zumindest einem Institut, das das veröffentlicht hat, ein Wachstum von 2,5 Prozent erwartet. Damit wären wir wiederum Österreichs Sieger. Wenn Sie mich persönlich fragen glaube ich sogar, dass das noch ein paar zehntel Prozentpunkte höher sein wird. Das ist der Rückschluss aus der Entwicklung der Arbeitslosenquote, die hier zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung natürlich parallel läuft.

Dementsprechend wir die Arbeitslosigkeit hier weiter sinken. Das ist natürlich unser aller Bestreben. Aber natürlich auch eine besondere Ehre, wenn man hier dazu beitragen kann. Also, kurz und gut, das Burgenland ist gut aufgestellt und wir entwickeln uns sehr dynamisch.

Aber, und das steht auch in diesem Antrag für diese Aktuelle Stunde, wir können nicht unabhängig von unserer Außenwelt existieren. Das ist, glaube ich, ebenfalls unstrittig. Da gibt es natürlich schon das eine oder andere, was hier nicht ungesagt bleiben soll.

Zum einen betrifft das natürlich den Bund, auf den ich gleich kommen werde, zum andern noch, vielleicht eingangs, weil ich vor kurzem die Freude hatte, einen über die Grenzen Österreichs hinaus bekannten Ökonomen bei mir im Büro zu Gast zu haben, der anhand von gewissen Zahlen, die er mir da vorgestellt hat, kurz und gut gesagt hat, dass die Performance der Stadt Wien natürlich auch ein Problem für das Burgenland ist.

Das muss man auch ganz offen sagen. Wir profitieren teilweise davon, dass wir im Speckgürtel sind, dass wir, was die Pendler betrifft, was natürlich die Wertschöpfung betrifft, einen sehr engen Austausch mit der Bundeshauptstadt haben. Aber, das ist natürlich auch ein sogenannter negativer Speckgürteleffekt - Wien, und das ist ein Zitat: „Wien kriegts nicht hin als einer der wenigen Ballungszentren in Europa.“

Wenn die es nicht schaffen, entsprechend ihrer Zentralfunktion hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, zu behalten und vielleicht sogar sich noch sehr schnell weiterzuentwickeln, dann ist das praktisch ein Export von Arbeitslosigkeit und das wird natürlich in der Statistik vom Kollegen Darabos auftauchen, wenn Burgenländer in Wien

hochqualifizierte Arbeitsplätze verlieren, dann werden sie im Burgenland nicht so schnell Ersatz dafür finden.

Das ist ein gewisses Problem vor dem wir stehen. Das heißt, hier haben wir natürlich einen negativen Huckepackeffekt, wo wir sonst natürlich von der Hauptstadtnähe profitieren.

Das zweite ist natürlich der Bund, der ja ohnehin hier schon sehr umfangreich von den Vorrednerinnen und Vorrednern debattiert wurde. Ich muss ganz ehrlich sagen, es ist, glaube ich, den betreffenden Wirtschaftstreibenden, den Belegschaften, relativ egal, ob der Kern das Eine und der Kurz das Andere gesagt hat oder umgekehrt.

Es ist so, dass Maßnahmen am Tisch liegen, die noch, im Jänner glaube ich war es, einheitlich verabschiedet und beschlossen wurden. Beschäftigungsbonus, Investitionsförderung, eine degressive Abschreibung, High Speed Internet, Bürokratie eindämmen und so weiter und so fort. Das steht jetzt alles an.

Insofern, gebe ich dem Herrn Klubobmann Hergovich allermeistens Recht, aber in diesem einen Punkt sehe ich das anders. Ich bin ehrlich gesagt froh, dass es Neuwahlen gibt, damit wir genau diese Blockadehaltung auflösen können.

Ich hoffe, dass die nächste Bundesregierung das besser macht, von ihren Möglichkeiten auch Gebrauch macht, sodass all diese Dinge, die jetzt fehlen, und andere wären hier zu erwähnen, Steuersystem, Gewerbeordnung, Anlagenrecht, dritte Piste, haben wir hier bereits besprochen, am Flughafen Wien und dergleichen mehr, dass wir hier wirklich nicht nur als Burgenland, sondern als ganz Österreich zielgerichtet in die entsprechende Richtung gehen - für die Österreichische Wirtschaft und für unseren Arbeitsmarkt. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Als Nächstes erteile ich dem Landesrat Mag. Norbert Darabos das Wort.

Bitt Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Nur ganz kurz. Es wurde schon sehr viel gesagt. Ich möchte nur auf einige Zahlen noch zu sprechen kommen. Es ist uns allen klar, dass die Politik nur die Rahmenbedingungen schaffen kann und dass die Wirtschaft die Arbeitsplätze schafft. Wenn aber die Politik gute Bedingungen schafft, dann ist es auch möglich, zu diesem Ergebnis zu kommen, zu dem wir jetzt gekommen sind.

Wenn wir ein Minus von 8,3 Prozent in der Arbeitslosigkeit haben, dann ist das etwas, was nicht, wie teileweise auch von Arbeitsmarktseite, vom AMS, gesagt wurde, eine Eintagsfliege, sondern zum neunten Mal hintereinander wurde die Arbeitslosigkeit zurückgeführt.

Als ich den 90er Jahren begonnen habe, in die Politik zu gehen, haben wir uns im Burgenland zum Ziel gesetzt, 75.000 Beschäftigte zu schaffen. Jetzt haben wir 104.000 Beschäftigte im Burgenland. Das sollte man nicht gering schätzen. Ich weiß schon, dass die guten News nicht immer die besten News sind, auch um das weiterzutragen, aber es ist einfach so.

Was ich Ihnen noch kurz mitteilen wollte, war, dass wir insgesamt bei den Männern beispielsweise einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von 10,3 Prozent haben, bei den Frauen von 6,1 Prozent. Also, da ist im Vergleich noch ein bisschen aufzuholen.

Was aber interessant ist, und das sollte dieser Diskussion durchaus nicht entgehen, ist, dass wir bei den inländischen Arbeitskräften einen Rückgang von 8,9 Prozent, bei den Ausländern mittlerweile auch einen leichten Rückgang von 4,5 Prozent haben. Allerdings war es bis jetzt so, dass Ausländerinnen und Ausländer einen Anstieg hatten, das heißt, Ausländer haben Ausländer vom Arbeitsmarkt verdrängt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was aber ganz besonders wichtig ist, und das möchte ich heute noch einmal bekräftigen, dass wir einen Rückgang der jungen Arbeitslosen vom 15. bis zum 24. Lebensjahr von 14,9 Prozent verzeichnen. Das ist, aus meiner Sicht, eine ganz wichtige Zahl, weil Jugendliche, die keinen Arbeitsplatz haben, auch das Vertrauen in die demokratiepolitische Auseinandersetzung verlieren.

Es ist, aus meiner Sicht, also doch auch zu bekräftigen und zu bestärken, dass dieser 15-prozentige Rückgang hier da ist.

Das Problem, das wir haben, obwohl auch in dem Bereich erstmals ein Minus im positiven Sinne zu verzeichnen ist, sind die älteren ArbeitnehmerInnen über 50 Jahre. Ich hätte das heute gerne mit Ihnen diskutiert, nämlich, die „Initiative 50+“, die „Aktion 20.000“, wo ich noch immer hoffe, dass da die ÖVP auch zustimmt. Dies deshalb, weil wir auch von Landesseite seit längerer Zeit schon dieses Projekt verfolgen und dafür sorgen, dass Gemeinden auch gefördert werden, wenn sie dieses Projekt mitverfolgen.

Ein kleiner Wermutstropfen ist dabei, dass das AMS die Zahlungen zurückgefahren hat. Das Land Burgenland hat diese Zahlungen aufgefangen, nicht nur vom budgetären her, sondern auch von der Zeit her, wo 50+Ation hier auch aufgenommen werden können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sozialminister!)* Das ist ganz wichtig, weil Menschen, und das wissen Sie genauso gut wie ich, die über 50 Jahre alt sind, und arbeitslos werden, kommen ganz schwer in den Arbeitsprozess zurück.

Deswegen begrüße ich diese „Aktion 20.000“ und hoffe, dass sie auf Bundesebene auch beschlossen wird. Auf Landesebene haben wir alles dazu getan, um das auch zu gewährleisten. Ich möchte vielleicht noch eine Zahl nennen. Wir haben im Baubereich einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von 22,4 Prozent. Ein signifikanter Ausreißer aus der sehr guten Statistik insgesamt. Warum ist das so?

Weil, der Kollege Petschnig hat es schon angesprochen, das Wirtschaftswachstum im Burgenland angesprungen ist. Höheres Wirtschaftswachstum heißt auch mehr Beschäftigung. Mehr Beschäftigung heißt, dass im Baubereich auch investiert wird, weil die Menschen offensichtlich wieder mehr Geld im Geldbörsel haben und auch bereit sind, das mitzufinanzieren.

Insgesamt sind diese Zahlen, aus meiner Sicht, gute Zahlen. Ich halte diese Aktuelle Stunde insgesamt gesehen nicht nur für gerechtfertigt, sondern auch für ganz wichtig, weil wir damit auch zeigen können, dass wir im Burgenland auch politisch besser arbeiten als andere Bundesländer.

Wenn wir in der Ostregion sehen, dass beispielsweise Niederösterreich ganz andere Zahlen vorweisen muss, ich vergönne es ihnen natürlich nicht, dann sehen wir, dass wir im Burgenland hier besser aufgestellt sind. Ich bedanke mich bei dafür bei allen.

Aber, da ist ja auch eine gute Zusammenarbeit - ein letzter Satz - mit der Wirtschaft gegeben, die dafür sorgt, dass eben diese Zahlen mit einem Minus von 8,3 Prozent der Arbeitslosen und mit einem Beschäftigungsrekord auch hier heute diskutiert werden können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Hans Niessl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Diese Burgenländische Landesregierung arbeitet nach dem Motto „Arbeiten statt streiten“. Erfolg hat drei Buchstaben, nämlich Tun. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Regierung sehr viel getan hat, nämlich, beste Rahmenbedingungen für die Entwicklung unseres Heimatlandes Burgenland geschaffen hat.

Rahmenbedingungen, damit sich neue Betriebe ansiedeln können. Rahmenbedingungen, dass im Bereich der Digitalisierung, wovon alle sprechen, bei uns bereits vieles realisiert und teilweise umgesetzt wurde.

Rahmenbedingungen, dass wir im Bildungsbereich mit der höchsten Maturantenquote und den besten Facharbeitern der Bildungsaufsteiger in Österreich sind. Das ist Aufgabe der Politik. Deshalb können wir aktuell auch sagen, dass wir im vergangenen Jahr im Burgenland auf Rekordkurs unterwegs gewesen sind.

Auf Rekordkurs im Vergleich zu allen anderen Bundesländern in Österreich. Wir haben noch nie über 100.000 Beschäftigte im Jahresschnitt gehabt. Letztes Jahr ist es erstmalig gelungen, jeden Monat eine weitere Steigerung von 1.000 Beschäftigten im Burgenland zu erzielen. Wir haben noch nie in der Geschichte des Landes drei Millionen Nächtigungen im Burgenland gehabt. Erstmalig im vergangenen Jahr im Burgenland, Tendenz im Tourismus weiter steigend.

Wir sind in der Ostregion die Nummer Eins beim Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit. Gerade der Osten Österreichs ist hier durch viele Punkte, die hier zutreffen, schlechter gestellt. Aber wir sind in Ostösterreich auch beim Rückgang der Arbeitslosigkeit die Nummer Eins. Das sind die relevanten Daten, die die Menschen in unserem Heimatland Burgenland interessieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Habe ich einen Job? Haben die Kinder eine gute Ausbildung? Gibt es ganztätige Schulformen? Ist das Bildungsniveau in Ordnung? Wie profitieren wir vom Tourismus? Das interessiert die Leute! Habe ich eine gute medizinische Versorgung wenn ich krank werde? Das sind die Zahlen, Fakten und Daten! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das Nächste: Wir haben auch im Land Burgenland rund 9.000 Beschäftigte. Ich glaube, das ist allgemein nicht bekannt, dass im Landesbereich und im landesnahen Bereich fast 9.000 Menschen beschäftigt sind. Von der Verwaltung, über die Lehrer, über die Krankenanstalten, über den Energieversorger, über unsere Thermen, die dem Land gehören. 9.000, die ebenfalls, und das möchte ich bei der Gelegenheit auch sagen, einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg in unserem Heimatland Burgenland leisten.

Wir haben 104.000 Beschäftigte. Wir haben rund 18.000 Betriebe im Burgenland mit der höchsten Gründungsintensität aller österreichischen Bundesländer. Das Burgenland ist das Gründerland Nummer Eins mit der größten Gründungsintensität.

Bei dieser heutigen Aktuellen Stunde möchte ich deshalb nicht nur unseren 9.000 Beschäftigten im Land selbst und in den landesnahen Betrieben, sondern den 104.000 Beschäftigten im Burgenland, aber auch den 18.000 Betriebsinhabern danken, denn das ist ein gemeinsamer Erfolg. Die Politik schafft die Rahmenbedingungen, aber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie den Arbeitgebern gebührt der Dank zu diesen Erfolgen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir können natürlich auch die Frage stellen: Wohin geht das Land? Ich glaube, das ist die entscheidende Frage. Wo entwickeln wir uns hin und wo setzen wir die Rahmenbedingungen, dass es vor allen Dingen dem Land und den Menschen noch besser geht? Da ist eines unserer Defizite die Forschungsquote. Da sind wir dabei, die Forschung neu zu strukturieren.

Ich kann Ihnen versichern, dass es auch mit der Forschung permanent aufwärts geht. Wir hatten eine Forschungsquote von 0,6 Prozent. Wir nähern uns jetzt dem Level von 1 Prozent und wir werden in den nächsten Jahren diese 1 Prozent Forschungsquote deutlich übersteigen.

Wir werden hier neue Strukturen schaffen müssen. Wir werden Betriebe fördern und auch informieren müssen, wie sie zu diesem Forschungsgeld kommen. Ich bin auch hier optimistisch, dass Forschung, Entwicklung und Innovation der neue Weg für das Burgenland im 21 Jahrhundert ist. Wir sind kein Land der verlängerten Werkbänke mehr. Das waren wir. Wir sind ein Land der Technologie. Wir sind eine Land der Wissensgesellschaft, nicht der rauchenden Schornsteine sondern der rauchenden Köpfe. Das ist unsere Zukunft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Was wir natürlich brauchen, sind ordentliche Rahmenbedingungen - auch von Seiten des Bundes. Da muss sich in den nächsten Jahren alles gravierend oder vieles verändern. Wir müssen rascher werden. Wir müssen Bürokratie abbauen. Da gibt es seit 30 Jahren einen Wirtschaftsminister von der ÖVP und da wundert man sich, dass im Bereich der Wirtschaft die Bürokratie eine so große ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, 30 Jahre zugeschaut, dass die Bürokratie größer ist und nachher kritisieren, ist unglaubwürdig. Wir werden eine Offensive starten, nämlich, die Bürokratie, soweit wir das können, abzubauen. Der Bund ist gefordert, hier mit gutem Beispiel voran zu gehen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der macht schon das Gegenteil.)* denn dann geht es schneller, dann sind wir effizienter und nicht 30 Jahre einen Wirtschaftsminister haben und nachher jammern.

Das kann nicht unser Zugang sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Zu Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 952), mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 674) (Beilage 960)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 952 mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetzt geändert wird, Zahl 21 - 674,Beilage 960.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Frau Präsidentin, ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz

geändert wird, in ihrer 21. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Vorab wollte ich noch eine Richtigstellung im Hinblick auf die Äußerungen des Herrn Landtagsabgeordneten Kölly tätigen. Er ist jetzt leider nicht da. Aber, damit das auch klar ist: Er hat da vorher irgendetwas von der Bildungsreform gesagt und dass die Grünen irgendetwas zugesagt hätten und nun doch nicht zustimmen.

Das ist ein völliger Blödsinn. Er hat sich offensichtlich auch nicht richtig informiert. Es gab bereits in Bezug auf die Bildungsreform eine Einigung nach langen Verhandlungen zwischen SPÖ, ÖVP und den GRÜNEN. Die ÖVP hat dann wieder einen Rückzieher gemacht. Deswegen ist das alles sozusagen wieder hinfällig geworden. Das ist also der richtige Ablauf. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun aber zum Veranstaltungsgesetz. Wir haben hier einige Änderungen, die untereinander jetzt nichts miteinander zu tun haben. Da gibt es zum einen Angleichungen an Begrifflichkeiten und Nachbesserungen, damit sprachlich das mit anderen Gesetzen übereinstimmt. Dann gibt es auch etwas sehr Konkretes. Etwa, um nicht standortgebundene betriebstechnische Einrichtungen, Schaukeln, Festzelte, Hüpfburgen und so weiter.

Da geht es darum, dass die nun nicht mehr dauernd neue Genehmigungen brauchen beziehungsweise neue eingeholt werden müssen, wenn sie an einem anderen Ort, als dem vorigen, aufgestellt werden. Liegt einmal von einer Behörde eine Genehmigung vor, so soll diese nun auch für andere Aufstellungsorte gelten. Das ist zu begrüßen und das ist eine der Vereinfachungen, die uns heute schon angekündigt wurden. Gott sei Dank.

Leider kommt aber in der jetzigen Novelle des Veranstaltungsgesetzes wieder etwas zur Sprache, dass wir seitens der GRÜNEN schon massiv kritisiert haben. Es geht nämlich wieder einmal um einen Paragraphen zum kleinen Glücksspiel. Wie sie sich vielleicht erinnern können, sehen wir das ja seitens der GRÜNEN äußerst kritisch, dass das kleine Glücksspiel legalisiert wurde. In Wien wurde das aus den Erfahrungen bereits wieder rückgängig gemacht.

Wir wissen vom hohen Sucht-Charakter, der davon ausgeht. Wir bedauern auch nach wie vor, dass auf der einen Seite der SJ im Vorfeld vor ein paar Jahren hier auch heftige Kritik geäußert wurde, aber dann hier, als es darum ging, darüber abzustimmen,

ob das kleine Glücksspiel aus dem Veranstaltungsgesetz wieder herausgenommen werden soll, sich hier dann plötzlich eine Richtungsänderung vorlag, seitens des Abgeordneten Brandstätter, das bedauern wir sehr.

Ausführlicher möchte ich jetzt zu dieser Frage nicht mehr sprechen, aber es ist ja wohl klar und verständlich, dass wir keiner Gesetzesänderung zustimmen können, die die Verankerung des kleinen Glücksspiels, die Legalisierung des kleinen Glücksspiels, im Veranstaltungsgesetz noch einmal untermauert.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Bevor ich dem Landtagsabgeordneten Johann Richter das Wort erteile, möchte ich doch sagen, Frau Abgeordnete, dass Sie ein Wort verwendet haben, das ich missbillige, als Sie den Herrn Kölly repliziert haben. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Welches Wort war nicht korrekt? Blödsinn?)* Bitte die nachfolgenden Redner Ihre Sprache der Würde des Hauses anzupassen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben ja erst im vorigen Jahr das Veranstaltungsgesetz ganz wesentlich und gut novelliert. Es wurde jetzt in diesem Zusammenhang notwendig, ein paar Änderungen vorzunehmen.

Zum einen aus dem ganz einfachen Grund, weil es im Amt der Burgenländischen Landesregierung eine Strukturreform gegeben hat und vorher im Gesetz wurden noch die Mitglieder dieser Bewertungskommission, die bei mehreren Bewilligungswerbern eingreift, nach der alten Struktur benannt.

Mitglieder aus der Abteilung 2, zum Beispiel, oder 3. Das hat sich geändert. Daher wurde eine Korrektur notwendig. Jetzt gibt es ohnehin eine allgemeine Formel. Es heißt, zum Beispiel: Mitglieder der Abteilung, die für das Veranstaltungswesen zuständig sind. Ist ein Mitglied dabei, ein Mitglied der Abteilung, die für Finanzen zuständig ist und so weiter.

Das ist also eine ganz formale und normale Sache. *(Abg. Markus Ulram: Geht schon los.)* Hinsichtlich der Glücksspielautomaten gab es, wie es schon erwähnt wurde, einige Anpassungen, und zwar, zum Beispiel, dass es, wenn eine aufhebende Entscheidung gefallen ist, eine aufhebende Entscheidung gefällt wurde, es zukünftig ein Fortbetriebsrecht gibt. Das ist im öffentlichen Interesse, damit bis eben ein Ersatzbescheid erlassen wird, ein legaler Spielbetrieb gewährleistet ist und auch der Spielerschutz gewährleistet bleibt.

Ein weiterer Punkt: Glücksspielautomaten gibt es zukünftig nur für Gastgewerbe, die auch wirklich im Betrieb sind, und nicht, egal ob es ein reglementiertes oder freies Gewerbe ist. Dass in Zukunft für Schaukel, Festzelte, Hüpfburgen und ähnliches eine einmalige Genehmigung ausreichend ist, wurde auch schon erwähnt.

Weiters ein Punkt ist: es reicht in Zukunft die Bescheinigung eines Fachkundigen, dass keine Beeinträchtigung durch eine Veranstaltung, keine Gefährdung, insbesondere durch Staub, Lärm, Abgase oder Abwässer verursacht wird. Das reicht als Beweis und es ist kein Gutachten in Zukunft notwendig.

Es wird auch die Möglichkeit geschaffen, je nach „Art und Gefährlichkeit“ eine Veranstaltungsüberprüfung vornehmen zu können und nicht zu müssen. Es geht um eine

weitere Vereinfachung im Veranstaltungsgesetz, dem wir natürlich unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Abgeordnete Mag. Christoph Wolf, M.A. ist als Nächster zur Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Danke, Herr Präsident. Geschätzte Damen und Herren, die noch anwesend sind. Wir haben vor fast einem Jahr, oder genau vor einem Jahr, es auf Bundesebene geschafft, dass gesetzliche Verbesserungen und Erleichterungen für Vereine umgesetzt wurden. Patrik Fazekas und ich waren maßgeblich daran beteiligt auf Bundesebene mitzudiskutieren.

Ich kann mich nicht daran erinnern hierbei irgendwelche Vertreter des Burgenlandes sonst noch gesehen zu haben, aber wir haben es erreicht, durch harte, intensive Arbeit die Bundesgesetze zu ändern, die Erlässe des Ministeriums zu ändern. Nun können wir auf eine erfolgreiche Eventsaison aller Vereine und Veranstalter des Burgenlandes zurückblicken und darauf sind wir sehr stolz. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Freiwilligkeit ist unser großes Gut. Das ist uns allen bewusst und ich glaube dahinter stehen wir auch. Die Ehrenamtlichen, die Freiwilligen, die kann man nicht in Zahlen aufwiegen, ganz im Gegenteil, für uns sind Vereine nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern auch ein gesellschaftlicher Impuls in Richtung Gemeinschaftlichkeit, Gemeinsamkeit, Zusammenhalt und auch Identifikationen in unseren Gemeinden und genau das ist es, wo wir als Volkspartei dahinter stehen.

Mich persönlich beeindruckt auch immer die Sinnstiftung der Vereine, vor allem in der Jugendarbeit, im Jugendbereich, wenn es darum geht in Vereinsaufgaben regelrecht aufzublühen, oder auch fürs Leben zu lernen. Vereine verbinden die Menschen und natürlich auch die Generationen und darauf sind wir im Burgenland sehr stolz.

Die Gesetzesnovellen, die wir im Vorjahr beschlossen haben, vor allem im Veranstaltungsgesetz im Burgenland, das war ja damals noch ein kleiner Tropfen auf dem heißen Stein. Wir haben damals mitgestimmt, weil wir der Meinung waren, wir müssen den Vereinen weniger Bürokratie aufhalsen.

Damals haben wir uns aber auf Bundesebenen eben eingesetzt die wirklich großen Steine zu bewegen und auch Nägel mit Köpfen zu machen. Jetzt haben wir vor ein paar Tagen auch gesehen, dass die ÖVP mit ihren Ministern noch immer hinter diesem Thema steht.

Es wurde die „Vereinsoffensive zur Stärkung der Zivilgesellschaft“ gegründet und präsentiert. Es gibt auch mittlerweile eine Homepage www.vereinsfragen.at. Und auf der anderen Seite sehen wir die rot-blaue Landesregierung, die in den letzten Jahren hier untätig war. Ich habe keine Initiativen Richtung Vereine gesehen, oder gehört. Das tut uns natürlich leid, aber Gott sei Dank gibt es hier die ÖVP auf Bundesebene die immer dahinter steht.

Geschätzte Damen und Herren, bei diesem Gesetz, dass uns jetzt vorliegt, bei dieser Gesetzesänderung werden wir nicht zustimmen, weil wir nicht wollen, dass den Vereine wieder unnötige Steine in den Weg gelegt werden, weil hier unnötige Bürokratie wieder in das Gesetz hineingebracht wird. *(Abg. Edith Sack: Im Gegenteil, im Gegenteil.)*

Ich wollte ja damals, dass Veranstaltungen im Freien mit maximal 500 Personen durch den Bürgermeister genehmigt werden können, auf Verantwortung des Bürgermeisters. Das hat zu Erleichterungen geführt, Gott sei Dank, gleichzeitig aber auch

zu einer größeren Verantwortung des Bürgermeisters, aber wir haben hier im Sinne der Vereine mitgestimmt.

Nun ist unser Kritikpunkt ganz klar, die Erleichterungen werden teilweise wieder aufgehoben, es gibt Unsicherheiten für die Gemeinden, für die Bürgermeister, aber auch für die Vereine und diese neuen Hürden die wollen wir nicht mittragen, deswegen stimmen wir auch hier nicht zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Mag. Drobits, Herr Abgeordneter, Sie sind als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt macht Ihr genau das Gegenteil von dem, was Ihr vorher gesagt habt, nicht endbürokratisieren sondern bürokratisieren. – Abg. Markus Ulram: Sachverständige, die man zahlen muss.)*

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Landesrat! Hohes Haus! Im Tagesordnungspunkt 3 der heutigen Landtagssitzung liegt der, wie bereits von den Vorrednern erwähnte Gesetzentwurf zwecks Novellierung des Burgenländischen Veranstaltungsgesetzes vor.

Anknüpfend an meine Vorredner möchte ich festhalten, dass dieses burgenländische Veranstaltungsgesetz im Jahr 1994 in Kraft getreten ist. Bei genauen Recherchen meinerseits, wie die Veränderungen in den letzten 20 oder 23 Jahren war, musste ich feststellen, dass in den ersten 20 Jahren bloß geringfügige Änderungen im Sinne von sogenannten lebensverlängernden Maßnahmen erfolgt sind.

Was war das? Es war beispielhaft die Euro-Umstellung der Rechnung getragen wurde. Es war die Abschaffung der Gendarmerie, die zum Tragen gekommen ist und es war die Einführung des Landesverwaltungsgerichtes, dem Rechnung getragen wurde. Gleichsam, wie bereits heute erwähnt, gab es im Jahr 2011 eine Novelle hinblicklich der Legalisierung des kleinen Glücksspieles im Burgenland um den illegalen Wildwuchs entgegenzuwirken.

Dabei wurden ein strenger Spielerschutz, aber auch gesetzlich klare Regeln festgehalten. Und gerade wenn man sich anschaut, dass sich da eine Verdichtung auf das Onlineportal bei den Glücksspielen ergeben hat, war auch diese wichtige Einrichtung 2011 gegeben.

Aufgefallen ist mir auch, dass in diesen letzten 20 Jahren, unter der politischen Ressortzuständigkeit des damaligen Regierungspartners ÖVP, die Möglichkeit der Diskriminierung von Pferden aus anderen EU-Staaten bei Pferdesportveranstaltungen thematisiert wurde.

Es gab jedoch in diesen 20 Jahren, meiner Einschätzung und meiner Beurteilung nach, keine Ansätze von Verwaltungsvereinfachungen, oder Deregulierungen, wie es heute auch vom Klubobmann bei dem vorgehenden Tagesordnungspunkt angesprochen wurde.

Seit die neue Koalition gilt oder tagt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist das vorbei?)* gilt ein Gebot, wenn es um das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geht, da ist das Motto, das heute *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Mehr Bürokratie und mehr Kosten.)* bereits mehrfach erwähnt wurde: Mehr Tempo, aber weniger Bürokratie und weniger Kosten!

Gerade beim Herrn Mag. Wolf, der vorher angesprochen hat die Novelle zum Veranstaltungsgesetz hinblicklich der Vereine, wo es um Feste und Veranstaltungen für Vereine gegangen ist, gab es große Anzeigeserien, muss ich festhalten, dass durch diese

Novelle vereinfachte Anmeldeverfahren gerade bei Festen und Veranstaltungen bis zu 500 Besuchern vorliegen.

Diese unbürokratische Vorgangsweise *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr macht das Gegenteil.)* und auch die Deregulierung ist im Interesse der Vereine gewesen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr macht aber heute genau das Gegenteil.)* Dies ist in der Periode der neuen Regierung erfolgt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber jetzt macht Ihr mehr Bürokratie und mehr Kosten.)*

Nunmehr liegt ein Gesetzentwurf vor, der meiner Meinung nach genau diese Rechtsbereinigung anspricht, die in den letzten Monaten der neuen Regierungskoalition erfolgt ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf: Im Gegenteil. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das steht drin.)*

Welche Änderungen betrifft das? Es betrifft die Änderung einerseits Bedacht nehmend auf die schon vorher von Mag. Richter erwähnte Verwaltungsstrukturreform, die Gott sei Dank 2016 seitens des Landes durchgeführt wurde. Im Zuge dieser Verwaltungsstrukturreform wurde nunmehr die Bewertungskommission mit Mitgliedern, oder vertretenen Dienststellen versehen und die allgemeine Formulierung lässt daher auch zukünftig den Schluss zu, dass auch zukünftigen Umstrukturierungen entsprechender Raum zugelassen wird.

Weiter gab es Klarstellungen und ich glaube, obwohl Mag. Petrik diese Klarstellung hinblicklich des kleinen Glücksspieles mokiert hat, ich glaube, dass das aus ordnungspolitischen Gründen wesentlich ist, dass man bei Aufhebung eines Bescheides sehr wohl bis zur Erlassung eines Ersatzbescheides aus ordnungspolitischen Kriterien ein Fortbetriebsrecht oder eine Fortbetriebspflicht von längstens 18 Monate limitiert. Das ist im Interesse der Rechtssicherheit und auch im Interesse der Rechtsbereinigung.

Nicht unwesentlich ist meiner Meinung auch die Klarstellung hinblicklich des Schutzabstandes von 150 Meter zu Schul- und Kindergärten. Dies wurde heute noch nicht erwähnt. Meiner Meinung nach ist es ganz wichtig klarzustellen, dass die 150 Meter des Mindestabstandes als Gehweg zu bezeichnen sind und nicht auf die Luftlinie zu beziehen war, weil damit auch unabhängig vom Straßenverlauf die Berechnung des Abstandes neutral und wahrheitsgemäß angeführt werden kann.

Die angeführte Vereinfachung im Bereich der Mobilität geht von betriebstechnischen Einrichtungen wie Schaukel, Hüpfburgen und auch Festzelten, finde ich im Sinne der Dienstleistungsfreiheit sehr wichtig und wir haben das heute bereits angeführt. Damit erspare ich mir zusätzliche Verwaltungsakte.

Ich habe weder eine Rechtsbereinigung, ich *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist genau das Gegenteil.)* habe eine Bürokratisierung die enthemmt wird. Genau diese Punkte wurden in den ersten 20 Jahren *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr macht genau das Gegenteil.)* im Veranstaltungsgesetz, meines Wissens nach, nicht durchgeführt.

Wenn ich auch bei den GRÜNEN bin, es wurde auch ein Aspekt des Umweltschutzes eingeführt, in dem auch die Beeinträchtigung der Umgebung bei kleineren Veranstaltungen von Immissionen hintangehalten wurde.

Also ich glaube, diese fünf von mir angesprochenen Vereinfachungen, Rechtsbereinigung, oder vielleicht auch Deregulierung, haben viel dazu beigetragen, damit auch die Rechtssicherheit wieder für die Burgenländerinnen und Burgenländer gewährleistet werden kann.

Meine Fraktion wird jedenfalls diesem Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Mittlerweile ist auch der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Steier eingetroffen. Herzlich willkommen!

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordnete die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. – *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Vereine werden sich bedanken.)*

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordnete die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzesentwurf mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird ist somit in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 953), mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird (Zahl 21 - 675) (Beilage 961)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum 4. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 953, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrücken des Winkelwettwesens verändert wird, Zahl 12 - 675, Beilage 961.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Dritte Landtagspräsidentin Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird, in ihrer 21. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31.5.2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach dem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der vorliegende Gesetzentwurf unter Einbezug der von mir beantragten Abänderung ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf mit dem das Gesetz betreffend

Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird, unter Einbezug von der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Wir kommen nun zur Debatte über diesen Tagesordnungspunkt. Als Erstes erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht also um das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens. Ja, das sind recht interessante Begriffe dabei.

Ich bin mir nicht sicher ob jeder weiß, was das Winkelwettwesen ist. Es war auch schwierig da eine Definition und eine Erklärung zu finden, aber angeblich geht das in die Vergangenheit zurück und es wurden Wetten in Lokalen im hintersten Winkel abgeschlossen und daher soll dieser Begriff von dort her kommen.

Buchmacher ist normalerweise jemand der Wetten von Kunden annimmt und der schließt mit diesen quasi einen Wettvertrag. Totalisateur ist auch ein interessanter Begriff, der vermittelt Wetten zwischen Wettkunden. Zum Beispiel man muss sich das so vorstellen, dass bei Pferderennen die Quoten ja abhängen vom eingezahlten Betrag, von den Quoten selbst und die Auszahlung hängt davon ab, wie viel gewettet wurde, das heißt, die Kunden untereinander bestimmen die Höhe und die Quoten und so weiter.

Dann gibt es noch den Begriff Wettvermittler nur zur Vervollständigung, diese vermitteln die Angebote von Wettkunden an befugte Buchmacher. Bei der Änderung dieses Gesetzes geht es im Wesentlichen eigentlich nur um die Inkludierung, oder das Wesentliche dabei ist die Inkludierung der Sachverhalte Terrorismus, Finanzierung und Geldwäsche.

In diesem Zusammenhang sind Totalisateure und Buchmacher zur erhöhter Aufmerksamkeit aufgerufen, wenn sie das Gefühl haben es geht um ein erhöhtes Risiko, es geht um große Transaktionen und es gibt zwei Quellen auf diese sich berufen können.

Es gibt ja Staaten die sehr stark im Verdacht stehen im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Und wenn auf Grund dieser Quellen ein besonderes Risiko besteht, dann sind dieser Buchmacher und Totalisateure verpflichtet die Geldwäschemeldestelle des Bundes zu informieren beziehungsweise auch die Identität des Wettkunden, oder des Treugebers der oft im Ausland irgendwo sitzt, festzustellen und auch nachzuweisen.

Diese Maßnahmen sind natürlich gut, sind richtig, aber meiner Meinung nach wäre in diesem Bereich eine grundlegende Novellierung notwendig. Und zwar, wenn man sich überlegt, es gibt neun Landesgesetze, neun verschiedene Landesgesetze, Livewetten boomen,

Es gibt einen Wildwuchs an grenzüberschreitenden Wetten, man denke nur an Malta oder an Asien. Es sind klare Konzessionsregulierungen notwendig, wir brauchen einheitliche Standards und einen einheitlichen Wettbegriff. Übrigens der Begriff „Sportwetten“ ist in keinem der neuen Landesgesetze enthalten. Interessant sind übrigens die verschiedenen Definitionen für dasselbe Wort „Glücksspiel“.

Im Glücksspielgesetz 1989 heißt es: Glücksspiele sind Spiele, bei denen der Unternehmer für eine vermögensrechtliche Leistung eine vermögensrechtliche

Gegenleistung in Aussicht stellt. Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch nennt Glücksverträge Verträge, wodurch die Hoffnung eines noch ungewissen Vorteils versprochen und angenommen wird.

Schließlich sagt das Strafgesetzbuch: Glücksspiele sind Spiele, bei denen Gewinn und Verlust ausschließlich oder vorrangig vom Zufall abhängen. Ob Sportwetten jetzt hier hinein gehören, ist eigentlich ungeklärt, wenn ja ist die Vergabe der Lizenzen dem Staat vorbehalten und damit der Casinos Austria AG. Hinzu kommt in den ganzen Bereichen noch eine ganze wesentliche Sache, nämlich der gegenwärtige Wettboom im Internet.

Zufällig habe ich gestern einen Artikel in einer Tageszeitung gesehen, in dem *(Der Abg. Mag. Johann Richter zeigt einen Zeitungsausschnitt.)* eine Studie zitiert wird, und zwar als Überschrift „die Österreicher verzocken bereits über 1,6 Milliarden Euro“. Ich überfliege das Ganze - der letzte Absatz, - das Problem dabei sei jedoch, dass dort der Spielschutz nicht gegeben ist.

Auch eine gesetzliche Kontrolle ist bei Anbietern im Ausland schwierig. Wir brauchen ein Regelwerk, das keine Spielart diskriminiert und keinen Anbieter bevorzugt. Der Spielerschutz sollte für alle Formen gelten und auch so geregelt werden. Also da steht uns noch einiges ins Haus für die Zukunft, große Aufgaben, damit dieser Bereich wirklich geregelt wird, und das ist schwierig diesen Bereich zu regeln.

Der hier gegenwärtigen Änderung des Gesetzes, um das es hier jetzt geht, stimmen wir natürlich zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als nächsten Redner bitte ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA zum Rednerpult.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hans Richter hat es auf den Punkt gebracht, wenn schon wir als Abgeordnete, die sich beschäftigen müssen mit dieser Gesetzesmaterie und selbst nachlesen müssen, welche Fachwörter hier verwendet werden, dann ist es wohl höchst an der Zeit ein Gesetz, das aus dem Jahr 1919 in der Fassung von 1993, heute abgeändert wird, auch sprachlich in die Neuzeit zu holen.

Ich glaube, wenn wir jetzt umstellen von Kronen auf Euro, dann sagt das sehr viel aus darüber, dass hier schon länger offensichtlich niemand daran gedacht hat, dieses Gesetz zu novellieren. Ich glaube, das ist ein sehr, sehr gutes Beispiel für die Initiative von Thomas Steiner, die leider Gottes ja noch nicht ganz auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Wir werden uns weiterhin hier bemühen, wir streben einen Rechtsbereinigungsprozess an.

Es ist ja positiv und löblich wenn wir uns im Einzelnen mit Materien beschäftigen, die aus der Vergangenheit stammen und abgeschafft werden können und aufgehoben werden können, aber wenn wir einen Prozess anstrengen würden, wo alle Landtagsfraktionen, alle Abteilungen des Landes angehalten werden, hier in diesem Bereich nach sozusagen sozialen Fundstücken zu suchen, wo wir dann gemeinsam eine große Rechtsbereinigung durchführen könnten.

Das wäre der Weg, den die ÖVP vorgeschlagen hat. Diesen Weg würden wir uns wünschen. Vielleicht ist das jetzt in den nächsten Monaten nicht möglich, aber vielleicht nach einer Abkühlung der Wahlkampfphase, sollte man ein derartiges Vorhaben wieder auf die Tagesordnung setzen. Die ÖVP wird sich diesbezüglich bemühen.

Es stimmt, auch in diesem Bereich gibt es internationale und nationale Bestrebungen, die weit über die Kompetenzen unseres Landesgesetzgebers hinausgehen. Trotz allem werden wir dieser Umsetzung eine EU-Richtlinie zu Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Géza Molnár.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die dritte Wortmeldung zu diesem Thema kommt vom Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nun auf die begriffliche Bestimmung der jeweiligen im Gesetz verwendeten Begriffe möchte ich verzichten, nachdem der Mag. Richter das sehr weiträumig gemacht hat.

Ich möchte aber unabhängig davon klar festhalten, dass wir hier von einem Gesetz sprechen, das bereits seit 98 Jahren gilt. Und dieses Gesetz wurde historisch noch im Reichsgesetzblatt kundgemacht. Innerhalb dieses Zeitraumes gab es bloß zwei Änderungen bis zum heutigen Tage. Die eine Änderung war 1993 durch den EU-Beitritt Österreichs im Sinne der Anpassung des EWR-Abkommens und das Zweite war eine geringfügige Änderung die vorher erfolgt ist. Dieses Gesetz hat daher fast 100 Jahre oder beinahe 100 Jahre überlebt.

Jetzt hat die Regierungskoalition festgestellt, dass im Sinne der Rechtsbereinigung, unabhängig jetzt vom internationalen Recht, Änderungen getroffen werden müssen. Wir streben nicht an, wir machen, wir tun. Mir ist das ganz wichtig zu erwähnen, dass einerseits in diesem Gesetz der EU-Verordnung aus dem Jahre 2016 in Verbindung mit der EU-Richtlinie 2015 Rechnung getragen wird, worin die Europäische Kommission Drittländern mit hohen Risiko zur Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung festlegen darf.

Und diese Verordnung gilt für all diese Länder, die einen hohen Verdachtsniveau in diesem Bereich sind. Wir haben diese Verordnung als unmittelbares Recht umgesetzt, in dem Sinn, dass wir sagen, das ist eine glaubwürdige Rechtsquelle und wir verwenden sie im Gesetzestext, damit genau diese vorerwähnten Buchmacher und Totalisateure im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung genauestens zu prüfen und zu dokumentieren haben.

Die werden zukünftig dann auch diese Drittstaaten im Rahmen der EU-Verordnung genauer behandeln und prüfen müssen. Damit dient diese Novelle als erster Schritt zur Umsetzung der EU-Normen, zur Verhinderung und Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Aber dieses Gesetz birgt in sich Kuriositäten und Relikte, die unbedingt angepasst und verändert werden mussten. Das machen wir, in der heute bereits mehrfach angesprochenen Rechtsbereinigung zur Rechtssicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Burgenland.

Wenn Strafbeträge weiterhin in Kronen ausgewiesen werden, wobei als Höchstausmaß 20.000 Kronen festgesetzt worden sind, bedeutet das, und das bitte sich zu merken, dass bis zum heutigen Tage das Strafausmaß bei diesen Delikten in damaligen zwischenzeitlich Schilling zwei Schilling war, und heute 0,14 Euro betragen hat.

Was das für eine Sanktion bedeutet bei einem Verstoß gegen diese gesetzlichen Bestimmungen kann man sich vorstellen. Wir haben diesen zahnlosen Straftatbestand im

Sinne der Novellierung verändert. Und nunmehr wird die Sanktion mit 2.180 Euro präliminiert, zu 0,14 Euro bis zum letzten Tage.

Weiteres Relikt in diesem Gesetz, das noch nicht angesprochen wurde, ist dass die Ausübung einer gewerbemäßigen Tätigkeit in Deutsch-Österreich noch angeführt wird. Diese historischen Begriffe sind natürlich zu revidieren. Wir haben auch diesen Tatbestand und diese Gesetzesbestimmung zur Gänze entfallen lassen.

Eine Bezeichnung, die mir aufgefallen ist, bei Durchsicht der Gesetzesunterlage, dass die Bezeichnung der Gewinn oder die Formulierung der „Gewinnsgebühr“ auch nicht mehr zeitgemäß erscheint. Damit sind diese Bezeichnungen überholt und sinnwidrig, sodass sie ersatzlos aufzuheben waren. Nicht unwesentlich ist ein Aspekt, der heute nicht erwähnt worden ist. Es gibt eine Verwaltungspraxis, die besagt, dass eine Bankgarantie in diesem Bereich einzuholen ist.

Nunmehr wurde diese Verwaltungspraxis in Gesetzeskleid gehüllt, und diese Bankgarantie wird im neu eingefügten Paragraph 2b festgehalten mit einer Deckelung von einer Million Euro. Nunmehr haben wir ein beinahe 100-jähriges Gesetz, welches einige Kuriositäten und Relikte ins sich birgt geändert. Gott sei Dank geändert.

Jedenfalls wird aber auch dieser Novelle den EU-Vorschriften Rechnung getragen und daher werden wir diesem Gesetzentwurf jedenfalls die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung. Ich darf wieder jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuchen, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, in dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird, ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 954), mit dem das als Landesgesetz geltende Bundesgesetz, betreffend die Tanzlehranstalten, aufgehoben wird (Zahl 21 - 676) (Beilage 962)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum 5. Punkt der Tagesordnung. Berichterstatterin dazu ist die Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö. Es ist dies der Gesetzentwurf, Beilage 954, mit dem das als Landesgesetz geltende Bundesgesetz, betreffend die Tanzlehranstalten, aufgehoben wird, Zahl 21 - 676, Beilage 962.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das als Landesgesetz geltende Bundesgesetz, betreffend die Tanzlehreranstalten, aufgehoben wird in seiner 20. Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der Antrag von mir ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das als Landesgesetz geltende Bundesgesetz, betreffend die Tanzlehreranstalten aufgehoben wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als Erster ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Johann Richter zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei diesem Gesetzentwurf, nämlich Aufhebung des Tanzlehranstaltengesetzes, muss ich sagen, der fällt praktisch, es ist schon erwähnt worden, unter die Devise Rechtsbereinigung, Durchforstung übertriebener bürokratischer gesetzlicher Bestimmungen. Diese nützen sehr oft niemanden, sind oft für die heutige Zeit unverständlich und manchmal sogar eine Schikane.

Wenn ich nur ein paar einige Passagen zitieren darf, es handelt sich nämlich um recht bemerkenswerte Aussagen. Verordnung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 24. Juli 1925, 1925, ich zitiere nur einige Dinge, weil sie recht interessant sind.

Zum Beispiel Paragraph drei: Die Musikbegleitung wird auf zwei Personen beschränkt, und bedarf keiner besonderen Lizenz. Jede Störung der Nachtruhe der Umwohner ist verboten. Der Fußboden - ein anderer Paragraph, der Fußboden muss durch Bohnung, Wachsen, einwachseln oder Ölung staubfrei gemacht sein. Die Betriebsräume dürfen nicht zu Wohn- oder Schlafzwecken verwendet werden. Oder, vor der Abhaltung von Kinderkursen darf der Raum nicht anderweitig verwendet worden sein.

Schließlich als letztes Beispiel: Ein Rettungskasten mit Verband- und Labemitteln ist bereitzuhalten, ferner sind Spucknäpfe, die gegen Verschütten oder Ausstreuen des Inhaltes gesichert und täglich zu reinigen sind, nach Bedarf vorzusehen. Ja also recht interessant. Übrigens gibt es derzeit sechs Inhaber von Bewilligungen im Burgenland. Der Verwaltungsaufwand ist trotzdem nicht zu unterschätzen.

Es wird jeder zustimmen, das Gesetz ist völlige veraltet, die Bestimmungen sind kaum vereinbar, sagen wir es einmal so, mit den Dienstleistungsrichtlinien der EU und auch Berufsqualifikationen, ausländische Berufsqualifikationen wären da auch zu beachten. Wie gesagt, die Aufhebung des Gesetzes fällt unter die Kategorie Bürokratieabbau.

Übrigens, ich glaube im Jahr 1996 wurde dieses Rechtsbereinigungsgesetz schon besprochen. Der damals zuständige Landesrat der ÖVP war Karl Kaplan. Er hat damals schon vorgeschlagen, dieses Tanzlehranstaltengesetz abzuschaffen. Warum das bis heute nicht gelungen ist, das wäre ja möglich gewesen in dieser langen Zeit, bleibt mir ein

Rätsel. Wie gesagt, es fällt unter Verwaltungsvereinfachung, auch unter den Punkt Einsparung.

Übrigens kann die Qualitätssicherung zukünftig von Berufsverbänden gewährleistet werden beziehungsweise kann auf das Veranstaltungsgesetz verwiesen werden. Wir stimmen der Aufhebung dieses Gesetzes mit gutem Gewissen zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö| *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Den Ausführungen inhaltlicher Natur vom Herrn Kollegen Richter ist nichts hinzuzufügen, das stimmt natürlich. Da sind teilweise sehr kuriose Bestimmungen drinnen. Es gibt halt viel im Rechtsbestand, das schon sehr lange im Rechtsbestand liegt.

Aber man muss natürlich, nachdem es heute schon die Diskussion gab, ob man Abgeordneter sein darf wenn man Jus studiert hat oder nicht. Ich glaube natürlich nicht, aber wenn man solche Bestimmungen hernimmt, muss man natürlich die entsprechenden Interpretationsmethoden anwenden, in dem Fall die Versteinerungstheorie, aber das würde zu weit führen.

Ich möchte darauf nicht eingehen. Richtig ist, dass schon bei der letzten großen Rechtsbereinigung 1996 dieses Gesetz, so wie auch andere, zur Diskussion gestanden ist. Ich kann mich erinnern, damals war das Argument, man bräuchte diese Rechtsgrundlage. Das ist damals von der Abteilung und vom Verfassungsdienst so mitgeteilt worden und daher hat man es im Rechtsbestand belassen. Persönlich habe ich es damals nicht verstanden und bin sehr froh, dass das heute aufgehoben wird. Ich finde, das ist ein guter Schritt des Landtages, solche Gesetze und Gesetzesbestimmungen aufzuheben.

Der Kollege Sagartz hat das vorher angesprochen. Es ist halt doch nur Flickwerk, wenn man das eine oder andere zu Recht beseitigt und bereinigt. Daher wäre es, glaube ich, wirklich angebracht, sich wieder um eine große Rechtsbereinigung zu bemühen, dass man einen Landesausschuss einsetzt, wo alle Experten mit dabei sind, wo man noch viel, viel mehr an gesetzlichen Bestimmungen, Verordnungsbestimmungen übrigens auch, das war ja bei der letzten Rechtsbereinigung nicht der Fall, da hat man die Verordnungen ja außen vor gehalten, aber auch dort gäbe es viel zu bereinigen.

Da geht es oft weniger um Entbürokratisierung, sondern einfach um die - ja - Modernisierung des Rechtsbestandes, weil das einfach in vielen Bereichen in die heutige Zeit ganz einfach nicht mehr passt. Daher ist das ein guter Schritt heute.

Aber trotzdem unser Wunsch und unser Vorschlag ist, dass wir es vielleicht doch noch in dieser Legislaturperiode schaffen, einen umfassenden professionellen und ganz effizienten Rechtsbereinigungsprozess in die Wege zu leiten, dass vielleicht am Ende der Legislaturperiode dann passieren kann, dass es eine sehr breite Mehrheit in diesem Landtag gibt, die Gesetze so zu gestalten und so herzurichten, dass der nicht juristisch gebildete Rechtsunterworfene das auch versteht und nachvollziehen kann. In dem Sinn kann ich für meine Fraktion sagen, dass wir diesem Beschluss natürlich zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Werner Friedl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier geht es, wie mein Vorredner schon gesagt hat, um das Tanzschulgesetz und die Aufhebung. Das Tanzschulwesen fällt als ein Bereich des Veranstaltungswesens in die Gesetzgebung der Länder. Der vorliegende Entwurf zur Aufhebung des als Landesgesetz geltenden Bundesgesetzes vom 26.09.1923 betreffend Tanzlehranstalten erklärt sich mit dem Bemühen unzeitgemäßer Landesgesetze und damit in Verbindung stehender Verwaltungsabläufe abzustellen.

Da diese Vorschriften nach heutiger Sicht bereits völlig veraltet sind, sollen diese mit dem beiliegenden Entwurf ersatzlos behoben werden. Gleichzeitig soll damit eine weitere Deregulierung, Liberalisierung und Verwaltungsvereinfachung und Einsparung im Bereich des Burgenländischen Landesrechtes geschaffen werden.

Das Gesetz trifft die Regelung zu den Gesellschaftstänzen bezüglich der Tanzlehranstalten für ständige Betriebe mit festem Standort sowie für zeitgemäße Betriebe mit festem Standort (Saison- oder Filialbetriebe) oder ohne festen Standort (Wanderkurse). Für die Erlangung der Bewilligung ist neben der Eigenberechtigung des Bewerbers dessen Vertrauenswürdigkeit und eine entsprechende Befähigung gefordert. Auch an die Betriebsräume werden Anforderungen hinsichtlich gesundheits-, bau-, feuer- und sicherheitspolizeilicher Kriterien gestellt.

Die Bedeutung von Tanzschulen und ihr gesellschaftlicher Wert haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich gewandelt, sodass heute nur noch ein sehr beschränkter Anwendungsbereich der betreffenden Rechtsnormen festgestellt werden kann. Im Burgenland gibt es, wie schon von den Vorrednern erwähnt, sechs Inhaber von Bewilligungen.

Allerdings ist trotz dieser geringen Anzahl an Tanzschulen der erforderliche Verwaltungsaufwand nicht zu vernachlässigen und ist neben dem mit dem Verfahren verbundenen Aufwand beispielsweise darauf Bedacht zu nehmen, dass bei landesgesetzlich reglementierten Berufen nach den Vorgaben der EU auf der Internetseite des Einheitlichen Ansprechpartners Tanzbeschreibungen zu veröffentlichen und aktuell zu halten wären.

Des Weiteren sind Regelungen für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zu beachten und gegebenenfalls die entsprechenden Anerkennungsverfahren durchzuführen. Da es sich beim Tanz zum einem um keiner gefahrengeneigte Tätigkeit handelt, zum anderen aus Gründen des Konsumentenschutzes ein derart aufwendiges Regelsystem nicht erforderlich ist, rechtfertigt es nicht, den hohen Verwaltungsaufwand bestehen zu lassen. So kann die Qualitätssicherung beispielsweise von Berufsverbänden gewährleistet werden, wie dies in vielen anderen Sportarten oder Freizeitaktivitäten der Fall ist.

Durch die Aufhebung dieser Rechtsnormen entsteht kein rechtsfreier Raum, vielmehr ist im Zusammenhang mit der Durchführung von Tanzkursen und einer entsprechenden Ausgestaltung der Räumlichkeiten von Tanzschulen auf das Veranstaltungsrecht sowie das Burgenländische Baugesetz zu verweisen, das entsprechende Vorschriften hinsichtlich Brandschutz, Hygiene, Gesundheit und Nutzungssicherheit, auch im Zusammenhang mit der jeweiligen Größe und des

Verwendungszweckes, für Gebäude kennt und in den Genehmigungsverfahren nach diesen Materien anzuwenden sind.

Meine Fraktion wird der Aufhebung zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihren Redebeitrag. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das als Landesgesetz geltende Bundesgesetz, betreffend die Tanzlehranstalten, aufgehoben wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine weitere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das als Landesgesetz geltende Bundesgesetz, betreffend die Tanzlehranstalten, aufgehoben wird, ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 956), mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Zahl 21 - 678) (Beilage 963)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 956, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird, Zahl 21 - 678, Beilage 963.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Klaudia Friedl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben in ihrer Sitzung den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 956), mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Zahl 21 – 678) (Beilage 963) behandelt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Markus Wiesler als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! 2016 wurde ja das Gemeinderechtspaket einstimmig beschlossen. Es wurden die Weichen für eine morderne und zeitgemäße Kommunalpolitik gestellt. Wir waren uns alle einig, dass diese Novellierung längst notwendig und wichtig gewesen ist. Einige Gesetze im Gemeinderechtspaket sind ja schon mit 1.1.2017 in Kraft getreten. So auch die Gemeindewahlordnung und um genau diese geht es hier.

Es geht um eine rechtliche Klarstellung der Unvereinbarkeitsregelung für örtliche Wahlbehörden sowie das zeitgerechte Einlagen der Wahlkarten. Ich bin sehr froh, dass hier eine klare Formulierung des Gesetzestextes gemacht wird, damit es nicht heißen kann, es könnte so oder so sein. Ich bin auch froh darüber, dass Mitglieder einer Wahlbehörde gleichzeitig auch einer anderen örtlichen Wahlbehörde am Wahltag angehören dürfen.

Nicht nur der Sonderwahlbehörde für den vorgezogenen Wahltag, weil es sowieso schon sehr schwierig ist Leute dazu zu begeistern ihre Freizeit zu opfern, um einige Stunden im Wahllokal zu verbringen. Ansonsten, wenn wir dieses nicht ändern, würden wir noch mehr Personen brauchen, die Wahl durchzuführen.

Wir werden dieser Klarstellung unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Klubobmann christian Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, diese Klarstellung verdanken wir der Sorgfalt unseres Gemeindebundpräsidenten Leo Radakovits. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken, dass er diesen Input, diese Nachschau bei dieser Gesetzinitiative gehalten hat.

Ich möchte auch gar nicht ins Detail gehen, warum jetzt doch ein Anhang noch gekommen ist zu seiner Anregung hinsichtlich der Wahlbehörden. Sei es drum, wir haben Gott sei Dank rechtzeitig erkannt, dass hier eine Fehleranfälligkeit gegeben ist und stellen das mit dem heutigen Beschluss klar.

Dasselbe betrifft die Klarstellung, dass natürlich nicht bei der zuständigen Gemeindewahlbehörde einer Gemeinde die Briefwahlkarte einlangen muss, sondern natürlich bei der Gemeinde. Ich möchte mich herzlichst bedanken beim Gemeindebund und seinem Präsidenten und darf anmerken, Kollege Wiesler hat das sehr höflich formuliert, Begeisterung ist sehr selten zu merken, wenn wir wissen, wie schwierig es ist, viele Menschen dazu zu bewegen, als Mitglieder der Wahlbehörden zur Verfügung zu stehen.

Ich glaube in einem sind wir uns einig, wir sind dankbar und wissen zu schätzen, dass sich so viele Menschen an vielen freien Tagen, auch heuer wenn gleich zwei Wahlen in unserem Bundesland anstehen, die Zeit nehmen und diese sehr verantwortungsvolle Tätigkeit im Rahmen unserer Demokratie wahrnehmen. Auch Ihnen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

Wir stimmen zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Rednerin erteile ist Frau Landtagsabgeordneter Klaudia Friedl das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Die Fülle all unserer Aufgaben, die Komplexität verschiedenster Gesetze, mit denen wir tagtäglich zu tun haben, aber auch manche Graubereiche, die in unserem täglichen Arbeitsablauf in den Gemeindeämtern im Laufe der Jahrzehnte aufgetreten sind, haben uns im vergangenen Jahr dazu geführt, die Bestimmungen der Burgenländischen Gemeindeordnung aus dem Jahr 2003, aber auch die Gemeindewahlordnung aus dem Jahr 1992, genauer unter die Lupe zu nehmen. Das haben wir getan.

Wir haben verändert, wir haben modernisiert und ich gehe davon aus, wir benutzen dieses neue Konglomerat ja jetzt schon seit einem halben Jahr. Wir haben nichts Negatives gehört. All die Dinge die wir angesehen haben, haben sich äußerst positiv dargestellt. Wahrscheinlich auch deshalb, weil gerade bei dieser Gemeinderechtsnovelle sehr, sehr viele Beteiligte am Tisch zusammengesessen sind und dieses moderne Werkzeug, dieses moderne Regelwerk, für unsere Kommunen gemeinsam adaptiert haben.

Jetzt gilt es natürlich, diese Veränderungen auch in der Praxis umzusetzen, sie einfach zu testen und, wenn Nachschärfungen notwendig sind, das auch zu tun. Meine Kollegen Vorredner haben ja schon gesagt, worum es de facto geht, also um keine großen Veränderungen, sondern um eigentlich juristisches Feintuning, so würde ich es einmal nennen. Die kommenden Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahlen im Oktober werden natürlich auch in Bezug auf die Gemeindewahlordnung diese Nagelprobe sein und die Veränderungen werden wir natürlich genau testen.

Aufgrund der Tatsache aber, dass sehr viel diskutiert wurde, dass sehr breit verhandelt wurde und dass alle Parteien im vergangenen Jahr oder heuer zugestimmt haben, bin ich fest davon überzeugt, dass diese Veränderungen für uns alle positive Auswirkungen haben werden. Wir werden diese Wahlen korrekt wie immer durchführen.

Ich bedanke mich bei den Verhandlerinnen und Verhandlern, bei den Präsidenten des Gemeindebundes als auch des Gemeindevertreterverbandes, aber vor allem auch bei unserer im Land und in der Landesregierung zuständigen Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf für den Einsatz und die Bereitschaft, all das anzugehen.

Wir stimmen natürlich diesen Veränderungen zu. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 909), mit dem der Bericht über die Beendigung der HETA-Problematik im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 641) (Beilage 964)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 7. Punktes der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 909, mit dem der Bericht über die Beendigung der HETA-Problematik im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 641, Beilage 964.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Bericht.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Bericht über die Beendigung der HETA-Problematik im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 20. und abschließend in ihrer 21. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht über die Beendigung der HETA-Problematik im Burgenland wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal vor leerer Regierungsbank, anscheinend nicht interessant genug das Thema, jedoch für uns sehr wohl interessant. Wenn sich der Herr Landesrat Bieler hergestellt hat vor einigen Wochen, Monaten, und gesagt hat, ja, wir leisten diesen Obolus jetzt, so hätte er dann, habe ich mir das ein bisschen genauer angeschaut, und habe mir diesen Bericht, der sehr komplex ist, das muss man ja dazusagen, wenn man sich das anschaut, was da für Daten, Zahlen und alle Möglichkeiten, Gesetzesmöglichkeiten, eigentlich da niedergeschrieben wurden, dann ist das wirklich sehr komplex und man muss sich da hineinlesen.

Das ist gar nicht so einfach, außer man hat Jus studiert, wie heute der Herr Landeshauptmann schon ein paarmal gesagt hat, ansonsten hat man das vielleicht nicht intus gekriegt. Nein, nichts desto trotz haben wir uns natürlich Gedanken gemacht und haben uns das einmal angeschaut.

Ich möchte zu ein paar wichtigen Punkten Stellung nehmen, speziell zur Haftung der Bundesländer nach dem Pfandbriefstelle-Gesetz. Im § 2 Abs. 1 des Pfandbriefstelle-Gesetzes ist festgelegt, dass die Mitgliedsinstitute, sohin die Landes-Hypothekenbanken, zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstellen haften.

Im § 2 Abs. 2 ist normiert, dass auch die Gewährträger der Mitgliedsinstitute zur ungeteilten Hand für alle bis zum 2.4.2003 entstandenen Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle haften. Für alle nach dem 2.4.2003 bis zum 1.4.2007 entstandenen Verbindlichkeiten haften die Gewährträger zur ungeteilten Hand nur dann, wenn die vereinbarten Laufzeiten nicht über den 30.9.2017 hinausgehen.

Für alle nach dem 1.4.2007 entstandenen Verbindlichkeiten entsteht keine Haftung der Gewährträger mehr. Bei den Gewährträgern handelt es sich um die hinter den Landes-Hypothekenbanken stehenden Bundesländer. Alle außer Wien, wohlgemerkt. Aufgrund der vorzitierten Haftungsbestimmungen im Pfandbriefstelle-Gesetz haften die Mitgliedsinstitute zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle und in weiterer Folge darüber hinaus auch die Gewährträger der Mitgliedsinstitute, sohin alle Bundesländer außer Wien zur ungeteilten Hand für Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle.

Nun, ausgehend von dieser Feststellung haben sich die Mitgliedsinstitute bereit erklärt, die erforderliche Liquidität im Gesamtausmaß von 1,24 Milliarden Nominale für die Pfandbriefstelle zur Verfügung zu stellen.

Wir kennen die Vorgeschichte von Kärnten und dergleichen mehr, enorme Aufruhr, Riesendiskussion, und schlussendlich ist man dann zu dieser HETA-Geschichte gekommen, wo sich die ganzen Länder, außer Wien, dazu bereit erklären mussten, auch hier mitzuhaften. Die HYPO-Bank Burgenland AG wurde im Jahr, nur hinweisen, im Jahr 2006 an die Grazer Wechselseitige Versicherung AG verkauft.

Das Land Burgenland hält somit - im Unterschied zu den übrigen Bundesländern - weder mittelbar noch unmittelbar eine Beteiligung an der HYPO-Bank Burgenland AG. Da fragt man sich, warum zahlt man dann. Mit Ausnahme der Länder Salzburg und Burgenland haben die anderen Bundesländer in unterschiedlichen Formen die Gewährträgerhaftung- als auf einer Stufe mit den Haftungen der Mitgliedsinstitute gegenüber der Pfandbriefstelle stehend - anerkannt und ihren HYPO-Banken die erforderlichen Mittel zugeführt. Das war einmal abgeschlossen, die anderen Bundesländer.

Dann ausgehend von dieser Situation hat die Burgenländische Landesregierung mit Beschluss vom 24.03.2015 wohlgemerkt, der Bank Burgenland lediglich zugesichert, lediglich zugesichert, im Fall eines Bedarfes die notwendige Liquidität zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig mitgeteilt, dass eine Prüfung der rechtlichen Bedeutung der Gewährträgerschaft durchgeführt werden muss.

Ein wichtiger Punkt. Streitpunkt zwischen dem Land Burgenland und der Republik Österreich. Die Pfandbriefbank Österreich AG geht davon aus, dass das Land Burgenland Gewährträger im Sinne der Pfandbriefstelle ist. Das Land Burgenland ist dagegen der Ansicht, dass es kein Gewährträger nach dem Pfandbriefstelle-Gesetz ist. Interessant, immer das zu verfolgen, was da eigentlich auftaucht.

Für den Fall, dass die zuständigen Gerichte in einem Rechtsstreit zur gegenteiligen Auffassung kommen sollten, nämlich, dass das Land Burgenland direkter Gewährträger im Sinne des Pfandbriefstelle-Gesetzes ist, erteilt das Land Burgenland vorbehaltlich einer allenfalls notwendigen Genehmigung durch den Burgenländischen Landtag seine Zustimmung, dass die Pfandbriefbank Österreich AG das Kaufangebot des Kärntner Ausgleichzahlungs-Fonds für die ihr gegen HETA Asset Resolution AG zustehenden, mit einer Ausfallsbürgschaft des Landes Kärnten behafteten Schuldtitel annimmt.

Nach einem ersten erfolglosen Entschuldungsversuch kam es 2016 zu einer erfolgreichen Einigung zwischen der Pfandbriefbank und ihrer Mitgliedsinstitute. Am

28.10.2016 informierte die HYPO-Bank Burgenland AG mit einem Schreiben, Beilage 6, das Land Burgenland darüber, dass die Pfandbriefbank das Umtauschangebot des KA-F im Auftrag und Namen ihrer Mitgliedsinstitute angenommen hat und dass die HYPO-Bank Burgenland AG das Angebot mittlerweile für sich selbst und das Land Burgenland angenommen und im Austausch gegen ihre HETA Schuldtitel Nullkupon-Anleihen erworben hat.

Die Bank Burgenland hat den damit verbundenen Verlust von 7,73 Millionen Euro noch im Jahr 2016 realisiert. Das heißt, das ist schon alles 2016 eigentlich passiert. Wo der Landtag groß darüber informiert wurde, das müssen wir uns auch noch anschauen, die Regierung hat das einfach beschlossen. Es wurde erst vor einigen Wochen Information gegeben vom Herrn Landesrat Bieler. Aber ich komme schon noch zu dem Punkt.

Schlussendlich wurde dann von Seiten des Landes Burgenland geprüft, ob es eine Klage der Landes-Hypothekenbanken riskieren sollte, weil es die Haftungsverpflichtung nicht anerkennt, oder ob es sich vergleichen soll. Die Kosten bei Verlust des Gerichtsprozesses wurden mit rund 20 Millionen Euro kalkuliert. Wie kommt man auf so etwas?

Von sieben Millionen Euro kalkulieren wir 20 Millionen Euro und dergleichen mehr, und dann sagt man, ja, man hat sich ja eh geeinigt auf sieben Millionen. Aber egal. Auch das werden wir heute noch zu diskutieren haben. Es wurden verschiedene Rechtsgutachten über die direkte Gewährträgerhaftung des Landes Burgenland mit divergierenden Meinungen vorgelegt. Von bis.

Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes hat sich 2016 für eine Direkthaftung des Landes Burgenland als Gewährträger einfach ausgesprochen. War so. In Verhandlungen im März 2017 hat das Land Burgenland dann folgenden Vergleich abgeschlossen:

A: Das Land anerkennt seine Haftung als Gewährträger.

B: Das Land Burgenland zahlt, wie alle anderen Bundesländer, der jeweiligen Landes-Hypothekenbank, in diesem Fall der HYPO-Bank Burgenland AG, den Restbetrag aus dem Verkauf der Nullkupon-Anleihen zum Kurs von 90, das sind 7.733.988 Euro, zuzüglich der Stückzinsen von 70.036 Euro. Daraus resultieren für das Land Burgenland in Summe Kosten für die Abwicklung der HETA - Bank Burgenland - Causa 7.804.024 Euro.

C: Dazu kommt die Übernahme anteiliger Anwalts und Finanzierungskosten durch das Land Burgenland. Das hätten wir auch gerne gewusst. Was sind das für Kosten gewesen? Dürfen wir das erfahren, oder dürfen wir das nicht erfahren? Steht natürlich nicht in dem Bericht drinnen, ist ja logisch.

Aber auch das wollen wir als Opposition und als Kontrollliste auch wissen. Ich denke, auch die anderen sollten das wissen. Vielleicht kriegen wir heute Zahlen oder vielleicht in den nächsten Wochen, Monaten, auf den Tisch gelegt.

Nächster Punkt: Ein Argument der Landesregierung an diesem Vergleich zuzustimmen ist, da das Prozessrisiko nach Meinung von Experten sowie der Finanzabteilung ein viel zu hohes ist (die Gesamtkosten eines jahrelangen Gutachter-Streits vor Gericht würden im Falle eines Prozessverlustes für das Land Burgenland bei rund 19 Millionen Euro liegen, und somit mehr als doppelt so hoch ausfallen, als der sich ergebende Verlust im Falle einer Annahme der Rückverkaufsoption).

Wurde der Landesregierung so empfohlen. Von wem empfohlen? Das ist auch die nächste Frage. Wer hat das eigentlich empfohlen? Wer sind diese Gutachter, hätten wir auch gerne gewusst. Wer macht das und wer steht hinter diesen Leuten? Das sind offene Fragen, die wir heute hier diskutieren sollten und vielleicht der eine oder andere sich einmal Gedanken macht, wie das über die Bühne gegangen ist.

Ja, somit hat sich dann die HETA-Problematik ein- für allemal bereinigt, aber leider für das Burgenland noch nicht ganz, denn ein Beitrag zur gesamtösterreichischen Lösung wurde zwar geleistet, aber jetzt kommen wir dann zu dem Punkt, wie wir das finanzieren und wovon wir das finanzieren. Zur Frage der Finanzierung der 7,8 Millionen Euro.

Die Burgenländische Landesregierung hat beschlossen, den Differenzbetrag aus dem Vergleich mit der HYPO-Bank Burgenland AG in der Höhe von 7,8 Millionen Euro (Verkauf Nullkupon-Anleihe zum Kurs von 90 7.733.988 Euro und Stückzinsen von 70.036vEuro zu Lasten des Voranschlagstelle, und jetzt kommt es, 1/960002/3446 - Bürgschaftsleistung - unter Heranziehung der Rücklage, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Burgenländischen Landtag, zur Verfügung zu stellen und zur Anweisung zu bringen. Schaut Euch diese Voranschlagstelle einmal an!

Welche Rücklagen sollen hier konkret herangezogen werden? Klare Frage. Im Voranschlag für das Jahr 2017 sind im Nachweis über Zuführungen An- und Entnahmen aus Rücklagen zum einen 5,5 Millionen Euro aus Mitteln der Wohnbauförderung, zum anderen 16,1 Millionen Euro Entnahme aus nicht aufteilbaren Rücklagen ausgewiesen. Interessant. Üblicherweise muss die Bedeckung solcher Ausgaben kreditfinanziert werden. Ist dies geplant? Frage. Welche Kosten fallen in diesem Zusammenhang an?

Das hätte ich gerne gewusst, wenn der Finanzlandesrat da wäre oder er wird mich hören, ob er diese Frage beantworten kann. Das hätten wir schon gewusst, auch in einer Landtagssitzung. Nicht jetzt rumschwadronieren und herumschweifen, sondern tatsächlich sagen. Diese Fragen hätte ich gerne, ich weiß schon, wir sind ja in keiner Fragestunde. Die Fragestunde können wir uns sowieso ersparen, was da Vormittag heute passiert ist und beleidigende Worte gefallen sind.

Das brauchen wir nicht. Aber diese Fragen sollten wir endlich auch von einem Landesrat erwarten, der zuständig ist für Finanzen und von einem Regierungsmitglied, das Rede und Antwort steht. Vielleicht kann uns ein Büro Auskunft geben. Das wäre auch eine Möglichkeit. Aber ich hätte es halt endlich einmal gerne gewusst. Wenn heute beschlossen wird, wieder so eine Situation oder zur Kenntnis genommen wird, sind wir selber schuld, wenn man nicht hinterfragt oder wenn man sich das nicht genau angeschaut hat. Punkt 2, grundsätzliche Kritik an der politischen Behandlung der HETA-Abwicklung.

Die Einigung mit den Gläubigern wird den Steuerzahlern vermutlich weitere rund zwei Milliarden Euro kosten. Ja, denkt auch keiner. Ist auch anscheinend nicht so wichtig. Politisch wird nun argumentiert, dass der Schaden, der durch die HETA-Abwicklung entsteht, geringer ausfällt als befürchtet. Das sind immer die politischen Argumentationen.

Punkt A: Zum einen ist es nicht nur die Niedrigzinspolitik der EZB der Fall.

Punkt 2: Zum Zweiten blieben immer noch rund sieben Milliarden Schaden, wodurch jeder Staatsbürger mit rund 900 Euro belastet wird.

Nächster Punkt: Es kann und darf nicht sein, dass es in Österreich keine Konsequenzen gibt, dass ein Bundesstaat Haftungen in zehnfacher Höhe seines Landesbudgets ausstellt.

Jetzt kommt der nächste Punkt, was interessant ist: Es fehlt in Österreich nach wie vor an einem zeitgemäßen Landesinsolvenzrecht. Dies ist in Österreich ein Problem, das unter den Fingernägeln brennt. Einem Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2015 zufolge haben die Bundesländer zusammen Haftungen in der Höhe von 70,4 Milliarden Euro übernommen, dies obwohl sie sich zu einer Haftungsobergrenze von 30,6 Milliarden Euro verpflichtet haben.

Das heißt, wie geht das alles? Man verpflichtet sich, macht aber was man will. Und genau das ist auch im Landtag und das ärgert uns so seitens Bündnis Liste Burgenland. Ich hoffe auch Euch Abgeordnete, dass das einfach so passieren kann. Die Hälfte hat man einfach mehr übernommen.

Das versteht anscheinend niemand. Wenn man das den Leuten draußen erklärt, die sind natürlich Summen, mit denen sie nichts anfangen können, ist mir schon klar. Aber wir sind im Landtag verpflichtet, das zu diskutieren und die Wahrheit zu erfragen und auch zu bekommen.

Das muss man schon einmal klar sagen. Das ist schon eine empfindliche Geschichte. Auch die Bundesländer und jetzt komme ich wieder. Neun verschiedene Bundesländer, acht sind da mitbeteiligt, Wien ist halt nicht dabei. Da die Bundesländer unterschiedliche Systeme zur Risikobewertung und Risikogewichtung anwenden, ist dies leider Gottes alles möglich geworden.

Das heißt, man jongliert wie man will, man „trixt“ hin und her, wie man will, aber völlig egal, man bekommt eh die Zustimmung seitens des Landtages und nachher, wenn man den Voranschlag oder den Rechnungsabschluss hat, dann passt eh alles. Man muss ja zustimmen.

Ich appelliere noch einmal an die FPÖ und jetzt höre ich so lange nicht auf, vielleicht doch das eine oder das andere Mal einer aufsteht und sagt, Ihr habt recht. Auch damals haben wir schon den Finger dort hineingehalten und haben gesagt, das kann nicht gut gehen. Jetzt muss ich nicht überall mit dabei sein, sondern ich kann aufzeigen, dass ich in der Vergangenheit einiges aufgezeigt habe und auch das war ein Fall, den eigentlich die FPÖ massiv kritisiert und auch behandelt hat. Das muss ich offen und ehrlich zugestehen, vollkommen richtig.

Jetzt kommt der nächste Punkt, auf was wir uns gefasst machen können. Haben wir die nächste Haftung vor der Tür? Denn die Hypo Niederösterreich ist eine weitere tickende Zeitbombe. 2012 wurde die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Niederösterreichischen Landtag mit der Mehrheit der ÖVP-Stimmen abgelehnt.

Meine sehr geehrten Herren von der ÖVP! Jetzt seid Ihr da Opposition, jetzt agiert Ihr anders. Auch dort habt Ihr die Mehrheit gehabt und habt es einfach abgelehnt, dass es eine Kontrolle, dass vielleicht eine Transparenz vorherrscht. Jetzt tun wir halt anders. Das ist halt so. Tut mir leid, aber das muss ich Euch so sagen, weil ihr es dort so spielt, wie Ihr es gerade braucht, wo Ihr die Mehrheit habt.

Das ist einmal so, da seid Ihr Opposition. *(Zwischenruf des Abg. Franz Steindl)* Ich sage sowieso, macht Euch keine Sorgen, ich nehme mir sowieso kein Blatt vor den Mund, weil genau das sind die Dinge, die gesagt gehören. Ich glaube, da sind wir ohnehin in einem Boot. Weil es hilft ja nichts, irgendwann taucht es auf, nach ein paar Jahren durch einen Rechnungshofbericht, der dann das aufblättert und wirklich hervorragend vorbereitet ist, aber nachher nutzt es nichts mehr.

Da sind wir jetzt genau dort. Die Opposition ortet spekulative Geschäfte, das ist in Niederösterreich die SPÖ, wie ich annehme, und die FPÖ und der Herr Stronach gibt es

dort auch ein paar. Das heißt, dort macht man ganz etwas anderes. Das ist eine sehr interessante Geschichte. Unter anderem mit den Mitteln der Wohnbauförderung wird dort alles zugedeckt.

Ich hoffe, dass sich nicht auch bei uns im Land Burgenland so ähnlich die Lage ergibt, weil wenn ich 123 Millionen im Budget im Voranschlag drinnen habe und 75 und 76 nur für Wohnbauförderung ausgebe, obwohl wir schon, ich muss schon sagen, ein Dankeschön für den Handwerkerbonus, und, und, und, alles dort miteinpackt, hat man noch immer fast die Hälfte von der Wohnbauförderung für etwas anderes verwendet.

Dann sollte man sich auch einmal Gedanken machen, weil der private Hausplatz so günstig derzeit ist oder was weiß ich, egal wie auch immer. Auch da sollten wir uns für die Zukunft Gedanken machen, nicht sagen, wir haben die beste Wohnbauförderung, die haben wir schon, ist schon möglich, aber dann sollten wir das Geld, was man teilweise oder das meiste vom Bund bekommen, auch dafür verwenden und nicht für andere Dinge, so wie zum Beispiel Niederösterreich gemacht hat. Ich bin überzeugt, dass es im Burgenland das Gleiche ist.

Das ist genau das, wo wir immer darauf hinweisen. Ich verstehe SPÖ und FPÖ jetzt schon, jetzt müssen wir halt zusammenhalten, es tut sich eh was in vielen Fällen. Es tut sich sehr viel, Gott sei Dank, bei der Arbeitslosenzahl und dergleichen mehr, aber ich sage das noch einmal, nicht die politischen Mandatare haben das geschafft, dass die Wirtschaft angesprungen ist, sondern die Firmen haben sich bemüht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich massiv eingesetzt, die vielen Pendler, die um 4.00 Uhr in der Früh aufstehen müssen und um 19.30 Uhr heimkommen, mit den Verbindungen, natürlich mit der Öffentlichkeit, große Probleme haben.

In der Öffentlichkeit haben Sie fast kein Sprachrohr, Herr Kollege. Als Pendlersprecher haben wir oft das Problem, ja, man redet zwar über die Medien, dass das alles so gut funktioniert und dass man sich einsetzt, Faktum ist, dass es dort große Probleme gibt. Aber wir können uns ja zusammensetzen, darüber diskutieren.

Jetzt kommt nämlich noch die andere Geschichte, dass in Niederösterreich ganz etwas anderes, wenn das aufbricht, haben wir auch wir massive Probleme. Sind wir wieder mitten drinnen - oder? - in der ganzen Geschichte. Über Zweckgesellschaften in Liechtenstein zum Beispiel und in Irland wurden angeblich Verluste verschleiert. Immer wieder meine Frage: In welchen Ländern gibt es noch ein paar solche „G'schichteln", was wir gar nicht wissen? Ich hoffe, dass das nicht der Fall ist und eintritt und nicht nur über Kärnten geschimpft wird, sondern in anderen Bundesländern steht uns das Wasser bis zu den „Ohrwascheln". Man müsste schon langsam hinterfragen, was stimmt da tatsächlich.

Ist das wirklich richtig, dass das Land Niederösterreich so verschuldet ist und dort auch vielleicht Haftungen auf uns zukommen können? Ich frage nur. Vielleicht ist das auch einmal von irgendjemandem zu hinterfragen und die Wahrheit zu sagen. Ich will mich nicht über Niederösterreich mehr unterhalten, obwohl das ein sehr wichtiges Bundesland ist, eines der größten natürlich, wenn es dort hart auf hart geht, auch wir immer wieder mit dabei sind, das ist wirklich eine schwere Geschichte.

Daher fordern wir seitens Bündnis Liste Burgenland, das wir einen Schuldenmonitor einführen. Für die burgenländische Bevölkerung ist nur mit sehr großem Aufwand oder gar nicht nachvollziehbar, was ich schon vorher gesagt habe, wie hoch beispielsweise der aktuelle Schuldenstand des Landes ist, woraus sich die Schulden zusammensetzen, wer die Verursacher sind, wie der Tilgungsstand ist, wie hoch die Zinsendienste sind und welche Auswirkungen bestimmte politische Vorhaben auf die Entwicklung des Schuldenstandes haben.

Im Sinne einer echten Transparenz müssen den Bürgern die Möglichkeit geboten werden, sich umfassend, unbürokratisch, rasch und jederzeit über alle Aspekte des aktuellen Schuldenstandes des Burgenlandes samt der Gemeinden und deren ausgelagerten Gesellschaften sowie sonstige Beteiligungen informieren zu können. In den Gemeinden müssen wir es machen. Da kann jeder Bürger hingehen und kann hineinschauen. Anscheinend im Land nicht und genau das ist der Punkt.

Im Land gibt es andere Kriterien. In den Gemeinden machen wir einen Voranschlag, ist in Ordnung, ist er einstimmig oder mehrheitlich, und nachher bei jedem Projekt, das ein bisserl was an Summe ist, müssen wir neue Beschlüsse fassen, müssen wir noch ausschreiben. Im Land entscheidet nach einem Voranschlag nicht mehr - wie wir hier sitzen - die 36 Abgeordneten, sondern die Regierung allein über das.

Darüber sollten wir uns auch Gedanken machen, auch hier Änderungen herbeizuführen. Was vergibt man sich, wenn wir eine Tagesordnung von einer Regierungssitzung wissen? Was vergibt man sich, wenn wir wissen, wie sie abgestimmt haben?

Ich weiß schon, das ist derzeit sowieso alles einstimmig, brauche ich ja nicht darüber diskutieren, es geht gar nicht anders, weil das steht im Brief drinnen, nur Einstimmigkeit kann es geben. Das ist für mich keine Demokratie, sage ich Euch auch gleich. Weil wir haben seitens Liste Burgenland schon des Öfteren bewiesen, dass wir nicht immer einer Meinung sind und der eine oder andere so abstimmt wie er wirklich das vertreten kann.

Ich glaube, so sollten wir auch in Zukunft einmal denken. Genau die FPÖ ist ja die gewesen, die jahre- oder jahrzehntelang und auch ich war damals dabei und habe gesagt, da müssen wir den Finger weiter draufhalten, da müssen wir schauen, was sich tut. Jetzt sitzen wir da und jetzt sitzen wir in einer Verantwortung, haben halt alle anderen guten Möglichkeiten, dass man Regierungsbüros hat, und, und, und.

Dann redet man von burgenländischen Arbeitskräften und in den Regierungsbüros sitzen keine Burgenländer. Es sitzen ganz andere Leute drinnen. „Leutln“, haben wir im Burgenland keine dementsprechenden Personen, die die Arbeit in den Regierungsbüros leisten können? Das frage ich mich. Sie bekommen übrigens noch besser bezahlt wie ein jeder normale Beamte oder Mitarbeiter in diesem Land. Hallo! Burgenländische Arbeitsplätze für Burgenländer! Unterstrichen, Rufzeichen!

Genau das sind die G’schichteln. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wohnen eh alle im Burgenland.)* Einen Wohnsitz haben sie im Burgenland, aber wohnen tun sie nicht im Burgenland. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, eine jede Wortmeldung bitte ersparen, weil das tut mir weh, wenn ich so etwas höre. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Burgenländische Regierungsmitglieder für das Burgenland! - Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)* Ja, das ist ja das Interessante.

Das ist sehr interessant, aber macht ja nichts, aber nur dann darf man nicht Wasser predigen und Wein trinken. Nicht Wasser predigen und Wein trinken, wenn man so etwas ... *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz)* Kärnten, aber macht ja nichts. Man kommt eh auf gewisse Dinge immer wieder drauf.

Aber wir wollen eines nicht, dass die Regierung alles entscheidet und im Nachhinein, so wie jetzt bei dem Pichowetz oder wie der da heißt in Mörbisch, der groß angekündigt wurde, Supermann, klar, SPÖ voran, super, bester Mann. Jetzt höre ich nicht, dass er der beste Mann war oder was hat der verbrochen, das hätte ich jetzt einmal

gerne gewusst, wenn er auch ein Roter ist, er kann nicht so viel verbrochen haben, dass man ihn gleich hinaushaut. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)*

Das gibt es normal gar nicht, oder? Ganz offen und ehrlich gesprochen, Herr Landesrat, was hat der verbrochen, dass ich mit dem jetzt gleich abgefahren bin? Ich meine, normal gibt es da immer Gespräche, wo man sich zusammensetzt und darüber diskutiert, was hat er falsch gemacht?

Gut, dass der halt mit ein paar Kollegen ausgemacht hat, vielleicht unter der Hand ein bisserl mehr Gage, das hättet Ihr auch ausreden können, das gibt es ja nicht, wenn er so ein Topmann war, wie er präsentiert wurde, und wo man die Schellenberger, die erfolgreich unterwegs war, in die Wüste geschickt hat. Wir werden noch froh sein, wenn wir eine Schellenberger haben.

Außerdem, Herr Landesrat, auf einmal ist irgendein Geschäftsführer bestellt. Ist das ausgeschrieben gewesen? Hat das irgendeiner überhaupt gewusst? Dürfen wir das wissen oder sind wir eigentlich nur mehr Statisten herinnen? Dürfen wir uns an das Rednerpult stellen und sagen, einen neuen Direktor haben wir, er heißt nicht mehr Intendant, aber einen neuen Direktor, bravo super.

Das ist eine Geschichte. In Lutzmannsburg war es das Gleiche. Lutzmannsburg, Geschäftsführer hinausgehaut, den Stündl. Da hat man eine Dame eingesetzt, die ist über die Nacht dahergekommen. So nach einem halben Jahr hat man wieder die geschasst, entschuldigen Sie diesen Ausdruck, aber heimgeschickt und hat wieder den Stündl geholt. Das ist leider Gottes in den letzten Jahren ständig so passiert. Tourismus. Ich weiß nicht, was der verbrochen hat, dass er gehen hat müssen. Er hat zumindest seinen Vertrag ausbezahlt bekommen. Wir müssen ihn bezahlen. Der hat einen Fünfjahresvertrag.

Pichowetz weiß ich nicht, was der für eine Abfertigung bekommt. Jetzt haben wir die KRAGES, über das will ich gar nicht mehr reden. Das ist ja so ein Ballast, der uns schön langsam die Schultern und den ganzen Körper hinunterzieht. Warum passiert denn das eigentlich in dieser Regierung? Wenn man heute so positiv geredet hat und ich stehe dazu, dass man gemeinsam etwas weitergebracht hat.

Aber dass solche Dinge, überall Stillschweigen vereinbart muss werden, das versteht niemand. Warum Stillschweigen, Herr Landesrat? Wenn mir das einer erklären kann. Hat die Öffentlichkeit nicht das Recht oder haben wir als Abgeordnete nicht das Recht zu erfahren, warum der geholt ist geworden, mit welcher Gage und warum er entlassen ist geworden mit was für einer Gage und dergleichen mehr. Ich glaube, hier haben wir sehr wohl das Recht. Nicht nur das Recht, sondern die Verpflichtung sogar, das zu hinterfragen.

Ich glaube, das war ein wichtiger Ansatz, wenn man da einmal Transparenz wirklich herrschen lassen könnte. Herr Landesrat, wurscht was der „Kurier“ schreibt hin und her, Darabos und Bieler sollen gehen. Ich sage nein, bleibt noch lange da, und das ist mir wichtig, bleibt mir ja lange da. *(Heiterkeit bei der Abg. Mag. Michaela Resetar)* Das ist mir sehr wichtig. Weil dann haben wir wieder Mittel genug, etwas zu tun.

Ich sage Euch auch warum. Aber das ist ja nicht meine ureigenste Einstellung, weil ich bin ein Wirtschaftler und Gerhard Hutter und meine Wenigkeit sind selbständig und eine Handvoll auch noch, aber ansonsten habt Ihr kein Wirtschaftsverständnis. Weil ich der Meinung bin, das kostet den Steuerzahlern viel Geld, alles was wir machen. Wir nehmen auf, schmeißen hinaus.

Wir holen einen, der ist ein Traum, SPÖ voran, drei Pfeile, wusch, gehen wir durch die Mitte. Nein, dann drehen wir ihn um, dann hinunter zu. Gibt es ein paar Interviews von

dem Herren, der etwas sagt, ich werde mir jetzt nicht einen Nagel eintreten, wenn ich jetzt was sage, denn dann bekomme ich meine Gage ja nicht weiter.

Herr Landesrat, ich will und wir wollen, dass einmal das an das Tageslicht kommt. Was ist dort passiert? Was bekommt der für eine Abfertigung? Was hat der eigentlich verbrochen, dass das so gelaufen ist? Und das ist kein Einzelfall. Leider Gottes!

Der Herr Dopler bei der KRAGES. Hat der eine Abfertigung bekommen oder nicht. Unser Freund hat ihn aufgefangen, Verteidigungsminister, dort darf er jetzt wieder brav arbeiten, bekommt seine Gage, alles „drum“ und „dran“. Der andere Verteidigungsminister, der wird jetzt so gelobt, der damalige, weil jetzt ist er so sozial und Arbeitsplätze schafft er, damals hat er das ganze Bundesheer vernichtet. Da hätten wir viele Arbeitsplätze verloren. Jetzt, der Doskozil baut es wieder auf.

Ich bin recht froh, ich muss ihn noch unterstützen dabei, den Dosko, weil er wirklich einen Weitblick hat und weil er wirklich sachlich das auch hinüberbringen kann. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Franz Steindl)* Jetzt auf einmal gibt es ein Geld, Herr Kollege Steindl, Sie sind auch in der Regierung gesessen, Sie können sich dann auch zu Wort melden. Sie haben auch in der ganzen Situation mitgetan. Aber macht ja nichts. Es ist einmal so.

Ich glaube, dass man auch als damaliges Regierungsmitglied hat müssen, gewisse Dinge mitzustimmen, wo nicht unbedingt … *(Abg. Mag. Franz Steindl: Verschwiegenheitsabkommen unterschrieben. Jeden Tag, drei, viere.)*

Verschwiegenheitsabkommen? Na, Bravo! Aber nur, und jetzt zurück zu dem Thema HETA-Geschichte. Herr Landesrat, Sie können uns alles gut verkaufen, da habe ich kein Problem, nur Sie müssen es einmal auf den Punkt bringen und uns sagen, wer die Sachverständigen waren, die Ihnen geraten haben, dass wir das so machen sollen. Warum dürfen wir das nicht erfahren? War es ein Klöckl, war es ein anderer?

Ich nenne einfach einmal einen Namen. Wenn das so ist, dann hätte ich gerne den einmal herzitiert, dass er uns erklärt, weil das ist ja ein Schmöker, der ist ja nicht ohne, Herr Landesrat! Ich weiß nicht, wer sich den durchgelesen hat, schaut Euch das einmal an! Das musst einmal wirklich - eine Geduld brauchst da - viel Zeit braucht man - und das hätte ich gerne von einem Fachmann erklärt, warum man das so gemacht hat! Dann habe ich kein Problem damit, im Gegenteil!

Ich habe heute gesagt, wir seitens der Opposition Bündnis Liste Burgenland tragen vieles dazu bei, wir wollen nicht Hardcore-Opposition betreiben, sondern wir wollen mitarbeiten. Und das ist ein Zeichen dafür, wo wir solche Berichte ernst nehmen, wo wir solche Berichte hinterfragen, wie die FPÖ vor Jahren. Jetzt leider stimmen Sie überall zu, egal wie auch immer.

Wenn heute die ÖVP mit der Schließung von Jennersdorf angefangen hat und dann höre ich auf, lieber Herr Hirczy, er ist nicht da, fahre runter nach Jennersdorf, dort bist selber ein bisschen Mitschuld an der ganzen Geschichte, weil im Endeffekt nicht *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wieso?)* - ich sage jetzt gleich warum - wenn ich heute solche Fragen an den Landeshauptmann stelle, der das mit dem kleinen Finger beantwortet, aber nicht die richtige Frage gestellt ist worden, und dann hätte ich gesagt, Herr Landeshauptmann, bringen Sie mir sofort das Regierungssitzungsprotokoll wann das passiert ist, dann hätte er vielleicht anderes reagieren müssen, weil das wäre ein Handgriff für seine Mitarbeiter gewesen. Da hätten Sie zeigen können, wann das beschlossen ist worden.

Natürlich ist das klar und deutlich und jetzt sage ich auch zum Landeshauptmann: Der Landeshauptmann hat immer gesagt, solange er Landeshauptmann ist, wird kein Gericht und keine BH geschlossen, das hätte man müssen sagen und jetzt ist es passiert und mit der Zustimmung des Landeshauptmannes, da kann ich mich nicht auf den Herrn Brandstetter ausreden und den loben, wie gut und schön der ist, sondern der Landeshauptmann hat gesagt, wir sperren kein Bezirksgericht und keine BH zu.

Ich glaube, dass wir noch mehr zusperren werden in nächster Zeit, das war das Gleiche bei den Gendarmerieposten, hat er gesagt, na solange ich da bin, gibt es kein Zusperren von Gendarmerieposten - zugesperrt haben wir.

Post - wo ist der Herr Präsident Illedits? - wird nicht zugesperrt - zugesperrt haben wir! Und solche Dinge mehr, daher muss man mit solchen Aussagen aufpassen und sich nicht rauslehnen, sondern einfach sagen, wir diskutieren das, wir haben uns sachlich überzeugt, dass wir das zusperren müssen, und ich stehe jetzt dazu.

Aber wann die Landesregierung das erfahren und tatsächlich zugestimmt hat, das war ja die Frage eigentlich in dieser Sache, aber das haben Sie ein bisschen falsch formuliert. Aber Ihr könnt Euch hoffentlich die Regierungsbeschlüsse einmal holen, und es wird kein Problem sein, dass man dann sagt, in Ordnung.

Was sollen wir machen, die Zeit hat sich geändert, sagt er immer, der Herr Landeshauptmann, man muss flexibler, man muss schneller und dergleichen sein, dann soll man sein. Ein Wort noch: Wenn man das wirklich haben will, dass wir schneller, flexibler werden, dann muss man auch etwas für den Bürokratieabbau tun, dann muss man in vielen Fällen einiges auf die Beine bringen.

Dazu sind wir bereit, als Bündnis Liste Burgenland dazu beizutragen und vieles zu unterstützen, nicht alles, aber vieles. So wie wir heute Gemeindewahlordnung und dergleichen - da habe ich überhaupt kein Problem, weil wir gefragt wurden, weil wir auch dementsprechend teilnehmen haben dürfen und uns auch einbringen bei gewissen Gesetzesvorlagen.

Wir müssen uns erst alles erkämpfen, und ich finde das nicht für notwendig, wir haben ja nichts eigentlich zu verlieren, wenn man das den Fraktionen, die im Landtag vertreten sind, dementsprechend offen vorlegt, und es gibt im Land genug Juristen, sehr viele Juristen, die sehr wohl wissen, um was es geht und gute Arbeit leisten.

Warum habe ich dann Angst, dass ich das auch anderen vorlege und sage, wie steht ihr dazu? Warum nicht ? Dann kann ich meine Meinung bilden! Das ist bei der Gemeindewahlordnung und beim neuen Gemeindesachengesetz passiert - und das lobe ich mir und zu dem stehe ich auch.

Aber dieser Bericht, Herr Landesrat, der sollte uns zum Denken geben, und ich will nur wissen und nicht mehr und nicht weniger, wenn wir wirklich positiv ausgestiegen sind, das ist mir noch ein bisschen zu hoch, muss ich offen und ehrlich gestehen, ob das passt oder nicht, und wer waren die, die uns das empfohlen haben? Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Wenn Sie gestatten, rede ich zur Sache. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Kölly: Hast Du die Zahlen nicht mitbekommen? Ich gebe Dir das alles mit.)* Herr Kollege

Kölly, Sie haben jetzt Ihre persönliche aktuelle halbe Stunde gehabt *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe nur fünf Minuten gehabt.)* und jetzt geht es wieder um die Beendigung der HETA-Problematik.

Der Sachverhalt, mit dem auch Sie sich die ersten fünf Minuten am Anfang beschäftigt haben und die Rechtsfrage, die im Zusammenhang mit diesem Sachverhalt besteht, ist ja hinlänglich bekannt, wurde vom Herrn Landesrat auch in der Landtagssitzung vom 27. April ausführlich erläutert.

Im Kern ging es um die Frage, ob das Land Burgenland direkter Gewährträger im Sinne des Pfandbriefstellegesetzes ist und entsprechend haftet oder eben nicht, nicht zuletzt auch im Lichte des Umstandes, dass die eigene Landeshypothekenbank längst verkauft worden war und den Eigentümer gewechselt hat. Rechtlich ist die Frage natürlich hoch komplex, das zeigt ja allein dieser Bericht. Im Ergebnis stand die Landesregierung vor zwei Möglichkeiten:

Möglichkeit eins: einen jahrelangen Rechtsstreit riskieren, Risiko bis zu 20 Millionen Euro. Im Übrigen, Herr Kollege Kölly, wie sich dieser Betrag zusammensetzt, das ist gleich ganz vorne im Bericht nachzulesen, also da wird nichts verheimlicht und das ist Punkt für Punkt nachvollziehbar. *(Abg. Manfred Kölly: Das habe ich auch nicht gesagt. Du musst aufpassen, was ich gesagt habe. Wunderwuzzi …)*

Möglichkeit zwei: Die direkte Gewährträgerhaftung anerkennen und einen entsprechenden Vergleich eingehen.

Die Landesregierung hat sich für die zweite Option entschieden, Beendigung der HETA-Problematik, Kosten: 7,8 Millionen Euro an die Bank Burgenland, die vorfinanziert hat.

So unerfreulich diese Kosten natürlich auch sind, juristisch erscheint diese Entscheidung ausreichend abgesichert zu sein. Herr Kollege Kölly, *(Abg. Manfred Kölly: Ich war nur neugierig.)* wenn Sie fragen, wer die Ratgeber sind, es steht da drinnen alles, was Sie wissen müssen und was es zu wissen gibt, wenn ich das noch präzisieren darf. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, wer die Berater waren, steht nicht drinnen. Falls Du Dich nicht auskennst.)*

Na sicherlich, es sind, Herr Kollege, … *(Abg. Manfred Kölly: Wer sind diese Berater?)* Da drinnen sind *(Abg. Manfred Kölly: Das steht nicht drinnen. - Abg. Doris Prohaska: Hör zu! Halleluja! - Abg. Manfred Kölly: Ich höre eh zu. - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* sämtliche Gutachten, die der Landesregierung als Entscheidungsgrundlage gedient haben. Da ist die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes drinnen, und so weiter und so fort, ich weiß nicht, was Sie noch wollen. In diesem Fall liegen Sie wirklich falsch! *(Abg. Manfred Kölly: Passt eh alles.)*

Sie wissen ja, ich habe für Transparenz, Herr Kollege Kölly, sehr viel über, und ich kann die Kritik der Opposition in manchen Fällen auch teilen, wenn es um diese Dinge geht, aber Sachverhalt, Rechtsfragen, Chronologie, Gutachten - *(Abg. Manfred Kölly: Zeigt mir, wo Namen stehen.)* es ist alles in diesem Bericht. Herr Landesrat, das ist ein vorbildlicher Bericht, ein absolut vorbildlicher Bericht, *(Abg. Manfred Kölly: Ja, gut.)* und ich weiß nicht, wie man in diesem Fall noch daran zweifeln kann, dass da irgendwelche Sachverhaltselemente verheimlicht würden.

Im Übrigen, Herr Kollege Kölly, weil Sie immer wieder sagen, die Schulden und Haftungen des Landes wären nicht nachvollziehbar und mit Ihrer Schuldenuhr daherkommen, die Sie schon einmal im Landtag beantragt haben, ich habe jetzt wieder

einmal nachgeschaut, weil Sie versprochen haben, Sie werden die Haushaltsdaten Ihrer Gemeinde im Internet veröffentlichen *(Abg. Manfred Kölly: Kein Problem damit.)* - auf „offener Haushalt.at“.

Wann haben wir den Antrag gehabt? Vor einigen Monaten - ich habe Sie schon einmal darauf hingewiesen, wenn ich auf „Deutschkreutz“ gehe und auf „Schulden und Haftungen“, dann steht da: „Die Visualisierung der Schulden und Haftungen wurde von dieser Gemeinde nicht freigeschalten.“

So viel zu Ihrem praktischen Zugang, dort wo Sie Verantwortung haben! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist unglaublich.)*

Bitte Herr Abgeordneter Kölly. Um etwas mehr Ruhe in den Reihen. *(Abg. Manfred Kölly: Ich melde mich nachher eh zu Wort.)* Danke Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen aus Kärnten und Salzburg, dass dort schwerwiegende, tiefgreifende Fehler begangen wurden im Zuge von Zinsspekulationen und eingegangen Haftungen, das ist uns klar, das kann man nicht mehr vertuschen. Mit dem heutigen Bericht wird eines wieder evident: Es ist ein Schauergespenst, das nun sein Gesicht zeigt, eine eingegangene Haftung wird schlagend.

In vielen Diskussionen redet man ja immer über Haftungen, die eigentlich eh irrelevant seien, sie werden eh nie schlagend. Heute ist der Tag gekommen, wo wir diesen Bericht vorliegen haben, wo eine damals eingegangene Haftung dem Land Burgenland nun 7,8 Millionen Euro kostet.

Das ist ja Fakt, auch aus der Geschichte heraus. Nichtsdestotrotz ist eine Haftung nun schlagend geworden, und das belehrt uns natürlich eines Besseren, dass die Hypo eine kostspielige Situation mit sich gebracht hat.

In dem Gutachten, das der Herr Kollege Molnár zitiert hat, und auch Rechtsmeinungen gewisse Szenarien durchspielen, hat das Land nun aus Sicht des Landes die hoffentlich beste Lösung gewählt, diese 7,8 Millionen zu bezahlen. Da bleibt für uns natürlich noch die Frage offen, wo wir diese knapp acht Millionen Euro hernehmen werden, weil ich glaube nicht, dass diese budgetiert wurden oder dass man die Rücklagen in Cash vorhanden hat.

Aber Herr Landesrat, Sie werden uns das nachher sicher mitteilen, wie wir diese acht Millionen bezahlen werden und wo wir dieses Geld auch hernehmen. Das ist ein Geld, das nicht budgetiert wurde, wir wissen auch aus der KRAGES, dass Gelder nicht budgetiert wurden, wenn ich daran denke, dass Betten in Eisenstadt gebaut wurden, wobei aber darauf vergessen wurde, diese Betten auch mit Ärzten und Krankenschwestern und Pflegepersonal zu füllen:

Das heißt, auch dort wurde darauf vergessen, zirka 15 Millionen Euro für den Betrieb, für die Betriebskosten herzunehmen und zu budgetieren. Das heißt, ich bin gespannt, wie wir dieses Budget und diese Gelder zur Verfügung stellen können. Ich bin auch schon gespannt auf die Wortmeldung vom Herrn Landesrat. Im Zuge dessen müssen wir auch wieder die Zinsspekulationen diskutieren.

Es ist für uns nach wie vor unverständlich, warum man hier nicht die Ausstiegsszenarien durchspielt, warum man den Landtag nicht informiert. Wir sind ja am

Schluss jene Abgeordnete, die für oder gegen einen Rechnungsabschluss oder Voranschlag stimmen und diskutieren müssen, und bis heute liegen uns auch nicht die Berichte vor, die Sie in der schriftlichen Anfragebeantwortung, Herr Landesrat, uns mitgeteilt haben, dass es hier monatliche Szenarien gibt und Experten monatlich Berichte vorlegen.

Ich kenne keinen einzigen, und ich bin gespannt, wann Sie uns diesen vorlegen, weil unterm Strich sagt jede Milchmädchenrechnung, dass dieses Zinsspekulationsgeschäft keinen positiven Saldo mehr erwirtschaften kann bis zum Jahr 2033, da bräuchten wir Zinssätze bis zu zehn Prozent, wo wir als Land Burgenland wieder Geld bekommen würden, und das kann mir bei Gott niemand erklären, deswegen hoffe ich schon darauf, dass wir diese Problematik in absehbarer Zeit lösen können.

Wir nehmen diesen Bericht deswegen mit einem lachenden und auch mit einem weinenden Auge zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herr Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt wirklich sehr viel gehört. Einiges davon war auch zur HETA-Problematik. Klar ist, dass der ursprüngliche Schadensfall nicht hier im Burgenland vollzogen wurde, sondern in Kärnten passiert ist, und ich glaube, man muss in der ganzen Diskussion schon darauf hinweisen, dass das kein burgenländischer Fall, sondern ein Kärntner Fall ist, für den das Burgenland sozusagen haftet und jetzt einspringen muss.

Mir ist durchaus bewusst, dass Dr. Jörg Haider verstorben ist und damit auch vieles ungeklärt bleibt, aber wenn sich der Kollege Wolf jetzt so herstellt und plötzlich irgendwie so tut, als könnte die Koalition hier im Burgenland etwas dafür, dass wir jetzt für die HETA-Problematik zahlen müssen, dann möchte ich schon daran erinnern, dass es nur einen einzigen Politiker bis jetzt gegeben hat, der sozusagen zur Rechenschaft gezogen wurde, der eingesperrt wurde, offensichtlich nur einem Politiker und der war immerhin ÖVP-Obmann in Kärnten.

So gesehen bin ich überrascht, dass Sie da großartig heute aufsagen und sozusagen so tun, als wäre das Burgenland schuld, dass wir für die HETA einspringen müssen in Kärnten. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich nie gesagt. Das hast Du nicht verstanden.)*

Klar ist auch, dass die Gewährleistungshaftung des Landes gegenüber der Pfandbriefstelle nicht auf Grund einer Entscheidung hier in Eisenstadt oder hier im Burgenland gefällt wurde, sondern das war eine Entscheidung, die in Wien getroffen wurde. Wissen Sie wo, Herr Kollege Wolf? Im Finanzministerium bei Ihrem Parteikollegen, beim Finanzminister, denn der ÖVP-Finanzminister hat über die Finanzmarktaufsicht die Zahlung der HETA an die Pfandbriefstelle einstellen lassen.

Die Landesbanken und die Länder sind eingesprungen, um eine österreichische Finanzkrise zu verhindern, das ist deswegen bemerkenswert und das muss man einmal schon betonen, weil die Bank Burgenland musste von Burgenland selbst gestemmt werden, da ist keiner eingesprungen und jetzt, weil in Kärnten ein Schadensfall verursacht wurde, muss das Burgenland einspringen und hier auch bezahlen.

Sie müssen schon Ihren Parteikollegen fragen, warum das so ist und warum das so war. Im Burgenland mussten wir das selber stemmen, jetzt müssen die Bundesländer für Kärnten einspringen. Durch die Verhandlungen konnten die ursprünglichen Forderungen von 77,7 Millionen Euro an Haftungen deutlich reduziert werden auf 7,8 Millionen.

Danke allen, die hier mitgeholfen haben, diese Haftungen deutlich zu reduzieren. Alle, die hier mitverhandelt haben - an der Spitze der Finanzlandesrat, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung, allen, die hier mitgeholfen haben, nämlich großen Schaden vom Burgenland abzuwenden, der in Kärnten ja passiert und entstanden ist.

Kollege Molnár hat es sehr gut auf den Punkt gebracht: Im Wesentlichen hat es zwei Optionen gegeben. Die erste Option war: Das Burgenland riskiert, zu klagen. Muss damit auch in Kauf nehmen, dass der Prozess bis zu 15 Jahre andauern würde, steht auch so alles im Bericht. Mit schlechten Erfolgschancen und einem Prozessrisiko von 19,69 Millionen Euro, der unter Umständen hier angewachsen wäre.

Das Land hat sich für die zweite, meiner Meinung nach, deutlich bessere Option entschieden, die zweite Option gewählt: Das Burgenland erkennt die Gewährleistungsträgerhaftung von 7,8 Millionen Euro an, und damit ist die HETA-Problematik für das Burgenland beendet, Gott sei Dank, und wir können uns wieder sozusagen in die Zukunft bewegen.

Es gibt keinen Rechtsstreit, keine Notwendigkeit der Darlehensaufnahme, keine Erhöhung der Staatsschulden des Landes, auch keine Verschlechterung der Maastricht-Ergebnisse. Ich glaube, das ist verantwortungsvolle Politik und die tragen wir auch weiterhin.

Wir nehmen natürlich diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir diskutieren eine der für das Burgenland eigentlich einschneidenste Ergebnisse, ohne dass das Burgenland jetzt direkt Verursacher dieser Gegebenheit ist, nämlich, das gesamte Abwicklungsproblem der Hypo-Alpe Adria unter dem Stichwort oder unter dem Kennwort „HETA-Problematik“. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dem Herrn Landesrat und allen, die vorher genannt wurden, die im Grunde genommen diese Verhandlungen geführt haben, kann man eines zugestehen, dass durch das Zögern der ursprünglich festgelegten Summe und durch das hinauszögernde Verhalten der Schuldenschnitt im Zusammenhang mit der Hypo-Alpe-Adria gesenkt worden ist. Oder, dass sich nicht mehr diese Gegebenheiten auf diese ursprünglich 77 Millionen Euro beziehen, sondern nur auf diese „7,8 Millionen Euro“ und damit eigentlich ein geringerer Betrag zum Tragen kommt.

Ich darf aber, bevor ich auf andere Dinge eingehe, im Zusammenhang mit den Darstellungen und Darlegungen, die vorher gefallen sind, eines festhalten, auch wie der Herr Landesrat gemeint hat, dass das Ganze in der Pfandbriefstelle seit 1939 rührt. Tatsache ist, dass Versicherungen und auch Banken immer im Zusammenhang mit einem ausgleichenden Verhalten untereinander und gegeneinander sich Geld geborgt haben und damit auch Sicherstellungen gewährleistet haben, die bei Ausfällen im Grunde

genommen dann zum Einsatz gekommen sind. Dieses Prinzip ist bei der Pfandbriefstelle auch der Fall gewesen.

Das, was alle Verantwortlichen im Zusammenhang mit der Bank Burgenland auch nach dem Auffliegen des gesamten Hypo-Alpe-Adria Skandals gemeint haben, ist, dass wir, nachdem wir die Bank Burgenland schon frühzeitig verkauft hatten, nicht mehr im Grunde genommen im Haftungsrahmen dieses Schuldenmanagements stehen würden.

Dann hat es die verschiedensten Szenarien, auch im angesprochenen Finanzministerium, gegeben, um sich dieser gesamten leidigsten Problematik für die Republik zu entledigen, wo unter anderem auch der gesamte Konkursfall eines Bundeslandes zum ersten Mal in der zweiten Republik in der Diskussion gestanden ist. Dieses Gesamtvolumen des aufgeblasenen Schuldendilemmas ist es eigentlich auch, wo dann anschließend die verschiedensten Möglichkeiten ausgelotet wurden, die verschiedensten Strategien angewendet wurden.

Ich erinnere nur daran, dass es auch von Finanzministeriumseite zuerst im Klagesinne, anschließend aber auch in einer sogenannten vergleichenden Möglichkeit eine Lösung gegeben hat, die bei Deutschen Banken, bei Fonds und bei Anderen zum Tragen gekommen sind. Im Zusammenhang mit dem Bundesland Kärnten war es dann eigentlich in der Entscheidungsfindung, es sollte bei der HETA-Situation diese Bundesländerhaftung auch zum Tragen kommen. Das trifft uns im Grunde genommen einmal mit diesen rund 8 Millionen Euro als Summe.

Weil vorher auch der Gedanke eingeflossen ist, woher nehmen wir das Geld? Wie ist es quasi zu veranschlagen? Herr Landesrat! Soviel ich von der letzten Sitzung her weiß, hat man bei der Anfragebeantwortung von einem Nachtragsbudget gesprochen. Wenn ich das so richtig in Summe im Kopf habe, sind da neben der HETA-Summe auch noch andere Summen genannt worden, die mir den kalten Schauer über den Rücken laufen haben lassen.

Aber, insgesamt nehme ich das so zur Kenntnis, dass wir im Endeffekt für den Ankauf von Regierungsfahrzeugen auch an die 500.000 Euro extra noch über das ausgelagerte Budget für heuer aufbringen müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Landesrat Helmut Bieler: Nein! So kann man das nicht sehen.)*

Tatsache ist, dass diese Abwicklung für die Hypo-Alpe-Adria ein Malheur der Sonderklasse ist. Es ist ein Drama und es ist ein Skandal in der Darstellung so wie es sich politisch zugetragen hat.

Manfred Kölly hat als einer meiner Vorredner darauf hingewiesen. Wir sollten alles daransetzen, um quasi nicht noch ein Bundesland in diese dramatische Situation zu führen. Wir sollten alles daran setzen, auch im Bund die entsprechenden Maßnahmen, nicht nur der Schuldenbremse, sondern dessen, was Kreditaufnahmen und sonstige Abwicklungen für leidige Projekte betrifft, in den Griff zu bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines steht fest, es ist auch von einem Vorredner angesprochen worden. Man hat sich lange bei Haftungssituationen und Haftungen, die eingegangen worden sind, darauf ausgeredet, wir kassieren ohnehin jährlich eine Haftungsprovision. Das war in dem Fall und in anderen Fällen natürlich die Gegebenheit.

Auf der anderen Seite, und das ist das Malheur der Sonderklasse, wenn es dann zu einer Haftungsübernahme kommt, nämlich des Haftungsschuldners, dann ist das Desaster in perfekter Form gegeben. Im Grunde genommen sind diese 7,8 Millionen Euro der Ausgangspunkt. Deswegen, Herr Landesrat, gibt es auch in der Diskussion

eingeflochten ein Problem, weil wir in diesem Fall bei der Abwicklung der HETA in der Vorlage für den Landtag bei der Beschlussfassung eigentlich alle sogenannten Imponderabilien, alle Unwägbarkeiten, im Text auch vorgegeben haben.

Wir haben vorgegeben, dass es Rechtskosten gibt, dass es Sinnschulden gibt, dass es die besonderen Gegebenheiten im Sinne dieser Summe von 8 Millionen Euro, die wir haftungsgemäß jetzt als Bundesland mit der Zubilligung und mit dem Zutun der Grawe als neuer Besitzerin der Bank Burgenland setzen.

Auf der anderen Seite ist aber fest- und klarzustellen, diese sogenannte Transparenz in der Abwicklung wollen, wünschen und würden sich eigentlich alle Burgenländerinnen und Burgenländer für jedes Projekt ohne Einschränkungen erwarten dürfen.

Die Situation, und ich habe das bei der letzten Sitzung bereits angesprochen, wo auch Ihr Verantwortungsbereich klar und deutlich abgesteckt ist, nämlich im Zusammenhang mit der Umfahrung Schützen, haben Sie im sogenannten Verantwortungssinne nichts anderes getan, als ein sogenanntes Stillhalteschweigeabkommen über den gesamten gegebenen Charakter und den gesamten Gegebenheiten zu schließen, die dieses Projekt mit sich gebracht haben.

Im Endeffekt ist diese Vorgehensweise nicht nachvollziehbar, wie man am Beispiel dieses Pfandbrief- und HETA-Problems in der Abwicklung erkennen kann. Obwohl ja auch hier klar und deutlich von Kosten zu sprechen ist, die mit dem ursächlich im Zusammenhang stehenden Betrag nichts zu tun haben. Ich erinnere nur an die Rechtskosten. Es würde uns im Grunde genommen und alle Burgenländerinnen und Burgenländer interessieren, welche Rechtskosten im Zusammenhang mit der Umfahrung Schützen angefallen sind?

Welche Beträge sind an die einzelnen Grundstückseigentümer ausbezahlt worden? Was sind die laufenden Evaluierungskosten auf die Gestehung dieser Straße, die als Projekt der Sonderklasse auch ihre ganz besondere Berechtigung hat, weil der ursprüngliche Kostenrahmen jetzt schon bei weitem überschritten wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das HETA-Problem ist leider Gegebenheit. An dieser Diskussion sich vorbeizuschwindeln, gelingt nicht. Es ist für unser Bundesland, genauso wie für alle anderen, mehr als bedauerlich, quasi mit in diese Haftung einbezogen zu werden. Ich würde mir wünschen, und da nehme ich den Herrn Landesrat mit ins Boot, auch er würde es sich gewünscht haben, dass das nicht stattfinden muss.

Im Endeffekt war aber von Anfang an klar, dass dieses Beispiel im Grunde genommen jetzt ein Menetekel sein sollte, dass auf die Zukunft und auf die gestalterische Umsetzungen Einfluss haben muss, sodass man nicht überbordend Geld aufnimmt, Schulden für die nachfolgenden Generationen macht, sondern dass man sich klar und deutlich dazu bekennt, dass ein Bundesland, ein öffentlicher Haushalt genauso den Kriterien der sorgfältigen, der grundsätzlichen Haushaltsführung unterliegt, die im Endeffekt nicht durchbrochen werden kann.

Wenn es dann zu solchen Unwägbarkeiten kommt, wie ich diesen Schadensfall für unser Bundesland bezeichne, sollte oder müsste man gewappnet sein. Auch wenn es im ersten Augenblick wahrscheinlich niemanden, auch einen Privaten, Gewerbetreibenden, Industriellen, nicht gelingen wird. Jedem Haushalt wird es nicht gelingen. Die Voraussetzungen für eine derartige Schuldenbewältigung sind eben außerbudgetär abzuhandeln.

Wir sollten aber eines, Herr Landesrat, von Ihrer Seite, wo Sie jetzt zu Wort kommen werden, nehme ich an, klar und deutlich festgehalten bekommen, wie diese Haushaltsgebarung im Endeffekt für die Burgenländer und Burgenländerinnen ausschauen wird. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Zuerst einmal danke an die beiden Klubobmänner Hergovich und Molnár, die sich wirklich damit auseinandergesetzt haben, auch mit mir diskutiert haben, und die das auch sehr seriös getan haben. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt muss ich aber lachen!)*

Im Gegensatz zu anderen Mandataren, die da immer auch Zwischenrufe zu all diesen Fragen machen, die da heute aufgeworfen wurden. Wenn man aufgepasst hätte und wollen hätte, habe ich das bei der Anfragebeantwortung bereits beantwortet. Alle diese Fragen, die heute gestellt wurden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Ich gebe es dir dann.)*

Ich möchte es für das Protokoll noch einmal wiederholen. Das Land hat die Gewährträgerhaftung gegenüber der Pfandbriefstelle seit 1939. Das haben Sie im Rechtsgutachten und der Verfassungsdienst der Republik mehrfach festgestellt. Das Land Burgenland hat als letztes diese Gewährträgerhaftung anerkannt, weil uns aufgrund der Gutachten, aufgrund der Zustimmung aller anderen Bundesländer das Risiko für den Prozess zu hoch war.

Das heißt, wir hätten natürlich prozessieren können. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten: Wir gewinnen, brauchen gar nichts bezahlen. Wir verlieren, müssen 19,7 Millionen Euro zahlen, oder wir gehen, wie alle anderen Bundesländer, diesen Kompromiss ein, dass wir diese zehn Prozent an Gewährträgerhaftung übernehmen, und das sind eben die 7,8 Millionen Euro.

Damit endet die Gewährträgerhaftung, nämlich, mit der Zahlung an die Bank Burgenland, die in Vorlage für das Land getreten ist und im Sinne einer gesamtösterreichischen Lösung diese Summe bereits vorfinanziert hat. Damit endet die Gewährträgerhaftung des Landes Burgenlandes gegenüber der Pfandbriefstelle und gegenüber allen anderen Forderungen. Das ist das Entscheidende.

Daher hat sich die Regierung einstimmig dazu entschlossen *(Abg. Manfred Kölly: Das ist eh klar.)* und daher gibt es auch diesen Bericht und die Erklärung dafür in einer sehr detaillierten Form, die nun vorliegt. Wo man jede Frage, die man sich stellen kann, auch wiederfinden kann und beantwortet wird, so gelöst, dass wir jetzt ruhigen Gewissens sagen können: Die HETA-Problematik spielt für das Burgenland keine Rolle mehr. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - (Abg. Manfred Kölly: Das war jetzt die Antwort? Na, Bravo!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat. *(Abg. Manfred Kölly: So einfach kann man es sich auch machen. Ein Wahnsinn!)* Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Bericht über die Beendigung der HETA-Problematik im Burgenland wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 955), mit dem der Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe, zugestimmt wird(Zahl 21 – 677) (Beilage 965)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 955), mit dem der Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe, zugestimmt wird, Zahl 21 - 677, Beilage 965.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht sehr geschätzter Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Kündigung der Vereinbarung gem. Art. 15a Abs. 2 BVG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe zugestimmt wird, in ihrer 21. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Der Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin! Wir haben es hier, leider muss ich sagen, in dem Fall wieder einmal mit einer Auflösung einer gemeinsamen Vereinbarung aller Bundesländer mit dem Bund zu tun. Deswegen eine Artikel 15 a Vereinbarung.

Es geht um den Kostenersatz in der Sozialhilfe und das betrifft ja nicht nur, wie hier einige immer wieder versuchen es zu verengen, Fragen der bedarfsorientierten Mindestsicherung, sondern auch der Sozialhilfe. Das heißt ja auch Jugendwohlfahrt, das heißt auch Behindertenhilfe.

Im Juli 2013 beschlossen die damaligen Sozialhilfereferenten und Referentinnen der Länder ein grundsätzliches Bekenntnis zu einem länderübergreifenden finanziellen Ausgleich in Angelegenheiten der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, der Sozialhilfe, Jugendwohlfahrt, der Behindertenhilfe, wie ich schon sagte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ab 1. Juli 2013 hatte damals das Land Burgenland den Vorsitz und zwar einer Arbeitsgruppe, die einen Entwurf ausarbeiten sollte, um eine taugliche 15 a Vereinbarung hier zu erarbeiten. Leider brachte diese Arbeitsgruppe kein akzeptables Ergebnis zu Tage. Die über zwei Jahre dauernden Verhandlungen der Bundesländer sind damals gescheitert. Das ist sehr bedauerlich. Was bleibt übrig, wenn man nun so eine Vereinbarung auflöst? Eine Verwaltungsvereinfachung, weil die Bundesländer sich nicht mehr gegenseitig Rechnungen ausstellen und sich gegenseitig etwas überweisen müssen.

Das ist es aber auch schon. Bei der Gelegenheit ein kleiner Sidestep - man kann bei Protokollen aus anderen Landtagen das auch sehr gut nachvollziehen, was dort in Ausschüssen diesbezüglich diskutiert und debattiert wird. Das ist sehr spannend. Das ist jetzt für jene, die nur die burgenländische Realität kennen vielleicht eher unverständlich, dass man Debatten und Entscheidungswege nachvollziehen kann.

Bei uns gibt es diese Debatten in den Ausschüssen gar nicht. In anderen Bundesländern sind Wortmeldungen aus Diskussionen wiedergegeben. So was würde ich mir dann in Zukunft bei uns auch wünschen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, nun zurück zum Kündigungsantrag. Konkret heißt das für das Burgenland - laut Erläuterungen zu diesem Gesetzesantrag - ich zitiere jetzt: Die Bilanz der Kostenersätze zwischen den Bundesländern im Bereich der Sozialhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe ist in den Jahren 2014 und 2015 negativ und brachte lediglich 2016 einen geringfügigen Überschuss.

Insgesamt ist die Abwicklung der Kostenersatzverfahren mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden und zudem ist auch der Grund der anwachsenden Anzahl von Asylberechtigten, die das Burgenland verlassen, mit einem Anstieg der Kosten aus Kostensätzen zu lassen, des Burgenlandes zu rechnen. So, was heißt das jetzt? Bei uns heißt das konkret:

Zuerst kürzt das Land die Mindestsicherung für bestimmte Bevölkerungsgruppen mit dem Ziel, und das hat die FPÖ ja ganz offen deklariert und die SPÖ unter vorgehaltener Hand auch bekanntgegeben, dass Angehörige bestimmter Bevölkerungsgruppen das Bundesland verlassen und sich wo anders niederlassen, wo ihre Existenz eher gesichert ist.

Das hat etwas von Vertreibung an sich. Dann kündigt man Vereinbarungen mit anderen Bundesländern auf, um nur ja nicht mehr zuständig zu sein, wie das früher der Fall war. Interessant dabei ist, dass im Jahr 2016 das Burgenland ja offensichtlich nicht einmal draufgezahlt hat.

Was wir hier beschließen, ist also leider wieder einmal ein Symbol für die fortschreitende Endsolidarisierung zwischen den österreichischen Bundesländern, was das Sozialwesen anbelangt. Das ist eine negative Auswirkung des aktuell praktizierten Föderalismus.

Ausgangspunkt dieser Entfernung voneinander war offensichtlich das Unvermögen zu einer gemeinsamen Regelung zu kommen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zur österreichweiten gemeinsamen Regelung in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist dies nun wieder ein Schritt auseinander statt zueinander in Österreich.

Statt Zusammenhalt zwischen den Bundesländern gibt es immer mehr Verinselung der Bundesländer im Sozialwesen. Statt Zusammenrücken kocht jeder das eigene Süppchen. Ich fürchte, das ist der falsche Weg. Es muss in unserem Land mehr

gemeinsame Vorgehensweisen geben. Wir brauchen den festen Zusammenhalt und kein Wettrennen einiger Bundesländer um die miesesten Sozialleistungen, damit diese armen Menschen möglichst in andere Bundesländer abwandern.

Das hier die ÖVP die treibende Kraft dahinter ist, das wurde schon deutlich, dass daher im Burgenland der Anstoß durch einen Antrag der ÖVP im März geschah und auch in den anderen Bundesländern sehen wir ja, dass dieses Anliegen des Ausstiegs aus dieser gemeinsamen Vereinbarung immer wieder von der ÖVP initiiert wurde.

Dass die FPÖ kein gesteigertes Interesse an österreichweit gemeinsamen Lösungen hat, ist hinlänglich bekannt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dass auch die SPÖ den Eigennutz eines Landes vor das gemeinsame Wohl des gesamten Staates stellt, zeigt schmerzlich, wohin uns Rot-Blau führt.

Wir stimmen diesem Weg nicht zu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete! Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren beziehungsweise debattieren hier heute den Beschlussantrag der Landesregierung, bezüglich der Kündigung der Vereinbarung nach 15a bezüglich des Kostenersatzes von den Bundesländern unter den Bundesländern.

Dass wir hier eine ganz andere Sichtweise haben, als meine Vorrednerin, liegt, glaube ich, auf der Hand. Diese Vereinbarung regelt in Wirklichkeit den Kostenersatz zwischen den Bundesländern und durch diese Vereinbarung soll die Kostenträgerschaft eines Landes erhalten bleiben, wenn Personen einen Aufenthalt in ein anderes Bundesland verlegen.

Das alleine ist schon für mich jetzt auch unter der Bezeichnung „Solidarität“ nicht ganz nachvollziehbar, weil eben diese auch von beiden Seiten gelebt werden soll und dort Leistungen in Anspruch nehmen soll, die natürlich von dem jeweiligen anderen Bundesland beziehungsweise auf Bundesebene angeboten werden.

Die Bilanz der Kostensätze, die hier schon angesprochen wurden, war 2014 und 2015 negativ. 2016 hatten wir einen leichten Überschuss. Aber, wir sind ja nicht als Politiker Historiker, sondern wir sind ja dazu da, um im Prinzip auch die grundlegende Regelung für unser Bundesland für die Zukunft zu richten.

Daher müssen wir schon mögliche, zu erwartende Kosten, hier ins Auge fassen. Das ist natürlich jener Kostenfaktor, der durch die anwachsenden Zahlen von Asylberechtigten, die das Burgenland verlassen, schlussendlich entsprechend auf unseren Budgettopf schlagen würde und um dem hinan zu halten, ist es eigentlich schon geboten hier den Ausstieg zu beschließen.

Dafür ist es dringend erforderlich, und das tun wir hier heute und ich denke mit einer entsprechend großen Mehrheit dafür zu sorgen, dass unser Geld für unsere Leute hier im Burgenland übrig ist und da ist und nicht in andere Bundesländer, im Prinzip auf Grundlage dieser 15 a Vereinbarung, überwiesen wird.

Zusammenfassend darf ich sagen: Dieser Beschluss über die Kündigung der 15 a Vereinbarung ist eigentlich der logische nächste Schritt, den Sie als negativ gesehen haben. Das sage ich Ihnen schon, den jeder seriöse Geschäftsmann auch machen würde,

(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Geschäft?) wenn er davor im Prinzip die Einschränkungen hinsichtlich der bedarfsorientierten Mindestsicherung macht, so, wie wir sie wieder beschlossen haben, liegt es doch in der Logik eines seriösen Geschäftsmannes auf der Hand, dass auch im Prinzip dahingehend zu tun, dass wir das Geld, das wir hier einsparen wollen, nicht in andere Bundesländer im Prinzip für dieselbe Person, die dann flüchtet. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Die Sozialhilfe ist doch kein Geschäft!)*

Wir haben erst vor kurzem im ORF hier einige Statements von so Familien gehabt, die wir im Asylbereich in Österreich aufgenommen haben, die es wirklich nach Wien zieht. Wenn man sich dann vorstellt, dass sie auch deshalb nur nach Wien gehen, weil sie Familiensplitting machen müssen, weil sie mit den 1.500 Euro nur zu viert auskommen und die zwei großen Söhne dadurch jetzt nach Wien gehen müssen, um hier als Einzelperson mehr oder weniger Sozialhilfeempfänger, BMS Empfänger, hier wieder das volle Geld zu bekommen, ist natürlich genau das, was wir verhindern wollen. Daher liegt es auf der Hand, das auch zu tun.

Interessant an dieser gesamten Geschichte, die wir hier heute haben, und ich gehe ja davon aus, dass auch die ÖVP hier mitstimmen wird, weil schlussendlich hat ja sie einen so einen Antrag eingebracht und da denke ich mir schon, dass sie hier ein bisschen einen Zugang hatte, zu den vorbereitenden Maßnahme, die in der jeweiligen Fachabteilung, beziehungsweise im Landesratsbüro schon in der Tätigkeit da waren, dann noch schnell als quasi Trittbrettfahrer auf das aufzuspringen, einen Antrag abzugeben und dann zu sagen, wir haben die Landesregierung und den Landtag dazu gebracht, dass sie das kürzen, scheint mir jetzt schon ein bisschen auch ein kleines Theaterstück einer oder eine Posse zu sein, die hier gemacht wurde.

Noch ein bisschen mehr witzig dabei ist, dass ja nichts anderes passiert, als was die Kurz-ÖVP jetzt gerade macht, nämlich, das Kopierkonzept des neuen Obmannes der ÖVP, *(Heiterkeit bei einigen ÖVP-Abgeordneten)* der im Prinzip alle diese Dinge, die noch vor kurzer oder längerer Zeit, seitens der FPÖ gefordert und abgelehnt wurden, jetzt im Prinzip zu trommeln.

Das hier ist auch ein Teil davon. Die FPÖ wird daher dieser Regierungsvorlage zur Kündigung der 15a Vereinbarung zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Rednerbeitrag.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich hängt dieser heutige Beschluss auch mit der Veränderten und neu gestalteten Mindestsicherung im Burgenland zusammen. Übrigens nicht nur im Burgenland, sondern auch in vielen anderen Bundesländern. Gerade Wien hat sich ja hier ausgeschlossen und bleibt bei der alten Regelung.

Natürlich ist es folgerichtig, dass dann, wenn es unterschiedliche Regelungen auf Länderebene gibt, natürlich auch die Kostenersatzfrage verändert werden muss. Lieber Herr Kollege Haidinger! Ich weiß, es tut weh, wenn eine starke Alternative im Burgenland, nämlich die Volkspartei Burgenland ganz einfach den Takt vorgibt, so, wie wir bei der Mindestsicherung ja auch den Takt vorgegeben haben.

Wir haben ja unsere Punkte präsentiert und ich bin sehr froh, dass es schlussendlich eine große Mehrheit gegeben hat. Ich bin froh, dass der Herr Landesrat Darabos von seiner Linie abgegangen ist, die er ja zuvor mit dem Minister Stöger öffentlich auch vertreten hat und dann umgeschwenkt ist.

Ich bin froh, dass wir diese unsere Linie in einem breiten Konsens im Burgenland umgesetzt haben. Wenn Sie, Herr Kollege Haidinger, sich das Protokoll der Landtagssitzung anschauen, wo diese neue Mindestsicherungsregelung beschlossen worden ist, dann werden Sie bei meinem Rednerbeitrag lesen, dass ich zu diesem Zeitpunkt schon gesagt habe, dass es notwendig ist, diese 15 a Vereinbarung aufzukündigen. Also, von irgendeinem Trittbrettfahren oder Aufspringen auf einen Zug kann natürlich keine Rede sein. Wir sind ja froh, dass wir Schrittmacher für diese Rot-Blaue Regierung sein können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Über das Thema Mindestsicherung ist schon sehr viel hier in diesem Hohen Haus gesprochen worden. Ich möchte nur daran erinnern, dass es die Vorschläge der Volkspartei Burgenland waren, die dann schlussendlich auch zur Umsetzung gekommen sind. Vorschläge, wie die Deckelung der Mindestsicherung, Vorschläge über die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen.

Den Vorschlag, eine Wartefrist einzuführen, aber auch einen Integrationsbonus zu schaffen. Auf Bundesebene hat ein Politiker wie kein anderer genau diese, wie ich meine, richtige Richtung in der Asyl- und Integrationspolitik vorgegeben, nämlich, Sebastian Kurz. Er hat nicht nur in der Asyl- und Ausländerfrage diesen Takt vorgegeben, sondern gibt natürlich auch in vielen anderen Sachbereichen diesen Takt auf.

Diese Veränderung, die Sebastian Kurz erreichen wird, diese positive Veränderung, die braucht dieses Land bitter notwendig. Die braucht Österreich. Die wird Österreich auch bekommen. Meine Damen und Herren! Genauso, wie auch das Burgenland eine Veränderung braucht. Das wird noch ein bisschen dauern. Dazu wird es noch viele Vorschläge der ÖVP brauchen. Da wird es noch viele Diskussionen und Auseinandersetzungen geben, da bin ich überzeugt davon.

Die heutige Beschlusslage ist natürlich auf einen ÖVP Vorschlag zurückzuführen. Ein Vorschlag, der natürlich auch in anderen Ländern davor schon umgesetzt worden ist. In Niederösterreich. In Oberösterreich. In Salzburg. In Kärnten. Die haben das natürlich genauso erkannt wie wir, dass hier eine Änderung notwendig ist, weil es ja nicht nachvollziehbar ist, dass hier das Land Kosten übernehmen soll.

Zum Beispiel für Menschen, die nach Wien ziehen und dort mehr an Mindestsicherung erhalten. Warum wir dann sozusagen die Wiener Regelung ausfinanzieren sollen, das ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Daher bin ich sehr froh, dass dieser 15 a Vereinbarung mit heutigem Beschluss dann auch aufgekündigt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich wird die ÖVP diesem Antrag, den die Regierung auf Vorschlag und Initiative der ÖVP Burgenland gefasst hat, auch zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Geschätzte Vertreter und Mitarbeiter der Abteilung 6! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Mag. Steiner hat wortgemäß folgendes gesagt: Wir sind froh, dass wir Schrittmacher sein können. Diese Worte sind für mich selbstredend und sind an Polemik nicht zu überbieten. Ich möchte bei diesem Tagesordnungspunkt aber sehr wohl auf die sachliche und fachliche Ebene zurückkehren, weil es, glaube ich doch, um eine Thematik geht, die Ernsthaftigkeit versprechen muss und soll.

In diesem heutigen Tagesordnungspunkt 8 bedarf es für die Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15 a, Abs. 2 BVG der Genehmigung durch das Hohe Haus. Im Artikel 10 dieser Vereinbarung steht drinnen, dass eine Kündigung nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Kalenderjahrende erfolgen kann. Deshalb geht es bei dieser Aufkündigung und bei der Genehmigung zur Aufkündigung darum, dass wir eine Beendigung dieser 15 a Vereinbarung zum Ende des Jahres 2017 begehren wollen.

Die vorliegende Vereinbarung ist bereits 1978 kundgemacht worden und regelt, wie von den Vorrednern erwähnt, den Kostenersatz in Sachen der Sozialhilfe und auch der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Bundesländern. Die jeweiligen Kostenersatzregelungen selbst sind aber in den burgenländischen Landesgesetzen verankert, zum Beispiel § 43 Kinder- und Jugendhilfegesetz und § 27 Burgenländisches Mindestsicherungsgesetz.

Dort geht es darum, für den Fall des Kostenersatzes, dass die Kostenträgerschaft des jeweiligen Landes dann gegeben sein soll und erhalten bleiben soll, wenn eine hilfesuchende Person den Aufenthalt auch in ein anderes Bundesland verlegt und dort auch Leistungen begeht und in Anspruch nimmt.

Frau Mag. Petrik hat bereits erwähnt diese Kostenersatzverpflichtungen für die letzten Jahre, ich möchte das trotzdem in absoluten Zahlen erwähnen, weil es sonst verniedlicht werden könnte.

Im Jahr 2014 hat bei einer Gegenüberstellung der Kostenersätze, die wir bezahlt haben und die an uns gerichtet worden sind, ein Minusbetrag von rund 270.000 Euro sich ergeben. Im Jahr 2015 waren es bereits 400.000 Euro. Und im Jahr 2016 stimmt es, dass wir knapp darüber waren, mit rund 20.000 Euro, aber bereits für das diesjährige Jahr 2017 werden prognostiziert rund minus 300.000 Euro. *(Abg. Gerhard Steier: „Bist du deppert“.)*

Diese finanzielle Mehrbelastung beruht eindeutig darauf, dass die Kostenersätze immer an das jeweilige Leistungsniveau des Bundeslandes angerichtet sind. Und wenn man weiß zum Beispiel, bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung, dass das in Wien nicht 12 mal, sondern 13 und 14 mal bezahlt wird, wenn man weiß, dass es keine bundeseinheitliche Regelung in gewissen Bereichen mehr gibt, triften diese Kostenersätze auseinander. Wenn Mag. Steiner gesagt hat, den Ton hat die ÖVP vorgegeben, das stimmt. Bei der bundeseinheitlichen Regelung, dass die nicht zustande gekommen ist, glaube ich, das haben Sie vorgegeben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gott sei Dank.)*

Und deshalb mussten nämlich alle anderen Länder Regelungen suchen, auch für das Burgenland wie alle andern und das ist mir auch wichtig zu erwähnen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gott sei Dank, na sicher.)* Ich bin aber der Meinung, dass wir genauso wie andere Länder, das Erste war 2011 bereits Kärnten, das Nächste war Salzburg und Niederösterreich und Oberösterreich und das stimmt so, wird dem auch folgen, wir müssen genau in diese gleiche Richtung gehen.

Das wäre nämlich unverantwortlich gegenüber den Burgenländerinnen und Burgenländern aufgrund dieser finanziellen Situation, die ich jetzt oben geschildert habe. Ich möchte aber eine zweite Überlegung ansehen und zwar geht es um die Verwaltungsvereinfachung oder um den erhöhten Verwaltungsaufwand der entsteht durch diese Kostenersatzregelung. Dabei wurde mir in der Vorbereitung zu meiner heutigen Rede ein Beispiel bewusst gemacht und das möchte ich illustrieren.

Wenn eine hilfesuchende Person nun in ein Pflegeheim nach Wien geht, schickt das zuständige Magistrat der Stadt Wien der Wohnsitz-Bezirkshauptmannschaft,

entweder in Oberpullendorf, Oberwart, oder in Neusiedl eine Zahlungsverpflichtung wegen Kostenersatz.

Die burgenländische Bezirkshauptmannschaft muss dann überprüfen, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen die in Wien gelten und muss auch prüfen, ob das jeweilige Leistungsniveau in Wien auch berücksichtigt wird. Das heißt, diese Prüfung ist sehr komplex und richtet sich immer nach dem Leistungsniveau des jeweiligen anderen Bundeslandes.

Jetzt kommt der Punkt. Sollte jetzt das Magistrat in Wien nicht einverstanden sein mit dieser Prüfung, mit dem Ergebnis, hat es die Möglichkeit zu sagen, liebes Land Burgenland, liebe Abteilung 6, bitte ich will einen Bescheid und in dem Bescheid möchte ich wissen, von der Begründung her, aber auch von dem Ergebnis her, was da herauskommt. Gegen diesen Bescheid kann man natürlich auch Rechtsmittel ergreifen. Und deshalb, so glaube ich, dass dieser Verwaltungsaufwand, der wird unverhältnismäßig höher werden, wenn wir diese Aufkündigung der 15a-Vereinbarung nicht genehmigen würden.

Letztendlich, Kollege Haidinger hat das angesprochen, das Thema der Asylberechtigten, es ist eine offene Rechtsfrage, so sehe ich es zumindest, ob Asylberechtigte die momentan in der organisierten Unterbringung im Burgenland wären, auch zukünftig unter eine Kostenersatzpflicht fallen würden, aber auch dieses Thema muss zumindest angedacht werden.

Aus all den von mir dargestellten rechtlichen, finanziellen, administrativen, aber auch gesellschaftspolitischen Überlegungen ist daher meiner Einschätzung nach eine Kündigung dieser 15a-Vereinbarung unabdingbar.

Meine Fraktion wird im Sinne einer Verantwortlichkeit gegenüber den Burgenländerinnen und Burgenländer jedenfalls einer Genehmigung dieser Aufkündigung der Ländervereinbarung zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Abgeordnete! Werte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema allein ist es wert, heute an dieser Landtagssitzung teilzuhaben und darüber zu diskutieren, ohne Einschränkungen. Denn was bisher gefallen ist, auch jetzt zum Schluss, in der Nennung von Summen, die auf das Jahr anfallen, ohne dass ich die 15a Vereinbarung kündige, ist eigentlich ein Hohn, Herr Kollege Drobits.

Wenn ich Summen auf Projekte in Millionenhöhe ohne Nachweis, dass sie ausgegeben worden sind, ohne Kontrolle quasi abhandle und dann von 200.000, 300.000 Euro in der Berichterstattung auf ein Jahr bezogen auf Menschen, Diskussionen führen muss, dann tut es mir wirklich leid, um das was Fundamente von parteipolitischen Gruppierungen und Personen, die sich darum bekümmern, handelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein wirklich schwieriges Thema im Sinne der öffentlichen Diskussion, die nunmehr über die letzten Jahre geführt wird, was die Migrationsbewegung betrifft. Auf der anderen Seite ist sie eine Diskussion, die geführt wird in politischer Hinsicht, um quasi in der Erklärung den Stammtischen nach dem Mund zu reden.

Ich höre immer wieder in der Berichterstattung von Regierungsseite her, wir haben die Stammtische im Griff, die Einzigen, die die gewonnen haben, sind die Freiheitlichen und jetzt sind sie übergangen in Bierzelte. Auf der anderen Seite diskutieren wir immer wieder gleichzeitig das Wirtshaussterben.

Ich weiß nicht, welche Stammtische da gemeint sind und wo jetzt dann eine Meinung aufgenommen wird, aber das, was Ausfluss dieser Diskussion ist, ist immer gegen Menschen gerichtet. Das ist die Grundlage politischer Handlungen im 21. Jahrhundert und da mache ich mir mehr als Sorgen und ich sehe mich da mit Sicherheit in Übereinstimmung mit vielen, die dem auch folgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der politische Anspruch, der hier gehegt wird, um eine Personengruppe, um Menschen auszuschließen oder sie anders zu behandeln, wird in der 15a-Vereinbarungskündigung darauf zurückgeführt, dass wir als Bundesland für unsere Leute, Kollege Haidinger, Verantwortung übernehmen müssen.

Ich wäre überzeugt, wenn es auch der Bund täte, wenn es um den Bundesfinanzausgleich geht. Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, dass wir ein Bundesstaat, eine Republik, eine föderale Republik sind, die um die Einigungsbestrebungen sich nach diesen Diskussionen mehr als Sorgen machen muss und vieles, was angeklungen ist, klingt jetzt schon nach spanischem Muster. Jeder kocht in seinem eigenen Rayon, jeder steckt sich seine eigenen Grenzen ab und alles andere ist mir im Endeffekt vollkommen egal.

Wenn dieser Staat im Endeffekt nur mehr darin besteht, dass sich die einzelnen Bundesländer ihre eigenen Süppchen kochen, dann ist es schlecht um ihn bestellt und dann haben wir als Österreicherinnen und Österreich auch das Prinzip der Europäischen Union, was ich auf Grund von Diskussionen hier im Landtag schon länger verfolge, noch nicht kapiert.

Das was die Einigkeit, die Einigungsmöglichkeit dieses europäischen Kontinents anlangt, immer wieder qualifiziert als Friedensprojekt, wird jetzt im Sinne von einem aufwallenden Migrationszustrom mit einem Federstrich vom Tisch gekehrt. Wird quasi weggewischt, ohne das in irgendeiner Form die vorher angesprochene Solidarität, weder bei SPÖ noch bei ÖVP und schon gar nicht bei der FPÖ, Gegebenheit sind.

Meine Damen und Herren, Sie treten vor einer Wahl auf und treten zu einer Wahl an, mit Bestrebungen, die im Endeffekt wirklich nicht nachvollziehbar sind. Es handelt sich natürlich um Gelder, die Schutzbedürftige im Endeffekt bei uns erwarten dürfen, weil wir ein solidarisch gearteter und auch mit sozialer Kompetenz ausgestatteter Staat sind.

Natürlich ist das Problem immer wieder in der Vorhaltung, und da ist der Führungsanspruch der FPÖ nicht von der Hand zu weisen, da kann die ÖVP in diesem Zusammenhang immer wieder für sich reklamieren, dass sie noch stärker gefordert hat, noch mehr ins Treffen geführt hat, die SPÖ dem wieder zustimmt und im Grunde genommen dann wieder von ihrer Seite her etwas für sich reklamiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir hier als Bild, als österreichische Gesellschaft, der Öffentlichkeit bieten, ist ein Trauerspiel. Einzelne Bundesländer haben diesen Vorreiterprozess, den ich in der Ankündigung der Diskussion um die Einkürzung der Mindestsicherung im Burgenland schon benannt habe, einzelne Bundesländer haben diese sogenannte Vorreiterrolle schon eingenommen.

Das Resultat ist, und das ist auch in der Diskussion gefallen, dass aus diesen Bundesländern, die jetzt Kürzungen vorgenommen haben, die Bestrebung natürlich in Richtung Wien stattfindet, wo es noch am meisten für den Einzelnen gibt, dass aber

hinzustellen, als würden diese Personen, diese Menschen, im Endeffekt nur diesem sogenannten Mammon, dem schnöden Mammon folgen und diese Bestrebungen dort einsetzen, sollten durch Studien, die festzuhalten sind, oder die festgehalten wurden, auch hinterfragt werden.

Ich darf in diesem Zusammenhang einfügen, was die meisten sogenannten Migranten anführen, wenn sie aus einem anderen Bundesland nach Wien ziehen. Als erster Grund wird festgehalten und diese Studie stammt aus dem Außenministerium, nur zur allgemeinen Kenntnisnahme, als erster Grund, um von einem anderen Bundesland nach Wien zu ziehen, wird noch immer und eindringlich die Möglichkeit eines Deutschkurses genannt.

Als zweiter Grund wird Arbeit zu finden als Grundlage gekennzeichnet. Als dritter Grund, eine Ausbildungschance in der Möglichkeit und auf dem was wir jetzt heute wieder mit dieser Kündigungsdiskussion qualifizierten Punkt, nämlich der finanziellen Anreizform, die einzelne Bundesländer abgeschafft, Wien quasi alles aufzusaugen hat. Dieser Grund wird von den Migranten im Endeffekt als siebenter Punkt in der Grundlage für eine Bestrebung ein anderes Bundesland aufzusuchen angeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Diskussion um die Mindestsicherung, Herr Landesrat, Sie werden mich korrigieren, glaube ich, von elf Menschen oder elf Familien gesprochen, die im Burgenland diesen Status errungen haben.

Im Zusammenhang mit den Migrationsbestrebungen darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen, wenn ich es jetzt finde, dass aus dem Burgenland 2016 483 Personen und das ist 2017 jetzt gleichgestellt, also es sind jetzt schon mehr, vom Burgenland in ein anderes Bundesland gewechselt.

Das heißt, dass auch andere Personen diese Wechselleistungen als solches natürlich auch aus dem Burgenland in Angriff nehmen, aber wir haben ja vorher von einem Vorredner gehört, welche Summen hier im Ausgleich der Fall sind.

Und Ihnen, Herr Mag. Drobits, möchte ich noch eines zur Kenntnis bringen, da Sie das Beispiel der sogenannten Pflegeheimmöglichkeit der Bewohnerinnen und Bewohner in einem Pflegeheim angesprochen haben.

Ich weiß es jetzt nicht und nehme es nicht an, dass in dieser Kündigung auch dieses Prinzip jetzt miteingeschlossen ist, andere Bundesländer haben es nämlich nicht getan und gehen noch auf diese Einzelfallkennzeichnung über. Das heißt, wie Sie richtig ausgeführt haben, es ist jedem sogenannten Werber über einen Einzelakt jetzt über die Bezirkshauptmannschaft in der Gegebenheit, ob er die Zuerkennung wie immer auch in der Übernahme erfahren wird.

Ich möchte nur, das den Mitgliedern des Burgenländischen Landtages und auch den Regierungsmitgliedern zur Kenntnis bringen, der Herr Landesrat ist dafür auch zuständig, insbesondere, dass wir aus dem Bundesland Wien in der Freistadt Rust ein SeneCura Pflegeheim haben, wo in der Mehrzahl der Pfleglinge vor Ort Wienerinnen und Wiener sind, weil es eine Sondervereinbarung gibt und diese Wienerinnen und Wiener einen ganz anderen Pflegesatz konsumieren und zur Kenntnis bekommen haben, als es im Endeffekt jetzt in der Diskussion nachträglich der Fall sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube und ich sehe mich in dieser Feststellung nicht alleine, ich glaube, dass wir im Zusammenhang mit allen Handlungen in der Zweiten Republik ein Prinzip innerhalb dieses Bundesstaates an die oberste Spitze

aller Fahnenstangen geheftet haben, nämlich das Prinzip der Gemeinschaft und des solidarischen Tuns.

Es war die Grundlage des Bestandes dieser Republik und hat eigentlich immer wieder auch in der sogenannten leidigen Diskussion von Kompromissen zu Resultaten geführt.

Ein extrem negatives Beispiel in dieser historischen Komposition ist das Nichtzustandekommen der 15a-Vereinbarung in der Fortsetzung nach diesem Prinzip der Mindestsicherung-Gegebenheiten, das Wort als Sündenfall par excellence im Sinne des bundesstaatlichen Verantwortungsgedankens und führt jetzt dazu in der Aushöhlung, dass die einzelnen Bundesländer und ihre Regierungsmannschaften noch stärker an diesem Zahnrad herumdoktern, um zu Resultaten zu kommen, die im Endeffekt absolut nicht nachvollziehbar sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich setze nochmals den Anspruch, wir diskutieren Summen, die im Endeffekt auf unser Bundesland im Verhältnis zu Wien nicht einmal Peanuts sind. Das sind Kleinbeträge.

Wir rühmen uns natürlich in politischen Sonntagsreden dann dieser Größe, dieser Stärke, die bewusst durch die Parteien im Burgenländischen Landtag, hier wahrscheinlich einhellig von vier Parteien, bestimmt worden sind. Wir sind diejenigen, die wie der Kollege Haidinger ausgeführt hat, unser Geld für unsere Leute.

Wenn ich dieses Prinzip schon vernehme, dann ist der bundesstaatliche Gedankengang nicht nur ad absurdum geführt, sondern er ist schon ausgelöscht. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines sollten wir im Endeffekt zur Kenntnis nehmen, wenn Sie Statistik Austria im Sinne der gesamten Bevölkerungsentwicklung auf das Jahr 2016 lesen, dann ist unser Bundesland im Verhältnis zu den Zuwächsen, was Bevölkerungsanteile anlangt, mit 0,23 Prozent an vorletzter Stelle. Wir haben zugelegt, wir haben aber im Verhältnis zu anderen Bundesländern mit Sicherheit nicht diese Zuwächse.

Bei uns sind in einzelnen Bundesländern die sogenannte Rate, Sterbebilanz und Geburtenbilanz negativ. Wir haben also im Zusammenhang mit Migration durchaus mehr als Chancen Menschen entsprechend zu integrieren und sie auch entsprechend in dieses gesamte gesellschaftliche System einzubinden.

Der einzige Bezirk, die Frau Landesrätin sitzt da, der im Endeffekt mit 0,9 Prozent eine Abwanderung aufweist, ist Güssing, in einer Definition, die schon jetzt länger der Fall ist.

Wir rühmen uns auf der anderen Seite in sogenannten Zukunftsgedankengängen, immer um das sogenannte Modell der „Golden Girls“, nämlich der Möglichkeit, dass aus anderen Bundesländern ältere Personen das Burgenland als sogenannte Heimat wählen.

Im Endeffekt das Beispiel, das wir oft anführen, das wir oft abgeben und hier waren Diskussionen heute schon in der Regel der Fall, das Beispiel, das wir abgeben und abbilden im Sinne einer Gesellschaft, in der es Wert ist, nicht nur integriert zu werden, sondern in der Vertretung durch politische Parteien in der Umsetzung ist mit Sicherheit kein Anreiz, aber auch keine Motivation für irgendjemanden diesem Bundesland entsprechend als Gast beziehungsweise als Mitbewohner anzugehören.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich ersuche Sie dringendst, nicht im Sinne der Lämmer hier dem Wolf entsprechend auszuweichen oder nachzufolgen.

Das Kapitel, das wir heute hier aufschlagen, ist das letzte im Sinne dessen, wo Solidarität noch eindringlich geübt wurde, hier wird Wien als sogenannter Sündenbock für alles hingestellt.

Ich möchte nur wissen, wenn es darum geht, dass unsere Kinder Wien als Aufenthaltsort im Zusammenhang mit Studienbestrebungen setzen, wenn Wien im Zusammenhang mit Pendlergegebenheiten für uns Arbeitsplätze en masse schafft, wenn Leute im Endeffekt dann eingeschränkt diese Möglichkeit auch wählen müssen, weil es nicht anders möglich ist, weil die wirtschaftlichen Überlegungen in unserem sogenannten Bundesland nicht groß genug oder entsprechend nicht klar sind, dann sollte nicht auf der anderen Seite ein menschenverachtendes Handeln die Prämisse sein, oder das Motto sein, dass mit dieser Kündigung dieser 15a-Vereinbarung umgeschlagen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann und will dieser Kündigung nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächsten Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Darabos das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es fällt mir jetzt ein bisschen schwer, weil, da waren einige Dinge dabei, die man nicht so stehen lassen kann.

Was heißt menschenverachtend? Die 15a-Vereinbarung hat nicht das Burgenland gekündigt sondern es ist gekündigt worden, weil es eine Vereinbarung nicht geben konnte, aufgrund auch der Tatsache, dass sehr viele Bundesländer, ÖVP-dominierte Bundesländer einer gemeinsamen Regelung nicht zustimmen konnten oder wollten.

Sonntagsreden - Sonntagsreden im Burgenland haben wir im Sozialbereich sehr viel Geld nicht nur reserviert, sondern haben das auch tatsächlich hier im Landtag beschlossen. Insofern kann ich dem Ganzen nicht folgen, was da jetzt zum Schluss hier auch vom Rednerpult gekommen ist. *(Abg. Gerhard Steier: Sozialfighter.)*

Ja, ich stehe dazu. Die Geburtenbilanz – was hat die Geburtenbilanz jetzt mit dieser Geschichte zu tun? Also ich frage mich jetzt wirklich, wohin die Debatte führen soll? Ich kann jetzt diese Diskussion nicht mehr nachvollziehen, aber gut ist so. Ich möchte nur zwei Sachen sagen:

Erstens, weil Sie die Sozialfighter angesprochen haben. Sie versuchen den ganzen Tag, den Kurz irgendwie dauernd in Position zu bringen. Das finde ich auch nicht ganz okay, weil das ja mit dem Thema nichts zu tun hat.

Wir sind nicht von der Linie abgegangen, was die Mindestsicherung betrifft, sondern ganz im Gegenteil, ich habe diese Linie durchgezogen. Ich bin Historiker, also im Gegensatz zum Redner, der vorher von der ÖVP das gesagt hat, wir sind auch keine Schrittmacher.

Ich möchte nur ganz kurz noch auf das Thema wirklich zurückkommen. Es hat keine bundeseinheitliche Regelung im Bereich der Mindestsicherung gegeben, die ist nicht zustande gekommen. Und damit hätte die jetzige Regelung auch Platz gegriffen.

Und möchte schon auch eines sagen, es sind im Burgenland 2.877 Menschen von der Mindestsicherung betroffen, davon 319 Asylberechtigte. Also man sollte auch die Kirche schon im Dorf lassen, und auch wissen, von was man spricht.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte ist, wir haben diese Deckelung der Mindestsicherung ja gemeinsam besprochen. Sie haben das ja auch gelobt, von Seiten der ÖVP, diese Deckelung auf 1.500 Euro und mit gewissen Voraussetzungen, wie die Arbeitsfähigkeit, keine Ausnahme vom Einsatz der Arbeitskraft, um nur einige Dinge zu nennen.

Zweitens oder drittens, haben wir eine Einführung der Wartefrist eingeführt, für Menschen, die innerhalb der letzten sechs Jahre mindestens fünf Jahre hier in Österreich gewesen sind, um diese Wartefrist auch einzuhalten. Damit haben wir eine Lösung gefunden, gemeinsam, die aus meiner Sicht auch politisch und sozial vertretbar ist.

So und jetzt kommt es zum Thema, das wir heute beschließen und gemeinsam beschließen, da möchte ich mich auch bedanken, dass praktisch alle Fraktionen, bis auf die GRÜNEN nehme ich an, und den parteifreien Abgeordneten, ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten, dem zustimmen werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In einer Demokratie ist das so.)*

Es ist wichtig und politisch vertretbar, dass Menschen, die in den letzten Jahren nicht im System einbezahlt haben und in Österreich keinen Wohnsitz gehabt haben, auch nicht die volle Leistung, das habe ich schon angesprochen, in Anspruch nehmen können. Wir haben eben aus diesem Grund diese Novelle des Mindestsicherheitsgesetzes beschlossen.

Und jetzt kommt es: Bekommt ein Asylberechtigter, beispielsweise Syrer, im Burgenland seinen Aufenthaltstitel und zieht nach Wien, würde er im Burgenland 584 Euro bekommen und in Wien mehr als 900 Euro, und das Burgenland müsste aufgrund der Kostenersatzregelung 900 Euro für den Syrer nach Wien zahlen und würde damit die eigene Regelung ad absurdum führen.

Aus diesem Grund und um den erwartbaren hohen Zahlungen an die anderen Bundesländer, die keine Neuregelung zur BMS beschlossen haben, ist der richtige Weg nun aus dieser Regelung auszusteigen und der Ausstieg wird mit Ende 2017 wirksam.

Ich bedanke mich bei einigen Oppositionsparteien, dass sie diesem auch zustimmen werden. Ich halte das für den richtigen Weg. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat.

Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Kündigung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a Absatz 2 B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe wird gemäß Artikel 81 Absatz 2 L-VG mehrheitlich zugestimmt.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht der Volksanwaltschaft (Beilage 950) zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2016 (Zahl 21 - 672) (Beilage 966)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 9. Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht der Volksanwaltschaft, Beilage 950, zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2016, Zahl 21 - 672, Beilage 966, wird von Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits vorgenommen.

General und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2016 in seiner 20. Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Volksanwalt Dr. Kräuter und Volksanwalt Dr. Fichtenbauer gaben einen kurzen Überblick über den Bericht der Volksanwaltschaft.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun als erster Rednerin Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Volksanwaltschaft berichtet uns in diesem vorliegenden Band über ihr präventives Mandat, das heißt, es ist eine Aufgabe der Volksanwaltschaft bereits hinzusehen, bevor etwas passiert und eben dann vorbeugend Empfehlungen abzugeben.

Die Aufgabe ist es, in der Folge diese Empfehlungen gewissenhaft zu prüfen, das ist unsere Aufgabe, um möglichst umfassend umzusetzen, das ist auch die Aufgabe der Regierung und der Landesregierung, eben bevor noch etwas passiert.

Natürlich wirkt die Volksanwaltschaft im Rahmen des nationalen Präventionsmechanismus daraufhin bestehende Missstände zu beseitigen und künftige möglichst zu vermeiden. Damit verbunden ist auch, dass positive Veränderungen durch die Volksanwaltschaft dargestellt werden, damit man das auch sieht und auch vielleicht nachahmen kann.

Im vorliegenden Bericht erfahren wir von Kontrollen in Einrichtungen der Psychiatrie in Krankenanstalten, in Alten- und Pflegeheimen und in Kinder- und Jugendeinrichtungen. Leitend war die Frage, ob Menschenrechte eingehalten werden beziehungsweise ob es Menschenrechtsverletzungen gibt?

Im Berichtsjahr 2016 waren die prüfenden Kommissionen der Volksanwaltschaft insgesamt 522-mal im Einsatz, meistens unangemeldet natürlich, 479 Einsätze betrafen die genannten Einrichtungen, 43 die Beobachtung von Polizeieinsätzen.

Im Burgenland wurde die Polizei zweimal, neunmal Alten- und Pflegeheime geprüft, achtmal Jugendwohlfahrtseinrichtungen, zweimal Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und zwei Polizeieinsätze.

Insgesamt lässt sich erfreulicherweise sagen, dass die Volksanwaltschaft bei diesen Kontrollen keine groben Beanstandungen hatte.

Hingewiesen werden muss aber dennoch, und darauf hat die Volksanwaltschaft sehr wohl insistiert, dass die Rahmenbedingungen in der Pflege, vor allem das Pflegepersonal, an seine Grenzen bringen. Der Betreuungsschlüssel, hingerechnet auf Pflegestunden, ist im Österreichvergleich im Burgenland der schlechteste.

Darauf habe ich bereits bei früheren Gelegenheiten, auch bei Landtagssitzungen, wiederholt hingewiesen. Erlebt habe ich es ja auch aus eigener Nähe, als ich 2014 einen Monat in einem Pflegeheim gearbeitet habe. Da haben mir etliche Kolleginnen und Kollegen quer durchs Burgenland erzählt, wie schwer es ist, hier die zeitlichen Vorgaben auch einzuhalten.

Da kamen auch Formulierungen wie: Manchmal fühle ich mich als würde ich Fließbandarbeit machen. Die Volksanwaltschaft warnt davor, dass Stress in der Pflegearbeit dann zu Missständen führen kann, in der Folge dann durch Überforderung auch zu Menschenrechtsverletzungen. Noch ist es im Burgenland nicht so weit, aber wir müssen die Alarmzeichen und die Warnungen wahrnehmen und ernst nehmen.

Unser Pflegepersonal steht tagtäglich vor großen Herausforderungen. Manchmal müssen Pflegeleistungen mit der Stoppuhr erledigt werden. Die so wichtige Gestaltung der Beziehung bleibt damit auf der Strecke. Es ist nicht nur ein Pfleger, der mir gegenüber das geäußert hat, wie schwer er es hat und dass es auch immer schwerer wird. Die Volksanwaltschaft sagt dazu ausdrücklich: Im Burgenland wird das Verhältnis zwischen Pflegedürftigen und Pflegepersonal per Verordnung mit einer mathematischen Formel samt damit inkludierter grob und äußerst knapp kalkulierter Mindestpflegeminuten festgelegt.

Also ganz so rosig ist die Situation nicht dargestellt, wie es der Herr Landesrat Darabos anfangs erwähnt hat. Hier gibt es sehr wohl eine kritische Rückmeldung. Auch den Kollegen Haidinger möchte ich darauf hinweisen, dass die Volksanwaltschaft insgesamt kritisiert, dass es zu einer Ökonomisierung der sozialen Arbeit und damit verbundenen Sparzwängen kommt.

Das heißt, gerade im Sozialbereich von einer Firma oder einem Betrieb zu sprechen und sich danach auszurichten, wie hier die Arbeit und die wirtschaftlichen Gegebenheiten gestaltet werden, ist anzukreiden und ist auch von der Volksanwaltschaft klar kritisiert worden.

Eben dies führt zu eigenartigen Minutenschlüsseln, die wiederum das Personal in Zwänge zwischen Zeitdruck, Berufsethos und Leistungsfähigkeit treibt. Das kann auf die Dauer nicht gehen. An diesem Minutenschlüssel muss etwas nachgebessert werden. Diese Bitte richte ich jetzt auch an Landesrat Darabos, bevor etwas Schlimmeres passiert, also präventiv.

Ich möchte daraus aus dem Bericht zitieren: Die Kommissionen stellen oft fest, dass das Pflegepersonal überlastet und hin- und hergerissen ist, zwischen den Zwängen des Zeit- und Kostendrucks und dem in der Ausbildung vermittelten Berufsethos und Leistungswillen. Es ist also nicht etwas was ich mir irgendwie aus den Fingern zuzle, sondern was hier Schwarz auf Weiß von den verschiedensten Volksanwälten und Volksanwältinnen festgelegt wird.

Einen zweiten Berichtsschwerpunkt will ich noch herausnehmen. Er betrifft die Beobachtung von Demonstrationen. Hier gab es nämlich sehr unterschiedliche Bewertungen seitens der Volksanwaltschaft und seitens der Kommission. Es gibt Berichte über sehr positiv verlaufene Polizeieinsätze bei Demonstrationen, aber auch - und jetzt zitiere ich wieder: Andere Demonstrationen verliefen weniger positiv.

Nicht nachvollziehbar war für den NPM, dem Nationalen Präventionsmechanismus beispielsweise, warum beim Einsatz anlässlich der Pegida-Demonstration im Feber 2016 in Wien ein Kessel gebildet wurde. Über 400 Personen konnten dadurch über drei Stunden lang den Ort nicht verlassen.

Das BMI begründete die Kesselbildung damit, dass drei Personen wegen des Verdachts des Verstoßes gegen § 85 des Strafgesetzbuches - Verhinderung oder Störung einer Versammlung - zur Anzeige gebracht werden sollten. Unter Berücksichtigung des Gebots der Verhältnismäßigkeit und der Ökonomie war diese Vorgangsweise nicht nachvollziehbar. Diese Beobachtungen weisen darauf hin, wie wichtig das Verhalten der Polizei bei derartigen Einsätzen ist und dass dieses wesentlichen Einfluss hat, ob eine Lage eskaliert oder ob die Beamten und Beamtinnen fähig sind, deeskalierend tätig zu sein.

Beides wurde beobachtet. Im Burgenland gab es diesbezüglich keine negativen Ereignisse. Das ist schön. Das liegt sicher zum Teil an dem meist vorbildlichen Verhalten der Polizei in solchen Situationen. Das habe ich selber ja auch schon erlebt. Wie gesagt, es gibt nicht viele Demonstrationen. Eine größere war im Sommer 2015 nach der Bildung der Rot-Blauen Landesregierung. Da gab es ja Demonstrationen und ich habe damals auch beobachtet, wie sich die Polizei verhalten hat. Ich muss sagen, das war wirklich vorbildlich.

Andererseits liegt es aber sicher auch daran, dass es eben im Burgenland nicht viele Demonstrationen gibt. Warum das so ist, lässt sich in anderen für mich persönlich durchaus reizvollen soziologischen und gesellschaftsanalytischen Erhebungen diskutieren, würde aber an dieser Stelle zu weit führen.

Generell lässt sich aber sagen, dass die Polizei im Burgenland bei derartigen Einsätzen ein respektvolles und umsichtiges Verhalten an den Tag legt, wofür ich mich ausdrücklich auch bedanken will. Negativbeispiele, gerade auch in anderen Bundesländern, bietet uns aber auch die Volksanwaltschaft. Ich möchte das hier auch zitieren, weil es kann im Burgenland auch passieren und wir müssen aufpassen, dass wir hier rechtzeitig auch den Anfängen wehren.

Ich zitiere: „Bei einer Kontrolle im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen Schengen (AGM) kritisierte die Kommission, dass für die Auswahl der zu kontrollierenden Personen durchgängig die Hautfarbe der Reisenden ausschlaggebend gewesen sei. Dies ist aus menschenrechtlicher Sicht problematisch, da die Hautfarbe weder Gradmesser für die Nationalität noch für die Rechtmäßigkeit des Aufenthaltes ist. Auch darf die Hautfarbe nicht Verdachtsmoment für rechtswidriges Verhalten sein.

Obgleich das BMI bestritt, Personen nach der Hautfarbe für Kontrollen auszuwählen, wies der NPM - Nationaler Präventionsmechanismus - das Bundesministerium nochmals auf diese Problematik hin.“

Wir haben es hier also sehr wohl mit zum Teil offenen, zum Teil unterschwelligen Menschenrechtsverletzungen oder dem Vorfeld von Menschenrechtsverletzungen zu tun und wir müssen auch kritisch betrachten, wie das Innenministerium darauf reagiert. Innenminister Sobotka würde ja am liebsten einfach das Demonstrationsrecht einschränken. Das löst aber nicht das Problem, wie es bei Demonstrationen zugeht. Das löst bloß das Problem, das vielleicht der Innenminister hat, wenn es zu viel freie Meinungsäußerung auf unseren Straßen gibt.

Keineswegs darf es also Reaktion der Politik sein, Bürgerrechte generell einzuschränken, wenn sie sich im Umgang damit überfordert sieht, so wie das eben Innenminister Sobotka gerne hätte.

Das Recht der freien Meinungsäußerung werden wir als GRÜNE jedenfalls vehement verteidigen und die Volksanwaltschaft wissen wir auf unserer Seite. Das ist schön und natürlich werden wir diesem Bericht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Frau Landesrätin! Kolleginnen und Kollegen! Für die Präambel beziehungsweise über den Bericht der Fakten aus dem Bericht der Volksanwaltschaft darf ich mich jetzt sehr herzlich bedanken. Das will ich jetzt nicht mehr wiederholen, weil es im Prinzip dieselben Zahlen sind, die da drinnen stehen. Ich möchte aber auf die Auswirkungen eingehen.

Ich bin in den meisten, hätte ich schon gleich gesagt, in dem Fall in allen Fällen in Wirklichkeit was die Volksanwaltschaft hier sagt, natürlich der Meinung der Volksanwaltschaft, genauso wie die meiner Vorrednerin. Aber dieser Bericht und die Kenntnisnahme des Berichtes, was wir heute tun, ist das Eine.

Die Lehre aus dem Bericht ist in Wirklichkeit das Andere und das ist etwas, was wir jetzt im Prinzip so rasch wie möglich angehen sollten, hätte ich schon gleich gesagt, wenn wir nicht schon am - jetzt ist er gerade nicht da - am Dienstag, dem 6.6., schon die erste Runde gehabt haben *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir sind nicht eingeladen worden!)* als Sozialsprecher unter anderem, auch durch den Besuch der Präsidenten des Bundesrates, wo leider der Herr Kölly und die Frau Petrik nicht da waren.

Es ist uns dort bei dieser Runde gesagt worden, es sind alle Parteien eingeladen worden. Es tut uns leid, dass Sie diese Chance nicht genutzt haben, weil genau da haben wir das erste Mal im Prinzip schon zum Thema und auch abgeleitet aus diesem Volksanwaltschaftsbericht erste Möglichkeiten besprochen.

Da waren wir uns auf der Sachebene - eben die SPÖ, die FPÖ und auch die ÖVP - aber sowas von einig, inklusive der mehr oder weniger abschöpfenden, will jetzt einmal sagen, Präsidentin des Bundesrates, die ja Dinge mitnimmt auf Grund ihrer Tour durch ganz Österreich und hier sich der Pflege ganz besonders jetzt widmet, weil sie ja aus dem Beruf gekommen ist.

Da wurde eben unter anderem diskutiert. Und das ist etwas, was wir als Politiker aus dem Bericht nach der Kenntnisnahme machen sollten. Jetzt haben wir das ein bisschen vorgestaffelt schon gemacht, obwohl wir ihn erst heute zur Kenntnis nehmen. Aber wir gehen davon aus, dass wir ihn zur Kenntnis nehmen und haben uns sehr wohl im Bereich des Burgenlandes einmal Gedanken gemacht. Pflege an und für sich, allein schon die Differenzierungen innerhalb der Pflege zwischen dem Nord- und dem Südburgenland ist etwas, was wir andenken müssen.

Die einzelnen Fakten, die da herausgehen, nämlich die Anzahl der Pflegekräfte in der jeweiligen Zeit, am jeweiligen zu pflegenden Patienten oder Menschen ist eine Sache, die man sehr wohl betrachten muss. Da bin ich schon bei Ihnen, dass wir da zu wenig Zeit haben und dass dieser Schlüssel auf alle Fälle ein bisschen - auch auf Grund dieses Berichtes, weil wir ihn hier da sachlich mitbekommen haben - überdacht werden muss.

Aber zuerst müssen wir die Pflege an und für sich, und das haben wir gut besprochen in dieser Runde - überdenken und auch auf die verschiedenen Regionen im kleinen Bundesland Burgenland Rücksicht nehmen.

Das ist jetzt in Wirklichkeit unsere nächste große Herausforderung. Wie gesagt, die sind wir schon angegangen und da wäre es jetzt auch wirklich erforderlich, das weiter zu betreiben. Ich gehe stark davon aus, dass der Landesrat Darabos zu diesem Thema die

eine oder andere weitere Runde der Sozialsprecher sicher machen wird, damit wir hier auch gemeinsam - und wenn Sie jetzt heute sagen, Ihr habt keine Einladung bekommen, dann tut mir das sehr leid, weil das wirklich eine sachlich fundierte Runde war, wo wir die kurzen Facts unserer verschiedenen Zugänge hier auch in die Diskussion bringen konnten.

So sollte das auch weiter gehen, weil gerade bei den Menschenrechten, bei der Altenpflege, bei der Umsetzung oder bei der Akzeptanz beziehungsweise bei der zur Kenntnisnahme dieses Berichtes, steht natürlich groß im Hintergrund: Wir sind schon gut, aber wir können uns noch immer verbessern. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Mein sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht der Volksanwaltschaft über die präventive Kontrolle, über die Menschenrechtskontrolle liegt uns vor. Im Ausschuss waren ja die beiden Herren Volksanwälte da, haben uns diesen Bericht eindeutig erläutert, das Mandat ist relativ einfach.

Die Volksanwaltschaft hat also zusätzlich zu ihren Tätigkeiten, wo sie die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu wahren hat gegenüber der Behörde, auch einen Auftrag bekommen, eine Kommission zu bilden und auf Basis dieser gesetzlichen Ermächtigung flächendeckend und regelmäßig öffentliche und private Einrichtungen, die als Orte der Freiheitsentziehung gelten, zu untersuchen. Orte der Freiheitsentziehung, wenn man dieses Wort hört, denkt man unweigerlich einmal an die Justizvollzugsanstalten, man denkt an Polizeianhaltezentren, wie wir sie hier auch in Eisenstadt haben, an Polizeigefangenenhäuser.

Aber man würde nicht sofort damit Krankenhäuser, Pflegeanstalten, Anstalten, wo Personen mit besonderen Bedürfnissen gepflegt werden, dort auch damit in Verbindung setzen. Tatsache ist aber auch, dass solche Anstalten hier de facto auch Freiheit entziehen und hier die Volksanwaltschaft untersuchend tätig war mit ihren sechs Kommissionen, wie ich schon gesagt habe, die gebildet wurden. Insgesamt hat die Volksanwaltschaft dafür 15 Planstellen bekommen. Das ist nicht wenig.

Und sie haben - meine Vorredner haben es ja schon gesagt - insgesamt im Jahr 2016 522 Kontrollen gemacht. Davon 479 in Einrichtungen und 43, indem sie beobachtet haben, wie Polizeieinsätze über die Bühne gehen.

Ein bisschen kritisiert hier die Volksanwaltschaft, dass sie relativ spät von solchen geplanten Polizeieinsätzen informiert wurde. Sie hätte gerne mehr solcher Einsätze kontrolliert. Wird wohl nicht immer möglich sein, über Zeitungen zu inserieren, dass man Polizeieinsätze plant oder auch durchführt. Deshalb ist dieser Graubereich also zu bewältigen. Im Burgenland - ich glaube, die Frau Kollegin Petrik hat die Zahlen genannt - waren es insgesamt 23 Kontrollen, wobei zwei sich auf die Kontrolle von Polizeieinsätzen gestützt haben.

Die Zusammenfassung haben alle meine Vorredner eigentlich geliefert. Der Bericht ist eigentlich ein sehr positiver. Ab Seite 173 in diesem wirklich sehr umfangreichen Bericht listet die Volksanwaltschaft Verbesserungsvorschläge auf, die keinesfalls irgendwie bedenklich sind, aber doch auch gemacht werden sollten.

Ich möchte Ihnen nur in drei Sätzen sagen, wie mein Zugang zu solchen Dingen ist. Ich war 1989 in einem östlichen Nachbarland, das damals nicht zum Westen gehörte und heute aber EU-Mitglied ist. Wir haben damals gesammelt. Ich habe mich beim Hilfswerk engagiert und wir haben zu Weihnachten in dieses Land einen Konvoi begleitet mit Lebensmitteln, mit LKW-Zügen und wollten uns unbedingt davon überzeugen, dass auch diese Lebensmittel in Heime für behinderte Kinder kommen. Wir haben das auch getan, weil ganz einfach uns manche gesagt haben, es könnte sein, dass nicht alles dort ankommt.

Alles, was ich dort gesehen habe, übersteigt bei weitem meine Vorstellungskraft bevor ich das gesehen habe. Es waren dies Heime und Einrichtungen für Kinder, die in Käfigen gehalten wurden, die mit dem eigenen Kot gespielt haben. All diese Dinge sind unvorstellbar für uns. Ich habe mich auch überzeugt, wie das bei uns in Österreich ist.

Wir können wirklich sehr froh sein, dass wir hier in einem Land leben, wo wir ein so hohes Niveau im sozialen Bereich haben. Auch in der Pflege, wo die Kinder betreut werden auf einem Niveau, wie wir uns das damals überhaupt nicht vorstellen konnten, dass es in anderen Ländern anders zugeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesen Bericht nehmen wir sehr gerne zur Kenntnis. Zeigt uns doch auch dieser Bericht, dass das, was wir uns vorgenommen haben, nämlich die Menschenrechte zu achten, in unserem Land auch geschieht.

Ich möchte aber doch auf eines hinweisen, das auch diskutiert wurde, dass wir nicht den Fehler machen sollten, unter dem Deckmantel „Sicherheit“ manche Menschenrechte über Bord zu werfen, nämlich das Menschenrecht auf Privatsphäre.

Ich glaube, dass wir nicht alles überwachen können. Es gilt auch einen Führungsgrundsatz bei der Exekutive oder beim Bundesheer, wer alles sichern will, sichert nichts. Wir müssen Schwerpunkte setzen. Wir müssen uns im Klaren sein, dass wir, wenn wir eine Grenze sichern wollen, natürlich Hauptverkehrsrouten besonders überwachen, besonders sichern müssen.

Aber wir können nicht alles sichern. Wenn wir alles und jedes sichern, dann kommt ein Datenvolumen zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das einerseits nicht bewältigbar ist, und auf der anderen Seite aber auch dazu führen kann, dass in der Verknüpfung der Daten jeder Mensch plötzlich ein gläserner Mensch wird.

Wenn wir das noch dazu nehmen, dass manche andenken, Bargeld abzuschaffen, nur noch mit Kontoüberweisungen, wenn wir mit dem Handy heute ein Bewegungsprofil aufzeichnen können, dann gibt es keine Privatsphäre mehr. Diese Balance zwischen Sicherheit, zwischen notwendiger Sicherheit für die Menschen, aber auch für ein Recht auf Privatsphäre, diese Balance müssen wir finden. Ich glaube, dass wir in der Diskussion nicht all diese Dinge über Bord werfen sollten.

Dem Bericht werden wir gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist bereits viel zu diesem Bericht, der über 200 Seiten umfasst, gesagt worden.

Wir haben auch die Möglichkeit in der Ausschusssitzung gehabt, die beiden Volksanwälte Dr. Kräuter und Dr. Fichtenbauer zu diesem Bericht und zu Erläuterungen des Berichtes zu hören.

Mir geht es eigentlich darum, die Prämisse dieses Berichtes darzustellen. Die Prämisse ist klar, der Staat als Garant der Menschenrechte hat die Verpflichtung, die Menschenrechte von Personen, die in Institutionen leben, zu achten und zu schützen.

Deshalb kontrollieren seit 2012 sechs Expertenkommissionen der Volksanwaltschaft, wie es bereits erwähnt worden ist, Einrichtungen wie zum Beispiel Pflegeheime oder Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Dieses präventive Mandat der Volksanwaltschaft besteht darin, Gefährdungslagen möglichst früh zu erkennen, zu benennen.

Es wurde bereits erwähnt, dass insgesamt 522 durchgeführte unangekündigte, größtenteils unangekündigte Kontrollen in diesem Berichtszeitraum erfolgt sind. Damit wurde auch, meiner Meinung nach, genug geleistet, damit Missstände festgestellt werden konnten und konkrete Empfehlungen erfolgen konnten. Der Bericht ist meiner Ansicht nach quantitativ und qualitativ sehr gut. Er erfüllt dieses präventive Mandat der Volksanwaltschaft, weil nämlich sowohl das Prüfschema und die Methodik, aber auch Feststellungen und Empfehlungen der Kontrolltätigkeit klar und eindeutig illustriert wurden.

Seitens der Volksanwaltschaft wurden im Berichtsjahr, wie vorher angeführt, sämtliche Einrichtungen, die erwähnt wurden, visitiert. Was mir wichtig ist und heute noch nicht gekommen ist, fast ausschließlich kommt in diesem Bericht zum Ausdruck, dass sich das Personal in diesen Einrichtungen trotz zum Teil ungünstiger Rahmenbedingungen mit großem Einsatz und großer Empathie bemüht.

Das wurde seitens der anwesenden Volksanwälte auch für zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Burgenland erwähnt. Ich möchte mich auch deshalb bedanken, gerade bei diesen Personen, die in dem Kreis arbeiten, es ist eine schwierige Arbeit. Dieser Dank, der im Bericht aufscheint, den möchte ich von dieser Stelle auch weitergeben.

Sorge, die im Bericht ausgedrückt worden ist, besteht hinblicklich des Personalschlüssels, anlässlich der steigenden Arbeitsanforderungen. Es ist durchaus berechtigt, darüber nachzudenken, ob dieser Personalschlüssel bei Themen wie zusätzlicher Demenz oder bei zusätzlichem Aufwand aufgrund anderer Beeinträchtigungen eventuell hinterfragt und überprüft werden sollte.

Für das Burgenland wurde jedoch seitens der Volksanwälte klar und eindeutig festgestellt, dass es neben der Sorge um den Personalschlüssel eventuell das Thema der Ausstattung ein Thema werden könnte, aber ansonsten ist der Bericht für das Burgenland irrsinnig gut. Er zeigt ein gutes Zeugnis, das wurde bereits heute in der Fragestunde auch vom zuständigen Landesrat bei der Befragung erwähnt.

Dieses Ergebnis ist für mich aber nicht verwunderlich, weil wenn wir mehr als 50 Prozent des Etats für Gesundheit, Sozial- und Wohnbauförderungspolitik ausgeben, das sind über 442 Millionen Euro, dann bin ich auch der Meinung, dass wir viel für diesen Bereich tun und deshalb überrascht der Bericht in diesem Punkt nicht, dass ein gutes Zeugnis ausgestellt wird.

Heute wurde bereits auch vom zuständigen Landesrat erwähnt, dass er eventuell auch bundesweite Qualitätsstandards in der Pflege einfordern wird. Dies wurde auch im Bericht evident.

Schließlich ergibt sich auch aus dem Bericht, das hat auch die Frau Mag.a Petrik schon angeführt, dass der Demenzbereich ein zukünftig wichtiger sein wird. In diesem Bereich hat das Burgenland auch bereits Strukturen in den letzten Jahren vorbereitet. Meiner Meinung nach liegen wir da richtig, weil auch die Empfehlungen der Volksanwaltschaft darin liegen, in diesem Bereich der Demenz einiges zu machen, um auch die Zukunft zu bewältigen.

Erfreulich ist für mich, dass das Burgenland beim Thema „Gewalt in der Pflege“ als positiver Faktor aufscheint. Wenn man sich die letzten Medienberichte der letzten Wochen anschaut, waren doch Vorfälle aufscheinend, das Burgenland war in keinster Weise davon betroffen und das zeigt auch das gute Zeugnis im Bericht für das Burgenland.

Trotz alldem ist es mir wichtig zu sagen, dass die Zielsetzung von Politik und auch Verwaltung sein muss, diese Empfehlungen der Volksanwaltschaft in diesem Abschnitt 4 auf den Seiten 173 bis 193, also in rund 20 Seiten, sehr ernst zu nehmen, damit dem präventiven Schutz der Menschenwürde und den Menschenrechten in Einrichtungen entsprochen werden kann.

Daher möchte ich abschließend die Bemerkung fallen lassen, dass die Tätigkeit der Volksanwaltschaft neben den wichtigen Kontrolleinrichtungen des Landes- und Bundesrechnungshofes als essentielle Grundlage des politischen Handelns dient.

In diesem Sinne möchte ich mich bei allen, die an diesem Bericht mitgewirkt haben, im Sinne meiner Fraktion bedanken. Dieser Bericht über das Kalenderjahr 2016 wird daher in vollem Umfang zur Kenntnis genommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Nur eine kleine Richtigstellung. Wir haben keine Einladung zu diesem Treffen der Sozialsprecherinnen und Sozialsprecher bekommen. Möglicherweise liegt der Fehler darin, dass nur Klubs eingeladen werden oder wurden. Bitte beachten Sie das in Zukunft, weil wir uns an diesen Gesprächen sehr wohl, sehr gerne, und Sie kennen mich, auch sehr konstruktiv beteiligen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2016 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 928) betreffend Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG und Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH (Zahl 21 - 660) (Beilage 967)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 10. Punktes der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 928, betreffend Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG und Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH, Zahl 21 - 660, Beilage 967.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Manfred Kölly: Herr Präsident! Hohes Haus! Gerne erstatte ich Bericht. Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG und Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH in seiner 9. Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie der Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes Ing. DI (FH) Michael Racz an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Ich stellte den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Anschließend meldeten sich die Landtagsabgeordneten Ulram und Mag. Wolf, M.A. zu Wort. Die dabei gestellten Fragen wurden vom Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG und Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Sie sind auch als erster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte. Ich erteile es Ihnen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal ein Bericht des Landes-Rechnungshofes, gemeinsam mit dem Wiener Rechnungshof. Ich finde einmalig, dass man das gemacht hat. Das wurde auch dementsprechend gutgeheißen, dass man hier eine gute Zusammenarbeit gefunden hat.

Aber bevor ich auf das Thema eingehe, Herr Kollege Molnár, es gibt schon einen Unterschied zwischen Gemeinde und Land bei der Kontrollwesensache. Lieber Herr Kollege Molnár, Sie haben leider noch keine Verantwortung getragen als Bürgermeister oder anderswertig, Sie werden auch anscheinend in Zukunft nicht die Möglichkeit haben, hier sich herzustellen und zu sagen, ja, in Deutschkreutz kann man keine Einsicht nehmen. Das stimmt so nicht, man kann jederzeit als Bürger von Deutschkreutz hingehen, Einsicht nehmen und auch im Wirtshaus Diskussionen führen, wie in anderen Gemeinden genauso.

Nur, im Land ist das ein bisschen anders. Im Land wird der Voranschlag beschlossen, mit Mehrheit oder einstimmig, egal, wie auch immer, und danach haben wir nichts mehr zu schwätzen.

In den Gemeinden, lieber Herr Kollege Molnár, Sie wissen es, Sie sind schon einmal geschasst worden von der FPÖ, *(Abg. Géza Molnár: Du auch!)* auch ich, dass man halt doch nicht so einfach tut, jetzt muss man sich hinstellen. Ja, ich habe ja kein Problem damit. Ich habe kein Problem damit. Gott sei Dank habe ich kein Problem, weil ich glaube, dass ich die Werte noch immer vertrete, die einmal die FPÖ vor einigen Jahren vertreten hat.

Jetzt stellen Sie sich hin und verteidigen die SPÖ. Das gefällt mir eigentlich schon gut, weil das ist, meiner Meinung, eigentlich Weglegung, mehr sage ich jetzt nicht dazu. Aber egal, das ist Eure Sache, nicht unsere. Ich glaube, dass es Sinn macht, wenn man Opposition betreibt und kritisch Dinge hinterfragt, und auch, lieber Herr Kollege Hergovich, natürlich nutze ich die Möglichkeit mich auszubreiten, auch bei Berichten wie HETA, na selbstverständlich.

Nur, der Herr Kollege war der Meinung, ich habe eigentlich nicht zur Sache geredet. Dann hat er nicht zugehört, wie viele wirkliche Punkte und Summen ich aufgezählt habe und frage. *(Abg. Robert Hergovich: Ein bisschen ausgeschweift schon!)* Na selbstverständlich schweife ich gerne aus, wenn man als Opposition und als Nichtklub, den Ihr auch verursacht habt, dass wir keinen Klub haben. Ich habe immer gekämpft, wie ich noch Klubobmann war, dass man mit zwei Abgeordneten einen Klub hat.

Die FPÖ hat das alles verlassen, soll so sein. *(Abg. Géza Molnár: Das stimmt ja gar nicht!)* Na, Fakt ist, Du bist bei den Verhandlungen nicht dabei gewesen, da warst Du noch immer nicht in der FPÖ, haben wir verhandelt über die ganze Geschichte, weil da haben sie Dich geschasst, schon rausgesetzt. Aber egal, wie auch immer.

Das ist genau das, dass man sagt, wo ist die Demokratie, dass nur eine Opposition, die nur zwei Abgeordnete hat, nur fünf Minuten Rederecht hat. Das muss man ändern.

Das versteht ja keiner draußen, wenn man das sagt. Warum dürfen wir nicht genauso lange reden, ist ja nicht das Problem. Nur man sollte auch, lieber Herr Géza Molnár, von dem immer wieder zurückkommen, das man selber verlangt hat, das man immer selber eingebracht hat. Jetzt muss man leider da zustimmen und muss das machen, was der größere Partner sagt.

Ich muss Euch eines sagen, ich habe kein Problem damit. Wenn Ihr das so machen wollt, dass wir nur einen 7er BMW und zwei Chauffeure, burgenländische Arbeitsplätze für Burgenländer, und von Kärnten, Niederösterreich und von der Steiermark und Tirol die Leute herholt, dann darf man nicht so reden.

Dann muss man sich einfach still verhalten und nicht gegen andere, die Verantwortung tragen, wie viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister da herinnen, und Selbständige, die wirklich wirtschaftlich denken müssen, unter dem Strich Erfolge haben, dann muss man umdenken, Herr Géza Molnár. Ich komme aber jetzt zum Tagesordnungspunkt 10. Ich denke, auch das ist ein… *(Abg. Werner Friedl: Fünf Minuten!)*

Ich kann solange reden als ich will, normalerweise zu diesem Tagesordnungspunkt. Herr Géza Molnár, noch einmal, wenn ich als Klubobmann keine Verantwortung trage, mit vier, fünf „Hanseln“, und der andere hat 20 oder 30 sogar, und die gleiche Gage kriegt, und sich da herstellt und glaubt, man ist der „Wunderwuzzi“, dann soll es so sein. Aber, ich denke, dass das Land Burgenland den guten Weg gegangen ist mit Windkraftanlagen für Umwelt, für Ökonomie zu sorgen, und dass es die richtige Entscheidung war.

Dass heute in dem Bericht natürlich dort oder da einiges nicht aufgegangen ist, wie man es sich vorgestellt hat, und der Rechnungshof das halt dementsprechend auch dokumentiert und sensibel aufgearbeitet hat, wie immer, da muss man noch gratulieren und ein Dankeschön natürlich sagen, ist auch ein Faktum, das man sich in der Zukunft anschauen muss.

Denn auch ich war ein Vorkämpfer im Mittelburgenland. Die ersten Windräder, das war ein harter Kampf. Gegen die SPÖ, die ÖVP und gegen die Weinbauern haben wir uns durchgesetzt, weil das Volk gesagt hat, es ist vernünftig, wenn man diesen Weg geht. Ja, und auch dort war eine deutsche Gruppe, die den ganzen Windpark aufgebaut hat und wurde dann dem damaligen Windbauer eigentlich übergeben und verkauft. Ist einmal so.

Die Gemeinde hat profitiert und profitiert noch immer. Nicht nur die Gemeinde selber, sondern auch die, die die Fläche vermietet haben. Ich stehe dazu und bin noch immer der Meinung, man sollte eher diese Windparks ausbauen, wie neue Flächen irgendwo zu erschließen. Das ist genau der Punkt. Da sind wir bei Pama und Gols, wo es halt nicht so funktioniert hat, wo man halt ein Minus geschrieben hat.

Aber warum? Wer sitzt in der Regierung und wer hat das Gesetz noch immer noch nicht beschlossen, dass wir eine Förderung dementsprechend bekommen? Sitzt die Liste Burgenland dort oben? Sitzen die Freiheitlichen oben? Ich weiß es nicht. Es sitzen bis jetzt immer noch SPÖ und ÖVP in der Regierung. Da muss ich mich fragen, warum das nicht normal über die Bühne geht? Wir brauchen das, ansonsten ist das nicht mehr zu machen. Wir wissen auch, dass viele Windräder in der Warteschleife stehen, dass viel Investitionsgeld jetzt noch immer brachliegt und das sollte man einmal dementsprechend umsetzen.

Auch hier müssen wir schauen, dass man gemeinsam den Weg findet, auch im Bund, dass man die Unterstützung bekommt. Ich denke, das wäre ein wichtiger Ansatz, dass man dieses Ökostromgesetz so rasch als möglich einmal positiv erledigt. Ich verstehe nicht, warum man es nicht machen will, wenn so viele Arbeitsplätze, von die wir immer reden dranhängen. Mir hat sogar ein Windkraftwerk im Burgenland gebaut, der sich da hergesetzt hat, weil er erwartet hat, dass noch mehr gebaut wird und dergleichen mehr.

Wenn ich jetzt bei den Bauern bin, dann muss man auch dort schauen, dass gebaut werden kann, dass dort wirtschaftlich gearbeitet wird. Ansonsten werden wir in vielen Bereichen massive Schwierigkeiten bekommen. Ich denke, viel mehr ist da gar nicht mehr dazu zu sagen, dass man das Ökostromgesetz noch immer hin- und herschiebt. Da ist meine Frage jetzt, wenn die neue Regierung kommen soll und das ist ja bald, wie stehen die alle dazu?

Das wäre auch einmal eine Frage seitens des Landes an die Obrigkeit, sei es egal wer jetzt dort Kanzler ist oder in der Regierung sitzt, wer zuständig ist. Das sollte man schön langsam einmal wissen und da denke ich, dass der Herr Landeshauptmann jetzt schon ein bisschen auch nachstoßen könnte, dass das umgesetzt wird. Weil schlussendlich gehört Energie Burgenland auch dem Lande.

Da sollten wir sehr wohl schauen, dass das auch funktioniert, nicht nur der Umwelt zuliebe, sondern dass man auch ökostrommäßig irgendetwas zustandebringt. Wenn ich dann höre, dass vielleicht gewisse Werke wieder geschlossen werden sollen und dergleichen mehr, wo man viel Geld investiert hat und die Nachhaltigkeit eigentlich auf der Strecke geblieben ist, da denke ich mir schon was dabei, wenn viele solche Dinge eigentlich ständig auftreten und im Endeffekt solche Berichte herauskommen, dass man da ein Minus schreibt.

Wir seitens der Wirtschaft, Gerhard Hutter und meine Wenigkeit, müssen immer schauen, dass wir unter dem Strich ein deutliches Plus schreiben können. Auch das sollte im Land einmal klar sein und auch in der Energie Burgenland. Dort muss man jetzt Druck erzeugen, auch wenn die neue Regierung kommt.

Wenn der Herr Kurz das ist, dann muss man beim Herrn Kurz anklopfen oder egal wie sie heißen, Kern oder Doskozil oder wie auch immer, Strache, auch dort könnte sich ein Jeder jetzt schon schlau machen, wie sie zu dieser Situation stehen werden.

Wir werden natürlich diesem Bericht zustimmen. Leider ist da ein Minus herausgekommen, aber vielleicht wird es in Zukunft besser. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Kollege Spitzmüller ist als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Kollege Kölly hat es schon gesagt. Erst der Landes-Rechnungshofbericht, der gemeinsam mit einem anderen Landes-Rechnungshof gemeinsam gemacht wurde, in dem Fall mit Wien. Warum ist das so? Weil die Windkraftanlage beziehungsweise die Windparkgesellschaft im Eigentum der Landesstromenergieanbieter des Burgenlands und Wiens sind, und daher gibt es hier einen gemeinsamen Bericht der beiden Landes-Rechnungshöfe.

Geprüft wurde die Wirtschaftlichkeit, die wirtschaftliche Entwicklung, die Gebarung und der Stadt-Rechnungshof, wie es eigentlich richtig heißt, nicht Landes-Rechnungshof Wien, hat zusätzlich noch eine Prüfung der Sicherheitstechnik dieser Anlagen durchgeführt. Es geht um einen Windpark mit 14 Anlagen, die jeweils 1,2 Megawatt Leistung erbringen, das bringt ungefähr Strom für sage und schreibe 11.000 Haushalte. Die Anlage ist 2004 als bestehende Anlage übernommen worden. An und für sich hat dies bisher gute Dienste geleistet.

Es gab jetzt nur zwei Probleme. Das erste Problem ist, dass letztes Jahr beziehungsweise heuer die Ökostromtarife ausgelaufen sind und zweitens, dass vor allem im Jahr 2016 besonders schlechte Windqualität, nein, nicht Qualität, Windbedingungen geherrscht haben und dadurch natürlich die Ausbeute schlechter war.

Deswegen ist auch eine Neuausrichtung geplant. Die ganzen Anlagen sollen abgebaut werden und durch neue, stärkere, modernere Windkraftanlagen ersetzt werden. Das Ganze scheitert nur leider, Kollege Kölly hat auch das kurz angeführt, an der Novelle zum Ökostromgesetz, die eigentlich seit einem Jahr bereits beschlossen sein sollte, nach wie vor im Ausschuss beziehungsweise im Parlament liegt, und es geht nichts weiter. Unsere Umweltsprecherin im Landtag bemüht sich zurzeit sehr, zwischen den beiden Regierungsparteien Kompromisse zu verhandeln und hier doch noch etwas zustande zu bekommen.

Warum ist das so wichtig? Da geht es gar nicht so sehr um die ökologischen Komponenten, sondern es geht letztendlich um Arbeitsplätze und um die Wirtschaft. An dem Neubau hängt natürlich die Wirtschaft dran, hängen Arbeitsplätze dran. Deswegen wäre es wichtig, dass nicht nur hier, sondern burgenlandweit, österreichweit diese Ökostromnovelle endlich kommt.

Eigentlich war ja auch geplant, dass man eben vor einem Jahr schon diese Novelle durchführt und heuer im Herbst ein komplett neues Ökostromgesetz macht, das ist inzwischen leider komplett vom Tisch. So werden wir leider nichts weiterbringen, muss man sagen, und es ist wirklich tragisch.

Nachdem heute schon einige Rückblicke gemacht wurden, ist es mir auch ein Anliegen, hier darauf hinzuweisen, dass meine grüne Vorgängerin, die Grete Krojer, wahrscheinlich an diesem oder am anderen Pult gestanden ist und über Windkraftanlagen im Burgenland gesprochen hat, damals mehr oder weniger ausgelacht worden ist, heute ist das Burgenland mit Recht stolz auf diese Entwicklung und man sieht, dass man mit 14 Anlagen eben 11.000 Haushalte versorgen kann. Das ist schon eine sehr gute Entwicklung.

Kurz möchte ich noch auf den Neubau eingehen, der auch aus einem anderen Grund wesentlich ist. Wie ich gesagt habe, haben sich die Wiener die sicherheitstechnische Komponente angeschaut, die natürlich logischerweise aufgrund des Alters dieser Anlage leider veraltet ist.

Ein wesentliches Problem ist, dass man in die - wie heißt das Ding genau - in die Maschinengondel, also ganz oben, dort wo die Technik untergebracht ist, nur zu Fuß über eine lange Leiter hinaufkommt. Das Ganze dauert - also zu Fuß über die Leiter - mit Pausen, die notwendig sind, ganze 45 Minuten. Jetzt ist es bei normaler Serviceleistung zwar mühsam und umständlich, aber wirklich ein Problem wird es erst, wenn oben was passiert, wenn sich der oder die Servicetechniker/in verletzt.

Laut dem Bericht ist das in der Vergangenheit einmal vorgekommen. Diese Person dann zu bergen, ist natürlich eine zeitmäßig sehr umständliche Aufgabe. Heute sind diese Anlagen alle mit einem Aufzug ausgerüstet, und dies wird natürlich auch, wenn es zu diesem Neubau der Anlage kommt, dann möglich sein, wodurch sich das Service erleichtert und auch im Notfall dann hier besser ausgeholfen werden kann.

Summa summarum muss man sagen, gibt es jetzt keine groben Fehler, die dieser Bericht aufzeigt. Es sind einige Empfehlungen, die teilweise nicht durchgeführt werden können, weil eben der Neubau nicht möglich ist. Wir hoffen sehr, dass die Ökostromnovelle doch noch vor den Neuwahlen zustande kommt.

Es wäre sehr wichtig aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen, Arbeitsplatzgründen und, wie wir gerade gehört haben, auch aus Sicherheitsgründen. Besten Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel ist die Nächste, die sich gemeldet hat.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Uns liegt ein Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofs über die Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG und die Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH vor.

Um was geht es in diesem Bericht? An der Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH und der Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG sind jeweils die Wien Energie GmbH sowie auch die Energie Burgenland Windkraft GmbH zu gleichen Teilen beteiligt. Daher unterlagen beide dem Prüfungsrecht.

Auf der einen Seite stand dem Stadt-Rechnungshof Wien und auf der anderen Seite dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof das Prüfungsrecht zu und so wurde gemeinsam geprüft. Man hat hier vor allem die wirtschaftliche Entwicklung und die Gebarung geprüft. Im Großen und Ganzen ist zu sagen, dass dieser Bericht ein guter Bericht ist.

An dieser Stelle möchte ich mich auch beim Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Andreas Mihalits und seinem Team für die ausgezeichnete Arbeit bedanken. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Im dreijährigen Betrachtungszeitraum, also von 2014 bis 2016, zeigt sich, dass die Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG insgesamt einen geringen Verlust verbuchen musste. Die Gesellschaft hat in den ersten beiden Jahren zwar Gewinne erzielt, im letzten jedoch einen Verlust. Diese Verschlechterung ist vor allem auf die schlechte Windsituation sowie auf die Sonderabschreibungen in Folge des Auslaufens der Ökostromförderung zurückzuführen.

Durch die erzielten positiven Cashflows wurden Gewinnanteile ausbezahlt sowie Kreditrückzahlungen finanziert, wodurch Kreditverbindlichkeiten zur Gänze abgebaut werden konnten. Dies ergab, dass sich die Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft massiv gesteigert hat. Die Eigenmittelquote sowie die fiktive Schuldentilgungsdauer haben sich dadurch verbessert.

Jetzt zur Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH. Diese fungierte nur als Komplementärin und als reine Arbeitsgesellschafterin und hat ein ausgeglichenes Ergebnis vorzuweisen.

Auch der Stadt-Rechnungshof Wien stellte bei seiner Überprüfung der baulichen und elektrotechnischen Windkraftanlagen keine unmittelbaren Gründe zur Bemängelung fest, empfahl aber eine Evaluierung des sicherheitstechnischen Konzeptes. Es gab also einige Empfehlungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, die teilweise in der Zwischenzeit umgesetzt wurden, wie die Präzisierung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages über den Stromverkauf zum Beispiel und weitere, die noch umgesetzt werden.

Wir werden diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Landtagsabgeordneter Ulram ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Zum vorliegenden Rechnungshofbericht darf ich auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön sagen an die geleistete Arbeit des Landes-Rechnungshofes gemeinsam mit dem Stadt-Rechnungshof Wien.

Der Windpark insgesamt prägt eigentlich unsere gesamte Landschaft mittlerweile schon in den Bezirken, und es werden die einzelnen Projekte vorangetrieben. Ich glaube, dass es in Zukunft auch wichtig sein wird, damit man auch andere Windparks dementsprechend prüft, aber vielleicht etwas später dazu.

Zum vorliegenden Bericht bei 14 Windkraftanlagen, was sicher eine der ersten Generationen war. Wir in Halbturn haben ja die erste Windkraftanlage stehen gehabt, in den 90er Jahren der erste Windpark in Zurndorf und somit war eigentlich unsere Region schon Vorreiter bei der Windkraft. Die Ökostromtarife haben natürlich einiges dazu getan, damit diese Lobby zum einen, aber auch diese Entwicklung und Technologie vorangetrieben wird.

Wenn in diesem Bericht bei diesen 14 Anlagen, acht in Pama, sechs in Gols, zu 1,25 Megawatt ein Kaufpreis von 18,77 Millionen netto gesprochen wird und auch damals eine Absicherung mit Swaps betrieben worden ist, so zeigt es einerseits auch das Modell aus den 2000er Jahren, wo alles mit Swaps versucht worden ist, abzusichern. Zum

anderen wurde gleichzeitig auch festgestellt bei der Inbetriebnahme 2004, dass eigentlich die Verfügbarkeit nicht gegeben war.

Diese muss vor Inbetriebnahme normalerweise garantiert werden, und somit ist eine Schadenersatzforderung in einem Verfahren von sieben Millionen Euro erstattet worden, wo ausständig noch ein Wiederklagsverfahren mit 5,52 Millionen außer Streit momentan steht, wo es wahrscheinlich zu einem Verfahren kommen wird, wobei aber keine Vorsorge dementsprechend gemacht worden ist.

Die Anlagen insgesamt haben eigentlich für diese Größenordnung einen guten Dienst erwiesen und einen Gewinn von 670.000 Euro im Jahr erwirtschaftet. Wenn das letzte Jahr 2016 immer wieder angesprochen wird, wo Verlust geschrieben worden ist, so müssen wir sehr wohl anmerken, dass bei 30.000 Megawatt zu einem Einspeistarif von 7,8 Cent pro Kilowatt, sind das 30 Millionen Kilowatt, sind umgerechnet 2,34 Millionen Euro.

Und genau diese Summe wurde gleichzeitig auch zur Abschreibung gebracht, weil der Ökostromtarif ausgelaufen ist, heißt aber nicht, dass wenn die Anlage weiterlauft, dass da keine Einnahmen entstehen, sondern mit diesen Zahlen weiterfahrend auf 17, 18 und 19 auf 15 Jahren aufgebaut, insgesamt sind das 167.000 Euro pro Jahr beziehungsweise 500.000 Euro Einnahmen für die restliche Laufzeit.

Insgesamt ist dazu schon zu bemerken, dass in den Anfängen der Windkraft die großen Player oder heute noch großen Player, wie auch die Energie Burgenland, einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben.

Heute stellt sich das Thema etwas anders dar, wo ja mehrere Beteiligte in ausgelagerten Gesellschaften, aber auch in verwandten Betrieben, in Tochtergesellschaften, auch beteiligt sind, und da wäre es vielleicht auch interessant für die Zukunft, weil zukünftigen Rechnungshofberichten zu diesem Thema, wer sind diese Beteiligten bei den einzelnen Windkraftanlagen, bei den Windparks?

Es gibt mehrere Player, wie sind diese zu diesen Verträgen gekommen, wie sind sie bezahlt worden, wie sind Grundeigentümer entlohnt worden, wie sind Servitutsverträge zustande gekommen, und ich glaube, das wird sicher auch für die Zukunft eine interessante Angelegenheit für den Rechnungshof werden.

Insgesamt dazu muss man auch sagen, wenn ein neues Ökostromgesetz beziehungsweise neue Tarife angedacht werden, muss man auch dazu sagen, dass nach dieser starken Lobby der Windkraft, wo wir sehr froh sind, dass wir sie insgesamt haben, weil natürlich auch für die Gemeinden sehr viel Geld in die Gemeindekassen fließt, aber auch genauso für die Grundstücksbesitzer, wenn es am Anfang auch gewöhnungsbedürftig war durch die Devastierung der Landschaft, aber dementsprechend muss man auch diesen Spagat betreiben zwischen ökologischem Strom und der Landschaft.

Man muss ergänzend dazu sagen, dass wir in dieser Gesetzwerdung auf Bundesebene uns auch wünschen würden, dass geeignete Förderungen für Photovoltaik, für Wärmepumpen, aber genauso für andere Bio- oder Grünstrom erzeugende Maßnahmen gesetzt werden.

Und damit, *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Das machen wir eh.)* wenn der Herr Landesrat Darabos sagt, das machen wir eh, *(Zwischenruf von Landesrat Mag. Norbert Darabos)* dann kann man entweder über eine Gemeinde - die Gemeinden leisten in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle, wo das Land nicht immer so nachkommt, stimmt da gebe ich Ihnen Recht, Herr Landesrat, - auf der anderen Seite, wenn ich mir die Energieagentur

im Burgenland anschaue, glaube ich, kann man sehr wohl bei der Photovoltaik und bei den Wärmepumpen und so weiter Verbesserungen oder Nachbesserungen machen, damit die einzelnen Haushalte auch dadurch gestärkt werden und der Anreiz für den grünen Strom auch in privaten Haushalten gezollt wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dementsprechend glauben wir auch, dass in nächster Zukunft mit dem Ökostromgesetz wie auch auf Bundesebene auf Landesebene einiges noch zu ergänzen ist, und wir nehmen diesen Rechnungshofbericht selbstverständlich zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Dr. Peter Rezar hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zum vorliegenden Bericht der beiden Rechnungshöfe wurde inhaltlich bereits nahezu alles ausgeführt.

Ich möchte daher nicht mehr auf die einzelnen Fakten und Tatsachen eingehen. Das, was meiner Meinung nach als Kern dieser Berichte aufzufassen ist, ist die Frage der Ökologie, ist die Frage der Umwelt, ist die Frage, wohin führt uns diese Form der Energie landschaftsästhetisch - und da bin ich bei einigen Kolleginnen und Kollegen -, das ist natürlich zu hinterfragen, aber ich glaube, hier ist dem Umweltgedanken und der Ökologie eindeutig die Priorität zuzuordnen.

Ich glaube, dass der Bericht als solcher auch insgesamt ein sehr positives Ergebnis gezeitigt hat, wenn man von diesem gesonderten Ja absieht.

Ich glaube, eindeutiger Gewinner ist unser Heimatland, eindeutiger Gewinner ist die Umwelt. Ich denke, dass wir Burgenländerinnen und Burgenländer stolz darauf sein können, in einem Bundesland zu leben, wo Ökologie einen so hohen Stellenwert hat, Stromautarkie war ja ein Credo, das wir schon sehr lange umgesetzt haben. Ein Weg, den wir im Burgenland als eines der ersten Bundesländer gegangen sind.

Ich denke, dass das auch ein Maßstab unserer künftigen Lebensqualität sein muss, wobei natürlich auch die jeweilige Wirtschaftlichkeit entsprechend abgesichert sein muss. Daher ist, und ich darf unterstreichen, was alle Vorredner gesagt haben, es ganz einfach notwendig, dass dieser Beschluss der Ökostromnovelle sehr rasch zu erfolgen hat.

Ich sehe auch keinen Grund, warum das derzeit auf Bundesebene nicht umgesetzt wird. Ich möchte mich abschließend natürlich auch für die inhaltlichen und sachlichen Beiträge des Landes-Rechnungshofes bedanken und darf im Sinne meiner Fraktion auch zustimmende Kenntnisnahme signalisieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG und Pama-Gols Windkraftanlagenbetriebs GmbH wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA und Mag.

Christoph Wolf, M.A. auf Fassung einer Entschließung (Beilage 766) betreffend 50-Euro-Kältebonus zum Heizkostenzuschuss (Zahl 21 - 540) (Beilage 968)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich ersuche nunmehr Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, M.A. um die Berichterstattung zum 11. Punkt der Tagesordnung.

Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA und Mag. Christoph Wolf, M.A. auf Fassung einer Entschließung, Beilage 766, betreffend 50-Euro-Kältebonus zum Heizkostenzuschuss, Zahl 21 - 540, Beilage 968.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Vielen herzlichen Dank. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den soeben genannten Antrag in ihrer 18. und abschließend in ihrer 21. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Antrag gestellt, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA und Mag. Christoph Wolf, M.A. auf Fassung einer Entschließung betreffend 50-Euro-Kältebonus zum Heizkostenzuschuss unter Einbeziehung der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten Abänderungen die fassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Abgeordneter Haidinger ist der Erste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sollen hier heute einen Entschließungsantrag, eingebracht von der ÖVP hinsichtlich eines zusätzlichen 50-Euro-Kältebonus zum Heizkostenzuschuss beschließen, weil der Jänner 2017 einer der kältesten der vergangenen 30 Jahre war. Wenn wir uns erinnern, haben wir im Winter ‘15 auf ‘16 auch einen sehr kalten Winter gehabt, auch da war im Prinzip keine Forderung aus meinem Wissensstand her gegeben und trotzdem soll jetzt eine zusätzliche Förderung aus Sicht der ÖVP beschlossen werden.

Ich habe jetzt lange mit mir gerungen beziehungsweise sogar auch ein bisschen gegoogelt, wie soll ich jetzt diesen Entschließungsantrag oder diese Art der Förderung beziehungsweise den Zugang der ÖVP bezeichnen? Schlussendlich ist mir einfach „dreist“ übergeblieben!

Wenn wir uns jetzt vorstellen, die neue ÖVP - Liste Kurz - geht durch Österreich und erklärt uns, jedem der es hören oder der es nicht hören will, wir werden, wenn wir Kurz wählen, zwölf Milliarden einsparen, steuerlich erleben und das wird aus den Förderungen gemacht und gleichzeitig verlangt jetzt eine Partei wie die ÖVP Burgenland, dass wir den Fördertopf noch mehr aufmachen, damit wir hier den 50-Euro-Kältebonus ausgeben. Das ist für mich nichts anderes als Sozialpopulismus oder die linke und die rechte Hand in der ÖVP wissen nicht, wo sie hinwollen.

Wollen Sie jetzt im Prinzip die Sozialleistungen erhöhen, das geht nur über Förderungen, dann müssen Sie das ihrem Bundesparteiobmann sagen beziehungsweise designierten Bundesparteiobmann und zukünftigem Spitzenkandidaten, weil dafür wird er sich ja wohl hergeben, wenn er sich für den Vizekanzler schon nicht hergegeben hat, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Er will Kanzler werden.)* dass hier unterschiedliche Zugänge sind, dass das einfach nicht unter einen Hut zu bringen ist.

Auf der einen Seite zu sagen, wir sparen dementsprechend bis zu zwölf Milliarden an Förderungen ein und auf der anderen Seite ist jede ÖVP in allen Ländern beziehungsweise vielleicht sogar in den Gemeinden bereit, zusätzliche Fördertöpfe aufzumachen.

Das ist der nächste Ansatz bei dieser Förderung, der mir auch sehr dreist vorkommt: Jetzt wird hier zwar vorgebracht, nach dem Vorbild der Landeshauptstadt Eisenstadt - mag sein, die Eisenstädter machen so etwas, das sei den Eisenstädtern auch dementsprechend angerechnet. Wie sie das dann irgendwann einmal in ihrem Budgethaushalt unterbringen wollen, das wird eh zu prüfen sein. Aber wo sind denn die restlichen Gemeinden? Warum trägt denn dieser Antrag nicht auch neben den hier zitierten Landtagsabgeordneten Steiner und Sagartz und Wolf den Namen Ulram?

Ich kann mich noch gut an das Jahr davor erinnern, wie wir auch einen kalten Winter hatten und wir im Gemeinderat darüber beraten haben, aus dem Gemeindetopf in Wirklichkeit den Betroffenen noch ein bisschen einen Heizkostenzuschuss zu gewähren. Puh, da war auf einmal Feuer am Dach!

Außerdem ist das alles so kompliziert und die Verwaltung ist ja unmöglich, wie soll ich denn feststellen, ob das jemandem zusteht, et cetera, et cetera, das waren alles Argumente, warum etwas nicht geht. Das heißt, am eigenen Hemd sparen, aber das Geld von den anderen freizügig ausgeben, also das, wie gesagt, ist für mich Sozialpopulismus, und daher ist dieser Abänderungsantrag, der Entschließungsantrag seitens der Koalition natürlich der seriöse und vernünftige und der wäre auch zu beschließen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile Herrn Abgeordneten Mag. Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 31. Jänner 2017 haben wir diesen Antrag eingebracht, damals haben wir Temperaturen von minus zehn Grad gehabt, heute 8. Juni - ich schätze einmal 25 Grad plus - und da sieht man, dass das Land durchaus auch schneller agieren könnte, jetzt unabhängig davon, ob man dafür oder dagegen ist. Aber irgendwie ist es schon ein bisschen komisch, wenn man bei Temperaturen von plus 25 Grad über einen Heizkostenzuschuss diskutieren muss, das wäre vielleicht auch eine Anregung, vielleicht bei solchen Anträgen ein bisschen rascher zu agieren.

Der Kollege Haidinger - wie immer verdreht er die Tatsachen natürlich völlig. Ich verstehe, dass Sie die Aussagen von Sebastian Kurz nicht verstehen wollten oder noch nicht verstanden haben, aber das wird noch kommen. Über das Förderwesen des Bundes zu reden ist das eine, über Förderungen auf Landes- und Gemeindeebene zu reden, ist das andere, und es steht deswegen die Landeshauptstadt Eisenstadt drinnen, weil wir das so gemacht haben und es einen einstimmigen Beschluss gegeben hat. Also so ganz verkehrt kann es ja nicht sein, wenn neben der ÖVP auch die SPÖ, auch die FPÖ und auch die GRÜNEN diesem Antrag zugestimmt haben.

Jetzt komme ich auch zum Ernst der Sache, das ist ja nicht etwas, was man macht, weil es gerade lustig ist oder so wie Sie sich das vorstellen, aus populistischen Gründen, sondern weil es eine Begründung hat. Es war einer der kältesten Jänner der vergangenen Jahrzehnte, Sie können das überall nachlesen, und es gibt eine ganz klare Folge daraus, nämlich dass die Heizkosten deutlich stärker und höher waren als in den Jahren davor, nämlich zwischen 15 und 20 Prozent.

Daher haben wir uns in Eisenstadt entschlossen, diesen 50-Euro-Sonderbonus zu gewähren. Ich denke mir, dass das auch für das Land ein guter Weg gewesen wäre, denn ich habe irgendwo gelesen, bei einer Stellungnahme der Abteilung 6, es würde dabei um 270.000 Euro oder in der Größenordnung ungefähr gehen.

Jetzt muss ich ehrlich sagen, wenn man sich das Budget des Landes Burgenland mit ungefähr einer Milliarde anschaut, dann reden wir hier ungefähr von 0,03 Prozent des Landesbudgets. Heute hat der Kollege Haidinger selber über die Frage der 15a-Vereinbarung gesprochen. Er hat in etwa diese Summen genannt, was jährlich eingespart wird.

Ich wüsste jetzt nicht, was da finanziell nicht ginge, außer dass man es nicht machen will, weil der Antrag eben von einer anderen Partei kommt. *(Abg. Manfred Kölly: Wohnbauförderung.)* Das finde ich schade. Das finde ich wirklich schade. Man sieht halt ganz einfach wieder einmal, dass Theorie und Praxis bei der rot-blauen Regierung auseinanderklaffen. Ich war vor kurzem in einem großen Möbelhaus, bin durch die Küchenabteilung gegangen und habe mir die Küchen angeschaut. Dann habe ich mir gedacht, irgendwie sind diese Küchen wie die rot-blaue Regierung.

Die Küchen schauen auf den ersten Blick super aus. *(Abg. Doris Prohaska: Rot-Blau, halt!)* Wenn man dann hingeht und etwas probiert, stellt man fest, es funktioniert einfach nichts. So ähnlich ist es auch bei der rot-blauen Regierung. Nur Fassaden, es wird nur geredet. Man sagt, es sei die sozialste Regierung aller Zeiten und in Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. *(Abg. Edith Sack: Das kannst Du beurteilen?)*

Meine Damen und Herren! *(Abg. Doris Prohaska: Dass Du dich nicht genierst! Wirklich, dass Du dich nicht genierst. So ein Blödsinn!)* Wir werden natürlich bei unserem Antrag bleiben. Ich bin jetzt schon neugierig, wie die zwei rot-blauen Janusköpfe, der Kollege Molnár und der Kollege Kovacs, abstimmen werden. *(Abg. Doris Prohaska: Na, geh!)* Im Gemeinderat in Eisenstadt habt Ihr zugestimmt. Ich gehe davon aus, dass Ihr beide auch heute unseren Antrag mittragen werdet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abschließend darf ich, Herr Präsident, nachdem hier ja ein Abänderungsantrag von Rot-Blau eingebracht wurde, auch einen Abänderungsantrag einbringen und darf ihn zur Verlesung bringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nämlich, die Beschlussformel:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für die Heizperiode 2016/17 einen besonderen Kältebonus in Höhe von 50 Euro je Heizkostenzuschussempfänger zu gewähren und rückwirkend auszubezahlen.

Herzlichen Dank meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt und wird gemäß § 61

GeOLT in die Beratung miteinbezogen. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Günter Kovacs.

Bitte zum Landtag und nicht zu den Eisenstädter Debatten zu sprechen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident! Bevor ich zum Heizkostenzuschuss des Landes komme, möchte ich nämlich gleich einige Sätze einmal zum Abänderungsantrag, zum Entschließungsantrag der ÖVP, einbringen. Sehr interessant. Also, da steht einmal wörtlich:

„Diese außergewöhnliche Kältewelle rechtfertigt daher nach dem Vorbild der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt zusätzlich zum Heizkostenzuschuss des Landes einen besonderen Kältebonus für alle Bezieherinnen und Bezieher des Heizkostenzuschusses zu gewähren. Ein solcher Bonus muss rückwirkend für alle Bezieher in der aktuellen Heizperiode ausbezahlt werden und wäre nicht nur im übertragenen Sinn ein Zeichen sozialer Wärme."

Jetzt habe ich mir gedacht, ich schaue mir das einmal an, wo die ÖVP die soziale Wärme lebt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Überall!)* Vor wenigen Monaten hat eine Reihe hinter Ihnen, Herr Parteiobmann Steiner, die Mag. Resetar gesagt, wir brauchen nicht so viele Spitäler. Sie will die Spitäler abschaffen. *(Mag. Michaela Resetar: Ja! Super! Bravo!)* Gerne!

Zweiter Punkt. Vor wenigen Wochen gab es eine Diskussion im Krankenhaus Eisenstadt, wo es darum gegangen ist, was uns gedroht hätte, wenn wir die HNO geschlossen oder uns auch von einer Herzkathederuntersuchung verabschiedet hätten. Da habe ich von Dir, Herr Parteiobmann Steiner, nichts gehört. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du wirst noch etwas hören, mein Freund. Keine Sorge!)*

Jetzt kommen wir zum Heizkostenzuschuss. Am 14.11.2016 wurde in der Gemeinderatssitzung in Eisenstadt von der SPÖ ein Antrag *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, der war aber schlecht!)* eingebracht, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sind wir da jetzt im Gemeinderat?)* um den Heizkostenzuschuss um 20 Prozent zu erhöhen. Meine Damen und Herren, um 20 Prozent zu erhöhen! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da haben der Kollege Molnár und ich dagegen gestimmt, weil er unseriös war.)*

Dann ist der Herr Parteiobmann Steiner mit seiner gesamten Fraktion, und ich möchte Sie heute nicht auslassen, die Kollegin Petrik, dagegen gewesen. Die haben gesagt, das brauchen wir nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Herr Kollege Molnár war auch dagegen! Hat auch dagegen gestimmt!)* Diese 20 Prozent brauchen wir nicht für die Eisenstädterinnen und Eisenstädter. So und jetzt habe ich mir dann gedacht, jetzt informiere ich mich, wie sich die Eisenstädter mit dem Heizkostenzuschuss eigentlich fühlen. Ob es ihnen so gut geht in Eisenstadt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann hat mir heute eine Pensionistin, und die hat mich heute autorisiert, den Namen zu sagen, die Hermi Schwarz, Du kennst sie, mit zehn PensionistInnen weiter gesagt, sie hat den Heizkostenzuschuss nicht im Jänner bekommen, nicht im Feber bekommen, nicht im März bekommen. Sie hat ihn am 1. April bekommen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie hat ihn aber bekommen, oder?)*

Aber welchen? Nicht einmal den Heizkostenzuschuss, den Du ihr von der Stadt zugesagt hast, geschweige denn von dem Heizkostenzuschuss, der ihr zugestanden wäre, dieser 50 Euro Bonus, die Du gesagt hast, die Ende Jänner beschlossen wurde.

(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bekommen hat sie ihn aber. - Abg. Doris Prohaska: Dann stellst Du dich da her und sagst den Ganzen. Das ist ja lächerlich!)

Du redest heute darüber, im Juni müssen wir über diese Sache reden und zahlst selber nicht aus. Also, ein bisschen würde ich einmal nachdenken, wenn ich rede. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Doris Prohaska: Wer ist jetzt der Januskopf? Wer ist denn jetzt der Januskopf?)*

Ich möchte Dir eines ganz klar sagen. Ja, Du lachst über die Ärmsten und Armen in Eisenstadt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich lache über Dich, weil Du so kurios bist!)* Das kannst Du gut. *(Abg. Doris Prohaska: Was ist denn da kurios? Du versteht es nicht.)* Diesen Fassadenaufbau, den Du in Eisenstadt lebst, trägst Du auf dem Rücken der Ärmsten und der Armen aus. Das wissen wir.

Ein Heizkostenzuschuss sollte, wie bereits gesagt, im Jänner ausbezahlt werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer sagt das?)* Es ist, wie gesagt, eine Frechheit, Menschen, die arm sind, bis in den Frühling warten zu lassen. Aber, bei dieser sozialen Wärme ist die ÖVP in Eisenstadt ja Matador.

Deine Vorgängerin, die Andrea Fraunschiel, hat damals schon gesagt, wir brauchen den Gratiskindergarten auch in Eisenstadt, wo junge Familien sozial eine Entlastung gehabt hätten. Da hast Du gesagt, das ist Dir egal. Das hast Du vor fünf Jahren als Parteiobmann gesagt.

Ich führe diese Parteigebühren… *(Abg. Gerhard Steier: Das Landtagsniveau etwas steigern!)* Herr Abgeordneter Steier, reden Sie nachher. *(Abg. Gerhard Steier: Nicht Sie! Sie! Das hat doch überhaupt nichts mit Eisenstadt zu tun! – Abg. Ingrid Salamon: Bestimmst Du das? Wer ist jetzt am Wort, bitte?)* Wir reden in 20 Minuten. Den Kindergarten haben Sie vergebührt. *(Allgemeine Unruhe)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Bitte um etwas mehr Ruhe in den Abgeordnetenbänken, damit der Redner die Chance hat, auch ein Wort zu sprechen.

Ich habe bereits eingangs gebeten, hier zum Landtag zu sprechen. Die Eisenstädter Problematik, ich verstehe das alles. Wir haben eine General- und Spezialdebatte unter einem. Die gesetzgebende Körperschaft des Landtages ist hier zu berücksichtigen.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Jetzt sage ich Ihnen etwas. Sie haben den Herrn Kölly seit Landtagssitzungen 30 Minuten lang über ganz ein anderes Thema sprechen lassen und mir sagen Sie, ich darf darüber jetzt nicht reden, zu was ich will? *(Abg. Doris Prohaska: Über Deutschkreutz, richtig! Stimmt!)* Das ist unglaublich. *(Abg. Manfred Kölly: Hallo! Hallo!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Abgeordneter! Verkennen Sie hier nicht die Situation! Sprechen Sie zum Landtag.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)*: Wenn ich über Soziales reden will, über den Kindergarten in Eisenstadt sprechen will, dann spreche ich von 600 Kindern, sprich 1.200 Erwachsenen, die die letzten fünf Jahre belastet worden sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Der Mandatar hat das Rederecht!)* Fünf Jahre hat er sie in Summe belastet. Da reden wir von einer Summe von 100.000 Euro an Mehrbelastung pro Jahr für die Kinder.

Also, Herr Steiner, da kann man darüber lachen. Ich würde nicht darüber lachen. So lustig ist das nicht für diese Menschen. So sind Sie halt drauf. Aber, was haben Sie im

sozialen Bereich noch gemacht? Sie haben gesagt, beim Fahren mit dem Stadtbus, der seit gestern, Gott sei Dank, mit einem E-Kennzeichen auch in Eisenstadt geht. Wir haben es ja lange genug gefordert.

Da haben Sie gesagt, die Beamten, die höchstrangigen Beamten, die fahren gratis mit dem Bus und die sozial Schwachen, da habe ich einen Antrag eingebracht, die dürfen nicht gratis mit dem Eisenstädter Stadtbus fahren. Die müssen alle bezahlen.

Liebe Freunde, die müssen alle bezahlen, liebe Abgeordneten Kollegen. Die anderen, die Beamten, da lachst Du auch wieder, die Frau Magistratsdirektorin, die darf gratis fahren. Also, shame on you, kann ich nur sagen, Herr Steiner. *(Abg. Manfred Kölly: Stimmt das? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Kommen wir kurz zum Förderbetrag, der ja eigentlich das Wesentliche heute ist. Dieser Heizkostenzuschuss, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Mitbeschlossen!)* der als einer von vielen Sozialleistungen das Burgenland eigentlich zu einer tollen sozialen Modellregion macht. Diese freiwilligen Sozialleistungen seitens der Gemeinden sind zur Unterstützung bedürftiger Gemeindebürger zur Bewältigung der Heizkosten geschaffen. *(Mag. Michaela Resetar: Habt Ihr den nicht mitbeschlossen?)*

Eines noch dazu, die Ertragsanteile in Eisenstadt. Wenn ich das jetzt auf eine Kommune umlege, die gar nicht so weit weg ist, wie Großhöflein, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben wir viel weniger! Netto musst Du rechnen!)* wie Müllendorf, dann haben wir Ertragsanteile pro Person von 1.000 Euro im Schnitt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weniger! Weniger! Netto!)* Einer, der in Trausdorf oder in Oslip wohnt, hat nur 700 Euro. Was heißt das im Umkehrschluss? Normalerweise müsste ich als Eisenstädter ja dann viel mehr bekommen.

Was noch interessanter ist beim Heizkostenzuschuss. Du hast vorher erwähnt, wir sollten den im Land erhöhen. Du hast in den letzten zehn Jahren das Budget des Heizkostenzuschusses in Eisenstadt nicht ausgeschöpft. *(Abg. Ilse Benkö: Wirklich?)* Du hast über 31.000 Euro zur Verfügung gehabt und hast regelmäßig nur 21.000 Euro ausbezahlt. Wer hat dich daran gehindert, den Restbetrag von 10.000 Euro in Eisenstadt auszuzahlen? Was hat dich daran gehindert? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat das damit zu tun?)*

Du hast die Chance gehabt. Du hast Sie nie genutzt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat das damit zu tun?)* In Wahrheit ist der Heizkostenzuschuss in Eisenstadt ein Wahlkampfschmäh. Dort machen wir natürlich überhaupt nicht mit. Kontinuität ist gefragt. Das werden wir weiterleben im Burgenland.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank spricht Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Pure soziale Kälte!)* Ich gehe davon aus zu Landesthemen.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich kürze es nach dieser emotionalen Debatte jetzt ab. Vielleicht nur zwei Sätze. Bei der Bezeichnung Janusköpfe, Herr Präsident, muss man sich überlegen, ob das nicht ein Ordnungsruf ist. Das geht mich zwar nichts an, aber… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldigung, weißt Du, was das heißt?)*

Ich bin Historiker und ich weiß, was es heißt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann sage, was es heißt.)* Zwiespältig, falsch, zwei Gesichter und so weiter. *(Abg. Klaudia Friedl. Zwei Gesichter!)* Aber gut. Es ist nicht meine Aufgabe. *(Abg. Ilse Benkö: Das weiß eigentlich auch ein Nichthistoriker.)*

Ich hätte eigentlich mehr vorbereitet. Ich möchte nur sagen, ich bin dankbar, dass dieser Beschluss so gefasst werden wird, denn ich nehme an, dass er so gefasst wird. Ich möchte nur dazu sagen, apropos janusköpfig. Niederösterreich 120 Euro, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eisenstadt 210 Euro! Plus 50 Euro.)* Steiermark - ÖVP Landeshauptmann 120 Euro, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sozial gestaffelt!)* Salzburg genauso hoch wie wir.

Also, ich glaube, dass das eine gute Maßnahme ist, die wir hier im Land getroffen haben und wird damit die Ärmsten der Armen im positiven Sinne treffen.

Ich glaube, dass das auch aufgrund der Steigerung im Vergleich zu den Jahren 2015/2016 gerechtfertigt ist und dass diese heute zu beschließende Maßnahme eine gute ist, die denen zugutekommt, die sie brauchen.

Damit bedanke ich mich, dass diese Maßnahme hoffentlich mehrheitlich so beschlossen werden wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile dem Abgeordneten Manfred Kölly das Wort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Ingrid Salamon: Er kann reden, was er will!)* Richtig, Frau Kollegin Salamon, das freie Wort des Abgeordneten ist noch immer gegeben. Ich hoffe, dass sich das in der nächsten Zeit nicht ändern wird. *(Abg. Ilse Benkö: In den nächsten 30 Jahren sicher nicht.)* Auch wenn eine andere Regierung kommen sollte. Man weiß ja nicht. Dann wird uns das auch schon verboten. Na habe die Ehre, dann schauen wir aber nicht gut aus.

Aber, ganz kurz dazu zum Heizkostenzuschuss. Wenn man heute bei fast 32 Grad draußen hinausgeht, wird heute hier ein Antrag zum Heizkostenzuschuss diskutiert. Den hättet Ihr, liebe Freunde, schon wirklich im Jänner oder im Dezember einbringen können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben wir!)* Ihr habt aber zu wenig Druck gemacht, dass man das hätte umsetzen können. Ich wollte heute keine Debatte in einer Situation haben, wo der Herr Vizebürgermeister mit dem Herrn Bürgermeister von Eisenstadt eine Gemeinderatssitzung abhält. Im Endeffekt ist dieser Antrag in Ordnung.

Aber, Faktum ist, dass das Land nicht will und kein Geld dazu hat. Es ist derzeit so, weil vieles steht, wenn man einen Antrag einbringt, wenn die Mittel zur Verfügung stehen. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Heizkostenzuschuss aufrecht zu erhalten und im Rahmen der budgetären Mittel eine Wertanpassung anzudenken. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau!)* Das ist eine Aussage, die „Wischiwaschi“ ist. Das sage ich Euch auch gleich. Aber, macht ja nichts. Das ist oft so. Ich verstehe das. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt komme ich aber auf Deutschkreutz wieder zurück. 150 Euro waren vom Land vorgesehen. Wir haben uns an das Land gehalten und haben auf 200 Euro aufgestockt. Das ist ein bisschen mehr wie 20 Prozent, Herr Kollege Steiner, was wir gemacht haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr habt also 50 Euro dazu gegeben.)* Wir haben uns diese

Leute hergeholt, haben ihnen wirklich geholfen und haben ihnen 50 Euro und mehr dazu gegeben.

Was wir noch gemacht haben, vielleicht wäre das einmal ein Ansatz. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir zahlen 210 Euro!)* Es gibt ja Leute, die um ein paar Cent darüber sind, wenn sie eingereicht haben, bei ihrem Einkommen. Auch denen haben wir geholfen. Das sind halt 20 Leute, aber die haben sich so gefreut und die waren so zufrieden, dass das passiert ist. Jetzt will ich nicht sagen, dass das Wahlwerbung ist, aber normalerweise könnte man das ruhig machen in diese Richtung.

Wenn das Land wieder Geld hat, und ich kann mich an Zeiten erinnern, wo der Herr Kollege Rezar da gesessen ist *(Abg. Ilse Benkö: Sitzt eh noch da!)* und der Herr Kollege Gradwohl, wo es um 40 Euro gegangen ist, wenn Du Dich erinnern kannst, Peter? Da hat der Herr Gradwohl gesagt, wir wollen 50.

So haben wir uns ohnehin hinaufgehandelt auf 150, muss ich dazu sagen. Finde ich in Ordnung. Eines muss man schon sagen. Wenn eine Gemeinde etwas dazu zahlt, dann hätte das Land vielleicht doch, dort oder da, mit uns, mit der Gemeinde, Absprache halten können, dass wir uns nicht gegenseitig hinauflizitieren.

Es wäre vielleicht sinnvoll, im Vorfeld zu sagen, *(Abg. Ilse Benkö: Setzen wir uns zusammen!)* liebe Freunde, wir zahlen 150 Euro. Bleiben wir aber irgendwo bei der Deckelung und machen es so. Weil, der sagt 30 Prozent, der andere sagt 30 Prozent. Nur weil wir parteipolitisch dort besser dastehen. Das brauchen wir nicht. Entscheidend ist, dass man den Ärmsten von den Armen hilft.

In diesem Sinne glaube ich, dass dem Abänderer zuzustimmen ist. Das ist auch fad, weil, das muss ich auch dazu sagen, dass ein „Wischiwaschi“ ist. Im Endeffekt sollte man ihn überhaupt vergessen, abhaken, schubladieren und nächstes Jahr rechtzeitig darüber diskutieren. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrte Herr Kollege! Es nervt wirklich, wenn wir hier dauernd Eisenstädter Agenden diskutieren. *(Abg. Ilse Benkö: Deswegen melden Sie sich auch noch zu Eisenstadt zu Wort.)* Ich bitte Sie, Herr Kollege Kovacs, wenn Sie hier falsche Sachen sagen, und das steht dann im Protokoll, dann muss ich das dann berichtigen. Wir haben im Eisenstädter Gemeinderat einstimmige Beschlüsse gefasst, sowohl zum Heizkostenzuschuss, als auch die Sonderzahlung. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ah so? Da schau!)*

Das haben wir am 9. Feber 2017 einstimmig beschlossen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na schau!)* Was nicht der Fall ist, wenn die GRÜNEN nicht jedem Vorschlag von Ihnen zustimmen, aber dafür einer anderen Regelung, die auch die Heizkostenzuschüsse und auch eine Erhöhung bestimmt, dann sind Sie halt gekränkt. *(Abg. Ilse Benkö: Jetzt dabei oder nicht?)*

Ich bitte nur, gehen Sie mit Ihrer Kränkung anders um, als dass Sie hier Halbwahrheiten erzählen. *(Abg. Ilse Benkö: Eine tatsächliche Berichtigung.)* Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: In aller Kürze. Bitte Herr Abgeordneter Günter Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Mir ist schon ganz wichtig, dass ich das berichtige. Ich habe am 16.11.2016 im Gemeinderat einen Antrag um eine 20-prozentige Erhöhung gestellt. Den möglich zu machen, haben die GRÜNEN abgelehnt. Das möchte ich jetzt schon hier einmal sagen. Die GRÜNEN haben diesen Antrag abgelehnt. Ich glaube, das nehme ich für das Protokoll zur Kenntnis. Nehmen Sie das auch einmal zur Kenntnis, auch wenn Sie dagegen waren. *(Allgemeine Unruhe)*

Sagen Sie den Eisenstädtern und Eisenstädterinnen, Sie hätten sie zu diesem Zeitpunkt nicht unterstützt. Das gehört sich dann auch einmal. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Zurück wieder zur Landesebene. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte um Ruhe während des Abstimmungsvorganges. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Unsozial! - Abg. Doris Prohaska: Spar Dir das einfach!)*

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Heizkostenzuschuss ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 783) betreffend „Aktion 50+ für Gemeinden (Zahl 21 - 557) (Beilage 969)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 12. Punkt der Tagesordnung *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Unsozial! Unglaublich!)* ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 783, betreffend „Aktion 50+ für Gemeinden“, Zahl 21 - 557, Beilage 969.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Wolf, M.A.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Aktion 50+ für Gemeinden“, in ihrer 18. und abschließend in ihrer 21. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Ich wurde in der 18. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem ergänzenden Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Aktion 50+ für Gemeinden“, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe einmal davon aus, dass wir uns in diesem Punkt alle einig sind, auch diejenigen, die jetzt vielleicht gerade nicht im Saal sind, dass es Maßnahmen zur Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen braucht. Ich denke mir, da sind wir hier im Saal wahrscheinlich einer Meinung.

Das Interessante oder eigentlich mittlerweile schon langweilige an dem zur Beschlussfassung vorliegenden Text ist, dass er nichts enthält, was nicht ohnehin schon ist. Wir sollen beschließen, dass erstens das Land Burgenland das tut, was es ohnehin tut - ohne konkrete Festlegung, weil ältere Arbeitssuchende bestmöglich zu unterstützen ist ohnehin gut, aber eigentlich für einen Antrag, den wir hier im Landtag beschließen, ein bisschen zu unverbindlich und nicht klar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweitens steht in der Beschlussformel: Die Bundesregierung soll das machen, was sie beschlossen hat, dass sie machen möchte. Oh, welch schwere Aufgabe des Landtags. Das tut schon ein bisschen weh. Nun, das, was hier vorgesehen ist, halte ich für gut und richtig, aber es ist ohnehin schon auf dem Weg. Wir bräuchten es gar nicht mehr extra beschließen und das, was sich die Bundesregierung an sich vorgenommen hat, ist auch wichtig.

Diese „Aktion 20.000“ wurde heute schon mehrmals erwähnt. Wir haben ja bereits Gemeinden, die scharren mit ihren Arbeitssuchenden in den Startlöchern, die dann damit beschäftigt werden können. Es ist wirklich schlimm mitzuerleben, wie die ÖVP anscheinend im Bund nur mehr eine Linie hat, nämlich, blockieren, blockieren, blockieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich hoffe sehr, dass wenigstens in dem Punkt, Herr Kollege Wolf, Sie schauen jetzt gerade so, aber ich bin ja auch im Dauerkontakt mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlament, die das sehr schmerzlich erleben. Ich hoffe sehr, dass in diesem Punkt die ÖVP nicht auch einfach blockiert und sagt, nach der Wahl wird dann alles anders, weil dann haben wir Schwarz-Blau oder was weiß ich, was sich die ÖVP jetzt so sehr wünscht.

Ganz ehrlich. Ich würde hier lieber ernsthaft über neue Ansätze gegen Arbeitslosigkeit diskutieren. Ich fände es weitaus wichtiger, innovative Ideen auszutauschen, sich aufeinander auf offene Debatten einzulassen. Stattdessen beschäftigen wir uns hier damit, zu beklatschen, was die Landesregierung so tagein tagaus tut und damit, dass die Bundesregierung mit ihren Vorhaben nicht weiter kommt. Sind wir uns doch ehrlich.

Der vorliegende Antrag ändert genau nichts für die Burgenländerinnen und Burgenländer. Er ist ein Beschäftigungsprogramm für den Landtag. Ja, zustimmen kann man. Es passiert auch nichts Schlimmes dabei, weil ja eben nichts passiert, aber Demokratie und parlamentarische Arbeit könnte echt mehr. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Herr Abgeordneter Markus Wiesler ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Trotz Beschäftigungsrekord mit über 100.000 Beschäftigten und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit im Burgenland, was wir heute schon, Gott sei Dank, vernehmen durften, sollte man nicht auf ältere Arbeitnehmer vergessen, was das Land Burgenland auch nicht tut, was man anhand des Sonderförderprogramms erkennen kann.

Während die Wirtschaft die über 50-Jährigen als Konsumenten wirtschaftlich bestens entdeckt hat und dementsprechend auch die Werbung nach ihnen ausrichtet, so sehr werden die über 50-Jährigen leider als Arbeitskräfte in der Berufswelt weit unterschätzt und zum Teil auch auf die Seite gestellt.

Das Grundübel und vor allem das Vorurteil, ältere Arbeitskräfte seien unproduktiv, weniger leistungsfähig, dafür öfter krank und teuer, hält sich leider hartnäckig. Somit stehen natürlich die Jobchancen für über 50-Jährige denkbar schlecht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Können Sie hier vielleicht etwas Konkretes liefern?)*

Dabei haben ältere Arbeitskräfte durchaus viel zu bieten. Erfahrungen, welche sie im Laufe ihres Berufslebens erworben haben. Sie beherrschen ihr erlerntes Handwerk bestens, erkennen und verstehen Zusammenhänge. Sie kennen die Branche in ihrem jeweiligen Bereich und verfügen über wichtige Kontakte. All das sind Dinge, auf die die Wirtschaft insgesamt nicht so einfach verzichten sollte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Beschäftigung ist die Grundlage für Existenz und Wohlstand. Die sollte nicht nur für einige wenige, sondern für alle gelten. Vor allem sollte jeder Arbeitslose eine Chance haben, sich zu beweisen. Dies gilt auch besonders für ältere Arbeitskräfte. Dazu gibt es eben das Sonderförderprogramm, das Maßnahmenpaket für ältere Arbeitnehmer. Die Förderung von Beschäftigung ist eine absolute Notwendigkeit.

Nicht nur die Schaffung, sondern auch die Absicherung von Arbeitsplätzen. Besonders für bestimmte Altersgruppen von Arbeitnehmern ist das wichtig. Das ist aber oft nicht leicht und natürlich mit finanziellen Mehrbelastungen verbunden. Die Situation am burgenländischen Arbeitsmarkt ist für ältere Arbeitnehmer nach wie vor besonders schwierig. Angesichts der Prognosen ist kurz- oder mittelfristig nicht mit einer starken Verbesserung der Arbeitsmarktsituation dieser Zielgruppe zu rechnen. *(Abg. Manfred Kölly: Wieso? Es geht doch eh bergauf!)*

Durch diese schwierige Arbeitsmarktlage für Ältere hat das AMS für das Jahr 2017 mit der Beschäftigungsinitiative 50+ ein Sonderprogramm für diese Zielgruppe geschaffen. Leider muss das AMS durch begrenzte budgetäre Mittel jedoch mehrere Einschränkungen hinsichtlich Förderhöhe und Förderdauer vornehmen. Nichtsdestotrotz ist das Land Burgenland eingesprungen, um die Maßnahmen des AMS durch ein umfassendes Förderprogramm auszuweiten und zu ergänzen.

Diese Maßnahmen sind durchaus auch für die Gemeinden lukrativ. Das Förderprogramm des Landes enthält Maßnahmen bestehend aus zwei Zielen. Erstens: Das Land Burgenland unterstützt Personen und Gemeinden um die Beschäftigungsperspektiven von älteren Arbeitslosen zu erhöhen. Hier wird seitens des Landes die langfristige Beschäftigung bei Gemeinden und gemeindenahen Einrichtungen gefördert. Diese Förderung ist eine Ergänzung und Ausweitung des vom AMS angebotenen Programms.

Zweitens: Für ältere Arbeitslose, die keine Förderung seitens des AMS erhalten, eine Beschäftigungsmöglichkeit zu schaffen, sollen seitens des Landes in Kooperation mit den Gemeinden zusätzlich möglichst langfristige Arbeitsverhältnisse begründet und finanziert werden. Fördervoraussetzung: Schaffung eines Beschäftigungsverhältnisses im Ausmaß von sechs Monaten.

Ich denke, dieses Maßnahmenpaket für ältere Arbeitnehmer, welches auch das Sonderförderprogramm aufsetzt, ist ein sehr gutes. Auch wenn es die Opposition, vor allem die ÖVP, nicht so sieht und man hier von Nebelgranaten redet. Hätte man aber all das gemacht, was die ÖVP in den letzten zwei Jahren gefordert hat, wäre nicht einmal das Geld für diese Maßnahmen für unsere älteren Arbeitskräfte vorhanden.

Das ist die Wahrheit. Das können Sie draußen diesen betroffenen Personen erzählen. Rot-Blau wirft hier keine Nebelgranaten, sondern hat hier einen verantwortungsvollen sozialen Zugang für unsere älteren Arbeitnehmer geschaffen. Die ÖVP hingegen wirft hier, glaube ich, selbst Verblendungsgranaten und folgt wahrscheinlich einem gewissen Eigenzweck für ÖVP-geführte Gemeinden, was man anhand einer schriftlichen Anfragebeantwortung herauslesen kann.

Hier wird wahrscheinlich im Eigeninteresse für die Gemeinderatswahlen ein eigenes Anliegen verfolgt. Neben den Förderungen des Landes gibt es auch seitens des Bundes, wie heute schon vernommen, eine Initiative zur Beschäftigung älterer langzeitarbeitsloser Menschen in Gemeinden und gemeinnützigen Einrichtungen. Diese Beschäftigungsaktion 20.000 soll ja im Juli als Pilotprojekt starten. Ich bin froh, dass der Bezirk Oberwart im Südburgenland auserkoren wurde, da dort der Prozentsatz der betroffenen Personen lebt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Abschließend. Es hat natürlich Gründe, die mitspielen, dass ältere Menschen nicht mehr so oft wie früher direkt vom aktiven Arbeitsleben in den wohlverdienten Ruhestand eintreten oder übergehen können, sondern hier sind sie mit langer Arbeitssuche konfrontiert. Sie müssen sogar kämpfen, besonders im Alter, möchte ich fast sagen.

Ich finde nicht, dass hier ein schleichender Arbeitsverdrängungsprozess stattfindet, sondern ein offensichtlicher. Die Konkurrenz am Arbeitsmarkt wird natürlich für unsere Arbeitnehmer dichter, besonders für die älteren Arbeitnehmer. Hier spielt natürlich die seinerzeitige Ostöffnung eine große Rolle und selbstverständlich spielt auch das Lohn- und Sozialdumping eine Rolle, die unsere älteren Arbeitnehmer zu spüren bekommen. Das sind Dinge, die man nicht einfach wegleugnen kann.

Üppige Eurogeschenke für gewisse Eurostaaten tun ihr Übriges dazu. Automatisch bleiben für unsere älteren Arbeitnehmer wenig budgetäre Mittel für soziale Härtefälle und Förderungen übrig, wenn sie es benötigen. Hier müssen wir aufpassen, dass diese Rechnung nicht einmal die Arbeitnehmer, die Familien, die Senioren, vor allem unsere Kinder bezahlen müssen.

Deshalb müssen wir danach trachten, alles erdenklich Mögliche zu tun, um Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Schwankungen, denen wir alle unterworfen sind, abzufedern, vorausschauend zu agieren, um hier den burgenländischen Arbeitsmarkt für die Menschen, vor allem für die älteren Arbeitnehmer, weiterhin aufrecht zu erhalten.

Hier geht es vor allem um Existenzen und um Existenzängste, vom Arbeitsmarkt verdrängt und ausgemustert zu werden aufgrund verschiedener Umstände und Einflüsse, um sein Hab und Gut erhalten zu können. Vieles ist auch hausgemacht, weil mit einem bestimmten Wurstigkeitselan an Sachen herangegangen wurde, weil man mit Schönrederei auf Bundesebene eine ganze Weile beschäftigt war.

Es muss in erster Linie weiterhin gelten, den Arbeitsmarkt für unsere einheimischen Arbeitnehmer aufrecht zu erhalten. Natürlich wird das Land Burgenland im eigenen Wirkungsbereich darauf schauen, besonders ältere Arbeitsuchende weiterhin bestmöglich zu unterstützen, soweit es eben die finanziellen Mittel erlauben. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Beschäftigungsaktion 20.000, wie vorgesehen, umzusetzen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächster hat sich Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Heute ist über Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und so weiter sehr viel schon gesprochen worden. Auch in der Aktuellen Stunde, wo immer wieder beteuert wird, alles zu tun, damit man Arbeitslosigkeit bekämpft. Tatsache ist, dass es derzeit mit den Zahlen vom Mai 2017 insgesamt 3.121 Personen, die älter als 50 Jahre sind, arbeitslos sind.

Das sind derzeit 40 Prozent aller Arbeitslosen. Das gibt, glaube ich, auch Handlungsbedarf. Man muss schon sagen, ich bin schon ein bisschen überrascht über die Wortwahl vom Kollegen Wiesler gewesen, dass das, was die ÖVP beantragt hat, eigentlich nichts ist und nur das, was jetzt die Regierungsparteien nachgehüpft sind, dass das der Weisheit letzter Schluss ist, muss ich nun das Ganze relativieren und richtigstellen und nur das, was jetzt die Regierungspartei nachgehüpft ist, dass das der Weisheit letzter Schluss ist, da muss ich das Ganze relativieren und auch richtigstellen.

Zum einen, am 22. März des heurigen Jahres hat die ÖVP einen Antrag gestellt beziehungsweise über ein Pressegespräch mitgeteilt, dass wir wieder wie im Jahr 2015 ein Förderungsprogramm, ein Sonderförderprogramm haben wollen, um diese Arbeitslosigkeit der älteren Personen über 50 zu bekämpfen.

Die Folge daraus war kurz darauf, da waren wir über Facebook zumindest sehr schnell. Ein paar Stunden später, wo anscheinend in Lockenhaus, zumindest ist der Hintergrund dementsprechend, der Landesrat Darabos schon geschrieben hat auf Facebook, alles zu tun, damit wir über 50-Jährige wieder in die Beschäftigung bringen und somit gemeindenahe Einrichtungen auch fördern und natürlich den Wiedereinstieg fördern.

Dazu, in der jüngsten Vergangenheit, der Herr Klubobmann Molnár schreibt eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landesrat Petschnig. Da muss man schon einmal dazu bemerken, weil man von den schriftlichen Anfragen immer redet, wo am Tag meistens genau sechs Wochen vergehen. Der Herr Landesrat Petschnig, das muss man lobenswert erwähnen, macht das in einem Tag.

Ich weiß nicht, wie das die anderen Regierungsmitglieder tun, - wenn überhaupt wer da wäre, die Frau Landesrätin ist gerade gekommen, *(Abg. Manfred Kölly: Ist eh da gewesen.)* - sechs Wochen brauchen für eine schriftliche Anfragebeantwortung. Der Herr Landesrat Petschnig macht das innerhalb von einem Tag. Das muss man lobenswert einmal erwähnen.

Dazu wird gefragt von Herrn Klubobmann Molnár an das eigene Regierungsmitglied, ob das neu ist, ob das eine ÖVP-Ägide ist? Ja, 2015 war der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl dafür verantwortlich auch und initiativ, hat eine Initiative ergriffen, um Beschäftigung für ältere Arbeitsnehmer zu erreichen und das Projekt 50+ gestartet.

Die zweite Frage, ob budgetär etwas damals vorgesehen war? Ja, 400.000 Euro. Und, was natürlich auch interessant ist bei dieser Anfragebeantwortung: Spiegelt die Verteilung der Bürgermeister beziehungsweise der politischen Mehrheitsverhältnisse im jeweiligen Gemeinderat den Durchschnitt der burgenländischen Gemeinden wider? Klare Antwort, wenn man sich das anschaut - Nein.

Warum nicht? Weil von diesen genannten 36 beteiligten Gemeinden, wo es über den Fonds für Arbeit und Wirtschaft, es hat ein zweites Programm auch dazu gegeben, dazu komme ich später, von diesen 36 Gemeinden waren das 31 ÖVP-Gemeinden, drei Gemeinden, die der ÖVP zugeordnet werden, die Listen sind und nur drei Gemeinden, die SPÖ geführt sind. So viel zu diesem Thema.

Dann ist eine weitere Frage gestellt worden, wie viele im Rahmen dieser Aktion, wie viele beschäftigte Personen sind heute noch in den jeweiligen Empfängergemeinden beschäftigt? Es sind elf Personen an der Zahl, die dann weiterführend, ganzjährig oder saisonal beschäftigt worden sind.

Jetzt darf man wieder einmal raten in dieser ganzen Geschichte, wie viele SPÖ-Gemeinden von diesen elf dabei sind? Zwei, nicht mehr und nicht weniger. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Das heißt, in diesem ganzen Reigen der Beschäftigung, wer motiviert ist, wer darauf schaut, dass Beschäftigung stattfindet, wer Programm initiiert? Da ist ganz klar, dass die ÖVP wieder den Takt vorgibt, wie wir es heute schon mehrmals gehört haben. *(Heiterkeit bei der SPÖ – Beifall bei der ÖVP)*

Und dementsprechend, und jetzt ist mittlerweile auch der Herr Landesrat da, ist ja nach dem 22. März dementsprechend auch darauf reagiert worden. 2015 hat vielleicht darauf begründet, weil es ein Landtagswahljahr war, da war es vielleicht populär, kann ja auch möglicherweise sein.

Es ist nur darum gestritten worden, wo der Herr Landeshauptmann gesagt hat, unser Programm, das zweite Programm, das nachher geschaffen wurde, das ist das viel bessere. Mir ist das relativ wurscht, ob dies oder das besser ist, wichtig ist, dass ältere Arbeitnehmer wieder in Beschäftigung kommen. Man muss natürlich auch klar sagen, dass auch diese Regierung dementsprechend gefordert ist, nicht nur in Wahlzeiten, sondern auch danach.

Weiters muss man feststellen, was die Stellungnahme der Abteilung 6 dazu betrifft. Wenn heute immer wieder von der Trendwende am Arbeitsmarkt gesprochen wird - der Herr Klubobmann Hergovich hat heute schon lautstark gesagt, 235 Millionen Euro für Wachstum und Beschäftigung, wenn wir vom Plan A reden.

Aber wenn ich einen Plan A habe, dann brauche ich ab und zu auch einen Plan B. Weil wenn ich heute nicht einmal mehr im Stande bin, das damalige Projekt, welches der Landeshauptmann selbst auch mitinitiiert hat, den zweiten Plan dazu nicht weiter zu verfolgen, und nur mehr sagt, das AMS macht jetzt drei Monate mit 50 Prozent, da hängen wir uns an, da tun wir auch nicht mehr, brauchen wir auch nicht mehr Unterstützung geben.

Man sollte sich eigentlich wieder an das Jahr 2015 zurückerinnern, wo damals mit einem relativ geringen Aufwand mit 400.000 bis 500.000 Euro viele Personen in Beschäftigung gebracht wurden.

Die Abteilung 6 meint lediglich dazu, eine Förderung in einem höheren Ausmaß erscheint nicht zweckmäßig, da diese eine unverhältnismäßige Mehrbelastung der Landesmittel bewirken würde.

Na ja, da habe ich, glaube ich, eine andere Meinung dazu, und ich glaube, dass man da einen Vergleich mit anderen Themen und anderen Projekten nicht scheuen kann.

Zum Beispiel das Sicherheitspartnerprojekt - diese Hilfssheriffs, die da im Burgenland in ein paar Gemeinden herumgehen, initiiert vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, da hat es in einer Anfragebeantwortung geheißen, von dem Landeshauptmann-Stellvertreter, 500.000 Euro kostet das Projekt.

Im Voranschlag 2016 waren es schon 600.000 Euro, Voranschlag 2017 dann 700.000 Euro. 700.000 Euro für ein Sicherheitsprojekt, wo eigentlich die Kernkompetenz nicht beim Land liegt, sondern bei der Exekutive, die übrigens eine hervorragende Arbeit auch im Burgenland liefert, und damit auch schaut, dass die Sicherheit in unserem Lande auch gegeben ist.

Da muss man dann schon fragen, wie viele Personen sind damit beschäftigt worden? Hat es bei der Aufnahme dieser Personen Kriterien auch in Bezug auf das AMS gegeben? Beziehungsweise wie schaut diese Beschäftigung auch in weiterer Folge aus?

Jetzt ist mittlerweile auch der Landeshauptmann-Stellvertreter da, der wird diese Frage wahrscheinlich gleich beantworten können, wie viele Personen über diese Sicherheitspartner-Geschichte beschäftigt worden sind. Waren es 19, 20, 22 Personen? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: 15 Personen!)* 15 Personen.

15 Personen, ich habe mich jetzt eigentlich schon verrechnet, ich habe 19 angenommen. Wenn ich heute hergehe und nehme die Voranschlagsstelle des heurigen Jahres her, 2017 - 700.000 Euro für ein Projekt, wo *(Abg. Robert Hergovich: Das sind mehr wie die Gemeinden.)* man eigentlich als Land nicht direkt zuständig ist, sondern die Exekutive.

Und ich nehme diese 700.000 Euro her und rechne das auf, auf dieses Modell, welches wir eingefordert haben. Sechs Monate Beschäftigung, sechs Monate gemeinsam mit dem AMS zu fördern, und das siebente Monat soll von den Gemeinden übernommen werden - wie es super funktioniert hat 2015.

Alleine in der Anfragebeantwortung des Herrn Landesrates Darabos waren 111 Personen, und da sind nicht einmal alle erfasst gewesen, die eigentlich damals in Beschäftigung nur durch diese Aktion genommen sind.

Ich würde diese 700.000 Euro heute hernehmen, und das gleiche Modell von 2015 anwenden, was eigentlich viel besser, viel intensiver, viel kostengünstiger für die Gemeinden auch war, für die Beschäftigung viel wesentlicher war, bin ich auf 93 Personen.

93 Personen kann ich mit demselben Geld, was ich für Sicherheitspartner heute verbrate, da könnte *(Abg. Ingrid Salamon: Falsche Rechnung.)* ich mit der Ausweitung dieser Beschäftigung, was unseren Antrag auch widerspiegelt, gleichzeitig sofort in Beschäftigung bringen.

Damit kann ich auch gewährleisten, wenn ich die gleiche Statistik hernehme von damals, dass zumindest zehn Prozent, wenn nicht mehr, weiter in Beschäftigung in den Gemeinden bleiben, und somit kann eine dauerhafte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unserer älteren Personen im Burgenland gewährleistet werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und da widerspiegelt sich natürlich das Gleiche, mit den Gemeinden wieder, wobei sehr, sehr viele, Gott sei Dank, mitgemacht haben und das Ganze mitgetragen haben. Ich glaube, diese Aktion wäre es wert, auch heute unserem Antrag stattzugeben und diese Aktion auch auszuweiten.

Natürlich sind wir auch dafür, dass der Beschäftigungsbonus 20.000 vor allem auch für die Modellregion Oberwart, so wie es auserkoren worden ist, gewährleistet wird und hoffen natürlich, dass das auch auf Bundesebene stattgegeben wird.

Auf Landesebene, zusammenfassend, hoffen wir, dass unser Antrag in weiterer Folge Gehör findet und somit die Beschäftigung den älteren Arbeitnehmern wieder eine Chance gibt und die Gemeinden somit unterstützt. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Ulram, ein bisschen genauer anschauen! Diese 235 Millionen Euro, die Sie jetzt zitiert haben, *(Abg. Markus Ulram: Für Wachstum und für Beschäftigung.)* ja, genau, soweit ist es korrekt, aber dann, *(Abg. Markus Ulram: Wir reden von 700.000 Euro.)* ja, ja, dann geht es aber weiter.

Das hat nichts mit dem Plan A zu tun, den Sie zitiert haben. *(Abg. Markus Ulram: Das habe ich gesagt, man braucht einen Plan B.)* Diese 235 Millionen Euro, Herr Kollege, die nimmt das Land Burgenland 2017 in die Hand, für Wachstum und Beschäftigung, also das Burgenland und nicht Bund. Also B ist nicht B, Burgenland ist nicht Bund, da müssen Sie schon ein bisschen differenzieren, weil, da kommt man bald in ein schlechtes Fahrwasser.

Das Zweite, was ich Ihnen noch sagen möchte, Sie werden doch nicht glauben, wenn Sie so großartig hier zitieren, dass Sie im März dieses Jahres dem Landesrat Norbert Darabos oder der Regierung gesagt haben, hallo, da muss man was tun! Das werden Sie ja nicht wirklich selber glauben, dass wir als Regierung, als SPÖ und als FPÖ, Ihr Antupfen brauchen, damit wir etwas für unsere Leute tun? *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Also entschuldigen Sie, das entbehrt jeder Interpretation.

Aber eigentlich gibt es ja gute Nachrichten, Herr Kollege, und ich möchte einmal das von der wirklich sachlichen und profunden und mit Zahlen hinterlegten Seite betrachten. Denn Schlechtreden, das ist etwas, was man machen kann, und negative

Emotionen schüren, aber Zahlen, Fakten, Daten, das ist das, was ich Ihnen jetzt präsentieren möchte.

Und die gute Nachricht ist, dass das Burgenland ganz bestimmt die Trendwende am Arbeitsmarkt geschafft hat. Dieser positive Kurs, Herr Landesrat Norbert Darabos hat es heute auch schon gesagt, seit neun Monaten haben wir ein Minus bei allen arbeitslos gemeldeten Altersgruppen.

Österreichweit sank die Arbeitslosenquote im Vorjahr gegenüber um minus 4,9 Prozent, das Burgenland ist auch da wieder um ein Vielfaches besser. Wir haben sogar einen Rückgang um minus 8,9 Prozent, beziehungsweise in realen Zahlen und an Menschen gemessen, minus 727 Personen, eine sehr, sehr erfreuliche Entwicklung.

Wir haben im Burgenland eine Entwicklung, die sich sehen lassen kann, denn alle Bezirke des Landes haben ein Minus bei den Arbeitslosen. Und im Mai ist der Süden quasi nämlich „Vorreiter im positiven Sinn“, nämlich Jennersdorf mit minus 20,5 Prozent und der Bezirk Güssing mit 17,2 Prozent. Ich denke, das sind Zahlen, über die wir uns gemeinsam freuen könnten und sollten.

Es ist aber auch erfreulich, und Landesrat Darabos hat es heute auch schon erwähnt, dass auch bei den Jugendlichen, 15 bis 24-Jährigen, im Mai ein Rückgang von minus 14,9 aufgewiesen werden konnte, also auch die Maßnahmen, die wir in dieser Altersgruppe setzen, scheinen Wirkung zu zeigen.

Leider ist aber die Situation bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der über 50-Jährigen auch bei uns im Burgenland besonders schwierig. Obwohl die Arbeitslosigkeit auch bei dieser Gruppe rückläufig ist, sie ist im vergangenen Monat um minus 2,6 Prozent gesunken, trotzdem - und das hat die Kollegin gesagt, sind noch immer 3.121 Frauen und Männer ohne Job. Viel zu viel.

Denn vor allem ältere Menschen haben in Anbetracht ihres Alters oder in Anbetracht einer Pensionierung das Recht auf Arbeit. Die Arbeitsmarktchancen dieser Gruppen sind natürlich auch sehr viel schlechter und ungleich verteilt.

Ein Großteil der Arbeitslosen, das wissen wir von AMS-Studien, hat nach Wochen und Monaten wieder Jobs. Bei *(Abg. Manfred Kölly: Nein, ich werde Dir dann ein paar Beispiele bringen.)* der Gruppe der über 50-Jährigen, ist es um ein Vielfaches schwieriger, sie in Beschäftigung zu bringen, ist oft unmöglich*. (Abg. Manfred Kölly: Ich werde ein paar Beispiele bringen.)*

Das Burgenland schaut auf die Menschen, schaut auf die schwierigen Situationen, in denen unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, und reagiert auch darauf, ohne Zuruf, Herr Kollege. Das machen wir schon immer und ewig.

Die Landesregierung hat daher dieses Sonderprogramm, Sonderförderungsprogramm für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen 50+ beschlossen. Die Gemeinden können mit finanzieller Unterstützung vom Land Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anstellen.

Diese Sonderförderung wurde von meinen Kolleginnen und von meinem Kollegen ja schon erwähnt, daher möchte ich nicht genau darauf eingehen.

Ich finde auch, dass gerade der Zeitraum für das Förderungsprojekt, nämlich in den Sommermonaten bis in den Herbst hinein, für uns Gemeinden besonders interessant ist, weil wir ja zu den Arbeiten, die wir sonst haben, die Sommerarbeiten mit Mähen und Garten und Ortsbildgestaltung zusätzlich an Arbeit haben.

Wir haben aber auch den Konjunkturmotor im Land zum Laufen gebracht, sehr geehrter Herr Kollege, weil das Land eine Anzahl von Maßnahmen geschaffen hat, um auch unsere Konjunktur zu stärken.

Wir haben zum Beispiel den Handwerkerbonus eingeführt, der im Burgenland deutlich höher ist als in den anderen Bundesländern. Aber auch durch die Einführung des Bestbieterprinzips bei öffentlichen Investitionen, haben wir dafür gesorgt, dass das Geld, das wir ausgeben, auch in unserem Land bleibt und dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein gutes Beispiel ist ein landesnaher Betrieb; die KRAGES investiert jährlich an die zehn Millionen Euro, und davon bleiben an die 80 Prozent in unseren burgenländischen Unternehmen.

Als Bürgermeisterin darf ich Ihnen das bestätigen und meine Kolleginnen und Kollegen werden mir das sicher auch bestätigen, dass es das in gleicher Weise bei den Investitionen in unseren Gemeinden gibt. Also, wie gesagt, der eingeschlagene Weg und die Maßnahmen zeigen Wirkung, darauf können wir sehr stolz sein.

Aber auch unser Bundeskanzler Kern und der dafür zuständige Sozialminister Stöger, denen ist Arbeitslosigkeit generell und vor allem der Gruppe der 50-Jährigen plus ein besonderes Anliegen und eine große Herausforderung. Daher wurde dieses schon heute oft zitierte Programm „Aktion 20.000“ ausgearbeitet, das vor allem diesen stark steigenden Langzeitarbeitslosen entgegenwirken soll.

Was steckt dahinter? Gefördert werden sollen Jobs bei Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen, auch wenn von dieser Gruppe zwei Drittel betroffene Männer sind, die oft eine sehr geringe Ausbildung haben. Da ist das aber kein Hindernis, diese in sozialen und gemeinnützigen Bereichen unterzubringen, denn es gibt, wenn notwendig, auch kurzfristige Einschulungen und Ausbildungen, damit sie diesen neuen Jobs gewachsen sind.

Diese gemeinnützigen Jobs sollen neu geschaffen werden. Das heißt, es soll kein Verdrängungsprozess stattfinden, und dann wird bis zu 100 Prozent der Lohn- und Lohnnebenkosten für maximal zwei Jahren gefördert werden.

Die Arbeitsverhältnisse werden natürlich kollektivvertraglich ausbezahlt und die Palette der Betätigungsfelder ist sehr vielfach und sehr variabel. Von der Administration von Schulen über Kinderbetreuung zum Beispiel in Schwimmbädern, bis hin zum Einsatz in Pflegeheimen beziehungsweise zur zusätzlichen Mobilisierung von gehbehinderten Menschen.

Im Rahmen der „Aktion 20.000“ wollen wir auch das Pflege- und Betreuungssystem weiter ausbauen und verbessern. Es gibt ein neues Projekt, das sich „Selbständig Leben Daheim - SLD“ nennt. Da können auch Langzeitbeschäftigungslose über 50 Jahre in der Altenbetreuung für pflegebedürftige Menschen eingesetzt werden. Das werden wir mit 1. Juli im Pflegeheim in Großpetersdorf beginnen und als Modellbezirk Oberwart getestet. Am 1.1.2018 soll ja dieses Programm, sofern es die Zustimmung im Nationalrat bekommt, umgesetzt werden. Unterstützung finden wir bei diesem Modell - und das ist auch sehr gut - bei Volkshilfe, Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz, Hilfswerk und dem Arbeiter-Samariter-Bund.

Diese, das ist auch eine ganz wichtige Sache, diese zusätzlichen Arbeitsplätze sind natürlich kein Ersatz für die Pflegedienste, aber eine wichtige Ergänzung und vor allem auch, wenn es im privaten Bereich ist, um pflegende Angehörige zu entlasten.

Soweit so gut, und Herr Kollege, dann bringen Sie einen Antrag ein, mit dem Sie uns auffordern, etwas für unsere Menschen zu tun. Entweder sind Sie nicht wirklich gut und vollständig informiert, oder können das, was wir machen, nicht verstehen oder lesen, oder Sie merken nicht, was wir hier im Landtag beschließen und dass wir schon seit zwei Jahren sehr erfolgreich arbeiten.

Aber ich glaube, es ist eine Tatsache, dass wir in den zwei Jahren, seit wir in dieser Konstellation sind, so viel mehr weitergebracht haben, wie in den vielleicht zehn Jahren zuvor mit Ihnen an der Seite. Das tut natürlich weh, das verstehe ich schon.

Ja, im Unterschied zu Ihrer Partei schreien und raunzen wir nicht, sondern wir gehen die Probleme direttissima an und sorgen uns um unsere Bürgerinnen und Bürger und suchen Lösungen, denn Menschen wollen nicht Gerede und nicht Gestreite, sondern Menschen wollen Ergebnisse.

Das macht natürlich unser roter Bundeskanzler auch. *(Abg. Manfred Kölly: Wer?)* Wir haben Konzepte, die umsetzbar sind, die in der Schublade sind und die werden wir dann auch nächstes Jahr umsetzen*, (Heiterkeit bei der ÖVP)* daher ist Ihr Antrag für mich nicht nachvollziehbar.

Wir werden weiterhin diesen geraden Weg gehen, nicht den Weg der Schlangenlinien, den Sie oft machen. Ich bin überzeugt davon, dass mit diesen Konzepten und mit diesen Fördermöglichkeiten die Menschen im Burgenland mit 50+ wieder in Arbeit und Beschäftigung kommen werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Norbert Darabos.

Bitte Herr Mag. Darabos.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mir jetzt alles ersparen, die Frau Abgeordnete Friedl hat alles gesagt. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Franz Steindl: Bravo.)*

Ich möchte in aller Kürze sagen, ich war deswegen draußen, weil ich noch einmal nachforschen wollte, ob die ÖVP diesem Programm 20.000 zustimmt, weil, das ist eigentlich auch die Grundlage. Das ist… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie oft sagst Du das noch? Das haben wir schon 1.000-mal gesagt.)* ja, ganz sicher ist es noch nicht.

Ich hoffe, dass es so ist. Ich möchte schon aber noch einmal etwas schärfen. Wir haben dieses Programm 50+ länger im… *(Abg. Mag. Franz Steindl: In der Kürze liegt die Würze.)* Danke, Herr Abgeordneter Steindl, wenn Sie mich nicht unterbrechen würden, wäre ich noch kürzer.

Es ist jedenfalls klar, dass wir dieses Programm schon im Burgenland durchgeführt haben, dass wir auch von Landesseite her Bundesagenden übernehmen mussten, sowohl kostentechnisch, als auch was die Laufzeit betrifft. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das haben wir schon vor 2000 gemacht, vor 2000.)*

Ja. *(Abg. Ingrid Salamon: Wer ist denn jetzt bitte am Wort? – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Landesrat und der Abgeordnete Steindl.)* Im Plenum ist alles erlaubt, man darf ein bisschen dazwischen auch schreien.

Jedenfalls ist es so, dass wir die Gelder, die der Bund nicht mehr auszahlt, jetzt vom Land übernommen haben. Das ist unsere Aufgabe und darüber hinaus mit dem

Programm 20.000 werden wir auch dafür sorgen, dass *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So schaut‘s aus.)* diese 50+ Geschichte etabliert wird.

Und das ist ganz wichtig, weil, das habe ich schon in meiner Fragebeantwortung angesprochen, das ist wirklich ein ernstes Thema. Das sind Menschen, die über 50 sind, die ganz schwer in den Arbeitsprozess wieder einzugliedern sind. Insofern glaube ich, dass das gut wäre, wenn wir hier einen Schulterschluss schaffen würden - über die Parteigrenzen hinweg - und den können wir, glaube ich, mit dem Programm 20.000 auch schaffen.

Soweit ich das jetzt kurz mit dem Herrn Bundeskanzler am Telefon besprochen habe, dürfte die ÖVP dem auch zustimmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kurz.)* Da bin ich sehr dankbar dafür, das wäre eine gute Maßnahme über die Parteigrenzen hinweg, Spiel der freien Kräfte auf Bundesebene und eine gute Maßnahme für auch burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landesrat für seine Wortspende.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend ältere Arbeitnehmer ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 948) betreffend Steuern auf Vermögen (Zahl 21 - 670) (Beilage 970)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 13. Punktes der Tagesordnung, das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 948, betreffend Steuern auf Vermögen, Zahl 21 - 670, Beilage 970.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Bericht.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Steuern auf Vermögen, in ihrer 21. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Steuern auf Vermögen, unter Einbeziehung der

Landtagsabgeordneten Hergovich beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderung, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin. Wir haben hier einen Antrag gestellt der zum Ziel hat hohes Vermögen zu besteuern, die Erbschafts- und Schenkungssteuer zu reformieren und eine Erbersatzsteuer für Familienstiftungen einzuführen und das hat seinen guten Grund.

Das österreichische Steuersystem ist nämlich ein ungerechtes, weil es Menschen mit hohem Vermögen bevorzugt und Einkommen aus Erwerbstätigkeit hoch besteuert. Gewinne aus Kapital wachsen schneller als Gewinne aus Wirtschafts- und Erwerbstätigkeit. Reich wird man in Österreich nicht durch eigene Leistung, sondern durch das was man ererbt.

Das heißt, wer reich geboren wird kann das bleiben, soweit man das Geld nicht verzockt. Wer arm geboren wird hat weniger Chancen Vermögen zu bilden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander in Österreich, statt dass sie sich schließt. Das bestätigt auch die Europäische Zentralbank. Die Vermögenskonzentration ist nur in den USA, in der Hochburg des Kapitalismus, höher als in Österreich.

Schauen wir uns im Detail an, wen wir mit diesem Antrag im Fokus haben. Da geht es einmal um das oberste Prozent in Österreich. Das sind rund 37.000 Haushalte, die besitzen mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens, das sind knapp 469 Milliarden Euro. Das muss man sich einmal vorstellen.

Da geht es nur um das oberste Prozent der Bevölkerung und das ist, wenn man es umrechnet auf die gesamte Wirtschaftsleistung in Österreich das 1,4-fache. Diese Menschen betrifft es. Bitte hören Sie mir auch gut zu, damit Sie mir nachher nicht mit dem Sparbuch von der Großmutter kommen auf dem sicher nicht dieses Kapital liegt. Und wenn Sie das wirklich einmal erben, dann sollen Sie dafür Steuern zahlen.

Aber es geht noch um Andere. Es geht auch um die obersten fünf Prozent der Haushalte, die verfügen über 58 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die Top 10 Prozent verfügen sogar über mehr als zwei Drittel des gesamten Nettovermögens in Österreich, gleichzeitig verfügen aber die unteren 50 Prozent der Haushalte nur über 2,2 Prozent des Gesamtvermögens.

Das ist extrem ungerecht. Und das wollen wir GRÜNE durch unseren Antrag ändern, denn wir wollen für eine Umverteilung zwischen den extrem Reichen und einem Großteil der Bevölkerung sorgen. Das wäre nur gerecht.

Leider zieht hier keine andere Fraktion mit, zumindest ist mir davon nichts rückgemeldet worden. Es ist mir inhaltlich nicht nachvollziehbar warum die SPÖ hier die Hände in den Schoß legt.

Während in Österreich, im internationalen Vergleich zu den Ländern mit den höchsten Steuern, im Vergleich mit anderen Ländern die höchste Steuerrate auf den Faktor Arbeit legt, ist es bei den Steuern auf Vermögen ein Niedrigsteuerland. Steuern auf Vermögen sind im Durchschnitt der OECD-Staaten mehr als dreimal so hoch wie in Österreich.

Während also Jahresbruttoeinkommen ab zirka 11.000 Euro mit einem Eingangssteuersatz von bereits 25 Prozent besteuert werden, das ist Ihnen allen bekannt, sind Millionen und Milliarden Erbschaften nahezu steuerfrei. Reich wird man also in Österreich in der Tat durch erben.

Laut Berechnungen durch Stefan Humer von der WU Wien wird sich in Österreich das Erbvolumen bis 2020 bis 2040 auf etwa 20 Milliarden Euro verdoppeln und dabei ist Erben ein Einkommen ohne jegliche Leistungen, ohne jegliche persönliche Leistung.

Große Erbschaften ohne entsprechende Versteuerung, führen also zur Vermögenskonzentrationen, bei einigen wenigen bevorzugten Familien und bevorzugen damit auch reiche Eliten, die dann noch stärkeren politischen Einfluss haben, weil wir wissen auch was der Einfluss durch Geld vermag, wenn es zum Beispiel darum geht in der Öffentlichkeit mit Inhalten zu punkten über verschiedene Medien.

Wer gegen Eliten wettert muss für eine höhere Besteuerung von deren Vermögen sein. Der muss als Antwort auf die Ungerechtigkeit für eine Änderung der österreichischen Steuerstruktur sein. Wen meine ich? Gemeint sind hier Superreiche, Stiftungsmillionärinnen und Stiftungsmillionäre, Stiftungsmilliardäre, Spekulantinnen und Spekulanten, Großindustrielle und Großkonzerne.

Ein Hebel dafür ist die gerechte Besteuerung von Großkonzernen. Finanzminister Schelling bremst aber in Sachen der aggressiven Steuervermeidung von Großkonzernen was das Zeug hält.

Mein Kollege Bruno Rossmann im Nationalrat hat berechnet, dass Schelling allein bei „Google Österreich“ jährlich auf rund 50 Millionen Euro an Körperschaftssteuer verzichtet. Dabei hat Rossmann schon vor etwa einem Jahr den Finanzminister aufgefordert, die Google Österreich GmbH wegen ihrer lächerlich geringen Steuerzahlungen bei einem geschätzten Volumen an Online-Werbung, nur Online-Werbung von 200 Millionen Euro, näher unter die Lupe zu nehmen. Geschehen ist nichts.

Der Finanzminister der ÖVP vertritt die Interessen der Großkonzerne. Die Großen können es sich richten, sie können sich auf Schelling verlassen und den neuen Parteichef der ÖVP, der medial verbreiten lässt, dass er massive Kürzungen im Sozialsystem plant.

Interessant finde ich dann auch den Abänderungsantrag den uns die ÖVP noch heute zugeschickt hat. Er fängt mit dem Satz an: Die Steuerlast ist in Österreich in den letzten 20 Jahren um 86 Prozent gestiegen. Wer war den in diesen Jahren Finanzminister und dafür zuständig?

Da hat die ÖVP, glaube ich, auch irgendwie etwas damit zu tun. Es zeigt aber, dass die Steuerlast nicht dort gestiegen ist, wo wirklich das große Geld liegt und wo wirklich die großen Konzerne sind, also hier wäre einmal ein Hebel der Besteuerung. Ein weiterer Hebel ist eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, wenn es uns wirklich um Umverteilung geht.

Wir schlagen vor, einen Freibetrag in der Höhe von 500.000 Euro bei der Übertragung von Nettovermögen einzuführen. Nettovermögen ist das Sach- und Finanzvermögen abzüglich von Schulden, das stellt dann sicher, dass wirklich nur die reichsten zehn Prozent der privaten Haushalte davon betroffen sind.

Wer nun Sorge hat, dass vornehmlich Menschen aus dem eigenen Umfeld davon betroffen sein könnten, der verrät in welchen Kreisen er vor allem verkehrt.

Aber, es ist schon so, dass, wenn vorgeschlagen wird, dass erst ab dem ersten Euro über 500.000 es zur Besteuerung genau dieses Überschusses kommt, dass hier die

normalen Einfamilienhäuser, die hier vererbt werden, zu einem ganz, ganz kleinen Teil auch nur der Steuer dann unterliegen werden.

Bei Übertragungen von Betriebsvermögen soll, so schlagen wir vor, ein generelles Stundungsrecht von zehn Jahren gewährt werden. Um aus der Übertragung von Betriebsvermögen allfällige Liquiditätsprobleme zu vermeiden, kann dann auch eine Ausgestaltung mit finanzieller Begünstigung für die Betroffenen gewährt werden.

Im Falle der Bewertung von Betriebsvermögen müsste dann auch noch eine Möglichkeit zur Korrektur vorgesehen werden, falls sich der Ertragswert im Nachhinein als doch nicht so deutlich hoch erweisen sollte, als man vorher angenommen hat.

Wir schlagen auch die Möglichkeit der Stundung vor, bei Betriebs- und Privatvermögen, damit es genügend Sicherheitsmaßnahmen gibt, damit es wirklich nur jene trifft, die es sich leicht leisten können. Im Sinne der Steuergerechtigkeit ist es auch dringend notwendig, die Vermögen in den Privatstiftungen der Erbschafts- und Schenkungssteuer zu unterwerfen, denn hier gelingt es in der Tat Superreichen immer wieder durch besondere Konstruktionen Erbschaften an der Steuer vorbeizuschwindeln.

So, was machen jetzt die Regierungsfraktionen aus diesem, das müssen Sie uns wirklich zugestehen, gut durchdachten und gut durchgerechneten Antrag zur gerechten Verteilung der Steuerlast? Einen Abänderungsantrag, in dem das Wort „Vermögenssteuer“ nicht einmal mehr vorkommt.

Da bin ich schon enttäuscht, weil in der Öffentlichkeit rufen SPÖ-Politiker lautstark nach einer Vermögenssteuer, wenn es aber darum geht, dann diesen Forderungen auch konkret nachzukommen, sie konkret politisch umzusetzen, dann will sie hier im Burgenland nichts mehr davon wissen. Wie gesagt, das Wort „Vermögenssteuer“ kommt im Abänderungsantrag, der uns hier vorgelegt wird, nicht einmal mehr vor.

Woran kann das liegen? Nun, wir haben eine Rot-Blaue Landesregierung. Das heißt, in der Regierung sitzt mit der FPÖ eine Partei, die sich immer wieder schützend vor die Superreichen stellt. Sie werden sich sicher darüber aufregen, dass ich das so sage, aber das konkrete Abstimmungsverhalten im Nationalrat beweist das denn doch.

Die SPÖ ist aber offensichtlich in ihrer Loyalität zum blauen Regierungspartner sehr treu. Die Loyalität zu der FPÖ ist hier größer, als die Loyalität zu den Menschen, die sie dafür gewählt haben, für gerechte Umverteilung zu sorgen. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)* Sie haben mehr Sorge, sich von der FPÖ zu entfernen als von Ihren Wählerinnen und Wählern.

Einstimmigkeit, denke ich, oder Einigkeit zumindest besteht darin, hier im Saal, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden müssen. Uneinigkeit besteht unter den Parteien darin, wie diese Lohnnebenkostensenkung gegenfinanziert werden kann. Also, wo holt sich der Staat das Geld her, das er bei den Lohnnebenkosten im Börsel der BürgerInnen lassen will?

Die GRÜNEN sagen von den Superreichen. Sebastian Kurz sagt, von den Armen. Ich habe jetzt schon gelernt in den letzten Wochen, dass es neuerdings nicht mehr um die ÖVP geht, sondern vielmehr um Sebastian Kurz als neue ÖVP im Sinne, alle für einen, einer für - ich weiß nicht für wen. Die FPÖ wirft sich schützend vor das reichste Prozent der Bevölkerung und die SPÖ ist im Prinzip ideologisch und bei Ansprachen eh auch für das, was die GRÜNEN hier wollen und fordern. Aber, wie gesagt, die Loyalität zur FPÖ ist stärker als der Wille zur Umverteilung.

Ja, der Abänderungsantrag beinhaltet nichts Böses, *(Abg. Robert Hergovich: Na danke!)* er ist aber harmlos im Vergleich zu dem was harmlos wäre, wenn man es mit der gerechten Umverteilung wirklich ernst meinen würde. Also man kann ihm schon zustimmen, aber er lässt das wichtigste Anliegen des ursprünglichen Antrags aus, nämlich die faire Besteuerung der Superreichen, und darum ist es wirklich schade. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Petrik, Sie haben es in Wirklichkeit eh selbst gesagt, Stichwort Loyalität, der Grund warum die SPÖ Ihrem Antrag nicht zustimmt, mit dem sie vielleicht oder ganz sicher weniger Probleme hätte als wir, und der Grund warum wir dem Abänderungsantrag der ÖVP nicht zustimmen werden, mit dem ich persönlich überhaupt keine Probleme hätte, ist derselbe.

Wir sind in einer Koalition. Wir sind loyal. Wir sind in dieser Sachfrage nicht einer Meinung. Daher gibt es diesen Abänderungsantrag. Frau Kollegin Petrik, Sie haben es gerade jetzt am Schluss gesagt, wenn es um die Forderung nach einer Steuerstrukturreform geht, und vor allem auch um eine Entlastung des Faktors Arbeit, dann werden wir hier zwischen den Parteien relativ schnell einen grundsätzlichen Konsens finden, das ist gar keine Frage.

Wo es dann schon schwieriger wird, das ist wie immer im Detail. Vor allem was die Frage der Gegenfinanzierung angeht, Sie haben es erwähnt. Wie Sie sich die Gegenfinanzierung vorstellen, können wir in Ihrem Antrag nachlesen, das haben Sie hier referiert, nämlich durch eine Wiedereinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuer nach dem Motto: „Nehmt es den Reichen, gebt es den Armen“. Das klingt ganz gut. Etwas märchenhaft, funktioniert aber im Regelfall auch nicht, wie uns die Geschichte gelehrt hat und wie ich Ihnen jetzt auch noch erklären werde.

Was die GRÜNEN hier schon auch tun mit ihrer Antragsbegründung und hier in diesem Beitrag, das ist ein Vorgang, den man an sich auch dieser Koalition in einem anderen Zusammenhang immer wieder vorwirft, nämlich ein Ausspielen bestimmter Bevölkerungsgruppen. Mich stört der grundlegende Eindruck der vermittelt wird schon.

Nämlich, dass die Wohlhabenderen, und ich unterstreiche das jetzt, weil es immer wieder so durchklingt, als wäre irgendjemand unredlich zu seinem Vermögen gekommen, dass die Wohlhabenderen, die redlich zu ihrem Vermögen gekommen sind, schuld am weniger wohlhabenderen Dasein anderer Menschen wären. Das beginnt eben mit dem Zitieren von Statistiken, wie Sie es gerade hier vom Rednerpult aus getan haben, als Sie über die Verteilung des Nettovermögens gesprochen haben.

Solche Statistiken sind mit absoluter Vorsicht zu genießen. Sie haben beschrieben, was das Nettovermögen ist. Das ist das Vermögen nach Abzug von Schulden, und das kann in der Auswertung dann zu ganz interessanten, ja wenn nicht sogar ganz absurden Ergebnissen führen. Ich bringe Ihnen ein paar Beispiele.

Ein Landtagsabgeordneter, der ja nicht schlecht verdient, dessen Haus der Bank gehört und auf das ein Kredit läuft, und der diesen Kredit noch nicht zurückbezahlt hat, ist nach dieser Statistik ärmer als ein mehr oder weniger mittelloser Mindestsicherungsbezieher, der aufgrund seiner Situation ja gar nicht in die Lage kommt zu einer Bank zu gehen und sich Geld auszuborgen.

Ein weiteres Beispiel: Österreicher und Deutsche sind statistisch ärmer als Südeuropäer. Das hat den Grund, dass Österreicher und Deutsche öfter mieten, also öfter mieten und weniger oft Eigentümer von Häusern oder Wohnungen sind, die sie eben bewohnen. Das ist in Südeuropa anders.

Ganz generell ist es so, dass in gut ausgebauten Wohlfahrtsstaaten weniger Vermögen aufgebaut wird, gerade in den Gruppen mit weniger Einkommen, weil für die Risiken von Alter, Unfall und Krankheit ohnehin staatlich vorgesorgt wird. Das sind alles Dinge, die man berücksichtigen muss, und deswegen muss man mit solchen Statistiken auch sehr vorsichtig sein.

Im Übrigen, und das ist vielleicht etwas provokant, kann es auch gerecht sein, wenn der eine etwas reicher ist und der andere etwas ärmer. Ich nehme ein konkretes Beispiel her. Ich persönlich finde es gerecht, dass der Herr Mateschitz reich ist. Er war erfinderisch, er war fleißig, er war beharrlich, er war wagemutig. Der Herr Mateschitz kann auch nichts dafür, dass es einen Herrn Huber gibt, der in seinem Leben weder erfinderisch, noch fleißig, noch wagemutig, noch beharrlich war und der lieber in den Tag hineingelebt hat.

Nebenbei, und das vergisst man in dieser Diskussion auch immer wieder, haben gerade auch die Wohlhabenderen, und Leute wie der Herr Mateschitz, das Land mit Arbeitsplätzen und mit Wertschöpfung gesegnet, und dann sagen wir, wenn man solche Statistiken schon zitiert und auf solche Leute eingeht, soll man bitte auch einmal sagen, welchen Anteil solche Leute an der Gesamtsteuerleistung haben. Und auch da gibt es Statistiken.

Im Übrigen haben wir Vermögenssteuer in Österreich. Die Grundsteuer zum Beispiel. Wir haben auch Vermögenszuwachssteuer, die Kapitalertragssteuer zum Beispiel, die im Übrigen momentan gerade in Wirklichkeit eine Kapitalverluststeuer ist, wenn man das Sparbuch des Durchschnittsbürgers hernimmt, wo aufgrund der Zinslage und der Inflation in Wirklichkeit nur Verluste erwirtschaftet werden. Trotzdem wird mit 25 Prozent versteuert.

Im Übrigen, wenn Sie erwähnt haben, wieviel das obere Prozent an Vermögen besitzt, sollte man der Vollständigkeit halber auch dazu sagen, dass weniger als vier Prozent der Lohn- und Einkommenssteuerzahler oder -pflichtigen mehr als 50 Prozent des Lohn- und Einkommenssteueraufkommens leisten. Also das muss man der Vollständigkeit halber auch dazu sagen, weil es dann immer so ausschaut, als gäbe es da eine Gruppe die absolut privilegiert wäre und keinen Beitrag leisten würde.

Ich bin auf jeden Fall dagegen, dass man die Gruppen gegeneinander ausspielt. Im Gegenteil. Ich bin der Meinung, dass es hier einen Schulterschluss braucht. Und zwar einen Schulterschluss gegen einen sozusagen gemeinsamen Gegner. Dieser Gegner ist der Staat. Das sind Politiker, die zwar Jahr für Jahr neue Rekorde bei den Steuereinnahmen zu verantworten haben, aber dennoch nicht mit dem Geld auskommen und sich daher immer neue Steuern und Belastungen, sowohl für Unternehmer als auch für Arbeitnehmer einfallen lassen müssen.

Frau Kollegin Petrik, unter diesen Umständen wäre auch Ihre Erbschafts- und Schenkungssteuer oder wären die Effekte dieser Erbschafts- und Schenkungssteuer innerhalb kurzer Zeit verpufft, und zwar ohne dass das jemand irgendwie im Positiven gespürt hätte.

Ich weiß, das klingt jetzt so, als würde ich mich komplett gegen solche Steuern sperren, so ist es gar nicht gemeint. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass man zuerst notwendige Vorfragen und andere Notwendigkeiten zu klären hat.

Es ist notwendig, dass der Staat seine Ausgaben in den Griff bekommt. Es ist notwendig, dass die Abgabenquote nicht nur nicht mehr ansteigt, sondern niedriger wird. In Wirklichkeit ist noch mehr notwendig, denn die Abgabenquote ist ja auch eine Größe, die nur bedingt etwas aussagt.

Wir haben es jetzt in der Zeit im Bild 2 vorgestern gehört, in Reaktion auf den Vorschlag des Herrn Kurz, wo ein Wirtschaftswissenschaftler gesagt hat, dass die Abgabenquote auch dann von 43 Prozent auf 40 Prozent sinkt, wenn fünf Jahre lang das Wirtschaftswachstum bei 1,5 Prozent liegt und gleichzeitig die Steuern und Abgaben jährlich maximal indexiert werden.

Das heißt, da hätten wir ein Absinken der Abgabenquote, ohne dass wir steuerrechtlich oder steuerstrukturell auch nur irgendetwas verändert hätten. Es ist notwendig, und das ist auch ein wesentlicher Punkt, gerade wenn es um die Ärmeren geht und die, die nicht so viel haben, dass wir eine Geld- und Währungspolitik und in weiterer Folge eine Zinspolitik verfolgen, die nicht länger zu einer schleichenden Enteignung der Bürger führt.

Da rede ich noch gar nicht von der kalten Progression, da rede ich vom Euro, da rede ich vom ESM, den ja auch die GRÜNEN unterstützen, da rede ich von der Zinssituation. Da werden gerade die "einfachen" Bürger jährlich um Milliarden erleichtert.

Im Übrigen können sich in dieser Situation gerade die Wohlhabenderen die Dinge regeln, nämlich indem sie einfach Finanzinstrumente in Anspruch nehmen, die dem Normalbürger nicht zur Verfügung stehen, weil der maximal einen Notgroschen wo liegen hat. Wohlhabendere gehen beispielsweise in Immobilien, was im Übrigen für den "einfachen" Bürger wieder bedeutet, dass das Leben teurer wird, weil die Mieten entsprechend ansteigen und die Immobilienpreise.

Das heißt, das Größerwerden der Schere zwischen Arm und Reich, und diese Entwicklung gibt es ja zweifelsohne, ist gerade die logische Konsequenz der Politik, die wir in Europa und in Österreich seit einigen Jahren verfolgen. Das ist gerade die logische Konsequenz, aus dieser Währungs-, aus dieser Schulden- und aus dieser Zinspolitik.

Im Übrigen muss man sich auch fragen wie man, und das ist wirklich eine spannende Frage, wie man, das redet sich nämlich leicht, wie man kleinste und kleine Einkommen überhaupt noch entlasten will. Das ginge wahrscheinlich am ehesten noch über die Sozialabgaben, über die interessanterweise ja niemand spricht, denn Lohn- und Einkommenssteuer zahlt ja nur mehr sozusagen eine Minderheit der Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen. Wir reden ja in immer mehr Bereichen von Negativsteuer, und das sagt ja eigentlich schon genug.

Wieder zu einem statistischen Teil. Die Mehrheit der Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen bekommt über die Umverteilung mehr als sie an Lohn- und Einkommenssteuer einzahlen. Also 40 Prozent bekommen mehr als sie einzahlen über Transfers. Weitere 40 Prozent zahlen nur geringfügig mehr ein, als sie herausbekommen, auch das ist eine interessante Größe.

Natürlich braucht es eine Steuerstrukturreform, es braucht eine Entlastung des Faktors Arbeit. Da geht es aber vor allem auch darum, dass man Arbeitsplätze schafft durch diese Maßnahmen, es braucht eine Abschaffung der kalten Progression.

Natürlich braucht es auch ein Schließen von Steuerschlupflöchern und entsprechende Maßnahmen, wie sie es am Beispiel Google erwähnt haben für Konzerne, aber so einfach wie sich das die GRÜNEN vorstellen geht es bestimmt nicht.

Zum konkreten Antrag der GRÜNEN: Einen Freibetrag von 500.000 Euro, den ich übrigens auch bei der SPÖ nicht gehört habe in der Debatte der letzten Monate, der auch für Betriebsvermögen gilt, und der, zumindest steht es nicht im Antrag, möglicherweise gar nicht indexiert wird, den halte ich für ein recht waghalsiges Abenteuer, um es freundlich zu formulieren.

Mit einem Einfamilienhaus in Eisenstadt, mit zwei Autos und einem Sparbuch, wo ein Notgroschen drauf liegt, werden Sie diesen Betrag bald einmal erreicht haben. Dass Sie in diesem Zusammenhang von Superreichen sprechen, das verstehe ich ehrlich gesagt überhaupt nicht. Ihr Modell, das Sie hier vorschlagen, ist in Wirklichkeit eine Massensteuer, eine Mittelstandssteuer, und das ist das, was wir in Österreich am allerwenigsten im Moment brauchen können.

Wir sind dagegen, dass man verschiedene Gruppen in dieser Diskussion gegeneinander ausspielt. Wir sind dagegen Dinge zu tun, die Leistungsanreize weiter minimieren, wir haben diese Situation in Österreich. Reden Sie mit Einzelunternehmern, wie es denen geht. Wir sind auch gegen Maßnahmen, die für sich betrachtet vielleicht vernünftig wären, aber in der Realität nur zu einer Abwanderung von Vermögen, oder Unternehmen, und damit auch von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung ins Ausland führen würden.

Dieser Staat, meine Damen und Herren, und das wissen wir alle miteinander, hat seine Probleme auf Seiten der Ausgaben und nicht auf Seiten der Einnahmen. Überhaupt, wenn man dann noch den ganzen währungs- und geldpolitischen und unionsrechtlichen Zusammenhang miteinbezieht.

Gerade die GRÜNEN betonen ja gerade in unsere Richtung immer wieder, dass es auf schwierige Fragen keine einfachen Antworten geben darf oder dass man keine zu einfachen Antworten geben darf, aber Sie machen das in diesem Fall, Frau Kollegin Petrik und Herr Kollege Spitzmüller! Was es braucht, das ist ein Schulterschluss der Fleißigen, der Unternehmer, der Arbeitnehmer gegen eine Politik, egal von wem sie betrieben wird, die nicht imstande ist ordentlich zu wirtschaften.

Wir sind bei einem solchen Schulterschluss gerne dabei! Bevor wir über eine Steuerstrukturreform reden, muss man zuerst einmal das gemeinsame Ziel definieren, dass es keine neuen Steuern gibt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Kollegin Petrik, wo wir uns wahrscheinlich im Landtag einig sind ist, dass es in Österreich eine sehr hohe Steuerlast gibt, egal ob das jetzt die Steuern sind, insgesamt die Abgaben mit den Sozialversicherungsbeiträgen oder die Lohnnebenkosten alleine. Wir haben tatsächlich sehr hohe Steuern - und wenn man, Sie haben ja glaube ich die OECD-Studie zitiert, ich habe auch einen Vergleich von OECD, wenn ich hier zum Beispiel nur ein Durchschnittsgehalt eines Österreichers oder einer Österreicherin hernehme, dann fließt fast jeder zweite Euro eigentlich in Richtung Fiskus und damit liegen wir im OECD-Vergleich an zweiter Stelle hinter Belgien.

Oder wenn ich mir die Statistik der EU-Kommission hernehme, dann haben wir eine Abgabenquote insgesamt von ungefähr 43 Prozent, da sind wir an sechster Stelle. Also wenn es um die Steuerlast geht, dann sind wir uns einig, da muss etwas geschehen. Wenn es um die Steuergerechtigkeit geht, da gibt es wahrscheinlich unterschiedliche Zugänge, unterschiedliche Standpunkte - muss es ja auch geben, sonst wären wir eine Einheitspartei - und daher gibt es auch hier von unserer Seite natürlich einen genauen Standpunkt seitens der ÖVP.

Wenn ich mir die Diskussion der letzten Jahre hernehme, dann wurde verbunden mit Steuergerechtigkeit immer die Einführung einer Vermögenssteuer, die Einführung einer Erbschafts- und einer Schenkungssteuer diskutiert, angedacht wird auch eine sogenannte Maschinensteuer.

Schauen wir uns in Europa den Vergleich an: Wo gibt es eigentlich Vermögenssteuern? In Europa! Nicht in der EU! In Europa gibt es in vier Ländern eine sogenannte reine Vermögenssteuer, nämlich in Frankreich, in der Schweiz, in Spanien und in Schweden. In den ersten drei genannten Ländern gibt es hier einen Steuersatz von 0,5 Prozent bei einer Freigrenze von 334.000 Euro.

In Schweden gibt es hier eine Freigrenze bis 1,2 Millionen. In Deutschland - das wird immer zitiert, in Deutschland gäbe es eine Vermögenssteuer, stimmt nicht - in Deutschland gibt es keine Vermögenssteuer, hier gibt es sogar ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Jahr 1995, wo eigentlich eine steuerliche Belastung von Grundstücken und Immobilien nicht vereinbar ist mit dem Gleichheitsgrundsatz des deutschen Grundgesetzes, abgeschafft, nicht eingeführt.

Wo sind jetzt diese Diskussionen? Was ist eigentlich eine Steuer auf Vermögen? Ja, da müssen wir uns, glaube ich, auch einmal einig werden. Grundsätzlich wenn man die klassische Definition nimmt, dann bedeutet das eine Steuer auf Eigentum und auf Besitz. Das ist die klassische Definition - die Diskussion entzweit sich: Manche reden von einer Steuer auf Vermögen und andere sprechen wieder von einer Steuer auf Vermögenszuwachs, ja!

Wenn man sich die Vermögenssteuer anschaut im klassischen Sinne, dann wurde die von dem damaligen Finanzminister Ferdinand Lacina 1993 abgeschafft. Aus gutem Grund! Wissen Sie warum? Weil damals - 1993 - ein Drittel der Einnahmen durch Verwaltungskosten aufgefressen wurde - ein Drittel!

Das Aufkommen, das Gesamtaufkommen, betrug lediglich 750 Millionen Euro. Was die Erbschaftssteuer damals anbelangt, betrug das Aufkommen lediglich 130 Millionen Euro. Schauen wir uns also die andere Seite an, wo wir immer wieder diskutieren über den Vermögenszuwachs.

Abgesehen, dass wir einen Spitzensteuersatz haben von 50 Prozent auf Einkommen in der Progression, gibt es - und das wurde schon von meinen Vorrednern betont - auf Sparbücher und auf Bankeinlagen, wenn sie verzinst sind, eine 25prozentige Steuer, auf Wertpapiere, auf Anleihen, auf Aktien, auf Investmentfonds 25 Prozent. Auf Immobilienvermögen, wenn Immobilien vermietet werden oder verpachtet werden, bis zu 50 Prozent und wenn Sie Immobilien verkaufen bis zu 25 Prozent.

Grund und Boden - Grunderwerbssteuer 3,5 Prozent und dabei rede ich gar nicht von der jährlichen Grundsteuer A oder B, die es ebenfalls gibt. Wenn Sie wollen, kann man das unter Umständen als klassische Vermögenssteuer bezeichnen. So, jetzt frage ich Sie, Frau Kollegin: Was bleibt dann eigentlich übrig? Das Betriebsvermögen, also das Vermögen, mit dem ein Unternehmen eigentlich arbeitet, Geld verdient, damit er die

Löhne zahlen kann, damit er wieder investieren kann. Da rede ich jetzt auch von vielen Kleinunternehmen.

Was bleibt? Der Schmuck in der Familie, der Fernseher, das Auto - also wenn Sie das meinen, dass das ein Vermögen wäre und das gehört besteuert, dann reden wir aber nicht von einer Vermögenssteuer, sondern von einer Schnüffel- und Bürokratiesteuer. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das habe ich nicht gesagt!)*

Denn dann wäre das ein gewaltiger Aufwand, das muss man sich einmal vorstellen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Von dem redet kein Mensch!)* da kommt man dann, wie in einem Polizeistaat in das Haus und sagt: So, jetzt legen Sie Ihren Schmuck offen, Ihre Ringe, wie viele Fernseher haben Sie und das wird alles dann zusammengezählt, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Haben Sie den Antrag gelesen?)* das ist das Vermögen, das dann besteuert werden soll.

Also wenn Sie das wollen, wir von der ÖVP wollen das, und das sehe ich ganz deutlich, auf jeden Fall nicht, da werden wir uns wehren. *(Beifall bei der ÖVP)*

So, und jetzt die Diskussion zur SPÖ. Ich kann mich erinnern, als der Alfred Gusenbauer, den ich auch sehr gut kenne, den ich als einen brillanten Rhetoriker kenne, das muss ich auch dazu sagen, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer diskutieren hat lassen, war die Diskussion 0,5 Prozent auf alles Vermögen mit einem Freibetrag - Berücksichtigung eines Freibetrages zwischen 300 und 500.000 Euro.

Wenn ich mir jetzt die Aussagen des Herrn Landeshauptmannes des Burgenlandes hernehme, der gemeint hat, zu Recht - ich meine, ich möchte dem jetzt keinen Vorwurf machen, sondern seitens der Sozialdemokratie sagt er: „Das Thema faire Steuern beziehungsweise eine Vermögenssteuer sollte im Kriterienkatalog der SPÖ Aufnahme finden, wenn es darum geht, zukünftig eine Koalition mit irgendeinem Partner zu schmieden“, sagt der Landeshauptmann Niessl.

Ich möchte haben, dass die Vermögenssteuer genau in diesen Kriterienkatalog Eingang findet und wer dann dafür ist, mit dem können wir und wer nicht dafür ist, mit dem können wir nicht.

Nun, ist schon klar, wenn ich das jetzt nur rein populistisch betrachte und Politik hat sehr viel mit Populismus zu tun, egal wer das macht, aber das ist sicher mehrheitsfähig in der Bevölkerung. Jeder sagt natürlich, natürlich - klar, die Reichen sollen brennen, die sollen Steuern zahlen, die sollen noch mehr zahlen, damit wir umverteilen können. Das ist mehrheitsfähig! Wenn aber der Mittelstand einmal erfasst wird, dann gibt es schon die Diskussionen!

Will der Staat wirklich in einem größeren Rahmen das Geld bei Vermögen einheben? Dann sage ich Ihnen, dann trifft er nicht die Reichen, sondern er trifft den Mittelstand. Das wollen wir als ÖVP auf jeden Fall wo es geht verhindern. *(Beifall bei der ÖVP)* Das möchte ich jetzt noch einmal betonen! Wo beginnt das Vermögen?

Ich habe mir das angeschaut, das Vermögen beginnt laut SPÖ-Aussagen ab einer Millionen Euro, Vorschlag 0,5 Prozent, ein Aufkommen wäre das von 1,5 Milliarden. Jetzt kommt es aber: Ohne Miteinrechnung des Betriebsvermögens, also jeder Unternehmer hat ein Betriebsvermögen, mit dem er arbeitet - ein Elektrounternehmen hat Autos, Büros und so weiter, muss verschieden Material einkaufen, Betriebsvermögen.

Ohne Miteinrechnung des Betriebsvermögens und mit einer Freigrenze von einer Million Euro - wissen Sie, was Sie da hereinbringen an Vermögenssteuer? 110 Millionen

Euro, lediglich 110 Millionen Euro! Jetzt gehen wir her und rechnen das Betriebsvermögen mit ein, wissen Sie was das bedeutet?

Da muss jeder durchschnittliche kleine Betrieb, vom Elektromeister bis hin zum Tischlermeister, jährlich 5.000 Euro an Vermögenssteuer zahlen und bis zu 15.000 Euro Erbschaftssteuer. Zur Erbschaftssteuer, das ist nämlich das Nächste! Das sind Zahlen, die kann ich Ihnen belegen. Ohne die Freigrenze bei der Erbschaftssteuer von 150 Millionen wären das - ohne Freigrenze wären es 150 Millionen - und mit einer Freigrenze von einer Million - wissen Sie wie viel Erbschaftssteuerfälle Sie hätten in Österreich? 24 Erbschaftssteuerfälle und 25 Schenkungssteuerfälle würden in Summe 15 Millionen Euro bringen!

Geht es jetzt nach den Vorstellungen der Arbeiterkammer und nach dem ÖGB, da würde die Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer bereits bei 300.000 Euro beginnen. Es gibt einen Leitantrag des ÖGB oder hat es einen gegeben, ich weiß nicht, ob er beschlossen worden ist, das möchte ich denen nicht unterstellen, wo sie sogar meinen, ab 150.000 Euro beginnt das Vermögen, das soll besteuert werden.

Ich sage Ihnen eine andere Rechnung, ich weiß, ich jongliere gerne mit Zahlen, aber ich kann das gerne belegen - eine andere Rechnung: Wollte man zwei Milliarden Euro an Vermögenssteuern einheben, ja dann müssten noch mehr die Klein- und Mittelbetriebe und die Familienbetriebe herhalten.

Sollte man auf ein Volumen von vier Milliarden Euro kommen, dann würde das bedeuten und jetzt kommt es, dass jeder Eigenheimbesitzer 2.000 Euro pro Jahr an Vermögenssteuer zahlen müsste, denn 58 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher wohnen in den eigenen vier Wänden. Im Burgenland sind es noch mehr! Wir sind das Land der Häuslbauer. Wir sind das Land der Hauseigentümer. Wollen wir das?

Wir von der ÖVP wollen das garantiert nicht! Daher sind wir gegen diese Maßnahmen, liebe Freunde! *(Beifall bei der ÖVP)* So, und wenn Sie die Vermögenssteuer Frau Abgeordnete, einführen? Wissen Sie, dass Sie dann dreimal, dreifach zahlen? Finden Sie das gerecht?

Wenn Sie zum Beispiel jetzt ein gutes Einkommen haben und Sie zahlen bis zu 50 Prozent Einkommenssteuer, und wenn Sie dann das Geld sparen, weil Sie sagen, ich fahre nicht auf Urlaub, ich möchte das nicht verprassen, ich möchte das nicht im Ausland anbringen, ich möchte investieren. Ich möchte die regionale Wirtschaft fördern, also er spart einmal. Dann zahlt er Kapitalertragssteuer, das zweite Mal wird er besteuert. Er fährt nicht auf Urlaub, sondern er spart. Dann kommt dann noch eine Vermögens- und Erbschaftssteuer und dann zahlt er noch einmal?

Das heißt, dann wird einer gestraft, der eigentlich versucht, dem Staat zu helfen, die Unternehmer zu schützen. Das kann es wohl nicht sein! Jetzt kommen wir zu den Privatstiftungen. Es gibt in Österreich zirka 3.000 Privatstiftungen, die haben eine Menge Geld, das stimmt.

Da gebe ich Ihnen Recht. Eine Privatstiftung, da wird mir der Wirtschaftslandesrat Recht geben, zahlt sich erst ab einer gewissen Höhe aus! Meistens hat man damit anderes im Sinne, man möchte das ganze Vermögen in einer Hand halten und nicht familiär irgendwie verzetteln lassen, das ist eigentlich der Grund. Also die Chance ist groß, dass man da Reiche zur Kasse bittet, allerding muss man wissen, warum die Stiftungen steuerlich so behandelt werden, wie sie jetzt behandelt werden. Wissen Sie warum?

Weil man die Absicht verfolgt, dass dieses Kapital nicht abfließt, sondern im Land bleibt. Das Kapital möchte man im Land binden und würde man die Stiftungen höher

besteuern, wissen Sie, was die machen? Die nehmen dann sofort ihr Packerl und verschwinden von Österreich und wir haben Null davon! Daher muss man sehr bedachtsam auch dieses Thema diskutieren.

Großkonzerne, da sind wir uns einig wahrscheinlich - Großkonzerne, ich bin auch dafür, dass man auch die Großkonzerne dementsprechend steuerlich behandelt. Aber das geht ja, das wissen Sie, das geht nicht im Burgenland, das können wir auch nicht in Österreich machen, das geht nur mit einer gemeinsamen Regelung innerhalb der EU, ganz einfach.

Das können wir gar nicht! Dafür bin ich, dass wir hier eine Regelung finden. Ich möchte mit einigen Zitaten enden, sonst heißt es gleich, ich bin so supergescheit und ich belege das mit Zahlen. Ich möchte da einige Persönlichkeiten zitieren.

Zitat: „Sie müssen immer die kleinen Leute treffen, weil sonst kein Ertrag für den Staat herausschaut." Zum Thema Vermögenssteuer. Wissen Sie, wer das gesagt hat? Der Hannes Androsch damals im „Standard", ist schon länger her - 2009. Ehemaliger SPÖ-Finanzminister.

Nächstes Zitat: „Ich halte nichts von dieser Mischung aus Neid und Robin Hood-Populisms." Ebenfalls Hannes Androsch - „Kleine Zeitung 2014".

Nächstes Zitat: „Die Vermögenssteuer wieder einzuführen, wäre nicht zielführend." Ferdinand Lacina im „Format" - 2008. Und jetzt kommt es.

Noch ein Zitat: „Zu glauben, dass man Budgetdefizite, und, und, und, mit Reichensteuer allein bewältigen kann, das geht sich nicht aus. Ich war immer der Meinung, dass eine Subtanzbesteuerung nicht der beste Weg ist." Wissen Sie, wer das gesagt hat? Der ehemalige Bundeskanzler der SPÖ Alfred Gusenbauer in der Presse 2009.

Ich komme jetzt noch einmal zu den Aussagen des Herrn Landeshauptmannes des Burgenlandes, der in der „Kronen Zeitung" gemeint hat, ich zitiere den Herrn Landeshauptmann: „Die SPÖ sei dennoch gut beraten, für eine faire Besteuerung von Vermögen zu sorgen. Das muss man wirklich auch in den Wertekatalog reinschreiben. Der Wertekatalog sollte auch die Fairness beim Einheben von Steuern berücksichtigen."

Jetzt komme ich wieder zum Anfang. Ich frage Sie, mit wem dann? Die ÖVP scheidet als Partner aus, denn wir haben uns eindeutig positioniert. Die Freiheitlichen, Herr Wirtschaftslandesrat, dürften da auch als Partner ausscheiden. Weil die Freiheitlichen haben sich auch eindeutig positioniert. *(Abg. Manfred Kölly: Dann gibt es ÖVP-FPÖ.)*

Die NEOS wird es wahrscheinlich in der Form nicht mehr geben. Die „Stronachs", weiß ich nicht. Also bleiben nur die GRÜNEN über. Und da muss man das auf jeden Fall sagen. Da muss man das sagen, wir wollen nach dem 15. Oktober eine Koalition mit den GRÜNEN, damit wir diesen Katalog, den Wertekatalog, auch umsetzen können. Das muss man deutlich jetzt schon den Wählerinnen und Wählern sagen. Nach dem Motto „einmal rechts, einmal links".

Und zur FPÖ muss ich auch etwas sagen. Sie haben jetzt gerade gesagt, das war ehrlich, das muss ich wirklich sagen, Hut ab, das war ehrlich. Sie sind rausgegangen, Herr Klubobmann, und haben gesagt, eigentlich wenn ich mir den ÖVP-Antrag anschaue, der ist gar nicht so schlecht, dem könnte man zustimmen, aber ich kann nicht zustimmen, weil ich in einer Koalition gebunden bin. Stimmt es?

Ja, ich möchte es Ihnen auch nur fairerweise sagen, wenn Sie heute unserem Abänderungsantrag nicht zustimmen, dann stimmen Sie eigentlich gegen die Linie der Bundes-FPÖ, denn dieser Antrag wurde von uns eins zu eins heute als Abänderungsantrag eingebracht. Irgendwann müssen Sie auch wissen, was Sie wollen. Sind Sie auf Bundesebene oder auf Landesebene? Sind Sie dort oder da? Irgendwann wird sich diese Gretchenfrage stellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt zum Standpunkt der ÖVP. Ich bin schon fertig. Es sind, und das ist unser Standpunkt, es sind weder die Menschen, die es durch Arbeit und Leistung zu Wohlstand gebracht haben, Übeltäter, noch die Unternehmer in diesem Land, die bösen Ausbeuter und rücksichtslosen Kapitalisten. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt.)*

Daher, und das sage ich auch dazu, nicht der Reichtum im Land ist ein Skandal, sondern die Armut in diesem Lande ist ein Skandal. Das muss auch einmal gesagt werden. *(Abg. Manfred Kölly: Bravo! – Beifall des Abg. Manfred Kölly)* Das sollten wir bekämpfen und nicht immer wieder eine Diskussion führen, die zu nichts führt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und noch eines, und damit ende ich. Wer einmal das Eigentum in Frage stellt, der endet in einer Gesellschaft, die wir nicht wollen. Daher ein Ja zur partnerschaftlichen Gesellschaft und ein deutliches Nein zum Klassenkampf. Das ist unsere Position. *(Beifall bei der ÖVP)*

Daher möchte ich diesen Abänderungsantrag einbringen. Ich lese die Beschlussformel vor:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine Senkung der Abgabengabenquote und die Abschaffung der kalten Progression zur Entlastung des Mittelstandes einzusetzen. Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung ausdrücklich gegen die Einführung einer möglichen Erbschafts-, Schenkungs-, Vermögens- oder Maschinensteuer einzusetzen. Danke schön. *(Abg. Mag. Franz Steindl übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag – Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag.a Regina Petrik: Mittelstand oder Mittelschicht?)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Steindl, Sie waren im ersten Teil, in etwa den ersten zehn Minuten sehr authentisch, meiner Meinung nach auch glaubwürdig. Man hätte Ihnen das sofort abgenommen.

Im zweiten Teil ist Ihnen dann etwas passiert. Dann haben Sie etwas überzogen, ein wenig übertrieben, und damit ist dann die Glaubwürdigkeit verloren gegangen, weil, jetzt den GRÜNEN zu unterstellen, sie wollen einen Fernseher besteuern oder ein Auto besteuern. *(Abg. Manfred Kölly: Das könnte schon passieren.)*

Jetzt muss ich mich schützend vor den GRÜNEN hinstellen *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, nicht!)* und muss sagen, nein, Herr Kollege Steindl, das wollten die GRÜNEN nicht. Ganz im Gegenteil! Das haben Sie wieder ordentlich überzogen, und damit ist die Glaubwürdigkeit den Bach hinuntergegangen.

Und auch, Sie wissen das auch, was der Herr Landeshauptmann damit gemeint hat, wenn man eine Million besitzt, eine zweite Million erwirbt, und für diese zweite Million 5.000 Euro pro Jahr mehr Steuern zahlt, darum geht es nämlich. Dann glaube ich, ist das zulässig. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 38,5 Stunden arbeiten, zahlen deutlich mehr als diese 5.000 Euro pro Jahr an Steuern, und ich glaube, das ist fair.

Es sollte auch die ÖVP nachdenken, ob man nicht die Rolle des Schutzpatrons der Millionäre aufgibt und wirklich auf den Mittelstand ein bisschen schaut. Weil, da sind wir uns wahrscheinlich alle einig, da sind die Abgaben deutlich zu hoch. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Kollege Steindl, wenn man Ihnen zugehört hat, hat man fast den Eindruck gehabt, wir müssen jetzt für Stiftungsbesitzer und für Millionäre sammeln gehen, *(Abg. Klaudia Friedl: Ja! – Heiterkeit bei der Abg. Klaudia Friedl)* weil die schon so arm sind. Da kann man überhaupt nichts machen. Also so gesehen, glaube ich, sollte man schon sehr sachlich an diese Materie herangehen. Grundsätzlich, glaube ich, stimmen alle im Landtag vertretenen Parteien überein, dass dieses Thema sehr wichtig ist und dass es eine gewisse Schieflage in Österreich gibt.

Für die Sozialdemokratie nehme ich in Anspruch, dass wir in den letzten Jahren hier gemeinsam mit Gewerkschaften und auch mit der Arbeiterkammer sehr aktiv waren. Ich erinnere an das Jahr 2010, als wir eine Kampagne „Zeit für Gerechtigkeit“ oder „Im Burgenland Gerechtigkeit statt neue Massensteuern“ vorangetrieben haben. 2014/2015 unter „Mehr Netto vom Brutto“ war der Landeshauptmann Niessl der Erste, der damals im „Kurier“ gefordert hat, eine Steuerreform braucht Österreich, brauchen vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, kleine und mittlere Betriebe, Pensionistinnen und Pensionisten.

Ich erinnere auch daran, dass damals unter Druck der Gewerkschaften immerhin eine Million Unterschriften in Österreich, auch unter öffentlichem Druck der Arbeiterkammer es gelungen ist, dass es im Jahr 2016 eine Steuerreform gegeben hat. Immerhin fünf Milliarden, die hier an Steuererleichterungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Pensionisten, Kleinunternehmer und Niedrigverdiener lukriert werden konnten. Also ich glaube, ein großer Schritt zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, der den Konsum auch in Österreich angekurbelt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben damals profitiert. Aber ich möchte etwas weg von einer akademischen Diskussion, wie man das alles machen könnte, und mich eher auf das Burgenland besinnen und schauen, wie das Burgenland hier unterwegs ist.

Man kann durchaus sagen, dass die Sozialdemokratie und die FPÖ die Gerechtigkeit im Burgenland deutlich besser lebt wie in allen anderen Bundesländern. Das möchte ich auch mit ein paar Beispielen untermauern, denn in keiner OECD-Region sind die Einkommen so gleichmäßig verteilt wie im Burgenland. Das sagt nicht Statistik Burgenland, sondern das sagt die OECD, die hier dem Burgenland ein wirklich gutes Zeugnis ausstellt, was die Einkommen anbelangt.

Im Burgenland sind die Nettomieten und Betriebskosten am niedrigsten von allen Bundesländern. Auch darüber wird wenig gesprochen. Wir haben eine wirkliche

Ausnahmesituation, was die Nettomieten und Betriebskosten anbelangt. Nur 19 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur 19 Prozent des Haushaltsbudgets geben die Burgenländerinnen und Burgenländer durchschnittlich für das Wohnen aus. Schauen wir uns das in anderen Bundesländern an!

In Tirol sind es beispielsweise 43 Prozent. Das liegt wahrscheinlich auch daran, dass keine Sozialdemokraten hier sozusagen in Regierungsverantwortung stehen und dass anders reagiert wird. Österreichweit sind es 34 Prozent, sagt Statistik Austria, 19 Prozent das Burgenland, sagt nicht Statistik Burgenland, sondern Statistik Austria.

Wir nehmen 500 Millionen Euro in die Hand für Gesundheit, Soziales. Das ist auch ganz, ganz wesentlich. Das stemmen wir, mit dem machen wir Fahrtkostenzuschüsse für gering Verdienende, Lehrlinge, Heizkostenzuschuss, Familienförderung und so weiter. Also ein Stück zu mehr Gerechtigkeit. Vor allem weil die Ungleichheit weiter wächst und große Vermögen immer größer werden, gibt es trotzdem eine Schieflage.

Kollegin Petrik hat dann schon einige Beispiele genannt, die man nicht vom Tisch wegwischen kann. Denn wenn internationale Vergleiche zeigen, dass die Millionäre bei uns wirklich verschont werden, dann gibt es auch die dementsprechenden Ergebnisse. Denn ein Prozent der Österreicher verfügen über gleich viel Nettovermögen wie die unter 80 Prozent der Bevölkerung.

Das muss man schon einmal sehen, man kann nicht sagen, geh, das stimmt ja alles nicht. Das muss man wirklich sehr sachlich einmal begutachten. Das liegt natürlich auch daran, dass Österreich bei den vermögensbezogenen Steuern auf dem viertletzten Platz der Euroländer liegt, Herr Kollege Steindl. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Viertbesten!)* Nein, nein, letzten. Lediglich 1,4 Prozent. In diesem Bereich sind wir wirklich das absolute Schlusslicht in Europa. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie man sieht. – Abg. Christian Illedits: Genau.)* Der Durschnitt liegt bei 5,5, wir bei 1,4. Sie sehen, welcher Spielraum da gegeben wäre.

Wir liegen übrigens, Herr Kollege Steindl, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Man muss das gesamte System sehen.)* - ja, ich sehe das ganze System - dabei hinter Deutschland, wir liegen dabei hinter Luxemburg und hinter Finnland, diese besteuern Vermögen deutlich höher wie Österreich. Ich sage nur, weil immer so getan wird, als eh schon alles getan wurde.

Ja, darum tritt die SPÖ weiterhin für mehr Gerechtigkeit ein, die Steuerlast ist zu hoch. Sie ist nur ungerecht verteilt, denn auf Arbeit liegt viel zu viel Steuern. Daher treten wir weiterhin für eine Millionärssteuer ein, für eine faire Besteuerung der Konzerne. Im Gegenzug wollen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten.

Es ist schon so, es gibt viele, die sagen, wenn ich viel verdienen würde, dann würde ich auch gern viel Steuern zahlen. Das trifft aber leider nicht auf alle zu, insbesondere nicht dann, wenn es um große Konzerne geht, die hier in Österreich, die in Europa großartige Gewinne machen und dementsprechend auf irgendwelche Cayman Islands oder anderen Konstruktionen wenig bis gar keine Steuern zahlen. Trotzdem muss ich sagen, unterscheiden wir uns hier auch bei den GRÜNEN.

Kollege Molnár hat es auch erwähnt, denn es ist schon der Versuch, einen Keil in die Koalition zu treiben. Das werden wir nicht zulassen, denn wir lassen uns sicher nicht auseinanderdividieren. Das ist die neue Politik. Wir stellen nämlich nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Mittelpunkt, und wir arbeiten und streiten nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Daher haben wir einen Abänderungsantrag formuliert und im Ausschuss schon eingebracht und beschlossen. Dieser Abänderungsantrag, glaube ich, wäre schon überlegenswert, ob dem nicht alle zustimmen. Denn was wollen wir? Wir wollen die schleichende Steuererhöhung durch die kalte Progression abschaffen. Ich glaube, bei diesem Punkt sind auch alle dafür.

Zweitens, wir wollen Steuerschlupflöcher für Konzerne stopfen. Müssten ja auch alle dafür sein. Außer man stellt sich jetzt vor Konzerne, die halt nicht Steuer zahlen wollen. Ich glaube nicht, dass es eine Partei im Burgenländischen Landtag gibt, die sich hier dagegen aussprechen kann.

Was wollen wir weiter? Die stärkere Besteuerung von international aktiven Konzernen, sprich Google, die Millionengewinne machen, in Österreich, in Europa, und hier keine oder nicht dementsprechende Steuern zahlen. Ich bin überzeugt, es gibt keine Partei hier im Burgenländischen Landtag, die sagt, ja, die sollen keine Steuern zahlen, sondern wenn die Arbeitnehmerin, der Arbeitnehmer Steuern ordentlich zahlt, der Klein- und Mittelbetrieb, dann soll das der große Konzern ebenfalls, der deutlich größere Gewinne macht.

Wir wollen Steueroasen trockenlegen. Wir wollen eine faire Verteilung der Steuerlast und wollen den Faktor Arbeit entlasten.

Also ich glaube, ein Abänderungsantrag, mit dem wirklich alle Parteien mitkönnten. Ich glaube, damit wäre auch wieder ein großer Schritt für mehr Gerechtigkeit getan. Ich hoffe, dass diesen Antrag auch alle im Landtag vertretenen Parteien mittragen. Wenn das nicht der Fall ist, dann nehmen wir zur Kenntnis, dass man hier Großkonzerne schützen will, dass man Steuerlöcher weiter aufrechterhalten will und dergleichen, und das wäre wirklich schade. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich als nächster Redner Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte das nicht unnötig in die Länge ziehen. Es ist ja schon sehr viel gesagt worden, aber ich hoffe doch auf Verständnis, dass ich bei der Abgabenpolitik, der ja meine besondere Neigung gilt, auch das eine oder andere verlieren möchte beziehungsweise muss.

Lassen Sie mich mit dem beginnen, was an dem Antrag zweifellos positiv ist. Erstens einmal, dass er überhaupt gestellt worden ist, das ist sicherlich aus meiner subjektiven Sicht zumindest einer der spannendsten Debatten, die wir in den letzten Sitzungen, möchte ich einmal sagen, abgehalten haben. Ich persönlich finde das sehr kurzweilig. Ich bin auch dankbar, dass das so gekommen ist.

Es gibt aber auch anderes. Richtig ist zum Beispiel, dass wir sicher eine massive Ungleichverteilung der Vermögen haben. Ich glaube, das wird hier auf Einstimmigkeit stoßen. Richtig ist, dass es negative volkswirtschaftliche Folgen dieser Ungleichverteilung gibt, und richtig ist, dass es das Ziel der Wirtschaftspolitik sein muss, dagegen etwas zu unternehmen. Ich glaube, soweit sind wir einer Meinung.

Die Frage ist nur, wie wir dieses Ziel erreichen und hier, glaube ich, scheiden sich die Geister doch einigermaßen. Gut gemeint ist hier nämlich das diametrale Gegenteil von

gut gemacht. Hier glaube ich, es sollte etwas mehr Pragmatismus statt Ideologie Einkehr halten, und ich möchte vielleicht dazu einen Beitrag leisten.

Beginnend einmal mit den Fakten. Zum einen werden bestimmte Steuerarten relativ wild durcheinander gemischt. Es wird zum einen von Erbschaftssteuer gesprochen, zum anderen von Vermögenssteuer, das sei dann das Gleiche, auch wenn es bei einer eigenartigen OECD-Berechnung in einen Topf geworfen wird, das muss man zugeben.

Es ist aber so, dass bei einer Erbschafts- oder Schenkungssteuer ein Übergang eines Vermögens von einer Person auf eine andere stattfindet, wo dieser Übergang, also dieser Bereicherungseffekt, besteuert wird. Bei einer Vermögenssteuer ist es ja nicht der Fall, sondern da ist das Vermögen in der Hand einer Person, bleibt in der Hand dieser Person und rein diese Substanz wird besteuert. Das ist von der wirtschaftswissenschaftlichen Kategorie etwas ganz anderes. Es wird hier auch von Konzernen und so weiter gesprochen, wo - wie der Klubobmann Hergovich richtig gesagt hat - wir auch weitestgehend Einhelligkeit haben.

Da geht es aber um eine Ertragsbesteuerung. Ich glaube, niemand will, dass in Malta oder Grand Cayman oder wo auch immer hier mit Tax-Shields und sonstigem gearbeitet wird, dass hier eben im Inland null komma irdgendwas Prozent an Steuern anfallen für Konzerne wie Apple, Google und Amazon und wie sie alle heißen, teilweise auch innerhalb der EU-Länder sowas gemacht wird. Das ist aber eine Ertragssteuer, hat auch mit einer Vermögenssteuer nichts zu tun.

Der Abgeordnete Steindl, glaube ich, war es, der gesagt hat, etwas, was vollkommen richtig ist: Es gibt in Österreich bereits eine Vermögenssteuer. Das ist die Grundsteuer. Hier sitzen viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister herinnen, die wissen, wenn sie ihr eigenes Budget anschauen, dass die Grundsteuer ein nicht unwesentlicher Einnahmeposten ist, in erster Linie für die Gemeinden.

Man muss sich überlegen, in welcher Form liegt das Vermögen, diese 100 Milliarden ihrer im Antrag, ja, teilweise auch richtig, wie auch immer man die bewertet, aber diese Zahl geistert immer wieder durch die Gegend, in welcher Form liegt die den überhaupt vor. Wenn man sich das anschaut, dann kommt man zum Beispiel drauf, dass über 80 Prozent des Vermögens in Form von Grund und Boden vorliegt.

Also das heißt, 80 Prozent des Vermögens werden bereits jetzt mit der Grundsteuer besteuert und zwar wesentlich höher als diese 0,5 Prozent oder 0,5 Promille, die da vorher zur Debatte gestanden sind und auch mit wesentlich weniger Freibeträgen, weil der lautet bei der Grundsteuer meiner Erinnerung nach auf rund 800 Euro.

Das erklärt auch, warum die Grundsteuer, die Vermögenssteuer im OECD-Schnitt in Österreich so niedrig ist, und zwar deswegen, weil sich die Grundsteuer am Einheitswert bemisst. Also der hat mit dem Verkehrswerten oder reelen Werten nichts zu tun, sondern mit den Einheitswerten, die in den 1980er Jahren zum letzten Mal in wirklicher Form adaptiert worden sind.

Natürlich wenn man heute eine Bemessungsgrundlage aus den 80er Jahren herannimmt, es gibt immer wieder kleinere Adaptierungen, aber diese große Feststellung war die letzte, glaube ich, 1981 oder 1984. Auf jeden Fall spiegelt das in weitesten Teilen nicht den fairen Wert wider, und daher ist natürlich unser Steueraufkommen entsprechend gering.

Im Übrigen hat die Schenkungs- und Erbschaftssteuer - auch sowas gibt es, die wird ebenfalls nur auf Grund eingehoben und zwar als Grunderwerbssteuer beim Übergang von einer Person auf die andere beziehungsweise bei der

Immobilienertragsteuer sollten hier Wertzuwächse aufgedeckt werden. Schenkungssteuer, das Schenkungsmeldegesetz ist ja bekannt beziehungsweise die schiefe Stiftungseingangssteuer steht ja auch im Antrag.

Es geht also immer darum, dass man von diesem Grund und Boden, der ja über 80 Prozent des Vermögens ausmacht, auf andere Vermögenskategorien ausdehnt. Auch das hat hier der Abgeordnete Steindl bereits ausgeführt. Da kommt es natürlich darauf an, welche man hier meint. Das ist zum Teil logisch, wenn man an Bargeld denkt, an Wertpapiere, an Wertgegenstände mit einem Markt- oder Börsenpreis, denken Sie an Goldbarren oder so. Das wird nicht das große Problem sein.

Aber die Menschen sammeln ihr Vermögen in allen möglichen Kategorien. Gebrauchsgegenstände wurden zum Beispiel erwähnt, beim Fernseher ist es vielleicht ein bisschen kleinlich gesehen, der paar hundert Euro kostet. Aber wenn eine Familie zwei oder drei Autos hat, bin ich mir da schon nicht mehr so sicher, ob man das zum Haus dazugerechnet, gewisse Freibeträge schon überschreitet.

Die Leute sammeln auch unterschiedlichste Sachen, denken Sie an Gemälde, denken Sie an Weinkeller, Briefmarken, antike Münzen, was auch immer. Das alles stellt ja Wert dar, der natürlich in einer Vermögenssteuererklärung erfasst und bewertet und dann natürlich auch kontrolliert werden muss, aber dazu komme ich noch.

Dann kommen wir natürlich zu den Kategorien, wo es wirklich heikel wird. Betriebsvermögen wurde ebenfalls schon erwähnt. Also Betriebsvermögen zu besteuern, das ist mir zumindest aus den Reihen der SPÖ noch nicht bekannt geworden, dafür bedanke ich mich auch, weil ich glaube, das wäre wirklich ein fataler Fehlgriff, dass man hier reingreifen möchte.

Aber denken Sie zum Beispiel an Rechte. Was ist, wenn ich Beteiligungen an einem Unternehmen halte? Was ist, wenn ich Kommanditist in einem Unternehmen bin? Was ist, wenn ich eine Lizenz vergebe, weil ich ein Patent habe zum Beispiel? Was ist, wenn ich eine Jagdpacht, wo wir letztes Mal gesprochen haben, habe? Das könnte man als Vermögen definieren. Ich kann das ja weiter zu Geld machen. Das alles müsste man besteuern.

Was ist beispielsweise mit Forderungen? Denken Sie an privates Pensionskapital oder an betriebliches Pensionskapital, das sind etliche Milliarden Euro, ich bin der festen Überzeugung, wenn man diese 80 Prozent Grund und Boden einmal wegrechnet, die hoffentlich nicht noch einmal besteuert werden, sondern die Grundsteuer sozusagen eine Anrechnung auf die Vermögenssteuer sein soll, dann bin ich der festen Überzeugung, dass diese Forderung weitere 15, 16, 17 Prozent in dieser Größenordnung ausmachen. Das heißt, hier müsste man auch noch einmal der Besteuerung unterziehen, vom staatlichen Pensionskapital einmal ganz zu schweigen.

Ich glaube, dass hier die praktischen Probleme ganz enorm sind. Die nächste Frage ist: Was ist die Zielsetzung? Es wird hier immer mit der Umverteilungswirkung argumentiert. Es ist richtig, dass ganz, ganz wenige ganz, ganz viel Vermögen in ihren Händen kumuliert haben. Das ist richtig.

In Österreich ist es noch nicht so dramatisch als in anderen Ländern. Ich glaube, wenn man es global sieht, ist die Hälfte der Vermögen auf ungefähr 60 Personen, wenn ich das richtig im Kopf habe, verteilt. Natürlich über Beteiligungen, Unternehmensanteile und so weiter. Wenn man diese Gruppe aber treffen will, dann kommt man mit einem Freibetrag von 500.000 Euro nicht wirklich weiter.

Also da müsse man Erstens einmal, mit einem wesentlich höheren Tarif reingehen und wesentlich höher mit der Bemessungsgrundlage reingehen, ab einer Milliarde meinetwegen und dann müsste man sich natürlich andere Gedanken machen. Aber dann wäre zumindest das Argument der Umverteilung einmal erklärt. Bei 500.000 Euro werden Sie mit der Umverteilung nicht viel erreichen.

Daher liegt natürlich der Hintergedanke nahe, dass es um eine rein fiskalische Zielsetzung geht, wie es Klubobmann Molnár schon gesagt hat, wir haben ohnehin eine Rekordabgabenquote, ob wir da noch einmal was draufpacken sollen, ist also mit Skepsis zu sehen.

Nächster Punkt: Umsetzung. Ich muss - als im Hauptberuf Finanzbeamter, der mit seinen Kolleginnen und Kollegen das ja auch administrieren muss - hier natürlich einige Punkte sozusagen zum Detail ausführen, indem ja bekanntlich der Teufel oft liegt. Leider wird von jenen, die das fordern, nur sehr wenig an Lösungsvorschlägen vorgelegt.

Das Einzige, was gekommen ist, ist meines Wissens nach, auch von der Bundes-SPÖ gekommen und zwar die Idee einer Selbstbemessung. Das kann man machen, das wird zum Beispiel in der Schweiz mit einem vollkommen anderen Steuersystem gemacht. Selbstbemessung ist aber im österreichischen Steuersystem sehr kritisch zu sehen.

Selbstbemessung heißt, jeder einzelne Staatsbürger oder jeder einzelne, der seinen Sitz hier in Österreich oder Vermögen in Österreich hat, Grundbesitz zum Beispiel, muss eine Vermögenssteuererklärung ausfüllen, weil man weiß ja vorher nicht, wie viel der Vermögen hat. Also ich nehme einmal an, das wird jeden treffen. Das ist einmal ein gewisser Bürokratieaufwand. Und dann ist die Frage, was ist, wenn aber die Angaben unrichtig sind, ob wissentlich oder unwissentlich?

Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Finanzstrafverfahren, und zwar für jeden Einzelnen, wo man da draufkommt, und insbesondere ist das Problem in der Bewertungsproblematik nicht zu vernachlässigen. Dann kommen die Finanzprüfer, also sprich meine Kolleginnen und Kollegen, und müssen dann einen Weinkeller oder ein Auto oder Gebäude oder eine Jagdpacht oder sonst irgendetwas bewerten und kommen vielleicht drauf, na das ist eigentlich 100.000 Euro mehr wert. Damit überschreitest du die 500.000 Euro-Grenze.

Auf welcher Grundlage soll man das bewerten? Da gibt es eigene Experten für Kulturgüter, für Liegenschaften und so weiter, die sich selbst oft nicht einig sind. Warum sollen ein paar hundert oder meinetwegen ein paar tausend Finanzbeamte das besser wissen und auf dieser Grundlage dann Finanzstrafverfahren, die ja entsprechende Folgen in der Personalakte oder Privatakte und so weiter nach sich ziehen, auslösen müssen? Die würden dann mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zu einer Verurteilung führen. Das wäre abgesehen von den finanziellen Wirkungen, also das ist schon sehr kritisch zu sehen.

Im Sukkus bleibt eigentlich nur übrig zu sagen: Es ist, wie gesagt, ein gut gemeinter Vorschlag, die Probleme sind richtig identifiziert worden, aber es ist ein unausgegorener Vorschlag. Die Bedeutung angesichts der Abgabenquote haben wir schon erwähnt. Ich teile die Meinung von Klubobmann Molnár, dass wir eher ein Ausgaben- und nicht ein Einnahmenproblem haben. Wenn wir darüber überhaupt einmal fundiert debattieren sollten, sollten wir zuerst andere Hausaufgaben machen. Wir müssen uns überlegen über volkswirtschaftliche Effekte hinsichtlich Umgehung, Vermeidung und so weiter.

Was der Abgeordnete Steindl vorher vergessen hat, wenn man ein Betriebsvermögen belastet, ein Beispiel, und hier Vermögenssteuer zu zahlen hätte, dann

kann man die von der Ertragssteuer, Körperschafts- oder Einkommenssteuer, je nach Rechtsform, ja wieder abziehen.

Das heißt, wir hätten dort Mindereinnahmen, wo man natürlich das gegenrechnen muss, ich glaube, zu den 110 Millionen, was Sie gesagt haben, kommen wir dann gar nicht, weil wir natürlich dann wieder entsprechende mindernde Wirkungen haben und so weiter und sofort. Welche Investitionen werden nicht getätigt? Welche Arbeitsplätze werden nicht geschaffen und dergleichen mehr.

Ich sehe all das als eine Bringschuld derjenigen, die das fordern, bin gespannt auf Vorschläge, die da vielleicht noch hereinkommen werden, hoffe da auf den Wahlkampf, dass der Michael Häupl diesmal nicht recht hat, sondern dass hier wirklich konkrete Vorschläge gebracht werden, die dann am Tisch gelegt werden, dass man wirklich im Detail darüber sprechen kann.

Wie gesagt, sicherlich gut gemeint, aber aus meiner Sicht völlig unausgegoren und aus diesem Grunde sagt die FPÖ - und da sind wir einer Meinung mit der Bundes-FPÖ - dezidiert nein. *(Beifall bei der FPÖ – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bravo!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Nur kurz, weil jetzt dermaßen viel Teufel an die Wand gemalt wurde, möchte ich die Diskussion kurz vor der Abstimmung wieder auf den Teppich holen. Es ist auch interessant, wenn bei Vermögenssteuern oder Erbschaftssteuern davon gesprochen wird, dass der administrative Aufwand angeblich höher sei als der Effekt. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Haben wir nie gesagt.)* Bei der Mindestsicherung ist das offensichtlich kein Thema.

Um die Diskussion wieder auf den Teppich zu holen. Unser Antrag, zumindest die Beschlussformel, war wirklich harmlos. Ich möchte deswegen noch einmal vorlesen, weil da vor allem vom Abgeordneten Steindl fantasiert wurde, Sachen, die wir … *(Abg. Mag. Franz Steindl: Also entschuldige, das weise ich zurück!)* Du hast Sachen gesagt, an die denken wir nicht einmal.

Deshalb kurz die Beschlussformel:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um sich für eine Steuerstrukturreform einzusetzen, die zur Entlastung des Faktors Arbeit, insbesondere von kleineren und mittleren Einkommen, die Wiedereinführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer für die reichsten zehn Prozent sowie die Einführung einer Erbschaftsersatzsteuer auf das Vermögen in Privatstiftungen vorsieht.

Das war, glaube ich, der ziemlich harmlose Antrag von uns. Keine Rede von irgendwelchen Schauermärchen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich ersuche höflich beim Abstimmungsvorgang um Ruhe, damit keine Pannen passieren. Ich bedanke mich dafür.

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Anpassungen des Steuersystems ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 951) betreffend Klimaschutz-Maßnahmen - Heizung und Sanierung - im Wohnbau (Zahl 21 - 673) (Beilage 971)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Berichterstatterin zum 14. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung, Beilage 951, betreffend Klimaschutz-Maßnahmen - Heizung und Sanierung - im Wohnbau, Zahl 21 - 673, Beilage 971, ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz-Maßnahmen - Heizung und Sanierung - im Wohnbau in ihrer 21. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Danach erfolgte eine Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz-Maßnahmen - Heizung und Sanierung - im Wohnbau unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Berichterstatterin.

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landesrätin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Mag.a Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Wohnbau. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dazu gibt es dann einen Abänderungsantrag von SPÖ und FPÖ. Der ist gleich massiv erweitert worden. Da geht es um ökonomische, ökologische Entwicklung, um Naturschutz, um Pendler, um Verkehrsstrategie.

Wenn wir heute in der Aktuellen Stunde aufgepasst haben, dann ist es um den burgenländischen Wachstumskurs und um die regionale Wirtschaftsentwicklung im Burgenland gegangen. Das ist auch eine tolle Entwicklung, dem müssen wir schon zustimmen. Das sind schon Daten und Fakten, die vorliegen, die können wir jetzt da nicht wegwischen.

Wir sind auf einem guten Weg und wir sind in der glücklichen Lage, dass wir eben die Arbeitslosigkeit auch hier bei uns im Land reduzieren konnten. Ich glaube, darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Der Klubobmann Robert Hergovich hat gesagt, das Burgenland ist eine Vorzeigeregion. Der Klubobmann Géza Molnár hat weiters gesagt, ein kleines Bundesland wie wir, das Burgenland, kann nicht ganz Österreich beziehungsweise die EU beeinflussen.

Einen weiteren Sager von heute, von der Aktuellen Stunde, den kann ich, glaube ich, auch unterschreiben, denn der Herr Landesrat Petschnig hat gesagt, unabhängig von der Außenwelt agieren können wir leider auch nicht. Ich glaube auch, das kann man bestätigen.

Aber, ich glaube, wir können gerade im Umweltschutz beziehungsweise im Klimaschutz eine absolute Vorzeigeregion nicht nur hier in Österreich, sondern in der ganzen EU werden. Es gibt ja schon, und das gibt es auch nicht seit ein paar Jahren, das gibt es ja schon seit Jahrzehnten auch, einiges zum Vorzeigen.

Wenn wir nur an die Windenergie denken, wo wir doch seit absehbarer Zeit mehr Energie für uns Burgenländer produzieren, als wir im Burgenland auch verbrauchen. Natürlich kann man das jetzt nicht so 1:1 nehmen und sagen, das haben wir ständig. Der Wind geht nicht ständig gleich, aber wir produzieren eigentlich mehr Energie, als wir benötigen, Strom, Energie. Stromenergie.

Aber, jetzt bin ich dann ohnehin schon beim Wolfgang Spitzmüller, der heute in der Aktuellen Stunde gesagt hat, und das gibt mir schon zu denken, Österreich tut wenig bis fast nichts für den Klimaschutz. Ich sage es abgeschwächt, denn das ist eigentlich ein Witz.

Ich glaube, wir brauchen uns im Burgenland für das alles was wir tun nicht verstecken. Schon gar nicht in ganz Österreich. Bei der Windkraft, zum Beispiel, sind wir im Burgenland Vorreiter. Wasserkraft in ganz Österreich, ja. Wir haben unsere Stauseen, über die wir genauso Energie produzieren. Das geht aber weiter mit Alternativenergieanlagen, es geht weiter mit Hackschnitzel-, Pelletsanlagen, es geht weiter mit modernsten Müllverbrennungsanlagen, die große Fernwärmenetze speisen, mit Photovoltaikanlagen, die wir überall umsetzen.

Aber es geht noch weiter, es geht noch in Richtung Abfallentsorgung und Trennung, Wasserversorgung, auch die Waldbewirtschaftung. Ich glaube, da brauchen wir uns generell nicht verstecken. Dass wir hier natürlich jetzt in der Vergangenheit an Erneuerungen von Haushalten auch nicht mehr zusammengebracht haben, hat auch damit zu tun, also effizientere Anlagen, dass natürlich auch der Energiepreis das seine dazu beiträgt.

Der ist ja in den letzten zwei, drei, vier Jahren nicht wirklich gestiegen, aber wenn man sich das anschaut aus den Neunzigerjahren heraus, gibt es eine kontinuierliche Steigerung zwischen fünf und sechs Prozent pro Jahr. Da gibt es aber in den letzten Jahren einen Einbruch. Das ist natürlich nicht unbedingt ein Grund, dass man als Private hier mehr investiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Dr. Rezar hat heute auch noch etwas sehr Interessantes gesagt, und das kann ich auch nur unterstreichen. Ich glaube, wir können alle stolz sein, dass wir hier in Österreich und wenn man auch hier bei uns im Burgenland leben können, denn wir haben wirklich eine Vorzeigeumwelt.

Aber, wir können schon noch mehr machen, das ist keine Frage. Aber, wenn wir das jetzt nur mit unseren Nachbarregionen vergleichen - wir brauchen nur einmal in den Osten schauen, dann wird ganz klar sein, dass wir, dass die mit unseren Standards hier, was wir alles in der Umwelt machen, dass die hier nicht mit uns mit können.

Wenn wir den geistigen Schwenk jetzt in den Süden machen, wird es nicht viel besser sein, genau so wenig im Westen. Der Norden vielleicht, ja, die agieren vielleicht auf Augenhöhe. Der eine oder andere Staat ist uns da mitunter vielleicht voraus, was die Alternativenergien betrifft und die Forcierung von solchen Dingen betrifft.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind natürlich zwei wichtige Themen, das ist keine Frage und darauf müssen wir natürlich auch im Burgenland ein großes Augenmerk legen. Entscheidungen, die hier auf Landesebene in diesem Bereich passieren, haben natürlich einen massiven Einfluss auf unsere Umwelt, das ist keine Frage.

Ich glaube aber, dass wir uns hier im Burgenland auf dem richtigen Weg befinden. Die Frau Landesrätin Eisenkopf ist dafür auch zuständig und es gibt ja auch Förderungen in den verschiedensten Bereichen, wo wir heute schon unterstützen. Uns ist es aber ein Anliegen, der Liste Burgenland, dass wir trotz allem etwas mehr noch machen, mehr hier einbringen und mehr eine Vorreiterrolle für Österreich und auch für die EU werden.

Wir können hier eine absolute Vorzeigeregion werden. Da gilt es natürlich im eigenen Bereich zu beginnen. In diesem Antrag ist auch, zum Beispiel, von den Grünen aufgezeigt, dass man Gasheizungen im Burgenland im Gegensatz zu anderen Bundesländern nach wie vor fördert.

Ich habe jetzt mit dieser Thematik seit 38 Jahren zu tun, aber ich kenne keine Gasheizung, die in den letzten zehn Jahren im Einfamilienhausbereich gefördert wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das war vielleicht früher, aber es wird nicht im Einfamilienhausbereich gefördert. Was hingegen schon gefördert wird, sind natürlich Wärmepumpenanlagen. Die werden natürlich gefördert. Das ist jetzt im Warmwasserbereich, das ist aber auch im Heizungsbereich, wenn sie einen gewissen COP-Wert erreichen.

Es werden natürlich auch andere Alternativenergieanlagen gefördert. Wo wir aber hin wollen, und da ist uns dieser Abänderungsantrag von der SPÖ-FPÖ ein bisschen zu schwammig, ein bisschen zu wenig formuliert.

Wenn dort steht die nachhaltige ökonomische, sozial gerechte und ökologische Entwicklung des Burgenlandes weiterhin am Landesentwicklungsprogramm 2011 auszurichten und bestmöglich voranzutreiben, muss ich sagen, ist das ein bisschen zu wenig. 2011 ist vor sechs Jahren gewesen. Da müssen wir aktiver werden, da müssen wir mehr in die Geschichte hineinbringen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Wir sind schon der Meinung, dass man hier eingreifen müsste und wir haben auch heute einen Antrag abgegeben, wo es uns darum geht, dass die Kommunen hier eine Vorreiterrolle spielen müssen.

Wenn ich hergehe und sage, jede Kommune hat natürlich genug Gebäude, sei es jetzt das Gemeindeamt, die Volksschule, der Kindergarten, der Bauhof und so fort, auch in den ganzen ausgelagerten Betrieben, dann haben wir hier ein riesiges Potential, wo wir etwas machen können. *(Abg. Manfred Kölly: Das Landhaus selber! Das Landhaus!) Das* ist ein Multiplikator für unsere Mitbewohnerinnen und Mitbewohner des Burgenlandes.

Da kann man Vorreiter spielen und da kann man mit gutem Beispiel vorangehen. Photovoltaik, ein wichtiges Thema, ganz wichtig. *(Abg. Ingrid Salamon: Das haben schon viele Gemeinden.)* Wir schreien zwar nicht so laut, aber wir haben in der Gemeinde einiges an Alternativenergie. Wir sind nämlich auch in der glücklichen Lage, dass wir mit dem Fernheizwerk aus Neudörfl auch Fernwärme bekommen, wo unsere Kuranstalten angeschlossen sind.

Wir haben aber auch auf unseren ganzen Gebäuden Photovoltaikanlagen installiert. Wir betreiben unsere Quelle mit Hackschnitzelanlagen. Wir haben ein eigenes Heizkraftwerk gebaut, wo wir eine Wohnungsanlage der OSG versorgen. Wir versuchen wirklich nachhaltig zu arbeiten.

Vielleicht ein kleines Beispiel noch am Ende, weil es bei uns auch gerade aktuell ist. Wir haben einen Sportplatz neu errichtet und wir haben diese Sportanlage mit einem Brunnen, mit einem Reservetank ausgestattet. Wir bewässern über diesen Brunnen und die Pumpe, die das Ganze dann vollbringt, wird mit einer Photovoltaikanlage betrieben. Das heißt, dass das Wasser, womit der Sportverein den Platz bewässert, nichts kostet und die Energie von der Sonne kommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Damit man sieht, welche Dimension das hat: Wenn der Verein selbst 370 Kubikmeter in zwei Jahren jetzt gebraucht hat für das Vereinsgebäude, das kommt natürlich aus dem öffentlichen Wassernetz, das ist klar, dann ist das nur für das Vereinsgebäude gedacht, wo geduscht wird und sonstiges, ja.

Aber, für die Bewässerung haben wir 21.000 Kubikmeter Wasser benötigt. Das kommt nun aus einer Brunnenanlage. Ich will damit nur noch einmal festhalten: Kommunen müssen sich so aufstellen, dass sie nachhaltig arbeiten, dass sie diese ständige Energie, die sie benötigen, nicht auf die nächste Generation verschieben, sondern dass man das dementsprechend mit solchen Maßnahmen auch in den Griff bekommt.

Wir von der Liste Burgenland haben ein großes Interesse, dass wir hier in den Kommunen, wir sind natürlich auch zwei Bürgermeister in den Gemeinden, etwas voranbringen. Es gibt auch Unterstützung immer wieder seitens des Landes. Es gibt ja auch Förderungen.

Hier sollten wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, um Vorbild für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer zu sein. Danke. *(Beifall bei der LBL, den GRÜNEN und des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Geschätzter Kollege Gerhard Hutter! Vielen Dank für Deine Vorworte. Dass das Burgenland nichts getan hat, habe ich in der Aktuellen Stunde so nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, seit das Pariser Abkommen beschlossen worden ist, ist nichts mehr passiert.

Vergleiche hast Du mit anderen Ländern gezogen, aber natürlich wäre es gescheiter, sich an den Besseren zu messen und nicht an den Schlechteren. *(Abg. Gerhard Hutter: Wir sind die Besseren!)* Konkret hat die Umweltorganisation GLOBAL 2000 an den - ja es gibt wie Du richtig gesagt hast, noch Bessere - *(Abg. Gerhard Hutter: Ja, aber. - Abg. Manfred Kölly: Das glaube ich nicht!)* die Umweltorganisation GLOBAL 2000 hat einen Wohnbaucheck der Bundesländer gemacht.

Da steigen wir leider nicht so gut aus. Da sind uns die Länder Wien, Vorarlberg, Steiermark und Niederösterreich, die auch nicht jetzt die Besten sind, aber doch um einen Weg voraus. *(Abg. Manfred Kölly: Wir können noch immer besser werden. Besser!)* Die Bestnote hat nämlich kein Bundesland erreicht. Aber, wir gehören leider laut diesem Check zu den Schlechteren.

Warum ist das so? Bei den Ölheizungen sind wir ja noch ganz gut unterwegs, da die, Gott sei Dank, im Großen und Ganzen out sind. Leider gibt es von Wirtschaftsseiten immer noch Förderungen dafür und immer noch werden alte gegen neue Ölkesseln ausgetauscht. Das würden wir gerne nicht mehr sehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vor allem, weil es eben dem Pariser Klimaschutzabkommen komplett widerspricht.

Bei den Erdgasheizungen sind wir schon wesentlich schlechter unterwegs. Wir haben nach Tirol den zweithöchsten Zuwachs. Neun Prozent in den letzten zehn Jahren. Das ist deswegen auch besonders schlecht, weil bei uns der Anteil an Gasheizungen ohnehin schon sehr groß ist. Jetzt ist die Erdgasheizung im Vergleich zur Ölheizung noch eine relativ harmlose Heizung, was die Treibhausgase angeht, und sicher eine Brückentechnologie, die wir noch ein paar Jahre brauchen werden. Tatsache ist aber, dass wir uns dazu verpflichtet haben, aus den fossilen Brennstoffen komplett auszusteigen.

Das heißt, wir müssen uns etwas überlegen und deswegen auch unser Antrag. Wie kommen wir vom Gas runter? Jede Gasheizung, die wir heute neu installieren, werden wir in einigen Jahren austauschen müssen. Das ist nicht nur unökonomisch, das ist unökologisch und letztendlich trifft es auch die, die diese Gasheizungen jetzt installieren, wenn sie dann wieder aussteigen müssen.

Das heißt, hier brauchen wir ein Szenario, eine Überlegung, wie steigen wir hier um, welche Förderungen brauchen wir konkret und vor allem was machen wir mit Neubauten, die eigentlich heute nicht mehr mit Gasheizungen ausgestattet werden sollen?

Ähnlich schlecht schneidet das Burgenland bei der thermischen Sanierung ab. Seit 2010 hat sich die Sanierungsrate österreichweit nicht wie geplant verdreifacht, sondern, im Gegenteil, halbiert. Im Burgenland gab es zwischen 2010 und 2015 ein Plus von 0,2 Prozent.

2011 waren es 0,5 Prozent. Das ist also nicht wirklich berühmt. Einzig das Bundesland Salzburg hat hier noch eine schlechtere Bilanz. Dies widerspricht nicht nur der eigenen Klima- und Energiestrategie des Burgenlandes, sondern auch der Energiestrategie Österreichs. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bis zum Jahr 2020 war eigentlich eine Sanierungsrate von drei Prozent vorgesehen, ausgehend von einem Prozent im Jahr 2010. Zur Erinnerung noch einmal, wir sind jetzt bei 0,2 bis 0,5 Prozent. Warum ist das so wichtig? Logischerweise hier wird teilweise noch beim Dachgeschoss hinausgeheizt. Teilweise bei den Fenstern. Dies betrifft nicht nur die privaten Häuser, sondern teilweise auch Häuser, die im Landes-, Gemeinde-, oder Eigentum des Bundes sind.

Ich habe hier öfters schon Beispiele gebracht. Die Mittelschulen konkret in Güssing und in Rudersdorf. In Rudersdorf wird teilweise noch mit Strom geheizt. Riesige Fensterflächen, die nicht beschattet werden können, wo es eigentlich auch nicht nur unökologisch ist, sondern auch den Lärmbetrieb beeinflusst, weil bei solchen Temperaturen, wenn es draußen sehr warm ist, der Leistungsabfall ganz deutlich ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgesehen von den positiven Klimaeffekten wäre natürlich hier, da wir heute schon die Aktuelle Stunde zum Thema hatten, die Wirtschaft und die Arbeitsplätze ganz wesentlich, weil wir hier im Burgenland regional bauen, mit dem Burgenland ganz massiv ausbauen könnten.

Wesentlich ist dabei auch, dass das Burgenland das einzige Bundesland ist, das keine spezielle Förderung für ökologische Dämmstoffe hat. Es wird leider nach wie vor hauptsächlich mit Styropor gedämmt. Styropor ist, wenn dann nach einigen Jahrzehnten hoffentlich das Haus erneuert werden muss, abgerissen werden muss, Sondermüll.

Man kann das Styropor teilweise nur sehr schwer recyceln, weil da diese Klebstoffe drauf sind. Hier braucht es dringend eine zusätzliche Förderung für ökologische Dämmstoffe. Die meistens ein bisschen teurer sind, aber um das Abzufedern wäre das ganz wichtig.

Ich habe mir die Energiestrategie ein bisschen angesehen und einen Teilbereich herausgenommen. Da sind eigentlich sehr gute Maßnahmen enthalten. Allein im Moment merke ich nicht viel davon, aber vielleicht geschieht das im Verborgenen. Ein paar Punkte.

Bewusstseinsbildende Maßnahmen zum Einsatz von energieeffizienten Geräten und Anlagen für private Haushalte, die öffentliche Hand sowie für Industrie und Gewerbe einschließlich Tourismus ist ein Punkt.

Ein weiterer Punkt, unabhängige Beratung für den Tausch von ineffizienten Altgeräten und den Einsätzen von hocheffizienten Geräten für Industrie, Gewerbe und Tourismus. Das geschieht teilweise von der Energie Burgenland. Die landeseigene Energieberatung ist leider im Moment ziemlich heruntergefahren worden. Ich weiß, es gibt Gespräche, das wieder hochzufahren. Das dauert aber leider und jeder Tag ist ein verlorener Tag. *(Landesrätin Mag.a. Astrid Eisenkopf: 900 Energieberatungen in den letzten zwei Jahren! 900 Beratungen!)*

Aber die Energieberater sind trotzdem weniger als vorher. *(Landesrätin Mag.a. Astrid Eisenkopf: Genau so viele! Sie sitzen nur wo anders.) In Ordnung*, gut, da habe ich andere Informationen.

Unterstützung von Energiesparinitiativen, die möglichst breite Schichten der Bevölkerung betreffen. Unterstützung gezielter Austauschprogramme von Geräten und

Anlagen sowohl für Private als auch für die Wirtschaft. Expost-Förderungen, also Belohnungen für Energieeinsparung, Beratung und Förderung von Betrieben, die energieeffiziente und einsparende Maßnahmen in Produktionsabläufen im Service und anderen Dienstleistungen setzen.

Unterstützungen von Initiativen in Gemeinden, die vorbildlichen Charakter für die Bürgerinnen und Bürger haben und Unterstützung bei Energiesparen anbieten. Es gibt zwei Klimaschutzgemeinden, die teilweise recht aktiv sind. Darüber hinaus gibt es leider ein bisschen zu wenig Maßnahmen, unserer Meinung nach, und wie mein Vorredner gesagt hat, hier könnten wir ruhig ambitionierter sein.

Gestern war die Pressekonferenz von der Frau Landesrätin Eisenkopf zum Thema Klimawandel. Da wurden auch die Szenarien bis 2050 angeführt. Allein hier müssen wir von zehn bis 15 mehr Hitzetagen, also alles was ab 30 Grad ist, ausgehen.

Das ist nicht nur landwirtschaftlich schlecht, sondern auch gesundheitlich. Wir wissen, dass es gerade unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger bei so hohen Temperaturen mitunter sehr schlecht geht. Die Herz-Kreislauf-Erkrankungen, dadurch steigen leider auch die Todesfälle, die oft durch Hitze ausgelöst werden bei Menschen die schon vorbelastet sind.

All das sind Gründe, warum wir hier mehr Anstrengungen machen müssen. Ich freue mich, wenn ich jetzt von neuen Sachen höre. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneter Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es liegt uns ein Antrag betreffend Klimaschutzmaßnahmen im Wohnbau vor. Grundsätzlich muss hier gesagt werden, dass das Burgenland gerade auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Ökologie ein Vorzeigeland ist.

Das Landesentwicklungsprogramm liefert dafür die programmatischen Weichenstellungen nach dem Motto: Mit der Natur zu neuen Erfolgen! Im Burgenland werden bereits seit langer Zeit Alternativanlagen und energiesparende Anlagen im Wohnbau gefördert.

Hier gibt es bereits jetzt einen nicht rückzahlbaren Zuschuss für bestimmte Maßnahmen im Wohnbau. Gefördert werden beispielsweise Wärmepumpen, Biomassezentralheizungen, Fernwärmeanschlüsse, thermische Solaranlagen und mechanisch kontrollierte Wohnraumlüftungen. Weil im Antrag auch der Rückgang der umfassenden Sanierungsrate angesprochen wurde.

Diese ist im Zeitraum 2010 bis 2015 in allen Bundesländern rückläufig gewesen, nicht nur im Burgenland. Das Burgenland hat aber auch hier treffsicher reagiert und den burgenländischen Handwerkerbonus ins Leben gerufen. Dadurch wurde nicht nur die Wohnraumsanierung stark angekurbelt, sondern gleichzeitig auch die Klein- und Mittelbetriebe - vor allem auf dem Gebiet des Bauwesens in Zeiten einer ohnehin angespannten Arbeitsmarktsituation gestärkt.

Die Landesregierung wird daher auch in Zukunft die nachhaltige, ökonomische sozial gerechte und ökologische Entwicklung bestmöglich vorantreiben und auch den Handwerkerbonus nach Maßgabe vorhandener Budgetmittel weiterführen und ausbauen.

Wir werden daher unserem Antrag die Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuseherinnen und Zuseher! Ich glaube, man kann es nicht oft genug erwähnen, dass eines der größten und globalen Herausforderungen für die nächsten Jahrzehnte auf dem Gebiet des Umweltschutzes die Reduktion des Treibhauseffektes ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Unumstritten ist auch, und ich glaube, da sind wir uns auch alle einig, aus der Nutzung fossiler Energieträger auszusteigen. Weil wir in wenigen Tagen, vom 12. bis 18. Juni, die Woche des Waldes begehen.

Das Burgenland ist ein Land des Holzes. Rund ein Drittel der Landesfläche, immerhin 133 Hektar, ist bewaldet. Holz ist einer der wenigen Rohstoffe, die durch die längerfristige CO_2-Speicherung in den innovativen Holzprodukten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Holz als Baustoff gewinnt immer mehr an Bedeutung und ist wirklich sehr wichtig für die regionale Wertschöpfung. Ein Kubikmeter Holz speichert immerhin rund eine Tonne CO_2. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit auch an einen anderen wichtigen Punkt des Klimaschutzes.

Dieser beginnt in der Küche. Wir haben es bereits mehrmals erwähnt, es müsste eine Selbstverständlichkeit sein, dass regionale Produkte in Landeseinrichtungen beziehungsweise in landesnahen Betrieben verwendet werden. Klare neue Vorschläge und Umsetzungsschritte, man hat es bereits erwähnt, der Kollege Gerhard Hutter und auch der Kollege Wolfgang Spitzmüller, erwarten wir uns auch von der Landesregierung zur Vermeidung, beziehungsweise Verringerung von CO_2.

Mir fehlen hier die konkreten Vorschläge seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens. Ich glaube, es ist einfach zu wenig, nur zu sagen, dass das Landesentwicklungsprogramm 2011 bestmöglich voranzutreiben ist.

Ich meine, wir müssen Klimaschutz leben und mehr Daten verwirklichen. Unser Ziel ist die ökosoziale Marktwirtschaft. Diese Idee gibt es bereits seit über 30 Jahren, aber sie ist heute wirklich aktueller denn je. Eine leistungsfähige Marktwirtschaft soll die Wertschöpfungsfähigkeit der Wirtschaft verbessern, innovatives Unternehmertum fördern und das Steuersystem umweltfreundlicher gestalten. Das einzige Kriterium und Maßstab für jede Entscheidung ist die Enkeltauglichkeit.

Das heißt, wir leben nämlich auf Kosten der nächsten Generation. Das vieles möglich und machbar ist, zeigen die Klima- und Energiemodellregionen vorbildhaft vor. Keine Abhängigkeit von teuren Öl- und Gasimporten, stattdessen saubere Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Wasser und Bioenergie aus der Region.

Diesbezüglich wäre auch eine Weiterentwicklung, Förderung für Batteriespeichersysteme, die wir als sehr wichtig empfinden, wünschenswert. Aus den erwähnten Gründen schlagen wir auch keine Verbote vor, sondern wir wollen eine bessere Förderung für Alternativanlagen. Die bestehenden Förderungen sind viel zu gering und müssen deutlich erhöht werden. Derzeit beträgt die Förderhöhe grundsätzlich

30 Prozent der anfallenden und anrechenbaren Kosten, wobei es eine Begrenzung gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Einige Beispiele der derzeitigen Fördergrenzen. Die Kollegin Stampfel hat bereits einige erwähnt, vielleicht nur die mögliche Förderhöhe. Die maximale Förderhöhe bei Warmwasserwärmepumpen sind 600 Euro, bei thermischer Solaranlage für Warmwasserbereitung sind es 1.100 Euro, bei Heizungswärmepumpen und bei Luftwärmepumpen, Erd- oder Wasserwärmepumpen sind 2.200 Euro. Hauszentralheizung über Biomasse 2.200 Euro. Fernwärmeanschlüsse 2.000, Regen- oder Brunnenwassernutzungsanlagen 1.000 Euro. Hier, glaube ich, wäre eine wesentliche Erhöhung sicherlich gerechtfertigt und auch angebracht.

Nachdem die veranschlagten Wohnbaufördergelder nicht aufgebraucht werden, ist diese Zukunftsinvestition bestens angelegt und gerechtfertigt. Mit einer kräftigen Erhöhung erreicht man nämlich, dass kaum mehr Heizungen mit flüssigen beziehungsweise festen fossilen Brennstoffen in Neubauten verbaut werden, als auch das Bestehende durch nachhaltige Alternativenergieanlagen ersetzt werden.

Ich bringe deshalb folgenden Abänderungsantrag ein:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

- die Förderung von Alternativenergieanlagen von 30 auf 50 Prozent der anfallenden Gesamtkosten pro Anlage zu erhöhen;
- die maximal mögliche Förderhöhe je Alternativenergieanlage deutlich zu erhöhen und
- den Umstieg von Heizungen mit flüssigen und festen fossilen Brennstoffen auf Alternativenergieanlagen mit einem weiteren Bonus zu fördern.

Damit wir mehr enkeltauglich werden, erwarte ich Ihre Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Dankeschön. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen mit einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Kurt Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Bericht- und Abänderungsantrag betreffend Klimaschutzmaßnahmen, Heizung und Sanierung im Wohnbau vor.

Kollege Temmel! Einleitend möchte ich zu Ihrem Antrag folgendes sagen: Es wird im Burgenland und in den burgenländischen Gemeinden bezüglich Klimaschutz und Umwelt sehr, sehr viel getan. Und letztendlich sind die Bürgermeister und die Gemeinden selbst verantwortlich, wie initiativ man ist.

Und zu Ihrem Antrag, ja es ist, man kann jetzt viel fordern, es wird viel Geld investiert, aber einem Budget nicht zuzustimmen und dann Forderungen einbringen, die letztendlich dem Land viel Geld kosten und die eigentlich nicht vorbereitet sind, ist, *(Abg. Walter Temmel: Wichtig für die Zukunft.)* ja, ist für die Zukunft. Wir tun sehr viel für die Zukunft.

Grundsätzlich muss gesagt werden, dass das Burgenland ein Naturschutzmusterland ist. Ein Drittel der Landesfläche steht unter Naturschutz. Im Burgenland wird daher der Ökologie großes Augenmerk geschenkt. Das Landesentwicklungsprogramm liefert dazu die programmatischen Weichenstellungen nach dem Motto: Mit der Natur zu neuen Erfolgen.

Wenn heute im Antrag der GRÜNEN behauptet wird, das Burgenland gehört im Wohnbaucheck 17 von Global 2000, eindeutig bezüglich Klimaschutz und Energiewende einmal mehr zu den Nachzüglern, so kann man das auch widerlegen. Es gibt eine Studie, wo das Burgenland im Mittelfeld liegt. Das kann man eindeutig hier beweisen.

Im Burgenland werden Alternativenergieanlagen und Anlagen zur Einsparung von Energie und anderen elementaren Ressourcen für Ein- und Zweifamilienhäuser gefördert. Für die Errichtung dieser Anlagen wird ein nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.

Die Förderhöhe beträgt grundsätzlich 30 Prozent der anfallenden, anrechenbaren Kosten bei Anlagen, die mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden, sowie Anlagen, die mit nicht erneuerbaren Energieträgern, aber mit besonders energiesparenden Technologien ausgestattet sind, wobei die maximale Förderhöhe gedeckelt ist.

Zur konkreten Forderung vom Herrn Spitzmüller, Gasheizungen bei Förderungen auszunehmen, wäre Folgendes zu sagen: Gasheizungen werden im Burgenland nur in Kombination mit einer Solaranlage gefördert und nicht generell, wie Global 2000 dies ausführt. Das Burgenland hält sich hier selbstverständlich an die OIB-Richtlinien und an die 15a-Vereinbarungen.

In der im Landtag vor kurzem beschlossenen 15a-Vereinbarung, betreffend Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen ist festgelegt, dass nur mehr hoch effiziente alternative Energiesysteme für Heizungs- und Warmwasserbereitungssysteme verwendet werden dürfen.

Nur in besonderen Ausnahmefällen kann somit ein Erdgas-Brennwert-System in Kombination mit Solaranlagen verwendet werden. Dies entspricht auch den Bedingungen der OIB-Richtlinie 6, die die Burgenländische Bauverordnung bereits voll inhaltlich übernommen hat.

Bezüglich der Forderung, oder Ihrer Forderung, ein Ausstiegsszenario aus Erdgasheizungen bis 2035 zu erstellen, darf ich Folgendes feststellen: Bund und Länder haben sich verpflichtet, den Nationalen Plan 2020 einzuhalten. Dieser besagt, dass bis 31.12.2020 alle neuen Gebäude Niedrigstenergiegebäude im Sinne des Artikels EU Richtlinie 2010/31 sind.

In der OIB-Richtlinie 6 ist festgelegt, Energie aus erneuerbaren Quellen zu beziehen, Energie aus erneuerbaren Quellen bezeichnet Energie aus erneuerbaren, nicht fossilen Energiequellen wie zum Beispiel Wind, Sonne, geothermische, aerothermische, hydrothermische Energie und so weiter.

Wird Energie aus hocheffizienten, alternativen Systemen eingesetzt, gilt diese als Energie aus erneuerbaren Quellen, wenn bestimmte Kriterien eingehalten werden. Ein mögliches Ausstiegsszenario bis 2035 hier vorzubereiten, scheint daher nicht erforderlich.

Wenn Ihrerseits auch gefordert wird Ölheizungen mit Übergangsregelungen für bestehende Anlagen zu verbieten, muss ich einerseits einmal feststellen, es gibt zurzeit kein Bundesland, das eine Ölheizung verbietet. Niederösterreich hat das bis 2019

irgendwann einmal geplant, aber grundsätzlich gibt es hier keine Ausstiegsszenarien, zurzeit nicht.

Es muss erwähnt werden, dass Öl-Brennwert-Systeme, zum Beispiel im Burgenland, aus Mitteln der Wohnbauförderung nicht gefördert werden. Es gelten die Bestimmungen der OIB-Richtlinie 6, analog der Erdgas-Brennwert-Systeme.

Zur weiteren Forderung, den Sanierungsscheck analog zum Jahr 2015 wieder einzuführen, die Frau Kollegin hat das schon gesagt, möchte ich ausführen, dass in allen Bundesländern von 2010 bis 2015 ein Rückgang der umfassenden Sanierungsrate verzeichnet wurde.

Das Burgenland hat jedoch treffsicher reagiert und den burgenländischen Handwerkerbonus, der jetzt vorher schon erwähnt wurde, ins Leben gerufen, und so die Sanierung von Wohngebäuden stark angekurbelt. Auch der Herr Landeshauptmann hat heute schon dementsprechende Erfolgszahlen genannt.

Bezüglich der Forderung, ökologische Dämmstoffe zu fördern wäre auszuführen, dass in der neuen 15a-Vereinbarung festgelegt ist, dass die Gewährung von Wohnbauförderungsmittel voraussetzt, dass ausschließlich Baumaterialien verwendet werden, die im Verlauf des Lebenszyklus keine klimaschädigenden, halogenierten Gase freisetzen.

Im Wohnbauförderungsgesetz ist festgelegt, dass der Nachweis über die Verwendung von ökologischen Dämmstoffen durch den OI3-Index zu erbringen ist. Eine Förderung der Dämmstoffe ist also nicht vorgesehen.

Wir fordern in unserem Abänderungsantrag, zusätzlich die Umsetzung der Ziele der Gesamtverkehrsstrategie Burgenland weiter zu verfolgen und ein besonderes Augenmerk auf das Umsetzungsfeld direkte Verbindungen in die Zentren mit den Maßnahmenverbesserung der Erreichbarkeit von Wien, Eisenstadt und Graz aus dem Südburgenland zu legen, sowie alle Pendler weiterhin zu unterstützen.

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur Unterstützung der Pendler in Form von Aufwendungen im öffentlichen Verkehr wie Arbeitnehmerförderungen, Fahrtkostenzuschüsse und Zuschüsse für pendelnde Studierende.

Die Burgenländische Landesregierung hat im Jahr 2014 die Gesamtverkehrsstrategie Burgenland beschlossen, die in der Fachwelt und von den Pendlervertretungen sehr positiv aufgenommen wurde. Darin sind wichtige Schritte zur weiteren Verbesserung der öffentlichen Verkehrssicherheit im Burgenland enthalten.

Insgesamt darf ich abschließend schon behaupten, dass das Burgenland in vielen Bereichen, was Ökologie und Ökonomie betrifft, eine Vorreiterrolle einnimmt. Sie sollten sich einmal die Wohnbauförderung genauer anschauen, bevor man solche Forderungen stellt.

Wir werden unserem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Temmel eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag der Frau Berichterstatterin abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die nachhaltige, sozial gerechte, ökonomische und ökologische Entwicklung des Burgenlandes ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

15. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 957) betreffend Unterstützung für Nahversorger (Zahl 21 - 679) (Beilage 972)

Präsident Christian Illedits: Der 15. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 957, betreffend Unterstützung für Nahversorger, Zahl 21 - 679, Beilage 972.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Temmel.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Walter Temmel: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung für Nahversorger, in ihrer 21. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung für Nahversorger, unter Einbezug von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke. Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Nahversorger unterstützen klingt natürlich sehr gut, auf der anderen Seite muss man sagen, ich fürchte in vielen Gemeinden ist der Zug abgefahren, aus mehreren Gründen.

Wir haben, nein nicht wir, sondern hauptsächlich die Regierung hat in den letzten Jahren zugelassen, dass in allen Bezirken fast in allen Orten, außerhalb der Gemeinden und der Orte, Supermärkte, Fachmarktzentren, Outlet Center, Einkaufszentren auf der grünen Wiese sich etabliert haben und damit natürlich eine sehr starke Konkurrenz nicht nur preislich, sondern auch vom Angebot her, gegenüber den Nahversorgern in den Gemeinden geschaffen wurde.

Das hat nicht nur ökologische Auswirkungen, das hat natürlich vor allem wirtschaftliche Auswirkungen und natürlich auf die Nahversorger und Nahversorgerinnen, die da einfach nicht mehr mit können.

Ich weiß das aus eigener Erfahrung. Im Ortsteil Willersdorf gab es über Jahrzehnte eine Nahversorgerin, die durch den Bestandschutz auch noch einige Produkte und einige örtliche Gegebenheiten nutzen konnte, die für Neuanfänger heute nicht mehr möglich sind, deswegen hat man bei uns komplett neu anfangen müssen, als die in Pension ging.

Die Gemeinde ist ja dann sehr großzügig entgegengekommen, man hat ihr mit Unterstützung damit sie zu Förderungen kommt, geholfen. Hat ihr die Miete erlassen, also ihr und ihm, es waren zwei verschiedene Personen, für das erste halbe Jahr, glaube ich, und dann langsam erhöht.

Letztendlich in einer 300 bis 400-Seelengemeinde geht sich das einfach nicht mehr aus. Was kaufen die Leute dort? Im Großen und Ganzen die Sachen, die sie vergessen haben davor im Supermarkt zu kaufen, in der Früh am Samstag die Semmeln, Naschereien und Ähnliches. Es ist wirtschaftlich einfach unmöglich.

Es mag noch Gemeinden geben, wo das funktioniert. Dort funktioniert es aber eigentlich dann eh von selber. Also, ich brauche nur zwei Kilometer weiter gehen, der Ortsteil Oberschützen, wo irrsinnig viele Schulen sind, dadurch viele Schüler und Schülerinnen, allein deswegen trägt sich dort der Nahversorgerbetrieb schon von selber.

Da braucht man höchstens, wenn eine Neuübernahme ist, noch ein bisschen anschieben mit Fördermöglichkeiten, die es gibt, oder die auch die Gemeinde oft selber schafft. Viele haben dann auch noch die Poststelle übernommen, dadurch funktioniert das in manchen Gemeinden sehr gut.

Ansonsten muss ich sagen, muss man hier wirklich vorsichtig agieren und versuchen, vorher abzuschätzen, mit dem Unternehmer oder der Unternehmerin, ob das wirklich langfristig möglich ist, wenn die Förderungen und die Vergünstigung eben, dass man die Miete auslässt, nicht mehr möglich sind, weil man sonst, und so war es leider auch bei uns, diese Kleinstunternehmer, -unternehmerinnen in die Schuldenfalle lockt.

Deswegen bin ich bei diesem Antrag sehr vorsichtig. Wir sind heute, leider oder Gott sei Dank, je nachdem wie wir es sehen wollen, in einer Zeit, wo vieles übers Internet geht, die Bankgeschäfte, viele Banken sich zurückziehen aus den Gemeinden. Tankstellen und ähnliches, die früher auch in sehr kleinen Gemeinden funktioniert haben, sind heute einfach wirtschaftlich nicht mehr möglich, die Konkurrenz ist zu groß.

Auch muss man sagen, dass Konsument und Konsumentin offensichtlich zu wenig bereit sind, wirklich diese näheste Nahversorgung, die es eigentlich geben kann, wirklich zu unterstützen und man eher auf den Preis schaut und ein größeres Angebot und daher diese Betriebe kaum mehr länger als diese Förderperiode die Möglichkeit haben zu bestehen.

Aus diesem Grund werden wir, sowohl den eigentlichen Antrag als auch den Abänderungsantrag ablehnen, vor allem da es Möglichkeiten gibt, für die, die das wirklich machen wollen, hier Fördergelder zu lukrieren.

Ich weiß auch, dass die Gemeinden hier weitgehendst, natürlich auch im eigenen Interesse, diese Nahversorgungsbetriebe unterstützen, vor allem eben bei der Anschubfinanzierung, wenn sie neu übernehmen oder neu anfangen.

Ich glaube, dass hier eine zusätzliche Förderung nicht mehr notwendig ist, teilweise leider sogar kontraproduktiv. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Uns liegt hier ein Antrag betreffend Unterstützung für Nahversorger vor.

Das Problem der aussterbenden Nahversorger ist im gesamten Burgenland ein seit Jahren bestehendes Problem. Immer mehr Greißler und sonstige kleine Nahversorger mussten den Kampf gegen die an den Ortsrändern entstehenden Supermärkte aufgeben.

Dies stellt gerade ältere und nicht mobile Menschen immer wieder vor Probleme. Es geht dabei aber nicht nur um die Versorgung von Gütern des täglichen Bedarfs, sondern um die damit weniger werdenden sozialen Kontakte, welche gerade für ältere Menschen enorm wichtig sind.

Ich erlebe das Ganze seit einigen Jahren hautnah in meiner Heimatgemeinde. Wir sind in Gols gerade dabei gemeinsam mit der OSG, und den derzeit schon bestehenden Fördermöglichkeiten des Landes, ein Projekt zu verwirklichen, dass diesem Trend eines fehlenden Nahversorger entgegenwirkt.

Das Land Burgenland war und ist bestrebt, durch Absicherung und Verbesserung der Nahversorger zukunftsweisende Schritte zu setzen und damit die Förderungen weiter zu attraktivieren. Dies geschieht durch die Umsetzung der sogenannten Nahversorgerrichtlinie.

Die Ziele dieser Richtlinie lauten:

- Beitrag zur Sicherung,
- Verbesserung und Attraktivierung der lokalen und regionalen Versorgung der Bevölkerung des Burgenlandes,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Unternehmen der Förderwerber,
- Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Kleinstunternehmen im Burgenland.

Hiezu wird für Investitionen im Bereich der Nahversorger von Seiten des Landes eine Fördersumme von über 1,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Diese Förderung ist:

- für den Bau und die Einrichtungsmaßnahmen zum Beispiel Zubau und Neubau;
- für Betriebs- und Geschäftsausstattung wie zum Beispiel Verkaufspulte und Regale;
- für maschinelle Ausstattung wie zum Beispiel Kühlvitrinen, Schneidmaschinen und
- letztendlich auch betriebsnotwendige IT-Hardware und Software

vorgesehen.

Die Landesregierung wird, wie schon in der Vergangenheit, auch weiterhin die Nahversorger im Burgenland bestmöglich unterstützen. Durch die Umsetzung der Nahversorgerrichtlinie wird hier ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung gesetzt.

Wir werden diesem Antrag natürlich unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Alle reden vom ländlichen Raum und alle reden vom Nahversorger. Ich denke, man muss diesen Begriff „Nahversorger“ noch viel, viel weiter dehnen.

Es sind die Güter des täglichen Bedarfs, es geht aber aus meiner Sicht noch weiter, es ist der Greißler, es ist der Bäcker, es ist der Fleischer, es sind auch die Wirte und es sind jene Betriebe, die in den kleinen Gemeinden noch die Menschen mit Produkten versorgen.

Ich denke, es braucht hier innovative Ansätze, es braucht hier Ideen und vor allem, es braucht hier Menschen die anpacken. Ich darf hier auf unser Projekt im Bezirk Jennersdorf verweisen, 12 Gemeinden haben eine Idee, eine Vision und verwirklichen gemeinsam ein Taxi-Projekt, um genau diese Menschen, die jetzt nicht mobil sind, genau zu diesen Betrieben zu bringen. Um vier oder zwei Euro können diese Menschen dann dort einkaufen, dort wo Arbeitsplätze gesichert werden.

Es geht uns darum, dass einerseits die Arbeitsplätze in den kleinen Gemeinden gehalten werden. Es geht darum, dass die Kunden kurze Anfahrtswege haben. Es geht darum, dass ältere Menschen - im kleinen Ortsgebiet geht das - zu Fuß zu diesen Nahversorgern hingehen können. Es geht auch darum, dass die Kommunalsteuern in den Gemeinden bleiben und es geht natürlich darum, dass die Kaufkraft in der Gemeinde bleibt.

All diese Faktoren haben uns dazu bewogen, einen Abänderungsantrag noch einmal einzubringen, wir wollen hier ein klares Zeichen setzen, wir wollen nicht alle Betriebe in die Ferne schweifen lassen. Wir wollen, dass es neben den Fachmarktzentren wirklich in den Ortschaften Nahversorger gibt.

Unsere Botschaft: Mindestens 20 Prozent Förderung für Betriebs- und Geschäftsausstattung, für den Ankauf neuer Maschinen, Anlagen und Geräte und natürlich für besonders innovative Projekte.

Ich habe es bei den Vorrednern schon gehört, es gibt positive Beispiele, die gehören unterstützt und hier wollen wir diesen Betrieben unter die Arme greifen, damit es im Burgenland noch länger die kleinen Einheiten gibt und die Nahversorgung gesichert bleibt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich darf daher den Abänderungsantrag einbringen und darf die Beschlussformel verlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Burgenland ein Unterstützungsprogramm für Nahversorger im Sinne der Antragsbegründung zu erarbeiten, ehestmöglich umzusetzen und langfristig abzusichern.

(Beifall bei der ÖVP – der Abg. Bernhard Hirczy übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen mit einbezogen wird.

Ich erteile nun als nächster Rednerin der Frau Landtagsabgeordneten Friedl das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Fragen wir unsere Menschen, was für sie Lebensqualität bedeutet, dann kommen standardmäßig folgende Antworten:

Materieller Lebensstandard, Bildung, ein guter Beruf, einen sozialen Status haben, Gesundheit, vielleicht ein bissl manchmal vor uns zurück, Natur, Sicherheit - das sind so die Standards, die wir von den Menschen hören, wenn wir diese Frage stellen. Aber definitiv gehört natürlich auch der unmittelbare Zugang zu den Waren des täglichen Lebens in der Grundversorgung dazu.

Aber in dieser Diskussion um die Nahversorgung ist viel, viel mehr zu berücksichtigen, wie zum Beispiel die Versorgung unserer nicht mobilen, älteren Bevölkerung, das hat der Kollege vorher auch schon erwähnt.

Und was bedeutet diese Ausdünnung des Versorgungsnetzes in Bezug auf die Attraktivität der ländlichen Region für unsere eigene Bevölkerung, aber auch in Bezug auf den Tourismus, den wir ja auch haben wollen.

Bereits seit Jahrzehnten vollzieht sich in Österreich, aber auch in vielen europäischen Regionen ein Prozess dieser Ausdünnung der Nahversorger vor allem in den ländlichen Gebieten. Insgesamt ist die Nahversorgersituation mit Waren des täglichen Lebens, so nennt sich das in Österreich in 17 Prozent aller Gemeinden als problematisch eingestuft.

In diesen insgesamt 394 Gemeinden österreichweit gibt es überhaupt keine Lebensmittelversorger mehr. Von dieser Entwicklung sind besonders diese traditionellen kleinen Nahversorger betroffen, die kleinflächig sind und die auch nicht organisierte Handelsunternehmen sind.

Auch das Burgenland ist von dieser sehr negativen Entwicklung betroffen. In den letzten 30 Jahren haben insgesamt 530 Geschäfte, und das ist fast die Hälfte aller Geschäfte die wir hatten in diesen 30 Jahren, die haben zugesperrt.

Und nicht nur der Strukturwandel, sondern vor allem auch das veränderte Kaufverhalten, vor allem der Jungen, sind Mitgründe, warum immer mehr Gemeinden und Ortsteile ohne Nahversorger dastehen.

Eine funktionierende Nahversorgung trägt natürlich auch sehr viel zu Werterhaltung des Lokalumfeldes bei und stärkt natürlich auch die andere vorhandene Wirtschaft im Dorf. Diese positiven Effekte sind gerade in der Region, in denen die Nahversorger gefährdet oder gar nicht mehr vorhanden sind, von besonderer Bedeutung.

Das Lebensmittelgeschäft im Dorf ist ja nicht bloß der Versorger mit Gütern, er ist ja viel, viel mehr. Er ist ein überaus wichtiger Treffpunkt, sowohl der Jungen als auch der Alten. Eine lokale Drehscheibe von Informationen von Neuen und von Austausch und so

gesehen für das soziale Leben in jeder Gemeinde ganz, ganz wichtig, das wissen wir ja alle. Aber es geht auch um Arbeitsplätze.

Und es geht vor allem auch um diese ältere Generation, die wir, und wenn ich jetzt so in die Runde schaue, verzeihen Sie mir das, in sehr absehbarer Zeit sein werden. Denn die können oft den beschwerlichen Weg, Herr Kollege, es tut mir leid, die Zeit nagt an uns allen, denn diese älteren Herrschaften, Damen und Herren, können diesen oft beschwerlichen Weg aus der Gemeinde hinaus, in den nächsten Supermarkt, in den Bezirksvorort, oft alleine nicht mehr auf sich nehmen.

Bisher war es aber nicht möglich in der alten Förderstruktur Investitionen in den bestehenden Nahversorger sowohl von EU, als auch vom Land, fördern zu lassen. Bisher konnten auch Betriebe im Rahmen der Dorferneuerung nur dann gefördert werden, wenn Vereine oder die Gemeinde selbst die Betreiber waren. Das hat sich jetzt geändert.

Und das war natürlich kein inakzeptabler Zustand. Das kann nicht sein, wir haben Fördermittel, die wir quasi dadurch nicht anwenden oder zur Auszahlung kommen lassen können.

Daher hat unsere Landesrätin Verena Dunst, wie schon so oft, die Initiative ergriffen und hat Verhandlungen mit der EU in Brüssel aufgenommen und hat erklärt und dargestellt, welche Problematik mit diesen Vorgaben, mit diesen Fördervorgaben gebunden sind und dass es für uns, in unserem Bereich, einfach nicht möglich ist, diese Förderungen auszuschütten, so wie sie jetzt vergeben werden sollen.

Dafür eine herzliches Dankeschön, Frau Landesrätin, denn es ist ihr gelungen, 40 Prozent der anrechenbaren Kosten über das Programm für ländliche Entwicklung, also über ELER auszuschütten. Also von der Dorferneuerung zu ELER und natürlich auch an Private.

Insgesamt - und das hat die Frau Kollegin schon gesagt, werden über 1,6 Millionen Euro an Förderungen zur Verfügung stehen.

Besonders wichtig und das ist jetzt für den Süden des Landes hervorzuheben, war auch die Tatsache, dass Buschenschänken von dieser Förderung profitieren können. Warum?

Das Südburgenland ist besonders auch da - und das wissen nicht viele, ich muss ehrlich gestehen, auch ich hatte davon keine Ahnung - sie übernehmen oft auch die Funktion des Nahversorgers, wo all die Dinge, die eben auch im täglichen Gebrauch notwendig sind, von den Buschenschänken übernommen werden. Und deswegen war es eben so wichtig, dass diese Förderungen auch auf diese Buschenschänken ausgeweitet werden konnten.

Diese Änderung der Nahversorgerrichtlinie ist natürlich ein weiterer Schritt, diese Förderungen auszuschütten und ich glaube, der richtige Weg. Was gefördert wird in dieser neuen Richtlinie hat die Frau Kollegin schon gesagt, da möchte ich Euch nicht noch einmal damit behelligen.

Das Beispiel, das der Herr Kollege gesagt hat, ganz am Anfang, dass wir auch neue Wege gehen sollten, ob das jetzt mit den Taxis oder so wie es im Bezirk Oberpullendorf und darüber hinaus jetzt schon angedacht ist auch in anderen Bezirken, dass man von der Gemeinde oder von Vereinen selber, so wie das Projekt "NachbarschaftsHILFE PLUS" ältere Herrschaften zum Einkaufen bringt oder Einkäufe übernimmt, ist, glaube ich, ein weiterer Weg, worum wir uns als Kommunen und als Land kümmern müssen.

Und daher möchte ich Sie, Kollegin und Kollegen der ÖVP, schon um Verständnis bitten, zu sagen, es wird nichts getan oder es wird zu wenig getan, dass was die Frau Landesrätin bewirkt hat ist, glaube ich, ganz, ganz viel - 1,6 Millionen Euro für das Land Burgenland ist schon ein ordentlicher Patzen, darauf können wir stolz sein, dass wir das jetzt austeilen können.

Was aber natürlich ganz, ganz wichtig ist und das ist mein persönlicher Zugang, es nützt nichts, wenn wir fördern, es nützt nichts, wenn wir Gelder haben und wenn wir Gelder verteilen, wenn wir nicht das Konsumverhalten vor allem unserer jungen Menschen verändern.

Wir wissen am PC, am Handy ist alles möglich und sehr, sehr viel wird digital bestellt. Amazon oder wie auch immer diese ganzen Versandhäuser und E-Ketten heißen, wo man ganz unproblematisch sitzt, man kann Mitten in der Nacht bestellen, morgen oder übermorgen ist das Paket vor der Tür. Ich glaube, genau das ist auch dafür verantwortlich, mitverantwortlich, das Sterben nicht nur unserer Nahversorger, sondern auch unserer kleinsten und Kleinbetriebe in den Gemeinden.

Also es wäre an der Zeit, dass wir uns alle, und da nehme ich uns jetzt wirklich nicht aus, alle ins Boot holen und nachdenken, von bottom-up, von klein hinauf, mit der Prämisse, dass wir das, was wir vielleicht hier im Land ausarbeiten, in den Bund hinauftragen.

Wir werden neue Wege gehen müssen, denn ich denke auch, dass wir diese EPU‘s, die ja auch im Entstehen sind, nicht nur auf der Frauenschiene, in Richtung, wenn wir Facharbeiter haben wollen, wenn es Mängel gibt, dass wir diese Kleinstunternehmen wieder in unseren Ortschaften, in unseren Bezirken, ansiedeln sollten.

Es klingt vielleicht ein bisschen Retro, aber zurück dahin, wo wir gekommen sind, wo unsere Wurzeln sind, denn dann sind wir vom versorgungstechnischen sicher und sind auch gut aufgestellt.

Wir werden diese EU-Gelder natürlich bis zum letzten Euro im Land lassen, die Frau Landesrätin ist ein Garant dafür. Ich bedanke mich noch einmal, liebe Verena, dass Du das geschafft hast. Das war sicherlich keine Kleinigkeit, nach Brüssel zu fahren, aber wir sehen auch, was von Brüssel kommt, ist abänderbar.

Wir werden natürlich unserem Antrag die Zustimmung geben. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Doris Prohaska: Na geh. – Mag. Christoph Wolf, M.A.: Na geh, Manfred.)*

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Habt Ihr ein Date alle, oder was ist mit Euch? Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber *(Allgemeine Unruhe – Abg. Mag. Franz Steindl: Bravo. – Beifall bei einigen Abgeordneten der ÖVP)* es ist mir ein großes Anliegen zu einigen Debattenbeiträgen doch einiges zu sagen, und zwar ganz genau zum Nahversorger.

Seit 20 Jahren bin ich politisch tätig und seit 20 Jahren höre ich, Nahversorger sind zu unterstützen, ihnen zu helfen und dergleichen mehr. Sie wissen, als Kolleginnen und Kollegen, als Bürgermeister, wie das einfach ist - das ist sehr schwierig, wir wissen das ganz genau, heute einen Gemischtwarenhandel aufrecht zu erhalten.

Man kann ihm seitens der Gemeinde viel bieten, man kann ihm seitens des Landes viel bieten, wenn er keine Nachfolgegenerationen mehr hat. Das ist der eine Punkt. Und weil er nichts mehr investieren will, warum? Weil die Auflagen enorm sind.

Wir sprechen von Gemischtwarenhändlern, die den Mindestbedarf für die Leute einer Gemeinde decken sollen. Der braucht Hygienevorschriften, wenn der dort irgendwo mit Milch oder Fleisch hantieren soll und dergleichen mehr.

Das Nächste ist, wir haben einen Kindergarten in Deutschkreutz, wo ich auch eine eigene Küche habe. Wenn ich hergehe und ich sage zu dem kleinen Greißler er soll uns beliefern, der schafft das gar nicht, muss ich offen und ehrlich gestehen. Ich muss das ausweiten auf einen BILLA, einen dementsprechenden Spar-Markt und dergleichen mehr.

Wir haben aber eines geschafft und dort sollten wir hinkommen, dass wir in der Ortschaft auch einen Spar-Markt bekommen haben mit vielen Hindernissen und mit vielen Schwierigkeiten. Auf diesen Punkt will ich hin.

Weil, wir wissen ganz genau, dass wir es nicht schaffen, diese kleinen Greißlereien, diese Kommunikationsstellen, wie Du es genannt hast, Frau Kollegin, aufrechtzuerhalten. Da können wir uns bemühen, wie wir wollen. Da bemüht sich das Land, da bemühen sich auch sämtliche Gemeinden, wie ich weiß.

Aber wenn ich durch die Ortschaften fahre, von Deutschkreutz nach Lutzmannsburg oder umgekehrt, um 20 Uhr, da rennt nicht einmal eine Katze über die Straße, eine schwarze sowieso nicht. *(Abg. Doris Prohaska: Wo, in Deutschkreutz?)*

Also das ist ja wirklich. In Deutschkreutz wird es auch eng. Ich sage das auch bewusst, auch in Deutschkreutz wird es eng werden. Wir haben eine breite Palette noch von Gewerbetreibenden gehabt, auch das nimmt immer mehr ab. Von den Gasthäusern rede ich gar nicht.

Warum, und wenn man das hinterfragt, warum die eigentlich nicht mehr weitertun, dann sind das die Auflagen, die Generationswechsel funktionieren nicht mehr, und die Investitionen, die sie tätigen müssen.

Wir reden heute alle so, der Antrag ist ja super von der ÖVP gekommen, weil, das ist ihr Klientel, glauben sie. Aber, das ist längst ausgestorben, da braucht Ihr Euch keine Hoffnungen mehr machen. Das ist längst vorbei.

Gott sei Dank gibt es noch in Deutschkreutz viele Leute, die dazu stehen, aber wir schaffen das auch nicht, egal wer Bürgermeister dort ist. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nein, das ist nicht egal.)* Wir bemühen uns gemeinsam, das zu machen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist nicht egal.)*

Aber eines haben wir gemacht, Herr Kollege Steindl, den Spar-Markt hereinzubekommen mit viel Aufwand, mit Lärmschutzwänden und Wasserabläufe, und dergleichen mehr. Wo wir Unterstützung dann vom Land bekommen haben, Gott sei Dank, dass wir das geschafft haben. Und dass wir nicht alles auf die grüne Wiese hinaus gebracht haben, so wie Du es gesagt hast, Herr Kollege.

Und da bin ich der Meinung, dass wir uns alle hier in dieser Richtung bewegen sollten, weil wir genau wissen, dass wir diese kleinen Nahversorger, wie es wir da nennen oder wie es in diesem Antrag drinnen steht, nicht mehr aufrechterhalten können.

Daher umdenken, andere Möglichkeiten suchen. Und das gehört gemeinsam unterstützt. Und mehr sage ich gar nicht mehr dazu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Außer dem einen Satz, den sage ich schon noch, einen Satz. Morgen werden wir erleben, wie die FPÖ sich durchgesetzt hat, wieder einmal in diesem Land bei einem Postenschacher. Morgen wird die Sicherheitszentrale besetzt werden und wieder mit einem Mandatar, der von der FPÖ Seite kommt.

Ich kann nur gratulieren der FPÖ, sie machen das hervorragend, setzen sich gegen die SPÖ hervorragend durch.

Dankeschön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der LBL – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die werden auch einen Pakt geschlossen haben.)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Dunst.

Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die werden auch einen Pakt geschlossen haben. – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Ilse Benkö: So, die Frau Landesrätin ist am Wort.)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Eine Einladung an Sie alle, ich würde Sie herzlich ersuchen, im Sinne der Menschen, diese Nahversorgerrichtlinie wirklich kundzutun. Der ÖVP, der gratuliere ich zu ihrem Antrag, leider um Monate zu spät. Am 21.3. haben wir bereits in der Regierung diese Unterstützung für Nahversorger und Buschenschänken vorgelegt. Aber es ist wichtig, das weiterzusagen.

Ich bedanke mich bei allen, die darüber geredet haben. Sie haben ganz klar gesagt, gilt nur für Kleine, Einstieg ab 10.000 Euro bis höchstens 100.000 Euro, gilt für Nahversorger und Buschenschänken, alle Investitionen. Daher bitte weitersagen, bevor wir die letzten Nahversorger und die letzten Buschenschänken verlieren.

Und daher ist es wichtig und gilt für alle, natürlich auch für solche, die in Genussregionen arbeiten.

In diesem Sinne hat es sich ausgezahlt, dass wir ein Jahr vorgearbeitet haben und von der EU - übrigens an die ÖVP noch - die Wirtschaftskammer war in all diesen Fragen mit dabei, hat mit gearbeitet, war bei der Richtlinie mit dabei und sitzt im Begleitausschuss. Also die Wirtschaftskammer hat sich hier eingebracht.

Vielen Dank an alle, an meine Abteilung beziehungsweise auch an meine Mitarbeiter. Und bitte gehen wir es an, jeder von uns. Das ist egal, auch wenn ich es gemacht habe. Ich lege keinen Wert darauf, dass das wo vorkommt. Weil das ist immer ein Riesenproblem, dass die Einen das nicht machen wollen, wenn es von mir kommt.

Es ist wichtig, bitte weitersagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneter Hirczy eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Die Entschließung betreffend Nahversorger ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 6. Juli 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 19 Uhr 20 Minuten in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr 06 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 28. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 06. Juli 2017

10.02 Uhr - 19.20 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Aktuelle Stunde zum Thema: "Mehr Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland“;

3. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2016 genehmigt wird;

4. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See, 2011 bis 2015;

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw;

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen im Burgenland;

7. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems;

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Auslandsstipendien für burgenländische Studierende;

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Biolebensmittel in Großküchen des Landes;

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten;

11. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schaffung des Berufsbildes "Alltagsbegleiter";

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4410)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 138 der Abgeordneten Ingrid Salamon an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Initiativen im Bereich „Nachhaltigkeit“
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 4413)
Zusatzfrage: Ingrid S a l a m o n (S. 4415), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4415), Walter T e m m e l (S. 4416)

Anfrage Nr. 133 des Abgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Verena Dunst betreffend Umsetzung der Frostentschädigungen
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 4417)
Zusatzfrage: Walter T e m m e l (S. 4418 u. S. 4419), Wolfgang S o d l (S. 4419), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4420)

Anfrage Nr. 139 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Primärversorgungsgesetz
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4421)
Zusatzfrage: Günter K o v a c s (S. 4422), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4423), Georg R o s n e r (S. 4424)

Anfrage Nr. 134 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Überprüfung der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege in Oberwart
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4425)
Zusatzfrage: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 4425 u. S. 4426), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4426)

Anfrage Nr. 140 der Abgeordneten Edith Sack an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Höhe des Frauenanteils in der Landesregierung
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S.4427)
Zusatzfrage: Edith S a c k (S. 4428 u. S. 4429), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 4430)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde zum Thema: "Mehr Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland“;
(auf Verlangen des ÖVP-Landtagsklubs)
Redner: Patrik Fazekas (S. 4432), Markus Wiesler (S. 4434), Kilian Brandstätter (S. 4436), Mag.a Regina Petrik (S. 4440), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4442), Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 4443), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 4445)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 982), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2016 genehmigt wird (Zahl 21 - 691) (Beilage 994);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 4447)
Redner: Manfred Kölly (S. 4447), Mag.a Regina Petrik (S. 4455), Géza Molnár (S. 4459), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4462), Robert Hergovich (S. 4467), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 4469), Robert Hergovlch (S. 4471), Landesrat Helmut Bieler (S. 4471), Gerhard Steier (S. 4473)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4477)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 959) betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See, 2011 bis 2015 (Zahl 21 - 681) (Beilage 995);
Berichterstatterin: Edith Sack (S. 4477)
Redner: Manfred Kölly (S. 4478), Mag.a Regina Petrik (S. 4484), Karin Stampfel (S. 4487), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4489), Dr. Peter Rezar (S. 4492), Manfred Haidinger (S. 4497), Mag. Franz Steindl (S. 4503), Gerhard Steier (S. 4505), Markus Ulram (S. 4511), Ing. Rudolf Strommer (S. 4513), Robert Hergovich (S. 4516)
Annahme des Prüfungsberichtes (S. 4516)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 980) betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw (Zahl 21 - 689) (Beilage 996);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 4517)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 4517), Mag. Johann Richter (S. 4519), Georg Rosner (S. 4520), Wolfgang Sodl (S. 4521), Gerhard Steier (S. 4523), Mag.a Regina Petrik (S. 4524)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4524)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 974) betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen im Burgenland (Zahl 21 - 683) (Beilage 997);
Berichterstatterin: Ilse Benkö (S. 4524)
Redner: Manfred Kölly (S. 4525), Wolfgang Spitzmüller (S. 4526), Karin Stampfel (S. 4528), Walter Temmel (S. 4529), Günter Kovacs (S. 4531), Gerhard Steier (S. 4533), Landesrätin Verena Dunst (S. 4533)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4534)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 985) betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems (Zahl 21 - 694) (Beilage 998);
Berichterstatter: Mag. Christian Sagartz, BA (S. 4535)
Redner: Gerhard Hutter (S. 4535), Géza Molnár (S. 4537), Mag. Thomas Steiner (S. 4538), Robert Hergovich (S. 4540), MMag. Alexander Petschnig (S. 4541), Mag. Thomas Steiner (S .4543)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4543)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 767) betreffend Auslandsstipendien für burgenländische Studierende (Zahl 21 - 541) (Beilage 999);
Berichterstatter: Dr. Peter Rezar (S. 4544)
Redner: Mag. Johann Richter (S. 4544), Patrik Fazekas (S. 4546), Doris Prohaska (S. 4547), Robert Hergovich (S. 4548), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 4549)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4550)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 978) betreffend Biolebensmittel in Großküchen des Landes (Zahl 21 - 687) (Beilage 1000);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 4550)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 4551), Karin Stampfel (S. 4553), Walter Temmel (S. 4554), Wolfgang Sodl (S. 4555), Mag.a Regina Petrik (S. 4556), Gerhard Steier (S. 4557), Landesrätin Verena Dunst (S. 4557), Walter Temmel (S. 4559)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4560)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 987) betreffend gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten (Zahl 21 - 696) (Beilage 1001);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 4560)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4561), Markus W i e s l e r (S. 4563), Patrik F a z e k a s (S. 4564), , Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 4565)
Annahme des Entschließungsantrages (S.4567)

Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 986) betreffend Schaffung des Berufsbildes "Alltagsbegleiter" (Zahl 21 - 695) (Beilage 1002);
Berichterstatter: Bernhard H i r c z y (S. 4567)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 4568), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 4569), Mag. Christian D r o b i t s (S. 4572), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4572)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4574)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4410)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen, ich darf Sie recht herzlich zur 28. Sitzung des Burgenländischen Landtages hier im Landtagssitzungssaal begrüßen, willkommen heißen.

Ich begrüße auch die Damen und Herren, die uns hier live von den Zuseherrängen zuhören und zusehen, aber auch die Damen und Herren, die uns via Internet verfolgen und der Landtagssitzung beiwohnen.

Ich e r ö f f n e die 28. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 27. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagsabgeordneter Werner Friedl entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Abgeordneten Patrik Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 28. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 06. Juli 2017.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021 zugestimmt wird (Zahl 21 - 710) (Beilage 1010);
2. Beschlussantrag, mit dem der 2. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 712) (Beilage 1012);
3. Gesetzentwurf über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung einschließlich eines Spekulationsverbotes für das Land und sonstige öffentliche Rechtsträger (Burgenländisches Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz - Bgld. FGSVG) (Zahl 21 - 713) (Beilage 1013);
4. Beschlussantrag, mit dem der Zielsteuerungsvertrag „Zielsteuerung-Gesundheit“ für die Jahre 2017 bis 2021, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 716) (Beilage 1016);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof sind

1. der Prüfungsbericht betreffend Stationäre Pflege im Burgenland; Planungs- und Kostenstruktur (Zahl 21 - 698) (Beilage 989);
2. der Prüfungsbericht betreffend Schutzwasserbau (Zahl 21 - 715) (Zahl 1015);

eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer

Entschließung betreffend Verkehrssicherheit im Südburgenland (Zahl 21 - 704) (Beilage 1004);
2. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Feuerwehren (Zahl 21 - 707) (Beilage 1007);
3. der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung Klimaschutzmaßnahmen (Zahl 21 - 714) (Beilage 1014);
4. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherstellung der Kinderbildung und -betreuung (21 - 717) (Beilage 1017);
5. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherstellung der Finanzierung der Pflegeregressabschaffung durch den Bund (Zahl 21 - 718) (Beilage 1018);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend 125-ccm-Motorradführerschein (Zahl 21 - 712) (Beilage 993);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Verwaltungspraktikanten (Zahl 21 - 711) (Beilage 1011);

und die Beantwortungen der schriftlichen und dringlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 647) betreffend Rechnungsabschluss (Zahl 21 - 697) (Beilage 988);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, MA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 655) betreffend KRAGES (Zahl 21 - 699) (Beilage 990);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 656) betreffend KRAGES (Zahl 21 - 700) (Beilage 991);
4. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 659) betreffend Entschärfung der Kreuzung zwischen Großpetersdorf und Jabing (Zahl 21 - 701) (Beilage 992);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 667) betreffend Einkaufszentrum "Arena" (Zahl 21 - 703) (Beilage 1003);
6. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 668) betreffend Inserat Jagdgesetz (Zahl 21 - 705) (Beilage 1005);
7. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 669) betreffend Frostschäden (Zahl 21 - 706) (Beilage 1006);
8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 671) betreffend Integrationsarbeit (Zahl 21 - 708) (Beilage 1008);
9. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 680) betreffend Gesundheits- und Krankenpflegeschule in Oberwart (Zahl 21 - 709) (Beilage 1009);

eingelangt.

Ebenso sind die Petitionen

1. der Stadtgemeinde Mattersburg für die Fortführung von Biogasanlagen (E 30);
2. der Gemeinde Oslip betreffend die Verkehrssicherheit entlang der L210 und L313 im Ortsgebiet Oslip (E 31);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 712, Beilage 1012 sowie die selbständigen Anträge Zahl 21 - 717, Beilage 1017, und Zahl 21 - 718, Beilage 1018, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 – 710, Beilage 1010, Zahl 21 - 713, Beilage 1013, Zahl 21 - 716, Beilage 1016, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 704, Beilage 1004, und Zahl 21 - 707, Beilage 1007, weise ich dem Rechtausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 714, Beilage 1014, weise ich dem Umweltausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Berichte des Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 698, Beilage 989, und Zahl 21 - 715, Beilage 1015, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss, und

die Petitionen E 30 und E 31 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 702, Beilage 993, und Zahl 21 - 711, Beilage 1011, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen und dringlichen Anfragen Zahl 21 – 697, Beilage 988, Zahl 21 - 699, Beilage 990, Zahl 21 - 700, Beilage 991, Zahl 21 – 701, Beilage 992, Zahl 21 - 703, Beilage 1003, Zahl 21 - 705, Beilage 1005, Zahl 21 - 706, Beilage 1006, Zahl 21 - 708, Beilage 1008, Zahl 21 - 709, Beilage 1009,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Des Weiteren möchte ich mitteilen, dass am 19. Juni 2017 der selbständige Antrag Zahl 21 - 583, Beilage 825, von den Antragstellern zurückgezogen wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 12 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Ingrid Salamon an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Auch von mir einen schönen guten Morgen. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Als Regierungsmitglied sind Sie auch für das Thema „Nachhaltigkeit“ zuständig.

Welche Initiativen setzen Sie in diesem Bereich?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Frau Abgeordnete! Nachhaltigkeit ist ein sehr, sehr breites Feld. Wir haben hier in den letzten Monaten sehr viele Initiativen gesetzt. Nachhaltigkeit umfasst einerseits den klassischen Naturschutz, aber auch Bereiche des Klimaschutzes, umweltfreundliche Mobilität, Energiethemen, Abfallthemen, Umweltthemen. Also man sieht, es ist ein sehr, sehr breites Spektrum.

Wieviel Nachhaltigkeit auch sein kann, zeigt sich auch in den „Aktionstagen Nachhaltigkeit“, die erst vor kurzem über die Bühne gegangen sind. Sie haben vom 22. Mai bis zum 09. Juni 2017 stattgefunden. Da bin ich sehr stolz darauf, muss ich sagen, dass das Burgenland mit über 70 Veranstaltungen jedes Mal dabei war. Das ist ein neuer Spitzenwert, den wir da erreicht haben. Nur Wien hat uns in der allerletzten Woche noch einmal überholt, also wir sind gleich nach Wien mit 70 Veranstaltungen oder über 70 Veranstaltungen in drei Wochen bei diesen „Aktionstagen Nachhaltigkeit“ der Spitzenreiter in ganz Österreich.

Es waren die verschiedensten Veranstaltungen die stattgefunden haben von Workshops über Wanderungen, Klimavorführungen, Kanutouren und so weiter. Aber abgesehen von den „Aktionstagen Nachhaltigkeit“ haben wir auch noch zahlreiche weitere Initiativen gesetzt. Ich fange vielleicht gleich mit den aktuellsten an. Also eines der aktuellsten Themen ist und wird auch in nächster Zeit bei uns sein, der schonende Umgang mit Ressourcen. Das Thema ist einerseits auch beim Burgenländischen Nachhaltigkeitspreis aufgegriffen worden, der heuer bereits zum 5. Mal stattfindet. Das Motto beim Burgenländischen Nachhaltigkeitspreis lautet diesmal „Reduce, ReUse, Recycle", als wir drehen und wir denken im Kreis. Da sind alle burgenländischen Schulen eingeladen, Projekt einzureichen und Projekte zu diesem Motto durchzuführen und sich mit dem Thema Kreislaufwirtschaft auseinanderzusetzen.

Ich glaube, dass das ein sehr wichtiges ist, vor allem auch für Kinder und Jugendliche, damit sie sich nicht an diese lineare Wirtschaftsweise Produktion, Konsum und Abfall gewöhnen, sondern eben mit dem Thema Recycling in Verbindung kommen. Genau zu diesem Thema haben wir erst vorige Woche eine Podiumsdiskussion und eine Präsentation im Kulturzentrum in Eisenstadt abgehalten, mit dem Titel „Wege aus der Wegwerfgesellschaft“.

Wie gesagt, begonnen hat diese Veranstaltung mit einem Impulsreferat von Sepp Eisenriegler vom Reparatur- und Service-Zentrum Wien. Dann ist am Podium von Experten diskutiert worden. Was mich besonders gefreut hat, dass trotz des fast einstündigen Eingangsreferates und der darauffolgenden auch einstündigen Podiumsdiskussion von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die bei der Veranstaltung dabei waren, noch über eine Stunde diskutiert wurde. Da sieht man doch, dass auch bei der Bevölkerung wirklich ein starkes Umdenken stattfindet, auch was diesen Bereich betrifft.

Die dritte große Initiative aus dem Themenbereich Ressourcenschonung ist „A sauberes Festl“, das haben wir auch vor etwa zwei Wochen medial vorgestellt. Da geht es vor allem darum, dass wir bei Vereinsfesten oder Vereinen möglichst einfache Initiativen und Maßnahmen näher bringen wollen, um ressourcenschonend auch bei Festen zu agieren. Es gibt da einen bestimmten Maßnahmenkatalog, nach dem bestimmte Förderungen und Auszeichnungen vergeben werden und diese Checkliste ist auch im Internet ganz einfach abrufbar. Das geht von Maßnahmen wie Verzicht auf Einwegbecher,

getrennte Abfallsammlung, Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung beispielsweise. Wenn eine bestimmte Punkteanzahl erreicht wird, sieht man auch gleich online, wenn man die Checkliste ausfüllt, wie hoch die Förderung ist, die man aufgrund dessen bekommt.

Uns ist es eben da wichtig, den Vereinen auch Handlungsinitiativen aufzuzeigen, die möglichst einfach und simpel umsetzbar sind und im besten Fall auch weniger Arbeit bedeuten. Wenn man sich beispielsweise auch die Mehrwegbecher, die das Land Burgenland zur Verfügung stellt, ausborgt. Die Zahl der Anfragen gibt uns da auch recht.

Denn mit Stand dieser Woche hatten wir für diese Initiative bereits 20 Anfragen, und das obwohl wir diese Initiative erst vor kurzem festgestellt haben. Da möchte ich mich auch sehr, sehr herzlich bei meinen Mitarbeitern im Büro und auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Abteilung bedanken, die da sehr, sehr schnell immer reagieren. Deswegen konnten wir auch schon die ersten Vereinsfeste mit dem „sauberen Festl“ auszeichnen. Ich glaube, das ist wirklich ein großartiger Erfolg.

Vielleicht noch ganz kurz zwei weitere Dinge, die gerade in letzter Zeit stattgefunden haben. Erst letztes Wochenende, nämlich am 30. Juni und am 1. Juli fand auch die Ausbildung zu den ehrenamtlichen Naturschutzorganen statt. Diese ehrenamtlichen Naturschutzorgane sind sehr, sehr wichtig im burgenländischen Naturschutz. Ohne sie wäre ein Naturschutz, wie er im Burgenland funktioniert, nicht vorstellbar. Sie sind natürlich auch im Bereich der Nachhaltigkeit immer ein sehr wichtiges Bindeglied zwischen einerseits Gemeinden, Land und Bevölkerung.

Wir haben dieses Projekt auch, das jetzt seit Jänner diesen Jahres läuft bis Dezember 2019, seitens des Landes finanziell unterstützt, wo es vor allem darum geht, die Öffentlichkeitsarbeit mehr in den Vordergrund zu stellen, Mitglieder zu werben, verstärkte Beratungstätigkeit auch in den Gemeinden seitens der Naturschutzorgane durchzuführen, und vor allem auch die Aus- und Weiterbildung der Mitglieder. Diese Initiative zielt in diese Richtung ab und da freut es mich auch, dass ich sagen kann, dass bei dieser Schulung über 40 Burgenländerinnen und Burgenländer dabei waren, die sich zu ehrenamtlichen Naturschutzorganen ausbilden haben lassen.

Eine letzte Initiative, die vor allem den Kinder- und Jugendbereich betrifft: Wir bieten heuer auch wieder zum zweiten Mal den Fotowettbewerb „Auf Natursafari im Burgenland“ an, wo das Thema „Pflanzen und Tiere im Burgenland - kleines ganz groß“ ist, wo wir vor allem die Kinder und Jugendlichen motivieren wollen, wenn sie durch die Natur gehen, dass sie genauer hinsehen, um sich mit dem Thema Umwelt - Naturschutz auseinanderzusetzen.

Weil ich glaube, dass gerade Kinder und Jugendliche hier ganz wichtige Multiplikatoren im Umweltbereich, im Nachhaltigkeitsbereich sind, weil es auch die Generation ist, die mit unseren Handlungen leben wird müssen und vor allem auch unsere Handlungen im Klimaschutz, im Umweltschutz fortsetzen wird müssen.

Wie gesagt, nochmal ein herzliches Dankeschön an alle, die hier einen Beitrag geleistet haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin, die Zeit reicht nicht aus, um über die Nachhaltigkeit im Burgenland zu berichten. Erfreulich, dass es bei den Nachhaltigkeitstagen so viele Projekte gegeben hat.

Ich hätte jetzt noch eine Frage an Sie. Und zwar, Sie sind ja auch Gemeindereferentin, wie können Gemeinden und Regionen ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit entwickeln?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Gerade Gemeinden und Regionen im Burgenland spielen hier eine sehr, sehr wichtige Rolle. Weil Umweltschutz und Nachhaltigkeit ist ein klassisches gesellschaftliches Handlungsfeld, wo alle an einem Strang ziehen müssen und da sind gerade Gemeinden, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeindevertreterinnen, Gemeindevertreter aber auch Umweltgemeinderäte sehr, sehr wichtige Multiplikatoren, vor allem wenn es darum geht, die Bevölkerung für Umweltthemen, für Nachhaltigkeitsthemen zu sensibilisieren, um diese Themen auch vor allem in die Bevölkerung hinaus zu tragen.

Deswegen tun wir hier auch das Möglichste, um auch die Gemeinden vor Ort zu unterstützen, im Umweltbereich tätig zu werden. Es hat sich beispielsweise bei der Initiative „Glyphosat-freie Gemeinde“ sehr gut gezeigt, bei der viele Gemeinden mitgemacht haben. Wir haben auch beispielsweise jetzt diese zwei Dialogveranstaltungen zum Thema Klimawandelanpassung vor allem in den burgenländischen Gemeinden über die Bühne gebracht, die auch sehr großen Anklang gefunden haben.

Da ging es vor allem darum, auf Gemeindeebene darauf hinzuweisen, welche Auswirkungen auch Klimawandel schon im Gemeindebereich haben kann. Sei es jetzt von Überschwemmungen und so weiter. Es geht vor allem dahin, Bewusstseinsbildung zu schaffen und die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter auch als Vorbilder zu positionieren für die Bevölkerung. Wir haben auch beispielsweise ein großes Projekt zur Trockenrasenschulung im Burgenland jetzt umgesetzt und es ist auch noch in Umsetzung, wo viele Gemeinden teilnehmen können. Abgesehen davon gibt es auch Projekte, die über viele Jahre laufen. Beispielsweise die Mobilitätsberatung für die Gemeinden genauso wie die naturschutzfachliche Pflegeberatung für Gemeinden, die genau darauf abzielen, nämlich vor Ort bei den Gemeinden für Sensibilisierung zu sorgen und die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter genau dafür auszubilden.

Weil eben eine gute Ausbildung und ein entsprechender Wissensstand in diesem Bereich natürlich auch sehr wichtig ist, haben wir ja beispielsweise auch Informationsabende für Umweltgemeinderäte einmal in Eisenstadt, einmal in Pinkafeld angeboten, die auch sehr, sehr gut besucht wurden. Es freut mich wirklich sehr, dass wir so viele engagierte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter haben, die sich gerade im Bereich der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes im Burgenland so engagieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Frau Landesrätin danke für die vielen wertvollen Initiativen, wenngleich bei manchen sicher noch eine Nachbesserung möglich ist. Etwa, dass man beim „Festl“, wo es darum geht, dass man ein Mehrwegsystem bei den Bechern nutzt, nicht nach Wien fahren muss, um diese Becher zu holen, die man mehrmals… *(Zwischenruf von Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf)* Schön.

Aber trotzdem, wenn Sie es vom Punkt vom Klimaschutz her sehen, ist es wurscht, ob man vom Burgenland nach Wien fährt oder zurück, da haben wir noch einiges weiter zu entwickeln, aber da bin ich zuversichtlich.

Meine Frage lautet: Im Rechnungsabschluss 2016 sieht man, dass von den 18.000 veranschlagten Euro unter dem Punkt „Nachhaltige Entwicklung“ nur 7.200 Euro ausgeschöpft wurden. Was hat dazu geführt, dass hier eigentlich viel weniger investiert wurde in die nachhaltige Entwicklung, als ursprünglich vorgesehen war?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Vieles dafür ist natürlich für Initiativen gebunden worden, die auch darauf hinzielen, dass auch jetzt wer auch immer, Gemeinden, Vereine, an uns herantreten und dieses Geld dann auch in Anspruch nehmen.

Wenn es halt leider Gottes nicht ganz ausgeschöpft wird, ist es natürlich bedauerlich, aber da setzen wir eben sehr stark darauf, durch Informationskampagnen und Informationsveranstaltungen, dass so viele Gemeinden, Vereine, Privatpersonen, wer auch immer gerade der Ansprechpartner dieser Initiativen ist, diese Gelder in Anspruch nehmen und entsprechend auch die Initiativen umsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Temmel. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Bei der letzten Umweltreferentenkonferenz waren Sie offensichtlich nicht anwesend. Beamte, die Sie als Vertretung geschickt haben, waren nach einem Beschluss der Umweltreferentenkonferenz nicht stimmberechtigt.

Finden Sie es aus diesem Grund nicht sinnvoll, selbst an dieser Konferenz teilzunehmen, um wichtige Umweltthemen zu besprechen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich war bis jetzt auf jeder dieser Konferenzen anwesend. Sei es jetzt im Nachhaltigkeitsbereich, im Naturschutzbereich, im Umweltbereich. Es stimmt, ich konnte bei der letzten Referentenkonferenz aus persönlichen Gründen nicht anwesend sein, deswegen habe ich auch da wirklich sehr gute Vertreterinnen und Vertreter aus dem Landesdienst, die anwesend waren. Also wie gesagt, es waren... *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die sind nicht stimmberechtigt!)*

Ja, manchmal kommt halt leider Gottes ein persönlicher Grund dazwischen, der es mir leider da nicht möglich gemacht hat, bei dieser Konferenz dabei zu sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Temmel um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sie stehen in der Kritik die Sonderrichtlinie falsch umgesetzt und die Frostentschädigungen richtlinienwidrig ausbezahlt zu haben.

Können Sie garantieren, dass sämtliche Auszahlungen richtlinienkonform berechnet und ausbezahlt wurden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Edith Sack: Der fragt schon sechsmal das Gleiche!)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, ich kann dafür Zeuge sein und ich habe Zeugen, dass ich richtig ausbezahlt habe. Ich könnte mich ja schon wieder setzen, weil allein Ihre Frage, die Sie ja schriftlich auch schon an mich gestellt haben, die der ganze Landtag hat, *(Abg. Walter Temmel: Weil Sie die Unwahrheit sagen!)* habe ich Ihnen zum x-ten Mal erklärt. Ja, ich habe rechtskonform ausgezahlt.

Aber gerne wiederhole ich alle Ihre Fragen noch einmal, nachdem mir Zeit zur Verfügung steht, noch einmal, klar zu sagen. Aber Ihre Art und Weise, allein wie Sie vorher die Kollegin versucht haben zu denunzieren, spricht für Sie, mehr brauche ich nicht zu sagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie haben mich in der schriftlichen Anfrage gefragt: Können Sie garantieren, dass sämtliche Entschädigungszahlungen *(Abg. Ingrid Salamon: Zuhören musst Du, sonst weißt Du es wieder nicht!)* richtlinienkonform berechnet und ausbezahlt wurden? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Aber beleidigen brauchen wir uns nicht lassen!)* Ja, ich kann das garantieren, weil es mir um die Menschen geht und weil ich keine Existenzen gefährde.

Die zweite Frage: Wann wurden die Entschädigungszahlungen an die burgenländischen Bäuerinnen und Bauern überwiesen? Ab Anfang Jänner für die Obstschäden und ab Anfang April für den Weinbereich. 847 Betriebe im Weinbereich, 83 im Obstbereich. Es geht um Existenzsicherung, Unterstützung. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Den Sebastian Kurz hast du dreimal gefragt wo er ist bei der Ministerratsitzung!)*

Dritte Frage: Wurden alle Entschädigungszahlungen in einem Zug ausbezahlt? Nein, Gott sei Dank habe ich anders entschieden. Ich habe nicht wegen einiger Fälle, die bis heute nicht erledigt sein konnten, weil einige Unterlagen fehlen, gewartet. Ich wollte ich niemanden warten lassen. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Daher nein, ich habe nicht in einem Zug ausbezahlt, Gott sei Dank. So war es möglich, immer im Schritt die Obstbauern beziehungsweise Weinbauern hier immer so schnell wie möglich zu ihrem Geld kommen zu lassen.

Vierte Frage von Ihnen: Wer hat entschieden, dass die vorliegende Berechnungsmethode zur Berechnung der Entschädigungszahlungen angewendet wird? Die vorliegende Berechnungsmethode hat sich ganz klar aus dem Wortlaut, dem Sinn und der Gesamtschau der Sonderrichtlinie gezeigt. Diese Sonderrichtlinie haben Sie ja. Habe ich auch hier im Hohen Hause schon erklärt. Dort ist ganz klar, nach dem österreichischen Verfassungsrecht gibt es gar keine Ungleichbehandlung gleichartiger Fälle. Ist Ihnen schriftlich zugegangen.

Fünfte Frage: Wieviel Entschädigungszahlungen wurden bis dato ausbezahlt? 9.937.568,96 Euro für den Weinbau und 1.066.123,01 Euro für den Obstbereich. In Summe erhielten also Weinbauern und Obstproduzenten im Burgenland 11.003.691,97 Euro, heißt für das Land, 5,5 Millionen Euro. Danke an die gesamte Regierung. Das war eine Kraftanstrengung. Wir stehen zu unseren Obstproduzenten und zu den Weinbauern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ihre sechste Frage. Wie viele Bauern wurden bis dato entschädigt? Zum Zeitpunkt Ihrer Anfrage waren es 708 Winzerinnen und Winzer sowie 92 Obstproduzentinnen und Obstproduzenten. Mittlerweile haben wir ja weiter ausbezahlt.

Siebente Frage: Wieviel Entschädigungszahlungen müssen seitens des Landes Burgenland noch ausbezahlt werden? Zurzeit, aktuell mit heutigem Tag fehlen noch 17 Weinproduzenten, weil deren Unterlagen nicht komplett sind.

Achte Frage: Wie viele Bauern müssen noch entschädigt werden? Habe ich gerade beantwortet.

Neunte Frage: Wieviel Entschädigungszahlungen werden insgesamt ausbezahlt? Habe ich vorher schon gesagt, steht in der schriftlichen Beantwortung. Gesamtauszahlung von rund 11,56 Millionen Euro.

Zehnte Frage: Wieviel Geld steuert das Land zu den Entschädigungszahlungen bei? Habe ich soeben beantwortet. 5,5 Millionen Euro, mit einem großen Dankeschön an die Regierung, aber auch an den Landtag, weil es ja auch dann um Nachträge im Landesvoranschlag geht.

Elfte Frage: Warum werfen Sie den anderen Bundesländern eine falsche Berechnungsmethode vor, obwohl diese laut Ministerium korrekt ist? Sie haben sich ja informiert, haben Sie das letzte Mal beim Landtag gesagt. Das habe ich Ihnen auch hineingeschrieben, wie die Bundesländer ihre Zahlung geleistet haben, und so weiter und so fort. Fakt ist, das Burgenland hat sich nach dem gehalten, was im Gesetz steht.

Mir vorzuwerfen, ist wieder Ihre Art und Weise. Denunzieren, habe ich vorher gesagt, das tun Sie und das lasse ich mir sicher nicht gefallen. Das ist auch falsch und rufschädigend. Ziehen Sie das zurück, weil das eine Frechheit ist, denn mir geht es um die Weinproduzenten und mir geht es um die Obstproduzenten. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Jetzt drehen Sie aber die Vorzeichen um!)*

Die brauchen uns, die produzieren unter freiem Himmel. Ich stehe dazu, dass wir ihnen helfen. Und deswegen wurden über elf Millionen Euro ausbezahlt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Wenn Sie alles korrekt und richtig gemacht haben, ist es dann richtig, dass es im Burgenland zu Nachzahlungen von Frostentschädigungen an betroffene Bäuerinnen und Bauern gekommen ist?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Das ist absolut richtig, dass jeder das bekommt, was ihm zusteht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber nachbezahlt wurde!)* Daher ist ganz klar, ich habe ganz klar gesagt,… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben das letzte Mal gesagt…! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Unwahrheit! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: So ist es!)*

Warum fragen Sie mich, wenn… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Unwahrheit haben Sie gesagt, schriftlich und mündlich! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Also warum diese Aufregung?

Meine Damen und Herren! Ich habe, nachdem ich mit dem Ministerium geredet habe, an 50 Winzerinnen und Winzer ausbezahlt, ich wollte auch eben hier andere nicht warten lassen, und glauben Sie mir, ich heiße Dunst und nicht Kurz. Ich fälsche keine Studien *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie bestätigen uns, dass Sie uns nicht die Wahrheit gesagt haben!)* und auch keine Auszahlungen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* und Winzer ausbezahlt. Ich wollte eben hier andere nicht warten lassen, und glauben Sie mir, ich heiße Dunst und nicht Kurz. Ich fälsche keine Studien und auch keine Auszahlungen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie bestätigen, dass Sie nicht die Wahrheit gesagt haben. Sie bestätigen, dass Sie schriftlich und mündlich mehrmals die*

Unwahrheit gesagt haben. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das haben wir noch nicht gehabt.)

Präsident Christian Illedits: Ich bitte kurz um Ruhe. Herr Präsident Strommer, es gibt die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden.

Herr Abgeordneter Temmel, eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Die Berechnungen der Entschädigungszahlungen sind nicht klar nachvollziehbar. Warum haben Sie in Ihrem Schreiben an die Winzerinnen und Winzer die Berechnung nicht konkret, so, wie bei allen anderen Förderungen üblich und Auszahlungen klar aufgeschlüsselt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Abgeordneter Temmel! Auch wenn Sie es noch einmal probieren und ich ersuche Sie wirklich, nochmal mindestens drei Anfragen zu stellen und fünf schriftliche Anfragen. Es spricht für Sie, dass Sie hier einfach einen Keil hineintreiben wollen, Menschen gegeneinander aufhetzen. Das ist die Sprache der ÖVP. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Geh, hör auf!)*

Fakt ist, die Menschen wissen, warum sie was bekommen haben und warum nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Sodl. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident! Frau Landesrätin! Nachdem Sie sehr ausführlich die Frage zum zweiten Mal nach der schriftlichen Anfrage jetzt auch mündlich sehr ausführlich beantwortet haben, und ich auch überzeugt bin, dass Sie sich sehr korrekt und mit viel Engagement für die Landwirtschaft und für die Bauern einsetzen, darf ich die Frage stellen: Abgesehen von der Unterstützung nach den Frostschäden 2016, welche Projekte haben Sie zur Unterstützung der Landwirtschaft gestartet?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Natürlich ist eines klar, gerade nach diesen Frostnächten und all dem Unwillen der Natur 2016 gilt es, nach vorne zu schauen.

Wir haben bei der Landesagrarreferentenkonferenz in Mayrhofen in Tirol mehre guten Beschlüsse - alle guten Beschlüsse sind einstimmig gefasst worden - gefasst, beispielsweise auch in Richtung, wie geht man in Zukunft um? Wir werden der Natur nicht verbieten können, dass es nie mehr Hagel gibt, dass es stürmt, dass es Frostnächte, vor allem aber auch manchmal zu wenig Wasser, dann zu viel gibt. Das heißt, wir haben dort ganz klar gesagt, alle Bundesländer mit dem Herrn Minister haben wir uns darin gefunden, in Forschung mehr zu investieren, auch natürlich bis zu anderen europäischen Ländern hier einen Schulterschluss zu fassen und zu schauen, damit es Unterstützungsmaßnahmen in Zukunft auf europäischer Ebene gibt, weil alle diese Naturkatastrophen natürlich auch in anderen europäischen Ländern Schaden anrichten und damit sowohl die Obstproduzenten, Gemüseproduzenten, aber auch natürlich die Weinproduzenten genauso wie im Ackerbau und so weiter natürlich immer in ihrer Existenz gefährden. Es geht um eine nachhaltige Absicherung.

Natürlich geht es auch um die Absicherung von zukünftigen Arbeitsplätzen. Heute werden wir über junge Menschen sprechen, die auch in der Landwirtschaft und im

ländlichen Raum arbeiten sollen. Daher gibt es von mir einen Masterplan, das Leben am Land hat Zukunft, das sehe ich auch so. Es ist unser Leben, wir brauchen dringend diese Lebensmittel und all diese Produkte und daher, über den Masterplan oder über meine Landwirtschaftsworkshops gibt es eine Reihe von Maßnahmen und vor allem konkrete Umsetzungen.

Heute wird auch noch die Genussbörse Burgenland ein Thema sein. Ich darf Sie alle einladen, hier nachzuschauen, sie ist schon online. Ich freue mich sehr, dass wir auch hier unseren Produzenten ganz konkret helfen, dass sie an Landesbeteiligungen verkaufen können. Genauso, wie beispielsweise, dass es die ersten Gespräche mit Hagelabwehr durch Flugzeuge von uns aus in der Regierung gegeben hat.

Ich bedanke mich bei allen Winzerinnen und Winzer, vor allem im Südburgenland, Eisenberg, Deutsch Schützen, die schon einen Schritt weiter gegangen sind, daher viele Maßnahmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sagartz. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben den Bundesminister Kurz in den Mund genommen und haben zuvor von Rufschädigung gesprochen. Sie haben gerade eine Fälschung in den Raum gestellt, das möchte ich Ihnen nur sagen. Das ist schon ein starkes Stück, wenn es um Rufschädigung geht, dann ist das wohl der einzige Fall, der heute hier passiert.

Sie haben bewusst in Ihrer Anfragebeantwortung dem Burgenländischen Landtag die Unwahrheit gesagt, wie Sie gerade selbst gesagt haben, und ich bitte Sie, klarzustellen, dass Ihre Anfragebeantwortung an den Abgeordneten Temmel hinsichtlich der Nachzahlungen von Frostentschädigungen falsch war.

Präsident Christian Illedits: Wie war die Frage?

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP) *(fortsetzend):* Stellen Sie das klar! *(Abg. Edith Sack: Das ist keine Frage.)*

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP) *(fortsetzend)***:** Werden Sie das klarstellen?**Präsident Christian Illedits:** Werden Sie was klarstellen?

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP) *(fortsetzend)*: Herr Landtagspräsident! Ich werde die Frage präzisieren. Sie haben uns die Unwahrheit gesagt. Werden Sie das klarstellen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Abgeordneter! Man kann nicht groß austeilen und dann nicht bereit sein, nur irgendetwas zur Kenntnis zu nehmen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir uns komplett einig.)* und das sind gerade Sie, der nicht einmal im Stande ist, eine Frage zu formulieren. Also was soll das? Wolf im Schafspelz, wissen wir, wie der reagiert. Ich hoffe, Sie wollen wirklich eine ehrliche Antwort, und eine ehrliche Antwort habe ich Ihnen gegeben in der schriftlichen Anfrage und heute nochmal in der mündlichen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben aber gesagt.)* Klar ist, ich habe das vorhin schon gesagt, ich anerkenne das Souverän des Landtages. Mir liegt nichts ferner. *(Auf der Zuschauergalerie beginnt ein Kleinkind zu weinen. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Da plärrt sogar das Kind.)* Es ist wichtig, dass auch hier Menschen zuhören, von Klein bis Groß, denn das ist genau das Richtige, nämlich hier Klarheit zu schaffen. Mir zu unterstellen - und ich habe das schon x-mal klargestellt -, *(Abg. Mag.*

Christian Sagartz, BA: Sie haben es ja selber gerade bestätigt.) mir zu unterstellen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben es selber bestätigt.)* ich würde die Unwahrheit sagen oder irgendeinem Weinproduzenten nicht das Geld auszuzahlen, weise ich zurück. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nachzahlungen!)*

Ich habe ganz klar gesagt, nach Nachfrage im Ministerium, damit ich nichts zurückfordern muss und damit andere nicht warten müssen, habe ich den ersten Teil ausbezahlt, den zweiten nach der Freigabe durch das Ministerium nachbezahlt, also ich weiß nicht, warum Sie so oft fragen.

Ich weiß schon, Sie wollen die Menschen draußen - obwohl wir elf Millionen Euro in die Hand genommen haben - verunsichern, gegenseitig aufhetzen. Das ist das, was Sie tun können. Wenn Sie das in der Landwirtschaft und im ganzen Agrarbereich die letzten Jahrzehnte gemacht hätten, wäre ich froh, hätten Sie mehr gearbeitet und weniger gehetzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Grundsätzlich möchte ich nur in den Raum stellen, dass bei der Wortwahl doch auch Sorgfalt an den Tag zu legen wäre.

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Gegenständlich wird das Primärversorgungsgesetz zur Neugestaltung des niedergelassenen Gesundheitsbereichs diskutiert. Wie stehen Sie dazu?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zum Zeitpunkt Ihrer Anfrage war noch nicht sicher, ob dieses Gesetz kommen wird, es ist aber gekommen. Es ist eine punktgenaue Landung.

Nach jahrelangen Verhandlungen wurde dieses Primärversorgungsgesetz letzte Woche im Nationalrat mit großer Mehrheit beschlossen. Es ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Schritt in Richtung Modernisierung der Versorgung im niedergelassenen Bereich und gewährleistet die Öffnungszeiten auch zu sogenannten Tagesrandzeiten, also zu Zeiten, wo Berufstätige auch einen Arzt benötigen. Jede Familie soll nahe an ihrem Wohnort eine professionelle, moderne Gesundheitsversorgung vorfinden. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

Es geht nicht nur um die reine Behandlung von Krankheiten, sondern die Gesundheitsversorgung wird durch dieses neue Gesetz, durch diese Primärversorgungszentren viel breiter angedacht als bisher. Die Hausärztin, der Hausarzt begleiten gemeinsam mit dem Team, das sie haben, zum Beispiel die Behandlung nach einem Krankenhausaufenthalt, arbeiten mit mobilen Pflegediensten zusammen oder unterstützen bei chronischen Krankheiten. Dadurch werden längere Öffnungszeiten, damit eine höhere Qualität und ein Mehr an Leistungen nahe am Wohnort ermöglicht, und das ist ja unser aller Ziel, nehme ich an, welches durch dieses neue Gesetz auch möglich werden wird. Wir werden jetzt gemeinsam mit der Burgenländischen Gebietskrankenkasse an der Schaffung von weiteren Gesundheitszentren im Burgenland arbeiten. Burgenland ist ein spezielles Land mit sehr vielen Gemeinden, 171 an der Zahl, also mit kleineren Einheiten. Ich bin mir mit der Gebietskrankenkasse einig, dass wir an sogenannten Netzwerkvarianten hier arbeiten werden, was uns ein bisschen von anderen

Bundesländern unterscheidet. Es ist das Ziel, bis zum Jahr 2021 drei Primärversorgungseinrichtungen im Burgenland zu etablieren. Eine Einrichtung gibt es bereits, die Akutordination in Oberwart, im Krankenhaus Oberwart, die von den Menschen sehr gut angenommen wird und die auch von der Qualität her eine Symbiose zwischen den niedergelassenen Ärzten auf der einen Seite und dem Spitalsbereich auf der anderen Seite bringt. Auch die Ärztinnen und Ärzte sind damit sehr einverstanden.

Ich möchte auch dazusagen, es hat am Beginn dieses Projektes auch durchaus Widerstände gegeben, vor allem aus der Ärztekammer, die in die Richtung gegangen sind, dass man geglaubt hat, mit diesen Primärversorgungseinrichtungen fördert man Unternehmen im Bereich, die mit dem ärztlichen Beruf weniger zu tun haben, die einfach auf Profit ausgerichtet sind. Es hat sich in Oberwart gezeigt, dass das nicht der Fall ist, und die Ärztekammer ist jetzt auch im Boot, was dieses neue Gesetz betrifft.

Es klingt zwar sehr technisch, das PHC-Gesetz, also „Primary Health Care"-Gesetz, aber hinter diesem technischen Begriff verbirgt sich eine Verbesserung im Versorgungsangebot im niedergelassenen Bereich. Ich möchte noch einmal zusammenfassen - es geht um drei Bereiche: Erstens, Verbesserung der Öffnungszeiten. Viele Allgemeinmediziner haben derzeit auch im Burgenland für berufstätige Personen sehr unattraktive Öffnungszeiten. Diese werden durch das neue Gesetz geändert werden, indem die von mir angesprochenen Tagesrandzeiten auch abgedeckt werden.

Zweitens, es gibt eine Verbreiterung des medizinischen Angebots, beispielsweise mit Zuhilfenahme von Physiotherapeuten oder Hebammen oder auch weiteren medizinischen Assistenzberufen, alles aus einer Hand, und drittens, es gibt einen wechselseitigen Austausch in diesen Primärversorgungszentren untereinander, was die Ärzte betrifft, und damit auch ein nachhaltig abgestimmtes Versorgungsangebot im ländlichen Raum.

Ich denke, dass dieses PHC-Gesetz, diese neue Primärversorgung, die Zusammenarbeit der Hausärzte untereinander wesentlich erleichtern wird, und damit auch für die Patientinnen und Patienten einen Mehrwert bringen wird. Hausärzte werden keine Einzelkämpfer mehr sein per se, nicht mehr sein müssen, sondern gemeinsam auch ein Gesundheitszentrum betreiben können, und das halte ich für einen Qualitätsschub der besonderen Klasse.

Ich bedanke mich auch beim Nationalrat dafür, dass er mit einer großen Mehrheit dieses Gesetz auch so beschlossen hat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Werden in der neuen Finanzausgleichsperiode auch zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ja, wir haben im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen, was jetzt meinen Bereich betrifft, zuständig ist ja der Herr Finanzlandesrat Bieler und der Herr Landeshauptmann, aber wir haben auf unserer Basis uns „committed", dass wir 200 Millionen Euro österreichweit mehr für dieses neue Projekt bekommen, gemeinsam mit den Sozialversicherungen, mit dem Bund, mit den Ländern, und es sollen insgesamt bis zum Ende des Jahres 2020 75 solche neuen Einrichtungen in Österreich entstehen, davon eben drei im Burgenland.

Wir sind überdurchschnittlich gut aufgestellt, wobei - wie gesagt - schon eines mit der Akutordination in Oberwart besteht, und Sie können sich selbst überzeugen, diese funktioniert bestens. Es ist eine Symbiose - noch einmal gesagt - zwischen den niedergelassenen Ärzten und dem Krankenhaus. Auch da hat es zu Beginn Widerstand der Ärztekammer gegeben. Ich möchte aber dazusagen, dass wir hier auch auf burgenländischer Ebene eine Einigung mit dem Ärztekammerpräsidenten Lang erzielen konnten, weil man dann auch gesehen hat, es hat zu Beginn Bedenken gegeben, wenn es im Krankenhaus ist, ob das für die niedergelassenen Ärzte nicht eine Konkurrenz sei. Nein, ganz im Gegenteil, man kann auf kurzem Weg entscheiden, ob ambulante Versorgung, stationäre Versorgung im Krankenhaus oder eben die Inanspruchnahme dieser Primärversorgung durch diese Akutordination im Krankenhaus Oberwart. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! In welcher Form planen Sie mit der Gebietskrankenkasse die Umsetzung dieses Konzeptes auch in unserem Heimatland Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Abgeordneter! Ich habe schon kurz angesprochen, wir haben 171 Gemeinden im Burgenland mit einer breitgestreuten Struktur, was kleinere Gemeinden betrifft. Es gibt nur eine Gemeinde mit über 10.000 Einwohnern und das ist die Landeshauptstadt. Daher braucht es für das Burgenland aus meiner Sicht auch ein eigenes Konzept in diesem PHC-Bereich.

Ich bin hier in guten Gesprächen mit der Gebietskrankenkasse, dass das auch berücksichtigt wird, dass man hier eine Vernetzung zwischen den niedergelassenen Ärzten und dem Spitalsbereich erreichen kann, und dass wir das Service in einer Hand haben wollen und dass diese im Gesetzwerdungsprozess auch möglich gemachte, auch durch die Intervention des Burgenlands ermöglichte, sogenannte Netzwerkvariante zum Zug kommt. Das heißt, dass wir den Strukturen im Burgenland Rechnung tragen, dass wir die Hausärzte besser vernetzten, als vielleicht nur in einer Gemeinschaftspraxis, sondern mehrere Hausärzte, die in einem Bezirk beheimatet sind, in diese Zentren auch einbinden und etablieren können.

Ich glaube, dass das jetzt auch die Aufgabe ist, nachdem das Gesetz nun in Kraft getreten ist, dass wir das sofort in Angriff nehmen und sobald wie möglich auch in diese Realisierungsphase mit den drei Zentren im Burgenland gehen werden und können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landesrat! Ich bewundere Ihre Geduld, dass Sie die immer wieder gleiche Frage, immer wieder beantworten, weil was Sie über die Gesundheitszentren denken, haben Sie uns ja schon in mehreren Landtagssitzungen erläutern können.

Ich kann mich auch erinnern, dass wir übereingestimmt haben, in der Frage, dass es wichtig wäre, dass man auch durch Ärzte/Ärztinnen angestellt werden kann. Nun ist das aber in diesem Beschluss, der im Nationalrat gefasst wurde, nicht enthalten. Offensichtlich konnten Sie dann sozusagen mit Ihrer Position da auch nicht durchkommen.

Was war denn der Grund, dass nicht gewährleistet werden konnte, dass es auch ein Anstellungsverhältnis zwischen Ärztinnen und Ärzten gibt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich bin Mitglied der Burgenländischen Landesregierung und nicht des Nationalrates. Das müssten Sie im Nationalrat nachfragen.

Ich bin durchaus Ihrer Meinung, dass wir hier auch noch Luft nach oben hätten. Es gibt Lehrpraxen, da bin ich aber auch nicht ganz zufrieden, sage ich ganz offen. Weil ich habe schon mit sehr vielen Ärzten jetzt auch gesprochen, die als Turnusärzte tätig sind und die diese Lehrpraxis auch machen wollen. Das würde auch in dieses Konzept passen. Sie verdienen allerdings so wenig, dass das nicht attraktiv ist.

Es besteht durchaus Luft nach oben, da bin ich schon bei Ihnen. Trotzdem, es gibt schon die Möglichkeit, dass man Ärzte auch anstellt. Aber ich halte es vor allem für wichtig, dass sich Ärzte insgesamt zusammenschließen. Es geht jetzt nicht nur darum, dass man - es ist ja jetzt auch schon möglich, dass man Gruppenpraxen führt, wo es verschiedene Fachrichtungen gibt -, aber bei dem Konzept geht es jetzt eher darum, dass man die Hausärzte so auch organisiert, dass man in der Nacht die Möglichkeit hat, auch in den Genuss eines Hausarztes zu kommen, in einem Zentrum. Das würde zu lange dauern, die Fragestunde müsste ich jetzt ausweiten, aber ich sehe auch schon, dass junge Ärzte nicht mehr in dieser Bereitschaft da sind, diese Nachtdienste auch zu absolvieren, sondern dass man sagt, Work-Life-Balance, das ist auch ganz wichtig.

Insofern hoffen wir mit diesem Konzept, das auch ein bisschen abfangen zu können, weil es wichtig ist, dass die Bezirke die Versorgung mit den Hausärzten auch gewährleisten können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Rosner. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine Frage zielt genau auf das ab, was die Kollegin Petrik vorher gefragt hat, und zwar haben wir das schon öfter hier thematisiert. Ein wichtiger Beitrag wäre natürlich, dass die Arzt-Arzt-Anstellung möglich ist.

Wann werden Sie sich für die Umsetzung dieser Möglichkeit einsetzen? Oder setzen Sie sich für das ein?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich setze mich jederzeit dafür ein. Aber Sie sollten auch Ihre Parteikollegen auf Bundesebene davon überzeugen. *(Abg. Klaudia Friedl: Ja, bravo! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, M.A. um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Dem Vernehmen nach wurde die Schule für Gesundheits- und Krankenpflege in Oberwart einer Prüfung unterzogen.

Aus welchem Anlass wurde die Schule überprüft?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich könnte mich jetzt auf die schriftliche Anfrage berufen, die ich Ihnen am 30. Juni übermittelt habe. Aber Sie haben natürlich das Recht, das hier im Landtag auch zu fragen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Etwas anderes.)* Na ja, das denke ich mir, dass Sie da noch eine andere Frage haben.

Die Gesundheits- und Krankenpflegeschule Oberwart gehört rechtlich zu den burgenländischen Krankenanstalten. Sie ist quasi eine Tochtereinrichtung der KRAGES. Es werden hunderte junge Menschen zu Gesundheits- und KrankenpflegerInnen ausgebildet. Ich bin jedes Jahr dort, wenn es auch um die Verleihung der Zertifikate an die Schülerinnen und Schüler geht. Das sind auch durchaus positive Momente, weil wir damit gewährleisten können, dass im Burgenland die Gesundheitsversorgung vor allem im Pflegebereich auch gewährleistet wird. Ich nehme an, dass auch das in Ihrem Sinne ist und dass wir hier einen Konsens zumindest in dieser Frage finden. Viele beginnen dann auch in der KRAGES ihren Berufsalltag, und sie leisten hervorragende Arbeit und haben beste Qualifikationsmerkmale, die man auch aus Untersuchungen herauslesen kann.

Im Übrigen haben wir im Burgenland in den letzten Monaten hart darum gekämpft oder ich habe hart darum gekämpft, dass im Pflegebereich auch eine Erhöhung des Gehaltes möglich ist, um 250 Euro im Pflegebereich, 14-mal pro Jahr. Das wird dann auch entsprechend honoriert. Das haben auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend honoriert, auch bei den letztlich durchgeführten Personalvertretungswahlen.

Das heißt, dass die Politik, die wir in diesem Bereich auch tätigen, nicht nur honoriert wird, sondern dass vor allem der Halt aller Standorte, sowohl was die Spitäler betrifft, als auch die Pflege insgesamt betrifft, mit den 44 Heimen funktioniert.

Zu Ihrer Frage. Die Abteilung 6, der ich als politisch Verantwortlicher vorstehe, die Gesundheits- und Sozialabteilung des Landes, hat rechtlich die Funktion, die Krankenpflegeschule in Oberwart im Hinblick auf Ausstattung der Schule zu kontrollieren. Aus diesem Grund findet gerade eine Prüfung statt, die bis Herbst abgeschlossen sein wird. Anlass der Prüfung ist, es geht gesetzlich darum, es ist vorgeschrieben, das zu prüfen. Es ist nichts Ungewöhnliches, wenn die Abteilung ihren rechtlichen Auftrag nachkommt. Deswegen habe ich diese Abteilung auch veranlasst, die Abteilung 6, diese Prüfung durchzuführen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Eine Prüfung des Gesundheitsministeriums ergab angeblich Verfehlungen in der Lehre und Ausbildung. Auch von Mobbing ist die Rede. Gleichzeitig, im zeitlichen Naheverhältnis, wurde die Leiterin, die Schulleiterin dieser Schule, entlassen.

In welchem Zusammenhang steht die Entlassung der Schulleiterin mit diesen Vorwürfen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es gibt keine Entlassung der Schulleiterin. Es gibt eine berufliche Veränderung der Schulleiterin. Sie wird in der Fachhochschule tätig werden. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das war sie auch schon vorher.)* Ja, sie macht das aber jetzt hauptberuflich. Es gibt keinen Zusammenhang mit den von Ihnen erhobenen Vorwürfen, die ich in dieser Form auch nicht kenne. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Noch eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Dem Vernehmen nach sollte auch auf Wunsch Ihres Kollegen auf der Regierungsbank, dem Landeshauptmann, der Studienlehrgang Physiotherapie nach Oberwart verlegt werden. Dieses Vorhaben hat dem Land aber zu viel Zeitaufwand und Geld gekostet, mit dem Ergebnis, dass jetzt wieder die Herstellung der Ausgangssituation zu schaffen ist.

Wie stehen Sie zu dieser unsinnigen Aktion?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich sehe diese Aktion nicht als unsinnig, sondern ganz im Gegenteil, aufgrund der Grundlagen, die wir jetzt haben, als sehr sinnig. Zum Zeitpunkt der Vorbereitungsarbeiten, was diesen Campus Gesundheit Burgenland betrifft, und der daraus resultierenden Kooperationsvereinbarung war die Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes noch nicht beschlossen. Künftig soll ein dreistufiges Ausbildungsschemata in der Ausbildung der Pflegekräfte im Burgenland durchgeführt und eingeführt werden.

Um es auch ganz kurz noch anzusprechen, die Pflegeassistenz soll zentral in Oberwart ausgebildet werden, wobei die notwendigen Platzressourcen an der Schule in Oberwart vorhanden sein müssen, um das zu gewährleisten. Deswegen ist es erforderlich, dass derzeit die theoretische Ausbildung der Studierenden des Gehobenen Dienstes am Campus Pinkafeld weiter durchgeführt wird.

Es ist ein erster Schritt mit der Ausbildung der Pflegeassistenz ab Herbst 2017 mit der Gesundheits- und Krankenpflegeschule in Oberwart gesetzt. Wir werden auch im langfristigen Zusammenarbeiten, ich hoffe da auf Ihre Mithilfe, auch des Bürgermeisters, mit dem Neubau des Krankenhauses in Oberwart, ein langfristiges Konzept zur Nutzung des derzeitigen bestehenden Krankenhauses Oberwart samt Nebengebäuden durch die KRAGES nicht nur prüfen, sondern auch umsetzen.

Das heißt, ich glaube schon, dass das ein gutes Konzept ist. Es wäre auch ein falscher Weg, wenn man das Krankenhaus in Oberwart, das jetzt dann nach einigen Jahren nicht mehr benötigt wird, in die neue Planung dieses gesamten Campus Burgenland nicht einbeziehen würde. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Es wurde medial schon abgehandelt, dass es auch bei der Ausstellung von Zeugnissen im Rahmen des Schulbetriebes zu Problemen gekommen ist. Da ist dort die Antwort gekommen, dass es sich ausschließlich um EDV-Probleme handelt.

Sehr geehrter Herr Landesrat! Können Sie ausschließen, dass es außer aufgrund dieser EDV-Programme und der Probleme, die dadurch verursacht wurden, nicht auch andere Momente gegeben hat, die zu Falschausstellungen von Zeugnissen geführt haben?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen in meiner ersten Anfragebeantwortung gesagt, dass dieser Bericht von der Abteilung 6 noch nicht vollständig vorhanden ist. Also ich kann gar nichts ausschließen. Ich gehe in diese Falle sicher nicht hinein, die Sie mir jetzt offensichtlich stellen wollten.

Aber es ist so, es ist richtig, dass es mit Ende 2016 ein Problem bei der Ausstellung von Zeugnissen gegeben hat. Ein Software-Update hat zu unrichtigen Zuordnungen der absolvierten Praktikantinnen und Praktikanten geführt.

Nach Feststellung dieses Problems - das ist der jetzige Wissensstand - wurden alle ausgestellten Zeugnisse eingesammelt, korrigiert, in mühsamer Kleinarbeit korrigiert und mittlerweile wieder richtig an die Schüler ausgefolgt. Dieses Software-Problem ist mittlerweile behoben, sodass wieder alle Zeugnisse korrekt ausgestellt werden konnten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das Land Burgenland gehört zu den größten Arbeitgebern im Land.

Wie hoch ist der Frauenanteil in der Landesverwaltung? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Frag den Steiner Thomas, wie hoch der Frauenanteil in Eisenstadt ist!)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben im Burgenland in der Landesverwaltung und in den landesnahen Betrieben 8.638 Beschäftigte. Man sieht daran, dass diese Betriebe natürlich mit Abstand der größte Arbeitgeber im Land sind. Davon sind 1.984 Bedienstete in der Landesverwaltung tätig. Es sind 1.099 Männer und 885 Frauen. Der Frauenanteil in der Landesverwaltung beträgt aktuell 44,6 Prozent - und das muss man dazu sagen -, trotz Straßenbauabteilung, trotz Baudirektion, trotz Güterwegeabteilung, Wasserbauabteilung, also auch operative Bauabteilungen, die hier inkludiert sind. Es ist erfahrungsgemäß so, dass gerade im Baubereich relativ wenige Frauen beschäftigt sind.

Insofern ist der Anteil von 44,6 Prozent im gesamten Landesbereich ein relativ guter Bereich. Ich darf auch dazu sagen, dass in den letzten 18 Jahren der Frauenanteil um 6,3 Prozent gesteigert werden konnte. Hier haben wir eine kontinuierliche Zunahme der Frauenbeschäftigung in der Landesverwaltung.

Im Jahr 1999 - ich bin 2000 Landeshauptmann geworden - war der Frauenanteil 38,3 Prozent. Im Jahr 2017, Mai 2017, also relativ aktuell, ist der Frauenanteil 44,6 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir sind auf einem guten Weg, und ich gehe davon aus, dass sich der Frauenanteil auch in Zukunft weiter erhöhen wird. Wir haben auch Karenzierungen. Es sind 57 Bedienstete im Karenzurlaub. Es sind 33 Prozent der Frauen, der weiblichen Bediensteten der Landesverwaltung teilzeitbeschäftigt. Aber nicht, weil das Land das vorgibt, sondern bei uns kann jeder Mann und jede Frau sowohl Teilzeit als auch Vollzeit arbeiten, außer bei den Führungskräften, dort ist es natürlich schwieriger. Aber von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommen wir allen Männern und Frauen zugute, dass wir in den letzten Jahren kein Ansuchen bezüglich Teilzeitarbeit abgelehnt haben, sondern versucht haben, neu zu organisieren, damit die Arbeit natürlich auch gemacht wird und den Frauen, aber auch einzelnen Männern, entgegenzukommen.

Was für mich auch wichtig ist, das ist das Frauenreferat. Ich glaube, das war auch eine gute Entscheidung, dass unter der Landesrätin Dunst dieses Frauenreferat nicht nur

eingeführt, sondern auch entsprechend organisiert wurde. Immerhin ein Budget von 289.000 Euro. Hinzu kommen 2,4 Millionen Euro an ESF-Mittel, die vor allem gegen Frauenarmut und für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf etwas unternehmen sollen. Darum geht es uns auch, nämlich, dass hier im Landtag und von der Landesregierung immer wieder Rahmenbedingungen gesetzt werden und auch von den Gemeinden, das muss ich auch dazu sagen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch da haben wir eine deutliche Zunahme der Frauenbeschäftigungsquote. Wir haben rund 48.000 unselbständig beschäftigte Frauen im April 2017 im Burgenland und das sind die Rahmenbedingungen, dass die Frauen verstärkt berufstätig sein können. Dass es gute Kinderbetreuungseinrichtungen gibt, dass es ganztägige Schulformen gibt.

Wie gesagt, eine gemeinsame Anstrengung von Seiten des Landes und der Gemeinden, um Frauen die Möglichkeit zu geben, einerseits den Frauenanteil hier zu erhöhen, andererseits aber auch den Beschäftigungsanteil der Frauen gegenüber dem Jahr 2006 zu erhöhen, da hat es 40.200 Beschäftigte im Burgenland gegeben, jetzt 48.000. Wir haben eine Zunahme der Frauenbeschäftigung durch die guten Rahmenbedingungen von immerhin 17 Prozent im Burgenland.

Ich glaube, das ist sehr wichtig, dass die Frauen die Möglichkeit haben, ihrer Qualifikation entsprechend einen entsprechenden Arbeitsplatz nicht nur beim Land Burgenland oder den landesnahen Betrieben zu finden, sondern darüber hinaus natürlich auch in der Privatwirtschaft.

Sehr erfreulich ist auch die Tatsache, dass die Frauenarbeitslosigkeit im Monat Mai um 6,1 Prozent zurückgegangen ist. Dabei handelt es sich immerhin um 249 Frauen, die wieder in Beschäftigung gebracht wurde.

Einerseits ist also ein steigender Frauenanteil in der Landesverwaltung, in den landesnahen Betrieben, andererseits aber auch in der Privatwirtschaft im Burgenland unter einem Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Insofern können wir mit der Entwicklung zufrieden sein, aber uns nicht zurücklehnen, denn da muss weitergearbeitet werden damit wir noch bessere Bedingungen für Frauen und für Frauenbeschäftigung schaffen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie hat sich der Anteil der Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung in den letzten 15 Jahren entwickelt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Da hat es in den vergangenen Jahren immer wieder berechtigte Kritik gegeben, dass man gesagt hat, ja, der Frauenanteil steigt, aber die Führungspositionen werden hauptsächlich von Männern besetzt und da sind wir auch auf einem sehr guten Weg. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Alles doch schon veröffentlicht. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Frauenanteil ist bekanntlich von 38 auf über 44 Prozent gestiegen und in den Leitungsfunktionen des Landes konnte der Frauenanteil seit dem Jahr 2003 von damals 19 Prozent auf 34,7 Prozent gesteigert werden.

Da sind wir, glaube ich, auch auf einem sehr guten Weg. Was eigentlich ganz sensationell ist, und da möchte ich den Bereich der Abteilungsvorstände oder Abteilungsvorständinnen hervorheben, bei denen es im Jahr 2003 überhaupt keine Frau als Abteilungsvorständin gab. Heute beträgt hier der Frauenanteil 62,5 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Auch das ist eine sehr gute Entwicklung. Wenn ich mir die Bezirkshauptmannschaften ansehe, dann war in der Vergangenheit eine Frau in dieser Position. Es ist 6:1 gestanden. Jetzt steht es 4:3. Wir haben vier Männer und drei Frauen als Bezirkshauptleute. Es gibt also auch da eine gute Entwicklung.

Auch bei den Abteilungsleiter-Stellvertretern hat es eine gute Entwicklung gegeben, nämlich, von 10 Prozent Frauen auf 37,5 Prozent. Das zeigt, dass wir hier in allen Bereichen zu der Parität kommen. Das, und das muss ich auch dazusagen, kommt allerdings nicht von alleine, oder weil es Frauen sind, sondern, ich habe mir wieder aktuell die Fortbildungsprogramme und die Führungskräfteseminare angesehen, wo der Frauenanteil bei diesen Fortbildungen und Führungskräfteseminare ein sehr hoher ist. Hier wurden hervorragende Ergebnisse erzielt.

Das ist wieder eine wesentliche und wichtige Weichenstellung, über die Qualifikation in Spitzenpositionen zu kommen. Es braucht hier niemand zu glauben, dass man sagt, weil eine Frau eine Frau ist, deswegen wird sie Abteilungsvorständin. Wir machen Assessments mit externen Firmen und dort setzen sich die Frauen durch, weil sie gut qualifiziert und gut ausgebildet sind.

Von einem externen Assessment als Beste gereiht zu werden, ich glaube, darauf können wir auch stolz sein, dass die Frauen nicht sagen ich bin dort, weil ich eine Frau bin, sondern weil ich wirklich höchst und bestens qualifiziert bin. Der Weg der guten Fortbildung und Ausbildung ist die Grundlage auch weiterhin Frauen in Spitzenpositionen zu bringen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Eine sehr gute Entwicklung für die Frauen, aber auch für den Arbeitsplatz Land. Ich habe noch eine andere Frage, also jetzt nicht Frauen betreffend. Erfüllt das Land Burgenland das nach dem Behinderteneinstellungsgesetz vorgesehene Beschäftigungsausmaß?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich glaube, das ist auch ein sehr wesentlicher Bereich der nicht zu kurz kommen soll. Nach dem Behinderteneinstellungsgesetz sind alle österreichischen Dienstgeber, die 25 oder mehr DienstnehmerInnen beschäftigen, verpflichtet, auf je 25 DienstnehmerInnen mindestens einen sogenannten begünstigten Behinderten einzustellen und daraus errechnet sich die Pflichtzahl.

Ab 25 ist eben ein Behinderter einzustellen, aber, da gibt es noch eine andere Berechnungsart, dass aufgrund der Schwere der Behinderung, des Alter, das Sozialministerium, dass diese Berechnungen macht, es bei der Berechnung auch einen Zuschlagfaktor gibt.

Also, wie gesagt, die Ermittlung erfolgt vom Sozialministerium, denn das ist nicht unsere Statistik, sondern die offizielle Statistik des Sozialministeriums. Wir haben in der

Landesverwaltung 108 Bedienstete, sogenannte begünstigte Behinderte. In der KRAGES sind 112 begünstigte Behinderte, bei den Landeslehrern 22 begünstigte Behinderte nach dem Behinderteneinstellungsgesetz.

Wir haben daher insgesamt 242 begünstigte Behinderte. Das Sozialministerium rechnet eben Landeslehrer, Landesverwaltung und KRAGES als Verwaltungsbereich. Wir haben insgesamt 242 begünstige Behinderte, die Pflichtzahl ist 246. Jetzt könnten wir sagen, dass ist zu wenig, aber, aufgrund des Berechnungsfaktors, der Schwere der Behinderung, Blinde, Rollstuhlfahrer und ähnliches, haben einen deutlich höheren Faktor, werden 340 Stellen vom Sozialministerium berechnet. Wir liegen also deutlich darüber. 246 ist die Vorgabe und 340 haben wir tatsächlich beim Land, Lehrer und auch in der KRAGES beschäftigt.

Ich glaube, das ist auch gut und richtig so, dass wir bei diesen Vorgaben deutlich über den Schnitt und über den Vorgaben liegen. 246 sind vorgegeben und 340 sind tatsächlich beschäftigt. Man sieht also, dass uns auch der Sozialbereich ein sehr wichtiger Bereich ist und wenn ich vielleicht noch sagen kann, Frauen und Männer, es sind 150 Frauen und 92 Männer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Nach wie vor sind es Frauen die zum überwiegenden Teil die Betreuung der Kinder und bei Bedarf die familiäre Pflegetätigkeit übernehmen. Pflegefreistellungen gibt es aber nur für Familienangehörige, die im gemeinsamen Haushalt leben. Das entspricht nicht dem heutigen Lebensstil. Weiters ist das Ausmaß der Pflegefreistellung für Mehrkinderhaushalte oft nicht ausreichend.

Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie um, um für die betroffenen Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Landesdienst zu verbessern?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Frau Abgeordnete! Ich habe Ihnen die Entwicklung gesagt, wie stark die Frauenbeschäftigung im Landesdienst zugenommen hat und ich würde mir wünschen, dass auch die Privatwirtschaft ähnliche gute Rahmenbedingungen für Frauen schafft.

Mir ist nicht bekannt, dass die Privatwirtschaft jeder Frau eine Vollzeitbeschäftigung ermöglicht, oder jeder Frau eine Teilzeitbeschäftigung ermöglicht. Das ist aber die Antwort, weil das ist ja das Problem, nämlich, dass man in der Privatwirtschaft und nicht im öffentlichen Bereich das Problem hat.

Wir haben für die Freiwilligen Dienstfreistellungen. Wir haben die besten Rahmenbedingungen für die Frauen. Wir haben viele in Führungspositionen. Da wünsche ich mir, dass die Privatwirtschaft ähnliches macht wie das auch im öffentlichen Bereich gemacht wird, nämlich, jeder Frau zu ermöglichen, Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt zu sein. Das ist aber bei weitem nicht der Fall und das ist eine Sache der Familienministerin. Ich würde also sagen, dass man zuerst vom Bund her gute Regelungen trifft, die auch auf die Privatwirtschaft zutreffen und wir übernehmen das gerne beim Land.

Wir sind da Vorreiter und wir sind hier die Besten, die es da gibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na, eh klar! –- Heiterkeit bei einigen*

Abgeordneten – Zwiegespräch zwischen Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und dem Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA.)

Präsident Christian Illedits: Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von der Frau Mag.a Regina Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! In der Geschäftsordnung zum Burgenländischen Landtag ist im § 31 geklärt, wie mündliche Anfragen zu handhaben sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da wird schon der Kern…)*

Im Punkt 11 ist ganz klar gesagt, dass jede Zusatzfrage, ich zitiere, im unmittelbaren Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen muss. In diesem Sinne war die zweite Zusatzanfrage der Kollegin Sack eigentlich nicht zulässig, *(Abg. Ilse Benkö: Das entscheidet aber der Präsident.)* sondern diente offensichtlich nur darum, ein weiteres Thema zur Sprache zu bringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bitte in Zukunft sich hier auch an die Geschäftsordnung zu halten. Danke.

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete, Sie können versichert sein, dass ich mich immer an die Geschäftsordnung halte *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Im Großen und Ganzen!)* und die Zulässigkeit von Fragen meine Entscheidung ist. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Abgeordnete hat selbst gemeint, das hat eigentlich nichts damit zu tun. – Abg. Edith Sack: So habe ich das nicht gemeint, sondern die Frauen mit den begünstigten Behinderten.)* Welche Frage, Frau Abgeordnete hatte nichts mit der Hauptfrage zu tun?

Ich denke, dass der Zusammenhang hier schon herzustellen ist und deshalb war diese Frage auch zulässig und wurde vom Herrn Landeshauptmann auch deshalb beantwortet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „Mehr Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland“

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung, nämlich, zur Aktuellen Stunde zum Thema: „Mehr Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland“, die vom ÖVP-Landtagsklub beantragt wurde.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen.

Sodann ist je einem Sprecher jener Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist jeweils auf 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich jedoch die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf 5 Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf 5 Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung. Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden können. Und schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich. Wir nun mit der Aktuellen Stunde und ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Ihre Redezeit, Herr Abgeordneter ist, wie bereits erwähnt, auf 15 Minuten beschränkt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den wichtigsten Aufgaben einer vorausschauenden und werteorientierten Politik gehört es, die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern. Wer das tut, der sichert auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das, was wir heute nicht umsetzen, dass fällt auf die junge Generation morgen zurück. Insofern ist das die Kernaufgabe der Politik, die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern. Umso mehr freut es mich, dass wir uns hier heute im Landtag auch mit diesem sehr wichtigen Thema beschäftigen. Ein wesentlicher Trend, den das Burgenland nicht als Zaungast betrachten darf, sind die Entwicklungen rund um die Digitalisierung. Die Politik darf hier nicht rückständig bleiben, denn viele Gesellschaftsbereiche sind von diesem Wandel im Bereich der Digitalisierung betroffen.

Die Art und Weise wie wir in Zukunft arbeiten, wie wir uns fortbewegen und lernen werden, wird sich rasant verändern. Die heutigen Berufsfelder werden sich durch den technologischen Fortschritt verschieben. Umso notwendiger sehe ich es als junger Mensch in diesem Bereich Maßnahmen als Land im Sinne der jungen Generation auch zu setzen.

In Zeiten der Digitalisierung haben Kenntnisse in diesem Bereich eine fundamentale Bedeutung für die Berufsqualifizierung. Wir dürfen der digitalen Gesellschaft nicht hinterher hinken, denn es ist wichtig, dass gerade unser Nachwuchs mithalten kann und vor allem mitgestalten kann. Wer digital kann, der kann wählen - vor allem im Bereich der Jobs. Viele Studien unterlegen das auch, dass gerade in diesem Feld tausende von neuen Jobs und Positionen geschaffen werden.

Bessere Bildung reicht aber nicht aus, denn wenn wir auf dem Land hier im Burgenland kein schnelles Internet zur Verfügung haben, dann wird es auf lange Sicht ein Problem darstellen. Um dieser Urbanisierung zu stoppen, muss es auf dem Land die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Breitbanddiensten beziehungsweise Hochtechnologien geben, wie im städtischen Bereich.

Der Anschluss an das schnelle Internet ist Voraussetzung für die Nutzung vieler wirtschaftlicher und vieler gesellschaftlicher Chancen in unserem Land. Jeder Mensch im Burgenland sollte, meiner Meinung nach, die Möglichkeit haben, das Internet gleich nutzen zu können. Diese digitale Spaltung, die wir in gut angebundene urbane Gegenden und in schlechter ausgerüstete ländliche Räume erleben, muss verhindert werden. Eine

flächendeckende Versorgung mit Breitbandinternetanschlüssen ist für mich im Jahr 2017 eine Frage der Gerechtigkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Leider schlummert das Burgenland im digitalen Tiefschlaft, denn hier wurde kein einziger Cent für die Leerrohrförderung aus dem Breitband im Jahr des Bundes abgeholt. Obwohl man sich immer wieder auch hier in diesen Räumlichkeiten damit rühmt, dass man Vorreiter in Sachen des Breitbands ist, wurde hier eindeutig versagt.

Ich fordere daher die rot-blaue Landesregierung auf, endlich den Breitbandausbau mit Glasfaserkabeln im Burgenland voranzutreiben. Denn es kann nicht sein, dass beispielsweise in Niederösterreich, in vier Regionen bis zum Jahr 2018 vollständig alle Haushalte mit Glasfaser angebunden sind und wir hier zusehen. Auch unsere Nachbarländer leben es vor, wie es funktioniert, denn beispielsweise haben wir in Ungarn einen Glasfaserausbau mit 17 Prozent und die Nachbarländer Slowakei und Slowenien sogar über 25 Prozent.

In Österreich liegt dieser Wert bei 1,2 Prozent. Ich heiße es nicht gut, dass sämtliche Verantwortungen beziehungsweise Probleme und Fehler auf andere Ebenen geschoben werden. Sei es auf den Bund oder auf die Gemeinden. Gerade als junger Mensch erwarte ich mir hier eine verantwortungsvolle beziehungsweise verantwortungsbewusste Politik im Sinne der jungen Generation.

Meine geschätzten Damen und Herren! Gerade im Hinblick auf die Abwanderung der jungen Generation in die urbane Gegend müssen wir als Land gegensteuern, müssen Maßnahmen setzen, damit junge Menschen hier bei uns bleiben beziehungsweise wenn sie aufgrund von ausbildungstechnischen Gründen in die urbane Gegend gehen müssen, müssen wir auch Anreize schaffen, damit sie in Folge zurückkehren.

Da braucht es Akzente im Bereich der Mobilität, da braucht es Akzente im Bereich der Arbeit und Wirtschaft und natürlich auch im Bereich der Digitalisierung. Unsere Jugend, davon bin ich überzeugt, ist sehr kreativ. Sie ist auch bereit, Verantwortung zu übernehmen, neue Ideen auszuprobieren und auch Risiken einzugehen. Gerade deswegen braucht es die bestmögliche Unterstützung für Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer, um Kosten und Risiken in diesem Bereich zu senken. Mit Coworking-Spaces beispielsweise in Technologiezentren oder mit kostenfreier Finanzierungsberatung würden wir jungen Unternehmerinnen und Unternehmern hier eine ideale Grundlage bieten, um ihr neu geschaffenes Unternehmen positiv entwickeln zu können.

Es braucht, davon bin ich überzeugt, eine engagierte Politik, die sich für nachhaltige und intelligente Politikkonzepte im Sinne der nächsten Generation einsetzt, mit dem Ziel mehr Zukunftschancen für die junge Generation zu bieten, denn wer das nicht tut gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet, hat sich Herr Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! In der aktuellen Stunde geht es heute um mehr Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland. Diese Zukunftschancen können naturgemäß weit gefächert sein. Im Antrag der ÖVP zur Aktuellen Stunde geht es vermehrt um die Digitalisierung.

Es gibt natürlich viele Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland. Die ÖVP will mehr Zukunftschancen, aber wir stehen natürlich nicht nur für mehr, sondern für bessere Zukunftschancen für unsere jungen Menschen in unserem Heimatland Burgenland. Das Burgenland, dass ja 2016 sein 95 jähriges Bestandsjubiläum gefeiert hat, hatte es in der Vergangenheit, wie wir alle wissen, mit Sicherheit schwerer, als alle anderen Bundesländer gehabt.

Trotzdem hat es das Land Burgenland geschafft, in den letzten Jahren eine großartige Entwicklung zu nehmen. So hat das Land Burgenland, zum Beispiel, im vergangenen Jahr drei Rekorde aufgestellt. Erstmalig konnten mehr als 100.000 Beschäftigte verzeichnet werden. Es wurden über 3 Millionen Nächtigungen verbucht und das Land Burgenland war Wirtschaftswachstumssieger. Diese Rekorde oder Zahlen belegen, dass junge Menschen gute Zukunftschancen im Burgenland haben. Die beste Zukunftschance lautet für mich, dass unsere jungen Menschen im Burgenland Arbeit finden. Das ist das wesentliche und wichtigste, nicht nur für die jungen Menschen, sondern auch für unser Heimatland Burgenland.

Es ist wichtig, dass unsere jungen Menschen im Burgenland bleiben können. Das Land Burgenland ist hier sehr bemüht und setzt die nötigen Rahmenbedingungen. Ein Beispiel dazu ist hier der Kauf der Bahnstrecke Friedberg Oberwart für den Güterverkehr. Der Güterverkehr soll ja noch ausgeweitet werden. Die Bahnstrecke ist für die wirtschaftliche Entwicklung, vor allem für das Südburgenland, von großer Bedeutung im Zusammenhang mit Unternehmensansiedelung und natürlich auch in Verbindung mit mehr Arbeitsplätzen. Also, bessere Zukunftschancen für junge Menschen vor Ort. Wir brauchen unsere jungen Menschen zu Hause, denn die Zukunft unserer Gemeinden hängt von den jungen Menschen ab. Deshalb gilt es natürlich, das Potential der Digitalisierung zu nützen und sich auch neuem zuzuwenden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Aber, was ganz oben stehen muss für bessere Zukunftschancen für unsere jungen Menschen ist eine sehr gute Bildung und Ausbildung. Das bedeutet beste Chancen und Perspektiven für die Jugend unseres Landes, denn eine sehr gute Ausbildung und Bildung ermöglicht einen sozialen Aufstieg. Gleichzeitig ist eine sehr gute Bildung für unsere jungen Menschen entscheidend für den Erfolg und die Zukunft unseres Heimatlandes Burgenland. Auch das ist Wertschöpfung für unsere Volkswirtschaft.

Wir haben eine sehr hohe Maturantenquote. Wir haben moderne Fachhochschulen und Fachschulen, wir haben eine Pädagogische Hochschule und es gibt die Lehrwerkstätten, die einen hohen Stellenwert haben. Auch das Land ist einer der größten Lehrlingsausbildner. Es gibt Weiterbildungsinstitute, wie das BFI, es gibt die Lehrlingsförderung, es gibt die Lehre mit Matura, es gibt die Lehrlingsstiftung, es gibt die Förderung von Lehrlingen aus einkommensschwachen Familien, es gibt die Fördermöglichkeit durch das Landesjugendreferat für außerschulische Ausbildungen und noch einiges mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren! All das sind Möglichkeiten, die bessere Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland bieten. Die Digitalisierung, die ohne Zweifel auch dazugehört, ist aber nur ein Teil davon. *(Beifall des Abg. Manfred Haidinger.)*

Also, wir sehen, wir haben ein sehr gutes Fundament, um für die jungen Menschen jetzt und auch in Zukunft bessere Zukunftschancen bieten zu können. Das Land Burgenland ist im Bereich der Ausbildung sehr gut aufgestellt. Im Zusammenhang Betracht steht auf der einen Seite Bildung und Qualifikation und auf der anderen Seite eben Wohlstand und das Einkommen. So muss es sein, um der Jugend bessere

Zukunftschancen bieten zu können, denn ohne entsprechende Ausbildung und Bildung gibt es eben keine besseren Zukunftschancen.

Hier möchte ich auch die Förderung für Pflichtschulpraktikumsplätze anführen, die es dank unseres Landesrates Petschnig gibt. Es wird immer schwieriger einen Praktikumsplatz zu finden, aber Praktika sind für den Abschluss notwendig.

Somit wurde auch hier eine bessere Zukunftschance ermöglicht, um einen Praktikumsplatz zu bekommen. Gerade im Sinne der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unsere Burgenlandes ist es geboten, den jungen Menschen die bestmögliche Bildung und Ausbildung zukommen zu lassen, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Denn gerade durch die exponierte Lage des Landes Burgenland als Grenzland durch die Arbeitsmarktöffnung seinerzeit und durch das steigende Arbeitskräftepotential, nimmt eine gute Ausbildung und Bildung einen besonderen Stellenwert ein, um die Zukunftschancen im Burgenland für unsere jungen Menschen bewahren zu können.

Das Land Burgenland ist in diesem Zusammenhang auch sehr bemüht, verstärkt gegen Lohn- und Sozialdumping vorzugehen, um somit bessere Zukunftschancen für unsere jungen Menschen, für unsere jungen Arbeitskräfte, zu sichern. Auch die Anwendung des Bestbieterprinzips bietet vermehrt Zukunftschancen für unsere jungen Menschen und Arbeitskräfte und natürlich für unsere jungen Unternehmer. Auch die Quote für Forschung und Entwicklung geht nach oben. Auch das ist wichtig für bessere Zukunftschancen für unsere jungen Menschen im Burgenland.

Ein weiterer wichtiger und wesentlicher Schritt war natürlich die Vernetzung der wesentlichen Forschungsgesellschaften, der zu einer weiteren Stärkung und Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Burgenland führt und für bessere Zukunftschancen sorgt. Die Strategie lautet: Neue, moderne und hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Im Bereich der Digitalisierung und im Bereich der Industrie 4.0.

Sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich verbessern starke Internetverbindungen den ländlichen Raum, vermeiden zum Teil Abwanderung, weil man von zu Hause aus arbeiten kann und werten den Tourismus- und Wirtschaftsstandort auf. Auch hier sind wir auf einem guten Weg mit dem Ausbau des Breitbandinternets. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sind zwar noch nicht am Ziel, aber es geht stetig voran. Hier kommt es natürlich auch auf die Provider an. Natürlich ist es, wenn wir nur das Südburgenland mit den vielen Ortsteilen und Randsiedlungen hernehmen, schwer, ab morgen jedes Haus flächendeckend am Breitbandinternet anzuschließen.

Ich glaube auch nicht, dass das die ÖVP zusammenbringen würde. So ehrlich muss man sein, dass hier einige Faktoren mitspielen und zusammenspielen. Natürlich geht es der Bevölkerung nicht schnell genug, aber hier bedarf es auch einer ehrlichen Aufklärung. Erinnern wir uns zurück wie lange es gedauert hat seit der Erfindung des Telefons, bis jedes Haus einen Telefonanschluss oder auch ein Telefon gehabt hat. Natürlich wäre es auch mir lieber, es hätte ab morgen jedes Haus einen Breitbandinternetanschluss, vor allem im Südburgenland, aber das ist ein frommer Wunsch.

Auf der einen Seite gibt es unbegrenzte Möglichkeiten, auf der anderen Seite stehen Realität und die realen Rahmenbedingungen, die gesetzt werden können. Aber, das sind Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Wir erkennen aber natürlich auch das Ausmaß der Chancen. Das ist eben eine ehrliche Politik, die sich die Menschen draußen wünschen. Der Breitbandinternetausbau wird weiter vorangetrieben.

Zur Digitalisierung im Bereich Unterricht möchte ich kurz festhalten: Das Land Burgenland agiert natürlich vorausschauend darauf, dass die junge Generation auf die bevorstehende Komplexität der Digitalisierung vorbereitet ist. Elektronische und internetbasierte Lehrmethoden haben im Schulalltag Einkehr gefunden. Das Land stellt hier natürlich finanzielle Mittel zur Verfügung, aber auch die Gemeinden haben dazu wesentlich beigetragen, denn auch das sei erwähnt.

Zum Schluss, sehr geehrte Damen und Herren! Die Wirtschaft im Burgenland ist im Aufschwung. Es haben sich in letzter Zeit eine Reihe von Firmen im Burgenland angesiedelt, die etliche Investitionen tätigen. Es werden somit auch neue Arbeitsplätze geschaffen. Ich möchte mich auf diesem Weg bei den Firmen herzlich bedanken. Wir sehen also, die Rahmenbedingungen passen, es passt das Förderangebot im Burgenland.

Ich komme jetzt wieder zum Ausgangspunkt zurück. Es braucht natürlich qualifizierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte und Personal, dann haben unsere jungen Menschen bessere Zukunftschancen im Burgenland. Wenn wir weiter bestausgebildete junge Menschen haben wird das auch weiterhin ein Garant dafür sein, dass der Wirtschaftsstandort Burgenland auch in Zukunft abgesichert ist.

Zusammenfassend Qualifikation, Ausbildung, Bildung, Weiterbildung, miteingebunden die Digitalisierung, der Ausbau des Breitbandinternet, Forschung und Entwicklung, Stärkung des ländlichen Raums, Absicherung des Wirtschaftsstandortes und Leistungsbereitschaft sind die Garantie für bessere Zukunftschancen junger Menschen im Burgenland. Das Land Burgenland schaut darauf, dass in diesen Bereichen etwas weitergeht, um den jungen Menschen im Burgenland nicht nur mehr, sondern bessere Zukunftschancen bieten zu können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Killian Brandstätter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich finde ich es gut, dass die heutige Landtagssitzung im Fokus der Jugend steht. Die jüngere Generation ist die Zukunft. Wir, die Jungen, sollten nicht nur, sondern wir müssten uns überlegen, wie wir die Welt von morgen gestalten wollen.

Jedoch, wenn ich mir den Inhalt dieses Antrages ansehe, komme ich schnell zu dem Entschluss, um was es hier eigentlich geht. Geht es hier ernsthaft um die Zukunftschancen junger Menschen im Burgenland oder soll diese von der ÖVP geforderte Aktuelle Stunde nur für Showzwecke dienen? Für mich ist jedenfalls klar, mit einem Aufguss, mit einem zweiten Aufguss aus alten Anträgen werden wir die Lebenssituation junger Menschen im Burgenland nicht verbessern. Die Forderungen die dieser Antrag beinhaltet sind meist von der Landesregierung umgesetzt.

Natürlich ist die Digitalisierung wichtig, keine Frage. *(Unruhe bei der ÖVP)* In Zeiten von Facebook, WhatsApp, Intragram uns so weiter, wir kennen das alle, müssen wir die junge Generation bestens darauf vorbereiten, auf die schnelllebige Welt. Das passiert aber bereits. In vielen Schulklassen werden bereits iPads als unterstützende Lehrmittel eingesetzt. Als ich in der 3. Klasse der Handelsakademie Frauenkirchen war gab es bereits Laptop-Klassen. Wir wurden auf die damalige neue Situation der Digitalisierung bestens vorbereitet. Außerdem war ich vor wenigen Monaten mit den Kolleginnen und Kollegen Regina Petrik und Christoph Wolf bei einer Schuldiskussion in Eisenstadt

eingeladen. Und da macht sich die Schule auch die Digitalisierung zu nutze. Die Schülerinnen und Schüler hatten im Zuge der Diskussion die Möglichkeit via Smartphone und einer Cloud unsere Debattenbeiträge zu diskutieren.

Also ich, und ich nehme an viele Lehrerinnen und Lehrer, können es nicht nachvollziehen, warum Du diese Fortschritte nicht anerkennst oder einfach nicht sehen willst beziehungsweise alles schlechtredest. Wie ich Facebook entnommen habe, wurde vergangenes Jahr in Deiner Heimatgemeinde Neutal das WLAN ausgebaut. Heuer wird es auf Euren Generationenplatz ausgeweitet und das wurde in einer Bürgerversammlung besprochen, wo Du nicht dabei warst. Das zeigt die Wichtigkeit der Digitalisierung.

Daher frage ich mich, dient dieser *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bei anderen darf man jetzt wieder fragen, ob sie dabei waren?)* Sie können sich melden nach mir, lassen Sie mich bitte ausreden, Dankeschön. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mache ich nicht. Ich frage mich warum es da so ist? – Unruhe bei der ÖVP)*

Daher frage ich mich, dient dieser Antrag wirklich nur dazu um Themen, die *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich darf noch fragen.)* eigentlich schon damals bei der Antragstellung umgesetzt waren, noch einmal *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Fragen darf man.)* aufzuwärmen? Bekanntlich schmeckt ja nur Gulasch aufgewärmt gut. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir als SPÖ Burgenland, stehen auf jeden Fall für einen fortschrittliche Jugendpolitik, ohne Show auf dem Rücken der Jugendlichen. Das können wird auch mit unserem Einsatz belegen. Ein richtiges Herzensanliegen ist uns das Thema „Junges Wohnen im Burgenland“. Bei der von Herrn Landeshauptmann Hans Niessl umgesetzten Initiative „Junges Wohnen im Burgenland“ gab es für junge Menschen nun die Möglichkeit Wohnungen mit einem Finanzierungsbeitrag zu nehmen.

Doch die jungen Menschen wollten und wollen selbständig werden und die eigenen vier Wände haben. Aber woher soll ein Jugendlicher, der gerade begonnen hat zu arbeiten, einen Finanzierungsbeitrag von 20, 30.000 Euro hernehmen, außer wenn er reiche Eltern hat? Wir haben uns damals sehr stark für das Thema eingesetzt. Wir haben landauf, landab dieses Thema kampagnisiert und es hat sich gelohnt. Gemeinsam mit Landeshauptmann Hans Niessl wurde die Initiative „Junges Wohnen im Burgenland“ umgesetzt.

Seitdem gibt es im Burgenland über 200 Startwohnungen, weitere 150 sind im Bau und weitere 20 in Planung. Alle ohne Finanzierungsbeiträge, mit einer Miete von rund fünf Euro pro Quadratmeter, mit einer Größe 50 bis 55 Quadratmeter und mit einer geringen Kaution. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Damit leistet die Burgenländische Wohnbauförderung, mit der Burgenländischen Landesregierung an der Spitze, einen wichtigen Beitrag zur Realisierung der Wohnträume junger Menschen und macht wohnen leistbar.

Doch eines habe ich hier vermisst, eines habe ich wirklich sehr vermisst. Von der ÖVP, die eigentlich alles als ihren Erfolg verkauft oder zumindest fordert was bereits realisiert wurde, habe ich kein Wort darüber gelesen. Kann das sein, dass es daran liegt, dass die Fazekas-ÖVP kein Interesse an leistbarem Wohnraum hat? Es ist Euch einfach „wurscht, gell“? Aus den Neutaler Zeitungen weiß ich, dass im Gegensatz zu seinen ÖVP-Kollegen Josef Geiszler und Reinhold Igler, die sich sehr konstruktiv bemühen, Patrick bei wichtigen Jugend- und Seniorenbeschlüssen gefehlt hat, bei der Beschlussfassung von Seniorenwohnungen und noch wichtiger auch für die Jugend, bei der Errichtung von leistbaren Startwohnungen. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Für uns zählt die Sacharbeit mit den Menschen und für die Menschen und keine Show, denn von der kann man sich nichts kaufen. Arbeiten statt Selbstinszenierung, das ist die Devise. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Falls Ihr Euch fragt, ob ich mich in meinem eigenen Wirkungsbereich dafür eingesetzt habe, dann *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bei der Wohnbauförderung?)* kann ich nur sagen, ja. Nein, in der Gemeinde Gols als Jugendgemeinderat, 12 Wohnungen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In der Wohnbauförderung bist Du auch eingesetzt. – Abg. Edith Sack: Ja horch, lass ihn fertig reden. Zuhören, was er sagt, ganz einfach. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Er redet ja schon die ganze Zeit.)*

Danke, Sie haben eigentlich die Möglichkeit, dass Sie sich melden. Noch einmal 12 Wohnungen gibt es bereits in Gols und weitere 12 sollen folgen. *(Abg. Klaudia Friedl: Bravo!)* Da stellt sich mir die nächste Frage. Wie erst meint es Patrick? Er hat ein paar Anträge gestellt, die natürlich auch Kosten mit sich bringen. Doch nirgendwo erfährt man, wie das finanziert werden soll, Beispiel Museumsbesuche.

Derzeit gibt es bereits viele Ermäßigungen für Schülerinnen und Schüler um ihnen die Museen des Landes näher zu bringen. Patrick möchte sie gratis machen. Doch nicht nur das er nicht sagt wie er sie finanzieren möchte, nein er stimmt auch nicht mit beim Budget. Woher soll das Geld bitte kommen? Wie soll das gehen? Sehen Sie darin eine Sinnhaftigkeit? Sie gehen ja auch nicht zum BILLA ohne Geldbörsel, werfen alles ins Wagerl was Sie sehen und wissen, dass Sie kein Geld mit haben. Das sagt mir bereits der Hausverstand. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Genau das ist das Problem. Die Selbstinszenierung, eine Show abzuziehen, ohne das etwas greifbar dahinter steckt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Genau.)* So schrieb Harold Pearson vor kurzem in der Kronen Zeitung: Jugendwahn in der Volkspartei oder der Kurz-Effekt? Jedenfalls ist im Burgenland und Niederösterreich folgendes zu hören: Alles was über 40 oder 50 ist gehört weg, das sind Dinosaurier. Einer der diese Einstellung vor allem in der Jungen Volkspartei Burgenland zu spüren bekommen hat ist der Landtagsabgeordneter Franz Steindl aus Purbach. Er hat sich bei der Parteiführung, durchwegs Personen, die er in der Vergangenheit kräftig unterstützt und gefördert hat, vorsichtig erkundigt, ob er für den Nationalrat kandidieren soll. Der erfahrene Mandatar bekam eine glatte Absage. Steindls verständliche Reaktion: Ich ziehe mich aus der Politik zurück, denn diejenigen denen ich immer geholfen habe, wollten mir nicht helfen. Mit 56 ist er den Parteigranden offenbar zu alt. Dankbarkeit ist in der Politik keine Kategorie und Charaktersache.

Wenn man „Politik“ in Wikipedia eingibt so wird der Begriff Politik wie folgt *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Jetzt gehört – Zitat Ende. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das sollte man sagen, ja.)* erläutert: Politik bezeichnet die Regelung der Angelegenheiten eines Gemeinwesens durch verbindliche Entscheidungen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wenn man schon zitiert, gehört das.)*

Also für mich bedeutet das, gemeinsam für das Gemeinwesen Lösungen zu finden. Wie ich dem Kommentar in der „Kronen Zeitung“ entnehme, geht es aber bei Euch in eine andere Richtung – „Einsam statt Gemeinsam“. Die ältere Generation wird abmontiert, die neue Schnösel-Partie ist am Zug. Was hier passiert ist für mich ein widerliches Ausspielen der Generationen, die jüngere Generation gegen die ältere und umgekehrt.

Da hat die SPÖ einen anderen Zugang. Uns ist es wichtig gemeinsam, von der Jugend bis zur älteren Generation zusammen zu arbeiten. Nur so kann man erfolgreich sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Ich lebe das auch. Ich bin ständig im Kontakt mit dem Vorsitzenden der Pensionisten im Bezirk Neusiedl am See, mit dem Abgeordneten außer

Dienst Joschi Loos*. (Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich auch. Ja.)* Es ist die gleiche Generation, - hast mir nicht zugehört gerade? *(Allgemeine Unruhe - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Derzeit ist er auf Kur.)*

Ich bin froh, einen wie den Joschi zu meinen Freunden zählen zu dürfen, denn mit seiner Erfahrung hat er mir einiges beigebracht. Denn, wie ist denn überhaupt das Burgenland groß geworden? Mit dem Schwung der Jungen und der Erfahrung der älteren Generation. Wie sind denn die beiden Großparteien groß geworden? Die ÖVP genauso wie die SPÖ sind groß geworden, in dem sie über die Generationen hinweg für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eingestanden sind.

Doch wo bleiben bei Euch die Gemeinsamkeiten und die gemeinsamen Interessen? Ja das versucht Ihr immer wieder durch die 37ste rot-blau-Krise zu vertuschen die keine ist, oder wie zuletzt mit Eurem Problembären, um von Euren eigenen Problemen abzulenken.

Gemeinsam mehr erreichen - *(Der Abgeordnete Kilian Brandstätter zeigt ein Plakat des ÖVP-Landtagklub mit der Aufschrift „Gemeinsam mehr erreichen“*. das war Euer Motto, heute ist es eher „Einsam mehr für mich erreichen“. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist herausgekommen? Na sag es.)*

Patrick gestehe mir eine Frage: Du bist bei vier verschiedenen Wahlen angetreten. Welche Zielgruppe ist dir überhaupt wichtig? Ist Dir das Burgenland wichtig? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ist das eine Fragestunde, oder was?)* Mit Sprücheklopfen und Anträge schreiben, die nicht real sind oder bereits umgesetzt wurden, werden wir nicht die Gegebenheiten für Jugendliche verbessern. Nein ganz im Gegenteil, damit verärgern wir Jugendliche und machen nicht das was wir sollten, Jugendliche für die Arbeit, für das Gemeinwesen, zu begeistern. Kostenlose Museumsbesuche ohne Finanzierung, Antrag für Vereinsfeste für sich verkaufen, obwohl alle hier im Landtag vertretenen Parteien mitgearbeitet haben. Breitband, wo das Burgenland bereits mehrere Millionen Euro investiert. Semestertick-Förderung, wo vor allem die ÖVP-Gemeinden säumig sind. Digitalisierung, die längst in unseren Klassen Einzug hält.

Die Liste ist lang, einer würde sage Fake-News. Für solche Fake-News sind wir nicht zu haben. Wir haben im Burgenland viel für die Jugendlichen erreicht, wie schon erwähnt. Junges Wohnen im Burgenland, Förderung von WLAN-Hotspots in den Gemeinden im Zuge der Dorferneuerung, der Jugendlandtag, wo uns andere Bundesländer darum beneiden, weil es eine echte Partizipationsmöglichkeit ist. Gemeinsam mit dem Land Niederösterreich und Wien das Top-Jugend-Ticket, diverse Förderungen für Schüler und Studentinnen. Wir haben keine Studiengebühren, unsere FHs schreiben Rekordzahlen an Studentinnen und Studenten. Die Facharbeiter sind uns wichtig, Lehre mit Matura und ein sicheres und günstiges Bewegungsmittel beim Fortgehen, den Disco-Bus, den letztens wieder viele beim Nova-Rock verwendet haben.

Unter dem Motto „Die Zukunft ist jung“ hat unsere Jugend-Landesrätin die burgenländische Jugendpolitik auf neue Beine gestellt. Die altbewährten Aktionen wie zum Beispiel den vor kurzem stattgefundenen Band-Wettbewerb „America ist waiting“ hat sie fortgeführt. An dieser Stelle möchte ich auch der Band gratulieren, Bandroom Casting Couch, zum Sieg.

Sie hat aber auch neue Initiativen gesetzt mit dem Ziel, die kommunale Jugendarbeit in den burgenländischen Gemeinden zu forcieren und zu stärken. Und das kann ich nur begrüßen, denn die Jugendlichen von heute sind Entscheidungsträger von morgen. Die burgenländischen Jugendlichen haben eine hohe Identifikation mit dem

Burgenland und sind insbesondere mit ihrer Gemeinde und der Kommunalpolitik eng verbunden.

Mit der aktuellen Initiative „Deine Gemeinde - jung. aktiv. Innovativ“ setzt sie genau da an. Gemeinden die Maßnahmen für und mit ihren Jugendlichen umsetzen, erhalten Punkte, wobei sie bei 24 Punkten eine Förderung bekommen. Und damit stärkt sie gemeinsam mit den Jugendlichen unsere Gemeinden. Denn durch diese Miteinbeziehung der jungen Menschen profitieren nicht nur die Jungen selbst, sondern auch auf vielfältige Art und Weise auch die kommunale Ebene dieses Landes. Also es tut sich einiges für die Jugendlichen in unserem Land. Das Burgenland hat viel für die Jugendlichen erreicht. Natürlich geht noch mehr. Es geht immer mehr und dafür bin ich auch in die Politik gegangen. Aber wir sind ja die substanzlose Kritik der ÖVP ohnehin schon gewöhnt. Aber mit diesen Anträgen und Initiativen machst Du eines: Du redest unser Land schlecht, Du redest unsere Leistungen für Jugendliche krank.

Mit dieser Politik der Schlagzeilen helfen wir keinem einzelnen Menschen und dafür sind wir auch nicht zu haben. Wir arbeiten unbeirrt, trotz Deiner Aktionen auf dem Rücken der jungen Menschen, weiterhin für die Jugendlichen im Burgenland. Gefragt sind nicht die Besserwisser sondern die Bessermacher. Die Menschen wollen Ergebnisse sehen und wir liefern diese. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Da für mich, und ich nehme an für viele andere, dieser Antrag nur heiße Luft ist habe ich Dir ein Präsent mitgenommen. *(Der Abgeordnete Kilian Brandstätter packt einen Föhn aus einer Schachtel und überreicht ihn dem Abgeordneten Patrik Fazekas.)*

Ich überreiche Dir einen Föhn *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Danke schön, jeder bekommt einen? – Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich will auch einen Föhn.)* für den „Frisiersalon Kurz“. *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der wird Euch abrasieren. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Super. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Allgemeine Unruhe – Heiterkeit bei der ÖVP - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte schön, Frau Abgeordnete. *(Allgemeine Unruhe)*

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident.

Präsident Christian Illedits: Bitte um Ruhe!

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): *(fortsetzend)* Nach dieser gezielten Produktplatzierung gehe ich jetzt wieder zum Thema der Fragen der Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland ein. Uns bleiben ja leider in einer Aktuellen Stunde nur fünf Minuten Redezeit, nicht so viel wie den Klubs. Ich werde mich deshalb sehr kurz fassen. Wenn es um die Lebenschancen und die Zukunftschancen von Jugendlichen im ländlichen Raum geht und hier bei uns im Burgenland geht, dann ist das zunächst einmal eine Frage des Lebensgefühls, das Jugendliche hier bei uns im Burgenland entwickeln können. Ein Gefühl in dem sie sich wohl fühlen, ein Gefühl in dem sie sich zu Hause fühlen.

Da geht es darum, dass wir sie nicht ausschließlich, wie das in den Vorreden für mich ein bisschen zu stark zum Ausdruck gekommen ist, ausschließlich als „Die Zukunft“ sehen, als die „Bürgerinnen und Bürger von morgen“ und die „Entscheidungsträger von morgen“, sondern in ihrem Heute, in ihrem Jetzt und in ihrer Gegenwart.

Ich möchte, dass Jugendliche diese Anerkennung und diese Partizipationsmöglichkeiten schon jetzt bekommen, weil sie sind unsere Gegenwart und

nicht nur unsere Zukunft. Da geht es auch darum, welchen Platz haben Jugendliche im öffentlichen Raum? Können sie sich öffentlichen Raum erarbeiten? Können sie öffentlichen Raum erobern? Das gelingt in manchen Teilen, in manchen Gemeinden glaube ich, schon sehr gut, in anderen wird es ihnen schwerer gemacht. Es ist das Jugendleben eines, das weit über das Vereinsleben hinausgeht. Das ist sehr wichtig für Jugendliche. Aber erste Frage eben, können wir Jugendlichen im öffentlichen Raum ihren Platz zugestehen? Nicht nur zuordnen, sondern ihn auch selbst erobern lassen.

Ein zweiter wesentlicher Begriff und ein wesentlicher Bereich, wenn es darum geht, dass Jugendliche Zukunftschancen haben im Burgenland, ist der schon auch von meinen Vorrednern angesprochene Bereich der Bildung. Wir brauchen für die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen eine sehr gute, eine sehr breite und vor allem eine sehr gut gestaltete Bildung, wo es nicht nur darum geht, wie etwas verwaltet wird, sondern welche pädagogischen Möglichkeiten die Lehrkräfte in den Klassenzimmern haben.

Es geht darum, dass sie möglichst lange in ihrer Unterschiedlichkeit ihren Weg gemeinsam finden. Es geht hier um den individualisierten Unterricht in einer gemeinsamen Schule. Da bin ich ja mit etlichen hier im Landtag auf einer Linie. Das müssen wir forcieren, weil wir wissen, dass das die besten Chancen für alle ergibt, dass kein Kind zurückgelassen wird, auch nicht im ländlichen Bereich.

Ein weiterer großer Bereich ist der der Mobilität. Junge Menschen wollen mobil sein und sollen mobil sein. Ich denke, es ist auch besonders wichtig hier zuzugestehen, dass junge Menschen einmal ihren Weg hinaus finden aus dem eigenen kleineren Rahmen. Ein bisschen sozusagen die Welt entdecken, Erfahrungen machen, die auch über die Ländergrenzen und die Bundesländergrenzen hinweg gehen, die sie dann wieder mit nach Hause nehmen können um hier zu beleben und etwas weiterzuentwickeln.

Das heißt, wir brauchen einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Das Jugendticket ist ja auch schon angesprochen worden. Das ist eine sehr, sehr wichtige Einrichtung. Jetzt bräuchte es auch noch die Verkehrsmittel die auch genutzt werden können, gerade auch im ländlichen Raum, gerade auch am Abend. Für Jugendliche ist es nicht so, oder es ist auch hilfreich, aber es reicht nicht, dass man bis 19.30 Uhr am Abend irgendwie nach Hause kommt. Die meisten Jugendlichen wollen am Abend länger ausbleiben.

Das heißt, hier haben wir schon noch viel zu tun, damit wir tatsächlich für die Jugendlichen bei uns im Land gute Zukunftschancen, gute Lebenschancen bieten können. Ein anderer Bereich, ein letzter kurz angesprochen, ist dann auch noch die Frage, wie sehen sich Jugendliche vertreten in den öffentlichen Vertretungskörpern? Zwei ganz unterschiedliche Typen der jugendlichen Vertretungen haben wir ja heute schon erlebt. Es gibt auch andere, die sozusagen noch einmal andere Wege gehen, die nicht so der geschliffenen Rede dienen, sondern eher viele Jugendliche, die sich noch gar nicht für Politik interessieren, eine Identifikationsmöglichkeit geben. So jemand ist zum Beispiel der Julian Schmidt, der dann im Nationalrat sitzen wird in der nächsten Periode wieder. Und ich denke mir, genau das ist wichtig.

Wir brauchen sehr unterschiedliche Typen von Politikern und Politikerinnen, gerade auch im Jugendbereich, damit wir sehr unterschiedliche Typen von Jugendlichen mitnehmen können in die Politik, damit sie mitgestalten können. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dass wir in diesem Hohen Haus Fürsprecher für die Jugend finden, ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Nicht nur, weil in diesem Haus sehr viele Jugendliche eingezogen sind, sondern auch weil wir wissen, dass die Jugend die Zukunft mit sich bringt. Der Herr Kollege Brandstätter hat viel von Show, von Kurz und von Fazekas gesprochen. Man sieht aber am Ende des Tages: Wer im Glashaus sitzt, darf nicht mit Steinen werfen, weil mehr Show als dieser Redebeitrag geht gar nicht.

Herr Abgeordneter Brandstätter, lieber Kilian, Du bist Deinem Rausschmiss aus der SJ zuvorgekommen, indem Du zurückgetreten bist. Soviel zu Deiner Fähigkeit, als Jugendvertreter tätig zu sein. *(Abg. Kilian Brandstätter: Stimmt nicht. - Unruhe bei der SPÖ – Heiterkeit bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Davongelaufen ist er.)*

Wir wissen alle, dass Du damals aus der SJ gegangen bist, weil, Du *(Abg. Kilian Brandstätter: Das stimmt nicht!)* wusstest, keine Unterstützer mehr in der eigenen Organisation zu finden. Also muss man, glaube ich, an dieser Stelle schon vorsichtig sein, wenn man über andere Jugendvertreter spricht. Ich glaube, das war diesem Hohen Haus nicht würdig*. (Abg. Kilian Brandstätter: Das stimmt nicht!)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Was Rot-Blau im Jugendbereich zustande gebracht hat, dass lässt sich nicht einmal auf einer Hand abzählen, weil ein Finger dafür ausreicht. Ich kann mich nicht erinnern, in den letzten beiden Jahren großartige Projekte für die Jugend von der Regierungsbank gesehen zu haben.

Als ÖVP haben wir vor der Landtagswahl schon längst Anträge eingebracht und Redebeiträge zu den Themen „Leistbares Wohnen für alle Generationen“ und „Starterwohnungen für die Jugend“ vorgelegt. Unter anderem, die Wohnbauförderung dahingehend zu ändern, dass junge Menschen günstiger im Burgenland wohnen können und es in der Raumordnung Änderungen geben muss, damit junge Menschen zu preiswerten Bauplätzen kommen.

All diese wichtigen Themen werden auf die lange Bank geschoben. Hier wurde nichts gemacht. Erfolgreiche Projekte wurden in den ersten Monaten von der neuen Jugendlandesrätin gestrichen. Das sind Vorgehensweisen, mit denen sich Rot-Blau nicht rühmen kann. Ganz klar in dem Redebeitrag zeigt sich leider auch, dass Ihr nicht nur nervös seid, sondern *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Edith Sack: Das sagst Du bei jeder Sitzung. - Abg. Ingrid Salamon: Unbedingt, wir zittern.)* auch Verlustängste habt. Ihr seid eifersüchtig auf unseren Spitzenkandidaten Sebastian Kurz. *(Abg. Edith Sack: Hochmut kommt vor dem Fall.)*

Scheinbar habt Ihr auch in irgendeiner Weise Angst vor Patrik Fazekas als zukünftigen Kandidaten. Man sieht das und man spürt auch Eure Nervosität. Ich bin schon auf die Wahlbewegung gespannt, was noch alles auf uns zukommen wird.

Hoher Landtag! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Um zur Sache noch kurz zu sprechen: Was wir über die heutige Jugend wissen, ist, dass die Individualisierung immer mehr greift. Dass Familie, aber auch Gemeinschaft und Eigenverantwortung sehr großen Stellenwert bei unseren Jugendlichen haben und wir diese Relevanz als Volkspartei natürlich erkannt haben.

Nicht nur, dass wir Mitsprache und Beteiligungen in der ÖVP selbst auf allen Ebenen, den Gemeinden, im Landtag, im Parlament, ja sogar auf EU-Ebene leben, sondern wir versuchen auch, unsere Politik darauf auszurichten, damit zukünftig junge Menschen im Burgenland gerne bleiben und auch leben.

In den letzten zwei Jahren waren wir als Oppositionspartei nicht in der Pflicht. Das ist das politische System im Burgenland und natürlich in Österreich. Was aber zukünftig in der Arbeitswelt ansteht, haben wir teilweise bereits gehört. Der digitale Wandel ist nicht nur disruptiv, sondern sehr schwerwiegend. Es wird zukünftig um Flexibilität gehen, um Leistung, aber auch darum, ausreichend Freizeit neben der Arbeit zu haben. Es geht um Erholung und um Familie. Die permanente Verfügbarkeit der zukünftigen Mitarbeiter ist ein großes Thema, auch bei jungen Menschen und ebenso werden neue Berufsfelder in Form von Freelancern Eingang finden. Das bedeutet, das klassische Berufsbild, wie wir es in der Vergangenheit gekannt haben, das existiert teilweise sowieso schon nicht mehr, in manchen Berufsfeldern wird es zukünftig noch große Veränderungen geben. Deswegen ist es für uns entscheidend, dass sich das Bildungssystem massiv ändert und das Wesentliche in den Mittelpunkt gestellt wird.

Nämlich die Lehrinhalte, die Ausbildung und die Kinder. Nicht eine Türschilddiskussion und nicht eine Organisationsdiskussion, ob jetzt der Landesschulrat Bildungsdirektion heißt oder nicht. Am Ende des Tages ist es wichtig, dass die Lehrer-Schüler-Beziehung in den Vordergrund gerückt wird. Dass wir Motivation für unsere Lehrer finden, damit die besten Lehrer unsere Schüler unterrichten können und nur dann werden wir die besten Burgenländer in Zukunft haben können.

Die Ausbildung und die Bildung in der Schule bringt die besten Zukunftschancen für unsere Jugend, auch in Zukunft und das möchten wir unterstützen. Weit weg von diesem politischen Hickhack des Abgeordneten Brandstätters. *(Heiterkeit bei der SPÖ – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Das Angebot des Landesjugendreferates ist ein sehr vielfältiges. Das geht vor allem in der außerschulischen Jugendarbeit hin von einerseits sinnvoller Freizeitgestaltung, sei es jetzt im Musikbereich, sei es jetzt im Kulturbereich, sei es aber auch was die politische Weiterbildung betrifft, Weiterbildung um den Jugendlichen im Burgenland vor allem auch zu ermöglichen ihren Horizont zu weitern.

Da haben wir beispielsweise erst vor kurzem zwei neue beziehungsweise eine neue und eine adaptierte Förderschiene auf die Beine gestellt. Das eine ist die Förderung für Schulreisen zu EU-Institutionen die gänzlich neu ist. Die EU fördern wir seit 2017 seitens des Landesjugendreferates, die Reisen von Schülergruppen zu Institutionen und Einrichtungen der Europäischen Union. Hier wird ab der neunten Schulstufe gefördert. Pro Schüler, also pro teilnehmendem Schüler, pro teilnehmender Schülerin mit einem Betrag von 100 Euro.

Das ist uns deswegen wichtig, weil es sinnvoll ist den jungen Burgenländerinnen und Burgenländern die Vorzüge, vor allem auch die Funktionsweise der Europäischen Union näher zu bringen und damit auch ein Verständnis auch für europäische Politik in den jungen Burgenländerinnen und Burgenländern hervorzurufen oder noch zu verstärken.

Die zweite Förderung ist eine adaptierte, das ist die Förderung für Schulbesuche im Ausland, wenn es darum geht, dass junge Burgenländerinnen und Burgenländer ein Semester oder vielleicht noch ein zweites im Ausland verbringen wollen. Auch eine sehr wichtige Maßnahme, um andere Kulturen kennen zu lernen, andere Schulsysteme kennen

zu lernen, sich mit anderen Menschen auseinanderzusetzen. Hier haben wir eine einkommensabhängige und sozial gestaffelte Förderung seit 01.01.2017 ins Leben gerufen. Während es bisher rein 600 Euro pro Semester waren, sind es bis jetzt bis zu 1.750 Euro die man hier an Förderung pro Semester bekommen kann, wie gesagt einkommensabhängig.

Das ist uns auch besonders wichtig, weil es einen sehr, sehr positiven Beitrag vor allem auch zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen haben kann, abgesehen natürlich davon, dass man auch Sprachkompetenz und Umgang mit anderen Ländern und anderen Kulturen kennen lernt. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite ist uns natürlich bewusst, dass gerade der Bereich der Digitalisierung und auch des Breitbandausbaues ein sehr, sehr wichtiger ist, gerade wenn es um junge Menschen geht. Daher war es mir auch ein Anliegen, mich auch seitens des Landesjugendreferates bei einer großartigen Initiative, nämlich den digitalen Dorfplatz zu beteiligen.

Wir stellen seitens des Landesjugendreferates hier 20.000 Euro noch zusätzlich für die Gemeinden zur Verfügung, um entsprechende WLAN Hotspots in den Gemeinden für Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Der Abgeordnete Brandstätter hat es auch schon erwähnt, wie wichtig gerade die burgenländischen Gemeinden für die Entwicklung der burgenländischen Jugendlichen sind.

Ein sehr breit angelegter Beteiligungsprozess, den wir im letzten Jahr gestartet haben, hat auch ganz deutlich gezeigt, dass die burgenländischen Jugendlichen eine sehr hohe Identifikation mit ihren Gemeinden haben. Das die Gemeinden hier sehr, sehr wichtige Ansprechpartner sind und vor allem auch dadurch wichtig sind, weil sie Freizeiteinrichtungen für Jugendliche schaffen, die es ermöglichen, vielfältige Erfahrungen auch im unmittelbaren Lebensumfeld zu gestalten.

Deswegen unterstützen wir hier vor Ort natürlich auch so gut wie es geht die Initiative „Meine Gemeinde“, ist auch schon angesprochen worden von Dir, Kilian, auch das ist eine zusätzliche Initiative, ein zusätzliches Angebot um vor allem verstärkt kommunalpolitische Anreize und Rahmenbedingungen für junge Burgenländerinnen und Burgenländer zu setzen, wo es darum geht, vor allem die Jugendarbeit in den burgenländischen Gemeinden noch mehr zu forcieren und noch mehr zu stärken.

Wir bieten hier auch noch zusätzlich Unterstützung an, indem wir auch einen Musterantrag vorformuliert haben, der ganz einfach zum Download zur Verfügung gestellt wird, um den Gemeinden auch das zu erleichtern und bietet dann, wenn man bei dieser Aktion „Meine Gemeinde" mitmacht und eine entsprechende Punkteanzahlt betrifft, eine Förderung und die Auszeichnung dann auch entsprechend an.

Wenn man aber vom Umgang mit dem Internet spricht, dann muss man sich meiner Meinung nach, aber auch Gedanken um den sicheren Umgang mit dem Internet machen. Auch das tun wir seitens des Jugendschutzes und seitens des Landesjugendreferates. Da bieten wir auch seit vorigem Herbst eine Initiative gemeinsam mit Safer Internet an, wo Workshops gefördert werden in Schulen, die sich vor allem mit dem sicheren Umgang von Internet und von sozialen Medien beschäftigen.

Denn es ist immer auch wieder wichtig, dass wenn man schon den flächendeckenden Ausbau des Internets natürlich forciert, dass man auch auf die Sensibilisierung mit den möglichen Gefahren die das Internet bringen kann, darauf hinweist.

Alles in allem sieht man, dass Jugendpolitik eine große Querschnittsmaterie ist und ich bin sehr froh, dass hier alle Regierungsmitglieder in den jeweiligen Zuständigkeiten da zusammengreifen und ein entsprechendes wirklich großartiges Programm für unsere Jugendlichen im Burgenland auf die Beine stellen.

Da möchte ich mich auch bei meinen Regierungskollegen und Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich bedanken, die die Jugend immer wieder im Auge haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet von der Regierungsbank ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte diese Aktuelle Stunde nutzen, um ganz aktuell unseren Pädagoginnen und Pädagogen zu danken. Wir haben fast 6.000 Pädagoginnen und Pädagogen im Burgenland, nämlich von der Kindergartenpädagogik über die Grundschule, Sekundarstufe eins, Sekundarstufe zwei bis hin zu Pädagogischen Hochschule und zur Fachhochschule.

Ich muss sagen, dass die Pädagoginnen und Pädagogen im zu Ende gehenden Schuljahr eine sehr, sehr gute Arbeit gemacht haben, dass wir im Burgenland der Bildungsaufsteiger Österreichs sind. Da wird man jetzt sagen das ist die Schönfärberei, ich werde wieder belegen, wie die Statistik nämlich österreichweit aussieht. Gleich zu Beginn ein Dankeschön am Ende des Schuljahres, dass in den Gemeinden in den Kindergärten, in den Schulen hervorragende Arbeit geleistet worden ist.

Ein Dankeschön an die Pädagoginnen und Pädagogen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Aktuell auch die Maturantinnen und Maturanten auch hier einige Zahlen. Wir haben im Burgenland 1.587 Schülerinnen und Schüler, die zur Matura angetreten sind. Wir haben österreichweit die höchste Maturantenquote. Früher haben manche gesagt, vielleicht werden die burgenländischen Schülerinnen und Schüler besser benotet und leichter durchgelassen als die in anderen Bundesländer Österreichs und deshalb haben die Burgenländerinnen und Burgenländer die höchste Maturantenquote.

Jetzt haben wir die Zentralmatura, und jetzt stellt sich heraus, dass es im Burgenland bei der Zentralmatura bei standardisierten Maturaarbeiten die wenigsten Nicht genügend gibt in Deutsch, Englisch und Mathematik. Also wir haben die wenigsten Nicht genügend und die höchste Maturantenquote. Das verbinde ich mit der ausgezeichneten Arbeit von der Frühkindpädagogik bis hin zu den Allgemeinbildenden Höheren Schulen, die wir im Burgenland haben.

Wir haben auch eine ganze Reihe von ausgezeichneten Maturanten. Immerhin 229 maturierten mit Auszeichnung. Das ist ebenfalls ein sehr guter Wert und da muss man sagen, auch unsere jungen Leute, wir sind am Weg das beste Bildungssystem zu haben, natürlich müssen wir noch besser werden gar keine Frage. Aber wir können im Burgenland sagen mit der höchsten Kinderbetreuung im Kindergarten, mit der höchsten Maturantenquote, mit den niedrigsten Nicht genügend.

Da wurde Großartiges geleistet und ich habe es vorhin schon gesagt, da machen die Gemeinden sehr, sehr viel, da macht das Land sehr, sehr viel, und da gibt es viele engagierte Pädagoginnen und Pädagogen und das ist die Basis für ein gutes, starkes und innovatives Bildungsland Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Eine kleine Exkursion was den Bereich der Digitalisierung betrifft, das ist vielleicht zu bekannt, es wird zu wenig Öffentlichkeitsarbeit gemacht: Coding und Robotik.

Coding und Robotik ist genau dieser Trend der Zukunft, den wir im Burgenland schon haben. Wir haben Versuchsschulen, Pilotschulen, Pilotklassen wo Coding und Robotik gelehrt wird. Aufgrund unserer Vorreiterrolle in Österreich, sind 250 Pädagoginnen und Pädagogen ins Burgenland gekommen, um hier ein Seminar, ein Symposium, abzuhalten über Digitalisierung an unseren Schulen. Coding, Robotik! Es ist deswegen für mich auch sehr beeindruckend, weil ausschließlich über iPad-Klassen das auch in entsprechender Form gelehrt wird. Das Projekt „Coding und Robotik“ wird federführend von der Pädagogischen Hochschule begleitet. Wir haben dort hervorragende Professoren, die das unterrichten. Wie gesagt, im März 2017 fand an der Pädagogischen Hochschule dieser sogenannte Robotik-Tag statt, wo 250 PädagogInnen aus ganz Österreich auch anwesend waren.

Das beginnt aber bereits nicht in den Schulen, das beginnt bereits im Kindergartenalter. Wir haben die Beebots, das sind Bienenroboter, das beginnt im Kindergarten, setzt sich über die Sekundarstufe I und II auch fort. Ich war mit einigen der hier anwesenden Abgeordneten auch in der HTL Pinkafeld, darf ich auch bei der Gelegenheit sagen, eine tolle Schule die größte Schule des Burgenlandes, wo gerade im Technikbereich federführend österreichweit hervorragende Arbeit geleistet wird.

Aus der ganzen Region, nicht nur aus dem Burgenland, kommen 1.400 Schülerinnen und Schüler. Das spricht für die Qualität der burgenländischen Schulen und das ist auch ein Aushängeschild, was wir haben. Die eLSA Schule, e-Learning, der Bildungsserver, den wir im Burgenland errichtet haben, der ist auch einzigartig, das muss man auch dazu sagen. Wir haben die virtuelle Pädagogische Hochschule geschaffen und wir haben beim Bildungsserver, und das muss man sich schon zweimal durch den Kopf gehen lassen, 153.000.000 Webseitenaufrufe. 153.000.000 Webseitenaufrufe 2015 am Bildungsserver! Das hat Qualität. Man schaut sich das nur in dieser Intensität an wenn das gut ist, ja. Da haben wir natürlich noch weiteres Potenzial.

In der Digitalisierung wird nie Schluss sein. Ich behaupte, auch wenn man wieder darüber lacht, ich weiß zwar nicht was man für ein Problem hat, wenn wir die Besten sind und über die Leistungen lacht, die Lehrer und Schüler erbringen. Dieser Bildungsserver, den wir haben, ist mit Abstand der Beste in Österreich, ist international herzeigbar und wir haben 153.000.000Webseitenaufrufe.

Das zeigt, dass hier hervorragende Qualität geliefert wird. Ich könnte noch über e-Learning einen Vortrag halten, die Zeit ist vorbei, wir sind auf einem guten Weg und wir werden uns weiter sehr anstrengen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Zu Wort gemeldet ist nun Niemand mehr, die Debatte ist somit geschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

3. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 982), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2016 genehmigt wird (Zahl 21 – 691) (Beilage 994)

Präsident Christian Illedits: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 982, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2016 genehmigt wird, Zahl 21 - 691, Beilage 994.

General und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Herr Präsident. Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag mit dem der Landesrechnungsabschluss 2016 genehmigt wird, in der 8. Sitzung am Mittwoch, dem 21.Juni.2017, beraten.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag möge folgenden Beschluss fassen:

1. Der Bericht der Burgenländischen Landesregierung über die Gebarung im Rechnungsjahr 2016 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.
2. Der Rechnungsabschluss des Landes Burgenland für das Jahr 2016 sowie im Rechnungsabschluss vorkommenden Abweichungen zum Landesvoranschlag werden genehmigt.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor wir in den Urlaub gehen alle miteinander, doch ein paar wichtige Themen zu diskutieren. Möchte kurz die Fragestunde streifen. Die Frau Landesrätin Dunst und der liebe Freund Temmel sollten sich wirklich einmal zusammensetzen und Fakten auf den Tisch legen. Wo der Herr Temmel behauptet, dass nicht richtig ausgezahlt worden ist, da muss es ja irgendwelche Unterlagen geben, dass das nicht stimmt um Gottes Willen. Das wird man sich ja ausmachen können.

Im Übrigen habe ich das ausgemacht, es hat ein oder zwei Fälle gegeben, das hat funktioniert. Also warum können Sie sich nicht mit der Frau Landesrätin zusammensetzen? Was ich immer sage, es ist ja nichts Schlechtes und wenn es ein Kaffee oder eine Zigarette ist, ist ja auch nichts dabei. Daher, diese Fragestunde geht mir schon bis da her, ich sage das auch gleich mit der Klarheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, via livestream, dass Sie das auch gleich mithören.

Wenn ich mir dann diese Aktuelle Stunde zu Gemüte führen darf und muss und soll, ich sage bewusst soll, dann frage ich mich, an wen richten wir jetzt diese Aktuelle Stunde eigentlich? Es wird demnächst eine neue Regierungskonstellation im Land geben. Lauter Schönreden, ja wir haben Gemeinderatswahlen, es ist einmal so. Aber danke für die Aktuelle Stunde „Mehr Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland“.

Eines möchte ich Euch schon mitgeben: Es hilft uns nichts, wenn wir die höchste Maturantenquote haben, Herr Landesrat, es ist alles in Ordnung. Wunderbar. Wir können uns nach außen hin präsentieren, nur wir brauchen Facharbeiter, wir brauchen Jobs. Wir diskutieren immer, dass wir junge Arbeitskräfte herein bekommen, ja, weil in gewissen Branchen gar kein Mensch mehr lernt und dort müssen wir ansetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber nur kurz gestreift die ganze Situation.

Wenn sich die ÖVP hinstellt und sagt, was ich weiß sind sie schon immer in der Regierung und im Bund oben und bis vor kurzem auch im Land. Dann hättet Ihr dort etwas vorangetrieben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich habe das Gespür es geht etwas weiter. Jetzt seid Ihr im Schmalwinkel und solltet unbedingt solche Dinge machen. Sei es wie es sei, es gehört diskutiert, gar keine Frage, aber wenn der Herr Antragsteller sich herstellt und das in drei Minuten runterliest und fertig ist, dann finde ich das auch nicht für sehr überzeugend.

Ganz klar gesagt. Noch einmal, es gibt einen Experten, vom WIFI her, wo wir sehr wohl mit Jugendlichen massive Probleme haben und zwar speziell bei den Buben. In Mathematik, in Rechnen, in Schreiben, in Deutsch. Ich frage mich, da sollten wir uns das Ganze einmal runterladen. Die Möglichkeit besteht, dass man das herunterladet und sich das genau ansieht und nicht immer alles so wunderbar darstellt.

Da bin ich beim Herrn Landeshauptmann, der sagt, wir müssen besser werden, wir brauchen nicht aufhören. Daher glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir diskutieren können und nicht nur diese Seite sieht oder diese Seite sieht, sondern wirklich für diese Leute, die betroffen sind, einiges zu machen.

Aber kommen wir jetzt zum Tagesordnungspunkt. Ja, Herr Landesrat, Rechnungsabschluss 2016, ich denke, dass wir jetzt mit Zahlen und mit ein paar Daten nicht wieder an die Kollegen summen, es ist nichts Inhaltliches geschehen. Ich sage immer auch Zahlen dazu und sage auch klipp und klar, wo vielleicht eine Kritik nötig ist, aber auch wo es funktioniert. Herr Landesrat, Sie dürfen nicht beleidigt sein, das ist so, ich muss mir das als Bürgermeister auch anhören. Ist ja kein Problem. Wir sind alle Menschen und wir werden dort oder dort draufkommen „hoppla“.

Ganz gut, weil beim nächsten Tagesordnungspunkt werden wir dann erfahren, wo wir vielleicht dort oder da im Vorfeld einiges machen hätten sollen. Vielleicht den Voranschlag ins Land schicken, dass die kontrollieren sachlich richtig, ist er überhaupt umsetzbar. Rechnungsabschluss detto. Wieso kann ich das nicht machen? Erst dann gehe ich in den Gemeinderat oder in die Landesregierung, in Ordnung, da sind wir aufmerksam gemacht worden, das oder jenes müssen wir ändern oder müssen wir anders anschauen.

Aber wir haben ja neue Möglichkeiten und beim nächsten Tagesordnungspunkt wird ja sicher der eine oder andere seitens der SPÖ dementsprechende Kritik anbringen. Seitens der ÖVP wird dann wieder vieles als gut geheißen, aber sei es wie es sei. Im Endeffekt hat der Landes-Rechnungshof dort auch einige Dinge klargestellt.

Kommen wir zu diesem Nachtragshaushalt. Bereits im Nachtragshaushalt mussten mehr als 51 Millionen Euro an mehr Kosten verbucht werden. Mehr als 20 Millionen Euro fielen davon auf die KRAGES. Fast der gesamte bleibende Rest auf den Bereich Sozialkosten. Auch hier haben wir Bedarf.

Wir diskutieren über das Abschaffen des Regresses. Es wird finanzielle Situationen geben, wo wir nachdenken müssen. Alle miteinander. Speziell, liebe Kolleginnen und Kollegen, seitens der Bürgermeisterschaft. Weil es auch auf uns in den Gemeinden einen massiven Druck geben wird. Da darf man nicht vergessen, man kann nicht immer alles abwälzen und schlussendlich muss der Steuerzahler das Ganze zahlen. Kurz angemerkt.

Der Nachtragsantrag war vom Explodieren der Sozialkosten geprägt. Habe ich gerade gesagt, das wissen wir inzwischen. Diese wurden vor allem durch rasant gestiegene Ausgaben im Bereich der Mindestsicherung und der Betreuung und Integration von Asylwerbern verursacht. Zwar wird ein Großteil dieser Kosten vom Bund quer finanziert, es stellt sich demnach die Frage, wo diese Steuermittel, beziehungsweise in welchen Bereichen man weniger Steuermittel zur Verfügung hat. Da bin ich jetzt bei der FPÖ.

Wir haben immer gesagt, runter mit den Kosten und runter mit dieser Mindestsicherungsgeschichte. Gut, man hat sich gefunden in einer gewissen Höhe. Sei es wie es sei, aber wir müssen nachdenken, wie wir das Ganze in Zukunft finanzieren werden. Ich glaube nicht, dass sich hier jemand große Gedanken gemacht hat, außer der

Herr Finanzlandesrat, der wird sich schon Gedanken gemacht haben. Weil, das ist kein einfaches Händeln in nächster Zeit.

Das Gesamtbild des Rechnungsabschlusses 2016 zeigt, dass das Zusammenwirken der explodierten Sozialkosten, in Verbindung mit dem nicht stillenden Finanzbedarf der Landesgesellschaften, das Land Burgenland finanziell in Bedrängnis bringt. Für drei Landesgesellschaften, die KRAGES, das Regionalmanagement Burgenland und die WiBAG waren Nachtragszuschüsse erforderlich.

Auch das sind so Dinge, ich verstehe schon, man kann nicht alles im Vorhinein wissen, überblicken. Aber das sind schon Summen, die nicht ohne sind. Das muss man schon zugeben, Herr Landesrat, da sind für Sie wahrscheinlich auch überraschend ein paar Dinge gekommen, die Sie umsetzen müssen. Auch in den Gemeinden kommt dort oder da etwas vor, wo man im Nachhinein sagt, in Ordnung, hat man gemacht, es gibt Beschlüsse, die gibt es hoffentlich in der Regierung sowieso.

Ob sie jetzt alle einstimmig sind oder nicht, das ist irrelevant. Das hat mit dem nichts zu tun. Aber generell zum Rechnungsabschluss 2016 muss man sagen, dass aufgrund zahlreicher Auflösungen, beziehungsweise Bildungen von Rücklagen, Ströme von Budgetmitteln angezeigt werden, die ein zunehmend intransparentes Bild entstehen lassen, dass es im Landtag noch weniger nachvollziehbar ist. In welchen Bereichen tatsächlich konkrete Summen ausgegeben wurden, in welchen Bereichen sich die Ausgaben nur in Papier gestalten lassen. Was sagen wir immer? Im Landtag brauchen wir mehr Zugang was die Regierung beschließt.

Warum darf man das nicht wissen? Was ist da so schlimm daran, wenn jetzt jemand im Landtag weiß, der auch dem Budget zustimmen soll oder dem Rechnungsabschluss zustimmen soll, dass man mit offenen Daten und Zahlen agiert? Genau. Im Vorfeld schon. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In der Gemeinde ist das selbstverständlich!)*

Ja, so ist es, Herr Kollege Steiner, nur ihr seid 20 oder 50 Jahre in der Regierung gesessen und habt immer das Gleiche gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das stimmt nicht!)* Jetzt habe ich die Antwort bekommen, da sind wir eigentlich in einer anderen Möglichkeit, in einer anderen Situation. Du hast vollkommen Recht. In einer Gemeinde schaut die Welt anders aus. Ich beschließe ein Budget, so, das ist eine Vorausplanung und dann ergibt sich während des Jahres etwas anderes. Aber ich brauche zu jeder größeren Ausgabe einen Beschluss des Gemeinderates.

Da ist es nicht so, da brauche ich nur einen Regierungsbeschluss. Das steht in der Vereinbarung, wo sie einstimmig sind, das ist ja das Nächste was ich nicht verstehe, aber sei es wie es sei. Es ist nun einmal so. Ich glaube auch, dass man in dem Bereich auch im Land umdenken sollte. Man vergibt sich nichts, wenn der Landtag einmal den formalen Beschlussakt kriegt beziehungsweise Einsicht in eine Regierungssitzung kriegt, was steht auf der Tagesordnung.

Ich glaube, dass das sicher nicht schaden täte, das würde auch viele Kritikpunkte ersparen, meiner Meinung, und man täte sich leichter, wenn man sagt, auf der Tagesordnung sind die Punkte drauf, wie schaut das aus, was ist tatsächlich beschlossen worden und nicht erst nach zwei oder drei Jahren, wenn durch die Rechnungshofberichte, die immer sehr penibel aufgelistet sind, dann feststellt wird, dass da oder dort Fehler passiert sind. Ist einmal so!

Aber dann muss man das System ändern, gar keine Frage. Der Rechnungsabschluss bilanziert im ordentlichen Voranschlag mit rund Euro 1,2 Milliarden

Euro, im außerordentlichen Voranschlag mit rund 41,3 Millionen Euro, der Landesvoranschlag der Fonds für das Jahr 2016 wurde einnahmenseitig und ausgabenseitig mit rund Euro 3,7 Millionen festgesetzt.

Nach Durchführung der Abschlussbuchungen beträgt das Jahresergebnis 2016 Null. Im ordentlichen Haushalt beträgt der Überschuss laut Maastricht-Kriterien rund Euro 50 Millionen, im außerordentlichen Haushalt rund Euro fünf Millionen. Abzüglich des Defizites laut Maastricht in der Fondsgebarung ergibt sich insgesamt 2016 ein Maastricht-Überschuss von rund 51,5 Millionen Euro.

Der abschließende Gesamtschuldenstand des Landes Burgenland für das Jahr 2016 beträgt Euro 276 Millionen Euro. Die gesamte Summe der Darlehen, für die das Land Burgenland die Haftungen übernommen hat, betrug zum 31.12.2016 rund 514,4 Millionen Euro. Die behaftenden Verbindlichkeiten nach dem Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz belaufen sich aushaftend mit 31.12.2016 bei der Bank Burgenland auf rund Euro 694 Millionen Euro. Dazu kommen Haftungen für sogenannte ESVG-Einheiten, Technologiezentren, Neusiedl, Sonnentherme Lutzmannsburg, wo noch immer zwei bis drei Millionen Euro irgendwo schweben, wo keiner weiß, wo die hingekommen sind.

Bis jetzt nichts gehört. Ist das jetzt schon geklärt oder ist das nicht geklärt, wo die hingekommen sind? Man hat das Hotel hinten weggeräumt, hat ein neues dazu gebaut, jetzt will man 30 Millionen Euro wieder investieren, höre ich da vom Herrn Landesrat Petschnig. Na ja, von woher? Wie, was, wann?

Dann muss man das schon hinterfragen, ich habe ja kein Problem, wenn Ihr mir sagt, wie Ihr das alles macht, wie Ihr das jongliert, werde ich gerne dabei sein und sagen: Super! Ich applaudiere sogar dafür, weil dann ist etwas geschehen!

Aber es muss sich transparent darstellen lassen und nachhaltig sein, nicht so wie in den letzten zehn, 15 Jahren oder 20 Jahren. Ich glaube, auch hier sollte man ein bisschen umdenken. Technologiezentren: Da höre ich gar nichts mehr! Wo ist die Technologie in den Technologiezentren? *(Abg. Gerhard Steier: Bezirksblätter!)* Das muss mir einer erklären, das ist schon sehr interessant, was sich dort tut!

Auch das ist nicht mehr Thema geworden. Das wird alles unter der Tuchent gehalten, auch dort solle man sich überlegen, das kommt auch schon ins Altern, die Technologiezentren, auch dort werden wir viel Geld noch brauchen. Weil verkaufen werden wir die nicht leicht können, höchstens wir verscherbeln sie oder wir verschenken sie. Das können wir in dieser Sache eventuell noch machen!

Dann, ich glaube, WiBAG Infrastrukur Holding, da gibt es einen neuen Chef, den muss man sich einmal anschauen, was macht er draus? In der Vergangenheit war es nicht immer sehr rosig, weil sonst hätte man nicht die Geschäftsführer ausgewechselt wie einen gewissen Herrn Perner. Der hat nicht gewusst, wie es ihm geschieht.

Am Anfang war er sehr gut, aber wie es halt überall ist bei den Geschäftsführern, in letzter Zeit, die sind nicht einmal noch angetreten, sind sie schon wieder weg, dann darf er ein Jahr werkeln oder zwei Jahre, dann ist er wieder weg, kriegt eine Abfertigung und dann gibt es eine Stillhaltevereinbarung. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ausbezahlt bekommen sie es!)* Eine Stillhaltevereinbarung!

Habe ich jetzt wieder einmal in den Medien gelesen, da sagen wir nichts dazu, dass wir die Bahn im Süden gekauft haben, da darf man nichts sagen! Na sind wir nicht als Abgeordnete verpflichtet und haben das Recht, das zu erfahren? Seid mir bitte nicht böse! Auch auf den Zuschauerrängen! Ist das so schlecht, wenn wir erfahren, was das da gekostet hat?

Wir müssen es ja aufstellen, wir müssen ja schauen, dass wir dementsprechend finanzielle Mittel machen und wirtschaftlich das umsetzen können, wäre mein Wunsch zumindest.

Ein ganz wichtiger Wunsch, dass das funktionieren würde, dann könnten wir uns andere Gedanken machen. Aber es ist zumindest ein Ansatz da. Aber was ist so schlimm, wenn ich sage, ich muss das so finanzieren, anderes finanzieren, egal wie auch immer. Aber wir finanzieren es so, und das sind die Kosten! Die fehlen mir in letzter Zeit überall. Da geht der Tourismusdirektor, wird in die Wüste geschickt, was hat der für einen Vertrag gehabt, was kriegt der für eine Abfertigung?

KRAGES rede ich nicht, weil das dauert ja ewig, wahrscheinlich wird es auch noch eine lustige Geschichte geben und dergleichen mehr. Wie viel sind im Land eigentlich, die noch beschäftigt sind im Land, aber gar nicht mehr im Land tatsächlich beschäftigt sind? Habt Ihr da schon einmal die Frage gestellt, wer das sein könnte? Macht Euch da einmal Gedanken. Wir haben zwei Umweltanwälte im Burgenland beschäftigt. Das gibt es nirgends! Nirgends gibt es das, ich sage Euch das!

Interessant, und da frage ich mich… *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wo sind zwei Umweltanwälte?)* Herr Kollege, schau Dir das genau an! Es gibt auch die Möglichkeit nachzuschauen, dass es das gibt! Und wie lange ein Vertrag läuft für einen Umweltanwalt und warum rennt der noch und der zweite ist schon in der Arbeit und arbeitet, ist in Ordnung, wenn es passt, wenn wirklich für die Umwelt so viel getan wird, dass wir zwei brauchen, bin ich dafür. Ich habe ja kein Problem, nur sollte das transparent gemacht werden.

Was bekommte der zweite Umweltanwalt, der schon in Pension sein sollte und dergleichen mehr? Das gehört alles hier hinein, das hätte ich gerne einmal gewusst! Aber sei es wie es sei, es sind ein paar Dinge noch, das sind ein paar Zahlen:

Nach dem ordentlichen Haushalt beträgt der Überschuss laut Maastricht, habe ich schon gesagt, das ist ja auch ein interessantes Thema mit Maastricht immer wieder. In den Gemeinden haben wir ja auch diese Situation. Aber dass wir einen Gesamtschuldenstand im Land Burgenland von 276 Millionen Euro haben, ist okay! Ist halt einmal so. Man hat ja nicht genau den Überblick, was tatsächlich passiert und das hätte ich gerne gewusst, Herr Landesrat.

Sie haben schon sehr viel eingepackt, muss ich Ihnen offen und ehrlich zugestehen, es ist schon viel drinnen, das transparent geworden ist - Zahlen, aber noch nicht alles. Das wissen Sie ganz genau, und das wollen Sie auch nicht sagen, ist ja logisch.

Wenn ich hergehe und sage, die gesamte Summe der Darlehen, für die das Land Burgenland die Haftung übernommen hat, betrug 514.000 Euro, das habe ich eh schon erwähnt in der ganzen Situation, ist ja das auch nicht ohne, das ist ja nicht das Ende des Fahnenmastes und der Fahnenstange. So sind halt die ganzen Verbindlichkeiten aushaftend mit 31.12. bei der Kommunalkredit Austria rund 186 Millionen Euro und bei der Wohnbau Burgenland GmbH rund 565 Millionen Euro, in beiden Fällen inklusive der Zinsen.

Wohnbau ist überhaupt eine lustige Geschichte, da nehmen wir Rücklagen, 25 Millionen Euro und dann nehmen wir sie gleich wieder dazu und deckt halt damit was ab. Ist so! Aber hinzustellen und zu sagen, 123 Millionen Euro haben wir im Voranschlag drinnen und tatsächlich werden 78 ausgegeben, was geschieht mit dem anderen Geld? Auch das sollte man transparent machen - ich weiß schon, ich arbeite mich ein, ich weiß,

was los ist. Aber viele draußen in der Öffentlichkeit wissen das nicht, und ich glaube, auch viele Abgeordnete, die sich das noch nicht genau angeschaut haben.

Insgesamt betrugen die Haftungen des Landes Burgenland mit 31.12.2016 rund zwei Milliarden Euro. Das ist fast das Doppelte eines Jahreshaushaltes. Okay, wenn es so ist - ich glaube nicht daran, ich glaube eher, dass wir mehr Haftungen haben. Auch das kann ich nirgends herauslesen, schauen wir es uns halt einmal mit den Ausgelagerten an, was genau zusammenkommt. Aber das ist so, das steht schwarz auf weiß da, und ich nehme es einmal so zur Kenntnis.

Ich persönlich glaube nicht, dass diese zwei Milliarden Euro das Ende sind. Dann das Vermögen des Landes Burgenland wird laut Beilage zum Rechnungsabschluss 2016 mit insgesamt rund 1,8 Milliarden Euro angegeben. Die größten Posten sind hier der Gesamtkassastand mit rund 143 Millionen Euro, Vorschüsse in der Höhe von rund 242 Millionen Euro, Einnahmenrückstände in der Höhe von rund 30 Millionen Euro, Rücklagen in der Höhe von rund 341 Millionen Euro, Beteiligungen in der Höhe von rund 15 Millionen Euro, noch nicht fällige Verwaltungsforderungen in der Höhe von rund einer Milliarde Euro sowie bewegliche Vermögen im Rahmen der Landesdienststellen und Landesanstalten in der Höhe von rund 24 Millionen Euro.

Ich glaube, das sind auch Zahlen und Summen, ja - auch nicht die große Welt wahrscheinlich, aber man wird es schon machen, weil jetzt haben wir ja alles neu gemacht und das funktioniert hervorragend.

Ich muss dazu sagen, es funktioniert tatsächlich sehr vieles. Sehr viel funktioniert, weil wir immer weniger Arbeitslose haben, aber keine Pendler weniger haben. Ist Euch das schon aufgefallen? Wir sollten wirklich wieder eine Pendlerrückholaktion starten, so wie es der Landehauptmann vor 15, 20 Jahren vorgehabt hat. Schauen wir, dass die wieder zurückkommen, nicht um 4.00 Uhr in der Früh aufstehen müssen, sich in den Zug reinsetzen müssen, zwei bis drei Stunden zum Arbeitsplatz fahren, am Abend um 19.30 Uhr heimkommen.

Da leider das Familienleben, das Sozialgefüge ist da natürlich nicht in Ordnung. Ja, und ich denke, dass wir uns ein paar Dinge anschauen sollten, in Zahlen gegossen vielleicht, dass der Nachtragshaushalt 2016, wie bereits erwähnt, mehr als 50 Millionen Euro an zusätzlicher Budgetierung erforderlich machte. 50 Millionen Euro sind nicht irgendetwas, das muss man auch dazu sagen. Viel Geld, aber die Überraschungen in dem Rechnungsabschluss muss ich sagen, Herr Landesrat Bieler, halten sich wirklich in Grenzen! Das ist in Ordnung, aber nur dieser Nachtragsvoranschlag, der hat es schon fest hinter ihm gehabt oder da hat sich schon einiges getan mit 50 Millionen Euro. Das muss man auch dazu sagen.

Das, glaube ich, könnte man sich in gewissen Bereichen in einer Gemeinde natürlich nicht leisten. Aber wenn es möglich ist, im Land das zu machen, ohne dass der Landtag eigentlich genau weiß, wie, wo das hingekommen ist, das hätten wir gerne auch irgendwo transparent gehalten. Ich nehme einmal an, dass die Gruppe 0, Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung, da sind wir jetzt in einem Bereich, wo ich sage, Repräsentationen wurden fast um 100.000 Euro nachgebucht, wo ist das hingekommen? Ich hätte das gerne gewusst, wo das hingekommen ist. Wer hat das verbraucht? 100.000 Euro ist ja nicht irgendwas!

Ja, ich glaube, dass damit argumentiert wird, dass es unvorhersehbare Veranstaltungen waren, dass man Ehrungen mehr gemacht hat und dergleichen mehr. Aber seid mir bitte nicht böse, irgendwo 100.000 Euro - wir reden ja nicht von Schilling, wir reden von Euro!

Solche Dinge hätten wir gerne auch im Vorfeld gewusst, beziehungsweise der Landtag das Recht hat, auch darüber zu erfahren. Im Bereich der Fortbildungsveranstaltungen wurden zum Beispiel 613.000 Euro nachgebucht. 613.000 Euro nachgebucht! Es ist hier für mich nicht klar ersichtlich, was tatsächlich an Fortbildung bezahlt und was an nicht verbrauchten Budgetmitteln einer Rücklage zugeführt wurden.

Im Rechnungsabschluss gestaltet sich die Zuführung zu einer Rücklage wie eine Ausgabe. In Ordnung, vielleicht bin ich nicht Fachmann genug, aber ich lasse mir das gerne erklären. Vielleicht erklärt Ihr es mir irgendwann einmal, wenn ich immer so… *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)* Ich kapiere es vielleicht nicht, ist auch möglich. Aber vielleicht kann mir das irgendwer einmal erklären. Auch bei einer solchen Diskussion jetzt und nicht sich herstellen und sagen, der Kölly hält jedes Jahr die gleiche Rede und hat immer… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Na ja, wenn es immer das Gleiche ist, wo die Fehler auftauchen und der Rechnungshof nach drei Jahren das bemängelt, dann muss ich sagen, habe ich Recht gehabt und das stimmt bis jetzt und die FPÖ hat das auch immer kritisiert. Nur jetzt sitzt sie halt in einer anderen Position. *(Abg. Géza Molnár: Was haben wir kritisiert?)* Immer den Rechenabschluss.

Es hat nie einen Rechnungsabschluss gegeben, wenn Ihr jetzt nicht in der Landesregierung sitzen würdet, habt Ihr immer kritisiert, Ihr seid immer dagegen gewesen, nicht erzählt mir etwas. Ihr habt keine Bürgermeister, nichts! Wir wissen schon, wie es zugeht, Ihr leider nicht. Aber es ist so! Jetzt schaut halt die Welt anders aus, aber soll so sein, ich habe da kein Problem.

Ja, Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Im Bereich des Kindergartenbauprogrammes, weil wir heute gehört haben, wir sind so super unterwegs, kam es ebenfalls zu einer Nachbuchung von 727.000 Euro. Ebenfalls offenbar eine Zuführung zu einer Rücklage. Argumentiert wird hier damit, dass die nicht verbrauchten Kreditmittel, sowie die aus der Rücklage aus dem Vorjahr entnommen und nicht verbrauchten Mittel, einer Rücklage zugeführt wurden.

Auch hier muss kritisch angemerkt werden, dass es für den Landtag in Ermangelung eines detaillierten Einblicks in die Buchungsvorgänge nicht einfach ist. Was ich immer sage, das nachvollziehbar ist. Aber noch einmal. Wenn mir das einer erklärt und ich setze mich mit dem hin, der den Rechenabschluss macht oder den Voranschlag, bin ich gerne bereit, weil ich brauche mich nicht genieren, wenn ich gewisse Dinge vielleicht persönlich gar nicht nachvollziehen kann. Vielleicht erklärt mir das dann einer!

Nächste Gruppe, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Am augenfälligsten ist hier die Zuführung zu einer Rücklage in der Höhe von 20,6 Millionen Euro aus Mitteln der Wohnbauförderung. Argumentiert wird dies damit, dass die für das Jahr 2016 geplanten Auszahlungen für Neubauten im Eigenheimbereich und mehrgeschossigem Wohnbau erst im Jahr 2016 zur Auszahlung gelangten, weshalb der verbleibende Differenzbetrag einer Rücklage zuzuführen war. Was das auch immer heißen soll.

Auch aus den Mitteln der Wohnhaussanierung wurden mehr als zwei Millionen Euro einer Rücklage zugeführt, dies mit dem Argument, dass die für das Jahr 2015 geplanten Auszahlungen für Sanierungsmaßnahmen im Eigenheimbereich und im mehrgeschossigem Wohnbau erst im Jahr 2016 zur Auszahlung gelangten, weshalb der verbleibende Betrag einer Rücklage zuzuführen war.

Ja, ist verständlich, wenn ich die Zahlen anschaue und wenn ich sehe, es ist nicht ausbezahlt worden. Aber warum ist nicht ausbezahlt worden? Das hätte ich einmal gerne

gewusst. Warum ist das nicht ausbezahlt worden? Haben nicht die Leute gewartet auf ein Geld oder ist da nicht ordentlich abgerechnet worden?

Das hätte ich gerne gewusst, nicht mehr und nicht weniger. Insgesamt stellt sich für mich die Frage, ob sich diese Zuführung zur Rücklage in der Höhe von rund 23 Millionen Euro, die ihrerseits im Rechenabschluss 2016 ja wiederum eine Einnahme darstellt, nicht ein gezielter Vorgang auf dem Papier, um einen ausgeglichenen Rechenabschluss präsentieren zu können? Ich muss sagen, ich hinterfrage das ganz einfach. Wenn es anders ist, dann sagt es mir, habe ich auch kein Problem damit.

Nächste Gruppe, Gesundheit. Vor dem Hintergrund der Gesamtproblematik rund um die Finanzierung der Burgenländischen Krankenanstalten Ges.m.b.H. - KRAGES, sowie dem bereits erwähnten Investitionszuschuss von rund 23 Millionen Euro im Nachtragshaushalt - 23 Millionen Euro im Nachtragshaushalt - für die KRAGES 2016, ist die Aufmerksamkeit auch im Rechnungsabschluss auf das damit verbundene Zahlenwerk zu lenken.

Der verrechnete Personalaufwand der KRAGES, Aktivbestand, beträgt rund 9,3 Millionen Euro? Jetzt frage ich mich, ist dort der Schnedl schuld gewesen, dass dort das so passiert ist, oder hat man das im Vorhinein nicht gewusst und dafür hat der Schnedl gehen müssen oder um was geht es da? Das ist die Frage.

Warum sind die 23 Millionen Euro in der KRAGES auf einmal oder was ist da passiert? Das muss mir halt einer erklären. Nachtrag gibt es im Bereich der Einnahmen. Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung - hier zieht man ein Detail namentlich eine Mehreinnahme von rund Euro 978.000 unter dem Titel „Landesanteil Grundversorgung für Fremde, Einnahmen aus Umsatzsteuer“.

Das Land argumentiert, dass sich die Einnahmen aus der Rückvergütung der Umsatzsteuer nicht nur wegen ihrer Erhöhung, sondern vor allem wegen der im Zuge der Flüchtlingskrise enorm angestiegenen Rechnungen, die beglichen werden mussten, und die Umsatzsteuerpflichtunterlagen enorm erhöht hat. Gut, sei wie es sei. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das sind eben diese Dinge, Herr Landesrat, die ich gerne mit Ihnen geklärt hätte. Ich muss jetzt im Landtag nicht die Fragen, die ich aufgeworfen habe, von Ihnen beantwortet hören, aber vielleicht setzen wir uns wirklich zusammen und Sie erklären mir das. Ich habe kein Problem damit, die Zeit nehme ich mir gerne.

Das sage ich ganz offen und ehrlich. Weil die Bevölkerung hat das Recht, und wir haben die Pflicht, auch das klarzustellen. Denn ansonsten sitzen wir als Abgeordnete nach einem Voranschlag, der beschlossen worden ist, nur mehr da und dürfen 15a-Vereinbarungen beschließen oder Anträge an den Bund richten, der nie zurückkommen und schubladiert werden. Daher klare Forderung von uns, seitens der Bündnis Liste Burgenland.

Jeder Voranschlag gehört, bevor er beschlossen wird, noch einmal von Fachleuten überprüft. Ebenso jeder Rechnungsabschluss. Da soll auch der Rechnungshof im Vorfeld schon eingebunden sein. Kein Problem, denke ich, dann stopfen wir eben in dieser Zeit das aus. Genauso wie in den Gemeinden, da habe ich überhaupt kein Problem damit.

Weil, wir sind Menschen, wo Menschen sind, werden Fehler gemacht, dass man den Voranschlag beziehungsweise den Rechnungsabschluss vorher an das Land schickt, einer Kontrolle unterzieht und schlussendlich dann zu einer Abstimmung, sei es im Land oder sei es in der Gemeinde, auch dementsprechend zustimmt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich freue mich auf die Antworten. Wenn es diese nicht gibt, bin ich gerne bereit, wie gesagt, zu Ihnen zu kommen, Herr Landesrat, oder zu den zuständigen Damen und Herren, die den Rechnungsabschluss akribisch vorbereitet haben. Was viel Arbeit ist, da brauchen wir gar nicht darüber zu reden. Der Rechnungsabschluss beziehungsweise Voranschlag ist mit viel Arbeit verbunden, auch bei diesen Herrschaften möchte ich mich herzlich bedanken. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet, ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! Vorweg habe ich ein Anliegen, auch noch etwas persönlich anzubringen. Replizierend auf etwas, was in der Fragestunde vorgefallen ist. Da wurde seitens der ÖVP der Landesrätin Eisenkopf praktisch zum Vorwurf gemacht, dass sie einmal aus privaten Gründen an einer wichtigen Sitzung nicht teilnehmen konnte. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein! Da wurde etwas Anderes gefragt. So war es nicht.)*

Es kam so rüber, und ich möchte hier deklarieren, es ist ganz egal, ob ich Mitglied einer Regierungsfraktion bin oder aus der Opposition, jede und jeder von uns, und auch wenn man ein intensives Regierungsamt innehat, hat ein Recht auf ein Privatleben.

Es ist das Recht auch einmal etwas, eine dienstliche Aufgabe, nicht vollständig wahrnehmen zu können, wenn private Angelegenheiten jetzt dringend sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war auch nicht die Fragestellung.)* Um dieses Recht werde ich mich auch weiterhin immer bemühen, egal um wen es geht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war nicht die Frage! - Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte auch noch replizieren, bevor ich jetzt sozusagen mein Statement abgebe, auf den Kollegen Kölly. Weil Sie ein paar Sachen gesagt haben, die jetzt nicht so ganz durchsichtig sind. Sie haben von zwei Umweltanwälten gesprochen. Das Land Burgenland hat natürlich nur einen Umweltanwalt. *(Abg. Manfred Kölly: Falsch! Ganz falsch!)*

Der pensionierte Umweltanwalt wird für andere Angelegenheiten zurate gezogen, aber als Umweltanwalt ist nur der Herr Mag. Zechmeister tätig. *(Abg. Manfred Kölly: Er wird doch bezahlt, oder? Bekommt er bezahlt oder nicht?)* Also, das Land Burgenland hat einen Umweltanwalt *(Abg. Manfred Kölly: Wir haben zwei!)* und es hat, es bezahlt auch andere Leute, aber, Kollege Kölly ich bitte nur um Sauberkeit. *(Abg. Manfred Kölly: Er ist noch immer im Lande beschäftigt. Noch immer! – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Aber nicht als Umweltanwalt.)* Man kann viel kritisieren, denn das tue ich auch, aber es ist schwer, etwas sachlich zu kritisieren, wenn vorher die Sachen durcheinander gebracht werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es tut mir eigentlich auch weh, wenn Sie da so pauschal über Pendler sagen, ich zitiere Sie jetzt „Da ist das Sozialgefüge nicht in Ordnung“, also ich weiß nicht, ob Sie selber auch schon einmal Pendler waren, ich war auch schon Pendlerin. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt bist Du im Müllverband.)* Ich kenne auch sehr viele Pendler und Pendlerinnen. Dann einfach pauschal zu unterstellen, bei denen ist das Sozialgefüge nicht in Ordnung, das ist schon ein Eingriff auch in die Lebensrealitäten anderer Leute. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist eine Katastrophe!)*

Das finde ich so nicht richtig argumentiert. Auch wenn Sie sagen, es soll irgendwann einmal den Budgetfachleuten vorgelegt werden, denn wir haben in der

Abteilung Fachleute. Man kann unterschiedlicher Meinung zu manchem sein, aber man kann hier bitte den Bediensteten, die das erstellen, nicht absprechen, Fachleute zu sein. *(Abg. Manfred Kölly: Brauchst ja nicht zustimmen.)*

Man kann auch manche Erklärungen natürlich aus unterschiedlichen Perspektiven bewerten. Wenn wir in den Erläuterungen, die Sie in diesem Punkt ja sehr unterstützen, vorfinden, eine Mehrausgabe im Sozialbereich, und dann kommt das Wort Flüchtlingskrise vor, dass ist es natürlich noch einmal die Untermauerung einer politischen Sichtweise. Man könnte es auch anders argumentieren und begründen. Man könnte auch sagen, es gab Mehrausgaben in der Umsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Auch das wäre möglich.

Also, wir sehen, und ich nehme an, das wird dann nachher der Kollege Molnár vor Augen führen, egal in welcher Position wir gerade sind, immer aus dieser werden wir ein vorhandenes Fachwerk an Zahlen und an Begründungen beurteilen. Das schaut normalerweise aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich aus.

Jetzt aber direkt zum Nachtragsvoranschlag, in dem man genau das sieht, was auch Landesrat Bieler immer wieder sagt, ein Budget, und in dem Fall auch der Rechnungsabschluss ist in Zahlen gegossene Politik. Was sehen wir? Was ist dann hier vordringlich in der Politik? Es wird zum Beispiel dem Straßenbau ein sehr hoher Stellenwert zugeschrieben.

Da wird niemals gefragt, zumindest war ich noch nie dabei und habe es auch noch nie gehört, dass da irgendjemand fragt, ob das auch leistbar ist, ist das auch sozial verträglich? Können wir uns das denn leisten?

Bei anderen Fragen wird das sofort in die Debatte eingebracht. Also, wenn es, zum Beispiel, um Klimaschutzfragen geht, dann sind sehr schnell ein paar Leute da, die sagen, können wir uns das leisten? Wenn es um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs geht, sind sehr schnell Leute da, die sagen, können wir uns das leisten? Wenn es um in Beton gegossene Zahlen geht, dann ist diese Frage offensichtlich nicht so wichtig und auch das sehen wir in diesem Rechnungsabschluss.

Wohin diese Art von Politik führt, das sehen wir auch in jüngsten Meldungen und in dem, was wir selber erleben. Wenn wir uns jetzt schon die letzten Wochen und Monate über Klimaveränderungen unterhalten und sie selber spüren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sehen was diese Art von Politik langfristig auch der Landwirtschaft antut. Wir wissen von verfehlter Klimapolitik, dass hier Böden austrocknen, dass hier Wetterkapriolen stattfinden. Das ist alles nicht überraschend. Das haben uns die Klimaforscherinnen und Klimaforscher bereits vor Jahrzehnten vorausgesagt. Wir müssen ernstnehmen, dass die Politik, die wir hier im Burgenland machen, weit über die Landesgrenzen hinaus Wirkung zeigt.

Deswegen muss man in diesem Punkt auch sagen, dass wir auch beim Rechnungsabschluss 2016 sehen, dass Klimapolitik noch keinen großen Stellenwert in dieser Landesregierung hat. Ich hoffe sehr, dass sich hier die Frau Landesrätin Eisenkopf in Zukunft immer mehr durchsetzen kann. Ich habe sehr wohl wahrgenommen, dass Sie viel seltener als noch vor einem Jahr sagen, Klimaschutz muss auch sozial leistbar sein. *(Abg. Manfred Kölly: Im Voranschlag muss ich das einbringen, nicht im Rechnungsabschluss. Im Landesvoranschlag!)*

Ich freue mich sehr, dass da sozusagen ein Umdenken auf der Regierungsbank da ist. Ich hoffe sehr, dass Sie sich auch gegen die eher altorientierte Politik, wo es mehr

darum geht, Staatsziele zu Wirtschaftswachstum und so festzulegen und dafür den Klimaschutz aufzuholen, dass Sie sich da in Zukunft mehr durchsetzen können. Alles Gute dafür auf jeden Fall.

Wir sehen auch, wie man Unterschiedliches bewerten kann. Zum Beispiel in der Sozialpolitik und da sieht man gerade in diesen Wochen sehr gut, was der Unterschied zwischen Rot-Grün in Wien und Rot-Blau im Burgenland ist. Nämlich, an Hand der Mindestsicherung. Im Burgenland wird auch offen deklariert, das war das Ziel der FPÖ. Das habt Ihr ohnehin offen deklariert. Das ist eben die unterschiedliche Politik.

Im Burgenland wird zwischen Menschen erster Klasse und Menschen zweiter Klasse unterschieden. Die einen bekommen von vornherein mehr, die anderen von vornherein weniger. Während in Wien hier sehr gezielt Ausbildungs- und Schulungsprogramme kreiert werden, unterstützt werden und von der rot-grünen Stadtregierung auch umgesetzt werden.

Hier ist ein sehr guter Plan aufgesetzt. Also, dort wird ein altes, bewährtes pädagogisches Prinzip umgesetzt, nämlich, belohnen für etwas, was man gut macht und nicht bestrafen, wenn man nicht alles so schafft, was vorgegeben ist. *(Abg. Géza Molnár: Rechnungshof.)*

Ein zweiter Punkt, auf den ich auch immer wieder schon hingewiesen habe, und es ist mir schon wichtig, das ist nämlich eine Budgetfrage und eben dann auch eine Rechnungsabschlussfrage, ist die Eingliederung von Kindern in Schulklassen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht so gut mitkommen.

Wir haben diese Eingliederungshilfen noch immer dem Sozialbereich zugeordnet. Das halte ich politisch für falsch, weil das Mitnehmen aller Kinder im Bildungsprozess ist eine Bildungsaufgabe und keine Aufgabe der Sozialpolitik.

Das heißt, ich kann mir schon vorstellen, dass es dem Landeshauptmann lieber ist, dass es der nächste Budgetposten ist, mit dem sich der Landesrat Darabos herumschlagen muss. Aber es gehört, und ich bitte sehr darum in der Landesregierung, das auch in der nächsten Budgeterstellung umzuorientieren, es gehört die Frage der Eingliederung und der Eingliederungshilfen in den laufenden Schulbetrieb in das Bildungsbudget.

Da kommen immer wieder auch diese Situationen, dass hier Kinder, dass hier Eltern, aber dass hier auch die betroffenen Frauen, es sind meistens Frauen, die als Eingliederungshilfen tätig sind, nicht wissen, wie es in den nächsten Monaten weitergehen soll und in Unsicherheit sind, die man dann sozusagen als Sozialfrage diskutiert, anstatt als Bildungsfrage.

Dann auch noch zu einigen Abweichungen fast zu wagen, Kollege Kölly hat es ja auch schon erwähnt, ist, dass es wieder einmal im Bereich der Repräsentationen eine große Abweichung gibt, nämlich fast 100.000 Euro Mehraufwand und als Begründung wird genannt, ich zitiere:

„Der finanzielle Mehrbedarf im Rahmen des Bereiches Repräsentationen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2016 zahlreiche nicht jährlich beziehungsweise regelmäßig stattfindende und daher nicht vorhersehbare Veranstaltungen stattfanden. Mein Rat, planen Sie bitte das nächste Mal auch ein, dass unvorhersehbare Sportlerehrungen und Veranstaltungen anfallen können. Das kann ja nicht jedes Mal eine Überraschung sein, dass man doch wieder einige Sportler ehren und doch wieder Veranstaltungen machen muss. *(Abg. Robert Hergovich: Man weiß nicht alles vorher!)*

Die Strategie dahinter ist mir schon klar, weil es wird beim Landesvoranschlag medial vermittelt, schaut, wir kürzen bei den Repräsentationen, wir nehmen uns selber zurück, und leider wird das eben dann doch wieder überschritten, als dieser Budgetposten.

Ich bitte doch um mehr Ehrlichkeit im Landesvoranschlag. Sie wissen schon, dass Sie das überschreiten werden. Oder, wenn Sie es ernst meinen, dann halten Sie es bitte ein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zwischen den Zeilen.)* Wir lernen, die Landesregierung gibt für das Repräsentieren immer mehr aus, als sie eigentlich vorhatte. Insofern meine Bitte, besser planen.

Wir finden auch andere Abweichungen. Manche lassen sich logisch erklären, das kommt halt so vor. Andere sind aus meiner Sicht nur politisch erklärbar, etwa die Überschreitung von 1.749.900 Euro bei Wirtschaftsfördermitteln. Wobei ich auch dazu sagen muss, dass durch die Umschichtungen der Abteilungen, durch die Umschichtungen im Rechnungsabschluss bezogen auf den Nachtragsvoranschlag natürlich einige Mittelflüsse nicht immer ganz klar nachvollziehbar sind.

Das mag schon sein, dass das möglich ist, wenn man jetzt zwei Angestellte hat, die einem alles durchrechnen. Sie wissen selber, dass wir das nicht haben. Also, manche Rücklagen, die aufgelöst werden, tauchen dann woanders wieder als Einnahmen und als Ausgaben auf. Das ist tatsächlich in dieser Umstrukturierung im Vergleich zu früheren Rechnungsabschlüssen dann nicht immer leicht nachvollziehbar.

Ich bitte sehr, dass hier auch in den Erläuterungen uns in Zukunft deutlich gemacht wird, wenn etwas von einem Posten zum anderen geschoben wird.

Ich fand, zum Beispiel, eben jenen für den öffentlichen Verkehr und die Verkehrssicherheit budgetierten Mitteln, sehr hohen Mitteln aus dem Nachtragsvoranschlag, die dort schon weniger waren, als im Voranschlag, dann im Rechnungsabschluss so nicht wieder.

Die werden vielleicht irgendwo aufgetaucht sein, das kann sein, oder auch nicht. Meine Befürchtung ist ja eher, dass der öffentliche Verkehr dann doch nicht so viel wert war, wie er vorher im Voranschlag angekündigt wurde. Aber, es ist nicht ganz durchschaubar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was auch schade ist, ist, dass wir über manche Sachen keine Klarheit bekommen. Ich erinnere daran, wir haben auch im Nachtragsvoranschlag natürlich nur eine Gesamtsumme an Bedarfszuweisungen, die ausgegeben werden. Ich habe schon einmal versucht, darüber Klarheit zu bekommen, weil ich es für moralisch ja nicht verwerflich halte, dass Gemeinden Bedarfszuweisungen bekommen. Es sollte aber transparent sein. Es würde auch nichts dagegen sprechen, dass man weiß, welche Gemeinde wieviel bekommen hat.

Ich habe, hier im Saal werden sich vielleicht einige daran erinnern, bereits eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr umfassend.)* Die Anfrage hat einfach gelautet: „Ich bitte um eine Auflistung der Bedarfszuweisungen des Jahres 2016. Welche Gemeinde hat wieviel bekommen?“

Ich dachte mir in meiner Naivität, ich bin ja erst seit zwei Jahren im Landtag, es ist gar nicht so schwer Regierungsbeschlüsse, weil das ist ja alles durch Regierungsbeschlüsse besiegelt, einfach zu sagen und hier aufzulisten und zu sagen, welche Gemeinde was bekommen hat.

Die Antwort war, zuerst hieß es, wie wir von schriftlichen Anfragen des Landeshauptmannes gewohnt sind, ein Loblied auf die Politik des Landeshauptmanns und dass jede Gemeinde Bedarfszuweisungen des Landes im eigenen Rechnungsabschluss ausweist. Also ich soll mir gefälligst den Rechnungsabschluss jeder einzelnen Gemeinde anschauen, wenn mich das interessiert.

Das ist nicht die Form der Transparenz, die ich mir wünsche. Das wirkt dann natürlich so, als wäre irgendwo etwas zu verheimlichen, was ich gar nicht unterstelle. Aber, wenn man sozusagen aufrecht sein kann in seinen politischen Entscheidungen, *(Abg. Robert Hergovich: Hast Du es angeschaut? Hast Du es Dir angeschaut?)* dann kann es nicht so schwer sein, eine schriftliche Anfrage auch zu beantworten oder hier ... *(Abg. Robert Hergovich: Hast Du es angeschaut oder nicht?)*

Auch das habe ich versucht. Eine Akteneinsicht zu bekommen. Es ist dann doch sehr viel Intransparenz da, die ich mir nicht erklären kann. Intransparenz in der Hinsicht, dass sich die Regierung selber nicht darlegen will, was sie an wen ausgegeben hat. Ganz ehrlich die Antwort, sucht es euch selber, ist eigentlich eine Frechheit, um das so zu sagen.

Zuerst wird uns durch Geschäftsordnungsänderungen der Klubstatus weggenommen. Wir haben kein Personal mehr. Wir haben keine Mittel mehr. Nachher bekommen wir als Antwort, recherchiert euch bitte die Dinger selber, weil wir nicht einfach auflisten wollen, was wir ausgegeben haben.

Das ist keine Art, die ich hier goutieren kann. Insgesamt werden wir diesem Rechnungsabschluss natürlich nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der nächste Redner ist der Landtagsabgeordnete und Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Danke der Kollegin Petrik für diesen sehr sachlichen Redebeitrag. Was den Kollegen Kölly betrifft, war er schon unsachlich, aber trotzdem erinnert mich das irgendwie an das, was da im Vorjahr abgelaufen ist.

Was ist denn im Ausschuss passiert? Es waren alle Abgeordneten da, der Herr Finanzlandesrat war da, es war eine Dame, die zuständige Beamtin aus der Finanzabteilung da und dann das große Schweigen. Kein Abgeordneter hat sich gemeldet. Der Herr Finanzlandesrat ist nicht darum gebeten worden, zu einzelnen Positionen Fragen zu beantworten, *(Abg. Manfred Kölly: Ist nicht üblich.)* Auskünfte zu geben, Hintergründe zu erklären, und auch die Dame aus der Finanzabteilung ist schon nach wenigen Sekunden wieder unverrichteter Dinge aus dem Saal gegangen. *(Abg. Manfred Kölly: Sonst sitzen wir im Ausschuss länger als im Landtag!)*

Heute verursachen Sie oder schaffen Sie wieder den Eindruck, Herr Kollege Kölly, dass die Landesregierung da irgendwelche Auskünfte verweigert, irgendwelche Hintergründe verweigert *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt ja nicht. Das hat auch keiner gesagt.)* und dass es mit der Transparenz mangelhaft sei. *(Abg. Manfred Kölly: Das hat niemand gesagt! Niemand, Herr Kollege!)*

Na, wenn Sie, Sie stellen sich hier heraus und stellen minutenlang Fragen und unterstellen gleichzeitig, dass es darauf keine Antworten gäbe. Bei Transparenz ist es so - wenn es um Fragen geht, ist Transparenz auch eine Holschuld, Herr Kollege Kölly. Sie kennen mich gut genug. Wenn Sie auf eine Frage keine Antwort bekommen, dann werden

Sie irgendwie einen Mitstreiter haben, aber wenn … *(Abg. Manfred Kölly: Kannst Du alle meine Fragen beantworten?)*

Die Fragen, die ich für mich hatte, habe ich mit den Mitgliedern der Landesregierung geklärt, Herr Kollege. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenig überraschend. - Abg. Manfred Kölly: Vor drei Jahren hast Du nicht einmal gewusst, was ein Rechnungsabschluss ist. Ein Trauerspiel!)*

Sie haben es offensichtlich nicht getan, denn Sie haben die Fragen heute hier gestellt und Sie werden nachher sicherlich auch noch die eine oder andere Antwort vom Herrn Finanzlandesrat bekommen.

Im Übrigen, und das muss ich Ihnen schon lassen, haben ja auch Sie unter dem Strich anerkannt, dass dieser Rechnungsabschluss, es ist der erste rein rot-blaue Rechnungsabschluss, der transparenteste Rechnungsabschluss in der Geschichte des Landes Burgenland ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, ist der Rechnungsabschluss im Detail eine spannende Sache, lässt sich über einzelne Positionen unterschiedlicher Auffassung sein, und natürlich auch trefflich streiten. Kollegin Petrik hat es so formuliert, ein Budget ist eben in Zahlen gegossene Politik. Aber, zu den wesentlichen Aspekten überhaupt gehört das Ergebnis unter dem Strich.

Das Ergebnis unter dem Strich lautet, keine Nettoneuverschuldung, noch mehr Schuldenabbau wie schon 2015 auf 2016. Zwei Millionen Euro weniger, und das trotz der einen oder anderen Wirkung, trotz des einen oder anderen Einflusses von außen, der die Sache natürlich nicht einfacher gemacht hat, wie etwa die Migrationskrise.

Wir haben im Bereich der Grundversorgung eine Kostenexplosion erlebt, der Nettoaufwand hat sich fast verdreifacht. Wir haben das in weiterer Folge dann auch bei der Mindestsicherung gesehen, wo wir entsprechend auch mit legistischen Maßnahmen reagiert haben, aber wir haben die Sache trotzdem im Griff behalten.

Obwohl es hier im Haus eine Partei gibt, die größte Oppositionspartei, die ÖVP, die immer wieder eigentlich noch mehr Ausgaben, noch mehr Schulden beantragt, indirekt zumindest, weil sie dauernd Forderungen aufstellen, die millionenschwer, zig-millionenschwer unterm Strich sind, aber nicht dazu sagen, wie sie das finanzieren wollen. So, wie man es in Neusiedl am See gemacht hat und wie man es ja teilweise auch in Eisenstadt macht, werden wir das im Land sicherlich nicht machen, meine Damen und Herren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Leider!)*

Wir behalten unser Ziel bei, Schuldenabbau 2015 - 2016 auch heuer und jährlich bis zum Ende der Legislaturperiode. *(Abg. Manfred Kölly: Wer bist denn Du? Wer? Nur am schwätzen!)* Das ist eine ganz zentrale Aufgabe, die sich die Landesregierung und diese Koalition hier gestellt hat.

Wir wissen, wir geben für den Schuldendienst, *(Abg. Manfred Kölly: Du hast nicht zu schwätzen.)* oder haben für den Schuldendienst im Jahr 2016 insgesamt 7,2 Millionen Euro für Tilgung und Zinsen ausgegeben, Herr Kollege Kölly. *(Abg. Manfred Kölly: Ein Trauerspiel! Echt ein Trauerspiel. Wenn du da zuhörst, echt ein Trauerspiel, wenn der sich da herstellt und sowas von sich gibt. – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Wir haben für den Schuldendienst im Vorjahr 7,2 Millionen Euro ausgegeben. Ich nehme an, meine Damen und Herren der Landesregierung, Sie wären froh, wenn Sie über

diese Mittel in Ihren Ressorts verfügen könnten. Das ist eine Menge Geld. Eine Menge Geld in einer Niedrigzinsphase.

Der Horizont mag noch sehr weit weg sein, aber die Zinswende ist ja doch schon irgendwie erkennbar, und daher ist es ganz besonders wichtig, dem Schuldenabbau jene Bedeutung beizumessen, denn wer heute die Schulden abbaut, der spart sich nicht nur die Zinsen morgen, sondern vor allem auch die steigenden Zinsen übermorgen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daneben wissen wir natürlich, und das ist hier im Saal allen klar, dass wir im eigenen Bereich, im Haushalt, aber vor allem auch im ausgelagerten Bereich vor sehr großen Herausforderungen stehen. Wir müssen daher Schulden abbauen, wir müssen daher Spielräume sichern und wir müssen daher auch sparsam sein.

Die Landesregierung macht all das. Das beste Beispiel ist wohl die Gruppe 0 im eigenen Bereich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Repräsentationsausgaben sparsam!)* Das findet sich auch in dieser Gruppe, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, wo die Ausgaben unter dem Strich um lediglich 0,6 Prozent höher waren, als das im Voranschlag vorgesehen war. Dieses Ergebnis kann sich sicherlich sehen lassen.

Was uns Sorge bereitet, das sind sicherlich die Nebenwirkungen der Wahlen, die wir im Oktober auf Bundesebene haben. Kollege Hergovich und ich haben heute Früh zwei Anträge eingebracht, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen, weil es natürlich Auswirkungen gibt, die dann auch bei uns irgendwann budgetwirksam werden könnten.

In einem Antrag geht es um die Kinderbildung und Kinderbetreuung, um 15a-Vereinbarungen, die Ende des Jahres auslaufen werden, wo momentan dem Vernehmen nach keine Anstalten gemacht werden, diese Vereinbarungen zu verhandeln und entsprechend zu verlängern. Was natürlich bedeuten würde, dass das Ganze dann auch budgetwirksam würde, weil wir ja nicht vorhaben, im Bereich der Kinderbildung und -betreuung das Angebot auch nur irgendwie zu schmälern.

Das zweite Thema, das sich uns aktuell stellt, ist der Pflegeregress. Es besteht kein Zweifel daran, dass alle Parteien, auch hier im Landtag, für die Abschaffung dieses Pflegeregresses sind, das ist nicht zuletzt eine langjährige freiheitliche Forderung, aber wir werden hier natürlich auch im Rahmen des Budgets gewisse Fragen zu beantworten haben, und sehen hier auch den Bund in der Pflicht.

Sie wissen, der Bund hat den Ländern als Kompensation 100 Millionen Euro zugesagt. Wir haben 2016 im Burgenland durch den Pflegeregress, ich glaube, knapp 5,5 Millionen Euro sozusagen eingenommen. Wenn man jetzt nach dem Bevölkerungsschlüssel geht, dann würden auf das Burgenland von diesen 100 Millionen Euro, die der Bund zur Verfügung stellt, eben lediglich knapp 3,35 Prozent, also 3,35 Millionen Euro entfallen. Das heißt, wir hätten jetzt schon von vornherein eine Lücke von zwei Millionen Euro. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, dass die Abschaffung des Pflegeregresses natürlich auch zu einer erhöhten Nachfrage nach stationärer Pflege führen wird.

Das heißt, wir erwarten uns vom Bund das, was wir im Land machen. Wir machen unsere Hausaufgaben, wir erwarten uns das auch vom Bund. Ich hoffe, das sage ich schon heute, auch wenn wir erst im September verhandeln.

Ich hoffe auf einen breiten Schulterschluss, was diese beiden Anträge angeht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hausaufgaben!)* Für das Burgenland gilt jedenfalls, die

Zielsetzung stimmt, der Weg stimmt, wir stimmen diesem Rechnungsabschluss zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Molnár! Wenn das der richtige Weg ist, dann möchte ich ihn mit Euch nicht gehen. Weil wenn Du davon sprichst, dass man zwei Millionen Euro Schulden abgebaut hat, dann ist das nur die halbe Wahrheit.

Wir wissen aus der Vergangenheit ganz genau, aus vielen öffentlichen Abschlüssen, dass man zwei Millionen Euro vielleicht im Abschluss abbauen kann. Das mag schon sein. Ausschließlich aber im Rechenwerk. *(Abg. Manfred Kölly: Millionen!)* Zwei Millionen Euro. In diesem Rechenwerk sind die ausgegliederten Schulden wie immer nicht enthalten.

Die gesamten Unternehmen, die unter dem Land als Töchter bilanziert werden, und wir wissen, es sind 120 Beteiligungen in Summe. Dort sind derart viele Schulden versteckt, dass sich die Landesunternehmen gegenseitig die Schulden und das Geld hin und her schieben, und wir schlussendlich zu einer Verschuldung von über einer Milliarde Euro kommen. Das ist fast so hoch wie das Landesbudget. *(Abg. Géza Molnár: Woher kommt das, Herr Kollege Wolf?)*

Geschätzte Damen und Herren hier im Saal! Wenn wir uns jeden Tag damit selbst anlügen, dann ist das unerhört. Das heißt, wenn wir knapp 100 Prozent Verschuldung vom Landesbudget in allen Beteiligungen haben, dann kann man nicht davon reden, dass das Burgenland auf einem Erfolgskurs ist. Das widerspricht sich schon alleine. Wir haben ein Landesbudget von 1,2 Milliarden Euro und die restlichen Milliarden Euro, die im Burgenland verwaltet werden, die sieht der Landtag gar nicht. *(Zwiegespräch zwischen dem Abgeordneten Mag. Thomas Steiner und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)*

Die Abgeordneten, wir die hier sitzen und Voranschläge, Rechnungsabschlüsse bestimmen und beschließen müssen, sehen den Großteil dieser Gebarung nicht. Jetzt hoffe ich sehr auf die neue VRV, die 2019 kommen wird. Damit tritt endlich die Transparenz, die wir einfordern, wirklich zu Tage.

Im Landesbudget sind zirka 50 Prozent der Gesamtausgaben für Soziales und Gesundheit ausgegeben worden. Das ist eine enorme Summe, die unabhängig von der Parteipolitik für uns alle ein Denkzettel sein muss. Wir wissen, aufgrund der Demographie, aufgrund des Älterwerdens der Menschen, dass diese Kosten exponentiell steigen werden. Unabhängig von einem Pflegeregress, wird der Bedarf steigen - an der Gesundheitsversorgung, an der Pflege und der Betreuung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, wenn wir schon 50 Prozent - fast 600.000.000 Euro - von den 1,2 Milliarden Euro ausschließlich für Soziales und Gesundheit vergeben haben, dann müssen wir in anderen Bereichen versuchen, einzusparen und versuchen, die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Denn das Bild, das sich in diesem Rechnungsabschluss zeigt, ist weit weg von soliden Finanzen. Auch wenn man jetzt zwei Millionen Euro am Papier theoretisch eingespart hat. *(Abg. Géza Molnár: In Eisenstadt haben wir ständig Schuldenerhöhungen. Sollen wir es so machen? - Abg. Thomas Steiner: Das stimmt doch nicht!)*

Weiters muss man schon ergänzen, dass die Rücklagen, von denen sicher noch die Rede sein wird, vielleicht gestiegen sind. Trotzdem wissen wir, dass die Höhe der Rücklagen, die im Budget stehen, nicht als Barmittel zur Verfügung stehen. Das heißt, würde ich alle Rücklagen auflösen, bräuchte ich dafür einen neuen Kredit. Damit würde die Verschuldung weiter steigen. Also widerspricht sich das Ganze. *(Landesrat Helmut Bieler: Das stimmt so nicht!)*

Nein, das stimmt sehr wohl, Herr Landesrat. Wenn Sie 80 Millionen Euro an Rücklagen haben und diese morgen verwenden wollen, brauchen Sie einen Kredit, um das zu finanzieren, denn das notwendige Geld haben Sie auf den Konten nicht zur Verfügung. So einfach ist die Rechnung. Wir wissen, dass dies leider eine übliche Vorgehensweise in den öffentlichen Haushalten darstellt.

Das Maastricht-Ergebnis zeigt ein Minus von 3,3 Millionen Euro. Ein Ergebnis, das nicht wegzuwischen, sondern aussagekräftig ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*. Das heißt, wir sind um 3,3 Millionen Euro in diesem Geschäftsjahr im Minus. *(Landesrat Helmut Bieler: Wobei? Wobei?)*

Die Zinsbelastung kostet uns - speziell für die Kredite - sieben Millionen Euro, was aufgrund der Zinsbelastung ganz in Ordnung sein mag. Zusätzlich brauchen wir für die Zinsspekulationen nochmal acht Millionen Euro. Jetzt ist das ein Thema, das der Rechnungshof schon hundertmal aufgegriffen hat.

Wir geben aber für die Zinsspekulationen mehr Zinsen pro Jahr aus, als für die normale Kreditzinsbelastung. *(Abg. Géza Molnár: Wer hat sie abgeschlossen? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Herr Landesrat!)* Das ist für uns sehr wichtig, aber nicht nachvollziehbar, warum man hier nicht die Ausstiegsszenarien prüft. *(Abg. Géza Molnár: Ihr wart jetzt also nicht dabei!)* Und warum man nicht versucht, aus diesen Geschäften auszusteigen.

Ich möchte es nicht wiederholen, aber es muss gesagt werden: Die absehbare Zinsentwicklung bis 2033 kann im Endeffekt niemals bei diesem Geschäft zu einem positiven Ergebnis führen. Herr Landesrat, das wissen Sie ganz genau, weil es eine kleine Milchmädchenrechnung ist. Wahrscheinlich werden Sie sich denken, irgendwie ist das jetzt ohnehin nett, was gesagt wird, aber Ihr Nachfolger wird es dann leider richten müssen.

Geschätzte Damen und Herren! Gleichzeitig steigen die Repräsentationsausgaben in allen Bereichen der Landesregierungsmitglieder. Jeder hat mehr Geld zur Verfügung, um die Brot und Spiel-Politik fortzusetzen. Es werden Förderungen verteilt, denn gerade in diesem Wahljahr sieht man, dass rot-blaue Abgeordnete in Vertretung von irgendwelchen Regierungsmitgliedern zu Veranstaltungen kommen. Auf einmal werden Schecks herausgezogen und gemeint: Wir sind super, weil der Landeshauptmann irgendwo wieder 1.000 Euro, 5.000 Euro verteilt. Aber aus welchen Geldtöpfen?

Keiner weiß, woher das Geld kommt und warum das willkürlich vergeben wird. Aber, das soll so sein. Wir wissen, dass das die rote Politik des Landes ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei den Haftungen wurde schon erwähnt: Wir haben zwei Milliarden Euro an Haftungen, wobei nicht sicher ist, ob das wirklich alle Haftungen sind. Der Rechnungshof hat des Öfteren schon aufgedeckt, dass auf gewisse Haftungsbeträge einfach „vergessen“ wurde.

Eigentlich unvorstellbar in der Wirtschaft, dass man auf Haftungsbeträge verzichtet oder vergisst. Aber im Land ist das überhaupt kein Thema - das ist kein Problem. Bei den

Schulden weisen wir, wie gesagt, zwar 276 Millionen Euro aus, aber unter dem Strich sind es eine Milliarde Euro Schulden, die das Land zu tilgen hat. Da werden unsere Kindeskinder noch daran abzahlen müssen.

Jetzt weist der Landesrechnungsabschluss wieder eine Verbindlichkeit gegenüber der KRAGES aus. Früher waren es 80 Millionen Euro, jetzt sind es zirka 65 Millionen Euro, die das Land der KRAGES zahlen müsste. Absolut unverständlich, warum das noch immer nicht gemacht wurde. Scheinbar gibt es da etwaige Verrechnungen, die uns als Opposition zumindest nicht klar sind. Aber, ich bin mir sicher, dass ohnehin alles super ist und der Landesrat sagen wird, dass das alles kein Problem darstellt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nichtsdestotrotz wissen wir mittlerweile aufgrund der KRAGES-Diskussion, dass diese 65 Millionen Euro vom Land dringendst zu bezahlen sind, da sonst die KRAGES kein Geld hat. Andernfalls hätte man ja auch gewisse andere Tätigkeiten oder Auszahlungen in der KRAGES ganz einfach erledigen können. Aber dort fehlt ebenfalls das Geld.

Wir wissen, dass diese gesamte KRAGES-Geschichte leider sehr blamabel ist und eigentlich einen großen Skandal darstellt. Die Gerichte werden das klären, zumindest das Arbeitsgericht, weil eine Staatsanwaltschaftsanzeige ohnehin ins Leere gegangen ist. Da hilft es nichts, wenn noch die zweite vom Landeshauptmann eingebracht wird.

Aber auch in der KRAGES ist das Thema Krankenhaus Oberwart noch nicht geklärt. Diese zwölf Millionen Euro, die mittlerweile versenkt wurden, allein bei den Planungskosten, hätten anderen Gemeinden geholfen, ihre Budgetmittel wieder auf Vordermann zu bringen. Bis heute kann mir keiner sagen, wie wir das Krankenhaus Oberwart finanzieren werden. Man hört ebenfalls, dass mittlerweile das Krankenhaus 280 Millionen Euro kosten wird. Nicht einmal die Gemeinde Oberwart wird es sich alleine leisten können. Aber sagen Sie mir bitte, wo man die Summe von 280 Millionen Euro auftreiben kann, ohne dass das ein ähnlich großer Skandalfall wie das AKH Wien wird?

Das Spekulationsverbot ist bis heute nicht beschlossen. Ich weiß, es ist auf Schiene, aber wenn man sich den Gesetzestext durchliest, bleibt das Spekulationsgeschäft des Landes nach wie vor aufrecht. Das heißt, man verbietet Gemeinden zukünftig, sie dürfen keine Spekulationen machen, aber beim Land ist alles halb so schlimm. Das bedeutet, das muss man schon hinterfragen, ob das in Ordnung ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann stellt sich für uns auch noch die Frage, wie man zukünftige Kosten begleicht, die aus etwaigen Gerichtsverfahren des Landes, gegen Esterhazy oder gegen andere, geführt werden. Jetzt wissen wir, dass der Landesrat beim Esterhazy-Prozess vorläufig verloren hat.

Das kostet dem Land 1,5 Millionen Euro mit allen Nebengeräuschen. Gleichzeitig ist aber auch der Usus der SPÖ-Fördervergabe im Land ans Licht gekommen. Dort werden Kulturmittel an eine private Veranstaltungsorganisation bezahlt. 15.000 Euro hat das Nova-Rock bekommen. Dann steht in den Protokollen des Gerichtsprozesses, dass das Land Kulturförderungen an eine private Veranstaltungsorganisation bezahlt hat, 15.000 Euro hat das Nova Rock bekommen.

Zusätzlich steht in den Protokollen des Gerichtsprozesses, dass das Land nur dann Kulturförderungen ausschüttet, wenn die Veranstaltung ohne diese Kulturmittel nicht stattfinden könnte. Und jetzt kann mir beim Nova Rock niemand erzählen, dass dieses Großevent ohne 15.000 Euro nicht auch stattfinden würde.

Somit ist schon zu hinterfragen, warum das Land aus dem Kulturbudget ans Nova Rock 15.000 Euro zahlt. Warum zahlt der Landesrat das trotzdem aus, obwohl der Abteilungsvorstand laut Protokoll gesagt hat, dass es nicht notwendig und wichtig ist?

Dann die dritte Frage, die sich aus diesem Protokoll ergibt, ist, warum zahlt man die 15.000 Euro an das Nova Rock, wenn das Nova Rock damit einen Güterweg repariert, den die Energie Burgenland aufgrund von Arbeiten zerstört hat? Das muss mir irgendjemand einmal erklären, wie das zu rechtfertigen ist und wie man zu diesem Ergebnis kommt.

Aber das zeugt davon, dass das Brot und Spiele-Politiksystem im Burgenland vorherrscht und irgendwie glaubt man auf der Regierungsbank, dass man sowieso immun gegen alle ist und man sich nicht an Gesetze halten muss.

Geschätzte Damen und Herren! Das geht leider in der gescheiterten Personalpolitik weiter. Wir haben heute gehört, dass viele Geschäftsführer oder Intendantenposten neu besetzt wurden, weil Vorgänger nicht nach der Nase der SPÖ getanzt haben. Deswegen fragen wir uns auch, warum jetzt gerade der Mörbisch-Intendant gehen musste?

Jetzt nehme ich an, wie es in einem Land üblich ist, dass ein Intendant nur dann präsentiert wird, wenn er schon einen Vertrag unterschrieben hat. Jetzt wird er drei Monate später gegangen, gekündigt, entlassen, das Wort ist jetzt egal. Er ist nicht mehr da, und dementsprechend wird er wahrscheinlich seinen gesamten Fünf-Jahres-Vertrag einfordern. Denn wenn er unterschrieben ist, warum sollte er Gegenteiliges machen.

Dann stelle ich mir die Frage, woher nimmt das das Land? Ich schätze, er wird 10.000 Euro im Monat brutto erhalten, mal 14 sind es knapp 150.000 pro Jahr als Honorar, und wenn man das auf fünf Jahre aufrechnet, sind wir bei 600.000 Euro Honorar. Wenn er nun aber schon auf die Hälfte verzichtet, weil es gute Kontakte gibt, dann sind noch immer 300.000 Euro, die für nichts und wieder nichts aus dem Fenster geworfen wurden.

Ich stelle mir schon die Frage: Woher nimmt das Land das Geld und warum nimmt man in Kauf, dass Landesbudgetmittel derart leichtsinnig aus dem Fenster geworfen werden?

Geschätzte Damen und Herren! Es geht leider weiter. Bei Rene Schnedl haben wir uns schon lange genug aufgehalten, aber das wird dem Land wahrscheinlich noch einiges an Geld kosten.

Und der Herr Dopler, der Personalchef der KRAGES war, hat angeblich eine Abfertigung von zirka 90.000 Euro bekommen. Ungerechtfertigt, weil ich nicht annehme, dass eine Neuanstellung eine Abfertigung im Vertrag inkludiert und wenn, dann ist das noch der größere Skandal. Also ist das schon zu hinterfragen, warum er nach - ich weiß nicht, wie lange er dort beschäftigt war - zwei Jahre wahrscheinlich, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Irgendwer wird es schon beauftragt haben.)* 90.000 Euro Abfertigung bekommt – als Dankeschön für den Wechsel ins Kabinett Doskozil. Es sind so viele Vorgänge, die wir uns zu Gemüte führen und endlich einmal überlegen sollten, was in diesem Land überhaupt passiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Auch Verkehrsbaustellen werden zu politischen Baustellen. Die Umfahrung Schützen, die gebaut wurde und jetzt einen Prozess anhängig hat, hat zu irgendeinem Verhandlungsergebnis geführt. Unterm Strich wird aber nur gesagt, „nein, es ist Stillschweigen vereinbart“. Das Stillschweigen ist die Transparenz, die Rot-Blau immer verkündet. Ihr sagt, wir sind transparent, aber in Wirklichkeit meint Ihr, es ist Stillschweigen vereinbart. Keiner sagt etwas. Wir machen sowieso, was wir wollen und

sind immun gegen alle anderen Meinungen. Das ist für uns nicht okay und hinter dieser Politik können wir als ÖVP nicht stehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir fragen uns dann schon, was mit dem Südburgenland ist? Was ist investiert worden? Was ist gemacht worden? Wie schaut es mit der Infrastruktur aus? Breitband? Straßen? Öffentliche Verkehrsmittel? All diese Themen fehlen uns in der politischen Umsetzung.

Wie schaut es mit der Arbeitslosigkeit aus? Wir haben knapp 10.000 Burgenländer, die keine Arbeit haben. Viele davon sind junge Menschen, die keine Chance am Arbeitsmarkt bekommen. Die Digitalisierungsmaßnahmen werden hintenangestellt. Wirtschaftsförderungen werden nicht transparent vergeben. Die Nahversorger klagen in den Gemeinden. Ortskerne sterben aus. Die Bürokratie wird größer und die Rechtsbereinigung wird nicht vorangetrieben, so wie wir als ÖVP immer gefordert haben.

Was ich beim Südburgenland vergessen habe, weil er scheinbar nicht in Erscheinung tritt, ist der tolle Südburgenlandmanager, der bis heute in der Pendeluhr schläft. Ich kann mich daran erinnern, dass er einmal am Opernball war, anstatt zu einer wichtigen Veranstaltung zu gehen. Ich kann jetzt nicht fassen, wofür wir ihn angestellt haben oder was er genau macht - aber ich hoffe, er wird seiner Arbeit nachkommen.

Was die Gemeinden betrifft, ist heute schon kurz angesprochen worden. Bedarfszuweisung ist das eine Thema, aber das andere ist, Geld für die Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Wie schaut es mit der Landesumlage aus? Warum können wir das Geld, das den Gemeinden zusteht, nicht endlich wieder in Form von Investitionspaketen und Investitionsmaßnahmen für Infrastruktur zuführen? *(Abg. Géza Molnár: Wie finanzierst Du es?)*

Wie schaut es mit den Landärzten aus? Jetzt gibt es das neue PHC-Gesetz, und trotzdem ist nicht gewährleistet, dass sich Hausärzte in den Gemeinden vor Ort ansiedeln. Vor allem im Südburgenland gibt es genug Kassenverträge, die ausgeschrieben sind und sich kein Arzt findet, der sich in den Gemeinden ansiedelt.

Das sind alles Themen, die die Politik aufgreifen und bewegen muss. Wir sind mit unseren Möglichkeiten soweit dahinter! Aber wir sind nicht eine Regierungspartei, und deswegen liegt es auch nicht in unserer Verantwortung, all diese Punkte umzusetzen.

Das Einzige, das von dieser rot-blauen Landesregierung überbleibt, sind neue Belastungen. Das sind große, teure Umbauten in der Landesgesellschaft, in der man mit aller Gewalt versucht, die Macht beim Landeshauptmann zu behalten. Am Schluss, wenn er sagt, was in allen Gesellschaften passieren soll, wird es auch so gemacht, selbst wenn sich nicht immer jeder an die Weisungen des Landeshauptmannes hält.

Zusätzlich wissen wir, dass die Postenschacher *(Abg. Géza Molnár: Du verwechselst das mit dem Kurz in der ÖVP)* von der FPÖ eingekehrt sind. Wir wissen, die Sicherheitsabteilung ist neu besetzt worden. Dort sitzt jetzt ein guter Freund vom Landeshauptmann-Stellvertreter. Weitere Personen, die aus dem Landesdienst gegangen werden, sitzen anschließend zufällig in der LSZ. All diese Sachen sind Postenschacher, die von der FPÖ im Vorfeld permanent kritisiert wurden und jetzt selbst gemacht werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was für uns ebenfalls die alte Politik darstellt, ist, dass die Regierung in irgendeiner Scheinwelt lebt und auch in irgendeiner Politikblase, in der sie glauben, das alles super und toll in ihren Bereichen ist. Wenn man dann aber ein bisschen hinausgeht und mit den Menschen spricht, dann merkt man, dass nicht alles großartig ist.

Und das ist unser Anspruch an die Politik. Wir wollen Lösungen, wir wollen Visionen und auch Ideen umsetzen, und nur deswegen sind wir auch in die Politik gegangen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Weil dieser Rechnungsabschluss diese Politik nicht widerspiegelt, werden wir diesem nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke. Als nächster Redner zu Wort hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt der Landesrechnungsabschluss 2016 vor, und es ist doch interessant, was man aus diesem Landesrechnungsabschluss alles herauslesen kann, denn ich habe ihn auch sehr sorgsam gelesen, aber dass man herauslesen kann, dass der Südburgenlandmanager am Opernball war oder andere Dinge, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist in der Zeitung gestanden.)* das konnte ich nicht lesen, das ist schon sehr interessant und fast sogar ein bisschen schrullig. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)*

Was man aber schon herauslesen kann, ist ein durchaus ambitioniertes Ziel, das sich diese Landesregierung von Beginn an gesteckt hat. Dieses ambitionierte Ziel lautet Schuldenabbau, und genau das kann man beispielsweise wirklich aus dem Landesrechnungsabschuss 2016 erlesen. Also keine neuen Schulden, ganz im Gegenteil. Schuldenabbau ist angesagt und das in der Höhe von zwei Millionen Euro an Schuldentilgung. Das ambitionierte Ziel, das sich hier Rot-Blau gesetzt hat, wird auch eingehalten.

Kollege Wolf liest aus diesem Rechnungsabschluss heraus, dass wir eine Milliarden Schulden verzeichnen müssen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Aus dem lese ich es leider nicht heraus, weil es nicht drinnen steht.)* Ich lese aus diesem vorliegenden Landesrechnungsabschluss - vielleicht haben Sie einen anderen wie wir - aber beim vorliegenden Landesrechnungsabschluss 2016 ist es lediglich, ich meine, ist eh viel, aber deutlich geringer als das von Ihnen interpretiert wurde, 276 Millionen Euro der Gesamtschuldenstand, der ebenfalls gesunken ist. Ich weiß schon, das ist Ihnen unangenehm und das verschweigen Sie gerne, aber das ist genau das, was der Landesrechnungsabschluss ausweist.

Auch den Maastricht-Überschuss haben Sie unerwähnt gelassen. Ich verstehe das schon, das wäre vielleicht nicht sehr sexy von der Opposition zu sagen, dass es einen Maastricht-Überschuss von 51,5 Millionen Euro gibt. Daher wird sowas einfach verschwiegen und wird mit anderen Zahlen hantiert. Kein Problem!

Wir machen aber natürlich auch weiter unsere Hausaufgaben. Beispielsweise ist das Spekulationsverbotsgesetz auch eingelaufen. Ich glaube, auch ganz wichtig. Wir haben die risikoaversen Finanzierungen schon in der Landesverfassung verankert. Jetzt auch in der Ausführungsgesetzgebung mit dem Beschluss - wie gesagt - ist schon eingelaufen. Der Beschluss wird natürlich in der nächsten Landtagssitzung folgen.

Stabile Finanzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind sehr wichtig, weil es darum geht, Investitionen im Burgenland durchzuführen. Investitionen vor allem in Wachstum und Beschäftigung. Investitionen aber auch beispielsweise in dem Bereich Bildung, Soziales und Gesundheit. Hier haben wir insgesamt 845,6 Millionen Euro

investiert. Das sind 67,3 Prozent für diese ganz wichtigen drei Positionen. Das ist ein Plus von 29 Millionen Euro gegenüber dem Landesvoranschlag.

Ich stehe auch dazu, weil es ganz wichtige Investitionen sind - eben in den Bereichen der Bildung, im Bereich des Soziales und der Gesundheitsentwicklung im Burgenland.

Wir investieren auch jeden fünften Euro in Wachstum und Beschäftigung. Jeder fünfte Euro im Budget - und jetzt natürlich nachlesbar beim Abschluss - geht in Wachstum und Beschäftigung. Darauf bin ich durchaus stolz, denn wir haben eine Rekord-Wirtschaftsförderung zu verzeichnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Noch nie in der Geschichte unseres Heimatlandes ist so viel Geld in die Wirtschaft geflossen, und ich sehe das durchaus als positiven Ansatz, denn die Wirtschaft ist angesprungen. Die Wirtschaft entwickelt sich gut. Daher suchen auch mehr Unternehmungen beim Land um Förderungen an, und daher gibt es auch eine Erhöhung von 3,3 Millionen auf 28,2 Millionen Euro, also die höchste Wirtschaftsförderung, Rekordwirtschaftsförderungen für unsere Unternehmungen im Burgenland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist natürlich auch bei den Ergebnissen ablesbar, was diese Politik unterm Strich natürlich bedeutet. Das siebente Jahr in Folge Rekordbeschäftigung im Burgenland, die Trendwende am Arbeitsmarkt ist geschafft. Ich wurde noch vor rund einem Jahr kritisiert, dass ich gesagt habe, alle Anzeichen sind sichtbar, es kommt zur Trendwende.

Auch hier im Haus, hier im Hohen Haus gab es die eine oder den anderen Abgeordneten, der mich für diese Aussage kritisiert hat. Jetzt weiß man, ich habe Recht behalten, Gott sei Dank, das zehnte Monat in Folge, wo auch die Arbeitslosigkeit im Burgenland sinkt.

Unser ambitioniertes Ziel von netto 1.009 Arbeitsplätzen wurde übertroffen. Auch das ist ganz wesentlich. Das zeigt, wir sind am richtigen Weg. Das ist der Erfolg der Unternehmungen im Burgenland, das ist der Erfolg der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das ist der Erfolg der Politik, die die Rahmenbedingungen dafür schafft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das ist nicht einfach. Finanzpolitik ist nie einfach, und ein Budget zu machen, das in Wachstum, in Beschäftigung investiert, ist nicht einfach. Daher möchte ich mich auch bedanken - beim zuständigen Finanzlandesrat Helmut Bieler, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung, an der Spitze bei der Chefin, bei Mag.a Monika Stiglitz, weil es nicht einfach ist, ein derart großartiges Budget zusammenzubringen und dann im Anschluss natürlich einen Abschluss vorzulegen, der sich im Wesentlichen immer an den Vorgaben auch hält. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber aus aktuellem Anlass auch die Gelegenheit benutzten, zu einem sehr wichtigen Thema zu sprechen zu kommen, das seit gestern Abend ganz Österreich bewegt. Das ist der Skandal rund um eine Kindergartenstudie, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Jessas! – Abg. Manfred Kölly: Was hat das mit dem Rechnungsabschluss zu tun?)* die angeblich manipuliert oder verändert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, warum Sie von der ÖVP jetzt nervös werden, verstehe das jetzt gar nicht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein! Nein! Nein! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir sind vorher kritisiert worden.)* Was ich sagen will, ist, dass im Raum steht, dass hier eine Kindergartenstudie von einem

Ministerium oder von einem Mitarbeiter eines Ministeriums, welchem der ÖVP-Parteiobmann vorsteht, also der Minister Kurz, manipuliert oder gefälscht wurde.

Das steht im Raum, und ich bin der Meinung, dass der Bundes-ÖVP-Obmann gefordert ist - und das noch heute -, so schnell wie möglich gefordert ist, aufzuklären, was wirklich passiert ist. Ob diese Studie wirklich gefälscht wurde, ob diese Studie manipuliert wurde und vor allem, warum diese Studie manipuliert wurde und vor allem auch, welche Rolle der damalige Sektionschef Stefan Steiner gespielt hat, der jetzt in der Bundes-ÖVP *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dort war er ja vorher auch.)* das Wahlkampfprogramm für den Herrn Kurz schreibt. Auch seine Rolle ist fragwürdig.

Ich bin der Meinung, dass der Sebastian Kurz gut beraten wäre, noch heute absolute Aufklärung, Transparenz zu zeigen, ob und warum hier manipuliert wurde, was er gewusst hat, denn die Glaubwürdigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Politik leidet darunter.

Seine Glaubwürdigkeit ist meiner Meinung nach begraben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Geh! Ihr seid alle so nervös. Das glaubt Ihr doch selber nicht.)* Seine Glaubwürdigkeit ist mir auch relativ gleich, Kollegin Resetar. Worum es mir aber geht, ist, dass damit die gesamte Politik beschädigt wird, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Geh bitte! Jessas Maria!)* wenn so hantiert wird, und davon will ich mich klar distanzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen eine ehrliche Politik, wir brauchen keine Politik des Manipulierens und Fälschens. Eine ehrliche Politik, die Studien herbeizieht, um ordentliche Politik zu machen und nicht Studien ändert, um parteipolitische Aussagen vielleicht machen zu können. Das benötigen wir.

Wir werden diesem Rechnungsabschluss natürlich sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Sagartz.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Redebeitrag

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Ich mache es doch zuerst, ich reagiere auf das Gesagte vom Kollegen Hergovich. Das ist ganz einfach. Sie wissen ja, was Ihr Kollege Kern dazu gesagt hat? Wissen Sie die Aussage? Wissen Sie, was der Bundeskanzler Kern dazu gesagt hat? *(Abg. Manfred Kölly: Weiß ich nicht!)*

Dass er gegen Vorverurteilungen ist und dass er eigentlich die Sache an sich so, wie der Kollege Aslan, der ja diese Studie im Auftrag des Ministers gemacht hat, präsentiert hat, für erledigt erklärt hat.

Jetzt frage ich mich, reden Sie nicht mit der Löwelstraße, bevor Sie sich herstellen und hier Beschuldigungen fahren? *(Abg. Robert Hergovich: Ich habe keine gemacht.)* Die Kollegin Dunst ist ja noch schärfer geworden. Die hat sogar in den Raum gestellt, dass jemand hier gefälscht hat. Ja, da muss sich dann ja auch jemand zur Wehr setzen. Ich meine, der Sebastian Kurz ist sicherlich nicht so feinhäutig, dass er jetzt die Kollegin privatrechtlich klagen wird. Das halten wir schon alle aus.

Aber aus dieser Tatsache heraus, wo sich der Bundeskanzler der Republik hinter einen Minister stellt, der Studienauftraggeber gesagt hat, was Sache ist, und der Studienautor sagt, dass er sich das nicht unterstellen lässt. Wo bitte, Herr Kollege Hergovich, wenn jetzt lauter derartige Kapazunder sagen, es ist nichts dahinter, nehmen Sie die Beweggründe her? Außer vielleicht in der Tatsache, dass sich die SPÖ, die

Sozialdemokratie Österreichs, derzeit von einem Mann in Österreich zu Tode fürchtet, das ist Sebastian Kurz. *(Beifall bei der ÖVP - Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)*

Zum Thema Ehrlichkeit. Der Kollege Kern hat gesagt, er macht als Privatperson einen Ausflug nach Salzburg. Mit dem Hubschrauber der SPÖ. Gut, ist in Ordnung. Aber die Pizza ausgeführt hat er mit dem Dienstwagen, kontrolliert und unterstützt von Mitarbeitern vom Bundeskanzleramt. Also wenn man jetzt hergeht und jede Aktivität eines Regierungsmitgliedes in Scheibchen schneidet, dagegen verwehre ich mich.

Aber wenn Sie schon anfangen, derartig zu werfen, dann müssen Sie auch akzeptieren, dass andere diesbezüglich auch empfindlich reagieren und das genau zurückwerfen, was Sie glauben, an uns haften lassen zu wollen. Bitte. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich habe mich aber zu Wort gemeldet, um der Kollegin Petrik, die hier einen Vorwurf geäußert hat, ganz klar zu antworten. Kollegin Petrik, Walter Temmel hat in einer Zusatzfrage an Astrid Eisenkopf gefragt: Bei der letzten Umweltreferentenkonferenz waren Sie offensichtlich nicht anwesend. Beamte, die Sie als Vertretung geschickt haben, waren nach einem Beschluss der Umweltreferentenkonferenz nicht stimmberechtigt.

Darum geht es nämlich, dass Ihre Kolleginnen der GRÜNEN in dieser Umweltreferentenkonferenz beantragt haben und mit Mehrheit beschlossen, weil dort haben interessanterweise auf Bundesebene die GRÜNEN eine Mehrheit, dass Beamte nicht mehr stimmberechtigt sind. Und um den Vorwurf ist es uns gegangen.

Kollege Temmel, weder ich noch Sie wissen, warum jemand nicht bei einer Sitzung war. Und als einer, der selbst vor mittlerweile über zehn Jahren von einer schweren Krankheit betroffen war, können Sie sicher sein, und da nehme ich alle Abgeordneten hier beim Wort, dass das nicht das Thema und nicht der Beweggrund der Frage war.

Aber wenn ich nicht mehr als Abgeordneter fragen darf, wie sich jemand politisch positioniert, ob er anwesend war oder nicht, dann müssen wir hier den Laden zumachen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sie haben die Antwort nicht akzeptiert.)* Weil ich kann nicht immer wissen, ob es private Beweggründe gibt, ob es parteipolitische Beweggründe oder einfach nur Zeitgründe sind.

Aber fragen wird man noch dürfen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Antwort akzeptieren!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich neuerlich Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Kollege Sagartz, ich möchte das schon korrigieren. Ich weiß nicht, warum Sie jetzt so nervös werden, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Geh bitte! Hör auf!)* aber ich habe den Herrn Minister Kurz nicht vorverurteilt. Ich habe dasselbe gesagt, was im Prinzip der Bundeskanzler Kern gesagt hat. Er erwartet sich Aufklärung vom Herrn Minister Kurz. Was wusste er? Welche Rolle hat der damalige Sektionschef gespielt? Und so weiter.

Ich sage Ihnen auch, warum er Aufklärung fordert. Weil es bereits auf Grund dieser Interpretationen in Europa Diskussionen gibt über den Herrn Kurz, und das schadet Österreich, sagt der Bundeskanzler. Lesen Sie nach! Spiegel online, können Sie schon die ersten Schlagzeilen in Deutschland sehen. Das schadet Österreich, und das muss beendet werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da geht es aber um die Panzer an der*

italienischen Grenze. Um den Herrn Doskozil.) Daher ist der Herr Kurz aufgefordert, aufzuklären und zu sagen, was wirklich dahinter steht.

Warum Sie so nervös reagieren, kann ich nicht nachvollziehen. Wenn ich Sie wäre, würde ich sagen, ja klar, das gehört aufgeklärt, der hat nichts damit zu tun. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es haben ja schon drei Leute dazu Stellung genommen. Aslan, Kern und Kurz.)* Das tun Sie nicht.

Das ist auch etwas schwierig, muss ich sagen. Also keine Vorverurteilung. Aufklärung, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Haben sie ja schon.)* das habe ich gefordert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der Rechnungsabschluss 2016 und jeder Rechnungsabschluss zeigt tatsächlich, was in dem Jahr passiert ist, ganz genau aufgeschlüsselt und mit Zahlen festgelegt.

Das heißt, also immer schwierig dann zu kritisieren, wenn die Zahlen eine andere Sprache sprechen. Daher ist die Diskussion zum Rechnungsabschluss meist auch immer schaumgebremst. Einige Dinge, die ich zusätzlich noch erwähnen möchte, beziehungsweise verstärken möchte. Wir haben mit diesem Rechnungsabschluss 2016 den Beweis dafür, dass die stabile Finanzpolitik des Landes weitergeführt wird.

Wir haben nachweislich einen Schuldenabbau von zwei Millionen Euro, den natürlich die Opposition geringreden möchte, das ist die Aufgabe der Opposition, soll so sein. Aber die Tatsache, dass wir es tun, ist schon eine enorme Leistung.

Weiters können wir auf einen wirklich großen Erfolg, den der Herr Abgeordnete Wolf völlig falsch gesagt hat oder nicht lesen konnte, wir haben einen Maastricht-Überschuss von 51,5 Millionen Euro, und er hat gesagt, ein Minus von drei Millionen Euro, und das ist die Zahl davor, das ist die Summe der Fonds und nicht der Maastricht-Überschuss. Ich wollte es Ihnen nur sagen. Das nächste Mal sollten Sie vielleicht genauer hinschauen und genauer lesen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Danke, Herr Oberlehrer!)* Bitte! Nicht, Oberlehrer.

Das war einfach falsch, was Sie gesagt haben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn wir alles aufzählen würden, was bei Euch falsch war, würden wir nicht fertig werden.)* weil Sie zusätzlich noch gesagt haben, und das ist bedenklich - das ist bedenklich -, was Sie tun. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich akzeptiere es. Ich habe einen Fehler gemacht.)* Ich habe noch selten so eine Rede voll Halbwahrheiten, Bösartigkeiten, Unterstellungen *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Na geh!)* und auch falschen Dingen gehört, wie von Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

In diesem Rechnungsabschluss sind natürlich auch die Mehreinnahmen enthalten, und es sind Mehreinnahmen von 58,2 Millionen Euro. Auf der anderen Seite natürlich auch die Mehrausgaben von 58,2 Millionen Euro. Was ist die Ursache dieser Höhe? Weil wir 76,6 Millionen Euro an Rücklagenzuführung hatten und 71,9 Millionen Euro an Rücklagenentnahmen. Ich sage ganz gezielt und ganz bewusst, dass dieses System der Rücklagenbildung und -entnahme eine wesentliche Flexibilisierung in der Arbeit der Landesregierung ist.

Im Gegensatz zum Bund. Die dadurch gehemmt sind, dass sie am Ende des Jahres alles entweder verbrauchen oder auflösen müssen. Wir sind so flexibel, dass wir

mit diesen Rücklagen arbeiten können, nämlich über die Jahre hinweg und nicht nur bis zum Ende eines Jahres. Daher ergeben sich manchmal auch so hohe Summen in diesem Bereich.

Dieser Rechnungsabschluss zeigt aber auch ganz deutlich, was mit den Geldern im Land passiert, nämlich dass wir den notwendigen Spielraum für Investitionen haben. Was Investitionen bedeutet, wissen wir genau im Wirtschaftsbereich. Man kann nicht auf der einen Seite kritisieren, dass wir einen Nachtrag für erhöhte Wirtschaftsförderung brauchen, obwohl wir wissen oder wissen sollten, dass bei bessergehender Wirtschaft mehr Förderansuchen da sind und daher auch mehr an Förderungen ausgeschüttet werden.

Es ist ein positives Zeichen, das Sie versucht haben, hier negativ darzustellen. Mir unverständlich, wie so etwas überhaupt passieren kann. Und mit dieser Wirtschaftsförderung, mit diesen zusätzlichen Geldern, können natürlich viele Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden. Genau das zeigt auch dieser Rechnungsabschluss.

Infrastrukturpakete konnten geschnürt werden, die gezielten Förderungen in dieser Höhe, die notwendig waren, ausgeschüttet werden, weil wir einen wachstumsorientierten Vollkonsolidierungskurs fahren. Das heißt, auf der einen Seite, obwohl wir all das getan haben, machen wir einen Schuldenabbau, und auf der anderen Seite wird die Investitionsquote erhöht.

Wir haben daher in der Regierung einstimmig beschlossen, und das waren viele Diskussionen, nicht in der Regierungssitzung, sondern bei den Entscheidungen in den einzelnen Punkten und haben positiv zur Kenntnis genommen, dass wir einen Gesamtschuldenstand im Kernhaushalt von 276 Millionen Euro haben. Das sind 21,99 Prozent der Gesamtausgaben. Da sind wir im Vergleich der Bundesländer sehr niedrig, was auch Standard & Poor‘s positiv bewertet hat.

Wir haben mit Oberösterreich gemeinsam ein Top-Maastricht-Ergebnis, ich habe es schon gesagt. Obwohl wir null Euro vorgeschrieben hätten, das heißt, keine Abgaben, aber wir hätten auch keinen Überschuss erwirtschaften müssen, haben wir 51,5 Millionen Euro an Maastricht-Überschuss. Das ist wieder ein Zeichen dafür, dass gut gewirtschaftet wird, dass richtig gewirtschaftet wird.

Das heißt, wir verwenden die Gelder verantwortungsvoll. Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele dazu sagen, weil es heute teilweise anders angeklungen ist. Wir haben im gesamten Sozialbereich - soziale Hilfe, Behindertenhilfe, Pflegesicherung und Jugendwohlfahrt - ein Budget von 55,32 Millionen ausgegeben. Das ist eine Steigerung von zwei Millionen. Wenn man sagt, dass im Sozialbereich das aus dem Ruder läuft, dann ist das schlichtweg aufgrund dieser Zahlen falsch.

Wenn man sich anschaut, was mit den Spitälern passiert ist beziehungsweise die Finanzierung, dann haben wir eine Finanzierung für alle Notwendigkeiten von rund 80 Millionen und haben zusätzlich noch - und das ist das, was einige entweder verschwiegen haben oder nicht richtig gelesen haben - einen KRAGES-Zuschuss für bauliche Investitionen von 25,6 Millionen Euro und einen Zuschuss für bauliche Investitionen bei den Barmherzigen Brüdern von 2,8 Millionen. Insgesamt zusätzlich noch 28 Millionen Euro. Dass das aufgrund des Baufortschrittes, aufgrund der Abrechnungen, nicht immer vorhersehbar ist, in welchem Jahr das anfällt, nehme ich als Kritik zur Kenntnis.

Wir haben aber diese große Leistung für das Gesundheitswesen im Burgenland dadurch erbracht und sehr viel an Modernisierung und an Besserstellung für die Kranken

im Lande oder für die Menschen, die es notwendig haben, hier verwendet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir haben die Schuldenquote wiederum gesenkt - von 23,06 Prozent auf 21,22 Prozent. Ich darf immer wieder in Erinnerung rufen, das alles trotz Bank Burgenland-Erbe von rund 500 Millionen Euro. Trotz 530 Millionen Kofinanzierung, die wir für die EU-Förderungen gebraucht haben, die wir ja positiv eingesetzt haben. Trotzdem muss man die Kofinanzierung immer wieder erst aufbringen und auf den Tisch legen können.

Wir haben 72 Millionen ganz gezielt wegen der Wirtschaftskrise zusätzlich an Verschuldung in Kauf genommen und an Investitionen und sind dadurch sehr gut gefahren. Wir sind Wirtschaftswachstumssieger, haben seit vielen Monaten jetzt schon jedes Monat ein Weniger an Arbeitslosen, das heißt, ein Mehr an Beschäftigten im Land.

Wir haben seit 2001 79 Millionen Euro an Schulden abgebaut. Das ist ein Ergebnis, das fast kein Bundesland hier nachmachen kann, und daher sind wir auch mit einer Investitionsquote von 20,3 Prozent Investitionsmeister bei allen Bundesländern. Das ist etwas, was wir ganz gezielt machen. Das kommt nicht von irgendwie, sondern das ist in diesem Rechnungsabschluss enthalten und in den Budgets, die wir gemeinsam erstellen.

Noch eine kurze Anmerkung zum Abgeordneten Kölly, natürlich kann die Regierung nicht allein beschließen, dass hier zusätzliche Ausgaben sind, sondern da wird vorbehaltlich der Zustimmung des Hohen Landtages beschlossen. Das wissen Sie zwar, sagen es aber immer wieder völlig falsch. *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat dann Schuld gehabt? Ihr beschließt es in der Regierung. Seid mir bitte nicht böse.)*

Auch zur Abgeordneten Petrik, die B 61 wird nicht von uns bezahlt, sondern vom Bund her bezahlt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Habe ich nicht gesagt.)* Daher brauchen wir auch nicht zu hinterfragen, ob es sozialverträglich oder nicht verträglich ist. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Über die B61 habe ich gar nicht gesprochen.)* Sie haben das so hingestellt, als ob wir das Geld beim Straßenbau nur so hinauswerfen würden. Das ist nicht der Fall. All das hat dazu geführt, dass Standard & Poor‘s heuer wieder und im vorigen Jahr auch festgestellt hat, dass das Ranking des Burgenlandes kurzfristig „A1+“ ist und mittelfristig „AA“ ist - mit einem stabilen Ausblick.

Warum haben sie das getan? Weil sie sagen, wir haben eine solide Haushaltsentwicklung. Das wird die Opposition natürlich nicht so sagen, weil *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil es nicht stimmt.)* das nicht in die Rhetorik in der Opposition hineinpasst. Ich muss es sagen, und ich sage es gerne, weil es von einer Rankingagentur, die als eine der härtesten der Welt bezeichnet wird, so festgeschrieben wurde.

Wir haben eine niedrige Verschuldung, und wir haben einen sehr guten Zugang zur Liquidität. Vor allem einen stabilen Ausblick. Das ist das, was wir in den nächsten Jahren, in der Finanzpolitik, bei den Budgets und auch beim Rechnungsabschluss weiterhin so bearbeiten, planen wollen und dann auch umsetzen wollen.

Ich danke Ihnen für die Diskussion und für die Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat für die Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landesrat, man kann schon davon ausgehen, dass Ihre Erklärungen für Sie stimmig sind. Allein, wenn Sie festhalten, dass Sie zwei Millionen

Schulden abgebaut hätten 2016, steht dem auf der anderen Seite eine Art von Ausgabensituation gegenüber, die ich nur mit dem Stichwort „Umfahrung Schützen“ kennzeichnen möchte. Daher ist ein Betrag von einsparen, wo Sie von Einsparungen von zwei Millionen reden in der Ausgabenseite bei der Umfahrung Schützen schon verbraucht und daher ist die Diskussion, die Sie hier anzetteln, eigentlich nur eine Scheindiskussion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgesehen davon jetzt als Einstieg, wir haben erlebt, dass es auf der einen Seite das Schönfärben von Regierungsparteien her gegeben hat, auf der anderen Seite, wie es vom Vorwurf des Herrn Landesrates angeklungen ist, das sogenannte Schwarzmalen der Opposition.

Ich möchte nicht mehr auf Details eingehen, weil das, was quasi ausgedrückt wurde, für sich gesprochen hat. Auf der einen Seite nimmt man nicht zur Kenntnis, was an Kritikpunkten kommt, auf der anderen Seite meint man, das was Kritik anlangt, sei quasi der Weisheit letzter Schluss.

Sehr wohl wird sich im Parteien-Hickhack manches auch auflösen lassen, aber auf der anderen Seite muss man festhalten, das Schönreden der Budgetzahlen wird uns als Burgenländerinnen und Burgenländer nicht weiterhelfen.

Wir können davon ausgehen und das ist ja dann in der Diskussion auch angeklungen, Kernhaushalt, ja, das hat jetzt nichts mit dem aktuellen Bundeskanzler zu tun, sondern das ist immer die Darstellung dessen, wo wir von einem Schuldenstand sprechen, Herr Molnár, der im Grunde genommen ein Bruchteil des gesamten Schuldenaufkommens dieses Bundeslandes ist.

Das Traurige besteht darin, das Gemeine besteht darin, diese Schönfärberei soweit fortzusetzen, wo Sie sich jetzt als Partei daran beteiligen, weil Sie Regierungsfunktion haben, dass quasi alles, was an Schulden vorhanden ist, eigentlich als nicht vorhanden gekennzeichnet wird, nur, weil man davon ausgeht, dass diese 270 Millionen Euro quasi schon alles sind. Ich weiß, dass sich die Regierungsparteien beim Antritt dieser Koalitionsregierung als Motto festgehalten haben, so nach dem olympischen Prinzip „schneller - höher - stärker“. Die Wirklichkeit schaut leider ganz anders aus.

Sie werden daran gemessen werden was 2020, und das haben wir auch vorher in einigen Redebeiträgen gehört, was dann im Jahr 2020 im Sinne des nachhaltigen Wirtschaftens auch unter Einsatz der Budgetmöglichkeiten für das Burgenland in Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung, auf Arbeitsmarktentwicklung, übrigbleibt, das ist der Gradmesser.

Denn niemand, der in der Diskussion einsteigt und sie mitführt, wird festhalten wollen, außer natürlich jetzt von Regierungsseite, dass wir vieles an unseren Wachstumsschüben ausschließlich dem Einsatz von EU-Fördermitteln zu verdanken haben. Das negieren Sie ja in der Regel.

Er hat zwar jetzt als Landesrat festgehalten, wir müssen das kofinanzieren, nur wir sind nunmehr dem Beitritt zur Europäischen Union nicht nur Ziel 1-Gebiet, sondern wir sind bis 2020 auch ausgestattet mit Fördermöglichkeiten, die andere Bundesländer nicht vorweisen können.

Das Resultat, und das habe ich auch vorher festgehalten, das Resultat aller wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten wird sich daran messen lassen, was steht 2020 an und wie steht das Burgenland 2020 da.

Meine Damen und Herren, ich habe schon einmal an diesem Rednerpult erwähnt, wo ich Sorge habe um diese Entwicklung. Es geht jetzt nicht um aktuelle

Arbeitsmarktzahlen, der Herr Landesrat wird das auch betonen, dass jetzt das siebente, achte, neunte Monat Reduktionen stattfinden. Nur wie Sie jetzt vorher festgehalten haben, der Kollege Wolf hat Ihnen das auch schon vermittelt gehabt, leider sind es noch immer zwischen 9.000 und 10.000 Burgenländerinnen und Burgenländer, die eben keine Arbeit haben.

Aber es ist nicht das aktuelle Arbeitsmarktranking quasi ausschlaggebend, sondern entscheidend wird sein, wie sich das Burgenland in dieser Entwicklungsphase der nächsten vier Jahre bis 2020 entsprechend positioniert.

Und dabei habe ich Sorge, weil ich schon vorher angeschnitten habe, fahren Sie einmal bewusst von Kirchschlag bis Bruck und sehen Sie mit offenen Augen, was sich in der Absiedlung von Wienern, dem sogenannten Wiener Raum, in der Ansiedlung am Speckgürtel zwischen Burgenland und Niederösterreich und leider nicht im Burgenland, sondern in Niederösterreich festgesetzt hat.

Hier sehen Sie Firmen, mittelständische Firmen, mit einem absolut hohen Anteil an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wo wir trotz, und das sage ich jetzt bewusst noch einmal, trotz EU-Fördermöglichkeiten gegen das Land Niederösterreich, gegen den mit dem Komturkreuz ausgezeichneten Landeshauptmann Pröll verloren haben. Weil nämlich der Pröll schon frühzeitig Modelle entworfen hat, entgegen unseren Fördermöglichkeiten, und das ist ja das Hauptproblem, von Ansiedlungen und daher auch ein Maßstab, nicht jetzt der Verschuldung meiner Ansicht nach in dem Sinne, wie es oft angeführt wird bei Haftungen.

Es funktioniert ja leider keine Wirtschaftsansiedlung mehr ohne das Land, Gemeinden Haftungen übernehmen, weil keiner mehr als solcher selbst diese Aufgabe für sich als Betriebsansiedler übernimmt, aber in Niederösterreich hat der Pröll schon frühzeitig anderweitig Modelle erfunden, und die ansiedlungswilligen Betriebe gegen die Konkurrenz der Burgenländischen Landesregierung, oder der WiBUG, wie immer sie auch geheißen hat, quasi stichfertig auszuführen.

Nämlich PPP-Modelle, wo fertig auf ein Grundstück, für den sogenannten Ansiedlungswerber, eine Fabrik hin gebaut wurde, ein Ausstellungsgebäude und eher nur über Monatsraten etwas festhält. Ich habe noch nie gehört, dass wir im Burgenland so ein Modell umgesetzt haben.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat den Ausschlag gegeben, trotz unserer besseren Möglichkeiten im Wirtschaftsförderungssinne für das Land Niederösterreich zu votieren, seitens privater Investoren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirtschaftsförderung, die immer wieder angeführt wird, habe ich vorher vermittelt, ist leider nur mehr, Herr Landesrat Petschnig, möglich unter sogenannten Haftungsübernahmen.

Das ist ein Prinzip, das sich die Investoren zugeschrieben haben, das Land in einer optionalen Form immer wieder positiv anführt und daher resultieren dann Haftungssituationen, die sich, wenn ich jetzt Richtiges im Kopf habe, auf zwei Milliarden Euro definieren, in der Festhaltung auf diesen Haushalt, der heute im Rechnungsabschluss zur Diskussion steht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Landesrat hat vorher auch von 28 Millionen Euro in der Überweisung an die KRAGES gesprochen, die quasi auch im Rechnungsabschluss 2016 festgehalten wird.

Tatsache ist, dass demgegenüber 80 Millionen Schulden bei der KRAGES festzuhalten waren und dass es mehr als eine Notwendigkeit war, endlich auch manches dort quasi aus Schuldenbereichen durch das Land abzudecken, weil die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten nicht mehr in dem Sinne gegeben waren.

Ich möchte jetzt nicht in die Diskussion um die KRAGES insofern eingreifen, als in der Vermittlung auf die Inhalte eines sehr interessant war, bei der KRAGES hat man vermitteln wollen, von Regierungsseite her, dass man solange liquide ist und liquide umsetzen kann, solange quasi eine Bank diese ausgelagerte Gesellschaft finanziert.

Wenn das ein Maßstab für wirtschaftliches Handeln und wirtschaftliche Fortune ist, dann ist mir Angst und Bange, und ich kann festhalten, dass das eigentlich auch keine Zukunft, auf die von mir angesprochenen kommenden Jahre hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es reicht nicht aus, um das quasi als Abschlussmöglichkeit meines Beitrages zu dieser Diskussion sich dessen zu rühmen, dass ich zwei Millionen Euro Einsparungspotential auf ein Jahr habe. Ich habe Schützen erwähnt, ich kann andere Beispiele anführen, die mehr als solches zwei Millionen Euro vernichtet haben. Ich möchte nicht über ausgelagerte Gesellschaften sprechen, die das x-fache an Potential, was Schuldenanhäufung betrifft, ausgeführt haben.

Ich möchte zum Abschluss eines festhalten, dass wir jetzt leider in der sogenannten Berichterstattung des Burgenländischen Rechnungshofes auf die Stadtgemeinde Neusiedl als kommenden Tagesordnungspunkt haben werden, da werden wir nämlich wieder festhalten, wie sich die Parteien organisieren, um quasi eine Situation zu besprechen, die im Nachschlag jetzt offensichtlich eine furchtbare Situation ergeben hat.

Tatsache ist, hier hätte und da greife ich auf den Manfred Kölly zurück, der, soviel ich weiß, heute eigentlich ganz etwas anderes gesagt hat, als in der Vergangenheit. Als Gemeindepolitiker war immer die Meldung Deinerseits, dass Du noch nie einen Nachtragsvoranschlag gebraucht hättest, daher ist die Situation heute eine andere gewesen.

Aber wir werden erleben, dass auf die Darstellung der Haushaltsführung in Neusiedl die Parteien für sich festhalten werden, ob Rot, ob ÖVP, ob Freiheitliche, oder GRÜNE, oder LBL, dass alles, was passiert ist, quasi nur irgendjemanden zuzuschieben ist und nachdem wir vor den Gemeinderatswahlen stehen, sicher der anderen Partei.

Eines steht fest, dieser Schuldenberg, der sich ergeben hat in der Definition von über 41 Millionen Euro auf eine Stadtgemeinde, ist im Grunde genommen nur das Spiegelbild dessen, was wir im Land angehäuft haben.

Ich kann mich nicht erinnern, dass in der Verantwortung auf eine Haushaltsführung in einer Gemeinde, jemand sich ohne die Aufsicht des Landes in die Richtung bewegen hätte können.

Tatsache ist, dass hier die Landesaufsicht auch versagt hat, und ich würde mir wünschen, dass vieles, was durch die Umsetzung durch die Burgenländische Landesregierung passiert, nicht nur im Nachklang durch den Burgenländischen Landes-Rechnungshof für den Landtag kritisiert und dargelegt werden muss, sondern dass gleichzeitig auch Möglichkeiten da sind, Schindluder und Geldverschwendung eigentlich einzubremsen.

Das wäre sinnvoll, in der Ausführung auf Sinnhaftigkeit, auf Wirtschaftlichkeit und die gegebenen Kriterien, die für jede Bürgermeisterin und jeden Bürgermeister gelten,

auch bei der Landesregierung, für die Landesräte und an der Spitze für den Landeshauptmann, gelten und zu verschaffen, dann könnten wir davon reden, dass wir die Zukunft gemeinsam gestalten wollen.

So müssen wir davon ausgehen, dass das Land Burgenland seinen Bürgerinnen und Bürgern keinen reinen Wein einschenkt, und das finde ich bedauerlich, und daher werde ich diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landesrechnungsabschluss 2016 wird somit mehrheitlich genehmigend zur Kenntnis genommen.

4. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 959) betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See, 2011 bis 2015 (Zahl 21 - 681) (Beilage 995)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 959, betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See, 2011 bis 2015, Zahl 21 - 681, Beilage 995.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Edith Sack: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren! Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 959, betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See, 2011 - 2015, Zahl 21 - 681, Beilage 995.

Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See in seiner 9. Sitzung am Mittwoch, dem 21. Juni 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See, 2011 bis 2015, zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechnungsabschluss 2016 - wieder einmal mit der Mehrheit beschlossen, gar keine Diskussion. Gehört sich so, obwohl ich genau weiß, dass

einige von den Abgeordneten auch oft die Ohren und die Augen zumachen müssen, wenn sie von gewissen Zahlen hören, die nicht beantwortet wurden. So in diesem Fall.

Und wenn sich die Klubobmänner hinstellen und das vertreten müssen und von dem - jetzt sage ich unter Anführungszeichen - „genau wissen, dass das nicht so ist, wie es tatsächlich oft dargestellt wird für Sonntagsreden, wie gut und wie schön wir unterwegs sind."

Vor einigen Jahren hat die FPÖ noch ganz anders zu einem Rechenabschluss geredet, und wenn jetzt mit Einstimmigkeit das Ganze über die Bühne gehen muss, dann ist es einmal so. Nur man muss bei der Wahrheit bleiben, man muss auch offen und ehrlich sagen, dass sich seit zehn bis 15 Jahren nix geändert hat.

Die ÖVP war in der Regierung, da habe ich das Gleiche vom Herrn Landesrat Bieler gehört, so quasi, es ist alles so super, wir sind super unterwegs, wir sind alle so gut und so schön. Nur das Gleiche ist noch immer da und zwei Millionen Euro an Schulden abbauen, ist wirklich ein „Häkel", muss ich ehrlich sagen. Das überhaupt in den Mund zu nehmen, ist eine Frechheit. Denn zwei bis drei Millionen Euro fehlen, in Lutzmannsburg alleine, wo niemand noch irgendwo in Erfahrung gebracht hat, wo sie sind.

Zig Millionen Euro fehlen auf Baustellen, wo ich mich frage, wo nehmen die das her, was tun sie? Warum traue ich mir das nicht sagen? Und dann zu sagen, dass sehr wohl der Landtag mit dem allen befasst wird. Ja, das stimmt schon, Herr Landesrat, der wird damit befasst, bei einem Voranschlag. Und nachher beschließt die Regierung.

Erst dann wieder, wenn man einen Nachtragsvoranschlag braucht, dann wird wieder der Landtag gefragt, ansonsten wird die Regierung damit befasst. Nicht einmal befasst, glaube ich, sondern das wird vorgelegt und da wird halt, Einstimmigkeitsprinzip, ist ja so, wird mal zugestimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und da bin ich beim Kollegen Steier, der immer wieder darauf hinweist und sagt, obwohl er jetzt in einer anderen Rolle ist, das muss ich auch einmal gesagt haben, er war auch einmal in einer anderen Situation, so wie die FPÖ jetzt oder die ÖVP damals war. Das muss man mal klar am Tisch bringen.

Aber Faktum ist, dass wir, seitens der Liste Burgenland und meine Wenigkeit, immer wieder darauf hingewiesen haben, seit Jahren, dass das nicht so funktioniert, wie es immer dargestellt wird. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Du bist die einzige Konstante in dem Landtag. – Heiterkeit bei der ÖVP)*

Es ist so und es ist nachvollziehbar in den Protokollen. Ich will dem Herrn Géza Molnár, seines Zeichens Klubobmann, empfehlen, sich einmal die Protokolle zu Herzen zu nehmen oder durchzulesen, was seine Kollegen vor Jahren zu einem Rechenabschluss und dergleichen mehr gesagt haben. Aber es ist einmal so, ich verstehe es schon.

Nur, ich glaube, dass wir jetzt irgendwann zu einem Punkt kommen sollten, wo man auch ehrlich und offen gewisse Dinge ansprechen muss. In den Gemeinden muss man es ansprechen. Wir kommen jetzt zu einem Punkt, wo der Rechnungshof akribisch wieder einmal hervorragende Arbeit geleistet hat.

Wenn ich sage, dass 250 Seiten Prüfbericht vorliegen und dass die erste *(Abg. Gerhard Steier: 267.)* Gemeinde war, die überprüft geworden ist, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es den Gemeinden insgesamt, und das will ich der Regierung in das Stammbuch schreiben, nicht sehr gut geht, wenn immer mehr Belastungen auf die Gemeinde kommen. Das muss man auch klar gesagt haben.

Dass Neusiedl ein spezielles Kapitel war oder Oberwart, da vergisst man ja auch immer wieder Oberwart zu erwähnen. Das ist ja das Schöne. Die Roten werden sagen, du du, Neusiedl, das ist ein Schwarzer, die anderen werden sagen, du du, ihr habt ja den Pongracz damals gehabt und dergleichen mehr. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Der Georg hat es jetzt eh gerichtet.)*

Aber ich traue mir, zu behaupten, dass es keiner Gemeinde sehr, sehr gut geht. Wir haben alle zu kämpfen, die Verantwortung in den Gemeinden tragen, mit einem Budget, mit finanziellen Mitteln, und wir sind oft angewiesen auf die hohe Politik, damit wir Fördergelder bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das schränkt uns natürlich massivst ein, in den Gemeinden Investitionen zu tätigen. Uns wird nur immer heruntergestrichen, wir haben keine GS gründen können, wo wir uns eine Mehrwertsteuer zurückholen hätten können. Wir haben eine Feuerwehr, wo wir noch immer Mehrwertsteuer bezahlen.

Jetzt lese ich einen Artikel, dass sich der Herr Landeshauptmann hinstellt und sagt: Das ist eine Frechheit, dass wir für die Feuerwehr die Mehrwertsteuer da zahlen müssen. Super, wir haben den Antrag eingebracht, was ist herausgekommen? Abgeändert an den Bund geschickt, den gibt es bald gar nicht mehr, schubladiert. Den wird es bald nicht mehr geben, wenn sie so weiter tun.

Wer soll das alles noch finanzieren, meine sehr geehrten Damen und Herren? Und das bricht man immer runter auf die Gemeinden. Wenn man redet von Wirtschaft, wer schafft denn die Arbeitsplätze, meine sehr verehrten Damen und Herren? Na doch kein Gewerkschaftler und kein Politiker, sondern die Wirtschaft selber.

Wenn es da einen Aufschwung gegeben hat, ja, die Politik kann Rahmenbedingungen machen, aber man darf nicht hergehen und sagen, die Politik hat das alles geschaffen.

Wir bauen auch Straßen, wir bauen - jetzt haben wir gekauft die Eisenbahnverbindung Friedberg und dergleichen mehr. Ja, ist schon in Ordnung, aber stillschweigend vereinbaren, das ist auch nicht lustig, und so ist es in den Gemeinden.

Jetzt komme ich zu diesem Prüfbericht, zu Neusiedl. Eines muss man schon dazusagen, Neusiedl ist eine wachsende Gemeinde, gar keine Diskussion, auch wie Parndorf und viele andere mehr. Es gibt aber Gemeinden, die leider die Verlierer sind.

Aber auch die wachsenden Gemeinden haben ihre Probleme. Das muss man auch einmal angesprochen haben. Weil wenn dort eine Infrastruktur ständig zu erneuern und ständig auszubauen ist, kostet das Geld. Wenn man heutzutage einen Kanal baut, weiß man ganz genau, dass ich 40 Jahre das vorfinanzieren muss, bis ich das wieder hereinbekomme.

Aber dieser Prüfbericht sagt ganz was anderes aus. Dort war Schlampigkeit angesagt, dort war wenig „Transparenz“ angesagt, oder es haben die anderen Fraktionen total versagt, die noch da drinnen sitzen. Wenn ich mir das anschaue, dass da – ja, ab und zu aufgeflackert ist, Neusiedl geht es nicht sehr gut finanziell.

Der Herr Bürgermeister Lentsch ist im Landtag gewesen, und ich habe doch auch immer gesagt, bitte schauen wir uns das einmal genau an. Was passiert da? Wo können wir helfen? Was können wir tun? Was muss gemacht werden, weil es den Gemeinden nicht sehr gut geht.

Jetzt haben wir es schwarz auf weiß bei einem Prüfbericht, dass dort tatsächlich einiges halt nicht so korrekt abgelaufen ist, wie es sich gehört hätte. Aber jetzt das große

Drama zu machen und sagen, naja, die SPÖ, wie ich vorher erwähnt habe, wird sagen, naja, eine Katastrophe.

Die ÖVP wird das natürlich verteidigen, weil sie damals auch die Verantwortung in der Regierung getragen haben, auch die Gemeindeabteilung, haben ja die dementsprechende Abteilung gehabt, die das überprüfen hätte sollen, müssen.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, wo ich mich irgendwo wundere, wo der Rechnungshof vollkommen Recht hat und wo er sagt, dass man Kassenkredite als Dauerfinanzierungsquelle für laufende Betriebe der Stadtgemeinde zweckentfremdet hat. Also, das kann es ja wirklich nicht geben und das ist niemandem aufgefallen?

Hat der diese Kredite genehmigt bekommen? Von wem hat er sie genehmigt bekommen? Wie funktioniert das? Weil eines muss ich schon sagen, ich trage auch Verantwortung als Bürgermeister, ich weiß nicht, Frau Kollegin Salamon, ob das bei Dir so geht, dass Du Kredite aufnimmst und den laufenden Betrieb damit machst*? (Abg. Ingrid Salamon: Ich bin nicht Neusiedl.)*

Im Land ist es anscheinend auch möglich. Aber dass es dort in Neusiedl möglich war, verstehe ich nicht ganz, weil, da hätte auch die Aufsicht schon längst einschreiten müssen. Aber da hat es vielleicht andere Gründe gegeben und da ist wer anders in einer Regierungsfunktion gesessen, die das überprüfen hätten sollen oder auch gemacht haben, aber leider Gottes das freigegeben und gesagt haben, schauen wir einmal, vielleicht erfängt er sich, was tut er und dergleichen mehr. Dass der nebenbei, dieser Herr Bürgermeister, ein Steuerberater ist, ist natürlich noch tödlicher in der ganzen Geschichte gewesen.

Es wundert mich, dass ein Steuerberater eigentlich mit solchen Dingen nicht so umgehen kann, dass er sagt, tut mir leid, das funktioniert so nicht, das erscheint mir logisch, weil, wenn wir das privat machen, in einer Gemeinde, dann haben sie uns schon längst beim Schlafittchen.

Daher bin ich recht froh, dass der Rechnungshof jetzt Gemeinden überprüfen darf. Ich habe überhaupt kein Problem damit, im Gegenteil, man wird darauf kommen, dass das eine oder andere gar nicht so schlecht ist, wenn eine Prüfung da ist, wo auch vielleicht Verfehlungen auftauchen, aber man dazu stehen und schauen muss, wie kann man das am besten in das richtige Lot bringen.

Wenn ich mir jetzt ein paar Dinge anschaue, was sich da abgespielt hat, in kurzen Zahlen, Ziffern: Wenn ich mir die Finanzverpflichtung der Stadtgemeinde anschaue sowie ihrer ausgegliederten Unternehmen, mit 2015 rund 42 Millionen Euro, davon entfielen rund 31 Millionen Euro auf die Stadtgemeinde selbst, der Rest auf zwei Gemeindeunternehmen.

Die finanziellen Verpflichtungen waren auf 30 Einzeldarlehen, 21 Leasingverträge sowie den sogenannten Konsolidierungskredit verteilt. Leasingverträge? Super! Ist so, wurden genehmigt. Natürlich, die sind ja gar nicht genehmigungspflichtig. Das ist *(Abg. Walter Temmel: Oh*

ja.) die nächste Frage gewesen. Na ja, waren sie, aber es ist halt passiert.

Darüber hinaus belief sich der Haftungsstand der Stadtgemeinde mit Ende 2015 auf rund 17 Millionen Euro für den Abwasserverband. 17 Millionen Euro für den Abwasserverband! Wo ich immer sage, das ist das Interessante auch für die Gemeindeabteilung oder für die Prüfabteilung. Wir haften oft für Verbände und der

Gemeinderat braucht gar nicht zustimmen, wie geht denn das? Das muss mir jetzt einer erklären. Darauf weise ich schon seit zehn bis15 Jahren hin.

Wenn Ihr Euch auch auf den Skandal beim Abwasserverband Mittleres Burgenland damals erinnert, da haben sie mich immer für deppert hingestellt und haben gesagt, lass ihn reden, das stimmt alles gar nicht. Und dann hat es sich herausgestellt, dass es gestimmt hat.

Auch hier haben wir dauernd Haftungen zu übernehmen bei den Verbänden, beim Wasserleitungsverband, beim Abwasserverband, meine sehr geehrten Damen und Herren, seitens der Gemeinden und das gehört auch einmal dementsprechend thematisiert.

Ich sitze da drinnen als Einzelner gegen zehn andere, wo die klar sagen, Rot und Schwarz, lass ihn reden. Faktum ist, dass die Gemeinde und ich bin die größte Gemeinde beim Abwasserverband und beim Wasserleitungsverband, die größte Haftungen übernehmen muss. Da fragt mich aber keiner im Land, wo ist das, wieso übernimmst du das? Da fragt mich kein Gemeinderat. Das interessiert die gar nicht.

Ich habe einen Antrag eingebracht, da habe ich gesagt, bei jeder Vorstandssitzung oder bei Beschlüssen muss auch der jeweilige Gemeinderat verständigt werden, wenn solche Beschlüsse gefasst werden. Die nehmen Kredite auf und die Haftung ist halt so, weil ich der Größte bin, muss ich halt 26 Prozent, die Haftung übernehmen.

Und die kleinen Gemeinden stellen den Obmann und den Kassier und den Obmann-Stellvertreter. Zwei Obmann-Stellvertreter stellen die, die kleinsten Gemeinden, die fast keine Haftung für das Ganze haben. Das ist auch interessant.

Das ist Parteipolitik, die ich nicht verstehe, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber das ist ein Zukunftsthema, wo wir sicher daran arbeiten müssen und sagen, auch das gehört hinein für mich in einen Schuldenstand, logischerweise. Was eh nachvollziehbar ist, irgendwann einmal. Aber dort stimmen sie einfach darüber. Und das darf es nicht sein.

Damit sind wir wieder bei der Stadtgemeinde Neusiedl am See. Wenn ich mir das anschaue, dass der Rechnungshof das wirklich akribisch aufgearbeitet hat und wirklich viel Zeit verwendet hat, was ja gar nicht so einfach ist, das Ganze zu recherchieren und dergleichen mehr.

Man kann nur Hochachtung vor dem Rechnungshof haben, der sich wirklich akribisch eingearbeitet und viele Dinge aufgedeckt hat, wo wir auch selber lernen können, als Verantwortlicher, das muss man auch klar sagen. Ich habe kein Problem damit.

Wenn man draufkommt, dass man Kredite aufnimmt und dass man damit das laufende Geschäft macht, dann muss man sich schon etwas dabei denken und auch sagen, so kann es nicht sein. Aber danke nochmals an den Landes-Rechnungshof.

Genauso ist die lustige Geschichte natürlich mit dem Freizeitbetrieb Neusiedl am See. Die haben im Prüfzeitraum um Kreditverbindlichkeiten in der Höhe von 7,6 Millionen Euro, sowie ein durchgehendes negatives Betriebsergebnis in der Höhe von einer Million gehabt. Die Freizeitbetriebe Neusiedl erhielten von der Stadtgemeinde finanzielle Zuschüsse und Sacheinlagen in der Höhe von 15,3 Millionen Euro allein in den überprüften fünf Jahren.

Der Rechnungshof kritisiert, dass die Stadtgemeinde Neusiedl am See entsprechende Fördergelder rund 700 000 Euro für den Hochwasserschutz nicht an die

Infrastruktur KG zur Darlehenstilgung weitergeleitet hat. Weiß auch nicht warum, aber ist so.

Der Rechnungshof kritisiert insgesamt eine Vielzahl von Mängeln bei der Rechnungsführung, der Buchhaltung und der Finanzpläne, der Anlageverzeichnisse sowie der Aktenführung. Er war Buchhalter dort oder ist Buchhalter, der Bürgermeister.

Die transparente Haushaltsführung war nach Ansicht des Landes-Rechnungshofes durch kaum nachvollziehbare Verträge mit externen Dienstleistern beispielsweise bei Leasingverträgen natürlich erschwert, was ich vorher schon erwähnt habe.

Auch hier hielt der Rechnungshof für offensichtlich, dass die Organe der Stadtgemeinde sowie die Gemeindeunternehmen ihre gesetzlich vorgegebenen Pflichten im Bereich der Beleglegung und Kontrolle nur zum Teil, zum Teil gar nicht, nachkamen.

Also das muss doch im Land auch auffallen, oder? Daher war immer unsere klare und deutliche Aussage: Voranschlag Land, Überprüfung - Rechnungshof dazu beiziehen. Rechenabschluss Land, Überprüfung - Rechnungshof beiziehen, dann wird im Gemeinderat beschlossen. Weil so wird er beschlossen, immer mit der Mehrheit, wie sich die zusammensetzt, und es ist meistens eh einstimmig, so wie im Land dann, weil, dort haben wir eh die absolute Mehrheit in gewissen Bereichen. Das sollte normal nicht so sein.

Insgesamt resümiert der Rechnungshof, dass sich über Jahre kein verlässlicher Überblick über die Finanz- und Vermögenslage in der Stadtgemeinde Neusiedl erstellen ließ, was zu einem erheblichen Kontroll- und Steuerungsverlust führt. No na!

Ein bisserl eine politische Kritik natürlich, grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Stadtgemeinde Neusiedl die erste burgenländische Gemeinde ist, die vom Rechnungshof geprüft wurde. Ich habe eh schon gesagt, dass man vielleicht auch daraus lernen kann. Da die Stadtgemeinde 2013 in eine finanzielle Notlage geriet, steht sie seither unter Beobachtung der Gemeindeaufsichtsbehörde. Und was ist passiert? Frage.

Seit 2016 ist der Landes-Rechnungshof im Burgenland nach einer Novelle berechtigt, auch Gemeinden unter 10.000 Einwohnern zu prüfen, habe ich auch vorher erwähnt, finde ich für in Ordnung, warum nicht? Nur ob der Rechnungshof die Ressourcen tatsächlich hat, das so zu machen, das muss man auch noch schauen. Ich glaube, auch hier gehört das Personal dementsprechend auch aufgestockt, wenn es sein muss und unterstützt.

Weil ich glaube, ohne Ressourcen wird dies in Zukunft nicht möglich sein, wie man sieht auch bei anderen Rechnungshofberichten, die ja nicht immer sehr positiv ausfallen. Nur der Nächste, der ist jetzt gar nicht so negativ, was ich jetzt vernommen habe, und ich schaue mir sehr wohl auch die Rechnungshofberichte genau an.

Nicht so wie die Klubobmänner, die hier nur stehen müssen und sagen, ja, ich muss so mitstimmen, ich muss so reden, ich kann nicht anders. Weil wenn man draußen im Wirtshaus steht, dann sagen sie, na was sollen wir denn tun, wir können nicht anders, ich weiß es schon.

Wir haben seitens Liste Burgenland ein bisserl einen anderen Zugang, aber das macht nichts, das soll so sein. Die Leute werden das auch erkennen.

Wenn es auch ein bisserl kurz kommt und der Kurz heute in den Mund genommen wird, die ganze Geschichte, das ist Polemik. Der andere, der Herr Klubobmann sagt, ist ein Witz, was da geredet wird, dass man solche Dinge sagt. Man redet nicht so zum

Rechnungshofbericht, und dann kommt er genau daher und redet da über den Kurz. Soll so sein.

Da wertet man nur den Herrn Kurz auf, ist auch in Ordnung. Wenn er glaubt, dass das gut ist, kein Problem. Ich glaube auch, dass man eines klar festhalten muss, dass man für die Gemeinden - und ich sage das wirklich bewusst, für die Gemeinden viel mehr Möglichkeiten schaffen müsste, auch einen Zugang zum Land, dass das Land einen unterstützt, noch mehr unterstützt, und ich hoffe, dass wir in Zukunft, Frau Landesrätin, auch das so handhaben können, wenn man etwas braucht, dass man unbedingt herkommen kann und auch dementsprechende Auskünfte bekommt.

Ich kann mich erinnern, ich wollte damals als Liste Burgenland ein Seminar abhalten, wo ich einen fachlichen Menschen von der Gemeindeabteilung angefordert habe. Ist mir zurückgeschrieben worden: Das darf er nicht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein!)* Er darf keine Seminare abhalten für - wir sind ja gar keine Partei - ein Verein, das darf er nicht. Ich habe es schriftlich und sage auch, wer das war. *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik)* Nein. Das ist eine Parteigeschichte.

Frau Kollegin, Sie kennen sich wieder einmal nicht aus. Wir sind ein Verein. Bündnis Liste Burgenland ist ein Verein. Ist eingetragen als Verein, nur dass Du es gleich weißt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist rechtlich und das ist politisch!)* Sie erzählen da immer Geschichten, das nimmt Ihnen keiner mehr ab, weil Sie eben ein Spaltpilz in Ihrer Partei sind. Da geht es drunter, übrigens Ihre eigene Tochter ist auch dabei. Aber das nur nebenbei gesagt. Aber daher glaube ich, dass man auch hier im Lande viel mehr in den Gemeinden oder noch mehr zusammenarbeiten muss.

Da sind wir auf dem richtigen Weg, dass man sich zusammensetzt, jetzt bin ich wieder dort, und einiges ausdiskutiert. Weil es den Gemeinden absolut nicht gut geht. Glaubt mir das. Schaut runter ins Südburgenland, schaut rauf irgendwo in kleine Ortschaften, die auch zu kämpfen haben. Wo ein Bürgermeister eine Verantwortung trägt für die finanziellen Mittel, die er bekommt. Es ist schwierig, dass er dann die Verantwortung trägt. Auch müssen wir einmal umdenken und sagen, jetzt haben wir aufgestockt. Faktum ist, dass das bei weitem nicht das abdeckt, was er an Verantwortung trägt.

Daher glaube ich, dass sie noch einmal - und dann höre ich auf mit dieser ganzen Geschichte Neusiedl, weil es schwierig genug ist, diese Situation jetzt zu meistern und gemeinsam zu schaffen, dass es dort wieder aufwärts geht. Aber noch einmal, das Bündnis Liste Burgenland sagt klipp und klar: Voranschläge vorher ins Land. Rechnungsabschlüsse vorher ins Land. Nachtragsvoranschläge bitte ins Land. Jetzt bin ich dort, was der Kollege Steier gesagt hat. Ich habe, seit 15 Jahren, seit ich Bürgermeister bin, keinen Nachtragsvoranschlag gebraucht. *(Abg. Gerhard Steier: Eben!)* Keinen Nachtragsvoranschlag.

Was bedeutet das? Warum habe ich das nicht gebraucht? Habt Ihr Euch das schon einmal gefragt, liebe Kolleginnen und Kollegen? Weil ich mir eine Überwachungsliste machen lasse und sage, hoppla, da muss ich aufpassen, dass ich nicht überziehe, nicht so 50 Millionen Nachtragsvoranschlag. Da stimmen Sie alle brav mit, weil ist eh „wurscht“, wir kennen uns eh nicht aus, und dergleichen mehr. Das wäre einmal ganz wichtig. Dann könnten wir auch den finanziellen Bedarf in den Gemeinden oder auch die Verantwortung dementsprechend auch gemeinsam tragen und nicht nur allein der Bürgermeister oder diejenige Person, die dort vorsteht.

Den Bericht nehmen wir selbstverständlich zur Kenntnis, bedanke mich nochmals beim Rechnungshofdirektor, weil ich der Überzeugung bin - und ich weiß, was es für eine

Arbeit ist, das zu überprüfen. Aber ich glaube, dass es auch entscheidend sein wird, dass man jetzt oder in Zukunft viel mehr mit den Gemeinden, mit dem Rechnungshof in diesem Fall zusammenarbeiten sollte.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Der Herr Kollege Kölly hat es so gern, Frauen zu erklären, dass sie sich nicht auskennen. *(Abg. Manfred Kölly: Du kennst Dich wirklich nicht aus!)* Ich habe jetzt gelernt, Sie vertreten hier keine politischen Ansichten, sondern irgendeinen Verein. Gut, habe ich etwas Neues gelernt. Kurz möchte ich noch auf Landesrat Bieler replizieren, weil er in seiner Wortmeldung *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* - ich bitte die Herren wieder zur Ruhe zu kommen, danke schön - weil er in seiner Wortmeldung etwas zurückgewiesen hat, was ich gar nicht gesagt habe.

Das ist natürlich überhaupt lustig. Wieder einmal ein Mann, der glaubt, er muss einer Frau erklären, dass sie sich wo nicht auskennt und dabei irgendetwas hernehmen, was gar nicht gesagt wurde. Aber ich kann ein Beispiel nennen, wo unnötig viel Geld in Beton gegossen wird. Wenn wir zum Beispiel immer dort, wo es gesteigerte Verkehrsunfälle gibt, sofort irgendwelche neuen Kreisverkehre oder bauliche Maßnahmen setzen, bevor überhaupt das ernst genommen wird, was übrigens hier auch der Leiter der Straßenbauabteilung sagt, dass die meisten Unfälle durch Unaufmerksamkeit passieren, durch Ablenkung, durch Handygebrauch und so weiter.

Wenn man darauf mehr Obacht setzen würde, dahinein in Kampagnen investieren, dann wäre das viel billiger, als immer sofort bauliche Maßnahmen zu setzen. So etwas habe ich zum Beispiel gemeint, Herr Landesrat, aber natürlich nicht eine Straße, die nicht von Landesgeldern gebaut wird, so klug bin ich auch.

Nun aber zum Landes-Rechnungshofprüfungsbericht betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See, mit meinem herzlichen Dank und meine Hochachtung für die Arbeit, die hier geschehen ist. Es ist eine Gemeindeprüfung, die sehr herausfordernd war, sehr umfangreich, sehr nötig. Herzlichen Dank für diese solide Arbeit an den Landes-Rechnungshof. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)* Von seiner Grundbotschaft her ist er natürlich nicht überraschend, dieser Bericht.

Aber auf eindrucksvolle Weise macht er transparent, wie massiv die Mängel über Jahre hinweg verschleppt wurden hier in dieser Gemeindeverwaltung, in der Finanzgebarung der Gemeinde und auch, wie die Aufsicht offensichtlich versagt hat über einige Jahre hinweg. Was nicht ganz richtig ist, was Klubobmann Hergovich heute in einer öffentlichen Stellungnahme gesagt hat, dass Neusiedl droht, zum „Griechenland des Burgenlands“ zu werden. Dann kennt er sich mit Griechenland nicht wirklich aus, was dort passiert ist, weil ich denke mir, es geht auch hier nicht um Bankenrettung wie in Griechenland.

Aber das ist ein anderes Kapitel. Also nicht jede Schlagzeile ist sachlich passend. Aber wenden wir uns den sachlichen Aussagen dieses Rechnungshofberichts zu. In Neusiedl am See haben ja die GRÜNEN schon seit deren Einzug in den Gemeinderat immer wieder darauf hingewiesen, dass die finanzielle Lage der Gemeinde sehr ernst ist. Der Grund dafür waren allerdings vordergründig nicht nur die Schulden, sondern die Tatsache, dass die Gemeinde Liquiditätsprobleme hatte.

Das finanzielle Problem wurde aber jahrelang ignoriert. Warnungen wurden ignoriert. Es wurde keine Lösung in Angriff genommen und das Problem wurde schöngeredet. Da wurde über Jahre hinweg schlecht gewirtschaftet, vertuscht und „verfreunderlwirtschaft“.

Es hat lange gedauert und vieler Diskussionen und dem Druck der Gemeindeaufsicht bedurft, bis sich der Gemeinderat dann im März 2013, damals einstimmig, dafür ausgesprochen hat, sich professionelle Unterstützung zu holen und eine externe Firma mit der Erstellung eines Konsolidierungskonzepts zu beauftragen.

Ziel war, die Zahlungsfähigkeit der Gemeinde wieder herzustellen. Für uns war schon lange deutlich, dass dieser Schritt unumgänglich ist. Der Landes-Rechnungshof hat ja auch bestätigt, dass Konsolidierungsmaßnahmen alternativlos waren. Warum aber dann bei allem Schlamassel, der passiert ist, und da können wir sehr viel nachlesen und es sind wirklich ganz, ganz grobe Mängel über Jahre hinweg verschleppt worden, aber warum die SPÖ dann im Neusiedler Gemeinderat damals einfach gegen die Konsolidierung war und selbst heute noch immer wieder dagegen ist oder untätig ist, ohne eine andere Lösung parat zu haben, das bleibt angesichts dieser dramatischen Situation schleierhaft.

Sich zurücklehnen und die Hände in den Schoß legen, damit ist ja kein Problem gelöst. Sollte es sich um strategische Untätigkeit in Richtung Gemeinderatswahl handeln, dann muss das mit aller Deutlichkeit kritisiert werden. Man kann doch keine Stadtgemeinde für eine eigene politische Strategie missbrauchen.

Ich möchte hier meine Kollegin Alexandra Fischbach, GRÜNE Gemeinderätin in Neusiedl zitieren, die ja mit viel Einsatz und Ernsthaftigkeit den Konsolidierungsausschuss leitet, sie sagt: „Aus unserer Sicht war und ist es heute noch zu wenig, einfach die Schuldigen zu suchen. Wenn ein Haus in Vollbrand steht, muss man Verantwortung übernehmen und mit dem Löschen beginnen. Egal ob man den Brand verursacht hat oder nicht. Einfach dazustehen und es brennt, es brennt, zu schreien, trägt nicht dazu bei, das Feuer zu löschen“. *(Abg. Manfred Haidinger: Nach acht Jahren kann man aufhören, den Schuldigen zu suchen!)*

Die GRÜNEN im Gemeinderat in Neusiedl haben zwar mit ihren zwei Mandaten keine große personelle Möglichkeit, aber sie haben diese große Aufgabe zu bewältigen, einen derartigen Konsolidierungsausschuss zu leiten mit der Zusatzlast, dass einige in diesem Konsolidierungsausschuss gar nicht konstruktiv mitwirken wollen. Ja, die Finanzen waren katastrophal und offensichtlich hat die Gemeinde alle irgendwie vorhandenen Mittel jahrelang dazu genutzt, um den laufenden Betrieb zahlen zu können.

So wurden etwa Fördergelder für den Hochwasserschutz in den laufenden Betrieb gebracht, und so weiter, und so weiter. Ja, die ÖVP hat das Problem jahrelang ignoriert, schöngeredet, alle Warnungen in den Wind geschlagen und die GRÜNEN wurden im Gemeinderat auch noch für den Hinweis gerügt, dass die finanzielle Lage so schlecht wäre, mit dem Hinweis „wir lassen uns Neusiedl nicht schlechtreden“. Niemand redet Neusiedl schlecht, die Finanzen sind schlecht aufgestellt. Es war also die Einleitung des Konsolidierungsprozesses. Die einzige Möglichkeit, um die Zahlungsunfähigkeit der Gemeinde zu verhindern.

Der Landes-Rechnungshof kritisiert auch in seinem Bericht, so wie die Gemeindeaufsicht schon, die fehlende Kontrolle durch entsprechende Organe. Das trifft auch wiederum nicht nur die ÖVP, die natürlich in erster Linie, sehr massiv aber auch die SPÖ, weil auch hier Kontrollmechanismen nicht entsprechend eingesetzt und genutzt wurden.

Ein wesentlicher Teil der Sanierungen, die jetzt nötig sind, kann durch Einsparungen auf der Ausgabenseite beziehungsweise durch strukturelle Verbesserungen innerhalb der Verwaltung, vor allem im Bereich des Bauhofes erfolgen. Aber natürlich müssen auch in Neusiedl - und das schmerzt alle - Maßnahmen getroffen werden, die die Bevölkerung spüren wird, sehr spüren wird.

Zum Beispiel Indexanpassungen bei der Kanalgebühr oder auch bei den Kosten in der Kinderbetreuung. Das ist sehr, sehr schmerzhaft. Außerdem wird es künftig klare Richtlinien für Förderungen, genauso wie für die Vermietung und Nutzung von Gemeindeeinrichtungen wie etwa der Dreifachhalle in der Sporthauptschule oder der Veranstaltungshalle geben. Das bringt nicht nur Einnahmen, sondern gewährleistet auch eine Gleichbehandlung und Transparenz. Natürlich wird es auch ein regelmäßiges Umsetzungscontrolling unter Einbindung aller Parteien geben.

Da müssen sich dann auch alle Parteien sehr kritisch, aber konstruktiv einbringen. In Zukunft wird es jedenfalls notwendig sein, Projekte anhand eines entsprechenden Finanzierungs- und Investitionsplanes zu realisieren. Also noch einmal: Es geht nicht darum, eine Gemeinde schlechtzureden, aber es nützt auch nichts, den Tatsachen nicht ins Auge zu sehen und die Tatsachen schönzureden.

Die gute Nachricht ist, der Konsolidierungsprozess wurde von Anfang an entsprechend einer Vereinbarung mit dem Land Burgenland quartalsweise überprüft, und es zeigt sich, dass der Weg stimmt. Die Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes entsprechen zum Großteil jener der Gemeindeaufsicht. Viele davon sind sogar schon umgesetzt. Einige gerade in Umsetzung. Ergänzende Verbesserungsvorschläge werden selbstverständlich ernst genommen.

Offen ist allerdings nach wie vor das Thema Hallenbad. Da gibt es auch unterschiedliche Einschätzungen, weil es über die wirtschaftliche Einschätzung für die Stadtgemeinde Neusiedl hinaus, ja auch noch eine größere Bedeutung hat. Hier scheint es leider vor den Wahlen keine Entscheidung zu geben, aber ich lasse mich gerne von etwas Anderen überraschen, weder in der Gemeinde noch von anderen Nutznießern des Hallenbades.

Denn aus unserer Sicht ist es angesichts der finanziellen Probleme unverständlich, dass eine Entscheidung offensichtlich aus wahltaktischen Gründen einfach verschoben wird und die Frage, welche Konsequenzen das für die Stadt Neusiedl hat, scheinbar ignoriert wird.

Es handelt sich ja beim Hallenbad um eine Sportstätte, die für Schulen und Vereine, die für den Tourismus und für das Freizeitangebot im Bezirk wichtig ist. Es kann zumindest aus Sicht von uns GRÜNEN nicht sein, dass nur die Neusiedlerinnen und Neusiedler das Hallenbad alleine finanzieren müssen. Hier müssen doch alle zusammenhalten.

Ich freue mich dann schon auf die Beiträge der beiden, Kollege und Kollegin der FPÖ, aus verschiedenen Gemeinden im Bezirk Neusiedl. Ich bin sicher, auch Ihnen wird es wichtig sein, dass das Hallenbad für die Kinder, Jugendlichen, Bürgerinnen und Bürger Ihrer Gemeinde erhalten bleiben kann und ich bin sicher, auch Sie werden gerne einen Beitrag dazu leisten, damit das möglich ist.

Ich wiederhole hier einen Lösungsvorschlag auch für einen Sportbetrieb, der weit über die Gemeindegrenzen hinaus von Bedeutung ist. Ich schlage noch einmal vor, sich das anzuschauen. Man könnte analog zu dem, wie das VIVA-Leistungszentrum in Steinbrunn geführt ist, eine Gesellschaft gründen, die im überwiegenden Eigentum des

Landes ist - also dort sind 99 Prozent bei der BELIG und die, so die betroffenen Gemeinden das wollen, den Betrieb aller Hallenbäder führen könnten. Also es gibt schon auch Möglichkeiten, wie wir dieses Hallenbad in Neusiedl retten können, finanziell gut abgesichert, aber die Neusiedlerinnen und Neusiedler nicht allein lassend.

Also, die Konsolidierung war und ist alternativlos, aber die finanzielle Lage der Gemeinde ist - auch wenn hier schon einiges vorangegangen ist - in dem Konsolidierungsprozess nach wie vor sehr, sehr kritisch. Es braucht eine ordentliche Investitions- und Finanzplanung für die Vorhaben, die auch in einer wachsenden Gemeinde nötig sind. Gleichzeitig muss ein Abbau der Schulden das nächste Hauptziel sein. Auch diesbezüglich bestätigt ja der Landes-Rechnungshof, dass wir erst am Anfang eines Weges sind und nicht an dessen Ende.

Hier gilt auch mein Appell: Große Probleme - und wir haben in Neusiedl ein großes Problem - müssen gemeinsam gelöst werden. In dem Punkt fordere ich wirklich alle auf und bitte darum, hier gemeinsam an einer guten Lösung und einer guten Konsolidierung für die Gemeinde Neusiedl zu kämpfen. Ich denke, die Alexandra Fischbach hat das als GRÜNE in der Leitung des Konsolidierungsausschusses auch schon gezeigt, wie man das machen kann. Ich hoffe, da ziehen auch alle anderen mit.

Dankeschön für den Bericht, den wir natürlich gerne zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es ist eigentlich unglaublich worüber wir heute hier debattieren müssen. Es geht um einen Rechnungshofbericht der Stadtgemeinde Neusiedl am See. Geprüft wurde der Zeitraum 2011 bis 2015. Ich werde jetzt hiezu ein paar Fakten aufzählen.

Die Stadt Neusiedl hat ihre Einwohnerzahl von 2011 bis 2015 um 693 Einwohner, somit auf insgesamt 7.816 Einwohner gesteigert. Logischerweise ist auch die Anzahl der Haushalte ähnlich gestiegen, nämlich um 11,6 Prozent auf insgesamt 3.476 Haushalte.

Das hat dazu geführt, dass nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Ausgaben ab 2014 auf über 16 Millionen Euro gestiegen sind. Und das, wo die Stadt schon durch einen, von Haus aus überdurchschnittlich hohem Schuldenstand, geprägt war. Die gesamten Finanzverpflichtungen der Stadt Neusiedl betrugen Ende 2015 rund 42 Millionen Euro und Haftungen in der Höhe von rund 17 Millionen Euro.

Der Bericht hat auch die kritische finanzielle Lage der Stadtgemeinde untermauert. Ein dauerhaft negatives Gebarungsergebnis in der Höhe von bis zu knapp zwei Millionen Euro sowie ein dauerhaft negativer Kassenkredit, ebenfalls in knapp der gleichen Höhe.

Hier hake ich auch schon ein. Ein Kassenkredit ist gemäß Gemeindeordnung ein Instrument, welches ausschließlich zur kurzfristigen Finanzierung laufender Ausgaben zu verwenden ist. Dieser Kredit sollte aber immer bis Ende des Jahres aus den laufenden Einnahmen getilgt werden. Dies ist hier in Neusiedl aber nicht passiert. Dieser Kassenkredit wurde als Dauerfinanzierungsquelle für den laufenden Betrieb zweckentfremdet. Jetzt behauptet Bürgermeister Lentsch, zu dem ich nachher auch noch kommen werde, dass die Schulden ja gesunken seien.

Ja, lieber Herr Bürgermeister. Aber wir sollten halt auch bei der Wahrheit bleiben und dazu sagen, dass die Schulden zwar gesunken, aber dafür die Verpflichtungen aus Leasingverträgen sich mehr als verdoppelt haben, nämlich auf 12,7 Millionen Euro.

Dann komme ich auch schon zum nächsten Punkt. Die wirtschaftliche Situation der Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH. Diese war von Kreditverbindlichkeiten in der Höhe von 7,6 Millionen Euro und einem negativen Betriebsergebnis in der Höhe von einer Million Euro geprägt. Dazu kommt, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit dieser von der Stadtgemeinde Neusiedl am See durch deren Zuschüsse und Sacheinlagen in der Höhe von 15,3 Millionen Euro in nur fünf Jahren dokumentiert war.

Das nächste Wirrwarr: Die Infrastruktur KG. Hier stellt der Landes-Rechnungshof kritisch fest, dass die Stadtgemeinde zwar die Haftung für einen Kredit in der Höhe von 1,8 Millionen Euro übernommen hat, in der Folge aber die Fördergelder in der Höhe von 0,7 Millionen Euro nicht an die Infrastruktur KG zur Darlehenstilgung weiterleitete.

Das wiederum stellt einen Widerspruch zu den Auflagen der Gemeindeaufsicht im Zuge ihrer Genehmigung der Haftungsübernahme dar. Das waren jetzt einmal die finanziellen Verpflichtungen.

Jetzt kommt aber noch dazu, dass der Burgenländische Landes-Rechnungshof auch noch Mängel bei der Rechnungsführung, der Buchhaltung, den Finanzplänen, den Anlagenverzeichnissen und den Aktenführungen anführt. Dazu kommt noch, dass Nachweise über Schulden, Beteiligungen und auch Leasinggeschäfte fehlerhaft waren.

Über 14 Jahre wurde keine Überprüfung von Gebäudezu- und -umbauten durchgeführt. Die Gemeinde hat hier auf zusätzliche Einnahmen verzichtet, obwohl gleichzeitig rund 12,3 Millionen Euro Darlehen für die Instandsetzung und Instandhaltung von Abwasserbeseitigungsanlagen aufgenommen wurden.

Zu dem ganzen genannten Chaos kommen dann noch undurchsichtige Verträge mit externen Dienstleistern, wie zum Beispiel Leasingverträge, die nicht eindeutig zuordenbar sind und das Beste überhaupt, der Landes-Rechnungshof wies auch kritisch darauf hin, dass die Organe der Stadtgemeinde sowie der Gemeindeunternehmen ihre gesetzlichen Berichts-, Genehmigungs- beziehungsweise Kontrollpflichten vernachlässigten. Sie nahmen dadurch einen Kontroll- und Steuerungsverlust in Kauf. Es tut mir leid, wenn ich etwas mit vorgehaltenem Mund sprechen muss, aber hier wird einem richtig schlecht.

Der Landes-Rechnungshof kommt zum Schluss, dass die Summe der Unzulänglichkeiten dazu führte, dass die Stadtgemeinde über Jahre, ich wiederhole, über Jahre, keinen verlässlichen Überblick über ihre Finanz- und Vermögenslage haben konnte, eine transparente Haushaltsführung nicht möglich war und ein nachhaltiger Kontroll- und Steuerungsverlust über die Finanzierung der notwendigen Gemeindeausgaben drohte.

Die Konsolidierungsmaßnahmen in der Höhe von knapp fünf Millionen Euro bis 2017 erachtet der Landes-Rechnungshof für unerlässlich und gleichzeitig wurde dringend nahegelegt, sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben konsequent zu reduzieren.

So, das waren die Fakten. Wenn man sich das so anhört, fragt man sich doch, welcher inkompetente Bürgermeister eine Gemeinde in so ein Desaster reiten hat können. Richtig geraten. Wir kennen ihn alle als den „ich bin Steuerberater und anstatt Steuer zu sparen, mache ich lieber Schulden“-ÖVP-Bürgermeister Kurt Lentsch.

Unser ehemaliger Klubobmann Gerhard Kovasits dreht sich wahrscheinlich im Grab um und schüttelt den Kopf. Im Jahr 2015 hat er schon den Rücktritt von ihm gefordert, weil er nachweislich nicht willens oder fähig war, ein normales wirtschaftliches Gebaren an den Tag zu legen. Dann kam noch die Pressemeldung vom 1.6.2017, in der Kurt Lentsch die Finanzprobleme dementiert und meint, die Fehler seien in der Vergangenheit gemacht worden und längst bekannt.

Na geht es noch, liebe ÖVP? Dieser Bericht ist der Beweis, dass die ÖVP Neusiedl am See aber so etwas von unwählbar ist. Diese Menschen agieren jenseits jeder Moral und in unbehaglicher Nähe zur Grenze des rechtlich Zulässigen. So eine Partei ist nicht zu wählen. Dann kommt der liebe Herr Stadtrat Halbritter und meint, er möchte neue Wege gehen. Das ist zum Lachen. Er selbst war im Beirat der Freizeitbetriebe und auch im Budget-, Haushalts- und Konsolidierungsausschuss und will erklären, dass er es besser macht, wo er doch genauso am Desaster beteiligt ist und war.

Also bitte, liebe ÖVP, die Wähler und Bürger in Neusiedl nicht für dumm verkaufen. Hier wurde auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger aber so etwas von Misswirtschaft betrieben, dass es ärger nicht geht. Bereiten wir dem im Oktober ein Ende, liebe Bewohner von Neusiedl am See, denn ihr habt etwas Besseres verdient.

Abschließend möchte ich mich noch beim Herrn Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits und seinen Mitarbeitern für diesen Bericht bedanken. Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Zu Beginn möchte ich im Prinzip drei konkrete Fakten über die Stadt Neusiedl einbringen. Wie wir bereits gehört haben, ist die Neusiedler Bevölkerung im Prüfungszeitraum um zehn Prozent gewachsen. Das ist eine enorme Anzahl an Menschen, die neu nach Neusiedl gekommen ist. Im Vergleichszeitraum ist das gesamte Burgenland nicht einmal ein Prozent gewachsen. Daran erkennt man, dass Neusiedl ein Zuzugsgebiet für viele Menschen darstellt.

Ein weiterer Punkt ist, dass alle Bezirksvororte im Burgenland überregionale Aufgaben zu erfüllen haben. Das betrifft die Infrastruktur, das betrifft Schulen, aber das betrifft vor allem auch Freizeiteinrichtungen, wie das oft genannte Hallenbad. Das heißt, hier gibt es für Bezirksvororte die große Herausforderung, diese Kosten auch alleine zu stemmen.

Ein dritter Punkt ist, dass es bei all den Vorwürfen, die es im Rechnungshof berechtigter Weise gibt, immer Beschlüsse dazu im Gemeinderat gibt und wir wissen, dass die ÖVP in Neusiedl keine absolute Mehrheit hat. Das bedeutet, es hat in der Vergangenheit bei allen Beschlüssen immer eine weitere Partei gegeben, die mitgestimmt hat.

Das bedeutet ebenso, dass das Land und die im Gemeinderat vertretenen Personen bei all diesen Problemen und Lösungen eingebunden waren. Dies sind drei Fakten, die ganz entscheidend sind, wenn wir über diesen Bericht diskutieren. Positiv festzuhalten war aus Sicht des Rechnungshofes aber, dass die eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen richtig und unerlässlich waren. Aus damaliger Prüfungssicht wird klar, dass auch erste Schritte zum Aufbau eines IKS entscheidend waren. Der

Rechnungshof hat Neusiedl als erste Gemeinde ausgewählt. Bei dieser Prüfung haben wir einmal mehr ein Paradebeispiel für eine intensive Gemeindeprüfung geliefert bekommen.

Ich bin gespannt auf weitere Gemeindeprüfungen und auch darauf, wie sehr man den Maßstab, den man jetzt von Seiten der rot-blauen Landesregierung an die Gemeinde Neusiedl legt, auch auf sich selbst legt. Wir haben vor einigen Minuten den Landesrechnungsabschluss diskutiert.

Darin enthalten waren die gleichen Punkte, die in den letzten fünf Jahre im Landes-Rechnungshofbericht erwähnt wurden. Das heißt, all diese Wortmeldungen, die jetzt gegen die ÖVP in Neusiedl gestellt wurden, kann man wieder umdrehen und sollte sich jeder von Rot-Blau selbst zu Herzen nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Als ich den Bericht durchgelesen habe, waren Sätze, Empfehlungen, Verbesserungsvorschläge und jene Punkte, die man bei jedem Landes-Rechnungshofprüfungsbericht über den Landesrechnungsabschluss gelesen hat, vorhanden. Hier groß aufzusagen, ist das eine - aber dann sollte man selbst in der Landesregierung das seine dazu beitragen. Kurt Lentsch, wie auch immer er hier kritisiert wird, hat zumindest 2013 den richtigen Weg eingeschlagen. Er hat damals schon die Konsolidierungsmaßnahmen begonnen und das Projekt „Haushaltskonsolidierung“ ab dem Jahr 2014 gestartet.

Mit einer Steuerungsgruppe, mit Projektkernteams und mit Arbeitsgruppen, in denen alle politisch vertretenen Parteien dabei waren und versucht haben, zu einer Lösung zu finden.

Es gab bereits im Mai 2014 eine Vereinbarung mit dem Land hinsichtlich dieser Haushaltskonsolidierung, die gemeinsam vereinbart wurde. Zusätzlich gab es einen Budget-, Haushalts- und Konsolidierungsausschuss, in dem alle Parteien vertreten waren. Schlussendlich wurden im Oktober 2015 die Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen und versucht, die Finanzen wieder auf eine solide Basis zu stellen.

Sie wissen, und das zeigt nicht nur der Bericht, auch Bürgermeister Kurt Lentsch hat es längst kundgetan, dass die Konsolidierungsmaßnahmen unerlässlich und alternativlos waren. Damit wurde abgewendet, dass die Gemeinde zahlungsunfähig wurde. Die Liquidität wurde verbessert und die notwendigen finanziellen Mittel konnten aufgestellt werden.

Mittlerweile ist es so weit, dass die laufenden Darlehen planmäßig getilgt werden können und der Gesamtschuldenstand regelmäßig reduziert wird. Wenn man sich dabei auf die Unterstützung des Landes beruft, dann findet man kein positives Ergebnis. Denn die zweitgrößte Stadt des Burgenlandes bekommt nur den sechsten Platz bei den Bedarfszuwendungen. Das alleine zeigt schon, dass die Landesregierung nicht zu 100 Prozent hinter der Stadt Neusiedl steht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, wenn es parteipolitisch motiviert war.

Ich rede jetzt von den letzten beiden Jahren. Wenn man sich dann die Bedarfszuweisungen im Bezirk Neusiedl ansieht, dann kann man klar erkennen, dass beispielsweise Gemeinden wie Kittsee, Zurndorf oder Illmitz wesentlich mehr Bedarfszuweisungen als die Stadt Neusiedl bekommen haben. Da hinterfrage ich jetzt aber, *(Abg. Wolfgang Sodl: Was heißt Bedarfszuweisung?)* wie sehr man als Land die Gemeinde oder die Stadtgemeinde unterstützt. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Wolfgang Sodl: So interpretiert Ihr Bedarfszuweisung?)*

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, aber die Stadt wird scheinbar alleine gelassen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer in Richtung Abg. Wolfgang Sodl: Weißt Du, was eine*

Bedarfszuweisung ist? - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen) Dann komme ich gleich zum nächsten Punkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder, der hier als Bürgermeister oder Vizebürgermeister vertreten ist, weiß, was Bedarfszuweisungen sind, also brauchen wir es nicht erläutern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das zweite Thema, das immer in den Medien kolportiert wird, ist das Hallenbad. Jetzt haben wir gehört, und ich bin der Meinung der Kollegin Petrik, dass das Hallenbad in Neusiedl eine überregionale Aufgabe hat. Die gesamte Region, nicht nur der Bezirk alleine, soll mit diesem Freizeitangebot versorgt werden.

Dort kommen Schüler, Vereine, der Tourismus *(Abg. Ingrid Salamon: Aber die zahlen schon alle Eintritt, die dort hingehen, oder?)* zum Baden. Ein Großteil dieses Hallenbades wird von der Stadt Neusiedl finanziert. Das ist ganz klar. Da gibt es jedoch keine Unterstützung. Ich kann mich noch an Medienberichte erinnern, wo versucht wurde… *(Allgemeine Unruhe)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte etwas ruhiger. Am Wort ist der Herr Abgeordnete.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP) *(fortsetzend)*: Ich kann mich noch erinnern, als in den Medien diskutiert wurde, dass Kurt Lentsch versuchte, eine Lösung mit den umliegenden Gemeinden zu finden, um das Hallenbad langfristig abzusichern. Dann wurde das Angebot an die Gemeinden gestellt. Ich kann mich daran erinnern, *(Abg. Edith Sack: Nicht einmal die schwarzen Gemeinden haben mitgetan!)* dass zufällig alle SPÖ-Gemeinden auf einmal abgesagt haben. Sie werden sich hier sicher nicht kostenmäßig beteiligen.

Dann stelle ich mir die Frage, wie sehr die SPÖ hinter diesem Hallenbad steht *(Abg. Edith Sack: Alle ÖVP-Gemeinden auch!)* und wie sehr die SPÖ *(Abg. Edith Sack: Na dann müssen wir für alles aufkommen!)* hinter dem Projekt der Haushaltskonsolidierung in der Stadt Neusiedl steht. *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack)*

Das ist wohl nicht der Fall. Für uns ist jedenfalls wichtig, dass dieses Hallenbad erhalten bleibt. Die Stadt hat einen jährlichen Abgang zwischen einer Million und 1,4 Millionen Euro beim Hallenbad. Wir alle wissen, dass man ein Hallenbad selten mit positivem Ergebnis bilanzieren kann. Aber trotzdem fehlt es an einer großen Unterstützung von den umliegenden Gemeinden und von allen Parteien - das fordern wir hier ein. Das Zitat vom Direktor Mihalits im Rechnungshofbericht möchte ich wiedergeben.

Er sagt: „Neusiedl steht am Anfang eines Weges“, und das finden wir auch gut. Neusiedl hat eine schwere finanzielle Lage und man braucht nichts Schönreden. Wir nehmen die Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge aus dem Bericht ernst. Wir nehmen sie uns zu Herzen und Bürgermeister Kurt Lentsch hat es bereits bewiesen, indem er den Rechnungshof sofort zu sich eingeladen hat.

Der Rechnungshofdirektor war mit dem Vorbericht in einer Vorbesprechung und mit den Berichten in einer Gemeinderatsitzung. Man versuchte im Einvernehmen und gemeinsam zu einer Lösung zu kommen, um Neusiedl wieder auf solide und gesunde Beine zu stellen.

So stelle ich mir auch das Ergebnis eines Prüfberichtes vor. Man nimmt die positiven Vorschläge zur Kenntnis und man versucht, damit zu arbeiten, um in der Zukunft

ein besseres Ergebnis zu erzielen. Das ist genau das Gegenteil zu dem, was die rot-blaue Landesregierung leider mit all den Prüfberichten in der Vergangenheit gemacht hat.

Geschätzte Damen und Herren! Zum Schluss noch ein kurzer Vergleich: Wenn Neusiedl eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.500 Euro hat, dann möchte ich jetzt die Stadt Wien hernehmen. Wien ist zwar wesentlich größer und hat mehr Aufgaben zu erfüllen, *(Abg. Wolfgang Sodl: Geh bitte!)* dennoch besteht hier „nur“ eine 3.000 Euro Pro-Kopf-Verschuldung.

Aber lachen Sie nur weiter, jetzt kommen wir zum Burgenland - man kann die Statistik googeln -, das Burgenland hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3.600 Euro pro Kopf. Also können Sie mir gleich erklären, wie Sie das Land Burgenland konsolidieren wollen und wie wir zu einem positiven Ergebnis kommen werden.

Geschätzte Damen und Herren! Das Land und die SPÖ können sich bei diesem Bericht nicht abputzen. Es wird einen gemeinsamen Weg brauchen, um die Finanzen wieder auf Vordermann zu bringen. Ich danke an dieser Stelle dem Rechnungshof, dass er uns diese Verbesserungsvorschläge mit auf den Weg gibt.

Wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wollte man diesen Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes über die Stadtgemeinde Neusiedl am See über die Jahre 2011 bis 2015 mit einem Satz skizzieren, müsste man wahrscheinlich sagen, hier liegt ein Kollateralversagen aller Organe und Institutionen auf Gemeindeebene, aber auch der zuständigen Landesabteilung vor.

Ein Versagen, ein grobes Versagen des Bürgermeisters, ein Versagen des Gemeinderates, ein Versagen des Gemeindevorstandes, ein Versagen der Freizeitbetriebe GmbH samt Geschäftsführung, ein Versagen des Vereins zur Schaffung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See und Co KG. Auch ein dramatisches Versagen der Stadtgemeindeverwaltung, des Kontrollausschusses und schließlich der Landesregierung - der Gemeindeabteilung als Aufsichtsbehörde.

Ein derartig breites Versagen ist einzigartig in der Geschichte der burgenländischen Gemeindeentwicklung, und es bleibt zu hoffen, dass dieses Versagen, dass dieser Fall der Stadtgemeinde Neusiedl am See als abschreckendes Beispiel für die übrigen 170 burgenländischen Gemeinden wirkt, denn sonst müsste man eigentlich an der Gemeindeautonomie zweifeln.

Das fünfköpfige Prüfteam des Landes-Rechnungshofes hat im vorliegenden Fall immerhin 1.490 Dokumente gesichtet mit 461 berichtsrelevanten Beilagen und dabei 190 Feststellungen getroffen und insgesamt 110 Empfehlungen abgegeben.

Obwohl, wie bereits ausgeführt, diese Gemeinde von einer Bevölkerungsdynamik begleitet war, im Prüfungszeitraum ist die Stadtgemeinde immerhin um fast 700 Einwohner gewachsen, was der Größe einer kleinen burgenländischen Gemeinde entspricht, auch die Haushalte haben um 11,6 Prozentpunkte zugelegt, ist es nicht gelungen, den Schuldenstand abzubauen.

Ganz im Gegenteil, wir haben es am Ende des Jahres 2015 mit einem Gesamtschuldenstand von 42 Millionen Euro zu tun, wenn man auch die Haftungen miteinbezieht, was man als ordentlicher Unternehmer wohl wird machen müssen.

Die Höhe der Finanzverpflichtungen resultierte - und es wurde bereits mehrfach heute ausgeführt - aus insgesamt bis zu 30 Darlehensaufnahmen, 21 Leasinggeschäften sowie dem auch heute schon mehrfach zitierten Konsolidierungskredit. Und damit nicht genug, stehen auch noch knapp 17 Millionen Euro als Haftungen zu Buche.

Es wurde auch mehrfach bereits zum Ausdruck gebracht, dass man die Gemeindeordnung nicht ganz ernst nimmt, denn die Kassenkredite, die eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Zahlungen während eines Geschäftsjahres dienen sollten, wurden eigentlich zu einer Dauerbelastung. Das wurde als Instrument zur Finanzierung laufender Ausgaben verwendet. Das heißt, eine Dauerfinanzierung für den laufenden Betrieb, und das ist eine ganz glatte Zweckentfremdung.

Wenn man sich durch die 268 Seiten des Prüfberichtes wühlt, läuft man da oder dort sogar Gefahr, dass man die Gesamtübersicht verliert, deswegen möchte ich mich heute auch nur auf die wesentlichsten Kapitel hier beschränken.

Die Jahresergebnisse - und auch das bringt dieser Bericht deutlich zum Ausdruck - sind gekennzeichnet von einem Besuch, eine gewisse Optik zu erzeugen, nämlich die Optik, dass der Schuldenstand abgebaut wird, was passiert ist, nämlich in der Darstellung, wobei nur zwei Jahre insgesamt negativ bilanziert worden ist. Man übersieht dabei aber geflissentlich, dass natürlich auch Darlehensaufnahmen zur Schuldenabdeckung buchhalterisch Einnahmen der Stadtgemeinde waren.

Im Jahr 2014 waren es 950.000 Euro, im Jahr 2015 waren es 960.000 Euro. Hätte man dieses Spiel fünf Jahre lang gespielt, wäre das positive Ergebnis eigentlich zu Buche geschlagen, dass alles wunderbar läuft, dass Schulden abgebaut werden, weil durch die buchhalterische Darstellung - wie gesagt - Einnahmen entstehen.

Durch die zum Teil aus den Fugen geratenen Aufnahmen von Darlehen, Leasinggeschäften, sind aber die Gesamtverbindlichkeiten - und darum geht es - deutlich angewachsen. Dazu kommt, und das sollte man in die Gesamtbetrachtung mit einbeziehen, dass ja auch durch den Verkauf der BEGAS-Anteile von immerhin 2,5 Millionen Euro zumindest Einnahmen vorhanden waren, zweifellos mit einem gewissen Einmal-Effekt, aber dennoch positiv für den Haushalt, und natürlich auch Landesförderungen von 475.000 Euro im Prüfzeitraum.

Die Kassenkredite, die im Schnitt fast zwei Millionen Euro erreicht haben, sind besonders kritisch zu bewerten, und für die 21 Leasinggeschäfte der Stadtgemeinde gab es interessanterweise überhaupt kein Management, was eigenartig ist bei dieser Vielzahl an Leasinggeschäften.

Hier hat man auch den Eindruck, und den spiegelt auch der Rechnungshof in seinem Bericht wider, dass man sich überhaupt nicht damit auseinandergesetzt hat, mit den Details der einzelnen Vertragswerke, sodass die Leasingschulden und Verbindlichkeiten von 5,85 Millionen Euro auf 12,78 Millionen Euro gestiegen sind - also mehr als eine Verdoppelung.

Diese Gelder wurden zum Teil zwar für Investitionen verwendet, wie etwa die Errichtung eines Feuerwehrhauses, die Errichtung eines Seniorenwohnheimes, aber es wurde auch die Einrichtung dieses Wohnheimes damit bezahlt. Es wurden laufende Straßenbauprojekte, Beleuchtungen, et cetera verwendet, also eine Finanzierung des laufenden Betriebes durch Leasinggeschäfte ist etwas sehr Gefährliches, wie man an

diesem Beispiel erkennen kann. Hier fragt man sich schon: Wo war die Kontrolle? Wo war der Gemeinderat? Wo war der Kontrollausschuss? Wo war die Gemeindeabteilung in diesem Zusammenhang?

Wenn mittlerweile ein Schuldendienst von zehn Prozent entstanden ist, dann ist natürlich der künftige Finanzspielraum äußerst eng, äußerst eingeschränkt. Dazu kommt, wie heute auch bereits von einer Vorrednerin berichtet, dass trotz der Dynamik an Zuzug gewisse Einnahmen, etwa aus dem Kanalgebührenbereich, Ergänzungsbeiträge überhaupt unterblieben sind. Im selben Zeitraum aber mehr als zwölf Millionen Euro an Darlehen aufgenommen wurden, was für mich schon der Beweis für das Nichtfunktionieren der gesamten Gemeindeverwaltung darstellt.

Wenn man die Finanzverpflichtungen insgesamt ansieht, dann sind sie mit Kassenkrediten, mit Leasing, mit Darlehen, im Prüfzeitraum um drei Millionen Euro angewachsen, plus den sogenannten Verbindlichkeiten aus den Darlehens- und Leasinggeschäften, sodass wir hier eine sagenhafte Gesamtfinanzverpflichtung von 41,77 Millionen Euro aufweisen, was einzigartig ist.

Meine Damen und Herren! Ein Blick in die Gebarung der Freizeitbetriebe zeigt ebenso ein desaströses Bild, wenn man die Freizeitbetriebe insgesamt in Augenschein nimmt. Also das Hallenbad, das Seebad, die Vermietung von Bootsanlegeplätzen, die Verpachtung des Bauhofes und das Seniorenwohnheim, so stellt man fest, dass hier Anschaffungskosten von 10,7 Millionen Euro sich zu Buche schlagen. Wenn man die Abschreibungen davon in Abzug bringt, von knapp sechs Millionen, verbleibt ein Buchwert von 4,7 Millionen, und dieser Buchwert, dieses Vermögen, wenn Sie so wollen, liegt eigentlich ohne Reinvestitionen vor uns.

Das heißt, die Kreditverbindlichkeiten sind wesentlich höher als dieser Buchwert. Und der Klassiker - wurde ja heute mehrfach angesprochen -, das Hallenbad, ist natürlich absolut zu sanieren und niemand findet Antworten, wie es hier weitergehen soll, wie es hier weitergehen kann.

Ein ganz besonderes Schmankerl ist die Organisation und die Zeichnungsberechtigung beim Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See und Co KG.

Der seit August 2014 tätige Kassier ist entgegen den Bestimmungen der Vereinsstatuten nicht für die Bankkonten der Infrastruktur KG zeichnungsberechtigt. Das war noch immer der nicht mehr im Amt befindliche vormalige Kassier, und das zeigt für mich auch ein sehr chaotisches Bild, das meines Erachtens weit über eine Fahrlässigkeit hinausgeht.

Der Gemeinderat entsandte im überprüften Zeitraum keine Beiratsmitglieder. Es konnte also gar niemand die übertragenen Aufsichts- und Kontroll- und Weisungsrechte der Stadtgemeinde wahrnehmen. Chaos pur, wenn man so will. Da darf man sich über derart hohe Finanzschulden nicht wundern.

Wir haben also ein Ergebnis von einer Gesamtfinanzverpflichtung von knapp 42 Millionen Euro mit bis zu 30 Einzeldarlehen, mit 21 Leasinggeschäften und Haftungen. Es stellt sich natürlich die brennende Frage: Wie kann man das konsolidieren? Das kann man hier nicht, indem man schönfärbt, wie das mein Vorredner versucht hat, alles noch positiv darzustellen. Ich verstehe zwar die Situation, das wird aber nicht gelingen.

Natürlich haben übergeordnete Zentren im Burgenland Aufgaben, die vielleicht über die Gemeindegrenzen, über die Stadtgemeindegrenzen hinausgehen, aber dafür stellen sie ja den Benützern auch entsprechende Eintrittsgebühren in Rechnung.

Natürlich ist mir auch bewusst, dass die Infrastruktureinrichtung eines Hallenbades keine gewöhnliche Infrastruktur ist und wahrscheinlich im Betrieb schwierig sein wird. Deswegen gibt es ja auch für derartige Schwerpunktgemeinden auch entsprechende Bedarfszuweisungen. Wie der Name schon sagt, bedeuten Bedarfszuweisungen *(Abg. Gerhard Steier: Der war gut.)* entsprechende Förderungen für einen Bedarf.

Da kann man aber nicht hergehen und sagen, wenn hier Probleme entstehen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Deswegen sind die Probleme entstanden.)* sind alle über die Gemeinde hinausliegenden Kommunen mit ins Boot zu holen, nämlich bei den Verbindlichkeiten, bei den Schulden soll man dabei sein, und ich sage jetzt beim Vergnügen, bei der Gaudi, wird man nicht eingeladen, dabei zu sein.

Diese Gemeinden werden natürlich auch nicht eingeladen, dabei zu sein, wenn es um Darlehensaufnahmen geht, denn sonst müsste man ja vice versa auch dem gegenüber eine entsprechende Kompetenz hier einräumen.

Was die Stadtgemeinde Neusiedl auch in Hinblick auf die Empfehlungen, in Hinblick auf den Konsolidierungsbedarf festgestellt hat, hier wurden ja mehrere Konsolidierungsvarianten in den Raum gestellt, von 979.000 Euro per anno bis zu 1,8 Millionen Euro per anno. Hier hat der Gemeinderat ein Modell gewählt, das gerade noch am Rande des Notwendigen liegt, würde ich formulieren, denn man hat nicht einmal den empfohlenen Medianwert herangezogen, der liegt nämlich um 200.000 Euro per anno darunter.

Das hat der Gemeinderatsbeschluss mehrheitlich vom 20.3.2014 ergeben. Möglicherweise liegt darin auch ein Schlüssel, warum es hier nicht zu einem gemeinsamen, zu einem einheitlichen Gemeinderatsbeschluss gekommen ist. Zudem hat man ein Jahr versäumt, weil erst im April 2017 mit den Zahlungen begonnen wird.

Was waren die Hauptursachen dieses Debakels, dieses Desasters? Das war sicherlich zum einen - und das war die Hauptschuld eigentlich - die Generationen übergreifenden Schulden-Aufbaumaßnahmen, schwerste Mängel in der Buchhaltung, schwerste Mängel in der Belegführung, mangelnde Anlagenverzeichnisse, mangelnde Finanzpläne, mangelnde Aktenführung und Rechnungsführung, überhaupt kein Finanzmanagement.

Also das muss man sich vorstellen, eine Stadtgemeinde dieser Größenordnung macht Finanzgeschäfte ohne dass sich irgendjemand ernsthaft damit auseinandersetzt, ohne dass man professionelle Hilfe zu Rate zieht. Das ist, meine Damen und Herren, ein wirklich fahrlässiger Vorgang in diesem Zusammenhang.

Es gibt auch offensichtlich keine Gesamtübersicht, denn auch die Damen und Herren des Prüfteams hatten es hier sehr schwer, immer den Überblick über die Gesamtsituation erhalten zu können.

Und das Kollateralversagen der Kontrollinstanzen habe ich bereits eingangs erwähnt. Auf Nebenursachen kann ich infolge des zeitlichen Fortschreitens gar nicht eingehen. Insgesamt ein Beispiel einer Kommunalverwaltung, insgesamt ein Beispiel einer Finanzgebarung einer Stadtgemeinde, die einzigartig ist und ein Beispiel dafür, wie es eigentlich nicht sein soll.

Hohes Haus! Was bedeutet dieses Ergebnis in realita? Was bedeutet dieses Ergebnis auch für die Zukunft? Wohin kann Gemeindeautonomie in extremis führen? Ich halte diesen Fall als einen extremen Fall. Wie ist mit einem Kollateralschaden durch kollektives Versagen aller Kontrollmechanismen letztendlich umzugehen? Und wie kann man derartiges künftighin verhindern?

Die Leidtragenden, ja man könnte auch sagen, die Geschädigten an diesem Desaster der Stadtgemeinde Neusiedl am See, das sind die Menschen. Das sind die Bürgerinnen und Bürger, das sind die Bewohnerinnen und Bewohner dieser zweitgrößten Stadt unseres Heimatlandes.

Diesen ist wahrscheinlich eine gedeihliche Zukunft mittelfristig verbaut. Eine erfolgreiche Entwicklung wird damit je abgestoppt und unterbrochen, und die bisherige Dynamik ist entscheidend gebremst und gehemmt.

Das ist natürlich auch eine entsprechende Chancenverminderung in der gesamten Umfeldgestaltung für die gesamte Bevölkerung der Stadtgemeinde von Neusiedl am See. Was bedeutet das letztendlich auch für Förderungen der Stadtgemeinde Neusiedl am See? Für ihre Bürgerinnen und Bürger? Wird künftighin dieses Konsolidierungspaket eine Last, die die Bewohnerinnen und Bewohner zu tragen haben?

Was bedeutet das für künftige, für notwendige Investitionen? Werden diese hintangehalten oder entfallen sie, unterbleiben sie überhaupt? Was bedeutet das künftighin für die Arbeitsplätze in der Stadtgemeinde Neusiedl am See? Wird es hier zu einem Personalabbau kommen oder werden Stellen künftighin nicht mehr besetzt, was natürlich zu einer radikalen Verschlechterung für alle Bewohnerinnen und Bewohner kommt?

Was bedeutet das künftighin für Infrastruktureinrichtungen? Was bedeutet das für Freizeiteinrichtungen in der Stadtgemeinde? Das Beispiel Hallenbad zeigt eigentlich die gesamte Dramatik, was in den nächsten Jahren zu erwarten ist.

Zumal ja das ganze Konsolidierungspaket bis zum Jahr 2031 läuft, und wir wissen gar nicht, was da noch alles an Hemmnissen im Laufe dieser nächsten 14 Jahre kommt. Notwendige Erneuerungen, Verbesserungen, die vielleicht anstehen und nicht gemacht werden können?

Ich stelle mir auch die Frage, ob die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtgemeinde Neusiedl am See künftighin Bürger zweiter Klasse sein werden, weil auf ihrem Rücken eingespart werden muss? Und ich glaube, diese Fragen haben sich alle Gemeindeverantwortlichen zu stellen.

Hohes Haus! Im vorliegenden Fall hat nach meinem Dafürhalten eine Führungselite der Stadtgemeinde Neusiedl am See völlig versagt. Diese Führungselite hat selbstherrlich, hat abgehoben agiert, und alle Kontrollmechanismen haben zusätzlich versagt.

Hier sind dramatische Fehlleistungen auf dem Rücken kommender Generationen, auf dem Rücken der Jugend sowie der gesamten Bevölkerung geschehen.

Rechnungshöfe, meine Damen und Herren, können Feststellungen treffen, können aufzeigen, können empfehlen, können natürlich auch da oder dort Druck auf die überprüften Institutionen erzeugen. Verändern können aber nur die Wählerinnen und Wähler, denn Sie sind das Korrektiv, meine Damen und Herren, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ein Schelm, der Böses denkt.)* diese Möglichkeiten bieten sich allerdings nur alle fünf Jahre.

Im vorliegenden Falle könnte man sogar von einem Glück für die Bevölkerung der Stadtgemeinde Neusiedl sprechen, weil sich diese Möglichkeit schon sehr bald bietet, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gilt dies auch für Regierungsmitglieder?)* nämlich am 1. Oktober 2017. Hier hat die Bevölkerung wirklich die Möglichkeit einzugreifen, zu korrigieren, zu erneuern, zum Positiven zu verändern, und daher sollte es zur Abwahl der

Arroganz der Macht in der Stadtgemeinde kommen und eine neue erfolgreiche Entwicklung eingeleitet werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Selbstverständlich darf ich mich auch beim Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Andreas Mihalits und seinem Prüfteam bedanken. Ich verbinde mit den Ergebnissen dieses Prüfberichtes auch die Hoffnung, dass dieses Beispiel als sehr negatives eingehen wird. Dass die künftigen Überprüfungen auch angesichts dieses Desasters bessere Ergebnisse in den burgenländischen Gemeinden zeitigen werden.

Ich darf signalisieren, dass meine Fraktion diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Als ich diesen Rechnungshofbericht durchgearbeitet habe, also den des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes durchgearbeitet habe, habe ich mich am Ende des zweiten Teiles damit auseinandergesetzt, das ist ja eine Tragödie.

Beim Weiterlesen ist mir der Peter Schilling eingefallen: „Völlig losgelöst von der Erde, schwebt das Raumschiff schwerelos.“ Also rein so auf Major Tom hin, war das für mich also wirklich, aber sowas von außerordentlich ungewöhnlich, dass es fast schon, würde es nicht der Hohe Rechnungshof gewesen sein, irgendwie ein Phishing, eine Phishing-Studie gewesen wäre. Es sind alles Fakten, das ist etwas, was uns so in Prinzip eigentlich beeinflusst.

Ich möchte aber noch ein bisschen auf die Vorredner eingehen. Nach 18 Minuten 30 - ich habe das mitgestoppt beim Kollegen Kölly - *(Abg. Gerhard Steier: Jetzt ist er nicht da.)* bin ich draufgekommen, er hat in Wirklichkeit zwei Minuten 20 über das Thema gesprochen, da habe ich eines ganz besonders erschütternd gefunden, wenn er sagt, einiges ist nicht so korrekt abgelaufen.

Gerade der, der über alles im Prinzip drüberfährt und mit den ausgezogenen Krallen drauffährt, findet diesen Rechnungshofbericht nur dahingehend zu würdigen, es ist einiges nicht so korrekt abgelaufen. Da habe ich mir schon gedacht, jetzt weiß ich nicht, dann ist noch bisschen eine Entschuldigung gekommen, weil die Gemeinden alle so arm sind, ist das mit Neusiedl schon okay, so quasi es ist bei mir angekommen, und das kann man so bitte nicht stehen lassen. Das ist überhaupt nicht okay, und da danke ich meinem Vorredner, dass er wirklich den gesamten Rechnungshofbericht so sachlich abgearbeitet hat.

Bei der Frau Petrik ist mir auch ein bisschen kurz der Atem stehen geblieben, wenn ich von einem brennenden Haus spreche, das ich lösche, hoffe ich doch nicht, dass ich zehn Jahre oder länger dafür brauche. Und irgendwann müssen wir auf die Suche nach den Schuldigen gehen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Schuldigen haben wir eh schon. Die wissen wir ja schon.)* weil vielleicht ist irgendwann mal alles verjährt. Also dieses Bild war nicht das richtige Bild für diese Aktion.

Und das Hallenbad, alle zahlen mit, weil wir es alle brauchen, bin ich voll bei Ihnen. Wenn man auf die Suche geht, wo brauchen wir im Bezirk ein Hallenbad, wer hat alles Interesse an dem Hallenbad mit zu partizipieren, und wir bauen es neu auf, gemeinsam. Aber nicht ein Hallenbad, das irgendjemand einmal hingebaut hat, jetzt, nachdem man es

zu Grund und Boden gefahren hat, in Wirklichkeit zu refinanzieren zu lassen, das geht wohl ein bisschen zu weit. Das kann, glaube ich, auch nicht wirklich Ihr Ernst gewesen sein.

Am allermeisten hat mich der Abgeordnete Wolf schockiert. So wie das bei mir angekommen ist, hat er in seiner Feststellung, dass er diese ganzen Worte und Satzstellungen und sonst was eigentlich eins zu eins auch in den Rechnungsabschlüssen des Landes sieht, eigentlich dem Rechnungshof unterstellt, der benutzt Textbausteine.

Und das, Herr Magister, bitte, das geht wohl ein bisschen zu weit, wenn Sie so etwas einem Rechnungshof unterstellen, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Direktor weiß eh, wie ich es gemeint habe.)* weil diese fünf Menschen, die haben vom 11.5.2016 bis 1.2.2017 vor Ort alles abgearbeitet und alles durchgegangen, und sie haben auch wirklich akribisch gute Arbeit geleistet. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dafür möchte ich mich auch bedanken, dass das so gut funktioniert und dass der Rechnungshof wirklich genauso, wie er auch gesetzlich gestellt ist, weisungsfrei, et cetera, et cetera, seine Aufgabe erfüllt und dem Landtag dementsprechend Bericht erstattet. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist nicht immer so gelobt worden von Deiner Fraktion.)*

Zum Rechnungshofbericht selbst, beziehungsweise zu dem, was in Neusiedl und auch in den burgenländischen Medien im Vorfeld alles schon da war. Der Rechnungshofbericht ist jetzt erst mit dem heurigen Jahr im Mai fertiggestellt worden, gearbeitet wurde - wie schon gesagt - vom Mai 2016 bis Februar 2017 daran.

Dann die Fertigstellung, jetzt haben wir es schwarz auf weiß, aber was davor alles im Prinzip auch schon medial da war und was man schon wusste. Bereits am 21.1.2012 haben die Medien berichtet, dass es in Neusiedl also sowas von im Gebälk gekracht hat, und da waren wir noch fast zehn Monate weg von der Gemeinderatswahl 2012, und da hat der Lentsch schon betont, das passt eh alles und es ist alles nur von der SPÖ in Prinzip hochgeschaukelt.

Am 21.2.2012 wurde in den Medien der Prüfbericht der Gemeindeabteilung in Wirklichkeit angesprochen, die Finanzsituation von Neusiedl sorgt für neuerliche politische Turbulenzen und da spricht man das erste Mal von 30 Millionen Euro Schulden. Aber nach Bürgermeister Lentsch, alles okay, weil er sagt am 25. 2., viel Lärm um nichts. Die Schulden seien nur ein Teil des Problems, schließt sich auch die grüne Gemeinderätin an.

Eigentlich haben sie nicht wirklich das Problem mit den Schulden, sondern eher mit der Finanzierung des Haushaltes. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Lentsch spricht überhaupt von einer künstlichen Aufregung bei möglichen 30 Millionen Euro Minus. Eigentlich ist das Hallenbad schuld. Er hat ohnehin kein Problem, wenn man es schließt, es brauchen ohnehin nur die anderen, er will es ohnehin nicht. All das ist im Vorfeld gelaufen, bevor hier überhaupt erst einmal der Rechnungshof durch die Initiativprüfung tätig geworden ist. *(Abg. Manfred Kölly: Liest alles herunter.)*

Am 02.12.2014, ja die Medienberichte muss ich schon herunterlesen, das stimmt schon, am 02.12.2014 hat die nächste Runde der Finanzdebatte stattgefunden. *(Abg. Manfred Kölly: Warte, ich melde mich ohnehin gleich.)* Eben über die Prüfberichte über die finanzielle Gebarung in Neusiedl am See. Die haben wieder äußerst kritisch eingeschlagen *(Abg. Manfred Kölly: Was Du da für einen Blödsinn verzapfst!)* und die Schulden betragen rund 14 Millionen Euro. Ausgaben, die nicht der Haushaltskonsolidierung dienen, dürfen nicht getätigt werden et cetera, et cetera.

Wir haben es in der Sachlichkeit heute ohnehin schon alles gehört. Die Abberufung des Geschäftsführers hat stattgefunden. Es wurde ein neuer Geschäftsführer ausgeschrieben. Auch da wissen wir jetzt mittlerweile, dass das alles ein bisschen seltsam passiert ist.

Am 26.02.2015 hat sogar der Landeshauptmann mehr oder weniger, so berichten es die Medien, einen „Zuckaus“ bekommen, in dem ein wütender Niessl meint: Wie komme ich dazu, dass eine Stadtgemeinde derart hohe Schulden hat, fragte sich der Herr Landeshauptmann Niessl. Der Lentsch meint, das passt ohnehin alles so beziehungsweise habe er als Steuerberater die Freizeitbetriebe Gesellschaft der Stadtgemeinde beraten. Das sei unvereinbar. All das, was im Vorfeld schon dargestellt wurde, hat dann aber auch der Rechnungshofbericht dementsprechend bestätigt. *(Abg. Manfred Kölly: Beschlossen, dass es weitergeht.)*

Es wurde dann einmal von 49 Millionen Euro gesprochen. Jetzt möchte ich, bevor wir wirklich in den Bericht eingehen und die Medienberichterstattung abgeben, schon sagen, die besten Rechner sind schon wir Blauen. *(Abg. Manfred Kölly: Das seid Ihr sowieso!)* Weil bereits im Jahr 2009 hat der mittlerweile verstorbene Stadtrat Gottfried Haider, Diplomingenieur seines Zeichens, schon in einer Aussendung in der Stadt Neusiedl am See vorgerechnet:

Schulden in der Höhe von 13,72 Millionen Euro, Freizeitbetriebe 15,57 Euro, Leasingverträge 10,5 Euro und Kassastand offen 1,9 Millionen Euro, ergibt in Summe 41,69 Millionen Euro. Da war er also ganz knapp neben diesen 41,7 Millionen Euro, die jetzt der Rechnungshof bestätigt hat. Da darf man schon sagen, dass sie deshalb von der ÖVP in Neusiedl See halb zerrieben und zertreten geworden sind, weil nämlich genau die richtigen Fakten und die richtigen Zahlen kolportiert worden sind.

Das in einer Postwurfsendung. Da hätte man schon lange als Bürgermeister, als zuständige und verantwortliche Gemeindeaufsichtsbehörde beginnen müssen, sofort etwas dagegen zu unternehmen. Nichts ist getan worden. Es ist einfach weiter „gewurschtelt“ worden. Das immer mehr und immer mehr und zum Nachteil für die Bürger.

Der Landes-Rechnungshof hat in Wirklichkeit nicht nur all diese Medienberichte und all das, was im Prinzip als unwahr seitens der führenden Organisationen innerhalb der Gemeinde oder Stadt Neusiedl am See weggewischt wurde, als richtig festgestellt, und hat damit all diese Ausreden, die im Vorfeld, egal von wem, vom Bürgermeister und sonstigen Funktionären innerhalb der ÖVP aus dem Bereich der Stadtgemeinde Neusiedl am See eigentlich Lügen gestraft. Er hat nämlich das, was kolportiert und berechnet wurde, bestätigt.

Besonders schlimm ist, dass die Kontrolle entweder wissentlich, und das ist einer der paar Punkte, die ich herausnehmen will, oder willentlich, und da liegt auch ein dementsprechender Unterschied, nicht durchgeführt wurde.

Wie sagt er da genau, der Rechnungshof dazu, er weist ferner kritisch darauf hin, dass die Organe der Stadtgemeinde sowie die Gemeindeunternehmen ihre gesetzliche Berichts-, Genehmigungs- und Kontrollpflicht vernachlässigten. Sie nahmen dadurch einen Kontroll- und Steuerungsverlust in Kauf. Da muss man auch noch herausarbeiten, ob das wissentlich oder ob das willentlich war? Weil da liegt für mich auch ein dementsprechender Tatbestand.

Es ist aber für mich ein besonderer Hinweis darauf, dass die ÖVP in Wirklichkeit ihre selbsternannte oder selbstzuerkannte Wirtschaftskompetenz lebt. Genauso wie es in Neusiedl am See ist. Das beste Paradebeispiel für die Wirtschaftskompetenz der ÖVP. Es

gibt eigentlich keinen weiteren Ort hier in Österreich, der uns so klar aufzeigt, wie gut die ÖVP in Wirklichkeit ihre Wirtschaftskompetenz auslebt, wenn es zugelassen wird.

Leider ist es zugelassen worden, weil die Bürger im Jahr 2012, wo man vielleicht noch die Handbremse hätte ziehen können, doch noch einmal einem Wahlkampf des Bürgermeisters Lentsch und einer Schönrederei und Schönfärberei aufgesessen sind, sodass er im Prinzip fünf weitere Jahre verbringen hat können.

Wenn nicht mittendrin dann ihm die Handbremse angezogen worden wäre, hätte er wahrscheinlich noch weitergemacht und, wie er so schön gesagt hat, mein Vorredner, und immer wieder 970 Millionen Euro, korrigiere 970.000 und 970.000 und wird dann ständig in Wirklichkeit und so weiter handeln.

Ich denke dabei aber auch, dass das eine Gefahr auch für alle anderen ÖVP-geführten Gemeinden ist. Ich bleibe einmal nur im Burgenland. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Manfred!)* Ich bleibe einmal nur in meinem Bezirk. Weil, wo kann hier die Differenzierung sein? Wenn Ihr so tickt, und das muss ich auch sagen, und in Wirklichkeit so mit Steuergeldern umgeht, und man sieht es ja auch an vielen Finanzministern, die wir schon in schwarz hatten, sieht man es ja auch, und das ist das Beispiel. *(Abg. Manfred Kölly: Wart Ihr nicht auch in der Regierung? Schwarz-Blau! Kannst Dich jetzt nicht mehr erinnern?)* Ich sehe auch ein großes Problem auf uns zukommen, weil das beste Beispiel nach Neusiedl am See wir natürlich auch bei mir haben.

Was bringen wir denn zusammen als ÖVP Bürgermeister? Da hinten sitzt er ja ohnehin. *(Abg. Manfred Kölly: Na, servas!)* Fünf Jahre lang eine Sanierung von einem Gemeindehaus und jetzt ein Bau einer Veranstaltungshalle. Dafür müssen fünf Jahre lang Gehsteige leiden. Es muss der Kanal leiden, es muss die Friedhofsmauer leiden, es müssen viele andere Dinge leiden, damit man aus dem laufenden Budget jeweils ein Geld herausbekommt, damit man die Prestigeobjekte finanzieren kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Genau das ist das im Kleinen. 1.900 Einwohner, 7.800 Einwohner. Aber, im Prinzip ist das immer dieselbe Richtung. Die Seriosität und die wirkliche rechtliche, kollegiale und vernünftige für die Steuerzahler, die für die Bürger getätigte Arbeit und der seriöse Umgang mit Steuergeld, der ist eben nicht wirklich Eures. Ihr müsst das einmal zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Die Stadtgemeinde erstellte, wie ich da gelesen habe, nicht für alle Mitarbeiter eine Arbeitsplatzbeschreibung. Der Rechnungshof sah dies insbesondere vor dem Hintergrund mangelnder Steuer- und Kontrollmöglichkeiten. Da war mein erster Gedanke, na da wird es ein paar gegeben haben, so ein paar Freunde, die haben eine genaue Arbeitsplatzbeschreibung bekommen, damit sie auch ein bisschen auf Luft Geld verdienen können. Das war mein erster Gedanke. Ob er richtig ist oder nicht, Faktum ist, dass man unseriös arbeitet, wenn man nicht für jeden, den ich anstelle und zahle, eine klare Arbeitsplatzbeschreibung hat.

Also in Wirklichkeit undenkbar. Undenkbar. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das gibt es in 171 Gemeinden nicht.)* Es gibt keinen Tischler, kann ich mir vorstellen, der seinen Gesellen nicht sagt, was er zu tun hat. Aber, da wird einer aufgenommen, der weiß nicht einmal was er zu tun hat. Das ist auch eine Arbeitnehmerschutzgeschichte.

Weil, wenn jemand nicht weiß, was er zu tun hat, weil er keine Arbeitsplatzbeschreibung hat, dann könnte es ja sein, dass er alle möglichen Arbeiten verrichten müsste, wenn er nicht weiß, wofür er angestellt und wofür er bezahlt wurde.

(Abg. Manfred Kölly: Hat ein Abgeordneter eine Arbeitsplatzbeschreibung? Hat er eine? Bin neugierig. Wo?)

Der Rechnungshof hat auch kritisiert, dass der Kassenabschluss 2015 ein Sparbuch in der Höhe von 21.000 Euro und zwei Girokonten der Stadtgemeinde nicht auswiegt. Das ist vielleicht eine Vergessenheitsgeschichte. Aber, dass genau diesem Sparbuch und bei einem Girokonto die Doppelzeichnung fehlt, dass einer alleine hat unterzeichnen können, das ist für mich schon ein bisschen eine Frage.

Wie nennt man so etwas? Wie nennt man ein Sparbuch oder ein Konto, dass nicht in einer Bilanz aufscheint und wo nur einer alleine Zugang hat und das irgendwo vielleicht sogar versteckt hat? Im normalen Jargon nennt man das Schwarzkonto. Damit ist für mich aber auch klar, warum der Kurz jetzt eine neue ÖVP will und von Schwarz auf Türkis umfärbt. Damit er zumindest von diesem Bereich wegkommt. Weil sonst wäre ja überhaupt der Wahnsinn da. Was ist es sonst als ein Schwarzkonto? *(Abg. Manfred Kölly: Warum habt Ihr denn alle Angst? - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kurz ist dabei!)*

Die Abwasserbeseitigung. Das ist für mich auch so ein ziemlicher Zugang, denn, wenn ich hier Überschüsse einfach für irgendetwas verwende dann ist das nichts anderes als ein Loch-auf - Loch-zu System. In diesem Loch-auf und Loch-zu System, das ist wahrscheinlich das Abkupfern von dem, was auch im Bundesbereich die schwarzen Finanzminister viele Jahre uns vorgemacht haben. Weil auch hier wurden viele Dinge in Wirklichkeit einfach nur für etwas hergenommen, wofür sie grundsätzlich nicht bestimmt sind.

Aber, die Devise, oder die grundsätzliche Devise der ÖVP würde hier, aus meiner Sicht, natürlich auch lauten, und das sieht man ja auch in der Agitation von Bürgermeister Lentsch oder hat man es gesehen. Wenn ich nicht mehr weiter weiß muss eben der Steuerzahler hineinbeißen. Wenn der Steuerzahler meine eigenen, nicht so viel herausreißen kann, dann muss man die anderen Gemeinden fragen, ob sie nicht mitzahlen wollen oder sollen, und versuche sogar über das Land zu erreichen, dass die anderen Gemeinden vielleicht ein bisschen unter Druck gesetzt werden, dass sie mitzahlen sollen.

Damit wir uns selber wieder ein bisschen in die positive Bilanzierung bringen, müssen eben die anderen, dann das ausbaden. Warum ist das so? Weil eben der ÖVP-Politiker grundsätzlich so denkt.

Mir als Politiker kann ohnehin nichts passieren. Wir machen eben dann einen Untersuchungsausschuss, denn dort bekomm ich dann ein „tu, tu“, und dann war es das schon. Da bin ich jetzt schon beim Kölly. Wir haben keine Arbeitsplatzbeschreibung. Ich habe diese Wortmeldung nicht vergessen, aber wir haben zumindest einen dementsprechenden ethnischen Zugang, oder sollten ihn haben. Den vermisse ich schon bei einer Partei.

Weil da ist er nicht so ausgeprägt. Vielleicht auch irgendwie schon, *(Abg. Manfred Kölly: Genetisch!)* na nicht, einen ethnischen ja, und da ist er vielleicht auch schon vergessen worden. Oder dem normalen Menschen und zukünftigen neuen Mitgliedern der ÖVP wird er vielleicht sogar abgewöhnt. Weil wissen wir ja nicht.

In diesem Licht sind nämlich auch die hahnebüchernen Anträge der ÖVP hier im Landtag zu sehen. Weil wenn man nur all das einfach, weil es eben gute und tolle Anträge sind, sofern sie es gewesen wären, gemacht hätten, dann wären wir schon weit weiter als Neusiedl beziehungsweise wollen wir das Burgenland nicht zu einem Neusiedl machen. Nun aber zum Personal, weil hier der Rechnungshof das auch bemängelt hat, dass die

Beschlussfassung über die Beauftragung des Personaldienstleisters im Gemeinderat nicht gemacht wurde und nicht in der Generalversammlung, wie es vorgegeben ist. Oder, der Rechnungshof wies ferner darauf hin, dass der Personaldienstleister im Zuge des Bewerbungsprozesses nur ein Hearing durchgeführt hat.

Das ist alles. Da fällt mir die Pipi Langstrumpf ein, ich mach mir meine Welt, wie sie mir gefällt. Das ist genau derselbe Zugang. Grundsätzlich kein Interesse beziehungsweise keine Seriosität Gesetzen zu entsprechen. Sondern, wir machen uns das auf Grund von Mehrheiten so, wie wir das wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann stellt aber der Rechnungshof fest, die Gesellschafter der Freizeitbetriebe GmbH bestellten von 2009 bis 2014 einen Geschäftsführer, der gleichzeitig als Buchhaltungsleiter der Stadtgemeinde sowie als Gemeindekassier tätig war. Er, der Rechnungshof, wies auf eine mögliche Unvereinbarkeit hin. Das ist wirklich eine äußerst vornehme, ich würde sogar sagen eine bisschen zu vornehme Formulierung des Rechnungshofes. Das ist eine ungeheuerliche Unverfrorenheit dem Bock zum Gärtner zu machen. Nichts Anderes ist das, wenn man so agiert.

Zusammenfassend drängt sich für mich schon die Frage auf: Liegt jetzt Neusiedl am See in Griechenland? Diese Frage muss man sich nach dem Lesen dieses Rechnungshofberichtes wirklich stellen. Liegt Neusiedl am See in Griechenland? Geografisch müssen wir das verneinen, da brauchen wir ohnehin nicht reden, aber alles, was hier im Prinzip vorgekommen ist, ist das, was die Krise in der Europäischen Union ausgelöst hat.

Wenn man nur so eine zweite Ortschaft im Burgenland hat, dann haben wir wahrscheinlich auch eine Krise. Daher müssen wir schon alle Anstrengungen unternehmen, um hier aus dieser Krisensituation heraus zu kommen. Aber, eines muss auch klar sein. Es kann nicht sein, dass dieselben Leute, die die Krise verursacht haben, jetzt auch noch unterstützt werden, aus der Krise zu kommen, sondern, da kann ich jedem Neusiedler und jeder Neusiedlerin nur empfehlen:

Achtung ÖVP, auch wenn neue ÖVP draufsteht. Es ist und bleibt ÖVP. Sollten sie ÖVP wählen, zu Risiken und Nebenwirkungen lesen sie bitte diesen Rechnungshofbericht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Herr Präsident! Ich habe mir die Reden wirklich sehr gut angehört. Natürlich war ich als Gemeindereferent von 2000-2015 für die 171 Gemeinden des Burgenlandes zuständig und weil natürlich hier über den Landes-Rechnungshofbericht doch sehr viele Fakten aufgezeigt wurden.

Ich bin auch dem Landes-Rechnungshof und dem Direktor Mag. Andreas Mihalits sehr dankbar, dass sehr akribisch gearbeitet wurde und dass man versucht hat, dort wirklich die Fakten auf den Tisch zu legen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sind uns einig, ein Rechnungshofbericht ist ein pathologischer Befund, es ist einmal so. Er kann nur feststellen, was passiert ist und kann unter Umständen Empfehlungen aussprechen, wie man es besser machen könnte. Da sollten wir als Abgeordnete daran arbeiten, dass wir nicht nur am Beispiel Neusiedl am See versuchen,

die Gemeinden zu analysieren sondern auch den Gemeinden im Burgenland auch in Zukunft unter die Arme zu greifen, denn wenn ich mir jetzt so die Reden angehört habe - Kollateralschaden, Versagen auf allen Ebenen, Freunderlwirtschaft ist da gefallen und so fort - dann möchte ich auch hier dazu Stellung nehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nämlich, der Akt Neusiedl am See oder der Fall Neusiedl am See, der ist ja nicht jetzt seit vier, fünf oder sechs Jahren bekannt, sondern der Fall Neusiedl am See oder die Diskussion um Gemeinden wie beispielsweise Neusiedl am See, die gibt es schon sehr lange, nämlich, seit 1980.

Ich habe ein Papier, wo die Gemeindeabteilung mir damals das akribisch aufgearbeitet hat. Das ist ja nicht von ungefähr entstanden. Herr Abgeordneter Rezar! Wenn Sie jetzt den Herrn Bürgermeister Lentsch so anprangern, egal oder der jetzt Lentsch oder anders heißt, wissen Sie, was das Problem überhaut ist?

Wenn man das Problem an den Wurzeln packen möchte, dass die Gemeinden des Burgenlandes nach wie vor finanziell ausgehungert sind. Ich war selber Bürgermeister und viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sitzen hier und wissen, dass sie jeden Euro, jeden Cent zehnmal umdrehen müssen, bevor sie eine Investition tätigen.

Dann kommt natürlich noch dazu, dass sich das Umfeld ändert, dass eine Gemeinde ständig wächst. Ich habe das anhand des Beispiels Neusiedl am See erlebt: Da ist es nicht nur um die Freizeit GmbH gegangen, denn das ist nur ein Punkt gewesen, sondern, da ist es auch um Dinge gegangen, wie beispielsweise, wie bekomme ich die Kinder in den Kindergarten, weil zu wenig Platz war. Er musste ausgebaut werden, es mussten schulische Maßnahmen gesetzt werden und so fort.

Ich meine schon, man muss die Kirche im Dorf lassen, wenn man schon kritisiert und ich verstehe das Herr Kollege Haidinger, der ist, glaube ich, aber nicht mehr da, der hat seine Wortmeldung gemacht und ist weg. Das ist auch so: Ich meine, das muss man schon sagen - ich verstehe das, wenn man drei Monate vor einer Gemeinderatswahl hier Politik betreibt, aber irgendwo hat das auch eine Grenze.

Ich verstehe schon, dass man auf die ÖVP losgeht, dass man auf andere Parteien losgeht, aber irgendwo hat das schon auch eine moralische Grenze.

Diese Grenze wurde heute von Herrn Haidinger bei weitem überschritten, das möchte ich schon betonen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das Umfeld war so, dass ich als Gemeindereferent beispielsweise im Jahr 2006/07 kaum ein Prüfpersonal hatte. *(Abg. Gerhard Steier: Ein Witz!)* Das haben wir des Öfteren schon hier diskutiert. Da gab es natürlich politische Auseinandersetzungen. Herr Kollege Rezar! Sie waren ja in der Regierung. Wie oft wurde, wenn ich einen Regierungsakt eingebracht habe, dieser Regierungsakt beispielsweise gar nicht auf die Tagesordnung genommen?

Oder, es wurde dann gesagt, nein, wir vertagen das!

Ich habe das zu Hauf hier und könnte Ihnen jeden Regierungsakt zeigen, wo wir uns bemüht haben, gerade für Neusiedl am See Lösungen zu finden. Ich habe einen Abteilungsleiter vorgesetzt bekommen. Das waren die sogenannten goldenen Zeiten, wo überhaupt nichts weitergegangen ist, wo ich fast keine Prüfer gehabt habe. Da konnte ich nicht einmal die Gemeinden überprüfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da waren wir froh, dass wir überhaupt die Rechnungsabschlüsse und die Voranschläge überprüfen konnten. Letztendlich, sage ich Ihnen, sind unter meiner Zeit - und das möchte ich schon betonen und ich hoffe, der Herr Direktor wird das auch bestätigen können - insgesamt acht Prüfungen vorgenommen worden.

Es gibt keine einzige Gemeinde im Burgenland, die so oft überprüft worden ist, wie Neusiedl am See. Vielleicht damals in der Zeit auch noch die Gemeinde Strem, weil es da auch Diskussionen gab.

Aber, es gab acht Prüfungen und 34 Maßnahmen. Ich habe mir diese Maßnahmen von der Gemeindeabteilung damals genau ausheben lassen. Es gab auch immer wieder Rücksprachen und es gab fast monatlich, kann man sagen, irgendwelche Besprechungen. Das ist ja nicht von ungefähr gekommen.

Bürgermeister Lentsch hat jetzt nicht eine Gemeinde übernommen, die nur ohne Kredite hätte arbeiten können. Das kann keine Gemeinde! Daher war es natürlich notwendig, hier genau vorzugehen. Ich kann Ihnen die Maßnahmen auflisten, wenn Sie wollen. Es gab beispielsweise im Jahr 2004 ein Schreiben, nein, 2007, ein Schreiben an die Gemeinde, wo wir diese Freizeit GmbH genau unter die Lupe genommen haben.

Es gab eine Kassenprüfung vor Ort vom 29.10.2008. Einen Dienstzettel von mir 2008 im Dezember, ich möchte nochmals eine Überprüfung haben. Es gab dann eine Überprüfung vom 6.3.2009, dann gab es wieder Diskussionen, Aktenvermerke. Dann haben wir gesagt, in Ordnung, wenn wir schon das Personal nicht dazu haben, dann soll das KDZ überprüfen.

Eine Stelle, die außerhalb des Landes beheimatet ist. Hier gab es ebenfalls einen Bericht, 2011 einen weiteren Bericht, 2012 Berichte. Sie sehen also, dass es eine Menge an Diskussionen und an Besprechungen gegeben hat. *(Der Abgeordnete Manfred Haidinger betritt den Landtagssitzungssaal.)*

Herr Haidinger! *(Abg. Manfred Haidinger: Auf das Stichwort!)* Sie kommen jetzt gerade richtig herein. Sie sind zwar erst seit kurzer Zeit im Landtag, aber was Sie sich da jetzt herausgenommen haben, das hat mit dem Prüfbericht nicht mehr viel zu tun.

Das ist Gemeinderatswahl pur, wo man versucht, eine Partei schlecht zu machen, zu sagen, die können nicht wirtschaften: Die ÖVP steht für Null und nur wir sind die Größten. Ja, so haben Sie das ungefähr gesagt. Das, was Sie eben in 20 Minuten gesagt haben, das habe ich jetzt in einem Satz zusammengefasst.

Das geht leider nicht, denn da gibt es Grenzen, die man auch im Landtag einzuhalten hat. Daher möchte ich schon bitten, dass man bei der Wahrheit bleibt. Nämlich, dass man versucht, den Gemeinden des Burgenlandes zu helfen. Da meine ich nicht nur Neusiedl am See, sondern alle 171 Gemeinden. Das beginnt bereits bei den Bedarfszuweisungen, wo sehr einseitig vorgegangen wird.

Es beginnt auch dort, wo man versucht, den Gemeinden bei Infrastrukturprojekten, die überregional sind, zu helfen. All das gehört eigentlich vom Land unterstützt. Wenn die Politik aber so läuft, dass es eine Landespolitik gibt und dass es eine Gemeindepolitik gibt und das eine hat mit dem anderen nichts mehr zu tun, dann können wir uns gleich auflösen. Denn wir sind genau das Burgenland, wo wir immer sagen, in Übereinstimmung mit allen Kräften, versuchen wir, das Land weiterzubringen.

Dazu gehört der Bund, dazu gehört das Land und dazu gehören 171 Gemeinden und ich lasse mir diese 171 Gemeinden von niemandem schlecht reden. Sie leisten Grandioses! *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn eine Gemeinde einmal nicht am Pfad ist, dann muss es Möglichkeiten geben, *(Abg. Edith Sack: Das hat doch keiner getan!)* dass man den Gemeinden hilft und dass man nicht Politik betreibt auf dem Rücken vieler Menschen, denn das ist beispielsweise eine Politik, die die Menschen nicht mögen *(Abg. Klaudia Friedl: Oberwart. Was war mit Oberwart?)* und die in Zukunft hoffentlich auch abgewählt wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier. *(Abg. Edith Sack: Wie war das mit Oberwart? Ein Schauspiel. Ein richtiger Schauspieler. So schaut es doch aus – Abg. Klaudia Friedl: Wir sitzen alle im gleichen Boot. - Abg. Mag. Franz Steindl: Du wirst kein einziges Wort „Oberwart“ von mir hören! Nirgends. Du kannst nachschauen! Zeige es mir! Zeige es mir einfach! Wo?)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne es gewusst zu haben, habe ich schon vorangekündigt, der Gemeinderatswahlkampf wird einiges zu Tage fördern, was sich ja jetzt auch bestätigt hat und das in der vorangegangen Wortmeldung.

Ich bitte wieder, einigermaßen und solidiert die Wahrnehmungen des Rechnungshofes auf die Stadtgemeinde Neusiedl am See zur Kenntnis zu nehmen und meinen Ausführungen auch noch ein wenig Gehör zu schenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechnungshof hat und, ich glaube, das ist von allen unbestritten, die heute sich zu Wort gemeldet haben beziehungsweise die zugehört haben, an sich über einen längeren Zeitraum eine Unzahl von Schriftstücken, eine Unzahl von Dokumenten geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, das der Kollege Rezar zusammengefasst hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt durchgehend ein Versagen, das sich quasi durch die Jahre im Prüfungszeitraum 2011 bis 2015 dokumentieren lässt und das, meiner Ansicht nach, aufhorchen lassen muss.

Auf der anderen Seite vorneweg eines, und das haben bisher meine Vorrednerinnen und Vorredner nicht gesagt: Meiner Ansicht nach, und die Frau Landesrätin wird vielleicht darauf eingehen, wäre es mehr als angebracht, diesen Rechnungshofbericht nicht nur allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sondern allen Vizebürgermeistern und Gemeindevorstandsmitgliedern und auch allen Gemeinderätinnen direkt zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig allen, die Schulungen zukommen zu lassen, dass das, was sich hier am Beispiel Neusiedl am See dokumentieren lässt, so nicht mehr stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne dass ich jetzt irgendjemandem eine Schuld zuweisen will und jeder der hier handelnd tätig war, weiß es, ist über die Jahre etwas zu Stande gebracht worden, was sich für eine Gemeindeverwaltung so nie ergeben dürfte und darin, glaube ich, sind wir uns alle einig, dass das so nicht sein dürfte.

Tatsache ist, dass wir einen hohen Schuldenberg von über 41 Millionen Euro vorweisen, dass wir daneben noch eine Anzahl über zehn Millionen Euro an sogenannten Haftungen ausweisen. Das ist für ein Budget in der Größenordnung von 15,5 Millionen Euro eine Darstellung, die für jeden Privaten bedeutet, er würde konkursreif sein und er müsste es selbst anschreiben.

Was jetzt von meinen Vorrednern und Vorrednerinnen gesagt wurde, sie haben sich über Jahre bemüht, der Herr zuständige Gemeindereferent jetzt als Schlussredner, aber die Bemühungen als solches haben im Endeffekt nichts gefruchtet.

Man hat aufgezeigt und wenn ich jetzt den Rechnungshofbericht insgesamt betrachte und lese, hat der Rechnungshof erstmals über diesen Prüfungszeitraum des letzten Jahres nachgewiesen, wie viele Leasingverträge, wie viele Kreditschulden bei welchen Instituten zu welchen Konditionen, wann irgendetwas ausläuft von den Kreditgegebenheiten, wann irgendetwas zu zahlen ist, wie es verwendet wurde und wie immer auch es stattgefunden hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist nicht nur ein Trauerspiel, sondern das ist auch quasi für alle, die jetzt in der Stadtgemeinde Neusiedl am See wohnen, etwas, das sie als solches jetzt in dem Sinne zur Kenntnis nehmen müssen.

Tatsache ist, und jetzt zu dem, was von Parteienseite bisher gefallen ist: Ich gebe niemandem als Einzelnen die Schuld, obwohl ja feststeht, wie die Gemeindeordnung es vorsieht in der Rangordnung und in der Hierarchie, wer als solcher zuständig ist, denn nach außen und nach innen vertritt die Gemeinde immer nur eine Person, nämlich, der Bürgermeister.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich dann aber folgendes zu Kenntnis nehmen muss, dass es einen Prüfungs- und Kontrollausschuss gibt und dieser Prüfungs- und Kontrollausschuss keine Sitzungen abhält, wenn der Vorsitz des Prüfungsausschusses der SPÖ zusteht und alle Parteien in diesem Prüfungsausschuss sind, dann frage ich mich, wie sich quasi Verantwortung überhaupt ausdrückt, wenn es hier in diesem Fall von allen im Prüfungsausschuss für die Gemeinde zuständigen Arbeitenden keine Art von Prüfungsverhalten gegeben hat?

Dann kann ich nicht einem Einzelnen, sondern hier muss ich im Gesamten, ob es jetzt Grün, Freiheitlich, Schwarz, Rot oder Blau ist, und alle fünf sind in diesem Gremium vertreten, im Gemeinderat, die Schuld zuweisen.

Ich kann auch, Frau Kollegin Petrik, eines nicht tun, ich kann jetzt nicht die Konsolidierungsausschussvorsitzende quasi als leuchtendes Beispiel hinstellen für „Wir haben etwas in die Wege geleitet“. Ich frage mich auch in der Verantwortung auf 15 Jahre Bürgermeisteramt, warum brauche ich von auswärts Hilfestellung, dass ich festhalte, wie meine Gemeindegebarung ausschaut?

Warum brauche ich quasi einen Experten, der mir nachweist, dass ich quasi konkursreif bin? Das war eigentlich für alle, die dort handelnd tätig waren, klar, dass von einem gewissen Zeitrahmen die Liquidität nicht gegeben war.

Und deswegen hat man sich ja auch dessen bedient, was jetzt in den Diskussionen angeregt und diskutiert worden ist. Dass man einen Überbrückungsrahmen gewählt hat, quasi als dauerhafte Finanzierungsquelle für sogenannte Betriebssituationen in der Stadtgemeinde.

Und da ist jetzt auch die Gemeindeaufsicht gefragt. Weil egal, um wen es sich handelt, ist eines eindeutig festgehalten, in den gesamten Gemeindegegebenheiten, wenn ich einen sogenannten Überbrückungskredit, einen Kassenkredit, in Anspruch nehme, dann ist der ohne Wenn und Aber mit Ende des Jahres abzuschließen und auch als solcher festgehalten zu werden.

Und es kann nicht sein, weil das steht nämlich auch drinnen, wenn ein Kassenkredit Verwendung findet über das Jahr hinweg, dann müsste die

Gemeindeaufsicht festhalten, dass das quasi eine Beschlussfassung im Gemeinderat braucht, und der Gemeinderat diesen Kassenkredit zu einem normalen Kredit umwandeln müsste, der dann wieder in der Beschlussfassung auch der Gemeindeaufsicht vorgelegt werden muss.

Und das ist über Jahre nicht geschehen. Das war quasi ein sogenannter Brückenschlag zur Finanzierung des Geschehens innerhalb der Gemeinde. Und das kann man so nicht stehen lassen, weil alle wieder, die im Gemeinderat, im Kontrollausschuss vertreten waren, hier in der Conclusio, das als solches auch goutiert haben.

Weil es kann mir niemand sagen, dass jetzt einer, eine im Kontrollausschuss diese sogenannte Überbrückungsfinanzierung nicht gesehen hätte. Weil das ist dann der Nachweis, dass ich dort drinnen überhaupt nichts verloren habe.

Und eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in aller Klarheit, man kann ein Amt heute anstreben und wir stehen ja auch dafür, und deswegen auch die Diskussion in dieser Breite, dass quasi mit der Gemeinderatswahl entweder einen Bürgermeister, einen Vizebürgermeister oder einen Gemeindevorstand oder einen Gemeinderat nach sich zieht.

Nur deswegen nochmals der Appell, Frau Landesrätin, tun Sie alles, damit Sie auch denen, die sich zur Verfügung stellen, auch egal aus welchen Gründen, vermitteln Sie Ihnen das Rüstzeug und dieser Rechnungshofbericht ist mehr als geeignet dazu, damit eine derartige Situation in keiner burgenländischen Gemeinde stattfinden kann. Weil hier hat sich niemand mit Ruhm bekleckert. Im Gegenteil, hier kann man noch so viel sagen, das ist ein Versagen, das grundsätzlich alle Kreise mit einschließt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um das noch einigermaßen zu untermauern, einige Beispiele. Ich finde es von Amtsseite her mehr als bedauerlich und im Grunde genommen fahrlässig, dass, wie der Rechnungshofbericht es festgestellt hat, über Jahre, ich glaube jetzt sogar in der Zahl 14 Jahre lang, keine sogenannten Kanalanschlussbeiträge und -nachträge als solches festgehalten und administriert worden sind.

Meine Damen und Herren, das ist im Grunde genommen, klar und deutlich ein Gesamtversagen, aber nicht nur der politischen Gemeinde, sondern der Verwaltung. Ja, ich führe ja eine Gemeinde jetzt nicht in politischer Hinsicht, nur dass ich oben residiere, sondern ich habe auch Verwaltungsbereiche.

Und der Kollege Haidinger hat von IKS gesprochen. Natürlich muss ich definieren, welchen Arbeitsplatz und welche Zuordnung es hat, Frau Kollegin Salamon, aber Tatsache ist, Tatsache ist, dass hier eindringlich von allen handelnden Personen innerhalb der Gemeinde eine klare Disposition nicht getroffen wurde. Und daher ist es auch von statten gegangen, dass wir heute, wie es der Kollege Steindl besprochen hat, einen pathologischen Befund als solches kennzeichnen müssen.

Normalerweise ist klar und deutlich hier fest- und abzugrenzen, dass was sich zugetragen hat, kann so nicht sein. Wenn ich keine Einnahmen erziele, die mir zustehen, die mir gesetzlich aufgetragen sind, kann ich nicht nachträglich sagen, ich habe quasi einen Konsolidierungsbescheid. Das ist eine Verantwortung, die jeder für sich als solcher hat.

Und jeder Bürgermeister und jeder Amtsträger in der Gemeinde hat auch dafür Sorge zu tragen, dass nicht nur Einnahmen von anderer Seite, sprich von angesprochenen Bedarfszuweisungen fließen, sondern auch als solches, in meinem Wirkungsbereich, in der Verantwortung zu 100 Prozent zum Tragen kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das was sich in diesen Infrastruktur KEG´s und anderen abgespielt hat, ist ebenfalls ein Bild, das heute schon des Öfteren skizziert worden ist. Wenn ich als Gemeinde in der Verantwortung um Zeichnungsberechtigungen über Jahre es nicht zu Wege bringe, dass die, die schon ausgeschieden sind, noch immer zeichnungsberechtigt sind und die, die quasi es sein sollen, noch immer keine Zeichnungsberechtigung haben, dann verstehe ich diesen Verwaltungsauftrag nicht.

Den kann ich auch nicht delegieren. Ich kann nicht sagen, ihr müsst euch den selber aneignen weil, das ist eure Aufgabenstellung. Die wissen das ja gar nicht. Das heißt, in Wirklichkeit ist da hier etwas geschehen, das im Grunde genommen nicht nur fahrlässig ist, sondern so nicht stattfinden darf.

Und eines zur Korrektur und Ehrenrettung, Herr Kollege, Sie haben dieses Sparbuch mit den 19.000 Euro, die für einen sozialen Zweck, soweit ich das gelesen habe, gewidmet worden sind, und der Stadtgemeinde überantwortet worden sind. Dieser Betrag ist heute angewachsen auf 21.000 Euro, das heißt, der Betrag als solches ist nicht verwendet worden, sondern liegt noch immer auf dem zitierten Sparbuch, von dem Sie auch von sogenannten „Schwarzkonten“ gesprochen haben.

Ich nehme an, dass der Rechnungshofbericht das jetzt zuwege bringt, dass die Bürgermeister und Verantwortungsträger dieses sogenannte Sparbuch auch ordnungsgemäß in ihre Buchhaltung aufnehmen und sie für die richtigen Zwecke auch einsetzen.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, in den einzelnen KEG´s, wurden auch keine Beiratsmitglieder entsendet. Und jetzt die Fragestellung an Sie alle, wer waren die Beiräte, die entsendet werden hätten sollen? Niemand anderer als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Das heißt, das ist ein kollaterales Versagen, wie es vorher angesprochen wurde.

Ich nehme in meiner Verantwortung etwas nicht wahr, wundere mich, dass es dort nicht stattfindet, sondern das ist in der Verantwortung auch so umzusetzen, wie es sein sollte, und daher hätte der Bürgermeister mit dem Gemeindevorstand klar und deutlich in diese Richtung etwas tun sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hallenbad - ich erinnere mich jetzt an Jugendzeiten noch, ich spreche jetzt von mir. Und beim Vorbeifahren, bei diesem Hallenbad ist mir eines über Jahre aufgefallen und das ist auch heute noch so. Das hat sich null geändert. Es gibt am Hallenbad oben, eine Art Blechkuppel, wo die Klimaanlage quasi versteckt ist.

Und seit Jahrzehnten schaut diese Blechkuppel gleich aus, heute noch wie in den vergangenen Jahren. Dort splittert jeder Farbton ab, das ist in Braun gestrichen und das Ganze hat sich nicht bewegt, ist nicht angegriffen worden, sondern ist Zustand der Finanzen und der Gegebenheiten in der Stadtgemeinde Neusiedl.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann darüber diskutieren, das es ein Allgemeinauftrag für eine Bezirksstadt sein soll, dass das Hallenbad nicht von einer einzelnen Gemeinden getragen wird. Weil darüber hinaus in der ganzen Community Interessen bestehen.

Ich weiß, Sie wissen das, und alle anderen Burgenländerinnen und Burgenländer und Nordburgenländerinnen und –burgenländer im Neusiedler Bezirk, wissen das ja auch. Man hat ja eines inzwischen zuwege gebracht, man hat auch eine Therme gebaut. Und die ist jetzt zufällig auch im Neusiedler Bezirk und zwar in Frauenkirchen. Und eines was

sich vorher in der Diskussion herausgestellt hat, man kann das quasi nicht gemeinsam finanzieren, ein Hallenbad.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur Ihnen allgemein zur Kenntnis. Wissen Sie, wie die Therme zum Teil finanziert worden ist? Wer dort Komplementäre sind? *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack.)* Die Gemeinden, sehr geehrte Frau Sack, genau die, die hier sich verwehren, die hier im Bewusstsein, ich würde es auch nicht tun, sage ich auch gleich.

Tatsache ist aber, dass es auf der anderen Seite sehr wohl einen gemeindeübergreifenden Kompromiss auf die Finanzierung der Therme gegeben hat, *(Abg. Edith Sack: Das ist ganz etwas anderes.)* wo man einzelne aber ausschließt.

Und dass im Zusammenhang mit dieser Therme in der Verbuchung auch inhaltliche Bestimmungen in der Stadtgemeinde Neusiedl nicht richtig *(Abg. Edith Sack: Das ist ganz etwas anderes. Der Vergleich hinkt schon.)* verbucht worden sind, das sei jetzt am Rande erwähnt. *(Abg. Edith Sack: Dann müsste ich alles übernehmen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Tatsache ist, wir haben eine Situation heute in der Diskussion um den Prüfbericht über die Stadtgemeinde, wo wir uns eines eindringlich vor Augen halten müssen. Vor der Landtagswahl 2015 haben wir gemeinsam es zu Wege gebracht, dass die Verfassung geändert worden ist.

Über die Situation Exekutive und Legislative, Herr Kollege Kölly, können wir zwei ein Sonderseminar führen. Das würde ich Ihnen gerne einmal erklären, weil Sie das vorher auch nicht konnten. *(Abg. Karin Stampfel: Müsst ein Seminar führen – weiter!)*

Tatsache ist, dass wir bei der Änderung der Verfassung, *(Abg. Manfred Kölly: Setzen wir uns zusammen.)* auch darauf geachtet haben, dass dem Rechnungshof, zwar eingeschränkt aber doch, die Chance eingeräumt wurde, Gemeinden zu prüfen. Darauf können wir, wie der heutige Bericht es nachweist, nicht nur stolz sein, sondern wir sollten hier auch klar und deutlich voranschreiten.

Nur ist es dann notwendig, dass wir auch die entsprechenden Personalausstattungen gewährleisten. Weil wenn ich höre, dass hier über fünf Personen fast durchgehend vom Rechnungshof hin für die Prüfung der Stadtgemeinde unterwegs waren, dann ist das ein Potential, dass diesem Rechnungshof, ich glaube mit neun Bediensteten, auf Dauer eigentlich auf den Kopf fällt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte hier nicht mehr zitieren, wie immer auch die Entwicklungsgeschichte, die in der Stadtgemeinde Neusiedl zu diesem Resultat geführt hat. Tatsache ist, wir wissen, dass in den letzten zehn Jahren die Stadtgemeinde gewachsen ist.

Nur in der Verantwortung eines Bürgermeisters und des Gemeindevorstandes müssen wir auch eines festhalten: Ein Wachstum in einer Gemeinde findet dann statt, wenn der Bürgermeister, der Gemeindevorstand und der Gemeinderat es wollen.

Es findet kein Wachstum in einer Gemeinde statt, das ungewollt stattfindet, außer einem Umstand, dass raumplanerisch, wie in den Gemeinden Kittsee zum Beispiel, oder Parndorf, für Siedlungsgenossenschaften für die nächsten 30 Jahre, 40 Jahre Widmungen stattgefunden haben, wo die Genossenschaften niemanden fragen müssen, ob sie bauen dürfen. Außer sie reichen jetzt die Planungsunterlagen ein.

Aber Tatsache ist, jede Gemeinde hat es in ihrer autonomen Situation im Griff, festzuhalten, ob ich jetzt mit einer Genossenschaft ein Bauvorhaben verwirklichen will, oder ob ich auf Einzelbauplätzen mit Privaten oder für Private etwas zulassen will.

Und diese Situation ist im Grunde genommen, so jetzt in Neusiedl, nicht dem Umstand geschuldet, dass sich das plötzlich ergeben hat. Geschuldet ist vielmehr, dass wenn ich die Wachstumssituation zulasse, und das haben wir momentan in Steinbrunn, in jeder politischen Diskussion, dass ich dann auch eines festhalten muss, dass die Entwicklung es nach sich bringen wird, dass ich einen Kindergarten und auch erhöhte Schulräumlichkeiten brauche.

Und wie die Frau Landesrätin weiß, in ihrer Heimatgemeinde, ist dort auch ein Zustand eingetreten, der plötzlich 20 Kinder mehr hat und das jetzt quasi in der Verantwortung, ist niemanden mehr aufgetragen, sondern findet statt.

Eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, allen die hier im parteiischen Sinne in diesem Landtag für die Gemeinderatswahlen auch auftreten, ss kann nicht sein, dass in der Verantwortung gegenseitig Schuld zugeschoben wird, ohne dass man diese Verantwortung auch aufnimmt. Es sind hier verschiedene Malversationen passiert, die möglicherweise ungewollt, oder sich irgendwie ergeben haben.

Nur eines steht eindeutig fest, die Verantwortung, die hier aufgetragen wurde, wurde im Grunde genommen nicht wahrgenommen. Und dazu sollte man auch stehen. Und man sollte nicht jetzt quasi noch nach einem kurzen Augenblick der sogenannten Konsolidierungskreditzuweisung sagen, man ist auf einem tollen Weg.

Es ist etwas begonnen worden, das schon längst hätte beginnen müssen. Und es wird etwas dauern, was noch lange nicht fertig ist. Weil das was hier notwendig ist, sind Schritte, die nicht in einer politischen Umwandlung oder in einer politischen Konsequenz stattfinden sollen.

Sondern hier gehört auch der Hausverstand dazu benützt, um zu sagen, wo habe ich Ausgaben, wie kann ich diese Ausgaben einschränken? Wie kann ich sie möglicherweise reduzieren? Wie kann ich dafür Sorge tragen, dass ich sie auf der anderen Seite nachhaltig in Verwendung habe?

Und für Neusiedl steht eines fest: Mit dem Wachstum der Bevölkerung und der Haushalte, hat auch eines stattgefunden, das nicht außer Acht zu lassen ist, Neusiedl hat Gewerbegebiete erschlossen, die mit Sicherheit, wenn sie als solches wirtschaftlich geführt werden, auch Kommunalsteuer bringen.

Und dieses Kapitel hat sich in verschiedenen Bereichen in Neusiedl eingestellt, nicht jetzt in dem Ausmaß wie in Parndorf. Nur Neusiedl, soviel ich weiß, musste sich auch infrastrukturmäßig an manchen Kosten beteiligen, die über den Hotter hinweg gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann nur nochmals eindringlich an die verantwortlichen politischen Instanzen appellieren. Diesen Rechnungshofbericht sollte der Vorwahlkampfsituation geschuldet und der Verantwortung nach der Gemeinderatswahl am 1. Oktober jedem Bürgermeister, jedem Vizebürgermeister, jedem Gemeindevorstand und jedem Gemeinderat, eindringlich zur Kenntnis gebracht werden.

Und sie sollten eines tun, sie sollten Seminare veranstalten, wo sie vergattert werden, weil, wenn sie diese Kenntnisse nicht besitzen, sind sie nicht imstande auch das umzusetzen. Und dann nützt ihnen eines auch nicht, mit der Gemeindewahlordnung ist eines geändert worden.

Die Lohnempfangssituation, sprich die Bezahlung ist besser gestellt worden. Nur ich habe nicht mitgehört und mitbekommen das auch die sachlichen Voraussetzungen für

das Amt, egal welche, innerhalb einer Gemeinde, entsprechend goutiert und ausgebaut worden sind. Das obliegt Ihrer Aufgabe.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst einmal ein Dankeschön an den Rechnungshof für die Prüfung in jeglicher Art und Weise, in dem Fall für den Prüfungsbericht über die Stadtgemeinde Neusiedl am See, über die Finanzgebarung.

Wo heute im Detail schon sehr, sehr viel darüber gesprochen wurde, nur zur Ergänzung noch dazu weil sehr viel über Haftungen und über den massiven Anstieg der Haftungen und so weiter gesprochen worden ist. Natürlich hat man immer als Bezirksvorstadt besondere Herausforderungen zu erledigen, in der Infrastruktur vor allem.

Und wenn man sich den Bericht im Detail bei den Haftungen anschaut, dann geht es natürlich um die Freizeitbetriebe, über den Teil des Hallenbades, über das ist heute schon hinlänglich gesprochen worden, über den Abwasserverband, auch über die Therme, die vorhin angesprochen worden ist, wo jede Gemeinde rund 500.000 Euro an Haftungen übernommen hat.

Das ist für eine Stadtgemeinde nicht unbedingt jetzt das Wesentlichste, aber auch für andere Gemeinden, wenn ich mir die Haftungspolitik anschaue, aufgrund der Budgetgröße. Und wenn in der ersten Reihe der SPÖ eine langjährige Gemeindevorständin sitzt, die immer mit Zwischenrufen auffällt, dann muss man schon dazu sagen, was bedeutet für eine kleine Gemeinde mit einem Budget von einer Million Euro, 500.000 Haftung? Was bedeutet das für solche Gemeinden? Und dann schauen wir uns auch noch die Belastung an in einem Finanzbericht.

Auf der anderen Seite wurde ein Betriebsgebiet geschaffen, gemeinsam mit der Gemeinde Parndorf, wo Autobahnauffahrten und Abfahrten gebaut werden mussten, wo Infrastruktur dafür geschaffen worden ist. Und ich glaube, das muss man natürlich genauso in Betracht ziehen.

Und wenn heute einige Redner da am Wort waren, die anscheinend nur das lesen was sie vorgelegt bekommen, dann muss man eines dazusagen, dann muss man sich, bevor man das sagt, auch die eigenen Berichte anschauen.

Wenn die Frau Kollegin Stampfel da großmundig verkündet, wie alles schlecht ist und wie da schlecht gewirtschaftet worden ist und die Pro-Kopf-Verschuldung und so weiter und dann schauen wir uns Gols an.

Gols hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.223 Euro. Jois - SPÖ geführte Gemeinde, 2.800 Euro am Kopf. Gols hat an Haftungen 6,4 Millionen Euro. Welche Infrastruktur ist außerdem noch geschaffen worden, wenn wir schon bei der Demonstrierung sind?

Und das Gleiche gilt in vielen anderen Bereichen. Und das was wir… *(Abg. Robert Hergovich: Was wollen Sie uns jetzt sagen damit? – Abg. Edith Sack: Da sind Projekte geschaffen damit. – Unruhe bei der SPÖ)* Ist in Neusiedl nichts geschaffen worden? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das sind Vergleiche. Vergleiche sind zulässig.)* In Neusiedl ist nichts geschaffen worden? *(Allgemeine Unruhe)*

Wo Haftungen übernommen worden sind im Bahnhofsbau, wo das Betriebsgebiet geschaffen worden ist, in der Therme, wo Haftungen übernommen worden sind. In der Abwassergesellschaft die Haftung übernommen worden ist. Das ist alles keine Infrastruktur?

Und dann bleiben wir aber gleich dabei, auch wenn wir in der zweiten Reihe bleiben, in Mattersburg. *(Abg. Ingrid Salamon: Das stört mich nicht.)* Leasing, Mieten und sonstige Finanzierungen, da hat Neusiedl den Rang im Burgenland von 171 Gemeinden, den 170. Frau Bürgermeisterin, wer ist 171 in diesem Raum? Mattersburg! *(Abg. Klaudia Friedl: Aber das sind keine Schulden. – Allgemeine Unruhe)*

Das heißt, nur weil die Schulden ausgelagert sind, das heißt es aber nicht, dass sie nicht da sind. *(Abg. Ingrid Salamon: Nein, die sind nicht ausgelagert. – Allgemeine Unruhe)* Also da muss man sich die eigene Statistik sehr wohl anschauen, wie man das Ganze auch an das Tageslicht bringt.

Und wenn ich mir die Wortmeldung vom Kollegen Haidinger anhöre, das ist eigentlich ein Sittenbild der FPÖ Politik insgesamt, so wie es in der Gemeinde ist, so wird das auch im Bezirk betrieben. So wie der Antrag damals der ÖVP in Bezug auf das Hallenbad abgelehnt worden ist, von den Bezirksmandataren, genauso ist es auf Ortsebene, wenn alles schlechtgeredet wird.

Alle ÖVP geführten Gemeinden machen alles so schlecht und so weiter, dann können wir uns die eigene Finanzstatistik anschauen. 2016 ist Halbturn von 2.100 österreichischen Gemeinden mit einer Bonitätsbewertung von 1,35 Punkten, da hat es den 77. Platz österreichweit eingenommen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Von wieviel Gemeinden?)* Von 2.100 Gemeinden. Nur damit wir bei der Wahrheit bleiben wie es uns eigentlich geht.

Und wir haben trotzdem das geschafft, natürlich durch das Glück, durch zusätzlichen Einnahmen, das gehört natürlich auch dazu, aber damit haben wir dennoch die größten Projekte, in Halbturn, der letzten fünf Jahre in der Geschichte unserer Heimatgemeinde vorangetrieben.

Sie waren nicht immer einverstanden dabei, aber doch oftmals dabei und darum überrascht mich das heute noch umso mehr, dass man da eigentlich alles schlechtredet und alle ÖVP-Bürgermeister in einen Topf wirft und über einen Kamm schert. Und überall wo ÖVP ist, wird eigentlich nur Schindluder betrieben *(Abg. Edith Sack: Das stimmt ja gar nicht.)* und das muss man auf das Schärfste zurückweisen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und zur Wortmeldung, was der Kollege Steindl vorhin gesagt hat, dem kann ich nur 100prozentig beipflichten. Wenn wir so weiter tun und das hat heute auch der Herr Ex-Landesrat gemacht, die Gemeinden und die ÖVP-Bürgermeister und sonstige Personen schlecht zu machen, da muss man jedenfalls vor der eigenen Haustür kehren. *(Abg. Doris Prohaska: Das hat er aber nicht gemacht. Also wirklich. – Abg. Edith Sack: Das hat er nicht gemacht. – Unruhe bei der SPÖ)*

Es hat ein Interview gegeben bei einer Pressekonferenz der Burgenländischen Landesregierung, der zuständigen Landesrätin, wo von fünf Gemeinden geredet worden ist. *(Abg. Edith Sack: Er hat über den Rechnungshof geredet. – Abg. Doris Prohaska: Na geh.)* Fünf Gemeinden die hoch verschuldet sind. Ein einziger Name ist gefallen.

Wieso hat man nicht alle anderen vier Gemeinden auch dazu gesagt? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)* Wo ist da die Gerechtigkeit, die Transparenz? Warum ist nur eine Gemeinde genannt worden? *(Abg. Edith Sack: Weil der Rechnungshof das*

geprüft hat.) Das war weit vor dem Rechnungshofbericht, aber Sie lesen anscheinend die eigenen Aussendungen auch nicht alle.

Aber Tatsache ist, dass wir insgesamt aufhören müssen die Gemeinden schlecht zu reden. *(Abg. Ingrid Salamon: Es redet keiner schlecht. – Abg. Edith Sack: Wer redet schlecht?)*

Ich glaube, das zum Großteil die Gemeinden eine sehr, sehr gute Arbeit leisten und sehr große Verantwortung tragen und wenn dann solche Wortmeldungen fallen, das überall wo ÖVP-geführte Gemeinden sind alles schlecht ist, *(Abg. Edith Sack: Das stimmt ja gar nicht.)* dann muss man das zurückweisen, in dem Sinne. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Edith Sack: Inszeniert wie ein Theater.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Präsident Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Er ist sonst nicht mein Freund, aber wenn er sagt, der Michael Häupl, der Wahlkampf ist die Zeit der fokussierten Unintelligenz, dann hat er damit Recht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ein ausgezeichneter Bericht des Rechnungshofes zum falschen Zeitpunkt. *(Heiterkeit bei der SPÖ)* Der Rechnungshofbericht, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine ausgezeichnete Anweisung für Gemeinden, die in einer finanziellen Situation sind wie die Stadtgemeinde Neusiedl am See, um aus solchen Miseren herauszukommen.

Ich darf Ihnen sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich beim Direktor des Rechnungshofes beim Mag. Mihalits. Er hat sich mit seinem Team viel Arbeit gemacht. Wir müssen aber auch bedenken, das Ende der Überprüfungszeit ist Ende 2015, das war vor 20 Monaten. *(Abg. Robert Hergovich: Und jetzt ist alles wieder gut?)*

In diesen 20 Monaten sind sehr, sehr viele dieser Vorschläge des Rechnungshofes umgesetzt worden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Unruhe bei der SPÖ)* Die Stadtgemeinde Neusiedl am See ist heute in der Situation, dass sie alle Verbindlichkeiten bedienen kann.

Die Freizeitbetriebe sind in der Situation, dass sie alle finanziellen Verpflichtungen erfüllen können und alle notwendigen Finanzdinge in der Stadtgemeinde Neusiedl am See erledigen. *(Abg. Robert Hergovich: So etwas habe ich überhaupt noch nicht gehört. – Allgemeine Unruhe)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 1945 haben ein Josef Kast als Bürgermeister, ich sage Ihnen das, ein Jakob Mädl, ehemaliger Nationalrat, *(Abg. Robert Hergovich: Bist du narrisch.)* übrigens das war ein Mann der mit dem damaligen Landeshauptmann Wagner in einem Transport nach Dachau war, in Linz ist er herausgeholt worden, weiß niemand warum, *(Abg. Robert Hergovich: Glaubst Du das selber, was Du da sagst? Glaubst Du das selber?)* aber er ist herausgeholt worden.

Sylvester ist nicht herausgeholt worden, ist ermordet worden in Dachau. Der nächste Bürgermeister war ein gewisser Nikolaus Titz, der nächste Bürgermeister Dipl.-Ing. Hans Halbritter *(Abg. Doris Prohaska: Tust Du jetzt Wikipedia aufsagen?)* und der jetzige Bürgermeister ist der Kurt Lentsch.

Und ich sage Ihnen, das waren alle Ehrenmänner, alle Ehrenmänner, die für diese Stadt Neusiedl am See ihr Bestes gegeben haben. Das sage ich Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und es gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren, vom Neusiedlersee bis zum Bodensee, und viele der hier anwesenden sind Bürgermeister und haben in ihrer Verantwortung ein Bad, ein Freibad, ein Seebad, ein Hallenbad, es gibt zwischen Neusiedlersee und Bodensee kein Freibad, kein Seebad, kein Hallenbad und keine Therme, die sie kostendeckend führen können. *(Abg. Doris Prohaska: Das hat auch niemand behauptet.)*

Das gibt es nicht. *(Abg. Doris Prohaska: Das hat niemand behauptet. – Abg. Robert Hergovich: Glaubst Du das selber? – Unruhe bei der SPÖ)* Und all diese Einrichtungen die hier Gemeinden finanzieren, die müssen wir auch gemeinsam tragen.

Und wir haben heute schon davon gesprochen, Frau Kollegin Sack, 13 Gemeinden haben mitgeholfen die Therme zu finanzieren aus dem Bezirk Neusiedl am See. Alle Gemeinden zwischen Neusiedlersee und zwischen Autobahn haben hier ihre Beiträge geleistet.

Neusiedl am See hat das Hallenbad gebaut. Mag sein, dass diese Investition damals eine sehr mutige war, weil man gehofft hat, hier auch entsprechend für das Volk für die Volksgesundheit Dinge zu tun. *(Abg. Edith Sack: Die Therme ist eine ganz andere Geschichte. – Unruhe bei der SPÖ)*

Lassen Sie mich fertig reden, hören Sie mir zu, Frau Abgeordnete, das hat ja keinen Sinn wie vor 30 Jahren. Hören Sie mir zu! *(Abg. Edith Sack: Die Therme ist eine ganz andere Geschichte. Das kann man so nicht vergleichen.)*

Schauen Sie, in Neusiedl am See ist ein Hallenbad gebaut worden, der Abgang pro Jahr 600, 700.000 Euro. *(Abg. Edith Sack: Nimm Pinkafeld zum Beispiel, die haben auch ein Hallenbad.)* Viel Geld, im richtigen Geld zehn Millionen Schilling. Es war damals die Gemeindeführung der Meinung man kann das stemmen.

Nur es ist das nicht Aufgabe einer einzigen Gemeinde, sondern eigentlich ist es eine regionale Aufgabe und, Frau Kollegin Sack, 4.000 Schüler in Neusiedl am See. Wenn dieses Hallenbad nicht da ist und in der Turnstunde nicht ins Hallenbad gegangen werden kann, muss der Bund sofort Turnsäle bauen im Gymnasium, in der Handelsakademie, im Pannoneum.

Und die Stadtgemeinde Neusiedl am See kann, ohne irgendjemand zu fragen, nur mit einem Gemeinderatsbeschluss, in der Neuen Mittelschule einen Turnsaal bauen und die Schulsprengelgemeinden sozusagen zur Zahlung verpflichten. Das will aber niemand, sondern man versucht eine Lösung. *(Abg. Doris Prohaska: Dann sind sie selber schuld.)*

Und da bin ich jetzt beim Kollegen, Bedarfszuweisungen. *(Abg. Doris Prohaska: Dann sind sie selber schuld. Das ist ja lächerlich.)* Ja, wenn das hier nicht ein Fall für Bedarfszuweisungen des Landes ist, wenn hier eine Gemeinde regionale Infrastruktur vorhält, dann weiß ich nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Rechnungshofbericht ist ein ausgezeichneter Bericht. *(Abg. Doris Prohaska: Das stimmt. – Abg. Ingrid Salamon: Da sagt ja niemand etwas.)* Ein Bericht der Anleitungen gibt, wie man aus solchen Situationen, wenn es eine schwierige Finanzsituation ist, auch wieder herauskommen kann.

Und es hat der Bürgermeister Lentsch, ich glaube es war 2013, mit einem Fachexperten begonnen diese Finanzsituation nicht nur zu erörtern, sondern auch zu lösen. Das ist ein gewisser Dr. Pilz, nicht der GRÜNE Pilz, da gibt es einen beim Gemeindebund der ein Finanzexperte ist. Mit dem wurden Systeme entwickelt, gemeinsam mit der Gemeindeaufsichtsbehörde, um hier Wege zu finden wie man das machen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen, alle diese Kredite, die Neusiedl am See, die je von der Gemeinde aufgenommen wurden, sind bis auf einen einzigen Kredit alle einstimmig beschlossen. Alle! *(Abg. Doris Prohaska: Was sind sie alle?)* Alle einstimmig, bis auf einen einzigen Kredit.

Und jetzt in der Sanierung bleiben sozusagen jene Kräfte über, die positiv für Neusiedl am See arbeiten. Das sage ich voller Hochachtung, das sind die GRÜNEN im Gemeinderat und das ist die Österreichische Volkspartei. Jene Kraft die bisher immer verlässlich für diese Stadt gearbeitet hat.

Und ich sage Ihnen, die Österreichische Volkspartei wird auch künftighin jene Kraft sein die für diese Stadt arbeiten wird und wir werden auch künftighin diese Verantwortung in dieser Stadt übernehmen.

Wir werden einen ausgezeichneten, positiven Wahlkampf, eine positive Wahlwerbung nicht nur in der Stadt Neusiedl am See, sondern in allen 171 Gemeinden dieses Landes führen. Und ich bin überzeugt, dass am Ende des Tages die Bürgerinnen und Bürger sehen, wer für diese Stadt arbeitet, wer für die jeweilige Gemeinde arbeitet und wer nur für den Augenblick arbeitet.

Und Herr Kollege Haidinger, Ihre Wortwahl weise ich entschieden zurück. Sie sind jetzt vier Jahre, glaube ich, im Bezirk Neusiedl am See oder fünf, weiß ich nicht wie lange, aber diese Art und Weise haben wir hier an Wortwahl bisher nicht gepflogen. Ich möchte das auch künftighin nicht tun.

Und ich sage noch einmal, die Österreichische Volkspartei ist die tragende Kraft in dieser Stadt Neusiedl am See, Kurt Lentsch ist ein Ehrenmann. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Walter Temmel: Bravo!)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Durch diese Wortmeldung von Präsident Strommer fühle ich mich schon aufgerufen doch noch einige Worte da zu verlieren.

Weil, wenn man von den Ehrenmännern spricht, die eigentlich jetzt eh alles wieder hergerichtet haben und eigentlich Neusiedl am See jetzt eh wieder super da steht und eigentlich nichts mehr braucht, dann darf ich wieder die Diskussion auf das Wesentliche fokussieren, nämlich das was wir heute hier diskutieren, nämlich der Rechnungshofbericht.

Und der Rechnungshofbericht, der heute vorliegt, ist was Einzigartiges, Herr Kollege Strommer, da können Sie eine Welt erschaffen, wie Sie wollen da. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist der erste Rechnungshofbericht.)* Da gibt es nichts darüber zu diskutieren.

Der Rechnungshof sitzt da oben, gehen Sie hin und lassen Sie sich den erklären, dann werden Sie solche „Gucker“ bekommen. Ich sage Ihnen auch warum. Ein so ein Rechnungshofbericht wurde dem Hohen Landtag noch nie vorgelegt. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Sicher.)* Noch nie, so etwas hat es noch nie gegeben, 269 Seiten.

Ich habe ihn gelesen. Blättern Sie ihn einmal durch. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist der Erste, wo er eine Gemeinde geprüft hat.)* 269 Seiten, Herr Kollege Strommer, 110 Empfehlungen. Sie erzählen hier etwas von Ehrenmännern und das alles wieder in Ordnung ist. 190 kritische Anmerkungen. Sie können doch nicht die Realität verweigern.

Nehmen Sie doch das Blatt Papier und beginnen Sie zu lesen. Da spricht man davon, dass Neusiedl am See 42 Millionen Euro Schulden berappen muss. Wissen Sie was das heißt? Na, das machen wir schon, die Ehrenmänner richten das schon. Na, wo sind sie denn? Unglaublich, 41,8 Millionen Euro. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie reden von 500.000 Euro wegen der Therme, na Entschuldigung, haben Sie sich die Haftungen angeschaut? Wir reden von 17 Millionen Euro! Also was reden Sie da? Nehmen Sie den Zettel wirklich in die Hand. Ich bin gestern von einem Journalisten gefragt worden, ich meine das ernst, Neusiedl droht zum Griechenland Burgenlands zu werden. *(Allgemeine Unruhe)*

Und die Zeche zahlen die Neusiedlerinnen und Neusiedler. Ihre Partei hat das zu verantworten. Das ist die Realität. Nehmen Sie diesen Bericht zur Kenntnis und beginnen Sie aufzuarbeiten, die Probleme zu lösen. Konsolidieren ist jetzt angesagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)* Dieser Prüfbericht, da müssen alle Alarmglocken läuten beginnen.

Wir nehmen den See ernst und nehmen ihn natürlich auch zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist ja kein Zustand!)*

Präsident Christian Illedits| *(das Glockenzeichen gebend)*: So jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na das soll dann wer verstehen!)*

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Stadtgemeinde Neusiedl am See, 2011 bis 2015, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 980) betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw (Zahl 21 – 689) (Beilage 996)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 5. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 980, betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw, Zahl 21 - 689, Beilage 996.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw in seiner 21. Sitzung am Mittwoch, dem 21. Juni 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw, die verfassungsmäßig Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer an den Geräten! Es geht also um die kilometerabhängige Maut. Wir haben im Moment die schöne Klebeetikette, die wohl auf den meisten der Autos auf der Windschutzscheibe klebt, die nicht nur für die Autofahrer und Autofahrerinnen sehr aufwändig ist, sondern auch für die ASFiNAG. Zudem ist sie wenig treffsicher, sie benachteiligt wenig Fahrende und bevorzugt Vielfahrer und sorgt auch leider nach wie vor für Ausweichverkehr.

Auch die digitale Vignette, die ab kommenden Jahr von der ASFiNAG angeboten wird, wo wahrscheinlich der Zuspruch beziehungsweise die Verwendung sehr hoch sein wird, weil sich viele das Kleben, Abschaben und ähnliches ersparen wollen, wird das nicht wesentlich ändern. Im Gegenteil, sie schafft eigentlich neue Probleme betreffend Datenschutz, Überwachung.

Der Innenminister hat ja nicht umsonst schon angekündigt, dass er vollen Zugriff auf die Daten haben will. Wie schaut es zurzeit aus? Die Vignette hat 2016 Gesamteinnahmen von grob 470 Millionen Euro gebracht. Das sind 26 Millionen verkaufte Vignetten. 86,40 Euro kostet so eine Vignette für das Jahr und da entsteht genau das Problem. Egal ob ich damit im Jahr 1.000 km auf Autobahnen und Schnellstraßen fahre, 30.000, 40.000 oder mehr. Ich zahle immer dasselbe.

Also eigentlich ein unfaires System. Bei einer fairen kilometerabhängigen Umlegung der Kosten könnte dann jemand zum Beispiel, der 1.800 km im Jahr auf der Autobahn fährt, sich einiges ersparen. Er würde nämlich dann nur umgerechnet 36 Euro zahlen. Wie komme ich auf die Zahl?

Wenn man jetzt umrechnet die Vignetteneinnahmen gesamt und etwa dividiert durch die gefahrenen Pkw-Kilometer auf Autobahnen und Schnellstraßen, kommen wir auf zirka zwei Cent. Vielfahrer würden dann natürlich mehr zahlen. Das wären zum Beispiel bei 30.000 km etwa 600 Euro im Jahr.

Wobei natürlich das eine Verschlechterung für Pendler und Pendlerinnen bedeuten würde. Dies könnte man natürlich abfedern, indem man, war ja hier schon ausreichend Thema, endlich auf eine Pendlerpauschale umsteigt, die fair, die sozial und

ausgeglichener ist. Das ist die jetzige auf keinen Fall. Zurzeit taugt die Pendlerpauschale dafür leider nicht. Das heißt, man müsste wirklich beides in einem Aufwaschen praktisch ändern. Funktioniert in anderen Ländern auch. In Deutschland kann man pro Kilometer zum Beispiel die Werbekosten absetzen.

Bei uns ist es noch dazu deswegen auch unfair, weil das ja ein Abschlag für die Steuer ist. Je mehr man verdient desto höher ist der Abschlag. Für Leute, die kaum mehr Abgaben bezahlen, die bekommen über die Pendlerpauschale auch weniger rückvergütet. Das Problem, das in dem Antrag eigentlich der Grund des Antrags ist, ist, dass in der EU im Moment darüber diskutiert wird, so eine kilometerabhängige Maut einzuführen. Ich denke wir wissen alle, wie unterschiedlich die Interessen der verschiedenen Mitgliedsstaaten sind. Das wird so schnell ohnehin nicht passieren. Dennoch wäre es unserer Meinung nach notwendig, hier zu überlegen, wie wir zumindest einmal in Österreich ein faireres System schaffen könnten.

Jedes System hat natürlich seine Vor- und Nachteile, das ist ganz klar. Als Übergang wäre für uns denkbar, das Ganze über die Mineralölsteuer umzulegen. Hier könnte man erstens einmal Fahrzeuge, die mehr Sprit brauchen stärker besteuern und natürlich auch diejenigen, die viel fahren.

Ein wesentliches Problem, was hier leider nicht angesprochen wird, ist der Lkw-Verkehr. Wir haben zurzeit die Lkw-Bemautung eben auch nur auf Autobahnen und Schnellstraßen. Auch hier ist das Problem des Ausweichverkehrs sehr groß. Und zweitens trägt der Lkw-Verkehr bei weitem nicht die Kosten, die ein Lkw verursacht.

Ich habe mir die Zahlen angesehen. Für mich erschien das selber sehr hoch, aber das sind seriöse Zahlen. Ein Lkw benützt, beziehungsweise beansprucht eine Autobahn und eine Schnellstraße zwischen 30.000-mal bis 60.000-mal so stark wie ein Pkw. Zahlen tun sie allerdings im Moment ungefähr nur das 20fache, wenn man wieder von dieser Zwei-Cent-Rechnung ausgeht. Hier gehört ein besseres System, das auch die regionalen Produkte natürlich bevorzugen würde, weil ich natürlich dann weniger für Produkte bezahle, die aus der Nähe kommen, als wie wenn ich mit dem Lkw weit die Produkte anliefern muss.

Wenn der Zustand der Landes- und Gemeindestraßen auf dem aktuellen Niveau bleiben soll, dann braucht es in den nächsten Jahren auch in den Gemeinden sehr viel Geld. Das heißt, wir werden uns ohnehin überlegen müssen, wie wir das Ganze finanzieren und logischerweise wäre hier eine verursachergerechte Lösung die logische. Da kommt, unserer Meinung nach, nur eine kilometerabhängige Bezahlung in Frage.

Wir brauchen ein umwelt- und klimaschonendes Modell, das Fahrzeuge, die umwelt- und klimaschonend sind, bevorzugt. Natürlich wäre eine EU-weite Lösung zu bevorzugen. Im Moment sehe ich ehrlich gesagt diese Möglichkeit nicht.

Wir sind erst am Anfang dieser Diskussion und deswegen ist es für mich auch oder für uns auch unverständlich, dass man jetzt am Anfang dieser Diskussion bereits grundsätzlich diese Idee ablehnt und hier diesen Antrag einbringt.

Wir sind für erst diskutieren und dann abstimmen und nicht von vornherein gleich ein System ablehnen, das wir wahrscheinlich in der Zukunft brauchen werden. Nicht nur aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen, sondern auch für die Finanzierung der Straßen und der Infrastruktur, die für Pkw- und Lkw-Fahrten notwendig sind.

Wir werden daher diesem Antrag nicht zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter das Wort.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte vielleicht ein bisserl einen anderen Zugang wählen als mein Vorredner. Zuerst einmal, worum geht es eigentlich, was ist das Wesentliche an der Sache? Bis spätestens 2027 soll europaweit von zeit- auf kilometerabhängiges Mautsystem, auch für leichte Nutzfahrzeuge und für Pkw umgestellt werden. Das gilt übrigens für Länder, in denen private Verkehrsteilnehmer Maut bezahlen. Dazu gehören Länder wie zum Beispiel Tschechien, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien und auch Deutschland.

Das ist ein gutes Beispiel für mich, weil, ich sage einmal, die EU, unsere EU, zentralistisch und ich nenne es einmal „gleichmacherisch“ agiert. Wir lehnen dies natürlich ab. Warum soll ein System, das sich eigentlich bei uns bewährt hat, mit aller Gewalt und vor allem zum Nachteil unserer Pendler verändert werden?

Wir sind der Meinung, ich bin der Meinung, dass Mitgliedsstaaten sowieso über solche Dinge selbst entscheiden sollten so lange sie natürlich fair sind und nicht diskriminierend. Der burgenländischen Landespolitik, das heißt, uns liegt natürlich das Problem der Pendler besonders am Herzen. Es wurden in der Vergangenheit sicher eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um bessere Rahmenbedingungen für unsere Pendler zu schaffen.

Dazu gehören, nur ein paar Beispiele, das Top-Jugendticket, das Semesterticket, Fair tanken, Tankstellen, der Ausbau des Verkehrs der öffentlichen Verkehrsmittel, Stützung von Jahres- und Monatskarten, insgesamt werden quasi, ich glaube, rund 17 Millionen Euro jährlich für diese Maßnahmen investiert.

Wir sprechen uns weiterhin natürlich vehement für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Pendler aus. Das ist bedingt durch die besondere Strukturiertheit unseres Bundeslandes. Wir sind für eine fairere Form der Pendlerpauschale. Ich glaube, wir werden dazu noch etwas hören von unserem Pendlersprecher. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Was? Wer ist Euer Pendlersprecher?)* Dieser vorliegende Plan der EU richtet sich total gegen unsere Pendler und würde diese massiv benachteiligen.

Folglich lehnen wir ihn entschieden ab und fordern die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene dagegen auszusprechen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Georg Rosner das Wort.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Die EU-Kommission will, dass die bestehenden Mautsysteme für Pkw und auch für Lkw ein von einer zeitabhängigen in eine kilometerabhängige Variante umgebaut werden. Geschehen soll dies laut Plänen der EU-Verkehrskommissarin bis spätestens Ende 2027. Die Höhe der Maut soll außerdem an den Ausstoß der Fahrzeuge gekoppelt werden, wie der Herr Kollege Spitzmüller das ja schon ausgeführt hat. Kilometerabhängige Maut gibt es seit langem in Italien und in Frankreich, argumentiert wird mit besserem Schutz der Umwelt. Autofahrer würden angesichts der kilometerabhängigen Maut öfter auf die Fahrt verzichten und damit einsparen.

Laut Autobahnbauer und -erhalterin ASFiNAG sind im Vorjahr 27 Milliarden Kilometer mit dem Pkw gefahren worden. Würde man die derzeit niedrigste Streckenmaut in der EU aus Frankreich mit sieben Cent pro Kilometer zur Berechnung heranziehen, ergibt das Einnahmen für den Finanzminister von beinahe 1,9 Milliarden Euro. Derzeit liegt die Pkw-Mautgebühr in Österreich dagegen bei knapp 600 Millionen Euro Einnahmen.

Das wäre eine Mauteinnahme die sich verdreifachen würde. Dieses zusätzliche Geld für die Staatskasse würde den Autofahrern aber zirka 1,3 Milliarden Mehrbelastung im Jahr bringen. Irgendwer muss es zahlen, wenn es 1,3 Milliarden Euro mehr sind. Die kilometerabhängige Maut würde, unserer Meinung nach, vor allem Pendlerinnen und Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, voll treffen.

Ein kurzes Beispiel: Ein Südburgenländer, der täglich nach Wien zur Arbeit pendelt, würde bei ungefähr 200 km Autobahn, 100 hinaus, 100 herein, bei der derzeit niedrigsten Streckenmaut, wie gesagt, sieben Cent in Frankreich, täglich 14 Euro bezahlen, das sind in fünf Tagen 70 Euro. Wenn man hernimmt, dass ein Arbeiter ungefähr 230 Arbeitstage im Jahr hat, dann wären das 3.200 Euro.

Trotz Verkehrsabsetzbetrag und gewissen Voraussetzungen zusätzlicher Anspruch auf die kleine oder große Pendlerpauschale, könnten tatsächliche Fahrkosten natürlich nicht geltend gemacht werden. Außerdem haben wir in Österreich durch die Mineralölsteuer bereits eine indirekt kilometerabhängige Maut. Die Mineralölsteuer beträgt zwischen 40 und 50 Cent pro Liter, somit bezahlt man bei einem durchschnittlichen Verbrauch sieben Liter auf 100 Kilometer. Das ist schon ein sparsames Auto, sind das bei 200 Kilometer auch immerhin sieben Euro.

Das heißt, bei 230 Arbeitstagen reden wir dann von 1.600 Euro pro Jahr und das ist ja auch schon 50 Prozent von dieser kilometerabhängigen Maut, die es ja schon in Frankreich gibt.

Es ist schon angesprochen worden, die Klebevignette macht ja 2018 den Sprung in das digitale Zeitalter. Die Lenker haben weniger Bürokratie und, meiner Meinung nach, auch Kostensicherheit. Die ASFiNAG bietet ab 2018 für Pkw- und Motorradbesitzerinnen und -besitzer mit der digitalen Vignette eine innovative, bequeme und zeitgemäße Alternative zur Klebevignette. Eine Erleichterung für Wechselkennzeichenbenutzer.

Unserer Meinung nach und meiner Meinung nach haben wir mit dem zeitabhängigen Mautsystem der Vignette eine funktionierende und der Bevölkerung zumutbare Lösung und sind daher gegen eine kilometerabhängige Maut. Wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung geben. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Von meinen Vorrednern wurde doch schon einiges zum Thema besprochen. Wir wissen ganz einfach, tausende Burgenländerinnen und Burgenländer nehmen täglich beziehungsweise auch wöchentlich weite Strecken und lange Anfahrtswege auf sich, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen, beziehungsweise wiederum von ihrem Arbeitsplatz Richtung Wohnhaus oder Wohnung zu kommen.

Natürlich ist es die oberste Priorität der Politik des Landes hier Arbeitsplätze im Land zu schaffen, Arbeitsplätze hier im Land zu erhalten und das ist ja grundsätzlich auch

gelungen. Es gab noch nie im Land Burgenland so viele Arbeitsplätze wie derzeit. Wir haben die 100.000 Arbeitsplätze in dieser Form vor zwei Jahren erreicht und liegen jetzt bei zirka 104.000 Arbeitsplätzen, die im Land hier geschaffen wurden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir wissen auch, dass das Land Burgenland noch nie so viel Geld in die Hand genommen hat wie jetzt, wie im Jahr 2017, im Budget mit 17,5 Millionen Euro auch budgetiert.

Wenn man nur vergleicht, im Jahre 2000 wurden fünf Millionen Euro für den öffentlichen Verkehr ausgegeben. Natürlich versucht die Politik, hier die Verantwortlichen auch die Menschen, die Pendlerinnen und die Pendler, natürlich in den öffentlichen Verkehr miteinzubinden. Aber natürlich gibt es noch immer viele Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, um auf ihren Arbeitsplatz zu kommen.

Der öffentliche Verkehr muss natürlich leistbar, er muss attraktiv und natürlich auch sicher sein. Wenn das Land Burgenland 17,5 Millionen Euro im Jahr für den öffentlichen Verkehr, für die Pendlerinnen und Pendler in dieser Form zur Verfügung stellt, so möchte ich doch nur einige hier ansprechen, mit welchen Mitteln hier finanziert wird, wie zum Beispiel im Land der Fahrtkostenzuschuss, das Jugendticket, das Top-Jugendticket, das 2012/2013 eingeführt wurde und hier auch eine Erfolgsstory ist.

Aber natürlich auch die Stützung der Wochen-, der Monats- und der Jahreskarte über den VOR. Wir wissen ganz einfach, dass die Wochen-, Monats- und Jahreskarte bis zum Doppelten kosten würden, würde hier das Land nicht Geld in die Hand nehmen und über den VOR diese Karten in dieser Form auch unterstützen.

Im vergangenen Jahr, im September 2016, wurden neue Triebwagen bei der Raaberbahn angekauft, die auf der Neusiedler Seebahn Strecke verkehren. Das sind die neuen Elektrotriebwagen von der Firma Siemens. Es gibt immer wiederum auch den Aus- und Weiterbau von Park and Ride Anlagen.

Wenn wir uns auch die Erfolgsgeschichte, oder der Geschichte der G1 Linie aus dem Südburgenland ansehen, so wissen viele von Ihnen, dass in den 80iger, 90iger Jahren letztendlich es keine Tagespendler aus dem südlichen Bezirk gegeben hat, beziehungsweise sehr, sehr wenig. Wenn wir hier täglich mit der neuen G1-Linie oder mit der G1-Linie bis zu 1.500 Personen und vor allem hier Pendlerinnen und Pendler transportieren, die hier nach Wien und zurückfahren und diese G1-Linie auch hier auf nationaler Ebene auch ausgezeichnet wurde, auf Grund der Sicherheit, auf Grund des Fahrkomforts, aber natürlich auch auf Grund der Pünktlichkeit.

Ich darf auch die Verhandlungen ansprechen, die wiederum seitens unseres Präsidenten mit den Wipark-Garagen in Wien abgeschlossen wurden, um hier auch günstige Parkplätze für burgenländische Pendlerinnen und Pendler in Wien zu schaffen.

Diese werden auch von 250 Pendlerinnen und Pendler in dieser Form angenommen, diese Wochenpendler, die diese günstigen Parkplätze in Anspruch nehmen.

Ab September wurden die Preise hier indexangepasst, ab September 2017 kostet ein Garagenplatz 57 Euro und eine Jahreskarte für die Garagenplätze 570 Euro. In Verbindung mit einem Jahresticket der öffentlichen Verkehrsbetriebe Wien kostet die Monatskarte für eine Wipark-Garage 48 Euro und eine Jahreskarte in dieser Form für den Garagenplatz 480 Euro pro Jahr. Wir wissen ganz einfach, dass es ganz tolle und günstige Preise sind. Auch zukünftig werden Stellplätze in der Wiener City, beziehungsweise 50 Stellplätze in Wien-Liesing dazukommen.

Ich möchte aber jetzt trotzdem zum Kern des Antrages kommen. Wir kennen das Ansinnen der EU, dass hier das Mautsystem europaweit von zeitabhängig auf kilometerabhängige Variante umgestellt werden soll. Meine Vorredner haben es in dieser Form auch angesprochen und ich muss hier ganz klar dem Kollegen Spitzmüller entgegnen, in vielen, vielen Punkten.

Alleine der Grund, wenn ich sage, ich mache hier eine kilometerabhängige Maut, so ist auch die Überlegung, und wir haben Kosten gehört, mein Vorredner hat es gesagt, wenn ich nur hernehme aus dem Südburgenland bis zu 3.500 Euro würden diese Belastungen ausmachen, wenn hier jemand täglich nach Wien fährt. Was würde das schlussendlich heißen?

Viele würden sich das nicht leisten können. Würden über Landesstraßen oder vielleicht sogar durch die Gemeinden fahren. Wir haben derzeit für meine Begriffe ein sehr gutes System, das sehr gut funktioniert in Form der Vignette und vor allem könnten wir uns nicht vorstellen, in welcher Form hier Pendlerinnen und Pendler belastet wären.

Wenn man sagt, aus Mattersburg, wenn man das hochrechnet mit den sieben Cent und vergleicht das derzeit mit Frankreich, so heißt es, 1.500, 1.600, 1.700 Euro im Jahr. Kollege Rosner hat das angesprochen aus dem Südburgenland. Das Doppelte! Das heißt, über 3.000 Euro. Das heißt, das wäre für viele Menschen einfach nicht mehr möglich, ein Monatsgehalt oder zwei Monatsgehälter in dieser Form alleine für die elektronische Maut hier zu entrichten.

Es gibt für meine Begriffe auch keinen vernünftigen Grund, warum man jetzt von der Vignette abrücken sollte. Ich finde diesen Schritt in jene Richtung, dass wir ab 1.1.2018 die Möglichkeit haben diese elektronische Vignette auch anzukaufen, gleichzeitig natürlich auch noch die bestehende, die alt bewährte, die ja einen weiteren Vorteil in jene Richtung bildet, jene Menschen, und vor allem Pendlerinnen und Pendler die hier ein Wechselkennzeichen haben, dass die keine zweite Vignette in dieser Form brauchen würden.

Ich sage hier, dieser Antrag ist im Ausschuss einstimmig beschlossen worden und ich glaube, diese Einstimmigkeit müssen wir auch weitertransportieren. Diesen Druck in jene Richtung auf Bundesebene und auch in weiterer Richtung auf EU-Ebene, und hier hat sich auch ganz klar der Bundesminister Leichtfried gegen diesen Vorschlag aus Brüssel, gegen jenen Vorschlag hier diese Maut einzuheben, diese kilometerbezogene, ganz klar dagegen ausgesprochen.

Ich möchte auch nochmals in Erinnerung bringen, wir haben auch im heurigen Jahr schon hier im Haus darüber gesprochen. Im März 2017 war die Ankündigung Dieselautos höher zu besteuern, eine reine Strafsteuer wieder in jene Richtung der Pendlerinnen und der Pendler. Ein Belastungspaket für die Menschen die zur Arbeit fahren müssen und wiederum retour fahren müssen.

Statt neuer Steuern, massiver Belastungen muss es endlich, es wurde auch angesprochen, eine Reform der Pendlerpauschale geben. Eine faire Pendlerpauschale. Mir sagen sie jetzt alle über die parteipolitischen Grenzen hinweg, dass diese Form der Pendlerpauschale, wie sie jetzt besteht, in dieser Form nicht fair ist.

Es kann nicht sein, dass eine Förderung, eine Pauschale, abhängig ist vom Einkommen. Es muss ganz einfach kilometerbezogen werden, für jeden einzelnen. Unabhängig davon was er verdient, muss der Kilometer zur Arbeit und von der Arbeit wiederum retour gleich viel wert sein.

In dieser Form würde ich auch bitten, dass wir hier diesen Antrag doch einstimmig beschließen und dass wir über die parteipolitischen Grenzen jenen Weg gehen, den wir hier angesprochen haben, dass wir diese Maut in dieser Form nicht haben möchten.

Vor allem auch nicht, um unsere Pendlerinnen und Pendler in dieser Form ganz einfach zu unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Danke.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Es spricht der Landtagsabgeordnete Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema Maut hat in den letzten Jahren, speziell in Deutschland, jetzt einige Wellen geschlagen und unter anderem eines zu Tage gebracht, dass nämlich ausländische Benützer von Autobahnen und Schnellstraßen zur Kasse gebeten werden, einheimische Bevölkerung aber über eine Versicherungssituation diese Maut oder ab diese Kilometerleistung quasi ersetzt wird.

Ich glaube, dass das eigentlich ein Zugang ist, den wir nicht wollen, möchte in dem Zusammenhang jetzt an meine Vorredner insofern anschließen, als alle Autofahrerklubs von ARBÖ über ÖAMTC diese sogenannte kilometerabhängige Maut vehement ablehnen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: VCÖ nicht.)* Tatsache ist, dass im Grunde genommen Beispiele, die vorher angeführt sind, aus anderen Ländern, einen Umstand haben, den wir in Österreich in der Mehrzahl nicht zur Verfügung haben, nämlich viele Autostraßen und Autobahnen sind durch private Investitionen gebaut worden.

Das ist in Slowenien, das ist in der Tschechei, das ist in der Slowakei, das ist in Rumänien der Fall, und diese Autobahnerrichter sind natürlich strikt darauf aus, den höchsten Ertrag zu erzielen, und wenn sie nicht beschränkt auf eine Vignette, einen bestimmten Kostenersatz bekommen, ist es natürlich absolut von Vorteil, dass sie kilometerabhängig die sogenannten Leute, die dort fahren, zur Kasse bitten dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Grunde genommen ist dem Autofahrer über verschiedenste Maßnahmen, über Steuerrecht, über gewisse Leistungen, die sonst anfallen, bis zu der Kilometersituation, manches im Mautsinne abverlangt worden, und diese sogenannte Bereitschaft zu zahlen, ist uneingeschränkt da. Ich verstehe verschiedene Diskussionsansätze, die auf Klimaschutz bezogen bedeuten, wir sollten quasi Einschränkungen setzen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir durch die Mobilisierung, die im Zusammenhang mit E-Fahrzeugen der Fall ist, in den nächsten zehn Jahren einen ganz besonderen Turnaround schaffen werden, und dann bin ich neugierig, wie es darum bestellt wird, hier den Individualverkehr noch weiter einzuschränken.

Es ist eine Frage der Zeit, dass fossile Brennstoffe abgelöst werden durch Strom. Tatsache ist, dass die Infrastruktur weiterhin benutzt werden kann und wird. Tatsache ist, dass sich der Staat aber auch dann wieder weiter refinanzieren wird, dass nämlich die Straßenbauten durch den sogenannten Aufkommenden, sprich durch den Benützer von Straßen, ersetzt und finanziert werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Kapitel als solches kann nur die Zustimmung finden. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Eine kurze sachliche Berichtigung, weil Kollege Steier gesagt hat, alle Autofahrerklubs. Das stimmt natürlich nicht. Es gibt auch den Autofahrerklub VCÖ, der schon für eine kilometerabhängige Maut ist. Wie auch immer man politisch der Meinung ist, nur zur rechtlichen Sachlichkeit.

Danke.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen somit zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw ist somit mehrheitlich gefasst.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 974) betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen im Burgenland (Zahl 21 - 683) (Beilage 997)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Berichterstattung zum 6. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 974, betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen im Burgenland, Zahl 21 - 683, Beilage 997, wird Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen im Burgenland in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 21. Juni 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen im Burgenland die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wir bedanken uns für den Bericht, und ich bitte als erstem Redner Herrn Abgeordneten Manfred Kölly zum Rednerpult.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Einmal mehr ein wichtiges Thema heute im Landtag, und ich denke, das zeigt schon von weiter Vorausschau und Weitblick, dass das wahrscheinlich einstimmig auch über die Bühne gehen wird, denn dieser Antrag macht auch Sinn, wenn wir alle hinter dieser Aktion stehen, natürlich, und auch gemeinsam mit den Gemeinden, mit den Kommunen, aber auch mit den Freunden aus der Natur und auch mit den GRÜNEN, Frau Kollegin, Herr Kollege, auch dementsprechend Initiative setzen.

Denn eines ist klar. Wenn wir keine Bienen mehr haben, dann wird sich einiges in diesem Land verändern, und das wollen wir nicht unbedingt. Wir wollen, dass sich diese Natur weiter entwickelt und alle dafür stehen. Genauso wie für das Wasser, genauso wie für andere Dinge, wo wir uns gemeinsam wiederfinden. Egal über welche Parteigrenzen hinweg, finde ich das in Ordnung.

Wenn ich nur kurz eingehen darf, ich wollte nur drei Sätze sagen, weil ich habe im Vorfeld ja meine Zeit schon ein bisschen überzogen, *(Allgemeine Heiterkeit - Beifall der Abg. Klaudia Friedl)* aber das gehört dazu, denke ich einmal, bei meinen Reden. Aber das gehört dazu, weil es auch wichtig ist, ganz klar und deutlich auszudrücken, dass es auch in den vorherigen Punkten ganz wichtig war, einiges dazu zu bemerken oder zu sagen.

Ich möchte nur kurz erwähnen, weltweit berichten Imkerinnen und Imker seit den späten 1990er Jahren von einem plötzlichen und unerklärlichen Rückgang der Bienenpopulation. Speziell auch in Deutschkreutz sind wir eine Gemeinde, wo wir viele Bienenvölker gehabt haben, die einfach verschwinden, und auch die Imker schön langsam den Mut verlieren, hier wirklich neue aufzuzüchten.

Daher glaube ich, dass es interessant und wichtig ist, dass wir uns dafür einsetzen, nicht nur - habe ich schon vorher erwähnt - in den Gemeinden, sondern auch im Land und über das Land natürlich auch im Bund und in der EU, weil ich glaube, das ist ein ganz ein wichtiges Thema.

Wenn ich denke, dass ein Drittel unserer Lebensmittel, Gemüse, Früchte, Nüsse, Gewürze und Pflanzenöle auf Bestäubungsinsekten angewiesen sind, dann ist uns allen bewusst, um was es hier geht. Dazu gehören neben der Biene unter anderem auch die Hummel, Wespen, Schmetterlinge und Fliegen natürlich. Es gibt ein paar dabei, die sind oft ärgerlich wie die Fliegen, *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Gelsen!)* sagt man, aber das ist halt so. Die Gelsen auch. Faktum ist aber, dass wir sie halt brauchen und die Natur davon auch lebt.

Bienen bestäuben 71 von den 100 Nahrungspflanzen, die für 90 Prozent der globalen Nahrungsmittelproduktion stehen. In Europa können mehr als 4.000 Gemüsesorten nur durch den entscheidenden Beitrag von Bienen angebaut werden. Aber in den letzten Jahren, wie schon erwähnt, ist das leider rückgängig.

Unsere Bienen sterben, und das Jahr für Jahr mit zunehmender Geschwindigkeit. Die Bedrohungen nehmen auch ständig zu.

Neben der Witterung und der Varroamilbe, Bienenschädling, machen vor allem der Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmittel - und auch hier muss man einmal den Weitblick haben, und sagen, brauchen wir das, ist das notwendig, oder gibt es andere Möglichkeiten. Das ist auch ein Thema, dem wir uns sehr gerne annehmen, und ich glaube auch, über die Parteigrenzen hinweg, uns einig sind.

Ich glaube, dieser Antrag ist zu unterstützen, egal wie auch immer, das brauchen wir. Daher bedanke ich mich jetzt schon für die Unterstützung. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Nächste, der zum Rednerpult kommt, ist Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kollegen, Kolleginnen! Superantrag, vielen Dank, begrüßen wir, unterstützen wir. Wir hätten es gerne noch ein bisschen konkreter, weil wer macht das jetzt. Schlecht wäre natürlich, vielleicht könnten wir das ausnahmsweise einmal schaffen, eine echte Ausschusssitzung mit allen Vertretern und Vertreterinnen, mit Experten, dass man da wirklich Maßnahmen setzt, die dann langfristig auch Wirkung zeigen.

Zur Problematik. Du hast es eh schon kurz angesprochen, Manfred, es geht natürlich nicht nur um die Bienen, sondern es geht um Hummeln, Schmetterlinge, Raupen, Käfer, viele unzählige Blütenbesucherinnen und -besucher. Eine Zahl, die mich selber überrascht hat, eine Steinhummel benötigt pro Tag ungefähr 450 Blüten, um den Energiebedarf zu decken.

Jetzt ist es aber so, dass sowohl die moderne Landwirtschaft als auch leider unsere starke Bodenversiegelung die Blüten vernichten. Die Landwirtschaft muss auch auf Grund des Klimawandels und der Wetterkapriolen immer weniger auf Heufutter setzen, wo der Schnittzeitpunkt sehr spät ist, relativ spät, wo es Blütenpflanzen gibt. Immer mehr wird siliert, wo der Schnittzeitpunkt früher ist und die Pflanzen noch keine Blüten tragen.

All das schädigt langfristig genau die Tiere, die für uns erstens so wichtig sind, die wir zweitens teilweise zumindest so schön finden, und die Biene und der Schmetterling gelten natürlich als Sympathieträgerinnen, als Botschafterinnen für das Ganze, was auch gut und wichtig ist.

Kurzer Sidestep zu den Faltern und Schmetterlingen. In Österreich gilt bereits die Hälfte aller Tagfalter als gefährdet. Zwei Prozent sind in den letzten zehn bis 20 Jahren ausgestorben. Die Nachtfalter sind rund 40 Prozent gefährdet und bereits vier Prozent ausgestorben. Vor allem im Osten Österreichs ist hier die Gefährdung für diese Tiere besonders groß. Schmetterlinge gelten als so praktische Bioindikatoren, weil sie sehr groß sind und natürlich dadurch leicht gezählt und wahrgenommen werden.

Bereits die starke Flächenversiegelung, die jetzt auch eigentlich fast täglich in den Medien ist, in den Aussendungen von der Landwirtschaftskammer, hier gehen wirklich wesentliche Plätze verloren, wo Pflanzen teilweise im Wildwuchs wachsen können, wo Pflanzen, die bei uns eigentlich nicht sehr beliebt sind, wie die Brennnesseln, die aber die Futterpflanzen für viele Raupen sind, aus denen dann die Falter und die Schmetterlinge werden, die so wichtig sind.

Ein wesentlicher Grund ist natürlich das Ausbringen von Insektiziden in der Landwirtschaft, auch wenn die hauptsächlichen schädlichen Insektizide für Bienen, die Neonicotinoide, bereits zurückgenommen worden sind, es gibt eine EU-Moratorium, die vier wichtigsten Wirkstoffe sind verboten, das heißt aber nicht, dass keine Insektizide und wiederum auch keine Neonicotinoide eingesetzt werden.

Das heißt, das Problem hat sich zwar verringert, Gott sei Dank, weil man gesehen hat, wie dramatisch das ist, aber nicht behoben. Es gibt jetzt auch eine neue Studie, die

darauf hinweist, dass diese Neonicotinoide, die nach wie vor eingesetzt werden, in Kombination mit Pestiziden sehr viel stärker und anders wirken als eigentlich „geplant“ ist.

Selbst Glyphosat, das eigentlich ein Gift gegen Pflanzen, gegen sogenannte Unkräuter ist, schädigt indirekt die Bienen und die Schmetterlinge, weil es Futterpflanzen natürlich auch mitnimmt. Es gibt natürlich dann in den Äckern und Wiesen, die mit Glyphosat gespritzt werden, keine Blütenpflanzen mehr, weil natürlich Glyphosat alles schädigt.

Und letztendlich schädigt es auch Vögel und Amphibien - Eidechsen zum Beispiel - , weil diese sich natürlich von den Insekten ernähren und dadurch auch geschädigt werden. Hier schließt sich leider dieser Kreislauf, der dramatisch inzwischen diese Lebewesen schädigt.

Ich will aber jetzt nicht nur Negatives sagen, es gibt Gott sei Dank auch sehr Positives zu berichten. Ich weiß nicht, wie es in den anderen Landesteilen ist, die Straßenbauverwaltung in Oberwart hat hier auf Initiative einer Oberwarterin wirklich Tolles vollbracht. Unsere Kreisverkehre rund um Oberwart herum sind heuer ein wahres Blütenmeer.

Klatschmohn, Kornblumen, alles Mögliche wird auch von den Leuten als optisch sehr positiv wahrgenommen, im Gegensatz zu den früheren relativ faden Wiesen, die sehr oft gemäht worden sind. Das schaut jetzt ganz anders aus und ist natürlich ein wichtiger Platz, auch um solchen Insekten, die uns so wichtig sind, Nahrung zu geben.

Was gäbe es jetzt zu tun? Einige Beispiele: Natürlich solche Initiativen weiterzutragen. Der Naturschutzbund hat auch die Initiative, dass die Begleitvegetation in den Straßen seltener gemäht wird, das ist im Normalfall kein Problem, was Verkehrssicherheit oder sonstiges angeht. Dafür können mehr Pflanzen zur Blüte kommen, auch die, die länger brauchen und auch da wieder Nahrung bieten, nicht nur den Bienen, sondern auch Schmetterlingen und Co.

Ein großes Problem sind nach wie vor, muss man leider auch dazusagen, viele Privatgärten, auch hier wird sehr viel gespritzt, und die „Ordnung“ im Garten ist vielen Menschen viel wichtiger, als dass man vielleicht wo ein Fleckerl lässt, wo man nur zweimal im Jahr mäht und da eben auch Blütenpflanzen stehen lässt, da wäre es natürlich cool, wenn wir die Initiative, die in Niederösterreich sehr gut läuft, „Natur im Garten“, also über die Umweltberatung läuft, ins Burgenland bringen könnten, da ist wirklich sehr viel Positives passiert. Viele Gartenbesitzer sind Teil dieser „Natur im Garten“-Initiative und bewirtschaften jetzt ihre Gärten auch ganz anders.

Das sind alles kleine Punkte, aber in der Menge macht es dann letztlich sehr viel aus. Ein Punkt natürlich, der sehr viel bewirken würde, wenn wir wirklich endlich die Bodenversiegelung einschränken. Auch da sind oft manchmal kleine Maßnahmen, meistens sind es allerdings auch große. Die kleine Maßnahme wäre, dass wir Parkplätze nicht mehr zuasphaltieren, sondern Schotterrasen und Gittersteine verwenden, so dass dort auch noch Pflanzen wachsen können und das Wasser dort auch noch versickern kann.

Das heißt, das hätte mehrere positive Aspekte und natürlich - wird heute noch Thema sein - Bio in Großküchen. Im Biolandbau gibt es keine Insektizide, dadurch stehen natürlich auch in einem Acker teilweise Pflanzen, die dort mitunter nicht hingehören, aber für die Tiere wieder Nahrung bieten. Es gibt viele Äcker, die man jetzt sieht, wo die blauen Kornblumen drinnen stehen, das geht natürlich nicht, wenn man alles niederspritzt.

Letztlich ist auch wichtig, Aufklärung, Aufklärung - den Leuten sagen, wenn ihr Schmetterlinge wollt, dann braucht ihr auch Schmetterlings- beziehungsweise Raupenflächen, Plätze, wo das möglich ist. Es wird leider immer weniger!

Ich hoffe, dass es nicht bei diesem Antrag bleibt, auch wenn wir jetzt alle zustimmen, sondern dass wir dann wirklich hier auch Maßnahmen setzen können.

Konkret die, die es gibt, ausweiten und neue machen können. Wir sind natürlich gerne dazu bereit, unser Know-How hier auch einzubringen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich bitte die Frau Abgeordnete Karin Stampfel zum Rednerpult.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! „Wenn die Biene von der Erde verschwindet, dann hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben“, sagte einst Albert Einstein. Und das ist auch heute unser Thema, nämlich die Bienensterblichkeit.

Vorweg muss ich meinen Kollegen Manfred Kölly, der nicht hier ist, darauf hinweisen, dass wir zwar keinen Antrag diesbezüglich eingebracht haben, aber das heißt nicht, dass die Landesregierung hier untätig war. *(Abg. Edith Sack: Der Kölly redet und geht. Zu den anderen sagt er es. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Wir brauchen keine leeren Anträge, um uns kurzfristig in den Mittelpunkt zu drängen, sondern wir arbeiten lieber im Hintergrund Fakten und Lösungen aus.

Das Bienensterben ist nicht nur im Burgenland ein Problem, sondern österreichweit. Dieses Bienensterben ist regional unterschiedlich geprägt. Jedes Jahr sterben von Haus aus schon viele Bienen durch die unterschiedlichsten Ursachen. Kommen aber mehrere erschwerende Umstände wie zum Beispiel Virus- oder Bakterienerkrankungen, Wetterkapriolen, Imkerfehler und Agrargifte dazu, so kann das zu einem großen Problem werden.

Was kann man gegen dieses Bienensterben unternehmen? Jeder Imker trägt eine große Verantwortung für seinen Bienenbestand und sollte daher auch durch gezielte Maßnahmen für dessen Gesundheit sorgen.

Im Burgenland sieht man anhand der steigenden Zahlen der Imker an Forschungsprojekten, dass unsere Imker sehr bemüht sind, das Bienensterben einzudämmen. Ein großes Problem stellt derzeit die sogenannte Varroamilbe dar, welche die Bienen zusätzlich schwächt und ihnen das Blut aussaugt, wodurch sie weniger Überlebenschancen haben. Diese wird üblicherweise mit organischen Säuren wie Ameisensäure und Oxalsäure oder mit ätherischen Ölen bekämpft.

Beim Punkt „Agrargifte“, also Pflanzenschutzmittel und Insektizide, ist es wichtig, dass das Gespräch zwischen Imkern und Landwirten gesucht wird und gemeinsam, Kompromisse und Lösungen gefunden werden.

Aber auch die Politik ist bemüht, hier rasch zu helfen. Hier möchte ich meinen Dank vor allem der Agrarlandesrätin Verena Dunst aussprechen, die hier sehr bemüht ist, den Imkern zu helfen und sie zu unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

So gibt es zum Beispiel das Projekt „Zukunft Biene Österreichs“, welches von der Universität Graz durchgeführt wird. In dieser Studie werden Untersuchungen bezüglich der Wintersterblichkeit durchgeführt. Dieses Projekt wird vom Landwirtschaftsministerium,

der AGES sowie auch der Bundesländer finanziert. Heuer wird dieses Projekt auslaufen und so blicken wir schon gespannt dem Endbericht entgegen, der Aufschluss bringen soll. Ebenso besteht für Tierärzte die Möglichkeit, sich einer dreijährigen Ausbildung zum Fachtierarzt „Bienen“ zu unterziehen. Die Nachfrage der Tierärzte ist hier sehr groß.

Ebenso ein Dankeschön an Landesrat Mag. Darabos, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der auch nicht hier ist.)* - auch nicht hier, gut, aber er wird es irgendwo hören, nehme ich an, vorm Bildschirm - der die für die Restentmilbung notwendige Oxalsäure fördert.

Die Geschäftsführerin des Tiergesundheitsdienstes Burgenland ist auch die Vorsitzende der österreichweit tätigen Arbeitsgruppe Bienen. Im Rahmen dieser ARGE werden auch Aus- und Weiterbildungen angeboten, man sieht also, dass im Burgenland schon sehr viel zum Schutz der Bienen getan wird.

Wir haben in den letzten Jahren gesteigertes Interesse am Imkerberuf und auch starke Zuwächse bei den Imkern zu verzeichnen. Darauf bin ich stolz, und daher werden wir auch weiterhin alles geben, um unsere Imker zu unterstützen.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei allen Imkern bedanken, die Sorge tragen, dass wir weiterhin auf unsere Bienen zählen können. Weiters auch beim Veterinärreferat sowie der Geschäftsführerin des Tiergesundheitsdienstes Burgenland, Frau Dr. Mramor, für ihren Einsatz ein großes Danke.

Wichtig ist, dass wir alle erkennen, welchen wertvollen Beitrag die Biene als drittwichtigstes Nutztier leistet. Da sie einen Großteil der Bestäubungsleistung übernimmt, sichert sie uns eine Vielfalt an Nahrungsmitteln, und das müssen wir uns immer wieder vor Augen halten.

Wir werden daher diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Herr Abgeordneter Walter Temmel, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe junge Freundinnen und Freunde! Aufgrund des Antrages und der Vorredner ist die Wichtigkeit der Bienen unbestritten, da sie in erheblichem Maße zur Erhaltung von Wiesen- und Kulturpflanzen und deren Erträgen beitragen. Ihre ökologische Bedeutung ist beträchtlich, und sie zählen weltweit zu den wichtigsten Bestäubern. Nach Greenpeace liegt die Bestäubungsleistung weltweit bei über 260 Milliarden Dollar pro Jahr.

Tatsache ist, die Situation der Bienen hat sich verändert. Es kam zu einem hohen Rückgang der Honigbienenvölker, die Gründe dafür sind bereits erwähnt: Varroamilben sowie neue Krankheiten, Abnahme der Pflanzenvielfalt, klimatische Veränderungen, deshalb werden gezielte imkerliche Maßnahmen immer wichtiger für die Krankheitsvorbeugung, Bienengesundheit.

Die Phase der Überwinterung stellt ebenfalls große Anforderungen an ein Bienenvolk. Lobenswert ist, dass die beiden Ministerien Gesundheit und Land- und Forstwirtschat, Umwelt- und Wasserwirtschaft - wie bereits von der Kollegin Stampfel erwähnt - ein österreichisches Bienengesundheitsprogramm 2016 erarbeitet haben.

Im Bienengesundheitsprogramm wird ein umfassendes Schulungs- und Beratungspaket bereitgestellt. Dadurch sollen die Imker selbst zur Verbesserung der

Bienengesundheit beitragen. Durch den Aufbau und die Erhaltung gesunder Bienenvölker wird gleichzeitig die wichtige Bestäubungsfunktion der Bienen sichergestellt und die Herstellung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln gesichert.

Das Bienengesundheitsprogramm gewährleistet Aus- und Weiterbildungserfordernisse für Imker, Mindesterfordernisse für Berater im Rahmen der Bienengesundheitsberatung und Qualifikationserfordernisse für Schulungspersonal.

Die Landwirtschaft und der Bienenschutz müssen kein Widerspruch sein, denn die Burgenländische Landwirtschaftskammer hat 2015 bereits eine eigene Broschüre mit dem Titel „Symbiose. Imkerei und Landbewirtschaftung - eine spannende Partnerschaft“ herausgegeben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir wissen, dass wir die Biene und den Imker, die Imkerin brauchen, denn der erfolgreiche Anbau vieler Kulturen ist von der Bestäubungsleistung der Biene abhängig. Hier gilt natürlich auch mein Dank den Imkerinnen und Imkern für ihre wertvolle Arbeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auch die Landwirtschaft braucht selbstverständlich funktionierende Ökosysteme. Die Landwirte bewirtschaften ihre Betriebe, Felder und Wiesen nachhaltig, wobei auch zeitgerechte Betriebsmittel wie Dünger und Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie sind aufgrund der Lebensmittelabsicherung notwendig. Die potenziellen Gefahren sind bekannt, und gerade deshalb wird viel in Aufklärung und Information der Bäuerinnen und Bauern investiert. Die Bewirtschaftung der Kulturlandschaft soll nicht das Leben und die Existenz der Bienen erschweren. Landwirtschaft und Imkerei müssen dauerhaft mehr als eine friedliche Koexistenz eingehen.

Biodiversitätsflächen werden eingerichtet und helfen nicht nur der natürlichen Insektenwelt, sondern auch den Bienen. Das wird ein Prozess, den wir als ÖVP jedenfalls gehen wollen und werden, und wir hoffen, dass er auf breiter Ebene Unterstützung getragen wird.

Es gibt diesbezüglich mehrerer Aktionen, wie bereits erwähnt, Biodiversitätsflächen, ein weiteres Projekt kommt vom Volksbildungswerk „Der Natur ihren Freiraum geben“, mit dem Ziel, das Bewusstsein der Menschen und die naturnahe Gartengestaltung im Hausgarten zu fördern.

Ein weiteres positives Beispiel im Rahmen des Projektes „Naturschutzberatung für Gemeinden“ organisiert hier der Naturschutzbund Burgenland ein Praxisseminar in Ollersdorf. Es sollen heimische, standortgerechte Pflanzen auch in den Grünflächen der Ortschaften mehr Verbreitung finden. Kollege Spitzmüller hat bereits erwähnt, die öffentlichen Flächen der Straßenbauverwaltung.

Lobenswert ist auch natürlich die Initiative des Bürgermeisters von Eisenstadt, Kollege Thomas Steiner, Schmetterlingswiesen anzulegen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Schmetterlingswiesen schaffen Lebensraum für Insekten und Schmetterlinge. Es gibt Blumensamen für die Eisenstädter, für den Garten oder die Blumenkästen. Die Gesamtfläche der Schmetterlingswiesen in Eisenstadt beträgt immerhin 4.355 Quadratmeter an elf Standorten, wirklich begrüßenswert.

Damit schafft man Lebensräume, Biodiversität und trägt zur Erhöhung des Wohlfühlfaktors in Eisenstadt bei. Oft sind es gerade solche, nachahmenswerte Aktionen wie in Eisenstadt, die Bürgerinnen und Bürgern sehr wichtig sind und zum Wohlfühlen beitragen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das wird auch von einer dankbaren Frau in einem Mail an Bürgermeister Steiner bestätigt, das bringe ich Ihnen jetzt gerne vor: *(Abg. Ingrid Salamon: Einmal geht es noch.)*

„Betreff: Danke für die schönen Grünanlagen! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich bedanke mich in meinem Namen und im Namen einiger Nachbarinnen und Freundinnen bei Ihnen sehr herzlich für die gelungene Gestaltung der Grünanlagen in Eisenstadt. Die Wildblumen sind eine wahre Augenweide für uns Menschen und eine Blumenweide für die Bienen. *(Beifall bei der ÖVP)* Kompliment zu dieser tollen und wahrscheinlich sogar kostengünstigen Idee! Mit freundlichen Grüßen."

Aus den erwähnten Gründen stimmen wir dem Antrag unserer Kollegen Manfred Kölly und Gerhard Hutter gerne zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Abgeordneter Günter Kovacs bitte zum Rednerpult.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Eisenstadt, in dieser Sache, das war eine einstimmige Geschichte, glaube ich, mit den Blumen, das, was Du da gesagt hast, Herr Bürgermeister Temmel. Aber dann wäre es gut, wenn man auch auf den Bienenschutz dann Richtung Mattersburg schauen würde, dort war nämlich der Herr Vizebürgermeister der ÖVP und Gemeinderäte gegen diese Resolution, was den Bienenschutz betrifft. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: So böse. Das werden wir gleich melden. Der Böse! So etwas.)*

Vielleicht machen Sie dort auch ein bisschen eine Grundarbeit. Aber kommen wir zu diesem wichtigen Projekt „Zukunft Biene Österreich". Grundsätzlich… *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das Spital haben Sie heute noch nicht erwähnt.)* Das kommt noch. Vielleicht. Aber, vielleicht wird es spannend. *(Heiterkeit bei der Abg. Mag. Michaela Resetar)*

Das Projekt „Zukunft Biene Österreich" wird durch die Universität Graz, durch Professor Crailsheim, werden Untersuchungen schon seit längerer Zeit gemacht, um diese Wintersterblichkeit der Bienen 2016/2017 darzustellen, und es sind schon sehr viele Ergebnisse vorhanden. Dieses Ergebnis kann auch schon teilweise vorweggenommen werden. So einfach, wie es sich darstellt, ist es häufig nicht.

Es spielen mehrere Komponenten auch zusammen, die nicht alleiniger Grund sind, warum es hier bei dem Bienensterben schon so weit fortgeschritten ist. An der Veterinärmedizinischen Universität wird intensiv an Viruskrankheiten geforscht, und schon einige ganz wichtige Ergebnisse sind erzielt worden.

Aber jetzt kommen wir zum Burgenland. Was hat das Burgenland bereits unternommen? Das Burgenland hat - wie gerade erwähnt - „Zukunft Biene Österreich" mitfinanziert. Auf Initiative des Veterinärdirektors des Burgenlandes und unter seiner Leitung wurden österreichweit fertige Tierärzte in einer dreijährigen Ausbildung zum „Fachtierarzt Bienen" ausgebildet.

Die ersten sechs Kandidaten wurden am 9. Juni 2017 von einer hochkarätigen Kommission an der Medizinischen Universität geprüft und sind nun Fachtierärzte für Bienen. Im Herbst unterziehen sich weitere Tierärzte dieser Prüfung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Insgesamt haben über 30 fertige Tierärzte an der Ausbildung teilgenommen. Auch zu erwähnen ist, dass Mag. Darabos diese Restentmilbung 2016/2017 zu dieser notwendigen Oxalsäure im Wert von 10.000 Euro zugesagt hat. Die Bezahlung ist nach

einer Überprüfung der vorgelegten Rechnungen in die Wege geleitet worden. Die Restentmilbung ist auch die Voraussetzung, mit gesunden Bienenvölkern in das neue Bienenjahr zu starten. Aber, kommen wir auch zu den Zahlen, nämlich, zu den Winterverlusten bei den Honigbienen.

Der Anteil der Honigbienenvölker, die den Winter nicht überleben, schwankt stark über die Jahre. Zwischen den Regionen in Österreich werden diese Völker üblicherweise im Laufe des Jahres durch die Arbeit der Imkereien, Gott sei Dank, wieder aufgebaut.

Insgesamt ist auf die 354.000 geschätzte Anzahl der Bienenvölker in Österreich seit dem Jahr 2000 auch weitgehend stabil. Den Winter 2016/2017 haben rund 23 Prozent davon aber nicht überlebt. Das sind, laut Dr. Robert Brodschneider, Institut für Zoologie an der Universität Graz, die dritthöchsten Verluste der letzten zehn Jahre. Brodschneider erhebt seit 2007 gemeinsam mit Imkerinnen und Imker die Winterverluste von Bienenvölkern in Österreich und sammelt damit wichtige Daten zum Schutz dieser wichtigen Insekten.

Eine Rekordzahl von 1.656 Imkereien hat sich heuer daran beteiligt und insgesamt 43.852 im Herbst 2016 eingewinterten Völkern auch zur Verfügung gestellt.

Im Jahr davor lag die Sterblichkeit bei geringen acht Prozent. Laut Brodschneider gab es heuer - im Gegensatz zum Vorjahr - vor allem in Vorarlberg ganz hohe Völkerverluste. Hier liegt das Burgenland, um einige Prozentzahlen noch zu erwähnen, bei 20,2 Prozent bei den Verlusten und Vorarlberg bei 33,8 Prozent an Verlusten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zusammenfassend darf ich sagen, dass wir, Gott sei Dank, bei der Wintersterblichkeit im vergangenen Jahr bei der zweithöchsten Beteiligungsrate mit 20 Prozent unter dem oben genannten österreichischen Schnitt liegen. Nur 2011 und 2012 war die Bienensterblichkeit höher.

Die Gründe dafür habe ich erwähnt und es gilt aus diesen Erkenntnissen nun die richtigen Schlüsse zu ziehen und aus gesamtösterreichischer Sicht die richtigen Schlüsse zu ziehen. Ich bedanke mich hiermit für die tolle Arbeit, die bei uns im Veterinärreferat geleistet wird. Das Burgenland ist hier, was die Bienengesundheit betrifft, auch ganz klar Vorreiterbundesland.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich bitte Herrn Abgeordneten Gerhard Steier *(Abg. Gerhard Steier: Zwei Sätze.)* zum Rednerpult.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem meine Vorrednerinnen und mein Vorredner die gesamte Thematik eindringlich beleuchtet haben, kann ich mich dem nur anschließen und festhalten, lassen Sie uns alles gemeinsam alles unternehmen, dem Bienensterben ein Ende zu bereiten und alles daran setzen, dass Gedeihen unserer Bienenvölker entsprechend zu unterstützen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Von der Regierungsbank hat sich die Frau Landesrätin Verena Dunst zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Zunächst einmal vielen herzlichen Dank an die zwei Abgeordneten Kölly und Hutter. Der Herr Abgeordnete Kölly sagt immer, seine Anträge werden negiert oder abgeändert. Das stimmt nicht. Dieses Mal sind sich alle Parteien einig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da werden die jungen Zuhörerinnen und Zuhörer, aber auch alle anderen, die uns zuhören, sehen, dass wenn es um die Sache geht, *(Abg. Manfred Kölly: Wenn das so weitergeht!)* sich dann alle Parteien einig sind. Hier geht es um Leben, hier geht es um die Gesundheit.

Ich darf gleich vorweg nehmen, dass wir drei, meine Regierungskollegin, die für Natur- und Umweltschutz zuständig ist, genauso wie der Kollege Darabos, uns geeinigt haben, dass ich kurz dazu Stellung nehme, weil wir alle drei sehr intensiv hier zusammenarbeiten müssen, wenn wir etwas weiterbringen möchten.

Dazu haben wir uns bekannt und daher arbeiten wir auch schon die letzten eineinhalb bis zwei Jahre sehr intensiv zusammen. Erstens, aus der Gesundheitsperspektive ist ganz klar, vielen herzlichen Dank für die Beiträge. Sie haben klar gesagt, wie wichtig es ist. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in dem Fall in der Abteilung 6, zugehörend dem Landesrat Darabos, mit dem Veterinärdirektor beziehungsweise, wie Sie vorher gehört haben, natürlich auch mit der Geschäftsführerin des Tiergesundheitsdienstes Burgenland an der Spitze, sehr stolz sein können.

Vom Landtag her darf ich dem Herrn Veterinärdirektor Dr. Fink gute Besserung wünschen. Er ist leider erkrankt und wir hoffen, dass er in einigen Wochen wieder zu uns stoßen kann. Beide sind hier österreichweit Vorreiter. Auf unsere Beamtinnen und Beamten dürfen wir wirklich stolz sein. Die treiben das Thema voran und ich will einfach, dass Sie das wissen, weil wir hier wirklich stolz sein können und das Burgenland hier wirklich auch zeigt, dass es uns um solche Themen geht und dass das Thema auch sehr wichtig ist.

Zum Zweiten: Sie haben alle betont es werden immer mehr Imkerinnen und Imker. Ich freue mich sehr, dass immer sehr viele junge Menschen auch mit dabei sind. Viele als Hobby, andere einfach ehrenamtlich in Vereinen, die dann auch für ihre Ortschaften, und da sind ja Städte und Gemeinden genannt worden, die das hervorragend machen. Da wird sehr vieles von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Vereinen gearbeitet. Viele, und das muss ich Ihnen auch sagen, da bin ich sehr froh, haben sich immer mehr gewerblich verschrieben.

Wir haben immer mehr Imker und Imkerinnen, die gewerblich erzeugen und in alle Welt hinaus liefern. Schauen Sie sich das einmal an. Ich selbst habe auch vor vielen Jahren, das sage ich ganz ehrlich, einmal versucht, da mitzutun. Das braucht viel Zeit. Wir haben das bald eingesehen, dass das nicht nur so nebenbei geht, weil das ja eine Verantwortung ist, wenn man Bienenstöcke hat.

Aber, ich kann Ihnen nur sagen, wir können auch hier sehr stolz sein, denn wir haben unglaublich gute Imker und Imkerinnen mit unglaublich hochqualitativen Produkten, die in alle Welt exportiert werden. Da sind auch viele, wo ich vor zwei Jahren auch nicht gewusst habe, wie sehr sich das verändert.

Zum Dritten und zum Letzten möchte ich Ihnen noch mitgeben, bitte machen Sie, wie gesagt, auch weiterhin allen junge Einsteigerinnen und Einsteigern Mut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf mich daher recht herzlich bei allen, ob jetzt ehrenamtlich oder in Vereinen oder als Einzelpersonen tätigen, die sich um das Thema annehmen, allen Imkerinnen und Imkern, danken und darf wirklich allen Mut zusprechen. Wir haben hier ganz klare Förderrichtlinien.

Einige von Ihnen haben einiges schon aufgezählt. Ob es jetzt über ÖPUL ist oder über das Österreichische Imkerprogramm. Ich möchte mich auch sehr herzlich bei allen Schulen, die mittun, bedanken. Wir haben, glaube ich, hier schon einiges bewegt, weil wir auch auf die Schülerinnen und Schüler, je jünger, desto lieber, hier auch sehr positiv auf das Naturverständnis einwirken können.

Zuletzt bedanke ich mich wirklich sehr beim Agrarminister Rupprechter. Zum Unterschied vom burgenländischen Agrarminister Berlakovich, der über die Biene gefallen ist, ist Rupprechter gescheit genug gewesen, hat sofort das Sonderprogramm die Biene 2016 mit einer Sonderrichtlinie verabschiedet. Hier können wir uns natürlich auch als Burgenland beteiligen.

In diesem Sinn soll die Imkerei hochleben, denn wir brauchen diese Produkte. Wir brauchen vor allem die Bienen draußen, damit es, so, ist wie Sie sagen, nämlich dass das Burgenland gesund bleibt und wir mit den Menschen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen im Burgenland ist somit einstimmig gefasst.

7. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 985) betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems (Zahl 21 - 694) (Beilage 998)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich ersuche den Herrn Landtagsabgeordneten Mag: Christian Sagartz, BA um die Berichterstattung zum 7. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 985, betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems, Zahl 21 - 694, Beilage 998.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems, in seiner 21. Sitzung am Mittwoch, dem 21. Juni 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Hergovich stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Hergovich gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Hergovich beantragten Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Danke. Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Zu diesem Tagesordnungspunkt, zum selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems möchte ich sagen, diesen Tagesordnungspunkt hätten wir gleich auch in der Aktuellen Stunde mit mehr Zukunftschancen für junge Menschen im Burgenland zusammen legen können beziehungsweise hätten wir auch die Aktuelle Stunde hier in diesen Punkt einbauen können.

Das ist ja bis auf einen Punkt eine „no-na“-Entscheidung, ein „no-na“-Antrag der ÖVP und deckt sich ja auch in vielen Bereichen mit dem Abänderer, den die SPÖ eingebracht hat. Ich darf kurz aus diesen Antrag hier zitieren: Die Steuerlast ist in Österreich in den letzten 20ig Jahren um 86 Prozent gestiegen“ Dem gegenüber ist die Inflation im selben Zeitraum um 44,9 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt um 72,8 Prozent gestiegen.

Der Staat erhält heute also ein deutlich größeres Stück vom Geldkuchen, als noch vor 20 Jahren. Das Österreich dauerhaft eine der höchsten Abgabenquoten in der Europäischen Union hat, ist ohnehin unbestritten. Durch die zuletzt beschlossene Steuerreform hat sich an diesem Umstand nichts geändert. No-na.

Der Satz, wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem, ist heute daher aktueller denn je. . Neue Steuern sind daher keinesfalls der richtige Weg. Aber, wer hat denn in den letzten 30 Jahren der Bundesregierung angehört? Also, seit 1987 ist die ÖVP ständig in der Bundesregierung *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber nicht alleine.)* und seit dem Jahr 2000 stellt sie auch in der damaligen Konstellation mit ÖVP-FPÖ den Finanzminister. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Na gut, in Ordnung, man kann den Karl-Heinz Grasser vielleicht nicht der ÖVP zuschreiben, *(Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir so nicht.)* aber schon gar nicht der SPÖ. Aber, 2000 bis 2007 dann Willi Molterer, Josef Pröll, Maria Fekter, Spindelegger und der Herr Schelling sind alles natürlich ÖVP Finanzminister gewesen. Ich bin da jetzt nicht der Verteidiger der SPÖ, das muss ich auch dazu sagen.

Aber, die schreiben natürlich auch und das werde ich auch zitieren: „Die Steuersysteme in Europa sind von einer immer krasseren Schieflage geprägt.

Multinationale Konzerne mit Milliardenumsätzen zahlen oft weniger Steuern, als ihre Angestellten oder heimische KMUs. Während der arbeitenden Bevölkerung die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden, nutzen Konzerne alle zur Verfügung stehenden Spielräume, um Gewinne zu verschleiern, um die Steuerlast zu minimieren. In der Europäischen Union entsteht dadurch ein jährlicher Schaden von hunderten Milliarden Euro."

Diese Lösung können wir natürlich in Österreich nicht alleine machen, dass ist auch klar. Dazu bedarf es natürlich einer EU-weiten gemeinsamen Steuerpolitik. *(Abg. Manfred Kölly: Die werden jetzt gekürzt, die Steuern.)*

Weiters wird hier in diesem Antrag auch eingebracht: Derzeit lasten alle Lohnnebenkosten auf dem Faktor Arbeit. Das benachteiligt vor allem personalintensive Betriebe und schafft den Anreiz der Automatisation, um Mitarbeiter und Sozialabgaben zu sparen.

Die SPÖ stellt aber immerhin seit dem Jahr 2008 auch den Kanzler. Also, da haben wir jetzt dann schon beide Fraktionen beieinander. Hier schließt sich aber auch wieder der Kreis zur heutigen Aktuellen Stunde. Ich muss das sagen, was der Kollege Wolf heute in der Aktuellen Stunde gesagt hat, das wird wahrscheinlich hier jeder auch bestätigen und unterschreiben.

Dass natürlich keine Fraktion hier im Hohen Haus Jugendliche nicht unterstützen möchte, das ist klar. Also, ich glaube, da sind wir uns einig, die gehören unterstützt. Aber, wenn hier steht in der Aktuellen Stunde, unsere Jugend ist kreativ und bereit neue Ideen auszuprobieren und Risiken einzugehen, das beweisen die zahlreichen Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer eindrucksvoll. Aber, gerade Startups brauchen besondere Unterstützung, um Kosten und Risiken zu senken. *(Abg. Manfred Kölly: No-na!)* Aber, mit dem werden wir es nicht lösen.

Wenn man jetzt die Startups unterstützt, werden wir die Jugendarbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommen. Das wird im positiven Sinne nicht explodieren, dass hier Startups Betriebe gegründet werden und dann auf einmal die Arbeitslosigkeit wegfliegt. Das wird es da nicht sein.

Was wir brauchen ist eine viel stärkere Unterstützung der Jungen, die hier eine Lehrstelle suchen, die Schulabgänger sind. Ich habe das in der Vergangenheit hier im Hohen Haus mehrfach schon gesagt. Natürlich auch aufgrund meiner Tätigkeit als Unternehmer.

Ich bilde seit 28 Jahren Lehrlinge aus. Ich bin kein Freund von Förderwerkstätten. Das muss ich noch einmal hier wiederholen. Wobei es natürlich eine gewisse Notwendigkeit dieser Förderwerkstätten gibt, das ist kein Thema. Aber, ich habe einen anderen Zugang dazu. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich denke mir, Lehrlinge gehören in die Betriebe und der Betrieb gehört da besser unterstützt. Also, das schaut ein bisschen anders aus und stellt sich etwas anders dar.

Ich bin auch der Meinung, dass wir in der 8. und 9. Schulstufe auch viel stärker und wesentlich intensiver Berufsbilder in den Schulen vermitteln müssten, damit diese Jugendlichen auch wissen, was auf sie zukommt, denn die kommen dann meistens aus den Schulen heraus und haben dann relativ wenig Ahnung was sie im wirklichen Leben erwartet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weiteres steht da noch, dass junge Menschen auch in der Politik mehr Chancen bekommen sollen. Sie sollen die Möglichkeit haben, ihre Ideen einzubringen und das Land gestalten zu können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo steht das?)* In diesem Antrag,

in der Aktuellen Stunde, steht das. Ja, ich habe es gesagt, es schließt sich der Kreis zur Aktuellen Stunde.

Da, muss ich sagen, gehört das auch den einzelnen Parteien in das Stammbuch geschrieben, denn das kann sicher jeder für sich selber organisieren, wie er das handhaben möchte und wie viele Jugendliche er in den Reihen haben möchte.

Für mich ist aber eines ganz klar: Für mich wäre eine ehrliche Politische Bildung in den Schulen ganz wichtig. Das sollten wir verstärkt einführen, damit die Jugendlichen hier mehr über das Bescheid wissen, was wir da im Landtag machen.

Aber, meine Herrschaften, sei es jetzt von der ÖVP oder von der SPÖ, diese Anträge und diese Aktuelle Stunde, die da heute eingebracht wurden, dazu können wir den Föhn von Kilian Brandstätter nehmen. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Weil in der momentanen politischen Phase, die wir haben, wo wir am 15. Oktober Nationalratswahl haben, sind diese Anträge und diese Aktuelle Stunde einfach heiße Luft. Danke! *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN - Abg. Mag. Franz Steindl: Da könnten wir 50 Prozent der Anträge dazu zählen. - Abg. Manfred Kölly: Warum streicht Ihr sie nicht? Ihr ändert sie einfach nur.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als nächster Redner zu Wort gemeldet, hat sich Herr Abgeordneter, Klubobmann Géza Molnár. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Die meisten Anträge bringst doch Du ein! - Abg. Manfred Kölly: Na, Gott sei Dank, dass das so ist. Ihr schlaft ja in der Pendeluhr.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag, der uns von Seiten der ÖVP vorliegt, diesen Antrag haben wir schon sehr ausführlich in der letzten Landtagsitzung debattiert, weswegen ich mich kurzhalten werde.

Zugrunde gelegen ist ja ursprünglich ein Antrag der GRÜNEN, wo es um die Vermögenssteuer ging. Wir haben da beim letzten Mal als Koalition einen Abänderungsantrag eingebracht, den wir heute als Ausschussantrag wiederum vorliegen haben. Auch den haben wir also schon besprochen.

Die zentrale Forderung in unserem Antrag ist die faire Verteilung der Steuerlast ohne die Abgabenquote insgesamt zu erhöhen. Ich habe das letzte Mal schon gesagt, ich kann auch dem Ansinnen der ÖVP einiges abgewinnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir haben uns auf diesen Abänderungsantrag geeinigt.

Ich halte für uns Freiheitliche explizit jetzt noch einmal fest: Wir sind gegen Diskussionen gegenüber Steuererhöhungen, wir sind gegen Diskussionen über neue Steuern. Der Kollege Hutter hat ja Daten und Fakten, was die Entwicklung der Steuerlandschaft in Österreich in den letzten Jahren angeht, bereits genannt.

Das ist der freiheitliche Standpunkt, denn es braucht ein Schulterschluss all jener, die unter zu hohen Steuer und Abgaben leiden, gleich ob das Unternehmer sind oder ob es Arbeitnehmer sind. No na! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet, hat sich nun Herr Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Es waren zwei interessante Beiträge zu einem Antrag. Herr Kollege Hutter hat über die Aktuelle Stunde gesprochen, die

mittlerweile schon fast sechs Stunden vorbei ist. Der Kollege Molnár hat nicht gewusst, was er sagen soll, *(Abg. Mag. Géza Molnár: Aber geh!)* weil es ihm irgendwie unangenehm ist, hier diesem Antrag nicht zustimmen zu können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die ganze Landtagssitzung war heute so ein, ja, ein Sittenbild dieser Regierung, denn es hat sich irgendwie sehr eindrucksvoll gezeigt, dass diese Landesregierung in einer Art Scheinwelt lebt. Wenn diese Regierung in den letzten beiden Jahren sachlich auch nicht viel zusammengebracht hat, in einem ist sie sicher Europa-, wenn nicht sogar Weltmeister. Nämlich, im Schönreden und im Eigenlob. *(Unruhe bei einigen Abgeordneten)*

Meine Damen und Herren! Deswegen wundert es mich ja überhaupt nicht, dass jetzt die große Angst ausbricht, weil es einen Sebastian Kurz und eine Volkspartei gibt, die eine ganz andere, eine neue Politik macht. Übrigens, die Themen, die von der Landesregierung gut abgearbeitet worden sind, denn die gibt es ja auch, sind ja zu aller meistens auf unseren Druck hin geschehen, nämlich, Stichwort Abgabe oder Mindestsicherung.

Aber nun zum Antrag selber, den wir heute diskutieren sollten, aber der von den Vorrednern nicht diskutiert wurde. Dieser Antrag müsste ja eigentlich eine ganz klare und satte Mehrheit in diesem Landtag bekommen, denn wir wollen eine Senkung der Abgabenquote in Österreich. Wir wollen die Abschaffung der kalten Progression. Wir wollen keine Erbschaftsteuer, keine Vermögenssteuer, keine Maschinensteuer, keine Schenkungssteuer.

Das ist ja nicht nur Inhalt unseres Antrages, sondern ich habe auch vor wenigen Tagen ein Interview von HC Strache gelesen, dass sind auch die Eckpunkte *(Abg. Mag. Géza Molnár: Richtig!)* des FPÖ Wirtschaftsprogramms, sagt er zu mindestens. Wie ich das gelesen habe, habe ich mich eigentlich total gefreut, weil ich mir gedacht habe, der Herr Strache hat vom Wirtschaftsprogramm der ÖVP gut abgeschrieben. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Das macht uns auch überhaupt nichts, weil wir sind ja wirklich froh darüber, wenn jemand unsere Inhalte übernimmt. Daher habe ich mir gedacht, super, denn unser Antrag müsste eigentlich damit eine überwältigende Mehrheit im Landtag bekommen.

Ja, müsste er, wenn nicht die FPÖ Burgenland ihrer eigenen Bundespartei in den Rücken fallen würde, *(Abg. Mag. Géza Molnár: Oh!)* und wenn ich der FPÖ Burgenland sagen würde, wir sind für Erbschaftvermögen, *(Abg. Wolfgang Sodl: Reiche und Superreiche!)* für Vermögenssteuer, *(Abg. Wolfgang Sodl: Reiche und Superreiche zu schützen.)* für die Maschinensteuer und gegen die Senkung der Abgabenquote.

Unter dem Strich bleibt halt, die FPÖ muss sich verrenken, *(Abg. Mag. Géza Molnár: Wo?)* die FPÖ muss sich teilweise auch verleugnen, nur dass der große rote Bruder zufrieden ist und das es keinen Liebesentzug gibt. Offensichtlich ist das so.

Ja, nicht Kilius, sondern Kilian Brandstätter, das ist, ich möchte schon sagen, dass ich heute über einige Rednerbeiträge schon einigermaßen entsetzt war, insbesondere über den vom Herrn Kollegen Brandstätter. Das war ein Auftritt, *(Abg. Robert Hergovich: Der war sehr gut! Sehr gut!)* der nicht von einem jungen Menschen war, sondern von einem, den eigentlich diese uralt rot-blaue Politik persönlich infiziert hat. Das muss man wirklich sagen. Er hat auch einen Kommentar eines Journalisten zitiert. Es wäre eigentlich viel besser, sich die Zitate der eigenen Reihen zu Herzen zu nehmen.

Jetzt ist leider der Kollege Rezar nicht da, aber der hat ja ein bemerkenswertes Zitat im Zusammenhang mit dem KRAGES Skandal von sich gegeben. Er hat gemeint, für mich ist das ein Ausdruck des Systems Niessl, denn wer anderer Meinung ist, fliegt. Diese Vorgehensweise erinnert mich fast an Nordkorea.

Das, Herr Kollege Brandstätter, sollten Sie sich wirklich zu Herzen nehmen und nicht wie ein Pionier des Sozialistischen Jugendverbandes Kim Jong-un auftreten.

Der Kollege Rezar kommt gerade herein. Das ist wie eine gute Inszenierung, auf das Stichwort kommt er. Der Kollege Rezar wird nämlich Nordkorea nicht von ungefähr als Vergleich für die rot-blaue Regierung herangezogen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Er wird sich das schon gut überlegt haben.

Ich kenne jetzt den Kollegen Rezar schon wirklich lange und er ist ein hoch intelligenter Mensch, auch wenn seine politischen Einschätzungen manchmal daneben liegen, wie er heute bewiesen hat. Nämlich, als er darüber gesprochen hat, wer in Zukunft die Stadt Neusiedl am See führen soll. Aber, unabhängig davon ist er ein intelligenter Mensch, der ganz genau weiß, was er tut und der ja auch diese Landesregierung mitgewählt hat, was ihm heute wahrscheinlich schon einigermaßen Leid tut, den der Vergleich mit Nordkorea hat auch eine gewisse Symbolkraft.

Wenn man sich die Flagge von Nordkorea ansieht, viel Rot wenig Blau, *(Der Abgeordnete hält ein Bild der Fahne von Nordkorea in Händen. -Abg. Mag.a Michaela Resetar: Super!)* hat das wirklich einen Sinnzusammenhang. Kollege Rezar, das hast Du wirklich mit der feinen Klinge gemacht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Abschließend, damit es nicht zu lange dauert, möchte ich der FPÖ Burgenland noch einmal die Chance geben, gegen den beabsichtigten Verrat an HC Strache zu revidieren. Daher bringe ich noch einmal unseren Antrag als Abänderungsantrag ein und darf die Beschlussformel verlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine Senkung der Abgabenquote und die Abschaffung der kalten Progression zur Entlastung des Mittelstandes einzusetzen. Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung ausdrücklich gegen die Einführung einer möglichen Erbschafts-, Schenkungs-, Vermögens- oder Maschinensteuer einzusetzen. *(Der Abgeordnete Mag. Thomas Steiner überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag – Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gem. § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Der Landtagsabgeordnete, Klubobmann Robert Hergovich ist als nächster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren Abgeordneten! Kollege Steiner hat zuvor von einer Schweinwelt gesprochen. Ja, ich glaube, das ist ganz zutreffend. Insbesondere dann, wenn man sich die Debattenbeiträge vor einigen Tagesordnungspunkten zum Thema Neusiedl am See angehört hat, dann wird diese Scheinwelt, in der sich die ÖVP Funktionäre hier bewegen, deutlich sichtbar.

Man kann durchaus sagen, dass grundsätzlich die Finanzen nicht die Kernkompetenz der ÖVP sind. Das hat man beeindruckend am Rechnungshofbericht für Neusiedl am See abnehmen dürfen.

Mich wundert das schon sehr, Herr Kollege Steiner, dass Sie dauernd von der jungen neuen Politik sprechen, weil so jung sind Sie ja auch nicht mehr. Auch optisch sind Sie nicht mehr ein 15-Jähriger. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schau einmal Dich an!)* Sie sind seit eh und je in der Politik tätig, als Mitarbeiter des damaligen Landeshauptmann-Stellvertreters und seit einigen Jahren Berufspolitiker. Hier also vom neuen Stil zu sprechen ist durchaus beeindruckend, wenn man selber sozusagen aus der alten Politik kommt und diese alte Politik und die Werte der alten Politik seit Jahren vertritt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, wenn Sie über Nordkorea sprechen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Kollege Rezar, nicht ich!)* oder über Verhältnisse wie Nordkorea, dann fällt mir immer nur eines ein, nämlich, die Stadt Eisenstadt.

Denn alle Dinge, die wir so peripher von der Stadt mitkriegen müssen, erinnern sehr an nordkoreanische Verhältnisse. Insbesondere, wenn man mit Feuerwehrleuten umgeht, die hart und fleißig im Einsatz sind und sich für andere einsetzen, die dann mit Konsequenzen rechnen müssen, wie man mit anderen politischen Parteien umgeht und so fort.

Wenn man also von Nordkorea spricht, dann sollte man aufpassen, denn da könnte man durchaus auch den Spiegel hingehalten bekommen und das tut dann manchmal durchaus auch weh. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Kollege Rezar hat von Nordkorea gesprochen, nicht ich!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun aber zum eigentlichen Thema. Wir haben das im Wesentlichen vor einem Monat in der Landtagssitzung ausführlich diskutiert. Die Standpunkte wurden dargestellt und die Inhalte formuliert. So gesehen kann man nur Ergänzungen durchführen.

Ich halte aber schon fest, dass die Bundesregierung im Jahr 2015 eine Steuerreform durchgeführt hat, die nicht ohne war. Denn, die Arbeitnehmer, die Pensionisten, die Unternehmer und die Niedrigverdiener wurden immerhin mit fünf Milliarden Euro entlastet.

Fünf Milliarden Euro, die bei dieser Steuerreform den Menschen zugeführt wurden. Der Wirtschaftsstandort und der Arbeitsmarkt haben davon enorm profitiert, weil natürlich die Wirtschaft angekurbelt und die Kaufkraft erhöht wurde. Die Wirtschaft hat gutes Geld dabei verdient, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben davon profitiert. Jobs sind abgesichert beziehungsweise neue sind geschaffen worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Umso mehr bin ich erstaunt, wenn ich nun den Antrag der ÖVP lese. Die ÖVP schreibt hier, ich zitiere: Durch die zuletzt beschlossene Steuerreform hat sich nichts geändert.

Ich erinnere nur noch einmal daran - fünf Milliarden Euro an Entlastungen sind, zumindest für mich, eine durchaus ordentliche Summe, die hier die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kleine Unternehmungen, die Pensionistinnen und Pensionisten erhalten haben. 1.600 Euro Entlastung netto für eine Familie ist eine ordentliche Summe, ist ein ordentlicher Beitrag. So würde ich das sehen.

Die ÖVP sieht das anders. Die ÖVP schreibt: Durch die zuletzt beschlossene Steuerreform hat sich nichts geändert. Ich wiederhole: 1.600 Euro an Ersparnis im Jahr für eine Familie. Gut. Offensichtlich gibt es also auch unterschiedliche Scheinwelten, aber vielleicht kann man es so formulieren.

Eines halte ich durchaus fest: Für Millionäre oder Konzerne wurden sozusagen keine Erleichterungen geschaffen, denn für die ist der Betrag von 1.600 Euro für eine Familie auch nicht wichtig.

Aber, darum geht es uns. Wir wollen Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Pensionistinnen und Pensionisten und kleine Unternehmungen entlasten, nicht aber die Millionäre. Das ist vielleicht auch das Problem der ÖVP, denn dort stehen nicht die Kleinen und die unteren Einkommensbezieher, sondern die Konzerne im Mittelpunkt.

Da haben wir einen anderen politischen Zugang. Uns sind die Konzerne nicht so wichtig. Im Gegenteil, denn wir sind der Meinung, sie sollten einen ordentlichen Beitrag leisten, nämlich, sie sollten genauso ihre Steuern zahlen, wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie sollten genauso Steuern zahlen wie die kleineren und mittleren Betriebe, die hart und fleißig arbeiten und ordentlich Steuern zahlen müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Uns geht es also darum, auch die Konzerne zur Kasse zu bitten, denn die sollten auch ihren Beitrag leisten. Wir sollten vielmehr die Steuerflucht bekämpfen. Da würden wir Ihre Unterstützung benötigen, da wäre es gut, wenn Sie diesem Antrag auch zustimmen würden, denn das wäre wesentlich und keine Scheinwelt mehr. Konzerne sollten ihre Beiträge leisten und die Steuersümpfe sollten trockengelegt werden, darum geht es. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Klubobmann! Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze, weil viele verbale Dinge gefallen sind, die, glaube ich, doch einer Widerrede bedürfen. Zum einem ist es immer wieder unterhaltsam, wenn von bestimmten Parteien, in dem Fall wart es eben Ihr, aber es kann auch für andere gelten, Anträge gestellt werden, zum Beispiel, in 20 Jahren beklagt man sich, dass die Abgabenlast gestiegen wäre und 15 Jahren davon stehen schwarze Finanzminister, dem zuständigen Resort vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vielleicht aber doch auch eine Ergänzung zum Kollegen Hutter, den ich sehr schätze, aber, Karl Heinz Grasser ist definitiv ein ÖVP-Finanzminister. Das war, wenn ich mich recht erinnere, ja der Schlager aus dem Jahr 2002, wo, glaube ich, der Wolfgang Schüssel den 1. Platz errungen hat. Naja, von 2002 bis 2107 sind das genau 15 Jahre, wenn man sich kurz zurückerinnert.

Aber unabhängig davon vielleicht ein zweites Ding, das war die Fahne von Nordkorea. Ich weiß nicht, man könnte natürlich jetzt die Flächen vermessen, einmal schauen wie das Ergebnis im Verhältnis zur Wahl ausgeht. Aber das Entscheidende bei dieser Fahne ist, es ist Null schwarz drinnen. Also das ist schon einmal etwas Positives was man an Nordkorea finden kann. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Aber zum Sachlichen, nur zwei Aspekte: Das Eine, es ist natürlich vollkommen richtig was gesagt worden ist über die Besteuerung von Konzernen, was natürlich ein hoffnungsloses Unterfangen ist, wird sein, wenn man da auf EU-Regelungen wartet.

Ertragsbesteuerungen und um die geht es ja, Körperschaftssteuer, Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer und dergleichen mehr sind in nationaler Hand. Und es gibt natürlich viele Länder, Großbritannien scheidet ja jetzt aus, aber Irland oder Malta, das ist ja alles bekannt, die das mit Zähnen und Schlagen verteidigen werden, oder sicherlich niemals zustimmen werden.

Das ist eine Einstimmigkeit in ein anderes Entscheidungsverfahren auf EU-Ebene, was in ein Mehrheitsverfahren überführt wird. Also ich glaube, das können wir uns abschminken, das ist definitiv eine nationale Aufgabe hier zu einer faireren Besteuerung, auch von Konzernen beziehungsweise von Großbetrieben, beizutragen.

Es gibt dazu Mittel, es gibt andere Staaten die das sehr gut gelöst haben. Man müsste halt den Willen dazu zeigen und da bin ich mir nicht so sicher, mit 15 Jahren ÖVP-Finanzminister, ob wir dort auch wirklich so uneingeschränkt, wie es hier oft präsentiert wird im Landtag, ob der auch im Bund so herrscht.

Und das Zweite: Von der Beschlussformel, es ist im Prinzip ja alles zu unterschreiben, es stimmt. Kalte Progression wollen auch wir abschaffen, das stimmt.

Zur Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer habe ich, glaube ich, bei der letzten Landtagssitzung lange geredet und ich habe da entsprechend Applaus von Eurer Seite geerntet.

Das Einzige was mich immer stört, das ist aber jetzt nicht im Landtag, sondern das trifft auch die Diskussion auf Bundesebene, ist Senkung der Abgabenquote, ist ja recht und schön, aber es gehört einmal konkretisiert, wie will man das senken?

Dort steht zwar, die kalte Progression abschaffen, das ist richtig, das ist sicherlich ein kleinerer Bestandteil. Aber wollt Ihr bei der Umsatzsteuer etwas machen, oder die Normverbrauchsabgabe oder die Mineralölsteuer, oder was auch immer, da gibt es ein ganzes Potpourri an Möglichkeiten, das man tunlichst in ein Konzept aus einem Guss gießen sollte. Und das ist halt leider nicht passiert.

Wir haben das nach bestem Wissen und Gewissen bei unserem Wirtschaftskonzept versucht. Es wird erst präsentiert. Das ist auch das Pech für Euch, dass wir das nicht abschreiben können. Daher werden wir erst im September oder Ende August damit rausgehen. Man wird ja sehen, ob von Euch bis dorthin konkrete Vorhaben kommen werden.

Ich bin ehrlich gesagt nicht so optimistisch und das ist glaube ich das Schlüsselelement, dass die Menschen nicht wissen was passiert. Werden die Hoteliers vielleicht bei der Umsatzsteuer wieder auf zehn Prozent reduziert? Wird vielleicht endlich diese unsagbare Flugverkehrsablage gestrichen?

Wir haben hier sogar, glaube ich, einen einstimmigen Beschluss für die Schaumweinsteuer getroffen, die bis heute nicht abgeschafft worden ist und dergleichen mehr. *(Abg. Gerhard Steier: Das sind keine Milliarden.)* Also da würde ich mir schon wünschen, dass es hier konkrete Maßnahmen gibt. Was will man erreichen? Wie passt das in eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie?

Und dann glaube ich, wird auch die entsprechende satte Mehrheit zu finden sein. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Sie fordern mich natürlich auf. Ich möchte das nur ganz kurz machen. Es ist nämlich wirklich interessant, sowohl bei Dir als auch beim Kollegen Hutter, immer dann, wenn die Argumente ausgehen, dann schaut man in die Vergangenheit und sagt was war vor 15 Jahren, vor 20 Jahren?

Das ist eben der Unterschied zwischen dieser Uraltpolitik und der neuen Politik, die wir vertreten. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Wir schauen in die Zukunft und nicht 20 oder 25 Jahre zurück. *(Abg. Manfred Haidinger: Da muss er selber lachen.)*

Und Kollege Hergovich, weil Sie in Ihrer Rede gemeint haben, so quasi ich bin nicht mehr der Jüngste. Ich meine, Prinz sind Sie auch keiner, also lassen wir es dabei bleiben. *(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kronprinz.)*

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsageordneten Mag. Steiner eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Für Erbschaftssteuer, für Vermögenssteuer, für Maschinensteuer, für... – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Herr Kollege Steiner, wir befinden uns in einem Abstimmungsvorgang und ich ersuche Sie höflichst und alle anderen Kolleginnen und Kollegen auch, beim Abstimmungsvorgang sich ruhig zu verhalten. Danke.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Diese Entschließung betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragen Fassung mehrheitlich gefasst.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 767) betreffend Auslandsstipendien für burgenländische Studierende (Zahl 21 - 541) (Beilage 999)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 767, betreffend Auslandsstipendien für Burgenländische Studierende, Zahl 21 - 541, Beilage 999.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht mehr da.)*

Moment! Nachdem sich Herr Landtagsabgeordneter Rosner ab 16 Uhr 30 Minuten für die Landtagssitzung entschuldigt ist, ersuche ich den Herrn Obmann des gemeinsamen Ausschusses, nämlich Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar die Berichterstattung zu übernehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Obmann, um Ihren Bericht.

Berichterstatter Dr. Peter Rezar: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Auslandsstipendien für burgenländischen Studierende in ihrer 18. und abschließend ihrer 22. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 21. Juni 2017, beraten.

Landtagsabgeordneter Rosner wurde in der 18. Sitzung zum Berichterstatter gewählt. Dankenswerterweise darf ich heute als Vorsitzender die Berichterstattung vortragen nachdem der genannte Abgeordnete nicht mehr im Hause ist.

Nach seinem ergänzenden Bericht stellte Landtagsabgeordneter Rosner den Antrag, dem Landtag zu empfehlen dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Auslandsstipendien für burgenländische Studierende unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Obmann, Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar, für seinen Bericht und erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht also um Auslandsstipendien für burgenländische Studierende. Wir werden uns einig sein, glaube ich, dass ein Auslandsaufenthalt wichtig ist. Man lernt fremde Länder, fremde Kulturen kennen, soziale Kompetenzen werden verstärkt und so weiter.

Ich möchte einmal prinzipiell darlegen, dass man unterscheiden muss zwischen zwei Arten von Richtlinien zur Gewährung eines Auslandsstipendiums und zwar gibt es solche, also Richtlinien für Schüler und solche für Studierende.

Seit Beginn des Sommersemester 2010 gewährt das Land an Studierende, die sich aus Studienzwecken im Ausland aufhalten, ein Stipendium in der Höhe von 600 Euro pro Semester. In Ausnahmefällen und wenn der Aufenthalt ein Jahr beträgt, kann der Zuschuss ein zweites Mal vergeben werden.

Ich erwähne nur ein paar Fakten: Bezugsberechtigt sind Burgenländerinnen und Burgenländer unter 26 Jahren mit der österreichischen Staatsbürgerschaft, die an einer österreichischen Universität oder Fachhochschule inskribiert sind, vor allem den Hauptwohnsitz im Burgenland haben und natürlich auch einen positiven Studienerfolg.

Seit dem Sommersemester 2013 gibt es eine finanzielle Förderung für Schüler und Schülerinnen, die ein oder mehrere Semester eine Schule im Ausland besuchen. Diese Förderung ist ab dem 01.01.2017 einkommensabhängig und auch sozial gestaffelt.

Bezugsberechtigt sind, um das kurz zusammen zu fassen, Schülerinnen und Schüler Mittlerer und Höherer Schulen, mit österreichischer Staatsbürgerschaft beziehungsweise EU-Staatsbürgerschaft und wieder, die ihren Hauptwohnsitz im Burgenland haben und einen positiven Schulerfolg haben, die Höhe beträgt zwischen 600 und 1.750 Euro pro Semester.

So, der vorliegende Antrag verlangt jetzt, dass diese Richtlinien für Studierende denen für Schüler angepasst werden. Es muss dabei erwähnt werden, dass es für Studierende sowieso schon Unterstützung gibt. Zum Beispiel, es gibt im Burgenland keine Studiengebühren an FH's, an Pädagogischen Hochschulen, es gibt einen Zuschuss zum Semesterticket.

Und zusätzlich stellt sich hier nun die Frage des Förderbedarfs und der vorhandenen Mittel. Dazu gibt es eine Stellungnahme, die angefordert wurde, von der Abteilung 7, die besagt und die feststellt, dass seit Bestehen des Förderprogramms „Schulbesuche im Ausland“ genau zwei Förderungen administriert wurden. Die Förderhöhe betrug 5.250 Euro.

Für Studierende hingegen wurden im Jahr 2016 insgesamt 25 Auslandsstipendien vergeben, Gesamtsumme natürlich mal 600 ergibt 15.000 Euro. Seit der Erweiterung um die FH-Studenten, also um die Studenten der Fachhochschulen ist laut Abteilung 7 mit einer moderaten Steigerung von fünf Personen zu rechnen.

Bei Anpassung dieser beiden Richtlinien jetzt, die ja in dem Antrag verlangt wird, hätte das folgende finanzielle Auswirkungen: Wenn die Prognose niedrig ist, also immer eine Steigerung um fünf Personen, dann würde das im Jahr 2017 18.000 Euro bedeuten, 2018 21.000 und 2019 24.000 Euro.

Bei einer mittleren Prognose würde das dann 2017, 2018, 2019 jeweils gesehen 37.500 Euro, 43.750 und schließlich im Jahr 2019 50.000 Euro betragen. Und bei einer hohen Prognose wären das im Jahr 2017 52.500 Euro, 2018 61.250 und im Jahr 2019 70.000 Euro.

Dazu kommen, wozu auch die Abteilung 7 eine Stellungnahme abgibt, Abwicklungskosten beziehungsweise ein Bearbeitungsaufwand durch die Abteilung 7. Es wurde keine zusätzliche Dienstkraft zur Verfügung gestellt. Derzeit wird die Förderinitiative, bei zirka 25 Anträgen, von einer Mitarbeiterin in der Verwendungsgruppe c zusätzlich zu ihren sonstigen Tätigkeiten administriert.

Das beträgt im Jahr ungefähr 150 bis 200 Stunden, die werden quasi dafür aufgewendet. Eine mittelfristige Steigerung des Abwicklungsaufwandes in der Abteilung 7 um zirka 20 bis 30 Jahresstunden wäre möglich, stellt die Abteilung 7 fest, die kalkulierte

Steigerung sollte innerhalb der Abteilung 7 jedoch ohne zusätzlichen Dienstposten administrierbar sein. Das heißt, es sind doch, sowohl in finanzieller als auch in administrativer Hinsicht, bei einer Angleichung dieser Richtlinien, mit solchen Dingen dann zu rechnen.

Wir sind der Meinung, dass wie in unserem Abänderungsantrag vorgesehen, das bestehende Fördermodell für Studierende weitergeführt werden soll. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum vorliegenden Antrag meine Ausführungen beginne darf ich kurz die Aktuelle Stunde replizieren.

Lieber Kilian, genau dieser Stil, den Du heute an den Tag gelegt hast, ist der Grund dafür warum sich immer mehr Menschen und vor allem junge Menschen von der Politik distanzieren, warum man das Vertrauen in die Politik verliert beziehungsweise warum die Menschen die Fernsehgeräte abschalten sobald die Nachrichten kommen. *(Abg. Ingrid Salamon: Unglaublich.)*

Das ist der Beweis, dass es einen neuen Stil braucht in der Politik, das es einen neuen Weg braucht im Land. Ich bin ein Kämpfer für diesen neuen Stil, für den werde ich mich einsetzen und ich finde es schade, dass Du hier einen anderen Zugang pflegst. *(Beifall bei der ÖVP)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die rot-blaue Landesregierung hat sich im Jahr 2015 zum Ziel gesetzt Burgenlands Verwaltung moderner, schneller, effizienter und bürgernäher zu gestalten. Am konkreten Beispiel des vorliegenden Antrags muss man sich leider eingestehen, dass es bei diesen Ankündigungen leider einige Lücken gibt.

Denn der nun zur Diskussion vorliegende Antrag wurde Ende Jänner von meinen Kolleginnen und Kollegen und mir eingebracht. Im März ersuchte der Ausschuss um eine Stellungnahme aus der Fachabteilung bis zum 20. April. Die Frist verstrich, die Stellungnahme blieb ausständig. Nach nochmaligem Ersuchen erfolgte dann am 20. Juni die Aushändigung der Stellungnahme, um es nun, ein halbes Jahr später, im Landtag diskutieren zu können.

Meine geschätzten Damen und Herren, das zeigt mit welcher Intensität hier gearbeitet wird, mit schnell und effizient hat das gar nichts zu tun. Da gibt es noch einiges an Aufholbedarf.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ein Auslandsaufenthalt während der Ausbildung, wir haben es vorhin schon gehört, ist heutzutage für die Jungen fast unerlässlich. Er bringt einige Erfahrungen mit sich im Bereich der sprachlichen Kompetenzen, der kulturellen beziehungsweise Sozialkompetenzen und ist, glaube ich, in Zeiten wie diesen enorm wichtig für die heutige Jungend um in der Arbeitswelt bestehen zu können.

Ich darf erinnern, dass dieses Stipendiumsystem, von dem der Kollege Richter vorhin gesprochen hat, im Jahr 2013 von der ÖVP initiiert wurde und umgesetzt wurde. Während jetzt im Landesressort der Landesrätin Eisenkopf diese Richtlinie für Schüler

erhöht wurde und sozial gestaffelt wurde, was ich persönlich für richtig und gut empfinde, verschläft der Regierungskollege Landesrat Bieler diese Maßnahme für Studierende.

Ich persönlich finde es schade, dass diese neue Richtlinie nur für Schüler gilt. In punkto Finanzierung, Herr Kollege Richter, brauchen wir uns nur die Repräsentationsaufwendungen im Rechnungsabschluss ansehen. Ich glaube da wäre der eine oder andere Euro auch drinnen den man diesem Projekt widmen könnte.

Es darf hier, meine geschätzten Damen und Herren, nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, für Studierende sind im Sinne der Gleichstellung die gleichen Förderungen zu gewähren. *(Beifall bei der ÖVP)*

In diesem Sinne darf ich einen Abänderungsantrag einbringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert die Richtlinie zur Gewährung eines Auslandstipendiums für Studierende an die Richtlinien zu Gewährung eines Auslandsstipendiums für Schüler anzugleichen. *(Der Abgeordnete Patrick Fazekas übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag. – Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden wird.

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Landtagsabgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Den Kilian brauche ich nicht verteidigen und schon gar nicht rechtfertigen. Kilian, zwei Jahre im Landtag, herzlichen Glückwunsch! Deine Arbeit spricht für Dich und für die Jugend im Burgenland. Gratuliere! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ja zum Status quo wie das mit Auslandstipendien für Studierende ausschaut haben wir schon genug gehört. Das Burgenland unterstützt die Jugendlichen mit keinen Studiengebühren an den FHs und BEH, Zuschuss zum Semesterticket. Die Zugangsvoraussetzungen sind die gleichen für beide, für Schülerinnen und Schüler und für Studenten.

Ich möchte auf zwei Dinge ganz konkret eingehen. Das Erste, man soll sich schon genau überlegen woher kommt dieses Geld, das genommen wird für die Auslandstipendien für Studierende. Dieses Geld kommt aus dem Kulturbudget. Das Kulturbudget hat zirka drei Millionen Euro frei verfügbar. Das heißt, diese drei Millionen Euro sind dazu da, um die Kulturoffensiven und Initiativen in unseren Gemeinden aufrechtzuerhalten.

Das heißt, die Musikvereine, alle Tanzgruppen, alle Volksgruppen, Tradition und Kultur wird von diesen Vereinen hochgehalten und die bekommen dieses Geld. Alles Geld, das wir in die Stipendien für Auslandsstudierende investieren, muss natürlich auf der anderen Seite diesen Vereinen weggenommen werden, das kommt zum einen dazu.

Und das Zweite grundsätzlich, Stipendien sind Angelegenheit des Bundes, das heißt des Wissenschaftsministeriums. Und wir verwehren uns ganz konkret dagegen, es können nicht ständig alle Kosten des Bundes vom Land übernommen werden. Wir sind nicht die Melkkuh der Nation.

Es ist natürlich wichtig, dass die jungen Menschen die Möglichkeit bekommen im Ausland einen Teil ihres Studiums zu absolvieren. Für die Schüler gibt es zusätzlich die Möglichkeit an Comeniusprojekten teilzunehmen, das habe ich selbst in der Praxis miterlebt wie gut das funktioniert.

Für die Studenten gibt es solche Programme wie das Erasmusprogramm, und was nicht vergessen werden darf, es gibt auf Bundesebene im Rahmen des Studienförderungsgesetzes Beihilfen für Auslandsstudien in Form eines Zusatzstipendiums.

Und vor allem noch etwas, dieses Stipendium wird den Studenten gewährt die auch Anspruch auf ein Stipendium im Inland haben und während des Auslandsaufenthaltes bekommen die Studenten auch ihr Stipendium aus Österreich, ihr normales Stipendium.

Die Bewilligung ist nämlich von der inländischen Studienbeihilfenbehörde notwendig und die Höhe der Kosten im jeweiligen Land ist abhängig natürlich von den Kosten die im jeweiligen Land sind. Und dann gibt es zusätzlich zum normalen inländischen Stipendium maximal 582 Euro pro Monat zum zusätzlichen Stipendium und noch dazu Reisekosten, die im Schnitt innerhalb Europas pro Land monatlich 146 Euro, außerhalb Europas 581 Euro pro Monat betragen. In Australien sogar 1.029 Euro.

Das heißt, die Studierenden bekommen die Förderung ihres normalen Stipendiums, des Auslandstipendiums und sie bekommen einen Reisekostenzuschuss.

Wir fordern daher, dass natürlich der Bund weiterhin kostenlos den Studienzugang gewährleistet. Wir gehen mit dem Steuergeld der Burgenländerinnen und Burgenländer verantwortlich um. Wir wollen, dass die Kulturvereine weiterhin arbeiten können mit der finanziellen Unterstützung des Landes.

Und wir wollen das Fördermodell für Auslandsstipendium für Studierende weiterführen und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und des Förderbedarfes eine Wertanpassung prüfen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter, Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Ich muss aus aktuellem Anlass mich noch einmal kurz zu Wort melden. Nachdem sich der dritte Mandatar der ÖVP jetzt noch einmal hergestellt hat und die Aktion von Kilian Brandstädter, mit der Übergabe des Föhns, kritisiert hat darf ich schon eines dazu sagen. *(Landesrätin Verena Dunst: Ich bekomme alle Wochen so ein Geschenk. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich hätte auch gerne einen Föhn. - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: So ein Geschenk braucht keiner kriegen.)*

Herr Kollege Sagartz oder Herr Kollege Fazekas, was ist jetzt der neue Stil? Was ist der neue Stil? Der neue Stil ist wehleidig zu sein und diese Wehleidigkeit ist aber leider sehr durchsichtig. Sie messen ja mit zweierlei Maße, die Kollegen der ÖVP. Es ist austeilen aber ja nichts einstecken. *(Landesrätin Verena Dunst: Ja, habe ich auch schon gesagt. - Abg. Walter Temmel: Das sagst Du jetzt.)*

Denn da gibt es einen Jungmandatar der aufgrund einer wirklichen Schmähparade, die aufgrund der Nationalratswahl heute inszeniert wurde, einem anderen Jungmandatar, der zwar jetzt kein Spitzenkandidat ist aber doch ein Kandidat ist für die Nationalratswahl, einen Föhn gibt, damit signalisiert er, da gibt es keinen Inhalt, das ist alles nur heiße Luft.

Dann geht der Klubobmann heraus und beginnt das zu kritisieren und sagt, ein Wahnsinn und das kann man ja nicht tun und dann geht der betroffene Abgeordnete heraus und ist auch dann noch einmal wehleidig. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Herr Kollege Hergovich, ich habe mich nicht zu Wort gemeldet.)*

Herr Kollege Sagartz wissen Sie, eines ist geblieben denn die ÖVP ist beleidigt. Ich erinnere wie Sie in der letzten Sitzung Problembären verteilt haben, also nicht einen Föhn, Problembären verteilt haben. *(Landesrätin Verena Dunst: Genau! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe mich aber nicht zu Wort gemeldet.)*

Ich erinnere wie der Kollege Temmel da gestanden ist und der Kollegin Dunst eine Rechenmaschine verteilt hat. Und dann ist es sogar soweit gewesen, ich weiß nicht wer das von der ÖVP war, mit *(Abg. Walter Temmel: Wer hat denn das gesagt? – Unruhe bei der ÖVP)* einem geschmacklosen Comic, wo die Frau Landesrätin anscheinend auf Bauern zielt mit einem Gewehr, und Sie gehen her und sagen der Föhn, das ist nicht in Ordnung? Das ist beleidigt. *(Abg. Walter Temmel: Wer hat denn das gesagt?)*

Wissen Sie, ist das der neue Stil? *(Abg. Walter Temmel: Wer hat denn das gesagt?)* Wissen Sie, was das auf jeden Fall ist, es ist das Beleidigt sein der uralten ÖVP sonst nichts. *(Abg. Walter Temmel: Wer hat denn das gesagt? – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Danke Frau Präsidentin! Lieber Robert, Du musst das verwechselt haben. Ich habe mich heute nicht in dieser Sache zu Wort gemeldet, es war der Kollege Wolf. Ich möchte das nur zur Kenntnis bringen. *(Abg. Robert Hergovich: Dann war es der Wolf, ist ja wurscht. – Abg. Walter Temmel: Ist nicht so genau.)*

Nein, Du hast mich persönlich gefragt, also werde ich auch persönlich antworten. *(Abg. Robert Hergovich: Entschuldige, es war der Kollege Wolf.)* Eben, darf ich dann trotzdem weiter fortfahren?

Geschenke populistisch zu verteilen, sehr gerne, gegen das Geschenk hat heute niemand etwas gesagt. Das Einzige was mir aufgefallen ist, Ihr verwendet immer mehr Zeit der heutigen Debatte, 50 Prozent bekommt der Herr Kurz, dann ist die böse ÖVP und dann bleiben ein paar Zentimeter vom ganzen Parameter der heutigen Redenbeiträge für Eure Themen, *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Klaudia Friedl: Das hättest Du gerne.)* für Eure Themen.

Ich möchte Euch ganz ehrlich sagen, von Beleidigt sein kann keiner reden. Ausgeteilt wurde heute genug. Und wenn ich nur den Kollegen Haidinger zitieren darf, dann nehmen wir das zur Kenntnis, man möchte halt den Wahlkampf direkt in den Saal bringen, wird in Ordnung sein. *(Abg. Edith Sack: Das hast aber Du schon bei letzten Sitzung gemacht.)*

Aber eines möchte ich schon sagen, *(Allgemeine Unruhe)* eines möchte ich schon sagen. Ich habe in der letzten Sitzung dreimal bemerkt, dass ich missverstanden wurde. Als ich mich korrigieren wollte, ist mir das von der betroffenen Person verwehrt geworden, *(Abg. Christian Illedits: Was ist das jetzt wieder?)* aber alle anderen haben groß aufgesagt hier. *(Abg. Christian Illedits: Muss das sein?)*

Ich möchte Dir nur sagen, ich pflege den Stil und, Kollege Haidinger, deswegen sage ich das hier, ich habe es nicht vom Rednerpult getan. Ich habe Dir ganz persönlich gesagt, dass aus meiner Sicht die heutige Wortwahl übertrieben war.

Und ich werde mit jedem hier im Hohen Haus den persönlichen Umgang pflegen und ihm das ins Gesicht sagen, was ich denke weil, er kann mir das auch und das gilt für alle ÖVP Mandatare genauso.

Das werden wir uns nicht verwehren lassen, kritisch zu sein und jeder der selber kritisch ist weiß, die ÖVP ist sicherlich nicht wehleidig *(Abg. Robert Hergovich: Und wie wehleidig.)* und schon gar nicht, nicht bereit Euch zuzuhören. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher über den Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag den Herrn Berichterstatters abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesem Antrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Förderung von Auslandsaufenthalten von studierenden ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 978) betreffend Bio-Lebensmittel in Großküchen des Landes (Zahl 21 - 687), (Beilage 1000)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung, Beilage 978, betreffend Bio-Lebensmittel in Großküchen des Landes, Zahl 21 - 687, Beilage 1000.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht, Frau Landtagsabgeordnete, Berichterstatterin Prohaska.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Bio-Lebensmittel in Großküchen des Landes in ihrer 22. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 21. Juni 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Bio-Lebensmittel in Großküchen des Landes unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller - *(Zwiegespräche des Abg. Manfred Kölly mit den Abgeordneten der SPÖ)* Herr Kollege Kölly, bitte etwas leiser!

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller zu diesem Tagesordnungspunkt als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil wir uns gedacht haben, nachdem das Agrarresort jetzt nicht mehr in der Hand der ÖVP ist, wird das vielleicht doch möglich sein, wenn das in der Hand der SPÖ ist.

In vielen anderen Bundesländern ist es schon gang und gebe das in Krankenhäusern, Kindergärten, Landhausküchen ein Anteil Bio verarbeitet wird. Teilweise sind es nur 20 Prozent, aber es gibt auch schon 80 Prozent. Hier ragt die Landhausküche in St. Pölten stark heraus. Auch das Krankenhaus Hietzing und das Spital in Steyr verarbeiten regelmäßig Bioprodukte.

Warum ist das jetzt anzustreben? Zwei wesentliche Gründe gibt es dafür. Das Erste sind, gerade bei Krankenhäusern nicht unwesentlich, gesundheitliche Gründe.

Und das Andere ist wieder einmal der so wichtige Klimaschutzaspekt. Klimaschutz deshalb, weil im Vergleich zu einem konventionellen Betriebsmodell, Agrarbetriebsmodell, in der Biolandwirtschaft bis zu 50 Prozent weniger Kohlendioxid entsteht, bis zu 80 Prozent weniger Methan, was noch klimawirksamer ist und bis zu 99 Prozent weniger Lachgas. Also alle drei ganz wesentliche Treibhausgase.

Im Burgenland haben wir knapp 1.000 Betriebe, die nach den Grundsätzen der Biologischen Landwirtschaft wirtschaften. Das heißt, auf Agrargifte und künstliche Düngemittel verzichten, das heißt, gesunde, hochwertige Lebensmittel herstellen. Das sollte eigentlich auch langsam in Großküchen Einzug finden, finden wir.

Aus gesundheitlichen Gründen wären zu nennen keine, beziehungsweise geringere Rückstände von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel, deutlich weniger Nitratrückstände, kaum vorhandene künstliche Zusatzstoffe, mehr natürliche Inhaltsstoffe, mehr probiotische Bakterien, höhere Vitamin- und Mineralstoffgehalte, gesündere Fettsäuren- und Aminosäurenmuster.

Der Verband BIO AUSTRIA, der größte biologische Verband in Österreich, hat sich das im Landeskrankenhaus Steyr näher angeschaut und hat dort eine Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung, bevor sie sich das näher angeschaut haben, durchgeführt.

95 Prozent der Fragebögen kamen retour, so etwas habe ich überhaupt noch nie gehört, so ein hoher Rücklauf von Fragebögen. Das Ergebnis: Biolebensmittel würden sich 48 Prozent ein vermehrtes Angebot wünschen und fast 49 Prozent hätten sich bereit erklärt, dafür auch ein wenig mehr zu zahlen. Zur Erklärung: Das Landeskrankenhaus Steyr ist ein Schwerpunktkrankenhaus mit zwei Standorten, 15 Fachabteilungen, sechs

Instituten, jährlich 39.000 stationäre und 70.000 ambulante Patientinnen und Patienten aus der Region.

Also ein, glaube ich, gutes Beispiel wie es funktionieren kann. Man hat sich das eine Zeit lang angeschaut wie das auch mit Kostensteigerungen ist. Natürlich ist es nicht so, dass dort rein jetzt nur einfach Teile der Lebensmittel auf Bio umgestellt worden sind, sondern man musste um die Kosten, die zusätzlichen Kosten, auch ein bisschen zu dämpfen, auch was zum Beispiel den regionalen Einkauf und vor allem den saisonalen Einkauf betrifft, hier ein bisschen umstellen.

Hat hier eben mehr saisonales Obst und Gemüse verwendet, das natürlich dann auch günstiger ist, weil das Angebot aus der Region kommt und man hat dann festgestellt, dass es zu einer Kostensteigerung von höchstens zehn Prozent kommt, wenn man zum Beispiel den Bioanteil von 25 auf 50 Prozent hebt.

Es geht hier natürlich auch darum ein Beispiel zu zeigen als Vorbild, als Beispiel voranzugehen, die Akzeptanz von Biolebensmittel zu heben, damit auch die Bevölkerung mehr auf Biolebensmittel umsteigt. Wir haben das Thema heute schon gehabt. Letztlich ist das natürlich auch für den Bienenschutz, für den Schmetterlingsschutz wesentlich, weil hier einfach keine Agrargifte verwendet werden.

Wir haben absichtlich keinen Zeithorizont in unseren Antrag hineingetan, weil das natürlich nichts ist was man von heute auf morgen macht. Uns ist klar, dass das in Etappen passieren muss und dass man sich das im Vorfeld genauer anschauen muss.

Nichtsdestotrotz sind wir enttäuscht, dass der Abänderungsantrag jetzt eigentlich genau nichts bedeutet, weil es steht eigentlich nur drinnen, dass nach Maßgabe der Möglichkeiten und man soll wie früher schon auch jetzt auf regionale Produkte zurückgreifen. Das hat mit unserem Antrag nicht mehr wirklich viel zu tun. Dabei wäre das wichtig hier wieder einmal, wie ich schon gesagt habe, bezüglich des Klimaschutzes Schritte zu setzen, Maßnahmen zu setzen. Wir sind schon spät genug dran.

Es ist sehr schade, dass dieser Antrag nicht zum Beispiel auf 25 Prozent abgeändert wurde und hier man zumindest einmal die ersten Schritte macht. Wir hören eigentlich sehr oft, das Burgenland ist Vorreiter. Wir sind die Besten in Österreich.

Kaum eine Sitzung vergeht, wo der Herr Landeshauptmann diese Worte nicht verwendet. Ich glaube, langsam könnte man ein Tonband statt ihm aufstellen. Leider stimmt das halt nur zu 50 Prozent. Wir haben Bereiche, wo das Burgenland sehr gut ist, keine Frage, aber wir haben viele Bereiche, wo wir hinten nachkrabbeln. Das ist leider gerade im Klimaschutz so und das ist leider auch bei der Umstellung von Großküchen auf Bioprodukte so. Gerade die Landhausküche wäre, glaube ich, eine relativ leichte Übung gewesen, hier sich einmal das anzuschauen.

Was heißt das genau? Funktioniert das gut? Aber leider ist man nicht einmal dazu bereit. Das finde ich sehr schade und das enttäuscht mich auch ehrlich gesagt, weil das keine große Sache gewesen wäre.

Wir werden dem Abänderungsantrag daher nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir diskutieren heute einen Antrag betreffend Verwendung von mehr Biolebensmitteln in Großküchen. Wieder ein Antrag der GRÜNEN, der nicht viel hergibt, nicht gut recherchiert ist und beweist, dass die GRÜNEN, wie des Öfteren, hinten nach sind. Wir haben im Land schon mehr getan und sind schon ein Stück weiter.

Den aktuellen Grünen Bericht kennen Sie. Wir haben 943 Biobetriebe, das Burgenland hat Vorbildwirkung. Ich bin kein Tonband, ich sage es auch so wie der Herr Landeshauptmann. Vor allem unsere flächenstärksten Betriebe wenden sich der biologischen Wirtschaftsweise zu. Somit wird fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Flächen in unserem Bundesland biologisch bewirtschaftet. Wir liegen auch hier im Spitzenfeld, sogar im europäischen Vergleich.

Der Trend geht immer mehr in Richtung Bio. Immer mehr Menschen greifen zu Produkten, welche durch biologischen Anbau gewonnen werden. Dieses Vertrauen, welches die Konsumenten dem Produzenten hier entgegenbringen ist wichtig, egal ob Milch, Gemüse, Teigwaren oder sonstige Produkte.

Der Konsument nimmt biologische Produkte als gesünder, schmackhafter und vor allem naturbelassener wahr. Und es ist auch so. Daher ist es wichtig, dass unsere Bauern unterstützt werden mit diversen Förderprogrammen und das passiert im Burgenland auch. Vielen Dank an unsere Agrarlandesrätin Verena Dunst. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Sie beweist, dass es hier für die Landwirtschaft besser ist, wenn man nicht „schwarz“ ist. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Die biologische Landwirtschaft liefert uns nicht nur gesunde und hochwertige Lebensmittel, sondern ist auch Garant für eine gesunde Umwelt und somit einen gesunden Lebensraum. Um die Produkte jedoch an den Endkonsumenten zu bringen, benötigt es verschiedener Absatzkanäle. Wir haben im Burgenland eine „Genussbörse Burgenland“, seit Monaten wird hier bereits zwischen den Landesküchen und regionalen Produzenten zusammengearbeitet.

Im März gab es eine Pressekonferenz mit Agrarlandesrätin Verena Dunst, Noch-Landwirtschaftskammerpräsident Franz Stefan Hautzinger und einigen anderen Akteuren aus dem Fach. Bei dieser Pressekonferenz wurde eine neue Plattform präsentiert. Die Plattform "Regionale Produkte für landesnahe Betriebe". Diese soll Angebot und Nachfrage besser koordinieren, den Informationsaustausch zwischen Produzenten und Konsumenten ermöglichen und zielt darauf ab, dass mehr regionale Produkte in landesnahen und anderen Großküchen verwendet werden.

Dass das alles nicht von heute auf morgen geht, wissen wir alle. Somit darf ich Sie, liebe Kollegin Petrik um etwas Geduld bitten und keine Sorge, wir sind schon längst dabei die Sache anzugehen. Wir sind da für die Burgenländer und betreiben auch Politik zugunsten der Burgenländer.

Wir werden daher auch in Zukunft die regionale Versorgung der genannten Küchen forcieren und sind bestrebt, dies auch weiter auszubauen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ein rundherum gesunder Lebensstil spielt in der heutigen Gesellschaft eine wichtige Rolle. Dazu gehört auch auf bewusste Ernährung zu achten. Ein ausgewogener Speiseplan beginnt bereits beim Einkauf qualitativ hochwertiger Produkte. Unsere burgenländischen Landwirte erzeugen Produkte mit bester heimischer Qualität und Vielfalt. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)*

Regionale Produkte überzeugen durch Frische und Nähe. Der Kauf dieser Waren stärkt außerdem die lokale Wirtschaft und erhöht so die regionale Wertschöpfung. Gerade die für die burgenländische Wirtschaft wichtigen kleinen und mittleren Betriebe sind es, die sichere Arbeitsplätze vor Ort schaffen. Das bis jetzt Gesagte war ein Auszug zu unserem selbständigen Antrag am 20. Jänner 2016, nicht Jänner 2017, sondern 2016, also vor eineinhalb Jahren.

Damals wurde die Landesregierung aufgefordert, sich bei den Landeseinrichtungen beziehungsweise landesnahen Einrichtungen dafür einzusetzen, dass Speisepläne für Patienten, Mitarbeiter, Schüler, Studenten et cetera verstärkt auf regionale, saisonale und biologische Lebensmittel abgestimmt werden, dass beim Einkauf von Lebensmittel bewusst darauf geachtet wird, dass die Produkte von regionalen Betrieben bezogen werden, beziehungsweise vorwiegend aus regionaler Erzeugung stammen, dass entsprechende Ausschreibungen in erster Linie nach Qualitätskriterien wie Regionalität und Frische erfolgen und mit dieser Maßnahme die Bewusstseinsbildung für die Verwendung regionaler Lebensmitteln verstärkt wird.

Dieser klare Antrag wurde dann von der Regierungsmehrheit abgeändert, dass im landes- und landesnahen Bereich weiterhin die Regionalität zu forcieren ist, ähnlich dem jetzigen Abänderungsantrag mit der Ergänzung des Bestbieterprinzips weiterhin die Regionalität zu forcieren. Damals wie heute bezeichnete bereits der Kollege Wolfgang Spitzmüller, dass unser Antrag in seinem Sinne ist und der Abänderungsantrag der Regierungsparteien ist so weiter zu tun wie bisher, genau das wollen wir eigentlich nicht. Damit ist sehr viel gesagt.

Seither hat es mehrere Anfragen und sehr viel Ankündigungen, Pressekonferenzen und so weiter, die Frau Kollegin Karin Stampfel hat es bereits gesagt, in dieser Angelegenheit gegeben. Ergebnis und enttäuschend dabei ist, dass nach zwei Jahren Regierungsbildung und nach eineinhalb Jahren nach unserem diesbezüglichen Antrag in landes- und landesnahen Bereichen sehr wenig umgesetzt wurde.

Wie lange müssen wir noch warten? Für Bürgerinnen und Bürger ist es wirklich schwer verständlich, dass man so lange braucht, um ein gemeinsames Ziel, wir sind uns ja grundsätzlich alle einig, umzusetzen. Deshalb noch einmal meine Forderung, unsere Forderung: Eine rasche Umsetzung ist uns sehr wichtig. Wie bereits eingangs erwähnt, regionale Produkte überzeugen durch Frische und Nähe.

Der Kauf dieser Waren stärkt außerdem die lokale Wirtschaft und erhöht so die regionale Wertschöpfung. Der Abänderungsantrag der Regierungsparteien weiterhin die Regionalität zu forcieren und keine Ergebnisse zu liefern, ist uns wirklich zu wenig.

Deshalb werden wir diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Dankeschön Frau Präsidentin. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Meine Vorredner haben in dieser Form ja gesagt, die Entwicklung des Burgenlandes im Bereich der biologischen Landwirtschaft, dass wir hier Vorreiter sind. Zirka ein Viertel im ganzen Land wird bereits biologisch angebaut. Damit ist natürlich gerade das Burgenland im europäischen Spitzenfeld und es ist ein richtiger und auch ein wichtiger Trend. Das ist ein Trend in die richtige Entwicklung, wo wir uns in dieser Form auch entwickeln.

Ich sehe es auch im Südburgenland in meiner eigenen Gemeinde, wo bereits zwei Landwirte von vier biologisch anbauen. Mit einem habe ich auch ein Gespräch geführt, der auch in jene Richtung geht, dort zukünftig in biologischer Landwirtschaft, hier Produkte zu erzeugen.

Ich möchte aber nicht verabsäumen und ich tue es immer wieder, dass ich mich recht herzlich bei unseren Bauern bedanke, bei unseren Landwirten recht herzlich bedanke, weil sie auch einen wichtigen Beitrag in jene Richtung machen, in unseren Kommunen, hier vor allem auch unsere Landschaft pflegen.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, gerade in der letzten Zeit und bei Wetterkapriolen, wo wir hier massive Probleme haben, und gerade wo auch Fehler gemacht werden, im Bereich der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Flächen, die nie Ackerland waren, die Wiesen waren, werden heute sehr oft vor allem in Hanglagen zusammengelegt und als Ackerland umgebaut und bewirtschaftet. Und hier gibt es massive Probleme.

Ich spreche auch von meiner Gemeinde, wo wir doch auch in der letzten Zeit starken Niederschlag hatten und grundsätzlich gerade in Hanglagen, dann massive Probleme haben, weil diese Erde dann abgeschwemmt wird und natürlich massive Schäden hier verursacht.

Natürlich auch im Bereich dorthin verstärkt, wo Monokulturen angebaut werden. Ob das Kukuruz ist oder Sojabohnen, die dann letztendlich Schäden verursachen durch Abschwemmungen. Enorme Kosten letztendlich, die hier für die Gemeinden entstehen, die für das Land bestehen, aber natürlich auch für private Haus- und Grundstücksbesitzer, natürlich auch die Schäden in weiterer Folge auch für die Landwirte. Kanäle und Straßenverschmutzen, wo Keller verschlammt sind, Einfahrten und Hausgärten, müssen dann letztendlich wiederum gereinigt, saniert und gesäubert werden.

Ich appelliere hier natürlich in dieser Form an die Landwirte, die auch vor Ort die Gegebenheiten kennen, hier auch Rücksicht zu nehmen, aber auch natürlich sind wir seitens der Politik gefordert, dieses Problem zu lösen. Hier ist die Landwirtschaftskammer und auch der Fördergeber aber natürlich ist auch die Politik auf allen Ebenen gefordert.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Auf den Antrag jetzt zu kommen, ich glaube es ist sehr wichtig, dass wir nicht Wasser predigen und Wein trinken. Warum sage ich das? Ich darf auch Bürgermeister einer kleinen Gemeinde sein, einer Gemeinde mit 1.500 Einwohnern, wo wir doch eine sehr positive Entwicklung in unserer Gemeinde haben, im Bereich Wachstum.

Wir haben eine tolle Kinderbetreuungseinrichtung mit Kinderkrippe, mit einer alterserweiterten Kindergartengruppe, mit einer Kindergartengruppe, mit einer schulischen Nachmittagsbestreuung. Unsere Volksschule hat sich entwickelt, von einklassig auf dreiklassig und ab dem neuen Schuljahr 2017/2018 werden wir auch aller Voraussicht vierklassig sein.

Wir haben Nahversorger, wir haben eine Postpartnerstelle, wir haben fünf Gasthäuser, einen Arzt, eine Breitband ausbauende Infrastruktur und vor allem ist es mir hier sehr wichtig, dass gerade wir Vorbild sind, in unseren Gemeinden, in unseren Kommunen. Hier regional einzukaufen, hier natürlich auch, wenn wir in der Gemeinde oder in der Region Bio-Produkte-Betriebe haben, hier mit Vorbild ganz einfach dieses auch zu betreiben.

Wir machen es auch. In der KIBEI bei uns, wird auch die gesunde Jause angeboten, wo natürlich auch hier Produkte aus der Gemeinde, aus der Region, aus den landwirtschaftlichen Betrieben bezogen werden.

Somit können wir alle miteinander, als Gemeinden, wo die Vereine inkludiert sind, und ich appelliere immer wieder darauf und ich bestehe darauf, dass wir gerade in der Gemeinde mit Kindergarten und Schule hier diese Regionalität nicht nur predigen, sondern diese auch in dieser Form auch leben und damit auch in weitester Folge hier heimische Bio-Produkte auch versieren.

Seitens der EU ist die neue Bioverordnung ein Schritt in die richtige Richtung. Es soll sowohl einen Bürokratieabbau, sowie auch zu einer Eindämmung und Verhinderung von potenziellem Etikettenschwindel kommen. Für unsere kleinen, aber ehrlichen Bio Bauern, ist das ein richtiger und auch ein wichtiger Schritt.

Eine weitere wichtige Initiative, die seitens der Frau Landesrätin Dunst ins Leben gerufen wurde, ist die Genussbörse Burgenland, eine regionale Angebots- und Nachfrageplattform. Hier natürlich auch für landwirtschaftliche Betriebe, für Bio Bauern, für Direktvermarkter, aber natürlich auf der anderen Seite für Lebensmittelproduzenten und für alle, die diese Produkte auch erwerben wollen.

Seitens der Politik, glaube ich, und bin auch davon fest überzeugt, dass hier die richtigen Rahmenbedingungen seitens des Landes geschaffen werden und wünsche natürlich auch der Landwirtschaft, und vor allem auch den Bio Bauern, alles Gute! Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneter Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Frau Kollegin Stampfel, ich weiß schon, dass Sie gerne jede Gelegenheit nutzen irgendetwas Verächtliches über die GRÜNEN zu sagen. Ich würde Sie nur bitten, wenn Sie zu einem Antrag von uns sprechen, lesen Sie diesen Antrag vorher.

Sie haben nämlich reagiert auf irgendeinen Antrag der schon viel älter ist, da ging es grundsätzlich um Biolandbau. In diesem Antrag geht es darum, dass Biolebensmittel die eben durch den Biolandbau im Burgenland produziert werden, auch hier weiter verwendet werden.

Deswegen bitte ich Sie, lesen Sie einen Antrag und ich bitte Sie auch, hören Sie dem Kollegen Spitzmüller zu, bevor Sie darauf reagieren, weil Sie haben nämlich auf etwas reagiert, was er gar nicht gesagt hat. Also, auch wenn Sie sagen, wir tun das schon, dann ist hier nicht nachvollziehbar, warum Sie dem nicht zustimmen, was Sie schon tun. Hier geht es offensichtlich um Verschiedenes.

Um es nochmal klar zu machen, es geht in diesem Antrag darum, dass die Biobäuerinnen und Biobauern im Burgenland auch durch das Land ihre Abnehmer haben, dass wir auch zu diesem Prozentsatz, wo wir im Burgenland Biolandbau haben, auch Bio

kochen, dass wir das im Landhaus in der Kantine tun. Ich gehe dort immer wieder essen hin, das könnten wir uns dort sehr gut leisten. Um diesen Antrag ging es, es geht auch darum, dass wir regional essen, auch das geht.

Aber wenn Sie herauskommen und auf etwas reagieren was schon viel älter ist in einem Antrag, dann ist das schwierig für eine gute Diskussion. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete für Ihre Erläuterungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Die Kollegin Petrik hat nochmal erklärt, worum es im Antrag geht, deshalb möchte ich meine Wortmeldung darauf beschränken, dass wir alles tun sollten, um den Biolandbau im Burgenland, in der Abnahme der regionalen Produkte zu stärken. Nachdem der Kollege Spitzmüller gemeint hat, das ist nicht auf gleich, sondern in der Ausführung ist es nur begrüßenswert und daher ist diesem Antrag auch die Zustimmung zu geben.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der OVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, zunächst einmal herzlichen Dank für den Antrag. Ich möchte gleich im ersten Satz erklären, warum auch ich dagegen bin, dass dieser Antrag heute, und ich habe auch mit Ihnen, Herr Abgeordneter Spitzmüller, persönlich gesprochen, dass wir dem nicht zustimmen. Warum?

Ich sage es Ihnen ehrlich, ich bin für das zu haben was realisierbar ist. Ich möchte dem Landtag, der Präsidentin, aber auch Ihnen noch einmal klar sagen, Vieles umgesetzt, ich werde dann auch nochmal darauf zurückkommen. Aber wir können einem Antrag nicht zustimmen, es wäre nicht seriös zuzustimmen, den wir im Moment nicht umsetzen können.

Für so etwas sind weder die SPÖ, noch die FPÖ, noch ich zu haben. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich. Ihr Antrag ist super, wir können gerne darüber reden, wenn wir so weit sind, dass wir das umsetzen. Aber das ist nicht seriöse Arbeit, wenn ich jetzt sage, super, super, Herr Abgeordneter Spitzmüller, und nach einem halben Jahr fragen Sie mich zu Recht, Frau Dunst was ist passiert? Sie tun nichts.

Ich kann sagen, was ich jetzt tue. Das habe ich getan. Ich komme, wie gesagt, gleich darauf zurück, aber im Moment nicht möglich. Daher verstehen Sie das auch, seriöse Arbeit. Danke für Ihren Antrag, aber der war so nicht durchzubringen, weil er nicht realistisch ist, aber er muss unser Ziel bleiben. Aber für ein Ziel reicht ein Antrag nicht, dem stattzugeben, das möchte ich ganz klar sagen, wäre nicht seriös.

Aber vielen, vielen herzlichen Dank an alle, die zu diesem Thema gesprochen haben, weil es, glaube ich, ein gemeinsamer Schulterschluss des Landtages ist, und Sie auch jene sind, die das nach außen tragen, weil es richtig ist. Ich zitiere jetzt nicht von Sokrates bis über andere Gescheite, vor Jahrhunderten schon, und die vor unserer Zeit gesagt haben: „Du bist, was du isst“ und sie haben Recht.

Es ist nur unglaublich, was sie damals schon gewusst haben, aber es ist so. Wir können nicht gesund bleiben, weil wir ungesund essen und das Biolebensmittel gesünder

sind als viele andere, aber auch nur dann, wenn Bio drinnen ist, was drauf steht, und da gehören auch noch ein paar Kontrollrädchen gedreht, sage ich auch klar.

Das Europäische Parlament und die Kommission, schauen Sie nach, haben sich wirklich in den letzten Tagen, Gott sei Dank, zu einer Richtlinie entschieden, die jetzt auch sagt, und Österreich wird mit Freude das annehmen, dass die Einfuhr von Biolebensmitteln auch noch an der europäischen Grenze anzuschauen ist und die Qualität zu messen ist, und das finde ich ganz, ganz gut. Ich bin auch froh, dass Europa da auch auf uns und unsere Gesundheit sieht.

Aber jetzt Step by Step, ich wollte Ihnen das nur erklären. Sie haben die Frau Abgeordnete Stampfel gerügt, das müssen Sie aber auch verstehen, dass das wirklich schon Abwehrmechanismus ist und da muss ich sie in Schutz nehmen weil, nicht böse sein, aber dass der gesamte Landtag schon lacht, wenn der Abgeordnete Temmel rausgeht und jeder schaut schon mich an und weiß wieder, jetzt kommt wieder die Schimpfkanonade. Das geht bis hin zum Unerträglichen, dass ich schon eine SMS während der Zeit bekomme, brauchen Sie sich nicht wundern, dass das so ist, wenn dann auch andere in die Verteidigungsposition kommen, weil das kann es nicht sein.

Nur weil ich die erste sozialdemokratische Agrarlandesrätin bin, dass alles schlecht ist, was ich mache, *(Zwiegespräche unter den ÖVP-Abgeordneten)* während mir ganz Burgenland sagt, super was Sie tun. Das kann es nicht sein! Also da muss ich schon die Frau Abgeordnete in Schutz nehmen. Weil das ist nicht normal, was da abgeht.

Aber noch einmal zurück zum Antrag. Also daher ganz klar vielen Dank dafür. Ich weiß, warum das passiert. Nur ganz kurz, natürlich warten noch zwei Punkte auf Sie und auf mich. Nur ganz kurz noch einmal zwei, drei Feststellungen treffen, weil ich Sie informieren möchte. Aber auch unsere Menschen die uns zuhören, weil ich die informieren möchte, weil es wichtig ist, dass die Information überall ankommt.

Sie haben sehr vieles und super "gscheit" und klar gesagt, wie wichtig Biolebensmitteln sind. Sie haben auch klar gesagt, mehrere von Ihnen, wie wichtig es ist, dass die Biobetriebe im Burgenland sind. Wir sind die Zweitbesten in Österreich. Sie kennen das, aber ich stelle Ihnen das aber auch, was Sie nicht im Internet finden, gerne zur Verfügung.

Natürlich sind in den Bezirken, im ganzen Burgenland, der Bioanteil natürlich auch unterschiedlich aufgestellt. Das heißt, Neusiedl ist einfach der Bezirk, der am meisten an Bioqualität produziert. Aber es ist ja auch klar, die Struktur ist überall anders und nicht alle sind so agrarisch strukturiert wie der Bezirk Neusiedl.

Wir können nur stolz sein auf unsere Bioproduzenten und -produzentinnen, und das ist nicht mein Verdienst, das sage ich auch ganz klar. Ich kann nur informieren. Was aber sehr, sehr gut funktioniert und ich möchte mich da wirklich herzlich bedanken. Nicht nur bei allen Biobäuerinnen und Biobauern und allen Produzenten, sondern ich möchte mich bedanken bei der BIO AUSTRIA -Burgenland. Die leisten wirklich Unglaubliches, hervorragend unterstützt durch die Landwirtschaftskammer. Das wollte ich nur gesagt haben.

Zweitens, vielleicht noch einige Zahlen. Sie kennen diese Zahlen, die findet man auch überall im Internet, die Konsumentinnen und Konsumenten gehen ganz klar zu mehr Biolebensmitteln, ob es bei Brot, Gebäck und Teigwaren um zehn Prozent ist, Trinkmilch 19 Prozent, Biobutter neun Prozent, Frischgemüse 16 Prozent, Erdäpfeln 16 Prozent und, und, und das geht natürlich auch bis zum Fleisch über.

Wie schaut es jetzt ganz konkret mit der Umsetzung aus? Auch dazu möchte ich Sie informieren. Ich freue mich sehr, dass hier sehr, sehr viel passiert ist und ich lade Sie herzlich ein, bitte schauen Sie auf www.genussbörse.at. Sie finden hier die bereits freigeschaltete Genussbörse Burgenland. Das ist alles umgesetzt, vielen herzlichen Dank. Auch da möchte ich ganz klar sagen wer es war.

Ich bedanke mich hier für die Kooperation zwischen meinem Regierungsbüro, der Abteilung und vor allem auch natürlich einem tollen Mitarbeiter aus der Landwirtschaftskammer. Ich möchte ihn hier erwähnen, das ist der Ing. Pleier, der sehr, sehr unterstützend wirkt. Wir haben im Vorjahr begonnen mit einer großen Sitzung, wo wir Produzenten und die Beteiligungen des Landes zusammengeholt haben.

Dort hat sich allein im Gespräch schon herausgestellt, dass beispielsweise Bad Tatzmannsdorf nur beim ersten Treffen schon jetzt aus dem Mittelburgenland die Bioeier bezieht, und so weiter. Zehn Produzentinnen und Produzenten sind mit Beteiligungen des Landes bereits zusammengeschalten.

Hier fahren wir ein gutes Programm, hier wünsche ich mir für alle, dass es so passiert, wie jetzt der Anfang schon sehr positiv ist. Die Genussbörse ist umgesetzt, ich habe das dem Landtag zugesagt, jetzt umgesetzt, vielen herzlichen Dank.

Das passiert bei Genuss Burgenland in Donnerskirchen, dort habe ich eine tolle Geschäftsführerin, die Frau Hütterer, weil es muss natürlich auch immer Kümmerer geben, die darauf schauen. Sie macht es hervorragend, ich darf Sie nur bitten, das weiterzusagen. Wenn Sie sich nun einklinken auf www.genussbörse.at dann bitte nicht verwundert sein, dass Sie nicht weiterkommen.

Natürlich ist das geschützt, man braucht einen Code, damit man reinkommt, für die Erzeuger und für die Beteiligungen, ich kann Sie aber jederzeit gerne informieren. Jetzt sind es schon zehn Betriebe, die in Landeseigentum sind, auf der anderen Seite zehn Erzeuger, die dort schon hinliefern.

Ja, wir haben noch viel Luft nach oben. Jetzt beginnt es, einige praktische Beispiele gibt es schon. Danke für den Applaus von allen, weil ich weiß, wir haben ihn verdient, nämlich alle, die mitarbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin Dunst. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte nur testen, ob wirklich alle lachen, wenn ich ans Rednerpult gehe, weil ich glaube, dass es niemand von uns, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verdient, immer wieder von der Regierungsbank so abgekanzelt zu werden.

Geschätzter Herr Präsident, ich habe Dich schon mehrmals ersucht, immer wenn hier Unwahrheiten und so weiter gesagt werden, *(Abg. Christian Illedits: Wenn ich wüsste, was wahr ist und was nicht, dann würde ich das machen.)* dass Du auch wirklich uns als Parlamentarier so vertrittst, wie es sich gehört.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Illedits: Die Unwahrheit oder nicht? - Landesrätin Verena Dunst: Schön und ehrlich wäre jetzt gewesen, wenn Du gesagt hättest, dass … - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hat doch gar nichts gesagt.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Temmel.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich ersuche um etwas Ruhe. Wir befinden uns bereits im Abstimmungsvorgang.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Manfred Kölly: Temmel, Du bist gestanden.)*

Die Entschließung betreffend regionalfreundliche Beschaffung von Lebensmitteln im Wirkungsbereich des Landes ist somit in der von der Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich angenommen.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 987) betreffend gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten (Zahl 21 - 696) (Beilage 1001)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 10. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 987, betreffend gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten, Zahl 21 - 696, Beilage 1001.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A..

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den soeben genannten Antrag in ihrer gemeinsamen Sitzung … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend):* Am Wort ist Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: *(fortsetzend)* am Mittwoch, dem 21. Juli …

Dritte Präsidentin Ilse Benkö Herr Mag. Wolf, wenn das Glockenzeichen ertönt, dann bin ich am Wort! Ich habe um Ruhe ersucht, also haben auch Sie, wenn das Glockenzeichen ertönt, Ihre Rede zu unterbrechen.

Jetzt bitte ich um Ihren Bericht. Bitte fahren Sie fort.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A. *(fortsetzend)***:** *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Eine scharfe Beamtin.)* Streng!

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den soeben genannten Antrag in ihrer 22. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 21. Juni 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsgemäße Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank für Ihren Bericht. Ich erteile der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin! Wir haben hier einen Tagesordnungspunkt, zu dem wir wieder sehr unterschiedliche Einschätzungen haben. Es geht um den Jugend-Landtag, es geht um möglicherweise anstehende Reformen, oder auch nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Da drüben wird noch heftig diskutiert.

Nun, das Eine ist, die ÖVP bringt einen Antrag ein, um Schülerparlamente zu implementieren, das Andere ist eine logische Reaktion darauf. Es gibt einen Abänderungsantrag, wo es dann um den Jugend-Landtag geht. Nur, was mich dann eher verwundert hat, ist, dass nicht die Gelegenheit wahrgenommen wurde zu sagen, okay, das ist ein Punkt.

Wir haben es ja schon bei der Diskussion des letzten Jugend-Landtages auch miteinander so angedacht, dass wir diese Form der Beteiligung der Jugendlichen in einer Art einer Landtagssitzung und in den Landtag einbringend, einmal miteinander reflektieren, und es kommt fast reflexartig jetzt wieder ein Abänderungsantrag, in dem drinnen steht, es ist eh alles gut, wie es bis jetzt läuft, macht nur so weiter.

Ich finde das schade, das ist eine vertane Chance. Es gibt eben auch ganz unterschiedliche Einschätzungen offensichtlich zu dem, was sich da im Jugend-Landtag abspielt und welche Möglichkeiten und Optionen Jugendliche überhaupt haben. Ich finde nämlich, sie haben viel zu wenige Optionen.

Es wird Jugendlichen hier eine Realität vorgegaukelt, die es nicht gibt. Es wird zum Beispiel den Jugendlichen beim Jugend-Landtag vorher… *(Zwischenruf des Abg. Günter Kovacs)* Hört mir mal zu, bevor Ihr Euch aufregt! Erst zuhören, dann aufregen! Ihr könnt Euch gerne aufregen, aber bitte nur zu dem, was ich gesagt habe. *(Abg. Günter Kovacs: Kann man sich nur wundern.)*

Die Jugendlichen, die zum Jugend-Landtag kommen, haben zuerst einen Workshop. Bei dem Workshop sollen sie sich dann zu einigen Themen einigen, auf jeweils gemeinsam formulierte Anträge, die sie gemeinsam einbringen.

Das ist aber nicht die Realität, wie wir sie hier im Landtag haben. Ganz im Gegenteil, es gibt kaum einmal einen Tagesordnungspunkt oder ein Thema, wo wir gemeinsam vorher diskutieren und schauen, könnten wir etwas Gemeinsames auf den Weg bringen. Es läuft also ganz anders ab.

Nur wie es dann debattiert wird, das ist leider in vielen Fällen ein Abbild dessen, was Jugendliche auch hier erleben. Ich hoffe, wir erleben es bei diesem Tagesordnungspunkt in der weiteren Debatte nicht noch einmal, als ein Schlagabtausch zwischen zwei Jungabgeordneten verschiedener Parteien.

Es gibt dann sehr viel parteipolitisches Hick-Hack an gewolltem Aktionismus oder auch nicht, wobei ich gar nichts gegen Aktionismus habe, aber jeder, der die letzte Jugend-Landtagssitzung noch in Erinnerung hat, weiß genau, was ich meine. Vorher waren noch ein paar Teilnehmer auf der Galerie oben. Das ist aus unserer Sicht und auch aus der Sicht unserer Teilnehmenden bei den letzten Jugend-Landtagen keine bewährte Form. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist das Traurige.)*

Wir leiden selber zum Teil unter den starren Strukturen und gewohnten Spielregeln hier im Hohen Haus. Ich denke, wir sollten nicht Jugendliche dazu auffordern, das nachzuahmen. Ich bekomme auch immer wieder Rückmeldungen von Schülerinnen und Schülern, die unterm Jahr auf der Galerie sitzen und uns zuschauen. Ich nehme an, Sie bekommen auch solche Rückmeldungen. Die meisten sind eher ernüchternd *(Abg. Manfred Kölly: Was heißt, die meisten sind nüchtern?)* und sagen, wie es da zugeht, wir hätten uns nicht gedacht, dass es hier so zugeht, hier so gestritten wird, dass hier so aufeinander eingehauen wird.

Mein Vorschlag ist, wir sollten es der Jugend gönnen, ihre eigenen Spielregeln zu entwickeln, durchaus gemeinsam, in einem gemeinsamen Prozess, auch ein Schülerparlament würde daran nichts ändern. Wir brauchen neue Optionen - ja, in diesem Punkt unterscheiden wir uns wahrscheinlich sehr, Herr Abgeordneter Kovacs. *(Abg. Günter Kovacs: Das glaube ich nicht.)*

Ich denke mir, Jugendliche sollten selber auch darüber nachdenken und diskutieren und befinden können, in welcher Weise sie sich hier in diesem Saal untereinander austauschen und diskutieren.

Wir könnten den Jugendlichen die Möglichkeiten in diesem Saal bieten, verschiedene Debattierszenarien und Methoden auszuprobieren. *(Abg. Günter Kovacs: Probiere es bei den GRÜNEN!)* Davon gibt es ja so viele. Gerade wenn es darum geht, in demokratischen Prozessen hier eine Auseinandersetzung zu bringen.

Ich fände es auch sehr reizvoll, wenn wir zum Beispiel einmal einen Jugend-Landtag einem aktuellen Thema widmen. Zum Beispiel dem neuen Jugendschutz oder der Novellierung eines Jugendschutzgesetzes, und die Jugendlichen hier dazu Stellung nehmen, ohne dass sie gezwungen werden, sich auf eine gemeinsame Meinung zu einigen, sondern, dass hier diskutiert werden kann aus unterschiedlicher Perspektive verschiedenster Jugendlicher.

Was erwarten wir uns von einem Jugendschutzgesetz? Wo, glaube ich, brauchen wir Schutz? Brauchen wir nicht so viel Schutz wie die Erwachsenen das sagen? *(Abg. Robert Hergovich: Das können sie ja jetzt.)* Was für Möglichkeiten haben wir da?

In dieser Hinsicht schlage ich vor, dass wir in Zukunft darüber nachdenken, wie hier Jugendliche, Mädchen und Burschen, junge Frauen und Männer, dann parlamentarisch diskutieren können.

Daher können wir weder dem Antrag, noch dem Abänderungsantrag zustimmen, weil das für uns nicht zukunftsweisend ist. *(Abg. Mag. Kurt Maczek: Müsst mal die eigenen in den Griff kriegen. - Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Forderung seitens der ÖVP nach einem Schülerparlament ist zwar legitim, aber nicht vollkommen, weil hier nur explizit die Rede von Schülern ist. Wir hingegen stehen dafür, dass sich unabhängig von ihrer Ausbildung, beruflichen Tätigkeit, alle Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren mit ihren Ideen für das Burgenland einbringen können, im Rahmen des Jugend-Landtages.

Ich denke, alle Abgeordneten und auch Regierungsmitglieder sind gefordert, wenn Sie unterwegs sind, sich mit den Jugendlichen draußen, vor Ort, zu unterhalten, den direkten Dialog zu suchen, zuzuhören, und die Sorgen und Anliegen dementsprechend weiterzutragen. Es ist unsere Pflicht zu steuern und zu gestalten, um die nötigen Rahmenbedingungen auch für die Jugend zu setzen.

Es ist auch so, dass jede Fraktion eine Jugendorganisation hat, wo Themen erarbeitet, besprochen und diskutiert werden und auch weitertransportiert werden können. Außer bei den GRÜNEN, ich glaube, da ist die Jugend abhandengekommen, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wir haben genug Junge.)* die sind jetzt leider bei den Kommunisten.

Leider ist es eine Doktrin der ÖVP, dass Schülerparlamente im Schülervertretungsgesetz verankert werden sollen. Ich verstehe die Schülervertreter als Vertreter der Schüler in ihren Schulen gegenüber der Schulleitung in einer beratenden Funktion, so wie es eben vorgesehen ist. Ich stehe eigentlich dafür ein, dass die Politik in den Schulen überhaupt nichts verloren hat.

Ich denke, jede Schülerin und jeder Schüler, der verspürt, politisch tätig werden zu wollen, findet den Zugang, um seine Anliegen und Ideen weitertragen zu können. Es braucht hier nicht unbedingt Schülerparlamente.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist auch im ÖVP-Antrag pauschal die Politikverdrossenheit angeführt. Man könnte auch pauschal sagen, das Burgenland ist unsportlich. Aber im Leben ist es eben so, dass sich jemand für das eine oder andere mehr oder weniger interessiert.

Die Politikverdrossenheit bei den jungen Menschen kommt wohl eher daher, weil zum Beispiel auf Bundesebene mehr gestritten als gearbeitet wird und eben keine Lösungen gefunden werden, für eine konsequente Zukunftspolitik, was die Probleme der jungen Generation betrifft.

Wir sollten hier aber die Schüler nicht per Gesetz zwangsbeglücken, eben mit Schülerparlamenten. Hier ist mir eine freie Meinungsäußerung oder ein freiwilliges Engagement, bei welcher Partei auch immer, schon lieber.

Ich komme wieder zurück zum Jugend-Landtag. Dieser spiegelt das Wahlergebnis der Bevölkerung wider. Jede Fraktion kann seine Vertreter entsenden, hier kann aktiv mitgestaltet werden. Der Jugend-Landtag hat ja auch schon etliche gute Initiativen herausgebracht: Ausbau des Diskobusses, Starterwohnungen für junge Menschen, Lehre mit Matura, das geförderte Semesterticket - um einige zu nennen.

Vor dem Jugend-Landtag - wie schon vorher angeführt von der Frau Kollegin - gibt es ja auch immer ein umfangreiches Seminar oder einen Workshop, wo man sich eben mit unterschiedlichen Themen auseinandersetzt und diskutiert, aber auch einbringen kann. Dort findet man entweder für diese Themen Kompromisse, oder eben nicht, auch das ist zur Kenntnis zu nehmen. Es ist wie so vieles im Leben.

Wir jedenfalls bekennen uns zur bewährten Einrichtung des Jugend-Landtages. Vielleicht kann das eine oder andere verbessert werden, aber natürlich sollte dem Hohen Jugend-Landtag und dem Hohen Haus in Zukunft auch der nötige Respekt entgegengebracht werden, denn der letzte Jugend-Landtag war von Seiten einer Fraktion bezeichnend. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass ich schon sehr lange die Sinnhaftigkeit des Jugend-Landtages, so wie wir ihn die letzten Jahre erlebt haben, in Frage stelle. Die vom Jugend-Landtag beschlossenen Inhalte wurden in der Vergangenheit immer sehr stiefmütterlich behandelt.

Der Output war gering, die Art und Weise, wie dieser Jugend-Landtag über die Bühne gelaufen ist, bedarf einer Neuaufstellung. Denn so, wie er jetzt vonstattengeht, verfehlt er meiner Meinung nach das eigentliche Ziel, denn überparteiliche Vermittlung von Demokratie wird hier nicht forciert. Der Jugend-Landtag ist in der jetzigen Form eine Showbühne für den Politnachwuchs, der sich hier profilieren und etablieren kann.

Ich muss immer wieder schmunzeln, denn auch ich war in meinen jüngeren Jahren immer wieder bei dem Jugend-Landtag dabei und habe damals selbst einen einstimmigen Beschluss mit den Jungabgeordneten gefasst, der gelautet hat, dass sich der Jugend-Landtag in der Art und Weise wie er vonstattengeht, reformiert.

Heute diskutieren wir weiterhin, dass der Jugend-Landtag in alter, bestehender Form organisiert werden soll. Das ist meiner Meinung nach der falsche Zugang. Deswegen haben wir als ÖVP einen eigenen Vorschlag für eine starke Partizipationsmöglichkeit für junge Menschen, nämlich ein Schülerparlament zu verankern, eine Plattform, wo die Anliegen der Schülerinnen und Schüler von jungen Menschen Gehör finden, wo man in sehr jungen Jahren Demokratieverständnis erleben kann, wo man das Demokratieverständnis stärken kann.

Herr Kollege Wiesler, wir schließen niemanden aus. In der Schülervertretung gibt es - wie bekannt - drei Kurien der Schüler im AHS- und BHS-Bereich beziehungsweise auch die der Lehrlinge im BS-Bereich, die hier gute Arbeit leisten.

Ich möchte auch an dieser Stelle der Landesschülervertretungen ein besonderes Dankeschön für ihr Engagement aussprechen, insbesondere hier der Schülerunion Burgenland, die sich mit einer sehr kompetenten Vertretung, mit ständigem Service, für die Anliegen der Schülerinnen und Schüler engagiert, und darf recht herzlich zu dem Erfolg bei der Landesschülervertretungswahl vor zwei Wochen gratulieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Eine Verankerung des Schülerparlaments würde die Einbindung, die Mitsprache, die Mitbestimmung junger Menschen in den politischen Prozessen fördern, gerade im Hinblick auf „Wählen mit 16“, das, glaube ich,

wäre das ein wichtiger und richtiger Schritt, den wir hier setzen könnten. Ziehen wir gemeinsam an einem Strang!

Ich darf einen Abänderungsantrag einbringen:

„Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- Die Abhaltung von zwei Schülerparlamenten pro Schuljahr im Landtagssitzungssaal zu ermöglichen und entsprechend zu unterstützen. Die positiv abgestimmten Anträge sollen dem Landesschulrat und den zuständigen Abteilungen des Landes zur Stellungnahme übermittelt sowie im zuständigen Ausschuss des Landtages verpflichtend diskutiert werden.
- An die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die Abhaltung von Schülerparlamenten auf Landes- und Bundesebene im Schülervertretungsgesetz (SchVG) zu verankern."

Danke schön! *(Der Abgeordnete Patrik Fazekas übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag – Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um über Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen zu sprechen.

Wir brauchen mehr junge Menschen in der Politik, und das geht nur durch echte Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche. Wenn man einen jungen Menschen Möglichkeiten bietet, mit denen er mitbestimmen kann, dann wird er sich einbringen.

Unsere Jungendlandesrätin weiß das ganz genau. Gemeinsam mit dem renommierten Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier hat sie einen Workshop unter dem Motto „Die Zukunft ist jung" ins Leben gerufen. Ziel war es, in der Jugendpolitik zu Themen zu kommen, die die Jugendlichen wirklich interessieren und ihre Zukunft beeinflussen. Ich war bei einem dieser Zukunftsworkshops dabei und war begeistert, mit welchem Engagement sich die jungen Menschen eingebracht haben.

Solche guten Initiativen und ernsthafte Angebote braucht es, um junge Menschen für die Politik und das Gemeinwesen zu begeistern. Diese Erfahrung habe ich auch in meiner Heimatgemeinde Gols gemacht.

Wie bekannt, das habe ich ja heute schon gesagt, bin ich Jugendgemeinderat seit dem Jahr 2012. Ich bin bei der letzten Gemeinderatswahl mit der Forderung angetreten, ein eigenes Jugendbudget für die Jugendlichen zu schaffen, über welches die Jugendlichen auch selbst mitbestimmen dürfen. Das wurde auch im Zuge eines Jugendkongresses dann gemacht. Ich lud alle 14- bis 25-jährigen Golserinnen und Golser ein, um ihre Ideen zu diskutieren.

Übrigens jetzt am 27. Juli findet bereits der dritte Kongress statt. In diesen beiden Kongressen wurden für die Golser Jugend wichtige Projekte diskutiert und beschlossen.

Da wäre zum Beispiel eine Flutlichtanlage am Mehrzwecksportplatz, die heute schon erwähnte wichtige Förderung, weil damals war Gols auch noch säumig, die 50-prozentige Förderung des Semestertickets und die Errichtung eines Outdoor-Fitnessparks und viele weiter Dinge. All diese Projekte wurden nur durch die Beteiligung der Jugendlichen in die Realität umgesetzt.

Keine Spur von Politikverdrossenheit. Wer Jugendliche für die Politik begeistern möchte, muss sie nur einbinden. Das habe ich mir damals auch in der Schülervertretung gedacht. An meiner ehemaligen Schule, der Handelsakademie Frauenkirchen, war ich zwei Jahre lang Schulsprecher und konnte dadurch viele Erfahrungen sammeln. Erfahrungen in der Schulpolitik, Erfahrungen im Bereich der Einbindung junger Menschen und vieles mehr.

Ich bin auch heute noch sehr dankbar, dass die Frau Direktor Mag. Emilie Toppel gemeinsam mit dem Schulgemeinschaftsausschuss uns, der Schülervertretung, einen Freiraum gegeben hat, um zu gestalten. Unter anderem haben wir ein Schülerparlament an unserer Schule veranstaltet. Jede Klasse hatte fünf Delegierte, die wiederum selbst von der Klasse demokratisch gewählt wurden. In der Versammlung des Schülerparlaments dann wurden die Themen unserer Schule heiß diskutiert.

Ich kann mich noch genau erinnern, da war ein großes Thema „Schlapfenpflicht“, und das haben die Professoren gar nicht gerne gehört, und wir haben uns leider nicht durchsetzen können, aber dafür bei allen anderen, und das ist der Punkt. Wir haben durch das Bündeln der Interessen und Ideen einiges bewegen können. Zum Beispiel auch einen Wuzler im Aufenthaltsraum für die Schülerinnen und Schüler.

Was ich damit sagen will, ist, natürlich ist mir Schülervertretungsarbeit ganz wichtig. Ich kann mich aber nicht mit der Idee anfreunden, unseren Jugend-Landtag in ein Schülerparlament umzuwandeln. Vergangenes Jahr fand bereits der siebente Jugend-Landtag statt, eine Erfolgsgeschichte, wie der Herr Kollege Wiesler gesagt hat.

Der Jugend-Landtag als Form der gelebten Demokratie soll möglichst nahe am echten Landtag sein, damit die Jugendabgeordneten die Abläufe kennenlernen. Für mich die noch wichtigere Funktion: Der Jugend-Landtag soll der Landespolitik Denkanstöße liefern, nämlich die Inputs der Jugendlichen werden bei uns nicht archiviert, sondern bestmöglichst umgesetzt.

Da wäre keine Studiengebühren an den Fachhochschulen, wie der Kollege gesagt hat, „Junges Wohnen“ im Burgenland, die heute schon mehrmals genannte Semesterticketförderung, der Ausbau der Lehrwerkstätten und „Lehre mit Matura“, der Fahrkostenzuschuss für Lehrlinge. Alles wertvolle Impulse, die vom Jugend-Landtag ausgegangen sind.

Andere Bundesländer beneiden uns darum, denn in den meisten Bundesländern sind es eben nur klassische Spiele, um zu erklären, wie der Jugend-Landtag funktioniert, hier wird nicht ein Bericht in den echten Landtag geliefert. Bei uns laufen die Ergebnisse im Landtag aber ein, und wir diskutieren darüber, wie wir diese Ideen dann umsetzen.

Nicht so, wie beim letzten Mal, wo ich als Zuschauer hier auf der Tribüne dabei war, als ein JVP-Mandatar über den Landtagspräsidenten gelästert hat, indem er ihn als Zirkusdirektor bezeichnet hat. Auf solche Beiträge können wir und die burgenländische Jugend verzichten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Durch eine Umwandlung des Jugend-Landtags in ein Schülerparlament werden sämtliche Jugendliche ausgeschlossen - von den jungen Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmern bis zu den jungen Unternehmerinnen und jungen Unternehmern. Mit der SPÖ wird es einen solchen Demokratieabbau nicht geben.

Wir stehen für eine Jugendpolitik, wo alle Jugendlichen mitreden können, für eine konstruktive Zusammenarbeit, um das Leben der Jugendlichen zu verbessern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Her Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Jugend-Landtag ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 986) betreffend Schaffung des Berufsbildes „Alltagsbegleiter“ (Zahl 21 - 695) (Beilage 1002)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 11. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 986, betreffend Schaffung des Berufsbildes „Alltagsbegleiter“, Zahl 21 - 695, Beilage 1002.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Hirczy.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Bernhard Hirczy: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schaffung des Berufsbildes „Alltagsbegleiter“ in ihrer 2. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 21. Juni 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Drobits stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Schaffung des Berufsbildes „Alltagsbegleiter“ unter Einbezug der vom Landtagabgeordneten Mag. Drobits beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Herr Landesrat! Hohes Haus! Sehr geehrte Herren und die Zuschauer, die uns jetzt noch hier verfolgen! Es war ein interessantes Erlebnis, wie ich diesen Antrag der ÖVP ad notam genommen habe beziehungsweise durchgelesen habe, um es richtigerweise zu sagen.

Lese ich doch hier, und ich bin halt einer, der sich beim Lesen schon einige Sachen denkt, lese ich hier, um Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, braucht es eine professionelle Hilfe. Ich nehme jetzt beim Gerhard Hutter an, Laie na no na, zur Unterstützung bei alltäglichen Dingen, wie die Erledigung der Einkäufe, Behördenwege, Arztbesuche, soziale Betreuung und wie ich noch auf die Abkürzung „et cetera“ gestoßen bin, habe ich mir gedacht, das glaube ich jetzt doch nicht.

Jetzt haben Sie so oft in Wirklichkeit in der letzten Zeit die Sicherheitspartner, das Projekt vom Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, bekämpft, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Gibt es die überhaupt noch? Wo sind sie denn? Wo laufen die herum?)* und jetzt steht das eigentlich für den Ausbau, und erst dann, als ich weitergelesen habe, habe ich mir gedacht, nein, sie sind doch nicht für den Ausbau der Sicherheitspartner. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na siehst Du.)*

Hätte mich ja schwer gewundert, weil das sind genau die Dinge, die Ihr hier fordert, die die Sicherheitspartner jetzt schon machen. Das darf man bitte nicht vergessen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na sicher.)* Das ist alles im Prinzip in dem Projekt abgedeckt. Der Ausbau des Projektes wäre in Wirklichkeit die Erfüllung Eures Antrages.

Lese ich weiter, denke ich mir, nein, das ist es doch nicht, das ist wieder ein neuer Beruf oder ein neues Berufsbild zu schaffen, einen „Alltagsbegleiter“. Schade, dachte ich mir, die Vernunft ist doch noch nicht ganz angekommen bei der größten Oppositionspartei. Ja und so ist es dann dazu gekommen, dass wir uns zusammengesetzt haben und die Köpfe geraucht haben. Insofern, wie sage ich es jetzt den Kindern, dass das, was Sie da eigentlich wollen, neben den Sicherheitspartnern im Burgenland eh schon funktioniert, und dann haben wir das eben zusammengeschrieben, damit die ÖVP das auch einmal auf einem Zettel zusammen stehen hat.

Die jüngste Novelle des Pflegefondsgesetzes hat eine mehrstündige Alltagsbegleitung und den Entlastungsdienst als neues Leistungsangebot definiert. Ist schon einmal etwas, was Sie eigentlich gefordert haben. Darauf aufbauend ist dann das Projekt entstanden, vom Sozialministerium, im Rahmen der zu schaffenden „Aktion 20.000“. Es hat halt ein bisschen gedauert, bis diese durch das Parlament war, wo die mehrstündige Alltagsbegleitung auch schon drinnen steht und umgesetzt werden kann.

Unter dem Titel „Selbstständiges Leben daheim“ wurde auch ein Konzept ausgearbeitet, das mit 01. 07., also auch da sind wir in Wirklichkeit schon weiter als die heutige Landtagssitzung, hier eine Beschlussfassung benötigt in der Modellregion, eben im Bezirk Oberwart, in die Praxis umgesetzt werden soll.

Auch diese Dinge, die Sie im Prinzip da gefordert haben, laufen im Prinzip schon beziehungsweise sind schon lange in der Planung gewesen und in einer Umsetzung mehr oder weniger schon fast befindlich, nämlich, dass vom AMS ältere, arbeitslose Personen, die für dieses Projekt geeignet erscheinen, in einem Kurs ausgeschult werden. Dann sollen diese Personen, die in einer Pilotregion tätig sind, Betreuungsdienste vermittelt werden, welche mit 30 Wochenstunden anzustellen sind.

Auch die mehrstündige Alltagsbegleitung gibt es bereits seit 01.01.2005, denn all diese Dinge haben wir ja schon in Wirklichkeit gehabt beziehungsweise waren in der Planung und schon im Laufen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Daher war für uns nicht wirklich klar, was Sie eigentlich wollen.

Wollen Sie jetzt wirklich den alten Menschen oder diejenigen, die Hilfe brauchen, dienlich sein, oder wollen Sie einfach nur ein neues Berufsbild schaffen? Da haben wir uns schon gesagt, in einer Landesregierungskoalition zu sein bedeutet natürlich auch Seriosität und Seriosität bedeutet, man muss eben einiges einmal machen, evaluieren, einen wirklichen Bedarf seriös feststellen und dann kann man noch immer über ein Berufsbild, wie auch immer das dann heißen wird, reden.

Dann werden wir sehen, ob man es auch wirklich in so einer Ausprägung braucht, wie es hier die ÖVP vorgeschlagen hat. Ein einfacher Weg wäre, zum Beispiel, auch ein Antrag. Ich glaube, beim Ausbau der Sicherheitswachen über das gesamte Burgenland, da werden wir sogar mitgehen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Um Gottes willen! Um Gottes willen! – Abg. Manfred Kölly: Na, sicher gehen wir mit.)*

Also, überlegt Euch das noch einmal. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nach Maßgabe der finanziellen Mittel. - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Die gehen doch nur spazieren! Sonst machen die doch nichts.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bemühe mich die Spitzen, die vorhin da gefallen sind, überhaupt nicht zu kommentieren, sondern mich auf den Antrag zu konzentrieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir, als ÖVP, haben nach langem Überlegen, nachdem das in Niederösterreich bereits Praxis ist, uns entschlossen, diesen Antrag einzubringen, weil wir glauben, dass ein Alltagsbetreuer eine neue Betreuungsform für ältere Mitmenschen sein kann und das eine Form ist, wie man möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden älteren Mitbürgern ermöglichen kann.

Die Großfamilie, wir alle wissen, die gibt es nicht mehr in diesem Ausmaß, denn es wohnen Ältere, es wohnen Jüngere, es wohnen ganz Junge getrennt. Diese Form der Betreuung könnte ein Modell sein, das weit günstiger ist, als Heime oder andere Betreuungsformen.

Wir, als Volkspartei, fordern diesen Alltagsbetreuer für Senioren, denn mit zunehmendem Alter steigt der Bedarf, nämlich, der Bedarf an Unterstützung bei

alltäglichen Erledigungen. Ziel ist es, möglichst lange im Haus leben zu können, möglichst wenig Betreuung zu brauchen und durch geschulte Alltagsbegleiter Einkäufe, Behördenwege, Arztbesuche oder mehr zu begleiten. Dazu ist es nicht notwendig, dass man mit Uniform oder mit Taschenlampe durch das Dorf geht.

Der Alltagsbegleiter soll eine Ergänzung zu diesem Pflege- und Betreuungsdiensten sein, die es auch stundenweise gibt, oder die nach Bedarf genutzt werden und ist somit auch eine Unterstützung und Entlastung für pflegende und betreuende Angehörige.

Ich weiß wovon ich spreche. Wir haben eine 94-jährige Schwiegermutter zu Hause. Gott sei Dank kein Pflegefall. Man kann sie aber nicht alleine lassen. Daher ist ein Management zu Hause notwendig, wo immer jemand da ist, damit, wenn sie Hilfe braucht, die ältere Dame, man ihr auch helfen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Burgenland sollte sofort mit diesem neuen Ausbildungszweig starten. So ist unser Zugang. Es ist gerade für Arbeitslose über 50 Jahre oder Langzeitarbeitslose eine Möglichkeit, um wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden zu können. Ob Mann oder Frau, Alter oder Vorberuf ist eigentlich egal. Die Bereitschaft, sich für Mitmenschen zur Verfügung zu stellen, ist das einzige, was notwendig wäre.

Dieses Angebot im Sozialbereich kann mit der Ausbildung zum Alltagsbegleiter noch weiter ausgebaut werden, wenn man das will. Wir sehen das als eine gute Schiene. Nach dem Vorbild des Landes Niederösterreich, wie ich schon vorhin sagte, wollen wir diese Regelung auch im Burgenland.

Wir freuen uns, dass dieser Diskussionsprozess hier zumindest gestartet wurde. Ich sage noch einmal, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu Hause führen zu können.

Wir, als Volkspartei, haben dieses Berufsbild des Alltagsbetreuers als Antrag hier eingebracht. Wenn nun, und so haben wir das im Ausschuss ja erlebt, die Koalition einen Antrag gestellt hat, einen Abänderungsantrag zu evaluieren, ob wir das überhaupt brauchen, wir sind der Meinung, dass man so etwas braucht, weil wir uns dieser Situation schon sehr weit mit dem Seniorenbund auch genähert haben, dann werden wir diesem Antrag heute auch zustimmen.

Das ist also die erste Hälfte des Weges. Aber, wir wollen auch künftighin, nach einer zweiten Evaluierung auch Ergebnisse sehen. Ich bin überzeugt, dass wir diese Situation auch so bewerten, dass wir dieses Berufsbild ganz einfach brauchen.

Ich möchte, nachdem ich einer der letzten Redner bin, heute hier die Gelegenheit nützen, um auf Dinge zu sprechen zu kommen, die diese Woche passiert sind. Ich muss das hier sagen, weil es mir als Europasprecher der ÖVP ganz einfach nicht passt, wenn Dinge auf EU-Ebene in einer Art und Weise kommentiert werden, die so nicht richtig sind.

Es ist nicht richtig, wenn die Präsidentschaft von Malta im Europäischen Parlament wird und nur 30 Mandatare da sind, das ist nicht richtig. Mandatare, Parlamentarier auf allen Ebenen sollen auch ihre Funktionen wahrnehmen. Es ist aber auch nicht angebracht, dass der Kommissionspräsident Juncker sagt, das Parlament ist lächerlich. Das steht ihm nicht zu. Einem Regierungsmitglied steht nicht zu, zu sagen, das Parlament ist lächerlich.

Die Regierung hält sich nicht das Parlament, im Gegenteil, auf EU-Ebene sind Regierung, Kommission und Parlament in einer Ebene und gleichberechtigt. Diese Art

und, ich, egal wer das ist, *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Ein Parteifreund!)* ein Regierungschef, ein Kommissionpräsident haben nicht zu sagen, dass ein Parlament lächerlich ist. Nie ist ein Parlament lächerlich. Das Parlament, auf jeder Ebene, ist vom Volk gewählt. Mir ist das so wichtig, dass ich diese Dinge ganz einfach hier heute sagen muss, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die zweite Sache liegt mir auch ein bisschen im Magen, die heute während der Fragestunde vor sich gegangen ist. Da muss man schon sagen, nicht die Regierung hält sich das Parlament, der Landtag hat das Recht, Fragen zu stellen. Diese Fragenstellung, dieses Interpellationsrecht, werden wir uns von Niemandem nehmen lassen.

Als einer der Präsidenten dieses Hauses werde ich in dieser Funktion auch darauf achten, dass dieses Recht jedem einzelnen Mandatar auch künftighin zusteht und dass nicht hinterfragt werden kann, ob der das fragen darf. Jeder Mandatar und jedes Regierungsmitglied wird immer fragen können, denn als Politiker, egal auf welcher Ebene, ist man dafür verantwortlich, was man tut. Man ist aber auch dafür verantwortlich, was man unterlässt.

Wenn ein Regierungsmitglied zu einer Sitzung nicht hinfährt und Interessen des Burgenlandes deshalb nicht vertreten werden, weil eben nicht hingefahren wird, dann wird man das hier im Landtag hinterfragen dürfen. Das werden wir auch künftig tun, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist uns ganz wichtig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn heute hier zu Tage gekommen ist, dass bei einer schriftlichen Anfragebeantwortung von der Frau Landesrat Dunst an den Herren Abgeordneten Temmel und diese Anfragebeantwortung ist jedem einzelnen Mandatar zugestellt worden. Da steht, dass die Frostentschädigungen ausbezahlt wurden und keine Nachzahlungen erfolgen.

Heute hören wir, es gibt doch Nachzahlungen, dann ist das eine Art und Weise, die hier schriftlich ein Regierungsmitglied dem Landtag die Unwahrheit sagt.

Herr Präsident! Das müssen wir heute auch in der Präsidiale noch debattieren. Das kann nicht Zustand sein, dass ein Regierungsmitglied, das befragt wird, hier in einer Art und Weise dem Landtag gegenüber agiert, wo Unwahrheiten heute zugegeben werden, *(Abg. Kurt Maczek: Hallo, ist das jetzt das Thema?)* wo, - ja das ist jetzt mein Thema, General- und Spezialdebatte erfolgen unter einem.

Wo hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landtag seine Rechte auch einfordern muss. Mir ist das so wichtig, dass ich das hier und heute sagen musste, die andere Situation natürlich in einer Zeit, wo relativ, zwei wichtige Wahlkämpfe stattfinden. Gemeinderatswahl einerseits, Nationalratswahlen auf der anderen Seite.

Wir bedanken uns für den Föhn. Er hat genau die Parteifarbe, die wir gewählt haben, sehr geehrter Herr Kilian Brandstätter. Wenn Sie heute doch auch ein bisschen als Brandstifter fast unterwegs waren, als politischer Brandstifter, so ist das in einer Zeit des Vorwahlkampfes ganz normal. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir freuen uns, dass unser Parteiobmann Kurz Sie so nervös macht, dass Sie so agieren, wie Sie heute agiert haben. Schönen Sommer. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Bevor ich auf den Tagesordnungspunkt eingehe wollte ich nur sagen, dass ich mich einerseits nicht über Sicherheitsberater unterhalten andererseits aber auch nicht eine General- und Spezialdebatte nach 15.00 Uhr behandeln möchte.

Mir geht es um den 11. Tagesordnungspunkt, wo in der heutigen Sitzung, meiner Meinung nach, noch drei Ereignisse behandelt werden, die ursächlich miteinander zu verquicken, aber getrennt zu beurteilen sind. Einerseits geht es um die bereits angesprochene Pflegefondgesetznovelle, die im Einklang mit den Finanzausgleichsverhandlungen beschlossen wurde.

Darin wurde im § 3 eine neue Dienstleistung beschlossen, worin die sogenannte mehrstündige Alltagsbegleitung und der Entlastungsdienst geregelt wurden.

Als Zweites möchte ich erwähnen, eine Konzeption selbständiges Leben daheim im Rahmen der „Aktion 20.000“.

Als Drittes sollte die Frage gestellt werden, ob ein Berufsbild eines Alltagsbegleiters im Sinne einer rechtlichen Beurteilung überhaupt möglich ist? Grundsätzlich möchte ich auf diese drei Ereignisse eingehend klarstellen, dass das Burgenland im Bereich der Pflege, so wie es auch die beiden letzten Volksanwälte Kräuter und Fichtenbauer ausgesprochen haben, gut aufgestellt ist.

Wir haben, wie bereits bekannt, im Budgetjahr 2017 insgesamt 442 Millionen Euro für den sozialen Gesundheitsbereich zur Verfügung gestellt. Das sind 44 Pflegeheime mit 2.170 Pflegeplätzen, sowie umfassende Pflegeangebote im Bereich der Hauskrankenpflege, im Bereich der mobilen Demenzbetreuung, im Bereich der Kurzzeitpflege, aber auch im Bereich der Hospiz- und Palliativpflege und schließlich auch in den Bereichen des Betreuten Wohnens.

Aber, infolge des kontinuierlichen Steigerns der Lebenserwartung und auch der sozial-kulturellen Veränderungen müssen wir auch, wenn es um Pflege geht, in Zukunft im ländlichen Bereich vorbereitet sein.

Dies hat auch das Land Burgenland und der zuständige Landesrat Darabos vor kurzem auch in einer Pressekonferenz klar und eindeutig gesagt, dass wir fit dafür sind. Wir stehen nämlich für den Ausbau von kleinen, bedarfsgerechten Einrichtungen, sozialer Dienst, stehen für spezielle Angebote für an Demenz erkrankten Personen, suchen alternative Formen des Wohnens, intensivieren die Ausbildung der Pflegedienste und schauen auch auf die Information bestehender Angebote.

Wesentlich ist für mich, und das ist die Schnittstelle zum heutigen Tagesordnungspunkt, dass auch die Forcierung der Mehrstundenbetreuung als Alternative der 24 Stunden Betreuung im mobilen Pflege- und Betreuungsbereich kommen wird. Das ist genau der Punkt, weil in diesem Pflegefondsgesetz, in den neu geschaffenen 3a drinnen steht, es geht um Harmonisierung des Dienstleistungsangebotes im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Wenn man den Begriff Alltagsbegleitung, der heute bereits erwähnt worden ist, im Hinblick auf die bestehenden Sozialbetreuungsberufe, insbesondere jetzt auch im Hinblick auf das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, auch im Hinblick auf ein PHC-Gesetz beleuchtet, muss man vorsichtig sein.

Insofern vorsichtig sein, dass man nicht eventuelle Berufsbilder oder Berufe hinausdrängt, indem man neue schafft. Nun, bei genauer Betrachtung taucht der

Vorschlag der Alltagsbegleitung oder Präsenzdienste bereits in der Pflegediskussion im Jahr 2012 auf. Auch der Nationalrat hat sich in einer Reformarbeitsgruppe damit beschäftigt und meinte in einer Empfehlung, dass zur Entlastung der betreuenden Angehörigen das Modell der Alltagsbegleitung herangezogen werden könnte.

Man spricht auch von einem niederschwelligen, mehrstündigen Betreuungsservice, um einfach die Lücke von mobilen Einzelstunden, aber auch der 24-Stunden Betreuung, zu schließen.

Das Burgenland ist diesen Empfehlungen rasch gefolgt und hat im Endeffekt unter der Bezeichnung geblockte Mehrstundenbetreuung dies bereits umgesetzt. Wir haben die Möglichkeit der Betreuung, zumindest vier Stunden als Block, aber höchsten acht Stunden ununterbrochen zu leisten.

Dieses burgenländische Modell, in Verbindung auch mit einem oberösterreichischen, dient eigentlich dem Nationalrat bei der Beschlussfassung für das Pflegefondsgesetz dazu als Vorbild, dass dieses neue Leistungsangebot im Sinne der mehrstündigen Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste geschaffen wurde.

Heute wurde bereits erwähnt, es geht darum, dass bei diesem Angebot zur mehrstündigen Betreuung im häuslichen Umfeld, hauptsächlich zum Zweck der Aufrechthaltung einer selbstbestimmten Lebensführung, Lösungen gefunden werden sollen. Wenn man, so wie im Burgenland, gerade die Demenzstrategie sehr in den Vordergrund rückt, wird es wichtig sein, dieses Angebot entsprechend zu bemessen.

Für mich ist dieser Lückenschluss des Dienstleistungsangebotes in der Langzeitpflege, insbesondere zwischen mobilen Diensten und 24 Stunden Betreuung, sehr wichtig. Das habe ich bereits in vielen Reden vorher ausgeführt. Nun der zweite Einschnitt ist die „Aktion 20.000“, die nunmehr seit 01.07.2017 gilt.

Das Ziel ist klar, zusätzliche Arbeitsplätze für langzeitbeschäftigungslose Personen über 50 Jahre in Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen zu schaffen. Ein wichtiges Konzept in dieser „Aktion 20.000“ ist dabei der Titel selbständiges Leben daheim, wo die mehrstündige Alltagsbegleitung seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales festgelegt wurde. Der Fokus liegt auf der Begleitung älterer und unterstützungsbedürftiger Personen.

Ich bin auch froh, dass in meinem Heimatbezirk Oberwart das Pilotbezirk für diese „Aktion 20.000“ stattfindet. Es wird wichtig sein, gerade die Anbieter der Sozialen Dienste im Bezirk dazu zu bringen, dass sie den Lückenschluss zwischen mobilen Diensten und der 24-Stunden-Betreuung herstellen und gleichzeitig zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Entscheidend wird aber sein, dass natürlich durch die fünfwöchige Ausbildung dieser sogenannten Alltagbegleiter im Anschluss daran eine Qualifizierung zur Heimhilfe erfolgt, weil ansonsten haben wir genau das, was wir nicht wollen: wir wollen keine Konkurrenzsituation zwischen den bestehenden Heimhelfern zu allfälligen auszubildenden Alltagsbegleitern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich persönlich betone sogar, dass mir daran liegt, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen allen bestehenden Sozialbetreuungsberufen zu verstärken und zu bestärken. Diese Institutionen sollen auch die Lücken zur 24-Stunden-Betreuung im Interesse der Wertschöpfung des Landes hintanhalten.

Ich bin deshalb der Meinung, so wie es auch das Ministerium gesehen hat, dass ein neues Berufsbild der Alltagsbegleiter primär nicht anzudenken ist.

In der Praxis wird sich jetzt im Rahmen des Pilotprojektes „Aktion 20.000“ bei der Evaluation zeigen, ob es wirklich so erfolgen wird, dass diese neuen Alltagsbegleiter mit zunächst geringer qualifizierter Ausbildung in die bisherige Dienstleistung der geblockten Mehrstundenbetreuung zu integrieren sind, ohne dass es zu einer Verdrängung des derzeitigen Heimhilfepersonals kommt.

Deshalb hat auch meine Fraktion im heutigen Beschlussantrag klar festgelegt, welchem übrigens von allen in den Ausschüssen zugestimmt wurde, dass wir grundsätzlich die Evaluierung dieser offenen Fragen vorschlagen, damit dann auch langfristig über den Bedarf einer Alltagsbegleitung entsprechende Beurteilung getroffen werden kann.

Eine bewusste Ergänzung, so wie es der Kollege Strommer angesprochen hat, zu den bestehenden Pflege- und Betreuungsangeboten wie in NÖ angedacht und wahrscheinlich auch beschlossen, erscheint überschießend.

Dies umso mehr, weil gerade im Bereich der Demenz und der Demenzstrategien im Burgenland zukünftig Problemfelder auftreten werden, die mit sogenannten Alltagsbegleitern nicht durchgeführt werden können.

Wir, meine Fraktion, stehen, gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich, für sichere Arbeitsplätze. Wir wollen auch sichere Arbeitsplätze schaffen, denn Beschäftigung und Wachstum steht im Burgenland im Vordergrund und liegen uns am Herzen. Was uns noch wichtig ist, wir legen Wert darauf, dass pflegebedürftige Menschen im Burgenland sich darauf verlassen können, dass sie Hilfe und Unterstützung bekommen, wenn sie diese benötigen.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Dieser Abänderungsantrag ist ein sehr guter, vernünftiger, wir werden ihm zustimmen. Ich werde es nicht weiter ausführen, warum, das hat der Kollege Drobits schon sehr klar und sachlich und gut nachvollziehbar erläutert, da ging es um die Alltagsbegleitung.

Weil das heute meine letzte Wortmeldung ist und wir zwar in eine Sommer- aber nicht in eine Arbeitspause gehen, wünsche ich Ihnen allen einen schönen Sommer *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt werde ich mich gleich zu Wort melden, um auch einen schönen Urlaub zu wünschen.)* und falls Sie auf Urlaub fahren, nette Urlaubsbegleiterinnen und -begleiter. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Alltagsbegleitung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings

anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 21. September 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Bevor ich die 28. Sitzung des Burgenländischen Landtages schließe, möchte ich noch gerne einige Worte an Sie richten:

Die heutige Sitzung beendet die ordentliche Tagung 2016/2017. Ich möchte Ihnen allen recht herzlich danken, allen Abgeordneten für Ihre Mitarbeit im Dienste der Burgenländerinnen und Burgenländer, auch bei den Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung, an der Spitze dem Herrn Landeshauptmann, für die konstruktive Zusammenarbeit, aber auch im Speziellen bei allen unseren Bediensteten der Landtagsdirektion für ihre Unterstützung.

Ich möchte aber nur zwei Dinge anmerken, die ich heute von dieser Debatte für mich und ich denke auch für uns mitgenommen habe. Sie können ganz sicher sein, dass ich zum einen mir sehr bewusst bin, die Rechte der Abgeordneten im hohen Maße nicht nur zu kennen, sondern zu akzeptieren und zum Zweiten, die Würde dieses Hohen Hauses natürlich hoch zu halten.

Zum Zweiten - Herr Kollege Temmel - es wird mir auch in der Zukunft unmöglich sein, als Präsident zu entscheiden, was Wahrheit und was Unwahrheit ist. Was ich aber Ihrer Wortmeldung, glaube ich, entnehmen kann, ist, dass es Wortmeldungen seitens der Regierungsbank gegeben hat, die in der Wortwahl sicherlich nicht der Würde dieses Hohen Hauses entsprechen *(Abg. Walter Temmel: Bravo!)* und das nehme ich auch für mich mit und das werde ich so auch sicherlich auch in Richtung Regierung weitergeben.

Ich denke, der Umgang miteinander zeichnet auch eine Qualität dieses Hohen Hauses aus. Damit wünsche ich Ihnen doch allen einige Tage der Erholung, der Ruhe und einen erholsamen Sommer. *(Allgemeiner Beifall)*

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 19 Uhr 30 Minuten in meinem Büro statt.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr 20 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 29. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 21. September 2017

10.01 Uhr - 21.24 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde

2. Gesetzentwurf über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung einschließlich eines Spekulationsverbotes für das Land und sonstige öffentliche Rechtsträger (Burgenländisches Finanzgebarungs- und Spekulationsverbots-gesetz - Bgld. FGSVG)

3. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021 zugestimmt wird

4. Beschlussantrag, mit dem der Zielsteuerungsvertrag „Zielsteuerung-Gesundheit“ für die Jahre 2017 bis 2021, zur Kenntnis genommen wird

5. Beschlussantrag, mit dem der 2. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird

6. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Stationäre Pflege im Burgenland; Planungs- und Kostenstruktur

7. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Schutzwasserbau

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Feuerwehren

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherstellung der Kinderbildung und -betreuung

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherstellung der Finanzierung der Pflegeregressabschaffung durch den Bund

11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung Klimaschutzmaßnahmen

12. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Internationalisierungsoffensive Burgenland

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verkehrssicherheit im Südburgenland

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Landesbeihilfe zu den Prämienkosten für die Rinderversicherung

---

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4584)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 141 des Abgeordneten Wolfgang Sodl an Landesrätin Verena Dunst betreffend Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 4587)
Zusatzfrage: Wolfgang S o d l (S. 4588), Walter T e m m e l (S. 4589), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4590), Manfred K ö l l y (S. 4590)

Anfrage Nr. 142 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für Menschen im Alter von über 50 und Menschen im Alter zwischen 16 - 24 Jahren
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4591)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 4593), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4594), Patrik F a z e k a s (S. 4594)

Anfrage Nr. 145 des Abgeordneten Patrik Fazekas an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Landesjugendforum und Landesjugendbeirat
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 4595)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s (S. 4597), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 4597), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4598)

Anfrage Nr. 144 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrätin Verena Dunst betreffend Stärkung und Weiterentwicklung der Bio-Landwirtschaft und das Bio-Aktionsprogramm 2015-2020
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 4599)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4600), Wolfgang S o d l (S. 4601), Walter T e m m e l (S. 4602)

Anfrage Nr. 146 des Abgeordneten Georg Rosner an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit für das Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4602)
Zusatzfrage: Georg R o s n e r (S. 4604), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 4605), Günter K o v a c s (S. 4605)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1013) über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung einschließlich eines Spekulationsverbotes für das Land und sonstige öffentliche Rechtsträger (Burgenländisches Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz - Bgld. FGSVG) (Zahl 21 - 713) (Beilage 1029);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 4606)
Redner: Géza Molnár (S. 4607), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4608), Robert Hergovich (S. 4609), Manfred Kölly (S. 4611), Mag. Franz Steindl (S. 4613), Landesrat Helmut Bieler (S. 4613), Mag.a Regina Petrik (S. 4614), Gerhard Steier (S. 4615)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4617)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 1010), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021 zugestimmt wird (Zahl 21 - 710) (Beilage 1030);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 4618)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 4618), Mag. Johann Richter (S. 4621), Patrik Fazekas (S. 4622), Doris Prohaska (S. 4624), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 4627), Gerhard Steier (S. 4630)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4633)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1016), mit dem der Zielsteuerungsvertrag „Zielsteuerung-Gesundheit“ für die Jahre 2017 bis 2021, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 716) (Beilage 1031);
Berichterstatter: Günter Kovacs (S. 4633)
Redner: Manfred Haidinger (S. 4633), Georg Rosner (S. 4634), Günter Kovacs (S. 4635), Gerhard Steier (S. 4636), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 4640)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4642)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1012), mit dem der 2. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 712) (Beilage 1032);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 4642)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 4642), Manfred Haidinger (S. 4645), Bernhard Hirczy (S. 4646), Mag. Christian Drobits (S. 4647)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4650)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 989) betreffend Stationäre Pflege im Burgenland; Planungs- und Kostenstruktur (Zahl 21 - 698) (Beilage 1033);
Berichterstatter: Markus Ulram (S. 4650)
Redner: Manfred Kölly (S. 4650), Mag.a Regina Petrik (S. 4654), Manfred Haidinger (S. 4657), Ing. Rudolf Strommer (S. 4658), Mag. Christian Drobits (S. 4661), Gerhard Steier (S. 4664), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 4667)
Annahme des Prüfungsberichtes (S. 4669)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherung der ärztlichen Nahversorgung im Burgenland (Zahl 21 - 735) (Beilage 1048);
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 4669)
Redner: Manfred Kölly (S. 4672), Manfred Haidinger (S. 4675), Günter Kovacs (S. 4678), Mag. Thomas Steiner (S. 4681), Mag.a Regina Petrik (S. 4682), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 4683), Robert Hergovich (S. 4685)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 4686)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1015) betreffend Schutzwasserbau (Zahl 21 - 715) (Beilage 1034);
Berichterstatter: Géza Molnár (S. 4687)
Redner: Manfred Kölly (S. 4687), Wolfgang Spitzmüller (S. 4691), Markus Wiesler (S. 4692), Markus Ulram (S. 4693), Dr. Peter Rezar (S. 4694), Landesrat Helmut Bieler (S. 4696), Gerhard Steier (S. 4698)
Annahme des Prüfungsberichtes (S. 4700)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1007) betreffend Unterstützung der Feuerwehren (Zahl 21 - 707) (Beilage 1035);
Berichterstatterin: Ilse Benkö (S. 4700)
Redner: Markus Wiesler (S. 4701), Mag. Franz Steindl (S. 4702), Ewald Schnecker (S. 4707), Gerhard Hutter (S. 4710), Gerhard Steier (S. 4711), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 4713), Manfred Kölly (S. 4714)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4716)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1017) betreffend die Sicherstellung der Kinderbildung und -betreuung (Zahl 21 - 717) (Beilage 1036);
Berichterstatterin: Edith Sack (S. 4716)
Redner: Manfred Kölly (S. 4717), Géza Molnar (S. 4722 u. S. 4726), Mag. Michaela Resetar (S. 4723), Edith Sack (S. 4726), Mag.a Regina Petrik (S. 4729), Landesrätin Verena Dunst (S. 4731)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4733)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1018) betreffend die Sicherstellung der Finanzierung der Pflegeregressabschaffung durch den Bund (Zahl 21 - 718) (Beilage 1037);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S.4733)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4733)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4735)

Bericht und Abänderungsantrag des Umweltausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1014) betreffend Umsetzung Klimaschutzmaßnahmen (Zahl 21 - 714) (Beilage 1038);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 4736)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4736), Karin S t a m p f e l (S. 4741), Walter T e m m e l (S. 4742), Ingrid S a l a m o n (S. 4744), Gerhard S t e i e r (S. 4746), Manfred K ö l l y (S. 4747)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4750)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 912) betreffend Internationalisierungsoffensive Burgenland (Zahl 21 - 644) (Beilage 1039);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 4750)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4751), Mag. Johann R i c h t e r (S. 4752), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 4753), Mag. Christian D r o b i t s (S. 4756), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 4758), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 4759)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4761)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1004) betreffend Verkehrssicherheit im Südburgenland (Zahl 21 - 704) (Beilage 1040);
Berichterstatter: Georg R o s n e r (S. 4762)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4762), Markus W i e s l e r (S. 4764), Georg R o s n e r (S. 4766), Wolfgang S o d l (S. 4769)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4770)

Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 804) betreffend Landesbeihilfe zu den Prämienkosten für die Rinderversicherung (Zahl 21 - 562) (Beilage 1041);
Berichterstatterin: Mag. Michaela R e s e t a r (S. 4771)
Redner: Karin S t a m p f e l (S. 4771), Walter T e m m e l (S. 4772), Wolfgang S o d l (S. 4773)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4774)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4584)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 01 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen! Ich darf Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, unsere Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und alle, die uns via Internet beiwohnen, recht herzlich begrüßen.

Ich e r ö f f n e die 29. Sitzung des Burgenländischen Landtages und damit die ordentliche Tagung 2017/2018.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 28. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Abgeordneten Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 29. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 21. September 2017.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Jugendbericht 2015/2016 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 726) (Beilage 1026);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert wird (Zahl 21 - 734) (Beilage 1047);

Vom Bundesrat ist

1. der Tätigkeitsbericht - 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017 (Zahl 21 - 736) (Beilage 1049);

eingelangt.

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherung der ärztlichen Nahversorgung im Burgenland (Zahl 21 - 735) (Beilage 1048) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz und Raumordnung (Zahl 21 - 738) (Beilage 1051);
2. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekten (Zahl 21 - 739) (Beilage 1052);

und die

Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Gerhard Hutter gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 - 737) (Beilage 1050);

eingelangt.

Weiters sind die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES (Zahl 21 - 719) (Beilage 1019);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Wohnungslosigkeit (Zahl 21 - 721) (Beilage 1021);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend S31 Burgenland Schnellstraße (Zahl 21 - 723) (Beilage 1023);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf (Zahl 21 - 725) (Beilage 1025);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bewerbungsbogen für eine Stelle im Amt der Bgld. Landesregierung (Zahl 21 - 729) (Beilage 1042);
6. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Regierungsbeschluss (Zahl 21 - 730) (Beilage 1043);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Stare-Bekämpfung (Zahl 21 - 731) (Beilage 1044);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES Personalausschreibung (Zahl 21 - 732) (Beilage 1045);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 682) betreffend Seefestspiele Mörbisch (Zahl 21 - 720) (Beilage 1020);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 702) betreffend 125-ccm-Motorradführerschein (Zahl 21 - 722) (Beilage 1022);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 711) betreffend Verwaltungspraktikanten (Zahl 21 - 724) (Beilage 1024);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, MA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 719) betreffend KRAGES (Zahl 21 - 727) (Beilage 1027);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 721) betreffend Wohnungslosigkeit (Zahl 21 - 728) (Beilage 1028);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 723) betreffend S31 Burgenland Schnellstraße (Zahl 21 - 733) (Beilage 1046);

Ebenso ist die Petition

1. des Magistrates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt betreffend „Freiwillige Feuerwehr“ für den Erhalt des Feuerwehrbezirks Eisenstadt (E 32);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 726, Beilage 1026, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 734, Beilage 1047, weise ich dem Rechtausschuss und dem Agrarausschuss,

den Tätigkeitsbericht des Bundesrates Zahl 21 - 736, Beilage 1049, weise ich dem Rechtausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 738, Beilage 1051, weise ich dem Rechtausschuss und dem Umweltausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 739, Beilage 1052, weise ich dem Rechtausschuss und dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitender Zusammenarbeit,

und das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption, Zahl 21 - 737, Beilage 1050, weise ich dem Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss zu

und die Petition E 32 dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 719, Beilage 1019, Zahl 21 - 721, Beilage 1021, und Zahl 21 - 732, Beilage 1045, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 723, Beilage 1023, und Zahl 21 - 725, Beilage 1025, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 729, Beilage 1042, und Zahl 21 - 730, Beilage 1043, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 731, Beilage 1044, habe ich der Landesrätin Verena Dunst

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 720, Beilage 1020, Zahl 21 - 722, Beilage 1022, Zahl 21 - 724, Beilage 1024, Zahl 21 - 727, Beilage 1027, Zahl 21 - 728, Beilage 1028, und Zahl 21 - 733, Beilage 1046,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Des Weiteren möchte ich mitteilen, dass am 04. September 2017 der selbständige Antrag Zahl 21 - 619, Beilage 877, vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherung der ärztlichen Nahversorgung im Burgenland, Zahl 21 - 735, Beilage 1048, wird gemäß § 24 Abs. GeOLT spätestens um 15 Uhr behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 11 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Sodl an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Sodl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke schön. Guten Morgen! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im Frühjahr hat der Burgenländische Landtag durch eine Novelle des Pflanzenschutzgesetzes als erstes Bundesland den Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft erlaubt. Sie haben damals ein Pilotprojekt zur Vertreibung von Staren durch Drohnen angekündigt und auch bereits umgesetzt.

Welche Erkenntnisse konnten aus diesem Pilotprojekt gewonnen werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Natürlich auch die Schüler und Schülerinnen der Berufsschule Eisenstadt und alle, die uns zusehen oder zuhören!

Zunächst einmal vielen herzlichen Dank dem Landtag für den einstimmigen Beschluss, dass wir als erstes Bundesland es möglich gemacht haben, über die Änderung des Gesetzes, dass wir im Burgenland - und viele Bundesländer haben ja nachgezogen und werden noch nachziehen -, bei der Stare-Vertreibung von den bisherigen Möglichkeiten abgehen.

Ich darf Ihnen daher als Landtag sehr herzlich gratulieren und bin sehr froh darüber, dass wir hier auch wieder als Bundesland und ich als Agrarlandesrätin österreichweit als innovatives Weinland dastehen.

Weinland Burgenland ist genau die Erfolgsgeschichte schlechthin. Ich darf uns allen gratulieren und mich vor allem bei den Winzerinnen und Winzern bedanken. Wir haben eine unglaubliche Steigerung in der Qualität, im Export und können stolz darauf sein, dass unsere Winzerinnen und Winzer eine derart hohe Qualität und eine derart hohe Wertschätzung in Österreich und international für ihre guten Weine haben.

Man kommt kaum in ein Land, egal wo, in welchem Kontinent, wo man nicht österreichische Weine, vor allem aber burgenländische Weine findet. Und diese burgenländischen Weine werden auch, egal in welcher Form, immer wieder von Juroren ausgezeichnet, weil sie ausgezeichnet sind.

Vielleicht noch ein, zwei Zahlen dazu, auch für die jungen Menschen. Wein und damit die Arbeitsplätze im Burgenland - jeder 17. Arbeitsplatz hat mit Wein zu tun. Und eine weitere Zahl - rund 45 Prozent der Wertschöpfung aus der Landwirtschaft unseres Bundeslandes werden dem Wein zugeordnet.

Und eine weitere Zahl - 234 Millionen Euro an Wertschöpfung jährlich für den burgenländischen Wein und das tut uns gut, und da bin ich sehr stolz auf unsere Winzerinnen und Winzer. *(Beifall des Abgeordneten Gerhard Steier.)* Danke schön.

Zu Ihrer Anfrage, Herr Abgeordneter Sodl. Winzerfalke, Stare-Verbiss - ich habe zwar einiges ändern können, und da bin ich auch sehr froh darüber, nämlich auch wenn ich unsere Winzerinnen und Winzer anschaue, dass wir als Bundesland auch die kleinsten Einheiten haben, von knapp 5.000 Betrieben sind 4.200 kleiner als fünf Hektar.

Natürlich haben wir für diese auch eine besondere Verantwortung, und da ist mir in den letzten zwei Jahren gelungen, zu schauen, was Stare-Vertreibung anbelangt, die Stare-Netze, Hagelnetze, hier österreichweit alle Agrarreferenten dazu zu bringen, dass wir gerade diese kleinen Winzer auch mit Stare-Netzen versorgen können. Die Investitionssumme war früher 15.000 Euro, das braucht kein Kleiner, jetzt ab 5.000 Euro Investition 30 Prozent Förderung.

Der Stare-Hemmer, der Stare-Verbiss ist ein Problem für die österreichischen Weinländer, in besonderer Weise aber auch für uns. 82,9 Prozent der Weinbaubetriebe des Burgenlandes haben 2015 angegeben, dass sie Schäden durch Vogelfraß haben, leider von Vogelfraß betroffen worden sind. In Österreich, zum Vergleich, sind es nur 70 Prozent der Winzerinnen und Winzer, die das angegeben haben.

Am stärksten ist hier der Seewinkel und die Region Leithaberg betroffen, weniger das Mittelburgenland, aber auch der DAC Eisenberg und das Südburgenland sind schwächer betroffen. Warum? Das hat mit der Zugroute der Stare zu tun. Die Stare-Vertreibung durch Schussanlagen und Kleinflugzeuge haben natürlich relativ ausgedient.

Warum? Die Vögel gewöhnen sich daran. Stare sind bekannt für ihre hohe Intelligenz. Sie haben natürlich riesige Nachteile für Umwelt und Tourismus. Sie sind in der Tourismusregion Neusiedler See und haben ständig, in den bestimmten Monaten im Sommer, dann durch Schüsse eine Beeinträchtigung der Erholung und die Gefahr durch einen Flugzeugeinsatz ist natürlich sehr groß.

Wir haben leider auch schon erlebt, dass es hier zu Abstürzen und zu Todesfällen kam. Daher war es ganz wichtig für mich, hier die innovative Möglichkeit, die von Winzerin und Winzer schon lange gefordert wurde, umzusetzen. Ja - es ist möglich im Burgenland…

Präsident Christian Illedits: Redezeit, Frau Abgeordnete.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Ja - wir können jetzt die Stare mit den Drohnen vertreiben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sodl.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke schön. Frau Landesrätin! Sie haben bereits angedeutet, dass das Pilotprojekt ein Erfolg war.

Wie verhält es sich mit Ernteausfällen durch Vogelfraß im Einsatzgebiet des Winzerfalken?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Der Einsatz des Winzerfalken war im August bis zum Ende der Lesezeit. Vom 24. August konkret bis 3. Oktober 2016 wurden damals im Vorjahr zum ersten Mal, auf Grund dieser Entscheidung des Landtages und meiner Wenigkeit, Rebflächen von 200 Hektar beflogen.

Insgesamt war die Beobachtungszeit 491 Stunden, die reine Nettoflugzeit war 272,5 Stunden. Wir haben hier natürlich genau analysiert. Wir haben Begleitung gehabt

durch die BOKU, durch die FH Burgenland, durch die BOKU in Wien und natürlich auch durch den Naturschutz, weil es immer auch darum geht, die Natur zu schonen.

Der Winzerfalke hat deswegen so wirken können, weil er natürlich von den Staren als Falke wahrgenommen wird, und durch Begleitmusik. Die Firma Skyability hat diesen Pilotversuch unternommen, und es ist wirklich herausgekommen, dass der Winzerfalke eine sehr wirksame Methode zum Schutz des Lesegutes ist.

Und vor allem die flexible Handhabung, wie beispielsweise das aktive Reagieren auf Vogelschwärme, ist natürlich zum Unterschied auf die konventionellen Methoden ein großer Erfolg gewesen. Betriebswirtschaftlich sinnvoll ist die Methode auch.

Hier vielleicht ein Vergleich: 110 Euro pro Hektar kostet das, während im Vergleich die Gemeinden für die Vertreibung mit Flugzeugen 146 Euro pro Hektar bezahlen. Also eine Win-Win-Situation. Ich bin sehr stolz, dass uns das gelungen ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Vorerst herzlichen Dank an die Landtagskolleginnen und Kollegen für diesen Beschluss, dass wir die Bekämpfung der Stare auch mit Drohnen bewerkstelligt haben, das war ja unser Vorschlag.

Aber das von Ihnen jetzt *(Abg. Manfred Kölly: Das war jetzt ein Scherz, oder? – Heiterkeit bei der SPÖ)* so erfolgreich *(Abg. Manfred Kölly: Ich werde es Dir gleich sagen, wer das vorgeschlagen hat.)* verlaufene Projekt der Stare-Bekämpfung scheint heuer keine Fortsetzung zu haben. Vertreter der betroffenen Weinbauvereine erklärten, dass hohe Kosten und Bürokratie einen weiteren Einsatz der Drohnen unattraktiv machen.

Warum haben Sie als Agrarlandesrätin nicht rechtzeitig eingegriffen, um dieses Projekt langfristig abzusichern?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herzlichen Dank für das Kompliment an den Landtag. Ein Dankeschön auch an mich, dass das Kompliment nicht erfolgt ist. Ich habe es umgesetzt und freue mich darüber natürlich sehr.

Ihr Kollege Sagartz hat eine schriftliche Anfrage, wo auch Ihre Frage enthalten ist, als eine von drei Fragen schon abgegeben. Ich konnte das bereits beantworten.

Ich sage Ihnen ganz klar, ohne Förderung des Landes hätte es dieses Pilotprojekt nicht gegeben. 40.000 Euro sind vom Agrarresort dafür bezahlt worden. Auch so konnte ich beweisen, dass mir die Winzerinnen und Winzer sehr wichtig sind.

Es hat sehr gut funktioniert. Die wirtschaftliche Hinterfragung Ihrer ersten Anfrage habe ich Ihnen vorher schon geklärt, aber ich kann es gerne noch einmal wiederholen. 110 Euro pro Hektar für die Stare-Vertreibung mit Drohnen zum Unterschied von 146 Euro pro Hektar mit Flugzeugbefliegung und der großen Gefahr.

Sie fragen mich in Ihrer schriftlichen Anfrage und auch heute, warum ich nicht rechtzeitig eingegriffen habe, um dieses sinnvolle Projekt zu unterstützen? Ich habe alles mit dem Landtag gemeinsam umsetzen können. Die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, wissenschaftlich ein Pilotprojekt begleitet und ermöglicht der Skyability mit 40.000 Euro und ich habe natürlich auch dementsprechend geschaut, dass hier das bekannt wird.

Alle Gemeinden haben die Möglichkeit, sich zu melden, und ich nehme das jährlich in die Verordnung hinein, damit die Gemeinden sich melden können, wer welche Methode wählt. Das habe ich getan, das ist meine Aufgabe und die habe ich erledigt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Frau Landesrätin! Das Projekt ist gut, die Pilotphase ist gut verlaufen.

Können Sie sich vorstellen, dieses Projekt über längere Zeit, zumindest bis es einmal gescheit rennt, Jahr für Jahr mit einer Förderung zu beschicken?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die ÖVP hat mich in ihren Anfragen schriftlich auch gefragt, warum ich das nicht tue, was Sie mich jetzt genauso fragen. Fakt ist, stellen Sie sich vor, es gibt ein Projekt, eine Firmenansiedelung im Burgenland, ein Hotel, das wir durch EU Förderung ermöglichen.

Wollen Sie haben, dass wir dann jeden einzelnen Touristen dazu auffordern, hier zu nächtigen, damit das Hotel überlebt. Dass wir dann allen Touristen sagen, ihr müsst in dieses Hotel gehen. Oder, wenn sich beispielsweise andere Firmen ansiedeln, dass ich dann sage, okay, ihr müsst nur bei der einen Firma kaufen? Das ist unmöglich.

Und Sie, beziehungsweise die ÖVP, würden dann wahrscheinlich als Erster sagen, Amtsmissbrauch, Frau Landesrätin, sie können nicht eine Firma besonders bevorzugen und dann allen Leuten zureden, dass diese Firma dann auch Geschäfte macht.

Unsere Aufgabe ist ganz klar, die habe ich erledigt, als Erste. Obwohl es schon viele Anfragen von Winzern gegeben hat, wir haben das auch ausgeschickt an die Gemeinden. Und Amtsmissbrauch werde ich sicher nicht begehen, auch wenn sich das manche wünschen, um meinen Rücktritt zu fordern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird vom Herrn Abgeordnete Kölly gestellt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Pilotprojekt war ein wichtiges Projekt, an dem ich auch mitarbeiten durfte.

Im Übrigen, Herr Kollege Temmel, Sie waren nie dabei, aber es spielt keine Rolle. *(Abg. Walter Temmel: Ich war nicht eingeladen.)* Soll so sein. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Er war nicht eingeladen. – Abg. Walter Temmel: Nicht eingeladen.)*

Nur damit wir das auch wissen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das war eine Besprechung der SPÖ)* Weil wir der Meinung sind, dass der Weinbau ein Wirtschaftsfaktor in unserem Land geworden ist, der auch nicht mehr wegzudenken ist.

Daher glaube ich, dass wir das weiter betreiben sollen. Wir müssen auch im Mittelburgenland, mit unserem tollen Blaufränkisch, eine Möglichkeit hier schaffen, flächendeckend und mit Drohnen zu arbeiten; das finde ich für hervorragend.

Meine Frage an Sie, Frau Landesrätin: Machen wir weiter an einem gemeinsamen Weg, wo wir Informationsveranstaltungen abhalten und wo natürlich auch die EU und auch der Bund eingebunden wird, das wäre mein Wunsch. Was sagen Sie dazu?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herzlichen Dank für Ihre Initiative. Sie haben mich in Ihrem Fach, im landwirtschaftlichen Bereich, auch unterstützt. *(Abg. Manfred Kölly zu den Abgeordneten der ÖVP: Ihr schlaft ja in der Pendeluhr. Da kann ich nichts dafür.)* Ich bedanke mich hier auch offiziell bei Ihnen.

Ich darf jetzt noch einmal Ihre Frage so beantworten. Das Erste ist: Wir haben sehr viele Möglichkeiten aus ELER. Wie vorher schon gesagt, 30 Prozent für investive Maßnahmen, beziehungsweise auch für die Erweiterungen bei den Kellern und natürlich auch bei verschiedenen Geräten und so weiter, die man hier braucht.

Das Zweite: Informationsveranstaltungen haben Sie angesprochen. Gerne, das haben wir auch immer wieder versucht und haben das auch gemacht. Ich freue mich sehr, dass hier die Weinbauvereine Burgenlands, die eine hervorragende Arbeit machen, hier auf diesen Zug aufgesprungen sind.

Wie jedes Pilotprojekt bin ich sicher, dass es einige Zeit braucht, da gebe Ihnen absolut Recht. Natürlich werden wir durch die Eingaben in das Land, wo wir wissen, welche Gemeinden dabei sind, das immer wieder forcieren. Aber eine weiter Förderung ist nicht möglich, weil ich mich hier wirklich nicht im rechtlichen, im gesetzlichen Rahmen befinden würde.

Für Ihre Information vielleicht noch - zurzeit ist in folgenden Gemeinden der Einsatz der Drohnen der Klasse eins erlaubt: Apetlon, Deutschkreutz, Gols, Mönchhof, Mörbisch, Neusiedl, Podersdorf, Rust und Weiden am See, immer mehr Gemeindeaufsprünge.

Ich bin überzeugt, dass sich das nächstes Jahr auch dementsprechend verbreiten wird. Da bin ich überzeugt, weil die Weinbauvereine im ständigen Gespräch mit Skyability sind.

Und noch einmal herzlichen Dank. Wir können stolz sein auf das Weinland Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und LBL)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte nun Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Land Burgenland unternimmt eine Reihe von Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Menschen über 50 und von Menschen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren.

Wie sehen die konkreten Maßnahmen aus?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie sagen zu Recht, es gibt eine Reihe von Anstrengungen. Ich möchte kurz Revue passieren lassen, was insgesamt im Burgenland jetzt am Arbeitsmarkt passiert ist.

Wir haben mit über 107.000 Beschäftigten einen Allzeitrekord im Burgenland aufzuweisen, das hat es noch nie gegeben. Ich bin in den 90er-Jahren in die Politik

gegangen, und wir haben uns damals vorgenommen, 70.000 bis 80.000 Beschäftigte im Burgenland zu erreichen. Jetzt haben wir über 107.000 Beschäftigte, das ist, noch einmal gesagt, ein Allzeitrekord im August des Jahres 2017, der erreicht wurde.

Auf der anderen Seite ist es uns gelungen, und das ist schon auch das Wichtige, was man auch erwähnen muss, dass man die Arbeitslosigkeit seit längerer Zeit senken konnte. Wir haben zum elften Mal in Folge die Arbeitslosigkeit im Burgenland senken können.

Ich bin noch immer der Meinung, wie schon Bruno Kreisky gesagt hat, jeder Arbeitslose ist einer zu viel. Aber wenn man zum elften Mal in Folge die Arbeitslosigkeit senken kann, dann ist das schon ein Wert, der auch zeigt, dass hier etwas im Burgenland passiert ist, das auch im Österreichtrend nicht nur akzeptiert und zu sehen ist, sondern das auch im Österreichtrend ganz an der Spitze liegt.

Wir haben im letzten Monat einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von 6,6 Prozent gehabt. Dieser Trend setzt sich fort. Es gibt derzeit noch immer 8.000 Arbeitslose im Burgenland. Aber die Zahl wird von Jahr zu Jahr niedriger im Jahresvergleich. *(Zwischenruf des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer.)* Von diesem Trend profitiert der gesamte Arbeitsmarkt, und das ist auch eine wichtige und richtige Entscheidung.

Ich verstehe jetzt nicht ganz diesen Zwischenruf. Weil wenn, ich hoffe Sie sind auch der Meinung, dass wenn die Arbeitslosigkeit sehr reduziert wird, dass das doch ein Grund ist, das zu loben und nicht zu kritisieren.

Zu den Maßnahmen, die gesetzt worden sind: Wir haben im Bereich der Älteren einige Maßnahmen gesetzt - ich möchte vielleicht noch vorher vorausschicken, dass wir bei den jugendlichen Arbeitslosen einen Rückgang von 19 Prozent zu verzeichnen haben. 19 Prozent bei den 15- bis 24-Jährigen, das ist ein Fünftel und das ist ein, aus meiner Sicht, toller Wert.

Bei den älteren Arbeitslosen über 50 hat es bis vor einigen Monaten noch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit gegeben, das ist jetzt nicht mehr der Fall. Wir haben diesen Trend mit einem Minus von vier Prozent geschafft, allerdings ist das eben - wenn man das mit den Jugendlichen vergleicht - viel weniger, aber trotzdem auch ein Lichtblick, dass hier auch etwas passiert.

Die Aktionen, die gesetzt worden sind, gemeinsam auch mit dem AMS, wobei ich da auch noch einige kritische Anmerkungen habe, sind, dass wir eine „Aktion 20.000“ mit dem Bund gestartet haben. 200 Millionen Euro, die österreichweit ausgeschüttet werden, um hier für ältere Arbeitnehmer, also 50+, Arbeitsplätze zu schaffen.

Es gibt darüber hinaus auch eine Aktion des Landes „50+“ gemeinsam mit dem AMS. Wir haben, und damit komme ich schon zum Jugendbereich, überbetriebliche Lehrwerkstätten durch das Land und durch das AMS nicht nur gefördert, sondern auch geschaffen, mit insgesamt 641 Plätzen.

Es gibt im Land auch die Anstellung von Lehrlingen und die Aufnahme von Ferialpraktikantinnen und -praktikanten im Land selbst und verstärkt auch in den ausgelagerten Unternehmen.

Also insgesamt haben wir eine sehr große Anzahl von Lehrlingen. Eben die 641! Dann in Landes- und landesnahen Betrieben 127 Lehrlinge. Lehrlinge in Behindertenwerkstätten und Pflegeheimen 27, PraktikantInnen bei der Energie Burgenland von 80. VerwaltungspraktikantInnen 29. PraktikantInnen im Sommer im Land 125. Also, ich glaube, das kann sich sehen lassen.

Seit 24 Monaten bin ich in der Regierung, die hier vollzählig vertreten ist, im Amt, und es geht aufwärts mit dem Burgenland. Wir haben das höchste Wirtschaftswachstum in Österreich. Wir haben, das ist nicht mein Bereich, aber mit drei Millionen Nächtigungen auch einen Tourismusrekord.

Dieser Wachstumsmotor ist voll angelaufen. Warum sage ich das? Weil wir das höchste Wirtschaftswachstum haben, ist es auch logisch, dass wir auch mehr Arbeitsplätze schaffen können. Ich möchte nur für meinen Bereich noch hinzufügen, dass wir alleine im Gesundheits- und Sozialbereich über 13.000 Beschäftigte haben, also das ist ein sehr hoher Prozentsatz. Ich glaube, die Leistung kann sich sehen lassen, und wir schauen auf den Arbeitsmarkt und wir versuchen mit unseren Maßnahmen, gemeinsam mit unseren UnternehmerInnen des Burgenlandes dafür zu sorgen, dass es auch aufrechtbleibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben zuvor Lehrlinge angesprochen. Lehrlinge bilden durchaus das Rückgrat der burgenländischen Wirtschaft. Es ist aber so, dass Lehrlinge für den Besuch der Berufsschule oft das Internat besuchen müssen und für diesen Internatsbesuch hohe Beiträge entrichten müssen.

Entweder muss es der Lehrling selber zahlen oder, je nach Kollektivvertrag, auch der Dienstgeber einen gewissen Teil oder zur Gänze übernehmen. Gestern ist jetzt ein Antrag im Nationalrat eingelaufen, der im Wesentlichen vorsieht, dass künftig die öffentliche Hand die Internatskosten für Lehrlinge bezahlen soll, finanzieren soll.

Wie sehen Sie die Übernahme dieser Internatskosten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich unterstütze zu 100 Prozent den Vorschlag des Bundeskanzlers Kern, hier eine bundeseinheitliche Lösung herbeizuführen und diese Kosten von Bundesseite zu übernehmen. Das ist ganz wichtig für uns, dann ist die Chancengleichheit noch besser gegeben als bis jetzt. Solange junge Menschen in Ausbildung sind, müssen sie auch finanzielle Hürden in Kauf nehmen und die müssen wir als Politik, und damit können wir auch lenkend in dem Bereich eingreifen, so niedrig wie möglich halten.

Daher bin ich der Meinung, man hätte das auch beschließen können oder beschließen sollen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer wird das beschließen? Na wird schon passen!)* weil das - wenn das die ÖVP auch noch so sieht, dann passt es. Bis jetzt ist es nicht so. Eine bundeseinheitliche Lösung für diese Internatskosten von Berufsschülerinnen und Berufsschülern ist aus meiner Sicht im Sinne der Chancengleichheit geboten. Es gibt derzeit eine Mehrklassengesellschaft nicht nur in dem Bereich, auch in anderen Bereichen. Wir würden uns wünschen, dass das so ist.

Ich möchte vielleicht noch ganz kurz hinzufügen, das Burgenland hat in den letzten Jahren zehn Millionen Euro in die Modernisierung der Landesberufsschulen Pinkafeld und Eisenstadt investiert, und auch mit dem Lehrlingsförderungszuschuss werden angehende Facharbeiterinnen und Facharbeiter auch finanziell unterstützt. Also ich kann diesem Vorschlag vom Herrn Bundeskanzler Kern nur zu 100 Prozent zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Herr Landesrat, zunächst möchte ich vorausschicken, über schriftliche Anfragen reden wir hier ja nur, wenn sie nicht gut beantwortet werden.

Ich möchte mich an der Stelle bei Ihnen bedanken, weil schriftliche Anfragen an Ihre Abteilungen immer sehr gut und ausführlich und sachgerecht beantwortet werden. Herzlichen Dank dafür.

Jetzt zu meiner Zusatzfrage: Es gibt jetzt die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre, diese ist ja bereits in Kraft getreten. Wie schätzen Sie, wird sich das auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in dem Alterssegment auswirken? Hier ist die Frage nach den 16- bis 24-Jährigen. Werden diesbezüglich die Statistiken in Zukunft angepasst werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Danke einmal für den Dank, weil das ist in der Politik ganz selten. Man sagt ja, Dank ist keine politische Kategorie. Das werde ich auch an meine Abteilung weiterleiten.

Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen. Die Ausbildungsgarantie. Wir müssen das durchziehen und das wird auch durchgezogen. Wir haben leider in dem gesellschaftlichen System da und dort auch Probleme gehabt, dass tatsächlich Jugendliche dieser Garantie und dieser Pflicht eigentlich - muss man auch sagen, und Pflicht ist in diesem Sinn aus meiner Sicht kein negativer Begriff - nachkommen werden.

Aber natürlich hängt damit auch ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen zusammen, beziehungsweise können wir damit einen stärkeren Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen.

Wir sehen, und das sieht man auch aus den Statistiken, die Sie auch monatlich bekommen, dass wir mehr Lehrausbildungsplätze haben und die Nachfrage auch stärker wird. Das einzige Problem, das wir in diesem Zusammenhang haben, ist, dass oft Menschen, die einen gewissen Beruf wählen wollen, in ihrer Region, dieses Angebot nicht bekommen, sondern vielleicht 70, 80 Kilometer entfernt.

Das ist natürlich für einen 15-, 16-Jährigen oder für eine 15-, 16-Jährige schwierig, aber grundsätzlich sehen wir auch in diesem Bereich einen Trend, dass das Angebot da ist, dass auch jeder einen Arbeitsplatz bekommen kann, beziehungsweise das Lehrangebot annehmen kann, wenn er es tatsächlich will. Wir kämpfen darum, dass es alle machen, weil das ist aus meiner Sicht auch ganz wichtig für die Weiterentwicklung der jungen Menschen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Landesrat! Von SPÖ-Seiten wird die Digitalisierung immer wieder schlechtgeredet. Es wird behauptet, dass Jobs wegfallen würden, dabei gibt es viele Studien, die belegen, dass die Digitalisierung speziell für den ländlichen Raum viele Chancen mitbringen würde.

Meine Frage an Sie: Welche Maßnahmen setzen Sie für das Burgenland, damit die Digitalisierung zu einer Chance für unsere ländliche Region wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist grundsätzlich nicht mein Bereich, die Digitalisierung, aber grundsätzlich nimmt das Land sehr viel Geld in die Hand, um auch dafür zu sorgen, dass in allen Bereichen etwas geschaffen wird. Auch zum Beispiel im Schulbereich, wo wir dafür sorgen wollen, dass jeder Schüler, jede Schülerin in einem gewissen Alter auch Zugang zum digitalen System hat, und es sind Dinge auch auf Bundesebene zu klären, aber ich orte hier auch einen Konsens, dass es alle Parteien gleich sehen und auch versuchen werden, diese Digitalisierung weiter durchzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut Website des Landesjugendreferates zählen zu den parlamentarischen Partizipationsformen im Burgenland das Landesjugendforum und der Landesjugendbeirat.

Welche konkreten Aktion beziehungsweise Beteiligungsprojekte wurden im Jahr 2017 durch dieses Gremium umgesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herzlichen Dank für die Anfrage, das gibt mir nämlich die Gelegenheit, dass eine oder andere ein bisschen klarzustellen. Lassen Sie mich aber vielleicht noch kurz auf den Zweck und die Aufgabe dieser beiden Gremien eingehen.

Das Landesjugendforum ist genauso wie der Landesjugendbeirat grundsätzlich dazu berechtigt, die Landesregierung in Fragen der Jugendarbeit, aber auch der Jugendförderung zu beraten und zu Gesetzen, Verordnungen, die die Jugendarbeit betreffen, Stellungnahmen abzugeben.

Während die Zusammensetzung des Landesjugendbeirates gesetzlich geregelt ist, ist das Landesjugendforum ein freiwilliger Zusammenschluss der burgenländischen Jugendorganisationen in erster Linie, also eine Art Arbeitsgemeinschaft, die die Interessen der Jugendlichen vertreten soll.

Das Landesjugendforum ist auch dazu berechtigt, gemeinsame Anliegen aufzugreifen und genauso gemeinsame Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ziel des Landesjugendforums sollte Planung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten sein, genauso wie die Antragstellung an den Jugendbeirat. Vorsitzender des Landesjugendforums, wie Sie sicherlich wissen, ist Dominik Reiter, ehemaliger Obmann der Schülerunion, mittlerweile Landesgeschäftsführer der JVP. Das heißt, Sie sollten ihn sehr gut kennen und sollten eigentlich auch wissen, welche Beteiligungsprojekte hier umgesetzt werden.

Sie loben ihn ja auch in einem Artikel der „Bezirksblätter“ vom Dezember 2016, gratulieren ihm einerseits zur Wiederbestellung, auf der anderen Seite loben Sie ihn für seine herausragenden Leistungen und sind auch überzeugt, dass er viele neue Ideen und Projekte im Landesjugendforum erarbeiten wird.

Zu Ihrer Frage konkret: Im ersten Halbjahr 2017 hat das Landesjugendforum keine gemeinsamen Aktivitäten durchgeführt und hat auch keinen Antrag an den Jugendbeirat eingebracht. *(Abg. Robert Hergovich: Stell Dir vor!)*

Deshalb wundert mich jetzt die Anfrage von Ihnen ein bisschen. Das einzige Projekt, das in den letzten zwei Jahren vom Landesjugendforum an mich herangetragen worden ist, oder auch an den Jugendbeirat herangetragen worden ist, an das Landesjugendreferat herangetragen worden ist, ist die sogenannte JugendbetreuerInnenkarte. Dabei geht es darum, dass das Landesjugendreferat auf Wunsch, vor allem auch auf Betreiben des Vorsitzenden des Landesjugendforums, erstmalig im Burgenland einen Ausbildungskurs anbietet, der sich vor allem an Jugendorganisationen richtet und Funktionärinnen und Funktionäre der offenen und verbandlichen Jugendarbeit, um hier vor allem die Qualität der Ausbildung anzuheben.

Wir haben hier insgesamt an zwei Wochenendterminen Kurse angeboten. Das Landesjugendreferat wohlgemerkt in Kooperation mit dem Landesjugendforum, die vier Module beinhalten zu den Themen Pädagogik, Suchtprävention, Projekt Eventmanagement und auch allgemeine Rechtsfragen.

Diese Termine wurden noch dazu mit dem Landesjugendforum abgestimmt, auch mit dem Vorsitzenden. Dazu möchte ich sagen, dass keiner, auch nicht der Vorsitzende des Landesjugendforums, von dem diese Initiative ursprünglich ausgegangen ist, auch keiner von der JVP oder von ÖVP-nahen Organisationen, an diesen Kursen teilgenommen hat. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist ja unglaublich! Wo gibt's denn so etwas?)*

An dieser Stelle möchte ich mich aber sehr herzlich bei der Jugendfeuerwehr bedanken, weil genau die Mitglieder der Jugendfeuerwehr waren *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir arbeiten für andere, so schaut es aus!)* die, die diesen Kurs überhaupt dann erst möglich gemacht haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber vielleicht zu den anderen Beteiligungsprojekten, die seitens des Landesjugendreferates in Kooperation mit der Bundesjugendvertretung, mit Kooperationspartnern umgesetzt worden sind, vor allem im ersten Halbjahr 2017.

Es gab beispielsweise den Abschlussworkshop zum Relaunch der Jugendarbeit und der Jugendpolitik. Da ging es darum, jugendrelevante Themen aufzugreifen. Es wurden hier in einem sehr groß angelegten Beteiligungsprozess Jugendliche durch das ganze Burgenland hindurch zu verschiedensten Themen befragt.

In diesem Abschlussworkshop war weder der Vorsitzende des Landesjugendforums, noch jemand seitens der ÖVP oder der JVP anwesend. Es gab eine Dialogkonferenz in St. Pölten vom 15. bis 18. Feber 2017, wo es vor allem darum ging, konkrete Schritte in Richtung mehr Partizipation junger Menschen zu erarbeiten. Auch hier war keiner anwesend. *(Abg. Patrik Fazekas: Das stimmt nicht!)*

Den Einführungskurs habe ich bereits erwähnt. Das Landesjugendreferat fördert außerdem Integrationsprojekte von Gemeindejugendreferenten, Jugendorganisationen, wo es vor allem darum geht, Integrationsprojekte auf verschiedensten Ebenen umzusetzen. Auch hier gab es kein Ansuchen der JVP oder von ÖVP-nahen Organisationen.

Ich möchte mich an dieser Stelle trotzdem bei allen Jugendorganisationen bedanken, die sich in diese Dinge sehr konstruktiv eingebracht haben. Wir haben all diese Projekte im Jugendbeirat vorgestellt, thematisiert. Es sind Einladungen an alle Jugendorganisationen ergangen. Deswegen ein herzliches Dankeschön an alle, die sich daran beteiligt haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Geschätzte Frau Landesrätin! Ich verstehe Ihre Nervosität nicht, *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Doris Prohaska: Da wird er gleich nervös!)* darf auch richtigstellen, dass Sie hier Unwahrheiten behaupten. Denn bei der Dialogkonferenz in St. Pölten war ich persönlich anwesend. Ich bin überzeugt davon, dass jede Organisation, die im Forum vertreten ist, sich mit bestem Wissen und Gewissen für die Jugend im Burgenland einsetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zu meiner nächsten Frage: Die Bezirksjugendreferenten sind gewählte Vertreter, die sich für die Anliegen der Jugendlichen im Burgenland einsetzen. Seit 2015, seit der beschlossenen Neubesetzung im Landesjugendbeirat, sind diese Bezirksjugendreferenten nicht mehr im Gremium vertreten, sie haben somit keine Möglichkeit, sich einzubringen.

Meine Frage an Sie: In welcher Form wurden die Bezirksjugendreferenten seit diesem Ausschluss in die Jugendarbeit des Landes eingebunden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Auch die Bezirksjugendreferenten bekommen, so wie alle anderen Jugendorganisationen, immer alle Einladungen zu den verschiedensten Initiativen und Projekten des Landesjugendreferates.

Sie sind jederzeit herzlich eingeladen, sich bei solchen Projekten zu beteiligen. Meine Tür steht immer für alle Jugendorganisationen offen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Schülerparlamente sind meiner Meinung nach gute Beteiligungsformen, für gewählte Schülervertretungen über Bildungsthemen zu diskutieren. Es gibt einige Bundesländer, die diese Schülerparlamente bereits gesetzlich verankert haben.

Wie stehen Sie zu einer gesetzlichen Verankerung des Schülerparlamentes bei uns im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Ich denke, dass gerade diese parlamentarischen Beteiligungsformen im Burgenland mehr als gut ausgebaut sind. Wir haben den Jugendlandtag, wir haben erst im Dezember vergangenen Jahres das Europäische Jugendparlament hier im Burgenländischen Landtag zur Verfügung gestellt und da gehabt. Es hat jede Jugendorganisation die Möglichkeit gehabt, sich daran zu beteiligen. Außerdem fördern wir auch Brüsselreisen seitens des Landesjugendreferates, um sich auch ein bisschen mit der EU-Politik auseinanderzusetzen.

Also, ich glaube, wir sind hier wirklich sehr gut aufgestellt, was das betrifft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Mich würde interessieren, Sie haben vor kurzem ein „Summer Package“ für Kinder und Jugendliche präsentiert. Mich würde interessieren, was das genau beinhaltet hat?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch wenn die Temperaturen jetzt nicht mehr besonders sommerlich sind, darf ich mich

für die Anfrage sehr herzlich bedanken. Vor allem auch deswegen, weil die eine oder andere Initiative noch am Laufen ist, beziehungsweise jetzt auch gerade die Preisverleihungen zu den verschiedensten Initiativen stattfinden.

In diesem „Summer Package“ waren verschiedenste Projekte beinhaltet. Beispielsweise haben wir seitens des Landesjugendreferates „Open Air Sommerkinos“ in den Gemeinden gefördert. Die einzige Fördervoraussetzung war, dass die Gemeinden die Veranstalter sind und diese Kinovorführungen für die Jugendlichen kostenlos sind. Wir haben im Juli auch einen „Mobile Videoreporting Workshop“ für Jugendliche angeboten, um sich mit diesen Themen auseinander zu setzen. Dabei wurden alle Produktionsschritte vom Konzept über Kameradreh bis hin zur finalen Gestaltung übernommen.

Ziel war es vor allem, dass die Jugendlichen am Ende mit einem selbst gestalteten Videobeitrag zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“ nach Hause gehen können. Das Landesjugendreferat hat auch im Sommer das Jugendcamp „Let‘s Rock this camp“ wieder abgehalten. Das hat vom 30. Juli bis 7. August stattgefunden. Dabei geht es vor allem darum, dass Jugendliche Songs und Choreographien einstudieren können. Da steht vor allem Freude am Singen und auch körperliche Betätigung im Vordergrund.

Wir haben auch die Song Challenge 2017 wieder am Laufen. Da wird morgen übrigens die Preisverleihung stattfinden. Da geht es darum, dass man jungen Musikerinnen und Musikern im Burgenland eine entsprechende Plattform bietet, ohne auf die große Bühne gehen zu müssen. Online können die Videos und die Musikbeiträge hinaufgeladen werden und auch das Online-Voting findet dann unter Einbeziehen der Jugendlichen statt.

Wir haben auch heuer wieder einen Fotowettbewerb „Auf Natursafari im Burgenland“ gehabt, wo vor allem die Jüngsten dazu eingeladen werden, sich mit Pflanzen und Tieren im Burgenland auseinanderzusetzen und ein bisschen auf Erkundungstour in unserer Natur zu gehen. Auch da wird demnächst die Preisverleihung stattfinden.

Man sieht also, die Palette an Angeboten war sehr breit, und ich bin sehr froh, dass das von vielen Jugendlichen im Sommer so angenommen worden ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Danke für die vielen Angebote. Können Sie sich vorstellen, in den nächsten Jahren hier auch eine Verknüpfung mit Ihrer Verantwortung als für die Umwelt zuständige Landesrätin vorzunehmen, indem Förderungen daran geknüpft werden, ob solche Feste auch ökologisch nachhaltig gestaltet sind, das heißt, ohne Einweggeschirr, sondern mit Mehrweggeschirr?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Danke für die Anfrage. Die Initiative gibt es bereits. Die haben wir auch schon, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Für die Jugend!)* für Vereine im Allgemeinen. Es kann sich natürlich auch jeder Jugendverein bei uns melden. Wir haben die Initiative „Sauberes Festl“, wo es darum geht, genau solche Initiativen zu fördern. Da geht es eben darum, Mehrweggeschirr zur Verfügung zu stellen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Meine Frage war die Verknüpfung der Förderung!)*

Es gibt ja eine Förderung. Also wenn solche Feste abgehalten werden, wo beispielsweise auch Mehrweggeschirr verwendet wird, das stellen wir beispielsweise auch zur Verfügung seitens des Landesjugendreferates, dann gibt es diese Förderung für Vereine und das können genauso Jugendorganisationen anfordern. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nicht als Bedingung! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte nun Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Am 14. April 2016 fasste der Burgenländische Landtag eine Entschließung, wonach die Burgenländische Landesregierung an die Bundesregierung mit der Aufforderung heranzutreten habe, die im Regierungsprogramm vorgesehene Stärkung und Weiterentwicklung der Bio-Landwirtschaft und das Bio-Aktionsprogramm 2015 bis 2020 umzusetzen.

Welche Schritte haben Sie konkret in Richtung Bundesregierung entsprechend diesem Beschluss gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Landesregierung hat also am 17. Mai 2016 einen einstimmigen Regierungsbeschluss gefasst, diese Beschlussempfehlung wurde vom Landtag weitergetragen. Am 14. April ist das ja eingeflossen. Wir haben natürlich auch dementsprechend Antwort mit der Post bekommen. Wie ich vorher schon gesagt habe, ist das an die Bundesregierung gegangen. Relativ rasch haben wir dann auch am 29. Juni eine Antwort des Bundeskanzleramtes bekommen. Die Antwort ist Ihnen über den Landtag zugestellt worden und hier wird ganz klar vom Bund her geantwortet, was alles mit Bio und wie die Umstellung und wie die Förderung ist und so weiter.

Sie fragen mich, was ich ganz konkret, was ich als Agrarlandesrätin selber machen kann. Natürlich sind das ELER-Zuständigkeiten der EU und Bundes-Zuständigkeiten. Das fällt nicht in meine Kompetenz. Aber Sie können sich vorstellen, dass mir das natürlich ganz wichtig ist. Vielleicht auch hier einige Daten, Fakten, auch für unsere ZuhörerInnen und ZuseherInnen, aber auch für unsere jungen Menschen. Bio liegt absolut im Trend. Das wird bei Ihnen, bei uns allen genau so gesehen, und hier können wir sehr stolz auf das Burgenland sein. Sie kennen die Zahlen.

Hoher Landtag! Wir sind zwar „nur“ sozusagen das viertgrößte Agrarland, aber sind an zweiter Stelle hinter Salzburg in der Bearbeitung durch Bioflächen. Von den 9.000 Betrieben haben wir bereits 943 Biobetriebe. Jetzt klingen 9.000 vielleicht ein bisschen wenig, aber Sie dürfen nicht vergessen, von diesen knapp 9.000 landwirtschaftlichen Betrieben werden ja nur 2.500 Betriebe im Haupterwerb gearbeitet und 5.500 im Nebenerwerb und einige auch in Gesellschaftsmodellen.

Das bedeutet, dass Bio und natürlich habe ich alles versucht, das zu forcieren, soweit es hier im Land möglich ist. Das Erste, das natürlich sehr wichtig ist, ist die Zusammenarbeit. Ich möchte mich hier ganz herzlich bedanken bei der BIO AUSTRIA Österreich, aber besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Geschäftsführer und Obmann der BIO AUSTRIA Burgenland, die eine hervorragende Arbeit machen. Durch diese Zusammenarbeit sind wir, und so forciere ich natürlich den Bioanbau im Burgenland sehr stark, sind wir sehr stark in die Information gegangen.

Das bedeutet, dass es sehr viele Veranstaltungen gibt, die natürlich auch vom Land gefördert werden, und zum Zweiten, dass es hier einen regen Austausch mit den Biobetrieben gibt. Ich gratuliere auch Ihrem Kollegen, der einen Biobetrieb auch selber führt. Warum ist das so ein Trend? Hier richte ich mich besonders natürlich wieder an die jungen Menschen.

Wir haben natürlich Anfragen, Umfragen, und schauen ständig in der Statistik. Es wird Sie nicht verwundern, 85 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher, vor allem junge Menschen, aber auch Menschen mit Kindern, schauen sehr stark, was sie kaufen. Daher versuche ich natürlich - noch einmal konkret auf Ihre Anfrage - das zu forcieren, indem ich meinen Zuständigkeitsbereich habe. Von der Familie, über Frauen, über die Preisbehörde, über den Konsumentenschutz, natürlich jede Möglichkeit nutze, dass hier verstärkt auch den Menschen ins Bewusstsein zu bringen.

Ich muss aber gleich sagen, dass ich mich nicht ausspreche gegen die konventionelle Landwirtschaft, das steht mir auch nicht zu, sondern dass wir natürlich klar sagen, konventionell ist die eine Seite, biologischer Landbau die andere Seite. Es steht jedem zu, sich hier gut zu informieren, auch dafür steht natürlich das Agrarreferat. Vor allem aber auch die Landwirtschaftskammer, um hier gut zu informieren. Ich weise aber schon darauf hin, dass Biobetriebe nach wie vor um ein Drittel mehr gefördert werden als konventionelle.

Ich habe auch im Vorjahr sehr oft hingewiesen, 2016, dass 2016 das letzte Jahr ist, wo ich direkt sozusagen umsteigen kann oder einsteigen kann in die Bioförderschiene, wo sich zum Unterschied von 2017 hier der Einstieg und damit auch eine höhere Förderung, nicht mehr so einfach ist. Ich darf allen gratulieren, die der Landwirtschaft helfen und sehr genau schauen, wie und was kaufe ich wo.

Regionale Produkte und Lebensmittel, vor allem mit der Biozertifizierung, werden von vielen Burgenländerinnen und Burgenländern ganz bewusst eingekauft. Und damit - und das promote ich sehr stark und eigentlich täglich - kann ich auch garantieren, dass sich etwas verändert, nämlich dass die bäuerliche, die Agrarproduzentenschiene faire Preise für ihre qualitativ hochstehenden Lebensmittel bekommt.

Das ist wichtig für das Burgenland und für die Konsumentinnen und Konsumenten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön! Natürlich, das Käuferinnen- und Käuferverhalten macht viel aus, das ist eine allgemeine Erkenntnis. Aber unsere Aufgabe in der Politik ist es ja, die Rahmenbedingungen zu setzen und nicht nur Kampagnen zu machen, dass Leute zu Verhaltensänderungen aufgerufen werden.

Deswegen meine Zusatzfrage: Welche Maßnahmen haben Sie für 2017 und 2018 konkret vorgesehen, damit es mehr Betrieben möglich wird, auf biologische Landwirtschaft umzusteigen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Ich kann nur noch einmal hinweisen, wir haben im Land die Möglichkeit, hier AUSTRIA Burgenland zu unterstützen, aber ELER-Förderungen, Bio-Förderungen kommen über die Europäische Union, zu einem Drittel höher gefördert über den Bund. Das sind kofinanzierte Mittel, wo das Land - bitte nehmen Sie sich diese Zahl wirklich einmal genau in den Fokus - 33 Millionen kofinanziert, damit diese Mittel überhaupt vom

Bund und vom Programm, vom großen ländlichen Programm ELER, abgeholt werden können.

33 Millionen Euro sind keine Kleinigkeit und davon hat der Biolandbau ein Drittel mehr Förderungen. Das kann ich tun. Alle anderen Maßnahmen, nämlich den Konsumenten und Konsumentin auf BIO, auf die gesunde Schiene zu setzen, aber auch hier natürlich Aktionen und Projekte zu starten, tue ich. Aber noch einmal, 33 Millionen Euro Landesmittel, sonst ist es dem Land nicht möglich, außer natürlich Vereinen, wie der BIO AUSTRIA Burgenland zu unterstützen.

ELER-Förderungen haben wir ausgelöst, aber eigene Förderungen sind für die Länder nicht möglich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Sodl. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Frau Landesrätin, auf europäischer Ebene wird seit Jahren eine neue Bioverordnung verhandelt.

Wie ist der aktuelle Stand dazu?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Allgemein darf ich vielleicht einmal Sie in dieses Kapitel „Was ist noch möglich, damit man Bio noch mehr forciert?“, einführen. Das Erste ist, es gibt natürlich ein großes Vertrauen in Biobetriebe. Das bedeutet, dass bei Biozertifizierungen, besonders natürlich auch bei Betrieben, die zusätzlich INVEKOS-Programme umsetzen, natürlich das Vertrauen wichtig ist. Aber, Herr Abgeordneter, Sie haben konkret die Frage gestellt, was kann man denn noch tun, damit das Vertrauen des Konsumenten, der Konsumentin in die Lebensmittel noch steigen kann.

Ich darf Ihnen natürlich sagen, dass jede Möglichkeit hier ergriffen werden muss, und vor allem dass hier natürlich auch die EU insgesamt gefordert ist, und ich freue mich sehr, dass es hier auf EU-Ebene zu einem Beschluss gekommen ist, das natürlich für den ganzen europäischen Raum gilt, aber natürlich auch für die Produkte außerhalb des EU-Raumes über Export natürlich auch gilt, nämlich verschärfte Kontrollen. Wie schaut das Ganze aus?

Es hat einige Vorwürfe gegeben, dass es hier zu Etikettenschwindel gekommen sein soll. Nämlich, dass BIO drauf steht und es sei nicht BIO drinnen gewesen. Diese Fälle sind natürlich aufzuklären. Hier muss ich ganz klar sagen, als Agrarlandesrätin, aber auch für Konsumenten zuständig, da bin ich sehr stolz, dass in Österreich hier wirklich sehr genau geschaut wird, besonders auch im Burgenland, dass hier die EU ganz klar gesagt hat, Etikettenschwindel bedeutet, begegnen durch noch mehr Kontrollen.

Das Zweite: Ab 2020 sollen zusätzlich neue Regelungen und Verschärfungen kommen, was auch beispielsweise im Bereich des Imports gilt und natürlich geht es auch immer darum, Verunreinigungen von Biolebensmittel abzuhalten. Hier geht es um Pflanzenschutz und Düngemittel, und das ist ganz wichtig, dass wir es schaffen, dieses Vertrauen in den Konsumenten und in die Konsumentin hoch zu halten. Bei BIO sind sie sicher und ich bin sicher, dass auch junge Menschen gerade auf diese Möglichkeiten hinschauen, was steht drauf, und ich muss mich verlassen können, dass das auch drinnen ist. Natürlich ist die EU in diesem Bereich sehr wichtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Am 10. März 2017 haben Sie in einer Aussendung die Genussbörse als Plattform für regionale Produzenten und landesnahe Betriebe präsentiert.

Wie viele Produzenten und Produkte konnten bis dato vermittelt werden? Nennen Sie uns ein Beispiel!

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Vielen Dank für Ihre Anfrage, das habe ich nämlich gerade vergessen zu erwähnen. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)*

Ganz wichtig ist, dass wir natürlich die Biolebensmittel aus dem Burgenland auch auf Märkte in Graz, in Wien und überregional bringen. Das bedeutet, dass natürlich genau das Genussland Burgenland öffentlich sagt, wir haben Agrarproduzenten, die Bioprodukte, die Produkte aus konventioneller Landwirtschaft vermarkten, hier noch die Schiene nutzen. Die Genussbörse - und ich bin dem Herrn Landeshauptmann sehr dankbar für seine Initiative - ist natürlich genau das richtige Instrument, um auf die burgenländischen Genussprodukte zu schauen, und wir haben hier größten Zuspruch.

Der erste Schritt war, alle Landesbeteiligungen dort, wo sozusagen Lebensmittel im Umlauf sind, egal über Kantinen und so weiter, aber auch an Weitergabe, haben hier sich alle in die Burgenland Holding eingebracht, und das Zweite, das mich sehr gefreut hat, gerade auch schon bei der ersten Sitzung, beim ersten Zusammenkommen der Agrarproduzenten mit den Beteiligungen des Landes, haben dort schon konkrete Gespräche, Vereinbarungen und Kaufabsichten stattgefunden.

Natürlich haben wir das verfolgt, und inzwischen gibt es 89 Produzentinnen und Produzenten, die das auf die Genussbörse hinaufgestellt haben, großes Interesse. Mittlerweile hat sich der Anteil der Beteiligungen des Landes um 25 Prozent gehoben, dass sie im Burgenland einkaufen. Ein großer Erfolg, danke Herr Landeshauptmann, Du hast hier über „Regional Governance“ auch Mittel zur Verfügung gestellt.

Genussbörse ein Erfolg, und burgenländische Genussprodukte werden jetzt noch verstärkt verkauft! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Rosner an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Rosner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Laut Primärversorgungsgesetz können Primärversorgungseinheiten als Gruppenpraxis oder Ambulatorium geführt werden. Als Gründungsvoraussetzung gilt, dass die Primärversorgungseinheiten im Regionalen Strukturplan Gesundheit abgebildet sein müssen.

Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit dem erforderlichen Regionalen Strukturplan für das Burgenland zu rechnen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter, danke für die Frage. Sie wissen, dass ich eigentlich für den intramuralen Bereich zuständig bin, also für die Spitäler, und nicht für den extramuralen Bereich, auf den Sie

hier abziehen. Aber realpolitisch natürlich bin ich auch bereit, diese Frage erstens zu beantworten und zweitens auch unsere Philosophie Ihnen kundzutun.

Ich möchte vorausschicken, dass das Burgenland mit dem zu beschließenden Regionalen Struktur- und Gesundheitsplan aufbauen muss auf dem Österreichischen Struktur- und Gesundheitsplan, der jetzt erst beschlossen wurde, und dass es uns gelungen ist - auch das möchte ich dem Hohen Landtag mitteilen -, gewisse Verwerfungen, um das vorsichtig zu sagen, zu verhindern.

Man hätte das Burgenland gerne in zwei Bereiche geteilt - in Nord und Süd -, was den regionalen Bereich betrifft. Das hat mich an eine Zeit erinnert, die schon lange vorbei ist, es war nämlich genau die gleiche Teilung gewesen. Ich glaube, Sie wissen, welche Zeit ich meine.

Wir sind jetzt dabei, auch auf Basis einer Expertengruppe, die ich eingesetzt habe, den Regionalen Struktur- und Gesundheitsplan umfassend zu behandeln, und Ihre Frage gleich beantwortend, wir wollen bis Jahresende fertig werden.

Wir haben auch einen neuen Weg gewählt. Wir wählen nicht nur die eingesessenen Strukturen, sondern auch vor allem von der Ärzteschaft jene Männer und Frauen, die auch bereit sind, neue Wege zu gehen.

Konkret zu den Primärversorgungszentren. Ich bin froh, dass Sie das so formuliert haben, weil in der Öffentlichkeit wird immer über Primary Health Care gesprochen, kein Mensch weiß, was das ist.

Es geht hier darum, dass man versucht, Einheiten zu schaffen, die vor allem im Bereich der niedergelassenen Ärzte auch die Qualität nicht nur ausweisen, sondern auch dafür sorgen, dass auf die neuen Bedürfnisse der Jungärztinnen und Jungärzte, und wir werden heute noch die Möglichkeit haben, das zu diskutieren, zumindest, dass auf das abgezielt wird, weil wir immer stärker bemerken, dass junge Ärztinnen und junge Ärzte die Attraktivität des Landarztes nicht mehr so sehen, wie es vielleicht die Ärzte, die jetzt bald in Pension gehen werden, sehen.

Wir rechnen damit, dass in den nächsten Jahren 60 Prozent bis zum Jahr 2020 in Pension gehen. Wir brauchen hier junge Ärztinnen und junge Ärzte, und deswegen müssen wir auch Anreize schaffen, diese jungen Ärztinnen und jungen Ärzte hier im Burgenland zu behalten, beziehungsweise ihnen auch die Möglichkeit zu geben, attraktiv hier tätig zu werden.

Insgesamt bin ich der Meinung, dass das erste Programm der Pilotprojekte ganz gut gelaufen ist, aber jetzt haben wir mit diesem neuen Gesetz, das Sie in Ihrer Frage auch angesprochen haben, auch die Möglichkeit, schon schneller voranzukommen. Wir haben ein Projekt, das ist durchaus Ihnen nicht ganz unbekannt, im Krankenhaus Oberwart, die Akutordination, sie ist nicht ganz hundertprozentig das Projekt, das jetzt diese Primärversorgungszentren auch abbildet, aber das läuft sehr gut. Ich glaube, das werden Sie als Bürgermeister auch bestätigen, und der Lenkungseffekt ist ein aus meiner Sicht richtiger, dass man von den Ambulanzen wegkommt, hin zu den niedergelassenen Ärzten am Beginn, aber dass man gleichzeitig auch darauf schaut, dass wenn es Komplikationen und so weiter gibt, dass man sofort dann auch in die Spitäler überweisen kann und dort auch weiter die Dinge auch behandeln kann.

Also abschließend gesagt, wir rechnen damit, dass wir mit dieser Expertengruppe, die wir eingesetzt haben, und gemeinsam mit der Gebietskrankenkasse, die eigentlich für den Bereich der Primärversorgung zuständig ist, bis zum Jahresende 2017 diesen

Regionalen Struktur- und Gesundheitsplan mit den Versorgungszentren auch beschließen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Rund um die Entlassung des ehemaligen KRAGES-Geschäftsführers Schnedl wurde diesem vorgeworfen, die Vorstellung des Landes bei der Erstellung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit nicht richtig umzusetzen.

Sie haben bei der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage ausgeführt, dass der Auftrag an Schnedl darin bestand, die EPIG GmbH, also das Entwicklungs- und Planungsinstitut für Gesundheit, mit der Erstellung eines Entwurfes zu beauftragen. Diesem Auftrag ist Schnedl - wie Sie selbst ausführen - nachgekommen.

Worin lag der konkrete Fehler?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Noch einmal, danke für die Frage. Das ist eine sehr interessante Frage, weil wir dem, was der Herr Geschäftsführer, und das ist jetzt eine sehr schwierige und diffizile Geschichte auch für mich, weil wir, wie Sie wissen, in einem Arbeitsprozess stehen, aus meiner Sicht hat allerdings nichts mit seiner Entlassung zu tun, nicht gesundheitspolitisch dem nachgekommen ist, was wir gerne gehabt hätten, nämlich eine ausgewogene Versorgung im ganzen Burgenland.

Wir haben uns committed, dass wir fünf Krankenhäuser im Burgenland beibehalten. Keine einfache Aufgabe, weil wenn man sieht, dass andere Länder, wie beispielsweise Steiermark, laut darüber nachdenkt, 900 Betten einzusparen, und wir im Burgenland uns dazu verständigt haben, alle fünf Krankenhäuser beizubehalten.

Ich verspreche, ich sage es zum vorletzten Mal: Eine ehemalige Regierungskollegin, also von mir war es keine Kollegin, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Also nicht zum letzten Mal. Sagen Sie das noch einmal.)* - zum vorletzten Mal *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* - hat gemeint, es reichen zwei Krankenhäuser. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir alle fünf beibehalten wollen und dass wir damit auch das Burgenland insgesamt auch gleich ausstatten wollen. Das würde jetzt zu lange dauern, aber wenn wir einen Boom im Nordburgenland von Bevölkerungszuwachs haben, dann kann man von unserer Seite, von der KRAGES-Seite her, nicht dazu übergehen, das Nordburgenland zu vernachlässigen, sondern wir brauchen eine flächendeckende Versorgung in allen Bereichen, im ganzen Burgenland.

Zu dem stehe ich, und das war auch der Grund, warum die von Ihnen aufgeworfene Frage von mir auch so behandelt wurde. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben medial angekündigt, dass zukünftig die Geschäftsführung der KRAGES und die Leitung des BURGEF voneinander getrennt werden. Aus diesem Grund soll es bei der KRAGES-Leitung zu einer Einsparung von 10.000 Euro jährlich kommen.

Können Sie sicherstellen, dass durch diese Vorgehensweise für die Leitung der BURGEF keine Mehrkosten entstehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, das kann ich sicherstellen, und ich halte das auch für eine richtige und strategisch ausgewogene Vorgangsweise, weil wir in

den letzten Jahren gesehen haben, dass es besser ist, den Burgenländischen Gesundheitsfonds von der KRAGES zu trennen, und zu dem stehe ich auch.

Wir brauchen dazu auch ein Gesetz. Deswegen ist es auch in der jetzigen Ausschreibung noch drinnen, dass der jetzige Geschäftsführer auch die BURGEF mitbetreuen muss - oder nicht der jetzige, sondern der zukünftige -, allerdings nur über einen kurzen Zeitraum, und ich bitte auf Ihre Unterstützung, dass wir das hier auch im Land so lösen können, dass diese Trennung auch gesetzlich möglich wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Erst diese Woche wurde bekannt, dass das Land beziehungsweise die KRAGES einen nicht öffentlichen Prozess führen wollte. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, aber es dürften vielleicht politische Hintergründe dabei mitspielen, warum die Steuerzahler von diesem Prozess ausgeschlossen werden sollten.

Wer hatte denn diese Idee dazu?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich nicht! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es ist ein Anwalt beauftragt, dieses Verfahren zu betreuen, und der hat seine Strategie von sich aus festzulegen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist aber ungewöhnlich, weil normalerweise legt man diese gemeinsam fest.)* und der hat sich so entschieden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das spricht nicht für eine sehr intensive Zusammenarbeit. Das spricht nicht für Sie!)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Maßnahmen ergreifen Sie zur Bekämpfung des Ärztemangels im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir werden heute noch Gelegenheit haben, im Rahmen einer dringlichen Anfrage dieses Thema noch breiter zu diskutieren, aber vielleicht nur fünf Punkte, ganz kurz.

Erstens, ich würde mir wünschen, wir haben einmal eine Wette abgeschlossen, vor einigen Monaten, ich habe gesagt, wir machen die Stipendien und die ÖVP sorgt dafür, dass es die Zugangsbeschränkung nicht mehr gibt, *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* aber das ist bis jetzt nicht passiert, ganz im Gegenteil, ich habe das Gefühl, das bleibt so. Erster Punkt.

Wir haben die Vorbereitungskurse - zweiter Punkt - gemeinsam mit der Fachhochschule und mit dem Gymnasium Oberpullendorf.

Dritter Punkt, wir haben freiwillige monatliche Zuschüsse für angehende Mediziner in den Spitälern während des Klinisch-Praktischen Jahres.

Vierter Punkt, wir wollen eine Sonderförderung für Mediziner bereitstellen. Das Budget ist mit 1,3 Millionen ausgestattet.

Und der fünfte Punkt ist, dass wir dafür sorgen wollen, dass die Gemeinden vom Land her auch einen Zuschuss bekommen, damit die Infrastruktur für angehende Allgemeinmediziner attraktiver wird.

Aber, wie gesagt, wir werden das im Rahmen der Nachmittagsdiskussion noch ausführlicher zu diskutieren haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist somit durch Zeitablauf b e e n d e t .

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1013) über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung einschließlich eines Spekulationsverbotes für das Land und sonstige öffentliche Rechtsträger (Burgenländisches Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz - Bgld. FGSVG) (Zahl 21 - 713) (Beilage 1029)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1013, über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung einschließlich eines Spekulationsverbotes für das Land und sonstige öffentliche Rechtsträger (Burgenländisches Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz - Bgld. FGSVG), Zahl 21 - 713, Beilage 1029.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung einschließlich eines Spekulationsverbotes für das Land und sonstige öffentliche Rechtsträger (Burgenländisches Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz - Bgld. FGSVG) in ihrer 23. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung einschließlich des Spekulationsverbotes für das Land und sonstige öffentliche Rechtsträger (Burgenländisches Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz - Bgld. FGSVG) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun als erstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich denke, es ist nicht einmal besonders bösartig, wenn man im Zusammenhang mit diesem Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz das Sprichwort bemüht „Aus Schaden wird man klug“. Es ist wahrscheinlich eher treffend.

Was würde uns, beziehungsweise was würde dem Steuerzahler erspart geblieben sein - erspart im wahrsten Sinne des Wortes -, wenn wir eine derartige gesetzliche Grundlage bereits vor 15 oder 20 Jahren gehabt hätten. Und vor allem, wenn wir vor 15 oder 20 Jahren schon die Geisteshaltung erkennen hätten können, die Voraussetzung für so eine gesetzliche Grundlage ist.

Gerade in den Nullerjahren sind auf allen Ebenen, auf allen Gebietskörperschaftsebenen, Risiken eingegangen worden, an denen wir heute noch zu kiefeln haben, die sich realisiert haben. Oder wo die Gefahr besteht, dass sie sich noch realisieren. Risiken, an denen wir heute noch zu zahlen haben und noch länger zu zahlen haben werden.

Es ist in den wenigsten Fällen böse Absicht zu unterstellen. In den allerwenigsten Fällen. Aber wir wissen heute, dass man von gewissen Geschäften besser die Finger gelassen hätte. Und vieles wurde, das steht fest, so leichtfertig oder sogar fahrlässig eingegangen.

Das vorliegende Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz normiert nun etwas und präzisiert nun etwas, das wir bereits seit 2013 im Rechtsbestand des Landes haben, nämlich den Artikel 37 Absatz 6 des Landesverfassungsgesetzes, wonach die Finanzgebarung des Landes und seiner Rechtsträger risikoavers auszurichten ist. Wonach keine vermeidbaren Risiken eingegangen werden dürfen, und wonach es volle Transparenz zu geben hat. Die risikoaverse Ausrichtung gilt insbesondere bei der Aufnahme von Schulden, bei der Veranlagung von öffentlichen Mitteln, beim Schuldenportfoliomanagement und beim Risikomanagement.

Was bedeutet nun dieser Grundsatz der risikoaversen Ausrichtung? Er bedeutet erstens, dass keine offenen Fremdwährungspositionen eingegangen werden. Er bedeutet zweitens, dass derivative Finanzgeschäfte nur mit einem entsprechenden Grundgeschäft abgeschlossen werden. Ich nehme an, der Kollege Wolf wird seine Weisheiten dazu nach mir an den Mann bringen.

Und drittens, dass Kreditaufnahmen nur zum Zweckmittel und langfristiger Veranlagungen erfolgen.

Es gibt im Gesetz dann noch Vorgaben zum Schulden- und Liquiditätsmanagement, etwa die Vorgabe der strategischen Jahresplanung oder des mittelfristigen Ausblicks.

Es gibt im Gesetz die Vorgabe - das ist ganz zentral -, dass jeder Rechtsträger in seinem Rechnungsabschluss, in seinem Jahresabschluss, einen Bericht zu integrieren hat. Einen Bericht über alle im entsprechenden Haushalts- oder Geschäftsjahr eingegangenen neu getätigten Finanzgeschäfte, die der Finanzierung des Haushaltes dienen, und über den jeweiligen Schuldenstand. Die Landesregierung unterliegt dieser Berichtspflicht ebenso und wird dieser Berichtspflicht erstmals mit dem Rechnungsabschluss 2017 nachkommen müssen.

Was in der Vergangenheit passiert ist, meine Damen und Herren, das war nicht immer ruhmreich, das mag im Nachhinein betrachtet auch für das Burgenland gelten. Das

kann man durch so ein Gesetz auch nicht reparieren. Und dieses Gesetz kann daher auch nur pro futuro Kraft entfalten. Wer anderes behauptet, der setzt auf Emotionen beziehungsweise er hat keine Ahnung von der Sache.

Wir ziehen mit diesem Gesetz auf jeden Fall die Lehren aus der Vergangenheit. Wir schaffen hiermit eine gesetzliche Grundlage, die angemessen ist, und die vor allem auch, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, ein Ausmaß an Transparenz schafft, das wir noch nie gehabt haben.

Dem kann man daher nur zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bislang haben wir mit diesen Zinsspekulationen des Landes zu viel Steuergeld verzockt. Ich möchte kurz Folgendes Revue passieren lassen, falls es jemandem nicht mehr in Erinnerung ist. *(Abg. Manfred Kölly: Wer war denn in der Regierung?)*

Wir haben über 50 Millionen Euro als Land Burgenland bei einer Wette verloren. Die Wette lautete damals, wir bezahlen einen Fixzinssatz von 5,5 Prozent und bekommen jetzt dafür einen variablen Zinssatz von quasi null Prozent. Das ist eine Milchmädchenrechnung und man weiß, dass man mit dieser Wette bis zur Endlaufzeit im Jahr 2033 nie wieder einen Gewinn erwirtschaften kann. Nun muss die nächste Generation draufzahlen, weil wir jährlich mit diesem Geschäft acht Millionen Euro in den Sand setzen.

Das ist die Zusammenfassung der Wette, die abgeschlossen wurde, und ich bin beim Kollegen Molnár, die Vergangenheit kann man nur mehr bedingt rückgängig machen, denn wir könnten - und das haben wir leider auch verabsäumt - aus dieser Wette aussteigen. Das ist auch eine Rechnung, die man tätigen muss. Entweder steigt man heute mit einem großen Minus oder im Jahr 2033 mit einem noch viel größeren Minus aus. *(Abg. Géza Molnár: Spekulation.)*

Wir wollen nicht auf einem Finanzkollaps sitzen bleiben, und wir wollen hier auch nichts verheimlichen und vertuschen, auch wenn manche damit schon viel Erfahrung gemacht haben.

Auf Druck der Volkspartei wurde jedenfalls nun dieses Gesetz heute Thema. *(Abg. Manfred Kölly: Wer war denn in der Regierung, als das beschlossen wurde? Das frage ich mich. Wer war in der Regierung? Ich nicht!)* Wir haben bereits einen Antrag im Frühjahr eingebracht, dieser Antrag wurde heute von mir zurückgezogen, da dieses Gesetz nun vorliegt. Hier hinken wir als Burgenland hinterher beziehungsweise sind wir als Burgenland mit Kärnten hinterher gehinkt. Dieses Gesetz, und das möchte ich auch sagen, ist nur dann ein faires Gesetz, wenn das Land zukünftig nicht mehr spekuliert.

Die Gemeinden wurden dazu schon vor einiger Zeit verdonnert, sie dürfen nicht mehr spekulieren. Nun ist endlich auch das Land dran.

Bei diesen Zinstauschgeschäften wollen wir natürlich einen nachhaltigen, ausgeglichenen Haushalt haben. Ich bin schon auf die nächsten Jahre gespannt, auch wenn man hier versucht, etliche Millionen, etliche Milliarden in die ausgegliederten Gesellschaften zu verschieben, damit wir als Landtag nicht mehr die Möglichkeit zur Einsichtnahme haben.

Geschätzte Damen und Herren! Herr Landesrat! Bitte beenden Sie auch diese Baustelle, neben den vielen anderen, die Sie schon zu beenden haben. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Kollegen Petschnig oder dem Kollegen Darabos, denn die beiden sind unseren Ideen gefolgt. *(Heiterkeit bei der Abg. Mag. Michaela Resetar)* Sie nehmen sich unsere Vorschläge zu Herzen und sie werden heute in der Landtagssitzung, beispielsweise in der Ärztethematik und bei der Exportwirtschaft, unsere Ideen verfolgen. Das ist eine gute Sache. *(Abg. Manfred Kölly: Ich werde Euch zeigen, wann wir den Antrag eingebracht haben.)*

Geschätzte Damen und Herren! Natürlich sind wir für dieses Spekulationsverbotsgesetz. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute dieses Spekulationsverbot hier im Hohen Landtag diskutieren, dann ist es durchaus sinnvoll, auch einen Blick in den Rückspiegel zu werfen und zurückzuschauen, warum wir eigentlich dieses Spekulationsverbotsgesetz heute im Burgenländischen Landtag beschließen müssen.

Ich möchte vielleicht hinweisen, so an die Jahrtausendwende, da haben wir alle miterlebt, dass es hier eine Art Goldgräberstimmung im Finanzsektor gegeben hat. In den USA, aber auch in Europa. Landein, landaus sind die Aktienhändler, die Banken, die Finanzberater unterwegs gewesen und haben unterschiedlichste Portfolien den Menschen verkauft. Diese Goldgräberstimmung war deutlich zu spüren, und diese Goldgräberstimmung hat sich meiner Meinung nach sehr bald in einen Goldrausch gewandelt. Dieser Goldrausch wurde dann im privaten Sektor sehr stark vorangetrieben. Als der private Sektor gesättigt war, dann haben die Banken, die Spekulanten, die Anlageberater, den öffentlichen Bereich entdeckt.

Das war, wenn man so will, die Sierra Nevada für die Anleger, die den öffentlichen Bereich in den Fokus nahmen, die Länder hier kontaktierten, auch die Gemeinden kontaktierten, um Gold zu scheffeln. Wir wissen, diese Blase ist bald geplatzt, und die Ergebnisse, die kennen wir.

Das Land ist diesem Goldrausch nie erlegen, nie hineingefallen und darauf können wir durchaus stolz sein. Denn wir haben schon im Jahr 2013, meine sehr geehrten Damen und Herren, die risikoaversen Finanzgebarungen in die Verfassung geschrieben. Also nicht in ein einfaches Gesetz, sondern in der Verfassung formuliert. Ich glaube, das war auch damals sehr wichtig und gut so.

Heute folgt die landesgesetzliche Grundlage mit dem einfachen Gesetz, aber seit dem Jahr 2013 sind die Spielregeln für das Land Burgenland klar. Mit dem heutigen Beschluss wird die geübte Praxis in ein einfaches Gesetz gegossen, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Das gilt für das Land und für landesnahe Unternehmungen, jedoch nicht für Gemeinden, das ist auch bemerkenswert. Es betrifft vor allem die Fremdfinanzierungen, also alle Transaktionen mit der Absicht - und darum geht es ja -, mit der Absicht, Gewinne zu generieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gemeinden betrifft das jetzige Gesetz nicht. Das ist aber auch kein Problem, denn sie wurden schon im Jahr 2009 per Verordnung sozusagen auf diese Situation eingestellt.

Damals, im Jahr 2009, und einige von den Abgeordneten, die heute hier im Landtag sitzen, waren auch damals dabei, im Jahr 2009, als wir hier im Hohen Landtag debattiert haben. Ich kann mich noch sehr gut auf diese Debatte erinnern. Damals war es so, dass es Anlassfälle gegeben hat, warum wir damals die Richtlinien verordnen mussten und die Gemeinden darauf aufmerksam machen sollten, mit Steuergeldern nicht zu spekulieren.

Damals, sehr geschätzter Kollege Wolf, war es ein damaliger ÖVP-Bürgermeister aus Zurndorf, der das mit dem Steuergeld nicht so genau genommen hat, sondern der ohne Gemeinderatsbeschlüsse, Herr Kollege Wolf, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Auch Oberwart!)* ohne Gemeinderatsbeschlüsse, Devisengeschäfte eingegangen ist, deren Ausgang wir alle wissen, nämlich ein Schaden von rund 60.000 Euro, der dann durch ein Gericht sozusagen einem Vergleich zugeführt wurde.

Ich kann mich aber noch genau auf die Debatte erinnern, Herr Kollege Wolf, es war nämlich die ÖVP, die sich damals geziert hat, diese Richtlinien zu verordnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Es wurde argumentiert mit: Da greifen wir in die Gemeindeautonomie ein, und dergleichen und vieles mehr. Wochen-, ja monatelang haben wir hier diskutiert, bis Sie Ihre Blockade endlich aufgegeben haben, damit wir im Jahr 2009 dafür sorgen konnten, dass die Gemeinden nicht spekulieren konnten. *(Abg. Walter Temmel: Und jetzt zum Land.)*

Das Land steht jedenfalls auf soliden Finanzbeinen. Wir finanzieren uns ausschließlich - und das ist auch sehr wichtig, zu betonen -, ausschließlich über die Bundesfinanzierungsagentur, also ohnehin für uns spielt das keine Rolle.

Das Ergebnis sieht man. Wir bauen jährlich zwei Millionen Schulden ab. Wir haben das beste Maastricht-Ergebnis aller österreichischen Bundesländer. Darauf können wir stolz sein.

Wir haben ein hervorragendes Rating von Standard & Poor‘s, da kann der Kollege Wolf als Politiker noch so viel behaupten, am Ende des Tages zählt immer ein Rating einer unabhängigen Agentur. Und dieses Rating von Standard & Poor‘s ist wirklich ausgezeichnet. Daher werden wir diesem Gesetz natürlich unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Trotzdem möchte ich einige Worte noch über den Kollegen Wolf verlieren, der eigentlich zum Gesetz überhaupt nichts gesagt hat, sondern ausschließlich über die Zinsabsicherung gesprochen hat. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Hat eh schon der Kollege Molnár gemacht.)*

Herr Kollege Wolf, ich könnte es mir jetzt einfach machen, ich könnte sagen, wie oft die ÖVP den Zinsabsicherungsgeschäften zugestimmt hat, als sie noch in der Regierung waren.

Ich könnte es mir jetzt auch einfach machen, ich könnte sagen, was das bedeuten würde, wenn wir Ihrem Vorschlag folgen: nämlich 100 Millionen, rund 100 Millionen minus. Also ich könnte es mir wirklich einfach machen. Das will ich aber nicht.

Sie sagen, die Zinsabsicherung ist eine Spekulation. Sie haben das sogar mit einer Wette verglichen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hat auch der Rechnungshof berichtet.)* Das halte ich für ungeheuerlich. Ganz im Gegenteil, Herr Kollege Steiner, der Rechnungshof -

das können Sie im Bericht nachlesen - spricht ausdrücklich davon, dass das keine Spekulation ist. Das können Sie nachlesen! Sie widersprechen hier dem Rechnungshof und benutzen jetzt noch. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie lesen ja nur einen Satz raus. Sie müssen den ganzen Bericht lesen.)* Das ist schon ein besonderes Stückerl.

Aber trotzdem möchte ich klar sagen, für alle verständlich, was eine Spekulation ist, und das ist relativ einfach. Die Spekulation definiert man so, dass man möglichst schnell, möglichst viel Gewinn generiert. Das ist eine Spekulation. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ohne Grundgeschäft.)*

Das, was das Land Burgenland mit der Zinsabsicherung gemacht hat, Herr Kollege Wolf, ist das Gegenteil. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Im Rechnungshofbericht steht etwas anderes.)* Sie haben nicht das Ziel, nämlich möglichst schnell und möglichst viel Gewinn zu generieren, sondern sie haben das Ziel, das Risiko, das Zinsrisiko zu minimieren. Also gerade das Gegenteil von dem, was Sie wieder einmal behaupten. Nichtsdestotrotz ist dieses Spekulationsverbot wichtig. Es ist gut.

Daher hoffe ich, dass alle Parteien diesem Gesetz heute die Zustimmung erteilen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dreimonatiger Abstinenz in diesem Hohen Haus, es ist mir eine Freude, wieder hier mit Ihnen zu diskutieren. Ich habe immer die Lehrer mit den zwei Monaten Ferien kritisiert, aber wir haben drei Monate gehabt. Aber wir waren ja nicht untätig, werte KollegInnen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, denn wir haben ja andere Aufgabengebiete auch noch.

Daher möchte ich mich bei allen bedanken, die natürlich hier weitergearbeitet haben und auch jetzt im Wahlkampf sehr fleißig unterwegs sind und irgendwelche Dinge ankündigen, die wahrscheinlich nach der Wahl nicht gehalten werden können. Aber das ist nun mal so.

Aber zurück zu den Spekulationsgeschäften und dergleichen mehr. Liebe ÖVP - in das Stammbuch geschrieben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben nicht einmal eines.)* Wenn ich vorher überall mitstimme - dann legt Euch eines an - jetzt mit Kurz vielleicht hingeschrieben in Kürze, weil ich der Meinung bin, wenn sich der Herr Kollege Wolf da herstellt und gerade so tut, wie wenn er gerade auf die Welt gekommen wäre und die ÖVP und sich jetzt neu orientieren muss und schlussendlich da aufgezeigt wird, was für Fehler passiert sind. Natürlich werden Fehler passiert sein, gar keine Diskussion, aber, es wird ja so, wie jetzt in der neuen Konstellation in der Regierung, auch abgesprochen werden, welche Möglichkeiten mit welchem Risiko eingegangen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diesbezüglich kann ich mich noch gut an die FPÖ erinnern, die jahrelang gepoltert und gesagt hat, dass die ganze Finanzwirtschaft schiefläuft. Jetzt denke ich mir, ich hoffe es, nicht nur denke ich es mir, dass das in der nächsten Zeit jetzt wesentlich besser wird. Es sind Fehler passiert, das muss man eben auch sagen, Herr Landesrat Bieler. Na ist schon klar, denn „nobody is perfect“. Ihr werdet auch Fehler gemacht haben, wie alle anderen auch. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Das ist so. Aber, man muss es auch einmal zugeben, dass solche Dinge eigentlich vorkommen, denn eines war immer klar, weil Du, Herr Kollege Hergovich, von den Gemeinden geredet hast.

Uns wurde sogar empfohlen, seitens des Landes, irgendwelche Dinge mit Verträgen zu machen und dergleichen mehr. Das muss man auch einmal gesagt haben. Das Land hat es sogar empfohlen und jetzt steht man da und diskutiert. Ja, es ist gut, dass über solche Dinge diskutiert wird und jetzt haben wir einen Antrag da: Spekulationsgeschäfte sollen wir nicht mehr eingehen. No na, das ist ja logisch.

Das brauchen wir gar nicht an die große Glocke hängen. Das braucht man derzeit nicht mehr. Aber, eines muss ich schon sagen, wie sollen denn die Gemeinden finanziert werden, wie soll das Ganze ausschauen? Vielleicht macht man sich darüber einmal Gedanken, denn die Zeiten werden für die Gemeinden nicht einfacher, werden immer schlechter, denn auch in der Finanzgebarung muss man sich dort das anschauen. Es hilft nichts, wenn man Bedarfszuweisungen bekommt und dergleichen mehr. Aber, ich denke einmal, dass sich die Gemeinden auch einmal gemeinsam mit dem Land auf irgendwelchen Informationstagen informieren sollten, wie es weitergehen soll.

Wir haben ja heute genug Themen zu diskutieren. Beispielsweise die Ärztegeschichten. Was hat die Gemeinde mitzufinanzieren? Ist das ein Gemeindearzt, der von den Gemeinden sogar eine Pension bekommt, und dergleichen mehr? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das gibt es nicht mehr.)* Genau, das sind so diese Dinge, die man herausnehmen und darüber diskutieren sollte, denn die Gemeinden haben genug Last zu tragen.

Aber, eines ist klar, zum Spekulationsverbot, diesem Antrag, werden wir ganz klar unsere Zustimmung erteilen, weil es wichtig ist, auch damit ein Signal zu setzen. In der Vergangenheit sind eben ein paar Fehler passiert, das kann man nicht wegstreichen. Die ÖVP hat auch dort mitgestimmt, das muss man auch klar sagen, denn das ist ja nachweisbar. Daher glaube ich, man sollte jetzt wirklich ehrlich und offen miteinander diskutieren, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wo ist denn das nachweisbar?)* denn es wird ja Regierungsbeschlüsse und Protokolle geben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Einen! Einen Regierungsbeschluss. Einen!)*

Herr Kollege Strommer! Erzählen Sie mir jetzt nicht, dass Sie in der Regierung gesessen sind und nichts davon gewusst haben. Wenn das passiert ist, Herr Kollege Strommer, dann frage ich mich, was Sie die ganze Zeit gemacht haben. Das ist ja eine Frechheit, wenn Sie behaupten, dass es dazu keine Beschlüsse gibt. *(Beifall bei der LBL und SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da hört sich eigentlich die Politik in diesem Land auf. Wenn ich da sitze und der Tschürtz Hans weiß nicht, was da beschlossen worden ist. Na, dann grüß Gott. *(Allgemeine Unruhe)*

Ich schätze den Herrn Steindl wirklich für einen Fachmann, der sich für die Wirtschaft und alles tatsächlich eingesetzt hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was redest Du da zusammen?)* Herr Kollege, das kann nicht so sein. Wenn es wirklich stimmt, dass es dazu keinen Beschluss gegeben hat *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In Eigenverantwortung des zuständigen Regierungsmitgliedes.)* - keinen Regierungsbeschluss -, dann frage ich mich wirklich, was dann der Landtag noch zu tun hat, wenn er Regierungsbeschlüsse nicht einmal erfährt? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eigenverantwortung!)* Wenn wir beim Rechnungsabschluss zustimmen müssen, wenn wir bei einem Voranschlag zustimmen sollen, dann frage ich mich, wofür sind wir dann noch da? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher, noch einmal: Wir sind für das Spekulationsverbot. Danke. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da klatscht nicht einmal Dein Kollege. - Beifall des Abgeordneten Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter Kölly! Ich möchte nur eines richtigstellen, nämlich, zu diesen ganzen Geschäften gab es einen Grundsatzbeschluss in der Burgenländischen Landesregierung. Dieser wurde einstimmig gefasst. Das stimmt. Danach gab es natürlich immer wieder Berichte. Wir haben eingefordert, dass es nach einer Regierungssitzung vierteljährlich einen Bericht geben sollte. Diese Berichte wurden zum Teil durchgeführt, zum Teil nicht.

Nachdem wir wieder mehrmalig erinnert haben, dass es einen Bericht geben sollte, gab es dann einen Bericht. Aber, noch einmal, ganz korrekt: Es gab zu diesem Projekt, zu diesem Spekulationsprojekt, einen Grundsatzbeschluss in der Burgenländischen Landesregierung und nicht mehrere Beschlüsse. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So ist es! – Beifall bei der ÖVP – Abg. Manfred Kölly: Das ist aber traurig!)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst einmal danke an alle, die sich konstruktiv in die Gespräche eingebracht haben. Es waren alle Parteien, die im Landtag vertreten sind, bei diesen Parteiengesprächen dabei. Die GRÜNEN waren unentschuldigt nicht dabei. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Einladung ist bei uns nicht eingelangt.)* Der Herr Abgeordnete Kölly hat eine - es hat jeder eine Einladung bekommen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Überprüft Euren Postweg.)*

Wenn das der Beweis für die chaotischen Zustände bei den GRÜNEN ist, kann ich nichts dafür. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das Burgenland bekennt sich seit vielen Jahren zur risikoaversen Finanzgebarung, und daher ist das Spekulationsverbot auch bereits seit 2013 in der Landesverfassung verankert. Wir wissen genau, jede Landesverfassung geht über das normale Landesgesetz drüber. Das heißt, im Prinzip hätten wir dieses Gesetz heute gar nicht gebraucht, weil wir es ja schon festgelegt haben. Aber, wir haben uns bei den Finanzausgleichsverhandlungen committed, dass sowohl der Bund, als auch die Länder, wer es noch nicht hat, oder noch einmal in einem eigenen Landesgesetz dieses Spekulationsverbot formuliert und beschließt. Was wir natürlich auch gerne tun.

Es ist auch im Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung enthalten, dass es hier den gesamten Sektor Staat betreffen soll. Auch das Bundesgesetz, das über dem Landesgesetz steht, ist seit April 2017 verabschiedet worden. Hier steht ganz eindeutig, dass die Minimierung der Risiken stärken zu gewichten ist, als die Optimierung der Erträge oder Kosten.

Wir halten uns natürlich daran, und daher gibt es zusätzlich zum Bundesgesetz, zusätzlich zur Landesverfassung, das heutige Landesgesetz, wie es im Finanzausgleichspakt festgelegt wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es betrifft die risikoaverse Aufnahme von Schulden, die Veranlagung öffentlicher Mittel, das Risikomanagement bezüglich Risikoart, das Kreditrisiko, das Liquiditätsrisiko und das Marktrisiko. Auch das operationelle Risiko soll hier geregelt werden. Dieser Geltungsbereich umfasst neben dem Land Burgenland alle Rechtsträger nach ESVG, also

das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, nach dem die Volkswirtschaften miteinander verglichen werden können, weil es ja sehr viele spezielle volkswirtschaftliche Ausrichtungen gibt und daher hier ein System entwickelt wurde. Für diejenigen, die nicht diesem ESVG Sektor zugeordnet sind und nicht gesetzlich geregelt sind, wird per direkter Weisung oder Konzernrichtlinie dieses Spekulationsverbot umgesetzt, nämlich bei den Beteiligungen des Landes.

Es gilt auch nicht für Gemeinden und Gemeindeverbände, weil das in einer eigenen Verordnung oder Richtlinie bereits vom Land verordnet wurde. Eine adäquate Vorgangsweise. Wir haben, um noch einmal diese ganzen Diskussionen um Risikogeschäfte hintanzuhalten, seit 2001 bereits sämtliche Aufnahmen unserer Darlehen über die ÖBFA - über die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur - abgewickelt. Es ist uns gelungen, sämtliches veranlagtes Geld nicht nur zu erhalten, sondern auch über die Wirtschaftskrise hinaus zu vermehren. Das hat kein anderes Bundesland zustande gebracht.

Nun zu den vorhin diskutierten Finanz- und Zinsabsicherungsgeschäften. Es war damals die richtige Entscheidung, daher hat die ÖVP auch zugestimmt. *(Abg. Manfred Kölly: Eben, zugestimmt. Vorher habt Ihr noch gesagt, Ihr hättet nicht zugestimmt.)* Auch der Herr Landesrat Petschnig war der Meinung, dass das damals richtig war. Wenn man sich jetzt herstellt, siebengescheit daherredet, weil man weiß, dass eine Wirtschaftskrise da war und noch immer ist, dann kann das jeder sagen, dass das damals so war.

Heute würden wir diese Entscheidung nicht mehr treffen. Das ist auch ganz klar. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sag ich doch!)* Damals war es die richtige Entscheidung, daher stehen wir auch dazu. Wir haben weder Aktien noch Anleihen noch Fremdwährungsdarlehen in unserem Bereich. Das Entscheidende war, und das können wir nachweisen: Haltung des Kapitals, die Erzielung langfristiger stabiler Erträge. Das haben wir sichergestellt, denn es ist gelungen, die Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitsplätze im Land zu sichern und Geld für Förderungen im Budget zu haben. Das heißt, das burgenländische Budget ist stabil angelegt, ist langfristig sichergestellt, und daher danke ich für die konstruktive Mitarbeit und dass diesem Gesetz die Zustimmung erteilt wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke. Kurz etwas zur Klarstellung. Also, zum Ersten: Zuerst dafür zu sorgen, dass kleinere Fraktionen, die früher den Klubstatus hatten, nun keinen mehr haben, das heißt, kein Budget, kein Personal, gar nichts zu haben, und nachher zu sagen, aber ihr arbeitet chaotisch, das halte ich für zynisch.

Punkt 2: In Zeiten der elektronischen Kommunikation ist es möglich, aus Ihrem Büro an uns genauso Mails zu schicken, wie aus anderen Büros, dann ist es auch nachweisbar, ob etwas abgeschickt wurde und dann können wir das auch bekommen. Wir haben diese Einladung nicht bekommen. Ob sie wo anders hingelangt ist, weiß ich nicht, jedenfalls ist sie uns nicht zugestellt worden.

Ich bitte dies zur Kenntnis zu nehmen, denn wir haben auch nicht gesagt, bei Ihnen herrschen chaotische Zustände, bloß weil ein Kuvert von Ihnen bei uns nicht angekommen ist. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren zum wiederholten Male ein Kapitel des burgenländischen Wirtschaftszustandes, das mit Sicherheit heute keinen Abschluss finden wird, wo es jetzt in der Gesamtheit der Entwicklungen über den Bund Einschränkungen im Sinne des Wortes risikoaverse Veranlagungen geben soll. Allein dieses Wort macht mich schon schaudern und sollte eigentlich für alle dahingehend übersetzt werden. Jeder, der mit öffentlichem Geld zu tun, sollte es nicht nur tunlichst vermeiden, sondern absolut ausschließen, mit diesem Geld zu spekulieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das wäre eine eindeutige Regelung und wird auch jedem einleuchten, der jemals eine öffentliche Position bekleidet hat. Dann gibt es auch keine Ausreden in Richtung dessen, dass möglicherweise irgendwelche Verkäuferinnen und Verkäufer von Banken gekommen wären, die angetragen hätten, diese Geschäfte mit öffentlichen Rechtsträgern zu machen. Natürlich sind diese Herrschaften darauf aus, ein Geschäft abzuschließen. Nur, nochmals in der Betonung, ich glaube kaum, dass es sinnvoll und dass es irgendjemandem erklärbar ist, mit öffentlichem Geld spekulativ umzugehen.

Herr Kollege Molnár hat einleitend in seiner Rede auch das Wort der Transparenz gebraucht. Diese Offenlegung ist eigentlich jetzt auch im Grunde genommen mein Ansatz. Wir sollten als Landtag, als diejenigen, die vom Volk gewählt wurden, um die Bevölkerung zu vertreten, diesen Anspruch nicht nur im Sinne des ausgesprochenen Wortes leben, sondern inhaltlich von der Regierung in der Verantwortung, dass sie von uns den Auftrag bekommt, im Sinne der Budgetbeschlussfassung diese Transparenz auch einfordern.

Was passiert in Wirklichkeit in Bezug auf diese Transparenz? Also, so viele Tarnkappen, so viele Verdunkelungsgeschichten gibt es ja gar nicht mehr am Papier, gibt es gar nicht in Wirklichkeit, die sich diese Regierung einfallen lässt, um ja niemanden teilhaben zu lassen an einer öffentlichen Diskussion und schon gar nicht dem Landtag gegenüber in der Berichterstattung, die eigentlich eingefordert wird. Ich möchte nur daran erinnern, was mich absolut jetzt die letzten Wochen mehr als betroffen gemacht hat. Das Kapital, und da spreche ich auch Sie in Ihrer Vergangenheit als sogenannte Oppositionspartei an, wo Sie das immer wieder auch aufgezeigt haben.

Denken Sie jetzt nur, Herr Kollege Tschürtz, was wäre Ihnen eingefallen, wenn beim Ankauf der Bahnstrecke nach Großpetersdorf Stillschweigen vereinbart worden wäre. Was hätten Sie getrommelt, was wäre Ihnen da im Grunde genommen klar und deutlich in das Bewusstsein gerückt worden? Beim Ankauf einer Bahnstrecke mit öffentlichem Geld wird mit einem Verkäufer, der auch nur über öffentliches Geld zum größten Teil finanziert wird, Stillschweigen vereinbart.

Jetzt muss sich keiner wundern, denn das ist ja nicht das erste Mal. Wir haben auf einem anderen sogenannten Verkehrsträger das gleiche Prinzip gehabt.

Haben Sie schon gehört, was das Land in der Vereinbarung mit privaten vormals enteigneten Grundstückseigentümern auf die Umfahrung Schützen vereinbart hat? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wissen Sie, Herr Kollege Tschürtz, was die Regierung im Ankauf oder in der Umsetzung dieser Straße ausgemacht hat? Wissen Sie es? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Ja.)*

Dann schätzen Sie sich glücklich, denn die Gesamtheit der hier anwesenden Mandatare wird es sicher nicht wissen, auch nicht Rot und Freiheitlich, weil man hat nämlich wirklich besonderes bewerkstelligt: Stillschweigen hat man vereinbart! Wo öffentliches Geld fließt, getraut sich jemand, der für den Bürger da ist, in der politischen Verantwortung Stillschweigen zu vereinbaren!

Ich frage mich, wohin führt das? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt die dritte Diskussion, direkt auf dem Standpunkt des Parlamentes, des Landtages: In Bezug auf alles, was sich im Sinne der Konstruktion Holding, und da ist ja auch der Kollege Petschnig von der Regierungsseite in der Pressekonferenz mit im Boot gewesen, alles was ausgelagerte Gesellschaften anlangt, hat man jetzt zusammengeführt, was ja auch nichts Neues ist, weil vorher hat es anders geheißen, in eine Holding.

Jede Anfrage, die von den Landtagsabgeordneten auf das Interesse der Bevölkerung des Burgenlandes in Bezug auf eine dieser Gesellschaften bezogen gestellt wird, was glauben Sie, was kommt zur Antwort: entweder flapsig „das geht dich gar nichts an“ oder es ist nicht „die Informationspflicht der ausgelagerten Gesellschaften“ und schon gar nicht „des befragten Regierungsmitgliedes“, weil das ja quasi eine Angelegenheit der ausgelagerten Gesellschaften ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur auf den Punkt gebracht: ich finde es absolut nicht nur nicht korrekt, sondern absolut bedauernswert, dass sich Leute im Verhältnis auf öffentliche Gelder dieser Tatsache befleißigen und die Leute quasi sollen sich denken, was sie wollen, aber, wir sagen ihnen nicht, was wir mit öffentlichen Geldern anfangen.

Wenn das das Prinzip des heutigen Regierungsanspruches ist, dann brauchen Sie sich auch nicht vor der Wahl jetzt hinstellen und den Leuten versuchen, reinen Wein einzuschenken, weil es weiß inzwischen ja wirklich jeder, was dahinter steht und wie das gemeint ist.

Tatsache ist, dass Transparenz - und jetzt komme ich auf diese risikoaverse Situation zurück - mehr als eingefordert wäre und dass sie angebracht wäre, auch gelebt zu werden. Das, was der Herr Landesrat, für Finanzen zuständig, jetzt über die vom Kollegen Wolf angesprochenen Swaps gesagt hat, hat er ja schon eindringlich in mehreren Erklärungen dahingehend für sich reklamiert, dass sie zum Schluss auch vergleichbar mit sogenannten Fixzinsvereinbarungen wären. Also, das muss er wirklich jemandem erklären, der unter Wasser ist, dass ein Swap, der im Grunde genommen vom Rechnungshof in der Beurteilung schon 2014 Schulden in riesengroßer Höhe beschert hat, jetzt sind wir 2016, der auf 30 Jahre abgeschlossen wurde.

Das muss man auch jetzt in der Definition sehen, wie er das versucht hat, jetzt breitzutreten, denn auf 30 Jahre eine Zinsvereinbarung zu schließen, zeugt entweder von Unwissenheit oder von vorausschauendem Wissen um die Entwicklung der Zinsen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt haben wir die letzten fünf bis acht Jahre nicht nur keine Zinsen fast mehr - und damit wird es schwer sein, die Argumentation beizubehalten, dass die Swaps ertragreich gewesen sind, weil meines Wissens nach sind sie zwischen fünf und sechs Prozent in irgendeiner Form eingehandelt und von dort her kann man jetzt bei einer Nullverzinsung nicht davon sprechen, dass für das Land ein Ertrag und eine Steigerung für eine sogenannte Entwicklung, so, wie er es versucht hat zu erklären, offengelegt werden konnte.

Meine Damen und Herren! Das Zinsrisiko zu minimieren, daraus kann man durchaus ein Geschäft machen, wenn man es so will.

Aber, das würde ich keinem Privaten empfehlen, aber schon gar nicht, wie ich eingangs gesagt habe, einem öffentlichen Rechtsträger. Heute davon zu sprechen, dass wir das schon in der burgenländischen Verfassung verankert haben, aufgrund des Aufkommens, das sich im Speziellen um die sogenannte Hypo Alpe Adria abgespielt hat, dass wir fast seit einem gewissen Zeitrahmen über die ÖBFA finanziert werden, dass alles, was die Bundesagenturen anlangen, für diese sogenannten Kreditaufnahmen bessere Konditionen im Großen aushandeln können, als jetzt ein kleines Bundesland, und wir das quasi übernehmen, empfinde ich als sehr sinnvoll und angebracht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist aber, dass dieser Swap im Sinne einer Minimierung des Zinsrisikos deswegen schon als leider zu bezeichnen ist, nicht aufgegangen ist, weil die Zinsentwicklung eine andere war. Dass man jetzt hofft, in die Zukunft quasi gesehen, das auszugleichen, das sei dahingestellt.

Auf jeden Fall empfinde ich es als Hohn, darüber zu reden, dass man versucht hat, etwas zu minimieren.

In Wirklichkeit hat man ein spekulatives Geschäft abgeschlossen, das auf die Zukunft bezogen, dem Land mit Sicherheit nicht dient, sondern jetzt schon einen ordentlichen Schuldenberg eingetragen hat. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung, einschließlich eines Spekulationsverbotes für das Land und sonstige öffentliche Rechtsträger (Burgenländisches Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz – Bgld. FGSVG), ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung, einschließlich eines Spekulationsverbotes für das Land uns sonstige öffentliche Rechtsträger (Burgenländisches Finanzgebarungs- und Spekulationsverbotsgesetz - Bgld. FGSVG) ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 1010), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021 zugestimmt wird (Zahl 21 - 710) (Beilage 1030)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag, Beilage 1010, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021 zugestimmt wird, Zahl 21 - 710, Beilage 1030.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021 zugestimmt wird, in ihrer 23. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021 wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als Erste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf der Regierungsbank kann ich gerade niemanden begrüßen, denn es sitzt niemand da. Liebe Kolleginnen und Kollegen im Saal, liebe Zuhörer auf der Galerie und an den Bildschirmen! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben wieder einmal das Thema Bildung auf der Tagesordnung und wieder einmal eine 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern. Das ist gut.

Schauen wir einmal, was ist die Zielsetzung dieser Vereinbarung. Es geht um Personen ohne ausreichende Mindestqualifikation. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos betritt den Landtagssitzungssaal.)* Jetzt auch willkommen dem Kollegen auf der Regierungsbank!

Jenen Personen ohne ausreichende Mindestqualifikation sollen bessere Zugangschancen zum Arbeitsmarkt eröffnet werden, deren soziale Integration soll gefördert werden, und im Speziellen geht es hier um die Förderung von Lehrgängen für

Erwachsene im Bereich der Basisbildung und der Grundkompetenzen sowie Lehrgängen zum Nachholen von Pflichtschulabschlüssen.

Dafür soll es ein österreichweit einheitliches - zwischen dem Bund und den Ländern - abgestimmtes Förderprogramm geben. Das Förderprogramm wird in den Jahren 2018 bis 2021 fortgeführt.

Wer ist nun Fördernehmer? Fördernehmer dieses Programms ist der jeweilige Bildungsträger, der die Bildungsmaßnahme durchführt. Also im Burgenland, nehme ich an, wird das vor allem die Volkshochschule sein, das Wifi, das BFI, wer es eben anbietet.

Es geht also nicht um die Individualförderung einzelner Personen, sondern um eine Maßnahmenförderung. Das ist wichtig zu unterscheiden, damit niemand auf die Idee kommt, irgendwo zu verbreiten, da bekommen schon wieder Leute etwas bar auf die Hand aus Steuergeldern. Nein, hier geht es darum, dass die Bildungsmaßnahme gefördert wird und man das Recht hat, daran teilzunehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Anders als in anderen Bundesländern nimmt das Burgenland in diesem Projekt keine Fördermittel aus dem ESF entgegen. Warum, wird uns vielleicht noch einmal beantwortet werden.

Was kostet das das Burgenland? In der Basisbildung wird in den Jahren 2018 bis 2021 jeweils 88.000 Euro dafür bereitgestellt. Ebenso ist die Summe, die vom Bund bereitgestellt wird und für das Nachholen des Pflichtschulabschlusses 121.170 Euro jährlich von 2018 bis 2021, ebenso der Bund.

Auch die Zielgruppe ist bei diesen Programmen ganz klar definiert. Zielgruppe des Bereichs Basisbildung sind ungeachtet ihrer Herkunft, ungeachtet ihrer Erstsprache oder eventuell vorliegender Bildungsabschlüsse, Schulabschlüsse, Personen ab dem vollendeten 15. Lebensjahr mit einem grundlegenden Bildungsbedarf in den Lernbereichen Lernkompetenz, schriftliche und mündliche Kommunikation, in der deutschen Sprache, aber auch grundlegende Kommunikationskompetenz in einer weiteren Sprache. Ebenso mathematische Kompetenzen, aber auch - und das ist sehr wichtig - digitale Kompetenzen.

Wer das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann ja bei uns in die Pflichtschule gehen. Das ist auch gut so, weil Kinder und Jugendliche lernen am besten, wenn sie mit anderen Kindern und Jugendlichen in einem Schulverband zusammen sind, möglichst durcheinander, Angebotsgemischt, damit sie möglichst viel voneinander lernen können.

Für den Bereich „Nachholen des Pflichtschulabschlusses“ legen die Vertragsparteien folgende Kriterien zur Durchführung der Angebotsförderung fest, denn auch hier geht es um Personen ab dem 15. Lebensjahr, die noch über keinen positiven Pflichtschulabschluss verfügen. Es geht also darum, Ausbildungschancen zu erhöhen, Grundbildungschancen zu erhöhen. Da schließt sich der Kreis zu einem Thema, das wir heute in der Fragestunde schon erläutert haben, nämlich die Möglichkeit und die Chancen, auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Der nächste Schritt im Burgenland muss dann sein, gute, transparente Verträge mit den Bildungsanbietern abzuschließen. Darauf hoffe ich sehr und man möchte auch meinen, dass dieses Anliegen, nämlich, dass Basisbildung und Ausbildung von Grundkompetenzen in ganz Österreich für alle ein wichtiger Wert ist. Man möchte meinen, dass sich hier alle einig sind. Nicht so im Nationalrat! Da hat nämlich die FPÖ gegen diese Vereinbarung gestimmt, und es ist mir eigentlich schleierhaft, warum.

Nur, weil man einen Blick in das Wahlprogramm der FPÖ wirft, dann verwundert es wieder weniger, denn sogar der burgenländische Spitzenkandidat und jetzige dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer sagt, dass Flüchtlinge nicht unbedingt integriert werden sollten, weil Asyl nur Schutz auf Zeit sei. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Asylberechtigte jedenfalls sollten, wenn die Gefahr gebannt ist, sagt Nationalratspräsident Hofer, in ihr Heimatland zurückkehren, und er verstehe nicht, warum es hier Integrationsbemühungen geben solle.

Das heißt, zuerst wird immer kritisiert, dass Menschen nicht gut integriert sind, und wenn es dann Programme gibt, diese zu integrieren, kommt die FPÖ und sagt, na, ein paar Leute, da brauchen wir keine Integrationsmaßnahen, die sollen ein bisschen Deutsch lernen. Aber, Hofer sagt sogar, diese Menschen sollen keine Wertekurse besuchen. O-Ton Norbert Hofer!

Ich versuche, mich ja immer möglichst wertschätzend auszudrücken, aber das, was die FPÖ in ihrem Programm präsentiert hat, das ist nicht sehr intelligent, weil hier kommt zum Ausdruck, Flüchtlinge solle man gar nicht integrieren, denn es gäbe ja Asyl nur auf Zeit.

Das Blöde daran ist, erstens können wir alle nicht in die Zukunft schauen - auch nicht die FPÖ, auch nicht der Herr Hofer, *(Abg. Manfred Haidinger: Auch nicht die GRÜNEN.)* auch nicht die GRÜNEN, wir können alle nicht in die Zukunft schauen. Das heißt, wir wissen alle nicht, auch nicht der Kollege Haidinger, wie lange ein Mensch Flüchtling bleiben wird. Mal ändert sich die Lage im Herkunftsland nach einem Jahr, mal erst nach zehn Jahren, manchmal auch gar nicht - wir wissen es vorher nicht.

Zweitens und vor allen Dingen gilt in Österreich - auch wenn die FPÖ das gerne übersieht, das Unionsrecht. Diesem entsprechend muss Österreich Flüchtlingen mit Asyl nach fünf Jahren von Amts wegen, also sozusagen automatisch, einen Daueraufenthalt in der Europäischen Union gewähren, sollte die Flüchtlingseigenschaft wegen dauerhafter Verbesserung der Situation im Heimatland geendet haben.

Asyl selbst ist Schutz auf Zeit. Das ist bereits jetzige Rechtslage, das war es immer, aber trotzdem gilt in der gesamten EU, nach fünf Jahren sollen Menschen bleiben dürfen.

Einfach gesagt, wer nicht nach Hause kann, weil er dort noch gefährdet wäre, muss bleiben dürfen. Und jeder, der nach fünf Jahren nach Hause könnte, weil sich die Lage gebessert hat, darf trotzdem hierbleiben, und zwar auf Dauer.

Sehr viele Flüchtlinge werden also viele Jahre in Österreich verbringen müssen oder dürfen. Oft unfreiwillig, weil ihre Verfahren sehr lange dauern.

Aber diese Menschen bewusst nicht zu integrieren, wäre ja wohl das Dümmste, was eine Gesellschaft machen könnte. Unter anderem darum ist dieser Beschluss, den wir heute hier fassen, über die 15a-Vereinbarung, über die Basisbildung, so wichtig.

Was ich noch wichtig fände, und ich hoffe, das kommt dann in diesen Kursen vor, ist auch so etwas wie politische Bildung allen Menschen zuteilwerden zu lassen, die auch nur wenige Jahre bei uns im Land sind. Weil auch wenn wir damit rechnen, dass Menschen in ihr eigenes Land, in ihr Herkunftsland zurückkehren, und wir hoffen und wünschen, dass diese dort gute, demokratische Strukturen aufbauen sollen, dann brauchen sie auch dafür eine Basisbildung.

Dafür brauchen sie Kurse, wo sie das lernen, wie man damit umgeht, wie man politisch handelt. Aber sie brauchen auch die Integration in unseren Gemeinden und Vereinen, um konkretes politisches, demokratisches Handeln, Verhalten, demokratische Haltungen auch im Zusammensein zu lernen.

Wir müssen uns über die eigenen Grenzen hinweg denken. Wir sollten nicht nur in unseren eigenen persönlichen Grenzen bleiben, die sind zu eng. Ein weiter Blick bringt uns nämlich selbst auch weiter.

Deshalb möchte ich auch schon die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle ein großes Dankeschön auszurichten an die vielen Menschen, die sich in den letzten Jahren um die Integration von Geflüchteten bemühen, weil sie leisten einen unendlich wichtigen Beitrag für unser aller Zusammenleben. Das ist auch eine Art von Basisbildung, eine informale Basisbildung, aber sie ist ganz wichtig. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Für Österreich ist klar, es braucht klare Regelungen, wie in Österreich Integration möglichst gut gestaltet sein kann. Die Grundlage dafür ist Bildung. Es ist das Gerüst, das mit Leben gefüllt wird durch das Eingebundensein in Gemeinschaften vor Ort. Das ist die informelle Bildung, zu der wir alle aufgerufen sind.

Ich hoffe, die FPÖ zeigt in diesem Punkt, dass sie als Regierungspartei im Burgenland sich nicht einfach gegen alles stellen kann, was vernünftige Integrationspolitik ist und stimmt entgegen ihrer Bundespartei heute mit uns allen bei diesem Antrag mit. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat.)***:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes erteile ich dem Landtagsabgeordneten Mag. Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zuerst nicht auf die, ich sage einmal, etwas seltsamen Erklärungen der Kollegin eingehen, sondern einmal von den Fakten ausgehen, über diese 15a-Vereinbarung.

Bereits 2011 wurde diese Vereinbarung zwischen Bund und Ländern abgeschlossen. Worum geht es im Prinzip? Das wurde bereits gesagt. Basisbildung bedeutet Erwerb von grundlegenden Kompetenzen wie etwas lernen, lesen, schreiben, sprechen, sowohl Deutsch als auch eventuell in einer Fremdsprache, rechnen und vor allem auch den Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien.

Der zweite Punkt ist der Pflichtschulabschluss, ein ganz wesentliches Kapitel. Erst im September 2012 trat das entsprechende Pflichtschulabschlussprüfungsgesetz in Kraft. Es ermöglicht die Nachholung des Pflichtschulabschlusses in, ich sage einmal, in erwachsengerechter und zeitgemäßer Form.

Es zielt praktisch auf den Erwerb grundlegenden Wissens und grundlegender Fertigkeiten ab. Es wurde auch erwähnt, die Prüfungsgebiete bestehen aus vier Pflichtfächern, Deutsch, Englisch, Mathematik, Berufsorientierung, vier Wahlfächern, von denen zwei zu wählen sind und so weiter und so fort.

Zielgruppe dieses Programmbereiches Pflichtschulabschluss sind in Österreich wohnhafte Jugendliche. Meiner Information nach, ab 16 Jahren und Erwachsene, welche keinen positiven Abschluss der achten Schulstufe nach dem Lehrplan der Hauptschule, der Neuen Mittelschule, der Polytechnischen Schule oder der vierten Klasse einer allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schule haben. Oder die achte Schulstufe in

einzelnen Gegenständen negativ abgeschlossen haben und hier jetzt die Möglichkeit bekommen, diese Gegenstände nachzuholen, um damit ein positives Gesamtzeugnis zu erhalten.

In dieser 15a-Vereinbarung sind verschiedenste Dinge geregelt. Es gibt eine sogenannte Akkreditierungsgruppe, es gibt eine Steuerungsgruppe, es werden die Aufgaben beschrieben. Diese Steuerungsgruppe ist praktisch ein Aufsichtsorgan dieser Akkreditierungsgruppe, die wiederum aus verschiedenen Experten besteht.

In der Steuerungsgruppe sind übrigens auch die Sozialpartner vertreten mit beratender Stimme, die da sind: Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund und Wirtschaftskammer. Maßnahmen wie Monitoring, Evaluierung, das ist alles in dieser 15a-Vereinbarung geregelt. Auch der Umfang der Unterrichtseinheiten und so weiter und so fort. Lehrinhalte, Qualitätsstandards und finanzielle Mittel sind einheitlich bundesweit geregelt. Die Sachen sind alle in Ordnung, sind passend.

Zusammenfassend möchte ich sagen, was wird gefördert? Das sind die Kurse selbst und Kursunterlagen. Ich habe gesehen, dass zum Beispiel Salzburg bis zu 6.600 Euro fördert.

Warum wird gefördert? Der nächste Punkt. Bessere Bildung heißt natürlich bessere Chancen im Leben und mehr Möglichkeiten im Beruf. Grundlegende Bildungsinhalte wie lesen, schreiben und rechnen sollen in jedem Alter kostenfrei erworben werden können. Das ist einmal ein äußerst gutes Prinzip.

Schließlich, wer wird gefördert? Wie bereits gesagt, Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene. Das heißt, alle „bildungshungrigen“ Österreicher, und hier liegt bei mir die Betonung.

Ich weiß schon, dass die GRÜNEN immer mehr Augenmerk auf Asylanten, auf Asylsuchende, auf Menschen mit Migrationshintergrund legen, mir und uns als Freiheitliche ist natürlich wichtig, dass in erster Linie Österreicher davon profitieren sollen: Österreicher zuerst.

Die Sache ist natürlich gut, insgesamt. Wir werden daher unsere Zustimmung zu dieser 15a-Vereinbarung geben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Abgeordnete Patrick Fazekas hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Sie sind am Wort, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach wie vor gibt es viele Menschen in Österreich, die über keinen Schulabschluss verfügen. In Österreich verlassen 3,5 Prozent der Pflichtschüler die Schule ohne einen positiven Abschluss.

Bei jenen Personen beziehungsweise Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist dieser Wert sogar bei knapp acht Prozent. Eine Ursache liegt meiner Meinung nach darin, dass wir in Österreich eine neunjährige Schulpflicht haben, jedoch keine Bildungspflicht besteht.

Es muss meiner Meinung nach sichergestellt *(Zwischenruf der Abgeordneten Klaudia Friedl.)* werden, dass junge Menschen heute das bekommen, was sie morgen brauchen.

Liebe Kollegin Friedl, Sie schütteln den Kopf, die Ausbildungspflicht…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Abgeordneter! Ich möchte bitten, auf der Galerie keine Filmaufnahmen zu machen.

Bitte Herr Abgeordneter, fahren Sie fort.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP) *(fortsetzend)***:** Danke. Die Ausbildungspflicht, welche Sie meinen, die es seit 2016 gibt, die Eltern dazu verpflichtet, dass Jugendliche nach der Schulpflicht bis 18 Jahre eine weitere Ausbildung bekommen, setzt meiner Meinung nach zu spät an.

Es braucht grundlegende Reformen von der frühkindlichen Bildung bis hin zu den Universitäten und Fachhochschulen, aber auch was das lebenslange Lernen anbelangt. Die Schulpflicht in der jetzigen Form ist meiner Meinung nach ein Relikt der Vergangenheit.

Ich unterstütze deswegen den Vorschlag von Sebastian Kurz, dass niemand in Österreich die Schule verlassen soll ohne lesen, rechnen und schreiben zu können. Auch wenn das im Einzelfall bedeutet, dass die Personen über die normale Schulpflicht hinaus in den Unterricht gehen müssen.

Es braucht eine Bildungspflicht statt der neunjährigen Schulpflicht. So kann erreicht werden, dass keine Schullaufbahn ohne lernen der Grundfertigkeiten von lesen, schreiben und rechnen beendet wird.

Ich bin der Überzeugung, es ist nicht entscheidend, wie lange man das Schulsystem besucht, sondern welches Bildungsniveau erreicht wird.

Wir wissen, ein bestimmtes Maß an Mindestqualifikation ist notwendig, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können. Deswegen braucht es klare Definitionen, was man können muss, um in der Schule zu starten, beziehungsweise, was man können muss, wenn man die Schule verlässt. Derzeit sitzt man die neun Jahre ab.

Dies gilt auch für die soziale Integration. Jemand, der verunsichert ist, weil er nicht sinnerfassend lesen, rechnen und schreiben kann, tut sich auch in der gesellschaftlichen Integration sehr schwer. Ein Bildungsdefizit ist somit ein Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben, dem müssen wir entgegenwirken, meine geschätzten Damen und Herren!

Speziell bei den Sprachkompetenzen sind wir mit großen Herausforderungen konfrontiert. Ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler im österreichischen Schulsystem spricht zu Hause nicht mehr deutsch. Wir müssen sicherstellen, dass alle Kinder, die in die Schule kommen, ausreichend gut deutsch sprechen und dem Unterricht auch dementsprechend auch folgen können.

Und auch hier sagt Sebastian Kurz ganz klar und richtig, dass Kinder, welche die deutsche Sprache nicht beherrschen, in Deutschförderklassen unterrichtet werden müssen, egal wie alt sie sind. Geht der Spracherwerb nicht voran, so soll es einen verpflichtenden Nachmittagsunterricht beziehungsweise auch Sommerkurse geben.

Das ist der richtige Weg, denn wenn wir unseren Wohlstand in Österreich absichern wollen, dann brauchen wir ein gut funktionierendes Bildungssystem.

Meine geschätzten Damen und Herren! Das Förderprogramm gemäß der 15a-Vereinbarung soll Jugendlichen ohne positiven Pflichtschulabschluss beziehungsweise geringqualifizierten Erwachsenen das kostenlose Nachholen von Bildungsabschlüssen ermöglichen. Ich bin mir sicher, dass dieses Geld richtig und gut investiert ist. Es ist wichtig, Menschen Bildungschancen zu ermöglichen.

Ich darf für meine Fraktion festhalten, dass wir dieser Vereinbarung gerne unsere Zustimmung erteilen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Jetzt haben mich fragende Blicke von der Galerie erreicht. Ich darf erklären, es ist ausschließlich akkreditierten Journalisten erlaubt, hier Dokumente zu machen. Das war meine vorige Wortmeldung.

Nunmehr ist Frau Abgeordnete Doris Prohaska zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Nachdem jetzt schon drei Redner vor mir waren, ist natürlich inhaltlich so einiges bereits erledigt. Wir haben gehört, 2011 wurde diese Vereinbarung von der Bundesregierung bereits beschlossen und es wurden Gelder pro Jahr in der Höhe von 18,2 Millionen Euro vereinbart.

Wichtig ist für mich, dass dieser Abschluss, dieses Nachholen des Abschlusses und der Grundbildung kostenfrei für die Teilnehmerinnen ist und für die Teilnehmer, es gibt bundeseinheitliche Kriterien. Und vor allem, der Bund verdoppelt den finanziellen Beitrag der Länder entsprechend der Bestimmungen.

Sollte es einen vorzeitigen Abbruch der Teilnehmer geben, wird natürlich nur aliquot ausbezahlt. Wenn ein Bundesland nicht alles Geld abholt, das ihm zusteht, besteht natürlich für ein anderes Bundesland, das noch den Bedarf hat, die Möglichkeit, sich dieses Geld abzuholen.

Nachdem diese Förderperioden hintereinander gestaffelt sind, aber natürlich man als Teilnehmer immer wieder dazwischen einsteigen kann, kommt es auch vor, dass Teilnehmer von solchen Maßnahmen am Ende der Periode natürlich ihren Abschluss noch nicht erlangt haben. Die können das natürlich weiter machen in der nächsten Periode.

Es ist auch möglich, die Kosten zu verschieben, innerhalb der Maßnahmen zur Basisbildung und des Nachholens des Pflichtschulabschlusses, aber nur innerhalb eines Bundeslandes. Und das auch nur bis einer Höhe von maximal 20 Prozent der gesamten Fördersumme.

Die Länder entscheiden natürlich selbst über die Bildungsträger und da gibt es natürlich auch Kriterien.

Wichtig ist natürlich die regionale Verteilung, denn wenn alle Bildungsmaßnahmen nur in einem Teil des Bundeslandes abgehalten werden, ist das natürlich von großem Nachteil. Es ist auch wichtig, dass die Zielgruppen ausgewogen sind und dass natürlich das Budget vorhanden ist.

Jede Periode wird evaluiert und Bund und Länder haben natürlich auch übereingestimmt, dass am Ende oder ein Jahr bevor die nächste Periode ausläuft, es zu Verhandlungen kommt, dass bei weiterem Erfolg, so wie bisher, diese Maßnahmen natürlich auch in Zukunft gestaltet werden.

Wir haben es bereits gehört, wer soll von diesen Maßnahmen profitieren können? Das sind gering qualifizierte Personen, vor allem Personen mit sehr niedrigem Einkommen und sozial benachteiligte Personen. Und das Ziel dieser Maßnahmen ist natürlich der positive Effekt in der Beschäftigungspolitik, in der Standortpolitik und in der Wettbewerbspolitik.

Bei der Basisbildung ist noch etwas besonders zu erwähnen, dass es nämlich ein großer Vorteil für Frauen ist, die noch Betreuungspflichten bei Kindern haben, denn es ist ja auch eine Einberechnung der Kinderbetreuung möglich in die förderfähigen Kosten.

Es gibt eine Studie, so, wie es die PISA-Studie seit dem Jahr 2002 gibt, die für die Pflichtschüler die Erhebungen macht, hier gibt es die PIAAC-Studie, das ist dasselbe für die Erwachsenen.

Und diese Studie hat im Jahr 2012 festgestellt, dass bis zu einer Million Österreicher zu dieser Zielgruppe gehören, die nicht ausreichend lesen, schreiben, rechnen und lernen können. Dadurch können sie auch nicht angemessen am sozialen Leben in Österreich teilnehmen und schon gar nicht am Arbeitsmarkt langfristig bestehen.

Es gibt einen Unterschied in der Basisbildung und im Nachholen des Pflichtschulabschlusses, natürlich nicht nur inhaltlich, sondern auch bei den Kosten. In der Basisbildung hat das Land Burgenland insgesamt 88.000 Euro pro Jahr zur Verfügung, im Pflichtschulabschluss 121.000 Euro.

Der Gesamtrahmen für die Basisbildung beträgt mindestens 100 Unterrichtseinheiten, höchstens 400 bei Nachholen des Pflichtschulabschlusses, mindestens 1.000 Unterrichtseinheiten zu je 50 Minuten, maximal 1.180, und im Burgenland betrifft das Nachholen der Basisbildung pro Jahr zirka 37 Personen und beim Pflichtschulabschluss zirka 45 Personen.

Ich möchte jetzt sehr wohl aber noch auf meine Vorredner eingehen, zuerst einmal auf meine Kollegin Petrik.

Frau Kollegin Petrik! Sie kritisieren - ich bin jetzt nicht der Verteidiger der FPÖ -, aber Sie kritisieren das Wahlprogramm im Bereich Bildung der FPÖ. Mich wundert aber, dass Sie nicht das Programm der ÖVP kritisieren. Denn *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Warum?)* wenn Sie das nicht kritisieren, dann… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, weil es gut ist.)*

Und es war ja auch das Bildungsprogramm der FPÖ nicht das Thema, oder? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe kritisiert die Aussagen zur Abstimmung.)* Also wenn Sie über das eine reden, reden Sie aber auch über das andere.

Sie haben auch, das hat bereits mein Kollege Richter angesprochen, hauptsächlich darüber geredet, dass es Flüchtlinge und Menschen mit nicht deutscher Muttersprache betrifft, auch das ist nicht der Fall. Es betrifft auch sehr, sehr viele Menschen, die Österreicher sind.

Und das Nächste, weil Sie von der politischen Bildung gesprochen haben, da hat der Herr Minister Kurz bereits im Jahr 2015 gefordert, dass es unbedingt fachpolitische Bildung als eigenständiges Fach geben soll, nämlich um zu verhindern, dass sich junge Menschen Terrororganisationen anschließen.

Damals war noch Gabriele Heinisch-Hosek Bildungsministerin. Natürlich ist so etwas, nachdem es in der Koalitions-, in der Regierungsvereinbarung nicht drinnen war, mit zusätzlichen Kosten verbunden. Es gibt politische Bildung bis heute nicht als eigenständiges Fach. Ich nehme an, es waren die Kosten. Zuständig ist natürlich das Finanzressort, zuständig ist die ÖVP. Also da kann man leicht sagen, der Herr Minister Kurz …*(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer ist denn die Unterrichtsministerin?)*

Liebe Frau Kollegin, Sie hätten mir vorher zuhören sollen. Sie hat gesagt, es war nicht in der Regierungsvereinbarung, daher entstehen zusätzliche Kosten *(Abg. Mag.*

Michaela Resetar: Meine Güte, dann hätten sie das halt zusätzlich zahlen sollen.) und für das Geld ist ja der Herr Finanzminister zuständig und nicht die Bildungsministerin.

Jetzt komme ich zum Herrn Kollegen Fazekas: Sie sagen, der Fehler, dass es überhaupt so viele Menschen gibt, Erwachsene, die nicht lesen, schreiben, rechnen sinnerfassend können, liegt in der Schulpflicht. Das ist antiquiert, ein Relikt aus der Vergangenheit, das muss Bildungspflicht heißen.

Es hat die Kollegin Friedl dann einen Einspruch erhoben, und Sie haben gesagt, nein, nein, wir meinen nicht, das seit 2016, von dem rede ich auch nicht. Aber wissen Sie, seit wann es die Bildungspflicht gibt? Nicht seit 2016. Ganz genau wurde sie unterschrieben am 6. Dezember 1774, vor fast genau 240 Jahren von Maria Theresia. *(Abg. Klaudia Friedl: Genau!)*

Das heißt, das ist keine Erfindung vom Herrn Minister Kurz. Ich denke, er war ein hervorragender Schüler, aber in Geschichte hätte er aufpassen sollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Selbst die Maria Theresia macht das, was der Kurz sagt.)*

Dann komme ich zu einem weiterem Punkt: Die Ausbildungspflicht bis 18, wissen wir schon lange, kein Schüler soll zurückgelassen werden. Ich habe mir nämlich jetzt das Bildungsprogramm der ÖVP angeschaut, oder besser gesagt der Partei der türkisen Farbe, was mir sehr leid tut, weil ich Türkis so gerne habe und ich das überhaupt nicht mag, wenn das mit der Partei zusammenhängt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Rot ist auch eine schöne Farbe. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Rot ist auch eine schöne Farbe.)*

Das Nächste, was im Bildungsprogramm drinnen ist, die Schüler sollen die drei Grundkompetenzen nach dem achten oder neunten Schuljahr beherrschen. Das wissen wir schon seit der ersten PISA-Studie. Nur Tatsachen festzustellen und keine Lösungen zu bringen, das ist schon ein bisschen wenig.

Wir haben die Lösungen schon sehr lange. An wem scheitert es? An der ÖVP. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer hat sie?)* Von den 45 Ländern in Europa gibt es ganz *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer hat sie, die Prinzessin, oder wer? – Heiterkeit bei der ÖVP)* genau Österreich und Ungarn, die keine gemeinsame Schule der 10 bis 14-Jährigen haben. Hier gibt es die ganztägige Schulform in der Vollversion.

All das sind erwiesenermaßen Maßnahmen, um solche großen Zahlen von Menschen, die nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen können, als Erwachsener zu verhindern, und das ist bisher immer an Ihnen gescheitert.

Das Nächste, was in diesem Bildungsprogramm steht, Fremdsprachen im Kindergarten und in der Volksschule. Seit dem Schuljahr 1983/1984 ist gesetzlich verankert, dass ab der dritten Klasse Volksschule eine Stunde Englisch-Unterricht gemacht werden soll. Seit dem Schuljahr 1998/1999 ist im Volksschullehrplan verankert, dass seit der ersten Klasse Volksschule Englisch unterrichtet werden soll. Und im Kindergarten gibt es seit 2003 bereits englische Übungen und Spiele für die Kinder.

Die Digitalisierung haben wir schon oft besprochen, wo kleine Gemeinden weitaus mehr investiert haben in Laptopklassen, in Whiteboards an ihren Schulen, als große.

Und dann komme ich zum Thema Studiengebühren. Herr Parteivorsitzender der ÖVP, Sebastian Kurz, die türkise Partei, fordert wieder Studiengebühren für die Studenten.

Was viele nicht wissen, es gibt die Studiengebühren auch für österreichische Studenten, nämlich, wenn sie um zwei Semester mehr brauchen als die Mindestdauer

eines Studiums, das heißt ein Schuljahr. Man braucht nur erkranken, man braucht nur irgendwo bei Prüfungen keinen Termin bekommen, man braucht nur nebenbei arbeiten gehen müssen, weil es für Studenten aus den Bundesländern sehr teuer ist, zu studieren. Man braucht zusätzlich eine Wohnung, man muss essen, man muss sich Bücher kaufen. Die müssen arbeiten gehen und die haben nicht die Zeit wie ein Vollzeitstudent. Das heißt, die müssen jetzt schon studieren.

Den Herrn Minister Kurz wird das nicht berühren, der hat sein Studium 2005 begonnen, Rechtswissenschaften. Heute, 2017, zwölf Jahre später ist er noch immer nicht fertig. Ich frage mich, falls er es einmal fertig macht, ob er dann auch Studiengebühren zahlen muss oder ob er, so wie viele andere Studenten, dasselbe Studium gar nicht mehr aufnehmen darf, weil ja auch das verboten ist.

Er fordert auch Zugangsbeschränkungen. Das ist für mich ein Widerspruch sondergleichen. Die ÖVP fordert Zugangsbeschränkungen zu den Universitäten.

Auf der anderen Seite gibt es aber den lauten Aufschrei, es gibt viel zu wenige Ärzte, wir müssen den Ärzten Geld zahlen. Ich frage mich jetzt nur, zahlen wir diesen wenigen das Geld, sind das *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Norbert sagt das.)* wieder die Kinder, deren Eltern, die sich das jetzt schon leicht leisten können und denen geben wir zusätzlich noch Geld. Das kann es nicht sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie verlangen auch eine höhere Durchlässigkeit zwischen Lehrlingen, Maturanten, Studenten. Ich weiß nicht, wo der Herr Minister Kurz und auch Sie, meine Kollegen, bisher gesessen sind. Lehre mit Matura gibt es ja schon seit Jahren.

Es gibt schon lange Absolventen. Es gibt schon lange Lehre mit Matura. Wir haben zum Beispiel das Gewerbegymnasium in Güssing. All das ist bisher immer wieder an der ÖVP gescheitert.

Ich frage mich nur, ob der Herr Minister, der im Familiennamen das „Mini“ drinnen hat, ob das jetzt nur Kurzschlusshandlungen sind, oder ob die ÖVP nur mehr Ultrakurzwellenempfänger ist und ein Kurzzeitgedächtnis hat und sich die Kurzzeitbedienungsanleitung des Herrn Ministers zu Gemüte führt, denn es gibt zwei Arten von Politikern.

Die einen sind mutig und ehrlich, die anderen machen Karriere. *(Zwischenruf der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar.)* Wir gehören zu den ersten und wir bleiben weiterhin der Bildung und der besten Ausbildung unserer Jugendlichen treu. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Maria Theresia in die Jetztzeit. Der Herr Landeshauptmann Niessl von der Regierungsbank hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, man muss auch die Geschichte kennen, und da bin ich absolut bei Ihnen, Frau Abgeordnete, um die Gegenwart zu verstehen und um die Zukunft zu meistern, und deswegen ist auch der Sidestep in die Geschichte ein ganz guter.

Nur mein Zugang, den darf ich auch dazu sagen: Solange in Österreich und in Europa Konzerne keine Steuern zahlen, während jeder Arbeiternehmer, jeder Klein- und Mittelbetrieb Steuern zahlen muss, Milliarden Euro in Europa an Steuereinnahmen entgehen, weil es sich die Superkonzerne, die Superreichen, die Milliardäre gerichtet haben und auf der anderen Seite, so wie die Studenten sollen Studiengebühren zahlen, dann sage ich, da bin ich auf Seiten jener, die sagen, keine Studiengebühren.

Und es sollen einmal die Konzerne Steuern zahlen, das wäre Steuergerechtigkeit, dann könnte sich Österreich sehr, sehr vieles leisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Manfred Kölly: Wir können das nicht steuern, die Regierung muss das steuern, oder? Da ist Rot und Schwarz gefordert.)* Aber wir dürfen etwas fordern, was Vernünftiges. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, fordern können wir alles.)*

Das ist ein europäisches Problem. Ich nehme nicht an, Herr Abgeordneter, dass Sie ein Lobbyist der Konzerne sind, die keine Steuern zahlen, *(Abg. Manfred Kölly: Sicherlich nicht, im Gegenteil.)* denn Sie zahlen als Abgeordneter sehr viele Steuern. *(Abg. Manfred Kölly: Sie sitzen am Schalthebel.)*

Sie zahlen als Unternehmer, nehme *(Abg. Manfred Kölly: Sie sitzen am Schalthebel.)* ich an, sehr viele Steuern, und wenn Sie mit ein paar Tausend Euro bei der Gebietskrankenkasse im Minus sind, bekommen Sie einen Konkursantrag, während in Konzernen der Portier mehr Steuern zahlt als der Konzern, und das ist der falsche Weg. *(Abg. Manfred Kölly: Die Bundesregierung muss das in die Wege leiten, oder ich? – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Punkt: Niemand weiß, wie die Zukunft ausschaut. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das habe ich auch gesagt.)* Wir wissen aber eines, und das ergänze ich jetzt auch, Sie haben mich auf die Idee gebracht, dass der Gutgebildete eine bessere Zukunft haben wird, weil auch die Arbeitslosenstatistik zeigt, je niedriger die Qualifikation ist, umso höher der Anteil an der Arbeitslosigkeit.

Wir im Burgenland und davon rede ich jetzt, sind für diese Bildung in einem großen Ausmaß verantwortlich. Ich möchte schon ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir von der Kindergartenpädagogik, von der Frühkindpädagogik bis hin zu der Fachhochschule und zu der Pädagogischen Hochschule über die Neue Mittelschule, Gymnasium, HTL und so weiter, Berufsschulen, ein hervorragendes Bildungssystem haben.

Zehn Millionen Euro Investitionen in die Berufsschulen in den letzten Jahren. Aktuell 100 Millionen Euro Investitionen in die Höheren Schulen, und die Gemeinden machen Rieseninvestitionen in die Kindergärten. Ich habe alleine in den letzten 14 Tagen fünf Kindergärten, Neue Mittelschulen und Volksschulen eröffnet. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist Wahlkampf.)* Viele Millionenbeträge, die die Gemeinden mit Unterstützung des Landes Burgenland aufbringen, um diese Bildungseinrichtungen auszubauen und moderne Bildungseinrichtungen zu haben.

Wir haben zirka 5.000 Pädagoginnen und Pädagogen, die vom Kindergarten bis zu der Pädagogischen Hochschule, bis zur Fachhochschule im Burgenland tätig sind. Und wir haben die höchste Kinderbetreuungsquote im Kindergarten, die höchste Maturantenquote und investieren sehr viel Geld in die Facharbeiterausbildung.

Und da sage ich einmal, unser Burgenland ist top aufgestellt und wir haben ein hervorragendes Bildungssystem. Ich bin den 5.000 Pädagoginnen und Pädagogen auch sehr dankbar und den Gemeinden, die das voll mittragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Erwachsenenbildung: Man muss auch jedem Jugendlichen zugestehen, dass es auch einmal ein Problem gibt, dass es einmal eine Krise gibt und dass man eben aus dem Bildungssystem vielleicht vorübergehend aussteigt. Und genau diese Menschen haben sich auch eine zweite Chance verdient. Das ist auch eine wesentliche und wichtige Säule der Erwachsenenbildung, nämlich nicht nur zu sagen wir brauchen die Erwachsenenbildung. Das wäre eine Reduzierung der Aufgaben der Erwachsenenbildung zu sagen, ja, alle die nicht Deutsch können, oder alle, die den Asylstatus haben, dafür ist die Erwachsenenbildung da. Falsch.

Sie ist auch dafür da, und ich kann Ihnen sagen, ich war bei einigen Veranstaltungen dabei, wo der Bildungsabschluss, die Zertifikate überreicht wurden. Macht übrigens kein zweiter Landeshauptmann in Österreich. Wo einerseits solche, die Asylstatus haben, ihren Hauptschulabschluss gemacht haben, und solche mit Migrationshintergrund das gemacht haben und genau das ist der Erfolg, dass das sowohl für die Österreicher als auch natürlich für all jene, die hier leben, die Asylstatus haben, das angeboten wird.

Und dass das sehr, sehr gut gemacht wird. Wenn Sie einmal dabei sind bei so einer Veranstaltung, sowohl die Österreicherinnen und Österreicher, aber auch die mit Migrationshintergrund sind stolz darauf, weil sie wirklich etwas geleistet haben.

Dass man da einmal eine Krise hat, dass man ein Problem hat, dass man aussteigt, dass man die zweite Chance bekommt, damit eine Lehre machen kann, damit ins Berufsleben mitintegriert werden kann.

Ich glaube, das ist ganz wichtig, und ich bin sehr froh, dass über die Volkshochschulen das sehr professionell und in höchster Qualität gemacht wird, weil den Hauptschulabschluss es dann gibt, Vorsitzende, die aus dem Pflichtschulbereich kommen, das heißt, die Qualität ist eine sehr gute. Das ist nicht ein Zertifikat, du hast jetzt einen Abschluss und hast nichts geleistet, sondern das ist Qualität. Darauf kann man wirklich stolz sein.

Ich bin auch sehr dankbar, dass über die Volkshochschulen professionell für all jene, die das wollen, die einen Pflichtschulabschluss nicht haben und aus welchen Gründen auch immer nicht gemacht haben, auch durch ein persönliches Problem, es soll keinem anderen passieren, aber es passiert.

Ich habe Verständnis dafür, dass jungen Leuten auch etwas passieren kann. Deswegen unterstütze ich das auch, dass jeder Burgenländer, der hier lebt, die Chance hat, eine zweite Chance zu bekommen, einen Bildungsabschluss zu haben, Defizite abzubauen, Deutsch zu lernen und damit eine berufliche Zukunft zu haben und genau in diese Richtung geht die 15a-Vereinbarung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich bin auch sehr froh, dass wir das, und das ist nicht einfach, im Burgenland flächendeckend machen können. Sie wissen alle, dass wir nicht nur das kleinste Land sind, sondern dass wir das ländlichste Bundesland mit den vielen kleinen Einheiten sind. Und genau das Angebot flächendeckend zu machen, kostenlos zu machen, ist auch eine Herausforderung. Geld ist ja keine unbegrenzte Größe und flächendeckend im Burgenland zu machen, von der slowenischen Grenze bis zur slowakischen Grenze, dass die Anfahrtswege möglichst kurz sind, auch das ist eine Herausforderung.

Dass das angenommen wird, zeigt natürlich auch die Statistik. Überall wo Geld hinfließt, wird das natürlich auch evaluiert und das ist gut so. Vom Jahr 2012 bis zum Jahr 2014 haben zum Beispiel 363 Personen Basisbildungskurse belegt und 216 Personen die Lehrgänge zum Nachholen des Hauptschul- beziehungsweise Pflichtschulabschlusses besucht, also in Summe 579 Personen. Ich denke, das ist eine Statistik, die durchaus herzeigbar ist, die 579 Personen eine Zukunftsperspektive gibt.

In unserem wunderbaren Land nicht nur zu leben, sondern auch eine gute wirtschaftliche Zukunftsperspektive zu haben, finde ich, ist eine große Herausforderung der Politik. Ich bin auch sehr dankbar, dass das heute diskutiert wird und dass das auch heute mit großer Wahrscheinlichkeit beschlossen wird.

Kurz der Blick auch in die Zukunft 2015 bis 2017. Zwischenstand: 464 Personen belegen Basisbildungskurse, 402 Personen Pflichtschulabschlusslehrgänge, also in

Summe 797 Personen. Das heißt, Tendenz ist steigend, das Angebot ist so attraktiv und so wohnortnah, dass es angenommen werden kann. Damit leisten die Erwachsenenbildung und unsere Volkshochschulen in unserem sehr guten Bildungssystem gute Arbeit, ich betone noch einmal, da muss man froh sein, im Burgenland das beste Bildungssystem zu haben.

Alle Statistiken sagen, im Burgenland haben wir das beste Bildungssystem. Vom Kindergarten bis zur Fachhochschule. Da brauchen wir nicht schräg schauen, sondern da müssen wir richtig stolz darauf sein. Wir stellen viel Geld zur Verfügung und das ist nachhaltig. Der Aufstieg des Burgenlandes ist unmittelbar damit verbunden, wie gut gebildet und ausgebildet unsere jungen Menschen im Land sind.

Ich bekenne mich dazu. Bin der Volkshochschule direkt sehr dankbar. Tendenz ist steigend, jungen Menschen eine zweite Chance zu geben. Die Lifelong-Learning-Strategie wurde entwickelt, von der BUKEB, von den Erwachsenenbildungseinrichtungen. Auch das ist eine Strategie, wo ein lebenslanges, oder lebensbegleitendes Lernen, wie immer man das auch sieht, angeboten wird, und eigentlich eine sehr relevante Säule.

Ich bin überzeugt, dass das auch in Zukunft angenommen wird und bin allen dankbar, die hier mitstimmen, damit wir das auch in entsprechender Qualität, in entsprechender Form umsetzen können, um vielen Menschen eine gute Zukunftsperspektive in unserem Heimatland Burgenland geben zu können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Inhaltlich kann man dem Vortrag des Herrn Landeshauptmannes nur zustimmen. Ein Zusatz wäre angebracht gewesen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist da los?)* einer wäre angebracht gewesen und zwar speziell dort, wo wieder etwas quasi unter den Tisch gekehrt wird, dass meiner Ansicht nach für das Verständnis nicht nur der Österreicherinnen und Österreicher, sondern auch der Burgenländer immens wichtig ist.

Es gibt drei Finanziers, drei Instanzen, die dieses Programm, das wir heute beschließen, auch entsprechend fördern und da ist einer unter den Tisch gekehrt worden, nämlich der Europäische Sozialfonds. Diese Gelder, die auch integrierender Bestandteil... *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das ist der österreichische Steuerzahler, der das alles finanziert und beim Europäischen Sozialfonds zahlen wir ein und wann das Geld aus dem Steuerausgleich…)*

Herr Landeshauptmann, das ist typisch im Sinne dessen, dass das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger an den Problemen der Europäische Union zum Scheitern verurteilt ist, nämlich die Haltung, dass das alles nur quasi unsere Errungenschaften sind.

Europa ist ein Projekt der gemeinsamen Staaten, und daher ist auch das, was wir als Nettozahler dorthin liefern und über den Europäischen Sozialfonds zurückholen, im Grunde genommen nicht nur unser Steuergeld, sondern auch ein europäisches Projekt. Und das, glaube ich, ist es nicht wert oder ist es würdig, dass wir es auch so veranschlagen und nicht wert, dass wir es quasi unter den Tisch kehren. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Es ist für mich ein Selbstverständnis, eine Notwendigkeit, weil es für vieles quasi programmatisch steht. Wir sollten im Endeffekt immer auch bei jeder Form von

Kofinanzierung, die von Europa herkommt, es nicht irgendwie vernachlässigen, sondern auch immer wieder mittragen, weil sonst hebt sich diese ganze Verantwortung als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft eigentlich auf.

Inhaltlich ist vieles gesagt worden. In der Bedeutung dieses Projektes, das eigentlich auch nicht etwas Neues ist, sondern jetzt von 2018 bis 2021 eine Fortsetzung findet.

Dieses Projekt ist eigentlich 2012 gestartet worden. Es hat laufend eine Entwicklung gegeben, die man ja nur als begrüßenswert erachten kann, weil es den fördert, der am Arbeitsmarkt quasi unter den Tisch fällt, weil er keine Chance hat, als nicht mit einem Pflichtschulabschluss Ausgestatteter, in diesen Arbeitsprozess einzutreten.

Wir haben laufend in den Statistiken diejenigen als Verlierer auf den Wegstrecken zum Arbeitsmarkt, die quasi dieses Bildungsprogramm nicht erfüllen, beziehungsweise diesen Pflichtschulabschluss nicht errungen haben. Daher ist diese kostenlose Basisbildung für tausende Erwachsene jetzt in der Fortsetzung, so wie es auch von den Zahlen her, vom Burgenland genannt worden ist etwas, das wir nur auf Zukunft bezogen als positive Erkenntnis fassen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist auch davon gesprochen worden, dass die Burgenländischen Volkshochschulen eine ganz gewichtige Rolle als Instrument dieser Basisbildung setzen.

Die Burgenländischen Volkshochschulen haben im Zusammenhang mit diesen gesamten inhaltlichen Darlegungen unter anderem auch die Alphabetisierungsposition bezogen. Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, neben dem Anspruch, wir leben im besten Bildungssystem in unserem Bundesland, und alle Statistiken weisen das nach, wie es der Herr Landeshauptmann gesagt hat, dass wir immer mehr Bevölkerungsanteile haben, die nicht das Alphabet kennen beziehungsweise des Lebens und Schreibens nicht mächtig sind.

Das sind die Verlierer in diesem besten System, das sind jetzt nicht Migranten ausschließlich, sondern das sind sowohl auch Burgenländerinnen und Burgenländer, die in diesem System von Anfang an nicht zu dem Erfolgserlebnis kommen und dann mit dem ausgestattet sind, dass sie in den Arbeitsprozess auch dementsprechend integriert werden können.

Daher ist alles zu begrüßen, wie gesagt, diese Initiative, gefördert mit den Ansprüchen, dass wir bis 2021 diese Situation in der Verlängerung haben. Kollegin Petrik hat davon gesprochen, es wäre schön, hat auch im Nationalrat diese Thematik angesprochen, dass es auch auf Migranten ausgedehnt werden könnte. Ich möchte einen Aspekt hier im Besonderen darstellen, der mir sehr wichtig neben den Ansätzen erscheint in der Ausführung, nämlich, dass man denjenigen, die zu uns kommen und hier bleiben wollen, es auch in kürzester Zeit möglich macht, ihre Zeugnisse zu approbieren. Das ist ein haltloser Zustand, dass oft jahrelang etwas, was schon an Schulbildung Vorort passiert ist, hier in der Möglichkeit der Nutzung nicht stattfindet, weil es einfach daran mangelt, entsprechende Zeugnisse zu evaluieren und die möglichen Approbationen auch zuzulassen.

Das ist etwas, das mir am Herzen liegt und wäre eigentlich für das, was man als Integration bezeichnet, ein ganz gewichtiger Punkt.

Bezogen auf die angeführten Studiengebühren denen eigentlich meiner Ansicht niemand das Wort reden könnte und sollte, möchte ich einen Aspekt betonen, der auch in

dem Zusammenhang mir wichtig erscheint und der etwas schon widerspiegelt, wo wir eine sehr restriktive Hochschulsituation vorfinden.

Es ist von meinem Vorredner angesprochen worden, dass man durch Verzögerungen, oder durch Krankheiten wie immer auch, im Studienfortschritt nicht schafft, die entsprechende Jahresleistung, die eingeforderte, zu erbringen. Was passiert, wenn man das ein Jahr nicht schafft? Man fällt auch um die Familienbeihilfe um.

Das ist etwas, was die meisten überhaupt nicht anerkennen können, auch Familien, die davon betroffen sind, weil es eine Situation darstellt, die auch nicht erklärbar ist. Das heißt, wir haben sehr wohl in diesem Studienpaket jetzt schon drinnen sehr restriktive Maßnahmen, die sich in der finanziellen Situation auswirken und wo es mit Studiengebühren um etliches mehr veranschlagt wird. Ein Punkt, der auch vorher angesprochen wurde, ist die Situation, dass wir einen Facharbeitermangel vorweisen.

Wer ist an dieser Entwicklung in politischer Hinsicht schuld? Das hat sich über die letzten Jahrzehnte quasi herauskristallisiert. Von Eltern wird es immer wieder an die Kinder weitergegeben, ihnen soll es besser gehen und daher gehe studieren, setze dort an, wo quasi höhere Bildung einen Aufstieg ermöglicht. Das ist einhergegangen mit dem Verlust an Facharbeitskräften, die wir heute als riesengroßes Manko nicht nur von Industrieseite, sondern auch von Gewerbeseite her quasi bekritteln.

Die Situation ist aber von der Politik geschaffen worden, weil man die Bewertung des Berufsstandes des Facharbeiters im Grunde genommen vernachlässigt hat, beziehungsweise auch in minderwertigem Sinne immer wieder vermittelt hat.

Jetzt zu bekritteln, dass wir Facharbeiter aus anderen Ländern zu uns gebeten haben, beziehungsweise, dass die zu uns kommen und das als ein Problem ausschließlich auf die sogenannten ausländischen Beschäftigten zurückzuführen, ist ein typisches Zeichen populistischer Form, wo man sich stolz darauf zurückzieht, wir sind für uns Burgenländerinnen und Burgenländer da. In Wirklichkeit, und das sage ich auch offenherzig, wenn wir nicht für die gesamte Wirtschaft, für die gesamte Dienstleistung diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns beschäftigt hätten, wäre die burgenländische Wirtschaft meiner Ansicht nach schon lange zusammengebrochen.

Aber das nur am Rande. Insgesamt einen Aspekt, der mir wichtig erscheint, auch in der sogenannten Darstellung, wir hätten das beste System in bildungsmäßiger Hinsicht. Wir haben sehr große Fortschritte erzielt und es ist laufend daran zu arbeiten, es noch weiter zu verbessern.

Einen Aspekt, aber nur zum Nachdenken für alle. Wenn wir so stolz auf dieses NMS-System in der Umsetzung sind, dann stelle ich folgende Frage: Wie verhält es sich, wenn bei 20 Abgängern einer NMS-Klasse die Hälfte der Abgänger ins Poly wechselt? Ist das quasi ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem? Ist das quasi das, was die NMS hervorbringen soll?

Ist das das, was die NMS befördern soll? Ist das das beste System, wenn es in der Entwicklung diese Handicaps noch weiterhin gibt, dass wir eine Situation haben, dass wir quasi auch schon abschaffen wollten, im Endeffekt jeder danach trachtet, dass er seine Kinder nicht in das Poly schickt, sondern dass er sie zum Beispiel auch in Bauernschulen schickt, um ihnen einen grundsätzlichen Inhalt zu vermitteln?

Dann schaffen wir ein Bildungssystem, das im Endeffekt von der sogenannten Output-Situation wieder in die Richtung zementiert, die wir eigentlich verlassen wollten. Ich glaube, da gibt es genug Arbeit und Baustellen, da sollten wir nicht immer wieder nur in positivster Hinsicht von einem besten Bildungssystem sprechen, sondern inhaltlich dort

ansetzen, wo der einzelne Schüler, die einzelne Schülerin mit ihrem Abschluss, mit ihrem Pflichtschulgebot auch die wirkliche Qualifikation aufweist, in unserer Gesellschaft die entsprechende Rolle zu spielen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021 wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1016), mit dem der Zielsteuerungsvertrag „Zielsteuerung-Gesundheit“ für die Jahre 2017 bis 2021, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 716) (Beilage 1031)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung ist Herr Landtagsabgeordneter Kovacs. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1016, mit dem der Zielsteuerungsvertrag „Zielsteuerung-Gesundheit“ für die Jahre 2017 bis 2021, zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 716, Beilage 1031.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Herzlichen Dank Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltausschuss haben den Beschlussantrag mit dem der Zielsteuerungsvertrag „Zielsteuerung-Gesundheit“ für die Jahre 2017 bis 2021, zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 23. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Zielsteuerungsvertrag „Zielsteuerung-Gesundheit“ für die Jahre 2017 bis 2021, wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt heute die Vereinbarung gemäß 15a L-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens sowie „Zielsteuerung-Gesundheit“ und Vereinbarungsumsetzungsgesetz 2017 vor. Ich darf mit Freude sagen, dass das jetzt in Wirklichkeit ein großer Schritt in Richtung einer gesundheitlichen Strategie ist, die wir für die Zukunft natürlich auch dementsprechend ausnutzen können.

Besonders deshalb, weil Versorgungsstrukturen, Versorgungsprozesse und Ergebnisorientierung hier als strategische Ziele festgelegt werden. Darüber hinaus freut es mich ganz besonders, dass hier auf die Menschen selber, auf die Transparenz und

damit natürlich auf diese Rückmeldungsmöglichkeiten der Menschen Rücksicht genommen wird, so ferne es dann in der dementsprechenden Art und Weise auch weiter umgesetzt wird und auch gelebt wird. Das ist uns, glaube ich, immer allen klar, dass hier Papier das eine ist und das Leben nach diesem Papier das andere ist.

Wesentlich ist aber dabei, dass ich da heraus entnehmen kann, dass die Dinge, die man in den Wohnzimmern, in den Stammtischen oder einfach nur bei irgendwelchen Bürgerversammlungen so hört, wie das mit den Zwei-, Dreiklassengesellschaften, die wir dadurch noch nicht ganz abgestellt haben.

Aber ich habe ja gesagt, es ist ein großer, beziehungsweise ein wesentlicher Schritt in diese Richtung, auch hier Grundlagen zu schaffen und nichts anderes können wir als Gesetzgeber, als die Grundlagen zu schaffen, damit das auch passieren wird. Da haben wir eben einen Partner gefunden mit dem Bund, der entsprechend auch jetzt Vorsorge trifft, dass wir auf der Landesebene genug Möglichkeiten haben.

Für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer auch die bestmögliche Praxis anzuwenden, um auch hier nicht nur den Stellenwert des Vorzeigelandes zu haben, sondern auch nicht in der Zukunft zu verlieren. Weil eines muss uns auch klar sein, wir matchen uns in Wirklichkeit immer wieder mit den anderen acht Bundeländern. Es ist ja nicht so, weil nicht umsonst wird auch vom Herrn Landeshauptmann oder vom Herrn Landesrat immer wieder ein anders Bundesland als Benchmark herangezogen.

Wir stehen in einer Konkurrenz, keine Frage. Weil jeder, und auch wir sind hier ganz besonders verpflichtet, den Burgenländerinnen und Burgenländern die beste Örtlichkeit oder Regionalität anzubieten, um hier zu leben. Weil nur durch das, dass hier auch Menschen leben, durch das, dass hier auch in Wirklichkeit Wirtschaftswachstum dadurch passiert, können wir auch aus unserem Bundesland etwas tun. Dazu sind wir als Gesetzgeber verpflichtet.

Und mit diesem Vertrag hier, mit dieser 15a-Vereinbarung, haben wir auch die Möglichkeit als Landesgesetzgeber dann noch erstens, einen guten Vertragspartner zu finden, nämlich aufgrund der Ziele, der gemeinsamen, die hier sind und danach an die dementsprechende Umsetzung zu gehen. Wir sind natürlich mit Feuer und Flamme dabei, diese 15a-Vereinbarung zur Kenntnis zu nehmen, also dieser zuzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Abgeordneter Rosner ist der nächste Redner. Bitte zum Rednerpult Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel einer zukunftsweisenden Gesundheitspolitik muss eine ärztliche Grundversorgung vor der Haustür sein. Zusätzlich braucht es eine Entlastung der Ambulanzen in den Krankenhäusern. Mit Primärversorgungszentren kann die ärztliche Versorgung gesichert und auch der Grad der Primärversorgung erhöht werden. Denn diese ist in Österreich im Ländervergleich sehr niedrig.

Bei den Zentren ist aber auch darauf zu achten, dass sie in privaten Händen bleiben und durch Ärzte geführt werden, um einer Kommerzialisierung entgegen zu wirken, denn die Gesundheitsversorgung darf nicht eine Frage der Gewinnerzielung werden. Für die ländlichen Regionen sind Primärversorgungszentren nicht die richtige Lösung. Wir brauchen hier geeignete Maßnahmen, um die Versorgung unserer Bürger zu gewährleisten.

Daher ist uns die Stärkung der Hausärzte ein wichtiges Anliegen. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die niedergelassene Ärzte und vor allem

Jungärzte unterstützen. Gelingen kann dies zum Beispiel durch Maßnahmen wie Erleichterungen von Gruppenpraxen, Ermöglichung von Arztanstellungen und Förderungen für Erstausstattungen für Jungärzte.

Vorstellbar wäre im Burgenland auch die Schaffung von Netzwerken in denen sich die Ärzte einer Region zusammenschließen und Synergien nutzen. Hier muss die entsprechende Grundlage geschaffen werden, damit für die Netzwerke keine eigenen Rechtspersönlichkeiten nötig sind und die Hausärzte ihre Einzelverträge behalten können. Das Pilotprojekt „Akutordination in Oberwart“, wir haben es heute schon einmal angesprochen, Herr Landesrat, wird gut angenommen und führt zur Entlastung der Spitalsambulanzen. Täglich von 17.00 bis 22.00 Uhr ist ein Hausarzt in der Ambulanz im Krankenhaus Oberwart anwesend. Er betreut Akutfälle und entscheidet über die Notwendigkeit einer weiteren Behandlung.

Das stellt eine klare Entlastung der Ambulanz im Krankenhaus Oberwart dar. Wir können die Effizienz steigern und Wartezeiten der Patienten drastisch kürzen. Nun geht es darum, dieses Projekt auf das ganze Burgenland auszuweiten. Ich glaube, die Pläne gehen in diese Richtung und wir können das nur begrüßen. So können wir natürlich auch die Krankenhäuser im Burgenland deutlich entlasten und auch die Hausärzte werden durch weniger Nachtdienste entlastet.

Unbequeme Arbeitsverhältnisse und regelmäßige Nacht- beziehungsweise Bereitschaftsdienste schrecken Ärzte ab, sich im Land nieder zu lassen. Dass sich das niemand so einfach antut ist verständlich. Die Volkspartei Burgenland unterstützt eine Reform der Bereitschaftsdienste, mehr als 15 Nachtdienste im Monat, nachdem der Beruf des Hausarztes unattraktiv, beziehungsweise familienunfreundlich wurde. In benachbarten Bundesländern gibt es diese hohe Anzahl der Nachtdienste nicht. Für uns ist klar, nur durch den Haus-/Landarzt kann für die Patienten eine ärztliche Erstversorgung in unmittelbarer Nähe garantiert werden.

Darauf ist auch im regionalen Strukturplan, den wir heute schon angesprochen haben bei der Fragestunde, glaube ich, zu achten. Die Volkspartei Burgenland setzt sich für den Erhalt des Hausarztes ein. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt vom Landtagsabgeordneten Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Gesundheitswesen ist einer der wichtigsten Bereiche für die Menschen in Österreich und in unserem Heimatland im Burgenland. Dementsprechend ist auch eine klare Kompetenzverteilung wichtig, die durch diese neue Artikel 15a-Vereinbarung zur Finanzierung des Gesundheitswesens und durch den nun zu beschließenden Vertrag auch gewährleistet wird.

Dieser Vertrag und auch die dahinter stehenden Gremien, wie die Landeszielsteuerung, die Gesundheitsplattform und viele mehr, klingen eigentlich sehr technisch, fassen aber in den diversen Sitzungen wichtige Beschlüsse für alle PatientInnen im Burgenland und natürlich auch in Österreich.

In diesem Zusammenhang ist es natürlich auch wichtig, dass hier alle Player im Gesundheitswesen gemeinsame Ziele verfolgen. Diese Ziele sind entsprechend in diesem Vertrag auch zwischen den neun Ländern der SV und dem Bundesministerium für Gesundheit vereinbart und niedergeschrieben worden. Auch diese Ziele klingen in ihrer

Formulierung sehr, sehr technisch, haben aber stets wesentliche Auswirkungen auf die PatientInnen. Lassen Sie mich nur einige Ziele exemplarisch herausgreifen.

Da wäre zum Beispiel die Schaffung von 75 PHCs in Österreich bis 2021, davon drei in Netzwerkvarianten für das Burgenland durch die Sozialversicherung. Zweitens: Die Bereitstellung eines Sondertopfes von 200 Millionen Euro österreichweit durch Bund, Länder und Sozialversicherung zur Umsetzung eben dieser Regelungen. Die Gründung einer Gesundheitsplanungs GmbH, die Kompetenz hat, Teile dessen beschlossen im ÖSG, in Bereichen wo es sinnvoll erscheint, auch verbindlich zu machen, um Verbesserungen der integrativen Versorgung durch gemeinsam abgestimmte verbindliche Planungen österreichweit auch zu erreichen.

Drittens: Die Analysen und Vergleiche der Bundesländer zum aktuellen Stand was die Hospiz- und die Palliativversorgung betrifft. Dann die Optimierung der Versorgung von Kindern und Jugendlichen in ausgewählten Bereichen durch Erhöhung der Durchimpfungsrate oder speziellen Maßnahmen zur Mundgesundheit.

Dann die Medikamentenversorgung, sektorenübergreifend gemeinsam optimieren. Oder zum Beispiel die Stärkung des Bewusstseins der Menschen für Gesundheitsprävention. Das Burgenland betreibt hier sehr fleißig federführend zum Beispiel das Projekt zur Dickdarmkrebsvorsorge. Also Sie sehen, sehr, sehr viele Ziele, sehr wichtige Ziele, die sich schon in Umsetzung befinden und natürlich laufend auch evaluiert werden. Deshalb werden wir natürlich dieser 15a-Vereinbarung zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesundheit betrifft uns alle und sollte in der politischen Verantwortung von allen auch so geboten ernst genommen werden, wie es für jeden einzelnen Betroffenen vonnöten ist und darüber hinaus. Ich gebe Ihnen Recht, dass es in der Diskussion sehr wichtig ist, diesem Präventivcharakter entsprechend Raum zu geben. Ja, mehr Raum als bisher zu geben. Wir sollten uns nicht darauf beschränken, Gesundheitswesen in allen Bestandteilen die wir in Österreich zur Verfügung haben, wo wir uns immer wieder rühmen eines der besten Systeme weltweit aufgebaut zu haben, jetzt durch eine Erkenntnis, die eigentlich nicht kurzfristig gefasst wurde, sondern die sich schleichend über die Jahre entwickelt hat, durch finanzielle Gegebenheiten, die nicht mehr das volle Fass zur Verfügung stellen, wo wir grenzenlos in den Topf hineingreifen können und Gesundheitswesen befördern können, in irgendeiner Form schlecht zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt mit dieser 15a-Vereinbarung einen Aspekt, der mir sehr wichtig erscheint, es ist nämlich im Zusammenhang mit der gesetzlichen Werdung im Nationalrat auch gelungen, etwas - meiner Ansicht nach - sehr Wichtiges sicherzustellen, nämlich Jugendlichen und Kindern den Selbstbehalt zu streichen. Das ergibt für dieses Gesundheitssystem und für Eltern und für die Versorgung eine ganz gewichtige neuartige Einstellung und damit auch für die finanzielle Belastung etwas Positives.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es schon öfter diskutiert, mit diesem gesamten, mit dieser Neuauflage und mit diesen Health Care Centern und mit allem drum herum, was die Palliativsituation anlangt, was die Organisation und die Steuerungsmechanismen des Bundes und die Auswirkungen auf Landesebene ergeben,

geht ja einher, dass auf die kommenden Jahre mit dem Finanzausgleich - und dieses Gesetz zielt ja auch für die Dauer des Finanzausgleiches in der Vereinbarung mit dem Bund - sogenannte Ausgabenobergrenzen festgehalten wurden.

Diese Ausgabenobergrenzen, das haben wir letztmals, Herr Landesrat, auch diskutiert, sind quasi die Höchstpunkte im Sinne des Zuschlages auf die budgetären Gegebenheiten. Die Obergrenze soll 2017 3,6 und dann fallend 2018 3,5, 2019 3,4, 2020 3,3 und 2021 3,2 Prozent Reduktion ergeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist schon ein absolut klares Zeugnis dafür, dass man versucht, in diesem gesamten Gesundheitsorganisationssystem den Kostenfaktor nicht explodieren zu lassen. Wir kennen und diskutieren laufend die Problemstellungen, die für die Sozialversicherungen mit den sogenannten Medikamentenkosten gegeben sind.

Hier geht es um das Gesamtbild, und dieses Gesamtbild hat den Ausfluss auch in diesen sogenannten stationären Zentren, wo versucht wird - und das sollte man bei der Diskussion auch nie irgendwie vernachlässigen -, das Spitalswesen zu entlasten und gleichzeitig quasi einen Kostenfaktor wegzunehmen, damit, dass man quasi diese Health Care Center etabliert und damit auf diese niedergelassenen Ärzte - abgesetzt vom Spitalswesen - Möglichkeiten einräumt.

Hier gibt es die Diskussion, dass diese Zentren quasi nichts verdienen dürfen, dass man das mehr oder weniger kostenfrei halten soll, aber nicht darüber hinaus Erträge erwirtschaften darf. Hier gibt es die Diskussion, die politisch natürlich recht eindeutig und verschieden diskutiert wird.

Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was das Gesundheitswesen auszeichnet, sollte nie mit dem sogenannten Finger auf die Nasenspitze abgetan sein. Wir sollten endlich dazu übergehen, nicht nur lokale Situationen zu berücksichtigen, sondern regionale Möglichkeiten auszuschöpfen. Das passiert zum Teil mit Kooperationen, wir haben diese mit Niederösterreich an zwei Standorten.

In der Steiermark gibt es eine ganz andere Tendenz. Sie sind dazu übergegangen, aus Kostengründen Einschränkungen auf ihre Spitalstandorte zu setzen. Was mich dabei irgendwie irritiert, ist die Ausführung von Landesrat Drexler, dass man mit dem Burgenland nicht kooperiert. Das ist eine eigenartige Konstellation. Im Wissen darüber, dass dieses regionale Verbundsystem eigentlich die Zukunft darstellt, die abgesetzt von diesen Einheiten innerhalb der Spitäler auch einem ordinierenden Hausarzt die Möglichkeiten bietet, entsprechende finanzielle Einschränkungen zu gewährleisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es vorher im Studiensinne in der Pflichtausbildung schon diskutiert. Wenn wir heute etwas zur Kenntnis nehmen müssen, das schwerwiegende Auswirkungen auf das Gesundheitssystem hat, dann einen besonderen Umstand, nämlich das ganz starke Lobbying der Ärztekammer.

Es gibt jetzt, man kann fahren wo man hin will, es gibt jetzt eine Plakatserie, unter anderem auch direkt neben einem großen Einkaufscenter in Niederösterreich, auf einem Büroturm, wo man sich rühmt, dass es ohne Ärzte nicht geht - no na.

Was aber gleichzeitig diskutiert wird, ist, dass Ärzte zu wenig verdienen, dass sie keine Work-Life-Balance haben, und das geht jetzt dazu über, dass man versucht, entsprechend die Politik anzubohren, was ja auch gelingen wird, wir werden es ja heute noch in Antragstellungen erleben.

Die Politik, im Speziellen jetzt das Land, und dann in der Forderung die Gemeinden, die lizitatorisch dann eingebunden werden, weil das kann es ja nicht sein, dass das Land etwas gibt und die Gemeinden nicht. Ich denke jetzt nicht an die Transparenzdatenbank. Das hat mit der nichts zu tun.

Aber Tatsache ist, es soll mir jemand erklären, wenn er einen Hausarzt in der Gemeinde als Standort haben möchte, dass das Land einen Zuschuss von 50.000 Euro gewährt und dann die Gemeinde nicht lizitatorisch das auf 100.000 erhöhen wird müssen. Das möchte ich sehen, dass dies jemand ausschließt.

Der wird ihm nämlich von Arztseite her wahrscheinlich verkünden, dann suche ich mir eine andere Gemeinde. Und das haben wir alle im Erlebnisrahmen von Amtstätigkeiten in den Gemeinden.

Wie oft ist jemand auf der Standortentscheidung bei einer Industrie- oder Gewerbeansiedlung vor Ort gewesen und hat gesagt, nachdem wir das europäische, das nationale und das landesspezifische Förderinstrument diskutiert haben, ist er sitzen geblieben, hat dich angeschaut, und du fragst ihn dann, was haben wir noch offen? Da sagt er dann, jetzt sind sie dran als Gemeinde. Als Gemeinde müssen sie jetzt quasi auch da mittun.

Fragestellung: Was meinen sie? Zieht er aus der Tasche sechs Ordner raus und sagt, na die anderen Gemeinden haben a) Kommunalsteuer nachgelassen, die haben das Grundstück umsonst gegeben, die Infrastruktur, und so weiter.

Fragestellung: Was haben sie jetzt von mir zu erwarten oder was wollen sie von mir? - Sie müssen das jetzt toppen.

Sage ich, grundsätzlich ist das durchaus in ihrem Interesse auch nachvollziehbar, aber sie können mir nicht erklären, was jetzt volkswirtschaftlich der Nutzen sein soll. Tatsache ist, der volkswirtschaftliche Nutzen wird beschrieben, sie haben die Arbeitsplätze. Sage ich, wenn die ganze Steueraufkommenssituation aber dann nicht stattfindet, was soll das sein.

Und ähnlich verhält es sich jetzt, nachdem wir vor zehn Jahren - und ich erinnere mich genau - die Diskussion geführt haben, war sogar kürzer, wir sollten den sogenannten Hausärzten, den Kassenärzten, quasi alles, was Gemeinden in der Vergangenheit nach dem Krieg zugebilligt haben, jetzt nicht mehr gewähren. Es war sogar die Diskussion auf die Pensionsbeiträge, die der Kollege Kölly angesprochen hat, wo die Gemeinden ja den Beitrag an das Land entrichten und das Land nachträglich den Kassenärzten, den Kreisärzten, die Pension auszahlt.

Tatsache ist, dass wir ein lizitatorisches Verfahren jetzt in diese Richtung in die Wege leiten, das im Endeffekt einer gesellschaftlichen Gruppe Zugeständnisse gewähren wird, die im Endeffekt die anderen natürlich nachziehend auch haben wollen.

No na, sage ich wieder. Warum soll sich jemand ausschließen von dem, wenn er etwas profitieren kann? Ich warne davor, diesen sogenannten Wettbewerb einzugehen, weil der wird schlussendlich zu Lasten derer ausgehen, die es jetzt schon sich nicht leisten können, nämlich die Gemeinden.

Diejenigen, die jetzt in der Entwicklung dort schon viel weiter sind, sind in der sogenannten Zentralisierung die Kassen. Die Kassen haben die Bezirksvororte ausgewählt, wo sie quasi Kassenärzte ausschließlich ansiedeln. Das heißt, die Entwicklung ist, weg vom Kassenarzt in das Zuerkennen des Wahlarztes.

Der Wahlarzt, der selber kassiert und damit eigentlich aufsperren kann, wann er will. Und jetzt kommt der Umkehrschluss wieder, das hört man landauf - der Kollege Kovacs hat das angesprochen -, dass sich Gemeinden jetzt nicht auf die sogenannten 75 gesamtösterreichisch zuerkannten PHCs irgendwo bewerben, sondern jede Gemeinde möchte jetzt ein Ärztezentrum.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine Entwicklung in der Raumordnung, wo jede Gemeinde ein Industriegebiet braucht, jede Gemeinde braucht ein Gewerbegebiet. Die Entwicklung ist eine Zersiedelung und kein funktionierendes Ganzes. Wenn das jetzt hier auch wieder Einzug hält, na dann gute Nacht, weil es so nicht finanziert werden kann.

Was bei den Ärzten korrekt ist, und das sollte jeder hinterfragen, der Landesrat Darabos wird das wissen, ist, dass sie beklagen, bezogen auf Bezahlen, das klagen sie ein. Sie klagen auch ein, dass sie bei Nachtdiensten quasi nichts verdienen, aber da sein müssen, und daraus resultierend ist dieses Gebilde. Wir brauchen ein Gesamtsystem, wo wir uns helfen können.

Dass ein Arzt einen anderen Arzt nicht beschäftigen darf, empfinde ich als einen Anachronismus. Tatsache ist, er kann sich einen als Ersatz holen, ein Kreisarzt, da gibt es ja Vereinbarungen der Gemeinden untereinander, nur ist dann wieder ein Handicap dabei. Der, der ihn vertritt, verdient mehr, als er jemals verdienen sollte und könnte in dieser Nacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da beißt sich jetzt die Katze in den Schwanz. Es ist etwas aufgebrochen, das klar und deutlich nicht nur repariert gehört, sondern, wenn wir uns zukünftig auch rühmen wollen, wir haben ein wirklich für den Patienten gegebenes System, dann darf nicht nur kosmetisch an den Rändern operiert und sichergestellt werden, dass die Optik passt, sondern dann muss auch grundsätzlich dort angegriffen werden, wo ich durch Einschnitte, durch Möglichkeiten, etwas neu aufzustellen, auch sicherstelle, dass die Zukunft dieses Systems im Sinne des österreichischen positiven Signals und des europäischen gewährleistet wird.

Ich bekenne, dass wir im Verhältnis zu anderen Staaten auch als Bundesland sehr gut aufgestellt sind. Wir haben aber das Problem, dass wir den Generationen, die nachfolgen, nicht nur finanziell dieses Pinkerl überlassen dürfen und sollten, sondern wir haben auch das Problem, dass wir sicherstellen müssen, dass die Gesundheitsversorgung für jeden und für alle ankommt, dort, wo es benötigt wird und wie es benötigt wird.

Dann gelten auch nicht solche Aussprüche, wie, wir garantieren und stellen sicher, dass alles, was quasi an onkologischen Notwendigkeiten ist, bezahlt wird. Es gibt genügend Beispiele von Bevölkerungsteilen, von Menschen, die betroffen sind, die nicht nur bei Patientenanwälten reklamieren, die nicht nur bei der Politik anklopfen und sich beschweren, dass sie nicht entsprechend die notwendige ärztliche Versorgung bekommen haben, sondern wir müssen klarstellen, dass das nicht stattfindet und dass dieses System jedem das gibt, was er braucht.

Nur braucht es dazu auch einen politischen Mut und die Kraft, entsprechende Reformen umzusetzen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Darabos.

Bitte Herr Landesrat um Ihre Ausführungen.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Es sind so viele interessante Beiträge jetzt geleistet worden, dass es gar nicht so einfach für mich ist. Ich möchte mich einmal bedanken, dass es hier offensichtlich einen einstimmigen Beschluss, so wie ich jetzt mitbekommen habe, geben wird, was diese Zielsteuerung betrifft. Das ist aus unserer Sicht wichtig.

Ich kann mich noch an die 90er Jahre erinnern, da hat es eine Gesundheitsministerin aus dem Burgenland gegeben, die Christa Krammer aus dem Burgenland, wie gesagt, *(Abg. Manfred Kölly: Deutschkreutz!)* die gesagt hat, zum Kuckuck, macht es doch einmal. Wenn Ihr Euch noch erinnern könnt, mit dem Fuß hat sie aufgestampft.

Es ist jetzt für uns auch nicht ganz einfach, weil wir haben hier eine Landeszielsteuerungskommission, eine Bundeszielsteuerungskommission, eine Gesundheitsplattform und so weiter, aber es ist doch gelungen, einigermaßen Ordnung hereinzubringen und zu versuchen, die Leistungen, die im Gesundheitsbereich da sind oder da sein sollten, auch zu bündeln.

Es wurde heute schon mehrfach in Nebensätzen angesprochen, es gibt das Krankenhaus Oberwart, es gibt das Krankenhaus Hartberg, es gibt das Krankenhaus Kittsee, es gibt das Krankenhaus Hainburg, das sind alles Krankenhäuser, die relativ nah beieinander sind und wo man dann durchaus über Synergien auch nachdenken kann, über die Bundesländergrenzen hinweg.

Diese 15a-Vereinbarung gewährleistet zumindest, dass wir auch österreichweit versuchen, auch diese Leistungen hier anbieten zu können und auch über Synergien zu reden. Aber wenn das schon angesprochen wurde, in zweierlei Hinsicht, der Herr Abgeordnete Rosner hat den PHC-Bereich oder den Primärversorgungsbereich angesprochen, natürlich das ist ein offenes Geheimnis, gibt es hier unterschiedliche Zugangsweisen.

Die Ärztekammer, die auch vom Herrn Abgeordneten Steier mehrfach erwähnt wurde, ist nicht unbedingt für diese Zentren, weil sie befürchtet, dass private Firmen dort sozusagen das Sagen haben und diese finanziell absahnen. Das muss man sich genau anschauen. Deswegen haben wir auch im Burgenland einen anderen Weg gewählt oder wollen ihn wählen, gemeinsam mit der Gebietskrankenkasse, dass diese kleineren Einheiten bestehen bleiben.

Es würde jetzt den Rahmen sprengen, aber da ist sehr viel Richtiges gesagt worden.

Wir hören dauernd von Work-Life-Balance. Journalisten fragen mich, können Sie mir das auch auf Deutsch erklären. Ich meine, wir wissen eh, was das ist. Also das heißt, die Balance zwischen der Arbeit und der Freizeit. Es ist nicht so einfach, junge Ärzte und junge Ärztinnen dazu zu bewegen, im niedergelassenen Bereich hier auch eine Praxis aufzubauen.

Ich habe gestern ein Gespräch mit Turnusärzten aus dem Spital Eisenstadt gehabt. Beide, eine junge Frau und ein junger Mann, sind bereit, das zu machen. Aber sie sagen, es gibt viele andere, die wollen lieber in den Spitalsbereich gehen, weil dort haben sie geregeltere Arbeitszeiten. Andererseits, ich habe einen Hausarzt, in meiner Heimatgemeinde, der macht neben den Nachtdiensten, die er gerne macht, und er verdient auch nicht so schlecht dabei, macht er auch noch, *(Abg. Gerhard Steier: Wir wissen aber auch, dass er eine Hausapotheke hat.)* ja, der Herr Abgeordnete Steier schaut, Ex-Bürgermeister, der sich übrigens wieder in Deiner Gemeinde ansiedeln wird.

Der auch im Burgtheater ist, im Ronacher ist, der nebenbei diese Dienste macht. *(Abg. Gerhard Steier: Und eine Hausapotheke hat.)* Ja, richtig, er hat eine eigene Hausapotheke. Richtig, das ist auch ein Kostenfaktor und auch ein Grund, warum sich dann Hausärzte auch ansiedeln wollen, wenn das möglich ist. Aber er sagt, er hat das gerne gemacht und er macht es auch gerne.

Während eben junge Ärzte eine andere geregelte Arbeitszeit haben wollen. Und deswegen ist es auch wichtig, dass wir diese Primärversorgungszentren versuchen zu etablieren. Wobei auch hier könnte man lange diskutieren, da gibt es mehrere Abstufungen.

Auf der einen Seite die Hausärztinnen und Hausärzte, die gemeinsam etwas machen. Und das andere - und das wird oft verwechselt -, das sind die Gruppenpraxen, wo du Fachärzte auch in dem Bereich hast und damit sozusagen eine höhere Qualität bieten kannst, als Orthopäde beispielsweise, oder Hautarzt, und so weiter.

Aber grundsätzlich bedanke ich mich für die Zustimmung zu diesem Punkt. Ich bedanke mich auch bei der FPÖ, weil das ist auch nicht so einfach, das ist eine Bundesgeschichte, die hier auch schlagend wird.

Ich möchte vielleicht noch einen Punkt herausstreichen - oder zwei. Auf der einen Seite bedanke ich mich auch für die Anerkennung, dass die Akutordination in Oberwart gut funktioniert. Ich habe das so in mehrfachen Gesprächen auch schon gesagt. Wir könnten vielleicht noch eine stärkere Präsenz dort entwickeln. Die Leute wissen es offensichtlich noch nicht zu 100 Prozent. Aber es entwickelt sich ganz gut. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, weil die Kooperationen mit der Steiermark beispielsweise angesprochen worden sind. Ich bin für Kooperationen. Ich bin nur nicht für eine Kooperation, wenn die Steirer sagen, sie wollen sich in Oberwart einmieten, mit Gynäkologie oder was weiß ich was, aber dann müssen wir Güssing sperren. Das ist kein fairer Deal. Das hat jetzt nichts mit der politischen Farbe zu tun. Aber das ist irgendwie, das ist nicht das, was ich eigentlich will, weil wir wollen ja Güssing erhalten.

Und der letzte Punkt ist. In den letzten Wochen, das ist heute auch schon angesprochen worden und wir werden es wahrscheinlich auch dann noch am Nachmittag extra diskutieren, die Lehrpraxen. Die Lehrpraxen sind eine gute Einrichtung, die wir auch gerne mittragen werden. Nur ich bin ein bisschen skeptisch, wenn es darum geht, wenn ein junger Arzt, der sich in so eine Lehrpraxis begibt, mit 700 bis 800 Euro abgespeist wird. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So wie die Verwaltungspraktikanten im Land.)* Na ja, das ist etwas anderes. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Auch Akademiker.)* Also das ist aus meiner Sicht kein Vergleich. Ja, das ist gut. Man kann polemisch sein wie man will, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldigung, Akademiker werden mit 800 bezahlt. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* aber es ist jedenfalls so, dass sich junge Ärzte bereiterklären möchten, als Allgemeinmediziner tätig zu werden. Und dann über einen gewissen Zeitraum mit diesem geringen Betrag abgespeist zu werden, ich sage das ganz bewusst, also die verdienen weniger als ein Mindestpensionist. Und der Primararzt, den ich brauche, oder die Primarärztin, die wir brauchen, verdient mehr als der Bundeskanzler. Da stimmt ja etwas nicht im ganzen System. Das ist etwas, was man durchaus auch berücksichtigen muss.

Aber grundsätzlich halte ich es für richtig, dass wir diese Zielsteuerung heute gemeinsam beschließen. Dass wir aufbauend auf den - wurde heute schon einmal angesprochen - Österreichischen Struktur- und Gesundheitsplan und dann heruntergebrochen auf den Regionalen Struktur- und Gesundheitsplan, diese

Zielsteuerung hier im Burgenland auch durchführen. Ein Dankeschön für die Zustimmung! Alles Gute! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Zielsteuerungsvertrag „Zielsteuerung-Gesundheit“ für die Jahre 2017 bis 2021 wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1012), mit dem der 2. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 712) (Beilage 1032)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1012, mit dem der 2. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 712, Beilage 1032.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der 2. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 14. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der 2. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke für Ihren Bericht. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wo auch immer Sie sich gerade befinden, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Monitoringausschuss hat in der kurzen Zeit eine Menge Fragen diskutiert und Anregungen für uns hier im Landtag ausgearbeitet. Ein Dankeschön dafür an alle, die daran gearbeitet haben!

Was finden wir hier? Ich will zu drei Punkten Stellung nehmen.

Zum einen geht es um das Behindertengesetz oder wie wir dann hören werden, ein Chancengleichheitsgesetz. Der Vorsitzende des Burgenländischen Monitoringausschusses bietet der Fachabteilung zum wiederholten Male die Hilfe des Burgenländischen Monitoringausschusses bei der Konzeptionierung des geplanten Behindertengesetzes an.

Hauptreferatsleiterin Schlaffer, guten Tag, informierte, dass das neue Gesetz Burgenländisches Chancengleichheitsgesetz heißen werde und dass sich das Burgenland an Beispielen in anderen Bundesländern orientieren werde.

Der Burgenländische Monitoringausschuss empfiehlt dann, dass die Fachabteilung einen runden Tisch zum Thema veranstalten solle und dies als Startschuss für die Arbeit am neuen Gesetz fungieren könnte.

Die Mitglieder des Burgenländischen Monitoringausschusses regen an, dass im geplanten Chancengleichheitsgesetz die Leistungen für Menschen mit Behinderung als durchsetzbaren Rechtsanspruch festgehalten werden. Ich finde diesen Ansatz sehr gut und hoffe, das wird sich auch durchsetzen, weil es ist tatsächlich nötig, dass wir wegkommen von einer BittstellerInnenschaft hin zu einem Rechtsanspruch.

Das ist auch unsere Vorstellung von Sozialpolitik, und ich danke dem Monitoringausschuss für diese Klarheit. Für mich gehört zum Beispiel auch dazu, dass wir für Menschen mit Behinderungen beziehungsweise deren Familienangehörigen One-Stop-Stellen für Anträge und Ansuchen schaffen. Man sollte nicht auch noch in der Lebenssituation die Hürden der mehrfachen Behördenwege und der mehrfachen Stopps bei verschiedenen Anträgen durchwandern müssen.

Mir haben schon einige Leute erzählt, wie schwierig es ist, wenn es zum Teil um kleine Beträge geht. Wie oft sie sich hier als Bittsteller und nicht als Anspruchsberechtigte fühlen.

Es ist ja in anderen Bereichen unseres Lebens auch anders. Wenn ich jetzt denke, jemand der viel verdient, irgendwann einmal seinen Steuerausgleich macht, der würde nie auf die Idee kommen, zum Finanzamt zu gehen und zu sagen, pflichtschuldigst, untertänigst bitte ich, gebt mir einen bisschen etwas von meinem Steuergeld zurück, sondern das wird sehr wohl als Anspruch beim Steuerausgleich oder bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung gesehen. Und auch in dem Bereich müssten wir soweit kommen.

Die traurige Nachricht aus diesem Bericht. Die im ersten Tätigkeitsbericht gemachten Empfehlungen wurden bisher nicht umgesetzt und werden daher zusätzlich zu den neu dazukommenden Empfehlungen gleichlautend wieder gemacht.

Was gibt es also für alte und neue Empfehlungen? Zunächst zur persönlichen Assistenz. Dieses Thema war im ersten Bericht des Monitoringausschusses das Hauptthema, und ich habe auch damals, wie das berichtet wurde, vor allem dazu gesprochen.

Der Monitoringausschuss empfiehlt, dass sich die derzeit von der Fachabteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung zu erarbeitenden Kriterien für die persönliche Assistenz an den Kriterien der anderen österreichischen Bundesländer orientieren. Insbesondere - und das halte ich wirklich für sehr wichtig und auch für die Praxis besonders vorrangig -, insbesondere sollten die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Steiermark und Burgenland vergleichbare Leistungen gewähren.

Die burgenländischen Verantwortungsträger werden ersucht, dafür einzutreten, dass die Finanzierung der persönlichen Assistenz sichergestellt werde. An dieser Stelle erinnere ich mich an das, was ich, gestern war es oder heute im „Standard.at“ gelesen habe, es ist die Abschiedsrede von Franz-Joseph Huanigg, ÖVP-Behindertensprecher, seit 2002 war er im Parlament. *(Abg. Gerhard Steier: Gestern!)*

Gestern war es. Ich habe es heute in der Früh noch einmal gelesen, wo er auch ein Gedicht schreibt, und auch eine letzte Strophe dazu geschrieben hat. Darin spricht er auch über die Wichtigkeit der persönlichen Assistenz, der Artikel heißt: „Demokratie braucht Achtung und Wertschätzung“. Ich kann nur jedem empfehlen, das zu lesen. Ich habe mir kurz überlegt, ob ich hier eine Strophe auch vorlese, aber das geht emotional so nah zum Teil, dass ich das gerne jedem ans Herz lege, das für sich persönlich zu lesen.

Ich wiederhole mich, was ich schon öfters gesagt habe. Bei keiner Straße wird die Finanzierungsfrage so diskutiert wie bei Bildungsfragen oder hier bei der sozialen Frage. Wer also bei Fragen der persönlichen Assistenz und der Finanzierung der persönlichen Assistenz tiefseufzend sagt, das muss man halt auch alles irgendwie bezahlen können, der möge das bitte auch beim Bau der dritten Flughafenpiste oder bei anderen Bodenversiegelungsprojekten sagen und dabei tief seufzen.

Ich wiederhole nicht alle Empfehlungen des Monitoringausschusses, eben weil ich das letzte Mal schon ausführlich dazu kommentiert habe.

Heute gibt es noch einen zweiten sehr gewichtigen Schwerpunkt, den wir in dem Bericht vorfinden, nämlich die schulische Eingliederungshilfe. Kinder, die eine Unterstützung benötigen, um dem Schulunterricht folgen zu können, sollen diese bedürfnisgerecht entweder in Form einer Eingliederungsbetreuung oder durch Schulsozialarbeit oder durch andere, in einer Studie der FH vorgeschlagenen, Unterstützungsmodelle bekommen.

Das Positive, das man hierzu berichten kann, ist, dass nach den Aufregungen des letzten Sommers - einige werden sich vielleicht daran erinnern, wegen der Streichung vieler Eingliederungshilfestunde - nun die Abteilung 6 in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stakeholdern und Betroffenen immer wieder Lösungen für einzelne Kinder finden konnte.

Aber das Schlimme ist, diese Eingliederungshilfe ist immer noch dem Sozialressort zugeordnet. Sie gehört aber meiner Auffassung nach ins Bildungsressort. Unser Bildungssystem sollte kein Kind zurücklassen. Daher muss auch das Bildungsressort die dafür nötigen Mittel zur Verfügung stellen und nicht punktuell, wie in diesem Fall, an das Sozialressort ausgliedern.

Es geht hier um eine grundlegende Frage der Bildung in unserem Land. Lernschwache Kinder, Kinder, die vielleicht emotional besonders belastet sind, Kinder, die in psychisch schwierigen Situationen leben, dürfen nicht als Sozialfälle behandelt werden. Sie sind Kinder mit ihrem Recht auf Bildung!

Meine Aufforderung an die Landesregierung: Den Monitoringausschuss nicht nur einzusetzen und nachher zu sagen, wir haben ihn, sondern diesen auch ernst zu nehmen und seine Anregungen nicht einfach in den Schubladen liegen zu lassen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Natürlich könnte ich jetzt auch aus jeder einzelnen Forderung und Empfehlung so einen Antrag formulieren, aber ich weiß, was dann damit passiert, er wird dann in irgendeinen allgemeinen Abänderungsantrag umformuliert, wo dann drunter steht, wir arbeiten so großartig, es soll so weitergehen wie bisher.

In dem Punkt hoffe ich sehr, dass wir auch als Sozialsprecher und Sozialsprecherinnen über Fraktionsgrenzen hinweg auch gemeinsam mit dem Herrn Landesrat hier wirklich einzelne Schritte gemeinsam voranbringen, um die Arbeit auch des Monitoringausschusses hier sehr ernst zu nehmen und in konkrete politische Praxis umzusetzen.

Christine Steger, Nationalratskandidatin der GRÜNEN aus Salzburg, sagt in Hinblick auf ihre eigene Behinderung, und das ist das Zitat, das ich heute einbringen möchte, „Ja, natürlich fehlt mir ein Bein. Aber die Behinderungen, die ich erlebe, erlebe ich nicht, weil mir ein Bein fehlt, sondern weil in meiner Umgebung vielleicht keine barrierefreien Vorkehrungen getroffen wurden. Oder weil es eben auch soziale Barrieren gibt. Eben Vorurteile und Stigma."

Das herauszufinden ist Aufgabe des Monitoringausschusses. Die Kompetenz des Monitoringausschusses zu nutzen, ist Aufgabe der Landesregierung und auch für uns hier im Landtag.

Natürlich stimmen wir diesem Bericht zu. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Haidinger.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Herr Landesrat! Kolleginnen und Kollegen! Dieser Monitoringausschuss - meine Vorrednerin hat schon einige Dinge daraus gebracht, ist ein wesentliches und wichtiges Element für die Landesregierung aber auch für uns als Landtag.

Wie sonst sollen wir über eine Fachexpertise zu den Problemstellungen, die sich im Bereich der Patienten und der Behinderten auch ergeben können, wirklich fundiert Unterlagen beziehungsweise Aussagen bekommen?

Und da kann ich hier von dieser Stelle, oder möchte ich hier von dieser Stelle diesem Monitoringausschuss ein herzliches Dankeschön für seine wirklich ausgezeichnete und akribische Arbeit machen, weil es für uns eine Grundlage, also sprich ein Roadmap vielleicht sogar ist, was es alles noch zu bewerkstelligen gibt.

Und da sind viele Dinge drinnen, zum Teil hat sie meine Vorrednerin schon angesprochen, die noch nicht ganz zur Zufriedenheit durch die Landesregierung und durch unseren Landtag beschlossen sind beziehungsweise in neue Gesetze, in neue Regelungen gegossen sind.

Es sind aber auch Dinge drinnen, und auch das darf man, glaube ich, hier anmerken, wo bereits Anmerkungen des Monitoringausschusses auch schon umgesetzt wurden. Und da denke ich jetzt nur an diese Rücknahme der Richtlinien für die Eingliederungshilfe, wo eben die Kostenvorschreibung der Eltern abhängig vom Haushaltsnettoeinkommen zurückgenommen wurde und die bereits eingezahlten Kostenbeiträge auch schon wieder refundiert wurden.

Das heißt also, es ist hier ein ständiges Match in Wirklichkeit zwischen den durch uns eingesetzten Kontrolleuren oder Spezialisten und dem zuständigen Landesrat, der sich das auch zu Herzen nimmt und man sieht es ja an diesem Beispiel. Es ist also ein ständiges Fortbewegen in die richtige Richtung meine ich.

Und da glaube ich schon, dass wir froh sein können, dass wir dieses tolle Instrument haben und auch hier richtig liegen damit, dass wir als Landtag und Landesregierung auch diesen Anforderungen oder Aufforderungen eigentlich entsprechen.

Nur eines muss man natürlich auch sagen, Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden und auch da dauert es etwas, bis man die eine oder andere Maßnahme umgesetzt hat.

Was mir persönlich weh tut ist, dass wir es noch nicht geschafft haben, diesen Sachverständigen bei Bauvorhaben in öffentlichen Bereichen einzusetzen. Weil hätten wir - das weiß ich jetzt aus der eigenen Gemeinde - Stubenbauvorhaben, die wir jetzt in Halbturn erledigt gehabt haben, hätten wir da nämlich schon einen gehabt, dann hätten wir jetzt in Wirklichkeit nicht den Streitfall zwischen jemandem, der behindert ist und eigentlich den Zugang zur Gemeinde erschwert hat.

Und wir würden jetzt nicht in einer Streitfunktion oder in einem Verfahren eigentlich liegen. Und das tut mir weh, weil das ist etwas, das werden wir auch wahrscheinlich in der nächsten Zeit bald einmal angehen, dass diese Dinge jetzt auch erledigt werden. Und die vielen, vielen anderen Punkte, die auch hier richtigerweise angeführt werden, sukzessive dann auch nachgezogen werden.

Bei manchen Dingen wird es halt ein bisserl länger dauern, weil die auch sehr groß budgetabhängig sind, bei anderen Dingen, die halt rein Spielregeln, also sprich Gesetzesebene sind, um etwas sicherzustellen, wird es leichter gehen.

Aber schlussendlich sind wir auf dem besten Weg, auch diesen Empfehlungen zu folgen und ich glaube an ein abschließendes nochmaliges, wiederholendes Dankeschön an diesen Monitoringausschuss, dass er uns im Prinzip diese Aufgabenlisten so wirklich Expertenmäßig auch darstellt.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der burgenländische Monitoringausschuss setzt sich für hilfs- und unterstützungsbedürftige Menschen mit Behinderung und deren Rechte ein. Der Monitoringausschuss hat die Landesregierung im Bereich der Behindertenpolitik zu beraten sowie Stellungnahmen und Empfehlungen zu erarbeiten.

Manche Themenfelder beginnen aber abseits des Berichtes bereits im Kleinen. Für viele Menschen ist dieses Thema leider unbedeutend, für andere jedoch das größte Thema der Welt. Betroffene können davon eindrucksvoll berichten. Ich darf ja auch auf das Zitat von Regina Petrik verweisen.

Unlängst gab es bei uns in der Stadtgemeinde Jennersdorf einen Vortrag vom KOBV und dort ging es um die Themen „Was Sie schon immer über die finanzielle Unterstützung aufgrund ihrer dauernden gesundheitlichen Probleme und/oder Behinderung wissen sollten!“ Das zweite Thema: „Was Sie schon immer über Steuerersparnis bei dauernden gesundheitlichen Probleme und/oder Behinderung wissen sollten!“

Und ich bin sehr froh, dass wir diesen Vortrag organisiert haben. Ich bin sehr froh, dass hier von den Institutionen auf die Menschen offensiv zugegangen wird.

Mag. Rudolf Halbauer, Vizepräsident vom KOBV, hat diesen Abend sehr informativ gestaltet und es gab im Anschluss daran auch eine rege Diskussion. Und ich bin froh, dort dabei gewesen zu sein, denn neben diesem Bericht, den ich mir zu Gemüte geführt habe, habe ich dort wesentliche Aspekte kennengelernt, die für die Arbeit in diesem Themenbericht sehr, sehr wichtig ist.

Es war auch für mich Motivation genug, nicht nur zu lesen, sondern auch zur Tat zu schreiten. Und wir haben bereits in unserer Stadtgemeinde die ersten Akzente gesetzt. Es gibt kleine wie große Dinge, die wir verändern können.

Und oft sind es die kleinen, die bereits die ersten Maßnahmen sind, die bei den Menschen wirklich ankommen. Und ich denke hier an Bereiche wie Gehsteigkanten, die zu hoch sind und ich möchte es auch noch ergänzen. Es geht hier um Rollstuhlfahrer, es geht um den berühmten Rollator, aber auch um den Kinderwagen, der hier natürlich genannt werden darf.

Es geht um Schutzwege und oft sind es Bodenmarkierungen, die Jahr für Jahr dankenswerterweise erneuert werden, aber durch die diversen Lackschichten entstehen hier 13 bis 14 Millimeter hohe Kanten und die sind für manche Menschen bereits ein Problem.

Man muss hier jedoch aufpassen, oft ist in unserer Gedankenwelt immer nur Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer ein Thema und, leider Gottes, vergisst man, dass es auch andere wesentliche Aspekte gibt, wenn es um den Themenbereich blinde Menschen geht.

Ich finde es, wie gesagt, sehr positiv, dass man sich hier für die Rechte dieser Menschen einsetzt. Es ist für mich ein Anliegen, dass man auch aus diesem Bericht auf einige Themen eingeht. Ich darf hier nur erwähnen, es geht um die persönliche Assistenz, es geht hier um ein neues Berufsbild.

Mir persönlich ist auch wichtig, das persönliche Budget, hier gibt es im Oktober die nächsten Verhandlungen. Hier sollte man diesen Menschen entgegenkommen, damit sie eben eine Wahlfreiheit haben.

Es geht auch um die Verpflichtung der Einbindung von Sachverständigen. Kollege Richter hat das bereits im Vorfeld erwähnt. Es ist nicht immer alles machbar, aber jeder Schritt in die richtige Richtung ist ein richtiger Schritt.

Es geht eben auch um die Novelle bezüglich Veranstaltungsgesetz. Auch hier sollte man darauf achten, dass es hier keine Einschränkungen gibt.

In diesem Sinn darf ich mich bedanken bei allen, die im Ausschuss mitgearbeitet haben und allen die am Bericht mitgearbeitet haben. Ich sehe dies als einen positiven Schritt in die richtige Richtung und wir als ÖVP-Fraktion werden diesem Bericht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Am 16.11.2015 wurde die Konstituierung des ersten burgenländischen Monitoringausschusses unter dem Vorsitz von unserem Patienten- und Behindertenanwalt Dr. Josef Weiss geleitet.

Dieser Monitoringausschuss wurde auch in der Behinderten- und Patienanwaltschaft angesiedelt und entspricht eigentlich von der Grundlage her der UN-Behindertenrechtskonvention.

Es sind insgesamt sieben Mitglieder in diesem Monitoringausschuss, wobei wesentlich anzuführen ist, dass alle Einrichtungen, die sich mit Menschen mit

Behinderungen und in weiterer Folge auch um die selbstbestimmte Lebensführung kümmern, wie der Kriegsopferverband, der ÖZIV Burgenland, wie Rettet das Kind, wie pro mente Burgenland, wie SOS-Mitmensch, in diesem Ausschuss inkludiert sind.

Es ist auch wichtig, dass die Fachhochschule Burgenland vertreten ist durch ein Mitglied, damit auch eine wissenschaftliche Expertise einlangen kann. Warum ist dieser Monitoringausschuss für uns so wichtig?

Er ist das Beratungsorgan für die Behindertenpolitik des Landes und wir bekommen die Unterstützung insofern, dass wir Stellungnahmen und Empfehlungen erhalten.

Für das abgelaufene Arbeitsjahr und das war immer Juni bis Mai, Juni 2016 bis Mai 2017, liegt nunmehr der zweite Tätigkeitsbericht vor, der uns zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

Es wurden vier Sitzungen abgehalten, wo wesentliche Bereiche, wie bereits von meinen Vorrednern angesprochen, wie die persönliche Assistenz, die Berufsbilder, aber auch die Ausbildung von persönlichen Assistenten beleuchtet wurden.

Wesentlich waren auch kritische Argumente seitens der Mitglieder des Monitoringausschusses zu der neuen Richtlinie hinsichtlich der Eingliederungshilfe von Schulkindern.

Hervorgehoben wurde aber auch, seitens des Monitoringausschusses, die Idee unseres Landeshauptmannes an die Fachhochschule Burgenland gerichtet, eine Studie vorzubereiten, wo abgeklärt werden soll, inwieweit Bedarf nach Unterstützung und Einsatz von Schulsozialarbeit gegeben ist.

Gerade zu diesem Punkt, wo der Landeshauptmann diese Studie in Auftrag gegeben hat, hat ein Mitglied des Monitoringausschusses ergänzend vorgebracht, dass auch die Kinderpsychiatrie, insbesondere für Schulverweigerer, welche oft in der Kinderpsychiatrie landen, ergänzend mit eingebunden werden soll.

Die Mitglieder des Monitoringausschusses sind sehr weit auch in der Gesetzesfindung dabei. Zum Beispiel auch bei der Novelle zum Sachwalterschaftsrecht, das eigentlich Erwachsenenschutzgesetz heißt, wurden einige Vorbringen gestartet.

Auch die angesprochene Novelle zum burgenländischen Veranstaltungsgesetz, wo Gleichberechtigung von behinderten Menschen beim Zugang zu Veranstaltungen gewährleistet werden soll, war ein Thema im Monitoringausschuss.

Und wenn die zuständige Hauptreferatsleiterin Mag.a Nicole Schlaffer in den Zuschauerrängen ist, muss auch erwähnt werden, dass sie selbst am 22.05. dieses Jahres ein Referat hinblicklich des Burgenländischen Chancengleichheitsgesetzes abgeliefert hat. Das ist zumindest in diesem Bericht auch inkludiert.

An dieser Stelle möchte ich aber zwei Anmerkungen zu den vorangegangenen Themen in der heutigen Landtagssitzung geben. Es betrifft zwei Kollegen, den Kollegen Gerhard Steier und den Kollegen Hirczy. Übrigens beide hatten in den letzten beiden Tagen Geburtstag. Ich will an dieser Stelle eine herzliche Gratulation aussprechen. *(Beifall bei einigen Abgeordneten)*

Ich möchte anfangen mit dem Kollegen Hirczy. Kollege Hirczy hat vorhin erwähnt, dass er eine Betroffenheit hinblicklich dieser Menschen mit Beeinträchtigungen anlässlich der Referate vom Kollegen Halbauer, KÖBV, erkannt hatte und auch dies dargestellt hat.

Nun wenn wir das Chancengleichheitsgesetz besprochen haben oder angeführt haben, dann sollte man auch das erwähnen, was heute schon in der Fragestunde

angefallen ist. Ich bin der Meinung, dass gerade Menschen mit Beeinträchtigungen diejenigen sind, die größtenteils als Arbeiter fungieren. Sie bekommen keinen Angestelltenstatus, sie sind größtenteils Arbeiter.

Es gibt auch eine Studie oder ein Diagramm, wo zirka 80 Prozent dieser Gruppe nur als Arbeiter arbeiten dürfen und nicht Angestellte sind. Wenn heute angesprochen worden ist, dass bedauerlicherweise diese Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten nicht erfolgt ist, weil eine politische Gruppe oder vielleicht mehrere politische Gruppen das nicht durchgeführt haben, dann trifft dies genau diese Zielgruppe von der wir sprechen.

Und ich glaube, und auch niemand in diesem Hohen Haus, dass diese Menschen mit Beeinträchtigungen noch zusätzliche Chancenungleichheiten haben, dass sie einfach aufgrund der Arbeiter- und Angestelltentätigkeit benachteiligt werden.

Der zweite Punkt, den auch der Kollege Steier heute angesprochen hat, wo er gesagt, dass NMS Abgänger zur Hälfte in das Poly gehen. *(Abg. Gerhard Steier: In eine Klasse, habe ich gesagt.)* Ich behaupte, dass gerade Menschen mit Beeinträchtigung oft diejenigen sind, die dann auch ins Poly kommen können. Und das ist so.

Und ich glaube deshalb, dass das Polytechnikum oder die polytechnische Schule nicht abwertend beurteilt werden sollte, sondern meiner Meinung nach zukünftig auch im Hinblick auf den Facharbeiterstatus gestärkt werden soll.

Und wenn ich vorher mit meinem Kollegen Hutter gesprochen habe, der selbst Abgänger des Polytechnikums war, muss ich feststellen, dass es ganz wichtig sein wird polytechnische Schulen auch im Hinblick auf die Ausbildungspflicht zu stärken und auch weiter auszubauen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Nun im zweiten Tätigkeitsbericht werden auf Seite 17 und 18 Empfehlungen abgegeben. Mir ist ganz wichtig der Paradigmenwechsel, der seitens des Monitoringausschusses weitergegeben wurde.

Behinderte Menschen sollen nicht als Bittsteller, sondern als Konsumenten wahrgenommen werden. Das ist auch heute schon angesprochen worden, mir ist das ganz wichtig und weitere Themen, wie die persönliche Assistenz und die, in weiterer Folge, auch die Berührungspunkte mit der FH Burgenland. Aber auch dass eine Landtagsenquete oder eine wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema stattfinden soll, findet sicherlich die Befürwortung meinerseits, aber auch meiner Fraktion.

Nun, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, infolge der vielen konstruktiven Vorschläge und Empfehlungen, bin ich der Meinung, dass der Burgenländische Monitoringausschuss auch zukünftig bei Gesetzesnovellen, aber auch bei Themen, wie zum Beispiel der persönlichen Assistenz miteingebunden werden sollen.

Ich bin auch der Meinung, wie die Kollegin Petrik, dass auch ein Runder Tisch durchaus Platz für Beratung durch den Monitoringausschuss hätte. Und ich bin auch der Meinung, dass dieser Monitoringausschuss, mit fachkundigen Mitgliedern, durchaus auch für Menschen mit Behinderungen ein entsprechendes Sprachrohr sein kann.

Ich bedanke mich abschließend bei den Verfassern dieses zweiten Tätigkeitsberichtes, insbesondere bei Dr. Josef Weiss und seinem Team.

Ich möchte mich aber auch dafür bedanken, dass wir wirklich sehr fachkundige Ausschussmitglieder haben und diese die Menschen mit Behinderungen auch dementsprechend vertreten.

Meine Fraktion wird deshalb diesem zweiten Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses, mit einem wertschätzenden Danke, die Kenntnisnahme geben. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der zweite Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 989), betreffend Stationäre Pflege im Burgenland; Planungs- und Kostenstruktur (Zahl 21 - 698) (Beilage 1033)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 6. Punktes der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 989, betreffend Stationäre Pflege im Burgenland; Planungs- und Kostenstruktur, Zahl 21 - 698, Beilage 1033.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Markus Ulram: Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Stationäre Pflege im Burgenland; Planungs- und Kostenstruktur, in seiner 11. Sitzung am Mittwoch, dem 06. September 2017, beraten.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Stationäre Pflege im Burgenland; Planungs- und Kostenstruktur, zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Herr Landtagsabgeordneter Kölly ist als erster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute einen Bericht diskutieren des Landes-Rechnungshofes 2010 bis 2015, wo ich immer schon darauf hinweise, der Zeitpunkt ist natürlich sehr lange, 2010 bis 2015 - jetzt haben wir fast schon 2018.

Schön und gut, das zu diskutieren, es ist erfreulich, dass der Rechnungshof diese Arbeit geleistet hat, wie immer akribisch und mit wirklich sehr viel Herz drinnen, wo er aufzeigt, welche Fehler beziehungsweise welche Möglichkeiten hier ausgelassen wurden.

Aber ich glaube, vielleicht sollten wir Stillschweigen darüber vereinbaren, wenn wir 2010 bis 2015 diskutieren sollen, weil Stillschweigen ist das Wort, das Unwort derzeit im Burgenland, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn wenn ich mich hinstelle, sei es die Bahn im Südburgenland - Stillschweigen.

Da frage ich den Kollegen Rosner, als Abgeordneter und Bürgermeister, welche Kenntnis hat er gehabt von diesem Vertrag, von diesem Kauf? Was muss er dafür leisten

für diesen Vertrag? Wie kommt das zustande? Wo bleibt jetzt die Landesregierung, die neue, die so effizient und so flexibel ist?

Ja, sehr flexibel sind sie, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber von der Transparentheit ist nichts zu sehen. Ich glaube, heute haben wir schon einige Male von der Transparentheit gesprochen, aber hier sieht man einmal typisch wieder, mit Stillschweigen ist es abgetan.

Welche Rechte hat ein Abgeordneter oder Abgeordnete, der hier im Landtag sitzt, um dann einem Voranschlag zuzustimmen oder einem Rechnungsabschluss zuzustimmen, wenn man Projekte wie Schützen am Gebirge dann nachträglich mit Stillschweigen abtut?

Die Bahn abtut mit Stillschweigen. Oder wenn man Leute entlässt oder rausschmeißt, was für eine finanzielle Abdeckungen haben die bekommen? Na, Stillschweigen über das Ganze wurde vereinbart. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist dieser Landtag eigentlich unnötig, wenn wir nicht erfahren dürfen, was die Regierung beschließt oder was sie vereinbaren.

Und heute ist schon gefallen die Frage, ob die Landesregierungsmitglieder überhaupt wissen, welche Stillschweigeabkommen getroffen wurden in Summe? Was hat das gekostet, wie ist das vereinbart? Wie schaut das aus?

Wenn wir das in einer Gemeinde machen würden, Herr Kollege Rosner, na, dann würden wir sehr nett dastehen und der Kontrollausschuss hätte uns schon beim „Ohrwaschl“ und hätte gesagt, liebe Freunde was ist da los?

Aber daher glaube ich, dass man in Zukunft - und jetzt bin ich wieder bei einer begleitenden Maßnahme vom Rechnungshof - auch solche Geschäfte begleiten sollte. Wenn man eine Bahnlinie kauft oder wenn man in Schützen Geschäfte abschließt, den Rechnungshof vielleicht dazu beiziehen, der schon im Vorfeld überwacht, was ist da geschehen.

Aber ganz besonders, dass wir zur Kenntnis bekommen, welche Geschäfte laufen hier. Ich sage bewusst "Geschäfte", weil warum darf man das nicht erfahren, wenn man hier mit öffentlichen Geldern, das hat der Kollege Steier schon gesagt, mit öffentlichen Geldern irgendwelche Transaktionen macht, die vor einer Wahl entstehen. Da müssen wir schnell die Südburgenländer beruhigen, weil wir haben ja die Bahnstrecke gekauft und dergleichen mehr.

Und daher noch einmal zum Rechnungshofbericht, weil der Direktor oben sitzt, natürlich hat er eine riesige Aufgabe, aber natürlich kann er nur prüfen 2010 bis 2015. Aber was haben wir von 2010 bis 2015? Einen Bericht vorliegen, der alle Stückeln spielt, der hervorragend aufbereitet wurde und auch ausgearbeitet wurde.

Und daher glaube ich, dass man auch in Zukunft umdenken muss in diesem Land. Umdenken muss in diesem Land insofern, weil die Gemeinden ja massiv betroffen sind, bei solchen Geheim- oder Stillschweigeabkommen.

Ich sage schon bald "Geheimabkommen" und ich will das und wir werden da auch in nächster Zeit, einen Antrag einbringen - ich hoffe, dass da alle mitstimmen, damit die Regierung uns sehr wohl bei solchen Geschäften, sehr wohl alles offenlegen muss. Weil ich bin überzeugt davon, dass wir das unbedingt in Erfahrung bringen müssen, weil öffentliche Gelder hier verwendet werden.

Kommen wir jetzt aber zu diesem Bericht, was ja sehr interessant ist: Stationäre Pflege im Burgenland. Der Rechnungshof hat die Planungs- und Kostenstruktur der

Stationären Pflege im Burgenland im Zeitraum - das habe ich schon erwähnt - 2010 bis 2015 geprüft.

Die Kosten stiegen dabei von 45,9 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 70,9 Millionen Euro im Jahr 2015. Jetzt kann man das fortführen und sagen, wie schaut das aus 2016, 2017, 2018? Was tut sich da in Zukunft? Da sind wieder die Gemeinden natürlich dementsprechend betroffen.

Die enorme Kostensteigerung ist zum einen auf eine stark gewachsene Nachfrage zurückzuführen, zum anderen kritisierte der Rechnungshof aber auch die Mängel im Bedarfs- und Entwicklungsplan, der als Grundlage für die mittel- und langfristige Planung dienen soll.

Es wurde vor allem kritisiert, dass die Bedarfs- und Entwicklungspläne immer nur auf zwei Jahre fortgeschrieben werden, ohne dass eine fachlich gerechte, den modernen Anforderungen entsprechende Evaluierung stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist immer das gleiche Strickmuster. Wenn man sich das anhört, Rechnungshofberichte super vorbereitet, alles in Ordnung und nachher hört man, ja, das ist eigentlich Schnee von gestern, vergangen.

Das kann es aber nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn gerade wir in der Opposition sollten eigentlich dringlichst darauf hinweisen, dass wir nicht so lange Zeiträume haben, sondern dass wir jetzt begleitend auch dabei sein können bei gewissen Dingen.

Da muss man halt das Personal aufstocken. Da muss man eine eigene Gruppe wahrscheinlich bilden, die aber dem Rechnungshof unterstellt ist und auch finanzielle Mittel in die Hand nehmen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor.

Ja, die Berechnung des Tagsatzes von Alten-, Wohn- und Pflegeheimen passiert nach Untersuchung des Rechnungshofes auf Basis von Kalkulationen der jeweiligen Heimbetreiber, weshalb es zu Schwankungsbreiten bis zu 75 Prozent in den einzelnen Pflegestufen kommt.

Man muss sich das einmal anhorchen, 75 Prozent gibt es da an Schwankungsbreiten, das ist ja auch nicht normal - aber gut, es ist halt so.

Das Nächste ist, dass der Rechnungshof den Umstand kritisiert hat, dass mit den neuen Tagsatzmodellen in den Pflegestufen 4 und 5 Kostensteigerungen um bis zu 40 Prozent erfolgt sind, 40 Prozent!

Und jetzt kommen wir zur Abschaffung des Pflegeregresses, wo wir heute sicherlich noch einiges zu diskutieren haben - und zwar zu den Kosten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man schafft das im Bund einfach ab, man beschließt das im Bund, ohne anscheinend die Länder zu fragen, ohne anscheinend die Beteiligten zu fragen.

Da muss ich mich schon schön langsam fragen, diese Zuckerl oder Wahlzuckerl, beziehungsweise Beschlüsse, wie weit sind die nachhaltig gedacht?

Und wenn ich jetzt hergehe und sage, 40.000 Bewohner von Pflegeheimen, und das es auf das Privatvermögen Zugriffe gegeben hat, ab 2018 soll das der Vergangenheit angehören, na ja, dann sind 75.000 Menschen in den Pflegeheimen untergebracht, Tendenz steigend, rund 455.000 Menschen beziehen in Österreich Pflegegeld.

Aus Sicht der derzeit noch im Amt befindlichen Bundesregierung sollen den für die Pflege zuständigen Bundesländern ab 2018 jedes Jahr 100 Millionen Euro zugeschossen

werden. Und es gibt einen Antrag mit dieser Situation wo das Land wahrscheinlich, ich weiß nicht ob der Soziallandesrat in den Verhandlungen beteiligt war, miteingebunden war oder nicht - weil es betrifft wirklich das Land und die Gemeinden wieder einmal.

Und das sind genau die Kosten, die für mich nicht nachvollziehbar sind, weil 100 Millionen Euro werden da nicht reichen, ich sage das jetzt auch gleich mit dieser Deutlichkeit, weil ich denke, dass da viel mehr an Kosten auf uns zukommen werden.

Aber das ist halt ein Zuckerl wieder gewesen in eine Richtung, wo das Land daher diesen Antrag einbringen hat lassen, beziehungsweise diskutieren hat lassen oder werden, wo wir uns darüber Sorgen machen, wie soll das Land das finanzieren? Wie sollen die Gemeinden das finanzieren?

Ja, und im konkreten Fall können die Länder vom Bund die Mehrausgaben doch durch die Abschaffung des Pflegeregresses einfordern und daher dieser Antrag. Wird innerhalb von 18 Monaten ab Kundmachung keine Einigung erzielt, entscheidet im Streitfall der Verfassungsgerichtshof. Das ist ja auch lustig, was brauchen wir den Verfassungsgerichtshof dazu?

Experten, darunter der Sozialforscher Bernd Marin, kritisieren die Abschaffung des Pflegeregresses als unausgegoren und halbherzig. Damit gehen einerseits Anreize für die Bevölkerung verloren, für einen Teil selbst vorzusorgen, andererseits seien die Folgen für die öffentlichen Haushalte aufgrund der Kostenexplosion im Pflegebereich derzeit überhaupt noch nicht abschätzbar.

Und ich glaube, das sind schon Dinge, wo man sich wirklich Gedanken sollte machen, wie finanziert man wirklich das Ganze? Und wenn ich denke, dass eine Hauspflege eine ganz wichtige Voraussetzung ist, wenn man das schafft, dass die Leute zu Hause bleiben können, gepflegt werden können und dergleichen mehr.

Daher machen wir ja die Pflegeschulen und dergleichen, wo wir uns massiv ja einbringen, das muss man auch sagen. Aber wie geht das wirklich weiter in diesem Land? Wie geht das im Bund weiter? Wer soll das alles finanzieren? Jetzt vor den Wahlen ist das anscheinend eh alles klar und deutlich.

Herr Landesrat, Deutschkreutz hat ein "Haus Lisa" und ich finde das für eine gute Institution. Wir müssen aber, Herr Landesrat, auch schauen, wenn der Bedarf da ist, dass man Möglichkeiten schafft, nicht nur das Haus zu erweitern, sondern auch schauen, im Bereich zu Hause die Pflege dementsprechend anzukurbeln.

Und dementsprechend auch - und Sie sind ja unterwegs in dem ganzen Bereich - auch dementsprechend Möglichkeiten schaffen, denn ansonsten werden wir das, und Sie wissen das ganz genau, finanziell nicht mehr schaffen.

Und das ist genau der Punkt, wo ich drauf bleiben will und wo ich sagen will, es ist ja leicht gesagt, wir schaffen den Regress ab, wir schaffen neue Häuser, nur wer soll das finanzieren noch? Und ich mache mir da schon große Gedanken.

Nichtsdestotrotz glaube ich, dass wir im Burgenland gut aufgestellt sind mit unseren Häusern, das muss man auch dazu sagen, nur eine komische Situation gibt es insofern, dass zum Beispiel die Caritas von der Kommunalsteuer befreit ist, das ist auch eine interessante Sache.

Andere, private Institutionen zahlen Kommunalsteuer, die Caritas muss keine Kommunalsteuer bezahlen. Jetzt frage ich mich, was ist denn das für ein Zustand? Wer ist denn da eigentlich zuständig dafür? Wer verhandelt denn das? Wie kommt eine Gemeinde dazu, dass die keine Kommunalsteuer bezahlen?

In Raiding zum Beispiel, der Herr Drescher, der das privat führt und hervorragend führt, wie Sie wissen, Herr Landesrat… *(Abg. Gerhard Steier: Weil sie keine Gemeinnützigkeit haben.)* Ja, und genau das ist das Problem.

Und auch dort müssen wir dementsprechend versuchen, den Gemeinden Möglichkeit zu geben, zu unterstützen. Denn, wenn ich 40 Beschäftigte habe in einem Heim und bekomme keine Kommunalsteuer, ist das für eine kleine Gemeinde viel Geld, auch das muss man andenken.

Und daher darf man dort nicht stehen bleiben, sondern immer wieder neue Diskussionen entfachen, wie kann man das am besten leisten? Und ich komme immer wieder am Punkt, denn eines ist klar, die Finanzierungsfrage steht wirklich fest im Raum.

Und, Herr Landesrat, ich beneide Sie da nicht, weil da gehört irgendetwas in der nächsten Zeit auch gemacht, gemeinsam! Und jetzt sage ich wieder gemeinsam, dass man sich da Gedanken macht, denn ein jeder ist betroffen von uns.

Die Alterung schreitet voran und wenn man in ein Heim geht, sieht man eigentlich was diese Leute dort leisten müssen, die Pflegerinnen und Pfleger und das Personal.

Und da muss man sich schon fragen, wenn man im Monat um die Euro 3.500 zahlen muss - und jetzt ist der Regress ja gefallen, das ist ja keine Frage - aber wenn ich das hochrechne, wie viel Geld das der öffentlichen Hand kostet, dann muss man eben andere Möglichkeiten suchen.

Das wünsche ich mir und das wäre auch ein ganz ein wichtiger Faktor, wo ich klar und deutlich sage, das sind Gelder, die in der nächsten Zeit massiv auf unser Budget drücken werden.

Daher möchte ich mich bedanken beim Rechnungshof der akribisch das alles aufgezeigt hat. Ich glaube es ist im Detail nachzulesen. Ich will mich da nicht weiter vertiefen.

Wir werden diesen Bericht selbstverständlich zur Kenntnis nehmen und noch einmal einen herzlichen Dank an den Rechnungshof. Danke schön. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur jetzt auf einen Teil des Berichtes eingehen, der hier besonders viele Wellen schlägt.

Es gibt eine Empfehlung des Landes-Rechnungshofes, das Land solle die Tagsätze für die Pflegeheime evaluieren, weil die Kosten gestiegen sind. Nun zum einen muss man dazu festhalten, das Burgenland ist sowieso im untersten Bereich der Tagsätze für die Pflegeheime.

Die Steiermark, die jetzt auch wieder anfängt herum zu diskutieren, geht in eine falsche Richtung. Warum? Wir haben hier erstmals in der Praxis einen gemeinsamen Vertrag. Sieben Jahre lang hat die ARGE Pflegeheime mit dem Land verhandelt, immer wieder. Dann lag es wieder in der Schublade, dann wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Also da gibt es schon eine lange Geschichte. Und dann gab es endlich diesen Vertrag der ARGE Pflegeheime mit dem Land über die Tagsätze. Und das ist gut so weil, jetzt sind alle gleich behandelt.

Früher konnte sich oder musste sich jedes Pflegeheim mit dem Land extra etwas ausverhandeln oder auspackeln, wie auch immer man das sehen möchte. Aber es war auf jeden Fall sehr unterschiedlich. Es gab früher Pflegeheime, die haben einen höheren Tagsatz gehabt, und welche die haben einen sehr niedrigen Tagsatz gehabt.

Manche haben einen so niedrigen Tagsatz, dass man sich wirklich fragt, wie war den dort eine qualitätsvolle Arbeit überhaupt möglich? Und hätten die noch lange so arbeiten müssen, dann hätte der Rechnungshof vielleicht ganz andere Missstände in diesen Pflegeheimen gefunden, so wie es auch in einem anderen Bundesland der Fall gewesen ist.

Aber was ist jetzt passiert? Jetzt kriegen alle einen gleichen Tagsatz, das heißt, natürlich sind die Kosten jetzt einmal gestiegen. Das schreibt sich aber nicht automatisch in den Steigerungssätzen nieder in den nächsten Jahren, wie das der Kollege Kölly hier versucht hat zu zeigen, ganz im Gegenteil.

Genau dieser Vertrag der für alle gleich ist, lässt die Kostensteigerungen auch in den nächsten Jahren bereits transparent machen und berechenbar machen. Warum? Weil die Valorisierung ist schon drinnen. Das ist also für das Land berechenbar.

Und weil die Erhöhung an den Verbraucherindex gebunden ist und an den Kollektivvertrag Sozialarbeit Österreich, das heißt, das sind alles bekannte Kostenfaktoren. Und wie die Steigerung in den nächsten Jahren sein wird, das kann man damit berechnen.

Viel unsicherer wäre es für das Land, wenn man jedes Jahr oder auch alle zwei Jahre immer wieder neu verhandeln möchte. Also bitte, bitte diesen Vertrag nicht wieder auflösen.

Im Gegenteil, es gibt ein paar Heime die haben noch immer ihre Sonderregelungen, das sind nämlich die VAMED Heime, das sind nämlich jene Pflegeheime, die zum Unternehmen KRAGES dazu gehören. Dort gibt es irgendwelche Sondervereinbarungen, die sind nicht transparent. Also hier plädiere ich sehr dafür auch mit den VAMED Heimen transparente und vergleichbare Verträge auszuarbeiten.

Also nicht der einzelne Heimplatz ist teurer geworden, sondern diejenigen die davor benachteiligt waren, werden jetzt nicht mehr benachteiligt.

Worauf wir aber in Zukunft besondere Obacht legen sollten ist das betreute Wohnen, das betreute Einzelwohnen auch auf Vertragsbasis zu stellen, sozialpsychiatrische Wohnheime auf Vertragsbasis zu stellen, aber auch neue Betreuungsformen, für neue Indikationen anzudenken.

Wir haben, wenn man ein bisschen in den Pflegeheimen unterwegs ist, da bekommt man das mit, immer wieder neue Indikationen, zum Beispiel psychiatrischer Art, wo nicht klassische Pflegefälle in ein Pflegeheim kommen, sondern jemand mit einer ganz anderen Indikation schon in jüngeren Jahren einen Platz im Pflegeheim bekommt. Dafür sind diese Verträge noch nicht ganz geeignet. Da müsste man noch nachbessern.

Also in der Umsetzung muss jetzt geschaut werden, dass es sauber abläuft und dass es vor allem in allen Bezirkshauptmannschaften auch gleich gehandhabt wird.

Auch da möchte ich daran erinnern, an einen anderen Bericht des Landes-Rechnungshofes, damals ging es um die bedarfsorientierte Mindestsicherung, da wurde kritisiert, dass das nicht ganz durchschaubar ist, welche Bezirkshauptmannschaft da wie agiert, dass es keine gemeinsamen Standards gibt, auf das müssen wir noch ganz genau auch schauen.

Und da plädiere ich auch an den Herrn Landesrat, bitte darauf zu schauen, damit alle Bezirkshauptmannschaften hier dieses Zugestehen von Pflegegeld und die Verträge mit den Pflegeheimen gleich handhaben.

In dem Zusammenhang will ich auch darauf hinweisen, weil wir gerade beim Thema Pflege sind, dass nach jüngsten Berichten die Pflegekarenz, die man seit 1. Jänner 2014 in Anspruch nehmen kann, bei uns noch kaum genützt wird.

Viele Menschen wissen das noch gar nicht, dass es eine gute Möglichkeit ist, auch wenn man einen Monat lang jemanden pflegen muss, ein Familienmitglied zum Beispiel, dass man hier die Möglichkeit hat einen Rechtsanspruch in Anspruch zu nehmen, in Pflegekarenz zu gehen und dann natürlich wieder in den Beruf zurückzukehren. Auch da mein Aufruf, machen wir das mehr bekannt.

Wir haben vorher vereinbart, dass wir zum Tagesordnungspunkt 10 bezüglich Pflegeregress auch jetzt gleich unsere Wortmeldungen abhalten. Deswegen möchte ich jetzt auch zu diesem Thema übergehen.

Kollege Kölly hat gefragt, wer finanziert denn das alles und wie kann die Abschaffung des Pflegeregresses finanziert werden? Kollege Kölly, wir haben eine Antwort darauf. - Oje, jetzt ist er nicht da.

Es gibt dazu einen Entschließungsantrag der Regierungsfraktionen in dem aufgelistet wird, dass es grundsätzlich begrüßenswert ist, dass der Pflegeregress abgeschafft wird, auch mit der Begründung, ich nehme an das werden die anderen Kollegen auch noch zitieren, ich möchte Ihnen da gar nicht aus Ihrem Entschließungsantrag selber vorlesen.

Aber etwas was uns seitens der GRÜNEN Fraktion hier auffällt ist, dass noch nicht darauf hingewiesen wurde, dass das Burgenland wie die anderen Länder auch über den Konsultationsmechanismus sein Recht geltend machen kann und die entstehenden Mehrkosten vom Bund einfordern kann.

Also wir bräuchten gar nicht unbedingt diesen Entschließungsantrag heute, weil einfordern vom Bund kann man die Mehrkosten sowieso. Das Recht steht nämlich dem Burgenland zu, da der Bund vorab keine Einigung mit den Ländern darüber erzielt hat, wie die Mehrausgaben der Länder dann ausgeglichen werden sollen.

Die Bundesgesetzgebung hinterlässt damit, mit der Abschaffung des Pflegeregresses, eine offene Baustelle im Pflegebereich. Es ist nach wie vor nicht geklärt, wie die Abschaffung des Pflegeregresses künftig gegenfinanziert werden soll.

Eine Möglichkeit und das ist unser Vorschlag seitens der GRÜNEN, das auch gleich dingfest zu machen, eine Möglichkeit zur Sicherstellung der langfristigen Finanzierung des Pflegesystems ergebe sich aus dem Aufkommen einer Erbschafts- und Schenkungssteuer, zum Beispiel. Das ist ein möglicher Ansatz für die vermögensreichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Das entspricht in etwa einem Freibetrag von Euro 500.000.

Wir wollen einfach, wie auch immer wir dann verhandeln, weil die SPÖ ja an sich auch gerne eine Erbschafts- und Schenkungssteuer haben möchte, wir wollen auf jeden Fall eine solidarische Finanzierung der Pflege und wir fordern, dass das Pflegesystem auch aus dem Aufkommen einer vermögensbezogenen Abgabe finanziert wird.

Das heißt, hier gebe es einen Ansatz die Abschaffung des Pflegeregresses gegen zu finanzieren. Man muss sich nur darauf einigen und das beschließen und dann geht es.

Den entsprechenden Abänderungsantrag der allen Fraktionen zugegangen ist, den werde ich dann unter dem Tagesordnungspunkt 10 einbringen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits*(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Frau Landesrätin! Auch beide Frau Landesrätinnen sind mittlerweile schon eingetroffen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich werde jetzt gleich zum Tagesordnungspunkt 6 und 10 meine Wortmeldung abgeben, weil wir das so besprochen haben. Zum Rechnungshofbericht als solches, die Ausgaben sind gestiegen, wir haben es jetzt schon zweimal gehört, die guten Angebote, die wir haben, führen natürlich zu einer dementsprechenden Nachfrage und die dementsprechende Nachfrage, weil ja der Bedarf gegeben ist, vermehrt die Kosten. Das ist auch nicht geschickt.

So, wie es im Handel üblich ist, da wird sich der Handel freuen, weil er dadurch mehr Einnahmen hat, ist das im Sozialbereich in Wirklichkeit für die Regierung jedes Bundeslandes eigentlich für alle Regierungen sprich bis hinauf zum Bund, eine neue Herausforderung. Da werde ich auch gleich in diesem Bereich zum Tagesordnungspunkt 10, zum Pflegeregress, überleiten.

Aber, lassen Sie mich auch noch kurz auf diese Umstellungskosten, auf das neue Tagsatzmodell, eingehen. Das ist auch ein kleiner Parameter für die Erhöhungen dieser Kosten, jedoch hier, und so sagt es auch der Rechnungshof, bis Ende 2015 noch nicht eingetretene kostendämpfende Wirkungen erzielt werden konnten. Es stimmt schon, dass natürlich jetzt durch das neue Tagsatzmodell einige mehr ausgeschüttet bekommen, die anderen im Prinzip eingefroren werden.

Aber, schlussendlich kommen wir zumindest einmal dort hin, dass es transparent und fair ist, was hier vor uns steht beziehungsweise wie wir die Umsetzung handhaben wollen.

Zusammenfassend, und das möchte ich noch einmal kurz hervornehmen, erachtet der Burgenländische Landes-Rechnungshof das Angebot der stationären Pflege im Burgenland für ausreichend. Ausreichend ist noch nicht sehr gut, aber wir sind auch im nationalen Vergleich hier gut unterwegs. Die langfristige Sicherung der Versorgung sowie die Gewährleistung deren Finanzierung, aber im Spannungsfeld mit der dynamischen Kostenentwicklung der letzten Jahre. Gut, keine Frage, habe ich ja kurz erörtert. Aber, dieses Spannungsfeld verdichtet sich natürlich durch die Aufhebung des Pflegeregresses durch den Nationalrat und das haben wir auch sehr begrüßt.

Ich glaube, es ist hier im Prinzip kein einziger dabei, der diese Pflegeregressaufhebung nicht begrüßt. Die Frage ist jetzt nur, wie ist es zu finanzieren? Die Antwort hat auch schon meine Vorrednerin dem Herrn Abgeordneten Kölly gegeben, der jetzt auch nicht da ist. Es gibt hier einen selbständigen Antrag der beiden Regierungskoalitionen beziehungsweise der beiden Regierungsfraktionen dahingehend sich an den Bund zu wenden. Zu diesem Ansatz möchte ich schon auf die Wortmeldung meiner Vorrednerin replizieren. Die Finanzierung durch die Einführung einer Erbschafts- oder Schenkungssteuer würde, wenn man es durchrechnet, in Wirklichkeit vier Millionen Euro bringen. Da sind wir weit weg von dem, was wir brauchen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nicht bei unserem Modell! Dann rechnen Sie falsch.)*

Außerdem würde das bedeuten, dass diejenigen Menschen, die sich ja schon im Prinzip wenn sie ein dementsprechendes Vermögen vererben im Zeitraum dessen, wo sie das Vermögen angespart haben, um es ihren Erben zu übergeben, ja schon genug Steuern bezahlt und auch dementsprechend genug Geld hier in diesen Sozialtopf hinein gezahlt haben damit wir das überhaupt finanzieren können.

Das liegt alles beim Bund. Jetzt geht es darum, dass wir hier jetzt nicht einen Streit beginnen ob man jetzt jemanden halb enteignen muss oder zweimal mehr oder weniger in steuertechnisch eingreifen muss, indem man ihm schon Spitzensteuersätze abnimmt, oder auf andere kleine Häuselbauer, die sich schlussendlich entwickelt haben und dazu gekauft haben, die ein Eigentum für sich geschaffen haben, weil sie gewusst haben, dass sie dementsprechende Erben haben werden, um das zu übergeben, wollen wir hier in diese Mittel nicht eingreifen und dadurch in Wirklichkeit einen Zwist in die Bevölkerung zu bringen.

Das tun Sie hier in Wirklichkeit. Sie polarisieren hier ganz besonders. Ich will ja nicht sagen, dass Sie jetzt hetzen, denn das ist ja Ihr Jargon, aber Sie polarisieren so extrem, dass man hier in Wirklichkeit wieder zwei Gesellschaftsschichten gegeneinander ausspielt. Das wollen wir nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir wollen hier im Prinzip einen seriösen Zugang zu dieser Finanzierung haben und das ist der Zugang, dass wir hier eben diesen Antrag formuliert haben, sodass die Landesregierung aufgefordert wird, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge sicherstellen, dass die Kosten der Abschaffung des Pflegeregresses dauerhaft und vollständig aus Mitteln des Bundes getragen wird.

Ich glaube schon, dass wir hier alle miteinander auch eine Einstimmigkeit zu diesem Antrag erzielen können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Präsidenten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind zwei Tagesordnungspunkte die wir nunmehr gemeinsam diskutieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das eine ist die Abschaffung des Pflegeregresses. Dazu möchte ich nachher Stellung nehmen. Das andere ist der Rechnungshofbericht vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof, Zahl 21 - 698. Es geht hier um den Prüfbericht „Stationäre Pflege im Burgenland, Planungs- und Kostenstruktur“. Ich gratuliere dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof, der Herr Direktor sitzt ja oben auf der Galerie, einerseits zu seinem 15-jährigen Bestandsjubiläum, aber auch zu diesem wirklich ausgezeichneten Bericht.

Nur ein Satz beruhigt uns dabei. Zusammenfassend erachtet der Burgenländische Landes-Rechnungshof das Angebot der Stationären Pflege im Burgenland für ausreichend.

Hat der Vorredner gesagt. Die langfristige Sicherung der Versorgung sowie die Gewährleistung der Finanzierung sei im Spannungsfeld mit der dynamischen Kostenentwicklung der letzten Jahre. Naja, wenn wir uns das anschauen, so ist da schon einiges passiert. Denn wenn innerhalb von fünf Jahren um 25 Millionen Euro pro Jahr mehr gebraucht werden, dann muss man sich auch die Strukturen anschauen.

Der Landes-Rechnungshof geht auch sehr genau auf diesen burgenländischen Bedarfs- und Entwicklungsplan ein. Dieser burgenländische Bedarfs- und Entwicklungsplan soll entsprechend dieses Berichtes schon neu diskutiert werden, Herr Landesrat. Da haben wir Handlungsbedarf. Da sollen wir uns nicht auf den einen Satz - zusammenfassend ist schon ausreichend - oder wie steht da? Ausreichend - ja. Ausreichend allein ist wirklich nicht gut.

Eigentlich ist das eine klare Handlungsanleitung für Sie, für Ihr Ressort, aber auch für den Landtag, hier tätig zu werden. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Der überprüfte Zeitraum ist von 2010 bis 2015.)* Ja ja, 2010 bis 2015. Die Tagsatzvereinbarungen sind also angepasst worden, sagt hier der Landes-Rechnungshof. Er schreibt hier - ferner rechnet er an, sein Instrument zur Kostensteuerung wahrzunehmen, konkret im Falle einen neuen Entwicklungsplan zu erarbeiten, begleitend auf Grundlage der Ist-Situation zu evaluieren.

Wäre in Zukunft nachweislich bei der Bewilligung neuer Pflegeplätze klar zu berücksichtigen, bevor man Tagsätze anhebt auch hoch zu rechnen, ist das auch möglich? Sollen diese Dinge auch möglich sein? Ich glaube, dass hier eine klare Handlungsanleitung für den Landtag, aber vor allem für das Ressort gegeben ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ob hier ein Beamter eine Unterschriftsermächtigung gegeben hat, oder nicht, das mag dahingestellt sein. Da bin ich nicht der große Fachmann. Aber, wenn hier steht, dass zumindest in vier Fällen, derjenige, der bewilligt, auch die Betriebsbewilligung erteilt hat, dann ist das schon eine Sache, die man sich anschauen muss.

Wenn ein Mitarbeiter für zumindest 39 Monate sowohl das Verfahren betreffend Errichtungs- und Betriebsbewilligung, als auch behördliche Erledigungen über die Kontrolle wahrzunehmen hat, dann ist hier schon auch etwas zu tun, Herr Landesrat, wo man nicht zur Tagesordnung übergehen sollte.

Wenn der Rechnungshof sagt, dass in einem Jahr 44 Prozent nicht kontrolliert wurden, kann man natürlich sagen, 56 Prozent sind kontrolliert worden. Aber, da ist ein bisschen ein Handlungsbedarf meines und unseres Erachtens gegeben.

Wenn man weiß, dass 50 Prozent, der in Heimen betreuten Personen in der Pflegestufe vier und fünf sind, dann weiß man, dass bisher auch viele Personen im häuslichen Verband gepflegt wurden. Künftig wird das vielleicht nicht mehr werden, wenn ein Pflegeregress weg fällt. Eine Hemmschwelle ist dann überhaupt nicht mehr gegeben. Hier haben wir wirklich aufgrund dieses Rechnungshofberichtes eine entsprechende Handlung zu setzen.

Ich bedanke mich. Diesen Bericht werden wir selbstverständlich zur Kenntnis nehmen.

Nun zum Pflegeregress: Die Volkspartei hat sich bei der Abschaffung des Pflegeregresses hier auf Bundesebene eindeutig durchgesetzt. Dass bisher auf das Vermögen des Betroffenen und der Angehörigen zurückgegriffen wurde, war immer eine Art und Weise der Entscheidung, Heim Ja, Heim Nein, wenn gleich die Pflege für Stufe vier und fünf zu Hause kaum entsprechend gewährleistet werden kann. Es war auch Sebastian Kurz ein großes Anliegen, hier eine christlich-soziale Lösung zu finden, *(Abg. Doris Prohaska: Na, geh bitte! – Abg. Klaudia Friedl: Aber geh! - Abg. Walter Temmel. So ist es.)* Sie können sich alle zu Wort melden - und Rechtssicherheit für die Betroffenen zu schaffen. *(Abg. Walter Temmel. So ist es.)* Das war ganz einfach notwendig, um hier eine

schleichende Enteignung zu verhindern. Das ist es, was der Volkspartei am Herzen gelegen ist, das haben wir durchgesetzt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wer auf Pflege angewiesen ist, muss sich auch auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Daher ist das Aus für den Pflegeregress ein erster richtiger Schritt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Klar ist aber auch, was heute hier schon angesprochen wurde, die Gegenfinanzierung. Wenn der Bund erklärt, dass dafür den Ländern 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden und man weiß, dass derzeit im Burgenland durch den Regress 5,45 Millionen Euro hereinkommen und man weiß, dass wir bei 285.000 Einwohnern im Burgenland 3,3 oder 3,4 Prozent der Bevölkerung von acht Millionen Österreichern darstellen, so kann man ganz leicht rechnen, dass wir 3,35 Millionen Euro bekommen werden.

Derzeit haben wir 5,45 Millionen Euro an Aufkommen. Dass hier der Burgenländische Landtag gemeinsam mit der Regierung alles tun muss, um dieses Delta hier aufzufüllen, dafür stehen wir. Ich sage auch gleich, dass wir diesem Antrag, der heute hier eingebracht wird, als ÖVP deshalb sehr gerne zustimmen werden.

Das, was die Frau Kollegin Petrik gesagt hat, wenn sie beim Tagesordnungspunkt 10 einen Abänderungsantrag einbringen wird, ist eine ideologische Sache, sehr geehrte Frau Kollegin, wo man mit der ÖVP darüber überhaupt nicht verhandeln kann. Das mit Erbschafts-, Schenkungs- oder Vermögenssteuern ist mit uns nicht machbar. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Sehr gut! Wirklich gut!)*

Das ist eine Parteilinie, die die Österreichische Volkspartei immer und ewig verfolgt. Wir werden das auch künftig hin tun. Wir sind die Hüter derjenigen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Zehn Prozent.)* die sich etwas geschaffen haben. Hüter von Grund und Boden, von Eigentum. Wir sind jene, die die Fleißigen *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Sie Superreichen!)* nicht bestrafen wollen. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist?)*

Im Übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, war die Abschaffung des Regresses eine Verfassungsbestimmung. Sie tritt mit 1. Jänner 2018 in Kraft. Alle laufenden Verfahren und Zahlungen, die bis dahin gelten, sind ab diesem Zeitpunkt einzustellen. Das heißt, das ist eine Fallfrist, 1. Jänner tritt in Kraft. Die 100 Millionen Euro sind klar.

Eine Sache, ich darf es nur ganz kurz erwähnen, weil es dazu passt und weil es auch in diesem Paket auf Bundesebene gemeinsam diskutiert wurde, ist, dass es nunmehr viel an Rechtssicherheit für die älteren Menschen gibt. Wenn man weiß, dass zwischen 2010 bis 2015 die besachwalteten Personen in Österreich von 30.000 auf 60.000 gestiegen sind, dann ist das schon eine erschreckend hohe Zahl.

Oftmals ist hier eine Sachwalterschaft eingetreten, ohne dass man mit den Personen auch insgesamt Kontakt aufgenommen hat. Nicht nur mit den betroffenen Personen, sondern auch nicht mit der Verwandtschaft. Das sind schon Vorgangsweisen, wo ich sehr froh bin, dass hier ein mit einem Gesetz, mit einem neuen Erwachsenenschutzgesetz, solchen Vorgangsweisen ein Riegel vorgeschoben wurde. Unterstützung statt Entmündigung - so lautet hier die klare Position der ÖVP.

Es wurde also beschlossen, dass es neben der bisherigen Sachwalterschaft, der sogenannten gerichtlichen Erwachsenenvertretung, drei weitere Möglichkeiten gibt. Die gesetzliche Erwachsenenvertretung wird ausgebaut, sodass es eine gewählte Erwachsenenvertretung und eine sogenannte Vorsorgevollmacht gibt. All diese Dinge kann man bei einem Rechtsanwalt, bei einem Notar, aufsetzen lassen. Die werden dann

in einem sogenannten ÖZET VV, das ist dieses Österreichische Zentrale Vertretungsverzeichnis, eingetragen. Das ist eine ganz wichtige Einrichtung für die sich die ÖVP auch stark gemacht hat. Helfen, statt entmündigen. Möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben auch im Alter führen zu können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir stimmen dem Rechnungshofbericht sehr gerne zu. Wir nehmen ihn zur Kenntnis als eine Arbeitsanleitung für alle, für Regierung, für das Ressort, aber auch für den Landtag. Wir werden diesem Antrag, den die SPÖ und ÖVP gemeinsam eingebracht haben, dem Pflegeregress, entsprechend bei der Bundesregierung wegen der Finanzierung gerne zustimmen. Dem Abänderungsantrag der GRÜNEN können wir im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich dem Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Im Tagesordnungspunkt 4 der heutigen Landtagssitzung möchte ich vordergründig die Wichtigkeit des Landes-Rechnungshofes als kompetenten Partner des Landes Burgenland unterstreichen. Deshalb möchte ich genauso wie mein Vorredner anlässlich seines fünfzehnjährigen Jubiläums dem Landes-Rechnungshofdirektor Andreas Mihalits mit seinem Team zu diesem Jubiläum gratulieren. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Die Wirkung der Kontrollfunktion des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes wird evident, wenn man bemerkt und erkennt, dass 70 Prozent der Empfehlungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes aufgegriffen und umgesetzt werden. Das ist für mich ein klares Zeichen dafür, dass Kontrolle wirkt und sich Kontrolle auch auszahlt.

Hohes Haus! Auch im gegenständlichen Prüfungsbericht wird die gründliche und transparente Prüfungsarbeit des Teams in den Seiten 1 bis 106 des Berichtes erkennbar.

Die Stationäre Pflege im Burgenland stellt zweifelsohne gesellschaftspolitisch aber auch sozialpolitisch einen wichtigen Baustein der gesamten burgenländischen Sozialpolitik dar. Da wir uns gemeinsam das Ziel gesetzt haben, dass der Mensch im Mittelpunkt des Handelns stehen soll und zwar der Mensch, der Hilfe braucht, aber auch der Mensch, der Hilfe leistet, wurde im Budget vom zuständigen Landesrat für das Jahr 2017 ein Betrag von 77 Millionen Euro für stationäre Pflege, Unterbringungen in Pflegewohn- und Einrichtungen gewährt.

Bei einem Gesamtbudget von über einer Milliarde und einem Sozialetat von 442 Millionen Euro für Soziales, Gesundheit und Wohnbauförderung ist dies ein riesiger Betrag.

In diesem Zusammenhang möchte ich erklären, dass der Prüfbericht, wie bereits erwähnt, klar feststellt, dass die Stationäre Pflege im Burgenland jedenfalls ausreichend ist. Dies wird übrigens auch in einem Bericht der Volksanwaltschaft klar dargelegt, wo wir im Verhältnis zu den anderen Bundesländern hinsichtlich der Kontrolle und Kontrollintensität im stationären Pflegebereich die besten Noten bekommen haben. Das sind Nachweise für eine verantwortungsvolle Sozialpolitik unseres Heimatlandes Burgenland.

Ich persönlich sehe, wie auch der Herr Landes-Rechnungshofdirektor beim Jubiläum angedeutet hat, in diesem Bericht die Möglichkeit eines Vergleiches zu einer medizinischen Vorsorgeuntersuchung. Die einzelnen Empfehlungen und Kritikpunkte geben Anlass, um Gesetze und Novellen durchzuführen oder Novellierungen vorzunehmen, aber auch um Prozesshandlungen zu evaluieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Überhaupt bin ich der Meinung, dass im Interesse der älteren Generation, aber auch der jungen Generation, zukünftig die Pflege neu angedacht werden muss. Dafür bietet sich dieser Prüfungsbericht als eine wesentliche Grundlage an.

Ich erlaube mir daher, einige Empfehlungen aufzugreifen:

Erstens: Weil auch der Landesamtsdirektor unter uns weilt, es wurde seitens des Landes-Rechnungshofes die Empfehlung abgegeben, dass Evaluierungen im Bereich der Unterschriftsermächtigung, aber auch der Arbeitsplatzbeschreibung des Pflegepersonals erfolgen soll. Im Zuge der Strukturreform habe ich vernommen, dass mit 1. Juli 2016 in diesem Bereich bereits Änderungen vorgenommen worden sind. Das heißt, diese Empfehlungen wurden bereits durch die Strukturreform umgesetzt. Des Weiteren kann ich im Bereich der Verwaltung auch die Trennung oder Teilung der Bewilligungen bei Errichtung und Betrieb von Altenwohn- und Pflegeheimen anführen.

Auch diese Empfehlungen werden seitens der zuständigen Abteilung 6 ernstgenommen. Das ergibt sich aus der Stellungnahme, die diesem Bericht beiliegt.

Zu einer weiteren Empfehlung, der Nummer 3, dabei geht es um die Novellierung der Burgenländischen Altenwohn- und Pflegeheimverordnung, diese gibt es übrigens seit 1998. Dabei geht es um die Mindeststandards. Es wird angeregt, dass sich diese Mindeststandards verändern sollen. Bei Durchsicht dieser Mindeststandards in der Verordnung ergibt sich zweifelsohne, dass es notwendig ist, fachliche und sachliche Rahmenbedingungen zu ändern.

Aber auch Änderungen im Bereich der Technik und der Medizin führen dazu, dass diese Anregung unbedingt erfüllt werden soll. Ich weiß auch bereits, dass eine Änderung oder eine Novellierung dieser Verordnung seitens des zuständigen Landesrates in Vorbereitung ist. Ich glaube auch, dass diese Anregungen seitens der Abteilung 6 ernstgenommen werden und im Rahmen der Novellierung eingebunden werden. Eine Anregung ist mir persönlich wichtig

Eine Anregung ist mir persönlich wichtig zu erwähnen, nämlich die Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals. Ich bin nämlich der Überzeugung, dass damit auch eine Qualitätssteigerung im Bereich der Pflege indirekt verbunden ist. Nur bei dieser Anregung und Empfehlung sehe ich die Thematik des Kompetenzkonfliktes, weil teilweise auch Bundeskompetenzen im Sinne des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes eventuell untergraben werden könnten.

Ein dritter Bereich der mir sehr wichtig ist, ist Kontrolle. Dabei behaupte ich, dass Kontrolle unabdingbar zur Demokratie gehört und deshalb sind sämtliche Empfehlungen, die abgegeben worden sind, um eine Steigerung der Kontrollen, aber auch die Kontrollqualität zu verbessern, sicherlich ernst zu nehmen und auch aufzunehmen sind und dies obwohl, und das möchte ich noch betonen, eigentlich 2014, wenn ich richtig gesehen habe, sämtliche Altenwohn- und Pflegeheime überprüft wurden und auch die Volksanwaltschaft in ihrem Bericht hinblicklich der Kontrollen klar ein guten Zeugnis für das Burgenland ausgestellt hat.

Ich denke mir dass es trotzdem notwendig sein wird, auch qualitative und quantitative Kontrollen durch Sachverständige für den Pflegefachdienst, aber auch durch Techniker und auch Kontrollen durch Kommissionen bei entscheidenden Punkten durchzuführen.

Die Implementierung einer mehrjährigen Planung dieser Kontrollen ist zweifelsohne auch nachvollziehbar und ich denke mir, dass auch in der vorbereitenden Novellierung zur Verordnung auch dieses Thema angedacht wird. Heute wurde bereits von meinen Vorrednern die lang- oder mittelfristige Bedarfs- und Entwicklungsplanung einschließlich Finanzplanung im Pflegebereich erwähnt.

Wir kommen um diese nicht herum, schon deshalb, weil der Pflegeregress abgeschafft worden ist. Deshalb müssen wir im Hinblick auch auf die dynamische Entwicklung von Angebot und Nachfrage in diesem Pflegebereich, auch im Hinblick auf Steigerungen der Bezieher von Pflegegeldstufen 4 bis 7, auch im Hinblick auf die Änderung des Tagsatzungstarifes, im Hinblick Valorisierung von Tagsätzen, aber auch im Hinblick auf Erhöhungen von Kollektivvertragslöhnung, BAGS-Kollektivvertrag, letztendlich eine mittel- und langfristige Bedarfsentwicklung machen, damit wir auch der nächsten Generation wirklich Rechnung tragen können.

Eines ist mir aufgefallen, dass teilweise im Bericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes und im Sozialbericht der Abteilung 6, wenn es um mittelfristige und langfristige Entwicklungen geht, Ist- und Sollwerte nicht unbedingt immer kongruent waren.

Deshalb bin ich auch dankbar, dass der zuständige Landesrat Mag. Darabos bereits jetzt im Vorfeld eine Studie der Fachhochschule eingeholt hat, um genau auf diesen Bereich, mittel- und langfristige Planung und Finanzplanung hinzuzielen und dabei wäre es auch wichtig, diese Werte genauer zu hinterfragen, damit wir auch da auf der richtigen Seite stehen.

Wir sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, zweifelsohne nicht nur dieser Generation die in Würde altern soll, sondern auch der nächsten Generation schuldig, eine Pflegevorsorge zu gewährleisten und deshalb ist auch der Punkt der Abschaffung des Pflegeregresses ein wesentlicher.

Wie mit meinen Kolleginnen und Kollegen vereinbart, werde ich auch jetzt bereits zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen. Alles klar, dass ein einstimmiger Beschluss zwecks Abschaffung des Pflegeregresses am 29.6.2017 im Nationalrat stattgefunden hat.

Ich finde das ist auch wichtig, das ist ein faires Gebot, dass im Endeffekt dieser Pflegeregress abgeschafft wurde. Es ist wichtig nämlich dafür, dass niemand der pflegebedürftig ist fürchten muss, dass er alles verliert was er angespart hat. Das ist auch unsere Handschrift, dass wir niemanden zurücklassen wollen.

Wenn Kollege Strommer vorher erwähnt hat, das ist der ÖVP sehr wichtig und hat auch den Namen Sebastian Kurz erwähnt, mich verwundert nur, dass ein Politiker der ÖVP ein paar Tage nach diesem Beschluss nachweislich gesagt hat, das war ein schwerer Fehler.

Dieser Politiker ist kein geringerer als der Finanzminister. Ich denke mir, wenn man eine Entscheidung trifft, dann sollte man Rückgrat haben und diese Entscheidung dann auch in weiterer Folge vertreten und im Endeffekt von diesem Rückgrat zurückzuweichen und zu sagen es war ein schwerer Fehler, weil er Finanzierungslücken sieht ist, glaube ich, schon ein riesiges Thema. Ich denke mir wir wollen ein verlässlicher und transparenter Partner sein und genau diese Menschen die es betrifft, diese

pflegebedürftigen Menschen haben ein Recht darauf, dass sie verlässliche Antworten erhalten und nicht einmal eine Antwort die Ja sagt und am nächsten Tag die Antwort erhalten Nein.

Ich glaube dafür müssen wir gemeinsam einstehen, wenn wir auch zu diesem Antrag stehen und sagen, Pflegeregressabschaffung ja, aber mit allen Konsequenzen. Ich bin auch der Meinung, dass wir sehr schauen müssen, wie wir zukünftig bei der Bedarfs- und Entwicklungsplanung diese Pflegegeldregressabschaffung auch finanzieren können.

Es wird meiner Meinung nach klar und eindeutig auf die Länder und Gemeinden abgewälzt. Ich betone die Gemeinden, auch der Abgeordnete Kölly weist immer darauf hin, dass Gemeinden, gerade wenn es um Sozialleistungen geht immer mehr zum Handkuss gebeten werden, wenn man jetzt denkt, dass bereits heuer, wo wir noch den Regressbetrag von 5,3 Millionen Euro erhalten, wie er geschildert worden ist und wir laut Wohnbevölkerungsschlüssel nur 3,35 Millionen Euro zurückerhalten.

Wenn wir nicht einmal für dieses Jahr kostenneutral präliminieren können, dann bedeutet das für die nächsten Jahre wahrscheinlich, und diese Hochrechnung gibt es mittlerweile pro Kalenderjahr oder pro Budgetjahr, fünf Millionen Euro. Das ist ein Betrag der nicht unwesentlich ist und bei einem Budget, das wir haben, natürlich gestemmt werden muss. Das bedeutet aber auch Steigerungen für die Gemeinden.

Das muss man auch sagen und deshalb bin ich der Meinung, dass dieser Antrag wo wir sagen, liebe Bundesregierung du bist auch verantwortlich dafür, dass durch die Pflegegeldregressabschaffung auch eine Sicherstellung für die Finanzierung zur Gänze gewährleistet wird, sicherlich der richtige, weil es können nicht wieder die kleinen Gemeindebürgerinnen und -bürger zum Handkuss gebeten werden für solche Maßnahmen.

Wir stehen zweifelsohne dafür, dass dieser Pflegeregress weg ist oder abgeschafft worden ist, genauso wie wir es damals beim Kinderpflegeregress gehabt haben im Jahr 2009. Nur wer A sagt muss auch B sagen und deshalb bin ich der Meinung, dass wir da eine einheitliche Linie fahren sollen mit einem Rückgrat das klar sagt, wir stehen dahinter und wir wollen das auch.

Letztendlich ist es mir ein Anliegen eine Botschaft weiterzugeben und diese Botschaft kann nur lauten: Wir, sprich meine Fraktion, steht dafür, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit wir der jetzigen Generation das Altern in Würde ermöglichen wollen. Dafür stehen wir ein, aber auch den jungen Menschen die Chance auf Zukunft mit Pflege gewährleisten können. Für das stehen wir ein und das wollen wir erreichen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Steier. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Dieser Rechnungshofbericht über die stationäre Pflege im Burgenland weist eigentlich nach, dass wir eine Versorgungssicherheit auf den Zeitrahmen 2010 bis 2015 in einer Durchdringung auf 1.000 Einwohner von zirka 69,5 Betten erreicht haben. Die prognostizierte Anzahl von Betten und die Durchdringung auf 1.000 Einwohner auf Bevölkerungsanteile wären eigentlich, wenn ich richtig liege, 73 Prozent gewesen. Das heißt, wir hinken in dem sogenannten Überprüfungszeitrahmen der prognostizierten oder veranschlagten Zahl um zirka vier Prozent nach, aber dies ist jetzt nur am Rande erwähnt.

Wobei diese Feststellung insofern eine Korrelation aufweist, als ja gerade in diesem Zeitrahmen, der der Überprüfung durch den Rechnungshof unterzogen wurde,

eine Einschleifmaßnahme seitens der Burgenländischen Landesregierung getroffen worden ist, was die sogenannte Belegungsmöglichkeit in den stationären Einheiten betrifft. Da hat es nämlich die Einschränkung gegeben erst ab Pflegestufe 4 darf es quasi diese Einweisung oder die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Pflegeeinrichtung geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Pflegestufe 4, Entschuldigung. Wichtig ist, dass wir in der Ausführung auf stationäre Pflege mit der jetzt schon mit meinen Vorrednern diskutierten Situation der Abschaffung des Pflegeregresses etwas zur Kenntnis nehmen, dass eine von den einzelnen Pflegegesellschaften prognostizierten Steigerung des Pflegebedarfes einhergehend von über zehn Prozent, das ist die Minimalvoraussetzung, die im Endeffekt veranschlagt wird.

Wenn diese Minimalinanspruchnahme von zehn Prozent zutrifft, sind wir quasi von Landesseite her mit Gemeinden im Einklang gefordert eine Bettensituation zu schaffen, die dem auch entspricht.

In Wirklichkeit müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass hier die Planungen sehr, sehr eingeschränkt stattfinden. Ich glaube, dass die Bereitschaft jetzt nicht darin münden kann, dass wir wieder die Pflegestufe erhöhen und dass erst ab Pflegestufe 5 der Zugang zur stationären Pflege gewährleistet wird, weil es nunmehr diesen Pflegeregress nicht mehr gibt ab 1.1.2018.

Dazu möchte ich gleich einleitend festhalten, ich finde es mehr als gerechtfertigt, dass dieser Pflegeregress abgeschafft wurde und darf in den sogenannten Darstellungen meiner Vorredner Folgendes anmerken:

Was hat es damit auf sich, wenn der Pflegeregress existiert? War das nicht auch eine Erbschafts- und Schenkungssteuer? Nämlich für die Veranschlagung des einzelnen und damit eigentlich nicht nur ein Teilbereich des Gesamtbesitzes, sondern oft das Ganze, das genommen und weggelegt wurde.

Also davon zu sprechen, dass das quasi jetzt in Zukunft keine Gegenfinanzierung braucht und die im Endeffekt nicht über Erbschaftssteuer gewährleistet werden soll, finde ich einigermaßen komisch. Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir immer wieder an der Politik als Manko festhalten und immer wieder bekritteln ist, dass Maßnahmen gesetzt werden, ohne dass dafür auf der anderen Seite gleichzeitig die entsprechenden Einnahmen diskutiert werden.

Beim Pflegeregress gibt es in politischer Anschauung verschiedene Zugänge. Nur eines möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben. Es wird nicht möglich sein mit den zur Verfügung gestellten 100 Millionen Euro, die zusätzlich zum Finanzausgleich den Ländern jetzt geboten werden, die entsprechenden Leistungen zu erbringen.

Mit der Steigerung des Zuganges zur stationären Pflege, mit den sogenannten finanziellen Steigerungen braucht es hier einen Zugang, der andere Finanzierungsmöglichkeiten bietet. Ich bin schon dafür, dass der Bund sich das überlegen soll. Nur ich bin aber gleichzeitig dafür, dass dafür auch die Gewährleistung geboten sein muss, dass der einzelne auch einen Beitrag leistet, aber jetzt nicht in dem Maße, dass er nur über die Allgemeinheit in der Finanzierung dafür zuständig sein soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle wissen, dass diese 100 Millionen Euro, die außerhalb des Finanzausgleichs zur Verfügung gestellt werden, ausreichen werden. Wir alle wissen es und deswegen ist es auf Schelling bezogen auch gefallen, dass er sich Sorgen macht.

Tatsache ist, die Länder sind nicht nur am Überlegen, sondern sind schon am Einschalten des Konsultationsmechanismus, der in der Folge ein Neuverhandeln dieser sogenannten Zahlungen an die Bundesländer bringen wird und dass dann im Zusammenhang mit den anfallenden Kosten mehr Leistung erbracht werden wird müssen, die wir irgendwie finanzieren werden müssen, ist klar.

In Wien soll es sich um eine Lücke, die in der Entsprechung jetzt auf die burgenländisch Genannte von zirka fünf Millionen Euro im 100prozentigen Bereich bewegen, der hier zu veranschlagen ist. Das heißt, wir haben hier bundesländermäßig, natürlich auch prozentuell auf die Einwohner bezogen, einen ganz anderen Bedarf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles was die stationäre Pflege anlangt, ist eines der herausforderndsten Kapiteln der politischen Situation nicht nur im Burgenland, sondern österreichweit. Wir haben uns im Grunde genommen über Jahre vor gewissen Entscheidungen, vor Grundlagen, die auch rechtstechnischer Art sind, in der Begründung von Pflegemaßnahmen eigentlich aus der Verantwortung gestohlen.

Tatsache ist, dass wir im Zusammenhang mit den einen der letzten Nationalratswahlkämpfe auf einen Kandidaten bezogen in der Hervorholung, dass man ihm vorgehalten hat, dass er für seine Mutter eine Pflegeperson aus der Tschechei geholt hat, dass man darüber dann in der Entwicklung eine Regelung getroffen hat, die quasi eine gewerberechtliche Anmeldung von Pflegerinnen und Pflegern bedeutet.

Diese Regelung hat natürlich etwas nach sich gebracht. Das mache ich jetzt nur als sogenannten Beisatz, ohne dass ich jetzt bei dieser Angelegenheit über dieses Thema diskutieren will. Das hat natürlich damit im Zusammenhang etwas gebracht, dass diesen sogenannten Pflegerinnen im Sinne der gewerberechtlichen Berechtigung auch gewisse Leistungen zustehen, unter anderem das Kindergeld. Aber das ist ein anderes Thema, wo man sich heute ganz besonders echauffiert, weil das quasi auch ans Ausland geht.

Diese Pflegerinnen und Pfleger, und da hat einer meiner Vorredner darauf verwiesen, sind die Grundlage und der fixe Bestandteil, dass überhaupt Heimpflege noch funktioniert. Neben den vielen, sage ich, die sich auch aus familiären Überlegungen und aus familiärer moralischer Verpflichtung ihren Eltern in der Pflege stellen. Dieses Kapitel außerhalb der stationären Pflege darf nicht vernachlässigt werden. Das muss quasi auch zukünftig gesteigert werden und dazu braucht es nicht nur dann Zahlen, wie viele PflegegeldbezieherInnen oder diesen Pflegegeldansatz im Sinne des Freiraumes in Anspruch nehmen.

Da hat es jetzt unlängst eine Statistik gegeben die österreichweit aufgelistet hat, wie viele männliche und weibliche Personen die Heimpflege im Sinne einer Urlaubsregelung oder einer Dienstnehmerregelung gewährleisten. Tatsache ist, dass wir im Verhältnis auf stationäre im Einklang mit häuslicher Pflege ein gewichtiges Wort auch dahingehend mitreden sollten von politischer Seite, den Menschen die entsprechende finanzielle Unterstützung zu gewähren und sie nicht im Regen stehen zu lassen.

Denn umgekehrt, wenn das nicht der Fall ist, dann fallen all die Kosten der Allgemeinheit wieder in die Tasche und das ist etwas, dass wir im Sinne der Ehrenamtlichkeit uns nicht als solches allein in der Umsetzung zusprechen sollten. Im Endeffekt wird sich herausstellen, wie ist das politische Bestreben stationäre Pflege zu lösen? Ich glaube, dass wir zukünftig viel mehr auch in unserem Bundesland oder gerade hier darauf achten werden müssen, aufgrund der gegebenen Situation der Alterung in der Gesellschaft, die entsprechenden Plätze zur Verfügung zu stellen. Da wird das in der Herausforderung jetzt wieder auf Land und Gemeinden ankommen die entsprechenden Angebote zu streuen.

Es hat, auf den Bericht bezogen den der Rechnungshof vorgelegt hat, eine sogenannte Kostenangleichung gegeben. Eine Gleichschaltung in der Tarifierung, die im Endeffekt sehr wichtig war, weil sie Ungleichgewichte auch in der Bezahlung auf einzelne Gesellschaften ausgeglichen hat und damit eigentlich sichergestellt hat, dass wir auf burgenländische Verhältnisse ein einheitliches Prinzip haben.

Ich mache aber darauf aufmerksam, dass es auch Einrichtungen gibt, die in der Vereinbarung von Wien her im Burgenland belegt werden und dass es dann diese stürmische Situation auch ergeben kann, dass nach einer gewissen Zeit, wenn ein Wiener bei uns in eine stationäre Pflege kommt, quasi nach einer gewissen Zeit nicht mehr von Wien aus bezahlt wird und das dann dem Burgenland anheimfällt. Aber das waren Vereinbarungen, die die Politik in der Regierungsverantwortung geschlossen hat. Als Situation zukünftig haben wir aufgrund der Abschaffung des Pflegeregresses damit zu rechnen, dass es mehr gibt.

Ich hoffe, dass rechtzeitig Zeichen der Zeit erkannt werden. Die entsprechenden Leistungen werden finanziellen Rückhalt erfordern, der im Endeffekt vom Bund her, meiner Ansicht nach, nur in Form einer Gegenfinanzierung aufgestellt werden kann. Hier stehe ich dazu, dass es zwar keine neuen Steuern geben soll, aber das Problem gehört gelöst im Sinne einer vermögensbezogenen Abgabe. Diese Leistung kann auch niemand in irgendeiner Form verwehren. Tatsache ist, diese Märchenkapitel, dass quasi dann bei Beträgen von 500 beziehungsweise einer Million Euro als Grundlage Einfamilienhäuser das Maß voll machen, das sind wirklich Märchensituationen.

Ich weiß, dass Ihr Euch politisch dagegen wehrt, die FPÖ ist eh auf Eurer Seite. Ich bin davon überzeugt, dass sich die Republik dieses Kapitel in klarer Form in der Finanzierung von einem Teil der Bevölkerung leisten kann und daher spreche ich mich eindeutig für vermögensbezogene Abgaben in diesem Fall aus. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich von der Regierungsbank Herrn Landesrat Darabos das Wort. Bitte.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Ich muss mich kurz halten aufgrund der Dringlichen. Es wurde sehr viel inhaltlich gesagt. Ich möchte vielleicht nur zwei neue Aspekte noch einbringen. Ich gebe zu, es ist sehr subjektiv was ich jetzt sage, aber ich sehe das zumindest so. Wenn ich diesen Bericht lese, der ja den Zeitraum zwischen 2010 und 2015 betrifft, dass es ein durchaus positiver Bericht ist, was die Arbeit sowohl in der Abteilung als auch die politische Arbeit in diesem Zeitraum betroffen hat.

Ich hoffe, ich schade jetzt dem Herrn Landes-Rechnungshofpräsidenten nicht, weil ich halte diesen Bericht für sehr gut aufgesetzt, aber auch mit sehr vielen positiven Aspekten was die Pflege im Burgenland betrifft. Wir haben, wie Sie wissen, fast die Hälfte des Budgets im Bereich Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik verankert. Wir werden das Budget ja in den nächsten Wochen auch dann diskutieren und beschließen. Wir haben 45 Heime und ich bin nicht ganz der Meinung meines Vorredners. Ich glaube, 45 Pflegeheime im Burgenland ist von der Flächendeckung her ein Bereich, der sich österreichweit sehen lassen kann. Das ist aus meiner Sicht auch zu begrüßen.

Es wäre natürlich jetzt auch sehr interessant jetzt das lange zu diskutieren, weil natürlich wir uns in einem Bereich befinden, in einem politischen Bereich, wo es um Kosten geht. Wo es aber auch um soziale Kompetenz und Verantwortung geht. Wenn der Rechnungshof hier zurecht anmerkt, dass wir jetzt jährlich 45,9 Millionen Euro oder im Jahr 2015 für die Pflege ausgegeben haben und eine Steigerung von 55 Prozent gehabt haben, plus 25 Millionen.

Das ist ja kein kleiner Betrag, das ist ja ein sehr großer Betrag, dann sage ich ja, das ist sozial aus unserer Sicht so gewollt gewesen. Weil wir wissen, wir brauchen die Pflege und wir wissen, dass wir im Burgenland hier auch noch einmal vorbildhaft sein sollen und wollen und damit, glaube ich, laufe ich offene Türen ein.

Der Landes-Rechnungshof sagt in einem Punkt: Es ist ausreichend. Ja, es war ausreichend 2015! Aber ich glaube, es ist jetzt nicht mehr lange ausreichend, weil eben, und damit bin ich schon beim zweiten Thema, durch den Wegfall des Regresses der Druck auf uns stärker werden wird, auch Pflegeplätze zusätzlich zu schaffen. Wir rechnen damit, das ist die Berechnung unserer Abteilung - der Abteilung 6 - dass wir mindestens 250 zusätzliche Pflegeplätze brauchen werden. Deswegen ist es auch wichtig, das ist auch in diesem Bericht angesprochen, dass wir einen neuen Plan aufstellen, was den Pflegebereich betrifft.

Derzeit ist dieser Plan so ausgeformt dass man sagt, es gehen zusätzliche Plätze vor Neubauten im Pflegebereich, also neue Pflegeheime, um das so trivial zu sagen. Ich glaube, dass wir das in den nächsten Jahren so nicht durchhalten werden, sondern dass wir auch neue Pflegeheime brauchen werden. Auf der anderen Seite - und das ist ein wichtiges Thema, das schon in diesen Tagen auch diskutiert wurde - müssen wir darauf schauen, dass die 24 Stunden Pflege erstens aufrechterhalten wird und zweitens auf eine neue Qualitätsstufe gestellt werden kann.

Nämlich mit einer Zertifizierung, mit einer verbesserten Qualität, mit einer verbesserten Kontrolle von unserer Seite. Da sehe ich mich durchaus durch den Rechnungshofbericht bestärkt.

Es geht um die Pflegestufe 4, es ist eh schon dann korrigiert worden was den Pflegebereich betrifft. Das ist auch ein ganz wichtiger Satz. Grundsätzlich bin ich auch der Meinung - und das ist eine politische Diskussion, die wir heute wahrscheinlich nicht abschließend beantworten werden - die jetzige Regelung, die jetzt außer Kraft getreten ist. Jedenfalls ist es so, dass wir insgesamt jetzt beim Regress natürlich schon eine schleichende Erbschaftssteuer gehabt haben. Aber nicht wie ein Zwischenruf mir so mitgeteilt hat, ja, die Erbschaftssteuer, ihr seid ja dafür, das ist eine andere Erbschaftssteuer. Da ist es nämlich gegangen um Klein- und Mittelverdiener, die vielleicht ein paar kleine Äcker haben und ein Haus haben. Die sind jetzt sozusagen davon betroffen gewesen. Diesem zweistufigen Verfahren nämlich zuerst den Regress der Angehörigen, also Kinder in dem Fall, Kinder können ja auch über 50 schon gewesen sein, abzuschaffen. Das war der erste Schritt vor einigen Jahren 2009 und jetzt der zweite Schritt, insgesamt diesen Regress abzuschaffen, den halte ich für richtig.

Hat aber nichts mit der Erbschaftssteuer zu tun, die man aus meiner Sicht einführen könnte ab einer Million Euro. Aber grundsätzlich möchte ich sagen, dass ich diesen Rechnungshofbericht auch als Ansporn sehe, dieses System noch weiter zu verbessern und dass es ein Bericht ist, der uns durchaus ein positives Zeugnis im Burgenland ausstellt und darüber hinaus wir die Kritikpunkte sehr ernst nehmen und sie auch umsetzen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegt nun keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Stationäre Pflege im Burgenland; Planungs- und Kostenstruktur, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherung der ärztlichen Nahversorgung im Burgenland (Zahl 21 - 735) (Beilage 1048)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dinglichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherung der ärztlichen Nahversorgung im Burgenland, Zahl 21 - 735, Beilage 1048, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, M.A. das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Dringlichkeitsantrag beinhaltet den Kampf gegen den Ärztemangel. Die Diagnose im Burgenland, aber auch in Österreich, lautet "Ärztemangel". Der Status quo begründet unter anderem die Dringlichkeit und hier möchte ich auch ansetzen. Bereits jetzt fehlen Ärzte im ländlichen Bereich. Bis 2025 wird sich diese Situation leider deutlich verschärfen. Zwei von drei Kassenärzten werden in Pension gehen und drei von vier Hausärzten werden in den nächsten acht Jahren in Pension gehen. Das alleine führt schon zu einem Ärztemangel.

Derzeit verlassen zirka 50 Prozent der Medizinabsolventen nach dem Studium unser Land, sprich Österreich. Großteils handelt es sich dabei um Medizinstudenten aus Deutschland. Ein weiterer Grund sind die besseren Arbeitsbedingungen in den Nachbarländern. Unsere Spitäler und Ambulanzen, und das ist auch eine Tatsache, sind täglich voller Patienten, deren Behandlung durch Hausärzte eigentlich gewährleistet werden könnte. Es folgt aber das nächste evidente Problem, denn beim Hausarzt haben wir ebenso volle Wartezimmer, lange Wartezeiten und daher auch keine raschen Behandlungen.

Diese Quantität an Patienten ist notwendig, um eine Ordination wirtschaftlich führen zu können, denn die Bezahlung der Hausärzte ist grundsätzlich nicht die Beste. Wir sprechen hier von 150 bis 200 Patienten pro Tag und das ist leider Gottes keine Seltenheit. Ebenso ergeht es auch den Spitalsärzten, deren Grundgehalt bei 40 Wochenstunden grundsätzlich niedrig ist. Das gute Gehalt von Spitalsärzten begründet sich durch die etlichen Nachtdienste, die absolviert werden. Auch die Gehaltskurve in Hinblick auf Fachärzte und Oberärzte ist relativ flach. Ohne Sonderklassengebühren würden sich die Fach- und Oberärzte diesen Beruf wohl kaum antun. Ein Privatarzt oder ein Wahlarzt vereinbart Termine, die er auch halten kann.

Das ist Fakt. Diese Ärzte haben eine niedrigere Patientenfrequenz. Das bedeutet mehr Zeit für qualitative Medizin und dennoch einen adäquaten Verdienst mit einer besseren Selbstzufriedenheit. Das heißt wiederum, dass wir als Politiker und auch als Bürger diese quasi Zwei-Klassen-Medizin bewusst in Kauf nehmen, obwohl wir als Politiker relativ rasch gegensteuern könnten. Das ist aus unserer Sicht dringend nötig.

Es ist uns ein Anliegen, die gesundheitliche Versorgung im Burgenland sicherzustellen, denn die Lebensqualität einer Region hängt maßgeblich von der ärztlichen Versorgung ab. Im Burgenland gibt es derzeit 234 Kassenärzte und 286 Wahlärzte, wovon drei Viertel Fachärzte sind. Wir haben im Ländervergleich leider auch

die geringste Ärztedichte. Wir bekennen uns aber ganz klar zum freiberuflichen Hausarzt. Wir wollen den Hausarzt auf keinen Fall durch ein neues System wie in Holland oder England ersetzen, wo eine medizinische Versorgung durch ein neues System nur mehr in größeren Gemeinden und Städten angeboten wird.

Jeder Österreicher soll Zugang zur Hausarztversorgung haben, unabhängig vom Alter, vom Wohnort oder auch von chronischen Krankheiten. Für jede Gemeinde, und das ist für uns ganz entscheidend, soll es eine hausärztliche Betreuung geben. *(Beifall bei der ÖVP)* Um diesen Weg zu gehen, braucht es ein Bündel an Maßnahmen, das wir heute skizzieren möchten. Wir haben uns mit diesem Thema seit über einem Jahr intensiv beschäftigt.

Wir haben Ärztestammtische abgehalten. Wir waren in den Spitälern unterwegs, wir haben in den Bezirken mit betroffenen Ärzten und Patienten gesprochen und aus diesen Gesprächen nun die Gründe für den Ärztemangel gefunden. Als starke Alternative im Burgenland haben wir Ideen ausgearbeitet, diese konstruktiven Vorschläge möchte ich Ihnen präsentieren. Wir freuen uns, wenn diese Ideen übernommen werden. Deswegen nochmals ein Lob an dieser Stelle an unseren Landesrat Darabos. Als Gesundheitslandesrat übernehmen Sie unsere Ideen und gehen mit uns auch in die richtige Richtung. *(Beifall bei der ÖVP - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* So viel Lob auf einmal.

Unser Ziel ist klar, wir wollen den Hausarzt erhalten, wir wollen eine Verbesserung für die Patienten, und wir wollen auch eine wohnortnahe ärztliche Versorgung.

Um das zu erreichen, gibt es für uns vier große Punkte, die ich nun skizzieren möchte.

Zum einen geht es um die Ausbildung. Die Medizinausbildung in Österreich ist natürlich hervorragend, deswegen ziehen wir viele Studenten aus dem Ausland nach Österreich. Es braucht aber noch einige weitere Schritte.

Zum einen brauchen wir die Ausbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin, schon allein als Aufwertung für den Hausarzt in den Regionen. *(Beifall bei der Abg. Mag.a Regina Petrik)* Es sind die Aufnahmetests zu überdenken beziehungsweise eventuell durch andere Knock-out-Prüfungen zu ersetzen, um den Einstieg in das Medizinstudium für jene Menschen zu erleichtern, die sehr wohl auch für den ärztlichen Beruf geeignet sind.

Als dritter Punkt in der Ausbildung ist für uns die flächendeckende Einführung der Lehrpraxis ganz wichtig. Dazu müssen wir aber die bestehenden Arztpraxen massiv unterstützen, damit es für junge Ärzte und für bereits niedergelassene Ärzte attraktiv ist, Lehrpraxen durchzuführen. Hier kann man Vorarlberg als Vorbild heranziehen, denn dort gibt es einen etablierten Finanzierungsschlüssel, der für alle Beteiligten adäquat und passend ist.

Ein zweiter großer Punkt ist das Stipendiensystem, und das wird jetzt im Burgenland auf unsere Initiative hin umgesetzt. Vom Land Burgenland werden 20 Stipendien für zukünftige Landärzte bezahlt, die sich im Zuge dessen verpflichten, fünf Jahre als Hausarzt in der ländlichen Region zu ordinieren. An diese Stipendien ist natürlich die Bedingung verknüpft, dass es sich um den ländlichen Raum handeln muss. Es macht ja keinen Sinn, wenn man diese Hausärzte in die Städte schickt, wo bereits Kassenverträge existieren.

Sebastian Kurz greift auch diese Landarztthematik auf, und er möchte ebenfalls diese Landarztstipendien etablieren. Deswegen sind wir sehr zuversichtlich, dass diese

Idee, also unsere Idee aus dem Burgenland, eine bundesweite Umsetzung finden wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein dritter großer Punkt sind natürlich die Rahmenbedingungen für die jungen Ärzte. Um Jungärzte für die ländlichen Regionen zu gewinnen, müssen wir die Rahmenbedingungen entsprechend verändern. Wenn sich heute ein junger Arzt in einer ländlichen Region ansiedelt, dann spielen für ihn weitere Aspekte eine große Rolle. Nicht nur das Arztsein selbst zählt, sondern auch Schulstandort, leistbarer Wohnraum, ausreichende Kinderbetreuung und ein ausgewogenes gesellschaftliches Leben, denn auch Ärzte sind am Ende des Tages Menschen, für die diese Rahmenbedingungen wichtig sind.

Hier kommt auch das Burgenland wieder unserer Forderung für eine finanzielle Unterstützung für neu eröffnete Ordinationen nach, um die Anlaufkosten ein wenig abzufedern.

Ein weiterer Punkt in Bezug auf die Rahmenbedingungen ist natürlich die Bezahlung der Ärzte. Hier muss man langfristig die Deckelungen und auch die Grundleistungsvergütungen sowie die Einzelleistungen bei den Ärzten anpassen beziehungsweise überdenken. Wir müssen mit der Gebietskrankenkasse österreichweit einen einheitlichen Weg finden. Die derzeit praktizierte Quartalsabrechnung bedeutet nämlich, dass der Patient am 2. Jänner wesentlich mehr wert ist, als der Patient am 2. April. Das kann nicht Sinn der Sache sein, dass man für einen Patienten, je öfter man ihn behandelt, weniger Abfertigung dafür bekommt. Ich glaube, hier gibt es noch einiges zu tun.

Betreffend die länderübergreifenden beziehungsweise österreichweiten Vereinheitlichungen ist zu erwähnen, dass die Kollegen aus Wien fast den doppelten Ertrag pro Patient und pro Quartal haben. Das finden wir nicht fair.

Ein wesentlicher großer Punkt ist der vierte. Es gibt im gesamten Gesundheitsbereich bei der Finanzierung eine unterschiedliche Vorgehensweise, was den extra- und intramuralen Bereich betrifft: Auf der einen Seite die Finanzierung der Krankenkassen und auf der anderen Seite die Finanzierungen der Länder. Dadurch, dass natürlich der Großteil der Kosten der Spitäler von der öffentlichen Hand getragen wird, sind die Kassen nicht sehr an der Stärkung des extramuralen Bereichs interessiert. Hier gehört eine Finanzierung aus einer Hand her, vernünftige Kostenkontrolle in allen Bereichen, in den Krankenhäusern, und auch ein bestimmter Kostendruck würde dem System nicht schaden.

Wir haben noch viele weitere Ideen, die anzudiskutieren sind. Hier geht es etwa um innovative Modelle, wie zum Beispiel den mobilen Hausarzt, oder auch, um das Beispiel Oberwart heranzunehmen, wo ja ein Vorzeigeprojekt installiert wurde: Die Akutordination an den Spitalsstandorten. Hier braucht es eine Reform der Bereitschaftsdienste, aber es braucht auch Visiten fahrende Ärzte, wie wir es im Modell Oberwart bereits haben. Das sind taugliche, zukunftsfite Möglichkeiten, um die ländliche Region und die Patienten ärztlich zu versorgen.

Entscheidend wird aber zukünftig sein, dass man die Kassenverträge für die Hausärzte oder für die Fachärzte wesentlich flexibler gestaltet und vielleicht auch mehr davon ausgibt, je nachdem, in welcher Region der Kassenvertrag zu vergeben ist.

Eine Forderung, die ja nicht nur von der Ärztekammer beziehungsweise von den Ärzten kommt, sondern auch von der Politik, ist die Möglichkeit, dass Ärzte Ärzte selbst anstellen können. Hintergrund ist jener, dass sich junge Ärzte nur dann selbständig

machen, wenn sie gemeinsam im Team arbeiten und in einer Ordination voneinander lernen können. Das ist derzeit rechtlich leider nicht möglich. Aber hier werden wir die notwendigen Schritte setzen, um es auch gesetzlich zu ermöglichen, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir die Lösung im Jahr 2018 haben.

Aus all diesen Gründen und mit all diesen Lösungsvorschlägen begründen wir unsere Dringlichkeit, die wohl sehr evident ist, und fordern nicht nur die Burgenländische Landesregierung, sondern auch die Bundesregierung und die zuständigen Interessensvertretungen auf, all diese Punkte umzusetzen und anzudiskutieren.

Es geht hier um die Vergabe von Landarztstipendien, es geht um die langfristige Finanzierung von Lehrpraxen durch Bund, Land und Krankenkassen, aber es geht auch um die Erleichterung administrativer Tätigkeiten unserer Ärzte.

Für uns bleibt der Hausarzt das Rückgrat der medizinischen Versorgung, die wir auch massiv unterstützen möchten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Die Begründung der Dringlichkeit ist somit erfolgt.

Geschäftsordnungsmäßig gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wichtiges Thema, wie ich meine, nicht nur heute, sondern schon seit langer Zeit. Ich möchte einige Dinge ausführen, und zwar, wir warnen seit Jahren vor einem Ärztemangel im Burgenland, der nicht nur Fachärzte, sondern gleichermaßen auch Allgemeinmediziner betrifft.

Bis vor kurzer Zeit wurde uns seitens der Politik Panikmache vorgeworfen, in letzter Zeit erkennen offenbar alle Verantwortlichen im Gesundheitssystem, dass diese Warnung ernst zu nehmen ist.

Ein jeder wird das kennen, oder kennt Ihr das nicht, das Schreiben von der Ärztekammer. *(Abg. Manfred Kölly zeigt ein Schreiben.)* Die Abgeordneten wahrscheinlich nicht, *(Abg. Christian Illedits: Wieso hast Du es dann?)* die Regierung, der Herr Soziallandesrat wird es kennen, und dort steht genau das drinnen, was wir heute diskutieren. Wissen Sie von wann dieses Schreiben ist? Seit die Liste Burgenland einen Antrag eingebracht hat und zwar am 20.6.2016. *(Abg. Doris Prohaska: So ein Zufall.)*

Genau mit diesen Punkten und genau wie wir es heute diskutieren und die ÖVP das einbringt. Das finde ich für eine tolle Sache. Und was hat man damals mit diesem Antrag gemacht, wenn Ihr Euch erinnern könnt? Wie mit allen Anträgen der LBL, natürlich abgeändert und in eine ganz andere Form gegossen.

Jetzt sind wir, weil wir sind ein bisschen vorausschauend, weil wir Kontakt haben mit der Bevölkerung, weil wir Kontakt haben mit den Ärzten, meine sehr geehrten Damen und Herren, *(Abg. Christian Illedits: Wir auch.)* Sie brauchen auf den Zuschauerrängen nicht lachen, das ist so. *(Heiterkeit bei der Abg. Mag. Michaela Resetar)* Das ist so, und das sage ich mit dieser Bestimmtheit, weil ich mir vorkomme in diesem Landtag, ich komme mir vor in diesem Landtag, anscheinend hat da keiner eine Ahnung und der Antrag wird einfach abgeändert. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na, geh!)*

Ja, ganz genau, Frau Landesrätin außer Dienst, oder wie soll man Sie bezeichnen, ich weiß ja nicht, ist völlig wurscht. Aber eines ist Faktum - die Liste Burgenland hat schon damals Anträge eingebracht. Es wurde abgeändert, auch seitens der SPÖ und Ihr werdet ja den Antrag kennen, den Ihr abgeändert habt. Ich hoffe es, weil sonst wäre es sehr traurig, wenn Ihr den nicht kennen würdet.

Es ist das Lustige an der ganzen Geschichte, dass Ihr ganz etwas anderes da hineinschreibt, und das verstehe ich dann nicht. Dann stellt man sich her, einen Tag bevor die Sitzung ist, geht der Herr Landesrat her, der Soziallandesrat, und verspricht alles, was nur möglich ist. Aber wer wird es denn finanzieren, Herr Landesrat? Wie soll denn das alles funktionieren?

Das ist die nächste Frage, die ich gerne stellen will. Nicht nur, dass man jetzt im Wahlgeplänkel rasch etwas vor den Wahlen verspricht, jetzt funktioniert es auf einmal, dass man die unterstützt, dass man ihnen Möglichkeiten bietet.

Jetzt geht es, Herr Landesrat. Warum geht es jetzt? Hat der Herr Landeshauptmann gesagt, das müssen wir jetzt machen, weil sonst ist es nämlich „gföd“ in dieser Sache. Daher bin ich der festen Überzeugung, dass die Ärztekammer vollkommen Recht hat.

Wenn ich jetzt weiterlesen darf, es gibt sicherlich kein einzelnes Patentrezept zur Lösung der Problematik, nur ein Maßnahmenbündel kann Abhilfe schaffen. Maßnahmen müssen bereits an der Wurzel, sprich beim Studium, beginnen.

Das Burgenland ist und bleibt Importland von Medizinern, weil bei uns keine Ausbildung an einer Universität möglich ist, und daher jeder Mediziner zu uns (zurück)kommen muss. Daher muss das Burgenland zwangsläufig bessere Bedingungen, als zum Beispiel die Universitätsländer bieten.

Das sind die Dinge, welche jetzt dann punktuell aufgelistet werden. Ich lasse Euch das Schreiben als Kopie zukommen, werte Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen, weil es wichtig ist. *(Abg. Manfred Haidinger: Brauchst ja nur die Zahl sagen.)*

Und genau diese Punkte diskutieren wir heute. Ich würde sagen, liest Euch das einmal durch! Im Vorfeld hättet Ihr das durchlesen müssen und vielleicht doch einmal die Anträge von der Opposition oder von der LBL ernst nehmen müssen.

Für den nächsten Antrag bei der Feuerwehr gilt das Gleiche. Auch dort haben wir eine Vorreiterrolle inne. Jetzt kommen immer die Anträge dann daher, weil jetzt brennt der Hut auf einmal, und das vor einer Wahl immer wieder.

Hier stehen, Herr Landesrat, genau die Punkte drinnen, die wir jetzt umsetzen wollen. Ich finde das für gut, ich finde das für sehr positiv, dass das jetzt passiert, aber ich frage noch einmal, warum diskutiert man nicht Anträge, die ja nicht unbedingt schlecht sein müssen, von einer Oppositionspartei auch im Vorfeld und sagt, schauen wir uns das an?

Jetzt sind wir gezwungen, weil es nicht mehr anders geht und weil man vor Wahlen steht und es ist halt nicht so, wie man es sich vorstellt, bei den Herrschaften, jetzt müssen wir rasch etwas unternehmen.

Die Frage stellt sich, was tut denn der Herr Finanzlandesrat, wenn wir das alles jetzt so finanzieren wollen. Und was jetzt noch auf die Gemeinden dazu kommt, denkt auch niemand, weil die Gemeinden müssen das auch mitfinanzieren. Logischerweise! Jetzt frage ich Sie, werte Kollegen als Bürgermeisterin und Bürgermeister, … *(Abg. Robert Hergovich: Aber das nicht!)*

Ich sage ja, aber es kommt immer mehr Regress, und, und, und. Das heißt, das gehört im Vorfeld meiner Meinung nach schon diskutiert, und wir haben davor genau gewarnt. Nicht nur gewarnt, sondern einen Antrag eingebracht, der, wie ich finde, sehr wichtig war. Jetzt das Ganze umzusetzen, ist eigentlich ein bisschen zu spät.

Denn ich glaube, der Ärztemangel, und die Ärztekammer hat schon lange darauf hingewiesen, es war sogar noch der Herr Landesrat Rezar zuständig, der hat ganz etwas anderes gemacht, der hat gleich einen Primar für drei Spitäler eingesetzt und dergleichen mehr. Jetzt hat der Landesrat Darabos das eh zurückgeholt, das finde ich für gut und in Ordnung, weil es wichtig ist, weil die Gesundheit eines der wichtigsten Güter ist, welches man haben kann und auch eine Versorgung das Land dementsprechend bereitstellen muss.

Er macht das meiner Meinung nach sehr gut, er bemüht sich sehr gut, ich darf ihn nicht zu viel loben, sagt er immer, weil sonst ist das auch nicht gut. Daher glaube ich, dass es entscheidend ist, Herr Landesrat Darabos, dass man den Weg weitergeht, aber gemeinsam weitergeht.

Wenn solche Anträge hereinkommen, nicht in einem Klub einfach sagen, wie ändert man den am besten ab. Das ist anscheinend das wichtigste Thema, wie ändern wir das am besten ab.

Ich glaube, dass es entscheidend wird sein, in den Klubs auch einmal eine Diskussion zu führen, wenn gute Anträge hereinkommen, wo ich glaube, diese sind nicht nur von unserer Seite, sondern es kommen gute Anträge von den GRÜNEN, von der ÖVP, von der SPÖ selbstverständlich, auch von der FPÖ. Dann sollte man diese wirklich einmal diskutieren und nicht immer abändern, weil es macht keinen Sinn, glaube ich, und immer wieder das Beispiel, und ich hoffe, dass die Medien einmal auf das aufspringen, dass sie das auch einmal schreiben, dass man solche Ideen gehabt hat.

Die Frau Landesrätin Dunst hat kein Problem, wenn Sie sagt, ich habe das als Erste eingebracht mit dem Uhudler, dass man dort etwas macht, oder mit der Stare-Bekämpfungsgeschichte. Da haben wir versucht, gemeinsam das zu schaffen.

Aber warum hat man Angst davor, wenn wer anderes das einbringt? Im Gegenteil, und ich sehe das in den Gemeinden so, ich sehe das im Land so, und ich sehe das im Bund auch so. Es sollte die zukünftige Regierung im Bund vielleicht auch doch mit den Ländern dementsprechend verhandeln, weil, wie wir vorher gesehen haben, mit dem Regress, was ist denn herausgekommen. Das Land hat nichts davon gewusst, das Land soll zahlen und die Gemeinden sollen zahlen.

Daher, noch einmal, und ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor, dass man das Gesundheitssystem, speziell das Gesundheitssystem einer gemeinsamen Lösung zuführen muss und nicht nur jetzt sagen, wir haben das jetzt eingebracht. Herr Kollege Steiner, Ihr seid im Endeffekt uns gefolgt, und nicht, wie ich in den Medien höre, die SPÖ ist gefolgt und die FPÖ ist gefolgt. Ihr seid uns gefolgt und da bin ich recht dankbar.

Aber es ist kein Problem, ist überhaupt kein Problem, mir fällt keine Perle aus der Krone, wenn der Herr Steiner sagt, sie haben das gemacht. Na Gott sei Dank, aber ich will, dass die Medien endlich einmal munter werden und das hineinschreiben und sagen, der Antrag ist schon seit 2016 unterwegs. Das sollte man einmal klar und deutlich sagen.

Sagt einmal: Die LBL hat den eingebracht, und wir haben halt jetzt so lange gebraucht, bis wir draufgekommen sind. Es ist auch kein Problem, weil wenn die ÖVP halt ein bisschen hinten nach ist, macht ja nichts.

Aber wir wollen das umsetzen und dazu stehe ich, und das will ich, Herr Landesrat, mit der Regierung gemeinsam machen, weil es wichtig ist, unsere Gesundheit aufrecht zu erhalten und das Burgenland hat es verdient, unsere Leute, dass das auch funktioniert. Und die Ärzte haben es sich verdient, weil ich glaube, viele Dinge, viele Punkte werden andiskutiert, was zu machen sind, ich will sie jetzt nicht alle vorlesen, weil sonst rede ich noch eine Stunde hier.

Ich lasse das jedem Abgeordneten zukommen, dass Sie einmal sehen, welche Punkte aufgelistet sind und welche wir jetzt umsetzen. Das ist das Schöne. Jetzt wird das umgesetzt, was damals eigentlich schon diskutiert wurde. Nur leider, von den Fraktionen abgeändert bis zur Unkenntlichkeit.

Das darf nicht passieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Medien! Ich denke, dass es in vielen Bereichen so zugeht, und ich denke, dass in vielen Bereichen auch einiges mehr diskutiert gehört. In diesem Sinne werden wir diesem Antrag selbstverständlich gerne zustimmen, weil Ihr seid uns gefolgt. Ich danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir es jetzt gehört haben, wer hat es erfunden, so frei nach Ricola, nehmen wir das eben spaßhalber zur Kenntnis. *(Abg. Manfred Kölly: Du bist ein Spaßvogel.)* Auch der Herr Kölly hat einmal einen Antrag eingebracht, das haben wir heute zur Kenntnis genommen, vom Jahr 2016. *(Abg. Manfred Kölly: Den hast Du nicht einmal gekannt.)*

Bleiben wir jetzt beim Thema. Bleiben wir beim dringlichen Antrag der ÖVP, der lautet: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, beziehungsweise sich bei der Bundesregierung und den zuständigen Interessenvertretungen dafür einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen für niedergelassene Ärzte verbessert und somit die ärztliche Grundversorgung vor allem im ländlichen Raum nachhaltig gesichert wird.

Na no na, kann ich da nur sagen, welche Partei kann da in Wirklichkeit nicht dafür sein. Die Frage muss man aber stellen. Was habt Ihr in den letzten zehn Jahren getan? Was habt Ihr die letzten zehn Jahre getan? Insbesondere die Ärztekammer, die ja in den Händen von Walter Dorner, Artur Wechselberger und jetzt Thomas Szekeres ist. Was habt Ihr die letzten zehn Jahre getan? Welche Verhandlungen habt Ihr denn geführt? Hat die Ärztekammer den geführt mit den Sozialversicherungen und mit den jeweiligen Bundesministern für Gesundheit? Wo sind Eure Ansätze gewesen? Nichts ist passiert! Zehn Jahre lang ist nichts passiert!

Und jetzt auf einmal im Burgenländischen Landtag herkommen und sagen, geh‘ bitte, sagt es der Bundesregierung, wir haben eine Not am Arzt. Das scheint mir schon so zu sein, als hätte ich das bewusst so herbeigeführt. Aber zusammengebracht hat die ÖVP hier - und damit sind wir ja beim Bundesthema, das muss Euch auch allen klar sein - eigentlich nichts.

Was sollten wir eigentlich tun? Rechtzeitig darauf schauen, dass man es hat, wenn man es braucht. Auch das ist Euch nicht gelungen!

Jetzt zu sagen, dass wir Euch im Burgenland das glauben, diese Strategie „Ich war nicht dabei, ich bin unschuldig“ oder die Strategie Sebastian Kurz‘ „Ich bin ja neu, es ist eine neue Partei, vormals ÖVP, ich bin ja für nichts verantwortlich, was bis jetzt gelaufen ist.“ Sieben Jahre Regierung war der Herr jetzige Außenminister Kurz und derjenige Vorsitzende der türkisen Partei oder türkisen Liste Kurz, vormalig ÖVP.

Und jetzt kommt Ihr mit dem daher und das Burgenland soll jetzt in Wirklichkeit die Misere, die Fehler ausbessern, die der Bund, in dem Fall die ÖVP, mit der Ärztekammer eigentlich verschlampt hat. Es war ja nicht so, dass wir von 2016 draufgekommen sind, wie der Herr Kölly das erste Mal draufgekommen ist, dass wir da ein Problem haben, sondern wir wissen doch rein rechnerisch, *(Abg. Manfred Kölly: Ich bin am Puls, bei den Leuten.)* wann und wie viele Ärzte in welchem Alter, insgesamt in Österreich, im ländlichen Raum sind, und wir wissen auch, wann Ärzte in Pension gehen.

Das ist doch ein normaler Zustand, dass man weiß, wann hier im Prinzip eine Knappheit auftritt. Nur es hat eben keiner etwas getan. Jetzt kommen Sie zu uns, die liebe ÖVP im Burgenland, und will uns erzählen, was wir tun sollen. Ich würde aber meinen, einen klugen Rat von Verlierern und Verhinderern brauchen wir nicht, weil die drei Punkte, die hier drinnen stehen, auf die kommen wir selber auch, und Teile davon sind auch schon mit der 15a-Vereinbarung etwas angegangen.

Also wiederhole ich mich: Wir hätten die Empfehlungen oder Vorschläge der ÖVP nicht gebraucht. Es wäre besser gewesen, Ihr hättet Euch an Eure Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Bildung gewendet, weil die waren auch diejenigen, die hätten das alles machen können. Alles, was Ihr jetzt schreibt, wie zum Beispiel die Geschichte mit der Ausbildung, et cetera, et cetera, liegt alles bei Euren Ministern der letzten zehn Jahre.

2007 war es noch der Johannes Hahn, den habt Ihr im Prinzip ja aufsteigen lassen. Jetzt sehen wir noch, was wir davon haben, dass wir so einen Kommissar in der EU haben. Die Beatrix Karl, die jetzt wieder lustig im Nationalrat gesessen ist. Wir wissen ja nicht, was nach dem 16. Oktober ist. In Karlheinz Töchterle, der hat jetzt noch schnell eine Auszeichnung bekommen. Der Reinhold Mitterlehner, der im Prinzip gestürzt worden ist, vom Revolutionär Sebastian Kurz. Und jetzt den Harald Mahrer, aber dem kann man am wenigsten Schuld geben, weil die paar letzten Tage, die er jetzt noch hier in Amt und Würden sein kann, kann er Euch auch nicht mehr aus dem entsprechenden Morast ziehen.

Hätten Sie sich alle miteinander rechtzeitig bei Euren Ministern darum bemüht, dass wir Studienplätze in der dementsprechenden Ausprägung bekommen, dass wir mehr Studienplätze haben und dass wir auch im Prinzip nicht immer Angst haben mussten, dass im Prinzip Studienplätze vielleicht für Österreicher zurückgestrichen werden. Dann hätten wir all diese Probleme nicht.

Was wäre gewesen, wenn Eure Ärztekammer bessere Verhandlungen mit den Krankenkassen geführt hätte? Oder wurde dieser Zustand bewusst herbeigeführt? Die Frage drängt sich natürlich bei einer allumfassenden Analyse schon auf, ob nicht manche Zustände bewusst von der ÖVP herbeigeführt wurden.

Der 12.5.2017 war für mich schon so ein interessantes Datum, weil da hat nämlich der liebe Sebastian Kurz mit seiner neuen Liste die Neuwahl provoziert. Und da kann man sich in diesem gesamten Zusammenhang schon überlegen, ob das nicht alles ein Thema war, *(Abg. Manfred Kölly: Was hat das mit dem Ärztemangel zu tun? – Abg. Mag. Michaela Resetar: Gar nichts!)* dass hier im Prinzip schon auf das hingearbeitet hat. Wenn man sich dann genau durchliest, dann könnte man eigentlich darauf kommen, dass diese

Provozierung, beziehungsweise das Ausrufen der Neuwahl, das Beenden, das vorzeitige Beenden der Regierungskoalition ja fast ein Staatsstreich nach generalstabsartigem Vorgehen war. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was redet der? Was redest Du denn?)*

Wenn man dann jetzt im Prinzip als Zeitzeuge die letzten paar Wochen und Monate einfach so durchdenkt und auch jetzt in Verbindung mit diesen - wie heißen sie? - Sebi-Leaks oder Kurz-Leaks - *(Abg. Walter Temmel: Zur Sache!)* oder wie auch immer, diese Unterlagen, dass seit dem 2016er ja schon daran gearbeitet wurde, *(Abg. Walter Temmel: Zur Sache!)* kommt man eigentlich auf 13 unheilige Punkte des Sebastian Kurz und seiner Getreuen.

Ich darf Ihnen jetzt kurz einmal darbieten. *(Abg. Manfred Kölly: Was hat das mit dem Ärztemangel zu tun?)* Erstens, stelle das Umfeld so, dass niemand, weder der Bürger, die Medien, noch die Koalitionspartner zufrieden sein können. Passt, abgehakt, hat wunderbar funktioniert, seit Beginn 2016. Beginne mit Schuldzuweisungen gegenüber deinen Koalitionspartnern und eskaliere, dass die Medien das verstärken müssen. Auch das ist eingetreten. Wunderbar. Abgehakt.

Gehen wir zum dritten Punkt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was redet denn der?)* Bringe die wahrnehmbaren Zustände auf so eine Ebene, dass sich alle … *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was redest Du bitte?)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Ich bitte, zum Thema zu kommen. Es ist ein Dringlichkeitsantrag in Verhandlung.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ) *(fortsetzend)*: Der Dringlichkeitsantrag ist in Verhandlung zum Bereich der Ärzte, und ich erkläre jetzt, warum das bis dato noch nicht geschehen ist.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich habe es noch nicht gehört.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ) *(fortsetzend)*: Ach so, okay, das habe ich eingangs gesagt.

Drittens, bringe die wahrnehmbaren Zustände auf so eine Ebene, dass sich alle einen Messias wünschen und erhoffen.

Viertens, lass sie zappeln und bitten und betteln, der Messias möge doch kommen. Auch diese Punkte sind bereits abgehakt.

Fünftens, lass die Regierungskoalition platzen. Ebenfalls erfüllt. Und sieh zu, wie sich das Dilemma vergrößert. Auch das ist passiert. Wir waren alle Zeitzeugen.

Sechstens, beschädige dich nicht mit Tagesarbeit, die lass einen anderen machen. Auch das hat er erfüllt.

Siebentens, unterwirf dir deine Horde oder Truppe, je nachdem wie man es bezeichnen will, oder wie auch immer, auf Gedeih und Verderb. Auch das ist passiert. Nachdem ich hier heute Wortmeldungen von einem Rudi Strommer oder sonst wo gehört habe, der im Prinzip einen Sebastian Kurz also anhimmelt, denke ich mir, da muss irgendetwas passiert sein. Und er hat es geschafft.

Achtens, lass sie dich anflehen, bis zur Unerträglichkeit sich ihrer zu erbarmen. Auch das ist passiert. Und wir waren heute Zeitzeugen zum Teil davon.

Neuntens, erbarme dich ihrer, aber nur dann, wenn sie dich anflehen, bis zur Erbärmlichkeit, erbarme dich ihrer.

Zehntens, erscheine dann als Messias und rede in Engelszungen die Themen der FPÖ nach. Auch das ist passiert. Abgehakt.

Elftens, lass deine Horden oder Truppen oder wie auch immer man es bezeichnen soll, die schäbige Tagesarbeit …

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Ich sage es Ihnen, das ist jetzt mein zweiter Ruf zur Sache. Ich werde Ihnen den Gefallen nicht tun, einen dritten zu tun, denn ich möchte schon haben, dass wir das alles hören.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ) *(fortsetzend)*: Okay! Lass die schäbige Tagesarbeit machen und die Eskalation weiter vorantreiben.

Zwölftens, präsentiere dich als einzig wahrer Messias und Retter Österreichs, so, wie wir es schon einmal hatten, und ich denke da an den 5. März 1933, als Dollfuß zu regieren begonnen hat. *(Abg. Walter Temmel: Das ist eine Frechheit. Das ist untergriffig.)* Jede Diktatur beginnt nämlich so, das kann man im Prinzip nachlesen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Herr Präsident, entschuldige, das ist ja wirklich abnormal.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter, jetzt muss ich Sie bitten, zum Thema zu kommen. Das ist mit dem Dringlichkeitsantrag in keiner Art und Weise im Einvernehmen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ) *(fortsetzend)*: Aber das alles hat in Wirklichkeit dazu geführt, dass das Thema, zu dem wir heute hier den Dringlichkeitsantrag haben, nämlich diese Ärzteproblematik, aus meiner Sicht schon seit länger als zehn Jahren bewusst und bekannt war. Dass die ÖVP, und das war der Grund, warum ich hier auf die ÖVP etwas fokussiert habe, überhaupt keinen Grund gehabt hätte, eine Dringliche zu machen, hätte sie ihre Aufgaben seit 2007 erledigt. Also seit zehn Jahren!

Daher scheint es mir eher so zu sein, als dass diese Dringliche doch dem Wahlkampf geschuldet ist, und man hat es auch in den Einleitungen gehört, weil der Messias ist ja der, der das wieder rumreißen kann, auch wenn er es möglicherweise nicht rumreißen kann.

Was mir aber leid tut, ist, dass die ÖVP Burgenland, und da meine ich auch Dich, lieber Thomas Steiner, auf diesen Zug aufgesprungen ist. Die türkise Krawatte zeigt es ja. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist hellblau.)*

Es wird nicht besser werden, es wird Euer Arbeiten nicht besser werden. Darum meine ich schon, dass dieser Abänderungsantrag, den hier die Koalitionsfraktionen eingebracht haben, derjenige ist, dem heute die Zustimmung zu erteilen ist, weil er im Prinzip derjenige ist, der auch in der Gesamtheit die Seriosität in sich trägt, und nicht dieser Dringlichkeitsantragt, der eigentlich zehn Jahre zu spät kommt, um diesen beschließen zu wollen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident. Ich komme jetzt gleich direkt zum Thema, zum Dringlichkeitsantrag der ÖVP, von Christoph Wolf. Ich weiß aber eigentlich gar nicht, ob das eigentliche Thema jetzt nicht noch ärger ist für die ÖVP.

Ich habe mich sehr gut in den letzten Tagen mit der Entschließung befasst, und dann kommt man drauf, wenn man sich den Inhalt genau ansieht, da sind auf Papier gebrachte Fake News.

Ich fange einmal an mit dem Pilotprojekt der Akutordination in Oberwart, wo es wörtlich drinnen steht, es wird offensichtlich sehr gut angenommen und führt zu dringend nötigen Entlastungen der Spitalsambulanzen. Allgemeine Ärzte garantieren zu Tagesrandzeiten medizinische Erstversorgung im Spital, Hausbesuch oder Telefondienst. Dieses Konzept sollte umgehend evaluiert und bei den entsprechenden Ergebnissen auch an anderen Standorten im Burgenland umgesetzt werden.

So! Jetzt reden wir über Krankenhäuser. Ich will jetzt nicht wieder anfangen, weil Mag. Resetar ist schon vorbehaltlich - wahrscheinlich - jetzt rausgegangen. Aber wir wissen, wenn die ÖVP sich damals durchgesetzt hätte, mit der Krankenhausschließung, gar nicht mehr möglich. Wir werden nämlich in Zukunft das auch in fünf Krankenhäusern anbieten. Ich habe mich gestern mit Fachleuten der Gebietskrankenkasse unterhalten, die mir gesagt haben, dass das natürlich vorgesehen ist, dass man alle fünf Krankenanstalten damit jetzt versorgt, weil das gut ankommt. Mit der ÖVP wäre es eigentlich nicht mehr gegangen, weil wir wissen, wir hätten nur mehr zwei oder drei Krankenanstalten in unserem Heimatland Burgenland.

Das soll auch heute einmal die Burgenländerin, der Burgenländer einmal wissen, wer zu etwas steht, wer für die Gesundheit in diesem Land steht und wer eben nicht.

Aber es geht noch weiter. Nämlich die Beschlussformel dieses Antrages, dieser Entschließung ist hochinteressant. Da steht einmal, die Vergabe von Landarztstipendien seitens des Landes für burgenländische Medizinstudenten, die Vergabe dieser Stipendien wird an die Verpflichtung gekoppelt, nach Abschluss des Studiums für einen bestimmten Zeitraum im Burgenland als Arzt tätig zu sein.

Punkt zwei ist die langfristige Finanzierung von Lehrpraxen durch Bund, Land, Gebietskrankenkassen und Lehrpraxisinhabern.

Und der Punkt drei ist die Erleichterung administrativer Tätigkeiten durch die Digitalisierungsoffensive, wie zum Beispiel E-Medikation, elektronischer Impfpass und elektronisches Bewilligungsservice.

Alle drei Sachen sind entweder schon in Arbeit, im Laufen, in der Umsetzung. Also man hat dort etwas kundgetan, was schon in der Umsetzung ist, vor allem der letzte Punkt, den ich erwähnt habe, der schon geplant ist, im Rolling Out, in der Rolling Out-Phase von ELGA 2018 wird das Burgenland dabei sein. Es ist alles schon fix, was hier drinnen steht. Das gibt es schon alles. Das haben mir gestern auch Fachleuten der Gebietskrankenkasse gesagt.

Denn wenn man sich das Burgenland genau ansieht, was in den letzten Jahren passiert ist und wenn man sich das auf der Zunge zergehen lässt, was der Herr Wolf vorher von sich gegeben hat, nämlich, die Ärzte oder das Burgenland darzustellen, wie wenn wir einen Ärztemangel hätten, wie es ärger nicht geht. Das Burgenland hat die größte Ärztedichte von Allgemeinmedizinern nicht in der Ostregion, sondern in ganz Österreich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*

In ganz Österreich hat das Burgenland die beste Versorgung. Jetzt darf ich ja sagen, ich war selbst 20 Jahre bei der Burgenländischen Gebietskrankenkasse, habe mit Vertragspartnern tagtäglich zu tun gehabt, kenne viele Ärzte. Das muss auch einmal

erwähnt werden, die Großes in unserem Heimatland leisten, die jeden Tag für die Patienten da sind, in jeder Kommune.

Es gibt keine Kommune, die im Burgenland nicht abgedeckt ist, wo nicht ein Arzt auch zumindest mit einer Zweitordination präsent ist. Beispiel Trausdorf, Oslip. Beispiele im Bezirk Schützen/Donnerskirchen oder auch Hornstein, weil der Herr Wolf vorher gesprochen hat, ich weiß nicht wo er jetzt ist, Hornstein und Wimpassing.

Es ist also überall dafür Sorge getragen, dass man die medizinische Betreuung gewährleistet. Was haben wir in den letzten Monaten noch gemacht?

Das Angebot in den Krankenhäusern wird mit den MR Untersuchungen erweitert. Es ist eine große Sache gewesen, denn wir haben in Oberwart in Eisenstadt bis 20 bis 22 Uhr am Abend jetzt die Möglichkeit, MR Untersuchungen durchzuführen.

In Pinkafeld hat der Kollege Maczek jetzt ein neues Ärztezentrum. Er hat sich bemüht darum. Dieses BAZ, wie vorher genannt, aber auch Ärztezentrum genannt, wurde in Pinkafeld hervorragend umgesetzt.

Lieber Herr Bürgermeister, ich danke Dir dafür und ich glaube auch, dass die Bevölkerung das sehr gerne annimmt. Eine tolle Sache.

Oder, ein weiterer großer Beweis: Ein praktischer Arzt hat in der Steiermark von Gemeinden zwei Angebote gehabt und ein Angebot im Burgenland von einer Gemeinde. Diese eine Gemeinde im Burgenland hat sich durchgesetzt. Da hat sich der Herr Bürgermeister Sodl dafür eingesetzt, dass dieser Arzt nach Olbendorf kommt. Dieser Arzt hat sich dann für das Burgenland entschieden.

Also, was heißt das? Das wahrscheinlich die Rahmenbedingungen in unserem Heimatland Burgenland bestens sind. Wir sind die Mutmacher und da drüben sitzen eben die Miesmacher. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Das muss man schon alles einmal sehen, was sich hier in den letzten Jahren getan hat. Aber, es geht natürlich noch weiter. Denn, was haben wir jetzt vor?

Wir haben diese Förderungen von Landpraxen und Stipendien für Jungmediziner im Burgenland. Das werden wir dann jetzt umsetzen und das Land Burgenland stellt hier 1,3 Millionen Euro für die landärztliche Versorgung im Burgenland sicher. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das wird Dir nicht gelingen uns als Miesmacher darzustellen.)*

Jetzt kommt es, Herr Mag. Steindl. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Entschuldigung! Wieso bezeichnen Sie mich als Miesmacher? Das würde ich gerne von Ihnen wissen.)* Was glauben Sie, wieviel das Land Niederösterreich, das ungefähr sechs- bis siebenmal so groß ist, wie das Burgenland, insgesamt für die Ärzte ausgibt? *(Abg. Mag. Franz Steindl: Sie zählen zu diesen Typen, die die Stimmung hier im Land total vermiesen.)*

Eine Million Euro - also das kleine Burgenland hat für seine Gesundheitsversorgung 1,3 Millionen Euro über und das große Land Niederösterreich eine Million Euro. Ich glaube, da können wir stolz sein darauf. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Aber, es soll Ihnen nachher ein bisschen leichter fallen vielleicht auch unseren Abänderungsantrag, den ich dann gleich einbringen werde, zuzustimmen, denn Sie haben sicher auch schon gelesen, dass der Ärztekammerpräsident schon voll des Lobes über Herrn Landesrat Darabos ist und gesagt hat: Die Ärztekammer steht dahinter, sie steht hinter der Meinung der SPÖ hier im Burgenland.

Dass die SPÖ hier diesen Plan vorgibt, eben für diese Förderung für Landpraxen und Stipendien für Jungmediziner, was ich vorher erwähnt habe und sagt, dieser Abänderungsantrag den begrüßt nicht nur hoffentlich das Parlament hier im Hohen Landtag, sondern natürlich auch die Ärztekammer.

Also, darf ich gleich zur Beschlussformel kommen, um es ganz einfach für Sie zu machen. Meine Damen und Herren!

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, die genannten Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich umzusetzen sowie an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft heranzutreten, dieser möge zur dauerhaften Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

- die Zugangsbeschränkungen für das Studium der Humanmedizin aufheben und zwischenzeitig die Zahl der Studienplätze deutlich anheben, um sicherzustellen dass ausreichend Mediziner sowohl für den Spitalsbereich als auch für die niedergelassenen Praxen - Allgemeinmediziner und Fachärzte - ausgebildet werden können, 75 Prozent der Studienplätze weiterhin für Inhaber österreichischer Reifezeugnisse reservieren,
- Strategien entwickeln, um alle Jungärzte, deren Ausbildung Österreich finanziert hat, in Österreich zu halten oder ansonsten ihre Ausbildungskosten einzufordern,
- die Ausbildung der Allgemeinmediziner im Vergleich zur Facharztausbildung attraktiver gestalten,
- die Ausbildung für Fachärzte dahingehend verbessern, dass vor allem die schlechten Einstiegsbedingungen (Turnus, wenig Kompetenzen, etc.) an Nachbarländer wie Deutschland und die Schweiz angeglichen werden und
- anlässlich der Evaluierung der Aufnahmeprüfungsmodi darauf hinwirken, dass der Bereich der sozialen Kompetenzen in den Aufnahmeprüfungen Berücksichtigung findet.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt und wird entsprechend der Geschäftsordnung in die Verhandlungen mit einbezogen.

Herr Abgeordneter! Vom Rednerpult eine Gruppe als Miesmacher zu bezeichnen ist hier nicht üblich. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist schon stark!)* Nehmen Sie mein Missfallen zur Kenntnis. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Als Nächster ist der Herr Abgeordnete Mag. Thomas Steiner am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Herr Präsident. *(Abg. Doris Prohaska: Miesmacher ist doch nicht schlecht. Na, geh!)* Meine Damen und Herren! Eigentlich war ich der Meinung, als ich gestern in den Medien gehört habe, was der Landesrat Darabos vorhat, das wir hier einen Konsens haben.

Ich habe mich gefreut, dass er unsere Vorschläge - ich sage jetzt einmal aufgegriffen hat, *(Abg. Doris Prohaska: Das stimmt nicht.)* insbesondere was die

Stipendien betrifft und auch die Unterstützung von Ärzten bei der Gründung einer Ordination oder bei der Errichtung einer Ordination.

Aber, wenn man dann so die Reden im Landtag hört, ist man teilweise fassungslos. Eben, wenn der Kollege Haidinger - ich nehme an, Sie waren gerade im Klub und haben sich ein bisschen in den Winkel gestellt, weil das war wirklich ein Wahnsinn, was Sie da von sich gegeben haben. Das war unglaublich wirr und abstrus ohne Ende. *(Abg. Manfred Haidinger: Die Wahrheit ist halt eine wilde Geschichte.)*

Man merkt halt, der kalte Angstschweiß steht Ihnen auf der Stirn vor dem 15.10., aber das ist eben einmal so. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Sie werden es überleben, das kann ich Ihnen sagen. Es wird aber alles besser werden. Was Sie da von sich geben, ist wirklich unter jeder Kritik und eigentlich ist es gar nicht wert, dass man darüber redet.

Ich meine, zum Kollegen Kovacs möchte ich mich auch nicht näher äußern, *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* aber es war eben wieder einmal eine sehr eigenartige Ausführung. Es war wieder einmal sehr komisch sich über die Punkte ja irgendwie zu amüsieren, die wir hier eingebracht haben. Das waren nämlich genau diese Punkte, die der Landesrat Darabos dann gestern in einem Schnellschuss, sage ich einmal, auch medial mitgeteilt hat.

Es zeigt sich unter dem Strich einfach mit dem Landesrat Darabos könnte man gut zusammenarbeiten, er kann halt nicht so, wie er offenbar wollte. Das tut mir für ihn natürlich leid, weil er auf sachlicher Ebene wirklich auch die Dinge mit anderen Parteien ausdiskutiert und er hätte es ja auch anders machen können und unsere Vorschläge eben nicht aufgreifen können.

Was den Abänderungsantrag betrifft, ich meine, der geht natürlich komplett gegen das Ziel und hat überhaupt nichts mit diesen Dingen zu tun, die der Landesrat Darabos gestern auch mitgeteilt hat. Daher können wir dem natürlich nur zustimmen, weil er auch weit genug geht. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Frau Kollegin Mag.a Regina Petrik ist die Nächste.

Bitte zum Rednerpult.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und täglich grüßt das Murmeltier. All das, was wir heute hier diskutieren, diskutieren wir in jeder zweiten Landtagssitzung - ob jetzt über mündliche Anfragen, über Anträge, Gegenanträge, Abänderungsanträge. Ich habe mich einige Zeit lang gefragt, warum jetzt dieser Dringlichkeitsantrag eingebracht wird?

Wir könnten nämlich über einiges Neues auch noch reden. Wir könnten ernsthaft über die Zusammenlegung der Krankenkassen reden, wir könnten ernsthaft über die Ausweitung der Kontrolltätigkeit der Krankenkasse reden, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* vom niedergelassenen Bereich auf den gesamten Gesundheitsbereich. Das auch auf den stationären Bereich Pflichtversicherungsgelder hineinfließen, hier Kontrolltätigkeit ausgeweitet wird.

Wir könnten überhaupt reden über das Kontrollwesen für aus Steuermitteln bereitgestellte Mittel im Gesundheitswesen. Wir könnten reden, das wurde heute nur angedeutet, eine sehr spannende Frage, über die Ausweitung der Ausbildung der Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner.

Herr Kollege Wolf! Es gibt auch Medizinerinnen und Hausärztinnen. Zu Fachärztinnen und -ärzten der Allgemeinmedizin mit einer etwa 6-jährigen Ausbildung, um damit die Aufwertung der Funktion der Allgemeinmedizin zu einer Schlüsselposition zu machen als Dreh- und Angelscheibe im Gesundheitssystem.

Wir könnten über die Art und Weise reden, wie wir denn diese Erstversorgungszentren im Burgenland gut implementieren und Schwächen vielleicht ausgleichen können.

Wir könnten darüber reden, wie Sozialarbeit oder psychologische Beratung auch in Arzt- und Ärztinnenpraxen Niederschlag finden kann. Wir könnten über vieles diskutieren, was sehr sinnvoll ist und auch zukunftsweisend wird, aber das haben wir wiederholt hier nicht gemacht. Ich habe mich wirklich gefragt, wieso jetzt dieser Dringlichkeitsantrag, wo wir dieses Thema doch so oft diskutieren?

Zuerst habe ich mir gedacht, naja die ÖVP braucht einen Wahlkampfauftritt, jetzt denke ich mir die ÖVP wollte der FPÖ und der SPÖ oder dann noch einmal sich selber einen Wahlkampfauftritt verschaffen.

Mein Anliegen ist: Das ist so eine breite und wichtige Materie mit so vielen verschiedenen guten Vorschlägen, andere Vorschläge, die wir sachlich sehr unterschiedlich einschätzen. Ich glaube, das ist in den meisten Fällen gar nicht einmal eine ideologische Sache, sondern einfach der unterschiedliche Zugang.

Tragen wir das doch bitte wirklich einmal ernsthaft in eine Ausschusssitzung, diskutieren wir dort miteinander und schauen wir, was dann miteinander herauskommt. Dann brauchen wir uns auch nicht darüber streiten, wer hat es eigentlich zuerst eingebracht und wer ist jetzt der Sieger oder wer hat das danach oder vorher gesagt. Das würde ich für sinnvoller halten.

Wir können dem Abänderungsantrag, der von den Regierungsfraktionen hier eingebracht wurde, nicht zustimmen. Er ist uns zu eng gefasst. Er hat auch sehr enge national bezogene Züge, da fehlt ein wenig die Weite.

Also, ein Beispiel: Die Festlegung darauf, dass junge Menschen, die in Österreich die Ausbildung zum Arzt oder zur Ärztin machen, wenn sie dann einmal im Ausland arbeiten, hier etwas rückerstatten sollten, das ist auch etwas was so schnell hin geklatscht ist. Ich nehme an, das ist der FPÖ geschuldet, dass das in dem Antrag drinnen steht.

Das ist uns zu wenig klar und zu wenig wirklich neu und zielführend, deswegen werden wir diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank hat sich Landesrat Mag. Norbert Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde versuchen, das jetzt auch sehr sachlich abzuhandeln. Es geht, aus meiner Sicht, wie es auch schon von einigen Vorrednern angesprochen wurde, nicht um ein Urheberrecht oder um einen Urheberstreit.

Sondern es geht darum, dass wir die beste Lösung für das Burgenland finden und dass wir dem, was wir schon seit langer Zeit fordern, beispielsweise habe ich es vor eineinhalb Jahren gefordert, den Wegfall der Zugangsbeschränkungen beispielsweise, dass man dem auch Rechnung trägt und wir damit dafür sorgen können, dass in den

nächsten Jahren genügend Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Bereich auch zur Verfügung stehen.

Wir hören, wir haben es in der Fragestunde schon kurz andiskutiert, dass es unterschiedliche Zugänge gibt, auch von jungen Ärztinnen und Ärzten. Dass die sogenannte Work-Life-Balance, also der Ausgleich zwischen Arbeit und Freizeit, immer wichtiger wird, dass diejenigen, die jetzt in Pension gehen werden und das werden 60 Prozent sein bis zum Jahr 2025 eben einen anderen Zugang gehabt haben.

Die haben durchaus auch gerne Nachtdienste gemacht, die haben auch zusätzliche Leistungen gemacht. Ich habe es schon angesprochen, wie mein Hausarzt, der auch beispielsweise als Arzt im Burgtheater oder im Ronacher tätig war. Ich habe gar nicht gewusst, dass es so etwas überhaupt gibt, aber, das ist tatsächlich so. Das ist jetzt eben anders.

Deswegen gibt es neue Zugangsformen und Zugangsweisen. Beispielsweise, auch das wurde heute schon diskutiert, bei den Primärversorgungscentren. Das ist die eine Seite. Ich bedanke mich durchaus für das Lob - ist ein bisschen verdächtig - aber gut. Es ist so, dass ich noch einmal fünf Punkte herausgreifen möchte.

Da bitte ich Sie auch um Ihre Mithilfe - vor allem beim ersten Punkt. Wir haben derzeit ungefähr 14 bis 15 000 Zugangsmöglichkeiten für angehende Mediziner bei 16.000 Bewerberinnen und Bewerbern. Das ist zu wenig, das ist ein versteckter Numerus-Klausus.

Wenn ich höre, dass junge Maturantinnen und Maturanten mit lauter Sehr gut, also mit ausgezeichneter Matura, dann diesen Test absolvieren müssen und dann bei diesem Test dann gefragt werden, wie sich das siebente Zahnrad dreht, wenn sich das erste nach rechts dreht, dann frage ich mich, ob das nun wirklich der echte Zugang ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin der Meinung, es gibt schon eine Auslese, aber die sollte dann erst beginnen, wenn man das Studium begonnen hat, wie es auch früher der Fall war, dann trennt sich ohnehin die Spreu vom Weizen, wer für den Arztberuf geeignet ist und wer nicht. Aber, die Zugangsbeschränkung, und da verstehe ich diese Sturheit des Wissenschaftsministeriums nicht, sollte, aus meiner Sicht, aufgehoben werden.

Das Zweite ist, wir werden weiter - nachdem das jetzt offensichtlich noch nicht aufgehoben wird - die Vorbereitungskurse auch von Seiten des Landes über die Fachhochschulen mitfinanzieren. Das ist eine Erweiterung, denn wir haben es früher über das Gymnasium Oberpullendorf gemacht und wir werden das jetzt auch über die Fachhochschule weiterführen und damit dafür sorgen, dass hoffentlich auch mehr Burgenländerinnen und Burgenländer diese Eintrittshürden, so lange es sie noch gibt, überwinden können.

Ich will, das sei noch einmal gesagt, dass es sie nicht mehr gibt.

Wir werden weiterhin freiwillige Zuschüsse für angehende Mediziner leisten für die Praktiken und jetzt die neuen Dinge, die ich angesprochen habe: wir haben das - jetzt ist der Herr Abgeordnete Kölly nicht da - budgetär mit 1,3 Millionen Euro auch so festgelegt, junge Ärztinnen und Ärzte oder Angehende mit einem Stipendium versorgen.

Allerdings müssen die Erstens, natürlich auch studieren, Zweitens, auch in einer gewissen Zeit fertig werden und Drittens, sich dann verpflichten, fünf Jahre im Burgenland hier auch als Landarzt oder Landärztin tätig zu sein. Das halte ich für richtig und wichtig.

Noch einmal gesagt, da geht es, aus meiner Sicht, nicht um einen Urheberstreit, das haben auch andere Parteien auch vor Jahren schon gefordert, aber es ist wichtig, dass wir versuchen, auch dem entgegen zu wirken, was die Zugangsbeschränkung von uns abverlangt, nämlich, eine Verdünnung im Angebot.

Wir sind auch bereit, von Landesseite, mit den Gemeinden gemeinsam hier auch dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur für angehende Ärztinnen und Ärzte geschaffen werden kann. Das ist übrigens nichts Neues, denn in meiner Heimatgemeinde war es auch so, dass schon von 20 Jahren die Gemeinde für die Ordination eingesprungen ist. Teilweise auch für die Wohnung der Ärztinnen und Ärzte. Aber, es ist doch ein Anreiz, um hier auch dafür zu sorgen, dass das passt.

Ich möchte vielleicht noch einen Punkt herausgreifen, weil das auch in der Diskussion in den letzten Wochen immer wieder gekommen ist. Momentan haben wir keinen Engpass, ja.

Wenn wir in Großpetersdorf eine Stelle lange nicht besetzt haben, *(Abg. Gerhard Steier: Seit drei Jahren.)* sehr lange nicht besetzt haben, *(Abg. Doris Prohaska: Ist schon besetzt!)* dann muss man dazusagen, ja, die haben drei Ärzte. In meiner Heimatgemeinde sind 1.500 Einwohner beheimatet, wir haben einen Arzt. In Oberpetersdorf sind - Frau Abgeordnete korrigiere mich kurz, wieviel habt Ihr? 3.000 Einwohner glaube ich, ungefähr - es ist zumindest wichtig, dass der dritte Arzt da ist. *(Abg. Doris Prohaska: Bitte? Mit den Wohnsitzen 4.000 Einwohner.)*

Der ist jetzt, Gott sei Dank, ohnehin da, aber es war sozusagen nicht, dass überhaupt kein Arzt in Großpetersdorf war, wie es da und dort auch kolportiert wurde und das gleiche gilt für Jennersdorf. Was ich noch dazu sagen möchte ist, auch das ist wichtig, ich bin in Gesprächen mit den Vertretern der Jungärztinnen und Jungärzte. Das gibt es im Burgenland.

Die sind sehr engagiert, denn da gibt es auch sehr viele dabei, die durchaus persönlich bereit sind, eine hausärztliche Stelle dann auch anzustreben und auch auszufüllen. Die haben mit ja sehr viele wichtige Dinge auch auf den Weg mitgegeben. Auch, dass sie zwar bereit sind, beispielsweise Lehrpraxen zu besetzen, aber auch das wurde heute schon kurz angesprochen, mit der geringen finanziellen Entlohnung ist das etwas schwierig.

Da müssen wir auch mit der Ärztekammer, mit der Gebietskrankenkasse noch ins Gespräch kommen. Das sind Dinge, die man auch sozusagen auf sachlicher und fachlicher Ebene lösen kann.

Ich glaube, wenn man dieses 5-Punkte-Programm erfüllt, dann wird es auch möglich sein, das Ziel zu erreichen, dass wir pro Jahr zehn neue Hausärzte im Burgenland haben können, dass diejenigen die gleiche Qualität wie die jetzigen Hausärzte bieten können und dass wir dann bis 2025 keinen Ärztemangel haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Als ich vernommen habe, dass die ÖVP heute diese Initiative startet, dann habe ich mir natürlich zu Beginn gedacht, es handelt sich um ein Wahlkampfmanöver. Man versucht einen Tag vor der Gemeinderatswahl vielleicht

noch etwas für die Wahl oder für die bevorstehende Nationalratswahl zu tun. Das war mein erster Gedanke.

Mein zweiter Gedanke war dann, eigentlich nein, das glaube ich doch nicht, denn da gäbe es wahrscheinlich andere Themen, die sich dazu besser eignen würden. Daher bin ich davon ausgegangen, dass das eher eine wirklich sachliche Diskussion wird und ein wirkliches Anliegen der ÖVP vorhanden ist. Jetzt stelle ich aber fest, dass im Wesentlichen die ÖVP und auch der Abänderungsantrag der Regierungskoalition nicht so weit entfernt sind.

Wir haben das schon gesehen, das Thema Digitalisierung ist ja schon behandelt. Kollege Kovacs hat das sehr ausführlich dargelegt. Beim Stipendium sind wir uns ebenfalls einig. Sie haben zuvor den Kollegen Darabos gelobt, der die Stipendien durchführt. Er geht sogar noch einen Schritt weiter und sorgt auch dafür, dass zur Herstellung von Praxen für Allgemeinmediziner oder zur Schaffung der Einrichtung die Gemeinden 50.000 Euro an Förderung erhalten. Also eigentlich lauter gute Dinge!

Ein Punkt - da unterscheiden wir uns wirklich - die Regierungskoalition sieht in Ihrem Abänderungsantrag vor, dass sie mehr Studienplätze für künftige Mediziner benötigen. Also da, denke ich, das wäre natürlich ein Punkt, wo Sie auch mitgehen könnten.

Ich weiß schon, da ist ein ÖVP-Minister zuständig, aber das alleine kann ja nicht der Grund sein, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben wir schon gemeinsam beschlossen.)* dass Sie sich jetzt dieser Abstimmung hier verweigern und diesen Abänderungsantrag ablehnen.

Ich denke, wenn es Ihnen wirklich um die Sache geht und es sollte uns ja allen um die Sache gehen, dann könnten Sie diesem Abänderungsantrag wirklich zustimmen. Digitalisierung ist erledigt, Stipendien wollen Sie, die werden erfüllt, die Praxen werden mit 50.000 Euro gefördert und wir alle wollen, dass die Studienplätze für Medizinstudenten erweitert werden. Stichwort: Zugangsbeschränkung. *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.: Ihr habt nur zehn, wir haben 20. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, ich glaube, es deckt sich da wirklich alles. Im Sinne der Medizin und der Gesundheit im Burgenland wäre es schön, wenn alle im Landtag vertretenen Parteien diesem Abänderungsantrag zustimmen würden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Günther Kovacs eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Die Entschließung betreffend Sicherung der ärztlichen Nahversorgung im Burgenland ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

7. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1015) betreffend Schutzwasserbau (Zahl 21 - 715) (Beilage 1034)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 1015 betreffend Schutzwasserbau, Zahl 21 - 715, Beilage 1034. Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Klubobmann Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Schutzwasserbau, in seiner 11. Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie die Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes Dipl. KH-Bw. OAR Schlaffer und DI (FH) Ing. Racz an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Anschließend meldete sich Landtagsabgeordneter Spitzmüller zu Wort. Die dabei gestellte Frage wurde von Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Schutzwasserbau zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke für diesen Bericht. Landtagsabgeordneter Manfred Kölly ist als erster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Ärztemangel haben wir somit beseitigt. Jetzt kann man hinausgehen und sagen, wir haben das geschafft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Spaß beiseite, da haben wir noch viel zu tun und ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir hier wirklich an einem Strang ziehen, ob der hier abgeändert worden ist oder nicht. Faktum ist, dass wir viele Punkte in Angriff müssen nehmen und es ist ja doch schon einiges in Bewegung gekommen, weil wir auch schon 2016 diesen Antrag eingebracht haben. Dadurch ist das schön langsam ins Laufen gekommen.

Aber jetzt zum Landes-Rechnungshofbericht „Schutzwasserbau“. Ich möchte mich vorweg gleich bei dieser Abteilung bedanken, weil es wirklich eine gute Zusammenarbeit ist, weil es auch funktioniert und ich weiß als Bürgermeister, wo Probleme auftauchen, wo man Fragen stellen kann und Informationen bekommt. Ich möchte mich recht herzlich bedanken, weil es zu 99,9 Prozent funktioniert, 100 Prozent ist nichts.

Aber, nichts desto trotz glaube ich, auch dort gibt es vom Rechnungshofbericht akribisch aufgearbeitete Punkte, die wir diskutieren können und die diskutiert gehören. Ich

glaube, man sollte auch hier klar und deutlich erkennen, dass wir seitens des Landtages sehr wohl interessiert sind, was ist in der Vergangenheit passiert ist.

Ich bin aber so ein Typ, der immer nach vor schaut und sagt, vielleicht können wir ein paar Dinge noch mit der Finanzierung andiskutieren, mit vielen anderen Dingen, die wir zukünftig machen werden.

Denn wir wissen eines schon, die Sicherheit ist nicht nur die Sicherheit mit der Polizei und mit den Grenzen, sondern die Sicherheit ist auch der Schutz der Bevölkerung vor Hochwasser und anderen dementsprechenden Notfällen.

Da, glaube ich, ist man auf einem richtigen Weg, auf einem guten Weg, obwohl viele sagen, dort wird ja schon wieder übertrieben, da wird ja schon wieder gebaggert, da wird ja schon wieder dementsprechend ausgehoben. Ist das überhaupt notwendig?

Ich denke schon, dass es notwendig ist, weil wir, Gott sei Dank, in einem Land leben, wo das in dieser Größenordnung, so, wie vielleicht in anderen Ländern, wie vielleicht in der Steiermark oder in Oberösterreich oder dergleichen Mehr, noch nicht eingetroffen ist.

Daher ist dieses Vorgehen vorbeugend und weitblickend. Ich glaube, das ist auch so zu akzeptieren und auch so zu nehmen. Natürlich sind in dieser Sache wieder einmal die Gemeinden betroffen, denn die müssen mitfinanzieren und teilweise vorfinanzieren. Das muss man auch einmal klar gesagt haben. Da, glaube ich, gehört der Bund einmal mehr in die Mangel genommen, dass vielleicht einmal mehr Geld einmal schneller kommt.

Ich sage das jetzt einmal mit dieser Deutlichkeit, aber noch einmal ein Dankeschön, weil es grundsätzlich funktioniert. Wenn es überall so funktionieren würde, wäre das sehr gut.

Nun aber zum Rechnungshofbericht. Ende 2011 bestanden im Burgenland 28 Gebiete mit potentiellen, signifikanten Hochwasserrisiken, mit einer Gewässerlänge von rund 132 km. Davon verfügten 16 Gebiete über keinen Hochwasserschutz gegen häufige Hochwasser. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Verkehr und die Bundesländer evaluierten die Hochwasserrisikogebiete.

Der Prozess war bis Ende der Prüfungshandlungen noch nicht abgeschlossen. Das heißt, man arbeitet immer weiter, man ist immer dran und das finde ich auch für wichtig und richtig. Eine wesentliche Aufmerksamkeit vom Rechnungshof betraf den Umstand, dass die landesinterne Förderorganisation im Schutzwasserbau von 2010 bis 2015 weder schriftlich geregelt noch dokumentiert war.

Das ist auch eine Anregung, eine Kritik. Ferner bestanden für den Gebarungsvollzug keine spezifischen Durchführungsbestimmungen des Landes Burgenland. Aber, ich denke, dass sich das jetzt auch schon inzwischen geändert hat. 2015 - jetzt bin ich wieder bei dem, denn wir diskutieren 2010/2015, auch da wird sich ja schon einiges getan haben.

Ich denke, gerade im Zusammenhang mit Straßenbauprojekten sollte man in Zukunft sehr vorsichtig umgehen. Das ist das, was ich gesagt habe, zukünftig einmal sich mehr orientieren, was sich beim Straßenbau tut, Herr Landesrat. Beim Straßenbau Schützen am Gebirge, wenn ich das jetzt wieder einmal hochziehen darf, war das nicht alles so klar, ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und *(Landesrat Helmut Bieler:* Was soll das jetzt?) dergleichen Mehr.

Ich weiß schon, Herr Landesrat, Sie kommen ohnehin dann hin, aber ich rede jetzt insgesamt einmal von baulichen Maßnahmen, die man im Vorfeld überdenken sollte und

nicht schon vorher Spatenstich macht und nachher kommt man drauf, hoppla, geht nicht. Das haben wir bei der S7 gehabt, das haben wir bei vielen Bereichen gehabt. Macht ja nichts, also muss man Spatenstiche auch machen. Ich verstehe das ohnehin!

Daher und da komme ich wieder auf die Umfahrung Schützen und Oberwart, Herr Landesrat. Ich glaube, da sollte man nicht gleich die Leute enteignen, sondern man sollte mit den Leuten Diskussionen führen und dann hat man wieder diese Abmachung und kommt drauf, dass man wieder Stillschweigen vereinbart. Das ist das, was ich heute schon in die Höhe gezogen habe und gesagt habe: Was heißt Stillschweigen?

Das ist öffentliches Geld, Herr Landesrat! Was ist dabei, wenn man sagt, die haben vier Euro bekommen, der andere hat sieben Euro bekommen und der andere 1,50 Euro bekommen - ist ja völlig egal. Wenn Sie dazu stehen, wenn die Landesregierung das beschlossen hat, dann soll es so sein.

Dann soll der Landtag aber auch wissen, dass das Geld geflossen ist. Weil es wahrscheinlich nicht mehr anders gegangen ist. Weil in einem Verfahren das ja ganz anders schlussendlich gekommen ist.

Nun zur Umfahrung Oberwart, Herr Landesrat. Dort enteignet man auch! Ich verstehe es nicht ganz, muss ich ehrlich sagen, weil ich glaube, dass man auf einer vernünftigen Basis mit allen reden kann. Es heißt doch so schön im Burgenland: “Mit dem Reden kommen die Leut z´samm!“

Da fährt man nicht drüber, sondern redet miteinander! Wir müssen das in der Gemeinde oft tun. Das ist aber nicht so einfach, werte Kolleginnen und Kollegen, dass man mit der Bevölkerung eine Diskussion führen muss. Das dauert ein bisschen und dann wird das schon funktionieren.

Ich glaube aber, dass die Umfahrung Schützen trotzdem ein gutes Beispiel für solche Dinge ist, wo man im Vorhinein nicht irgendetwas macht ohne weiter zu denken. Bei dieser Umfahrung gibt es derzeit immer Hochwasser, da steht nämlich das Wasser!

Ich frage mich, was geschieht dort in weiterer Folge? Und das ist auch ein Thema das ich sehr gern andiskutieren will. Ich sage auch, wenn ich mir anschaue, wenn Industriegebiete oder Wirtschaftsbetriebe eröffnet werden, zum Beispiel Horitschon-Unterpetersdorf, wir diskutieren immer die Raumplanung, man diskutiert immer den Landschaftsschutz und dergleichen mehr.

Bitte schaut Euch dieses Projekt an. Für zwei Firmen machen wir dort eine Infrastruktur, eine Katastrophe. 50 Meter weiter ist ein Industriepark wo man noch genug Flächen hätte. Wie weit ist eigentlich das Land, dass es das kontrolliert? Wie weit ist das Land da, dass man dort versucht Flächen nicht zu versiegeln. Da bin ich bei den GGRÜNEN, dass man versucht Möglichkeiten zu schaffen.

Und dort komme ich noch auf einen anderen Aspekt, Herr Landesrat, die Verkehrssituation. Die Verkehrssituation ist eine fatale dort. Schauen Sie sich das an oder schicken Sie Ihre Leute dort hinaus. Dort machen wir auch drei Retentionsbecken hin für zwei "kleine Firmen". Die können sich gar nicht ausweiten. Und dort muss man den Hebel ansetzen.

Da bin ich bei den GRÜNEN, dass man sich gewisse Dinge anschaut und nicht zulässt. *(Zwischenruf der Abgeordneten Doris Prohaska.)* Ja so ist es, liebe Kollegin, also seien Sie mir bitte nicht böse. Ich weiß nicht, Du hast noch kein Bürgermeisteramt geführt. Dann wirst Du sehen was sich dort abspielt in diesem Bereich. Du kannst zwischen

Deutschkreutz und Weppersdorf keinen Traktor mehr überholen, weil man lauter Einbindungen hat, lauter Inseln hin gebaut hat. Ist das okay?

Und dann mit dem Wasserschutz muss man dazu sagen, was bringt das dort, dass ich dort eine Fläche wieder versiegle? Das macht überhaupt keinen Sinn. Und da glaube ich schon, dass man dort umdenken muss.

Und ich glaube unsere Kritik, seitens der Liste Burgenland, ist natürlich schon, dass man oft das Pferd von hinten aufzäumt in diesem Land. Man macht es ganz einfach und wartet zu, was geschieht jetzt?

Und dann geht man bis zum Verwaltungsgerichtshof und zu anderen Gerichten und dann hat man halt immer das Problem, dass man das irgendwo unter die Tuchent kehren muss und dann sagt man immer Stillschweigen vereinbaren. Das brauchen wir alle miteinander nicht.

Warum machen wir es nicht transparent? Warum hält man das nicht offen? Warum diskutiert man das nicht? Warum wird zum Beispiel nicht ein Bürgermeister gefragt in Oberwart, wenn man die Bahnstrecke kauft, was hat er dabei zu tun? Wieviel muss er zahlen? Was bekommt er? Was spielt sich ab? Nein - Stillschweigen.

Der Herr Kollege Rosner kann ein Lied davon singen. Den haben sie nicht einmal gefragt. *(Abg. Doris Prohaska: Der kann ja gar nicht singen.)* Frau Kollegin, Sie werden sicher singen wie ein Vögerl. *(Abg. Georg Rosner: Ich kann laut singen.)* Da habe ich kein Problem. Aber Sie können sich zu Wort melden, Sie haben leider keine Verantwortung in der Gemeinde und daher wissen Sie auch nicht was das heißt eigentlich, dass man vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Und das weiß auch die Dritte Frau Präsidentin, Mitreden in Oberwart, denke ich einmal, die wird ja hoffentlich wissen was geschehen ist in der Regierung, was sie getan haben. Ich würde bitten, dass Ihr Euch kurzschließt und vielleicht die Preise ausredet, weil das wichtig ist, ganz einfach.

Und wenn ich mir anschaue, dass der Hochwasserschutz, das habe ich vorher erwähnt, ein ganz ein wichtiger Faktor ist, dann sollte man aber trotzdem auch das Landschaftsbild zur Kenntnis nehmen und vielleicht die Wirtschaftsparke so ausweiten, wenn 50 Meter weiter einer ist, und der kommt jetzt daher und sagt, hörst, darf ich an dein Kanalnetz überhaupt anschließen?

Im Vorfeld hat keiner etwas gesagt. Jetzt steht der dort und hat keinen Kanalanschluss. Das muss man sich einmal vorstellen. Jetzt kommt er zu der Gemeinde Deutschkreutz und sagt, darf ich anschließen? Warum habe ich das nicht vorher erfahren? Das kann es ja bei Gott nicht sein.

Und das sind so Dinge, wo ich mich schon frage, ob wir dann nicht vom Land her sehr wohl eingreifen könnten und müssten sogar.

Und daher noch einmal, ich glaube, dass mehr Transparenz in diesem Haus einkehren muss, dass Wasserschutzbauten im Zuge von Straßenbauprojekten unter dem Titel "Hochwasserschutz" nicht laufen darf, weil viele Dinge dort versteckt werden. Ich sage das auch gleich mit der Deutlichkeit, weil ein Teil der Kosten dort hineinlaufen und ein bisschen verdeckt werden.

Ansonsten ist dem Rechnungshofbericht nur positiv anzumerken, dass er grundsätzlich, wie ich gesagt habe, zu 99,9 Prozent in Ordnung ist. Ich hoffe, dass wir in Zukunft das aufnehmen, die Anregung die ich vorher gesagt habe. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: *(der den Vorsitz übernommen hat.)* Danke. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich habe jetzt schon Angst gehabt, dass mir der Kollege Kölly die meisten Inhalte vom Rechnungsbericht vorwegnimmt. Das war bei weitem nicht der Fall.

Ja, es geht um Schutzwasserbauten. Der Rechnungshofbericht ist trotz seiner 21 Empfehlungen am Ende des Berichts eigentlich im Großen und Ganzen als sehr positiv zu bewerten.

Der Landes-Rechnungshof geht auch darauf ein, dass die Qualität der Förderdokumentation besonders gut war, hebt es ausdrücklich hervor und auch die Zusammenarbeit, was auch deswegen besonders zu erwähnen ist, da die Personaldecke mehr als dünn ist. Auch darauf geht der Landes-Rechnungshof sehr detailliert ein, dazu ein bisschen später.

Kurz angerissen hat es der Kollege Kölly von den 2.000 Kilometer Gewässern, wo damals noch Abteilung 9, jetzt Abteilung 5 zuständig ist, sind 132 Kilometer als Hochwasserrisiko eingeschätzt. Und in dem Zeitraum, das war der gleiche Prüfzeitraum wie bei dem vorherigen Prüfbericht von 2010 bis 2015 sind 640 genehmigte Fördermaßnahmen bearbeitet und abgeschlossen worden.

Der Förderanteil des Landes betrug dabei 28 Millionen Euro, also man sieht, da ist doch einiges umgesetzt worden.

Was kritisiert wurde ist, dass es zwar ein Hochwasserschutzkonzept gibt, das aber a) nicht von der Landesregierung beschlossen ist, sondern das gibt es zwar, das hat sich Abteilung praktisch selbst auferlegt und dass es nicht wirklich eine Abweichanalyse gibt. Also zu schauen, was steht im Hochwasserkonzept drinnen, was ist schon geschehen - da gibt es keine direkte Gegenüberstellung.

Trotzdem hat der Landes-Rechnungshof hier eine Zahl in den Bericht hineingefügt, da die Abteilung 9 damals eben davon ausging, dass im Burgenland etwa 70 Prozent der Maßnahmen umgesetzt wurden, die im Hochwasserschutzkonzept drinnen steht. Das ist wie gesagt eine Empfehlung, dass die Landesregierung dieses Hochwasserschutzkonzept beschließt.

Auf was ich noch wesentlich eingehen will, und ich finde das sehr positiv, dass sich der Landes-Rechnungshof damit auseinandergesetzt hat, dass ist nämlich das Problem mit dem geringen Personal. Die Empfehlung lautet hier deswegen auch vom Landes-Rechnungshof, ich zitiere:

"Die personelle Ausstattung der Landesdienststellen für die Abwicklung der Schutzwasserbauaufgaben sind zu analysieren und gegebenenfalls anzupassen. Hierzu sollten Personaleffizienzanalysen auf Basis von Kennzahlen angestellt werden."

Und es ist dann auch noch kurz angeführt, wie sich der Personalstand in den Jahren 2010 bis 2015, eben in dem Prüfzeitraum, entwickelt hat. Und das sind teilweise bei den verschiedenen Baubetriebsleistungszentren ein Minus von Vollbeschäftigungsäquivalenten zwischen 20 und 40 Prozent angeführt. Das ist schon ziemlich extrem.

Und ich weiß aus einigen Kontakten mit Abteilungen und Mitarbeitern des Landes, dass das leider nicht nur in dieser Abteilung oder jetzt konkret in diesen Dienstleistungszentren ist, sondern generell ein großes Problem ist, dass immer mehr Anforderungen gestellt werden, aber das Personal nicht aufgestockt wird, oder teilweise nicht einmal gleich behalten wird.

Im Großen und Ganzen wie gesagt, ein Bericht der positiv zu sehen ist. Natürlich wäre es auch wichtig hier die restlichen 30 Prozent der Gebiete, die als Hochwasserschutzgebiete ausgewiesen sind zu erledigen, vor allem deswegen, weil wir damit rechnen müssen, dass es in den nächsten Jahren zu stärkeren Hochwasserereignissen kommen wird.

Heuer sind wir Gott sei Dank, - auf Holz klopfen, das Jahr ist noch nicht um, bisher weitgehend verschont geblieben im Burgenland. Aber da ist sicher dringend etwas zu tun, beziehungsweise das Hochwasserschutzkonzept umzusetzen.

Wir werden daher natürlich diesem Prüfbericht zustimmen. Besten Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst bei meinem Kollegen anschließen und mich für die 15-jährige hervorragende Tätigkeit des Burgenländischen Rechnungshofes bedanken. *(Beifall beim Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Es wurde ja zu diesem Jubiläum erst kürzlich ein Festakt abgehalten und dabei wurde immer wieder auch die Wichtigkeit der Kontrollfunktion hingewiesen, damit der Einsatz der öffentlichen Mittel gesetzmäßig, zweckmäßig und wirtschaftlich ist.

Heute liegt uns der Prüfbericht Schutzwasserbau vor. Wasser ist eine der wesentlichen Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Gleichzeitig sind aber die Gewässer auch eine ständige Gefahrenquelle für die Menschen. Wir brauchen uns nur an die letzten Jahre hier zurückerinnern.

Deshalb ist die Umsetzung von vorbeugenden Schutzmaßnahmen auch ein primäres Anliegen des Landes Burgenland.

Zum Prüfbericht: Es wurden hier folgende Stellen beziehungsweise ehemalige Abteilungen des Landes überprüft. Die LAD-Raumplanung und Wohnbauförderung, die Abteilung 8 - Straßen-, Maschinen- und Hochbau, sowie die Abteilung 9 - Wasser- und Abfallwirtschaft.

Die Prüfung betraf die Förderungen auf Basis des Wasserbautenförderungsgesetzes von 1985. Der Prüfzeitraum umfasste die Zeit von 01.01.2010 bis 31.12.2015.

Hierzu gab es folgende klare Prüfungsfelder, Überprüfung der Förderstrategie und Förderziele, Überprüfung der Organisation der Förderstellen, Überprüfung der Förderprogramme, Überprüfung der Wirksamkeit der Förderungen und Überprüfung der Dokumentation der Fördermaßnahmen.

Es gab zu all diesen Prüfungszielen etliche Feststellungen im positiven Sinn. Es gab aber auch Feststellungen die eher verbesserungswürdig sind, und eher nicht so positiv bei der Überprüfung gesehen wurden.

Einige Punkte wurden im Teil 5 des Prüfungsberichts, Äußerungen der Burgenländischen Landesregierung aufgeklärt oder erklärt warum manche Dinge so sind, im Bereich der nichtverrechneten Eigenleistungen des Landes, oder im Bereich des Förderablaufes und der Förderabwicklung, oder im Bereich der Förderprogramme was die Genehmigung der Landesmittel betrifft.

Es gab hier sozusagen 21 Empfehlungen die sich eher im verwaltungstechnischen Bereich bewegen. Auf einzelne Punkte wurde ja schon bereits eingegangen. Es wurden auch zwischenzeitlich schon einige Empfehlungen umgesetzt.

Anmerken möchte ich noch, dass natürlich manche Schutzmaßnahmen dauern und Zeit in Anspruch nehmen, das liegt zum Teil bei den rechtlichen Rahmenbedingungen, weil hier verschiedene Rechtsgrundlagen und Richtlinien und Gesetze maßgebend sind, den man allen natürlich Genüge tun muss.

Wie es im Bericht angeführt betrifft das etwa die EU-Wasserrahmenrichtlinie, die EU-Hochwasserrisikorichtlinie, das Wasserrechtsgesetz, das Wasserbautenförderungsgesetz, das Forstgesetz, das Raumplanungsgesetz, und es gibt auch wasserwirtschaftliche Fragen zu klären im Grenzgebiet zwischen Österreich und Ungarn. Also man sieht, hier hat man etliches zu berücksichtigen im Schutzwasserbau.

Ein weiterer wichtiger Punkt, aber schwieriger Punkt, ist Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern zu führen, wenn es etwa um Ablösungen geht. Der Schutzwasserbau ist aber sehr, sehr wichtig für die Menschen. Es geht um den Schutz für Leib und Leben und um das Hab und Gut.

Schutzwasserbau kostet natürlich sehr, sehr viel Geld, ist aber quasi eine Versicherung für die Menschen. Schutzwasserbau trägt enorm zur Minimierung von Sachschäden bei. Hier spart man sich etliches an Wiederaufbau durch Hochwasserschäden.

Was gleichzeitig eine wichtige Rolle spielt, ist die Erhaltung und Verbesserung des ökologischen Zustandes des Gewässers und die Revitalisierungsmaßnahmen. Ich denke, dass auch hier die Zusammenarbeit sehr gut funktioniert beim Schutzwasserbau zwischen Bund, Land und den Gemeinden.

Ich möchte mich beim Herrn Landesrat Bieler dafür bedanken, für die gute Arbeit mit den Abteilungen und auch für das Bemühen im Bereich des Schutzwasserbaues.

Wir werden dem Rechnungshofbericht natürlich unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzter Leiter der Fachgruppe Wasser, Umwelt und ländliche Struktur DI Hüller und Herr Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits!

Ja der Rechnungshof, da darf ich mich natürlich anschließen, das 15-Jahrjubiläum, ist eine wichtige Institution, ein wichtiges Korrektiv für das Land Burgenland, für die Regierung, für die Prüfung.

Und die Bilanz kann sich ja dementsprechend auch sehen lassen mit 87 Prüfungsberichten, mit über 1.000 Empfehlungen, wobei 70 Prozent davon umgesetzt worden sind.

Wobei ich da gleichzeitig auch anmerken darf, dass meistens, wenn hohe Prozentsätze umgesetzt werden und das ist natürlich irrsinnig wichtig und notwendig und auch richtig, aber man muss noch darauf schauen, dass noch die restlichen 30 Prozent auch umgesetzt werden, um auch hier das notwendige Korrektiv bei der Regierung anzulegen.

Zunächst darf ich auf den Prüfbericht dazukommen, dass die damalige Abteilung 9 eine sehr, sehr gute Arbeit geleistet hat, was der Rechnungshof auch dementsprechend bestätigt, die gute Dokumentation, eine effiziente Arbeit und klare Regelungen dazu, bei 640 Fördermaßnahmen im Schutzwasserbau, wo rund 100 Millionen Euro Fördervolumen getätigt worden sind, Aufteilung mit Bund, Land und Gemeinden. So ist es sicher eine herzeigbare Bilanz.

Es wird in diesem Rechnungshofbericht aber auch verwiesen auf das Landesentwicklungsprogramm 2011 und diese Regelung, beziehungsweise diese Bemerkungen in diesem Landesentwicklungsprogramm 2011 sind nicht sehr groß, wie ist es in anderen Bereichen immer unterschiedlich gehandelt worden ist.

Damals hat die Regierung es sich zur Aufgabe gemacht einige Dinge hier anzuführen, wie zum Beispiel wie es um den Tourismus gegangen ist. Da hat man gesagt, das ist eine ganz wichtige Sache, aber all diese Punkte im Jahre 2011 sind dann im Tourismusgesetz nicht berücksichtigt worden, beziehungsweise nicht in jeder Form.

Auf der anderen Seite, wenn es um Bauten geht in den Gemeinden, um Widmungsverfahren, wird relativ rigoros im Raumplanungsbeirat darübergefahren.

Auf der anderen Seite, das Hochwasserschutzprogramm ist ein ganz kleiner Teil in diesem Landesentwicklungsprogramm, der wirklich bald schon schwer zu finden ist. Und ich glaube dennoch, dass dieser Hochwasserschutz ein wichtiger Teil in unserem Land auch sein soll, wohlwissend, dass natürlich auch die Wetterkapriolen sich ständig verändern und stärker werden. Von 28 Gebieten mit Hochwasserrisiko sind davon 16 mit keinem Hochwasserschutz gegen häufige Hochwässer, wo zumindest HQ 30 gegeben ist, berücksichtigt worden. Und ich glaube, da ist sicherlich ein Verbesserungsbedarf auch gegeben.

Auf der anderen Seite, das wurde vorher schon angesprochen die Personalsituation mit 3,26 Vollbeschäftigtenäquivalenten, ist es sicher auch in diesem Bereich, wo man auf der einen Seite und in vielen anderen Bereichen der Landesabteilungen beziehungsweise Positionen aufbläht mit vielen Mitarbeitern und in arbeitsreichen Abteilungen und Bereichen einen anderen Weg einschlägt.

Schlussendlich sehen wir der Umsetzung der Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes zum Schutz der Burgenländerinnen und Burgenländer entgegen und hoffen natürlich, dass diese umgesetzt werden. Und mit dem Motto "Schützen durch Nützen" von diesen Bereichen kann man glaube ich, auch mit Kreativität Gemeinden dadurch auch helfen und schließlich und endlich auch vor Hochwasser schützen.

In diesem Sinne nehmen wir den Rechnungshofbericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Rezar das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht des Burgenländischen

Landes-Rechnungshofes im Hinblick auf den Schutzwasserbau ist im Wesentlichen ein sehr, sehr positiver Teil im Rahmen der Landesentwicklung in diesem Segment.

Dies vor allem deswegen, weil wie schon mehrfach heute betont, nicht nur 640 Projekte umgesetzt wurden, sondern weil auch rund 100 Millionen Euro für den Schutzwasserbau investiert worden sind.

Es wurden auch die Zahlen hier recht eindrucksvoll dokumentiert. 93 Prozent der Gesamtinvestitionen kommen vom Bund, 28 Prozent der Fördersummer vom Land direkt und 18 Prozent von den Fördernehmern. Das sind im Wesentlichen die burgenländischen Gemeinden und Verbände.

Als absolut positive Prüfungsergebnisse sind hervor zu streichen, dass die Qualität der Förderdokumentation eine ausgezeichnete war und das ist insbesondere deswegen von so entscheidender Bedeutung, weil genau diese Qualität auch eine wesentliche Voraussetzung für eine geeignete Planungs- und Steuerungsgrundlage, für die Umsetzung der Förderziele, sowie die Förderstrategie des Landes gewesen ist. Und auch das wurde bereits betont.

Umso beachtlicher, als es mit einer sehr, sehr geringen personellen Ressourcenstruktur erzielt werden konnte. Also eine absolute Ergebnisqualität bei sehr, sehr geringem Personaleinsatz, wofür natürlich speziell den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Abteilung 9 besonders gedankt werden muss.

Ein weiteres wesentliches Ergebnis dieser gegenständlichen Prüfung war sicherlich auch der Umstand, dass das Land Burgenland mit dem Landesentwicklungsprogramm 2011 verbindliche Regelungen für den Hochwasserschutz festgelegt hat und zudem verfügt das Land auch über ein entsprechendes Hochwasserschutzkonzept.

Das was heute teilweise in der Kritik gekommen ist, sehe ich persönlich nicht besonders dramatisch, dass es nämlich dafür keinen gesonderten Regierungsbeschluss gibt.

Ich sehe das deswegen nicht so dramatisch, weil man einen solchen ja relativ rasch und umgehend einholen könnte. Umgekehrt wäre es dramatischer, wenn es einen Regierungsbeschluss gäbe für ihr Konzept, aber kein Konzept da wäre. Also insofern glaube ich, ist das vernachlässigbar und man kann leicht darüber hinweggehen.

Was allerdings fehlt und auch das wurde im Bericht aufgezeigt, ein entsprechender Nachweis über den Umsetzungsgrad der jeweiligen Maßnahmen, wäre ergänzend natürlich sehr, sehr wichtig, damit man jeweils ganz genau sagen kann wo man in der Umsetzung steht.

Die Baumaßnahmen selbst wurden im Prinzip von Fremdfirmen oder direkt von den Bau- und Betriebsdienstleistungszentren umgesetzt und Auftraggeber waren im Wesentlichen die Gemeinden und die Verbände.

Besonders augenscheinlich im Bericht, einer der wesentlichsten Kritikpunkte, war natürlich der Umstand, dass nicht die 100 Prozent Kosten wahrheitsgemäß zugeordnet worden sind, sondern, dass hier doch einige Maßnahmen nicht verrechnet worden sind.

Die Planungsbegleitung, die Bauvorbereitung, die Bauabwicklung und die Abschlussarbeiten, hier ist anzumerken, dass es natürlich und ich weiß, ich mache mir jetzt keine Freunde bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und auch bei den Verbandsfunktionären, das ist natürlich schon nachteilig für das Land Burgenland, dass es hier nicht diese Form der Kostenwahrheit gibt.

Die 100 prozentige Aufrechnung aller geleisteten Kosten war ja immerhin eine Millionen Euro in dem gesamten Berichtszeitraum. Mit einer Million Euro könnte man eine Vielzahl sehr, sehr wichtigen Projekten umsetzen, *(Landesrat Helmut Bieler: Schulden zahlen.)* wahrscheinlich, oder vielleicht Schulden zurückzahlen.

Jetzt ist ja das wesentlich besser, seit der Herr Landesrat Bieler hier das Zepter in die Hand genommen hat. *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Mag. Thomas Steiner: Der war gut. Gratiskabarett.)*

Zusammenfassend, meine sehr geschätzten Damen und Herren, kann man sagen, dass die insgesamt 21 Empfehlungen, aus meiner Sicht, relativ leicht und vor allen Dingen relativ rasch umgesetzt werden können und damit vor allen Dingen die Transparenz unter dem Aspekt der Budget- und der Kostenwahrheit wieder hergestellt werden kann.

Das Burgenland ist, und das kann man sicherlich auch aus diesem Bericht ableiten, im Punkto Hochschwasserschutzbau und Hochwasserschutz insgesamt sicherlich sehr, sehr gut unterwegs und nach der Umsetzung der genannten Empfehlungen sicherlich wiederum ein Vorbild, wie in vielen anderen Bereichen natürlich auch.

Das ist auf Grund der Elementarereignisse die uns ständig begleiten, die uns immer heftiger begleiten wie Starkregenereignisse, Hochwässer, Überschwemmungen, Vermurungen, in Folge der sicherlich sehr, sehr dramatischen Klimaveränderungen unabdingbar, vor allen Dinge zum Schutze unserer burgenländischen Bevölkerung.

Zum Thema Klimaveränderungen gibt es ja weltweit wahrscheinlich einheitliche Meinungen, es ist ja nur einer der nicht daran glaubt. Der Kollege Steier gibt mir da wahrscheinlich Recht. Es ist nicht der Kollege Steier, der nicht daran glaubt, sondern der Präsident der Vereinigten Staaten der den Klimawandel, diese Klimaveränderungen, hartnäckig negiert.

Und ich weiß nicht wie das die Menschen in einigen Gebieten der USA, insbesondere in Florida sehen, wenn hier hunderte Milliarden Dollar an Schäden entstanden sind, wie hier Menschen zu Schaden gekommen sind, wenn es wieder zahlreiche Todesopfer gibt. Und da genügt es wahrscheinlich nicht, wenn man dann mit Gummistiefel bewaffnet in diese Katastrophengebiete reist und zu beschwichtigen versucht. Nach diesem kleinen Exkurs in die USA wieder zurück zum Burgenländischen Landes-Rechnungshof.

Selbstverständlich stehe auch ich nicht an, mich hier zu bedanken beim Herrn Direktor Mag. Andreas Mihalits und seinem gesamten Team, dass was wir hier wirklich periodisch beobachten dürfen, dass hier sehr kompakte, sehr komprimierte, sehr inhaltsklare Prüfberichte dem Hohen Landtag vorgelegt werden, die hochprofessionell in der Ausarbeitung sind, dafür möchte ich mich bedanken.

Ich darf mich natürlich auch den Glückwünschen zum 15jährigen Jubiläum anschließen und signalisieren, dass meine Fraktion diesem Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen wird. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und GRÜNE)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster von der Regierungsbank ist zu Wort gemeldet Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Recht herzlichen Dank an alle Redner des Hohen Hauses, die sich positiv nicht nur zum Rechnungshofbericht, sondern auch über

die zuständige Abteilung 5, Fachgruppe Wasser, Umwelt und ländliche Struktur, geäußert haben.

Das ist die Anerkennung der guten Arbeit, die geleistet wurde. Es sind in diesen zehn Jahren sehr, sehr viele Maßnahmen, wie wir schon gehört haben um die 640 Maßnahmen umgesetzt worden, die mit fast 100 Millionen Euro an Förderungen und davon mehr als 30 Millionen Euro an Landesgeldern unterstützt wurden.

Und das mit einem Minimum an Mitarbeitern. Es spricht für die Qualität der vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass diese Arbeit so großartig umgesetzt wurde, zum Schutze der Bevölkerung und das ist das Entscheidende.

Es ist zum Schutze der Menschen im Burgenland, zum Schutze der Infrastruktur und für die Sicherheit, dass man ruhig schlafen kann, weil die Bevölkerung weiß, dass sie Hochwasser, welches alle 30 bis 100 Jahre auftreten kann, unbeschadet übersteht.

Herzlichen Dank dafür, dass der Hochwasserschutz in der Form, in den letzten Jahren und auch heute noch so umgesetzt wird.

Wenn ich mir den Jahresarbeitsplan anschaue, ich werde näher noch darauf zurückkommen, dann sieht man eindrucksvoll welche Leistungen jedes Jahr hier vollbracht werden und wie mit den Geldern sehr, sehr umsichtig und wirtschaftlich umgegangen wird.

Vor einiger Zeit haben wir schon die Anregungen des Rechnungshofes gegen zu viele Zuständigkeiten umgesetzt, das heißt, wir haben die Abteilung 9 mit der Baudirektion zu einer Stelle zusammengeführt. Ich bin jetzt für alle Baumaßnahmen im Land zuständig und die Baudirektion organisiert die einzelnen Bereiche hervorragend

Das heißt, alle die im Prozess beteiligten Verwaltungseinheiten sind jetzt unter einer Führung vernetzt und das bringt natürlich viele Synergieeffekte, auch diesen, dass man nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachbesetzen muss, sonst hätten wir die Baudirektion nicht machen müssen.

Das bietet uns Einsparungspotential, jedoch muss genau geschaut werden, dass man nicht zu sehr an der Schraube dreht, damit nicht zu wenig Mitarbeiter da sind. Aber wir haben Potentiale und das ist ganz eindeutig und wird auch hervorragend umgesetzt.

Daher bin ich dankbar dafür, dass man in diesem Umfeld die 21 Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes hier bereits in Angriff genommen hat, beziehungsweise in Angriff nehmen wird.

Ich darf hier exemplarisch einige nennen, die wirklich auch zutreffend sind und wo ich auch von der Abteilung Lösungsvorschläge einfordere. Wovon wir schon gehört haben, sind die Overheadkosten - dass diese auch weiter verrechnet werden und dass Personal- und Gerätekosten, genau definiert werden, dass die Bauzeitplanung festgelegt wird, diese kann nicht immer exakt eingehalten werden, weil das Wetter und auch andere Faktoren hier oft mitspielen.

Aber auch die Dokumentation der Eigen- und Fremdleistungen, die Prozessanalyse, da gibt es noch einiges zu tun, das wissen wir auch in den Bereichen, die den Straßenbau betreffen. Nicht was die Umsetzung betrifft, aber was hier an Dokumentation noch notwendig ist und vor allem auch eine Prozesslandkarte damit man übersichtlich sieht, was hier getan wird.

Wir haben für diese Maßnahmen, die den 100jährigen Hochwasserschutz betreffen, bereits festgelegt, in welchen Schritten das umgesetzt werden kann. Wir sind

auch dabei durch Abflussuntersuchungen bei den Bächen und Flüssen Schwachstellen zu analysieren und auch dann zu lokalisieren, beziehungsweise eben entsprechend zu beheben, auch bei bestehenden Hochwasserschutzbauten.

Was wichtig ist, und was auch für die Reihenfolge oder Prioritätenliste entscheidend ist, wie die Kosten-Nutzen-Untersuchung beurteilt und gereiht wird, aber auch - und da sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gefordert, dass wir entsprechend die Grundstücksflächen zur Verfügung haben. Es macht keinen Sinn mit Grundstückseigentümern jahrelang über die Sinnhaftigkeit eines Hochwasserschutzprojektes zu streiten.

Da muss man mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die ja meistens die Grundstückseigentümer kennen, gut zusammenarbeiten, damit man rechtzeitig dann diese Maßnahme setzt und im Notfall, und dazu stehe ich auch dann, wenn sich wirklich jemand weigert, zum Schutz der Gemeinde, zum Schutz der Menschen, entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Das heißt, es gibt hier sehr viel zu tun. Ich werde aber, was der Rechnungshof auch empfiehlt, das umfassende Hochwasserschutzprojekt mit klaren Zielvorgaben verfeinern lassen und dann auch der Regierung zum Beschluss vorlegen.

Zusammenfassend, wie alle anderen Redner, möchte ich mich beim Landes-Rechnungshof für diesen Bericht bedanken, weil wirklich sehr viele Anregungen angeführt sind, die wir umsetzen werden und auch umsetzen müssen, such bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei Dipl. Ing. Hüller, bitte das so weiter zu sagen. Da ist eine hervorragende Arbeit in den letzten Jahren passiert und durch die Baudirektion sind wir noch besser vernetzt. wie ich vorhin gesagt habe.

Zum Schluss noch zu 15 Jahre Landesrechnungshof: Gratulation an den Landes-Rechnungshof, es war eine würdige Feier und es waren auch sehr viele gute Berichte dabei. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)*

Abgeordneter Gerhard Steier: Es steht mir frei wann ich mich melden darf, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Sie werden es mir nicht verwehren und Sie werden es auch in dem Sinne nicht beeinflussen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das freie Rederecht ist Gebot des Landtages und das haben Sie auch nicht in dem Sinne zu beeinflussen und auch nicht zu bewerten.

Tatsache ist, dass wir heute einen Rechnungshofbericht oder jetzt in der Vorlage einen Rechnungshofbericht beurteilen, beziehungsweise zur Kenntnis nehmen, der eine ausgezeichnete Arbeit qualifiziert, wobei ich meinem Vorredner, dem Herrn Landesrat wünsche, dass die Periode, die er jetzt verantwortet von 2015 bis 2020 hoffentlich genauso positiv bewertet wird, wie die seines Vorgängers.

Tatsache ist, dass im Hochwasserschutz im Burgenland hervorragende Leistungen vollbracht werden und dass im Einvernehmen mit den Gemeinden hier qualifizierte Arbeit geleistet wird.

Es sind die einzelnen Kritikpunkte erwähnt worden, wobei im Speziellen einer noch hervorzuheben ist. Nämlich der, wo es darum geht, dass nicht zu 100 Prozent den Auftraggebern Leistungen des Landes verrechnet worden sind. Das ist eine Entscheidung, die wahrscheinlich einen politischen Hintergrund hat.

Tatsache ist, dass ich hoffe, wenn die Baudirektion jetzt in der Zuständigkeit ist, dass wir nicht die gleiche Diskussionsthematik aufkriegen, wie zuletzt in der Umsetzung auf die Verkehrswege, wo es speziell im Süden nachträglich die Diskussion um die Verrechnung von Mäharbeiten bei den Banketten gegeben hat.

Ich wünsche mir, dass im Auftragssinne klar und deutlich verrechnet wird, was an Leistung geboten wird und die Vorhaltung, dass die Gemeinden dafür Sorge tragen müssen, dass sie die Grundstücke als Voraussetzung für den Bau von Rückhaltebecken, Retentionsanlagen und anderen Maßnahmen zur Verfügung stellen müssen, hat ein Bekenntnis jetzt vom Herrn Landesrat geboten, das mich einigermaßen stutzig gemacht hat. Er hat gesagt, man soll nicht jahrelang mit den Grundstückseigentümern streiten. Ich glaube, da hat er eine Art Selbstbekenntnis auf den Bereich Umfahrung Schützen abgelegt.

Tatsache ist, dass ich im Zusammenhang mit den Gegebenheiten auf Raumplanung im Einklang mit den sogenannten HQ100-Gegebenheiten durchaus noch den Verweis liefern möchte, dass das eine ganz gewichtige Voraussetzung, überhaupt raumplanerische Akzente setzen zu können, ist.

Wir im Burgenland haben diese roten Zonen in dem Sinne nicht als Grundlage, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist. Wir haben aber Vorkehrungen zu treffen, dass entsprechende Schutzgegebenheiten für die Anlage von Baugrundstücken und anderen Gegebenheiten funktionieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz möchte ich aber einen Hinweis, der in diesem gesamten Rechnungshofbericht nicht aufscheint, den aber jeder Verantwortliche in den Gemeinden mehr als geboten, ernst nehmen sollte, weil es in der Konsequenz bei Nichtbeachtung das Problem von Überschwemmungen geben kann.

Ich erinnere an die letzten Hochwässer im Burgenland, wo es nachträglich dann diesen großen Appell und den Schrei nach Schutzmaßnahmen gegeben hat, aber eine Voraussetzung damit ein gewisser Teil oder der größte Teil von Überschwemmungen hätte vermieden werden können, nicht stattgefunden hat und den möchte ich jetzt nicht nur veranschlagen sondern auch einfordern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder Fluss, jeder Bach hat das Problem, dass er über Jahre Verklausungen aufweist und diese Verklausungen sind Grundursache einer Entwicklung, wo dann bei starken Regenfällen das Wasser in diesen eingeschränkten Anlagen steigt.

Wenn jetzt diese Verklausungen nicht weggebracht werden, wenn sie nicht gereinigt, wenn sie nicht entfernt werden, ist das quasi eine Vorschubleistung für das Hochwasser.

Daher sollte jeder in seinem Verantwortungsbereich darauf achten, dass das im Einklang mit der Wasserabteilung jederzeit gewährleistet wird. Hier gibt es auch die Möglichkeit Projekte zu entfalten. Diese Projekte im Status bedingen auch die Mitarbeit der Gemeinde, wobei das quasi auch vorher veranschlagt werden muss, um die entsprechenden Möglichkeiten zu bieten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem alle dem Rechnungshof zum Jubiläum gratuliert haben, will ich das nicht mehr tun, weil wir es auch bei einer Veranstaltung schon tun konnten.

Es würde mich freuen, wenn dem Rechnungshof dementsprechend wo Lob und Anerkennung ausgesprochen wird, auch die entsprechenden Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden. Es gilt das Gleiche für Vollzeitäquivalente beim Wasserschutzbau oder beim Siedlungswasserbau.

Das sind eigentlich die Handicaps, die die verantwortlichen Träger von Einrichtungen im Amt der Burgenländischen Landesregierung zum Tragen haben, weil sie die entsprechenden Vollzeitäquivalente leider entsprechend zwar von manchen Bekundungen in der Realita-Form nicht zur Verfügung gestellt bekommen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Es liegt nun keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Schutzwasserbau, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1007) betreffend Unterstützung der Feuerwehren (Zahl 21 - 707) (Beilage 1035)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 8. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1007, betreffend Unterstützung der Feuerwehren, Zahl 21 - 707, Beilage 1035.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Feuerwehren, in ihrer 23. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Kollegen Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Feuerwehren, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein!)*

Dann ist der Herr Abgeordnete Wiesler am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Sicherheit hat im Burgenland einen hohen Stellenwert. Das zeigt die Tatsache, dass es jetzt ein eigenes Ressort dafür gibt.

Ein verlässlicher Partner und starker Partner im Bereich der Sicherheit ist mit Sicherheit die Feuerwehr. Ich glaube wir sind uns hier alle einig, dass die Feuerwehren im Burgenland Großartiges leisten und die Leistungen sind unbestritten. Längst ist die Feuerwehr Nothelfer in vielen Lebenslagen geworden.

Die Aufgaben und Herausforderungen wachsen ständig. Die Freiwilligen Feuerwehren leisten unzählige freiwillige Einsatzstunden um Leib und Leben von Betroffenen zu schützen, drohende Katastrophen zu bahnen und letztlich enorme Schäden an öffentlichen und privaten Einrichtungen zu schützen. Die Feuerwehren wenden zahlreiche ehrenamtliche und freiwillige Stunden für uns auf und gehören auch deshalb dementsprechend unterstützt. Das würde von Respekt und Wertschätzung für die freiwillige Arbeit die sie leisten zeigen.

Um eben Gerätschaften finanzieren zu können und die Infrastruktur aufrechterhalten zu können, braucht es finanzielle Mittel von Seiten des Landes, die sie bekommen, aber auch der Gemeinden. Aber ohne den hohen Eigenfinanzierungsgrad der Feuerwehren wäre automatisch sowieso vieles gar nicht möglich.

Sehr geehrte Damen und Herren! Deswegen sollte auch hier der Bund endlich nachziehen mit dem Wegfall der Mehrwertsteuer beim Ankauf von Einsatzgerätschaften und Einsatzfahrzeugen. Es ist schon richtig, dass es derzeit nicht möglich ist, aber genau darum warten wir vergebens auf Lösungen des zuständigen Finanzministers. Lippenbekenntnisse sind hier zu wenig.

Ich sehe hier aber nicht ein, warum das Land hier einspringen sollte, wenn der Bund hier die Steuern kassiert. Natürlich sollte auch ein Modell angedacht werden zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen Feuerwehrleute. Hier könnten Gelder vom Katastrophenfonds des Bundes herangezogen werden, um die laufenden ausbezahlten Gehälter und Löhne dem Arbeitgeber rückerstatten zu können, wenn Großeinsätze - die Betonung liegt auf Großeinsätze - stattfinden.

Derzeit sind freiwillige Feuerwehrleute als Katastrophenhelfer die in der Privatwirtschaft tätig sind, bei längeren Einsätzen auf das Entgegenkommen ihres Arbeitgebers angewiesen. Große Katastropheneinsätze kommen der Allgemeinheit zugute, die finanzielle Last tragen aber leider die Unternehmer oder es gehen Urlaubstage der Feuerwehrleute drauf.

Es wäre daher eine generelle Absicherung des freiwilligen Hilfsdienstes oder Hilfseinsatzes, vor allem der freiwilligen Feuerwehrleute per Bundesgesetz wichtig, um die

Lohnfortzahlungen hier sicherzustellen. Noch ist die Solidarität der Arbeitgeber von Feuerwehrleuten im Katastropheneinsatz hoch, doch auch diese hat ihre spürbaren Grenzen.

Mein Dank gilt hier natürlich den Unternehmen, die hier große Nachsicht üben und die Feuerwehrleute in den Dienst fahren lassen.

Aber diese zwei Themen, Dienstfreistellung für die Feuerwehrleute in der Privatwirtschaft und die Mehrwertsteuerbefreiung für die Anschaffung von Fahrzeugen und Gerätschaften scheinen hier nicht enden wollend zu sein. Seit Jahren gibt es diese Forderungen an den Bund. Es gibt auch Beschlüsse hier im Landtag, auch in anderen Landtagen, nur bislang wurden diese Anliegen eben nicht gehört und somit auch nicht erfüllt.

Ein wichtiger Schritt ist natürlich, dass die Feuerwehrleute endlich die Aufnahme auf die Liste der infektionsgefährdenden Berufsgruppen geschafft haben und hier eine kostenlose Hepatitisimpfung erhalten.

Hier begibt man sich ja freiwillig, wenn man Leben retten will, in Ansteckungsgefahr. Es ist längst an der Zeit geworden, dass hier ein erfreulicher Schlussstrich zu dieser Sache gefunden wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es kann nicht sein, dass die freiwilligen Feuerwehrleute ihr Leben für uns einsetzen, ihre Freizeit oder ihren Urlaub für Schulungen, für uns opfern, Feste organisieren, um Fahrzeuge und Gerätschaften finanzieren zu können und auf der anderen Seite lässt sie hier die Politik hängen. Hier muss die Politik Lösungen finden.

Es kann nicht sein, dass das nicht lösbar ist. Im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse der Feuerwehrleute, um den Mitmenschen eben in Not besser und sicherer helfen zu können. Die Feuerwehrleute lassen uns nicht im Stich, also sollten wir sie auch nicht im Stich lassen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass hier im Hohen Landtag ein positives Signal draußen an die Feuerwehrleute ergeht, indem man dem Antrag zustimmt. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Wortmeldung.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Bevor ich auf den Tagesordnungspunkt eingehe, möchte ich nochmals betonen, Herr Abgeordneter Kovacs, das haben wir wirklich nicht notwendig, dass wir den einen Bereich als Mutmacher und den anderen als Miesmacher bezeichnen. Synonyme für miesmachen ist heruntersetzen, herabsetzen, heruntermachen.

Ich glaube das tun wir nicht. Sondern es geht darum, es geht darum, dass man Positionen austauscht. Ich akzeptiere jede Position, die eine andere Partei einnimmt. *(Zwischenruf des Abg. Günter Kovacs)* Es ist einmal so in der Demokratie, Gott sei Dank. Aber dann müssen Sie das genauso akzeptieren, auch wenn Gemeinderatswahlkampf ist und Nationalratswahlkampf, sollten wir halt die Landtagsrhetorik auf ein Maß reduzieren, dass wir uns auch noch nach einer Sitzung in die Augen schauen können. Das würde ich von Ihnen bitten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das war mir ein Bedürfnis, dass ich das auch sage, *(Abg. Günter Kovacs: Schau Dir einmal Eisenstadt an!)* weil es nicht notwendig ist. Denn wenn wir uns treffen, fern von einer Landtagssitzung, gibt es ein normales Gespräch. Da werden Sie mir Recht geben. Daher ist es nicht notwendig, dass hier eine Gruppe, mich eingeschlossen, als Miesmacher bezeichnet wird. *(Abg. Günter Kovacs: Ich nehme Sie aus!)* Danke.

Ich komme zum Thema Feuerwehr, Unterstützung der burgenländischen Feuerwehren. Herr Abgeordneter, Sie haben Recht. Es gibt fast jedes Jahr einen diesbezüglichen Antrag von irgendeiner Fraktion hier im Landtag. Wenn man sich die Anträge anschaut 2014, 2016, 2017.

Wir haben erst einen diesbezüglichen Antrag im Jänner 2017 von der Kölly-Fraktion gehabt, jetzt haben wir wieder einen. Jetzt haben wir wieder einen Antrag, der bezieht sich auf zwei Dinge im Konkreten: Mehrwehrsteuerbefreiung und das Zweite ist die Dienstfreistellung. Okay, gut. Jetzt haben wir einen Antrag von der SPÖ/FPÖ-Fraktion.

Dieser Antrag unterscheidet sich nicht unwesentlich von den anderen Anträgen, vielleicht in der Grammatik. Es geht immer wieder um das gleiche Thema. Irgendwie interessanterweise versuche ich darauf einzugehen, aber es werden diese Argumente, was ist möglich, was ist nicht möglich, nicht gehört.

Scheinbar ist das die Politik. Wenn man das auch mit gesetzlichen Grundlagen begründet, wird es vom Tisch gewischt und gesagt, nein, das ist völlig „wurscht“, denn wir wollen, dass der Bund das macht.

Interessanterweise habe ich immer das Gefühl, aber es kann auch vielleicht von mir zu sensibel aufgenommen werden, aber ich habe immer das Gefühl, immer wenn irgendetwas nicht geht, dann gibt es nur einen in der Bundesregierung der das Alleinsagen hat. Das ist nicht der Bundeskanzler, auch nicht der Vizekanzler, sondern der Finanzminister. Immer wenn irgendetwas ist, im Schulbereich, im Feuerwehrbereich, im Sicherheitsbereich, wenn etwas nicht geht, dann wird auf einmal behauptet der Finanzminister möchte das nicht. Ist hochinteressant, hochinteressant.

Es gibt ein Kollegialorgan, das ist die Bundesregierung, und das sind die Minister die der Bundesregierung angehören. Es gibt einen Vorsitzenden, das ist der Bundeskanzler. Die Entscheidungen fallen dort einstimmig, interessant auch, einstimmig, und dann wird immer gesagt, naja der Finanzminister. Hören wir mit diesem Geplänkel auf. Das glaubt uns doch niemand mehr in der Öffentlichkeit, wenn wir so argumentieren.

Jetzt zur Mehrwertsteuerbefreiung, es gibt einige Bewegungen. Erstens einmal seit 2012 gibt es die Möglichkeit, dass wir, wenn wir spenden, dass wir diese Spenden von der Steuer absetzen können. Eine Möglichkeit.

Die Zweite ist 2006 gekommen. Nämlich hier gibt es, das wurde damals ausverhandelt, einen Mindestbetrag aus der Feuerschutzsteuer. Die Feuerschutzsteuer wird eingehoben und dieser Mindestbetrag hat eine Höhe seit 2013 von 95 Millionen Euro. 95 Millionen Euro!

Die Feuerwehren haben dadurch, weil ein Teil dem Land für Feuerwehraktivitäten überwiesen wird, um 60 Millionen Euro seit 2006 mehr erhalten. Es geht aber immer um diese Mehrwertsteuerbefreiung.

Jetzt gibt es eine Stellungnahme des Bundeskanzleramtes. Diese Stellungnahme ist mit 29. April 2014 datiert. Das ist eine Stellungnahme, die wir auch bekommen haben. Damals war ich noch in der Regierung. Die Regierungskollegen müssten das auch

wissen, ich weiß nicht Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ob Sie das kennen, ich lasse Ihnen das gerne auch kopieren.

Da geht hervor, dass deswegen die Feuerwehren die Mehrwertsteuer sich nicht ersparen können, weil sie, wie bei der Polizei, hoheitliche Tätigkeiten ausüben. Warum? Weil sie sind nicht nach dem Vereinsgesetz organisiert, sondern nach dem Feuerwehrgesetz und sind Körperschaften öffentlichen Rechtes.

Weil sie eben keine unternehmerischen Tätigkeiten ausüben, ist auch für diese Tätigkeit keine USt zu entrichten. Daher kann auch keine Vorsteuer geltend gemacht werden. Wenn man das ändern möchte, und da kann man jetzt sagen, der Finanzminister ist schuld oder der Bundeskanzler ist schuld, dann wird das auch nicht gehen.

Denn es gibt eine Rechtshierarchie, das wissen Sie alle, und das ist die europäische Rechtsordnung, Richtlinien, die über den Bundesgesetzen stehen. Das ist einmal so.

Oder vielleicht wird man das dem Herrn Abgeordneten Schnecker dann anders erklären. Vielleicht wird er sagen, nein das stimmt nicht was der Steindl sagt. *(Abg. Ewald Schnecker: Ich habe es gar nicht gehört!)* Aber nach meinem Rechtsempfinden ist es so. Daher kann nach diesen Richtlinien Österreich alleine das nicht ändern.

Jetzt können wir nächstes Jahr zweimal, dreimal, viermal noch Anträge stellen. Solange es hier EU-weit keine einheitliche Regelung oder Vorgangsweise gibt, kann man das nicht ändern.

Dennoch, Herr Abgeordneter Schnecker, unterstützen wir das, weil es eben Politik ist. Weil halt Wahlen vor der Tür stehen, jetzt muss man halt den 17.000 Feuerwehrleutenzeigen, jawohl wir stehen zu euch. Jetzt kommt der Herr Abgeordnete Wiesler heraus… *(Abg. Ewald Schnecker: Von mir wissen Sie das eh!)* Bitte?

Naja, schauen Sie, Herr Abgeordneter Schnecker, wir können ja Schmähparaden machen oder wir können der Sache wirklich genau auf den Grund gehen. Ich versuche es. Jetzt kommt der Herr Abgeordnete Wiesler heraus und sagt zu Recht, keine Frage, naja, aber wir reden nur, wir sollten endlich etwas tun. So ungefähr war Ihr Wortlaut. Wir sollten endlich einmal handeln. Gemeint war natürlich wieder die Bundesregierung.

Nun, ich habe mir das angeschaut. Ich habe das einmal schon dargelegt. Wissen Sie, von dieser Feuerschutzsteuer, wo wir im Jahr 2017 im Landesvoranschlag zwei Millionen Euro veranschlagt haben. Das ist für die Feuerwehr gedacht. Die verwenden wir auch für die Feuerwehren. Denn das Landesfeuerwehrkommando bekommt genau 2.520.000 Euro.

Das kriegen bitte nicht die Feuerwehren, nicht die Ortsfeuerwehren. Die Ortsfeuerwehren kriegen vom Land gar nichts, aber null, aber null! Sondern die 2.520.000 bekommt der Landesfeuerwehrverband für seine Aufgaben. Und die 2.520.000 Euro werden finanziert mit zwei Millionen über die Feuerschutzsteuer. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter fragen Sie den Bieler, fragen Sie den Bieler, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das stimmt nicht!)* das geht dort ein. Und das ist genau gebunden. Warten Sie einmal.

Das heißt, das Land wendet für das Landesfeuerwehrkommando im Jahr nicht mehr als 520.000 Euro laut Voranschlag 2017 auf, bei den Bedarfszuweisungen, weil man immer sagt ein Drittel Gemeinden, ein Drittel Land, ein Drittel die Feuerwehren bei der Anschaffung von Feuerwehrgeräten, stimmt auch nicht. Das habe ich auch schon einmal erklärt.

Denn über die Bedarfszuweisungen, auch ich habe das so gemacht, über die Bedarfszuweisungen, die wir vom Bund für die Gemeinden bekommen, wird ein Vorwegabzug vorgenommen. Mit diesem Vorwegabzug sagt das Land, der Herr Landeshauptmann, der Feuerwehrreferent, egal, auch ich damals, das ist der Beitrag des Landes. Klingt gut und damit hat das Land quasi ein Drittel bezahlt. Stimmt aber nicht, denn de facto haben die Gemeinden zwei Drittel bezahlt und die Feuerwehren das eine Drittel.

Jetzt wäre es, Herr Kollege Wiesler, ja nur richtig, wenn das Land wirklich dann zumindest einen Teil zahlt, wenn schon die Gemeinden zwei Drittel zahlen. Mein Vorschlag: Warum machen wir das Modell oder beschließen wir das Modell von Niederösterreich nicht? In Niederösterreich geht man einen anderen Weg.

Die Niederösterreicher haben gesagt, wir jammern nicht, wir jammern nicht permanent und sagen der Bund, der Finanzminister und so weiter sollen das zahlen. Nein, die haben sich das mit den Gemeinden geteilt. In Form einer Förderung zahlen die ihnen die 20 Prozent Mehrwertsteuer.

Wenn die Gemeinden jetzt zwei Drittel schon zahlen, wären die Gemeinden ja schon außer Obligo und das Land könnte die 20 Prozent übernehmen. Wissen Sie was das für ein Betrag ist pro Jahr? Damit wir wissen ungefähr wovon wir reden. Das ist nicht einmal eine Million Euro, 20 Prozent, *(Abg. Gerhard Steier: Im Burgenland!)* im Burgenland. Vier Millionen Euro sind es in Niederösterreich. 20 Millionen Euro oder sogar mehr auf Bundesebene.

Also es geht um eine knappe Million Euro und wir haben das vom Tisch. Und wir brauchen uns nicht mehr mit Abänderungsanträgen, Initiativanträgen, Entschließungsanträgen und was weiß der Teufel darum kümmern und debattieren. Wir debattieren immer das Gleiche. Das wäre mein Vorschlag.

Herr Abgeordneter Schnecker, könnten Sie mit dem leben? Weniger als eine Million geben wir seitens des Landes. Weil ich auch solche Anträge nicht eingebracht habe, aber jetzt sehen wir, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* jetzt sehen wir uns damit konfrontiert, dass das sehr wohl ein Anliegen ist. Es ist ein Anliegen.

Jetzt bekommen wir das zum vierten oder fünften Mal schon auf den Mittagstisch des Landtages, *(Abg. Manfred Kölly: Seit ich im Landtag bin, habe ich den Antrag eingebracht!)* und so ist es. Jetzt versuchen wir eben eine Lösung zu finden. Niederösterreich hat uns das bewiesen. Wenn Sie wollen, dann könnten wir sofort dem Abänderungsantrag, den ich heute einbringe von der ÖVP, zustimmen und wir haben das Problem gelöst. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wie sagt der Landeshauptmann immer, nicht nur reden, sondern tun. Wir sollten tun. So, das ist jetzt einmal das Eine.

Das Zweite: Interessant, ich habe mir den zweiten Teil durchgelesen. Ich probiere sehr sachlich zu bleiben. Herr Klubobmann, können Sie wirklich, Klubobmann Molnár, können Sie wirklich mit dem leben, dass wir bei den Dienstfreistellungen, es ist ganz toll, dass wir vom Land zehn Tage frei geben, das ist auch in Ordnung, da war ich selbst in der Regierung wie wir das beschlossen haben. Super toll, findet meine Zustimmung.

Ich bin dafür, dass man jetzt den nächsten Schritt setzt. Da sind wir d‘accord. Nur wie man das macht, da unterscheiden wir uns. Da hätte ich geglaubt, da sind wir uns, die ÖVP mit den Freiheitlichen, aber auch mit der Bürgerliste näher, von der Ideologie her

näher. Nämlich was bedeutet das, wenn man sagt, es soll ein Finanzierungsmodell geben, wo der Dienstgeber das ganz einfach bezahlt?

Und dann über den Bundeskatastrophenfonds, der muss auch geändert werden. Wenn man etwas ändert, zurückbekommt, was bedeutet das? Versuchen wir das einmal in der Praxis durchzuspielen.

Ich bin ein Unternehmer, der Herr Tschürtz ist ein Dienstnehmer, der bei mir ein Arbeitsverhältnis beginnt und es gibt die Regelung. Ich frage, sind sie bei der Feuerwehr? Er sagt ja. Dann sage ich, na ja, dann ist es ein Problem, weil wenn Sie in den Einsatz müssen, dann muss ich Sie weiterzahlen und ich bekomme das erst wahrscheinlich nach etlichen Jahren bürokratischer Aufwand, wie wir wissen, wir Bürgermeister wissen wie das mit dem Bundeskatastrophengeldern ist, bekomme ich das zurück.

Na welchen Anreiz hat ein Unternehmer einen Arbeitnehmer aufzunehmen, der freiwillig bei der Feuerwehr ist? Herr Abgeordneter, das ist jetzt genau das Gegenteil was wir erreichen wollen. Wenn wir das wirklich wollen, dann sollten wir eher mit finanziellen Anreizen arbeiten, steuerliche Erleichterungen oder finanzielle Förderungen, wenn jemand bereit ist als Unternehmer einen oder eine einzustellen, die Dienst bei einer Freiwilligen Feuerwehr macht.

Ich glaube, das wäre doch zielführender als wieder nur bestrafen, verordnen und gemma und du musst wieder und so weiter. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)* Sind wir doch, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wir diskutieren jetzt im Landtag unsere Position und Sie werden mir ja Recht geben, geben Sie mir Recht! Geben Sie mir Recht, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Dann stimmen Sie unserem Antrag auch zu, wenn Sie mir Recht geben. Ich glaube, das wäre das Richtige.

Zum Schluss, ich muss das auch sagen. Ich muss das auch sagen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wir haben voriges Jahr, ich glaube, um diese Zeit haben wir ein neues Feuerwehrgesetz diskutiert. Jetzt ist ein Jahr vergangen, niemand weiß, was jetzt los ist. Es hat eine Befragung gegeben, daran haben zwölf Prozent teilgenommen.

Es hat auch Diskussionen über die Art und Weise der Befragung gegeben, weil wenn man nicht übers Internet kommunizieren kann, war man ausgeschlossen, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Kölly: Ich habe geglaubt, das ist längst durch.)* und dann hat es sogar eine Verlängerung des Befragungszeitraumes gegeben, und jetzt gibt es eine totale Verunsicherung.

Ich war mit dem Kollegen Haidinger *(Abg. Manfred Kölly: Bier trinken.)* bei einem Feuerwehrfest in Donnerskirchen. Beide haben wir reden dürfen, und ich war sehr erstaunt und habe das positiv aufgenommen, was der Kollege Haidinger gesagt hat, und ich hoffe, er steht noch dazu. Ich habe über das Feuerwehrgesetz einige Sätze verloren, und er hat gesagt, ja, es ist alles noch nicht gegessen, schauen wir einmal, was wirklich das Beste ist.

Man wird nicht irgendwas beschließen, was man dann vielleicht nicht umsetzen kann, schauen wir einmal. Also es waren sehr moderate Töne. Im Gegensatz zu dem, was Sie heute wieder veranstaltet haben. Aber das waren sehr moderate Töne. *(Zwischenruf des Abg. Manfred Haidinger)* Und ich habe mir gedacht, halt, der Haidinger, mit dem könnte ich vielleicht sogar auf ein Glas Wein gehen, wenn der so redet und auch tut. Heute bin ich wieder eines anderen belehrt worden.

Aber ich denke, man sollte auch einmal den Mut haben, zu sagen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, was ist jetzt mit dem? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Sie wissen eh, wie weit wir sind. Sie sind eh dauernd in Kontakt ...)* Gibt es jetzt irgendetwas? Warum braucht man für ein Feuerwehrgesetz ein Jahr Zeit? Dann macht man eine Befragung, dann braucht man ein Jahr Zeit.

Jetzt wird wieder nichts kommen, jetzt sind die Wahlen, jetzt sind die Gemeinderatswahlen, dann sind die Nationalratswahlen. Dann wird es wieder Diskussionen geben und weitergegangen ist nicht viel. Daher hätte ich ganz gerne von Ihnen auch eine ganz klare Antwort.

Zum Schluss möchte ich den Abänderungsantrag einbringen, dem Sie ja hoffentlich auch zustimmen werden, nämlich:

„Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die finanziellen Mittel für die Feuerwehren effektiv aufzustocken;
- beim Ankauf von Feuerwehrfahrzeugen jenen Betrag, der der Mehrwertsteuer entspricht, an die Feuerwehren auszubezahlen, bis eine bundesweite Lösung umgesetzt wird;
- die Kosten für weitere empfohlene Impfungen von gefährdeten Feuerwehrmitgliedern zu übernehmen.

Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dahingehend einzusetzen, dass

- die Feuerwehren bei Anschaffungen für Einsatzzwecke von der Mehrwertsteuer befreit werden;
- ein steuerliches Bonus-System für Unternehmer, die Einsatzkräfte beschäftigen und für den Einsatz (insbesondere im Fall von länger andauernden Katastrophenereignissen) freistellen, eingeführt wird.“

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs.3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen werden wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Steindl! Sie haben gerade gesagt, wir können Schmähparaden machen oder uns bemühen, ordentliche Lösungen zustande zu bringen.

Da bin ich beim Zweiteren und Sie haben das letzte Mal schon das vom Bundeskanzleramt vorgelesen, diese Stellungnahme, und ich habe damals schon entgegnet und ich kann es heute nur wieder tun, dass eben das vom Bundeskanzleramt verschickt worden ist, aber da steht und ich zitiere:

„Kann ich Ihnen auf Grundlage der beim zuständigen Bundesministerium für Finanzen eingeholten Stellungnahme folgende Antwort übermitteln.“ Wenn Sie gestatten, gebe ich Ihnen das dann im Anschluss gerne.

Zu den jetzt diskutierten Punkten: Ja, es scheint eben breiter Konsens zu herrschen, was die Aufgaben und die Arbeit der Feuerwehr betrifft, und das ist auch gut so, geschätzte Damen und Herren. Denn eine menschliche Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, und das ist im Burgenland wirklich sehr stark ausgeprägt, durch das Miteinander, das wir leben und durch die freiwillige und gegenseitige Fürsorge und auch durch die Bereitschaft, Verantwortung für sich selbst - natürlich - und auch für andere zu übernehmen. Das macht eben die Feuerwehr.

Im Burgenland bezeichnen wir die Feuerwehr zu Recht als die größte Nächstenhilfeorganisation des Landes, weil wir alle wissen, und ich wiederhole es nur der Vollständigkeit halber, dass 17.000 Frauen und Männer, es wurde bereits angesprochen, in dieser Organisation freiwillig, sehr professionell, unentgeltlich, zu jeder Tages- und Nachtzeit, sieben Tage die Woche, 365 Tage im Jahr, zum Wohle aller Burgenländerinnen und Burgenländer diese Arbeit machen.

Es ist auch eine unverzichtbare Säule im Sicherheitsgefüge unseres Landes, aber - und da sind wir uns auch einig - es gibt Hürden, was die Mehrwertsteuerbefreiung betrifft, ja, weil es - und da haben wir eben die verschiedenen Zugänge -, weil es ungerecht ist, es ist ungerecht, diese Mehrwertsteuer beim Ankauf von Feuerwehrgeräten einzuheben. Ich möchte es auch erklären, warum das so ist:

Wenn die Feuerwehr als Festveranstalter auftritt und das passiert sehr häufig, und wenn sie beispielsweise einen Gewinn von 10.000 Euro erwirtschaftet, über mehrere Jahre ist das möglich, bei kleineren Festen, so, wie es in den kleineren Ortschaften ist, bei größeren ist das dann vielleicht ein bisschen mehr, und wenn sie diesen Gewinn für den Ankauf eines Feuerwehrfahrzeuges verwendet, dann sind von diesen 10.000 Euro wieder einmal 20 Prozent an den Finanzminister abzuführen.

Das, denke ich mir, ist eine Bestrafung der Feuerwehrmitglieder, denn es werden von denen nicht nur die Einsätze erledigt, die werden Tag und Nacht und immer, wenn halt der Piepser oder die Sirene oder das Handy oder irgendetwas auslöst, dann gehen diese Männer und Frauen in den Einsatz, und sie machen in ihrer Freizeit noch Feste, verdienen dort Geld, und im Endeffekt ist es dann für die Republik, für den Finanzminister dieser Republik, und das kann es ja nicht sein! Es ist dann nicht der gesamte Betrag verwendbar, weil es an den Finanzminister geht.

Der ÖVP-Vorschlag ist einer, ja, aber ich sage, es ist kein so guter, denn das Landesbudget für die Feuerwehr ist mit 2,5 Millionen Euro dotiert, ja, das stimmt, und beim Budget geht es eben immer um die Verwendung von Steuermitteln.

Das wissen Sie, Sie haben das 15 Jahre lang gemacht, gespeist aus Landesmitteln, aus Bundesmitteln, die Bundesmittel setzen sich wieder zusammen aus Bedarfszuweisungen, aus der Feuerschutzsteuer, aus dem Kat-Fonds, und wenn wir, auch das ist richtig, das lässt sich nicht so genau sagen, weil es immer die Ratenzahlungen des Landes gibt, beim Ankauf, in der Mitte oder die Schlussrate, aber in Summe werden vermutlich eine Million Euro pro Jahr für Fahrzeugankäufe aufgewendet oder verwendet.

Und wenn wir diese eine Million verwenden, dann gehen davon wieder 20 Prozent an den Finanzminister. Sie fordern nun eine Rückvergütung der Mehrwertsteuer aus dem

Landesbudget und dazu, wenn es gleich bleibt, dann gibt es weniger Leistung dafür, dann gibt es eben um die 200.000 Euro weniger Ausrüstung, weniger Fahrzeug.

Weniger Ausrüstung und weniger Fahrzeug ist gleichbleibend mit weniger Sicherheit im Land, und das kann es mit uns nicht geben. Also das … *(Abg. Mag. Franz Steindl: Niederösterreich!)* Ja, dann müssten wir das Feuerwehrbudget aufstocken, auch das ist möglich, wenn man sich politisch darauf einigt, aber es ist ja bekannt, dass Sie das überall fordern, und Freibier für alle gibt es halt nicht, weil auch diese Möglichkeiten beschränkt sind.

Wir werden uns vermutlich noch einige Zeit nach der Decke strecken müssen und hier wäre es auch schon angebracht, dass - und beim Finanzminister wäre es auch am besten aufgehoben. Er ist halt einmal zuständig dafür, auch wenn Sie sagen, es wird immer alles auf den Finanzminister geschoben. Er ist zuständig, weil er auch von den Mitteln, die er für den Kat-Fonds zur Verfügung stellt, sich eh gleich wieder 20 Prozent selber nimmt, wenn ein Auto gekauft wird, wenn man es für etwas anderes verwendet, dann eben nicht, aber wenn ein Feuerwehrauto gekauft wird, dann kassiert er das gleich wieder ein.

Also wir sagen, Rückvergütung durch diese Steuerbefreiung wäre allemal der bessere Weg, um das hier zu lösen und lösen zu können. *(Abg. Manfred Kölly: Gar nicht zahlen.)* Genau, wenn man es gar nicht bezahlt, ist es am einfachsten zu administrieren. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das geht leider nicht.)*

Zum Thema Dienstfreistellungen: Ja, und das ist fast schon ein Hohn, jedes Mal wenn ein Hochwasser ist, ein Muren-Abgang, eine Naturkatastrophe oder sonst was, wird darüber diskutiert. Und dann gibt es immer wieder die Fotos, wo man den Feuerwehrleuten auf die Schulter klopft und sagt, wie super ihr ward, aber wir tun nichts dafür.

Also die Mitglieder der Feuerwehren haben nach wie vor dieselben Probleme und da ist unser Vorschlag und der ist ganz klar, der ist wirklich ganz klar und der ist auch klar zu definieren und das gehört dann auch so gemacht, das soll im Großschadensfall und im Katastrophenfall gelten.

Im Großschadensfall und im Katastrophenfall, heißt nicht der alltägliche Feuerwehreinsatz, auch wenn er dann ein bisschen größer ist, also damit wir da nicht irgendetwas durcheinanderbringen, das impliziert aber auch wieder, dass es Gott sei Dank nicht so viele Einsätze in diesem Segment gibt, und soll auch dann gelten, wenn sie vom Arbeitgeber für den Dienst frei bekommen und wenn sie sich, wie es derzeit ist, Urlaub nehmen müssen oder mit finanziellen Einbußen zu rechnen haben.

Wir sind dafür und ganz klar dafür, dass diese Entgeltfortzahlung kommt, dass diese Mittel den Arbeitgebern aus dem Bundeskatastrophenfonds rückerstattet werden, weil es auch leicht erklärbar, leichter administrierbar und auch plausibel ist. Kat-Mittel für den Katastropheneinsatz, das liegt ja eigentlich im Sinn der Sache, Katastrophenschutzmittel für den Katastropheneinsatz, auch wenn dafür Feuerwehrmitglieder benötigt werden und letztendlich entlohnt werden.

Und wenn Sie sagen, die Unternehmer oder die Arbeitgeber hätten möglicherweise ein Problem damit, wenn jemand bei der Feuerwehr ist, oder der Arbeitnehmer hat ein Problem damit, eine Einstellung zu bekommen, ich glaube das nicht, weil die Arbeitgeber dieses Landes und in diesem Land und dieser Republik wissen, wenn sie Feuerwehrleute einstellen, dass sie gute Leute bekommen, die stressresistent sind, die auch dann, wenn

es zur Sache geht, kühlen Kopf behalten und die sehr tüchtig sind, das sehen wir tagtäglich bei unseren Feuerwehrmitgliedern.

Letztendlich, geschätzte Damen und Herren, ich bedanke mich bei allen freiwilligen Helfern, das sind wir ihnen schuldig, und bei allen Mitgliedern unserer Rettungsorganisationen, ohne dieses großartige ehrenamtliche Engagement wäre in unserem Heimatland Burgenland vieles nicht möglich.

Herzlichen Dank nochmal, und wir werden natürlich unserem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Sehr geehrter Herr Steindl Franz, wir sind nicht die Kölly-Fraktion, wir sind auch nicht die Bürgerliste, machen Sie es mir nicht schwerer als es ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Irgendetwas werdet Ihr schon sein. Habt eh schon alles probiert.)* Wir sind immer noch LBL - Liste Burgenland, also damit das auch geklärt ist.

Wir haben beim vorigen Tagesordnungspunkt gehört, den Rechnungshofprüfbericht, und haben diskutiert über den Hochwasserschutz, und es ist wieder die Feuerwehr, die dann schlussendlich zu Hilfe kommt, wenn dieser Hochwasserschutz nicht funktioniert.

Jetzt haben wir beim Tagesordnungspunkt 8 den Antrag der Kollegen Robert Hergovich und Géza Molnár auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr. Nur damit jetzt kein Déjà-vu rauskommt, wir haben nämlich diese Anträge auch schon mehrfach eingebracht. Für mich ist es persönlich ein ganz ein wichtiger Punkt. Vor allem als Feuerwehrmann und natürlich auch als Bürgermeister einer Gemeinde ist dieser Punkt Feuerwehr ganz wichtig.

Die Liste Burgenland hat bereits einen Entschließungsantrag am 26. 1. 2016 eingebracht - mit Maßnahmen zur Unterstützung der burgenländischen Feuerwehr. Am 18. Jänner 2017 zwei Anträge, einmal Mehrwertsteuerbefreiung für Abschaffung von Einsatzgeräten … *(Der Feueralarm ertönt – Abg. Manfred Kölly: Die Feuerwehr.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich unterbreche die Sitzung, zumal es sich nach Feueralarm anhört.

(Die Sitzung wird um 17 Uhr 13 Minuten unterbrochen und um 17 Uhr 33 Minuten wieder aufgenommen)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und ich bitte den Herrn Abgeordneten Gerhard Hutter mit seiner Wortmeldung fortzufahren.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Von der heißen Luft geplaudert kann es nicht sein, weil zu diesem Thema ist bis jetzt sehr sachlich argumentiert worden. Brandrede ist es bis jetzt wieder auch keine gewesen, es wird auch keine werden, also fahre ich dort fort, wo ich aufgehört habe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nämlich, beim zweiten Entschließungsantrag vom 18. Jänner 2017 und zwar zur Ausarbeitung eines Modells zur Dienstfreistellung der in der Privatwirtschaft tätigen

Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen bei vollem Ausgleich, allfällige Einkommensverluste für Groß- und Katastropheneinsätze. Daher begrüßen wir natürlich, dass es heute wieder zu dieser Thematik kommt im Hohen Haus.

Die freiwilligen Feuerwehrmitglieder haben es nicht besonders leicht, wenn man sich jetzt diese Blaulichtorganisationen anschaut, denn egal ob Rettung, Polizei, oder Rotes Kreuz, wie auch immer, da gibt es sehr wohl acht, 12, 24 Stundendienste. Aber die sind natürlich im Vorfeld eingeteilt. Das geht zwar Tag und Nacht, aber das ist organisiert, das ist eingeteilt.

Die Feuerwehrmitglieder sind hier über 24 Stunden am Tag auf Abruf bereit. 365 Tage im Jahr laufen die dort hinein, wo die anderen herauslaufen. Sie können sich sicher sein, dass die auch am 24.12. um 20.00 Uhr kommen und nach fünf bis 10 Minuten fertig sind. Diesmal hat es etwas länger gedauert. Vielleicht, Herr Bürgermeister, haben wir für dieses Haus hier nicht die Priorität, aber es hat ein bisschen länger gedauert. Das macht aber nichts, denn es ist ohnehin nichts passiert. Aber diese Feuerwehrleute, die Damen und Herren die hier im Einsatz sind, haben natürlich an 365 Tagen auch einen dementsprechenden Stress.

Ich selber bin seit 40 Jahren Feuerwehrmitglied. Es gibt hier auch einige Kollegen, die sich über viele Jahre große Verdienste im Feuerwehrwesen erworben haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Meine beiden Vorredner, zum Beispiel.

Das ist natürlich auch alles fraktionsübergreifend zu betrachten. Ich glaube, gerade als Bürgermeister und Letztverantwortlicher in einer Gemeinde weiß man natürlich ganz besonders, wie wichtig es ist, eine gut funktionierende und selbstverständlich auch gut ausgebildete und eine, auch sehr gut ausgestattete Wehr in der Gemeinde zu haben.

Daher können wir seitens der Liste Burgenland und werden wir auch dem eingebrachten Eintrag und den eingebrachten Anträgen, egal ob Antrag oder Abänderungsantrag, zustimmen, denn das ist im Prinzip in vielen Bereichen eine Wortklauberei. Wir haben hier, wie schon erwähnt, Anträge im Jahr 2016 und 2017 eingebracht. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke schön! Aufgrund der Unterbrechung jetzt in aller Kürze zum sogenannten Feuerwehrantrag. Meine Vorredner haben das ausgedrückt, was an sich in einer Regelmäßigkeit wiederkehrend fast schon in Redundanz auf das Feuerwehrwesen im Landtag passiert.

Immer wieder wird die Forderung erhoben nach neuen Möglichkeiten des Förderns des Bezuschussens beziehungsweise der Hilfestellung. Wir alle wissen, dass es durchaus angebracht ist, weil es sich nicht um Berufsfeuerwehrleute, sondern in der Regel und fast ausschließlich um Ehrenamtliche handelt.

Diese freiwillige Dienstleistung ist etwas, das jedem von uns erst unmittelbar im Zusammenhang mit den Sturmsituationen, die wir im Burgenland erleben mussten, innerhalb des letzten Monats eigentlich bewusst geworden ist.

In der Nacht, und zwar dann, wenn andere schlafen, war plötzlich Einsatzsituation und diese Einsatzsituation wurde in einer Form bewerkstelligt, die nur Respekt abringen lässt.

Sie wurde mit Einsatzmitteln bewerkstelligt, die in der Zurverfügungstellung zum größten Teil eigentlich auch in der Form in den Gemeinden passiert und, wie der Kollege Steindl ausgeführt hat, auch den Gemeinden zur Hauptlast in der Finanzierung obliegen. Wenn sich die Feuerwehren dann einen Anteil noch selbst erarbeiten ist es nur zu begrüßen.

Tatsache ist aber, dass wir hier in einer Forderung sind. Alle Ausführungen die bezogen auf Mehrwertsteuer in der sogenannten Rückerstattung, oder im Freigang möglich waren, hat der Kollege Steindl ausgeführt und da ist eigentlich dem im Prinzip überhaupt nichts hinzuzufügen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Feuerwehrbereich und als ich damals noch in der Verantwortung als Bürgermeister auch die Funktion hatte, wo es um den Bau eines Hauses ging, eines neuen Feuerwehrhauses, und zu diesem Zeitpunkt war es auch möglich, dass man sich quasi die Vorsteuer zurückholt in der Begründung einer eigenen Gesellschaft, die im Grunde genommen diese Feuerwehrsituation bevorteilt und wo man sich zumindest diesen Ansatz auf Baulichkeiten im 20prozentigen Sinne erspart. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auf Autos ist das in der Regel ausgeschlossen. Aber, ich möchte nochmals darauf verweisen, dass alles, was die Antragstellung der beiden Regierungsfraktionen anlangt und im Speziellen die Regierungssituation durch die Beispielhaftigkeit der Niederösterreichischen Landesregierung nicht mehr zu toppen ist.

Wenn wir uns beklagen und wir haben es in der Diskussion gehabt, dass quasi die Mehrwertsteuer der Staatsregierung zufließt, in den Bundeshaushalt einfließt, dann sollte auch das, was heute schon besprochen wurde, gewährleistet sein und dass man das, was diese Ersatzmittelleistung anlangt, über das Land budgetär zur Verfügung steht und damit eigentlich auch den Feuerwehren mehr als unter die Hand greift.

Es steht dem nichts entgegen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Sie als Feuerwehrreferent haben einzig und allein mit Ihren Regierungsmitgliedern das abzuhandeln, wobei ich Sie bitten würde, wenn Sie es tun, lassen Sie es uns auch wissen, weil das brauchen Sie dann nicht verheimlichen und Sie brauchen es auch nicht in irgendeiner Form unter den Scheffel stellen.

Das wäre eine Dienstleistung, die die Feuerwehren von Ihrer Seite her zu erwarten haben, man braucht sich im Grunde genommen um gewisse Sachen nicht zu bekümmern, aber das ist zumindest etwas, was Ihnen zusteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jede Unterstützung, die den Freiwilligen, den Ehrenamtlichen gewährt werden kann, ist legitim und ist mehr als angebracht.

Nachdem wir gehört haben, dass die Gemeinden in ihrer Verantwortung schon einmal vom Land geschröpft werden, dann die Gemeindemittel über das Land in der Kofinanzierung diesen Anspruch heben, dass sie ein Drittel sind, in Wirklichkeit ist es das zweite Drittel der Gemeinden.

In Wirklichkeit sollte dann das letzte Drittel, oder diese 20 Prozent nicht einmal ein Drittel durchaus dem Land ein Anliegen sein und damit dem Feuerwehrwesen zum Schutze und zum Dienste in der Dienstbarkeit eine Zuordnung sein, die Ihnen etwas einbringt, aber im Speziellen der Feuerwehr zu Genüge ist. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Abgeordnete! Dieser Antrag wurde wirklich schon sehr oft eingebracht. Er ist, glaube ich, definitiv sinnvoll und sinnhaftig. Ich glaube aber auch, dass alle Anregungen sehr sinnhaftig und sehr sinnvoll sind.

Welche Anregung ist die beste? Welche Anregung ist schlechter? Ich glaube, dass alle Anregungen natürlich etwas für sich haben. Ich bin auch überzeugt davon, dass auch eine Mehrwertsteuerbefreiung viele Möglichkeiten in sich birgt.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Abgeordneter Steindl, auch in Bezug auf die Feuerschutzsteuer, in Bezug auf Körperschaftsteuer öffentlichen Rechts gibt es trotzdem hinsichtlich Ihrer Argumentation verfassungsrechtliche Bedenken.

Denn es ist so, dass die Körperschaft öffentliches Recht in der Autonomie der Nationalstaaten ist. Das heißt, der Nationalstaat selber kann schon entscheiden, wer ist bei mir in meinem Staat Körperschaft öffentliches Recht. Das müssen wir eben mit der Europäischen Union irgendwie abstimmen. Aber, wir können schon selber entscheiden. Das sieht man am Beispiel von Deutschland, wo sogar manchmal Ordnungsämter als Körperschaft öffentliches Recht eingestuft werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich finde es trotzdem auch sinnhaftig, das zu überlegen. Ich glaube auch, dass es sinnhaftig ist, darüber nachzudenken, wie wir wirklich an das Ziel kommen. Ich glaube, dass es die beste Möglichkeit ist, zielorientiert zu verhandeln - auch in Bezug auf das Feuerwehrgesetz oder in Bezug auf die neue Ausstattungsrichtlinie.

Es wird eine neue Ausstattungsrichtlinie kommen, das wissen sie sehr gut. Da sind wir auf einem guten Weg. Da rühme ich mich aber nicht, sondern da ist die Feuerwehr wirklich super dabei. Es gibt ein neues System, aber das möchte ich jetzt noch nicht so breittreten, weil wir noch in Diskussion sind und das hat auch der Abgeordnete Haidinger gemeint.

In Bezug auf das Feuerwehrgesetz kann man nicht sagen, „bumm“ so, jetzt sind wir draußen, *(Abg. Manfred Kölly: Das hast Du aber angekündigt. Gleich angekündigt.) und* es passt alles und es ist gut, sondern wir sind noch in den Verhandlungen.

Da gibt es, zum Beispiel, den Gemeindefeuerwehrkommandanten, der noch umstritten ist. Da gibt es noch viele Punkte. Deshalb kann ich nicht sagen, machen wir es, obwohl wir uns noch gar nicht einig sind.

Das heißt, es gibt sehr viele Punkte, da ist man sich schon einig, da sind sich die Experten schon einig, das ist mir zugetragen. Ich will mich da gar nicht rühmen, denn ich weiß ganz genau, dass das die Feuerwehr sehr gut macht. Ich bin nur derjenige gewesen, der das sozusagen forciert hat.

Deshalb muss ich dann natürlich Stärke und Rückgrat zeigen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber ich glaube auch, dass wir wirklich alle Möglichkeiten einbinden, berücksichtigen sollen - und auch die Situation mit der Mehrwertsteuerbefreiung nach Niederösterreichischem Modell ist sicher auch überlegenswert.

Das muss man eben auch in die Diskussion mit einbeziehen, wobei ich natürlich glaube, dass das wahrscheinlich sehr schwierig sein wird, weil es dann alle Länder machen müssen. Dann kann es nicht nur Niederösterreich sein, sondern dann sollten es

alle Länder machen, denn sonst kommt wieder so ein Konkurrenzdenken, wo ist der Schlechtere, wo ist der Bessere. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Oder auch wenn Sie sagen, zum Beispiel, in Bezug auf Dienstfreistellungen, es wäre besser, wenn die Unternehmer eine steuerliche Entlastung bekommen. Der Meinung bin ich auch. Das wäre sicher interessant, aber es obliegt natürlich nicht dem Land selber, zu sagen, ein Unternehmer braucht dann für eine Dienstfreistellung weniger Steuer zu zahlen.

Das heißt, das ist ein sehr komplexes Thema. Ich weiß, wir wollen alle dasselbe, wir wollen alle in die gleiche Richtung gehen, aber das ist natürlich eine Thematik die jetzt nicht links oder rechts oder irgendwie gerade zu betrachten ist, sondern das ist natürlich eine sehr umfangreiche Diskussion.

Zur Feuerwehr selbst noch ganz kurz, denn jeder führt natürlich - auch vollkommen zu Recht - aus, wie wichtig die Feuerwehr ist. Das braucht man jetzt gar nicht mehr zu unterstreichen. Denn jedes Unterstreichen ist sehr wichtig und wir wissen es alle. Aber, nur damit man auch weiß, ich möchte das noch einmal in Erinnerung holen: Bei dieser „Sturmkatastrophe“, als diese großen Sturmböen im Burgenland waren, hat es innerhalb von wenigen Stunden, zwei, drei Stunden, 900 Notrufe gegeben.

Das muss man sich einmal wirklich vorstellen - 900 Notrufe. Der Geschäftsführer der Landessicherheitszentrale hat das Personal verdoppeln müssen. Jetzt müssen wir uns das einmal mit der Feuerwehr vorstellen. Du musst einmal diese Einsätze bewerkstelligen. Was da dahinter steckt.

Deshalb ist das Anliegen eines jeden hier im Raum, ein sehr sinnhaftes, ein sinnvolles. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass man nicht genug für die Feuerwehr tun kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Anträge wurden genug eingebracht hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Zuständiger für das Feuerwehrwesen schon gesagt. Es wurde seit Jahren viel diskutiert, aber im Endeffekt muss ich sagen, man hat es nicht umgesetzt. Jetzt hat man die Chance es umzusetzen, und das geht nur über das Land, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn wir jetzt wieder warten, bis der Bund einmal sagt wir machen das, und wir haben ja da heute schon gehört, Rückerstattung der Mehrwertsteuer, auch mit unserer Initiative, auf Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf Feuerwehrfahrzeuge sind wir bisher auf taube Ohren gestoßen.

Laut Information aus dem Finanzministerium sei dies aufgrund europäischer rechtlicher Steuerregeln nicht möglich. Es würde einer Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf die, nach der Ausrüstungenverordnung der Länder beschafften Feuerwehrfahrzeuge, in Form einer Förderung überhaupt nichts im Wege stehen. Dies würde aber einen dementsprechenden politischen Willen im eigenen Lande vorsehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was wollen wir dann? Im Endeffekt müssen wir heute beschließen, dass das Land diese 300.000 bis 400.000 Euro, wahrscheinlich sind es gar nicht mehr, in die Hand nimmt. Auf der anderen Seite müssen wir ein bisschen sparen, vielleicht bei

irgendwelchen Ausgaben, Repräsentationsausgaben oder irgendwo oder man verzichtet in anderen Bereichen. *(Abg. Ewald Schnecker: Bei der Zahnfee! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Seid mir bitte nicht böse, wir können nicht jahrelang darüber reden, dann sagt der Bund wieder bei der nächsten Wahl, das machen wir auch wieder nicht, und wir haben nichts getan. Machen wir es im Land, sind wir Vorreiter in diesem Land, dann werden die anderen Bundesländer wahrscheinlich ein Signal von uns erkennen und vielleicht das auch machen. Irgendwann muss dann der Bund sagen, da können wir nicht mehr zuschauen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich würde Dich bitten, dass man Klartext spricht, dass man sagt, ja das Land wird dazu stehen. Rede mit dem Herrn Landeshauptmann, setzt Euch zusammen und sagt, ja die 300.000 bis 400.000 Euro nehmen wir in die Hand.

Wir haben heute 1,5 Millionen Euro glaube ich, für die angehenden Ärzte beschlossen, ist ja sehr wertvoll, brauchen wir, aber auch die Feuerwehr braucht das und heute ist schon so viel darüber diskutiert worden. Ein jeder lobt und tut und schön und gut, das stimmt alles, daher nehmen wir das Geld in die Hand.

Ich glaube, da hättest Du einen riesen Bonuspunkt in der gesamten Bevölkerung und nicht nur bei den Feuerwehren. Weil ich glaube, das ist ein Signal in die richtige Richtung, dass wir das machen können. *(Beifall des Abgeordneten Mag. Franz Steindl)*

Ich glaube, dass man so einen Beschluss fassen sollten, dass die Landesregierung in der nächsten Zeit so rasch als möglich darüber befindet, wo wir das Geld in der Höhe von 300.000, 400.000 oder 500.000 Euro aufstellen können und dass wir das dann auch umsetzen. Ich glaube da sind wir uns alle einig. Ansonsten geschieht auf Jahre wieder nichts.

Da können wir noch einmal zehn Anträge einbringen, und es wird sich nichts ändern. Ich halte das für vernünftig und auch für lösbar. Das ist das Entscheidende, dass wir es lösen können, sonst gar nichts.

Wir wissen alle, wie gut die Feuerwehren sind, die Freiwilligkeit und dergleichen mehr, aber es macht keinen Sinn. Auch für die Gemeinden ist es ja sehr wertvoll, wenn ich ein Feuerwehrhaus um 1,8 Millionen Euro baue, meine sehr geehrten Damen und Herren und mir die Mehrwertsteuer zurückholen kann, ist es für die Gemeinde eine Menge Geld. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Oder ich muss 50 Helme ankaufen, die neuen, wo einer 450 Euro kostet, das ist viel Geld, und dort muss ich die Mehrwertsteuer zahlen. Oder ein Feuerwehrauto um 480.000 oder 500.000 Euro anschaffen. Das ist wie gesagt viel Geld.

Ich muss immer „tricksen“, ich muss hier eine GmbH gründen, muss auslagern, oder irgendetwas anderes machen, „tricksen“. Ist das notwendig? Nehmen wir doch das Geld in die Hand, ich würde dafür plädieren.

Ich hoffe Ihr seid alle damit einverstanden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL und ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag der Frau Berichterstatterin abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Unterstützung der Feuerwehren ist somit mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1017) betreffend die Sicherstellung der Kinderbildung und -betreuung (Zahl 21 - 717) (Beilage 1036)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 717, betreffend die Sicherstellung der Kinderbildung und -betreuung, Zahl 21 - 717, Beilage 1036.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Edith Sack: Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherstellung der Kinderbildung und -betreuung, in Ihrer 14. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 06. September 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Danach erfolgte eine Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherstellung der Kinderbildung und -betreuung, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Berichterstatterin. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Thema, das jeden etwas angeht. Familie, Kinder ist eine Zukunftsperspektive, die wir sehr wohl nicht nur im Land, sondern auch im Bund und europaweit diskutieren müssen. Nicht nur diskutieren, aber auch zu einem dementsprechenden Umsetzungsvermögen soweit sein müssem, dass man das auch macht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Denn es hilft uns allen nichts, wenn wir ständig Anträge einbringen, die dann schlussendlich schubladiert werden, so wie jetzt diese Abstimmung bei der Feuerwehr. Ist ja genau das, was wir immer haben.

Warum gehen wir nicht her, und versuchen wirklich, diese Möglichkeit zu schaffen. Ich muss Euch ehrlich sagen, 300.000 oder 400.000 Euro, dann höre ich schon auf, wäre sicherlich im Bereich des Möglichen, dass das Land dann einspart.

Dann hat man halt weniger Spesen in den Landesratsbüros oder *(Abg. Doris Prohaska: Dementsprechend bei den Feuerwehren.)* irgendetwas oder irgendwo finden wir sicher einen Weg. *(Abg. Doris Prohaska: Geh, bitte schön. Das ist längst vorbei!)* Auch wir in den Gemeinden haben zu sparen, und wir bringen immer wieder…

Nein Frau Kollegin, das ist genau der Punkt, warum Ihr leider Gottes nicht vom Fleck kommt. *(Abg. Doris Prohaska: Du hast eine Leitung von da bis Paris.)* Ihr bleibt picken, das ist Euer Problem. Wir können noch 17 Anträge einbringen, und jetzt ist der gleiche Antrag da.

Frau Kollegin, passen Sie auf, dass Sie kein Burnout kriegen, die Lehrer kriegen immer gerne Burnout. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist leider Gottes so.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, *(Abg. Doris Prohaska: Politik braucht…)* wo ich das für ganz wichtig empfinde. Weil ich als Bürgermeister tagtäglich am Puls von den Leuten bin, bei den Eltern bin, aber auch in der Kinderbetreuung, vier Gruppen, fünf Gruppen in einem Kindergarten haben und wo wir wahrscheinlich um sechs Uhr in der Früh am besten aufsperren sollten, oder um fünf Uhr in der Früh, und abholen um 18.00 Uhr oder später noch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das hat sich leider so entwickelt. Warum hat es sich so entwickelt, weil ich auch glaube, dass die Politik hier ein bisschen einen falschen Weg gegangen ist. Ich sage Euch das noch einmal. Weil es nicht in Ordnung ist, dass ich in eine Kinderkrippe - da steht im Gesetz übrigens nicht, ab wann ich ein Kind abgeben darf. Das steht dort nicht. Das Kind kommt auf die Welt und ich kann es schon in einer Kinderkrippe abgeben.

Frau Kollegin von den GRÜNEN, Sie sollten einmal nachdenken. Schütteln Sie nicht immer den Kopf, lesen Sie sich das Gesetz durch! Da steht keine Silbe, wann ich ein Kind in einer Kinderkrippe abgeben darf. *(Abg. Ingrid Salamon: Man betreut ein Kind und gibt es nicht ab! - Abg. Mag.a Regina Petrik: Richtig!)*

Das steht nicht. Das steht nicht, und da sollte man ein bisschen vorsichtig sein. Wenn ich heute eine Diskussion von Vereinbarung Familie und Beruf habe, kann das nur dann gelingen, wenn genügend Kinderbetreuungsangebote vorhanden sind. Eben mit

dieser Vereinbarung gemäß Artikel 15 B-VG. Aber wir haben im Land andere Dinge zu machen.

Wenn Frauen um halb sechs in der Früh zum BILLA hingehen müssen, und um elf können Sie wieder heimgehen und dann müssen sie wieder um halb fünf kommen und haben einen Teilzeitjob, dort sollte man sich etwas überlegen. *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Pendler!)*

Die Pendler, wo man immer so groß redet, Pendlerrückholaktion, und ich weiß es, was es heißt in Deutschkreutz, Gott sei Dank haben wir noch einen Bahnhof, 660 Personen fahren da tagtäglich weg, um vier in der Früh, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie würden sich wundern, wenn Sie einen solchen Job hätten. Was würden Sie machen, wo bleibt das Familienleben? *(Abg. Klaudia Friedl: Warum schreist Du denn so mit uns?)*

Nein, weil immer der Kopf geschüttelt wird, und geredet wird, nie wissen, worum es geht. Wir sind doch die Entscheidungsträger, wir setzen Rahmenbedingungen. Regt Euch nicht so auf, Ihr seid leider Gottes … *(Abg. Ingrid Salamon: Wir sind nicht taub! - Abg. Doris Prohaska: Der Einzige, der sich hier aufregt, sind Sie, Herr Kollege!)*

Ihr habt alle ein Problem, ein Riesenproblem. Geht die Sache so an, dass es Sinn, bei Euch auch zu Hause macht. Weil ich weiß, was es heißt. Mein Sohn steht um vier Uhr in der Früh auf, muss nach Wien fahren, kommt um halb acht am Abend heim, 19.30 Uhr, ist Vater von einem Kind mit einem Jahr. *(Abg. Edith Sack: Was glaubst Du, was wir hier haben? Da war nicht einmal noch die Karenzzeit aus.)*

So, jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Der zweite Sohn hat ein Kind bekommen, das ist fünf Wochen alt. Jetzt wollte er den Papa-Monat zuhause bleiben. Da gibt es ja diesen Papa-Monat, den berühmten, der ist bei der Polizei.

Was glaubt Ihr, was der für Geld bekommt als Papa im Monat, wenn er daheim bleibt, da kann er nicht einmal wen erhalten, das muss ich Euch auch gleich dazusagen. Das rennt ja alles in die schiefe Ebene, was Ihr hier diskutiert. *(Abg. Doris Prohaska: Nein.)*

Wer sitzt denn im Bund und wer hat denn beschlossen? Rot und Schwarz haben die ganzen Gesetze beschlossen. Sie sollten sich das einmal anschauen.

Die Mindestsicherung von unseren Ausländern, das sind 837 Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das bekommt er nicht einmal ausbezahlt, weil er als Polizist Zulagen hat, und die werden ihm nicht angerechnet. Nur, damit wir das auch wissen. Ihr regt Euch immer auf, und kennt Euch nicht aus, das ist Euer Problem. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich mir das anschaue, in einer Diskussion Kindergarten. Das ist alles schön und gut. Welche, die Bürgermeisterin und Bürgermeister sind, wissen, was das eigentlich kostet. Mir liegt immer noch der Gratiskindergarten im Ohr. Wenn ich das höre, da kriege ich auch solche Adern, weil das sowas von falsch ist, weil das stimmt alles nicht so.

In den Gruppen brauchen wir eine Helferin, wir brauchen das und jenes. Dann heißt es, das Land sponsert ohnehin den Bau, da wird ohnehin gefördert. Aber, dass wir nachdenken, dass wir alle vier, fünf Jahre die Gruppenräume austauschen müssen und erneuern, weil die von den Kindern abgenützt werden, Gott sei Dank, haben die etwas zum Spielen. Gott sei Dank.

Dort hätte ich mir vorgestellt, dass seitens des Landes, vom Bund oder von der EU ein bisschen Unterstützung kommt. Auch das sollten wir andenken einmal.

Ich finde das schon in Ordnung, dass man solche Diskussionen da führt, wo im Endeffekt alles über den Bund läuft. Aber wir haben die Probleme in den eigenen Ortschaften. Wir sind immer gefordert, unsere Zukunft dort dementsprechend auszubilden. In einem Kindergarten mache ich die ersten Schritte, mache ich einmal den Grundstein von meiner Ausbildung.

Jetzt weiß ich schon, der, der nicht Bürgermeister ist, den wird das nicht berühren, oder ist es ihm wahrscheinlich egal. Aber mir liegt das schon am Herzen, dass ich dann sage, die müssen schon in die Schule integriert werden schön langsam, die müssen miteinander etwas machen.

Das kostet halt alles Geld. Das kostet Geld den Gemeinden und der Bevölkerung. Das muss man einmal gesagt haben und nicht immer hergehen, das kostet alles nichts. *(Abg. Klaudia Friedl: Den Eltern kostet es nichts.)*

Na den Eltern, das stimmt ja auch nicht. Vielleicht hast Du einen Kindergarten, mit lauter jungen Pädagoginnen, dann kostet es nichts. Ich habe langgediente, brave, qualifizierte Kindergärtnerinnen, da bin ich stolz darauf. Die lernen den Kindern etwas. Wenn ich nur junge Leute habe, soll auch so sein, ist ja auch in Ordnung, aber dann kosten die halt weniger. Das wissen wir, je älter, desto mehr kosten sie dich. Dazu stehen wir ja. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber dann setzt Euch nicht her, und sagt immer, Gratiskindergarten. Bei jeder Sonntagsrede da könnte ich hinausgehen und sagen, das stimmt so nicht. Ein jeder Kindergarten kostet Geld. Wo ist das Geld? Kostet aber auch der Bevölkerung Geld. Wenn es nun auch der Gemeinde Geld kostet, wen kostet sonst das Ganze?

Aber noch einmal. Ich glaube, dass man eines klar sagen muss, einmal, wir sollten auch eine andere Politik machen im Familiendasein, aber einmal andiskutieren.

Dann musst du Kinder zum Beispiel großziehen, abgeben, den ganzen Tag siehst du sie nicht. Am Abend kommt der Papa nach Hause, der isst etwas, schnell ins Bett, weil er muss ja schon um vier Uhr in der Früh weg. Da muss man sich etwas einfallen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da sind aber wir gefordert, aber auch die anderen im Bund, aber auch in der EU. Weil es kann nicht so weitergehen.

Wir haben ein Stammerl und zwei Stammerl Kinder und die Ausländer haben zwischen fünf und sieben Kinder. In Deutschkreutz gibt es eine Familie, die haben sieben Kinder. Was glaubt Ihr, wieviel Geld die bekommen? *(Abg. Manfred Haidinger: Aber!)* Nein, nicht aber, das ist nachweisbar.

Ich zeige Dir das, lieber Herr Kollege, na ist ja logisch, dass das so ist. Denk ein bisschen nach, wenn ich sieben Kinder habe und eine Frau habe, *(Abg. Edith Sack: Die Frau soll arbeiten gehen, dann brauchst Du sie nicht erhalten!)* die ich erhalten muss, und er geht auch nicht arbeiten. Da ist der Bürgermeister schuld, das habe ich mir gleich gedacht. Das ist auch logisch, dass der Bürgermeister schuld ist.

Nur ich setze mich mit denen auseinander und unterhalte mich. Liebe Frau Petrik, Sie bleiben bei Ihren Ausländern, nehmen Sie sich alle mit nach Hause, ich will keinen mehr sehen. Mir reicht es, dass Boot ist übervoll! Ich sage das mit dieser Deutlichkeit. Weil ich mache das nicht mehr mit, dass unsere Leute darunter leiden müssen. Im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich, überall sind sie bevorzugt und werden bevorzugt.

Weil wir heute über die Gesundheit geredet haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehen Sie einmal hinein in Arztpraxen. Wer sitzt denn dort? Schaut Euch das

einmal an wer dort drinnen sitzt. Ich mache mir die Mühe und schaue mir das an, obwohl ich, Gott sei Dank, nicht krank bin. Ich wünsche mir auch nicht, dass ich krank bin.

Nur wir haben eine Vorsorge und das hat der Landesrat Rezar eingeführt, Dickdarmuntersuchung. Dann kommt eine Frau zu mir und sagt, Herr Bürgermeister, ich habe leider einen positiven Bescheid bekommen. Sage ich, was heißt einen positiven Bescheid, schaue mir den an, hat sie gesagt einen Termin in vier Monaten. Wisst Ihr was? Sie kann sich einen Grabstein gleich mitnehmen. Das ist ja ein Wahnsinn was da passiert. Wir reden immer über unsere Zwei-Klassen-Medizin, wir haben eine Vier-Klassen-Medizin.

Oder auf der anderen Seite, wenn du heute eine Hüftoperation braucht, musst du eineinhalb Jahre warten oder du hast ein Geld in der Hand und zahlst zusätzlich etwas. Das gehört angedacht. Jetzt sind wir genau bei den Kindern, bei den Familien. Genau das ist das. Von wo sollen die Leute noch ein Geld hernehmen, dass sie überhaupt einmal 10.000 oder 12.000 Euro in die Hand nehmen können, dass sie sich eine Hüft- oder Knieoperation leisten können?

Das spielt alles mit hinein in die ganze Situation in der wir derzeit sind. Ich finde das nämlich nicht in Ordnung. Wir müssen das System komplett ändern. Ich weiß schon, das interessiert Euch wenig.

Frau Kollegin Salamon, Sie interessiert mehr, dass man die Werbetafeln wegnimmt in Mattersburg. Unberechtigt die Tafel wegnimmt, unberechtigt, das verstehen Sie als Demokratie! *(Abg. Ingrid Salamon: Ich werde es Dir dann erklären, wenn ich dran bin!)* Jetzt sage ich Ihnen etwas, Frau Kollegin, Sie haben leider die ganze Partie verloren. Sie müssen die Tafeln wieder aufstellen und herrichten.

Das ist genau das. Wenn mir das passiert, sage ich nicht einmal ein Wort, da können die Freiheitlichen alles aufstellen bei mir, ich habe überhaupt kein Problem. Sie haben immer ein Problem mit Ihrem Amtmann.

Übrigens, der diktiert Sie, Sie wissen ja meistens gar nichts davon. Das finde ich nicht für in Ordnung. *(Abg. Ingrid Salamon: Ich bin so froh, Herr Kollege, dass Sie das alles wissen! – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* Das sollten Sie auch wissen, ich weiß alles.

Wissen Sie warum? Weil mich das alles interessiert und weil ich ein Mensch bin, der mit den Leuten redet und nicht gleich alles wegräumen lässt. Warum lassen Sie das wegräumen? *(Abg. Ingrid Salamon: Ich werde es Dir erkären, wenn ich dran bin!)* Kennen Sie die Gesetze nicht? *(Abg. Ingrid Salamon: Kenne ich!)* Sie sitzen im Landtag, Sie sollten die Gesetze kennen. Genau das ist der Punkt. Das sind genau die ärgerlichen Punkte, genauso was da jetzt eingebrockt wird.

Wenn ich mir zum Schluss erlauben darf, dabei ist insbesonders sicherzustellen, keine Benachteiligung jener Bundesländer, die beim Ausbau der Kinderbetreuung waren. Super Burgenland. Zum Beispiel Anhebung der Fördersumme für räumliche Qualitätsverbesserung, dass was ich gerade gesagt habe. Jetzt auf einmal kommen Sie damit daher.

Ich habe den Antrag eingebracht, da war noch die Kollegin Resetar Landesrätin Der wurde abgeschmettert. Jetzt kommt Ihr daher mit solchen Dingen. Dann Beteiligung des Bundes an den Kosten für einen verpflichtenden Kindergartenbesuch für Vierjährige, Vorlesekindergarten für Schuleintritte. Habe ich ja gerade gesagt, das haben wir schon lange gefordert. Wir haben das schon seit Jahren gefordert. Interessant Eure Anträge wieder.

Anhebung der Zweckzuschussmittel des Bundes auch bei der Finanzierung der frühen Sprachförderung und Verringerung des Verwaltungsaufwandes bei der administrativen Abwicklung der Vereinbarung gemäß § 15a BV-G über die frühsprachliche Förderung.

Ich habe in Deutschkreutz im Kindergarten zwei Jahre lang eine Pädagogin gehabt, eine ungarische Pädagogin, das hat super funktioniert. *(Abg. Klaudia Friedl: Ich habe sie vier Jahre gehabt!)* Das Land hat uns etwas zugeschossen. Wisst Ihr wie schnell das vorbei war? Das hätte viel geholfen, weil wir im Burgenland die Mehrsprachigkeit haben.

Gott sei Dank, der Herr Landesrat kommt auch aus der Nähe meiner Gemeinde, aus Kroatisch Minihof - Nikitsch, dort spricht man kroatisch. An der Grenze liegen wir, dort sprechen sie ungarisch. Warum fördert man solche Dinge nicht? Warum macht man das nicht? Das wäre in diesem Alter leicht möglich.

Daher glaube ich, dass wir umdenken müssen und ganz andere Dinge in die Wege leiten. Das System gehört geändert und ich hoffe, dass die neue Bundesregierung, egal wie sie ausschaut, egal wie diese ausschaut, weil es wird eh ein Hickhack. Da werden ein Paar mit Tränen davon laufen, denke ich einmal, aber ich wünsche mir, dass dort ein anderes System einkehrt.

Die Familie ist eines der höchsten Güter die wir haben können, unsere Kinder erziehen und ihnen etwas lernen lassen. Heute haben wir gehört, wie wichtig es ist, dass wir alles lernen. Wie wichtig es ist, dass die eine Schulung machen können. Ich stehe dazu, ja, aber dann brauchen wir andere Möglichkeiten, glaubt mir das.

Daher bin ich auch der Meinung, wenn ich jetzt den Antrag durchlese, habe ich kein Problem damit, wir werden zustimmen, weil genau das drinnen ist, was wir schon seit Jahren verlangen, das ist ja das Interessante. Wieder einmal.

Feuerwehrwesen haben wir verlangt seit Jahren. Genauso andere Geschichten, wo wir Vorreiter sind, wo jetzt viele dort aufgesprungen sind. Soll so sein. Wir stehen dazu, wir haben da kein Problem. Wir sind der Meinung, dass das einen Sinn macht, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen und das auch umsetzen was wir sagen.

Das wird wieder an den Bund hinauf geschickt, die nehmen den ganzen - Entschuldigung, wenn ich sage Wisch - und was passiert? Na nichts, die wissen ja gar nicht, die neue Bundesregierung, dass wir das gemacht haben. Vielleicht sollten wir das gleich, wenn die neue Bundesregierung steht, gleich wieder bitten, dass sie wieder etwas annimmt. *(Abg. Edith Sack: Wir machen ja dann wieder einen Antrag!)*

Wir machen ja wieder. Aber wir sollten nicht nur Anträge machen, sondern wir sollten auch solche Dinge umsetzen, Frau Kollegin Sack. *(Abg. Edith Sack: Sag ich ja!)* Das wäre mir wichtiger, weil Anträge haben wir genug. *(Abg. Edith Sack: Ich habe das Gefühl, Sie wissen nicht wovon Sie reden!)* Abänderungsanträge noch mehr.

Daher bin ich der Überzeugung, seid mir bitte nicht böse, ich rege mich wegen so etwas auf, weil Familie mir etwas Wichtiges ist. Die Menschen in diesem Land haben es verdient, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* dass wir Nägel mit Köpfen machen und nicht nur Schmäh führen.

Herzlichen Dank. *(Abg. Edith Sack: Du tust Schmähführen! – Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Klubobmann Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Ja, wenn ich mit dem Kollegen Kölly eines teile, dann ist es die Emotion beim Thema, die ist gerechtfertigt, auch wenn ich inhaltlich nicht alles nachvollziehen kann was Sie gesagt haben. Vor allem kann ich es nicht nachvollziehen, dass Sie die Kollegen da herinnen regelmäßig so abqualifizieren, wenn es um die Sicht der Dinge aufs alltägliche Leben geht, Herr Kollege Kölly.

So, worum geht es jetzt bei diesem Antrag eigentlich? Der Kollege hat gerade ein paar Baustellen sozusagen am Schluss noch erwähnt, die gibt es tatsächlich. Aber wir haben in diesem Antrag vom 06. Juli 2017 ganz konkrete Anliegen geäußert.

Es geht um die Sicherstellung der Kinderbildung und Kinderbetreuung. Konkret betrifft dieser Antrag drei 15a-Vereinbarungen. Einerseits die 15a-Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebotes. Ist dringend, weil diese Vereinbarung Ende 2017 abläuft.

Zweitens die 15a-Vereinbarung über die halbtägig kostenlose und verpflichtende Frühförderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen, da haben wir ein Laufzeitende August 2018. Und zum selben Zeitpunkt läuft eine weitere 15a-Vereinbarung aus, über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.

15a-Vereinbarung impliziert, dass Bund und Länder aufeinander angewiesen sind, Herr Kollege Kölly. Da geht es darum, dass das was Sie in Deutschkreutz machen aufrechterhalten werden kann, weil die Finanzierung gewährleistet werden muss.

So, was ist jetzt seit 06. Juli 2017 passiert? Wir haben, Kollege Hergovich und ich auch in einer Pressekonferenz darauf hingewiesen, dass hier Handlungsbedarf herrscht, dass die zuständigen Minister der Bundesregierung, vor allem die Familienministerin aufgefordert sind, rechtzeitig mit den Ländern in Gespräche zu treten. Über eine Verlängerung, beziehungsweise über eine Neufassung dieser drei 15a-Vereinbarungen. So geschehen ist seither nicht viel, außer die Ankündigung der Ministerin sich der Sache anzunehmen.

So, und am vergangenen Freitag, also morgen vor einer Woche, am 15. September, ist dann über die Verbindungsstelle der Bundesländer im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung ein Schreiben eingelangt, hier in Eisenstadt, wo die Ministerin die Entwürfe zweier 15a-Vereinbarungen übermittelt. Mit, und da beginnt jetzt die Frotzelei, meine Damen und Herren, mit einer Stellungnahmefrist bis Montag, 18. September, 12.00 Uhr.

So, und daher ist dieser Antrag nach wie vor brandaktuell, weil es so nicht gehen kann. Also selbst wenn wir über das Wochenende irgendwie eine Stellungnahme zu diesen zwei 15a-Vereinbarungen zusammenbasteln, ist es denkunmöglich, dass diese Stellungnahme entsprechend begutachtet eingearbeitet wird, geschweige denn, dass man noch irgendwelche Verhandlungen führen kann mit dem Bund.

Die Dinge sind ja gestern, glaube ich, sogar schon durch den Ministerrat gelangt. Es ist ja den Ministern, auch den SPÖ-Ministern, in diesem Fall auch dem Burgenländischen Minister, nichts anderes übriggeblieben als jetzt zuzustimmen, weil andernfalls es möglicherweise bedeutet hätte, dass in den Bereichen, die von diesen 15a-Vereinbarungen umfasst sind, nächstes Jahr überhaupt kein Geld fließt.

Das ist jedenfalls keine Vorgehensweise, meine Damen und Herren, das ist ein Frotzelei! Das ist der Ministerin in diesem Fall wirklich ausdrücklich auszurichten, daher ist dieser Antrag nach wie vor aufrecht.

Egal welche Bundesregierung, die alte wird es wahrscheinlich nicht mehr sein, aber die neue, wie auch immer sie aussieht, ist gut beraten, mit den Ländern da in ernsthafte Verhandlungen zu treten, damit wir das Angebot im Bereich der Kinderbildung- und -betreuung nicht nur im Jahr 2018, sondern darüber hinaus nachhaltig absichern können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag. Michaela Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Wortmeldung.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren des Landtages! Zunächst einmal die gute Nachricht. Es hat gestern einen Ministerrat gegeben und es wurde die 15a-Vereinbarung auf ein Jahr einmal verlängert, die Kostenbeteiligung des Bundes auch 2018 fortgesetzt.

Zusätzlich wurde dann noch im Antrag gestellt, dass es qualitätsvolle Kinderbetreuungs- und Kinderbildungseinrichtungen geben soll und bundeseinheitliche Qualitätsrahmen in Kooperation mit den Bundesländern bis längstens 31. März 2018 entwickelt werden. Dafür möchte ich ganz herzlich unserer Ministerin Karmasin Danke sagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

In der Kinderbetreuung sind wir mit Sicherheit die Nummer eins, außer Zweifel. Und vor allem wir haben wirklich sehr viel geleistet. Wir, das sind eigentlich die Gemeinden, die 171 Gemeinden. Wir sind in vielen Bereichen nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität Vorreiter. Wir sind nach wie vor die Nummer eins bei den Drei- bis Fünfjährigen und bei den unter Dreijährigen haben wir den Platz zwei abgesichert.

Also wenn die einzelnen Gemeinden sich noch ein bisschen anstrengen, dann bin ich überzeugt, dass wir auch dort die Nummer eins werden. Dafür möchte ich allen 171 Gemeinden, und viele der Landtagsabgeordneten sind ja auch Bürgermeister oder Bürgermeisterin, ganz herzlich Danke sagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die unterschiedlichen 15a-Vereinbarungen haben naturgemäß einiges dazu beigetragen, dass die Qualität gesteigert werden konnte. 2011 bis 2014 hat das Land bei den unter Dreijährigen jährlich 432.000 Euro zur Verfügung gestellt bekommen. Von 2008 bis 2013, das war dann die vorangegangene 15a-Vereinbarung, hat der Bund insgesamt 85 Millionen Euro an die Länder investiert. 2014 bis 2017 standen 305 Millionen Euro für die Länder zur Verfügung. Das war eine Vervierfachung des Geldes.

Mit Sicherheit war dieses Geld und ist dieses Geld auch richtig angelegt. Denn ich sage es immer wieder gerne, und ich kann es nicht oft genug wiederholen, Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern sie sind auch die Gegenwart. Wir müssen natürlich den Kindern und den Eltern die bestmöglichen Betreuungsangebote schaffen.

Das Burgenland erhielt aus dieser Vereinbarung bis 2017 rund neun Millionen Euro. Wir konnten in die Quantität investieren, in die Qualität, selbstverständlich ging es um Tageseltern, um Personal und Investitionskostenzuschüsse und auch um generations- und gemeindeübergreifende Projekte.

Ja sogar um Qualitätsverbesserungen wie kleine Betreuungsschlüssel, kleinere Gruppen, aber das natürlich nicht auf Zwang, weil oft die Gemeinden an die Mindestzahl gebunden sind, weil sie einfach nicht die Gruppen haben. Dort wo es möglich ist, sind natürlich auch in manchen Gruppen weniger als die gesetzliche Anzahl.

Im Konkreten hat die 15a-Vereinbarung für die Jahre 2014 bis 2017 fünf wesentliche Punkte beinhaltet. Anstelle 25 Prozent konnten 35 Prozent der Zweckzuschüsse erreicht werden. Die Jahresöffnungszeiten von 45 Wochen im Kindergartenjahr blieben bestehen, jedoch hat man auch die Möglichkeit und man hat auch Förderungen bekommen für 47 Wochen.

50 Prozent der Finanzmittel von privaten Erhaltern wurden bei der Kofinanzierung angerechnet. Mit diesen Fördergeldern der 15a-Vereinbarung konnten die Gemeinden natürlich in die Zukunft investieren. Es freut mich, dass Ministerin Karmasin bereits eine Verlängerung der 15a-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze vorgelegt hat.

Natürlich ist die Kritik des Mag. Alfred Riedl, der der Gemeindebundpräsident ist, berechtigt und ich habe das aus der Gemeindezeitung, wo er sagt, es ist schade, dass die Gemeinden nicht besser eingebunden sind. Und zwar insofern, weil ja die Gemeinden die größte Last tragen. Also wir haben das immer sehr kollegial mit allen zuständigen Landesräten verhandelt, aber der Gemeindebund hat immer von außen eigentlich erfahren, was dann wirklich tatsächlich passiert.

Vorgesehen sind für die zukünftige 15a-Vereinbarung 52,5 Millionen Euro vom Bund und insgesamt 100 Millionen Euro zusammen. Es geht dabei um den Schwerpunkt der Förderung von Kleinkindern, also von null bis drei Jahren. Ein weiterer Fokus liegt natürlich auf den Öffnungszeiten, was der Herr Kollege Kölly angesprochen hat. Weiters soll auch in die Qualität der Betreuung investiert werden und selbstverständlich kann auch für bauliche Maßnahmen Geld eingesetzt werden.

Wie gesagt, diese 15a-Vereinbarung ist jetzt einmal auf ein Jahr verlängert worden. Wir haben ja damals vereinbart, dass die Länder das Geld auch für das nächste Jahr mitnehmen können. Ich muss schon eines betonen, die hohe Betreuungsquote und die Qualität ist natürlich der Verdienst, was ich eingangs gesagt habe, von 171 Gemeinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kindergarten ist mit Sicherheit die erste Bildungs- und Betreuungseinrichtung. Es geht dann weiter in den Volksschulen, im Gymnasium oder in der Berufsschule, Neue Mittelschule.

Nachdem jetzt einige etwas erwähnt haben in Bezug auf die zukünftige Nationalratswahl, beziehungsweise auch auf die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen. Ich bin vor kurzem mit einem Buch konfrontiert worden, das eigentlich am Anfang sehr passabel ist. Es ist ein Schülerbuch wo auch Notizen gemacht werden können.

„Fight the system“, ich weiß noch immer nicht welches System gefightet werden soll. Herausgabe war die Sozialistische Jugend Österreich. So, und da geht es einmal los: „Öffis werden billiger, wenn der Steuerbetrug endet“. Meine 15-jährige Tochter hat mich natürlich gefragt was meinen die da mit Steuerbetrug? Was heißt das? Werden die Öffis billiger?

Ich kann Ihnen nur sagen, wenn die SPÖ zum Beispiel auf Bundesebene beziehungsweise auch der Herr Häupl besser gearbeitet hätten, weil da ist mir jetzt gleich Steuerbetrug eingefallen, dann könnten vielleicht unsere Studenten sogar kostenlos fahren und müssten nicht billiger fahren. *(Abg. Klaudia Friedl: Wer ist der Finanzminister?)* Also das war einmal das Erste.

Das Nächste: „Wenn du genug von Strache und Co hast und wenn du das Gefühl hast, dass auf dieser Welt einiges anders laufen müsste, dann bist du bei uns richtig“! Da komme ich gleich zu einer Seite, ich meine die Freiheitlichen, da habe ich manchmal das

Gefühl, sie sind mittendrin und doch nicht dabei. Da gibt es nämlich auch in diesem Hefterl ein Netzwerk gegen rechts. Es steht www.gegenrechts.at.

Naja, ich habe mir gedacht, das muss ich mir einmal wirklich geben, "gegenrechts.at". Ich schaue das an und da erscheint plötzlich eine braune Seite mit allen freiheitlichen Namen was möglich ist, unter anderem der Norbert Hofer, unter anderem auch der Johann Tschürtz. *(Abg. Manfred Haidinger: Sind wir da jetzt noch bei der Sache?)*

Das ist Bildung. Ich bin schon da. Es ist Ihnen ja völlig „wurscht“, was die Sozis sagen, Sie können über sie schimpfen, Sie können sie in die braune Ecke *(Abg. Doris Prohaska: Wir haben Sie durchschaut!)* stellen. Sie sind froh, dass Sie einen blauen BMW fahren dürfen. Leider Gottes ist der Landeshauptmann-Stellvertreter nicht da. Mehr ist ja nicht drinnen.

Übrigens, auf diesen Seiten gibt es nur Rechte der Schüler und keine Pflichten. Das beste Recht das ist: "Was tut man wenn man abschreibt?", „Was kann man da machen“ beziehungsweise „Wann darf man sich vom Religionsunterricht abmelden?" Ist ja ganz wichtig, weil unter anderem steht drinnen, "Mit 15 Jahren brauchst du gar nicht mehr die Eltern fragen. Die Abmeldung muss am Anfang des Schuljahres bei der Schulleitung erfolgen. Zur Teilnahme an Schulgottesdiensten, religiösen Übungen (zum Beispiel Schulgebet und Schulveranstaltung) kann niemand gezwungen werden“.

Ich habe mir eigentlich gedacht, ein paar Sachen sind ja gut, aber ehrlich gesagt, mir hat es so sauer aufgestoßen, wie da drinnen steht *(Abg. Doris Prohaska: Die Schülerunion fordert mehr Rechte!)* "www.abtreibung.at", also das hält man ja wirklich nicht aus. Das schlägt dem Fass den Boden durch.

Dann habe ich mir gedacht, naja, die letzte Seite habe ich ziemlich gut durchgelesen. Wie verhält sich da die Sozialistische oder die Sozialdemokratische Partei, wenn da steht „unterstütze die Petition für den uneingeschränkten Arbeitszugang für AsylantInnen“, www.arbeitsmarktzugang.at. Na bumm, habe ich mir gedacht.

Ich frage mich nur wie der Herr Kilian, seines Zeichens mein Kollege Jugendvertreter dazu steht, weil ich glaube, Du bist ja irgendwie gegangen worden, Chef bist nimmer. Zuerst habe ich mir gedacht, dass ist irgendwie von der Frau Julia Herr, oder soll ich jetzt sagen Herrin, weil wenn es gegendert ist, dann wäre es ja "Herrin", aber egal, sei es drum, es ist die Permayerstraße als Adresse auch drinnen angegeben.

Also ich frage mich nur, liebe Kollegen der FPÖ, wie gehen Sie mit dem um, dass Sie in ein braunes Eck gestellt werden? Ja, die braune Seite, da ist aufgelistet: Norbert Hofer und Johann Tschürtz. Na bumm, habe ich mir gedacht. *(Abg. Doris Prohaska: Die SJ sind nicht Mitglieder der SPÖ!)*

Ich kann Ihnen nur eines sagen, ich bin weder rechts, noch links, ich bin Burgenländerin, ich bin Österreicherin und ich bin Europäerin und ich habe Rechte und ich habe auch Pflichten.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete.

Es hat sich der Herr Klubobmann Molnár zur Geschäftsordnung gemeldet.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist eine Meldung zur Geschäftsordnung und auch wenn es keine wäre würde ich mich mit dem Unsinn, den die Kollegin da jetzt vom Stapel gelassen hat, nicht auseinandersetzen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Herr Präsident, jetzt an Ihre Adresse, bei allem Respekt vor dem Hohen Präsidium, aber der Herr Kollege Haidinger aus meinem Klub hat mit seinem Zwischenruf schon Recht gehabt. Wenn Sie den Kollegen Haidinger heute - und das war eine Tatsachenentscheidung - zweimal zur Sache rufen, *(Abg. Doris Prohaska: Dreimal unterbrochen!)* dann erwarte ich mir auch, dass Sie das bei Angehörigen Ihres Landtagsklubs tun. Weil wenn, dann sollte man hier objektiv den Vorsitz führen und alle gleichbehandeln. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Stimmt, Bravo!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Klubobmann, das ist Ihre Sichtweise der Dinge und es ist selbstverständlich Ihr Recht sich zur Geschäftsordnung zu melden. Bei einem Dringlichkeitsantrag sehe ich das anders, als bei einem Antrag, wo bei der Berichterstattung die Frau Kollegin, die vor mir den Vorsitz geführt hat, auch klar erklärt, dass General- und Spezialdebatte unter einem geführt werden.

Bei einer General- und Spezialdebatte unter einem ist es dem Abgeordneten in der Regel relativ unbenommen, wie er seinen Redebeitrag anlegt. Nicht so bei einem Dringlichkeitsantrag, dem Dringlichkeit zuerkannt wurde, wo die Dringlichkeit begründet wurde, dort gibt es diesen Passus „General- und Spezialdebatte unter einem“ nicht. Daher habe ich so entschieden wie ich entschieden habe.

Am Wort ist die Frau Abgeordnete Sack. *(Beifall bei der ÖVP)*

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Viel, Frau Kollegin Resetar, haben Sie zur Kinderbildung nicht zu sagen gehabt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Dann haben Sie nicht aufgepasst!)* Aber Sie haben sich hier köstlich amüsiert. Ich habe einen Vorschlag, vielleicht probieren Sie es einmal als Kabarettistin, vielleicht sind Sie dort erfolgreicher. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das Burgenland, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist gemeinsam mit Wien Vorreiter bei der Kinderbetreuung. Diesen Erfolgsweg wollen wir natürlich gerne weitergehen und fortsetzen. Darüber sind wir uns hier im Hohen Haus eigentlich einig, außer dem Herrn Kölly. Aber bei ihm habe ich den Verdacht - jetzt ist er nicht da, - bei ihm habe ich den Verdacht, dass er absolut nicht gewusst hat, um was es da heute geht. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Die derzeit bestehende 15a-Vereinbarung zur Kinderbetreuung war in den vergangenen Jahren ein ganz wesentlicher Hebel zum Ausbau des institutionellen Kinderbildungs- und –betreuungsangebotes. Es hat einen wirklichen Schub und Erhöhung des Betreuungsangebotes gegeben.

Diese Vereinbarung, und das haben Sie haben auch nicht erwähnt, liebe Frau Kollegin Resetar, diese Finanzierung stand jetzt lange auf der Kippe, wäre diese für den Ausbau der Kinderbetreuung so wichtigen Vereinbarungen ersatzlos ausgelaufen. Das war bis gestern noch der Fall wo wir Angst haben mussten, dann hätte es einen Stillstand gegeben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das stimmt ja nicht!)*

Es hätte wahrscheinlich sogar einen Rückschritt gegeben *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das stimmt ja nicht!)* und das Angebot…. Ich erzähle Ihnen jetzt etwas, wenn Sie noch etwas sagen wollen, dann melden Sie sich bitte. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das ist ein Blödsinn!)*

Ich habe noch nie einen Blödsinn geredet! *(Allgemeine Unruhe – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die bekommt jetzt aber einen Ordnungsruf, weil ich jetzt zum Antrag rede. Das kann Sie nicht sagen. Ich habe zum Antrag gesprochen und keinen Blödsinn!

Nochmal, wären diese für den Ausbau der Kinderbetreuung so wichtigen Vereinbarung ersatzlos ausgelaufen, hätte das einen Stillstand, ja vermutlich sogar einen Rückschritt, ich wiederhole das wieder, im Angebot für Kinderbildung und -betreuung bedeutet und das mit dramatischen Konsequenzen.

Zum einen für die Integration, zum anderen für die Entwicklung unserer Kinder, aber auch für die Mütter und die Integration am Arbeitsmarkt und nicht zu vergessen auch für das Einkommen.

Dieses Geld, das vom Bund an die Länder fließt, das dann natürlich in die Gemeinden weiterfließt, dass von Gemeinden und Ländern noch einmal erhöht wird, ist nicht nur sehr wichtig für die Zukunft unserer Kinder, sondern ist auch sehr wichtig für Arbeitsplätze, für die Wirtschaft in unserem Land, aber vor allem auch für die Gemeinden selbst, weil sie ja planen müssen. Denn sie sind es, die vor Ort für die Kinderbetreuungseinrichtungen sorgen und auch dafür verantwortlich sind.

Frau Kollegin Resetar, weil von der zuständigen Ministerin Karmasin nichts gekommen ist, hat sich eine bundesländerübergreifende Front gebildet, die von der Ministerin Taten gefordert hat. Neben dem Burgenland haben sich auch die SPÖ-Familiensprecherinnen aus Salzburg, aus Oberösterreich, aus Niederösterreich, Kärnten und der Steiermark für eine Lösung eingesetzt.

Im Burgenland haben wir zusätzlich noch diesen Antrag eingebracht, um dieses wichtige Anliegen zu unterstreichen. Wir wollten von der zuständigen Ministerin Karmasin endlich Taten sehen.

Die Ministerin Karmasin hat nun endlich, ganz knapp vor der Wahl, nach massivem Druck von der SPÖ und auch von den Gemeinden, einen Antrag für eine Verlängerung der 15a-Vereinbarung „Zu- und Ausbau der Kinderbetreuung“ gestern dem Ministerrat vorgelegt. Erfreulicherweise wurde der im Nationalrat beschlossen.

Die Bundesländer, und das hat der Klubobmann Géza Molnár gesagt, konnten nicht einmal Stellungnahmen einbringen, weil das alles viel zu spät war.

Wir sind sehr froh, dass jetzt diese Finanzierung fortgesetzt wird. Aber in diesem Beschluss fehlen wesentliche Punkte wie zum Beispiel ein bundeseinheitlicher Qualitätsrahmen, sowie das zweite Gratiskindergartenjahr. Diese wurden an die künftige Regierung übertragen.

Diese wichtigen Entscheidungen sind eigentlich auf die lange Bank geschoben worden und das zeigt uns einmal mehr, welch niedrigen Stellenwert die Familien für die ÖVP tatsächlich hat. Was die türkise Partei, sprich Kurz, noch für Maßnahmen, die gegen Familien sprechen vorhat, die möchte ich auch noch sagen.

Ihr habt zwar Eure Farbe gewechselt, aber die Grundwerte sind leider die gleichen geblieben. *(Abg. Markus Ullram: Gott sei Dank!)* Dazu kann ich noch einige Beispiele bringen:

Mich erreichen wöchentlich Anrufe, Nachrichten von besorgten Handelsangestellten, die befürchten, dass zukünftig durch Sonntagsarbeit ihre Lebensqualität, ihre Freizeitqualität nachhaltig verschlechtert wird. Die Verunsicherung der Beschäftigten ist derzeit extrem groß, weil ja der Kurz im ORF-Sommergespräch

angekündigt hat, dass er Sonntagsöffnung im Handel möchte und zwar in Form von Tourismuszonen.

Wie immer er das auch gemeint hat. Wir wissen aber immer, dass… *(Abg. Markus Ullram: Das mit dem Outlet-Center…!)* Wir wollen nicht, dass die aufmachen, Kurz will das, das ist Deine Partei. *(Abg. Markus Ullram: Ihr tretet alle Woche dort auf!)* Im Handel, das wissen wir alle, sind zum Großteil Frauen beschäftigt. Dort sind Alleinerziehende beschäftigt, die haben bereits bestehende lange Öffnungszeiten, weil die haben eh schon bis 21.00 Uhr offen und so weiter. *(Abg. Markus Ullram: Wer hat das genehmigt?)* Auch das Outlet Center. *(Abg. Markus Ullram: Wer hat's genehmigt?)*

Das ist bereits eine große Belastung für die Angestellten und ihre Familien und durch die Sonntagsöffnungen werden die Probleme noch größer. Wie sollen die Frauen irgendwann wirklich Beruf und Familie unter einen Hut bringen? Wie sollen sie das vereinbaren können? Sonntags gibt es keine Kinderbetreuung, und außerdem finde ich diese Öffnung auch unsinnig, die Menschen haben nicht mehr Geld und können daher auch nicht mehr ausgeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Eine Umfrage zeigt, dass 95 Prozent der Handelsangestellten gegen Sonntagsöffnungszeiten sind, und diese Menschen, vor allem diese Frauen, müssen gehört werden.

Wir setzen uns daher weiterhin, nicht so wie der Kurz für, sondern gegen Sonntagsöffnung ein und hoffen, dass an den bestehenden Öffnungszeiten im Interesse der Angestellten nicht gerüttelt wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Markus Ulram: Erste Reihe fußfrei.)*

Ich sage Ihnen noch einmal etwas, Herr Kollege, *(Abg. Markus Ulram: SPÖ-Mandatar. Geht schon.)* statt die Arbeitsbedingungen durch Sonntagsarbeit zu verschlechtern, fordern wir, dass Teilzeitarbeit aufgewertet wird und dass die Angestellten die Überstunden korrekt bezahlt bekommen, das wäre viel wichtiger. Und wir fordern einen Mindestlohn von 1.500 Euro. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Weil ich gerade beim Kritisieren bin, darf ich noch einen Punkt kritisieren, den der Herr Kurz im ÖVP-Wahlprogramm angekündigt hat - und zwar geht es da um den Steuerbonus für jedes Kind unter 18 Jahren. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Hat nur der Kurz ein Programm und der Kern keines?)*

Nachteile gibt es hier, der Kurz hat es vorgestellt, das Kern-Programm ist ja gut, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Prinzessin.)* da kann ich jetzt eine Stunde referieren, wenn Sie wollen, *(Abg. Walter Temmel: Die Prinzessin auf der Erbse.)* aber dort stört mich ja nichts, es stört mich das, was im Kurz-Programm steht.

Da gibt es auch die Nachteile für Alleinerziehende. Da diese weniger verdienen, können sie den Steuerbonus gar nicht abholen.

Vorschlag Kurz: Er will das Geld über die Väter den Frauen zukommen lassen. Wie die Väter den Bonus in der Praxis weitergeben sollen oder die umgekehrte Frage, wie die Frauen dieses Geld bekommen können oder sollen, darüber hat der Herr Kurz nichts gesagt. Das haben wir gefragt und er hat keine Antwort gegeben.

Für mich ist es skandalös, dass diese Gruppe von Menschen einfach ausgeblendet wird. Gerade jene Menschen, die Unterstützung brauchen, sind von dem Steuerbonus nicht betroffen. Ich halte es für sinnvoller, wenn die Familienbeihilfe stärker erhöht wird, da haben alle Familien etwas davon und jedes Kind ist gleich viel wert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und die Einführung der Studiengebühren, da haben wir ja heute schon darüber gesprochen, da hat auch meine Kollegin, die Doris Prohaska, gut darüber gesprochen und auch das zeigt, wie wenig Verständnis die ÖVP für die reale Lebenssituation von Familien hat, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Ihr Zugang ist, Reiche sollen studieren können, Reiche sollen gute Berufe ausüben können, wo sie auch sehr viel Geld verdienen können. Sie wollen natürlich unter sich bleiben, und dafür ist der Herr Kurz der richtige Mann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Zugang zur Politik ist ein ganz anderer. Die SPÖ Burgenland hat schon während der Schüssel-Regierungszeit dafür gesorgt, dass das Burgenland studiengebührenfrei bleibt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Waren die Freiheitlichen auch dabei.)* Wir haben durchgesetzt, dass alle Bildungseinrichtungen - vom Kindergarten bis zur Hochschule - ohne finanzielle Hürden offen stehen. Damit haben wir eine Vorreiterrolle in ganz Österreich übernommen, und diesen Weg wollen wir weitergehen. Daher war es uns auch ein sehr großes Anliegen, dass dieser Bund-Länder-Vertrag verlängert wird.

Das Burgenland ist Spitzenreiter bei der Bildung vom Kleinkind bis zur Fachhochschule, allein zwischen 2006 und 2016 konnten im Burgenland auch dank der 15a-Vereinbarung über 1.600 Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden, das ist auch das Ergebnis der konsequenten Familienpolitik im Burgenland.

Danke, Frau Landesrätin Verena Dunst, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht auf der Kippe steht. Dafür haben wir Sozialdemokratinnen und -demokraten gekämpft. Wir lassen unsere Familien nicht im Regen stehen, wir bleiben dran, und wie der Herr Klubobmann Géza gesagt hat, dieser Antrag bleibt auch für uns aufrecht.

Danke vielmals. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bevor ich die Frau Abgeordnete Mag.a. Regina Petrik zum Rednerpult bitte, erteile ich der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar einen Ordnungsruf, das Wort „Blödsinn“ ist ungebührlich.

Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ich werde aufpassen, welche Worte ich in den Mund nehme.

In der Antragsbegründung ist eine in Arbeit befindliche 15a-Vereinbarung angesprochen worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)* Seid Ihr fertig? In Ordnung. Ich brauche das nicht alles noch einmal aufzählen, in dem Punkt stimme ich mit Herrn Klubobmann Molnár überein, ein immer wieder Hinausschieben von der Überarbeitung und von der neuen Ausarbeitung der 15a-Vereinbarung und von denen man weiß, dass sie auslaufen, ist es höchst unverantwortlich, jetzt hat die Familienministerin Karmasin auf den letzten Metern vor der Wahl noch schnell eine neue 15a-Vereinbarung auf den Tisch gelegt, die irgendwie noch schnell durchgedrückt werden soll. Es ist ja gut, dass jetzt der Reihe nach diese neuen 15a-Vereinbarungen wieder in Gang kommen, aber es kann nicht verdecken, dass im Bereich der Elementarpädagogik die Familienministerin Karmasin viele Baustellen hinterlässt und auch Konkretisierungen von angefangenen Baustellen der nächsten Regierung überlässt. *(Beifall der Abg. Edith Sack)*

Schauen wir uns aber jetzt an, was tatsächlich in der Zielsetzung drinnen steht, in der betreffenden am 6. Juli, wie das erste Mal der Antrag eingebracht wurde für die sogenannte 15a-Vereinbarung. Die Zielsetzung ist, ich zitiere: „Die gegenständliche Vereinbarung ist durch das gemeinsame Bestreben des Bundes und der Länder getragen,

die Betreuungsquote der unter Dreijährigen zu erhöhen, wobei die mit einer Vollbeschäftigung der Eltern zu vereinbarende Kinderbildung und -betreuung besonders zu berücksichtigen ist.“ Ich zitiere noch einen zweiten Punkt: „Für die Drei- bis Sechsjährigen soll zur Beseitigung regionaler Defizite Anreize für die qualifizierte Ganztagsbetreuung, die mit einer Vollbeschäftigung der Eltern vereinbar ist, geschaffen werden.“

Es geht hier also darum, Möglichkeiten zu schaffen, um Ansprüchen gerecht zu werden. Es geht hier nicht um eine ideologische Frage des Familienlebens. Es geht auch nicht um eine psychologische Frage, was für welches Kind gerade das Richtige als Betreuungsmodus ist, sondern es geht darum, dort, wo Bedarf an Kinderbetreuung ist, diese den Eltern bereitzustellen und das in einer Qualität, die den Kindern und deren Entwicklungsmöglichkeiten gerecht wird. Es tut mir jetzt wirklich leid, dass der Kollege Kölly nicht im Raum ist, weil das, was er hier eingebracht hat, ist ein ganz anderer Ansatz.

Er sagt uns - und hier möchte ich wirklich sagen -, einigen Frauen hier in diesem Saal ins Gesicht, dass er das Konzept hat, da steht nicht drinnen, dass man ein Kind irgendwo abgeben kann. Na Gott sei Dank steht in keiner 15a-Vereinbarung drinnen, dass man irgendwo ein Kind abgeben kann. Ich glaube, auch der Kollege Molnár möchte sein Kind nicht im Kindergarten abgeben, sondern man bringt sein Kind in die Betreuung, in die Kinderbildungsanstalt, weil es dort eine gute Zeit verbringt. Niemand von uns will sein Kind abgeben, ich hoffe, der Herr Kölly hat seine Kinder auch nie abgegeben. *(Abg. Manfred Haidinger: Jede Mutter bei uns daheim sagt „abgeben“. Ich weiß nicht. – Abg. Doris Prohaska: Wir nicht. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Herr Kollege Haidinger, ich habe keine Ahnung, was Sie mit Ihren Kindern machen, aber ich nehme an, auch Ihnen ist die - ich glaube, sozusagen was wir bis jetzt geredet haben, nehme ich an, auch Ihnen ist die qualitätsvolle Betreuung Ihrer Kinder wichtig, und Sie würden nicht auf die Idee kommen, Ihr Kind irgendwo abzugeben, um es dann wieder abzuholen, sondern Sie wollen eine qualitätsvolle Betreuung. Das heißt, es ist dringend nötig … *(Abg. Klaudia Friedl: Nein, ich gebe mein Kind auch nicht ab. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Okay, wir haben hier einigen Diskussionsbedarf zwischen verschiedenen Abgeordneten, können wir gerne an anderer Stelle weiterführen.

Es ist dringend notwendig, dass alle Agenden der Elementarpädagogik endlich ins Bildungsministerium wandern, weil nur dort wird einer qualitätsvollen Bearbeitung Folge geleistet. Wir brauchen eine qualitätsvolle Betreuung, wir brauchen gemeinsame Standards, für ganz Österreich die gleichen Standards, deswegen bin ich auch immer wieder dafür, die Zuständigkeiten für die Kindergärten von den Gemeinden sukzessive auf Landesebene zu heben, damit auch hier Vergleichbarkeit gegeben ist, gleiche Standards und nicht die Zwickmühle für die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen zwischen der Versorgung der eigenen Bürgerinnen und Bürger gegenüber Auswärtigen zum Beispiel Entscheidungen zu treffen. Auch hier ist es klug, über Gemeindegrenzen hinaus denken zu dürfen. So gut die Kinderbetreuung vielerorts im Burgenland ist, so haben wir auch noch hier schmerzlich einige Baustellen bei uns und das ist zum Beispiel der Betreuungsschlüssel, gerade bei den unter Dreijährigen, aber auch bei den älteren.

Ich weiß, das ist auch immer eine finanzielle Sache, aber so, wie ich heute schon einmal gesagt habe, alles, was wir politisch entscheiden, ob es ein Infrastrukturprojekt ist oder ein pädagogisches Projekt ist, es ist nun einmal auch eine Frage der Finanzierung, und ich hoffe, viele hier im Saal sind sich einig, dass unsere Kinder etwas wert sein müssen, und dann müssen wir schauen, wie wir das finanzieren können.

Jedenfalls sollte unser Weg auch sein, bei den unter Dreijährigen eine höhere Qualität der Betreuung dadurch zu erreichen, dass wir die PädagogInnen entlasten und den Betreuungsschlüssel erhöhen. Es ist eben ein Unterschied, ob man Kinder wickeln muss, sie öfter in den Arm nehmen muss, sie trösten muss, weil sie noch kleiner sind oder ob sie schon viel selbständiger sind, weil sie schon älter sind. Was keinesfalls passieren darf, ist die Wiederholung so etwas wie wir kürzlich in Graz erlebt haben, wo es einer Pädagogin passiert ist, dass sie Kinder, wie es Gott sei Dank noch weitgehend der Fall ist, einfach sich bewegen lässt, dass die Kinder sich frei bewegen dürfen in einem Turnsaal und nicht sitzen müssen und warten, bis sie dran kommen und an der Hand gehalten werden, sondern die einfach herumtollen dürfen und einem Kind passiert dann etwas dabei und es verletzt sich. So etwas kann passieren, jeder und jede von uns hier im Saal, der oder die eigene Kinder hat, weiß, so etwas passiert schnell. Wenn wir kein eins zu eins Betreuungsverhältnis in Kinderbetreuungseinrichtungen haben, dann wird es nie möglich sein, immer neben jedem Kind zu sein, das sich irgendwohin bewegt.

Was ist passiert? Ich nehme an, den meisten hier im Saal ist es bekannt, der Vater dieses Kindes hat geklagt, in der ersten Instanz wurde das zurückgewiesen, im Landesgericht wurde die Klage abgewiesen, aber beim Oberlandesgericht Graz befand man dann, dass die Betreuerin ihre Aufsichtspflicht verletzt hätte. Sie hätte das Kind nicht alleine rutschen lassen dürfen. Das Urteil: 15.000 Euro Schadenersatz!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! So etwas darf nicht vorkommen. Wir müssen unseren Pädagoginnen und Pädagogen im Land, ob im Burgenland oder woanders in Österreich, die Möglichkeit geben, ihren Kindern im Kindergarten, in der Kinderbetreuung Bewegungsfreiheit zu lassen. Wir können nicht Programme starten, wo wir Kindern möglichst früh schon ganz viele Tablets und andere elektronische Geräte mitgeben und bald ist die einzige Bewegung, die sie noch können, das hier, *(Die Abgeordnete zeigt mit Ihrem Zeigefinger eine Art Fidget Spinner-Bewegung)*, weil alles andere zu gefährlich wäre.

Ich bitte sehr, auch in den Gemeinden dahingehend Stimmung zu machen, dass wir lieber riskieren, dass ein Kind sich auch einmal einen blauen Fleck holt, als dass wir Kinder nicht mehr sich bewegen lassen. Keinesfalls dürfen wir Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Punkt alleine lassen und ihnen vorschreiben, Kinder nur mehr auf Geräte klettern zu lassen, wenn sie persönlich daneben stehen können. Das ist der Tod jeder Bewegungserziehung.

Abschließend möchte ich sagen, natürlich werden wir diesem Antrag zustimmen, und ich möchte noch einmal mit meinem Appell enden: Alle Kinder in Österreich müssen uns gleich viel wert sein. Schaffen wir gemeinsame und gleiche Standards und schauen wir, dass die Elementarpädagogik endlich einmal eine Gesamtreform bekommt und das möglichst in einem Bildungsministerium. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ich bedanke mich für die Wortmeldung, ob jetzt kritisch oder zustimmend. Fakt ist, die burgenländische Kinderbetreuung steht sicher gut da. Wir sind, wie Sie alle die Zahlen und Fakten kennen, Nummer eins bei den Drei- bis Sechsjährigen. Sie dürfen nicht vergessen, 171 kleinere Gemeinden, Kleinstgemeinden, gemeindeübergreifende Kinderförderung, Krippenförderung, das waren alles wichtige Dinge. Aber das Land Burgenland nimmt auch sehr viel Geld in die Hand, das ist das Geld der Menschen, das sind Steuermittel.

Ich glaube, für die Kinderbetreuung sind sie bestens eingesetzt, das können wir mit gutem Gewissen der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler auch sagen. 22 Millionen Euro Budget stehen aus dem Personal- beziehungsweise Ausbaubudget seitens des Herrn Landeshauptmannes zur Verfügung. 4,5 Millionen auch noch aus dem Familienbudget. Ganz wichtig - ein herzliches Dankeschön nicht nur an die Pädagoginnen und Pädagogen, vor allem auch an die Gemeinden. Ich gebe allen Rednerinnen und Rednern recht, wenn sie sagen, dass das eine Hochleistung ist. Ja, das ist wirklich sehr bedankenswert, und ich möchte das auch an die Gemeindevertreter und -vertreterinnen, die hier sind, aber auch draußen, weitergeben.

Ich möchte aber ganz klar auch sagen, Kinderbetreuung und Kinderbildung - und das gehört beides genau zusammen - sind gut, sind wichtig, die überhaupt erste Möglichkeit von Arbeitsplätzen für Väter und Mütter nachhaltig zu schaffen, weil ohne Kinderbetreuung, Kinderbildung geht das gar nicht. Dass man in die Zukunft natürlich investiert, indem man Kinder gut bildet und begleitet, wissen wir auch alle.

Ich sage aber auch gleich dazu, dass wir nicht stehen bleiben dürfen. Leicht könnten wir sagen, alle anderen Bundesländer überholt, zweiter Platz Kinderkrippe, ganz österreichweit und das im kleinstrukturierten Burgenland. Nein! Ich sage ganz klar, wir werden einen Schritt weiter gehen, ich werde das 2018 vertiefend angehen, ich habe diese Woche die Plattform wieder einmal einberufen, die Plattform der Alleinerziehenden. Wir haben 10.300 alleinerziehende Väter und Mütter, 8.500 Mütter, schon die Zahl steigend an alleinerziehenden Vätern, und natürlich kommt heraus, dass wir hier eine flexible Kinderbetreuung, da müssen wir weiterarbeiten, und ich bedanke mich jetzt schon, wenn Sie diese Initiativen auch unterstützen. Ganz wichtig, die Tagesmütter. Frau Abgeordnete und Bürgermeisterin Salamon, Du machst ehrenamtlich die Vorsitzende. Vielen Dank, nicht wegzudenken, wichtig.

Das Dritte, lassen Sie mich zur 15a-Vereinbarung noch zwei abschließende Sätze sagen. Die letzte 15a-Vereinbarung habe ich teilweise und zum Großteil selbst mitverhandelt. Sieben Runden waren notwendig. Sie sind notwendig, um mit den Ländern zu reden. Und das, was da passiert ist, ist wirklich nur ein Husch-Pfusch, weil man sich gefürchtet hat, dass sich der Wähler am 15. Oktober dann dementsprechend auch verhalten wird. Weil man nicht einmal sicher ist und hier Kinder, Eltern, Gemeinden, Pädagoginnen und Pädagogen im Regen stehen lässt.

Das, was da passiert ist, also wirklich ein Husch-Pfusch, wir haben keine Sicherheit, und die haben wir als Länder so wichtig herausverhandelt, ab Sommer, Herbst, Kindergartenjahr 2018/2019 wissen wir nicht, wie es weitergeht.

Da geht es vor allem um den Ausbau der Kinderkrippen, da geht es vor allem auch um die Ausweitung der Kindergartenplätze insgesamt, aber auch um die Qualität, die ist vorher schon gesagt worden, und ich kann mich bei den Frau Abgeordneten Sack und Petrik nur bedanken, dass sie auf das hingewiesen haben. Da müssen wir dranbleiben. Nach der Wahl, am 15. Oktober, muss das der nächste Schritt sein. Das können wir, wie gesagt, Eltern, Gemeinden, Kindern und Pädagoginnen und Pädagogen nicht antun, und das ist wirklich, und an dieser Stelle zitiere ich Sie, Frau Abgeordnete Petrik, wirklich verantwortungslos.

In dem Sinne, in Ordnung, erster Schritt geschehen, aber so kann es nicht stehen bleiben, und ich bitte den Landtag um Unterstützung nach dem 15. Oktober. Es muss ein Schritt weitergegangen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Sicherstellung der Kinderbildung und -betreuung ist somit einstimmig gefasst.

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1018) betreffend die Sicherstellung der Finanzierung der Pflegeregressabschaffung durch den Bund (Zahl 21 - 718) (Beilage 1037)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1018, betreffend die Sicherstellung der Finanzierung der Pflegeregressabschaffung durch den Bund, Zahl 21 - 718, Beilage 1037.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherstellung der Finanzierung der Pflegeregressabschaffung durch den Bund in Ihrer 14. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherstellung der Finanzierung der Pflegeregressabschaffung durch den Bund die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt wurde schon geführt. Die Frau Abgeordnete Frau Mag.a Regina Petrik hat angekündigt, dass Sie zu diesem Tagesordnungspunkt aber einen Abänderungsantrag einbringen möchte.

Ich bitte um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! Ich muss jetzt doch noch kurz replizieren auf die vorherige Debatte über den Pflegeregress, weil da kann ich nicht alles ganz unkommentiert lassen. Zum einen zur ÖVP, die gegen den Vorschlag ist, hier auch eine Erbschaftssteuer einzuführen, weil - und ich finde die Begründung interessant -, weil sie die Hüterin oder der Kollege selber hat es als der Hüter, die ÖVP ist der Hüter immer von irgendetwas oder irgendjemandem. Zum Beispiel der Hüter der Fleißigen, also auch für mich, weil ich glaube, ich bin recht fleißig, fühle mich aber von Ihnen nicht sehr gut behütet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir machen es trotzdem.)*

Im heutigen Fall haben Sie uns Klarheit gebracht, dafür sage ich ein Dankeschön. Sie haben uns Klarheit darüber gebracht, wessen Hüter Sie sein wollen, nämlich der Hüter jener reichsten zehn Prozent, die mit unserem Modell der Erbschaftssteuer angesprochen und betroffen wären. Also nicht die 90 Prozent, sondern die zehn Prozent, aber das nehme ich gerne auf mich, dass wir eher für die 90 Prozent schauen und Sie auf die reichsten zehn Prozent.

Eine andere Klarstellung zum Herrn Kollegen Haidinger. Sie sprechen immer wieder, das ist uns ja jetzt nicht ganz neu, wenn es um Erbschaftssteuer geht, von doppelter Besteuerung. Weil ich schon irgendwann einmal in meinem Leben für irgendetwas Steuern gezahlt habe, jetzt habe ich was, und wenn das dann jemandem vererbt wird, der dafür ja keine Leistung erbracht hat, und der dann dafür Steuern zahlen soll, dann sagen Sie, man soll nicht doppelt besteuert werden.

Nur dieser Gedankengang ist jetzt nicht sehr logisch, weil wenn ich mir zum Beispiel da im Buffet einen Kaffee kaufe, dann wurde beim Einkauf des Kaffees ja auch schon Steuer gezahlt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kriegt man wieder zurück. Braucht nur den Vorsteuerabzug machen.)* und wenn ich jetzt den Kaffee in einer verarbeiteten Form zu mir nehme, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt überhaupt nicht. Das ist falsch. Die haben einen Vorsteuerabzug. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* dann muss ich dort auch wieder Steuer zahlen von einem Gehalt, für das ich auch schon Steuer gezahlt habe.

Also wir haben viele Vorgänge in unserem Alltagsleben, wo wir etwas tun, wo für wen einer Dienstleistung, wofür bei einem allgemeinen Geschäft, bei einem Vertrag oder sonst etwas, Steuern zahlen, *(Abg. Manfred Haidinger: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich.)* obwohl wir schon einmal anders Steuern gezahlt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt nicht. Die haben einen Vorsteuerabzug beim Kaffee. Das ist doch logisch.)*

Der Kollege Haidinger sagt jetzt, die GRÜNEN, oder wer halt auch immer diesem Vorschlag hier etwas abgewinnen kann, wäre für eine Spaltung der Gesellschaft. Ich finde diese Formulierung sehr interessant. Wie gesagt, es geht um die 90 Prozent auf der einen Seite und die zehn Prozent der Reichsten auf der anderen Seite.

Wenn Sie meinen, wir spalten hier, dann nehme ich das auf mich. Wir wollen also wirklich jetzt nicht unbedingt die Politik machen, die jetzt diesen zehn Prozent der Reichsten zuträglich ist. Damit kann ich leben. Was ich allerdings, und das muss ich schon sagen, sehr bedenklich finde, wenn ich als Abgeordnete hier sachliche Kritik äußere, an - sagen wir - Konzepten oder Äußerungen der FPÖ, dann kommen Sie sehr schnell hierher und fangen an, irgendetwas mit Verhetzung oder sowas zu sagen.

Jetzt sage ich Ihnen etwas. Ich lasse mir von der FPÖ hier sicher nicht vorwerfen, dass ich irgendwie hetzerisch tätig werde, wenn ich sachliche Argumente vorbringe. Weil wenn ich mir anschaue, welche Personen bei Ihnen auf Gemeinderatslisten stehen, die zum Teil strafrechtlich verurteilt sind, von denen man sich Facebook-Postings anschauen kann, schauen Sie mal dort hinein, Herr Kollege Kovacs, da werden Sie auch schockiert sein, was man da zum Teil sieht. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP – Abg. Günter Kovacs: Dann machen Sie das Gleiche bei der ÖVP.)* Von Kandidaten auf Gemeinderatslisten der FPÖ, ich rede da jetzt in diese Richtung.

Sie haben auch, nein, der Kollege Molnár hat auch einen Fall aufgedeckt von jemandem auf der Gemeinderatsliste der ÖVP, ich weiß, die SPÖ-Kolleginnen und Kollegen in diesem Raum sind immer sehr bedacht darauf, wenn ich bei der ÖVP

jemanden kritisiere, muss ich bei der FPÖ auch jemanden kritisieren und umgekehrt auch. *(Abg. Manfred Haidinger: Zur Sache, Herr Präsident!)*

Also, ich bitte Sie, sehr genau zu schauen, was Sie als Verhetzung ansehen und was Sie als sachlichen Beitrag vielleicht einer harten Auseinandersetzung sehen. Aber da besteht doch ein großer Unterschied. Schauen wir uns auch nur an, wie mit Facebook-Postings umgegangen wird, wie mit Kommentaren umgegangen wird, *(Abg. Manfred Kölly: Setzt Euch zusammen Ihr zwei!)* dazu gibt es sogar Untersuchungen. Nach der letzten Fernsehkonfrontation zwischen Hofer und Lunacek, auf welcher Seite verhetzerische Kommentare schnell gelöscht wurden. Das war bei den GRÜNEN so, das ist bei uns ganz klar, wir überprüfen das immer sofort, und wenn nach einer Fernsehdiskussion hier Hetzerisches und Herabwürdigendes auch über andere Leute gesagt wird, wird das sofort gelöscht. Ich würde die FPÖ bitten, hier auch so schnell zu sein, bevor Sie andere Verhetzung vorwirft.

Nun möchte ich aber noch den Kollegen Klubobmann Hergovich zitieren, *(Abg. Manfred Kölly: Also ich gehe jetzt.)* der vorhin gesagt hat, in Richtung ÖVP diesmal, wenn es Ihnen wirklich um die Sache geht, dann können Sie diesem Abänderungsantrag zustimmen.

Ich nehme an, das wird auch die SPÖ bei diesem Abänderungsantrag zur Erbschaftssteuer, in dem Fall einer Erbschaftssteuer zur Finanzierung der Abschaffung des Pflegeregresses so sehen.

Darf ich auf die Verlesung des gesamten Antrags verzichten? Er ist allen Fraktionen zugegangen. Ich lese nur die Beschlussformel vor:

„Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, auf Bundesebene eine Erbschafts- und Schenkungssteuer einzuführen und aus deren Aufkommen den Ländern den Mehraufwand durch die Abschaffung des Pflegeregresses zu ersetzen.“ *(Die Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir so überreichte Abänderungsantrag ist nicht gehörig unterstützt. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Antrag hat die notwendige Unterstützung nicht erfahren, sodass er in die Verhandlungen nicht mit einbezogen wird.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Sicherstellung der Finanzierung der Pflegeregressabschaffung durch den Bund ist somit einstimmig gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Umweltausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1014) betreffend Umsetzung Klimaschutzmaßnahmen (Zahl 21 - 714) (Beilage 1038)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich ersuche die Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon um die Berichterstattung zum 11. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Umweltausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1014, betreffend Klimaschutz, Zahl 21 - 714, Beilage 1038.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Frau Berichterstatterin, ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Danke schön. Der Umweltausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung Klimaschutzmaßnahmen in Ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, beraten.

Ich habe einen Abänderungsantrag eingebracht, der mehrheitlich angenommen wurde.

Der Umweltausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung Klimaschutzmaßnahmen unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident! Dringliche Anträge, eigentlich wäre das notwendig, das zu einem dringlichen Antrag zu machen. Ich glaube, es ist langsam allen klar, dass weltweit gesehen, aber auch lokal gesehen, der Klimawandel, die Klimakatastrophe eine der größten Herausforderungen ist, vor der die Bevölkerung dieses blauen Planeten jemals gestanden ist. Wir haben mit dem Jahr 2016 das wärmste Jahr seit Beginn der Messungen gehabt. Beginn der Messung war vor 140 Jahren. 2016 ist damit nach 2014, 2015, das nächste Rekordjahr in Folge. Auch die meisten anderen wärmsten Jahre in dieser 140-jährigen Geschichte fallen fast alle auf die Jahre 2000. Gleichzeitig war das Jahr 2016 nicht nur das wärmste, sondern auch das mit dem höchsten Stand des Meeresspiegels, mit dem raschesten Anstieg an CO_2-Emissionen. Ich glaube, es ist allen klar, dass wenn der Meeresspiegel steigt, was das für Auswirkungen hat für Länder, für Inseln, die sehr nahe am Meer gebaut sind.

Es gibt weltweit, ich glaube, gerade einmal eine Handvoll WissenschaftlerInnen, sogenannte, die Zweifel daran hegen, dass der Mensch den Großteil dieser Erderwärmung verursacht beziehungsweise mitverursacht. Laut dem Klimaschutzbericht des Umweltbundesamtes von heuer sind die Treibhausgas-Emissionen österreichweit 2015, im Vergleich zum Jahr davor, um 3,2 Prozent gestiegen. Wir haben uns eigentlich dazu verpflichtet, dass wir diese senken.

Hauptverantwortlich für die Zunahme war der Energiebereich, ein höherer Heizbedarf, natürlich auch aufgrund des kalten Winters, aber ganz maßgeblich auch der Verkehr. Die Chefin des Sonnblickobservatoriums auf 3.000 m Seehöhe sagte, im Standardinterview: Die Bewuchsgrenze wandert von Jahr zu Jahr nach oben. Insekten

erreichen immer größere Höhen. Es geht alles rapide in eine Richtung. Das Jahr 2017 war besonders heiß. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In Österreich haben wir, das habe ich hier schon öfter erwähnt, den doppelten Temperaturanstieg wie weltweit im Moment. Statt ein Prozent global haben wir in Österreich bereits zwei Prozent. Es gibt, Gott sei Dank, positive Schritte in Österreich, aber auch im Burgenland. Die Wind- oder insgesamt die Energieproduktion sei hier erwähnt, dass ist das große Plus. Leider gibt es ein großes Minus.

Diese positiven Schritte werden eigentlich durch Versäumnisse und völlig Fehlentscheidungen in anderen Bereichen konterkariert beziehungsweise zunichte gemacht. Das betrifft vor allem den Verkehr und die Mobilität im Burgenland, wie in Österreich, als auch die Bodenversiegelung, die teilweise ja auch wieder durch den Straßenbau passiert. Das bedeutet, mit jeder Straßen mehr CO2 Ausstoß, mehr Versiegelung mit jedem Shopping-Center, mit jedem Fachmarktzentrum mehr Bodenversiegelung und dadurch eine Erhöhung der Bodenversiegelung und der Klimakatastrophe. Manche Länder, manche Staaten haben schon begriffen was das heißt und haben die Reißleine gezogen. In Salzburg hat dank der Grünen Landesrätin Rössler unter anderem die Raumordnung komplett umgekrempelt. Dort ist es so gut wie nicht mehr möglich, Einkaufszentren auf grüner Wiese zu bauen. Supermärkte abseits von den Orten zu bauen.

Dadurch wird die Bodenversiegelung massiv reduziert. Dass sich Österreich und damit auch das Burgenland schon vor Jahren dazu verpflichtet hat, die Bodenversiegelung zu reduzieren habe ich hier auch schon oft gesagt. Es geschieht eigentlich genau das Gegenteil.

Auch die nach wie vor vorhandene Bevorzugung der Dieseltreibstoffe ist kontraproduktiv. Statt verbilligtem Diesel anzubieten sollte man lieber mehr E-Tankstellen errichten. Es geht zwar voran, aber zu langsam. Wir müssen damit rechnen, dass in den nächsten Jahren viel mehr Menschen auf E-Autos umsteigen werden. Wir sind jetzt bereits Spitzenreiter für dieses Jahr, denn europaweit steigen in Österreich die meisten Menschen auf E-Mobilität um. Im Raum Güssing/Jennersdorf zum Beispiel steht keine einzige Schnellladestation.

Auch in der Landwirtschaft, wir haben heute den Biolandbau schon besprochen, tut sich zwar ein bisschen etwas, heuer sind sehr viele Betriebe umgestiegen. Das kann aber damit zusammenhängen, dass gerade heuer die letzte Möglichkeit ist, eine Förderung für die Umstellung zu bekommen. Das wird es nächstes Jahr leider nicht mehr geben.

Der Biolandbau verursacht 50 Prozent weniger Kohlendioxid, 80 Prozent weniger Methan und 99 Prozent weniger Lachgas wie die vergleichbare konventionelle Landwirtschaft. Alle drei Gase sind natürlich extreme Treibhausgase.

Was das Burgenland schon bewiesen hat ist - Klimaschutz schafft Arbeitsplätze. Gerade durch den Ausbau der Windkraftanlagen und auch durch den Betrieb sind massiv Arbeitsplätze geschaffen worden. Wir haben vor kurzem, Gott sei Dank, noch die Novelle des Ökostromgesetzes beschlossen. Die Christiane Brunner war ja hier sehr maßgeblich beteiligt. Das heißt, viel Wertschöpfung gerade im Burgenland. Viele Arbeitskräfte dadurch. Neue Photovoltaikanlagen, hier hätte das Burgenland wirklich sehr gute Voraussetzungen, um hier noch wesentlich mehr zu machen. Auf Bundes-, wie auch auf Landesebene fehlt allerdingst eine ambitionierte Klimastrategie. Auf Bundesebene gibt es zurzeit überhaupt nichts, obwohl natürlich auch das Land Österreich dem Pariser Klimaabkommen beigetreten ist und das auch im Parlament ratifiziert hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der rasche Ausstieg aus fossilen Energieträgern wäre dringend nötig. Der Abänderungsantrag der ÖVP geht da leider nur auf Kohle und Öl ein. Wir müssen auch Gas hier mitreinnehmen. Es wäre dringendst gefordert, auch den Gasausstieg zumindest einmal vorzubereiten, zu überlegen, wie machen wir das langfristig? Es gibt gerade im Burgenland sehr viele Menschen, die mit Gas heizen. Wir haben uns verpflichtet, da auszusteigen. Passieren tut, zumindest offiziell nichts, vielleicht im Geheimen.

Die Energiewende erspart, zum Beispiel, jetzt in Oberösterreich, wo sehr viel passiert ist, in der Zeit wo es eine schwarz-grüne Regierung gab, eine Milliarde Euro pro Jahr an Kosten für einen Import fossiler Energieträger. Acht Millionen Tonnen CO2 Emissionen pro Jahr. Dort hat man massiv in erneuerbare Energie investiert. Dort haben sich massiv Betriebe angesiedelt und sind inzwischen ganz stark was zum Beispiel Brennwertkessel angeht, mit einem sehr hohen Exportanteil. In Oberösterreich werden 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewonnen.

Es gibt auch ein besonders Projekt, das sich Sonnenschulen nennt. Fast die Hälfte aller oberösterreichischen Pflichtschulen hat auf ihrem Dach bereits eine Photovoltaikanlage. Natürlich wird das auch in den Unterricht eingebaut. Die Nutzung der Sonnenergie wird im Unterricht vermittelt und das kann natürlich noch besser geschehen, wenn man selber so eine Anlage auf dem Dach hat.

Ich habe es schon gesagt, die Energiewende ist in Oberösterreich ein ganz starker Antreiber für den Ausbau von Grünenjobs gewesen. Oberösterreich ist da führend. Wichtige Bereiche der grünen Technologien sind in Oberösterreich weltweit Technologieführer, vor allem was die Biokesselproduzenten angeht.

Was auch noch passiert ist - die Luft ist viel besser geworden. Jeder kennt wahrscheinlich die Geschichte, wie schlecht die Luft in Linz ist. Hier hat man durch Maßnahmen, eben auch die vorher genannten, eine massive Verringerung der Schadstoffbelastung erreicht. Das 2005 geschürte 30-Punkte-Programm gegen Feinstaub erhielt als größte Einzelreduktionsmaßnahme das Staubminderungsprogramm der Voest Alpine Linz eine Auszeichnung ist 2007 erfolgreich umgesetzt worden. So sieht Grüne Politik aus.

Was passiert jetzt in Oberösterreich? Jetzt gibt es eine schwarz-blaue Regierung. Zitat Haimbuchner, FPÖ-Chef in Oberösterreich: „Klimaschutzauflagen seien ein Wahnsinn. Ihm gehe das so auf den Keks, das halte ich nicht mehr aus“, schreibt der Standard. Durch den Lobbyismus von jenen, die die Welt retten wollen, werde es zu einer Endindustrialisierung der Welt und Oberösterreichs kommen.

Nebenbei hat der Herr Haimbuchner macht, der in Oberösterreich leider auch Wohnbaulandesrat ist, praktisch alle Förderungen für Häuselbauer, was erneuerbare Energie betrifft, gestrichen. Der Ausbau der Windkraft ist praktisch gestoppt worden. Einmal mehr zeigt sich, wo die FPÖ wütet, bleibt ein Scherbenhaufen. Die FPÖ ist aber nur das Extrembeispiel. Selbst, wenn man den Worten von der Landesrätin Eisenkopf, die jetzt leider nicht da ist, folgen wird, spricht sie beim Klimaschutz von so viel, wie verträglich ist. Solche Überlegungen hätte wir uns vor 50 Jahren erlauben können. Jetzt ist es zu spät. Was heißt so viel, wie verträglich ist?

Ich habe gerade am Beispiel Oberösterreich gezeigt, welche positiven Effekte, das sind in ganz anderen Bereichen hat, Schadstoffe zum Beispiel. Das heißt, es ist dringend notwendig. Eigentlich brauchen wir uns die Frage auch gar nicht stellen. Leider sehen wir die Antwort, denn der Klimaschutz ist im Regierungsprogramm der rot-blauen Regierung im Burgenland nicht enthalten. So ist es auch bei den Aktionen, die im Burgenland

gemacht werden. Es ist ein Randthema. Das merkt man auch jetzt, denn es ist eigentlich kaum wo vorhanden, obwohl das Thema wirklich unter den Nägeln brennt.

Zwei Beispiele, was schon passiert, um allein die Hitzebelastung der Großstädte zu reduzieren. In Los Angeles werden bereits Straßen und Gehwege weiß gestrichen, damit die Sonne stärker reflektiert und im Sommer die Erhitzung der Städte nicht so stark ist. In Wien wird überlegt, dass man vor allem bei Neubauten die Dächer nicht mehr rot oder dunkel macht, sondern weiß oder sehr helle Farben verwendet. Auch damit man hier die Hitze nicht so extrem im Sommer spürt. Diese Probleme werden uns in den nächsten Jahren - gerade in den Städten - sehr große Probleme bereiten, weil sie vor allem für ältere Menschen und für kranke Menschen natürlich eine noch extremere Belastung sind, wie ohnehin schon für Normalsterbliche.

Was würde es brauchen? Erstens kein Steuergeld mehr für Kohle, für Öl und für fossiles Gas, aber auch den Abbau von Subventionen für fossile Energie. Ein Subventionsstopp dafür, aber dafür für mehr erneuerbare Energie. Frei gewordene Mittel sollen dann gleich in die Sanierung von Gebäuden gesteckt werden.

Zweitens KlimaFair - CO2 muss eine wirklichen Preis haben. Wir wollen, dass die Arbeitsplätze, die Steuern reduziert werden, und dafür CO2 belastende Produkte stärker besteuert werden. Das Ganze soll aufkommensneutral passieren, so dass es zu einer Steuerung und einer Regelung kommt, dass mehr in die Arbeitsplätze im Arbeitsplatzsektor investiert werden kann und weniger in CO2 schädliche Maßnahmen, Produkte oder ähnliches. Wir brauchen eine Sanierungsoffensive und einen Umstieg auf erneuerbare Energie. In Gebäuden gibt es nach wie vor viele Öl- und Gasgeheizte Wohnungen und Häuser. Hier ist ein Umstieg dringend notwendig. Notwendig wäre unserer Meinung nach auch eine Solarpflicht für Neubauten. Vor allem im Genossenschaftsbau. Raus aus dem Öl und dem Gas habe ich schon gesagt.

Natürlich auch eine klimafreundliche Mobilität für alle. Wir haben nach wie vor das Problem, ich habe das eingangs erwähnt, dass wir eigentlich durch Maßnahmen neue Straßen, neue Einkaufszentren & Co mehr Verkehr schaffen. Genau das umgekehrte wäre notwendig. Es gehört endlich ein Stopp von Einkaufszentren und Supermärkten außerhalb von den Dörfern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wäre notwendig, so, wie wir es in Wien, Tirol und Vorarlberg bereits geschafft haben, günstigste Jahrestickets anzubieten, denn letztendlich wird öffentlicher Verkehr erst wirklich interessant, wenn er günstig ist. Natürlich ist auch der Ausbau von Radwegen notwendig. Auch bei den Buswartehäuschen beziehungsweise bei den Busstationen wären gescheite Radabstellplätze notwendig. Im Moment ist das eigentlich leider die Ausnahme und nicht die Regel. Eine Weiterentwicklung der Ökostromfinanzierung wäre auch sinnvoll. Das heißt, das Ökostromgesetz haben wir zwar jetzt novelliert, das war aber schon vor drei Jahren geplant. Jetzt heißt es Ökostromgesetz komplett neu. Spätestens jetzt nach der Wahl gehört damit sofort angefangen, so dass wir 100 Prozent Ökostrom bis 2030 schaffen können.

Das wäre auch deswegen wichtig, weil wir damit die Wertschöpfung in Österreich halten können und nicht so viel zukaufen müssten, so, wie das in den letzten beiden Jahren beim Strom leider sehr stark der Fall war. Es braucht mehr Bürgerinnensolarkraftwerke. Im Moment ist es so, dass man eigentlich, wenn man Geld auf das Konto legt, weniger Zinsen bekommt, als wie wenn man sich bei so einem Bürgerinnensolarkraftwerk mitmacht und sein Geld dort anlegt. Noch dazu hat das natürlich diesen positiven Effekt der CO2 Einsparung.

Was braucht es konkret für das Burgenland? Es bräuchte ein Klimapaket. Eine Biooffensive, wir haben es vor kurzem gefordert, Umstieg von Großküchen auf Bio. Es braucht das 365 Euroticket und eines massiven Ausbau der Öffis. Eine Änderung der Raumordnung in Anlehnung an das Salzburger Gesetz. Eine Etablierung der Umweltberatung im Burgenland mit einer Stromsparberatungsoffensive. Das, was in Niederösterreich sehr gut funktioniert, gehört auch im Burgenland umgesetzt, damit der Klimaschutz praktisch in jeden Haushalt kommt.

Interessant wäre auch zu überlegen, so, wie es in Oberösterreich passiert ist, den sogenannten Fleischfreitag einzuführen. Es geht dabei nicht darum, alle zu Vegetariern oder Veganern zu machen, aber klar zu machen, dass wir nach wie vor einen zu hohen Fleischanteil in unserer Ernährung haben und das man sehr gute Gerichte auch fleischfrei zubereiten kann. Die Sanierungsoffensive im Wohnbau habe ich bereits genannt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf landeseigenen Bauten, Schulen und ähnliches. Was in Burgenland nach wie vor komplett fehlt, ist eine Förderung von ökologischen Dämmstoffen. Das gibt es in allen Bundesländern, nur im Burgenland nicht.

Verpflichtende Rasengittersteine für Parkplätze, ich habe das hier schon mehrfach erwähnt, wären notwendig. Wir dürfen vor allem keine Großparkplätze mehr flächendeckend versiegeln. Hier gehören Böden geschaffen, die Wasser aufnehmen können und die letztendlich auch einen Austausch mit dem Erdboden ermöglichen und nicht durch Beton und Asphalt die Hitze speichern und noch mehr zu den Hitzetagen beitragen. Weg von Öl und Gas habe ich bereits gesagt und was ganz wichtig ist, wir haben zwar in allen Gemeinden verpflichtend Umweltgemeinderätinnen und Gemeinderäte, die wir jetzt wieder neu wählen werden beziehungsweise die Gemeinderäte, aber da fehlt es leider teilweise an Knowhow.

Ich war bis jetzt zweimal, glaube ich, bei einer Fortbildung seit dem ich Umweltgemeinderat bin über den Umweltanwalt. Das ist zu wenig. Wir müssen die UmweltgemeinderätInnen zu echten Klima- und Energiecoachs ausbilden, so dass wir Ansprechpartner in jeder Gemeinde vom Norden bis in den Süden haben, wo sich die Menschen mit ihren Fragen und Anliegen, um Klimaschutz auch daheim zu machen, hinwenden können.

Der Abänderungsantrag der Regierungsparteien ist der Beweis, dass das Thema leider offensichtlich noch nicht sehr ernst genommen wird. Wenn ich mir den anschaue, dann steht da: Im Bereich der Mobilität setzt das Burgenland beispielsweise auf leistungsfähige Angebote im motorisierten Individualverkehr und auch im öffentlichen Verkehr und genau das ist das Problem.

Wir setzen vor allem hauptsächlich auf den mobilisierten Individualverkehr. Genau das ist das Problem, genau das Gegenteil wäre nämlich notwendig. Wir stimmen natürlich gegen diesen Abänderungsantrag, weil er so wie viele Abänderungsanträge einmal mehr nur festschreibt, was ohnehin schon ist. Das können wir uns gerade beim Klimaschutz einfach nicht erlauben. Es ist fahrlässig und eigentlich unverantwortlich so weiterzutun. Bei aller Begeisterung über die Windräder darf man nicht vergessen, dass das einfach nicht reichen wird und es kann niemand mehr sagen wir haben das nicht gewusst.

Es gibt genug Informationen, ich kann Ihnen auch, wir haben leider nicht die Möglichkeit, ich kann sie nur bitten und ersuchen vielleicht auch eine Enquete mit Helga Kromb-Kolb anzudenken, die als die Klimaexpertin in Österreich gilt und am Klimabericht in Österreich mitgeschrieben hat. Ich glaube, es wäre längst an der Zeit, hier dringliche Anträge einzubringen und hier Maßnahmen zu setzen. Wie gesagt, es geht hier nicht darum, das Klima zu schützen, sondern wir können hier in einem Zug Arbeitsplätze

schaffen, Wertschöpfung nach Österreich holen, wir können die Luft verbessern. Es ist also eine Win-win-situation.

Selbst Parteien, wie die der FPÖ, wollen nach wie vor nicht glauben, dass die Klimakatastrophen von Menschen gemacht sind. Ich glaube, es gibt genug Argumente, dennoch hier mitzumachen und dieses Klimapaket endlich anzudenken, zu diskutieren und letztlich zu verabschieden. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Karin Stampfl das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Gegenstand dieser Debatte ist der Klimaschutz. Ich glaube, es steht nicht zur Diskussion, dass wir uns alle Gedanken über den Klimaschutz beziehungsweise den Klimawandel machen. Wir alle wissen, dass schnellstmöglicher Handlungsbedarf besteht. Da komme ich gleich zur Frau Kollegin Petrik. Sie haben sich in Ihrem ursprünglichen Antrag selbst widersprochen. Sie sagen, dass es im Burgenland an konkreten Maßnahmen und Umsetzungen im Bereich des Klimaschutzes fehle. im darauffolgenden Satz führen Sie an, dass es gute Initiativen im Burgenland gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Burgenland ist eines der Vorzeigebundesländer im Bereich Klimaschutz. Im Burgenland werden, zum Beispiel, Alternativenergieanlagen und Anlagen zur Einsparung von Energie und anderen elementaren Ressourcen mit 30 Prozent der anfallenden Kosten gefördert. Hier handelt es sich, zum Beispiel, um Wärmepumpen und thermische Solaranlagen, Heizungswärmepumpen, Biomassezentralheizungen, Fernwärme-anschlüsse und mechanisch kontrollierte Wohnraumlüftungen. Obwohl die Sanierungsrate österreichweit sinkend ist, hat die Burgenländische Landesregierung, also SPÖ und FPÖ, rasch reagiert und den Handwerkerbonus ins Leben gerufen, um die Sanierung von Wohngebäuden wieder anzukurbeln. Diese Entscheidung war richtig und zu 100 Prozent zielführend.

Zum Klimaschutz gibt es aber auch im privaten Bereich viele Initiativen. Informationskampagnen, wie Filmvorführungen in Diskussionsveranstaltungen, Presseaussendungen, sowie sämtliche Aktivitäten im Rahmen der Bewusstseinsbildung zur nachhaltigen Entwicklung wie beispielsweise die europäische Mobilitätswoche, der Nachhaltigkeitspreis und die Aktionstage „Nachhaltigkeit“.

Das sind aber nicht alle Beispiele, die beweisen, dass sich im Burgenland sehr wohl einiges im Bereich Klimaschutz tut. Man sollte sich eben erst einmal schlau machen, bevor man irgendwelche Geschichten in die Welt setzt, um etwas Aufmerksamkeit zu haben. *(Beifall bei der FPÖ)*Aber, irgendwie verstehe ich Sie auch Frau Kollegin, denn wenn eine Regierung gute Arbeit leistet und eigentlich keine Angriffsfläche bietet, dann muss man halt Geschichten in die Welt setzen.

Wir, also SPÖ und FPÖ, geben auf Landesebene alles, doch sind wir nur bis zu einem gewissen Grad in der Lage, zu handeln. ÖVP-Minister Rupprechter kündigte an, dass, unter anderem, der Strom bis 2030 zu 100 Prozent aus erneuerbarer Energie erzeugt werden könnte und in Österreich vermehrt in Klimaschutz und in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert wird. Bis dato hat sich einmal wieder nichts getan. Groß ankündigen und nichts einhalten. Wir begrüßen den Ausbau und die Forcierung erneuerbarer Energien. Derzeit sind wir auf Bundesebene aber meilenweit davon entfernt.

Mit Ausnahme von heißer Luft kommt von den zuständigen Ministerien nichts. Die Ökostromnovelle, welche vom Bund beschlossen wurde, reicht bei weitem nicht aus. Da komme ich schon zum nächsten ÖVP Minister, und zwar zu Herrn Minister Mahrer. Dieser hat nämlich sogar noch die Förderungen gekürzt! Wenn hier vernünftige Fördersätze und eine vernünftige Förderdauer vorgesehen wären, könnte investiert werden und es müssten keine Arbeitsplätze abgebaut werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Gegenteil. Gerade jetzt gibt es ein aktuelles trauriges Beispiel, nämlich, die Firma Enercon - und dann kommt heute noch ein Abänderungstrag der ÖVP in dem etwas gefordert wird. Richtig, wieder einmal nur mehr Geld. Als die ÖVP selbst in der Regierung war ist nichts passiert und wie soeben erwähnt tut sich auch auf Bundesebene in den zuständigen ÖVP-Ministerien nichts. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*Hätten die zuständigen Minister richtig gehandelt und aus Österreich nicht ein Schlaraffenland für Wirtschaftsflüchtlinge gemacht, so könnten wir das Geld für unsere Leute, unter anderem, auch für den Klimaschutz einsetzen.

Wir, SPÖ und FPÖ, betrachten die Querschnittsmaterie Klimaschutz weiterhin gesamtheitlich, setzen Klimaschutzmaßnahmen als integrativen Teil einer nachhaltigen Entwicklung. Wir führen unsere Arbeit für eine ökologische und nachhaltige Entwicklung für ein lebenswertes Burgenland und einen sozialverträglichen Klimaschutz weiter.

Wir, SPÖ und FPÖ, führen die umfassenden Informationskampagnen fort und wir bauen die Klimaschutzarbeit mit Hilfe wichtiger Multiplikatoren, allen voran den Gemeinden, weiter aus.

Denn wir, SPÖ und FPÖ, arbeiten für das Burgenland und unsere Bevölkerung. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Manfred Kölly: Bravo!)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Ich habe bereits bei der Sitzung im Juni dieses Jahres zum Thema Klimaschutzmaßnahmen im Wohnbau hingewiesen und ich glaube man kann es nicht oft genug erwähnen. Eine der größten globalen Herausforderungen für die nächsten Jahrzehnte auf dem Gebiet des Umweltschutzes ist Reduktion des Treibhauseffektes.

Ich habe damals die Bedeutung des Waldes und die Verwendung von regionalen Lebensmitteln in Landeseinrichtungen und landesnahen Betrieben hingewiesen. Unumstritten ist auch, aus der Nutzung fossiler Energieträger auszusteigen. Biomasse und Biogas sind neben Wasser, Wind und Sonne wichtig für den weiteren Ökostromausbau in Österreich.

Weil gerade in diesen Tagen die Bundestagung der Maschinenringe in Oberwart stattfindet, erwähne ich gerne auch das 2008 gegründete Tochterunternehmen Bioenergie Burgenland. Dieses Unternehmen betreibt nämlich mittlerweile neun eigene und vier für Kunden zu betreuende Hackgutheizanlagen. Lieber komfortable krisensichere Wärme aus Biomasse. Das anfeuernde Schwach- und Durchforstungsholz wird somit sinnvoll verwertet. Mit der Ende Juni im Parlament beschlossenen Ökostromnovelle können rund zwei Terrawatt Stunden Ökostrom, also das ist nicht wenig, erzeugt werden.

Bei einem gleichbleibenden Stromverbrauch könnte somit der Anteil an erneuerbaren Energien im Stromsektor von derzeit 70 auf rund 72 Prozent ansteigen. Österreich verbraucht derzeit rund 70 Terrawatt Strom und importiert netto 10 Terrawattstunden. Um 100 Prozent Ökostrom bis 2030 zu erreichen, benötigen wir jedoch eine Verdoppelung beziehungsweise eine Verdreifachung der Ausbauraten bei Ökostrom und rund drei Terrawattstunden pro Jahr.

Drei Terrawattstunden entsprechen dem Jahresbedarf für eine Million Elektroautos, die auch im Winter Ökostrom benötigen. Deshalb ist es neben den absoluten notwendigen starken Ausbau von Wasser-, Wind- und Sonnenkraftwerken auch eine Absicherung der Stromproduktion durch kontinuierlich und vor allem im Winter einspeisende Biomasse- und Biokraftwerke notwendig. Österreich importiert, zum Beispiel, heuer an vielen Tagen im Jänner fast 60 Prozent des benötigten Stroms aus Kohle- und Atomkraftwerken in Deutschland und Tschechien. Strom aus heimischen Biomasse- und Biogasanlagen reduziert diese winterliche Importabhängigkeit. In Zukunft wird auch die Einspeisung unter Strom von Biomethan in die bestehende Gasinfrastruktur notwendig sein, um die fossile Abhängigkeit zu verringern.

In den Klima- und Energiemodellregionen gibt es diesbezüglich mehrere Konzepte. Uns wäre es sehr wichtig, diese so rasch wie möglich umzusetzen. Keine Abhängigkeit von teuren Öl- und Gasimporten, stattdessen saubere Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Wasser und Bioenergie aus der Region. Wie bereits mehrfach erwähnt, so auch bei der Sitzung im Juni, klare neue Vorschläge und Umsetzungsschritte erwarten wir uns auch von der Landesregierung zur Vermeidung beziehungsweise Verringerung von CO2.Hier ist also nicht nur der Bund gefordert, Frau Kollegin Stampfl, sondern auch das Land. Mir fehlen die Vorschläge seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens. Es ist wirklich einfach zu wenig, nur zu sagen, dass die umfassenden Informationskampagnen, wie Sie erwähnt haben, vorzusetzen sind.

Das ist ganz einfach zu wenig. Ich meine, wir müssen Klimaschutz leben und mehr konkrete Daten verwirklichen. Unser Ziel ist und bleibt die ökosoziale Marktwirtschaft. Die Idee gibt es seit über 30 Jahren und ist heute aktueller denn je. Das einzige Kriterium und der Maßstab jeder Entscheidung ist die Enkeltauglichkeit. Die leben nämlich auf Kosten der nächsten Generation. Unser konkreter Vorschlag ist deshalb die Förderungen für Alternativenergieanlagen zu erhöhen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist ein wesentlicher Anreiz um Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, auf erneuerbare Energieträger umzusteigen. Die bestehenden Förderungen sind viel zu gering und müssen deutlich erhöht werden. Derzeit beträgt die Förderhöhe grundsätzlich 30 Prozent der anfallenden, anrechenbaren Kosten, wobei es noch eine Begrenzung durch Deckelungen gibt. Mit einer kräftigen Erhöhung erreicht man nämlich, dass kaum mehr Heizung in flüssigen beziehungsweise festen fossilen Brennstoffen in Neubauten verbaut werden, als auch das Bestehende durch nachhaltige Alternativenergieanlagen ersetzt wird.

Ich bringe deshalb folgenden Abänderungsantrag ein: Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Förderung von Alternativenergieanlagen von 30 auf 50 Prozent der anfallenden Gesamtkosten je Anlage zu erhöhen
- die maximal mögliche Förderhöhe je Alternativenergieanlage deutlich zu erhöhen und

- den Umstieg von Heizungen mit flüssigen und festen fossilen Brennstoffen auf Alternativenergieanlagen mit einem weiteren Bonus zu fördern.

(Landeshauptmann Hans Niessl: 170 Prozent, mit 70, 80 oder 100 Prozent, 120 Prozent!) 50 Prozent ist schön. *(Allgemeine Heiterkeit)* Wenn wir für Umwelt- und für Klimaschutz etwas machen wollen, müssen wir uns mehr anstrengen. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Nehmen Sie das ernst, was Sie da sagen?)* Selbstverständlich. Und Sie? *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das was Sie sagen, nehme ich nicht ernst!)*

Haben Sie für Klima und Umwelt etwas übrig? *(Landeshauptmann Hans Niessl: Entschuldigung, Ich sage heute eh nichts zur Feier des Tages. Denn sonst könnte ich einen Vortrag halten von zwei Stunden, was Sie…)* Danke, es ist die Zeit schon weit fortgeschritten. Danke Herr Landeshauptmann. *(Abg. Manfred Kölly: Zeit haben wir schon! Denn wir bekommen gut bezahlt! – Der Abgeordnete Walter Temmel übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Salamon das Wort.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich vielleicht dort anschließen, wo mein Kollege Temmel aufgehört hat mit seiner Rede. Ich darf zu Ihrem Abänderungsantrag, den Sie ja jetzt vorgetragen haben und wo Sie uns ja jetzt sehr gut erklärt haben, wie Sie zu Prozente gekommen sind, weil gerade 50 Prozent eine schöne Summe ist, daher nehmen wir 50 Prozent. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn dieses Thema nicht so wichtig wäre, dann müsste man sich wirklich fragen, was Sie sich denken Abänderungsanträge einzubringen und sie so zu argumentieren.

Ich möchte zu dieser Förderung, die das Land Burgenland hat - ich fange jetzt meine Rede von hinten an - wirklich im Prinzip schon einiges klarstellen, weil es natürlich sehr gute Förderungsmaßnahmen im Burgenland gibt. Da gibt es den Burgenländischen Ökoenergiefonds und da denkt man sich dabei, wenn man ganz einfach Förderungen ansetzt, ob es jetzt mit Prozenten sind oder warum man das so macht, weil man in einem größeren Beirat, dem Energiebeirat, Fachkräfte zuzieht, um zu einer intelligenten Lösung zu kommen. Da sind Vertreter der Wirtschaft dabei, Vertreter der Arbeiterkammer, der Rektor der Fachhochschule, es ist der Herr Landeshauptmann, die Frau Landesrätin dabei und hier werden diese Förderungen beschlossen, hier werden diese Förderungen berechnet, damit es wirklich eine sinnvolle Förderung ist, die sich natürlich ständig ändert, weil natürlich auch Preise sich ständig ändern. Daher bin ich der Meinung, dass die Förderungen im Land ganz gut sind. Man kann Ihrem Antrag mit dieser Argumentation die Sie gebracht haben, ja gar nicht zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Weiters ist natürlich zu Umweltschutz und zu Naturschutz zu sagen, ich glaube, dass wir gerade als kleines Land Burgenland hier wirklich das sehr ernst nehmen, wenn wir schon das Motto haben „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“, dann ist das nicht ein Lippenbekenntnis, sondern wir leben das auch danach. Es ist uns natürlich klar und ich gebe Ihnen ja Recht, Herr Spitzmüller, dass niemand mehr den Klimawandel leugnen kann, dass niemand mehr sagen kann es gibt den Klimawandel nicht, außer einzelne Personen, die heute schon genannt worden sind. Aber man muss natürlich auch sagen, dass das Land Burgenland das sehr ernst nimmt. Das hat die Frau Landesrätin im Juni 2017 vorgestellt, dass es eine Studie dazu gegeben hat, ja aber natürlich, man muss ja auch anfangen, dass man sagt, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Maßnahmen!)* es ist ja auch

sinnvoll, dass wir wissen, dass genau im Klimaschutz etwas passieren soll. Das ist und jetzt zu beachten und dann aus dieser Erkenntnis natürlich Maßnahmen erstellt.

Da gebe ich Ihnen ja vollkommen Recht, aber diese Studie wurde im Juni 2017 vorgestellt. Ich darf Ihnen die Schlagzeilen vorlesen, was herausgekommen ist, was Tatsache ist. „Die mittleren Lufttemperaturen steigen an, das wissen wir alle, Niederschläge werden stärker, Niederschläge im Winter werden mehr, Hitzetage werden mehr, Frosttage werden weniger, Trockenperioden nehmen zu“. Das heißt, das ist eine Materie, die nicht in einem Gesetz abgetan werden kann, sondern die übergreifend sehr viele Gesetze anspricht. Es ist natürlich so, dass man das von heute auf morgen nicht verändern kann. Aber man kann auch nicht leugnen, dass das Burgenland in diese Richtung das ernst nimmt und sich sehr damit beschäftigt. Sie haben selbst gesagt die Windräder, die Energiebringung ist natürlich schon etwas wo wir Vorzeigeregion sind. Das ist überhaupt kein Problem und dazu stehen wir, glaube ich, alle und dass natürlich die weiteren Maßnahmen die das Land gemacht hat, mit den Fördermaßnahmen sehr wichtig sind, sehen wir auf Grund der Zahlen.

Es wurden 2016 für Alternativenergieanlagen 1,54 Millionen Euro ausgegeben. Das sind 1.205 Anträge. Also Sie sehen, man kann ja jetzt ganz einfach nicht sagen, dass unsere Fördermaßnahmen nicht ansprechend sind, sonst würden es die Leute nicht in Anspruch nehmen. Weiters bin ich davon überzeugt, dass es schon wichtig ist Multiplikatoren zu finden, ob es die Gemeinden sind, ob es die Schulen sind, ob es die Kindergärten sind, weil es ganz wichtig ist, dass man im Prinzip Verbündete hat, die das natürlich in der Bevölkerung weitertragen. Wir haben ja nicht von ungefähr schon sehr viele Gemeinden die das Glyphosat nicht mehr verwenden, obwohl sich der Bundesminister gestern im Ministerrat wieder dagegen ausgesprochen hat.

Es sind ja schon sehr viele Gemeinden, auch von allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die hier sind, dass sie das auch ernst nehmen. Ich bin schon davon überzeugt, dass das ein sehr wichtiger und richtiger Schritt ist, dass man ihn wohl überlegen muss, dass es Maßnahmen gibt. Wir haben im Burgenland 39 Klimabündnisgemeinden, 13 Klimabündniskindergärten und -schulen und sogar sechs Betriebe, die das sehr ernst nehmen.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Studie und die Ansätze, die wir bis jetzt gemacht haben, sehr gut sind und dass wir uns in diese Richtung natürlich weiterentwickeln müssen und natürlich weiterentwickeln werden und dass wir natürlich die richtigen Ansätze haben. Ich kann natürlich dem Abänderungsantrag der ÖVP nicht zustimmen und kann natürlich nur vorschlagen, dem Antrag, den ich vorher vorgetragen habe, zuzustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mir noch die Antwort, die ich dem Kollegen Kölly schuldig bin hier ganz kurz geben. Er hat vorher zitiert, dass Mattersburg, und das haben wir seit 2002, einen Gemeinderatsbeschluss hat, wo das Plakatieren innerhalb der Ortstafeln gemeinsam beschlossen worden ist. Ich muss sagen, *(Abg. Manfred Kölly: Das zählt alles nicht!)* jetzt bin ich im Wort, Sie können sich dann gerne melden und ich muss einfach sagen, ich bin stolz, dass seit 2002, und Sie alle wissen wieviel Wahlen wir gehabt haben, wir Politiker mit Handschlagqualität haben. Diejenigen, die im Gemeinderat sind, diejenigen, die in den Gemeinderat wollen.

Es haben sich bis jetzt alle daran gehalten. Ich glaube, dass gerade in Zeiten wie diesen die Bevölkerung Politiker mit Handschlagqualität will und daher bin ich wirklich auf das was in Mattersburg passiert sehr stolz. Der von Ihnen genannte Mann hat das

natürlich auch gewusst und jetzt könnte man sagen man hat Handschlagqualität oder man hat sie nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier. Herr Kölly, warten Sie noch ein bisschen. *(Abg. Manfred Kölly: Wir können gleichzeitig reden!)*

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klimaschutz ist nicht nur eine Herausforderung, jetzt heute von der Zeit her was die Dauer der Sitzung anlangt, sondern ist eigentlich die Zukunftsherausforderung. Daher sollte jedes Maß und jede grundlegende Diskussion zu dem Thema auch zu Resultaten führen, die uns allen im Speziellen in unserer Bevölkerung zum Vorteil gereichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klimaschutz ist nicht nur eine Herausforderung, sondern eine der größten Chancen die wir in Bezug auf die Entwicklung unserer Wirtschaft und auch der Umwelt zuliebe vonstattengehen lassen könnten. Wenn wir alle ineinandergreifen, und ich nenne jetzt den Christian Kern, der sich hier in einer sehr offensiven Art diesem Klimaschutz nicht nur wahrscheinlich auch auf Grund seiner Gattin, die in diesem Feld sehr stark unterwegs ist, widmet, gibt es im Grunde genommen nichts dagegen einzuwenden und auch keine Kritik daran zu üben, dass vieles was in innovativer Möglichkeit für den Klimaschutz zu leisten ist, ein absolut direkter Vorteil für die Wirtschaft, für die Industrie in unserem Land darstellt. Um diesen Spagat zu schaffen, dort entsprechende Fördermaßnahmen zu setzen, diese Produktentwicklung zu forcieren, ist eigentlich die Challenge im Sinne der Umwelt und der gesamten Industrie oder der Produktion für die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die heutige Gesellschaft und alle vernünftigen Mitglieder in der politischen Verantwortung aber auch an anderen Hebeln sind dazu heute nicht mehr zu überreden, dass wir die Dekarbonisierung in uneingeschränkter Form vorantreiben müssen. Es ist im Grunde genommen, glaube ich, eine allgemein gültige Regelung geworden, alles was fossile Brennstoffe anlangt, was die Entwicklung aus quasi Öl normierten Formen betrifft, sollte auf Zukunft bezogen nicht nur ins Hintertreffen geraten, sondern sollte aufgegeben werden und die Entwicklung schreitet ja uneingeschränkt voran.

Wir haben in Österreich produzierende Industriebetriebe im Speziellen in Oberösterreich, wie zum Beispiel jetzt unlängst, oder diese Woche die Firme Kreisel, die bezogen auf Batterieproduktion weit stärker veranschlagt sind und Vorreiter sind bezogen auf die amerikanische Industrie und auch vor dem Musk, der da mit dem Tesla quasi meint revolutionär zu sein. Das ist ein österreichischer Paradebetrieb. Das Gleiche ist mit der Produktion in Oberösterreich auf Photovoltaiksituation und auch andere Bereiche. Der Grazer Cluster hat hier eine Vorreitersituation. Wir haben im Burgenland mit der Produktion auf Windkraftanlagen ebenfalls eine Einrichtung, die mit Sicherheit weit über die burgenländischen Verhältnisse und die österreichischen Verhältnisse in andere Länder produzierend etwas liefern könnte.

Leider, und hier muss man sich quasi rund um unsere Grenzen bewegen, sind die Nachbarstaaten gegenläufig. Die Ungarn setzen uneingeschränkt mit russischer Unterstützung auf die Atomkraft, sie bauen diese Energie auf der Vergangenheit für die Zukunft aus und gleichzeitig verhindern sie innovative Energieproduktion im Sinne von zum Beispiel Windkraftanlagen. Daraus resultiert ein Problem in der Fertigung, in der Umsetzung bei der Firma ENERCON im Burgenland. Das ist ein direkt korrespondierender Ansatz und das Gleiche passiert ebenfalls zum Beispiel allenfalls in anderen Ländern. Die Situation hat sich aber auch zum Besseren entwickelt, wenn ich

davon ausgehe, dass zum Beispiel Spanien jetzt mit einer absoluten von einer Sekunde auf die andere neuartige Bewegung speziell in alternative Energien einsteigt. Deutschland hat hier das riesen Problem und Österreich hat das auch noch nicht gelöst. Das gilt für unsere E-Produktion. Wir haben leider nicht den Ringschluss in Bezug auf die Starkstromsituation und nachdem dieser Ringschluss nicht gegeben ist, ist auch diese Gesamtsituation nicht gelöst.

Deutschland hat das Problem vom Norden in den Süden wo die Produktionsstätten Gegebenheit sind den Strom nicht liefern zu können, weil es keine durchgehenden Leitungssysteme gibt, die Milliardeninvestitionen erfordern würden und die eigentlich nicht stattfinden, weil sich die Bürgerinnen und Bürger dagegen verwehren, dass sie Oberspannungsleitungen bekommen und nicht erdverkabelte Zubringen kriegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind gefordert und das gilt jetzt für ein Kapitel, das ich abschließend für heute auf den Klimaschutz diskutieren oder zumindest anregen möchte: Die Diskussion um den Diesel. Wenn das eine zukunftsreichende Diskussion ist, wo man sich quasi halb-halb verständigt mit der Autoindustrie, um ja niemandem Schaden zuzufügen, wir werden ab 2030, möglicherweise später, quasi auslaufend die Situation auf Dieselfahrzeuge und keine Neuzulassungen haben, dann ist es nicht der richtige Weg.

Wir haben in Europa mit unserer Autoindustrie mit Sicherheit schon viele Wegstrecken verloren und viele Schritte nicht gesetzt, die in die Zukunft reichen. Wir werden mit althergebrachten Methoden den Klimaschutz nicht bewältigen und auch nicht mit der Zubilligung, dass die Autoindustrie weiter in diesen alten Fahrwassern produzieren darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist unabdingbar, dass sich hier im Bewusstsein etwas verändert, aber auch Taten folgen. Jede Einstellung, die heute in der Form passiert, es wird schon irgendwie werden, ist in der Sekunde zu spät für die ordentliche und zukunftssichere Gestaltung der Lebensverhältnisse unserer Kinder. Die haben lange und viel zu lange Zeit verstreichen lassen. Daher bitte ich und ersuche ich, die entsprechenden Schritte nicht aufzuschieben sondern zu ergreifen und die Zukunft unserer Kinder zu sichern. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klimaschutz geht uns alle etwas an! Keine Frage, es wurde heute schon sehr viel gesagt. Das Land Burgenland hat es versucht und ist auf einem guten Weg, mit erneuerbarer Energie zu punkten. Das haben wir geschafft, Herr Landeshauptmann, da kann man nur gratulieren.

Sie haben auch den Weg, den richtigen, erkannt und eingeschlagen. Viele in Ihrer Fraktion haben das noch nicht, glaube ich, realisiert, denn in Deutschkreutz war die SPÖ voll dagegen, dass man Windenergie ausbaut, dass man Hackschnitzelanlagen baut und dergleichen mehr, Herr Landeshauptmann. Gott sei Dank ist es dann umgesetzt worden, weil wir eine Volksbefragung gemacht haben, die positiv ausgegangen ist gegen Rot und Schwarz. 63 Prozent haben gesagt, ja wir wollen diese Energie. Vielleicht weitblickend, denn wir wissen jetzt, dass wir sie unbedingt gebraucht haben. Nicht nur jetzt, sondern heute wurde vom Kollegen Steier angezogen, Elektroautos sollen ab sofort 2030 en

masse kommen und die Dieselfahrzeuge verbannt werden. Wo nehmen wir den Strom her?

Wenn ich mich erinnern kann, Ökostromgesetz im Bund, Herr Landeshauptmann, wie lange haben wir gefeilscht und gekämpft und das ist alles zu wenig, glaube mir das. Das ist genau das Problem, das wir haben. Sie sollten einmal erkennen, wir brauchen Energie, denn heute wurde diskutiert, es gibt kein 4-Jahreszeiten-System mehr. Es ist alles extrem geworden. Da sind wir uns ja, denke ich, sehr einig. Aber auch hier müssen wir Maßnahmen setzen und weitblickend agieren. Ich denke, wenn heute gesprochen wurde, ob man 50 Prozent fördert, Herr Kollege Temmel, oder 100 Prozent, dann sollte man sich überlegen, können wir das finanzieren, wie schaut das tatsächlich aus und welche Möglichkeiten haben wir selber, was in die Hand zu nehmen als Häuslbauer und dergleichen mehr, beziehungsweise viele Wohnungen entstehen, wie sanieren wir die und wie können wir das Ganze abdecken.

Denn Energie wird immer mehr gebraucht, nicht nur wegen der Elektroautos, sondern insgesamt und ich denke hier an Klimaanlagen. Im Winter haben wir noch mit dem Ofen geheizt, wie ich ein Kind war, da waren wir zu viert in einem Zimmer, jetzt bauen wir Häuser, Wohnungen, wo jeder ein Zimmer hat und große Räumlichkeiten, wird alles geheizt. Klimaanlagen brauchen wir sowieso schon, weil alles extrem ist, auch beim Arbeiten, Herr Landeshauptmann, braucht man Klimaanlagen, auch hier im Haus. Im Sommer haben die Mitarbeiter große Probleme, dass sie sich wirklich konzentrieren können auf ihre Arbeit. Auch hier sollten wir umdenken und so wie in neuen Gebäuden, vielleicht doch das eine oder andere umbauen. Weil das Entscheidende ist, dass man gute Arbeit leisten kann!

Wenn ich mir denke, es wurde vor einiger Zeit vieles gefördert oder unterstützt. Allein die Straßenbeleuchtung, LED-Beleuchtung, wo man wirklich viel Geld einsparen kann, wo man Sicherheitsmerkmale herausfinden kann, weil die Leute sicher nach Hause gehen können oder mit Fahrzeugen unterwegs sind.

Das wurde alles eingestellt, da gibt es keine Förderung mehr vom Land, wahrscheinlich auch nicht vom Bund. Oder Photovoltaik wird zwar gefördert, aber nicht in diesem Ausmaß mehr. Auch hier sollten wir wieder umdenken, weil ich der festen Überzeugung bin, dass immer mehr Energie gebraucht wird. Was wir noch gemacht haben, und an das werdet Ihr Euch erinnern, oder viele nicht, ich habe gesagt, wenn wir den Strom nicht wegbringen von den Windrädern, dann schauen wir, dass wir Wasserstoff draus erzeugen. Ich habe sogar ein Wasserstofffahrzeug von BMW bekommen.

Ich bin gefahren und nach einem Jahr war das eingestellt, warum weiß keiner, warum? Natürlich, weil die Öllobby das gemacht hat. Logischerweise. Jetzt denkt man, Diesel komplett wegzuschaffen. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg, sondern dass wir im Burgenland auch hier einmal Vorreiter sein werden und sind, dass wir auch hier uns Gedanken machen, aus Wasser dementsprechend etwas zu machen. Ich kann mich erinnern, die Diskussionen im Südburgenland, die Wasserkraftwerke haben, kleine oder nicht, die wir unterstützen können.

Wir werden das machen in Zukunft, weil wir das brauchen und da haben wir schon über die Fische geredet, wie wir die über die Brücke bringen, lauter solche G‘schichteln. Aber war eine gute Situation, wo wir jetzt auch nachdenken sollten. Klimaschutz ist etwas ganz Wichtiges für uns. Wenn ich denke, und jetzt komme ich zu den Bauern, auch die Bauern haben massive Probleme. Die Weinbauern mit dem Hagelschaden im Winter, auch hier müssen wir uns Gedanken machen, wie können wir das lösen? Wahrscheinlich nicht einfach! Weil gegen das Wetter können wir auch nicht zaubern, wahrscheinlich nicht

einmal der Herr Landeshauptmann. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Einen „Niesel“ kann er schon machen!)*

Daher bin ich der Überzeugung, man muss Alternativen finden. Das ist, glaube ich, das Entscheidende, dass wir auch einen Weg finden, dass wir das schaffen. Ich sage ja immer wieder - gemeinsam. Die Diskussion, liebe Frau Kollegin Salamon, die Du am Schluss gesagt hast, sonst hätte ich mich vielleicht gar nicht dazu gemeldet zu diesem Tagesordnungspunkt, ist eine traurige Diskussion. Eine sehr traurige!

„Wir sind die Insel der Seligen“ traut Ihr Euch in einem Kurier-Artikel zu schreiben, *(Der Abgeordnete Manfred Kölly zeigt einen Kurier-Artikel.)* Frau Kollegin Salamon, Sie sind nicht schuld, *(Abg. Ingrid Salamon: Stimmt ja auch!)* ich weiß es, der Amtmann. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister lassen sich von den Amtmännern leiten. Ihrer liegt komplett falsch, komplett falsch liegt er. Wenn Sie sagen, dass Sie einen Beschluss haben in der Gemeinde, Plakatierverbot, Sie sind nicht allein die Insel der Seligen. Auch in Deutschkreutz gibt es bei einer Gemeinderatswahl Plakatierverbot. *(Abg. Ingrid Salamon: Dann sind wir schon zwei auf der Insel der Seligen!)* Eines muss ich schon dazu sagen, Sie sollten die Gesetze mehr anschauen und nicht immer dem Amtmann trauen, weil wenn man dem Amtmann traut, dann hat man halt solche Hoppalas. Sie gehen her und lassen die Plakatständer wegräumen und zerstören, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie das notwendig? Ich glaube nicht.

Beil aller Wertschätzung und Ehrenschätzung von Ihnen, aber das haben Sie sicher nicht notwendig. Ich glaube auch, dass es nicht notwendig ist, dass es so geht, dass die GRÜNEN aufstellen dürfen, ohne eine Diskussion, die stehen dort übrigens. *(Abg. Ingrid Salamon: Das wurde geklärt!)* Wurde geklärt, weil wir ein Tamtam gemacht haben, das darf nicht sein und dann gibt es eine klare Aufsichtsbeschwerde und Verwaltungsstrafanzeige "Plakatieren im Ortgebiet von Mattersburg, Stellungnahme der Landesverwaltung:

In der Aufsichtsbeschwerde wurde folgendes vorgebracht: Da sich Frau Bürgermeisterin Salamon oder der Amtmann nun zum wiederholten Male auf eine nicht im Gemeinderatsbeschluss, dessen Nichtigkeit sie seit 2015 auch kennen muss und kennt, beruft, und damit, dass im § 37, Abs. 2 statuierte öffentliche Recht zur Straßenbenützung zum Zwecke der politischen Werbung verstößt, ist es unabdingbar, den Beschluss aus dem Jahr 2001 sofort aufzuheben. Ich merke mir dafür eine Frist bis nächste Woche, 12. September 2017, vor.

In ähnlich gelagerten Fällen wurde bereits eine verfassungsrechtliche Begutachtung des Sachverhaltes veranlasst, welche in einer vom Verfassungsdienst der Landesamtsdirektion verfassten Stellungnahme vom 17.8.2017 erging.

Vor diesem Hintergrund teilt die hohe Behörde ausdrücklich mit, dass sich der gegenständliche Beschluss des Gemeinderates der Stadtgemeinde Mattersburg, welche ein gänzliches Plakatierverbot einer politischen Partei im Zuge von Wahlen und innerhalb des gesamten Ortsgebietes vorsieht, aus verfassungsrechtlicher Sicht unter Bedachtnahme des strengen Eingriffs Voraussetzung bezüglich politischer Meinungsäußerung und der Rechtsprechung, wonach absolute Werbeverbote meist als unverhältnismäßig geachtet werden, rechtswidrig ist und zumal auch keine ortspolizeiliche Verordnung zur Abwehr eines bestehenden Missstandes erlassen wird. Die Bezirkshauptmannschaft Mattersburg wird daher als in gegenständlicher Angelegenheit zuständige Aufsichtsbehörde aufgefordert, den gegenständlichen Beschluss unverzüglich aufzuheben, sofern der Gemeinderat der Stadtgemeinde Mattersburg nicht aus einem eigenen Beschluss diesen aufhebt. Landeswahlleiterin Mag. Brigitte Novosel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte dazu gar nichts gesagt, *(Zwischenruf der Abg. Ingrid Salamon)* aber wenn Sie solche Zerstörungen mutwillig machen, wir haben angeordnet, dass wir das abholen können vom Bauhof, wir hätten es selber wieder aufgestellt.

Es war total zertrümmert und wir durften nicht einmal das tun. Wenn Sie ein großes Problem haben mit anderen wahlwerbenden Parteien, das verstehe ich nicht, weil so ein Plakat macht jetzt nicht die große Welt, und so zuwider bin ich da gar nicht drauf, dass Du mich so hasst, Frau Bürgermeisterin. Ich glaube, das ist gar nicht so ein schlechtes Foto. *(Allgemeine Heiterkeit)* Ich möchte nur eines klar legen, also wenn das mir in Deutschkreutz passiert, sage ich, weiß du was, lass das stehen und habe die Ehre, Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: So jetzt liegen uns keine Wortmeldungen mehr vor. Wir haben von zwei Rednerinnen und Redner jetzt auch gesehen, wie man die Brücke versucht zu schlagen, vom Klimaschutz zur Nicht- oder Dochaufstellung von Plakatständern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Temmel eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag der Frau Berichterstatterin abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Klimaschutz ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 912) betreffend Internationalisierungsoffensive Burgenland Zahl (21 - 644) (Beilage 1039)

Präsident Christian Illedits: Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 912, betreffend Internationalisierungsoffensive Burgenland, Zahl 21 - 644, Beilage 1039.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A..

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Internationalisierungsoffensive Burgenland, unter Einbezug eines Abänderungsantrages, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ÖVP fordert eine Internationalisierungsoffensive, darüber könnte man trefflich diskutieren, die Antwort darauf ist aber leider keine Diskussion. Inwiefern das gut wäre oder wo man anderer Ansicht sein könnte. Ich finde es sehr schade, ich habe es heute schon einmal gesagt, dass bei uns nicht wie in anderen Bundesländern in Ausschusssitzungen dann miteinander diskutiert wird oder vielleicht sogar einmal etwas ausgehandelt wird.

Ich finde ja den Vorschlag durchaus gut und es sind Ansätze da, um darüber zu diskutieren, auch wenn wir, aber gerade weil wir unterschiedlicher Meinung sind. Was rauskommt, wenn dann die Regierungsfraktionen keinen Diskurs über wichtige Fragen wollen, das sehen wir halt wieder einmal in dem Abänderungsantrag. Er sagt nämlich genau nichts Neues und keine Weiterentwicklung aus. Sogar so beschrieben, hier steht als Abänderungsantrag: Die Landesregierung wird aufgefordert, auch in Zukunft effiziente und umfassende Fördermaßnahmen für junge oder etablierte Unternehmen beizubehalten und mit den nötigen Finanzmitteln auszustatten, um das Burgenland auch in den kommenden Jahren zum Bundesland mit dem kräftigsten Wirtschaftswachstum zu machen.

Als Maßnahmen zur Förderung sind folgende besonders geeignet:

1. die Beibehaltung der Gewährung nicht rückzahlbarer Investitionszuschüsse,
2. die Beibehaltung der Gewährung von Bürgschaften und so weiter,
3. die Beibehaltung eines Angebotes.

Es ist nichts Neues. Wir werden hier aufgefordert etwas zu beschließen, dass eh schon ist, denk ich mir. Wenn Sie zufrieden sind mit der Arbeit der Landesregierung, dann ist es doch nicht nötig, hier in diesem Hohen Haus noch einmal einen Antrag zu stellen, in dem wir alle aufstehen und sagen, ja alles ist gut, was bis jetzt ist, behalten wir einfach bei. Das kann man ja einfach beibehalten, beschließen müssen wir die Änderungen und nicht das Beibehalten.

Es wird hier nur fortgeschrieben, was ohnehin ist und das finden wir, ich weiß nicht ob ich jetzt wieder einen Ordnungsruf bekomme, lächerlich. Ich weiß nicht, ob das Wort jetzt gilt oder nicht, ja. Ich rede jetzt nicht mehr lange über das, was nötig wäre, wie zum Beispiel eine ganz massive Orientierung an Klimaschutzmaßnahmen bei Förderungen. Darüber hat vorher der Kollege Spitzmüller gesprochen, Kollegin Stampfel hat auf mich repliziert, aber es war der Kollege, der zum Klimaschutz gesprochen hat.

Ich denke, wir sollten doch einmal überlegen, ob es sinnvoll ist, hier im Landtag immer wieder Anträge einzubringen, die nichts anderes im Sinn haben, als die Fortschreibung dessen, was sowie so ist. Wenn etwas gut ist, soll es einfach weiterlaufen.

Ich halte auch nicht viel davon, dass wir Politik daran messen, ob das Burgenland besser ist als irgendjemand anderer. Politik ist ja nicht Spitzensport, sondern Breitensport. Es geht ja darum, dass es möglichst viel am liebsten allen gut geht und nicht als Einzelner irgendwo davonrennen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Jeder hat einen anderen Zugang.)*

Es geht darum, dass wir gut zusammenwirken mit allen anderen Bundesländern, als Österreich in Europa und als Europa in dieser Welt. Darin sollten wir uns einig sein.

Diesem Abänderungsantrag können wir nicht zustimmen, weil er einfach nur das sagt, was ohnehin schon ist. Und dafür braucht es bei weitem wirklich keinen Beschluss. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt dieser Antrag auf eine Internationalisierungsoffensive Burgenland vor. Der Antrag kommt mir, ich sage es einmal so, etwas dubios vor. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dubios hat er gesagt.)*

Und zwar aus zwei Gründen. Der erste Grund ist, es gab bereits eine Internationalisierungsoffensive und zwar in den Jahren 2010 bis 2013. Das hatte auch einen gewissen Effekt. Das Burgenland hat entsprechend aufgeholt, und der relative Anteil am Gesamtexport Österreichs wurde um nicht sehr viel, aber doch um 0,14 Prozent gesteigert. Dann wurde diese Förderung interessanterweise wieder eingestellt. Was glauben Sie von wem? Man braucht nur zurückdenken - 2013. Jetzt wird darüber geklagt, dass es so etwas nicht gibt. Das ist ein bisschen paradox, finde ich.

Der zweite Grund. Die Ausarbeitung einer Internationalisierungsrichtlinie durch das zuständige Regierungsmitglied, Landesrat Alexander Petschnig, ist schon länger in Arbeit. Das dauert natürlich eine gewisse Zeit. Der größte Input wurde natürlich von den Unternehmen und Wirtschaftstreibenden gemacht. Ob die ÖVP jetzt in dieser Richtung etwas vermutet hat, oder ob ihnen etwa zu Ohren gekommen ist, sei dahingestellt.

Tatsache ist, es gibt eine fertige Aktionsrichtlinie „Förderung von Internationalisierungsmaßnahmen“, die gestern von Landesrat Petschnig *(Abg. Mag. Michaela Resetar: So ein Zufall.)* und dem Geschäftsführer der WiBuG, Herrn Zagiczek, vorgestellt wurde. Ich bringe einige Eckpunkte zur Kenntnis. Es werden materiell vor allem drei Module gefördert. Die Markterschließung durch Vorortmaßnahmen, die Bewerbung des Produktes oder der Dienstleistung vor Ort sowie die Einsetzung eines Internationalisierungsmanagers.

Ein weiterer wesentlicher Punkt, das einzelne Unternehmen kann in einem Ausmaß von bis zu maximal 50.000 Euro gefördert werden. Der Fördersatz ist mit 40 Prozent sehr großzügig bemessen. Die Aktion läuft bis 2018 und ist mit einem Gesamtvolumen von 500.000 Euro dotiert. Die Förderung eines Internationalisierungsmanagers mit bis zu maximal 20.000 Euro ist in Österreich einmalig.

Das heißt, der Antrag der ÖVP ist in dieser Hinsicht eigentlich hinfällig. Ich könnte sogar sagen, unnötig. Und vielleicht ein weiterer verzweifelter Versuch, über eine Hintertür, sage ich einmal, die gute Arbeit der derzeitigen Landesregierung und die guten Arbeit der Burgenländischen Wirtschaft, ich sage einmal „schlechtzureden“. Die Tatsachen sprechen jedenfalls eine ganz andere Sprache. Jeder hier Anwesende weiß und hat es oft genug gehört, wie das Burgenland wirtschaftlich gut dasteht. Wir sind Spitzenreiter in Österreich und so weiter und so fort.

Daher würde mich schon interessieren, wo der Hintergrund liegt, und ich möchte mich bei unserem Landesrat Petschnig für diese sicher ausgezeichnete und beispielhafte

Internationalisierungsrichtlinie auch auf österreichischer Ebene bedanken. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Landtagssitzungen sind manchmal schon hochinteressant, wenn man am Ende der Sitzung so ein bisschen zurückdenkt, wie sich die einzelnen Redebeiträge gestaltet haben. Es war schon sehr interessant, den Kollegen Haidinger zu hören über die 15a-Vereinbarung zur Zielsteuerung Gesundheit, oder den Kollegen Richter zur 15a-Vereinbarung im Zusammenhang mit der Basisausbildung im Pflichtschulabschluss, auch den Kollegen Klubobmann Géza, sagt man heutzutage, habe ich gehört, nein, Molnár, als er über die 15a-Vereinbarungen zur Kinderbetreuung gesprochen hat, über die drei 15a-Vereinbarungen, und da sieht man schon, wie eigenartig manchmal die Politik ist, weil es hat eine Partei im Nationalrat gegeben, die gegen all diese 15a-Vereinbarungen gestimmt hat, nämlich die FPÖ. Und irgendwie kommt da ein bisschen eine Unglaubwürdigkeit schon zutage. Mit einer Ausnahme, Géza, die eine 15a-Vereinbarung über die Kinderbetreuung, da habt Ihr zugestimmt, aber bei den zwei anderen habt Ihr dagegen gestimmt.

Irgendwie ist das ganz komisch, *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)* wenn man sich da herstellt und fast überschwänglich, diese 15a-Vereinbarungen lobt, aber gleichzeitig die eigene Partei dagegen stimmt. Die Internationalisierungsoffensive ist ein wichtiges Thema. Ich werde es gleich erklären, wie man dazu gekommen ist. Wobei also Internationalisierung insgesamt oft ein Schlagwort ist. Es klingt halt gut und dann holt man sich manchmal internationale Berater als Partei zum Beispiel, so wie die SPÖ auf Bundesebene, wo man sich einen internationalen Politikberater geholt hat. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Prinzessin!)* Genau!

Damit kommen eben solche Dinge zustande, wo dann irgendwelche Papiere öffentlich werden, und wie gesagt, das größte Problem der SPÖ wäre eigentlich der Kanzler selber. Er ist eine Prinzessin, die sehr eitel ist. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das ist aber nett.)* Und das zeigt, dass manchmal Internationalisierung auch in die Hose gehen kann. Aber das ist jetzt nur so ein kleines Beispiel, was passieren kann, wenn man es falsch macht.

Internationalisierung grundsätzlich ist ein wichtiges Thema für Wirtschaft. Und jetzt, Kollege Richter, war der Grund, warum wir das thematisiert haben. Und zwar auf Grundlage übrigens eines einstimmigen Beschlusses des Wirtschaftsparlamentes, wo ja auch die FPÖ-Vertreter oder der FPÖ-Vertreter und auch die SPÖ-Vertreter zugestimmt haben. Und wir haben das für eine vernünftige Vorgangsweise gehalten, weil wir davon überzeugt sind, dass eine Internationalisierungsförderung oder -offensive, wie immer man das nennen mag, schon auch wichtig ist.

Wenn man über internationale Konzerne redet. Das ist also oft das Schlagwort, dann glaubt man, dass der europäische Markt oder der globale Markt nur etwas für große Konzerne wäre. Das stimmt natürlich in der Form nicht. Im Gegenteil, es sind oftmals kleine Unternehmen, aber sehr flexible, sehr innovative Unternehmen, auch Familienunternehmen, die sich auf den internationalen Märkten sehr gut behaupten können. Ich möchte zwei Beispiele anführen, weil manchmal glaubt man ja das gar nicht, dass man in unmittelbarer Nähe oft Unternehmen hat, die wirklich international mithalten können. Zwei Eisenstädter Unternehmen, die ich oder wir, oder die meisten von Euch

auch persönlich kennen. Das eine ist die Firma Remedia, das ist besser bekannt unter Apotheke Müntz, der ja im Bereich der Homöopathie wirklich extrem erfolgreich ist, über 6.000 Produkte erzeugt und an die 90 Prozent nicht in Österreich verkauft, sondern im europäischen Markt.

Oder die Firma Invaris, auch ein Eisenstädter Betrieb, auch ein Familienbetrieb. Diese Firma ist ein international führender Hersteller von Textverarbeitungsprogrammen und von Plattformprodukten für Dokumentenerstellungen. Sie haben 500 Großkunden alleine in Deutschland. Und das sind keine Großkonzerne, wie man das oft im Kopf hat, sondern das sind wirklich sehr gute, sehr innovative Unternehmen und Firmen.

Diese werden wahrscheinlich einen Anstoß gar nicht mehr brauchen, weil sie seit vielen Jahren international tätig sind. Aber es gibt sicherlich viele Unternehmen im Burgenland, die ganz einfach Unterstützung und Anstoß brauchen.

Für diejenigen, die sich ganz dieser internationalen Märkte verschließen, kann es auch passieren, dass die Luft manchmal dünn wird, denn dann stellt man manchmal fest, oder ist irgendwie überrascht, dass plötzlich der kleine regionale Markt etwas eng wird. Oder umgekehrt, dass die Internationalisierung zu uns kommt und halt Anbieter aus anderen Ländern, aus anderen europäischen Ländern auch bei uns sozusagen Markterschließung betreiben.

Daher ist es, glaube ich, besser, hier offensiv zu sein und in die Offensive zu gehen. Was aber auf jeden Fall wichtig ist, dass man Internationalisierungsmaßnahmen professionell macht und dass man sich gut überlegt, wie man das als Firma angehen möchte. Wenn man nachhaltig erfolgreich sein will, dann muss man sich eben auf die jeweiligen Gegebenheiten, auf den Märkten einstellen können.

Meine Damen und Herren! Die neue Richtlinie, die vom Kollegen Richter angesprochen und gestern vom Herrn Landesrat Petschnig vorgestellt worden ist, ist aus meiner Sicht, ein guter erster Schritt. Es ist halt manchmal die zeitliche Komponente komisch, muss ich schon sagen. Und uns vorzuwerfen, wir hätten da jetzt irgendwo gehört, dass der Landesrat sozusagen eh daran arbeitet und dann stellen wir uns hin und machen schnell einen Antrag, dass wir halt auch dabei sind, also das ist wirklich eine an den Haaren herbeigezogene Argumentation, die natürlich nicht so stimmt.

Ausgangspunkt, wie gesagt, war der Beschluss der Wirtschaftskammer beziehungsweise des Wirtschaftsparlaments, den wir einfach für sinnvoll gehalten haben.

Die zeitlichen Abläufe waren schon, wie soll ich sagen, irgendwie komisch. Wir haben den Antrag eingebracht, dann hat der Ausschuss gemeint, eine Stellungnahme des Landesrates wäre angebracht, und dann ist ewig lang keine Stellungnahme gekommen, und am Tag der Ausschusssitzung ist dann eine Stellungnahme eingelangt, wo mitgeteilt wurde, so quasi, es hat eh schon einmal eine Internationalisierungsoffensive gegeben und die war irgendwie nicht so cool oder nicht so gut, und daher ist diesem Antrag, den wir gestellt haben, nicht zu folgen.

Das ist überhaupt nicht verständlich, weil sich unser Antrag sicher nicht auf die damalige Internationalisierungsoffensive bezieht, sondern wir haben in unserem Antrag drinnen stehen, dass wir die Landesregierung auffordern, gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, mit Unternehmen, eine neue Richtlinie zu erstellen.

Insofern war diese Argumentation aus meiner Sicht wirklich nicht in Ordnung. Dem Abänderungsantrag von Rot-Blau, das hat die Kollegin Petrik eigentlich auf den Punkt gebracht, kann man ja eigentlich gar nicht zustimmen, weil er sich nicht einmal mit einer Internationalisierungsoffensive beschäftigt, sondern allgemein von irgendwelchen

Wirtschaftsfördermaßnahmen, die halt bestehen, spricht. Und ist ja in sich auch schon unschlüssig. Denn wie soll man etwas beschließen, etwas beizubehalten, wenn der zuständige Landesrat am gleichen Tag sagt, wir machen etwas Neues. Also irgendwie passt das alles nicht zusammen.

Daher wird das halt zur Kenntnis genommen, dass man halt irgendeinen Antrag einbringt, damit man unserem Antrag nicht zustimmen muss. Aber das ist nicht das, was ich mir persönlich unter einer Zusammenarbeit - auch zwischen Opposition und Regierung - vorstelle. Das hätte man auch anders machen können, weil wir, so sehe ich das zumindest, inhaltlich zumindest, was die Sache betrifft, nicht so weit auseinander sind.

Wobei, ich habe dann die Presseaussendung gelesen, wo dann groß bejubelt wurde, das ist jetzt überhaupt das Beste in Europa und Umgebung, was man da … *(Abg. Géza Molnár: Der Volksweg.)* Volksweg gibt es in Eisenstadt, Kollege Molnár, das wissen Sie ganz genau.

Aber dass das überhaupt das Beste in Mitteleuropa und Umgebung wäre, sozusagen die alte oder die ehemalige Internationalisierungsoffensive ein bisschen abwertend beurteilt wurde, wenn man sich dann aber die Maßnahmen anschaut, dann weiß ich jetzt nicht genau, aber Sie werden das dann eh erklären, was jetzt die ganz großen epochalen Unterschiede sind. Bei der alten Förderung hat man bis zu 50 Prozent gefördert bekommen. Jetzt bekommt man bis zu 40 Prozent gefördert. Bei der alten Offensive sind Messeauftritte gefördert worden, jetzt nennt man es Markterschließungsmaßnahmen vor Ort. Ich nehme an, dass da auch Messeauftritte darunter fallen. Publikationsmaßnahmen hat es bei der alten Förderung gegeben, die gibt es jetzt wahrscheinlich auch. Das Einzige, was mir jetzt aufgefallen ist, was neu ist, ist diese Förderung eines sogenannten Internationalisierungsmanagers für KMUs. Dieser klingt einmal aufs Erste gut, aber da habe ich jetzt zu wenig Information, um das auch entsprechend beurteilen zu können.

Was mir ein bisschen fehlt und was vielleicht noch sicherlich gut wäre, auch Beratungsmaßnahmen für KMUs vor allem zu fördern und zu unterstützen, weil ganz einfach der Schritt in einen anderen, neuen europäischen oder globalen Markt gut überlegt sein will und wo man wirklich auch professionell auch vorbereitet sein soll.

In dem Sinn bin ich zwar, Herr Landesrat, inhaltlich relativ d‘accord mit Ihnen, aber was natürlich den Abänderungsantrag betrifft, den dürften eigentlich auch die Abgeordneten von Rot und Blau nicht beschließen, weil er einfach überhaupt nicht zum Thema passt.

Insofern tut es mir leid, dass wir hier sozusagen auch nicht formal zumindest einen gemeinsamen Beschluss machen können, weil es einfach nicht möglich ist. Inhaltlich freue ich mich schon darüber, dass wir als Volkspartei wieder einmal Schrittmacher für Rot-Blau waren. Ich habe das zu Beginn der Legislaturperiode gesagt, dass wir gerne bereit sind, Euch zu helfen, wenn es einmal eng wird. Das haben wir in vielen Bereichen gemacht - als die starke Alternative im Burgenland.

Jetzt ist es in der Wirtschaftspolitik, in der Frage der Internationalisierung wieder einmal so weit, das freut mich, und das hilft dem Burgenland sicher weiter. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin auf Grund der bisherigen Wortspenden zu diesem Tagesordnungspunkt ein wenig irritiert und verblüfft.

Einerseits haben wir einen Abänderungsantrag, wo in der Überschrift die Wirtschaftsförderung im Burgenland als Titel steht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, eben.)* und nicht alleine die Offensive, die Sie angesprochen haben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Darum geht es aber, Herr Kollege.)* die Internationalisierungsoffensive. Andererseits glaube ich auch nicht, dass wir als Land Burgenland aufgrund der letzten Jahre gerade im Wirtschaftsbereich und der Entwicklung defensiv eingestellt sein müssen, um eine Offensive starten zu müssen. Mich verwundert auch die karge Wortspende von Kollegin Mag.a Petrik, die ich eigentlich beim Tagesordnungspunkt 10 bei der Abschaffung zum Pflegeregress erwartet hätte.

In diesem Fall glaube ich nicht, dass man von einer Beibehaltung sprechen kann, sondern sehr wohl, wenn man den Gesamtkontext sieht, von einer Erweiterung, Ergänzung und Änderung sprechen kann, und das möchte ich auch mit meinen Ausführungen nunmehr klar definieren. Es ist unbestritten, dass sich das Burgenland in den letzten Jahren dynamisch und erfolgreich im Wirtschaftsbereich entwickelt hat. Wie könnte man sonst sagen, dass wir in den letzten fünf Jahren - bundesweit gesehen - Wirtschaftswachstumssieger waren? Viermal, in den letzten fünf Jahren.

Wie könnte es sein, dass wir im Jahr 2016 2,4 Prozent Wirtschaftswachstum hatten? Auch im Jahr 2017 sind wir vorne dabei. Wie kann es sonst sein, wie bereits heute in der Fragestunde angedeutet worden ist, dass wir Beschäftigungsrekorde haben mit nunmehr fast über 107.000 Beschäftigten? Wie kann es sein, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit um 19 Prozent gesenkt haben und bei der Arbeitslosigkeit von über 50-Jährigen auch bereits auf minus vier Prozent sind? Diese rückläufige Arbeitslosenrate, die ständigen Beschäftigungsrekorde spiegeln, glaube ich, klar einen Erfolgskurs, der in unserem Heimatland Burgenland in den letzten Jahren zweifelsohne eingetroffen ist.

Ich bin überzeugt, dass dieses Wirtschaftswachstum, das wir nachweislich auch in den Statistiken nachlesen können, sehr breit aufgestellt und gesund ist. Wir haben nämlich Zweige von Industrie, über Energiewirtschaft, Bau, Handel, aber auch den Bildungs- und den Gesundheitssektor. Deshalb bin ich überzeugt, dass das Wirtschaftswachstum auch in den nächsten Jahren weiterhin so bestehen wird.

Dieser burgenländische Weg, so bezeichne ich ihn, steht in einem engen Zusammenhang mit den vorher angesprochenen grenzüberschreitenden und internationalen Aktivitäten des Landes. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass die internationalen Beziehungen gepflegt und ausgebaut wurden und diese dadurch auch den Wirtschaftsmotor angekurbelt haben. Deshalb, so glaube ich auch, ist das Tourismusland Burgenland mit mittlerweile über drei Millionen Nächtigungen auch in den internationalen Focus gerückt. Für mich ist auch ein wesentlicher Baustein, auch wenn es nicht in den bisherigen Reden so gekommen ist, dass die Exportwirtschaft zweifelsohne auch mittlerweile eine Stütze für die Konjunktur geworden ist. Die Exporte in viele Länder in der Welt nehmen nachweislich zu. Dazu möchte ich nachher auch Beispiele geben.

Ich behaupte auch, dass für dieses Wirtschaftswachstum Einführungen, wie der burgenländische Handwerkerbonus, bedeutend sind. Wenn man auf die Baumesse in Oberwart geht oder auf diverse andere Messen, hört man immer wieder von Unternehmerinnen und Unternehmern, dass dieser Handwerkerbonus gerade für die burgenländischen Betriebe ein wesentlicher Faktor ist. Ich bin auch überzeugt, dass die

Investitionspakete, geschnürt mit Bund und EU, mit 2,8 Milliarden Euro bis 2020 einen wesentlichen Beitrag für dieses Wirtschaftswachstum hatten.

Deshalb sage ich „Made in Burgenland“ wird zu einem immer besseren Qualitätsbegriff. Dabei spielen die Industriebetriebe neben den vielen bemühten Klein- und Kleinstunternehmen eine wesentliche Rolle. Diese stehen nämlich mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Innovation und Qualität. Sie sind eine wesentliche Triebfeder für die Modernisierung und den Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes Burgenland.

Erst vor kurzem habe ich eine Presseaussendung gesehen, dass sich in Neutal ein Hightech-Unternehmen angesiedelt hat, die 3DGence R&D GmbH, ein internationaler Konzern, ein internationales Unternehmen, die sich im Forschungs- und Entwicklungsbereich im Technologiezentrum in Neutal angesiedelt haben, und genau das findet dort statt, was unsere Wirtschaft auszeichnet.

Dieser Betrieb schafft zusätzlich bis zu 100 Arbeitsplätze, dieser Betrieb ist im Spitzentechnikbereich angesiedelt, dieser Betrieb liefert in die Medizin, aber auch in die Automobilindustrie 3D-Drucker, und dieser Betrieb investiert fast 20 Millionen in den nächsten Jahren in Forschung und Entwicklung. Deshalb bin ich überzeugt, dass das der richtige Weg ist, das ist die Internationalisierung. Das ist genau dieser Motor, den wir brauchen. Wenn man auch sieht, zum Beispiel, dass dieser Betrieb - auch mit Mithilfe unseres Landeshauptmannes - in den nächsten Jahren auch mit der Fachhochschule Burgenland, aber auch mit der Technischen Universität zusammenarbeiten wird, und burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu hochqualifizierten Hightech-Arbeitnehmern ausgebildet werden, so bin ich überzeugt, das macht das Burgenland aus, und das ist dieses „Made in Burgenland“, wofür wir stehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Unbestrittenermaßen kommen solche Betriebe nicht von alleine. Dafür bedarf es Networking und es bedarf auch Rahmenbedingungen. Im Burgenland wurden diese Rahmenbedingungen in den letzten Jahren unbürokratisch und rasch gestellt. Wenn der Unternehmer, der sich in Neutal angesiedelt hat, gefragt wurde, warum er gerade über Burgenland Mitteleuropa und südeuropäische Staaten erreichen will, dann sagt er, die waren offen und effizient, weil es um den Standort gegangen ist. Genau das ist der Punkt, und deshalb ist dieser Betrieb auch bei uns im Burgenland angesiedelt worden.

Wesentlich für mich ist auch, das ist auch nachlesbar, dass das Burgenland in der Gründungsintensität zuletzt an der Spitze gelegen ist. Und wesentlich für mich ist auch, dass Bund und EU gekoppelte Förderprogramme weiterhin, bis zumindest 2020, wirken.

Nun, heute hat mich auch überrascht, dass gesagt worden ist, diese Internationalisierungsförderung, diese Richtlinie oder Aktionsrichtlinie für Förderungen wäre 2013 eingeschlafen. Eigentlich sollte sie nicht einschlafen, aber ich glaube, Mag. Petschnig hat das einzige Richtige gemacht.

Ich habe vorher mit ihm gesprochen, er hat das gemacht, er hat versucht, kreative, innovative Ideen zu ergänzen, hinzuzufügen. Wenn ich mir den Internationalisierungsmanager anhöre, glaube ich, das ist ein wesentlicher Bereich, der ist neu, man muss sich anschauen, wie sich das entwickelt. Aber ich glaube, genau in diesem Bereich, zusätzlich zu den bisher bestehenden, die wir auch in unserem Antrag drinnen haben, wie Investitionszuschüsse, wie Beteiligung mittels Bürgschaften oder wie Eigenkapitalsteigerungen, sind wir sicherlich am richtigen Weg.

Wenn man sich die Fördervolumen der letzten Jahre anschaut, 2016 wurden über die WiBuG 11,9 Millionen Euro Fördervolumen abgewickelt. Wenn man bereits das erste Halbjahr 2017 reflektiert, sieht man 169 Förderfälle, mit 4,7 Millionen Euro Fördervolumen.

Auch die Weinwirtschaft ist ein wesentlicher Teil der Wirtschaft im Burgenland geworden. Der burgenländische Wein ist für mich ein unverzichtbarer Botschafter und auch eine Visitenkarte für das Wirtschaftswachstum im Burgenland geworden.

Ich habe mit meinem Kollegen vorhin gesprochen, es gibt in Gols Weinbauern, die mittlerweile in 60 verschiedene Länder der Welt exportieren. Das sind Ergebnisse, das ist die Internationalisierung, das ist die Modernisierung, und diese müssen wir fortschreiten.

Deshalb, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Zukunftsweg liegt zweifelsohne in einer wissensbasierten Wirtschaft, mit einer innovativen und kreativen Internationalisierung. Dabei wird es natürlich auch wichtig sein, ein Bildungssystem, das schnell reagiert und diese Wissensvermittlung weitergibt. Das Beispiel Neutal zeigt es. Dort sind wir ja schnell und rasch auch in der Bildung.

Und die burgenländische Wirtschaft braucht ja diese hochqualifizierten, hochmotivierten Mitarbeiter. Die waren auch diejenigen, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die in der Wirtschaftskrise das Burgenland auch drübergebracht haben und das Wirtschaftswachstum auch in diesem hohen Ausmaß erreicht haben. Damit können wir auch dann hochqualitative und hochwertige Produkte im Burgenland schaffen.

Wir vertrauen diesen Unternehmerinnen und Unternehmern, und wir vertrauen diesen vielen motivierten MitarbeiterInnen. Wir werden die Rahmenbedingungen schaffen, damit auch zukünftig verstärkte Internationalisierung und auch verstärkte Exportquote entsteht. Das ist der burgenländische Weg. „Made in Burgenland“ ist unser Ziel. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Kollege Drobits, nur ganz kurz. Das mag alles stimmen, was Sie gesagt haben, aber all das hat jetzt nichts unmittelbar mit der Internationalisierungsmaßnahme und mit der -offensive zu tun. Das ist ja der Punkt, warum dieser Antrag, dieser Abänderungsantrag mit der Sache nichts zu tun hat. Ich will das jetzt gar nicht bestreiten, wie super alles ist und wie klasse alles ist, aber das hat eben nichts mit dieser Aktion zu tun, die der Landesrat jetzt vorgestellt hat.

Genau das Beispiel, das Sie gebracht haben, nämlich in Neutal, dass sich diese Firma angesiedelt hat, was eh okay ist, aber das ist eben der umgekehrte Weg der Internationalisierung und da geht es ja vor allem darum, dass wir burgenländische Unternehmen in die globalen und europäischen Märkte bringen. Aber es ist ja an sich kein Problem. Deswegen, und darum habe ich mich jetzt nochmal zu Wort gemeldet, möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen, um Ihnen auch die Chance zu geben, ganz einfach uns zuzustimmen und einfach diesen Fehler, den Sie einfach gemacht haben, diesen handwerklichen Fehler, einfach zu korrigieren. Das ist ja kein Problem.

Daher möchte ich die Beschlussformel vorlesen: „Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Wirtschaftskammer ein Maßnahmenpaket „Internationalisierungsoffensive“ im Sinne der Antragsbegründung auszuarbeiten und ehestmöglich umzusetzen.“ *(Der Abgeordnete übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag – Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden wird.

Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich einerseits bei allen zu bedanken, die an der Entwicklung dieser - das freut mich, dass es natürlich weitgehend konsensual jetzt bedacht wurde -, bei allen bedanken, die hier mitgearbeitet haben, das zu entwickeln, aber natürlich auch stellvertretend für alle, die davon Nutzen tragen werden. Denn ich bin der festen Überzeugung, dass wir hier bezugnehmend auf das, was jetzt von den Unternehmen gefordert wird, nämlich was sie brauchen, was sie wirklich für ihren Schritt über die Grenzen in die Internationalität brauchen, dass das entsprechend seinen Niederschlag gefunden hat.

In gewissem Sinne, glaube ich, haben wir das Bestmögliche entwickelt, und ich finde, es ist sehr positiv auch zu bemerken, dass die politische Landschaft, auch der Hohe Landtag zumindest weitestgehend, hinter dieser Maßnahme steht.

Vielleicht ein wenig zur Aufklärung, als es geheißen hat, das sind zeitliche Komponenten, sind ein bisschen komisch oder so. Nach der Einstellung Ende des Jahres 2013, was der Abgeordnete Richter bereits erwähnt hat, schwelte diese Debatte um eine Internationalisierungsförderung ja bereits seit unserem Amtsantritt im Jahr 2015. Also das ist nicht sowas Neues, es hat immer wieder Vorstöße gegeben, immer wieder Ideen gegeben, natürlich gehört das einmal abgeklärt, ob das auch stimmt.

Abgeordneter Richter hat auch gewisse Effekte erwähnt, die man statistisch nachweisen kann, dass Internationalisierungsmaßnahmen etwas bringen.

In diesem Sinne haben wir natürlich positiv darauf reagiert, und die Frage war dann eben, wie setzt man das um. Zwischendurch ist einmal dieser einstimmige Beschluss - zu Recht einstimmiger Beschluss - von Seiten des Wirtschaftsparlaments gekommen. Aber die Frage war halt, nehmen wir sozusagen eins zu eins das auf und es wurde von der Wirtschaftskammer ausdrücklich von ihnen halt nur schlüssig gefordert, indem man zum Beispiel hier sagt, Maßnahmen, wie zum Beispiel Förderung von Beratungsleistungen, Messeteilnahmen im Ausland, Marketingaktivität in den Zielmärkten, das ist halt eins zu eins das, was in der alten Initiative … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist jetzt der große Unterschied? Außer der Manager?)*

schlüssig gefordert, indem man, zum Beispiel, gesagt hat, Maßnahmen wie, zum Beispiel, Förderung von Beratungsleistungen, Messeteilnahmen im Ausland, Marketingaktivitäten in Zielmärkten, das ist eben eins zu eins etwas, was in der alten Initiative als förderwürdig steht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner*: *Was ist nun der große Unterschied außer Manager?)*

Ist nichts Dramatisches. Ist ja auch positiv. Aber, ich sage ja nur, mir persönlich war es zu wenig, einfach herzugehen, und das, was hier vielleicht zu einem anderen Zeitpunkt gut und richtig gewesen sein mag, eins zu eins in das Hier und Heute zu transferieren.

Gleichzeitig sind über viele Monate relativ wenig neue Inputs gekommen. Leider auch von der Wirtschaftskammer, wobei grundsätzlich diese Idee ja völlig richtig war, ventiliert worden ist. Unser Zugang war es daher, herzugehen und direkt bei den Unternehmern nachzufragen. Wir haben mit Unternehmen, die in erster Linie schon an

den Zielmärkten sind, aber vielleicht weitere Zielmärkte erschließen wollen, ungefähr zwei Dutzend Gespräche geführt.

Auch Kleinunternehmer, die den Schritt über die Grenzen wagen wollen. Einen davon haben Sie sogar schon hier am Rednerpult erwähnt. Der Succus aus all diesen Gespräche war, dass ja alles recht und schön ist, und keiner, jeder nimmt einmal ein paar Tausend Euro Förderung für eine Messe mit.

Aber das, was die Unternehmer in den neuen Zielmärkten wirklich brauchen ist, Absatz. Sie wollen ihre Produkte, ihre Dienstleistungen dort verkaufen. Alles, was dazu notwendig ist, hilft. Was einhellig eben mir gesagt worden ist, ein Messeauftritt ist recht und schön, aber er hilft mir nicht.

Weil das jemand zufälligerweise einmal an einem Messestand in Budapest oder Prag oder wo auch immer vorbeikommt, ist halt eher ein Zufallsprodukt. Daher wurde hier sehr wenig Wert darauf gelegt, sondern sehr viel Wert darauf, dass man eben Personal fördert, das sich spezielle mit entsprechenden Zielmärkten oder generell mit der Internationalisierung auseinandersetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Genau das haben wir eben zu Papier gebracht. Jetzt kann man wie auch immer über Formulierungen streiten, aber genau das haben wir versucht zu Papier zu bringen. Das ist ja das Neue und von der Wirtschaft geforderte innovative, nämlich dieser Internationalisierungsbeauftragte.

Das heißt, jemand, der sich tatsächlich mit einem oder zumindest auch mit einem ganzen Bündel von Zielmärkten auseinandersetzt, Marktkenntnisse besitzt, dort vor Ort unterwegs ist, die möglichen Abnehmer, den möglichen Konkurrenten oder was man halt alles so weiter braucht für die entsprechenden Analysen kennt und dies Knowhow in einem Unternehmen bündelt. Weil ein Unternehmen ist ja nicht wie das andere.

Es gibt völlig unterschiedliche Herausforderungen und ich glaube, dass ist auch der richtige Weg. Wie gesagt, es wurde von vielen Unternehmen gefordert, nahezu einhellig gefordert. Also, der Ansatz war immer, es ist ein weißes Blatt Papier und jetzt zeichnet die Internationalisierungsoffensive, so, wie ihr sie machen würdet. Es ist eigentlich ein einheitliches Bild herausgekommen. Das haben wir natürlich sehr gerne übernommen. Noch dazu, dass es ja, das muss man ja auch festhalten, die alte Initiative eigentlich war, die es in den meisten anderen Bundesländern gibt. Diese Form der Internationalisierungsförderung gibt es noch nirgends. Insofern ist es natürlich innovativ. Die Begrenzung auf 2018 liegt darin begründet, weil man erstens einmal sehen kann, ob das wirklich jetzt die Herausforderung trifft, ob das auch wirklich genutzt wird, beziehungsweise, zweitens natürlich, die Abschätzung von budgetären Notwendigkeiten sind bei neuen Maßnahmen mit einer gewissen Unsicherheit verbunden.

Also, insofern glaube ich, ist das recht und billig, dass wir begrenzt haben. Soll aber nicht heißen, dass es natürlich abgebrochen wird, sondern es soll natürlich seine Fortsetzung finden.

Vielleicht noch einige ergänzende Wortmeldungen dazu. Ja, der Antragsinhalt 2013, wie schon gesagt, das mit der Förderquoten von 50 Prozent, das ist ja so zu sagen kumulativ gewesen. Da gibt es ja unterschiedliche Abstufungen. Man muss natürlich auch sagen, 50 Prozent das 40 Prozent wovon. Also, es kommt natürlich auf die Bemessungsgrundlage an, das wissen wir, ja, aber die ist etwas breiter gefasst. Also, insofern glaube ich, dass man so nicht unbedingt in die Quere kommen muss.

Ja, die Neuigkeiten haben wir bereits besprochen. Vielleicht noch zum Abschluss zur zeitlichen Komponente. Weil es als komisch bezeichnet worden ist. Mir ist ehrlich

gesagt in der ganzen Debatte ein einziger Aspekt aufgefallen, der komisch ist, und zwar die Pressekonferenz. Die war gestern um 11.00 Uhr, ich war ja selbst dabei, ist ja auch im Internet nachzusehen. Die hat ungefähr, mit den Gesprächen, die man nachher mit den Journalisten so führt bis 11.50 Uhr oder 12.00 Uhr gedauert. Um 12.09 Uhr war von der Wirtschaftskammer bereits die entsprechende Wortmeldung mit Layout, mit allem heraußen.

Also, dass hier keine Vorbereitung oder Vorinformation stattgefunden hat, kann so sicherlich nicht gehalten werden. Das hat es definitiv gegeben, aber, wie gesagt, *(Abg. Manfred Kölly: Systemelastisch.)* es geht hier nicht darum, dass was als erster oder zweiter oder sonst irgend Etwas, darüber kann man jetzt natürlich debattieren.

Aber, noch einmal, es geht mir nicht darum, hier sozusagen den ersten, zweiten oder sonst irgendeinen Platz zu beanspruchen. Es freut mich, dass wir hier weitestgehend einhellig hinter dieser Maßnahme stehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass wir weitestgehend einhellig das sehen, dass Internationalisierung und zwar der Export vom Burgenland nach draußen etwas Positives ist. Hoffentlich trifft das genauso die Herausforderungen, die die Unternehmer sich gegenüber sehen. In diesem Sinne hoffe ich hier dementsprechend dem Vorschub geleistet zu haben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat für die Ausführungen. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten… *(Allgemeine Unruhe)* Ich ersuche höflich beim Abstimmungsvorgang um etwas mehr Ruhe, herzlichen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Wirtschaftsförderung im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1004) betreffend Verkehrssicherheit im Südburgenland (Zahl 21 - 704) (Beilage 1040)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 13. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1004, betreffend Verkehrssicherheit im Südburgenland, Zahl 21 - 704, Beilage 1040, wird Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Georg Rosner: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verkehrssicherheit im Südburgenland,, in ihrer 23. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, beraten. Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Molnár stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Molnár gestellte Abänderungsabtrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verkehrssicherheit im Südburgenland unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Molnár beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Gerhard Steier: Wolfgang, drei Minuten! – Abg. Manfred Kölly: Zwei Minuten! Besser eine Minute!)*

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Sonst geht es Euch eh gut, aber, versprochen, ich mache es kurz. Für uns ist die wesentlichste Investition in die Verkehrssicherheit, dass wir jene von den Straßen holen, die nicht unbedingt mit dem eigenen Auto fahren müssen. *(Abg. Manfred Haidinger: Bravo!)*

Das heißt, bessere öffentliche Verkehrsmittel anbieten. Damit werden diese entlastet und können sicherer fahren, als diejenigen, die unbedingt mit dem Auto fahren müssen, weil sie unregelmäßige Arbeitszeiten haben oder einfach in Gebieten wohnen, wo noch kein öffentlicher Verkehr gegeben ist. Beziehungsweise gibt es natürlich, das wissen wir alle, Bereiche, wo sich öffentlicher Verkehr nie wirklich rentieren wird, kein Busanschluss hingehen wird.

Das wären die wesentlichsten Punkte, wie man mit relativ einfachen Mitteln wieder einmal mehrere Fliegen mit einer Klappe lösen könnte. Was die Bahn angeht. Hinsichtlich dieser langen und leidvollen Geschichte des Anschlusses nach Oberwart und weiter sind wir natürlich froh, dass das Land jetzt diesen Schritt gesetzt hat.

Erstens einmal für die Wirtschaftsbetriebe, die damit Sicherheit haben. Wir hoffen auch, dass der eine oder andere Betrieb durch diese Sicherheit jetzt auch den Schritt setzen wird und auch auf die Bahn vermehrt setzen wird. Es sind ja nicht alle Betriebe, die in der Nähe der Bahn liegen, jetzt regelmäßige Bahnkunden.

Was natürlich jetzt wesentlich fehlt und ich hoffe, dass es da Gespräche gibt, ist die Ausweitung Richtung Großpetersdorf und im Idealfall noch wesentlich weiter. Der erste

Schritt wäre einmal, dass man zumindest, ich weiß, dass ich bei der Wortmeldung da einen Fan habe, nämlich den Schwerverkehr aus Oberwart heraus zu bekommen. Das ist einfach irre, wenn du dort stehst und die riesigen Holztransporter mitten durch die Ortschaft fahren.

Die Bahngasse, so wie so sehr klein, die Kreuzung ist sehr belebt. Dieser Schwerverkehr gehört einfach aus dem Ort heraus. Auch als Vorteil für den Wirtschaftsbetrieb, aber natürlich auch als Erhöhung der Lebensqualität im Ort selber. Ich habe selber vor kurzem mit jemandem gesprochen, der an der Strecke liegt. Es gibt ja eigentlich ein LKW-Fahrverbot in Oberwart, aber natürlich der darf hereinfahren und das sind nicht so wenig LKW, die da täglich fahren.

Was leider ein bisschen ins Hintertreffen gekommen ist, ist eigentlich, es war ja langfristig mit Ungarn geplant hier wieder einen Anschluss zu machen, der nach Ungarn hinübergeht und auch Personenverkehr. Davon hört man leider jetzt relativ wenig. Nachdem da sogar in Ungarn ein großes Treffen war mit namhaften Personen aus Ungarn, aus der EU aus Österreich beziehungsweise dem Burgenland.

Ich glaube, das wäre wirklich wichtig, vor allem auch weil, bei allem Lob für die Busführung der Linie G1, die kostet sehr viel Geld. Nicht nur dem Land Burgenland, sondern auch denen, die den Bus nutzen. Ich kann mit der Bahn wesentlich günstiger fahren. Vor allem hält die Bahn die Zeiten besser ein. Die Busse sind wirklich extrem knapp getaktet. Wenn da irgendwo jemand ein bisschen länger braucht mit dem Einsteigen, 30-er Zone kennen die Busfahrer leider ohnehin nicht.

Das heißt, es wäre wirklich wichtig, den Bus eher als Zubringer zum Zug zu verwenden und die Linie möglichst von Großpetersdorf oder gleich von Rechnitz aus bis nach Wien durchzuführen, langfristig natürlich elektrisch, weil wir wollen ja bei der Mobilität auf E-Mobilität setzen. Ich hoffe, dass dieser Wunsch nicht nur ein Wunsch von mir ist, sondern, so nehme ich an, auch vom Kollegen Rosner und dass das auch in der Landesregierung weiter verfolgt wird. Grenzüberschreitende Projekte sind ja sehr beliebt und leichter förderbar in der Europäischen Union.

Ich glaube, dass das eine wesentliche Erleichterung wäre, erstens für die Straße und zweitens für die, die mit dem Auto fahren müssen, drittens für das Klima und viertens für die Leute, die dann hier diesen Zug oder diese Bus- und Zugkombination nutzen können. Was die Verkehrssicherheit angeht. Es gibt leider an der Strecke, die im Antrag beschrieben ist, einige Kreuzungen. Ich muss ehrlich sagen, manchmal wundert es mich, dass zum Glück noch nicht mehr passiert. Weil auch die Kreuzung, die vom Industriezentrum oder vom Einkaufszentrum Unterschützen hinaus auf die Bundesstraße geht, ist nicht ohne. Auch da passieren bis jetzt Gott sei Dank in letzter Zeit weniger tödliche Unfälle. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, wenn man am Straßenrand schaut, es stehen genug Gedenksteine immer wieder Kerzen, die brennen und Kreuze. Warum dort noch keine 70-er Beschränkung ist, ist mir ohnehin ein Rätsel. Weil vorne beim Kreisverkehr ist ohnehin eine. *(Abg. Manfred Kölly: Wir können aber irgendwann das Auto über die Kreuzung auch tragen! Machen wir gleich eine 30er Beschränkung. Da hört sich dann der Spaß auf.)*

Da geht es um, lieber Kollege Kölly, Menschenleben. Wenn ich eine Kreuzung habe, dann ist eigentlich überall üblich, dass ich eine Geschwindigkeitsbegrenzung habe. Das wäre ein paar Meter mehr vom Kreisverkehr hinaufgezogen. Ich weiß schon, wer schnelle, große Autos fährt, will sie auch ausfahren. *(Abg. Manfred Kölly: Genau!)*

Wir haben die Todesfälle im Verkehr in den letzten Jahren maßgeblich gesenkt. Da waren ganz maßgeblich auch solche Temporeduktionen und natürlich auch die Sicherheit in der Autoindustrie ein wesentlicher Punkt. Aber, es sind immer noch fast 400 Menschen, die im Jahr auf Österreichs Straßen zu Tode kommen. Das ist jeder einzelne Mensch natürlich zu viel. Jede Maßnahme, die hier hilft, ist natürlich zu begrüßen.

Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen. Also dem U-Antrag.

Dem Abänderungsantrag, der in manchen Bereichen sogar weiter geht, was ich sehr begrüße, werden wir auch zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die ÖVP Fraktion verlangt mehr Verkehrssicherheit im Südburgenland. Verkehrssicherheit ist im Land Burgenland sehr wichtig, aber nicht nur eben für das Südburgenland, wie etwa für die ÖVP, sondern eben für das gesamte Burgenland. Der Anlass oder die Aufhänger des Entschließungsantrages der ÖVP sind, leider Gottes, die schweren Verkehrsunfälle, die es eben bei der Kreuzung in Großpetersdorf gegeben hat. Diese Kreuzung wird jetzt sogar durch einen Kreisverkehr ersetzt werden und der wird zur Sicherheit beitragen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich muss dazu sagen, dass es sich hier die ÖVP relativ leicht macht. Also, wenn ein Unfall passiert ist, zu sagen, hier gehört etwas gemacht. Zu behaupten, es ist ein Versäumnis des Landes Burgenland, weil dieser oder jener Unfall passiert ist, denke ich, ist nicht in Ordnung. Die Äußerungen finde ich absolut nicht fair und in Ordnung, wenn man hier mit persönlichen Schicksalsschlägen Politik macht und hier wieder das Südburgenland in Verruf bringt.

Es wird sozusagen nicht auf Euch oder Eure Verkehrssicherheit geschaut, diese Argumentation ist absolut nicht in Ordnung. Sie wissen doch genau, dass keine Straße zu 100 Prozent sicher sein kann.

Ich darf hierzu die traurige Unfallbilanz von 2016 näher bringen. Insgesamt waren es 19 Verkehrstote im Burgenland. Mit jeweils sechs Toten verzeichneten die Bezirke Neusiedl am See und Oberpullendorf die meisten Todesopfer im Vorjahr.

Unfallgründe mit tödlichem Ausgang waren ein 20jähriger touchierte ein Hinweisschild auf der A 6 und überschlug sich, ein Wildunfall, ein Reh wurde auf das entgegenkommende Auto geschleudert. Ein Radfahrer prallte bei einem Radauflug gegen einen Metallsteher, eine Pensionistin wurde vom Zug erfasst. Hier sieht man, welche unterschiedlichen und unvorhersehbaren Unfälle mit tödlichem Ausgang es im Straßenverkehr geben kann. Allein die ÖVP hätte wahrscheinlich diese Unfälle mit hellseherischen Fähigkeiten verhindern können. So könnte man den Antrag, leider Gottes, verstehen.

Wir alle wissen natürlich, was der Hauptgrund dieses Antrages ist. Ein Wahltag, der schon wem im Südburgenland einpacken oder einlullen zu wollen. In Wahrheit liegt der ÖVP, das muss man vielleicht auch sagen, nichts an der Sicherheit, sondern mehr an den Wählerstimmen, denn sonst hätte der Antrag heißen müssen, mehr Verkehrssicherheit im Nordburgenland, also im Bezirk Neusiedl am See. Oder sind Ihnen die Leute dort egal? Denn in den vergangenen viereinhalb Jahren sind auf Burgenlands Straßen 98 Menschen

bei Verkehrsunfällen gestorben. Die meisten dieser Unfälle passierten im Bezirk Neusiedl am See. Das geht aus einer Verkehrsclub Österreich Analyse hervor. Jeder dritte tödliche Verkehrsunfall, der sich in den vergangenen viereinhalb Jahren im Burgenland ereignete, passierte im Bezirk Neusiedl am See, also 34 Verkehrstote.

Im Österreichvergleich ist dieser hohe Anteil eines einzelnen Bezirkes gemessen an der Einwohnerzahl und Größe einzigartig, so der VCÖ. Zum Vergleich in den Bezirken Oberpullendorf und Oberwart waren es im selben Zeitraum jeweils 15 Verkehrstote, in Güssing und Jennersdorf jeweils 11 Tote. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

So viel zum Thema Verkehrssicherheit - eben im Südburgenland. Man könnte das jetzt drehen und wenden wie man will. Uns ist jeder Tote auf den Burgenlandstraßen zu viel, egal ob im Norden oder im Süden. Uns ist jeder Mensch hier wichtig. Sehr geehrte Damen und Herren! Als Hauptursache bei den tödlichen Verkehrsunfällen wird Unachtsamkeit und überhöhte Geschwindigkeit angegeben, gefolgt vom Alkohol am Steuer.

Es ist daher dem Landeshauptmann-Stellvertreter ein großes Anliegen, ein Bewusstsein für Verkehrssicherheit zu schaffen. Unter dem Motto „Jung und Alt, aber sicher“ hat im Burgenland der erste Verkehrssicherheitstag stattgefunden. Bei verschiedenen Stationen konnten Schüler und Senioren verschiedene Aspekte der Verkehrssicherheit live miterleben. Präventive Maßnahmen und die Einbindung von Schulen sind hier von großer Bedeutung, um im Bereich der Verkehrssicherheit vorbeugend zu wirken. Mit dieser Aktion „Jung und Alt, aber sicher“ macht das Land Burgenland und das Kuratorium für Verkehrssicherheit auf das Thema generationenübergreifend aufmerksam und erlebbar.

Bewusstseinsbildung ist ein wichtiger Schwerpunkt. Ziel ist es, die Eigenverantwortung zu fördern und die gegenseitige Rücksichtnahme von Jung und Alt im Straßenverkehr zu stärken. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist echt ein Witz!)*

Beide Seiten profitieren dadurch und es können somit Leben gerettet werden. Die Kampagne spannt bewusst einen Bogen zwischen unterschiedlichen Generationen, weil dort das Unfallrisiko am größten ist. Junge Verkehrsteilnehmer, jetzt erst wieder kürzlich durch den Schulstart oder Kindergartenstart, haben im Umgang mit dem Verkehr noch keine Routine und sind oft durch viele Einflüsse abgelenkt.

Bei den älteren Verkehrsteilnehmern überwiegt die Routine und somit nimmt die Gelassenheit im Verkehr wieder zu und das Risiko nimmt überhand. Ich denke, alle Verkehrsteilnehmer, Jung und Alt, können zur Verkehrssicherheit aktiv beitragen und Tragödien verhindern. Natürlich tragen auch verkehrstechnische Maßnahmen zur Verkehrssicherheit bei. Dennoch ist wachsame Eigenverantwortung die beste Verkehrssicherheit.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Land Burgenland ist es natürlich ein Anliegen, die besten Voraussetzungen für das moderne Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung und der Wirtschaft nachzukommen. Zusammengefasst, Mobilität für alle Burgenländer. Vor allem auch für die Wirtschaft in Verbindung mit den Arbeitsplätzen, nachhaltig, innovativ und sicher zu gestalten. Der Fokus liegt also auf effiziente, leistbare, nachhaltige und komfortable öffentliche Verkehrsverbindungen für die Burgenländer in die Zentren zu schaffen. Aber wir werden nicht den ganzen Verkehr auf Bus und Bahn verlagern können. Die ÖVP kann beruhigt sein, die Bahnstrecke Großpetersdorf - Oberwart - Friedberg wird in allen Überlegungen miteinbezogen und ist im Gedanken sicher bei der Landesregierung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es laufen Gespräche mit Ungarn, um diese Strecke zu revitalisieren und es sind viele Gespräche zu führen. Dafür sind etwa 130 Millionen Euro notwendig. Das ist eine Menge Geld. Ziel ist es, dieses Projekt auf europäischer Ebene als Förderprojekt umzusetzen. Durch den Kauf der Bahnstrecke Oberwart - Friedberg durch das Land ist der Weiterbestand dieser Bahnverbindung gesichert. *(Abg. Manfred Kölly: Stillschweigen!)*

Der Erhalt der Bahnstrecke ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Südburgenlandes von großer Bedeutung und ist der Landesregierung sehr wichtig, wie man eben mit dem Kauf erkennen kann. Hier schlägt die ÖVP Luftlöcher.

Mit der Bahn werden die Gemeinden entlang der Bahn entlastet, weil Güter von der Straße auf die Bahn gebracht werden. Auch an Lösungsvarianten zur angesprochenen Holzverladung Oberwart wird gearbeitet, damit auch hier der Schwerverkehr von Oberwart heraus kommt. Aber, gut Ding braucht eben Weile. Auch dadurch wird die Verkehrssicherheit gesteigert. *(Abg. Manfred Kölly: Stillschweigen.)*

Auch der Bau der S7 ist ein wichtiger Faktor zur Gesamtverkehrsstrategie. Auch der Erhalt der wohnortnahen Krankenhäuser und Bezirkshauptmannschaften, könnte man sagen, trägt zur Verkehrssicherheit bei, damit man nicht viele Kilometer und lange Anfahrtszeiten in Anspruch nehmen muss. So gesehen passiert einiges, was zur Verkehrssicherheit beiträgt. Dem Land Burgenland ist natürlich die Verkehrssicherheit, wie schon erwähnt, im ganzen Land ein Anliegen. Nicht nur im Südburgenland. Der Mensch im Norden ist uns ebenso wichtig, wie der Mensch im Süden und umgekehrt. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Markus! Ich meine, ich will gewisse Punkte deiner Wortmeldung nicht kommentieren. Aber, eines kannst du dir sicher sein, dass wir natürlich auch für die Verkehrssicherheit von ganz Burgenland ein Herz haben und nicht nur für das Südburgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin den südburgenländischen Menschen verpflichtet, *(Abg. Manfred Kölly: Für das ganze Land.)* weil ich bin ein Mandatar des Südburgenlandes und ich bin die Stimme dieser Menschen und das möchte ich da schon auch kundtun. *(Beifall bei der ÖVP)*

Vorweg, wir werden mit notwendigen Verkehrssicherheitsmaßnahmen mit Sicherheit nicht erreichen, dass es keine Verkehrsunfälle mehr gibt. Aber, wir können durch richtige Maßnahmen die Unfallhäufigkeit deutlich reduzieren. Die zahlreichen Unfälle, die Du angesprochen hast, der vergangenen Woche, zeigen einmal mehr, dass die Verkehrssicherheit bei vielen Kreuzungen im Raum Oberwart und Großpetersdorf erhöht werden muss. Es gibt unzählige Beispiele von gefährlichen Kreuzungen. Die Folge sind schwere Verkehrsunfälle und zahlreiche Verletzte.

Im Raum Oberwart betrifft das vor allem die Kreuzung bei der B63a, beim Farbenpartner in beide Richtungen. Leider wurde diese Kreuzung bereits vielen Menschen zum Verhängnis.

Hier braucht es eine dringende Entschärfung, beginnend durch eine Geschwindigkeitsbeschränkung. Auch die wichtigste Anbindung an das Krankenhaus Oberwart und das Messegelände, an die Umfahrung B63a war leider, das muss man so

sagen, eine Fehlplanung. Bereits wenige Jahre nach der Eröffnung der Umfahrung wurde diese Abfahrt ersatzlos gestrichen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man bedenkt, dass Oberwart ein neues, modernes Krankenhaus bekommt, muss auch ein umfassendes Verkehrskonzept für die Zu- und Abfahrt beim Krankenhaus miteingeplant werden. Als Bürgermeister der Stadt Oberwart ist mir die Verkehrssicherheit auch hier ein großes Anliegen.

Gemeinsam mit der Krages, dem Land, der Belig und der Stadt Oberwart muss beim Neubau des Krankenhauses Oberwart auf eine umfassende Verkehrsanbindung an die Umfahrungsstraße B63a miteingeplant werden. Nur so kann für ein modernes Krankenhaus auch eine ausreichende Verkehrsanbindung geschaffen werden.

Nun zur Kreuzung Großpetersdorf. Die Großpetersdorfer Umfahrung B63 war eine der wichtigsten Schritte, das muss man auch lobend erwähnen, Herr Landesrat, um die Verkehrsbelastung in und um Großpetersdorf zu verringern. Im Kreuzungsbereich B63a und L272 zwischen Großpetersdorf und Jabing kam es in den letzten Monaten immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen. Alle erinnern sich an den folgeschweren Busunfall. Ich bin froh und dankbar, dass dieser Bereich durch die Errichtung eines Kreisverkehrs nun entschärft werden soll.

Wir haben schon vor mehreren Monaten einen Kreisverkehr in diesem Kreuzungsbereich gefordert und ich hoffe, dass die medialen Ankündigungen sehr rasch in die Realität umgesetzt werden. Auch die Abfahrt beim ehemaligen Katzenberger Werk im Nordosten von Großpetersdorf in die B63 wird von vielen Autofahrern aufgrund der gefährlichen Kreuzungssituation gemieden. Viele Schwerverletzte und sogar Tote hat es bereits in diesem Bereich gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In unserem Antrag fordern wir jedoch nicht nur Einzelmaßnahmen, sondern ein komplettes Verkehrssicherheitsprojekt für die Umfahrung Großpetersdorf und Oberwart. Auch die Einbindung Jabing von der Jabingerstraße in die Umfahrung B63 wurde nach drei Änderungen und viel Geld erst vor drei Jahren fertig gestellt. Trotz fehlender Beschleunigungsspur ist diese Kreuzung derzeit übersichtlich, aber bei weitem nicht so stark frequentiert, wie die Großpetersdorfer Auf- und Abfahrten. Auch hier sollte sich Zug um Zug ein umfassendes Verkehrsprojekt überlegt werden, den Kreuzungsbereich sicherer zu gestalten.

Auch auf Unterwarter Gemeindegebiet befindet sich eine gefährliche Kreuzung. Die Anbindung Kreuzung Eisenzicken zur B63 an die Umfahrungsstraße hat schon zahlreiche Unfälle verursacht. Die Kreuzung Unterwart Umfahrung Industriegebiet Oberwart - Unterwart wurde vor einigen Jahren durch einen Kreisverkehr ersetzt. Nun ist es an der Zeit, auch die anderen Kreuzungsbereiche zu entschärfen und die Umfahrung Großpetersdorf - Oberwart für die zahlreichen Autofahrerinnen und Autofahrer sicherer zu machen. Diese vielen Beispiele zeigen, dass wir hier keine Einzelmaßnahmen sondern ein umfassendes Verkehrssicherheitsprojekt brauchen. In dieses Verkehrssicherheitsprojekt sollen auch unbedingt die Bahnstrecke, die ist ja auch erwähnt worden, Großpetersdorf - Oberwart - Friedberg, mit einbezogen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Immerhin ist das Land jetzt ja Eigentümer. Über den Kauf und das Stillschweigen über die Kaufsumme haben ja schon der Kollege Kölly und der Kollege Steier sehr ausführlich berichtet. Ich kann mich diesen Wortmeldungen nur anschließen. Seit 2011 ist der Personenverkehr auf dieser Strecke eingestellt worden.

Für mich wurde damals das Südburgenland im Stich gelassen und eigentlich nichts gegen die Einstellung des Personenverkehrs unternommen oder gegengesteuert. Als Bürgermeister von Oberwart habe ich stets Interesse an der Erhaltung und der Weiterführung der Bahnstrecke Friedberg - Großpetersdorf bekundet. Ich und auch wir, meine Fraktion, unterstützen die Bemühungen den Bahnverkehr im Südburgenland aufrecht zu erhalten beziehungsweise sogar noch weiter auszubauen und hoffen, dass das im Sinne einer gemeinschaftliche, überregionalen und sachorientierten Arbeit für unsere Betriebe und Mitbürgerinnen und Mitbürger gelingt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Gemeinden Pinkafeld, Riedlingsdorf und Oberwart sollen ja beim Erhalt der Bahnstrecke jährlich bei den Betriebskosten mitfinanzieren. Ich - und da spreche ich jetzt für die Stadtgemeinde Oberwart - kann mir das durchaus vorstellen. Aber, natürlich haben wir einige Fragen, die wir auch gerne beantwortet hätten. Und zwar: Wie hoch sind die tatsächlichen Kosten für den Streckenkauf? Gibt es Beteiligungen vom Land Steiermark? Es ist ja nicht die ganze Strecke im Bereich des Landes Burgenlandes. Welche Investitionen stehen in den kommenden zehn Jahren an? Wie sieht die Kostentragung aus?

Gibt es Beteiligungen durch das Land Steiermark am Betrieb? Wer kommt als Betreiber in Frage? Zu welchen Konditionen wird die Strecke betrieben? Weil da gibt es ja auch Einnahmen. Jede Tonnage muss ich ja zahlen. Gibt es vergleichbare Verträge oder Projekte im Burgenland oder Steiermark, wo betroffene Gemeinden ihren Beitrag zur Bahnstrecke leisten? Weil es ja da auch Einnahmen gibt, jede Tonnage muss ich ja zahlen. Gibt es da vergleichbare Verträge oder Projekte im Burgenland oder Steiermark, wo betroffene Gemeinden ihren Beitrag zur Bahnstrecke leisten? Wenn ja, wie hoch sind diese Pro-Kopf-Kosten? Das ist auch schon angesprochen worden von meinen zwei Vorrednern, wie geht es mit der unendlichen Geschichte der Verlegung der Holztransporte im Herzen unserer Stadt weiter?

Ja, schlussendlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, Stillschweigen und Geheimhaltung sind nicht die Politik der Gegenwart und auch nicht die Politik der Zukunft. Sie haben es in Ihrem Werbeslogan ja so gehalten, indem Sie sagen "Hol dir, was dir zusteht":

Wir und ich, wir wollen nur für unsere Region, für das Südburgenland das, was uns zusteht. *(Beifall bei der ÖVP)* Wir werden dem Abänderungsantrag der SPÖ-FPÖ-Landesregierung nicht zustimmen und bringen erneut unseren Antrag als Abänderungsantrag ein. Die Beschlussformel lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge eines Verkehrssicherheitsprojektes,

- die Bahnstrecke Großpetersdorf/Oberwart/Friedberg in allen Überlegungen miteinzubinden und
- die Kreuzungen entlang der Umfahrung Oberwart/Großpetersdorf nachhaltig zu entschärfen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abg. Georg Rosner übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Der mit soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61, Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl. Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke. Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren, die via Livestream, die Landtagssitzung noch verfolgen - Verkehr, Verkehrssicherheit, öffentlicher Verkehr, ein Thema, ein wichtiges Thema. Meine Vorredner haben es in dieser Form angesprochen, natürlich es betrifft alle Menschen im Lande, aber vor allem auch in unseren Gemeinden, in unseren Städten.

Betrifft aber auch jene Menschen, die zu uns kommen - Gäste, die Urlaub machen, drei Millionen Nächtigungen im Jahr in unserem Land. Aber vor allem wenn wir darüber sprechen, in unseren Gemeinden, so betrifft es unsere Kinder. Beginnend von der Kinderbetreuungseinrichtung, wo die Kinder in den Kindergarten befördert werden, über die Volksschule, über die NMS, über Höhere Schulen, bis hin zu den Studenten und natürlich auch die ältere Generation. Wir tragen Verantwortung, wir tragen hier politische Verantwortung auf verschiedenen Ebenen, wie hier im Landtag, aber auch in unseren Gemeinden.

Viele der Abgeordneten sind auch Vertreter in unseren Kommunen und wissen natürlich auch die Probleme, die wir in den Gemeinden haben. Sie wurden auch angesprochen in vielen Bereichen. Wie gehen wir mit diesen Problemen um? Viele dieser Probleme sind der Verkehr in jener Richtung, dass hier zu schnell gefahren wird, dass Schwerverkehr durch die Gemeinde gefahren wird. Wie können wir dagegen und mit diesen Problemen auch umgehen? Die größte Aufgabe und in der Priorität muss es natürlich sein, dass wir hier die Wegstrecken zur Arbeit so gering wie möglich machen.

Hier hat die Politik sich auch zur Aufgabe gemacht, und es ist ihr auch gelungen, noch nie in der Geschichte hat es so viele Arbeitsplätze wie jetzt gegeben. Über 100.000 sprich über 104.000 Menschen haben in unserem Land, im Burgenland, hier Arbeit. Hier sind wir natürlich gefordert, die Arbeitsplätze zu erhalten und weiter auszubauen, dass es natürlich kurze Wegstrecken für unsere Pendlerinnen und Pendler gibt.

In weiterer Folge natürlich den öffentlichen Verkehr so attraktiv zu machen, dass die Menschen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können. Das Land Burgenland hat noch nie so viel Geld in die Hand genommen wie jetzt für den Verkehr, für den öffentlichen Verkehr. 17,5 Millionen Euro im Budget 2017. Wenn wir uns das Budget 2000 ansehen, so waren es noch fünf Millionen Euro, die hier seitens des Landes Burgenland für den öffentlichen Verkehr ausgegeben wurden.

In vielen Bereichen, ob das in der Schiene ist, ÖBB; die Betreiber der Bahn, der Straße, des Busses - und ich würde hier auch keinen Unterschied machen und das Land teilen zwischen Nord, Mitte oder Süd - aber auch natürlich im Bereich des Straßenbaues, des Ausbaues in der Sanierung der Brücken, in der Elektrifizierung der Bahn, im Bereich der Bahnhöfe, aber auch in dem Bereich der WiPARK-Garagen in Wien oder der Fahrtkostenzuschuss. Aber natürlich auch mit der Unterstützung seitens des VOR. Wir wissen, dass die Karten für Bahn oder Bus das Doppelte kosten würden, würde das Land Burgenland hier nicht Geld in die Hand nehmen und hier auch über den VOR mitfinanzieren.

Natürlich ist es sehr tragisch, wenn es hier im Straßenverkehr, aber auch im öffentlichen Verkehr zu Verletzten und natürlich auch tödliche Unfälle gibt, wie in diesem Fall, über diesen Antrag, den wir heute sprechen. Bei der B 63 Jabing/Großpetersdorf im Kreuzungsbereich der Landesstraße 272. Ich möchte aber hier schon ganz klar festhalten, dass hier sofort nach den Unfällen Experten von der Baudirektion beauftragt wurden, hier

Varianten für eine Entschärfung des Kreuzungsbereiches auszuarbeiten. Seitens unseres Herrn Landesrates Bieler wurden hier Initiativen gesetzt und sofort eine Studie veranlasst.

Es wurden Sofortmaßnahmen gesetzt mit einer Verkehrsbeschränkung von 70 km/h. Dieser Bereich dieser Straße wurde 1996 errichtet. Unmittelbar ist in diesem Kreuzungsbereich auch eine Park&Ride-Anlage sowie eine Tankstelle. Der Leistungsfähigkeitsnachweis zeigt, vor allem beim Frühverkehr eine massive Verkehrsüberlastung. Von der Baudirektion wurden verschiedene Möglichkeiten einer baulichen Umgestaltung untersucht. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile der Varianten wurde die Entscheidung zugunsten der Kreisverkehrsvariante getroffen.

Die Baukosten des Kreisverkehrs werden voraussichtlich mit 655.000 Euro beziffert. Im Bauprogramm 2018 der Landesstraßenverwaltung wird dieser Kreisverkehr auch aufgenommen und nach Vorliegen der rechtlichen sowie auch der technischen Voraussetzungen wird im Frühjahr 2018 dieses Projekt realisiert und umgesetzt.

Mit diesem Umbau wird ein weiterer Schritt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den burgenländischen Straßen, auf den burgenländischen Landesstraßen, hier auch gesetzt. Jährlich werden für Verkehrssicherheitsmaßnahmen im Burgenland mehr als fünf Millionen Euro aufgewendet. Bis dato wurden im Burgenland insgesamt 90 Kreisverkehre realisiert. Ich bin davon überzeugt, dass hier sowohl eine sehr gute und ausgezeichnete Arbeit seitens der politisch Verantwortlichen, aber auch seitens der Baudirektion und hier mit DI Wolfgang Heckenast und natürlich auch politisch verantwortlich hier der Landeshauptmann und unser Landesrat Bieler eine hervorragende Arbeit leisten. Dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Georg Rosner eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Abänderungsantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Verkehrssicherheit und Verbesserung des öffentlichen Verkehrssystems im Südburgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 804) betreffend Landesbeihilfe zu den Prämienkosten für die Rinderversicherung (Zahl 21 - 562) (Beilage 1041)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 14. und letzte Tagesordnungspunkt ist der Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 804, betreffend

Landesbeihilfe zu den Prämienkosten für die Rinderversicherung, Zahl 21 - 562, Beilage 1041.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnet Mag. Michaela Resetar.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Mag. Michaela Resetar: Der Agrarausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellten daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Landesbeihilfe zu den Prämienkosten für die Rinderversicherung, unter Einbeziehung der vom Landtagsabgeordneten Sodl beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun Frau Landtagsabgeordneter Karin Stampfel als erster Rednerin das Wort. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke sehr. *(Allgemeine Unruhe – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Ja, liebe Kollegen, ich habe es heute schon einmal gesagt und muss mich leider wiederholen: Der ursprüngliche Antrag zu diesem Thema kam von der ÖVP. Um was geht es wieder? Genau - um mehr Geld.

Die Antwort, wo das Geld herkommen soll, kann die ÖVP wieder einmal nicht liefern. Als die ÖVP in der Regierung war und dieses Ressort innehatte, gab es ja anscheinend noch keine Seuchen und somit auch keinen Bedarf einer Rinderversicherung. Genau! Den Handlungsbedarf gibt es ja erst, seit Rot-Blau in der Regierung ist.

Davor, also vor zwei Jahren, gab es im ganzen Burgenland anscheinend auch keine Tierkrankheiten mit Todesfolge. Eigentlich fühlt man sich von solchen Anträgen schon gefrotzelt. Die ÖVP war es, die jahrelang untätig war und nicht einmal den eigenen zurechenbaren Institutionen geholfen hat. Wir sollen jetzt schnell Wunder bewirken und die erfolgten Verfehlungen ausmerzen.

Aber ich kann hier beruhigen. Seit 2015 haben wir endlich eine kompetente Landesrätin, die die Probleme in Angriff nimmt und auch löst.

Schade ist es nur um jede Stimme für die ÖVP, die Euch wieder einzelne Landwirte und jede einzelne Landwirtin gegeben hat, denn sie war umsonst und hat sie nur länger darauf warten lassen, dass endlich zwei Parteien in die Regierung kommen, die auch etwas für die Landwirte tun. Wir, SPÖ und FPÖ, werden auf Landesebene alle Möglichkeiten zur Unterstützung der burgenländischen Nutztierhalter bei der Absicherung ihrer Existenz gegen Schäden in Folge von Tierseuchen im Rahmen der vorhandenen Mittel prüfen und versuchen, unsere Bauern, so gut wie es nur geht, zu unterstützen.

Der ÖVP-Landwirtschaftsminister sollte auch endlich einmal eine Leistung erbringen und etwas für die Bauern und Bäuerinnen tun. Wir werden natürlich auch an ihn herantreten, damit hier endlich etwas weitergeht und die Kofinanzierung sichergestellt werden kann. Wir, SPÖ und FPÖ, arbeiten für unsere Bauern, für unsere Bäuerinnen und für das Burgenland. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Ergebnisse einer Studie unter der Leitung von Univ.-Prof. DDr. Friedrich Schneider zeigen deutlich die positiven Effekte und Aktivitäten der österreichischen Rinderbauern. Die Wertschöpfung der Rinderwirtschaft beträgt aktuell rund 2,2 Milliarden Euro pro Jahr. Damit schafft, beziehungsweise sichert sie mehr als 21.000 Arbeitsplätze. Gleichzeitig stellen die Rinderbauern täglich von Montag bis Sonntag Weltklasseprodukte her und garantieren eine gepflegte Kulturlandschaft für die Tourismuswirtschaft.

Deshalb gilt mein Dank an alle Rinderbäuerinnen und -bauern für ihre wertvolle Arbeit. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)* Auch der Staat profitiert, höhere Wertschöpfung bedeutet höhere Einnahmen für Mehrwert- und Einkommenssteuer sowie Sozialversicherung.

Neben Absicherung gegen Unwetterschäden und Ernteausfälle ist es auch wichtig, sich gegen Risiken auf Grund diverser Tierkrankheiten abzusichern. Die Österreichische Hagelversicherung bietet eine Rinderversicherung an, da kann man sich gegen Ausfälle in der Rinderhaltung schützen.

Salzburg, Niederösterreich und Oberösterreich, die weitaus mehr Rinderzüchter aufweisen, Frau Kollegin Stampfel, haben es vorgemacht und ihren Bäuerinnen und Bauern einen Zuschuss zu den Prämienkosten gesichert. Zunehmende Seuchengeschehen weltweit, und das ist nicht von heute auf morgen, sondern weltweit zum Beispiel durch die afrikanische Schweinepest und Lumpy-skin eine Hautknotenkrankheit, bedrohen die österreichischen Tierbestände.

Im Burgenland trifft dies vor allem auf Geflügel, Rinder und Schweine zu. Die Blauzungenkrankheit und die Geflügelpest sind bereits in Österreich aufgetreten. Fragen Sie einmal Rinderhalter wegen der Blauzungenkrankheit, die werden das Gegenteil sagen, was sie heute hier behauptet haben. Im Seuchenfall erhalten Betriebe, deren Tierbestand gekeult werden muss eine Entschädigung für den Tierwert. Alle sonstigen anfallenden Kosten, wie Reinigung, Desinfektion, Tötung, Folgeschäden und Ertragsausfälle sind nicht abgedeckt und vom Tierhalter selbst zu tragen. Deshalb ist unser Antrag, genau deshalb. Wir wollen nämlich den Bäuerinnen und Bauern im Unterschied zu Ihnen helfen. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Das Land Burgenland ist zuständig für Tiergesundheit und Seuchenprävention und muss sich für eine umfassende Versicherungslösung einsetzen. Ziel dieser Maßnahme soll eine Absicherung aller produzierenden Tierhaltungsbetriebe im Seuchenfall gegen Schäden jeglicher Art sein. Im Burgenland sind derzeit vorwiegend Geflügelbetriebe versichert, Schweinehalter nur zum Teil und bei den Rinderhaltern sind erst wenige Betriebe versichert. Deshalb unser Vorschlag: Durch eine gezielte Förderung könnten mehr Betriebe dazu bewegt werden eine umfassende Versicherung abzuschließen.

Es gibt bereits mehrere Versicherungsmodelle. Das Land Burgenland soll die Versicherungsprämie dieser Tierversicherung in einer angemessenen Höhe fördern, *(Abg. Manfred Kölly: 50 Prozent oder 70 Prozent?)* damit sie für alle Betriebe leistbar wird. Durch diese Maßnahmen könnten sich die burgenländischen tierhaltungsbetriebe umfassend gegen jede Art von Tierkrankheiten versichern und vor existenzieller Bedrohung schützen.

Dadurch können natürlich auch im Katastrophenfall Entschädigungszahlungen eingespart werden, da die Betriebe umfassend versichert wären. Deshalb bringe ich folgenden Abänderungsantrag ein:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, die Versicherungsprämien für Tierversicherungen in angemessener Höhe zu fördern.

Im Namen aller Tierzuchthalter ersuche ich Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, unserem Antrag die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abg. Walter Temmel übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen werden wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Sodl. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Frau Kollegin Stampfel, Herr Kollege Temmel, haben ja schon vieles gesagt. *(Abg. Manfred Kölly: Alles gesagt!)* Die Frau Kollegin Stampfel hat auch den Nagel auf den Kopf getroffen. Ich möchte doch noch auf einige Punkte eingehen. Viele Diskussionen hat es im Bereich der Landwirtschaft auch in diesem Hohen Haus schon gegeben und wir kennen die Situation.

Die Situation der Landwirtschaft. Wir kennen die Situation letztendlich bis hin zum Bauernsterben. Wir wissen aber auch wie wichtig die Landwirtschaft in unserem Land ist und welche Rolle sie spielt. Von der Erzeugung von Lebensmitteln bis hin, dass sie Landschaftspfleger in unserem Land und in unserer Gemeinde sind. Ich werde auch nicht müde das zu sagen. Könnten wir uns vorstellen, wenn hier die Landwirtschaft nicht diesen wichtigen Part übernehmen würde und auch gleichzeitig unsere Gemeinden in dieser Form pflegen würde?

Wir kennen aber auch in unserem Land Burgenland die Entwicklung gerade im Bereich der Biolandwirtschaft. Hier sind wir sicherlich bundesweit Vorreiter und ich darf in meiner fraktionellen Funktion als Bereichssprecher der Landwirtschaft dieses in dieser Periode auch begleiten. Viele wichtige Beschlüsse sind im Bereich der Landwirtschaft in diesem Hohen Haus gefallen. Viele Beschlüsse, die Jahre und Jahrzehnte in dieser Form nicht angegriffen wurden seitens der Verantwortlichen.

Wenn ich hier nur das Jagdgesetz, den Uhudler oder auch die Frostschäden anspreche. Ich darf jetzt noch einige Worte zur Rinderzucht verwenden. Die Rinderzucht nimmt im Rahmen der burgenländischen Landwirtschaft einen wichtigen Stellenwert ein. Mit dem Rinderzuchtverband Burgenland gibt es eine starke Interessensvertretung und diese wird auch seitens des Landes Burgenland jährlich mit 100.000 Euro aus dem ordentlichen Haushalt des Landes unterstützt.

Der Rinderzuchtverband betreut alle im Land angesiedelten Rinderbauern und Rassen. Derzeit 119 Rinderzuchtbetriebe mit 4.039 Herdbuchkühen. Das Agrarbudget beträgt rund zehn Millionen Euro im Jahr. Darüber hinaus wird der Bereich der Landwirtschaft noch über das ELER-Programm finanziert. Vier Millionen Euro, 40 Prozent, des gesamten Jahresbudgets gehen in die Bezuschussung der Hagelversicherung. Wenn wir hier die Zahlen sehen aus dem Jahre 2016, so wurden diese mit 2,4 Millionen Euro unterstützt. Im Jahr 2017 bereits mit 3,8 Millionen Euro und im Jahr 2018 sind vier

Millionen Euro vorgesehen. Sprich um 1,6 Millionen Euro zwischen dem Jahr 2016 und dem Jahr 2018.

Es ist richtig, dass was Sie hier, Kollege Temmel, auch angesprochen haben, dass es eine Bezuschussung in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg gibt. Grundsätzlich spricht nichts dagegen, dass andere Länder irgendwelche Versicherungsprämien auch unterstützen. Allerdings bin ich dafür, dass das Land Burgenland, bevor es einen solchen Schritt setzt, mit allen anderen Bundesländern und auch mit dem Bund im Rahmen einer der nächsten LAGs Gespräche führt, wie und in welcher Form solche freiwilligen Ertragsversicherungsmodelle im Nutztierbereich bezuschusst werden sollen.

Ich bin überzeugt, dass sich hier die Verantwortlichen in der Landesregierung, an der Spitze die Frau Landesrätin Dunst, in weiterer Folge für die heimischen Agrarproduzentinnen und -produzenten einsetzen wird und damit auch versuchen wird, für den Rindersektor und alle anderen Nutztierrassen eine optimale Lösung zu erarbeiten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Temmel eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag der Frau Berichterstatterin abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Nutztierhaltung und Tierseuchen im Burgenland ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine geschätzten Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 19. Oktober 2017, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 21 Uhr 40 Minuten statt. Danke.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 21 Uhr 24 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 30. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 19. Oktober 2017

10.02 Uhr - 14.50 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde

2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert wird

3. Beschlussantrag, mit dem der Jugendbericht 2015/2016 zur Kenntnis genommen wird

4. Tätigkeitsbericht des Bundesrates (Beilage 1049) betreffend 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekten

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "nachhaltige ressourcenschonende Alternativenergieversorgung von Kommunalgebäuden, sowie von Kommunen ausgelagerten Betriebsstätten für Neubau bzw. Sanierung"

7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz und Raumordnung

8. Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Gerhard Hutter gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz

---

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4780)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 148 des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Zwischenbilanz für das heurige Jahr im Bereich der burgenländischen Wohnbauförderung
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4783)
Zusatzfrage: Mag. Kurt M a c z e k (S. 4784 u. S. 4785), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4786), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4786)

Anfrage Nr. 149 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend rückläufige Arbeitslosenzahlen im Burgenland seit September 2016
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4787)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 4788 u. S. 4789)

Anfrage Nr. 150 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Digitalisierung im Bildungsbereich
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4790)
Zusatzfrage: Doris P r o h a s k a (S. 4791 u. S. 4792), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4793), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4793)

Anfrage Nr. 152 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Präsidentschaft der Bildungsdirektion im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4795)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4796)

Anfrage Nr. 151 des Abgeordneten Markus Wiesler an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend den aktuellen Stand bezüglich Feuerwehrgesetz
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 4797)
Zusatzfrage: Markus W i e s l e r (S. 4798), Mag. Franz S t e i n d l (S. 4799), Manfred H a i d i n g e r (S. 4800)

Anfrage Nr. 155 des Abgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Verena Dunst betreffend Stare-Bekämpfung mittels Flugdrohnen
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 4800)
Zusatzfrage: Walter T e m m e l (S. 4801 u. S. 4802), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4803)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1047), mit dem das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert wird (Zahl 21 - 734) (Beilage 1057);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 4804)
Redner: Karin S t a m p f e l (S. 4805), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4805), Wolfgang S o d l (S. 4807), Robert H e r g o v i c h (S. 4808)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4811)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1026), mit dem der Jugendbericht 2015/2016 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 726) (Beilage 1058);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 4811)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4811), Markus W i e s l e r (S. 4814), Patrik F a z e k a s (S. 4817), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 4819), Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 4822)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4824)

Bericht des Rechtsausschusses über den Tätigkeitsbericht des Bundesrates (Beilage 1049) betreffend 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017 (Zahl 21 - 736) (Beilage 1059);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 4824)
Redner: Géza M o l n á r (S. 4825), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4826), Wolfgang S o d l (S. 4828), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4829), Gerhard S t e i e r (S. 4830), Manfred K ö l l y (S. 4833)
Annahme des Tätigkeitsberichtes des Bundesrates (S. 4834)

Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1052) betreffend einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekten (Zahl 21 - 739) (Beilage 1060);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 4834)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 4835), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 4836), Doris P r o h a s k a (S. 4838),
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4840)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 984) betreffend "nachhaltige ressourcenschonende Alternativenergieversorgung von Kommunalgebäuden, sowie von Kommunen ausgelagerten Betriebsstätten für Neubau bzw. Sanierung" (Zahl 21 - 693) (Beilage 1061);
Berichterstatter: Géza M o l n á r (S. 4840)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 4841), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4843), Karin S t a m p f e l (S. 4844), Georg R o s n e r (S. 4845), Wolfgang S o d l (S. 4846), Mag. Franz S t e i n d l (S. 4848), Gerhard S t e i e r (S. 4849)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4852)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1051) betreffend Klimaschutz und Raumordnung (Zahl 21 - 738) (Beilage 1062);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 4852)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4853), Walter T e m m e l (S. 4856), Ingrid S a l a m o n (S. 4858)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4860)

Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Gerhard Hutter (Beilage 1050) gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 - 737) (Beilage 1063);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4860)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4861), Gerhard H u t t e r (S. 4861)
Annahme der Zustimmung zur Verfolgung (S. 4862)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4780)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Meine sehr verehrten Damen und Herren, die uns von der Zusehertribühne heute hier beiwohnen! Meine sehr verehrten Damen und Herren, die uns via Internet auch die Ehre geben!

Ich e r ö f f n e die 30. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 29. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Herr Landesrat Helmut Bieler und Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 30. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 19. Oktober 2017.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2016 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 743) (Beilage 1056);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 747) (Beilage 1067);
3. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots zugestimmt wird (Zahl 21 - 750) (Beilage 1070);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 751) (Beilage 1071);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landessanitätsratsgesetz 2005 geändert wird (Landessanitätsratsgesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 752) (Beilage 1072);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist das

1. Prüfungsergebnis Follow-Up-Prüfung betreffend Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland, insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen (Zahl 21 - 754) (Beilage 1074);

eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung

einer Entschließung betreffend Transparenz bei Bedarfszuweisungen an die Gemeinden (Zahl 21 - 758) (Beilage 1078);

2. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Verleihung eines Burgenländischen Integrationspreises (Zahl 21 - 759) (Beilage 1079);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Errichtung der Bahnschleife Eisenstadt (Zahl 21 - 760) (Beilage 1080);

eingelangt.

Des Weiteren ist das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Manfred Kölly gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 - 749) (Beilage 1069) eingelangt.

Weiters sind die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Sachverständige (Zahl 21 - 740) (Beilage 1053);
2. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Landesstraße 205 (Zahl 21 - 741) (Beilage 1054);
3. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Gastronomiebetriebe (Zahl 21 - 744) (Beilage 1064);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Arena Mattersburg (Zahl 21 - 745) (Beilage 1065);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES (Zahl 21 - 746) (Beilage 1066);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Gutachten (Zahl 21 - 748) (Beilage 1068);
7. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Berater für die Landwirtschaftlichen Fachschulen (Zahl 21 - 753) (Beilage 1073);
8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bedarfszuweisungen an die Gemeinden Deutschkreutz und Bad Sauerbrunn (Zahl 21 - 757) (Beilage 1077);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 725) betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der A3 im Gemeindegebiet von Großhöflein und Müllendorf (Zahl 21 - 742) (Beilage 1055);
2. der schriftlichen Anfrage des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 729) betreffend Bewerbungsbogen für eine Stelle beim Amt der Burgenländischen Landesregierung (Zahl 21 - 755) (Beilage 1075);
3. der schriftlichen Anfrage des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn

Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 730) betreffend Regierungsbeschluss (Zahl 21 - 756) (Beilage 1076);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 743, Beilage 1056, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 747, Beilage 1067, und Zahl 21 - 750, Beilage 1070, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 758, Beilage 1058, und Zahl 21 - 760, Beilage 1080, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 751, Beilage 1071, und Zahl 21 - 752, Beilage 1072, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 754, Beilage 1074, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 759, Beilage 1079, weise ich dem Sozialausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss und

das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt, Zahl 21 - 749, Beilage 1069, weise ich dem Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 740, Beilage 1053, Zahl 21 - 748, Beilage 1068, und Zahl 21 - 757, Beilage 1077, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 741, Beilage 1054, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 744, Beilage 1064, und Zahl 21 - 753, Beilage 1073, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 745, Beilage 1065, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 746, Beilage 1066, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 742, Beilage 1055, Zahl 21 - 755, Beilage 1075, und Zahl 21 - 756, Beilage 1076,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 11 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die erste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Bieler gerichtet. Da, wie bereits

erwähnt, Herr Landesrat Bieler für die heutige Sitzung entschuldigt ist, wird diese Anfrage gemäß § 31 Abs. 9 GeOLT in der nächsten Sitzung des Landtages zum Aufruf gelangen.

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die burgenländische Wohnbauförderung ist ein wichtiges Förderinstrument, um den Burgenländerinnen und Burgenländern einerseits leistbaren und qualitätsvollen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und sie andererseits bei der Schaffung von Eigenheimen zu unterstützen.

Welche Zwischenbilanz können Sie als Wohnbaureferent für das heurige Jahr ziehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben in der vergangenen Woche die Tagung der Wohnbaureferenten aller österreichischen Bundesländer bei uns im Burgenland gehabt. Wir treffen uns in regelmäßigen Abständen, um ganz einfach wichtige Themen des Wohnbaus und die Schwerpunkte in jedem Bundesland zu diskutieren, um dann auch Erfahrungswerte auszutauschen.

Es hat auch diese Tagung gezeigt, dass wir mit unserer Schwerpunktsetzung mit leistbarem Wohnen, mit Ortskernförderungen, mit Sanierungsinitiativen, grundsätzlich richtigliegen und dass wir auch froh darüber sind, dass wir die niedrigsten Mieten pro Quadratmeter aller österreichischen Bundesländer - nachzulesen bei Statistik Austria - haben.

Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir im Budget 2017 122 Millionen Euro für die Wohnbauförderung zur Verfügung haben und damit eine große Anzahl von Wohnungen fördern können, die neu errichtet wurden, dass wir Einfamilienhäuser fördern können, die neu errichtet werden, und dass wir für Sanierungen entsprechende Mittel zur Verfügung haben.

Wir haben auch Wohnbauverträge von insgesamt 1,5 Milliarden Euro und haben hier Verträge mit 36.000 burgenländischen Häuselbauern beziehungsweise Genossenschaften für die Mieter abgeschlossen.

Zur Zwischenbilanz und zur konkreten Frage: Bei den Wohnbauförderungsbeiräten bis September 2017 wurden in Summe Förderungen und Zuschüsse in der Höhe von 48 Millionen Euro zugesichert. Von diesen Förderungen und Zuschüssen sind in Summe 2.762 Wohneinheiten betroffen. Mehr als 43 Millionen Euro der 48 Millionen Euro entfallen auf Neubaudarlehen.

Das zeigt, dass wir im Bereich des Neubaus im Burgenland sehr gut unterwegs sind. 37,9 Millionen Euro entfallen auf den mehrgeschoßigen Wohnbau. Damit wurde in Summe der Neubau von 951 Wohneinheiten gefördert. Das ist ein sehr guter Wert.

Wir werden wahrscheinlich bis zum Ende des Jahres zirka 900 Wohnungen fördern - das ist jetzt die grobe Abschätzung - und die Neuerrichtung von zirka 300 Einfamilienhäusern. Das heißt, dass zirka 1.200 Wohneinheiten im Burgenland gefördert werden, die neu entstehen. Das muss man jetzt in Relation zur Größe der anderen

Bundesländer sehen, und wenn man das vergleicht, erkennt man, dass wir im Burgenland eine sehr hohe Neubaurate von Wohnungen haben und auch hier deutlich über anderen Bundesländern zu liegen kommen.

Das ist auch deswegen gut überlegt, weil der Bedarf gegeben ist. Wir haben relativ wenige Leerstehungen, auch das wird Jahr für Jahr erhoben, wie viele Wohnungen stehen im gesamten Burgenland leer. Dass es natürlich zu kleinen Leerstehungen kommt, ist klar. Bei Wechseln ist es natürlich in der Regel nicht so, dass heute jemand auszieht und morgen neue Mieter einziehen, und diesbezüglich sind wir auch sehr gut unterwegs. Das haben wir auch bei der Wohnbaureferententagung diskutiert, wie es bei den Leerstehungen eben aussieht und, wie gesagt, in diesem Bereich haben wir auch sehr gute Werte.

Sicheres Wohnen ist ebenfalls ein Schwerpunkt, der gemeinsam auch mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter akkordiert wird. Im Zeitraum Jänner bis September haben 520 Burgenländerinnen und Burgenländer von der Förderung von Alarmanlagen und Sicherheitstüren Gebrauch gemacht. Auch daran sieht man, dass das Sicherheitsbedürfnis der Menschen ein sehr großes ist, dass sie diese Förderschiene, nämlich Alarmanlagen und Sicherheitstüren einzubauen, auch annehmen, realisieren und durchführen. Es sind immerhin 439.000 Euro für sicheres Wohnen auch ausgegeben worden.

Abschließend: Der burgenländischen Bauwirtschaft geht es gut, die burgenländische Bauwirtschaft boomt. Wir haben auch in dem Bereich eine sehr gute Beschäftigungssituation, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, und wir können doch zufrieden sagen, dass die burgenländische Wohnbauförderung einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, dass 1.500 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft abgesichert sind, dass diese Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft sehr davon profitieren, dass wir 1.200 Wohneinheiten im Burgenland pro Jahr fördern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Seit Anfang des Jahres werden neben den Wohnbauberatungen auch umfassende Energieberatungen durch die Wohnbauförderung im Amt bei den Wohnbausprechtagen durchgeführt.

Wie viele Energieberatungen gab es bisher im Zeitraum Jänner bis August 2017?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Wir haben die Energieberatung „ingesourct“. Sie war im Burgenland ausgelagert, und wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass wir noch effizienter und besser sein können, wenn wir das wieder ins Haus zurücknehmen, weil einerseits die Energieberater in den Gemeinden unterwegs waren und Beratungstage durchgeführt haben, und auf der anderen Seite waren auch Spezialisten und Fachleute der Wohnbauförderung in den Gemeinden, um über die Wohnbauförderung in entsprechender Form zu informieren.

Wir haben das jetzt so zusammengefasst, dass jetzt sowohl die Wohnbauberatung, also die Wohnbaufördermöglichkeiten, und auch die Energieberatung in einem durchgeführt werden und hier auch von Seiten des Landes objektiv Auskunft gegeben wird, welche Maßnahmen, zum Beispiel beim Neubau, welche Energieeinsparungen bringen beziehungsweise welche Fördermöglichkeiten für Alternativenergie gibt es einerseits.

Andererseits ist es natürlich gerade bei Sanierungen sehr wichtig, dass die Menschen aufgeklärt werden, nämlich, wieviel Förderung bekomme ich, und es gibt höhere Förderungen für Sanierungen als für die Neuerrichtung eines Hauses, auch das, glaube ich, ist nicht allgemein bekannt. Welche Maßnahmen setze ich, wenn ich mein Haus saniere - umfassend oder nur peripher -, um eben auch Energieeinsparung zu haben, mehr Geld zu sparen, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten?

Von Jänner bis September hat es in Summe 1.093 Beratungen gegeben, davon 110 Energieberatungen, 90 vor Ort, 193 Beratungen bei Sprechtagen sowie 790 Kurzberatungen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Für viele junge Menschen wird Wohnen in Österreich immer teurer.

Welche Maßnahmen trifft die burgenländische Wohnbauförderung, um leistbares Wohnen im Burgenland weiterhin zu gewährleisten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Leistbares Wohnen, glaube ich, ist heute schon ein sehr großes und wichtiges Thema, und leistbares Wohnen wird in der Zukunft ein noch wichtigeres Thema sein, weil natürlich immer höhere Beträge für Wohnen ausgegeben werden, weil Wohnen relativ viel Geld kostet und die Preise im Bereich der Mieten sehr angestiegen sind.

Ich möchte dazu sagen - und ich habe es eingangs schon erwähnt -, dass wir in Österreich die niedrigsten Mietkosten haben. 5,55 Euro pro Quadratmeter - ja, das ist mit Abstand der niedrigste Wert.

Dass wir von anderen Bundesländern auch ins Burgenland Zuzug haben, ist auch statistisch belegbar. Weil sich die Menschen im Burgenland das Leben, das Wohnen leichter leisten können, als zum Beispiel in Tirol, in Innsbruck. Und wir haben im Südburgenland schon eine Tiroler Community von über 100 Menschen, die aus Tirol zu uns gekommen sind, um eben hier zu leben und sich ein Haus im Südburgenland zu kaufen oder sich eine Wohnung zu nehmen, weil sie sich mit der ASVG-Rente, zum Beispiel, das Wohnen in Innsbruck, eine der höchsten Mieten, die in den Städten zu bezahlen ist, nicht mehr leisten können.

Unsere Projekte wie Starterwohnungen, Junges Wohnen, Betreutes Wohnen, darf ich auch sagen, kommen an. Starterwohnungen unter fünf Euro pro Quadratmeter, das schaffen wir, 17 Projekte mit 180 Wohnungen, mit einer Gesamtförderhöhe von 6,5 Millionen Euro sind bis jetzt umgesetzt, und der Trend geht weiter.

Es befinden sich auch 167 Wohnungen in Bau, also in der aktuellen Umsetzungsphase, auch da gibt es schon Zusicherung von 5,6 Millionen Euro an Förderungen, und 14 Wohnungen sind in Planung, ebenfalls mit einer Förderhöhe von 496.000 Euro.

Die Kriterien für Starterwohnungen, glaube ich, sind allgemein bekannt, ich muss sie nicht ausführen. Wir wollen damit schauen, dass wir auch in Zukunft die niedrigsten Mietkosten haben. Leistbares Wohnen im Burgenland, dazu braucht man spezielle Widmungen, man braucht spezielle Förderungen und man braucht vor allem auch Grundstückspreise, die nicht dazu beitragen, dass die Mietkosten explodieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Es zahlen ja alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Wohnbauförderungstopf ein. Nun kann das aber in verschiedene Richtungen ausgezahlt werden.

Wann können wir denn im Burgenland endlich mit einer Zweckwidmung der Wohnbauförderung rechnen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Würden wir nur jene Gelder verwenden, die wir in der Vergangenheit für die Wohnbauförderung vom Bund bekommen haben, weil das ist jetzt Teil des Finanzausgleiches, früher hat es spezielle Gelder für die Wohnbauförderung gegeben, wenn es die Möglichkeit gibt, im Burgenland diese Beträge, von denen Sie gesprochen haben, selbst einzuheben, dann werden wir natürlich eine Zweckbindung der Wohnbauförderung haben.

Wenn wir 122 Millionen - das habe ich eingangs auch gesagt - im Budget haben, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass die Beiträge, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezahlen müssen, deutlich niedriger sind als diese 122 Millionen.

Also, wir haben einerseits die Rückflüsse, wir haben die Beiträge, die dafür bezahlt werden, die 0,5 Prozent, und das ist allerdings niedriger als unser Gesamtbudget für die Wohnbauförderung.

Andere Bundesländer, muss man auch dazusagen, haben massiv bei der Wohnbauförderung gekürzt, wir haben es sehr hoch oben belassen und wir haben nicht nur die Zweckbindung, sondern wir geben mehr an Wohnbauförderung aus, als tatsächlich in der Vergangenheit über den Finanzausgleich gekommen ist oder auch, was die Beiträge betrifft, die eben für die Wohnbauförderung bezahlt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im Zuge der Gemeinderatswahlen war in vielen Gemeinden eines der beherrschenden Wahlkampfthemen die Sorge um die jeweiligen Dorfkerne und Ortskerne. Dementsprechend kann unsere Möglichkeit noch nicht ausgeschöpft sein, hier den Gemeinden unterstützend unter die Arme zu greifen, aber auch jenen, die im Zuge der Wohnbauförderung etwas tun möchten.

Wie können wir Ihrer Meinung nach die Wohnbauförderung für Ortskerne, das Dorfzentrum, attraktiver gestalten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch das ist eine zentrale Frage. Neben leistbarem Wohnen ist es natürlich auch für viele Gemeinden ein Anliegen, wie die Ortskerne gestaltet werden. Es gibt natürlich einerseits die Möglichkeit, im Bereich der Dorferneuerung entsprechende Maßnahmen zu setzen, es gibt für Gemeinden natürlich auch die Möglichkeit, an der Peripherie nicht so viel zu widmen, um die Entwicklung einer Gemeinde an die Peripherie zu verlagern. Es gibt die

Möglichkeit von Seiten der Gemeinde, Ankäufe zu tätigen, und das dem sozialen Wohnbau zur Verfügung zu stellen.

Ich sage Ihnen jetzt allen die Ergebnisse der Wohnbaureferentenkonferenz. Das ist ja kein burgenländisches Spezifikum, sondern das ist in anderen Bundesländern noch stärker. Ein Vergleich hat ergeben, dass wir zum Beispiel 10.000 Euro Zusatzförderungen im Burgenland haben, wenn im Ortskern gebaut wird, neben unserer sehr guten Wohnbauförderung haben wir noch 10.000 Euro zusätzlich, um die Verbauung des Ortskernes zu fördern.

Es gibt andere Bundesländer, wo diese Förderung „Ortskernverbauung“ halb so hoch ist, als das im Burgenland der Fall ist. Aber natürlich machen wir uns auch im Konnex mit den anderen Bundesländern Gedanken, was machen die im Bereich des Ortskernes vielleicht noch besser, wie kann man das effizienter gestalten, und wir werden sicherlich einige Varianten auch mit den anderen Bundesländern diskutieren, Erfahrungswerte einfließen lassen, aber grundsätzlich geht das nur im Miteinander mit den Gemeinden, weil Raumplanung, Ortsbildstärkung, Förderungen des sozialen Wohnbaues, Förderungen des Einfamilienhausbaues, Dorferneuerung hier im Zusammenhang stehen, und, wie gesagt, wir haben auch bei der Stärkung des Ortskernes die beste Förderung aller österreichischen Bundesländer: Zusätzlich 10.000 Euro, andere, vergleichbare Bundesländer, die Hälfte.

Also wir sind nicht schlecht, aber das heißt nicht, dass wir nicht noch besser werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Burgenland weist seit September 2016 rückläufige Arbeitslosenzahlen aus.

Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, damit es zu dieser Entwicklung gekommen ist?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Anfrage ist schon ein bisschen älter, die Zahlen werden immer besser, das ist für das Burgenland gut, weil es natürlich auch darum geht, Menschen in Beschäftigung zu bringen und auch zu halten.

Als ich in den 90er Jahren begonnen habe, hat man mit 80.000 Beschäftigten gerechnet, wir haben jetzt im September des Jahres 2017 über 106.000 Beschäftigte, und das ist eine Zahl, die man sich eben vor einigen Jahren nicht vorstellen konnte.

Ich möchte noch dazu sagen, bevor ich dann direkt auf die Frage eingehe, wir haben insgesamt einen Rückgang von 9,7 Prozent bei den Arbeitslosenzahlen, das ist ein Wert, der sensationell ist, vor allem für Ostösterreich. Das ist nicht vergleichbar mit Niederösterreich und Wien, im positiven Sinne nicht vergleichbar, also wir sind positiver.

Was mir ganz wichtig ist, ist, dass bei den Jugendlichen ein Rückgang von 25,8 Prozent zu verzeichnen ist. 25,8 Prozent, also ein Viertel weniger Arbeitslose im Bereich zwischen 15 und 24 Jahren! Das ist schon ein gutes Zeichen, weil das auch Zukunftschancen für die Menschen bietet.

Wir haben, um das auch vielleicht noch anzumerken, einen Rückgang bei den Inländern von minus 10,8 Prozent, bei den Ausländern „nur“ einen Rückgang von 2,7 Prozent, und bei den über Fünfzigjährigen haben wir einen Rückgang von 2,7 Prozent. Auf das möchte ich dann noch ganz kurz eingehen.

Ganz wichtig ist für uns - der Landeshauptmann hat es in seiner Anfrage schon kurz angesprochen -, wir haben im Baubereich einen Rückgang von 21,9 Prozent. Das zeigt, dass das Wirtschaftswachstum offensichtlich auch dazu führt, dass Menschen wieder bereit sind, zu investieren und damit auch im Baubereich Neubauten beziehungsweise Zubauten auch andenken, und das offensichtlich auch wirkt. Was ganz wichtig ist, bei den Lehrstellensuchenden haben wir ein Minus von 47 Prozent.

Aber jetzt zu Ihrer Frage kommend. Erstens, möchte ich dazusagen, dass das nicht alleine der Verdienst der Politik ist, sondern natürlich die Wirtschaft hier die Arbeitsplätze auch schafft aber, dass wir im Burgenland, aus meiner Sicht, ein gutes Klima haben um das auch zu ermöglichen.

Wir haben von Landesseite her einige Fördermaßnahmen hier auch gemacht, beispielsweise das Sonderförderprogramm „50 Plus“ und daneben gibt es noch die Aktion des Bundes mit dem ähnlichen „Programm 20.000“ das eben auch darauf abzielt über 50-Jährige in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Das heißt, das sind Sonderförderungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2017 und das AMS führt diese Initiativen weiter.

Ein bisschen kritisch angemerkt möchte ich schon sagen, dass ich das Gefühl hatte und noch immer habe, dass das AMS, also der Bund, gewisse Dinge auf das Land übertragen möchte. Wir machen es gerne, weil wir für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer da sein möchten und deswegen werden wir auch diese weiteren Maßnahmen fördern.

Darüber hinaus möchte ich sagen, dass wir, das ist glaube ich österreichweit einzigartig, über 800 Lehrlinge in Lehrwerkstätten in landesnahen Betrieben haben und man könnte jetzt sagen das ist ein Beschäftigungsprogramm, ist es nicht.

Die 800 Lehrlinge die vom Land hier auch mitfinanziert werden, die haben eine große Chance auf den primären Arbeitsmarkt auch Fuß zu fassen - das tun sie auch - und das ist auch ein Beitrag des Landes den wir hier leisten können.

Also insgesamt muss ich sagen, die Maßnahmen, die wir gemeinsam mit der Wirtschaft setzen, greifen und man sollte das auch nicht geringschätzen, wenn wir 106.000 Arbeitsplätze im Lande haben.

Es ist durchaus auch ein gewisser Anteil an ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der hier beschäftigt ist, aber grundsätzlich ist die Tendenz auch so, dass Burgenländerinnen und Burgenländer die Chance ergreifen können hier am Arbeitsmarkt auch sich zu integrieren und hier auch Platz zu greifen.

Und ich bin sehr stolz darauf, dass das Burgenland in diesem Bereich österreichweit Vorreiter ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter, bitte schön.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wie schätzen Sie die Auswirkungen der Gleichstellung von Arbeitern an Angestellte ein?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Klubobmann! Wir haben jetzt Wahlen hinter uns. Wir haben gesehen, dass leider Themen, beispielsweise dieses Thema nicht im Mittelpunkt gestanden ist, ich hätte gerne gehabt, dass es im Mittelpunkt steht.

Es hat ja eine Partei gegeben die da nicht zugestimmt hat, dieser Gleichstellung von Angestellten und Arbeitern am Arbeitsmarkt, die ÖVP. Und das ist schade, denn ich halte das für ganz, ganz wichtig, dass diese soziale Frage auch im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung steht.

Und dass wir hier nicht nur seit 30 Jahren dafür kämpfen, auch gegen den damaligen oder jetzigen noch immer Regierungspartner, sondern dass es einfach wichtig ist, dass man diese Gleichstellung auch schafft weil, es versteht kein Mensch warum es diese Gleichstellung in diesem Falle nicht geben soll?

Das heißt, bei Dienstverhinderungen beispielsweise, dass die Kündigungsmodalitäten anders geregelt werden als bis jetzt, also es eine Aufwertung der Arbeiterinnen und Arbeiter gibt.

Ich halte das für einen ganz wesentlichen, sozialen Fortschritt in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter, bitte schön.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Sehen Sie einen Zusammenhang mit den rückläufigen Arbeitslosenzahlen und dem durchaus sehr hohen Wirtschaftswachstum im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, den sehe ich sehr wohl. Auch wenn es da ein Lächeln gibt. Ich weiß nicht was das Lächeln soll, ganz im Gegenteil. Wenn wir ein Wachstum von 2,8 Prozent haben im Burgenland, dann ist es doch auch logisch, dass das auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, Punkt Eins.

Sie sollten das nicht sozusagen unter den Tisch wischen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, wenn es Maßnahmen von Landesseite gibt, wie beispielsweise den Handwerkerbonus der sich positivst auswirkt.

Sie werden ja so viel unterwegs sein wie ich bei den Menschen und ich nehme an, dass sie auch mit den Menschen sprechen. Und man sieht, dass das ein positiver Effekt ist, beispielsweise auch was die Baubranche betrifft.

Wenn man sieht, welche Wohnbauförderung wir im Burgenland haben und wenn wir sehen, wie sich der Tourismusbereich im Burgenland entwickelt und daneben auch noch Maßnahmen setzen, beispielsweise über den Europäischen Sozialfonds oder über das ELER-Programm oder auch das Programm für Arbeit und Wirtschaft, den Fonds für Arbeit und Wirtschaft, dann muss man schon sagen, dass das Land hier auch einen sehr großen Beitrag dazu leistet.

Erstens, dass mehr Arbeitsplätze da sind und das würde ich meinen, das ist der Common Sense. Also das würde auch die ÖVP, glaube ich, unterschreiben, dass diese Maßnahmen sehr gut sind und damit auch dazu beitragen, dass mit dem Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent es auch mehr Arbeitsplätze im Burgenland gibt.

Das ist in unserem Sinne und ich halte es für eine gute Maßnahme, dass wir diese Maßnahmen auch gesetzt haben von Landesseite. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Prohaska um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Digitalisierung schreitet auch im Bildungsbereich immer weiter voran.

Welche Maßnahmen werden im Burgenland getroffen, um unsere Pädagoginnen und Pädagogen sowie Schülerinnen und Schüler mit der Digitalisierung vertraut zu machen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube das Thema Digitalisierung ist ein wesentliches und wichtiges Zukunftsthema, die Digitalisierung, die in der Wirtschaft im Augenblick sehr intensiv auch im Burgenland stattfindet, teilweise umgesetzt wurde.

Und wenn man vom Digitalisierungszeitalter von einer Revolution "Umsetzung der digitalen Revolution" spricht, dann ist natürlich das Bildungssystem gefordert die Voraussetzungen zu schaffen, dass unsere jungen Menschen, Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Studenten in dem Bereich möglichst gut gebildet und ausgebildet werden.

Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir schon im Jahr 2006 gemeinsam mit dem damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter alle Schulen an das Schulnetzwerk angeschlossen haben, nämlich an das Hochleistungsinternet, und dass es seit dem Jahr diese Infrastruktur an allen Schulen des Burgenlandes gibt.

Und wir haben am 04. und 05. Oktober die 14. eLearning Conference im Burgenland durchgeführt, wo vom eLearning Bereich aus ganz Österreich Pädagoginnen und Pädagogen gekommen sind, um hier zu berichten, um zu diskutieren, wie diese Entwicklung weiter fortgesetzt und auch umgesetzt werden kann.

Es war ein weiteres Bildungs- und Vernetzungsmeeting im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie, um genau diese Schlagworte wie Industrie 4.0, Verwaltung 4.0, Bildung 4.0 nicht nur als Schlagworte zu verwenden, sondern das auch in entsprechender Form umzusetzen.

Ich darf auch dazu sagen, dass wir im Burgenland auch in dem Bereich zu den Besten in Österreich zählen. Nämlich das Burgenland ist heute ein Musterschüler der Schule 4.0, sowie in vielen anderen Bildungsbereichen auch.

Wir haben österreichweit 20 Prozent aller Schulen als eLearning Schule auch etabliert. Alle burgenländischen Bundesschulen sind in eLearning-Cluster mit dabei. Wie gesagt, alle burgenländischen Schulen verfügen über den Glasfaseranschluss, -anbindung seit dem Jahr 2006 und haben die Möglichkeit in dem Bereich sehr intensiv zu arbeiten.

Und ich darf auch dazu sagen, wir haben - und das habe ich mir zweimal geben lassen, weil ich das nicht glauben konnte - 153 Millionen Websiteaufrufe im Kalenderjahr 2015 in unserem eLearning Bereich gehabt, über unseren Bildungsserver, wo wir ohne Übertreibung sagen können, dass dieses eLearning-System nicht nur in Österreich zu den besten gehört, sondern auch international betrachtet zu den besten gehört.

Das Land Burgenland hat hier sehr viel Geld investiert, sehr, sehr viel Geld investiert um den Bildungsserver aufzubauen. Wir haben in der Vergangenheit schon Jubiläumsgelder, die wir vom Bund bekommen haben für runde Geburtstage des Landes Burgenland, 90 Jahre Burgenland zum Beispiel, immer wieder für den Bildungsserver genommen, um nachhaltig für die Jugend etwas zu tun.

Und diese 153 Millionen Websiteaufrufe im Kalenderjahr 2015 zeigen, dass wir hier gute Investitionen getätigt haben und diese Websiteaufrufe sind 3,3-mal mehr als zum Beispiel help.gv.at, nämlich jene Bereiche, die von den Ministerien auch durchgeführt werden.

Also insofern sind wir hier recht gut aufgestellt und vor allem gibt es sehr, sehr gut ausgebildete und engagierte Pädagoginnen und Pädagogen, die das in die Schule hineintragen, die mit den Schülerinnen und Schülern entsprechend arbeiten.

Und was natürlich eine der wesentlichsten und wichtigsten Voraussetzungen ist, das ist die Ausbildung und Weiterbildung auch der Pädagoginnen und Pädagogen. Wenn man sich hier nicht regelmäßig weiterbildet, ist man schon hinten, weil die Digitalisierung ein sehr, sehr dynamischer Prozess ist, wo sich täglich schon sehr viel ändert.

Wir haben im Burgenland viele engagierte Pädagoginnen und Pädagogen die sich auch weiterbilden und das Wissen sehr gut an die Kinder weitergeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Frau Abgeordnete, bitte schön.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Der Bereich der Digitalisierung verzeichnet eine rasante Entwicklung.

Welche Unterstützung gibt es vor allem für Pädagoginnen und Pädagogen an den burgenländischen Pflichtschulen im IT-Bereich?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe es schon kurz angedeutet, dass die Weiterbildung ein ganz wichtiger und wesentlicher Bereich ist. Es sind derzeit 11 IT-Regionalbetreuerinnen und -betreuer im Burgenland unterwegs. Es sind sechs Vollzeitäquivalente, die sind in den Pflichtschulen im Einsatz.

Diese Kolleginnen und Kollegen unterstützen die Schulleitung, die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen hinsichtlich der pädagogischen Arbeit im IT-Bereich. Sie organisieren Fortbildungen an Schulen und auch schulübergreifend.

Und genau das ist es, was ich auch kurz angedeutet habe, das hier permanent Aus- und Fortbildung betrieben wird. Wie gesagt, 11 Betreuerinnen und Betreuer sind hier im Einsatz.

Landeslehrerinnen und Landeslehrer haben eine verpflichtende Fortbildung im Ausmaß von 15 Unterrichtsstunden pro Jahr durchzuführen. Für das Schuljahr 2015/16 wurden 33 Fortbildungsveranstaltungen im IT-Bereich ausschließlich für Landeslehrerinnen und Landeslehrer angeboten und es hat 589 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch gegeben.

Weiters gab es zehn Fortbildungsveranstaltungen im IT-Bereich sowohl für Landes- und Bundeslehrerinnen und –lehrer mit insgesamt 202 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Also insgesamt haben 791 Pädagoginnen und Pädagogen an diesen Fortbildungen im IT-Bereich teilgenommen und das zeigt, dass großes Interesse besteht, und man hier bereit ist sich weiterzubilden und das Wissen an die Schülerinnen und Schüler weiterzugeben.

Und ich war in einer Schule und ich kann das auch sagen, in der Neuen Mittelschule in Mattersburg, und habe mir dort den Gegenstand Coding und Robotik angeschaut.

Wenn man da in einer Klasse drinnen ist und sieht wie zehn- bis 14-jährige Schülerinnen und Schüler - ich weiß jetzt nicht waren sie 12, 13, 14 Jahre alt - mit Robotik und Coding umgehen, dann muss man wirklich sagen, das war schon eine Schule und eine Unterrichtsstunde - die ich gesehen habe - die man herzeigen kann.

Mit welcher Kompetenz Robotik dort unterrichtet wurde, Coding umgesetzt wurde, das alles in kindgemäßer Form, in pädagogisch sinnvoller Form. Und das geht sogar so weit, dass wir Bee-Bot's - das sind Bienenroboter für Kindergartenkinder - teilweise zur Verfügung stellen. Dass das auch schon in den Kindergärten ist, ist keine Verschulung, das ist alles pädagogisch getestet, das hat internationalen Standard.

Wenn wir etwas tun, dann orientieren wir uns an den Besten und auch in dem Bereich zählt das burgenländische Bildungssystem auch zu den Besten und das hat auch die eLearning Conference mit 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern österreichweit, die hier in Eisenstadt stattgefunden hat, gezeigt, dass wir hier sehr, sehr gut unterwegs sind.

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Frau Abgeordnete, bitte schön.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Um die Digitalisierung in unseren Schulen zu ermöglichen bedarf es eines Breitbandausbaus.

Welche Schritte wurden, beziehungsweise werden in diesem Bereich seitens des Landes gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Frau Abgeordnete, ich habe schon gesagt das wir schon seit dem Jahr 2006 in unserem Bildungssystem die Glasfaser eingesetzt haben.

Das war damals ein Schritt der doch ein bisschen gewagt war, weil wir da eine der Ersten waren, die das flächendeckend auch umgesetzt haben. Es war ein guter, wichtiger, notwendiger Schritt auch im Nachhinein betrachtet.

Aber es geht nicht nur darum, dass wir das Hochleistungsinternet an unseren Schulen flächendeckend haben, sondern Schritt für Schritt wird dieses Breitbandinternet auch Burgenlandweit ausgebaut.

Die Provider haben im Jahr 2015 bereits neun Millionen Euro in den Breitbandausbau im Burgenland investiert. Es konnten 14.000 zusätzliche Haushalte angebunden werden.

2016 wurden zu den bisher 14.000 neuversorgten Haushalten zusätzlich 6.000 Haushalte mit LTE-Technik versorgt.

Zudem hat das Burgenland mit einigen Providern ein Investitionspaket ausverhandelt, der burgenländische Breitbandpakt, bei dem Seitens des Betreibers bis zu 31 Millionen Euro auch investiert werden.

Und wir wollen Schritt für Schritt eben den flächendeckenden Ausbau im Burgenland haben. Das ist wahrscheinlich von allen Bundesländern am schwierigsten, weil wir das ländlichste Gebiet von Österreich sind, umgelegt auf die Einwohner, wo wir Streusiedlungen haben, kleinste Gemeinden haben.

Das flächendeckend zu tun, ist eine riesen Herausforderung. Dieser Herausforderung stellen wir uns. Und in der ersten Ausschreibungsrunde standen für das Burgenland auch vom Bund her, Fördermittel in der Höhe von 4,2 Millionen Euro zur Verfügung, die von der sogenannten „Breitband Austria“ Initiative kommen sollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das finde ich sehr gut, dieser massive Ausbau des eLearnings im Burgenland, danke dafür.

Ich habe eine Frage dazu: Es wäre doch auch möglich hier Synergieeffekte zu schaffen mit anderen Ressorts, zum Beispiel mit dem Sozialressort. Wir haben dort bei den Deutschkursen ein großes Problem in der Infrastruktur, wenn Leute weit weg wohnen, von Orten, wo Deutschkurse angeboten werden. Hier das eLearning-Angebot und die Hardware und Software zu nutzen in den Schulen, das wäre doch eine gute Möglichkeit in der Integration bei den Deutschkursen einander auszuhelfen.

Sehen Sie da Möglichkeiten solche Projekte zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Ich sehe in vielen Bereichen Möglichkeiten, das eLearning, den eLearning-Schwerpunkt noch weiter auszubauen, weil ich der festen Überzeugung bin, denn gerade ein ganz ein wesentliches Zukunftsthema der Kinder und der Jugendlichen ist die Individualisierung.

Ich kann durch eLearning schwache Schülerinnen und Schüler fördern, und ich kann bessere Schülerinnen und Schüler fordern und das ganz individuell mit verschiedenen Programmen. Und genau das geht auch in diese Richtung, die Sie gefragt haben.

Wenn jemand Deutsch lernt, und ein gutes eLearning-Programm hat, dann ist das sicherlich eine gute Maßnahme, um auch durch eLearning Deutsch zu lernen und das ist natürlich auch Aufgabe jener, die hier in entsprechender Form diese Kurse durchführen. Aber selbstverständlich ist es ein guter Weg Deutsch zu lernen.

Also ich kann mir das ohne weiteres vorstellen, dass im eLearning-Bereich auch das Erlernen der deutschen Sprache ein guter Weg ist und bin mir gar nicht sicher, ob das nicht schon teilweise passiert, ich weiß es nicht, aber ich würde das begrüßen, wenn man diesen Weg auch verstärkt ginge.

Also insofern ist das sicher positiv zu betrachten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben eingangs festgehalten, dass wir gut vernetzt sind. In anderen Bundesländern, dann kennen Sie sicher auch das Modell der Landesregierung in Oberösterreich.

Dort gibt es einen ganz konkreten Maßnahmenplan, für jede Schule bis hin zu den höheren Schulen, wo das Land gezielt Maßnahmen auch in den Klassenzimmern unterstützt, mit großen finanziellen Summen.

Ein derartiger Maßnahmenkatalog würde natürlich auch dem Burgenland guttun. Deshalb meine ganz konkrete Frage dazu:

Wann wird es auch im Burgenland möglich sein, dass in allen Klassenzimmern, aller Schulen, eine leistungsstarke WLAN-Versorgung möglich ist?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe gesagt, dass wir den Glasfaseranschluss *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In den Klassenzimmern, Herr Landeshauptmann.)* in den Schulen haben, ja.

Und wenn man das in die Klassen einleitet, dann wissen Sie auch, dass für Klasseneinleitungen im Pflichtschulbereich, zum Beispiel, das ist eine bauliche Maßnahme, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja.)* die Gemeinden zuständig sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das Land Oberösterreich sagt, wir greifen den Gemeinden unter die Arme.)*

Und selbstverständlich haben wir auch die Möglichkeit, das in entsprechender Form auch zu fördern. Das ist ja nicht das Thema. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja.)*

Also insofern, wenn es Gemeinden gibt, die das in entsprechender Form machen, dann werden wir uns, das haben wir sowieso vor, mit dem Gemeindevertreterverband und mit dem Gemeindebund auch zusammensetzen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr gut.)*

Da gibt es ja jetzt viele Themen, die man diskutieren muss. Und ich bin absolut auch offen, dass man das nicht nur in der Schule hat, sondern dass man das selbstverständlich auch in die Klassenzimmer bringt, ja, und da eine ordentliche und gute Vorgangsweise hat. Also auch da bin ich sehr, sehr offen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr gut. Bestens.)*

Und wir werden das auch, sage ich auch dazu, bei unseren Gesprächen, die jetzt nach der Wahl noch vor Weihnachten beginnen werden, mit Gemeindebund, Gemeindevertreterverband, Städtebund, wo viele, viele Themen zu besprechen sind, die die Gemeinden betreffen, die das Land betrifft, auch das aufnehmen, weil ich bin ein absoluter Anhänger der Digitalisierung.

Wenn wir das nicht machen, dann werden wir in Zukunft nicht vorne dabei sein können. Also da werden wir die entsprechenden Gespräche führen.

Und da bin ich auch sehr, sehr offen, dass wir hier eine entsprechende Förderschiene, wie in anderen Bereichen auch, ermöglichen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die im Nationalrat beschlossene Bildungsreform sieht in Artikel 113 Abs. 8 B-VG vor, dass durch Landesgesetz der Landeshauptmann als Präsident der

Bildungsdirektion eingesetzt werden kann. Sie haben sich mehrfach öffentlich für eine Entpolitisierung der Schulverwaltung ausgesprochen.

Kann infolge dessen davon ausgegangen werden, dass im Burgenland zukünftig der Landeshauptmann nicht Präsident der Bildungsdirektion ist und dass die höchste Instanz der burgenländischen Schulverwaltung die Bildungsdirektorin beziehungsweise der Bildungsdirektor sein wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Frau Abgeordnete! Wie schaut dieses neue Gesetz aus? Es tritt mit 01.01.2019 in Kraft. Da gibt es in den Bundesländern noch keinen Meinungsbildungsprozess. Weil die Landesbildungsreferenten zusammenkommen, wie ich vorher gesagt habe, die Wohnbauförderungsreferenten, die Landeshauptleute zusammen kommen und im Wesentlichen werden in diesen Gremien neue Gesetze diskutiert und eine gemeinsame Vorgangsweise oder auch eine abweichende Vorgangsweise beschlossen.

Dieser Gedankenaustausch hat zwischen den einzelnen Bildungsreferenten der Bundesländer noch nicht stattgefunden. Es wird auch Thema, nehme ich an, bei der Landeshauptleutekonferenz sein. Und wir werden diskutieren, welche Vorgangsweise das eine oder das andere Bundesland wählt.

Nur eines ist auch klar, wenn man von einer Entpolitisierung redet, dann wird auch in Zukunft, und das steht auch im Gesetz drinnen, zum Beispiel, dass die Bundesministerin oder der Bundesminister, wer auch immer in Zukunft dort das Sagen hat, Weisungen erteilen können, an den Bildungsdirektor oder die Bildungsdirektorin, was den Bundesschulbereich anbelangt.

Der Landeshauptmann beziehungsweise die Landesregierung kann Weisungen erteilen, an den Bildungsdirektor oder die Bildungsdirektorin, was den Pflichtschulbereich anbelangt, ja.

Also jetzt kann man sagen, ob dort der Landeshauptmann der Präsident ist, oder ob er Weisungen über die Landesregierung erteilen kann, da muss man diskutieren, was Sinn macht, wie das die anderen Bundesländer händeln. Wo die Vorteile sind, wo die Nachteile sind. Also insofern ist das Ergebnis noch offen, weil die Diskussion noch nicht geführt wurde.

Es sind auch Teilprojektgruppen einzusetzen, mit Bundes- und Landesvertretern, die eben diese Schnittstellen, alle in entsprechender Form, auch abhandeln, Lenkungsausschüsse, Arbeitsgruppen, Umsetzungsschritte, die zur Bildungsdirektion führen.

Aber ich kann Ihnen eines sagen, dass wir zu jenen Bundesländern gehören, die ganz einfach wichtige Schritte in der Vergangenheit schon gesetzt haben, um diese Bildungsdirektion zu haben.

Wir haben sehr, sehr viele Bereiche, zum Beispiel den ganzen Pflichtschulbereich, das haben noch nicht viele Bundesländer, einige, wie auch im Burgenland, in den Landesschulrat schon übertragen.

Also es sind noch Kleinigkeiten, auch wichtige Dinge noch zu tun. Nämlich ob jetzt der Landeshauptmann Präsident ist oder nicht Präsident ist, na das werden wir ausdiskutieren. Ob Weisungen nur von der Landesregierung und dem Landeshauptmann oder vom Präsidenten ausgehen. Der Bund hat diese Weisung, das Land hat die Weisung.

Ob wir da einen Präsidenten oder eine Präsidentin sozusagen, wie bisher, dazwischenschalten, das wissen wir noch nicht. Aber da sind sehr, sehr viele Arbeiten noch zu leisten.

Wie gesagt, die Lenkungsausschüsse, Arbeitsgruppen, aber auch die Bestellung und Betrauung des Bildungsdirektors oder der Bildungsdirektorin, die Ausschreibung und Bestellung des Leiters oder der Leiterin für den Präsidialbereich, die Ausschreibung und Bestellung des Leiters oder der Leiterin für den Bereich Pädagogischer Dienst, das sind alles Arbeiten, die vorher durchgeführt werden müssen.

Und ich muss auch dazu sagen, wenn es einen Präsidenten oder eine Präsidentin gibt, dass der oder die natürlich unbezahlt ist, muss ich ja nicht erwähnen, weil ja das sowieso selbstverständlich ist. Auf der anderen Seite muss es ein Regierungsmitglied auch geben, das dafür zuständig ist, ja.

Jetzt kann man sagen, das zuständige Regierungsmitglied ist zwar zuständig, aber es ist nicht Präsident und hat nichts zu reden. Ja dann wird es halt so auch nicht gehen. Wenn man Zuständigkeit hat, dann soll man auch etwas zu sagen haben, weil schlussendlich immer wieder Strukturveränderungen auch notwendig sind. Und das muss auch irgendwer verantworten und dann das auch in entsprechender Form erklären.

Und wenn ich nicht verantwortlich bin und keiner in der Regierung verantwortlich ist, wer ist dann verantwortlich? Und wie hat der Landtag dann die Informationen oder nicht die Informationen?

Also insofern glaube ich, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist. Und wir werden auch prüfen, und das ist mir ganz, ganz wichtig, was wir noch alles in die Bildungsdirektion einbringen können.

Und auch wenn man jetzt sagt, jetzt tut er Schönreden, wir sind eines der wenigen Bundesländer, wo der gesamte Bildungsbereich weitestgehend in einer Hand ist. Wo auch auf Bundesebene diskutiert wird, inwieweit man im Unterrichtsministerium den gesamten Bildungsbereich ebenfalls konzentrieren kann und was man dort vom Kindergarten bis hin zu den Universitäten in einem Bildungsbereich einbringen kann.

Also, wir werden sehen, was die nächsten Wochen bringen. Aber ich glaube, dass dieser Ansatzpunkt, den ich schon in den Medien gelesen habe, grundsätzlich, wer immer das macht, ein guter Ansatzpunkt ist.

Und genau das haben wir im Burgenland vom Kindergarten, Pflichtschulbereich, höheren Schulbereich, Fachhochschulbereich, pädagogischer Hochschulbereich, eine Zuständigkeit.

Und wie gesagt, die Funktion des Präsidenten oder der Präsidentin für den gesamten Bildungsbereich, das wird noch diskutiert, auch in Abstimmung mit den anderen Bundesländern, um eine erklärbare Lösung zu finden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Frau Abgeordnete, bitte schön.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, ich bin ein bisschen überrascht, Herr Landeshauptmann, in anderen Fragen haben Sie überhaupt keine Bedenken, dass das Burgenland eigene Wege geht oder vorprescht.

Was ist denn nun Ihre persönliche Präferenz? Wollen Sie auch in der neuen Bildungsdirektion die Zuständigkeit als Präsident beim Landeshauptmann belassen oder *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Werner Friedl: Eine Frage.)* - nein, meine Frage ist, was ist Ihre persönliche Präferenz?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Was ich will ist, dass man den ganzen Bildungsbereich auch weiterhin gut entwickelt. Das ist einmal das Erste.

Wir haben 32.000 Schülerinnen und Schüler. Wir haben, wenn ich alles zusammenfasse, 5.000 Pädagoginnen und Pädagogen, ja. Und das in sinnvoller Form zusammen zu führen, Synergien zu nützen, die Verwaltung schlank zu machen, das Geld bei den Kindern ankommen zu lassen. Das ist die entscheidende Frage. Die Qualität der Bildung anzuheben.

Da geht es nicht um meine persönliche Befindlichkeit, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, Ihre Meinung.)* das sage ich auch dazu, ob ich dort Präsident bin oder nicht Präsident bin. Sondern mir geht es um die Gestaltung eines modernen Bildungssystems für unsere Kinder, für unsere Jugendlichen, in Zusammenarbeit mit den Pädagoginnen und Pädagogen und den Eltern. *(Abg. Doris Prohaska: Genau.)* Und das ist eigentlich das, was ich anstrebe.

Und ob wir da einen Präsidenten haben oder keinen Präsidenten haben, das werden wir noch sehr eingehend diskutieren*. (Abg. Ingrid Salamon: Das wird sich zeigen. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Wiesler an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Wiesler um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Wie ist der aktuelle Stand bezüglich des neuen Feuerwehrgesetzes?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist sehr erfreulich, berichten zu können, dass im Zuge dieses neuen Feuerwehrgesetzes sehr viel Konstruktivität drinnen steckt. Das heißt, das Landesfeuerwehrkommando mit allen Mitgliedern ist sehr bemüht. Ich bin auch überzeugt, dass dieses Landesfeuerwehrgesetz eines der modernsten Feuerwehrgesetze wird.

Es sind derzeit fünf Juristen damit beschäftigt, dieses Feuerwehrgesetz neu zu gestalten. Beginnend bei Paragraph Eins, Paragraph für Paragraph und natürlich auch mit dem Wahlsystem, das ja dann auch der ausschlaggebende Punkt war. Es wird ja in diesem Feuerwehrgesetz die Kameradschaft und die Traditionspflege hervorgestrichen. Es wird auch Strukturen geben, in Bezug auf Mindestausrüstung, der Schlagkraft und Einsatz der Feuerwehr.

Wie die Feuerwehr selbst, sind auch Land und Landesfeuerwehrkommando bestrebt, hier wirklich aktiv mitzuarbeiten, um hier gemeinsam ein modernes Feuerwehrgesetz zu schaffen.

Was ebenfalls positiv zu erwähnen ist, dass auch die Ausrüstungsrichtlinie adaptiert wird. Es wird jetzt die gesamte Gemeinde in Bezug auf die Feuerwehreinsatzgeräte berücksichtigt. Es ist nicht so, dass jeder Ortsteil ein großes Feuerwehrauto haben muss, sondern die Ausrüstungsrichtlinie wird so gestaltet, dass man in der Gemeinde selbst einen Risikogang macht, die Bemessung nicht nur nach

Einwohner macht, sondern nach dem vorhandenen Gefahrenpotential. Dass man die Bemessung macht nach der Bebauung, nach der Einwohnerdichte et cetera sowie in Bezug auf Sonderprojekte.

Ich glaube, dass das sehr sinnhaftig ist, weil die Feuerwehr da wirklich sehr intensiv daran arbeitet. Es hat ja gar keinen Sinn, dass jeder Ortsteil ein gleich großes Fahrzeug hat. Das heißt, wenn ich jetzt ein Fahrzeug habe, das alle Ortsteile abdecken kann, dann muss es auch möglich sein, dass innerhalb von fünf Minuten jemand dort ist. Das ist sehr sinnhaftig, das ist eine Verschlankung, das ist Professionalität und ich bin überzeugt davon, dass das jeder Gemeinde sehr viel bringen wird.

Ja, wie gesagt, was mich derzeit besonders freut, ist natürlich die aktive Mitarbeit des Landesfeuerwehrkommandos und natürlich der Juristen die gerade dabei sind, dieses Feuerwehrgesetz neu zu gestalten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Wiesler.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Warum muss es ein neues Feuerwehrgesetz sein? Warum reicht nicht eine Novelle des bisherigen Gesetzes? *(Abg. Manfred Kölly: Zwei Fragen!)*

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, es ist so…

Präsident Christian Illedits: Zwei Fragen, entscheiden Sie sich bitte für eine.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Warum reicht nicht eine Novelle des bisherigen Gesetzes?

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ) *(fortsetzend)*: Ja, es ist so, dass es natürlich nach der Bundesverfassung eine Novelle im Jahr 2008 gegeben hat, die dies erfordert und zwar aus folgendem Grund:

Es wurde leider bis jetzt verabsäumt, weil man halt versucht hat, nicht so strikt in das Feuerwehrgesetz einzugreifen. Aber es heißt im Artikel 120, Abs. 1 der Bundesverfassung: „Die Organe der Selbstverwaltungskörper sind aus dem Kreis ihrer Mitglieder nach demokratischen Grundsätzen zu bilden“. Daher ist es nicht zulässig, dass die Organe der Feuerwehr von externen Organen ernannt werden.

Das heißt, dieses Wahlsystem, dieses demokratische Wahlsystem ist in der Bundesverfassung festgelegt. Deshalb ist es auch notwendig, dass dieses Feuerwehrgesetz auch dahingehend geändert wird. Ich bin überzeugt davon, dass das ein schwieriges Unterfangen ist und dass da natürlich nicht alle erfreut sind. Aber das schreibt die Bundesverfassung vor. Ich glaube, dass wir derzeit sehr gut dabei sind, das auch so hinzukriegen, dass definitiv, ich sage einmal zu 80 Prozent Zufriedenheit einkehren wird. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Wie wird die Rolle der Ortskommandos in den Gemeinden im zukünftigen Feuerwehrgesetz sein?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Das ist definitiv eine sehr wichtige Frage, weil man natürlich Angst davor gehabt hat, dass vielleicht der Bürgermeister kein Mitspracherecht mehr hat. Das heißt, das wird es definitiv nicht geben.

Der Bürgermeister wird weiterhin ein Mitspracherecht haben und sogar noch ein verstärktes Mitspracherecht haben, natürlich auch mit der haushaltsrechtlichen

Verantwortung, natürlich auch mit der Verantwortung, dass die Feuerwehr funktioniert. Die Ausarbeitung der fünf Juristen schaut derzeit so aus, dass der Bürgermeister insofern eingebunden wird, dass er natürlich das Vorschlagsrecht haben wird. Die Wahl selbst, da sind wir auch noch in der Diskussion - die Periode wird wahrscheinlich sechs Jahre sein, aber auf jeden Fall ist es sehr, sehr wichtig zu erkennen, dass die Gemeinde absolute Priorität im Bereich des Feuerwehrwesens hat. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Steindl. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Nur zur Information, die Ausstattungsrichtlinie und die Klassifizierung hat es bis jetzt auch schon gegeben. Wenn eine Ortsfeuerwehr ein größeres Fahrzeug gekauft hätte, dann hätte sie zu 100 Prozent mit der Gemeinde die Kosten übernehmen müssen.

Also das gibt es alles schon, das braucht auch nicht geregelt werden, weil es sie bereits gibt, aber meine Frage:

Es ist erfreulich, dass sich der Mitgliederstand der Feuerwehren in den letzten Jahrzehnten erhöht hat. 2003 hatten wir 15.000 Feuerwehrleute. Jetzt haben wir über 17.000. Es haben sich auch die Lehrgänge erhöht. Lehrgangsteilnehmer. Also es ist sehr erfreulich, und das Land tut auch sehr viel, in dem zum Beispiel freigestellt wird für Schulungsmaßnahmen.

Meine Frage: Einzig und allein der Personalstand im Landesfeuerwehrverband ist gleichgeblieben. Im Gegenteil, es fallen viele Urlaubstage an, die nicht konsumiert werden können. Die Aufgabenbereiche sind größer geworden. Meine Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Personal im Landesfeuerwehrverband ab 2018 aufgestockt wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Naja, Herr Abgeordneter, zum einen ist das nicht ganz so. Diese Ausstattungsrichtlinie wird derzeit neu verhandelt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Haben Sie zugehört?)* Ich weiß nicht, wie Sie auf die Idee kommen, dass das jetzt nicht richtig ist was die machen, aber bitte, das soll Ihre Auffassung sein. Das werde ich halt dem Landesfeuerkommando sagen, dass Sie alles was jetzt gemacht wird, für nicht gut befinden, aber bitte, das ist wirklich Ihre Verantwortung. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Stimmt auch nicht, was Sie da sagen!)*

Zum einen möchte ich schon sagen, dass wir die Ersten waren, die das Feuerwehrbudget um zehn Prozent erhöht haben. In Ihrer Amtszeit, ist das nie erhöht worden. Soll so sein. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Stimmt auch nicht!)*

Selbstverständlich, wenn natürlich Personal gebraucht wird und wenn die Notwendigkeit besteht, dann muss man darüber reden. Aber Sie dürfen auch nicht vergessen, dass das Land Burgenland jetzt natürlich auch zugestimmt hat, dass man darangeht, das Landesfeuerwehrkommando zu sanieren. Wir sprechen hier nicht von Kosten in der Höhe von vielleicht 200.000 Euro oder ein bisschen mehr, sondern von viel höheren Kosten. Also wie Sie auf solche Ideen kommen, kann ich mir nicht vorstellen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Die Frage haben Sie nicht beantwortet!)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Haidinger. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, da darf ich jetzt genau in das richtige Horn stoßen. Sie haben es kurz angerissen, meine Frage lautet:

Wie ist es um den Stand der Sanierung des Landesfeuerwehrkommandos?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Wie vorhin schon erwähnt, wichtig ist es natürlich, und das war auch eine Anregung vom Herrn Landeshauptmann als wir zusammengesessen sind und wir gesagt haben, wie können wir das bewerkstelligen, damit dieses Landesfeuerwehrkommando saniert wird. Da geht es jetzt schlussendlich um Kosten von zirka 13 bis 15 Millionen Euro. Wir haben jetzt einen Lenkungsausschuss eingerichtet. Dieser Lenkungsausschuss ist konstituiert, genauso wie beim Spital Oberwart.

Das heißt, hier wird step by step laufend versucht, wirklich ein Konzept zu erarbeiten, welches nachhaltig ist. Das heißt, dieser Lenkungsausschuss wird wirklich kontinuierlich arbeiten und auch penibel bei der Erstellung so mancher Konzepte sein und natürlich auch im Bereich der Finanzierung. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die siebente Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet.

Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Temmel um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die Stare-Bekämpfung mittels Flugdrohnen war in der vergangenen Erntesaison ein voller Erfolg. Alle Beteiligten waren zufrieden. Nun steht das Projekt vor dem Aus. Laut meinen Informationen wurden die Förderungen eingestellt, dass Sie sich ansonsten mit dem Vorwurf des Amtsmissbrauches konfrontiert sehen würden.

Im Gegenzug wird den Winzern aber der Ankauf von Schutznetzen gegen Stare durch EU, Bund und dem Land Burgenland gefördert.

Warum schaffen Sie keine Möglichkeit, die innovative Lösung der Stare-Bekämpfung mittels Flugdrohnen ähnlich zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren zu Hause! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst einmal bin ich sehr verwundert, dass Sie sogar in Ihre Frage ein Kompliment für mich implizieren.

Ich möchte es ganz laut sagen, dass ich mich da wirklich sehr herzlich bedanke. Ja, es ist richtig, der Drohneneinsatz war 2016 wirklich ein voller Erfolg. Das ist richtig, das war für die Winzerinnen und Winzer ein wichtiger Schritt, den ich nach jahrelanger Forderung vor meiner Amtszeit ja immer wieder gehört habe.

Jetzt ist es umgesetzt und jetzt ist es möglich. Drohneneinsatz haben wir als erstes Bundesland Österreichs. Wir sind diesen innovativen neuen Weg gegangen. Der Pilotversuch des Winzerfalken wurde im Vorjahr im Sommer durchgeführt. Wir können auf diese Firma, wie auch auf andere Firmen, die sehr innovativ in der Technologie sind, sehr, sehr stolz sein. Skyability hat ja dann auch den Innovationspreis bekommen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es natürlich wichtig war im Einklang mit der Natur, die Drohne für die Abwehr der Stare einzusetzen und hier habe ich mir einige sehr kompetente Partner an Bord geholt. Vielen Dank auch an meine Regierungskollegin,

der Frau Mag.a Astrid Eisenkopf, die ja auch durch die Begleitung des Naturschutzes für dieses Projekt sehr, sehr wichtig war. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das Pilotprojekt konnte ganz klar beweisen, dass die Stare-Vertreibung mit Drohnen sehr, sehr gut funktioniert hat. Fast kein Verbiss und aus Sicht des Naturschutzes, Astrid, ja auch kein Problem.

Natürlich, und Ihre Frage impliziert das auch, Sie haben mich ja schon einmal gefragt, ich wurde auch schriftlich zu diesem Thema schon befragt, ist die Wirtschaftlichkeit nicht uninteressant. Hier haben wir natürlich auch Vergleiche angestellt. Beispielsweise kostet der Drohneneinsatz pro Hektar 110 Euro. Andere Beispiele, wie die Abwehr durch Flugzeuge, ist zum Durchschnitt mit 140, 145 Euro verrechnet worden.

Das heißt, ich fasse zusammen: Gesetzlich hat das Land, habe ich als zuständiges Regierungsmitglied, auf die vielen Forderungen der Winzerinnen und Winzer seit Jahren sofort reagiert, gesetzlich gehandelt, Rahmenbedingungen geschaffen und daher konnte ich diese Innovation auch zulassen. Wir haben auch als einziges Bundesland hier eine Vorreiterrolle eingenommen.

Was klar ist, ist natürlich das hier Skyability mit den Winzern, mit den Verbänden und Vereinen gearbeitet hat, sich zusammengesetzt hat. Dass es hier zu keiner Einigung gekommen ist zwischen den Winzern von Rust, ganz konkret, weil die waren dort mitinvolviert, liegt außerhalb meiner Verantwortung. Wie in jedem Geschäftsbereich kann ich hier nicht einwirken.

Ich kann nur wiederholen, dass der Flug durch Drohnen auf alle Fälle sicherlich der billigere Weg ist, vor allem der nicht so gefährliche Weg. Auch darüber habe ich in der ersten und zweiten Beantwortung auf Ihre Frage ja schon geantwortet. Ich möchte die Zeit nicht so sehr in Anspruch nehmen, nur wie soll es weitergehen?

Ich möchte im Rahmen dieser Fragestunde und Ihrer Frage, die Sie ja schon wiederholt gestellt haben, noch einmal der Weinwirtschaft des Burgenlandes sehr, sehr herzlich gratulieren.

Wir haben heuer wirklich von der Quantität, aber auch von der Qualität her, ein unglaubliches Weinjahr 2017, wird sicherlich in die Geschichte eingehen. Ich darf hier allen Winzerinnen und Winzern gratulieren. Wir sind stolz auf den burgenländischen Wein! Ich bin sehr, sehr froh, dass wir auch heuer eben Gott sei Dank, vom Frost und von anderen Wettern verschont wurden und gratuliere uns als Land Burgenland und vor allem den Winzerinnen und Winzern, für die wir natürlich alles Mögliche tun und gute Rahmenbedingungen stellen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Also Sie finden, dass dieses Projekt toll ist, ein voller Erfolg ist, aber Sie werden es nicht weiter fördern. Sie haben gesagt, Sie haben mit anderen Forschungseinrichtungen schon Gespräche geführt.

Was ist da konkret, konkret mit der BOKU, bis jetzt herausgekommen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nicht nur dieses Projekt habe ich gefördert, sondern auch andere. Ich habe das vorher vergessen. Ich möchte Ihnen und allen anderen Menschen die uns zuhören und Ihnen, Hoher

Landtag, natürlich nicht verheimlichen, dass wir natürlich für die Weinwirtschaft Burgenland inklusive Drohneneinsatz sehr, sehr viel tun.

1,1 Millionen Euro werden jährlich von Steuermitteln, und daher müssen wir uns beim Steuerzahler bedanken, ich glaube, dass wir mit diesem Geld gut umgehen können, an die Österreichische Weinmarketing weitergegeben. Zur Wein Burgenland kommen über 600.000 Euro zurück.

Zusätzlich darf ich aus dem Landesagrarbudget noch mit 100.000 Euro das Personal der Wein Burgenland unterstützen, weil es wichtig ist. Das ist nicht nur, dass wir guten Wein haben, sondern es geht auch immer ums Marketing.

Zu Ihrer Frage jetzt noch einmal konkret und jetzt zum dritten Mal schon beantwortend. Die schriftliche Anfrage ist auch zu Ihnen unterwegs, oder Sie haben sie bereits erhalten, wo Sie diese oder ähnliche Frage stellen. Was ist von der BOKU herausgekommen? Ein tolles Projekt, wissenschaftlich begleitet.

Genauso von der FH Burgenland, dort steht ganz klar drinnen, unter Sicherheitsauflagen, unter bestimmten Abständen, und, und, und. Hier gibt es technische Auflagen, ist die Drohne jederzeit einsetzbar. Ich muss aber auch gleich dazu sagen, um hier keinen Irrglauben zulassen zu können, zurzeit gibt es diese eine Firma. Immer wieder neue Firmen entstehen, die eine Firma arbeitet, auch wirtschaftlich, wissenschaftlich weiter.

Zurzeit können wir auf Grund dieser einen Firma leider nicht alle Weinbaugebiete des Burgenlandes befliegen, auch wenn es hier zu einer Einigung zwischen den Winzern und Skyability kommt, könnte Skyability es von der Kapazität her nicht schaffen, dass sie alle 12.000 Hektar befliegt. Abgesehen davon ist es vor allem ein Thema des Mittel- und Nordburgenlandes, wo die Stare-Bekämpfung auch sehr, sehr notwendig ist.

Aber ich bin überzeugt, dass sich hier die Innovation weiter fortschlägt und dass hier auch andere Firmen oder Skyability die Kapazität ausdehnen wird, und es hier zu guten Gesprächen kommt. Ich weiß, dass die jederzeit stattfinden, weil ich auch mit Skyability und den Winzern in ständigem Kontakt bin. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Bei den Frostentschädigungen für die burgenländischen Winzerinnen und Winzer hat es Ungereimtheiten gegeben.

Können Sie nun garantieren, dass alle Entschädigungszahlungen für Frostschäden im vergangenen Jahr korrekt ausbezahlt wurden?

Präsident Christian Illedits: So, Herr Abgeordneter, der direkte Zusammenhang mit der Hauptfrage ist ein bisschen schwer festzustellen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Entschädigung für die Winzer! - Abg. Walter Temmel: Verantwortung für den Weinbau!)* Frau Landesrätin bitte.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Herr Abgeordneter! Hier noch einmal herzlichen Dank auch wieder an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und an das Land Burgenland und den Bund. Elf Millionen Euro wurden an Frostentschädigungen ausbezahlt. 2016 war eine unglaubliche finanzielle Kraftanstrengung notwendig.

Ich möchte mich hier wirklich bei allen bedanken, die diesen Entschluss mitgetragen haben auf Regierungsebene. Vielen Dank an die FPÖ als Vertreter auf der

Regierungsseite, aber natürlich auch an den Landeshauptmann und vor allem an den Finanzreferenten. Elf Millionen Euro haben wir österreichweit ausverhandelt.

Elf Millionen Euro haben Winzerinnen und Winzer, aber natürlich auch Obstproduzenten in diesem Land an Entschädigung bekommen, sage aber gleich vorweg: Hören Sie endlich einmal auf, die Winzerinnen und Winzer, aber auch die Obstproduzenten immer hinzustellen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Obst darf man nicht sagen!)* als nur immer die, die kriegen, die fordern, die fordern und die kriegen.

Das ist ihnen zugestanden und hoffentlich haben wir nicht wieder so ein Jahr, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie haben es vorenthalten!)* weil das ist eigentlich ein Frevel. Ich bin stolz auf die Winzerinnen und Winzer, aber auch auf die Obstproduzenten.

Elf Millionen *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Beantworten Sie die Frage, das ist ja ein Witz!)* Euro haben die auch gebraucht, weil es ein schlechtes Jahr war. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: So einen Blödsinn zusammenreden!)* Vielen Dank noch einmal, dass es möglich war. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ich fasse nur zusammen, dass Sie jetzt dreimal gesagt haben, Sie hätten schon etwas beantwortet. Ich möchte Sie darauf hinweisen, Sie haben genau das nicht beantwortet. Der Kollege Temmel fragt Sie, warum gibt es für dieses innovative Projekt, das Sie selbst als Erfolg bezeichnen, im Gegensatz zu dem Ankauf von Schutznetzen, keine Förderung mehr?

Das ist die einzige Frage, die im Übrigen sehr ganz direkt in dem Zusammenhang steht, und das, was der Kollege Temmel gesagt hat, absolut auch. Es geht immer um das Wohl der Winzer und deren wirtschaftliches Vorankommen.

Präsident Christian Illedits: So, haben Sie jetzt die Frage gestellt?

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Habe ich schon gefragt, dass die Drohnen nicht gefördert werden und die Schutznetze schon, das war die Frage, Herr Präsident.

Präsident Christian Illedits: Okay, passt, ich wollte es nur wissen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich mache nicht so eine lange Einleitung wie die anderen!)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Herr Klubobmann! Dass Ihrem Mitarbeiter beziehungsweise Ihrem Kollegen eine Frage mit Frostschäden hineingerutscht ist, hat gar nichts mit Drohne und Skyability zu tun. Jetzt freue ich mich, Ihnen auf Ihre Frage antworten zu können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na gut!)*

Sie kriegen das aber auch, und wahrscheinlich haben Sie es schon bekommen, schriftlich, da haben Sie das Gleiche angefragt. Ich darf noch einmal zusammenfassen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir wissen, dass mündlich so schwer beantwortet wird!)*

Ich finde die Weinwirtschaft wichtig und daher fragen Sie bitte. Gott sei Dank haben Sie die Möglichkeit in der Fragestunde. Ich freue mich schon auf den nächsten Landtag. Ich hoffe wir können wieder über die Weinwirtschaft und die Drohne reden. Ich darf also daher beantworten:

Ganz klar, im ELER-Bereich, und ich bin sicher, dass sich der Großteil des Landtages auskennt, aber ich möchte kurz auch jenen Menschen, die uns vielleicht heute zuhören, zusehen, erklären. Wir haben im großen ländlichen Bereich eine ELER-Förderung, die größte Fördermöglichkeit überhaupt.

Dort gibt es natürlich ganz klare Rahmenbedingungen und unter diesen Rahmenbedingungen kann man Gelder auslösen. Unter ELER kann man beispielsweise auch auslösen, so wie Sie vorher gesagt haben, Möglichkeiten wie hier Hagelabwehr mit Netzen, das ist richtig.

Ich bin sehr froh, dass ich alle anderen Agrarlandesräte Österreichs dazu bringen konnte, durch einen einstimmigen Beschluss, dass ich sogar hier auf kleine Winzerinnen und Winzer schaue und nicht wie früher 15.000, jetzt die Einstiegshürde 5.000 Euro ist. Leider gibt es zurzeit Personalkosten nur im LEADER-Bereich vom großen ELER-Bereich. Hier wäre natürlich vor allem die Personalressource sehr, sehr wichtig zu fördern. Die ist nicht möglich.

Zum Zweiten: Im ELER sind es - und das wissen Sie - vor allem Investitionen. Hier ist die Drohne leider nicht möglich und wenn, müsste man hier mit der Europäischen Union weiter arbeiten und hier komplett eine Trendumkehr machen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann musst Du rauf fahren!)*

Wie gesagt, ich freue mich auf die nächste Weinwirtschaftsfrage. Hoffentlich das nächste Mal wieder. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1047) mit dem das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert wird (Zahl 21 – 734) (Beilage 1057)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1047, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert wird, Zahl 21 - 734, Beilage 1057.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke schön. Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert wird, in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. Oktober 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich der Frau Abgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! In diesem Tagesordnungspunkt geht es um eine Novellierung des Burgenländischen Landwirtschaftskammergesetzes. Mit der vorliegenden Novelle wird die Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle vollzogen.

Die neue Berufungsinstanz wird nunmehr das Landesverwaltungsgericht, anstatt wie bisher die Bezirksverwaltungsbehörde sein. Damit bin ich auch schon wieder am Ende. Spektakulärer ist es nicht.

Wir werden dieser Gesetzesänderung natürlich unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Sagartz, BA zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, spektakulärer ist es eigentlich nicht aber was wir trotzdem anmerken können ist doch eine klare Vereinfachung mit dieser Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle, die ja im großen Stil durchgezogen wurde und wo immer wieder im Einzelfall noch nachjustiert wird, hat doch einiges bewegt.

Hier wurde eine der größten Novellen innerhalb der Justiz in Österreich vollzogen und die erste Bilanz ist, das war eine gute Novelle, das war eine gute Bereinigung, eine Rechtsbereinigung so wie wir sie auch auf Landesebene uns wünschen würden. Wo wir auch glauben, dass hier einiges noch an Bestand zu finden ist. Denn - siehe da - wir haben ja schon vor vielen Jahren eigentlich diese Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle hier in einem Sammelgesetz hinter uns gebracht und trotzdem findet man immer und immer wieder einzelne Lücken.

Und deshalb möchte ich hier einmal mehr darauf pochen und unseren Vorschlag in Erinnerung rufen. Wir wollten, dass das Land Burgenland zu einem großen Ausschuss einlädt, in einem großen Konvent zusammen kommt und alle Rechtsmaterien des Landes überprüft. Es geht darum, dass wir versuchen möchten zu entbürokratisieren, Hürden abzubauen und genau solche Dinge zu vermeiden wo einfach immer wieder Stückwerk für Stückwerk dazu kommt, dass uns Lücken auffallen.

Ich glaube - und sehr geehrter Herr Präsident jetzt bin ich ganz formell - General- und Spezialdebatte finden in einem statt, meine Kollegen Hergovich und Molnar haben ja in ihrer gestrigen Pressekonferenz angekündigt, sie möchten auch im Zuge des Wahlrechtes einiges ändern, dazu möchte ich seitens der ÖVP Stellung beziehen.

Jede Diskussion um Wahlrechte ist auch eine Diskussion um Macht. Machtfragen werden in der Demokratie durch Entscheidungen des Volkes, durch Wählerstimmen geklärt und das ist gut so. Und umso wichtiger sind die Rahmenbedingungen. Wir hatten ja eine ganz spezielle Situation. Wir hatten am 1. Oktober eine Gemeinderatswahl, wir haben am 15. Oktober eine Nationalratswahl und dann am 29. Oktober noch die engeren Wahlen zu den Bürgermeisterwahlen.

Das bedeutet innerhalb eines Monats sind in manchen Gemeinden gleich drei Mal die Menschen an die Urnen gerufen worden, mit dem vorgezogenen Wahltag gab es sogar vier Tage die Möglichkeit, seine Stimme direkt abzugeben. Das bedeutet, und das haben auch viele Personen in den Wahlbehörden uns mitgeteilt, eine große Verwirrung beispielsweise bei der Vergabe von Vorzugsstimmen.

Mir ist persönlich aufgefallen in meiner Heimatgemeinde waren viele Personen, obwohl das seit Jahren eigentlich gang und gebe ist, bei der Direktwahl des Bürgermeisters überrascht, warum sie plötzlich zwei Stimmzettel erhalten. Und das ist quer durch alle Bevölkerungsgruppen gegangen. Das war nicht ein Problem der älteren Generation, das war nicht ein Problem der jüngeren.

Es sind eben viele Personen damit konfrontiert, ihre Stimme abzugeben. Ist ein ganz besonderer Wahlakt. Für viele ein sehr wichtiger Moment. Da ist man nicht unbedingt kleinlich oder da ist man nicht unbedingt unkonzentriert. Und trotzdem ist es offensichtlich nicht so einfach hier alles richtig zu machen. In vielen Bereichen gab es bis zu 25 Prozent ungültige Vorzugsstimmen. Und jetzt gibt es einen ganz konkreten Vorschlag.

Die Entschädigung für Beisitzer. Ich möchte dazu sagen, die ÖVP Burgenland ist jederzeit gesprächsbereit über diese Themen zu diskutieren. Wir sind immer bereit, wenn es um Parteienverhandlungen geht, Parteienverhandlungen auf Augenhöhe, wo man gemeinsam mit allen Landtagsfraktionen Meinungen austauscht und diskutiert.

Wie hoch diese Entschädigung sein muss, wie sie ausgestaltet ist, an wen sie beispielsweise geht und an wen nicht, ob es hier Kriterien gibt die angelegt werden oder ob man hier beispielsweise auf eine bundeseinheitliche Lösung pocht. Das sind alles Fragen, die man vorab klären könnte.

Ich glaube, dass es - egal welche Bundesregierung jetzt zusammen kommen wird - im Vorfeld auch eine große Diskussion um das Wahlrecht geben wird. Hier gibt es viele Diskussionsmöglichkeiten und Einfälle. Unter anderem eine von Thomas Steiner, die er immer wieder ins Treffen führt, auch ein Mehrheitswahlrecht neu zu diskutieren.

Ich glaube, das sind Themen und Inhalte die man gesammelt und konzentriert von Bundesebene bis zur Landesebene diskutieren muss. Die ÖVP ist dazu bereit. Nur eines möchte ich schon erwähnen.

Wenn der Vorschlag von zwei Parteien kommt und ich gleichzeitig weiß, dass auf Ortsebene auch viele SPÖ-Vertreter sich darüber aufgeregt haben, dass insbesondere die Freiheitlichen Beisitzer in vielen Wahlkommissionen gefehlt haben, dann möchte ich schon appellieren:

Versuchen wir in erster Linie geltendes Recht zu leben, versuchen wir all das einzusetzen was notwendig ist um hier dafür zu sorgen, dass Wahlen reibungslos funktionieren. Motivieren wir immer wieder unsere Beisitzer, Ersatzbeisitzer und Wahlzeugen, diese Aufgabe sehr ernsthaft und konzentriert wahrzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach dem 1. und dem 15. Oktober gestatten Sie mir, dass ich ein Dankeschön ausspreche. Ich möchte ein Dankeschön aussprechen an alle Kandidatinnen und Kandidaten der Gemeinderatswahlen und zwar aller Fraktionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Demokratie lebt von jenen, die mitmachen und das beginnt damit, dass man seine Stimme abgibt. Das beginnt damit, dass man für seine Überzeugung eintritt, dass man Wahlwerbung macht, ja vielleicht sogar Kandidat einer Bewegung, einer Partei ist oder sich zur Verfügung stellt in den Gemeinderat zu gehen, Bürgermeister, Vizebürgermeister zu sein.

Dafür ist ein Dankeschön zu sagen allen Persönlichkeiten, denn von ihrem Engagement und von ihrem Einsatz lebt Demokratie und sie lebt im Großen und Ganzen vom Ehrenamt dieser Menschen. Das hat man gesehen und darf ich für die

Österreichische Volkspartei schon anmerken, dass wir auch sehr dankbar sind für das große Vertrauen. 74 zu 74, das ist die derzeitige Bilanz zwischen den Sozialdemokraten und der Volkspartei wenn es darum geht, Bürgermeister zu stellen.

Das ist ein hervorragendes Ergebnis und es zeigt auch eines: Die Menschen unterscheiden ganz genau welche Ebene sie wählen, welches Vertrauen sie aussprechen und welche Wahl sie gerade unterstützen. Und eines darf ich schon sagen:

Es freut mich dann doch sehr persönlich. Wir haben in den letzten Monaten etwas miterleben müssen, was mich manchmal sehr geärgert hat. Auf der einen Seite gab es einen Bundeskanzler, der formell für viele Dinge zuständig war, mit dem der Landeshauptmann nicht einer Meinung war. Den er aus meiner Sicht und das ist die Sicht eines Außenstehenden, nicht ordentlich unterstützt hat.

Aber im Gegenzug dazu hat er den Vertreter, der seine Linie in vielen Bereichen gefahren ist, nämlich der Außenminister Sebastian Kurz, einfach zum Trotz nicht unterstützt. Der hat in Wirklichkeit Dinge in den Mittelpunkt gestellt, die der freiheitlichen Linie manchmal entsprachen, die manchmal den Neos oder den Grünen entsprachen. Sebastian Kurz hat aus breiten Kreisen der Bevölkerung Unterstützung erfahren. Auch insbesondere aus der Sozialdemokratie.

Und da möchte ich schon eines sagen, bei all diesem Wirbel, bei all diesem Hass, der gesät wurde, bei dieser Hetze, die betrieben wurde und ich möchte hier nur einen Namen nennen, der stellvertretend für jene steht, die das betrieben haben, nämlich Tal Silberstein. Da ist es doch noch mehr bemerkenswert, dass es der Volkspartei doch gelungen ist, nach dieser Hetze und nach dieser Aggression den Platz 1 für diese Republik herauszuholen.

Ich freue mich auf einen tollen Wahlerfolg auch bei den Stichwahlen.

Präsident Christian Illedits: Herr Klubobmann, Sie haben richtigerweise mich darauf hingewiesen, dass General- und Spezialdebatte in einem durchgeführt werden. Die Verhältnismäßigkeit sollte aber trotzdem gewahrt bleiben. Das sage ich. Gut, okay ich verstehe das und respektiere das auch in einer Landtagssitzung nach zwei Wahlen, aber Sie wissen genau, was ich Ihnen jetzt übermittelt habe.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sodl.

Bitte schön, der Abgeordnete Sodl ist am Wort.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mit der heutigen Novelle wird das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert. Das Landwirtschaftskammergesetz regelt neben den Bestimmungen über die Rechtstellung der Landwirtschaftskammer als Körperschaft öffentlichen Rechts auch das Verhältnis zu anderen Behörden.

Die Landwirtschaftskammer ist aber natürlich eine Interessensvertretung. Eine Vertretung für unsere Bauern, für unsere Landwirtschaft, für viele, die in diesem Beruf, in dieser Berufssparte, in diesem Gewerbe auch arbeiten. Sie ist aber demnach auch zur Vertretung und Förderung der Land- und der Forstwirtschaft da.

Ein Berufsstand, wie wir alle wissen, der es nicht immer einfach und vor allem nicht immer leicht hat, ob es Frostschäden sind, ob es Hagel, Dürre sind, immer abhängig vom Wetter zu sein, in einem Tag, in wenigen Stunden kann ein Teil oder auch die ganze Ernte zerstört, ruiniert sein, somit Einnahmen für ein ganzes Jahr, die es dann nicht mehr gibt.

Und natürlich auch der Preiskampf, der weltweit durch die Landwirtschaftsindustrie auch vorgegeben wird. Wir kennen auch die Problematik des Bauernsterbens unter dem Motto für viele „Zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig“.

Hier wird in vielen Bereichen unserer burgenländischen Landwirte auch richtig reagiert. Im Bereich der Bioprodukte, im Bereich der Selbstvermarkter und auch sprich unter dem Motto „Qualität vor Quantität“. Ich werde aber auch nicht müde, es immer wiederum aus der Sicht unserer Gemeinden, aus Sicht der Bürgermeister zu sagen, dass unsere Landwirte auch eine wichtige Funktion ausüben, weil sie die Landschaftspfleger in unseren Gemeinden, in unserem Land sind.

Sie sind mitverantwortlich, dass unsere Gemeinden, unsere Landschaft auch gepflegt ist. Viele unserer Besucher, unserer Gäste, die unser Land, unsere Gemeinden besuchen, die es uns auch immer wiederum sagen, in welchem schönen Land wir leben können. Dafür möchte ich vor allem auch den Landwirten ein herzliches Dankeschön aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte aber natürlich auch auf die Funktion, auf die Wichtigkeit der Landwirtschaftskammer kommen. Neben den wichtigen Funktionen als Interessensvertretung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind sie auch Anlaufstelle und Auskunftsstelle. Nicht nur für die Landwirte, sondern ich möchte hier vor allem hervorgeben und ich weiß, dass es in allen Bezirksreferaten sehr gut funktioniert.

Aber sehr oft sind sie auch Informations- und Anlaufstelle für unsere Gemeinden und für unsere Bürgermeister. Ich möchte hier vor allem das Bezirksreferat in Güssing hervorheben, wo ich als Bürgermeister bei Fragen in Angelegenheiten der Land- und der Forstwirtschaft hier einen hervorragenden Ansprechpartner habe, das ist der Herr Ing. Christian Reicher, der uns in vielen Bereichen hier auch unterstützt. In seinem Fachgebiet ist er sehr innovativ, modern denkend, vorausblickend und macht hier auch eine engagierte Arbeit.

Aber, wie gesagt, bin ich überzeugt, dass auch in den anderen Bezirksreferaten eine hervorragende Arbeit geleistet wird. Wenn wir die Landwirtschaftskammer auch in dieser Form ansprechen, so hoffe ich auch, wie viele andere Kammern, dass sie auch in der nächsten Regierung des Bundes auch in dieser Form weiterbestehen können und ihre Berechtigung haben.

Wir werden seitens der SPÖ natürlich unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Dem vorliegenden Landwirtschaftskammergesetz werden wir natürlich unsere Zustimmung erteilen, insbesondere deswegen, weil das die Grundlage für die Tätigkeiten der Kammern ist, die eine wesentliche und wichtige Rolle in der Republik Österreich, aber auch in unserem Heimatland Burgenland haben.

Darüber hinaus werden schon im kommenden Jahr Landwirtschaftskammerwahlen im Burgenland stattfinden. Meines Wissens könnte der Wahltermin auch im März stattfinden, und damit sind wir schon bei den Wahlen.

Mein Kollege Sagartz hat ja auch schon die Wahlen angesprochen, *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP – Abg. Mag. Michaela Resetar: Jetzt hast Du die Kurve gekratzt.)*

und an dieser Stelle darf ich durchaus gratulieren, zum einen jener Partei, die auf Platz eins ist, der Volkspartei mit dem Bundesparteiobmann Kurz.

Ich gratuliere auch den Freiheitlichen, die ein sehr gutes Ergebnis aus ihrer Sicht eingefahren sind. Sie werden sich wundern, aber ich gratuliere auch Christian Kern, weil die letzten Wochen und Monate sind gerade nicht sehr gut gelaufen, daher ist dieses Ergebnis durchaus respektabel. Aber ich stehe nicht an, auch eine Gratulation zu entrichten an jene, die sich bei dieser Wahl sehr gut geschlagen haben.

Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in meiner Zeit schon bei einigen Wahlauseinandersetzungen mitwirken und bei einigen Wahlkämpfen auch mitarbeiten dürfen. Und ich darf für den Wahlkampf der Sozialdemokratie sagen, dass er, wie soll ich das bezeichnen, sicher suboptimal gelaufen ist und er deutlich besser sein konnte. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass das wahrscheinlich auch ein Mitgrund ist, dass die Volkspartei Nummer eins war, es ist durchaus auch in der Sphäre der Sozialdemokratie angesetzt, dass es zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Wenn man es so will, kann man es mit einem Fußballmatch vergleichen. Die Sozialdemokratie hat sich wahrscheinlich zwei bis drei Eigentore geschossen und damit verbunden, hat die ÖVP das Match gewonnen.

Aber ich glaube, daraus darf man keine falschen Schlussfolgerungen jetzt ziehen, denn die Wählerinnen und Wähler unterscheiden sehr genau, wer zur Wahl steht und wem sie das Vertrauen geben.

Ich möchte das an zwei Beispielen vielleicht festmachen. In meiner Heimatgemeinde, zwei Wochen davor, Trausdorf wählt den Bürgermeister und den Gemeinderat. Dem Gemeinderat kommen 62 Prozent zu, die Sozialdemokratie verzeichnet hier 62 Prozent Zustimmung der Wählerinnen und Wähler. Kurz darauf findet die Nationalratswahl statt und da schaut das ganz anders aus. Es sind nur mehr 37 Prozent der Wählerinnen und Wähler von der Sozialdemokratie überzeugt. Also sie unterscheiden sehr deutlich.

Wenn man das noch krasser vielleicht beurteilen möchte, lohnt sich der Blick nach Krems. In Krems hat die Bürgermeisterwahl am gleichen Tag stattgefunden wie die Nationalratswahl und der amtierende Bürgermeister konnte ausbauen, das ist ein Sozialdemokrat, auf 46 Prozent.

Im gleichen Atemzug haben die Leute die Stimme für die Nationalratswahl abgegeben und da konnte die Sozialdemokratie lediglich 29 Prozent einfahren. Also am gleichen Tag zwei unterschiedliche Wahlen und die Wählerinnen und Wähler haben sich auch sehr unterschiedlich entschieden.

Hier einen falschen Schluss zu ziehen, halte ich für voreilig. Es geht immer um ihre Wahl und schon gar nicht um eine Landtagswahl. Diese wird erst im Jahr 2020 stattfinden und dabei werden die Karten wieder völlig neu gemischt.

Aber was klar sichtbar wurde, ist, wenn man unter Umständen sogar drei Wahlgänge in einem Monat zu absolvieren hat, dann sieht man auch die Diskrepanz bei den unterschiedlichen Wahlrechten und der Wahlsystematik. Es hat durchaus zu Irritationen bei dem einen oder bei der anderen Wählerin geführt, die beispielsweise gefragt haben, na wann gibt es einen zweiten Wahltag bei der Nationalratswahl und das mussten wir verneinen, das gibt es ausschließlich bei Wahlen, die in unserem Heimatland Burgenland stattfinden.

Auch bei den Vorzugsstimmen hat man gesehen, dass bei der Nationalratswahl drei angekreuzt wurden, es ist nur eine möglich bei Bundeswahlen, und daher sind alle natürlich ungültig. Auch da sieht man die Diskrepanz der unterschiedlichen Wahlsysteme.

Auch die Auszählung der Wahlkarten läuft nicht optimal. Erst heute wird ein Ergebnis bekannt. Bei Gemeinderatswahlen hat man das zwei Wochen zuvor gesehen, wie das eigentlich ausschauen könnte, nämlich so, dass am Freitag, spätestens um 14.00 Uhr vor der Wahl, die Wahlkarten eingelangt sein müssen, dann werden diese auch am Sonntag ausgezählt und es gibt am Sonntagabend auch ein Endergebnis. Ich glaube, das wäre gut und Orientierung für die Wählerinnen und Wähler und alle, die dabei beteiligt sind.

Ich glaube auch, dass man jene Menschen, die unentgeltlich und ehrenamtlich sehr viele Sonntage dieses Jahr geopfert haben eine Anerkennung aussprechen sollte. Ich erinnere nur daran, es gab eine Bundespräsidentenwahl, es gab eine Stichwahl, es gab eine Anfechtung, dann wieder eine Wahl, dann gab es die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl, dann die Nationalratswahl. Das waren fünf Wahlgänge plus 19 Gemeinden, wo es zur Stichwahl kommt, also sechs Sonntage beziehungsweise auch den vorgezogenen Wahltag, den man hier auch einrechnen muss.

Dabei opfern sehr viele Burgenländerinnen und Burgenländer sehr viel Freizeit, und daher bin ich der Meinung, dass man jenen Menschen, die das auch tun, eine gewisse Wertschätzung gegenüberbringen und ihnen eine kleine Anerkennung aussprechen sollte. Wie immer das funktioniert, diesbezüglich gibt es unterschiedliche Regelungen in vielen Bundesländern.

Ich bin der Meinung, ein Staat, dem die Demokratie auch etwas wert ist, der sollte auch für die gute und reibungslose Abhandlung der Wahlen sorgen. Damit wäre ich der Meinung, dass man eine Art Absetzbetrag beim Finanzamt vorsieht, wenn ein Beisitzer zwei, drei, vier Mal im Jahr bei Wahlen teilgenommen hat, dann wäre es gut, wenn das Finanzamt hier beispielsweise wie eine Sitzungsentschädigung, nämlich 100 Euro für diese Tätigkeit, für diesen einen Tag *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hilft nur denen, die Steuer zahlen.)* als Freibetrag und Absetzbetrag vorsieht.

Ich glaube, das wäre durchaus eine Wertschätzung, den man hier den Persönlichkeiten, die das wirklich auch machen, mitbringen sollte.

Auch der zweite Wahltag ist etwas, das wir auch bundesweit diskutieren sollten. Ich glaube, das Burgenland hat ein hervorragendes Wahlrecht. Es könnte auch Beispiel und „best practice“ sein für Bundeswahlen. Daher, glaube ich, sollten wir durchaus auf Klubebene einmal diskutieren, wo haben wir gemeinsame Standpunkte und vielleicht reicht es dann auch zu einem gemeinsamen Antrag hier im Hohen Haus, den wir auch dem Bund zukommen lassen. Vielen Dank.

Wir werden natürlich dieser Gesetzesvorlage sehr gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert wird, ist somit einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1026), mit dem der Jugendbericht 2015/2016 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 726) (Beilage 1058)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz- Budget und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1026, mit dem der Jugendbericht 2015/2016 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 726, Beilage 1058.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Magister Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Jugendbericht 2015/2016 zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 24. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. Oktober 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Jugendbericht 2015/2016 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Dame und Herr auf der Galerie und viele vielleicht noch draußen im Livestream! Der vorliegende Jugendbericht 2015 und 2016 gibt Einblick in vielfältige Aktivitäten im Jugendbereich. Hier wurde eine Menge sehr sinnvolle Projekte gefördert, und es ist schön, dass in diesem Bericht nachvollziehbar ist, was sich im Burgenland alles tut.

Auf den Fotos sieht man auch, wie wohl sich die Frau Landesrätin fühlt, wenn sie von Jugendlichen umgeben ist. Dennoch möchte ich aber auf einige Punkte hinweisen, die aus meiner Sicht reflektiert gehören.

Ein Punkt, ich habe schon öfter darauf hingewiesen, ist der Jugendlandtag. Es muss nun wirklich einmal angegangen werden, dass wir diesen reformieren. Weil wenn ich mir anschaue, was sich in diesem Jugendbericht alles darstellt an guten, wertvollen Initiativen, an Workshops, wo Jugendliche intensiv an ihren Themen arbeiten und ich vergleiche das dann, wie es im Jugendlandtag abgehandelt wird, wie es hier zu Themen kommt, dann sehen wir hier eine Kluft. Es ist der Jugendlandtag eine alte Form, die mit

Jugendlichen besetzt wird, auch im Ritual wie man dann dort tut. Zum Teil, wie man dort hinkommt.

Hier geben uns Jugendliche aber Zeichen, wie sie eigentlich anders an Dinge herangehen. Deswegen rege ich noch einmal an, dass wir uns einmal zusammensetzen oder dass Sie im Jugendbeirat einmal diskutieren, wie man Jugendlandtag tatsächlich in einer modernen, der heutigen Jugend gerechten Form mit Jugendlichen gemeinsam neu aufstellen könnte.

Die Arbeit der Bezirksjugendreferenten ist für mich aufgrund dieses Berichtes leider noch nicht wirklich nachvollziehbar. Für mich ergibt sich hier eher das Bild einer neu erfundenen Funktionärsebene in alten Strukturen. Aber möglicherweise dient das auch der Rekrutierung von Parteinachwuchs. Das ist mir eben nicht so klar geworden. Darüber würde ich mir bitte im nächsten Bericht näher Auskunft wünschen.

Anregen möchte ich eine intensive Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat, wenn es darum geht, an Schulen politische Diskussionen zu führen. Es hat sich eine Initiative von Schülervertreterinnen und -vertretern im vergangenen Landtagswahlkampf sehr stark dafür gemacht, dass es Podiumsdiskussionen an Schulen gibt. Sie sind sehr gut angekommen.

Ich denke, das ist nicht etwas, was wir nur der aktuellen Schülervertretung überlassen dürfen, weil sie können das nicht alles auf die Reihe bringen. Damit sind sie dann einfach auch zeitlich überlastet.

Aber es könnte vielleicht ein Format geben, wo Zusammenarbeit mit dem Landeschulrat hier regelmäßig, zumindest aber vor Wahlen, Diskussionen in Schulen stattfinden, vielleicht gleich gepaart mit einer praktischen Einführung, wie wähle ich denn richtig, und ich meine das formal. Ich meine das nicht so wie die ÖVP, die etwa in Eisenstadt in zwei Wahlkämpfen Flugzettel austeilte „Wie wähle ich richtig“, und dann sind lauter ÖVP-Leute angekreuzt. Ich meine schon, wie man formal richtig wählt, ohne dass man Jugendlichen oder anderen Menschen einredet, welche Partei dann gleich die beste für sie wäre.

Während manches sehr ausführlich berichtet wird, wünsche ich mir aber mehr Transparenz bei anderem, etwa bei der Vergabe von Preisen für Freiwilligenarbeit. Hier gibt es vier sicher sehr verdienstvolle Preisträgerinnen und einen Preisträger, aber keinerlei Hinweis darauf, für welche Aktivitäten genau der Preis verliehen wird.

Sie merken also, ich lese das sehr aufmerksam, das sind wirklich gute und wertvolle Informationen drinnen. Ich bitte darauf auch noch zu achten, und ich bin sehr dankbar, dass Sie sich das mitschreiben, *(Abg. Mag.a Regina Petrik blickt in Richtung Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf)* weil dann fühle ich mich dann auch wirklich ernst genommen.

Gar nicht erfreulich, darauf muss ich jetzt schon eingehen, und mitunter abenteuerlich ist, was alles im Burgenland aus dem Jugendförderungstopf bezahlt wird. Es gibt Basisförderungen für die im Landesjugendforum vertretenen Jugendorganisationen. Das ist okay. Dafür gibt es klare Regeln. Das ist transparent, da weiß man, wer wieviel Geld warum bekommt, und hier gibt es auch einen sehr hohen Level und Anforderungen, wie das abgerechnet werden muss. Es muss wirklich jeder Euro ganz genau deklariert sein und es muss in einem ganz genauen Rahmen sein.

Höchstfraglich finde ich jedoch, dass aus Mitteln, die im Budget und im Rechnungsabschluss als Geld für die Jugend im Burgenland deklariert sind, ganz unterschiedliche Projekte unterstützt werden. Das trifft auch noch die Periode, bevor Sie

begonnen haben. Ich kann jetzt nicht genau zuordnen, was wann genau gewährt wurde. Ich sehe ja nur einen Bericht von zwei Jahren, 2015 und 2016.

Die Musikanten im Wirtshaus, Musikantenstammtisch Mattersburg, 500 Euro. Auf der Homepage oder auf Fotos dieses Musikantenstammtisches gibt es leider keinerlei Hinweis darauf, dass es sich hier um ein Jugendprojekt handelt.

Anglerverein „Hecht'nstutzer" Rust, 1.000 Euro für das Vereinshaus. Nun machen die sicher schon auch einmal irgendeinen Kinder- oder Jugendfischkurs oder eine Veranstaltung, aber das Vereinshaus ist wohl kein Jugendprojekt.

Der Burgenländische Blasmusikverband bekommt für diverse Aktivitäten 24.000 Euro. Nun macht der Blasmusikverband, das ist mir schon klar, in vielen Gemeinden eine hervorragende Jugendarbeit, das möchte ich ihm gar nicht absprechen, aber bei derart hohen Fördersummen erwarte ich mir genauere Hinweise auf die genaue Verwendung der Mittel. Wenn ich im Vergleich sehe, wie detailliert, ich habe schon erwähnt, die Jugendverbände ihre Basisförderung abrechnen müssen, dann ist ein Posten in der Höhe von 24.000 Euro, den man für diverse Aktivitäten zurechnen kann, höchst intransparent.

Bienenzuchtverein Ollersdorf, 300 Euro für den Ankauf von Reinzuchtköniginnen. Frau Landesrätin, ich schätze die Arbeit der Imker sehr. Wie viele Jugendliche diese Förderung trifft, wage ich zu hinterfragen.

Biomasseheizwerke, Verband Burgenland in Sieggraben, 1.000 Euro für diverse Aktivitäten. Ich bin sicher ein Fan von erneuerbarer Energie und das soll auch gefördert werden und das hat auch irgendwann einen Nutzen für die Jugendlichen, aber wie viele Jugendliche sind denn Mitglied im Biomasseheizwerkeverband Burgenland und kommen direkt als Jugendprojekt hier in den Genuss dieser Förderung. Das wage ich zu bezweifeln.

Noch eine neuentdeckte Jugendaktivität, ein bisschen retro vielleicht, aber ich finde sonst im Jugendbericht nichts, die hier gefördert wird, Bridgeclub in Müllendorf. Er bekam 750 Euro für sein 30-Jahr-Jubiläum. Die neue Jugendfreizeitaktivität in Müllendorf ist offensichtlich Bridge, weil es wird aus Mitteln der Jugendförderung unterstützt.

Club Burgenland in Eisenstadt. Jetzt habe ich geschaut, was ist der Club Burgenland in Eisenstadt. Ich habe versucht zu suchen, zu recherchieren, ich weiß nicht, vielleicht können mir andere Kollegen, Kolleginnen weiterhelfen. Ich fand keinen Club Burgenland in Eisenstadt, aber gut. Es dürfte ihn geben, weil er bekam 9.000 Euro für eine Expertendiskussion. Das ist fast das Dreifache der Basisförderung mancher Jugendverbände. Welche Experten zu welchem Thema, keine Ahnung, aber es gibt einen Club Burgenland in Eisenstadt, der viel Geld bekommen hat.

Inhaltlich völlig unverfänglich, und ich genieße die Musik von Eduard Kutrowatz sehr. Nun, seine Homepage schweigt in der Biografie über sein tatsächliches Geburtsjahr, vielleicht ist er ja jünger als er ausschaut oder als ich schätze. Mir scheint, er ist kein Jugendlicher mehr. Ich schätze seine Musik sehr, aber das gehört dann doch eher in die Kulturförderung als in die Jugendförderung.

Ein besonderes Schmankerl haben wir noch, das Europaforum Burgenland. Ich nehme an, das ist vor Ihrer Zeit gefördert worden, weil was ist das Europaforum Burgenland? Ich schaue dort hinein, der aktuelle Vorstand ist: Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl, Obmann-Stellvertreter Landtagsabgeordnete Mag.a Michaela Resetar, Obmann-Stellvertreter Landtagsabgeordneter Walter Temmel, Schriftführerin Mag.a Regina Lackner und so weiter. *(Abg. Walter Temmel: Jugend für Europa!)*

Das Europaforum Burgenland hat die Adresse in der Julius Raab Straße 7. Da finden wir andere Leute auch. Dieses Europaforum bekam aus dem Jugendtopf sage und schreibe 15.000 Euro für diverse Aktivitäten. Nun, da zeigt sich, ja natürlich, wir können auch auf kleinere Beträge schauen.

Freunde der ÖVP in Oggau - 1.500 Euro für Umbauarbeiten. Vielleicht war das ein erstes Geheimtreffen, um den jungen aufstrebenden Minister bei dem Parteiumbau zu unterstützen oder so, ich weiß es nicht genau, dann wäre es vielleicht eine Jugendförderung.

Ich kann nicht alles aufzählen. Das ist nur exemplarisch. Es sind auch viele Summen drinnen von Vereinen, von förderungswürdigen Projekten, keine Frage, aber sie gehören nicht in den Jugendbereich. Und es ist auch ein Stück Diebstahl an Geld für die Jugend, wenn man das hier einsetzt und nicht in anderen Ressorts.

Es wirkt schon so, als würden wir immer wieder kommen können zu jemanden, der zuständig ist, ein bisschen Geld zu vergeben hat in der Landeregierung und dann heißt es, na komm, dann geben wir denen auch noch ein bisschen etwas. Geld ist ja da, Geld hat kein Mascherl.

Nein, ich möchte gerne, dass im Jugendbudget das Geld sehr wohl ein Mascherl hat und ausschließlich - ausschließlich - für Jugendprojekte und Jugendverbände eingesetzt wird.

Ich sage es noch einmal deutlich: Viele dieser Vereine und Aktivitäten halte ich für förderungswürdig, es braucht mir nachher niemand erklären, dass ich irgendjemanden nicht schätzen würde, aber, wie gesagt, nicht aus dem Topf, der für die Jugend da ist. Dieses System ist nicht in Ordnung und an diesem System muss etwas geändert werden.

Den Bericht nehmen wir natürlich zu Kenntnis. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in einer schnelllebigen Zeit, geprägt vor allem durch soziale Medien und eine Dynamik, die sich in allen Lebensbereichen niederschlägt, vor allem im Bereich der Jugend. Werte und Normen drohen in einer solchen Zeit zu verwässern, vor allem wenn sie die eigene Heimat und Kultur betreffen.

Junge Menschen suchen daher immer stärker nach Perspektiven, Halt und Veränderung und Verantwortung. Immer mehr junge Menschen engagieren sich auch deshalb - zum Glück - in der Politik, auch als Jugendgemeinderat zum Beispiel, um sich nicht fremdbestimmen zu lassen, sondern selbstbestimmt und aktiv einen Teil zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft beizutragen.

Jugendpolitik bedeutet schon lange nicht mehr, nur Themen aufzugreifen, die alter- oder erfahrungsgemäß mit Jugendlichen zusammenhängen, sondern sich mit der Zukunft unseres Burgenlandes und unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Der Jugendbericht 2015/2016 ist wieder ein umfassender Tätigkeitsbericht und legt Rechenschaft über die Arbeit des Landesjugendreferates ab. Gleichzeitig ist der Bericht eine wichtige Grundlage für die weitere politische Arbeit im Bereich der Jugend. Er liefert dazu Bausteine und wichtige Impulse aus der Sicht der Jugendlichen. Die Aussagen und

Empfehlungen im Bericht werden die Weiterentwicklung in der Jugendpolitik sicher bereichern.

Die zentrale Aussage des Berichtes ist aus meiner Sicht, dass die Jugendlichen auf möglichst vielen Ebenen in die politische Arbeit und in Entscheidungsprozesse miteingebunden werden wollen, sei es auf kommunaler Ebene oder auf Landesebene.

Sie wollen ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten. Den Jugendlichen ist wichtig, dass man ihre Ideen aufgreift, sie bei ihren Ideen unterstützt, aber auch dass ihre Ideen und Vorschläge umgesetzt werden.

Ich denke, der Jugendbericht zeigt, dass es in dieser Richtung vom Landesjugendreferat viele Aktivitäten gegeben hat, um eben die Jugend miteinzubinden und um die Themen noch besser herauszufinden. Wie lebt die Jugend von heute? Was braucht die Jugend von heute, um ihre Lebensziele zu erreichen?

Und was müssen wir in der Politik machen, damit kein Jugendlicher zurückbleibt ohne Bildung, ohne Ausbildung, ohne Lehrplatz, ohne Arbeit und somit kein Jugendlicher sozial abgleitet, weil er vielleicht aus den verschiedensten Gründen nicht in den Genuss von alldem kommen kann?

Sehr geehrte Damen und Herren! Hier ist eben das Landesjugendreferat eine wichtige Anlaufstelle geworden, um die Bedürfnisse der Jugendlichen herauszufinden. Die Jugendarbeit und Jugendpolitik im Burgenland erfolgt auf der Grundlage von Erkenntnissen der aktuellen burgenländischen Jugendstudie sowie Expertisen der Jugendforschung unter Beteiligung der Jugendlichen.

Man muss auf gesellschaftspolitische Veränderungen rasch reagieren können und jugendpolitische Initiativen setzen können. Deswegen wurde eine Neuauswertung der Studie durchgeführt, um den bestmöglichen Nutzen daraus für unsere Jugendlichen setzen können.

Deswegen wurde eine Neuauswertung der Studie durchgeführt, um den bestmöglichen Nutzen daraus für unsere Jugendlichen ziehen zu können. Es wurden verschiedene Themen auf die politische Zufriedenheit und Unzufriedenheit auf kommunaler und Landesebene im Burgenland miteinander verglichen und auch bewertet.

Und es wurde ein Vergleich im Burgenland auf verbundene Chancen im Allgemeinen und auch auf den Arbeitsmarkt der Jugendlichen auf regionaler Ebene verglichen. Schlüsselthemen der Jugend sind gleich Schlüsselthemen der Jugendpolitik kann man sagen.

Die Jugend erwartet sich in erster Linie, dass sich die Politik jenen Themen zuwendet, die sie im Alltag beschäftigt und dass man ihre Sorgen und Anliegen ernst nimmt.

Drei wichtige Themen für die Jugend im Burgenland sind, wenn sie die Ausbildung beendet haben Arbeitsmarktchancen, Freizeitangebot und leistbares Wohnen.

Arbeitslosigkeit wirkt auf junge Menschen als Schreckgespenst, weil die Grundlage für ein gutes Leben fehlt. Deshalb ist es normal, dass von den Jugendlichen eine jugendbezogene Arbeitsmarktpolitik erwartet wird im Zusammenhang mit einer guten Wirtschaft und Standortpolitik.

Diese kann sich durchaus sehen lassen, weil wir das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer im Jahr 2016 hatten. Auch einen Beschäftigungsrekord hatten wir 2016.

Junge Menschen wollen einer Fülle von Freizeitgestaltungsmöglichkeiten nachgehen. Freizeit ist für die Jugendlichen als Ausgleich sehr wichtig. Gleichzeitig will die Jugend, dass die Politik in die Freizeitgestaltung sich nicht allzu sehr einmischt.

Wohnqualität steht für Lebensqualität und die eigene Wohnung ist für jeden jungen Menschen zugleich auch ein wichtiger Schritt zur Selbständigkeit. Um diesen Schritt tun zu können, muss man sich die Wohnung, das Wohnen auch leisten können. Hier erwarten sich die Jugendlichen, dass die Initiative "Junges Wohnen" im Burgenland verstärkt weitergeführt wird. In der Fragestunde hat der Herr Landeshauptmann schon viel dazu gesagt und berichtet.

Sehr geehrte Damen und Herren, wichtig wird sein, dass man den Jugendlichen auf den Fersen bleibt und die Alltagspraxen der jungen Menschen beobachtet und Trends erkennt, dass man frühzeitig Maßnahmen schnüren und Rahmenbedingungen setzen kann.

Sehr interessant finde ich im Jugendbericht, den Bericht über den Zukunftsworkshop, weil den Jugendlichen seit jeher gerne vorgeworfen wird, dass sie interessenlos sind, nur in ihrer eigenen Welt leben und nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben wollen. Genau das Gegenteil ist der Fall, wenn man sich den Zukunftsworkshop-Bericht durchliest. Hier wurden verschiedene Zukunftsbilder gezeichnet und auch beschrieben.

Zukunftsbild Eins zum Beispiel, das Leben wird schneller verbunden mit Freiwilligenarbeit, verbunden mit sozialem Engagement, verbunden mit Entsolidarisierung.

Zukunftsbild Zwei: Burgenland ist ein Teil einer Welt ohne Grenzen verbunden mit Ausbildung und Beruf, verbunden mit Pendeln und Mobilität, verbunden mit den Heimatgemeinden der Jugendlichen, verbunden mit Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit, verbunden mit Arbeitsmigration aus Ungarn zum Beispiel.

Zukunftsbild Drei: Alles was wir tun ist von Deregulierungs- und Ökonomisierungsprozessen bestimmt, verbunden mit Gemeinschaftswerten, verbunden mit Selbst- beziehungsweise Mitbestimmung.

Zukunftsbild Vier: Die Individualisierung hat das Verhältnis der Jugend zur Gemeinschaft und Gesellschaft verändert, verbunden mit Freiwilligenorganisationen, verbunden mit Nachwuchsarbeiten in den verschiedensten Bereichen und Vereinen zum Beispiel.

Zu all diesen Themen, wie schon erwähnt, wurde ein Zukunftsbild beschrieben und zu jedem Zukunftsbild gibt es verschiedene Aussagen, die in einem worst-case-Szenario oder einem best-case-Szenario zusammengefasst sind. Ich kann jeden nur an das Herz legen, dass man diese Seiten im Jugendbericht liest. Sie sind sehr interessant.

In Zeiten großer gesellschaftlicher Änderungen, globaler Herausforderungen und damit verbundenen Unsicherheiten wächst die Jugend, so glaube ich, in einem unübersichtlichen Umfeld auf. In einem solchen unübersichtlichen Umfeld Jugend zu ermöglichen ist die Aufgabe von uns allen.

Der Fokus muss auf die Lebenswirklichkeit der Jugend gelegt werden. Wir müssen in diesem Hohen Haus gemeinsam die vielfältigen Interessen der Jugend bestmöglich vertreten, denn Repräsentation ist nicht allein eine Frage des wählen Dürfens, sondern vor allem eine Frage des vertreten Werdens.

Um weitere Fortschritte im Bereich der Jugend zu erzielen, ist die Einbindung von verschiedenen Institutionen gefordert und notwendig. Deshalb haben im Jugendbericht

auch die Wirtschaftskammer, das Arbeitsmarktservice, die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die Kinderjugendanwaltschaft Platz gefunden für ihre Sicht der Dinge im Bereich der Jugend.

Es freut mich zum Beispiel besonders, dass der Bezirk Oberwart, laut Wirtschaftskammerbericht, die meisten Lehrlinge ausbildet, das spricht für das Südburgenland.

Für das Land Burgenland, besonders auch für uns Freiheitliche als Heimatpartei, spielt die Jugend eine zentrale Rolle, denn unsere Zukunft liegt in der Hand unserer Jugendlichen und Kinder und nicht in der Zuwanderung Fremder.

Es sind daher für unsere Jugendlichen die Rahmenbedingungen sicher zu stellen, damit ihr Start ins Leben möglichst gelingt. Dazu gehört ein sicheres Umfeld im Kindergarten und in der Schule, in denen deutsch gesprochen werden soll und nicht eine kunterbunte Mischung aus dutzenden Einwanderungssprachen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt neben den Eltern eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Aufwachsen unserer Kinder und Jugendlichen. Dieser Verantwortung müssen sich die Eltern, aber auch die Politik und die Institutionen der Betreuung, Erziehung und Bildung stellen, gemeint ist die Verantwortung für das Wohl der kommenden Generationen.

Auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft leistet hier Großartiges. Die Anwaltschaft fungiert hier als Sprachrohr für alle Anliegen, wo es Probleme und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen gibt. Ich denke es gibt genug Arbeit im Bereich der Jugend und die Verantwortung ist groß. Der Bericht ist eine wichtige Grundlage dafür.

Ich danke deshalb auch der Frau Landesrätin Eisenkopf samt Team für die viele geleistete Arbeit im Jugendreferat und im Bereich der Jugend und für die vielen Aktionen für Jugendlichen.

Wir nehmen den Jugendbericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat.)***:** Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort dem Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf kurz richtig stellen, weil es da anscheinend eine Verwechslung gibt bei der Frau Kollegin Petrik.

Im Jugendbericht wurden offensichtlich die Vereinsförderungen, die nicht ausschließlich für die Jugendarbeit reserviert wurden, im Jugendbericht dargestellt. Deswegen haben viele Positionen nicht den Jugendtouch.

Wenn der sachliche Zusammenhang mit der Jugendarbeit gegeben war, dann war es unter dem Jugendreferenten Franz Steindl so, dass das im Jugendbericht zu finden war. Wenn das nicht der Fall war, dann war es beispielsweise im Kulturbericht zu finden.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir diskutieren heute den Jugendbericht. Dieser Jugendbericht gleicht, meiner Meinung nach, leider einem leeren Buch. Nichts Neues, alles kopiert, so kann man den Jugendbericht 2015/2016 zusammenfassen.

Das Resümee dieser Jugendarbeit „Marke Eisenkopf“ sind keine neuen Projekte, sind leere Versprechungen und inhaltslose Worte.

Die SPÖ hat immer wieder die gute Jugendarbeit vom Jugendreferenten damals Franz Steindl kritisiert. Man hat die Einbindung junger Menschen, Jugendvertreter gefordert, die Antwort darauf war, dass man die Bezirksjugendreferenten, das Landesjugendforum aus dem Landesjugendbeirat entsorgt hat.

Man hat den direkten Draht zu den Jugendlichen entfernt. Das zeigt die geringe Wertschätzung gegenüber der Jugendarbeit. So schaut Einbindung und Mitbestimmung nicht aus, meine geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Vielleicht haben Sie es gelesen, es ist heute Morgen ein offener Brief seitens des Landesjugendforums versendet worden. Dieser offene Brief ist von 17 Jugendorganisationen unterschrieben und fordert, dass fünf Vertreter des Landesjugendforums in den Landesjugendbeirat aufgenommen werden.

Frau Landesrätin, ich hoffe, dass Sie das jetzt zum Umdenken bringt. Ich kann von dieser Stelle dem Forum meine vollste Unterstützung zu diesem offenen Brief zusagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Frau Landesrätin, Sie orientieren sich an Parteiinteressen, Sie verhindern und blockieren die Initiativen *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Geza Molnar: Das sagst gerade Du?)* für Burgenlands Jugend und haben seit Ihrem Amtsantritt keinen einzigen neuen Akzent gesetzt. *(Unruhe bei der SPÖ)* Die Jugendarbeit ist mehr als Ankündigung. *(Unruhe bei der SPÖ – Zwischenruf der Abg. Doris Prohaska.)*

Geschätzte Kollegin, bitte nicht nervös werden - die Jugendarbeit ist mehr als Marketing, das hat sich die junge Generation in unserem Land verdient. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auch die burgenländischen Schülerinnen und Schüler müssen meiner Meinung nach verstärkt eingebunden werden in die Jugendarbeit, um das Demokratieverständnis zu stärken. Um junge Menschen in Entscheidungsprozesse einzubinden ist es wichtig Politik aktiv erlebbar zu machen.

Eine Möglichkeit, wie man das tun kann, ich habe es schon einige Male von dieser Stelle auch gesagt, ist das Schülerparlament, ich darf es nochmals fordern. Eine gesetzliche Verankerung des Schülerparlaments wäre, meiner Meinung nach, der richtige Weg, um Demokratie für Jugendliche erlebbar zu machen.

Ich möchte auch an dieser Stelle den Vorschlag von der Kollegin Petrik unterstreichen und nochmal wiederholen - die Schuldiskussionen. Es gibt kein anderes Bundesland, wo das nicht funktioniert, wo es nicht möglich ist, dass man in den Schulen vor Wahlen und auch nach Wahlen über Politik diskutiert, dass Vertreter in den Schulen bei politischen Schuldiskussionen dabei sind.

Ich halte es für wesentlich, dass das funktioniert. Ich appelliere an den Landesschulrat und an den Landeshauptmann, dass das vorangetrieben wird, denn wer wählt, der soll auch wissen wen und warum.

Meine geschätzten Damen und Herren, zu den wichtigsten Aufgaben einer vorausschauenden Politik gehört es, die Zukunftschancen für junge Menschen zu sichern. Wer das tut, der sichert auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Eine zentrale Zukunftsfrage, speziell für die junge Generation, ist es, wie man künftig mit der Entwicklung im Bereich der Digitalisierung umgeht. Wir haben es heute in der Fragestunde bereits diskutiert. Ich will es nochmals betonen.

Die Digitalisierung und der technologische Fortschritt der schreitet unaufhaltsam voran. Das Internet und die digitale Welt ist aus unserem Leben aus vielen Bereichen nicht mehr wegzudenken. Die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen, wie wir lernen und arbeiten werden, wird sich rasant verändern.

Wir dürfen diese Chance, die sich durch die Digitalisierung ergibt nicht verschlafen. Es berührt, wie schon erwähnt, alle Lebensbereiche, deshalb müssen wir die Potenziale auch dementsprechend nutzen und jeden Bürger an der Digitalisierung teilhaben lassen.

Wichtig ist es, meine geschätzten Damen und Herren, die Digitalisierung vor allem als standortpolitische Chance zu sehen, als Chance für den ländlichen Raum, als Chance für unsere Regionen.

Es gibt noch immer Regionen im Burgenland wo es in heutiger Zeit noch immer nicht möglich ist ein Skype-Gespräch zu machen mit Freunden und Bekannten, weil die Internetverbindung zu schwach ist. Gleichzeitig geben wir über fünf Millionen Euro für die ÖBB aus, das ist fünfmal die Breitband-Milliarde, meine Damen und Herren.

Es wird immer wieder versucht von der SPÖ uns einzureden, dass die Digitalisierung Jobs streichen würde. Nein, die Digitalisierung würde sogar langfristig neue Jobs schaffen, das belegen auch viele Studien und deswegen sage ich klar, wir müssen die Chancen der Digitalisierung auch nutzen.

Wir werden, meine geschätzten Damen und Herren, den Jugendbericht zur Kenntnis nehmen. Ich appelliere aber, dass man den Stillstand im Bereich der Jugendarbeit endlich beendet. Unsere vielen Vorschläge, Frau Landesrätin, die liegen am Tisch. Danke schön*. (Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vor kurzem wurde ja von der ÖVP plakatiert: „Zeit für Neues“. Und jetzt verstehe ich auch warum - es ist so einfach "Zeit für neues Anpatzen" anscheinend*. (Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)*

Nämlich der Jugendbericht betrifft die Jahre 2015/2016 und im Jahr 2015 war Ihr Kollege Franz Steindl der Jugendlandesrat. Also kritisieren Sie hier ernsthaft Ihre eigene Regierungsarbeit aus dem Jahr 2015. Ich meine, das sind ganz seltsame Dinge da.

Aber es ist klar die Devise „Tarnen und Täuschen“ geht wieder weiter, jetzt nach der Wahl. Und eines muss ich sagen, also auf so einen Stil können wir alle verzichten, Tarnen und Täuschen. Ich meine sachliche Politik ist wichtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Den Stil habt Ihr hereingebracht.)*

Bevor ich auf den Jugendbericht der Jahre 2015/2016 eingehe, möchte ich einen wichtigen Schritt in Österreichs Jugendpolitik dokumentieren.

Mit dem Schulstart war bis vor kurzem für viele Berufsschülerinnen und Berufsschüler Jahr für Jahr die gleiche Sorge da. Nämlich viele sind von ihnen aufgrund des Standortes ihrer Berufsschule auf ein Internat angewiesen. Kosten von 400 bis 500 Euro sind dabei keine Seltenheit. Und dadurch fressen beim Großteil der Lehrlinge die Kosten des Internats den Lohn oder das Gehalt vollkommen auf.

Also ein Beispiel dazu: Eine Frisörin im ersten Lehrjahr aus Jennersdorf besucht die Berufsschule in Eisenstadt, wo sie für fünf Wochen Internatskosten von rund 300 Euro

zahlt. Und dem steht gegenüber eine Lehrlingsentschädigung von 314,56 Euro netto. Was bleibt dem Lehrling über? Was bleibt ihm im Börsel über? Und da habe ich nicht einmal die Transportkosten.

Und ich habe mich immer gefragt, wie kann das gerecht sein, wie kann das fair sein? Und deshalb habe ich in der Vergangenheit mit vielen anderen jungen Menschen das Thema immer wieder thematisiert um öffentlichen Druck auszuüben.

Wir haben Medienaktionen gemacht. Wir haben einmal demonstrativ vor der Berufsschule eine Zeltstadt aufgebaut. Wenn quasi die Internatskosten nicht übernommen werden, müssen die Lehrlinge in Zelten hausen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf M.A: Vor der Schule?)*

Und heute im Jahr 2017 ist es Realität, im Nationalrat wurde letzte Woche mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und GRÜNE ein Gesetz beschlossen, dass die Kostenübernahme der Internatskosten für Lehrlinge vorsieht. Und hiermit wurde ein wichtiger Schritt für die Attraktivierung der Lehre, also auch der Entlastung für Lehrlinge gesetzt.

Und an dieser Stelle möchte ich der Gewerkschaftsjugend zur ihrer kürzlich organisierten Unterschriftenaktion gegen die Internatskosten gratulieren, denn sie war ein voller Erfolg. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Mit über 21.000 gesammelten Unterschriften wurde es möglich gemacht, dass dieser Antrag im Parlament angenommen wird. Und damit ist dafür gesorgt, dass Lehrlinge nicht „working-poor“ werden, weil sie ihr gesamtes Einkommen einem Internatsbetreiber überlassen müssen.

Und ich hoffe es bleibt auch dabei, auch wenn die neue Regierung im Amt ist, denn die ÖVP hat ja bekanntlich nicht zugestimmt.

Ja, wie bereits gesagt, ich habe den Jugendbericht 2015, 2016 sehr aufmerksam gelesen. Es ist ein 2,5 cm dickes Heft voller Einsatz für die Jugend und ich möchte ein paar Dinge skizzieren.

Ich bin begeistert vom Relounge der Jugendarbeit im Burgenland, den die Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf, eingeläutet hat. Es geht jetzt nicht nur darum, was können wir für die Jugend tun, denn es geht auch darum, wie können wir es mit der Jugend gemeinsam umsetzen.

Und aus meiner politischen Arbeit weiß ich und es steht auch im Bericht ausdrücklich drinnen, „mit der Jugend zu neuen Erfolgen“, und aus meiner politischen Arbeit weiß ich, gegen jeglicher Aussage, die Jugendlichen sind so politikverdrossen, die interessiert das alles gar nicht, - nein, es steht, man sollte Politik den Jugendlichen näher bringen.

Denn sie wollen mitbestimmen in ihrer Gemeinde. Sie wollen in ihrem Bundesland mitbestimmen und sie wollen ihre Interessen einbringen und die Politik muss dazu die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten schaffen.

Im Burgenland sind wir im Bereich der Jugendbeteiligung auf einem guten Weg. In einigen Gemeinden gibt es sogenannte Jugendbudgets, wo Jugendgemeinderäte gemeinsam mit dem Bürgermeister dazu einladen, dass Jugendliche ein eigenes Budget bekommen, wo sie entscheiden können welche Projekte in Zukunft aufgegriffen werden sollen.

Und meiner Meinung nach sollte es das flächendeckend im ganzen Burgenland geben und nicht nur auf Gemeindeebene, sondern auch auf Landesebene.

Wir haben heute schon den Jugend-Landtag gehört, wo junge Menschen die Möglichkeit haben über die verschiedensten Themen zu diskutieren, über die Mobilität, Umwelt, Arbeit, über alles Mögliche, Sozialbereich, die dann natürlich, wenn es eine Mehrheit im Jugend-Landtag gibt, dann auch im echten Landtag hier diskutiert werden.

Und eines haben die Gemeinderatswahlen auch gezeigt, Jugendliche wollen Jugendliche in der Politik sehen. Und was mich hier als Jugendsprecher besonders freut ist, dass so viele junge Menschen wie noch nie den Einzug in den Gemeinderat machen werden.

Ja was sind die Fragen der heutigen Zeit aus Sicht der heutigen Jugend? Um dem nachzugehen hat Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf den Workshop „Jugendarbeit im Burgenland 2020“ ins Leben gerufen. Was erwarten sich Jugendliche von der Politik war eine der großen Fragen.

In erster Linie erwarten sich Jugendliche, dass die Politik die Themen aufgreift die ihren Alltag betreffen. Also in erster Linie ist es natürlich Arbeit dann, dass jeder Jugendliche eine Arbeitsstelle hat. Wo wir in den letzten Wochen und Monaten positive Rückmeldung haben, positive Impulse verzeichnen können. Im Burgenland ist die Jugendarbeitslosigkeit überdurchschnittlich gesunken.

Leistbares Wohnen für junge Menschen, wo Landeshauptmann Hans Niessl als zuständiger Wohnbaureferent das Heft in die Hand genommen hat und die Initiative "Junges Wohnen im Burgenland" ins Leben gerufen hat.

Wo es bereits über 200 Startwohnungen im ganzen Land gibt, weitere 100 sind in Planung und weitere 100 sind im Bau. Und natürlich braucht es dann viel mehr und daran arbeiten wir auch.

Und leistbare Mobilität, wo wir seit Jahren das Top-Jugendticket für alle unter 26 Jahren haben, wo Frau Karmasin, Frau Ministerin Karmasin in den letzten Jahren gefordert war das umsetzen und nichts gemacht wurde, obwohl es im Regierungsübereinkommen stand. Jetzt hoffe ich auf die nächste Bundesregierung, damit das umgesetzt wird.

Das Freizeitangebot, auch ein wichtiges Thema für Jugendliche. Das Freizeitangebot ist für Jugendliche wichtig um einen Ausgleich zur Schule, Ausbildung und Beruf zu finden, auch um persönliche Interessen nachzugehen und am Gemeinschaftsleben teilzunehmen.

Und, ein ganz wichtiger Punkt - Bildung. „Freier Zugang zur besten Bildung“ lautet die Devise bei uns. Und deshalb gibt es ja bei uns im Burgenland auch keine Studiengebühren und das soll auch so bleiben.

Auch wenn es jetzt eine neue Regierung gibt. Ich will nicht, dass im Burgenland Jugendliche für die Fachhochschulen bezahlen müssen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Um Politik für die Jugendlichen zu machen ist es wichtig diese Themen aufzugreifen und das tun wir laufend auch.

Und ich möchte an dieser Stelle Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf danken, denn sie setzt wichtige und vor allem die richtigen Akzente für eine erfolgreiche und moderne Jugendpolitik des 21. Jahrhunderts.

Danke, Frau Landesrätin, Dir und Deinem ganzen Team, dem Jugendreferat, für den Einsatz 365 Tage im Jahr für die Jugend. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank hat sich die Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Abgeordnete! Lassen Sie mich vielleicht als zuständige Landesjugendreferentin auch noch zum Jugendbericht 2015/2016 Stellung nehmen, es ist ja jetzt eh schon ziemlich viel zum Inhalt gesagt worden.

Ich möchte jetzt nicht jede Aktivität, die darin zu finden ist, nochmals wiederholen. Das Landesjugendreferat hat sich in den letzten Jahren ganz eindeutig zu einer Drehscheibe und auch zu einer wichtigen Anlaufstelle für burgenländische Jugendliche entwickelt.

Der Jugendbericht 2015/2016 und das wird auch der nächste Jugendbericht zeigen, zeigt ganz deutlich, dass wir einerseits ganz einfach bewährte Aktivitäten des Landesjugendreferats, die nach wie vor gut angenommen werden von den Jugendlichen, teilweise übernommen haben, teilweise adaptiert haben und sehr viele Neuinitiativen gestartet haben.

Weil genau das ist das wichtige, dass man immer am Puls der Zeit bleibt, vor allem auch an den Interessen der Jugendlichen sich orientiert.

Es ist jetzt schon von den Vorrednern einige Male erwähnt worden, dass wir im Jahr 2016 diese groß angelegte Beteiligungsoffensive gestartet haben, wo wir gemeinsam mit dem Institut für Jugend, Kultur, Forschung ein großes Projekt gestartet haben, wo es darum ging herauszufinden, wo die wirklichen Wünsche, die Anliegen, der Bedarf der Jugendlichen zu sehen ist.

Das waren Workshops, das waren verschiedene Fokusgruppen, das waren gemeinsame Seminare die für über das ganze Burgenland verteilt waren. Zielgruppe waren Jugendliche zwischen 16 und 22 Jahren mit verschiedenen Ausbildungsabschlüssen beziehungsweise auch verschiedenen Bildungsabschlüssen.

Und was da herausgekommen ist, das waren sehr viele verschiedene Punkte. Da hat sich ein sehr schönes Bild auch abgezeichnet. Es ist auch jetzt schon einige Male erwähnt worden.

Einerseits befinden sich die Jugendlichen natürlich unter einem immer höheren Leistungsdruck. Das heißt, die Jugendlichen haben relativ wenig freie Zeit zur Verfügung um eigene Interessen zu verfolgen, um sich auch ehrenamtlich zu engagieren. Oft ist der Zeitablauf von Jugendlichen sehr strikt durchgeplant.

Dem gilt es natürlich entgegen zu wirken und die Zeit, die sie oft zur freien Verfügung haben, die wollen sie dann möglichst erlebnisintensiv nutzen. Natürlich spielen auch Handys, Smartphones, Computer eine sehr, sehr große Rolle im Leben der Jugendlichen.

Das alles hat natürlich Auswirkungen auch auf das gesellschaftliche Leben. Da muss man sich dann anpassen. Das haben wir dann auch versucht, Stichwort Cybermobbing beispielsweise.

Da fördern wir seit 2016, seitens des Landesjugendreferats, Workshops in Schulen die sich mit dem Thema Cybermobbing auseinandersetzen. Wir haben jetzt im Sommer ein „Mobile Video-Reporting-Workshop“ angeboten um eben auf diese Gegebenheiten auch einzugehen.

Was sich junge Burgenländerinnen und Burgenländer aber von der Politik wünschen, haben wir auch vorhin schon gehört, da geht es vor allem um günstige Wohnungen, das haben wir auch schon in der Fragestunde gehört, dass das im Burgenland, Gott sei Dank, sehr gut funktioniert.

Es geht natürlich um Arbeitsplätze auch in der näheren Umgebung. Es geht um Weiterbildungsangebote, aber natürlich auch um entsprechende Freizeitangebote, um attraktive Freizeitangebote.

Da versuchen wir seitens des Landesjugendreferates verschiedene Schienen, sei es eine kulturelle, eine musikalische Schiene, auch was Integrationsprojekte beispielsweise betrifft. Aber das Kernelement, dass im Jugendbericht auch zu lesen ist, ist sicher auch die Jugendbeteiligung.

Das heißt, wir versuchen nicht nur Politik für die Jugendlichen zu machen, sondern mit den Jugendlichen gemeinsam da verschiedenste Initiativen zu tun. Wir haben wie gesagt, teilweise die neue Initiative „Deine Gemeinde“, die wir 2017 ins Leben gerufen haben. Das wird dann im nächsten Jugendbericht sein, wo es vor allem auch darum geht die Jugendarbeit vor Ort in den Gemeinden zu fördern.

Der Jugendbericht umfasst jetzt insgesamt 277 Seiten, wo sehr detailliert die Tätigkeiten des Landesjugendreferates, aber auch der verbandlichen Jugendarbeit festgehalten werden. Wie gesagt, ich werde jetzt nicht alle aufzählen. In dem Berichtszeitraum stand dem Landesjugendreferat ein Budget von 1.125.940 Euro zur Verfügung für einerseits referatseigene Aktivitäten, auch Förderungen von Jugendorganisationen und Vereinen.

Das heißt, es ist hier über eine Million Euro für die burgenländische Jugend seitens des Landesjugendreferats zur Verfügung gestellt worden und auch sehr gut eingesetzt worden.

Vielleicht noch zwei Sätze zu den vorherigen Wortmeldungen, was die Förderungen betrifft beziehungsweise das System der Förderung. Das war 2015 auf Grund der geteilten Zuständigkeiten auch so, dass da einige Vereinsförderungen noch dabei waren. Das ist ab 2016 bereinigt worden.

Das heißt, ab 2016 sind das reine Jugendförderungen. Das heißt, im nächsten Jugendbericht der dann den Zeitraum 2017/2018 betrifft werden das nur mehr reine Jugendförderungen sein, die auch im Bericht zu finden waren. Soviel auch noch zur Richtigstellung.

Herr Abgeordneter Fazekas, was das Landesjugendforum betrifft und der Vorwurf, ich würde Parteipolitik betreiben. In keiner einzigen dieser Aktivitäten, die Sie im Landesjugendbericht finden und auch in keiner der zukünftigen, werden Sie jemals parteipolitische Arbeit von mir finden.

Es ist leider Gottes in den letzten zweieinhalb Jahren genau umgekehrt, gerade das Landesjugendforum ist in den letzten zweieinhalb Jahren immer wieder für parteipolitische Zwecke missbraucht worden.

Ich habe auch gestern Abend und auch heute in der Früh mit einigen anderen Mitgliedern des Landesjugendforums telefoniert die gesagt haben, gerade dieser

eingeschlagene Weg, dass man da nur mehr parteipolitisch agiert und sich von konstruktiver Arbeit sehr weit entfernt hat. *(Abg. Patrik Fazekas zeigt einen Brief: 17 Organisationen haben unterschrieben.)*

Aber es gibt ein bisschen mehr im Landesjugendforum *(Abg. Patrik Fazekas: Zwei haben nicht unterschrieben.)* und andere, die mir gesagt, haben, sie sind dann teilweise auch vom Vorsitzenden sehr unter Druck gesetzt worden diesen Brief zu unterschreiben. *(Abg. Patrik Fazekas: Nein, nein. – Unruhe bei der ÖVP)*

Die sich dann aber im Landesjugendforum ganz eindeutig dazu geäußert haben, dass sie mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden sind, dass das maximal böse oder schlechte Stimmung verursacht, anstatt konstruktive Arbeit zu machen. *(Unruhe bei der SPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 17 von 19 ist Demokratie.)*

Ich würde mir wünschen, dass wir weg von dieser Parteipolitik auch im Landesjugendforum kommen und endlich zu konstruktiver Arbeit kommen. Vielleicht zu den konstruktiven Vorschlägen die bis jetzt aus dem Landesjugendforum und von ihrem Vorsitzenden gekommen sind, das war genau ein einziger in den letzten zweieinhalb Jahren, auch da haben wir uns bemüht, seitens des Landesjugendreferats, das entsprechend zu unterstützen. Darauf bin ich in der letzten Fragestunde etwas eingegangen. Das möchte ich jetzt nicht noch einmal wiederholen.

Ich kann von meiner Seite sagen, meine Tür steht für alle Jugendorganisationen jederzeit offen und ich würde mir wünschen, dass wir da auch zur Sachpolitik zurückkommen und gemeinsam Projekte für die Jugendlichen im Burgenland umsetzen.

An dieser Stelle noch ein herzliches Dankeschön an alle die zur Entstehung des Jugendberichtes beigetragen haben, an alle Jugendorganisationen, an die Mitarbeiter des Landesjugendreferats und alle, die sich im Burgenland im Sinne der Jugendlichen einsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Beschlussantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Jugendbericht 2015/2016 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Tätigkeitsbericht des Bundesrates, (Beilage 1049) betreffend 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017 (Zahl 21 – 736) (Beilage 1059)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Tätigkeitsbericht des Bundesrates, Beilage 1049, betreffend 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017, Zahl 21 - 736, Beilage 1059.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Frau Abgeordnete, ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Tätigkeitsbericht des Bundesrates betreffend 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017 in seiner 22. Sitzung am Mittwoch, dem 4. Oktober 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Tätigkeitsbericht des Bundesrates betreffend 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als ersten Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten und Klubobmann Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Wir behandeln heute erstmals einen Tätigkeitsbericht des Bundesrates im Burgenländischen Landtag. Das ist ein Verhandlungsgegenstand im Sinne der Geschäftsordnung. Das war mir, ehrlich gesagt, so auch nicht gegenwärtig. Es ist der Tätigkeitsbericht über das 2. Halbjahr 2016 und das 1. Halbjahr 2017. Die Mitglieder des Bundesrates werden von uns als Landtag gewählt. Sie sind uns demnach auch gewissermaßen verantwortlich. Es ist daher nur recht und billig, dass über die Tätigkeit des Bundesrates entsprechend Bericht erstattet wird.

Was sind die Aufgaben des Bundesrates? Die primäre Aufgabe des Bundesrates ist die Vertretung der Interessen der Länder beim Prozess der Bundesgesetzgebung. Jetzt sollte man meinen, dass der Bundesrat in seinem Tätigkeitsbericht gerade auf die Erfüllung dieser Aufgabe eingeht. Das ist allerdings, wer sich den Bericht angeschaut hat, nicht der Fall. Alleine schon das Vorwort zeigt, dass man zumindest nicht ganz geschickt mit der Gestaltung dieses Tätigkeitsberichtes umgegangen ist.

Ich muss das kurz zitieren: Das Vorwort des Bundesratspräsident Mario Lindner, der schreibt: Kurz bevor ich die Ehre hatte, am 1. Juli 2016 für ein halbes Jahr den Vorsitz im Österreichischen Bundesrat zu übernehmen, meinte ein Kollege zu mir: „Ein erfolgreicher Präsident bist du dann, wenn in deinen sechs Monaten niemand die Abschaffung des Bundesrates fordert!“ Also die Ansprüche sind ohnehin nicht mehr besonders hoch, wenn man dort in die Präsidentschaft geht. Lindner gesteht dann ein, dass auch ihm das nicht gelungen ist, sozusagen seine Präsidentschaft nicht von Erfolg gekrönt gewesen ist, weil man natürlich auch in diesem Halbjahr über, wie er sagt, inszenierte Debatten die Abschaffung des Bundesrates verlangt hat.

Dann macht er was, was aus meiner Sicht ungeschickt ist. Was aber ganz genau zeigt, wo das Problem liegt und warum es diese Diskussion gibt. Er beschreibt dann, dass es ihm trotzdem in seiner Präsidentschaft gelungen ist zu beweisen, dass Österreich einen aktiven selbstbewussten Bundesrat braucht. Nämlich insbesondere mit der Initiative für mehr digitale Courage. So, das ist alles lieb und nett. Wir finden dort auch noch andere Geschichten, wo man sich über gewisse Themen unterhält. Wir finden schöne Bilder darüber, von der Verabschiedung des alten Bundespräsidenten und über die Angelobung des neuen Bundespräsidenten.

Der Bundesrat ist, diesen Befund, den mache ich jetzt ganz schonungslos, der Bundesrat ist de facto - so sieht es zumindest nach dem Tätigkeitsbericht aus - ein Debattierklub, der seine eigentliche Aufgabe so gut wie gar nicht wahrnimmt. Er nimmt sein Antragsrecht an den Nationalrat nicht wahr und er macht auch von seinem Vetorecht nicht Gebrauch.

Wir haben gerade erst vor wenigen Wochen ein ganz gutes Beispiel dafür gehabt. Da ist es nämlich wirklich um Länderinteressen gegangen. Nämlich die Abschaffung des Pflegeregresses. Die Abschaffung des Pflegeregresses ist sozialpolitisch unumstritten, auch hier im Haus zwischen allen Parteien. Am 6. Juli hat sich der Bundesrat mit dem entsprechenden Gesetz, dem Sozialversicherungs-Zuordnungsgesetz, befasst. Er hat nicht nur kein Veto eingelegt, sondern er hat noch ausdrücklich zugestimmt. Wie gesagt, Abschaffung des Pflegeregresses, sozialpolitisch unumstritten. Aber was hat der Nationalrat auf Anregung der Bundesregierung in diesem Fall gemacht?

Er hat verfassungsgesetzlich in die Finanzmasse der Länder eingegriffen. Also das ist ja nicht irgendein Schritt. Er hat das getan. Wir haben es ja jetzt am Tisch im Burgenland. Er hat das getan ohne eine adäquate Kompensation in budgetärer Hinsicht vorzusehen. Jetzt verstehen Sie mich bitte nicht falsch, das ist keine Kritik an einzelnen Parteien. Denn im Bundesrat wird nach Fraktionen abgestimmt. Also da ist keiner besser oder schlechter als der andere.

Es ist auch keine Kritik an einzelnen Kollegen, die wirklich, egal ob es jetzt Parteikollegen von mir sind oder auch die Kollegin Posch, die hier im Ausschuss war. Die sind wirklich alle sehr engagiert. Überhaupt gerade bei der Kollegin Posch war ich im Bundesrat auch zu Gast. Sie sprüht wirklich vor Begeisterung für dieses Gremium. Ich nehme ihr wirklich ab, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tut, um aus ihrem Mandat das Bestmögliche zu machen. Ich verlange auch nicht unbedingt die Abschaffung des Bundesrates.

Aber wenn man sich den Sachverhalt zu Gemüte führt, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn es derartige Debatten gibt. So wie er jetzt aufgestellt ist und arbeitet, macht der Bundesrat nämlich zugegebenermaßen nämlich wirklich nicht allzu viel Sinn. Dieser Tätigkeitsbericht ist in Wirklichkeit nur Antrieb und Wasser auf den Müll, wenn es um die Debatte geht, diesen Bundesrat gänzlich abzuschaffen.

Kurz und gut, Ziel muss es sein, doch auch endlich auf die Gegebenheiten der Realverfassung entsprechend zu reagieren. Wir haben hier einen schwachen Bundesrat aus verschiedenen Gründen. Wir haben auf der anderen Seite eine Landeshauptleutekonferenz, die sehr stark ist, aber verfassungsrechtlich nirgends vorgesehen ist. Ja, man kann jetzt lange darüber diskutieren, was man aus diesem Gremium macht.

Ich bin nur der Meinung, dass es, so wie es jetzt aufgestellt ist, nicht besonders viel Sinn macht, dass das keine Werbung für uns, für die Politik ist. Ein interessanter Vorschlag wäre ja, den Bundesrat mit Landtagsabgeordneten zu beschicken. Es ist, glaube ich, in sieben Bundesländern und auch bei uns verfassungsrechtlich sogar möglich, dass wir das tun würden. Ja, in diesem Sinne, nichtsdestotrotz, ich danke den Kollegen des Bundesrates auch für den Bericht im Ausschuss und für ihre Tätigkeit. Wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist Herr Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wäre das jetzt ein inhaltlich sehr konzentrierter Tätigkeitsbericht, denn in Wirklichkeit ist es die Zusammenfassung aus zwei Arbeitsschwerpunkten. Auf der einen Seite ist es die Präsidentschaft der Steiermark mit dem Bundesratspräsidenten Mario Lindner, der in Bezug auf Zivilcourage, Cybermobbing,

Hass im Internet, eine sehr hochrangige Enquete organisiert hat und in dem Zusammenhang ganz allgemein, wahrscheinlich auch für uns nicht ganz neu, Thesen aufgestellt hat.

Leider mussten wir auch alle feststellen, dass insbesondere der Wahlkampf im Internet, die thematische Auseinandersetzung mit den Themen dieser Nationalratswahl, insbesondere in den neuen Medien, nicht immer auf jenem Niveau stattfindet, das wir uns alle wünschen würden. Da hat eine derartige Enquete natürlich ihre Berechtigung. Aber dass sie 30 Prozent des Tätigkeitsberichtes aus fast einem Jahr ausmacht, ist auch aus meiner Sicht, da bin ich mit dem Kollegen Molnár einer Meinung, ein wenig übertrieben.

Was ich gut gefunden habe, war der Gedankenaustausch mit der Bundesratspräsidentin, die das Land Tirol nominiert hat. Sonja Ledl-Rossmann war im Burgenland zu Besuch, hat sich inhaltlich dem Thema Pflege verschrieben und hat auch hier den Austausch mit allen Sozialsprechern des Bundeslandes gesucht. Ich glaube, das ist zumindest ein Ansatz, wo man sagen kann, diese Präsidentschaft und auch deren Schwerpunkt mit diesem sozialpolitischen Brennpunktthema „Pflege“ hat zumindest alle Bundesländer erreicht.

Diese Tour durch alle neun Bundesländer und der Gedankenaustausch, der dann in einer Enquete gemündet hat, hat inhaltlich zumindest das Thema auf breite Beine gestellt. Auch hier derselbe Punkt. Das sind die anderen 30 Prozent des Tätigkeitsberichtes. Dann bleibt natürlich nicht mehr viel übrig. Tatsache ist, dass es viele Vorschläge gibt, das Gremium Bundesrat weiterzuentwickeln. Es ist aus seiner geschichtlichen Dimension herauszunehmen und neu zu definieren.

Da bin ich ganz der Meinung meines Vorredners. Hier gibt es viele Modelle. Ich bin mir auch sicher, dass eine künftige Bundesregierung auch hier im Rahmen der Staatsreform einiges andenken muss. Weil - es ist ja schon erwähnt worden - auf der einen Seite haben wir starke Bundesländerinteressen, die ja schon personifiziert durch starke Landeshauptmänner dargestellt werden. Wir aber eigentlich im Rahmen unserer Gesetzwerdung, im Rahmen auch ihrer Verantwortung nirgends offensiv tätig werden. Sie können das eben nur kommentieren.

Dann haben wir Zeitungsartikel und mediale Kampagnen und Diskussionen. Aber nirgends in den gesetzgebenden Gremien eigentlich eine klare Auseinandersetzung. Es gibt ja auch den Vorschlag eines Generallandtages, es gibt den Vorschlag, der Abschaffung des Bundesrates. Es gibt den Vorschlag der Aufwertung des Bundesrates. Ich glaube, unabhängig welche Richtung man hier einschlagen möchte, es muss eine Weiterentwicklung geben. Denn wenn es immer nur darauf ankommt, welchen inhaltlichen Schwerpunkt der jeweilige Bundesratspräsident setzt, dann ist es mir um dieses Gremium sehr schade.

Ich glaube, dass man hier weiter kommen muss, als lediglich Schwerpunkte medial zu setzen, auch wenn es dann zu einem guten Gedankenaustausch kommt, ist das zu wenig. Der Tätigkeitsbericht des Bundesrates ist ja unabhängig vom Einsatz des jeweiligen Mandatars. Denn eines möchte ich schon betonen, ob jemand viel spricht bei Landtagssitzungen, wenig spricht bei Landtagssitzungen, viele Anträge stellt, viele Anfragen formuliert, das ist nicht allein die Tätigkeit eines erfolgreichen Politikers.

Tatsache ist, dass wir alle auch Bürgeranwälte sind. Dass wir dazu da sind, im ständigen Kontakt und Austausch mit der Bevölkerung zu sein. Da ist es völlig unabhängig, ob ich Mandatar des Landtages, des Bundesrates oder des Nationalrates bin. Hier werde ich gemessen an dem, was ich für die Menschen, die mir Anliegen

weitergeben, und glauben, dass ich die richtige Frau, der richtige Mann bin für diese Sache, aus diesen Ideen mache.

Da sind die Bundesräte ebenso in ihrer Arbeit fleißig und kompetent unterwegs, so wie wir als Mandatare der gesetzgebenden Körperschaften Landtag und Nationalrat. Meine Fraktion wird diesen Tätigkeitsbericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Der nächste Redner ist der Landtagsabgeordnete Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Dankeschön. Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wie meine Vorredner schon angesprochen haben, Tätigkeitsbericht des Bundesrates, des 2. Halbjahres 2016 und des 1. Halbjahres 2017. Ich persönlich freue mich und ich bin auch sehr stolz, heute zum Tätigkeitsbericht des Bundesrates sprechen zu dürfen. Da ich selbst Mandatar von Oktober 2005 bis Juni 2010 dieses Amt Mitglied des Bundesrates sein zu dürfen, ausüben durfte. Ich bin auch sehr dankbar, dass ich hier seitens des Landtages auch entsendet wurde.

Ich habe diese Funktion sehr gerne mit viel Engagement und viel Freude ausgeführt. Wir alle kennen, und sie wurden ja auch angesprochen, die Kompetenzen und die Arbeit, die hier im Bundesrat gemacht wird. Wir wissen aber auch, und wir sollten es auch sagen, wie in vielen anderen Staaten besteht in unserer Republik in der Bundesgesetzgebung ein Zweikammersystem. 85 Prozent der EU-Bevölkerung leben in Staaten mit einem Zweikammersystem.

Der Bundesrat übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Er hat Einspruchsrechte gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates. Wir haben es aber auch gehört. Es handelt sich um ein suspensives, also ein aufschiebendes Veto. Natürlich kann in weiterer Folge, und wird auch in dieser Form praktiziert, der Nationalrat einen Beharrungsbeschluss fassen. Aber in einigen Fällen hat der Bundesrat ein absolutes Vetorecht, dass ohne die ausdrückliche Zustimmung kein Gesetz beziehungsweise Staatsvertrag zustande kommen kann.

Weiters Verfassungsgesetze oder Bestimmungen, durch die die Kompetenzen der Länder eingeschränkt werden. Gesetzliche Bestimmungen, die die Rechte des Bundesrats selbst betreffen. Aber vor allem Staatsverträge, die die Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder regeln und Staatsverträge durch die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union geändert werden.

Geschätzte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Die Mitglieder des Nationalrates und Bundesrates bilden aber auch gemeinsam die Bundesverfassung. Hier die Angelobung des Bundespräsidenten bis hin eine Kriegserklärung zu beschließen. Es gibt natürlich, und wir haben es auch heute erlebt, die politische Diskussion, wie wichtig ist der Bundesrat? Werten wir ihn auf? Schaffen wir ihn ab? Hat er eine Berechtigung? Für meine Begriffe hat der Bundesrat, die Länderkammer, die Interessensvertretung der Länder mit Sicherheit auch ihre Berechtigung.

Im Gegenteil, Kompetenzen gehören hier aufgewertet, um die Interessen der Bundesländer weiterhin zu stärken und diese auch zu vertreten. Vielleicht sollten wir auch seitens des Landtages den Bundesrat eine höhere Kompetenz geben, oder Wertigkeit vor allem den Mitgliedern in dieser Form geben? Für mich persönlich ist dieser Tätigkeitsbericht 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017 eine Zusammenfassung der Arbeit des Bundesrates. Für mich persönlich auch eine wichtige Arbeit. Wir haben es auch gehört und ich habe es selber gelebt. Die Mitglieder des Bundesrates sind vor allem für

die Menschen, für die Bevölkerung ein gleichwertiger Ansprechpartner. Genauso wie ein Abgeordneter, Abgeordnete, wie Nationalräte oder auch Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Ich habe den Bericht, und wenn es mir möglich ist, verfolge ich auch die Sitzungen des Bundesrates. Ich möchte hier vor allem die Mitglieder des Burgenländischen Bundesrates, die Inge Posch-Gruska, die Marianne Hackl, und den Peter Heger, für ihre Arbeit, für ihre engagierte Arbeit recht herzlich danken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir werden natürlich den Bericht seitens der SPÖ-Fraktion zur Kenntnis nehmen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als nächstes erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a. Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Ich bin mit einigem was meine Vorredner gesagt haben, durchaus einer Meinung. Wir haben hier einen Bericht vorliegen, der gute und wichtige Themen anspricht, der aber offenlegt, dass es sich beim Bundesrat in seiner jetzigen Form um ein zahnloses und ziemlich wirkungsloses Gremium handelt.

Ich möchte mich zuerst noch einmal auf den Kollegen Sagartz beziehen, der darauf hingewiesen hat, dass hier in dem Bericht thematisch ein großer Stellenwert dem Thema Hass im Internet gewidmet ist. Nun, rückblickend auf die letzten Wochen und Monate muss ich sagen, wenn die Frage von Hass im Internet das wichtigste Thema im Wahlkampf gewesen wäre, und nicht wie ein anderes, ein anderer Kandidat egal was er gefragt worden ist, in jedem zweiten Satz sozusagen gegen die Ausländer, aber wenn das wichtigste Thema im Wahlkampf gewesen wäre, unser Kampf gegen den Hass im Netz, dann würde die Stimmung in unserem Land auch eine andere sein. Vielleicht erleben Sie das nicht so stark wie ich persönlich.

Ich habe mir gerade auch in den letzten Tagen einiges anhören müssen, vor allem lesen müssen. Bei Frauen kommt dann immer noch der weitere Aspekt der sexualisierten Gewalt dazu, das möchte ich Ihnen gar nicht alles zumuten, was hier an Hass, an Todeswünschen und Gewaltakten, die einem dazugeschrieben werden, die man erleben müsste unbedingt hier ausgerichtet wird. Wir haben hier wirklich ein großes Thema.

Also wenn diese Enquete in diesem Bericht so einen großen Stellenwert hat, dann ist meine einzige Hoffnung, dass Sie vielleicht auch in unserer Debatte und in der gesellschaftlichen Debatte hier einen großen Stellenwert bekommt. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Der Bundesrat ist in seiner jetzigen Form zu reformieren. Ich glaube, da sind sich viele hier einig. Wir haben hier eine Länderkammer, die rechtlich abgesichert ist, es gibt ein anderes Instrument, das wesentlich stärker ist realpolitisch in Österreich, aber keine rechtliche Grundlage hat, das ist die Landeshauptleutekonferenz.

Da treffen sich die Landeshauptleute aus ganz Österreich. Vor allem die Bundesregierung schaut dann immer drauf, was wird da draus. Nun ist das sicher interessant und wichtig was Landeshauptleute sich denken und was sie auszutauschen haben, aber rechtlich abgesichert ist es nicht. Wir haben hier mit dem Bundesrat die Länderkammer, die nicht abgeschafft werden soll. Aber, wie gesagt, in der derzeitigen Form ist es wirklich für die Katz.

Am wichtigsten wäre hier, dass Gesetzesmaterien, die im Entstehungsprozess sind, bereits im Bundesrat diskutiert werden können. Weil wir haben hier immer wieder die neuen Diskussionen aufgerollt, nach einem Beschluss, wir haben fertige Gesetzesmaterien, die dann in den Bundesrat kommen, und dann gibt es das Veto. Aber eben kein echtes Veto, sondern nur ein aufschiebendes Veto, das sind lauter so „hatscherte“ Geschichten.

Was ganz wichtig wäre im Bundesrat, wenn wir es ernst nehmen, dass der Bundesrat eben die Kammer der Länder ist, dann muss endlich Schluss sein mit dem Klubzwang im Bundesrat. Weil auch wenn man schaut wie man dort sitzt, da sitzt Rot bei Rot, Schwarz oder Türkis, ich weiß nicht, wie man das jetzt nennt, bei Türkis oder Hellblau, Blau bei Blau, Grün bei Grün. Da sitzen nicht die Burgenländerinnen und Burgenländer beisammen, die Tirolerinnen und die Tiroler und die Wienerinnen und Wiener beisammen. Es ist ein klar fraktionell aufgestelltes Gremium, das aber von seiner rechtlichen Grundlage her eigentlich eine Länderkammer ist.

Also hier sollten wir das schon ernst nehmen. Wir haben jetzt noch dazu in der nächsten Periode eine besonders skurrile Situation, aus meiner Sicht natürlich tragisch skurril, aber wir haben im Bundesrat eine Fraktion sitzen, die nicht im Nationalrat sitzt und wir haben im Nationalrat zwei Fraktionen, die nicht im Bundesrat sind. Das heißt, hier kann es sehr wohl auch in der Diskussion, in der Bewertung von Fragen unterschiedliche Einschätzungen geben.

Wenn wir das ernst nehmen und das zulassen, dann kann ja wieder eine lebendigere Demokratie stattfinden. Aber, wie gesagt, wichtig ist den Bundesrat zu reformieren, dass er zu einer echten Länderkammer wird. Bin nicht ganz der Meinung, dass das die Landtagsabgeordneten sein sollten, weil dann hätten wir eigentlich nur ein Fortschreiben. Dann wird man vom Landtag von seiner Fraktion geschickt als Fraktionsvertreter oder -vertreterin und dort spielt sich das Gleiche ab, weil du wirst nicht da etwas anderes sagen, wie dort.

Aber diskutieren wir, diskutieren wir, diskutieren wir, hier gibt es einiges zu reformieren. Den Bericht nehmen wir natürlich zur Kenntnis. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächster hat sich der Landtagsabgeordnete Gerhard Steier zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke. Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesrat in seiner Berichterstattung ist eigentlich etwas Neues, wie der Géza Molnár auch gesagt hat. In Wirklichkeit sind die Themenbereiche, die aufgeschlüsselt waren, nicht inhaltlich bezogen, sondern wer wenn nicht der Wolfgang Sodl wäre prädestiniert, aus innerer Kenntnis des Bundesrates darüber zu berichten, wie es sich eigentlich in der Realität gestaltet. Die gestalterische Umsetzung von Bundesratsaufgaben besteht darin, dass halbjährlich die Präsidentschaft wechselt, dass dieser Präsident dann eine Enquete einberuft, zumindest eine, aber in der Regel eine und die einem bestimmten Thema widmet, das quasi auch sein Aufgabenbereich in der Umsetzung dieser halbjährlichen Periode seiner Präsidentschaft für den Bundesrat bedeutet.

Jeder der sich heute zu Wort gemeldet hat weiß, dass es einen sogenannten Reformbedarf gibt, aber der nicht abhängig ist vom Landtag oder von anderen

Gegebenheiten, sondern nur eingebunden in eine bundesstaatliche Reformsituation auch vom Gesetzgeber her Folge leisten kann.

Das heißt, diese Wünsche und Vorstellungen, die wir hier im Landtag vielleicht an dieses Gremium anlegen, sind insofern nicht Gewährleistung einer Änderung, weil es eben eine bundesstaatliche Umsetzung geben muss. Der Nationalrat muss quasi diesen Beschluss fassen und umsetzen. Daher ist es auch widersinnig darüber zu diskutieren, dass jetzt eine fraktionelle Zusammensetzung des Bundesrates vorhanden ist und nicht eine Aufteilung nach Ländern in der Sitzordnung die Wirklichkeit widerspiegelt.

Tatsache ist, dass wir im Laufe der 72 Jahre Zweite Republik, im Grunde genommen vieles in der Änderung herbeiwünschen, die Wirklichkeit uns oft eingeholt hat, was die Bewertung der sogenannten Landeshauptleutekonferenz betrifft, aber, und das bitte ich jeden auch zu berücksichtigen der Mitglied des Landtages ist, wir sind diejenigen, die in der Entsendung des Bundesrates, der Bundesrätin, eigentlich die Aufgabenstellung für uns beanspruchen. Daher ist jeder Kandidat oder jede Kandidatin, die vom Landtag in den Bundesrat entsendet wird, auch eine Kandidatin gewesen, ein Kandidat, auf der Landesliste für die Landtagswahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass was den Bundesrat im staatlichen Sinne eigentlich bewegen sollte oder was ihn auszeichnet ist, dass er für die Länder ein Sprachrecht umsetzt, eben mit der Entsendung von Mitgliedern aus dem Landtag oder in der Entsendung aus dem Landtag und dieses Mitspracherecht ist eigentlich fundamental in unserer bundesstaatlichen Aufgabenstellung verankert. Der föderalistische Ansatz den diese Länderkammer an sich ausmacht, ist über die Jahre, bezogen durch das Parteiensystem, zum Teil aufgelöst worden, weil man eben umso stärker in der Regierungsverantwortung auch die sogenannten Regierungsklubs der Parteien in die Richtung festlegt, dass sie in der Verantwortung alles abwinken müssen und festhalten sollen, dass ja die richtige Entscheidung getroffen wird. Daher ist auch jede Art von Klubzusammenhang und Klubzusammengehörigkeit in der Ausführung eine klare Disposition.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was keiner meiner Vorredner erwähnt hat, was aber für uns von Landtagseite her von eminenter Bedeutung in der Regelung, dass der Bundesrat die Aufgabenstellung übernommen hat, sind EU-Agenden. Dass was Europäische Gesetzgebung, Europäische Inhalte anlangt, wird für die Landtage, für alle neun Landtage in Österreich durch den Bundesrat und seine gesamte Verwaltungssituation vorbereitet, wird gesondert betrachtet und wenn es sich um eine inhaltliche Gegebenheit die den Landtag als solches betrifft handelt, dann wird sie vom Bundesrat an die Landtage weiter geleitet.

Ich möchte im Zusammenhang damit eigentlich nicht verhehlen, dass sich die Landtage, sprich die Länder, damit auch sehr, sehr viel Geld ersparen, weil sie im Zusammenhang durch den Bundesrat hier entlastet werden und weil die qualitative Aufbereitung von eminenter Bedeutung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum angesprochenen Aspekt der sogenannten Thematik Cybermobbing hat meine Vorrednerin schon verwiesen, dass wir innerhalb der letzten paar Monate mehr erleben durften, als jedem einzelnen Bürger, jeder einzelnen Bürgerin Recht war, was die sozialen Netzwerke anlangt und wo man versucht hat, Menschen die sich bereitwillig für demokratische Interessen, sprich mit Kandidaturen um eine gesetzgebende Körperschaft beworben haben, zu diskreditieren.

Dass das so weit reicht, dass persönliche Verunglimpfung und Denunziation die wichtigsten Merkmale politischen Handelns werden, entspricht eigentlich grundsätzlich der

Idee, eine Enquete im Zusammenhang mit Cybermobbing zu gestalten. Was ja wichtig war und Ausfluss dieser sogenannten Enquete und dieser gesamten Beratung war ja auch eine Gesetzesmaterie, die im Nationalrat eingebracht wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bezogen auf den Bundesrat wird man sich, wenn ich die Versprechungen der politisch Handelnden und der zukünftigen Regierungsverantwortlichen richtig sehe, auch um eine Reformsituation nicht drücken können. Hier wird auch Verantwortung quasi gelebt werden müssen und hier wird sich auch herausstellen, ob die Wertigkeit und die richtige Umsetzung auch gelingen.

Tatsache ist, dass wir vieles, was die Bedeutung des Bundesrates anlangt, nicht immer mit den richtigen Worten der Bevölkerung vermitteln können und daher auch quasi die Diskussion immer wieder auftritt, der Bundesrat wäre eigentlich obsolet.

Im Zusammenhang mit allen Darstellungen die wir heute erleben durften, von Klubobmann-Seite ÖVP und SPÖ bezogen auf die letzten Wahlgänge, möchte ich einen Aspekt hier unbedingt einbringen, der sich nicht darum dreht, ob wir jetzt einem Funktionär, einem Beisitzer, eine Geldentschädigung zahlen. Möchte in dem Zusammenhang auf eine im demokratischen Sinne sehr bedeutsame Leistung verweisen, das nennt man nämlich Pflichtbewusstsein.

Hier ist speziell die Freiheitliche Partei bei sogenannten Gemeinderatswahlen soviel ich weiß, mehr als gefordert, ihr Kontingent und ihre Beisitzer beziehungsweise Wahlzeugen dort einzubringen, wo sie quasi notwendig wären und nicht sich ein Resultat abzuholen und anschließend die Forderung mitzugestalten, wir müssen für unsere Leute das entsprechende Geld auch zur Verfügung stellen.

Ich möchte noch einmal im Sinne auch der schon von mir genannten Diskussion um die sogenannte Gemeindereform - wo es um die Bezahlung der Funktionäre, sprich also der Mandatare gegangen ist, vom Bürgermeister angefangen bis zum Gemeinderat, in der Erhöhung darauf verweisen, dass für mich noch immer Gemeindearbeit und für die meisten, die sich darum bemühen, im demokratischen Sinne die ideale, sprich der ideelle Zugang die Wirklichkeit ist und nicht die finanzielle Gegebenheit in der Ausführung.

Ein Aspekt der bei den Gemeinderatswahlen augenscheinlich war, und das möchte ich heute auch gleich anführen für die zukünftige Gestaltung einer Verfassungsänderung, wo es auch um die Möglichkeit im sogenannten Zugang auf Gemeinderecht geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Distanz und ich schreibe Ihnen das ins Stammbuch.

Die Distanz zwischen erstem und zweiten Wahlgang, diese zehn Tage Differenz sollten dazu benutzt werden, um endlich für jeden der Verantwortung trägt, von den Bediensteten bis zu den politisch Verantwortlichen eine klare Lösung zu finden, wie die sogenannten abgegebenen Stimmen entsprechend gesichert werden können, und jeder Form von Möglichkeit quasi schon der Riegel vorgeschoben wird, hier manipulativ einzugreifen. Es muss eine klare Disposition geben, wo in jedem Gemeindeamt, in jedem Wahllokal eine plombierte, wie immer auch geartete Schachtel, Kiste oder ein Sack zur Verfügung steht, wo diese Wahlstimmen hineingetan werden, und wo dann niemand in den Anruch gelangt, dass dort vielleicht irgendwie ein Zugriff passiert ist.

Es sind diese schlimmsten Bewertungen anschließend für jeden, der davon betroffen ist, die in der Regelung bedeuten, wir haben eh alles dafür getan. Anschließend gibt es dann diese Diskussion, ist dann eigentlich eh alles dafür getan worden.

Ich glaube, dass wir uns einiges an Diskussionen ersparen würden, wenn - und ich kenne da im Endeffekt jetzt nicht die ideale Lösung -, aber wenn wir mit zum Beispiel

Plomben operieren würden, wo es nicht darauf ankommt, ob jetzt auf einem Kuvert alle unterschreiben haben, wo es im Endeffekt nicht ausgeschlossen ist, dass das Kuvert möglicherweise aufspringt.

Die Wirklichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier geht es um eine demokratische Hygieneform, wo wir uns wirklich alles auch im Zusammenhang damit erlauben sollten, im Vorschubsinne niemand in Verdacht geraten zu lassen. Jeder, der sich darum bemüht, demokratisch ein gewisses Amt anzustreben, sollte auch die Gewähr haben, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Ich möchte jetzt nicht darauf verweisen, dass wir im Zusammenhang mit dem Wahlgang quasi Erlebnisse gehabt haben, die nicht jedem gepasst haben. In einer Demokratie gibt es Sieger und Verlierer. Nur eines sollte man dann am Wahlabend in der sogenannten medialen Verbreitung dem Publikum, sprich den Bürgerinnen und Bürgern, die eindeutig Zahlenreihen offeriert bekommen, wie ist jetzt der Wahlgang ausgegangen, in Erklärungsversuchen liefern, dass nämlich der, der objektiv ein Minus vor seiner Parteileiste hat, dass der dann hergeht und erklärt, er hätte die Wahl gewonnen, das leuchtet nicht ein.

Das sieht jeder, dass das ein Fake ist und Fakes, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten speziell im Burgenland keinen Inhalt haben. Sie sollten dort vielleicht stattfinden, wo es in Amerika zu einer Darstellung gekommen ist, die wir heute alle beklagen.

Aber die Wirklichkeit ist, Demokratie gehört gelebt, gehört aber auch dort gelebt, wo man einschreiten sollte, damit sie die wahren Inhalte auch widerspiegelt, wenn man ein Resultat verkündet.

Ich werde abschließend dem Bericht des Bunderates meine Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So kurz wie der Bericht werde ich mich auch kurz halten, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil es wichtig ist, trotzdem über so einen Bericht ein paar Worte zu verliere.

Meine Vorredner haben fast alles gesagt. Das muss man auch klar herausnehmen können, aber sie waren auch nicht ganz glücklich mit diesem Bericht, aber insgesamt mit dem ganzen Bundesrat nicht ganz glücklich, wie das Ganze verläuft. Daher gibt es klare Aussagen dazu, entweder Totalreform des Bundesrates oder Abschaffung. Ich sage das auch klipp und klar. Wir sind jetzt gefordert, auch hier ein Schäfchen dazu beizutragen. Warum?

Genauso der Nationalrat, der neu gewählt wurde, und die Regierung jetzt noch verhandelt wird, hat viele Rechte und Pflichten und muss sich auch überlegen, wie es auch dort weitergeht. Denn eines ist klar, es gibt Veränderungen überall, und das brauchen wir und das wollen wir auch. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zeit für Veränderungen.)*

Wenn ich Zeit für Veränderung höre, Herr Kollege Steiner, Sie haben recht, und dann muss man auch schauen, dass man eine Veränderung wirklich auch schafft, denn nicht nur reden, sondern auch handeln. Wenn ich mir anschaue, wenn ich dann höre, dass die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft der Kammern im Raum steht, dann bin

ich aber sehr gespannt, wie sich hier alle verhalten werden. Es wird ja schon seit Tagen angedroht, wenn das passieren sollte, gibt es große Aufregung und große Spannungen. Ich sehe ganz klipp und klar, es muss eine Diskussion entstehen oder es darf sogar oder es soll eine Diskussion entstehen, wie kann man am besten das Ganze händeln und nicht mehr und nicht weniger.

Wenn ich höre, dass der Bundesrat ein zahnloses Gebilde darstellt, ja, dann hätten wir schon längst etwas unternehmen sollen, aber - noch einmal - es gibt einen neuen Nationalrat, es gibt höchst wahrscheinlich eine Regierung, die sich schon vor einigen Tagen einig geworden ist, und das soll so sein, aber dann muss man auch zu seinen Werten auch stehen und auf das bin ich gespannt.

Wir wollen uns selbstverständlich gerne bei den Verhandlungen einbringen, und in diesem Sinne werden wir auch diesem schmalen Bericht auch gerne zustimmen. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht des Bundesrates betreffend 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbstständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1052) betreffend einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekten (Zahl 21 - 739) (Beilage 1060)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 5. Punkt der Tagesordnung, dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbstständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1052, betreffend einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekten, Zahl 21 - 739, Beilage 1060, wird Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekten in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. Oktober 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekten die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordnete Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Frau Präsidentin! Kolleginnen, Kollegen! Hohes Haus! Uns liegt heute eine Entschließung betreffend Bürokratieabbau bei der Abwicklung der ESF-Projekte vor. Wichtig dabei scheint mir zu sein, dass wir uns, glaube ich, in einem der wenigen Punkte, so, wie bei diesem Punkt, eben bei der Übertitelung „Bürokratieabbau ist gleich Verwaltungsvereinfachung“ so ziemlich alle einig sind, weil alleine schon der vergangene Nationalratswahlkampf hat gezeigt, dass keine einzige Partei ausgelassen hat, dass wir in Österreich eine Verwaltungsreform brauchen, dass wir die Verwaltung vereinfachen müssen, dass wir Bürokratie abbauen müssen.

Im speziellen Fall, bei diesem Entschließungsantrag, der hier heute vorliegt, geht es um die ESF-Projekte, die für uns natürlich auch im Burgenland eine dementsprechend große Herausforderung sind. Einerseits natürlich weil wir hier auch 40 Prozent der Kosten tragen, weil ja die EU nicht alles alleine trägt, und andererseits weil einfach die Betroffenen uns so wichtig sind, die hier in diesen Projekten entsprechend gefördert werden, nämlich in der beruflichen Erwachsenenbildung als auch in dieser allgemeinbildenden Erwachsenenbildungsinstitutionen, die hier gefördert werden, und das ist einfach wichtig, damit wir, ich sage jetzt einmal ganz salopp, die Füße auf den Boden bekommen beziehungsweise dass diese Menschen die Füße auf den Boden bekommen. Dass wir dieses Angebot für diese benachteiligten Personen erhalten können, ist es wichtig, dass wir Mittel und Wege finden, dass es schneller geht, dass es nicht dazu führt, dass vielleicht der eine oder andere dann gar keinen Antrag mehr abgibt, weil die Verwaltung, wie wir sie jetzt haben, führt in Wirklichkeit zwangsläufig dazu beziehungsweise kann man jetzt im Prinzip schon auch nachweisend feststellen, dass diese Administration und diese Dokumentation, die hier im Prinzip so überbordend vorhanden ist, schon dazu führt, dass es in die Mittel hineingeht, sodass manche Mittel gar nicht mehr zur Gänze ausgeschöpft werden können, weil die Verwaltung etwas daran anknabbert.

Das ist aus meiner Sicht ein bisschen zu weit auf der einen Seite und auf der anderen Seite auch, weil die Vorschriften schon so extrem sind, dass auch die Verwaltungsbediensteten schon sehr bald den Plafond gefunden haben und hier keine Möglichkeiten mehr haben, schneller zu arbeiten, weil einfach die Verwaltungshürden - sprich also die Vorgaben - dagegenstehen, und das führt so, wie ich eh schon gesagt habe, dazu, dass eben die Ressourcen durch die Verwaltung zum Teil aufgefressen werden und damit eine Kürzung von Projektgeldern da ist, aber - was ganz besonders schlimm ist - und das möchte ich vielleicht unter dem auch saloppen Ausspruch „sportlich wertlos“ bezeichnen, wenn Menschen aufgrund dieser Bürokratie sagen, na dann stelle ich gleich gar keinen Antrag, weil das ist ja wohl das Allerschlimmste, was wir durch Bürokratie erzeugen können, dass wir auf der einen Seite eine Karotte hinhalten und auf der anderen Seite den Menschen die Möglichkeit nicht geben, dass sie es in der Zeit, wo sie es brauchen und ohne großen Aufwand erreichen können.

Daher hat sich im Prinzip die Bundesregierung eh schon seit längerer Zeit, im Prinzip muss man jetzt von der alten Bundesregierung reden, schon auf die Fahnen geheftet oder in das Arbeitsprogramm hineingeschrieben, dass der Bürokratieabbau im Fokus stehen solle. Gemerkt haben wir nicht viel. Ich glaube, alle miteinander wissen wir, dass sich dieser Teil des Arbeitsprogramms nicht sehr in Österreich durchgesetzt hat. Wir

hoffen halt auf die nächste, auf die neue Regierung, dass es hier mit größeren oder schnelleren Schritten vor sich geht.

Wichtig für uns im Burgenland ist aber, dass wir jetzt gleich im Prinzip aufzeigen und sagen, hallo, nächste Bundesregierung, es wird Zeit, wir müssen hier Schritte unternehmen, weil es kann wohl nicht sein, dass uns EU-Gelder im Prinzip überbleiben beziehungsweise wir diese Fördergelder nicht ansprechen können, weil uns die Menschen davonlaufen wegen sportlicher Wertlosigkeit oder weil es einfach so lange dauert, dass im Prinzip von den Gesamtförderbeträgen Teile wegfallen, weil sie halt dann zum Schluss nicht mehr da sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist auch der Grund, warum die beiden Regierungsfraktionen sozusagen diesen Entschließungsantrag miteinander eingebracht haben, um hier der neuen Regierung eigentlich schon kundzutun, es wird Zeit, den ersten Schritt in Richtung Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung zu setzen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin vorhin am Vorsitz des Präsidenten gesessen, als der Jugendbericht diskutiert wurde, und ich konnte mir nur deshalb den Zwischenruf verkneifen, weil ich eben den Sitz des Präsidenten eingenommen habe. Wenn die Frau Landesrätin sagt, dass von 28 Mitgliedern des Landesjugendforums zwar 19 anwesend, 17 unterschrieben haben, die hätten nur unter Druck unterschreiben, dann ist das eine Art und Weise, ein politischer Zugang, dem ich ganz einfach nicht nachvollziehen kann.

Ich glaube, es hat die Burgenländische Landesregierung, wer immer das zuständige Regierungsmitglied ist, zu akzeptieren, dass Jugendliche einen offenen Brief unterschreiben, und ich glaube nicht, dass sich ein Jugendlicher im Burgenland unter Druck setzen lässt. Das sind selbstbewusste Menschen, die ihre Interessen vertreten. Ich glaube, dass das … *(Abg. Doris Prohaska: Aber wenn ihr das jemand gesagt hat, Herr Präsident. Der wird nicht etwas erzählen, was nicht stimmt.)* Wir können es gerne nachlesen, Frau Abgeordnete, Sie können das gerne nachlesen.

Ich sage das namens meiner Fraktion, die burgenländischen Jugendlichen sind selbstbewusst genug, um zu wissen, was sie unterschreiben und was nicht. *(Beifall bei der ÖVP)*

In Diskussion steht, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Nummer 21 - 739 ein selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekte.

Ich habe mich sehr gewundert, als ich diesen Antrag gelesen habe. Ich habe mich auch wirklich informiert, wo die Interessen hier liegen, und ich bin also, so wie viele von Ihnen, mit ESF-Abwicklungsprojekten doch auch ein bisschen konfrontiert. Wir wissen alle, dass dieser Europäische Sozialfonds ein sehr wichtiges Instrument ist, wenn es darum geht, Humanressourcen zu fördern, wenn es darum geht, zur Vermeidung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit Maßnahmen zu stricken, hier regional treffsichere Programme zu installieren, zu fördern, zur Erweiterung des Ausbildungsangebotes beziehungsweise um die verbesserte Funktionsweise des Arbeitsmarktes ganz einfach zu fördern.

Dieser ESF-Fonds zielt darauf ab, die Beschäftigung, die Bildungschancen in der EU sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu verbessern. Seit es die EU gibt, nämlich genau 60 Jahre - wir gedenken ja heuer der Unterzeichnung der Römischen Verträge -, war der ESF einer der ersten Fonds, der eingerichtet wurde, und dieser ESF-Fonds wird also seit 60 Jahren innerhalb Europas dazu verwendet, um genau das, was ich vorhin gesagt habe, die Humanressourcen zu fördern, ganz einfach einzusetzen.

Neben diesem Europäischen Sozialfonds gibt es weitere Fonds. Wir wissen, es wurde heute schon über den EFRE diskutiert, das ist der Fonds für Regionalentwicklung. Es gibt weiters den ELER-Fonds für die Landwirtschaft. Dort ist die Situation genau die gleiche. Wir könnten also diesen Antrag genauso formulieren bei der Abwicklung von ELER, bei der Abwicklung von EFRE-Projekten, die Bürokratie abzubauen. Deshalb sage ich gleich vorweg, selbstverständlich werden wir diesem Antrag zustimmen, aber es ist nur ein Drittel oder ein Viertel der Wahrheit. Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal die Möglichkeit oder in der Situation war, Förderungen für sich persönlich oder für einen Einzelnen abzuwickeln.

Ein Landwirt macht das Jahr für Jahr, indem er also Förderbeiträge, nein, Ausgleichszulagen ganz einfach beantragt, weil er seinen Grund und Boden ressourcenschonend bearbeitet. Ein Kreuzerl vergessen und ein Teil des Einkommens ist weg.

Ich führe gemeinsam mit meiner Frau einen touristischen Betrieb in meiner Heimatgemeinde, in Illmitz, mit 30, 35 Gästebetten, im 3-Stern-Bereich. Ich habe in den letzten zwei Jahren saniert und bin „Förderkunde“ der WiBAG und der ÖHT. Ich wünsche Ihnen alles Gute, Sie können das alleine nicht machen. Sie brauchen dazu einen Mitarbeiter. Sie brauchen dazu einen Steuerberater, der mit Ihnen gemeinsam solche Dinge abwickelt.

Das heißt, nicht nur hier im ESF, in allen Anwendungsbereichen, im Förderbereich dieser Europäischen Union ist eine Bürokratie ganz einfach eingezogen, hat hier Platz gegriffen, die von den einzelnen Fördernehmern allein nicht mehr bewältigbar ist.

Deshalb gilt für uns, ja, diesem Antrag stimmen wir sehr gerne zu. Aber er ist austauschbar. Nicht nur bei ESF, sondern auch bei ELER und EFRE können Sie ihn genauso einbringen.

Wir wissen derzeit, der aktuelle Förderzeitraum im ESF-Bereich, wenn wir schon von diesem Sozialfonds heuer reden, die Förderperiode läuft von 2014 bis 2020, es stehen in dieser Förderperiode insgesamt für Österreich 875 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist eine wahnsinnig große Summe. Rund die Hälfte der Kosten, nämlich 442 Millionen Euro, können von dem ESF-Fonds getragen werden.

Das Burgenland ist auch hier in einer Sonderstellung - noch in einer Sonderstellung. Eine Finanzierung aus diesen europäischen Mitteln wird immer mit nationalen Finanzierungsquellen ergänzt. Diese Kofinanzierung ist aber von Region zu Region unterschiedlich, abhängig vom Wohlstand, also vom Bruttoinlandsprodukt im EU-Durchschnitt. In Österreich liegt der nationale Kofinanzierungssatz für alle Bundesländer bei 60 Prozent. Im Burgenland liegt er bei 50 Prozent.

Das heißt, Burgenland ist noch in der Situation, dass wir auch hier eine Sonderstellung beim Auslösen von ESF-Mitteln genießen. Wir wissen, nach zweimal Ziel 1-Perioden, einmal Phasing-Out, nunmehr in der vierten Periode, „Region in

transition“, also Übergangsregion, sind wir noch in der Situation, dass wir gegenüber anderen Bundesländern hier einen Vorteil haben.

2020 wird kommen. Wir müssen davon ausgehen, dass wir dann auch, wie alle anderen Bundesländer, in derselben Situation sind, dass auch für die anderen Fördertöpfe nicht mehr jene Mittel zur Verfügung stehen, wie wir sie jetzt haben.

Ich sage nur, jene, die schon länger das politische Geschehen im Burgenland verfolgen, wissen, dass wir die erste Ziel 1-Förderung de facto für das Bewältigen des Bank Burgenland-Skandals gebraucht haben. Das heißt, ein Teil dieser Förderung ist gleich eins zu eins in die Bewältigung des Bank Burgenland-Debakels, dieses Skandals damals, gegangen.

Nichtsdestotrotz, meine Damen und Herren, ich habe schon gesagt, wir werden dem Antrag gerne unsere Zustimmung erteilen.

Im Übrigen habe ich den Medien entnommen, dass diese Woche der Herr Präsident und der Herr Klubobmann der SPÖ, der Kollege Hergovich, in Brüssel waren und dort eine Petition übergeben haben, um den burgenländischen Arbeitsmarkt zu stützen, zu schützen, wie auch immer. Wir hätten diese Petition, nehme ich an, gerne unterstützt, hätten wir sie vorher in irgendeiner Art und Weise gesehen.

Dem Antrag werden wir unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Vorredner haben vieles schon gesagt, was zum vorliegenden Antrag zu sagen ist, nämlich dass der Formalismus und die Abrechnungsrichtlinien bei ESF-Projekten ein riesiges Problem darstellen. Der vorliegende Antrag beschäftigt sich hauptsächlich damit, dass es für Förderungen in der beruflichen Erwachsenenbildung, im arbeitsmarktpolitischen Bereich, aber auch in der allgemeinbildenden Erwachsenenbildung zutrifft und dass dadurch Projekte gefährdet sind. Die Leidtragenden sind natürlich die benachteiligten Menschen, die zum Großteil aus bildungsfernen Schichten kommen.

Was sind jetzt die drei großen Problemfelder? Das Erste ist eben dieser steigende Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand zulasten der Projektmaßnahmen. Zum Beispiel Eingaben, Begründungen zu Relevanz der Projekte, Vergabedokumentation bei den Abrechnungsbelegen und so weiter. Dann das Zweite, natürlich die genauen Tätigkeitsbeschreibungen und Zeitaufzeichnungen mit genauester zeitlicher Zuordnung, der Nachweis, dass diese Aktivitäten natürlich auch alle stattgefunden haben und letztendlich, es muss alles aufgezeichnet und dokumentiert werden. Trotzdem ist die Rechtssicherheit, dass sie bei der Prüfung durch die Second Level Control und First Level Control trotzdem durchkommen, nicht gewährleistet, weil dort noch immer andere Beurteilungen möglich sind, nämlich dadurch, dass die Richtlinien während der Projektlaufzeit ständig noch immer geändert werden und dass die konkreten Förderrichtlinien erst Anfang 2017 veröffentlicht wurden, obwohl die ersten Projekte bereits zu Beginn des Jahres 2016 gestartet wurden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es widerspricht sicher einerseits die EU-Verordnung nach dem Grundsatz der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit. Andererseits aber natürlich auch die Regeln, die alles komplizieren.

Im vorliegenden Antrag wird das Ministerium aufgefordert oder die Bundesregierung, jetzt dann die neue Bundesregierung, in der Projektabwicklung und der Projektabrechnung in der Verwaltung und in der Dokumentation Vereinfachungen einzuführen. Dazu gibt es auch einen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom Mai 2017.

Die Gefahr dieser strengen Reglementierungen ist natürlich, dass diese Mittel mehr in der Verwaltung als in den Projekten selber landen, dass die Gelder zum Teil ineffizient eingesetzt werden, dass verzichtet wird, überhaupt Ansuchen zu stellen, dass es zu Kürzungen der Mittel, zum Verlust von ESF-Geldern kommt. Und natürlich die Einstellung von Projekten.

Ich möchte zum Abschluss ein ganz konkretes Beispiel nennen, das ich im Netz gefunden haben, nämlich eine ganz konkrete Abrechnungsgeschichte einer Projektleiterin eines ESF-Projektes, wo sie schreibt, dass sie sich einen Gelroller, mit dem sie so gerne schreibt, am 20.10.2015 gekauft hat.

Der Rechnungsbeleg über einen Gelroller und drei Minen mit einer Gesamtsumme von 15,13 Euro durchläuft ordnungsgemäß unsere Buchhaltung. Das heißt, Beleg einmal kopieren, auf Kopie klammern, da das Thermopapier verblasst, aber innerhalb der nächsten zwölf Jahre noch drei möglichen Überprüfungen standhalten muss. Der Beleg wird mit dem Auszahlungsdatum versehen, in der ESF-Projektbuchhaltung aufgebucht, in den Projektordner gelegt.

Im normalen Arbeitsleben ist hier Schluss damit. Aber anders bei den ESF-Projekten. Wer das bereits ausgegebene Geld für seinen Gelroller tatsächlich bewilligt und somit zurückerstattet haben will, muss gewissenhaft eine Tabelle mit 18 Spalten ausfüllen. Die Spalten fragen nach Bestelldatum, Liefer- und Leistungsdatum. Ich habe den Gelroller und die Minen im Geschäft gekauft und diese Daten gibt es demnach nicht. Also am besten das Kaufdatum einschreiben, jede Spalte muss eine Zahl beherbergen, sonst gibt es kein Geld. Unsere Buchhalterin gibt ihr Bestes.

Nach einem Quartal wird der physische Belegordner nach Wien zur Prüfung geschickt. Doch halt. Vorher müssen der Gelroller-Beleg und all die anderen Rechnungen auch digital gesichert und per CD oder USB-Stick mitgeschickt werden. Wochen danach, das Prüfergebnis der First Level Control zeigt uns, dass wir nicht genug dokumentiert und gerechnet haben.

Kommentar der Prüfbehörde, null Euro der eingereichten 15,13 Euro werden anerkannt, weil der Nachweis für die ausschließliche Projektverwendung und die Projektrelevanz von Gelrollern und Minen nicht eingebracht wurde.

Ich kann rückwirkend mit ein paar Sätzen begründen, warum ich das tatsächlich für meine Arbeit brauche. Außerdem müssen wir noch diese 15,13 Euro aliquotieren. Ich arbeite nämlich im Schnitt nur 20 von 24 Stunden für die ESF-Basisbildung und könnte ja die restlichen vier Stunden möglicherweise etwas anderes mit dem Gelroller schreiben, und so weiter und so fort.

Ich denke, dieser kleine Auszug zeigt eindeutig die Überbürokratisierung bei manchen Ansuchen, und ich denke, hier gehört wirklich etwas geändert.

Meine Fraktion wird natürlich dem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend einen Bürokratieabbau bei der Abwicklung von ESF-Projekten ist somit einstimmig gefasst.

6. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordnete Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 984) betreffend nachhaltige ressourcenschonende Alternativenergieversorgung von Kommunalgebäuden sowie von Kommunen ausgelagerten Betriebsstätten für Neubau beziehungsweise Sanierung (Zahl 21 - 693) (Beilage 1061)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordnete Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 984, betreffend nachhaltige ressourcenschonende Alternativenergieversorgung von Kommunalgebäuden sowie von Kommunen ausgelagerten Betriebsstätten für Neubau beziehungsweise Sanierung, Zahl 21 - 693, Beilage 1061.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Bericht.

Berichterstatter Géza Molnár: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben die von der Präsidentin genannte Vorlage in ihrer 22. und abschließend in ihrer 24. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. Oktober 2017, beraten.

Als Berichterstatter stellte ich nach meinem ergänzenden Bericht einen Abänderungsantrag, der bei der anschließenden Abstimmung ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordnete Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend nachhaltige ressourcenschonende Alternativenergieversorgung von Kommunalgebäuden sowie von Kommunen ausgelagerten Betriebsstätten für Neubau beziehungsweise Sanierung unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann für den Bericht. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Zu diesem Tagesordnungspunkt habe ich mir gedacht, wie erkläre ich unseren Antrag, damit wir verstanden werden, was wir eigentlich damit bezwecken wollten.

Es kommt mitunter auch des Öfteren vor, dass Anträge der Liste Burgenland mit einem Beistrich abgeändert und dann beschlossen werden. Das ist auch gut so. Das passt ja auch.

Zu diesem Antrag, den wir aber jetzt eingebracht haben, gibt es heute noch einen Abänderungsantrag seitens der ÖVP, der zumindest noch mit unserem Antrag zu tun hat. Aber der Abänderungsantrag, der seitens der SPÖ und der FPÖ eingebracht wurde, hat mit unserem Antrag eigentlich überhaupt nichts zu tun, also das kann kein Abänderer sein, das kann maximal ein eigener Antrag sein.

Denn unser Antrag hat wie folgt geheißen: Entschließungsantrag betreffend nachhaltiger ressourcenschonender Alternativenergieversorgung von Kommunalgebäuden sowie von Kommunen ausgelagerten Betriebsstätten für Neubau beziehungsweise Sanierung. Dann kommt ganz eine Menge von Text, und dann heißt es, die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ihre 171 Gemeinden dahingehend anzuhalten, bei Neubauten sowie bei Sanierungen ab Jänner 2018 alle in Gemeindehoheit befindlichen Gebäude sowie auch alle in ausgelagerten Kommunen, GmbHs et cetera befindlichen Baulichkeiten einer nachhaltigen alternativen Energieversorgung zuzuführen. Dann taxativ aufgezählt: thermische Sanierung der Gebäudehülle, Verbot von Ölheizungen, bei Gasbrennanlagen Nachweis einer effizienten Energieeinsparung gegenüber dem Istbestand, verpflichtende Errichtung von Photovoltaikanlagen. Hiezu muss gesagt werden, die gibt es ja schon. Sehr gute Zusatzförderungen für Kommunen, Sonderförderungen bei Errichtung von Wärmepumpen-, Hackschnitzel- beziehungsweise Pellets-Anlagen, Errichtung eines unabhängigen Büros für Gemeinden zur Unterstützung von Begleitung in Energiefragen.

Zu unserem Antrag ist ein Antwortschreiben der Abteilung 3 - Finanzen gekommen, wo es dann heißt, vom Büro für Europa und Internationales, es erlaubt sich, zu angeführtem Betreff folgende Stellungnahme abzugeben. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung - EFRE unterstützt in der Förderungsperiode 2014 bis 2020 Investitionen in Wachstum und Beschäftigung. Die fünf Programmprioritäten sind in förderbaren Maßnahmen untergliedert, wobei in Priorität 3 mehrere Maßnahmen zur Förderung der Verminderung der CO_2-Immissionen in allen Bereichen der Wirtschaft gesetzt werden können. sowie von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft abgewickelt, dann gibt es noch den Landwirtschaftsfonds.

Zusammengefasst heißt es, ja es gibt jemanden für Förderungen, es gibt ein Büro dafür, nicht mehr und nicht weniger. Wir haben es im vorigen Tagesordnungspunkt gerade gehört, wie kompliziert es ist, dass man überhaupt zu einer Förderung kommt.

Jetzt kommt der Abänderer, der lautet wie folgt: Entschließung des Burgenländischen Landtages betreffend nachhaltige soziale gerechte und ökonomisch und ökologische Entwicklung des Burgenlandes.

Ich lese den auszugsweise jetzt vor: Das Burgenland ist Naturschutz-Musterland. Im Burgenland wird daher der Ökologie großes Augenmerk geschenkt. „Mit der Natur zu

neuen Erfolgen“ - im Burgenland werden Alternativenergie und Anlagen für Einsparungen für Energie und anderen elementaren Ressourcen für Ein- und Zweifamilienhäusern gefördert.

Das Burgenland hat treffsicher reagiert und den Burgenländischen Handwerkerbonus ins Leben gerufen. Das ist alles in Ordnung und das ist alles gut und schön und das passt auch alles, ja, nur hat das absolut Null mit unserem Antrag zu tun, überhaupt nichts!

Das Einzige, was diesem Antrag noch halbwegs nahe kommt, ist: Regionen und Gemeinden, die mit Hilfe des Klima- und Energiefonds zu Klima- und Energiemodellregionen werden wollen, erhalten darüber hinaus Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten aus dem Bereichen E-Mobilität, Verkehr, Erneuerbarer Energie, Energieeffizienz, Modellregionen, Bauen und Sanieren über die Förderschiene „Mustersanierung+“ für eine umfassende Sanierungsmaßnahme inklusive Maßnahmen zur Anwendung Erneuerbarer Energie und zur Steigerung der Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden.

Jetzt hat das nur drei Haken. Ich habe mich da gestern bei der ganzen Geschichte schlau gemacht: Leitfaden Mustersanierung 2017 - der erste Haken ist, du brauchst einen Diplom Ingenieur und du brauchst Zeit, mindestens ein halbes Jahr, dass du irgendwie zu einer Förderung kommst, das ist der erste Haken, meiner Meinung nach.

Der Zweite ist, dass es eine Mindestinvestitionssumme von 35.000 Euro notwendig macht, damit man das überhaupt auslösen kann. Gedeckelt ist das sowieso mit zwei Millionen Euro und nicht mehr, österreichweit - aber in Ordnung, dann kommen wieder andere Förderungen ins Spiel. Nur, das verkompliziert die ganze Geschichte noch mehr.

Der größte Haken aber an der ganzen Geschichte ist folgender bei der Mustersanierung 2017: Die Periode lauft ganz genau von April 2017, vom 28.04. bis exakt genau heute, 17 Uhr und dann ist das vorbei, mit dieser Förderung da.

Wir kommen jetzt zum Antrag, den der Landtag hier beschließen soll:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die nachhaltige ökonomische soziale gerechte und ökologische Entwicklung des Burgenlandes weiterhin am Landesentwicklungsplanprogramm 2011 auszurichten und bestmöglichst voranzutreiben.

Das ist auch in Ordnung, auch gut und schön, aber 2011 - jetzt haben wir 2017, 2018 - vielleicht könnten wir auch etwas evaluieren und etwas neu machen.

Den Burgenländischen Handwerkerbonus nach Maßgabe vorhandener Budgetmittel weiterzuführen und auszubauen. - das ist eine super Aktion gewesen, da gibt es gar nichts, aber das betrifft Null die Kommunen. Das ist rein nur für Privathäuser, nicht für Kommunen. Die Umsetzung der Ziele der Gesamtverkehrsstrategie Burgenland weiter zu verfolgen und besonderes Augenmerk auf die Umsetzung „Direkte Verbindung in die Zentren“ mit den Maßnahmen „Verbesserung der Erreichbarkeit von Wien, Eisenstadt und Graz aus dem Südburgenland“ zu legen, sowie alle Pendler weiterhin bestmöglich zu unterstützen.

Das ist auch in Ordnung und super, keine Frage, aber das hat nichts mit uns, mit unserem Antrag zu tun, mit den Kommunen zu tun - tut mir leid. Das ist nicht das, was wir hier mit dem Antrag eigentlich bezwecken wollten.

Zusammenfassend muss ich sagen, geht unser LBL-Antrag aber in die Richtung, dass wir als Land Burgenland eine Musterregion werden könnten, ein landesweites

kommunales Vorzeigeprojekt entwickeln könnten und über diese Fördermittel, die seitens der EU hier gemacht werden, zusätzlich das Land unterstützen könnten.

Weil schlussendlich kommt das ja wieder der Landesregierung und den Vertretern der Landesregierung hier zu Gute und auch die können es sich wieder auf die Fahnen heften. Also, wir seitens der LBL sind hier gerne bereit, mitzuhelfen und zu unterstützen. Aber was diesen Abänderungsantrag betrifft, für mich eigentlich ein eigener Antrag, muss ich sagen, tut es mir leid.

Ich habe in der letzten Zeit gehört, wir haben so oft ja sehr brav immer mitgestimmt bei allen Anträgen, bei den meisten Anträgen der Landesregierung hier mitgestimmt, es tut mir leid, aber bei diesem Antrag können wir nicht mitgehen, weil der hat absolut nichts mit unserem Antrag zu tun.

Wie gesagt, ich wiederhole mich gerne, sollte hier jemand Hilfe benötigen, wir würden hier gerne unterstützen. Danke*. (Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Vielen Dank, Erstens, für den Antrag liebe Kollegen.

Zweitens, kann ich mich voll inhaltlich eigentlich nur den Worten vom Kollegen Hutter anschließen. Der Abänderungsantrag ist uns ja im Laufe der ganzen Landtagsperiode schon öfter untergekommen, in immer wieder abgewandelter Form, jedes Mal wenn die GRÜNEN einen Klimaschutzantrag machen, wird der wieder aus der Schublade gezogen, ein bisschen abgeändert und dann ist das der neue Abänderungsantrag.

Warum ist es so wichtig, was in diesem Antrag steht? Wir haben ja selber einen ähnlichen Antrag schon gehabt, da ging es um die Sanierung vor allem eben von Gebäuden, die im Eigentum oder zumindest im ausgelagerten Eigentum des Landes stehen. Erstens einmal, natürlich aus Gründen des Klimaschutzes. Wir haben uns ja praktisch dazu verpflichtet, Co2 einzusparen.

Zweitens, weil man heute weiß, dass jeder Förder-Euro, der in thermische Sanierung geht, praktisch um das bis zu Dreifache wieder zurückkommt, weil er so viel mehr an Investitionen auslöst. Drittens, wir schaffen damit Arbeitsplätze und zwar sind das meistens, wenn wir in der Gemeinde etwas machen, jeder von Euch wird das wissen, dann sind das meistens ja regionale Arbeitsplätze.

Viertens, gibt es heute günstige Modelle des Congratings, wo man nicht so viel Geld in die Hand nehmen muss, kurzfristig zumindest nicht, um diese Maßnahmen zu setzen. Das heißt, es gibt hier Möglichkeiten einer günstigen Finanzierung, wo zum Beispiel obwohl ich jetzt Heizkosten einspare, ich den Betrag weiter zahle, wie ich ihn immer gezahlt habe für die Heizkosten und so zahle ich praktisch den Kredit zurück.

Wir haben Gebäude und ich muss leider einmal mehr das Beispiel der Mittelschule in Rudersdorf bringen, die sind eine wahre Katastrophe, das sind wirklich Gebäude, wo wir die Wärme beim Fenster und beim Dach hinaus heizen, noch dazu mit Strom. Noch dazu wo die Schüler und Schülerinnen und auch das Personal, die Lehrer und Lehrerinnen in den Räumen, in weiten Teilen des Jahres, keine klimatisierten Räume zur Verfügung haben, die eine gescheite Arbeit möglich machen.

Im Winter muss so stark geheizt werden, weil das ganze System so alt ist, dass es nicht gescheit reguliert werden kann, dass man teilweise die Fenster aufmachen muss, um die Zuvielwärme wieder loszuwerden.

Im Sommer stehen die mit Schweißperlen auf der Stirn da, weil die Glasflächen, die riesigen, von außen nicht beschattet werden können, von einer Kühlung kann dort sowieso keine Rede sein. Hier wird Co2 verursacht, hier wird Energie verschwendet, hier wird Geld beim Fenster rausgeheizt. Und ich bin sicher, es gibt mehrere solche Gebäude. Das heißt, was wäre sinnvoll?

Man schaut sich gemeinsam an, welche Gebäude haben wir im Burgenland, die einer dringenden Sanierung bedürfen. Schaut sich an, was kostet das? Schaut sich an, welche Fördertöpfe können wir da bedienen, beziehungsweise benutzen und dann versucht man das, das kann ja ruhig bei paar Jahre dauern, Stück für Stück umzusetzen.

Ich verstehe diesen Abänderungsantrag, glaube ich, mindestens genau so wenig wie der Kollege Hutter. Ich verstehe nicht, warum man hier nicht endlich was macht, weil es eigentlich kein einziges Argument gibt, das gegen solche Maßnahmen spricht.

Ich verstehe auch nicht, warum man nicht hier gemeinsam mit den Gemeinden, es sind ja oft Gebäude, die im Eigentum der Gemeinde sind, sich zusammenzusetzen kann und eine vernünftige Lösung bringt und damit auch den Gemeinden langfristig Kostenfaktoren abnimmt, weil langfristig rentiert sich das Ganze ja.

Es kann jeder, nicht jeder, - nicht jeder ist Energieberater, aber Leute die sich damit auskennen, können das ausrechnen und dann sieht man auch, in wieviel Jahren hat sich das rentiert und das funktioniert. Es gibt ja genug Beispiele, es ist ja nichts, was wir jetzt hier neu erfinden. Es gibt ja Gott sei Dank auch Beispiele im Burgenland, wo das auch schon passiert ist, aber das ist zu wenig.

Es ist dringend gefordert, diesem Antrag oder einem ähnlichen in Zukunft endlich zuzustimmen und nicht mit einem komischen Fertigantrag, den Ihr schon lange in der Schublade habt, immer wieder abändert und dann aus der Schublade zieht, um damit praktisch einen vernünftigen Antrag hier, eigentlich muss man sagen, lächerlich macht.

Wir werden daher natürlich auch dem Abänderungsantrag nicht zustimmen, er hat mit dem ursprünglichen Antrag eigentlich nichts zu tun. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN, der LBL und des Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, jetzt macht Ihr wieder einen Abänderer.)*

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Uns liegt hier ein Antrag der Abgeordneten Kölly und Hutter betreffend ressourcenschonende Alternativenergieversorgung von Kommunalgebäuden, sowie von Kommunen ausgelagerten Betriebsstätten für Neubau beziehungsweise Sanierung vor.

Dazu möchte ich vorerst einmal sagen, das Burgenland ist schon jetzt auf diesem Gebiet ein Vorzeigebundesland. Es gibt im Rahmen der Wohnbauförderung für die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Energie, für die Bereitstellung von Raumwärme und Wasser, auf Basis Erneuerbarer Energie, und zur Einsparung von Energie sowie anderen elementaren Ressourcen einen nicht rückzahlbaren Zuschuss.

Bei Ein- und Zweifamilienhäusern in Höhe von 30 Prozent der anfallenden anrechenbaren Kosten, bei Anlagen, die mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden, ebenso bei Anlagen, die mit nicht erneuerbaren Energieträgern, aber mit besonders energiesparenden Technologien ausgestattet sind.

Darunter fallen Förderungen für Wärmepumpen, Solaranlagen, für Warmwasserbereitung, Heizungswärmepumpen, Biomassezentralheizungen, Photovoltaikanlagen, und so weiter. Durch die Förderung von Photovoltaikanlagen schafft zum Beispiel der Klima- und Energiefonds attraktive Anreize für eine umwelt- und klimafreundliche Stromversorgung. Weiters unterstützt auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung Investitionen zur Förderung der Verringerung von CO2-Emmissionen.

Das Burgenland hat hier bereits durch den Handwerkerbonus ein starkes Zeichen gesetzt. Dadurch wurde die Sanierung von Wohngebäuden angekurbelt und neben dem wirtschaftlichen Aspekt auch ein wesentlicher Beitrag zur Energieeinsparung geleistet. Der Handwerkerbonus wird auch in Zukunft nach Maßgabe vorhandener Budgetmittel weitergeführt und ausgebaut werden.

Zusammenfassend und abschließend kann man sagen, das Burgenland ist bereits jetzt auf einem sehr guten Weg und wird auch in Zukunft alles dazu tun, unsere Umwelt zu entlasten. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heizöle und Kohle gehören zu den CO2-intensivsten Energieträgern weltweit. Sie tragen massiv zum Treibhauseffekt und zur Klimaerwärmung bei. Es braucht daher dringend, die Vorredner haben es gesagt, gezielte Maßnahmen, um den Einsatz von Alternativanlagen zu erhöhen. Und ich kann sagen, Oberwart ist einmal mehr Vorreiter in Sachen alternativer Energieanlagen. Das neu sanierte Rathaus wird mit einer Luftwärmepumpe geheizt, die durch einen Gaskessel unterstützt wird.

Auf dem Carport im Hof des Rathauses haben wir Photovoltaik-Module mit einer Leistung von 30 kW installiert. Der Strom wird zum Großteil für den Betrieb im Rathaus verwendet.

Ein Modell wie Oberwart zeigt, was auch in anderen Gemeinden möglich ist. Wichtig ist es, dass die Gemeinden und die Städte im Burgenland eine Vorreiterrolle in Sachen erneuerbare Energie einnehmen. So schaffen wir das Bewusstsein, dass auch die Bevölkerung auf andere nicht fossile Energieformen umstellt.

Natürlich haben alternative Energieanlagen einen Preis, kostet alles was. Es gibt eine Förderung für alternative Energieanlagen, die ist jedoch viel zu gering, da die Höchstfördergrenze sehr niedrig gehalten wird. Die Volkspartei Burgenland fordert eine Erhöhung der prozentuellen Förderung pro Anlage sowie eine Erhöhung der Höchstförderungsgrenze für alternative Energieanlagen. Damit auch die Gemeinden und die Städte im Burgenland diesem Trend folgen beziehungsweise sogar Vorreiter sein können, müssen wir sie dabei unterstützen.

Die Volkspartei schlägt einmal mehr vor die Landesumlage, die den Gemeinden im Burgenland abgezwickt wird und im Landesbudget verschwindet, effektiv für die Gemeinden zu nutzen. Wir wollen mit diesem Geld die nächsten Jahre den Gemeinden

bei der Umstellung von fossilen Energieträgern auf alternative Energieanlagen helfen. Dazu wollen wir mit einem Teil des Geldes besondere Projekte, die den Bereich Nachhaltigkeit und Energieeffizienz beinhalten, gezielt fördern. Der Kollege Hutter hat es bereits angesprochen, er müsste so eine Art Vorzeigeprojekt gemacht werden.

Herr Kollege Hutter, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann zum Beispiel sagen ein gutes Beispiel ist, das Energiespeicherprojekt das derzeit in der Region Oberwart und Stegersbach umgesetzt wird, gemeinsam mit der Energiekompass GmbH und dem Klima- und Energiefonds, die dieses Projekt in den nächsten drei Jahren mit 800.000 Euro fördern.

Damit wollen wir das Südburgenland zur europäischen Vorzeigeregion auf dem Gebiet der vernetzten erneuerbaren Energiespeicherung entwickeln.

Im Rahmen des Projektes „Urbaner Speichercluster Südburgenland“ soll eine Kombination mit innovativen Tarif- und Bürgerbeteiligungsmodellen der Testbetrieb eines Energiemanagementsystems entwickelt werden. Das soll Gemeinde, Speichertechnik, Nutzer und E-Ladestationen beinhalten. Durch das Projekt soll eine Nutzung von regional vorhandenen Energieflexibilitäten im Kleinverbrauchersegment ermöglicht werden. Das ist ein Vorzeigeprojekt, wie Du es gerade angesprochen hast, und sollte auch in den anderen Gemeinden umgesetzt werden.

Wir bringen daher einen Abänderungsantrag ein. Die Beschlussformel lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Förderungen von Alternativenergieanlagen von 30 Prozent auf 50 Prozent der anfallenden Gesamtkosten je Anlage zu erhöhen;
- die maximal mögliche Förderhöhe je Alternativanlage deutlich zu erhöhen;
- den Umstieg von Heizung mit flüssigen und festen fossilen Brennstoffen auf Alternativenergieanlagen mit einem weiteren Bonus zu fördern;
- die Förderung von Alternativenergieanlagen in Kommunalgebäuden durch eine Zweckbindung der Landesumlage zu finanzieren.

Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Rosner übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag des Herrn Landtagsabgeordneten Georg Rosner ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen werden wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich persönlich ist die Energieerzeugung ein wichtiges Thema. Ein wichtiges Thema als fraktioneller Bereichssprecher, aber auch als Bürgermeister.

Wir kennen auch die Entwicklung in unserem Land Burgenland im Bereich der Energiegewinnung, in der Energieerzeugung und vor allem in der erneuerbaren Energie. Wir wissen alle, wo wir in unserem Land vor 20 Jahren gestanden sind, wenn es darum gegangen ist, Energie zu erzeugen. Das war im Prinzip gegen Null.

Wir wissen aber heute, wo wir heute stehen, nicht nur bundesweit, sondern *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weltweit.)* europaweit. Eine Region, die sich sicherlich in der Champions League wiederfindet.

Aber für mich ist nicht nur die Frage, wie erzeugen wir Energie, sondern vor allem wie gehen wir mit Energie um? Wir wissen, dass ein stetiger Anstieg von Energie, von Stromverbrauch ist und das auch weltweit.

In welche Richtung bewegen wir uns? Wo führt uns die Zukunft hin? Wie gehen wir in weiterer Folge mit CO_2-Ausstoß um, mit der Klimaerwärmung, mit dem Treibhauseffekt und vor allem auch mit dem Klimawandel?

Ich darf auch unsere, meine Gemeinde Olbendorf in Bezug von Energieerzeugung und mit Energie hier als Beispiel nennen.

Vor fünf Jahren haben wir in unserer Gemeinde eine Photovoltaikanlage errichtet, um hier den Kindergarten und auch die Schule damit jetzt zu versorgen. Natürlich haben wir diese Zählerpunkte zusammengelegt, um hier vor allem die Energie, die hier selbst erzeugt wird, in der Schule und im Kindergarten zu verbrauchen und den Überschuss dann ins öffentliche Netz einzuspeisen.

Diese Photovoltaikanlage wurde damals vor fünf Jahren über die Dorferneuerung unterstützt und gefördert. In weiterer Folge gab es dann auch eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Feuerwehrhauses und gleichzeitig auch eine Photovoltaikanlage auf dem Bau- und Wirtschaftshof im Bereich kleiner als fünf Kilowatt-Peak.

Hier wurden landesweit von 2013 bis 2016 über 80 Gemeinden, auch seitens des Landes, seitens des Herrn Landeshauptmannes mit Bedarfszuweisungen, diese Photovoltaikanlagen auch unterstützt, mit einer Gesamtsumme von 850.000 Euro vom Jahr 2013 bis 2016.

Auch in unserer Gemeinde - und ich bin darüber sehr froh, dass wir hier diesen Beschluss im Gemeinderat gefasst haben. Es wurde auch eine Baum- und Strauch- sowie eine Grünschnittdeponie errichtet, die auch von den Menschen und von der Bevölkerung sehr gut angenommen wird.

Ich bin überzeugt, dass zukünftig in unseren Gemeinden kein Weg vorbeiführt, um hier diese Verwertung von biogenen Abfällen in dieser Form auch zu errichten.

Wir sind auch gerade dabei, ein Bürgerbeteiligungsprojekt, Photovoltaik-Bürgerbeteiligungsprojekt, in unserer Gemeinde umzusetzen. Diese sämtlichen Projekte wurden hier unterstützt, begleitet von der Klima- und Modellregion Golf- und Thermenregion Stegersbach. Und diese sämtlichen Projekte wurden sehr erfolgreich umgesetzt.

Gegründet wurde diese Modellregion 2013 und ist jetzt aktuell in der Weiterführungsphase, in der ersten Weiterführungsphase, acht Gemeinden in der Region aus den Bezirken Oberwart und Güssing. Es gibt, wie Sie sicherlich wissen, insgesamt in Österreich 91 Modellregionen mit 811 Gemeinden.

Aktuell in unserem Land, im Burgenland, gibt es sechs Modellregionen mit insgesamt 55 Gemeinden. Langfristige Vision dieser Klima- und Modellregionen ist natürlich der 100-prozentige Ausstieg aus fossiler Energie, eine saubere Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Wasser und auch aus der Bioenergie und natürlich auch eine gemeinsame Umsetzung von regionalen und nachhaltigen Projekten, der Bürgermeister aus Oberwart hat es gerade vorher angesprochen, wo sich hier zwei Modellregionen, die Modellregion Klima- und Energiemodellregion Stegersbach, Golf- und

Thermenregion und die Region hier übergreifend Oberwart, wo auch zukünftig ein Pilotprojekt hier entwickelt wird und in dieser Form auch umgesetzt wird.

Ich darf mich vor allem beim verantwortlichen und zuständigen Leiter dieser Modellregion, beim Ing. Andreas Schneemann, recht herzlich bedanken, der mit Fachwissen und mit sehr viel Engagement diese Energie- und Klimaregionen in dieser Form führt und diese auch umsetzt. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das Thema Energiepolitik und Kommunalpolitik ist ein ganz wichtiges, weil gerade die Gemeinden, und viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sitzen ja auch im Landtag, die Vorbilder sind für viele Private.

Und so, wie das der Herr Abgeordnete Sodl bereits betont hat, habe ich damals als Regierungsmitglied diese Photovoltaikaktion gestartet, die dann Nachahmung gefunden hat, und ich habe doch sehr viele Gemeinden über die Bedarfszuweisungen, aber auch über den Fonds für Arbeit und Wirtschaft unterstützen dürfen. Damals sind diese ersten Photovoltaikanlagen geschaffen worden.

Zum Beispiel macht das einen Sinn, wenn man bei Kläranlagen eine Photovoltaikanlage errichtet. Warum? Weil Kläranlagen brauchen irrsinnig viel Strom und die Sonne produziert aber diesen Strom den ganzen Tag und man kann sich da sehr viel ersparen.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir diese Aktion akkordiert fortführen könnten. Daher finde ich es für sinnvoll, dass zum Beispiel die Förderung von Alternativenergieanlagen von 30 auf 50 Prozent der Gesamtkosten angehoben werden. Das ist wirklich dann ein Anreiz für viele Gemeinden, damit sie hier umstellen. Und wenn das Gemeinden tun, dann werden das Private noch in größerem Ausmaß tun.

Ich bin auch dafür, dass wir darüber diskutieren, ob wir nicht einen Teil der Landesumlage dafür verwenden, Bedarfszuweisen, Fonds für Arbeit und Wirtschaft, Landesumlage. Also wenn man möchte, haben wir genug Möglichkeiten, diese Aktivitäten der Gemeinden zu fördern.

Ich möchte aber, weil ich sonst keine Möglichkeit dazu habe, auch auf etwas eingehen, nämlich auf eine Anfrage an den Herrn Tschürtz über das Feuerwehrwesen.

Und die Freiheit nehme ich mir jetzt als Abgeordneter heraus, nachdem der Herr Tschürtz wieder einmal die Unwahrheit gesagt und fachlich und sachlich unrichtig informiert hat.

Er hat nämlich auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Wiesler gemeint, dass im Feuerwehrgesetz nun endlich verankert wird eine Mindestrichtlinie, was den Mannschaftsstand und die Ausrüstung der Feuerwehren betrifft, dass das jetzt quasi verankert wird.

Ich möchte Ihnen nur sagen - und er hat mir ja die Frage nicht beantwortet -, das gibt es bereits seit 1998. Schade, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter jetzt nicht da ist - ich möchte ganz kurz nur darauf eingehen. Es sind neben den allgemeinen, auch besondere Kriterien jetzt schon verankert - seit 1998!

Nämlich: Der Mannschaftsstand, die Mindestausstattung hängt ab von der Bevölkerungsstruktur, Siedlungsform, Bebauungshöhe, verkehrsmäßiger Aufschließung, Wasserversorgung, besondere Projekte, ob ein Krankenhaus dabei ist, ob Gewerbegebiet dabei ist, größere Gewässer, größere Gefahren, Hauptverkehrswege, und, und, und.

Dann gibt es eine Einteilung der Feuerwehren in Klassen, ja, von der Klasse 1 bis zur Klasse, Ausrüstungsklasse, 7G, und dann gibt es dazu einen Mindestmannschaftsstand und dann eine Mindestausrüstung.

Das bedeutet, wenn jemand in die Klasse 1 oder 2 fällt, dann stehen ihm die und die Fahrzeuge zur Verfügung. Schafft eine Feuerwehr ein höheres Fahrzeug an, bekommt sie vom Land keine Subventionen.

Also, das, was der Herr Tschürtz da plausibel erklären hat wollen, dass das jetzt im Feuerwehrgesetz verankert wird, weil man das vorher nicht konnte, ist eigentlich Unfug, weil es diese Richtlinie bereits seit 1998 gibt.

Ich werde dem Herrn Tschürtz diese Richtlinie zum Studium der Literatur auf seinen Platz legen. Vielleicht kann er sich als Landesfeuerwehrreferent besser einlesen in seine Materie, immerhin hat er jetzt zweieinhalb Jahre Zeit gehabt, und im Übrigen hat er auch meine Anfrage nicht beantwortet. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns einig, dass der Klimawandel auch im regionalen Bereich gestoppt werden muss. Wir sind uns einig, dass der CO_2-Ausstoß verringert, wenn nicht quasi zurückgeführt werden muss, am besten unter null. Wir sind uns einig, dass die Kommunen, wie es mein Vorredner auch gesagt hat und alle Vorredner angesprochen haben, im Prinzip davon ausgehen, dass die Kommunen Vorreiter in dieser Angelegenheit sind und das in verschiedener Hinsicht, deren Bürgerinnen und Bürger als Leitmotiv und als Leitbild dienen sollen.

Es gibt und das muss man zugestehen, das hat der Kollege Steindl jetzt auch angesprochen, seit Jahren im Bereich des Klimaschutzes Aktionen, die öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, um eben den Bedarf an sogenannter alternativer Möglichkeit zur Wärmeerzeugung, zur Stromerzeugung und zu anderen Gegebenheiten einzusetzen.

Wir sind heute zutiefst davon überzeugt, dass der Strombedarf auf Zukunft gesehen steigen wird und dass es immer stärker notwendig wird, nicht nur auf dem Zustand, den wir erreicht haben, zu verharren, sondern zukünftig noch stärker zu betonen, dass wir klimaschutztechnische Maßnahmen setzen und den Anspruch der Dekarbonisierung eigentlich vorantreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben von einer Vorrednerin gehört, dass wir ein Beispiel, jetzt nicht auf den Klimaschutz bezogen und auf den Einsatz von alternativen Energien zum Beispiel im kommunalen Bereich, sondern in der Abrechnung, in der verwaltungstechnischen Umsetzung ein Beispiel gehabt haben von Summe 2.000.000 Euro, Zeitrahmen 28. April bis 19. Oktober. Und dass sie sich darüber beklagt hat, dass die bürokratische Situation und der bürokratische Umstand eigentlich alle sogenannte Freude an der Investition hemme.

Das gilt jetzt nicht nur für das ESF-Programm, das gilt für verschiedenste Bereiche, im Speziellen auch für Umsetzungen im Amt der Burgenländischen Landesregierung. Da

bitte ich Sie nur jeden Häuslbauer zu fragen, welchen Hürdenlauf er im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung zu absolvieren hat. Im Speziellen dann auch bei der Abrechnung und bei der Zurverfügungstellung auf die 30 Prozent im Fördersinne auf alternative Energien. Also wir können diesen Umstand der bürokratischen Hürdensituation auf alle Bereiche münzen, und das ist nicht auf Europa und auf europäische Gelder allein bezogen, nicht auf nationale, auf österreichische Gelder bezogen, sondern das gilt auch für die Umsetzung in den regionalen Bereichen in den einzelnen Bundesländern.

Im Prinzip, und jetzt komme ich auf den Antrag zurück, im Prinzip ist dieser Antrag mehr als begrüßenswert, im Speziellen, wo er ansetzt, dass er Neubauten in der Ausstattung meint und dass er Sanierungsmaßnahmen meint, die dann entsprechend auch die Möglichkeit bieten sollten, sich als öffentlicher Träger öffentlicher Gelder im Zuschusssinne zu bedienen und damit die eigentliche alternative Energievoraussetzung voranzutreiben.

Wir haben auch Beispiele in verschiedenster Hinsicht gehört, wo es jetzt über Jahre versucht wurde, zum Beispiel im Antriebsbereich, im Verkehrssinne, wo es versucht wurde, im Speichersinne, wo es in anderen Bereichen die Versuche gegeben hat, beispielhaft zu wirken. Wir müssen aber davon ausgehen, dass das alles noch zu wenig ist.

Wenn es jetzt Beispiele dafür gibt, quasi durch den ÖVP-Abänderungsantrag die Landesumlage dafür herzunehmen, sie zu binden und die alternative Ausstattung im öffentlichen Bereich, sprich speziell in den Gemeinden zu unterstützen, diesen Betrag auf 50 Prozent zu steigern, dann muss man auch die Wahrheit im Sinne des Mittels der sogenannten Kostenschere irgendwie berücksichtigen. Wir alle wissen, dass zum Beispiel Photovoltaik zur Stromerzeugung über die letzten Jahre immer billiger geworden ist.

Deswegen hat es auch im Zusammenhang mit der Förderschiene Senkungen gegeben. Das ist ja logisch, ich fördere nicht über einen bestimmten Punkt hinaus, wo an sich das Betriebsmittel zum Einsatz für den Klimaschutz günstiger geworden ist. Genauso gilt es für andere Bereiche, dass ich hier ein dosiertes Maß einsetzen muss, um zu gewissen Inhalten zu kommen.

Wenn wir, was ich vorher am Beispiel auch angeführt habe, den Klimafonds und andere bundesstaatliche Einrichtungen zur Förderung der Klimaschutzmaßnahmen hernehme, dann gibt es nicht umsonst nicht nur den bürokratischen Aufwand und die zeitlichen Begrenzungen bezogen auf die Möglichkeit des Ausschöpfens von Klimaschutzgeldern, weil im Endeffekt das Geld dazu fehlt, um es so einzusetzen, dass alle befriedigt werden können.

Das gleiche Beispiel gilt auch für das Amt der Burgenländischen Landesregierung. Auch hier muss man zur Kenntnis nehmen, dass es im Speziellen auch in der Umsetzung gewisse Einschränkungen gibt, die im Endeffekt jetzt den Anspruch haben, dass sie nicht ausreichen, alle Möglichkeiten zu setzen.

Wir müssen aber eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen und dem Ausbau von alternativen Energieanlagen zur Kenntnis nehmen, inzwischen gibt es zum Beispiel auf Windkraft deutsche Modellrechnungen und auch praktische Umsetzung, wo null öffentliches Geld eingesetzt wird. Wo es einen Investitionszuschuss gibt und nicht in der Abhängigkeit anschließend die Situation, dass über den Stromkreis quasi die Umsetzung auf die sogenannte Rentabilität von Windkraftanlagen gerechnet wird. Wir alle sind uns bewusst, dass wir für den Einsatz von alternativen Stromerzeugungsanlagen zum Beispiel das Leitungsnetz brauchen.

Wir in Österreich haben es noch immer nicht geschafft, dass der Ringschluss in vollwertiger Form über das Salzburger Territorium gelungen ist. Das heißt, wir haben es noch immer nicht geschafft, dass wir eine Ringleitung haben. Wir reden von Speichersituationen, wir haben es aber in der Umsetzung noch immer nicht geschafft, Windkraft vor Ort in dem Sinne auch dort nutzen zu können, wenn es gebraucht wird und wenn es in der Überproduktion nicht abgeleitet werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genauso gilt es Rücksicht darauf zu nehmen, dass ich gewisse Investitionen zum Beispiel im kommunalen Bereich, und ich erinnere an die LED-Leuchten und die Beleuchtungsmaßnahmen in den einzelnen Gemeinden, sehr wohl über ein sogenanntes Energie-Contracting auch finanzieren kann. Das heißt, ich nehme praktisch kein Geld in die Hand, wenn ich den Austausch von Leuchtmitteln und Leuchtformen auf die öffentlichen Anlagen vornehme, weil es sich nämlich rechnet und im Endeffekt über die Sparnisse beim Stromverbrauch auch die Rückzahlung auf die Umsetzung dieser Leistungen im alternativen Sinne funktioniert.

Das heißt, mein Gebot heute in der Darstellung und in der Diskussion geht nicht darum, dass wir auf öffentliche Gelder verzichten können bei der sogenannten Neuinstallierung und bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahme in der Bereitung von alternativen Energien. Wir sollten aber eines uns vor Augen halten, es ist nicht möglich, über einen bestimmten Anspruch hinaus diese Förderungen zu gewähren. Wir sollten damit haushalten und wir sollten immer darauf Bedacht nehmen, dass ich auch in eigenkreativer Gestaltung Möglichkeiten habe, diese Klimaschutzziele zu verfolgen.

Ich bin ein Gegner der Lizitation, noch einmal drauf und noch einmal drauf im Sinne von „wir müssen noch die Förderquoten erhöhen“. Wir sollten in der Möglichkeit auch darauf Bedacht nehmen, dass der einzelne Haushalt zum Beispiel im Abnahmesinne von Strom inzwischen österreichweit mit ungefähr 120, 130 Euro belastet wird. Das heißt, jeder Bezieher im Haushaltssinne auf Strom- und alternative Anlagen zahlt einen Ökostromzuschlag, der sich in dieser Größenordnung niederschlägt.

Jede weitere Maßnahme in der Umsetzung erhöht damit eigentlich die Belastung des Haushaltes. Also dahingehend sollten wir immer wieder auf Rücksichtnahme setzen. Auf der anderen Seite, ich bin dafür, und noch einmal zu dem Antrag, ich bin dafür, dass speziell im kommunalen Bereich nicht nur im Sinne von Vorzeigen, sondern im Ersparnissinne für alle Bürgerinnen und Bürger der Stromverbrauch beziehungsweise andere Energieformen eingeschränkt werden, dass die im Sinne ersetzt werden in der Umsetzung durch alternative Energieleistungen.

Nur sollten wir uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht darauf berufen, dass das alles finanziell bedeckt werden kann durch die öffentliche Hand, weil der Schluss durchaus zulässig und gerechtfertigt ist, dass damit eigentlich wieder der einzelne Haushalt und damit jede Bürgerin, jeder Bürger belastet wird.

Das heißt, wir führen hier einen Spagat, wir setzen hier einen Spagat um, der die Rechnung durchaus für jeden erschließen lässt. Wir sind alle, glaube ich, dafür, dass im Endeffekt eine klimaschutzrelevante Politik gemacht wird, die berücksichtigt, dass sie gefördert werden muss, im Sinne der Einsatzformen. Im Speziellen in den Anfängen, dass sie aber zu einem gewissen Zeitpunkt erstens, sich selbst finanzieren kann, zweitens, dass sie nicht den Bedarf an Förderzusagen in extremer Form umsetzen kann.

Das sollte eigentlich Zielpunkt vernünftiger Politik sein, wo alle Maßnahmen berücksichtigt werden, aber im Grunde genommen der einzelne Bürger, die einzelne Bürgerin nicht überfordert wird. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Rosner eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die nachhaltige, sozial gerechte, ökonomische und ökologische Entwicklung des Burgenlandes ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

7. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1051) betreffend Klimaschutz und Raumordnung (Zahl 21 - 738) (Beilage 1062)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zum 7. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1051, betreffend Klimaschutz und Raumordnung, Zahl 21 - 738, Beilage 1062.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz und Raumordnung in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. Oktober 2017, beraten.

Ich habe einen Abänderungsantrag gestellt, dieser wurde mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller mit Einbezug des Abänderungsantrages die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Berichterstatterin.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Es geht in erster Linie in diesem Antrag einmal mehr wieder um die Flächenversiegelung. Ich habe Ihnen hier die Tabelle mitgenommen, die Entwicklung seit 2001 bis 2014 in dieser Tabelle, wie stark Boden in Österreich versiegelt wird, natürlich damit auch im Burgenland. *(Der Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller zeigt eine Grafik.)* Es gibt zwar einen kleinen Abwärtstrend in den letzten zwei, drei Jahren, aber wie man sieht, es gibt immer wieder kleine Auf und Ab. Leider ist das nicht einer klugen, vorausschauenden Bodenpolitik beziehungsweise Raumordnung geschuldet, sondern gewissen Auf und Ab, die es immer wieder gibt.

Warum das so wichtig ist, möchte ich an einem kleinen Beispiel zeigen.

Jeder kann sich ungefähr 200 Liter Wasser vorstellen, das ist im normalen Vorstellungsbereich leicht vorzustellen. So viel Wasser speichert ein Quadratmeter Boden. Natürlich auszugehen von gesundem Boden, der nicht versiegelt ist. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass wir zurzeit österreichweit 14,7 Hektar pro Tag versiegeln und wir jetzt aufgrund einfacher Berechnung von zehn Hektar pro Tag ausgehen, dann sind das sage und schreibe 7,3 Milliarden Liter Wasser, die dieser Boden nicht mehr aufnehmen kann.

Jetzt können wir uns ungefähr vorstellen, was bei einem Starkregen passiert, wenn wir so weitermachen wie bisher. Uns fehlt der Boden allein für die wichtige Funktion des Versickerns und Aufnahme des Wassers. Es gibt inzwischen österreichweit jede Menge Initiativen, Gott sei Dank, allem voraus das Umweltbundesamt und die Hagelversicherung, die immer wieder mit Plakataktionen, Pressekonferenzen und Ähnlichem darauf hinweisen, welch schädliche Wirkung die Bodenversiegelung hat für unser Leben, für unsere Natur, für unsere Umwelt, für den Klimaschutz, für den Wasserhaushalt des Bodens und Ähnliches.

Auch die Bundesregierung hat das schon 2002 für so wichtig genommen, dass sie in der Strategie für nachhaltige Entwicklung sich ein Ziel für das Jahr 2010 gesetzt hat. 2010 war geplant, die Versiegelung pro Jahr nur mehr auf 2,5 Hektar zu verringern. Sieht man hier sehr schön in der Tabelle. Der Strich unten - da sollten wir eigentlich sein. Wir sind Jahr für Jahr weit darüber. Auch natürlich im Burgenland. Der Versiegelungsgrad ist seit 2001 um 43.000 Hektar gestiegen. Im Jahr 2016 lag er bereits bei 230.000 Hektar.

230.000 Hektar ist fast die Fläche von Vorarlberg. Heuer wurde von der erwähnten Hagelversicherung ein offener Brief an die politischen Entscheidungsträger geschrieben. Ganz kurz. Darin steht, „Deshalb fordern wir Sie als politische EntscheidungsträgerInnen auf, stoppen Sie den rasanten Bodenverbrauch. Die tägliche Neuverbauung muss, wie schon 2002 festgelegt, auf zweieinhalb Hektar pro Tag reduziert werden, et cetera, et cetera“.

Unterschrieben haben den unter anderem Leute, die auch wissen, was das bedeuten muss, wie der Rektor der Universität für Bodenkultur, der Generalstabschef des Bundesheeres, der Präsident des Versicherungsverbandes Österreich, Dr. Franz Fischer, der Präsident des Europäischen Forums von Alpbach, Dr. Markus Hengstschläger und, und, und. Tobias Moretti sei hier noch erwähnt. Viele, viele andere und natürlich auch Privatpersonen.

Das heißt, man sieht, dieses Problem ist letztendlich auch in der Gesellschaft angekommen. Sie werden ähnlich wie ich viel im Burgenland - gerade jetzt während der beiden Wahlen - unterwegs gewesen sein, und jeder kann sich selbst davon ein Bild machen, man braucht gar nicht weit fahren. Man braucht nur Richtung Autobahn hier in Eisenstadt fahren, gleich nach dem großen Merkur wird wieder Bodenversiegelung im

großen Maßstab betrieben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da waren die GRÜNEN aber beim Beschluss dabei!)*

Haben wir groß kritisiert, diese Entscheidungen. Ähnliches passiert landauf, landab. Außerhalb der Zentren wird gebaut, innerhalb der Zentren veröden teilweise die Geschäfte. Wichtig ist vielleicht noch hinzuzufügen, was heißt das, wenn wir so viel Boden verbrauchen. Vor allem wenn wir weiterhin so viel Boden verbrachen und danach schaut es aus, denn es gibt keine gescheite Strategie. Vor allem keine Strategie, an die wir uns halten, die hier irgendwie auch nur versucht dagegen zu wirken.

Wir verlieren jährlich 0,5 Prozent der Agrarflächen. Das heißt, in 200 Jahren haben wir fast gar keine Agrarflächen mehr. Auch hier ein Bild, Ackerfläche pro Kopf seit 1950 um ein Drittel reduziert. Das heißt, genau die Flächen, die wir eigentlich in Zukunft noch mehr brauchen werden, weil wir ja vom Plastik auch wegkommen wollen, weil wir erneuerbare Energie auch teilweise anbauen werden und wollen und natürlich auch weil wir für die Lebensmittelproduktion Boden brauchen.

Wir haben in Österreich mit 1,8 Quadratmetern die höchste Supermarktfläche pro Kopf. Italien hat einen, Frankreich 1,2 Quadratmeter.

Österreich hat mit 15 Metern pro Kopf eines der dichtesten Straßennetze. Zum Vergleich Deutschland 7,9, die Schweiz 8,1 Meter pro Kopf. In den letzten 50 Jahren wurden bereits 300.000 Hektar Felder und Wiesen verbraucht, so viel wie die gesamte Ackerfläche Oberösterreichs.

1950 standen eben 2.400 Quadratmeter Ackerfläche pro Kopf zur Verfügung, heute sind es nur noch 1.600. Was noch dazu kommt, ist, dass wir auf vielen Ackerflächen leider heute Lebensmittel produzieren, die letztendlich dann gar nicht dorthin kommen, wo sie hingehören, nämlich in unsere Mägen. Fast 40 Prozent der Lebensmittel sind ungenutzt, verbleiben gleich am Acker, weil sie zu klein sind oder der Form nicht entsprechen, beziehungsweise werden im Geschäft oder letztendlich im Haushalt vernichtet.

Die Flächeninanspruchnahme in Österreich, habe ich gerade gesagt, sind etwa 14,6 Hektar, umgerechnet, damit man sich das vorstellen kann, 24 Fußballfelder pro Tag. Was bedeutet das jetzt neben den Punkten, die ich bereits aufgezählt habe? Verlust der Produktivität habe ich schon gesagt. Eine Gefährdung der biologischen Vielfalt. Das ist jetzt gerade wieder ganz stark Thema, dass die flugfähigen Insekten ganz stark zurückgegangen sind. Es gab eine zuerst sehr umstrittene Untersuchung in Deutschland, die sogar in Nationalschutzflächen die Insekten seit 1989 gezählt hat. Sie haben in den Sommern einen Rückgang von 80 Prozent.

Das ist zwar nicht sehr wissenschaftlich, aber ich glaube, jeder wird das selber aus den Kinder- und Jugendtagen kennen, die Autoscheiben der Eltern mussten eigentlich wesentlich öfter wie heute gereinigt werden, weil wir viel mehr Insekten auf den Windschutzscheiben hatten. Heute sieht man auch daran, dass das ganz stark zurückgeht. Jetzt kann man sagen, naja Insekten, kleine Lebewesen, die sind zwar recht hübsch, aber da geht es auf der einen Seite um Bestäubung und auf der anderen Seite um einen wesentlichen Teil der Biologie unseres Landes.

Da hängen ja eben, wie gesagt, die Pflanzen dran, da hängen höhere Lebewesen dran, unsere Vogelwelt, die zum Beispiel Insekten frisst. Am ersten Beispiel mit den 200 Liter Wasser pro Quadratmeter habe ich gezeigt, dass wir da natürlich ein riesiges Hochwasserproblem schaffen werden. Wir geben jetzt schon sehr viel Geld aus für Hochwasserschutzbauten. Wir werden dafür, wenn wir so weitermachen, wesentlich mehr

Geld brauchen. Hohe Versiegelungsdichten in hochwassergefährdeten Siedlungen erhöhen die Gefahr von Überschwemmungen natürlich ganz maßgeblich.

Im Zuge der Klimaveränderung kommt es ohnehin immer mehr zu Starkregenereignissen, wodurch die Kosten, die diese Überschwemmungen auch verursachen, natürlich auch wesentlich höher sind. Ein weiteres Problem ist der Verlust der Staubbildung. Böden, die Pflanzen, Bäume beherbergen, binden gerade in den Zeiten, wo wir mit einer hohen Feinstaubbelastung konfrontiert sind, Winter, wenn der Schotter auch noch liegt, große Mengen an Feinstaub.

Das fällt natürlich auch weg, wenn diese Böden wegfallen. Was wäre notwendig? Die GRÜNEN haben in Salzburg gemeinsam mit anderen Parteien gezeigt, was möglich ist. In Salzburg gibt es ein neues Raumordnungsgesetz das - eigentlich muss man sagen - ein Meilenstein ist. Da heißt, neues Bauland gibt es nur mehr befristet. Widmungen werden auf den Zeitraum von zehn Jahren befristet.

Wenn innerhalb der zehn Jahre nicht bebaut wird, tritt die vorher festgesetzte Folgewidmung, also meistens „Grünland“, automatisch wieder in Kraft. Es gibt darüber hinaus Infrastrukturbereitstellungsbeiträge. Durch die Nichtbebauung bereits gewidmeter Baugrundstücke entstehen dennoch Kosten für die Gemeinden. Beispielsweise für die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen wie Kanal, Wasser, Beleuchtung, letztendlich auch die Schneeräumung. Darum wird zur Mobilisierung bestehenden Baulandes für die Grundeigentümer ab Inkrafttreten der Novelle - sie tritt mit Beginn nächsten Jahres in Kraft - eine Fünfjahresfrist für die Bebauung eingeführt und eben ein Infrastrukturbeitrag eingehoben.

Weiters werden in der Novelle massive Maßnahmen gegen die Zersiedelung vorgesehen. Bauten wie Fachmarktzentren, Supermärkte und Ähnlichem auf der grünen Wiese außerhalb von den Orten sind praktisch nicht mehr möglich. Die Stärkung der Ortskerne sowie die Neuerung von Großhandelsbetrieben und was auch ganz wesentlich ist, wir haben große Mengen an leerstehenden Flächen. Ein Beispiel Siegendorf, wo die alte Fabrik steht und daneben wieder neuer Boden aufgeschlossen beziehungsweise versiegelt wird.

Auch hier wird in Salzburg in Zukunft anders vorgegangen. Weiters, was im Burgenland vielleicht ein bisschen weniger, aber in manchen Gemeinden auch sehr stark auffällt, aber in Salzburg natürlich besonders, sind die Zweitwohnsitze. Gemeinden mit einem hohen Anteil an Nichthauptwohnsitzen, die Salzburger haben hier mehr als 16 Prozent vorgegeben, werden als Zweitwohnsitz-Beschränkungsgemeinden ausgewiesen.

Von den 119 Salzburger Gemeinden fallen mehr als die Hälfte, 82 Gemeinden, in diese Regelung. Zukünftig ist in diesen Gemeinden die Zweitwohnnutzung ausschließlich in gewidmeten Zweitwohngebieten zulässig. Ansonsten können, abgesehen von den im Regionalentwicklungsgesetz definierten Ausnahmen, nur mehr Hauptwohnsitze begründet werden. Weiters wird es in Salzburg Gestaltungsbeiräte geben, die die Gemeinden hier beraten.

Die Beibeziehung dieser Gestaltungsbeiräte ist praktisch Pflicht und soll hier auch die Qualität der Planung wesentlich verbessern und unterstützen.

Räumliche Entwicklungskonzepte haben wir zum Teil auch schon im Burgenland. Das Salzburger Konzept wird diese noch verstärken und verpflichtend machen. Weiters, auch das fordern wir seit langem, wir brauchen überörtliche Planung. Es kann nicht sein, dass jede Gemeinde für sich selber denkt, für sich selber schaut, dass sie Zuzug beziehungsweise auch Firmen, Supermärkte, Fachmarktzentren bekommt, sondern hier

soll überregional vorgegangen werden, überlegt, geplant werden. Letztendlich wird es auch notwendig sein, die Einnahmen, die die Gemeinden dafür lukrieren, mit einem anderen Schlüssel auf die ganze Region beziehungsweise auf mehrere Gemeinden aufzuteilen.

Gesunder Boden ist ein wesentlicher Teil unseres Wirtschaftens, unseres Lebens, unseres Tourismus. Wenn wir gesunden Boden weiterhin so zerstören, werden wir uns die Grundlagen für Tourismus, für Lebensmittelerzeugung und für viele andere Bereiche selbst entziehen. Das darf nicht sein. Deshalb braucht es ganz dringend eine neue Raumordnung und ein Konzept, wie dieser Entwicklung, die wirklich besorgniserregend ist, Einhalt geboten wird und zwar möglichst rasch.

Wir haben fast 2018, wir wissen über die Problematik seit langem, die GRÜNEN weisen, nicht nur die GRÜNEN, sondern das Umweltbundesamt, die Hagelversicherung, viele Experten und Expertinnen, weisen auf die Problematik lange hin. Wenn ich mit Menschen spreche, sehen sie auch diese Probleme. Ich glaube, dass auch hier unter der Kollegen- und Kolleginnenschaft viele dieses Problem erkennen.

Es wird Zeit, dass wir das nicht nur erkennen, sondern wirklich maßgeblich hier neue Rahmenbedingungen schaffen, damit wir letztendlich diesen Boden nicht weiter so stark verlieren.

Auf den Abänderungsantrag möchte ich gar nicht eingehen, er führt sich eigentlich ad absurdum, ähnlich wie beim vorigen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Herbstzeit ist Erntezeit. Besonders der heurige Monat Oktober war ein sehr erfolgreicher für uns als ÖVP: bei den Gemeinderats-, Bürgermeister- und Nationalratswahlen wesentlich dazugewonnen.

Herbstzeit ist aber auch die Zeit des Dankens. Deshalb einen herzlichen Dank an alle Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für die Gemeinderats-, Bürgermeister- und Nationalratswahlen zur Verfügung gestellt haben. *(Beifall bei der ÖVP und der LBL)*

In diesem Zusammenhang wünsche ich mir jenen Stil im Landesparlament, der in vielen Gemeinden unseres Landes gepflegt wird: gegenseitige Achtung, Transparenz und vor allem Respekt gegenüber Andersdenkenden.

Ein Umdenken ist auch im Umgang mit der natürlichen Ressource „Boden“ notwendig. Vieles hat Kollege Spitzmüller schon erwähnt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, gibt es in nicht einmal 200 Jahren keine Agrarflächen mehr in Österreich.

Die Konsequenz wäre, dass die Versorgungssicherheit mit österreichischen Lebensmitteln gefährdet ist. Weiters nehmen durch die Versiegelung Überschwemmungsschäden zu. Österreich ist im Bereich Bodenverbrauch Europameister im negativen Sinne. 0,5 Prozent der Ackerflächen werden durch Verbauung pro Jahr aus der Produktion genommen.

Allein im Burgenland gehen laut Klimabündnis Österreich 2,2 bis 2,3 Hektar Boden jeden Tag verloren. Gleichzeitig hat Österreich mittlerweile einen Rekord an leerstehenden Immobilien. Laut Bundesamt sind es 50.000 Hektar. Diese

Ungleichgewichte müssen deshalb so schnell wie möglich geändert werden. Ein zentraler Aspekt zum rücksichtsvollen Umgang mit der natürlichen Ressource „Boden“ ist die Revitalisierung alter Wirtschaftsgebäude und Ortskerne. Der Bestand brachliegender Industrieflächen und Gewerbegebiete steigt jährlich, wie bereits ebenfalls vom Kollegen Spitzmüller erwähnt.

Ein wesentlicher Anteil des Bodenbedarfs könnte mit diesen Flächen gedeckt werden. Die Revitalisierung der Ortskerne ist eine klare Maßnahme gegen die Zersiedelung des Landes und wird bereits in einigen Ortschaften aktiv umgesetzt. Wichtig dabei ist die Innenentwicklung, also Umnutzung und Sanierung vorhandener Gebäude, denn innerörtliche Sanierungsobjekte sparen Baulandressourcen und Infrastrukturkosten.

Diese Situation erfordert jedoch eine Neuausrichtung von Raumordnung beziehungsweise Raumplanung, Baurecht und Wohnbauförderung, mit dem Ziel, Flächen zu sparen und den Bodenverbrauch zu beschränken. Es braucht geeignete rechtliche Grundlagen, um die bessere Nutzung von bestehenden und bebauten Flächen zu ermöglichen.

So wird zum Beispiel im Masterplan des Landwirtschaftsministeriums die leichtere Umwidmung von Bauernhöfen in Mehrfamilienhäuser als Beispiel genannt. So lässt sich einerseits dem hohen Bodenverbrauch entgegenwirken und andererseits leistbarer Wohnraum im ländlichen Raum schaffen.

Auch die gewerbliche Nutzung von landwirtschaftlichen Gebäuden soll gefördert werden. Die Wohnbauförderung ist gegenwertig stark auf den Neubau von Wohnraum fokussiert, neue Wohnformen und die sinnvolle Nutzung von besiedelten Flächen sind bei der Wohnbauförderung künftig verstärkt zu berücksichtigen.

Es gibt diesbezüglich in den Gemeinden einige positive Beispiele. So wurden in den Gemeinden Bocksdorf und Ollersdorf die Flächen der ehemaligen Gasthäuser für den Bau von Wohnungen im Ortskern verwendet.

Oder in Güssing, hat die Eisenstädter Wohnbaugesellschaft für die Errichtung einer betreubaren Wohnanlage, ebenfalls im Zentrum, einen Anerkennungspreis der burgenländischen Dorferneuerung erhalten.

In meiner Heimatgemeinde Bildein haben wir dieses Jahr den Flächenwidmungsplan neu beschlossen und auch Bauland wieder zu landwirtschaftlichen Flächen rückgewidmet. So wollen wir schneller die Baulücken im Ortsgebiet schließen beziehungsweise das Bauen im Ortskern forcieren.

Bürgermeisterkollegen und -kolleginnen werden es bestätigen. Bei Erschließung von Grundstücken haben besonders kleine Gemeinden mit enormen Infrastrukturkosten wie Wasser, Kanal, Strom und so weiter, zu kämpfen.

Deshalb unser Abänderungsantrag. Der Landtag hat beschlossen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

die Raumordnung zu harmonisieren und zu vereinfachen;

eine Vereinfachung und Weiterentwicklung des Baurechts umzusetzen;

eine Strategie für die Revitalisierung der Ortskerne als Maßnahme gegen die Zersiedelung des Landes zu erarbeiten;

ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr abzugeben, da dieser boden- und klimaschonend ist.

Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Walter Temmel, Kollegin und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kollegen! Ich habe jetzt wirklich sehr aufmerksam Ihren Worten gelauscht, Herr Kollege Temmel. Ich weiß nicht, wo Sie die Wohnbauförderung hindert, dass alte Gasthäuser in Wohnungen umgebaut werden. Das ist mir jetzt unverständlich. Also ich glaube, es kommt natürlich immer schon darauf an, welche Wertschätzung die jeweilige Gemeinde mit ihrem Ortskern vorhat und was sie machen will.

Wenn ich jetzt ein bisschen zurückgreifen darf zur Fragestunde, dann ist vom Herrn Landeshauptmann heute schon sehr intensiv über die Wohnbauförderung erzählt worden, dass es eine Ortskernförderung gibt mit 10.000 Euro, dass die Sanierung höher ist wie ein Neubau.

Herr Kollege Temmel, ich verstehe auch Sie nicht, Herr Abgeordneter von den GRÜNEN, warum Sie ständig irgendetwas krankjammern. Wenn wir bestehende Gesetze haben, die man ganz einfach nur umsetzen muss. Wenn sich halt der eine oder andere Bürgermeister in seiner Gemeinde dann auch einmal durchsetzen muss, um zu sagen, es gibt keine Neuaufschließung. Das muss man ja nicht, niemand im Land verpflichtet Sie dazu. Das ist Ihre Entscheidung als Bürgermeisterin oder Bürgermeister. Sie jammern auf der einen Seite, dass die Infrastruktur der kleinen Gemeinden sehr viel Geld kostet. Es sagt niemand, dass das gemacht werden muss. Sie sagen, bei Aufschließungen ist es so, dass es der Gemeinde Geld kostet. Also wenn es Aufschließungen gibt, meine Herren, ich verstehe nicht, wie Sie hier dieses Jammern darbringen können. Ich kann Ihnen sagen, von vielen Kolleginnen und Kollegen, die Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister sind, gibt es Aufschließungsgebiete nurmehr mit Bauzwang. Also das heißt, das ist ja alles schon da. Jetzt rede ich nur von den Erfahrungen, die man als Bürgermeister macht.

Also bitte, sagen wir nicht, irgendeine Landesregierung ist schuld oder irgendein Bund ist schuld. Das ist schon ein Ermessen der jeweiligen Leitung einer Gemeinde, wo ich aufschließe, wieviel ich aufschließe, und ich kann jetzt schon rückwidmen. Also daher verstehe ich diese Jammerei nicht. Aber das kennen wir ja, es ist ja modern, wenn man jammert.

Auch wenn Sie die Ernte eingefahren haben, sind Sie anscheinend noch immer nicht zufrieden oder setzen sich mit den bestehenden Gesetzen nicht auseinander, Herr Kollege Temmel.

Jetzt möchte ich nur noch darauf hinweisen, wenn Sie sagen, es wird zu viel verbaut, ja, wir kennen alle die Problematik und gerade das Land Burgenland ist sich dessen auch bewusst und wir, die wir hier im Landtag sitzen, samt der Landesregierung, weiß natürlich, dass es über alle Gesetze hinweg, der Naturschutz und der Bodenschutz wichtig ist. Uns ist das auch sehr bewusst, und es gibt ja im Burgenland seit 2011 den Landesentwicklungsplan sozusagen.

Natürlich, ich muss sagen, es wird halt nicht alles von heute auf morgen umgesetzt, ja, das gibt es. Und wenn ich nur aus dem Landesentwicklungsplan kurz zitieren darf, unter dem Punkt 192 - da steht genau drinnen, was mit der Bodenversiegelung passieren soll. Da steht genau drinnen, dass hochwertige Landwirtschaft nicht wirklich verbaut werden soll und dass man sie bewahren soll. (*Abg. Wolfgang Spitzmüller: Was ist passiert?)*

Jetzt frage ich Sie, wer schuld ist, wenn man das nicht umsetzt. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich habe nicht die Schuldfrage gestellt.)* Wenn jeder das ernst nimmt, was wir als bestehendes Gesetz haben, dann müsste das greifen. Ich kann Ihnen sagen, wo ich verantwortlich bin, in Mattersburg, schauen wir sehr darauf, dass wir das Bauland nicht weiterentwickeln, sondern wir versuchen sehr hartnäckig und auch mit Geld in die Hand zu nehmen, Baulücken innerhalb der Stadt zu schließen. Das funktioniert sehr gut, die Bevölkerung ist zufrieden, und ich befinde mich im gesetzlichen Rahmen.

Also, alles ist möglich, man muss sich nur ein bisschen kreativ damit auseinandersetzen, vor Ort in den Gemeinden.

Dann das Nächste mit der Zersiedelung habe ich schon gesagt, also es wird niemand gezwungen und unter Punkt 2, 6 und 4 steht das auch genau drinnen, dass diese Zersiedelung letztendlich vermieden werden soll. Es ist auch das Raumplanungsgesetz geändert worden, wo man genau auf Boden- und Klimaschutz das auch wiederfindet.

Liebe Leute, man muss nur tun. Man muss nur das tun, was jetzt eigentlich schon auf Papier steht, wo man sich jetzt schon wirklich daran halten kann, und man soll nicht immer die Schuld bei anderen suchen.

Hinblicklich ganz einfach bei den Einkaufszentren. Es ist auch klar im Landesentwicklungsplan, wo Einkaufszentren entstehen können. Es ist genau drinnen beschrieben, welchen Bedarf es sein muss, ob es Lebensmittel sind, ob es andere Verkaufsflächen sind, also das steht alles da. Ich sehe nicht ein, dass man immer wieder etwas Neues fordert, wenn man sich an den Altbestand nicht hält.

Ich glaube, gerade das Burgenland beweist in vieler Hinsicht, dass Umweltschutz, dass uns Klimaschutz und natürlich auch Bodenschutz - da gebe ich Ihnen völlig Recht, dass es natürlich wichtig ist und dass wir darauf achten.

Aber ich darf Sie natürlich auch darum ersuchen, oder fast bitten würde ich meinen, dass jede Fraktion, und ich bin im Raumplanungsbeirat, die eigenen Bürgermeister auch einmal zur Verantwortung zieht und nicht, wenn der Raumplanungsbeirat das eine oder andere dann ablehnt, dass es einen politischen Aufschrei gibt, warum es gerade in meiner Gemeinde nicht funktioniert. Also dann muss man natürlich auch bei der Wahrheit bleiben und sagen, wenn uns die Dinge so wichtig sind - und davon bin ich überzeugt -, dann sollten wir auch danach leben. *(Abg. Walter Temmel: Wir sind nicht dabei.)*

Meine Erkenntnis ist, dass es von Seiten des Raumplanungsbeirates im Prinzip hier gutes Handwerkzeug gibt, um die Dinge zu regeln. Man muss sich nur selber in der eigenen Gemeinde einen Riegel vorschieben und wahrscheinlich wirklich sehr achtsam damit umgehen, wo es neue Aufschließungsgebiete gibt.

Ich kann nur von unserer Gemeinde Mattersburg berichten. Wir tun das sehr wohl und haben einen Bauzwang. Es ist auch so, dass wir auch schon Rückwidmungen gemacht haben. Das ist auch schon in mehreren Gemeinden passiert. Ich glaube, man muss nur so dieses Verständnis auch bei der Bevölkerung mit Diskussionen, mit viel reden, mit wirklich unserer Natur auch dafür sorgen, dass es in den Gemeinden ganz

einfach schwerpunktmäßig eine Besetzung für diesen Bodenschutz gibt. Dann bin ich davon überzeugt, dass das auch funktionieren wird.

Ich finde es auch ganz wichtig, dass natürlich jeder dazu beitragen kann, dass Informationsveranstaltungen wichtig sind, die bei uns im Land auch schon passieren, dass es Energiemodellregionen gibt, die heute auch schon geschildert worden sind.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir sollten uns nur wirklich an diese Vorgaben, die wir uns alle gemeinsam auch aufgelegt haben, leben und das auch ernst nehmen.

Daher bin ich für meinen Antrag, den ich im Vorfeld vorgelesen habe. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Temmel eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dies ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag der Frau Berichterstatterin abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Klimaschutz ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

8. Punkt: Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Gerhard Hutter (Beilage 1050) gemäß Art. 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 - 737) (Beilage 1063)

Präsident Christian Illedits: Der 8. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Gerhard Hutter, Beilage 1050, gemäß Art. 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz, Zahl 21 - 737, Beilage 1063.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Klubobmann.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss hat das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Gerhard Hutter gemäß Art. 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz in seiner dritten Sitzung am Mittwoch, dem 4. Oktober 2017, beraten.

Der Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Dem Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption vom 7. September 2017, Aktenzeichen 10 St 2/17h, um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Gerhard Hutter gemäß Art. 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz wird die Zustimmung erteilt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier gar nichts zum Inhalt jetzt der Vorlage machen, nur ich muss diesen Tagesordnungspunkt schon zum Anlass nehmen, um auf zwei Sachen hinzuweisen.

Das eine ist, wir haben immer wieder solche Fragen, wo es darum geht, wer hat jetzt wo, wen noch eine Bedarfszuweisung zugeordnet oder nicht. Ich möchte darauf hinweisen, dass es ganz dringend nötig ist, dass wir in diesem Land endlich Transparenz schaffen. Jeder Steuereuro muss erklärt werden. Dann kann es auch nicht passieren, dass irgendjemand von Intransparenz reden muss.

Eine zweite Sache, auf die ich hinweisen möchte, ist: Wir haben hier in der Schrift der Staatsanwaltschaft einen Hinweis auf einen Paragraphen. Da geht es um Vorteilsannahme zur Beeinflussung.

Ich möchte darauf hinweisen, überall dort, wo jemand einen Vorteil annimmt, muss auch irgendjemand sein, der etwas gegeben hat. Auch das bitte sollten wir uns ganz genau anschauen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist uns zu diesem Tagesordnungspunkt in der Vergangenheit jetzt zumindest in unserem Büro zur Tagesordnung ein Satz dabei gestanden, dass es Usus ist im Landtag, zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Reden. Okay, jetzt gibt es eine, dann darf ich mich vielleicht als Betroffener auch kurz melden.

Ich fordere Euch auf, für die Aufhebung dieser Immunität zu stimmen. Es ist selbstverständlich. Ich habe mir auch nichts vorzuwerfen, in keinster Weise.

Ich leite die Geschicke der Gemeinde Bad Sauerbrunn seit 15 Jahren, und ich bemühe mich dort, und ich reiße mir dort im wahrsten Sinne des Wortes den … *(Abg. Gerhard Hutter macht eine Sprechpause)* auf, und aufgrund des letzten Wahlergebnisses werde ich das auch für die nächsten fünf Jahre tun. Sie können sich sicher sein, dass ich auch in den nächsten fünf Jahren mit bestem Wissen und Gewissen für die Kurgemeinde und für die Region Rosalia arbeiten werde.

Ich habe mir nichts vorzuwerfen. Daher fordere ich Sie nochmals auf, alle dafür zu stimmen. Danke. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hätten wir eh gemacht. -Allgemeiner Beifall)*

Präsident Christian Illedits: Es liegt nun keine Wortmeldung mehr vor, daher lasse ich über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dem Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption vom 7. September 2017, Aktenzeichen 10 St 2/17h, um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Gerhard Hutter gemäß Art. 24 Abs. 3 des Bgld. Landesverfassungsgesetzes wird somit einstimmig die Zustimmung erteilt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 16. November 2017, vorgesehen ist.

Außerdem findet am 16. November 2017 im Anschluss an die erste Sitzung eine zweite Sitzung, nämlich die Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, statt.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 15 Uhr in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 14 Uhr 50 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 31. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 16.11.2017

10.02 Uhr - 17.20 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Ergänzungswahl in den Landes-Rechnungshofausschuss und in die ständigen Ausschüsse;
3. Wahl eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes in den Bundesrat;
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2017);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landessanitätsratsgesetz 2005 geändert wird (Landessanitätsratsgesetz-Novelle 2017);
6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2017);
7. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots zugestimmt wird;
8. Beschlussantrag, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2016 zur Kenntnis genommen wird;
9. Prüfungsergebnis Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landesrechnungshofes betreffend Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland, insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen;
10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Verleihung eines Burgenländischen Integrationspreises;
11. Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Manfred Kölly gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4871)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 153 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrätin Verena Dunst betreffend Weiterentwicklung des Projektes „Genussakademie“
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 4874)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4875 u. S. 4876), Wolfgang S o d l (S. 4877), Walter T e m m e l (S. 4878)

Anfrage Nr. 156 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Pilotprojekt “Akutordination” in Oberwart
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4879)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4881 u. S. 4881), Günter K o v a c s (S. 4882), Georg R o s n e r (S. 4883)

Anfrage Nr. 154 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Anpassung der Regelungen über die Schifffahrt auf burgenländischen Seen
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 4883)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4884 u. S. 4885)

Anfrage Nr. 157 des Abgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Verena Dunst betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der burgenländischen Nutztierhalter in Folge von Tierseuchen
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 4886)
Zusatzfrage: Walter T e m m e l (S. 4888 u. S. 4888), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4889), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 4890)

Anfrage Nr. 158 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrätin Verena Dunst betreffend Beschwerden von Jagdpächtern
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 4891)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4893 u. S. 4893), Wolfgang S o d l (S. 4894), Karin S t a m p f e l (S. 4895), Walter T e m m e l (S. 4896)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1071), mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 751) (Beilage 1094);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 4899)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 4899), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4900), Günter K o v a c s (S. 4902), Gerhard S t e i e r (S. 4903) und Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4906),
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4909)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1072), mit dem das Burgenländische Landessanitätsratsgesetz 2005 geändert wird (Landessanitätsratsgesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 752) (Beilage 1095);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 4909)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4910)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1067), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 747) (Beilage 1096);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 4910)
Redner: Mag. Johann R i c h t e r (S. 4911), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4912), Doris P r o h a s k a (S. 4914), Gerhard S t e i e r (S. 4918) und Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4920)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4924)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1070), mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots zugestimmt wird (Zahl 21 - 750) (Beilage 1097);
Berichterstatterin: Edith S a c k (S. 4925)
Redner: Géza M o l n a r (S. 4925), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 4926), Edith S a c k (S. 4928), Doris P r o h a s k a (S. 4930), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4930) und Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4932)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4933)

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1056), mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2016 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 743) (Beilage 1098);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 4933)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4933), Manfred H a i d i n g e r (S. 4937), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4939), Werner F r i e d l (S. 4943), Mag.a Regina P e t r i k (S. 4944), Gerhard S t e i e r (S. 4944)
Annahme des Beschlussantrages (S. 4946)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Errichtung der Bahnschleife Eisenstadt (Zahl 21 - 777) (Beilage 1105)
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas S t e i n e r (S. 4947)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 4950), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4952), Géza M o l n á r (S. 4956), Robert H e r g o v i c h (S. 4958), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 4962), Gerhard S t e i e r (S. 4966), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 4969), Robert H e r g o v i c h (S. 4971), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4972), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 4972)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 4973)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über das Prüfungsergebnis Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landesrechnungshofes (Beilage 1074) betreffend Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland, insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen (Zahl 21 - 754) (Beilage 1099);
Berichterstatter: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4973)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 4973), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4977), Géza M o l n á r (S. 4978), Markus U l r a m (S. 4979), Dr. Peter R e z a r (S. 4981)
Annahme des Prüfungsergebnisses des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 4983)

Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1079) betreffend Verleihung eines Burgenländischen Integrationspreises (Zahl 21 - 759) (Beilage 1100);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 4983)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 4983), Manfred H a i d i n g e r (S. 4986), Patrik F a z e k a s (S. 4987), Mag. Christian D r o b i t s (S. 4988), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 4990), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4991), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4992), Manfred K ö l l y (S. 4993), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 4994), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 4994), Mag. Christian D r o b i t s (S. 4995)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 4995)

Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Manfred Kölly (Beilage 1069) gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 - 749) (Beilage 1101);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 4995)
Annahme der Zustimmung zur Verfolgung (S. 4996)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4871)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Guten Morgen.

Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen und zur 31. Sitzung des Burgenländischen Landtages willkommen heißen, auch die Besucher auf der Tribüne und die, die uns via Internet beiwohnen.

Ich e r ö f f n e die 31. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 30. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

(Nachruf für die verstorbenen Landtagsabgeordneten a.D. Rudolf Moser und Walter Fabics)

†Präsident Christian Illedits|: Sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Wir gedenken heute den ehemaligen Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag, Rudolf Moser und Walter Fabics, die jeweils im 87. Lebensjahr von uns gegangen sind.

Am Montag, dem 06. November 2017, ist Herr Landtagsabgeordneter a.D. Rudolf Moser verstorben. Rudolf Moser wurde am 06. Februar 1931 in Pöttsching geboren. Er besuchte die Volksschule in Pöttsching, anschließend die Hauptschule in Wr. Neustadt und war als Bauhilfsarbeiter tätig. Ab 1947 fungierte er als Mitglied der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter und war ab 1950 als Angestellter des ÖGB in Eisenstadt tätig.

Sechs Jahre später leitete er das Landessekretariat des ÖGB. 1959 wurde er Kammerrat. 1961 wurde er Obmann und 1975 Direktor der BGKK sowie Vorstandsmitglied der Arbeiterkammer Burgenland, wo er von 1955 bis1956 die Sozialakademie absolvierte. 1990 wurde Rudolf Moser zudem Regierungsrat.

Nicht minder intensiv wie sein beruflicher Werdegang, gestaltete sich seine politische Laufbahn. Ab 1945 war er Mitglied der Sozialistischen Jugend, ab 1949 Mitglied und auch Angestellter der SPÖ bis 1950 im Bezirk Mattersburg. 1951 bis1962 fungierte er als Landesobmann der SJ-Burgenland und war seit 1954 Mitglied des Landesparteivorstandes der SPÖ Burgenland.

Ab 1967 war er zudem als Gemeinderat und von 1972 bis1991, fast 20 Jahre lang, Bürgermeister der Marktgemeinde Pöttsching.

Rudolf Moser trat am 26. Mai 1964, in der X. Gesetzgebungsperiode, in den Burgenländischen Landtag ein. Diesem gehörte er 23 Jahre lang an – bis zum Ende der XIV. Periode im Jahr 1982.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Rudolf Moser behalten wir einen verdienstvollen Politiker und bereichernden Weggefährten in ehrender Erinnerung.

Herr Landtagsabgeordneter a. D. Walter Fabics ist am Donnerstag, dem 09. November 2017, verstorben. Walter Fabics wurde am 15. September 1931 in Wien geboren und lebte seit 1932 in Stegersbach, wo er auch die Volksschule besuchte.

Ab 1962 fungierte er als Partieführer in der örtlichen Straßenverwaltungsstelle, im Baubezirksamt Oberwart und war ab 1972 zwei Perioden lang als Kammerrat der Burgenländischen Arbeiterkammer tätig.

Walter Fabics begann bereits sehr früh sich politisch zu engagieren. Nämlich von 1945 bis1950 in der Sozialistischen Jugend in Stegersbach, anschließend als Mitkassier in der SPÖ Ortsorganisation und ab 1964 als Ortsparteiobmann. Seit 1965 war er Vorstandsmitglied des SPÖ Bezirksausschusses Güssing. 1966 zog er in den Gemeinderat ein.

Er war von 1982 bis1983 zweiter Vizebürgermeister und von 1983 bis1997, also 14 Jahre, Bürgermeister der Marktgemeinde Stegersbach. Walter Fabics wurde am 01. Oktober 1985 als Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag angelobt, diesem gehörte er bis zum 30. Oktober 1987 an.

Ihre politische Laufbahn bestritten die Abgeordneten Moser und Fabics in einer herausfordernden Zeit, die den burgenländischen Volksvertreterinnen und Volksvertretern besonders viel Engagement und persönlichen Einsatz abverlangte.

Als sie 1964 beziehungsweise 1985 in den Landtag eintraten, amtierten Hans Bögl, bis 28.6.1966, Theodor Kery, ab 28.6.1966 und Johann Sipötz, ab 30.10.1987, als Landeshauptmänner.

Das politische Burgenland dieser Jahre war geprägt vom Wissen, das Fundament für ein modernes Burgenland zu legen und von Weichenstellungen für den später eingetretenen Aufschwung des Landes. Es war eine Zeit der Grundsteinlegung und Visionen. Es waren richtungsweisende Jahre für unser heutiges Burgenland.

Die 60er- bis 80er Jahre prägten die politische Entwicklung des Burgenlandes vom Armenhaus Europas hin zur Vorzeigeregion. In vielerlei Hinsicht wurde die Basis seiner heutigen demokratischen Haltung gelegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Rudolf Moser und Walter Fabics verbindet mehr als bloße Jahreszahlen, wie etwa ihr Geburtsjahr oder das Datum ihres Austrittes aus dem Landtag. Mit ihnen würdigen wir heute zwei verdienstvolle Politiker, zwei Männer mit Idealen und Handschlagqualität, zwei Persönlichkeiten, die wertvolle Arbeit für das Burgenland und die Menschen geleistet haben.

Namens des Burgenländischen Landtages und der Bevölkerung unseres Heimatlandes bewahren wir ihnen ein ehrendes Andenken und zeigen uns mit einer Schweigeminute für diesen Einsatz dankbar.

Vielen Dank für Ihre Anteilnahme. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

†Präsident Christian Illedits|: Hohes Haus! Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl hat mit Ablauf des 06. November 2017 ihr Landtagsmandat zurückgelegt.

Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl hatte ein Landtagsmandat der Sozialdemokratischen Partei Österreichs aus dem Kreiswahlvorschlag des Wahlkreises 4 inne.

Mit Schreiben vom 09. November 2017 wurde seitens der Landeswahlbehörde mitgeteilt, dass auf das freigewordene Mandat aus dem Kreiswahlvorschlag des Wahlkreises 4 der Sozialdemokratischen Partei Österreichs Herr Peter Heger aus Horitschon mit Wirksamkeit des Tages der nächsten Landtagssitzung berufen wird.

Da der Wahlschein vorliegt und Herr Peter Heger im Hohen Hause anwesend ist, kann ich die Angelobung vornehmen. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Sehr geehrter Herr Peter Heger! Gemäß Artikel 23 der Landes-Verfassung haben Sie mit den Worten „Ich gelobe“ folgendes Gelöbnis zu leisten:

„Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Burgenland stete und volle Beachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“ Bitte Herr Heger.

Landtagsabgeordneter Peter Heger (SPÖ): Ich gelobe!

Präsident Christian Illedits|: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Heger! Ich begrüße Sie neu in diesem Hohen Haus und wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg bei Ihrer Arbeit zum Wohle unseres Heimatlandes Burgenland. *(Allgemeiner Beifall – Herr Abgeordneter Heger wird von den anwesenden Regierungsmitgliedern und Abgeordneten beglückwünscht. Danach nehmen die Anwesenden ihre Plätze wieder ein.)*

Präsident Christian Illedits|: Ich ersuche nun Herrn Schriftführer Kilian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Berichterstatter Kilian Brandstätter: Einlauf für die 31. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 16. November 2017.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf über die Höhe des Tarifs des Wohnbauförderungsbeitrages (Burgenländisches Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz - Bgld. WbfbtG) (Zahl 21 - 776) (Beilage 1104);
2. Beschlussantrag über den Nachtragsvoranschlag 2017 (Zahl 21 - 778) (Beilage 1106);
3. Gesetzentwurf über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz 2017 - Bgld. GwG 2017) (Zahl 21 - 779) (Beilage 1107);

Vom Rechnungshof sind die Berichte

1. betreffend EU-Finanzbericht 2015 (Zahl 21 - 774) (Beilage 1102);
2. betreffend Verkehrsdiensteverträge - Schiene (Zahl 21 - 775) (Beilage 1103);

eingelangt.

Von der Volksanwaltschaft ist der 34. und 35. Bericht an den Burgenländischen Landtag 2015-2016 (Zahl 21 - 764) (Beilage 1084) eingelangt.

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Errichtung der Bahnschleife Eisenstadt (Zahl 21 - 777) (Beilage 1105) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherheit für Bahnreisende (Zahl 21 - 780) (Beilage 1108);

2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Entwicklung einer „Fahrradstrategie Burgenland“ (Zahl 21 - 781) (Beilage 1109);
3. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz) geändert wird (Zahl 21 - 782) (Beilage 1110);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Verwaltung NEU denken“ (Zahl 21 - 783) (Beilage 1111);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Stare-Bekämpfung (Zahl 21 - 762) (Beilage 1082);
2. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Wohnbauförderung (Zahl 21 - 766) (Beilage 1086);
3. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Vereine (Zahl 21 - 767) (Beilage 1087);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Wohnungslosigkeit (Zahl 21 - 769) (Beilage 1089);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler betreffend Lärmschutz (Zahl 21 - 770) (Beilage 1090);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Akutordinationen (Zahl 21 - 771) (Beilage 1091);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Dienstwagen des Landesschulratspräsidenten (Zahl 21 - 772) (Beilage 1092);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend KRAGES (Zahl 21 - 773) (Beilage 1093);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 731) betreffend Stare-Bekämpfung (Zahl 21 - 761) (Beilage 1081);
2. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 741) betreffend Landesstraße 205 (Zahl 21 - 763) (Beilage 1083);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 732) betreffend KRAGES Personalausschreibung (Zahl 21 - 765) (Beilage 1085);
4. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl (Zahl 21 - 740) betreffend Sachverständige (Zahl 21 - 768) (Beilage 1088);

eingelangt.

†Präsident Christian Illedits|: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage, Zahl 21 - 778, Beilage 1106, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen, Zahl 21 - 776, Beilage 1104, und Zahl 21 - 779, Beilage 1107, sowie die Berichte des Rechnungshofes, Zahl 21 - 774, Beilage 1102, und Zahl 21 - 775, Beilage 1103, und die selbstständigen Anträge Zahl 21 - 780, Beilage 1108, und Zahl 21 - 781, Beilage 1109, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den Bericht der Volksanwaltschaft, Zahl 21 - 764, Beilage 1184, und die selbstständigen Anträge Zahl 21 - 782, Beilage 1110, und Zahl 21 - 783, Beilage 1111, weise ich dem Rechtsausschuss, zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 762, Beilage 1082, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftlichen Anfragen 21 - 766, Beilage 1086, Zahl 21 - 767, Beilage 1087, und Zahl 21 - 772, Beilage 1092, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 769, Beilage 1089, Zahl 21 - 771, Beilage 1091, und Zahl 21 - 773, Beilage 1093, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfrage 21 - 770, Beilage 1090, habe ich Herrn Landesrat Helmut Bieler

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 761, Beilage 1081, Zahl 21 - 763, Beilage 1083, Zahl 21 - 765, Beilage 1085, Zahl 21 - 768, Beilage 1088,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Des Weiteren möchte ich bekanntgeben, dass Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs die an Herrn Landesrat Helmut Bieler gerichtete mündliche Anfrage, Nr. 147 am 10. November 2017 zurückgezogen hat.

Der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Errichtung der Bahnschleife Eisenstadt, Zahl 21 - 777, Beilage 1105, wird gemäß § 24, Abs. 3 GeOLT spätestens um 15 Uhr behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56, Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

†Präsident Christian Illedits|: Wir gehen somit in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde. Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 21 Minuten mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher die Frau Abgeordnete Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben als Agrarlandesrätin das von Ihrem Vorgänger gestartete Projekt „Genussakademie“ weiterzuführen gehabt und dabei einiges umstrukturiert.

Welche Maßnahmen setzen Sie, um dieses Projekt langfristig sinnvoll zu gestalten und weiterzuentwickeln?

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Regierungskolleginnen, Regierungskollegen! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen beziehungsweise all jenen, die unsere Landtagssitzung über das Internet verfolgen, ein herzlichen Guten Morgen. Zu Ihrer Frage, Frau Abgeordnete.

Sie fragen mich, Frau Abgeordnete, wie ich die Genussakademie weiter fortführe. Zunächst einmal ist das ein Arbeitstitel für uns alle. Es ist ein Verein, der auch als Verein geführt wird und in Wirklichkeit Burgenländischer Genuss- und Agrarmarketing Verein heißt.

Um was geht es? Ich habe vor zwei Jahren, als ich als Agrarlandesrätin hier im Hohen Hause angelobt wurde, ein klares Bekenntnis für die Landwirtschaft abgegeben. Fakt ist auch, dass gerade für die Veredelung und für das Marketing der guten burgenländischen Agrarprodukte es eine Drehscheibe geben muss. Das ist die Genuss Burgenland.

Ich habe mich auch dazu bekannt, dass wir diese Genuss Burgenland, diesen Agrarmarketing Verein, auch fortführen müssen, weil er hier eine sehr wichtige Position, eine sehr wichtige Rolle einnimmt. Warum ist das notwendig?

Vielleicht einmal kurz zur Erklärung. Immer wieder, und so auch gestern beim Festakt zum Jubiläum „90 Jahre Burgenländische Landwirtschaftskammer“, wird uns vor Augen geführt, wie sehr sich die Landwirtschaft nicht nur im Burgenland, sondern auch insgesamt gesehen in Österreich und in Europa verändert hat.

Einige Zahlen dazu: wenn wir noch vor einigen Jahrzehnten, vor 30 Jahren, 40.000 Betriebe gehabt haben, vor 50 Jahren in Österreich, im Burgenland beispielsweisen, in Österreich vergleichsweise, über 80 Prozent der Menschen noch in der Landwirtschaft, im Vollerwerb, im Nebenerwerb, gearbeitet haben, dann hat sich das bis dato gänzlich verändert.

Das bedeutet, dass heute die Landwirtschaft im Burgenland ganz anders aussieht. Wir haben von diesen damaligen knapp 40.000 Betreiben nicht einmal mehr 10.000 Betriebe. Wir müssen auch vom ursprünglichen Bild der Landwirtschaft heute Abstand nehmen. Auch das habe ich dann ein Jahr später erarbeiten lassen.

Konkret geht es hier um einen Masterplan für die Landwirtschaft, der unter dem Motto „Leben am Land hat Zukunft“, erarbeitet wird. Ich freue mich, Ihnen diese Initiative vorstellen zu können.

Ende November wird die BOKU und der Verein Fibel das alles vorlegen können. Die Landwirtschaft muss sich in ihrer Produktion verändern. Wenn wir heute in der globalisierten Welt mit Milch, mit Getreide und so weiter antreten, dann wird der burgenländische Agrarproduzent in diesem Wettbewerb verlieren, weil er für sein Produkt nicht den fairen Preis bekommen kann.

Daher noch einmal: Hier ist sozusagen die Klammer zur Genussmarketing, zum Verein. Hier ist es ganz wichtig, eine Drehscheibe zu haben, nämlich, für die neue Landwirtschaft. Ich stehe dazu, denn, noch einmal, das Leben auf dem Land hat Zukunft. Weil auch die Menschen sich hier ganz anders verhalten, was Ernährung, was Genuss anbelangt und vor allem was gute Produkte und regional erzeugte Produkte anbelangt.

Hier kann ich nur sagen, die Landwirtschaft muss sich neu orientieren - nach dem, was der Konsument wirklich will, wofür der Konsument steht, wofür er einen fairen Preis bezahlt.

Daher freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass ich natürlich in den letzten zwei Jahren sehr vieles in diesem Bereich aufarbeiten konnte, dass hier die Genuss Burgenland ihre Arbeit aufnehmen kann und hier zu einem Marketingverein wird, wo es natürlich vor allem darum geht, die guten, veredelten Produkte des Burgenlandes in den Mittelpunkt zu stellen.

Hier ist es auch notwendig, an den Konsumenten, an die Konsumentin heranzutreten und dementsprechend auch für die die guten Erzeugnisse, auf die wir stolz sein können, die wir im Burgenland haben, gut zu lobbyieren.

Vergessen Sie nicht, ich habe es vorher kurz erwähnt, wie wichtig es ist, dass auch die Menschen hier ein Umdenken begonnen haben. Nämlich, dass sie sagen, was wir essen, das sind wir. Regionale Produkte sind die Gewährleistung dafür, dass wir uns auch gesund ernähren, weil wir hier die Kette der Produktion verfolgen können. Wissen, was verwendet wird. Wissen, wo beispielsweise Tiere groß werden. Wo die Produkte Obst, Gemüse und so weiter groß gezogen werden hier im Burgenland. Darauf können wir uns auch verlassen.

Daher wird die Genuss Burgenland hier ganz wichtig sein und beispielsweise natürlich auch Anknüpfungspunkte mit dem Tourismus suchen, Thermentourismus, die Genusswirte, die Schmankerlwirte, und, und.

Wesentlich wird sein, all diese Initiativen, bis hin natürlich zu den Genussregionen, miteinander zu verbinden und hier darauf zu achten, dass es eine zentrale Aufgabe wird, den Agrarsektor im Burgenland zu begleiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Landesrätin! Habe ich das jetzt richtig gehört, dass es in der Weiterentwicklung der Genuss Burgenland vor allem um die Frage des Marketings geht?

Welche Bedeutung hat denn diese große Immobilie, die mit der Genuss Burgenland verbunden ist und die ja auch als gepachtetes Objekt sehr viele Kosten verursacht?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Klar definierte Ziele für diesen Bereich sind Erstens natürlich, Marketing im engeren Sinn, sowie Sie das auch richtig erkannt haben und was für die Agrarprodukte wichtig ist.

Zweitens, natürlich geht es darum, die Location Martinsschlössl zu bespielen. Es geht darum, eigene Veranstaltungen, Fremdveranstaltungen, in dieses tolle Ambiente mit einem unglaublichen historischen Hintergrund zu bespielen, weil das natürlich so ist, dass das Land Burgenland das Martinsschlössl gepachtet hat und wir uns insgesamt, aber im Speziellen ich mich natürlich als Unterstützerin für diesen Verein, der das betreibt, sehe.

Ich möchte mich da wirklich sehr herzlich bedanken, bei allen die dort arbeiten und fungieren, dass wir gerade auch das Martinsschlössl in den Mittelpunkt stellen und sagen können, wir laden die Menschen in dieses tolle Ambiente ein.

Hier besteht die Möglichkeit, genussvolle Hochzeiten bis hin zu allen anderen Projekten im Burgenland zu verwirklichen. Ich lade deshalb hier auch wirklich alle ein, dieses Ambiente dort zu genießen und sich dort natürlich auch einzubringen. Es gibt sehr viele geplante Projekte und wir haben sehr vieles auch schon tun können.

Die Belebung des Martinsschlössel steht natürlich auch im Mittelpunkt des Vereines. Das ist mir auch sehr wichtig. Wir bieten dort vieles an und haben beispielsweise viele Nachfragen und Seminare für Firmenkunden, aber auch für Eigenveranstaltungen, wie ich vorher schon gesagt habe.

Der Verein vermietet auch Büroräumlichkeiten. Ein Bespiel: die Wein Burgenland ist dort. Wir vermieten es auch an Privatpersonen beziehungsweise Vereine und, wie ich vorher schon sagte, ist es eine unglaubliche Lokation für Hochzeiten, für Feste, für Veranstaltungen.

Es soll aber auch dazu dienen, dass das dort wirklich ein zentraler Punkt für die Produzenten und Produzentinnen und für die Veranstalter ist, wo man sich treffen und die großartigen Agrarprodukte des Burgenlandes genießen, verkochen und verkosten kann. Es gibt dort auch eine großartig eingerichtete Küche.

All das wird natürlich im Fokus der nächsten Jahre stehen. Ich stehe dazu, denn, noch einmal: Die Genuss Burgenland ist als Drehscheibe notwendig und das Martinsschlössl zu bespielen ist eine große Aufgabe für den Verein.

Ich werde den Verein dabei natürlich so gut, wie ich nur kann, natürlich unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Frau Landesrätin!

In welcher Weise wollen Sie die Landwirtschaftskammer bei der Genuss Burgenland auch finanziell in die Verantwortung mit hineinnehmen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Zunächst einmal, ich habe es vorher schon gesagt, Frau Abgeordnete, ist dort im Verein, sind dort, unter anderen auch, die Wirtschaftskammer, die Landwirtschaftskammer und so weiter Vereinsmitglieder.

Das ist sehr, sehr wichtig, dass die Vereinsmitglieder dort natürlich das mittragen und alle Vereinsmitglieder eingebunden sind, wenn es darum geht hier neu aufzusetzen und hier auch Veranstaltungen hineinzubringen.

Die Landwirtschaftskammer hat ja hier ihre Aufgabe wahrzunehmen, aber nicht nur, sondern ich habe vorher schon darauf hingewiesen, dass wir gerade in der Verknüpfung und in der Vernetzung mit dem Tourismus eine ganz, ganz große Chance haben.

Vielleicht darf ich noch ausführen - wir haben heuer wieder Rekorde zu verzeichnen bei den Nächtigungen.

Wir haben auch im Vorjahr über drei Millionen Nächtigungen im Burgenland gehabt und da ist ganz wichtig, dass wir hier in der Symbiose und da arbeite mit dem Landesrat MMag. Petschnig sehr, sehr viel zusammen, dass wir unsere Agrarprodukte den Touristen, aber natürlich auch unsere Agrarprodukte unseren burgenländischen Konsumentinnen und Konsumenten nahebringen, das geht gut.

Das Martinsschlössl funktioniert sehr gut über diesen Verein als Drehscheibe und es ist kein Zufall, dass wir dort auch die Genussbörse eingerichtet haben, dass der Verein sich einrichtet, wo wir auch versuchen hier landesnahe Betriebe, mit Produzenten aus dem Burgenland, zu haben.

Auch dort ist die Landwirtschaftskammer mit dabei, auch in der Entwicklung der Genussbörse.

Das geht natürlich nur in einem Miteinander, damit wir unsere guten Genussprodukte aus dem Burgenland noch besser in den Mittelpunkt des Verkaufs stellen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Aber zahlen muss nur das Land dort. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von Herrn Abgeordneten Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Welche Schwerpunkte wurden 2017 im Rahmen von Veranstaltungen und Projekten der Burgenländischen Genuss- und Agrarmarketing gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, wie ich schon vorher betont habe, Herr Abgeordneter, ist es so, dass wir hier vom Land Burgenland den Marketingverein unterstützen. Gerade im Jahr 2017 konnte der Verein hier die Weichenstellung einleiten.

Ich darf Sie alle darüber informieren, dass im Frühjahr durch den Vorstand eine neue Geschäftsführerin eingestellt wurde. Dem Vorstand - wie ich schon vorhin gesagt habe - gehören die Landwirtschaftskammer, die Wirtschaftskammer und eben der Burgenlandtourismus an.

Die neue Geschäftsführerin, die Frau Hütterer kommt aus dem Weinmarketing, hat hier ein Studium und sehr viele praktische Erfahrung sammeln können. Sie ist selber als ehemalige Gastronomin natürlich in dieser Szene sehr gut bewandert und vor allem gut vernetzt.

Und im Jahr 2017, um konkret auf Ihre Frage zu antworten, hat es hier bereits seitens des Vereins sehr, sehr viele Aktivitäten gegeben. Beispielsweise ging es darum eine „GenussKrone Roadshow“ in Donnerskirchen anzubieten. Die Prämierung „GenussKrone“ für die besten Produkte des Burgenlandes in den Kategorien Brot, Käse, Obst beziehungsweise Fischprodukte.

Ein weiteres war, dass wir natürlich auch die Genussbörse, ich habe sie vorher schon erwähnt, hat der Verein hier starten können.

Es hat viele Gespräche gegeben und darüber darf ich Sie informieren. Diese Gespräche habe ich selbst geführt, und *(Abg. Gerhard Steier: Das gehört nicht Ihnen.)* wir überlegen mit der Fachhochschule Burgenland einen neuen Studienlehrgang zu initiieren mit Genussprodukten und hier dann mit Genussbotschaftern.

Was mir auch ganz klar war, war, dass der Verein die Personalkosten reduzieren muss. Hier ist das Personal schon reduziert worden. Es hat viele gemeinsame Auftritte gegeben mit den Pannonischen Schmankerlwirten und Genussregionen. Auch hier, ein Danke an die Wirtschaftskammer und an die Landwirtschaftskammer.

Und was sehr, sehr viel heuer schon geleistet wurde, war, dass wir mit dem Lebensmittelhandel in Kontakt getreten sind und ich darf Ihnen mitteilen, dass es eigentlich fast keinen Tag gibt wo nicht, ob es jetzt REWE, Merkur und, und, und, viele aus dem Handel erfahrene Marketingleiter…

Präsident Christian Illedits: Zeitablauf, Frau Landesrätin

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) (*fortsetzend)*: uns im Burgenland fragen: Habt ihr diese tollen Produkte gerne? Sagen wir ja, denn wir haben sie im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wie Sie bereits erwähnt haben, hat die Genussakademie zahlreiche Kurse und Weiterbildungsmöglichkeiten an ihrem Standort in Donnerskirchen angeboten.

Wird es demnächst auch Angebote wie der Genussakademie im Landessüden geben?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Gerne würde ich Donnerskirchen, das Martinsschlössel nehmen, wenn ich es könnte, und würde es dann in das Mittel- und ins Südburgenland transportieren. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Aber Seminare. – Abg. Walter Temmel: Seminare.)* Das wird sich auf Grund der baulichen Maßnahmen nicht möglich machen.

Aber wozu ich stehe und da gibt es ja in vielen anderen Bundesländern, da da gibt es ja auch Beispiele. Mein Vorzeigebeispiel ist wahrscheinlich, nicht meines alleine, sondern ihres hier in Südtirol, als eine der Destinationen sehr schnell und vor 20 Jahren schon in Genuss eingestiegen, hat hier auch eine Dachmarke kreiert.

Und dort, wie bei anderen Beispielen, kann man lernen, dass es natürlich zwar einen Mittelpunkt braucht, wo beispielsweise eben Personal arbeitet. Aber Genuss Burgenland kann nicht zentralisiert, nicht nur auf einen Punkt fokussiert sein, sondern muss sich, und tut das auch, schon über das ganze Burgenland bewegen.

Hier ist es natürlich und das ist einer meiner Strategien als Agrarlandesrätin, ganz, ganz wichtig in der Vernetzung aller burgenländischen Produzenten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Keine Frage.)*

Ich habe noch nie einen Unterschied gemacht und ich glaube, das machen wir alle nicht, ob ein Produzent tolle Artikel produzieren kann im Süd-, Mittel- oder Nordburgenland.

Hier geht es darum, da haben wir eine große Chance über einen Onlineverkauf, das ist eine sehr, sehr große Chance, die wir auch nutzen sollten, die es teilweise auch schon in anderen Bundesländern gibt.

Das Zweite was wir auch nützen wollen, ich sage Ihnen ein Beispiel. Wenn wir heute für das eine oder andere Agrarprodukt keinen fairen Preis bekommen, dann muss man dieses Produkt veredeln. Und vor uns liegt Wien, liegt Graz, andere Städte und International können wir mit unseren Produkten dann auftreten, wenn wir diese veredeln.

Weil dann ist auch ein fairer Preis angesagt und da bin ich überzeugt, dass ich auch diesen Schritt schaffe. Die Genuss Burgenland ist hier ein wichtiger Partner für mich.

Ich bedanke mich übrigens beim Verein, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die arbeiten dort hervorragend. Dankeschön für den Einsatz. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das „Pilotprojekt Akutordination“ in Oberwart hat sich bewährt und führt zu einer Entlastung der Spitalsambulanz.

In welcher Form wird das „Pilotprojekt Akutordination“ und die Auswirkung auf die Spitalsambulanz evaluiert?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Danke einmal, dass Sie in Ihrer Anfrage schon eigentlich meine Antwort vorwegnehmen. Nämlich es hat sich bewährt dieses „Projekt Akutordination“, das haben Sie ja auch hier hineingeschrieben.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen dazu: Das Pilotprojekt läuft seit Oktober 2016 und ist befristet bis zum Ende des Jahres 2017, wobei wir jetzt derzeit schon an einer Verlängerung beziehungsweise Ausweitung arbeiten, aber nicht nur für Oberwart, sondern für das gesamte Burgenland und in Verhandlungen mit den Ärztekammern, der Gebietskrankenkasse und der KRAGES sind.

Es wurde begleitend dazu ein Lenkungsausschuss, bestehend aus dem Land eben, aus der Gebietskrankenkasse, der KRAGES und der Ärztekammer eingerichtet.

Und das Ziel dieses Projektes, das möchte ich hier noch einmal betonen und verstärken, ist die Entlastung der ambulanten und stationären Struktur des Krankenhauses zu den sogenannten Tagesrandzeiten, durch eben Umleitung, Umverteilung jener Fälle in den ambulant niedergelassenen Bereich, die die Infrastruktur eines Krankenhauses nicht benötigen.

Das ist somit eine Einrichtung die als Filter dient, für alle jene die aus medizinischer Sicht weder stationär noch spitalsambulant behandelt werden müssen und somit die Infrastruktur des Krankenhauses, in der Regel, im Regelfall nicht benötigen.

Die Ärzte in dieser Akutordination sind lediglich für die Durchführung der Erstversorgung zuständig und sie haben die Aufgabe Patientinnen und Patienten, mit nicht zeitkritischen Behandlungsbedarf, das klingt zwar sehr technisch, aber hier geht es hier sozusagen, wenn Gefahr im Verzug ist, dann ist das etwas anderes, nach einer eventuellen notwendigen Erstversorgung an den niedergelassenen Arzt für Allgemeinmedizin, oder einen niedergelassenen Facharzt weiter zu überweisen.

Ich halte das für ein gutes Projekt und Sie haben nach der Evaluierung gefragt. Im Berichtszeitraum von Oktober 2016 bis zum Montag dieser Woche wurde in Oberwart, in der Spitalsambulanz, eine Entlastung um 70 Prozent erreicht.

Also umgekehrt gesagt, nur 30 Prozent der Fälle werden in der Spitalsambulanz untersucht und teilweise im Anschluss stationär aufgenommen. Man kann also festhalten, dass das Projekt die hochgesteckten Ziele bis dato vollends erreicht hat.

Und ich möchte hier auch heute ankündigen, dass wir dieses „Projekt Akutordination“ auch ausrollen, wie das modern jetzt heißt, auf das gesamte Burgenland, auch auf die Bezirke die in einer weiteren Frage von Ihnen angesprochen worden sind, Mattersburg und Jennersdorf. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr gut.)*

Ich möchte dazusagen vielleicht, dass wir nebenbei noch eine Verhandlungsrunde auch mit den Ländern Niederösterreich, Wien und Vorarlberg haben, die die Nummer 1450 installiert haben, wo es darum geht, auch den Menschen zu ermöglichen einmal eine Ersteinschätzung ihrer Beschwerden zu bekommen.

Das funktioniert in Niederösterreich sehr gut, wir werden uns hier nicht in ein Nest legen und wir werden das auch mitfinanzieren und das ist auch eine Aufgabe der nächsten Wochen.

Ich möchte vielleicht auch die Gelegenheit nutzen um noch zu sagen, weil ja jetzt auch die neue Bundesregierung demnächst wahrscheinlich in Amt und Würden kommen wird, dass unser Zugang im Burgenland nicht der ist, dass wir Ambulanzgebühren wiedereinführen möchten. Ganz im Gegenteil, ich hoffe, dass es sich hier um eine Zeitungsente handelt.

Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, dass man Menschen, die mit Beschwerden irgendwo hinkommen, dann auch noch finanziell bestraft. Also es wäre ein Rückschritt, wenn die neue Bundesregierung diese Ambulanzgebühren durch die Hintertür wiedereinführen würde, wie im Übrigen auch den Pflegeregress, was ich auch gelesen habe.

Ich hoffe auch es handelt sich nur um eine gerüchteweise Vorgangsweise die im Zuge von Regierungsverhandlungen, ich war ja da selbst einige Male dabei, hier auch in der Öffentlichkeit so entsteht.

Aber jedenfalls von unserer Seite, von burgenländischer Seite, Nein zu der Einführung von Ambulanzgebühren und Nein zu einem neuen Pflegeregress, der wieder jene belastet, nämlich die zu Pflegenden mit dem 13. und 14. Monatsgehalt, wo man sich dann offensichtlich wieder durch die Hintertür etwas zurückholen möchte.

Aber abschließend gesagt, eine Evaluierung zeigt, dass dieses „Projekt Akutordination“, diese Umleitung gelingt. Ich möchte aber auch dazusagen, dass es am Beginn durchaus schon kritische Meldungen auch von Seiten der Ärztekammer gegeben hat, was hier die räumliche Festlegung dieser „Akutordination“ im Spital betrifft.

Mittlerweise hat sich das in Wohlgefallen aufgelöst. Die Ärztekammer wollte zuerst diese Akutordination außerhalb des Krankenhauses haben.

Ich bin der Meinung, dass dieser Weg, dieser kurze Weg, auch der kurzen örtlichen Unterschiede, nämlich von der Ambulanz wo man kurz einmal die Ersteinschätzung bekommt, dann eben zum niedergelassenen Arzt im Krankenhaus überwiesen wird, dass das ein richtiger und guter Weg ist und damit auch die Spitalsambulanzen bestens entlastet.

Ich halte dieses „Projekt Akutordination“ für gelungen und bin auch bereit es auf das gesamte Burgenland auszudehnen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Ihre Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben angemerkt, dass das Projekt sich bewährt hat und ich das schon in der Eingangsfrage feststellte. Das weiß ich aus einem Gespräch mit den Vertretern der Ärztekammer, weil Sie ja für Gespräche lange Zeit nicht zur Verfügung waren. Das ist Ihnen ja bekannt, dass Sie das ein wenig, um nicht deutlich zu sagen, hinausgezögert haben.

Meine Frage ist, ich habe jetzt die Information gehabt, rund 55 Prozent der Fälle wären sozusagen nicht in das Spital gekommen, gibt es eine externe Evaluierung, eine wissenschaftliche Evaluierung, die vielleicht auch dann der Öffentlichkeit dargelegt wird?

Das wäre meine Frage. Denn es ist schon nett, wenn man Schätzungen abgibt und für Sie jetzt hier, eine Erklärung kann natürlich niemand nachprüfen.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, ich vertraue schon den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl im Krankenhaus als auch bei der Ärztekammer. Ich bin auch durchaus bereit eine externe Evaluierung anzudenken, das ist kein Problem für mich.

Ich möchte Ihnen nur sagen, dass ich für mich schon in Anspruch nehme diese latente sozusagen Vorwurf, der stimmt nicht, ich bin im besten Einvernehmen mit der Ärztekammer, im besten Einvernehmen mit dem Präsidenten der Ärztekammer.

Wir haben erst gestern wieder ein langes Gespräch geführt, was die Zukunft auch betrifft, dass *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber einige Monate haben Sie sich verweigert.)* es hier natürlich auch unterschiedliche Interessen gibt zwischen Gebietskrankenkasse, KRAGES und Ärztekammer das ist ja klar.

Das ist ja evident, dass es hier, wenn wir alle einer Meinung immer wären, dann wären die Interessensvertretungen fehl am Platz *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da ist es um das Gespräch gegangen und nicht um die Meinung.)* und die Politik auch fehl am Platz.

Aber ich muss zurückweisen, dass es keine Gespräche mit der Ärztekammer gegeben hat, ganz im Gegenteil. Wir führen diese Gespräche auch auf anderen Ebenen weiter, auch was die Versorgung im Nachtdienst betrifft und wir werden auch in den nächsten Wochen hier zu einer Lösung kommen.

Vor allem in diesem Bereich, der von Ihnen in der Frage angesprochen worden ist, nämlich was die Ausdehnung der Akutversorgung bei Akutordination auf alle Bezirke das Burgenland betrifft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter bitte.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat, ich möchte da ganz klar sein, ich habe nicht gesagt, dass Sie nicht mit der Ärztekammer sprechen, sondern dass Sie über Monate Gesprächstermine abgesagt haben. Das ist mir so bekannt, das habe ich auch schriftlich. Das habe ich kritisiert und das haben Sie auch nicht entkräften können.

Meine klare Frage an Sie ist: Welchen Zeitplan, wenn Sie schon dieses positive Projekt auch ausrollen wollen, was wir vollinhaltlich unterstützen werden, aber mit welchem Zeitplan rechnen Sie hier?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben am 29. November die nächste Verhandlungsrunde. Ich kann den Verhandlungen nicht vorgreifen. Es gibt natürlich hier durchaus - das habe ich schon angesprochen - auch unterschiedliche Interessen, auch was die Ausfinanzierung dieses Projektes betrifft.

Aber grundsätzlich kann ich sagen, dass die Gesprächskultur und auch das aufeinander zugehen im Gegensatz, vielleicht zu Dingen die in der Vergangenheit passiert sind, was dieses Ärztezeitgesetz und so weiter betrifft, aber hervorragend ist, dass wir in diesem Bereich alle Player an einem Tisch haben.

Und ich hoffe, noch in diesem Jahr zu einer Einigung kommen und damit auch im nächsten Jahr dieses Projekt insgesamt für das ganze Burgenland auch verwirklichen zu können.

Ich bin froh, dass auch die Oppositionspartei ÖVP das so sieht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Danke. – Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von Herrn Abgeordneten Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank, Herr Präsident. Zunächst einmal Gratulation zum erfolgreichen Projekt „Pilotprojekt Akutordination“, Herr Landesrat, und nun zu meiner Frage:

Welche weiteren Maßnahmen planen Sie zur Entlastung der Spitalsambulanzen und damit zu einer Verbesserung der Versorgungsqualität im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, wir haben insgesamt natürlich jetzt diese Frage im Fokus was jetzt auch die Einbindung der Ärztekammer betrifft, der Gebietskrankenkasse, des Landes, der KRAGES und auch das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, das sollte man nicht vergessen - eines der beiden wichtigen Schwerpunktkrankenhäuser im Burgenland.

Und wir werden dieses Projekt, wie gesagt, es wurde schon angesprochen von mir auf 2018 ausdehnen.

Darüber hinaus haben wir auch eine Menge anderer Dinge im Fokus beispielsweise, es wurde auch schon im Hohen Haus besprochen und da orte ich auch Konsens, was zum Beispiel die Stipendien betrifft für Jungmediziner, die sich dann auch bereit erklären im Burgenland zu ordinieren, und damit auch eine Entlastung der Spitalsambulanzen in diesem Bereich gewährleisten können.

Wir haben hier zum Ziel uns gesetzt, das wir 50.000 Euro pro Einrichtung schaffen und pro Jungmediziner schaffen können, wenn er sich dann auch bereit erklärt, oder sie sich bereit erklärt, im Burgenland zu bleiben.

Das sind alles Maßnahmen, die sozusagen im begleitenden Bereich hier auch dazu beitragen sollen, Erstens, Ärztemangel hintanzuhalten und Zweites auch die Spitäler zu entlasten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke, Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat, die Akutordination bringt nicht nur finanzielle Einsparungen im Gesundheitssystem, sondern auch die Ärzte werden im Rahmen der wochentags Bereitschaftsdienste entlastet.

Welche konkreten Überlegungen gibt es in Bezug auf die Ausweitung des Projektes auf die Wochenenden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, wir haben derzeit in diesem Programm die Arbeitstage drinnen, also von 17 bis 22 Uhr soll das einmal in den Bezirken erweitert werden, mit Ärzten und mit sogenannten Visitenärzten und das ist einmal das Ziel.

Wenn es auch finanziell leistbar ist, bin ich auch gerne bereit, darüber nachzudenken, dass an den Wochenenden auch auszudehnen. Allerdings würde ich aber dann auch bitten, wenn es um die Kosten geht, um eine Zustimmung Ihrerseits, dass wir dann nicht sagen, okay, jetzt ist es eine Maßnahme, die wir jetzt noch nicht ganz fertig evaluiert haben, aber die ja eine sinnvolle Maßnahme ist.

Und jede flächendeckende Versorgung, da laufen Sie bei mir offene Türen ein, wenn es die burgenländische Versorgung betrifft und wir haben eben auch gewisse Probleme. Wir haben hier auch einen neuen Sinneswandel bei Jungärzten. Ich habe das auch schon mehrfach im Hohen Haus kurz angesprochen.

Der klassische Hausarzt, der gerne Nachtdienste gemacht hat - ich will nicht sagen, er stirbt aus - aber die work-life-balance, die Jungärzte immer wieder auch im Gespräch mit mir betonen, die macht es uns nicht ganz einfach, auch das abzudecken.

Aber wir sind hier als Politiker und als politisch Verantwortliche gefordert, die flächendeckende Versorgung im Burgenland zu gewährleisten und insofern stehe ich dieser Idee auch sehr offen und positiv gegenüber. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist von Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat MMag. Petschnig gerichtet. Ich bitte daher, Frau Abgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrter Herrn Landesrat! Am 17. November 2016 beschloss der Burgenländische Landtag eine Entschließung an die Landesregierung, die eine Anpassung der Regelungen über die Schifffahrt auf burgenländischen Seen an die laufenden Entwicklungen unter Berücksichtigung der Interessen von Naturschutz, Klimaschutz, Tourismuswirtschaft und der Erhaltung des Erholungswertes für die regionale Bevölkerung zu überprüfen beinhaltet.

Welche Schritte haben Sie seither zur Erfüllung dieses Auftrags gesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich muss vielleicht eingangs festhalten, Sie haben mich mit dieser Frage im Juni vor eine Herausforderung gestellt. Und zwar deswegen, weil zu den von Ihnen erwähntem Datum am 17. November im Hohen Haus keine entsprechende Beschlussfassung erfolgt ist.

Ein Mitarbeiter von mir hat sich dann dankenswerter Weise die Mühe gemacht und ungefähr 200 Akte durchgescannt, ob es hier Schlagwortähnlichkeiten gibt.

Wir sind fündig geworden, glaube ich, - wie gesagt, das ist natürlich vorbehaltlich dieser Vermutung - bei einem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter vom 13. April 2016 *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Abänderungsantrag.)* mit der Zahl 21 – 254. *(Abg. Manfred Kölly: Na bitte.)*

Genau - der im Rechtsausschuss behandelt wurde am 27. April 2016, und dann wieder am 23. November 2016 und in der 20. Landtagssitzung vom 01. Dezember 2016 hier abschließend behandelt worden ist. Also die Antwort kann sich nur darauf beziehen weil, am 17. November habe ich nichts gefunden.

Es ist so, dass hier etliche Stellen natürlich involviert waren. Wir wurden von seitens des Tourismus aufgefordert, hier eine Stellungnahme dazu abzugeben. Das erfolgt durch das Referat Tourismus das zur Abteilung 2 des Amtes der Landesregierung gehört.

Der zuständige Referatsleiter war am 27.02.2017 bei einem Abstimmungsgespräch aller involvierten Stellen anwesend und hat die Interessen dort vertreten. Und dann am 03. März 2017, also einige Tage später, am 03. März 2017 wurde eine Stellungnahme des Referates Tourismus zu dieser Causa zugesagt.

Wir sind nicht, wenn Sie so wollen, die verfahrensleitende Stelle und damit ist diese Sache aus touristischer Sicht erledigt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke. Ich bin froh, dass Sie mehr Personal haben als ich. Sie konnten das aufklären. Ich entschuldige mich für die falsche Datumsangabe.

Nur die Anfrage an Sie erging ja, weil Sie zuständiger Landesrat sind für die Fragestellung. Die Frage wurde mir mehrfach zurückgeschickt weil, es war schwer auszumachen, welches Landesregierungsmitglied tatsächlich zuständig ist, wer auch immer das beantworten kann.

Aber eine Zusatzfrage dazu: Im Rahmen der Segel-WM 2006. *(Zwiegespräch des Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz und Landesrat MMag. Alexander Petschnig. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Na schau, Ihr seid Euch ja noch immer nicht einig.)*

Herr Landesrat, im Rahmen der Segel-WM 2006 wurden vom Land Burgenland etliche Motorboot-Lizenzen vergeben, die die Regattabegleitung sicherstellen, die die Organisation der Veranstaltung unterstützen sollten. Anscheinend wurde es damals, das war lang vor Ihrer Zeit, verabsäumt, die Lizenzen zeitlich zu befristen, deswegen noch immer Einzelpersonen mit starken Verbrennungsmotoren am See herumrasen.

Was gedenken Sie zu tun, um dem Unwesen ein Ende zu setzen? Ich hoffe, jetzt sind Sie zuständig - mir wurde das vorher so mitgeteilt.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Frau Abgeordnete! Es gibt ja die Referatseinteilung.

Präsident Christian Illedits: Herr Landesrat! Die Zuständigkeit bei dieser Frage ist bei Ihnen nicht gegeben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Von wem? - Abg. Mag.a Regina Petrik: Wer ist zuständig?)*

Genau da wäre der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter zuständig.

Herr Landesrat, wenn Sie die Frage beantworten wollen, bitte.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): In dem Sinn, Herr Präsident. Also das wäre mir neu, dass ich nach der Referatseinteilung hier zuständig bin und ich möchte natürlich dem zuständigen Regierungsmitglied hier nicht vorgreifen. Und denn - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer ist das? Wer ist denn das?)*

Der Herr Landehauptmann-Stellvertreter. Die Zuständigkeit können Sie durch eine Anfrage an den Herrn Landtagspräsidenten ermitteln. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber, Sie könnten es auch sagen, wer zuständig ist. Warum so zynisch? – Beifall und Heiterkeit bei der FPÖ und SPÖ)* Ich weiß es nicht.

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön. Es ist interessant, seit einem halben Jahr versuche ich hier herauszufinden, wer zuständig ist für die Schifffahrt am Neusiedler See. Aber immer wieder bekomme ich Rückmeldungen, egal an wen ich mich wende, diese Person wäre nicht zuständig. *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP)* Aber das wird hoffentlich geklärt werden.

Jetzt eine Zusatzfrage an Sie als Landesrat für Tourismus und Wirtschaft. Dafür sind Sie zuständig? *(Landesrat MMag. Alexander Petschnig: Ja.)* Danke.

Sie kennen sicher den Ausspruch „der Neusiedler See darf nicht der Wörther See werden“. Als Kärntner sind Sie mit der Problematik mit der Verbauung des Seeufers und des Seezugangs am Wörther See wohl gut vertraut.

Was tragen Sie in Ihrer Zuständigkeit als Landesrat für Tourismus und Wirtschaft dazu bei, dass der Neusiedler See für die anwohnende Bevölkerung und für alle Naturfreunde das Naturjuwel bleibt, das er heute noch ist? *(Abg. Ilse Benkö: Für das ist er sicher nicht zuständig.)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Auch das erfordert jetzt wieder einen zuständigkeitstechnischen Spagat, ich bin mir nicht sicher, ob der für Tourismus Zuständige die entsprechende Stelle ist, um *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe gefragt.)* hier das Ufer nicht zu verbauen, nicht touristisch zu nutzen und dergleichen mehr.

Es ist so, dass hier, in dieser Stellungnahme auf den Antrag der Abgeordneten Kölly und Hutter von der Tourismusseite festgehalten wurde, vielleicht hilft Ihnen das wieder, das wir natürlich auch Aspekte des Ökotourismus berücksichtigen.

Das heißt, wir sind jetzt nicht dafür, von touristischer Sicht, dass man hier sozusagen die Leistungskennzahlen und die Anzahl der Motorboote am Neusiedler See und so weiter, frei gibt beziehungsweise, dass hier die Uferlinie komplett verbaut wird.

Den Wörther See haben Sie angeführt, auch wenn dort die topografischen Zustände ein wenig anders sind als am Neusiedler See, das ist nicht unmittelbar vergleichbar.

Aber es ist so, dass wir natürlich auch und das ist auch in der Tourismusstrategie festgehalten, das ist auch im Landesentwicklungsplan festgehalten, dass wir hier natürlich nicht von einer Komplettverbauung des Ufers des Neusiedler Sees das Wort reden. Also das möchte ich so nicht stehen lassen.

Darüber hinaus, welche konkreten Schutzmaßnahmen hier erfordert oder angefordert werden, oder durchgeführt werden, muss ich Sie wieder auf die Zuständigkeit

verweisen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich werde dann schauen, wofür Sie zuständig sind. – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage - *(Zwiegespräche bei den Abgeordneten.)* Ich bitte um Ruhe!

Die vierte Anfrage ist von Abgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. *(Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vierte Anfrage ist von Abgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Dunst gerichtet. Ich bitte Herrn Abgeordneten Temmel zur Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie zur Unterstützung der burgenländischen Nutztierhaltung bei der Absicherung gegen Schäden in Folge von Tierseuchen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Regierungskollegen! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Ich könnte es mir jetzt leichtmachen, Herr Abgeordneter Temmel, aber nachdem ich Sie sehr schätze, *(Allgemeine Heiterkeit)* obwohl ich nicht zuständig bin, *(Allgemeine Heiterkeit)* möchte ich Ihnen trotzdem eine Antwort geben.

Gemäß der gültigen Geschäftseinteilung der Burgenländischen Landesregierung, Landesgesetzblatt Nummer 35 aus dem Jahr 2015, ist ganz klar, dass in der Referatseinteilung, im Landesgesetzblatt wurde das verlautbart, da steht ganz klar drinnen, dass der Bereich Tierseuchen *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist zugelassen, die Frage.)* gemäß Artikel 1 Referatseinteilung nicht in meinen Zuständigkeitsbereich fällt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann müsst Ihr das vorher sagen. – Abg. Walter Temmel: Wem gehört dann das?)*

Ich bin zuständig für *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ist der Darabos zuständig?)* Tierschutz, Tierzucht und Tierhaltung. Aber in der Verantwortung als Agrarlandesrätin, als zuständiges Regierungsmitglied, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, MA.: Was jetzt?)* befasse ich mich natürlich gerne und möchte Ihnen, sehr geschätzter Herr Abgeordneter, gerne, was meine Zuständigkeit anbelangt, eine Antwort geben.

Zunächst einmal bin ich sicher, dass Sie, egal welche Fraktion, hier im Land Burgenland dieser Regierung einen ganz großen Tribut zollen, nämlich einen Riesenapplaus, denn noch nie zuvor hat es für die Agrarproduzenten, für die Landwirtschaft, ein derartiges hohes Versicherungsvermögen gegeben.

Ich habe übernommen mit 2,5 Millionen Euro, jetzt zwei Jahre später für 2018 wird die Versicherungssumme, nämlich ein allumfassendes Schutzpaket für die Landwirtschaft, auf vier Millionen Euro erhöht. Das bedeutet, dass vier Millionen Euro alleine für die Absicherung der Agrarproduzenten im Burgenland in die Hand genommen werden.

Um eineinhalb Millionen mehr, als vor zwei Jahren. Vielen Dank dafür an alle, die da mitgestimmt haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Grund dafür ist ein ganz, ganz wichtiger und ich stehe dazu, so wie Sie gefragt haben, Versicherungsschutz. Fakt ist, dass wir in der Agrarwirtschaft unter freiem Himmel

zu produzieren haben, dass wir diese Lebensmittel brauchen, dass wir die Agrarprodukte brauchen.

Und in den letzten Jahren besonders in den letzten drei, vier Jahren hat man natürlich gemerkt, von Wetterkapriolen abhängige Agrarproduzenten haben ein riesiges Problem, Hagel, Frost, Dürre, Überschwemmung, zu wenig Regen, zu viel Regen und so weiter.

All das ist natürlich ein Problem. Hier kann ich in diesem Bereich wo wir jetzt gegen all diese Wetterkapriolen Versicherungsmaßnahmen treffen konnten, all das ist an einem Bundesgesetz, dem Hagelversicherungsförderungsgesetz drinnen. Was natürlich in der Tierhaltung, und jetzt komme ich zu Ihrer ganz konkreten Frage, in der Tierhaltung nicht möglich ist, weil es hier keine gesetzlichen Grundlagen gibt.

Das heißt, hier gibt es zwar einzelne Bundesländer, die hier kleine Absicherungen für die Tierhaltung und für Tierseuchen und ähnliche Dinge haben, wie Niederösterreich, Oberösterreich. Die bezuschussen einen Teil der Nutztierversicherung, andere ÖVP-Hochburgen wie Tirol, Vorarlberg, Steiermark und so weiter, obwohl dort die Nutztierhaltung einen großen Stellenwert hat, tun überhaupt nichts.

Warum? Das wundert mich auch nicht. Weil hier in den letzten 20, 30 Jahren nicht darauf geschaut wurde, dass es hier ein gutes Modell für ganz Österreich gibt. Wo ganz klar drinnen steht, was kann man beispielsweile bei einer Seuchenproblematik tun. Wir haben hier natürlich Probleme. Lumpy Skin bei Rindern oder beispielsweise die afrikanische Schweinepest steht quasi vor der Tür.

Das wird keine leichte Zeit für die Agrarproduzenten und auch nicht für uns als Konsumenten und Konsumentinnen. Wir werden dafür Sorge tragen.

Aber, Herr Abgeordneter Temmel, Fragestunde heißt nicht, dass ich Sie etwas frage, daher stelle ich nur einfach eine Behauptung in den Raum.

Wo war die ÖVP in den letzten 30 Jahren? Warum haben Sie das nicht schon längst erledigt? Oder entdecken Sie all diese Missstände, weil die ÖVP den Landwirtschaftsminister gestellt hat? Weil hier ich die erste sozialdemokratische Agrarlandesrätin bin?

Warum haben meine XX-Vorgänger seit vielen Jahrzehnten das nicht schon lange auf den Weg gebracht? Ich frage Sie nicht. Ich frage das nur in den Raum. Das ist schon längst verabsäumt worden. Wenn wir jetzt Tierseuchen ins Land kriegen, dann haben Sie die letzten Jahrzehnte versagt mit Ihrer Agrarpolitik. Ich mache es besser. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Einen Moment Herr Abgeordneter.

Grundsätzlich möchte ich sagen, dass wir bei jeder Frage, die als Hauptfrage für die Fragestunde bei uns einläuft, natürlich sehr penibel eine Prüfung der Zuständigkeit machen.

Frau Landesrätin, ich möchte Sie sehr ungern korrigieren, aber Sie sind zuständig bei dieser Fragestellung, weil Sie für Nutztierhaltung, und Sie haben es ja in der Fragebeantwortung ganz klar gesagt, auch für Versicherungen zuständig sind.

Der Herr Landesrat Darabos wäre für die Tier- und Seuchenbekämpfung und ähnlichen Dingen zuständig. Also deshalb ist die Zuständigkeit gegeben und wir haben auch deshalb, diese Frage an Sie gerichtet, zugelassen.

Eine Frage zur Geschäftsordnung? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja.)*

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben eigentlich die erste Stoßrichtung meiner Wortmeldung vorweggenommen. Ich sehe die Zuständigkeit ganz klar, so wie Sie das deutlich jetzt auch formuliert haben.

Ich möchte nur anmerken, weil es dann so im Raum stehen bleibt, die Regierungsmitglieder sagen, sie hätten keine Zuständigkeit. Es gibt eine klare Regelung. Ein Abgeordneter darf fragen. Dazu gibt es die Landtagsdirektion, die dann sagt, das ist nicht zulässig. Das muss man ein anderes Regierungsmitglied fragen.

Ich möchte für meine Abgeordneten und auch für uns alle das schon hier betonen, das ist nicht unsere Aufgabe. Dann hat jemand anderer den Fehler gemacht.

Aber es ist auch nicht die Aufgabe, sehr geehrte Frau Landesrätin, in einer derartigen Art und Weise hier politische Polemik und sachliche Zuständigkeit zu vermengen. Das ist nicht zulässig, dagegen verwehre ich mich, auch im Namen aller Abgeordneten des Landtages. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Thomas Steiner: So schaut es aus!)*

Präsident Christian Illedits: So, Herr Abgeordneter Temmel, die Zusatzfrage bitte.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Danke Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Gibt es konkrete Maßnahmen, um das Ausbrechen der Blauzungenkrankheiten, wie es im Jahr 2015 der Fall war, zu unterbinden?

Präsident Christian Illedits: So, Herr Abgeordneter Temmel. Jetzt sind wir genau in dem Bereich, wo Sie die Falsche gefragt haben. In dem Fall wäre das der Herr Landesrat Darabos. *(Abg. Robert Hergovich: Du musst ja nur zuhören, was gesprochen wird!)*

Bitte um die nächste Zusatzfrage Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im Juni 2017 haben Sie im Zuge einer Pressekonferenz angekündigt, dass im September ein Endbericht zu Ihrem Projekt "Landwirtschaft der Zukunft" veröffentlicht wird.

Wann und wo kann man in diesen Bericht Einsicht nehmen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich habe vor zwei Jahren das Amt übernommen. Ich habe gesagt, überall dort wo man neu beginnt, muss man evaluieren. Ich habe daher zunächst einmal nicht nur alle Zuständigkeiten in diesem Bereich bis hin natürlich das sich auch der Rechnungshof damit beschäftigt hat, habe ich auch aufgearbeitet, wo steht die Agrarwirtschaft im Burgenland.

Ich habe hier vieles entdeckt was gut läuft, ich habe das weitergeführt. Ich habe einiges gesehen wo es höchste Zeit ist, hier eins fürs andere natürlich in eine richtige Richtung zu bringen und ich habe mich hier gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer und mit vielen anderen Beteiligten in der Agrarwirtschaft zusammengesetzt.

Begonnen habe ich vor zwei Jahren mit dem, das jetzt auch heuer der Herr Landwirtschaftsminister Rupprechter angezogen hat, mit dem Masterplan. Ich war in

jedem einzelnen Bezirk, vom Süden bis zum Norden über die Mitte, und habe natürlich hier mit vielen Playern in der Agrarwirtschaft gearbeitet.

36 Projekte wurden näher angeschaut und 20 davon konnte ich finanziell unterstützen, sodass sie auch in die Realität umgesetzt werden konnten, was vielen Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten geholfen hat.

Als nächstes, und da waren Sie und viele dabei, habe ich auch "Landwirtschaft neu" aufgearbeitet und habe hier ganz klare Innovationen in die Zukunft mit Expertinnen und Experten erarbeiten lassen.

Ich werde Ende November mit der BOKU, die hauptsächlich damit beauftragt waren, dieses Expertenwissen jetzt zusammenzufassen, werde ich gerne auch dem Landtag vorstellen und ich freue mich, weil das ist der Weg in die Zukunft der Landwirtschaft und möchte enden mit dem ganz klaren Ziel:

Das Leben am Land hat Zukunft, besonders im Burgenland mit tollen Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ich traue mich jetzt schon fast nicht mehr fragen. Nein, Spaß bei Seite. Es gibt bei den Landwirten im Burgenland ein immer größeres Problem. Wir haben zwar im Burgenland sehr viele Tierärzte und Tierärztinnen, aber zunehmend ist es so, dass sich die auf Kleintiere, Haustiere beschränken. Immer mehr Landwirte stehen vor allem in der Urlaubszeit vor dem Problem, dass sie keine Tierärzte mehr haben, die sich mit Nutztieren beschäftigen.

Meine Frage nun: Ist Ihnen die Problematik bekannt und welche Überlegungen gibt es, um hier dagegen zu arbeiten?

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, ist jetzt die Frage in Richtung Tierärzte gerichtet?

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Nein, natürlich in Richtung Landwirte, weil die haben…

Präsident Christian Illedits: Landwirte oder Tierärzte? Noch einmal. Man sollte sich schon ein bisschen jetzt dahingehend orientieren.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Es geht um die Nutztierhaltung.

Präsident Christian Illedits: Aber Sie haben ohnehin zwei Fragen gestellt. Entscheiden Sie sich für die andere, dann ist die Frau Landesrätin zuständig. Bitte.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Gut, das mache ich.

Präsident Christian Illedits: Gut. Frau Landesrätin, haben Sie die Frage jetzt verstanden?

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Also, Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Gibt es Überlegungen, die Problematik der fehlenden Tierärzte für Landwirte zu begrenzen?

Präsident Christian Illedits: Nein, die Tierärzte fallen in die Zuständigkeit von Herrn Landesrat Darabos -eindeutig. Die Landwirtschaft.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Gut. Dann stelle ich die Frage das nächste Mal dem Herrn Darabos.

Präsident Christian Illedits: Danke. So, Frau Abgeordnete Resetar, bitte um Ihre Zusatzfrage.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Nachdem Sie die XX-Vorgänger genannt haben, also ich bin überzeugt, dass meine ehemaligen Kollegen Paul Rittsteuer, Niki Berlakovich, Liegenfeld und Werner Falb-Meixner mit Sicherheit eine hervorragende Arbeit geleistet haben, dafür möchte ich einmal vorweg Danke sagen. Die Landwirtschaftliche Fachschule Güssing, und die hat ja früher auch zu den ehemaligen Landesräten gehört und jetzt zu Ihnen, ist weit über die Grenzen bekannt.

Schwerpunkte sind Tierzucht, Ackerbau inklusive der Pferdewirtschaft. Gott sei Dank gibt es auch die Möglichkeit, dass man sowohl die Schule besuchen kann, als auch das Internat, wo viele Schülerinnen und Schüler untergebracht sind.

Warum wird ein gut funktionierendes System durch Ausgliederung des Internats zerstört? *(Abg. Géza Molnár: Was hat das jetzt mit Nutztierhaltung zu tun? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist der Schwerpunkt der Schule! Nutztierhaltung und Energiewirtschaft sind die zwei Schwerpunkte!)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Vielen Dank. Ich kann von mir behaupten, dass ich sehr gut in diesen Bereich eingearbeitet bin, weil der Zusammenhang zwischen all Ihren Fragen ist für mich über die Nutztierhaltung nicht gegeben.

Aber ich habe überhaupt kein Problem, gerne, weil ich mich auch freue im Rahmen der Fragestunde hier auch die Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten im Burgenland in den Fokus zu stellen, denen wir sehr, sehr dankbar sind, weil sie für uns diese notwendigen Lebensmittel bis hin zur touristischen Versorgung auch täglich produzieren.

Ganz klare Antwort: Ich habe meinen Regierungskollegen, und ich darf hier wieder verweisen, Sie waren ja auch gestern Gast bei "90 Jahre Landwirtschaftskammer Burgenland", Sie haben ja auch den Herrn Landeshauptmann gehört und auch andere, die sich bei meinen Vorgängern bedankt haben. Ich habe diese Aussage nur deswegen getätigt, weil hier ein Vorwurf in den Raum gestellt wurde von Ihrem Kollegen Temmel der meinte, Nutztierhaltung, was ist mit der Versicherung und warum ist da noch nichts.

Da wäre die letzten Jahre genug Zeit gewesen, gemeinsam mit dem jeweiligen Landwirtschaftsminister für ganz Österreich ein Versicherungssystem im Falle einer Tierseuche oder für die Nachhaltigkeit bei Nutztieren zu sorgen, weil das kann nur ein österreichweites Zusammenarbeiten sein, weil es muss für alle gleich gelten.

Ich möchte beide Landwirtschaftlichen Fachschulen Eisenstadt und Güssing hernehmen und möchte hier einen ganz großen Applaus an beide richten, weil dort sehr gute Arbeit verrichtet wird. Weil natürlich auch dort viele andere Schüler, die nicht aus dem Burgenland kommen, auch dort eingeladen sind, diese gute Schule zu absolvieren. Beide Internate sind jetzt Gott sei Dank unter einer einheitlichen Führung, damit sie noch besser arbeiten können.

Das heiße ich für sehr, sehr richtig. Warum? Man kann nicht warten bis die Internate nicht gut genug ausgelastet sind und man sie zusperren muss.

Ich sage Ihnen ganz klar, Frau Kollegin, es ist ganz klar, das will ich nicht, dass wir dort zusperren müssen, weil die Auslastung derart zurückgeht, sondern wir öffnen die Internate auch für andere Besucher. Die werden jetzt sehr, sehr gut organisiert und Gott sei Dank werden jetzt dann auch gute Genussprodukte aus dem Burgenland den Schülerinnen und Schülern verabreicht. Gute Schulen, tolles Internat, passt so. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum Aufruf der fünften Anfrage. Diese wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Das Jagdgesetz wurde am 9. März 2017 mehrheitlich beschlossen. Wie viele konkrete Beschwerden gab es seither von Jagdpächtern an Sie als zuständige Landesrätin?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Regierungskollegin! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Das Jagdgesetz hat im Vorjahr in der Vorbereitung eigentlich schon vor zwei Jahren für sehr viele Gespräche, würde ich jetzt einmal positiv formuliert sagen, gesorgt.

Das Burgenland hat sich mit der Jagd auseinandergesetzt und da war ich sehr froh darüber, dass wir alle miteinander, dass ich dort einen großen Bürger- und Bürgerinnenbeteiligungsprozess gestartet habe. In vielen Gesprächen, über 1.000 Seiten hereinbekommen, weil ich alle mitreden lassen wollte und das war wichtig und richtig so. Ich habe natürlich auch im Zuge dessen viele Anmerkungen und viele Stellungnahmen bekommen.

Wir haben mehrmals das Jagdgesetz in Richtung dessen organisieren können, dass hier nicht nur der Mensch der auf die Jagd geht, der Jäger und die Jägerin, sondern auch viele andere beteiligt sind. Weil es natürlich eine Querschnittsmaterie ist, haben da viele Menschen mitreden können. Klar war, dass die ÖVP vom ersten Moment an nichts tun wollte.

Das Gesetz ist Jahrzehnte alt. Es wurde nie der Hebel daran gedreht, obwohl Sie genau gehört haben, wie ich auch, und ich wurde von vielen Menschen gebeten, das Jagdgesetz endlich einmal an die Zeit von jetzt anzupassen. Die ÖVP hat sich sofort als die Oppositionspartei auf die Seite gestellt, hat nicht mitgetan und hat von Anfang an nur das neue Gesetz schlecht geredet, weil sie nicht umgehen konnten damit, dass jetzt endlich einmal wer das angreift und die seit Jahrzehnten notwendigen Adaptierungen an die aktuelle Zeit gemacht hat.

Da haben Sie eine Rolle eingenommen, die Ihnen nicht zugestanden ist, weil Sie haben sich immer als die Verfechter für diese Gruppierungen ausgegeben, und haben aber leider dazu überhaupt nichts beigetragen.

Sie fragen mich, wer denn jetzt etwas dazu gesagt hätte, weil jetzt gilt ja das Gesetz seit einigen Monaten, und ich darf Ihnen noch einmal, allen im Landtag vertretenen Parteien, dazu gratulieren. Weil nur die ÖVP hat nicht mitgestimmt. Alle

anderen haben mitgestimmt. Weil es allen anderen Fraktionen darum geht, dass man aktuelle Dinge bespricht. *(Abg. Walter Temmel: Der Kollege Steier ist auch noch da!)*

Sie haben gesagt, ja, wer hat sich denn bei mir gemeldet? Wie viele konkrete Beschwerden gibt es? Also zunächst einmal, ich brauche nicht auf Beschwerden zu warten. Ich rede mit den Leuten. Da brauche ich nicht warten, bis mich irgendwer vielleicht erreicht und sagt, das passt nicht.

Ich rede ja jeden Tag mit den Leuten. Ich höre natürlich das eine oder andere. Ich bin auch gerne bereit, und habe das immer wieder gemacht, dass ich darüber diskutiere. Das ist ein neues Gesetz. Ich habe mir da wirklich, mit Ihnen gemeinsam im Landtag, wir haben uns da Vieles zugetraut. Andere Bundesländer folgen uns jetzt schon.

Ich habe auch damals schon gesagt, dass wir uns das anschauen was gut funktioniert, weil das revolutionär ist. Eines dieser vielen Dinge ist natürlich auch, dass manche Menschen jetzt in der Umsetzung im ersten Jahr sagen, das könnte anders sein, oder das probieren wir einmal. Es gibt viele die sagen, hervorragend, wir gratulieren Ihnen und allen, außer der ÖVP, die mitgestimmt haben im Landtag vertretenen Parteien, dass Sie diesen Schritt gewagt haben!

Beispielsweise ganz konkret noch einmal, ich werde immer wieder darauf angesprochen, Abschussplanung: Das ist etwas, was natürlich komplett neu ist. Bis jetzt war es so, dass im Gesetz gestanden ist, und jetzt lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen, meine Damen und Herren, da ist gestanden, ich übersetze es jetzt: Zählen Sie das Wild, und dann legen Sie fest, wieviel Sie von diesem Wild abschießen wollen.

Können Sie sich das vorstellen? Dass das Gesetz jahrzehntelang gehalten hat, wo drinnen steht: Zählen Sie das Wild in Ihrem Wald? Da hätte man vorher das Wild an den Bäumen anbinden müssen, damit man es zählen kann. Aber macht ja nichts. Das sind Dinge, wo es höchste Zeit war, diese zu klären Bei der Abschlussplanung gibt es jetzt viele Fragen dazu. Viele Diskussionen dazu.

Oder beispielsweise Wildfütterung, ein zweites Thema. Sehr schwierig. Weil wir in diesem Gesetz wildbiologisch natürlich auch die Biologen mitreden haben lassen, die sagen, man kann nicht ganzes Jahr Anhänger mit irgendetwas draußen ausschütten, weil das für das Wild nicht gut ist. Auch das wird sehr häufig diskutiert, keine Frage. Das hat mich auch nicht überrascht.

Das und viele andere Fragen gibt es natürlich. Noch einmal, beschweren braucht sich bei mir niemand. Ich rede mit den Menschen. *(Heiterkeit bei den Abgeordneten)*

Sie haben ganz konkret gefragt. Wie viele konkrete Beschwerden gab es da? Es gab viele Anmerkungen, viele Gespräche. Für die Gespräche bin ich sehr offen und freue mich, wenn ich hier wirklich Rückmeldungen bekomme.

Noch einmal, das Jagdgesetz wird von anderen Bundesländern schon nachgeahmt, und ich bin ganz stolz darauf, dass uns das gelungen ist. Dass Sie natürlich heute fragen, weil Sie das Jagdgesetz wieder einmal schlecht machen wollen, das war aber wirklich keine Überraschung, liebe ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter Sagartz, bitte um Ihre Zusatzfrage.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben gesagt: Nach Jahrzehnten! Ich möchte Sie hinweisen, es sitzen hier viele Menschen im Raum, die bezeugen können, dass die letzte größere Novelle

2004 geschehen ist, im Schweiße vieler Verhandlungen, im Schweiße vieler Diskussionen, und nicht seit Jahrzehnten.

Zweitens, es haben die ÖVP und der Abgeordnete Steier nicht zugestimmt. Nur zur Information. Ich möchte Sie erneut fragen, Sie haben meine Frage sogar zweimal vorgelesen. Ich bitte Sie um eine konkrete Antwort.

Wie viele konkrete Beschwerden gab es seither von Jagdpächtern an Sie als zuständige Landesrätin? Nur ein Hinweis von mir, die Antwort müsste eine Zahl sein. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist jetzt nicht polemisch?)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn Sie sagen null, müssen Sie das auch sagen, dann wird zur Kenntnis genommen!)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Gut. Wir haben, ich habe sofort nach der Gesetzeswerdung, da waren ja viele von Ihnen dabei, eingeladen in jedem Bezirk zu Vorträgen, zu Informationsabenden. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A: Eine Zahl!)* Dort waren über 1.000 Menschen, dort kamen etliche Rückfragen.

Wir haben inzwischen, und ich bedanke mich bei der Landwirtschaftskammer und beim Landesjagdverband, in den letzten Monaten immer wieder informiert, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A: Eine Zahl!)* ich werde dort gerne rückfragen, um bei Ihrem Wort Beschwerden, auf das Sie so Wert legen, Sie werden schon wissen warum, da werde ich nachfragen, wie viele Beschwerden, wenn Sie Anfragen auch dazu haben, wie viele dort kamen.

Ich habe einen sehr guten Mitarbeiter. Ich möchte mich sehr herzlich bei der Abteilung 4 bedanken, beim Herrn Mag. Wappel, der Ihnen ja nicht unfremd ist. Wir werden ihn fragen, ob er Beschwerden kriegt. Insgesamt machen Sie das Jagdgesetz nicht schlecht. Das ist wichtig und richtig, dass wir das gemacht haben. Viele Anfragen kommen. Wir antworten auf die Fragen der Landesjagdverband, die Landwirtschaftskammer, die Abteilung 4, ich persönlich. Wir freuen uns über jede Anregung und reden täglich mit den Leuten.

Zum Unterschied offensichtlich von anderen, die eine konkrete Zahl von Beschwerden wollen, die es überhaupt nicht gibt. Weil, wir haben etwas anderes zu tun, als Stricherlisten zu machen, ob mich irgendjemand am Tag auf das Jagdgesetz anredet. Na, Sie haben eine Einstellung zu der Arbeit von einem Regierungsmitglied. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sie lassen mich teilweise mit Ihren Antworten zwar fassungslos zurück, aber ich probiere es einmal mehr. Ich frage wieder nach Zahlen.

Sehr geehrte Frau Landesrätin! In welcher Höhe gab es Beratungskosten von Externen, Juristen, wissenschaftlicher Begleitung, Fachleuten, vor und nach der Gesetzeswerdung zum Jagdgesetz?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In welcher Höhe?)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben, und da bedanke ich mich bei dem Beirat, der mich begleitet hat, dort null Kosten verursacht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die erste Zahl!)* weil das Menschen sind, denen

es darum gegangen ist, dass sie sich hier kostenlos in den Dienst der Sache stellen, da hat es keine Kosten gegeben. Da bin ich sehr froh darüber.

Wenn hier Kosten auf uns zukommen, kann das durchaus sein, in einem Bereich, wo vielleicht manche Großgrundbesitzer, für die Sie stehen, zum Unterschied vom kleinen Jäger und vom Jagdpächter, wo es mir darum geht, dass burgenländische Jäger und Jägerinnen sich die Jagden noch leisten können, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das haben ja Sie verhindert!)* sind Sie der Vertreter der Großgrundbesitzer.

Es kann durchaus sein, dass die Großgrundbesitzer mit Ihrer Hilfe vielleicht noch das eine oder andere dem Land kosten. Wir freuen uns darauf. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie sind den Falschen auf den Leim gegangen!)*

Weil Sie sind genau auf jener Seite der Millionäre. Das ist wieder einmal typisch für Sie. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das haben leider Sie zu verantworten! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So. Ich bitte wieder um Ruhe. Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Sodl.

Bitte schön Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Präsident Christian Illedits: Ich bitte um Ruhe. Der Abgeordnete Sodl ist am Wort.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ) *(fortsetzend)*: Sehr geehrte Frau Landesrätin! Nach dem Beschluss durch den Landtag im März dieses Jahres haben Sie bereits zu Informationsveranstaltungen eingeladen und auch in den vergangenen Wochen gab es wieder Veranstaltungen zu den Inhalten des neuen Jagdgesetzes.

Welche Rückmeldungen haben Sie zu diesen Veranstaltungen erhalten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe vorher schon gesagt, dass es natürlich, wenn man ein Jagdgesetz so neu anlegt, um es in die Jetztzeit zu bekommen, mit vielen neuen Ansätzen, die es in anderen Bundesländern in der Weise noch nicht gibt, haben wir natürlich auch damit zu rechnen gehabt, dass es viel Information braucht, dass es viele Gespräche braucht.

Ich habe vorher in der Hauptfrage schon beantwortet, dass sich hier wirklich tausende Menschen beteiligt haben. Dafür war ich sehr verantwortlich, dafür war ich sehr froh drüber, weil das wirklich einen breiten Meinungsprozess losgelöst hat.

Gleich nach der Gesetzgebung habe ich dann eingeladen, gemeinsam mit vielen anderen Interessensgruppen, und hier waren wir bei fünf Veranstaltungen in fast allen Bezirken, und haben dort über 1.000 Besucherinnen und Besucher gehabt. Da wurde sehr viel diskutiert. Da wurde sehr viel hinterfragt. Da wurde gut informiert. Ich habe mich hier wirklich sehr, sehr zu bedanken bei zwei Menschen, die mich damals begleitet haben.

Ich habe den Namen vorher schon erwähnt, ich bin sehr froh, dass ich den Herrn Mag. Wappel habe, der ja wirklich ein fachkundiges Organ ist, mit Hilfe anderer. Ich möchte hier nur den Herrn Kommerzialrat Fleischacker auch erwähnen und viele andere, die im Beirat waren und hier hunderte Stunden dafür verbraucht haben, ehrenamtlich und ohne Bezahlung, dass sie mich begleitet haben.

Dass was natürlich noch wichtig war, jetzt ist das erste halbe Jahr sozusagen ins Land gegangen, dass wir jetzt schon mit der ersten Evaluierung beginnen.

Ich bedanke mich hier bei der Landwirtschaftskammer, gemeinsam mit dem Landesjagdverband. Übrigens, ich darf Sie informieren, dass der Herr Landeshauptmann gerade in der letzten Woche, es war ja inzwischen die Wahl des Landesjägermeisters und der Landesjägermeisterin hier bei der Angelobung ein neues Duo angelobt hat in der Landesjagdführung, dass beide gemeinsam hier noch einmal durchs ganze Land Informationsveranstaltungen abgehalten haben. Auch hier war der Herr Mag. Wappel seitens der Abteilung 4 wieder dabei.

Vielen herzlichen Dank dafür an alle, die hier beteiligt sind. Information ist wichtig. Miteinander reden ist wichtig. Ich freue mich, dass wir hier sehr viele positive Rückmeldungen hatten und natürlich auch Rückmeldungen wo wir gehört haben, dass eine oder andere würde noch zu wünschen sein.

Ich freue mich schon auf die nächste Auseinandersetzung, nämlich mit dieser Materie und bin überzeugt davon, dass die ÖVP dann sicher mitstimmen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Mit dem Beschluss des neuen Jagdgesetzes hat das Burgenland im Bereich der Abschaffung der Jagdgatter ab 1. Februar 2023 eine Vorreiterrolle in Österreich übernommen.

Sind dem Vorbild des Burgenlands bereits andere Bundesländer gefolgt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben absolut Recht. Mit dem neuen Jagdgesetz, mit der Abschaffung der Jagdgatter, haben wir natürlich auch absolutes Neuland betreten. Ich darf das noch einmal ganz klar sagen. Wir können hier stolz sein als Burgenland, dass wir hier eine Vorreiterrolle auch eingenommen haben, das war ganz wichtig. Hier waren die Rückmeldungen wirklich sehr, sehr groß.

Viele haben uns, und das darf ich Ihnen weitergeben, es wird bei Ihnen ja genauso landen, dass wir hier wirklich großen Applaus Österreichs gehabt haben, wo viele Menschen gesagt haben, ja, wir bekennen uns zur Jagd. Wir bekennen uns dazu, dass das wichtig ist. Wir bekennen uns dazu, dass es Jagd gibt, ich habe mich immer dafür ausgesprochen, und ganz sicher auch Sie, dass wir Jagd brauchen.

Dass wir das Wildbret brauchen, dass es hier waldbiologisch, wildbiologisch natürlich auch die Bejagung geben muss. Aber was nicht geht ist, dass wir das Zulassen, dass etwas, was mit Jagd nichts mehr zu tun hat, dass das passiert, nämlich in eingefriedeten Jagdgründen, wo hier das Tier keine Chance hat, sich nur irgendwie zu entziehen.

Daher ganz klar, dass wir hier, am 09. März war die Beschlussfassung, etwas unternehmen. Nicht gemeinsam, weil sich die ÖVP hier für die Großgrundbesitzer ausgesprochen hat.

Aber Fakt ist, dass auch viele andere Bundesländer bei uns angefragt haben. Ich darf hier nur sagen, dass wir, alleine der Kollege Pernkopf, Niederösterreich, die 71.

Jagdgatter haben, sofort reagiert hat, und bereits angekündigt hat, dass er etwas unternehmen wird, weil diese Jagdform nicht mehr zeitgemäß ist. Auch andere Bundesländer, wo es ja teilweise gar nicht zugelassen war, weil man dort von Fleischgatter und einer anderen Möglichkeit gesprochen hat, sind diesem Weg gefolgt.

Mit einem Wort, ich darf Ihnen als Landtag, ich darf uns als Burgenland herzlich gratulieren, dass wir das geschafft haben, dass wir die Jagdgatter abgeschafft haben und ich glaube, das ist der richtige, gute Weg. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im neuen Jagdgesetz werden zehn Prozent der Jagdpacht für Wildschadensverhütung oder Lebensraumverbesserung abgezweigt.

Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie zur Wildschadensverhütung oder Lebensraumverbesserung vor?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Abgeordneter Temmel! Ich bin froh, dass es das demokratische Recht des Landtages gibt. Ich stehe dazu. Diese Frage ist für mich nicht neu. Das wurde immer wieder hinterfragt.

Erstens einmal verwehre ich mich dagegen und möchte klarstellen: Wenn Sie in Ihrer Frage von „abgezweigt“ sprechen, ist das falsch. Das ist alles klar und steht im Gesetz drinnen, wie es zu handhaben ist.

Das Zweite, Sie haben vorher gefragt, ja welche Beschwerden gibt es? Dann darf ich Ihnen eine positive Rückmeldung zu dieser Causa geben. Wissen Sie, was die Jäger und was auch die Landwirte, für die Sie immer eintreten wollen, sagen? Endlich einmal gibt es wieder ein Instrument, wo beide sich zusammensetzen, wo sie miteinander reden, dass wir unsere Natur, unseren Wildbestand darauf achten und dass wir hier Maßnahmen machen.

Diese nicht „abgezweigten“, sondern ganz klar gesetzlich formulierten Maßnahmen von zehn Prozent sind wichtig und richtig. Dazu stehe ich, hier gibt es viele Möglichkeiten, und genau das ist hier Ihr Zugang, der nicht meiner ist.

Ich stehe nicht hier vorne und sage, ich bin die Gescheiteste, und ich will, dass das genau so passiert, sondern die setzen sich zusammen und sagen ganz klar: Wie können sie den Tierbestand, wie können sie auf die Jagd und wie können sie gleichzeitig die Landwirtschaft schonen? Das können sich die jetzt endlich ausmachen. Das ist gut so und das funktioniert vor Ort.

Sie wollen hier nur ein System schlechtreden, bis hin, dass Sie den falschen Terminus verwenden. Das weise ich zurück, das funktioniert sehr gut. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf b e e n d e t.

Ich darf aber zu Ihrer Information anmerken, dass die sechste Anfrage, gestellt vom Herrn Abgeordneten Ing. Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen worden ist.

2. Punkt: Ergänzungswahl in den Landes-Rechnungshofausschuss und in die ständigen Ausschüsse

†Präsident Christian Illedits|: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist die Ergänzungswahl in den Landes-Rechnungshofausschuss und in die ständigen Ausschüsse.

Hohes Haus! Aufgrund des Ausscheidens der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl wurde die Wahl eines Mitgliedes im Umweltausschuss und im Wirtschaftsausschuss sowie die Wahl eines Ersatzmitgliedes im Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss, Petitionsausschuss, Rechtsausschuss und Sozialausschuss notwendig.

Ebenso wurde durch den Verzicht des Landtagsabgeordneten Robert Hergovich als Mitglied im Hauptausschuss, Landes-Rechnungshofausschuss, Rechtsausschuss, Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss und Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss sowie als Ersatzmitglied des Sozialausschusses und des Wirtschaftsausschusses und durch den Verzicht der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon als Mitglied des Sozialausschusses und des Wirtschaftsausschusses sowie als Ersatzmitglied des Hauptausschusses, Landes-Rechnungshofausschusses und des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses diese Wahl erforderlich.

Von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der das Vorschlagsrecht zukommt, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht. *(Abg. Ing. Strommer hat nicht seinen Platz in den Abgeordnetenreihen eingenommen.)*

Herr Präsident Strommer, es geht jetzt in eine Wahl, und ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich ersuche nun die Stimmzettel zu verteilen. Da es sich bei dieser Wahl um eine fraktionelle Wahl handelt, werden die Stimmzettel entsprechend § 74 Abs, 4 GeOLT nur an die Abgeordneten der SPÖ verteilt.

Bitte um Verteilung der Stimmzettel. *(Verteilung der Stimmzettel)*

Präsident Christian Illedits|: Die Stimmzettel sind nun verteilt, sodass ich den Herrn Schriftführer Fazekas um Verlesung der Namensliste ersuche.

Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten der SPÖ ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

Bitte Herr Abgeordneter.

(Über Namensaufruf durch Herrn Abgeordneten Patrik Fazekas hinterlegen die Abgeordneten Brandstätter Kilian, Mag. Drobits Christian, Friedl Werner, Heger Peter, Hergovich Robert, Illedits Christian, Kovacs Günter, Mag. Maczek Kurt, Prohaska Doris, Dr. Rezar Peter, Sack Edith, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald und Sodl Wolfgang die Stimmzettel in die Wahlurne).

Präsident Christian Illedits: Die Stimmabgabe ist beendet. Ich ersuche die beiden Schriftführer die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits *(nach erfolgter Stimmenzählung)***:** Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es wurden 14 Stimmen abgegeben. Alle 14 Stimmen sind gültig.

Aufgrund dieser Wahl wurde

Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon zum Mitglied des Hauptausschusses, des Landes-Rechnungshofausschusses, des Rechtsauschusses und des Immunitäts- und

Unvereinbarkeitsauschusses sowie zum Ersatzmitglied des Sozialausschusses und des Wirtschaftsausschusses,

Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich zum Mitglied des Sozialausschusses und des Wirtschaftsausschusses und zum Ersatzmitglied des Hauptausschusses, des Landes-Rechnungshofausschusses, des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses und des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses,

und Herr Landtagsabgeordneter Peter Heger zum Mitglied des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses, des Umweltausschusses und des Wirtschaftsausschusses und zum Ersatzmitglied des Rechtsauschusses, des Petitionsausschusses und des Sozialausschusses gewählt.

Ich beglückwünsche Sie alle zu Ihrer Wahl.

3. Punkt: Wahl eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes in den Bundesrat

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung, zur Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes in den Bundesrat.

Hohes Haus! Herr Peter Heger hat mit Ablauf des 15. November 2017 sein Mandat im Bundesrat zurückgelegt. Ebenso hat mit Ablauf des 15. November 2017 Frau Susanna Rathmanner auf ihre Ersatzmitgliedschaft im Bundesrat verzichtet.

Beide Erklärungen wurden gemäß § 3 Bundesrats-Geschäftsordnung ordnungsgemäß eingebracht und dem Präsidenten des Bundesrates übermittelt.

Gemäß Artikel 49 Absatz 1 der Landesverfassung sind die vom Land zu entsendenden Mitglieder des Bundesrates und ihre Ersatzmitglieder vom Landtag für die Dauer der Gesetzgebungsperiode des Landtages nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bezeichnung des an erster Stelle entsendeten Vertreters des Landes zu wählen.

Das Vorschlagsrecht für das neue Mitglied sowie Ersatzmitglied fällt daher der SPÖ zu. Diese hat einen gültigen Wahlvorschlag eingebracht.

Seitens der Sozialdemokratischen Partei wurde für die Wahl zum Mitglied des Bundesrates Herr Jürgen SCHABHÜTTL sowie für die Wahl zum Ersatzmitglied Frau Susanna RATHMANNER vorgeschlagen.

Ich ersuche nun die Stimmzettel zu verteilen. Bitte kein Filmen und Fotografieren während des Wahlvorganges. *(Verteilung der Stimmzettel)*

Präsident Christian Illedits: Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich den Herrn Schriftführer Brandstätter ersuche, die Namensliste zu verlesen.

Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf Ihres Namens den Stimmzettel in der Wahlurne zu hinterlegen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Abgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Mag. Drobits Christian, Fazekas Patrik, Friedl Werner, Haidinger Manfred, Heger Peter, Hergovich Robert, Hirczy Bernhard, Hutter Gerhard, Illedits Christian, Kölly Manfred, Kovacs Günter, Mag. Maczek Kurt, Molnár Géza, Mag.a Petrik Regina, Prohaska Doris, Mag. Resetar Michaela, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Rosner Georg, Sack Edith, Mag. Sagatz Christian, BA, Ingrid Salamon, Schnecker Ewald, Sodl Wolfang, Spitzmüller Wolfgang, Stampfel Karin, Steier Gerhard, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Wiesler Markus, Mag. Wolf Christoph, M.A. und Brandstätter Kilian selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmabgabe ist beendet. Ich ersuche wieder die beiden Schriftführer, Landtagsabgeordneten Brandstätter und Landtagsabgeordneten Fazekas, die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits *(nach erfolgter Stimmenzählung)***:** Es wurden 36 Stimmen abgegeben, 35 Stimmen sind gültig, eine Stimme ist ungültig.

Bei der eben durchgeführten Wahl wurde Herr Jürgen SCHABHÜTTL mit 34 Stimmen zum Mitglied und

Frau Susanna RATHMANNER mit 35 Stimmen zum Ersatzmitglied

des Bundesrates gewählt.

Frau Bundesrätin Inge Posch-Gruska gilt weiterhin als erste Vertreterin des Landes.

Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit in der zweiten Kammer der Republik Österreich, dem Bundesrat, alles Gute. *(Allgemeiner Beifall und Beglückwünschung)*

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1071), mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 - 751) (Beilage 1094)

Präsident Christian Illedits: Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1071, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2017), Zahl 21 - 751, Beilage 1094.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Herzlichen Dank Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2017) in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 8. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun als erstem Redner Herrn Abgeordneten Haidinger zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wie der Präsident schon angekündigt hat, befassen wir uns heute mit dem Bericht des Sozialausschusses und des Rechtsausschusses bezüglich der Umsetzung der Gesetzesentwürfe zum Burgenländischen Krankenanstaltengesetz 2000.

Uns liegt hier in Wirklichkeit eine grundsatzgesetzliche Vorgabe seitens der Bundesebene im Bereich Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz sowie der Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz vor, welches im Burgenländischen Krankenanstaltengesetz 2000 umzusetzen beziehungsweise auszuführen ist.

Zusätzlich behandeln wir heute auch noch die Regelungen betreffend das Erlöschen von bescheidmäßig erteilten Bedarfsfeststellungen.

Zum Inhalt. Dadurch, dass wir hier im Handlungsspielraum ja eher eingeschränkt sind, da die Grundsatzgesetzgebungsgeschichte Bundesebene ist, gibt es trotzdem wesentliche Dinge, die auch zum Vorteil unserer medizinischen Versorgung drinnen umgesetzt werden, wie – ich darf zitieren - „die Klarstellung einer fachärztlichen Rufbereitschaft“, dass das auch einmal endgültig geklärt ist, auch die Verankerung militärischer Krankenanstalten, wie der Status hier auch im Bereich des Burgenlandes sein kann.

Verpflichtungen in der Anstaltsordnung einer Krankenanstalt, da geht es um hygienische Gründe hinsichtlich der Mitnahme von den Assistenzhunden, aber auch die Definition von Standardkrankenanstalten. Änderung von Bedarfsprüfung aus Anlass der Einführung eines sozialversicherungsrechtlichen Vergabewesens und auch die Bestimmung betreffend die Löschung erteilter Bedarfsfeststellungen.

Ich erlaube mir aber auch bei diesem Tagesordnungspunkt gleich einen Redebeitrag für den nächstfolgenden Tagesordnungspunkt 5 anzumerken, wo es um die Änderung im Burgenländischen Landessanitätsratsgesetz geht, wo im Prinzip eine Novelle vorzunehmen war, weil eine Gesetzeslücke zu schließen war, wo es darum gegangen war, dass bis dato eine ausdrückliche Abberufung eines Mitgliedes nicht möglich war, sondern die Mitgliedschaften in diesem Landesgesetzbeirat nur geendet hat, entweder durch übliche Ausscheidungsgründe, nämlich dem Tod oder dem Verzicht, aber man ansonsten hier kein Änderung durchführen konnte.

Wiewohl das Gesetz aber grundsätzlich einmal festgelegt hat, wer bestellt, und uns in Wirklichkeit die Lücke gefehlt hat, wer kann abberufen und das muss man ja in Wirklichkeit einem Besteller auch zubilligen, dass der auch im Prinzip auf Grund der Bestellermächtigung auch eine Abberufungsermächtigung bekommt.

Das wäre hier im Prinzip der wesentliche Anteil in der Änderung des Landessanitätsratsgesetzes. Mit dieser Änderung wäre diese Lücke geschlossen. Darüber hinaus wird die Anzahl der ordentlichen Mitglieder um zwei Mitglieder erhöht, um hier auch eine entsprechende Wertung der verschiedenen Organisationen ins Kalkül ziehen zu können, die hier notwendig sind, um bei dem Landessanitätsbeirat auch als Mitglied fungieren zu können.

Alles in allem denke ich schon, haben wir hier auch durch die im Ausschuss mehr oder weniger behandelten Grundlagen eine entsprechend vernünftige und dem Burgenland auch andienliche Änderung vorgeschlagen, durchgeführt, und ich ersuche daher um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herr Landtagsabgeordnetem Mag. Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion wird den beiden vom Vorredner genannten Gesetzesnovellen zustimmen. Es geht darum, bundeseinheitliche Regelungen

auch im Burgenland klar festzulegen, hier grundsatzgesetzliche Vorgaben durch Novellen abzusichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Detail. Kollege Haidinger hat vieles schon auf den Punkt gebracht, er hat nur oft nicht die Beweggründe dazu gesagt. Ich verstehe, dass als Debattenredner der Koalition, der Regierung, ist es natürlich nicht so angenehm, wenn man zugeben muss, beispielsweise, dass es bei der Zahl der ordentlichen Mitglieder … *(Zwischenruf des Abg. Manfred Haidinger)* Stimmt, sagen wir so, Sie haben übertrieben sachlich heute argumentiert.

Ich darf das doch ein wenig noch politisch hinzufügen: Die Zahl der ordentlichen Mitglieder beim Landessanitätsratsgesetz wird um zwei erhöht, das ist auf Grund einer Kritik des Rechnungshofes passiert. Mich freut es, dass auch - heute schon vom Herrn Landesrat erwähnt - der ärztliche Leiter des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in diesen Sanitätsrat mit aufgenommen wird. Warum?

Wir haben heute schon festgehalten, es ist einer der wichtigsten Krankenhausstandorte unseres Landes, und es ist gut, wenn man miteinander spricht, wenn man sich koordiniert und eigentlich hatte dieser Landessanitätsrat vor allem koordinierende und vorbereitende Funktionen.

Zum Burgenländischen Krankenanstaltengesetz selbst, zur Novelle 2017, darf ich nur ergänzen: Mir ist es besonders wichtig, dass damit auch die Vorgaben durch den Regionalen Strukturplan Gesundheit, den sogenannten RSG, angesprochen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zuge der Diskussion rund um die Entlassung von Rene Schnedl sind hier Wortmeldungen im Landtag auch gefallen, die mich doch aufhorchen haben lassen. Da gab es Zusicherungen von Betten und Abteilungen, da wurde jongliert, da wurde zugesichert, dass alle Standorte im Burgenland im gleichen Ausmaß mit gleicher Versorgung ausgestattet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gesetzlichen Bedingungen und das, was die KRAGES, was der BURGEF an Taten liefern, ist bei weitem noch nicht das, was hier gesagt wurde.

Ich möchte schon daran erinnern, Kollege Darabos, es ist für uns natürlich ersichtlich, dass Sie durch die gesamte Situation rund um die Entlassung, rund um alle Vorgänge in der KRAGES, natürlich schwer beschäftigt sind, um nicht zu sagen, schwer unter Druck stehen.

Ich gebe auch zu, das möchte ich hier nicht verhehlen, vieles dieser Dinge ist nicht von Ihnen fabriziert, vieles ist schon auf Grund Ihres Vorgängers eine gewachsene Problematik.

Höhepunkt war für mich die Situation, dass der Geschäftsführer der KRAGES den nunmehrigen 2. Präsidenten des Landtages geklagt hat. Also politische Auseinandersetzungen sind in Ordnung, wenn sie sich aber nur mehr darum beschäftigen, wenn es um Personalia und Parteipolitik innerhalb von Institutionen geht, dann ist das sehr schade.

Ich möchte deshalb ganz deutlich noch mal darauf hinweisen: Wir freuen uns, Herr Landesrat, dass Sie heute in meiner Anfrage sehr deutlich Position bezogen haben, dass unsere Idee einerseits der Landarztstipendien, andererseits die Situation mit den sieben Akutordinationen im Land eine sehr wichtige Initiative ist, die wir gerne gemeinsam mit Ihnen weiterentwickeln möchten, auch mit allen betroffenen Vertretern, die hier noch einzubinden sind.

Ich möchte betonen, ich würde mich freuen, wenn es hier zu einem Schulterschluss kommen würde, auch mit Vertretern der Gemeinden. Ich glaube, man braucht hier, wenn man derartige Einrichtungen gestalten und schaffen will, auch die Zustimmung und die Akzeptanz aller betroffenen Gemeindevertreter, da muss es zu einem Umdenken kommen.

Wir alle wissen, wenn drei von vier Ärzten, die in einer Allgemeinmedizinpraxis derzeit ordinieren, in den nächsten acht Jahren pensionsberechtigt sind, dann kommt etwas auf uns zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist nicht ein Thema, das wir bei ein, zwei Landtagssitzungen erledigen können. Das ist nicht einmal ein Thema, das wir wahrscheinlich in zehn, 20 Jahren bewältigen können, denn die wirklichen Probleme sind - und da möchte ich auch keinen Schuldigen aus der Verantwortung lassen -, da gibt es nämlich viele davon, in den letzten zehn Jahre produziert worden.

Denn wenn wir heute draufkommen, wir brauchen ein x-faches Mehr an geschultem Personal, an Medizinern, an Pflegefachkräften, dann ist das das Versäumnis der letzten Jahrzehnte, denn die Rahmenbedingungen sind jetzt nicht völlig neu gewachsen, nicht vom Himmel gefallen. Umso wichtiger ist es, dass wir an einem gemeinsamen Strang ziehen.

Danke für Ihre Bereitschaft, danke auch für die Signale, dass wir gemeinsam thematisch an einem Strang ziehen. Ich werde Sie beim Wort nehmen und Sie können uns beim Wort nehmen.

Wir sind gerne bereit, sachlich und fachlich in diesem Bereich mit Ihnen, mit den Gemeindevertretern, mit allen Institutionen, ob das der Hauptverband der Sozialversicherungen ist, ob das die Gebietskrankenkasse ist, die Ärztekammer, wer auch immer, am Ende des Tages muss zählen, zusammenzuarbeiten, dass wir die gesetzlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen sicherstellen, dass Hausärzte im Land eine Selbstverständlichkeit bleiben, dass Pflege zuhause möglich bleibt und die ärztliche Versorgung aller Burgenländerinnen und Burgenländer gewährleistet ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Ich komme gleich zum Burgenländischen Krankenanstaltengesetz. Meine Damen und Herren! mit dem vorliegenden Entwurf erfolgt hauptsächlich die Umsetzung von Grundsatzbestimmungen des Bundesgesetzes über Krankenanstalten und Kuranstalten im Landesrecht. Kollege Haidinger hat schon sehr viel ausgeführt.

Ich möchte nur kurz dazu noch festhalten, dass eine fachärztliche Rufbereitschaft, wie Du es vorher erwähnt hast, Zentralkrankenanstalten, für die nicht klinischen, das heißt, in denen kein direkter Patientenkontakt besteht, zum Beispiel eben Pathologie, Sonderfächer wie die bisherige Anwesenheitsverpflichtung für eine Fachärztin, einen Facharzt durch eine Rufbereitschaft ersetzt wird.

Dann haben wir die Verankerung, wie Du gesagt hast, der militärischen Krankenanstalten, dann die Verpflichtung, in den Anstaltsordnungen einer Krankenanstalt jene Bereiche festzulegen, in welchen die Mitnahme von Assistenzhunden aus hygienischen Gründen nicht gestattet ist.

Auch die Änderung der Bedarfsprüfung auf Anlass der Einführung einer sozialversicherungsrechtlichen Vertragsvergabeverfahrensvoraussetzung für die Errichtungsbewilligungen ist künftig das Vorliegen einer Vertragszusage der Sozialversicherungen und natürlich auch die Bestimmungen betreffend das Erlöschen erteilter Bedarfsfeststellungen.

Diese sollten künftig außer Kraft treten, wenn nicht binnen zwei Jahren nach Rechtskraft ein Antrag auf Errichtungsbewilligung gestellt wird. Die Frist basiert auf Erfahrungen anderer Bundesländer.

Ich darf auch gleich zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen und jetzt schon dazu reden, das ist das Burgenländische Landessanitätsratsgesetz von 2005 und möchte auch die Gründe anführen und warum und wieso das eigentlich geändert wird.

Das Burgenländische Landessanitätsratsgesetz, meine Damen und Herren, geht in der aktuellen Fassung im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Beendigung der Mitgliedschaft von den üblichen Ausscheidungsgründen wie Tod und Verzicht aus. Eine ausdrückliche Abberufung eines Mitgliedes ist im Gesetz hingegen nicht vorgesehen, erscheint jedoch, wie auch in gleichartigen Gesetzen anderer Bundesländer vergleichbar eben mit § 91 c Abs. 2 Oö. Krankenanstaltengesetz oder §

Wie auch im gleichartigen Gesetz anderer Bundesländer, vergleichbar eben mit § 91 c Abs. 2 der Oberösterreichischen Krankenanstaltengesetz oder § 3 Abs. 3 Gesetz über den Steiermärkischen Landessanitätsrat als mehr als sinnvoll, um einen ordnungsgemäßen Beiratsbetrieb zu gewährleisten, diese Lücken im Gesetz durch eine ergänzende Bestimmung geschlossen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Übrigens, über eine Anregung der Landesamtsdirektion Generalsekretariat Recht und auch natürlich dem Verfassungsdienst, wurde vor dem Hintergrund des verfassungsrechtlichen Sachlichkeitsgebotes auch die Abberufungsgründe in den Normtext aufgenommen.

Desweiteren wird die Anzahl der ordentlichen stimmberechtigten Mitglieder in Vorbereitung einer allfälligen Trennung von BURGEF und KRAGES um zwei erhöht. Weiters die Ermöglichung der Erweiterung um die ärztliche Leitung des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder, wie schon vorher erwähnt, also von Eisenstadt, zumal auch die ärztlichen Leiter sämtlicher Landeskrankenhäuser im Beirat vertreten sind.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herrn! Hohes Haus! Diese zwei gesetzlichen Maßnahmen, also diese beiden Tagesordnungspunkte, wurden von meinen Vorrednern im Detail besprochen.

Es wurden verschiedene Inhalte nuanciert und mit gewissen Einschränkungen auch bedacht. Tatsache ist, dass beim zweiten Tagesordnungspunkt, beim Landessanitätsratsgesetz, eine wirkliche Erklärung zur Änderung noch nicht, zumindest namentlich auch nicht, gefallen ist.

Ich weiß nicht, ob jedem in diesem Saal und der burgenländischen Bevölkerung klar ist, dass der abberufene KRAGES-Geschäftsführer ein Mitglied dieses Landessanitätsrates ist und dass ihm dies quasi auch nicht genommen werden konnte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deswegen ist jetzt die gesetzliche Maßnahme eine Causa René Schnedl, dass nämlich die Änderung dieses Landessanitätsrates erfolgt. Gleichzeitig eine Erhöhung der Mitgliederzahl und wie Kollege Sagartz ausgeführt hat, nach Jahren endlich auch die Bereitschaft vorhanden ist, ein Mitglied der Barmherzigen Brüder des Landeskrankenhauses Eisenstadt mit ins Boot zu holen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte ein Faktum, das mir in der Fragestunde schon aufgefallen ist, und jetzt auch in der Darstellung auf die Änderungen in der gesetzlichen Werdung angesprochen wurde, festhalten, weil es mir eigentlich ein Rätsel ist, wie das erfüllt werden soll.

Ich erinnere, der Herr Landesrat hat in der Anfragebeantwortung festgehalten, dezidiert festgehalten, dass die Akutordination in Oberwart und in Eisenstadt eine Indoor-Lösung bedeutet und das ausschließlich in Krankenhäusern mit dem sogenannten kurzen Wegen die Lösung herbeigeführt werden soll.

Jetzt hat es dann nachträglich geheißen, es gibt in allen sieben Bezirken die Idee, diese Akutordinationen einzuführen und festzuhalten was ja an sich nicht unstimmig ist, sondern eigentlich nur ein Folgeauftrag auf eine Festhaltung im Gesamten.

Auf der anderen Seite frage ich mich aber, wo jetzt diese sieben Bezirke sieben Krankhäuser hernehmen, dass diese Akutordinationen auch bewerkstelligt werden können? Ich glaube, dass wir dann zu einer Lösung kommen werden, die so ähnlich „hopatatschig“ ausschaut, wie die Begründung der Erneuerung des Kulturzentrums Mattersburg.

Ich erinnere daran, dass die Frau Bürgermeister Salamon davon gesprochen hat, der Mattersburger Bezirk braucht ein Kulturzentrum und speziell die Stadt Mattersburg, da ja nicht feststeht, wo sonst die Hochzeitsfeiern ausgetragen werden sollen. Ich nehme an, dass jetzt die Lösungsmöglichkeit auch eine Akutordination vielleicht in die Richtung Gegebenheit werden könnte, dass wir im Kulturzentrum in Mattersburg jetzt quasi eine Akutordination einrichten.

Das wäre im Zuge des Baugeschehens durchaus möglich. Aber, es ist ein Widerspruch. Herr Landesrat! Sie haben sich festgelegt und jetzt weichen Sie den vor kurzem erst festgelegten Standpunkt auf, weil es und das ist sinnvoll nur in der Kombination mit einer Indoorlösung die Akutordination in der Ausführung auch geben soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist von meinen Vorrednern auch die heikle Thematik des sogenannten Pflegebereichs angesprochen worden. Ich erinnere daran, dass sich die Länder jetzt nicht unlängst, also diese Woche noch, bei der sogenannten Landeshauptleutekonferenz zum wiederholten Male um die finanziellen Mittel beim Bund anstellen und für sich reklamieren, dass diese Abschaffung des Pflegeregresses quasi eine Bundeslösung haben muss.

Das alles was quasi jetzt auch an die Länder beziehungsweise den Gemeinden übertragen wird, vom Bund her zu bezahlen ist und das die versprochenen 100 Millionen Euro, die der Bund zur Verfügung stellen soll, eigentlich nirgends festgelegt sind, sondern nur eine Absprache, eine mündliche Zusage sind, auf der anderen Seite jetzt schon feststeht, dass die Postensituation um etliches höher liegen wird, als ursprünglich

angenommen, sodass die Abschaffung des Pflegeregresses direkt und auf sich gesehen innerhalb der nächsten Jahre.

Prognosen zeichnen ein erschreckendes Bild im Sinne der Jahreszahl 2040, das nämlich progressiv durch die Alterung unserer Gesellschaft die Ansprüche auf diese Kostensituation um etliche Millionen Euro höher liegen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher ist eine Forderung die unmittelbar jetzt eine Bundessituation der Kritik darstellt. Auf der anderen Seite, wir werden es ja demnächst erleben, wenn diese Regierungsneubildung stattfindet, dass es auch in verschiedenen Ebenen, speziell auch im Krankenhausbereich, im Bereich der Sozialhilfe und speziell auch im Bereich der Pflege, gravierende Änderungen geben wird, die sich im Zusammenhang mit der finanziellen Gebarung ergeben werden.

Tatsache ist, es steht einigermaßen außer Streit, dass eine andere politische Einstellung, die sich in dieser Regierung manifestieren wird, auch gewisse Spielräume eröffnen wird. Gerade bei denjenigen zu sparen, die im Endeffekt für ihre Leistungen in der Empfängersituation mehr als notwendige, eine Notwendigkeit aufweisen.

Ich erinnere daran, dass das Bundesland Oberösterreich vor kurzem in der Festhaltung auf die Budgetbedingungen 2018 durchgehend eine Einschränkung jetzt schon verfügt hat, für alle zu Erinnerungen, diese Koalition ist Schwarz-Blau, dass eine Situation in der Festhaltung getroffen wurde, oder speziell bei Mindestsicherung, bei anderen Sozialausgaben querbeet eine Einschränkung erfolgen wird. Diese Situation nehme ich auch an ohne prophetisch, Herr Kollege Sagartz, zu sein, dass es sich im Bund fortsetzen wird.

Ich möchte darauf hinweisen, und das ist eigentlich der Gesamtinhalt dieser beiden Gesetzmäßigkeiten, es genügt nicht mehr, und daran sollten Sie arbeiten, Herr Landesrat, im Grunde genommen festzuhalten, dass wir finanzielle Gegebenheiten mit formalrechtlichen Gegebenheiten verändern werden. Wir müssen darauf achten, dass wir auch ein Teil der bundeseinheitlichen Regel oder der Bundesregelungen werden.

Weiters, dass von diesen regionalen Strukturdenken, speziell in Bereichen des Krankenhauswesens, zu überregionalen Gegebenheiten übergegangen werden muss und dass sich gewisse Einschränkungen dann durch eine sogenannte Synergiesituation nicht immer zu Lasten des Einzelnen niederschlagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich benutze die Gelegenheit auch diese beiden Gesetzmäßigkeiten in einer anderen Richtung für alle hier teilnehmenden Diskutanten, aber speziell auch für die burgenländische Bevölkerung, aufzulisten. In einem Punkt, den ich schon angesprochen habe, nämlich bei der sogenannten 24-Stunden-Pflege. Es wird wahrscheinlich niemand in diesem Haus davon Abstand nehmen, dass 99,9 Prozent der Pflegedienstleisterinnen und Pflegedienstleister nicht Österreicherinnen beziehungsweise Österreicher sind.

Wenn wir diese Pflege als solche erhalten wollen, dann wird jeder in diesem Haus festhalten müssen, dass wir nur über den Umweg der sogenannten gewerberechtlichen Anmeldung diese 24-Stunden-Pflege einigermaßen, nicht nur im Burgenland, sondern österreichweit gesichert haben.

Wenn wir dessen Verlust beginnen, dass diese 24-Stunde-Pflege auf diese Art und Weise gelöst ist, wenn das verloren geht, dann haben wir ein Riesenproblem zusätzlich zu anderen Punkten, die sich aus dieser Pflegesituation und aus diesen sozialen Gegebenheiten entspinnen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte darauf aufmerksam machen, es ist nicht alles Gold was glänzt, aber Tatsache ist, es ist auch der Slogan „Bau aufs Burgenland“ gerader in dieser Hinsicht was die Pflegedienstleistung und andere gewerbliche Nutzungen und für alle burgenländischen Bevölkerungsteile notwendigen Dienstleistungen nicht ohne ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich ist.

Daher breche ich eine Lanze dafür, dass wir das auch auf geordnete Beine stellen und nicht immer dann diejenigen vorschützen, wenn es gerade angenehm ist auf jemanden hinzuschlagen oder etwas zu kritisieren, die sich quasi am wenigsten diese Diskussion leisten können und die Imstande sind, auch entsprechend zu erwidern.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass dieser Wohlfahrtsstaat da nachträglich mit seinen sogenannten Auswirkungen einen ungeheuren Bedarf hat gerade in dieser Pflegedienstleistung ausländisches Personal zur Verfügung zu haben.

Wenn wir es dann in unser System integrieren, dann ist es auch naheliegend, dass diese sogenannten Leistungsmöglichkeiten für diese ausländischen Pflegerinnen und Pfleger entsprechend auch bezahlt werden. Denn sie sind es auch, die gewerberechtlich eine Genehmigung erhalten und umsetzen müssen, dass sie legal beschäftigt sind, dass sie quasi freie Dienstnehmer sind.

Ich erinnere auch daran, dass sich dann immer wieder die Wirtschaftskammer brüstet, wie viele dieser Unternehmerinnen und Unternehmer dieser KMUs dieser Einzelunternehmer quasi im Burgenland im speziellen innerhalb der letzten Jahre aus dem Boden gestampft worden und aus dem Boden geschossen sind. In Wirklichkeit ist die Situation eine mehr als dringende notwendige Leistungssituation, die wir ohne diese Helferinnen und Helfer, ohne diese gewerberechtlich genehmigten und festgehaltenen nicht bewältigen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren - zum Abschluss: Ich möchte darauf verweisen, dass wir uns gerade in diesem Sektor Krankenanstalten im Gesundheitsbereich einer Entwicklung nähern, die in finanzieller Hinsicht mit Sicherheit ihre Grenzen hat. Wenn jetzt die Bereitschaft seitens der Bundesregierung nicht mehr vorhanden sein könnte, entsprechendes Geld zur Verfügung zu stellen, werden sich auch die Länder einschränken müssen.

Ich will nicht, dass das der Fall ist. Ich glaube, dass es von Haus aus feststeht, dass im Endeffekt ein jährlicher Zuwachs, der ja gedeckelt worden ist, notwendig ist. Nicht nur in der Entwicklung auf Medikamentenkosten, nicht auf der Entwicklung von Personalkosten, sondern auch in der Notwendigkeit hier entsprechend Vorsorgen zu treffen.

Daher ist mein Appell: Gerade abseits der formalen Gegebenheiten der rechtlichen Konsequenzen sollte in Bezug auf die Prävention, auf die präventive Wirkung gesundheitsfördernder Maßnahmen viel stärker das Augenmerk gelegt werden, dann würden wir uns in der Folge viele Kosten ersparen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile den Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos von der Regierungsbank das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordneten! Hohes Haus! Ich danke Ihnen für die sachliche Debatte und danke auch für die einstimmige oder mehrheitliche Zustimmung. So, wie es ausgesehen hat, *(Abg.*

Mag. Thomas Steiner: Eine große Mehrheit!) zumindest eine große Mehrheit. Ich kann den Wortmeldungen sehr viel abgewinnen. Zu 99 Prozent teile ich auch die Meinungen, die hier jetzt in dieser Diskussion abgegeben worden sind.

Vielleicht noch zu einigen Dingen ganz konkret. Es geht ja tatsächlich auf der einen Seite um die Anpassungen an die bundespolitischen Herausforderungen was das Krankenanstaltengesetz und den Landessanitätsrat betrifft, der auch vom Rechnungshof, zu Recht, angesprochene kritisierte Tatbestand, dass es nicht so ist, dass alle Player in den Bereich in diesem Landessanitätsrat dabei waren.

Deswegen gibt es auch diese Erweiterung. Der eine Punkt, der angesprochen worden ist: Natürlich ist es mittlerweile so, dass es sehr viele Bundesländer gibt und auch andere Gesetze im Burgenland gibt, die eine Abberufung möglich machen sollen. Ich sehe da jetzt keine sozusagen Anlassgesetzgebung, sondern eine durchaus sinnvolle Maßnahme.

Aber, Sie haben natürlich diese Diskussion genutzt, zu Recht genutzt, um hier auch über den Tellerrand hinaus zu blicken. Herr Abgeordneter Steier! Ich bin zu 99 Prozent Ihrer Meinung, was, zum Beispiel, die Herausforderung der 24-Stunden Pflege betrifft, weil das natürlich auch im Zusammenspiel, das ist eine Zahnradfunktion, insgesamt, zu sehen ist, mit dem Wegfall des Pflegeregresses.

Ich stehe politisch zum Wegfall dieses Pflegeregresses, weil er diejenigen mit einer versteckten Erbschaftssteuer belastet hat, die dieser Pflege bedürfen. Deswegen habe ich auch in der Fragestunde kurz angesprochen, dass ich die Wiedereinführung dieses Pflegeregresses durch die Hintertür, mit dem 13. und 14. Monatsgehalt und einige andere Ideen, die hier im Raum schweben, nicht begrüßen würde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was richtig ist, ist die Tatsache, dass der Bund diesen Pflegeregress abgeschafft hat. Noch einmal gesagt, auch mit sozialdemokratischer Zustimmung und auch mit meiner ganz persönlichen Zustimmung. Wir müssen natürlich schon dafür sorgen, dass die Finanzierung auch in Zukunft gewährleistet ist, *(Abg. Manfred Kölly: Das ist das Wichtigste!)* weil das für das Burgenland alleine bedeutet, dass wir einen Mehrbedarf von 5,8 Millionen Euro pro Jahr errechnet haben.

Das ergibt sich daraus, dass das ungefähr 8,6 Millionen Euro kosten wird, wir einen Bevölkerungsschlüssel von derzeit 3,34 Prozent haben und damit vom Bund, von den 100 Millionen Euro, die jetzt in diesem Topf sind, 3,34 Millionen Euro bekommen würden, was einen Abgang für uns von zusätzlich 5,3 Millionen Euro bedeuten würde.

Insofern muss man schon auch auf Bundesebene darüber nachdenken, wie man sozusagen, diesen finanziellen Mehrbedarf, der auf die Länder hier zukommt, auch abdecken kann.

Ich bin auch der Meinung, das haben Sie auch angesprochen, dass durch diesen Wegfall des Pflegeregresses natürlich der Druck im Pflegebereich stärker werden wird. Weil jetzt ja nicht mehr auf das derzeitige Vermögen sozusagen zugegriffen werden kann und damit die Bereitschaft, auch der Angehörigen, aus meiner Sicht, größer werden wird, die älteren Menschen in eine Pflegeeinrichtung zu schicken und sie zu bestärken, das auch in Anspruch zu nehmen.

Ich möchte aber schon auch darauf hinweisen, und damit bin ich beim Kollegen Sagartz, und da bin ich nicht ganz Ihrer Meinung, Herr Abgeordneter Steirer, ich bin hundertprozentig der Meinung, dass wir diese fünf Krankenhäuser im Burgenland brauchen.

Natürlich mit auch Nachjustierungsmaßnahmen, wo es um die Schwerpunktbildung in gewissen Krankenhäusern geht. Wir haben ja die Teilung mittlerweile in diese zwei Schwerpunktkrankenhäuser Oberwart und Eisenstadt und drei weitere Krankenhäuser. Aber, ich glaube, dass auch diese ihre Berechtigung haben. Das ist eine gesundheitspolitische Frage, die wir für uns selbst klären müssen.

Ich stehe dazu, weil ich glaube, dass auch die regionale Versorgung in diesem Bereich wichtig ist. Wenn man jetzt fünf Krankenhäuser und 44 Pflegeheime mit einer 24-Stundenpflege hat, dann bin ich mit dem Reformbedarf durchaus bei Ihnen, weil die aufgrund dieser Tatsache, dass jetzt der Druck auf diese Pflegeeinrichtungen steigen wird, immer wichtiger werden.

Dadurch, dass wir das betreute Wohnen und das betreute Wohnen plus haben, glaube ich schon, dass wir ein ganz gutes Konzept bei allen Verbesserungsmöglichkeiten, die es immer gibt, haben. Wir sollten aber auch einmal das Positive erwähnen, wenn 83 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer sagen, sie sind mit dem System zufrieden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir uns einig!)*

Es sind dann immer noch 17 Prozent nicht zufrieden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das Personal!)* aber es ist österreichweit kein schlechter Wert. Das Personal ist eine Herausforderung für die nächsten Jahre, da haben Sie hundertprozentig recht. Das sollte man auch nicht schönreden. Das ist so.

Wir müssen Maßnahmen setzen, um im niedergelassenen Bereich, aber auch im Spitalsbereich, die Ärzte zur Verfügung stellen zu können. Im Krages Bereich haben wir beispielsweise ja schon da und dort auch einen Engpass gehabt. Mittlerweile ist es wieder besser geworden. Aber, grundsätzlich sind wir da, glaube ich, einer Meinung.

Mit dem jährlichen Zuwachs bin ich Ihrer Meinung. Das ist aber auch derzeit mit 3, irgendetwas Prozent. Das halte ich auch für notwendig und wichtig.

Wenn wir jetzt in der nächsten Sitzung uns heute noch die Budgetrede anhören werden und dann das Budget diskutieren, dann möchte ich schon auch darauf hinweisen, dass es kein anderes Bundesland gibt, das mit nahezu 50 Prozent so viele finanzielle Mittel in den Sozial- und Gesundheitsbereich, in der Vergangenheit gesteckt hat und auch in der Zukunft stecken wird, wie das Burgenland, wenn man auch einige andere soziale Budgetposten dazu rechnet, die nicht unbedingt alleine in meinem Budget beheimatet sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Auch dazu eine letzte Frage, aber ich bin es jetzt schon gewohnt, auch immer alle Vorwürfe zu beantworten.

Da bin ich nicht ganz Ihrer Meinung. Ich bin der Meinung, wir sollten das Burgenland so ausformen, und das ist auch ein Diskussionsfluss, der in den letzten Tagen erst so richtig diskutiert worden ist, dass wir nicht eine zwei Klassen Akutordination schaffen können, weil die fünf Krankenhäuser eben in den Bezirken Neusiedl am See, Eisenstadt, Oberpullendorf, Güssing und Oberwart beheimatet sind, dass es auch zwei weitere Bezirke gibt und dass die das Recht haben, hier auch die gleiche Versorgung gewährleistet zu bekommen.

Das ist ja auch eine Frage, die heute nicht mehr zum Aufruf gekommen ist, nämlich, auch von der ÖVP Seite, dass sie durchaus bereit ist, dieses Konzept mit zu tragen, dass wir hier, sowohl in Mattersburg als auch in Jennersdorf, diese Akutordination nicht im Spital, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was wir noch nicht kennen, Herr Landesrat!),* das wir noch nicht kennen, weil wir auch in Verhandlung sind.

Aber, Sie können davon ausgehen, Herr Abgeordneter Sagartz, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau! Grundsätzlich ja!)* dass es in den Bezirken, wo man das

sozusagen auch etablieren könnte, genügend Bewerber gibt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir kennen noch kein Konzept, aber wir freuen uns auf die Gespräche.)* Aber, noch einmal gesagt, es wäre unseriös jetzt schon zwei Standorte vorauszuschicken. Aber, grundsätzlich gibt es hier eine Absprache mit der Ärztekammer und der Gebietskrankenkasse. Da sind wir auf einem guten Weg.

Abschließend gesagt: noch einmal Danke für die Zustimmung, zu diesen beiden Vorhaben. Ich halte Sie nicht für die ganz zentralsten, aber es hat uns auch die Möglichkeit gegeben, diese Fragen der Gesundheitspolitik auch ein bisschen breiter zu diskutieren.

Ich bedanke mich noch einmal für Ihre Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstalten Gesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2017), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Auch hier ersuche ich jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, in dem das Burgenländische Krankenanstalten Gesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2017), ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1072) mit dem das Burgenländische Landessanitätsratsgesetz 2005 geändert wird (Landessanitätsratsgesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 – 752) (Beilage 1095)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum 5. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1072, mit dem das Burgenländische Landessanitätsratsgesetz 2005 geändert wird (Landessanitätsratsgesetz-Novelle 2017), Zahl 21 - 752, Beilage 1095.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Landtagsabgeordnete Günther Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landessanitätsratsgesetz 2005 geändert wird (Landessanitätsratsgesetz-Novelle 2017), in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 08. November 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landessanitätsratsgesetz 2005 geändert wird (Landessanitätsratsgesetz-Novelle 2017), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Es haben in der Diskussion, in der Debatte über den vorherigen Tagesordnungspunkt alle Reden auch auf den 5. Tagesordnungspunkt Bezug genommen. Es steht natürlich jedem Mandatar frei, sich zu Wort zu melden.

Da nun keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landessanitätsrats Gesetz 2005 geändert wird (Landessanitätsratsgesetz-Novelle 2017), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche, jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, in dem das Burgenländische Landessanitätsrats Gesetz 2005 geändert wird (Landessanitätsratsgesetz-Novelle 2017), ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses, des Finanzbudget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1067), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2017) (Zahl 21 – 747) (Beilage 1096)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Berichterstattung zum 6. Punkt der Tagesordnung, dies ist der Bericht des Rechtsausschusses, des Finanzbudget- und Haushaltsausschusses, über den Gesetzentwurf, Beilage 1067, in dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird, Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2017, Zahl 21 - 747, Beilage 1096, wird Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska vorlesen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Frau Berichterstatterin, ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2017), in ihrer 25. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 08. November 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2017), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich dazu dem Herrn Abgeordneten Mag. Johann Richter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Worum geht es im Wesentlichen bei diesem Gesetzantrag? Im Schulrechtsänderungsgesetz 2016 sind grundsätzliche gesetzliche Bestimmungen enthalten, die dann praktisch im Burgenländischen Pflichtschulgesetz 1995 auszuführen sind. Daneben geht es noch um Regelungen, die sich in der Praxis des Vollzuges als förderlich erwiesen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich werde mich im Wesentlichen oder ich sage einmal, auf die, meiner Meinung nach, vier wesentlichste Punkte dieser Gesetzesänderungen beschränken. Der erste Punkt ist ein ganz wichtiger. Hier geht es um die Ausweitung der Sprachstartgruppen, beziehungsweise Sprachfördergruppen.

Das heißt, an Volksschulen, Hauptschulen, Neuen Mittelschulen und Polytechnischen Lehrgängen können ab acht Schülern, die wegen mangelnder Kenntnis der Unterrichtssprache praktisch als außerordentliche Schüler aufgenommen worden sind, Sprachstartgruppen im Ausmaß von elf Wochenstunden eingerichtet werden.

Das Ganze über einen Zeitraum von zwei Jahren. Auch schulstufenübergreifend, schulartübergreifend und auch schulübergreifend. Neu hinzu kommt jetzt auch klassenübergreifend. Es entscheidet hier der Landesschulrat nach Maßgabe des verfügbaren Lehrpersonals, das heißt, entsprechend der Planstellen.

Neu kommt auch dazu, dass ebenfalls in Berufsschulen solche Sprachstartgruppen für ordentliche und außerordentliche Schüler eingerichtet werden können und zwar saison- und lehrgangsgeführte Berufsschulen höchstens vier und für ganzjährig geführte Berufsschule höchstens zwei Wochenstunden.

Beim zweiten Punkt geht es um den Paragraphen 7, der die Führung ganztägiger Schulformen regelt. Konkret geht es hier um die schulische Tagesbetreuung in getrennter Abfolge. Bei der Führung ganztätiger Schulformen orientiert sich normaler Weise die Höchstzahl der Gruppe in der Tagesbetreuung nach der Zahl der Klassenschüler.

Bei zweisprachigen Volksschulen und Neuen Mittelschulen, wo ja die Höchstzahl 18 ist, kann zukünftig der Schulerhalter für Betreuungsgruppen im Freizeitteil ganztägiger Schulformen, mit getrennter Abfolge, eine höhere, sozusagen Höchstzahl festlegen. Das heißt, höchstens jedoch 25.

Die nächste Änderung, sehr geehrte Damen und Herren, ist sicher gravierender. Das ist mein dritter Punkt. Nach der derzeit gegebenen Rechtslage wird nur die Grundstufe eins, das heißt, in den Volksschulen. Die Grundstufe eins bedeutet die Vorschulstufe, die Schulstufe eins und die Schulstufe zwei getrennt oder gemeinsam

geführt. Das ist der derzeitige Stand des Gesetzes. Das heißt konkret, dass es vier Varianten gibt.

Diese drei Stufen, Grundstufe ein, Vorschulstufe, erste Schulstufe, zweite Schulstufe, können getrennt geführt werden. Sie können gemeinsam geführt werden. Es gibt die Möglichkeit, dass Vorschulstufe und erste Stufe gemeinsam geführt werden. Schließlich die erste und die zweite Schulstufe gemeinsam.

Es gibt also vier Varianten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Nun soll das auf den gesamten Bereich der Grundschule ausgeweitet werden. Das heißt, die gemeinsame Führung von Schulstufen in einem Klassenverband wird ermöglicht.

Der Landesgesetzgeber bestimmt wie weit räumliche, personelle, finanzielle Gegebenheiten berücksichtigt werden und der Schulerhalter hinsichtlich Sachaufwand, wie weit diese Berücksichtigung finden. Die Entscheidung liegt jedenfalls bei der Schulleitung nach Anhörung des Schulforums. Wieder die Zustimmung des Landesschulrates wegen dienstpostenmäßiger Ressourcen und des Schulerhalters wegen eventueller zusätzlicher Räume ist damit begründet.

Beim vierten Punkt geht es im Paragraf 17a um den Aufbau der Neuen Mittelschulen und da heißt es wörtlich: Die Schüler sind in Klassen zusammenzufassen. Jeder Schulstufe hat einer Klasse zu entsprechen.

Jetzt wird folgender Satz angefügt: Nach Maßgabe pädagogischer, oder organisatorischer Anforderungen, zum Beispiel geringe Schülerzahl, können mehrere Schulstufen in einer Klasse zusammengefasst werden. Das könnte übrigens zur Sicherung des Erhalts kleiner Schulstandorte dienen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zusammengefasst möchte ich sagen, irgendwo kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, vielleicht täusche ich mich, dass, ich sage einmal in kleinen Schritten und zwar ein bisschen durch die Hintertür, eine Gesamtschule für alle Schülerinnen und Schüler auf längere Sicht geplant ist, über kurz oder lang. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau.)* Zumindest bis jetzt.

In Zukunft besteht ja die Chance, dass durch die neue Regierung im Bildungsbereich doch einige Dinge, ich sage einmal, *(Abg. Gerhard Steier: Korrigiert.)* korrigiert werden könnten.

Konkret sollen ja zum Beispiel die Gymnasien erhalten bleiben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so?)* Da haben sich die beiden Verhandlungspartner relativ schnell geeinigt und auch die Wiedereinführung der Leistungsgruppen steht im Raum. Übrigens, wenn ich jetzt von Regierungsverhandlungen und quasi und von den vergangenen Wahlen spreche, ich verstehe zwar nicht warum die GRÜNEN trotz ihres, mit Abstand besten Programms aller Parteien, nämlich die Freiheitlichen zu verhindern, warum diese GRÜNEN hochkantig aus dem Nationalrat geflogen sind, aber mein Mitleid hält sich in Grenzen.

Wir werden jedenfalls diesem Gesetzantrag die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Mag. Christian Sagartz, BA ist der Nächste.

Herr Klubobmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzter Herr Präsident! Herr Kollege Richter! Sie haben mir ja die Pointe

ein bisschen vorweggenommen. Ich wollte Sie nämlich am Abschluss Ihrer Rede jetzt einleitend fragen: Wie oft wird denn das jetzt noch der Fall sein, dass wir vielleicht hier eine rot-blaue Einigung haben und vielleicht nicht eine andere Einigung in Bildungsfragen. Die Kollegin Benkö hat ja das auch schon des Öfteren miterlitten, behaupte ich jetzt, wo Standpunkte der Vergangenheit oft über Bord geworfen wurden.

Freut mich, schön zu hören, dass wir bei einigen Dingen, step by step würde ich sagen, wollten Sie mir gerade sagen, Schritt für Schritt, uns annähern. Ich möchte aber auch eines sagen, ohne dass ich hier die Vorgangsweise in Kritik bringen will, es handelt sich einmal mehr um eine Umsetzung von Bundesgesetzen.

Ich glaube, dass es höchst an der Zeit ist, egal wo die neue Regierung ansetzen möchte. Wenn ich das Gelesene und Gehörte richtig verstehe, soll es zu einer wirklichen Kompetenzbereinigung kommen. Wenn die Bundesregierung hier Kompetenzen an sich ziehen möchte, oder ganz den Ländern überlassen möchte, dann muss das klar geregelt werden. Wir springen jetzt eigentlich nach den Vorgaben des Bundes.

Die Lehrervertreter, die Elternvertreter, die Schüler, die Direktorinnen und Direktoren haben sich längst auf das eingestellt, was wir heute hier als Gesetzesgrundlage nachvollziehen. Ich glaube das ist falsch. Das ist der falsche Weg hier im 21. Jahrhundert Gesetze und Verordnungen in die Wege zu bringen, hier braucht es einen kompletten Neustart.

Ich glaube, hier kann man grundsätzlich davon ausgehen, dass es zu einer Entrümpelung kommt, nämlich nicht der Inhalte, da kann man glaube ich anderer Meinung sein, da kann man immer sich einer Diskussion stellen, aber bei der Vorgangsweise. Und hier eine klare Kompetenzbereinigung vorzunehmen, wäre echt an der Zeit.

Ich kann Ihnen versichern, der Standpunkt der ÖVP Burgenland ist, es braucht klare Kompetenzen, es braucht eine Rechtsbereinigung. Das sind Themen die wir seit der ersten Landtagssitzung hier versuchen klarzustellen und in die Wege zu bringen und wir werden nicht lockerlassen.

Ich garantiere Ihnen, die ÖVP bleibt hier der Partner für eine moderne Verwaltung, für eine moderne Gesetzgebung und für klare Kompetenzen. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Noch eines muss sich ändern, dass möchte ich auch gleich sagen. Ich wünsche mir eine Schulpartnerschaft auf Augenhöhe. Ich möchte, dass man mit Gewerkschaftern, mit Elternvertretern, mit Lehrern, mit Schulleitern, aber auch mit Mitarbeitern in Ministerien auf Augenhöhe verhandeln kann. Das habe ich in den letzten Jahrzehnten nicht so erlebt.

Ich weiß, man kann natürlich sagen der Minister oder die Ministerin, oder die Bundesebene hat eine gewisse Lenkungsfunktion und es braucht hier klare Kompetenzen, dass ein Bundesminister oder eine Ministerin sich nicht abstimmen muss, mit lästigen Vertretern der Eltern der Schüler, oder der Lehrer.

Das kann man schon so glauben, das ist aber nicht meine Überzeugung. Ich sage Ihnen, ich bin ein absoluter Gegner zentralistischer Strukturen. Ich glaube, dass all das, was wir hier auf Augenhöhe mit Schulpartnern verhandeln besser ist, besser akzeptiert wird, besser umsetzbar ist, als all das, was irgendwo an einer Zentralstelle verordnet wird.

Da glaube ich, muss unser Kurs und insbesondere das Credo auch meiner eigenen Partei immer wieder im Vordergrund stehen. Eigenverantwortung, Selbständigkeit und vor allem Verhandlungen mit allen Schulpartnern auf Augenhöhe, das möchte ich in der Zukunft als Garantie wissen. Dann sind die Inhalte, dann sind die Streitigkeiten und

Diskussionen auf die wir uns einlassen müssen ganz anders und ganz anders auch zu bewerten.

Inhaltlich stimmen wir zu. Sprachstartgruppen und die Änderung im Rahmen der Neugestaltung der Schuleingangsphase sind eben dem geschuldet, dass sich Schulverwaltung und Unterricht weiterentwickeln. Dass es hier Möglichkeiten gibt die Zusammenfassung mehrerer Schulstufen in einer Klasse aus pädagogischen und organisatorischen Gründen vorzunehmen, ermöglicht dieses Gesetz. Ich möchte ganz deutlich sagen, natürlich ist das eine Möglichkeit und wenn man es, wie Hans Richter formulieren möchte, die Hintertüre für ganz weitreichende Maßnahmen.

Hier wird es auch daran liegen, ob die handelnden Akteure sich das gefallen lassen. Ein Anhörungsrecht des Schulforums kann mir und vielen Vertretern hier im Landtag nicht genug sein. Wir sind gewählte Mandatare, wir möchten auch nicht nur gehört werden, wir möchten mitbestimmen können. Man kann Mitbestimmung auf unterschiedlichen Ebenen auch natürlich unterschiedlich stark ausgestalten.

Nicht die Eltern sollen den Direktor alleine bestimmen können. Aber den Direktor, die Direktorin zu bestimmen, ohne dass die Eltern die Möglichkeit haben auch ihre Meinung kundzutun, die dort auf der Waagschale liegt, bei der endgültigen Entscheidung, das ist auch nicht der Weg den wir einschlagen sollten.

Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass viele Punkte in der Schulreform, die präsentiert wurde vor mittlerweile doch 1,5 Jahren auf Bundesebene, wo ich auch deutlich hier von dieser Stelle aus und auch medial öfters meine Kritik geäußert habe, wir sind als ÖVP Burgenland mit vielen Maßnahmen nicht einverstanden gewesen, und ich hoffe, dass es hier zu Neuregelungen kommt.

Insbesondere deshalb, weil heute ja auch spannend ist, wer hat dieser großen Novelle im Nationalrat zugestimmt, wenn wir schon umsetzen müssen, was der Burgenländische Landtag dann nachvollzieht. SPÖ, ÖVP, GRÜNE und NEOS waren für die heutige Rahmengesetzgebung, die Freiheitlichen und das Team Stronach waren dagegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht wird sich in Kürze in den nächsten Sitzungen das ganz anders abspielen. Vielleicht schaffen wir es, dass bei bildungspolitischen Fragen sich andere Mehrheiten in diesem Landtag finden. Das ist Demokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Möglichkeit auch Dinge für das Burgenland besser zu verhandeln. Vielleicht gibt es Rahmenbedingungen die für unsere ländliche Region viel wichtiger sind, als wenn es die Lösung eines Zentralraumes ist.

Dafür steht die ÖVP, Verhandlungen mit allen und zwar auf Augenhöhe und dann gemeinsam etwas umsetzen das in der Klasse ankommt. Ich möchte nicht weitere Schulreformen hören, wo weitere Organisationspläne und Strukturen diskutiert werden und am Ende des Tages bleiben die Betroffenen dann alleine zurück. Das sind die engagierten Pädagoginnen und Pädagogen, das sind die Schülerinnen und Schüler und das sind die couragierten Eltern, denen müssen wir den Rücken stärken. Für diese Zielgruppen müssen wir alle unsere Anstrengungen bündeln.

Die ÖVP wird dieser Gesetzesnovelle zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Ich erteile das Wort der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Herr Kollege Richter, hat inhaltlich schon sehr vieles vorweggenommen, ich möchte aber noch einiges dazu ausführen, wo ich glaube, dass es nicht vollständig oder vielleicht, ich sage jetzt fehlerhaft war. Zum Beispiel mit den Sprachstartgruppen, bei den außerordentlichen Schülern.

Das stimmt alles, auch für zwei Jahre, 11 Wochenstunden. Zwei Jahre deswegen, weil kein Kind länger als zwei Jahre als außerordentlicher Schüler geführt werden darf. Wenn ein Kind zwei Jahre außerordentlicher Schüler war, dann wird es im dritten Jahr als ordentlicher Schüler geführt.

Wenn die Kinder dann noch immer nicht ordentlich die deutsche Sprache beherrschen, haben sie die Möglichkeit in Sprachförderkursen diesen Unterricht weiterzuführen. Diese Sprachstartgruppen sind bitte nichts Neues. Im zweiten Schulreformpaket 2005 wurden sie bereits für Volksschulklassen beschlossen und sie waren auch 2011 für Hauptschulklassen erweitert worden.

Jetzt ist es nur deswegen wieder neu zu beschließen, weil die Finanzierung bis zum Schuljahr 2015/16 nur beschlossen war und jetzt geht es darum, ein Jahr verspätet 2016/17 bis 2018/19 zu beschließen. Das heißt, das ist jetzt nichts Neues.

Zu den zweisprachigen Schulen: Wir wissen Klassenschülerhöchstzahl ist dort 18, normalerweise gilt für die Nachmittagsbetreuungsgruppengröße die gleiche Zahl, aber in diesen zweisprachigen Schulen kann der Schulerhalter, sprich bei den Volksschulen die Gemeinden und bei den Neuen Mittelschulen auf 25 Schüler erhöhen.

Dann der Einsatz von Erzieherinnen und Erziehern in der Lernzeit und Freizeit ist jetzt am Nachmittag möglich, bisher waren es nur Pädagoginnen und Pädagogen die eingesetzt werden konnten und jetzt zu dem mit der Grundschule. Das ist keine Hintertür zur Gesamtschule.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte bedenken Sie das ist ein Bundesgesetz und der Wunsch, dass es möglich war mehrere Schulstufen in einer Klasse zu unterrichten kam nicht aus dem Burgenland.

Denn im Burgenland ist es seit einigen Jahrzehnten Usus. Ich bin schon in eine zweistufige Volksschule gegangen, das heißt, bei uns war das immer schon möglich, dass in einer Klasse mehrere Schulstufen waren. Aber vor allem in Wien, in den großen Städten, wo die Schulen derart groß sind, dass es immer möglich ist, dass man eine Klasse einer Schulstufe allein in einer Klasse besucht, kommt jetzt verstärkt der Wunsch, dass Kinder in verschiedenen Schulstufen in einer Klasse sitzen.

Das heißt, Beispiel: Es gibt in einer Schule eine erste Klasse mit 25 Kindern, eine zweite Klasse mit 25 Kindern. Die Eltern wünschen aber, demokratisch abgestimmt, dass ihre Kinder in einer mehrstufigen Klasse sitzen. Dann kann man eine Klasse als Klasse A und die Hälfte der Erstklasse Schüler und Schülerinnen und der Zweitklasse Schüler hineinsitzen und in der Klasse B ebenfalls Erstklasse und Zweitklasse Schüler und Schülerinnen.

Das heißt, dort kann das jetzt gemachte, ohne dass es eine Notwendigkeit ist, weil die Schule zu klein ist um erhalten zu werden, so wie wir es haben, sondern ganz einfach auf Wunsch der Eltern, des Schulerhalters und natürlich auch der Schulbehörde.

Das heißt, es ist keine Hintertür zur gemeinsamen Schule. Das ist etwas, was wir im Burgenland schon seit Jahrzehnten haben. Und ich sage, wir waren wieder einmal Vorreiter. Genauso wie es diese gesetzliche Änderung, größte Flexibilität beim

Sprengelfeld mit Schulbesuch ermöglicht. Im Burgenland haben wir seit dem Jahr 2008 den Berechtigungssprengel für neue Mittelschulen.

Das heißt, das ganze Burgenland ist ein Schulsprengel und die Schüler können überall in die Neue Mittelschule gehen, wo immer sie wollen.

Etwas was ich als total witzig empfinde, im Gesetzestext steht da nämlich etwas, was sich zu einer Zeitungsmeldung von vorgestern ganz kontrovers widerspiegelt, wo nämlich zu lesen war, ich glaube das war vorgestern, die Länderchefs wehren sich gegen eine Zentralisierung oder, dass den Ländern die Macht genommen wird. Hier steht im Gesetzestext drinnen, ich lese die erste Hälfte des Satzes wo erklärt wird: - ein Abstimmungsbedarf auf Bundesebene wird nicht vorgesehen.

Das heißt, die Eigenständigkeit der Länder wird unterstützt und es wird keine Entmachtung geplant. So jetzt muss ich aber auch auf meine Vorredner zugehen, so wie ich vorher gehört habe, die neue Bundesregierung ist eine Chance. Ich sehe das als eine große, große Gefahr.

Zum Ersten einmal zu Herrn Kollegen Sagartz: Sie sagen, dieser Gesetzentwurf, den wir hier jetzt auf Bundes-, Entschuldigung Landesebene nunmehr zu bestätigen haben, haben die SPÖ, die ÖVP und zugestimmt, die FPÖ nicht.

Lieber Herr Kollege, das war kein Part der Bildungsreform im Juni 2017. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Nein, eh nicht. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Eh nicht.)* Das war 2016 bereits und nicht - *(Abg. Christian Sagartz, BA: Das war eine Vermengung, entschuldigen Sie.)* Das jedenfalls war nicht 2017.

Etwas was mir noch so eigenartig vorkommt, solange hier Rot-Blau in der Regierung ist auf Bundesebene, höre ich von Seite der ÖVP, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Landesebene!)* auf Landesebene – Entschuldigung, höre ich von der ÖVP immer nur, die FPÖ ist ja eh nur der Steigbügelhalter der Schwarzen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Roten.)*

Sie nicken jetzt, noch immer zur Stimme - *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Roten.)* der Roten. Darf ich jetzt fragen, wie Sie das dann bezeichnen auf Bundesebene? Ist dort die FPÖ wieder der Steigbügelhalter der Schwarzen? Dann werden sich Ihre Kollegen der FPÖ ganz schön bedanken, wenn Sie jetzt immer wieder diese Titulierung vornehmen.

Dann etwas was ganz eigenartig ist, Sie haben gesagt, die Gewerkschafter und alle, und wie jetzt die Verhandlungsgruppe im Bund ist, ich habe mir die Verhandlungsgruppe zum Thema Bildung angeschaut, ich nehme an, Sie werden wissen, wer Ihre Vertreter sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber das sind ja nicht die Schulpartner, Frau Kollegin.)* Sie haben auch von den Gewerkschaften- *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Schulpartner…)* Darf ich jetzt weiterreden?

Ich meine, Sie glauben natürlich, dass jetzt bei diesem Verhandlungsdiskussionenpaket natürlich nur das Beste herauskommt, weil Sie ja die professionellsten und die besten Leute für die Bildung, nehme ich an, von der ÖVP in die Arbeitsgruppe geschickt haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, das sind Menschen, die sich dafür interessieren natürlich.)* Sie werden ja nicht die Schwächsten hinschicken. Haben Sie natürlich, oder? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Alle interessierte Menschen werden mit eingebunden.)*

Naja Sie werden ja wissen, wer dort ist in der Arbeitsgruppe. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Alle Menschen?)* Nein eh nicht, aber Sie werden wissen, wer in der

Arbeitsgruppe von der ÖVP ist, oder? Gut, wenn Sie es nicht wissen, ich sage es Ihnen: Die ÖVP schickt den ehemaligen ÖVP-Politiker Andreas Salcher in die Arbeitsgruppe. Der Herr Andreas Salcher hat nie unterrichtet, er hat auch kein pädagogisches Studium absolviert.

Der große Gewerkschafter der Pflichtschullehrer, auch von Ihrer Fraktion, Paul Kimberger sagt, das war das Schlechteste, was man tun hat können, den Herrn Salcher zu schicken, der ist ein Populist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Eine Meinung von vielen.)*

Wortwörtlich, ich zitiere: Der ist ein Populist und Scharlatan, ein selbsternannter Bildungsexperte, dem es nicht um die Schule, sondern um die Verkaufszahlen seiner Bücher geht. Herr Kimberger selber hätte gern den Mathematiker und neuen Abgeordneten Rudolf Taschner, den Mathematiker, in der Arbeitsgruppe.

Da habe ich auch so meine Bedenken, denn der Herr Taschner hat 2012 in einer Kolumne in einer Zeitung geschrieben: Die Ohrfeige für die Kinder ist ein Gewitter mit kurzem, reinigendem Schmerz. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der ist ja gar nicht dabei, haben Sie gerade gesagt.)*

Also ich habe die größte Angst, wenn ich jetzt höre welche Bildungsexperten von der ÖVP *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der ist gar nicht dabei.)* in der Arbeitsgruppe sitzen und dann erwarten Sie sich Reformen. Ich habe wirklich die größte Angst, dass wir wieder dort hinkommen wo wir 2000 bis 2006 waren, wo dann 2001 die Studiengebühren eingeführt wurden.

2003 ist dann die verheerende PISA-Ergebnisstudie gekommen, wo dann die Ministerin Gehrer eine Reformsdiskussionsgruppe *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da waren aber vorher noch die roten Minister.)* eingeführt hat. Diese Reformdiskussionsgruppe, Herr Kollege Steiner, hat in den letzten 15 Jahren kein einziges Ergebnis präsentieren können. Wieder so eine Gruppe.

Die Klassenschülerhöchstzahl wurde um 20 Prozent erhöht. 5.000 Lehrerinnen und Lehrer gibt es, gab es weniger in dieser Zeit. 120.000 Wochenstunden wurden gekürzt. Das heißt, pro Kind, pro Woche, eine halbe Stunde. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Und was bedeutet das für die Zukunft?)*

Jetzt denke ich mir und ich meine Sie haben mitgestimmt, jetzt, wenn Sie das wieder zurücknehmen heißt das, zuerst habe ich anders gedacht, jetzt denke ich wieder anders.

Ich wünsche mir, dass wir nicht wieder in diese Ära Schüssel zurückkommen, wo *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das geht ja nicht, der ist ja nicht mehr da.)* es wichtig ist, das Erfolgsliederbuch herausgebracht wird. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das geht gar nicht.)* Wo man in den Schönbrunner Zoo einen Ausflug macht, nach Mariazell, aus Anlass der EU-Sanktionen und so weiter. Das geht alles auf Kosten der jungen Menschen und der Jugendlichen im Burgenland.

Tun wir weiterhin was möglich ist auf Landesebene, um Bildung fair und chancengerecht gestalten zu können und ich hoffe, dass auf Bundeseben die neue Regierung auch ein bisschen nachdenkt.

Wir stimmen natürlich zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Vielen Dank. Ich erteile dem Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach diesen Sprachirritation, bezogen auf die neue Koalition im Bund und der Burgenländischen Landeskoalition, wir werden das öfter erleben, Frau Kollegin Prohaska, es wird sich einiges verändern. *(Abg. Doris Prohaska: Das befürchte ich auch.)*

Wenn es jetzt nur anklingt in gewissen Schattierungen, ich glaube, dass manche Schritte die schon zumindest hinter den Verhandlungstüren nach vorne gedrungen sind, noch gravierende Einschränkungen bringen werden, als uns allen lieb sein wird. *(Abg. Doris Prohaska: Das glaube ich auch.)* Aber das wird dann eine andere Geschichte. Das wird sich dann diskutieren lassen, wenn es der Fall ist.

Es sind aber von meinen Vorrednern, Herr Kollege Sagartz hat davon gesprochen, dass er ein absoluter Gegner zentralistischer Strukturen wäre. Wenn ich jetzt recht, quasi auch vorausschauend auf die neuen Verhandlungen, oder auf die Regierungsverhandlungen eingehe, dann gehe ich nicht davon aus, dass es eine regionale Stärkung geben wird, sondern eher das von ihnen verfochtene Prinzip der zentralistischen Strukturen, das wird sich auch in der sogenannten Staatsreform und in anderen Gegebenheiten niederschlagen.

Wir werden einiges erleben, was mich heute einigermaßen schon irritiert. Aber ich bitte eigentlich nur davon Abstand zu nehmen, dass die Schwächsten in unserer Gesellschaft wieder die Leidtragenden werden.

Aber grundsätzlich behandeln wir ein Thema des für die Zukunft unserer Kinder eigentlich die größte Bedeutung hat nämlich Schule. Schule in den Schattierungen die über Jahre, Jahrzehnte jetzt unterschiedliche Player, unterschiedliche Meinungen und im Endeffekt quasi den Output nicht so liefern lassen, wie wir uns das alle vorstellen.

Wir reden heute von Organisationsformen, wir reden heute über Gegebenheiten und die werde ich dann zum Anlass nehmen, dass ich mich denen insbesondere widme, nämlich auch um die sogenannten Änderungen, wenn es auch nur in einem Teilbereich ist, des sogenannten Minderheitenschulwesens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist zu begrüßen und ich gehe jetzt nicht auf alle Punkte ein, dass wir eine konzertierte Aktion in Bezug auf Sprachförderung haben. Diese Maßnahme, diese gesetzliche Voraussetzung, ist ein wichtiger Punkt um Integration eigentlich im Schulbereich stattfinden zu lassen.

Es ist auch wichtig, dass die Berufsschulen mit eingebunden sind und dass diese Maßnahme nicht nur in pädagogischer, sondern auch in sozialer und in anderer Hinsicht eine ganz gewichtige Entscheidung für den Einzelnen, sei jetzt des Migranten beziehungsweise als Schüler oder Schülerin allgemeiner Herkunft hier in Österreich von statten geht. Das haben wir mehr als Not, das ist eine Entscheidung, die jetzt für das Burgenland rudimentär vielleicht Gültigkeit hat, aber für städtische Bereiche von absoluter Bedeutung ist.

Wir sollten hier auch im Endeffekt die Trennung herbeiführen, die in anderen politischen Kategorien nicht so gern gesehen wird, oder ins Treffen geführt wird, wenn politische Resultate zum Tragen kommen, nämlich den städtischen und den ländlichen Bereich. Aber hier ist es nicht angebracht, hier gilt eigentlich das allgemeine Prinzip und daher sollten wir das auch zum Tragen kommen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist angeklungen, dass wir sogenannte schulstufenübergreifend die Wertigkeiten und das Unterrichten zulassen sollen. Ich erinnere nur eines, Frau Kollegin Prohaska, wir haben in frühen Jahren eigentlich davon Abstand genommen, dass die Schulstufen übergreifend, in einer Klasse stattfindende Unterrichtsform, von statten geht. Wir nähern uns jetzt quasi nach Jahren wieder diesem Anspruch.

Sie haben es versucht, zu erklären, dass das eigentlich kein burgenländisches Interesse, sondern anderer Bundesländer Interesse ist, sich dieser alten Form wieder zu nähern. Wobei vieles was wir heute in diesem Gesetz, in der Besprechung haben, eigentlich schulorganisatorisch gekennzeichnet ist, aber im Hintergrund finanzielle Rahmenbedingungen hat.

Es ist eine gesetzliche Maßnahme die hauptsächlich in der Reduktion auf gewisse Kosten hin aus ist und im Grunde genommen sich auch in der Form äußert, dass etwas das bisher, zumindest bisher, eine Art von Privileg der Minderheiten gegolten hat, ausgehebelt wird. Ich weiß schon, dass wir im Grunde genommen in der Festlegung die 18er Zahl haben und Sie haben es und andere haben es auch ausgedrückt, es soll die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Zahl auf 25 zu erhöhen.

Ich mache heute darauf aufmerksam, dass es ein wirklich ein Umstand ist, der mich nicht nur bedrückt, sondern der für die Minderheiten, für die anerkannten burgenländischen Minderheiten und die österreichischen, ein erster Schritt wieder in eine falsche Richtung bedeutet. Hier geht es darum, dass in tagesübergreifenden Schulformen die Möglichkeit besteht von der Schülerzahl 18 abzurücken und aus organisatorischen Gründen bis zu 25 zu erhöhen.

Es ist aber ein bedeutsamer Schritt, weil etwas, das als Grundelement der pädagogischen Ausrichtung für das Minderheitenschulwesen mit einem Schlag hier ausgehebelt wird und in eine ganz andere Richtung tendenziell geführt wird. Es ist eine Maßnahme die man jetzt so leichtfertig erklären kann, es gilt ja nur quasi auf diese Schulorganisationsformen Rücksicht zu nehmen, weil es sich damit eigentlich für den Schulerhalter beziehungsweise für die Eltern in größerer Form ausgeht und es ist ja auf dieses Freizeitverhalten gemünzt.

In Wirklichkeit ist es eine einschneidende Maßnahme, die einen gegebenen Status mit einem Mal mit einem Mal aushebelt und quasi die Gewähr bietet für jeden von 18 Schülern und Schülerinnen auf bis zu 25 im Verband zu erhöhen. Das schlägt mir eigentlich nicht nur auf den Magen, sondern das ist eine Entscheidung die, wie ich vorher ausgedrückt habe, mit Sicherheit Tür und Tor öffnet für Gegebenheiten die weit über den jetzigen Anspruch hinaus für manche Situationen Möglichkeiten eröffnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir ringen über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, um den Bestand und um die Ausführung in Bezug auf die Sprachkompetenz und die Erhaltung der Sprache, die wir als festgelegte Parameter unserer kulturellen Identität, abgesehen jetzt vom Staatsvertrag und anderen Gegebenheiten haben.

Wir haben einen Unterschied im Burgenland in der Kennzeichnung, bezogen auf die slowenische Ausführung in Kärnten, zu dem was zum Beispiel was burgenländische Verhältnisse auf die kroatische Sprache, in der Vermittlung auf unsere Kinder bedeutet. In Kärnten haben wir das zweigliedrige Prinzip, zwei Lehrer in einem Klassenverband.

Bei uns ist man jetzt dazu übergegangen, dass wir im heurigen Schuljahr, speziell im Norden des Burgenlandes, Klassenverbände gemeinsam betrachten, indem wir dem

Umstand Rechnung tragen, zu wenig zweisprachiges Lehrpersonal zu haben und damit auf die Reduktion bezogen eine neue Art der Gliederung stattfindet.

Nämlich eine Wocheneinheit wird die eine Klasse kroatisch zweisprachig unterrichtet und die zweite Woche die andere Schulklasse. Das gibt es in mehreren Schulen des nördlichen Burgenlandes. Das wird als neuwertiges Prinzip verkauft, ist aber im Grunde genommen ein wirkliches Menetekel, bezogen auf die Ausbildungsschiene, die das zweisprachige Lehrpersonal quasi nicht vollzogen hat.

Wir haben hier eine seit Jahren wuchernde und jetzt gestiegene Form von zu wenigen Anwärtern, die sich dieser zweisprachigen Ausbildung stellen. Demzufolge sind jetzt diese Maßnahmen notwendig gewesen, dass wir eine neue Art der zweisprachigen Unterrichtsform setzen. Tatsache ist, dass dieses System evaluiert wird und dass im Nachhinein auch die Betrachtung quasi gesetzt wird, ob dieses Prinzip funktioniert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich mache noch einmal abschließend auf den Umstand aufmerksam, dass die Minderheiten nicht nur die versprochene Form von Sonntagsreden für sich reklamieren sollten und dürfen, sondern sie sind in unserer Verpflichtung von der gesetzlichen Seite her eine nicht nur gegebene, sondern auch wertzuschätzende und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln auszustattende Minderheit in unserem Bundesland.

Es gilt nicht nur für die kroatische, das gilt auch für die anderen Gegebenheiten. Tatsache ist, dass ich zum Abschluss meiner Rede hier auf etwas verweisen möchte wo ich jeden von Ihnen einlade, abgesehen ob er jetzt einer Minderheit oder keiner Minderheit angehört.

Es gibt eine europäische Petition, die mit Unterschriftsleistungen darauf aufmerksam macht, dass die Chance im Europäischen Parlament auch diskutiert bestehen soll, nationale Minderheiten und Sprachminderheiten nicht nur wertzuschätzen in Sonntagsreden, sondern sie auch entsprechend zu unterstützen.

Diese Unterstützung gibt es mit dem sogenannten Minority SafePack-EU, in der Möglichkeit, sich dieses Kapitel nicht nur aufzuschlagen, nicht nur entsprechend die Rechte zu diskutieren, sondern auch die Pflichten, die im Zusammenhang mit Minderheiten Gegebenheit sind und europabezogen in der kulturellen Vielfalt eigentlich die Bestandteile, die europäische Identität kennzeichnen, auch ausmachen.

Ich darf Sie ersuchen, dieses Minority SafePack, diese Petition entsprechend zu unterstützen und mit Ihrer Unterschriftsleistung auch dafür Sorge zu tragen, dass das Minderheitengesetz in Österreich, dass die Minderheiten insgesamt in Österreich nicht nur eine kulturelle Einheit, sondern auch die entsprechende Unterstützung in finanzieller Hinsicht bekommen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich möchte auf einen Themenschwerpunkt eingehen, der eigentlich relativ wenig von den Debattenrednern beleuchtet wurde, und zwar ist das die Schulautonomie. Und genau die Schulautonomie wird durch die Gesetzesänderung gestärkt. Ich glaube, dass es ganz, ganz wesentlich ist, hier einzelne Schritte zu setzen, aber da sind wir noch nicht am Ende.

Schulautonomie heißt, dass noch mehr Kompetenzen in die Schulen verlagert werden, dass man genau von dieser Zentralisierung, die es teilweise gibt, wegkommt und sowohl in den Gemeinden, in den Ländern die entsprechenden Entscheidungen zu treffen hat. Diese Schulautonomie wird nicht nur bei Inhalten festgelegt, es gibt ja genau bei der Schulautonomie die Möglichkeit, die Schule entsprechend zu positionieren.

Zum Beispiel einen Schwerpunkt im Umweltbereich zu legen. Wir haben viele Ökologschulen. Wir können im IT-Bereich viele Schwerpunkte setzen und auch dort entsprechende Ressourcen und Einheiten zur Verfügung stellen. Genau diese Autonomie wird durch das Burgenländische Pflichtschulgesetz, durch die Novelle, weiter gestärkt. Wird weiter gestärkt durch die autonome Entscheidungsmöglichkeit der Schule. Grundschule mit einem getrennten Angebot von Vorschulen und erster bis vierter Stufe, oder ein gemeinsames Angebot von Schulstufen zu setzen.

Es entscheidet nicht der Lehrer, das entscheidet nicht der Direktor, sondern das wird mit dem Schulforum gemeinsam mit den Eltern entschieden, ob zum Beispiel eine Vorschulklasse mit im Unterreicht dabei ist oder nicht dabei ist.

Es wird in weiterer Folge darum gehen, wie die Transition durchgeführt wird. Nämlich der Übergang zwischen dem Kindergarten und der Volksschule. Auch ein ganz ein wesentlicher und wichtiger Bereich, wo das Schulforum, also wo die Eltern mitreden können, ob sie das wollen oder ob sie das nicht wollen. Wenn man das will, dann soll es gemacht werden oder eben nicht, ist damit eine schulautonome Entscheidung.

Nächster Punkt ist der Einsatz von Erzieherinnen und Erziehern für die Lernhilfe in der individuellen Lernzeit. An der Pädagogischen Hochschule sollen diese Erzieherinnen und Erzieher im Burgenland ausgebildet werden. Wir haben Freizeitpädagogen in der Vergangenheit ausgebildet, um die ganztägigen Schulformen mit noch besserer Qualität auszustatten.

Der nächste Schritt ist, dass Erzieherinnen und Erzieher an der Pädagogischen Hochschule Burgenland ausgebildet werden, die mit den Kindern am Nachmittag in qualifizierter Form die Hausübung machen, Lerneinheiten durchführen. Auch das ist ja eine schulautonome Entscheidung, ob es ganztägige Schulformen gibt oder ob es diese ganztägigen Schulformen nicht gibt. Beziehungsweise ob die entsprechende Anzahl von Schülerinnen und Schüler auch dieses Angebot annimmt.

Denn nur dann wenn es angenommen wird, soll es natürlich auch umgesetzt werden. Zum mehrsprachigen Bereich - das ist ja jetzt keine Mussbestimmung, dass von 18 auf 25 angehoben werden muss. Auch das ist von der Gemeinde her und von den Eltern her eine schulautonome Entscheidung, ob man bei 18 bleibt oder ob man in weiterer Folge aufstockt. Auch das ist Schulautonomie.

Da wird nicht vom Gesetz hergesagt, das wird jetzt ganz einfach angehoben am Nachmittag von 18 auf 25, sondern der Schulerhalter, die Gemeinde, hat hier ein Mitsprecherecht. Da gibt es in der Vergangenheit immer wieder Wortmeldungen. Auch von Gemeindevertretern, die wesentliche Bereiche des Schulsystems natürlich mitfinanzieren, vor allen Dingen im Pflichtschulbereich.

Genau da können sie auch verstärkt mitreden und haben durch die Schulautonomie, die angesprochen ist, auch die Möglichkeit hier ihre Meinung zu sagen und mit den Eltern das auch in entsprechender Form zu diskutieren. Was ganz, ganz wichtig ist bei dieser Novelle, sind die Sprachstartgruppen. Was heißt das?

Die Kinder sollen möglichst rasch und möglichst gut Deutsch lernen. Das ist verlängert worden. Das hat es in der Vergangenheit schon gegeben und es gibt auch die

Möglichkeit, dass es auch für außerordentliche Schüler, und auch das steht im Gesetz drinnen, diese Sprachstartgruppen gibt.

Das heißt, wenn Kinder nicht Deutsch können, dann können sie in diesen Gruppen temporär zusammengefasst werden und können durch die Sprachstartgruppen von einer qualifizierten Pädagogin oder einem Pädagogen eben möglichst gut Deutsch lernen.

Das war bis jetzt nur für ordentliche Schüler möglich und jetzt gibt es das auch für außerordentliche Schüler. Wieder eine starke Verbesserung. Ich glaube, dass ganz, ganz Wesentliche ist, wenn man von Integration spricht, dass man das auch lebt und die Sprache zu lernen ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen. Die Sprachstartgruppen, die hier vom Bund mitfinanziert werden, haben hier gute Rahmenbedingungen und auch sehr, sehr gute Voraussetzungen.

Je rascher gut Deutsch gelernt werden kann, umso besser ist natürlich auch der Regelunterricht zu besuchen. Die Kinder können und profitieren natürlich mehr im Regelunterricht, wenn sie rascher Deutsch lernen.

Also all das sind Verbesserungen, schwerpunktmäßig die Schulautonomie, wo auch in entsprechender Form die Gemeinden Mitspracherecht haben. Auf der anderen Seite auch Maßnahmen für die Integration, nämlich durch diese Sprachstartgruppen auch für außerordentliche Schüler die Möglichkeit zu bieten, durch spezielle Einrichtungen Deutsch zu lernen. Also ich denke, das ist wieder ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Ich gehe auch davon aus, dass viele Schritte weiter folgen müssen. Schulautonomie ist noch nicht am Ende. Ich bin auch dafür, dass man Schritt für Schritt diese Entwicklung weiter fortsetzt. So wie sich die gesamte Gesellschaft ändert, muss sich das Bildungssystem sowieso immer hinterfragen.

Unser Ziel kann nur eines sein, beste Qualität der Bildung zu vermitteln. Weil das sind wir den Kindern schuldig und sind wir den Eltern schuldig. Die beste Qualität spiegelt sich natürlich auch dann teilweise auch bei Tests wieder. Ich kann mich noch zurückerinnern als die Zentralmatura eingeführt wurde, welche Wortmeldungen es dazu gegeben hat. Hätten wir die Zentralmatura nicht eingeführt, würde wahrscheinlich die österreichische Matura international gar nicht mehr anerkannt werden. Also insofern auch hier Skepsis.

Wir zeigen im Burgenland, dass bei gleicher Aufgabenstellung die burgenländischen Schülerinnen und Schüler die wenigsten "Nicht Genügend" in Deutsch, Englisch und Mathematik im Schnitt gehabt haben über alle Schultypen. Das heißt, die Qualität im burgenländischen Schulwesen wird dadurch bestätigt, dass wir bei der Zentralmatura die wenigsten "Nicht Genügend" haben in Deutsch, Englisch, Mathematik. Das spricht für unsere Qualität. Das spricht für die Pädagoginnen und Pädagogen.

Wenn man jemandem dankt, dann muss man deswegen danken, weil sie eine gute Leistung bringen. Nämlich den Schülern möglichst viel beizubringen, damit sie keinen Fünfer haben, damit sie durchkommen, damit sie ihre berufliche Ausbildung fortsetzen können oder eben studieren können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich darf auch eines dazu sagen, dass wir im Burgenland, das ist offiziell, Statistik Austria, im Schuljahr 2016/2017 mehr als 6.000 Schülerinnen und Schüler in der schulischen Tagesbetreuung haben oder gehabt haben. Auch hier sind wir nach Wien die Nummer zwei in Österreich. Also auch hier muss man auch den Gemeinden auch danke sagen, denn wir wissen, dass im Pflichtschulbereich ohne Mitwirkung der Gemeinden diese Entwicklung nicht möglich ist.

Auch hier große Anstrengungen von den Pädagoginnen und Pädagogen, von den Direktorinnen und Direktoren, von den Gemeinden, dass wir die zweithöchste schulische Tagesbetreuung haben, 35 Prozent sind das, und da sind wir nach Wien die Nummer zwei. 141 Pflichtschulen im Burgenland werden ganztägig geführt. Wir haben die höchste Maturantenquote mit 51 Prozent.

Wir haben die tägliche Turnstunde als Modellregion österreichweit im Burgenland eingeführt und haben schon gesagt, bei der Zentralmatura sehr gut abgeschnitten, aber auch bei den Lesetests in der vierten Klasse Volksschule. Auch hier werden österreichweit Lesetests durchgeführt. Wir sind beim sinnerfassenden Lesen, 4. Klasse Volksschule, ebenfalls im Spitzenfeld was wieder für die Qualität spricht. Ohne Qualität ein Bildungswesen zu führen, das kann es natürlich auch nicht sein.

Warum sind auch immer wieder Änderungen notwendig? Weil wir auch Kleinstschulen erhalten wollen. Wir haben spezielle Expositur-Lösungen beschlossen, die auch wichtig sind. Die deswegen wichtig sind, damit man nicht zu viele Schulen schließen muss, aufgrund geringerer Schülerzahlen, und trotzdem die Qualität mit qualifizierten Fachkräften auch umsetzen kann. Denn wenn eine Schule eine gewisse Kleinheit hat, bringe ich für alle Fächer keine geprüften Lehrer mehr zusammen, weil ich nicht so viele Lehrer zuteilen kann als eigentlich für alle Prüfungen und alle Gegenstände notwendig wären.

Genau diese Expositur-Lösungen ermöglichen, dass qualifizierte Fachkräfte in den Kleinstschulen in entsprechender Form unterrichten. Das ist der Hintergedanke. Nicht zu schließen, sondern kreative Lösungen zu finden, wie wir in allen Bereichen qualifizierte Fachkräfte hinbringen. Wie die Qualität der Bildung weiter angehoben wird. Wie wir den Trend zu ganztägiger Schulform in getrennter oder verschränkter Form auch durchführen können.

In Wahrheit haben wir im Bezirk Güssing und Jennersdorf auch die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, weil es keine Unterstufe des Gymnasiums gibt. Da können wir nur anbieten Tests zu machen, wissenschaftlich das zu begleiten und Sie werden sehen, dass auch diese Tests sehr, sehr positiv ausgehen würden, weil auch in diesen Neuen Mittelschulen ein qualitativ hochwertiger Unterricht gemacht wird.

Wie gesagt, ein guter Schritt in die richtige Richtung. Ein Schritt zu mehr Schulautonomie. Aber ich denke, dass in diese Richtung noch einige Schritte folgen müssen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Ausführungen. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2017), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Burgenländische Pflichtschulgesetz-Novelle 2017), ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1070), mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots zugestimmt wird (Zahl 21 - 750) (Beilage 1097)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zum 7. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1070, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots zugestimmt wird, Zahl 21 - 750, Beilage 1097.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Prohaska. Ich korrigiere mich, Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, geschätzte Frau Abgeordnete Sack.

Berichterstatterin Edith Sack: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots zugestimmt wird in ihrer 25. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 8. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugstimmt.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Berichterstatterin Abgeordnete Sack. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kinderbildung und Kinderbetreuung fällt ja an sich in die Zuständigkeit des Bundes, und zwar sowohl was die Gesetzgebung angeht, als auch was die Vollziehung auf der anderen Seite betrifft. Es ist aus familienpolitischen Erwägungen jedoch so, dass seit dem Jahr 2008 der Bund dazu übergegangen ist, sich laufend an der Finanzierung von Ausbaumaßnahmen und bildungspolitischen Maßnahmen in der Elementarpädagogik zu beteiligen.

Rechtlichen Niederschlag findet all das seit diesem Zeitraum in den entsprechenden 15a-Vereinbarungen. Die 15a-Vereinbarung, die uns heute vorliegt, das ist eine Vereinbarung, die bereits mehrmals verlängert und auch novelliert wurde. Heute geht es um die zeitliche Ausweitung dieser 15a-Vereinbarung auf das Jahr 2018.

Es geht um Zuschüsse für den quantitativen und qualitativen Ausbau der elementaren Kinderbildung- und -betreuung, und das entsprechende Angebot. Hier stellt

der Bund im kommenden Jahr 52,5 Millionen Euro zur Verfügung. Rund 2,9 Prozent davon entfallen auf das Burgenland. Also rund 1,5 Millionen Euro. Wobei eine Kofinanzierung durch die Länder und auch durch das Burgenland vorgesehen ist, konkret in Höhe von maximal 35 Prozent des verwendeten Zweckzuschusses. Wir sprechen also von weiteren ungefähr 530.000 Euro.

Verhandelt, meine Damen und Herren, wurde diese 15a-Vereinbarung nicht. Ich erinnere an die Landtagssitzung im September, wo wir uns darüber unterhalten haben. Der Bund war hier, die zuständige Ministerin war hier säumig. Darauf haben wir aufmerksam gemacht.

Es ist dann an einem Freitag im Sommer der Vorschlag einer neuen 15a-Vereinbarung im Landhaus bei der Landesregierung eingetroffen, mit der Frist, im wahrsten Sinne des Wortes, kurzfristig, mit der Frist, bis zum darauffolgenden Montag, eine entsprechende Stellungnahme abzugeben, was natürlich zumindest nicht in qualitativ entsprechendem Ausmaß möglich war. Das heißt, das Motto der Bundesregierung, der Ministerin in diesem Fall war mehr oder weniger: Friss oder stirb!

Wir als Koalition und speziell wir als Freiheitliche haben uns in diesem Fall, ich bleibe bei der Diktion, fürs Fressen entschieden. Ich mache auch gar kein Geheimnis daraus, dass ja diese 15a-Vereinbarung zumindest einen schalen Beigeschmack hat.

Einerseits hat das Burgenland in den letzten Jahren im Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung sehr viel getan. Sehr viel getan, und mehr getan als andere Bundesländer. Was dazu führt, dass die Vereinbarung in dieser Form sozusagen nicht mehr maßgeschneidert für das Burgenland ist. Das heißt, hier hätte man in Verhandlungen durchaus darauf hinweisen können, dass mittlerweile anderer Bedarf, andere Notwendigkeiten im Burgenland bestehen.

Andererseits wird mit dieser Vereinbarung ein weiterer Schritt in die Richtung der Einführung eines zweiten verpflichteten Kindergartenjahres gesetzt. So, jetzt weiß ich schon, wenn man im Burgenland einen Blick auf die Quote der staatlich betreuten Vierjährigen wirft, dann sieht man auch, dass es sich eben bei uns um eine rein akademische Debatte handelt, weil die Betreuungsquoten de facto bei 100 Prozent liegen. Aber nichtsdestotrotz gibt es für uns Freiheitliche zwei sehr grundsätzliche Ziele.

Erstens, die Familienautonomie ist ein hohes Gut und weitere Eingriffe in diese Familienautonomie müssen außerordentlich gut begründet sein. Das kann etwa dann der Fall sein, wenn es um den sprachlichen Fortschritt oder umgekehrt um mangelnden Fortschritt geht.

Zweitens, wenn es um die unter Sechsjährigen geht, und vor allem, wenn es um die unter Dreijährigen geht, dann darf die Wahlfreiheit, die wir ja von allen Parteien immer wieder als Ziel hören, dann darf die Wahlfreiheit für die Eltern kein leeres Schlagwort und kein leeres Versprechen sein. Ob Eigen- oder Fremdbetreuung, Wahlfreiheit bedeutet für uns, dass, egal für welche Variante sich eine Familie entscheidet, diese Entscheidung im Verhältnis zur anderen Variante keinen allzu großen Nachteil bedeuten darf.

Das ist unser politisches Ziel. Wer das anders sieht, das sage ich auch ganz deutlich dazu, meine Damen und Herren, der ist auch nicht für die viel bemühte Wahlfreiheit und der sollte das dann auch zugeben.

Herr Präsident! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der vorliegenden Vereinbarung retten wir uns in finanzieller Hinsicht über das nächste Jahr, weswegen wir zustimmen werden. Dass es Diskussion und Handlungsbedarf in diesem Bereich gibt, weil sich eben auch die Umstände im Burgenland geändert haben, weil wir im Bereich der

Kinderbildung- und -betreuung große Fortschritte gemacht haben, das versteht sich von selbst.

Wir hoffen da auf fruchtbare Verhandlungen im kommenden Jahr. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann für Ihre Ausführungen. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag. Michaela Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Werte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Landtages! Investitionen in die Kinderbetreuung sind wichtig und natürlich auch sehr grundlegende Maßnahmen. Denn, ich kann es nicht oft genug wiederholen, Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern sie sind auch unsere Gegenwart.

Wir haben im Burgenland sowohl in die quantitative als auch in den qualitativen Ausbau sehr viel Geld hineingesteckt. Das war das Land, aber selbstverständlich auch die vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Deshalb sind wir mit Sicherheit Spitzenreiter. Ich weiß jetzt nicht die genaue Zahl der unter Dreijährigen, aber ich glaube, wir sind auf jeden Fall die Nummer 2, und wenn wir uns noch ein bisschen anstrengen, dann sind wir auch in diesem Bereich die Nummer eins. Weil bei den Drei- bis Sechsjährigen müssen noch sehr viele Bundesländer nachziehen, um dieses Ergebnis zu erzielen.

Nichtsdestotrotz müssen wir darauf achten, dass sich die Zahl der Bevölkerung stetig ändert. Wir haben zurzeit, laut Statistik 2015, eine Einwohnerzahl von 289.025. Wenn wir die Bevölkerungsvorausschätzungen 2030 so hernehmen, dann sind das immerhin 306.913, und das geht auf 320.000 im Jahr 2005. Genau diesen Anforderungen, nämlich quantitativ, aber selbstverständlich auch qualitativ, müssen wir Rechnung tragen.

Es gibt auf der einen Seite viele Alleinerzieher. Es gibt aber Gott sei Dank auch viele Haushalte, wo beide Elternteile arbeiten. Genau für diese Zielgruppen müssen wir im Burgenland das beste Ergebnis und vor allem auch die besten Angebote darlegen.

Beim letzten Landtag wurde über die 15a-Vereinbarung diskutiert. Kollege Molnár hat einiges schon gesagt. Es werden 52,5 Millionen Euro wieder zur Verfügung gestellt, wobei es um den Schwerpunkt der Förderung geht, nämlich auf Kleinkinder. Wie bisher sind auch weiterhin 65 Prozent der Mittel für die Null- bis Dreijährigen reserviert. Es geht auch um einen Fokus auf Öffnungszeiten.

Ich habe auch schon mehrmals gefordert, dass man sich auch überlegen muss, nicht nur seitens der Kommune, sondern auch seitens von privaten Initiatoren, was machen wir mit den wirklich tatsächlichen Randzeiten. Es gibt Frauen, die in unterschiedlichen großen Handelsketten arbeiten, die schon ab 06.00 Uhr zu arbeiten beginnen beziehungsweise, die dann bis 20.00 Uhr arbeiten müssen. Das Outlet Center hat, glaube ich, sogar Öffnungszeiten bis 21.00 Uhr. Also, was machen wir für diese Randzeiten und für die Eltern, die auch tatsächlich dort eine Kinderbetreuung brauchen?

Wir brauchen hier unter anderem einen verstärkten Fokus auf Tageseltern, beziehungsweise auch auf Oma/Opa-Dienst, um auch den Frauen den Wiedereinstieg ins Vollzeitberufsleben zu erleichtern. Kindeswohl, Wahlfreiheit und Vereinbarkeit stehen natürlich im Mittelpunkt unserer Familienpolitik. Für uns ist natürlich eines klar, dass die

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit den Gemeinderäten Vorort ganz genau wissen, was zu tun ist.

Denn dank ihrer Hilfe ist es auch möglich geworden, dass wir die Nummer eins bei den Drei- bis Sechsjährigen und die Nummer zwei bei den unter Dreijährigen sind. Denn der Schlüssel der Familienfreundlichkeit sind umfassende Kinderbetreuungsangebote.

Es geht auch um die Qualität der Betreuung. Damit ist es natürlich auch zum Teil gefordert, dass mehr Kindergartenpädagogen beschäftigt werden. Und natürlich sind auch die baulichen Maßnahmen zu setzen. Ein ganz wichtiger Punkt, das auch von der Ministerin Karmasin noch gefordert wurde, ist die Schaffung eines bundeseinheitlichen Qualitätsrahmens. Kann ich mir sehr gut vorstellen. Durch die Entwicklung von organisatorischen und pädagogischen Qualitätsstandards, glaube ich, könnten wir das auf allen Bundesländern auf gleiche Ebene bringen.

Mit 1. September 2018 soll ein großes Gesamtkonzept umgesetzt werden. Es geht um die Finanzierung dieses Bildungsrahmenplans, des zweiten Kindergartenjahres, des Bildungskompasses und der Sprachförderung. In vielen Bereichen sind wir Gott sei Dank schon Vorreiter. Der Kindergarten ist natürlich die erste Bildungs- und Betreuungseinrichtung geworden. Dieses Bewusstsein wurde mittlerweile auch mit Sicherheit geschaffen.

Wir haben heute in der Novelle des Pflichtschulgesetzes auch darüber diskutiert, wo es unter anderem um die notwendige Neugestaltung der Schuleingangsphase gegangen ist, denn der Übergang vom Kindergärten in die Schule ist natürlich auch eine wichtige Schnittstelle im Leben eines Kindes.

Damit bin ich bei den Jugendlichen oder besser gesagt bei den jungen Erwachsenen angelangt. Um einen weiteren Ordnungsruf zu vermeiden, tue ich mich jetzt ein bisschen schwer, aufgrund eines Zwischenrufs in der letzten Landtagssitzung von der Abgeordneten Prohaska, die richtigen Worte zu finden, um nicht zu sagen, es wäre ein weiterer Blödsinn. Im Protokoll vom 21.09. ist Folgendes nachzulesen: Abgeordnete Doris Prohaska: Die SJ sind nicht Mitglieder der SPÖ.

Jetzt habe ich mir überlegt, wo schaue ich denn da jetzt am besten nach, wo gehören sie denn wirklich hin? Ist die Sozialistische Jugend nicht ein Teil der SPÖ? Wo sind sie denn dann? Ist das eigentlich für mich nicht eine klassische Kindesweglegung oder haben sie sich völlig von der Jugend abgemeldet?

Ich habe mir versucht, das Selbstbild der SJ herzunehmen. Ich habe mir gedacht, vielleicht finde ich da etwas. Das beginnt so: Selbstbild der SJ: Jedes Tier hat seinen Beschützer, das sind die Tierschutzvereine, die dafür sorgen, dass das Pferd nicht unnötigerweise vom Kutscher geschlagen wird. Die Vögel haben ihre Beschützer, die darauf sorgen, dass sie im Winter ihr Futter finden.

Existiert für den Lehrling etwa ein Verein, der dafür sorgt, dass er nicht unmenschlich behandelt wird? Nein! Gut. Ich habe mir das dann durchgelesen. Ich bin nicht wirklich fündig geworden. Habe dann weiter nachgeschaut bei den sozialdemokratischen Organisationen.

Da geht es los: Aktion kritische Schüler, dann gibt es die SPÖ, dann gibt es die unterschiedlichen Gewerkschaften, SPÖ, GVV, die Kinderfreunde, und unter anderem die Sozialistische Jugend Österreich, die unter der Sozialdemokratie oder Sozialdemokratischen Partei Österreichs angeführt wurde.

Dann habe ich mich durchgearbeitet beim SPÖ Organisationsstatut. Da geht es unter anderem um die Jugendarbeit, werden auch die österreichischen Kinderfreunde beschrieben, und, unter § 65. Die Parteitätigkeit unter den Jugendlichen wird von der Sozialistischen Jugend ausgeübt.

Also gehören sie jetzt dazu oder gehören sie nicht dazu? Ich meine, das Problem bei der SPÖ ist ja, der eine sagt wir sind zu weit links, der andere sagt wir sind zu weit rechts, der eine sagt hü, der andere sagt hott, irgendwie wisst Ihr bald schon selber nicht mehr, wo Ihr hingeht.

Weil die Frau Prohaska vorhin gesagt hat, vom Steigbügelhalter und wie wird dann das Verhalten mit der FPÖ und ÖVP auf Bundesebene. Das ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe, aber das ist ja unser Problem, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das glaube ich auch!)* und nicht Ihr Problem.

Seitens der ÖVP kann ich nur sagen, wegen diesem Richtungsstreit links oder rechts, also wir von der ÖVP, wir sind weder links noch rechts, wir arbeiten für die Burgenländerinnen und Burgenländer und dafür sind wir auch gewählt worden.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zur Frau Abgeordneten Resetar. Es ist wirklich interessant, wie Sie sich eindringlich mit der SPÖ beschäftigen und lassen Sie das unsere Sorge sein, wo wir sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn es vorgeworfen wird.)* Sie kümmern sich um Ihre Probleme und wir kümmern uns um unsere Probleme, also wir können auf Ihre bizarren verbalen Übergriffen gerne verzichten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Nun zum Thema. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)* Ja, wir lesen uns das nicht durch, ich meine, wir freuen uns, wenn Ihr es Euch durchlest. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das kennst Du sicher nicht. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* Ich weiß, was die Sozialdemokratie für Werte hat und was ich hier im Landtag zu tun habe und das ist wichtig, Frau Abgeordnete. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar)* Mich interessiert das jetzt wirklich nicht, was Sie da erzählen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das glaube ich.)*

Ich bin erleichtert, dass es gelungen ist, diese weitere Finanzierung zum Ausbau der Kinderbetreuung durch eine 15a-Vereinbarung durchzusetzen. Die SPÖ hat monatelang gedrängt, dass Ministerin Karmasin endlich tätig wird und die notwendige Finanzierung absichert. Wir waren erfolgreich, es gibt einen Zweckzuschuss von 52,5 Millionen Euro vom Bund für den qualitativen und quantitativen Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes.

Es wird dies auch im Jahr 2018 wiedergeben. Von Seiten der Länder wird es eine Kofinanzierung geben. Damit ist der Weg zu einer einjährigen Verlängerung der jetzigen Bestimmungen gegeben. Insgesamt stehen dem Burgenland jetzt mit den Bundesmitteln 1,5 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung.

Zwischen 2006 und 2016 wurden im Burgenland durch diese Vereinbarung zwischen den Bund und Ländern über 1.600 Kinderbetreuungsplätze geschaffen. Diese Vereinbarung ist daher sehr wichtig für die Zukunft unserer Kinder, für die Zukunft der Eltern, aber auch für die Zukunft unserer Gemeinden.

Die Betreuungsquote, und das wurde ja heute einige Male angesprochen, liegt im Burgenland bei den Drei- bis Fünfjährigen im österreichischen Spitzenfeld. Hier sind wir bei 97,7 Prozent. Wir haben hier das Barcelona-Ziel von 90 Prozent bereits deutlich übertroffen. Wir haben hier als kleines oder fast kleinstes Bundesland Österreichs und trotz ländlicher Strukturen eine wirkliche Vorreiterrolle übernommen.

Bei den unter Dreijährigen Kindern sind wir bei 30,3 Prozent unserer Betreuungseinrichtungen, hier sind wir Zweiter nach Wien, das heißt, wir haben noch einen kleinen Nachholbedarf, was das Barcelona-Ziel betrifft, das nämlich soll 33 Prozent sein, da müssen wir noch ein bisschen etwas tun, aber andere Bundesländer - wie gesagt, wir sind hier Zweiter nach Wien - sind hier noch weit darunter. Deshalb liegt auch der Schwerpunkt dieser Vereinbarung bei der Förderung der Kleinkinder.

Ein weiterer Fokus liegt auch auf der Förderung von Tageselternangeboten, wobei etwa Ausbildungs- oder Investitionskosten übernommen werden sollen.

Das zweite verpflichtende Kindergartenjahr und die einheitlichen Qualitätsstandards sind eigentlich schon im Regierungsprogramm vereinbart worden, darauf haben wir auch sehr lange als SPÖ gedrängt, hat aber die ÖVP auf die lange Bank geschoben. Obwohl aber alle Experten für frühkindliche Förderung darauf hinweisen, dass es einen österreichischen Qualitätsstandard geben muss, dass es für die Kinderbetreuung gebraucht wird.

Auch das zweite verpflichtende und kostenlose Kindergartenjahr ist eine wichtige Maßnahme für die individuelle Förderung, gute Schulvorbereitung für unsere Kinder und für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Ich hoffe und ich gehe davon aus, dass der verankerte Zeitplan für diese beiden Vorhaben, es wurde der März und der August 2018 vorgesehen, auch wirklich ein verbindliches Ziel für die nächste Familienministerin oder für den nächsten Familienminister sein wird.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wie gesagt, das Burgenland ist Vorreiter bei der Kinderbetreuung. Diesen Erfolgsweg wollen wir fortsetzen im Sinne unsere Kinder, denen beste Bildungsmöglichkeinen und Start-Chancen für das spätere Leben ermöglicht werden müssen. Im Sinne unserer Eltern, damit diese Beruf und Familie vereinbaren können und natürlich auch im Sinne unserer Gemeinden, weil diese müssen schließlich und endlich vor Ort diese Betreuungseinrichtungen umsetzen und bauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei Kinderbildung und -betreuung müssen Hürden abgebaut werden - und das war immer unser Ziel - und nicht aufgebaut werden, wie es zum Beispiel jetzt in Oberösterreich passiert. Die ÖVP in Oberösterreich geht genau den entgegengesetzten Weg, den das Burgenland geht. Im Burgenland fördert das Land den Kindergartenbesuch bis zu 45 Euro und den Kinderkrippenbesuch bis zu 90 Euro.

Die ÖVP Oberösterreich beabsichtigt, Elternbeiträge in der Höhe von 70 bis 90 Euro, das nur für die Nachmittagsbetreuung einzuführen. Dieses Beispiel zeigt uns eigentlich, dass sich die Familien, wenn ein ÖVP-Bundeskanzler kommt, ganz schön warm anziehen müssen. Wir haben ja gehört, sogar im Wahlkampf hat der Herr Kurz bereits mitgeteilt, dass er Studiengebühren verlangen oder einführen möchte.

Heute haben wir einige Male gehört, es sollen Ambulanzgebühren eingeführt werden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von wem bitte? Von Ihnen! Von Abgeordneten der SPÖ!)* der Pflegeregress soll wieder abgeschafft werden und vieles mehr. Im

Bildungssystem soll sich einiges zum Negativem ändern. Also ich muss auch sagen, ich bekomme mittlerweile auch Angst. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir auch.)*

Im Gegensatz dazu stehen wir im Burgenland weiter zu unseren Kinderbetreuungsförderungen und zur studiengebührenfreien Fachhochschule. Wir haben damals durchgesetzt, dass alle Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Hochschule ohne finanziellen Hürden offenstehen, und diesen Weg wollen wir natürlich weitergehen.

Daher war es uns auch ein großes Anliegen, dass diese 15a-Vereinbarung verlängert wird, und wir stimmen diesem Vertrag natürlich gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Wortmeldung.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Ich möchte nur Bezug nehmen auf meine Kollegin, Frau Landtagsabgeordnete Michaela Resetar. Ich stehe nach wie vor dazu und es stimmt, die SJ-Mitglieder *(gesprochen: [ʔɛs] [jeː])* und nicht SJ *(gesprochen: [ʔɛs] [jɔt])*, sind nicht automatisch Mitglieder der SPÖ, sie zahlen keinen Mitgliedsbeitrag bei der SPÖ, das ist eine Organisation mit eigener Mitgliedsbeitragsstruktur.

Ich weiß nicht, wie das bei der JVP ist. Sie sind unsere Vorfeld- und Nebenorganisation, aber Sie sind nicht SPÖ-Mitglieder, ich wollte das nur richtiggestellt haben. Ich habe es richtig gesagt, es steht so im Statut, die Frau Kollegin muss sich das genau anschauen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Im Parteigesetz!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich bin davon überzeugt, dass wir im Burgenland eine wirklich sehr gute Familienförderung haben. Wir unterscheiden uns hier von vielen anderen Bundesländern und das hat unmittelbar mit der Kinderbetreuung zu tun, nämlich mit dem Kindergarten zu tun. Wenn das Land Burgenland elfmal im Jahr für Kindergartenkinder 45 Euro als Familienzuschuss ermöglicht, 90 Euro für die Kinderkrippe ermöglicht, dann hat diese Unterstützung kaum ein anderes Bundesland.

Wenn eine Familie im Kindergarten und in der Kinderkrippe jeweils ein Kind hat, sind das fast 1.400 Euro pro Jahr, was diese Familie als Familienförderung für den Besuch der Kinderkrippe und des Kindergartens ermöglicht und 1.400 Euro. *(Beifall des Abgeordneten Gerhard Steier)* Danke schön, Herr Abgeordneter. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und des Abgeordneten Gerhard Steier)* Danke.

Ich finde das auch für wichtig, dass das gemacht wird, denn das hat schon sehr positive Auswirkungen. Es geht nicht um die finanzielle Unterstützung, natürlich auch, denn 1.400 Euro, das ist so viel wie der 15. Monatsbezug, wenn man sich das Durchschnittseinkommen im Burgenland ansieht. Also, nicht so wenig - netto!

Wir können wirklich froh sein, und ich bin auch sehr froh darüber, dass es hier einen breiten Konsens auch im Burgenländischen Landtag, in der Burgenländischen

Landesregierung gibt, dass immer wieder das notwendige Budget zur Verfügung gestellt wird und diese vorbildliche Einrichtung für ganz Österreich in Anspruch genommen werden kann. Auch nicht nur in dem Jahr, in den letzten Jahren, sondern auch in den kommenden Jahren ermöglichen und sind viele Millionen Euro auch an die Familien des Burgenlandes ausbezahlt worden.

Warum ist das wichtig? Weil wir die höchste Kinderbetreuungsquote aller österreichischen Bundesländer bei den Drei- bis Fünfjährigen haben, die Frau Abgeordnete Sack hat das gesagt, und das ist nachzulesen bei Statistik Austria, es sind 97,7 Prozent, wir liegen vor allen Bundesländern, sogar vor Wien. Im urbanen Bereich ist das normalerweise deutlich höher als im ländlichen Bereich.

Wir liegen bei einer Kinderbetreuungsquote bei den unter Dreijährigen bei 30,3 Prozent, hier sind wir die Nummer zwei nach Wien, also auch ein für ländliche Gebiete sehr guter Weg. Die Vorgaben der Republik und auch der Europäischen Union sind, dass diese Kinderbetreuungsquote der unter Dreijährigen auf 33 Prozent - nach den sogenannten Barcelona-Zielen - auch angehoben werden soll. Wie gesagt, Nummer zwei, über 30 Prozent. Es gibt noch Potenzial bis hin zu den 33 Prozent, die wir natürlich auch erfüllen wollen.

Deswegen ist dieses Gesetz auch sehr wichtig, dass wir die Kinderbetreuungsquote weiter steigern. Wir können auch den Gemeinden ein gutes Angebot machen, weil viel Geld zur Verfügung gestellt wird, um die Kinderbetreuungsplätze weiter auszubauen.

Warum ist das wichtig? Es ist wichtig, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der heutigen Gesellschaft einen hohen Stellenwert hat. Es gibt sehr viele Frauen, die berufstätig sind, die berufstätig sein wollen und dort, wo es eine gute Kinderbetreuung gibt, steigt auch die Frauenbeschäftigungsquote.

Ich glaube, das sind wir auch den Familien und in erster Linie natürlich den Frauen auch von Seiten der Politik schuldig, dass die, die gut ausgebildet sind, auch eine Möglichkeit sehen, im Beruf erfolgreich tätig zu sein, die, die ins Berufsleben integriert werden wollen, die Chance haben, das auch zu tun.

Das kann man nur dann, wenn es Kinderbetreuungseinrichtungen gibt, und deswegen auch aus meiner Sicht die Bedeutung der Familienförderung, die Bedeutung der Arbeit der Gemeinden, die diese Kinderbetreuungseinrichtungen auch zur Verfügung stellen, und damit auch die Frauenbeschäftigungsquote weiter anzuheben.

Es gibt einerseits Investitionszuschüsse für die Gemeinden für die Schaffung von zusätzlichen Betreuungseinrichtungen. Ich habe gerade in den letzten Monaten viel mit den Gemeinden zu tun gehabt, wo eben die erste Kinderkrippe errichtet wurde. In größeren Gemeinden, wo die zweite Kinderkrippe bereits errichtet wurde.

Ich denke, dass wird sich auch kontinuierlich weiterentwickeln und wird auch eine Herausforderung für die Gemeinden sein, wie das in entsprechender Form finanziell zu errichten, wie es zu erhalten ist, wie die Finanzierung auf die Beine gestellt wird.

Hier bekommen wir auch von Seiten des Bundes entsprechende Unterstützung. Das sind die Betreuungsplätze, die Infrastruktur und der zweite Bereich ist auch ein Personalkostenzuschuss, wo es ebenfalls für die null bis Zweijährigen und auch Betreuungsplätze für die Drei- bis Sechsjährigen und für längere Öffnungszeiten finanzielle Zuschüsse geben wird.

Der Bundeszuschuss für das Burgenland beträgt 1,5 Millionen Euro. Das Land Burgenland muss die Kofinanzierung von 35 Prozent der Kosten auch zuschießen, auch das werden wir im Budget für das nächste Jahr vorsehen, dass nicht wir der Grund sind, dass wir die Bundesgelder nicht auslösen können.

Also das wird von finanzieller Seite auch abgedeckt sein, wird im Budget vorgesehen sein, damit auch diese bis zu 1,5 Millionen Euro von Seiten des Bundes für Personalinvestitionen beziehungsweise für Investitionen in die Infrastruktur umsetzt werden können.

Insofern sehe ich diese Vereinbarung für sehr positiv, Kinderbetreuung der unter Dreijährigen zu steigern, vielleicht noch ein bisschen zuzulegen bei den Drei- bis Fünfjährigen, auch wenn wir die Nummer eins in Österreich sind.

Und auf der anderen Seite den Frauen zu ermöglichen, dass Familie und Beruf vereinbar sind. Die Frauenbeschäftigungsquote weiter anzuheben und Frauen die Chance geben, ein entsprechendes Einkommen zu haben.

Ich bedanke mich bei allen, die diesem institutionellen Kinderbetreuungsgesetz auch Ihre Zustimmung geben werden. Einen herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Cristian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte etwas klarstellen. Die Kollegin Prohaska hat hier wissentlich oder unwissentlich die Unwahrheit gesagt. Sehr geehrte Kollegin! Sie haben gesagt, dass die Sozialistische Jugend, die als Verein organisiert ist, kein Teil der SPÖ ist, und deshalb sind die Mitglieder der SJ keine Mitglieder der SPÖ.

Ich darf Sie nur darauf hinweisen, es gibt seit 2012 - auch hier in diesem Haus sehr intensiv diskutiert - ein Parteiengesetz. Dieses Parteiengesetz sieht nicht vor mehr, egal welcher Rechtsform sich eine Vorfeldorganisation bedient, ob als Verein, Teilorganisation einer Partei, völlig egal, wenn die Sozialistische Jugend subsumiert wird unter der SPÖ und damit auch belegpflichtig ist - davon bin ich überzeugt, dass das so ist, gab es viele Diskussionen hierzu -, dann sind die Mitglieder der Sozialistischen Jugend auch Teil der SPÖ.

Nichts Anderes hat die Kollegin Resetar das letzte Mal hier von dieser Stelle aus gesagt. Sie haben Sie korrigiert, haben Sie dann noch - ja, einen kleinen verbalen Schlagabtausch geliefert -, das ist Ihnen unbenommen, aber hier haben Sie jetzt eindeutig nicht die Wahrheit gesagt.

Das war schlichtweg seit der Gesetzesnovelle 2012 mit dem Parteiengesetz Geschichte. Also bitte bleiben wir bei der Wahrheit. Sagen wir dann auch, was Sache ist, Sie sind immer sehr schnell aufgerufen, uns zu korrigieren, beim Kollegen Richter vorher und bei mir tun Sie das sehr gerne, aber wenn Sie etwas Falsches sagen, dann werde ich das auch immer korrigieren.

Bitte bleiben wir allesamt bei der Wahrheit. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Das stimmt nicht.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1056), mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2016 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 743) (Beilage 1098)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1056, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2016 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 743, Beilage 1098.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Klubobmann.

Berichterstatter Robert Hergovich: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestelllungen im Jahr 2016 zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 23. Sitzung am Mittwoch, dem 8. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann für den Bericht. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneter Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Wir haben hier den Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2016 vorliegen.

Wir wissen auch, wer aller ausgenommen ist, das sind etwa Lehrer und Lehrerinnen, die nicht unter dieses Objektivierungsgesetz fallen, aber zum Beispiel auch Aufnahmen in ein politisches Büro, da wird die Eignung dann auf andere Weise festgestellt. Ich gehe am Anfang meiner Wortmeldung darauf ein, was dort steht.

Ich werde in einem zweiten Teil meiner Wortmeldung ausführlicher darauf eingehen, was alles in diesem Bericht nicht steht. Was steht dort? Wir erfahren von 47 Bediensteten, die mit Beschluss der Landesregierung in den Landesdienst aufgenommen wurden und nach dem Objektivierungsgesetz aufgenommen wurden und verschiedene Anstellungsphasen durchlaufen haben.

Etwa die Hälfte davon wurde in der Weise angestellt, wie es die Objektivierungskommission vorgeschlagen hat. In mehreren Fällen hat man im

Nachhinein festgestellt, dass die Ausbildung, die jemand mitbringt, doch nicht ganz das ist, was der Ausschreibung entsprochen hat beziehungsweise dass die dienstgebende Stelle doch ganz dringend eine andere Ausbildung gebraucht hätte.

An dieser Stelle rege ich an, bereits in der Ausschreibung klarer zu formulieren, was man sich eigentlich erwartet, dann erspart man sich nämlich Geld beim Objektivierungsverfahren, dass zuerst Menschen ausgewählt werden und nachher wird festgestellt, man braucht doch jemanden anderen.

Interessant ist auch der Hinweis darauf, dass in Eignungsgesprächen zusätzliche Informationen für eine Aufnahmeentscheidung gesammelt werden konnten. Nun das ist klar, dass man in persönlichen Gesprächen mehr erfährt. Sehr spannend ist aber, dass leider in sehr vielen solchen Eignungsgesprächen mehr gefragt wird, als eigentlich zulässig wäre.

Wir hören immer wieder, dass auch Hinweise darauf erfragt werden, welche politische Einstellung man hätte oder ob man zumindest bereit wäre, da und dort sich auch politisch wo einzubringen oder zumindest sich nahezustellen. Das ist etwas, auf das werde ich auch später noch einmal eingehen.

Auffallend ist, wenn wir die Zahlen vergleichen mit dem letzten Jahr. Es sind nämlich die Ausgaben im Rahmen des Objektivierungsgesetzes massiv gestiegen. Haben wir im Jahr 2014 Ausgaben im Rahmen dieses Berichtes von etwa 182.000 Euro, 2015 war das Wahljahr, da wurde das Objektivierungsgesetz viel weniger angewandt, offensichtlich, da hatten wir nur 64.000 Euro Ausgaben.

2016 aber, 2016 zeigt uns dieser Bericht, beliefen sich die Ausgaben für die Umsetzung des Objektivierungsgesetzes auf rund 222.000 Euro. Und das für letztlich 47 Neuanstellungen. Während wir im Jahr 2015 67 Neuanstellungen haben, aber wesentlich geringere Kosten für die Auswahlverfahren, haben wir im Jahr 2016 weniger Anstellungen, auch sogar weniger Anstellungen als im Jahr 2014, aber eklatant höhere Ausgaben.

Für weniger Neuaufnahmen wurden also mehr Ausgaben getätigt, ob das nun ausschließlich mit der Menge der Bewerbungen zu erklären ist, das ist für mich zu hinterfragen. Es ist eine unglaubliche Ausgabensteigerung dafür, dass letztlich eh auch immer wieder, wir wissen das in vielen Fällen, der Landeshauptmann entscheidet, ob ihm jemand passt oder nicht.

Es gibt eine leitende Person, die sogar zweimal im Jahr 2015 und im Jahr 2016 durch die Prüfung der Management- und Personalberatungsfirma gehen musste, ich nehme einmal an, da werden sich nicht so wesentliche Dinge ergeben haben. Es ging zwar um einen anderen Job, aber die Person war dieselbe.

Das heißt, die Management- und Personalberatungsfirma hat hier offensichtlich für sich sehr gute Verträge mit dem Land ausgehandelt. Trotz dieser hohen Ausgaben für eine Firma gibt es immer noch Möglichkeiten, sich einfach an diesen Verfahren vorbei zu schwindeln. Das Zauberwort heißt „dringender Personalbedarf“!

Das setzt man nicht nur dann ein, wenn eine Dienstnehmerin oder ein Dienstnehmer etwa in Karenz geht, das kann man natürlich nicht immer vorher planen, oder ob mal ein unvorhergesehenes Projekt durch politische Entscheidungen zu bearbeiten ist, dafür braucht man dringend Personal, das nicht geplant ist, das ist klar. Aber es wird auch angewandt, wenn man jemanden mal dringend wo unterbringen will, als politisches Personal oder eben in der Verwaltung.

Gibt es vielleicht auch weniger Neueinstellungen nach dem Objektivierungsgesetz, so frage ich mich, weil dieses von den Regierungsparteien ja letztes Jahr geändert wurde? Seither muss das Ausschreibungsverfahren nicht mehr für alle zu besetzenden Dienststellen durchgeführt werden und damit hat sich ja damals die Landesregierung abgesichert, gegen die Stimmen der GRÜNEN natürlich, dass es in einigen Fällen die Ausschreibungspflicht einfach nicht mehr gibt. Darauf werde ich aber später noch ausführlicher zurückkommen.

Was uns im kommenden Bericht, darauf freue ich mich dann auch schon, für das Jahr 2017 beschäftigen wird, etwa am 15. 5. 2017 wurde der Sohn eines ehemaligen LBL-Bürgermeisters in den Landesdienst aufgenommen und am 17. 5. - nur zwei Tage später - verkündet eben dieser LBL-Exbürgermeister seine Unterstützung für die Kandidatur des SPÖ-Spitzenkandidaten von Eisenstadt für die Gemeinderatswahl. Zwei Tage sind da sehr nahe, das kann natürlich auch ein Zufall sein, aber ich bin schon neugierig, was uns im Objektivierungsbericht 2017 dazu offenbart wird. *(Abg. Manfred Kölly: Was ist jetzt falsch daran?)*

Ebenso auffällig ist die zeitliche Nähe zwischen Gemeinderatswahlen und der Anstellung eines Eisenstädter FPÖ-Kandidaten im Landesdienst. Aber gut, das werden wir dann nächstes Jahr sehen! Interessant ist eben all das, was wir nicht zu lesen bekommen, weil es eben nicht transparent sein soll, was sich bei so manchen Postenbesetzungen abspielt, weil es eben nicht objektiviert ist.

Daher gebe ich jetzt nur einmal einen objektiven Bericht auf andere Abläufe im Jahr 2016, einige von Ihnen werden das bereits kennen, es gehört aber ins Jahr 2016, und deshalb noch einmal hier und heute zum Bericht nach dem Objektivierungsgesetz, etwa im Sicherheitsressort unter FPÖ.

Ab 1. 8. 2016 neu im Landesdienst sind zum Beispiel ein Ing. Christian Hofer, 56 Jahre alt, gelernter Anlagentechniker aus Pinkafeld und nach Aussagen seines Bruders Norbert Hofer, seines Zeichens hochrangiger FPÖ-Politiker, ich muss jetzt nicht alles aufzählen, wir kennen ihn, habe dieser - ich zitiere - „in den letzten Jahren große Projekte in China, in Russland, gemacht, unter anderem für Siemens“.

Aha, das ist sicherlich wichtig für eine Anstellung in der Abteilung 2 der Burgenländischen Landesregierung. Norbert Hofer, über den im Landesdienst frisch angestellten Bruder - ich zitiere wieder - „er hat immer gut verdient und will jetzt mit 56 etwas ganz Normales machen, das ist ein Job, wo man 1.500 oder 1.700 Euro brutto verdient“.

Das ist natürlich völliger Unsinn, denn ein Blick in das Gehaltsschema der Vertragsbediensteten des Landes genügt, um zu wissen, dass diese Zahlen nicht stimmen können. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass Herr Hofer mit 56 Jahren nicht auf Gehaltsstufe 1 im Land einsteigt.

Entgegen den Aussagen des Pressesprechers des Landeshauptmann-Stellvertreters, dieser Posten wäre ausgeschrieben gewesen, war er es aber nicht, denn er läuft unter „dringender Personalbedarf“. Es gibt auch keine Transparenz darin, was auf diesem neu geschaffenen Posten eigentlich zu tun ist.

Ebenso interessant ist eine zweite Aufnahme am selben Tag, die nicht im Objektivierungsbericht zu finden ist. Mitten im Präsidentschaftswahlkampf braucht der Sicherheitslandesrat plötzlich zwei Arbeitskräfte mehr, dringender Personalbedarf, wofür auch immer. Sein Regierungsbüro ist übrigens jetzt schon überausgestattet im Vergleich

zu anderen Regierungsbüros, aber gut, wir haben ja gesehen, mit der Zuständigkeit ist man sich nicht immer einig.

Der zweite Mann, Herr Siegfried Steiner, ist ein Fachmann im Swimmingpool-Bauen und - Überraschung - FPÖ-Obmann im Bezirk Mattersburg und -Überraschung Nummer zwei - ein enger Freund von Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, so schätze ich das jedenfalls ein, wenn man gemeinsame Urlaubsfotos auf Facebook postet.

Auch hier keine Ausschreibung, kein Objektivierungsverfahren, obwohl es nicht um einen Job in einem politischen Büro geht, da kann man sich natürlich seine Leute des Vertrauens selber aussuchen, das ist ja völlig klar und unbestritten. Es geht um einen Posten in der Verwaltung!

Das haben die Kollegen von der FPÖ in ihrer Partnerschaft mit der SPÖ schnell gelernt, eigene Parteifreunde in der Landesverwaltung unterzubringen. Da gibt es dann einen „dringenden Personalbedarf“! Das hat allerdings nichts mehr, gar nichts mehr mit Objektivierung zu tun, das muss man als das benennen, was es ist - das ist Parteibuchwirtschaft, das ist „Freunderlwirtschaft“, und damit muss endlich einmal Schluss sein! *(Beifall bei den GRÜNEN, bei der ÖVP und Beifall des Abg. Gerhard Steier)*

Was tatsächlich im Land gerade passiert, ist nämlich im Sinne qualitätsvoller Arbeit verheerend. Während öffentlich aus Einsparungsgründen eine Aufnahmesperre verkündet wird, wird über öffentlich nicht nachvollziehbare Wege in Abteilungen munter weiter Personal eingestellt. Menschen, die hochqualifiziert arbeiten, erhalten dafür nicht die nötige Wertschätzung, sondern einfach nur mehr Arbeit.

Wir haben Büros, in denen immer weniger Menschen immer mehr Arbeit erledigen müssen. Die Folge ist die Anhäufung von Überstunden und die darauffolgende Nachricht, dass diese weder abgegolten noch ausgeglichen werden. Das ist kein gesundes Arbeitsklima!

Wenn man sich die Entwicklung in manchen Abteilungen anschaut, muss man auch feststellen, es gibt immer mehr Abteilungsleitungen, aber nicht mehr Personal, das dann die operativen Aufgaben macht. Das heißt, es werden mehr Leute in Führungspositionen gehoben, die haben aber innerhalb ihrer Arbeitszeit gar nicht die Möglichkeit, die Aufgaben zu erledigen, die zu ihren Führungsaufgaben gehören, weil sie so viel operatives Geschäft erledigen müssen. *(Abg. Robert Hergovich: Was Sie alles wissen.)*

Ich will nicht, dass in unserem Landesdienst so mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umgegangen wird. Herr Kollege Hergovich, Sie werden in Zukunft ja neben Ihrer Tätigkeit hier im Landtag als Abgeordneter auch wieder in der Arbeiterkammer arbeiten, bitte setzen Sie sich dann dafür ein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst hier ein anderes Arbeitsklima vorfinden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei der Arbeiterkammer? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kümmerst Dich dann um das auch noch.)*

Da helfen alle Objektivierungskommissionen nichts, wenn dann mit Beamten und Beamtinnen, mit Angestellten so umgegangen wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich komme nun, wie vorhin schon angekündigt, zum Thema Verwaltungspraktikanten. *(Abg. Robert Hergovich: Grüne Gemeinderäte im Landesdienst?)* Während wir hier einen Bericht bekommen, der nur über einen Teil der Neuanstellungen Auskunft gibt, werden an allen Objektivierungsmaßnahmen vorbei zunehmend Aufnahmen von Verwaltungspraktikanten festgestellt. Also, stelle ich fest.

Dieser Form der Einstellung der Verwaltungspraktikanten kann sich die rot-blaue Landesregierung genau seit ihrem Amtsbeginn bedienen. Sie ist nämlich erst seit Juni 2015 möglich. Es handelt sich jährlich um rund 45 Personen. 45 Posten, wo es bei der Einstellung nicht darum geht, dass die einzustellenden Personen einem Objektivierungsverfahren zuzuordnen sind.

Wir haben hier eine Entwicklung, die in etwa gleichbleibt. Natürlich sind es im Jahr 2015 noch etwas weniger gewesen, wie gesagt, weil es erst in der zweiten Jahreshälfte schlagend geworden ist.

Im Jahr 2016 waren es 45 Verwaltungspraktikanten und -praktikantinnen und heuer sind es bislang 38 gewesen, aber da wird vielleicht noch etwas dazukommen. Wenn sich diese Verwaltungspraktikanten und -praktikantinnen eine bestimmte Zeit lang im Verwaltungspraktikum befunden haben und sie das Eingehen eines Dienstverhältnisses mit dem Land Burgenland anstreben, dann wird es interessant. Jetzt wird es pikant, denn der Landtag hat letztes Jahr beschlossen, ich zitiere, dass dann von der Ausschreibungspflicht Abstand genommen werden soll. So geht das also jetzt.

Eine üppige Anzahl an Verwaltungspraktikanten und -praktikantinnen anstellen und diese nach einigen Jahren ohne Ausschreibung und damit ohne Objektivierungsverfahren in den Landesdienst übernehmen. Das passiert zusätzlich zu den offensichtlich politisch motivierten Postenbesetzungen unter dem Schlagwort „dringender Personalbedarf“. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bei genauer Betrachtung ist auch eine, sagen wir einmal, regionale Schwerpunktsetzung zu erkennen. Aber, das weiß der Herr Landeshauptmann wahrscheinlich besser. Das ist nicht fair jenen Bediensteten gegenüber, die sich allen Objektivierungsmaßnahmen stellen, die redlich ihre Arbeit tun und sich im Alltag, trotz stressvoller Rahmenbedingungen, bewähren. Ganz objektiv würden sich einige hier im Hause viel mehr Wertschätzung verdienen, als ihnen zuteilwird. Wie gesagt, am meisten erfährt man, wenn man sich damit beschäftigt, was alles nicht dort steht.

Da bei der Landesregierung der politische Wille nach echter Objektivierungstransparenz offensichtlich nicht vorhanden ist *(Abg. Manfred Kölly: War es nicht immer so?)* und das Objektivierungsgesetz in dieser Hinsicht sehr mangelhaft ist, können wir diesem Bericht nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir diskutieren heute hier den Objektivierungsbericht und nicht das Objektivierungsgesetz, denn ich habe jetzt zweimal noch einem nachgeschaut, aber es steht wirklich da, es ist der Bericht zum Objektivierungsgesetz und nicht das Gesetz, das auf der Tagesordnung steht, weil das haben wir ja schon beschlossen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe es kritisiert! Das Gesetz darf ich doch kritisieren oder nicht?)*

Zum Bericht selbst, hinsichtlich des Objektivierungsberichtes, auf den ich jetzt zurückkommen möchte, hat ja auf der sachlichen Ebene meine Vorrednerin schon einiges vorweggenommen. *(Abg. Gerhard Steier: Emotionen.)* Ich habe in der Ebene des Berichtes selber schon einige Angelpunkte, die ich hier heute vorstellen möchte.

Mir geht es im Wesentlichen jetzt um die vier namentlich genannten Fälle im Bericht, die hier mit Namen genannt wurden und die wir jetzt auch hier in Wirklichkeit namentlich diskutieren könnten. Da würde ich aber auch den Nachredner oder die Nachredner vielleicht noch ersuchen, dass wir es als Landtagsabgeordnete nicht notwendig haben, Namen von Menschen, die hier in Wirklichkeit aufgrund einer Entscheidung der Landesregierung außerhalb der Objektivierungskommission eingebracht werden, genannt werden, sondern, dass man inhaltlich vielleicht zu dem, warum eine Landesregierung so etwas ändert, spricht.

Da muss ich mir nämlich schon die Frage stellen, warum solche Forderungen von bestimmten Professionalitäten, die der jeweilige haben sollte, nicht gleich die Objektivierungskommission berücksichtigt? Die Frage kann ich mir schon stellen. Warum muss hier in Wirklichkeit der Arbeitgeber, schlussendlich dann die Landesregierung, eine Änderung bei der Begutachtung oder beim Vorschlag der Objektivierungskommission machen?

Aus welchen Gründen auch immer, das weiß ich nicht, aber das könnte man sich vielleicht auch noch einmal genauer anschauen und hinterfragen beziehungsweise vielleicht dann auch gesetzesmäßig so ändern, dass auf das auch schon wert gelegt wird. Weil, dann brauche ich das dann auch nicht mehr hinten nach machen, denn damit haben wir, zum Beispiel, keine vier Fälle mehr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese kann ich namentlich nicht nennen, aber das waren lauter Fälle, wo es auch nur um eine bestimmte Profession gegangen ist, um in einem bestimmten Bereich die Aufgabe besser erfüllen zu können. So wurde eben überrollt. Das, liebe Frau Kollegin, muss einem Arbeitgeber aber immer zustehen, in welchem Objektivierungsbereich auch immer.

Jedem Menschen recht getan ist eine Kunst, die keiner kann, auch wenn Sie ständig behaupten, dass die Grünen da den Stein des Weisen gefunden haben. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Habe ich nie behauptet. Nie von mir!)*

Die Art und Weise, wie Sie versuchen uns zu erklären, was wir falsch machen, nämlich genau die Hetze, die Sie jetzt über Menschen hier losgezogen und namentlich genannt haben. Menschen, die da hier nicht sitzen, die nicht da her gehen und sich wehren können.

Menschen, die Sie aber in der Öffentlichkeit weltweit durch den Internetstream vor den Vorhang gezogen haben, die sich nicht wehren können, hier noch so zu verunglimpfen, das finde ich schon arg. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das ist doch schon in der Zeitung gestanden. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da rede ich aber nicht vom Dritten Nationalratspräsidenten, denn der wird sich schon wehren können, sondern, ich rede von den anderen Menschen. Genau der Grund ist es auch, warum ich diese vier hier nicht zitiere, weil die auch da nicht hergehören. Wir müssen inhaltlich über den Bericht reden, müssen vielleicht Ableitungen finden, was da nicht so ganz in Ordnung ist.

Neben dieser Datenschutzgeschichte gibt es aber auch noch eine zweite Geschichte. Die andere, die ich ohnehin schon gesagt habe, in Richtung dessen, dass wir uns auch die Geschichte überlegen müssen mit dieser Überrollung beziehungsweise mit dem Auftrag als Gesetzgeber, dass eben die Begutachtungs- oder Objektivierungskommission hier dementsprechend auch besser auf die Anfordernisse der jeweiligen ausgeschriebenen Arbeitsplätze abstuft.

Weil, dann brauche ich so etwas nicht überrollen. Hätte es nämlich von derselben Profession zwei gegeben, dann hätte sich diese Überrollung vielleicht hinterfragenswert gezeigt. Aber, wenn ich einem den anderen vorziehe, weil ich eben dort einen Maurer brauche und keinen Maler, na das ist dann eine No-na-ned-Geschichte, denn ich brauche auch keinen Tischler als Konditor.

Also da, glaube ich, brauchen wir jetzt nicht die politischen Überlegungen, wie Sie das heute dargelegt haben, so in den Vordergrund stellen. Ein bisschen ist es mir auch so vorgekommen, dass Sie das jetzt alles nur angeprangert haben, weil scheinbar kein Grüner dabei war.

Das ist bei mir dahinten angekommen. Das ist ja so gemein, denn da war kein Grüner dabei. Das war die Botschaft, die ich über die Sitze bis dahinten empfangen habe. So ist es bei mir angekommen.

Zu diesem Budget, das hier verwendet wird, habe ich auch meine besondere Meinung. Da bin ich wieder bei Ihnen. 222.000 Euro sind sehr viel Geld. Wir haben hier aber, wenn man es genau aufschlüsselt, in den Punkten, die 1.212 Euro für die Kommission, die sind, aus meiner Sicht, in Ordnung, die Beurteilungskommission. Für die Objektivierungskommission, die 1.626 Euro, sind auch in Ordnung. Die Abteilung 1 mit ihren Dienstgeberbeiträgen, die ja hier nur hineingerechnet sind, die fallen ja nicht extra an, die sind auch in Ordnung.

Die Inserate, denn man muss ja irgendwo Inserate schalten, wenn man im Prinzip kundtun möchte, dass wir jemanden aufnehmen wollen, damit die Menschen das wissen, dass es hier Anstellungsmöglichkeiten gibt.

Aber, was mich persönlich stört, das sind in Wirklichkeit Dinge, die man bei der, wie soll ich sagen, wirklichen Kapazität, die wir in den verschiedenen Abteilungen haben, nicht am Personalmanagement Firmen auslagern müssten. Da sollten wir auch noch einmal darüber nachdenken, dass wir das wieder einfangen - und auch im Zeitalter des Bestrebens, jetzt in vielen Bereichen wieder hinzusourcen, sollten wir das vielleicht auch überlegen.

Da müssen wir noch ein bisschen darüber nachdenken, weil diese Personalmanagementkosten, das können, glaube ich, unsere Abteilungsleiter und Abteilungsvorstände im Regelfall auch dementsprechend beurteilen. Wir werden diesen Bericht natürlich zur Kenntnis nehmen. Ich möchte aber noch einmal abschließend die drei wesentlichen Punkte für mich hervorheben.

Das eine ist, und da ersuche ich auch die Abteilung 1 in Verbindung mit der Landesregierung noch einmal nachzuschauen, ob es wirklich notwendig ist, dass wir in diesem Bericht die Namen hineingeschrieben bekommen. Insbesondere weil es aus meiner Sicht auch ein bisschen im Konflikt mit § 9 Abs. 6 steht, wo dort ja in Wirklichkeit die mehr oder weniger Geheimhaltung und nur amtlicherseits zum ausdruckbringenden Bewerbungsunterlagen oder sonstiges verwiesen wird.

Das wäre mir nur wichtig. Wir sollten, wie bereits gesagt, diese Vergabe an Personalmanagementfirmen noch einmal prüfen. Was wir noch machen sollten, ist die Tatsache, dass auch die Objektivierungskommission ein bisschen auf die jeweiligen Professionen, die am jeweiligen Arbeitsplatz gefordert sind, abstufen sollte. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Haidinger! Ein wenig befremdlich war jetzt Ihr Auftritt vor uns allen schon. Ich kann mich hier an Debattenbeiträge der freiheitlichen Abgeordneten erinnern, die die Parteibuchwirtschaft angeprangert haben. Die gesagt haben, wären sie in der Lage, all das zu unterbinden, hätten sie Verantwortung in der Regierung, dann würde es ganz anders aussehen. *(Abg. Gerhard Steier: Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit! - Abg. Mag. Franz Steindl: Der Haidinger aber nicht.)*

Kollege Haidinger war damals auch wahrscheinlich nicht so weit in der Lage, das Ganze mit zu verfolgen, denn Sie sind ja auch jetzt erst Mitglied des Landtages, seit die rot-blaue Regierung am Werken ist, aber für alle anderen war das jetzt - nennen wir es - ein wenig befremdlich.

Man kann nicht auf der einen Seite nach absoluter Transparenz schreien, man kann nicht sagen, alles soll offengelegt werden, und auf der anderen Seite sagen wir, da erwähnen wir den Namen nicht. Was die Regierung viel lieber macht, sie erwähnt den Preis nicht. Stillschweigeabkommen bei der Verhandlung, Stillschweigeabkommen bei jeder Verhandlung.

Also bitte, Herr Kollege, wenn es Ihnen zu viel ist, zu erfahren, wer namentlich angestellt wird, dann muss ich Ihnen sagen, dass es mir zu viel ist, wenn ich als Abgeordneter derartig auf den Arm genommen werde, indem man mir erzählt, dass auf der einen Seite mit ausgelagerten Gesellschaften tolle Verträge und tolle Marketingmaßnahmen gemacht werden, wie beispielsweise aktuell bei der Bahnschleife Oberwart-Friedberg. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier stellt der Abgeordnete Rosner eine einfache Frage, denn es gibt ein einseitiges Inserat, wo diese Einigung beworben wird.

Kollege Rosner sagt: Herr Landeshauptmann! Bitte schicken Sie uns den Vertrag, die Hintergründe, die Details und den Preis. Der Landeshauptmann sagt, er sei nicht zuständig. Na ja, dann werden wir eben den Kollegen Bieler fragen, denn der war auch am Zeitungsinserat.

Aber, der Kollege Bieler ist auch nicht zuständig. Niemand ist zuständig, weil eine ausgelagerte Gesellschaft braucht einem Abgeordneten nicht zu erzählen, was gleichzeitig die Regierungsmitglieder medienoffensiv in einem ganzseitigen Inserat der Bevölkerung sagen. *(Abg. Robert Hergovich: Wer hat denn das beschlossen?)* Aber, über die Details ist Stillschweigen zu verhandeln. *(Abg. Robert Hergovich: Wer hat denn das beschlossen?)*

Das ist kein Gesetz, das ist ein Verfassungsgutachten, Herr Kollege. Ein Gutachten, das wir übrigens in Abrede stellen. *(Abg. Robert Hergovich: Wer hat denn das fabriziert? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, Ihr!)*

Da können wir jetzt lange diskutieren, wir können gerne wieder die Diskussion hochfahren. Wir haben sogar einen Verfassungsexperten aus Graz eingeladen. Klaus Poier war hier, hätte Rede und Antwort stehen können, war mit uns bei Journalisten, hat seinen Standpunkt erklärt. Trauen wir uns doch bitte zu, dass in Zukunft diese Klarheit am Tisch liegt.

Sagen wir alle diese Dinge dazu. Herr Kollege Haidinger, es muss sich niemand fürchten. Wer hier im Land angestellt wird, wurde angestellt. Auf welcher Rechtsbasis haben Sie und Ihre Kollegen und wir gemeinsam zu kontrollieren. Nicht der Betroffene.

Aber, solange das öffentliche Gelder sind, die verwendet werden, darf bitte die Kollegin Petrik noch immer nachfragen, was aus diesen Saubermännern der FPÖ wurde, die jahrzehntelang andere gegeißelt haben.

Das Einzige, was sie jetzt in den Raum gestellt hat, war, dass sie Ihnen vor Augen gehalten hat, wie das jetzt ist. Das, Herr Kollege Haidinger, liebe Kollegen von der FPÖ, werdet Ihr ertragen müssen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Was Sie ertragen, aber wir nicht mittragen müssen, waren Gesetzesänderungen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich behaupte jetzt, dass die rot-blaue Landesregierung bis zu einem gewissen Grad als Ausbeuter agiert. Ich sage Ihnen auch warum.

Kollege Hergovich! Es war vielleicht jetzt eine Übertreibung von der Kollegin Petrik zu sagen, kümmern Sie sich um das in der Arbeiterkammer, denn die Angestellten des Landes sind ja jetzt nicht sozusagen die Profession der Arbeiterkammer.

Aber, wenn man sich das durchliest und anschaut, wie viele Verwaltungspraktikanten angestellt werden, *(Abg. Robert Hergovich: Die Arbeiterkammer ist für alle da!)* dann muss man schon festhalten, dass die AK für alle da ist. Ich werde Sie beim Wort nehmen!

Hoffentlich werden Sie dann auch mit der Wortgewalt, wie Sie ja immer wieder hier im Haus aufgetreten sind, auch jene verteidigen, die es sich verdienen. Jetzt kommen wir nämlich zum Gehalt. Es gab am 22. Oktober 2015 nämlich eine Gesetzesänderung, wo die ÖVP dagegen war, denn da hat man für die Aufnahme sogenannter Verwaltungspraktikanten in den Landesdienst die Hintertür geöffnet.

Diese Verwaltungspraktikanten können später einfach, ohne Objektivierung angestellt werden. 2015, die Kollegin hat es erwähnt, waren es 28 Praktikanten. 2016 waren es 45. Jetzt sind wir bei einer Zahl von angeblich 38, habe ich heute gehört, aber ich habe noch die Zahl 31 aus dem August 2016. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Möglich ist eine befristete Aufnahme von drei bis sechs Monaten, die man dann einmal noch um sechs Monate verlängern kann.

Jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage: Wie würden Sie einen Privaten einschätzen, der jemanden aufnimmt, der ein Universitäts- oder Fachhochschulstudium hat, der für 1.115 Euro Brutto aufgenommen wird, vielleicht nach sechs Monaten gehen muss, keinerlei Möglichkeit hat, sich dagegen zu wehren, zu sagen, eigentlich bin ich jetzt drei bis sechs Monate, aus meiner Sicht, ausgebeutet worden, nur in der Hoffnung, dass es dann ab dem siebenten Monat 2.230 Euro gibt?

Ein großer Sprung! Wer entscheidet, ob ich verlängert werde? Wem obliegt das? Einer Kommission, Herr Kollege Haidinger? Wohl kaum. Es gibt den Herrn Personalreferenten Landeshauptmann Hans Niessl. War er brav? Hat er für uns gepasst? Bekommt er noch eine Chance?

Nach zwölf Monaten ist Schluss. Weil, dann entscheiden wir völlig, und zwar in dem Fall ohne gesetzliche Basis, auf Basis des Objektivierungsgesetzes, sondern ganz freihändig nehmen wir die Person oder nehmen wir sie nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das möchte ich hier festhalten. Dagegen tritt die ÖVP auf. Das ist auf der einen Seite eine absolute Ausbeutung der Betroffenen. Ich kann Ihnen gerne noch vorlesen, was der Maturant, der Absolvent einer Mittleren Schule, bekommt. Auf der anderen Seite ist das absoluter parteipolitischer Druck in den Arbeitsverhältnissen.

Das ist für uns nicht akzeptabel, dagegen kämpfen wir an. Dieses Gesetz werden wir weiterhin bekämpfen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Jetzt aber zu den Kosten. Kollege Haidinger! Es tut mir leid, dass ich Sie ganz persönlich jetzt ansprechen muss. 168.553,59 Euro! Wissen Sie, was das ist? Das ist der Preis für Management- und Personalberatungsunternehmen, den das Land Burgenland im Jahr 2016 ausgegeben hat. *(Abg. Manfred Haidinger: Wie viel?)* Gesamt 222.000 Euro!

Auf der anderen Seite kann man sagen, ist das viel? Ist das zu wenig? Haben wir das jetzt jedes Jahr? 2015 waren es insgesamt 64.000 Euro. Davor nur 19.000 Euro. Das ist nicht einmal ein Zehntel der Kosten des Jahres 2016. Jetzt wird man natürlich sagen, naja, wahrscheinlich sind so viele Leute mehr angestellt worden. Nein! Mitnichten! 2015 wurden 67 Leute angestellt, 2016 insgesamt 47.

Woher kommen diese Kosten? Ich kann es Ihnen sagen, woher sie kommen. Man hat eine Verwaltungsreform durchgeführt. Ich möchte das Wort jetzt absichtlich nicht sagen, denn wir haben schon oft genug darüber gesprochen.

Ob es opportun ist oder nicht. Es war eine Aktion, wo man versucht hat, parteipolitisch nicht gefällige Personen aus dem Landesdienst zu entfernen und von Führungspositionen abzumelden. Dafür hat man so viel Geld in die Hand genommen und hat natürlich von einem externen Beratungsunternehmen dann alle Bewerber, teilweise dieselben Personen, die diese Funktion über Jahre bereits gemacht haben, überprüfen lassen.

Siehe da, was ist dabei um 222.000 Euro herausgekommen? Zufällig sind es exakt alle diejenigen Personen geworden, die längst im Objektivierungsbericht, nicht hier im Landtag, diskutiert, sondern schon immer in der Zeitung gestanden sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, sehr geehrte Damen und Herren! Das war keine Verwaltungsreform. Das war eine riesige Aktion, wo man Menschen, die einem nicht passen, einfach aus dem Weg geräumt hat. Die ÖVP hat auf das geantwortet. Wir haben auf das geantwortet. Wir haben Ihnen kostenlos eine Rechtsberatung angeboten. Das hat auch uns Geld gekostet. Wenn Sie wollen, können wir das noch dazu rechnen, denn in den ganzen Aufwand für Personal passt das perfekt dazu.

Aber, da haben Sie eigentlich nur einen Missbrauch begangen, so sehe ich das. Man hat versucht, zu verschleiern und in Wirklichkeit hat man den betroffenen Personen, und da bin ich ganz bei der Kollegin Petrik, denn die Kollegin hat das Zauberwort heute gesagt. Man hat den Betroffenen die notwendige Wertschätzung versagt.

Da sind Menschen dabei, die haben sich über Jahre hindurch für das Land engagiert. Sie waren vielleicht nicht derselben politischen Überzeugung, wie die jetzt Regierenden, aber sie haben sich für dieses Land verdient gemacht und wurden aus diesen Positionen entfernt. Teilweise auf eine Art und Weise, die nicht einmal Sie wahrscheinlich unterstützen würden, würden Sie sie kennen. Weil alles, was da noch hinter der Tür und im Geheimen beraten wurde, das können wir alle nicht beweisen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deswegen kann ich es auch nicht zum Besten geben. Aber, glauben Sie mir, das war zwischenmenschlich für viele eigentlich der Schmerzpunkt. Nicht ein Fall der Position. Nicht ein Fall des Verdienstes. Sondern, diese Geringschätzung von ihrer Arbeit über Jahrzehnte. Dafür, und für diese Menschen, werden wir weiterhin im Landesdienst und auch außerhalb des Landes kämpfen und auch dafür sorgen, dass diese Wertschätzung allen gegenüber gezeigt wird. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Werner Friedl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Laut § 14 des Gesetzes, mit dem Bestimmungen über die Aufnahme von Bediensteten im Landesdienst und die Besetzung bestimmter leitender Funktionen getroffen werden, hat die Landesregierung den Landtag jährlich über die aufgrund dieses Gesetzes und der Befassung der Objektivierungskommission getätigten Erstaufnahmen zu berichten.

Insgesamt ist die Objektivierungskommission im Berichtzeitjahr zu 12 Sitzungen zusammengetreten. Es wird darauf hingewiesen, dass die Tätigkeit der Objektivierungskommission beziehungsweise der vorgelagerten Beurteilungseinrichtungen und die Aufnahmen der Bediensteten nur teilweise im selben Berichtjahr stattfinden.

Besonders die gegen Ende des Jahres getroffenen Beurteilungen führen erst im Folgejahr zu entsprechenden Aufnahmen von Bediensteten. In diesem Bericht sind Erstaufnahmen nicht berücksichtigt, die Kraft Gesetzes vom Geltungsbereich des Objektivierungsgesetzes ausgenommen sind.

Das sind folgende Berufsgruppen: Lehrerinnen und Lehrer in Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Berufsschulen, dann Lehrerinnen und Lehrer an Land- und Forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen, Teilbeschäftigte im Ausmaß von weniger einem Drittel, der für eine Vollbeschäftigung vorgeschriebenen Wochendienstleistungen, Lehrlinge, Aufnahmen in politische Büros.

In diesem Berichtzeitraum wurden insgesamt 47 Bedienstete in den Landesdienst aufgenommen. Diese 47 Aufnahmen verteilen sich nach Aufnahmeart wie folgt: 26 Bedienstete wurden unter Beteiligung der entsprechenden Aufnahmeempfehlungen der Objektivierungskommission aufgenommen.

In vier Fällen wurde selbst der Landesregierung von der Aufnahmeempfehlung der Objektivierungskommission abgewichen. 17 Bedienstete wurden gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Objektivierungsgesetzes übernommen. 109 Bewerberinnen und Bewerber für die Verwendungsgruppe A wurden von dem Management- und Personalberatungsunternehmen im Jahr 2016 getestet und 53 Bewerberinnen und Bewerber für die Verwendungsgruppe B und D wurden diesem Testverfahren unterzogen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diejenigen, die beim Beurteilungstest am besten abgeschnitten hatten und einen guten Notendurchschnitt des Abschlusszeugnisses vorweisen konnten, wurden, wie auch schon in den Jahren zuvor, auch einem Eignungstest unterzogen. Hiermit konnten wertvolle zusätzliche Informationen für eine Aufnahmeentscheidung gesammelt werden. Ausschließlich einem Eignungsgespräch unterzogen wurden Bedienstete der Verwendungsgruppe E und P, Assistenten, Kindergartenpädagoginnen beziehungsweise Pädagogen, sowie die Lehrkräfte des Josef Haydn Konservatoriums.

In allen Fällen waren sowohl Vertreter der betroffenen Organisationseinheiten, als auch die zuständigen Personalvertretungen in den Vorbereitungen der Aufnahmeempfehlungen der Objektivierungskommission maßgeblich beteiligt.

Wenn ich jetzt also sage, es sind alle Organisationen dabei, dann muss ich schon fragen, warum haben die sich dort nicht dagegen gewehrt oder aufgeregt? Im Berichtsjahr

hat die Landesregierung mit der Befassung eines Management- und Personalberatungsunternehmen folgende Personen bestellt.

Mag.a Brigitte Novosel, Vorständin Abteilung 2, Mag. Thomas Izmenyi, Vorstand der Abteilung 4, Dipl.Ing. Wolfgang Heckenast, Vorstand der Abteilung 5, w.Hofrätin Mag.a Sonja Windisch, Vorständin der Abteilung 6, und Mag.a Birgit Lentsch, Bezirkshauptfrau Bezirk Neusiedl am See.

Für die Vollziehung des Objektivierungsgesetzes sind im Berichtjahr 2016 222.067 Euro aufgewendet worden. Diese Kosten resultieren aus Management- und Personalberatungsunternehmen in der Höhe 168.553,59 Euro, Beurteilungskommission in der Höhe von 1.212 Euro, Objektivierungskommission, das sind die Sitzungsgelder von 1.626 Euro, Abteilung 1 in Form des aufgetretenen Personalaufwandes Brutto, inklusive des DB, Dienstgeberbeitrages in der Höhe von 34.701,73 Euro. Inserate, die geschaltet worden sind, von 15.974,14 Euro. Insgesamt der Betrag, der schon erwähnt worden ist, also 222.067,46 Euro.

Wenn man sich diese Zahl vor Augen führt, ist es sehr viel Geld. Bedenkt man aber, dass damit ein ausgezeichnetes System zur Einstellung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen wurde, so ist dieses Geld gut investiert.

Frau Kollegin Petrik! Ich habe mir die Kritikpunkte angehört. Die will ich nicht kommentieren. Aber, gibt es nicht in den Gemeinderäten, gibt es nicht im Land, gibt es nicht im Bund, auch Angestellte von den Grünen? Frage! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wenig! Wenig)*

Deshalb, werte Kolleginnen und Kollegen, wird meine Fraktion diesem Bericht zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Kollege Haidinger! Was ich an Ihrer Wortmeldung sehr interessant finde, abgesehen davon, dass Sie sachliche Kritik als Hetze bezeichnen, aber je nach dem, von wem sie kommt, dann doch wieder anders, das war jetzt sehr eigenartig, Ihre Wortmeldung dazu, was Sie als Hetze bezeichnen. Aber gut.

Sie kritisieren zuerst, dass wir als Abgeordnete Namenslisten bekommen. Ein paar Minuten später stehen Sie hier und behaupten, es wurden ja kein Grüner und keine Grüne angestellt.

Jetzt frage ich mich, was haben Sie mit diesen Namenslisten gemacht? Haben Sie die Leute überprüft, dass Sie zu der Aussage kommen, niemand, der hier draufsteht, würde den Grünen nahestehen? Ich weiß es nicht. Ich habe es auch nicht überprüft. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Landeshauptmann?)* Sie offensichtlich, sonst würden Sie nicht zu dieser Aussage kommen. Das hinterfrage ich jetzt schon! *(Beifall bei den GRÜNEN und ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Galerie war schon lange nicht so voll

besetzt. Aber, das ist nicht dem Objektivierungsgesetz, sondern der Schleife Wulkaprodersdorf geschuldet, die demnächst auf der Tagesordnung steht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was zum Objektivierungsgesetz jetzt ausgedrückt wurde, verdient oft die Wörter nicht, die gefallen sind. Wir alle wissen, dass derjenige, der voransteht, anschafft und das quasi gewisse Sachen, die im vorgeschobenen Bereich Wertigkeiten erzeugen sollen, um ihn frei zu waschen von der Entscheidung, die er sowieso trifft, im Endeffekt, wie wir gehört haben, nur Geld kosten.

Der Zynismus, mit 222.000 Euro, als quasi Bewertungsmaßstab für die Einstellung von Personen in den Landesdienst, verdient wirklich eine besondere Wertschätzung, weil das ist hinausgeworfenes Geld. Ich kenne die Situation der Assessement-Center, wo man sich, und das hat man sich ja als Grundlage dessen bedient, was die sogenannten Vorstände, die jetzt vorher vom Kollegen dargestellt worden sind, in der Aufnahme bedeutet haben.

Interessanter Weise ist in den Fluren des Landtages, des Landhauses, im Vorfeld schon monatelang namensmäßig die gleiche Situation gefallen, wie nach der sogenannten Bewertung durch die Assessement-Center erfolgt ist. Diese Entscheidungsfindung ist natürlich für jeden nicht nachvollziehbar, der die Vorgänge nicht kennt. Aber, wie sollte man auf eine sogenannte Objektivierung kommen, wenn man entsprechende Mittel nicht einsetzt.

Ich möchte den Vergleich bringen, nur, weil es mir absolut zynisch vorkommt, diese Diskussion zu führen, 222.000 Euro im Verhältnis für Aufnahmegespräche.

Auf der anderen Seite, ich erinnere den Landtag und damit auch alle Burgenländerinnen und Burgenländer, wenn ich richtig bin in der Entscheidung auf die sogenannte Neubewertung der Mindestsicherung waren elf Familien genannt, die quasi eine Vollbezugssituation auf die Mindestsicherung gehabt haben.

Das war eine Summe, die ich noch im Kopf habe, bei irgendwie 30.000, 40.000 Euro ist da gefallen. Das im Verhältnis auf wirkliche existenzbedrohende Geschichten im Zusammenhang mit dem, was wir jetzt erleben, beim sogenannten Vorführen von Objektivierung ist ja mehr als eine Chuzpe und sollte eigentlich auch im Zusammenhang hier nicht angewendet werden.

Was der Kollege Haidinger gemeint hat, nur zur Klarstellung. Es sind vier Personen die namentlich in diesem Objektivierungsbericht angeführt sind und das als solches, würde ich im Sinne des Datenschutzes auch nicht veröffentlichen, weil es hat ja bestimmt noch andere gegeben, die nicht angeführt sind.

Warum diese vier einen besonderen Stellenwert in diesem Bericht erhalten haben, ist uns beiden, gebe ich zu, ein Rätsel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Objektivierung ist natürlich ein absoluter Widerspruch zu dem, was sich jemand politisch in der Vorstellung geben muss, beziehungsweise wessen er sich bemächtigt.

Wie sollten und das haben wir erst unlängst jetzt bei Gemeinderatswahlen und Bürgermeisterwahlen erlebt, wie sollten entsprechend Funktionäre, die sich einer sogenannten, einer Stellung des sogenannten Funktionärs begeben, sprich für den Gemeinderat kandidieren beziehungsweise als Bürgermeisterin und Bürgermeister, wenn ihnen nicht im Endeffekt zumindest in Aussicht gestellt und dann auch vollzogen wird, eine Anstellung im Landesdienst.

Wie sollten Fußballer bei gewissen Aktivitäten aktiv sein, wenn ihnen nicht in Aussicht gestellt wird, dass sie in den Landesdienst kommen?

Nur diese zwei Parameter, ich möchte nicht bewerten, wie viele Bezirkshauptmannschaften, wie viele andere Landesdienststellen diesen Bedarf nicht gehabt hätten, auf die Personen, wenn sie objektiviert worden wären.

Aber Tatsache ist, das ist politisches System, das hier zum Durchbruch kommt und wo man sich jetzt auf Grund des Objektivierungsberichtes mit Sicherheit keinen Reigen bilden darf, aber wir haben es ja erlebt, dass in medialen Darstellungen, egal in welcher Zeitung, Namen genannt worden sind, die es geschafft haben, ohne Objektivierung in den Landesdienst aufgenommen zu werden.

Wenn vorher der Kollege Sagartz davon gesprochen hat, man bedient sich gewisser Voraussetzungen, zum Beispiel ausgelagerter Gesellschaften, wo man den Einstieg ja ohne Objektivierung setzt und anschließend, wenn dann in der ausgelagerten Gesellschaft, die im Landesbesitz ist, die Aufnahme dieser Person in den Landesdienst gesetzt wird, ist ja ein logischer Schritt, den man auch nachvollziehen kann.

Tatsache ist, es gab vormals eine Situation und die wird heute auch praktiziert, dass jemand in der Gemeinde Wien, oder im Bund aufgenommen wird und nach kurzer Zeit dann überstellt wird in den Landesdienst im Burgenland. Damit hat man sich auch die sogenannte Objektivierungskommission erspart und manches vielleicht auch an Ausgaben.

Tatsache ist, wir sollten bei dieser Diskussion zur Kenntnis nehmen, es wird vorgeschützt zu objektivieren. Die Tatsache sieht in parteipolitischer Hinsicht anders aus, in Wirklichkeit benutzt man das als Vorwand. In Wirklichkeit setzt man die Punkte und die Personen in bestimmte Positionen, die erwünscht sind, damit sie auch folgerichtig dann das vollziehen, was im Endeffekt gewünscht wird.

Tatsache ist auch und das möchte ich allen zur Kenntnis bringen, weil es in der Konsequenz etwas ist, mit dem jeder und jede inzwischen konfrontiert wird, in Wirklichkeit ist eine Situation vorhanden, wo in manchen Dienststellen inzwischen wirklich ein Manko und Mangel in Bezug auf Kompetenz herrschen.

Das ist etwas, was wir nicht diskutieren sollten im Zusammenhang jetzt bei der neuen Regierungsbildung, mit neuen sogenannten Anforderungen an Verwaltungsreform. Wir selbst sind diejenigen, die daran schuld sind, wenn so etwas zum Tragen kommt und nicht die entsprechenden Kandidatinnen und Kandidaten vorausgewählt werden.

In Wirklichkeit glaube ich, dass diese Objektivierung dann zielführend wäre, wenn der politische Einfluss nicht stattfinden könnte, nur den werden wir nicht wegkriegen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Manfred Kölly: Wie soll das gehen?)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung. *(Zwiegespräche der Abgeordneten der SPÖ und des Abgeordneten Manfred Kölly.)* Abstimmung, meine Damen und Herren!

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen, Weiterbestellungen im Jahr 2016 wird somit mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Errichtung der Bahnschleife Eisenstadt (Zahl 21 - 777) (Beilage 1105)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Errichtung der Bahnschleife Eisenstadt, Zahl 21 - 777, Beilage 1105, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat.

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Vor allem Herr Bürgermeister aus Wulkaprodersdorf! Meine geschätzten Damen und Herren! Die Frage der Direktanbindung Eisenstadt mit dem Zug an Wien ist ja eine wirkliche Uraltdiskussion. Legionen von Politikergenerationen haben sich mit diesem Thema in unterschiedlichster Form beschäftigt.

Vorzugsweise im Umfeld von Wahlen, Gemeinderatswahlen, Bürgermeisterwahlen, Landtagswahlen. Besonders hervorgetan haben sich da immer und das hat bis ins Jahr 2017 diese Tradition angehalten, immer die jeweiligen SPÖ-Vorsitzenden der Stadt Eisenstadt gemeinsam mit dem jeweiligen Landesvorsitzenden der SPÖ im Burgenland.

Ich habe schon bei anderen Gelegenheiten immer wieder auch Zeitdokumente mitgebracht, habe natürlich auch heute ein Zeitdokument mit. Eine Zeitung der SPÖ Eisenstadt aus dem Jahr 2002, damals mit dem SPÖ-Chef von Eisenstadt Krischka und mit dem Landeshauptmann Hans Niessl, wo auf der Titelseite steht: „Endlich geschafft - in 40 Minuten mit dem Zug nach Wien."

Das Jahr 2002 war ein Jahr der Gemeinderatswahlen, der Bürgermeisterwahlen. Das Ergebnis von Krischka war nicht besonders gut, er hat bis dahin das schlechteste Ergebnis der SPÖ in Eisenstadt eingefahren. Er hat bei der Bürgermeisterwahl 24 Prozent bekommen, die SPÖ hat bei der Gemeinderatswahl 23 Prozent bekommen.

Ein Ergebnis, wo eigentlich alle gesagt haben, naja, viel schlechter kann es nicht mehr gehen, aber wie schon der „Monaco-Franze" gesagt hat, ein bisschen was geht immer noch. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist jetzt tief. – Unruhe bei der SPÖ)*

Der derzeitige SPÖ-Chef von Eisenstadt hat dieses Ergebnis noch unterboten. Er hat 23 Prozent bei der Bürgermeisterwahl geschafft und 22 mit der SPÖ und auch bei dieser Wahl hat nämlich dieses Thema der Bahnschleife eine Rolle gespielt.

Am 26. September 2017 hat man auf der SPÖ-Facebook-Seite von Eisenstadt lesen können, Kovacs verleiht Schienen, Günters Druck zeigt Wirkung, schon 2018 beginnt das Genehmigungsverfahren für die schnelle Bahn nach Wien. Fachleute haben es untersucht und vorbereitet. Knapp bei 40 Minuten wird die Fahrt dauern, wenn er weiter so aufs Tempo drückt, werden es bald 35 Minuten sein.

Am 27. September, also einen Tag später, hat man dann auf der Facebook-Seite der SPÖ Wulkaprodersdorf lesen können: Die SPÖ Wulkaprodersdorf zeigt sich verwundert über die Aussage der SPÖ Eisenstadt zum Bahnschleifenprojekt.

Und wieder einen Tag später, wieder auf Facebook, was so ein „Kronen-Zeitungsartikel“ mit anschließender Facebook-Diskussion alles bewirken kann. Nach unserem Post, sagt die SPÖ Wulkaprodersdorf, hat uns Vizebürgermeister Kovacs kontaktiert, und wir haben sofort das Gespräch und einen Lösungsweg für Wulkaprodersdorf und Eisenstadt gesucht. Klar ist beiden, die Bahnschleife darf nicht um jeden Preis gebaut werden, Schutz und Gesundheit der Bevölkerung sind oberste Prämissen.

Ja und wenn wir diese Aussage und das tun wir natürlich, dieser beiden SPÖ Politiker ernst nehmen dürften, dann müsste es heute eigentlich eine sehr breite Zustimmung zu unserem Antrag geben, den wir eingebracht haben und wo wir auch die dringliche Behandlung gefordert haben.

Denn dieser Antrag, den wir heute eingebracht haben, ist ein Antrag, der absolut im Sinne der Wulkaprodersdorfer Bevölkerung liegt. Denn die Gemeinde Wulkaprodersdorf hat ja auch einen gemeinsamen Vorschlag, aller im Gemeinderat von Wulkaprodersdorf vertretenen Parteien gemacht und den auch an alle im Landtag vertretenen Parteien geschickt.

Und genau diese Inhalte haben wir übernommen und haben das in Form dieses Dringlichkeitsantrages eingebracht. Für die Volkspartei Burgenland kann ich sagen, wir stehen natürlich vollinhaltlich zu diesen Vorschlägen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es hat einen Lenkungsausschuss gegeben, wo das Land vertreten war, wo die ÖBB vertreten war und auch die Gemeinde Wulkaprodersdorf vertreten war und da hat es sehr intensive Diskussionen gegeben, sehr lange Diskussionen.

Trotz wirklich intensiver Bemühungen, laut der Vertreter von Wulkaprodersdorf hat es hier absolut kein Ergebnis im Sinne der Bevölkerung gegeben, nicht einmal annähernd hat es hier eine Bewegung seitens der ÖBB vor allem gegeben, keinen Millimeter ist hier abgewichen worden.

Deswegen, meine Damen und Herren, war es aus unserer Sicht nicht in Ordnung, dass der Antrag im Ausschuss von der SPÖ und von der FPÖ vertagt worden ist, weil man eine Stellungnahme des Verkehrskoordinators des Landes Burgenland einholen wollte. Das ist eine fadenscheinige Begründung für eine Vertagung.

Denn das, was der Verkehrskoordinator im Lenkungsausschuss gemacht hat, das wissen ja alle Beteiligten und daher, meine Damen und Herren, ist die Dringlichkeit, die wir verlangen, absolut gerechtfertigt. Und ich glaube, das ist auch wichtig, auch für die Wulkaprodersdorfer Bevölkerung, damit sie ganz einfach wissen, wie die einzelnen Abgeordneten im Landtag zu ihren Vorschlägen auch stehen.

Die Dringlichkeit ist deswegen auch geboten, weil und das wurde ja auch in diversen Medienberichten mitgeteilt, dass das Genehmigungsverfahren vor der Tür steht und die Gefahr schon besteht, dass die ÖBB hier drüberfährt und ganz einfach Fakten geschaffen werden sollen.

Und was wäre die Folge einer solchen Vorgangsweise? Die Gemeinde Wulkaprodersdorf, die Grundeigentümer und auch die Bevölkerung würden sich zu Recht zu Wehr setzen, würden alle rechtlichen Mittel in Anspruch nehmen und wir seitens der Volkspartei unterstützen das auch, wenn das so kommen würde.

Sie können sich auch vorstellen, wie lange dieses Verfahren dann wieder dauern würde. Ich möchte noch ganz kurz noch auf den Vorschlag der Gemeinde Wulkaprodersdorf eingehen, nur im Schnellverfahren.

Die wesentlichen Punkte sind folgende: Erstens einmal würde die B 50 150 Meter weiter weg von der Bevölkerung verlegt werden.

Die B 50 und die B 16 würden in einem Kreisverkehr auf Niveaulage der jetzigen B 16 erfolgen, daher wäre kein Kreisverkehr auf Höhenlage, nämlich bis zu acht Meter notwendig, was natürlich zu einer weiteren Lärmentwicklung führen würde.

Es käme auch zu keinen Verschlechterungen, weder für Wulkaprodersdorf, noch für Eisenstadt, noch für die anderen Gemeinden und diese Variante, die Wulkaprodersdorf vorschlägt, wäre auch um einiges kostengünstiger.

Es kommt natürlich durch diesen Vorschlag auch zu einer größtmöglichen Schonung der bestehenden Flächen.

Und daher haben wir in unserem Antrag formuliert, dass sich der Landtag für die Umsetzung der Bahnschleife Eisenstadt im Einvernehmen mit der betroffenen Gemeinde Wulkaprodersdorf aussprechen soll und dass die Landesregierung aufgefordert wird, im eigenen Bereich sowie bei den ÖBB auf die Umsetzung der von der Gemeinde Wulkaprodersdorf vorgelegten Planungsvariante hinzuwirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch viel schlauer jetzt, gemeinsam Druck zu erzeugen, auch politischen Druck zu erzeugen, gegenüber Bund und ÖBB, als auf ein möglicherweise langwieriges Verfahren zu warten, nur weil die ÖBB jetzt über diese Vorschläge darüber fahren möchte.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle, im Namen der Volkspartei Burgenland, gemeinsam diesen Schulterschluss herzustellen und unserem Antrag die Zustimmung zu geben.

Es ist ein Abänderungsantrag von SPÖ und FPÖ ja vorgelegt worden und ganz ehrlich, diesem Abänderungsantrag können und wollen wir nicht zustimmen, weil er halt sehr schwammig formuliert wurde und weil im Beschlussantrag drinnen steht, so quasi, naja, wir sind eh ein bisschen dafür und nach Möglichkeit sollten doch diese Vorschläge berücksichtigt werden.

Das ist uns ganz einfach zu wenig, das ist zu schwammig. Und auch in der Begründung, muss ich ganz ehrlich sagen, ist dieses Argument nicht nachvollziehbar. Es steht nämlich in diesem Abänderungsantrag, dass man so quasi jetzt den Wulkaprodersdorfern, naja, diese Variante die jetzt von der ÖBB vorgeschlagen wird, das ist ja eigentlich diese Variante, die die Gemeinde Wulkaprodersdorf ursprünglich wollte.

Das stimmt zwar, ja, es steht da drinnen, Kollege Hergovich. *(Abg. Robert Hergovich: Ich weiß, ich haben ihn geschrieben.)* Bitte? *(Abg. Robert Hergovich: Ich kenne den Antrag, die Formulierung ist von mir.)* Eben. Dann - ich habe ihn gelesen, also insofern müssten wir auf dem gleichen Kenntnisstand sein.

Jedenfalls steht das so drinnen, in der Begründung, und das ist zwar richtig, das rührt aus dem Jahr 2008, 2009 her. Damals, und man muss auch immer die Umstände der Zeit mitbedenken, damals hat man sich gegen diese Variante ausgesprochen, weil da noch die Dieselloks gefahren sind.

Und dann natürlich die Belästigung und die Lärmbelästigung durch diese Variante der Züge natürlich weit, weit größer gewesen wäre. Daher ist das ein Punkt, wo sich auch die Bevölkerung von Wulkaprodersdorf, aber auch die Gemeindevertretung von Wulkaprodersdorf, in diesen Jahren bis jetzt, ganz einfach eine neue Variante überlegt haben, und diese Variante wollen wir jedenfalls vollinhaltlich unterstützen.

Daher möchte ich Sie noch einmal aufrufen, unserem Antrag auch die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Behandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als ersten Redner teile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde den Dringlichkeitsantrag für wichtig und richtig und zum richtigen Zeitpunkt. Warum auch? Nicht wegen der Wahl, oder wegen dem Herrn Kovacs, oder wegen der ÖVP, oder der SPÖ, sondern wegen der Betroffenen.

Und wenn Herr Kovacs damals gesagt hat, da muss etwas geschehen und er hat sich halt dafür verstärkt eingesetzt, dann finde ich das für okay. Denn ein jeder Bürgermeister kann sich für seine Gemeinde klar und deutlich, kann sich für seine Bevölkerung einsetzen, muss und soll das auch.

Ich sage das mit dieser Deutlichkeit. Auch ich bin ein Betroffener in Deutschkreutz mit den vielen Pendlern. Tagtäglich pendeln 600 bis 700 Leute von Deutschkreutz Richtung Wiener Neustadt, Wien, Eisenstadt.

Und darum, Herr Kollege Steiner, Sie hätten schon viel Zeit gehabt, in Eisenstadt einen Bahnhof mit Nachdruck zu fordern und mit noch mehr Nachdruck zu fordern, wo auch die Wulkaprodersdorfer eingebunden waren. Und da sitzen Herrschaften oben, wo ich Kontakt gehabt habe, die gesagt haben, wir können uns nicht alles gefallen lassen, wir müssen etwas ändern.

Sie haben das getan und Ihr könnt stolz darauf sein, dass Ihr heute diese Diskussion erleben dürft.

Denn eines ist wichtig und richtig: In einer Phase, wo wir immer mehr Auspendler haben - ich kann mich erinnern im Jahr 2002 -, als ich hier angefangen habe als Abgeordneter, haben wir 30.000 Pendler gehabt, jetzt haben wir 58.000 bis 60.000 Pendler.

Und jetzt kommt es noch dazu, dass Eisenstadt natürlich wächst. Es ist ja gar keine Diskussion. Ich bin recht froh darüber, dass der Zuzug so stark ist. Aber, dann muss ich auch die Möglichkeit schaffen, wie komme ich von A nach B, und wie komme ich mit einer Schleife über Wulkaprodersdorf von Eisenstadt nach Wien.

Und jetzt kommt die nächste Diskussion. Die habe ich in Deutschkreutz, oder die habe ich in die anderen Ortschaften auch, in Draßburg und dergleichen mehr. Hallo - wenn wir über Eisenstadt fahren, haben wir ein Problem vielleicht, dass wir länger fahren müssen von Deutschkreutz nach Wien, wenn wir diese Schleife fahren.

Auch das ist zur Diskussion gestanden und steht noch immer zur Diskussion. Aber dann muss man zuhören, da muss man diskutieren und sagen, welche Variante können wir uns am besten leisten? Es geht immer um das Geld. Und dieser Vorschlag von den Wulkaprodersdorfern, den finde ich genial, dass man eine andere Variante gewählt hat, die vielleicht günstiger ist.

Aber auch hier muss man mit der ÖBB reden, aber ich nehme auch nicht die Raab-Ödenburger aus der ganzen Geschichte heraus, weil, die sehe ich überhaupt nicht hier

drinnen. Denn die betreiben ja auch von Wulkaprodersdorf bis Deutschkreutz die Strecke. *(Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich.)*

Na das ist so, Herr Kollege Hergovich, es ist so. Auch ich verhandle mit diesen Herrschaften ständig und es gibt kleine Ansätze, es gibt kleine Schritte. Auch Deutschkreutz versucht einen neuen Bahnhof zu bekommen. Wir haben keine Überdachung, wir haben das und jenes nicht.

Aber wir bleiben auch am Ball, und ich denke, dass es entscheidend ist, dass wir einiges umsetzen können.

Und wenn ich hier lese, dass die Gemeinde Wulkaprodersdorf nicht nur wegen dem Bahnverkehr mit der Schleife, sondern auch mit dem Straßenverkehr und mit dem Autoverkehr massiv betroffen ist. Auch hier muss man sich Lösungen einfallen lassen.

Und das brauchen wir nicht und damit bin ich schon bei der ÖVP auf die lange Bank zu schieben, vertagen. Weil wir kennen das, wir haben die meisten Anträge eingebracht, die Liste Burgenland, und immer wird abgeändert und vertagt.

Warum, verstehe ich oft nicht, denn es ist schon wichtig, dass wir für die Menschen da sind in diesem Lande. Dass man auch Lösungen sucht, Lösungen auch umsetzen kann. Und ich denke, das ist ein wichtiger Schritt. Und dieser Antrag - dringlich, ja -, der hätte aber schon länger passieren können.

Herr Kollege Steiner, Du hast es auch richtig gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben das auch schon oft thematisiert.)* Daher sage ich - Dringlichkeitsantrag.

Es gehört entscheidend einmal diskutiert, die Herrschaften, wenn wir Gesetze beschließen, oder irgendwelche andere Möglichkeiten, heute die Diskussion mit dem Jagdgesetz oder mit dem Kanalanschlussgesetz.

Na alles ist nicht hundertprozentig. Da muss man halt nachjustieren und da muss man den Mut haben, zu sagen, da hat man halt kleine Fehler gemacht, da muss man was machen.

In diesem Fall sollten wir uns wirklich alle einig sein, damit wir Druck auf den Bund machen, denn im Bund gibt es ja eine neue Konstellation, wie es ausschaut, oder ist sogar fix. Dann gehört auch der Herr Infrastrukturminister oder Ministerin - ich weiß es ja nicht, wer dann dort oben sitzen wird, vielleicht auch einmal eingeladen, oder soll sich dieses Projekt noch einmal zu Herzen führen.

Denn im Infrastrukturministerium ist das sicher schon einige Male diskutiert worden. Nur es gibt jetzt andere Personen, handelnde Personen, es gibt andere Voraussetzungen.

Daher denke ich, dass diese ganze Situation, wo so viele Herrschaften wirklich interessiert sind, nicht nur die, die hier sind, sondern ich glaube, die ganze Bevölkerung von Wulkaprodersdorf. Aber auch Siegendorf darf man nicht vergessen, weil er gesagt hat, Siegendorf wird nicht berührt.

Wie tun wir weiter mit der Straße dort? Wie schaut das aus? Das sind lauter Fragen, die offen sind. Wie geht es weiter in Ödenburg und dergleichen mehr, mit dem Übergang und, und, und. Da macht sich keiner Gedanken. Aber auch das gehört überlegt. Es gehört eine Gesamtlösung, meiner Meinung, her, die raschest auch umgesetzt werden soll von uns.

Jetzt bin ich beim Geld. Wie viele Millionen Euro haben wir verdonnert - ich sage das so, verdonnert? Neusiedl, Eisenstadt. Wie viel hat das Land müssen zahlen, weil es

in die Hosen gegangen ist? Wenn man das Geld hätte, bräuchten wir uns jetzt nicht solche großen Gedanken machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich kann mich erinnern, vor einigen Jahren hatten wir die Diskussion, wo die ÖBB gesagt hat, bis dorthin und mehr zahlen wir nicht. Wenn Sie sich erinnern können: Elektrifizierung - da habe ich nichts davon gehört - Stillschweigen, was man zahlt. Und das Wort „Stillschweigen“ kann ich nicht mehr hören.

Ich sage Euch nur eines: Hören wir auf mit dieser Stillschweigeaktion, sondern sagen wir der Bevölkerung echt die Wahrheit. Und die Wahrheit tut oft weh, aber es muss zum Vertragen sein. Weil das das Wichtigste ist, die Bevölkerung und die Menschen müssen die Wichtigsten sein in diesem Land.

Wenn wir heute diskutieren über abändern oder nicht abändern, dann ändern wir ihn halt ab. Nehmen wir das Grobkonzept halt von da und nehmen wir dazu den Infrastrukturminister und nehmen wir noch das Andere dazu, aber finden wir endlich eine gescheite Lösung!

Wo sich wirklich die Bevölkerung bemüht - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben eh eine gescheite Lösung.)* ja, da könnte man den Infrastruktur noch mit hineinnehmen, wenn es ein Schwarzer ist. Da müsst Ihr Euch halt noch ein bisschen mehr anstrengen. Da müsst Ihr halt rennen. Wird es ein Blauer, dann müssen sich die Blauen halt anstrengen.

Insgesamt sollten wir uns aber alle anstrengen, dass wir eine vernünftige Lösung für diese Situation zusammenbringen. Ich gratuliere den Wulkaprodersdorfern.

Wir werden diesem Antrag zustimmen*. (Beifall bei der LBL und der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher auf den Zuschauerrängen! Das Auto bestimmt heute unser Leben. Gerade im Burgenland, glaube ich, kann kaum mehr jemand ohne Auto auskommen.

Viele Familien sind sogar auf zwei, drei Autos angewiesen - gerade im Südburgenland. Viele Annehmlichkeiten sind damit verbunden, man ist unabhängig. Man kann ab dem Zeitpunkt, an wo man den Führerschein hat, beziehungsweise noch fahrtauglich ist, weil, manche älteren Leute können ja das nicht mehr, sich frei bewegen.

Das Ganze hat aber natürlich auch eine Kehrseite der Medaille. Wir sind heute eigentlich ziemlich abhängig geworden vom Auto, vom Verkehr. Und immer mehr Menschen werden in ihrer Lebensqualität stark beinschränkt durch den zunehmenden Autoverkehr.

Manche im Burgenland haben noch das Glück, relativ weit weg von stark befahrenen Straßen zu leben. Aber man muss sagen, das sind immer weniger, weil auch immer mehr Straßen, Parkplätze, Einkaufszentren und Ähnliches gebaut werden. Deshalb ist es unumgänglich, politisch für ein so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich sich einzusetzen.

Gerade das wäre, meiner Meinung nach, unserer Meinung nach, auch in Wulkaprodersdorf nötig. Klar ist, die Gemeinde ist jetzt schon sehr stark belastet durch die B 50, durch die B 16, durch den A3 Zubringer und durch die Bahn.

Das ist kein persönliches Empfinden, das die Wulkaprodersdorfer und Wulkaprodersdorferinnen haben, sondern das untermauern auch Zahlen.

Es gibt dazu Lärmschutzmessungen. Es gibt oder gab Luftmessungen, die die Feinstaubbelastung dort sehr stark auch thematisiert haben beziehungsweise mit jährlich sehr hohen Überschreitungswerten leider zutage getreten sind. Deswegen ist es dort notwendig, eine Lösung zu finden, die auf der einen Seite ein Mehr und eine bessere Qualität des öffentlichen Verkehrs möglich machen.

Auf der anderen Seite, die, die dort direkt wohnen, weniger zu belasten beziehungsweise nicht mehr zu belasten - das wäre ja schon einmal ein wesentlicher Punkt.

Man darf auch nicht vergessen, dass gerade Feinstaub, aber auch Lärm, der leider sehr stark unterschätzt wird, starke gesundheitliche Auswirkungen hat. Gerade der Lärm wurde erst in den letzten Jahren stärker untersucht, wie stark eigentlich hier gesundheitliche Beeinträchtigungen passieren.

Unsere Ohren sind praktisch Tag und Nacht auf Empfang gestellt und Geräusche, die über eine gewisse Lautstärke hinausgehen, versetzen den Körper - egal ob er jetzt schläft oder auch nicht - in einen gewissen Alarmpegel.

Das war früher sehr notwendig, heute ist es leider ein Nachteil, weil der Lärmpegel halt oft die ganze Nacht durch oft sehr hoch ist. Und das zeigen ja die Lärmmessungen, die zwar größtenteils noch von der Dezibel-Leistung her unter den Werten sind, die wir in Österreich haben.

Aber die WHO hat eine Empfehlung, die wesentlich darunterliegt. Als Beispiel sei hier angeführt, dass die WHO in der Nacht eine Lärmbelastung von höchstens 35 Dezibel angibt. Die Lärmmessungen, die in Wulkaprodersdorf durchgeführt wurden, liegen teilweise über 45 Dezibel. Also um einiges höher als empfohlen wird.

Der Umweltmediziner und Mitarbeiter der medizinischen Universität, Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hans Peter Hutter, sagt dazu: Neben Maßnahmen auf politischer Ebene braucht es ein Lärmbewusstsein insgesamt und auch mehr gegenseitige Rücksichtnahme.

Er spricht auch davon, dass man jetzt erst draufkommt, dass viele Krankheiten, die man früher mit Lärm überhaupt nicht in Zusammenhang gebracht hat, doch auch diese Krankheiten begünstigen. Beispielgebend sind hier nur erwähnt: Diabetes, höheres Herzinfarktrisiko, geringere Konzentrationsmöglichkeiten und viele andere.

Dazu kommt noch das zweite Problem - Wulkaprodersdorf liegt in einem Tal. Das heißt, vor allem im Winter werden dort Schadstoffe sehr schlecht abtransportiert. Das heißt, man kann dort auch mit Lärmschutzwänden eigentlich gar nicht mehr arbeiten, weil jede Barrikade praktisch die Durchlüftung des Ortes, die jetzt schon sehr schlecht ist, noch verringern würde.

Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass, wie die Messstelle noch in der Nähe von Wulkaprodersdorf gestanden war, ich glaube, 2014 wurde sie dann, nachdem bereits 20 Überschreitungen stattgefunden haben, abmontiert. Man sieht, dort ist einfach, sowohl vom Lärm, als auch von den Schadstoffen her ein großes Problem.

Auch wie beim Feinstaub, das sei vielleicht noch dazu gesagt, der Anteil ist sehr stark auch der Hausbrand, den die Wulkaprodersdorfer dann leider zwangsläufig selber verursachen, 30 Prozent in etwa macht doch auch der Verkehr aus.

Wichtig wäre eigentlich eine Lärmschutzmaßnahme, vor allem auf der B 50 nämlich eine Temporeduktion. Dort hilft auch nicht ein reines Fahrgebot für E-Autos. Denn das Rollgeräusch der Reifen ist ab 40 Stundenkilometer lauter als jedes Motorengeräusch. Das heißt, da hilft das E-Auto auch nicht weiter.

Was hat die Gemeinde Wulkaprodersdorf jetzt gemacht? Eigentlich etwas sehr Gescheites: Sie haben nicht gesagt, wir sind gegen die Schleife, sondern sie haben sich eine Alternative überlegt, und die Alternative bietet eigentlich mehrere Möglichkeiten. Kollege Kölly hat das auch schon gesagt.

Erstens wäre die B 50 weiter vom Ort weg, was schon einmal eine Verbesserung für die belasteten Anrainer und Anrainerinnen brächte und auf der anderen Seite ist es aber trotzdem möglich, eine Verbesserung der Bahn zu erreichen, um eben auch, vom Kollegen Sagartz war das, zu verhindern, dass die B 50 auf ein höheres Niveau gebaut werden muss.

Natürlich je höher die Lärmquelle ist, desto breiter streut sie. Was ein zusätzliches Problem ist, was heute noch nicht angesprochen wurde ist, abgesehen von der ÖBB-Lösung, die für die Wulkaprodersdorfer sicher nichts Gutes bringt, ist auch noch eine zusätzliche Park & Ride-Anlage geplant, zu der jetzt vorhandenen, und zwar mit ganzen 120 Parkplätzen.

Jetzt sind wir natürlich generell immer dafür, dass Autofahrer auf den Zug umsteigen, aber das kann man auch anders machen. Ich war vor nicht allzu langer Zeit in Dornbirn beziehungsweise in Vorarlberg überhaupt. Dort gibt es auch Autostellplätze bei den Bahnhöfen.

Ich habe sie gezählt. Das bewegt sich so zwischen 20 und 30 Stück. Dann gibt es dort Fahrradabstellplätze in einer Unzahl, die ich überhaupt noch nie gesehen habe. Da geht es um mehrere 100, also 500 und die werden auch benützt. Und, was auch noch ist, gleich neben dem Bahnhof für die Bahn ist der Busbahnhof. Das heißt, optimale Buszubringer direkt aus den Regionen zur Bahn.

So schaut vorausschauende Verkehrspolitik aus, so schaut Verkehrspolitik aus, die auf der einen Seite auf die Lebensqualität der Mitbürger achtet. Was man nicht vergessen darf natürlich, die Problematik Klimawandel. Wir haben nach wie vor den großen Vorteil, dass wir zwar viel erneuerbare Energie im Burgenland haben, aber beim Autoverkehr haben wir immer noch ein Plus am Plus.

Österreichweit sind die CO_2-Werte ja nach wie vor leider im Steigen. Das heißt, es spricht eigentlich alles für diese Lösung, die die Gemeinde Wulkaprodersdorf vorgeschlagen hat und die die ÖVP in ihrem dringlichen Antrag hier vorschlägt. Was ich allerdings auch sagen muss, wir hätten das gemeinsam schon viel früher einbringen müssen. Ich hätte mir da auch von der ÖVP-Eisenstadt schon früher erwartet, hier mehr mit der Gemeinde Wulkaprodersdorf zusammen Druck zu machen.

Jetzt ist der dringliche Antrag notwendig, weil das eben schon so weit fortgeschritten ist. Eigentlich ist es ein Uraltthema. Ich hoffe, dass die ÖVP, die jetzt auf Bundesebene etwas mehr zu sagen hat, hier auch auf Bundesebene Druck macht, auf die ÖBB Druck macht, auf den dann zuständigen Minister oder Ministerin. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn das Land hier den Beschluss fasst, ist das sicher gut!)*

Ich glaube, das schafft sie auch ohne den Beschluss heute. Wir haben im Burgenland eine sehr hohe Lebensqualität. Ich denke mir, es ist wichtig, diese möglichst zu erhalten und für die Burgenländer und Burgenländerinnen, wo das nicht so ist, diese möglichst zu verbessern.

Wir schaffen damit auch die Möglichkeit, dass Menschen, die unbedingt mit dem Auto fahren müssen, solche wird es immer geben, freiere Straßen vorfinden. Wenn wir die auf die Bahn, aufs Rad oder in den Bus bringen, die nicht unbedingt mit dem Auto fahren müssen, beziehungsweise die Möglichkeit, Öffis zu benützen, dazu bringen können, hier umzusteigen. Das ist eine wesentliche Aufgabe. Ich glaube, es gibt keinen Weg daran vorbei.

Deshalb würden wir dem Antrag der ÖVP zustimmen. Der Abänderungsantrag, hat der Kollege Steiner schon erwähnt, ist wieder einmal ein Gummiband-Abänderungsantrag, wo man sehr viel hineinschreiben kann.

Es ist gut, wenn es da Gespräche gibt und Bemühungen. Wir hätten gerne konkret beschlossen, was der ursprüngliche Antrag eigentlich aussagt. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Meine Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrter Herr Bürgermeister an der Spitze der Ortsbevölkerung aus Wulkaprodersdorf! Das Schlagwort „Uraltthema“ ist jetzt schon ein paar Mal gefallen, und das ist natürlich richtig. Wir warten seit Jahren und Jahrzehnten auf die direkte Anbindung der Landeshauptstadt an die Bundeshauptstadt, an die Bahnanbindung.

Wenn die Umsetzung eines derartigen Projektes derart lange dauert, dann ist das natürlich auch für die Glaubwürdigkeit der Politik nicht gerade förderlich. Es wurde oft und es wurde vieles versprochen, auch in zeitlicher Hinsicht. Wir müssen aufpassen, dass wir bei diesem Thema nicht noch mehr an Glaubwürdigkeit verlieren.

Es geht daher auch darum, wieder einmal daran zu erinnern, was wir als Landtag tun können und vor allem auch, was wir als Landtag nicht tun können und auch daran zu erinnern, was die Landesregierung leisten kann und vor allem was sie in diesem Fall nicht leisten kann. Projektträger ist die ÖBB-Infrastruktur AG, also eine Beteiligung des Bundes. Genehmigungsbehörde ist das zuständige Bundesministerium, namentlich das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Das bedeutet umgekehrt, dass die Landespolitik, dass die Landesregierung, dass wir als Landtag in rechtlicher Hinsicht keinen nennenswerten Einfluss haben.

Das heißt, die Landespolitik kann im Wesentlichen zwei Dinge leisten. Erstens, politisches Lobbying betreiben, das heißt, Forderungen aufstellen, Öffentlichkeitsarbeit leisten, Gespräche führen, Beschlüsse fassen, wie wir das in wenigen Minuten tun werden.

Die Landespolitik kann zweitens versuchen, auf die konkrete Projektgestaltung auch dadurch Einfluss zu nehmen, dass man eine finanzielle Beteiligung in Aussicht stellt, das ja im Fall der Schleife schon geschehen ist.

Das sind also die Möglichkeiten des Landes. Das ist die Rolle des Landes. Von der Rolle des Landes, meine Damen und Herren, zur Rolle der ÖVP, zur Rolle der Landes-ÖVP. Stein des Anstoßes ist die von den Österreichischen Bundesbahnen nunmehr ins Auge gefasste Trassenvariante, die in der Gemeinde Wulkaprodersdorf auf Ablehnung stößt. Aus verständlichen Gründen, die ich gleich vorwegnehme.

Dass die ÖVP gerade jetzt einen Antrag einbringt, da gebe ich dem Kollegen Spitzmüller Recht und auch dem Kollegen Kölly, noch dazu dringlich, das verwundert doch etwas und das lässt auch die Vermutung des inszenierten Theaterdonners aufkommen. Ich sage Ihnen auch warum, meine Damen und Herren.

Die Trassenführung, meine Damen und Herren, die jetzt auf dem Tisch liegt, die ist nicht neu und für genau diese Trassenführung scheint sich die Landes-ÖVP erst seit einigen Tagen zu interessieren. Bisher hat sie sich nicht dafür interessiert. Ganz im Gegenteil. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf zwei schriftliche Anfragen. Eine schriftliche Anfrage vom Kollegen Präsident Strommer vom 11. August 2016, eine weitere Anfrage aus dem ÖVP-Klub vom Kollegen Rosner vom 24. Jänner 2017.

In beiden Anfragen ging es um die Bahnanbindung Eisenstadt - Wien. Ging es um die Schleife. Es ging der ÖVP um vieles. Insgesamt wurden 13 Fragen gestellt. Da ist es immer, vor allem um den Zeitpunkt der Umsetzung gegangen. Es ging aber nie und nimmer in einer dieser Anfragen um die Ausgestaltung der Trasse.

Im Rahmen der Anfragebeantwortung durch den Herrn Landeshauptmann wurde die ÖVP immer über den aktuellen Stand der Dinge informiert. Etwa über den Beginn des Auflageverfahrens im vergangenen Herbst, über die Aufnahme des Projekts ins Investitionsprogramm der Österreichischen Bundesbahnen.

Die ÖVP hat also alleine schon deshalb wissen müssen, dass der Bürgermeister aus den eigenen Reihen nicht informiert hat, dass das Projekt konkrete Formen annimmt. Sie haben sich mit keinem Deut für die Trassenführung interessiert, geschweige denn für die Interessen der Gemeinde Wulkaprodersdorf. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Haben Sie einen Brief bekommen von der Gemeinde Wulkaprodersdorf?)*

Meine Damen und Herren! Das ist anhand dieser Anfragen und auch der Anträge, die Sie hier herinnen bisher nicht gestellt hat, klar nachzuvollziehen. Das, was Sie da heute stattfinden lassen, ist ein reines PR-Manöver. Sie machen jetzt im Übrigen genau das, was Sie, ob zu Recht oder zu Unrecht, der SPÖ vorwerfen. Das ist ein PR-Manöver und da sollte man auch einmal in Wulkaprodersdorf in Erwägung ziehen, ob man da wirklich den richtigen Partner in der Landes-ÖVP hat. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Meine Damen und Herren! Wir gehen im Abänderungsantrag auf die Chronologie der verschiedenen Trassenvarianten ein. Es gibt natürlich auch Gründe, dass man heute einen anderen Standpunkt einnimmt in Wulkaprodersdorf, als das noch vor einigen Jahren der Fall war.

In der Sache kann ich es relativ kurz machen. Ich kann den Standpunkt, ich kann die Bedenken, ich kann die Forderungen, ich kann die Wünsche der Gemeinde Wulkaprodersdorf sehr gut nachvollziehen. Ich kann sie sehr gut verstehen, weil es wurde schon erwähnt, es geht ja in Wulkaprodersdorf hier nicht nur um die Bahn, und man kann das, glaube ich, auch wenn es um die Gesamtentwicklung der Gemeinde geht, nicht trennen.

Das darf man als Bürgermeister in so einem Fall gar nicht. Es geht nicht nur um die Bahn, es geht um die Autobahn, um die A 3, um die Verlängerung, die ins Haus steht. Es geht um die Situation bei der B 50, auch in Zusammenhang mit der Bahn, das ist ja kein unwesentlicher Aspekt. Es geht um die B 16, es geht um den Verlauf der Wulka. Die Gemeinde ist ja, wenn man von oben drauf schaut, quasi eingekesselt. Auch ein Aspekt, der noch nicht erwähnt wurde und in den Entwicklungsmöglichkeiten ja ziemlich eingeschränkt ist.

Dann gibt es natürlich, was den Verkehr angeht, das Problem der Umwelteinflüsse. Kollege Spitzmüller ist näher darauf eingegangen. Der Kampf der Gemeinde ist also mehr als verständlich, meine Damen und Herren. Wir von Seiten der Koalition und der Regierung wollen in diesem Kampf beistehen.

Man muss den Leuten aber auch reinen Wein einschenken und damit komme ich auf den Antrag der ÖVP zu sprechen und auf unseren Abänderungsantrag. Jetzt ist natürlich klar, dass sich dieses Projekt, falls es bei dieser Trassenführung bleibt und das Verfahren jetzt nicht wieder an den Staat zurückgeschickt wird, dass sich dieses Projekt weiter verzögern wird.

Das Projekt würde sich aber wohl auch verzögern, wenn man jetzt sofort auf die Variante der Gemeinde Wulkaprodersdorf kommen würde. Ich muss auch sagen, ich kann die Zahlen, was die Kosten der Varianten angeht, jetzt nicht genau nachvollziehen. Ich würde es ehrlich gesagt nicht verstehen, wenn das unterm Strich für alle Beteiligten um so viel günstiger ist, warum sich irgendwer dagegen sperren sollte.

Es geht, ich sage das, auch wenn es jetzt bei den Wulkaprodersdorfern unpopulär ist, es geht nicht nur um die Interessen der Gemeinde Wulkaprodersdorf. Wir haben hier im Landtag gerade in den letzten Monaten sehr oft über Projekte von überregionaler Bedeutung gesprochen und da kann man diese Schleife durchaus auch einordnen.

Wir verstehen Sie in Wulkaprodersdorf. Wir wollen Ihnen auch beistehen. Das wird Kollege Hergovich dann noch näher ausführen, wie unser Abänderungsantrag aussieht. Ich habe Ihnen vorher gesagt, worin die Rolle des Landes besteht. Die finanzielle Zusage von Seiten des Landeshauptmannes gibt es. 2,1 Millionen Euro. Hier herinnen werden alle Abgeordneten, davon gehe ich aus, ihr Mögliches tun, um in Ihrer Angelegenheit zu lobbyieren. Ich sage Ihnen das auch ganz persönlich zu.

Es wird ja vielleicht ganz interessant werden, Herr Kollege Steiner, wenn es eine neue Konstellation auf Bundesebene gibt, werden wir vielleicht gemeinsam in die Verlegenheit kommen, beim neuen Minister dann vorstellig zu werden *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Fährst Du?)* und uns für die - wir fahren gemeinsam, Herr Bürgermeister, - Belange von Wulkaprodersdorf einzusetzen.

Ganz deutlich noch zum Antrag der ÖVP. Wir bringen einen Abänderungsantrag ein, den, wie gesagt, Herr Kollege Hergovich näher erläutern wird. Aber der Antrag der ÖVP heißt nichts anderes als den Leuten, vor allem auch in Wulkaprodersdorf, Sand in die Augen zu streuen. Dieser Antrag ist nicht komplett. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist der Antrag, den die Gemeinde formuliert hat, Herr Kollege!)*

Schauen Sie, das verstehe ich schon. Also, wenn ich Mitglied des Gemeinderates von Wulkaprodersdorf wäre, dann hätte ich diesem Antrag sicherlich auch zugestimmt. Nur ich bin nicht Mitglied des Gemeinderates, sondern in dem Fall Mitglied des Landtages. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das hält Sie aber auch nicht ab!)* Man soll den Leuten keinen Sand in die Augen streuen.

Es gibt mehr Beteiligte, als Sie im Antrag anführen. Man soll auch nicht so tun, als würde man mit diesem Antrag da heute, schnipp, alles in die richtige Richtung schupfen. Wir bekennen uns zur Bahnanbindung. Wir bekennen uns zur Schleife. Wir verstehen die Bedenken in Wulkaprodersdorf und unterstützen diesen Kampf.

Wir hoffen, dass wir in absehbarer Zeit all diese Interessen unter einen Hut bekommen können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass sehr viele Gemeindebürger von Wulkaprodersdorf heute dieser Debatte beiwohnen und der Debatte lauschen. Ich glaube, es ist auch eine sehr wichtige Debatte.

Gleich vorweg, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass alle im Landtag vertretenen Parteien sich klar und deutlich für die Schleife aussprechen, dass alle im Landtag vertretenen Parteien dafür sind, die Fahrzeit von der Landeshauptstadt Eisenstadt in die Bundeshauptstadt deutlich zu verkürzen, und ich gehe auch davon aus, dass alle im Landtag vertretenen Parteien für die Anliegen der Wulkaprodersdorferinnen und Wulkaprodersdorfer ein offenes Ohr haben und hier auch die Anliegen sehr stark unterstützen.

Das ist keine Frage. Ich glaube, da sind wir uns im Hohen Haus relativ schnell einig. Das ist relativ klar. Für die Sozialdemokratie kann ich das jedenfalls in Anspruch nehmen. Wir wollen die beste Lösung für Wulkaprodersdorf.

Die ÖVP weiß das aber, dass alle Parteien hinter Wulkaprodersdorf stehen und hat trotzdem einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Das sieht doch schon ein wenig nach Polit-Gag aus, Marke ÖVP, denn man muss wissen, dass die ÖVP nicht nur diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, sondern wortident einen Entschließungsantrag eingebracht hat, der mit Stimmen der SPÖ und der FPÖ im Ausschuss vertagt wurde, mit der Maßgabe, eine Stellungnahme einzuholen vom zuständigen Verkehrskoordinator des Landes. Warum haben wir das getan? Viele haben gesagt, die Schleife Wulkaprodersdorf ist eine Never-ending-story.

Viele Jahre wird hier diskutiert und dementsprechend sind auch die Pläne, sind die Varianten, sind die Stellungnahmen, die Kostenschätzungen und dergleichen. Da oben sitzt der Herr Bürgermeister. Den können Sie fragen, welches Ausmaß die Unterlagen für die Schleife hat.

Herr Kollege Steiner, Sie fahren ein großes Auto, aber das bringen Sie in Ihr Auto nicht rein, wie viele Kartons an Material und Unterlagen hier schon vorhanden sind. Die hätten, ich will nicht sagen, gesichtet im Detail besprochen werden müssen, aber zumindest wäre der Landtag gut beraten gewesen, hier eine Stellungnahme einzuholen, um ein Gesamtbild, ein aktuelles Gesamtbild, für die Entscheidungsgrundlage zu erhalten.

Diese Stellungnahme war Ihnen relativ gleich. Ich möchte fast sagen, egal. Sie haben lieber einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Das zeigt in Wahrheit, dass es nicht um Lösungen geht, dass es Ihnen nicht um eine Lösung für Wulkaprodersdorf geht, sondern Ihnen ausschließlich um eine Inszenierung geht.

Das finde ich sehr schade. Das haben sich die Wulkaprodersdorferinnen und Wulkaprodersdorfer nämlich nicht verdient. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

In der Sache selbst halte ich fest, so wichtig das Projekt für die Region, so wichtig dieses Projekt auch für die Landeshauptstadt Eisenstadt ist, über Wulkaprodersdorf, über die Bevölkerung von Wulkaprodersdorf darf nicht drübergefahren werden, denn Menschen stehen über alles. Das muss uns klar sein. Dementsprechend haben wir auch unseren Abänderungsantrag formuliert.

Ein Einvernehmen zu finden, da bin ich überzeugt, ist sicher keine einfache Sache. Es gab im Gemeinderat seit dem Jahr 2008/2009 drei Beschlüsse des Gemeinderats, die einstimmig gefasst wurden, mit drei unterschiedlichen Varianten, drei unterschiedlichen Wunschvarianten und wahrscheinlich noch vielen Kompromissvarianten, die jede Partei auch schließen musste, um eben einen einstimmigen Beschluss zu erzielen.

Das ist kein Vorwurf, Herr Kollege Steiner, ganz im Gegenteil. Das ist nur eine Feststellung und zeigt, wie schwierig da die Meinungsfindung ist, weil viele persönliche Interessen gegeben sind. Daher ist es durchaus wichtig und gut so. Trotzdem darf ich auf einige Vorkommnisse zu sprechen kommen, weil sie durchaus bemerkenswert erscheinen.

Der vorliegende ÖBB-Entwurf ist ja kein Anti-Wulkaprodersdorf-Konzept, sondern eine Variante, die die Gemeinde selbst im Jahr 2008, einstimmig damals, vorgeschlagen hat. Ich weiß schon, die Rahmenbedingungen haben sich zum Teil verändert, aber man muss schon dazu sagen, das, was die ÖBB jetzt vorlegt, ist sozusagen der Vorschlag aus dem Jahr 2008 der Gemeinde.

Aber auch umgekehrt. Die nun gewünschte Trassenführung der Gemeinde Wulkaprodersdorf wurde damals von der ÖBB schon vorgeschlagen, aber damals von der Gemeinde abgelehnt. Also, da sieht man, *(Grete Krojer auf der Galerie sitzend, schüttelt den Kopf)* doch, ich habe die Unterlagen, Kollegin Krojer, sehr gut studiert, um die Trassenvariante geht es hier.

Ich kann Ihnen eines sagen, Herr Kollege Steiner, ich habe vor einem dreiviertel oder vor einem Jahr ein Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister und mit dem ehemaligen Vizebürgermeister geführt. Die sind zu mir ins Büro gekommen und haben mich gebeten, noch einmal zu versuchen, einen Kompromiss für die Gemeinde zu schaffen.

Ich habe das sehr ernst genommen und bin daraufhin sogar in den Lenkungsausschuss gegangen und habe im Lenkungsausschuss vorgesprochen, mich für Wulkaprodersdorf eingesetzt. Ich habe die Vertreter des Ministeriums, ich habe die Vertreter der ÖBB ersucht, zurück an den Start zu kehren, und noch einmal mit den Vertretern der Gemeinde Wulkaprodersdorf einen Kompromiss zu versuchen.

Ich habe auch sehr klar gemacht, dass das auch der Wunsch des Landtages und der Landesregierung ist und das nicht nur meine Privatmeinung ist und wir für eine gemeinsame Lösung im Sinne von Wulkaprodersdorf, um im Sinne der Pendlerinnen und Pendler zu agieren. Die Bereitschaft war damals gegeben, sowohl was die Gemeinde anbelangt, als auch die Vertreterin des Ministeriums und der ÖBB.

Nach einem Meeting mit den Bürgermeistern und ich höre auch mit Vertretern der Urbarialgemeinde, die anwesend waren, übrigens erwähnt sei auch, dass der Vizebürgermeister nicht mehr mitgenommen wurde zu diesem Gespräch, sind sie ins Ministerium gefahren und haben noch einmal verhandelt. Das Ergebnis kenne ich bis heute nicht, weder vom Herrn Bürgermeister, noch von der ÖBB, aber offensichtlich ist ein Kompromiss gescheitert. Ich finde es schade.

Herr Kollege Steiner, der Unterschied ist, wir setzen auf eine Lösung. Darum bin ich auch in den Lenkungsausschuss gegangen und habe gesagt, zurück an den Start und ordentlich verhandeln. Sie, habe ich den Eindruck, setzen auf Inszenierung. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Übrigens, die Schleife macht ja auch nur dann Sinn, wenn die Maßnahmen in Pottendorf und in Ebenfurth erledigt werden. Wenn dem nicht nachgekommen wird, dann würde die Schleife ohnehin keinen Sinn machen.

Klar ist, klar ist für den, glaube ich, gesamten Landtag, aber insbesondere für die Sozialdemokratie und auch für die Freiheitliche Partei, die Interessen der Gemeinden sind wichtig und dürfen nicht ignoriert werden. Das ist ganz, ganz wesentlich und daran müssen wir auch festhalten.

Klar ist aber auch, diese Entscheidung trifft nicht das Land Burgenland, wie Sie so zwischen den Zeilen suggerieren. Ganz im Gegenteil. Wir sind weder Projektwerber noch Projektumsetzer. Diese Entscheidung kann man wahrscheinlich nur im Konsens mit der ÖBB, mit dem jeweiligen künftigen Infrastrukturminister lösen.

Sonst, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, kommt es zu einer Verlierersituation, ähnlich der Situation der S 7 im Südburgenland, wo die Menschen in Wulkaprodersdorf leiden würden, wo die Pendlerinnen und Pendler leiden würden, und auch keine gute Lösung für die ÖBB wäre. Das, glaube ich, will ja überhaupt keiner.

Offen ist auch die Frage, ob die jetzt stimmen oder nicht, kann ich nicht nachvollziehen, der Mehrkosten von rund 10,5 Millionen Euro, wer die trägt.

Außerdem muss gesagt werden, dass natürlich auch Planungskosten in den Sand gesetzt werden und wieder neue entstehen. Auch diese Frage der Finanzierung sollte geklärt werden. Gleichzeitig, und das ist auch wesentlich, hat der Landeshauptmann für Wulkaprodersdorf 2,1 Millionen Euro zugesagt. 2,1 Millionen Euro ist für Wulkaprodersdorf hier budgetiert. Herr Kollege Steiner, und ich sage Ihnen jetzt etwas, was vielleicht wesentlich ist, wir werden das auch gut beobachten.

Am 6. und 7.12. wird hier das Budget diskutiert und auch beschlossen. Darin enthalten sind die 2,1 Millionen Euro, die für Wulkaprodersdorf vorgesehen sind. Ich nehme Sie beim Wort, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Geh bitte!)* ob Sie dem zustimmen oder ob das eine Schmähparade und Inszenierung ist, ob Sie diesem Teil zustimmen, damit auch Wulkaprodersdorf mit 2,1 Millionen Euro hier hantiert werden kann, oder ob Sie wirklich nur auf Inszenierung setzen.

2,1 Millionen Euro an Steuergeldern, das ist viel Geld. Da kann man sich auch etwas Vernünftiges erwarten. Darum ist es wichtig, dass ein Kompromiss zwischen der Gemeinde Wulkaprodersdorf, der Landeshauptstadt Eisenstadt, das sind ja eigentlich die Profiteure dieser Schleife, das muss man auch einmal sagen, da geht es nicht ausschließlich um Wulkaprodersdorf, sondern der große Profiteur ist die Landeshauptstadt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Menschen der Landeshauptstadt!)*

Man kann zum Beispiel auch einmal überlegen, ob die Stadt auch Geld in die Hand nimmt, zu einer ordentlichen Lösung, analog wie Neusiedl am See, die haben das gemacht. Analog Bruckneudorf, die haben das gemacht, die Stadt Mattersburg, Kollege Rosner aus Oberwart, überall dort hat die Stadtgemeinde mitfinanziert.

Nur eine Stadt ist schon wieder „terrisch“, wenn es ums Geld geht, die Landeshauptstadt Eisenstadt! Sie sind der große Profiteur auf Kosten von Wulkaprodersdorf, und jetzt gibt es noch im Hohen Haus Inszenierung. Seriöse Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht anders aus!

Jetzt ist das Infrastrukturministerium in der Pflicht. Der Ball liegt vor allem bei den Bürgermeistern der Landeshauptstadt Eisenstadt, Wulkaprodersdorf und dem künftigen Infrastrukturminister.

Wer das ist, ist zum heutigen Zeitpunkt nicht beantwortbar. Vielleicht ein ÖVP-Minister, vielleicht ein FPÖ-Minister, klar ist, ein SPÖ-Minister wird es nicht mehr sein.

Also, nachdem die Entscheidungen dort fallen, und Sie ja sozusagen auch den Bundeskanzler bald stellen werden, da ist gerade ein Nationalratsabgeordneter gesessen, wäre es gut, den Dringlichkeitsantrag nicht mehr hier im Landtag zu formulieren, sondern diesen Dringlichkeitsantrag zu nehmen und dort, wo es entschieden wird, nämlich im Parlament beim Minister, beim Infrastrukturministerium einzubringen und dort auch eine Lösung im Sinne von Wulkaprodersdorf herbeizuführen.

Das erwarten wir auch. Wir erwarten uns eine ordentliche Lösung! Wir werden das auch genau beobachten, Herr Kollege Steier, ob es ausschließlich Inszenierung ist - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Steier haben Sie gesagt!)* Steiner, habe ich gesagt.

Herr Kollege Steiner, Sie tun ja so, als hätten Sie hier 45 Minuten und die schnelle Anbindung an die Bundeshauptstadt nie versprochen und die nie thematisiert. Ja, ganz im Gegenteil. Das ist auch ein Steckenpferd von Ihnen, der immer sagt, wir brauchen diese Verbindung an die Bundeshauptstadt. Macht ja auch Sinn. Ich gebe das auch zu.

Sie haben auch das Verkehrskonzept im Jahr 2014 mitbeschlossen. Sie persönlich haben das auch mitbeschlossen im Jahr 2014, wo die Schleife auch enthalten ist. Mit den Stimmen übrigens der Sozialdemokraten und den Abgeordneten der Volkspartei.

Es war auch ein wenig demaskierend, was Sie heute hier getan haben. Sie gehen nämlich her, da geht es um die Interessen der Wulkaprodersdorferinnen Wulkaprodersdorfer und der Pendlerinnen und Pendler, und was Ihnen dazu einfällt, ist, dass Sie irgendwelche Wahlergebnisse der Eisenstädter SPÖ hier thematisieren. Ich glaube, die Wulkaprodersdorfer haben sich ihr eigenes Bild heute gemacht, wie ernst Sie die Debatte wirklich meinen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das glaube ich!)*

Der Nationalrat wird natürlich auch aufgerufen sein, diesen Debattenbeitrag, die Diskussion, die wir heute hier begonnen haben, auch künftig weiterzuführen. Da bin ich schon sehr gespannt. Wenn Sie das nicht tun, ich verspreche Ihnen, wir werden es sicher tun. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na Du nicht mehr!)*

Ich habe schon mit dem Nationalrat Preiner Kontakt aufgenommen. Wenn Sie das nicht von selbst machen, dann werden wir das sehr gerne tun, denn uns sind die Interessen der Wulkaprodersdorfer nämlich wirklich wichtig. Daher werden wir das auch tun. Mit dem heutigen Beschluss im Landtag dokumentieren wir: Ja zu einer Lösung für Wulkaprodersdorf. Wir dokumentieren aber auch zu einem Ja für die Schleife und zu einer Anbindung, einer schnelleren Anbindung in die Bundeshauptstadt.

Aber natürlich müssen offene Frage bezüglich der Finanzierung, der Kompromissbereitschaft und dergleichen beantwortet werden. Entscheidend, meine sehr geehrten Damen und Herren, entscheidend ist, ob dieses Projekt umgesetzt wird und wie es umgesetzt wird. Entscheidend ist, wie der künftige Infrastrukturminister zu dieser Angelegenheit steht. Und, wie die Bürgermeister von Wulkaprodersdorf und Eisenstadt mit dieser Thematik umgehen.

Herr Kollege Steiner, warum haben wir einen Abänderungsantrag formuliert? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil Ihr nicht zustimmen wollt!)* Wir haben ja, wenn Sie genau und aufmerksam gelesen haben, sogar Ihre Formulierungen übernommen. Das ist ja nichts völlig Fremdes, was da steht, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die ersten drei Zeilen!)* das ist wortident. Können Sie zu Beginn anfangen zu lesen, wir haben wortident sogar Absätze aus Ihrem Antrag genommen.

Sie haben nur eines vergessen. Ein Schelm, der hier denkt. Sie hätten was im Hinterkopf gehabt. Sie haben nämlich den wichtigsten Player in Ihrem Antrag nicht formuliert, nämlich den künftigen Infrastrukturminister. *(Abg. Mag. Christian Sagatz, BA:*

Da steht die ganze Bundesregierung drinnen!) Warum Sie auf den vergessen haben, weiß ich nicht, das weiß ich nicht. *(Abg. Mag. Christian Sagatz, BA: Die ganze Bundesregierung!)*

Wir haben natürlich unsere Hausübungen gemacht, der Antrag ist ordentlich, da ist der Infrastrukturminister auch enthalten, wie natürlich alle Gemeinden, und haben einen Abänderungsantrag dazu formuliert. Er ist den Parteien zugegangen, ich darf trotzdem die Beschlussformel zur Kenntnis bringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag spricht sich für eine Umsetzung der Bahnschleife Eisenstadt unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Gemeinde Wulkaprodersdorf sowie der Landeshauptstadt Eisenstadt und der umliegenden Gemeinden aus.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie sowie die ÖBB Infrastruktur AG heranzutreten, diese mögen bei der Entscheidungsfindung, die seitens der Gemeinde Wulkaprodersdorf geäußerten Wünsche nach Möglichkeit einbeziehen und die Finanzierung etwaiger Mehrkosten sicherstellen.

Auf die Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist hier jedenfalls Bedacht zu nehmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Robert Hergovich übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landeshauptmann Niessl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde versuchen, einige Fakten, die sich so in den letzten Jahren zugetragen haben, chronologisch aufzulisten und ganz einfach die Fakten auf den Tisch zu legen.

Es hat der Burgenländische Landtag am 23. Oktober 2014 mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen, dass wir die Gesamtverkehrsstrategie Burgenland umsetzen.

Wir haben diese Gesamtverkehrsstrategie beschlossen und Schritt für Schritt wird diese Gesamtverkehrsstrategie auch umgesetzt, und, das ist ja Auftrag an die Regierung, wenn man etwas beschließt, dass man es auch umsetzt.

Unter anderem ist in dieser Gesamtverkehrsstrategie auch die Schleife Eisenstadt, also jetzt konkret Wulkaprodersdorf, über die gesprochen wird, beschlossen worden. Es hat immer wieder Diskussionen gegeben, und es haben die Debattenredner auch gesagt, die ursprüngliche Variante war die jetzige Variante. Aufgrund eines Antrages der Gemeinde ist eine andere Variante gewählt worden. Es hat Umplanungsarbeiten, Kosten und so weitergegeben.

Ich habe selbst mit der Gemeindevertretung, und soweit zur Dringlichkeit, am 1.3.2016 eine Besprechung gehabt, wo wir uns vorbereitet haben, auf ein großes Gespräch mit der ÖBB Infrastruktur, mit der Baudirektion und mit allen Beteiligten, mit der Gemeindevertretung und so weiter.

Eine der Kernaussagen - und ein Mitarbeiter hat mir das Besprechungsprotokoll auch gezeigt - war mein Auftrag, nämlich wir gehen an die Grenze des Argumentierbaren und an die Grenze des Gesetzes und tun alles, was wir machen können, dass wir einen Kompromiss finden. Soweit zur Dringlichkeit, das haben wir schon am 1.3.2016 gemacht.

Wir haben auch aufgrund eines Rechnungshofberichtes diese 2,1 Millionen, die wir auch an Rücklagen gebildet haben, zugesagt, nämlich wenn es eine Variante gibt, die die Zustimmung von den Beteiligten findet, beteiligt sich das Land mit 2,1 Millionen Euro. Und zwar ist das kein willkürlicher Betrag, dass man sagt, und warum ist das nicht mehr, warum sind es nicht zehn Millionen, warum sind es nicht 15 Millionen dazu, das spielt ja alles keine Rolle? Weil wir schon einmal durch ein derartiges Projekt Kritik vom Rechnungshof bekommen haben und der Landtag zu Recht diesen Rechnungshof diskutiert hat und auch kritisiert hat, warum das Land mehr Geld ausgegeben hat.

Also aufgrund des Rechnungshofberichtes bei der Elektrifizierung Wulkaprodersdorf - Eisenstadt - Neusiedl, wo die Kosten dann angestiegen sind, wir mehr bezahlt haben, das hat der Rechnungshof kritisiert, und aufgrund dieses Rechnungshofberichtes ist es zu dieser Zusage gekommen.

Man kann nicht willkürlich sagen, na darf es ein bisschen mehr sein? Ja, das kann man schon sagen, aber nur gibt es eben auch Unterlagen, Grundlagen, die man berücksichtigen muss.

Was wurde noch getan? Weil das ist ja für die Fahrgäste bei der Eisenbahn nicht unwesentlichen. Wir haben zum Beispiel bei der Elektrifizierung Wulkaprodersdorf - Eisenstadt - Neusiedl, diese hat immerhin 40,1 Millionen Euro gekostet, hat das Land Burgenland 7,66 Millionen Euro dazugegeben.

7,66 Millionen Euro, also nicht wenig Steuergeld, das hier zur Verfügung gestellt wurde, damit eben auch die Fahrgäste aus der Region die entsprechende Qualität haben und dass die Verkehrsinfrastruktur, weil ja auch teilweise schon darüber diskutiert wurde, dass die Strecke Eisenstadt - Neusiedl überhaupt eingestellt wird, und dieser Strecke eine Zukunft zu geben.

Ich muss weiter sagen, dass viele Gemeinden sehr kooperativ auch in der Vergangenheit waren. Ich nehme her, wahrscheinlich den höchsten Betrag, fast eine Million Euro hat die Stadt Gemeinde Mattersburg für den Infrastrukturausbau zur Verfügung gestellt. Zwischen 900.000 und einer Million, nicht wenig für eine Gemeinde, um ihre Infrastruktur im Bereich des Bahnhofes entsprechend zu modernisieren, Park & Ride-Anlagen auszubauen und so weiter.

Neusiedl am See, genau das, was der Kollege Spitzmüller gesagt hat, eine Park & Ride-Anlage mitfinanziert und miterrichtet, genau diese Vorschläge gibt es von den Gemeinden. Wir sind mit Oberwart im Gespräch, der Abgeordnete ist hier, um auch dort verschiedene Maßnahmen zu setzen und die Gemeinden erklären sich bereit, finanzielle Beiträge zu leisten, weil ihnen diese Infrastruktur wichtig ist.

Genau darum geht es, dass man auch in allen anderen Gemeinden diskutiert, sind Park & Ride-Anlagen gut? Sind auch die Park & Ride-Anlagen wichtig? Welche Maßnahmen setze ich zum Beispiel mit einem Gemeindebus? Auch da gibt es viele gute Beispiele, muss man auch dazu sagen, um die Menschen zum Bahnhof zu bringen, um die CO_2-Abgase zu reduzieren.

Wenn man über Klimaschutz redet, dann müssen wir schon auch sagen, diese Investitionen in die Elektrifizierung, die wir in verschiedenen Bereichen mitfinanziert

haben, sind ganz ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz, den wir eben auch lösen müssen, indem wir die Abgase reduzieren.

Wenn man vorher von den Dampfloks und Dieselloks und so weiter gesprochen hat und heute haben wir die Elektrifizierungen, dann ist das ein wesentlicher Beitrag, aber dann muss man auch sagen, dass relativ wenig von der Gemeinde Wulkaprodersdorf gekommen ist, was sie zum Beispiel mit den Park & Ride-Anlagen gefordert haben. Dass nichts gekommen ist mit dem Ortsbus, um die Menschen dahin zu bringen, und dass wenig gekommen ist, wie man die ganze Sache löst und beim Konzept, das erstellt wurde, habe ich auch einen Beitrag geleistet, weil ich gesagt habe, ja, das kostet etwas, wenn die Gemeinde gute Beiträge, ein gutes Konzept entwickelt, dann werden wir das mitfinanzieren, was wir auch getan haben.

Also insofern haben sich diese Investitionen auch positiv ausgewirkt, das ist ja immer wichtig, wenn man Geld ausgibt, dass man sieht, dass die Fahrgäste ansteigen. Auf dieser Pannoniabahn Wulkaprodersdorf - Neusiedl sind zwischen dem Jahr 2010 und 2014 die Fahrgastzahl um 45 Prozent angestiegen.

Also eine Maßnahme, die sich durchaus bewährt hat, wenn die Fahrgastzahlen um 45 Prozent ansteigen und die Raaberbahn hat auch wesentliche Investitionen in Wulkaprodersdorf gemacht, nämlich 2,3 Millionen Euro wurden von der Raaberbahn in den Bahnhof Wulkaprodersdorf investiert. Also wichtige Investitionen, die getätigt wurden.

Jetzt sind wir dort, wo die Dringlichkeit besteht. Am Ende des Tages geht es um 10,2 Millionen und die ÖBB sagen, wir sind eine Aktiengesellschaft und eine Aktiengesellschaft darf vom Gesetz her eine Variante nicht machen, die billiger ist. Und zu sagen, das ist billiger und sie machen es nicht, das muss man sich mit der ÖBB ausmachen, weil das ist eine gesetzwidrige Vorgangsweise, nämlich eine Variante nicht zu tun, die billiger ist, ist bei einer Aktiengesellschaft gar nicht möglich.

Jetzt kann man den Leuten schon etwas einreden, dass das billiger ist, wenn man vielleicht einen Teil rausnimmt, wir kennen ja die ganzen Argumente, aber wenn man ehrlich ist, kostet das Gesamtparket um deutlich mehr als zehn Millionen Euro mehr.

Das muss man jetzt dem neuen Infrastrukturminister erklären und dabei wünsche ich natürlich wirklich alles Gute. Das sind die Zahlen von den ÖBB, das sind ja nicht meine Zahlen, die ich jetzt genannt habe, und daran liegt es. Wir sagen ja, 2,1 Millionen macht das Land und da fehlt noch einiges, was für die Realisierung notwendig ist.

Den Leuten vorzumachen, das sind Wahnsinnige da in Eisenstadt, obwohl wir gar nicht zuständig sind und nicht Projektträger, die machen nicht das Billige, sondern wollen das Teurere machen. Ich meine, das kann man zwar sagen, aber dass das nicht wahr ist und die Unwahrheit ist, das möchte ich mit dem Gesamtpaket mit aller Deutlichkeit sagen. nämlich da geht es um mindestens zehn Millionen Euro Mehrkosten.

Und die Frage ist, wer übernimmt diese zehn Millionen an Mehrkosten. All die Details mit Park & Ride-Anlagen, mit Zubringerbussen und alles, was notwendig ist, sind ja wir bereit, auch in entsprechender Form zu unterstützen. Wir sind nicht Bauträger. Wir machen das nicht, sondern wir unterstützen und fördern das.

Das Burgenland baut keine Schleife, die Schleife baut die ÖBB. Also müssen wir dort schauen, wie die Kosten aufgeteilt werden, welche Beiträge und viele Gemeinden machen das, dass auch die Gemeinde Wulkaprodersdorf einen Beitrag für sinnvolle Maßnahmen setzen sollte. Ich kann jetzt zehn Gemeinden aufzählen, die das gemacht haben, und das sind Bürgermeister, die anwesend sind, die das auch gemacht haben.

Ich sage es noch einmal, eine Million die Stadtgemeinde Mattersburg. Jetzt kann man schon sagen, Mattersburg ist größer, auch keine Frage, und andere im südlichen Burgenland sind wir dabei, dass die Gemeinden, alle, die dort an der Bahnstecke sind, froh sind, dass es diese Eisenbahn gibt, die finanzielle Beiträge dazu leisten, Neusiedl - wie gesagt - auch große finanzielle Beiträge, Bruckneudorf große finanzielle Beiträge und ohne dass es hier von Seiten des Landes - und wir bekennen uns dazu - Beiträge gibt, wird in Zukunft die ÖBB die Infrastruktur eben nicht ausbauen.

Wenn man da bei Eisenstadt ist, dann wird das auch eine Initiative sein, wo man sagt, die Stadt Eisenstadt und die ÖBB und das Land müssen hier versuchen, eine sinnvolle Vorgangsweise zu finden. Wenn die Pottendorfer Linie ausgebaut wird, damit man das wirklich beschleunigen kann, das ist auf niederösterreichischem Gebiet, wird auch die Diskussion zu führen sein, inwieweit kann sich das Land Burgenland beteiligen, weil wir davon profitieren.

Also kann man nicht nur sagen, Wulkaprodersdorf, sondern vielleicht auch andere, die am meisten davon profitieren. Es ist einfach zu sagen, wir haben jetzt eine Planung, die kostet um zehn Millionen mehr, aber wer es zahlt, das wissen wir nicht - und alle sagen, ohne mich. So wird es keine Lösungen auf Dauer geben.

Aber wir können gerne den Appell an den neuen Infrastrukturminister richten, diese zehn Millionen Mehrkosten zu übernehmen. Werden wir sehen, wer da an der Spitze steht und ob dieses Projekt in dieser Form dann realisiert und umgesetzt werden kann.

Nur eines ist ein bisschen einfach gestrickt: Eine schnelle Verbindung zu fordern, nämlich in 45 Minuten dort zu sein, in Wien zu sein zum Beispiel, und nicht konstruktiv an einer Lösung zu arbeiten und vor allem keine finanziellen Beiträge zu leisten.

Das ist ein Widerspruch und ich glaube, dass auf Dauer die Menschen auch sehen, wer hier so argumentiert, dass es Widersprüche gibt oder solche, die konstruktiv an einer Lösung für Wulkaprodersdorf und natürlich auch für die gesamte Region arbeiten, für Eisenstadt, für die umliegenden Ortschaften.

Mir geht es darum, dass die Menschen, dass die Pendler möglichst gute Qualität in den Zügen haben, Pünktlichkeit und natürlich auch Schnelligkeit. Und dass auch die Landeshauptstadt und der Bezirk Eisenstadt und das ist auch mein Ziel und auch meine Aufgabe. Aber manche sagen auch, nur der Nießl will die Schleife, ich weiß nicht, warum ich sie unbedingt haben will. Ich fahre dort eigentlich in der Regel nicht mit dem Zug.

Also insofern glaube ich, dass diese Maßnahme für die Region wichtig ist, dass man natürlich schaut, wie weit kann man die Gemeinde in ein Gesamtverkehrskonzept einbinden, damit auch die Belastung der Menschen dort nicht ein Ausmaß erreicht, das nicht argumentierbar ist.

Deshalb schon am 1.3.2016 eine ganz wichtige Aussage, wir gehen an die Grenzen und das habe ich, das Land und unsere Mitarbeiter gemeint, des Argumentierbaren und der rechtlichen Möglichkeit, und das ist das Ergebnis, dass man eben diese 2,1 Millionen für ein Projekt zur Verfügung stellen kann, aber nichtsdestotrotz gibt es die Möglichkeit, auch wenn man sinnvolle Maßnahmen setzt, wie den Radverkehr, wie Busse und Ähnliches, gibt es natürlich die Möglichkeit einer weiteren Förderung und weiterer finanzieller Mitteln.

Ich glaube, das sollten wir wirklich auf einer sachlichen Basis belassen, wenn man Lösungen will. Wenn man politisches Kleingeld wechseln will und sagt, was auch immer, dann wird man keine Lösung haben. Wenn man vorgibt, für die Menschen zu arbeiten, dann ist das immer gut, nur sollte man dies auch wirklich tun, sich konstruktiv

einzubringen, Beiträge zu leisten, damit man wirklich für die Menschen etwas tut und nicht nur verbal, sondern auch in der Sache.

Ich bekenne mich dazu, das, was ich auch schon seit Jahren sage, nämlich, wir gehen an die Grenze des Möglichen im finanziellen Bereich, es muss Rechnungshof sicher sein, was wir machen können. Wir wollen den Umweltbereich mit den Park & Ride-Anlagen, mit Zubringerbussen und so weiter voll unterstützen, den Klimaschutz voll unterschützen.

Das haben wir schon mit der Elektrifizierung gezeigt, mit einer Steigerung von einem hohen Prozentsatz, was die Fahrgastzahlen anbelangt, die Maßnahmen wirken. Plus 45 Prozent bei den Fahrgästen, also das ist schon eine gewisse Leistung, und natürlich mit einem Gesamtverkehrskonzept, das auch für Wulkaprodersdorf sinnvoll ist.

Es wurde auch schon gesagt, dass es hier nicht nur um die Bahn geht, sondern um viele andere Verkehrseinrichtungen. Man sollte weiterreden, man soll das konstruktiv machen und man sollte schauen, dass man gescheite Lösungen findet. Ich glaube, blockieren und dagegen sein, ist relativ einfach. Lösungen zu bieten ist anspruchsvoll. Aber schlussendlich wollen das die Menschen haben.

Wir sind nicht gewählt, dass wir sagen, was wir alles verhindert haben, sondern wir sind gewählt, dass wir möglichst viel umsetzen.

Erfolg hat drei Buchstaben: Tun! Auch hier sollten wir weiter sachlich, sinnvoll arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Uns allen, glaube ich, ist bewusst, dass wir neben parteipolitischen Vorhaltungen, neben jetzt sachlich begründeter, hauptsächlich auf das Geld abgestellter Augmentation, im Grunde genommen, von der Antragstellung her dieser Dinglichen, die Bedenken und die Obsorge auf Wulkaprodersdorf im Vordergrund halten sollten.

Es geht um einen Hotspot im Bezirk Eisenstadt, im Einschluss oder in der Ausführung auf die Landeshauptstadt Eisenstadt, und die betrifft nicht ausschließlich die Bahn, sondern wie schon des Öfteren erwähnt wurde, auch die A3, die B16 und andere nebenrangige Straßen, sodass sich - und das mit Sicherheit nicht ohne Grund - die Wulkaprodersdorferinnen und Wulkaprodersdorfer im Zentrum einer Diskussion befinden, die mit Sicherheit nicht einfach und die mit Sicherheit auch nicht so abzuführen ist, die mit Sicherheit auch nicht so abzutun ist, als würden sie alle fünf Minuten auf eine andere Variante oder Vorstellung verfallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gesagt worden und es ist korrekt, dass es im Zusammenhang mit dem Ausbau einer Schleifenregelung - auch auf die Landeshauptstadt Eisenstadt - mehrere Varianten gegeben hat.

Die jetzt im Sinne der Genehmigungsverfahrenssituation vorliegende Variante ist eine, die in der Gemeindestube vom Gemeinderat gezimmert wurde. Das ist Tatsache, es ist auch nicht wegzudiskutieren. Auf der anderen Seite ist es auch nicht zum Vorwurf zu machen, dass man in der Zwischenzeit möglicherweise gescheiter worden ist.

Es ist auch nicht wegzudiskutieren, dass ein sogenanntes Genehmigungsverfahren, das in Österreich ja eh sehr lange dauert, im Endeffekt sich in

der Endschleife befindet und dass daraus resultierend jetzt keine Änderungen so leicht mehr erfolgen werden.

Tatsache ist, dass wir in Wirklichkeit eine Situation haben, wo die Landeshauptstadt drauf drängt, eine direkte Verbindung in einer schnelleren Form Richtung Wien zu bekommen und auf der anderen Seite diese Ausführung auf Bahnverlegung oder auf Bahnschienen ausschließlich auf Wulkaprodersdorfer Hotter stattfinden sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es scheint jetzt vielleicht ketzerisch, aber grundsätzlich stelle ich die Frage, weil sich die Infrastruktur als solche schon nicht bietet: Warum braucht Eisenstadt diese direkte, die eh schon gegebene Anbindung, in einer zusätzlichen Form?

Wir haben, und das wissen auch die Verantwortlichen in der Landeshauptstadt, mit dem Bahnhof Müllendorf, mit dem Bahnhof Wulkaprodersdorf feststehende Einheiten, die von den Pendlerinnen und Pendlern in 100-prozentiger Form angenommen werden. Es sind die wenigsten, die schon aus Parkplatzgründen in Eisenstadt zusteigen. Die Situation ist jetzt schon in eine ganz andere Richtung zentriert und aufgeladen, als sie jetzt quasi über den Daumen gebrochen in der Landeshauptstadt aufgrund des Status „Landeshauptstadt“ stattfinden soll.

Ich kenne das in der Gestehung auf die sogenannte Bewertung, wir brauchen einen direkten Bahnanschluss, ich verwehre ihn auch nicht, nur die Situation ist, dass wir jetzt schon in der Entwicklung eigentlich alles auf die Bahnhöfe in Wulkaprodersdorf und in Müllendorf abgestellt haben wo die auch vorher immer definierten sogenannten Park & Ride-Anlagen zuhauf gegeben sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist auch vom Abgeordneten Kölly, jetzt auch vom Landeshauptmann angesprochen worden, dass die finanziellen Möglichkeiten und Bereitschaften nicht größer werden. Der Spielraum wird eingeengt und die ÖBB ist eine Aktiengesellschaft, die aber ausschließlich von staatlicher Seite her finanziert wird.

Ich möchte jetzt nicht darauf eingehen, wer wen beeinflussen kann, wer jetzt auf jemanden einreden kann, damit sich etwas verändert. Die Wirklichkeit ist, dass alle Instanzen, ob jetzt das Ministerium, die Landesregierung oder auch die Gemeinde im Endeffekt darauf angewiesen sind, dass sie sparsam und mit den Mitteln so zweckmäßig wie möglich umzugehen haben.

Jetzt darauf zu drängen, dass quasi der Unterschied in der Summe von 10,5 Millionen durch die Gemeinde ausgeglichen werden sollte, finde ich ein wenig komisch und wird auch niemand nachvollziehen können. Obwohl es feststeht, dass quasi eine Verantwortung mit Sicherheit in der Landessituation gegeben ist.

Der hat man sich auch nicht entzogen. Es ist aber klargestellt worden, formale Gründe sind in dem Zusammenhang für die sogenannten Gegebenheiten in der bisherigen Form vorhanden gewesen, in Wirklichkeit ist aber vom Landeshauptmann zum Schluss angesprochen worden, was wichtig ist.

Wichtig ist nicht die Schleife Eisenstadt, außer ich will die Landeshauptstadt schneller anbinden, wichtig sind die Pottendorfer und die Ebenfurter-Situation, die für die Anbindung aller Pendlerinnen und Pendler von absoluter Wertigkeit sind.

Und wenn Sie dort ein Beteiligungsverfahren über die Landesgrenzen hinweg ansetzen, dann sei Ihnen das unbenommen, in Wirklichkeit ist aber hier Ihre Beteiligung, auch wenn sie höher ist, mehr als angefragt.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben hier ein zentrales Thema verkehrspolitischer Maßnahmen, und es wird die Zukunft der gesamten Region davon abhängen, wie jetzt diese Bahnsituation gelöst wird.

Ich möchte appellativ jetzt an die Parteien, die sich hier auch zu Wort gemeldet haben, Folgendes festhalten: Es nutzt niemandem, wenn ich Vorhaltungen mache, dass ich heute eine Dringliche einberufe, ich bin froh, dass wir darüber diskutieren können. Es nutzt niemandem, wenn jetzt der eine den Infrastrukturminister vorschiebt, der andere irgendeine Instanz, die wir nicht kennen, in Wirklichkeit ist das Problem gemeinsam zu lösen.

Und die Lösung ist nicht abzuwenden, indem ich jetzt Verantwortung bei jemandem suche, der nicht vor Ort ist, die Lösung ist in Gemeinschaft, so wie Sie, Herr Landeshauptmann, auch die Lösung auf den Ankauf der Strecke Oberwart - Friedberg verhandelt haben, wo Sie noch zusätzlich durch die Gegebenheiten des Infrastrukturministeriums die Zurverfügungstellung von, glaube ich, über zehn Millionen Euro für den sogenannten personenlosen Verkehr lukrieren können.

Tatsache ist, es wäre auch hier angebracht, eine Lösung zu setzen, die die Gemeinde Wulkaprodersdorf, damit die Bevölkerung zufriedenstellen kann, und daher ist die Variante, die jetzt vorliegt und zur Diskussion steht, mit Sicherheit von besonderer Bedeutung.

Ich kann es nicht damit befinden lassen, dass wir den Zustand auf die Vergangenheit beziehen und in der Gegenwart quasi unsere Hände in Unschuld waschen.

Das, was rauskommt, wird für die Zukunft von eminenter Bedeutung für den Bahnverkehr insgesamt sein.

In einem Punkt gebe ich Ihnen heute Recht: Der Vorgänger des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Eisenstadt hat schon eine sogenannte Zubringerbusvariante in einer perfekten Form umgesetzt, wo es sich darum handeln würde, dass die Anbindungen alle Bahnhöfe, die ich angesprochen habe, nämlich Müllendorf und Wulkaprodersdorf betroffen hätten, sodass ich aus Eisenstadt, so wie jetzt mit dem Ortsbus durchfahre, diese Linien, diese Streckenführungen für die Gemeinden bis Mörbisch, für die Gemeinden bis Klingenbach, für die Gemeinden bis Großhöflein in einem Zuge gehabt hätte, und damit würde die Diskussion um einen neuen Bahnhof in Eisenstadt nicht Gegebenheit sein.

Denn eines steht fest: Auf dem alten Areal des Bahnhofes wird diese Lösung nicht zustande kommen, weil dort in der Folge auch Grundstücke fehlen, die im Endeffekt eine Erweiterung des Bahnhofsgeländes brauchen werden, auf der anderen Seite werden sie mit Sicherheit einiges an sogenannten Stellplätzen mit einem Bedarf an Grundstücksflächen haben, und dieser Bedarf ist meiner Ansicht nach zum Teil damit schon konterkariert worden, wie es zum Verkauf des Bauhofes in Eisenstadt gekommen ist, wo jetzt drauf eine BILLA-Filiale ruht, die sich mit besonderer Bewertung, glaube ich, keiner besonderen Aufmerksamkeit erfreut.

Aber Tatsache ist, es ist eine Situation, die man auch mitberücksichtigen sollte, wenn man die Diskussion ehrlich führt.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter.

Die nächste Wortmeldung ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Solche Diskussionen verleiten natürlich immer zu einer weiteren Wortmeldung, die ich hiermit auch abgeben möchte, und ich versuche, keine Polemik walten zu lassen, da es wirklich ein Thema ist, das wichtig ist. *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Schaffst Du eh nicht.)*

Das schaffe ich schon. Das bringe ich zusammen, wenn ich mich zusammenreiße, und das mache ich jetzt. Weil es einfach wichtig ist, ein paar Dinge einfach richtigzustellen, die aus Wortmeldungen von meinen Vorrednern auch zu entnehmen waren.

Wo ich dem Landeshauptmann Recht gebe, er hat gesagt, die Gemeinden, die etwas wollen, die einen ordentlichen Bahnanschluss haben wollen, die sozusagen einen neuen Bahnhof haben wollen, die Infrastruktur haben wollen, sollen auch etwas beitragen. Das ist natürlich richtig.

Das tun die Gemeinden ja auch. Wulkaprodersdorf hat halt eine spezielle Situation, sie haben ja eine Direktanbindung, sie haben ja einen Bahnhof, sie haben ja eine Park & Ride-Anlage, also sie wollen eigentlich gar nichts und sind aber trotzdem massiv betroffen.

Jetzt kann man hergehen und sagen, okay, dann überlegen wir uns überhaupt, diese Schleife zu machen, denn wer braucht denn eine Direktanbindung Eisenstadt nach Wien, so wie es der Kollege Steier gemeint hat, so quasi, na man kann ja eh nach Müllendorf fahren oder nach Wulkaprodersdorf fahren. Das sehe ich natürlich völlig anders.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es eine Direktanbindung auch der Stadt Eisenstadt und damit eigentlich auch viele Gemeinden braucht. Die Frage ist eben nur, wie kann man einen Weg finden, wo die Bevölkerung von Wulkaprodersdorf nicht so beeinträchtigt wird, wie es jetzt der Fall sein könnte, wenn der Plan der ÖBB auch umgesetzt wird.

Kollege Steier, es hat Versuche gegeben, sogar eigene Buslinien Richtung Müllendorf fahren zu lassen, die auch die Stadt Eisenstadt bezahlt hat, nur sie sind halt nicht angenommen worden, und die Geschichte, was Sie gemeint haben, dass das aufgrund von Flächenmangel eh nicht möglich ist, dass der Bahnhof aufgewertet wird, das stimmt natürlich absolut nicht.

Im Gegenteil, wir haben, wie Sie vielleicht wissen, ein neues System eines öffentlichen Verkehrs, den Stadtbus, der extrem gut angenommen wird und wo die Leute dann zum Bahnhof fahren können, das ist ja auch sozusagen vorausschauend so geplant gewesen, dass alle drei Linien immer wieder den Bahnhof anfahren, und es haben die Leute irrsinnig viel Möglichkeit, ist übrigens auch mit dem Zug abgestimmt, also dass es hier keine Zeitverluste auch gibt. Daher ist dieses Argument aus meiner Sicht nicht richtig.

Daher ist es aus meiner Sicht schon wichtig, dass auch Eisenstadt eine Direktanbindung nach Wien bekommt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Eine Direktanbindung haben wir.)*

Herr Kollege Hergovich, ich gestehe auch zu, dass man bei Wortmeldungen auch polemisch sein kann und ein bisserl „gfernzt“ sein kann, ehrlich gesagt, wenn die Unterlagen zu diesen Stellungnahmen nicht in mein großes Auto passen, dann wären wir miteinander gefahren, *(Abg. Robert Hergovich: Geht sich auch nicht aus. Das geht sich*

nicht aus, glaube mir das.) Sie haben ja genau das gleiche Auto wie ich, aber mit unseren zwei großen Autos hätten wir das schon reingebracht.

Hätten Sie mich einfach nur anrufen müssen, wir hätten das schon miteinander geführt. *(Abg. Robert Hergovich: Frag die Bürgermeister! Das geht sich nicht aus.)* Es kommt immer so ein bisserl der Vorwurf durch, von Ihnen und auch vom Kollegen Molnár, so quasi, na warum hat die ÖVP jetzt einen Dringlichkeitsantrag eingebracht und warum hat man nicht früher etwas getan?

Abgesehen davon, dass man früher immer wieder das Thema natürlich in Diskussion gebracht hat, gibt es einen ganz einfachen Grund, warum wir jetzt diesen Antrag eingebracht haben, weil nämlich die Marktgemeinde Wulkaprodersdorf allen im Landtag vertretenen Parteien, soweit mir bekannt ist, ein Schreiben geschickt hat, das von allen Parteivorsitzenden auch unterschrieben worden ist.,

Und das ist der Anlass, warum wir diesen Antrag eingebracht haben, weil wir inhaltlich dem folgen können und weil wir gesagt haben, wir wollen die Wulkaprodersdorfer hier unterstützen, und es gibt keinen anderen Grund, warum wir diesen Antrag eingebracht haben jetzt in der Form, weil das für uns nachvollziehbar ist und ehrlich gesagt, … *(Abg. Robert Hergovich: Warum wurde es eigentlich jetzt dringlich gemacht?)*

Ja, das habe ich eh vorher versucht zu erklären, warum wir das jetzt dringlich gemacht haben, weil wir der Meinung sind, dass der Vertagungsbeschluss im Ausschuss nicht gerechtfertigt war, weil was soll der Herr Verkehrskoordinator uns jetzt an neuem Wissen übermitteln. Was soll er uns sagen, was irgendwie die Situation verändern sollte?

Für uns hat das den Eindruck gemacht, dass man diese Sache wieder schieben möchte, und ich sage ehrlich, wir haben auch deswegen den Dringlichkeitsantrag gemacht, weil halt jetzt dieses Genehmigungsverfahren vor der Tür steht und wir nicht wollen, dass die ÖBB einfach Fakten schafft und man dann gar nichts mehr machen kann.

Ich höre halt aus den Wortmeldungen heraus, dass im Grunde eh alle dafür sind und eh alle, also sozusagen die Wulkaprodersdorfer unterstützen, und deswegen verstehe ich einfach nicht, warum wir nicht diesen Beschluss fassen können, mit den Inhalten, die von der Gemeinde Wulkaprodersdorf von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien an uns geschickt worden sind, und das geht mir nicht ganz ein und das kann ich nicht ganz nachvollziehen, das muss ich ganz ehrlich sagen.

Und weil Sie sagen, wir hätten keine Kommunikation, also der Bürgermeister von Wulkaprodersdorf und ich, wir treffen uns sehr oft, wir reden sehr oft und Sie können ihn nachher sicherlich fragen, ich wüsste jetzt keine Gelegenheit, wo ich gegen die Interessen der Wulkaprodersdorfer Bevölkerung in dieser Frage agiert hätte oder etwas gemacht hätte. Im Gegenteil - ich bin der Meinung, dass wir hier gemeinsam arbeiten sollten, um eine gute Lösung für alle Beteiligten zu erreichen.

Meine Damen und Herren! Was mich besonders gestört hat, das möchte ich auch noch sagen, war die Aussage vom Kollegen Molnár, dass wir mit diesem Antrag den Wulkaprodersdorfern Sand in die Augen streuen wollen, also das ist eine Aussage, die ja bedeutet, dass wir mit diesem Antrag die Wulkaprodersdorfer täuschen wollen, ihnen etwas vormachen wollen.

Ich meine, in Wahrheit beleidigen Sie damit die, die uns das geschrieben haben, weil wir haben ja nichts Anderes gemacht, in diesem Antrag verpackt als das, was die Vorschläge aus Wulkaprodersdorf waren, das müssen Sie sich halt mit sich selbst

ausmachen, wie Sie das gegenüber denen argumentieren, die eben diesen Vorschlag gemacht haben.

Kollege Hergovich, dass Sie im Lenkungsausschuss waren und gescheitert sind, ist zwar nett, aber … *(Abg. Robert Hergovich: Bin nicht gescheitert, war erfolgreich.)*

Weil wenn Sie erfolgreich gewesen wären, dann müssten wir ja heute nicht diskutieren, dann gäbe es ja eine neue Variante, also das verstehe ich jetzt nicht. Sie haben gesagt, es ist nichts herausgekommen. Es ist zwar in Ordnung, dass Sie das gemacht haben, es hat offensichtlich … *(Abg. Robert Hergovich: Ich habe es zumindest getan. Wo ist Deine Leistung?)*

Es war offensichtlich nicht erfolgreich, und deswegen würde ich trotzdem einladen, dass wir eben die Anliegen von Wulkaprodersdorf gemeinsam hier unterstützen und auch die Argumentation, na ja, so quasi, jetzt freuen wir uns, weil es kommt ja ein anderer Infrastrukturminister und dann werdet ihr schon sehen, wie das ist und das ist kein SPÖ-Minister mehr dann und sozusagen dann werdet ihr schon schauen, wie das funktioniert.

Auch diese Argumentation finde ich ehrlich gesagt für eigenartig und der Kollege Hergovich ist ja der Meister der janusköpfigen Argumentation. Am Vormittag haben wir gehört, als wir die Frau Landesrätin Dunst befragt haben, warum wir uns überhaupt anmaßen, etwas zu fragen, weil es, ich weiß nicht wie viele Jahrzehnte, Agrarlandesräte der ÖVP gegeben hat und sie so quasi ja nichts dafür kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt ist es so, dass man sagt, naja es kommt jetzt bald ein neuer, aber elf Jahre Infrastrukturminister das lassen wir einfach unter die Schublade fallen und darüber reden wir nicht.

Insofern würde ich aufrufen, dass meine ich ganz ehrlich und ernst, dass wir in dieser Frage jetzt nicht wirklich weiter polemisieren, sondern dass wir die Anliegen der Wulkaprodersdorfer gemeinsam unterstützen. Das geht allerdings nur dann, wenn der Antrag, den wir ursprünglich eingebracht haben, auch beschlossen wird. Ihr Antrag, und das sage ich auch noch einmal, ist deswegen, aus meiner Sicht, nicht zu unterstützen, weil das so schwammig formuliert ist.

Wo man hineinschreibt, na ja, ein bisschen unterstützen wir die Wulkaprodersdorfer schon, denn nach Möglichkeit soll etwas nach Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gemacht werden. Was soll denn da herauskommen? Das ist ein aufgelegter Elfer für jeden Infrastrukturminister, für jeden ÖVP-Vertreter, der dann sagt: Super, wir nehmen das zur Kenntnis, aber diese neue Variante ist, aus unserer Sicht, nicht ganz wirtschaftlich oder zweckmäßig.

Oder aber, diese Möglichkeit besteht eben gerade nicht. Deswegen weiß ich nicht, was uns daran hindert, gemeinsam diesen ursprünglichen Antrag zu beschließen. Ich würde wirklich ersuchen, das zu tun und noch einmal dazu aufrufen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Diese Wortmeldung verlockt natürlich auch noch zwei, drei Sätze dazu zu sagen. Herr Kollege Steiner! Ich glaube, der Versuch, sich heute als Anwalt der Wulkaprodersdorfer zu präsentieren, ist gescheitert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein! Das war nicht die Absicht*

gewesen!) Ich sage Ihnen auch warum. Sie sagen, Sie tun nichts anderes, als die Inhalte, die die Gemeinde formuliert hat, in den Landtag einbringen.

Das ist nicht richtig. Jeder, der lesen kann, braucht sich nur den Antrag hernehmen und dann das durchlesen, was die Gemeinde geschickt hat. Er spricht hier von Gesamtkonzepten, das sind ja ein paar Seiten, die die geschickt haben. Sie haben einen Antrag gemacht und auch bei der Gemeinde gab es keine Beschlussformel. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben versucht hier das Substrat zu filtern.)*

Die Beschlussformel haben ja ausschließlich Sie formuliert. Schieben Sie das nicht dauernd der Gemeinde Wulkaprodersdorf in die Schuhe. Das ist ja unseriös, was Sie da jetzt tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hören Sie ein bisschen zu. Wesentlich dabei ist Ihre Beschlussformel, die Sie geschrieben haben und wesentlich dabei ist, dass Sie ganz bewusst jemanden dort vergessen haben.

Nämlich, den Infrastrukturminister, der es entscheidet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann mache doch einen Vorschlag oder wir. Nehmen wir doch unseren Antrag und schreiben den Infrastrukturminister dazu.)* Entschuldigung, das ist ja ein Wunsch an das Christkind, den Sie da formulieren. Es ist zwar noch nicht Weihnachten, da haben Sie noch ein bisschen Zeit, daher ist Seriosität angebracht. *(Abg. Manfred Kölly: Das habe ich doch gleich gesagt.)*

Darum sind wir dazu aufgerufen, diesen Abänderungsantrag überhaupt einbringen zu müssen, weil Sie eben den Minister vergessen haben. Das ist der springende Punkt. Daher liegt der Ball bei Ihnen und sozusagen beim künftigen Infrastrukturminister. Darum haben wir gar keine andere Wahl, als diesen Abänderungsantrag einzubringen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In Ordnung. Nehme ich zur Kenntnis.)* Das ist der Grund. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Nur kurz zur Vollständigkeit, weil jetzt hier die Zahlen gefallen sind. Ich gehe einmal davon aus, dass diese Zahlen, die uns vorgelegt wurden, in etwa stimmen. Das heißt, im Abänderungsantrag der SPÖ steht, dass uns das etwa um die zehn Millionen Euro kostet, nur das Projekt ist um zehn Millionen Euro günstiger, was die Wulkaprodersdorfer vorschlagen. Das heißt, im schlimmsten Fall kostet es gleich viel. So what? *(Abg. Robert Hergovich: Genau! – Beifall bei den GRÜNEN und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als nächsten Redner erteile ich dem Abgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Werter Herr Präsident! Danke, dazu wirklich nur zwei Sätze. Herr Kollege Hergovich! Wenn wirklich das einzige Problem bei unserem Antrag ist, dass wir vergessen haben, den Infrastrukturminister zu nennen, dann schlage ich vor, dann nehmen wir unseren Antrag, schreiben den Infrastrukturminister dazu und dann können wir einstimmig beschließen. Das ist der erste Punkt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Christinan Illedits: Setzt Euch zusammen! - Abg. Robert Hergovich: Bringst ihn dann im Nationalrat ein. Jetzt kannst Du Farbe bekennen.)*

Der zweite Punkt: Entschuldige, wir sind im Landtag, ich kann im Nationalrat gar nichts einbringen, weil ich nicht Abgeordneter des Nationalrates bin. Aber, Du hast das jetzt vorhin gesagt, dass das der Grund ist, warum Ihr abändern müsst. Dann schlage ich vor, dann manchen wir das, dann schreiben wir den Infrastrukturminister zu unserem Antrag dazu und die Sache ist insofern erledigt, als dann alle zustimmen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Übrigen, Kollege Hergovich, weil, das haben ich vorhin wegen dem Budget vergessen: Wenn es dem Seelenfrieden dient, dann werden wir eine punktuelle Abstimmung in diesem Punkt verlangen und werden diesen 2,1 Millionen Euro natürlich zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es ist nun niemand mehr zu Wort gemeldet. Wenn diese Vorschläge in parlamentarische Arbeit umgesetzt werden sollen, dann brauche ich einen Abänderungsantrag.

Es liegt nur ein Abänderungsantrag vor. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es war ein Angebot von mir den ursprünglichen Antrag abzuändern. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir fahren in der parlamentarischen Arbeit fort.

Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zu Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Hergovich eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen.

9. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über das Prüfungsergebnis Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landesrechnungshofes (Beilage 1074) betreffend Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland, insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen (Zahl 21 - 754) (Beilage 1099)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 9. Punktes der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über das Prüfungsergebnis Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landesrechnungshofes, Beilage 1074, betreffend Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland, insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen, Zahl 21 - 754, Beilage 1099.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Spitzmüller: Danke Herr Präsident! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat das Prüfungsergebnis Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landesrechnungshofes betreffend Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland, insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen, in seiner 12. Sitzung am Mittwoch, dem 08. November 2017, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie der Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes Ing. Drobits, BSc an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, das vorliegende Prüfungsergebnis des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsergebnisses.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle das Prüfungsergebnis Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landesrechnungshofes betreffend Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland, insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen, zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht doch noch ein Satz zur Dringlichkeit. Ich denke, dass man im Vorfeld schon solche Dinge ausdiskutieren sollte. Ihr wisst wie und was ich immer bei derartigen Dingen sage: Setzen wir uns zusammen, diskutieren wir das aus, sodass man vielleicht doch noch die bestmögliche Lösung vorbereiten und dann auch dementsprechend abstimmen kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir hätten genauso dem Antrag der ÖVP zugestimmt. Das muss ich auch dazusagen. Aber, es ist halt so. Man muss sich auch bewegen können und das fehlt, leider Gottes, in dieser politischen Landschaft ganz stark. Daher, noch einmal. Ein Miteinander wäre hier sehr gefragt, weil es um die Menschen geht, weil es wirklich um sachliche Themen und nicht um Polemik geht.

Aber, jetzt zur Follow-Up-Prüfung für die Beschaffung von Dienstfahrzeugen. Dazu möchte ich dem Rechnungshof wieder ein Dankeschön sagen. Dem Burgenländischen Rechnungshof, der hier wieder akribisch das alles aufgearbeitet hat. Wir haben ja eigentlich schon vor einiger Zeit eine schriftliche Anfrage seitens der Liste Burgenland eingebracht, wo wir genau diese Themen aufgezeigt und auch eine Antwort bekomme haben.

Wenn wir heute über die Umwelt und dergleichen mehr diskutieren und wir mit Dienstfahrzeugen nur so um uns schmeißen, dass wir nicht einmal wissen, dass für Dienstfahrzeuge sogar doppelt bezahlt worden ist, dann ist irgendwo eine Lücke. Diese Lücke steht genau in diesem Rechnungshofbericht heute drinnen.

Wenn ich mir die Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland und insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen anschaue und von der ersten Seite weg bis zur letzten quasi immer wieder aufgezeigt wird, was hier nicht richtiggemacht wird.

Mit der ganzen Sache will ich mich eigentlich gar nicht länger aufhalten. Da ist so viel schiefgelaufen, ich will das gar nicht vorlesen. Jeder hat diesen Bericht erhalten und jeder hat sich den hoffentlich auch zu Gemüte geführt.

Aber, interessant ist auch, dass man dann sagt, dass neun Prozent von den Empfehlungen tatsächlich umgesetzt sind, 60 Prozent sich im Stadium der Umsetzung befinden und 31 Prozent nicht umgesetzt sind. Das heißt, diese Rechnungshofberichte sagen sehr viel aus. Man arbeitet daran.

Ich finde das gut. Das gehört gemacht. Man hat in der Vergangenheit wirklich genug Fehler gemacht. Derjenige, der sich für diese ganze Sache wirklich interessiert, wird feststellen, dass das ein nicht starker Bericht, aber ein inhaltsvoller Bericht ist, der über Dienstfahrzeuge und wie man damit umgeht und wie man schlussendlich auch das ganze umgesetzt hat, vieles aussagt.

Ein Punkt davon hat uns immer schon sauer aufgestoßen. Derjenige mit der Bereitstellung eines Dienstwagens für den Landesschulratspräsidenten sowie die Benützungsbeiträge für Fahrzeuge und Personal. Da hat es immer geheißen, der hat kein Dienstauto und auch keinen Chauffeur. Siehe da, der hat das sehr wohl. Wenn ich jetzt noch eines draufsetzen darf, das gibt es noch immer, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das finde ich nicht für in Ordnung, dass man da so tut, wie wenn das ohnehin jetzt alles weggewischt worden und dass das alles in Ordnung ist. Sondern, wenn man solche Dinge macht, dann sollte man auch dazu stehen. Ich habe kein Problem damit, wenn er ein Dienstfahrzeug braucht, wenn es tatsächlich notwendig ist. Da bin ich schon auf der Seite, dass man das braucht, wenn man politisch irgendwo in Jennersdorf, Kittsee oder in anderen Ortschaften tätig ist, wo man sich wirklich mit Arbeit umgeben und sich vorbereiten muss.

Warum soll ich kein Dienstauto und keinen Chauffeur haben? Ich stehe dazu. Ich bin wie der Dr. Rauter, der gesagt hat, kein Dienstauto und kein Chauffeur.

Das brauchen wir nicht. Wir alle wissen, dass wenn man unterwegs ist, wie schwierig es ist, in der Nacht zu fahren und dergleichen mehr während man sich vorzubereiten hat. Aber, dann muss man auch dazu stehen. Dann muss man auch klipp und klar sagen: Ja, er braucht ein Dienstauto und er braucht einen Chauffeur.

Aber, was uns heute da vorliegt und was noch immer so weiter geht, das sehe ich absolut nicht ein. Ich glaube, dass hier aufgezeigt wurde seitens des Burgenländischen Rechnungshofes, Regelung zur Abrechnung, Kontrolle der PKW, Leasingsache. Man hat da gesagt, ja, man macht das jetzt anders. Man kauft Autos an. Schön. Was ist geschehen?

Es sind wieder mehr andere Varianten passiert. Mehr Leasing-Autos angeschafft. Vielleicht denkt man einmal darüber nach, ob man nicht, wenn wir zuvor vom Landeshauptmann gehört haben, wie wichtig das Thema Umwelt ist, dann sollte man vielleicht doch das eine oder andere einmal ins Auge fassen. Da werden wir seitens der LBL einen Antrag einbringen, nämlich, die Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos.

Ich sage einmal so: Nicht nur im städtischen Bereich, sondern auch in ländlichen Gegenden werden in Zukunft Elektroautos, Elektrofahrräder und Elektroroller zum gewohnten Bild gehören. 80 Prozent der Autofahrer legen pro Tag weniger als 50 km zurück.

Moderne Elektromobile sind dafür ideal geeignet und noch dazu abgasfrei und völlig geräuschlos unterwegs. Egal ob E-Fahrrad, E-Roller, E-Motorrad oder E-Auto - betrieben werden diese Fahrzeuge hauptsächlich mit Strom aus der Steckdose. Elektrofahrzeuge fahren in Österreich mit einem hohen Anteil an erneuerbarer Energie,

denn in Österreich werden fast 80 Prozent der elektrischen Energie mit Wasserkraft erzeugt.

Im Burgenland können wir stolz darauf sein. Wir sind Spitzenreiter bei der Stromgewinnung durch Windkraft, aber auch andere Möglichkeiten, Photovoltaik und dergleichen mehr. Auch wenn das Burgenland das Ziel verfolgt, möglichst viel seines Energieaufkommens in Zukunft aus erneuerbaren Energiequellen zu schöpfen macht es Sinn, den Ankauf von Elektrofahrzeugen im Land zu forcieren und auch im eigenen Land Vorreiter zu sein. (*Beifall bei den GRÜNEN)*

Ich glaube, dass sollten wir einmal gesehen haben. Vorher haben wir diskutiert, was alles in dieser Sache mit öffentlichen Mitteln und dergleichen mehr passiert. Man redet darüber, man handelt aber nicht. Das ist genau das, wo ich mir eigentlich denke, warum man das nicht umsetzen kann? Man muss ja nicht von heute auf morgen den ganzen Fuhrpark umstellen. Ich weiß schon, dem Herrn Landeshauptmann seinen 8-er Audi wird man nicht gleich auf irgendein E-Auto umtauschen können. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Tesla!)*

Genau, auf einen Tesla, genau richtig. Man könnte auf einen Tesla umsteigen. Die Nova fällt weg, die Versicherung ist geringer und dergleichen mehr. Dies deshalb, weil wir hier in diesem Bericht auch gewisse Dinge herinnen haben, warum der Fuhrpark so teuer ist und dergleichen.

Auch das wäre jetzt schon eine Argumentation, dass man den Fuhrpark schön langsam schrittweise auf Elektroautos umstellt. Daher wird unser Antrag lauten, die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ab 1. Jänner 2018 keine Diesel- und Benzinfahrzeuge mehr anzuschaffen und den Fuhrpark des Landes sowie der landesnahen Betriebe schrittweise auf Elektroautos umzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur reden, sondern auch handeln ist angesagt, dann sind wir ein Vorreiter. Wir haben übrigens die Energie Burgenland, die sich wirklich bemüht, dass man überall im Land jetzt die E-Tankstellen hat. In allen größeren Ortschaften gibt es schon E-Tankstellen und dergleichen mehr. Ich finde das für gut. Ich finde das für richtig.

Nur, wir müssen eine Vorzeigeregion sein, weil wir, fast über die 100, so viele Dienstfahrzeuge haben. Frau Kollegin, ich habe angedacht, auch für die Gemeinde Deutschkreutz zwei anzukaufen. *(Beifall der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik)*

Wir sind auch gerade dabei, das umzusetzen, weil es entscheidend ist, dass wir eine Vorreiterrolle innehaben. Ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor. Daher ist dieser Antrag, meiner Meinung nach, nicht wieder abzuändern. Nicht so wie jedes Mal, wenn jeder Antrag abgeändert oder vertagt wird, weil wir schauen müssen, wieviel Strom braucht der Tesla oder wie viel braucht dieses oder jenes Auto. Das sind immer die Ausreden oder die Abänderungsanträge beziehungsweise Vertagungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dieser Bericht seitens des Rechnungshofes hat wieder einmal aufgezeigt, dass vieles im Unklaren war und noch immer ist.

Daher ist es wichtig, dass wir immer solche Berichte bekommen, aber auch dann den Hinweis, und das steht sogar dort, wo man gesagt hat, seitens des Landes, man wird versuchen, auf E-Mobilität umzusteigen.

Nicht nur reden, nicht nur niederschreiben, sondern schlussendlich auch handeln ist sinnvoll und notwendig. Daher glaube ich, dass dieser Antrag, den wir einlaufen lassen,

den ich jetzt abgebe, auch eine Zustimmung in diesem Hohen Haus finden wird. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Antrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Antrag ist kein Abänderungsantrag. Der Einlauf wird das nächste Mal in der Präsidiale behandelt und dem entsprechenden Ausschuss zugewiesen. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke sehr vielmals. Ich kann gleich einhaken, wo Du, lieber Kollege, aufgehört hast. Der Burgenländische Landes-Rechnungshof weist nämlich auch darauf hin, dass aufgrund von fehlenden Dokumentationen nicht beurteilt werden konnte, wie die Umsetzung der Endenergieeffizienzrichtlinie vollzogen wurde oder wird.

Bei dieser Richtlinie mit dem langen Namen geht es vor allem darum, eine Energiebuchhaltung zu führen. Durch die können Rückschlüsse und Auffälligkeiten beobachtet und wenn nötig dann natürlich Maßnahmen gesetzt werden.

Art. 7 Abs. 4 dieser Vereinbarung verpflichtet die Vertragsparteien, Leitlinien zur Berücksichtigung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu erarbeiten und in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Genau da sind wir wieder dort, wo der Kollege Kölly war, nämlich, bei der Energieeffizienz. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein Elektroauto braucht nicht einmal die Hälfte an Energie beim Betrieb und es wäre gescheit, hier wirklich sich zu überlegen, in welchen Bereichen man vorerst einmal bei den Dienstwägen hier vom Verbrennungsmotor auf den E-Motor umsteigen kann.

Aber, egal ob jetzt ein E-Auto oder ein Auto mit Verbrennungsmotor notwendig ist, macht die Dokumentation der Energiebuchhaltung schon deswegen Sinn, um eben zu sehen, wo wir uns hier auch mit dem Verbrauch der Autos hin entwickeln.

Ich möchte mich vielleicht noch kurz auch beim Burgenländischen Rechnungshof bedanken, weil ich diese Follow-Up-Prüfungen, also diese Nachprüfungen, wirklich so effizient und gut finde und man ja auch immer wieder sieht, dass das wirklich aus mehreren Gründen Sinn macht.

Erstens einmal werden diejenigen, die überprüft werden, eher darauf schauen, dass sie die Maßnahmen beziehungsweise die Empfehlungen auch einhalten und letztendlich gibt es dann auch den Aha-Effekt, wir haben das umgesetzt, was der Rechnungshof gesagt hat.

Jetzt ist es bei der Umsetzung bei dieser Follow-up Prüfung noch nicht ganz so, wie wir es uns gewünscht haben, denn 23 Empfehlungen wurden ursprünglich im Dezember 2014 ausgesprochen. Der Direktor des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes hat das ohnehin gesagt, dass sie mit der Follow-up-Prüfung ein bisschen zu früh dran waren, weil vieles gerade in Umsetzung ist, weil das Beschaffungswesen gerade in diesem Bereich umgestellt wird. Das ist auch gut so.

Einige Sachen sind schon erledigt, einiges fehlt noch, denn mit Juli 2014 waren 14 Empfehlungen in Umsetzung. Inzwischen wird es schon ein bisschen mehr sein.

Kollege Kölly hat das ohnehin schon angesprochen, denn was nach wie vor nicht erledigt wurde ist die Geschichte mit dem Dienstwagen und dem Chauffeur für den

Landesschulrat. Der Landes-Rechnungshof sagt da ganz klar, man kann dem Landesschulrat schon einen Dienstwagen geben, aber dann muss man dafür auch die rechtliche Grundlage schaffen.

Einfach so zu handhaben, wie es jetzt gemacht wird, nämlich, das hat sich jetzt so eingebürgert und jetzt machen wir das so weiter, so kann das nicht sein. Man mag dazu stehen wie man will, wenn das Sinn macht, dem einen Dienstwagen und einen Chauffeur zu geben, wenn er das braucht, dann in Ordnung, aber dann soll das so geregelt sein, wie in vielen anderen Punkten auch, die da eben noch fehlen und einer Umsetzung harren.

Aber, der Weg ist der richtige. Deswegen vielen Dank für die Durchführung dieser Follow-Up Prüfung. Wir werden dem Bericht natürlich zustimmen.

Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile dem Herrn Klubobmann Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Der gegenständlichen Folgeprüfung liegt eine Prüfung des Landes-Rechnungshofes aus dem Jahr 2014 zu Grunde. Prüfungsgegenstand war das Beschaffungswesen und insbesondere das Beschaffungswesen von Dienstfahrzeugen im Land Burgenland.

Der seinerzeitige Bericht hat viel Unschönes zu Tage gefördert, viele Unzulänglichkeiten. Jedenfalls jede Menge Handlungsbedarf, den der Rechnungshof damals in Form von 23 Empfehlungen festgemacht hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sehen heute, dass 69 Prozent, es wurde bereits erwähnt, der Empfehlungen bereits umgesetzt wurden beziehungsweise sich in Umsetzung befinden. In absoluten Zahlen ist es so, dass zwei Empfehlungen bereits vollständig umgesetzt sind. Darunter befindet sich wohl aber die zentrale Empfehlung deren Umsetzung auch Voraussetzung dafür ist, dass man den Rest der Empfehlungen umsetzen kann.

Diese zentrale Empfehlung ist die Einrichtung einer Stelle zur Koordinierung, Steuerung und Überwachung des Beschaffungswesens. Das ist ganz nach dem Motto, dass der Landes-Rechnungshofdirektor so gerne bemüht, denn nur was man messen kann, kann man auch steuern. Eine derartige Stelle gab es bis Mitte 2016 nicht. Jetzt gibt es das Referat Zentrale Beschaffung und seit der Verwaltungsreform ist, Gott sei Dank, auch Schwung in diese Sache gekommen.

Das zeigt dieser Folgebericht eindeutig und das sagte und bestätigte auch der Direktor im Landes-Rechnungshofausschuss. Eines ist auch klar - und davon war auch im Ausschuss die Rede: Ein effizientes Beschaffungswesen lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Daher gibt es auch die Quote von 60 Prozent jener Empfehlungen, die sich noch in Umsetzung befinden.

Daher zum Ergebnis. Dieser Folgebericht zeigt, dass die Richtung stimmt. Es wurde uns adjustiert, dass das Engagement stimmt. Das sind also beste Voraussetzungen dafür, dass man im Bereich des Beschaffungswesens auch jene Aufgaben erledigt, die noch offen sind und das sind ja durchaus nicht wenige. Wie gesagt, 60 Prozent sind in Umsetzung.

Ein Teil wartet ja noch auf diejenige Phase, wo man in die Umsetzung übergeht. Das legt der Landes-Rechnungshof nahe. Das legen wir der Regierung und dem Amt nahe. Vielen Dank an den Landes-Rechnungshof. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Wir würdigen auch die neue optische Gestaltung.

Mein persönlicher Favorit ist die Sanduhr, die sich jetzt neben den Empfehlungen befindet, die sich in Umsetzung befinden.

Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Hätten wir jetzt eine Abstimmung, würde es sich knapp ausgehen, wenn alle aufstehen würden. Nur, für wen, stellt sich die Frage? Da hätten wir gute Chancen, auch Mehrheiten zu haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Richtig. Ich nehme das zur Kenntnis, dass das so ist.

Nun aber zur Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes ein paar Feststellungen, die heute der Kollege Kölly ohnehin schon einmal auch getroffen hat.

Im Jahr 2014 sind 23 Empfehlungen in Bezug auf die Beschaffung von Dienstfahrzeugen gemacht worden. Davon sind lediglich zwei umgesetzt worden. Das sind 8,7 Prozent. Da könnte man also eigentlich sagen, viel ist das nicht, wenn auch 14 in der Umsetzung sind, aber das hört sich auch gut an, wenn man das damit begründet, dass 2016 durch die Änderung in der Verwaltung ein eigenes Referat, das jetzt Zentrale Beschaffung heißt, geschaffen wurde und seit 2016 jetzt angeblich 14 in Umsetzung sind.

Dennoch sind trotzdem sieben weitere noch nicht angetastet beziehungsweise in Umsetzung gebracht worden. Wenn man sich diesen Rechnungshofbericht anschaut, der diesmal etwas kürzer, aufgrund der Materie aber trotzdem umso intensiver auch zu behandeln ist und man einzelne Punkte herausgreift, wie beispielsweise die Einbeziehung personeller Entwicklungen, Außendienst- und Reisekosten in die PKW-Bedarfsplanung, so ist es schon hoch interessant, dass das Land hier eigentlich sehr zurückhaltend agiert und sagt:

Ja, wir haben eigentlich gar nicht die richtigen Tools dazu, das elektronisch zu erfassen. Wir arbeiten da noch mit Kartenkarteien und Durchschlageverfahren, so, wie man es noch vor 25 Jahren gemacht hat, so finde ich das in der heutigen Zeit schon sehr bemerkenswert.

Demnach noch dazu die Aussage des Landes, die Stellungnahme dazu und ich zitiere aus dem Bericht: Im Nachhinein kann anhand der Reiserechnung oft gar nicht gesagt werden, ob der Bedienstete ein Mitfahrer war, oder den Dienstwagen verwendet hat, weil viele Kollegen das auf der Reiserechnung nicht vermerken.

Na ja! Weiter geht es dann eigentlich unter Punkt 15. Steuerliche Aspekte sind bei der PKW-Bedarfsplanung nicht dokumentiert. Da ist auch nicht genau geschaut worden, ob man da einen Steuervorteil hat, oder nicht. Dann wird das Ganze schon noch weitaus interessanter, wenn es nämlich um den Dienstwagen für die Landesschulratspräsidenten geht.

Da wird eingangs erwähnt, dass ja grundsätzlich einmal davon festzustellen ist, dass gemäß § 8 des Bgld. Landesbezügegesetzes ausschließlich der Präsident des Landtages und die Mitglieder der Landesregierung Anspruch auf einen Dienstwagen mit Chauffeur haben.

Wir wissen das seit zig Jahren, dass der Landesschulratspräsident, genauer gesagt der Amtsführende Präsident des Landeschulrates, mit dem Dienstwagen und dem Chauffeur auch im ganzen Burgenland unterwegs ist und eigentlich bis dato keinen Anspruch gehabt hätte.

Dann hätte es eine Änderung gegeben, 2015, aber gleichzeitig stellt er vor 2014 war ein Prüfungszeitraum, der Burgenländische Landes-Rechnungshof fest, dass keine Entrichtung des Benützungsbeitrages erstattet beziehungsweise auch nicht angepasst worden ist.

Wir wissen, und das hat ja schon der Herr Landeshauptmann sehr lautstark hier im Landtag festgestellt, dass jedes Regierungsmitglied einen Beitrag dazu leistet, um den Dienstwagen, wenn es sein muss, auch privat zu benützen.

Wie war das beim Amtsführenden Landesschulratspräsident? 4.668 Euro ist zumindest der Fehlbetrag, der festgestellt worden ist.

Jetzt frage ich mich schon: Ist der entrichtet worden? Ist der Betrag nachbezahlt worden? Von wem ist er bezahlt worden? Ich sehe da nirgends etwas?

Hat das noch keiner berichtigt? Ich gehe einmal davon aus, dass es immer noch ein Fehlbetrag ist. Dann muss man dazu aber auch schon einmal festhalten, dass das eigentlich ein Geld ist, das dem Land für das zusteht, wofür eine Leistung zur Verfügung gestellt wurde. Ich zitiere weiter aus der Stellungnahme des Landes, die hier in diesem Bericht niedergeschrieben worden ist:

Der Empfehlung des Landes-Rechnungshofes wurde gefolgt. Dem Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates wird im Bedarfsfall auf Anforderung eines Dienstkraftwagens ein Fahrzeug aus dem Pool der Verfügungsfahrzeuge zur Verfügung gestellt.

Aufgrund des Regierungsbeschlusses vom 27.1.2015 ist jener, den ich vorher gemeint habe, wonach dem Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates im Bedarfsfall auf Anforderung ein Dienstkraftwagen aus dem Pool der Verfügungsfahrzeuge zur Verfügung gestellt wird, war die Einbehaltung eines Benützungsbetrages gemäß § 8 des Burgenländischen Landesbezügegesetzes obsolet.

Es muss ja auch irgendwo argumentarisch umgangen worden sein. Dann muss ich weiter eine Frage dazustellen: Wenn dieser Fehlbetrag schon dem Land nicht bezahlt wird, was sich ja schon einmal sehr eigenartig darstellt, dann muss man fragen, was die Benützung von Chauffeur und Fahrzeug betrifft: War das immer derselbe Chauffeur? War das immer dasselbe Fahrzeug?

Also, soweit ich das immer auf diesen vielen Veranstaltungen, wo auch sein Vorgänger, wie auch der jetzige Amtsführende Präsident des Landesschulrates unterwegs ist, beobachtet habe, ist das immer dasselbe Auto und auch derselbe Chauffeur.

Das ist eine interessante Feststellung, aber, es wird ja auch eine Stellungnahme, so nehme ich an, in ausführlicher Art und Weise des Herrn Landeshauptmannes bei der schriftlichen Anfrage geben, die der Kollege und Klubobmann Sagartz gestellt hat.

Wir werden uns das auch in Zukunft sehr genau anschauen, wenn da zwischen Neusiedl am See und Eisenstadt und auch an anderen Örtlichkeiten herumgefahren wird, weil vielleicht kommt ja in Zukunft auch ein näheres Betätigungsfeld auch für den Amtsführenden Präsidenten dazu, wo er vielleicht in seiner Heimatgemeinde ein bisschen aushelfen muss.

Allgemein darf ich auch zu diesem Prüfbericht festhalten, dass alle Bestimmungen, die das Land an die Gemeinden gibt, selbstverständlich auch für das Land selbst gelten sollen.

Wenn ich mir das immer wieder anschaue, diesen Prüfbericht, wird immer genau das Gegenteil gemacht. Angefangen von der Einsicht in gewisse Akte, von der Offenlegung, von der Umsetzung und von den Möglichkeiten her. Das wird auch weiterhin unsere Forderung bleiben, denn alle Bestimmungen, die das Land an die Gemeinden weitergibt, die müssen selbstverständlich auch umgekehrt für das Land gelten.

Ich diesem Sinne nehmen wir den Prüfbericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Dr. Peter Rezar ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der vorliegende Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes ist ein sogenannter Follow-Up-Prüfbericht.

Ich persönlich präferiere und halte diese Follow-Up-Prüfberichte für sehr, sehr wichtig, für besonders entscheidend. Weil man natürlich im Sinne einer Nachhaltigkeit genauestens hinterfragen kann, welche Empfehlungen erfüllt wurden, welche teilweise umgesetzt wurden, beziehungsweise respektive welche überhaupt nicht in Erwägung gezogen worden sind.

Und auf der anderen Seite bieten natürlich derartige Berichte die Möglichkeit, entsprechend Druck auszuüben, auf die überprüften Institutionen und Stellen.

Im vorliegenden Falle hat man, und das ist auch aus den Wortmeldungen meiner Vorredner zu entnehmen, doch ein sehr bescheidenes, ein sehr mageres, ein sehr dürftiges Umsetzungsergebnis.

Lediglich zwei der 23 Empfehlungen wurden umgesetzt, sieben, oder knapp ein Drittel, wurden überhaupt nicht umgesetzt.

Und die übrigen 60 Prozent sind in Umsetzung, wobei anzumerken ist, dass bei den 14 in Umsetzung befindlichen Empfehlungen noch immer keine Beschaffungsstrategie und zwar weder eine Gesamtbeschaffungsstrategie, noch eine KFZ-Beschaffungsstrategie, vorliegt und dass man es auch aus Kostengründen unterlassen hat, ein eigenes Monitoring zu errichten, wobei dieser Entscheidung keine fundierten Kostenanalysen zu Grunde lagen.

Meine Damen und Herren! Ich denke, ohne Strategie, ohne Monitoring und ohne ein entsprechendes Regelwerk fehlen wahrscheinlich die elementarsten Voraussetzungen für ein sinnhaftes, für ein transparentes und auch kostengünstiges Beschaffungswesen überhaupt.

Dazu kommt noch, dass eine Reihe von Empfehlungen nur teilweise umgesetzt worden sind, was eine gewisse Lieblosigkeit im Zugang zur Gesamtmaterie erkennen lässt.

Wenn beispielsweise, und auch das wurde bereits ausgeführt, bei 5.000 Dienstreisen man nicht immer nachvollziehen kann, ob der selber gefahren ist oder Mitfahrer gewesen ist, dass das händisch überprüft werden muss, dann befinden wir uns wahrscheinlich nicht in einem modernen IT-Zeitalter, sondern eher in der Steinzeit und das sollte raschest abgestellt werden in ein modernes, transparentes System. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bravo!)*

Dies hat natürlich auch zum Ergebnis, dass es keine vollständigen Grundlagen für einen PKW-Bedarfsplanung gibt. Und was zudem bedauerlich ist, es ist auch nicht nachvollziehbar, weil nicht dokumentiert, ob das Land hier steuerliche Vorteile hat, durch gezielte Auswahl bestimmter Fahrzeugmodelle oder Antriebsarten.

Das ist ebenso keine vernünftige Basis für ein entsprechendes Beschaffungswesen. Die Vollständigkeit der Inventarlisten der KFZ-Bestände ist ebenfalls mehr als mangelhaft, weil nicht immer die notwendigen Informationen zum Besteller, zum Erstellungsdatum, aber auch der mangelhaften Prüf- und Freigabevermerke vorliegen.

Das ist auch ein klar erkennbares Zeichen einer gewissen Ignoranz, gegenüber dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof und auch hier sollten die Dinge entsprechend rasch abgestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP, des Abgeordneten Gerhard Steier und einigen Abgeordneten der SPÖ)*

Der mehrfach zitierte Sonderfall, der hier auch von einigen Kollegen dargelegt worden ist, ist die Bereitstellung eines Dienstwagens samt Chauffeur, das entspricht nicht dem Paragraphen 8 des Landesbezügegesetzes.

Hier gab es eine klare Empfehlung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, dass man *(Zwiegespräche der Abgeordneten der ÖVP und des Abg. Manfred Kölly.)* entsprechende Kostenanalysen vornehmen sollte, und gegebenenfalls, wenn man der Meinung ist, dass das angebracht ist, auch eine legistische Änderung vornimmt.

Ein Regierungsbeschluss allein kann die fehlende, die mangelnde Legistik, nicht ersetzen. Es wäre auch ein Zeichen der Transparenz, wenn man sich dazu entscheidet, dass man hier eine klare nachvollziehbare, legistische Vornahme durchführt.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Follow-Up-Bericht enthält also noch eine ganze Fülle, ein ganzes Bündel, an nicht erledigten Aufgabenstellungen beziehungsweise Empfehlungen. Es gibt also noch sehr, sehr viel zu tun.

Herr Direktor Mihalits, es bleibt natürlich zu hoffen, dass Infolge sehr, sehr rasch die entsprechenden Umsetzungsmaßnahmen in nächster Zukunft vorliegen, um beim nächsten Follow-Up-Bericht wirklich sagen zu können, auch im Interesse des Landes, im Interesse der Transparenz, im Interesse der vorliegenden Strategie, aber auch nicht zuletzt im Interesse einer vernünftigen Ökonomie sagen zu können, das Burgenland hat ein ganz modernes Beschaffungswesen.

Ich darf mich abschließend natürlich für die wichtige und wertvolle Tätigkeit des Landes-Rechnungshofes beim Direktor Mag. Mihalits samt seinem Team bedanken und gleichzeitig signalisieren, dass meine Fraktion den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen wird. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, des Abgeordneten Gerhard Steier und einigen Abgeordneten der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter.

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das Prüfungsergebnis Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland, insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1079) betreffend Verleihung eines Burgenländischen Integrationspreises (Zahl 21 - 759) (Beilage 1100)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Es folgt die Behandlung des 10. Punktes der Tagesordnung, dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1079, betreffend Verleihung eines Burgenländischen Integrationspreises, Zahl 21 - 759, Beilage 1100.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht, Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Verleihung eines Burgenländischen Integrationspreises in ihrer dritten gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 08. November 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Verleihung eines Burgenländischen Integrationspreises unter Einbezug den von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass es auch einmal so zugehen kann, in unserer Debatte hier, in der Politik hier im Burgenland.

Da gibt es zum Thema Integration und zum Bereich der Integrationsarbeit im Burgenland einen Vorstoß der GRÜNEN und es kommt zu einer Einigung zu dem Punkt. In diesem Punkt sogar zwischen FPÖ und GRÜNEN. Man sieht, was manchmal alles möglich ist.

Danke, dass es seitens des zuständigen Landesrates Darabos und seitens der Abteilung so eine schnelle Reaktion gab auf diesen Vorschlag. Da sieht man, mit etwas Gelassenheit und sachlichem Zugang und vielleicht auch nach einer Wahl, kann man ja durchaus auch einmal etwas Gemeinsames machen und als Regierungspartei ein Anliegen der Oppositionspartei aufgreifen, ohne es gleich als eigene Idee zu verkaufen.

Danke, das ist vielleicht auch ein bisschen ein Abschiedsgeschenk des scheidenden Klubobmannes Hergovich, dass wir uns in dieser Frage geeinigt haben. Es ging natürlich nicht ganz ohne Umwege, also es kam schnell ein Abänderungsantrag, aber auf mein Ersuchen hin, konnten wir das dann gemeinsam aufsetzen.

Wir reden heute also nicht über ein Thema, das so oft uns in der politischen Debatte beschäftigt, nämlich die Frage der Asylpolitik, sondern wir reden heute darüber, was ist, wenn Menschen hier im Land sind und sich andere Menschen um sie kümmern.

Und wie Menschen geehrt werden können dafür, dass sie sich darum bemühen, dass so etwas wie Integration stattfinden kann. Darum ist es so wichtig, das hier und heute positiv zu erwähnen und auch in Zukunft diese Menschen positiv, diese Menschen vor den Vorhang zu holen.

Wir leben in einer Zeit, in der es nicht einfach ist, in der es nicht einfach so ist, dass einer hilft, und ein anderer hilft nicht. So könnte man es sich ja gut aufteilen. Es müssen nicht alle Menschen helfen, das ist nicht nötig, aber es gibt viele, die wollen gerne helfen.

Heute leben wir leider auch in einer Gesellschaft, in der es sich Menschen gefallen lassen müssen, die selbstlos, die ehrenamtlich helfen, dafür beschimpft und beschädigt zu werden, auch das kommt vor. Sie werden diffamiert und als Schuldige unterschiedlicher politischer Entwicklungen ausgemacht, und darum ist es so wichtig, dass wir heute und hier im Landtag dem entschieden entgegentreten.

So ein Integrationspreis muss zeigen, es ist gut, dass ihr helft und wir sind dankbar, dass ihr zupackt. Es muss aber auch die Botschaft sein, wir werden es nicht länger zulassen, dass Menschen die helfen diffamiert werden.

Wir werden gemeinsam dafür sorgen, dass Hilfe vor Ort auch entsprechend honoriert wird.

Hier hat jeder von uns, jede von uns, einen Auftrag, gerade auch in sozialen Netzwerken klare Linien zu ziehen. Das sind wir nämlich jenen Menschen schuldig, die dem Staat Arbeit und Ausgaben ersparen, weil sie mit eigenen Mitteln, in der eigenen Freizeit, oft auch mit privaten Ressourcen, eines tun - helfen wo es nötig ist, ohne zu fragen, was ich davon habe.

Sie sollen aber etwas davon haben und das werden wir heute beschließen. Manche werden dafür auch einen Preis bekommen. Was tun diese Menschen? Sie organisieren Kaffeetreffen, machen Sprachkurse, bieten Nachhilfe kostenlos an, stehen zur Verfügung für Fahrtendienste, zum Arzt, zur Ärztin, helfen bei Amtswegen.

Sie laden auch in ihre privaten Räume ein und sie helfen bei der Wohnungssuche, sie helfen beim Auftreiben von Kleidung für Kinder. Aber vor allem, sie zeigen wie das Leben hier geht und sie sind gleichzeitig offen dafür, sich mit dem was andere mitbringen, damit auseinander zu setzen.

Und hin und wieder sogar etwas davon zu lernen, wie Menschen natürlicherweise etwas voneinander lernen, wenn sie sich aufeinander einlassen. Das ist bereichernd und gleichzeitig auch, und das kennen wahrscheinlich viele hier, beschwerlich, wenn man sich aufeinander einlässt.

Jeder kennt das aus dem privaten Bereich, auch aus dem beruflichen Leben, sich ernsthaft auf einen anderen Menschen, auch auf einen Kollegen, eine Kollegin einzulassen, das kann einem doch einiges abverlangen, vor allem wenn diese Menschen vielleicht anders denken, anders leben, anders sind oder einfach anders ticken.

Es ist mühsam, das ist anstrengend, aber es ist auch bereichernd, wenn man für Bereicherung offen ist.

Die Menschen, um die es hier gehen soll, bei der Verleihung eines Integrationspreises, sind Menschen die die Ambivalenz aushalten zwischen Offenheit für Neues, für Andere, die hierher kommen, und Grenzen der Möglichkeiten die sie haben, zwischen positiver Grundhaltung einerseits, aber auch Ärger über das, was manche damit machen, zwischen dem intensiven Wunsch etwas Sinnvolles in dieser Gesellschaft zu tun und dem kalten Wind, der ihnen mitunter dabei entgegenschlägt.

Es sind Menschen, die nicht bereit sind über Klischees zu sprechen sondern über Realitäten, weil sie mitten drin sind, Tag für Tag. Insofern zeigen uns Menschen, die sich in der Integrationsarbeit engagieren, wie wir uns bereichern lassen können in Situationen, die sehr viel Mühe beanspruchen und persönliche Herausforderungen sind.

Denn in Beziehungen muss man bei aller Offenheit manchmal auch Grenzen ziehen und muss man auch sagen, so geht das jetzt nicht mehr. Und wie in allen Beziehungen, ob privat, beruflich oder gesellschaftlich, ist die Kunst in der Integrationsarbeit das Erkennen und Formulieren auch der eigenen Grenzen und der richtige Umgang mit den Grenzen.

Integration das ist nicht einfach etwas, dass man in Wertekursen abhandelt, Integration das ist einander im Alltag begegnen, miteinander aktiv sein, ein Stück des Lebens teilen.

Und die Menschen, denen wir so einen Preis gerne einmal verleihen wollen, tun genau das. Das kann man im Alltag auch sehr unterschiedlich handhaben.

Also ich erinnere mich, unlängst hat mich also jemand ziemlich hart angegangen, weil in einer Ortschaft jugendliche Asylwerber nicht wüssten wie sie sich benehmen sollen und man traut sich ja gar nicht mehr hinaus zu gehen, weil sie pfeifen den Mädchen nach und die schauen über den Gartenzaun. Wie schlimm.

Und ich habe dann rückgefragt, und, haben sie es ihnen schon einmal gesagt, wie man es richtigmacht? - Nein. Das heißt, Integration heißt dann an dem Punkt zu sagen, du Moment, wir wollen nicht, dass du dich uns gegenüber so verhältst. Du, es stört mich, wenn du hier über den Gartenzaun bei mir hereinschaust während ich beim Swimmingpool liege. *(Zwischenruf des Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.)*

Wir müssen miteinander reden und wir müssen aufeinander zugehen *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Unglaublich so etwas.)* und wir müssen einander genau dort auch an der Hand nehmen, wo wir jemanden zeigen wollen, wie das Leben bei uns geht.

Und das tun Menschen. Und das ist nicht einfach und es ist oft sehr mühsam, eben, weil man sich erst aufeinander einlassen muss.

Integration kennen wir ja auch aus anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Manchmal gelingt es besser, manchmal gelingt es schlechter. Es gibt so etwas wie eine Integration zwischen "Hiesigen" und "Zuagroasten" in einer Ortschaft.

Zwischen lang hier beheimateten Religionsgemeinschaften, zwischen Parteien gibt es immer wieder Integrationsleistungen, oder wir erleben es auch im Burgenland, dass sich in den letzten Jahren praktisch zur Wiege der Ökumene in Österreich, vielleicht sogar in ganz Europa, entwickelt hat.

Welch ein großartiger Schritt zwischen zwei Konfessionen die lange Zeit im Zwist miteinander gelegen sind.

Auch das ist Integration und da sehen wir wie es möglich ist, wenn man aufeinander zugeht. Wir wissen, dass es mitunter Zerwürfnisse gibt zwischen Familienmitgliedern mit unterschiedlichen Einstellungen und das, obwohl wir in einem Land der politischen Meinungsvielfalt leben.

Es ist kein Wunder, dass es manchmal so schwer fällt, Integration positiv zu sehen. Und wenn es nun auch um Menschen geht die erst jüngst zu uns gekommen sind, zu denen wir noch keinen jahrelangen Draht haben, noch keine persönliche Beziehung aufgebaut haben, die einfach hier hergekommen sind um sich ein Überleben zu sichern, hier ist die Herausforderung natürlich noch größer.

Ich verstehe, dass das nicht leicht ist, aber wir können das und wir schaffen das und ich freue mich, dass das Burgenland das nun auch zeigt, wir belohnen das auch.

Und daher freuen wir uns über diesen gemeinsamen Abänderungsantrag den wir natürlich auch zustimmen werden*. (Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke, Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Die Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Integration ist etwas was jeden Österreicher, jede Österreicherin, in der Vergangenheit, in der Geschichte schon ausgezeichnet hat.

Integration ist etwas, was auch ganz besonders die Burgenländerinnen und die Burgenländer ausgezeichnet hat. Gerade dieses kleine, im Osten liegende Land Österreichs, ist eines der wenigen Bundesländer Österreichs die eben mit Integration von 1921 beginnend hat umgehen müssen.

Integration ist etwas, was wir wissen wie es funktioniert. Es ist jetzt natürlich die Frage, oder sollen wir darüber diskutieren, wer hat sie erfunden? Hätte es ein Landesrat selber machen können oder beschließt es der Landtag?

Sei´s drum, wichtig ist, dass die Menschen die sich bis dato immer in Wirklichkeit ihrer Mitmenschen angenommen haben, ihnen zur Seite gestanden sind, dass die auch ausgezeichnet werden.

Dass diese Menschen vor den Vorhang gezogen werden und darauf hingewiesen wird, dass wir im Burgenland Menschen haben die für uns da sind, die für die Burgenländer da sind und die für alle, die Integration notwendig haben, sei es jetzt im Schulbereich, das Kinder sich nicht so leicht integrieren können, weil sie Nachhilfe oder ähnliches brauchen, sei es auch im Bereich der Armut oder sonst wo, wo wir Integration leben können.

Also ich bin glücklich, dass wir das heute im Prinzip beschließen können, diesen Integrationspreis. Insbesondere, weil er eine Anerkennung ist für Einzelpersonen.

Weil er auch eine Anerkennung ist für Initiativen, die sich dem verschrieben haben, aber auch für Institutionen die sich in integrativen, kulturellen, sozialen und künstlerischen Projekten engagieren, um Integration in unserem Bundesland auch wirklich weiter zu betreiben.

Ich denke doch, dass dies eine Art und Weise ist, wie der Landtag heute beschließen kann, dass wir denen Menschen danke sagen, die für die Integration stehen. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ, GRÜNE und LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke, Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es steht für mich außer Zweifel, dass es viele Menschen, ehrenamtliche Menschen im Burgenland gibt die sich im Bereich der Integration engagieren.

Es steht für mich auch außer Zweifel, dass diese Menschen für ihre Leistungen gewürdigt werden müssen.

Es gibt aber aus meiner Sicht viele bestehende Möglichkeiten wie beispielsweise den Österreichischen Integrationspreis, wie auch traditionelle Ehrungen, beispielsweise anlässlich des Landesfeiertages, die genutzt werden können um diese Menschen vor den Vorhang zu holen und ihnen Danke zu sagen.

Es braucht aus meiner Sicht keine zusätzlichen Formate, beziehungsweise Preisverleihungen, sondern es braucht - und da bin ich gegenteiliger Meinung, Frau Kollegin Petrik - es braucht wirksame Maßnahmen im Bereich der Integration über die wir auch heute sprechen sollten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich sage Ihnen auch warum. Denn es gibt in Österreich rund 1,9 Millionen Migranten, das sind zirka 22 Prozent. Laut Integrationsbericht 2017, der im August präsentiert wurde, fühlen sich beispielsweise nur 42 Prozent der Personen aus der Türkei in Österreich völlig heimisch.

Ein Wert der alarmierend ist und zeigt, dass im Bereich der Integration einiges getan werden muss. Es kommen noch immer viel zu viele Menschen nach Österreich. Das überfordert nicht nur unser Sozialsystem, sondern das überfordert auch die erfolgreiche Integration.

Denn der Erfolg unserer Integrationsbemühungen der hängt stark von der Zahl der zu integrierenden Menschen in Österreich ab. Daher sage ich klar, es muss die Immigration nach Österreich beschränkt werden.

Wir müssen jede Art von Parallelgesellschaften in unserem Land verhindern. Denn es kann nicht sein, dass beispielsweise Kinder im Alter von drei Jahren abgeschottet und abseits von unserer Gesellschaft und von unserem Wertefundament erzogen werden, ausgebildet werden.

Denn das ist genau das Gegenteil von unserer gewollten Integration. Wir brauchen eine ordentliche Frühförderung, wir brauchen Deutsch vor Schuleintritt. Wir müssen früh investieren statt später zu reparieren und wir brauchen ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr für jene die nicht ausreichend Deutsch können.

Sebastian Kurz, meine geschätzten Damen und Herren, war es, der Integration durch Leistung als Leitlinie in der sachlichen Integrationspolitik machte. Er hat vieles in

diesem Bereich erreicht, wie beispielsweise das Islamgesetz, wie das Anerkennungsgesetz, Integrationsgesetz und die Schaffung von neuen Plätzen für Deutsch- und Wertekurse.

Leider können aber jahrzehntelange Fehlentwicklungen nicht sofort behoben werden. Es gibt noch viel zu tun im Bereich der Integration. Gesetze müssen auch von den zuständigen Behörden vollzogen werden.

Auch die rot-blaue Landesregierung im Burgenland ist gefordert und darf in der Integrationsdebatte nicht mit Untätigkeit glänzen.

Dieser Antrag, meine geschätzten Damen und Herren, der löst keine Integrationsprobleme, deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits von meinen Vorrednern thematisiert, geht es im Punkt 10 der heutigen Landtagssitzung darum, um ein Bekenntnis zur Würdigung besonderer Leistungen im Dienste der Integration abzugeben.

Vordergründig möchte ich jedoch anmerken, dass gerade wir im Burgenland in der Integrationsfrage uns das Motto auferlegt haben, für Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz zu gehen.

Replizierend auf den Herbst 2015, wo mehr als 300.000 Menschen über das Burgenland in Österreich eingereist sind, ist zweifelsohne zu sagen, dass das Burgenland das menschliche Gesicht Österreichs über die internationalen Grenzen war und ist.

Damals sind im Burgenland zahlreiche NGO´s Institutionen, aber auch viele Private auf freiwilliger Basis, in Folge der akuten Notsituation, vieler die Schutz Suchenden oder Schutz gesucht haben, aufgetreten.

Ehrenamtliche Personen haben dann auch etwas getan, wo Behörden und öffentliche Stellen ihre Grenzen hatten. Einige dieser Flüchtlinge sind als Asylwerber oder Asylberechtigte bei uns geblieben, andere sind weitergereist.

Alle Menschen die in Österreich bleiben können, haben Integrationsleistung zu erfüllen. Diese sind nämlich die Basis dafür, dass sie für sich selbst und ihre Familie Sorge tragen, aber auch am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Die Integration von Menschen mit verschiedener Staats- und Religionszugehörigkeit verfolgt nämlich den Zweck, diesen Menschen eine Perspektive, aber auch eine soziale Sicherheit zu geben, damit sie nicht obdachlos und perspektivenlos werden.

Weiters soll damit auch Extremismus, aber auch Fundamentalismus verhindert werden. Daher gilt für mich, und ich hoffe auch für die meisten von uns, integrationswillige Menschen müssen sich angenommen fühlen können, damit Extremismus, Rassismus aber auch Terrorismus keine Chance auf Spaltung unserer Gesellschaft hat.

Deshalb haben wir auch als unabdingbare Integrationsleistung im Burgenland gefordert:

Erstens: Das Erlernen der deutschen Sprache, wobei der verpflichtende Besuch von Deutschkursen wesentlich ist. Allein im Jahr 2017 waren es 40 Kurse für rund 600 Teilnehmer.

Zweitens: Haben wir es unabdingbare Integrationsleistung den Besuch von Werte- und Orientierungskursen festgelegt und

Drittens: Ein wesentlicher Aspekt ist der Erwerb von Qualifikation die auf eine Erwerbstätigkeit abzielt. Wobei auch die Bereitschaft zur Aufnahme einer Arbeit wesentlich ist.

Damit aber diese Integrationsleistungen für uns alle unabdingbar sind, erfüllt werden können, bedarf es Menschen, die auf freiwilliger Basis einerseits, im Auftrag des Landes, im Bereich der Deutschkurse Leistungen erbringen, andererseits auch bei der Vermittlung von Werten wie zum Beispiel Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte ihre Meinungen weitergeben können.

Zwecks Koordination dieser Leistungen wurden bereits seitens des zuständigen Landesrates im Rahmen der Integration einerseits ein eigenes Integrationsreferat geschaffen, andererseits aber auch eine Integrationsbeauftragte sowie eine Integrationsleitlinie für Grundregeln des Zusammenlebens geschaffen.

Nun, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Integration, das sind meiner Meinung nach viele solche Personen die Ängste und Hoffnungen haben, aber auch solche wie bereits erwähnt die freiwillig und ehrenamtlich Hilfeleistungen gewähren. Fest steht jedenfalls für mich und für viele, dass Integration keine Einbahnstraße sein kann.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Landeshauptmann hat anlässlich des Burgenländischen Landesfeiertages bei der Landesehrenzeichenverleihung gemeint, dass der burgenländische Erfolg ein gemeinsamer Erfolg aller Burgenländerinnen und Burgenländer ist und daher wird auch am Landesfeiertag ein Dank für all jene ausgesprochen.

Es waren heuer 140 Personen, die genau ihren Teil, ihre Leistung dazu beigetragen haben, dahinter steht für mich die burgenländische Identität und die Stärkung dieser. Deshalb bin ich auch fest der Überzeugung, dass die Anerkennung für besondere Leistungen im Integrationsbereich ab 2018, nämlich durch die Ausschreibung eines eigenen Integrationspreises, ein weiteres Indiz und eine weitere Stärkung für diese burgenländische Identität bedeutet.

Es fördert auch die typische Interkulturalität. Dieser Preis soll aber auch verliehen werden, damit all den jenen die ihn bekommen Respekt und Anerkennung, wobei Anerkennung mehr wie Lob und vielleicht Belohnung ist, gewährt wird und gezollt wird und es soll ein Dank für diese tolle Tätigkeit sein.

Für mich ist die Verleihung dieses Preises ein weiterer Mosaikstein für das Miteinander in unserer Gesellschaft und ein klares Zeichen für die Anerkennung des starken ehrenamtlichen Engagements welches im Burgenland unbestrittener Maßen besteht.

Daher deckt sich nicht meine Meinung mit meinem Vorredner. Ich behaupte und bin fest der Überzeugung, dass das Ehrenamt gerade in diesem Bereich irrsinnig wichtig ist und dass dieser Teil, die Auszeichnung, die Schaffung und Verleihung des Integrationspreises ein weiterer wichtiger Aspekt und Mosaikstein ist um das Miteinander in unserem schönen Heimatland Burgenland zu stärken und zu verbessern.

Abschließend möchte ich mich einerseits beim zuständigen Landesrat Mag. Norbert Darabos bedanken, dass er bereits die Umsetzung der Verleihung des Integrationspreises ab 2018 in die Hände genommen hat und in den nächsten Monaten auch die jeweilige Fachjury bestellt wird und auch die Modalitäten abgeklärt werden.

Und ich möchte mich auch in diesem Fall auch bei denjenigen bedanken, die die Idee für einen Integrationspreis hatten. Unter anderem auch insbesondere auch bei den Abgeordneten der GRÜNEN.

Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller. Aber auch bei all jenen, die heute hier sitzen und unter unserem selbstgeschaffenen Integrationsmotto für Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz, diesem Beschlussantrag zustimmen.

Danke für Eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Abgeordnete! Ich muss einige Dinge ergänzen, denn ich finde die Argumentation der GRÜNEN nicht für in Ordnung.

Frau Abgeordnete Petrik, Sie können nicht ernsthaft glauben, dass Sie Stimmen dazu gewinnen, wenn Sie ständig versuchen, der FPÖ zu schaden. Sei es die „Brezel-Affäre“ oder wie heute die Thematik der Stellenbesetzung. Das wird auf Dauer nicht gut gehen.

Ich bin froh, dass die GRÜNEN im Landtag vertreten sind. Sollte sich jedoch die Haltung der FPÖ gegenüber nicht ändern, wird es diese Partei vielleicht nach der nächsten Wahl im Landtag nicht mehr geben. Ich frage mich wirklich was die Ursache einer solchen Haltung ist. Wenden wir uns nun dem Thema Integration zu. Hierzu möchte ich festhalten, dass es wichtig ist, sich dem Anstand entsprechend zu verhalten.

Es kann nicht sein, dass man jedem der nach Österreich kommt erklären muss, wie eine Frau zu behandeln ist. Jeder der nach Österreich kommt, hat zu wissen, wie man sich hier zu verhalten hat. *(Abg. Gerhard Steier: Wer soll es ihm erklären? – Zwischenruf des Abg. Mag. Franz Steindl)*

Das gilt für alle, Herr Abgeordneter Steindl. Ich würde vorschlagen, dass Sie sich ein bisschen zurückhalten was Ihre provokanten Wortmeldungen anbelangt *(Abg. Mag. Franz Steindl: Sie sind der Einzige der provoziert!)* und immer wieder versuchen etwas negativ zu interpretieren.

Ich möchte wirklich noch einmal betonen - ich verstehe es wirklich nicht, wenn die GRÜNEN sagen, es braucht immer jemanden, der einem erklärt, wie man sich gegenüber Frauen in Österreich zu verhalten hat. Wenn jemand kommt, muss er wissen, wie er sich hier zu verhalten hat.

Hinzufügen möchte ich an dieser Stelle auch noch in Bezug auf Staatsbürgerschaften, dass ein Kriterium sein muss, dass man wirklich Deutsch kann und dass man nicht einfach jedem die Staatsbürgerschaft zuerkennen kann.

Ich glaube auch, dass es sinnvoll wäre, bevor die Staatsbürgerschaft zuerkannt wird, eine Art Prüfung abzulegen. Wenn die Staatsbürgerschaft zuerkannt ist, wird es möglicherweise zu spät sein, einzelnen Personen Werte des Anstandes zu vermitteln.

Die Einstellung der GRÜNEN kann ich nicht teilen. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen, dass sich alle an die Gesetze halten. Jeder der nach Österreich kommt muss - wenn er um die Staatsbürgerschaft ansucht Deutsch können und sich der österreichischen Kultur anpassen.

Das ist mir besonders wichtig, das heute und hier zu sagen. Ich glaube, dieser Antrag wird das so bestätigen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hoher Landtag! Liebe Abgeordnete! Hohes Präsidium! Ich bin jetzt etwas verwirrt muss ich ganz offen sagen. Herr Fazekas, Ihr Name zeugt ja davon, dass Sie auch einmal integriert worden sind oder Ihre Familie, deswegen verstehe ich Ihre Argumentation nicht ganz.

Dass die ÖVP als ehemalige christlich soziale, jetzt türkise Partei, gegen eine Maßnahme ist, die Integration verbessern soll, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Eine Auszeichnung ist das!)* dann, sie verbessert schon auch einiges, ich könnte jetzt noch länger reden, deshalb nenne ich eine Reihe von Organisationen, ich führe ein paar kurz an.

Das WIFI zum Beispiel, das ist, glaube ich, nicht sozusagen im Verdacht sozialdemokratisch orientiert zu sein, die Bildungsinformationseinrichtungen, die Bildungsberatung, das VHS, das BFI, den Landesschulrat, das AMS, den Psychosozialen Dienst, den Dachverband der burgenländischen Frauen, Mädchen und Familienberatungsstellen, das Frauenhaus, die CARITAS, katholisch, Diakonie, Verein menschen.leben, SOS Kinderdorf, burgenländisches Kinderdorf Pöttsching, und so weiter und so fort. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Haben Sie die Preise schon festgelegt?)*

Die alle wären aus meiner Sicht prädestiniert, diesen Integrationspreis auch zu empfangen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist etwas Anderes!)* Es geht nicht um viel Geld in diesem Bereich. Es geht hier um ein Signal, um ein Zeichen. Es geht tatsächlich darum, da bin ich schon auch beim Herrn Abgeordneten Tschürtz, es geht um eine Hol- und eine Bringschuld. Das ist auch für uns ganz wichtig. Aber es ist ein bisschen pharisäerhaft, jetzt sich da herzustellen und zu sagen, wir wollen das nicht.

Ich meine, wir könnten einmal beginnen, wer die Deutschkurse finanziert. Wo wirklich die Leistungen für diesen Bereich sind.

Das ist zum Beispiel das Land im großen Ausmaß. Das sind eben diese Organisationen, die ich jetzt aufgezählt habe. Das BMI ist zum Beispiel säumig. Das BMI ist aber nicht sozialdemokratisch und auch nicht FPÖ geführt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es ist rot-weiß-rot!)* Diese Dinge muss man, glaube ich, jetzt auch sagen. Es ist eigentlich für mich jetzt eine wirkliche Enttäuschung, dass die ehemals christlich-soziale Partei ÖVP diesem harmlosen Antrag, der ein Signal sein soll, nicht zustimmen kann.

Wir haben vor eineinhalb Jahren eine Integrationsbeauftragte, also eine Frau ins Leben gerufen, nicht sie persönlich ins Leben gerufen, sondern die Funktion geführt, die das sehr gut macht, die selbst Migrationshintergrund hat, und die das wirklich sehr sensibel auch für das Burgenland erledigt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So sensibel, dass man sie gar nicht sieht!)*

Es gibt jetzt drei Vorschläge. Sie hat eben diesen Integrationspreis vor längerer Zeit auch schon vorgeschlagen und wir haben jetzt vorgehabt, das machen wir jetzt auch. Ich

bin dankbar, dass es offensichtlich auch eine Mehrheit hier im Landtag geben wird, eine interessante Mehrheit zwar, aber doch eine Mehrheit, diesen Integrationspreis hier auch auszuschreiben.

Noch mit Ende des Jahres 2017 und für das Jahr 2018. Eben im Bereich Integration, mit dem Themenfeld Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Chancengleichheit von Zugewanderten, der Förderung der Teilhabe am kommunalen Leben, des Zusammenlebens und des Verständnisses füreinander. Im Bereich der Interkulturalität, wo es um künstlerisch kulturelle Projekte geht, und im Bereich, und das ist ganz wichtig und auch sehr sensibel, im Bereich der Kinder- und Jugendintegrationsarbeit.

Also ehrlich gesagt, was daran verwerflich sein soll, das verstehe ich nicht. Ich freue mich, dass dieser Integrationspreis im Burgenland ins Leben gerufen werden kann. Wir haben uns, kann ich mich erinnern, die ÖVP war ja seit Jahrzehnten in der Regierung, immer darauf geeinigt, und das haben in Sonntagsreden alle auch gesagt, dass wir stolz sind auf unsere Vielfalt im Land, was die Volksgruppen betrifft, was die religiöse Vielfalt betrifft, was die gesellschaftliche Vielfalt betrifft.

Jetzt Maßnahmen zu setzen, wird auch dazu führen, wenn Menschen das Recht haben, bei uns zu bleiben, und zwar rechtsstaatlich auch so abgesichert, mit allen Dingen, die hier im Vorfeld durch gewisse Maßnahmen auch des Staates hier von statten gehen sollen, dann sollte man ihnen auch die Möglichkeit geben, sich zu integrieren. Diese Integration soll auch für jene eine Auszeichnung sein, die sich über ihr Engagement, und meistens sind es ehrenamtliche Engagements, hier auszeichnen.

Insofern möchte ich mich bedanken, dass diejenigen, die dem Integrationspreis zustimmen und diese Idee auch weitertreiben werden, dieser im Landtag gesetzten Initiative, auch die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mittlerweile draufgekommen, es liegt schlichtweg ein Missverständnis vor. Es ist ganz simpel zu erklären. Herr Landesrat, wir sind nicht dagegen, dass Sie Persönlichkeiten und Institutionen, die sich für Integration bemühen, auszeichnen.

Die ÖVP Fraktion stimmt heute einem Antrag der GRÜNEN nicht zu, auch nicht dem Abänderungsantrag, weil wir der Auffassung sind, dass die Landtagsabgeordneten es nicht notwendig haben, die Regierung für Öffentlichkeitsarbeit, für Aktivitäten, die in ihrem ganz normalen Tätigkeitsfeld sind, Sie vergeben ja mehrere Preise, aufzufordern. Sie sind ja auch Teil jener Personen, die auch für die Landesehrenzeichen vorschlagen dürfen.

So wie wir zuletzt dagegen gestimmt haben, ich möchte Sie nur daran erinnern, da gab es schon einmal eine Initiative, wo es auch darum gegangen ist, da haben die Kollegen von den GRÜNEN auch sehr erstaunt sich gewundert. Da habt Ihr sogar hineingeschrieben, Ihr bittet um mehr Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich. Das legt das Budget fest. Der jeweilige Landesrat macht Öffentlichkeitsarbeit. Der Landtag muss das nicht initiieren. *(Abg. Robert Hergovich: Warum seid Ihr jetzt dagegen?)* Das ist ganz einfach ein ganz anderer Zugang zwischen Regierung und Landtag.

Was Sie jetzt machen, Herr Landesrat, dass Sie dem Abgeordneten Fazekas dann noch mit Hinweis auf seinen Nachnamen, ich weiß nicht was Sie damit implizieren möchten, vorhalten, er hätte jetzt etwas dagegen, dass Sie für Integrationspreiswillige oder -bedürftige einen Preis vergeben, das war nicht in Ordnung. Das sage ich Ihnen ganz offen.

Entschuldige, Herr Kollege Illedits, Sie werden ja hoffentlich zugehört haben, dass der Herr Landesrat Darabos mit dem Hinweis auf den Nachnamen des Kollegen Fazekas jetzt ein Urteil gefasst hat. *(Abg. Christian Illedits: Von Verständnis…!)*

Entschuldigung, Sie haben gesagt, wie kann so jemand, mit dem Namen, gegen einen Integrationspreis sein. Das ist angekommen. Wenn Sie etwas Anderes sagen wollten bitte, dann erklären Sie sich. Alles andere ist aus meiner Sicht jetzt pure Polemik. Pure Polemik! *(Abg. Christian Illedits: Na geh bitte! – Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Doris Prohaska: So hat er es nicht gesagt, wie Du gesagt hast! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na wie denn?)*

Ich ersuche um etwas mehr Ruhe. Am Wort ist jetzt bitte der Herr Landtagsabgeordnete Kölly. *(Zwiegespräche zwischen der Abg. Doris Prohaska und dem Abg. Ing. Rudolf Strommer – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ja, Frau Präsidentin! Hohes Haus! Da gehen die Wogen in die Höhe. Ob die ÖVP mitstimmt oder nicht, ist doch völlig egal, sage ich einmal so. *(Abg. Doris Prohaska: Das stimmt! – Beifall bei der SPÖ)*

Aber, dass der ORF jetzt schon eine Meldung abgegeben hat, dass SPÖ, Blaue und GRÜNE diesen Antrag abgestimmt haben, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was?)* und LBL nicht einmal gefragt wurde, ob wir mitstimmen oder nicht, finde ich schon für seltsam vom ORF. Aber das ist halt der ORF.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! So spielt sich bei uns die Medienpolitik auch ab. Das möchte ich auch einmal gesagt haben. Es ist gar keine Abstimmung noch gewesen, und es steht schon im Online, dass die drei Fraktionen abgestimmt haben für den Antrag, und die ÖVP dagegen.

Jetzt könnte sich die ÖVP noch überlegen und geht auch noch raus und sagt, Herr Sagartz, na ich habe es mir überlegt, weil der Herr Darabos so gut geredet hat und ein Nazi Bub oder - entschuldige, ich nehme das sofort wieder zurück, solche Dinge in den Mund vielleicht genommen werden, das finde ich nicht für in Ordnung.

Dass wir solche Diskussionen da führen müssen, ob jetzt der Herr Fazekas dort oder da ist, das ist völlig egal. Ich sage eines, Integrationspreis, da geht es um Anerkennung und um nicht viel mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, da kann man ruhig zustimmen. Wenn die ÖVP nicht der Meinung ist, dann muss ich sie nicht überzeugen, dann sollen sie es halt nicht machen. Aber wir werden als LBL sehr wohl diesem Antrag zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL, SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Kollege Kölly! Manche Sachen macht man auch nicht gut, wenn man es sagt, man nimmt es gleich wieder zurück. *(Abg. Doris Prohaska: Genau! Das stimmt, weil sonst kann man alles sagen! Der Schmäh ist aber schon alt!)*

Aber ich stehe eigentlich hier, weil ich gerne dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter etwas erklären möchte. Beispiel Oberschützen. Wir haben 15 junge Flüchtlinge, teilweise aus Pakistan, bei denen ist es offensichtlich üblich, dass man sich auf den Gehsteig setzt.

Das haben sie bei uns in Oberschützen auch gemacht. Nur ist das dort ziemlich gefährlich, weil dort fahren die Autos ziemlich knapp, und außerdem haben sich alle Oberschützenerinnen und Oberschützender natürlich sehr gewundert.

Weiters ist es bei denen üblich, dass sie tags wie nachts mit alten klapprigen Fahrrädern ohne Beleuchtung ohne helle Kleidung fahren. Das ist dort üblich. Dort wird wahrscheinlich auch nicht so viel passieren. Aber, das ist natürlich bei uns ungeschickt, weil wahrscheinlich auch mehr Autoverkehr ist.

Da ist es notwendig, dass man den Menschen das sagt. Das fällt denen nicht vom Himmel herab, dieses Wissen. Deswegen gibt es Integration, dass man den Leuten Sprache, Mülltrennung zum Beispiel beibringt, Sachen die es bei uns gibt, die es in anderen Ländern vielleicht nicht gibt.

Wird genau umgekehrt auch passieren. Zur Erklärung auch noch, es gibt, wenn man die Staatsbürgerschaft bekommt, eine Prüfung. Das gibt es seit langer Zeit schon. Also weiß ich nicht, warum Sie die einfordern. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wie Sie wissen ist mein Name Darabos ein ungarischer Name. Ich bin Burgenlandkroate. Ich kenne die Geschichte. Meine Familie und die Familie vom Herrn Kollegen Fazekas, der im Wahlkampf das ja nicht abgestritten hat, dass er aus dem kroatischen Umfeld kommt, sind vor 450 oder 500 Jahren mittlerweile geflüchtet und sind hier integriert worden. Das war der Hintergrund meiner Wortmeldung. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben gesagt, dass er zustimmen soll!)*

Wenn Sie schon sagen, Sie wollen sich meine Wortmeldung anhören, dann hören Sie sich´s genau an. Hören Sie sich aber auch die vom Kollegen Fazekas an. Er hat nämlich ganz anders argumentiert als der Herr Klubobmann Sagartz. Völlig anders!

Er hat auf Kurz hingewiesen, auf sozusagen die restriktive Vorgangsweise, was die Zuwanderung in Österreich betrifft. Ist ein völlig anderer Zugang als der Kollege Sagartz gesagt hat.

Ich stehe dazu, dass wir einen Integrationspreis hier heute auch beschließen. Danke, dass Sie richtigerweise angesprochen haben, dass das in meiner Verantwortung liegt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)* dass man das auch so machen kann. Aber wenn der Landtag eine politische Willensbildung so herbeiführt, dann habe ich ja kein Problem, dann kann ich sozusagen auch politisch einfach und mit Rückendeckung agieren.

Danke jedenfalls für die Zustimmung im Landtag zu diesem Integrationspreis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Ich wollte mich nochmals zu Wort melden, weil ich mitgeschrieben habe, was der Kollege Fazekas gesagt hat, dass dieser Integrationspreis keine wirksame Maßnahme der Integration darstellt.

Wenn Respekt, Anerkennung und Wertschätzung keine wirksame Maßnahme ist, um eine Integrationsleistung zu würdigen, die wir alle wollen, dann sind wir, glaube ich, am falschen Platz. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Diese Verleihung von Preisen, und in dem Fall von Wertschätzungen, ist für mich der erste Schritt zum Miteinander und der zweite Schritt zur Stärkung des Ehrenamtes. Ich glaube, dazu sind wir unseren Burgenländerinnen und Burgenländern verpflichtet. Danke. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Beschluss betreffend den Burgenländischen Integrationspreis ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

11. Punkt: Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Manfred Kölly (Beilage 1069) gemäß Artikel 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz (Zahl 21 – 749) (Beilage 1101)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 11. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses betreffend das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Manfred Kölly, Beilage 1069, gemäß Art. 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz, Zahl 21 - 749, Beilage 1101.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Sagartz.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss hat das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Manfred Kölly gemäß Art. 24 Abs. 3, Bgld. Landesverfassungsgesetz in seiner 4. Sitzung am Mittwoch, dem 08. November 2017, beraten.

Der Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt vom 13. Oktober 2017, Aktenzeichen 2 St 117/17h, um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum

Burgenländischen Landtag Manfred Kölly gemäß Art. 24 Abs. 3 des Bgld. Landesverfassungsgesetzes wird die Zustimmung erteilt.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter.

Es liegt keine Wortmeldung vor, daher lasse ich über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft Eisenstadt vom 13. Oktober 2017, Aktenzeichen 2 St 117/17h, um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Manfred Kölly gemäß Art. 24 Abs. 3 Bgld. Landesverfassungsgesetz wird somit einstimmig die Zustimmung erteilt.

Geschätzte Damen und Herren! Die Tagesordnung ist erledigt.

Die nächste Sitzung des Landtages, und zwar ist das die Erklärung des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018, findet heute, Donnerstag, 16. November um 18.00 Uhr statt. Die Einladungen hierzu sind bereits ergangen.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 17 Uhr 20 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 32. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 16. November 2017

18.03 Uhr - 18.38 Uhr

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4999)

Landesregierung
Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut B i e l e r (S. 5000)

Beginn der Sitzung: 18 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zur 32. Sitzung des Burgenländischen Landtages willkommen heißen und begrüßen.

Begrüße alle Zuseher und Zuhörer, die uns via Internet beiwohnen, aber auch Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die hier auf den Zuseher-Tribünen Platz genommen haben. Begrüße alle ehemaligen Abgeordneten und Regierungsmitglieder dieses Hohen Hauses, ganz besonders Herrn Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, Mag. Hans-Peter Doskozil.

Ich e r ö f f n e die 32. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Manfred Haidinger entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 32. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 16.11.2017.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt.

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018 (Zahl 21 – 784) (Beilage 1112);
2. Beschlussantrag, mit dem der 2. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird (Zahl 21 – 785) (Beilage 1013);

Ebenso ist der selbständige Antrag

1. der Abgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“ (Zahl 21 – 788) (Beilage 1116);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 – 744) betreffend Gastronomiebetriebe (Zahl 21 – 786) (Beilage 1114);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Bieler (Zahl 21 – 745) betreffend Arena Mattersburg (Zahl 21 – 787) (Beilage 1115)

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisungen werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018

Präsident Christian Illedits: Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018.

Ich bitte Sie, Herr Landesrat, um Ihre Regierungsvorlage für den Landesvoranschlag.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Werte Regierungskolleginnen! Werte Regierungskollegen! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Saal, beziehungsweise Sie, die via Livestream zusehen und ganz besonders liebe Freundinnen und liebe Freunde, die Ihr heute in so großer Zahl gekommen seid, um bei meiner letzten Budgetrede dabei zu sein!

19.315.100.369 Euro: Das ist die Summe aller Budgets, beziehungsweise aller Landesvoranschläge, die ich gemeinsam mit meinem Team für das Burgenland erstellt habe.

Um 19 Milliarden Euro kaufte das soziale Online-Netzwerk Facebook mit derzeit 2,1 Milliarden Usern den Messenger-Dienst WhatsApp, mit dem täglich eine Milliarde Menschen in 180 Ländern, bis in den letzten Winkel der Erde, miteinander kommunizieren.

Wir alle gemeinsam haben mit 19 Milliarden Euro das Burgenland – einen jahrzehntelangen Nachzügler im Bundesvergleich - zum Vorreiter gemacht.

Der Landesvoranschlag 2018 ist ein weiteres Wachstumsbudget für das Burgenland. Es ist der 18. Landesvoranschlag, den ich dem Hohen Haus vorlegen darf. Mit der Erfahrung beziehungsweise dem Wissen der Vergangenheit und der Gegenwart stärkt dieses letzte Budget aus meiner Hand weiter das Finanzfundament des Burgenlandes.

Nachhaltiges Denken und Handeln sind die Handschrift, mit der es geschrieben wurde. Dieses Budget ist eine stabile Basis für die Zukunft. In Zahlen gegossene Politik, auf die sich die Burgenländerinnen und Burgenländer verlassen können.

Das Burgenland tritt schon lange nicht mehr auf der Stelle. Mit Hilfe gezielter Investitionen in schwierigen finanziellen Zeiten haben wir Burgenländerinnen und Burgenländer Durchhaltevermögen bewiesen, das Laufen gelernt und im Sprint viele überholt. Wir haben in den letzten Jahren Ziele erreicht, die vor Jahrzehnten vielen Skeptikern ein Lächeln gekostet haben.

Wirtschaftswachstumssieger, Rekordbeschäftigung, Nummer eins bei den Maturantinnen und Maturanten sowie den neuen Mittelschulen, Vorreiter im Bereich der erneuerbaren Energie, das sind nur einige Beispiele für den erfolgreichen burgenländischen Weg. Die Landesbudgets waren die Wiege dieses kontinuierlichen Aufschwungs.

Heute sind wir mit anderen Bundesländern nicht nur gleich auf, sondern sind ihnen in vielen Bereichen voraus. Wir haben die Zeichen der Zeit richtig gedeutet und Jahre früher als andere Länder mit einem sinnvollen Sparkurs den nötigen Spielraum für

stabilisierende Investitionen generiert. Deshalb konnten wir die großen Herausforderungen auch angesichts instabiler Wirtschafts- und Finanzstrukturen meistern.

Ich übergebe die Landesfinanzen mit Bestnoten von Standard & Poor‘s, einem hohen Maastricht-Überschuss, geringer Verschuldung und Schuldenabbau. Darauf bin ich sehr stolz.

Im September präsentierte Statistik Austria die Budgetzahlen für das Jahr 2016. Im Ländervergleich konnte das Burgenland ein Top-Ergebnis vorweisen. Nur drei von den neun Bundesländern haben im Vorjahr mit einem Budgetüberschuss abgeschlossen: Salzburg, Burgenland und Oberösterreich. Dieser zweite Platz des Burgenlandes im Ländervergleich ist die Bestätigung unserer erfolgreichen und stabilen Finanzpolitik.

Mit dem eingeschlagenen Weg werden wir 2018 im Kernhaushalt einen Maastricht-Überschuss von 41,09 Millionen Euro und im Gesamthaushalt inklusive ausgegliederter Einheiten einen Überschuss von 44,98 Millionen Euro erzielen. Mit diesem Ergebnis werden wir im Österreichvergleich erneut einen Spitzenplatz einnehmen.

Diese gesunden Landesfinanzen stärken das Burgenland, um in wichtige Schlüsselbereiche investieren zu können: Die freie Finanzspitze beträgt 2018 7,7 Prozent.

Die mittelfristige Planung im vorliegenden Finanzplan zeigt ebenfalls deutlich, dass die Maastricht-Ziele für die Jahre 2016 bis 2020 überdurchschnittlich erreicht werden. Das Budget 2018 erfüllt sowohl die nationalen Anforderungen, als auch sämtliche EU-Vorgaben für die geforderte Finanzstabilität.

Während andere Ländervertreterinnen und Ländervertreter nachdenklich werden, wenn sie der Bund im Rahmen des Stabilitätspaktes zu einem Budget ohne Neuverschuldung verpflichtet, kann ich sagen: Wir haben das bereits ab 2015 geschafft.

Mit 2016 begann der Schuldenabbau. Der Finanzplan sieht vor, dass wir kontinuierlich bis 2020 zwei Millionen Euro pro Jahr an Schulden reduzieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich haben wir auch Verbindlichkeiten. Das ist kein Geheimnis. Aber wir können ihnen unsere finanziellen Vermögenswerte entgegensetzen. Und sowohl Statistik Austria als auch Standard & Poor‘s stellen uns in Kenntnis aller Verbindlichkeiten ein sehr gutes Zeugnis aus. Das Burgenland steht auf einem festen Fundament.

Stellen wir also den finanziellen Verbindlichkeiten des Landesvoranschlages 2018 die Forderungen und das Geldvermögen des Landes gegenüber, so kommt auf jede Burgenländerin und jeden Burgenländer ein Guthaben von 4.333 Euro – und darauf dürfen wir durchaus stolz sein. Damit stehen wir im Vergleich der Bundesländer - nach Vorarlberg und Tirol - an der hervorragenden dritten Stelle. Hinter uns liegen beispielsweise Niederösterreich mit 4.167 Euro, Oberösterreich mit 3.484 Euro oder die Steiermark mit 1.075 Euro.

Der direkte Finanzschulden-Stand (das heißt die budgetrelevanten Schulden) des Landes wird im Jahr 2018 um weitere zwei Millionen Euro auf 272 Millionen Euro reduziert. Im Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 ist eine Gesamtreduzierung der direkten Finanzschulden des Landes auf 268 Millionen Euro vorgesehen.

Die erforderlichen langfristigen Kreditfinanzierungen erfolgen ausschließlich beim Bund, abgewickelt von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA). Der Schuldenstand des Gesamthaushaltes inklusive selbsttragender ausgegliederter Einheiten sinkt und beträgt im Jahr 2018 rund 1,08 Milliarden Euro.

Wenn wir die Verschuldung des Burgenlandes nach dem Bruttoregionalprodukt betrachten liegt diese im Kernhaushalt lediglich bei 3,42 Prozent. Inklusive aller öffentlichen Einheiten nach ESVG sind es nur rund 13,56 Prozent.

Das zeigt: Kleine Einheiten sind effizient und wirtschaften erfolgreich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Auch im Bereich der Haftungen gibt es einen kontinuierlichen Rückgang.

Die Haftungsobergrenze des Landes Burgenland wurde bereits vom Landesvoranschlag 2016 zum LVA 2017 um eine Milliarde Euro reduziert. Von 2017 auf 2018 folgt eine weitere Reduktion auf 1,4 Milliarden Euro.

Auch die Gewährträgerhaftung für die Pfandbriefstelle - als Ausläufer des Hypo Alpe Adria Skandals – konnte ich von drohenden 77 Millionen Euro auf einen Bruchteil verringern und ohne nachhaltigen Schaden für das Burgenland erledigen.

Nach vielen Verhandlungsrunden werden die Forderungen aus der Gewährträgerhaftung nach dem Pfandbriefstellen-Gesetz im Nachtragsvoranschlag 2017 des Landes Burgenland bereinigt.

Die rund 70 Jahre alte Haftung laut Pfandbriefstellengesetz erlischt Ende 2017 – wie auch alle anderen Haftungen gegenüber der Hypo Bank Burgenland. Ein jahrzehntelanger Rechtsstreit mit Prozessrisiko von rund 20 Millionen Euro konnte dadurch abgewendet werden.

Die HETA Problematik und das Bank Burgenland Erbe, das ich damals mit meinem Antritt übernommen habe, sind für das Burgenland endgültig beendet.

Hohes Haus! Wir haben Vertrauen in das stabile Fundament, das wir aufgebaut haben und scheuen uns nicht davor, dies jedes Jahr von einer internationalen Agentur genau überprüfen zu lassen. Seit 2008 bewertet Standard & Poor‘s unsere Landesfinanzen.

Die Fähigkeit des Burgenlandes, seinen Finanzierungsverpflichtungen nachzukommen, wurde laut Jahresupdate Mai und November 2017 kurzfristig wieder mit der bestmöglichen Bewertung A1+ ausgezeichnet, langfristig gab es die Note AA. Der Ratingausblick ist stabil. Die international als sehr streng geltende Ratingagentur begründete diese weiterhin sehr positiven Zensuren im Originaltext wieder mit „Continued Very Strong Budgetary Performance“. Standard & Poor’s bestätigt dem Land eine solide Haushaltsperformance mit konsequent sinkender Nettoneuverschuldung in Kenntnis aller Verbindlichkeiten, auch der der Tochtergesellschaften.

Im internationalen Vergleich profitiert das Burgenland durch ein sehr gutes individuelles Kreditprofil, gekennzeichnet durch eine solide Haushaltsentwicklung, eine sehr niedrige haushaltsabhängige Verschuldung inklusive der Pensionsverbindlichkeiten und einen ausgezeichneten Zugang zu Liquidität.

Diese Bewertung ist äußerst positiv für die Landesfinanzen. Der Vermögens- und Finanzkraft wird von Standard & Poor‘s ein gutes Zeugnis ausgestellt. Das ist ein wichtiges Signal an die Wirtschaft sowie an alle Burgenländerinnen und Burgenländer. Es bestätigt, dass wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die richtigen finanzpolitischen Entscheidungen getroffen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein kontinuierlicher Wirtschaftsaufschwung und eine stetige Weiterentwicklung brauchen einen guten und stabilen institutionellen Rahmen. Das war als Finanzlandesrat meine Aufgabe, die ich in den letzten 18 Jahren für

die Zukunft der Burgenländerinnen und Burgenländer übernommen habe: 100 Prozent für den Aufwärtstrend des Burgenlandes zu geben.

Alle öffentlichen Haushalte stehen seit Jahren bei der Budgeterstellung, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, vor derselben Herausforderung: Einerseits zu konsolidieren, um Schulden zu reduzieren und andererseits zu investieren, um ein möglichst großes Wachstum zu generieren.

Im Burgenland haben wir mit Wachstums- und Beschäftigungspaketen sowie Maßnahmen, die die finanzielle Stabilität nachhaltig absichern, auf die Wirtschaftskrise reagiert. Ein strikter neoliberaler Ansatz war nicht mein Weg, sondern ein wachstumsorientierter Konsolidierungskurs. Nachhaltige Haushaltsführung und gute Rahmenbedingungen für größtmögliches Wachstum sind nicht zwei Gegensätze, sondern zwei Seiten von ein und derselben Medaille.

Jeder fünfte Euro des Landesvoranschlages bringt nachhaltiges Wachstum, um die Wirtschaft zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern, soziale Sicherheit und Ruhe zu gewährleisten und die Lebensqualität im Burgenland für jede Einzelne und jeden Einzelnen so hoch wie möglich zu halten. Im Vergleich zum Vorjahr haben wir die Investitionsquote weiter gesteigert.

Die Gesamtausgaben im Landesvoranschlag betragen 1.130,6 Millionen Euro. Davon werden rund 256,4 Millionen Euro für Investitionen beziehungsweise für investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet, als Impulsgeber in Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Infrastruktur, Arbeitsmarkt- und Wohnbaumaßnahmen. Das sind um 21,4 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Mit dieser Investitionsquote von rund 22,67 Prozent liegt das Burgenland weiterhin im absoluten Spitzenfeld. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Stabilität und den sozialen Frieden eines Landes gibt es Kennzahlen und valide Fakten, die wenig Interpretationsspielraum zulassen. Dazu gehören vor allem die Arbeitsmarktdaten.

Im September 2016 gab es erstmals seit Jahren eine Trendwende am burgenländischen Arbeitsmarkt. Früher und kontinuierlicher als in vielen anderen Bundesländern sinken seitdem die Arbeitslosenzahlen. Zurückzuführen ist das erfreuliche Ergebnis auch auf die zahlreichen Initiativen, die das Land Burgenland für Beschäftigungslose setzt.

Weiterhin positiv ist die Entwicklung für junge Menschen bis 24 Jahre. Die Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellensuchenden sind sehr stark gesunken. Obwohl die Zahl der älteren Arbeitslosen nicht mehr so stark steigt, müssen wir weitere Initiativen setzen, damit auch diese Gruppe wieder im Erwerbsleben Fuß fassen kann. Der burgenländische Arbeitsmarkt wird über das Landesbudget direkt oder über Kofinanzierungen aktiv und nachhaltig unterstützt.

- In der Förderperiode 2014 – 2020 fließen über den Europäischen Sozialfonds (ESF) inklusive Landesmittel 38 Millionen Euro und über das Additionalitätsprogramm 23 Millionen Euro in die Stärkung des Arbeitsmarktes.
- Mit dem Fonds für Arbeit und Wirtschaft (FAWI) können wir im Jahr 2018 arbeitsmarktfördernde Maßnahmen in der Höhe von 850.000 Euro finanzieren.
- Im Rahmen der Arbeitnehmerförderung werden rund 3,7 Millionen Euro als Qualifikationszuschuss, Wohnkostenzuschuss für Lehrlinge, Fahrtkostenzuschuss oder Lehrlingsförderung zur Verfügung gestellt.

Die Erholung des burgenländischen Arbeitsmarktes und den stetigen burgenländischen Aufwärtstrend in einem schwierigen Umfeld haben wir durch die richtigen politischen Analysen und durch effiziente Planung und vor allem entsprechende Maßnahmen geschafft.

Im Gegensatz zu den Arbeitsmarktanalysen haben die Wirtschaftsprognosen selten gehalten, was sie versprochen haben. Deshalb halte ich mich heute an dieser Stelle nur an Fakten: Das Burgenland verzeichnete mit einem Plus von 2,4 Prozent im Jahr 2016 wieder das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. 2017 sind wir ebenfalls auf Erfolgskurs.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Meine Budgetpolitik stellte immer den Anspruch nach Verteilungsgerechtigkeit, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Wir können im kleinen Burgenland nicht die Steuerpolitik der ganzen Welt oder Österreichs beeinflussen, aber wir können die Steuermittel gezielt für jene Burgenländerinnen und Burgenländer einsetzen, die unsere Hilfe brauchen.

Die burgenländische Budgetpolitik ist für alle da, sie ist sozial und ausgewogen. Ein sicheres Netz für jene, die Hilfe benötigen. Im Burgenland soll kein Kind bittere Armut erleben müssen und kein alter oder bedürftiger Mensch ohne Pflege und Versorgung bleiben.

Mehr als zwei Drittel aller Ausgaben entfallen deshalb seit Jahren auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung und kommen somit direkt den Menschen im Land zugute.

Diese finanzielle Anstrengung trägt nachhaltig dazu bei, dass die Armutsgefährdung im Burgenland deutlich geringer ist als in Europa oder in anderen österreichischen Bundesländern, wie etwa Tirol, Vorarlberg oder Wien.

Genau aus diesem Grund kann keine Ausgabe zugelassen werden, die sich nicht effizient für die Landesentwicklung bewährt. Gewissenhafte Planung und langjährige Erfahrung sind notwendig, damit wir auch in Zukunft den Freiraum für notwendige Investitionen haben. Deshalb hat das Burgenland in den letzten Jahren mit einem durchdachten Landesvoranschlag eine solide Basis für die Zukunft gelegt.

Seit der Beschreitung des notwendigen Konsolidierungsweges ist eine ausgabenseitige Einsparung von 128 Millionen Euro gelungen. Eine enorme Leistung, die durch eine engagierte Budgetdisziplin der Regierungsmitglieder umgesetzt werden konnte.

Um den eingeschlagenen Konsolidierungskurs noch stärker umsetzen zu können, wurden heuer erstmals ein neuer Weg in der Budgetierung eingeschlagen. Im Zuge einer Systemumstellung wurden für jeden politischen Referenten beziehungsweise die zuständigen Abteilungen nicht überschreitbare Ausgabenobergrenzen eingezogen, die absolute Budgetdisziplin erforderten.

Innerhalb der vorgegebenen Obergrenzen lag es in der politischen Verantwortung der Regierungsmitglieder im Rahmen ihrer Globalbudgets entsprechende Schwerpunkte zu setzen und ihre Ziele zu definieren. Die vorhandenen Ressourcen konnten im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltung auch abteilungs- und dienststellenübergreifend umgesetzt werden.

Ein Schwerpunkt 2018 ist die Modernisierung des Haushaltswesens und wirkungsorientierte Budgetierung. Das Burgenland plant mit den anderen Bundesländern gemeinsam, wie in der neuen VRV (das ist die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung) vereinbart, ab 1. Jänner 2019 im Probebetrieb und 2020 verpflichtend auf das neue System umzusteigen. Derzeit laufen die Vorbereitungen für die Erstellung des Ergebnis- und Finanzierungshaushaltes, sowie die Eröffnungsbilanz. Die Bewertung des Landesvermögens stellt eine große Herausforderung für uns und alle Länder dar, um die angestrebte Vergleichbarkeit gewährleisten zu können.

Hohes Haus!

Einen Kraftakt stellen auch jedes Jahr aufs Neue die gemeinschaftlichen Aufgaben von Land und Gemeinden dar. Das Land ist und bleibt ein starker Partner der Kommunen.

Die Verteilung der Gesamtausgaben zwischen Land und Gemeinden zeigt ein klares Bild. Das Land trägt 74 Prozent der Ausgaben und die Gemeinden finanzieren 26 Prozent. Österreichweit lautet das Verhältnis 61:39 Prozent. In Oberösterreich beziehungsweise Vorarlberg beträgt dieses Verhältnis sogar 55:45 (Land : Gemeinden) im Vergleich. Wir tragen mit diesem hohen Anteil dazu bei, dass die benachteiligten Gemeinden im Burgenland zusätzlich vom Land unterstützt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Burgenland steuert auf einem sicheren Finanzplan Richtung Zukunft und bekennt sich deshalb seit Jahren zur risikoaversen Finanzgebarung. Das Spekulationsverbot ist seit 2013 im Artikel 37 der Burgenländischen Landesverfassung verankert. Darin ist festgehalten, dass die Finanzgebarungen des Landes inklusive der ausgegliederten Einheiten nach ESVG risikoavers auszurichten sind, was auch in den Budgetbeschlüssen eindeutig festgehalten wurde.

Im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018 wurde ein einheitliches Spekulationsverbot für den gesamten Sektor Staat vereinbart. Das dazugehörige Bundesgesetz wurde im April 2017 im Nationalrat verabschiedet.

Zusätzlich zu diesem Bundesgesetz das für alle Bundesländer gilt und der Verankerung in der Verfassung wurde am 21. September 2017 das Burgenländische Spekulationsverbotsgesetz - wie im FAG-Paktum vereinbart - als Landesgesetz zu den näheren Bestimmungen des Spekulationsverbotes verabschiedet.

Es dient der weiteren Sicherstellung einer risikoaversen Ausrichtung der Finanzgebarung bei

- der Aufnahme von Schulden
- der Veranlagung öffentlicher Mittel und
- beim Risikomanagement.

Was heuer als Gesetz verabschiedet wurde, wird in der Praxis schon lange gelebt! Im Land gibt es weder Aktien, noch Anleihen oder Fremdwährungsdarlehen beziehungsweise -kredite.

Außerdem werden im Burgenland seit 2001 neue langfristige Kreditfinanzierungen ausschließlich über die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) aufgenommen.

Unsere Veranlagungsstrategie war nie Gewinnmaximierung mit hohem Risiko, sondern immer auf die Erhaltung des Kapitals und die Erzielung langfristig stabiler Erträge ausgerichtet - was uns auch gelungen ist.

Das burgenländische Geld ist sinnvoll und sicher, das heißt ohne zusätzliches Risiko, im Burgenland veranlagt. Damit wird die langfristig erforderliche Liquidität für die Finanzierung von Investitionen sichergestellt, die burgenländische Wirtschaft angekurbelt, letztendlich Arbeitsplätze gesichert und das Risiko von Fremdfinanzierungen durch Banken hintangehalten.

Sehr geehrter Herr Präsident! Mitglieder der Landesregierung!
Damen und Herren Abgeordneten! Hohes Haus!
Werte Besucherinnen, werte Besucher!

In den vielen Jahren als Finanzreferent habe ich einiges gelernt. Besonders, dass es im Endeffekt kaum Entwicklungen gibt - sei es auf nationaler oder internationaler Ebene - die letztlich nicht auch Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt haben. Natürlich besonders die ganz großen Krisen, wie wir sie ab dem Jahr 2008 wirtschaftlich und finanzpolitisch erleben mussten.

Ganz besonders abhängig sind wir jedoch von Entwicklungen auf Bundesebene. Wenn ich mir die Einsparungsziele der wahrscheinlich künftigen Regierungsparteien anschaue, befürchte ich jetzt schon harte Zeiten für Länder und Gemeinden und eine anrollende Föderalismusdebatte.

Wir sind uns sicher alle einig, dass wir den Faktor Arbeit in allen Facetten entlasten und die Menschen mehr Netto vom Brutto haben müssen. Aber bitte auch mit einer gerechten Verteilung zwischen den Gebietskörperschaften. Denn eines haben alle Steuerreformen der letzten Jahrzehnte gezeigt: Die Rechnung haben bisher immer die Länder und Gemeinden in hohem Ausmaß mitbezahlt!

Ein gutes Beispiel dafür ist die inhaltlich ohne Frage richtige Abschaffung des Pflegeregresses. Aber die bisher vom Bund angekündigten Kompensationsmaßnahmen werden bei Weitem nicht ausreichen, um den Einnahmenentfall auch nur zur Hälfte abzudecken. Damit wird uns der Spielraum für nötige Investitionen genommen. Das ist nicht tragbar und bedarf eines starken Schulterschlusses der Länder und Gemeinden.

Hohes Haus!

Wer Wachstum generieren und gleichzeitig sozialen Frieden gewährleisten will, muss statt übertriebener, einseitiger Sparpakete auf vorausschauende, soziale und wachstumsorientierte Konsolidierungsmaßnahmen setzen. Daher möchte ich es noch einmal betonen: Wir haben den richtigen Weg früher als viele andere eingeschlagen und erkannt, dass wir uns aus der Krise hinaus investieren müssen und nicht noch tiefer hineinsparen dürfen. Diese Entscheidung würde ich jederzeit wieder treffen und mittragen.

Meine Budgets standen nicht unter dem Motto „Sparen um jeden Preis", sondern waren vom Bemühen geprägt, durch effiziente Verwaltung der uns anvertrauten Gelder Möglichkeiten zu schaffen, um nachhaltige Investitionen für die Burgenländerinnen und Burgenländer tätigen zu können.

Der vorliegende Landesvoranschlag umfasst rund 2.600 Voranschlagsstellen. Jede einzelne wird im Laufe des Vollzuges auf Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit überprüft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2018 und der Finanzplan für die nächsten zwei Jahre liegen Ihnen vor. Sie haben die Möglichkeit, die Regierungsvorlagen ausführlich zu studieren.

Der ordentliche Landesvoranschlag 2018 ist inklusive einer Schuldentilgung in der Höhe von zwei Millionen Euro ausgeglichen.

Einnahmen in Höhe von 1.130.560.200 Millionen Euro stehen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüber.

Auf der Einnahmenseite sind die größten Steigerungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Finanzwirtschaft.

Die größten Ausgabensteigerungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit können teilweise durch analog einhergehende Einnahmensteigerungen sowie durch Einsparungen im Verwaltungsbereich, effektives Personalmanagement und durch eine restriktive Ausgabenpolitik bei den Ermessensausgaben durch Einhaltung oder Einbehaltung der Kreditsperre von 15 Prozent ausgeglichen werden.

Zur Kofinanzierung der EU Förderkulisse sieht der außerordentliche Landesvoranschlag 2018 Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 27.610.300 Euro vor. Die Fondsgebarung ist im Landesvoranschlag 2018 mit 253.500 Euro ebenfalls ausgeglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Das Budget ist die finanzielle Lebensader des Landes und gleichzeitig unser Wegweiser, der finanzielle Freiräume für den weiteren Aufstieg des Burgenlandes schafft. Ziel ist der Wohlstand aller Burgenländerinnen und Burgenländer und der soziale Frieden in unserem Land.

Meine Budgets haben die Handschrift vieler mitgetragen. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen an dieser Stelle aufrichtige Worte des Dankes an Alle zu sagen, die Ideen, Kompetenz, konzeptionelle Anstrengung eingebracht haben und harte Detailarbeit geleistet haben.

Ich danke den Mitgliedern der Landesregierung an der Spitze Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Herrn Landeshauptmann–Stellvertreter Hans Tschürtz für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Erstellung dieses Budgets.

Ebenso herzlich bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung, allen voran bei Abteilungsvorständin Mag.a Monika Stiglitz, OARin Uschi Fercsak, Hans Halwax und dem gesamten Team für die hervorragende Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Liebe Monika, liebe Uschi: 18 Jahre lang habe ich mit euch Budgets erstellt. Zu Beginn noch gemeinsam mit euren Vorgängern Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer und OARin Alice Gaber – und zuletzt in geballter Frauenpower. Es war mir eine Freude mit euch zu arbeiten, mit eurer Kompetenz, Professionalität und Liebe zu eurem Beruf werdet ihr mir immer in Erinnerung bleiben. Ich übergebe die Erstellung der künftigen Landesbudgets mit den besten ‚Haushaltswesen', die man sich wünschen kann.

Ganz besonders möchte ich mich bei meinem Büro, dem Team Bieler bedanken. Fast zwei Jahrzehnte an meiner Seite – in guten wie in schlechten Zeiten. Ich habe von euch als Bürogemeinschaft so viel Unterstützung, persönlichen Halt, Loyalität, Herzlichkeit

und Zuwendung erfahren, wie man es sich nur wünschen kann. Dafür bin ich sehr dankbar.

Bei meiner Büroleiterin Isabell Strobl möchte ich mich im Besonderen bedanken. Du liebe Isabell, hast erfolgreich die Budgetkoordination für acht Landesvoranschläge innegehabt, acht Budgetreden ausformuliert und viele inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Dafür gebührt dir ein großer Applaus. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und LBL)*

Du hast damit die meisten Budgetreden bisher im Land geschrieben und redaktionell gestaltet. Herzlichen Dank!

Hohes Haus!

Finanzpolitik ist bekanntlich nicht nur ein spannendes, sondern auch sehr schwieriges Aufgabenfeld. Doch keine Aufgabe war bis jetzt so herausfordernd, wie diese jetzt.

Nach 18 Budgets in der Gesamtsumme von rund 19,3 Milliarden Euro und 3,5 Milliarden Euro an gezielten Investitionen für unser Burgenland möchte ich mich mit einem Dankeschön bei euch allen verabschieden. Die Zeit ist reif für eine neue Ära.

Ich übergebe meine Aufgabengebiete und hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dich, Hans Peter Doskozil, und somit in gute Hände. Ich bin mir sicher, ihr werdet gemeinsam mit viel Herzblut für dieses Land weiterarbeiten. Lieber Hans Peter ich wünsche dir, auch als meinen Freund, viel Kraft und Energie für deine neue Aufgabe. *(Allgemeiner Beifall)*

Wenn ich in die Runde sehe, verbinde ich mit jeder einzelnen und mit jedem Einzelnen von euch eine Geschichte und gemeinsame Augenblicke, vor allem wenn ich auf die Zuschauerränge hinaufschaue. Im Rückblick überwiegen die vielen positiven Erinnerungen, die ich auch mitnehmen werde. Insgesamt könnten diese wohl mindestens ein ganzes Buch füllen. Für mich ist es jetzt Zeit, die Schlussworte zu finden und dieses Kapitel meines Lebens zu schließen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich ersuche Sie, dem Budget 2018 Ihre Zustimmung zu geben und danke Ihnen für die letzten fast 19 Jahre. *(Allgemeiner Applaus aus den Reihen der Abgeordneten und der Zuschauergalerie)*

†Präsident Christian Illedits|: Herzlichen Dank, Herr Landesfinanzreferent. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 784, Beilage 1112, und Zahl 21 - 785, Beilage1113, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Den selbständigen Antrag Zahl 21 - 788, Beilage 1116, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen, Zahl 21 - 786, Beilage 1114, und Zahl 21 - 787, Beilage 1115, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t .

Meine Damen und Herren! Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, und zwar der Budgetlandtag, für den 06. und 07. Dezember 2017 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 18 Uhr 50 in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 38 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 33. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Mittwoch, 06. Dezember 2017 und Donnerstag, 07. Dezember 2017

10.03 Uhr - 17.26 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Beschlussantrag über den Nachtragsvoranschlag 2017;
3. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018;
4. Beschlussantrag, mit dem der 2. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird;
5. Gesetzentwurf über die Höhe des Tarifs des Wohnbauförderungsbeitrages (Burgenländisches Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz - Bgld. WbfbtG);
6. Gesetzentwurf über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz 2017 - Bgld. GwG 2017);
7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz) geändert wird;
8. Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2015;
9. Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsdiensteverträge - Schiene;
10. 34. und 35. Bericht der Volksanwaltschaft an den Burgenländischen Landtag 2015-2016;
11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherheit für Bahnreisende;
12. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Verwaltung NEU denken“;
13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Entwicklung einer „Fahrradstrategie Burgenland“;
14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“;
15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Mag.a Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung Bundes-Tierschutz-Gesetz;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5019)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 160 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Verhinderung von Akutordinationen in den Bezirken Mattersburg und Jennersdorf
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 5021)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5022 u. S. 5022), Bernhard H i r c z y (S. 5023)

Anfrage Nr. 165 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Missstände in einem sozialpädagogischen Wohnheim im Bezirk Neusiedl am See
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 5024)
Zusatzfrage: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 5025 u. S. 5026), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5026)

Anfrage Nr. 163 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Integration von Kindern mit Defiziten in einzelnen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 5027)
Zusatzfrage: Doris P r o h a s k a (S. 5029 u. S. 5029), Mag.a Regina P e t r i k (S.5030), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 5031)

Anfrage Nr. 166 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Förderung im Jahr 2017 von Sport- und Vereinstätigkeiten
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 5032)
Zusatzfrage: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 5033 u. S. 5033), Ingrid S a l a m o n (S. 5034)

Anfrage Nr. 164 der Abgeordneten Edith Sack an Landesrätin Verena Dunst betreffend Maßnahmen zur Gegensteuerung bei Frauen die in Niedriglohnbranchen arbeiten
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 5035)
Zusatzfrage: Edith S a c k (S. 5037 u. S. 5038), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 5038)

Verhandlungen

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1106) über den Nachtragsvoranschlag 2017 (Zahl 21 - 778) (Beilage 1124);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5040)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 5041), Géza M o l n á r (S. 5047), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 5049), Peter H e g e r (S. 5052) und Landesrat Helmut B i e l e r (S. 5054)
Annahme des Beschlussantrages (S. 5056)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1112) über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018 (Zahl 21 - 784) (Beilage 1125);
Generalberichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5057)
Generaldebatte:
Redner: Gerhard S t e i e r (S. 5058), Manfred K ö l l y (S. 5062), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5071), Géza M o l n á r (S. 5077), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5086) und Robert H e r g o v i c h (S. 5097)

Spezialdebatte:
I. Teil: Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, und Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5107)
Redner: Manfred Kölly (S. 5107), Wolfgang Spitzmüller (S. 5110), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 5112), Dr. Peter Rezar (S. 5113), Géza Molnár (S. 5115), Werner Friedl (S. 5117), Mag.a Regina Petrik (S. 5120), Markus Wiesler (S. 5122), Mag. Franz Steindl (S. 5124), Ingrid Salamon (S. 5127), Wolfgang Spitzmüller (S. 5129), Mag. Kurt Maczek (S. 5130), Mag.a Regina Petrik (S. 5134), Landeshauptmann Hans Nießl (S.5134), Manfred Haidinger (S. 5138), Ing. Rudolf Strommer (S. 5141), Ewald Schnecker (S. 5144), Gerhard Steier (S. 5147), Mag. Franz Steindl (S. 5149), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 5152) und Wolfgang Spitzmüller (S. 5155)
Annahme der Gruppen 0 und 1 (S. 5155)

II. Teil: Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, und Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5156)
Redner: Gerhard Hutter (S. 5156), Mag.a Regina Petrik (S. 5158), Mag. Johann Richter (S. 5161), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 5163), Wolfgang Sodl (S. 5165), Doris Prohaska (S. 5168), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 5170), Géza Molnár (S. 5173), Mag.a Michaela Resetar (S. 5175), Edith Sack (S. 5177), Markus Wiesler (S.5179), Patrik Fazekas (S. 5181), Kilian Brandstätter (S. 5184), Markus Wiesler (S. 5185), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 5187), Ingrid Salamon (S. 5188), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 5189), Doris Prohaska (S. 5192), Landesrätin Verena Dunst (S. 5193), Christian Illedits (S. 5194), Wolfgang Spitzmüller (S. 5196), Mag. Franz Steindl (S. 5197), Günter Kovacs (S. 5199), Landesrat Helmut Bieler (S. 5201), Markus Ulram (S. 5203), Mag. Kurt Maczek (S. 5206), Gerhard Steier (S. 5207)
Annahme der Gruppen 2 und 3 (S. 5209)

III. Teil: Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, und Gruppe 5, Gesundheit
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5210)
Redner: Manfred Kölly (S. 5210), Mag.a Regina Petrik (S. 5213), Manfred Haidinger (S. 5216), Mag. Christian Drobits (S. 5218), Bernhard Hirczy (S. 5221), Wolfgang Sodl (S. 5223), Manfred Haidinger (S. 5225), Robert Hergovich (S. 5226), Wolfgang Spltzmüller (S.5226), Ilse Benkö (S. 5228), Mag. Christian Drobits (S. 5229), Karin Stampfel (S. 5231), Mag.a Regina Petrik (S.5233), Mag.a Michaela Resetar (S. 5235), Edith Sack (S. 5238), Manfred Haidinger (S. 5240), Markus Ulram (S. 5241), Mag. Kurt Maczek (S. 5244), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 5246), Wolfgang Spitzmüller (S. 5249), Walter Temmel (S. 5251), Kilian Brandstätter (S. 5252), Wolfgang Spltzmüller (S. 5254), Peter Heger (S. 5255) Wolfgang Spitzmüller (S. 5257), Karin Stampfel (S. 5259), Günter Kovacs (S. 5260), Landesrätin Verena Dunst (S. 5261), Mag.a Regina Petrik (S. 5264), Manfred Haidinger (S. 5267), Georg Rosner (S. 5269), Günter Kovacs (S. 5271), Gerhard Steier (S. 5274), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 5276), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 5277), Robert Hergovich (S. 5280)
Annahme der Gruppen 4 und 5 (S. 5282)

IV. Teil: Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5282)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 5282), Markus Wiesler (S. 5284), Georg Rosner (S. 5286), Wolfgang Sodl (S. 5289), Peter Heger (S. 5291), Gerhard Steier (S 5293), Manfred Kölly (S. 5295), Landesrat Helmut Bieler (S. 5298)
Annahme der Gruppe 6 (S. 5300)

V. Teil: Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, Gruppe 8, Dienstleistungen, und Gruppe 9, Finanzwirtschaft
Generalberichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5300)
Redner: Gerhard Hutter (S. 5301), Wolfgang Spitzmüller (S. 5303), Karin Stampfel (S. 5305), Walter Temmel (S. 5306), Wolfgang Sodl (S. 5308), Landesrätin Verena Dunst (S. 5310), Wolfgang Spitzmüller (S. 5313), Wolfgang Sodl (S. 5314), Christian Illedits (S. 5315), Mag.a Regina Petrik (S. 5317), Mag. Johann Richter (S. 5320), Mag. Thomas Steiner (S. 5321), Mag. Christian Drobits (S. 5324), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 5327), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 5331), Géza Molnár (S. 5334), Mag. Christoph Wolf M.A. (S. 5335), Peter Heger (S. 5338), Gerhard Steier (S. 5339), Mag.a Regina Petrik (S. 5341), Ilse Benkö (S. 5343), Mag. Thomas Steiner (S. 5346), Christian Illedits (S. 5349), Manfred Kölly (S.5351), Landesrat Helmut Bieler (S. 5354), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 5357)
Annahme der Gruppen 7, 8 und 9 (S. 5360)
Annahme des ordentlichen Landesvoranschlages für das Jahr 2018 (S. 5360)

VI. Teil: Außerordentlicher Landesvoranschlag für das Jahr 2018
Generalberichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5361)
Annahme des außerordentlichen Landesvoranschlages für das Jahr 2018 (S. 5361)

VII., VIII. und IX. Teil: Stellenplan des Landes, der Sondervoranschläge der Fonds und des Stellenplanes der Landeslehrer
Generalberichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5362)
Annahme des Stellenplanes des Landes, der Sondervoranschläge der Fonds und des Stellenplanes der Landeslehrer (S. 5363)

Durchführungsbeschluss
Generalberichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5363)
Annahme des Durchführungsbeschlusses (S. 5363)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1113), mit dem der 2. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird (Zahl 21 - 785) (Beilage 1126);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5363)
Annahme des Beschlussantrages (S. 5363)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1104) über die Höhe des Tarifs des Wohnbauförderungsbeitrages (Burgenländisches Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz - Bgld. WbfbtG) (Zahl 21 - 776) (Beilage 1127);
Berichterstatter: Mag. Kurt M a c z e k (S. 5364)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5365)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1107) über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz 2017 - Bgld. GwG 2017) (Zahl 21 - 779) (Beilage 1128);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 5365)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5366)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 1110), mit dem das Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz) geändert wird (Zahl 21 - 782) (Beilage 1129);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 5366)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5367)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1102) betreffend EU-Finanzbericht 2015 (Zahl 21 - 774) (Beilage 1130);
Berichterstatter: Peter H e g e r (S. 5367)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 5367)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1103) betreffend Verkehrsdiensteverträge - Schiene (Zahl 21 - 775) (Beilage 1131);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 5367)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 5368)

Bericht des Rechtsausschusses über den 34. und 35. Bericht der Volksanwaltschaft (Beilage 1084) an den Burgenländischen Landtag 2015-2016 (Zahl 21 - 764) (Beilage 1132);
Berichterstatter: Mag. Kurt M a c z e k (S. 5368)
Annahme des Berichtes der Volksanwaltschaft (S. 5368)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1108) betreffend Sicherheit für Bahnreisende (Zahl 21 - 780) (Beilage 1133);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 5368)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5369)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1111) betreffend „Verwaltung NEU denken“ (Zahl 21 - 783) (Beilage 1134);
Berichterstatter: Patrik F a z e k a s (S. 5364)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5370)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1109) betreffend Entwicklung einer „Fahrradstrategie Burgenland“ (Zahl 21 - 781) (Beilage 1135);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5370)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5371)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1116) betreffend „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“ (Zahl 21 - 788) (Beilage 1136);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 5371)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5372)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 977) betreffend Umsetzung Bundes-Tierschutz-Gesetz (Zahl 21 - 686) (Beilage 1137);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 5372)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5372)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5019)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich heute hier zum ersten Tag unseres Budgetlandtages willkommen heißen. Einen schönen Guten Morgen auch den Damen und Herren, die uns von der Zusehertribüne verfolgen und begleiten und auch den Damen und Herren, die uns via Internet heute beiwohnen.

Ich e r ö f f n e die 33. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtlichen Verhandlungsschriften der 31. und 32. Sitzung sind geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie sind unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf entschuldigt.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer Patrik Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 33. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Mittwoch, dem 6. Dezember 2017. Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 21 - 793) (Beilage 1121);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländische Feuerwehrgesetz 1994 und das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert werden (Zahl 21 - 805) (Beilage 1147);

Vom Rechnungshof ist der Bericht betreffend

1. Landesgesundheitsfonds Burgenland und Steiermark (Zahl 21 - 789) (Beilage 1117) eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Brustkrebs-Diagnose (Zahl 21 - 799) (Beilage 1141);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Zahnprophylaxe für Kinder (Zahl 21 - 800) (Beilage 1142);
3. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Markus Wiesler, Wolfgang Spitzmüller und Manfred Kölly auf Fassung eines Beschlusses betreffend eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020 (Zahl 21 - 803) (Beilage 1145);
4. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Verwendungsverbot von Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Glyphosat (Zahl 21 - 804) (Beilage 1146);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Vergabe von Sport- und Vereinsförderungen (Zahl 21 - 794)

(Beilage 1122);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Doppelstaatsbürgerschaften (Zahl 21 - 795) (Beilage 1123);
3. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Missstände in einem sozialpädagogischen Wohnheim im Bezirk Neusiedl am See (Zahl 21 - 797) (Beilage 1139);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 746) betreffend KRAGES (Zahl 21 - 790) (Beilage 1118);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Nießl (Zahl 21 - 748) betreffend Gutachten (Zahl 21 - 791) (Beilage 1119);
3. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 753) betreffend Berater für die Landwirtschaftlichen Fachschulen (Zahl 21 - 792) (Beilage 1120);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 757) betreffend Bedarfszuweisungen an die Gemeinden Deutschkreutz und Bad Sauerbrunn (Zahl 21 - 796) (Beilage 1138);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 762) betreffend Starebekämpfung (Zahl 21 - 798) (Beilage 1140);
6. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 766) betreffend Wohnbauförderung (Zahl 21 - 801) (Beilage 1143);
7. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 767) betreffend Vereine (Zahl 21 - 802) (Beilage 1144);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 – 793, Beilage 1121, und Zahl 21 - 805, Beilage 1147, den Bericht des Rechnungshofes Zahl 21 - 789, Beilage 1117, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 799, Beilage 1141, und Zahl 21 - 800, Beilage 1142, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 803, Beilage 1145, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 804, Beilage 1146, weise ich dem Rechtsausschuss und Agrarausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 794, Beilage 1122, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 795, Beilage 1123, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 797, Beilage 1139, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 790, Beilage 1118, Zahl 21 - 791, Beilage 1119, Zahl 21 - 792, Beilage 1120, Zahl 21 - 796, Beilage

1138, Zahl 21 - 798, Beilage 1140, Zahl 21 - 801, Beilage 1143, und Zahl 21 - 802, Beilage 1144, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Hohes Haus! Herr Landtagsabgeordneter Peter Heger hat aufgrund des § 6 Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetzes, BGBl.Nr. 330/1983, i.d.F. BGBl.Nr. 138/2017 eine Leermeldung abgegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1.Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 11 Minuten mit dem Aufruf der Anfragen.

Präsident Christian Illedits: Die erste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Burgenland sind mehrere Akutordinationen geplant, wobei laut meinen Informationen in den Bezirken Mattersburg und Jennersdorf keine vorgesehen sind.

Warum verhindern Sie in den beiden Bezirken ohne Krankenhaus eine sichere medizinische Versorgung in den Abendstunden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Ich habe mir gedacht, Sie werden diese Frage zurückziehen, nachdem wir das ja in der letzten Landtagssitzung schon besprochen haben, wo ich klar zum Ausdruck gebracht habe, dass wir in allen sieben Bezirken diese Akutordinationen auch anbieten werden.

Wir haben derzeit das Pilotprojekt in Oberwart, das sehr gut läuft. Das hat uns auch ermutigt, diese Idee auf alle weiteren Krankenhäuser und auch auf die zwei Bezirke wo es kein Krankenhaus gibt, nämlich Mattersburg und Jennersdorf, auszudehnen und das werden wir auch tun. Vielleicht nur eine kurze Zahl. Wir haben im Jänner in Oberwart 233 Patientinnen und Patienten gehabt, die von der Ambulanz zu den niedergelassenen Ärzten praktisch übergeleitet werden konnten. Im Februar 210, im März 240, im April 207, im Mai 223, im Juni 243 und im Juli 228 Personen. Also ungefähr im Schnitt so um die 220 Patientinnen und Patienten. Das zeigt aus meiner Sicht auch, wir haben die Evaluierung noch laufen, aber jetzt zeigt sich bereits, dass dieses System auch hervorragend funktioniert.

Es geht hier auch um eine Entlastung der Ambulanzen in den Krankenanstalten. Diese Entlastung erfolgt durch dieses Konzept und Sie können davon ausgehen, ich kenne ja schon Ihre Zusatzfrage, glaube ich zu wissen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein Prophet!)* wie man das finanziert, nehme ich an. Sie können davon ausgehen, dass wir das auch finanzieren werden und dass wir darüber hinaus auch damit gewährleisten, dass unsere Krankenhäuser nicht nur erhalten bleiben, sondern auch in der Konstellation, wie

sie jetzt da sind, mit den zwei Schwerpunkt-Krankenhäusern, jenes in Eisenstadt, jenes in Oberwart und die drei restlichen in Güssing, in Oberpullendorf und in Kittsee, erhalten werden können.

Ich halte es für eine sehr gute Maßnahme, hier in einer Symbiose zwischen den niedergelassenen Ärzten, dem niedergelassenen Bereich, und dem Spitalsbereich hier, diese Akutordinationen anzubieten. Am Beginn war ja die Krankenkassa als Partner auch ein bisschen skeptisch. Aber vor allem war die Ärztekammer skeptisch, weil die Ärztekammer vor allem wollte, dass diese Einrichtungen außerhalb der Krankenhäuser angesiedelt werden.

Jetzt sieht man aber, dass diese Entscheidung in Oberwart, das im Krankenhaus zu machen, in einem separierten Bereich, aber im Krankenhaus zu machen, sich bewährt hat. Ich habe Ihnen die Zahlen gesagt. Das ist für uns eine wirklich gute Nachricht. Wir haben insgesamt damit auch eine Entlastung des Ambulanzbereiches um 70 Prozent, das wurde auch schon in der letzten Landtagssitzung angesprochen, erreicht. Insofern halte ich es für ganz wichtig, dass wir diese Einrichtung auf das ganze Burgenland ausdehnen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat! Ich habe in der letzten Landtagssitzung auch betont, dass wir uns freuen, dass dieses Pilotprojekt erfolgreich ist und auf alle Bezirke ausgedehnt wird. Warum findet sich dann im Budget nicht die Bedeckung Ihrer Zusage?

Sie haben mir gesagt, Sie haben seit Monaten mit der Ärztekammer und mit den Vertretern verhandelt, die sich gleichzeitig beschwert haben, dass Sie Gesprächsverweigerung betrieben haben. Da haben Sie mir dann gesagt, Sie sind ja schon seit Monaten an dem Projekt dran. Jetzt haben Sie Monate Vorlaufzeit und jetzt ist noch immer im Budget nichts dazu bedeckt. Deswegen nun meine konkrete Frage zur Bedeckung.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Wir haben das natürlich im Budget bedeckt - Punkt eins. Punkt zwei, die Verhandlungen mit der Ärztekammer… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo?)* Ich werde es Ihnen gleich sagen, die Ärztekammer und die Gebietskrankenkasse sind hier auch bereit, mit uns gemeinsam zu arbeiten. Sie brauchen sich das Budget nur anschauen, Sie haben ja als ÖVP sehr große Regierungserfahrung in den letzten Jahrzehnten erworben. Sie brauchen sich nur unter der Voranschlagsstelle 1/510008/7430 das anschauen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 390.000!)* 390.000 Euro *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist die Bedeckung?)*

Ja stimmt, das ist von Landesseite die Bedeckung für diese Akutordinationen, mehr brauchen wir nicht, weil wir sind ja hier mit der Ärztekammer und mit der Gebietskrankenkasse… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also bitte, das ist für die Region Neusiedl und Oberwart die Bedeckung, steht in den Erläuterungen!)*

Es ist der Betrag, der für die Akutordination aufgebracht wird und den wir auch im Budget so festgelegt haben und der auch dazu führen wird, dass das Land diese Akutordinationen betreiben kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. So bitte. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Dann sind die Erläuterungen falsch dazu. Dann müssen Sie diese ändern. Entweder stimmen die 390.000 Euro für sieben Akutordinationen nicht oder die Erläuterungen dazu. Dementsprechend kann ich Ihnen das so nicht für bare Münze nehmen.

Eine Zusatzfrage ist für mich ebenso: Wird es Kosten für die Standortgemeinden beziehungsweise für die Ärzte geben, die in dieser Akutordination Dienst versehen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Weil ausgehen kann sich ja das nicht!)*

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Das geht sich aus, es wird keine Kosten für diejenigen, die das in Anspruch nehmen, geben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, Ärzte die dort Dienst versehen und die Gemeinden, die Standortgemeinden? Irgendwer wird ja das bezahlen müssen!)* Kosten für das Land meinen Sie?

Präsident Christian Illedits: So können wir uns jetzt auf eine Fragestunde wieder hinorientieren? Nicht auf ein Zwiegespräch.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ) *(fortsetzend)*: Sie haben gefragt, ob es Kosten für die Ärzte geben wird? Für die Ärzte wird es keine Kosten geben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die werden sich freuen! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Hirczy.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Landesrat! Die Akutordinationen müssen ja für alle Menschen leicht erreichbar sein. Die konkrete Frage für Jennersdorf, und ich hoffe, es gibt hier schon konkrete Vorgespräche und Pläne.

Mit wem werden derzeit Gespräche geführt, in welcher Gemeinde soll ebenso eine Ordination errichtet werden?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Offen gesagt, diese Frage kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten. Es ist nur wichtig, dass in Jennersdorf eine kommen wird, und das habe ich auch zugesagt. Es gibt Verhandlungen, es gibt sehr viele Bewerber für diese Standorte, sowohl in Mattersburg als auch im Bezirk Jennersdorf.

Aber es ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden, in welcher Gemeinde das dann auch ausgerollt und aufgrund der Erfahrungen des Bezirkes Oberwart auch dann im Jennersdorfer Bezirk auf jeden Fall durchgeführt wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Landtagsabgeordneten Ing. Strommer an Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf gerichtet. Gemäß § 31 Abs. 9 GeOLT unterbleibt der Aufruf der Anfrage, da wie bereits erwähnt, Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf für die heutige Sitzung entschuldigt ist.

Ebenso die dritte Anfrage vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller an Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf gerichtet, die ebenfalls gemäß § 31 Abs. 9 GeOLT unterbleibt.

Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Ing. Strommer an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Volksanwaltschaft erhebt schwere Vorwürfe gegenüber einem sozialpädagogischen Wohnheim im Bezirk Neusiedl am See. Bereits vor eineinhalb Jahren wurden Missstände, so die Volksanwaltschaft, aufgezeigt.

Wann wurden Sie erstmals über Missstände im betroffenen Wohnheim informiert?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist eine sehr sensible Thematik, das haben wir auch persönlich schon besprochen, die Vorwürfe haben mich auch persönlich betroffen. Ich habe deshalb auch nicht nur recherchiert, sondern auch die zuständigen Behörden beauftragt, diesen Fall auch restlos zu dokumentieren oder diese Fälle zu dokumentieren.

Ich möchte auch sagen, dass mich das wirklich betroffen gemacht hat, die Vorwürfe die hier im Raum stehen. Es geht in diesem Fall um Kinder, die auch vorher schon schweres durchgemacht haben, aufgrund ihrer familiären Situation. Die Eltern, die nicht in der Lage waren oder in der Lage sind für ihre Kinder zu sorgen, aus verschiedenen Gründen - Drogenmissbrauch, Alkoholmissbrauch, Gewalt, schon auch sexueller Missbrauch innerhalb der Familien.

Also es ist ein Bereich, der mich nicht nur sehr bewegt und ich bin selbst Vater von zwei Kindern und ich möchte mir nicht ausmalen was das heißen würde, wenn das auch meine Kinder betrifft. Also insofern ist es eine sehr wichtige Sache das aufzuarbeiten und auch hier nichts unter den Tisch zu kehren. Ganz im Gegenteil. Volle Aufklärung zu ermöglichen, und diese Aufklärung auch in die Richtung zu ermöglichen, dass erstens so etwas nicht passieren kann und zweitens, dass wir ja auch immer hinschauen und diesen Bereich sehr sensibel behandeln.

Ich persönlich wurde über diese Vorfälle im Herbst des Jahres 2017 informiert, wobei noch kein einziger dieser Vorfälle auch gerichtlich so behandelt wurde, dass es zu einer Verurteilung gekommen wäre oder dass auch die Dinge verifiziert worden sind. Aber trotzdem ist es ganz wichtig auch aus Landessicht dafür zu sorgen, dass so etwas nicht passieren sollte. Ich kann nur sagen, mir wurde erstmals am 19.10. per E-Mail durch die Fachabteilung mitgeteilt, dass es hier einen Anlassfall gibt. Das Land beaufsichtigt im Übrigen 600 Kinder in 37 Einrichtungen.

Ich kann Ihnen das jetzt auch mitteilen, von Seiten der Abteilung wurde mir mitgeteilt, nachdem die Fachaufsicht der Abteilung 6, also das ist die Sozialabteilung, keine systematische Verfehlung in einem Ausmaß feststellen konnte, welche eine Schließung der Einrichtung rechtfertigen würde, wurde eine Besprechung gemeinsam mit den fallführenden Bezirkshauptmannschaften, das sind Eisenstadt, Neusiedl und Mattersburg und der Villa Mia, also der Einrichtung, anberaumt, um Informationsgleichstand herzustellen und die Einrichtung mit den Missständen zu konfrontieren.

Seitens der Fachaufsicht wurde der Wunsch an die Bezirkshauptmannschaften herangetragen, die Gefährder in andere Einrichtungen zu verlegen, um die anderen Kinder auch zu schützen. Als Ergebnis dieser Besprechung ist festzuhalten, dass auf Grund des Vertrauensverlustes alle burgenländischen Bezirkshauptmannschaften sämtliche Kinder sukzessive, und das ist vielleicht das Neue für Sie, in andere Einrichtungen unterbringen möchten. Es wurde seitens der Fachaufsicht auch die Bezirkshauptmannschaft informiert und die Landesregierung auch in der Steiermark im

Falle der Unterbringung der Kinder von der Villa Mia, um verstärkte Präsenz und Kontakt mit den Bezirkshauptmannschaften, um Einrichtungsleitungen ersucht.

Herr Abgeordneter! Vielleicht noch ein paar Informationen speziell zu diesem Fall, ohne dass ich jetzt auch hier Verschwiegenheitspflichten verletze. Bezüglich des behaupteten jahrelangen sexuellen Missbrauchs, welche die Volksanwaltschaft festgestellt haben will, ist festzuhalten, es wurde im Jahr 2016 das Amt der Landesregierung verständigt, und es wurde bekannt, wonach eine sogenannte Grenzverletzung durch einen anderen Jugendlichen vonstatten gekommen sein soll 2016 an die Bezirkshauptmannschaft.

Es konnte allerdings nicht verifiziert werden, ob diese Grenzverletzung damals entsprechend der Behauptung passiert ist und weder die jährliche Kontrolle der Fachaufsicht noch die Kontrolle der Volksanwaltschaft selbst, haben damals im Jahre 2016 Hinweise auf sexuelle Übergriffe erkennen lassen. Diese Fachaufsicht hat dann diesen Fall auch an die Bezirksbehörde weitergeleitet und es ist von einem unbestätigten Einzelfall im Jahr 2016 auszugehen. Sie sehen, ich tu mich mit dem relativ schwer, weil das eine sehr sensible Materie ist, wo ja auch Jugendliche betroffen sind.

Ich bin nur froh, dass wir von unserer Seite aus sagen können, dass erstens alle Kontrollen nicht nur zeitgemäß, sondern auch von der Qualität her getätigt worden sind. Trotzdem ist es natürlich ein Fall, der erstens die Öffentlichkeit aufwühlt, logischerweise, und zweitens der auch einer klaren Aufklärung bedarf.

Ich kann nur versprechen von meiner Seite, dass volle Aufklärung auch in diesem Fall gegeben ist. Aus jetziger Sicht haben die Abteilungen des Landes, sowohl die Bezirkshauptmannschaft als auch die Sozialabteilung richtig gehandelt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Volksanwälte waren am Mittwoch, dem 29. November dieses Jahres, hier im Landtagsausschuss und haben im Vorfeld dieses Ausschusses schon in einer Presseerklärung, unüblicherweise wo sie nur nicht im 2015er und 2016er Bericht in den Medien in den Mittelpunkt gestellt haben, auch einen aktuellen Anlassfall den Medien gegeben, nämlich Sie waren 24 Stunden für die Medien nicht erreichbar, Herr Landesrat.

Hätten Sie hier nicht früher reagieren müssen, um auch die Öffentlichkeit zu informieren?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich war für die Medien jederzeit erreichbar. Nur habe ich keine öffentliche Stellungnahme abgegeben, weil in diesem Fall Sie mich zu Recht kritisiert hätten. Wenn ich eine falsche Stellungnahme abgegeben hätte, hätten Sie zu Recht eine Kritik anbringen können. Ich habe mir ein Bild gemacht mit der zuständigen Fachabteilung, mit den Bezirkshauptmannschaften und dieses Bild hat das ergeben, was ich Ihnen in meiner ersten Beantwortung gesagt habe.

Ich glaube es ist nicht Gefahr im Verzug gewesen, wir haben die notwendigen Maßnahmen gesetzt von Seiten des Landes, um auch möglicherweise weitere Übergriffe zu verhindern. Wir sind in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und mit dem Landeskriminalamt im Burgenland. Ich glaube, dass es ein ganz, ganz wichtiger Schritt gewesen ist auch dafür zu sorgen, dass hier Transparenz herrscht. Aber eine öffentliche

Stellungnahme, medienmäßig, war zu diesem Zeitpunkt aus meiner Sicht nicht notwendig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! In diesem Zusammenhang spricht der Volksanwalt Kräuter, dem ich jeden politischen Verdacht über erhaben erkläre, von einem Gesamtbehördenversagen. Er spricht von einem Gesamtbehördenversagen in der Bezirksverwaltungsbehörde Neusiedl am See und in der Sozialabteilung, wo Sie als politisch Verantwortlicher hier auch die entsprechenden Verantwortungen zu tragen haben.

Sehen Sie dieses Behördenversagen oder sollte sich der Volksanwalt Kräuter das noch einmal ansehen? *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Den letzten Satz habe ich jetzt nicht verstanden?* Sollte sich der Volksanwalt das noch einmal ansehen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Noch einmal. Das ist eine so sensible Materie, dass ich hier auch nicht reißerisch irgendetwas sagen möchte. Aber die Volksanwaltschaft hat mit ihrer Vorgangsweise nicht dazu beigetragen, diesen Fall erstens aufzuklären oder zu kalmieren, sondern sie hat dazu beigetragen, dass hier in gewissen Bereichen auch Kinder betroffen sind, die mit dem gar nichts zu tun hatten, die jetzt stigmatisiert werden, die möglicherweise auch traumatisiert worden sind.

Deswegen habe ich als zuständiger Landesrat auch nicht nur empfohlen, sondern es auch angeordnet, dass auch die Psychologen des Landes in dieses Heim gehen. Und da habe ich nicht nur das Beste über die Vorgangsweise der Volksanwaltschaft erfahren. Aber das steht mir nicht zu, die Vorgangsweise der Volksanwaltschaft zu kritisieren. Ich halte es trotzdem im Sinne der Kinder für - sagen wir so - etwas schlecht, wie die Volksanwaltschaft in diesem Fall vorgegangen ist.

Weil jetzt auch Kinder verdächtigt werden, die mit dem überhaupt nichts zu tun haben. Ein Sechzehnjähriger hat mich angerufen, er möchte Kindergärtner werden, und jetzt glauben alle, er war der, der dort diesen Missbrauchsfall zu verantworten hätte. Also das ist eine Vorgangsweise der Volksanwaltschaft, noch einmal, ohne sie kritisieren zu wollen und zu dürfen, die schon dazu geführt hat, dass hier Kinder, die für diese ganze Geschichte nichts können, auch in einen schlechten Ruf kommen beziehungsweise vielleicht auch für die Zukunft stigmatisiert sind. Man hätte diese Geschichte aus meiner Sicht von Seiten der Volksanwaltschaft anders lösen müssen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich möchte schon anmerken, dass Sie als Bundesminister und ehemaliger Geschäftsführer der SPÖ auf Bundesebene den Umgang mit Medien gewohnt sind und wissen, was es bedeutet, wenn man sich 24 Stunden verschweigt. Nämlich dann reagieren andere. Sie hätten zumindest sagen können, Sie hätten zumindest sagen können, dass Sie das überprüfen.

Sie waren nicht erreichbar, das war der Punkt. Ich möchte Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, der nicht von mir kommt, sondern von Ihrem SPÖ-Kollegen Franz Schnabl.

Der SPÖ-Landesrat in Niederösterreich hat bereits angeboten, dass eine externe Evaluierung der Sozialabteilung in Niederösterreich passiert.

Werden Sie auch einen solchen Schritt andenken?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich denke diesen Schritt so nicht an, aber wir werden diesen Fall überprüfen. Aber ich möchte schon zurückweisen, dass wir keine Stellungnahme abgegeben haben. Die zuständige Sozialarbeiterin des Landes, die für das auch zuständig ist, hat auch öffentlich dazu Stellung genommen, und ich habe am nächsten Tag und am übernächsten Tag, wie Sie mitbekommen haben, auch Stellung genommen. Ich halte diesen Fall für so sensibel, ich sage das jetzt auch ganz offen Ihnen gegenüber, dass man aus diesem Fall kein politisches Kleingeld schlagen sollte. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Sie können mich jederzeit kritisieren, ich bin vieles gewohnt, Eurofighter Stichwort, haben Sie angesprochen, aber in dem Fall lasse ich mich von Ihnen nicht anpatzen. Ich sage Ihnen das ganz offen. Wir haben alles gemacht, um diesen Fall auch innerhalb der Abteilung und innerhalb der Bezirkshauptmannschaften aufzuarbeiten, und wir werden das auch in Zukunft tun. Aber ich lasse mich politisch von diesem Vorfall, der möglicherweise passiert ist, von Ihnen jedenfalls nicht anpatzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Prohaska um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! In den vergangenen Monaten wurde immer davon gesprochen, Kinder mit Defiziten verstärkt in den einzelnen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu integrieren. Das Thema Inklusion wurde intensiv diskutieret.

Welchen Weg wird das Burgenland im Bereich der Inklusion bei den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gehen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Inklusion ist ein Thema, das gerade in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv diskutiert wurde. Inklusion ist eigentlich die Fortsetzung von Integration. In den 90er Jahren wurde schon in den Schulen begonnen, durch entsprechende gesetzliche Grundlagen auf Integration zu setzen. Das wurde Schritt für Schritt auch umgesetzt und in weiterer Folge sprechen wir von Inklusion, nämlich eine Weiterentwicklung der Integration.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir bei unserem letzten Symposium der KindergartenpädagogInnen immerhin 450 KindergartenpädagogInnen begrüßen konnten und dazu einen wirklich äußerst kompetenten Fachexperten, Wissenschaftler, der selbst behindert ist, nämlich Professor Capovilla, der an der Universität in Berlin auch für Integration, für Inklusion zuständig ist und das dort auch lehrt.

Ich darf Professor Capovilla auch zitieren: „Es solle - und das hat er wörtlich gesagt - allerdings dort, wo gemeinsame Erziehung nicht möglich ist, Ausweichmöglichkeiten

geben, als additive Förderung könne dies beispielsweise Nachmittagsunterricht sein. Wichtig ist, dass Behinderte beziehungsweise Kinder mit besonderem Förderbedarf im Alltag Anschluss mit anderen Kindern finden, etwa im Sport oder anderen Gruppen. Es soll ihnen die Möglichkeit zum Vergleich gegeben werden."

Das heißt einfach ausgedrückt, dass es natürlich die Integration geben soll und dass viele Kinder auch integrierbar sind, und die Inklusion im Pflichtschulbereich gelebt wird, aber dass es auch Grenzen der Inklusion gibt. Genau diesen Weg gehen wir im Burgenland, den Professor Dr. Dino Capovilla hier vorgegeben hat.

Warum gehen wir diesen Weg? Weil schon unsere Vorgänger und Vorvorgänger in der Politik, auch schon in den 60er Jahren, zum Beispiel den Mobilen Heilpädagogischen Dienst im Burgenland gegründet haben, den unterstützt haben, und seit dieser Zeit kommen auch in unsere Kindergärten Sonderkindergartenpädagoginnen und Sonderkindergartenpädagogen, Logopädinnen und Logopäden, Musiktherapeuten, Physiotherapeuten und betreuen die Kinder bis zum Schuleintritt. Ich glaube, das ist auch eine sehr wichtige Einrichtung.

Gerade aber in den letzten zehn Jahren haben sich die Entwicklungsauffälligkeiten von Kindern geändert. Es gibt eine deutliche Zunahme von Entwicklungsverzögerungen, Wahrnehmungsproblemen, Verhaltens- und emotionale Auffälligkeiten. Genau dort setzen wir an und genau dort versuchen wir auch, die richtigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen.

Für uns ist auch sehr wichtig, dass zirka ein Prozent der Schüler in Sonderschulklassen untergebracht ist, dass aber die Mehrheit der verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schüler im Pflichtschulbereich untergebracht ist. Dass wir hier die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, mit entsprechenden Pädagoginnen und Pädagogen, die sehr individuell und eben Fördermöglichkeiten auf die Schülerinnen und Schüler mit entsprechenden Auffälligkeiten auch abgestimmt sind.

Dieses Symposium mit unseren KindergartenpädagogInnen hat schlussendlich gezeigt, dass wir sowohl die Integration im Pflichtschulbereich leben, das heißt, die Inklusion leben, und auf der anderen Seite oft mehrfach- und schwerstbehinderte Schüler auch gegeben sind, auch die Sonderschule weiter aufrechterhalten und dort auch ganz gezielt Fördermöglichkeiten für diese Schüler mit Mehrfachbehinderung, mit Schwerstbehinderung auch setzen können und natürlich auch die Möglichkeit bieten, auch ganz im Sinne des Professors, der selbst ein Fall für die Sonderschule war und aus dieser Situation heraus Universitätsprofessor geworden ist. Wer sich diesbezüglich ein bisschen einlesen will, kann ich nur empfehlen, dass er sich mit dieser Persönlichkeit beschäftigt, der behindert ist, als Kind ein Fall für die Sonderschule war, Universitätsprofessor geworden ist und den Weg der Inklusion, glaube ich, sehr gut skizziert hat, und wir gute Rückmeldungen auch von den KindergartenpädagogInnen bekommen haben, was diesen Fachvortrag anbelangt hat.

Also insofern, Inklusion heißt für uns im Burgenland und für den Bildungsbereich, Inklusion im Pflichtschulbereich, soweit das möglich ist, soweit das auch den Schülern etwas bringt, und auf der anderen Seite auch die Sonderschule aufrechterhalten, dort, wo auch viele mehrfachbehinderte und schwerstbehinderte Kinder sind, um mit den entsprechenden Therapiemaßnahmen auch diese bestmöglich zu fördern und zu unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben jetzt sehr genau ausgeführt, wie die Inklusion zum Großteil natürlich in Kinderbetreuungseinrichtungen - sprich Kindergärten - durchgeführt wird, und Sie haben auch angeschnitten, wie das im Bildungsbereich ist.

Wie schaut das aber ganz genau im Schulwesen jetzt aus, nicht nur für körperlich behinderte Kinder und stark geistig behinderte Kinder, wird es weiterhin die Sonderschule geben, aber für Kinder mit mentalen Defiziten, wie kann dort die Inklusion trotzdem weiterhin funktionieren?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Wir haben im Burgenland zirka 24.000 schulpflichtige Schülerinnen und Schüler. Davon haben 876 SchülerInnen einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Das ist gemessen an der Gesamtzahl 3,65 Prozent. Von diesen 876 SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen 194 Schülerinnen und Schüler eine allgemeine Sonderschule. Das ist knapp ein Prozent, was ich bereits vorhin bei der Frage gesagt habe.

Wir haben auch sieben allgemeine Sonderschulen, und das sind eben die Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik. Wir haben sechs angeschlossene Sonderschulklassen und vier Heilstättenklassen. Also genau der Weg, dass man auch die Sonderschule weiter aufrechterhalten soll. Es hat auch Diskussionen gegeben, ob durch die Inklusion alle Sonderschulen aufgelöst werden sollen. Ich betone jetzt noch einmal, diesen Weg wollen wir nicht gehen, und der Herr Professor Capovilla hat hier auch absolut in diese Richtung argumentiert, die wir versuchen, im Burgenland zu gehen.

Auch der nationale Aktionsplan „Behinderung 2012-2020“ sieht vor, dass in Österreich inklusive Modellregionen eingerichtet werden sollen. Auch hier können wir gerne dabei sein. Noch einmal: Die Sonderschule aufzulösen, ist nicht unser Weg, aber im Bezirk Jennersdorf - und das muss man auch sagen - gibt es auch ein „Best practice“-Modell. Im Bezirk Jennersdorf besuchen alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf seit über drei Jahren auch die Volksschule in Jennersdorf. Das funktioniert dort auch sehr gut. Wir haben positive Rückmeldungen.

Aber selbstverständlich gibt es nicht ein generelles Modell, dass alle in die Volksschule gehen können, sondern, wie gesagt, die Sonderschule soll auch aufrechtbleiben, besuchen ein Prozent, aber die meisten sind im Regelschulwesen integriert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche weiteren Maßnahmen werden in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gesetzt, um die Bildungschancen der Kinder im Burgenland zu unterstützten beziehungsweise zu fördern?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Erst gestern ist wieder eine Studie veröffentlicht worden, dass sich die österreichischen Schülerinnen und Schüler im Bereich der Lesekompetenz verbessert haben. Wir können auch zurückschauen, zirka eineinhalb Jahre, als es hier auch Lesetests der 10-Jährigen in

Österreich gegeben hat und dass die burgenländischen 10-Jährigen zu den besten in Österreich beim sinnerfassenden Lesen gehört haben. Ich habe jetzt keine regionalen Ergebnisse, keine bundesländerspezifischen Ergebnisse, aber ich gehen davon aus, dass wir auch im Burgenland weiterhin bei diesen Tests vorne mit dabei sind, weil unsere Pädagoginnen und Pädagogen eine sehr gute Arbeit leisten.

Ein Bereich, den ich unbedingt ansprechen will, das ist natürlich die sprachliche Frühförderung. Es ist für uns ganz wichtig, und da lösen wir auch Gelder des Bundes aus, wo es notwendig ist und wo es möglich ist, nämlich schon im Kindergarten mit dem Erlernen der deutschen Sprache sehr intensiv zu beginnen. Dort, wo es eben notwendig ist, wo die Kinder nicht deutsche Muttersprache haben, gibt es die sprachliche Frühförderung. Dadurch sollen die Kinder zu Beginn der Schulpflicht die Bildungsstandards zur Sprech- und Sprachkompetenz auch beherrschen, und das wird auch im Burgenland in einem großen Ausmaß gelebt.

Der Bundeszuschuss beträgt zirka 670.000 Euro, die Kofinanzierung des Landes 340.000 Euro, und wir machen das in höchster Qualität, nämlich mit Unterstützung der Pädagogischen Hochschule, dass die speziell dafür ausgebildeten KindergartenpädagogInnen in der Pädagogischen Hochschule die Ausbildung bekommen.

Ich darf auch sagen, dass 428 Schüler - und das ist statistisch bewiesen - von 1.270 Schülern konnten dadurch die Bildungsstandards erreichen und mussten nicht mehr in der sprachlichen Frühförderung sein. Es ist sein sehr guter Wert, dass von 1.270, die die sprachliche Frühförderung in Anspruch genommen haben, bis zum Eintritt der Volksschule 428 durchaus diese Kompetenzen und die Bildungsstandards für den Eintritt in der Schule erwerben können. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Das rasche Erlernen - und möglichst schon im Kindergarten - der deutschen Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung für die Integration, die wesentliche Voraussetzung, dass man im Bildungssystem in Österreich, in der Volksschule, dann auch sofort mitkommt und dass man auch durch Transition einen sinnvollen Übergang vom Kindergarten in die Volksschule hier möglichst viel Kompetenzen auch weitergeben kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann! In Ihren Ausführungen zeigt sich Ihr Engagement und wie wichtig Ihnen Inklusion und Integration ist, das nehme ich Ihnen auch ab.

In der Praxis schaut es aber gerade zum Beispiel im Kindergartenwesen anders aus, da müssen ja zurzeit für die Abklärung des Integrationsstatus die Eltern selber für eine Abklärung sorgen. Sie müssen sich selber darum kümmern, eine Diagnose zu bekommen, sogar auf eigene Kosten, das ist doch im Argen. Wie stellen Sie sich das in Zukunft vor, sodass die Abklärung für ein Integrationskind, Integration im Kindergarten hier anders laufen soll?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe davon gesprochen, dass es eben immerhin von Bundesseite 677.000 Euro gibt und das Land macht eine Kofinanzierung von 340.000 Euro. Damit steht immerhin eine Million Euro für die sprachliche Frühförderung zur Verfügung. Wir werden natürlich auch schauen, inwieweit wir in dieses Programm - weil wenn ich eine sprachliche

Frühförderung mache, dann muss es ein Gutachten geben, wer bekommt das und wer soll oder wer hat sonderpädagogischen Förderbedarf, auch das ist im Kindergarten Thema, das ist im Pflichtschulbereich ein Thema, und mein Vorschlag ist, dass man auch von diesen Geldern, von diesen einen Million Euro, weil das heißt ja unter Umständen gar nicht, dass man das ausschöpft, sondern wenn der Bedarf niedriger ist, dann schöpft man die Summe unter Umständen gar nicht aus, dass man genau für diese Gutachten auch diese Gelder verwenden kann, sodass den Eltern weniger Kosten dadurch entstehen, und dafür werden wir uns einsetzen und dazu gibt es auch schon die entsprechenden Gespräche. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Resetar.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich kann Ihre Ausführungen wirklich zu 100 Prozent unterstützen. Ich bin jetzt nur ein bisschen verunsichert, denn auf der einen Seite sagen Sie, dass Sie auch für die Sonderschulen sind. Auf Bundesebene hört sich das aber ein bisschen anders an.

Meine konkrete Frage, weil ja die Bundes-SPÖ eher meint, dass die Sonderschulen abgeschafft werden sollen. Für das bin ich nämlich nicht. Ich habe mit vielen Eltern gesprochen, die schwerstbehinderte Kinder haben und die gemeint haben, dass die Kinder in Sonderschulen besser aufgehoben sind.

Meine konkrete Frage: Auf Bundesseite gibt es von der SPÖ Tendenz, dass diese meinen, die Sonderschulen sollen abgeschafft werden. Wie stehen Sie zu dem?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Grundsätzlich müssen Sie die Bundes-SPÖ fragen, meine Meinung habe ich hier gesagt, nämlich, dass der Professor Capovilla, mit dem habe ich mich sehr intensiv beschäftigt und habe auch Literatur von ihm gelesen und habe ihm aus dem Grund auch eingeladen, er den Weg vorgezeichnet hat. Und das heißt, dass wir auf einem guten Weg sind, dass 3,6 Prozent, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, sonderpädagogischer Förderbedarf haben und ein Prozent sind in der Sonderschule. Was ja genau der Weg ist, dass wir Inklusion im Pflichtschulbereich leben. Das wird auch sehr mit großem Engagement von den Pädagoginnen und Pädagogen gemacht.

Auf der anderen Seite gibt es weiterhin die Sonderschule. Und dann gibt es einen Bezirk, wo alle Kinder auch in die Volksschule gehen. Dort, wo das möglich ist, wo das sinnvoll ist, wie zum Beispiel in Jennersdorf, soll das auch sein. Dort, wo es notwendig ist, dass Kinder eine Sonderschule besuchen, weil eine bessere Betreuung der Kinder mit Mehrfachbehinderung, Schwerstbehinderungen, möglich ist, sollen sie auch die Sonderschule weiter haben. Also das ist unser burgenländischer Weg. Wir haben einerseits die Sonderschule. Natürlich gibt es dann immer wieder Diskussionen und ist das Kind jetzt noch im Bereich der Allgemeinen Pflichtschulen integrierbar, ist die Inklusion dort möglich? Also Diskussionen in dem einen oder anderen Fall wird es immer geben.

Aber aus unserer Sicht und aus burgenländischer Sicht wird die Sonderschule bleiben. Wir werden uns sehr intensiv auch immer wieder mit dem Herrn Professor Capovilla in Verbindung setzen, Universitätsprofessor aus Berlin, der behindert ist, der eigentlich in eine Sonderschule gedrängt werden sollte, dann Universitätsprofessor geworden ist.

Wenn man weitere derartige Persönlichkeiten findet, bin ich gerne bereit, natürlich auch mit denen zu diskutieren. Aber ich glaube, unser Weg, den habe ich klar gesagt, ist Sonderschule bleibt und Inklusion, soweit es geht, soweit es den Schülern auch etwas bringt, soll auch weiter erfolgen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herr Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, M.A. um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im Burgenland haben wir ein reges Sport- und Vereinsleben.

Welche Sport- und Vereinstätigkeiten haben Sie im Jahr 2017 schwerpunktmäßig gefördert?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muss sagen, das Burgenland ist das Land der Vereine und auch des Sports. Wir haben im Burgenland zirka 4.900 Vereine, schwerpunktmäßig Sport, Kultur, Soziales und viele andere Bereiche. Wir haben unabhängig von den Vereinen natürlich auch unsere Feuerwehren als Körperschaft öffentlichen Rechts, die ebenfalls teilweise über Vereinsförderungen, natürlich im kleinen Bereich, mitunterstützt werden.

Wir können ohne Übertreibung sagen, dass es zirka 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländer gibt, die aktiv bei Vereinen tätig sind oder die eben Vereinsmitglieder sind. Grundsätzlich leisten die Vereine eine wirklich tolle und großartige Leistung. Gestern erst hat es auch für verdienstvolle Funktionäre aus dem Bereich des Sports, aber auch verdienstvolle Sportlerinnen und Sportler Landesauszeichnungen gegeben. Es ist immer beindruckend, wie erfolgreich die burgenländischen Sportlerinnen und Sportler sind.

Ich darf auch anführen, dass im vergangenen Jahr 2016 burgenländische Sportlerinnen und Sportler 750 Medaillen bei nationalen und internationalen Wettkämpfen erreichen konnten. Es ist mehr als eine Verdoppelung innerhalb der letzten zehn Jahre. Hier im Burgenland werden mehr als 50 Sportarten betrieben und auch von Seiten des Landes in entsprechender Form gefördert und unterstützt.

Zu den Schwerpunkten ist zu sagen, dass wir 500 Förderfälle im Sport in diesem Jahr gefördert haben und 400 Förderfälle in der Vereinsförderung. Das sind zirka 950 Förderungen an die Vereine. Sportvereine, schwerpunktmäßig auch die Nachwuchsarbeit. Sommerkurse, Trainingscamp, Vereinsausstattung, Einkleidung, Trainingsgeräte. Musikvereine auch ganz wichtig für das Burgenland. Ankauf von Musikinstrumenten, Trachten, Notenständern und so weiter.

Verschönerungsvereine. Anschaffung von Blumen, Dekoration, Ortsbildgestaltung, Jubiläumsaktivitäten. Maßnahmen an Vereinsgebäuden. Also viele Förderschwerpunkte.

Wenn ich bei den Förderschwerpunkten bleibe, dann ist das natürlich der Infrastrukturbereich, den wir gefördert haben. Sportmedizinischer Bereich, leistungsdiagnostischer Bereich, im Bereich des Sports. Hier könnte ich viele konkrete Beispiele anführen. Wir haben unser Budget weitestgehend auch ausgeschöpft und haben eben 950 Förderansuchen positiv beurteilt.

Ich glaube, das Schöne daran ist, wenn ein Verschönerungsverein 500 Euro an Förderung bekommt, dann macht er wahrscheinlich 5.000 Euro davon, nämlich, weil die Vereinsmitglieder die Blumen kaufen, weil sie sie selbst pflanzen, weil sie sie selbst gießen, weil sie selbst das Unkraut jäten und weil sie große Eigenleistungen erbringen.

Jetzt kann man sagen, das ist so ein kleiner Betrag mit 500 Euro, aber sie machen wirklich das Zehnfache daraus. Ich bin wirklich allen Vereinsmitgliedern dankbar, dass so viel Idealismus, so viel Einsatzbereitschaft gegeben ist. Ob es Sport-, Verschönerungs-, Musikvereine, Kulturvereine, Sozialvereine sind, es wird eine großartige Leistung erbracht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Es gibt Gerüchte und Aufregungen betreffend die finanzielle Situation und Vorkommnisse im ASV Siegendorf. Sie haben Bedarfszuweisungen in Höhe von 150.000 Euro für die Errichtung einer Sportstätte oder des Sportplatzes zugesagt.

Welche konkreten Mittel sind dem Verein bereits für das Jahr 2018 zugesagt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dass es bei 4.900 Vereinen bei dem einen oder anderen Probleme gibt, das ist nichts Neues. Sie können jetzt ASV Siegendorf rausnehmen, Sie können auch einen anderen rausnehmen. Es sind Spielbetriebe eingestellt worden. Also insofern, weiß ich ja nicht, welche Turbulenzen, das müssen Sie präzisieren. Sie müssen sagen, was es dort gibt. Bei 4.900 Vereinen kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen, oder bei 950 Förderfällen, die wir haben, dass ich von 950 im Kopf habe, was haben sie bekommen. Da haben Sie eh die schriftliche Anfrage gestellt, stellen Sie bitte noch eine, dann werden wir Ihnen heraussuchen, was die bekommen, wofür sie es bekommen haben, und werden Ihnen von jedem Verein auch erklären, warum das auch der Fall ist.

Ich kann Ihnen nur sagen, andere haben über Bedarfszuweisungen mehr Geld für den Sportbereich als Siegendorf bekommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landeshauptmann, das war nicht wertend, ich wollte nur wissen, ob es bereits zugesagte Förderungen für den ASV Siegendorf gibt.

Zur nächsten Frage. Ich greife das von Ihnen gleich auf und freue mich sehr darüber, wenn Sie mehr Transparenz in die Förderzusagen und in die Förderansuchen im Sportbereich machen wollen.

Wie stehen Sie zu unserem Vorschlag, dass Sie die Ansuchen sowie auch die Auszahlungen und auch die Beiträge quartalsmäßig veröffentlichen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Ich habe überhaupt kein Problem mit der Transparenz. Sie haben eine schriftliche Anfrage gestellt. Die werden wir ganz exakt beantworten. Wir werden dann, wenn wir transparent sind, das werden wir dann in allen Bereichen machen und werden alle Förderungen, die vom Land Burgenland im Sinne der

Transparenzdatenbank rausgehen, ob das Agrarförderungen sind, ÖPUL-Förderungen sind … *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Sind ja eh schon. – Landesrat Helmut Bieler: Nein, nicht mehr.)* Ich sage es nur. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Also wenn, dann machen wir natürlich alle Förderungen, machen wir alle Förderungen und schauen uns das an. Ich habe kein Problem damit, dass der ASV Siegendorf, eine Tribüne oder sonst irgendetwas baut, ein Geld dafür kriegt, oder irgendein anderer Verein. Also im Gegenteil, ich bin ja froh, wenn Infrastruktur im Burgenland entsteht, wir sind Förderstelle und das heißt in der Regel, dass die Hauptlast nicht beim Land liegt, wir betreiben nicht die Infrastruktur, sondern wenn heute ein Verein oder eine Gemeinde sagt, wir errichten Infrastruktur, dann gehen dort ein gewisser Prozentsatz an Förderungen hin.

Aber die Hauptlast dieser Förderung hat der Verein zu tragen und hat die Gemeinde zu tragen. Wir leisten einen kleinen Beitrag. Es ist mir bis jetzt kein Fall bekannt in den 17 Jahren, seit ich Landeshauptmann bin, dass man irgendwo eine Überförderung gehabt hätte. Im Gegenteil, die Vereine sagen alle, das kostet mir Hunderttausende Euros, wenn ich meine Sportinfrastruktur herrichte, und das Land Burgenland fördert es jetzt mit einem Prozentsatz von 20 Prozent, oder von 30 Prozent, und dann sind wir schon ziemlich weit oben.

Das muss man so sehen, dass die Hauptlast der Investitionen vom Verein, von den Gemeinden gemacht wird, und wir sind Förderstelle und unterstützen das und das zu einem Betrag, der deutlich unter den Kosten der Gemeinde und unter den Kosten des Vereines liegt. Aber wir helfen dadurch mit, eine moderne Sportinfrastruktur im Burgenland zu errichten. Ich könnte Ihnen jetzt eine ganze Latte aufzählen, was die Gemeinden an Bedarfszuweisungen für die Sportinfrastruktur bekommen. Aber das X-Fache investieren müssen, damit die Jugend, damit die Vereine eine ordentliche Infrastruktur haben. Und dass es bei 4.900 Vereinen einmal ein Problem gibt, werden wir natürlich auch nicht vermeiden können.

Ich wünsche mir das nicht, ich wünsche, dass alle Gemeinden solide finanziell dastehen. Ich könnte Ihnen wahrscheinlich noch mehr Vereine sagen, wo es finanzielle Probleme gibt, aber die Mehrheit steht auf einem guten finanziellen Fundament. Probleme sind da, um gelöst zu werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Salamon.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben uns schon erklärt, dass wir wirklich das Land der Vereine sind, die sehr wichtig für unsere Gemeinden sind. Ich glaube, dass sich alle Bürgermeister natürlich anstrengen und die ehrenamtlichen Vereinsfunktionäre, und es gibt ja nicht nur Herausforderungen, die finanzieller Seite sind, sondern auch anderer Seite.

Ich hätte jetzt eine Frage: Welche Maßnahmen werden von Seiten des Landes Burgenland gesetzt, um unsere ehrenamtlichen Vereinsfunktionäre bei diversen Anfragen oder Fragen oder Anliegen zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich darf vielleicht jetzt gegen Jahresende sagen, dass fast 100 Bürgermeister, sagen wir 90, da bin ich auf der sicheren Seite, zirka 90 Bürgermeister im Laufe des Jahres bei mir im Büro waren, um über ihre Projekte und Vorhaben zu sprechen.

Es waren viele dabei, wo ganz einfach die Sportinfrastruktur ein wichtiger Punkt war, wie man die Sportinfrastruktur verbessern kann, wo die Gemeinden auch wesentliche finanzielle Beiträge leisten. Das ist einmal das Eine, dass man einmal persönlich den Kontakt hat, und dass man mit 90 Bürgermeistern persönlich redet. Es waren viele Vereinsvertreter auch mit dabei. Zu den 90 Bürgermeistern kommen auch Vereinsobleute, die ebenfalls bei den Sprechstunden sind, sodass ich in den Gemeinden deutlich über 100 Termine, Sprechtagstermine im Laufe des Jahres gehabt habe, und viele, ich sage einmal, Millionen Euro, für wichtige Projekte auch von Seiten der Bedarfszuweisungen und der Förderungen zur Verfügung gestellt werden.

Ganz wichtig ist jetzt auch, und ich finde das auch für eine wichtige Entscheidung, die es in Österreich gar nicht gibt, das ist unser Vereins- und Sportombudsmann. Wir haben als einziges Bundesland einen Vereins- und Sportombudsmann. Wir haben uns bewusst einen Rechtsanwalt genommen. Und nicht gesagt, wir implementieren einen Mitarbeiter, der rechtliche Auskunft gibt. Das Veranstaltungsgesetz, das Steuerrecht und viele andere Bereiche sind so komplex, dass man wirklich einen Experten braucht.

Mag. Wolfgang Rebernig hat hier schon viele Anfragen und auch Gespräche geführt und auch Probleme im Sinne der Vereine gelöst. Vereinsgründungen und Vereinsauflösungen sind die Probleme, die Vereine haben, die hier angesprochen wurden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch das ist alles Gegenstand des Vereins. Beim Vereins- oder Sportombudsmann werden wir auch eine gute Bilanz legen können. Nämlich, wieviel Anfragen, wieviel Problemlösungen es dadurch gegeben hat, dass wir mit dem Sport- und Vereinsombudsmann einen fundierten Rechtsanwalt verpflichtet konnten, der den Vereinen in kompetenter, unbürokratischer Form Auskunft gibt, der Sprechtage in den Bezirken macht. Auch das ist geplant, dass er in die Bezirke geht und die Vereine sich dort an ihn wenden können. Er ist auch telefonisch erreichbar. Insofern ist das, meiner Meinung nach, eine sehr gute Einrichtung, die es österreichweit noch nicht gibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die siebente Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack an Frau Landesrätin Dunst gerichtet. Ich bitte daher die Frau Abgeordnete Sack um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

†Abgeordnete Edith Sack (SPÖ)|: Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Frauen arbeiten heute häufig in Niedriglohnbranchen. Welche Maßnahmen setzen Sie, um hier gegenzusteuern?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungskollegen! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren, die Sie heute die Landtagssitzung verfolgen. Meine Damen und Herren, natürlich hier im Hause! Zunächst einmal ist es natürlich immer die Frage im Verlaufe eines Frauenlebens, wenn die Entscheidung ansteht, welchen Beruf möchte ich ergreifen? Wo verdiene ich etwas? Wo habe ich eine gesicherte Chance, ein Leben lang doch eine Arbeit zu finden?

Das ist natürlich sehr wichtig und ich denke, dass wir für die Frauen alle das Gleiche wollen, nämlich, dass Frauen im Burgenland ein selbstbestimmtes Leben dementsprechend leben können, dass sie Entscheidungs- und Handlungsfreiheit haben, aber vor allem, dass sie auch die richtigen Lebensentscheidungen treffen. Dazu gehört

natürlich auch die Berufswahl, denn es ist natürlich so, wie Sie richtig gesagt haben, weil es auch viele Frauen gibt, die in Niedriglohnbranchen arbeiten.

Das hat natürlich oft auch schon mit ihrer Berufswahl zu tun. Aber, vor allem in der Branche, in der sie arbeiten, wo einfach manche Branchen sehr niedrig entlohnt sind - zum Unterschied von anderen. Das sind eher die frauentypischen Branchen, wo Frauen, wo Mädchen sich nach wie vor sehr stark dafür entscheiden. Denn, die Klarheit ist, wenn man das gegenüberstellt, die verschiedenen Branchen und die dazugehörigen Einkommen, dann muss man schon festhalten, dass im technischen Bereich mehr Geld zu verdienen ist. Da ist natürlich auch noch Handlungsbedarf gegeben.

Prinzipiell hat es für mich als Frauenlandesrätin natürlich höchste Priorität, dass wir im Burgenland Frauen in Beschäftigung bringen. Ich bin natürlich sehr froh darüber, dass wir in den letzten Jahren verschiedene Förderungen seitens der EU - sicherlich auch kofinanziert durch das Land - möglich gemacht haben, dass wir einen unglaublichen Boom an immer mehr Frauen und an einer ständigen Steigerung der Frauenerwerbsquote im Burgenland haben.

Zurzeit darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, sagen, dass wir 104.737 Beschäftigte haben. Das sind wieder um 2,1 Prozent mehr, als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Davon sind 48.851 Frauen beschäftigt. Das sind wieder mehr um 2,8 Prozent mehr, als im Vorjahr. Gott sei Dank gilt das auch für die Arbeitslosigkeit. Jede arbeitsloste Frau oder jeder arbeitslose Mann sind eine oder einer zu viel, das ist keine Frage. Aber, ich bin sehr froh, dass wir in einem Land leben, wo, Gott sei Dank, die Arbeitslosigkeit sehr stark zurückgeht.

Das betrifft auch die Frauen. Nämlich, ganz konkret ist eine Abnahme der Frauenarbeitslosigkeit um 6,8 Prozent mehr zu verzeichnen, als im Vorjahr. Das heißt, mehr Frauen in Beschäftigung, weniger Frauen die arbeitslos sind als je zuvor. Da sind wir mit der Frauenbeschäftigung natürlich auch ein Vorzeigeland in Österreich.

Ich bin sehr froh, und gerade Ihnen als Frauen- und Familiensprecherin muss ich auch nicht sagen, dass hier auch natürlich wie oft von unserem Herrn Landeshauptmann schon hier zitiert damit eng zusammenhängt, die Kindergarten- beziehungsweise die Kinderkrippenentwicklung, wo wir auch österreichweit an erster beziehungsweise im Kinderkrippenbereich an zweiter Stelle stehen.

Aber, wir uns auch sehr gut im Bereich für Sechs- bis Zehnjährige, in der Volksschule, in der Nachmittagsbetreuung, entwickeln. Das hat natürlich auch mit der ständigen Erwerbsquote der Frauen zu tun. Was natürlich auch wichtig ist, denn Sie haben auch die Niedriglohnbranche angesprochen, dass wir Frauen in Beschäftigung bringen, aber auch wenn sie in Beschäftigung sind, da gibt es auch gute EU-Projekte, vor allem im ESF-Bereich, die dazu wirken und sehr gut wirken, dass Frauen sich höher qualifizieren können.

Wir haben hier sehr viele Bereiche. Der Herr Landesrat Mag. Darabos ist hier hauptsächlich zuständig. Ich habe mit ihm das so ausgemacht, dass ich auch 2,4 Millionen Euro vom ESF habe. Für innovative Maßnahmen, denn da geht es um ein in den Arbeitsmarkt integrieren, um sich dann über die Qualifizierungsschiene vom Kollegen Landesrat Mag. Darabos noch höher qualifizieren zu können. Das ist sehr wichtig. So kann man Frauen aus der Niedriglohnbranche herausholen und das ist wichtig.

Das, was im Burgenland auch sehr gut funktioniert, sind - auch zum Unterschied von anderen Bundesländern - die Gründerinneninitiativen. Hier habe ich bereits die 7. Gründerinneninitiative laufen und das funktioniert auch sehr gut. Aber, ich lege Wert

darauf, dass wir über den Europäischen Sozialfonds an jene Partnerorganisationen, die sich diese Gelder holen, auch darauf achten, dass wir mindestens ein Jahr Frauen, wenn sie gründen, in Begleitung haben, wir Businesspläne und ganz klare Zukunftschancen anschauen, mit welcher Gründung kann ich überleben und mit welcher nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch hier nur ein Vergleich, denn während beispielsweise im Burgenland von den Männern 216.500 Gründer sind, sind es bei den Frauen 1.277 Gründerinnen. Das hat aber auch damit zu tun, dass natürlich gerade im Südburgenland viele auch aus der Arbeitslosigkeit oder aus Niedriglohnbranchen dann gründen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wie Sie richtig gesagt haben, können in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen höhere Einkommen erzielt werden. Das wirkt sich natürlich dann auch auf die Pension aus. Was haben Sie angedacht, wie Sie mehr Frauen in technische Berufe bringen können?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Klar ist, so wie Sie sagen und ich habe es auch vorher schon erwähnt, dass es in naturwissenschaftlich oder in technischen Bereichen eine höhere Entlohnung gibt. Natürlich dürfen Sie nicht vergessen, dass dieses Thema, und ich will da nichts schönreden, sehr wohl aber auch was die Frauenbeschäftigung im Burgenland anbelangt, wie auch in anderen Bundesländern, eine doch relativ hohe Teilzeitbeschäftigung in sich birgt.

Wenn ich jetzt in den naturtechnischen oder in den wissenschaftlichen Bereich gehe, dann habe ich hier sicherlich die Chance, dass ich nicht teilzeitbeschäftigt sein muss. Ich habe auch hier mit der Arbeiterkammer, bei der ich mich sehr herzlich bedanke, viel Zusammenarbeit, denn wir begleiten auch die Frauen, ob diese dann auch wirklich freiwillig teilzeitbeschäftigt sind.

Wir haben hier doch ein Drittel der Frauen, die vor allem natürlich im Textilbereich, im Verkaufsbereich arbeiten, dass die das unfreiwillig machen. Daher ist für die Frauenerwerbsquote vor allem die Ausbildung bei Mädchen so wichtig. Daher ist ein Drittel meiner Arbeit im Frauenreferat auf die Mädchen fokussiert, wo es darum geht, sie rechtzeitig zu begleiten, damit sie in ihrem Horizont auch haben, ich kann als Mädchen - genauso wie die Burschen - einen Beruf im Sozialbereich machen oder ich kann in den technischen Bereich gehen.

Hier gib es Projekte vom Frauenreferat und von mir schon ab dem Kindergarten, dass wir sie rechtzeitig auch in diese Schiene bringen. Da bin ich sehr froh darüber, dass es natürlich langsam aber sukzessive aufwärtsgeht. Das heißt, die Erhöhung des Frauenanteils in technischen Berufen ist notwendig, denn obwohl die Burgenländerinnen hier zu über 60 Prozent ein Studium abschließen, arbeiten bei den Lehrlingen die Mädchen nach wie vor in den typischen Mädchenberufen.

Trotzdem ist beispielsweise in den HTL Schulen im Burgenland, aber auch bei den höheren technischen Studien mit ohne Abschlüssen eine Zunahme bemerkbar. Ich möchte nur noch einmal betonen, zehn Projekte pro Jahr von der BIBI-Messe bis zum Roberta-Cup und so weiter bis zu Fitprogrammen, Frauen in Technik, gibt es hier sehr viel Arbeit für das Frauenreferat und für viele NGOs, die uns hier begleiten. Da ist jeder Euro

wichtig und richtig eingesetzt, denn das ist wichtig. Der Girlsday mini und so weiter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Landesabgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Dankeschön. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Momentan wird über eine Einstellung der Aktion 20.000 diskutiert. Was würden solche Maßnahmen für die burgenländischen Frauen bedeuten?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Da muss ich ganz klar sagen, dass die SPÖ hier sowohl auf Bundesebene, aber auch auf Landesebene natürlich immer wieder Akzente für die Menschen in Österreich, für die Frauen im Burgenland, gesetzt hat. Dazu möchte ich zwei Initiativen herausheben, die natürlich Frauen sehr stark helfen, Frauen im Burgenland genauso wie Männern.

Aber, Sie haben mich konkret um Frauen gefragt. Die erste Aktion ist die Aktion 20.000. Ich bin sehr froh, dass es hier von der SPÖ im Parlament ausging, dass wir es geschafft haben, vor der Auflösung durch den Herrn Kurz, dass wir diese Aktion 20.000 geschafft haben, denn da geht es um arbeitslose Frauen und Männer und da geht es darum, langzeitarbeitslose Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wissen Sie, ich finde es ewig schade, dass ich jetzt immer wieder entnehme, dass die ÖVP auf Bundesebene überlegt, diese Aktion 20.000, die jedem einzelnen mit 50+ Männer und Frauen, und das sind über 3.000 Menschen im Burgenland, die betroffen sind, dass man das zurücknimmt.

Ich kann das überhaupt nicht akzeptieren und da werden sich die Menschen sicher auch dagegen wehren. Warum? Dazu sage ich Ihnen ein Beispiel: Alleine seit Juli haben in der Modellregion Oberwart 46 Menschen 50+ wieder angefangen zu arbeiten.

Ich glaube, da kann sich die ÖVP nicht vorstellen, was das für einen Menschen bedeutet, der ein Leben lang arbeitet und dann über 50 ist, seine Arbeit verliert, dass man dann ihn wieder in Arbeit bringt und sagt, du bist nichts mehr wert.

Liebe ÖVP! Ich darf Euch wirklich auffordern, überlegen Sie sich das noch, ob Ihr jetzt türkis oder schwarz heißt - es ist mir auch egal, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* aber schaut bitte, schadet den burgenländischen arbeitslosen Menschen ab 50+ nicht, denn das geht nicht, das wollen wir nicht dagegen und dagegen wehren wir uns auch. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Unruhe bei einigen Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: So, ich bitte um Ruhe. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Resetar. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Alex! Alex! – Landeshauptmann Hans Nießl: Er fühlt sich nicht angesprochen. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im Zuge der Schließung des Triumpf-Werks in Oberwart wurde von der Firma Triumpf eine Stiftung gegründet. Sie haben gemeinsam mit dem Landeshauptmann - medial wirksam - eine Unterstützung von 200.000 Euro zugesagt. Wurde dieses Geld bereits in voller Höhe überwiesen? Ja oder Nein?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Walter Temmel: Ja oder Nein?)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Ja oder Nein?)* Jetzt darf ich gleich noch einmal das Thema aufgreifen, weil ich vorhin nicht fertig sagen konnte, dass Ihre ÖVP auf Bundesebene ja auch den Beschäftigungsbonus, der uns im Burgenland massiv hilft, abbringen will, ja wegschieben ist gut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie haben die Hauptverantwortung. *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Ja oder Nein? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wissen wir!)* Nehmen Sie die Verantwortung für arbeitslose Menschen genauso wahr. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da sind Sie aber die Chefin!)* Ja, da ist die ÖVP noch gut, denn bei Erfolgen sind sie groß da und wenn es dann darum geht, dass sie Menschen schaden wollen.

Ich fordere Sie deshalb auf, schieben Sie es wieder weg. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da sind Sie aber die Oberchefin! Das können Sie am besten!)* Aber, ich nehme an, dass uns alle, die zuhören, das auch hören, wie Sie da die Schuld von sich schieben wollen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der ist schuld! Der ist schuld! Der ist schuld! Das können Sie hervorragend.)* denn wir brauchen diese Aktion 20.000 und wir brauchen den Beschäftigungsbonus.

Sie, Frau Abgeordnete, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Frau Landesrätin! Das können Sie gut. - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ja oder Nein? Sie brauchen nur mit Ja oder Nein antworten.)* haben die Maßnahmen zur Unterstützung der Firma Triumpf angesprochen. Dort war genau das gleiche. Ich bitte, die Ruhe zu bewahren! Lassen Sie mich ausreden!

Präsident Christian Illedits: Die Frau Landesrätin Dunst ist am Wort. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie soll einfach die Frage beantworten. Verantwortung übernehmen!)* Sie können sich dann wieder zu Wort melden. Herr Abgeordneter Steiner! Sie haben heute noch oft die Möglichkeit, Ihre Meinung zu äußern.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Ich verstehe, dass Sie nervös sind, *(Abg. Maga. Michaela Resetar: Nein!)* denn Sie stehen hinter diesen Betrieben, die wegen der Gewinnmaximierung ihre Produktion wieder irgendwo nach Indonesien verlegt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schieben Sie die Verantwortung hier nicht weg! Sagen Sie Ja oder Nein!)* Sie unterstützen diese Betriebe und deswegen haben Frauen ihre Arbeit bei der Firma Triumph überhaupt verloren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ganz konkret, weil Sie von medialer Aufmerksamkeit reden. Na klar, denn wir haben nicht zugeschaut, als das bei Firma Triumph passiert ist. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ja oder Nein? Ja oder Nein?)* Wir sind hingefahren und haben gefragt, wie schaut das aus? Klar gibt es hier Gelder, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Danke! Passt!)* klar halten wir uns an die Zusagen, weil es darum geht, dass diese Stiftung überhaupt möglich ist. Durch diese Stiftung haben wir viele Frauen wieder in Beschäftigung gebracht.

Ich hoffe, Sie haben sich um die genauso gekümmert, wie ich, weil Sie stammen ja aus dem Bezirk Oberwart. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Sehr wohl! Der Bürgermeister Rosner hat …)* Ich habe mich darum gekümmert, nicht nur, dass es dort weitergeht, sondern ich habe nachher auch noch ein Projekt Triumph 54+ gemacht. Ich glaube, die Frauen wissen das auch zu schätzen. Gott sei Dank, Herr Landeshauptmann, haben wir dort nicht zugeschaut, sondern gehandelt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich danke auch Dir dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Auf einmal ist der Herr Landeshauptmann noch schuld!)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1106) über den Nachtragsvoranschlag 2017, (Zahl 21 – 778) (Beilage 1124)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend der Beschlussantrag, Beilage 1106, über den Nachtragsvoranschlag 2017, Zahl 21 - 778, Beilage 1124.

General und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer auf den Zuhörertribünen!

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, über den Nachtragsvoranschlag 2017, in seiner 9. Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017 beraten.

Gemäß § 41 Abs. 2 GeOLT wurde beschlossen, Frau OAR Ursula Fercsak, Abteilung 3, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt. Der Landesvoranschlag für das Jahr 2017 sieht nun mehr im ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je Euro 1.125.981.700,00 vor. Es ergibt sich demnach ein unveränderter Abgang im ordentlichen Haushalt in der Höhe von Null Euro.

Im außerordentlichen Haushalt sind Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je Euro 34.381.400,00 vorgesehen. Es ergibt sich somit ein ausgeglichener außerordentlicher Haushalt.

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2017 sieht nun mehr in der Fondsgebarung Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je Euro 6.967.600,00 vor und ist ausgeglichen. Der Gesamtabgang des Landesvoranschlages für das Jahr 2017 beträgt demnach Null Euro.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Dem Nachtragsvoranschlag 2017 wird zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf den Tribünen oder an den Fernsehgeräten! Ein wichtiger Tag, zwei Tage, wo wir über ein Budget und dergleichen mehr diskutieren können. Jedoch, gleich vorausgeschickt, dass es auch immer wieder Diskussionen geben wird und

muss, wenn man ein Budget überschreitet beziehungsweise auch die Möglichkeit hat, hier einige Umschichtungen vorzunehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, bevor ich auf diese Daten eingehe, möchte ich ein klares Wort an der ganzen Situation verlieren, wo wir immer mit Eckdaten und Finanzen und Wirtschaftssituationen im Burgenland konfrontiert sind. Ich verstehe auch, wenn die Regierung das so sieht und die Opposition das natürlich anders sieht.

Aber, auch die ÖVP ist lange genug in der Regierung gesessen und hat eigentlich das gleiche Spiel dann mit der Opposition gemacht, wie es von ihr jetzt gemacht wird. Denn, eines ist klar, dieser Rechenabschluss, oder Nachtragsvoranschlag, nicht Rechenabschluss, sondern Nachtragsvoranschlag, wird beschlossen werden. Mit der Mehrheit der in der Regierung vertretenen Parteien.

Aber, auch wir, seitens der Bündnisliste Burgenland, haben uns lange damit befasst und sagen, ja, wir werden diesmal auch zustimmen, weil hier in diesem Land vieles bewegt wurde. Da muss man klar und deutlich eines schon voraussetzen, dass wir uns natürlich auch Gedanken gemacht und uns intensiv mit einem Nachtragsvoranschlag befasst haben.

Ich habe bei jeder Rede und jedes Jahr immer das gleiche auch immer wieder erwähnt, es wäre die Möglichkeit auch bestanden, umzuschichten. In Deutschkreutz wird umgeschichtet, braucht keinen Nachtragsvoranschlag, funktioniert auch. Aber, jetzt ist es so im Lande und daher, lieber Herr Landesrat Bieler für Finanzen zuständig, muss ich dazu sagen, ist immer die Bemühung da gewesen, immer geschaut, dass die Finanz kein Desaster wird, sondern schlussendlich auch, dass wir gemeinsam hier einen Weg gehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte nur ein paar Eckdaten zur Wirtschaftssituation des Burgenlandes noch verwenden. Ich sage einmal, dass Bruttoregionalprodukt des Burgenlandes liegt derzeit bei rund acht Milliarden Euro. Das entspricht einem Anteil von etwa mehr als zwei Prozent des gesamten österreichischen BIPs.

Mit einem Bruttoregionalprodukt pro Kopf von etwa 28 Millionen Euro hat das Burgenland nach wie vor die niedrigsten Werte aller Bundesländer. Allerdings ist in den vergangenen zehn Jahren, das habe ich vorher erwähnt, das Bruttoregionalprodukt des Burgenlandes - hinter Vorarlberg - am schnellsten gewachsen. Da muss man auch gratulieren dazu, aber, da haben wir alle gemeinsam, mit der Bevölkerung selbstverständlich, dazu beigetragen, die Gemeinden und natürlich auch die öffentliche Hand, was wir heute schon gehört haben, mit Unterstützung.

Ich glaube, wenn sich die ÖVP heute hierherstellt und so tut, was der Herr Landeshauptmann hier an Bedarfszuweisungen vergeben kann, das hat es früher bei der ÖVP Regierungsbeteiligung auch gegeben. Wenn man da gefragt hat, hat es auch geheißen, das geht euch im Prinzip gar nichts an. Daher fordern wir immer wieder, dass man auch eine Möglichkeit hat, in die Regierungsbeschlüsse Einsicht zu nehmen und dergleichen mehr.

Das wurde damals seitens der ÖVP und der SPÖ Regierung abgelehnt und es wird natürlich hier auch schwierig sein, seitens der SPÖ und FPÖ Regierung hier Einsicht zu bekommen. Aber, wir arbeiten daran, denke ich, und vielleicht schaffen wir es, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, in nächster Zeit, auch hier einen gemeinsamen Weg zu finden.

Man braucht nichts verheimlichen, man braucht nichts verstecken. Das ist immer die Devise einer Regierung auch. Insgesamt stieg die Wirtschaftsleistung des

Burgenlandes nominell um mehr als 40 Prozent. Auch eine positive Zahl, die man natürlich positiv sehen kann und muss, weil es so ist.

Allerdings weist das Burgenland nach wie vor eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosenrate auf. Im Jahr 2016 lag der burgenländische Wert hinter Wien und Kärnten an dritter Stelle. Die Arbeitslosenrate lag bei etwas mehr als neun Prozent.

Es ist schon erwähnenswert, dass wir viel im Burgenland gemacht haben. Aber trotzdem müssen wir immer wieder dranbleiben und immer wieder gemeinsam, und ich sage immer das Gemeinsame schaffen und nicht parteipolitisch zu denken, den Weg zu gehen, dass wir Arbeitsplätze schaffen und unterstützen. Das kann nur gemeinsam gehen. Jetzt komme ich wieder auf die Gemeinden und auf das Land zurück, wo wir einen Weg finden müssen, der auch finanziell tragbar ist. Das ist ja gar keine Diskussion.

Ich glaube, da müssen wir noch sehr viel daran arbeiten. Diese Entwicklung hat sich im heurigen Jahr speziell sehr stark verbessert, aber wir dürfen uns nicht niedersetzen und zurücklehnen, sondern wir müssen wirklich daran arbeiten. Im November 2017, zum Beispiel, meldete das AMS Burgenland einen neuen Rekord mit 103.000 Beschäftigten und wies darauf hin, dass das Burgenland mit minus 9,1 Prozent beim Abbau der Arbeitslosigkeit weiterhin über dem Bundesschnitt liegt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich muss dazu sagen, in diesem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die statischen Erfassungen der Beschäftigungsdaten durch den Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfolgt. Erfasst werden alle Personen, deren Beschäftigungsverhältnis aufrecht ist, zuzüglich sonstiger in die Krankenversicherung einbezogener Personen. Was heißt das? Ebenso zählen freie Dienstverträge zu den unselbständigen Beschäftigten. Geringfügig Beschäftigte werden bei den unselbständigen Beschäftigten nicht erfasst. Gezählt werden Beschäftigungsverhältnisse und nicht beschäftigte Personen. Darüber muss man auch einmal nachdenken. Daraus ergibt sich, dass bei der Angabe von 103.000 Beschäftigten im November 2017 im Burgenland nicht davon ausgegangen werden kann, dass 103.000 Personen eine Arbeitsstelle haben, sondern dass insgesamt 103.000 Beschäftigungsverhältnisse sowie freie Dienstverträge über die Sozialversicherungsträger erfasst werden.

Trotzdem ist das sehr positiv, darüber gibt es gar keine Diskussion, aber auch das dürfen und müssen wir anmerken, dass man auch das einmal diskutiert hat. Vielleicht ist das für den einen oder anderen, der sich noch nicht mit dem auseinandergesetzt hat, ein Andenkprozess.

Nun aber zum Voranschlag 2017. Wir haben seitens der Bündnisliste Burgenland bereits im Dezember 2016 zum Landesvoranschlag 2017 festgestellt, dass die Sozialkosten weiterhin dramatisch ansteigen. Die Schuldensituation des Landes sich hingegen nur auf dem Papier besser würden.

Ich möchte dazu sagen, dass logischer weise durch die Integration und durch die Asylwerber und dergleichen mehr, doch einiges an Mehrkosten, oder speziell im Gesundheitsbereich vieles passiert ist und noch vieles passieren wird. Daher müssen wir jetzt schon, wenn wir dann die Debatte mit dem Budget haben, auch darauf hinweisen, dass man auch dementsprechende Gelder zur Verfügung hat oder zur Verfügung stellen muss.

Deutlich erkennbar ist, zum Beispiel, die Zuführung und Entnahme aus Rücklagen. Bereits aus dem Gesamt-Voranschlag wurde ersichtlich, dass Einnahmen aus Rücklagen in der Höhe von 26,5 Millionen Euro geplant waren, allerdings lediglich Rücklagen in der

Höhe von 331.000 Euro gebildet werden sollen. Wir haben immer die Frage gestellt, wo der finanzielle Spielraum für die Zukunft bleibt, wenn keine neuen Rücklagen gebildet werden und damit das Budget bis auf den letzten Cent ausgehöhlt wird?

Noch einmal, wir werden das diskutieren zwei Tage lang und werden auch darauf hinweisen. Obwohl ich auch beim Budget, das habe ich heute schon über die Medien verlautbaren lassen, in einigen Punkten sehr wohl mitbeschließen werden und dann schlussendlich am Ende des Tages schauen, welche Diskussionen herauskommen und vielleicht doch das eine oder andere sich ändern kann. Aber, im Großen und Ganzen glaube ich, sind wir im Burgenland ganz gut unterwegs.

Ich denke, dass ich jetzt zum Nachtragsvoranschlag mit ein paar Zahlen auch der Bevölkerung, aber auch via Fernsehen einiges erläutern kann. Der Nachtragsvoranschlag 2017 sieht im ordentlichen Haushalt eine Erhöhung von 23 Millionen Euro vor. Somit ergibt sich inklusive Nachtragsvoranschlag ein ordentlicher Haushalt für das Jahr 2017 von 1.125.981.700,00 Euro, im außerordentlichen Haushalt eine Erhöhung von rund 400.000,00 Euro auf sodann 34.381.400,00 Euro.

Insgesamt beträgt der burgenländische Haushalt somit dann 1.160.000.000,00 Euro. Ein Blick auf die Zusammenstellung nach Gruppen im ordentlichen Voranschlag zeigt, dass sich die deutliche Erhöhung auf die Gruppen Gesundheit, das ich schon vorher andiskutiert habe, dass was noch mehr werden wird. Wenn jetzt der Regress auch noch fällt und vom Bund eventuell die neue Regierung sich vielleicht irgendetwas einfallen lässt und wir im Land und die Gemeinden nur zu zahlen haben, na dann müssen wir uns wirklich etwas einfallen lassen und das kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren auch von der ÖVP. Wirkt auf Eure Fraktionen ein - auch seitens der FPÖ. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man schon so etwas in die Wege leitet, dann muss man auch schauen, wie man es finanziell bedeckt. Da muss ich sagen, noch einmal in die Richtung von Herrn Landesrat Bieler, der sich über die Jahre bemüht hat. Wir waren nicht immer die besten Freunde, *(Landesrat Helmut Bieler: Na, ja!)* auch politisch nicht, aber trotzdem glaube ich, dass es sinnvoll und wertvoll ist, auch seine Meinung hier kund zu tun und sich nicht hinter einer politischen Glocke oder unter einer politischen Glocke zu verstecken. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Jetzt wird er sentimental.)*

Das haben wir bis jetzt immer gemacht und wo es funktioniert haben wir auch klar und deutlich gesagt, dass das in Ordnung ist. Ich denke Gesundheit muss uns etwas Wert sein und hier werden wir auch dementsprechend auch natürlich unsere Zustimmung geben können.

Straßen-, Wasserbau, Verkehr plus 7,2 Millionen Euro. Da, denke ich, dass doch einiges passiert ist, aber auch, jetzt sage ich einmal, wenn ich von Steinberg bis Rattersdorf eine Straße baue, die ohnehin nicht wir zahlen haben müssen, 37 Millionen Euro, die die ASFiNAG bezahlt hat, und keiner weiß, warum die ASFiNAG das bezahlt hat und der Bund überhaupt, dann frage ich mich, was das soll. Wir haben eben 7,2 Millionen Euro ausgegeben.

Herr Landesrat, was mir lieber gewesen wäre, das sage ich jetzt auch gleich, nämlich, von Oberpullendorf bis Oberwart einmal eine halbwegs vernünftige Straße zu bauen und eine Überholmöglichkeit zu schaffen. Ich habe damals den Antrag eingebracht, dass man sich darüber vielleicht einmal Gedanken macht, weil das eine spezielle Situation von der Sicherheit her ist - auch jetzt, wo gerade Herbst oder schon Winter ist.

Wenn man einen LKW vor sich hat, wird das schwierig. Aber, das kann man andenken und vielleicht in Zukunft auch lösen. Diese Strecke von Steinberg bis Rattersdorf ist schön und gut, aber nicht das, was man sich eigentlich vorstellen kann. Ich glaube, auch hier sollte man einiges machen.

Die Umfahrung von Schützen am Gebirge wird uns, glaube ich, auch noch ein bisschen begleiten, Herr Landesrat. Vielleicht können wir uns dann einmal näher darüber unterhalten, weil dort noch immer eine riesen Geschichte am Laufen ist. Wenn ich dort Gründe kaufe und ein Stillschweigen vereinbare, das ist ja das Wort des Jahres geworden, oder für den Kauf der Bahn im Südburgenland Stillschweigen vereinbare.

Wir haben das Recht als Abgeordnete, wir haben die verdammte Pflicht als Abgeordnete, dass zu hinterfragen und auch entsprechende Antworten zu bekommen. Wenn heute die Frau Landesrätin Dunst keine Zahl sagt, dann stellt sich nach wie vor die Frage, haben sie es bekommen, oder nicht? Das ist kein Problem, denn das werden wir auch lösen können. Da brauchen wir kein politisches Hickhack hier, sondern man soll Klartext sprechen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Warum? Was hat man da für ein Problem damit? In den Gemeinden schaut es anders aus, denn dort müssen wir alles vorlegen. Dort schaut die Welt ein bisschen anders aus. Aber, sei es wie es sei. Bei der Wirtschaftsförderung gibt es ein Plus von 6,7 Millionen Euro. Konzentrierte Wirtschaftsförderung! Damit hat man mehr Arbeitsplätze geschaffen und jetzt erst den Handwerkerbonus und was weiß der Teufel dergleichen mehr eingeführt. Aber, auch im Tourismus hat sich einiges getan. Der Herr Landesrat ist jetzt leider nicht da.

Es gibt Zahlen, das sagt bundesweit, wir haben eine Nullsteigerung und im Burgenland höre ich, wir haben doch eine gewaltige Steigerung. Das muss man sich eben auch einmal genauer anschauen. Aber, sei es wie es sei. Entscheidend ist, dass wir hier etwas gemeinsam weiterbringen. Ich komme nun zum außerordentlichen Haushalt betreffend die zusätzlichen Ausgaben naturgemäß ausschließlich die Gruppe 7 Wirtschaftsförderung mit einem Plus von 400.000 Euro. Detailauswertung, Nachtragsvoranschlag habe ich mir auch vorgemerkt. In der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, fällt ein Minus von mehr als zwei Millionen Euro auf, eine Verminderung des Bundesanteils für die Grundversorgung für Fremde. Erklärt wird dies dadurch, dass weniger Asylwerber zu versorgen waren, als sie 2016 geschätzt wurden. In Ordnung, soll so sein. Daher können wir ein bisschen mit dem Geld jonglieren.

Die Gruppe 5 Gesundheit sticht natürlich ins Auge. Hier habe ich schon erwähnt, dass es eine Erhöhung der Ausgaben von fast sechs Millionen Euro für den Zuschuss für Kranken- und Pflegeanstalten, Betriebsabgangsdeckung

für den Zuschuss für Kranken- und Pflegeanstalten Betriebsabgangsdeckung gibt. Dieser weitere Betriebsabgang erklärt sich - laut Erläuterung heißt es, aus der Gehaltsanpassung im Pflegebereich sowie aus medizinischer Betreuung von Asylwerbern. Dass man jetzt endlich die Gehaltsanpassung gemacht hat, war höchst notwendig, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Pflegebereich. Das man hier Mittel dann nicht im Budget drinnen hat, das man hier vielleicht Mittel wieder lukriert ist auch für uns in Ordnung.

Aber ich denke in einem Bereich, gerade vorige Woche, wo ich ein Paar zu einer Goldenen Hochzeit gratulieren war, er bekommt die Pension, sie bekommt leider nicht einmal einen Cent Pension.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an die GRÜNEN gerichtet, eine österreichische Staatsbürgerin und hier geboren, alles da, hat drei Kinder großgezogen, hat leider nur 12 oder 13 Jahre mit einer Arbeit zusammengebracht und bekommt jetzt keinen Cent. *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik.)*

Ich habe das nicht glauben wollen *(Abg. Gerhard Steier: Das kann so nicht stimmen.)* und nicht können, meine sehr geehrten Damen und Herren. Jeder Asylant, der hereinkommt bekommt die Mindestsicherung. Und diese Dame, die Kinder großgezogen hat und *(Zwischenruf des Abg. Wolfgang Spitzmüller.)* eigentlich für dieses Land gekämpft hat *(Abg. Gerhard Steier: Das kann so auch nicht stimmen.)* und noch immer die Kinder betreut bekommt dann nichts.

Ich werde mich noch einmal genau erkundigen. Ich habe das nicht glauben wollen. Diese Woche war das und dieser Sache müssen wir nachgehen. *(Abg. Walter Temmel: Genau.)* Aber das sind genau die Situationen, wo ich mir denke, da müssen wir auch als Politiker das Ganze hinterfragen und vielleicht doch das eine oder andere klären. *(Abg. Gerhard Steier: Das ist ein Schnellschuss.)*

Ich komme zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, wie ich schon vorher gesagt habe, betreffen die Mehrausgaben im Wesentlichen die Abwasserbeseitigungsanlagen, Gemeindeinvestitionsfonds, Landesbeiträge, rund fünf Millionen Euro. Natürlich brauchen wir Rückhaltebecken und dergleichen mehr und da muss man auch dementsprechend Vorsorge tragen, und das machen wir auch seitens der Gemeinden, weil wir das im Enddefekt vorfinanzieren und dann bekommen wir es refundiert.

Die Höhe der Ausgabe in der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, gehen im Wesentlichen auf Notstandsmaßnahmen, Beihilfe für Unwetterkatastrophen, Schäden, in der Höhe von 5,7 Millionen Euro zurück. Ich glaube, da gibt es immer die Diskussionen mit den Frostschäden und dergleichen mehr. Wer jetzt was bekommen hat oder nicht bekommen hat, auch das ist zu klären. Da ist immer die Frage, ob man das nicht auch dementsprechend einmal öffentlich machen kann *(Abg. Walter Temmel: Genau.)* oder von der dementsprechenden Regierungsseite bekommt?

In der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, sind die Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben im Vergleich zum Voranschlag 2017 um nahezu 10 Millionen Euro gesunken. Ins Auge sticht auch eine Bürgschaftsleistung des Landes Burgenland in der Höhe von 12 Millionen Euro, die im Voranschlag 2017 definitiv nicht enthalten war.

Das heißt, dort ist ja die Heta-Bank glaube ich, schlagend geworden, Herr Landesrat. In Ordnung, das hat man verhandelt und ich denke, wenn das so in Ordnung ist, dann soll es auch so sein. Jetzt kann ich sagen, ja war positiv oder war negativ, die ganze Geschichte. Das ist so, das muss ich zur Kenntnis nehmen. Wenn verhandelt worden ist, dann ist es so und das haben wir auch zur Kenntnis genommen.

Das Nächste ist aber zum einen, Herr Landesrat, die Gewährträgerhaftung des Landes Burgenland gegenüber der Hypobank Burgenland AG. Wie gesagt, die Heta-Bank-Problematik haben wir im Griff gehabt, das betrifft einen Betrag von 7,9 Millionen Euro.

Die verbleibenden vier Millionen Euro betreffen die Burgenländische Risikokapital Beteiligungs-AG und werden in den Erläuterungen dementsprechend aufgelistet. Das kann sich jeder anschauen, ich will das jetzt nicht noch vorlesen und zitieren.

Ich glaube, summa summarum sollten wir auch das Ganze global sehen und uns die Schulden der öffentlichen Hand in Österreich überhaupt einmal ansehen, was nicht

ohne ist. Denn ich glaube, das ist auch eine Frage die wir uns als Land, als Gemeinde, auch stellen müssen. Die öffentlichen Schulden Österreichs werden Ende 2017 voraussichtlich rund 293,7 Milliarden Euro betragen.

Bei einem BIP, dessen Höhe 2017 mit rund 363 Milliarden Euro prognostiziert wird, ergibt sich eine Verschuldungsquote von 80,9 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da sollten wir einmal nachdenken. Da ist das Burgenland jetzt unter Anführungszeichen „gut unterwegs“. Für Ende 2016 beträgt dieser Wert noch 83,2 Prozent des BIP. Bis 2015 ist die Schuldenquote kontinuierlich gestiegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es dort oben nicht gut geht, dann haben wir auch die Probleme herunten und das drückt sich bis auf die Gemeinden herunter und das muss man auch als Gemeindeverantwortlicher einmal so sehen. Wenn ich mir anschaue, laut Angaben der Statistik AUSTRIA zur Folge betrugen die Staatseinnahmen 2016 insgesamt 173,1 Milliarden Euro, ein Plus von 1,1 Milliarden Euro oder 0,7 Prozent gegenüber dem Jahr 2015. Der Hauptanteil 87 Prozent dieser Staatseinnahmen setzen sich aus Steuern und Sozialbeiträgen zusammen.

Die Ausgaben wachsen allerdings schneller als die Einnahmen, im Jahr 2016 um 1,7 Prozent auf insgesamt 178,5 Milliarden Euro. Die Hälfte der Ausgaben entfällt in Österreich auf den Sozialbereich. Es folgt mit etwa 20 Prozent aller Staatsausgaben der Personalaufwand. 2016 verzeichnete das Haushaltsdefizit der Bundesländer mit einem Minus von 1,1 Milliarden Euro bei den Gebietskörperschaften, Landeskammern und sonstigen Landeseinheiten einen neuen Höhepunkt. Zu einem Gutteil ist dieses Haushaltsdefizit auf die Heta-Bank-Abwicklung, beziehungsweise den dadurch erforderlichen Vermögenstransfer der Länder, zurückzuführen.

Da frage ich mich, liebe ÖVP, hätten wir die Hypo noch einmal zurückholen müssen von Bayern, dass man solche Probleme gehabt hätte? Das hätten wir uns auch überlegen können, aber die Verantwortlichen gibt es sowieso nicht mehr, die sind eh schon fort, der Herr Pröll und Konsorten.

Das sind genau die Dinge, mit denen wir uns jetzt befassen müssen und die uns belasten. Das muss man auch klar dazusagen. Und aktuelle Zeilen zeigen, dass die Verschuldung des Bundes im Zeitraum 2004 bis 2014 um 174 Prozent, 174 Prozent angestiegen sind, während die Bundesländer ohne Wien im selben Zeitraum ein Plus von 337 Prozent, die Gemeinden einschließlich Wien ein Plus von 267 Prozent verbuchen können.

Also man sieht schon wie in den Ländern und in den Gemeinden wirklich gearbeitet wird. Die Agenda Austria stellte Ende November 2017 fest, dass der österreichische Staatshaushalt seit über 30 Jahren im Minus ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, 30 Jahre im Minus!

Da gibt es keine große Aufregung, da wird halt einfach diskutiert, ohne dass man sich große Gedanken macht. Die Ursache liegt, so die Agenda Austria, nach wie vor bei zu hohen Staatsausgaben der Republik. Und hier sollte man sich Gedanken machen, auch bei den Ausgaben, die ja nicht weniger werden, die wahrscheinlich noch mehr werden.

Aber vielleicht macht die neue Regierung Abstriche und vielleicht hat es eine gute Anregung gegeben mit den Politikergehältern, diese nicht zu erhöhen. Aber auf der anderen Seite kommt es eh wieder durch die hintere Türe herein. Ich glaube, dass man aber woanders auch noch mehr einsparen könnte. Die Agenda Austria sagt auch, Schweden als Vorbild für Österreich, wo seit 2007, sowohl für den Bund, als auch für die

Pensionssysteme, ein Überschussziel von einem Prozent des BIP gilt, welches über einen Konjunkturzyklus hinweg erreicht werden muss.

Angaben der Agenda Austria zufolge kann der Staat damit in Krisensituationen mit höheren Ausgaben gegensteuern, muss das aber in Zeiten guter Konjunktur mit Überschüssen ausgleichen. Darüber hinaus gilt in Schweden eine Ausgabenbremse für einzelne Ministerien. Ich hoffe, das wird auch so gesehen und zur Kenntnis genommen.

Die Agenda Austria schlägt mit Blick auf die Republik Österreich eine Beschränkung der Ausgaben wie folgt vor: Ein Haushaltsplan teilt für die kommenden fünf Jahre die öffentlichen Gelder je nach Bedarf den Ressorts zu.

Dieser Haushaltsplan definiert die maximalen zur Verfügung stehenden Mittel für diesen Zeitraum. Das Wachstum der gesamten Ausgaben darf dabei die Inflation nicht übersteigen. Warum sage ich das eigentlich? Warum sage ich das? Weil es eh Möglichkeiten und auch Beispiele gibt. Weil, Schweden hat auch einmal ein großes Loch gehabt, war auch problematisch und hat auch gekämpft. Und siehe da, Schweden hat sich hervorragend erholt.

Ich muss nicht immer die Schweiz hernehmen. Es gibt auch noch andere Länder, die sich dementsprechend auch in einem Tief befunden haben und jetzt eigentlich einen ganz guten Haushalt führen. Daher sollen wir, und warum ich das jetzt eigentlich gebracht habe zum Nachtragsvoranschlag, Andenken und Nachdenken, was soll die neue Regierung machen, was können wir erwarten? Und vielleicht sind das Ideen, die man schlussendlich auch umsetzen kann.

Ich möchte noch ganz kurz auf die laufenden Verringerungen der Staatsausgaben eingehen, das ist schon allein deshalb erforderlich, um die Verschuldungssituation der Republik sowie die Bundesländer und Gemeinden zu sehen. Sowohl der Bundes-Rechnungshof als auch die Landes-Rechnungshöfe haben die Intransparenz der Schuldenstände von Ländern und Gemeinden bereits mehrfach scharf kritisiert.

Ich komme zu den Rechnungshöfen, die auch hervorragende Arbeit leisten. Nur man muss auch diese Punkte, die sie aufzeigen, in Etappen abarbeiten und schauen, dass man da positiv damit arbeiten kann.

Ich denke, dass dieser Nachtragsvoranschlag notwendig war und auch so vorgeschrieben ist, sonst kämen wir ja nicht weiter, Herr Landesrat.

Wir werden seitens Bündnisliste Burgenland diesem Nachtragsvoranschlag zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank. Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, der Nachtragsvoranschlag ist bereits, wie im Vorjahr, auch heuer keine besonders spektakuläre Angelegenheit, weder quantitativ noch qualitativ.

Zeugnis dessen ist ja auch der sehr sachliche Beitrag des Kollegen Kölly. Danke für die Zustimmung.

Die Gesamtsumme von lediglich 23,4 Millionen Euro wurde bereits genannt. Das ist in etwa nur ein Prozentsatz von 2,1 gemessen am Volumen des Voranschlages 2017. Dass dieser Nachtragsvoranschlag nicht sonderlich spektakulär ist, das spiegeln auch die

einzelnen Budgetgruppen wider. Von zehn Budgetgruppen gibt es eigentlich nur in fünf Gruppen Änderungen die prozentuell oder in absoluten Zahlen ins Auge stechen. Das sind die Gruppen 4, 5, 6, 7 und 9.

Umgekehrt sind die Veränderungen in den Gruppen 0, 1, 2, 3 und 8 prozentuell kaum bis gar nicht messbar, beziehungsweise die absoluten Zahlen auch kein Grund hier ausführliche Erläuterungen anzubringen.

Ich beschränke mich daher auf die fünf erstgenannten Gruppen. Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, hier vermindern sich die Ausgaben um 3,5 Millionen Euro. Kollege Kölly hat erwähnt, dass sich die Einnahmen um zwei Millionen Euro im Bereich der Flüchtlingshilfe verringern.

Das ist natürlich richtig, aber auf der anderen Seite sind natürlich die Ausgaben insgesamt um 3,5 Millionen Euro weniger, weil der Migrationsdruck im heurigen Jahr, Gott sei Dank, entsprechend abgenommen hat und daher diese Mittel nicht abgerufen werden müssen.

In der Gruppe 5 schaut es dafür ein wenig anders aus. Hier steigen die Ausgaben im Vergleich zum Voranschlag um etwa 5,7 Millionen Euro bei gleichbleibenden Einnahmen. Der Grund für diese Erhöhung wurde auch bereits genannt. Es sind 5,9 Millionen Euro an zusätzlicher Betriebsabgangsdeckung im Bereich der Krankenanstalten, weil eben eine entsprechende Erhöhung der Bezüge für das Pflegepersonal vorgenommen wurde. Eine Entscheidung, die ja zwischen den Parteien unumstritten war.

Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, hier gibt es Änderungen im Ausmaß von 7,2 Millionen Euro im Bereich der Ausgaben. Auf Seite der Einnahmen etwas weniger als 6,5 Millionen Euro. Kollege Kölly hat es ja schon in Ansätzen erklärt, de facto ist es ein Durchläufer. *(Landesrat Helmut Bieler: GIF!)*

Wir haben ja mit Beschluss des Landtages den Gemeinde-Investitionsfonds aufgelöst, das entsprechende Gesetz entsorgt und haben uns dazu verpflichtet, das Fondsvermögen ins Land zu übertragen, beziehungsweise in den Landeshaushalt zu übernehmen und das erklärt das Volumen des Nachtragsvoranschlages in dieser Gruppe. Das ist gleichermaßen auffällig auf den ersten Blick, wie es inhaltlich unspektakulär ist.

Es gibt in dieser Gruppe noch weitere 423.000 Euro auf Seite der Ausgaben, um das dann abzuschließen. Hier geht es um Zweckzuschüsse im Bereich der Eisenbahnkreuzungen, ein Ausfluss des neuen Finanzausgleiches, wobei sich zu diesen Ausgaben in der Gruppe 4 entsprechende Einnahmen in der Gruppe 9 wiederfinden.

In der Gruppe 7, meine Damen und Herren, Wirtschaftsförderung, erhöhen sich die Ausgaben um etwas weniger als 6,7 Millionen Euro. Hier geht es um die Landwirtschaft aufgrund der Wetterereignisse im laufenden Jahr. Hier geht es um kofinanzierte, mit dem Bund kofinanzierte Beihilfen, für Unwetterkatastrophenschäden.

Das macht den Großteil dieser 6,7 Millionen Euro aus, nämlich 5,6 Millionen Euro. Und dann geht es auch noch um die ebenfalls mit dem Bund kofinanzierte Förderung der Hagel- und Frostversicherung plus 555.000 Euro. Auch in diesem Punkt politisch gewollt und zwischen den Parteien unumstritten.

Weitere knapp 420.000 Euro betreffen Zuschüsse zum Burgenland Tourismus, zum Marketing, laut Erläuterungen, wobei es hier ja im Großen und Ganzen eigentlich nur mehr um eine Rücklagenübertragung geht.

Was uns schon zu Gruppe 9, Finanzwirtschaft, führt, wo es um größere Summen geht. Bürgschaftsleistungen, Abwicklung der Heta-Bank-Problematik, insgesamt 11,8

Millionen Euro. Hier steht eine deutliche Verminderung bei den Einnahmen im Bereich der Ertragsanteile fest. Das ist ja oft nicht so einfach zu prognostizieren.

Es gibt dann noch mehrere Durchläufer im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich. Ja und natürlich auch eine Entnahme aus Rücklagen zur Gewährleistung eines ausgeglichenen Haushaltes.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, unterm Strich gibt es natürlich Bewegungen im Nachtragsvoranschlag, insgesamt aber wie gesagt im überschaubaren Rahmen, 2,1 Prozent gemessen am Volumen des Landesvoranschlages.

Wesentlich ist, meine Damen und Herren, wesentlich ist, dass sich die Regierung damit im Großen und Ganzen an das gehalten hat, was der Landtag mit dem Landesvoranschlag 2017 vorgegeben hat. Wesentlich ist vor allem, dass diesen Erhöhungen und Verminderungen, sozusagen keine bedenklichen Ereignisse, zugrunde liegen und schon gar keine politischen Fehlleistungen.

Die Budgetdisziplin in der Landesregierung ist sehr ausgeprägt und wesentlich, das sage ich abschließend noch, ist, dass wir am Pfad des Schuldenabbaus festhalten, auch mit dem Voranschlag, mit dem Nachtragsvoranschlag und dann auch mit dem Rechnungsabschluss 2017.

Wir stimmen gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vor allem aus politischer Sicht hat sich in den letzten Monaten in der Finanzgebarung wenig getan. Wir vertrauen natürlich jetzt auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 3, dass dieses rechnerische Zahlenwerk auch stimmt, jegliche Summen übereinstimmen und auch die Buchungssätze richtiggemacht wurden.

Aber trotzdem zeichnet der Nachtragsvoranschlag ein miserables Bild, denn die Landesfinanzen sind nach wie vor nicht in Ordnung und wir alle, müssen leider dabei zusehen, wie sich das Land verschuldet.

Alle Baustellen, die der Landes-Rechnungshof in den letzten Jahren aufgezeigt hat und die wir seit einiger Zeit kritisch vorbringen, prallen regelrecht von dieser rot-blauen Landesregierung ab. Leider hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren nichts getan und es fehlt auch an jeglicher Kritikfähigkeit. *(Abg. Edith Sack: Das ist ein Wahnsinn.)*

Viele leiden an einer ernstzunehmenden Beratungsimmunität. Statt sich selbstkritisch unseren Vorschlägen und Ideen zu öffnen, wird hier *(Abg. Doris Prohaska: Ihr stellt Euch selber ins Abseits.)* weiterhin eine Betonpolitik gefahren.

Diese Überheblichkeit und diese Oberlehrerhaftigkeit ziehen sich seit einigen Jahren durch, auch durch die Bereiche der Politik und durch die Lebensbereiche der Burgenländerinnen und Burgenländer. Auf diesem hohen Ross, auf dem manche sitzen, ist das Pferd darunter leider krank.

Genau deshalb gibt es von uns keinen Applaus für eine Politik der letzten Jahrzehnte, *(Abg. Géza Molnár: Von welchem Jahresabschluss redest Du? – Abg. Manfred Kölly: Was heißt hier Jahrzehnte?)* für Menschen, die jetzt in Pension gehen oder zumindest von der Regierungsbank in einen anderen Job wechseln werden. *(Abg.*

Manfred Kölly: Da ward Ihr aber schon auch mit dabei. – Abg. Werner Friedl: Wahnsinn! Das ist ja ein Wahnsinn.)

Wir hingegen möchten nochmals betonen, dass wir in den letzten Jahren immer wieder konstruktive Vorschläge gemacht haben. Da kann man jetzt diskutieren wie man möchte, die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wir haben konstruktive Ideen eingebracht, das haben wir beim letzten Voranschlag schon und das werden wir auch heute wieder tun.

Wir haben das auch im Zuge der Gesundheitspolitik gemacht. Herr Landesrat, Sie haben einen dieser Vorschläge nun aufgegriffen. Sie könnten Danke sagen, das erwarten wir zwar nicht, aber uns freut es natürlich, dass Sie nun nicht nur die Akutordinationen, sondern auch die Stipendien für Medizinstudenten aufgenommen haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Danke schön.)* Vielen Dank dafür. *(Beifall bei der ÖVP)*

Unsere Lösungen liegen teilweise auf dem Tisch, aber die Baustellen die gibt es noch immer. Im Bereich der Rücklagen wurde es kurz angesprochen. Die Rücklagen sind ein nettes Zahlenwerk in diesem Nachtragsvoranschlag, aber wir haben sie nicht bar auf einem Konto. Das heißt, buchmäßig sind sie vielleicht hier, aber, wenn wir 30 Millionen Euro an Rücklagen auflösen würden, bräuchten wir für die Finanzierung einen Kredit. Also ist es dem Wort „Rücklagen“ nicht würdig.

Was die Zinsswaps betrifft, sehen wir das Problem nach wie vor evident. Es gibt hier keine Lösung. Ich glaube, der Herr Landesrat wird froh sein, dass wir ihn damit zukünftig nicht mehr beschäftigen können. Die Landesholding ist mittlerweile auch ein großer Moloch an Intransparenz. Keiner hat hier Einblick, nicht einmal der Hohe Landtag kann in die Finanzgebarung, in die Abläufe und auch nicht in die Postenbesetzungen dieses Konstruktes einsehen.

Es wird eine Parallelverwaltung aufgebaut, wo man immer wieder bei allen schriftlichen Anfragen begründet, der Landtag darf hier nicht einsehen, weil es privatrechtlich und gesellschaftsrechtlich, nicht erlaubt wird. Wobei hier der Eigentümer schon auch die Satzungen ändern könnte oder dementsprechend auch ein Gesetz. Es folgt, dass die Landesholding eigentlich nur mehr eine Maschine zum Schuldenaufbau ist.

Jetzt könnte man sagen, dass im Landesbudget die Schulden abgebaut werden, was am Papier sehr nett ist, aber die Landesholding trotzdem in den Schulden zukünftig wachsen wird und auch in der Vergangenheit schon gewachsen ist. Man könnte sagen, dass das Ergebnis der Landesholding ganz in Ordnung ist, aber vergisst dann natürlich, dass die Energie Burgenland eine gewisse Dividende ausschütten musste, nur damit dann das Landesholding-Ergebnis für die Pressekonferenz unterm Strich passen wird, denn mehr ist nicht dahinter.

Was die Landesumlage betrifft, ist auch das Abschöpfen der Gemeindefinanzen ein Thema, das noch nicht endgültig geklärt wurde. Die Sozialkosten und die Gesundheitskosten steigen an und da nehme ich den Finanzplan der nächsten Jahre gleich mit. Im Finanzplan bis 2020 ist es nicht ersichtlich, dass die Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich steigen werden. Ganz im Gegenteil, man hat eine moderate Glättung eingezogen, die aber nicht der Realität entspricht.

Also werden wir diesem Finanzplan auch nicht zustimmen können, weil es nicht der Realität entsprechen wird. Auch im Straßenbau habe ich gesehen, dass im Finanzplan in den zukünftigen Jahren eher die Kosten sinken werden. Wobei ich das nicht glauben kann, denn zukünftig werden wir einige Straßen noch instandhalten oder zumindest neu bauen müssen.

Auch die teuren Rechtsstreitigkeiten mit Esterhazy oder im Zuge der KRAGES, mit anderen Organisationen, Personen oder Körperschaften sind noch nicht gelöst. Jetzt hat man schon einen Schritt in die richtige Richtung gemacht und im Sinne des Nachfolgers versucht einen Vergleich zu machen. Aber trotzdem wird hier noch immer auf Kosten persönlicher Befindlichkeiten ein Rechtsstreit geführt, der unendlich viel Geld kostet und das sieht man in den Beratungskosten des Landes.

Wir greifen die Idee des Landeshauptmannes auf, der ja selbst heute in der Fragestunde kundgetan hat, dass man Transparenz in allen Bereichen walten lasst. Es wird nicht an uns scheitern, dass irgendwelche ÖPUL-Förderungen online gestellt werden, ganz im Gegenteil. Wir sind Verfechter dieser Transparenz und auch Verfechter der Darlegung aller Auszahlungen von öffentlichen Stellen. Ich glaube, hier sind wir die Letzten, die in irgendeiner Weise blockieren.

Deswegen hoffe ich, dass wir zukünftig quartalsweise im Sportbereich die Förderungen kundtun oder veröffentlichen, aber auch die Ansuchen und etwaigen Begründungen warum sie abgelehnt werden. Da gibt es nicht nur im Sportbereich, sondern auch im Vereins- oder Kulturbereich, einige Ungleichbehandlungen die auch schon vor Gericht geklärt wurden.

Zum Nachtragsvoranschlag 2017 wurden schon sehr ausführlich von meinen Vorrednern die einzelnen Positionen diskutiert. Man kann auch noch sagen, dass jetzt im Jahr 2017 etwaige PKW-Ankäufe gemacht wurden. Jetzt haben wir im Nachtrag noch weitere hunderttausende Euro für Anschaffungen von PKWs hineinnehmen müssen. Ich weiß, dass da rechtliche Handhabe dahinterstecken. Der Herr Landesrat wird uns sicher ganz genau erklären, wie das von statten ging.

Wir haben Erhöhungen durch die Gehaltserhöhungen im Pflegebereich, die mittlerweile auch Thema eines Rechtsstreites sind, in der Hoffnung, dass das bald geklärt wird. Dann gibt es natürlich auch noch 420.000 Euro für den Burgenland Tourismus. Das ist ja jetzt - ich will nicht sagen „die Spielwiese“ vom Herrn Landesrat Petschnig, aber zumindest für honorige Herren die dort sitzen und versuchen, den Tourismus im Burgenland auf Vordermann zu bringen.

Nichts desto trotz besteht nach wie vor die Problematik, dass vorgeschriebene Tourismusbeiträge durch die Gesetzesänderungen, die hier geschehen sind, nicht eingehoben werden. Keiner kann nachvollziehen, keiner weiß, wer jetzt bezahlt hat und wer nicht Also ich glaube, wenn man in der Handhabe des Gesetzes mehr und nachhaltiger sein würde, dann würde man sich diesen Zuschuss in den Burgenland Tourismus ersparen. Ob jetzt jemand vom Land oder Vertreter des Landes, im VIP-Bereich der Nationalelf sitzen oder nicht, ist glaube ich nicht so wichtig als dass man die Beiträge einhebt, die Ihr Euch selbst durch ein Gesetz auferlegt habt.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn wir uns den Quicktest vom KDZ anschauen, der hoffentlich doch über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt ist, so gibt es in einigen Bereichen, nach dem Schulnotensystem, eine Fünf. Die öffentliche Schwa-Quote gibt ein Nichtgenügend, auch die freie Finanzspitze, also die Quote davon ergibt eine Fünf.

Das heißt, wir stehen hier mit dem Rücken zur Wand. Das ist jetzt keine Neuigkeit, dass bestätigt der Landes-Rechnungshof, das bestätigen alle öffentlichen Finanzanalysen *(Abg. Doris Prohaska: Das muss man sich erst erarbeiten.)* die hier das gesamte Landesvolumen ansehen. Ich weiß schon, dass jetzt die SPÖ und die FPÖ hier nur die Landesfinanzen, den Landesvoranschlag und dann den Rechnungsabschluss ansehen.

Aber alle ausgegliederten Gesellschaften werden hier immer außen vorgelassen und da haben wir eine Schuldenquote von über 100 Prozent und das ist aus meiner Sicht nicht zufriedenstellend. Man kann das irgendwie schönreden oder versuchen gut darzustellen, aber am Ende des Tages sind es enorm viele Schulden, die zukünftigen Generationen im Weg stehen werden. *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat es aufgenommen?)*

Ich hoffe, dass zukünftig auch der Nachfolger dieses Landesrates auf der Regierungsbank, seines dazu beitragen wird. Unser Landesparteiobmann hat die Hand zur Zusammenarbeit bereits ausgestreckt. t. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)*

Unsere Lösungen und Vorschläge liegen auf dem Tisch. Es geht uns darum, die Finanzen in Ordnung zu bringen und einen Plan zu erstellen, wie man Spekulationsgeschäfte hier hintenanstellen kann.

Es geht uns darum, dass man einen professionellen Umgang mit allen Beteiligten und Stakeholder des Landes führt und nicht immer gleich auf die Streitbank geht. *(Abg. Werner Friedl: Gerade Du bist der. – Landesrat Helmut Bieler: Wir haben keinen einzigen …)*

Das KRAGES-Desaster gehört so schnell als möglich gelöst. Ich glaube, hier sind sich Viele nicht einig und manche Gerichtsentscheidungen zeigen schon, dass es eher gegen das Land geht. Es braucht echt Impulse für das Südburgenland. Hier wurde zwar eine Person installiert, die sich selten zeigt, aber trotzdem anwesend ist in irgendwelchen Büros. Aber ich spüre jetzt nicht wirklich, dass im Südburgenland irgendetwas vorangetrieben wird.

Auch was die Fairness für Gemeinden betrifft, auch nach der Gemeinderatswahl, gibt es keine Akzente. Bei all diesen fünf Punkten hoffen wir auf den Nachfolger, der hoffentlich nicht nur jetzt im „Auffangbecken für gefallene Verteidigungsminister“ landet, sondern auch inhaltlich ernsthafte Politik macht und quasi als der „neue Landeshauptmann“ nun die Zügel in der Hand hat.

Wir werden den Nachtragsvoranschlag nicht zustimmen und auch nicht dem Finanzplan 2016 bis 2020. *(Abg. Géza Molnár: Das ehrt uns sehr. – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Peter Heger das Wort. *(Abg. Edith Sack: Nur keine Verantwortung übernehmen.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Peter Heger (SPÖ): Danke. Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte das eigentlich nicht tun, möchte aber jetzt trotzdem gleich einmal zum Herrn Landtagsabgeordneten Wolf Stellung nehmen. Ich denke, wir haben hier einen Nachtragsvoranschlag, der von einer sehr hohen Budgetdisziplin gekennzeichnet ist. Das Bild, das Sie jetzt gezeichnet haben, das ist ein Bild, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Wahrheit.)* wo ich sage, wo war die ÖVP in den letzten Jahrzehnten?

Das ist so. Wir dürfen das alles nicht vergessen. Also die ganze Entwicklung hat auch ein gutes Stück mit der ÖVP hier zu tun.

Selbst bin ich ein bisschen überrascht, über diese doch intensive Auseinandersetzung in der Debatte. Ich verstehe hier grundsätzlich die unterschiedlichen Standpunkte meiner Vorredner. Daran liegt es nicht. Aber gerade weil ein derartig - und der Herr Klubobmann Molnár hat ja das auch gesagt - ein derartig unspektakulärer Nachtragsvoranschlag vor uns liegt, bin ich besonders überrascht, was hier alles schlecht

geredet wird. Hier! Nicht nur im Nachtragsvoranschlag, sondern auch eigentlich im gesamten Land.

Als letzter Redner in der Debatte um den Nachtragsvoranschlag, bei dem ja die wichtigsten Nachtragsvoranschlagsposten von meinen Vorrednern bereits ausführlich besprochen und analysiert worden sind, möchte ich auf ganz wenige Punkte nochmals eingehen. Allerdings sollten wir uns vorher eine Frage stellen, oder uns in Erinnerung rufen, was eigentlich ein Nachtragsvoranschlag ist?

Das ist und bleibt, genauso wie das Landesbudget, Politik, die in Zahlen gegossen wird und ist eine, nach dem gleichen Verfahren wie der Voranschlag, zustande gekommene Änderung oder Ergänzung des genehmigten Voranschlages.

Mit dem Nachtragsvoranschlag werden zudem Maßnahmen zum Ausgleich gesetzt. Es werden Gesetzesbeschlüsse, Sonderrichtlinien des Bundes auf besondere Ereignisse, beziehungsweise wird auch auf Katastrophen reagiert. Er schafft zudem die Möglichkeit unterjährige Maßnahmen, sowie wichtige Projekte in das Budget einzubauen und auch auszugleichen. Ich möchte einige Schwerpunkte, beziehungsweise wesentliche Änderungen, nur beispielhaft anführen:

Insgesamt weist ja der Nachtragsvoranschlag 2017 im ordentlichen Haushalt 23.443.000 Euro Einnahmen und Ausgaben in derselben Höhe auf und im außerordentlichen Haushalt werden 400.000 Euro ein- und ausgabenseitig budgetiert.

Besonders ins Auge sticht, nicht wegen der Höhe des Betrages, sondern inhaltlich, in der Gruppe 0 der Ankauf von PKWs. Dieser ist nicht nur wegen der Mehrkosten in der Höhe von 126.000 Euro besonders hervorzuheben.

Es geht hier um eine neue Beschaffungsstrategie bei der Beschaffung der Dienstkraftwagen und um die Umstellung von Leasing auf Kaufgeschäfte. Es geht hier um die Gesamtkostenbetrachtung.

Herr Mag. Wolf, es geht hier auch um die Vollkostenrechnung, und es geht um Anschaffungskosten, die Kosten des laufenden Betriebes und die geschätzte Nutzungsdauer. Ich denke, dass hier eine Anregung des Landes-Rechnungshofes eingebaut eine neue Beschaffungsstrategie erarbeitet wurde und dieser effiziente und zielorientierte Weg nicht nur wichtig und richtig ist, sondern er zeigt auch, dass mit Einsatz, Engagement, entsprechend der Wirtschaftlichkeit und mit Augenmaß gearbeitet wird.

Ein weiterer Schwerpunkt des Nachtragsvoranschlages 2017 war, zu den vorher genannten natürlich, auch das Mega-Pass-Jahr. Diese vermehrte Nachfrage nach Hochsicherheitspässen, schlägt sich bei den Bezirkshauptmannschaften natürlich auch zu Buche. Wichtig ist auch der Zuschuss für die „Forschung Burgenland GmbH“, der ausgabenseitig nicht 700.000 Euro, sondern durch Kreditumschichtungen eigentlich Null Euro beträgt, wenn man den Gesellschafterzuschuss an der „Forschung, Technologie und Innovation Burgenland“, die ja mit der „Technologieoffensive Burgenland GmbH“ eben zur erwähnten „Forschung Burgenland GmbH“ verschmolzen wurde, auch in Rechnung bringt.

Also Sie sehen, es gibt entsprechende Synergieeffekte, Einsparungseffekte für unser Land. Zudem wird die Anhebung der Forschungsquote im Burgenland auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Burgenland mit positiven Beschäftigungs- und Wachstumsergebnissen stärken.

Außerdem wird die Forschungsquote im Burgenland auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Burgenland mit positiven Beschäftigungs- und Wartungswachstumsergebnissen stärken. Über den Ärztebereitschaftsdienst, sowie über die Gehaltsverhandlungen wurde auch schon gesprochen. Ein wesentlicher Punkt ist für mich noch im Nachtragsvoranschlag, dass 2016 wirklich ein Jahr der Katerstrophen war, was sich dann klarerweise in diesem Budget auch ausgewirkt hat. Beihilfen für Umweltkaterstrophenschäden und Förderung der Hagel- und Forstversicherung schlagen sich im Nachtragsvoranschlag 2017 zu Buche.

Insgesamt haben 846 Betriebe für Schäden durch Spätfröste in landwirtschaftlichen Kulturen, vor allem in der Dauerkultur des Weinbaus und entsprechende Ertragsverluste rechtzeitig gemeldet und einen Förderantrag gestellt. Im Bereich des Obstbaues waren es insgesamt 103 Betriebe, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben. Gleichzeitig bauen wir im Nachtragsvoranschlag zwei Millionen Euro an Schulden ab, auch das ist ein ganz besonders wichtiges Signal.

Aus meiner Sicht ist der Nachtragsvoranschlag, wie ich bereits erwähnt habe, eigentlich wenig aufsehenerregend. Er stellt aber eine gute Basis für die Stärkung der Wirtschaft, der Hilfe von landwirtschaftlichen Betrieben, der Weiterentwicklung des Technologiestandortes Burgenland, der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und der Schaffung von Infrastruktur im Bereich der Wasser- und Abwasserwirtschaft dar.

Also ganz nach dem Motto: „Sparen wo es sinnvoll ist und investieren wo es notwendig ist!“ Da, glaube ich, sind wir wirklich gut unterwegs. Abschließend möchte ich mich bei Finanzlandesrat Bieler und bei der Finanzabteilung bedanken. Sie haben das wirklich hervorragend gemacht und daher kann ich für meine Fraktion mit Überzeugung sagen: Wir werden diesem Nachtragsvoranschlag sehr gerne zustimmen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Landesrat Helmut Bieler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Recht herzlichen Dank für die Diskussion, die in weiten Teilen sehr sachlich war, von Fachkenntnis geprägt war und wo zu erkennen ist, dass der Großteil der Abgeordneten diesem Nachtragsvoranschlag auch seine Zustimmung geben möchten. Ich werde versuchen, an einigen Punkten in großen Zügen die Herausforderung dieses Nachtragsvoranschlages zu skizzieren.

Weil es nicht einfach war, diese Problematiken, die im Laufe des vorherigen Jahres aufgetaucht sind, auch im Nachtragsvoranschlag unterzubringen. Ich darf nur kurz darauf hinweisen, dass wir alleine bei Hagel, HETA, bei der Put-Option gegenüber, ich werde es noch genau erklären, der WiBuG und bei den Pflegegehältern 23 Millionen Euro an Mehrausgaben hatten. Dies gleichzeitig bei Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen von 10,15 Millionen Euro, die in Summe dann rund 33 Millionen Euro ausgemacht hätten, wenn wir nicht Gott sei Dank dann auch noch Minderausgaben von mehr als zehn Millionen Euro zu verbuchen hatten und daher es schlussendlich nur mehr notwendig war Rücklagen in der Höhe von 22 Millionen Euro aufzulösen

Das ist nur der Rahmen, wenn ich mir die Hagel- und Frostschutzversicherung, beziehungsweise das Schlagendwerden ansehe. Es war nicht voraussehbar, dass es einen Winter gibt, beziehungsweise einen Frühling gibt, der diese Frostschäden bewirkt.

6,2 Millionen Euro in diesem Betrag. Eine Put-Option die von sieben oder acht Banken gezogen wurde, gegenüber der WiBuG, was das Risikokapital betrifft. Zwei Banken sind verblieben, die haben diese Put-Option nicht gezogen, der Rest hat es. Daher mussten wir dort mehr als vier Millionen Euro oder rund vier Millionen Euro dafür bezahlen.

Oder die Pflegegehälter in den Spitälern, sowohl in der KRAGES als auch bei den Barmherzigen Brüdern, wo es die eigenartige Konstellation gegeben hat. Weniger Arbeitszeit dafür mehr Gehälter, was ja an sich schon ein Widerspruch wäre, aber das Ergebnis dieser Verhandlungen Österreich gebracht hat. Und dann vor allem und da möchte ich besonders darauf eingehen.

Die HETA-Problematik, wo es gelungen ist, die Gewährträgerhaftung gegenüber der Pfandbriefstelle von rund 77 Millionen Euro durch wirklich gemeinsame Anstrengung aller Länder gegenüber dem Finanzminister und dieser Pfandbriefstelle auf 7,8 Millionen Euro herunter zu verhandeln, beziehungsweise dann diese Zahlung zu übernehmen. Damit ist klar, dass die 70 Jahre alte Haftung gegenüber der Pfandbriefstelle und gegenüber dem Gesetz damit beendet werden konnte. Klagsumfang wären rund 19 fast 20 Millionen Euro gewesen.

Daher haben wir durch kluge Verhandlungen mit der GRAWE gemeinsam geschafft, dieses Problem zu lösen. Und gleichzeitig mit diesen Verhandlungen auch alle anderen Haftungen, die nicht nur Ende 2017 auslaufen, sondern die auch noch weiterbestanden hätten, davon das Land zu befreien.

Das heißt, das Bank Burgenland-Erbe, das wir damals übernommen haben und gerade in dem Zeitpunkt wo ich Finanzreferent geworden bin, haben wir mit diesem Nachtragsvoranschlag abschließen können. Wir sind damit alle Verpflichtungen, alle Haftungen gegenüber der Bank Burgenland los. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich denke das ist schon ein besonderes Highlight, das diesen Nachtragsvoranschlag auszeichnet. Ich möchte ganz kurz noch auf die GIF-Situation, also auf den Gemeinde-Investitionsfonds zurückkommen. Das ist nicht eine Erhöhung des Straßenbaubudgets, sondern das sind Mehreinnahmen von 6,45 Millionen Euro. Die natürlich auch wieder den Gemeinden und den Interessenten zur Verfügung gestellt werden müssen, logischerweise, weil sonst hätten wir ja das Geld nicht gebraucht für besondere Maßnahmen in diesem Bereich.

Daher ist es ein Nullsummenspiel, Einnahmen und Ausgaben gleichzeitig. Mit diesem Nachtragsvoranschlag, mit der Tatsache, dass wir überhaupt wenn es möglich ist Rücklagen bilden können, im Gegensatz zum Bund, haben wir hier eine sinnvolle Möglichkeit, dann auf Entwicklungen zu reagieren, auf Notwendigkeiten, die zu finanzieren sind, zu reagieren, wenn sie auftreten, so wie zum Beispiel in diesem Jahr.

Daher ist es absolut sinnvoll, diese Rücklagen auch zu bilden und dann zu benutzen, auch wenn man das System hinterfragen kann, was die Kameralistik betrifft, was die nicht mit Cash-Geld hinterlegten Rücklagen betrifft. Aber es ist in diesem System sinnvoll das zu tun. Das haben wir und werden wir auch in Zukunft tun, solange es möglich ist.

Ein ganz wichtiger Hinweis zum Maastricht-Überschuss. Das Burgenland hat deshalb, und ich sage es noch einmal, ich habe es schon ein paar Mal erwähnt, deshalb einen so hohen Maastricht-Überschuss, weil wir so eine niedrige Verschuldung im Kernhaushalt haben. Das ist der Grund. Da kann man diskutieren was man will, das sind die Realitäten.

Wir hatten im Landesvoranschlag einen Maastricht-Überschuss von über 30 Millionen Euro prognostiziert oder veranschlagt. Aufgrund des Nachtragsvoranschlages hat sich das um rund 14 Millionen Euro vermindert, sodass er jetzt noch immer einen Überschuss von 12,2 Millionen Euro beträgt und wir hätten ein Defizit 13,97 Millionen Euro machen können. Das heißt, wir haben einen Spielraum von noch immer 26 Millionen Euro.

Noch einmal aufgrund der Tatsache, weil wir so eine geringe Verschuldung haben. Das heißt, dieser Nachtragsvoranschlag ist die Basis für die nächsten Jahre. Da bin ich stolz drauf, dass ich meinem Nachfolger das auch so übergeben kann. Das wird sich auch im Rechnungsabschluss des Jahres 2017 so widerspiegeln. Wir haben dadurch die Möglichkeit die Budgets, so wie wir es gestalten wollen, in den nächsten Jahren zu gestalten.

Wir haben die Möglichkeit Sonderfinanzierungen, wie das Spital Oberwart, finanzieren zu können, ohne dass wir wirklich, so wie es heute fälschlicherweise genannt wird, mit dem Rücken zur Wand stehen. Darauf bin ich stolz und da können wir gemeinsam darauf stolz sein und vor allem damit weiterarbeiten. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dem Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2017 wird somit mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren! Die Mitglieder der Präsidialkonferenz unterbreiten einhellig den Vorschlag, zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 15 keine Redner zu nominieren, jedoch in der General- beziehungsweise Spezialdebatte über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018, das ist der 3. Punkt der Tagesordnung, zu diesen Themen, Stellung zu nehmen.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? -Das ist nicht der Fall. Mein Vorschlag ist somit angenommen.

Gemäß §67 GeOLT schlage ich vor, beim Tagesordnungspunkt 3 die Redezeit der Redner in der Generaldebatte auf 45 Minuten und die Redezeit in der Spezialdebatte auf 10 Minuten zu beschränken.

Ich lasse über diesen Vorschlag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Einstimmig. Mein Vorschlag ist somit einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1112) über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018 (Zahl 21 - 784) (Beilage 1125)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1112, über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018, Zahl 21 - 784, Beilage 1125.

Generalberichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter um Ihren Bericht.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018 in seiner 09. Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Die zur Beschlussfassung vorliegende Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag 2018 sieht einen ordentlichen Voranschlag und einen außerordentlichen Voranschlag vor.

Gemäß § 41 Abs. 2 GeOLT wurde beschlossen, Frau OAR Ursula Fercsak, Abteilung 3, die von Landesrat Bieler den Beratungen beigezogen wurde, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Die Regierungsvorlage sieht im ordentlichen Landesvoranschlag 2018 Einnahmen in der Höhe von 1.130.560.200 EURO und Ausgaben in der Höhe von 1.130.560.200 EURO vor. Es ergibt sich demnach ein ausgeglichener ordentlicher Haushalt.

Im außerordentlichen Voranschlag sieht die Regierungsvorlage für das Jahr 2018 Einnahmen in der Höhe von 27.610.300 EURO und Ausgaben in der Höhe von 27.610.300 EURO vor.

Es ergibt sich somit auch ein ausgeglichener außerordentlicher Haushalt.

Der Landesvoranschlag der Fonds sieht Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je 253.500 EURO vor und ist somit auch ausgeglichen.

Der Gesamtabgang des Landesvoranschlages für das Jahr 2018 beträgt demnach 0 EURO.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 29. November 2017 die Vorlage der Landesregierung über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018 beraten und beschlossen, dem Hohen Haus die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage zu empfehlen.

Ich bitte nun die Damen und Herren des Hohen Hauses die Generaldebatte zu eröffnen.

Generaldebatte

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Mag. Christian Drobits für diesen Bericht. Wir gehen in die Generaldebatte ein.

Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne Anwesenheit des zuständigen Landesrates werden wir das Budget auch besprechen. Ich darf eingangs festhalten, dass ich mir große Sorgen mache, beziehungsweise große Betrübnis mich nach den Vorfällen der letzten Sitzung eigentlich umgibt.

Wir haben erlebt, dass vor der vorletzten Sitzung des Burgenländischen Landtages seitens der Präsidiale an alle Landtagsabgeordneten so etwas wie eine Benimm- und ein Regelbuch veröffentlicht wurde, das ich gelesen und wieder zu Kenntnis genommen habe. Was mir aber entfallen ist und was ich dann nach der letzten Landtagssitzung, die ja ausschließlich der Budgetrede des Herrn Landesrates Bieler anheimgefallen ist, dass

nach dieser letzten Landtagssitzung den Regierungsfraktionen seitens auch des Präsidiums, außer des ÖVP-Präsidenten Strommer, der Freischein zur Vergabe von Haltungsnoten erteilt worden ist.

Wir haben nämlich erleben müssen, dass nachträglich an den Vortrag des Landesrates alle kritisiert wurden, die sich erdreistet haben nicht aufzustehen und bei Akklamation quasi diese Huldigung der Zahlen zur Kenntnis genommen haben. Ich habe für mich zur Kenntnis genommen, dass eine bestellte Riege von Personen auf der Tribüne Platz genommen hatte und die dann anschließend, obwohl es nicht zulässig gewesen wäre, zu Applaus sich versteift haben und es auch die Regierungsfraktionen getan haben.

Es sei ihnen unbenommen, was aber im Prinzip seitens des Präsidiums nicht hingenommen werden kann, dass quasi dann Abgeordnete gescholten werden, weil sie sich getraut haben, diese Huldigung nicht anzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies nur eingangs, weil es mich einigermaßen erstaunt hat. Aber ich glaube, dass das nicht zur Aufregung der Regierungsfraktionen beitragen wird. *(Beifall bei der ÖVP)* Tatsache ist, der Kollege Wolf hat vorher beim Nachtragsvoranschlag schon darüber gesprochen, dass wir eine Art von Selbstlob und Selbsthuldigung des Herrn Landesrates in dieser Budgetrede gehört haben, die uns eindringlich vermittelt worden ist.

Tatsache ist, dass er gerade jetzt auch in seiner Rede zum Nachtragsvoranschlag wieder behauptet hat, er hätte, „ich habe“, das ist ja überhaupt die Formulierung, die mir am besten gefällt, auch die Gewährträgerhaftung für die Pfandbriefstelle als Ausläufer der Hypo Alpe Adria-Skandalgeschichte konnte „ich“ von drohenden 77 Millionen Euro auf einen Bruchteil auf sieben bis acht Millionen Euro verringern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ihm und Ihnen zur Kenntnis. Wir haben den einmaligen Fall, dass die HETA Abbaugesellschaft einen Verkaufserfolg mit fast 68 Prozent des Abbaugeschäftes der Hypo Alpe Adria, die in Kärnten verschuldet wurde, seitens eines Anteilsnehmers dieser Regierungskoalition hier im Burgenland, dass diese Abbaugesellschaft 68 Prozent des sogenannten Liquiditätsrahmens geschafft hat und aufgrund dieser Situation ist auch quasi die Haftung gegenüber der ÖBFA abgebaut worden.

Aus diesem Umstand heraus ist quasi die Sicherheit gewährleistet, dass diese sieben bis acht Millionen Euro nur schlagend wurden, aber dass es Erfolg ausschließlich seinerseits zu verkaufen, macht mich einigermaßen stutzig und zusätzlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, an makabrer Situation hatten wir schon beim vorjährigen Landesvoranschlag etwas, das mich einigermaßen für alle Burgenländerinnen und Burgenländer freudig stimmt.

Wir haben nämlich dezidiert in der Ausdrucksform für jede Burgenländerin und für jeden Burgenländer ein Guthaben von je 4.333 Euro im Budget verankert. Ich habe das beim letzten Mal getan und bitte jetzt nochmals sorgfältig damit umzugehen.

Herr Landesrat, ich fordere Sie auf, dieses Guthaben an alle Burgenländer auszuschütten! Wenn es da wäre, wäre das eine wunderbare Aktion. Meine sehr geehrten Damen und Herren zum Budget und zu den Gegebenheiten, die sich zutragen, auch zur Sache jetzt.

Wir leben, wie wir alle wissen, in sehr unruhigen Zeiten und obwohl unser Land seit nunmehr 72 Jahren kriegsfrei ist, die 100 Jahre Republiksfeier im kommenden Jahr ansteht, der Wohlstand eine gegebene Kategorie ist, ist die Abstiegsangst weit verbreitet. Der Zeitgeist tickt rechts, im Burgenland, in Wien, überall in Europa und auf der Welt

zumal simple Parolen besser ziehen, als Erklärungen zu hochkomplexen Themen. Das ist den Wählern auch scheinbar egal, Hauptsache keine Minarette und vor allem Grenzen dicht. Angst, ja Ängste schüren, alles schlecht reden, das sind die heutige Kanonen mit denen man auf die Spatzen schießt, mit denen man aber vor allem die Emotionen der Wählerinnen und Wähler trifft. Eine offene sachbezogene Diskussion zu führen, den Menschen an der Hand zu nehmen, um mit ihm die heutige Wirklichkeit abseits von Stammtischparolen zu besprechen und ihm Aussicht auf die Bewältigung der Zukunftsherausforderungen zu bieten, wird nicht zugelassen.

So ist es auch absolut nicht verwunderlich, dass Politikverdrossenheit den Alltag bestimmt und die Demokratie mehr als gefährdet erscheint. Wie reagiert die Politik darauf? Lassen Sie mich das festmachen am aktuellen Tagesordnungspunkt am Budget 2018, dass von dieser Regierung vorgelegt wurde und vom Landtag heute und morgen besprochen werden soll.

In den letzten Wochen wurden und werden in allen österreichischen Bundesländern die zahlenmäßigen Rahmenbedingungen wie es der Abgeordnete Heger vorher ausgedrückt hat, für das kommende Jahr diskutiert, allerdings mit ganz unterschiedlichen Zugängen und Argumenten. Nach der Steiermark, schwarz-rot, die schon in den Vorjahren begonnen hat, einschneidenste Budgetkürzung vorzunehmen, sticht heuer besonders Oberösterreich hervor. Das industriestärkste und ökonomisch ausgeprägteste Bundesland, zur Erinnerung schwarz-blaue Koalition, legt ein Budget für 2018 vor, dass vor Kürzungen, Gebühren und Abgabenerhöhungen nur so strotzt. Und wir?

In der allgemeinen Betonung seitens der Regierungsparteien die beste aller Regierungskoalitionen mit rot-blau zu haben, was präsentieren wir den Burgenländerinnen und Burgenländer? Ein sogenanntes ausgeglichenes Budget, das man sogar mit einem Schuldenabbau von zirka zwei Millionen Euro verknüpft hat und das nicht nur für das kommende Jahr, sondern in Aussicht bis 2020 jährlich soll das der Fall sein.

Tatsache für uns ist, dass das Tricksen, Tarnen und Täuschen im Vordergrund steht. Die Regierungsvorlage betrifft ausschließlich das sogenannte ordentliche Budget unseres Bundeslandes. Insgesamt mit den ausgelagerten Gesellschaften beträgt der Schuldenstand zirka 1,1 Milliarden Euro und schließt alle Verbindlichkeiten vom Kernbudget gegenüber feststehenden gegenseitigen Forderungen ausgegliederter Gesellschaften versus Land und Drittschuldnern allgemein aus. Eine der häufigsten angewendeten Forderungen der neuen Bundeskoalitionäre einhergehend mit der Burgenländischen Landesregierung lautet, wie wir alle wissen:

Transparenz, Mitbestimmung und Offenheit. Die Wahrheit schaut allerdings ganz, ganz anders aus. Verschleiern, Ausgliedern, Entziehen der öffentlichen Wahrnehmung und dabei die Berufung auf den verstorbenen Verfassungsgerichtshof Präsidenten Korinek, Einschränkung des Interpellationsrechtes: „Was geht euch Abgeordneten damit die Burgenländerinnen und Burgenländern an, was in ausgelagerten Gesellschaften passiert“ - und dann noch die Situation Landesdienst, Verfassungsdienst aus 1997, so quasi in der Vorkehrung: „Darüber brauchen wir nicht informieren, diese Nachfrage wird nicht beantwortet“.

Das erleben wir laufend. Jeder Abgeordnete ist davon betroffen, weil es von Regierungsseite her allgemein schon jetzt den Tenor gibt: Die Regierung hat Stillschweigen vereinbart. Der Abgeordnete Wolf hat schon beim Nachtragsvoranschlag darüber gesprochen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie in der Zustimmung auf dieses Budget seitens der Regierungsfraktionen das so zur Kenntnis

nehmen, machen Sie sich mitschuldig an allen Gegebenheiten, die im Endeffekt rein ausschließlich über den Landtag in der Verantwortung an die Regierung delegiert werden.

Sie beschließen heute, morgen dieses Budget, geben damit die Gewährleistung, dass Sie seitens der Regierungsseite Verantwortung übernehmen, das so gestalten können wie Sie wollen und herauskommen wird, Sie werden keine Antwort auf die inneren Gegebenheiten dieser Holding zum Beispiel mit den gesamten ausgelagerten Gesellschaften kriegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur am Rande erwähnt. Diese Holding ist aus rein steuertechnischen Gründen gegründet worden. Was heute hineininterpretiert wird ist, das haben wir auch live erlebt, nach dieser Regierungskoalitionsbildung, dass über die ausgelagerten Gesellschaften Personalpolitik betrieben wird. Da bedient sich unter anderem auch der neue Koalitionär, die Freiheitliche Partei in dieser Regierungsverantwortung. Was sie vor ihrer Verantwortung in Regierungssituation immer strikt abgelehnt hat, ist jetzt gang und gäbe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stillschweigen vereinbaren ist die eine Seite, dieser Umgang mit Steuergeld aber, mit öffentlichen Geldern, und das war auch immer eines Ihrer ganz gewichtigen Parolen, der Umgang mit öffentlichen Geldern spricht dann Bände. Umfahrung Schützen am Gebirge, über die Swap-Geschäfte werden wir noch einiges kennzeichnen und festhalten, der Eisenbahnankauf im Südburgenland, Oberwart Stillschweigen vereinbart, Kulturförderung und noch ein anderes Beispiel im ausgegliederten Bereich in der Verantwortung des Herrn Landesrates Bieler, Mörbisch.

Heute nicht wie in den Vorjahren, nämlich im Haftungsbereich wo er sich als Gesellschafter einen Kredit aufgenommen hat, das Land aber dann die Haftung übernehmen musste und er es dann im Landesvoranschlag verschwiegen hat. Heute also nicht im Haftungsbereich des Landes, sondern als burgenländisches Phänomen. Bieler´scher und Hans Nießl`scher Prägung, nämlich als gerichtsanhängiger Fall. Das werden Sie auch noch nicht wissen, aber das ist die nächste Causa in einer Entwicklung, die uns mehr als verdrossen machen muss, über die Zustände die hier herrschen.

Das Land Burgenland nämlich gegen den gefeuerten Intendanten Pichowetz, oder Pichowetz gegen Land. Das ist etwas das genauso auf den Dirigenten, den Ernst Theis zuspricht, auch der muss sich wehren auf den Rausschmiss, ohne dass man mit ihnen eine vertraglich fixierte Vereinbarung eingehalten hat. Bei uns, „drunt im Burgenland“, reicht es bei Gott nicht mehr aus jemand x-beliebigen rauszuschmeißen, da gibt es inzwischen schon viele, nein wir strapazieren das im Volksmund gebräuchliche Wort des „Streithansels“ als nomen est omen.

Hans Nießl und Helmut Bieler zelebrieren pannonische Volkskultur ohne Rücksicht auf Verluste und bescheren den BurgenländerInnen entgegen der verkauften Regierungsmeinung einen gerichtsanhängigen Streitfall nach dem anderen.

Ja, auch Pichowetz den ich erwähnt habe, den Sie als Bieler als die beste aller Assessment-Center-Lösungen präsentiert haben, wir werden uns noch allgemein daran erinnern, für die Intendanz Mörbisch, den er im Gespräch und das nur aus Tarnungs- und Täuschungsgründen 40.000 Euro geboten hat, wenn er erklärt, dass er von seinem Theater unabkömmlich sei, mit dem er aber keine einvernehmliche Lösung vereinbart hat, zieht nun, nein muss vor Gericht ziehen, um seinen Forderungen auch entsprechend Nachdruck zu verleihen. Wenn ich das vorher richtig gedeutet und gehört habe, der Herr Landesrat hat gemeint, von Landesseite her haben wir noch nie jemanden geklagt, aber man hat als Sozialdemokrat die Verantwortung, dass man Dienstnehmer, die im Land

beschäftigt sind, egal ob sie jetzt innerhalb der landeseigenen Gesellschaften, oder außerhalb tätig sind, so zu behandeln, dass es einem Sozialdemokraten auch entspricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da erwarten Sie, wie jetzt gleich auch von Koalitionären und Vertretern es heißen wird: Vertrauen und Zustimmung zum Budget. Ihre Regierung in der Widersprüchlichkeit in der Vorgangsweise mehr als zur Kritik anregt, muss inzwischen neben klarer Ablehnung und Abweisung Ihrer Vorgaben, in dem Fall des Budgets, die Angst und riesengroße Sorge um unser Land, um den Ruf des Burgenlandes geäußert werden.

Zusammengefasst gipfelt alles in folgender Aussage: Lassen Sie endlich los Herr Bieler und ergreifen Sie Ihre gepackten Koffer die ohnehin schon vor der Türe stehen. Sie tun das mit dem Schritt nicht nur für sich, sondern insgesamt für unser Bundesland und Sie würden allen Burgenländerinnen und Burgenländern mit Sicherheit einen sehr großen Gefallen tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das was wir heute erleben ist quasi das letzte Budget des Herrn Landesrates. In Ausführung werden aber mehr Sorgen, inhaltliche Sachen und wie immer auch in der Nachfolge auf den zukünftigen Finanzlandesrat hinterlassen und allein, wenn er mit dem Bulldozer vorfährt, den er sich möglicherweise von seiner Bundesheeraktivität ausleihen kann, wird es nicht ausreichen das innerhalb eines Jahres zu bewältigen.

Wenn dann der Anspruch gesetzt wird, wir wären in der Finanzierung von ausgegliederten Angelegenheiten wie jetzt zum Beispiel des Krankenhauses Oberwart absolut toll aufgestellt, dann verweise ich noch zusätzlich auf das Kulturzentrum Mattersburg, Frau Klubobfrau in Zukunft. Das sind Bröckchen, ja Bröckchen und Brocken, die in der Finanzierung nicht abgetan werden können mit den jetzt gegebenen Zahlenwerken von 158,5 auf das Krankenhaus Oberwart, wo der Herr Landesrat bei der letzten Sitzung beteuert hat, das bleibt so.

Ich habe noch jemanden getroffen der mir erklären konnte was ein Bauherrenzuschlag ist, aber den wird er wahrscheinlich dann mit vielen Millionen deuten und erklären. Das Gleiche gilt auch für den Neubau des sogenannten Kulturzentrums Mattersburg, das möglicherweise dann auch die Ambulanzsituation für die Ärzte beherbergen wird. Tatsache ist die Ambulanzsituation für die Ärzte beherbergen wird. Tatsache ist, dass diese Vorhaben mit Sicherheit die Budgetsituation des Burgenlandes nicht nur strecken werden, sondern bei weitem überfordern werden.

Tatsache ist, wir werden etwas erleben, das im Endeffekt eines bewirken wird: Es wird die Generation nach dem Herrn Landesrat Bieler, nach seinem Abgang, noch immer davon sprechen, nicht nur das, was bei den Swap-Geschäften übrigbleiben wird, und es wird eine Menge sein, weil man jetzt schon von Millionenbeträgen ausgehen muss. Es wird auch in Zukunft etwas übrigbleiben, das mit Sicherheit nicht das ergeben wird, nämlich Standing Ovations und einen langanhaltenden Applaus. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider eine Person nicht da oder zwei, aber via Fernsehen kann man sicher alles verfolgen. Wenn wir heute oder zwei Tage lang das Budget diskutieren und natürlich die eine oder andere jetzt in die andere Richtung sitzt oder

gegenübersitzt, ist es ja auch schwierig, hier immer wieder solche Worte zu finden, dass man sagt, ja, es ist positiv oder es ist negativ. Ein Voranschlag, und hier sitzen viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die sich auch ständig mit diesen Voranschlägen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei uns in Deutschkreutz!)* beziehungsweise, Herr Steiner, auch auseinandersetzen müssen, sollen und auch gerne machen. Ich sage das auch mit dieser Deutlichkeit.

Denn ein Voranschlag ist ein Rahmen, den ich mir vorgebe, und man schaut im Jahr, passt das wirklich so, sind die Einnahmen genauso wie vorausgesagt? Sind die Ausgaben doch da und dort etwas anders geworden? Immer wenn ein Voranschlag diskutiert wird, sei es in der Gemeinde, sei es im Land oder sei es auch bundesweit oder in der EU, gibt es immer die größten Aufregungen.

Im Endeffekt zählt der Rechenabschluss, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute vor einem *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Rechenabschluss?)* - der Rechnungsabschluss ist entscheidend - was in einem Jahr so tatsächlich passiert, in Zahlen gegossen, lieber Herr Bürgermeister Steiner, und das solltest Du am besten wissen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich kenne den Ausdruck nicht. Rechenabschluss ist mir nicht klar.)* In Ordnung, Du hast halt andere Anschauungen bei der ganzen Sache.

Aber ich möchte eines ganz klar und deutlich sagen, wir haben in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, auch bei Voranschlägen, dass wir, wo gute Punkte beziehungsweise wo wirklich für die Bevölkerung etwas gemacht und auch umgesetzt wird, auch dafür sind und waren. Wir haben heute auch schon gesagt, dass wir viele Dinge hier mittragen können, einige natürlich nicht. Wenn sich heute der Herr Kollege Steier herstellt, und ich möchte auch seine Vergangenheit anregen, auch ich war damals in Opposition, als Sie, Herr damaliger Präsident, das auch ein bisschen anders gesehen haben, wenn ich hier am Rednerpult gesagt habe, das und das gefällt mir nicht. Auch Sie haben damals mitgestimmt und haben das anders gesehen, so wie es jetzt die ÖVP ist.

Daher glaube ich, man sollte sich schon um die sachlichen Dinge kümmern und nicht Emotionen hier spielen lassen, die nicht unbedingt in eine solche Diskussion hergehören, tut mir leid, wenn ich das so sagen muss, aber es ist so.

Jetzt sitzen Sie auf der anderen Seite als vorher, und das sehe ich bei der ÖVP genauso. Ich bin immerhin schon fast 20 Jahre in diesem Hohen Haus tätig und … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Und Du hast immer die gleiche Meinung?)* Ich habe immer die Meinung gehabt, dass wir sorgfältig mit öffentlichen Geldern umgehen sollen. Wir haben auch das Recht und die Verpflichtung gehabt, als Opposition hier klare Worte zu finden.

Ich habe oft erfahren müssen, na er kennt sich ohnehin nicht aus, oder diese Rede ist schon von der letzten Sitzung. Oder die FPÖ, die immer wieder auch genau in der Richtung sich eingebracht und diskutiert hat. Jetzt sitzen sie auf der anderen Seite und sehen das natürlich ganz anders, ist mir auch logisch und klar. Aber eines muss schon klar sein, im Endeffekt sind wir alle für unsere Menschen und für unsere Bevölkerung in diesem Lande verantwortlich, denn wir wurden auch dementsprechend gewählt und dementsprechend sollten wir uns auch richten und verhalten.

Herr Kollege Steiner und Herr Kollege Wolf, denken Sie zurück, und ich kann mich genau an die Situation erinnern, wie Ihre Kollegen dagesessen sind, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl und die Frau Landesrätin Resetar und dergleichen mehr, habe ich auch die gleiche Antwort bekommen. Egal, passt alles, ist ohnehin wunderbar. Das ist so, ich habe kein Problem damit, Herr Kollege Steiner. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Von was sprechen Sie, Herr Kollege?)* Das ist so.

Daher glaube ich, man darf auch denen nicht, so wie der Herr Kollege Wolf sich herstellt und sagt, zehn Jahre ist die Politik in diesem Land schon eine Katastrophe. Grüß Gott! Was haben denn die für ein Gesprächsklima in ihren eigenen Reihen, in ihrem Klub? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein gutes.)* Wenn ich sage, zehn Jahre ist eine miese Politik hier herinnen passiert? Das traue ich mir so sagen? Herr Kollege Wolf, das würde ich mir zumuten und das wäre auch nicht im richtigen Augenblick das richtige Wort. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Du hast noch immer nicht zugehört.)*

Zehn Jahre schlechte Politik in diesem Land, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch. – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Du hast nicht zugehört.)* das hat er so gesagt, *(Abg. Doris Prohaska: Das stimmt.)* das wird auch so, denke ich, protokolliert sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Das haben - meiner Meinung nach - auch Kolleginnen und Kollegen so gehört.

Ein Herr Steindl, jetzt Abgeordneter, hat auch seine Arbeit geleistet und hat es hervorragend gemacht, sei es beim Feuerwehrwesen gewesen, seien es andere Dinge gewesen, die er hervorragend gemacht hat. Ich glaube, dass ich das jetzt auch so sehen muss. Wenn halt dann etwas passiert ist mit diesen Swap-Geschäften, Herr Kollege Steier, Sie waren auch damals dabei *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein! Das stimmt doch nicht.)* und haben halt … *(Abg. Gerhard Steier: Ich werde Ihnen irgendwann einmal erklären, was der Unterschied zwischen Regierung und Landtag ist. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Aber eines kann es nicht geben, eines kann es nicht geben: *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist Schwachsinn.)* Sie haben damals auch zugestimmt einem Voranschlag und einem Rechenabschluss und dergleichen mehr. Der damalige Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl hat sehr wohl unterschrieben und hat gesagt, ja, ich stehe dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich sehe hier kein Problem und keinen Widerspruch, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist Schwachsinn, was Sie hier sagen.)* sondern ich sehe nur eines klar und deutlich, man sollte mit offenen Augen und Ohren durch die Gegend gehen und sagen, nicht parteipolitisch, sondern wirklich für die Leute da zu sein.

Jetzt komme ich zum Voranschlag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aufregung verstehe ich, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil Sie lauter Schwachsinn erzählen.)* ich habe überhaupt kein Problem damit. Ich habe überhaupt kein Problem mit dieser Aufregung. Ich habe mir jahrelang anhören müssen, keine Ahnung und immer die gleiche Rede: Ja, es hat sich nicht irgendetwas verändert, werte ÖVP-Mitglieder. Es hat sich nicht gravierend etwas verändert. Es wurde gerade auch gesagt, das ist nicht die große Aufregung. Dass wir Herausforderungen haben, dass sich die Zeiten geändert haben. Dass sich die Gesellschaft geändert hat und dass wir mehr im Gesundheitsbereich oder dort oder da an Mitteln brauchen, ja das ist halt einmal so.

Wenn ich heute an eines andenke, und da bin ich schon bei Ihnen, Herr Kollege Steier, wenn ein Kulturzentrum in Mattersburg gebaut wird, dann sollte man sich nicht vorher hinauslehnen und sagen, wegreißen und das und jenes, sondern darüber diskutieren. Können wir und das leisten? Ist es leistbar? Was bringt das eigentlich? Und dergleichen mehr. Da bin ich voll bei Ihnen und bei vielen Dingen noch mehr. Aber ich kann mich nicht herstellen und den Wehleidigen spielen, weil ich nicht mehr in dieser Position bin. Glauben Sie mir das einmal. Und das, glaube ich, ist ein wichtiger Entscheid auch für ein Budget und für einen Voranschlag oder für einen Rechenabschluss.

Ich denke, da sollte man mit normalem, klarem Denken einmal an die Sache herangehen. Wenn ich ab und zu erlebe, und das tut mir ja oft so weh, wenn man

draußen steht und in den Gasthäusern diskutiert, dann hat ohnehin bald jeder die gleiche Meinung.

Nur im Hohen Haus wird das dann ein bisschen anders zelebriert, sagen wir einmal so, weil man einen gewissen Klubzwang hat oder gewisse Ansichten hat, die halt nicht mehr so passen wie vor zwei, drei Jahren. Das ist einmal so. Daher sage ich auch, die FPÖ hat jetzt eine Riesenverantwortung übernommen. Eine riesige Verantwortung nicht nur im Land, sondern auch im Bund. Und da bin ich neugierig, weil auch im Budget, welches wir heute und morgen diskutieren, hängt ja auch vom Bund oder von der EU ab. Das höre ich dauernd, wenn der Herr Präsident Illedits draußen in Brüssel mit dem Herrn Landeshauptmann ist, dann geht es immer ums Geld. Es dreht sich alles ums Geld. Das ist halt heutzutage einmal so. Gott sei Dank, würde ich fast sagen, weil mit Geld kann man schon auch ein bisschen etwas bewegen. Ohne Geld wird das nicht mehr funktionieren.

Wenn ich mir … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ohne Geld keine Musi!)* So ist es, Herr Kollege Steiner! *(Abg. Doris Prohaska: Wenn man nicht tanzen kann, ist es egal.)* Auch bei Ihnen in der Stadt Eisenstadt wird es genauso sein, wenn ich über die Straße fahre, wo es mir halb die Füße abreißt, *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ und FPÖ)* dann muss ich mir auch etwas dabei denken, machen Sie einmal ein bisschen dort was, wenn Sie glauben, Sie können das alles so locker wegstecken.

Das sind auch Besorgnisse, wo Sie sich Gedanken machen müssen. Auch in einem Voranschlag. Aber jetzt komme ich tatsächlich zu diesem Voranschlag. Einen Voranschlag zu machen, werte Kolleginnen und Kollegen, ist eine mühsame Aufgabe. Na selbstverständlich! Da jongliere ich her, da mache ich das, was kann ich noch machen? Aber eines muss ich klar sagen: In einer Gemeinde haben wir es leider Gottes nicht so einfach.

In einer Regierung schaut das anders aus. Da habe ich meinen Partner, und das ist fix. In einer Gemeinde habe ich oft nicht die Mehrheit und viele Bürgermeister haben eventuell nicht die Mehrheit. Was tut man da? Na dann muss man sich halt zusammensetzen und diskutieren: Ist das möglich? Ist das nicht möglich? Können wir uns das erlauben oder können wir uns das nicht erlauben? Noch einmal. Das ist nur ein Grundgestell oder Konstruktion, wo man sagt, in diesem Rahmen können wir uns bewegen. Ich denke, das ist hier genauso. Wenn ich heute den Nachtragsvoranschlag, naja klar, wenn ich Akutordinationen verlange und nur 200.000 oder 390.000 drinnen habe, da muss ich mir ja dabei etwas denken. Diesbezüglich bin ich schon bei Euch, aber dafür gibt es ja einen Nachtragsvoranschlag.

Jetzt sind wir genau dort wieder gewesen … *(Abg. Gerhard Steier: Auf einmal.)* Ja, das ist schon richtig, Herr Kollege Steier - einmal gibt es das. Aber wir sehen das ja immer, dass das funktioniert. Ich verstehe das oft auch nicht, aber es funktioniert. Man schichtet wieder um, dort haben wir weniger gehabt, und daher bin ich schon bei Euch, dass Ihr aufzeigt, und das ist ja unsere Aufgabe, hoppla, dort sollte man schon nachdenken und ein bisschen Reserven einbauen.

Aber sei es wie es sei. Wir sind die, die auch im Landtag fordern und sagen, das und das gehört umgesetzt. Ihr ändert das eh hundertmal ab, das ist ja eh egal, weil, wie es ein Geld kostet, wird es bis zum Nimmerleinstag abgeändert. Das erleben wir dauernd. Das ist halt einmal so.

Aber ich sehe grundsätzlich als Voranschlag oder als Budget, Landesvoranschlag, ein Gerippe, wo man damit arbeiten soll und kann. Ich weiß schon, wenn der Herr Landeshauptmann sich immer hinstellt und sagt, wer beim Budget nicht mitgestimmt hat, der hat eigentlich alles verspielt, auf Deutsch gesagt. Ich finde das für anmaßend, muss

ich ehrlich sagen, weil das ist nicht richtig, weil wir arbeiten mit, wir wollen mitgestalten. Wir sind auch diejenigen, die Verantwortung in der Gemeinde übernehmen. Wir sind auch diejenigen, die auch gerne hier die Kontrolle ausüben, na logisch!

Leider sind wir nicht einmal in den Ausschüssen „vertreten“. Das verstehe ich bis heute sowieso nicht. Da hat die FPÖ immer geschrien, ich kann mich noch an die Situation erinnern. Sagt die FPÖ, es ist ein Witz, dass wir nicht in den Ausschüssen vertreten sind, was tun wir denn eigentlich da? Und dergleichen mehr. Jetzt haben wir die umgekehrte Situation, wenn wir das sagen, heißt es, psst, geht nicht. Auch hier kann man etwas ändern. Wenn man will, kann man vieles ändern, und das muss uns einmal bewusst sein. Ich glaube, wenn ich mir den Landesvoranschlag anschaue, der dehnbar ist und wieder mit einem Nachtragsvoranschlag wahrscheinlich enden wird, das ist halt einmal so, dann darf ich mit ein paar Zahlen einmal arbeiten.

Ich glaube, wenn man sich den Voranschlag 2018 wirklich den ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 1.130.560.200 Euro vorstellt, es ist auch nicht wenig Geld, das entspricht hier in etwa den Haushalten der vergangenen beiden Jahre. Im außerordentlichen Haushalt sind Einnahmen beziehungsweise Ausgaben in der Höhe von 27,6 Millionen Euro budgetiert. Das ist weniger als im Jahr 2017. Rund 34 Millionen Euro beziehungsweise deutlich weniger als im Jahr 2016, rund 46 Millionen Euro. Auch hier macht man sich Gedanken und sagt warum? Was ist jetzt los? Wir reden immer, wir gestalten, wir tun und dergleichen mehr. Anscheinend fehlt uns irgendwo etwas und vielleicht fehlt uns das Geld vom Bund oder fehlt uns dort irgendetwas und dergleichen mehr.

Oder vielleicht sollte man irgendwo mehr einsparen, in der Verwaltung, darüber wird eh schon weiß wie lange geredet. Was passiert? Oder unser Vorschlag? Jetzt komme ich gleich zu dem Thema, dass man die Dienstautos mit Elektro einmal dementsprechend installiert. Sei es ein Tesla, ist mir auch egal, weil man viele Vorteile hat. Das sollte man auch dementsprechend - wenn man schon darüber redet - auch umsetzen. Es ist ein Antrag von uns heute drinnen, wo man sagt, versuchen wir das halt einmal. Schauen wir uns das an. Was können wir einsparen? Aus welchen Ressourcen kann man eigentlich die Energie holen? Wir sind das Land der Windräder. Wir sind das Land der Photovoltaik, wo wir uns stolz immer wieder mit geschwellter Brust hinstellen, das machen wir, das stimmt aber auch, muss ich dazu sagen. Ich weiß, wovon ich in dieser Sache auch rede, weil es wichtig ist, dass man in diese Richtung geht.

Auch ich habe vor kurzem eine Photovoltaik auf die Schule raufgetan, mit Bürgerbeteiligung. Ritsch ratsch, war es weg. Ist überhaupt kein Problem, dass man etwas unternimmt. Daher glaube ich aber, wenn man das verlangt, dann sollte man auch darüber diskutieren können und nicht ablehnen oder abändern. Das ist genau der Punkt, den wir eigentlich alle miteinander nicht brauchen.

Ich glaube, wenn man sich weiterhin die Ausgabenstruktur nach Gruppen im ordentlichen Haushalt anschaut, dann in der Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung mit rund 190 Millionen Euro leicht über den Schnitt der vergangenen beiden Jahre, dann weiß man eh schon, wovon wir reden. Was ich vorhergesagt habe. Deutlich sind auch die Ausgaben in der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit gestiegen. Diese betragen im Voranschlag 2018 nunmehr 9,6 Millionen Euro im Gegensatz zu rund acht Millionen Euro beziehungsweise sieben Millionen Euro im Jahr 2016. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist jetzt nicht da, der für die Sicherheit zuständig ist. Aber mit seinen Gemeindegeschichten, glaube ich, werden wir nicht weit hüpfen.

Es ist gescheiter, man macht da andere Sachen. Aber vielleicht hat der Herr neue Landesrat eine Idee bei der Sicherheit. Ich denke schon, dass man sich etwas anderes einfallen lässt, weil sonst explodieren uns die Kosten. Wenn jetzt in neun, oder in wie vielen Gemeinde habe ich das, und 171 Gemeinden habe ich, wenn ich das jetzt hochrechne, das wird ein großes Problem für die Zukunft werden.

Ich glaube, die Sicherheit muss uns das wert sein, aber nicht in diese Richtung. Wenn ich dann mit einem Ross noch daherkomme, na dann wird es ganz „gföd“, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist sicher nicht in unserem Sinne, das muss man schon einmal gesagt haben. Ich denke, vielleicht kommt auf Umwegen, haben wir jetzt bald irgendwo ein Ross da, und da wird Stillschweigen vereinbart, das ist das Wort des Jahres, dann lasse ich mich auch gerne in dieser Sache überraschen.

Die Ausgabenstruktur für die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft mit rund 276 Millionen Euro sowie in der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus mit rund 24 Millionen Euro, die Ausgaben in der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, Wohnbauförderung sowie in der Gruppe 5, Gesundheit, liegen mit etwa 351 Millionen Euro beziehungsweise 112 Millionen zum Teil deutlich über dem Vorjahresschnitt. Heute haben wir das vom Herrn Landeshauptmann gehört, das muss alles etwas wert sein. Ja, soll so sein, aber es hat der Kollege Steier heute schon ein paar Dinge angezogen, wie Mörbisch, da ist nicht einmal noch der Vertrag ausgelaufen, habe ich einen neuen Vertrag, weiß gar nicht, was dort entstanden ist. Der hat einen Fünf-Jahres-Vertrag oder in der Richtung, ich weiß es gar nicht genau, weil man gar keine Einsicht hat und den gibt es de facto gar nicht mehr, und für den müssen wir zahlen, weil der wird das nicht so irgendwohin genommen haben, ich meine, das sollte man halt auch wissen. Wieder einmal Stillschweigen, das uns sehr irritiert in der ganzen Sache.

Ich glaube, die Gesundheit - brauchen wir nicht darüber diskutieren - muss uns wirklich etwas wert sein, aber auch hier - und da bin ich ja recht froh, dass die Diskussion jetzt entstanden ist, auch schon seit einigen Jahren, auch seitens der FPÖ, dass man eine begleitende Kontrolle bei gewissen Dingen einführt. Ich lese jetzt, dass man dafür offen ist. Also einiges haben wir schon miteinbringen dürfen und können, dass sich etwas zum Besseren verändert, aber vielleicht werden wir auch einmal gescheit und sagen, es hat eh gepasst, aber trotzdem wollen wir immer wieder darauf hinweisen, dass solche Dinge eigentlich gemeinsam getragen gehören, weil das ist eines der größten Projekte seit Jahrzehnten oder in den nächsten 10, 20, 30, 40 Jahren und da sollte man sehr vorsichtig damit umgehen.

Denn wir wissen alle, aus der Vergangenheit und aus der Realität, alle „Großbaustellenprojekte“ wurden ein bisschen überzogen. Jetzt bin ich bei Lutzmannsburg, weil dort alles so ruhig ist. Da findet man noch immer nicht die 2,3 Millionen, da weiß niemand, wo die eigentlich hingegangen sind. Ist ja auch egal, interessiert anscheinend gar keinen. Aber dem vorzubeugen, sollte man eigentlich schon im Vorfeld einen gemeinsamen Weg finden, wo begleitende Kontrolle dabei sein soll.

Aber auch der Rechnungshof, der uns immer wieder ganz wichtige Berichte vorlegt - sei es der Bundes- oder der Landes-Rechnungshof -, zeigt auf, welche Ungereimtheiten es geben kann oder gibt und wo man punktuell das abarbeiten muss. Er zeigt übrigens auch auf, dass man halt doch einen gemeinsamen Weg finden sollte. Wenn wir heute einen Voranschlag diskutieren, dann wissen wir ganz genau, wir stimmen darüber ab, der wird für gutgeheißen, sage ich einmal, 60 Prozent oder 65 Prozent für gutgeheißen, und dann wird er der Regierung übergeben, und wir haben leider nichts mehr zu schwätzen. Das wissen auch alle miteinander. Auch das ist in einer Gemeinde ganz anders.

Kollegin Salamon Ingrid, Du weißt, wie das ist. Du musst jeden größeren Posten noch einmal beschließen. Die beschließen das in der Regierung und wir haben leider - und da muss ich schon eines dazu sagen - leider keine Einsicht, wie in einer Regierung die Beschlüsse fallen, worum geht es dort überhaupt, und dergleichen mehr. Also da würde ich mir sehr wohl wünschen, nicht nur wünschen, sondern das muss ein Muss werden, dass man auch dort Einsicht bekommt.

Tagesordnung, was ist dort drauf, das hat man ja früher, wie Dr. Rauter noch Landesrat war, hat man immer das zu Gesicht bekommen, weil er auch in der Regierung gesessen ist. Er hat sich zu gewissen Dingen auch geäußert, medial und öffentlich. Jetzt höre ich gar nichts, jetzt wird das alles hingenommen, ich weiß gar nicht, was passiert dort. Im Gegenteil - es wird einfach dort und da nachher vom Rechnungshof, nach drei Jahren, aufgezeigt, und das kann es nicht gewesen sein.

Wenn ich mir die Gruppe 0, Vertretungskörper noch einmal und Allgemeine Verwaltung vorstelle, auch dort hat man schon immer gesagt, man tut etwas. Ich sehe leider noch nicht den großen Wurf, was man da gemacht hat. Es ist vor allem die Summe vieler kleiner Ausgabenpositionen die insgesamt zum Beispiel einen aufgeblähten Verwaltungsapparat ausmacht. Im Detail finden sich relativ hohe Kostenpositionen, beispielsweise für Ehrengaben, 340.000 Euro, Fahrtkostenzuschüsse, Aufwandsentschädigungen, Mehrleistungsvergütungen oder Dienstjubiläen, 500.000. Das ist Geld, meine sehr geehrten Damen und Herren, über das man auch nachdenken sollte. Das war früher wahrscheinlich schon so in der SPÖ-ÖVP-Regierung, weil ich glaube, da wird sich in der Sache nicht viel geändert haben. Wenn ich denke, einen Blick auf die laufenden und steigenden Aufwendungen für Pensionen beziehungsweise Ruhebezüge, wirft die Frage auf, wie lange diese steigenden Ausgaben noch gedeckt werden können. Das heißt, es sind viele noch beschäftigt gewesen in diesem Land, die gar nicht mehr „de facto da waren“, weil sie, weiß ich nicht, so viele Stunden gehabt haben und Urlaube und dergleichen mehr. Also auch das hat es gegeben oder gibt es noch, und dergleichen mehr. Daher gehört mehr Offenheit in diese Richtung gemacht.

Wenn ich mir die Rechts- und Beratungskosten anschaue, 500.000 Euro, ich glaube, das ist auch ein bisschen hoch budgetiert. Ich weiß nicht, was da jetzt passieren wird, sei es mit KRAGES oder sei es mit anderen Geschichten, was auch ein so ein spezieller Fall ist, sollte man sich auch Gedanken machen und vielleicht kann man irgendwo erfahren, warum man dass dieses Mal so hoch budgetiert hat.

Teilweise finden sich auch Kostenpositionen, die dem Steuerzahler wohl kaum zu erklären sind, wie beispielsweise Kosten der Verbindungsstelle der Landesfinanzreferentenkonferenz in der Höhe von 160.000. Was geschieht da? Kann mir da einer helfen? Ich weiß nicht, also das ist für mich ein bisschen ein Rätsel. 160.000 das ist schon eine heftige Summe.

Sehr hoch sind auch die budgetären Ausgaben des Landes für verschiedene Marketing- und Werbemaßnahmen. Pressedienst - 250.000 Euro, Internet-Auftritte des Landes - 60.000 Euro, Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - 560.00 Euro, oder Öffentlichkeitsarbeit zu europäischen Fragen - 90.000 Euro. Das ist überhaupt interessant - Öffentlichkeitsarbeit zu europäischen Fragen - 90.000 Euro, noch nichts gespürt oder mitbekommen in der ganzen Situation, aber sei es wie es sei.

Interessant wäre auch zu erfahren, was genau hinter der Position Entgelte für Beauftragung an die Regionalmanagement Burgenland in der Höhe von 320.000 Euro steckt. Was ist das? Ich bin nicht schlau geworden, wie ich mir das angeschaut oder wie ich mir das zu Gemüte geführt habe. Ich bin nicht schlau geworden, das muss mir einer

erklären, aber gut, vielleicht kann es mir irgendjemand erklären und sagt, das braucht man, weil das so wichtig ist und das bringt soundso viel. Aber ich wollte es nur einmal aufzeigen.

In Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport, Wissenschaft stellt sich nach wie vor die Frage, ob dem Steuerzahler der Bezug des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates in der Höhe von mehr als 130.000 Euro pro Jahr erklärt werden kann. Da ist auch die FPÖ immer die Partei gewesen, die gesagt hat, weg, brauchen wir nicht, und dergleichen mehr. Jetzt gibt es sogar ein Dienstauto mit einem Chauffeur noch extra, also das sind auch so Fragen, liebe Kollegen von der FPÖ, vielleicht kann man das auch einmal verifizieren und sagen, braucht man das, ist das notwendig oder spart man dort ein bisschen etwas ein. Die Diskussion muss und soll es ja geben.

Zu Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus wird mein Kollege Gerhard Hutter noch einiges sagen, ich habe schon ein paar Dinge andiskutiert, natürlich brauchen wir Kunst, Kultur, gar keine Diskussion. Man muss auch alles im Rahmen halten und schauen, wie können wir das wirklich so machen, dass das einen Sinn hat und dass die Leute zu uns kommen und gerne zu uns kommen. Man hat das eh jahrelang hervorragend gemacht.

Vielleicht wird das wieder in Mörbisch, oder wird das dort etwas Besonderes, oder auch mit Esterházy, dass man da wieder einen Weg findet, dass man schlussendlich einmal eine vernünftige Lösung anpeilen soll, diskutieren soll, zusammensetzen soll - jetzt bin ich wieder beim Zusammensetzen - und darüber befindet, macht es Sinn. Ich glaube schon, dass es Sinn machen würde, dass man auch dort in der Kultur einiges weiterbringen sollte.

Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, Wohnbauförderung. Für das Jahr 2018 unter dem Titel „Grundversorgung für Fremde“ - jetzt bin ich wieder dort - Ausgaben in der Höhe von 16,5 Millionen. „Grundversorgung für Fremde“ klingt mir auch ein bisschen… ja, aber gut, vorgesehen. Wobei die Kosten der Grundversorgung zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent vom Land getragen sind.

Darüber hinaus finden sich im Voranschlag vier Millionen Euro für die „Grundversorgung für minderjährige Fremde“. Jetzt möchte ich eines dazu sagen, wir haben - und da bin ich schon ein bisschen betrübt gewesen, wie die Volksanwaltschaft gesagt hat, man hat im Burgenland keine Betten für psychisch Kranke, die suizidgefährdet sind und dergleichen mehr. Also da soll es jetzt wirklich nicht um die paar „Netsch“ bei 1,2 Milliarden Euro ankommen, ob man das aufstellt oder nicht, das wäre eine wichtige Forderung, die wir als Bündnis Liste Burgenland heute und jetzt aufstellen werden und auch einen Antrag wieder einbringen werden, weil es wichtig ist. Das hat auch die Volksanwaltschaft gesagt. Es kann nicht so viel Geld sein, man hat schon mehr verbuttert und verbraten. Daher wäre das für uns sehr wichtig.

Ich glaube auch, dass es entscheidend wird sein, auch bei der Wohnbauförderung, die ja anscheinend die beste Österreichs ist, aber auch eine Zweckbindung hergehört. Wenn im Budget 123, 124 Millionen Euro sind, Herr Kollege Fazekas, ich weiß schon, das ist nicht wichtig, aber ich würde schon sagen, dass man ein paar Dinge sich mitnehmen kann in der ganzen Geschichte, weil ich sage, eine Zweckbindung hat ein jeder da herinnen, wie ich mich erinnern kann - Wohnbauförderung. Es hat den Antrag gegeben, aber es ist Stillstand geworden, und daher glaube ich, auch hier sollte man nachdenken. Ich weiß schon, dass das Budget natürlich von der Wohnbauförderung - wir geben wahrscheinlich 78 Millionen aus und 124 haben wir im Budget, den Rest brauchen wir halt für andere Dinge, okay, soll so sein, aber ich glaube, dass man für Jungfamilien noch

mehr mit Wohnbauförderung machen könnte. Ansonsten glaube ich, funktioniert das ganz gut.

Es werden sehr viele Wohnungen von den Siedlungsgenossenschaften gebaut, die sich wirklich bemühen, auch hier im Ortskern, und das ist das Wichtige in den Gemeinden, schön langsam das Ganze zu realisieren und auch die alten Gebäude wegbringen, und dort anfangen, das umzusetzen, was wir schon lange gefordert haben. Mit einer Ortskernunterstützung seitens des Landes oder der Gemeinde, was wir auch in Deutschkreutz übrigens machen, dass das passiert und nicht immer auf der grünen Wiese. Ich glaube, es werden mir die GRÜNEN recht geben, dass man nicht alles draußen zupflastert, sondern schön langsam dort beginnt, auch das in die Wege zu leiten. Im Großteil wird es jetzt schon gemacht.

Im Zusammenhang mit dieser Gruppe, Gruppe 4, budgetierte Abführung von Rückflüssen aus der Wohnbau Burgenland GmbH von 21 Millionen, das habe ich vorher erwähnt, sowie die Abführung von Rückflüssen wieder aus der Wohnbau GmbH, Zinsen in der Höhe von 6,6 Millionen Euro, erneuert das Bündnis Liste Burgenland - also wir - die bis dato geübte Kritik, an der damit verbundenen budgettechnischen Intransparenz. Auch da sollte man irgendwo Einsicht bekommen, hinterfragen können und dergleichen mehr.

Gruppe 5, Gesundheit, habe ich schon erwähnt. Ich glaube, dass wir uns auf etwas vorbereiten müssen, mit der Regressabschaffung und dergleichen mehr, dass da viele Kosten auf uns zukommen werden, der Bund wird uns das nicht so übermitteln oder überweisen, wo ich der Überzeugung bin, dass da viel Kraft jetzt zum Verhandeln gehört, dass wir das jetzt bekommen. Höchstens sie machen eines, dass sie den Regress wieder ändern, es ist heutzutage alles möglich. Weil das ist so, wie das, was man vorher diskutiert hat, die Arbeitsplätze, die man geschaffen hat und vielleicht jetzt einen Rückschritt macht.

Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Auch heuer wieder ein Blick auf die Ausgabenstruktur. Macht das deutlich, dass der weitaus überwiegende Teil des Budgets für Landwirtschaft, Wein, Tourismus ausgegeben wird. Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Faktor. Wein ist ein ganz ein wichtiger Faktor in unserem Land geworden. Die Landwirtschaft hinkt natürlich nach, wir müssen aufpassen, es werden immer weniger Betriebe in der Landwirtschaft, aber daher größere.

Heute sind schon die Förderrichtlinien und dergleichen mehr diskutiert geworden. Ich will jetzt nicht irgendwo in ein Wespennetz stechen, sondern ich glaube, dass in der Landwirtschaft einiges zu tun ist, dass man schaut, speziell im Süden unten, dass man die Regionalität, unser schönes Land verkauft und dergleichen mehr und daher, ja ist so und soll so sein, und ich glaube, das ist auch soweit in Ordnung, dass man sich dafür einsetzt. Man hat mit dem Uhudler, das ist ja ein Antrag von uns gewesen, einiges erreicht. Man hat die vielen südlichen Möglichkeiten soweit, glaube ich, in Griff, auch sei es Tourismus. Nur muss man noch mehr dort den Hebel ansetzen und mitarbeiten und seitens des Landes auch dementsprechend arbeiten. Der Landeszuschuss vom Marketingaufwand für das Burgenland Tourismus GmbH-„Geschichtel“ und dergleichen mehr. Viele Konstrukte muss ich ehrlich sagen, gefallen uns da gar nicht, passen uns auch nicht, dass man vielfältig da unterwegs ist mit gewissen Förderstellen, sei es die Leader-Situation, sei es überall muss man hinrennen als Bittsteller. Da gibt es eine andere Möglichkeit, ich habe das heute schon erwähnt, in anderen Ländern, wo man sich leichter tut.

Zusammenfassend ist halt eines klar zu sagen. Dass viele Dinge im Budget wichtig sind, viele Dinge notwendig sind und viele Dinge in einem Voranschlag gegeben sind, weil wir gar nicht aus können. Aber man muss sich und man sollte eines andenken. Ich

glaube, da sind wir, ich hoffe, auf einem guten Weg mit diesen ausgelagerten Gesellschaften, Schritt für Schritt das einmal in den Griff zu bekommen.

Ich höre nichts mehr. Es hat geheißen, innerhalb von einem Jahr soll das alles über die Bühne gegangen sein, aber ich höre gar nichts mehr. Ich weiß auch nicht, wo jetzt welche zusammengelegt geworden sind und wer was macht? Ich würde deshalb da auch darum bitten, das transparent zu machen, denn das wäre mir es auch wert, hier eine dementsprechende Anfrage zu stellen, eine schriftliche Anfrage, wie weit das eigentlich gediehen ist?

Wenn ich mir nur anschaue, dass der Landes-Rechnungshof damals kritisiert hat, dass 2013 mehr als 110 Millionen Euro an Gesellschaften, also insgesamt rund 160 an denen das Land Burgenland direkt oder indirekt beteiligt ist, dann entspricht das ziemlich genau zehn Prozent des gesamtburgenländischen Jahreshaushalts. Einen genauen Überblick, wie es um die finanzielle Situation all dieser Gesellschaften steht, konnte sich der Rechnungshof damals schon nicht genau machen und sich kein klares Bild darüber verschaffen.

Ich weiß schon, da im Landesvoranschlag ist es enthalten. Im Budget gibt es eine Aufschlüsselung, aber nicht im Detail. Da würde ich mir schon auch wünschen, liebe FPÖ, dass man da einen Druck macht auch und sagt, machen wir auf. Es ist nichts zu vergeben, machen wir das Ganze auf. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Noch undeutlicher oder deutlicher, wie bei dieser Intransparenz, ist es bei der Haftung, denn offiziellen Berechnungen zufolge sind es 600 Millionen Euro, die die Landesverwaltung unter diesem Titel ausweist. Das ist mehr als die Hälfte des gesamten Landeshaushalts. Wer im Landesvoranschlag 2018 nach einer genauen Auflistung, das habe ich vorhin gesagt, die Haftungen sucht, der wird lange suchen können, denn detaillierte Angaben gibt es hier nicht.

Daher werden wir einigen Gruppen unsere Zustimmung erteilen können. Zum Gesamtbudget werden wir natürlich noch abwarten, was die zwei Tage bringen. Vielleicht gibt es eine neue Idee, vielleicht gibt es irgendetwas wo man sagt, in Ordnung, das oder jenes kann man in Zukunft verändern und dann schaut man sich das einmal genauer an. Ich möchte aber eines noch klar und deutlich zum Ausdruck bringen: Es sollte in diesem Land immer offene Gespräche geben. Sei es für einen Voranschlag, sei es bei anderen Dingen, die wichtig für das Land sind.

Jeder Klub oder Jeder, der die Möglichkeit hat, sollte auch versuchen, Information weiter zu geben. Es sollte keine reine politische Situation entstehen, wo man nur sagt, das Budget ist sowieso über die Bühne, weil die können nicht anders, denn die sind aneinander angekettet und das machen wir so - eigentlich ohne Rücksicht auf Verluste.

Ich glaube, dass wir auch in Zukunft in diesem Landtag einen gemeinsamen Weg finden sollten. Vielleicht gibt es auch Anregungen, das eine oder das andere zu ändern, aber auch im Gesetz etwas zu verändern, weil langfristig angedacht kann es nicht so sein, dass die Landesregierung nach dem morgigen Tag, wenn das Budget beschlossen ist, sie eigentlich selbstständig handeln kann, wie sie will - ohne den Landtag mehr zu fragen, ohne lange zu diskutieren.

Wenn dann Anträge hereinkommen, werden die natürlich abgeändert, ablehnt, oder auf die Seite geschoben, weil es doch mit finanziellen Dingen zu tun hat. Da sollten wir umdenken und etwas Anderes andenken.

Ansonsten möchte ich mich auch bei der Abteilung 3, Finanzen bedanken, die diesen Voranschlag erstellt hat, denn es ist sicher nicht einfach, darüber brauche ich gar

nicht zu diskutieren. Weil es immer wieder auch Kritik gibt, darf ich vielleicht aber vorausschickend noch erwähnen, dass man auch in den Regierungsbüros sehr wohl einiges einsparen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Grundsätzlich sollte sich jeder darüber Gedanken machen, wo wir einsparen können. Jetzt nicht für die Menschen, sondern in den Büros selbst. Ich glaube, das ist ein aufgeblähter Apparat, denn die bekommen alle mehr bezahlt als jeder Normalsterbliche, der in diesem Haus arbeitet. Vielleicht kann man dort den Hebel ansetzen.

Vielleicht weißt Du das nicht, Herr Kollege Haidinger, aber das ist so. Wenn Du in einem politischen Büro in der Regierung arbeitest, bekommst ein bisschen mehr bezahlt, wie wenn du normal im Haus brav deine Arbeit verrichtest. In diesem Sinne danke ich, dass Ihr zugehört habt. Lassen wir uns zwei Tage von den dementsprechenden Wortmeldungen berieseln. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren Zuschauerinnen, Zuhörer, Zuhörerinnen draußen im Live-Stream! Liebe Regierungsmitglieder an den Bildschirmen, denn live ist momentan gerade niemand im Saal. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Was macht nun ein Budget, aus unserer Sicht, zu einem zukunftsfähigen Budget? Unsere Fragen dabei sind: Ist es ökologisch? Ist es sozial? Ist es transparent? Fördert es die demokratische Kultur in unserem Land? Das sind meine Leitfragen, wenn ich an das vorliegende Budget herangehe. Zum ersten Punkt: Ist die Politik, die hier in Zahlen gegossen ist, ökologisch? Nein, das ist sie nicht!

Nachdem was ich bis jetzt hier sehe und höre es ist auch gar nicht der Anspruch einer rot-blauen Landesregierung, ein ökologisch wirksames Budget vorzulegen. Im Gegenteil, die ökologischen Auswirkungen von Entscheidungen werden nicht analysiert oder gar berücksichtigt. Umweltschutz wird noch immer weitgehend wie im Stil des vorigen Jahrhunderts als Einzelmaßnahme gehandelt. Da ein bisschen Förderung für ein Fest, das ohne Einweggeschirr auskommt, dort ein Aufruf an die Gemeinden, auf ein giftiges Pflanzenschutzmittel freiwillig zu verzichten.

Aber freiwilliger Verzicht ist keine politische Ansage. Eine politische Ansage ist es, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um, zum Beispiel, bestimmte gesundheitsschädliche Substanzen - sprich Giftmittel - im Burgenland nie mehr zum Einsatz kommen zu lassen, weil nur so die Gesundheit der Bevölkerung sowie Böden und Luft geschützt werden können. Daher haben wir auch einen diesbezüglichen Antrag eingebracht und ich bin zuversichtlich, dass sich zumindest hier im Landtag die SPÖ und die FPÖ anschließen werden, da es von ihren Parteien auch schon bundesweit zu klaren Aussagen gekommen ist.

Ist die Politik, die hier in Zahlen gegossen ist, ökologisch? Nein, dass ist sie nicht. Das zeigt sich auch an der Verkehrspolitik des Landes. Die Kostenwahrheit beim Straßenbau ist etwa nicht entsprechend abgebildet. Wer Straßen baut, erntet Verkehr, wer mehr Straßen baut, erntet immer mehr Verkehr. Eine Verkehrspolitik, die keine

Antwort auf das Problem des wachsenden Individual- und Güterverkehrs auf der Straße weiß, ist nicht ökologisch nachhaltig.

Die daraus resultierende Luftverschmutzung wird nicht als Belastung ausgewiesen, aber deren Folgekosten tauchen dann später im wachsenden Gesundheitsbudget als Ausgabe auf. Beim Stichwort Lärmbelastung erinnere ich an das dringende Bitten der Gemeinden Großhöflein und Müllendorf, die Lärmbelastung, die durch die A3 entsteht, zumindest in den Nachtstunden durch verkehrspolitische Maßnahmen zu reduzieren. Diese Wünsche werden zur Kenntnis genommen, aber dann nicht umgesetzt. Man redet sich darauf aus, dass dafür die Bundesregierung zuständig ist. Aber, im Gegenteil, die Landesregierung arbeitet auch noch auf die Verlängerung der A3 hin. Wissend, dass dadurch mehr LKWs durch das Land rollen werden und mehr Lärm, mehr Geruchsbelästigung und mehr Verschmutzung der Umwelt entsteht.

Die Nebenwirkungen durch verschmutzte Luft und durch krankmachende Lärmbelastung bekommen die Anrainerinnen und Anrainer zu spüren. Um wieder auf die budgetäre Konsequenz zurückzukommen, werden die Folgewirkungen dann später in gestiegenen Gesundheitskosten abgebildet sein, denn Lärm macht krank. Doch soweit denkt unsere Landesregierung heute leider noch nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ist die Politik, die hier in Zahlen gegossen ist, ökologisch? Nein, dass ist sie nicht und das zeigt sich auch in der Raumordnungspolitik des Landes. Solange wir nicht ein Raumordnungsgesetz haben, das sicherstellt, dass der unglaublich wachsenden Bodenversiegelung ein Riegel vorgeschoben wird, ist die Politik sogar extrem klimaschädlich. Die Folgen des Zubetonierens weiter Flächen des Burgenlands sind ein Beitrag zur Verschlechterung des Klimas und verstärken vor allem die Folgen der Erderwärmung.

Das erleben wir im Burgenland ganz konkret in der mittlerweile manifesten Überforderung unseres Bodens bei Starkregen. Was das budgetär bedeutet, haben wir heute im Nachtragsvoranschlag bereits gesehen. Solange neu zubetoniert wird, anstatt das vorhandene Geschäftsflächen genutzt werden, solange sich die Politik in einem Landesvoranschlag so niederschlägt kann man es nicht als ökologisch bezeichnen.

Hinter mir die Sintflut ist in diesem Zusammenhang in der Folge nicht mehr nur metaphorisch zu verstehen. Das kann mit fortlaufender Verschleppung des Problems zur bitteren Realität im ländlichen Gebiet werden. In diesem Zusammenhang muss ich auch auf die Bestrebungen der Landesregierung bezüglich der 3. Piste auf dem Flughafen Wien Schwechat hinweisen. Die kommen zwar nicht hier direkt im Budget vor, aber es ist eher ein politisches Anliegen dieser Landesregierung, hier einiges voranzutreiben.

Bestrebungen, die ausdrücklich ein zurückdrängen des Klimaschutzes zum Ziel haben. Das wurde hier sogar gesagt, und zwar von denjenigen, die noch dazu an einem Teil der Zahlenwahrheit bewusst vorbeischauen, denn dort gibt es nämlich bei zwar steigenden Passagierzahlen, weniger Flüge. Der VCÖ, der Verkehrsclub Österreich, hat durch seine Studien dargelegt, dass die Flugbewegungen am Flughafen Wien Schwechat heuer in den ersten zehn Monaten um 0,7 Prozent zurückgegangen sind. Damit sinkt das sechste Jahr in Folge die Zahl der Flüge, aber die Landesregierung engagiert sich vehement für den Bau einer weiteren Piste bei sinkendem Bedarf. Ach, würde sich die Landesregierung doch auch so vehement für die massive Verbesserung und den Ausbau der grenzüberschreitenden Bahnverbindungen für den Güter- und den Personenverkehr einsetzten, wie es auch der VCÖ fordert. Denn es ist eine Tatsache, dass der Verkehr der größte Problemsektor beim Klimaschutz und der Flugverkehr der größte Klimasünder ist.

Das will unsere Landesregierung unterstützen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein Aufbau der grenzüberschreitenden Bahnverbindungen ist nicht nur aus Verkehrs- und Umweltsicht erforderlich, sondern würde auch langfristig viele neue Arbeitsplätze in Europa schaffen, denn auch durch den Klimaschutz werden Arbeitsplätze geschaffen. Eine Politik, die immer so tut, als würde sie nachhaltig wirtschaften, als würde ökologische Politik Arbeitsplätze gefährden, die verleugnet, was sich in diesem Bereich bereits getan hat. Auch hier wird dann später die massive Umwelt- und Lärmbelastung durch das Gesundheitsbudget aufgefangen werden müssen.

Zum zweiten Punkt: Ist die Politik, die hier in Zahlen gegossen ist, sozial? Vorweg eines: Im Sozialbereich ist in den letzten Jahren einiges weitergegangen. Es hat sich auch einiges zum Besseren verändert. Man merkt die Bemühungen auf Landesebene, hier auch einiges nachzubessern. Diejenigen Baustellen, die noch auf dem Weg sind, sind aber durchaus mannigfaltig. Wir haben aber leider auch hier im Landhaus einige Kollegen, die sich gar nicht auskennen, wenn es dann um Fragen der Sozialpolitik geht.

Der Kollege Kölly hat uns das hier schon vor Augen geführt. Er meint, es wäre möglich, dass in Österreich jemand keine Pension bekommt. Das ist natürlich ein völliger Humbug, aber ich bedanke mich jetzt bei ihm, dass er auf die Grünen hingewiesen hat, denn wahrscheinlich hat er gemeint, dass mit unserem Pensionsmodell, wo es eine Grundsicherung, eine Grundpension für alle gibt und darauf aufbauend eine beitragsorientierte Pension, das zielführender wäre. Aber, er ist jetzt nicht im Saal und deswegen werden wir ihm das später noch einmal erklären.

Um auf die Frage zurückzukommen, ob ein Budget sozial ist, muss der Blick darauf geworfen werden, wer von den sozialpolitischen Entscheidungen der Landesregierung profitiert und ob es Menschengruppen gibt, die nachteilig behandelt werden. Hier hat die Landesregierung mit Unterstützung der ÖVP und der LBL eine politisch folgenschwere Entscheidung getroffen. Sie hat zuerst in der allgemeinen Stimmungsmache und dann im Gesetzesvollzug die Menschen in unserem Land in zwei Gruppen geteilt, denen ein unterschiedlicher Mindestbedarf zur Existenzsicherung zugesprochen wurde.

Es gibt die einen, die für die Sicherung ihres Mindestbedarfs eine höhere Summe zugesprochen bekommt, als die andere. Die Sozialpolitik des Burgenlandes unterscheidet zwischen Einheimischen und neu hinzugekommenen Hilfsbedürftigen. Die Sozialpolitik des Landes teilt Menschen in Klassen ein, um sie in der Folge in ihren Rechtsansprüchen unterschiedlich zu behandeln. Das entspricht nicht einem auf Gleichheit der Menschen beruhenden Gesellschaftsbild und in diesem Sinn ist auch dieses Budget nicht sozial.

Es ist nicht sozial, weil eine Ungleichbehandlung langfristig den sozialen Frieden belastet und im schlimmsten Fall sogar zerstört. Es ist nicht sozial, weil in der Argumentation die Armen gegen die Ärmsten ausgespielt werden und es ist nicht sozial, weil ausgewählten Gruppen in der größten Existenznot nur ein halber Rettungsring hingeworfen wird, an dem kein Halt gefunden werden kann.

Es ist nicht sozial, weil es nicht von der Grundhaltung der Solidarität aller Menschen untereinander getragen ist. Diese fehlende Solidarität mit den Ärmsten in der Gesellschaft bringt dem Land sage und schreibe ganze 300.000 Euro an Einsparung. Geld, das an anderer Stelle sehr leichtfertig ausgegeben wird. Das ist ein trauriger Befund über ein Budget, das nicht sozial ist.

Ich möchte auch auf den jüngst von der Volksanwaltschaft aufgezeigten Missstand in einem sozialpädagogischen Wohnheim eingehen, einer Einrichtung der Kinder- und

Jugendhilfe. Aus diesem Grund, weil hier symptomatisch wird, was in einigen Teilen der Landesverwaltung im Burgenland schiefläuft.

Es gab Missstände, die nicht behoben wurden, nämlich, sexuelle Übergriffe eines Jugendlichen anderen Mitbewohnerinnen gegenüber, auf die nicht richtig reagiert wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ein bedauerlicher Einzelfall? Es wäre zu einfach, die Missstände in dieser Einrichtung darauf zu reduzieren, denn dass es so weit kommen konnte, ist auf einen Fehler im System zurückzuführen. Es geht jetzt eben nicht um politisches Kleingeld, sondern es geht um die Frage, was aus so einem Fall dazugelernt werden kann, damit das nie wieder vorkommt. Wie konnte es dazu kommen? Da ist einmal eine sozialambitionierte Frau, die eine allgemeine Ausbildung zur Lebens- und Sozialberatung macht. Bei so einer Ausbildung geht es um Hilfestellungen in Alltagsfragen, die keine therapeutische Aufarbeitung erfordern. Ihre Ambitionen bringen sie auf den Gedanken, eine sozialpädagogische Einrichtung zu eröffnen, weshalb sie sich Leute sucht, die ihr dabei behilflich sein können. Hier fängt es an, schief zu laufen.

Erste Schieflage. Es gibt schwammige gesetzliche Vorgaben bezüglich der Qualität des Personals. Im §7 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes steht, ich zitiere: „Für die Erbringung der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe dürfen nur Fachkräfte eingesetzt werden, die für den jeweiligen Tätigkeitsberichtbereich ausgebildet und persönlich geeignet sind. Der Einsatz sonstiger geeigneter Personen ist unter Anleitung einer Fachkraft zulässig, sofern Art und Umfang der Tätigkeit keine Fachausbildung erfordern.“ Wer legt denn hier fest und wer kann aufgrund dieses Gesetzes festlegen, für welchen Tätigkeitsbereich welche Ausbildungen Gültigkeit haben? Wer sich denkt, das sei ohnehin logisch, dass Kinder und Jugendliche aus höchst schwierigen Familienverhältnissen in derartigen Einrichtungen, der Herr Landesrat hat es in einer Anfragebeantwortung ausgeführt, ein besondere Betreuung brauchen, der irrt.

Diese Personen brauchen Menschen, die eine psychologische, pädagogische, sozialpädagogische oder sozialarbeiterische Qualifikation auf Fachhochschulniveau haben. Im vorliegenden Fall konnte die Leitung keine derartige Qualifikation vorweisen. Man fragt sich, warum wurde eine Person mit einer Aufgabe betraut, für die sie keine Ausbildung hatte? Die erste Schieflage betrifft also die schwammigen gesetzlichen Vorgaben. Die zweite Schieflage betrifft die schlampige Umsetzung des Gesetzes. Im §13 steht nämlich bezüglich der Beauftragung einer privaten Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe, ich zitiere: „Bei der Eignungsbeurteilung ist insbesondere zu prüfen, ob die private Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung im Hinblick auf die zu erbringenden Leistungen über ein fachlich fundiertes sozialpädagogisches und oder psychosoziales sowie organisatorisches Konzept und Fachkräfte und sonstige geeignete Personen in der notwendigen Anzahl verfügt.“

Ein Konzept, selbiges wurde aber offensichtlich nicht geprüft. Von der Einrichtung liegt kein sozialpädagogisches oder sonstiges inhaltliches Konzept vor. Dennoch wurde die Einrichtung als geeignet befunden, ohne fachliche Grundlage. Diese wie auch andere Vorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes wurden von der Behörde einfach missachtet. Dritte Schieflage. Fehlende Überprüfung. Gäbe es einen seriösen Vertrag, einen Leistungsvertrag, der das beschreibt, was eine Einrichtung zu erfüllen hat, dafür, dass sie vom Land die Beauftragung dafür bekommt, gäbe es einen solchen seriösen Vertrag, der für alle Einrichtungen Geltung hätte, dann wäre es nicht möglich, dass einzelne Einrichtungen Aufträge bekommen, die jegliche Mindeststandards vermissen lassen.

Das ist tatsächlich ein Systemfehler bei uns in Auftragsvergaben, dass wir in vielen Bereichen keine klaren einheitlichen Standards in den Verträgen haben, sondern sich einzelne Einrichtungen mit dem jeweiligen Landesregierungsmitglied ausmachen können, welche Leistungen zu welchem Preis geliefert werden.

Vierte Schieflage. Ein nachlässiger Umgang mit Fehlermeldungen. Nun kommt es schon einmal vor, dass irgendwo irgendetwas passieren kann. Im vorliegenden Fall aber wurde auf gemeldete Mängel nicht reagiert. Die Konsequenzen, die aus, wie wir mittlerweile wissen, mehreren Meldungen über Missstände in dem Wohnheim zu ziehen gewesen wären, entsprachen nicht den sachlichen Erfordernissen.

Die Opfer dieser Fehlentscheidungen sind Kinder und Jugendliche, die in ihrem Leben ohnehin schon schlimmste Erfahrungen gemacht haben. Jetzt fragt man sich natürlich, warum das passieren konnte? Während andere Profis im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe umfangreiche Projekteinreichungen mit noch umfangreicheren Qualifikationsnachweisen erbringen müssen, wird andern Orts offensichtlich eine Genehmigung einfach einmal so vergeben, Mängel werden nicht geahndet und bei mehrfach gemeldeten Missständen werden keine Konsequenzen gezogen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine Antwort findet man, wenn man sich die frühere Arbeitsstelle der verantwortlichen Leitung ansieht. Die war nämlich jahrelang in der Amtsstube des damaligen Bürgermeisters tätig. Es handelt sich also um eine Person, die sich möglicherweise gut in den nötigen Entscheidungsnetzwerken bewegen kann. Hier kommen wir zu einem grundsätzlichen strukturellen Fehler. AntragstellerInnen beziehungsweise AuftragnehmerInnen, die man persönlich kennt, als Mensch vielleicht nett findet oder die auch in Parteinetzwerken verankert sind, denen schaut man eben nicht so genau auf die Finger.

Da drückt man schon einmal ein Auge zu. Die ist ja ohnehin so nett. Die wird sich schon bemühen. Da will man nicht so streng sein. Wenn es allerdings um Fachlichkeit und verlässliche Qualität von Arbeit geht, da darf Sympathie oder Partei keine Rolle spielen. Wenn, wie in diesem Fall, noch dazu Schicksale von Kindern und Jugendlichen dranhängen, dann ist das höchst verantwortungslos und noch dazu unrecht. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dann gibt es einen zweiten strukturellen Fehler. Menschen, die an diesen Vorgängen Kritik anbringen, trauen sich mitunter im Burgenland nicht immer das auch deutlich öffentlich zu sagen, denn man weiß ja nie, wann dann das Telefon läutet und einem unmissverständlich mitgeteilt wird, dass derartige Äußerungen nicht gewünscht seien und tja, dass es auch andere Leute gäbe, die gerne jenen Auftrag hätten, die der Kritiker im Moment innehat.

Ich verrate hier kein Geheimnis. Wir wissen, dass das zum Alltag mancher Menschen gehört. Wem die Umschreibungen zu kompliziert sind, dem kann ich es gerne deutlich sagen, hier wird immer wieder mit offener und subtiler Drohung gearbeitet, um Kritiker stumm zu halten und Aufmüpfige gefügig zu machen. Das ist nicht sauber, das ist verantwortungslos und einer aufrichtigen demokratischen Haltung unwürdig.

Zum dritten Punkt. Was bringt das Budget an Transparenz und Demokratieentwicklung? Nun, es wurde heute schon mehrfach angedeutet und ausgesprochen, dass das Budget, das hier vorliegt, in Punkto Transparenz keine Weiterentwicklung erkennen lässt. In manchen Punkten ist es sogar noch schwieriger als in früheren Jahren zu durchschauen, was hinter einem Budgetansatz unter einer konkreten Zahl alles steht.

Da wurden nämlich Einzelteile und Zahlen zusammengefasst und die Aufteilung dahinter ist nicht mehr nachvollziehbar. Transparenz heißt in diesem Zusammenhang auch die Nachvollziehbarkeit von Ausgaben, ohne dass ich dreimal irgendwo nachfragen muss, wo ich die unterschiedlichen Informationen herauslesen kann.

Auch die ausgelagerten Gesellschaften wurden heute schon angesprochen, wo es uns als Landtagsabgeordnete nicht möglich ist, wirklich Einblick zu gelangen. Aber, Kollege Molnar nickt sehr heftig, vielleicht können Sie sich da auch noch einmal stärker ins Zeug werfen, dass hier schneller etwas vorangeht, dass der Landtag auch in die Geschäftstätigkeit der ausgelagerten Betriebe einen Einblick hat.

In einem Punkt ist aber das Budget schon sehr transparent. Es wird etwa im kommenden Jahr damit gerechnet, dass das Land sehr hohe Gerichtskosten hat. Waren es in den vergangenen Jahren 63.000 oder für 2017 insgesamt 80.000 Euro, so sind für das Jahr 2018 Gerichtskosten in Höhe von 200.000 Euro veranschlagt. Da macht man sich offensichtlich auf einiges gefasst. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir werden nachfragen.)*

Auch in den Schadensvergütungen sind diesmal 37.000 Euro vorgesehen. Noch hoffen wir, dass wir damit durchkommen. Ein Punkt noch zur Demokratieentwicklung: Was mir nämlich sonst noch auffällt, ist die Tatsache, dass während man kleine Fraktionen nach wie vor knapp hält, der Beitrag für die drei Klubs noch angehoben wird, nämlich, um 16.000 Euro. Leider findet sich in den Erläuterungen kein Hinweis darauf, warum es eine dermaßen starke Erhöhung braucht. Damit aber nicht genug. Die Klubs dürfen sich auch laufend neu ausstatten.

Wurde im Jahr der letzten Landtagswahl für die Amtsausstattung der Klubs 35.000 Euro ausgegeben, das ist ja in Ordnung, denn man muss sich ja nach einer Wahl irgendwie einrichten, wurden dafür 2017 wieder 15.000 Euro vorgesehen. Siehe da, auch im Jahr 2018 können die Klubs noch einmal 15.000 Euro für die Amtsausstattung ausgeben. Warum sich die Klubs immer neu ausstatten müssen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich denke mir, man kann durchaus Einrichtungen und Güter mehrere Jahre hindurch gebrauchen. es gibt also die drei Landtagsklubs, die sich immer üppiger ausstatten. Wie die Verteilung untereinander ausschaut, ist nicht erkennbar, denn ich sehe im Budget nur die Gesamtsumme.

Aber, interessant ist, dass die Herrn Klubobmänner zweier Parteien schon überlegen, wo das Geld hinkommt. Ich weiß es nicht.

Wenn dann eine kleine Fraktion einmal ein „Kammerl“ dazu haben möchte oder einmal um eine Halbtagskraft ansucht, dann werden wir zurückgewiesen, denn das Geld liegt in den Büros der Großen. Es ist schön, auch wenn der Landtagspräsident ankündigt und ich glaube ihm auch, dass ihm das vielleicht persönlich ein Anliegen ist, er möchte die parlamentarische Arbeit stärken.

Wen genau er damit meint, erfahren wir aber in diesem Budget. Es gelingt nicht einmal grundlegende Punkte in einer erweiterten Präsidiale zu klären. Das muss auch einmal gesagt werden. Es wird den Landtagsfraktionen ohne Klubstatus nicht einmal ein APA-Zugang gegönnt, der den Fraktionen mit Klubstatus zusätzlich zum Klubgeld und zusätzlich zur Amtsausstattung bezahlt wird. Wer hat, dem wird gegeben.

Postgebühren oder Maschinenwartung, all das findet man auch noch in Einzelposten. Wenigstens ist man in diesem Punkt transparent. Auf der anderen Seite kommen einem dann doch noch Zweifel auf, wenn man genau hinschaut, denn allein die Ausgaben für die Postgebühren dürfen von 3.000 Euro im Jahr 2017 auf 4.000 Euro im

Jahr 2018 steigen. Eine 33-prozentige Steigerung allein für die Postgebühren der Klubs. Was sollen denn die Klubs im Jahr 2018 alles verschicken? Ich bin schon neugierig, aber wer hat, dem wird gegeben.

Die Kosten unter dem Punkt Landtag steigen von der Rechnung aus dem Jahr 2016 zum Budgetansatz für das Jahr 2018 um knapp 100.000 Euro. Aber, leider geben die Erläuterungen keine Klarheit darüber, was diese Erhöhung mit sich bringt. Ein Beispiel. Unter dem Punkt Ruhebezüge sind 2018 rund 30.000 Euro mehr veranschlagt, als 2017, wo es bereits gegenüber dem Jahr 2016 eine Steigerung von rund 40.000 Euro gegeben hatte. Wenn man sich in den Erläuterungen schlau machen will, was denn diesen Anstieg begründet, denn dafür gibt es ja schlussendlich Erläuterungen, dann bekomme ich die Information, dass die veranschlagten Mittel für die Ruhebezüge ehemaliger Landtagsabgeordneter vorgesehen sind. Ach ja.

Tolle Information. Das ist das Gleiche, das schon im Budgetansatz geschrieben ist. Es gibt also keine Information darüber, warum denn diese Veränderungen platzgreifen. Ich komme zum Schluss: Was macht ein Budget zu einem zukunftsfähigen Budget? Unsere Frage dabei ist, ich wiederhole: Ist es ökologisch, ist es sozial, ist es transparent und fördert es die demokratische Kultur in unserem Land?

Meinen Ausführungen folgend, und ich danke für die Aufmerksamkeit einiger Kollegen und Kollegin hier im Saal, liegt die Schlussfolgerung aus grüner Perspektive auf der Hand: Dieser Kostenvoranschlag mangelhaft bis gar nicht. Daher werden wir ihm nicht zustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsident. Meine Damen und Herren! Dieses Budget, dieser Landesvoranschlag 2018, ist bereits der dritte Landesvoranschlag der Rot-Blauen-Koalition. Es ist bereits der dritte Landesvoranschlag, der jenen selbstgesteckten Vorgaben, die wir uns im Koalitionsübereinkommen gegeben haben, gerecht wird.

Es ist schon klar, dass wir nicht in allen Bereichen und schon gar nicht auf Dauer sorglos sein können, aber dieses Budget ist dennoch ein Ausdruck stabiler Finanzen. Dieses Budget ist ausgeglichen. Dieses Budget sieht sogar einen weiteren Schuldenabbau vor. Dieses Budget erfüllt die Kriterien des österreichischen Stabilitätspakts.

Dieses Budget erfüllt die Kriterien nach Maastricht, meine Damen und Herren. Das sind ganz grundsätzliche Feststellungen, das sind nicht nur irgendwelche Behauptungen oder Vermutungen, nein, es sind Tatsachen und an diesen Tatsachen gibt es nichts zu rütteln. Es ist in der bisherigen Debatte auch nicht geschehen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Einmal mehr legt uns diese Regierung ein Budget vor, auf das man sich in einem gesunden Prozess ohne Zank und Hader geeinigt hat. Ein Budget, dass das Gemeinsame in den Vordergrund stellt und dass das kein fauler Kompromiss ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein Budget, das maßvoll ist, ein Budget, das uns auf Kurs hält. Ein Budget, das uns für das kommende Jahr 2018 rüstet und ein Budget, das dem Land weitere Impulse gibt,

meine Damen und Herren! Auch dieses dritte Budget der Rot-Blauen-Regierung ist erste Wahl, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Meine Damen und Herren! Das heurige Jahr ist durchaus erfolgreich verlaufen, sehr erfolgreich sogar. Wir haben uns schon im vergangenen Dezember darüber gefreut, dass wir unter den österreichischen Bundesländern das höchste Wirtschaftswachstum aufweisen können. Wir haben uns darüber gefreut, dass wir Rekordbeschäftigung haben. Wir haben uns darüber gefreut, dass wir Rekorde im Tourismus erzielen konnten. Nächtigungsrekorde, ein Allzeithoch.

Aber, gerade was den Arbeitsmarkt anging, waren wir uns im letzten Dezember noch nicht endgültig sicher, ob diese Entwicklung, nämlich der Abbau der Arbeitslosigkeit, auch auf Dauer anhalten würde. Heute können wir feststellen, dass das Burgenland auch heuer beim Wirtschaftswachstum wieder ein Wachstum erleben wird. Es geht in Richtung drei Prozent. Wir werden österreichweit im Wirtschaftswachstum wieder im Spitzenfeld liegen.

die Arbeitslosigkeit ist das ganze Jahr über gesunken, die Beschäftigung gestiegen und auch die Tourismuszahlen haben sich auf hohem und höchstem Niveau stabilisiert. Einen Beitrag dazu hat natürlich der Landesvoranschlag 2017 geleistet, wie es geplant war mit einer entsprechenden Schwerpunktsetzung, mit einer entsprechenden Investitionsquote.

Der heute und morgen zur Debatte stehende Voranschlag, meine Damen und Herren, der soll einen ebensolchen Beitrag leisten und zwar für das kommende Jahr 2018. Das ist unser Ziel, das ist das Ziel dieser Regierung, das ist das Ziel unserer Koalition. Daher werden wir diesen Voranschlag in den Gruppen und morgen auch im Gesamten zum Beschluss erheben.

Mit der Zustimmung der Opposition ist, wie schon in den Vorjahren, eher nicht zu rechnen, zumindest nicht mit der geschlossenen Zustimmung. Womit ich aber kein Problem habe und ich sage Ihnen auch ganz offen warum ich damit kein Problem habe. Ich habe kein Problem damit, weil der Grund der Ablehnung weder in der grundsätzlichen Ausrichtung budgetpolitisch liegen kann, noch in der Lage insgesamt und auch nicht in der gesamtpolitischen Bilanz dieser Koalition.

Darin liegt der Grund ganz bestimmt nicht. Dieses Budget ist ausgeglichen, wir bauen Schulden ab, wir erfüllen den Stabilitätspakt, wir erfüllen die Kriterien nach Maastricht, wir haben eine freie Finanzspitze *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Tricksen, tarnen, täuschen!)* von fast acht Prozent, Herr Kollege Steiner, wir haben eine Investitionsquote, ich weiß jetzt gar nicht wie hoch sie nächstes Jahr sein wird. In Eisenstadt *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sehr hoch, extrem hoch!)* wird sie sicher nicht so hoch sein, sicher nicht so hoch, wir haben eine Investitionsquote die nächstes Jahr noch einmal höher sein wird als sie heuer war mit fast 23 Prozent. Also was soll daran, was soll an diesen grundlegenden Eigenschaften und Kennzahlen der rot-blauen Budgetpolitik *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Tricksen, tarnen und täuschen!)* nicht in Ordnung sein, meine Damen und Herren? Wir könnten hier zwei Wochen lang diskutieren und Sie könnten es mir wahrscheinlich trotzdem nicht so beschreiben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das geht in fünf Minuten!)* dass es der Wahrheit nahekommt.

Darüber hinaus passen eben auch die Ergebnisse außerhalb dieses Saals und außerhalb des Landhauses. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Beschäftigung steigt, der Tourismus boomt, es wird investiert, es wird konsumiert, es läuft. Dass die Oppositionsparteien das Budget trotzdem ablehnen, meine Damen und Herren, muss also andere Gründe haben. Einerseits gehört es oft zum Selbstverständnis einer Oppositionspartei, dass man Budgets eben nicht zustimmt, das ist auch mir persönlich

ehrlich gesagt nicht besonders fremd. Andererseits wird der etwas abgedroschene Satz schlagend: Das Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Ja, selbstverständlich kann man im Detail unterschiedlicher Meinung sein, was Ziele angeht, was Herangehensweisen angeht, was Schwerpunktsetzungen angeht, was die Wege zu diesen Zielen angeht. Ich würde ja eher umgekehrt etwas irritiert sein, wenn wir in all diesen Fragen und Punkten den ungeteilten Applaus aller Oppositionsparteien bekämen.

Mir ist wichtig und uns als Koalition ist wichtig, dass das was wir an grundlegenden Zielen und Ergebnissen vorzuweisen haben an Zahlen, Daten und Fakten, dass das nicht ernsthaft in Zweifel gezogen werden kann und das ist der Fall. Ich fühle mich da auch von den bisherigen Debattenbeiträgen weitgehend bestätigt. Was bei der ÖVP noch kommen wird werden wir sehen. Sie hat sich ja schon im Vorfeld dieser Sitzung sehr wortreich geäußert, aber dazu noch etwas später.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum etwas trockenen Teil nämlich zu den Zahlen selbst, wie sieht es im Landesvoranschlag fürs kommende Jahr aus. Die Einnahmen und Ausgaben steigen im kommenden Jahr im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr um 2,54 Prozent, beziehungsweise rund 28 Millionen Euro an. Bei den Ausgaben liegt der Anstieg in vier von zehn Gruppen über diesen 2,54 Prozent, gesamt bei bis zu 9,2 Prozent.

Das betrifft die Gruppen 1, 4, 5 und 7, bei den absoluten Zahlen steigen die Ausgaben in den Gruppen 4 und 5 also soziale Wohlfahrt, Wohnbauförderung und Gesundheit. Da sind die üblichen Verdächtigen mit Abstand am stärksten um insgesamt 21 Millionen Euro. Die Gruppe 4 ist auch auf Seiten der Einnahmen jene Gruppe, bei der prozentuell der höchste Anstieg zu verzeichnen ist, nämlich über 6,5 Prozent. In anderen Gruppen findet natürlich auch der neue Finanzausgleich seinen Niederschlag.

Ich gehe nachher noch darauf ein. Was ist nun zu den einzelnen Gruppen selbst zu sagen? Die Gruppe 0, Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung beansprucht etwas weniger als 17 Prozent der ordentlichen Ausgaben im Landeshaushalt. Ein Plus von etwa drei Millionen Euro bedeutet einen Anstieg der Ausgaben um nur 1,64 Prozent auf rund insgesamt dann 188,5 Millionen Euro.

Warum sage ich nur? Nur deshalb, weil der größte Brocken in dieser Gruppe naturgemäß von Aktiv- und Ruhebezügen der Landesbediensteten ausgemacht wird und die Erhöhung dieser Aktiv- und Ruhebezüge 2018 in den allermeisten Fällen über diesen 1,64 Prozent liegen wird und hier die Ausgaben in dieser Gruppe eben insgesamt ansteigen werden.

Das heißt, meine Damen und Herren, das heißt, dass die Regierung die Ausgaben im Bereich der Verwaltung absolut im Griff hat. Obwohl die Verwaltungsreform auf der anderen Seite natürlich auch zusätzliche Mittel erfordert, wenn Sie etwa in den Bereich der EDV schauen, plus 1,2 Millionen Euro, hier wird technisch aufgerüstet. Wir sind hier in vielen Bereichen noch nicht auf dem Stand, den andere Bundesländer längst haben.

Oder wenn Sie sich auch die Schulungstätigkeiten für Landesbedienstete anschauen, wo das Budget um 40 Prozent erhöht wird. Dass das alles möglich ist, dass die Ausgaben in der Verwaltung im Griff sind, dass dennoch technische Aufrüstung stattfinden kann, dass dennoch mehr in die Schulungstätigkeit investiert werden kann, dass das Leistungsangebot für den Bürger nicht geschmälert werden muss, sogar noch ausgebaut werden kann, dass das alles möglich ist, das liegt vor allem auch an den Landesbediensteten selbst, vor allem an den Landesbediensteten.

Das ist so, das muss man zugeben, das muss man sagen, das soll man sagen. Die Landesbediensteten sind auch die, die die eigentliche Last dieses „De facto-Sparkurses“ in der Verwaltung zu tragen haben. In manchen Fällen, ich sage das auch ganz offen, in manchen Fällen und Bereichen der Verwaltung sind die Mitarbeiter sicherlich schon sehr nahe an der Grenze der Belastbarkeit.

Das müssen wir nicht nur im Auge haben, darauf müssen wir gegebenenfalls auch entsprechend reagieren. Es ist keine Frage, dass uns im Bereich der Verwaltung in den nächsten Jahren noch sehr große Herausforderungen bevorstehen werden und da ist es selbstverständlich, dass das Land als Dienstgeber seinen Sorgfaltspflichten gegenüber den Bediensteten auch entsprechend nachkommt.

Meine Damen und Herren! In der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, werden die Ausgaben im kommenden Jahr eine neue Rekordhöhe erreichen, um über neun Prozent oder etwa 700.000 Euro ansteigen. Der Großteil dieser Steigerungen fällt auf die Landessicherheitszentrale. Auf entsprechende Projekte im Bereich Sicherheit die über diese Zentrale abgewickelt werden. Ein weiterer großer Brocken entfällt auf die Förderung von Katastrophenhilfsdienstorganisationen. Erwähnung bei der Spezialdebatte zu dieser Gruppe wird sicherlich auch die Erweiterung des Versicherungsschutzes für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren finden, eine Selbstverständlichkeit für uns. Im Ergebnis wird in die Sicherheit so viel investiert wie nie zuvor und das ist auch gut so. Wir wollen, dass das Burgenland auch weiterhin das sicherste Bundesland bleibt.

Rot-blau hält auch hier Kurs im Sinne unserer Bürger. Die Gruppe 2, meine Damen und Herren, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft ist auf Seite der Ausgaben die zweitgrößte. Die Ausgaben werden 2018 um fast drei Millionen auf über 276 Millionen Euro ansteigen. Der Vollständigkeit halber ist allerdings auch festzuhalten, dass auch auf Einnahmenseite die Zahlen größer werden.

Das heißt, dass die Einnahmen ansteigen werden uns zwar noch stärker als die Ausgaben, nämlich um über 4,8 Millionen Euro. Unter anderem schlägt sich in diesem Bereich der neue Finanzausgleich durch. Ansonsten ist zur Gruppe 2 ähnliches zu sagen wie zur Gruppe 0. Das Gros der Ausgaben betrifft auch in der Gruppe 2 die Personalkosten. Auch bei den Landeslehrern wird es 2018 zu Bezugserhöhungen kommen.

Dennoch steigen die Ausgaben in dieser Gruppe 2 lediglich um 1,09 Prozent. Zur Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus, meine Damen und Herren, ist nicht allzu viel zu sagen. Bis auf gesellschaftsrechtliche Änderungen im Bereich der Kultur- und Festspielbetriebe, die im Voranschlag Niederschlag finden, ist die Gruppe 3 im Vergleich was wir heuer schon budgetiert hatten und im Budget gesehen haben, eher nicht aufsehenerregend, ganz anders meine Damen und Herren, stellt sich das natürlich in der Gruppe 4 dar, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Die Ausgaben werden in diesen Bereichen um 3,4 Prozent steigen. Das klingt jetzt prozentuell gar nicht so schlimm, aber es handelt sich in absoluten Zahlen um 11,5 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben in dieser Gruppe werden 2018 bei über 351 Millionen Euro liegen. Diese Entwicklungen im Sozialen und anschließend in der Gruppe 5, im Gesundheitsbereich sind, an dieser Feststellung führt sicherlich kein Weg vorbei, eine enorme Herausforderung und Belastung und zwar für alle.

Nicht nur für das Land, sondern auch für die Gemeinden. Wenn wir etwa das Beispiel der Beitragsleistungen der Gemeinden zur Sozialhilfe anschauen. Hier wird es im kommenden Jahr einen Anstieg um gleich 18 Prozent geben oder 4,2 Millionen Euro auf insgesamt 34 Millionen Euro. Ein besonderer Kostentreiber, wir haben es heute schon

beim Nachtragsvoranschlag teilweise besprochen, und auch das ist keine Überraschung, ist auch im kommenden Jahr der Bereich der Pflege und Betreuung.

Aus budgetpolitischer Sicht war dieser Bereich schon bisher einer der sehr herausfordernd war, aber ich betone das jetzt aus budgetpolitischer Sicht, leistet jetzt die überhastete Abschaffung des Pflegeregresses noch das Übrige sozusagen. Das heißt, das Land verliert Einnahmen. Auf der anderen Seite sind die bisher vom Bund zugesagten Kompensationszahlungen ein schlechter Scherz. Wir haben das hier auch schon öfter besprochen und wir sehen 2018 vor allem auf Seite der Ausgaben welche Konsequenzen diese Abschaffung des politisch Gewollten auch von unserer Seite die Abschaffung des Pflegeregresses hat. Die Nachfrage nach stationärer Pflege und Betreuung wird zunehmen. Sie ist ja auch schon im Zunehmen begriffen und sie wird die nächsten Jahre wahrscheinlich noch viel stärker zunehmen.

Im Bereich Leistungen für Personen in Heimen und Anstalten werden die Ausgaben im Jahr 2018 auf insgesamt 55,5 Millionen Euro ansteigen. Das ist ein Plus von 11 Prozent oder 8,5 Millionen, also ein großer Brocken. Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, die muss erst einmal gestemmt werden. Von Kostendämpfungspfaden, wie wir sie auch im Stabilitätspakt finden, kann da eher nicht mehr die Rede sein. Eher von Stein- und Klettersteigen, mit denen vor allem auch der zuständige Landesrat Mag. Darabos konfrontiert ist. Der Herr Landesrat nimmt diese Herausforderung an. Das sieht man auch an den Zahlen im Budget, weil er nämlich auch in einem anderen Bereich erhöht. Erhöht die Ausgaben für Pflege- und Betreuungsdienste im kommenden Jahr deutlich, nämlich um über 23 Prozent auf mehr als 20,2 Millionen Euro. Also mehr Geld für die mobile Pflege und Betreuung, mehr Geld etwa auch für die Förderung der 24-Stunden-Betreuung. Herr Landesrat, das ist aus unserer Sicht eine absolut richtige Reaktion.

Das ist in allen Belangen also sowohl gesellschaftspolitisch als auch budgetpolitisch sicherlich vernünftiger und besser hier in die Förderung ambulanter Angebote zu investieren, als jetzt gar nicht zu reagieren und der ohnehin steigenden Nachfrage eben dadurch, dass man nicht reagiert, noch weiteren Vorschub zu leisten.

Meine Damen und Herren, es gibt in der Gruppe 4 auch Bereiche in denen die Ausgaben sinken werden. Auch diese Entwicklungen sind kein Zufall sondern politisch durchaus gewollt und eben entsprechend den Bemühungen auch dieser Regierungskoalition zu verdanken. Erstmals seit Jahren werden die Ausgaben für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht mehr ansteigen, nein, sie werden sinken und zwar um prognostizierte 370.000 Euro.

Das ist das Resultat einer sehr umsichtigen Novellierung des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes. Ohne diese Novellierung, meine Damen und Herren, wären die Ausgaben weiterhin stark gestiegen, vor allem auf Grund der Migrationswellen, mit denen wir ja konfrontiert waren und teilweise noch sind. Wir haben in diesem Bereich als Koalition mit der Unterstützung anderer Parteien eine rot-blaue Linie gezogen und die Zuwanderung ins burgenländische Sozialsystem dadurch auch massiv erschwert.

Dazu stehen wir auch. Kollegin Petrik hat es erwähnt, sie hat diese 300.000 oder 370.000 Euro ins Lächerliche gezogen. Aber gerade in diesem Bereich muss man ja sagen, hier ist das einzupreisen, was in kommender Zeit noch auf uns zugekommen wäre, wenn wir dieses Gesetz nicht geändert hätten. Das heißt, es lässt sich in Zahlen in einem Landesvoranschlag ja so gar nicht darstellen.

Einen bereits sehr starken Rückgang bei den Ausgaben verzeichnen wir im Bereich der Flüchtlingshilfe. Auch das war am Vormittag schon Thema beim

Nachtragsvoranschlag. Minus fünf Millionen im Jahr 2018, aber immer noch mehr als 20, 5 Millionen und damit mehr als dass was wir insgesamt für mobile Pflege und Betreuungsdienste im kommenden Jahr ausgeben können.

Ja, trotz der hohen Belastungen in der Gruppe 4, das betrifft ja etwa auch die Kinder- und Jugendhilfe, was Anlass zur Sorge gibt, muss bei der Familienförderung nicht gekürzt werden und kann im Bereich Wohnbauförderung und Arbeitnehmerförderung das entsprechende Programm aufrechterhalten und sogar noch ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren, in der Gruppe 4 stehen also Herkulesaufgaben bevor, ähnlich ist es in der Gruppe 5 Gesundheit. Die Ausgaben werden hier laut Voranschlag um neun Prozent steigen, auf fast 112 Millionen Euro. Wir sprechen auch bei dieser Steigerung in absoluten Zahlen von einem recht hohen Betrag 9,5 Millionen. Der Anstieg entfällt so gut wie ausschließlich auf die Betriebsabgangsdeckung der ausgelagerten Krankenanstalten. Auch hier ist der Kostendämpfungspfad ein Thema und schon eine Aufgabe für sich. Aber die größte Aufgabe ist in nächster Zeit und auch schon aktuell sicherlich der Neubau des Krankenhauses in Oberwart, der in budgetärer Hinsicht, wenn man sich etwa den Finanzplan zur Hand nimmt, auch schon seine Schatten voraus wirft und in der Spezialdebatte sicherlich noch Thema sein wird.

Die Gruppen 6, 7 und 8 also Straßen- und Wasserbau, Verkehr, Wirtschaftsförderung und Dienstleistungen sind in Summen und politischen Inhalten ja nicht besonders aufsehenerregend, daher ein paar Anmerkungen nur. Die Einnahmen und Ausgaben der Gruppe 6 bleiben im Vergleich zum laufenden Haushalt weitgehend sehr unverändert. Höhere Ausgaben in der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Wir sprechen da von zusätzlichen Mitteln von etwa 1,1 Millionen Euro, resultieren aus höheren Investitionen die im Bereich Güterwege vorgesehen sind.

Das heißt Neubau, Ausbau, Erhaltung. In der Gruppe 7 finden sich natürlich auch die Budgets unseres Landesrates für Wirtschaft und Tourismus, MMag. Petschnig, der beweist, wenn man sich die Zahlen so über die Jahre ansieht, dass man auch mit einem "engeren" Gürtel und mit einem Budget, das über die Jahre ja nicht wirklich steigt, ausgezeichnete Ergebnisse erreichen kann in ganz zentralen Bereichen, wie eben Wirtschaft und Tourismus.

Die Gruppe 8, Dienstleistungen kann man in der Generaldebatte, so glaube ich, guten Gewissens auch unter den Tisch fallen lassen, weil sich da nicht besonders viel abspielt im Gegensatz zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, wo wir 60 Prozent der ordentlichen Einnahmen vorfinden und wo wir vor allem die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs sehen.

Ein Beispiel finden wir etwa im Bereich ausschließliche Landesabgaben, wo nunmehr der Wohnbauförderungsbeitrag aufscheint. Dazu wird es ja auch am morgigen Tag einen Gesetzesbeschluss geben.

Es handelt sich dabei um einen ersten kleinen Schritt in Richtung mehr Abgabenautonomie. Für die Bundesländer vorerst noch ohne Wettbewerb, weil sich die Länder darüber einig waren, in der ersten Phase einmal den Wettbewerb sozusagen hintanzustellen und die Ersätze unverändert zu lassen. Zum Finanzausgleich vielleicht noch. Der lässt uns insgesamt tendenziell profitieren. Wobei man in diesem Zusammenhang auch andere Entwicklungen, wie eben die Abschaffung des Pflegeregresses im Auge haben muss. Auch über die Ertragsanteile wurde heute schon gesprochen. Wir sehen es am Nachtragsvoranschlag, das ist ein gewisses Kalkulationsrisiko oder ein Prognoserisiko, das man dann mit einem Voranschlag natürlich

immer wieder eingeht. Das wissen ja vor allem auch die Gemeinden, wo das im Endeffekt ja auch durchschlägt.

Wir finden in der Gruppe 9 auch die Einnahmen und Ausgaben in Bezug auf die oft und heiß diskutierten Zinstauschgeschäfte. Damit komme ich jetzt wiederum, wie zu Beginn angekündigt, auf die ÖVP zu sprechen, die ja fünf Bedingungen für ihre Zustimmung zum Landesvoranschlag formuliert hat. Kollege Hergovich hat vor einigen Tagen bereits dermaßen darauf reagiert, dass er gesagt hat, dass es sich um ein parteipolitisches Ultimatum voller Schmähparaden und Marketingtricks handeln würde von Forderungen, die entweder inhaltlich keinen Sinn machen oder für die es keine Gegenfinanzierung gibt, und Kollege Hergovich liegt mit dieser Bewertung absolut richtig, meine Damen und Herren. Ich werde Ihnen auch sagen warum. Gehen wir diese fünf Forderungen durch.

Die ÖVP fordert eine Breitbandmillion im Budget und tut damit so, als würde es in diesem Bereich keine Initiativen und keine Investitionen des Landes geben. Was natürlich absolut nicht stimmt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Zu wenig!)* Tatsache ist, es wurde und wird ein Vielfaches dieser Million, die Sie fordern, investiert, auch im kommenden Jahr. Das heißt, die Forderung der ÖVP in diesem Bereich Breitband, ist in Wirklichkeit übererfüllt und daher obsolet und, wie es Kollege Hergovich formuliert hat, eine Schmähparade.

Die ÖVP fordert auch mehr Budget für die politisch zugesagten Akutordinationen. Wir haben am Vormittag in der Fragestunde schon einer Auseinandersetzung mit diesem Thema lauschen dürfen zwischen dem ÖVP-Klub und dem zuständigen Landesrat. Na selbstverständlich gibt es budgetäre Vorkehrungen. Selbstverständlich ist es so, dass jetzt abgesehen davon, dass diese Zentren ja nicht über Nacht kommen werden, es auch noch andere gibt, die sich an diesen Kosten beteiligen werden. Der Herr Landesrat hat es am Vormittag erklärt. Also auch das in Wirklichkeit ein an den Haaren herbeigezogener Grund diesem Budget nicht zustimmen zu können.

Kommen wir zum Thema Transparenz, wo ich schon auch, und ich sage das jedes Jahr, bei der Opposition bin. Es ist in diesem Bereich sicherlich nicht alles in Ordnung. Ehrlich gesagt kann ich das Wort Stillschweigen in gewissen Zusammenhängen selbst nicht hören, ohne dass mir die Haare zu Berge stehen. Aber die Forderung der ÖVP nach mehr Transparenz bei ausgelagerten Schulden, auch das ist in diesem Fall eine klare Schmähparade.

Jetzt abgesehen davon, dass rechtliche wie faktische Gründe dagegensprechen, Prognosen über Beteiligungen in den Landesvoranschlag *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.)* hineinzuschreiben, Herr Mag. Wolf, Sie wissen das, glaube ich, sogar besser als ich. Die Gründe dafür liegen übrigens, ja, diese rechtlichen und faktischen Gründe liegen übrigens nicht im Einflussbereich des Landesgesetzgebers. Also so viel sei schon gesagt.

Auch abgesehen davon, dass das neue Haushaltsrecht, auch das wissen Sie ganz genau, eh schon vor der Türe steht, sich die Finanzabteilung akribisch darauf vorbereitet und wir alle wissen, dass das auch im Bereich der Transparenz ab kommendem Jahr, ab dem Voranschlag, dann 2019 etwas bringen wird. Auch abgesehen davon, dass hier sämtliche Bilanzen und Jahresabschlüsse öffentlich zugängig sind und im Übrigen auch eine Information in der Budgetbegleitbroschüre abzurufen ist und auch abgesehen davon, dass der Rechnungshof, der Landes-Rechnungshof, gerade in diesen Bereichen mittlerweile nur mehr sehr dosiert Kritik vorbringt, wenn es um die Rechnungsabschlüsse geht, um Beteiligungsspiegel, um Schuldennachweise, et cetera.

Sie kritisieren hier etwas, und es wurde heute schon gesagt und sehr richtig gesagt von den Kollegen aus dem Oppositionsblock, Sie kritisieren hier etwas, das Sie selbst zu verantworten haben und zwar auf allen Ebenen *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* und insbesondere auch als langjährige Regierungspartei im Burgenland. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Etwas das Sie ebenfalls selbst zu verantworten haben, Herr Kollege Steiner, betrifft Ihre vierte Forderung. Nämlich die Forderung betreffend die Landesumlage, die Situation mit den Gemeinden, insbesondere was die Bedarfszuweisungen angeht. Jetzt wieder abgesehen davon, dass sich im Bereich der Bedarfszuweisungen, wie auf den Gängen des Landhauses ja schon seit einigen Wochen zu hören ist, ohnehin etwas tut. Hier auf die Anregungen des Rechnungshofes reagiert wird, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da hört man viel!)* an Richtlinien gearbeitet wird.

Worüber regen Sie sich in diesem Bereich eigentlich auf? Sie regen sich auch in diesem Fall über etwas auf, dass Sie als Regierungspartei über Jahre und Jahrzehnte selbst gestaltet, kultiviert und ausgelebt haben und damit begründen Sie dann auch noch die Ablehnung eines Budgets. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schauen Sie in die Zukunft und nicht immer in die Vergangenheit!)*

Also das ist lächerlich, Herr Kollege Steiner, das ist lächerlich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Probieren Sie das einmal!)* Überhaupt wenn man sich dann ansieht, wie die Lastenverteilung zwischen Land und Gemeinden österreichweit ausschaut. Im Burgenland stehen wir mit einem Satz, glaube ich, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schönfärben!)* von 76 zu 24 Prozent sehr gut da.

Was nicht heißt, dass es in diesem Bereich Schwierigkeiten gibt. Die Lasten natürlich für die Gemeinden höher werden. Aber es muss halt alles zusammen passen, Herr Kollege Steiner, und damit komme ich zu den Zinstauschgeschäften, weil dieses Beispiel schon ganz besonders zeigt, wie ernst man die ÖVP nehmen kann und wie seriös ihr Zugang zu budgetpolitischen Fragen wirklich ist.

Jetzt wiederum abgesehen davon, dass Sie das was Sie da in diesem Zusammenhang als Zitat "Euro in die Luft sprengen" bezeichnet haben, dass wir das der Zeit Ihrer Regierungsbeteiligung zu verdanken haben. Sie fordern den Ausstieg, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja!)* ja, komplett, teilweise, in Raten, wie auch immer.

Die Aussagen sind ja da immer etwas anders. Ich habe den Eindruck, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie müssen nur lesen!)* dass Sie da eh schon etwas zurückrudern, weil vor einiger Zeit wir noch Anträge von Ihnen behandelt haben, wo Sie den Komplettausstieg auf einmal und ohne Plan gefordert haben. Aber Sie sagen wieder einmal nicht dazu, wie bei so vielen Anträgen, meine Damen und Herren von der ÖVP, Sie sagen wieder einmal nicht dazu, wie Sie das finanzieren möchten. Wir sprechen in diesem Bereich *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Langfristig finanzieren wir sowieso!)* nicht von irgendwelchen Kleinigkeiten, wir sprechen hier nicht von irgendwelchen Kleinigkeiten und kleinen Nebengeräuschen.

Tun Sie nicht so, als wären diese Zinstauschgeschäfte dem Land, als wären diese Zinstauschgeschäfte der Regierung oder dieser Koalition, egal. Diese Geschäfte sind uns nicht egal! Diese Geschäfte, das wissen Sie auch, diese Geschäfte werden laufend beobachtet, eingeschätzt und bewertet. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da hätten wir verhandeln können!)* Wenn Sie den Ausstieg fordern, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jedes Jahr!)* wenn Sie den Ausstieg fordern, sagen Sie bitte auch dazu, wie Sie es finanzieren wollen.

Uns ist allen klar, wenn man aus diesen Geschäften aussteigt, dann bedeutet das Neuverschuldung. Und nicht irgendeine Neuverschuldung, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das zahlt jedes Mal der Steuerzahler!)* sondern da reden wir von zig Millionen Euro. Das würde wiederum heißen, dass man den Gürtel anderswo enger schnallen muss. Das man irgendjemandem etwas wegnehmen muss, dass man auf gewisse Projekte verzichten muss.

Ich meine, da kann man ja politisch alles wollen, nur dann sagen Sie es dazu. Wem sollen wir denn etwas wegnehmen? Den Familien? Den Bauern? Ja, das kann man wollen, aber dann sagen Sie es! Welche Projekte wollen Sie fallen lassen? *(Abg. Gerhard Steier: Spekulationen!)* KUZ Mattersburg? Können wir machen. Dann sagen Sie es! Landesfeuerwehrschule? Krankenhaus Oberwart? Alles möglich, wenn man sich politisch dazu entschließt. Aber das, was Sie von uns verlangen in diesem Punkt, meine Damen und Herren von der ÖVP, das werden wir als Koalition ganz bestimmt nicht liefern. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer führt das aus?)*

Ich komme jetzt noch einmal auf die Gemeinden zu sprechen. Der Ausstieg, also die Belastungen im Sozialbereich, die Ertragsanteile, das Durchschlagen dieser Zahlen auf Ebenen der Gemeinden, ja das ist alles nicht lustig, da geht es dem Land nicht anders als Ihnen als Bürgermeister. Aber wenn Sie im Land verlangen, dass wir blindlings aus diesem Geschäft aussteigen, eine Nettoneuverschuldung eingehen, dass es einer Sau grausen würde, dann können wir uns die ganzen Debatten mit Lastenverteilung und Gemeinden in nächster Zeit sparen.

Wir sind nicht dafür als Koalition, dass wir blindlings ins nächste Desaster in diesem Zusammenhang hineinlaufen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber das macht Ihr die ganze Zeit!)* Solche, Herr Kollege Steiner, solche Husarenritte können Sie dort aufführen, wo Sie am Ruder sind, wie in Eisenstadt, wo Sie seit mittlerweile über einem halben Jahrzehnt Bürgermeister sind *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist gut so!)* und es tatsächlich geschafft haben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist gut so!)* in diesem über halben Jahrzehnt, Jahr für Jahr eine Nettoneuverschuldung zusammen zu bringen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Über 60 Prozent in Eisenstadt…!)*

Im Übrigen auch wieder im kommenden Jahr, aber für so einen Weg ist Rot-Blau nicht zu haben. Es ist hochgradig verantwortungslos neue Schulden zu machen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Wir werden diese Zinstauschgeschäfte natürlich auch weiterhin unter Beobachtung halten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist zu wenig!)* Wir erleben ja auch in Bälde einen Wechsel in der Person des politischen Referenten. Das wird mitunter auch zu einer politischen Neubewertung dieser Geschäfte führen. Aber wenn wir aussteigen, wenn wir aussteigen und es kann ja der Zeitpunkt kommen, wo man unter gewissen Umständen sagt, man tut es, teilweise in Raten, wie auch immer, dann werden wir das mit Bedacht tun und ohne neue Abenteuer und sicherlich nicht so, wie Sie das von uns wollen.

Unterm Strich, meine Damen und Herren von der ÖVP, bleibt von Ihren Forderungen in Wirklichkeit nichts über, rein gar nichts. Das sind alles nur vorgeschobene Gründe, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schade!)* um diesem rot-blauen Budget nur ja nicht zustimmen zu müssen.

Ich habe es zu Beginn gesagt, ich habe volles Verständnis für unterschiedliche Auffassungen im Detail, in den einzelnen Gruppen, bei der Schwerpunktsetzung, bei den Zielen, Herangehensweisen. Ich kann das nachvollziehen, was die Kollegin Petrik gesagt hat. Das ist ein Standpunkt, der zu respektieren ist. Aber an den grundlegenden Zahlen, Daten und Fakten gibt es nichts zu rütteln und an der grundsätzlichen Ausrichtung dieses

Budgets gibt es nichts auszusetzen. Es ist ausgeglichen. Wir erfüllen den österreichischen Stabilitätspakt, wir erfüllen die Kriterien nach Maastricht. Wir bauen Schulden ab im Kernhaushalt und im Übrigen auch darüber hinaus. Wir haben eine ansehnliche freie Finanzspitze von beinahe acht Prozent. Wir schaffen es, die Investitionsquote noch einmal zu erhöhen. Dieses Budget ist einzig und alleine unter dem Blickwinkel das letzte, da der derzeit noch amtierende Landesrat kein weiteres mehr vorlegen wird.

Ansonsten ist dieses Budget, meine Damen und Herren, ein gutes Budget, ein solides Budget. Was natürlich nicht heißt, dass alles für immer so bleiben kann, wie es jetzt ist. Weil in den nächsten Jahren natürlich gewaltige Herausforderungen auf uns warten.

Aber dieses Budget ist in Ordnung und meine Fraktion wird diesem Budget gerne zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Saal! Ja, es ist heute bereits zitiert worden, der politische Wille und das Budget. Da gibt es einen sehr passenden Satz: Das Budget ist der in Zahlen gegossene politische Wille! Das Budget gibt aber keine Auskunft über den Weg zu den genannten Zielen im Budget. Es gibt aber auch keine Auskunft darüber, welche Wirkung das investierte Geld haben soll und ob es überhaupt diese Wirkung erzielen kann.

Was das Budget aber auch mit umfasst, ist auf jeden Fall eine Rückschau auf das bisherige Wirken und das Wirken sieht man an den Schulden. Schuldenstand des Landes mit dem Jahr 2016 in den Budgetzahlen 276 Millionen. In den ausgelagerten Gesellschaften, also dort, wo der Landtag nicht Einblick nehmen kann, dort wo die Abgeordneten keine Antworten erhalten, da sind es 951 Millionen Euro. Das ergibt insgesamt 1,056 Milliarden Schulden. Was ist das? Das ist der Rucksack, den wir künftigen Generationen umhängen. Das ist der Schuldenstand, der fast ein Jahresbudget, über das wir heute diskutieren, umfasst.

Sehr geehrter Herr Klubobmann Géza Molnár, es freut mich ja, wenn Sie sich fünf Minuten von Ihren insgesamt 27 Minuten Redezeit mit unseren Forderungen und Argumenten befassen. Ich kann Ihnen sagen, die sind nicht einfach aufgestellt worden, weil wir uns nicht aus Jux und Tollerei sich überlegt haben, warum sollte man einem Budget nicht zustimmen, weil Sie haben das jetzt eher komödiantisch gebracht, sondern wir haben uns sehr intensiv damit beschäftigt.

Monika Stiglitz und Andreas Mihalits auf der einen Seite, die zuständige Abteilungsleiterin der Landesfinanzen und auf der anderen Seite der Direktor des Rechnungshofes haben die Abgeordneten der ÖVP bei einer Budgetklausur in Vorbereitung begleitet. Ich möchte mich auch offiziell auch hier an dieser Stelle bedanken. Es ist gut und wichtig, sich sehr eingehend mit diesen 922 Seiten Papier, die ja der politische Wille dieser Regierung sind, eingehend zu beschäftigen.

Andreas Mihalits hat uns dann eine PowerPoint-Präsentation gezeigt und da wurden Grundvoraussetzungen und Herausforderungen skizziert, die ein Budget erfüllen soll. Auf der einen Seite im Sozialbereich Gesundheit und Pflege, hier ist die Frage, wie gezielt ist der Einsatz der doch erheblichen Mittel? Bei Förderungen ist es die Frage der

Treffsicherheit, Untersuchung der Wirksamkeit. Erfolgt überhaupt eine Überprüfung wie unser Geld angelegt ist? Erhöhung der Effizienz bei Sachausgaben. 46 Prozent aller Ausgaben sind mittlerweile Sachausgaben im Budget. Hat auch eine Bedeutung, wenn es darum geht, ob die Kreditsperre greift oder nicht. Es geht um optimierte Abläufe in der Verwaltung. Ich habe heute auch vernommen, dass es ja durchaus auch ein Bekenntnis gibt zu Veränderungen in der Verwaltung.

Auf der einen Seite beim Personal, wo auch die Frage der Belastung und Überlastung der derzeitigen Personen im Landesdienst angesprochen wurde und der von uns mehrfach geforderte Bürokratieabbau. Wobei mir ja besonders gefällt, dass angeblich viele Konzepte bereits präsentiert wurden und gleichzeitig angekündigt wird, dass man sich erst mit Experten zusammensetzt.

Gut, die Regierung wird ja wissen, was sie selbst ankündigt. Es geht um die Frage sind diese Strukturen der Finanzverpflichtungen, wie heute mehrfach angesprochen, generationengerecht? Denn die nächste Generation bleibt auf jeden Fall auf diesen Schulden sitzen, egal wer heute dem Budget zustimmt oder nicht. Das ist der von mir erwähnte Rucksack, den wir mitgeben.

Der zweite Punkt ist, in wie weit ist es überhaupt noch möglich, bei den derzeitigen Globalbudgets eine gewisse Transparenz walten zu lassen? Da bin ich ganz beim Kollegen Manfred Kölly der gesagt hat, eigentlich stellen die Abgeordneten, die heute diesem Budget, oder morgen diesem Budget zustimmen werden, einen Persilschein aus. Durch die Tatsache, dass es Globalbudgets gibt, können die zuständigen Regierungsmitglieder natürlich verschieben, die Budgetpositionen tauschen

Informationen habe ich auf der anderen Seite die Gewissheit, dass all das morgen, durch eine interne Verfügung des zuständigen Referenten über Bord geworfen wird und plötzlich all das, Herr Landesrat, wir haben heute schon darüber diskutiert, wo Sie sagen 390.000 Euro für Akutordinationen. Es steht Ihnen frei, morgen 380.000 Euro dort vorzusehen oder auch 700.000 Euro, wenn Sie auf andere Initiativen verzichten. Ich möchte das grundsätzlich nicht in Frage stellen, denn Globalbudgets haben ihre Bedeutung.

Ich möchte aber ganz klar und deutlich sagen, wenn wir auf der einen Seite Globalbudgets haben und auf der anderen Seite extreme Verschuldungsraten und Verschuldungsberge in ausgegliederten Gesellschaften, dann stellt sich natürlich schon die Frage, wie weit ist unser Auftrag, den wir alle vom Wähler, der Wählerin, erhalten haben, nämlich diese Regierung zu kontrollieren, ihr Budget zu beschließen und die Verwaltung zu kontrollieren, die Vollziehungsarbeit dieser Regierung zu kontrollieren, inwieweit schaffen wir das?

Ich kann Ihnen sagen aus unserer Sicht, aus der Sicht der ÖVP, ist das nicht gewährleistet. Wir werden daher weiter darauf drängen, dass Gesellschafterverträge zwischen landeseigenen Gesellschaften und dem Land Burgenland derart abgeändert werden, dass das Fragerecht des Abgeordneten oder der Abgeordneten durchdringt. Es ist für mich eine der wichtigsten Entscheidungen der nächsten Jahre. Diese Frage gilt für mich auf Bundesebene und auf Landesebene, ich möchte hier niemanden ausnehmen, keinem Regierungsmitglied eine größere Schuld zuschreiben als einem anderen.

Aber der Punkt ist, wenn wir die Kontrolle in diesem Land nicht effizienter gestalten, wenn wir es nicht zusammenbringen Licht ins Dunkel auch in ausgegliederte Gesellschaften bringen, dann erfüllen wir unseren Auftrag als Abgeordnete nicht. Das kann ich Ihnen für die ÖVP versprechen, diesen Auftrag werden wir mit aller Vehemenz vertreten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn ich die von mir genannten Herausforderungen zusammenfasse, dann kann ich nur sagen, erfüllt dieses Budget all diese Herausforderungen und Verpflichtungen gegenüber dem Steuerzahler, der Steuerzahlerin? Da darf ich für mich selbst festhalten: Nein - und ich darf das erläutern. Wir haben in der Gruppe 0, Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung, einen Anstieg bei den Gerichtskosten um 150 Prozent.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, woher kommt denn diese Steigerung? Kollege Steier hat es heute schon eindeutig verifiziert warum so viel Geld notwendig ist. Es gibt in diesem Land „Streithansln“. Vieles was man früher als Politiker, Politikerin versucht hat im Konsens zu erarbeiten, gemeinsam zu präsentieren, da wird heute mit Konfrontationskurs gearbeitet. Es gibt hier eingefahrene Wege, wo es offensichtlich niemand mehr schafft auch nur einen Schritt auf den anderen zuzugehen.

Wir glauben, dass hier vor allem auch der personelle Wechsel innerhalb der SPÖ eine Chance wäre, hier innerhalb dieser Gerichtskosten eine Reduktion zu erreichen. Es liegt ja mehr als auf der Hand zu wissen, in welchem Bereich hier große Streitwerte anfallen werden. Auf der einen Seite ist das im Bereich aller Streitigkeiten mit der Stiftung Esterhazy, aller Streitigkeiten rund um Straßenbauprojekte und im Kulturbereich. Da muss man schon sagen, da ist in den letzten Jahren vieles aus dem Ruder gelaufen. Es geht um diese Beratungskosten und Rechtskosten, die aus unserer Sicht bei weitem nicht in diesem Ausmaß notwendig wären.

Was mir persönlich wehtut ist die Tatsache, dass auch bei Park and Ride-Anlagen, eine Sache die besonders wichtig war in den letzten Jahrzehnten, um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen, ebenfalls gespart wird. 300.000 Euro weniger in diesem Bereich bedeuten, dass wichtige Investitionen, auch in den Ausbau bestehender Anlagen, nicht in diesem Ausmaß erfolgen können. Der ÖVP-Landtagsklub macht sich gerade die Mühe, um mit Unterstützung unserer Gemeindevertreter hier eine lückenlose Auflistung zu erhalten, wo gibt es derzeit „wilde“ Park and Ride-Anlagen, wo gibt es schlecht beleuchtete, schlecht gekennzeichnete Park and Ride-Anlagen?

Wir alle sind ja immer wieder mit dem Pkw oder auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs und wissen, dass nicht alle Anlagen in diesem Bereich unseren hohen Standards, die in anderen Straßenverläufen zum Beispiel gang und gäbe sind, entsprechen. Ich glaube, gerade hier hätte es ein Mehr an Geld gebraucht und nicht ein Weniger.

Die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, da gibt es die vom Kollegen Wolf angesprochene „Spielwiese“ für den Katastrophenschutzreferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz. Hier gibt es eine saftige Erhöhung von 263 Prozent.

An Erhöhungen an sich kann man noch keine Kritik üben, ich hoffe es wird Gutes und Bestes damit getan. Insbesondere wird auch die Frage sein, wie öffentlich und transparent diese Förderungen auch dargestellt werden? Ob sie allen im Katastrophenhilfsdienst tätigen Organisationen im gleichen Ausmaß zur Verfügung gestellt werden?

Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, zwei interessante Situationen. Mich stört insbesondere die Situation um die „Gästehäuser Burgenland GmbH“. Es geht hier darum, dass die Internate des Landes zusammengefasst wurden. Grundsätzlich, aus meiner Sicht, in vielen Bereichen sogar begrüßenswert, hätte man die Betroffenen mit eingebunden, hätte man hier nicht ein gut funktionierendes System zerschlagen. In Wirklichkeit ging es darum einzusparen, auf Teufel komm raus, es musste

schlichtweg in diesem Bereich etwas passieren. Dasselbe galt vor einigen Jahren im Bereich der Küchen.

Ich bin mir ganz sicher, das wird wieder ein Fall für den Burgenländischen Landes-Rechnungshof werden. Wo man dann ganz genau sehen wird, ob nur in irgendeinem Ausmaß hier wirklich effizienter, sparsamer und wirksamer für den Steuerzahler, die Steuerzahlerin gearbeitet wurde. Oder ob es schlichtweg darum gegangen ist, bestehende Strukturen, auch dort tätige Personen aus dem Weg zu räumen, weil sie einfach nicht in das politische Konzept passen. Jetzt sieht man schon, dass diese Institution, die „Gästehäuser Burgenland GmbH“ nicht ohne massiven Zuschuss auskommt. Ich glaube, das ist aus meiner Sicht ein Bereich, der schon nach politischer Kontrolle durch den Rechnungshof schreit.

Die Forschungsquote hebt sich langsam an, das ist positiv. Leider noch immer ist das Burgenland Schlusslicht in diesem Bereich. Wir sind noch immer im Österreichschnitt weit, weit unter den anderen Bundesländern. Das liegt nicht nur an unserer ländlichen Struktur und am Fehlen großer Industriegebiete, das liegt schon natürlich auch daran, dass wir lange Zeit in diesem Bereich nur Marketingmaßnahmen gesetzt haben.

Jetzt bedeutet das zum Beispiel, dass GmbHs, wo man früher gesagt hat, man teilt das auf, man muss die Forschung effizient aufstellen, verschiedene Bereiche, jetzt fasst man das alles wieder zusammen. Dieselbe Erklärung, die vor einigen Jahren im Budget stand, dass man aufteilen muss damit das effizienter wird, steht jetzt dieselbe Erklärung in den Erläuterungen, jetzt muss man zusammenfassen, denn es wird effizienter.

Apropos Effizienz, der Landes-Rechnungshof hat im Bereich der Bildung auch ein Kuriosum festgestellt. Es gab ja diese Situation, dass der geschäftsführende Landesschulratspräsident Heinz Zitz mit Dienstwagen und Chauffeur unterwegs war. Damals hat der Herr Landeshauptmann, ich kann mich noch gut daran erinnern, vollmundig versprochen, dass ist nicht gesetzeskonform. Dazu gibt es nur einen Beschluss, da fehlt ein Beschluss der Landesregierung. Er stellt das sofort ab.

Ich kann Ihnen nur sagen, der Kollege Zitz fährt, meines Wissens, noch immer mit demselben Fahrer, mit demselben Fahrzeug und das fast tagtäglich. Zumindest ist das nur meine persönlichen Wahrnehmungen bei Veranstaltungen weil, ich sehe ihn ja weniger bei bildungsrelevanten Themen als bei Veranstaltungen des Landes. Ich glaube, das hier sehr wohl die alte Vorgangsweise gewählt wurde, obwohl gesetzlich festgehalten ist, so darf das nicht geschehen. Ich bin mir sicher, der Herr Landeshauptmann wird ja, wie er heute versprochen hat, völlig transparent und lückenlos meine parlamentarische Anfrage hier beantworten.

Ich freue mich und danke auch der FPÖ, wahrscheinlich jetzt ein wenig überraschend für Euch Kollegen, aber eine langjährige Forderung, die insbesondere von SPÖ-Politikern ins Lächerliche gezogen wurde und leider Gottes auch nicht umgesetzt wurde hier im Burgenland, wird bundesweit Realität. Schülerparlamente werden dank der neuen Bundesregierung bundesweit und landesweit kommen, auch eine gesetzliche Verankerung eines Landes-Schulgemeinschaftsausschusses und eines Bundes-Schulgemeinschaftsausschusses.

Man sieht, dass auch bei der neuen Konstellation hier Bewegung in einen Bereich der Bildungspolitik kommt, der anderen vielleicht völlig egal ist, das verstehe ich. Ich nehme zur Kenntnis, die Kollegin Prohaska hat zum Beispiel in der Schüler- und Elternvertretung noch nie irgendwie eine Wortmeldung abgegeben, dass sie dahintersteht, dass Eltern und Schüler eingebunden sind in der Schulverwaltung. Das mag so sein.

Ich kann Ihnen sagen, das ist für mich ein wichtiger Bereich. Das ist die Schule für Demokratie. Das ist die Möglichkeit sich zu beteiligen, als junger Mensch auszuprobieren, wie funktioniert das demokratische System innerhalb einer Schule, innerhalb einer Gemeinschaft? Ich danke hier den Chefverhandlern insbesondere von Blau und Schwarz. Ich freue mich, dass diese Schülerparlamente endlich Realität werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir kommen zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus. Wir haben ein neues Budget beschlossen in diesem Bereich, das beruht auf einem neuen Gesetz. Jetzt sind durchgehend neue Ansatzposten geschaffen worden, völlig absolut neue Posten. Jetzt kann ich nicht einmal vergleichen. In dem Kulturbereich, ist das jetzt eine Verschleierung. Ist es dieselbe Ansatzpost, heißt sie nur neu? Ist das jetzt die Abdeckung verschiedenster Kosten, die angelaufen sind, weil ein Skandal den anderen jagt? Stichwort - Stiftung Esterhazy, Stichwort - Opernspiele St. Margarethen, Stichwort - der Rechtsstreit um die Intendanz in Mörbisch.

Ich kann das nicht einmal als Mandatar vergleichen, denn ich habe keine Möglichkeit, das am Ende des Tages nachzusehen, ist es jetzt eine Verschiebung der Posten, oder ist es nur eine Verschleierung, um politisch hier etwas zu verstecken? Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann nicht der Wille der burgenländischen Mandatare sein, dass derartig im Budget gearbeitet wird und ein derartiges Budget auch beschlossen wird.

Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, – hier gibt es 60.000 Euro für ein Projekt „Frauengesundheit, Gendergesundheit“. Schön für die Frau Landesrätin, dass sie hier eine Möglichkeit hat etwas zu tun. Wir als ÖVP-Fraktion haben eine sehr konkrete Anregung auch schon, was man mit diesem Geld tun könnte. Es gibt von uns einen Antrag, der heute eingelaufen ist, wo es darum geht, insbesondere in der Brustkrebsvorsorge neue Akzente zu setzen. Nutzen wir die Chance um im Burgenland Vorreiter zu sein, in einem Bereich, wo man vielen Menschen, insbesondere Frauen, die vor einer Untersuchung stehen Leid und Wartezeit ersparen könnte. Vielleicht ist das ein besonderer Punkt, wo man diese 60.000 Euro gleich verwenden könnte.

Was ich mir nicht wünsche sind neue Hochglanzbroschüren, Enqueten und andere Veranstaltungen, davon haben die Betroffenen wenig. Ich glaube, dass wir in ein konkretes Vorsorgeprojekt sehr wohl investieren könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir uns alle wünschen ist Gesundheit, denn Gesundheit ist die Basis und Grundlage für alles. Sie ist unser kostbarstes Gut und um sie müssen wir uns ganz besonders kümmern. Das ist auch die Aufgabe der Politik.

Herr Landesrat, bei uns sind Sie als Gesundheitslandesrat federführend dafür verantwortlich und es geht darum Probleme aufzugreifen und zu sehen. Und ich möchte Ihnen das ganz persönlich jetzt ans Herz legen, Sie haben sich heute dagegen verwehrt, dass ich oder andere von der ÖVP-Fraktion Sie politisch anpatzen. Ich möchte das ganz klar wiederholen. Es war der Vorwurf im Raum, dass es Probleme gibt in einer sozialpädagogischen Einrichtung in Gols. Daraufhin haben viele Medien berichtet. Hier von diesem Rednerpult aus hat der Volksanwalt Kräuter den Landtag informiert. Sie haben damals, ich habe Sie damals angesehen und habe Sie auch angesprochen und ich bitte Sie um die Übermittlung dieser fünf Seiten Erklärung des Volksanwaltes an die Landesregierung.

Das haben Sie mir zugesagt. Danach sind Sie offensichtlich untergetaucht. Ich kann es nicht anders beschreiben. Denn es hätte von Ihnen, es hätte von Ihnen einer

einzigen Aussendung bedurft, wo Sie sich der Vorwürfe stellen und sagen, ich werde all das überprüfen. Sie haben eine Mitarbeiterin, so habe ich das heute wahrgenommen, aus der Sozialabteilung vorgeschoben. Das ist nicht deren Aufgabe politische Verantwortung klarzustellen.

Ich muss Ihnen ganz offen sagen, ich bin sicherlich kein Verteidiger und kein Wahlwerber für Franz Schnabl in Niederösterreich. Aber wenn der das schafft, ohne seine Erfahrung in der Landespolitik, ohne seine Erfahrung in der Bundespolitik, dass er erkennt, dass das, wie Sie immer wieder betonen, dass das ein hochsensibles Thema ist, dann müssen wir doch anders damit umgehen als 24 Stunden zu schweigen.

Das kann nicht sein, das kann nicht der Weg sein, wie burgenländische Politiker mit einem Thema umgehen. Weil das ist genau das Gegenteil von dem Sie gesprochen haben. Dann reden nämlich andere, dann werden noch mehr Vorwürfe laut und dann können Sie sich gegen die Vorwürfe der Opposition schwer rechtfertigen.

Ich kann Ihnen nur sagen, legen Sie bitte alle Fakten und Daten auf den Tisch. Nutzen Sie die parlamentarische Anfrage des Kollegen Strommer. Informieren Sie den Landtag umfassend und sagen Sie uns, wer hat wann, was, gewusst und was wurde daraus abgeleitet? Aus der heutigen Sicht sage ich Ihnen, ich bin beim Volksanwalt Kräuter, hier liegt offensichtlich ein Systemversagen vor und Sie haben sich heute ganz klar geäußert, Sie lehnen eine externe Überprüfung der Kontrollmechanismen ab.

Ich sage Ihnen heute noch einmal, holen Sie externe Unterstützung, lassen Sie diese Kontrollinstrumente überprüfen, dann können Sie beweisen, dass das ein bedauerlicher Einzelfall war und kein Systemversagen.

Aber ansonsten haben Sie nichts Anderes getan als den Kopf in den Sand gesteckt, das genügt nicht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Landesrat, beim zweiten Gesundheitsthema, ich fühle mich da auf den Arm genommen von Ihnen. Auf der einen Seite lese ich die Erläuterungen des Budgets, 390.000 Euro sind nicht für Akutordinationen, sie sind für ein Pilotprojekt in Oberwart und sie sind für ein Pilotprojekt im Seewinkel. Entweder stimmen die Erläuterungen nicht oder es stimmt das Budget nicht. Beides kann man vollständig klarstellen, man kann sogar einen Abänderungsantrag gemeinsam machen, wenn uns das wichtig ist.

Wenn Sie sagen es ist ausfinanziert, Sie haben das Projekt gesichert, auch in Ordnung. Präsentieren Sie es, sagen Sie uns was Sache ist. Ansonsten kann ich Ihnen nur sagen, wir sind der vollsten Überzeugung, dass wir nicht lockerlassen werden, dass im Bereich der Gesundheitsversorgung es Mängel gibt. Auf 100 Menschen kommen fünf Ärzte in Österreich, Europa-Durchschnitt sind 3,6. Das klingt am Papier hervorragend.

Wir sind überversorgt könnte man sagen. Das stimmt aber nicht, denn Ärzte in Österreich sind für viel zu viele Aufgaben zuständig. Die Ärzte müssen Verwaltungstätigkeiten besorgen, die in anderen Ländern der Europäischen Union längst qualifiziertes Personal, das nicht im ärztlichen Stand ist, übernommen hat. Der Ärztemangel ist somit ein organisatorisches Defizit. Die schlechten Ausbildungsmöglichkeiten in den Spitälern sind der Hauptgrund warum junge Medizinerinnen und Mediziner ins Ausland gehen. Fragen Sie bitte junge Medizinerinnen und Mediziner, warum sie nicht im Burgenland, in der Steiermark und in Wien sind.

Ich habe eine junge Kollegin, die ist nach Deutschland gegangen, ein anderer Kollege in die Schweiz. Es geht ihnen um Wertschätzung, nicht nur um Geld. Es geht ihnen um Ausbildungsmöglichkeiten. Österreich gibt viel Geld aus, mehr als 1.000 Euro für die Gesundheitsversorgung pro Kopf. Das ist viel mehr als andere europäische Länder

jemals dafür aufbringen können und trotzdem haben wir ein Problem. Auf der einen Seite stagnieren die Kassenärztinnen und Kassenärzte, auf der anderen Seite gibt es immer mehr Wahlärztinnen und Wahlärzte.

Es kann nicht so sein, dass wir gänzlich darauf verzichten können im ländlichen Bereich die Arztversorgung auf den Zufall zu verschieben. Herr Kollege Darabos, ich finde es bemerkenswert, Sie haben heute auch zwei Themen angesprochen, nämlich die Frage, wie kann man junge Ärztinnen und Ärzte ins Land bringen mit ihrer Unterstützung?

Entschuldigung, in der letzten Landtagssitzung haben wir das angesprochen und haben gesagt, 50.000 Euro werden zur Verfügung gestellt für einen Mediziner, eine Medizinerin, der oder die in eine ländliche Region zieht und dort für uns Gesundheitsversorgung sichert.

Dann sind 50.000 Euro in diesem Budget vorgesehen? Ist es wirklich so, dass wir nur einen Mediziner oder eine Medizinerin 2018 unterstützen wollen? *(Zwischenruf von Landesrat Norbert Darabos.)* Ja, ich bin sehr gespannt. Sie werden das alles hoffentlich für uns durchleuchten und klarstellen. Aber 50.000 Euro in einen Bereich, wo wir wissen, was uns schon jetzt die Kassenstellen kosten. Lesen Sie nur den heutigen „Kurier“. 13 Mal hat die Gebietskrankenkasse die Allgemeinmedizinerstelle ausgeschrieben in Großpetersdorf, 13 Mal.

Großpetersdorf ist keine kleine Gemeinde. Da gibt es in dem Fall sicherlich mehr Möglichkeiten als wenn wir von Gemeinden reden, die am Rand liegen der Zentren, ob das in Nord- oder im Südburgenland ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Wolfgang Sodl: Das ist eine Nachbargemeinde von mir und ich habe aber einen Arzt.)* Das habe ich weder verstanden, noch gehört. *(Abg. Wolfgang Sodl: Wir sind eine der Nachbargemeinden von Großpetersdorf und wir haben trotzdem einen Arzt bekommen.)* Wunderbar, ich beglückwünsche Sie, Herr Kollege Sodl.

Unsere Aufgabe ist aber für die 171 Gemeinden des Landes Fürsorge zu haben und nicht nur für eine. *(Abg. Robert Hergovich: Drei Ärzte!)* Ich gratuliere allen in Olbendorf zu einem hoffentlich hervorragenden Hausarzt. *(Abg. Robert Hergovich: Wie viele Ärzte hat denn Großpetersdorf?)*

Es geht darum, dass eine Kassenstelle vorgesehen ist. Herr Kollege Hergovich, *(Unruhe bei der SPÖ)* wenn Sie die Gebietskrankenkasse kritisieren, dass sie dort eine Planstelle hingesetzt hat, dann bin ich der falsche Ansprechpartner.

Sie gehen jetzt in die Arbeiterkammer und haben dort profunde Kollegen und Kolleginnen. Sie werden die wahrscheinlich alle dort davon überzeugen. *(Abg. Robert Hergovich: Herr Kollege, ich informiere Sie, drei Ärzte. – Unruhe bei der SPÖ)* Also, Sie sind dagegen, *(Abg. Robert Hergovich: Drei Ärzte)* dass es drei Kassenärztinnen oder Kassenärzte in Großpetersdorf gibt. *(Abg. Robert Hergovich: Nein, im Gegenteil. Ich sage nur, malen Sie nicht das Bild, als gäbe es dort keine Versorgung. Drei Ärzte in einer Gemeinde.)*

Herr Kollege! Die Gebietskrankenkasse gibt ja nicht drei Kassenstellen dorthin, weil sie unnötig sind. Also entweder kritisieren Sie jetzt die Gebietskrankenkasse, oder Sie kritisieren die fehlende Ausschreibung der Stelle über Jahre hinweg, vielleicht. *(Abg. Robert Hergovich: Drei Ärzte in einer Gemeinde.)*

Ich verstehe Ihren Kritikpunkt nicht. *(Abg. Robert Hergovich: Ich verstehe Sie nicht.)* Sie müssen sich an die Stelle derer versetzen, die die Entscheidungen dort treffen, entweder gibt es zu wenig Kassenstellen, oder zu viele.

Das müssen Sie dann mit den Kollegen und Kolleginnen der Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer und mit dem Hauptverband der Sozialversicherten ausmachen. Da sind Sie ja dann, dank Ihres Berufswechsels, bestens darauf vorbereitet. Eines sage ich Ihnen auch noch, Herr Landesrat. Es geht mir auf die Nerven, dass in diesem Land Vergleiche herangezogen werden, die in politischen Kleingelddiskussionen münden. Es gibt auf der einen Seite die Regierung, die hat die Verantwortung für die Verwaltung. *(Zwischenruf von Landesrat Norbert Darabos.)* Sie haben sich dieser Diskussion gestellt.

Es gibt auf der anderen Seite die Verantwortung der Abgeordneten, der Opposition, diese Regierung und damit die Verwaltung zu kontrollieren. Wenn Sie glauben, dass es bei derartig sensiblen Themen um politisches Kleingeld geht, dann haben Sie auf der Regierungsbank Ihren Job nicht verstanden. Es ist unsere Aufgabe, Kontrollsysteme zu hinterfragen und für alle Burgenländerinnen und Burgenländer sicherzustellen, dass Sie und die Verwaltung ihren Job machen. Wenn Sie das als politische Kleingelddiskussion versuchen klein zu reden, dann sage ich Ihnen ganz offen, dann sind Sie nicht mehr richtig an dieser Stelle. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zu den Themen zu der Gruppe 6, 7, 8 und 9 kann ich nur sagen, interessanter Weise gibt es in allen Bereichen auch Verschiebungen. Die besonders auffällige Verschiebung, aus meiner Sicht, ist im Bereich Marketingmaßnahmen, das ist in dem Fall zufällig die Kollegin Dunst. Sie hatte bisher Möglichkeiten im Marketing für Regionalprojekte, jetzt hat sie Marketingmöglichkeiten für Markterschließung. Insgesamt stehen ihr damit ein Plus von 627 Prozent zur Verfügung - für Verarbeitung, Vermarktung, Markterschließung.

Sehr geehrte Kollegin Dunst! Sie können sich da ganz sicher sein, wir werden auch dahingehend nachschauen, was passiert mit all diesen Geldern, die Sie jetzt für Marketing zur Verfügung haben? Weil, wenn ich das vergleiche mit dem Tourismusbereich, heute hat ja schon ein Kollege gesagt, der Tourismusbereich boomt.

Lesen Sie bitte die Statistiken! Es ist Tatsache, dass uns andere Bundesländer davongaloppieren, egal wer politisch dafür die Verantwortung trägt. Ich kann ja nicht die Statistik Austria dafür schuldig machen, dass jetzt im Burgenland fast eine Stagnation herrscht, wenn wir gerade in der derzeitigen Situation ein wenig in den Genuss kommen und andere Bundesländer Steigerungsraten jenseits der fünf bis zehn Prozent haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So ist es.)* Also, wenn dass ein Plus im Tourismus ist, dann weiß ich nicht.

Jetzt zum Thema - *(Unruhe bei der SPÖ)* Das sind Tatsachen. *(Abg. Robert Hergovich: Reden Sie nur alles schlecht, passt eh.)* Kollege Hergovich! Wenn es schlecht ist eine Statistik zu zitieren, dann, ich kann ich die Augen zumachen, so wie Sie, und sagen, es ist alles perfekt, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nein, das ist nicht perfekt.)* ist in Ordnung. Aber ich verstehe Sie immerhin. *(Abg. Robert Hergovich: Nein, Sie verstehen mich nicht.)* Oh doch, ich verstehe Sie gut. Ich habe das nämlich auch mittlerweile verstanden, wie sehr Sie Ihre eigene Situation betrachten. Ich habe Ihnen ganz privat und persönlich gesagt, *(Abg. Robert Hergovich: Passt schon.)* und dazu stehe ich, ich sehe Sie als das erste politische Opfer, der politischen Umwälzungen hier im Land.

Da kommt einer, Hans-Peter Doskozil, der „Gott sei mit uns der SPÖ“, der sagt, ich komme. Montags muss dann Einer seinen Rücktritt erklären, dann wird jemand eingesetzt, der übernimmt das jetzt. Und am Mittwoch sage ich dann, ich bin jetzt da.

Also, egal, jetzt nehme ich aus, dass Sie mich persönlich informiert haben über die Situation. Sagen Sie mir bitte, welchen Außenstehenden kann ich das erklären? *(Abg. Robert Hergovich: Ich habe ja schon gesagt, Sie verstehen mich nicht.)*

Sehen Sie, und da sind wir zum ersten Mal wieder einer Meinung. Ich verstehe Sie in diesem Punkt nicht, Sie verstehen mich nicht in dieser Diskussion. Ich kann Ihnen sagen, für mich sind Sie das erste politische Opfer im Land, des neuen künftigen, vielleicht Regierungschefs Hans-Peter Doskozil. Wir werden da schauen, Hans-Peter Doskozil könnte einer sein, der sich in die Reihen jener Kronprinzen einreiht, die bereits verarbeitet worden sind. Einer der ja gekommen ist, um Landeshauptmann zu werden, ist ja schon gegangen. Jetzt nicht nur im Moment, sondern auch generell.

Also schauen wir einmal was am Ende des Tages ist. Ich kann Ihnen nur sagen, ich traue dem derzeitigen Landeshauptmann viel, viel zu. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist Ihr Budget und auf der anderen Seite sind fünf klare Positionen der ÖVP. Wir wollen stabile Finanzen. Und damit meine ich, Herr Kollege Molnar, einen konkreten Plan zum Ausstieg aus den Spekulationsgeschäften.

Sie können mir nicht einreden, dass man mit keiner der vier betroffenen Banken Gespräche führen hätte können. Zumindest mit der Heta-Bank, die ja im Staatsbesitz ist, hätte man doch diskutieren können. Ist es vernünftig, es zahlt der eine Säckel des Staatsbürgers und der Staatsbürgerin, des Steuerzahlers und der Steuerzahlerin, in den anderen Säckel des Staatsbürgers und der Staatsbürgerin.

Gerade hier bei einer Bank können Sie mir nicht einreden, dass das nicht möglich gewesen wäre. Und wenn man noch eine Laufzeit bis 2033 verantworten muss, dann verstehe ich nicht, warum man bei einem derzeitigen Verlust bis zum Jahr 2014 von 43,5 Millionen Euro, nicht noch einmal darüber reden kann, dass wir ungedeckte Schecks vergeben.

Ja glauben Sie, dass eine unserer Forderungen so viel kostet, wie die acht Millionen Euro Abgang aus dem Jahr 2016? Sofort hätten wir es herinnen. *(Abg. Robert Hergovich: 300 Millionen Euro, haben Sie versenkt! – Abg. Markus Wiesler: Versenken tut Ihr!)* Ich bitte Sie, wenn man verhandelt, könnte herauskommen, wir steigen noch schlechter aus wie bisher. Da wird ja niemand von der Regierung erwarten, dass sie den Deal eingeht. Aber wir verhandeln nicht. Wir stellen uns blind, taub, „derrisch“ würde man im Burgenland sagen. Wir haben nicht einmal mit der staatseigenen Bank verhandelt. Das ist ein Versagen.

Da bin ich wieder beim Kollegen Darabos. Das ist ein Systemversagen und der Einzelne kann dafür nicht erwarten, dass die Opposition sagt, hervorragend, machen wir weiter. Augen zu Politik - das kommt für uns nicht in Frage. Wir wollen Fairness für alle Gemeinden.

Wir möchten Bedarfszuweisungen und die Landesumlage fair gestalten. Wir haben einen klaren Vorschlag gemacht, wie wir uns auch bei der Landesumlage vorstellen könnten daraus einen Investitionsfonds zu machen. Jetzt gibt es die Situation, dass in diesem Bereich vieles offen ist, vieles einfach nach Lust und Laune hier vergeben wird. Das kann nicht für uns akzeptabel sein. Es geht uns darum, eine Breitbandmillion zu initiieren. Ich weiß, Sie kommen mir jetzt mit vielen EU-Förderungen, die in dem Bereich möglich sind.

Wir wissen ja aus der derzeitigen Situation, dass uns Länder wie Slowenien, die Slowakei und Ungarn, das sind unsere unmittelbaren Nachbarn, die die Bürde von 50

Jahren Realsozialismus hinter sich gebracht haben, uns überflügeln, wenn es um Breitbandinvestitionen geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind Länder, die aufgrund ihrer Vergangenheit es bei weitem schwerer haben wie wir, sich hier weiter zu entwickeln. Und das Land Niederösterreich, unser anderer Nachbar Richtung Westen, gibt den Weg vor. Hier hat das Land eine eigene Gesellschaft gegründet. Hier wird Glasfaser, wie Strom und Wasser, in jeden Haushalt eingeleitet. Im Übrigen, der Projektplan der Landesregierung Niederösterreich 20 Jahre, und die haben sich jetzt sehr ambitionierte Ziele gesetzt. Also, wir sind bei weitem hier nicht am Ende der Diskussion.

Transparenz bei den Schulden, meine sehr geehrten Damen und Herren! Über 900 Millionen Euro in den ausgelagerten Gesellschaften. Niemand von Ihnen darf etwas fragen. Das ist verboten, das geht nicht. Man versteckt sich hinter Verfassungsgutachten. Heute ist sogar gesagt worden, das geht verfassungsrechtlich nicht. Also, dem widerspreche ich vehement. Machen wir Verträge mit unseren Landesgesellschaften. Das ist eine kleine Regierungssitzung, gibt es eh nur mehr alle 14 Tage, da könnte man auf jeden Fall einiges an Arbeit für uns Abgeordnete ermöglichen um diese Regierung besser zu kontrollieren. Die fünfte Forderung ist ganz klar. Eine Akutordination in jedem Bezirk, aber bitte auch so, dass sie finanziert ist und nicht auf dem Zufall beruht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluss meiner Rede etwas ganz persönlich klarstellen. Mich hat es maßlos geärgert, und der Kollege Steier hat es mir heute vorweggenommen, dass man sich öffentlich als Mandatar dafür schelten lassen muss, ob man applaudiert, aufsteht und applaudiert oder sitzen bleibt und anderer Meinung ist.

Da geht es um eine Frage der politischen Fairness. Da geht es um Grundsätze in der Politik. Sie können mir versichert glauben, ich bin sicherlich nicht der Mensch der irgendjemanden die Wertschätzung versagt *(Abg. Edith Sack: Sondern?)* im persönlichen Bereich.

Ich wünsche Helmut Bieler persönlich alles erdenklich Gute. Ich hoffe, er findet viel Zeit für sich selbst, für Freunde, für all das, was in den letzten Jahren in seiner politischen Arbeit vielleicht zu kurz gekommen ist. Aber ich kann nicht nach einer substanzlosen Budgetrede zustimmen, die hier nicht einmal ein Projekt beinhaltet hat, wo ich sagen hätte können, in diese Richtung geht es. Ich habe ihm 22 Minuten zugehört und ich habe nur gehört, was in den letzten 17 Budgets alles hervorragend gelaufen ist, auch mit Unterstützung der ÖVP.

Aber ich kann doch nicht nach einer derartigen Rede, mich da herstellen und erwarten, dass die Opposition aufsteht und sagt, Helmut, unser bester Freund. Alles hat immer geklappt, alles ist hervorragend – Applaus. Na glaube Sie, dass irgendjemand der hier die Oppositionskräfte gewählt hat, uns das abkauft?

Höchstpersönlich kann ich der Meinung sein, dass jemand integer ist, weniger integer ist, Applaus verdient oder auch nicht. Aber ich bin ja auch gewählter Mandatar und es ist nicht meine Aufgabe jemanden zuzustimmen, der politisch, zum Beispiel und ich bleibe bei diesen acht Millionen Euro pro Jahr, derartige Schulden verursacht, die die spätere Generation tragen muss.

Ich sage Ihnen noch etwas, ich freue mich über jeden der im Land ehrenamtlich arbeitet. Der Herr Landeshauptmann hat heute ein hohes Lied des Ehrenamtes gesungen. Er hat gesagt, alle Dinge werden transparent gemacht, die die Vereinsförderung betreffen. Ich sage Ihnen, um den Kollegen Molnár zu zitieren, im

Landhaus gibt es viele Gerüchte. Ja mittlerweile scheint es fest zu stehen, was der Herr Landesrat Bieler in seiner Pension macht.

Wir feiern 2021 ein Fest, so habe ich es vernommen, und dieses Fest soll jemand koordinieren. Ein Fest - 100 Jahre Burgenland bei Österreich. Wir hatten bei 90 Jahren die Situation schon damals, dass der Herr Landeshauptmann einen Koordinator eingesetzt hat. Wir haben das damals auch kritisiert. Der Koordinator ist mittlerweile Landtagspräsident Christian Illedits und damals wurde der ÖVP erklärt, bitte warum regt ihr euch auf, der macht das ehrenamtlich, da gibt es keine zusätzliche Gage und das ist der Vertraute des Herrn Landeshauptmannes, der die Festivitäten organisiert.

Mittlerweile wissen wir, dank dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof, so ganz mit Konzept und Koordination hatte diese Festivität nichts zu tun. Zitat Rechnungshof. *(Abg. Robert Hergovich: Gefeiert habt Ihr auch überall. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber wirklich nicht.)* Umsonst, entschuldige, kostenlos für das Land hat er es gemacht, kostenlos hat er es gemacht für das Land.

Wenn der Herr Landesrat Bieler kostenlos für das Land Burgenland eine 100-Jahr-Feier koordinieren will, weil wir sonst niemandem im Land haben, der das machen könnte, dann darf er sich wie alle Ehrenamtlichen dieses Landes gerne einreihen.

Aber eines sage ich Ihnen. Solange wir einen Landesamtsdirektor haben, einen Landesamtsdirektor-Stellvertreter, wir haben ein Protokollreferat, wir haben viele qualifizierte und kompetente Personen hier im Haus, warum ich da einen externen Koordinator aus der Politpension heraus brauche, das müssen Sie mir einmal erklären. Ich kann Ihnen nur eines sagen, ich sage ein ganz klares Nein zu einem Versorgungsjob auf Steuergeld für einen Politpensionisten. Ein klares Nein!

Wenn Sie mir jetzt erklären können, dass diese fünf Grundbedingungen, die wir formuliert haben, in Ansätzen sich irgendwo wiederfinden, dann würde ich sagen, in Ordnung, dann stimmen wir dem Budget zu. Bei all diesen Dingen, die ich im Detail genannt habe, das würden wir wegschieben, denn es braucht ein gewisses Vertrauen und Vorschussvertrauen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, auch in fünf Minuten Rede, Herr Kollege Molnár, haben Sie mir das nicht erklären können. Wir bleiben dabei, seien Sie auf dem Pfad der Budgetwahrheit, zeigen Sie mir Transparenz, kümmern wir uns um die Themen, die wirklich im Land von Relevanz sind, und sagen wir ein klares „Ja“ zu den Bemühungen für mehr Transparenz und Klarheit auch im Landesbudget. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)* Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ja, viele Vorredner haben es schon formuliert, das Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Ich möchte diesen Satz gar nicht überstrapazieren, aber es ist klar, es geht um wichtige Projekte für unser Heimatland Burgenland, die mit diesem Beschluss gefasst werden.

Aber die wichtigste aller Fragen zu diesem Budget ist: Was haben die Burgenländerinnen und Burgenländer davon, dass wir heute und morgen das Budget debattieren und dann auch einer Beschlussfassung zuführen? Wo profitieren die Burgenländerinnen und Burgenländer von diesem Budget 2018?

Es gibt ganz viele Projekte, die für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer sehr wichtig sind. Ich möchte auch einige beispielsweise anführen. Durch Investitionen in den Arbeitsmarkt ganz wesentlich, wir wollen mit diesem Budget bestehende Arbeitsplätze absichern und weitere schaffen. Ganz, ganz wesentlich! Durch Förderungen!

Wer diesem Budget zustimmt, Herr Kollege Sagartz, der sorgt auch dafür, dass künftig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass Unternehmungen an Förderungen kommen, dass beispielsweise Familien Förderungen genießen können, dass Geringverdiener Förderung genießen können. All das wird mit diesem Budget ermöglicht.

Aber auch die beste Wohnbauförderung ist ein ganz wesentlicher Teil dieses Budgets. Alle, die diesem Budget zustimmen, sorgen dafür, dass Jungfamilien künftig eine ordentliche, ja, die beste Wohnbauförderung Österreichs, erhalten werden.

Durch hervorragende Gesundheitseinrichtungen profitieren die Burgenländerinnen und Burgenländer. Alle, die diesem Budget zustimmen werden, werden auch dafür sorgen, dass es künftig Akutorganisationen in allen Bezirken geben wird. Alle, die diesem Budget zustimmen, werden auch für die beste Bildung sorgen, die wir in unseren Gemeinden haben, für unsere Kinder. Davon profitieren die Burgenländerinnen und Burgenländer, davon profitieren unsere Kinder.

Ja, und auch, wer sich auf unseren Straßen bewegt, der wird profitieren, nämlich durch mehr Verkehrssicherheit. Alle, die diesem Budget zustimmen, werden nämlich auch für mehr Verkehrssicherheit sorgen, beispielsweise für unsere Pendlerinnen und Pendler. Alle, die diesem Budget zustimmen werden, werden auch für eine moderne, schlanke Verwaltung sorgen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die wichtigste Frage, die bei diesem Budget zu beantworten ist. Was haben die Burgenländerinnen und Burgenländer davon, dass wir dieses Budget debattieren und auch beschließen werden? Denn dieses Budget ist das Fundament aller Maßnahmen des Landes, die die Burgenländerinnen und Burgenländer im kommenden Jahr erhalten werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Rot-Blau legt aber ein ganz besonderes Budget diesmal vor, nämlich ein Budget für Investitionen. Es ist ein Investitionsbudget, das Wachstum und Beschäftigung fördert und gleichzeitig zwei Millionen Schulden abbaut. Das zeigt, wir handeln hier in hoher Verantwortung der nächsten Generation gegenüber. Wir setzen aber auch neue Schwerpunkte. Schwerpunkte, die ganz wesentlich sind, nämlich in drei Zukunftsbereichen. Der Schwerpunkt am Thema Arbeitsmarkt, der Schwerpunkt am Thema der Bildung und der Schwerpunkt am Thema des ganz wichtigen Bereiches der Gesundheit.

Die aktuelle Wirtschaftssituation und die Wirtschaftsdaten sind hervorragend, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, da ist nichts schlechtzureden. Da kann der Herr Kollege Sagartz noch einmal sagen, der Tourismus schaut nicht gut aus. Ganz im Gegenteil, der ist explodiert, und verantwortlich dafür sind die Touristiker in diesem Land, die hart und fleißig dafür jeden Tag arbeiten, mit ihren Arbeitnehmern, und die gehören nicht angepatzt und schlechtgeredet, denen gehört einmal ein Lob ausgesprochen. So schaut es aus! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dieses Lob könnten Sie auch den Unternehmen ausrichten, denn das Wirtschaftswachstum, das das Burgenland verzeichnet, ist einzigartig und ist großartig. In den letzten fünf Jahren, in den letzten fünf Jahren waren wir immer an der Spitze. Wir waren beim Wirtschaftswachstum deutlicher Sieger. Wir waren zweimal Zweiter und

dreimal Erster beim Wirtschaftswachstum. Das zeigt, kein anderes Bundeland ist so gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen wie unser Heimatland Burgenland. Das zeigt, dass dieser Spitzenwert des Vorjahres mit 2,4 Prozent, zumindest wird es so prognostiziert, noch einmal erhöht wird und auf drei Prozent ausgebaut wird.

Das ist der Verdienst der Unternehmungen, das ist der Verdienst der burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und da sollen wir auch einmal Danke sagen, für diese großen Leistungen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Wir erleben auch im Moment einen richtigen Job-Boom. Diesen Job-Boom hatten wir in den letzten Jahren nicht, den wir im Moment erleben dürfen. Ich möchte dazu auch einige Zahlen nennen. Der Landeshauptmann ist beispielsweise seit dem Jahr 2000 im Amt und führt seither unser Heimatland Burgenland. Auch einige Abgeordnete sind schon seit dem Jahr 2000 hier im Hohen Haus.

Im Jahr 2000 hatten wir rund 80.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Burgenland. 17 Jahre später, also im Jahr 2017, verzeichnet das Burgenland über 107.000 Menschen, die hier Beschäftigung und Arbeit finden. Das sind netto 27.000 Arbeitsplätze mehr, die hier geschaffen wurden. Ein Job-Boom, der sensationell ist. Das achte Mal infolge, Rekordbeschäftigung, dass unser Heimatland Burgenland aufzuzeigen hat.

Es geht noch weiter. Eine Betriebsansiedelungswelle, die das Burgenland erfasst hat, die mehr als erfreulich ist. Ich darf einige nennen. Das sind nicht irgendwelche kleinen Unternehmungen, das sind Big Player, die in Europa, ja weltweit, agieren. Beispielsweise die Betriebsansiedelung von Schlumberger, die ansteht. Sigmapharm, in Hornstein, der Kollege Wolf ist jetzt nicht da, der ist natürlich sehr glücklich, dass es in Hornstein ordentliche Einnahmen gibt.

Die Firma MAM, die großartig erweitert, beispielsweise in Großhöflein, auf 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in der Endausstufe. Shoppingcenter entstehen in Siegendorf beispielsweise, ich war erst am Montag, vor kurzem … *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Leider!)* Ja, Sie können das schon bedauern, dass Arbeitsplätze entstehen, dass Wirtschaftswachstum ermöglicht wird, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir sind gegen die Bodenversiegelung.)* ich verstehe das nicht. Ich verstehe nicht, dass Sie dauernd gegen die Wirtschaft und gegen Arbeitnehmer agieren, das verstehe ich überhaupt nicht, aber so sollen Sie halt auch weiter tun, ist Ihnen belassen.

Ich war erst vor kurzem, diese Woche am Montag, im Outletcenter in Parndorf mit meinem Sohn, also was dort entstanden ist, das ist großartig. Das muss uns einmal ein Bundesland nachmachen, was hier entsteht. Kaufkraft fließt ins Burgenland, Beschäftigung wird im Burgenland ermöglicht, und die Kommunalabgaben bleiben im Burgenland. Großartig, was hier entstanden ist.

Eine Zahl noch, alleine in den letzten zwölf Monaten, nachzulesen beim Arbeitsmarktservice Burgenland, allein in den zwölf Monaten sind im Burgenland 2.121 neue Jobs netto geschaffen worden. Eine großartige Leistung der Wirtschaft, der Arbeitnehmer! So soll es weitergehen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich gebe zu, das ist ZDF - das sind Zahlen, Daten, Fakten -, aber Zahlen, Daten, Fakten mit realen Auswirkungen. Mit echten Auswirkungen auf die Burgenländerinnen und Burgenländer, insbesondere bei jenen, die einen Job gesucht und jetzt gefunden haben. Das sind die Auswirkungen, die wir brauchen. In den letzten 15 Monaten ist die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken. Von Jänner bis November minus 6,5 Prozent, im November sogar - hier sind die letzten Zahlen - um rund zehn Prozent, also minus 9,1 Prozent, die das Arbeitsmarktservice hier verlautbart hat.

Die gute Nachricht dabei ist, alle profitieren. Das ist die wesentliche und gute Nachricht. Von Jung bis Älter, also auch ältere Arbeit suchende Menschen. Genauso wie Frauen, wie Männer - von Jennersdorf bis Neusiedl, alle Bezirke profitieren davon, und das ist die gute Nachricht. Wir können auch wirklich stolz auf diese Entwicklung sein. Und diese gute Entwicklung auf eine allgemeine Wirtschaftssituation zu reduzieren, wäre völlig falsch. Ja, in Europa läuft die Wirtschaft gut. Ja, auch Österreich ist sehr gut unterwegs, aber klar ist, dass sich unser Heimatland Burgenland deutlich besser entwickelt hat wie die anderen Bundesländer. Nachzulesen bei Statistik Austria, nicht bei der Burgenland Statistik, sondern das sind klare Daten und Fakten, die bei der Statistik Austria jederzeit nachzulesen sind.

Aufgrund dieser positiven Zahlen kann man zu Recht vom burgenländischen Wirtschaftswunder sprechen. Insbesondere dann, wenn man die Situation des Burgenlandes begutachtet. Rund 30 Minuten mit dem Auto leben eine Million Menschen, die, wenn sie sich ins Auto setzen und ins Burgenland pendeln, ihr Einkommen verdreifachen, ja, vervierfachen können.

Kein anderes Bundesland hat so einen großen Anteil an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland wie das Burgenland, rund 18 Prozent, um genau zu sein, 17,98 Prozent Einpendlerinnen und Einpendler aus dem Ausland, die im Burgenland Beschäftigung erhalten. Trotzdem sinkt die Arbeitslosigkeit im Burgenland, geschuldet der guten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Heimatlandes Burgenland. Darauf können wir stolz sein, nicht schlechtreden und die Touristiker schlechtreden und so weiter. Das sind die Entwicklungen, die wir benötigen, das brauchen wir, und so wollen wir auch mit dem Budget 2018 weiterarbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Mit dem vorliegenden Budget wollen wir diesen Erfolgsweg weiterfortsetzen. Noch nie wurde so viel in Wachstum und in Beschäftigung investiert wie mit dem Budget 2018. Insgesamt 256 Millionen, ich wiederhole, insgesamt 256 Millionen investieren wir über das ordentliche Budget in Wachstum und in Beschäftigung. Mit der höchsten Investitionsquote, die wir jemals im Burgenland zu verzeichnen hatten. 22,67 Prozent, also rund 23 Prozent des gesamten Budgets fließen in Wachstum und in Beschäftigung.

Auch an die Adresse der ÖVP, für mich völlig unverständlich, dass Sie diesem Budget nicht zustimmen, völlig unverständlich. Noch nie wurden Unternehmungen derart gefördert wie jetzt. Die höchste Wirtschaftsförderung, ja Rekordwirtschaftsförderung, zeigt dieses Budget auf. Insgesamt 27,3 Millionen Euro, also um 1,2 Millionen noch einmal mehr wie im Vorjahr, investieren wir in unsere heimische Wirtschaft, und die ÖVP sagt, sie stimmt dem Budget nicht zu.

Ich und wahrscheinlich viele Unternehmungen des Burgenlandes und auch deren Mitarbeiter können diese Vorgangsweise nicht nachvollziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ziel des Budgets 2018 ist klar. Wir wollen die Wirtschaft damit deutlich und weiter ankurbeln, wir wollen Arbeitsplätze im Burgenland absichern und neue schaffen, und wir wollen, dass die Arbeitslosigkeit sinkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Budget wollen wir diese Ziele auch erreichen, und ich bin überzeugt, wir werden sie erreichen. Wenn wir von guter wirtschaftlicher Entwicklung sprechen, dann reden wir auch über das Burgenland als Bildungsland, ja, als Bildungsmeister, denn der Erfolg am Arbeitsmarkt und die Bildung sind untrennbar verbunden. Untrennbar verbunden!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Davon profitieren alle. Die Wirtschaft profitiert durch gut qualifizierte, gut ausgebildete Menschen, Facharbeiter, Leute, die gut

ausgebildet wurden, und umgekehrt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren durch gute Bildung, weil die Chance, arbeitslos zu werden, deutlich geringer ist, wenn man gut ausgebildet ist.

Die Zukunft eines Landes, die Zukunft einer Gesellschaft wird heute im Klassenzimmer entschieden. Daher ist es unser Aufgabe, ordentliche, moderne, digitalisierte Rahmenbedingungen in den Klassenzimmern zu schaffen.

Die Gemeinden machen schon Großartiges. In den Gemeinden versuchen viele Bürgermeister Smartboards, Tablets, die Digitalisierung in den Schulkassen voranzutreiben. Beginnend beim Kindergarten über Volkschulen bis hin zu den Neuen Mittelschulen. Wenn Gemeinden, das Land und der Bund ineinandergreifen, zusammenarbeiten und an einem Ziel arbeiten, das ist nicht einfach, das benötigt große Anstrengungen, man kann aber sagen, dann funktioniert etwas. Was wir im Moment in den letzten Monaten im Burgenland zusammengebracht haben - Gemeinden, Land und Bund - ist sensationell, es ist Großartiges gelungen. Ich möchte nur einige Belege dafür nennen.

Die Modernisierung der Kurzwiese in Eisenstadt beispielsweise, hier wurden 23,7 Millionen Euro investiert. 23,7 Millionen Euro! Die Sanierung der BAKIP in Oberwart, der Bürgermeister ist anwesend, er weiß, hier wurden ebenfalls große Anstrengungen unternommen, 11,4 Millionen Euro wurden hier in den Ausbau und die Sanierung der BAKIP in Oberwart investiert. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist im Landesbudget? Oder wo?)*

Herr Kollege Strommer, Sie müssen mir zuhören, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich höre eh zu.)* Sie sind offensichtlich abgelenkt. Wenn Sie mir zugehört hätten, dann wären Sie informiert, dass ich von Gemeinden, vom Bund und vom Land gesprochen habe. Also zuhören, bisschen aufmerksam sein, dann wissen Sie auch, worum es geht.

Genauso wie bei der HAK oder HTL, das Bundeschulzentrum wurde mit 48 Millionen Euro umgebaut, ist noch nicht fertig. Die HTL ist in der Fertigstellung, aber auch hier unglaublich große Investitionen im Schulbereich. Auch die Berufsschulen Eisenstadt und Pinkafeld wurden modernisiert, wurden ausgebaut, wurden auf den neuesten Stand der Technik gebracht, immerhin mit zehn Millionen Euro, die hier in die Hand genommen wurden, um hier auch ordentliche Rahmenbedingungen für die Schülerinnen und Schüler zu schaffen.

Viele Investitionen der Gemeinden im Vorjahr, bei Volkschulen und Kindergärten tragen ebenfalls dazu bei. Auch der Erhalt unserer Lehrwerkstätten ist Teil dieses großartigen Erfolgsrezeptes. Das ist es auch, was wir brauchen, diesen Weg müssen wir auch weitergehen, nämlich moderne Einrichtungen zu haben, motivierte Lehrer vorzufinden und eine schlanke Verwaltung im Schulwesen zu erreichen. Das ist das, was wir brauchen, das ist das Erfolgsrezept des Landes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau deshalb sind wir Bildungssieger im Burgenland in vielen Bereichen. Ich möchte einige nennen, mit der höchsten Betreuungsquote. Das muss uns einmal ein anderes Bundesland nachmachen. Die höchste Betreuungsquote aller österreichischen Bundesländer! Große Anstrengung der Gemeinden, des Landes, also großartig, was hier passiert.

Die hervorragenden Jungfacharbeiter, die ausgebildet werden. Ich spreche von unseren Lehrlingen, es gibt kaum einen Lehrlingswettbewerb, wo ein burgenländischer Lehrling nicht mit der bronzenen, der silbernen oder auch der goldenen Medaille nach Hause kommt. Großartige Jungfacharbeiter, die hier entstehen, die wir auch brauchen

und benötigen. Die höchste Maturantenquote ist nichts Neues, das wissen wir, hier sind wir ebenfalls an der Spitze aller österreichischen Bundesländer, und wenn wir uns auch die Rekordzahlen auf den Fachhochschulen im Burgenland ansehen, dann wissen wir, dass wir hier am richtigen Weg sind.

Mit dem Budget 2018 werden wir im Bildungsbereich weiterinvestieren, wir werden ihn weiterausbauen, immerhin 276 Millionen Euro sind für Unterricht, Erziehung und Sport budgetiert, um drei Millionen mehr als im letzten Voranschlag, auch das sei hier einmal festgehalten. Aber dazu stehen wir, weil Bildung eine ganz wichtige Ressource für die Zukunft unseres Heimatlandes, eine ganz wichtige Ressource für die Zukunft unserer Kinder ist. Daher ist dieses Geld, das wir in Bildung budgetieren, ein sehr gut investiertes Geld und Kapital.

Ein ganz großer Schwerpunkt liegt aber auch auf unserem Gesundheitssystem, auch hier investieren wir mehr als im Vorjahr, immerhin um plus 9,4 Millionen Euro. Das ist auch notwendig, beispielsweise um ausreichend Geld für unsere Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen, damit kommen wir unserer Verpflichtung der Standortgarantie nach. Während andere nachdenken, ob sie noch zeitgemäß sind oder ob sie geschlossen werden sollten. Kollege Sagartz, ist überhaupt interessant auch mal zu sagen, Sie reden von Akutordinationen und versuchen, dem Herrn Gesundheitslandesrat zu suggerieren, er würde das nicht alles gleich budgetieren, und gleichzeitig meinen Sie aber, zwei Spitäler würden für das Burgenland ausreichen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das haben wir schon zehnmal klargestellt. Das darfst Du nicht wiederholen. – Zwiegespräch zwischen Landesrat Mag. Norbert Darabos und Abg. Mag. Thomas Steiner)* Also da passt irgendetwas nicht zusammen. Wir stehen zu den Krankenhäusern und wir stehen auch zu den Akutordinationen.

Diese Akutordinationen werden natürlich auch umgesetzt, sie sind im Budget vorgesehen. Dieses Pilotprojekt soll auf alle Bezirke ausgedehnt werden, das ist völlig klar, von Jennersdorf bis Neusiedl, um eine bessere Versorgung im Burgenland zu erreichen. 390.000 Euro sind budgetiert, sie werden auch umgesetzt.

Herr Kollege Sagartz, es ist auch ganz klar, warum man nicht detaillierte Kosten hineinschreiben kann, sie werden ja verhandelt *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum steht in den Erläuterungen etwas anderes, Herr Kollege?)* und man kann nicht vor den Verhandlungen wissen, was am Schluss herauskommt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Erklären Sie mir nur, warum in den Erläuterungen etwas Anderes steht.)* Darum gibt es auch Verhandlungen, und daher wird das so nicht funktionieren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, es steht nicht drinnen. – Zwiegespräche in den Reihen)*

Klar ist, das Land und die Sozialversicherung sorgen durch die Akutordinationen für eine noch bessere Gesundheitsversorgung, insbesondere an den Randzeiten. Wichtig ist aber, dass neben diesen drei Schwerpunkten - Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit - auch ganz Wesentliches in diesem Budget passiert, nämlich auf Gerechtigkeit gesetzt, auf Chancengerechtigkeit gesetzt, und das ist nicht selbstverständlich, das zeigen auch andere Beispiele in anderen Bundesländern.

Herr Kollege Sagartz, davon habe ich von Ihnen kein Wort in der Generaldebatte gehört. Während nämlich das ÖVP-geführte Oberösterreich Familien mit Kindergartengebühren belastet, entlastet das rot-blaue Burgenland *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so, nur ÖVP in Oberösterreich? Rot-blaues Burgenland und nur ÖVP bei Oberösterreich?)* die Familien mit Kinderbetreuungsförderungen. Naja, aber der Landeshauptmann gehört Ihnen. Gehört er nicht mehr Ihnen? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hier ist Rot-Blau, dort nur die ÖVP.)* Ist er nicht mehr Ihr Landeshauptmann?

Gut, also das ÖVP-geführte Oberösterreich belastet die Familien mit Kindergartengebühren. Das rot-blaue Burgenland geht einen anderen Weg, nämlich den Weg der Entlastung von Familien mit 4,3 Millionen Euro, die den Familien zugutekommen. Das ist unser Weg! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie müssen nur alles sagen!)*

Während das ÖVP-geführte Oberösterreich den Weg geht, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mit bester Unterstützung der Freiheitlichen. – Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Blauen sitzen in Oberösterreich schon in der Landesregierung.)* Studenten zu belasten, mit Studiengebühren für Studenten, geht das rot-blaue Burgenland einen anderen Weg, unterstützt die Studentinnen und Studenten, denn die FHs bleiben studiengebührenfreie Zone.

Herr Kollege Sagartz, wissen Sie, warum das Rot-Blau im Burgenland wichtig ist? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe nur gefragt, was in Oberösterreich ist.)* Weil wir dafür sind, wenn Studenten Leistung auf Fachhochschulen erbringen, dann sollen Sie nicht auch noch bestraft werden und dafür zahlen müssen. Wir sind der Meinung, wer Leistung bringt, der soll auch belohnt werden. Das ist der rot-blaue Weg, den wir im Burgenland gehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Während die ÖVP jetzt ganz stark laut nachdenkt, die Aktion 20.000 und den Beschäftigungsbonus abzustellen, gehen wir im rot-blauen Burgenland wieder einen völlig anderen Weg, nämlich wir unterstützen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmungen, beispielsweise mit 850.000 Euro für den Fahrweg und um Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erreichen, damit sie ordentliche und gute Leistungen in den Unternehmungen bringen. Das ist das Erfolgsrezept. Das ist das, was Sinn macht, in die Zukunft gerichtet ist und nicht abdrehen, belasten. Wir gehen einen anderen Weg. Entlasten und qualifizieren - das ist der rot-blaue Weg im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Diese Chancengerechtigkeit, diese Möglichkeit, alles erreichen zu können, die ist uns besonders wichtig. Jeder soll im Burgenland die gleichen Chancen haben. Zwei Drittel des Budgets, nämlich 65,4 Prozent aller Ausgaben, insgesamt sind das 739 Millionen Euro, entfallen auf die Kapitel Bildung, Soziales, Gesundheit und Wohnbauförderung, um 24 Millionen mehr als im letzten Landesvoranschlag, 24 Millionen mehr. Das schafft Chancengerechtigkeit. Wir gehen den gerechten, den solidarischen, ja, den rot-goldenen Weg. Und den wollen wir mit diesem Budget auch weitergehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man die Debattenbeiträge vergleicht, dann könnte man manchmal den Eindruck haben, wir sprechen von unterschiedlichen Budgets, die vorliegen. Da gibt es einerseits die Opposition, die ein Bild des Schuldenberges malt, die ein Bild einer finanziellen Schieflage malt.

Dann gibt es andererseits die Regierung, die Regierungsparteien, die so meinen, es ist alles in Ordnung, wir stehen sehr, sehr gut dar. Ein Match zwischen Opposition und Regierungsparteien - das natürlich gut, zulässig und auch wichtig ist. Ich sage das ja, völlig wertfrei, es ist auch gut so. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Meine Meinung!)*

Es wäre auch etwas falsch, wenn die Opposition dieses Budget ausschließlich mit Applaus begleitet. Aber bei diesem Match ist es vielleicht auch gut, einen unabhängigen Schiedsrichter entscheiden zu lassen. Jemanden, der unabhängig ist und schon gar nicht der Sozialdemokratie irgendwie zugängig oder sehr freundlich erscheint, etwa die internationale Ratingagentur Standard & Poor‘s, eine strenge und unabhängige Prüfstelle. Diese könnte man als Schiedsrichter sofort sozusagen benutzen und könnte man fragen,

wie sie das sieht. Das ist eine Ratingagentur, die auch viele Länder, Bundesländer, Länder und viele andere Dinge ratet und prüft. Diese Ratingagentur verleiht dem Burgenland regelmäßige Bestnoten, zuletzt im November 2017, also nicht so lange her, da kann ja nichts passiert sein. Da gibt es das Zeugnis der kurzfristigen Bestnote von „A1+“ und langfristig die Note „AA“, mit einem stabilen Ausblick, sagt ein unabhängiger Schiedsrichter, wenn man so will. Also ein Zeugnis dafür, dass das Burgenland durchaus auf guten finanziellen Beinen steht. Ein weiteres Indiz dazu und ein weiterer Beleg ist auch der Maastricht-Überschuss von 41 Millionen Euro. Also diesem Budget zuzustimmen, da würde keinem eine Perle aus der Krone fallen. Ganz im Gegenteil!

Wenn jetzt die ÖVP fünf Gründe aufzählt, die zumindest bemerkenswert erscheinen, dann ist das natürlich zulässig und auch sozusagen das Spiel der Opposition, völlig in Ordnung. Aber Herr Kollege Sagartz, warum die fünf, warum nicht andere fünf oder sonst irgendwelche? Warum haben Sie als Opposition nicht den Mut zu sagen, wir als Oppositionspartei gehen da nicht mit? Warum stellen Sie da so Pseudo-Forderungen auf, die entweder schon erfüllt sind oder sogar eine Schlechterstellung wären?

Kollege Molnár hat sich damit sehr ausführlich schon auseinandergesetzt. Die Breitbandforderung, die Sie da aufstellen, wäre eine Schlechterstellung des jetzigen Zustandes. Es wäre doppelt unklug, diese Forderung der ÖVP zu erfüllen, weil wir einerseits mehr Geld über unterschiedliche Programme logieren, beispielsweise über ELER. Andererseits wenn wir das über das Budget finanzieren müssten, würden wir neue Schulden machen oder müssten irgendwo den Gürtel enger schnallen. Also es wäre doppelt unklug, Ihre Forderungen umzusetzen. Daher gehen Sie bitte noch einmal in sich und denken nach, ob das der vernünftigste Weg ist.

Die Akutordinationen sind natürlich budgetiert, werden umgesetzt. Sie haben natürlich vergessen, dass die Sozialversicherung ordentlich mitzahlt, nämlich zu 75 Prozent. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, ich habe die Erläuterungen gelesen.)* Ich halte fest: 75 Prozent - die tragen den großen Teil, nachzulesen übrigens auf der Seite 157 im Budget, dort können Sie das alles nachlesen.

Die Transparenz von ausgelagerten Gesellschaften, dazu muss ich Ihnen schon sagen, erstens werden zu 100 Prozent alle rechtlichen Vorgaben erfüllt. Sie versuchen das Bild zu malen, wie wenn da irgendetwas verschleiert werden würde. Das ist völlig falsch. Alles, was der Gesetzgeber vorgegeben hat, wird zu 100 Prozent erfüllt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau! Wir wollen ein bisschen mehr.)* Erstes.

Zweites, ab 2019 stellt sich die Frage sowieso nicht mehr. Ich bin gespannt, was Sie dann im kommenden Jahr sagen.

Drittens, der Gesamtschuldenstand ist schon jetzt ersichtlich. Kollege Molnár hat das sehr bescheiden gesagt, ich gehe auch noch einen Schritt weiter. Seit es Rot-Blau gibt, gibt es nämlich diese Transparenz, die es vorher nicht gegeben hat, Herr Kollege Sagartz, nämlich seitdem gibt es nämlich im Rechnungsabschluss klar ersichtlich die Beteiligungen, die Haftungen, alles Dinge, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum nicht das Fragerecht dazu?)* die seit es Rot-Blau gibt, transparent dargestellt werden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Eh in Ordnung; dafür sind wir eh. Ein Fragerecht hätte ich noch gerne dazu.)* Also auch diese Forderung, die Sie da wieder erstellen, grenzen an meiner Einsicht, denken nochmal darüber nach.

Dann komme ich aber noch zu den Gemeindegeldern, und da bin ich unterschiedlicher Meinung, da werden wir uns nicht treffen. Herr Kollege Sagartz! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bin eh da.)* Die Aufgaben, die sich das Land und die Gemeinden teilen, Bei diesen Aufgaben, die sich das Land und die Gemeinden teilen, gibt

es einen Schlüssel, der völlig unterschiedlich ist. Das sind wichtige Projekte, Initiativen, und so weiter. Da bin ich nicht Ihrer Meinung, weil das eine zusätzliche Belastung der Gemeinden wäre.

Wir haben den besten Schlüssel Österreichs, mit 74 zu 26. 74 Prozent zahlt das Land, 26 Prozent die Gemeinden. Ich weiß schon: In den anderen Bundesländern, insbesondere in den ÖVP geführten Bundesländern, schaut das ein bisschen anders aus. Da müssen die Gemeinden deutlich mehr „berappen“. Aber, verlassen Sie sich darauf.

Wir werden diesen Weg nicht verlassen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von wo zitieren Sie jetzt?)* Wir werden die Gemeinden nicht belasten, sondern wir werden auf diesen fairen Weg für die Gemeinden bleiben. Der beste Schlüssel aller Bundesländer wird weiterhin im Burgenland zu tragen kommen. Darauf können sich unsere Gemeinden verlassen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

So, dann kommen wir zum Dauerthema der Swaps. Meine erste Bemerkung ist, Sie sagen das immer so vorwurfsvoll, aber ich halte schon fest, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir waren dabei, dass wissen wir.)* dass die Swaps abgeschlossen wurden, als SPÖ und ÖVP noch gemeinsam in der Regierung gesessen sind. Darum bin ich immer jetzt ein bisschen verwundert, wenn Sie da so Ihr eigenes Handeln kritisieren. Das ist schon bemerkenswert, aber sei es wie es sei. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ein neues Argument!)*

Im Nachhinein kann man ja natürlich immer gescheiter sind und es gibt wahrscheinlich keinen, der sagen würde, wir würden das genau noch einmal so machen. Es gibt wahrscheinlich keinen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Aber, damals war die Zinsentwicklung eben nicht absehbar. Das Einzige, was wir den Verantwortlichen, den roten und den schwarzen Regierungsmitgliedern, sozusagen vorwerfen könnten, ist, dass sie keine Hellseher waren. Gut, wenn das der Zugang ist, nehme ich das zur Kenntnis. Ich habe hier einen anderen Zugang. Recht haben Sie dabei, dass man diese laufend evaluieren muss, um den optimalen Zeitpunkt abzuwarten und dann zu entscheiden, wie man weiter vorgeht. Aber, der Ausstieg muss finanzierbar sein.

Da scheiden sich eben die Geister. Sie sagen, es ist alles egal, aussteigen und so weiter. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das habe ich anders formuliert.)* Verteilen ein weiteres Mal ungedeckte Schecks, weil Sie ja nie sagen, wie Sie das finanzieren wollen.

Wir bereden hier bis zu 100 Millionen Euro. *(Abg. Gerhard Steier: Spekulation!)* Nur, das wir einmal die Kirche im Dorf lassen. Also! Wenn Sie jetzt sagen, raus aus diesen Swaps Geschäften, aus den Zinsabsicherungsgeschäften, dann würde das entweder eine Neuverschuldung von 100 Millionen Euro oder umgekehrt drastische Kürzungen in allen Bereichen bedeuten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zumindest mit den Banken verhandeln!)* Also! Seriöse Finanzpolitik ist angesagt und keine ungedeckten Schecks. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Budgeterstellung 2018 war keine einfache Angelegenheit. Ganz im Gegenteil. Dahinter stehen große Anstrengungen und vor allem Budgetdisziplin. Die Budgetdisziplin auch der einzelnen Regierungsmitglieder. Ich möchte mich auch bedanken, weil es nicht selbstverständlich ist, siehe auch in anderen Bundesländern. Beim Landeshauptmann, beim Landeshauptmann-Stellvertreter, bei allen Regierungsmitgliedern und beim Koalitionspartner, denn es ist nicht einfach. Diese Budgetdisziplin ist aber wichtig, um genau diesen Kurs beibehalten zu können.

Bedanken möchte ich mich auch beim Team der Finanzabteilung, an der Spitze natürlich, bei der Leiterin Mag.a Monika Stiglitz und bei der Hauptreferatsleiterin, OARin

Ursula Fercsak. Ohne ihre großartigen Leistungen wäre das alles nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank dafür! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wesentlich dabei ist, das Budget 2018 ist die Grundlage für Beschäftigung und Wachstum. Ist die Grundlage für hohe Investitionen in unsere Bildung für unsere Kinder. Für moderne Gesundheitseinrichtungen und sorgt für Chancengleichheit für alle Burgenländerinnen und Burgenländer. Ein Budget fällt nicht vom Himmel, sondern muss hart erarbeitet, ja, zum Teil auch hart ausverhandelt werden.

Das Budget 2018 steht aber auch, wie die vergangenen Budgets, für Stabilität. Für die letzten 18 Budgets war ein Mann gemeinsam mit seinem Team verantwortlich. Ich möchte mich bei ihm ganz besonders bedanken, weil es auch sein letztes Budget ist.

Lieber Helmut Bieler! Auch wenn es der Zufall ist, dass gerade auch heuer die Haftungen für die Bank Burgenland auslaufen, du hast dieses Kapitel in unserer Geschichte unseres Heimatlandes toll bewältigt. Die Abwicklung dieses Erbes ist Dir zu verdanken. Dafür gebührt Dir wirklich Respekt und Anerkennung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Lieber Helmut Bieler! Du hast aber als Finanzreferent natürlich alle Bereiche mitgeprägt, das ist ja klar, denn wenn Du das Geld nicht locker machst, dann wird es für andere schwierig, Projekte umzusetzen.

Deine Budgets sind also die Grundlage für den Aufstieg unseres Heimatlandes - und das über 18 Jahre hinweg. Viele Budgets wurden mit der ÖVP beschlossen. Einige wurden in Zeiten der absoluten Mehrheit ausschließlich mit den Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen. Einige Kapitel wurden mit den Grünen beschlossen. Einige mit der Liste Burgenland. Die letzten drei, die wurden mit der FPÖ beschlossen.

Herr Kollege Sagartz! Wenn Sie das zuvor angesprochen haben, ob jemand bei einer Rede des Finanzlandesrates aufsteht oder nicht, ist jedem selbst überlassen. Es ist völlig gleich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist anders angekommen.)* Umgekehrt muss es aber zulässig sein, wenn einer aufsteht und Respekt zollt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das habe ich Niemandem abgesprochen.)* Es wäre ein Akt der Größe, des Respekts und der Anerkennung gewesen, sonst nichts. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat das den Anwesenden abgesprochen? Wer? Mit wem? – Abg. Ingrid Salamon: Das ist Charaktersache!)* Nicht mehr, nicht weniger. Das müssen Sie sich mit Ihrer Partei ausmachen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bleibt Jedem unbenommen.)*

Sie haben mit ihm viele Budgets beschlossen. Wenn Sie das jetzt anders sehen, dann ist das so. Es ist ein Akt der Größe und der Öffentlichkeit und ich glaube, das ist auch gut so. Klar ist, wir werden diese Arbeit nicht vergessen. Es ist nämlich das Fundament für den weiteren Aufstieg unseres Heimatlandes. Dazu bedarf es immer stabiler Finanzen. Diese Finanzen sind gegeben.

Lieber Finanzlandesrat Bieler! Lieber Helmut! Ich danke für Deine jahrzehntelange und aufopfernde Arbeit für unser Heimatland Burgenland. Es bleibt uns nur, uns alle zu bedanken und Dir alles Gute für Deinen nächsten Lebensabschnitt zu wünschen. Wir werden diesem Budget natürlich sehr gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann! Zur Generaldebatte ist Niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich lasse nun darüber abstimmen, ob das Hohe Haus in die Spezialdebatte eingehen will und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die sich dafür aussprechen, sich von den Sitzen zu erheben. -

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit schlage ich vor, die Beratung des Voranschlages in neun Teilen vorzunehmen und zwar:

Im I. Teil die Voranschlagsgruppen 0 und 1,

im II. Teil die Voranschlagsgruppen 2 und 3,

im III. Teil die Voranschlagsgruppen 4 und 5,

im IV. Teil die Voranschlagsgruppe 6,

im V. Teil die Voranschlagsgruppen 7, 8 und 9,

im VI. Teil den außerordentlichen Voranschlag,

im VII. Teil den Stellenplan des Landes,

im VIII. Teil die Sondervoranschläge der Fonds und

im IX. Teil den Stellenplan der Landeslehrer.

Gleichzeitig schlage ich aus zeitökonomischen Gründen vor, in die Diskussion über die einzelnen Voranschlagsgruppen des ordentlichen Landesvoranschlages auch den außerordentlichen Landesvoranschlag, den Stellenplan des Landes, die Sondervoranschläge der Fonds und den Stellenplan der Landeslehrer mit einzubeziehen.

Die Abstimmung erfolgt gesondert für jede einzelne Voranschlagsgruppe. -

Eine gegenteilige Meinung liegt vor. Wir werden daher in dieser Weise verfahren.

I. Teil

Gruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, und

Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Beratung des I. Teiles des Voranschlages.

Er umfasst die Gruppen

0, Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung, und

1, öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident! Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag des ordentlichen Haushaltes für das Jahr 2018 sieht in der Gruppe 0, Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung, Einnahmen in der Höhe von 13.005.100 Euro und Ausgaben in der Höhe von 188.522.700 Euro vor.

In der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, sind Einnahmen in der Höhe von 200 Euro und Ausgaben von 8.638.200 Euro veranschlagt.

Im Auftrag des Finanzausschusses beantrage ich die unveränderte Annahme der Gruppen 0 und 1.

Ich stelle den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 0 und 1 unverändert anzunehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Generalberichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach jeweils 45 Minuten oder rund 45 Minuten von jedem Redner glaube ich, wurde sehr Vieles schon diskutiert, auch gesagt und auch politisch einiges in der Öffentlichkeit dargelegt.

Wenn wir heute die Gruppen 0 und 1 diskutieren, dann ist schon sehr Vieles gesprochen worden. Möchte mich daher sehr kurz halten, denn ich glaube, in diesen zehn Minuten kann man doch auch sehr viel sagen.

Wenn ich in der Gruppe 0 den Landes-Rechnungshof ansprechen darf, dann ist das eine wichtige Einrichtung, wo ich denke, dass es entscheidend war, dass wir hier das installiert haben. Wir haben hier auch die richtige Möglichkeit gefunden, aufzuzeigen, in welchem Zeitfenster oder Zeitrahmen hier geprüft werden kann, aber auch, was wir schon seit Jahren immer wieder fordern, dass der Landes-Rechnungshof finanziell und auch personell mehr ausgestattet werden soll.

Wenn wir heute diskutiert haben, dass wir auch begleitende Maßnahmen setzen wollen und durch diverse Projekte auch können, wo wir auch die Möglichkeit haben, hier mit dabei zu sein, aber auch der Rechnungshof die Möglichkeit sieht, hier mitzutun, bis das Projekt schlussendlich bis zum Ende mitgetragen wird und auch mitkontrolliert wird, dann ist das seitens der Bündnisliste Burgenland schon länger auch ein Verlangen gewesen.

Es freut mich natürlich. Ich möchte mich auch beim Herrn Rechnungshofdirektor recht herzlich bedanken, bei seinem Team, der immer wieder wirklich ganz klare und deutliche Berichte liefert, welche auch für die Landesregierung, die schlussendlich, wie heute schon erwähnt wurde, auch das Budget, die Landesregierung die heute oder morgen diskutiert und dann beschlossen wird, zur Umsetzung bringen sollen, müssen und auch mit der Unterstützung natürlich vieler Möglichkeiten, wo wir uns wieder finden können, wo wir uns der Diskussion stellen werden und wo wir uns auch miteinbringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Das ist auch das Wichtige. Wir sind nicht nur hier, um Diskussionen zu führen, sondern auch um Anträge einzubringen, wo auch, und das ist auch schon heute diskutiert worden, nicht nur abgelegt wird, diese Anträge, auch nicht nur abgeändert, sondern auch vielleicht aufgenommen und dann umgesetzt werden.

Ich glaube aber, dass es entscheidend ist auch über Gemeinden zu diskutieren, denn die Gemeinden sind ein wichtiger Faktor, nicht nur geworden, sondern das sind sie schon immer gewesen. Ohne die Gemeinden wird das Land hier nicht überleben können und das Land ohne Gemeinden und umgekehrt natürlich auch. Ich glaube auch, hier sollte man ein großes Augenmerk auf die Gemeinden verwenden, denn schlussendlich haben die alle viel dazu beigetragen, dass es dem Land „so gut geht“, natürlich mit anderen Fördermöglichkeiten wie der EU und dergleichen mehr.

Aber, die Gemeinden sind das Fundament, meiner Meinung, wo wir hier direkt an der Bevölkerung sind und wo auch wir als Verantwortliche dementsprechend auch Möglichkeiten haben, nicht nur zu verwalten, sondern auch zu gestalten. Denn gestalten

bedeutet auch für die Gemeinden Arbeitsplätze zu schaffen und natürlich auch im Sozialbereich und im Gesundheitsbereich mitzutun. Wir wissen auch, dass die Gemeinden in den letzten Jahren im Sozial- und im Gesundheitsbereich massiv belastet wurden.

Ich denke, dass man da auch hier darüber nachdenken muss, wie weit das noch gehen kann. Wie weit müssen die Gemeinden hier noch einen finanziellen Aderlass machen? Das wird immer schwieriger, denn, wenn ich denke, dass man, wenn man Ertragsanteile von einer bis zwei oder drei Millionen Euro bekommt, die Hälfte alleine schon im Sozialbereich abgezogen wird, dann sollte man sich auch hier darüber Gedanken machen. Wenn ich die Verbände anschaue, dann sind diese Verbände schön und gut, das soll auch so sein, aber auch hier gehören neue Strukturen geschaffen. Ich sage das nicht jetzt von der politischen Seite, sondern weil ich der Meinung bin, dass auch in den Verbänden man ein Umdenken stattfinden lassen oder müssen könnte.

Wenn ich mir die Verbände so anschaue, beispielsweise den Wasserleitungsverband oder den Müllverband, dann werden die Vorstände rein politisch besetzt. Das kann es doch bei Gott nicht sein. Auch hier ist ein Umdenken angebracht.

Ich glaube, hier wären auch Einsparungsmöglichkeiten gegeben. Wenn ich vom Müllverband höre, dass es seit so und so vielen Jahren keine Erhöhung der Gebühren gegeben hat, dann ist das für mich gar keine Diskussion, wenn man über 100 Millionen Euro an Rücklagen und Rückstellungen hat. Die Medien bringen das aber immer wieder und sonst gar nichts. Heuer gab es wieder keine Erhöhung der Müllgebühren. Ich würde mir das gar nicht mehr in den Mund zu nehmen getrauen, wenn ich über 100 Millionen Euro an Rücklagen und Rückstellungen habe.

Wann kommt in dieser Sache endlich eine Entlastung für die Bevölkerung, wann kommt endlich eine Entlastung für die Gemeinden? Das muss man auch einmal klar sagen. Wir haben uns auch dort eingebracht. Wenn man sich nur den Grünschnitt anschaut, dann hat es da die wildesten Diskussionen gegeben, aber jetzt funktioniert das ganz gut, muss ich dazu sagen.

Oder, die Windelsäcke, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das haben wir nach langen Diskussionen durchgebracht. Aber, steter Tropfen höhlt den Stein, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Daher glaube ich, dass man sich auch in den Verbänden neu orientieren und vielleicht auch darüber nachdenken muss, wenn man solche Rücklagen und Rückstellungen hat, was geschieht denn dort?

Wird dort nicht auch mit diesem Geld spekuliert? Wird das nicht veranlagt, oder was wird dort gemacht mit diesem Geld? Wäre es nicht sicher besser in den Gemeinden aufgehoben, dass die wieder Luft bekommen, dass die sich wieder erholen können? Die Gemeinden machen wirklich viel Arbeit für die Bevölkerung und für die Menschen. Gemeinsam mit dem Land gilt es auch hier einen neuen Weg zu beschreiten.

Ich glaube, wenn wir zum nächsten Punkt kommen, nämlich zu Ordnung und Sicherheit, dann herrscht in der Bevölkerung noch immer das Gefühl, man braucht Sicherheit, obwohl wir im Burgenland eines der sichersten Bundesländer sind, die es eigentlich derzeit in Österreich gibt. Da können wir auch stolz darauf sein, dass das auch so funktioniert.

Ich bin auch recht glücklich, dass auch wieder das Bundesheer an den Grenzen war oder noch immer ist. Ich bin auch sehr froh, dass die Polizei kontrolliert, jedoch tritt jetzt ein Faktum ein, wo ich überrascht bin, denn in Deutschkreutz fährt man über die

Grenze, ist wieder alles finster, alle Rollbalken sind herunten. Das verstehe ich nicht, das muss ich auch noch hinterfragen, denn angeblich werden dort nur mehr Kameras installiert. Aber, es gibt ja auch andere Wege, wo man über die grüne Grenze kommen kann. Auch dort würde ich mich dementsprechend bemühen, dass wir hier wieder Personal ansiedeln.

Das Feuerwehrwesen ist, glaube ich, ein wichtiges Instrument für unsere Bevölkerung, für die Sicherheit, da gibt es gar keine Diskussion. Ich meine, wenn es in der letzten Zeit ständig Unfälle, seien es jetzt technische Unfälle, seien es Autounfälle, aber häufig auch wieder Brände gegeben hat, dann braucht man im Endeffekt auch finanzielle Mittel, die wir seitens des Bündnis Liste Burgenland immer wieder seit Jahren trommeln und sagen:

Warum ist da nicht eine Mehrwertsteuerbefreiung für die Gemeinden, für die dementsprechende Bevölkerung, aber auch für die Feuerwehr möglich? Ich sage nur ein Beispiel: 50 Helme, ein Helm kostet 500 Euro, da müssen wir die Mehrwertsteuer zahlen. Es fallen Autos an, wir müssen die Mehrwertsteuer zahlen, es ist eine ganz komische Situation.

Ich hoffe, dass die neue Regierung auch das soweit auf Schiene bringt, dass das auch hier dementsprechend umgesetzt wird.

Ich bin aber auch der Meinung, dass man sich auch jetzt mit dem neuen Feuerwehrgesetz, das dauert ohnehin schon sehr lange, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gut Ding braucht Weile.)* vielleicht doch einmal dazu aufrafft und sagt, was tut man eigentlich, was kann man wirklich für die Feuerwehren schaffen?

Ich glaube, die Sicherheit allein, dass man nur in neun Ortschaften da irgendwelche Patrouillen durch die Gegend schickt, das ist mir zu wenig. Da muss man auch ein Umdenken herbeiführen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Wie bereits gesagt, das ist eigentlich ein wichtiger Aspekt, dass wir uns für die Feuerwehren, für die vielen freiwilligen Stunden, die bei Sonntagsreden natürlich immer hervorgehoben werden, auch dementsprechend einsetzen. Bei der Raumplanung finde ich es ganz wichtig, dass man jetzt nicht mehr alles zubetoniert und vielleicht dort oder da andenkt, ganz anders zu agieren. Das passiert derzeit, muss ich gestehen, und ich muss auch meine Zustimmung dazu geben, weil es wichtig ist, dass auch im Ortskern und in der ganzen Möglichkeit, die wir haben, vielleicht ein Umdenken stattfindet. Das habe ich aber heute schon erwähnt, dass das auch möglich ist.

Die Landesentwicklung werden wir heute nicht mehr groß diskutieren können. Die werden wir morgen und schlussendlich auf eine Bestimmung zur Abstimmung bringen, denn über die Landesentwicklung, über die finanzielle Landesentwicklung, hören wir ohnehin jeden Tag in jeder Rede, denn im Endeffekt können wir diesem Punkt eigentlich keine Zustimmung erteilen.

In der Gruppe Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung werden 190 Millionen Euro hier irgendwo im Raum stehen. Eigentlich ist hier in diesem Budget keine Einsparungsmöglichkeit gegeben.

Zum 2. Punkt, zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, werden wir unsere Zustimmung erteilen. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Kollege Wolfgang Spitzmüller ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Die Regierungsbank brauche ich nicht begrüßen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Bank kannst Du schon begrüßen.)* Die Bank kann ich begrüßen. Zunächst, auch der ist leider jetzt nicht da, zum Klubobmann Hergovich, zum Thema „Schlechtreden".

Wir haben hier auf der einen Seite die Regierung, die alles schönredet und so, wie er es sieht, auf der anderen Seite die Opposition, die alles schlecht redet. So sehe ich das nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Die Opposition hat den Job, dass sie den Finger dort hinlegt, wo es nicht passt, wo ihrer Meinung nach es anders laufen sollte. Das hat nichts mit schlechtreden zu tun. Ich glaube, alle, die hier im Hohen Haus sitzen, sind begeisterte Burgenländer und Burgenländerinnen. Es gibt viele positive Entwicklungen, auch in politischer Hinsicht, aber natürlich geht es uns heute vor allem darum, wo es eher nicht passt.

Wo es passt, gleich als Nächstes vielleicht, ist beim Landes-Rechnungshof. Wir haben heuer 15 Jahre gefeiert. Inzwischen sind es fast 16 Jahre, weil ja im Februar 2002 der Landes-Rechnungshof eingerichtet worden ist, übrigens nach einem Arbeitsübereinkommen zwischen GRÜNEN und SPÖ ausverhandelt, neben der Umweltanwaltschaft und einigen Frauenhäusern. Da kann man die Arbeit einmal mehr nur positiv hervorheben.

Deswegen möchte ich auch wiederum einmal mehr besonders begrüßen, weil das erst durch den neuen Rechnungshofdirektor eingeführt wurde, nämlich, wirkliche Follow-Up-Prüfungen, wo wirklich geprüft wird und wo man, dank dieser dann auch wirklich sieht, was geleistet worden ist. Es freut uns alle, dass der Stand der umgesetzten Empfehlungen bei den meisten Rechnungshofberichten relativ hoch ist. Das ist eine wichtige Arbeit, die auch uns als Opposition unterstützt.

Bei aller Wertschätzung muss man aber auch sagen, dass es natürlich eine Einschränkung gibt, die in der Natur des Rechnungshofes liegt, nämlich, er kann immer nur im Nachhinein feststellen, was schiefgelaufen ist. Bei manchen Sachen nutzen keine Empfehlungen mehr, weil das schon schiefgelaufen ist und da schon viel Geld verloren wurde.

Ein Beispiel möchte ich aus dem letzten Jahr da besonders hervorheben: Das ist die Genussakademie in Donnerskirchen, wo ein Pachtvertrag abgeschlossen wurde, der sehr zum Nachteil, so schreibt der Rechnungshof, des Landes beziehungsweise des Vereines „Burgenländische Genuss- und Agrarmarketing", die ja über das Land dann die Gelder dafür, beziehungsweise das Pachtgeld bekommt, abgeschlossen wurde.

Noch dazu über 30 Jahre ohne Kündigungsmöglichkeit, wie der Rechnungshof auch kritisch anmerkt, dass er nicht einmal der Stabsstelle der Landesamtsdirektion oder einer anderen Stelle vorgelegt worden ist. Das Problem hat jetzt die Landesrätin Dunst übernommen beziehungsweise haben wir als Land diese Diskrepanz weiter zu tragen.

Deswegen sollte man langfristig überlegen, ob es nicht notwendig ist, eine zusätzliche Kontrollinstanz zu schaffen, die bei Großprojekten begleitend arbeitet, ähnlich dem Rechnungshof, aber natürlich nicht der Landes-Rechnungshof. Ich finde, das wäre eine Diskussion für 2018 wert. Erfreulich ist auch, dass der Burgenländische Landes-Rechnungshof seine Kosten vor allem für Personal verbraucht, wie ich finde.

Gleichzeitig liegen uns heute zwei Berichte des Rechnungshofes vor, allerdings des Bundes-Rechnungshofes, wo ich kurz darauf eingehen möchte. Das eine ist der EU-Finanzbericht 2015. Da geht es um Transparenz, Zahlungen, Rückflüsse der EU-

Förderungen. Das Burgenland trägt mit 3,2 Prozent den kleinsten Teil der EU-Beiträge - die Summe von Land und Gemeinden - das sind 23 Millionen Euro, durch Agrarförderungen und EFRE-Topf, also Förderungen der Regionalentwicklung, kommen über 120 Millionen Euro wieder zurück.

Das heißt, wir sind jetzt als Burgenland genau das Gegenteil eines Nettozahlers. Das ist auch dadurch bedingt, dass der Ausschöpfungsgrad der Förderungen im Burgenland extrem hoch ist, was sehr zu begrüßen und sehr positiv ist. Ich finde, das sollten wir den Burgenländerinnen und den Burgenländern auch sagen, denn die EU-Freundlichkeit ist unter den Leuten leider nicht so hoch. Hier sieht man, dass das Burgenland ganz ideal von den EU-Förderungen profitiert.

Der zweite Prüfbericht des Bundes-Rechnungshofes sind die Verkehrsdiensteverträge - Schiene. Geprüft hat das Land auch den VOR, der ist hier mit involviert. Die wesentliche Kritik ist eine Strukturkritik, die ja schon beim Rechnungshofbericht zu Beginn des Jahres auch detailliert vorgelegen ist, nämlich, dass es Parallelstrukturen gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Hier soll endlich eine einheitliche Regelung und eine einheitliche Abwicklungsstelle geschaffen werden. Das passiert angeblich auch. Es ist allerdings erst in Bearbeitung und so lange der Prüfbericht oder die Prüfphase gelaufen ist, war das noch nicht fertig. Der Rechnungshof merkt auch kritisch an, dass hier die Zeit drängt, denn 2019 laufen diese Verträge ab und müssen neu aufgesetzt werden.

Bis dahin sollte eigentlich die Neustrukturierung, die hier der Rechnungshof verlangt, abgeschlossen sein. Es kommt dann beispielsweise nur dazu, dass ein und dieselbe Zuggarnitur auf ein und derselben Strecke einmal als Bundeszug und einmal als Landeszug unterwegs ist und dann auch unterschiedlich abgerechnet werden muss.

Fragwürdig ist auch, wie der Rechnungshof berichtet, dass im Prüfzeitraum 2010 bis 2015, das sind immerhin fünf Jahre, die Budgetmittel jedes Mal überschritten wurden - und zwar im Durchschnitt um 27 Millionen Euro. Dies obwohl eigentlich relativ klar ist, weil es ja vertraglich festgelegt ist, wieviel an Mehrkosten notwendig ist. Da bleibt natürlich zu hoffen, dass hier auch den Vorschlägen beziehungsweise Empfehlungen des Bundes-Rechnungshofes Folge geleitstet werden. Soweit zu den Rechnungshofberichten.

Kurz noch, weil ich eigentlich zu den Swaps gar nichts sagen wollte, aber da hat das beim Rechnungshof so schön gepasst und vor allem der Kollege Molnár hat so viele Worte schon darüber verloren. Klar verlieren wir Geld, wenn wir aus den Swaps aussteigen, das ist schon klar, aber die verlieren wir sowieso, weil die Verträge noch so lange laufen. Wir haben hier Jahr für Jahr Verluste.

Die Chance, dass wir hier irgendwie vielleicht noch mit einem blauen Auge davonkommen, ist eigentlich gleich Null. Ich weiß aber auch, dass es bereits Gespräche mit Banken gab. Vor allem mit der Hypo-Abwicklungsbank Heta, weil da hätte ich auch am ehesten gesehen, dass man da aussteigen kann, wenn ein Bankinstitut seine Struktur wechselt oder überhaupt den Charakter, weil das ist jetzt keine Bank in dem Sinne mehr.

Offensichtlich war das nicht möglich, obwohl da auf der einen Seite die Vertreter des Bundes gesessen sind. Hier stellt sich die Frage, ob man da gescheit verhandelt hat? Das muss ich mich schon fragen, weil das eigentlich die beste Chance gewesen wäre, zumindest aus einem dieser sechs Swaps auszusteigen.

Das weiter zu beobachten, ist wohl das Mindeste, aber der Verlust wird sich deswegen leider auch nicht in Rauch auflösen.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank! Geschätzte Damen und Herren und Vertreter des Landes-Rechnungshofes! Herzlich willkommen bei dieser Debatte. Für uns, und das steht in diesem Hohen Haus außer Streit, ist der Landes-Rechnungshof ein probates, brauchbares Mittel, um vor allem der Regierung auf die Finger zu schauen. Es ist nicht nur die Aufgabe der Opposition und der Vertreter des Landtages, die Entscheidungen der Landesregierung zu analysieren und zu schauen, ob diese auch richtig und effizient eingesetzt werden.

Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind Worte, die der Landes-Rechnungshof mit Leben füllt und umso wichtiger ist es, dass wir als Landtag uns dieses Instrumentes bedienen. Es ist nicht nur die Aufgabe der Opposition im Landtag, sondern auch der Regierungsparteien, die im Landtag sitzen, diese Regierung dabei zu kontrollieren, weil schlussendlich auch wir als Abgeordnete diese Regierung wählen. Treten hier Missstände auf, sollte es auch Konsequenzen geben.

Dass in der Vergangenheit die personellen Ressourcen des Landes-Rechnungshofes nicht wie gewünscht erfüllt wurden, hat sich nun erledigt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)* Es gibt vier Prüfteams, also neun Bedienstete, die im Prüfdienst stehen und hier hervorragende Arbeit leisten und dafür möchte ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen*. (Beifall bei der ÖVP)*

Es mag ein kleiner Wirkungsgrad sein, dass der Landes-Rechnungshof aufgrund seiner umgesetzten Empfehlungen versucht, seine Arbeit zu messen. Ich glaube, dass das nur ein kleiner Teilbereich sein kann.

Denn wenn man, da sind wir wieder beim Thema der einführenden Debatte, halbwegs kritikfähig ist, dann nimmt man die Berichte des Landes-Rechnungshofes, arbeitet das als Regierer durch und versucht daran seine Arbeit zu verbessern, stetig an sich zu arbeiten und zu versuchen, die Arbeit für das Land im Sinne der Steuerzahlerin, des Steuerzahlers zu verbessern. Jetzt gibt es im Jahr 2017 bereits eingeleitete Prüfungen, den Rechnungsabschluss 2015 aber auch die Umfahrung Schützen. Gerade dieses Thema ist doch eine große Baustelle. Es gibt laufende Prozesse, die dem Land etliche Millionen Euro kosten, über die wieder einmal Stillschweigen vereinbart wurde.

Dann gibt es die Gebarungsprüfung über die Landessicherheitszentrale, die kleine „blaue Spielwiese“. Dann gibt es noch den Burgenland Tourismus, hier wird auch geprüft und das ist jetzt wohl eine „violette Spielwiese“.

Dann gibt es weiters noch den Verkauf der Therme Stegersbach, oder auch die Überprüfung der Grundversorgung. Eine unserer beauftragten Prüfungen betrifft die KRAGES. Hier gibt es eine gemeinsame laufende Prüfung mit dem Bundes-Rechnungshof, ich glaube, erstmalig in der Geschichte in diesem Ausmaß. Ich glaube auch, dass dieses Ergebnis in der Geschichte einmalig sein wird, aufgrund der hohen Kosten die damit einhergehen, zum Schaden des Landes.

Geschätzte Damen und Herren, die Initiativprüfungen des Landes-Rechnungshofes für das kommende Jahr zeigen sich sehr ambitioniert. Es stehen hier fünf Prüfungen auf der Tagesordnung, wobei man die laufenden natürlich noch abschließen muss. Es

kommen hinzu diverse Gemeindeüberprüfungen, die ja gesetzlich neu verankert wurden und auch hier hoffen wir natürlich auf viele Verbesserungsvorschläge.

Alle Gemeinden die vom Rechnungshof geprüft werden, denen möchte ich mitgeben, dass sie sehr wohl auf diese Vorschläge und Verbesserungsideen Rücksicht nehmen können in der zukünftigen Arbeit.

Geschätzte Damen und Herren, herzlichen Dank dem Rechnungshof für seine akribische Arbeit und für die vielen Verbesserungsvorschläge und ich hoffe auf weiterhin gute Zusammenarbeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Der nächste Redner ist Herr Landesabgeordneter Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Danke schön Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man die Gruppe „Landes-Rechnungshof“ im Budget mit etwas mehr als einer Million Euro für das Budget für das Jahr 2018 betrachtet, dann ist das eine ganz kleine, eine minimale Steigerung, gegenüber dem laufenden Jahr 2017. Aber es wäre wahrscheinlich ein sehr verfehlter Zugang, wenn man den Landes-Rechnungshof ausschließlich aufgrund nackter Zahlen eines Budgets beurteilen wollte.

Denn, trotz der zum Teil unterschiedlichen Zugänge aller Fraktionen dieses Hohen Hauses, im Hinblick auf die Prüfergebnisse des Landes-Rechnungshofes zu den Inhalten, muss man hier im Hohen Hause, hier im Burgenländischen Landtag, wohl die Feststellung treffen, dass wir uns fraktionsübergreifend darüber einig sind, dass der Burgenländische Landes-Rechnungshof zu einer unverzichtbaren Institution als Organ des Landtages geworden ist. Ich würde sogar meinen, er ist zu einem der wichtigsten Begleiter im Sinne von Verbesserungen, von Optimierungen, von Einsparungen, aber auch von Effizienzsteigerungen gewesen.

Rechnungshöfe, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben generell wegen ihrer Unabhängigkeit und Überparteilichkeit, aber auch und insbesondere aufgrund ihrer Objektivität höchstes Ansehen. Es ist daher auch hochrichtig und notwendig die Rechnungshöfe entsprechend finanziell, aber auch personell auszustatten und zu dotieren. Die Leistungsfähigkeit des Landes-Rechnungshofes ist deswegen von so entscheidender Bedeutung, weil die Prüfungen immer spezieller, immer detaillierter, immer schwieriger werden, wobei natürlich im Fokus und im Interesse des Landtages jeweils die Rechtmäßigkeit, die Wirtschaftlichkeit, die Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit sein muss.

Die Effizienz der Tätigkeit des Landes-Rechnungshofes zeigt sich nicht nur in der Aufzeigung von Empfehlungen, sondern vor allen Dingen in der Umsetzung derselben und hier gibt es durchaus noch Potential zur Optimierung.

In der jüngeren Vergangenheit haben wir vor allen Dingen mit den sogenannten Follow-Up Prüfungen eine wesentliche Verbesserung, einen wesentlichen Fortschritt, erzielen können. Hier gibt es zahlreiche Beispiele. Ganz spannend sind natürlich Follow-Up Prüfungen von Follow-Up Prüfungen, weil hier natürlich ein entsprechender Druck auf jeweils geprüfter Einrichtung und Institution entsteht. Und gerade deswegen ist die Tätigkeit des Landes-Rechnungshofes auch für die Zukunft der Weiterentwicklung der gesamten Verwaltung, aber auch aller Institutionen unseres Heimatlandes von entscheidender Bedeutung.

Dass der Landes-Rechnungshof großartige Arbeit leistet, steht nicht nur außer Frage, sondern muss noch einmal betont werden. Mit der strikten Umsetzung der jeweiligen Empfehlungen, sowie der damit verbundenen Veröffentlichung werden sukzessive Verbesserungen in allen geprüften Bereichen erzielt, die insgesamt einer etwaigen Weiterentwicklung unseres Heimatlandes dienen.

Dies gilt natürlich auch für den Bundes-Rechnungshof, welcher erst jüngst zwei Prüfberichte präsentiert hat. Zum einen die Verkehrsdiensteverträge Schiene, obwohl hier das Burgenland nicht gesondert geprüft worden ist, sondern nur im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Verkehrsverbund Ost-Region.

Wobei in den letzten Jahren sehr gut, sehr sinnvoll investiert wurde, im Sinne unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, im Sinne der Pendlerinnen und Pendler, hat hier der Bundes-Rechnungshof vor allen Dingen diese Parallelsituationen beleuchtet und die Empfehlung ausgesprochen, einer gemeinsamen Beauftragung und auch einer gemeinsamen Vergabe das Wort geredet.

Diesbezüglich sollte eine gemeinsame Abwicklungsstelle eingerichtet werden, was Verbesserungen nicht zuletzt wohl auch Einsparungen brächte.

Der Verkehrsverbund Ost-Region ist für unser Heimatland, ist vor allem für unsere Pendlerinnen und Pendler, für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von entscheidender Wichtigkeit und gerade deswegen ist es sehr, sehr bedeutend, wenn hier Verbesserungen erzielt werden können.

Ich gehe davon aus, das die entsprechenden Empfehlungen des Bundes-Rechnungshofes durch die Organe des VOR überprüft und entsprechend umgesetzt werden. Ich darf mich auch diesbezüglich, namens meiner Fraktion, für die wichtige Arbeit und Tätigkeit des Bundes-Rechnungshofes für unser Heimatland bedanken. Es ist unsere zentrale Aufgabe, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und unsere hohe Verantwortung bürgerfreundliche Arbeit zu leisten und vorbildhaft im Sinne der Bevölkerung zu agieren.

Denn der Bund und die Länder müssen Fragen der Zukunft, müssen die neuen Herausforderungen, sowie die Probleme der Bevölkerung erkennen und einer möglichst hohen und qualitätsvollen Lösung zuführen. Der Landes-Rechnungshof ist dabei ein ganz wichtiger Begleiter.

In diesem Sinne darf ich mich abschließend für die sehr, sehr erfolgreiche Tätigkeit des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes beim Herrn Landes-Rechnungshof-Direktor Mag. Andreas Mihalits und seinem exzellenten Experten-Team für diese herausragende Arbeit bedanken.

Die höchst verantwortungsvolle Tätigkeit der Damen und Herren des Landes-Rechnungshofes führt natürlich auch tendenziell zu einer Verbesserung der Situation unseres Heimatlandes, führt uns in eine gemeinsame erfolgreiche Zukunft.

Daher wird meine Fraktion diesem Budgetkapitel seine Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Herr Klubobmann Géza Molnár hat sich als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche hier zur Gruppe 0 im Allgemeinen, zu den Vertretungskörpern

und zur Allgemeinen Verwaltung. Ich habe ja dazu schon im Rahmen der Generaldebatte einiges gesagt, daher gleich zu ein paar Zahlen und ein paar Details. Mit über 188,5 Millionen Euro ist die Gruppe 0 auf Seite der Ausgaben die drittgrößte Gruppe, sogar noch deutlich größer als die Gruppe 5, Gesundheit. Eine Spezialität dieser Gruppe ist, dass den Ausgaben verhältnismäßig wenige Einnahmen gegenüberstehen, nämlich rund 13 Millionen Euro, übrigens auch eine Parallelität zur Gruppe 5.

Der größte Brocken in der Gruppe 0 das sind die Personalkosten, die sich alleine im Amt der Landesregierung mit über 53 Millionen Euro zu Buche schlagen, was einem Anstieg von etwas mehr als 2,4 Prozent entspricht. Wobei hier beispielsweise die Bediensteten der Bezirkshauptmannschaften noch nicht inbegriffen sind. An Pensionen kommen dann in dieser Gruppe noch weitere knapp unter 40 Millionen Euro dazu.

Der Landtag, meine Damen und Herren, und das nur der Vollständigkeit halber, verursacht im kommenden Jahr Kosten in Höhe von 10,4 Millionen Euro inklusive Landtagsdirektion und Landes-Rechnungshof, der ist da auch schon dabei, auf den rund eine Million Euro entfallen. Kurz zum Landes-Rechnungshof. Der Kollege Kölly hat heute zum wiederholten Male gefordert, dass man den Landes-Rechnungshof auch mit der begleitenden Rolle betreuen solle. Ich sage zum wiederholten Male, dass das keine gute Idee ist.

Der Landes-Rechnungshof prüft im Nachhinein und aus gutem Grund im Nachhinein. Denn, wenn er begleitend prüfen würde, würde das bedeuten, dass er sich zum Teil der Entscheidungen macht, was ihm wiederum ja die Unbefangenheit nehmen würde. Das heißt, der Rechnungshof würde sozusagen seinen Wert, den er jetzt für uns hat, als Kontrollbehörde verlieren.

Das ist Aufgabe des Landtages begleitend zu kontrollieren, beziehungsweise müsste man, wenn man in diese Richtung gehen will, das tun was der Kollege Spitzmüller gesagt hat, nämlich ein anderes Gremium eine andere Institution erfinden und einrichten. Also Nein zur begleitenden Kontrolle.

Der Landes-Rechnungshof selbst ist, wir haben es bei den Vorrednern gehört, mit einer Million Euro ausgestattet. Das entspricht dem, was er dem Landtagspräsidenten an Erfordernissen gemeldet hat und was mit dem Landesvoranschlag auch genehmigt wird.

Abschließend bedanke auch ich mich beim Landes-Rechnungshof für die Tätigkeit, die beiden Berichte der Rechnungshöfe, die wir morgen noch auf der Tagesordnung haben werden, die werden wir zu Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, weiter mit ein paar Zahlen: Beim Amt der Burgenländischen Landesregierung werden die Ausgaben im Jahr 2018 um rund 2,5 Millionen Euro steigen, auf insgesamt 103 Millionen Euro, wobei diese Steigerungen etwa zur Hälfte das Personal betreffen und zur anderen Hälfte den Amtsbetrieb.

Die Ausgaben für die Landesimmobilien sollten im kommenden Jahr etwas sinken und zwar um rund 320.000 Euro auf knapp unter 18 Millionen Euro.

Umgekehrt finden wir etwa beim Amtssachaufwand der Abteilung 3 rund 360.000 Euro höhere Ausgaben als dass heuer der Fall ist. Hier geht es um, ich habe es in der Generaldebatte schon gesagt, hier geht es vor allem auch um die technische Aufrüstung der Finanzabteilung und auch um die Fremdleistungen in der Finanzwirtschaft.

Technische Aufrüstung, Schulungstätigkeiten und so weiter und so fort, das finden wir ja durchaus auch in anderen Zusammenhängen und in anderen Gruppen.

Die sieben Bezirkshauptmannschaften werden im Jahr 2018 Kosten in Höhe von rund 23,6 Millionen Euro verursachen und die Sonderämter, etwa das Landesverwaltungsgericht, das kostet uns etwas mehr als der Landes-Rechnungshof, hier sind Ausgaben von 1,7 Millionen Euro, dort ist auch einiges zu tun.

Sonstige Ausgaben der allgemeinen Verwaltung, etwa eben bei Schulungstätigkeiten, wie gesagt, hier ist ein Anstieg zu verzeichnen, die Ausgaben machen rund 6,3 Millionen Euro aus. Meine Damen und Herren, ich habe jetzt ganz bewusst verhältnismäßig viele Zahlen hier referiert, weil die Verwaltung an erster Stelle steht, wenn die, ja, aus der Hüfte geschossene Forderung nach Einsparung kommt, dann ist die Verhaltung immer ganz vorne dabei an erster Stelle.

Daher sollte man auch ungefähr wissen, wie sich die Ausgaben in dieser Gruppe zusammensetzen. Worüber wir reden, wenn wir über die Verwaltung und Einsparungen sprechen.

Man sieht an der Entwicklung, dass die Regierung die Kosten in der Verwaltung grundsätzlich im Griff hat und das, obwohl das Gros der Aktiv- und Ruhebezüge im kommenden Jahr höher ansteigen wird als das Gesamtbudget für diese Gruppe.

Zum Nulltarif wird es die Verwaltung nie geben, schon gar nicht die wohnortnahe Verwaltung und schon gar nicht eine Verwaltung, die nicht nur wohnortnah ist, sondern die auch rasch und verlässlich arbeitet und entscheidet. Das sind ja politische Ziele und das ist auch die Erwartungshaltung des Bürgers und der Bürgerin.

Die Verwaltung hat zweifelsohne mit vielen Herausforderungen zu kämpfen, aktuell und auch in Zukunft. Die Arbeit wird komplexer auf Grund der immer mehr werdenden Normen und komplizierteren Normen. Bürokratieabbau ist leicht gesagt, wir erleben in vielen Bereichen leider auch das Gegenteil.

Wobei auch in vielen Fällen der Landtag nichts dafür kann, sondern die Normen von anderen Ebenen durchschlagen. Die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger steigt, der Kunde und die Kundin werden anspruchsvoller. Wir unterliegen natürlich einem gewissen Spardruck, was zur Folge hat, das vor allem in gewissen Bereichen immer mehr Arbeit auf immer weniger Bedienstete aufgeteilt wird.

Ja und das ist ja im Öffentlichen Dienst allgemein erkennbar. Wir haben eine demographische Situation im Bereich der Bediensteten erreicht, die uns sagt, das hier in nächster Zeit große Abgänge in den Ruhestand, beziehungsweise in die Pension stattfinden werden. Daher sind auch die Hausaufgaben für die nächste Zeit, für die nächsten Jahre, vollkommen klar.

Wir haben da, wo wir das als Landtag können, unseren Beitrag zur Entbürokratisierung zu leisten. Wir haben die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, Stichwort auch Verwaltungsreform, damit die Verwaltung, auch beispielsweise was die EDV-Ausstattung angeht, auch im Burgenland endlich im 21 Jahrhundert ankommt. Da gibt es teilweise sehr große Unterschiede mittlerweile, beziehungsweise noch zu den anderen Bundesländern.

Wir haben auch beim Personal die Notbremse zu ziehen, wenn es unzumutbar wird. Wir haben hier als Dienstgeber, das Land hat hier als Dienstgeber eine Sorgfaltspflicht. Wir sollten uns gerade angesichts der bevorstehenden Abgänge in den Ruhestand und die Pension auch über das Besoldungsrecht Gedanken machen, wie wir das beispielsweise, Sie erinnern sich, im Bereich der Kindergartenpädagogen und Kindergartenpädagoginnen und Helfer und Helferinnen schon getan haben.

Das heißt höherer Einstieg, flacherer Anstieg. Weil wenn hier nichts geschieht, wenn man hier nicht entsprechend sich Gedanken macht, dann werden wir in den nächsten Jahren sicherlich doch auch Probleme haben, wenn es darum geht notwendiges Nachfolgepersonal zu bekommen, vor allem auch was die qualitativen Anforderungen angeht.

Die Regierung ist sich diesen Herausforderungen bewusst. Der Herr Landesamtsdirektor ist sehr engagiert, ist sich diesen Herausforderungen bewusst. Was den Landesvoranschlag 2018 angeht sehen wir ihn in der Gruppe 0 entsprechend dotiert um mit diesen Herausforderungen umzugehen.

Abschließend ein riesengroßes Dankeschön, die für das Land Burgenland und in der Verwaltung tätig sind und die den Laden am Laufen halten. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Herr Abgeordneter Werner Friedl, Sie sind der Nächste der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verwaltungsreform, Rückblick - Strukturreform in nur einem Jahr umgesetzt.

Die neue Struktur – wie wir sie heute sehen – wurde innerhalb nur eines Jahres umgesetzt und entstand nur durch die Mitarbeit einer Vielzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche an der detaillierten Ausarbeitung von Vorschlägen und Konzepten beteiligt waren. Die Ergebnisse der neuen Struktur ist: Die Stabsstellen der Landesamtsdirektion reduzierten sich von acht auf vier und die zehn Abteilungen verringerten sich auf sieben. Folgende Ziele wurden bei der Bildung der neuen Strukturen verfolgt und auch verwirklicht:

- Ausrichtung der Strukturen nach Lebensbereichen;
- sinnvolle Zusammenfassung von Organisationsbereichen, zum Beispiel Zusammenführung von Gemeinde- und Raumplanungsagenden in der neuen Abteilung 2 oder
- Bündelung der Bildungsagenden in der Abteilung 7
- Zentrale Dienste wurden konzentriert, wie zum Beispiel Schaffung einer zentralen Abgabenstelle sowie
- zentrale Stellen für Beschaffungskoordination und Fuhrparkkoordinationen Schaffung einer Baudirektion – Konzentration der technischen Abteilungen

Nach der Strukturreform: Vieles hat sich getan, Vorstudie - Wirkungsorientierung. Mit der Erstellung einer Vorstudie wurden Handlungsoptionen für die Wirkungsorientierung aufgezeigt.

Im Rahmen des Projekts fand ein Bundesländervergleich und persönlicher Austausch mit den Bundesländern Vorarlberg, Steiermark und Oberösterreich statt. Die Studie wurde der Landesregierung präsentiert. Nach dem Motto „Zuerst Leistungsorientierung - dann Wirkungsorientierung“ wurde aktuell das Projekt „Leistungsorientierung“ eingeleitet.

Personalentwicklung - das Land Burgenland will sich auf die große Pensionierungswelle der nächsten Jahre vorbereiten und notwendige Nachbesetzungen

qualitätsvoll planen und der attraktivste Arbeitgeber im Bundesland bleiben. Seit dem Frühjahr 2016 gibt es einen neuen Führungskräftelehrgang nach modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Im Rahmen der Gesundheitsförderung wurde ein moderner Sportraum eingerichtet und für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nutzbar gemacht. Ziel ist zudem eine Besoldungsreform nach modernen Gesichtspunkten mit attraktiveren Einstiegsgehältern.

Abteilungsentwicklung - im Rahmen dieses Projekts „Abteilungsentwicklung“ wurden die internen Entwicklungsprozesse angestoßen, indem einerseits die Ausgangslage der jeweiligen Abteilung/Stabsstelle abgebildet, Bestandsaufnahme mit Stärken/ Schwächen/ Handlungsbedarf/ Verbesserungspotentiale, sowie andererseits die Grundlagen für die kontinuierliche Weiter-/Entwicklung der Abteilungen/Stabsstellen geschaffen wurden.

Es fanden in den Abteilungen und Stabsstellen 119 Analysegespräche mit den Führungskräften statt. Zudem fanden die 22 Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-Workshops statt, bei welchen 402 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingebunden wurden. Diese starke Einbindung war einzigartig in der öffentlichen Verwaltung. Die Ergebnisse wurden pro Abteilung/Stabsstelle in Berichten zusammengefasst und jeder Abteilung/Stabsstelle im Rahmen einer Ergebnispräsentation unter der Teilnahme des Landesamtsdirektors WHR Mag. Ronald Reiter, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgestellt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was sind die Ergebnisse?)*

Da musst den Ronald Reiter fragen, der wird Dir das genau sagen. *(Allgemeine Heiterkeit)* Die Ergebnisse stellen nun eine wichtige Arbeitsbasis für die nächsten Jahre dar.

Projekt „BH 2020 – bürgernah und innovativ“, Zielsetzungen: *(Abg. Mag. Franz Steindl: Er ist wenigstens ehrlich. – Heiterkeit bei der ÖVP)*

Definition von Kernaufgaben pro Bezirkshauptmannschaft:

- Bündelung von Schwerpunkt-Aufgaben an einer Bezirkshauptmannschaft;
- gebündelte Aufgabenübernahme durch Fachabteilungen des Amtes;
- bereichsübergreifende Kooperationen ausweiten;
- einheitliche Referatseinteilung anstreben;
- Bildung von Erhebungsgruppen, auch bezirksübergreifend.

Im Rahmen des Projektes wurden unter anderem in zehn Produktgruppen unter Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 700 Aufgaben analysiert. Die Ergebnisse wurden nun mit den Fachabteilungen des Amtes beurteilt und in weiterer Folge, als bisher größtes Verfahrensvereinfachungsprojekt, der Landesregierung vorgelegt. Wo stehen wir gerade? Wir machen uns fit für die Zukunft.

Leistungsorientierung - im Rahmen des Verwaltungsreformprogramms möchte das Burgenland ein wirkungsorientiertes Managementkonzept gesamthaft im Amt der Burgenländischen Landesregierung etablieren. Um dies verwirklichen zu können, sind einige Grundvoraussetzungen auf der Managementebene zu schaffen, auf denen in Folge ein wirkungsorientiertes Steuerungssystem aufgesetzt werden kann.

Nach dem Motto „Zuerst Leistungsorientierung, dann Wirkungsorientierung“ ergibt sich Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

- Erstellung eines flächendeckenden Produktkatalogs

- Hinterlegung der Produkte des Produktkatalogs mit finanziellen und personellen Ressourcen
- Einführung eines Managementinformationssystems: „Zahlen-Daten-Fakten-Blätter“ als Vorstufe zum Aufbau eines Management-Informationssystems, beziehungsweise Ressourcen, ziel- und leistungsorientiert

Der „Produktkatalog Neu“ soll im ersten Quartal 2018 flächendeckend für die Landesverwaltung erstellt sein.

Aufgabenkritik - im Zuge des Projektes „Aufgabenkritik Phase 1“ wurden Maßnahmenvorschläge für die Umsetzung definiert. Ziel war es, einerseits Veränderungsoptionen zur weiteren Bearbeitung aufzufinden und andererseits strukturrelevante Maßnahmen für die Strukturreform zu erhalten.

Im Rahmen der Strukturoptimierung konnten die strukturrelevanten Vorschläge berücksichtigt werden. Die verbleibenden legistischen Vorschläge sollen nun unter anderem im Rahmen der „Aufgabenkritik Phase 2 - legistische Maßnahmen“, bearbeitet und umgesetzt werden.

Zudem hat die Burgenländische Landesregierung der Landesverwaltung den Auftrag erteilt, die burgenländischen Landesgesetze nachfolgenden Kriterien zu überdenken:

- Entfall von Aufgaben, Deregulierung,
- Auslagerung von Aufgaben / Dienstleistungen,
- Verschiebungen von Aufgaben / Zuständigkeiten,
- Verfahrenskonzentration, Verfahrensvereinfachung beziehungsweise Optimierungen,

Nunmehr sollen konkrete Vorschläge für die Landesregierung bis Jänner 2018 erarbeitet werden und zur Beschlussfassung ab Mitte 2018 in den Landtag eingebracht werden.

Ich möchte mich hier beim Mag. Ronald Reiter und dem Team für ihre Arbeit recht herzlich bedanken. Ich möchte auch Dank sagen an die Gemeindebediensteten, an die Landesbediensteten, an die Bezirkshauptmannschaften und natürlich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klubs. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Welcher Klub?)*

Mein nächstes Thema, nachdem die Volksanwaltschaft seit 1977 prüft, die Volksanwaltschaft im Auftrag der Bundesverfassung eigenständig und unabhängig jegliche Arbeit der Verwaltungsbehörden in Österreich. Sie geht Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nach, prüft die Gesetzmäßigkeit von behördlichen Entscheidungen, deckt Missstände auf und übt so eine öffentliche Kontrolle im Dienste von Rechtsstaat und Demokratie aus.

Das Burgenland hat durch seine Landesverfassung die Volksanwaltschaft dazu berufen die Verwaltung des Landes und der Gemeinde zu kontrollieren und die gesetzgebenden Körperschaften alle zwei Jahre, einen Überblick über Prüftätigkeiten zu geben. Die Mitglieder der Volksanwaltschaft kontrollieren darüber hinaus alle Behörden, Ämter, Dienststellen im Burgenland, die mit dem Vollzug der Bundesgesetze beauftragt werden.

Die Volksanwaltschaft ist seit Juli 2012 auch für die präventive Kontrolle zuständig. Sie hat alle Einrichtungen zu überprüfen in denen Menschen mit und ohne Behinderung

Gefahr laufen gegenüber Misshandlungen, unmenschlicher Behandlung und freiheitsentziehender Maßnahmen, wehrlos zu sein.

Die Bürgerinnen und Bürger können die Volksanwaltschaft persönlich, telefonisch, schriftlich - völlig unkompliziert, erreichen. Die Bilanz im Jahr 2015/2016 zeigt folgendes Bild österreichweit:

35.800 Menschen wandten sich an die Volksanwaltschaft. Das sind durchschnittlich 72 Beschwerden pro Tag. Bei rund der Hälfte aller Beschwerden 17.449 leitete die Volksanwaltschaft ein formelles Prüfungsverfahren ein.

Dass das Angebot von den Burgenländerinnen und Burgenländern im hohen Ausmaß auch angenommen und öffentlich auch geschätzt wird belegen die folgenden Zahlen: 930 Menschen schrieben an die Volksanwaltschaft, davon 397 Frauen, 519 Männer und 14 Personengruppen.

Ja, die häufigsten Beschwerden betrafen zwar 2015/2016 wieder den Bereich der Raumordnung und des Baurechts in 109 Beschwerden. Einen Vergleich zu 2013/2014 gibt es nur noch im Bereich Landes- und Gemeindestraßen.

Die Burgenländische Landesregierung dankt an dieser Stelle der Volksanwaltschaft und den drei Mitgliedern und natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr wertvolles Engagement bei einer fachlichen, wie menschlich herausfordernden Aufgabe und für die gute Zusammenarbeit mit allen Bediensteten von Behörden und sonstige Verwaltungseinrichtungen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik, Sie haben sich als Nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident! Ja, ich wollte jetzt noch auf den Herrn Kollegen Hergovich replizieren, der aber gerade nicht im Raum ist. Er sagt öfter, er versteht das nicht, warum man dem Einen oder Anderen nicht zustimmen kann.

Wir haben einfach in machen politischen Bereichen unterschiedliche Auffassungen, deswegen sind wir auch in unterschiedlichen Parteien. Und natürlich tut es mir sehr leid, wenn es sehr schwer verständlich ist, warum wir gerade seitens der GRÜNEN, wenn es um Bodenversiegelung geht, und damit sozusagen um den Bau von aus den Ortschaften herausgelagerten Einkaufszentren, immer wieder darauf hinweisen, dass das sehr wohl ökologisch bedenklich ist.

Dass das nicht verstanden wird, ist eine Möglichkeit, aber dennoch werden wir nicht müde werden darauf immer wieder hinzuweisen. Gerade das von ihm angesprochen Einkaufszentrum Siegendorf hat ja für die Gemeinde Siegendorf dazu geführt das im Ort drinnen wieder ein Geschäft zugesperrt hat.

Es hat für die Gemeinde Siegendorf dazu geführt das dort die Verkehrssituation am Rande der Gemeinde sich nicht entschärft, sondern einfach sozusagen eine neue dazukommt.

Wirtschaft kann sehr unterschiedlich gesehen werden. Es gibt sogenannte „Green Jobs“, das hat jetzt nichts mit der GRÜNEN Partei zu tun, sondern Green Jobs sind solche die im Ökobereich und im Umweltbereich eine Zukunftsbranche sind. Darüber könnten wir uns in Zukunft vielleicht noch mehr verständigen.

In Bezug auf die Gemeinden, zu denen ich mich zu Wort gemeldet habe, möchte ich nochmal darauf hinweisen, wie dringend notwendig es ist hier im Förderwesen eine gute Transparenz zu schaffen. Es ist schön, dass man hört, es gibt die Ankündigung, man hört im Haus, es tut sich etwas. Wir haben hier seitens der GRÜNEN schon vor einiger Zeit einen Antrag gestellt hier eine Transparenzdatenbank einzuführen für die Bedarfszuweisungen.

Es ist mir nicht ganz klar warum man sich hier da so windet. Weil, Daten die ja eigentlich irgendwo für jeden in irgendeinem Punkt einsichtig wären, in eine nachvollziehbare und für alle gut handhabbare transparente Art und Weise zu veröffentlichen und allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Das kann ja jetzt nicht so eine große Hürde sein.

Der Vorschlag der kam, dass alle Förderungen, die von Seiten des Landes vergeben werden, transparent in einer Datenbank eingespeist und damit für die Bürger und Bürgerinnen nachzusehen sind, ist von unserer Seite her nur zu unterstützen. Es kommt dann immer wieder das Gegenargument, das ist schwierig weil, dann entsteht der Neid zwischen den Gemeinden.

Das haben mir jetzt schon einige Leute gesagt, weil wenn man dann nachschauen kann, was die Nachbargemeinde für Bedarfszuweisung bekommen hat, könnte man ja als Bürger der anderen Gemeinde finden, das ist unfair.

Nun ich denke mir, wer erhobenen Hauptes aufgrund von guten Richtlinien fair und gut begründet Bedarfszuweisungen erteilt, braucht keine Angst davor zu haben, das öffentlich zu machen. Wer Sorge hat, dass irgendetwas kritisiert wird, der wird sich zuerst einmal selber fragen, ob das, was er getan hat, gut und richtig war. Wenn also alles in Ordnung abläuft, braucht man sich nicht vor Transparenz zu fürchten, im Gegenteil.

Wenn jede Bedarfszuweisung gut argumentierbar ist, wer soll sich dann beschweren? Transparenz schafft in dem Fall ja eigentlich Vertrauen. Wenn man einander vertraut und sich niemand mehr benachteiligt fühlen muss, dann läuft die Politik auch in unseren Gemeinden fraktionsfreier ab und das ist doch etwas, was sich viele Bürgerinnen und Bürger wünschen.

Einen zweiten Aspekt möchte ich auch noch hineinbringen. Ich denke, wir müssen immer stärker darauf schauen, dass unsere Gemeinden Anreize bekommen, verstärkt zusammenzuarbeiten. Es gibt ein paar Geschäftsbereiche, da passiert das ja auch. Jetzt ist der Kollege Zapfl schon wieder weg, sei es jetzt bei Verbänden, bei Gemeindeverbänden, um zusammenzuarbeiten. Wir haben noch große Aufgaben, zum Beispiel im Bereich der Mobilität. Da braucht es größere Konzepte, in denen sich Gemeinden zusammensetzen und miteinander die Mobilität für ihre Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger erhöhen.

So etwas wie ein Discobus ist etwas Schönes, es kann aber nicht sozusagen das Einzige sein, was wir hier zur Verfügung stellen. Es muss auch bei Fragen der Schülertransporte und Schülerinnentransporte über Gemeindegrenzen hinweg oft eine Lösung gefunden werden.

Ich erinnere daran, dass etwa einige Schülerinnen und Schüler aus dem Bezirk Neusiedl, die in Eisenstadt in die Schule gehen, noch immer unzumutbare Transportwege vor sich haben. Eltern müssen sich zu Fahrgemeinschaften zusammentun, um hier ihre Kinder von einer Eisenbahnstation abzuholen. Die Gemeinde Parndorf wird da einspringen.

Aber ich denke mir, es kann ja nicht Aufgabe einer einzelnen Gemeinde sein, nur für die eigenen Kinder und Jugendlichen eine Lösung zu finden. Das liegt ja auf der Hand, ist ökologisch und ist finanziell und wirtschaftlich sinnvoll, wenn hier Gemeinden zusammenarbeiten.

In dem Sinn haben wir noch einiges vor uns und ich möchte mich in dem Punkt auch kurzhalten weil, wir haben auch noch vieles vor uns, miteinander zu diskutieren. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Budget, das wir heute und morgen diskutieren und auch beschließen, ist für manche vielleicht wirklich nur ein Zahlenwerk.

Aber dahinter stehen natürlich viele Inhalte und was noch wichtiger ist, dass diese Zahlen bei der burgenländischen Bevölkerung ankommen und zugutekommen. Jeder fünfte Euro kommt den Menschen im Burgenland zugute, welche natürlich in unseren Gemeinden draußen wohnen und leben. Somit ist die Wirkung des Budgets klar, es kommt bei den Menschen an.

Das Burgenland, das wissen wir alle, ist ein Bundesland der kleinen Einheiten, sprich Gemeinden, hier geht der Spagat von den kleinsten Ortsteilen bis hin zu unserer Landeshauptstadt. Von Nord bis Süd und von Süd bis Nord haben die Gemeinden ihre Einzigartigkeit, die es selbstverständlich zu erhalten gilt.

Hier geht es nicht nur um die Erhaltung des ländlichen Raumes und auch um den Charme, es geht auch um die Verbesserung, Weiterentwicklung der Strukturen, der Lebensqualität und der Existenz der Bewohner vor Ort in den Gemeinden.

Früher wurde in den Gemeinden auf bauliche Projekte, Objekte, Wert gelegt, heute stehen meist innovative Maßnahmen im Vordergrund, die die Kommunikation und das Miteinander der Ortsbewohner fördern und damit zur positiven Dorfentwicklung beitragen und gesellschaftlich sehr wichtig sind.

Ein weiterer wesentlicher Teil ist die Belebung der Gemeinden, auch im Zusammenhang mit der Dorferneuerung. Natürlich schaut das Land Burgenland darauf, dass die Infrastruktur auch in den kleinen Gemeinden weiter vorangeht. Dafür steht auch die Landesumlage, auch der Ausbau des Breitband-Internets soll in den Gemeinden natürlich weiter vorangetrieben werden.

Mit diesen Maßnahmen, eingeschlossen mit der Dorferneuerung, will man den Trend - raus aus der Stadt und wieder aufs Land - unterstützen, und dieser Trend ist auch leicht erkennbar. Man lernt den ländlichen Raum wieder zu schätzen und zu genießen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Insgesamt haben die Gemeinden wieder sparsam und effizient gewirtschaftet, das zeigt die Gemeindefinanzstatistik von 2016. Trotz höherer Investitionen konnte der Schuldenstand verringert werden. Knapp 100 Millionen Euro wurden in Kommunalprojekte investiert.

Neben den notwendigen Infrastrukturmaßnahmen und Steigerung der Lebensqualität müssen auch die steigenden Pflichtausgaben von den Gemeinden gestemmt werden, was natürlich kein leichtes Unterfangen ist. Deshalb stellen natürlich

jedes Jahr die gemeinschaftlichen Aufgaben von Land und den Gemeinden einen Kraftakt dar.

Das Land ist und bleibt ein starker Partner für die Gemeinden. Die Verteilung der Gesamtausgaben zwischen Land und Gemeinden zeigt ein klares Bild. Das Land Burgenland trägt 74 Prozent der Ausgaben und die Gemeinden finanzieren 26 Prozent. Österreichweit lautet das Verhältnis 61 zu 39 Prozent. In anderen Bundesländern schaut dieses Verhältnis sogar noch ganz anders aus.

Das Land Burgenland trägt mit diesem hohen Anteil dazu bei, dass die benachteiligten Gemeinden im Burgenland zusätzlich Unterstützung bekommen. Das Land Burgenland hat zusammen mit den Gemeinden viel erreicht. Das Burgenland ist in vielen Bereichen bereits Vorreiter. Klar ist auch, dass wir weiterhin zusammen mit den Gemeinden hart für den Erfolg des Burgenlandes arbeiten müssen.

Mit einer Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass wir auch künftig beim Wirtschaftswachstum, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, vorne dabei sind. Dazu braucht es natürlich die Gemeinden, die sehr viele Kernaufgaben erledigen, die auch ein Wirtschaftsmotor in der Region sind.

Durch viele Projekte werden so Investitionen in die regionale Wirtschaft gesichert. Dies schlägt sich auch auf den Arbeitsmarkt nieder. So spiegelt sich auch hier die heimische Wirtschaft und Lebensqualität in den Gemeinden wider.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein wesentlicher Gradmesser für die Erstellung eines Budgets ist natürlich der Finanzausgleich. Nicht nur für das Land Burgenland, sondern in weiterer Folge natürlich für die Gemeinden. Der Finanzausgleich ist eine Reibungsfläche zwischen allen Ebenen - Bund, Ländern und Gemeinden - keine Frage. Er wird auch nie vollkommen sein und er wird natürlich auch immer unfair bleiben, weil es hier natürlich verschiedene Betrachtungsweisen gibt. Fakt ist jedenfalls, dass der neue Finanzausgleich seit dem 1. Jänner 2017 für den Zeitraum von fünf Jahren gilt, also bis 2021. Der neue Finanzausgleich bringt vor allem Änderung in den Bereichen der Aufgabenorientierung, der Transparenz, der Vereinfachung und er bringt eine Stärkung der Abgabenautonomie der Länder.

Fakt bleibt aber auch weiterhin, dass nicht jeder Bürger in Österreich gleich viel wert ist. Für mich ist das eigentlich ein Fall für das Gleichbehandlungsgesetz. Wichtig ist auf jeden Fall, sollte sich die konjunkturelle Lage ähnlich weiterentwickeln wie in den vergangenen Monaten, so werden die Ertragsanteile gute Zuwächse verzeichnen.

Mit Sicherheit wird die Zukunft nicht einfacher für die Gemeinden. Auf die Gemeinden kommen immer viele Wünsche und Forderungen zu. Das Motto vom Budget 2018 heißt auch deswegen "Basis für die Zukunft". Dazu gehören, nicht nur das Land, sondern auch seine Gemeinden und die Menschen vor Ort. Das Budget ist eine solide Basis für die Zukunft, auch für die Gemeinden.

Ich komme jetzt zur Raumordnung und Raumplanung. Die Raumplanung ist ein wichtiges Instrument, um dem Ausgleich zwischen der Umwelt, den Menschen, der Wirtschaft und den Behörden nachkommen zu können. Diesen Ausgleich zu finden, ist nicht immer leicht.

Der Raumplanungsbeirat geht hier sicher gerecht und bemüht nach den gesetzlichen Bestimmungen vor. Es wird natürlich von Seiten des Landes, der Abteilung, alles unternommen, dass die Verfahren einerseits schnell abgewickelt werden können, andererseits natürlich alle Stellungnahmen berücksichtigt werden, damit ja alles in Ordnung geht und ist.

Damit natürlich ein Verfahren schnell abgewickelt werden kann, braucht es natürlich die nötige Qualität der Unterlagen und der Ortsplaner. Hier werden auch Schulungen angeboten. Leider werden diese nicht zu Genüge genützt.

Ich denke hier sollten die Gemeinden positiv auf ihre Ortsplaner einwirken, weil damit allen Beteiligten besser geholfen ist. Das beschleunigte Verfahren mit dem Umlaufbeschluss funktioniert sehr gut. Es werden im Jahr einige Verfahren so erledigt, und somit rascher auch abgewickelt.

Es bleibt natürlich immer eine große Herausforderung auf der einen Seite eine wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, auf der anderen Seite soll dies im Einklang mit der Natur erfolgen. Es kommt hier naturgemäß immer wieder zu gewissen Spannungsfeldern.

Wichtige Themen im Bereich der Raumordnung und Raumplanung für die Zukunft werden sicher sein die Baulandmobilisierung, die Raumplanung rund um den Speckgürtel zwischen Wien, Wiener Neustadt und dem Raum Eisenstadt und Neusiedl.

Die Rückwidmungen, die Prüfung, ob die bevorstehende Novelle der Bauordnung Auswirkungen auf die Raumplanung hat, das Problem der Hauptwohnsitzmeldungen im Widmungsbereich, Baugebiete für Erholungs- und Fremdenverkehrseinrichtungen.

Also man sieht, es gibt in Zukunft einiges zu tun in diesem Bereich. Manches ist schon in Vorbereitung. Dank gilt hier natürlich der zuständigen Abteilung für die hervorragende Arbeit die geleistet wird, genauso wie in der Gemeindeabteilung.

Wir werden zu dieser Gruppe unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Genau vor einem Jahr konnte man in den Medien Folgendes lesen. Ich zitiere die Presse: Bund, Länder und Gemeinden haben sich am Montag darauf geeinigt, wie die Steuermitteln in den nächsten fünf Jahren verteilt werden.

Die Verhandler sprachen am Nachmittag von einem großen Schritt oder gar Wunder. Von der angekündigten großen Reform hat man sich aber dennoch verabschiedet. Geblieben ist ein Einstieg in den Umstieg, wie es damals der Finanzminister Hans-Jörg Schelling von der ÖVP formuliert hat.

Gemeint ist natürlich der Finanzausgleich, der damals verhandelt wurde zwischen drei verschiedenen Ebenen Bund, Länder und Gemeinden. Als Einstieg in den Umstieg war ein Pilotprojekt gemeint, nämlich die Finanzierung der Gemeinden nach Aufgabenorientierung im Kindergartenbereich. Das zweite Projekt wäre dann gewesen die Nachmittagsbetreuung an Schulen.

Der Inhalt des Finanzausgleichs ist neben diesen ersten Maßnahmen der Aufgabenorientierung auch eine 300 Millionen-Gabe an die Länder. Davon bekommen 106 Millionen Euro die Gemeinden und zusätzlich fließen 60 Millionen Euro in einen Fonds für strukturschwache Gemeinden.

Nun, wenn man sich dieses Paket anschaut, und ich habe das auch hier schon im Landtag betont, also von einem großen Wurf kann man wirklich nicht reden, und schon

gar nicht, dass hier wirklich Meilensteine gesetzt wurden. Ich darf hier vom WIFO Margit Schratzenstaller zitieren, die gemeint hat:

Stärkere Schritte wären gewesen in Richtung Steuerautonomie der Gemeinden. Mit der Aufgabenorientierung ist ein erster Schritt gesetzt worden, aber auch beim Abbau der Transferverflechtungen ist nicht viel passiert. Die Chancen wurden vertan und daher kann man aber nach einem Jahr die erste Bilanz ziehen.

Wie schaut die Bilanz aus, meine sehr geehrten Damen und Herren? Bleiben wir einmal bei der Aufgabenorientierung. Groß angekündigt, wir werden also den Finanzausgleich nach den Aufgaben der Gemeinden, der Kommunen, der Länder gestalten. Nun, es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeitsgruppe tagt immer noch. Es wurde vereinbart, dass es mit 1. Jänner 2018 ein erstes Projekt geben könnte, und geschehen, da werden Sie mir Recht geben, vor allem die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, geschehen ist leider bisher nicht viel. Denn nach wie vor ist zum Beispiel das Datenmaterial der Kindertagesheimstatistik nicht ausreichend, meinen die Verhandler.

Die Ziele sind nicht genau definiert und unklar ist, ob überhaupt das Projekt im Jahr 2018 umgesetzt werden kann. Zu den Ertragsanteilen: Das stimmt, Herr Kollege Wiesler, da gebe ich Ihnen völlig recht. Auf den ersten Blick, wenn man sich die Ertragsanteilsituation anschaut, dann muss man applaudieren, die haben sich sehr gut entwickelt.

Wir haben zum Beispiel hier mit plus 5,04 Prozent, das ist eine Statistik vom Finanzministerium, im Burgenland ein gutes Plus, sind sogar über dem Durchschnitt, über dem Österreichdurchschnitt. Aber wenn man sich dann die Zahlen genauer anschaut, dann merkt man sehr schnell, warum bekommt zum Beispiel schon wieder einmal Wien mehr, nämlich einen um 5,91 Prozent höheren Zuwachs?

Es gibt eine Begründung, die kennen Sie. Die Begründung liegt im abgestuften Bevölkerungsschlüssel, wo eigentlich Bürger von Städten mit über 50.000 Einwohnern, um rund 45 Prozent höher gewichtet werden als Gemeinden unter 10.000 Einwohner. Sie wissen, das Burgenland ist das Land der kleinen Dörfer. Außer der Landeshauptstadt gibt es keine einzige Gemeinde über 10.000 Einwohner.

Die kleinste Gemeinde sage ich immer wieder, Tschanigraben, mit, weiß ich nicht, 57, 58 Einwohner. Da sage ich immer dazu, wenn es sich der Bürgermeister dort mit der Verwandtschaft nicht verscherzt, kann der ewig dort Bürgermeister sein. So ist ungefähr das Burgenland strukturiert.

Auch hier haben wir wieder einmal einen Nachteil. Ich sage Ihnen, das stimmt, was der Herr Abgeordnete Wiesler gesagt hat, nämlich die Abstufung zwischen Gemeinden und Städten, das widerspricht verfassungsmäßig dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Ich hoffe doch, dass dieser Grundsatz eines schönen Tages auch eingehalten wird.

Aber wenn man sich jetzt Wien anschaut, wissen Sie was Wien bekommt pro Einwohner? Na, wissen Sie das? 1.362,20 Euro. Wissen Sie, was das Burgenland bekommt? Das Burgenland bekommt 741 Euro. Also Wien bekommt um 621,20 Euro pro Einwohner mehr als das Burgenland. Gar nicht gesprochen vom Tabak… *(Zwischenruf des Abg. Markus Wiesler)*

Nein, Herr Abgeordneter, die kann ich Ihnen zur Verfügung stellen, das sind Zahlen, nein, nein, das sind Zahlen von der Kommunal, vom Gemeindebund, Gemeindevertreterverband. Das sind nicht meine Zahlen, sondern, ich greife auch keine Partei an, sondern ich stelle das jetzt nur fest. Ich versuche das wirklich nur sachlich festzustellen für das Burgenland.

Das heißt also, Wien bekommt um 24 Prozent bei den Länderausschüttungen mehr. Wenn man das mit den Gemeinden vergleicht, sogar um 66 Prozent mehr. Der zweite Punkt, die Steigerung bei den Bedarfszuweisungen, Kollege Wiesler, stimmt. Haben Sie sich die Steigerungen im Sozialbereich angeschaut? *(Abg. Markus Wiesler: Sowieso!)* Haben Sie sich die angeschaut? Gut, dann darf ich Ihnen berichten. Im Sozialbereich zum Beispiel gibt es Steigerungen die gigantisch sind. In vielen Gemeinden sogar höher sind, höher, die Steigerung, höher sind, als die Steigerungen bei den Ertragsanteilen.

Alleine die Abschaffung des Vermögensregresses in der Pflege, die der Nationalrat am 29. Juli 2017 beschlossen hat. Da kann man jetzt dazu stehen und sagen, ja, das wollen wir. Aber ich stelle fest, Faktum ist, dass das ein Loch reißt von über 100 Millionen Euro pro Jahr für die Gemeinden. Das sind nicht meine Zahlen, sondern das ist im Beitrag der Kommunal vom November 2017 nachzulesen.

Jetzt zeige ich Ihnen noch ein Beispiel. Das Beispiel Eisenstadt. Ich habe mir heraussuchen lassen die Gesamtübersicht 2015, 2017 und 2018. Zwei Jahre sind jetzt eigentlich schon vergangen von dieser Statistik, 2018 ist prognostiziert. Nun, 2015 hat die Freistadt Eisenstadt unterm Strich Ertragsanteile minus Sozialabgaben, insgesamt hat sie herausbekommen 6,3 Millionen Euro. 6,3 Millionen! Bei Ertragsanteilen von insgesamt über elf Millionen Euro 2015.

2017 schaut das so aus, Ertragsanteile 14 Millionen Euro, also elf plus, wow, Wahnsinn! Schauen wir uns die Abzüge an, dann bleiben netto 6,4 Millionen Euro über. 6,4 Millionen Euro! 2018 ist es überhaupt arg, da kriegt man nämlich 14,8 Millionen an Ertragsanteilen und übrig bleiben 6,2 Millionen Euro, also weniger als ein Jahr davor. Ich kann das prozentmäßig genauso ausdrücken.

Das ist nicht nur in der Stadtgemeinde Eisenstadt so, sondern in vielen Gemeinden. Daher ist das untragbar, dass hier aufgrund des Finanzausgleiches die Gemeinden zwar mehr an Bedarfszuweisungen und an Ertragsanteilen bekommen und ein jeder schreit hurra, die Gemeinden können leben. Unterm Strich bleibt weniger für das Leben, für die Kommune über, und das kann es nicht sein. Das muss geändert werden liebe Freunde. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich werde meine Rede, nachdem ich über die zehn Minuten Redezeit bin, zweiteilen. Ich werde mich, Frau Präsidentin, noch einmal zur Landesumlage und zu anderen Themen, zu diesem Finanzausgleich melden. Aber Fazit ist, es muss wirklich etwas geschehen beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel.

Dass was passiert, ist ein Drehen, ein winziges Drehen an kleinen Rädchen. *(Abg. Robert Hergovich: Na gleich einen Antrag machen!)* Das hilft uns, ja, ja, ja! Herr Abgeordneter Hergovich, ich rede jetzt nicht parteipolitisch, *(Abg. Robert Hergovich: Nein!)* sondern ich sehe das aus der Brille des Burgenlandes. Sie werden mir hoffentlich auch Recht geben. Ich bin dafür, dass man die Aufgabenorientierung ernst nimmt und nicht nur Projekte, Pilotprojekte einreicht, in Arbeitsgruppen, die nichts zusammenbringen.

Eines noch, anstatt der 300 Millionen Euro für strukturschwache Gemeinden, 500 waren geplant, 300 sind hereingekommen, bekommt das Burgenland, die Meldung habe ich vom Landesrat oder Ex-Landesrat Bieler, *(Abg. Doris Prohaska: Noch ist er, noch!)* nur mehr 5,2 Millionen. 5,2 Millionen Euro kriegt das Burgenland!

Das ist sehr, sehr mickrig, wenn es um die strukturschwachen Regionen des Landes geht. Ich werde mich zu den nächsten Themen melden. Aber der

Finanzausgleich, egal wer ihn verhandelt hat, ist seitens des Burgenlandes auf jeden Fall nicht tragbar. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kollegen! Wir haben das heute ja schon ein paar Mal erlebt, dass wir oft oder sehr viel in der Vergangenheit schwelgen, wo wir alle natürlich auch politisch verantwortlich sind. Aber ich glaube schon, dass wir dazu gewählt worden sind, um in die Zukunft zu blicken.

Lieber Herr Kollege! Sie haben natürlich recht. Die Gemeinden können immer mehr brauchen. Die Gemeinden, oder die Herausforderung um die Gemeinden, Finanzen oder Budgets zu machen, sind immer sehr groß. Das wissen wir alle gemeinsam. Aber trotzdem muss man sagen, dass es jetzt ein Finanzausgleich ist, wo wirklich das Burgenland aufgrund dieses Finanzausgleiches um 7,2 Millionen Euro mehr als im Vorjahr hat. Insgesamt aber direkt im Vergleich 2017 und 2018 erhält das Burgenland 12,5 Millionen Euro mehr.

Wir wissen, und das haben wir heute auch schon lang und breit diskutiert, dass natürlich das Gesundheitssystem und das Sozialwesen sehr viel Geld kosten. Aber ich glaube auch, dass wir zu diesem System, zu dieser Gesundheitspolitik und zu diesem Sozialsystem auch stehen und es muss natürlich weitere Veränderungen geben. Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Aber Fakten und Daten sind trotzdem, das Burgenland bekommt um die 12,5 Millionen Euro mehr gegenüber dem Vorjahr.

Im wesentlichsten Inhalt für diesen Finanzausgleich sind natürlich auch die Punkte Aufgabenorientierung, Abgabenautonomie zwischen Ländern und Gemeinden, Verteilung der Ertragsanteile, interkommunale Zusammenarbeit, Wohnbauförderung, Klimaschutz, Gesundheit, Pflege, die Haftungsobergrenzen und Spekulationsverbot.

Ich glaube, auch das muss man erwähnen, dass das sehr wichtige Dinge sind, die ja hier auch gleichzeitig festgelegt worden sind. *(Abg. Mag. Franz Steidl: Nur Schlagzeilen!)* Schau, Sie wissen, Herr Kollege, Sie wissen genauso gut wie ich, dass man natürlich sagen kann, man macht einen Finanzausgleich, man gibt sich Vorgaben und dann gehe ich als positiv eingestellter Mensch und Politikerin davon aus, dass man sich an diese Vorgaben hält und dass wir alle dazu beitragen, dass das auch funktionieren wird. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich gehe von Erfahrungen aus!)*

Ja, aber man muss nicht immer an das Negative denken. Also ich bin, glaube ich, ja schon lange in der Gemeindepolitik *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich auch!)* und ich glaube ein Teil davon ist, dass ich nicht jammere, sondern das Ganze liegt an dem, man muss es tun. Man muss es wollen, man muss es tun und man darf nicht müde werden, damit zu arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Natürlich, und da kann ich Sie bestätigen, dass der Unterschied zwischen den Bürgern und zwischen den Gemeinden der abgestufte Schlüssel ist, dass das natürlich nicht geändert worden ist und dass man da noch sehr viel Arbeit hat, um das auch tatsächlich zu verändern.

Aber wir alle sind Politiker, wir alle haben unsere Vertretungen bei Finanzverhandlungen drinnen. Es wird neue geben. Dann können wir das natürlich versuchen ganz einfach umzusetzen, umzulegen und wir werden sehen, was die Zukunft

bringt. Nichtsdestotrotz, und das haben Sie auch schon erwähnt, sind natürlich unsere Interessensvertreter endlich gehört worden. Ich glaube sehr viele auch vom Burgenland, dass dieser Strukturfonds jetzt letztendlich auch im Prinzip im Finanzausgleich hier festgelegt worden ist. Das sind 16 Millionen Euro.

Das haben Sie auch schon genannt. Davon wird das Burgenland einen Teil von 5.633.000 Euro haben. Ich bin davon überzeugt, dass es für unsere Klein- und Kleinstgemeinden, auch wenn es ein kleiner Betrag ist, aber ein wichtiger Betrag sein wird, der uns natürlich für dieses Budget oder für die Budgeterstellung der nächsten Jahre sehr wichtig sein wird.

Weiters wurde geregelt, dass ab 2017 15 Prozent und ab 2020 zumindest 20 Prozent der Gemeindebedarfszuweisungen, die über das Land verteilt werden, zu verwenden sind zum Beispiel für Unterstützung strukturschwacher Gemeinden, für Förderungen interkommunaler Zusammenarbeit. Auch das sehe ich positiv.

Weiters steht in diesem Finanzausgleich, dass der Pflegefonds, der die gemeinsame Finanzierung der Pflegekosten regelt, ab 2018 valorisiert wird. Ich glaube, auch das ist eine Herausforderung, wo wir alle davon überzeugt sind, dass das eine sehr wichtige Aufgabe in Zukunft sein wird.

Weiters will ich aber noch festhalten, dass außerhalb des Finanzausgleiches der Bund bis 2025 rund 750 Millionen für den Ausbau ganztägiger Schul- und Betreuungsformen bereitstellt. Darüber hinaus gibt es einen kommunalen Infrastrukturfonds, mit 173 Millionen Euro ist dieser dotiert. Ich bin davon schon überzeugt und sehe das positiv, dass das alles natürlich bei uns im Land Burgenland und auch bei den Gemeinden wirken wird. Da sehe ich wirklich so.

Weiters sind in diesem Budget natürlich noch andere Dinge enthalten. Im Bereich Gemeindewesen liegt im kommenden Jahr ein wesentlicher Schwerpunkt in der Erweiterung, beziehungsweise Aktualisierung der Gemeindeprüfsoftware. Dafür sind 66.500 Euro vorgesehen. Einerseits erhalten die Gemeinden dadurch eine schnellere Rückmeldung wenn es mögliche Fehler gibt, zum Beispiel beim Rechnungsabschluss oder beim Voranschlag.

Weiters ist natürlich auch für die Interessensvertretung für das Jahr 2018 300.000 Euro drinnen, wobei ich davon ausgehe, dass wir da konform sind, dass es natürlich wichtig ist, die neuen Gemeindevertretungen zu schulen und weiterhin bei wichtigen Fragen natürlich zu unterstützen. Es ist heute auch schon öfters kritisiert worden, diese Landesumlage. Diese Landesumlage ist für mich schon durchaus in Ordnung, weil diese Landesumlage auch gleichzeitig zu vergleichen ist mit den Gesamtausgaben, die wir ja im Lande haben und die Transferleistungen.

Da muss man schon sagen, es ist heute schon öfters gefallen, ich möchte das aber noch wiederholen. Die Aufteilung der Gesamtausgaben ist im Burgenland 26 Prozent zu 74 Prozent. Bei den Krankenanstalten ist es zehn Prozent für die Gemeinden und 19 Prozent für das Land. Wir alle haben natürlich auch die KDZ-Studie wo festgelegt worden ist, dass genau das Burgenland hier auf einer, oder wie soll ich sagen, sehr großzügig vom Land Burgenland unterstützt wird. Natürlich insoweit, weil man natürlich sagt, die Gemeinden sind ganz wichtig für das Land und dieser Aufteilungsschlüssel 26 zu 74 ist wirklich ein sehr guter und er ist in keinem Bundesland so hoch.

Ich möchte nur sagen, in anderen Bundesländern ist es 55 zu 45. Das heißt, 55 Prozent zahlt das Land Oberösterreich zum Beispiel und 45 Prozent die Gemeinden bei den Gesamtausgaben. Das ist natürlich bei uns ganz anders, weil dem Land bewusst ist,

dass das Land mehr unterstützen muss, aufgrund der Strukturen der Klein- und Kleinstgemeinden.

Ich sehe das jetzt abschließend wirklich so, dass dieser Finanzausgleich, der hier gemacht worden ist, mit großem Einsatz aller Beteiligten geschaffen worden ist, dass dies ein guter Finanzausgleich ist.

Ich möchte am Schluss noch einmal festhalten, dass es 12,5 Millionen Euro mehr sind, die in das Land Burgenland fließen werden, sozusagen in die Gemeinden und natürlich zu den Burgenländerinnen und Burgenländern. Kritik kann man immer leichter machen, wie etwas positiv zu sehen. Daher bin ich davon überzeugt, dass es ein guter Finanzausgleich war.

Wir werden natürlich diesen Budgetposten mittragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich habe als nächstes Thema innerhalb dieses Budgetpostens Raumordnung und Raumplanung genommen. Wir haben bereits bei der letzten Landtagssitzung ein neues Raumordnungsgesetz eingefordert, das dem Beispiel Salzburg folgen sollte, wo der Flächenverbrauch aufgrund des jetzt mit Jahreswechsel in Kraft tretenden Gesetzes doch möglich sein wird, maßgeblich hier in Zukunft den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Abgeordnete Salamon, Sie haben beim letzten Mal gesagt, die Gemeinden hätten hier schon die Möglichkeit, flächensparend zu wirtschaften. Das Problem ist nur, sie tun es sehr selten. Jetzt kann man natürlich sagen, die Verantwortung liegt bei den Gemeinden.

Ich glaube aber schon, dass das Land hier einfach, wenn man sieht, es gibt hier ein Problem, die Vorgaben strenger machen muss und klarer den Gemeinden, die ja leider noch dazu in einer Diskrepanz sind, Sie wissen das selber als Bürgermeisterin. Auf der einen Seite muss ich schauen, dass ich Zuzug habe, dass ich neue Häuser, Fachmarktzentren, Einkaufszentren, Firmen und Ähnliches bekomme und dadurch auch mehr Bodenverbrauch, auf der anderen Seite soll ich den Boden reservieren beziehungsweise aufheben für Landwirtschaft, Natur und Ähnliches.

Das geht halt meistens schlecht zusammen und man sieht das auch, wenn man durchs Land fährt, Beispiel auch, dass nicht einmal die kleinsten Maßnahmen ergriffen werden. In Bad Tatzmannsdorf gibt es einen neuen großen Parkplatz gleich oberhalb von der Burgenland Therme. Was ist dort passiert? Flächenversiegelt. Keine Lochsteine, so dass wenigstens ein bisschen Wasser versickern kann, noch dazu ist das alles Hanglage. Wir schaffen uns da die Probleme für die Zukunft langfristig.

Zum Kollegen Hergovich noch bezüglich der Outletcenter. Österreich ist sowohl was die allgemeinen Verkaufsflächen angeht, mit 1,72 Quadratmetern pro Einwohner, das ist der dritte Platz europaweit, als auch was die Fläche Outletcenter pro 1.000 Einwohner, nämlich 9,4 Quadratmeter, angeht, absolut an der Spitze.

Das heißt, wir sind ohnehin schon ganz oben und mehr ist natürlich schön für Arbeitsplätze und Wirtschaft auf der einen Seite, nur ist das sehr kurzsichtig gedacht, weil auf der anderen Seite, wir wissen es selber, wir haben ein Problem mit den Ortszentren, die Kollegin hat zuerst Siegendorf als Beispiel erwähnt, wo der SPAR bereits zugemacht

hat. Neue Jobs auf der einen Seite, aber leider sind es halt dann oft auch verlorene Jobs auf der anderen Seite.

Warum diese Geschichte so wichtig ist oder besser gesagt, wie man den Boden eigentlich mit relativ geringen Maßnahmen besser schützen kann und ihn weniger zuasphaltieren kann, ist kein Geheimnis, steht in vielen Expertenbroschüren. Gott sei Dank Salzburg macht das zum Teil.

Beim Wohnbau müssen wir einfach schauen, dass wir jetzt beginnen, von den Einfamilienhäusern langsam wegzukommen hin zu Mehrgeschoßbauten, zu Genossenschafts- und Mehrfamilienwohnungen. Das passiert zum Teil schon, aber hier muss der Schwerpunkt meiner Meinung auch bei der Wohnbauförderung stärker in diese Richtung gehen. Eingeschossige Bauten wie Supermärkte, vor allem in den Orten, darf es nicht mehr geben. Es muss oben Wohnraum oder von mir aus auch Büroraum gebaut werden.

Bei den Straßen, das Burgenland ist dermaßen gut versorgt mit Straßen, auch mit hochrangigen Straßen. Jede weitere Straße wird den Verkehr eher erhöhen - immer auch bei einer Umfahrung sind irgendwelche Anrainer dadurch auch stärker betroffen -, wird hier weitere Probleme schaffen. Es steht sogar in der Expertise für die S7 drinnen, dass die S7 um ein Vielfaches an CO_2 mehr verursachen wird.

Wir haben ausreichend Straßen, auch der A3-Ausbau ist eine falsche Entwicklung, ist eine falsche Richtung, in die wir uns entwickeln. Straßen entlasten, ja, keine Frage, aber das machen wir mit dem Öffi-Ausbau in Zukunft.

Es kann keine Energiewende - die im Burgenland relativ gut funktioniert, nur wir denken bei Energie immer nur an Strom - funktionieren ohne Verkehrswende. Wir haben gerade im Verkehrsbereich den größten Zugewinn an CO_2 in den letzten Jahrzehnten, und das geht Jahr für Jahr so weiter, obwohl wir eigentlich hier reduzieren sollten. Das heißt, wir müssen den KFZ-Verkehr verringern und nicht erhöhen.

Auch bei der letzten Landtagssitzung war ein Thema, dass der Verkehr viele Probleme schafft. Lärmbelastung, Stickoxide, Feinstaub. Großhöflein, Müllendorf, Wulkaprodersdorf sind Gemeinden, die hier ganz stark betroffen sind und eventuell noch stärker betroffen werden könnten.

Landwirtschaftliche Flächen und Biodiversitätsflächen sind wichtig und gehören geschützt, ich komme dann beim Naturschutz noch darauf zurück. Es gibt eben in Deutschland auf Naturschutzflächen Berechnungen, dass der Insektenbesatz um bis zu 80 Prozent in den letzten zehn Jahren abgenommen hat.

Was auch wesentlich ist bei der Raumordnung, ist der Neusiedler See. Wir haben ein ähnliches Problem wie die Kärntner Kollegen mit dem Wörthersee, das ist die Verbauung des Seeufers. Wir haben auch dieses Jahr bereits ein Neusiedler See-Entwicklungskonzept gefordert, weil natürlich auch hier, so, wie ich vorher erwähnt habe, die Gemeindeinteressen meistens sehr isoliert betrachtet werden.

Jeder Bürgermeister, jede Gemeinde schaut natürlich auf ihre eigene Gemeinde - ganz klar. Hier fehlt der Gesamtblick auf die Region, vor allem des Neusiedler Sees, eine Kooperation zwischen den Gemeinden, die den Tourismus und auch den Wirtschaftsfaktor See und den Seezugang erhalten.

Herzlichen Dank bei der Gelegenheit auch der Arbeit der Bürgerinitiative „Freunde des Neusiedler Sees“, die hier auf die Problematik sehr stark hinweisen, darauf

aufmerksam machen und dafür kämpfen, dass der See, zumindest die letzten Lücken frei bleiben.

Ein Wort noch zum Landesrat Bieler, weil der heute bezüglich Budget zu den Zahlungen der Frostschäden gemeint hat, das konnte man nicht voraussehen. Genau das ist das Problem. In Wirklichkeit kann man es schon voraussehen, weil wir haben den Klimawandel hier, wir wissen, dass die Gefahr, die Chance von Wetterextremen, von Spätfrösten beziehungsweise von der frühen Entwicklung im Frühjahr und dann schädigt der Frost Obst- und Gemüsekulturen und andere.

Diese Gefahr ist ganz klar, und wir werden sie in den nächsten Jahren wiederhaben. Also es ist sehr wohl, natürlich nicht auf das Jahr genau, aber es ist klar, dass wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren ähnliche Fälle haben werden, wenn man sich den Klimabericht durchliest, dann steht das dort ganz klar.

Auf der einen Seite die Frostproblematik, auf der anderen Seite Starkregen und im Hochsommer die Hitzephasen, die hier vor allem die Landwirtschaft sehr stark beeinträchtigen. Das ist mehr oder weniger vorauszusehen, und damit müssen wir in Zukunft auch rechnen.

Deswegen gehört gegengesteuert und da gehört ganz klar der Bodenschutz dazu. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Zum Kollegen Spitzmüller, ganz kurz. Ich glaube schon, dass die Gemeinden - sprich die Bürgermeister - sehr verantwortungsvoll umgehen mit Grund und Boden. Wir haben längerfristige Konzepte, wir haben die Möglichkeit der Rückwidmung, und bei Betriebsansiedelungen wird sehr wohl darauf geachtet, wo und wie man das macht.

Aber auf der anderen Seite müssen wir natürlich schauen, dass wir Betriebe ins Land bekommen, dass wir Arbeitsplätze schaffen und damit das Pendlertum mehr oder weniger reduzieren.

Wenn Sie auch behauptet haben, der mehrgeschossige Wohnbau gehört im Burgenland gefördert. Als Wohnbausprecher kann ich sagen, der Wohnbau boomt, der mehrgeschossige Wohnbau, es ist eher der Trend festzustellen, dass im Bereich Einfamilienhäuser das Ganze zurückgeht. Also, da kann ich Ihnen nicht zustimmen.

Grundsätzlich zur Raumplanung, Raumordnung. Die Grundsätze der räumlichen Entwicklung sind die Basis für Abwägungs- und Ermessungsentscheidungen zur Entwicklung eines Landes. Sie sind als Vorhaben für die öffentlichen Planungsträger zu berücksichtigen. Sie sollen sicherstellen, dass die Teilräume des Landes mit ihren besonderen Stärken zur Gesamtentwicklung beitragen, zusammenarbeiten und solidarische Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit eines Landes übernehmen.

Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren von Grund auf geändert. Die Leistungsbilanz des Landes, der Gemeinden und vor allem der Burgenländerinnen und Burgenländer kann sich sehen lassen.

Die dynamische Entwicklung und Änderungen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen wie auch technischen Rahmenbedingungen erfordern stets Anpassungen,

natürlich auch im Bereich der Raumplanung, und hier nimmt das Burgenland bereits eine Vorreiterrolle ein.

Was wurde in diesem Jahr 2017 bewältigt, bis zum Raumplanungsbeirat am 28. November? Insgesamt 102 aufsichtsbehördliche Genehmigungsverfahren zur Genehmigung von Flächenwidmungsplänen wurden auch abgeschlossen. 68 dieser Verfahren waren Auflageverfahren gemäß § 19 Burgenländisches Raumplanungsgesetz. 34 Verfahren wurden nach dem § 18 durchgeführt, das sind die vereinfachten Verfahren.

Aufgrund der Neueinführung der sogenannten Umlaufbeschlüsse durch den Raumplanungsbeirat Ende 2015 wurden von den insgesamt 68 Auflageverfahren zehn im Rahmen eines Umlaufbeschlusses und 58 in den Sitzungen des Raumplanungsbeirates behandelt.

Was hat sich im Jahr 2017 und in den letzten zwei Jahren geändert? Das ist einmal die Planzeichenverordnung, hier gab es einen Zusatz. Die Planzeichenverordnung für digitale Flächenwidmungspläne 2008 sieht Planzeichen sowohl für die Entnahmeflächen als auch Deponien vor.

Die entsprechende Flächenwidmung ist Voraussetzung für die naturschutzrechtliche Genehmigung, sowie im Fall einer Deponie wie auch einer Rekultivierung der Abbaufläche auch für die Genehmigung nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002. Die Rechtslage dahingehend ist also äußerst kompliziert, problembehaftet und fehleranfällig. Sie führte zu einem hohen Zeitaufwand im Hinblick auf die durchzuführenden Verwaltungsverfahren. Aufgrund dieser Bestimmungen wurde daher die Planzeichenverordnung für digitale Flächenwidmungspläne 2008 eine neue Planzeichenverordnung „Grünflächenentnahme und Verhüllungsfläche“ hinzugefügt.

Im Bereich der Grundlagenforschung werden in einer Kooperation mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft sowie dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen Orthofotos in einem Dreijahresrhythmus aktualisiert. Die aktuellen Luftbilder datieren vom Sommer 2016 und sind Anfang 2017 verfügbar.

Das GIS, das Geoinformationssystem des Landes, ist ein vollwertiges Portal mit zielgruppenabhängigem Benutzermanagement und dient als zentrale Anlaufstelle sowohl für Bürger- und Fachgruppen als auch für den öffentlichen Dienst.

In den letzten Jahren wurden diverse Applikationen zum Beispiel für die freiwillige Feuerwehr, digitaler Löschwasserplan, dann für die Wartung des Verkehrszeichenbestandes und zur Erhebung der Weinbaugebiete entwickelt sowie zur Unterstützung im Außendienst integriert.

Das Land Burenland ist und war in der ÖROK-Plattform „Raumordnung und Verkehr“ involviert und war somit auch an der Erarbeitung der ÖV-Güteklassen mitbeteiligt. Dieses Instrument wurde den Ländern ausgehändigt und kann somit von den Verkehrsplanungs- und den Raumordnungsabteilungen verwendet werden.

Ein aktuelles Projekt der Planungsgemeinschaft Ost ist ein Monitoring der Siedlungsentwicklung der Stadtregion, um einerseits den neuesten Stand der Entwicklung zu reflektieren und andererseits eine Grundlage zur Beantwortung von zentralen planerischen und raumordnerischen Fragen zu schaffen. Die Ermittlung der Siedlungsentwicklung nach Potenzialregionen anhand der Analyse von Rasterdaten stellte einen wichtigen Teil dieser Analyse dar.

Die fachliche und zeitliche Koordinierung raumwirksamer Planungen als Tätigkeitsfelder der Planungsgemeinschaft Ost umfasst vier regelmäßig stattfindende Plattformen. Das ist die Plattform für wirtschaftliche Themen. Diese wurde erst 2016 gegründet.

Dann die gut etablierte Plattform Regionalverkehr, dient dem Informationsaustausch unter Abstimmung von wichtigen Verkehrsthemen zwischen den Ländern Wien, Niederösterreich und dem Burgenland.

Aktuell wird ein Projekt zur Angebotskonzeption per Schienenpersonennahverkehr in der Stadtregion plus aufbauend auf deren Evaluierung durchgeführt, um auf die Herausforderungen der wachsenden Stadt Wien frühzeitig reagieren zu können.

In der Plattform „Klimaschutz und Energie“ werden wichtige Themen aus den Bereichen Smart City, Energie und Klimaschutz mit den relevanten Playern der Länderregion Ost behandelt.

Im Hinblick auf Regionen mit einer weniger dynamischen Bevölkerungsentwicklung wurde 2016 die Plattform „Regionalentwicklung im ländlichen Raum“ seitens der Länder Niederösterreich und Burgenland ins Leben gerufen. Aktuelle Entwicklungen sind die überörtliche und sektorale Raumordnung, sogenannte regionale Rahmenkonzepte für Windkraftanlagen. Auf diese Art erfolgte eine mit unterschiedlichen Nutzungsansprüchen abgestimmte Ausweisung von sogenannten Eignungs- und Ausschlusszonen für Windkraftanlagen.

Für die Bereiche des Bezirkes Neusiedl am See wurden in den Jahren 2002, 2008 und 2010 Eignungs- und Ausschlusszonen in den Rahmenkonzepten festgelegt. Bei Bedarf erfolgen Optimierungen und Arrondierungen der bestehenden Eignungszonen, sogenanntes Repowering. Diese wurden 2014 bis 2017 vorgenommen.

Auch für den Zentralraum Eisenstadt und Mattersburg sowie den Bezirk Oberpullendorf wurde ein regionales Rahmenkonzept 2005 beschlossen. Im Bezirk Mattersburg sollen nun ebenfalls Optimierungen und Arrondierungen vorgenommen werden.

Aktuell werden außerdem Vorarbeiten für eine Untersuchung für mögliche Windkraftentwicklungen im Mittel- und Südburgenland durchgeführt. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe wurde seit dem Frühjahr 2016 ein Bewirtschaftungs- und Rekultivierungs- und Nachnutzungskonzept für Kies-Schotter-Abbaugebiete der Parndorfer Platte erarbeitet.

Neben der Entwicklung eines Leitfadens für die Abwicklung von Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes werden in Zusammenarbeit mit der Akademie Burgenland Seminare für Gemeinden als auch für Ortsplaner angeboten.

Zusätzlich findet in regelmäßigen Abständen der sogenannte Planertag statt. Das ist eine wichtige Einrichtung für die Planer vor Ort in den Gemeinden, aber auch eine wichtige Einrichtung für die Gemeinden selbst. Bezüglich Rückwidmung - habe ich schon vorhin erwähnt - von Bauland wurde gemeinsam mit Niederösterreich im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost die Erstellung eines Rechtsgutachtens und als dessen Resümee ein Leitfaden für Gemeinden und Ortsplaner in Auftrag gegeben. Dieser Leitfaden ist auch auf der Homepage der Planungsgemeinschaft Ost zu finden.

Insgesamt, meine Damen und Herren, kann man feststellen, dass die Raumplanung ein optimales Instrument dazu ist, um die richtige Balance zwischen den Interessen der Menschen, der Wirtschaft und der Umwelt zu gewährleisten. Die

Raumplanung im Burgenland hat Vorbildcharakter und wird ständig an die neuen Herausforderungen angepasst.

Ich darf heute die Gelegenheit nützen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Raumplanung recht herzlich zu bedanken. Sie sind stets bestrebt, die Raumplanung des Burgenlandes weiterzuentwickeln und den Anforderungen unserer Zeit anzupassen.

Wir werden natürlich dem Budget zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin! Es geht jetzt in meinem Redebeitrag um das Thema Sicherheit. Für diesen Bereich ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter zuständig. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betritt den Landtagssaal. – Landeshauptmann Hans Nießl: Er ist schon da.)* Schon da, das ist schön.

Zum Thema Sicherheit und die Arbeit im Sicherheitsressort habe ich im Laufe des Geschäftsjahres schon öfter etwas gesagt. Nun bekommen wir mit, gerade bei den Diskussionen auf Bundesebene, dass die FPÖ befindet, es reiche einfach, eine Schulnote zu geben. Damit ist ja bereits alles gesagt, mehr müsse in der Beschreibung einer Leistung auch nicht vonstattengehen, weil man sich dann ohnhin auskennt.

An dem werde ich mich jetzt orientieren, weil eine Note reicht ja immer und das ist meine Note für den Bereich Sicherheit. *(Abg. Mag.a Regina Petrik zeigt eine Tafel mit der Aufschrift „5“. - Abg. Manfred Haidinger: Das war es schon? - Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Nießl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Ich werde schauen, ob ich das an Kürze unterbieten kann. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* Schwer möglich!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Vielleicht einige Anmerkungen. Ich möchte mich zunächst bedanken, was die Raumplanung anbelangt, was auch die Gemeindefinanzen anbelangt, weil diese Beiträge alle durchwegs objektiv und nach sachlichen Kriterien auch beurteilt wurden.

Natürlich muss weiterhin der abgestufte Bevölkerungsschlüssel abgeflacht werden. Gar keine Frage. Es ist auch noch teilweise ärger, als hier gesagt wurde, denn Wien bekommt nicht nur den abgestuften Bevölkerungsschlüssel, sondern auch Vorabzüge, weil eben gewisse Aufgaben im Gesundheitsbereich auch für das Burgenland übernommen werden.

Wir haben auch Berechnungen, wenn wir das selbst machen müssten, dann würde das Mehrkosten von zirka 60 Millionen Euro für das burgenländische Gesundheitswesen ergeben, weil sehr viele hochqualifizierte Operationen natürlich nicht im Burgenland gemacht werden können. Aufgrund der Kleinheit sind die Fallzahlen nicht gegeben. Das sollte zum Beispiel Wien machen. Aber, und jetzt ist das Problem, dass Wien einen Zuzug hat von 25.000 bis 30.000 Menschen pro Jahr, dass viele Asylwerber in Wien sind und dass Wien wächst und dadurch auch die Spitäler voll sind und es immer häufiger zu

Problemen kommt, dass genau das, wofür sie ihr Geld bekommen, nicht zu 100 Prozent gemacht werden kann, nämlich burgenländische Patienten zu übernehmen, weil die Wiener Spitäler voll sind.

Ich kann Ihnen mit großer Wahrscheinlichkeit auch voraussagen, dass gerade schon wieder wahrscheinlich Dezember, Jänner, Februar, also in der kalten Jahreszeit, es ganz schwer ist, Patienten aus dem Burgenland in Wien unterzubringen. Es gibt in einzelnen Teilbereichen wirkliche Probleme.

Ich glaube, das muss man sich auch vom Finanzausgleich ansehen nämlich, dass dort Geld hinfließt und andererseits aufgrund des Geldflusses nicht die Leistungen zum Beispiel im Gesundheitsbereich erbracht werden, weil eben die Kapazitäten nicht ausreichen, und gerade in den nächsten Wochen und Monaten mit großer Wahrscheinlichkeit dort wieder auch Gangbetten gegeben sind und es schwierig ist, Burgenländer dort unterzubringen.

Gemeindefinanzen: Die Frau Landesrätin, die heute entschuldigt ist, hat auch die Statistik gezeigt nämlich, dass burgenländische Gemeinden auf einem guten Weg sind, dass Gemeinden, die Probleme gehabt haben, auf einem guten Weg der Sanierung sind, dass sich die Gemeindefinanzstatistik auch verbessert hat.

Ich darf vielleicht vorsichtig ankündigen, dass sich bei den Bedarfszuweisungen, die wieder Mitte Dezember in der Regierung beschlossen werden, abzeichnet, dass hier sehr hohe Beträge, vielleicht sogar Rekordbeträge, an die burgenländischen Gemeinden an Bedarfszuweisungen übermittelt werden können, überwiesen werden können, und das wird einerseits auch zu weiteren finanziellen Stabilität beitragen, und andererseits haben Gemeinden die Möglichkeit, im nächsten Jahr aktive Investitionen wieder durchzuführen.

Es hat die Frau Abgeordnete Salamon auch darauf hingewiesen, dass gerade bei diesen Finanzausgleichsverhandlungen auch für strukturschwache Gemeinden erstmalig für das Burgenland ein sehr großer Millionenbetrag ausverhandelt werden konnte, wo wir jetzt Gespräche führen, nach welchem Schlüssel die strukturschwachen Gemeinden beurteilt werden und dort deutlich mehr finanzielle Mittel hinkommen.

Ich glaube, dass natürlich die großen Gemeinden so viel Solidarität haben, dass das natürlich auch akzeptiert wird. Es soll fair sein. Es soll die Kleinen auf gar keinen Fall benachteiligen.

Eines muss man auch sagen, die Analysen sind alle richtig. Nur muss man sagen, was macht man aufgrund der Analysen? Analysieren ist wichtig, aber die richtigen Konsequenzen zu ziehen, ist notwendig. Ansätze, wie man die Budgets zum Beispiel der Gemeinden und auch des Landes in Zukunft in den Griff bekommt, da muss man halt auch diskutieren. Ich weiß schon, dass das nicht so einfach ist, weil man natürlich sagen muss, wo möchte man die Finanzen im Gesundheits- und Sozialbereich in den Griff bekommen.

Hier werden sich die Wortmeldungen natürlich sehr in Grenzen halten, weil keiner sich bei diesem Thema ein bisschen weiter hinauslehnen möchte. Nur wird es natürlich auch notwendig sein, darüber zu diskutieren, und es gibt viele Möglichkeiten, die Qualität zu verbessern, ohne dass man spart, sondern nur effizienter wird. Auch da glaube ich, muss man sich zumindest im kleinen Kreis zusammensetzen und Maßnahmen setzen, ohne die Qualität zu reduzieren. Im Gegenteil. Aber es sind viele Möglichkeiten gegeben, hier in entsprechender Form auch Maßnahmen zu setzen.

Warum ist es notwendig? Weil die Gemeinden und in weiterer Folge das Land Probleme bekommen wird. Es ist absolut richtig, dass die Bedarfszuweisungen ansteigen,

und unterm Strich bleibt weniger übrig. Das ist eine Tatsache. Jetzt kann man sagen, das ist so, wissen wir, weiß jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin.

Sie kommen und sagen, wir bekommen mehr Geld und unterm Strich bleibt weniger übrig, und im gleichen Atemzug, zehn Minuten nachher, sagt er, und ich brauche ein neues Pflegeheim. Das kostet natürlich jeder Gemeinde wieder entsprechendes Geld, und man muss schauen, welche Maßnahmen man zum Beispiel setzen kann, um Menschen auch besser zu Hause betreuen zu können, um auch einen Vorschlag zu machen.

Denn nicht für jeden, sage ich, der jahrzehntelang im eigenen Haus gewohnt hat, ist die erste Adresse das Pflegeheim, sondern da kann man ohne weiteres auch Rahmenbedingungen setzen, um im eigenen Haus eine vielleicht auch sehr gute Betreuung erreichen zu können.

Ich glaube, man muss diskutieren, man muss nachdenken, man soll Diskussionsbeiträge liefern, weil genau das dazu beiträgt. Wir haben 2.200 Personen in Pflegeheimen im Burgenland untergebracht. Wir haben 43 Alten-, Wohn- und Pflegeheime im Burgenland, und diese Strukturen muss man sich anschauen, stimmt sehr wohl.

Also 2.200 zirka, kann man um ein paar jetzt mehr oder weniger sagen, ändert sich auch täglich, aber um 43 Alten-, Wohn- und Pflegeheime im Burgenland. Durch den Regress muss man schauen, wie man damit umgeht. Es belastet alles die Gemeinden. Das belastet das Land. 50 Prozent zahlen die Gemeinden, 50 Prozent zahlt das Land Burgenland. Bei den Krankenanstalten ist es so, in Niederösterreich zahlt 50 Prozent das Land und 50 Prozent der Spitalskosten die Gemeinden. Das ist Niederösterreich. Im Burgenland zahlt 90 Prozent das Land und zehn Prozent die Gemeinden. Wir stehen dazu und wollen das auch nicht verändern, aber nur, damit man auch weiß, wie andere Bundesländer im Bereich der Spitalsfinanzierung vorgehen.

Das führt dazu, was wieder die Abgeordnete Salamon gesagt hat nämlich, dass 74 Prozent dieser Transferkosten das Land Burgenland bezahlt in Summe und 26 Prozent eben die Gemeinden. Auch dazu stehen wir. Jede Veränderung würde zu einer Verschlechterung führen, weil wir sowieso schon die Besten sind.

Natürlich kann man sagen, wir brauchen noch mehr und noch mehr, die Gelddruckmaschine kann man dann eben irgendwo dann anwerfen oder das Land an die Wand fahren, wie es andere Bundesländer auch in der Vergangenheit gemacht haben, aber das werden wir mit Sicherheit nicht tun.

Mit dem Bauchladen durchs Land ziehen, das wissen schon die Leute, die das machen, denen vertraut man nicht, und die nur mehr fordern und nicht darauf achten, dass das Land nicht verschuldet wird, die Zeiten, glaube ich, sind im 21. Jahrhundert auch vorbei.

Deswegen glaube ich, dass die Diskussionsbeiträge durchwegs sehr realistische waren und sich mit der Materie beschäftigt haben. Aber irgendwann muss man auch die Lösungsansätze, die jeder hat, auf den Tisch legen und die Gemeinden nicht nur verbal in Sonntagsreden im Landtag zu unterstützen, sondern tatsächlich für sie etwas Nachhaltiges zu tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Jetzt noch einige Sätze zur Raumplanung, wo es einige große Herausforderungen gegeben hat Wir haben beispielsweise ein tolles Nachnutzungskonzept auf der Parndorfer Platte präsentiert, denn Schotterabbau ist wichtig, den braucht die Wirtschaft, aber natürlich braucht kein Mensch und auch nicht die Wirtschaft eine Mondkraterlandschaft.

Wir wollen auch nicht, dass diese Mondkraterlandschaft in Zukunft für Abfälle der sehr hohen ELUAT-Klassen verwendet werden, dass dort Restmülldeponien oder problematische Deponien errichtet werden.

Da haben wir versucht, eben auch über die Raumplanung, einen Weg zu finden, dass dieser Missbrauch des Schotterabbaus, wie ich das auch einmal bezeichnen möchte, hoffentlich in Zukunft eingestellt ist. Dass nicht immer wieder irgendwelche Firmen kommen und sagen, mit der Schottergrube suchen wir um eine Bauschuttdeponie an und in weiterer Folge ist es dann eine Giftmülldeponie. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Das letzte Mal hat mir diese Vorgangsweise gereicht. Deshalb haben wir da auch das Gesetz dementsprechend verändert und haben hier - wie ich meine - eine gute Vorgangsweise für das Erste gefunden, um diesen Missbrauch weitest gehend abzustellen.

Wir haben die Situation mit unseren Kellerstöckeln. Auch da müssen wir in Zukunft über die Raumplanung, glaube ich, Maßnahmen setzen, damit die Kellerstöckel aktiviert werden, damit man die nutzen kann, damit sie erhalten werden. Das ist eine Belebung des Tourismus. Wir haben eine tolle Vorgangsweise bei unseren Windrädern, denn immerhin sind 420 Windräder im Burgenland aufgestellt, ohne dass es eine wirklich große Bürgerinitiative dagegen gibt. Das gibt es europaweit nicht, dass gegen Windräder nicht teilweise protestiert wird. Warum? Weil wir Verbotszonen haben, von denen werden wir nicht abweichen.

Dazu haben wir jetzt wieder einen Beschluss im Raumplanungsbeirat geschaffen: Keiner darf die rote Linie überqueren und Windräder in Richtung Nationalpark aufstellen, denn wer das macht, kommt wahrscheinlich in allen Medien negativ vor und das ist auch ein großer Schaden für den Tourismus.

Insofern gibt es hier klare Vorgangsweisen von der vorgegebenen Linie, das konsequent einzuhalten, über das Repowering, über die Höhen zu reden, aber damit auch verbunden mit einer Reduzierung der Anzahl der Windräder. In Zukunft wird es weniger Windräder geben, aber diese Windräder werden natürlich ein bisschen höher sein.

Durch die Einbindung von BirdLife, vom österreichischen Institut für Raumplanung und des WWF wurde unsere Vorgangsweise als vorbildlich und als Vorbild für Europa bezeichnet. In sensiblen Gebieten, im Einfluggebiet des Nationalparks mit seinen 300 Vogelarten, hat BirdLife hier maßgeblich festgelegt, wo Windräder stehen und wo sie nicht stehen dürfen.

Von diesem Weg werden wir nicht abweichen und ihn auch dementsprechend weitergehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann für die Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herzlichen Dank! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich darf allgemein noch ein paar Worte zu der kurzen Vorrede der Kollegin Petrik sagen:

Jeder, der sich irgendeinem Wettbewerb stellt, vor einer Jury, die dann mit Taferln irgendwelche Zahlen in die Höhe heben, der freut sich darüber, je höher die Zahl ist, desto besser ist im Prinzip der Erfolg.

Es wird überhaupt keine Jury geben, wo sich irgendjemand freut, wenn er einen Einser oder einen Nuller bekommt. In dem Fall haben wir für dieses Budget die Bestnote Fünf bekommen. Ich erläutere Ihnen auch warum. Gerade im Bereich der Sicherheit, der Ordnung und der Inneren Sicherheit haben wir diese Höchstnote auch verdient.

Wir haben mit dem Budget 2018 wieder einmal ein großes Ziel erreicht. Das Burgenland budgetiert nicht nur ausgeglichen, sondern der Kurswechsel der Finanzpolitik durch die freiheitliche Handschrift hier in der Regierungspolitik setzt sich fort und das, muss ich schon mit Stolz sagen, freut mich ganz besonders. Einen besonderen Appell möchte ich aber an alle hier im Landtag vertretenen Parteien, ganz besonders die ÖVP, richten: Gehen Sie mit uns, gehen Sie mit dem Burgenland in die Zukunft, in eine seriöse und gut budgetierte Zukunft! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Probieren wir es!)*

Alles, was Sie hier heute gesagt haben, mag vielleicht Ihr Fokus in Richtung dieses Budgets sein. Es stimmt aber nicht, denn all das, was wir hier im Budget im Prinzip festgeschrieben haben, ist eine gut budgetierte, seriöse Zukunft.

Das Budget 2018 ist, aus meiner Sicht, die Fortführung einer stabilen Finanzpolitik im Burgenland und damit bringen wir dieses Land noch weiter vor an die Spitze, denn Sie wissen alle miteinander, wo wir im Benchmark mit den anderen Bundesländern stehen und da müssen wir natürlich weiter dabeibleiben.

Keine neuen Schulden machen und dennoch investieren wir in die Zukunft. Das ist auch ein Kunstgriff, den unser Finanzlandesrat hier in Zusammenarbeit mit der gesamten Landesregierung zusammengebracht hat. Wir sind also das einzige Bundesland mit einem Nulldefizit. Nein, wir sind nicht nur Nulldefizitler, sondern wir sparen sogar seit 2016, also das dritte Jahr jetzt, zwei Millionen Euro ein und das kann sich schon sehen lassen.

Da müssen sich andere Bundesländer schon anstrengen, dass sie genau dort hinkommen, wo wir schon zum dritten Mal dann nächstes Jahr sein werden. Möglich ist das alles nur durch unseren konsequenten Budgetpfad, zu dem wir uns dazumal 2015 im Koalitionsübereinkommen entschlossen haben. Das zeigt auch wieder klar eine freiheitliche Handschrift im gediegenen Miteinander mit der SPÖ.

Eines, was bis jetzt da heute noch überhaupt nicht so richtig zum Ausdruck gekommen ist, möchte ich hier auch noch hervorbringen: Der Gesamtschuldenstand mit diesen viel bekrittelten selbsttragenden, ausgegliederten Einheiten, hat sich in Wirklichkeit wieder um 40 Millionen Euro verringert vom gemessenen Rechnungsabschluss 2016. Das ist wirklich ein Hurra! Da müsste jetzt auch die ÖVP gratulieren!

Weil, eine Frage an Sie ist schon zulässig: warum ist das dazumal nicht mit der ÖVP gegangen? Warum bedarf es hier der freiheitlichen Handschrift, dass wir so etwas zusammenbringen? Vom Rechnungsabschluss 2016 zum Budget 2018 sind es insgesamt 40 Millionen Euro an Minus im Gesamtschuldenstand! Auch das muss einmal gesagt werden!

Natürlich ist das Ganze hart, das ist nicht nur hart für die Abteilung 3, die verwaltungstechnisch für die Finanzen zuständig ist, denen ich dabei einmal gleich ein großes Lob aussprechen muss, für die wirklich akribische Erstellung des Budgets, aber auch dafür, dass sie mit dem Mut des Verwalters mehr oder weniger auch die Landesregierungsmitglieder ein bisschen in die Pflicht genommen haben, dass sie hier nicht aus einem politischen Kalkül Budgets überziehen.

Natürlich gilt auch mein Dank den Mitgliedern der Landesregierung, die sich an die Empfehlungen gehalten haben und dementsprechend in einem gediegenen Miteinander es geschafft haben, so ein gutes und durchdachtes Budget auch zu finanzieren und herzustellen. Trotz allem investieren wir in die Zukunft. Da möchte ich jetzt gleich bei der Öffentlichen Ordnung, der Sicherheit und der Feuerwehr ansetzen. Dass in der Zukunft keine roten Zahlen für alle Ressorts geschrieben werden dürfen, ist klar, aber trotzdem lassen wir - und dass ist die große Verpflichtung, die sich diese Regierung und die Koalition gestellt haben, unsere Burgenländerinnen und Burgenländer nicht im Stich.

Wir investieren eifrig für die Zukunft und so kann ich beispielsweise sagen, dass ich mich darüber freue, dass auch der Rettungsbeitrag im Jahr 2018 wieder erhöht wurde. Diesmal um 3,24 Prozent, weil wir es nicht zulassen wollen, dass irgendein Burgenländer oder irgendeine Burgenländerin Angst haben muss, dass die Rettung nicht kommt. Da sind wir diesen Organisationen verpflichtet, dass wir ihnen die nötigen Budgetmittel zur Verfügung stellen.

Auch beim Rettungshubschrauber haben wir ähnliches bewerkstelligt, nämlich, auch 2018 wird der Beitrag für den Rettungshubschrauber wieder gesteigert werden. Wir werden 1,1 Millionen Euro vorsehen, sodass es nicht sein kann, dass aus irgendeiner budgetären Überlegung heraus ein Hubschrauber nicht startet und daher ein Menschenleben gefährdet ist.

Das können wir und wollen wir nicht zulassen! Daher ist auch hier eine dementsprechende Vorsorge getroffen worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)* Wie wir alle schon auch im letzten Wahlkampf gehört haben, ist Sicherheit nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts!

Ich könnte jetzt natürlich fragen, wer hat das gesagt? Im letzten Wahlkampf wissen wir es, aber wer hat es früher schon einmal gesagt? Das will ich jetzt nicht, aber ich will nur feststellen, dass wir das sicherste Bundesland in Österreich sind. Das verdanken wir unter anderem unserem Landeshauptmann-Stellvertreter mit seinem gesamten Team.

Aber, wir wissen es und er weiß es, auf seinen Lorbeeren oder auf diesen Lorbeeren soll man sich nicht ausruhen. Daher gilt es, weiter zu machen und die neuen Herausforderungen im Rennen um das sicherste Bundesland auch für 2018 wiederaufzunehmen.

Daher wird auch weiterhin unter der Sonne unseres Landeshauptmann-Stellvertreters und Sicherheitsreferenten des Burgenlandes eifrig an der Sicherheit des Burgenlandes gearbeitet werden. Genau so wird es auch dann passieren. Wenn Sie sich nur anschauen, was die Abteilung 2, eben das Hauptreferat Sicherheit, so alles für das Jahr 2018 vorhat, dann sehen wir unsere Burgenländerinnen und unsere Burgenländer in sicherer Hand und in einem sicheren Umfeld in Zukunft leben. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Jetzt könntet Ihr doch einmal „poschen“.)*

Dies kann sich sehen lassen. *(Abg. Doris Prohaska: Frau Oberlehrerin!)* Daher kann ich nur feststellen, dass jeder einzelne Euro, der hier in Wirklichkeit angelegt ist, gut angelegt ist, auch wenn ich gerne sagen würde, es könnte ein bisschen mehr sein. Aber, wie schon gesagt, es wird kein Ressort in die roten Zahlen kommen.

Um eine ziemliche Neuigkeit auch gleich ein bisschen zu beleuchten - auch im Burgenland ist die Cyber-Kriminalität angekommen: Wie Sie sicher aus den Medien schon erfahren haben, hat es einen Cyber-Angriff auf die Landessicherheitszentrale gegeben. Auch da können wir mit Stolz sagen: Weit sind sie nicht gekommen!

Es konnte die Homepage leicht gehackt werden, aber die Landessicherheitszentrale hat mit ihren Fachleuten sichergestellt, dass der Cyber-Angriff nicht in die Tiefe gehen konnte, rechtzeitig erkannt und sofort im Prinzip bekämpft wurde, sodass es zu keinem Nachteil bei den Leitsystemen gekommen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Auch dafür, und das muss uns alle klar sein, müssen wir Geld vorsehen. Umsonst gibt es gerade in der Cyber-Kriminalität keine Gegenmaßnahmen. Besonders freue ich mich, dass wir auch unseren großen Verbündeten in Burgenland, nämlich der Freiwilligen Feuerwehr und dem Landesverband des Burgenlandes unter die Arme greifen können und dementsprechend Vorsorge getroffen haben.

Mit den 2,5 Millionen Euro, die zur Verfügung gestellt wurden oder werden, ist neben der Generalsanierung des Landesfeuerwehrkommandos und damit die Bereitstellung der personellen und auch der räumlichen und technischen Herausforderungen für das nächste Jahr Sorge getragen.

Aber auch die Anschaffungen für die Katastrophenhilfsorganisationen sind ein wesentlicher Aspekt, den wir hier berücksichtigt haben, sodass man wirklich sagen kann, dass wir alles unternommen haben, um den Burgenländerinnen und Burgenländern eine entsprechende Sicherheit zu bieten.

Ich freue mich auch ganz besonders, dass die neuen gesetzerfassten Hilfsorganisationen diesmal mit finanziellen Mitteln oder für die diesmal finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Da gilt auch gleich ein besonderer Dank von meiner Seite für die österreichische Rettungshundebrigade, Landesgruppe Burgenland, aber auch für die österreichische Wasserrettung, dem Landesverband Burgenland, weil sie Elemente sind, die im Gesamtszenario der Sicherheit auch eine tragende Rolle spielen - und die muss natürlich finanziert werden.

Einen kleinen Ausblick möchte ich noch auf den Tagesordnungspunkt der Forderung betreffend Sicherung für Bahnreisende, wie der Antrag der GRÜNEN gelautet hat, letzter Satz, machen:

Ich freue mich, dass die GRÜNEN in der Realität angekommen sind, denn Sie haben mittlerweile festgestellt, dass es eine Gefährdung gibt, der Benchmark mit dem Straßenverkehr und den Raufereien in Zügen verstehe ich zwar nicht, aber Sie haben festgestellt, dass es im Prinzip in der Realität eine Gefährdung gibt. Dem muss entgegengetreten werden. Das ist natürlich nur mit Sicherheitskräften, so, wie wir es schon immer verlangen.

Wenn jemand in der Realität angekommen ist, ist es natürlich kein Problem für uns, auch diesen Antrag anzunehmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat von den Kosten gesprochen. Konkret, wer die Kosten im Krankenhausbereich trägt. 90 Prozent haben Sie gesagt, Herr Landeshauptmann, trägt im Burgenland das Land, 10 Prozent die Gemeinden, *(Landeshauptmann Hans Nießl: Absolut!)* 50 zu 50 in Niederösterreich. Natürlich kann man das alles aufrechnen und hochrechnen, denn die haben in

Niederösterreich auch keine Landesumlage. *(Landeshauptmann Hans Nießl: Absolut. - Abg. Ingrid Salamon: Eh schon schlimm genug!)*

Unter dem Strich wird das Geld nicht mehr, aber wir müssen nur schauen, dass wir es halbwegs gerecht so aufteilen, dass alle Gebietskörperschaften auch ihren Verpflichtungen ständig nachkommen können. *(Abg. Ewald Schnecker: Es wird nicht mehr!)* Insgesamt gesehen ist das Burgenland schon zweimal Ziel 1-Gebiet gewesen. Wir wissen das, denn wir haben eine besondere Möglichkeit der Förderung gehabt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)* Wir waren einmal Phasing Out.

Wir waren eine Periode - die jetzige jetzt als Übergangsregion wieder besonders privilegiert und es wird das Geld auch auf EU-Ebene nicht mehr werden, wenn die Engländer - Großbritannien - aus der Europäischen Union austreten, dann wird es wieder Verteilungskämpfe geben, das ist ganz klar.

Im eigenen Bereich haben wir schon auch Dinge gemacht, denn wenn ich hier nur die Bank Burgenland-Sache hernehme, dann haben wir eigentlich die Förderung der Europäischen Union in der ersten Ziel 1-Phase für die Bewältigung dieses Skandals gebraucht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Wir haben schon selbst auch ein bisschen irgendwo hineingegriffen, wo wir nicht hätten hineingreifen sollen. Daher haben wir diese Situation, wie wir sie haben. Den Kollege Haidinger habe ich nicht richtig verstanden, oder doch, wenn er gesagt hat, dass 40 Millionen Euro Schulden abgebaut wurden. Das hätte ich in keinem Budget gesehen.

Ich glaube, um die zwei Millionen Euro ist der offizielle Schuldenstand im ordentlichen Budget weniger geworden, indem was dem Landtag zur Einsicht vorliegt. In den anderen Dingen, Herr Kollege Haidinger, die außerhalb des Budgets abgewickelt werden, dort hat sich der Schuldenstand leider erhöht. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss auf die heutige Fragestunde kurz zurückkommen. Ich glaube, nachdem der Herr Landesrat Darabos gesagt hat, dass er mit der Vorgangsweise des Volksanwaltes nicht einverstanden ist, die Art und Weise, ob ihm eine persönliche Sache als ehemaliger Generalsekretär der SPÖ da übriggeblieben ist, dass weiß ich nicht.

Tatsache ist, dass der Landtag drei wichtige Dinge zu tun hat. Budget beschließen, Gesetze beschließen und Regierung und Verwaltung kontrollieren. Für dieses Kontrollieren hat er zwei Hilfsorgane verfassungsmäßig abgesichert. Das eine ist der Landes-Rechnungshof und das andere ist die Volksanwaltschaft.

Wenn die Volksanwaltschaft in einen Ausschuss des Landtages kommt, und uns Dinge sagt, abweichend von der bisherigen Praxis, dass ein davorliegender schriftlicher Bericht ganz einfach kommentiert wird, sondern ein sieben Tage alter unangekündigter Besuch in einer Einrichtung im Nordburgenland da zu einem besonderen Thema ist und da hier der Landtag nicht handelt, und das zuständige Regierungsmitglied 24 Stunden nicht auffindbar ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Denn das waren die Meldungen im ORF, nämlich, das zuständige Regierungsmitglied ist nicht erreichbar. Dann ist das für mich eine Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, - *(Abg. Robert Hergovich: Wer hat das gesagt?)* Wer das sagt hat? Der ORF hat das gesagt, denn der hat das gemeldet. Sie haben vielleicht noch einen besseren Draht zum ORF, als ich. Tatsache ist, dass 24 Stunden diese Meldung gekommen ist. Das zuständige Regierungsmitglied ist nicht erreichbar. Wenn das zuständige Regierungsmitglied nicht erreichbar ist und mein Hilfsorgan des Landtages uns Dinge sagt, dann müssen wir ganz einfach handeln und nicht zur Tagesordnung übergehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich orte hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn hier der Volksanwalt sagt, er sieht ein Gesamtbehördenversagen, dann kann der Landtag nicht zur Tagesordnung übergehen. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist hier besondere Vorsicht geboten. *(Abg. Wolfgang Sodl: Was soll das jetzt?)* Der Herr Landesrat hat heute gesagt, dass er alles unternehmen wird, um das aufzuklären. Ja, wir hoffen, dass das passieren wird. *(Ein Zwischenruf des Landesrates Mag. Norbert Darabos)* Waren Sie da? Aber Sie haben keine wie immer geartete Stellungnahme abgegeben. Oder habe ich die überhört? *(Abg. Robert Hergovich: Was ist jetzt?)* Ja, das weiß ich nicht.

Der ORF hat das gemeldet. Ich bin um Mitternacht nach Hause gefahren, aber da war noch immer keine Stellungnahme eines burgenländischen Landesrats. Sei es wie es sei, wir haben das heute ausdiskutiert. Wir wissen, dass die Vorgangsweise eine war, die verbesserungswürdig ist, Herr Landesrat!

Selbst wenn es persönliche Differenzen mit dem Kollegen Kräuter hier geben sollte, hier wäre im Interesse der burgenländischen Kinder, aber auch aller anderen Kinder und nicht nur der burgenländischen vorzugehen und diese Dinge aufzuklären gewesen.

Nun aber zum Sicherheitsbereich. Na ja, Herr Kollege Tschürtz, ich weiß nicht, ob das so weitergeht mit Ihrer Privatarmee, denn wenn in seiner Abschiedspressekonferenz der Herr Minister Doskozil vor einer Privatisierung im Sicherheitsbereich warnt, dann kann ich mir nur vorstellen, dass er Ihr Projekt im Burgenland meint, dass diese Hilfssheriffs, die Ihnen 700.000 Euro im Jahr wert sind, dass Sie hier möglicherweise doch einiges an Erklärungsbedarf haben werden, wenn der zweite Sitznachbar dann eben nicht mehr Bieler sondern der Kollege Doskozil sein wird. *(Abg. Manfred Haidinger: Die werden sich das schon ausmachen.)*

Ich habe mir diese eine Seite im „Kurier“ sehr genau durchgelesen, *(Abg. Doris Prohaska: Mensch, Ihr habt wirklich Sorgen! Sitzplätze! Diese Sorgen tät ich gerne haben. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sind eh Eure Sorgen!)* wo über die gelben Jacken geschrieben wurde, dass sie Kriminelle abschrecken. Na ja, so viele Kriminelle werden sie nicht abschrecken, wenn insgesamt österreichweit die Wohnungseinbrüche zurückgehen.

Waren es doch 2007 noch 20.000, 2010 - 15.600, 2013 - 16.000 und 2016 - 12.975. Die haben alle keine gelben Jacken in ganz Österreich, und die Wohnungseinbrüche gehen zurück. Wir freuen uns, *(Abg. Manfred Haidinger: Uns am meisten!)* wenn eine zusätzliche Sicherheitsmaßnahme getroffen wird.

Ob die dem Burgenland Jahr für Jahr 700.000 Euro kosten muss, sehr geehrte Damen und Herren, das muss er sich fragen. Es ist Ihr Prestigeprojekt, denn die SPÖ-Mehrheit ihres Koalitionspartners in der Landesregierung gesteht Ihnen diese Spielwiese zu, wenn es so sein soll.

Was mich wundert ist, dass für sonstige Leistungen erstmals 49.500 Euro im Budget enthalt sind. Es wird wahrscheinlich ein Öffentlichkeitsarbeitsansatz sein. Ich habe dieser Tage gehört, vielleicht können Sie uns und den Landtag darüber aufklären, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass es einen Hackerangriff auf die Landessicherheitszentrale gegeben haben soll.

Ich habe zugehört. Das zuständige Regierungsmitglied nehme ich an, wird uns doch Information aus erster Hand berichten können, wie es hier zu diesem Vorfall kommen konnte. Welche Voraussetzungen nunmehr geschaffen sind, dass so etwas nicht mehr passiert. Es wäre fatal, wenn das EDV-System in der Landessicherheitszentrale zusammenbrechen würde.

Für das Feuerwehrwesen sind nach wie vor 2,5 Millionen Euro, wie Sie gesagt haben und auch ausgeführt haben, vorgesehen. Ich weiß nicht, ob die Sanierung der Landesfeuerwehrschule mit dieser Summe gemacht werden kann. Im Gegenteil, da werden wir noch sehr oft 2,5 Millionen Euro investieren müssen, also für das nächste Jahr, damit ist der Weiterbestand und des Schulbetriebes und die Organisation der Landesfeuerwehrschule und des Landesfeuerwehrkommandos eben auch sichergestellt.

Danke zu sagen, gilt es 17.000 freiwilligen Feuerwehrmitgliedern im Land, die auch im Stande sind, nicht nur die Katastrophen zu bewältigen, sondern auch im Stande sind, in die nächste Generation hinein diese Art des Helfens, in die Feuerwehrjugend, so zu investieren, dass auch bedenkenlos unsere Kinder in diese Organisation Feuerwehrjugend sichern können.

Die Kinder auf spielerische Art und Weise auf diese Hilfe für den nächsten ganz einfach auch vorbereitet werden. Vielen herzlichen Dank allen, die hier ihren Beitrag leisten. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist uns gestern und heute, weiß ich nicht, ein Sammelgesetz zugestellt worden, mit dem das Feuerwehrgesetz, das Katastrophenhilfegesetz und das Rettungsgesetz geändert werden soll.

ei Sammelgesetzen bin ich immer vorsichtig. Dies deshalb, weil mit einem großen Sammelgesetz alle Beiräte von der ÖVP gesäubert wurden. Freiheitliche und SPÖ haben den Regierungsproporz dort eingeführt. Jetzt werden wir das sehr genau prüfen, was Sie mit diesem Sammelgesetz hier vorhaben. Es ist im Vorfeld nicht die Information, die ich mir gewünscht hätte, an uns ergangen.

Ich freue mich, dass hier für Gespräche zu dem Landessicherheitsgesetz, das ja in Ausarbeitung ist, dass wir eingeladen sind. Da werden wir sehr gerne, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, daran teilnehmen. Sollte eine Änderung des Feuerwehrgesetzes in irgendeiner Art und Weise geplant werden, würden wir uns freuen, wenn wir eingeladen und uns auch dort einbringen könnten.

Tatsache ist, dass die Polizei im Burgenland und der Assistenzeinsatz des Bundesheeres so wie der Name sagt, das Bundesheer der Polizei assistiert. In einem Polizeieinsatz unser aller Sicherheit garantieren.

Wir leben in einem sehr sicheren Bundesland. Ich bin sehr froh, dass dieser Debatte auch der Herr Landespolizeidirektor beiwohnt, damit er auch sieht, wie und auch hört, wie der Landtag hier diese sichtheitspolizeilichen Dinge und insgesamt das Kapitel Sicherheit debattiert.

Was mich doch ein bisschen verwundert ist, dass in einer westlichen Demokratie, wie es Österreich ist, es möglich ist, dass in Friedenszeiten Polizei pardon Bundesheer mit Sturmgewehren Polizeieinsatzdienste vor Botschaften beispielsweise in Wien verrichtet. Das ist in einer westlichen Demokratie in Friedenszeiten nicht das, was wir uns wünschen.

Ich weiß, *(Abg. Manfred Haidinger: Ist Brüssel keine westliche Demokratie?)* dass der Innenminister, ich weiß, dass der Innenminister in Zeiten, ich sage es sofort, in Zeiten wo ein Terroranschlag möglich ist, werden natürlich solche Dinge vermehrt stattfinden. Aber, in Friedenszeiten ist es und das Innenministerium freut sich, dass Ressourcen des Bundesheeres für Polizeiaufgaben freigemacht werden. Aber, es sollte nicht die Regel sein, nicht die Tagesordnung sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen Satz noch zu diesem Antrag der GRÜNEN im Bereich der Sicherheit in ÖBB-Zügen. Diesem stimmen wir sehr gerne zu. Auch wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele Leute an uns herangetreten sind.

Auch den Finanzbericht des Rechnungshofes über die europäischen Finanzen, den EU-Finanzbericht 2015, werden wir zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächstes erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ewald Schnecker das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Landespolizeidirektor wurde schon angesprochen. Ja, das Thema Sicherheit, das Kapitel Sicherheit hat einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft im Burgenland. Die Sicherheit der Bevölkerung ist uns wichtig. Das ist, glaube ich, auch aus den Debattenbeiträgen hervorgegangen, da sind wir uns alle einig. Wir sind uns auch darüber einig, dass wir Aufgaben für die gesamte Republik übernehmen. Wir sagen dann immer, dass wir Sicherheitsdienstleister für ganz Österreich sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Seit 2013 hat das Burgenland eine Sicherheitsstrategie, an der wir uns orientieren und an der wir festhalten.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben eine sehr gute Sicherheitssituation - auch das wurde bereits gesagt. Warum haben wir das? Weil wir einerseits sehr umsichtig und vorausschauend agiert haben. Weil viel Geld investiert wurde, das wurde bereits angesprochen.

2018 werden es wieder 21,5 Millionen Euro sein. So im gesamten alle Positionen zusammengerechnet. Vor allem darum, weil die Sicherheitsorganisation des Landes sehr gut, sehr professionell und vor allem sehr partnerschaftlich zusammenarbeiten. Vor wenigen Tagen hat der Herr Landeshauptmann wieder einen Sicherheitsgipfel 2017 abgehalten. Eine wichtige Veranstaltung, die jetzt schon Tradition hat.

Was wurde umgesetzt? Ein kurzer Rückblick, was war notwendig, was ist notwendig. Es wurden zentrale Punkte umgesetzt und weil das gerade angesprochen wurde mit dem österreichischen Bundesheer im Inland. Ja, das ist ja eine Materie des Innenministeriums. Aber auch hier hat der Herr Landeshauptmann mit den Grenzkontrollen Recht behalten.

Der Assistenzeinsatz ist in vollem Gange. Das Bundesheer kontrolliert an der grünen Grenze. 450.000 Soldatinnen und Soldaten sind derzeit im Grenzeinsatz und die Zusammenarbeit funktioniert auch hier sehr gut.

Was die Polizei betrifft, ich weiß, das ist eine Bundesmaterie. Wir haben jetzt mehr Polizistinnen und Polizisten bekommen. Eingeleitet vom damaligen Landespolizeidirektor Doskozil, dem heutigen Bundesminister für Landesverteidigung und weitergeführt vom anwesenden Landespolizeidirektor Mag. Huber. Das bedeutet, dass seit April 2017, also mit Ende März 2017, die Kolleginnen und Kollegen ausgemustert wurden. Tatsächlich ist spürbar, dass wir mehr Polizistinnen und Polizisten im Burgenland im Einsatz haben und das ist positiv.

Ein letzter Lehrgang, der sich jetzt in Ausbildung befindet, mit 23 Kolleginnen und Kollegen, wird Ende Dezember ausgemustert. Mit 1. Jänner wird dann wieder ein Lehrgang mit 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmern beginnen. Aber, was uns hier fehlt ist eine Zusage für weitere Lehrgänge.

Denn, wenn wir davon ausgehen, dass diese Ausbildung zwar Jahre dauert und diese Kolleginnen und Kollegen, die am 1. Jänner 2018 eben damit beginnen, erst im Jahr 2020 zur Verfügung stehen werden, dann heißt das, dass wir 28 mehr haben, aber in dieser Zeit 146 - so ist unsere Rechnung - in Pension gehen werden. Das ist dann im Endeffekt doch wieder weniger. Also brauchen wir auch weiterhin Kurse, um Teilnehmer auszubilden. Ein ganz großes Lob und ein ganz großer Dank unseren Kolleginnen und Kollegen dafür. Das ist wirklich herzeigbar, das beweist die professionelle Arbeit.

Die Aufklärungsquote, die sowieso immer sehr hoch ist im Bundesland Burgenland, auf die wir immer so stolz sind, konnte von einem sehr hohen Wert, nämlich von 48 Prozent im Vergleichszeitraum von Jänner bis Juni 2016 im Zeitraum von Jänner bis Juni 2017 auf 54,3 Prozent gesteigert werden. Ich denke, da haben sich die Polizistinnen und Polizisten des Burgenlandes jeden Dank und jede Anerkennung verdient. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren! Die Sicherheitspolizze wurde so unter diesem Schlagwort angesprochen. Das bedeutet, dass alle Einsatzorganisationen innerhalb von 15 Minuten an einem Einsatzort tätig werden können. In 95 Prozent der Fälle können wir das auch leisten. Auch das ist ein sehr hoher Wert und dabei spielen, die Feuerwehren wurden heute auch schon genannt, natürlich auch die Feuerwehren eine zentrale Rolle.

Gerade in diesem Bereich hat sich in der letzten Zeit, in den letzten Jahren, sehr viel getan. Die Feuerwehren sind, so quasi könnte man sagen, auf dem Weg in das digitale Zeitalter. Wir haben heute schon gehört, digitaler Löschwasserplan. Wir hören immer vom Verwaltungsprogramm SyBOS. Jetzt kommt dazu ein Subventionsmodul im SyBOS also alles Ausdrücke, wo dann Nicht-Feuerwehrleute gleich ein Problem damit bekommen, was das heißt und was das kann.

Der Ausbau des digitalen Funksystems ist für alle Einsatzorganisationen - von der Polizei, über die Feuerwehr, bis hin zu den anderen Rettungsorganisationen – abgeschlossen. Auch das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Ein neues Feuerwehrgesetz ist in Ausarbeitung. Es wurde auch gesagt, die Ausrüstungsverordnung ist fertig und soll mit Anfang 2018 in Kraft treten. Dabei wird zur Festlegung des Mindestmannschaftsstandes und der Grundausrüstung der Orts- und Stadtfeuerwehren, die Einteilung der Gemeinden in Risikokategorien erfolgen.

Bis jetzt hat man immer die Feuerwehr an sich betrachtet. Für sich selbst und die neue Betrachtungsweise wird die Gemeinde sein. es geht da nicht so sehr um das Sparen, sondern um den Einsatz, um den effizienten Einsatz der Mittel und Geräte und Ausrüstung. Über die langen Jahre wird es dann, denke ich, etwas kostengünstiger. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Für das Jahr 2018 wurden wieder Mittel in der Höhe von 2,5 Millionen Euro vorgesehen, das ist nach Jahren der Erhöhung, ist das jetzt gleichgeblieben. Die Unfallversicherung, und an das kann ich mich noch erinnern, war im Vorjahr ein Punkt, über den gegenteilige Meinung herrschte. Hier wurden Rücklagen dafür aufgewendet. Im Jahr 2018 haben wir wieder die 46.500 Euro zur Verfügung.

Die angesprochene Generalsanierung der Landesfeuerwehrschule, nicht des Kommandos, um ganz korrekt zu sein, steht am Beginn mit Steuerungsgruppe mit Konzepterstellung. Hier gibt es im Budget tatsächlich noch keine Mittel, aber das ist im Werden. ich denke auch hier wird man gemeinsam natürlich, auch mit dem Herrn Landeshauptmann und dem Landeshauptmann-Stellvertreter, zu einem guten Ergebnis kommen.

Ich bedanke mich hier auf diesem Weg bei allen 17.000, mehr als 17.000 Männern und Frauen, Feuerwehrmitgliedern, für den unentgeltlichen, ehrenamtlichen, zu jederzeit stattfindenden Einsatz. Wenn wir zurückschauen auf das vergangene Wochenende aus der Praxis, dieser Busunfall in Minihof-Liebau. Da haben wir auf Knopfdruck, und das muss man sich vergegenwärtigen, der Busunfall war um 22.10 Uhr, da braucht man nur auslösen und wir haben auf einmal 90 Feuerwehreinsatzkräfte vor Ort, also das bringt sonst niemand zusammen. Auch das, denke ich, ist einen Applaus wert und die Leute haben unseren Dank verdient*. (Beifall bei der SPÖ, FPÖ, LBL und bei den GRÜNEN)*

Die Rettungsdienste, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier eine engmaschige Versorgung, das wissen wir, zu dem stehen wir auch und das kostet Geld. Rotes Kreuz, Arbeitersamariterbund, leisten hier ganz tolle Arbeit. Für den Rettungsdienst an sich, da ist der Rettungs-Euro enthalten, stehen 2,956 Millionen Euro zur Verfügung. Nach einer Erhöhung im Voranschlag 2017, da war schon eine deutliche Erhöhung, jetzt wieder eine deutliche Erhöhung.

Wenn Sie die Summe im Voranschlag sehen, da können Sie dann noch einmal 72.000 Euro dazu rechnen, die sind noch nicht abgebildet, weil diese Erhöhung des Rettungsbeitrages, Rettungs-Euros, etwas höher ausgefallen ist, als wie es ursprünglich geplant war. Rettungshubschrauber, Ärztebereitschaft, das wurde angesprochen, 1,1 Millionen Euro sind vorgesehen. Für die neuen Akutordinationen und die Wochentags- und Nachmittagsbetreuungen, stehen die angesprochenen 390.000 Euro zur Verfügung.

Ganz klare Gewinner sind hier die Menschen, die dieses System in Anspruch nehmen können und manchmal auch in Anspruch nehmen müssen, wenn sie es brauchen. Also ich denke, hier sollte nicht gespart werden, wird es auch nicht, und dazu stehen wir. Rettungshunde, Wasserrettung, auch das wurde schon gesagt, in kleineren Organisationen. Wir haben hier für eine Aufwertung - Sie können sich alle erinnern - vor zwei Jahren gesorgt. Die ÖVP hat damals nicht mitgestimmt, ich weiß bis heute nicht, warum? Diese Rettungsdienste erhalten insgesamt für ihre Tätigkeiten, damit sie diese Aufgaben abdecken können, zirka an die 60.000 Euro und jede Maßnahme, die unser Land sicherer macht, ist zu begrüßen, wer immer sie auch anbietet. Das ist unser Zugang.

Geschätzte Damen und Herren! Zusammenfassend: Es ist also eine ganze Reihe von Maßnahmen im Bereich der Sicherheit, wie gesagt insgesamt 21,5 Millionen Euro für mehr Sicherheit im Einsatzkräftebereich, für mehr Sicherheit auf der Straße, für mehr Sicherheit wohin Sie schauen, Wasserrettung, Rettungshundebrigade.

Also wir können auf ein sehr, sehr dichtes Netz zurückgreifen. Höchstmögliche Sicherheit für unser Bundesland, für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer und ich denke, auf das können wir stolz sein.

Wir werden dem Kapitel natürlich unsere Zustimmung geben, sowie auch unserem Antrag, gemeinsam mit den GRÜNEN, was die Sicherheit der Bahnreisenden betrifft. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In geraffter Form: Ausgehend von den Darstellungen, und in den Reden aufgenommenen Inhalte, die wir bei der Generaldebatte gehört haben, zeigt oder bedeutet für mich einige Verwunderung, dass zum Beispiel in der gesamten Darstellung auf die positivste Entwicklung die unser Heimatland, unser Burgenland, genommen hat,

der Klubobmann Hergovich kein einziges Wort, oder mit keinem einzigen Wort die Europäische Union erwähnt hat.

In der ganzen Darstellung war das nur auf Eigenleistung bezogen. Tatsache ist, wir sind ein absoluter Nettoempfänger, das ist auch im Rechnungshofbericht nachgewiesen. Wir sind diejenigen, die am wenigsten österreichweit in die Europäische Union einzahlen und wir sind der Hauptprofiteur.

Insgesamt ist auch dort bereits erwähnt, dass 1,5 Milliarden Euro innerhalb der letzten 20 Jahre ins Burgenland geflossen sind. Dieser Nachweis, Herr Klubobmann Hergovich, und allen, die in dem Sinne jetzt diese Darstellung verfolgt haben, diese Summe ist für Vieles verantwortlich, was die Entwicklung unseres Burgenlandes ausmacht. Hätten wir in der Entwicklung nach dem Fall des Eisernen Vorhanges mit dem Beitritt zur Europäischen Union diese gesamten Ziel-1 Nachfolge, Phasing-Out, wie immer gearteten Förderungen nicht erhalten, wären wir noch immer so etwas, wie das Schlusslicht in der gesamten Darstellung und es würde Ihnen schwerfallen, uns als Meisterland und Musterland hinzustellen.

Tatsache ist, dass diese Erwähnung der europäischen Hilfsgelder und Möglichkeiten den Aufstieg unseres Bundeslandes insgesamt ausgemacht hat. Und es verwundert mich umso mehr, dass Sie diesem Anspruch in keinster Form gerechtfertigt entgegengetreten sind. Wenn wir dann einen gemeinsamen Antrag um die Kohäsionspolitik nach 2020 auch debattieren werden, der eingelaufen ist, weil es darum geht, dass europäische Fördergelder auch in Zukunft für unser Bundesland zur Verfügung stehen sollen.

Meine Damen und Herren, diesen Widerspruch sollten wir auch lösen, wenn es darum geht, in der Bereitstellung wichtige Aussagen zu treffen.

Entscheidend, und das ist im Grunde genommen eine ganz, ganz neuartige Erkenntnis in der heutigen Budgetdebatte, entscheidend waren für mich zwei Wortmeldungen, die beginnend mit dem Klubobmann der Freiheitlichen gestartet wurden.

Nämlich zu den sogenannten Swap-Geschäften, wo der Klubobmann der Freiheitlichen einzig für sich festgehalten hat, wir sollten uns bemühen, hier quasi Wege und Möglichkeiten zu finden, das Ganze irgendwann einmal ausstiegsmäßig zu gestalten.

Und desgleichen, und das hat mich noch stärker verwundert, der Herr Klubobmann Hergovich hat von 100 Millionen Euro im Zusammenhang mit den Swap-Geschäften gesprochen, die es zu bewältigen gelten könnte. Ob das jetzt 2033 der Fall ist, das wage ich zu bezweifeln, weil vorher in der Diskussion ja auch angeführt wurde, wenn wir vorzeitig aussteigen, kostet uns das „X“, in Wirklichkeit wissen wir nicht, was im Endeffekt 2033 dastehen wird, um es als Solches abzugelten. Ich möchte in diesem Kreis und in diesem Hohen Haus festhalten, es hat, ich kenne einige Privatfirmen, die von den Umsätzen her um etliches weniger gestalten, als jetzt das burgenländische Landesbudget ausmacht, die innerhalb der letzten drei Jahre es geschafft haben, aus Swap-Geschäften vollkommen auszusteigen.

Nicht, weil ihnen der Wille danach war, oder die Lust und Leidenschaft gehegt hat, sondern sie mussten es tun, und sie haben es auch im Bewusstsein getan, dass Kosten entstehen. Aber noch einmal in der Darstellung, wer heute noch diese Swap-Geschäfte, so wie es immer wieder dargestellt wird, entweder es als Versicherungsabsicherung kennzeichnet, beziehungsweise wie wir es auch gehört haben, dass das eine Art von Bewältigung von Formen in Bezug auf Fixzinsvereinbarungen ist, der tut mir außerordentlich leid.

Das ist eine Entwicklung, die dem Burgenland mit Sicherheit nicht guttut und das, was sich daraus ergibt, wird als Klotz an unseren Beinen, aller Burgenländerinnen und Burgenländer hängen bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Spitzmüller hat das angesprochen, wir leisten zirka 23 Millionen Euro Burgenland Beitrag, aus dem Rechnungshofbericht und haben allein aus den landwirtschaftlichen Bereichen 150 Millionen Euro als Gewinn zu verbuchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wichtiger Aspekt, den wir vorher in der Diskussion, auch in der Klarstellung auf sogenannte Leistungsbereitschaft unseres Bundeslandes und aller nachgeordneten Dienststellen hatten, war das Anspringen, das Ankurbeln der Wirtschaft und damit in Verbindung die Reduktion der Arbeitslosigkeit.

Ich möchte nur zur allgemeinen Kenntnis und Erinnerung folgendes festhalten: Wir haben noch immer im Burgenland über 8.000 Arbeitslose. Da sollte wirklich die Formel gelten, wir müssen noch einiges an wirtschaftlichem Aufschwung zulegen, um dieser Entwicklung auch Herr zu werden und sie abzubremsen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe des Öfteren jetzt in der Darstellung den Rechnungshof angesprochen. Der Kollege Ing. Strommer hat auch eine nachgeordnete Hilfsmöglichkeit und Instanz genannt, nämlich die Volksanwaltschaft.

Ich will mich jetzt nicht darauf reduzieren, was in diesem Heim in Gols zutage getreten ist, sondern Ihnen etwas zur Kenntnis bringen, weil ich denke, dass Sie das nicht gelesen haben werden, nämlich was die Volksanwaltschaft, in Bezug auf die KRAGES, den Geschäftsführer, der es vormals war, mitgeteilt hat.

Ich zitiere jetzt nur auszugsweise, und das nur in bestimmten kurzen Episoden: Vielmehr war es den Mitgliedern von Seiten der den Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung zuordenbaren Personen, - das ist quasi die Regierungsbank mit dem Landeshauptmann an der Spitze, - teilweise die Erwartungshaltung vorhanden, dass ihre, - sprich des Geschäftsführers, Vorstellungen von ihnen unverzüglich und unwidersprochen umgesetzt werden. Ihre Behandlung als Geschäftsführer der KRAGES GesmbH erweckt dabei mitunter sogar den Eindruck, es handle sich bei ihnen um den Leiter einer nachgeordneten Dienststelle, den man nach politischen Zweckmäßigkeiten Vorgaben machen kann, nicht aber um den Geschäftsführer, einer von der Landesverwaltung ausgegliederten GesmbH.

Meine Damen und Herren! Das ist Zeugnis des Verwaltungszustandes, den wir haben. Ich habe in der letzten Sitzung, im Zusammenhang mit der KRAGES ausdrücklich darauf verwiesen, es ist ein riesengroßer Unterschied zwischen Landesverwaltung und ausgelagerten Gesellschaften.

Wir müssen festhalten, dass die begründet wurden, und ich sage es zum wiederholten Male, ausschließlich aus steuertechnischen Gründen. Was sich dann nachträglich innerhalb dieser Organisationsformen, sprich dieser GesmbHs abspielt und abgewickelt wird, hat einen ganz anderen Zustand zutage gefördert, und jetzt haben wir es schwarz auf weiß.

Die Volksanwaltschaft drückt es sehr vorsichtig noch aus, wie es darum bestellt war, quasi von Regierungsseite durchzugreifen und gewisse Forderungen, Inhalte, erfüllt zu bekommen, ohne Rücksicht auf Verluste und ohne auf die Geschäftsführeraktivität nur einigermaßen aufmerksam zu machen.

Wir haben in diesen Gruppen 0 und 1 auch in den verschiedensten Angelegenheiten um die Gemeinden gesprochen. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Punkt anführen, der bisher noch vernachlässigt wurde.

Wir bewegen uns einer Entwicklung einer Alterung entgegen, die schwerwiegende Folgen auf die finanzielle Gebarung einerseits des Landes, aber auch der Gemeinden haben wird. Es nutzt uns dabei nicht, dass wir festhalten, dass der Aufteilungsschlüssel für finanzielle Gegebenheiten 74 zu 26 beträgt, sondern, dass was sich in politischer Hinsicht abgespielt hat, mit der Abschaffung des Pflegeregresses und anderer Gegebenheiten, wird nachdrücklich mit der Alterung in unserem Bundesland riesengroße Probleme in den einzelnen Bereichen setzen und bringen.

Und wenn wir festhalten, dass die Entwicklung, so wie es der Landeshauptmann vorhergesagt hat, dass die Entwicklung einer nachhaltigen klaren Regelung bedarf, und dass immer mehr Wert gelegt wird, auf eine sogenannte mobile und in gewissen betreuten Wohneinheiten stattfindende Gestaltung, auf die älteren Personen, dann ist das nichts anderes, als jetzt schon eine Abkehr von dem Punkt, wo wir mit der Pflegestufe vier, den Eintritt in den sogenannten Pflegebereich haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf alle anderen ausgegliederten Instanzen und Gegebenheiten wie Feuerwehr, Polizei, Rettungswesen, schließe ich mit meinen Vorrednern mit dem Spruch an, sie sollen uns lange erhalten bleiben und ein Glück auf.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich habe in meinen ersten Ausführungen über die Ertragsanteile gesprochen und möchte noch einen Teil dazu hängen in dieser Rede, nämlich die Diskussion um die Landesumlage.

Aber es geht auch um die gerechte Verteilung der Bedarfszuweisungen und letztendlich gibt es auch ein Thema das ich ansprechen möchte, dass im Haus sehr oft schon über Anträge formuliert wurde, nämlich die Möglichkeit der Einhebung einer Zweitwohnsitzabgabe.

Zum Thema Eins, Landesumlage: Ja, die Landesumlage ist interessanterweise das erste Mal, ich verstehe es nicht warum, ich habe mich immer dagegen gewehrt als Regierungsmitglied, und es ist immer von Jahr zu Jahr beschlossen worden. Jetzt auf einmal gibt es einen Beschluss, also die Gesetzesvorlage liegt vor, dass also die Landesumlage für drei Jahre mit 7,6 Prozent fixiert wird. Dieses Landesgesetz ist bereits eingelaufen. Interessant, es geht ja immerhin um eine Höhe von 20 Millionen Euro, interessant ist Folgendes: Ich weiß nicht, ob Sie das gelesen haben, es ist irgendwie schon ironisch geschrieben. In den Erläuterungen zu diesem Gesetz steht, zu den einzelnen Bestimmungen wird bemerkt, ich zitiere:

Im Finanzausgleichgesetz 2017 ist der Höchstsatz für die Landesumlage zwar mit 7,66 Prozent normiert, um die burgenländischen Gemeinden jedoch finanziell zu unterstützen und zu entlasten, wurde ein niedriger Prozentsatz für die Landesumlage nämlich 7,6 Prozent gewählt. Also ich meine, das ist schon etwas ironisch formuliert, dass man da mit 0,06 Prozent die Gemeinden des Burgenlandes entlasten möchte. Wir haben

einen Vorschlag gemacht, warum machen wir nicht so etwas wie ein Gemeindeinvestitionspaket? Wenn der Herr Landeshauptmann vorher, er ist jetzt leider nicht da, gemeint hat, ja man kann über gewisse Dinge immer nur reden, - tun muss man etwas, Vorschläge machen. Als Regierungsmitglied habe ich damals Vorschläge gemacht.

Wir haben zum Beispiel, Erstens, wir haben die Anteile der BEGAS von den Gemeinden gekauft und haben den Gemeinden das Geld zur Verfügung gestellt. Das war einer meiner Vorschläge damals. Zweitens, wenn Sie sich erinnern können, wir haben damals zwei Mal ein Investitionspaket für Gemeinden geschnürt, ich glaube mit je 1,7 Millionen Euro. Warum geht das nicht, dass man, wenn man schon die Landesumlage nicht abschafft, dass man hier deutliche Signale in Richtung Gemeinden setzt und sagt, wir stellen ein Impulspaket zur Verfügung? Das wäre eigentlich notwendig.

Wenn wir von der Breitbandmillion reden, dann wäre zum Beispiel von den 20 Millionen Euro, wenn wir da ein, zwei Millionen zur Verfügung stellen, um wirklich das Breitband in den Regionen auszubauen, das wäre eine effektive Investition. Das wäre ein Schwerpunkt im Budget, den ich vermisse in diesem Budget 2018. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das Nächste, die Bedarfszuweisungen. Ja, die Bedarfszuweisungen werden wahrscheinlich mit den Ertragsanteilen steigen. Es gibt aber auch Vorabzüge. Da kann man darüber diskutieren, sind die notwendig, sind die nicht notwendig? Man kann auch über einen Verteilungsschlüssel diskutieren.

Ich habe damals mit dem Landeshauptmann Nießl eines ausgemacht, ich habe eine Regierungsvorlage eingebracht, die ist auch einstimmig beschlossen worden, dass zirka zwei Drittel der Bedarfszuweisungen nach einem Schlüssel aufgeteilt werden.

Also, wir haben hineingeschrieben, bis 500 Einwohner – 50.000 Euro, bis 2.000 Einwohner – 100.000 Euro und so weiter und sofort. Die Bezirksvororte bekommen mehr und die Landeshauptstadt Eisenstadt soll besonders berücksichtigt werden. Fairerweise muss ich sagen, bis jetzt hat der Landeshauptmann auch das eingehalten. Ob er die Zuteilung an die Landeshauptstadt eingehalten hat, darüber kann man diskutieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In letzter Zeit ist es besser geworden.)*

Man sollte auch diskutieren, ob man nicht einen anderen verbesserten Schlüssel anwendet. Das war damals ein Kompromiss. Ich bin dafür, dass ungefähr zwei Drittel der Bedarfszuweisungen zweckgebunden sind.

Ich bin auch dafür, dass ein Drittel das Regierungsmitglied frei vergeben kann in Form von Projektförderungen. Aber, ein großes Aber und hier nehme ich Anleihe an der SPÖ Niederösterreich, da wäre ich auch dafür, dass man Transparenz walten lässt. Dass man nämlich dieses eine Drittel an Projektförderung ganz genau ausweist egal wo, ob im Rechnungsabschluss, egal, ob in der Finanzstatistik, damit man weiß für welche Projekte sind diese Bedarfszuweisungen geflossen. Das wäre fair.

Ich habe eine Anfrage gestellt an den Landeshauptmann und da hat es geheißen, naja das sieht man ja in den Gemeindefinanzstatistiken, die jährlich herausgebracht werden. Ja man sieht die Summe, aber die Aufteilung sieht man nicht. Dann hat er gesagt, naja in den Rechnungsabschlüssen der Gemeinden – da sieht man es auch nicht, weil die Bedarfszuweisungen ist ein großer Brocken und wofür das dann verwendet wird, das kann man nur vermuten, aber man kann das nicht ersehen.

Daher glaube ich, wäre es gerecht, wenn man hier eine Lösung finden würde, zwei Drittel gerecht verteilt, ein Drittel Projektförderung, aber völlige *(Abg. Ingrid Salamon: Das*

stimmt so nicht, was Sie sagen.) Transparenz. Das ist die Idee der ÖVP, das würde ich mir wünschen, dass wir das auch umsetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Frau Landesrätin Eisenkopf ist nicht da, daher möchte ich da nur wenige Worte verlieren. Ich kann mich erinnern, groß angekündigt wurde der Gemeindeberatungsscheck, für die Erstberatung von Gesprächen, Planungen und so weiter. Ich habe damals eingeworfen, was soll das eigentlich? Wenn ich ein Projekt umsetze in der Gemeinde ist das sowieso der Fall, dass das Erstgespräch, das Informationsgespräch, kostenlos ist. Also geschehen ist da nicht viel. Ich habe eine Anfrage gestellt, mir wurde gesagt, nein, das wissen wir nicht.

Also da kann ich nur William Shakespeare zitieren „Viel Lärm um nichts." Groß angekündigt, aber nichts umgesetzt. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Eine Werbung für die Firma.)*

Thema Zweitwohnsitz, letztes Thema: Thema Zweitwohnsitz, das ist ein Dauerthema und ja, da kann man darüber diskutieren. Jetzt kann jemand herauskommen und kann sagen, wir haben das schon eingebracht, warum haben Sie nicht mitbeschlossen? Das ist eine Diskussion, die geht, glaube ich, quer durch alle Parteien.

Je nachdem wie einer die Gemeinde sieht, gibt es Pro und Kontra, glaube ich, dass es genauso in der ÖVP diese Sichtweise gibt, wie sie es in der ÖVP und in anderen Parteien gibt.

Jetzt ist es etwas Interessantes geschehen, ich habe mir das Modell Oberösterreich angesehen. Die haben nämlich in der Sitzung vom 9. November 2017 diese Zweitwohnsitzabgabe beschlossen. Zwar als keinen Zwang, kein Zwang, sondern als eine Ermächtigung für die Gemeinden.

Ich möchte da jetzt ohne Parteibrille, ohne dass ich irgendwen da beschuldigen möchte, nur Eines vorschlagen, vielleicht sollten wir das wirklich sachlich und ohne Parteibrille und ohne gleich den Reflex, wenn er das sagt, das geht nicht weil, es von dem kommt, dann geht das sowieso nicht. Da sollten wir vielleicht darüber diskutieren. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit, wie man den Gemeinden helfen kann, denn wirklich alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden mir da Recht geben.

Wir bekommen die Ertragsanteile aufgrund der Hauptwohnsitze, wenn aber sich jemand zweitwohnsitzmeldet, dann müssen wir genauso die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Und da glaube ich, da wäre es gerecht über diese Sache wirklich einmal ohne Parteibrille nachzudenken. *(Abg. Manfred Kölly: Setzen wir uns zusammen.)*

Nur einmal nachdenken und wenn wir dann glauben, das ist nichts, okay dann war es eine Idee. Der Herr Landeshauptmann hat mich indirekt aufgefordert, nicht direkt, indirekt in seiner Rede, naja nicht nur jetzt reden, sondern auch Vorschläge unterbreiten.

So, das ist jetzt mein Wille als Abgeordneter. Ich habe jetzt einen Vorschlag unterbreitet. Was hindert uns daran, dass wir uns zusammensetzen? Was hindert uns daran, dass wir vielleicht da ein gemeinsames Paket im Landtag zusammenbringen und damit den 171 Gemeinden des Burgenlandes wirklich auch helfen können?

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Da hätte ich jetzt fast eine Frage an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ist das definitiv so, dass die Bedarfszuweisungen, die an die Gemeinden gehen, auch nicht im Nachtragsvoranschlag, nirgends, aufgeschlüsselt werden müssen, wofür die Bedarfszuweisungen zur Verfügung gestellt werden? *(Abg. Ingrid Salamon: Die sind im Rechnungsabschluss angeführt. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nicht der Verwendungszweck. – Abg. Mag. Franz Steindl: Nicht der Verwendungszweck.)*

Das denke ich mir, nicht der Verwendungszweck. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nein – nicht der Verwendungszweck.)* Nicht der Verwendungszweck. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Ingrid Salamon: Die Projekte schon.)* Das heißt, man bekommt eine Bedarfszuweisung und man braucht nicht anführen, wofür diese dann verwendet wird. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das hast Du verschlafen in der Regierung.)* Unglaublich, gut, in Ordnung.

Dafür, dass man ehrlich ist, Frau Abgeordnete. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das hast du verschlafen.)* Aber ganz so ist es anscheinend nicht, aber ich lasse mich selber überraschen. Gut. Wir kommen zum Thema Sicherheit. Ja, da ist einiges schon angesprochen worden, sehr viel angesprochen worden. Ich glaube, dass das Thema Sicherheit, auch aus meiner Sicht, sehr positiv bewertet wurde.

Wenn ich mit dem Rettungsdienst beginne, beim Rettungsdienst darf man nicht vergessen, dass in Folge der Zunahme der Rettungstransporte, es jetzt bereits schon 120.000 Einsätze pro Jahr gibt und es gibt bis zu 120 Prozent eine Steigerung.

Das heißt, da ist es so, dass wirklich die Rettungsorganisationen sehr, sehr gefordert sind. Deshalb hat es natürlich auch jetzt, beim letzten Rettungsbeirat haben wir auch darüber gesprochen, dass man auch die Indexanpassung, auch die Biennalsprünge, auch natürlich die Gehaltserhöhung, die sich mit 2,33 Prozent niedergeschlagen hat, dass man natürlich das auch weitergibt. Es kann auch niemand etwas dafür und es kann auch nicht so sein, dass die Rettung gesagt hat, wir zahlen jetzt unseren Leuten weniger, wichtig ist, dass es eine Versorgung gibt für die burgenländische Bevölkerung.

Zum Cyberangriff, was der Präsident Strommer schon gesagt hat. Ja, es hat einen Cyberangriff gegeben, der wurde wirklich perfekt abgewehrt. Zu dem Cyberangriff muss man sagen, dass das jetzt auch wahrscheinlich schön langsam im Burgenland zu greifen beginnt. Deshalb gibt es natürlich auch eine Initiative seitens des Innenministeriums. Das kommt aber jetzt alles, wie man diese Cyberangriffe abwehren kann. Ich weiß nicht, wer das noch weiß, es gibt wöchentlich Cyberangriffe im Verteidigungsministerium, wo auf einmal eine Million Mails losgestartet werden. Das ist Wahnsinn was sich da abspielt.

Das heißt, das ist eine Kriminalität, die zukünftig wahrscheinlich sehr massiv behandelt werden muss. Interessant an diesem Cyberangriff ist, dass das anscheinend von Bitcoin-Seite gekommen ist, das ist wirklich interessant. Aber es wird natürlich hier recherchiert und dann wird man sehen, wie das in weiterer Folge ausschaut. Auf jeden Fall, ja, es hat diesen Cyberangriff gegeben. Gratulation der Landessicherheitszentrale, der wurde wirklich sehr erfolgreich abgewehrt.

Zu den Feuerwehren: Bei der Feuerwehr wir haben schon gehört, es gibt ein neues Feuerwehrgesetz, es ist sehr gut im Laufen. Wir werden aber natürlich, nachdem von den Expertinnen und Experten sozusagen der Vorschlag gemacht wird, selbstverständlich alle Parteien mit einbinden und zu Parteienverhandlungen einladen. Im Grund genommen gibt es einen Bereich, wo die Demokratisierung sozusagen Hauptthema ist. Ein Hauptthema ist auch die Rolle der Gemeinden, die auf eine andere Art auch verstärkt werden soll, das

materielle Recht, das heißt, diese ganzen behördlichen Festlegungen, wo es auch immer wieder Probleme gibt, dann die gesamte Feuerwehrorganisation.

Dann auch der gesamte Datenschutz und der Herr Abgeordnete Schnecker hat es schon angesprochen, natürlich die Digitalisierung, die auch natürlich vor der Feuerwehr nicht Halt macht und voranschreitet. Das heißt, da gibt es eine Menge zu tun und das ist einmal der Lauf der Zeit, es ändert sich sehr viel, es wird immer Erneuerungen geben.

Auch natürlich die Generalsanierung des Landesfeuerwehrkommandos ist jetzt sozusagen in Aufarbeitung. Es ist so, dass hier natürlich ein Lenkungsausschuss eingerichtet wurde und in Bezug auf die Generalsanierung selbstverständlich die Feuerwehr vollinhaltlich eingebunden ist und dass man natürlich alle möglichen Expertinnen und Experten heranzieht und genauso soll es auch sein.

Bevor ich zur Polizei komme, auch der Punkt Verkehrssicherheit. Das ist natürlich auch ein Punkt, den man auch immer wieder anführen kann. Wir wissen alle in Zeiten des Handys, und da gibt es jetzt immer mehr und mehr Initiativen, da ist es so, dass die Unfallgefahr steigt. Viele sind sogar so locker, dass sie sogar während des Autofahrens eine SMS schreiben. Es gibt sehr viele Berichte, wo man zu Tode kommt, wenn man an Kreuzungsbereichen auch SMS schreibt und so weiter und so fort. Das heißt, auch im Bereich der Verkehrssicherheit und in Verbindung mit der Digitalisierung ist wirklich einiges zu tun.

Im Bereich der Wasserrettung haben wir geplant, dass die Wasserrettung ein neues Boot bekommt. Das Boot ist schon ziemlich leck. Das heißt, es wird einen Plan geben, wo in den nächsten zwei bis drei Jahren ein neues Boot angekauft werden kann.

Die Hundestaffel hat ein neues Einsatzfahrzeug bekommen. Wir wissen alle, die Wasserrettung und die Hundestaffel sind jetzt natürlich auch im Rettungsgesetz. Wie gesagt, der Herr Abgeordnete hat schon gesagt, leider Gottes war die ÖVP da dagegen, aber es soll so sein. Zum Bereich Gesamtsicherheit, sprich Polizei. Es ist angesprochen worden, die Sicherheitspartner, die jetzt unterwegs sind. Eines muss man schon dazu sagen, die Sicherheitspartner sind präsent, die Sicherheitspartner sieht man, die haben eine eigene Einsatzstruktur.

Das heißt, 24-Stunden-Einsatz, die fahren am Abend, die sieht man und selbstverständlich ist das eine präventive Wirkung auch in Bezug auf die Kriminalität. Faktum ist natürlich, das „GEMEINSAM SICHER“ Projekt, ist zwar auch Klasse, aber niemand weiß, wer ist der Nachbar oder der zweite Nachbar, der da verantwortlich ist und etwas weiterträgt. Ich habe auch mit dem Innenminister darüber gesprochen.

Wer der nächste Innenminister ist, das wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Auf jeden Fall es wird eine Unterstützung auch seitens des Innenministeriums geben für das Projekt Sicherheitspartner. Denn alle Projekte, die dienlich sind und der Polizei nützlich sind und auch die Polizei bei artfremden Tätigkeiten unterstützen, sind hilfreich.

Es gibt viele Ideen jetzt im Bereich der Sicherheitspartner. Da habe ich auch schon mit dem zukünftigen Finanzlandesrat Hans-Peter Doskozil gesprochen, der auch Ideen hat. Das heißt, dieses Projekt wird durchaus erweiterungsfähig sein und auch natürlich im Zusammenwirken mit dem Innenministerium. Es wird jetzt, ist schon sozusagen beschlossen, es gibt auch die Möglichkeit der Grenzraumkontrollen bei der Polizei. Das heißt, es war ja dieses strittige Thema, wo man damals gesagt hat, der Herr Abgeordnete Strommer hat damals gesagt, das geht ja nicht. Da kann man ja nicht an der Grenze kontrollieren und Kofferraum auf und Kofferraum zu, das geht nicht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das geht nicht.)*

Es geht, oja es geht! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Doskozil hat das auch gesagt – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Es geht nicht. Wie soll das mit den Pferden gehen?) – Unruhe bei der ÖVP)* Die Grenzraumkontrollen sind beschlossen, die Grenzkontrollen, Herr Abgeordneter Präsident Strommer, werden schon durchgeführt, die gibt es jetzt schon. Ich glaube, dass es auch wichtig ist. Denn weiterfolgend, wenn es die Grenzkontrollen nicht mehr gibt wird es ganz wichtig sein, dass es diese Grenzraumkontrollen gibt. Ich glaube, dass die auch sehr wirksam sind. Man muss nicht unbedingt an der Grenze stehen, sondern ich glaube, dass Grenzraumkontrollen genauso effektiv sind, weil da kann man genauso die Kastenwagen und alles abfangen und hat vielleicht noch einen besseren Zugang zur Bevölkerung. Also das ist jetzt die Möglichkeit, das wird jetzt schon gemacht. Weil sie angesprochen haben die berittene Polizei, ja die berittene Polizei wird auch zum Pilotprojekt einmal in Wien werden. *(Abg. Manfred Kölly: Hör auf!)* Naja, ich würde vorsichtig sein mit den negativen Äußerungen. Da gibt es eine Menge positiver Elemente die in der Bevölkerung verankert sind. Da würde ich wirklich sehr vorsichtig sein.

Aber in Ordnung, jeder hat natürlich die Möglichkeit seine Meinung zu äußern. Es wird auch sehr viel im Bereich der Sicherheit getan werden. Es wird auch, und das wird man dann sehen, wenn die neue Regierung steht, dass es, ich sage einmal so über den Daumen, für das Burgenland also zehn, 20, 30 Neuigkeiten gibt. Angefangen wie wird die Polizeiausbildung ausschauen und so weiter und so fort. Die sind sehr, sehr zukunftsorientierte Projekte.

Eine Neuigkeit kann ich ansprechen. Zum Beispiel ist man daran auch eine Polizeilehre oder eine Polizei-Kadettenschule… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Uns wirst Du sicher nicht überzeugen!)* Ich brauche Euch nicht überzeugen. Es interessiert mich auch nicht ob Ihr überzeugt seid oder nicht, ich sage nur es wird auch die Möglichkeit geben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Da sind wir in der Koalition!)*

Naja ich kann ja nicht sagen bitte seid überzeugt von… *(Abg. Ing. Rudolf Strommer auf die Abgeordneten der SPÖ zeigend: Die da drüben musst Du überzeugen!)* Naja ich weiß ja nicht, Du hast gesagt die berittene Polizei taugt Dir zum Beispiel nicht. Also muss ich Dich überzeugen, nicht? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir dann auf Deiner Seite!)* Aber in Ordnung.

Das heißt, es wird sehr viele Neuigkeiten und Änderungen geben. Insgesamt ist es im Bereich der Sicherheit so, das wissen wir alle, dass wir nur das Hauptreferat Sicherheit haben. Es wird sich auch im Katastrophenschutz sehr viel tun. Der Abgeordnete Strommer hat es auch schon gesagt, es gibt ein Katastrophenhilfegesetz.

Da gibt es aber nur eine kleine Änderung und das ist, dass die Feuerwehr schon vor einer Katastrophe in den Katastrophenschutzplan Einblick haben soll und bevor noch eine Katastrophe ist sich vorbereiten kann auf gewisse Bereiche wo man annehmen kann, dass dort vielleicht eher etwas passieren kann. Das ist, glaube ich, sehr wichtig.

Wie gesagt, es kommt auch das neue Landessicherheitsgesetz, ehemalig Landespolizeistrafgesetz, wo es so rasch als möglich jetzt auch Parteienverhandlungen gibt. Das ist auch schon im Werden. Das heißt, es tut sich natürlich auch eine Menge auch im Bereich der Sicherheit.

Abschließend muss man den vielen Einsatzorganisationen danke sagen, den vielen Freiwilligen, die ja eigentlich Tag und Nacht für unsere Bevölkerung im Burgenland da sind und das ist wirklich lobend zu erwähnen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Zu dem Hackerangriff auf die Landessicherheitszentrale, da muss ich das schon noch ein bisschen ins rechte Licht rücken. Draufgekommen auf den Fehler ist das sogenannte LTE-Forum. *(Abg. Ilse Benkö: Ins linke Licht oder?)* Das ist eine Mobilfunk-Community die relativ schnell draufgekommen ist, warum diese Seite so langsam läuft.

Der Grund ist, dass seit dreieinhalb Jahren kein Update gemacht wurde von der Grundlage dieser Seite, nämlich dem System Tumblr.

Das ist ein CMS-System und deswegen waren hier Sicherheitslücken offen, die relativ schnell, von Leuten die sich gut auskennen für die erwähnte Kryptonwährung, für das Schürfen der Kryptonwährung, genutzt werden können. *(Abg. Ilse Benkö: Also das würde ich hinterfragen!)* Das steht in den Medien, „Standard“-Artikel.

Da gibt es einfach Leute die sich gescheit auskennen, auf der einen wie auf der anderen Seite. Also das ist eigentlich eine selbstgemachte Geschichte im Großen und Ganzen und zeigt einmal mehr wie wichtig es ist, seine Systeme up to date zu halten.

Eigentlich für Landessicherheitszentrale ein bisschen eine peinliche Geschichte, aber bitte. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 0 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 0 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Gruppe 1.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 1 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 1 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

II. Teil

Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft und

Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Beratung des II. Teiles des Voranschlages.

Er umfasst die Gruppen

2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft und

3, Kunst, Kultur und Kultus.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte um Ihren Bericht.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Im Entwurf der Landesregierung zum ordentlichen Haushalt sind in der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, Einnahmen in der Höhe von 223.117.200 Euro und Ausgaben in der Höhe von 276.156.000 Euro vorgesehen.

In der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, sind Einnahmen in der Höhe von 2.279.300 Euro und Ausgaben in der Höhe von 23.859.700 Euro vorgesehen.

Namens des Finanzausschusses empfehle ich die Gruppen 2 und 3 unverändert anzunehmen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 2 und 3 unverändert anzunehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir diskutieren jetzt die Budgetgruppen 2 und 3. Wir haben es gerade gehört, in der Budgetgruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, und in der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus.

Bei der vorjährigen Debatte zur Budgetgruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft habe ich mit dem Zitat begonnen: „Die wertvollste Investition überhaupt ist die Investition in die Menschen.“ Ich darf an dieser Stelle dieses Zitat noch einmal unterstreichen und möchte es auch noch einmal präzisieren. Die allerwertvollste Investition überhaupt ist die Investition in unsere Kinder, in unsere Jugendlichen. Beginnend beim Kindergarten und der Volksschule. Diesbezüglich gibt es im Land Burgenland, was die Infrastruktur betrifft, ja sehr gute Unterstützungen.

Wir seitens der Gemeinde Bad Sauerbrunn bauen selbst gerade einen neuen Kindergarten, eine Kinderkrippe mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 4,2 Millionen Euro exklusive Mehrwertsteuer und benötigen natürlich auch hier dementsprechend Unterstützungen und Förderungen. Die Infrastruktur ist aber nur eine Seite der Medaille. Sie ist zwar ein sehr wichtiger Faktor, aber viel wichtiger ist es wie diese Hardware mit Software ausgefüllt wird. Welche Instrumente, welche Werkzeuge, welche Möglichkeiten hier die handelnden Personen zur Verfügung gestellt bekommen. Natürlich

selbstverständlich beginnend bei unseren Jüngsten bei den Kindergartenkindern, Volksschulkindern und fortführend bei den Neuen Mittelschulen, Gymnasien, Handelsschule, HTL bis hin zu den Fachhochschulen und zu den Universitäten.

Ja, wir sind mitten im digitalen Zeitalter angekommen. Bei mir ist das zwar allerdings ein bisschen vorbeigegangen, aber ohne dem geht es nicht mehr. Hier stimmt das Sprichwort 100prozentig: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Gendern ist mit Sicherheit hier nicht wirklich das Wichtigste. Die Budgetentwicklung in der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft geht ja von der Investitionssumme her in die richtige Richtung. Im Jahr 2016 waren noch 258 Millionen Euro im Rechnungsabschluss vorangeschlagen, im Jahr 2017 waren es dann 273 Millionen Euro und für das Jahr 2018 werden es 276 Millionen Euro sein. Die Tendenz ist eine steigende.

Dieser eingeschlagene Weg für die Gruppe 2 in einem auf Schuldenreduktion ausgelegten Budget für 2018 ist daher auch ein richtiger Weg. *(Beifall bei der LBL)*

Wichtig dabei ist aber schon, dass die hier im Budget vorangeschlagenen Summen auch richtig eingesetzt werden. Wobei uns schon klar ist, dass es sich hier Großteils um Vollzugsleistungen des Landes gegenüber dem Bund handelt. Was den Bund betrifft, wir alle wissen in einigen Tagen mitunter vielleicht in ein paar Wochen werden wir eine neue Bundesregierung haben, mitunter bringt es uns vielleicht das Christkind. Ich bin sehr gespannt, wie die neue Bundesregierung sich hier im Thema Bildung positionieren wird. *(Abg. Mag. Wolfgang Spitzmüller: Schöne Bescherung!)*

Seit Jahrzehnten haben wir hier ja eine Bildungsreform und einen Kompetenzstreit zwischen den Ländern und dem Bund, wobei hier in der Vergangenheit in vielen Bereichen die Lehrergewerkschaft nicht wirklich hilfreich war. Mit unseren Fachhochschulen im Land Burgenland sind wir, so glaube ich, mit dem Angebot und der Nachfrage im Bachelor- und Masterstudienlehrgang, was das betrifft sind wir, glaube ich, sehr gut aufgestellt. Verbesserungen beziehungsweise Erweiterungen bei den Lehrgängen können natürlich gerne angenommen werden.

Ein für mich persönlich aber ganz wichtiger Punkt im Bereich Bildung ist die Lehrlingsausbildung. Ich wiederhole mich hier im Hohen Haus immer wieder. Das duale Ausbildungssystem ist ein gutes System, ist ein sehr gutes System. Ein Vorzeigesystem auch für viele Länder in Europa. Ich bin aber kein Freund von Lehrwerkstätten.

Die sind zwar auch notwendig, aber die sollten der letzte mögliche Ausweg sein. Die Lehrlinge gehören in die Betriebe und die Betriebe gehören wesentlich besser unterstützt. Uns droht mit Sicherheit in den nächsten Jahren ein Facharbeitermangel. *(Beifall der Abgeordneten Mag.a Michaela Resetar und der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik)* Wir von der Liste Burgenland haben diesbezüglich immer wieder Vorschläge hier im Hohen Haus unterbreitet.

In der Budgetgruppe 2 finden wir auch den Bereich Sport. Wir haben dieses Thema heute bereits in der Fragestunde besprochen. Sport und die daraus resultierenden Spitzensportlerinnen und Spitzensportler aus dem Land Burgenland sind unausweichlich mit gut funktionierenden, gut geführten Sportvereinen verbunden.

Der Herr Landeshauptmann hat es heute schon gesagt, und da muss ich ihm auch demensprechend Recht geben und bin 100prozentig seiner Meinung und jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister egal welcher Fraktion hier im Hohen Haus kann hier eigentlich nichts Anderes behaupten.

Jede Förderung egal in welcher Höhe löst eine x-fache Investition in den Vereinen und in den Gemeinden aus. Ganz abgesehen von den unzähligen unentgeltlich geleisteten Arbeitsstunden die hier im Vereinsleben und von Funktionärinnen und Funktionären anfallen.

In der Budgetgruppe 3 diskutieren wir Kunst, Kultur, Kultus. Diese drei Themenbereiche Kunst, Kultur und Kultus sind auch ein Spiegelbild der Gesellschaft. Ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Im Budget sind dafür 23,86 Millionen Euro vorgesehen. Fast ein Drittel entfällt hier auf die Kultur-Betriebe Burgenland GmbH, das sind 5,9 Millionen Euro, sowie auf die Festspiel-Betrieb Burgenland GesmbH mit 1,1 Millionen Euro. Das Burgenland bringt ja immer wieder ausgezeichnete Künstlerinnen und Künstler hervor. Selbstverständlich auch ausgezeichnete Produktionen, die weit über die Grenzen des Landes bekannt sind. Denken wir hier nur an Mörbisch, St. Margarethen, Haydntage und vieles, vieles mehr. Für unsere Touristen wird hier ein vielfältiges und abwechslungsreiches Angebot geschaffen.

In der Generaldebatte haben wir heute gehört, dass im Budget 2018 die Summen für rechtsfreundliche Vertretung seitens des Landes doch um einiges erhöht werden müssen. Ich denke ein Teil davon wird in diesem Budget in dieser Budgetgruppe wohl oder übel verwendet werden müssen.

Kunst und Kultur ist natürlich auch ein wichtiger Motor für unseren Tourismus und die daraus resultierenden Übernachtungszahlen. Natürlich darf man auf die vielen Vereine, kleinen kulturellen Aktivitäten nicht vergessen und die Projekt und Veranstaltungen dementsprechend auch unterstützen.

Daher appelliere ich, genauso wie in meiner letzten Budgetrede zu diesem Thema, persönliche Befindlichkeiten hintanzustellen und mit allen zu diesen Themen relevanten Personen, Organisationen beziehungsweise Vereinen Gespräche zu führen.

Das Kulturland Burgenland muss hier für alle verantwortlichen Personen im Sinne unserer Gäste im Vordergrund stehen. Danke. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Mag.a Regina Petrik hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung, Kindergarten, Schule, Wissenschaft. Ich werde einmal so eine kleine Rundumschau machen.

Im Bereich Bildung gibt es durchaus, das sei nicht verschwiegen, gute Entwicklungsansätze. Aber wesentliche Bereiche die ein umfassendes Bildungskonzept eines Landes abdecken müssten, sind für mich hier noch nicht abgebildet. Das sind keine neuen fehlenden Posten, sondern das ist etwas, was schon seit einigen Jahren offensichtlich ist, dass es hier fehlt. Nach wie vor fehlt die pädagogische Beratung in den Kindergärten die es früher gab, die dann abgedreht wurde und wo sich Pädagoginnen - wenige Pädagogen die wir im Burgenland haben im Kindergarten - immer wieder melden und sagen, wir haben jetzt nichts mehr. Wir haben jetzt niemanden mehr, der zu uns in den Kindergarten kommt und uns beraten kann, der mit uns Supervision macht. Das müssen wir uns selber organisieren.

Aber so wie es früher einmal war, dass innerhalb der Landesstruktur pädagogische psychologische Beraterinnen und Berater für die Kindergärten da waren, jeder

Kindergarten hatte eine eigene Beratung für sich die er in Anspruch nehmen konnte, das gibt es jetzt schon seit ein paar Jahren nicht.

Der Herr Landeshauptmann hat immer wieder versprochen, dass es hier einen Ersatz geben wird, aber das ist bis jetzt noch nicht geschehen und das ist ein Posten der wirklich fehlt. Weil wir können natürlich verschiedenste Programme für die Kindergärten anbieten, wenn aber dann in der konkreten Problemsituation, wo in der Gruppe ein Problemfall auftaucht der nicht durch ein allgemeines Programm abzudecken ist, und niemand da ist der pädagogisch beraten kann, der psychologisch geschult ist um auch hier gut und kompetent zu beraten, dann erzeugen wir hier Probleme.

Dann lassen wir die Pädagoginnen und Pädagogen allein und diese Probleme werden dann weitergezogen. Da muss man endlich, und ich hoffe das wird dann im nächsten Jahr dann gemacht, endlich wieder etwas dafür vorsehen und endlich wieder die Beratungsmöglichkeit für die Kindergärten bereitstellen.

Große Schwierigkeiten gibt es auch, ich habe es heute in der Fragestunde schon einmal angesprochen, im Bereich der Diagnostik für Kinder mit Behinderungen, um einen Integrationsplatz im Kindergarten zu bekommen. Das war in früheren Jahren auch nicht ganz sauber geregelt, aber es wurde halt irgendwie mitgemacht.

Zurzeit ist es so, dass Eltern sich selbst eine Diagnose für ihr Kind holen müssen, damit es im Kindergarten diesen Integrationsplatz bekommen kann. Das kann kein Dauerzustand sein. Es kann auch nicht damit abgetan werden, dass den Eltern eine Liste von möglichen Psychologinnen oder Psychologen gegeben wird. Das ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand hier die Abklärung bereit zu stellen.

Der Herr Landeshauptmann hat in der Fragestunde hierauf keine klare Antwort gegeben. Aber ich hoffe das Problem ist ihm nun bewusster geworden. Das heißt, hier wird der Normalbetrieb im Kindergarten auch belastet und es heißt, und das wissen wir nun, es fehlt das Integrationsmanagement im Kindergartenbereich. Ich hoffe sehr, dass hier im nächsten Jahr etwas entwickelt wird.

Schauen wir weiter in die Schule, und da wird es jetzt spannend, denn der Wind der jetzt vom Bund wehen wird, wird uns im Burgenland möglicherweise große Schwierigkeiten machen. Ich habe es schon kurz erwähnt, hier haben wir die Diskussion der Schulnoten.

Als wäre das jetzt das Wichtigste im Bildungsbereich, dass man den Lehrerinnen und Lehrern in der Schule vorschreibt, Kindern nicht wie es erst letzten Sommer in der Bildungsreform beschlossen wurde, nach Absprache und nach Abstimmung mit den Eltern verbal beurteilen zu können, sondern man schreibt ihnen vor, sie müssten jetzt wieder Noten vergeben. Noten die eigentlich überhaupt nichts ausmachen.

Das könnte sein, dass hier eingeläutet wird, dass wichtige Punkte der Bildungsreform des vergangenen Sommers einfach zurückgenommen werden. Es wird sich die Frage stellen wie es mit der Autonomie weitergeht.

Für mich wird sich die Frage stellen, ob das unsere Regierungskoalition hier im Burgenland vor einer Zerreißprobe stellt, weil es immer offensichtlicher wird, dass in Fragen der Bildung, in Fragen der Schule, in Fragen auch der Pädagogik hier die SPÖ auf der einen Seite und die FPÖ auf der anderen Seite sehr unterschiedliche Standpunkte vertreten und Positionen haben, auch sehr unterschiedliche Erfahrungen.

Da kann ich nur sagen, meine Unterstützung in diesem Weg der Schulpädagogik wird die SPÖ haben. Ich hoffe, wir müssen hier nicht noch weitere Errungenschaften

wieder zurückschrauben. Was noch nicht feststellbar ist in diesem Budget, das sind die Einsparungseffekte durch die Umstrukturierung der Landesschulräte in Bildungsdirektionen.

Nach wie vor wird offensichtlich damit gerechnet - so kann ich es im Budget nachlesen - dass der amtsführende Präsident des Landesschulrates auf der Gehaltsliste des Landeshauptmannes steht und nicht als Bildungsdirektor dem Bund zugeordnet ist. Es wird offensichtlich noch nicht damit gerechnet, dass diese Umstrukturierungen im kommenden Jahr stattfinden werden.

Wir werden sehen, wie ernst hier auch die neue Struktur durch die Bildungsdirektionen genommen wird. Ob die neue Bundesregierung die Formen des letzten Jahres auch hier wieder rückgängig machen wird und wohin uns die Schulpolitik überhaupt noch treiben wird.

Es ist ein Jammer. Es ist auch ein Jammer, und da habe ich jetzt wirklich eine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen der FPÖ, wie hier über Bildungsinstitutionen, auch über Ihre Netzwerke, einfach Falschmeldungen verbreitet werden. Wir haben jetzt wieder den Fall, wo Ihr Bundesparteiobmann Strache eine Falschmeldung, eine lang bekannte Falschmeldung, von oe24 über Nikolaus im Kindergarten verbreitet und alle Richtigstellung, die dann oe24 vorbringt, werden natürlich nicht mehr wahrgenommen.

Das ist ein ganz mieses Hetzen und ein absichtliches Verbreiten von Fehlmeldungen, nur um politische kleinteilige Effekte irgendwo auszumachen. Das ist bitte auch eine Bildungsfrage, dass man sich ernsthaft in den sozialen Netzwerken dem stellt, dass man nicht Lügen verbreitet, sondern Wahrheiten. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Eine Unklarheit zeigt sich auch für mich in einem Budgetposten der betitelt ist mit „Bildungsprojekte, Kommunikations- und Informationsmaßnahmen“, der uns leider in den Erläuterungen auch einiges schuldig bleibt. Hier kann man lesen: Der veranschlagte Betrag dient zur Abdeckung der mit der Weiterentwicklung des Schulwesens im Burgenland anfallenden Kosten.

Weiters erfordern die laufenden Reformen im Bildungswesen, insbesondere im Pflichtschulbereich, entsprechende Kommunikations- und Informationsmaßnahmen, bei dem mich dann die Kosten „Entwicklung“ stutzig machen. Gab man im Jahr 2016 - 8.260 Euro für diese Maßnahmen aus, waren es im Jahr 2017 bereits 100.000 Euro.

Das kann ich mir jetzt noch mit der Bildungsreform erklären und dass man eben damit auch viel Information und Kommunikation braucht im Schulwesen. Aber für das Jahr 2018 wird es gleich noch einmal verdoppelt und hier sind 200.000 Euro für diese Kommunikationsmaßnahmen im Bildungsbereich, im Schulbereich, vorgesehen.

Das lässt vermuten, dass sich hinter dieser Summe noch mehr verbirgt als ein paar Informationsmaßnahmen. Ansonsten wäre es wohl überdimensioniert und eine besonders teure Maßnahme. Es ist also einiges okay, aber für mich noch viel zu viele Fragen offen.

Einen Blick möchte ich jetzt auch noch gleich bei der Gelegenheit auf die Fachhochschule Burgenland wenden. Sie zeigt uns ja eine sehr erfreuliche Entwicklung. Die Fachhochschule Burgenland baut nicht nur in für das Land wichtige Berufsgruppen das Lehrgangsangebot aus, hier werden Arbeitskräfte für die Energiewirtschaft, für den Gesundheitsbereich und seit ein paar Jahren auch für die Sozialarbeit ausgebildet. Das ist sehr, sehr wertvoll.

Die FH Burgenland zeigt auch in zwei weiteren Bereichen wohin es in Zukunft gehen kann. Da sind zum einen die hervorragende grenzüberschreitende

Zusammenarbeit und das internationale Denken im Bildungsbereich. Es sich innerhalb der eigenen vier Wände, der eigenen Grenzen gemütlich zu machen, ist nicht ihres. Die Weite im Denken ist etwas, was die FH auszeichnet.

Noch etwas ist bei der FH gerade im Zusammenhang mit einer Budgetdebatte vor den Vorhang zu holen. Gestern hat die Fachhochschule Burgenland ihre zweite Gemeinwohlbilanz präsentiert. Sie ist damit die erste Hochschule Österreichs und die erste Fachhochschule Europas, die eine Gemeinwohlbilanz legt und ist damit eine Pionierin auf diesem Gebiet Unternehmensentwicklung im Bildungsbereich über Finanzzahlen hinaus zu dokumentieren.

Sie legt eine Bilanz, in der Gemeinwohlstreben und Kooperation, Vertrauensbildung, Wertschätzung und Solidarität eine maßgebliche Rolle spielen. Mit dem Ziel der Erhöhung des Gemeinwohls ist die Fachhochschule Burgenland mit ihrer Gemeinwohlbilanz hoffentlich Vorbild für weitere Entwicklungen im Land.

Georg Pehm, Geschäftsführer der FH Burgenland, der sieht das auch als Herausforderung für die kommenden Jahre, in denen die Eingliederung in die Landesholding Burgenland vollzogen werden soll. Er stellt sich die Frage, ich zitiere: „Wird es uns gelingen in diesem Rahmen nicht nur die Synergieeffekte einer großen Organisation zu nützen, sondern auch wesentliche Werte aus dem Prozess der Gemeinwohlorientierung einzubringen? Diese Perspektive finden wir jedenfalls spannend."

Ich auch. Ja, diese Perspektive wäre auch spannend, wenn es um die Finanzen des Landes Burgenland geht. Davon sind wir leider noch weit entfernt.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Es hat sich der Herr Mag. Johann Richter als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte am Anfang nur einmal die Eckdaten des Bildungsbudgets noch einmal wiederholen. 276 Millionen Euro sind veranschlagt. Das heißt, drei Millionen mehr als im Vorjahr, übrigens elf Millionen mehr als im Jahr 2016. Zusammengefasst könnte man sagen, es fließt jeder vierte Euro in den Bereich Unterricht, Erziehung und Wissenschaft. Wir sind natürlich dafür.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will jetzt gar nicht Mutmaßungen anstellen wie meine Vorrednerin was in einer neuen Regierung eventuell in dem Bereich kommen könnte. Lassen Sie mich aber doch die Gelegenheit ergreifen und, ich sage einmal, den Bereich Bildung aus meiner Sicht etwas näher zu beleuchten.

Ich habe das hier schon einmal gesagt, ich wage zu behaupten, dass das, ich sage einmal, in ganz Europa als gut bekannte österreichische Bildungssystem in den letzten Jahrzehnten, ich sage einmal, zu Tode reformiert worden ist.

Ich verstehe nicht ganz, warum gute Dinge die sich bewährt haben, mit aller Gewalt verschwinden, geändert werden müssen. Ich nehme als Beispiel für mich die Hauptschule mit ihren Leistungsstufen, die für mich in Ordnung war.

Jeder neue Unterrichtsminister glaubt wahrscheinlich, dass er unbedingt Reformen durchführen muss und glaubt, das Gelbe vom Ei kann nur er bieten. Heute sind Begriffe

wie Autonomie, Inklusion, Digitalisierung und so weiter das Um und Auf, das Gebot der Stunde.

Man vergisst aber bei der ganzen Diskussion einen, für mich vielleicht den wesentlichsten Faktor, und das ist der Lehrer, der Pädagoge. Er ist der Methodiker, er ist der Didaktiker, er ist der Experte was Pädagogik anbelangt. Er baut eine soziale Beziehung zu seinen Schülern auf, er ist Kontaktperson.

Glauben Sie mir, nicht der Laptop oder irgendein anderes Gerät kann den Schüler motivieren, das erfolgt eigentlich ganz allein durch den Lehrer. Ich sage, egal in welchem Schultyp, ob NMS, Gesamtschule und so weiter, ein hervorragend ausgebildeter und engagierter Pädagoge wird jeden Schüler zu seinem bestmöglichen Erfolg motivieren und führen können. Davon bin ich überzeugt. Aber auch der beste Pädagoge wird wahrscheinlich Probleme haben, wenn er, ich sage einmal, fast keine Disziplin, oder überhaupt heutzutage keine Disziplinierungsmaßnahmen setzen kann, darf, wenn er fast nur zum Verwaltungsbeamten oder zum „Schriftführer“ verkommt, denn es muss alles protokolliert werden. Es muss alles aufgezeichnet werden.

Es könnte ja eine Berufung ins Haus stehen und so weiter und so fort. Aus dem Grunde, das weiß ich aus eigener Erfahrung, nicht weil ich so war, sondern von Kollegen her, werden auch viele "Nicht genügend" in höheren Schulen nicht gegeben. Obwohl der Schüler, ich sage einmal, einen Achter verdient, bekommt er gerade noch einen Vierer.

Weil der Direktor ist zufrieden, der Schüler ist zufrieden, die Eltern sind zufrieden, ich habe keine Arbeit, ich habe kein Problem. Das kann es auch nicht sein. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich beim Schüler, der nächste wesentliche Faktor. Heutzutage wird für die Schülerinnen und Schüler sicher sehr viel getan. Es gibt unzählige Projekte, eine Menge von Schulversuchen. Ich glaube, die Kollegin Prohaska kann da sicher zig davon aufzählen, das ist alles in Ordnung, das ist gut, das ist alles gut und schön.

Auch die immer wieder erwähnten Tatsachen, wir haben die höchste Maturantenquote im Burgenland, wir haben die wenigsten „Nicht genügend“ bei den Hauptgegenständen bei der Matura und so weiter. Darauf können wir natürlich stolz sein. Hier ist das Burgenland Spitzenreiter.

Wir haben, ich sage es einmal so, das beste Bildungssystem in Österreich, aber eben nur in Relation zu den anderen Bundesländern oder in Relation zu Österreich. Jetzt könnte ich gemeinerweise sagen: Wie muss das Niveau dann dort aussehen? Aber immerhin, das sind Fakten und Tatsachen und wir können wirklich als Burgenländer stolz darauf sein.

Tatsache ist, wir haben ein äußert teures, eines der teuersten Schulsysteme, Bildungssysteme. Trotzdem ist es sehr wenig effizient, dass beweisen die Dinge wie die PISA-Studie, dann die ganzen Schreiben- und Leseteste, die es gibt. Außerdem habe ich das Gefühl, dass gegenwärtig Begriffe wie Disziplin und Pflichtbewusstsein für unsere Schüler totale Fremdwörter sind und sie dazu auch in keinster Weise, ich sage einmal, angehalten werden können, nicht einmal angehalten werden dürfen.

Heutzutage, sehr geehrte Damen und Herren, haben sich meiner Meinung nach drei Hauptprobleme im Schulbereich herauskristallisiert. Erstens, es gibt immer mehr Schülerinnen und Schüler aus fremden Kulturen ohne Deutschkenntnisse. Tatsache!

Zweitens, das Bildungsniveau sinkt jährlich. Angeblich - es gibt auch verschiedene Untersuchungen - verlassen 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler nach neun Jahren

die Schule als - es wird oft genannt - „strukturelle Analphabeten“, und das klingt schon sehr traurig.

Drittens, es gibt immer mehr disziplinäre Probleme. Ich führe nur ein Beispiel an, dass zum Beispiel muslimische Schüler Lehrerinnen einfach nicht akzeptieren. Wenn ich bei diesem Punkt anknüpfen darf, da sind natürlich die Eltern gefordert, und damit bin ich beim dritten wesentlichen Punkt des Bildungswesens, das sind die Eltern.

Wir wissen, dass die ältere Generation immer wieder gesagt hat, die Kinder sollen es besser haben. Die ältere Generation, die quasi unser Land aufgebaut hat, es wirklich schwer gehabt hat. Es hat sich eingebürgert, dass die Meinung, ja, es soll dir bessergehen, geh‘ in eine Schule, - das ist richtig, das ist verständlich. Aber diese Einstellung wird praktisch damit miterzogen, dass es da Werteunterschiede gibt.

Natürlich ist es eine Tatsache, je höher die Bildung, desto mehr verdient normalerweise jemand. Die Folge ist aber, es gibt einen Mangel an Lehrlingen, es herrscht Facharbeitermangel, und ich glaube, da muss in Zukunft auf jeden Fall drastisch eingegriffen werden. Ich bin wirklich überzeugt, eine Lehre muss genauso viel wert sein wie eine Matura - auch finanziell. *(Beifall bei der FPÖ)*

Das geht natürlich nicht von heute auf morgen, aber daran muss unbedingt gearbeitet werden. Ich habe hier ein Zitat von Norbert Blüm, einen Schweizer Rechtsexperten, gelesen, der sagte: „Es kann doch nicht der Sinn von Bildung sein, dass jeder Einsteins‘ Theorie erklären, aber keiner mehr einen tropfenden Wasserhahn reparieren kann.“ Ich glaube, das sagt sehr viel aus.

Wissen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, auch im Bildungsbereich muss man meiner Meinung nach der Realität ins Auge blicken. Die GRÜNEN zum Beispiel glauben natürlich, sie hätten sowieso im Bildungsbereich den Stein der Weisen gefunden und ihre - ich sage einmal – realitätsfremden, hypothetischen Bildungstheorien seien das Nonplusultra.

Dazu kann ich nur sagen, leider kommen zwei auch für die Bildungsreform ganz wichtige Dinge immer mehr abhanden. Der Blick für die Realität und der gesunde Menschenverstand. Arthur Schoppenhauer hat schon gesagt, ich zitiere: „Natürlicher Verstand kann fast jeden Grad der Bildung ersetzen, aber keine Bildung den natürlichen Verstand.“

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Gesetzte Kolleginnen und Kollegen! Der Bereich Bildung in der Gruppe 2 ist ein sehr breitgefächerter Bereich. Ich darf mich auf einige wenige Punkte konzentrierten, möchte aber auch gleich eine Replik zu zwei Kollegen machen.

Kollege Haidinger hat gesagt, gehen Sie mit uns. Aber beim Budget wird es sich dieses Mal nicht ausgehen. Aber Kollege Richter, wenn ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, in vielen Bildungsbereichen werden dann wohl die Freiheitlichen und die Volkspartei einer Meinung sein. Und wenn Sie schon die Lehre ansprechen, es ist in den Eckpunkten der neuen Bundesregierung klar definiert, dass Master und Meister auf einer Ebene sein sollen.

Ich bin vollkommen bei Ihnen, dass es auf der einen Seite zwar wunderbar ist, wenn wir Spitzenkräfte anziehen aus allen Technologiebereichen und wissenschaftlichen Bereichen, aber wir im Facharbeiter-Arbeitsmarkt gähnende Leere vorherrschen haben. Hier haben wir ein riesiges Problem.

Der Facharbeitermangel ist im Westen Österreichs schon deutlicher spürbar wie noch im Osten. Es ist eine Frage der Zeit, bis auch noch die geburtenschwachen Jahrgänge nachrücken und es damit ganz automatisch zu einem Mangel in vielen Fachbereichen kommen wird.

Apropos geburtenschwache Jahrgänge. Wir hatten erst unlängst eine Diskussion mit der Arbeitsmarktexpertin Helene Sengstbratl, und wir freuen uns natürlich darüber, dass die Jugendarbeitslosigkeit zurückgeht. Das ist leider auch damit verbunden, dass es immer weniger junge Menschen gibt und damit gibt es auch weniger Jobsuchende.

Also insgesamt muss man jede Statistik sehr sorgfältig hinterfragen, denn ein Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit ist damit noch lange kein Grund sich zu freuen denn, wenn wir am Ende des Tages vor einem Facharbeiter- und -kräftemangel stehen, dann haben wir ein riesiges Problem. Nicht mit der Arbeitslosigkeit, sondern mit jenen Firmen, die niemanden mehr finden, den sie anstellen können.

Apropos anstellen können, ich darf wiederholen, 130.900, das sind die Bezüge des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates, ein Entscheid der Landesregierung und diese Funktion ist verschwunden. Der Herr Landeshauptmann könnte wie viele seiner Regierungskollegen diese Funktion übernehmen, er hat auch die fachliche Expertise.

Kollege Spitzmüller war zwar einmal so ganz überkorrekt und hatte gemeint, der Herr Landeshauptmann ist ja ein Pädagoge aus dem vorigen Jahrtausend, es ist zwar korrekt, dass er nicht gestern erst im Klassenzimmer gestanden ist, aber ich glaube, für den Luxus von 130.000 Euro könnte der Herr Landeshauptmann locker die Agenden des Amtsführenden Präsidenten übernehmen.

Ich habe heute schon angemerkt und möchte es hier nur ganz kurz streifen, die Situation der Einrichtungen unserer Internate im Land, die Gästehäuser Burgenland GmbH braucht einen Zuschuss des Landes von 314.000 Euro. Das ist neu, ich bin davon überzeugt, hier werden viele Synergieeffekte angekündigt sein.

Ich bin aber auch davon überzeugt, dass nur wenige gehoben werden können. Wir merken schon jetzt, dass in Wirklichkeit hier gut funktionierende Strukturen, insbesondere im Bereich der Internate bei den Berufsschulen und Landwirtschaftlichen Fachschulen zerschlagen wurden.

Ich freue mich auch, dass die neue Bundesregierung bei den ganztägigen Schulformen ein klares Bekenntnis abgegeben hat. Jetzt findet sich im Budget eine Einnahme von 751.800 Euro. Das ist ein großer Brocken hier seitens des Bundes durch eine 15a-Vereinbarung. Ich freue mich, dass auch für die Zukunft diese ganztägigen Schulformen weiterhin von der Bundesregierung und dem Land unterstützt werden.

Die Lehre war schon kurz heute bei mir Thema. Die Investitionen in die Berufsschulen freuen uns, ich glaube, dass es hier wesentlicher Investitionen bedarf. Ich finde im Budget eben nur Ansätze, man kann hier nicht davon sprechen, dass sie besonders großzügig unterstützt wird, aber zumindest ist hier in Teilbereichen eine Verbesserung spürbar.

Die Landwirtschaftlichen Fachschulen Güssing und Eisenstadt leisten Hervorragendes. Ich muss immer wieder mit Begeisterung feststellen, mit welchem

Enthusiasmus hier die Schüler ans Werk gehen. Die Tage der Offenen Tür in beiden Schulen sind sehr oft gut besucht, zeugen davon, dass die Öffentlichkeit, aber auch viele potentielle Schülerinnen und Schüler, Interesse an diesem Schulzweig haben. Das freut uns ganz besonders, weil ich glaube, dass das eine Ausbildung mit großer Zukunft ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kindergärten und die vorschulische Erziehung werden auch in der nächsten Bundesregierung einen ganz besonderen Stellenwert haben. Ich glaube, dass es eine der wertvollsten Investitionen ist, wenn man bereits im Kindergarten investiert, hier darauf achtet, dass bereits auf Ausbildung, auf sprachliche Kompetenz großer Wert gelegt wird. Auch hier glaube ich, sind wir auf dem Weg in die richtige Richtung.

Ein Thema, das ich heute ganz bewusst anschneiden möchte, weil es extrem viele Ehrenamtliche gibt, das sind die Büchereien des Landes. In vielen Gemeinden gibt es Büchereien, die von Ehrenamtlichen betrieben werden, manchmal im Besitz der Gemeinde, manchmal im Besitz einer Bildungseinrichtung der Volkshochschule, der Arbeiterkammer oder des Volksbildungswerkes.

Ich halte es für äußerst erstrebenswert und positiv, dass hier investiert wird, mit 21.500 Euro auch deutlich mehr wie bisher. Ich finde, das widerspiegelt die Arbeit der Ehrenamtlichen in diesem Bereich, und ich freue mich, dass es hier ein Plus gibt.

Was ich ein wenig bedauerlich finde, ist, dass wir auf der eine Seite ständig darüber informiert werden, wo Investitionen getätigt werden, und einmal gibt es eine riesige Investition in einem Bereich, wo wir ohnehin Schlusslicht sind, nämlich im Bereich der Forschungsquote, und dann findet sich einfach ein Budgetansatz Joanneum Research 460.000 Euro.

Das Land gibt eine halbe Millionen Euro für eine Forschungseinrichtung aus und dann darf man als Abgeordneter die zuständigen Personen befragen und man erntet ein Achselzucken und dann bringt gerade einmal die Nachfrage zutage, dass es gemeinsam mit dem Grazer Joanneum eine mögliche Zusammenarbeit gibt.

Das ist ein gutes Beispiel, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle Abgeordneten, die heute zustimmen, geben eine freihändige Unterstützung von 460.000 Euro für ein Projekt, das vielleicht Sie als Regierungsfraktion besser kennen als ich und das ich - trotz einer Nachfrage - nicht einmal in Ansätzen kennenlernen darf.

Ich habe keine Ahnung, wie sehr Sie sich intensiv mit diesem Budget beschäftigt haben. Ich finde, das ist ein klassischer Beweis dafür, dass vielleicht für gute Projekte Geld ausgegeben wird, aber trotzdem die Regierung die Abgeordneten des Landtages nicht einbindet. Das ist auch einen Stilfrage, eine Frage, die wir von Seiten der ÖVP klar formulieren:

Wir möchten einen neuen politischen Stil, mehr Transparenz, mehr Klarheit in all diesen Fragen, und das nicht nur im Bereich Bildung und Forschung. Ein Grund mehr, diese Gruppe leider abzulehnen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann für Ihren Beitrag. Ich erteile das Wort Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich begrüße auch alle Zuhörerinnen und Zuseher, die via Internet-Live-Stream bei unserer Budget-Landtagssitzung dabei sind. Das Burgenland liegt in

Bezug auf die Forschungsquote - und wir haben es heute schon des Öfteren gehört - im Vergleich zu den anderen Bundesländern noch im Hintertreffen.

Für mich sind die Gründe die historisch bedingte Randlage, eine kleinteilig strukturierte Wirtschaft und der Mangel natürlich an größeren, forschungsnahen Industriegebieten. Hierzu kommt auch, dass es im Land keine Universitäten und Forschungseinrichtungen gibt. Gerade deshalb wurde seitens der politisch Verantwortlichen eine Kraftanstrengung unternommen, das zu kompensieren. Wir sind sicher auf einem richtigen Weg, auf einem positiven Weg.

Mit der Verschmelzung der Forschung Burgenland GmbH, mit der Forschung Technologie Burgenland und der TOB - Technologieoffensive Burgenland GmbH im Jahr 2017 verfügt das Land Burgenland über eine schlagkräftige Forschungsstruktur. Die Forschung Burgenland, eine Tochter der FH Burgenland, kooperiert aktuell in 40 Projekten mit burgenländischen Unternehmen.

Im vergangenen Geschäftsjahr administrierte die Forschung Burgenland insgesamt 76 geförderte Forschungsvorhaben. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Forschung Burgenland vermehr Direktaufträge aus der regionalen Wirtschaft erhält und ein gern gesehener Partner von Burgenlands Wirtschaft und Industrie ist.

Finanziell gesehen machen die geförderten Forschungsprojekte zirka 85 Prozent des Umsatzes aus; die Direktaufträge bereits 15 Prozent. Dieser Trend soll im Jahr 2018 noch verstärkt werden. Weiters ist geplant, kooperative Projekte mit der Forschungsförderungsgesellschaft beziehungsweise über die Fördertöpfe der EU -sprich EFRE, ESF, Interreg - umzusetzen. Das heißt, die Forschung Burgenland ist sehr aktiv darin, zusätzliche Fördergelder - sogenannte Drittmittel - an Land zu ziehen.

In den Bestrebungen des Landes Burgenland, die Forschungsquote zu erhöhen, spielt die Forschung Burgenland eine wichtige Rolle. Durch ein Bündel an Maßnahmen ist uns eine Verbesserung der Forschungsquote von 0,4 Prozent auf heuer ein Prozent des Bruttoregionalproduktes gelungen. Das ist für eine ländlich strukturierte Region kein einfaches Unterfangen gewesen.

Globalisierung, Digitalisierung und Urbanisierung - diese drei Stichworte stehen für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes in unserem Land. Die Globalisierung kann man nicht zurückdrehen. Die Digitalisierung steht im weltweiten Wettbewerb. Ohne Umsetzung der Urbanisierung wird die burgenländische Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig sein. Urbanisierung ist die größte Herausforderung, da das Burgenland aus sehr ländlichen Gebieten eben besteht.

Angewandte Forschung, Technologie, Innovation, Digitalisierung und Industrie 4.0 sind in hochentwickelten Volkswirtschaften ein Schlüssel zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und natürlich auch von Wohlstand. Innovative Unternehmen wie die BECOM weisen heute den 2,5-fachen Beschäftigungseffekt gegenüber nicht innovativen Betrieben auf. Forschung schafft und sichert Arbeitsplätze, Forschung macht unser Land zukunftsfit.

Mit unserer Landestochter, der WiBuG, werden Wirtschaftstreibende im Land optimal unterstützt. Die WiBuG unterstützt zudem auch Start-ups durch die Förderung von innovativen Ideen mit dem Ziel:

Erstens, die Wettbewerbsfähigkeit der burgenländischen Wirtschaft zu stärken.

Zweitens, die Erreichung eines optimalen, regionalen Wirtschaftswachstums zu fördern.

Und Drittens, die Forschungsquote in unserem Land auch zu erhöhen.

Um burgenländische Unternehmen zu mehr Innovation, Forschung und Entwicklung zu motivieren, wird zudem alljährlich der Innovationspreis in unserem Land auch vergeben. Schließlich entscheidet Innovation maßgeblich über den Erfolg eines Standortes. Die Forschung Burgenland GmbH schlägt sich für das kommende Jahr im Budget 2018 mit 850.000 Euro nieder.

Ich möchte doch auch zu einem wichtigen Thema in unserem Land kommen, das ist Breitband. Digitalisierung und Breitbandausbau schaffen es, Wachstum und Arbeitsplätze zu sichern, die wirtschaftliche Aktivität auch in unserem ländlichen Raum zu schaffen.

Davon profitieren einerseits die heimischen Betriebe und andererseits die Bevölkerung durch neue Chancen bei Bildung und Forschung. Die Provider haben im Jahr 2015 bereits mehr als neun Millionen Euro in den Breitbandausbau Burgenland investiert. So konnten zusätzlich 14.000 Haushalte angebunden werden, und es gelang, die Geschwindigkeit bestehender Anschlüsse auf ein neues Niveau zu heben.

Die Einteilung dieser 14.000 Anschlüsse oder Haushalte gliedert sich in das Nordburgenland mit 37 Prozent, sprich über 5.000 Haushalte, im Mittelburgenland mit 2.200 und im Südburgenland mit 47 Prozent, mit 6.500 Haushalten.

2016 wurden zu den bisher zirka 14.000 neu versorgten Haushalten zusätzlich 6.000 Haushalte im Bereich der LED-Technologie versorgt. Zudem hat das Land Burgenland mit Providern, mit A1, mit T-Mobile und mit Hutchison ein Investitionspaket ausverhandelt, diesen sogenannten „Burgenland-Breitband-Pakt“, bei dem seitens der Betreiber bis zu 31 Millionen Euro investiert werden, wobei rund die Hälfte, zirka 16.000 Euro, bereits investiert wurden. Ziel ist natürlich eine flächendeckende Breitbandversorgung.

Zudem stellt auch das BMVIT mit dem Förderprogramm „Breitband Austria 2020“ bis zum Jahr 2020 insgesamt eine Milliarde Euro zur Verfügung, um Hochleistungsbreitbandnetze in ganz Österreich auszubauen.

In der ersten Ausschreibungsrunde standen für das Burgenland Fördermittel in einer Gesamthöhe von rund 4,2 Millionen Euro zur Verfügung. Diese teilte sich wie folgt auf: 75 Prozent davon kamen in das Südburgenland, das Nordburgenland wurde mit zwölf Prozent bedient und das Mittelburgenland mit 13 Prozent. Dies bedeutet, dass im Burgenland eine der größten Ausbauinitiativen für Breitbandinternet bereits begonnen hat.

Breitbandinternet, Telekommunikation, digitale Datenübertragung, die auf verschiedene Medien übertragen werden, vom ursprünglichen Kupferkabel über Funk, über Lichtwellenleiter, das Burgenland setzt bei Breitbandförderungen auf allen Ebenen an. Von den Kommunen bis hin zur EU! Um hier digitalfähig zu werden, breitbandfähig zu werden, ist es ein großes Puzzle, das sich hier zusammenbildet.

Auch der digitale Dorfplatz, eine Landesförderung, bei der die beiden Landesrätinnen Verena Dunst und Mag.a Eisenkopf Unterstützung für interessierte Gemeinden mit einer Förderung bis zu 2.500 Euro bieten und jene Gemeinden betrifft, welche einen Bedarf für einen digitalen Dorfplatz hier auch anmelden.

Voraussetzung ist nur die Einreichung und ein eingeholtes Angebot eines Anbieters beziehungsweise eines Providers und andererseits ein vorliegender Gemeinderatsbeschluss der jeweiligen Gemeinde. Die Projekte werden über die Referate Dorfentwicklung und Jugend abgewickelt.

Man kann sich auf den erreichten Erfolgen aber nicht zurücklehnen. Gerade in dünn besiedelten Gegenden im Südburgenland gibt es noch weiße Flecken bei der Internetversorgung, die wir rasch beseitigen wollen. Unser Ziel ist, dass leistungsfähiges Breitbandinternet flächendeckend das ganze Land versorgt.

Als Bürgermeister einer betroffenen Gemeinde muss man aber, glaube ich, auch Eigeninitiative damit erzeugen und dieses Breitband selbst in die Hand nehmen, um dieses auszubauen.

Wir werden natürlich diesem Budget unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich beginne mit einem Zitat von Nelson Mandela: „Bildung ist die stärkste Waffe, um die Welt zu verändern!“ Verändern beinhaltet aber verbessern oder verschlechtern, je nachdem, wie diese Waffe eingesetzt wird.

Wenn ich das Bildungsbudget im Burgenland anschaue, ist es durchaus eine Waffe zu Verbesserungen. Wir haben im Budget im Voranschlag für 2018 Einnahmen in der Höhe von 223 Millionen, das sind 19 Prozent des Budgets, Ausgaben von 276 Millionen, das sind fast 25 Prozent.

Das heißt, wir sind natürlich vom Bund im Bildungsbereich sehr stark abhängig durch die Bezahlung der Lehrerdienstposten, aber wir bezahlen vom Landesbudget weitaus mehr als wir vom Bund bekommen. Und alle diese Dinge, auf die wir vom Land Einfluss haben, sind auch abgesichert.

Abgesichert ist zum Beispiel weiterhin die Vereinfachung der Schuladministration durch die Nutzung von Synergien. Es gibt weiterhin Zuschüsse bei Schulschließungen bei kleinen Volksschulen oder bei Zusammenlegungen bei der Expositurform von Neuen Mittelschulen, es gibt eine Erhöhung bei der Pension der Landeslehrer, natürlich einnahmen- und ausgabenseitig, weil es mehr Pensionisten in diesem Beruf gibt.

Die Schülerheime und Internate des Landes wurden und werden neu strukturiert. Es gibt eine Steigerung bei den Bezügen der Landeslehrer durch Vorrückungen, durch Erhöhungen. Wir finanzieren und unterstützen und motivieren dadurch auch Zuschüsse für Wettbewerbe und für Schulveranstaltungen.

Wir unterstützen durch Zweckzuschüsse das beschlossene Schulbauprogramm. Das heißt, es ist uns auch weiterhin wichtig, dass unsere Schülerinnen und Schüler in neuen Schulgebäuden die beste Infrastruktur vorfinden, die notwendig ist, um wirklich erfolgreich arbeiten zu können.

Wir unterstützen auch entsprechend dem Bildungsinvestitionsgesetz bis zum Jahr 2075 vorerst einmal die außerschulische Betreuung in den Ferien, den Ausbau des integrativen Betreuungsangebotes für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Wir bezahlen auch die Berufsschulbeiträge in anderen Bundesländern, weil wir natürlich als kleines Bundesland nicht für jede Sparte die Berufsschule anbieten können.

Die Modernisierung der Landesberufsschulen Pinkafeld, Eisenstadt und Stoob ist abgeschlossen, daher findet sich dort eine Reduzierung der Finanzmittel.

Für die FH Burgenland gibt es Fördervereinbarungen mit Bund und Land, und wir bezahlen zur Gänze zwei Bachelorstudiengänge im Bereich Gesundheit und Krankenpflege und Physiotherapie.

Wir bezahlen Forschungsaktivitäten, die gemeinsam - wie bereits erwähnt - mit dem Joanneum Research Forschungsgesellschaft Graz, die einen Standort im Burgenland haben, abgeführt werden. Das Land zahlt auch den Anteil an den Verwaltungs- und Personalkosten bei der Stiftung der privaten Pädagogischen Hochschule.

Das heißt, das Land hat seine Hausaufgaben im Bildungsbereich, soweit es uns zusteht und möglich ist, sehr wohl gemacht. Wir haben eine Vorreiterrolle, unsere Reformbereitschaft hat sich bezahlt gemacht: Wir haben die tägliche Turnstunde, Digitalisierung, höchste Maturantenquote, die wenigsten „Nicht genügend“ bei der Zentralmatura, Platz Eins bei den Bildungsstandards in der vierten Klasse Volksschule, im Schulneubau, -umbau, und so weiter, aber, wie gesagt, wir sind abhängig vom Bund.

Ich feiere übermorgen ein besonderes Jubiläum, das ist das 30. Jahr, wo ich meinen Dienst als Lehrerin im Schuldienst des Burgenlandes angetreten habe, und in diesen 30 Jahren - seit vier Jahren bin ich jetzt nicht mehr aktiv im Schuldienst - habe ich sehr viele Kinder kennengelernt.

Wenn ich mir jetzt das Programm, das die neue zukünftige Bundesregierung vor sich hat, anschaue, würde ich nicht Pädagogin und Politikerin sein, sondern nur Mutter eines 19-Jährigen und einer 17-Jährigen, würde ich sagen, bin ich froh, dass meine Kinder aus dem Schulsystem weg sind. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Als Politikerin und als Pädagogin habe ich riesige Ängste: Ich erinnere mich an den Epileptiker, den ich einmal vier Jahre hatte, den Diabetiker, der Autistin, die zwei Schüler mit Multipler Sklerose, den Schüler aus der Volksschule, der nicht sinnerfassend lesen konnte, den wir Lehrer mit höchster Motivation bis in die neunte Pflichtschule begleitet haben, viele kennen ihn, wissen es aber nicht, und wenn Sie wüssten, wer das ist.

Nach dem Programm der neuen Regierung gibt es eine Schubladisierung der Schüler, und wenn ich da lese, in der fünften Schulstufe können sich nicht so, wie sich viele Eltern das wünschen, die Schüler die Lehrer aussuchen, sondern die Lehrer die Schüler aussuchen, dann ist es für mich ganz eindeutig klar, wie weit die Schere auseinandergehen wird. Ausgesucht werden natürlich die Schüler, wo das Elternhaus funktioniert, wo Geld da ist, dass man sich mit teurer Nachhilfe diese guten Noten erarbeiten kann.

Dann gibt es noch den Plan, Familien zu bestrafen, indem man ihnen finanzielle Unterstützungen streicht, wo sich die Eltern nicht so wie gewünscht um die Kinder kümmern. Sie können sich nicht vorstellen, es gibt Familien, wo die Kinder heimkommen und keinen abgeräumten Tisch zum Hausaufgaben machen finden, geschweige denn, irgendjemanden, der zu ihnen sagt, setz dich hin, mach die Hausaufgabe, und schon gar nicht jemanden, der sich hinsetzt und dem Kind hilft. Und wenn jetzt diesen Familien noch Geld gestrichen wird, dann sind es nicht die Eltern, die darunter leiden, sondern es sind wieder die Kinder, die darunter leiden.

Die Schere wird immer größer werden. Und wenn ich dann noch denke, dass nur die motivierten oder die Leistung der Lehrer bezahlt wird, dann denke ich mir, müssen sich jetzt einige Lehrer vielleicht fürchten, dass sie Geld zurückzahlen.

Was ist die Leistung? Wofür wurden wir bisher bezahlt? Fängt jetzt das interne Streiten an, wer was arbeitet? Wer muss wie viel arbeiten? Wird es die Schulpolizei

geben, die nachschaut, ob jeder Lehrer seine Hefte Tag täglich verbessert, ob jeder Lehrer seine Arbeitsblätter selbständig macht? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wird zu einer Ungleichbehandlung der Pflichtschullehrer und der Lehrer in Höheren Schulen kommen. Wo automatisch die besseren Schülerinnen und Schüler sind, werden die Lehrer mehr bezahlt bekommen. Die Pflichtschullehrer werden weniger bezahlt bekommen.

Ich sehe fürchterliche Zeiten auf die Jugend zukommen und große Dinge, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nicht so negativ denken!)* die notwendig sind, wie die Digitalisierung, der Ausbau der Frühkindpädagogik, die Wertschätzung und die Motivation der Pädagoginnen und Pädagogen, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Positiv denken! – Abg. Mag.a Michaela Resetar: Genau! Positiv denken!)* indem man leistungsmäßig bezahlt und sie konkurrieren lässt.

All das haben Sie nicht überlegt. Sie überlegen sich, wie Sie Noten geben sollen. Vielleicht wäre der Bundesregierung auch besser geholfen, man würde sich verbal beurteilen, dann wüsste sie konkret, wo sie sich verbessern soll und nicht nur mit einer Note.

Ich bin froh, im Burgenland zu leben. Politikerin im Burgenland zu sein und ein herzliches Dankeschön dem Referenten, Regierungsmitglied für die Bildung zuständig, dem Herrn Landeshauptmann und auch dem Finanzlandesrat Helmut Bieler dafür zu danken, für den Weitblick und auch für die Umsetzung all dieser Projekte, für die Finanzierung dieser Projekte.

Vor allem aber auch den vielen Pädagoginnen und Pädagogen, die trotzdem erhobenen Hauptes und voller Fleiß und Ehrgeiz weiterhin arbeiten werden. Ich hoffe, dass sich die Bundesregierung doch eines Besseren besinnt. Über den Tellerrand schaut, Erfahrungen aus der Vergangenheit hernimmt und dementsprechend ein ordentliches Bildungsprogramm macht.

Meine Fraktion wird natürlich dem Bildungsbudget im Burgenland sehr gerne ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke, Frau Abgeordnete. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist nun Herr Landeshauptmann Hans Nießl.

Bitte Herr Landeshauptmann. *(Landeshauptmann Hans Nießl: Alter vor Schönheit. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Na Géza, dann rede aber jetzt Du!)*

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht einige Anmerkungen zum Thema Bildung, weil, so glaube ich, Bildung ein ganz ein wesentlicher und wichtiger Bereich ist für unser Heimatland Burgenland. Bildung ist der Rohstoff für den Wohlstand der Zukunft.

Ich glaube, dieser Satz hat eine sehr große Bedeutung, denn ohne Bildung kann es einem Land auf Dauer nicht gut gehen, weil gut gebildete Menschen eben den Fortschritt sichern und die neuen modernen Arbeitsplätze annehmen können. Ich behaupte, dass die Politik in der Vergangenheit, in den 60er und in den 70er Jahren, richtig gehandelt hat.

Nämlich, das Bildungssystem im Burgenland, in Österreich auszubauen und damit konnten wir auf dieser Basis und auf diesem Fundament einen wirklich ganz großartigen Aufholprozess im Burgenland starten. Durch fleißige gut ausgebildete, tüchtige Menschen, die ja die Burgenländerinnen und Burgenländer ja sind, und die auch ein sehr ein gutes

Bildungsniveau auch gerade in den letzten Jahrzehnten, in den letzten zwei Jahrzehnten erreichen konnten.

Früher haben sie eben diese Chancen in dieser Form nicht gehabt. Bildung beginnt im Bildungsgarten, nämlich, in unserem Kindergarten. Da bin ich auch sehr froh, dass schon vor 15 Jahren das Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz beschlossen wurde. Eine wichtige Grundlage für die Bildung im Kindergarten, wo wir weiter in der Frühkind- und Elementarpädagogik arbeiten müssen.

Ich darf auch dazu sagen, dass im Jahr 2001, das ist die Zeit, wo ich auch Landeshauptmann geworden bin, wo im Bildungsbereich viele Veränderungen auch durch die zuständigen Referenten, das sage ich natürlich auch und durch die Gemeinden, das muss man auch erwähnen, weil ohne Gemeinden im Bildungsbereich überhaupt nichts geht, haben wir in der Kinderkrippe 2000/2001 insgesamt 54 Beschäftigte gehabt. 2016/2017 haben wir 419 Beschäftigte gehabt.

Also, alleine durch diese Beschäftigungszahl sieht man, dass wir bei der Kinderbetreuungsquote der unter Dreijährigen sehr gut unterwegs sind und von 54 auf über 400 Beschäftigten den Stand steigern konnten und damit die zweithöchste Kinderbetreuungsquote in Österreich haben, nach Wien. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Also, für ein ländliches Gebiet eine großartige Leistung. Vor allem innovative Lösungen, was wir auch für kleine Gemeinden gemeindeübergreifende Möglichkeiten geschaffen haben.

Ich glaube, das funktioniert ganz gut und da, glaube ich, muss man auch beim Finanzausgleich und das sieht der neue Finanzausgleich auch vor, Fördermöglichkeiten über Bedarfszuweisungen auch für gemeindeübergreifende Einrichtungen zur Verfügung stellen, ob das der Sozialbereich ist, ob das der Bildungsbereich ist oder andere Bereiche, Bauhöfe, was auch immer. Da kann ich mir sehr gut moderne zukunftsorientierte Lösungen vorstellen.

Im Kindergarten haben wir 2000/2001 772 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehabt und jetzt sind es 983. Auch da also eine deutliche Aufstockung des Personals. Obwohl in vielen Gemeinden die Geburten rückgängig sind und es eher in vielen Gemeinden, in manchen Gemeinden natürlich deutlich steigende Kindergartengruppen gibt, aber doch auch nicht in wenigen Gemeinden durchaus stagnierende.

Ich bin auch sehr froh, dass wir den Beschluss gefasst haben, die Besoldung der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner auch umzustellen, obwohl es da auch vereinzelt Kritik gegeben hat. Es war eine gute Entscheidung. Denn immerhin sind die Anfangsbezüge um 25 Prozent angehoben worden und ich glaube, dass gerade die Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen doch sehr gefordert sind, auch die Fortbildungsveranstaltungen sehr ernst nehmen und versuchen, hier auch immer wieder auf dem letzten Stand der Pädagogik zu sein und diese Kindergartensymposien auch sehr gut angenommen werden.

Unsere Zahlen, Fakten und Daten im Bildungsbereich sind sehr gute. Ich habe das für den Kindergarten und für die Kinderkrippe gesagt. Nummer Eins bei der Kinderbetreuung der Drei- bis Fünfjährigen in Österreich, Nummer Zwei der unter Dreijährigen. Die höchste Maturantenquote aller österreichischen Bundesländer und wir haben massiv in die Ausbildung der Facharbeiter investiert.

Es hat große Investitionen gegeben. Zirka neun Millionen Euro in die Berufsschule in Pinkafeld und auch in die Berufsschule in Eisenstadt. Ich war bei der Eröffnung in Pinkafeld und neben mir ist ein Unternehmer gestanden, der sich die Geräte angeschaut

hat, die auch neu angekauft wurden, der mir gesagt hat, also da darf sich jetzt niemand mehr aufregen.

Es ist nicht nur ein modernes Gebäude, es wurde nicht nur für die Optik etwas getan und moderne Plätze der Ausbildung, sehr moderne und zeitgemäße Plätze geschaffen, sondern auch die Geräte und die Maschinen, die dort angekauft wurden, sind auf dem letzten Stand der Technik. Was auch notwendig ist. Weil heute ein Auto zu reparieren hat schon mehr mit Computer zu tun, als jetzt rein wie man das vielleicht früher gemacht hat, nämlich mit handwerklicher Tätigkeit.

Das sind wirklich hoch spezialisierte Techniker, Facharbeiter, die mit Computer umgehen können, die diese modernen Geräte auch in der Berufsschule in Pinkafeld haben. Diese Investitionen sind ganz einfach wichtig für die Facharbeiter der Zukunft, für das Landesbudget, denn immerhin wurden neun Millionen Euro in Pinkafeld und in Eisenstadt in die Hardware, aber auch - wenn man so sagen kann - in die Software investiert.

Ich darf auch dazu sagen, dass uns die Erwachsenenbildung, und die kommt meistens ein bisschen zu kurz, denn es ist auch heute sehr wenig darüber gesprochen worden, sehr wichtig ist. Auch da haben wir ein Symposium der Erwachsenenbildungseinrichtungen mit einem sehr guten Professor aus Deutschland gehabt, der dort auch führend in der Erwachsenenbildung tätig ist. Der uns auch bestätigt hat, dass wir hier auch auf einem recht guten Weg sind.

Vor allen Dingen geht es bei der Erwachsenenbildung auch um die Integration, um die sprachliche Ausbildung, um das Thema Deutsch zu lernen. Um einen Bildungsabschluss zu machen, um die zweite Chance zu nützen für all jene, die einen Bildungsabschluss nicht gemacht haben, weil das eben die Voraussetzung ist, dass sie einen Beruf erlernen können.

Wir haben auch eine weitest gehende Barrierefreiheit. Es gelingt uns mit den Gemeinden, mit Unterstützung der Gemeinden, Familien zu unterstützen, die Kinder die in den Kindergarten gehen.

Gemeinsam schaffen wir es, dass es doch in etlichen Gemeinden im Burgenland diesen Gratiskindergarten gibt. Nämlich, dass das Land hier diese 450 Euro für den Kindergarten und 1.000 Euro pro Jahr für die Kinderkrippe zur Verfügung stellt. Das ist schon eine Leistung. Bei allen, die hier beim Budget mit dabei sind, kann ich mich nur bedanken, denn wenn eine Familie ein Kind in der Krippe und im Kindergarten hat, dann sind das im Jahr 1.400/1.500 Euro. Wenn wir wissen, wieviel der Durchschnittsverdienst im Burgenland ist, dann ist das so viel wie der 15. Monatsbezug, den eine Familie dort bekommt. Die Gemeinden, das wissen wir alle, geben natürlich auch - je nach Größe der Gemeinde - einige 100.000 Euro zum Kindergartenbetrieb dazu.

Also, ich glaube, das können wir ohne Weiters gemeinsam, ich sage das ist nicht nur ein Verdienst des Landes, sondern mindestens genauso natürlich der Gemeinden. Und immerhin haben wir in der Vergangenheit - danke an den Finanzreferenten - 25 Millionen Euro für diese Familienförderung schon zur Verfügung gestellt. Sie wissen, dass wir auch das Personal in entsprechender Form unterstützen.

Es ist auch einiges über die Forschung gesagt worden. Ich kann nur bitten und ersuchen, dass Sie beim Forschungsbereich mit dabei sind. Über ungelegte Eier sozusagen zu reden, ist immer problematisch. Aber, wir versuchen wirklich mit großem Engagement und großem Einsatz den Forschungsbereich neu aufzustellen.

Warum machen wir das? Ich bin fest davon überzeugt, dass der Weg der Zukunft und für die nächste Generation, auch für die nächste Generation von Politikern, nächste Generation der Wirtschaft und so weiter, über Forschung, Entwicklung und Innovation führt. Nämlich, die angewandte Forschung. Einerseits Produkte zu verbessern, andererseits durch die verbesserten Produkte auch Arbeitsplätze für Facharbeiterinnen und Facharbeiter zu schaffen.

Musterbeispiel Lumitech Tritonic in Jennersdorf, das Silicon Valley der LED-Technologie. So etwas ist einzigartig in Europa, was es da in Jennersdorf gibt. Das haben wir viele Jahre mit Forschungsgeldern unterstützt und da geht es nicht nur um das Geld, welches im Budget ist, sondern da geht es natürlich um EU Gelder.

Da geht es um Gelder, die auch vom Bund kommen, die von der Europäische Union kommen und wo wir den Forschungsbereich noch besser aufstellen wollen, starke Partner finden wollen, Exporttüchtiger noch werden wollen, den Export steigern können und damit auch Facharbeiter-Arbeitsplätze im Burgenland schaffen.

Das ist angewandte Forschung und da werden wir einiges im nächsten Jahr, ich kann das nicht konkret sagen, weil wenn es dann nicht kommt, dann heißt es natürlich das ist angekündigt worden und es kommt dann nicht.

Aber, es gibt große Bemühungen, Bestrebungen, wir sind auf einem guten Weg, gute und starke Partner zu finden, um den Forschungsbereich noch besser aufzustellen, damit Firmen, Betriebe unterstützt werden, neue Arbeitsplätze entstehen. Der Export noch besser wird und damit auch in Zukunft Arbeitsplätze geschaffen werden.

Daher ersuche ich um Zustimmung in diesen Bereichen. Der Bildungsbereich ist ganz wichtig. Der Forschungsbereich wird neu aufgestellt und da werden wir auch entsprechend berichten, was es da an neuen Initiativen, an starken Partnern und an Ergebnissen gibt.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Danke für das Kompliment, aber mir ist durchaus bewusst: Ober sticht Unter. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Meine Damen und Herren! Ja, ein paar Worte. Sie ist leider gerade hinausgegangen, Kollegin Prohaska. Ich habe auch in der Vergangenheit versucht, mich eher nicht so zu bundespolitischen Themen oder zu Leistungen, Fehlleistungen von Bundesregierungen zu äußern. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wäre doch echt spannend!)*

Ich habe auch künftig vor, dass ich mich in erster Linie auf das konzentriere, was hier in unserem Verantwortungsbereich liegt. Ich nehme das, was die Kollegin Prohaska gesagt hat, sehr ernst. Alleine schon aufgrund der Art des Vortrages. Es war ehrlich emotional und ich nehme ihr wirklich ab, dass sie sich Sorgen macht.

Wir müssen jetzt natürlich einmal abwarten, was kommt. Aber einen Satz muss ich zu diesem ganzen Kapitel trotzdem sagen. Ich bin selbst Vater zweier Kinder, ein Kind im schulpflichtigen Alter, eines noch nicht und man macht sich da natürlich in so einer

Situation dann schon spezielle Gedanken. Wir erleben im Bildungsbereich einen Zustand, wo wir wissen, dass ein erklecklicher Anteil, ein Viertel bis ein Drittel, der Pflichtschulabgänger nicht sinnerfassend lesen kann, nicht ausreichend rechnen, nicht ausreichend schreiben kann.

Wir kennen das beispielsweise aus dem Sicherheitsbereich. Da fallen hohe Prozentsätze an Maturanten, die in die Polizeischule wollen, im Fach Deutsch durch. Das alles zeigt uns, dass in dem Bereich Vieles nicht passt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich halte es daher grundsätzlich nicht nur für legitim, sondern auch für notwendig, dass sich eine Regierung zu diesem Thema auch etwas überlegt und schon auch hinterfragt, ob das, was die letzten 10, 20, 30 Jahre im Bildungsbereich unter einem gewissen politischen Einfluss passiert ist, immer das Richtige war. *(Beifall der Abg. Mag. Christian Sagartz, BA und Mag. Thomas Steiner – Abg. Mag. Thomas Steiner: Die eigenen Leute nicht?)*

Meine Damen und Herren! Nun aber zur Kinderbetreuung, also einem Thema, das wir gerade in letzter Zeit hier im Landtag des Öfteren debattiert haben. Anlass dieser Debatten waren in letzter Zeit schon auch Fragen in der Bundespolitik beziehungsweise Fragen der Versäumnisse einzelner Minister, nämlich konkret, was 15a Vereinbarungen im Bereich der Kinderbetreuung angeht. Da ging es um Fragen der Finanzierung der Kinderbetreuung im Burgenland.

Wie sieht es nun im Landesvoranschlag für das kommende Jahr aus? Für die Vorschulische Erziehung in der Gruppe 2 sind Ausgaben von rund 28,2 Millionen Euro vorgesehen, wobei der Löwenanteil, wie bei so vielen Bereichen, davon auf Beiträge für den Personalaufwand entfällt, das sind 26,8 Millionen Euro.

Wir haben dann der Vollständigkeit halber, der Landeshauptmann hat hier schon einen Bogen gespannt, auch noch die Zweckzuschüsse für ganztägige Schulformen und die Kinderbetreuungsförderung miteinzubeziehen, insgesamt noch einmal rund 8,6 Millionen Euro. Kinderbetreuungsförderung, eine ganz zentrale Geschichte für uns.

Sie wissen, es wurde jahrelang diskutiert. Der für die Eltern im Ergebnis beitragsfreie Kindergarten, das ist etwas, woran wir auch definitiv festhalten werden, nicht nur im Jahr 2018. Das sind jetzt zwar nicht alle, aber die größten Brocken im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung. Insgesamt ergibt es fast 38 Millionen Euro im Landesvoranschlag 2018.

Meine Damen und Herren! Wie gesagt, wir haben heuer schon öfter über die Kinderbetreuung debattiert, gerade in den letzten Sitzungen, und im Burgenland herrscht da weitgehend Konsens zwischen den Parteien. Ich nehme an, dass das bei den Nachrednern noch bestätigt werden wird.

Das heißt, Kritik an der Kinderbetreuung und an der Förderung ist im Großen und Ganzen kaum bis gar nicht zu vernehmen und die Kinderbetreuungsquoten im Burgenland, meine Damen und Herren, sprechen ohnehin für sich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was jetzt diese vieldiskutierten 15a Vereinbarungen angeht, die dazugehörigen Einnahmen finden sich übrigens in der Gruppe 9, so ist aus Wien zu vernehmen, dass man dieses Problem jetzt auch in der wahrscheinlich neuen Bundesregierung angreifen möchte. Sprich, diese drei 15a Vereinbarungen, um die es da in Wirklichkeit geht, mit den Ländern neu verhandeln möchte und sozusagen ein Paket schnüren möchte, sprich diese drei Vereinbarungen zu einer zusammenzuführen, was grundsätzlich ja ein ganz vernünftiger Ansatz ist.

Wesentlich wird für uns sein, dass sich der Bund noch längerfristig und auch in Zukunft angemessen an der Kinderbetreuung und am Ausbau des entsprechenden Angebotes beteiligen wird und dass in der neuen 15a Vereinbarung, ich habe es das letzte Mal schon gesagt, vor allem auch darauf Bedacht genommen wird, dass im Burgenland in den letzten Jahren weit mehr als anderswo weitergegangen ist.

Sprich, dass man in den vertraglichen Bedingungen auch darauf Rücksicht nimmt, dass die Anforderungen, die wir an eine solche 15a Vereinbarung haben, durchaus andere sind, als das eben in anderen Bundesländern der Fall sein mag.

Wie es aussieht, wird es auch ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr geben. Zumindest für jene, die in der Entwicklung einen entsprechenden Bedarf aufweisen.

Im Resultat, meine Damen und Herren, ist das Burgenland im Bereich der Kinderbildung und -betreuung hervorragend unterwegs. Mit dem Budget 2018 schaffen wir die Grundlage dafür, dass das auch weiterhin so bleiben kann. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Für den Bereich der Kinderbetreuung stehen im Budget 2018 rund 28,2 Millionen Euro zur Verfügung. Geld, das mit Sicherheit gut, richtig und wichtig ist und auch mit Sicherheit gut angelegt ist.

Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sie sind auch unsere Gegenwart und wir müssen für jene Kinder, die heute in Kinderbetreuungseinrichtungen sind, die besten Voraussetzungen schaffen. Das wird durch die vielen Gemeinden, durch die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, aber selbstverständlich auch durch das Land, das das Geld zur Verfügung stellt, ermöglicht. Diese 15a Vereinbarung, die der Herr Klubobmann Molnár angesprochen hat zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen ist verlängert worden. Es geht hier um eine quantitative und auch um einen qualitativen Ausbau der Einrichtungen. Die muss natürlich bedarfsorientiert sein, mit Weitblick auf künftige Entwicklungen.

Im Burgenland sind wir Spitzenreiter. Was das kleine Burgenland eigentlich gegenüber großen Bundesländern leistet, Hut ab vor all jenen, die hier Großartiges leisten, denn wir sind bei der Kinderbetreuungsquote der Drei- bis Sechsjährigen nach wie vor die Nummer Eins. Das kann uns keiner wegnehmen und ich habe es gesagt, irgendwann werden wir auch sagen können, dass wir die Nummer Eins bei den unter Dreijährigen sind.

Gott sei Dank ist die Zahl der Bevölkerung steigend und wir müssen natürlich quantitativ danach trachten, dass die unterschiedlichsten Kindereinrichtungen auch vorhanden sind. Der Herr Bürgermeister aus Eisenstadt hat mir erzählt, dass nächstes Jahr ein weiterer Kindergarten eröffnet wird, dass fast 100 Personen - Kindergartenpädagoginnen und Horterzieherinnen schon beschäftigt sind. Stellvertretend für alle Gemeinden möchte ich Dir und dem Vize-Bürgermeister ganz herzlich gratulieren und ich glaube, Ihr habt Euch einen Applaus verdient. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Der Kindergarten ist mit Sicherheit die erste Bildungseinrichtung. Gott sei Dank kommt es auch auf Bundesebene zu einem Ende der Kuschelpädagogik. Im Konkreten

geht es um unterschiedliche Maßnahmen, die ÖVP und FPÖ auf Bundesebene setzen werden.

Ich kann den Aussagen von H.C. Strache schon gewiss nachvollziehen, wenn er meint, es soll mehr Leistung in das linke Schulsystem gebracht werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich frage mich, was da jetzt falsch wäre, nämlich, einen Bildungspass einzuführen, denn wer die Bildung seines Kindes vernachlässigt, soll finanziell bestraft werden.

Dürfen die Eltern überhaupt keine Erziehung mehr übernehmen? Da sehe ich also überhaupt keine Diskrepanz. Ganz im Gegenteil, kann man denn die Eltern nicht auch ein bisschen zur Verantwortung ziehen, dass sie auch für die Bildung ihrer Kinder zuständig sind?

Es kommt auch zu einer Aufwertung der Kindergärten. Der Kindergarten ab vier Jahre wurde schon angesprochen, für alle die es brauchen. Die Sonderschulen sollen bleiben, und es sollen auch Begabtenschulen eingeführt werden.

Weil schon die vielen verschiedensten Familienverhältnisse angesprochen wurden: Ich bin auch die Mutter einer 15-jährigen Tochter. Sie geht in eine Schule, in das zweisprachige Gymnasium. Ich bin sehr zufrieden, denn die Kinder werden dort für ihr Leben vorbereitet, auch für das Studium, denn mein Sohn ist 20 Jahre und studiert bereits. Ich sehe also überhaupt kein Problem. Ganz im Gegenteil. Die Pädagoginnen und Pädagogen leisten hier Hervorragendes und deshalb möchte ich auch an dieser Stelle ganz herzlich Danke sagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich hätte eigentlich zum Thema Bildung gar nichts erwähnt, aber weil der Artikel von Claus Pándi heute in der Kronen Zeitung schon sehr ernüchternd ist, sagen wir einmal so, Sonja Hammerschmid schreibt da, demnächst auch schon wieder Ex-Bildungsministerin, sie sah sich wegen der Schulnoten-Renaissance gleich um dreieinhalb Millionen Jahre in die Steinzeit versetzt.

Nach der gestrigen Präsentation des Volksschul-Lesetests PIRLS soll sich Frau Hammerschmid aber auf der Oppositionsbank besser in stiller Nachdenklichkeit üben, schreibt er weiter. Er sagt auch, soweit das jämmerliche Erbe nach einem Jahrzehnt Sozialdemokratischer Bildungsministerinnen, die atemlos von einer grandiosen Reform zur nächsten reorganisiert eilten, währenddessen krachten von PISA bis PIRLS immer neue niederschmetternde Studien ins morsche Gebälk des Unterrichtsministeriums, wo von Claudia Schmied, erinnert sich noch jemand, bis eben zu Sonja Hammerschmid immer ähnliche Erklärungen aufgetischt wurden.

Die Maßnahmen wären noch nicht angekommen, aber es werde langsam besser und ähnliches blabla. Und, so schreibt er am Schluss, Schulnoten sind den Kindern zumutbar. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte aber auf die Kinderbetreuung zurückkommen. Ich habe es auch schon bei meinen letzten Redebeiträgen immer wieder gesagt, dass die Randzeiten nicht von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen abgedeckt werden können. Ich spreche im Konkreten von Situation von Frauen, die auch Samstag und Sonntag arbeiten müssen und auch am Feiertag arbeiten müssen, weil sie im Tourismus beschäftigt sind.

Diese Randzeiten sollten auch von anderen Aktivitäten, wie zum Beispiel Oma-Opa-Dienst oder auch die Tagesmütter abgedeckt werden. Da ist mit Sicherheit Aufholbedarf.

Aber, ich glaube, es ist auch keine Änderung in Sicht, denn familienfördernde Maßnahmen dort, wo dieser Elterndienst angesiedelt ist, das ist in den letzten drei Jahren, leider Gottes, budgetär immer gleichgeblieben. Also, wie sollen diese zusätzlichen Betreuungstätigkeiten finanziert werden beziehungsweise was soll sich da wirklich verbessern, wenn es einfach nicht mehr Geld gibt?

Das Kindeswohl, die Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit stehen im Mittelpunkt unserer Familienpolitik. Unsere Bürgermeister und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte leisten hier eine hervorragende Arbeit. Sie wissen genau, wo der Schuh drückt. Sie wissen genau, wie lange die Öffnungszeit sein soll und was auch tatsächlich angeboten werden soll.

Bei der Kinderbetreuung haben wir einen guten Weg eingeschlagen. Umso trauriger finde ich es aber, wenn mir mitgeteilt wird, dass es nach wie vor seitens des Landes keine Psychologen gibt, die zur Feststellung eines Integrationsbedarfs von Kindern zur Verfügung stehen.

Bis 2016 gab es eine Regelung mit dem Bund, seit langem liegt anscheinend ein Konzept beim Landeshauptmann, wonach das Land zwei Psychologen zur Erstellung eines klinisch-psychologischen Gutachtens bereitstellen werden sollen. Bis dato ist aber nichts passiert. Seit Jahresbeginn werden die Kinder bei Verdacht zu unterschiedlichsten Psychologen im Land geschickt, was natürlich auch mitunter auch Kosten für die Eltern verursacht.

Alles in allem möchte ich sagen, dass die Kinderbetreuung auf einem sehr guten Wege ist. Ich möchte mich, bei jenen, die sehr viel leisten, bedanken. Tagtäglich, und das fast schon 365 Tage, das sind unsere Pädagoginnen und Pädagogen, und das sind natürlich auch die Helferinnen und Helfer.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich nehme auch zum Thema Kinderbetreuung Stellung. Wie gesagt, wir haben in den letzten zwei Landtagen bereits ausführlich über diese Kinderbetreuung diskutiert. In diesem Bereich sind wir im Burgenland natürlich sehr gut aufgestellt und die Fakten sprechen für sich.

Wir haben im Burgenland 285 Einrichtungen, bestehend aus 70 Kinderkrippen, 117 Kindergärten, 75 alterserweiterte Kindergärten und 23 Horte. 10.848 Kinder werden von 1.055 Pädagoginnen und Pädagogen bestens betreut. Mit Stolz können wir im Burgenland sagen, dass wir heute Vorreiter bei der Kinderbetreuung sind.

Das verpflichtende zweite Kindergartenjahr gibt es im Burgenland bereits praktisch, weil knapp 98 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen im Land den Kindergarten besuchen. Bei der Betreuung der Drei- bis Fünfjährigen liegen wir damit Bundesweit an erster Stelle, bei der Betreuung der Null- bis Zweijährigen auf Platz Zwei, gleich hinter Wien. Wir sind hier im Spitzenfeld.

Seit dem Jahr 2009 gibt es im Land die Kinderbetreuungsförderung mit Förderungen bis zu 500 Euro pro Jahr, sowie die Kinderkrippenförderung mit bis zu 1.000 Euro pro Jahr. Seither wurden mehr als 25 Millionen Euro an Kinderbetreuungsförderung für die burgenländischen Familien investiert.

Dadurch hat sich natürlich auch die Anzahl der Kinder, die eine Krippe besuchen, seit dem Jahr 2000 mehr als verfünffacht. Parallel dazu stieg natürlich auch die Anzahl der Kindergartenpädagoginnen beziehungsweise Kindergartenpädagogen sowie der Kindergartenhelferinnen und Kindergartenhelfer. Viele neue Arbeitsplätze konnten dadurch geschaffen werden.

Unsere Pädagoginnen und Pädagogen leisten sehr wertvolle und ausgezeichnete Arbeit. Dafür möchte ich mich bei ihnen auch sehr herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ausgezeichnete Arbeit gehört aber auch angemessen entlohnt. Das war und ist auch ein wichtiges Anliegen unseres zuständigen Referenten, dem Herrn Landeshauptmann. Das Burgenland hat durch die Besoldungsreform für Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen die Anfangsbezüge im Vorjahr, da können Sie sich bestimmt noch erinnern, um 26 Prozent erhöht. Das heißt, dass die Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen um 480,80 Euro mehr verdienen. Und auch die Lebensverdienstsumme erhöht sich um 4,21 Prozent.

Und das wir ausgezeichnete Einrichtungen in den Gemeinden vorfinden, haben wir zum Großteil unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu verdanken. Sie nehmen sehr viel Geld in die Hand um vor Ort dafür zu sorgen, dass es bedarfsgerechte und das es qualitätsvolle Einrichtungen in unseren Gemeinden gibt.

Dafür ein ganz großes Dankeschön an unsere Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Das Land investiert auch eine enorme Summe in die Kinderbildung und -betreuung und zwar reden wir hier von 37,6 Millionen Euro. Der größte Teil dieses Geldes wird für die Personalkosten aufgewendet, nämlich 26,8 Millionen Euro. Und 4,3 Millionen Euro werden zusätzlich von der Familienförderung direkt an die Eltern ausbezahlt um die Eltern finanziell zu unterstützen.

Seit 2008 unterstützt der Bund den Ausbau des Kinderbildungs- und betreuungsangebotes, wodurch das Barcelona-Ziel von 90 Prozent für die Altersgruppe der Drei bis Sechs-Jährigen erreicht werden konnte. Wir im Burgenland sind deutlich drüber, wir liegen bei knapp 98 Prozent und die Betreuungsquote der Unter-Dreijährigen liegt bei 30,3 Prozent. Das heißt, es liegt sehr nahe, dass wir die 33 Prozent, eben das Barcelona-Ziel erreichen können.

Im letzten Landtag haben wir die Fortsetzung der 15-a Vereinbarung für ein weiteres Jahr beschlossen. Das Burgenland erhält einen Zweckzuschuss von 1,5 Millionen Euro für 2018.

Es wird im Burgenland auch fleißig in die sprachliche Frühförderung unserer Kinder investiert. Durch einen Bundeszuschuss von 627.200 Euro und der Kofinanzierung des Landes von 340.000 Euro stehen für die sprachliche Frühförderung insgesamt 1.017.200 Euro zur Verfügung. Da der Erwerb der Sprachkompetenz eine wesentliche Schlüsselqualifikation und Voraussetzung für schulischen und beruflichen Erfolg ist, erhalten all jene Kinder die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen eine zusätzliche sprachliche Förderung und zwar in einer Form verschiedener Projekte.

Im Kindergartenjahr 2016/2017 erhielten 1.270 Kinder eine zusätzliche Sprachförderung. Das Ergebnis ist herzeigbar. Zuletzt hatte das Burgenland bei den Bildungsstandardüberprüfungen der 4. Volksschulklassen in Deutsch österreichweit den ersten Platz erreicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Kinderbildung und -betreuung müssen natürlich die Hürden abgebaut werden und nicht aufgebaut. Der Kindergarten ist

die erste Bildungseinrichtung, hier muss unterstützt werden, hier muss gefördert werden und hier muss gefordert werden.

Das Land Oberösterreich hat sich im Jahr 2009 noch für die Einführung des Gratiskindergarten hoch gefeiert. Heute sieht das leider alles anders aus. Sie wollen die Eltern für die Nachmittagsbetreuung zahlen lassen und erhoffen sich und das ist das Schlimme, meiner Meinung nach, sie erhoffen sich durch diese Strafsteuer für Familien Mehreinnahmen von 15 Millionen Euro jährlich.

Auch den Plan von Herrn Kurz der ein verpflichtendes 2. Kindergartenjahr nur für Jene anbieten will, die es seiner Meinung nach brauchen, finde ich äußerst ungerecht, viele Familien werden dadurch noch mehr benachteiligt. Außerdem würde eine flächendeckende Testung aller Kinder eine massiven administrativen wie finanziellen Aufwand bedeuten. Der Sparstift wird hier leider an der falschen Stelle angesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir im Burgenland, wir sind Spitzenreiter bei der Kinderbildung und -betreuung in ganz Österreich. Die Daten und Fakten zeigen, dass wir auf einem richtigen und guten Weg sind. Diesen Weg werden wir natürlich mit den vorhandenen Budgetmitteln fortsetzen.

Wir werden diesem Kapitel die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum Bereich der Jugend.

Bei der letzten Landtagssitzung am 19. Oktober, es ist also noch nicht so lange her, haben wir über den Jugendbericht 2015/16 diskutiert. Die Kernaussage dieses Jugendberichtes ist das die Jugendlichen sich nicht fremdbestimmen lassen wollen, sondern die Zukunft aktiv mitgestalten möchten. Ich denke das hier ein wesentlicher Schritt war das sich die zuständige Frau Landesrätin sehr bewusst für den Verbleib des Jugendgemeinderates in der Gemeindeordnung eingesetzt hat. Die Jugend will gehört werden. Die Jugend will mitgestalten.

Der Jugendbericht ist eine wichtige Grundlage für die politische Arbeit und für die Maßnahmen die im Bereich der Jugend gesetzt werden. Er liefert wichtige Impulse aus Sicht der Jugendlichen. Die Aussagen und Empfehlungen helfen sicher bei der Weiterentwicklung der Jungendpolitik.

Danach ist auch das Budget 2018 im Bereich der Jugend ausgerichtet. Das Jahr 2018 steht ganz im Zeichen der Jugendpolitik, wie auch in den letzten zwei Jahren. Das Jugendbudget, 600.000 Euro, ist das Fundament um sich die Jugendarbeit im Burgenland zu leisten und attraktiver gestalten zu können.

In der Jugendarbeit gibt es viele Bereiche. Das Land Burgenland versucht natürlich jeden Bereich gerecht zu werden, damit kein Jugendlicher vernachlässigt wird.

Das Land Burgenland ist sehr bemüht um ausreichend finanzielle Mittel aufzustellen für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, für Beschäftigungsmaßnahmen im Jugendbereich, für Lehrplätze in landesnahen Betrieben, für die Lehrwerkstätten, für weitere Digitalisierungsmaßnahmen, für Schulreisen zu Institutionen der Europäischen Union, für Schulbesuche im Ausland, für Kurse zur Jugendbetreuern, für außerschulische Jugendarbeit, für kostengünstige Mobilitätsmöglichkeiten, für leistbares Wohnen für

Jugendliche. All das sind Dinge die das Land ernst nimmt. Es sei auch vermerkt das diese strategische Jugendarbeit von der Volksanwaltschaft sehr gelobt wird. Man sieht, Jugendarbeit ist sehr vielfältig und sehr abwechslungsreich im Burgenland und hat auch viele Verknüpfungen in andere Bereiche.

Das Landesjugendreferat setzt auch auf viele Aktivitäten, damit man näher bei den Jugendlichen sein kann, um die Jugendlichen eben besser miteinzubinden und um noch besser herauszufinden, wie lebt die Jugend von heute? Was braucht die Jugend von heute um ihre Lebensziele zu erreichen?

Hier ist das Land Burgenland und das Jugendreferat eine wichtige Anlaufstelle geworden um diese Bedürfnisse der Jugendlichen herauszufinden und um die Bedürfnisse in Zahlen zu gießen, die wir hier im Budget wiederfinden.

Sehr geehrte Damen und Herrn! Schlüsselthemen der Jugend sind auch Schlüsselthemen der Jugendpolitik. Drei wichtige Themen für die Jugend im Burgenland sind nach ihrer Ausbildung, Arbeitsmarktchancen, Freizeitangebote und leistbares Wohnen.

Das Land ist hier sehr bestrebt den Jugendlichen diese Wünsche und Grundlagen, diesen Zugang zum Leben zu erleichtern, ja sogar, wenn möglich, zu erfüllen.

Arbeitslosigkeit, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit, wirkt auf junge Menschen wie ein Schreckgespenst weil, die Grundlage für ein gutes Leben fehlt. Es wird deshalb von den Jugendlichen eine jugendbezogene Arbeitsmarktpolitik erwartet im Zusammenhang mit einer guten Wirtschaftspolitik. Ein weiterer Punkt ist, junge Menschen wollen einer Fülle von Freizeitgestaltungsmöglichkeiten nachgehen. Freizeit ist für die Jugendlichen ein wichtiger Ausgleich. Auch hier stellt das Land Burgenland immer wieder Förderungen in Aussicht.

Es hat auch die Initiative durch die Frau Landesrätin gegeben „Deine Gemeinde - jung, aktiv, innovativ“ wo es das Ziel war, die Jugendarbeit in den Gemeinden zu stärken, und nächstes Jahr wird es hier eine neue Förderschiene geben.

Der nächste Punkt ist für die Jugendlichen auch sehr wichtig. Die Jugendlichen wollen den Schritt in die Selbständigkeit wagen und eine eigene Wohnung haben. Um diesen Schritt tun zu können muss man sich die Wohnung, das Wohnen, auch leisten können. Die Initiative „Junges Wohnen im Burgenland“ soll daher auch weitergeführt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was natürlich aber ganz oben stehen muss für junge Menschen, ist eine sehr gute Bildung und Ausbildung. Das bedeutet beste Chancen und Perspektiven für die Jugend in unserem Land, denn eine sehr gute Bildung und Ausbildung ermöglicht sehr gute Arbeitsmarktchancen und einen sozialen Aufstieg.

Was in diesem Bereich, was ich für sehr wichtig halte ist eine rechtzeitige Berufsorientierung. Gehe ich weiter in die Schule oder schlage ich den Weg der Lehre ein oder eine Lehre mit Matura? Die Jugend muss rechtzeitig gut informiert werden, welche Wege gibt es? Die Berufsentscheidung ist eine Lebensentscheidung. Ein Jugendlicher muss ganz klar sehen können welche Ausbildungschancen es gibt, wie die Ausbildung weiterführt und was ist das Einkommen dazu?

Diese Fragen zur Berufsaus- und -weiterbildung zum Arbeitsmarkt und zu Jobchancen sind für junge Menschen von zentraler Bedeutung. Es ist daher sehr, sehr wichtig Informations- und Beratungsveranstaltungen weiterzuführen. Somit legt das Land Burgenland den Fokus auf die Lebenswirklichkeit der Jugend und den vielfältigen

Interessen. Es sind daher die Rahmenbedingungen für die Jugendlichen bestmöglich sicherzustellen damit ihr Start ins selbständige Leben auch gelingt.

Das Land Burgenland stellt daher wichtige finanzielle Mittel zur Verfügung um eben diese Ziele umsetzen zu können. Ich bin mir bewusst das die finanziellen Mittel im Landesjugendreferat begrenzt sind, dennoch möchte ich hier festhalten, dass es ein sehr gut investiertes Geld ist für die Zukunft.

Wir werden hier unsere Zustimmung gerne erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Möglichkeit nutzen um über zwei Bereiche zu sprechen, zum einen den Bereich Jugend, zum anderen den Bereich Volksgruppen.

Unzählige Freiwillige, speziell junge Freiwillige engagieren sich in den verschiedensten burgenländischen Jugendorganisationen, egal ob es die Pfadfinder sind, politische Jugendorganisationen, ob es die kirchlichen Jugendorganisationen sind. Viele junge engagierte Menschen leisten sehr wertvolle Arbeit in den Vereinen, in den Gemeinden. Sie tun das freiwillig, sie tun das ehrenamtlich und unentgeltlich.

Diese Stunden, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zu entlohnen, das wäre nicht denkbar, das wäre nicht leistbar. Deshalb möchte ich von dieser Stelle allen die sich in den burgenländischen Gemeinden, in den verschiedensten Organisationen, Jugendorganisationen engagieren, von dieser Stelle, ein großes Danke schön aussprechen.

Denn jeder Fördereuro der in die Jugendarbeit gesteckt wird erspart uns viel Geld, würden wird diese Arbeit bezahlen müssen. Ein Dankeschön für dieses Engagement. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzter Herr Kollege Wiesler, wenn Sie meinen, dass sich die Jugend im Burgenland einbringen möchte, wo ich Ihnen Recht gebe, dann muss man aber leider festhalten, dass die rot-blaue Landesregierung, seit dem Antritt im Jahr 2015, ausschließlich Maßnahmen ergriffen hat, welche genau diese Teilhabe, nämlich die Partizipation von Jugendverbänden, ordentlich einschränkt.

Angefangen von der Gesetzesnovelle im Landesjugendbeirat, wo man fünf Vertreter des Landesjugendforums, beziehungsweise sieben Bezirksjugendreferenten, aus dem Beirat geschmissen hat, bis hin zu schleichenden Budgetkürzungen beim Jugendfördertopf durch Kreditsperren, die ebenso für eine erfolgreiche Jugendarbeit im Burgenland nicht dienlich sind.

Gerade kleine Vereine, meine geschätzten Damen und Herren, die leiden unter der immer weniger werdenden Basisförderung. Entsprechende Ansuchen von den Organisationen wurden bisher leider stets abgelehnt und Bestrebungen des Landesjugendforums werden als politische Inszenierung abgetan. Das ist nicht mein Verständnis einer Jugendpolitik, da braucht es ein Umdenken. Da appelliere ich an die zuständige Landesrätin einzulenken.

Geschätzte Damen und Herren! Gerade im ländlichen Raum stehen wir vor großen Herausforderungen, wenn ich an die Landflucht, an die Abwanderung von jungen Menschen aus dem ländlichen Raum hin zu den Ballungszentren denke. Ich bin der

Meinung, dass es nicht sein kann das Menschen aufgrund fehlender Infrastruktur, aufgrund schlechter Bedingungen ihre Heimatregion verlassen müssen. Die Gleichwertigkeit zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten, dafür müssen wir, meine geschätzten Damen und Herren, kämpfen. Denn, während die kleinen Gemeinden bei uns im Burgenland schrumpfen, zum Teil aussterben, wachsen die Städte und hier im Speziellen die Bundeshauptstadt Wien und das auf unsere Kosten.

Es braucht eine funktionierende Infrastruktur, ein funktionierendes Umfeld, ein Umdenken, Anreize, dass sich junge Menschen nach ihrer Ausbildung für das Burgenland zurückentscheiden, heimkehren und arbeiten können.

Deshalb müssen wir die Mobilität sichern, wir müssen eine optimale Kinderbetreuung gewährleisten, die medizinische Versorgung am Land sicherstellen und vor allem auch die Digitalisierung des ländlichen Raumes fördern. Wir dürfen diese Entwicklung, diesen digitalen Wandel nicht als Zaungast betrachten, denn diese Digitalisierung ist aus meiner Sicht ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung der Region.

Der flächendeckende Ausbau von Breitbandinternet im Burgenland ist wichtig, um einerseits wirtschaftliche Chancen bieten zu können, aber auch gesellschaftliche Chancen gewährleisten zu können.

Jeder Mensch, meine geschätzten Damen und Herren, muss meiner Meinung nach, im Burgenland einen Zugang zum Internet haben. Es kann nicht sein, dass es Gegenden, Regionen gibt, wo ein Skype-Gespräch nicht möglich ist.

Beziehungsweise kann es nicht sein, dass junge Schülerinnen und Schüler ihre vorwissenschaftlichen Arbeiten von zu Hause aus nicht abgeben können, da braucht es eine flächendeckende Versorgung. Ein Zugang zu Breitbandinternetanschlüssen ist für mich im Jahr 2017 eine Frage der Gerechtigkeit. Deswegen ist es unsere zentrale Forderung heute auch, um diesem Budget zustimmen zu können, eine Breitbandmillion zur Verfügung zu stellen, ein Sonderprogramm für den Breibandausbau, den ich leider in diesem Budget vermisse.

Geschätzte Damen und Herren, nachdem auch wieder 10.000 Euro für den Jugendlandtag 2018 reserviert sind, darf ich hier zum wiederholten Male auf meine Bestrebungen den Jugendlandtag zu reformieren betonen. Es bedarf unbedingt einer Neuerung des Jugendlandtages. Denn dieser Jugendlandtag, der verfehlt aus meiner Sicht das eigentliche Ziel.

Es hat schone einige Denkanstöße von meiner Fraktion in diesem Bereich gegeben, dies zu ändern. Die rot-blaue Landesregierung zeigt hier eine Blockadehaltung. Es freut mich aber und das wurde heute schon von Klubobmann Sagartz erwähnt, dass die künftige Bundesregierung hier die richtigen Schritte setzt zu mehr Mitsprache und Mitbestimmung geht und die gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten auf Bundes- und Landesebene anstrebt.

Erst im Juli haben wir hier im Landtag dieses Thema auch auf der Tagesordnung gehabt, Rot-Blau hat damals leider dagegen gestimmt. Es freut mich, dass aber die FPÖ auf Bundesebene hier diesen Schritt mit der ÖVP mitgeht und ich danke dem Sebastian Kurz, der hier dieses wichtige Instrument realisieren wird.

Meine geschätzten Damen und Herren, zu den wichtigsten Aufgaben einer vorausschauenden, einer wertorientierten Politik gehört es, die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern. Wer das tut, der sichert auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Leider erhält dieses Budget keine Innovationen für die Zukunft und sichert damit auch keine Chancen für die junge Generation.

Meine geschätzten Damen und Herren, als Volksgruppenangehöriger ist es mir ein Anliegen auch einige Punkte im Bereich der Volksgruppen zu erwähnen. Die sprachliche und kulturelle Vielfalt, die wir im Burgenland haben, ist nicht nur eine Bereicherung für unser Land, sondern vor allem auch eine Chance, speziell für viele junge Menschen, eine Chance in einem gemeinsamen Europa der Sprachenvielfalt bildungsmäßig, beziehungsweise auch beruflich, besser agieren zu können.

Leider sind wir aber auch in diesem Bereich mit Herausforderungen konfrontiert, hier im Speziellen was die Vermittlung der Volksgruppensprachen anbelangt. Es wird immer schwieriger diese Sprachen weiter zu vermitteln.

Das ist dem Umstand geschuldet, dass in vielen Familien nur mehr ein Elternteil die Volksgruppensprache beherrscht, aber auch aufgrund der geografischen Entwicklung, wo viele in die Ballungszentren auswandern, aus persönlichen, aus beruflichen Gründen die Heimat verlassen, und damit auch ihre Volksgruppenwurzeln verloren gehen und die Volksgruppensprachen schlussendlich nicht gesprochen werden.

Damit aber auch künftig diese wertvolle Kultur bestehen bleiben kann, braucht es speziell Bestrebungen im Bereich der Bildung, um die Mehrsprachigkeit in den Schulen, in den Kindergärten, aber auch in Universitäten zu forcieren.

Speziell für den in Wien lebenden Teil der Volksgruppen wäre es aus meiner Sicht wichtig eine entsprechende Versorgung mit Schulen zu gewährleisten. Es gibt ein gutes Beispiel in Wien, die tschechische Schule, wo die tschechische Volksgruppe, also die Schule auf die Bedürfnisse der Volksgruppe und der Mehrsprachigkeit abgestimmt ist.

Wichtig ist, aus meiner Sicht auch, die außerschulische Jugenderziehung beziehungsweise auch die Erwachsenenbildung. Hier gilt es kulturelle Tätigkeiten beziehungsweise Einrichtungen zu unterstützen, die das Ziel haben, Kenntnis und Gebrauch von Minderheitensprachen im Freizeitbereich zu fördern.

Es gibt viele Initiativen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die sich mit dem Schutz der Rechte der Minderheiten auseinandersetzen. Eines wurde in der letzten Landtagssitzung schon vom Kollegen Gerhard Steier erwähnt, ich möchte es nochmals wiederholen.

Die Initiative „Minority Safe Pack“, wo die europäischen Volksgruppen derzeit Unterschriften zur Stärkung der Rechte der Minderheiten auf europäischer Ebene sammeln. Es sind eine Million Unterschriften notwendig, damit die Anliegen der europäischen Volksgruppen von der EU-Kommission, beziehungsweise auch dem Europäischen Parlament befasst werden.

Ich appelliere an Sie alle, ich habe es bereits getan, diese Initiative zu unterstützen, beziehungsweise appelliere ich auch an alle Behörden, damit auch künftig die Abwicklung von Förderungen für Volksgruppen, speziell jene vom Bundeskanzleramt leichter gestaltet werden, beziehungsweise entbürokratisiert werden.

Ich bin aber guter Dinge, dass das mit dem neuen Bundeskanzler, dem künftigen Bundeskanzler Sebastian Kurz besser funktionieren wird. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Danke, Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Livestream-Zuschauerinnen und Zuschauer! In dem Bericht der Volksanwaltschaft wurde die strategische Jugendarbeit von unserer Jugendlandesrätin Astrid Eisenkopf gelobt. So wurde die Jugendpolitik des Landes als vorbildlich bezeichnet.

Im Gegensatz zu dem, was wir vorher gehört haben. Dabei ist vor allem aber der Zukunftsworkshop „Jugendarbeit im Burgenland 2020“, der Relaunch der Jugendarbeit im Burgenland gemeint. Ziel dieses Workshops war es, gemeinsam mit den burgenländischen Jugendlichen, die Jugendpolitik auf neue Beine zu stellen. Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier wurde miteinbezogen, um diesen Prozess hier auch wissenschaftlich zu begleiten.

Aufbauend auf den Ideen der Jugendlichen und den wissenschaftlichen Empfehlungen wurden dann neue Maßnahmen und Angebote für die jungen Burgenländerinnen und Burgenländer geschaffen, die auch große Zustimmung finden.

Und eines finde ich da schon sehr bemerkenswert, auf der einen Seite wird unsere Jugendlandesrätin Astrid Eisenkopf für die vorbildliche Jugendpolitik von der Volksanwaltschaft gelobt und auf der anderen Seite steht die ÖVP, die diese vorbildliche Arbeit seit Jahren nur kritisiert, ohne Substanz versteht sich und nur dagegen ist.

Leider bestätigt mich das bei meiner Annahme, dass es der ÖVP anscheinend nicht um die burgenländischen Jugendlichen geht, sondern es darum geht, die Arbeit anderer schlecht zu machen. Das sage ich ganz klar, dagegen sein als Programm, ist hier einfach viel zu wenig. Aber wir lassen uns von dieser Miesmacherei auf Kosten der Jugendlichen nicht runterziehen.

Wir arbeiten weiter, um unser Land noch jugendfreundlicher zu gestalten. Und da ist wieder Einiges für das kommende Jahr geplant. Natürlich wieder viele tolle altbewährte Events, wie die Songchallenge, der Redewettbewerb, der Bandwettbewerb „America is waiting“ und viele mehr.

Aber auch tolle Neuinitiativen, wie wir vom Kollegen Wiesler bereits gehört haben, die Initiative „Deine Gemeinde - jung, aktiv, innovativ“, wo Gemeinden die Maßnahmen für und mit ihren Jugendlichen umsetzen, Punkte erhalten, mit denen sie, wenn sie 24 Punkte erhalten, eine Förderung bekommen. Damit werden gemeinsam mit den Jugendlichen unsere Gemeinden gestärkt. Denn durch diese Miteinbeziehung der jungen Menschen profitieren nicht nur die Jugendlichen selbst, sondern auch auf vielfältige Art und Weise auch die kommunale Ebene unseres Landes.

Aber nicht nur Events und Initiativen sind wichtig, auch die Förderkulisse für die Jugendlichen ist sehr wichtig und hier gibt es auch ein breites Angebot. Ich möchte hier eines herausstreichen, nämlich die EU-Schulklassenförderung, wo Reisen nach Brüssel zu den EU-Institutionen gefördert werden.

Dadurch sollen junge Menschen ein besseres Verständnis der Abläufe und Zusammenhänge in der europäischen Politik ermöglicht und die Bedeutung der europäischen Integration für das Burgenland nähergebracht werden. Diese Förderung hat aber auch zum Ziel, die Grundwerte der Europäischen Union zu vermitteln.

Gerade in Zeiten wie diesen, wo die Europäische Union heftig kritisiert wird ist das eine wichtige Maßnahme. Natürlich gibt es in der EU einen gewissen Handlungs- und Verbesserungsbedarf, was die Abläufe, was die Gesetzgebung und vieles mehr betrifft.

Aber es geht auch darum zu sagen, dass die EU eine wichtige Errungenschaft ist und unser Leben in den letzten Jahrzehnten auch sehr positiv gestaltet hat. Denn ohne die Unterstützung durch die EU wäre dieser Aufschwung des Burgenlandes nicht so schnell möglich gewesen. Was uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hierbei noch wichtig ist, ist die soziale Staffelung von Förderungen. Also weg von diesem Gießkannenprinzip hin zu einem Fördersystem, das gezielt Menschen hilft, jenen Menschen die Hilfe benötigen.

Also mehr Geld für Schülerinnen und Schüler aus sozialschwächerem Umfeld, um diesen die Teilnahme an mehrtägigen Schulveranstaltungen leichter zu ermöglichen und dafür ist im kommenden Jahr wieder ausreichend gesorgt.

Ausreichend gesorgt, beziehungsweise noch mehr Mittel stehen, und das wurde noch nicht gesagt und das freut mich ganz, ganz sehr, es werden im kommenden Jahr mehr Mittel für Jugendprojekte zur Verfügung stehen.

Für das Jahr 2018 sind statt 65.000 Euro, 104.000 Euro für Jugendprojekte vorgesehen. Einen Schritt, den ich sehr begrüße, denn unsere Jugendorganisationen und unsere Jugendvereine leisten das ganze Jahr über Großartiges und dabei gehören sie auch unterstützt.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Jugendorganisationen bedanken. Danke für die tollen Aktivitäten das ganze Jahr über, danke für den Einsatz auch das ganze Jahr über, im Zeichen der Jugend. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und natürlich ist es mir auch ein Anliegen, ein großes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesjugendreferates auch auszusprechen, die ebenso das ganze Jahr über im Zeichen der Jugend stehen, herzlichen Dank.

Meine Fraktion stimmt dem Budget natürlich zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir hier im Hohen Haus mit einem bestimmten Abstand immer wieder den Sportbericht diskutieren, heute ja nicht, hören wir, welche großen Erfolge unsere Sportler für das Burgenland erreichen.

Wir erfahren aber auch welchen hohen Stellenwert der Sport im Burgenland hat. Sport hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Er vermittelt wichtige Werte, er verbindet verschiedene Generationen und stärkt die Gemeinschaft. Man lernt Freunde kennen, der Sport ist Brückenbauer und vieles mehr.

Der Sport ist ein dominierendes Phänomen unserer Alltags- und Freizeitkultur über alle sozialen Schichten und Altersstufen hinweg. Er ist in der Gesellschaft tief verankert. Es gibt mit Sicherheit viele Ebenen, auf denen Menschen Verständnis und Gemeinschaftsgefühl entwickeln können. Ein spannendes wie emotionales Feld ist und bleibt der Sport.

Der Sport hat natürlich auch einen weiteren anderen Stellenwert, beziehungsweise Mehrwert zu bieten. In Zeiten einer immer älter werdenden Generation und Gesellschaft ist die Gesundheitserhaltung der Bevölkerung durch sportliche Aktivität von großer und wichtiger Bedeutung. Denn wie schon das Sprichwort sagt, „wer rastet - der rostet“, deshalb ist es dem Land Burgenland natürlich ein Anliegen Bewegung und Sport für die

gesamte Bevölkerung zu ermöglichen. Ziel ist es die Bevölkerung und insbesondere die Kinder und die Jugendlichen für Bewegung und Sport zu begeistern, wie auch durch die tägliche Turnstunde. Denn vorsorgen ist besser als nach zu sorgen, Sport soll daher auch Gesundheitsprävention sein.

Die von Fachleuten genannten Volkskrankheiten, Diabetes, Herz- und Kreislauferkrankungen und Rückenleiden sind vorwiegend auf Bewegungsmangel und ungesunden Lebensstil zurückzuführen. Das Gesundheitssystem steuert auch dadurch auf einen wirtschaftlichen Engpass hin. Jeder Einzelne muss daher bereits in frühen Lebensjahren Verantwortung für seinen Körper übernehmen und lernen vorzusorgen. Je früher, desto besser. Denn es werden auch so die motorischen Fähigkeiten gesteigert und man kommt verletzungsfreier durch den Alltag. Wir können somit sagen, der Sport ist nicht nur ein Verbinder, sondern auch ein Gesundheitsmotor.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Sport hat im Burgenland natürlich auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung. Der Sport im Burgenland ist sehr, sehr wichtig in Bezug auf Tourismus und Wirtschaft. Das Burgenland wird ja gerne als „Sportland“ aufgesucht. Es werden daher weiter die nötigen Rahmenbedingungen gesetzt, damit das auch so bleiben kann. Es werden auch Sport, Freizeit und Tourismus perfekt miteinander verbunden.

Dieses Erfolgswerk soll natürlich weiter behalten werden. Auch anhand der Sportstättenförderung sieht man, dass viel Geld investiert wird, auch das kommt der Wirtschaft zugute. Eine wichtige Grundlage für den Sport ist im Burgenland die Sportförderung, wo anhand von Förderrichtlinien finanzielle Mittel für verschiedene Bereiche vergeben werden.

Entsprechend der Bedeutung des Sportes im Burgenland, ist die Botschaft des Budget 2018 klar. Der Sport erhält auch weiterhin eine verlässliche finanzielle Förderung, damit soll bekundet werden welchen hohen Stellenwert der Sport im Burgenland hat.

Ich darf abschließend allen danken die sich für den Sport, für sportliche Aktivitäten einsetzen. Besonders bei den ehrenamtlichen Funktionären und natürlich bei allen Verbänden und Vereinen. Gratuliere allen Sportlerinnen und Sportlern zu ihren Leistungen im Jahr 2017 und Wünsche für das kommende Sportjahr alles Gute.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Sport steht natürlich im engen Zusammenhang mit den Vereinen. Ohne Vereine würde es so manche Sportart gar nicht geben oder auch manche gesellschaftlichen Ereignisse in den Gemeinden.

Somit möchte ich kurz noch auf die Vereine zu sprechen kommen. Es ist gute Tradition, dass zum Landesfeiertag zahlreiche Menschen für besondere Verdienste um unser Heimatland Burgenland ausgezeichnet werden. Diese verdienstvollen Persönlichkeiten sind zumeist auch in den Vereinen tätig.

Der Fleiß, das Engagement und der Einsatz der Menschen in den Vereinen für unsere Mitmenschen, für unsere Gemeinden und für unser Land Burgenland sind ein wichtiges Fundament in der Gesellschaft. Wir sind uns wahrscheinlich alle einig, dass Vereine im Burgenland Großartiges leisten und enorm zum gesellschaftlichen Leben beitragen. Die Vereine und ihre Vielfältigkeit sind aus dem Dorfleben also nicht wegzudenken.

Von den verschiedenen Sportvereinen angefangen über Gesangsvereine, Theatervereine, Chöre, Blasmusikvereine, Volkstanzgruppen bis hin zu sozialen Vereinen. Die Vereine bereichern unser dörfliches, kulturelles, gesellschaftliches, soziales, und sportliches Zusammenleben. Die Vereine sind auch ein wesentlicher wirtschaftlicher Motor

vor Ort in den Gemeinden und in den Regionen, die freiwilligen Stunden die jeder frei erbringt, sind unbezahlbar für das Gemeinwohl.

Ich darf deshalb auch allen Funktionären in den Vereinen danken für ihre Leistungen. Die Vereine haben sich neben der selbsterarbeiteten und gesellschaftlichen Anerkennung auch die nötigen finanziellen Mittel verdient. Auch deshalb ist im Budget dafür Vorsorge getroffen worden.

Wir werden daher unsere Zustimmung gerne erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Angeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich meinem Vorredner an, wenn es um die Wichtigkeit der Sportvereine und generell um Vereine im Burgenland geht. Es ist kein Geheimnis, dass Bewegung, Sport und Gesundheit sehr eng miteinander verbunden sind.

Gerade bei sportlicher Betätigung, durch Bewegung, bekommt man den Kopf frei, die Konzentrationsfähigkeit steigt und dabei hält man sich auch gesund. Für uns sind unsere Vereine wichtig und da möchten wir die großartigen Leistungen im Burgenland hervorheben. Hier haben wir in den letzten Jahren doch einige Erleichterungen erreichen können.

Ein Dankeschön gilt vor allem den Funktionären, die diese Vereine auch am Leben halten. Denn nur deshalb gibt es sie auch im Burgenland und natürlich auch ein großes Dankeschön den Sportlerinnen und Sportlern, die vom Breitensport bis hin zum Spitzensport dafür sorgen, dass die Sportvereine, aber auch die Sportler selbst, einen überregionalen Namen bekommen und doch auch für die eine oder andere Randsportart die nötige Popularität erlangen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein persönliches Anliegen ist es, an dieser Stelle auch ein Dankeschön zu sagen vor allem an die Kinder und auch den Eltern, die immer wieder dahinter sind die Kinder zu den Sportvereinen, zu den Trainings zu führen, sie wieder abholen, dabei aufpassen, um zukünftig und langfristig auch die Kinder in Bewegung und dabei auch gesund zu halten.

Geschätzte Damen und Herren! Am Ende noch ein Dankeschön an die Gemeinden, die gerade für die Sportstätten die nötige Infrastruktur gemeinsam mit dem Land zur Verfügung stellen. Hier wird sich im Jahr 2018 und 2019 doch einiges tun.

Wir haben in den letzten Jahren immer gepredigt, dass es im Burgenland beispielsweise kein wettkampffähiges Hallenbad gibt oder auch keine wettkampffähige Leichtathletikbahn. Ich höre, dass es hier gute Projekte und Gespräche gibt und bin sehr zuversichtlich in den kommenden Jahren Erfolge zu sehen.

Es freut mich auch, dass unser Sportstättenatlas großes Lob erfahren hat und ich hoffe, dass das Land dieses Projekt übernehmen wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Eine Herausforderung die uns allen bevorstehen wird, egal in welcher Verantwortung wir stehen, ist die tägliche Turnstunde die ja ein Pilotjahr hinter sich hat. Hier wurden leider nur die Personalkosten bezahlt und trotz Urgenz beim Finanzamt gab es keine weiteren Kostenersätze. Dass wird es zukünftig anders geben, wir hoffen natürlich auf eine erfolgreiche österreichweite Durchführung.

Bezüglich dem burgenländischen Gesundheitsfonds, wo es jährliche Budgetmittel für Sport- und Gesundheitsprojekte gibt, wäre es doch eine Idee und Überlegung, diese Budgetmittel für die Dach- und Fachverbände freizugeben, um vor allem auch Projekte der Sportvereine, die Gesundheit betreffend, unterstützen zu können.

Geschätzte Damen und Herren! Dieser Sportbereich ist für uns zustimmungswürdig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Sie sehen, im Sport sind wir uns alle einig, das Land Burgenland ist das Sportland. Wir haben es schon einige Male heute wirklich gehört, wie wichtig unsere Vereine sind, unsere Funktionäre die das ehrenamtlich machen.

Wenn wir im Vorjahr 754 Medaillen, sozusagen unsere Sportler nicht wir, sondern unsere Sportler erworben haben, dann ist das glaube ich, wirklich die Auszeichnung, dass Vereinsobmänner, Vereinsobfrauen, Funktionäre ihre Freizeit opfern, um eben mit Trainer und Trainerinnen, die natürlich geschult sind, die auch ein Dienstverhältnis haben, hier zu sportlichen Höchstleistungen kommen.

Es ist für uns so, dass das Land Burgenland natürlich die Sportförderung oder das Budget darauf auflegt, es natürlich für alle Vereine etwas gibt. Es ist so, dass 540.000 Euro für den Spitzensport sind, wo es dazu kommt, dass natürlich diejenigen die eine Medaille bekommen, auch Prämien bekommen können, je nach Erfolg. Es ist auch so, dass die Verbände Geld brauchen, wenn sie zu Sportveranstaltungen fahren, dann gibt es die 550.000 Euro.

Die Allgemeine Sportförderung wird für die Dachverbände verwendet, wird auch für Trainer- und Nachwuchsarbeit herangezogen. Das Motto, das im Burgenland ein sehr ein wichtiges ist: Die besten Trainer und Trainerinnen beim Nachwuchs. Man sieht, der Erfolg gibt den Sportvereinen und dem Land Burgenland Recht.

Weiters möchte ich nur erwähnen, dass unser Burgenland natürlich sich auch als Veranstaltungsort einen Namen gemacht hat mit Großveranstaltungen. Hier ist wieder den Vereinen und Funktionären zu danken, die das auch durchführen und organisieren und dann natürlich auch zu Wettkämpfen fahren.

Ein Dankeschön an unsere Vereine die das sehr, sehr hervorragend machen samt Funktionären. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Weiters glaube ich, ist die hohe Lebensqualität im Burgenland auch damit verbunden, dass es wirklich eine Sportstätteninfrastruktur gibt und wir das auch für uns in Anspruch nehmen können, dass dies zur Lebensqualität im Burgenland beiträgt.

Dann ist noch zu erwähnen, dass es seit 2001 den Sportpool Burgenland gibt, den unser Herr Landeshauptmann Hans Nießl gemeinsam mit den burgenländischen Sportjournalisten ins Leben gerufen hat. Auch das, denke ich, ist ein wichtiger Meilenstein damit man auch einmal diejenigen vor den Vorhang bittet, die es auch verdient haben und die natürlich auch Unterstützungen bekommen.

Im schulischen Bereich ist das Burgenland mit dem Sport natürlich auch sehr gut unterwegs. Es gibt Oberschützen, es gibt die HAK Stegersbach, es gibt die Fußballakademie Mattersburg.

Wir wissen, dass seit 2009 die Fußballakademie in Mattersburg vorhanden ist. Sie hat einen guten Ruf und hat 100 Schülerinnen und Schüler. Es gibt weit mehr Bewerbungen wie letztendlich jedes Jahr genommen werden können und ist sicher eine der größten und modernsten Fußballakademien Ostösterreichs. Ich glaube auch auf das können wir als Burgenländerinnen und Burgenländer sehr stolz sein.

Ja, sonst haben alle meine Vorredner schon sehr viel berichtet. Ich darf noch ein Projekt nennen, das „Urfit“, das in den Volksschulen durchgeführt wird. Das in den Nachmittagsbetreuungen ganzjährig eigentlich so zur Bewusstseinsbildung der Bewegung beiträgt. Ich glaube, auch das ist eine ganz, ganz wichtige Institution, die wir im Burgenland haben.

Dann darf ich noch erwähnen, den Landesportbeirat der wurde heute auch schon genannt. Also es ist wirklich so, dass dort die Sportförderrichtlinien immer angepasst werden, dass es zirka 550 Antragsstellungen gegeben hat und dass es einstimmig eben beschlossen worden ist. Das Sportbudget für das Land Burgenland verringert sich um 250.000 Euro. Das haben Sie sicher im Budget gesehen. Das aber deshalb, weil sich der Beitrag aufgrund einer Steuergutschrift für die Fußballakademie Mattersburg verringert und daher ist dieses Budget um diese Summe gekürzt.

Ansonsten, glaube ich, dass es eine gute Budgetzahl ist, die wir haben, die Zahl ist gesamt 3.452.600 Euro. Es ist heute auch schon angesprochen worden, es gibt den Ombudsmann für Vereine, der natürlich auch für Sportvereine eine wichtige Funktion hat, den Herrn Mag. Rebernig.

Weil wir ja wissen, dass es ja nicht nur Herausforderungen gibt um zu Höchstleistungen und Breitensportleistungen die Bevölkerung und die Jugend zu aktivieren, sondern dass es auch rechtliche Herausforderungen gibt, wo oft Vereine auch natürlich, wenn Sie nicht eine Beratung kostenlos annehmen können, für diese Beratungen bezahlen müssen.

Ich glaube, dass wir hier einen richtigen Weg in die richtige Richtung für die Vereine gemacht haben mit dieser Ombudsmann-Stelle. Wir stimmen, glaube ich, alle jetzt für dieses Sportbudget und sind und alle Parteien einig, dass sich das Land Burgenland den Namen als Sportland verdient hat.

Wir stimmen natürlich dem Budget zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Nießl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Herzlichen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich vielleicht zunächst bedanken für die Diskussionsbeiträge und möchte auch vielleicht hinzufügen, dass wir gestern die erfolgreichste Kickboxerin der Welt, nämlich Nicole Trimmel offiziell verabschiedet haben.

Ich glaube, sie hat für das Burgenland Außerordentliches geleistet, nämlich achtmal Weltmeisterin zu werden, fünfmal Europameisterin zu werden. 20-fache Staatsmeisterin zu sein, ist natürlich eine sehr großartige Leistung die Sie erbracht hat. Sie hat sich entschlossen, eben ihre aktive Karriere zu beenden.

Ich möchte mich auch an dieser Stelle für diese wirklich großartigen sportlichen Leistungen, die sie natürlich für unser Heimatland Burgenland erbracht hat, sehr herzlich bedanken. Sie ist ein ausgezeichnetes Aushängeschild und wird dem Sport als Trainer auch erhalten bleiben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Die Frau Abgeordnete Salamon hat darauf hingewiesen, „Urfit“ ein Projekt, das sie kreiert hat, wo sie in Zeiten wo Unterrichtsstunden im Sport gekürzt wurden, das ist schon längere Zeit her, mit dazu beigetragen hat, dass mit dem Projekt „Urfit“ in den Volksschulen eben mehr Turnstunden gegeben sind und wo sie durch ihr Netzwerk im Sport aus den verschiedensten Sportarten, Trainerinnen und Trainern mobilisieren konnte und motivieren konnte, diese Turnstunde auch in den Volksschulen zusätzlich zu halten.

Wo wir auch eine Modellregion sind, wir sind das erste Bundesland gewesen, das die tägliche Turnstunde eingeführt hat. Jetzt haben einige Bundesländer nachgezogen. Aber es war für uns ein doch großartiger Erfolg, dass man dort, wo es gewünscht ist, im Rahmen der Schulautonomie, nicht von oben nach unten verordnet, sondern von unten beschlossen und von oben unterstützt, diese tägliche Turnstunde auch einführen konnte.

Ich halte das für sehr, sehr wichtig, weil es ein wesentlicher und wichtiger Impuls im Bereich des Schulsports ist, nämlich immer mehr Schulen sind ganztägig organisiert. Die Schülerinnen und Schüler sind viele Stunden in der Schule und da zwischendurch täglich eine Bewegungsstunde zu haben, finde ich natürlich sehr, sehr wichtig für die Gesundheit, für das Wohlbefinden und natürlich auch für die Motivation nicht nur im Schulalltag, sondern auch im weiteren Leben Sport zu betreiben. Das ist eigentlich die Grundlage dafür, dass man vielleicht im späteren Alter Sport betreibt und nach Möglichkeit bis ins hohe Alter.

Der zweite Punkt ist der Spitzensport. Spitzensport, wo wir sehr erfolgreich sind. Wir haben unsere Medaillen, die wir bei nationalen und internationalen Meisterschaften erringen konnten, in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Wir haben 750 Medaillen im Jahr 2016 erringen können und sind auch heuer auf einem sehr, sehr guten Weg, nämlich, dass wir diese tolle Medaillenbilanz wieder erzielen konnten. Das sind Medaillen bei Staatsmeisterschaften und bei Europameisterschaften, bei Weltmeisterschaften, bei österreichischen Wettkämpfen, sowohl im Nachwuchsbereich als auch im Erwachsenenbereich.

Diesen Spitzensport unterstützen wir auch durch die burgenländische Sportförderung, immerhin mit 540.000 Euro, zusätzlich noch mit zirka 150.000 Euro über den Sportpool, wo private Firmen nicht nur aus dem Burgenland, aber doch sehr viele aus dem Burgenland ebenfalls den Spitzensport unterstützen und damit einen Beitrag zu dieser beeindruckenden Medaillenbilanz auch leisten.

Gestern am Abend haben wir im Kulturzentrum in Eisenstadt verdienstvolle Funktionärinnen und Funktionäre, aber auch Sportlerinnen und Sportler, unter anderem auch Nicole Trimmel Ehrenzeichen des Landes und des Sports überreichen können. Bei dieser Gelegenheit kann ich mich nur bei allen Funktionären, die freiwillig ehrenamtlich im Bereich des Sports tätig sind, sehr, sehr herzlich bedanken für ihr Engagement, für ihren Einsatz und für die guten Rahmenbedingungen, die im Sport gesetzt werden.

Ohne diese Freiwilligen würde es den Sport in dieser Form im Burgenland mit Sicherheit nicht geben, ein großer Dank, an die freiwilligen und ehrenamtlich Tätigen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der dritte Schwerpunkt ist natürlich der Breitensport, denn ohne Breitensport gibt es keinen Spitzensport. Auch im Breitensport kann man sagen, dass gerade im

Burgenland sehr gute Arbeit geleistet wird. Ich darf auch dazu sagen, da geht es nicht nur um Fußball, sondern im Burgenland werden mehr als 50 verschiedene Sportarten ausgeübt. Ein Großteil dieser 50 Sportarten wird auch von Seiten des Landes Burgenland entsprechend gefördert.

Also insofern, die Zeiten wo man sagt, ja Fußball sonst gibt es nichts in den Gemeinden, die sind schon lange vorbei, nämlich 50 verschiedene Sportarten. Und ich muss auch sagen, manche Gemeinden sind da wirklich ganz, ganz federführend tätig, die die verschiedensten Sportarten in ihren Gemeinden haben.

Erst gestern war eine Gemeinde bei mir mit einem Vereinsobmann der zum Beispiel eine Halle für Baseball bauen will, also auch eine Sportart wo man überhaupt sagt, gibt es das überhaupt im Burgenland? Es gibt Hobby-Eishockeyvereine, wie ich am Wochenende in Bad Sauerbrunn auch gesehen und gehört habe und viele, viele verschiedenste Sportarten, also 50 verschiedene Sportarten, die wir im Burgenland haben.

Das ist natürlich eine große Herausforderung für die Gemeinden, weil die brauchen alle Infrastruktur, die brauchen Rahmenbedingungen, die brauchen Unterstützung und ich denke, dass wir da auch von Seiten des Landes Beiträge leisten.

Vor allem geht es mir im Breitensport auch darum, dass viele junge Menschen im Bereich des Breitensportes tätig sind, dass diese Vereine, die im Breitensport arbeiten, junge Menschen, oft Kinder, Jugendliche einladen mit dabei zu sein. Sport ist sicherlich eine der sinnvollsten Freizeitgestaltungen die es gibt, eine der gesündesten Freizeitgestaltungen.

Deswegen ist mir das auch besonders wichtig, dass wir hier gute Rahmenbedingungen und Voraussetzungen haben. Wenn mir der Kollege Steiner gesagt hat, die Stadtgemeinde Eisenstadt hat den Eislaufplatz überdacht. Da gibt es eine tolle Statistik von 6.000 *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 9.000!)* 9.000, Entschuldigung, Menschen, die in den letzten Wochen eislaufen waren. Das sind deutlich mehr als in der Vergangenheit. Dann sage ich auch, das ist eine gute Entwicklung. Auch von Seiten des Landes wieder die Hauptaufgabe, wie ich in der Früh gesagt habe, die Hauptlast hat die Gemeinde zu tragen. Auf der anderen Seite versuchen wir das auch finanziell zu unterstützen und tragen zur Realisierung bei, denn schlussendlich kommt es den Menschen zugute, den 9.000 Leuten am Eislaufplatz, das ist doch eine sehr bemerkenswerte Anzahl.

Ich glaube, das ist wieder die nächste Herausforderung und damit komme ich schon zum Schluss. Die Infrastruktur zu erhalten beziehungsweise entsprechend auszubauen, ist eine ganz große Herausforderung. Ob das im Bereich des Fußballes ist, des Basketballes ist, wir haben im Augenblick Gespräche auch in Jennersdorf, die haben ja erfolgreiche Basketballer. Wie können die in Zukunft nicht in der Steiermark, sondern unter Umständen im Burgenland spielen oder im eigenen Bezirk spielen?

Nicht einfach, weil wieder die Hauptlast der Verein trägt, beziehungsweise die Gemeinden und das Land Burgenland sollten dieses Projekt auch entsprechend unterstützen. So könnte ich eine ganze Palette von Infrastrukturprojekten anführen, die in den letzten Jahren entstanden sind. Initiativen der Gemeinden, der Vereine, Unterstützung durch das Land Burgenland.

Ein letzter Satz ist mir auch ein Anliegen. Wir haben eine tolle Einrichtung in Oberschützen. Das Projekt Schule & Sport ist ein Musterprojekt, wo Schüler Spitzensport

betreiben können, die Voraussetzungen dort kriegen, die Matura machen können und sehr erfolgreich bei ihrem Verein tätig sind.

Auch das wird zum Beispiel von Seiten des Landes Burgenland mit 32.000 Euro unterstützt. Das ist wirklich ein Kompetenzzentrum für den Sport im Burgenland.

Ich bedanke mich bei allen die dieser Budgetpost zustimmen. Ich denke, das ist sehr gut investiertes Geld in die Jugend und in den Sport. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächste hat sich zu Wort gemeldet die Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich widme mich dem Bereich der Dorferneuerung. Vor 20 Jahren wurde die Dorferneuerung ins Leben gerufen mit dem Ziel die Lebensqualität im Dorf zu steigern, der Abwanderung entgegen zu wirken, Impulsgeber für innovative Ideen zu sein und vor allem ist dabei sehr, sehr wichtig natürlich die Bürgerbeteiligung.

Die Finanzierung für die Dorferneuerung läuft über zwei Förderschienen. Zum einen die von EU und vom Land kofinanzierten Projektmaßnahmen, wobei 63 Prozent die EU und 37 Prozent das Land bezahlen, entsprechend dem Landesentwicklungsplan 2014 bis 2020 die ELER-Mittel. Es gibt dafür Sonderrichtlinien des Landes. Die Finanzierung ist im außerordentlichen Haushalt bereitgestellt. Die Projekteinreichungen sind gemäß den Sonderrichtlinien in drei Vorhabensarten möglich.

Erstens für die Pläne, Konzepte und auch für Wettbewerbe, dann für die Beteiligungsprozesse, für die Prozessbegleiter und für die Umsetzung und für investive Maßnahmen. Insgesamt stehen dafür im EU und Land kofinanzierten Förderbereich 4.210.345 Euro zur Verfügung. Der zweite Bereich der Förderschiene sind die landesfinanzierten Projektmaßnahmen, dafür gibt es die Dorferneuerungsrichtlinien des Landes aus dem Jahr 2015.

Im Landesvoranschlag 2018 sind im ordentlichen Haushalt dafür 234.200 Euro veranschlagt. Es waren im Vorjahr um 45.000 Euro mehr. Es hat sich diese Summe verringert, weil es aus dem Vorjahr noch Rücklagen gibt und weil manche Projekte aus dem Jugendbudget finanziert werden zum Beispiel das Open WLAN, der digitale Dorfplatz.

Was sind nun die Fördergegenstände? Die Fördergegenstände sind bei beiden Schienen, also beim Land und auch bei EU-Förderprojekten, in etwa gleich. Gefördert wird das umfassende Dorferneuerungsleitbild, Dorferneuerungsplan, die Konzepte, Analysen und die Wettbewerbe zum Beispiel eben auch Platzgestaltungen wie Dorfplätze oder Kirchenplätze. Der Bau von Kommunikationszentren, die Errichtung von Freizeit- und Sporteinrichtungen wie zum Beispiel Kinderspielplätze, Funcorts, Multisportanlagen oder Seniorenfitnessplätze und einiges mehr.

Es gibt aber beim Land zusätzliche Förderungsgegenstände wie zum Beispiel für die Gestaltung von Friedhöfen, allerdings keine Urnenanlagen und dann die derzeit sehr aktuellen Sonderprojekte wie der digitale Dorfplan, einfach um für die Jugend attraktive Angebote bieten zu können, um in den Ortschaften bleiben zu können, oder um das gleichwertige Angebot wie im städtischen Bereich haben zu können. Dann die Mobilitätsprojekte wie der Mikro-Öffentlichkeitsverkehr, E-Card, Dorfbus und so weiter.

Ab 2018 ist auch geplant, dass Nahversorgungsbetriebe gefördert werden, allerdings nur dann, wenn der Betrieb durch Vereine oder durch die Gemeinde erfolgt.

Wie schaut jetzt die Projektförderung im Landesbereich für das laufende Jahr aus? Es haben zirka 40 Projekte angesucht, 22 Projekte davon sind bereits genehmigt, der Rest ist noch in Bearbeitung, neun Projekte sind aber abgerechnet. Zusätzlich gab es im Jahr 2017 noch den Dorferneuerungspreis.

Im EU-Bereich waren im heurigen Jahr zirka 90 Projektanträge eingereicht worden. Davon sind bereits 37 Projekte genehmigt und der Rest ist in Bearbeitung.

Die Dorferneuerung ist ein sehr wichtiges Instrument um unsere Gemeinden noch lebenswerter zu machen. Nach 20 Jahren ist die Dorferneuerung voll und ganz im Burgenland angekommen. Von den 171 Gemeinden des Burgenlandes sind 154 Gemeinden Dorferneuerungsgemeinden. Das Budget 2018 trifft Vorsorge dafür, damit unsere Gemeinden im Burgenland auch weiterhin lebenswert bleiben und für die Menschen attraktiv, um in unserem Land bleiben zu können.

Meine Fraktion wird natürlich dieser Budgetpost gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Zur Dorferneuerung spricht von der Regierungsbank nun die Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Landtages! Ganz kurz. Die Dorferneuerung versteht sich eben als Unterstützung für die Gemeinden, als auch als Unterstützung für die Vereine.

Ich gratuliere Ihnen allen, ein Großteil von Ihnen ist ja auch kommunal tätig und sehr, sehr viele Gemeinden, so wie die Frau Abgeordnete die das klar aufgelistet hat, von 171 Gemeinden sind 154 Gemeinden dabei, ist natürlich ein Erfolg. Wir bemühen uns sehr, dass wir mit den Gemeinden gemeinsam Konzepte nicht nur erarbeiten mit der Bevölkerung, sondern dann auch umsetzen.

Ich bedanke mich auch dafür, dass Sie es alle möglich gemacht haben, dass wir aus ELER hier sehr, sehr stark das Landesbudget, ich würde einmal sagen begleiten und weniger Geld aus dem Landesbudget brauchen, weil wir es aus EU-Mitteln zahlen können. Das ist wichtig.

Dorferneuerung, zweite Feststellung verändert sich auch, das ist nicht etwas was geschrieben ist, und da verändert sich nichts, sondern die Lebensqualität der Menschen, der Bevölkerung, ist immer wichtig, daher gibt es immer wieder neue Schwerpunkte, neue Projekte.

Die Frau Abgeordnete hat vorher gesagt, Schwerpunkt, und damit dritte Aussage von mir dazu, wird nächstes Jahr natürlich im Sinne der Lebensqualität auch Nahversorgung sein, weil wir hier wirklich große Probleme haben, das wissen Sie, das wissen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, das wissen die Menschen, wenn wir von 171 Gemeinden nur mehr in 70 Gemeinden Nahversorger haben.

Ich freue mich schon auf die Aufgaben 2018 und freue mich, dass Sie diesem Budgetteil auch zustimmen. Den brauchen die Gemeinden und die Vereine im Besonderen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Ich erteile das Wort dem Landtagspräsidenten Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf heute zum Kapitel der Volksgruppen im Burgenland und zu den Minderheiten reden.

Sie wissen alle und das macht uns auch stolz, weil wir das auch nach außen hintragen und weil wir auch daraufhin positiv angesprochen werden, dass das Burgenland eigentlich ein Musterbeispiel für das Zusammenleben der Minderheiten ist und dass eigentlich somit das Burgenland auch ein Beispielland für Toleranz, für ein friedvolles und für ein aufgeschlossenes Miteinander ist.

Wenn wir uns die Zahlen anschauen, dann wissen wir, dass der große Anteil unserer Bevölkerung natürlich deutschsprachig ist und dass eben auch die Prozente, die bei der Volkszählung, die zwar immer wieder evaluiert wird, aus dem Jahr 2001 stammen und nur rund sechs Prozent sich laut Volkszählung als der burgenländisch-kroatischen Minderheit zugehörig deklarieren und 2,4 Prozent der ungarischen Minderheit.

Dann wissen wir aber, dass es auch noch Romanes gibt, das sind ungefähr 300 Personen. Aber das Bekenntnis zur Angehörigkeit der Minderheiten fällt wesentlich deutlicher aus. Wichtig ist aber auch, dass die Vereine, wo die Minderheiten organisiert sind, aber auch die Gemeinden im autochthonen Bereich Förderungen über die Volksgruppenförderung lukrieren können.

Es waren im Vergleichszeitraum, der mir vorliegt, im Jahr 2015, rund vier Millionen Euro an Fördermitteln, wo als Ziel ganz klar deklariert ist, die Sprache, Kultur und das Brauchtum zu bewahren.

Zahlreiche Veranstaltungen - es ist immer ein wenig doch zu unterscheiden, ob es Brauchtumspflege ist oder ob es tatsächlich auch um die Sprache und die Kultur der Sprache im herkömmlichen Sinne geht, und es ist schon wichtig, dass wir auch hier identitätsstiftende Maßnahmen wie auch die Minderheitenformate im ORF vorfinden, eben „Dobar dan Hrvati“ und „Magyarok“ oder „Roma“, wo eben auch die Sprache zum einen, aber auch das kulturelle Erbe auf landesweite Hörer- und Seherschaft auch trifft und zugänglich gemacht wurde.

Wichtig ist aber auch der Dialog mit den Volksgruppen auf allen Ebenen, nämlich auf Bundesebene, vertreten durch die Volksgruppenbeiräte, die im Volksgruppengesetz verankert sind, auf Landesebene, wo es wirklich auch wichtig ist zu betonen, dass wir ein gut organisiertes Minderheitenschulgesetz haben.

Und zum Dritten aber auch auf europäischer Ebene, wo es auch ein Bekenntnis zu den autochthonen Volksgruppen und die Teilhabe an deren Netzwerken gibt und geben muss.

Es gibt in Europa über 300 europäische Minderheiten, und wenn man es statistisch nimmt, ist jeder siebente Europäer Mitglied einer autochthonen Minderheit und spricht eine Regional- oder Minderheitensprache. Die Bedürfnisse und Herausforderungen dieser 300 Gemeinschaften sind natürlich sehr unterschiedlich und sehr verschieden.

Es gibt aber auch sehr gute Modelle des Ausgleiches zwischen den Minderheiten und den Mehrheiten in Europa, aber es gibt auch - und das muss auch erwähnt werden - auf der anderen Seite Staaten, die die Existenz ihrer autochthonen Minderheiten einfach wegleugnen.

Laut offiziellen Angaben der EU gibt es neben diesen 23 Amtssprachen der EU über 60 Regional- und Minderheitensprachen, deren Sprecherzahl mit 40 Millionen

Bürgern beziffert wird. Somit fordern alle europäischen Minderheiten mehr Gehör, mehr Einfluss in den Regionen, aber auch in den Staaten auf allen Ebenen.

Hier gibt es eine Initiative, die Minority Safe Pack Initiative, auf die ich hinweisen möchte - ein EU-Volksbegehren zur Stärkung der Minderheitenrechte. Wenn diese Initiative eine Gültigkeit hat, dann müssen in Österreich 13.500 Unterschriften gesammelt werden, also das ist ein Appell, weil bis April 2018 die Eintragungsfrist eben gegeben ist. Bis dorthin sollen in Europa eine Million Unterschriften gesammelt werden.

Die Volksgruppenorganisationen unterstützen natürlich diese Initiative, aber auch andere Vertretungen, Jugendvertretungen und prominente Unterstützer sind auch hier dabei, diese braucht man immer, genannt sei der Burgenlandkroate Willi Resetarits.

Konkret soll die bestehende EU-Politik etwa im Bildungsbereich oder bei den Regionalförderungen minderheitenfreundlicher werden, und die grenzüberschreitende Medienversorgung für Minderheiten soll erleichtert werden, weil es auch viele Sprachen gibt, die eigentlich als staatenlose Sprachen bezeichnet werden.

Als europäische Region kommen wir nicht umher, auch Vielfalt in einem größeren Kontext zu denken. Gemäß dem Motto der Europäischen Union muss Diversität ein vereinendes Instrument sein und nicht ein entzweiendes.

Kurz zum Minderheitenschulgesetz, auch hier habe ich schon erwähnt, gelten wir österreichweit, aber auch im europäischen Vergleich als Vorzeigeland. Im neuen Schuljahr 17/18 werden insgesamt 4.150 burgenländische Schülerinnen und Schüler in Kroatisch und Ungarisch unterrichtet.

Aber es besteht bis zum heutigen Tag noch immer, was den zweisprachigen Unterricht betrifft, das geht vom Kindergarten, von der ersten Bildungseinrichtung, bis zur Volksschule weiterhin Verbesserungspotential.

Denn jene Gemeinden, die gemäß Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages, der die Errichtung entsprechender Klassen und Schulen behandelt, fordern seit langem finanzielle Mittel für Investitionen in diese nötige, mehrbenötigte Infrastruktur, um diese Adaptierungen für die Kindergärten und Volksschulen vorsehen zu können.

Diese Forderung kenne ich noch aus meiner aktiven Zeit als Bürgermeister und auch als ehemaliges Mitglied des Volksgruppenbeirates. Ich kann heute nur eindringlich auch um eine entsprechende Veranlassung hier erinnern und plädieren. Es ist bis zum heutigen Tage noch nicht umgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend darf ich die Relevanz einer respektvollen Volksgruppenpolitik betonen. Sprachen und Kultur, die hier im Burgenland heimisch sind, tragen wesentlich zu unserer Identität des Landes bei, und man muss ihnen weiterhin mit Respekt und Toleranz begegnen.

Den von mir eben thematisierte Bildungsbereich erachte ich in diesem Zusammenhang als tragende Säulen und Voraussetzung für eine nachhaltige, respektvolle Volksgruppenpolitik.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Präsident. Als Nächsten erteile ich Herrn Kollegen Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Vielen Dank Herr Präsident! Kunst, Kultur und Volksgruppen. Anhand der Budgetposten Kultur sieht man sehr gut, dass man nichts sieht oder immer weniger sieht.

Im Rechnungsabschluss 2016 und auch im Budget für das letzte Jahr waren die einzelnen Kulturinstitutionen, die Kulturzentren, die freien Kulturhäuser einzeln abgebildet. Man konnte sehen, welches Budget welches Haus zugestanden wird beziehungsweise benützt.

Ich habe dann auch noch darauf hingewiesen, dass das eigentlich schon lange zugesperrte Kulturzentrum in Mattersburg eigenartigerweise dieselbe Menge an Geld benötigt beziehungsweise zugesprochen bekommt wie es noch offen war.

All das kann man heute nicht mehr sehen, weil nämlich sämtliche Häuser, alle Kulturzentren, das OHO, die Cselley Mühle, die KUGA in die Kultur-Betriebe Burgenland GmbH zusammengefasst worden sind. Im Budget ist jetzt ein Riesenbetrag von knapp sechs Millionen Euro enthalten. Was das genau ist, wer wie viel bekommt, ist für uns jetzt unsichtbar.

Das wird wohl auch in Zukunft so sein, da wir ja in ausgelagerte Gesellschaften - auch diese Kultur-Betriebe Burgenland GmbH ist ein Teil der Landesholding - nicht hineinschauen dürfen. Transparenz und Kontrollmöglichkeit sieht anders aus - fehlt komplett. Der hohe Wert der Kontrolle und der wichtigen Oppositionsarbeit wird in Sonntagsreden zwar hochgehalten, in Wirklichkeit ist es aber anscheinend der Regierung nicht wirklich viel wert.

Das alles soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Häuser und noch viele andere Vereine, Kulturinitiativen, Volksgruppenvereine sehr sichtbar sind, sehr aktiv sind im Burgenland, von Nord bis Süd wichtige Arbeit leisten, von Lesungen, Vernissagen, Konzerten, Ähnliches, teilweise im Ehrenamt stattfinden und abhalten, und man kann diese Arbeit und dieses Engagement kaum groß genug einschätzen.

Über die Volksgruppen haben wir heute schon einiges gehört. Es gibt auch zahlreiche Vereine, die sich sehr um unsere drei Volksgruppen im Burgenland - die der Ungarn, der Kroaten und der Roma - kümmern.

Letztes Jahr - glaube ich, war das - ist ein Roma-Verein leider abhandengekommen, fast gleichzeitig ist ein neuer entstanden, der inzwischen wirklich wichtige Arbeit leistet.

Wir waren gerade letzten Freitag gemeinsam mit dem Kollegen Drobits und Rosner *(Abg. Georg Rosner: Samstag.)* - Samstag, entschuldige - beim Roma-Advent, und es hat mich sehr gefreut, dass dort sowohl Vertreter der ungarischen Volksgruppe als auch der Kroaten zugegen waren. Man sieht, hier findet auch ein Austausch statt, der, glaube ich, auch sehr wichtig ist.

Kultur im Burgenland bedeutet Vielfalt, Altbewährtes aber auch Neues. Große Festivals, kleine Geheimtipps, Zeitgenössisches und wie im Haus der Volkskultur zum Beispiel in Oberschützten - auch vergangenen Samstag - Bodenständisches, Hianzisches, das wir dort hören durften. Insgesamt einen herzlichen Dank allen, die hier aktiv sind, vom Hianzenverein bis zum Museumsverein und was es sonst noch alles gibt.

Was nach wie vor leider ein ungelöstes Problem ist, ist das Kulturzentrum Mattersburg, das sich eigentlich inzwischen ausgewachsen hat zu einem großen Desaster, muss man schon sagen. Wir machen uns damit zum Teil lächerlich.

Das Kulturzentrum Mattersburg als Bauwerk wird nächstes Jahr besonders auf internationaler Ebene hervorgehoben werden. Wir sind dabei, nein, nicht wir, die Regierung ist dabei, es abzureißen. Ich nehme nicht an, dass da ein neuer Kulturlandesrat andere Akzente setzt.

Aber gut, die Hoffnung stirbt zuletzt. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Mag. Franz Steindl hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Wenn wir heute den Kulturbereich im Burgenländischen Landtag diskutieren, dann ist das Budget - und das muss ich deutlich sagen - ein intransparentes Zahlenkonvolut und eine totale Verschleierung von einzelnen Ausgaben.

Positionen werden ganz einfach gestrichen. Man hat keinen Vergleich 2018 zu 2017. Es sind einige Budgetposten dazugekommen, einige sind gestrichen worden. Die einzige Konstante ist eigentlich die Summe. Mit 23,9 Millionen Euro ist sie nur marginal im Vorjahr verändert, aber das ist schon die einzige Grundinformation.

Wenn man sich dann die Mühe macht und sich die einzelnen Positionen anschaut, dann gibt es 18 neue Positionen mit Förderungen in den einzelnen Kultursparten. Auf der anderen Seite werden schlagartig - das ist ja ganz arg -, schlagartig 9.197.100 Euro aus dem Budgetvoranschlag 2017 unter dem Titel „weggefallene Posten“ auf Null reduziert. Dann denkt man sich, in Ordnung, da gibt es jetzt ein Konvolut von 318 Seiten Erklärungen, wo man genauere Informationen bekommt, warum ist das weggefallen, aber es gibt null Erklärung. Also das ist wirklich ein Hammer.

Was noch dazukommt, man hat auch keinen Vergleich zu den Ausgaben im Bereich Kulturzentren. Im Vorjahr waren noch 2,5 Millionen Euro veranschlagt, heuer beträgt die Summe 564.700 Euro. Also haben wir jetzt die Kulturzentren ausgegliedert? Bekommen die einen eigenen Bereich? Wo sind die 564.700 Euro? Niemand kann das erklären. Aber dafür gibt es einen Zuschuss für die Kultur-Betriebe Burgenland GmbH, KBB genannt, mit 5,8 Euro Millionen veranschlagt. Keine Detailangaben, vieles ausgegliedert, das geht ja den Landtag sowieso nichts an.

Hauptsache, Herr Landesrat, Sie bekommen von den Abgeordneten heute und morgen einen Beschluss, damit man hier das Budget auch dementsprechend gestalten kann. Dann finden wir wieder eine Globalsumme in der Höhe von 1.130.000 Euro für die FBB, für die Festspiel-Betriebe Burgenland GmbH. Das ist wieder eine 100prozentige Tochter der KSB - nicht KBB -, KSB - Kultur-Service Burgenland.

Also ehrlich gesagt, ich kenne mich da nicht mehr aus. Es fehlt nur mehr der KGB, Herr Landesrat, dann hätten wir alle Organisationen untergebracht. Es gibt die FBB, das ist klar, die hat die vier verschiedenen Spielzentren. Aber wohin zum Beispiel das Geld von 1,1 Millionen Euro fließt, Herr Landesrat, das weiß er nicht. Wo parken Sie das bei den Haydn Festspielen? Parken Sie das in Mörbisch, weil Sie das Geld brauchen? Oder wo braucht man das? Es steht nur ganz einfach in den Erläuterungen: Zuschuss zur Aufrechterhaltung der Aufgaben laut Gesellschaftsvertrag.

KSB, ich habe Ihnen einige schriftliche Anfragen gestellt. Sie haben noch im Jahr 2015 von einer Kostenersparnis gesprochen. Ich kann das leider nicht feststellen. Es gibt keinen Vergleich, keine Möglichkeit. Die einzige Möglichkeit, die wir als Abgeordnete

haben ist, dass wir den Rechnungshof einschalten, der das überprüft. Baustelle Mörbisch - heute wieder großes Thema, nicht von uns gekommen, sondern vom ORF Burgenland. Die Bestellung von Gerald Pichowetz. Also das ist ein Paradebeispiel. Eine fünfköpfige Kommission findet heraus, dass der Pichowetz von allen Teilnehmern die Nummer Eins ist. Interessant, dass die Schellenberger, die vorher die Nummer Eins ist, jetzt auf einmal die Letztgereihte ist – gut! Dann gibt es eine Aussage vom Pichowetz im ORF vom 19.10.2016, wo er sagt, ich zitiere: „Da habe ich einen Zettel hingeschickt, so einen Dreizeiler, so, ich würde gerne, wenn Sie mich lassen. Dann hat sich jemand gemeldet und gesagt, Sie sind in der engeren Wahl. Machen Sie uns ein bissl ein Konzept. Also so ist das gelaufen.“ - Zitatende.

Kaum der Öffentlichkeit vorgestellt, gibt es bereits die Trennung. Was ist wieder vereinbart worden? Ein Stillschweigen! Man weiß von nichts. Dann gibt es eine Eintragung vom Pichowetz im Facebook. Ich weiß nicht, ob Sie das kennen? Ich zitiere von Facebook: „Seit meinem Hearing im vergangenen Jahr wusste man, was ich wie in Mörbisch vorhabe, spielen werde.“ Das ist aber interessant. Man hat sehr wohl gewusst, wie der Pichowetz seine Intendanz anlegen wird. Daraufhin habe ich eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landesrat gestellt. Was hat uns das gekostet? Wie hoch ist der Schaden? Antwort: Null Kosten, dem Land hat das nichts gekostet, es gibt auch keinen Schaden.

Dann schaut man sich wieder das Interview in der „Kronen-Zeitung“ an. Das ist vom Sonntag, 4. Juni 2017, wo der Herr Pichowetz so frei von der Leber spricht und nachdem gefragt wurde, geht es um Ihre Abfindung, sagt er: „So ist es, jawohl.“ „Wie hoch?“ – „Das kann ich Ihnen nicht sagen, das verhandeln wir gerade. Nur so viel, bis dato habe ich von Mörbisch keinen Cent bekommen.“ So geht das natürlich die ganze Zeit weiter in der „Kronen-Zeitung“.

Jeannée macht sich sogar über den Pichowetz und über das Burgenland lustig und dann sagt er, er hat ihn angerufen und gefragt, was waren eigentlich die Hintergründe? Warum sind sie abgelöst worden? Er sagt, wieder Zitat: „Geht leider nicht. Es wurde Stillschweigen vereinbart. Ich bin nicht der Feind meines Geldes, um das ich nicht - ich habe einen Fünfjahresvertrag - umfallen möchte, würde ich plaudern.“ Interessant. Wird ein Fünfjahresvertrag, wo der keinen einzigen Tag eigentlich angetreten ist, wirklich jetzt abgelöst?

Heute erfahren wir, dass der Pichowetz klagen wird. Vielleicht haben Sie die Chance heute, Herr Landesrat, uns zu erklären, was hat das wirklich gekostet, dieses Theater mit Pichowetz und mit Mörbisch. In der Zwischenzeit werden Zahlen kolportiert. Ich möchte gar nicht auf die unterschiedlichsten Zahlen eingehen, die ich höre. Aber ein besonderes Schmankerl ist es schon, wenn man in einer schriftlichen Beantwortung sagt, das hat dem Land nichts gekostet. Na dann hat es den Seefestspielen Mörbisch etwas gekostet. Na dann hat es aber auch dem Land etwas gekostet, denn das Land subventioniert diese Seefestspiele Mörbisch. Also hat es dem Land auch etwas gekostet, oder liege ich da falsch? Und so geht es hin und her.

Oder wenn ich mir die Baustelle Haydn Festspiele Schloss Esterházy anschaue. Es gibt keine Opernfestspiele mehr. Es gibt ein eigenes Programm. Jetzt habe ich mir das angeschaut. Das habe ich heute bekommen, oder gestern von der Stiftung Esterházy bekommen: Ein totales Haydnprogramm. Die Haydn Festspiele sind eigentlich von Ottrubay vollkommen übernommen worden. Das ist die Realität. Es gibt zwar einen kleinen außergerichtlichen Vergleich, wie man lesen hat können, es gibt ein Gerichtsurteil, nicht rechtskräftig, stimmt. Aber es ist schade. Es leidet darunter das Ansehen der Kultur

im Burgenland. Es leidet auch der Tourismus enorm. Das Trauerspiel geht jetzt mit der Berufung in die nächste Runde, der zweite Akt des Stückes kann natürlich eröffnet werden.

Baustelle Kulturzentrum Mattersburg wurde bereits angesprochen, und der letzte Punkt, Herr Landesrat, wo bleibt der Kulturbericht? Sie ignorieren ganz einfach die gesetzlichen Bestimmungen. Wir sind die Legislative, Ihr seid die Regierung, die eigentlich das ausführen muss, was wir beschließen oder die Mehrheit beschließt. Wir haben ein neues Kulturförderungsgesetz beschlossen, wo es einen jährlichen Kulturbericht geben muss, gesetzlich vorgeschrieben, der den Abgeordneten übermittelt werden muss. Jetzt schreiben wir Dezember 2017 und es liegt nicht einmal noch der Kulturbericht 2016 vor. Also ich weiß nicht, was ist da so schwer, dass man da die Zahlen hineinschreibt. Dass man sagt, wo wir ohnehin schon eine KSB und eine KBB und ich weiß nicht, wer sich von Ihnen auskennt, also ich tu mich wirklich schon sehr schwer und es ist ein Kuddelmuddel und außerdem, das, was im Voranschlag geboten wird, das ist eigentlich meiner Meinung nach letztklassig.

Das neue Regierungsmitglied, Herr Landesrat, das sage ich Ihnen auch, das wird sehr viel Zeit brauchen, um diesen Konvolut an Problemen im Kulturbereich aufzuarbeiten. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Herr Mag. Steindl! Sie schaffen es heute, Tourismus schlechtzureden, Kunst und Kultur schlechtzureden. Die ÖVP predigt einen neuen Stil. Wenn das der neue Stil ist, na dann Grüß Gott, unser schönes Burgenland! Wirklich ein Skandal, was Sie hier eigentlich abliefern, nämlich alles mies zu machen in unserem wunderbaren Heimatland, dem Burgenland. Und vor allem die Kunst und die Kultur, die eigentlich Spaß machen sollte und die, wie ich jetzt dann auch in Zahlen und Fakten darstellen werde, sehr gut aufgestellt ist.

Meine Damen und Herren! 23,9 Millionen Euro stehen 2018 für Kunst und Kultur und Kultus zur Verfügung. Das ist eine Steigerung zum Vorjahr und garantiert den Bestand der guten Rahmenbedingungen für die Kulturschaffenden des Landes.

Auch wenn dieser Budgetposten nicht der größte ist, möchte ich davor warnen, diesem Bereich weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Jeder Euro, meine Damen und Herren, der für die Förderung der Kultur eingesetzt wird, stärkt eine menschliche und an humanistischen Werten orientierte Lebensweise. Jeder Euro, der für die Kultur eingesetzt wird, stärkt auch die lebendige Vielfalt, unsere Traditionen und Innovationen in unserem Heimatland Burgenland.

Vergessen wir auch nicht, jeder Euro für die Kultur ist ein Impuls für die Wirtschaft in der Region. Das zeigt sich recht deutlich, nämlich bei den Sommerfestivals. Wenn, so wie auch in diesem Jahr, hunderttausende Gäste ins Land kommen, um das hochwertige kulturelle Angebot zu genießen, profitieren davon natürlich auch Gastronomie und die Hotellerie. Bleiben wir ganz kurz bei den burgenländischen Festivals, die auch heuer wieder mit Vielfalt, Qualität, Kreativität und Professionalität punkten konnten. Ich darf in diesem Zusammenhang die Jubiläumssaison der Seefestspiele Mörbisch hervorstreichen. Im 60. Jahr des „Mekkas der Operette“ in Österreich begeisterte der Operettenklassiker „Der Vogelhändler“ rund 112.000 Besucher.

Meine Damen und Herren! 112.000 Besucher! Lassen Sie mich stellvertretend für die Sommerfestivals auch die Schlossspiele Kobersdorf mit einer sensationellen Auslastung von 98,7 Prozent erwähnen. Meine Damen und Herren! 98,7 Prozent waren in Kobersdorf. Mit Kleists „Der zerbrochene Krug“ konnte Intendant Wolfgang Böck wieder einen großartigen Erfolg verzeichnen.

Erfolgreich verlief auch der Veranstaltungsreigen der Haydn Festspiele Burgenland, die mit den „HaydnLandTagen“ sowohl geographisch als auch musikalisch Neuland betraten. 15 Schauplätze in elf Tagen, verteilt im ganzen Haydnland, 13 Veranstaltungen waren restlos ausverkauft. Die Gesamtauslastung betrug 96 Prozent. Das ist mehr als eine stolze Bilanz, zu der ich auch dem Intendanten Walter Reicher gratulieren möchte.

Meine Damen und Herren! Ein gewichtiger Teil des Kulturbudgets umfasst den Zuschuss für die KBB, einer hundertprozentigen Tochter der Kultur-Service Burgenland. Zu den Aufgaben der KBB zählen die betriebliche Förderung der burgenländischen Kulturzentren, des Landesmuseums, der Landesgalerie, des Projektraums, des Lisztzentrums und des Liszthauses sowie die Umsetzung von diversen kulturhistorischen Maßnahmen. Die Kultur-Betriebe Burgenland sind die Plattform der kulturellen Vielfalt als Trägerin der fünf Museen und Galerien sowie der Kulturzentren im ganzen Burgenland. Die Kultur-Betriebe bieten einen bunten Querschnitt durch alle Sparten der darstellenden und bildenden Künste sowie der musealen Präsentation. Zu leistbaren Preisen bringen die Häuser Kultur für alle in die Regionen.

Ich möchte auch heute die Gelegenheit nutzen und Landesrat Helmut Bieler für die erfolgreiche strategische Neuausrichtung im Kulturbereich danken, an der Du in den vergangenen Jahren federführend beteiligt warst. Dadurch wurde ein schlankes und effizientes Kulturmanagement vorangetrieben. Herzlichen Dank dafür! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch auf ein weiteres Erfolgsprojekt im Kulturbereich hinweisen, dass sich auch im Budget wiederfindet und zwar die Förderung von jungen Menschen in unserem Heimatland, die eine künstlerische Ausbildung machen.

Ein Kernbereich auch im Umfang der Unterstützung stellt die Förderung der Musikschulen dar. Aufgabe der burgenländischen Musikschulen ist es, breiten Kreisen der Bevölkerung eine musikalische Ausbildung zu ermöglichen, Besonders Begabte auf den Besuch musikalischer Lehreinrichtungen höherer Stufen vorzubereiten und das Gemeinschaftsmusizieren zu fördern.

Diese Zielsetzung wurde in den vergangenen Jahren mustergültig erfüllt. Die Musikschulen sind das Rückgrat der musikalischen Ausbildung des Landes. Mehr als sieben Millionen Euro stehen dafür im nächsten Jahr zur Verfügung. 55 Prozent der Kosten werden vom Land getragen, 20 Prozent von den Gemeinden, die auch den Sachaufwand tragen, und 25 Prozent werden von den Eltern als Schulgeld aufgebracht.

Meine Damen und Herren! Das Kulturleben unseres Landes Burgenland ist so reichhaltig und vielfältig, dass es meine Redezeit sprengen würde, um auf weitere budgetwirksame Posten einzugehen.

Zugegeben, subjektiv ausgewählt, möchte ich die Maßnahmen zur Förderung der Museumspflege, der Literaturpflege, die Zuwendungen für Baudenkmäler sowie die Förderung von Kirchen und Vereinen erwähnen. Insgesamt dürfen wir gemeinsam stolz sein auf unseren kulturellen Reichtum.

Abschließend möchte ich Dir, Herr Landesrat Bieler, für die ausgewogenen Kulturbudgets der vergangenen Jahre danken. Du warst immer ein verlässlicher Partner

für unsere Künstler und Kulturschaffenden. Danke für die Aufmerksamkeit. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank spricht nun Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Das Kulturbudget ist ein wesentlicher Faktor in Bezug auf die Aufrechterhaltung und die Ermöglichung von Kulturschaffen in unserem Land. Es werden vor allem damit die Rahmenbedingungen ermöglicht, innerhalb der sich kulturelles Leben entwickeln kann.

Sie haben vor ziemlich genau einem Jahr die Novelle zum Kulturförderungsgesetz aus dem Jahr 1980 beschlossen, in dem ein ganz klares Bekenntnis zur kulturellen Vielfalt, zur kulturellen Identität des Burgenlandes und zur Weiterentwicklung unserer Kulturregion, vor allem auch im kunst- und zeitgenössischen Bereich, verankert ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dieses Budget bildet den Rahmen, um unseren kulturpolitischen Anspruch auch im Jahre 2018 und darüber hinaus zu sichern. Sie haben bemerkt, und das ist mir aufgefallen, dass hier bei den Budgetansätzen und bei den Budgetzahlen eine völlige Neugliederung passiert ist. Das hängt einerseits damit zusammen, weil in Zukunft das gesamte Budget in allen Bereichen neugestaltet wird. Andererseits aber auch, weil gerade im Kulturbereich eine völlige Neugliederung passiert ist, mit der Kultur-Service Burgenland, mit den Kulturbetrieben im Burgenland und mit den Festspielbetrieben Burgenland.

Herr Abgeordneter! *(Abg. Mag. Franz Steindl: Keine Erläuterungen!)* Sie hätten nur Ihren Parteiobmann fragen müssen, der hier involviert ist und der sogar im Beirat der FBB ist, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Keine Erläuterungen!)* der sich genau auskennt, aber das kann ich Ihnen ja nicht vorschreiben. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Keine Erläuterungen, kein einziger Satz, Herr Landesrat!)*

Es ist eine klar gegliederte und thematisch abgegrenzte Form, *(Abg. Mag. Franz Steindl: So ein dickes „Packerl“ und kein einziger Satz. Echt genannt!)* die neu ist und, ich sage es noch einmal, daher nicht vergleichbar ist mit den vorherigen Jahren. Es ist in vier Bereiche gegliedert.

Ich sage Ihnen gerne, was die vier Bereiche beinhalten. Erstens ist es ein klares Bekenntnis zu den landeseigenen Kulturgesellschaften und den Einrichtungen, um, wie ich es behaupte, die kulturelle Nahversorgung des Burgenlandes sicher zu stellen, mit den Kulturzentren zum Beispiel und den vielen Initiativen auf Ebene des Landes. Um hier aber auch die Umsetzung des Kulturleitbildes abzusichern.

Das Land Burgenland hat einen Kulturauftrag und darf von einem freien Markt nicht abhängig sein, wo sich zufällig irgendetwas entwickeln kann oder auch nicht kann. Daher ist die Kulturpolitik gefordert, hier zu handeln und bestimmte Schwerpunkte zu setzen. Was wir damit auch tun, im Landesmuseum, im Landesarchiv, in der Bibliothek, in der Landesgalerie, im Konservatorium, aber auch, um das noch einmal zu sagen, mit der Kultur-Service Burgenland, mit den Kulturbetrieben Burgenland und mit den Festspielbetrieben Burgenland, die neu gegründet und ab 1.1.2018 in Kraft treten werden.

Wo die vier Marken, nämlich Mörbisch, Haydn, Liszt und Kobersdorf zusammengefasst sind und auch die Budgetzahlen natürlich zusammengefasst sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der zweite Bereich ist die künstlerische Ausbildung im musikalischen Sektor. Hier ist durch das Musikschulförderungsgesetz 1993 vieles geregelt. Vor 17 Jahren, da bin ich auch stolz darauf, dass wir damals das Musikschulwerk gegründet haben, wo in hervorragender Arbeit die Musikschullehrer organisiert bezahlt werden und die fast 7.000 Schülerinnen und Schüler im Burgenland unterrichten und damit eine wertvolle kulturelle Basis, nicht nur für die Musikvereine, sondern für das gesamte Land, für die Persönlichkeitsentwicklung der Menschen, der jungen Leute da sind. Das ist etwas, wofür uns viele in Österreich beneiden.

Der dritte Bereich sind die Fördertöpfe, wo hier für die Bereiche Bibliothek, bildende Kunst, darstellende Kunst, Literatur, Musik, Denkmalpflege und Kultus die Zahlen und die Finanzmittel klar strukturiert zusammengefasst sind.

Der vierte Bereich, wenn man sich das anschaut, und da sind jetzt die Initiativen, die Kooperationen und Mitgliedschaften wie KUGA, Cselley-Mühle oder OHO enthalten. Die wirklich, und da gebe ich Ihnen vollkommen recht, in sehr großartiger Art und Weise gemeinnützig, mit sehr viel Energie, mit sehr viel Freizeit, mit sehr viel Eigeninitiative hier wertvollste Kulturarbeit leisten und fast tagtäglich eine kulturpolitisch hervorragende Aufgabe erbringen.

Hier in diesem Bereich sind 18,4 Millionen Euro für den Kunst- und Kulturbereich vorgesehen. Der andere, wo Sie vorher gesagt haben die 23 Millionen Euro, die sind natürlich auch in diesem Betrag enthalten, aber eben auch für Bildung, was nicht zum Kunst- und Kulturbereich dazugehört. Bei diesen 18 Millionen Euro sind aber auch die Personalkosten für die Musikschulen, für das Konservatorium inkludiert.

Das heißt, wir haben für das burgenländische Kulturförderungsgesetz, wo die Ansuchen da sind, die streng danach abgehandelt werden, immer auf Zustimmung und auf Empfehlung der Kulturbeiräte, die müssen ins Kulturleitbild hinein und sie müssen bedeckbar sein, 3,5 Millionen Euro zur Verfügung. Hier tritt natürlich die Kulturpolitik in den Vordergrund.

Ich sage es noch einmal, es darf nicht dem Zufall überlassen werden, dass irgendetwas vielleicht im Burgenland kulturell passiert. Sondern die Menschen im Burgenland haben das Recht auf einen gleichberechtigten Zugang zur Kultur, indem man regional die Kultur anbietet, indem man es leistbar anbietet, wie wir das in den Kulturzentren tun und indem wir eine große Vielfalt an Angeboten hier legen.

Das ist aber nur möglich, wenn wir die entsprechenden Mittel und die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen. Es ist aber auch wichtig, dass wir um diese Rahmenbedingungen erfüllen zu können, die Freiheit der Kunst, die öffentliche Kulturfinanzierung immer wieder gewährleisten können, damit das kulturelle Schaffen und das Entfalten im Burgenland möglich sind. In einer globalisierten Welt ist es notwendig auch grenzüberschreitende und internationale Projekte und internationale Zusammenarbeit zu forcieren.

Aufgrund unserer Grenzlage war das immer ein großer Vorteil für das Burgenland. Wir sind daher besonders gefordert, den burgenländischen Kulturschaffenden internationale Präsentationsmöglichkeiten zu bieten und ihnen zu eröffnen.

Aber, man muss auch aufpassen, in einer globalisierten Kultur mit einer weltweiten Einheitskultur wird es notwendig sein, dass Lokale, das Regionale immer mehr zu

betonen, damit sich jeder in diesem Europa wiederfinden kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Im Sinne einer regionalen Buntheit, die Altes und Neues, Bodenständiges präsentiert und sich aber in Beziehung zur regionalen Umwelt weiterentwickelt.

Das ist unser Begriff der Lebenskultur, das ist unser Begriff der Alltagskultur und daher ist es notwendig, hier eine ausgewogene Balance zwischen kulturellen Traditionen und Innovationen, zwischen der Pflege des kulturellen Erbes und der Ermöglichung neuer Entwicklungen in der zeitgenössischen Kunst zu wahren.

Das ist das Ziel und das ist auch die Aufgabe der Kulturpolitik und das ermöglicht dieses Kulturbudget 2018. Daher danke ich denjenigen die zustimmen dafür, dass Sie mit Ihrer Zustimmung zum Kulturbudget 2018 diesen Weg unterstützen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Nur kurz zu meinem Vorredner Kovacs. Herr Kollege Kovacs! Ich bin eigentlich immer wieder beeindruckt, dass man nicht wirklich eine Kritik einstecken kann, wenn es auch dazu angebracht ist. Wenn ich an die jüngste Vergangenheit denke, Herr Kollege Kovacs, dann hätten wir da Sitzungen des Gemeinderates der Stadt Eisenstadt abhalten können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist vorbei!)*

Nämlich, von Ihren Kritikpunkten, was Sie geleistet haben, wo Sie ständig die Landeshauptstadt schlecht geredet haben und am Ende des Tages aber auch die Rechnung präsentiert bekommen haben.

Auf der anderen Seite hat der Herr Kulturlandesrat Bieler gerade einen Satz gesagt, es darf nicht dem Zufall überlassen werden, wie Kultur im Burgenland passiert. Das gilt genauso für die gesamte Kunst und für alle Vereine. Denn gerade das Vereinswesen und das Vereinsleben ist eine wichtige Stütze in all unseren Gemeinden, wo viele Menschen in unserem Heimatland Burgenland ihren Beitrag dazu leisten, aber genauso auch die Gemeinden, mit der Infrastruktur dazu, mit Unterstützungen, mit Förderungen, mit Hilfestellungen dazu und wo wir auch versuchen, unser Dorf- und Gemeinschaftsleben dementsprechend auch hoch zu halten.

In weiten Teilen der ganzen Vereinsgeschichten heraus kann man durchaus auch auf eine erfolgreiche Geschichte zurückgreifen, da wir sehr viele erfolgreiche Vereine haben. Nicht nur im Sportbereich, sondern auch im Kunst- und Kulturbereich und die gehören natürlich auch wesentlich unterstützt.

Damit sie ihre Tätigkeit auch erhalten können und dementsprechend auch in weiterer Folge, in der Zukunft auch ausbauen können, gehören auch Förderungen und Unterstützungen nicht nur der Gemeinden, sondern auch des Landes dazu. Wenn man sich die Vereinspolitik anschaut, ist es natürlich auch für das Land keine kleine Aufgabe. Weil 4.900 burgenländische Vereine eine besonders große Vielfalt haben - von Sport-, Musik-, Kultur-, Bildungs- und Sozialvereinen bis hin zu den verschiedensten gesellschaftlichen Vereinen, dass in der Vergangenheit, und da haben wir, glaube ich, doch einen sehr wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass das Vereinswesen auch unterstützt worden ist.

Das Ehrenamt als Gesamtes im Steuerrecht, Organisation, und Veranstaltung bis hin zur Registrierkassenpflicht, wo nicht alles gleich so einfach war und vielleicht so einfach ist, haben wir, glaube ich, doch unseren Beitrag dazu leisten können, damit jetzt auch die Vereine dementsprechend ihre Unterstützung bekommen. Bis hin, dass jetzt eine Ombudsstelle für Sport- und Vereinswesen vorgestellt worden ist, was natürlich zu begrüßen ist.

Jede Anlaufstelle, die wir haben, wo wir Freiwillige, wo wir das Ehrenamt unterstützen können, wo Menschen sich erkundigen können, einfach einen Rat einholen können, ist natürlich unterstützenswert.

Heute haben wir schon das eine oder andere in der Debatte in anderen Bereichen gehabt, wie auch die Frage der Transparenz. Bei einer schriftlichen Anfrage in Bezug auf die 20 Vereine, an die 20 bestdotierten Vereine im Burgenland sind doch eine Zahl an über 25 Vereinen herausgekommen, die mit der höchsten Förderung dotiert sind. Wenn man sich das genauer anschaut, dann haben wir einmal fünf Vereine darauf, die einmal der Vorfeldorganisation der SPÖ zu Grunde liegen und anscheinend am höchsten in ganz Burgenland auch gefördert werden. Vom ARBÖ angefangen, über die Naturfreunde, bis hin zu den Kinderfreunden, dem Pendlerforum, der Sozialistischen Jugend oder auch, zum Beispiel, ein Verein des Landesschulrates, Verein Schule und Kultur. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Heißt nicht, dass sie nicht unterstützt gehören, aber sehr eigenartig, dass so einschlägige Vereine auch sehr weit oben gelistet sind. Auf der anderen Seite haben wir auch schon öfters darüber diskutiert, auch bei schriftlichen Anfragen dazu, wie das gehandhabt wird, wer jetzt zuständig ist, wer nicht zuständig ist. Manche fühlen sich dann nicht mehr zuständig, weil sie vielleicht in der Öffentlichkeit nicht mehr ganz so präsent sind, dann ist natürlich die Verteilung als solches immer eine positive Sache, wenn man Gelder an die einzelnen Vereine verteilen kann. Die haben es sich auch redlich verdient, dass sie auch unterstützt werden, obwohl mich das eine oder andere, vor allem vor der Wahl war das sehr augenscheinlich, dass da Landesförderungen durch Parteifunktionäre bei diversen Veranstaltungen übergeben werden.

Ich erinnere mich, wenn ich in meiner Heimatgemeinde, zum Beispiel, irgendwelche Sonderzuweisungen bekommen habe, dann ist das über die Bedarfszuweisungen gekommen und die sind dann über die Gemeinde dann weitergegeben worden.

Heute ist das ein bisschen anders. Heute gehen Parteifunktionäre mit diesen Schecks herum, wo Landeshauptmann Nießl oben steht. Wie gesagt, es geht nicht um die Förderung an sich, aber um die Vorgangsweise, was ich schon ein bisschen eigenartig finde. Dann steht in der schriftlichen Beantwortung dieser Anfrage, dieser Scheck ist natürlich nicht gedeckt, mit diesem kann man nicht auf die Bank gehen.

Ungedeckte Schecks kann man natürlich auch davon ableiten, aber von dem wollen wir nicht ausgehen, aber diese Vorgangsweise ist vielleicht auch zu hinterfragen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ungedeckte Schecks! Ungedeckt! – Abg. Werner Friedl zum Abg. Mag. Thomas Steiner: Du sei ruhig. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Werner Friedl: Markus, das was Du jetzt sagst, ist einfach falsch!)*

Das ist nicht falsch, ich kann Dir Veranstaltungen sagen, *(Abg. Werner Friedl: Bei mir sind die Bedarfszuweisungen genau tituliert.)* dann hätte ich sie in der Gemeinde bekommen müssen, was ich nicht bekommen habe. *(Abg. Werner Friedl: Ich weiß nicht, was Du bekommen hast.)*

Ich habe es nicht bekommen, ich bekomme den Sockelbetrag, so, wie viele andere ÖVP-Gemeinden und keinen Cent mehr *(Abg. Werner Friedl: Bei mir ist das genau abgerechnet.)* und nicht weniger. *(Abg. Werner Friedl: Stimmt nicht!)*

Ich habe diese Förderung, die da geflossen ist, auch nicht irgendwo bei den Bedarfsweisungen, zusätzlichen Geldmitteln oder sonst irgendetwas dazubekommen. *(Abg. Mag.a. Michaela Resetar: Zurndorf!)* Aber, das ist nachweislich, Herr Kollege Friedl, das kann ich nachweislich auch dementsprechend auch beweisen. *(Abg. Werner Friedl: Markus, komm vorbei und ich zeige es Dir.)*

Das kann ich nachweislich natürlich auch darlegen, weil sonst hätte ich es auch nicht in dieser Art und Weise gesagt. Ich habe nur die Vorgangsweise angeprangert, und nicht, dass Vereine unterstützt werden.

Was sicher auch noch zu klären ist, wie die Unterstützung in den Verfahren für die Vereine abzuwickeln ist, wo auch das letzte Mal oder bei eine der letzten Sitzungen das Veranstaltungsgesetz wieder geändert worden ist. Da ist dementsprechend keine Auskunft erteilt worden, weil wiederum an die Referatseinteilung, wo ein anderes Regierungsmitglied zuständig ist, verwiesen worden ist.

Wenn wir bei den Bedarfszuweisungen schon sind, hat es auch heute schon einen Vorschlag dazu gegeben, das auch transparenter zu gestalten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man das, ähnlich wie es jetzt ist, zwei Drittel so zweckgebunden mit den Sockelbeträgen, wie wir es haben, ein Drittel frei durch das zuständige Regierungsmitglied zu vergeben, aber natürlich auch mit der Offenlegung, wie das Ganze passiert.

Weil, wenn ich mir anschaue, in einer anderen Beantwortung einer schriftlichen Anfrage, wenn da Sportvereine zwei Jahre hintereinander 30.000 Euro bekommen, der andere bekommt 20.000 zufällig zweimal im Jahr 2015, könnte man genauso hinterfragen, wie gewisse Dinge passieren. Darum spricht nichts gegen Transparenz, legen wir die ganzen Dinge offen, da kann ein jeder reinschauen wer was bekommt, und dann sind wir wieder alle miteinander glücklich und dann können wir auch von den Größenordnungen her vergleichen, was für Beträge geleistet werden.

In diesem Sinne gehören die Vereine auch weiterhin großzügig unterstützt, nicht nur durch das Land Burgenland, denn die Gemeinden machen das sowieso von vornherein. *(Abg. Gerhard Steier: Alle!)* Alle Vereine gehören natürlich unterstützt. Sie werden das wissen, denn Sie werden ja diese Beantwortungen auch schon gelesen haben und daraus wird man sich auch seinen Reim machen können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nießl an Ulram - Anfragebeantwortung von dieser Woche!)*

Aber, das ist für jeden Mandatar und für Regierungsmitglieder zugänglich. In dem Sinne abschließend ein Dankeschön an alle Ehrenamtlichen in diesem Lande, die Großartiges leisten, für unsere Vereine, für unsere Gesellschaft, für unsere Dorfgemeinschaften und wünsche ihnen alles Gute bei ihrer Arbeit.

Wir werden sie auch weiterhin unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Kurt Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! *(Allgemeine Unruhe)* Habt Ihr jetzt den Scheck geklärt, wer den Scheck bekommen hat?

Präsident Christian Illedits: Bitte wieder um etwas mehr Ruhe.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ) *(fortsetzend)*: Gut. Die rund 4.900 burgenländischen Vereine sind durch ihr ehrenamtliches Engagement ein zentraler Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Wenn der Herr Landeshauptmann als zuständiger Referent auch Bedarfszuweisungen für die Vereine hergibt, Herr Kollege, dann ist das sehr positiv zu bewerten. *(Abg. Markus Ulram: In Ordnung.)*

Na sehen Sie, es ist in Ordnung, und dann wollen wir auch hoffen, dass es weiterhin so ist. Allein im Sportbereich sind es fast 1.500 Vereine, wie wir heute schon mehrmals gehört haben, die sich in den letzten Jahren durch eine besondere Vielfalt sportlicher Angebote, aber auch Leistungen ausgezeichnet haben.

Die ehrenamtliche und freiwillige Arbeit von rund 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländern in diesen Vereinen umfassen in erster Linie auch Bereiche wie Kultur, Musik, Sicherheit und Sport und bieten damit ein Markenzeichen unseres Heimatlandes Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie tragen wesentlich zur hohen Lebensqualität in unseren Gemeinden bei. Ohne dieses Ehrenamt wäre vieles in unseren Gemeinden, in unserer Gesellschaft nicht möglich. Vor allem wäre vieles nicht finanzierbar. Deshalb ist es für die Verantwortlichen des Landes Burgenland sehr wichtig, die Vereine bei ihren Vorhaben zu unterstützen, damit sie das dörfliche Zusammenleben auch in Zukunft mit ihren Veranstaltungen und Aktivitäten bereichern.

Sie leisten einen wertvollen Beitrag für eine lebendige und funktionierende Dorfgemeinschaft. Die Vereinsfeste sind Fixpunkte und ein wichtiger Faktor im gesellschaftlichen Leben in unseren Gemeinden.

Durch die Einführung der Registrierkassenpflicht durch den Bund und damit verbunden durch zahlreiche Anzeigen, waren viele Vereine verunsichert und haben dementsprechend auch Feste aus Angst vor zum Teil hohen Strafen abgesagt. Vom Land wurden deshalb verschiedene Maßnahmen gesetzt, um die Funktionäre über vereinsrechtliche Themen zu informieren und Rechtssicherheit bei Veranstaltungen zu gewährleisten.

Dazu gehören etwa die Novelle zum Veranstaltungsgesetz, Informationsveranstaltungen im ganzen Land, eine Vereinsfunktionärs-Hotline, die freiwilligen Versicherungen und der österreichweit einzigartige Lehrgang zum zertifizierten Vereinsfunktionär. In Kürze wird es auch auf www.burgenland.at den Leitfaden „Der gemeinnützige Verein in der Praxis“ zum Abrufen geben.

Wir haben das heute auch schon gehört: Vor wenigen Tagen wurde eine Sport- und Vereinsombudsstelle für das Burgenland eingerichtet. Die Einrichtung einer Sport- und Vereinsobmannstelle, der ersten in Österreich, stellt nun einen weiteren Schritt dar, die Vereine tatkräftig zu unterstützen.

Rechtsanwalt und Vereinsexperte Mag. Wolfgang Rebernig, der schon als Vortragender beim Lehrgang zum zertifizierten Vereinsfunktionär tätig war, steht künftig den burgenländischen Vereinen als Sport- und Vereinsobmann beratend zur Verfügung. Mag. Rebernig wird die Funktionäre bei der Vereinsgründung, aber auch in ihrer täglichen Arbeit - wie beispielsweise der Festlegung der Statuten, der Abhaltung von

Mitgliederversammlungen oder bei der Durchführung von Rechnungsprüfungen, behilflich sein.

Ein weiterer Schwerpunkt soll die Unterstützung rund um das Thema Vereinsfeste, Veranstaltungen, aber auch bei Vertragsgestaltungen im Bereich des Sponsorings und bei Dienstverträgen sein. Die Bestellung sei ein Highlight für ihn, erklärte Mag. Rebernig bei der Pressekonferenz, der selbst auch aus dem Sportbereich kommt und sich auf diese neue Herausforderung freut. Er selbst hat bei der Pressekonferenz gesagt: Ich will zu den Vereinen hinausgehen, denn viele Fragen lassen sich im persönlichen Gespräch leichter kommunizieren und damit schneller lösen. Die dafür vorgesehenen Sprechtage werden jeweils am letzten Freitag eines Monats abgehalten. Der erste Sprechtag wird am 26. Jänner 2018 im Rathaus Jennersdorf für die Bezirke Güssing und Jennersdorf stattfinden.

Der zweite, am 23. Feber im Rathaus Mattersburg, für den Bezirk Mattersburg und am 30. März in Neusiedl am See für den Bezirk Neusiedl am See.

Ab April folgen dann weitere Sprechtage in Eisenstadt, Oberpullendorf und Oberwart. Detailinformationen werden die Vereine dahingehend in Kürze erhalten. Nach einem Jahr soll dann eine Evaluierung in diesem Bereich vorgenommen werden. Die Einrichtung der Sport- und Vereinsombudsstelle soll ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit unserer Funktionäre sein. Wir wollen gute Rahmenbedingungen bieten, damit die burgenländischen Dörfer auch weiterhin durch die Vereine belebt werden. Das hat Landeshauptmann Hans Nießl bei der Pressekonferenz erwähnt.

Ich darf mich heute an dieser Stelle bei allen Funktionärinnen und Funktionären für ihre Aktivitäten im abgelaufenen Jahr recht herzlich bedanken. Die Vereine sind die Pulsader unserer Gesellschaft, unserer Gemeinden. Wir werden diesem Budget natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die allgemeine Stimmung bei den Regierungsparteien und bei der Darstellung des Budgets nicht trüben, aber aus aktuellem Anlass darf ich allen Anwesenden, aber auch den Burgenländerinnen und Burgenländern entgegen manchen Darstellungen Folgendes zur Kenntnis bringen.

Salzburg ist beim Bruttoregionalprodukt vor Wien, und das ist ein Beitrag den Sie alle im ORF Österreich nachlesen können, wobei ich jetzt alles ausspare, außer dem Burgenland. Salzburg löste mit 48.700 Euro Wien ab und so weiter. Das höchste Einkommen pro Kopf hatten erneut die privaten Haushalte in Vorarlberg. Das Burgenland hat das geringste Regionalprodukt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das stärkste Wirtschaftswachstum gab es in Salzburg, gefolgt von Tirol und so weiter. Die Daten pro Kopf sind erhoben worden. 2016 ist das Burgenland Schlusslicht beim Bruttoregionalprodukt. Das ist kein Ruhmesblatt, ist aber ein Ausweis dessen, wo eigentlich unser Status ist, im Verhältnis zu den anderen österreichischen Bundesländern.

Dass das gerade heute veröffentlicht wird, soll jetzt nicht irgendwelches Wasser auf die Mühlen derer sein, die quasi von den Regierungsparteien im Sinne der Opposition schlecht geredet werden, sondern das ist der definitive Zustand dessen, was Ausweis des Bundesländer-Rankings im Bruttoregionalprodukt, bezogen auch auf Kaufkraft und andere Indikatoren, darstellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren in einem die Gruppen 3 und 4, wobei ich mich speziell auf zwei Aspekte dieser Darstellung jetzt noch konzentrieren will. Volksgruppen, von meinen Vorrednern bezogen auf die burgenländischen Volksgruppen, auf alle vier, wurde - und das möchte ich auch nur anfügen, im ORF Burgenland auf der kroatischen Seite schon am Vormittag angeführt, dass im Budget 2018 der Betrag von 139.000 Euro für die Volksgruppenförderung vermerkt wäre.

Wobei es interessant ist, ich weiß nicht, wer das ausgeschickt hat und den ORF mit diesen Informationen gespeist hat, interessant ist, dass die Volksgruppenförderung für die einzelnen Volksgruppen, unter anderem, auch die Kindergärtnerinnen in der Personalbezuschussung durch das Land als Förderfaktor und als kultureller Beitrag gelistet sind.

Tatsache ist, dass ein Grundbetrag von 60.000 Euro den Volksgruppen im Kulturbudget zur Verfügung gestellt wird und Tatsache ist, dass das, wie der Abgeordnete Kovacs vorher ausgeführt hat, gegenüber den 23 Millionen Euro, die das Kulturbudget beinhaltet, ein mickriger und lächerlicher Betrag in Bezug auf das, was wir immer wieder vermerken, dass wir stolz auf unsere Volksgruppen und auf die Pflege des Volkstums aus sind, darstellt. Diese Anmerkung zu den Volksgruppen.

Ich wünsche mir, dass im Verhältnis neben den Bekenntnissen auch Taten folgen und wir können das nicht nur immer auch abtun in den Bereich des Hortes, der Kindergärten, der Tagesheime, der Volksschulen und der zur Verfügung stehenden höheren Bildungsanstalten.

Tatsache ist, hier gehört konzentriert, zum Beispiel auf die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, des pädagogischen Personals im Sinne der Bereitschaft die Volksgruppensprachen zu erlernen, beziehungsweise sie auch lehren zu wollen, eingewirkt.

Wenn wir das schaffen, dann brauchen wir auch nicht diese Doppelgleisigkeit setzen, dass in manchen Schulen des Nordburgenlandes seit heuer in den übergreifenden Klassen eine Woche in dieser Klasse, die nächste Woche in der zweiten Klasse der Unterricht in der Zweitsprache erfolgt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir sollten diesen Stolz, bezogen auf die Volksgruppen, leben und intensivieren, ihnen die entsprechende Unterstützung gewähren, und dann nicht davon sprechen, dass wir Brauchtum versus Volkskultur in gegenseitiger Missachtung der Umstände, dass die Sprache ein integrierender Bestandteil des Lebens der burgenländischen Volksgruppen ausmacht.

Tatsache ist ein Aspekt in Bezug auf die Kultur auch in Abwesenheit des Herrn Landesrates Bieler noch zum Abschluss. Ich hätte mich gefreut, wenn im Zusammenhang mit allen Berichten, die auf Kulturförderung Gegebenheit sind, auch auf die Darstellungen, die wieder der Kollege Kovacs gesetzt hat, dass wir in den gesamten Darstellungen auf Förderung des Kulturlebens auch die sogenannte Umwegrentabilität in einer ganz besonderen Form von diesen sogenannten Kultureinrichtungen haben.

Sei es im Sommer, aber auch in den Kulturzentren, wie es der Landesrat gesagt hat, im regionalen Zugang der Bevölkerung. Es hätte mich gefreut, nicht erfahren zu müssen, dass wir im Zusammenhang mit der starren Haltung, bezogen auf einen privaten Veranstalter, die Esterhazy Kulturbetriebe, eine Auswirkung insofern haben, als der jetzt

den Beschluss oder den Entschluss gefasst hat, die Oper in St. Margarethen nicht mehr zu spielen.

Es hätte mir gefallen, wenn die Kultur Burgenland, die Initialen und die Initiative ergriffen hätte, bezogen auf die Förderung dieser Kulturfestspiele im Zusammenhang mit der vorher angesprochenen sogenannten Umweg Rentabilität.

Ein Aspekt, der nachhaltig den Eindruck, im Burgenland würde Kultur einen besonderen Stellenwert einnehmen, gehabt hätte und eine Art von Entwicklung auf den Landesrat Bieler auch in Zukunft mit einem Ehrendenkmal in der Umsetzung gehabt hätte, wäre eine staatliche Bezuschussung auf unsere kulturellen Ereignisse und Events gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den wenigsten von Ihnen wird bewusst sein, dass wir seit Jahren, bezogen auf die Seefestspiele Mörbisch, keine staatliche Förderung bekommen. Es wird den wenigsten unter uns hier im Saal bekannt sein, dass es bis dato, bis ins heurige Jahr, zwei staatlich finanzierte regionale Kulturstätten gegeben hat. Das eine war Salzburg und das andere war Vorarlberg, Bregenz, mit der Oper.

Es gibt aber seit 2017 ein drittes Kulturstätten-Förderungspaket auf einen privat errichteten Kultureinrichtungsbereich, nämlich, mit Zuerkennung der Österreichischen Bundesregierung wurde das von Herrn Haselsteiner in Erl in Tirol errichtete Kulturzentrum und auf laufenden Betrieb hin staatlich finanziert.

Nochmals gesprochen und für jeden zur Kenntnis: Das wäre eine tolle Leistung gewesen die alle gerühmt hätten, wenn wir es geschafft hätten unter der Ägide des Herrn Kulturlandesrates Bieler eine staatliche Finanzierung, entweder jetzt für die Seefestspiele, Operette in Mörbisch, beziehungsweise für die Oper in St. Margarethen zu erzielen.

Und damit dieses gesamte Gebilde auszugleichen und nicht auf Eifersüchteleien, oder die auf Sturheit und Starrsinn aufgebaute Kultur leben zu müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Zugang wäre an sich für das vielfältige und kreative und auch kulturell innovative Burgenland ein Gewinn gewesen. Es wäre nicht die Ausschließung von privaten Initiativen, die wir eigentlich fördern sollten, geworden, sondern es hätte eine nachhaltige Wirkung und für unsere Touristen beziehungsweise Kulturbesucher einen nachhaltigen Effekt mit Dauerwirkung gehabt.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 2 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen und sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 2 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung für die Gruppe 3.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 3 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen und sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 3 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

III. Teil

Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Gruppe 5: Gesundheit

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Beratung des III. Teiles des Voranschlages.

Er umfasst die Gruppen

4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, und

5, Gesundheit.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke, Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Regierungsvorlage sieht für die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, Einnahmen in der Höhe von 220.914.400 Euro und Ausgaben in der Höhe von 351.071.200 im ordentlichen Haushalt vor.

Die Gruppe 5, Gesundheit, sieht im ordentlichen Haushalt Einnahmen in der Höhe von 4.588.000 Euro und Ausgaben in der Höhe von 111.893.100 Euro vor.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich daher die Einnahmen und Ausgaben der Gruppe 4 sowie die Einnahmen und Ausgaben der Gruppe 5 unverändert anzunehmen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 4 und 5 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Generalberichterstatter. Als ersten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir könnten für beide Gruppen eigentlich gleich reden, weil ich denke, die Zeit ist soweit fortgeschritten und wir schon des Öfteren bei der Generaldebatte auch das schon diskutiert haben und zwar die Gruppe 4 und 5.

Aber ich möchte vorher noch auf ein paar Themen eingehen, weil der Finanzlandesrat nicht da ist und der Kulturlandesrat. Ich glaube, der Abgeordnete Steindl hat einiges richtig aufgezeigt, dass man auch nachvollziehen kann, man sollte sich auch hier noch einmal zusammensetzen, es ist ja nicht so dringlich und das wirklich diskutieren, wie kann man mit solchen Situationen umgehen.

Wenn ich da an den Herrn Gerald Pichowetz denke und die Frau Dagmar Schellenberger – Stillschweigen, Tourismus, Mario Baier – Stillschweigen, und das geht den ganzen Tag, tagaus, tagein und jahraus, jahrein - Stillschweigen, Stillschweigen, Stillschweigen!

Wir sind diejenigen, die einen Voranschlag beschließen sollen und dann übergeben wir das der Regierung und die machen dann eigentlich was sie wollen. *(Abg. Manfred Haidinger: Na, na, na.)*

Wenn man heute von Swapgeschäften gesprochen hat, dann gibt es da anscheinend nur ein paar Mitwisser, die hier das gewusst haben und auch dann so beschlossen haben. Das sind so Dinge, die sich dann auch auf die Gruppen 4 und 5 auswirken, sei es bei der Gesundheit, sei es aber auch am Arbeitsmarkt und dergleichen mehr. Man darf aber nicht verhehlen, dass sich am Arbeitsmarkt sehr vieles getan hat. Das muss man aber auch klar und deutlich sagen, dass die Wirtschaft ein riesen Faktor ist und es auch sein wird in Zukunft.

Wir als Politiker können die Rahmenbedingungen setzen, wir können uns dementsprechend verstärkt einsetzen, dass wir hier am Arbeitsmarkt auch etwas bewegen. Ich denke, hier muss man Klarheit schaffen und nicht immer der Meinung sein nur durch Förderung, oder durch die höchste Maturantinnen- oder Maturantenquote und dergleichen mehr, dass man immer wieder in den Raum stellt, einiges geschafft zu haben.

Es hat sich Gott sei Dank so entwickelt, dass wir am Arbeitsmarkt wirklich an die 103.000 Beschäftigte jetzt haben und das ist ein richtiger Weg. Aber wir dürfen uns nicht zurücklehnen, sondern wir müssen weiterarbeiten. Ich habe das heute bei der Generaldebatte auch schon ein paar Mal erwähnt.

Dann muss man auch die Wirtschaft ein paar Mal dementsprechend auch mit ins Boot nehmen, um weiterhin diese Arbeitsplätze halten zu können, um die Wirtschaft anzukurbeln. Denn, wenn wir alle miteinander nichts verdienen und wenn ich heute gehört habe, dass das Burgenland Schlusslicht ist bei den Verdiensten und dergleichen mehr, dann muss man etwas unternehmen.

Jetzt komme ich zur nächsten Situation, zu den Pendlerinnen und Pendlern. Wenn ich vor 15 Jahren gesagt habe, wir haben 30.000 Pendlerinnen und Pendler die tagtäglich auspendeln müssen aus dem Burgenland, sei es nach Wien, sei es Niederösterreich, sei es Steiermark, dann sind das jetzt 58.000 Pendlerinnen und Pendler, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Warum müssen die eigentlich auspendeln? Weil Erstens einmal, wegen der Verdienstmöglichkeiten und Zweitens, wegen den Arbeitsplätzen, die sind nicht immer so gegeben, wie man es sich vorstellt, aber und ich sage ja noch dazu, wenn man im sozialen Bereich ist, aber auch im Familienbereich. Wenn ich um 04.30 Uhr mit dem Zug wegfahren muss und um 19.30 Uhr wieder nach Hause komme, wo bleibt dann das Familienleben? Wo bleibt das Sozialgefüge und dergleichen mehr? Auch hier müssen wir uns Gedanken machen.

Wie können wir tatsächlich eine Pendlerrückholaktion starten? Und da bin ich wieder bei der neuen Bundesregierung, die sich ja irgendwo jetzt schon gefestigt hat und es werden nur mehr die Ministerinnen- und Ministerposten verteilt. Da denke ich mir, man sollte auch schauen, dass man auch lukrative Angebote im eigenen Land hat. Wenn man über den Finanzausgleich gesprochen hat, wo auch der Herr Kollege Steindl einiges aufgezeigt hat, da muss man sich schon Gedanken machen und nicht nur sagen, man hat bestens verhandelt, man hat sich überhaupt nicht über den Tisch ziehen lassen. Sondern ich denke, das ist ein wichtiger Faktor, den man verhandeln muss, kann und auch für das Burgenland das Beste herausholen muss.

Ich glaube, wenn wir die Gesundheit, und das ist einer der wichtigsten Faktoren die man haben kann, und das ist auch wichtig für uns in der Politik und da darf man natürlich nicht sparen. Das ist gar keine Diskussion. Aber auch hier in diesem Bereich, wenn ich mir das ansehe, ich habe zufällig in das Spital meinen Schwiegervater einliefern müssen, eine Lungenentzündung und dergleichen mehr. Ich mache dann einen Besuch, komme nach ein paar Tagen ins Spital, da heißt es, er darf schon nach Hause.

Gut. Gesagt getan. Das machen wir, komm ich ziehe dich an. Ich muss auf den Befund sage und schreibe vier Stunden warten, meine sehr geehrten Damen und Herren, und warum? Weil ein Arzt diesen Befund schreiben muss und diese Entlassungspapiere eigenhändig schreiben muss, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich wollte es nicht glauben. Er hat eine halbe bis eine dreiviertel Stunde gebraucht, weil er nicht unbedingt ein Schreiberling ist, sondern ein Berufener als Arzt, er hat das schreiben müssen, sonst hat das niemand machen können.

Der Herr Landesrat ist nicht da, vielleicht kennt er auch dieses Problem. Und das kann es bei Gott nicht sein. In unserem Gesundheitssystem haben wir Ärztinnen und Ärzte, weil wir immer diskutieren, wir haben zu wenige Ärztinnen und Ärzte. In den nächsten Jahren werden es noch weniger werden.

Ich denke auch das ist kein Anreiz, dass man sich dort hinsetzt und mit dem Computer, als Ärztin, als Arzt, eine Entlassung schreiben muss. Da gibt es andere Möglichkeiten. Das ist genau das wo man darauf hinweisen soll. Ich weiß schon, dass das nicht so einfach ist. Wenn man dann diskutiert, dass man dann zu wenig Geld für Akutordinationen hat. Ja, das ist nun einmal so. Da muss man halt auch versuchen das Bestmögliche zu machen. Wir können alles kritisieren, auch als Opposition, aber das sind Faktoren die man dann besprechen muss und nicht nur die Regierung allein entscheiden soll, sondern auch der Landtag mitreden darf und nicht nur der Landtag, sondern die betroffenen Personen auch mitreden sollen.

Wenn ich mir denke und ich höre die Ärztinnen und Ärzte gehen alle ins Ausland hinaus, naja, dann liegt es auch an der Bezahlung und nicht wie wir geredet haben, dass es nicht um das Geld geht. Es geht sehr wohl um die Bezahlung, dass muss einem schon klar sein. Keine Diskussion. Daher glaube ich, dass es entscheidend wird sein, dass man hier wirklich in die Tiefe geht, bei solchen Möglichkeiten und Situationen und auch im Gesundheitsbereich etliches ändern muss.

Es wird oft gesprochen, und der Herr Landesrat Darabos tut mir schon zeitweise wirklich leid, weil er bekommt wirklich viel umgehängt in der Situation, aber er muss sich auch auf beide Beine stellen und klar sagen: Was brauche ich? Was will ich und was kann ich eigentlich umsetzen?

Dass das Geld in der Gesundheit natürlich enorme Auswirkungen hat, ist gar keine Diskussion, aber auch die Auswirkungen, nicht nur auf das Land, sondern auch auf die Gemeinden und da muss man einmal nachdenken. Ich sage einmal im sozialen Bereich, der Rotkreuzschilling – so hat er früher geheißen. Der Rotkreuzschilling war damals ein Schilling pro Einwohner und pro Person. Wisst Ihr, was wir derzeit Abgaben leisten beim Roten Kreuz? *(Abg. Gerhard Steier: Das stimmt.)*

Das ist enorm, meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich stehe ich dazu, weil wir es brauchen, aber im Endeffekt wissen die meisten gar nicht was man eigentlich an Abgaben bezahlt. Das wird meistens erst dann ausgeschickt, wenn wir schon Budgetverhandlungen hinter uns haben. Dann kommt vom Land, es war wieder eine Erhöhung und dann muss man sich schon Gedanken machen, ob ich einen Schilling Ausgaben habe, oder 9,70 Euro Ausgaben habe, oder wo es jetzt sogar erhöht wurde, 9,70 Euro und noch höher.

In Ordnung, soll so sein, aber auch das gehört dementsprechend von den Abgeordneten abgesegnet, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das macht die Regierung. Die bekommen das, die entscheiden das und der Fall ist erledigt. Und ich

glaube, solche Dinge sollten eigentlich und da bin ich der festen Überzeugung auch für die Kommunen ganz, ganz wichtig sein.

Wenn ich mir das im Sozialbereich anschaue, ich habe heute Vormittag schon gesagt 2,3 Millionen Euro an Ertragsanteilen, übrig bleiben 1,1 Millionen Euro. Das weiß jeder Bürgermeister beziehungsweise jede Bürgermeisterin, im Endeffekt. Naja, jetzt rede ich von Deutschkreutz, jetzt weiß ich die Summe, ich weiß nicht, wie hoch sie in anderen Gemeinden ist, aber die Hälfte ist einmal weg.

Wie lange halten wir das aus? Was können wir dann noch investieren? Dann können wir nur mehr verwalten und nicht mehr gestalten. Auch das muss man ändern. Und ich glaube, dass man in vielen Bereichen solche Dinge in Angriff nehmen muss und mit der Regierung gemeinsam einmal das Ganze diskutieren und auch beraten sollte.

Eines ist auch klar, wenn ich mir denke, dass im Gesundheitssystem in Zukunft noch mehr auf uns zukommen wird, mit dem Regresswegfall und dergleichen mehr und der Bund noch immer nicht klar und deutlich gesagt hat, wie viele Millionen Euro er für die Länder zur Verfügung stellt. Das wird einen großen Aufschrei geben. Daher bitte, der neue Herr Finanzlandesrat Doskozil hoffe ich, dass er gut verhandelt, dass wir auch das Geld bekommen, weil ansonsten werden wieder das Land und die Gemeinden zur Kassa gebeten und ob wir das noch schaffen, das ist die andere Seite.

Wir werden dieser Gruppe 4 und 5 unsere Zustimmung erteilen und somit freue ich mich schon auf morgen auf die nächste Diskussion. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a. Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörende auf den Galerien! Ich rede jetzt einmal zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Hier ist ja sehr viel und unter diesem Überbegriff mit zu verstehen.

Wir haben hier ja die Wohnbauförderung drinnen, die ein eigenes großes Kapitel wäre. Übrigens eigentlich ein Bereich in dem alle Arbeitnehmerinnen und alle Arbeitnehmer einzahlen, von dem aber bei weitem nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch profitieren. Das muss hier auch einmal gesagt werden.

Weil wir gerade im Bereich Soziales sehr oft Wortmeldungen hören, wo es darum geht, in welches System hat wer eingezahlt und wer bekommt aus welchem System etwas heraus?

Wir könnten über den Arbeitsmarkt reden und ich bin mir sicher, das machen nach mir auch Andere, der sehr viele Faktoren mit sich trägt, Österreichfaktoren. Die gesamte Arbeitsmarktsituation in Österreich ist nicht eigens zu sehen im Vergleich zu der im Burgenland.

Also wir haben insgesamt eine ganz gute Konjunkturlage, wir haben auch, und das wurde ja hier auch schon mehrfach gesagt, durch die umfassende Unterstützung der Europäischen Union, hier in den letzten Jahren viele gute Chancen bekommen um am Arbeitsmarkt etwas zu gestalten. Das muss man sagen, da hat die Landesregierung einiges gut in die Hand genommen. Ohne Zweifel ist das Ressort Soziales eines, das sehr viel zu tragen hat.

Ohne Zweifel ist es ein Ressort bei dem sichtbar wird was passiert, wenn sich die SPÖ in einem ihrer Kernthemen mit der FPÖ einigen muss und was dann passiert, das haben wir etwa bei dem Mindestsicherungsgesetz gesehen.

Da haben wir tatsächlich zutiefst unterschiedliche politische Auffassungen und das zeigt sich auch hier im Sozialbudget. Die Landesregierung zieht ein neues Mindestsicherungsgesetz durch, das vor allem darauf abzielt Menschen unterschiedlicher Klassen zu definieren. Es ist ein Gesetz das davon ausgeht, dass das Mindeste das ein Mensch zu leben braucht, davon abhängig ist wie viele Jahre er schon im Burgenland lebt.

Man hat sich nicht, wie beispielsweise in Wien, ich werde dann darauf später näher zurückkommen, daran gemacht ein Konzept zu entwickeln das belohnt, wenn jemand in einem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis steht. Als Beispiel, da werden besonders junge Menschen gefördert im rot-grünen Wien, da gibt es einen Beschäftigungsbonus und einen Anreiz, wenn jemand in einem Ausbildungsverhältnis ist, wenn jemand Arbeit annimmt.

Es gibt aber auch einen Abzug, wenn jemand das verweigert. Also hier ist ein ganz klares Konzept entwickelt worden und wird angeboten, das den Menschen erleichtern soll und auch anbieten soll aus der Mindestsicherung wieder herauszukommen. Das ist ein klar definiertes Ziel in Wien und da gibt es auch einen sehr guten Plan dafür wie das passieren kann.

Bei uns im Burgenland werden einfach einige Menschen extra definiert und diesen soll etwas gestrichen werden. Nein, im Burgenland straft man jemanden dafür, dass seine Herkunft in einem anderen Land liegt, oder dass er sich mit anderen zusammentut um die gemeinsamen Fixkosten zu senken.

Das zahlt sich gar nicht aus, weil bei einer Deckelung bei 1.500 Euro an Bedarfsgemeinschaften ist es unsinnig sich zusammenzutun um gemeinsam Kosten zu senken, weil einem das auf der anderen Seite dann wieder sehr schnell abgezogen wird.

Es kommt sogar vor, dass Behörden die Mindestsicherung ohne Bescheid kürzen, wie es die Volksanwaltschaft in ihrem Bericht dem Hohen Landtag ja bereits kundgetan hat. Übrigens, wer immer noch nicht verstanden hat, das Menschen nicht aus Jux oder Luxusstreben ihr Land verlassen und lange gefährliche Fluchtwege auf sich nehmen, sondern dass diese in höchster Verzweiflung sind, wenn sie sich selbst auf den Weg machen, möge sich einfach einmal auf die vielen sachlich fundierten Berichte einlassen.

Etwa was die Flüchtlingslage in Libyen anbelangt wo Folter, wo grausamste Gewalt, auch sexualisierte Gewalt an der Tagesordnung sind. Dann einfach nur zu sagen, wir schauen das die Leute alle in Libyen bleiben in irgendwelchen Lagern, löst überhaupt kein Problem, sondern schreibt es eigentlich nur fort.

Wer meint, es wäre einfach nur Leichtsinn von Eltern, ihre Kinder loszuschicken in ein anderes Land, wo sie auf ein Überleben hoffen und gerade hier auch in diesem Haus wurde bereits auch über solche Menschen ganz ungut gesprochen, der möge sich in unserer eigenen Geschichte umschauen. Erst vor wenigen Tagen wurde wieder der Spielfilm über die Schwabenkinder, im ORF glaube ich wurde es sogar gezeigt, der uns darauf hinweist, es ist noch gar nicht so wahnsinnig lange her, noch keine 100 Jahre, das es auch bei uns so war, dass die Menschen nicht mehr weiter wussten und ihre Kinder losgeschickt haben, damals über die Berge von Tirol nach Bayern, um woanders das Überleben zu sichern.

Es gibt eben heute auch noch Menschen die zu solchen Verzweiflungstaten gedrängt werden. Wenn man das nicht ernst nehmen will und nicht wahrnehmen will,

dann ist das ein Akt der Verleugnung von Realität auf unserer Welt. Das ist natürlich eine riesige Herausforderung. Das können wir nur gemeinsam aus solidarischen Anstrengungen in Europa lösen. Das ist keine leichte Angelegenheit. Aber über ein Mindestsicherungsgesetz ist dieses Problem jedenfalls nicht zu regeln.

Einer bestimmten Menschengruppe die Integration zu erschweren, in dem sie von vorne herein schlechter gestellt wird, ist kein zukunftsweisender Ansatz. Viel sinnvoller wäre es da etwa die Lehre in Mangelberufen für Asylwerbende zu forcieren, statt junge ambitionierte und in vielen Fällen auch schon teilintegrierte Menschen abzuschieben.

Da gibt es übrigens für die, die das interessiert, eine Onlinepetition „Ausbildung statt Abschiebung – Petition gegen Abschiebung unserer künftigen Fachkräfte“. Wenn man das schon nicht aus menschenrechtlichen und sozialen Erwägungen her unterstützt, dann kann man es einfach auch deswegen machen, weil es wirtschaftlich Vernünftig ist, hier in Mangelberufen wo Lehrlinge dringend gebraucht werden die Möglichkeit zu öffnen für junge Menschen, die das dringend brauchen, die das dringend wollen und die sehr fleißig sind. *(Abg. Manfred Haidinger: Und die Rechtsstaatlichkeit?)*

Ein zweiter Punkt, auch dieser war schon Thema im letzten Budget und er fand auch heuer keine Lösung und auch keinen Punkt, ist die Frage der Eingliederungshilfen. Da wurde eingespart, das ist auch im Voranschlag abgebildet das hier eingespart wurde.

In dem Fall möchte ich aber an der Stelle schon noch einmal auch betonen, es fehlt der entsprechende Posten im Bildungsbudget weil, das was hier eingespart wurde im Sozialbudget ist tatsächlich ein Bereich der im Verhaltensauffälligkeitsbereich ist. Das gehört ins Bildungsbudget und nicht ins Sozialbudget.

Bei aller Kritik an einigen Punkten ist dennoch zu sagen, inhaltlich hat sich in den letzten zwei Jahren schon einiges zum Besseren entwickelt. Da bedanke ich mich auch dafür bei allen die hier daran mitgearbeitet haben. Man merkt das Bemühen im Sozialbereich Versäumnisse früherer Jahre wett zu machen. Dennoch zeigt sich an einigen wesentlichen Punkten noch wo wir Schwachstellen haben, die wir auch aktuell, durch die Volksanwaltschaft aufgezeigt, verheerende Folgen haben können. Das hat dann schon auch etwas mit dem Budget zu tun.

So fehlen etwa gerade im Bereich der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen für alle verlässliche Rahmenbedingungen. Denn nur wenn es verbindliche Standards für alle gibt, wenn es budgetär verankerte professionelle Unterstützung für die Einrichtungen gibt, zum Beispiel durch Ärztinnen und Ärzte vor Ort, durch eine Anbindung an psychiatrische Einrichtungen, werden wir gut weiterkommen.

Nur wenn es eine qualitätsvolle Ausbildung gibt, gerade auch für Pflegeeltern, die ist im Burgenland sehr mickrig, die Ausbildung für die Pflegeeltern, Eltern die in ihrem Alltag mit Kindern zu tun haben die sie noch mehr herausfordern als in anderen Familienzusammenhängen, nur wenn es eine entsprechende Anzahl an Planposten mit der entsprechenden Bezahlung gibt im Sozialbereich dann werden wir hier wirklich gut weiterkommen.

Wie gesagt, die Fachhochschule hat ja jetzt auch einen Lehrgang Soziale Arbeit, das ist glaube ich ein wichtiger Schritt um auch das gute Personal im Land zu finden und im Land halten zu können.

Nur wenn es eine Sicherstellung gibt, dass es eine Kriseneinrichtung im Burgenland gibt, das Burgenland ist das einzige Bundesland in dem es keine Kriseneinrichtung für Kinder und Jugendliche gibt, und da sehen wir sozusagen, dass hier noch einiges offen ist, wohin wir uns weiterentwickeln sollen, nur dann können wir von

hochwertiger, sozialpädagogischer Betreuung im Burgenland reden. Auch die Tatsache das wir im Burgenland etliche sozialpädagogische Einrichtungen haben die hervorragend arbeiten, nimmt das Land nicht aus der Verantwortung den richten Rahmen dafür zu schaffen, sodass, das was wir heute schon besprochen haben, in einem Heim im Bezirk Neusiedl, nie wieder vorkommen kann.

Das gilt auch für andere Bereiche, dass wir im Land mehr verlässliche und für alle Anbieter und Vertragspartner und -partnerinnen gleiche Rahmenverträge brauchen. Grundlegend für eine gute Sozialpolitik des Landes ist auch, dass wir wieder zu einer Art der Kommunikation kommen, dass wir wieder wegkommen von der Kommunikation, die Sozialpolitik zur öffentlichen Neiddebatte verkommen lässt. Sozialpolitik muss Armut als solche benennen und muss Armut bekämpfen.

Was unser Land und die Menschen hier brauchen ist eine grundlegende Haltung der Solidarität und des Strebens danach, das gutes Leben für alle ermöglicht wird.

Nur so wird der soziale Friede im Land erhalten bleiben. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort. Entschuldigung Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger ist zuerst an der Reihe.

Bitte Herr Abgeordneter Haidinger.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Dankeschön, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Also wäre ich jetzt ein Gast hier im Burgenland und würde mir das jetzt durch den Kopf gehen lassen, was meine zwei Vorredner hier erklärt haben, dann würde ich meinen, also was ist denn da für ein Zustand in diesem Bundesland oder in diesem Land vorhanden?

Schauen da die Verantwortlichen überhaupt nicht auf ihre Leute? Gott sei Dank bin ich hier zu Hause und weiß, dass das eher schon schwer einseitig betrachtet wurde, ganz besonders bei meiner Vorrednerin bei der Frau Petrik.

Entschuldigung bei der Frau Mag.a Petrik weil, wenn ich mir vorstelle was dieses kleine Bundesland mit diesem kleinen Budget in Wirklichkeit für Soziales, Gesundheit und Wohnbauförderung ausgibt, also 40 Prozent des Gesamtbudgets, dann glaube ich ja schon, das wir hier die richtigen Maßstäbe setzen, um auch das zu tun was für die Menschen und ihren Bedarf auch wirklich entspricht. Natürlich, da bin ich schon bei Ihnen, Frau Petrik, dass es nicht möglich ist an jedem der zu uns kommt im Prinzip mit allem zu überschütten weil, die Zeiten des Paradieses sind schon seit, ich weiß nicht wie vielen tausend Jahren vorbei. Das wird es nicht spielen und außerdem muss das alles jemand erwirtschaften, was Sie da so verlangen.

Wenn ich mir vorstelle, alleine schon für Soziales haben wir heuer im Budget, also für das nächste Jahr im Budget 220,94 Millionen Euro, im Gegensatz zu 2017 wo es noch 214 Millionen Euro waren. Also wenn das nicht ein Bekenntnis ist dazu, das wir gerade hohe soziale Kompetenz ausstrahlen und auch auf soziale Kompetenz im Bereich des Budgets Wert legen, dann weiß ich nicht mehr wo Sie Ihre Kritik hernehmen.

Für mich ist es natürlich schon eine tolle Geschichte hier auch kundtun zu können, dass wir im Bereich der Altenpflege um fünf Millionen Euro zulegen. Im Bereich der Beschäftigungstherapie für behinderte Menschen um 600.000 Euro zulegen. Im Bereich für Kinder- und Jugendhilfe um 1,1 Millionen Euro zulegen.

Also wenn das kein Bekenntnis ist, wie kann man sonst noch ein Bekenntnis ablegen dazu, dass wir eine hohe soziale Kompetenz haben, die sich auch in diesem Budget ausdrückt. In diesem Zusammenhang darf ich allen Menschen auch Danke schön sagen, die in diesem Bereich der Altenpflege, der Beschäftigungstherapie aber auch der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind und auch dem Herrn Landesrat und der zuständigen Abteilung danke sagen, dass sie sich so verantwortungsvoll in Wirklichkeit um das Soziale im Burgenland kümmern weil, sonst würde es vielleicht verkümmern.

Beziehungsweise wenn wir jetzt alles an Forderungen die die GRÜNEN hier aufstellen, im Prinzip ausschütten würden, würde vielleicht nichts mehr überbleiben für alles andere. Dann könnten wir keine Wirtschaft ankurbeln, dann könnten wir den Arbeitsmarkt nicht stärken, et cetera, et cetera. Also schon ein gut ausgewogenes Maß ist die Grundlage für ein seriöses und auch zukunftsorientiertes Budget.

Noch nie wurde so viel in Gesundheit und Soziales investiert wie in diesem Budget. Interessant sind für mich natürlich aber auch die steigenden Kosten im Bereich der Alten-, Wohn-, und Pflegeheime wo wir im Prinzip von 77 Millionen Euro auf 85,5 Millionen Euro aufwachsen. Ein kleiner oder eine kleine bittere Pille ist natürlich diese Pflegeregressgeschichte, die in der Generaldebatte schon strapaziert wurde weil, wir einen Aufwand haben von 8,5 Millionen Euro und nur 3,5 Millionen Euro vom Bund bekommen. Dann haben wir natürlich da eine leichte Ablage von fünf Millionen Euro, die wir selber im Prinzip einsetzen müssen, also das Land und die Gemeinden.

Da hoffe ich doch, da sind die großen Kapazunder der ÖVP jetzt nicht da, das sich vielleicht die Bundesregierung ein bisschen, - *(Der Abg. Walter Temmel kommt in den Landtagssaal. Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Da kommt schon einer.)* - einer kommt schon jawohl. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Da hoffe ich doch, dass sich die Bundesregierung hier doch ein bisschen Mühe gibt, hier die Länder und die Gemeinden etwas weniger in die Pflicht zu nehmen, um das was sie auch abgeschafft haben, es war ja die Bundesregierung die das abgeschafft hat auch dann im Prinzip wieder zu substituieren, das nicht Land und Gemeinde hier im Prinzip alles für alles aufkommen muss, was einen kurzen Moment des politischen Vorteils vor der Wahl im Prinzip geschuldet war. Ziel muss es natürlich sein für uns, und da sind wir auch wieder d`accord, das wir da auch nicht fertig sind. Aber man kann halt nicht alles in einem Jahr zusammenbringen beziehungsweise, Rom wurde auch nicht an einem Tag gebaut.

Ziel muss es sein die Schaffung eines flächendeckenden, ganzheitlichen Systems für Pflege- und Betreuungsdienste, die den höchsten Qualitätsanforderungen entspricht. Da bin ich schon bei Ihnen, aber step by step und alles geht nicht auf einmal, beziehungsweise könnten wir das gar nicht heben. Wenn wir das Geld hätten, das so rasch zu machen weil, wo bekommen Sie Ihre hochqualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen her. Die warten ja nicht um die Ecke. Wo bekommen Sie die gesamten Infrastrukturen her, auch die sind nicht von heute auf morgen gebaut.

Ziel muss es sein, dass hilfsbedürftige Menschen in den Fällen von Krankheit und Pflegebedürftigkeit sofort und möglichst in der gewohnten Umgebung, und auf das setze ich ganz besonders, Pflege und Betreuung finden. Ich bin da ein Verfechter von der Pflege zu Hause und auch von der, von dem Kreislauf hier bin ich hier geboren, hier habe ich gelebt und hier möchte ich auch wieder sterben und nicht verfrachtet werden in irgendeine Nachbarortschaft, wo vielleicht irgendwo ein wunderbares Altenheim oder Pflegeheim gebaut wurde.

Also das ist mein persönlicher Zugang, also da würde ich schon dafür plädieren. In den vergangenen Jahren wurden viele soziale Einrichtungen und damit auch krisensichere Arbeitsplätze geschaffen, das haben wir alles gemacht.

In der Fortschreibung, beziehungsweise der Erhöhung dieser jeweiligen Budgetposten linear, sodass wir eben das Ganze erhöhen und verstärken werden und wir dürfen uns aber nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern wir müssen weiter investieren und das tun wir auch.

Wir investieren weiterhin in die Betreuung behinderter Menschen, in die Pflege einer zunehmenden Anzahl alter Menschen und in die Kinder- und Jugendhilfe. Das sind die drei großen Erfordernisse, die auch dieses Budget mehr oder weniger darstellt. Und somit machen wir auch den sozialen Bereich zukunftsfit.

Ich denke schon, dass dieser, unser burgenländischer Weg sicher nicht der ist mit dem geringsten Widerstand. Es ist mittlerweile, höre ich hier ja, auch einer der ziemlich heiß umfehdet ist. Aber klarerweise heißt Verantwortung zu übernehmen, dass auch so zu tun und diesen Weg werden wir auch weitergehen, nämlich im Sinne aller Menschen hier im Burgenland die unserer Hilfe bedürfen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Nun, dieses Budget wurde seitens des zuständigen Finanzlandesrates Helmut Bieler unter dem Motto „Basis für die Zukunft“ als Wachstumsbudget erstellt und konzipiert.

Es ist für mich eine finanzielle Lebensader und ein Wegweiser für den weiteren Aufstieg unseres Heimatlandes Burgenland. Jedenfalls spiegelt sich in diesem Budget 2018 die verantwortungsvolle Sozialpolitik unseres Landes, in dem der Mensch welcher Hilfe benötigt aber auch Hilfe leistet, im Mittelpunkt steht. Diese Bedeutung der Sozial- und Gesundheitspolitik im Land Burgenland zeigt sich darin, wie bereits von meinen Vorrednern erwähnt, dass rund 40 Prozent des Gesamtetats, wir sprechen da im Bereich Gesundheit, Soziales und soziale Wohnbauförderung, von insgesamt 444,5 Millionen Euro, jedenfalls direkt beim Menschen landen und dabei ist die Bildung nicht berücksichtigt, welche in weiterer Folge auch dazu gezählt werden sollte.

Das heißt, zumindest 40 Prozent, wenn nicht 50 Prozent des Gesamtvolumens des Budgets von 1,13 Milliarden Euro fließen in Soziales, Gesundheit, Wohnbauförderung und teilweise Bildung. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Alleine der Schwerpunkt Soziales zu dem ich rede, sieht Ausgaben in der Höhe von rund 225 Millionen Euro vor.

Ich möchte mich in den weiteren Ausführungen auf drei spezielle Zielgruppen beziehen, die meiner Meinung nach gerade in diesem Etat besonders hervorzuheben sind. Der erste Bereich ist die Altenpflege. Dazu zähle ich stationäre, teilstationäre aber auch mobile Altenpflege, die mit rund 100 Millionen Euro in dem in Zahlen gegossenem Etat aufzufinden ist.

Der Kollege Haidinger hat bereits vorher erwähnt, dass gerade im Bereich der Alten- und Pflegeheime eine Steigerung der Ausgaben auf 85,5 Millionen Euro im Budget gegenüber dem Vorjahr von 77 Millionen Euro erkennbar ist. Diese hohe Steigerungsrate

ist aber klar erklärbar. Diese resultiert aufgrund der steigenden Anzahl an Pflegebedürftigen und Pflegebewohnern. Sie resultiert aber auch aus der Valorisierung der Tagessätze und auch in weiterer Folge auch aus dem Umstand der Abschaffung des Pflegeregresses.

Dieser Wegfall des Pflegeregresses der mit 1.1.2018 wirksam wird führt dazu, dass wir als Burgenland wie auch andere Bundesländer mangels Deckung durch den Bund zirka 5,38 bis 5,5 Millionen Euro zusätzlich decken müssen.

Dies bedeutet, dass die Länder, aber auch wie der Kollege Kölly heute bereits richtigerweise erwähnt hat, auch die Gemeinden dieses Defizit stemmen müssen sofern keine Regelung seitens des Bundes erfolgt. Wenn ich die letzten Monate, besonders die letzten Wochen vernommen habe, dass eventuell durch den Wechsel des Finanzministers wiederum die Einführung des Pflegeregresses erfolgen kann, durch die Hintertür quasi die nunmehr Entlasteten wiederum belastet werden indem sie sich ihr 13. und 14. Monatsentgelt oder Gehalt wegnehmen lassen müssen, dann, glaube ich, sind wir in einem Bereich den wir alle nicht wollen. Weil ich bin der Überzeugung, dass der Wegfall des Pflegeregresses sicherlich auch eine Handschrift sein soll, die wir im Burgenland tätigen und bin auch dankbar, dass es so ist wie es derzeit ist.

Bei der Vorbereitung meiner Rede ist mir eine Pflegestudie der Volkswirtin Famira-Mühlberger vom WIFO aufgefallen. Diese Pflegestudie beschäftigt sich mit den Pflegedienstleistungen bis 2025 und nach 2025 bis 2050. Frau Famira-Mühlberger sagt, bis 2025 müssen wir rechnen, dass die Pflegedienstleistungen um 48 Prozent steigen werden und nach 2025 bis 2050 um 360 Prozent steigen werden. Es wird mehr Personen zu pflegen geben, aber weniger Personen die das Pflegepotenzial haben und das Pflegepotenzial in der Familie wird sinken. Deshalb, aus diesen Daten heraus, müssen wir wachsam sein.

Wir müssen deshalb schon wachsam sein, weil entweder schaffen wir es durch einen unumgänglichen Ausbau der stationären Pflege, was wesentlich teurer wird und jetzt schon eigentlich ein Kraftakt ist oder/und wir schaffen intelligente Lösungen indem wir uns wirklich im Diskussionsprozess zusammen setzen und schauen, ob es zu den Pflege- und Betreuungsbediensteten wie zum Beispiel Hauskrankenpflege, Seniorenbetreuung, 24-Stunden-Betreuung, aber auch zur mobilen Demenzbetreuung weitere neue Formen geben kann oder Mischformen geben kann, damit Pflege und Betreuung in der gewohnten Umgebung des Pflegebedürftigen stattfinden kann.

Wir werden um diese Entscheidung nicht herumkommen. Wesentlich ist für mich auch in diesem Zusammenhang der Prozess der auch bereits der zuständige Landesrat eingesetzt hat, dass eine Bedarfsentwicklung in der Pflegevorsorge für die nächsten zehn Jahre eingefädelt wurde. Die Fachhochschule Burgenland, soweit es mir bekannt ist, wurde ersucht, und ich glaube auch in den nächsten Monaten dürfte da eine Studie oder ein Bericht erfolgen, eine Bedarfsentwicklung in der Pflegevorsorge zu machen, damit wir genau diese Antworten auf die von mir vorher gesetzten Feststellungen finden und treffen können.

Es bedarf aber jedenfalls intelligenter Lösungen damit wir auch in Zukunft der nächsten Generation die Pflege gewährleisten können. Ein wesentlicher Aspekt bei der Durchsicht des Budgets ist mir im Bereich der Alten- und Pflegeheime aber auch bei den Agenturen der 24-Stunden-Betreuung aufgefallen. Neu budgetiert ist auch eine Art Zertifizierung zwecks Qualitätssicherung. Das sogenannte Pflegegütesiegel soll kommen. Also ich denke mir, auch in diesem Bereich wird es wichtig sein klar zu stellen, wer an und für sich die Qualifikation aber auch die Zertifikation für diesen Bereich hat und haben wird.

Mir ist auch aufgefallen, dass im Bereich der Demenz, wo die Demenzstrategie „gut leben mit Demenz“, eine Demenzschulung für Mitarbeiter in Alten- und Pflegeheimen erfolgen soll und dafür wurde im Budget ein Posten vorgesehen.

Ich finde das ganz wichtig, weil wenn man die Zahlen der Demenzerkrankungen bis 2030 ansieht, wird es notwendig sein, bereits jetzt die notwendigen Schulungen, Aufschulungen zu treffen und bereits jetzt die mobile Demenzstrategie im Land Burgenland vorzubereiten. Auch die kontinuierliche Unterstützung der Schule für Sozialbetreuungsberufe in Pinkafeld und in der Expositur in Frauenkirchen ist weiterhin im Budget verankert.

Das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Nur hat es einen bitteren Beigeschmack. Wie bereits letztes Jahr bei meiner Rede zu diesem Thema erwähnt, dass das Fachkräftestipendium eingeführt wird. Es gilt auch wieder seit 1.1.2017. Nur das Manko ist Folgendes: Das Fachkräftestipendium beruht auf einer Mangelberufsliste. Diese Mangelberufsliste wurde im Ministerium reduziert auf Gesundheitsberufe und technische Berufe.

Die Sozialbetreuungsberufe, Betreuungsberufe für behinderte Personen aber auch die Pflegeassistenten wurden davon nicht erfasst. Das bedeutet, all diejenigen die in Pinkafeld oder in Frauenkirchen eventuell im zweiten Bildungsweg oder als Wiedereinsteiger diese Schule besuchen wollen haben das Problem, dass das Fachkräftestipendium nicht zur Anwendung kommt.

Ich glaube, wenn ich die Studie von vorher wieder zitiere wo wir sehen was 2025 und 2050 an Pflegedienstleistungen erforderlich ist, ist es unsere Aufgabe klar zu sagen, gerade wenn diese Schule im Burgenland ist, klar zu sagen, wir wollen eine Aufnahme auch der Sozialbetreuungsberufe in diese Mangelberufsliste.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde zukünftig auch ersuchen oder vielleicht auch Sie einladen, dass wir im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer eine Ausweitung des Fachkräftestipendiums für Sozialbetreuungsberufe vorsehen. Mir ist auch wichtig die zweite Zielgruppe zu beleuchten und das sind Menschen mit physischen psychischen Beeinträchtigungen.

Vor kurzem war ich mit dem Kollegen Hergovich auf einer Sozialtour und konnte dabei erkennen, dass genau in diesem Bereich wichtige Arbeit erfolgt. Diese Arbeit ist grundsätzlich auch weiterhin gegeben, indem 38 Million Euro im Budget sind. Auch die Kinder- und Jugendhilfe im Ausmaß von 27 Millionen Euro wurde weitreichend auch im Budget berücksichtigt.

Abschließend möchte ich noch als gelernter Arbeitnehmervertreter darauf hinweisen, dass auch die Arbeitnehmerförderung im Ausmaß von 3,7 Millionen Euro weiterhin für Förderungen wie Qualifikationszuschüsse und Lehrlingsförderung gegeben ist. Auch die Förderung der Lehre mit Matura sowie die Mitfinanzierung von Arbeitsstiftungen aber auch der Dotierung des Semestertickets scheinen in unserem Budget auf.

Die burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden daher von der burgenländischen Sozialpolitik nicht im Stich gelassen. Ich bin aber auch zuversichtlich, dass wir unsere Hausaufgaben erfüllt haben. Wir müssen uns aber auch zukünftig anstrengen, um intelligente Lösungen zu finden, damit das Wohlbefinden der Burgenländerinnen und Burgenländer wie auch in der OECD-Studie angeführt, einen europaweiten Spitzenplatz einnimmt. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner hat es gesagt, viele Dinge gehören noch gemacht. Deswegen darf ich auch sagen, ein Budget in dem ich viele Dinge noch vermisse, wo viele Dinge noch verbessert werden müssen.

Ein Budget, wo Ziele für die Zukunft noch eingearbeitet werden müssen. Ich darf auch die Frage stellen, wo bleiben Infrastrukturmaßnahmen für strukturschwache Gebiete? Ich denke hier an den Bereich Forschung und Entwicklung. Es gibt hier auch gute Beispiele wo es funktionieren kann und es gibt auch Beispiele wo noch mehr getan oder mehr gemacht werden könnte.

Es geht um Chancen, es geht um Arbeitsplätze. Wenn ich sage Forschung und Entwicklung darf ich hier konkret das Technologiezentrum Jennersdorf in dem Bereich Optoelektronik ansprechen. Hier könnte man in einer Region Arbeitsplätze schaffen.

Burgenland, das Land der Pendler. Ein vielgepriesener Satz. Ich stelle mir hier die Frage, sind wir stolz darauf? Wir reden hier von 15 bis 20 Prozent Wochenpendlern und rund 80 Prozent müssen täglich pendeln. Sind wir stolz darauf? Ich sage einerseits Ja, weil unsere Arbeitnehmer gefragt sind, weil wir Burgenländer als fleißig gelten und daher viele gute Arbeitsplätze in ganz Österreich finden können.

Aber auch Nein, weil das Land aus meiner Sicht zu wenig Schritte und Maßnahmen setzt, um diesen Menschen eine Perspektive im Burgenland bieten zu können. Wir bräuchten die Arbeitsplätze bei uns im Burgenland.

Ich denke, wenn das schon nicht gelingt, könnte man zum Beispiel im Bereich von Park & Ride-Anlagen Maßnahmen treffen, die unsere Pendlerinnen und Pendler entlasten. Oft habe ich das Gefühl, dass wir uns auf Nachbarbundesländer verlassen. So müssen zum Beispiel viele Pendler im Südburgenland auf Parkplätze in der benachbarten Steiermark ausweichen zum Beispiel an der Autobahn A2. Genauso müssten wir uns für bessere Bahnverbindungen einsetzen.

Ich sage auch bei Fahrplanänderungen muss man ebenso auf das Nordburgenland wie auf das Südburgenland schauen. Natürlich, nicht jede Änderung kann eine Verbesserung für alle sein. Aber nichtsdestotrotz sollte man darauf achten, dass es nicht benachteiligte Regionen gibt. Benachteiligt, hier gibt es die Beispiele vom Top-Jugendticket.

Es wird mehrfach angesprochen und noch immer gibt es Probleme und viele Jugendliche wenden sich hier an einige Personen, dass es aus den Bezirken Jennersdorf und Güssing Probleme gibt, da das Ticket noch immer nicht in der Steiermark gültig ist. Sprich von Jennersdorf nach Wien muss man mit der Bahnverbindung in die Steiermark und dort ist das Ticket nicht gültig. Hier habe ich bereits vor einem Jahr gefordert, dass der Landeshauptmann endlich in Kontakt mit der Steiermark treten soll, um dieses Problem zu beseitigen.

Eine weitere Frage, auch das wird schon lange diskutiert und wieder ist ein Jahr vergangen, wo bleibt das leidige Thema S7? Wir hoffen, dass noch im Frühjahr 2018 wirklich mit dem Bau begonnen wird. Ebenfalls eine unendliche Geschichte, die Elektrifizierung der Bahn Jennersdorf - Graz. Es täte hier viele Vorteile geben. Eine schnelle Verbindung für Pendler, Schüler, für Arbeitnehmer, für Studenten. Es würde für

mehr Sicherheit sorgen an den Eisenbahnkreuzungen. Der Umstieg von Diesel auf Elektroloks wäre aus meiner Sicht nur zu begrüßen und auch eine bessere Möglichkeit Güter zu transportieren, um zum Beispiel auch den Businesspark Heiligenkreuz aufzuwerten, um dort Betriebe leichter anzusiedeln.

Wo bleiben die Maßnahmen für ein schnelleres Internet? Auch hier könnten wir Arbeitsplätze im Südburgenland sichern. Firmen und Privatpersonen würden davon profitieren. Es gibt unzählige Beispiele wo junge Menschen, weil sie eben im nicht ausgebauten Gebiet wohnen, für diverse Tätigkeiten irgendwo hinfahren müssen, um Arbeiten für das Studium hochladen zu können und um andere Tätigkeiten verrichten zu können.

Betriebe siedeln sich ohne passende Internetanbindung sicherlich nicht an. Daher ist die Forderung der ÖVP nach den Breitbandmillionen aus meiner Sicht nur legitim und ja es gibt Förderungen, es gibt Möglichkeiten, aber eine zusätzliche Million bedeutet mehr für das Burgenland, mehr für die Menschen, mehr für die Betriebe. Wir wollen, dass dieser Ausbau einfach schneller vonstattengeht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auch das Thema Akutordinationen wurde heute schon mehrfach strapaziert, aber ich darf festhalten, wenn es der Wunsch ist, in allen sieben Bezirken diese umzusetzen, so kann man das unterstützen.

Nichtsdestotrotz, möchte ich festhalten, dass gerade für die Bezirke Jennersdorf und Mattersburg diese Ordination sehr wichtig ist, da es dort eben kein Krankenhaus gibt. Ich finde gerade die Menschen müssen eben für die gesundheitliche Versorgung eine Möglichkeit haben, diese leicht zu erreichen.

Wir haben heute auch schon darüber diskutiert wie es mit der ärztlichen Versorgung ausschaut und ich darf hier auf das Projekt aus dem Bezirk Jennersdorf verweisen, ein Taxiprojekt wo Menschen aus dem ganzen Bezirk um zwei beziehungsweise vier Euro zu jedem Arzt im Bezirk fahren können.

Ein leistbares Projekt, wo sich dadurch Menschen auch mit geringer Pension, mit geringem Einkommen, sich diese Fahrt leisten können und gerade deshalb, weil eben der öffentliche Personennahverkehr in unserem Gebiet sehr schlecht ausgebaut ist.

Solche Maßnahmen sollten natürlich vorangetrieben werden. Das Thema Soziales und Gesundheit ist vielseitig. Im Mittelpunkt muss immer der Mensch stehen. Ich bedanke mich hier bei allen Menschen, die in diesem Bereich tätig sind. Es muss garantiert sein, dass den Burgenländerinnen und Burgenländern die Unterstützung, Begleitung, Betreuung und Pflege zuteil kommt, die sie auch benötigen. Wir müssen auf unsere Menschen schauen und das vor allem menschenwürdig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich darf hier auch auf den Tagesordnungspunkt 10 verweisen. Es geht hier um den Bericht der Volksanwaltschaft aus dem Jahr 2015 und 2016. 305 Beschwerden sind aus meiner Sicht sind um 305 zu viel. Auch hier ist die Landesregierung gefordert. Auch die Menschenrechtskontrollen sprich diese 37 Kontrollbesuche sind notwendig, um eben das heute schon mehrfach strapazierte Thema wie in Neusiedl Missstände aufzudecken, möglichst zu vermeiden.

Ein weiteres Thema für mich ist das Thema Lehre. Hier gilt es, dass künftig wieder mehr junge Menschen in diesen Bereich einsteigen. Hier benötigen wir aber sicherlich mehr Informationen an unseren Schulen. Es braucht aber auch eine Bewusstseinsbildung bei den Eltern. Wir müssen den jungen Menschen den Lehrberuf wieder schmackhaft machen und es gilt darum Chancen aufzuzeigen.

Von der Lehre zum Meister beziehungsweise die Lehrlinge sind unsere Facharbeiter von morgen. Es geht auch darum zu sagen, die sind unsere künftigen Unternehmer von morgen.

Es sind die Menschen, die in unserer Gegend, in unserem schönen Burgenland, Unternehmen gründen und auch Produkte und Dienstleistungen anbieten werden. Ein richtiger Anreiz dafür ist aus meiner Sicht der Bereich Lehre mit Matura. Hier sind die Verbesserungen im Budget spürbar und das ist ein positiver Aspekt. Abschließend darf ich festhalten, dass wir hier ein sehr großes Budget für das Land Burgenland diskutieren.

Es ist für mich aber schade, dass in sehr vielen Kleinbereichen manche Dinge nicht berücksichtigt werden und auch kleine Institutionen einfach zugesperrt werden. Auch hier geht es um Menschen, auch hier geht es um Arbeitsplätze. Es geht auch um indirekte Arbeitsplätze. Ein leider Gottes schlechtes Beispiel, aber ein gutes Beispiel ist das Bezirksgericht Jennersdorf. Wir hoffen, dass dieses Beispiel nicht der Beginn eines Kahlschlages für eine ganze Region ist.

Tricksen, tarnen und täuschen, ein Budget mit vielen ausgelagerten Bereichen. Diese Verschachtelungen, versteckt oftmals auch in der Holding, das ist ein Weg der versucht wird, um das Budget besser dastehen zu lassen. Wir fordern daher mehr Transparenz. Wir sind der Meinung das Land braucht eine klare Vision.

Wir fordern auch eine Klärung des Themas Zinsswap, denn diese sieben Millionen, damit könnte man vielen Menschen unter die Arme greifen. Bei einem Budget von einer Milliarde muss man sich schon vor Augen führen, ob es wirklich positiv ist, zwei Millionen Euro, die als Rücklage verbucht werden, oder als sparen definiert werden, oder im Ideal verkauft werden, so ein Erfolg sind. Denn die Frage müssen sich jene stellen, die in den nächsten 500 Jahren hier die Hinterlassenschaft der derzeitigen Regierung berappen müssen.

Ich denke, man kann aus diesen vielgesagten Gründen diesem Budget nicht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen, tausende Burgenländerinnen und Burgenländer nehmen täglich beziehungsweise auch wöchentlich weite Strecken und Anfahrtswege auf sich, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen, beziehungsweise wiederum von ihrem Arbeitsplatz an ihren Wohnort zu kommen.

Es ist die oberste Priorität der Politik des Landes Arbeitsplätze im Land zu erhalten, im Land zu schaffen und das ist grundsätzlich auch gelungen. Es gab noch nie im Land Burgenland so viele Arbeitsplätze wie derzeit. Wir haben die 100.000 Arbeitsplätze vor zwei Jahren erreicht und liegen jetzt über 104.000 Arbeitsplätze.

Geschätzte Damen und Herren! Wir wissen auch, dass das Land Burgenland sehr viel Geld für den öffentlichen Verkehr, für die Pendlerinnen und Pendler in die Hand nimmt.

Im Landesvoranschlag 2018 sind 17,058 Millionen Euro veranschlagt. Wenn man das vergleicht, im Jahre 2000 wurden fünf Millionen Euro für den öffentlichen Verkehr ausgegeben. Das ist mehr als das Dreifache. Die höchste Priorität der Verantwortlichen ist, die Pendlerinnen und die Pendler in den öffentlichen Verkehr miteinzubinden. Es gibt

aber noch immer viele Menschen die auf das Auto angewiesen sind, um auf ihren Arbeitsplatz zu kommen.

Der öffentliche Verkehr muss attraktiv und er muss natürlich auch leistbar sein. Das Burgenland, wie gesagt, nimmt in den letzten Jahren über 17 Millionen Euro im Jahr für den öffentlichen Verkehr für die Pendlerinnen und für die Pendler in die Hand.

Ich möchte hier nur einige Förderungen und Unterstützungen für unsere burgenländischen Pendlerinnen und Pendler ansprechen wie zum Beispiel Fahrtkostenzuschuss, das Top-Jugendticket, das 2012/2013 eingeführt wurde und auch eine Erfolgsstory ist, aber natürlich auch die Stützung der Wochen-, der Monats- und der Jahreskarte über den VOR. Ohne diese Maßnahmen würden diese Wochen-, diese Monats- und diese Jahreskarten bis zum doppelten Preis kosten.

Ich möchte auch die wichtige Initiative der Wipark-Garagen in Wien ansprechen. Hier die günstigen Arbeitsplätze für burgenländische Pendlerinnen und Pendler. Diese werden von über 250 Pendlern angenommen, die hier auch Tages- und natürlich auch Wochenpendler sind, die diese günstige Form des Parkens in Anspruch nehmen.

Ein Garagenplatz kostet 57 Euro und die Jahreskarte für diesen Garagenplatz 570 Euro. In Verbindung mit einem Jahresticket der öffentlichen Wiener Verkehrsbetriebe kostet die Monatskarte für eine Wipark-Garage 48 Euro und eine Jahreskarte 480 Euro pro Jahr.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Es ist genau fünf Jahre her, dass mit maßgeblicher Unterstützung des Burgenländischen Landtages, der Arbeiterkammer, des ARBÖ und des Burgenländischen Pendlerforums eine wichtige Weichenstellung für die Pendlerinnen und Pendler gelungen ist.

Im Herbst 2012 hat sich die damalige Bundesregierung auf die Einführung des sogenannten Pendlereuros verständigt. Zusätzlich zur Pendlerpauschale gibt es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seither für jeden gefahrenen Kilometer zum Arbeitsplatz hin und retour einen Euro pro Jahr. Das war ein wichtiger Teilerfolg für die Betroffenen, aber auch natürlich für das Pendlerforum Burgenland.

Weil wir uns seit Jahren dafür einsetzen, dass die Pendlerförderung auf die tatsächliche Fahrtbelastung Rücksicht nimmt. Eine Gesamtumstellung des Systems auf eine kilometerbezogene Förderung ist aber überfällig. Geschätzte Damen und Herren! Eines kann ich Ihnen versprechen, der zukünftige Finanzminister wird diese Forderung aus dem Burgenland wieder auf seinem Schreibtisch vorfinden.

Die Gesamtumstellung der Pendlerpauschale auf eine ausschließlich kilometerbezogene Förderung ist bisher gescheitert. Der Pendlereuro wurde zwar 2012 auf das bisherige System der Pendlerpauschale nur draufgesetzt und damit eine große Ungerechtigkeit einzementiert, denn die Pendlerpauschale richtet sich nicht nach der Fahrtstrecke, sondern als Steuerfreibetrag nach dem Einkommen. Je höher das Einkommen, desto höher die Pendlerpauschale. Das ist natürlich zutiefst ungerecht, weil damit Spitzenverdiener natürlich bevorzugt werden.

Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen, damit man ein bisschen ein Gespür bekommt: Wenn ein Arbeitnehmer aus Pinkafeld nach Wien pendelt und bekommt einen Bruttobezug von 4.468 Euro pro Monat und ein Kollege, der auch aus Pinkafeld nach Wien pendelt und einen Bruttobezug von 1.777 Euro pro Monat bekommt, so verzeichnet der Erste die große Pendlerpauschale, eine Steuerersparnis von 1.778 Euro pro Jahr, während sich für den, der ein kleines Einkommen hat, dieser Betrag mit nur 1.154 Euro niederschlägt. Der Arbeitnehmer mit dem geringen Einkommen wird trotz gleicher

Fahrstrecke bestraft, obwohl ja der Sprit, oder auch die Bus-, oder Bahnkarte für beide das Gleiche kostet.

Das ist natürlich leistungs- und pendlerfeindlich. Die einhellige Forderung muss heißen, das gesamte System der Pendlerförderung muss auf ein kilometerbezogenes Pendlergeld umgestellt werden. Jeder gefahrene Kilometer muss gleich viel wert sein.

Über die Höhe der Pendlerförderung soll allein die Distanz zum Arbeitsplatz entscheiden und natürlich nicht das Einkommen. Vor allem unsere südburgenländischen Pendler die oft weite Strecken zurücklegen, würden von einer derartigen Neuregelung natürlich profitieren. Wir, seitens des burgenländischen Pendlerforums, werden genau beobachten, ob die Kurz-ÖVP diese für burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtige Reform weiter blockieren wird. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Positiv denken!)* Wir setzen uns auch künftig, wie gehabt, für unsere burgenländischen Pendlerinnen und Pendler ein.

Ich bedanke mich im Namen aller Pendlerinnen und Pendler die hier politisch für dieses Budget, für diese Kosten, zum Wohle unserer Pendler entscheiden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Frau Landesrätin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Arbeitnehmerpolitik und Arbeitsmarkt, auch hier können wir in Wirklichkeit auf eine schöne Bilanz verweisen. Wenn Sie es genau gelesen oder verfolgt haben, dann werden Sie mitbekommen haben, dass wir seit September 2016, was die Arbeitslosenzahlen betrifft, im Sinkflug sind und warum?

Weil diese Regierung halt in den letzten Jahren schon zahlreiche Initiativen gesetzt hat und weitersetzt, um der Beschäftigungslosigkeit entgegenzusteuern.

Besonders positiv möchte ich hervorheben, dass das starke Sinken der Jugendarbeitslosigkeit ebenfalls gegeben ist. Damit verbunden freue ich mich ganz besonders - und das haben wir auch der Regierung zu verdanken -, dass es immer weniger Lehrstellensuchende gibt. Auch die Arbeitslosenzahlen der älteren Arbeitslosen steigen nicht mehr so stark, nur dort haben wir halt noch ein bisschen ein Problem. Daher müssen weitere Initiativen gesetzt werden, und das tut diese Landesregierung und das tut die Koalition, und das können Sie in Wirklichkeit im Budget nachlesen.

Fließen zum Beispiel 2014 bis 2020 über den ESF inklusive der Landesmittel 38 Millionen und über das Additionalitätsprogramm 23 Millionen in den Arbeitsmarkt des Burgenlandes und stärkt ihn somit. Zusätzlich können mit dem Fonds für Arbeit und Wirtschaft im Jahr 2018 arbeitsmarktfördernde Maßnahmen in der Höhe von 850.000 Euro finanziert werden. Auch diese Maßnahme stärkt nicht nur aufs Jahr bezogen, sondern nachhaltig den burgenländischen Arbeitsmarkt.

Die Arbeitnehmerförderung mit rund 3,7 Millionen Euro, aufgeschlüsselt auf den Qualifikationszuschuss, dem Wohnkostenzuschuss für die Lehrlinge, den Fahrtkostenzuschuss oder die Lehrlingsförderung, ist auch ein wesentlicher Beitrag zur Unterstützung unserer Arbeitnehmer und Lehrlinge.

In Summe kann man also abschließend feststellen, dass sich das Burgenland alles nur erdenklich Mögliche und Leistbare für das Jahr 2018 vorgenommen hat, um den

Arbeitsmarkt zu fördern und die Arbeitnehmer zu unterstützen. Auch 2018 werden wir diesen Erfolgsweg weiterbeschreiten, und dieses Budget lässt dies zu beziehungsweise garantiert dafür.

Ich darf daher abschließen mit einem Zitat des amerikanischen Schriftstellers Sinclair Lewis, der gemeint hat: „Auf die Arbeit schimpft man solange bis man keine mehr hat." Und wir werden dafür sorgen, dass irrsinnig viele Menschen im Burgenland auf die Arbeit schimpfen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner Kollege Haidinger hat sich sehr intensiv mit Zahlen, Daten und Fakten schon beschäftigt. Ich habe mich in der Generaldebatte sehr ausführlich schon dem Thema Arbeitsmarkt zugewandt, daher darf ich mich auf das Wesentliche beschränken.

Dem Burgenland geht es bei der Beschäftigung gut, die Beschäftigung steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt, über 2.000 neue Jobs netto wurden in den letzten zwölf Monaten geschaffen. Viele Maßnahmen haben dazu beigetragen, auch Maßnahmen, die das Land inszeniert hat, beispielsweise „Bau auf Burgenland", eine sehr erfolgreiche Initiative, wo Gemeinden, wo das Land Burgenland hier auf burgenländische Unternehmungen und gleichzeitig auf burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückgreifen will.

Auch das Bestbieter-Prinzip hat sich bewährt. Dass vor allem unsere Gemeinden, das Land Burgenland, aber auch ausgelagerte Unternehmungen dieses Bestbieter-Prinzip verfolgen, nützt dem Arbeitsmarkt.

Die Qualifizierungsmaßnahmen sind notwendig. Ich habe die Aufstockung des FAWI auf 850.000 Euro in der Generaldebatte schon erwähnt. Es bleibt mir nur noch die Arbeitnehmerförderung zu loben.

Wir haben die Richtlinien im letzten Beirat modifiziert. Ich bin sehr dem Koalitionspartner dankbar, der sich hier sehr konstruktiv eingebracht hat, aber auch den Sozialpartnern, die sich hier eingebracht haben. Es ist gut, sie ist modifiziert, die Beiträge sind erhöht, sie sind angepasst. Ich glaube, die richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit für die richtigen Menschen.

In diesem Sinne werden wir diesem Kapitel natürlich sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Klubobmann. Kollege Wolfgang Spitzmüller ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Schuldnerberatung und Konsumentenschutz ist nun mein Thema. Die Cyberkriminalität ist eigentlich jener Bereich der Kriminalität, der besonders stark im Steigen betroffen ist, während in anderen Bereichen eine gewisse Stagnation, teilweise sogar ein Rückgang, zu verzeichnen ist, sind hier wirklich starke Steigerungen zu verzeichnen. Vor kurzem noch, 2015 auf 2016, waren es 30 Prozent, österreichweit 13.000 Fälle, wobei die Dunkelziffer sicher sehr hoch ist.

Hauptschäden entstehen durch Viren und durch Lieferbetrug, also statt der versprochenen Ware wird minderwertige Ware geliefert oder gar keine Ware. Durchschnittlich betrifft die Schadenssumme ungefähr 500 Euro. Neben dem finanziellen Schaden ist zunehmend auch der psychische Schaden anzumerken. Auf der einen Seite natürlich bei Mobbing, und was leider auch extrem zunimmt, ist der sogenannte Identitätsdiebstahl. Dabei geht es darum, es werden Daten, Geburtsdatum, Namen, ähnliche persönliche Daten dazu verwendet, woanders einzukaufen, kriminelle Handlungen zu setzen. Das Problem ist, dass es dadurch nicht nur zu einem kurzfristigen Schaden kommt, sondern dass es sich teilweise über Jahre hinweg ziehen kann, weil Einträge in Schuldenregistern entstehen, Inkassobüros plötzlich von jemandem Geld verlangen, die Polizei einen plötzlich sucht, obwohl man überhaupt nichts gemacht hat. Das Ganze wird zusätzlich noch ein Problem, weil auf der einen Seite verständlicherweise zum Beispiel Internetseiten wie Facebook uns zwingen, den echten Namen und das echte Geburtsdatum zu verwenden. Das hat aber zur Folge, dass natürlich auch diese Täter leichter an unsere Daten herankommen. Hier fehlt leider weitgehend noch das Bewusstsein dafür.

Auch Firmen sind davor nicht gefeit, egal ob Großkonzerne, die zumindest oft noch dann zumindest Experten auf dem Gebiet beschäftigen, um ihre Homepage, ihre Daten abzusichern. Kleinstbetriebe machen das oft nicht, und dann kann es schon passieren, dass die Homepage nicht upgedatet wird und es passiert, was der Landessicherheitszentrale passiert ist.

Zur Schuldnerberatung. Es hat sich gerade vor kurzem eine gesetzliche Rahmenbedingung geändert. Seit 1. November hat es Gott sei Dank eine wesentliche Erleichterung für die Betroffenen gegeben, und zwar wird beim Abschöpfungsverfahren, das ist praktisch der letzte Akt eines Privatkonkurses, die Rückzahlung, keine Mindestquote mehr verlangt. Bisher waren zehn Prozent gefordert, was viele nicht geschafft haben und dann aus dem Grund gar nicht in den Privatkonkurs gegangen sind. Dadurch kann es jetzt auch passieren, dass für nächstes Jahr und vielleicht auch noch für übernächstes Jahr die Privatkonkurse ansteigen werden, weil viele halt das nicht gemacht haben, jetzt aber machen werden, weil die Rahmenbedingungen eben besser sind. Gleichzeitig wurde auch die Laufzeit gesenkt.

Der Vorteil ist, dass diese Menschen eine zweite Chance bekommen, eine Komplettentschuldung wird wieder möglich, das betrifft immerhin österreichweit an die 110.000 Menschen, die praktisch zahlungsunfähig sind.

Schuldnerberatung und Konsumentenschutz sind vor allem in der Prävention und in der Informationsarbeit ganz wichtig, weil dadurch viel Leid und Probleme verhindert und erspart werden können. Es gibt wohl nur wenige Lebensbereiche in denen das Wissen um die eigenen Rechte nicht wesentlich ist. Zugverspätungen, Flugverspätungen, Garantien, Umtauschrecht, Rückgaberecht, Gutscheine, Kostenvoranschläge, Mietrecht und so weiter und so fort. Es ist wichtig, dass es unabhängige Beratung gibt, die das Land und auch manche Vereine zum Glück anbieten.

Wichtig ist auch hier, in den Schulen vermehrt etwas zu machen, weil dank Smartphones und Computer beziehungsweise eigenem Computer immer mehr Kinder und Jugendliche zu Kundinnen und Kunden werden, die auch größere Beträge ausgeben, manchmal ohne Wissen ihrer Eltern.

Die Initiative der Landesrätin Eisenkopf betrifft zwar jetzt in erster Linie Cybermobbing-Schulworkshops. Ich hoffe, das wird ausgeweitet, weil die Information hier

viele Probleme von vornherein hintanhalten kann. Ja, das war es eigentlich auch schon. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Präsidentin Ilse Benkö ist die nächste Rednerin.

Bitte Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, was jetzt kommt. Meine langjährigen Steckenpferde: Schuldnerberatung und Konsumentenschutz. Im Landesvoranschlag spielen diese Bereiche, das wissen Sie alle, keine allzu große Rolle. Auch das wissen Sie, für die Schuldnerberatung, für das Jahr 2018, sind wiederum 45.000 Euro budgetiert. 45.000 stehen zur Verfügung.

Man soll sich von dieser Summe aber nicht täuschen lassen, meine Damen und Herren. Ich muss Ihnen sagen, in den letzten Jahren hat sich im Bereich Schuldnerberatung in Burgenland wirklich viel getan, und man muss es auch positiv sagen, es ist auch wirklich viel weitergegangen.

Sie alle wissen, wir befinden uns jetzt in der Vorweihnachtszeit und gerade in dieser Zeit ist das Fundament für Entwicklungen gelegt, dass dann am Jahreswechsel viele Menschen merken, am Jahreswechsel und im neuen Jahr. Sie alle wissen, man will sich vor Weihnachten viel leisten, man will vor allem anderen Menschen etwas schenken und auch das wissen Sie, in viel zu vielen Fällen sind die Augen im Kaufhaus oder beim Einkauf - auch übers Internet - wesentlich größer als die Geldbörse.

Meine geschätzten Damen und Herren! Das betrifft vor allem - und auch das wissen Sie - junge Menschen. Wir kennen ja alle die jahrelange Entwicklung. Sie wissen auch, dass die Schuldner leider Gottes immer jünger werden, weil gerade viel mehr den jüngeren Menschen das Gefühl dafür fehlt, was ist leistbar, was kann man sich leisten und was kann man sich nicht leisten. Was Schulden vor allem aus Klein- und Konsumentenkrediten für Folgen haben, auch das wissen Sie.

Daher bin ich sehr dankbar und sehr stolz, dass es die Frau Landesrätin geschafft hat, den sogenannten Finanzführerschein - und auch das weiß meine sehr geschätzte Frau Landesrätin - für diesen Finanzführerschein bin ich jahrzehntelang eingetreten, und ich bin froh und glücklich darüber, dass dieser Finanzführerschein heute Realität ist und als Finanzpass Burgenland gehandhabt wird.

Sie wissen alle, in den 3. und 4. Klassen der NMS und der AHS wird dieses Projekt bestens angenommen. Man lernt dort, woher kommt Geld überhaupt. Wie gehe ich damit um? Was ist eigentlich ein Kaufvertrag? Wie erkenne ich und woran erkenne ich Lockangebote? Was ist ein Kredit? Worauf muss ich bei Bankomatkarten aufpassen? Wie sieht eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung aus? All das lernt man dort und das ist wichtig und all das und viele weiter Fragestellungen, wenn ich recht informiert bin, werden in drei Modulen mit je zwei Unterrichtseinheiten behandelt. Dieses Angebot wird - und ich betone es nochmal und ich freue mich wirklich darüber - bestens angenommen.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Ich bin immer noch der Meinung, Prävention ist in diesem Fall mehr als die halbe Miete. Das gilt übrigens selbstverständlich auch im Bereich für Erwachsene. Im Finanzpass finden wirklich Konsumentenschutz und Schuldnerberatung jedenfalls zueinander.

Meine Damen und Herren! Auch das muss ich sagen, das Burgenland ist auch das einzige Bundesland, das sich eine Bankenombudsstelle leistet. Auch in diesem Bereich -

das ist auch eine Forderung, die ich lange gestellt habe - wird laufend an Verbesserungen des Angebots gearbeitet, wie aktuell es jetzt die Frau Landesrätin geschafft hat, dass sie einen eigenen Bankenombudsmann für das Südburgenland installieren wird.

Ich sagen Ihnen, für Schuldner gibt es ja ganz generell neue Rahmenbedingungen - und das hat der Kollege Spitzmüller auch schon angesprochen -, das ist das neue Insolvenzrecht, das den Zugang zum Privatkonkurs, Sie haben schon Recht, zwar erheblich erleichtert, das betrifft mich ja persönlich in meinem Zivilberuf, und ich persönlich bin auch schon auf die Auswirkungen, die jetzt kommen werden, gespannt, aber eines muss man schon so sehen, die Medaille, Herr Kollege Spitzmüller, hat zwei Seiten.

Einerseits - und da gebe ich Ihnen Recht - soll die Hürde nicht zu niedrig sein, weil wenn es zu einfach ist, dann wird man ja mehr oder minder zum Schuldenmachen verleitet, aufgefordert, und andererseits - das dürfen wir nicht vergessen - steht dem Schuldner natürlich auch ein Gläubiger gegenüber und um dessen Geld es ja eigentlich geht.

Sie haben es auch gesagt, die Laufzeit ist verkürzt worden, das heißt aber nicht, dass man mit null zahlen eigentlich ein Schuldenregulierungsverfahren abwickeln kann. Die Kürzung der Laufzeit heißt lediglich, dass der pfändbare Betrag um zwei Jahre eben weniger gepfändet werden kann.

Man sollte eigentlich auf präventive Maßnahmen setzen und dem Schuldner nicht sagen, hurra, super, jetzt ist es von gesetzlicher Möglichkeit her super, man wird entschuldet. Präventive Maßnahmen bevorzuge ich persönlich.

Aber, wie gesagt, all diese Diskussionen, Bedenken, Befürchtungen, die könnten wir uns wirklich gemeinsam alle sparen, wenn wir bei der Bewusstseinsbildung, bei der Prävention, was wir jetzt in Schulen und natürlich auch im Erwachsenenbereich machen, erfolgreich sind.

Ich sage Ihnen, geschätzte Damen und Herren, die besten Schulden sind die, die man erst gar nicht macht. Das ist ein Leitsatz, den ich aus meinem Elternhaus mitbekommen habe.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Weg meiner geschätzten Landesregierung und dieser Landesregierung im Bereich Konsumentenschutz und Schuldnerberatung ist absolut der richtige. Die finanzielle Ausstattung durch das Budget angemessen - könnte man auch sagen, könnte mehr sein, aber ich finde es ist angemessen. Sie leisten hervorragende Arbeit.

Selbstverständlich wird meine Fraktion dieser Gruppe die Zustimmung erteilen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Präsidentin. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordnetes Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Landesräte! Meine Vorrednerin hat eigentlich ihre Expertise und ihr Fachwissen sehr gründlich vorgebracht und diese Thematik als ihr Steckenpferd bezeichnet.

Ich möchte deshalb auch im konkreten Fall nicht auf einzelne Details wieder eingehen. Ich möchte aber eine Thematik ansprechen, die mir wichtig ist. Wir haben eine

Globalisierung der Märkte und wir haben eine rasche Entwicklung neuer Technologien. Beides bieten den Konsumentinnen und Konsumenten Chancen, aber auch Risiken. Und diese Chancen und diese Risken brauchen oder bedürfen Schutzinstitutionen.

Wir haben im Burgenland einen ausgebauten Konsumentenschutz, eine Preisbehörde, die Bankenombudsstelle und die Schuldnerberatung. Es wird aber wichtig sein, dass wir die Herausforderung der Zukunft aus Sicht des Konsumentenschutzes, nämlich die fortschreitende Technologisierung genauer beachten. Ich möchte das Beispiel des Zahlungsverkehrs oder Online-Bankings anführen. Es ist evident, dass immer mehr Menschen dazu gebracht werden, selbst diese Tätigkeit der Bankgeschäfte durchzuführen.

Trotzdem steigen aber interessanterweise auch die Bankgebühren. Immer mehr Menschen fallen auf Grund des Umstandes, dass sie zur Selbsthilfe gezwungen sind, durch den Rost, weil sie über kein Bankkonto verfügen oder nicht selbst Online-Bankgeschäfte erledigen können. Man liefert sich eigentlich immer mehr einer Technologie aus, die trotz Gesetzen mit sehr langem Namen, wie Zahlungsdienstgesetz, Verbraucherkreditgesetz und so weiter, nicht mehr beherrschbar bleibt. Deshalb sind auch Hackerangriffe und auch die Phishing-Attacken eigentlich bei Bankinstituten und bei Bankkunden öfters ein größeres Problem.

Eine zweite Thematik, der einfache Einkauf geht immer mehr zum Fernabsatz und zum Interneteinkauf über. Es ist alles andere als leicht, seriöse von unseriösen Anbietern zu unterscheiden. Und genau auf Grund dieser Entwicklungen ist es unabdingbar und immens wichtig, dass wir auch im Budget 2018, wie meine Vorrednerin gesagt hat, die Konsumentenschutzberatung, die Konsumentenschutzbildung, aber auch die Konsumentenschutzinformation analog dem Kalenderjahr 2017 entsprechend budgetiert haben.

Ich möchte nur kurz auf ein paar Zahlen hinweisen. Die Hauptthematik im Bereich des Konsumentenschutzes war nachweislich die Mietrechtsproblematik. Es wurden 450 Anfragen getätigt, das sind zirka 44 Prozent der Beratungen. Dahinter sind Vertragsangelegenheit und Reisemängel. Insgesamt wurden 1.200 Beratungen, nicht nur in der Zentrale in Eisenstadt, sondern vielfach in Außensprechtagen frequentiert. Die am häufigsten frequentierten waren die Bezirke Neusiedl und Oberwart.

Mir ist auch wichtig, diese Konsumenteninformation zu erwähnen, die durch zahlreiche Broschüren ausgebaut wurde. Vor allem Kooperationsprojekte mit Radio und Printmedien wurden seitens der zuständigen Landesrätin sehr stark forciert und werden auch im Budget 2018 wiederum abgebildet.

Ein wesentlicher Mosaikstein ist für mich auch die Verbraucherbildung, vor allem in den Bildungseinrichtungen und auch die Preisauszeichnung. Nun zur Schuldnerberatung noch kurz. Meiner Meinung nach hat sich die Schuldnerberatung sehr etabliert. Der Finanzpass, aber auch das Finanzcoaching sind Elemente, die sehr gut angenommen werden. Vorher ist bereits auch die Bankenombudsstelle angesprochen worden. Ich bedanke mich auch bei Dir, Frau Landesrätin, dass auch im Südburgenland ein zweiter Standort gemacht worden ist. Es ist für mich diese Ombudsstelle sehr wichtig geworden.

Ich glaube auch, dass der Internetombudsmann, der gegründet worden ist, wo auch die Arbeiterkammer in enger Kooperation mit dem Land mitgewirkt hat, ein weiterer Meilenstein, Mosaikstein ist.

Vielleicht nur - wie schaut der typische Mann oder Frau aus, der/die in Privatkonkurs geht? Es hat sich seit dem letzten Jahr einiges verändert. Die

durchschnittliche Verschuldungsrate liegt bei 100.000 Euro, letztes Jahr war sie noch bei 88.000 Euro. Es ist auch ein höheres Alter, es ist nämlich durchschnittlich 44 Jahre, und zum zahlenmäßigen Verhältnis Mann und Frau, 55 Prozent sind Männer und 45 Prozent sind Frauen. Das heißt, es hat sich auch da ein bisschen etwas verschoben.

Ich möchte zum Schluss kommen. Der Konsumentenschutz ist wichtig und auch deren Einrichtungen, die ich geschildert habe, sind wichtig, um Probleme aufzuzeigen, zu warnen und zu unterstützen, damit Konsumentinnen und Konsumenten zu ihrem Recht kommen.

Deshalb bietet der Landesvoranschlag 2018 auch im Bereich des Verbraucherschutzes und der Verbraucherbildung, aber auch in der Schuldnerberatung, weiterhin die Möglichkeit, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer ihre Rechte wahrnehmen können.

Ich bedanke mich daher auch bei allen, die dazu beigetragen haben, speziell bei Dir, Frau Landesrätin, und bin überzeugt, dass auch 2018 wiederum die entsprechenden Zahlen und auch die entsprechenden Ergebnisse geliefert werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Mein Debattenbeitrag umfasst Generationen, Behinderte und Familien. Menschen älterer Generation und Menschen mit Behinderung sind uns sehr wichtig. Wir sind es ihnen schuldig, dass wir uns um sie kümmern und dafür sorgen, dass es ihnen gut geht. Daher ist ganz klar, dass die zwei der drei größten Budgetposten im Sozialbudget die Altenpflege und die Beschäftigungstherapie für Menschen mit Behinderung sind.

In der Altenpflege, egal ob mobil, stationär oder teilstationär, sind es im nächsten Jahr fünf Millionen Euro mehr, die wir in die Hand nehmen. Im Bereich der Beschäftigungstherapie ist das Budget mit 13,6 Millionen Euro ebenfalls beachtlich. Noch nie wurde so viel in diesem Bereich investiert wie im kommenden Jahr.

Insbesondere hervorheben möchte ich die Steigerung im Bereich der Altenwohn- und Pflegeheime. Waren es heuer noch 77 Millionen Euro, so sind es kommendes Jahr 85,5 Millionen Euro, die wir hier zur Verfügung stellen, um den Bedarf in diesem Bereich zu decken.

Vergessen dürfen wir aber hier nicht, dass der Pflegeregress abgeschafft wurde und auch hier noch Kosten auf uns zukommen werden. Der Bund gleicht zwar einen Teil aus, dieser ist aber minimal. Daher müssen wir, aber auch die Gemeinden, den restlichen Teil ausgleichen. Hier kommt also noch ein großer Brocken auf uns zu.

Uns liegt eine ehrwürdige und gerechte Unterbringung am Herzen. Daher wird es im kommenden Jahr auch erstmals ein Pflege-Gütesiegel im Burgenland geben. In letzter Zeit hört man in den Medien immer wieder vermehrt von Missständen, die in Einrichtungen aufgedeckt wurden. Zwar war das in einem anderen Bundesland, aber wir wollen erst gar nicht, dass es im Burgenland dazu kommt.

Es geht um Missstände in Pflegeheimen, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* von Altenpflegeheimen rede ich. Daher wollen wir mit diesem Preis schon

präventiv gegenwirken, um höchste Qualitätsstandards zu erwirken. Durch die Digitalisierung verlieren wir viele Arbeitsplätze, aber diese können wir mit Arbeitsplätzen im Bereich der Pflege und Betreuung wettmachen.

Wir haben immer mehr ältere Mitmenschen, und daher steigt auch der Bedarf an Pflege. Wir ruhen uns daher nicht aus, sondern kümmern uns unermüdlich um Verbesserungen, sei es in der Pflege oder in der Betreuung von Menschen mit Behinderungen.

In diesem Zusammenhang vielen Dank an Herrn Landesrat Darabos für dieses Budget 2018. Es zeigt, dass wir auf unsere Mitmenschen schauen und dass sie uns am Herzen liegen. Danke.

Als Nächstes - Familie. Familie ist das Wichtigste überhaupt. Egal wie schlecht es uns im Leben geht, die Familie ist immer für einen da und steht immer hinter einem. Da auch uns im Burgenland die Familien sehr wichtig sind, wurde das Budget für familienpolitische Maßnahmen gleich erhöht. Wenn es mal Probleme in einer Familie gibt, dann stellen wir auch hier die Unterstützung im Jahr 2018 sicher. Die Familienberatung wird auch 2018 mit 31.000 Euro unterstützt.

Wir haben im Burgenland viele verschiedene Formen der Förderung im Bereich der Familien und sind somit ein Vorbildland österreichweit. Angefangen bei der Kinderbetreuungsförderung, die heutzutage immer wichtiger wird, viele Eltern, aber auch Alleinerziehende können nicht mehr auf ihre Eltern zurückgreifen und brauchen daher Unterstützung bei der Betreuung, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. Hier stellen wir sicher, dass es möglich ist, Geld zu verdienen, um sich sein Leben leisten zu können und die Kinder trotzdem gut betreut und beaufsichtigt werden.

Im Burgenland gibt es auch das Schulstartgeld in der Höhe von 100 Euro. Unabhängig vom Familieneinkommen wird dieses Schulstartgeld gewährt. Somit kann es wirklich jeder beantragen.

Oft müssen Familien ein neues Auto anschaffen, da fünf Plätze nicht ausreichen. Hier wird der Ankauf mit 1.500 Euro pro Auto gefördert. Auch Mehrlingsgeburten bekommen im Burgenland finanzielle Förderungen.

Wie vorhin schon angesprochen, ist die Betreuung ein wichtiger Punkt. Hier ist es wichtig, den Eltern unter die Arme zu greifen, wie zum Beispiel durch Tagesmütter. Auch das wird unterstützt und gefördert in der Höhe von maximal 90 Euro.

Eine weitere finanzielle sowie organisatorische Unterstützung gibt es bei der Ferienbetreuung. Für alle Bereiche gibt es verschiedenste Infomappen, und diese sind bestückt mit den wichtigsten Informationen zu den einzelnen Bereichen.

Ein weiterer Punkt, der Familienpass. Dieser ist nicht nur eine Vorteilskarte, sondern auch gleichzeitig eine Servicekarte. Auch im kommenden Jahr wird wieder viel für die Familien getan. Im Bereich der Elternbildung zum Beispiel. Es wird auch die zweite lange Nacht der Familien geben. Eine Familienmesse wird stattfinden, in deren Rahmen verschiedenste Diskussionsrunden abgehalten werden. Die Muttertags- und Vatertagsaktion und den burgenländischen Familienerlebnistag wird es ebenfalls geben. Aber auch für Alleinerziehende wird online eine Plattform geschaffen, auf der man sich viele Infos holen und austauschen kann. Neu wird auch die Babysitter-Börse sein.

Uns im Burgenland ist es wichtig, unsere Familien so gut wie möglich zu unterstützen, sei es finanziell oder auch organisatorisch. Daher sind wir bemüht, stets mit

Rat und Tat zur Seite zu stehen, was man an den genannten Aktivitäten und Förderungen sieht.

Vielen Dank hier auch an Landesrätin Verena Dunst für ihren Einsatz für die Familien. Gemeinsam für unsere Familien, gemeinsam für unser Burgenland! Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Eigentlich wollte ich zum Thema Konsumentenschutz und auch zum Jugendschutz auch noch etwas meinen lieben Kolleginnen und Kollegen hier zur Unterhaltung bieten, aber das würde den Rahmen meiner Redezeit sprengen.

Meine zweite Wortmeldung wird vielleicht manchem jetzt nicht so gefallen. Alle, die sich gern ein bisschen unterhalten wollen, denen sage ich nur, wer auf Facebook ist, möge sich einmal mit „Ella Bot“ in Verbindung setzen, ein Programm, das durch das Jugendreferat eingerichtet wurde, mit dem man sich unterhalten kann und das angeblich die politische Bildung von Jugendlichen forciert. Das wäre so ein Beispiel, wie man Geld auch schlecht ausgeben kann. Aber schauen Sie selbst, dass wir uns dahinten vorhin ganz gut unterhalten haben, ist darauf zurückzuführen.

Ich möchte mich jetzt mit dieser Wortmeldung, obwohl die Stunde schon sehr spät ist, dem Thema Frauen widmen und möchte hier noch einmal, weil das ist ja politisch gesehen auch ein sehr großer Bereich, den Frauen im ländlichen Raum, weil das Burgenland nun einmal ein durch und durch ländlicher Raum ist, besonderes Augenmerk schenken.

Die Wertschätzung Frauen gegenüber ist politisch in den letzten Jahren immer wieder ein Thema - auch hier bei uns - in verschiedenen Diskussionsrunden. Immer wieder wird dabei so getan, als wäre es in unseren Breitengraden selbstverständlich, dass wir bereits zu Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung im gesellschaftlichen Bereich gekommen wären.

Das ist aber mitnichten der Fall. Die Diskriminierung der Frauen ist gesellschaftlich leider noch immer weit verbreitet und äußert sich auch in den Rollenvorstellungen, in die Frauen gedrängt werden, besonders auch in ländlichen Gebieten. Leider haben sogar Gemeindepolitikerinnen auch leider von der SPÖ, ÖVP und der FPÖ in manchen Bereichen noch dringenden Aufholbedarf und da wird es dann auch die Unterstützung von höherer Seite brauchen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einen Vorfall in Jennersdorf, Gemeinderat - Kollege wird sich auch noch erinnern können, der im Frühjahr 2017 die Anstellung eines Gemeindetechnikers oder einer Gemeindetechnikerin vornahm. In der letzten Runde des Auswahlverfahrens verblieben ein Maschinenbauer und eine Bauingenieurin für Hochbau.

Diese hatte auch reiche Berufserfahrung bei renommierten Firmen im Bereich Projektmanagement, Projektsteuerung, Controlling, Behördenkontakte und so fort. Aufgrund der fachlichen Qualifikationen und der anstehenden Aufgaben für die anzustellende Person war für den damaligen grünen Stadtrat klar, dass die Bauingenieurin die geeignetere Kandidatin wäre.

Was dann folgte, ist ein unschönes Paradebeispiel, wie Frauen auch durch Politikerinnen einzelner Parteien diskriminiert werden. Da fragte etwa eine Gemeinderätin, ob die Bewerberin wohl richtig arbeiten könne, wo sie doch zwei Kinder hätte? Eine andere Gemeinderätin schloss sich an, und meinte, genau, das kennen wir schon, zuerst sagen sie, dass sie Zeit haben, dann sind sie wegen der Kinder dauernd verhindert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Frage nach den Kindern wurde beim männlichen Bewerber nicht gestellt. Auch das Erfordernis, zu Gütewegebaustellen fahren zu müssen, wurde als Argument gegen die Frau als Gemeindetechnikerin vorgebracht. Das finde ich unerträglich und ich denke mir, da finde ich in Ihnen eine Verbündete.

Frauen werden hier in Rollenklischees gedrängt und dadurch benachteiligt. Statt deren Qualifikationen zu schätzen und stärken, zu nutzen. Was passierte dann bei der Abstimmung? Da waren dann nur die GRÜNEN und Unabhängigen für die höher qualifizierte Frau. Die anderen drei Fraktionen konnten sich nur einen Mann in diesem technischen Job vorstellen. Dieser sagte dann allerdings ab, nachdem ihm die Nachricht von seiner Anstellung übermittelt wurde. Die peinliche Geschichte der Diskriminierung von Frauen ist noch nicht zu Ende, denn dann kam noch immer nicht die weibliche Bewerberin zum Zug. Lieber lagert man fortan technische Angelegenheiten an externe Firmen um teures Geld aus.

Das ist die Stimmung, die viele Frauen im Burgenland, vor allem auch im Landessüden, noch zu spüren bekommen. Das ist hier jetzt kein Südenfashion, das ist eine ganz, sozusagen reale Erfahrung, das erzählen mir auch viele Frauen, aber ich nehme an, wer im Norden und im Süden unterwegs ist, wird das durchaus mitbekommen. Aber, Diskriminierung darf keinen Platz bei unseren Gemeinderäten und auf unseren Behörden haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, auch in nördlichen Gebieten dürfen wir nicht so tun, als wäre das alles eine Frage der unterschiedlichen Region. Die Gemeinderatswahlen im Burgenland brachten zwar einen höheren Frauenanteil in den Rängen der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und auf den Gemeinderatssitzen. Der politische Alltag offenbart aber noch eine weit verbreitete Diskriminierung von Frauen im ländlichen Raum. So musste sich etwa eine Bürgermeisterkandidatin der GRÜNEN sagen lassen, das war im Bezirk Neusiedl am See, sie solle doch lieber zu ihren zwei Kindern nach Hause gehen. Keinem Mann wird das jemals gesagt.

Wo Frauenpolitik ansetzen muss, zeigt sich auch in einem anderen Bereich, nämlich, wenn wir uns mit der Abwanderung von Frauen aus dem ländlichen Raum beschäftigen. Die hat nämlich ihre Gründe. Die Lebens- und Arbeitspraxis von Frauen in ländlichen Regionen braucht wesentlich mehr unserer Aufmerksamkeit. Zu stark haben sich die Bedingungen dort geändert. Auch wenn Mädchen und Frauen heute selbstbestimmter leben, so sind dir Rollenvorgaben im ländlichen Raum immer noch restriktiver, als im städtischen Bereich.

Es ist kein Zufall, dass vor allem gut gebildete junge Frauen in die städtischen Regionen abwandern. Sie finden dort auch eher einen Job, als in der ländlichen Region. Aber Frauen, die in ländlichen Regionen leben, leisten ihren Beitrag für die Wirtschaft und die Gesellschaft mit einer großen Selbstverständlichkeit. Die gesellschaftliche Anerkennung dafür bleibt leider immer wieder aus. Das zeigt sich auch besonders in der Landwirtschaft. Frauen leisten einen enormen Anteil an der Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben. *(Abg. Edith Sack: Genau!)*

Der Anteil von Frauen als Betriebsleiterin ist im internationalen Vergleich bei uns sogar sehr hoch. Das wird Sie freuen, nehme ich an, weil sie für den Agrarbereich und für die Frauen zuständig sind. Aber, nichtsdestotrotz wird die Landwirtschaft weiterhin als männliches Gewerbe wahrgenommen.

Da braucht man dann nur einen Blick, zum Beispiel, in die Landwirtschaftskammer zu werfen, denn dort würde eine Frauenquote in den Gremien schon einiges in Bewegung bringen. Oft sind es die Frauen, die am Land neue Initiativen setzen. Sie sind in ländlichen Regionen oftmals Vorreiterinnen bei der Umsetzung eines nachhaltigeren Lebensstils.

Das Interesse am Schutz von Umwelt und Natur an kleinräumigen Wirtschaftsbeziehungen, aber auch an ehrenamtlichen sozialen Tätigkeiten ist bei Frauen besonders hoch. Aber, die Abwanderung von vor allem jungen Frauen, die ist einfach zu hoch und damit muss sich die Politik auseinandersetzen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass die beruflichen Chancen und die persönliche Entfaltung am Land gestärkt werden. Ziel der burgenländischen Frauenpolitik muss es sein, dass Frauen quer durch alle Einkommens- und Bildungsschichten im ländlichen Raum ein Leben in Selbstbestimmung und in Selbstentfaltung führen können.

Das gilt für Frauen mit Behinderungen ebenso, denn ihnen müssen Unterstützungsmaßnahmen wie zum Beispiel, die persönliche Assistenz, zur Verfügung gestellt werden. Frauen müssen in Regionen mit ihren Leistungen sichtbarer und zunehmend in Entscheidungspositionen eingebunden werden. Dafür braucht es, zum Beispiel, auch ein gut ausgebildetes öffentliches Verkehrsnetz, das umfassende und leistbare Mobilität in ländlichen Regionen ermöglicht.

Das wird gelingen, wenn Frauen auch mehr in die Verkehrs- und Regionalplanung eingebunden werden. Wir haben es noch immer sehr oft, dass Männer planen und entscheiden, für etwas, was dann Frauen sehr massiv betrifft. Es braucht eine Aufwertung der Leistung von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben und die Förderung der kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe. Hilfreich sind auch Monitoringprogramme und politische Bildungsmaßnahmen für Frauen. Flexible, qualitativ hochwertige und leistbare Kinderbetreuungsmöglichkeiten und auch Modelle betrieblicher Kinderbetreuung, beispielsweise im Tourismus, sind aus Familien- und Frauenpolitischer Sicht ein vordringliches Anliegen.

Nicht zuletzt erhöht auch der Ausbau von Breitbandinternet die Möglichkeit für Frauen, Toppositionen und hochqualifizierte Tätigkeiten auch dezentral zu verrichten und flexible Arbeitszeit und Arbeitsformen zu gestalten. Frau Landesrätin, wir haben noch viel zu tun. Ich muss gestehen, in dem Punkt tut es mir leid, dass wir nicht über diesen einen Punkt extra abstimmen können, weil dafür hätten Sie sicher unsere Zustimmung.

Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Manfred Haidinger: Ah so? wirklich?)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneter Mag.a Michaela Resetar das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte anfangen, über die 200.000 Euro von Triumph zu reden. Ich habe Sie heute gefragt, Frau Landesrätin, in der Früh, ob diese zugesagten 200.000 Euro schon geflossen sind?

Wenn Sie mich eines Besseren belehren könnten, wäre mir das Recht. Anscheinend sind null Euro davon geflossen. Sie haben auch ein bisschen kritisch erwähnt, ob einige Politiker oder Betriebe Frauen übernommen hätten. Ja, das haben sie.

Ich möchte mich ganz herzlich beim Herrn Bürgermeister Rosner bedanken. Auch natürlich beim gesamten Gemeinderat, denn es wurden drei Mitarbeiter von Triumph in der Gemeinde aufgenommen. Zusätzlich hat der Herr Bürgermeister geschaut, dass der Outletshop in Oberwart installiert wurde. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Ich möchte auch aus gegebenem Anlass über das Thema Gewalt gegen Frauen eine internationale Kampagne beginnen, wo natürlich mit verschiedensten Aktivitäten auf die Bedrohung von Frauen durch männliche Gewalt aufmerksam gemacht wird.

Das ist natürlich wichtig. Aber, noch wichtiger sind wirksame Maßnahmen, um das Leid zu lindern, oder besser gesagt, auch das Leid zu verhindern. Achtung ist geboten, dass nicht nur ein reiner Mediendunst entsteht, der anschließend vielleicht auch verblasst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wichtig, den Frauen Mut zu machen. Mut, um ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Dazu gehört auch Selbstbewusstsein die Selbstbestimmung. Die Möglichkeit, einem Beruf nachzugehen, ist natürlich der erste Schritt dazu. Aber, noch immer verdienen Frauen weniger. Noch immer kümmern sich hauptsächlich die Frauen um die Kinder. Noch immer sind sie in Führungspositionen eine exotische Spezies. Wirkungsvolle Frauenpolitik muss in allen Politikerfeldern verankert sein. Von der Wirtschaft, von der Bildungs-, aber auch von der Familienpolitik. Eine nur auf sich selbst bezogene Frauenpolitik kann auf die neuen Herausforderungen mit Sicherheit keine Antwort geben.

Ich freue mich daher, dass viele ÖVP-Frauen bei der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl gewählt wurden. Wir stellen insgesamt 82 Bürgermeister, davon vier Frauen. Michaela Wohlfahrt aus Podersdorf, Angelika Mileder, Frankenau-Unterpullendorf, Klara Liszt hat mit 66 Jahren noch einmal durchgestartet in Unterwart und Karin Kirisits aus Hackerberg. Von 75 Vizebürgermeistern sind 14 davon Frauen.

Auch bei den Gemeinderätinnen waren es im Jahr 2012 insgesamt 278 und jetzt sind es 340. Ich freue mich natürlich, dass wir insgesamt vier Bürgermeister dazu gewonnen haben. Wir haben nur mehr um einen Bürgermeister weniger, als die SPÖ. Das werden wir das nächste Mal in Angriff nehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dazu möchte ich natürlich all unseren Bürgermeistern ganz herzlich gratulieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Familienpolitik muss Rahmenbedingungen schaffen, damit diejenigen Familien, die Kinder wollen, frei von wirtschaftlichen und sozialen Zwängen auch welche bekommen können. Eltern müssen auch die tatsächliche Wahlfreiheit haben, nämlich, die freie Entscheidung, wie sie Haushalt, wie sie Kindererziehung, aber auch wie sie außerhäusliche Erwerbe untereinander aufteilen.

Die Politik ist gefordert, ein familienfreundliches Klima in vielen Bereichen, auch im gesellschaftlichen Leben, zu unterstützen. Dieses Budget und ihre Arbeit, sehr geehrte Frau Landesrätin, wird jedenfalls einem familien- und frauenfreundlichen Klima nicht gerecht.

Vom Budget für familienpolitische Maßnahmen in der Höhe von 5,7 Millionen Euro, stehen gerade einmal 319.100 für Frauenangelegenheiten zur Verfügung. Das

Frauenbudget wurde aber um 60.000 Euro erhöht - für ein Frauengesundheitszentrum, laut den Erläuterungen. Dieses Geld reicht wahrscheinlich für eine Medienaktion á la Dunst aber nicht für wirksame Maßnahmen.

Offensichtlich macht Ihr Kollege Mag. Darabos so schlechte Gesundheitspolitik, dass Sie sich auch für die Gesundheit zuständig fühlen. Anders kann ich mir das einfach nicht erklären. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun aber zu den beruflichen Perspektiven von Frauen, denn die Einkommenssituation der Frauen ist im Vergleich zu den Männern im Schnitt nach wie vor schlechter. Frauen haben es im Berufsleben, im Vergleich zu den Männern, immer noch nachweislich schwerer. Seit die rot-blaue-Regierung amtiert, lässt sich in Summe keine Verbesserung für die Situation der Frauen feststellen.

Die Frauen verdienen nach wie vor weniger, als im Vergleich zu den Männern. Bereits vor sechs Jahren wurden die Einkommensberichte eingeführt. Trotzdem hat sich die Gehaltsschere zwischen den Frauen und den Männern nur geringfügig geschlossen. Um geschlechtsspezifische Lohnlücken zu schließen, braucht es eine ausreichende Kinderbetreuung, aber auch eine Forcierung der geteilten Elternteilzeit. Laut Prognose wird sich die Einkommensschere in Österreich erst im Jahr 2058 schließen.

Damit bin ich bei einem Thema, das nicht nur die Frauen betrifft, sondern auch die Männer. Es geht um das Breitband. Jetzt wird schon in einigen Gemeinden Breitband gut funktionieren. Ich kann aber nur von meinem Bezirk sprechen, weil ich mich da von den Gemeinden her mit Sicherheit am besten auskenne. Wir haben 32 Gemeinden und wir haben 91 Ortsteile. In nicht einmal der Hälfte dieser 91 Ortsteile funktioniert das Breitband.

Wie wollen Sie den Menschen draußen Sand in die Augen streuen und sagen, es funktioniert? Ich könnte einzelne Ortsteile nennen. Mir kommt das ein bisschen so vor, wie wenn ich sage: Brauchen wir dort einen Strom, brauchen wir dort Wasser? So wichtig, wie Wasser und Strom ist, so wichtig muss auch in Zukunft Breitband sein und dafür werden wir uns auch einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Wolfgang Sodl: Bis jetzt habt Ihr aber wenig dazu beigetragen.)*

Ich kann Herrn Landeshauptmann Nießl zu 100 Prozent unterstützen. Ich habe ihn einmal gefragt, und ich zitiere aus einem Protokoll, wo er gesagt hat: „Wir sind die Besten in Österreich, aber wir geben uns damit nicht zufrieden. Wir wollen, dass im Jahr 2019 alle Gemeinden des Burgenlandes an das Breitbandinternet angeschlossen sind und dass alle Haushalte hier einen Zugang haben!“

An den Taten werden wir Sie messen, nämlich im Jahr 2019. Da müssen von den 32 Gemeinden, nur im speziellen Fall in meinem Bezirk, und den 91 Ortsteilen, aber wir haben in Summe über 300 Ortsteile in ganz Burgenland, alle Haushalte angeschlossen werden. Daran werden wir Sie messen. Es wäre nichts dabei gewesen, dass diese eine Million Euro, die wir zusätzlich im Budget gefordert haben, enthalten gewesen wäre. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Frauen sind inzwischen genauso gut, wie die Männer. Sie sind meistens auch schon besser qualifiziert. Der höhere Anteil an einem Matura- oder Studienabschluss liegt bei den Frauen. Genau deshalb ist es auch dort wichtig, dass wir Breitband haben, denn wir müssen den jungen Frauen Mut machen, auch technische und naturwissenschaftliche Berufe zu wählen.

Was mir besonders wichtig ist, ist die Tatsache, dass wer arbeitet auch davon leben können muss. Außerdem spielen längere familienbedingte

Erwerbsunterbrechungen und der anschließende Wiedereinstieg in die Teilzeit eine große Rolle. Dabei bleiben wir auch bei unseren Forderungen, die Anrechnung von Karenzzeiten bei einer Gehaltsvorrückung in allen Kollektivverträgen zu verankern.

Auch im Pflegebereich bedarf es wirksamer Maßnahmen, denn statistisch gesehen wird in jeder vierten Familie in Österreich Pflegetätigkeit geleistet. Der weitaus überwiegende Teil ist natürlich der Frauenanteil. Die Familien, aber vor allem die Frauen, dürfen hier nicht auf der Strecke bleiben.

Nun aber zur Familienpolitik, denn die Familien sind natürlich für die Gesellschaft die wichtigsten Säulen. Sie erbringen für unsere Gesellschaft mit Sicherheit eine ganz enorme Leistung. Aufgabe der modernen Familienpolitik ist es natürlich, Rahmenbedingungen zu setzen.

1.403 Familien mit Kindern, davon 310 Alleinerziehende, wir müssen alles daransetzen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das qualitätsvolle Lebensumfeld, aber auch die Unterstützung in organisatorischer und finanzieller Hinsicht. Dennoch sind die Familien unter anderem durch Steuern und Sozialabgaben stark belastet. Die Politik ist gefordert, auch in Zukunft ein familienfreundliches Klima zu schaffen. Noch mehr als bisher könnte schon längst getan sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Meine geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Familie ist und bleibt natürlich eine wichtige Zukunftsfrage. Im Landesvoranschlag sind für die Familien 5,3 Millionen Euro vorgesehen und dahin halten sehr viele begrüßenswerte Maßnahmen. Sie reichen vom Kinderbonus, wo 445.400 Euro vorgesehen sind, über Förderungen von Eltern-Kind-Zentren, Tageseltern, Ferienbetreuung bis hin zum Schulstartgeld und vielen weiteren familienfreundlichen Maßnahmen.

Der größte Teil im Familienbudget, das haben wir heute eigentlich schon besprochen, sind die 4,3 Millionen Euro, die für die Kinderbetreuungsförderung aufgewendet werden. Die Förderungen, die im Jahr 2017 ausgeschüttet wurden, werden auch für das Jahr 2018 unseren Familien zugutekommen und zur Verfügung gestellt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Familienförderung des Landes besteht nicht nur aus Geldleistungen, sondern auch aus Sachleistungen. Es gibt wieder den Familienpass, es gibt die Dokumentenmappe mit Unterlagen und Informationen für werdende Eltern. Auch für 2018 gibt es wieder viele Schwerpunkte und Aktivitäten, wie die Elternbildung, die Plattform für Alleinerziehende, die Familienmesse und vieles mehr.

Frauen stehen, und das wissen wir alle, wenn sie Familie haben tagtäglich vor der Herausforderung, viele unterschiedliche Aufgaben, wie Beruf und Familie, Kinder und Haushalt genauso wie ehrenamtliche Tätigkeiten oder politisches Engagement, andere Engagements, unter einen Hut zu bringen.

Wir, die SPÖ Frauen, wir sind sehr stolz auf unsere Funktionärinnen. Die SPÖ ist nach wie vor die Frauenpartei, denn wir haben im Burgenland acht Bürgermeisterinnen, wir haben 16 Vizebürgermeisterinnen, fast 400 Gemeinderätinnen. Aber, ich glaube, die Frau Landesrätin wird das dann vielleicht noch genauer sagen.

Es haben sich noch nie so viele Frauen für die Kommunalpolitik interessiert und engagiert, wie bei dieser Wahl. Wie gesagt, wir sind sehr stolz auf unsere Funktionärinnen und natürlich auch auf unsere Funktionäre. *(Abg. Gerhard Steier: Gott sei Dank!)*

Um die Vereinbarkeit weiter voran zu treiben, muss auch in Richtung Väterbeteiligung an der Kindererziehung, an der Aufteilung der Hausarbeit weitergearbeitet werden. Hier, muss ich sagen, hat sich bereits einiges in die richtige Richtung getan. Seit 1. März 2017 gibt es in Österreich den Papa Monat, jetzt auch in der Privatwirtschaft, seit 2011 gibt es diesen bereits im öffentlichen Dienst. Untersuchungen zeigen, dass eine frühe Väterbeteiligung auch eher dazu führt, dass sie später engagierter an der Familienarbeit teilnehmen.

In Österreich gehen 18 Prozent der Männer in Karenz, im Burgenland sind es 12 Prozent. Andere Länder, wie beispielsweise Schweden, Dänemark oder Norwegen sind da schon viel weiter, denn dort gibt es bereits 90 Prozent Karenzväter und die Geburtenrate ist dort auch höher als bei uns.

Die Einführung eines bezahlten Papa Monats, man bekommt ja jetzt im Monat 700 Euro, war ein großer Schritt. Damit der Papa Monat aber auch genutzt werden kann und nicht vom Gutdünken eines Unternehmens abhängig ist, braucht es einen arbeitsrechtlichen Rechtsanspruch samt Kündigungsschutz.

Das heißt, die Betriebe müssen in die Verantwortung genommen werden. Was wir brauchen ist vor allem eine Änderung der Kultur. Sowohl in der Gesellschaft, als auch in den Firmen. Die Politik kann Väterbeteiligung stärker fördern, aber dieses Denken, dass sich Männer wie Frauen partnerschaftlich um ihre Kinder kümmern, das muss erst in den Betrieben ankommen. Der Ausbau der Kinderbetreuung hat sich positiv auf den Wiedereinstieg in das Berufsleben für Frauen ausgewirkt, allerdings müssen diese Anstrengungen fortgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch einige Sätze zum Frauenbudget des Landes sagen. Das Frauenbudget ist um 60.000 Euro erhöht worden. Dieses Geld ist für die Frauengesundheit zur Verfügung gestellt worden oder wird für diese zur Verfügung gestellt. Mit verschiedenen Maßnahmen sollen Auswirkungen von mehrfach Belastungen in der Arbeitswelt und im Alltag vorabgebeugt werden.

Ich kann Ihnen versichern, Herr Klubobmann Sagartz, dass es hier um keine Hochglanzbroschüren geht, sondern um großartige Projekte. Projekte, die wirkungsvoll sind, die frauenpolitisch für Frauen eben da sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt weiß ich mehr!)* Ich kann ihnen versichern, dass hier unsere Landesrätin Verena Dunst bestimmt wieder etwas Großartiges auf die Beine stellen wird. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hochglanzbroschüre.)* Lassen Sie sich überraschen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber stimmen Sie zu! – Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Insgesamt sind für frauenpolitische Maßnahmen *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihre Ehrlichkeit entlarvt Sie wenigstens, Frau Kollegin!)* im Budget 334.100 Euro vorgesehen und Sie reden nur von 60.000 Euro.

Das ist zugegeben kein großes Budget, aber unsere Frau Landesrätin Verena Dunst holt gemeinsam mit dem Frauenreferat des Landes sehr viel Geld für diverse ESF-Projekte aus Brüssel, um unsere Anliegen für burgenländische Frauen in allen Bereichen zu stärken, zu fördern und zu unterstützen, damit wir dieses umsetzen können.

Dafür gebührt Ihr, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Frauenreferat, dem Familienreferat mein allergrößter Dank. Herzlichen Dank Frau Landesrätin. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es ist wichtig, Frauen in allen Belangen zu unterstützen, damit sie finanziell unabhängig sind und ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben führen können. Was wir von Landeseite tun können, das wird getan, das tun wir auch.

Wir brauchen aber auch die Unterstützung des Bundes, weil viele Maßnahmen im Bund beschlossen werden müssen. Im Kampf gegen die Frauenarmut wurden in den letzten Monaten zahlreiche Maßnahmen beschlossen. Ein frauenpolitischer Meilenstein war die Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe. Die ÖVP war hier die einzige Partei, die dagegen gestimmt hat.

In der letzten Nationalratssitzung vor der Wahl ist es leider nicht gelungen, die Unterhaltsgarantie für Alleinerziehende zu beschließen. Wir wissen aber, dass zu niedrige oder fehlende Unterhaltszahlungen die Hauptsache für Armutsgefährdung ist. Vor allem auch bei den Alleinerziehenden. Leider ist dieser Beschluss, Dank der ÖVP, gescheitert. Ich bedaure das sehr und hoffe, dass der Herr Kurz *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Herr Bundeskanzler, heißt das!)* doch noch zur Vernunft kommt und Gerechtigkeit zulässt.

Frau Landesrätin Dunst ist es im Burgenland geglückt, auch für 2018 zielgerichtete Angebote zu setzen und für diejenigen da zu sein, die unsere Hilfe und unsere Unterstützung brauchen. Wir stimmen daher dem Budgetkapitel zu. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke für die Ausführungen. Geschätzte Damen und Herren! Ich unterbreche nun die Sitzung, die morgen, Donnerstag, den 7. Dezember 2017, um 9 Uhr, mit der Fortsetzung der Beratungen wiederaufgenommen wird.

Die Sitzung ist unterbrochen. Ich wünsche eine angenehme Nachtruhe.

(Die Sitzung wird um 23 Uhr 25 Minuten unterbrochen und am Donnerstag, dem 7. Dezember 2017, um 9 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf das Fernbleiben des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Tschürtz für die heutige Sitzung entschuldigen.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Einen wunderschönen guten Morgen! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Einen trifft es immer. Wie bei einer Stichtagregelung es halt so ist. Es ist gestern genau nach der Edith und vor mir der Schluss gemacht worden.

Das heißt, ich darf den heutigen Tag eröffnen mit der Wohnbauförderung und darf gleich frei nach Churchill behaupten, die Wohnbauförderung ist eigentlich die schlechteste Möglichkeit, Menschen ein Dach über den Kopf zu geben, aber ich kenne keine bessere. Also um das jetzt so einmal zu sagen möchte ich da einsteigen und ich habe es ja gestern schon erwähnt beim Sozialen, dass eben Gesundheit, Soziales, Wohnbauförderung in Summe 444 Millionen, 444,5 Millionen Euro ausmachen.

Inklusive der Bildung sind wir überhaupt bei zwei Drittel unseres Gesamtbudgets was hier das Burgenland in die Hand nimmt, um die Bedarfe unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Burgenländerinnen und Burgenländer zu erfüllen.

Gerade im Bereich der Wohnbauförderung von 130 Millionen Euro können wir uns als Vorzeigebundesland hinstellen und sagen, so kann man es nachmachen, so machen wir Positives vor. Ein neuer Tag beginnt mit einer neuen Chance. Vielleicht können wir die ÖVP doch bei der einen oder anderen Gruppe dazu bringen, beim Budget mitzustimmen. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Das heißt, ich probiere auch heute wieder die ÖVP einzuladen, lieber Christian, *(Abg. Doris Prohaska: Falsche Einladung!)* ein Stück des Weges mit uns zu gehen, zum Beispiel bei der Gruppe 4 und 5, hier beim Budget eine Einstimmigkeit zu erzeugen. Insbesondere da vielleicht, wo es um die Wohnbauförderung, wo es um das Soziale geht, um die Gesundheit geht.

Ich glaube doch, dass, auch wenn Ihr eine Alleinregierung hier im Burgenland hättet, nichts Besseres zusammengebracht hättet. Daher kann ich, glaube ich schon, mit dem Brustton der Überzeugung sagen, es ist gut so wie es ist und geht mit. In dem Fall braucht Ihr Euch dann danach keine Vorwürfe machen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Na einverstanden!)*

Ein paar Zahlen in der Früh zum Drüberstreuen. Wir wissen, dass wir Darlehen für private Bauträger in der Höhe von 400.000 Euro vorgesehen haben, an gemeinnützige Bauträger 37 Millionen Euro, Darlehen an natürliche Personen 23,6 Millionen, Zinszuschüsse 4,5 Millionen, Wohnbeihilfen 850.000, umfassende Sanierungen 800.000, umfassende Sanierungen für gemeinnützige Bauträger fünf Millionen, 4,8 Millionen für umfassende Sanierung Darlehen von natürlichen Personen, nicht rückzahlbare Zuschüsse.

Es ist aber nicht alles Gold was glänzt. Ich selber oder ich persönlich bin davon überzeugt, bei dem einen oder anderen können wir noch ein bisschen darüber nachdenken. Wie zum Beispiel, ob wir es nicht zusammenbringen, dass die Auslagerung an die Bank Burgenland ein bisschen billiger werden könnte, um dort vielleicht den einen oder anderen Tausender wieder in die Wohnbauförderung zu bekommen.

Aber das sind im Prinzip so leichte Nuancen, die vielleicht dann von der ÖVP ein bisschen breiter getreten werden dürfen. Wenn Ihr dann dem Budget zustimmt, dann bin ich Euch herzlich dankbar. Die FPÖ wird dem auf alle Fälle zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Einen schönen guten Morgen. Ein guter Tag beginnt eigentlich mit dem, dass man immer nachdenkt, wie kann er besser werden. Auch wenn es in vielen Bereichen, so wie in der Wohnbauförderung, nicht ganz so schlecht ist, muss man ja auch dazu sagen. Aber man kann natürlich immer wieder an dem einen oder anderen Rädchen drehen und schauen wo es Verbesserungen gibt.

Wenn wir rund 122 Millionen Euro Landesbudget für die Wohnbauförderung vorgesehen haben und wir im Schnitt 70 Millionen jedes Jahr auszahlen an Wohnbauförderungsmitteln, so ist da sicher noch Luft nach oben, wo wir uns Gedanken

machen können, wie wir diese Gelder auch an die Häuslbauerinnen und Häuslbauer an den Mann bringen.

Denn so wie es auch gestern schon bemerkt worden ist, werden vermutlich die restlichen Gelder in anderen budgetären Belangen aufgehen. Ich glaube, dass gerade bei den Häuslbauerinnen und Häuslbauer, wo man weiß wie teuer heute Haus bauen oder sanieren ist, diese Gelder gut ankommen. Wenn man sich ein paar Zahlen anschaut dazu, dass man im Jahr 2016 rund 55 Millionen Euro für Neu- und Althausankauf ausgegeben hat und davon rund 40 Prozent an Private gegangen sind.

Das heißt, 60 Prozent in Summe gehen an Genossenschaften, was ebenfalls ein wesentlicher und wichtiger Faktor ist. Wo wir unsere Dörfer mit Leben erfüllen können. Vor allem in Abwanderungsgemeinden sind Siedlungsgenossenschaften irrsinnig wichtig, weil wir einen Zuzug oder auch die Sicherung der eigenen Bevölkerung im Wohnbereich machen können.

Interessant ist aber bei einer schriftlichen Anfrage von mir an den Herrn Landeshauptmann als zuständiges Regierungsmitglied, wie viele Darlehen uneinbringlich sind. So war die Antwort: „Kein uneinbringliches Darlehen gab es 2015 und 2016“. Es ist für das Land natürlich irrsinnig gut, wenn alles einbringlich ist, aber zeugt natürlich auch dafür, dass die Häuslbauerinnen und Häuslbauer, alle die sich heute irgendetwas mit seinem Eigenheim überlegen, auch dementsprechend gut kalkuliert und nachgedacht haben, wie sie auch eine Refinanzierung machen können.

Da wäre schon der erste Vorschlag dazu, dass man vielleicht, um die Bonitätssteigerung noch höher machen zu können, sich für unsere einzelnen Ansuchenden bei der Wohnbauförderung überlegt, ob wir in diesem Sinne auch die grundbücherliche Sicherstellung zum Beispiel nicht auf den ersten Rang stellen, sondern Private an den ersten Rang lassen und somit das Land Burgenland sich vielleicht zum Beispiel auf den zweiten Rang in der grundbücherlichen Sicherstellung setzt.

Grundsätzlich muss man sagen, dass ja Gott sei Dank die U-Werte, sprich die gesamten Energiekennzahlen nicht weiter nach hinten geschraubt worden sind. Ich hoffe, dass in Zukunft das auch nicht passiert. Ich weiß, dass Umwelt- und Naturschutz sehr, sehr wichtig sind und dass man immer Bedacht darauf ist, dass man bei den Baustoffen und bei den Energiekennzahlen natürlich immer schauen muss, je niedriger desto besser. Aber nicht um jeden Preis.

Es muss trotzdem leistbar bleiben für jeden Einzelnen, der heute sich sein Eigenheim schaffen möchte. Da muss man dazu sagen, dass es, glaube ich, gerade ein richtiges Maß mit einem Gesamt-U-Wert von 36 ist, um auch eine Wohnbauförderung zu erreichen.

Ein weiterer Teil muss auch in der Zukunft sein und auch im Sinne der Raumplanung gibt es da einige Überlegungen, dass wir die Ortskerne weiter versuchen zu beleben. Da gehören natürlich auch die Gemeinden dazu. Aber gemeinsam mit dem Land, dass man Anreize schafft, wie kann man unsere Ortskerne in den einzelnen Dörfern wiederbeleben. Wo kann man Anreize schaffen, dass sich jemand überlegt, ein Haus mitten in der Ortschaft, was vielleicht nicht so einfach ist *(Abg. Manfred Kölly: Musst einen Antrag einbringen!)* - ich weiß - nicht so einfach ist wie auf der grünen Wiese zu bauen, wo es vielleicht den einen oder anderen Mehraufwand dazu gibt.

Ob man nicht auch bei der Ortskernförderung zum Bespiel, und das wäre, glaube ich, auch von der Summe jetzt nicht überbordend, wo man sagt das kostet Unmengen an Geld. Weil derzeit haben wir, glaube ich, Herr Landeshauptmann, 50 Euro am

Quadratmeter, maximal 10.000 Euro. Ich glaube, da könnte man durchaus den Hebel auch ansetzen und dort Anpassungen vornehmen.

Genauso wie in manchen anderen Bereichen, was das Wohnbauförderungsdarlehen für Private betrifft. Denn 2005 wurde das letzte Mal das Wohnbauförderungsgesetz geändert und da wurden die letzten Fördergrundbeträge angepasst.

Genauso beim Kindersteigerungsbetrag, Sozialzuschlag, Ökozuschlag. Ich glaube, die Budgetpost selbst mit 122 Millionen Euro würde es hergeben, wenn wir rund 64 Millionen 2016 ausgeschüttet haben, dass wir Anpassungen durchführen können. Es ist diese wichtige Unterstützung für die Häuslbauerinnen und Häuslbauer doch in anderen Bereichen miteinzubeziehen.

Wie wir gestern schon besprochen haben über die Planungsgemeinschaft Ost, wo es um die Widmungen und Rückwidmungen geht, um eine Konzepterstellung, wie Gemeinden damit umgehen können und dürfen. Trotzdem bin ich der Meinung, dass es für Gemeinden oft sehr schwierig ist, mit Rückwidmungen umzugehen, wo es um Haftungsfragen geht, wo es um Regressforderungen möglicherweise gehen kann. Auch wenn es in den Ansätzen beschrieben wird in dieser Planungsgemeinschaft Ost, so glaube ich, dass man den Gemeinden zugestehen kann, Weitblick Projekte anzugehen, wenn alles in privater Hand ist und keine Möglichkeit ist für die Gemeinde, Aufschließungen tätigen zu können.

Dass man unter gewissen Parametern wie mit Bauzwang, wie zum Beispiel in einer gewissen Zeit auch die Aufschließung sicherzustellen können, die finanzielle Lage der Gemeinde da ist, um Aufschließungen sicherstellen zu können und die Rückabwicklung natürlich im Falle des Nichtbebauens auch gegeben sein muss. Das sind zum Beispiel nur wenige Parameter die man hernehmen könnte, um Gemeinden die Widmung von neuem Bauland zulassen zu können.

Ich glaube, das wäre ein guter Ansatz, weil wir ja wissen, wie schwierig eine Rückwidmung ist, wo man nachher in weiterer Folge gemäß dem Landesentwicklungsprogramm 2011 Neuwidmungen bekommt. Ich glaube, auch in diese Richtung sollten wir nachdenken.

Auf der heutigen Tagesordnung steht ja ebenfalls auch das Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz, wo die Steuerhoheit in diesem Bereich vom Bund in das Land kommt, was ja grundsätzlich eine positive Entwicklung ist, wo das Land selbst entscheiden kann über Steuereinnahmen. Das wird der erste Schritt sein oder hoffentlich der erste Schritt sein, wo auch das Land dementsprechend auch mehr Gestaltungsspielraum in diesem Bereich bekommen wird.

Wir sind auch dafür, dass dieser Beitrag, so wie es bis jetzt ist, vorläufig, weil ja auch die Gelder im Budget dementsprechend groß veranschlagt sind, wie vorhergesagt, mit 122 Millionen Euro, wo wir lediglich 64 Millionen Euro 2016 ausgegeben, beziehungsweise ausgezahlt haben.

Dass wir diesen Beitrag mit 0,5 Prozent der Bemessungsgrundlage für Dienstgeber und Dienstnehmer gleich belassen und demnach sind wir auch für diese Tarifanpassung in diesem Bereich. Abschließend sollten wir gemeinsam nachdenken, wie wir weiterhin den Häuslbauerinnen und Häuslbauer, den Ankäufern von Häusern, den Sanierern unter die Arme greifen können, damit wir auch auf diesem Budgetposten dementsprechend das ausfüllen können.

In dem Sinne wünsche ich einem jeden der heute ein neues Eigenheim schafft alles Gute. Mit der Unterstützung der Gemeinden und des Landes wird das sicher sehr gut funktionieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Kurt Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Wohnen als primäres Grundbedürfnis muss für alle leistbar sein. Das Land Burgenland stellt im heurigen Jahr 2017 122 oder hat 122,6 Millionen Euro an Wohnbauförderungen zur Verfügung gestellt und unterstützt damit viele burgenländische Familien. Leistbares Wohnen ist heute mehr denn je Gebot der Stunde.

In den vergangenen Wochen fand die Tagung der Wohnbaureferenten aller Bundesländer bei uns im Burgenland statt. Es hat sich auch bei dieser Tagung gezeigt, dass das Burgenland mit den Schwerpunktsetzungen leistbares Wohnen, Ortskernförderung und Sanierungsinitiativen grundsätzlich richtigliegt und dass wir auch froh darüber sein können, dass wir die niedrigsten Mieten pro Quadratmeter aller österreichischen Bundesländer haben und das ist auch nachzulesen bei Statistik Austria.

Ich verstehe den Herrn Kollegen Ulram nicht, wenn er sich jedes Mal hierherstellt, als hätte er irgendwie ein gestörtes Verhältnis zur burgenländischen Wohnbauförderung. Wir haben die beste Wohnbauförderung Österreichs *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das hat er nicht gesagt! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht Österreichs, der Welt!)* und es ist auch dementsprechend nachzulesen.

Darum ist es auch nur gerechtfertigt, dass auch für das kommende Jahr 121,2 Millionen Euro an Wohnbaugeldern und im Bereich Energiewirtschaft *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Falsche Rede!)* 3,4 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

In den vergangenen fünf Jahren, 2012 bis 2016, wurden insgesamt rund 14.900 Wohneinheiten, Eigenheime und Wohnungen gefördert. Davon 8.580 Wohneinheiten, das heißt Wohnungen und Reihenhäuser im sozialen Wohnbau. Im heurigen Jahr wurden insgesamt 3.258 Wohneinheiten gefördert. 1.025 Wohneinheiten im mehrgeschossigen Wohnbau.

Meine Damen und Herren! Ein voller Erfolg im heurigen Jahr war wiederum der burgenländische Handwerkerbonus, der zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Mit dieser Sonderförderaktion sollten im Interesse der Energieeffizienz und des Klima- und Umweltschutzes Anreize für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen geschaffen werden und mit der altersgerechten Adaptierung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ein weiterer Schwerpunkt gesetzt werden.

Die Landesregierung hat mit dieser Sonderwohnbauaktionsförderung ein Budget in der Höhe von 1,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Der burgenländische Handwerkerbonus ist jedoch auf sehr großes Interesse gestoßen. Es sind zum Ablauf der Förderaktion 1.344 Anträge in der Förderstelle eingelangt und dementsprechend gut ist das Ganze angenommen worden. Insgesamt wurden durch diese Förderaktion Investitionen in der Höhe 11,6 Millionen Euro ausgelöst. Ein weiterer Schwerpunkt der Wohnbauförderung ist sicheres Wohnen. Im Burgenland wird Sicherheit großgeschrieben. Das Land unterstützt die Burgenländerinnen und Burgenländer über die Wohnbauförderung bei der Installierung von Alarmanlagen und Sicherheitstüren.

Das heißt, sicheres Wohnen ist ein wichtiges Anliegen auch der Wohnbauförderung. Deshalb stellt das Land Burgenland für die burgenländischen Haushalte seit 2008 einen nicht rückzahlbaren Zuschuss zur Verfügung.

Das Land fördert die Errichtung von Alarmanlagen mit und ohne Videoüberwachung. Die Nachrüstung einer Videoüberwachung bei bestehender Alarmanlage und den Einbau von Sicherheitstüren, nicht nur bei Wohnungen, sondern auch bei Eigenheimen und Reihenhäusern.

Im Budget stehen für das heurige Jahr 700.000 Euro für sicheres Wohnen zur Verfügung. 615 Burgenländerinnen und Burgenländer haben bis Oktober 2017 davon Gebrauch gemacht und es wurden insgesamt 651.000 Euro für die Förderung von Alarmanlagen und Sicherheitstüren zugesichert.

Man kann sagen, von 2012 bis 2016 wurden insgesamt 2.927 Förderanträge mit einer Förderhöhe von rund 2,4 Millionen Euro in den Wohnbauförderungsbeiräten dahingehend bewilligt. Ein weiteres Highlight ist die Sonderförderaktion "Junges Wohnen, Starterwohnungen". Wir haben es im Burgenland geschafft, hier Mietwohnungen zu schaffen, mit Kaltmieten bis zu fünf Euro pro Quadratmeter.

Insgesamt wurden 26 Projekte mit 281 Wohnungen im Burgenland bereits fertig gestellt. Neun Projekte mit 109 Wohneinheiten und einer Förderhöhe von 3,7 Millionen Euro sind im Bau. Vier Projekte mit 24 Wohneinheiten und einer Förderhöhe von 1,5 Millionen Euro sind in Planung.

Insgesamt kann man sagen, dass die Wohnbauförderung und der Handwerkerbonus ein wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft sind. Das Burgenland hat im August des heurigen Jahres 107.000 Beschäftigte gehabt. So viele Beschäftigte wie noch nie in der Geschichte des Landes.

Die Arbeitslosigkeit ist zum zwölften Mal in Folge zurückgegangen und das Burgenland liegt auch wiederum im Wirtschaftswachstum im Spitzenfeld. Die burgenländische Wohnbauförderung schafft und sichert 1.500 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft. Das ist auch deshalb möglich, weil die gemeinnützigen Bauträger mehr als 90 Prozent des gesamten Bauvolumens an heimische, regionale Firmen vergeben.

Seit Anfang des Jahres werden neben den Wohnbauberatungen auch umfassende Energieberatungen durch die Wohnbauförderung durchgeführt. Unserem Landeshauptmann Hans Nießl ist es wichtig, dass in allen Bereichen der Verwaltung service- und bürgerorientiert gearbeitet wird. In allen Bereichen, ob bei den Beteiligungen oder in der Landesverwaltung, gehen wir in Richtung schlanke und effiziente Strukturen, in Richtung Bündelung von Kompetenzen.

Dieser Weg wird auch in der Wohnbauförderung mit der neuen Initiative "Wohnbauberatung mit Energie" beschritten. Das bedeutet, dass es die kostenlose und unabhängige Beratung aus einer Hand gibt. Die Beratung umfasst Themen wie Wärmedämmung, Fensterheizung, Energiespartipps, Photovoltaik, Speichersysteme und Förderungen. Die Beratung ist, wie gesagt, für alle Burgenländerinnen und Burgenländer kostenlos. Sie wird an Sprechtagen, im Amt oder in den Bezirkshauptmannschaften oder telefonisch, aber auch direkt vor Ort, durchgeführt.

Diese kompetente Energieberatung bringt nicht nur Einsparungen von Energie, sondern sie ist auch wichtig für den Umwelt- und Klimaschutz. Sie ist eine finanzielle Entlastung der Menschen und schont die Umwelt.

Meine Damen und Herren! Die burgenländische Wohnbauförderung zählt zu den besten Wohnbauförderungen aller österreichischen Bundesländer. Sie passt sich ständig den Erfordernissen der Menschen, der Wirtschaft und der Umwelt an und sie ist auch längerfristig so partizipiert, dass auch zukünftige Generationen Wohnbauförderungen in Anspruch nehmen können.

An dieser Stelle darf ich mich bei den Mitarbeiterinnen und bei den Mitarbeitern für ihr Engagement recht herzlich bedanken. Wir werden natürlich dem Budget zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Hans Nießl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst einen Dank an die wirklich sachlichen Diskussionsbeiträge zur burgenländischen Wohnbauförderung. Natürlich, wie das in allen Bereichen ist, muss man sich das regelmäßig anschauen und sagen, wir sind ganz gut unterwegs und das steht ja außer Zweifel.

Wir haben auch die Vergleiche mit anderen Bundesländern. Es waren die Wohnbaureferenten auch hier im Burgenland, wo wir natürlich alle Daten auch bekommen haben und uns durchrechnen, wieviel Wohnbauförderung kriegst du im Bundesland A, wieviel im Bundesland B bei einer Familie mit zwei Kindern und da sind wir wirklich gut unterwegs. Das sind herzeigbare Förderkulissen.

Dass wir uns immer wieder Gedanken machen, was ist zu verändern, wo ist den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen, müssen wir mehr auf Starterwohnungen, auf Singlewohnungen schauen? Das ist ein permanenter Prozess. Was kann man tun, um auf die Baupreise zu drücken? Wir haben Gutachten gerichtlich beeideter Sachverständiger, dass es Quadratmeterpreise im Burgenland gibt bis zu 650 Euro.

Jetzt weiß ich gar nicht, ob das schon die oberste Grenze ist. Pro Quadratmeter 650 Euro gerichtlich beeidete Sachverständiger. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo?)*

Das ist zum Beispiel in Weiden am See, wo die Gemeindeabteilung jetzt auf Grund dieser gerichtlich beeideten Sachverständigen-Gutachten die Baurechtsverträge aufsichtsbehördlich genehmigen muss, weil eben die Preise nicht nur von einem gerichtlich beeideten Sachverständigen, sondern von zwei festgelegt wurden.

Also nur, dass wir wissen, wohin die Reise geht. Wir wissen ja, dass in den Ballungsgebieten *(Abg. Manfred Kölly: Grundstückspreise?)* - ein Quadratmeter - ich sage es nur, weil das eben auch offiziell vorliegt und natürlich wie die Abgeordneten den Kopf ein bisschen schütteln, so machen das viele andere Burgenländerinnen und Burgenländer auch, und das ist natürlich auch leistbares Wohnen und das ist eigentlich die ganz große Herausforderung an die Gemeinden, an das Land und an die Raumplanung und an alle Beteiligten, wie ist in Zukunft wohnen leistbar.

Das ist eine ganz große Kardinalfrage. Wenn man sich die Grundpreise in allen anderen Bundesländern anschaut, dann ist ja das noch wenig, wo wir jetzt den Kopf geschüttelt haben, mit 650 Euro pro Quadratmeter. Das wird nicht so sein, das ist meine Prognose, ich soll mich hoffentlich irren, dass die Grundstückspreise im Burgenland, und speziell im Nordburgenland, weiter deutlich ansteigen werden und auch aufgrund der Tatsache, dass sich Gemeinden teilweise ja mehr als verdoppeln.

Wir haben die Situation, dass gerade, sage ich jetzt einmal, auch Eisenstadt, aber natürlich auch Neusiedl, Parndorf, Bruckneudorf, die verdoppeln sich und haben sich schon verdoppelt und verdreifachen sich jetzt. Dadurch sind Angebot und Nachfrage eben ein Indikator, wie die Grundstückspreise sich entwickeln und das wird eine ganz eine große wichtige Herausforderung sein, wohnen sich leisten zu können.

Ich habe schon einmal gesagt, und das ist auch so, weil gestern eine Gemeinde, vorgestern eine Gemeinde bei mir war, wo sich schon eine Tiroler Community im Südburgenland angesiedelt hat, weil sich die in Tirol das Wohnen nicht leisten können. Du kannst dir in Innsbruck kaum als ASVG-Pensionist eine Wohnung leisten.

Das ist quasi unmöglich und die ziehen vermehrt auch ins Burgenland, um hier sich Wohnen leisten zu können. Auch vor wenigen Tagen, glaube ich, ist in den Medien gestanden, dass man unter 1.000 Euro zum Beispiel in Wien kaum eine Wohnung bekommt.

Also das, glaube ich, ist die Herausforderung. Wir müssen immer wieder darauf schauen, wie und was können wir tun, damit Wohnen leistbar bleibt. Damit die Menschen sich auch in Zukunft das Wohnen leisten können. Ein wesentlicher Faktor ist die Wohnbauförderung. Aber man muss auch dazu sagen, dass ein sehr, sehr wesentlicher Faktor natürlich auch der Grundstückspreis ist, weil sich der unmittelbar auf die Mieten niederschlägt.

Wir sind in der guten Situation, das sage ich auch, dass wir die niedrigsten Quadratmetermieten haben, nämlich 5,55 Euro im Schnitt pro Quadratmeter. Das ist der beste Wert. Wir sind beim "Jungen Wohnen" gut unterwegs, weil wir eine ganze Reihe von Wohnungen errichtet haben, wo der Mietpreis pro Quadratmeter unter fünf Euro liegt und damit weiterhin auf die Mietpreise drückt.

Die durchschnittliche Höhe der Wohnbauförderungsdarlehen, auch das ist ein interessanter Wert, bei Eigenheimen 62.000 Euro, bei Wohnungen 56.000 Euro. Auch das sind Werte, die in Relation zu den anderen Bundesländern durchaus im Spitzenfeld liegen. Diese Initiative "Wir bauen burgenländisch", die hat sich auch bewährt. Natürlich kann man immer wieder ein Beispiel im ganzen Burgenland finden, wo vielleicht aus dem Ausland Firmen unterwegs sind und so weiter.

Aber! Unsere Siedlungsgenossenschaften, und das muss ich sagen, durchwegs alle Siedlungsgenossenschaften im Burgenland, auch die Gemeinden und Bürgermeister, wenn ich bei den zahlreichen Eröffnungen bin, achten darauf, dass sich die regionale Wirtschaft natürlich im Rahmen der Ausschreibungskriterien, das ist ja ganz klar, aber da gibt es viele, viele Möglichkeiten nach dem Bestbieterprinzip vorzugehen und ich muss sagen, manchmal ärgere ich mich, wenn man noch immer nach dem Billigstbieterprinzip vorgeht und dann durch eine relativ kleine Differenz der Auftrag nicht im Burgenland bleibt, sondern in ein anderes Bundesland oder auch ins angrenzende Ausland geht.

Was noch natürlich zu kritisieren ist, ist das Lohn- und Sozialdumping am Bau. Da muss man wirklich noch verstärkt aufpassen, weil Lohn- und Sozialdumping findet statt. Das ist wettbewerbsverzerrend. Nämlich auch durch die Entsenderichtlinie, ich war ja unlängst in Brüssel und habe dort auch mit dem Herrn Kommissar Oettinger darauf hingewiesen, der die Situation kennt, der da absolutes Verständnis hat und weiß, dass diese Entsenderichtlinie zur Wettbewerbsverzerrung führt.

Das ist kein fairer Vorgang, weil ganz einfach durch die entsendenden Mitarbeiter Lohnnebenkosten, Sozialabgaben, nicht in Österreich bezahlt werden müssen, sondern nach den Kriterien des Auslandes gemacht werden muss. Das führt natürlich bei Offerten

dazu, dass jene Firmen, die Mitarbeiter nach der Entsenderichtlinie haben, bessergestellt sind.

Wenn wir in die Zukunft schauen, ich habe schon einige Dinge skizziert, dann ist das leistbares Wohnen. Wie können wir unter welchen Rahmenbedingungen und da muss man wirklich gut nachdenken in vielen Bereichen, Ortskerne stärken, schauen, wie man zu preiswertem Bauland kommt? Bei dieser dynamischen Entwicklung der Quadratmeterpreise, da sind wirklich alle gefordert, weil man kann diese steigenden Grundstückspreise mit einer Förderung nicht kompensieren.

Wenn progressiv der Quadratmeterpreis steigt auf ein paar hundert Euro, sage ich jetzt einmal, und die Entwicklung wird in diese Richtung, zumindest in den Ballungsgebieten gehen, dann kann man die Förderung nicht so anheben, dass man sagt, es bleibt in einem vertretbaren Rahmen.

Also da sollten wir schon immer wieder schauen, wie man und welche Maßnahmen man auch als Gemeinde setzen kann, damit das dann im Rahmen bleibt. Ein weiterer wesentlicher Grund ist der Klimaschutz. Man kann aber auch nicht die Klimaschutzziele auf die Wohnbauförderung abladen weil, dann wird das Bauen natürlich relativ teuer werden.

Wir haben im Augenblick schon die Situation, dass aufgrund der 15a-Vereinbarung, die wir mit dem Bund über die Wohnbauförderung geschlossen haben, nicht wir das Burgenland, sondern alle Bundesländer, Auflagen haben, die im Bereich der Wärmedämmung natürlich relativ hoch sind. Das führt zu zusätzlichen Ausgaben, und Manche sagen schon, ich verzichte auf die Wohnbauförderung und mache die ganzen Dämmmaßnahmen nicht, weil ich mir dadurch relativ viel Geld erspare.

Wir dürfen es aber nicht wegnehmen weil, sonst haben wir ein Problem durch die 15a-Vereinbarung, über den Finanzausgleich nicht die entsprechenden Mittel zu bekommen.

Also auch hier glaube ich, muss man diskutieren, auch mit dem Bund diskutieren, was machen wir? Aber alle Klimaschutzziele über die Wohnbauförderung abdecken zu wollen, ist natürlich unmöglich und würde zu einem weiteren Anstieg der Baukosten und natürlich dann auch in weiterer Folge der Mieten führen, also auch ein Diskussionspunkt.

Wie geht man vernünftig, fair, damit um? Welchen Beitrag leistet der Wohnbau zum Klimaschutz, beziehungsweise gibt es nicht auch andere Möglichkeiten in anderen Bereichen, zum Beispiel im Bereich des Verkehrs den Klimaschutz doch ernster zu nehmen?

Ein ganz wesentlicher Bereich ist auch der soziale Aspekt. Es gibt Eigenmittelersatzdarlehen, es gibt Wohnbauhilfen, das sind genau jene Bereiche, wo sozial Schwache auch die Möglichkeit haben zu einer Wohnung zu kommen.

Nämlich, wenn er wenig Geld hat, gibt es Eigenmittelersatzdarlehen, wenn das Einkommen gering ist, gibt es eine Wohnbeihilfe. Und auf diese Art und Weise besteht eben die Möglichkeit, damit auch sozial Schwächere eine Wohnung bekommen.

Also insofern bedanke ich mich bei allen, die positiven Beiträge, vor allem zu wichtigen Zukunftsthemen in der Wohnbauförderung leisten.

Ich glaube, in den 17 Jahren sind wir sehr verantwortungsvoll mit der Wohnbauförderung umgegangen. Und ich habe, ich muss es ganz offen sagen, keine Unternehmerin, keinen Unternehmer in der Bauwirtschaft, in den letzten Wochen und Monaten getroffen, der nicht sagt, die Bauwirtschaft boomt.

Wir haben ein gutes Beschäftigungsverhältnis, wir suchen Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Und das ist eigentlich das Thema, wir haben so viel Arbeit im Bereich der Bauwirtschaft und so viele Beschäftigte. Wir haben aber noch zu wenig Beschäftigte. Wir brauchen gut qualifizierte Fachkräfte und Facharbeiterinnen und Facharbeiter, dann könnten wir in der Bauwirtschaft noch mehr beschäftigen, noch mehr bauen. Aber wir sind fast, würde ich sagen, an der Kapazitätsgrenze angelangt, was die Firmen betrifft, die dringend Fachpersonal und Facharbeiterinnen und Facharbeiter brauchen.

Und da müssen wir auch in weiterer Folge schauen, wie wir den Lehrberuf, gerade im Baugewerbe- und Baunebengewerbe attraktiv gestalten, den jungen Leuten eine gute Ausbildung geben und den Facharbeitermangel dadurch auch beheben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuschauer! Von der Wohnbauförderung zum Natur- und Landschaftsschutz.

Wirklich unberührte Naturlandschaft gibt es heute in Europa nur mehr sehr wenig, das meiste ist eine durch Menschenhand geschaffene Kulturlandschaft. Das ist auch nicht unbedingt schlecht, denn viele Ökoflächen sind nur deswegen da und werden nur deswegen erhalten, weil dort Landwirtschaft betrieben wird, weil regelmäßig gemäht wird zum Beispiel oder ähnliches.

Allerdings kommt mit der Zeit ein Punkt, und dieser Punkt ist unserer Meinung nach jetzt langsam gekommen, wo dieser Einfluss der Menschenhand überschritten wird und zu viele negative Auswirkungen hat.

Das sind auf der einen Seite Agrargifte, die Bodenversiegelung, die vor allem das Verschwinden von Biodiversitätsflächen mit sich bringt und dadurch die Grundlage für das Leben von vielen Pflanzen und Tieren entzogen werden.

Ich bin gestern schon darauf eingegangen, es gibt eine wirklich lange Studie in Deutschland, von 1989 bis 2016 haben sich die angesehen, in 63 verschiedenen Naturschutzgebieten, wie viele Fluginsekten dort vorkommen. Da gab es eine Abnahme, vor allem da wo die Hauptphase der Fluginsekten ist, von bis zu 80 Prozent.

Dass was Viele auf ihrer Windschutzscheibe selber erleben wird hier wissenschaftlich bestätigt. Naturschutzgebiete sind hier offensichtlich schon sehr stark betroffen. Die Frage ist, wie sieht es dann erst aus in den Gebieten wo nicht auf den Naturschutz Wert gelegt wird?

Jetzt kann man natürlich sagen, naja, abgesehen von Bienen und Schmetterlingen, die Sympathieträger für die Insekten sind, weniger Gelsen und Zecken schadet eh nicht. Nur, diese Fluginsekten bestäuben zu 80 Prozent die Wildpflanzen, bestäuben zu einem hohen Anteil natürlich auch landwirtschaftliche Pflanzen gerade im Obstbau, das ist ganz extrem wichtig. Sie sind auch Grundlage, weil sie Futtertiere sind für Flugtiere wie Vögel, Fledermäuse und andere Lebewesen. Das heißt, das Ganze ist natürlich ein Kreislauf, das Eine geht ins Andere. Wenn es auf der einen Seite fehlt ist zu befürchten, dass auch das einen Rattenschwanz praktisch an Problemen mit sich zieht.

Zu begrüßen ist die Initiative von Landesrätin Eisenkopf die hier ein Biodiversitätsmonitoring in Auftrag gegeben hat. Allerdings Monitoring ist gut und schön,

wir wissen bereits, dass es hier Probleme gibt. Begleitend, keine Frage, ist das sehr wichtig, aber wir müssen auch Maßnahmen setzen um eine Trendumkehr, muss man eigentlich inzwischen schon sagen, zu erreichen.

Ein wichtiger Punkt, das war jetzt eh sehr viel in den Medien auf Grund einer Entscheidung auf EU-Ebene, es geht um das viel gescholtene, zu Recht viel gescholtene Mittel Glyphosat, das jetzt fünf Jahre verlängert worden ist und wir jetzt drauf und dran sind, in verschiedenen Bundesländern, regionale Verbote einzusetzen. Die Kärntner sind da voran gestürmt. Im Moment ist unter Expertinnen und Experten ein bisschen eine Diskussion entstanden, ob das überhaupt möglich ist hier ein Verbot zu erwirken. Es gibt eine Expertise aus dem Deutschen Bundestag die sagt, das geht sehr wohl.

Wenn wir uns zurückerinnern, wir hatten eine ähnliche Diskussion bei der Problematik Gentechnik, auch dort hat es zuerst geheißen, das geht nicht, letztendlich haben wir es dann doch geschafft. Die Expertise aus dem Deutschen Bundestag sagt vor allem, wenn gewisse Gebiete klarmachen können, dass das Mittel, oder die Mittel eine nachhaltige und starke Ein-, beziehungsweise Auswirkung auf die Gesundheit oder auch die Biodiversität hat, dann ist die Einschränkung möglich.

Das ist auch deswegen schon möglich, unserer Meinung nach, weil es nämlich seit kurzem eine neue Ökoverordnung für den Biolandbau auf EU-Ebene gibt und da steht erstmals ganz streng drinnen, dass Biobetriebe verpflichtet sind jegliche Kontamination von herkömmlichen Pestiziden zu vermeiden.

Das geht natürlich. In einer sehr klein strukturierten Landwirtschaft, wie wir sie haben, wo die Biolandwirtschaft, der Acker, direkt neben der kommerziellen Landwirtschaft liegt, ist es schwierig. Das heißt, ich glaube gerade, dass wir hier im Burgenland und auch in Österreich gute Argumente hätten, Totalherbizid wie das Glyphosat - es ist zu verbieten. Wir haben deswegen auch einen ersten Antrag eingebracht. Wir sind gerne bereit den mit den Regierungsparteien so abzuändern, dass wir den weitertragen können, dass wir daraus etwas machen können.

Ich glaube es führt kein Weg daran vorbei, den Spritzmitteleinsatz, den Gifteinsatz extrem zu reduzieren, auf der einen Seite aus gesundheitlichen Gründen, auf der anderen Seite natürlich aus Landwirtschaftsgründen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Auch bei den Privaten.)*

Natürlich auch im privaten Bereich. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Round up.)* Auch da ist es nach wie vor möglich in den Baumärkten diese Mittel zu kaufen. Sie müssen zwar hinter verschlossenen Schränken aufbewahrt sein, aber kaufen tun es die Leute nach wie vor. Auch dort sollte natürlich dieses Verbot einfach umfassend sein. Das Land ist da eigentlich mit sehr gutem Beispiel vorangegangen. Die burgenländischen Landesstraßenverwaltungen verwenden keine glyphosathältigen Spritzmittel mehr.

Viele Gemeinden steigen nach und nach aus. Immer mehr Gemeinden erklären sich zu glyphosatfreien Gemeinden. Es gibt Alternativen dazu, beweisen tun das die Gemeinden und auch die Biobauern. Es geht auch ohne diese Mittel.

Wir werden sehen, wie wir das in der nächsten Landtagssitzung, dieses Glyphosatverbot, dann handhaben werden. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Erfreulich ist, dass sich bei den Koalitionsverhandlungen die beiden zukünftigen Regierungsparteien auf Bundesebene zu einer zukunftsorientierten Umweltpolitik im Sinne der ökosozialen Marktwirtschaft verständigt haben.

Sie wollen den Klimaschutz als Chance für die Wirtschaft und Umwelt nützen. Das ambitionierte Ziel ist, gegenüber 2005 bis 2020 ein Minus von 16 Prozent bei den Treibhausgasimmissionen und bis 2030 gemäß EU-Vorgaben um mindestens 36 Prozent zu reduzieren. Weiters soll der Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft forciert werden. Die Klima- und Energiestrategie soll im Klimaschutzgesetz verankert und gemeinsam mit den Bundesländern weiterentwickelt werden.

Hier hoffe und erwarte ich eine gute Zusammenarbeit, auch von unserem Bundesland Burgenland, im Sinne des Klima- und Umweltschutzes und der nächsten Generation. Hier sind wir uns sicher einig, dass Natur- und Umweltschutz im Burgenland einen hohen Stellenwert hat. Das zeigt sich auch dadurch, dass bereits über 30 Prozent der Landesfläche unter besonderen Schutz gestellt sind mit einem Nationalpark, sechs Naturparken, Natura 2000 Gebieten und Landschaftsschutzgebieten.

Eine andere Meinung vertreten wir aber, in dem wir der Meinung sind, wie in der Vergangenheit bestens bewährt, das Landwirtschaft und Naturschutz starke Partner waren und Umwelt und Landwirtschaft zusammengehören.

Es geht letztlich darum, Bewirtschaftung auf der einen Seite und Schutz auf der anderen Seite zu vereinbaren, was in der Vergangenheit schon sehr gut gelungen ist. Das beweist auch die Flächensicherung des Nationalparks Neusiedler See. Allein diese Maßnahme beträgt über 1,5 Millionen Euro, von insgesamt 2,8 Millionen Euro für Natur- und Nationalparke. Immerhin über 52 Prozent aus diesem Ansatz.

Beim Ansatz Umweltschutz, Natur- und Landschaftsschutz wurden 646.000 Euro für 2018 veranschlagt, beide Summen ergeben eine Höhe von 3,5 Millionen Euro, also macht der Betrag zur Flächensicherung der Grundeigentümer immerhin noch über 42 Prozent aus. Auch diese Zahlen untermauern wesentlich unser Argument. Gemeinsame Partnerschaft zwischen Umwelt, Naturschutz, mit der Landwirtschaft, mit den Grundeigentümer und dem Tourismus hat eine lange Tradition und hat sich gerade im Burgenland bestens bewährt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der Tourismus braucht eine intakte Natur und die Landwirtschaft braucht den Tourismus zum Beispiel für den Verkauf von regionalen Produkten. Naturschutz wiederum braucht die Landwirtschaft in erster Linie für die Pflege und für eine wunderbare Natur- und Kulturlandschaft. Beispiele gibt es viele wo die Zusammenarbeit bestens funktioniert.

Aber nicht nur die Landwirtschaft ist ein Partner des Naturschutzes, sondern auch die zahlreichen diversen Angebote, zum Beispiel der Naturparke, sind eine wertvolle Grundlage für den Tourismus. Deshalb sind für fast 60 Prozent aller unserer Nächtigungsgäste das Naturerlebnis und die intakte Landschaft ein Grund um im Burgenland Urlaub zu machen.

Naturerlebnisangebote bringen nicht nur Wertschöpfung in die Gemeinden, sondern die Naturparke übernehmen auch einen Bildungsauftrag. Immer mehr Schulen bekennen sich zu Naturparkschulen.

Aufgefallen ist mir, dass beim Ansatz Naturschutz, beim Posten „Sonstige Ausgaben“ 202.000 Euro veranschlagt wurden. Leider um über 15.000 Euro weniger als beim Rechnungsabschluss 2016.

Gerade bei dieser Post werden maßgebende Naturschutzorganisationen, wie Naturschutzbund Burgenland, WWF für Österreich, „BERTA Wiesen“ Initiative Burgenland und so weiter, sowie private Dienstleister und Universitäten unterstützt. Sie leisten hervorragende Arbeit, oft ehrenamtlich, zum Beispiel die Projekte „Naturschutzberatung für Gemeinden“ und die Zeitschrift „Natur und Umwelt im Pannonischen Raum“, sowie der Flächenankauf und die Pflege durch den Naturschutzbund.

Oder der Verein BERTA betreut die ÖPÜL-Naturschutz-Maßnahmen für die Landwirte, Naturschutzgebiete und die Natura 2000 Schutzgebiete. Der „Verein Wieseninitiative“ setzt zahlreiche Aktivitäten bei Baumschnittkursen, Veredelungskursen und Obstbaumpflanzaktionen. So wurden erst zirka 600 Bäume im Herbst verteilt.

Wünschenswert wäre, all diesen Organisationen nicht nur eine Unterstützung über Projekte zur Verfügung zu stellen, sondern auch eine Basisförderung um ihre wertvolle Arbeit entsprechend zu würdigen.

Eine langjährige Forderung der FCG im Landesdienst ist eine entsprechende Entlohnung der Naturschutzorgane. Die Einstufung von der Entlohnungsgruppe „e“ in „d“ ist hier sicherlich zu wenig, wenn sie eine sehr gute fachliche Arbeit leisten und eine Einstufung in „c“ sicherlich gerechtfertigt wäre.

Diesbezüglich gilt ein herzliches Danke allen Personen, die sich immer wieder für den Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz einsetzen.

Die Punkte, warum wir den Voranschlag 2018 nicht zustimmen, bringe ich nochmals in Erinnerung:

- Stabile Finanzen,
- sowie Transparenz bei den Schulden sollten eine Selbstverständlichkeit sein,
- eine bessere Infrastruktur mit einer Breitbandmillion,
- für die Gesundheit eine Akutordination in jedem Bezirk,
- sowie Fairness für alle Gemeinden.

Die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden sollen gerecht verteilt werden. Es kann nicht sein, dass das zuständige Regierungsmitglied Gemeinden mit gleichen Projekten ungleich behandelt. Die Bedarfszuweisungsmittel sind Gemeindegelder und die Gemeinden des Burgenlandes müssen gerecht, aufgrund von Richtlinien wie in anderen Bundesländern, behandelt werden.

Deshalb werden wir dem Budget 2018 nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Killian Brandstätter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Kollege Temmel, vieles von dem was Sie gesagt haben, ist eigentlich schon umgesetzt worden. Also ich glaube, dass wir davon ausgehen können, dass Sie dann dem Budget zustimmen werden. Ich freue mich schon darauf. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat er eh am Schluss gesagt.)*

Ja, bei uns im Burgenland haben wir eine hohe Lebensqualität. Diese Lebensqualität ist vor allem unserer intakten Umwelt und Natur im Burgenland zu verdanken. Denn bei uns haben die Natur und die Umwelt einen sehr hohen Stellenwert.

Ein Drittel der gesamten Landesfläche steht unter Naturschutz, wie wir bereits gehört haben. Der Natur- und der Umweltgedanke der ist breit gefächert. Das Burgenland hat in den letzten Jahrzehnten einen starken Aufschwung erlebt. Dabei war es der Sozialdemokratie immer wichtig, diesen Strukturwandel auch nachhaltig zu gestalten. Und Nachhaltigkeit kann es nur geben, wenn wirtschaftliche Dynamik, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, im Einklang mit einer intakten Natur und Umwelt stehen.

Und daher haben wir im Burgenland bereits vor Jahren den Weg der Ökologisierung bestritten, mit dem Welterbe, mit der Vorreiterrolle, die sich das Burgenland bei der Nutzung Erneuerbarer Energien erarbeitet hat, mit der Stärkung der Wohnbauförderung als Hebel einer aktiven Klimaschutzpolitik.

Und mit den Naturparks und dem Nationalpark Neusiedler See, der kommendes Jahr sein 25jähriges Bestehen feiert. Und dieser zählt auch mit seiner Fülle an Tieren und Pflanzen, darunter rund 340 Vogelarten, zu den faszinierendsten Naturräumen Europas.

Mittlerweile bietet der Nationalpark das ganze Jahr über ein vielfältiges Besucherprogramm mit zahlreichen Exkursionen an. Mit diesem Angebot sorgt der Nationalpark dafür, dass das Bewusstsein für einen nachhaltigen Natur- und Landschaftsschutz geschärft wird. Der Nationalpark hat sich in den letzten Jahren im Natur- und Umweltschutz aber auch zu einem wichtigen Partner für das Land Burgenland etabliert. Damit wird dafür gesorgt, dass die vielfältige Natur,- und Arten- und Lebensvielfalt auch für kommende Generationen erhalten bleibt. Hier wird wirklich großartige Arbeit geleistet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Generell wird im Bereich der Umwelt und des Naturschutzes großartige Arbeit geleistet. Unsere Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf ist stets bemüht, um den Schutz unserer Umwelt. Sie hat viele Aktionen und Initiativen und Projekte ins Leben gerufen, um unsere Welt nachhaltiger zu gestalten. Da wäre zum Beispiel die Initiative „A sauberes Festl“, wo Vereine bei der Einhaltung bestimmter Kriterien eine Förderung von 450 Euro erhalten. Die Verleihung eines Nachhaltigkeitspreises, die Initiative „Richtig Heizen“, die vor kurzem präsentiert wurde, oder die Aktion "Radelt zur Arbeit" und noch viele mehr. Die Liste ist lang. Was mir dabei sehr positiv aufgefallen ist, dass viele dieser Initiativen auf Gemeindeebene stattfinden. Denn große Dinge beginnen oft klitzeklein.

Und der Umwelt- und Naturschutz in weitere Folge, die Rettung unserer Erde ist ein großes Ding, es ist eine große Herausforderung. Und hierbei erwarte ich mir auch von der neuen Bundesregierung dann keine leeren Worthülsen, sondern Taten, so wie es das Burgenland hierbei vorzeigt, gemeinsam „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“.

Der Naturschutz muss gemeinsam getragen werden. Und das geht nur durch eine Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen. Hier sind wir auf einem richtigen Weg, denn die neu ausgebildeten Naturschutzorgane, die Umweltgemeinderätinnen und Umweltgemeinderäte in den Gemeinden sind eine wesentliche Säule bei der Sensibilisierung für den Naturschutz. So auch die von Landesrätin Astrid Eisenkopf ins Leben gerufene ökologische Gemeinde, die Initiative „Glyphosatfreie und ökologische Gemeinde“, die das Ziel verfolgt, Einsätze mit glyphosathaltigen Herbiziden zu vermindern. Dazu wurde auch eine Petition ins Leben gerufen um das Ganze zu unterstützen.

Viele Gemeinden beteiligten sich bei dieser Initiative, unter anderem auch meine Heimatgemeinde Gols, indem sie auf deren Grünflächen auf andere Alternativen zurückgreifen.

Ich komme zum Schluss. Danke Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf für Deine Bemühungen um den Naturschutz und die Umwelt. Das Burgenland ist mit seinem Leitspruch "Mit der Natur zu neuen Erfolgen" auf einem sehr guten Weg.

Wir werden dem Budget natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herzlichen Dank! Beim Umweltschutz gehört auch die Abfallwirtschaft dazu. Wir haben im Burgenland und auch österreichweit eine sehr hohe Quote an Recycling. Es wird sehr gut gesammelt, Altpapier, Plastikmüll - nicht überall, Papier und Ähnliches.

Aber immer noch landen 1,4 Tonnen Müll auf burgenländischen Straßen und Wegen und zwar jährlich. Die Aktion „Sei keine Dreckschleuder“ des Landes in Zusammenarbeit mit dem Umweltombudsmann ist sehr zu begrüßen. Nur leider muss man sagen, es läuft jetzt schon seit einigen Jahren und eine wirkliche Reduktion ist leider nicht eingetreten. Das heißt, Bewusstsein schaffen durch solche Aktionen ist sehr gut, aber zu wenig. Immerhin entstehen durch diese 1,4 Tonnen Müll Kosten von einer Million Euro. Jede Tonne kostet ungefähr eine Arbeitsstunde, das sind in Summe 1.600 Arbeitsstunden, die für die Beseitigung dieser in Straßengraben landenden Müllmengen sind.

Auch die Initiative „Re-Use und Recycling“ des Müllverbandes, wo es inzwischen Leben gibt, wo man hergerichtete Elektrogeräte, die im Müll gelandet sind, zum Beispiel die hergerichtet wurde, die man dann dort kaufen kann sind sehr positiv. Aber das ist zu wenig. Wir brauchen in Wirklichkeit mehr Anreize und die sind halt meistens sehr gut über finanzielle Maßnahmen zu steuern. Was fehlt, ist, so wie es in Deutschland und in skandinavischen Ländern sehr gut funktioniert, ein Getränkepfandsystem, eine Erhöhung des Mehrweganteils.

Wir sind über die letzten Jahre, oder über die letzten Jahrzehnte muss man jetzt schon sagen, leider immer mehr von der Mehrwegflasche weggekommen. Die Einwegflasche ist eigentlich das, was man hauptsächlich in den Geschäften findet, non der Aludose bis zur Plastikflasche. Die letzten Umweltminister haben da sehr stark auf die Freiwilligkeit gesetzt. Die Freiwilligkeit der Wirtschaft und sind damit eigentlich kläglich gescheitert bis eingefahren. Das funktioniert genau Null.

Deswegen braucht es ein verpflichtendes Pfandsystem um hier verstärkt Anreize zu bieten. Das würde natürlich in letzter Folge auch relativ rasch Auswirkungen auf die 1,4 Tonnen Müll, die im Straßengraben landen, haben, weil dann dort natürlich wesentlich weniger Müll landen würde.

Das heißt, eine relativ kleine Maßnahme, die eigentlich logisch wäre und viele positive Aspekte schafft. Leider ist man da in den letzten Jahren nicht bereit gewesen dazu, obwohl es, wie gesagt, in Deutschland und in den skandinavischen Ländern sehr gute Systeme gibt, die funktionieren. Man müsste also das Rad nicht neu erfinden, das hat ja auch früher sehr gut funktioniert. Bei einigen Gebinden, gerade bei Bierglasflaschen

funktioniert es nach wie vor. Der Anteil der Mineralwasserflaschen, der früher ein sehr hohes Pfand und ein Mehrwegsystem hatte, ist extrem zurückgegangen.

Das ist genau die verkehrte Richtung, die eben noch dazu hier zu extremen Mehrkosten führt. Auch gerade bei den Pfandsystemen wäre es eben auch notwendig zu schauen, dass man Mehrwegsysteme schafft, wo die Wiederverwertung der Flaschen, egal ob Plastik oder Glas, möglich ist.

Denn Einwegflaschen, die dann in der Recyclinganlage landen, sind zwar vom Müll weg, aber wirklich eine ökologische Maßnahme ist das auch nicht. Wer sich einmal angesehen hat, wie aufwendig die Reinigung dieses Rohstoffes ist, wieviel Wasser und Energie dafür gebraucht wird, der wird einsehen, dass Einweg kein Weg ist.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist der Herr Landtagsabgeordnete Peter Heger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Peter Heger (SPÖ): Ja danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Gerade in der Abfallwirtschaft sind sehr, sehr, viele positive Dinge erreicht worden. Und diese positiven Dinge werden wir auch in Zukunft und werden wir in Zukunft nur gemeinsam erreichen. Die Politik kann auch im Bereich der Abfallwirtschaft nur Rahmenbedingungen schaffen. Und um diese Rahmenbedingungen zu erfüllen, ist der Unternehmer, die Unternehmerin ebenso wichtig wie die Bevölkerung, die Konsumentinnen und Konsumenten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber ebenso eben die politischen Vorgaben aufgrund der Gesetzgebung.

Meine Damen und Herren, die Abfallwirtschaft im Burgenland ist eine weitergeschriebene Erfolgsgeschichte. Der Burgenländische Müllverband, der ja wirklich in seiner Organisation einzigartig ist, ist eine Organisation über das gesamte Burgenland. Und so sind viele Dinge in diesem Bereich einfacher umsetzbar. Mit seiner Tochter, dem Umweltdienst Burgenland, schaffen wir auch die vorbildliche Logistik, die ordnungsgemäße Sammlung, Entsorgung und Verwertung aller Müllfraktionen.

Was in Zukunft vom Burgenländischen Müllverband und vom UDB erwartet wird, ist einiges. Da ist einmal das Gemeindepaket. Hier geht es bereits seit 2011 um die ständige Weiterentwicklung der Service- und Dienstleistungen für die Gemeinden. Ich selber kann mich noch gut an die zahlreichen, fast gebetsmühlenartigen Diskussionen mit dem Geschäftsführer des UDB erinnern, was die Baum- und Strauchschnittfraktion betrifft. Heute ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Preis und Service für beide Vertragspartner stimmen. Das sieht man auch an der Menge des abgelieferten Baum- und Strauchschnitts. Diese Menge steigt von Jahr zu Jahr, eine Win-Win-Situation also, sowohl für den UDB als auch für die Gemeinden.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden bleibt auch weiterhin ein wichtiger Eckpfeiler zur Modernisierung der Abfallwirtschaft. Unter dem Begriff „Gemeindepaket“ werden die Gemeinden auch weiterhin beim Betrieb der Abfallsammelstellen unterstützt werden. Sollte es zur Errichtung von regionalen, modernen Zentren kommen, was angedacht ist, können sich Gemeinden freiwillig und regional anschließen und die Errichtung und den Betrieb von eigenen Abfallsammelstellen gänzlich an den Burgenländischen Müllverband übertragen. Damit fällt in diesem Fall die organisatorische und finanzielle Belastung für die Gemeinden zur Gänze weg. Das ist natürlich auch für das Jahr 2018 geplant. Die Zielsetzung ist, die ökologischen Abfallströme und die

Abfallwirtschaft weiterzuentwickeln. Dabei sind natürlich Vorteile für unsere Gemeinden gegeben.

Kinder und Jugendliche stellen eine wichtige Zielgruppe für die Öffentlichkeitsarbeit des BMV dar. Aus diesem Grund werden die Aktivitäten in diesem Bereich auch im kommenden Jahr intensiv fortgesetzt. Workshops, Vortragsveranstaltungen sowie Unterstützung schuleigener Aktivitäten und Exkursionen zur Müllbehandlungsanlage werden auch im kommenden Jahr verstärkt angeboten werden. Hier setzt der Burgenländische Müllverband auch auf die Information der Jüngsten. Gerade bei den Kindern muss angefangen werden, sie aufzuklären und ihnen die Wichtigkeit der Mülltrennung näherzubringen.

Ein besonderes Projekt ist das Re-Use-Netzwerk Burgenland. Die erste Ausbaustufe ist abgeschlossen. Das Burgenland verfügt nun über ein flächendeckendes Netz an Re-Use-Shops über das gesamte Land. Im nächsten Schritt soll es zur Unterstützung für diese Re-Use-Shops zumindest drei Reparaturzentren im Burgenland geben. Auch die Öffentlichkeitsarbeit soll intensiviert, und Re-Use-Tage werden in den Gemeinden organisiert.

Erst durch den Weitblick der Verantwortlichen hat das Motto des BMV und des UDB „Weiterverwenden statt Wegwerfen“ mit der Gründung und Organisation der Second-Hand-Läden ein Gesicht bekommen. Jetzt, ab dem kommenden Jahr geht es um die Umsetzung der Zukunftsvision, den Aufbau der Reparaturzentralen. So kann recycelt werden und es können auch wieder, und das ist aus meiner Sicht ganz besonders hervorzuheben, Arbeitsplätze geschaffen werden.

Was sind aber weitere wichtige Aufgaben der Abfallwirtschaft für 2018? Die Info-Kampagne gegen Lebensmittelentsorgung im Abfall, zu diesem wichtigen Thema wird auch das kommende Jahr intensiv weitergeführt. Ziel ist es, den Anteil an verwendbaren Lebensmitteln im Restmüll signifikant zu reduzieren.

Wichtig ist auch die österreichische Kampagne gegen die illegalen Müllsammler. Diese wird auch im Burgenland weiter aktiv unterstützt. Die Bevölkerung soll über die wahren Hintergründe dieser Aktivitäten aufgeklärt werden. Im Gegenzug werden die Vorteile der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung im Burgenland beworben.

Der BMV wird auch für 2018 wieder eine landesweite Flurreinigung organisieren. Dabei werden im Rahmen einer umfassenden Aktion alle Burgenländerinnen und Burgenländer eingeladen, sich an dieser wichtigen Umweltaktivität zu beteiligen.

Um den optimalen Betrieb der Abfallsammelstellen der Gemeinden nachhaltig zu gewährleisten, werden die verantwortlichen Mitarbeiter in Ausbildungskursen regelmäßig einer intensiven Schulung unterzogen. Die heurige Schulung widmete sich schwerpunktmäßig dem Thema Verwertung und Entsorgung von Lithiumbatterien und Akkus. Rund 250 Teilnehmer haben Anfang November daran teilgenommen.

Diese Ausbildungskurse sehen der Burgenländische Müllverband und der Umweltdienst Burgenland als eine der besonders wichtigen Aufgaben. Dann gibt es auch noch das EU-Projekt „NAREG“. Wie Sie wissen, nimmt der Burgenländische Müllverband als Projektpartner am grenzüberschreitenden INTERREG-Programm „NAREG“, das ist nachhaltige regionale Ressourcennutzung, teil. Wer sind hier die Projektpartner? Das sind der slowakische Abfallverband ZOHZO, der slowakische Landkreis Trnava, die Forschung Burgenland mit der Fachhochschule Pinkafeld und der Abfallverband Schwechat.

Im Hinblick auf die EU-Umweltpolitik trägt das vorgelegte Projekt im Allgemeinen zur Verminderung von Treibhausgasen und Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft in den

Projektregionen Burgenland und der Slowakei bei. Das Projekt wird zu 85 Prozent von der Europäischen Union gefördert. Die voraussichtlichen Gesamtkosten belaufen sich auf etwa zwei Millionen Euro, wobei der BMV einen Anteil von 753.000 Euro trägt und das Projekt läuft drei Jahre und endet im Dezember 2020.

Eine Erfolgsgeschichte ist auch die landesweite Flurreinigung. Alle Burgenländerinnen und alle Burgenländer werden ja eingeladen, sich an der landesweiten Flurreinigung zu beteiligen. Es waren im Jahr 2017 129 Gemeinden, die sich aktiv an dieser Umweltaktion beteiligt haben und die Natur von rund 220 Tonnen Müll befreit haben. Auch zahlreiche Schulklassen haben hier mitgemacht und haben mitgeholfen, unser Land sauber zu halten. Das ist für den BMV ein Grund mehr, derartige Kooperationen nicht nur 2018, sondern auch in weiterer Zukunft noch stärker zu fördern. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Wie schaut es aber jetzt mit dem Müllbehandlungsbeitrag 2018 aus? Bereits zum 15-mal hintereinander gibt es keine Erhöhung der Müllgebühren im Burgenland. Der Vorstand und die Verbandsversammlung vom 2.12.2017 haben beschlossen, die Mülltarife auch im kommenden Jahr nicht zu erhöhen.

Ich darf mich abschließend beim Burgenländischen Müllverband, beim UDB Burgenland, den Funktionärinnen, den Funktionären, den Geschäftsführern sowie den Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern bedanken. Sie alle leisten wirklich großartige Arbeit. Sie lösen für uns die Probleme, die wir - jeder Einzelne von uns - für die Abfallwirtschaft bereiten. Denn Abfallwirtschaft ist und bleibt ein wichtiger Faktor in unserer Lebensqualität.

Meine Fraktion wird diesem Budgetabschnitt natürlich gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter Heger. Mit der Anmerkung, dass in der Rednerliste Ihr Vorgänger auch der Nachfolger ist, erteile ich dem Kollegen Wolfgang Spitzmüller wieder das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Ich könnte es auch auf einmal bringen, aber dann wird es zu lang. Ihr seid ohnehin schon so unaufmerksam. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ja, entschuldige, wenn man redet und Ihr redet alle gleichzeitig, ist das ein bisschen mühsam, aber gut.

Es geht um Tierschutz, vielleicht kann ich Euch da eher fesseln. Das Tierschutzbudget besteht zum Hauptteil aus dem Tierschutzhaus in Eisenstadt beziehungsweise neben Eisenstadt, dass ein wichtiger Teil des Tierschutzes ist und seit der Einrichtung eigentlich gute Arbeit leistet. Nach wie vor haben wir ein bisschen das Problem, dass wir im Landessüden und auch in der Landesmitte ein bisserl ein Manko haben, das Gott sei Dank sehr viele Ehrenamtliche auffangen.

Der Verein „Wir fürs Tier“, der in Oberwart daheim ist, hat sich nun zur Aufgabe gesetzt, in den nächsten ein, zwei Jahren auch im Landessüden ein Tierschutzkompetenzzentrum einzurichten, das zum Teil auch ein kleines Tierschutzhaus mit Unterbringungsmöglichkeiten schaffen soll. Es ist deswegen wichtig, weil wir wissen das alle zu Genüge, weil wir selber viel im Burgenland unterwegs sind, das Burgenland hat sehr lange Strecken, und deswegen ist es einfach notwendig, dass man nicht nur im Landesnorden einen Tierschutzfixpunkt hat, sondern auch im Süden, sodass nicht nur die Tiere, sondern besonders, weil ja die Tiere immer Haltern gehören, also die Menschen damit verbunden sind, auch für die Menschen das sehr wichtig ist.

Ein großes Problem war leider auf Bundesebene, dass … *(Der Feueralarm erklingt. - Abg. Doris Prohaska: Nein, nicht schon wieder.)* Ich habe gar nichts zur Feuerwehr gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist die heiße Luft.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Ich unterbreche die Landtagssitzung und bitte Sie, den Landtagssaal und das Gebäude zu verlassen, bis die Feuerwehr die entsprechenden Direktiven gibt.

(Die Sitzung wird um 10 Uhr 11 Minuten unterbrochen und um 10 Uhr 33 Minuten wieder aufgenommen.)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und ich bitte den Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller mit seiner Wortmeldung fortzufahren.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Jetzt habe ich wieder null Minuten. Super. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Keine Sorge. Wo war ich stehen geblieben? Das Wort, das ich zuletzt verwendete, sage ich lieber nicht mehr. Es ging um das Bundestierschutzgesetz, das leider von Anfang an ein bisschen, was heißt ein bisschen, eine nicht wirklich sehr gelungene Sache war.

Zuerst war das Problem damit, dass man eigentlich vielen Tierschutzvereinen, die kein eigenes Tierheim haben, aber sehr wohl Tiervermittlung und Kastrationsprojekte und ähnliches machen, verunmöglicht hat, öffentlich Tiere anzubieten. Das wurde jetzt mit dieser Novelle einigermaßen korrigiert. Leider ist aber nach wie vor doch noch der Wurm enthalten. Ein wesentlicher Punkt, der von vielen Tierschutzvereinen und Tierschutzengagierten gefordert war, dass in Zoofachhandlungen keine lebenden Tiere, also vor allem Hunde und Katzen, angeboten werden dürfen. Das ist jetzt nach wie vor möglich.

Wenn man das Gesetz durchliest, ist es jetzt sogar dann möglich, dass Tierhandlungen Pflegetiere übernehmen können, was eigentlich überhaupt nicht im Sinne einer Tierhandlung ist. Das ist keine Aufbewahrungsstelle für Tiere, sondern ein Verkaufsladen.

Was nach wie vor verboten bleibt, ist das Anbieten von Tieren in Schaufenstern. Auch da geht es vor allem um Hunde und Katzen, aber auch um andere Tiere. Hunde und Katzen dürfen leider nach wie vor von Tierhandlungen angeboten und innerhalb der Räumlichkeiten auch zur Schau gestellt werden.

Das ist vor allem deswegen ein Problem, da wir wissen, dass, bis auf rühmliche Ausnahmen, sehr viele dieser Tiere und Katzen leider nach wie vor aus denjenigen Ländern kommen, wo sehr viel Qualzuchten passieren, wo eigentlich sehr oft in Käfigen eine gewisse Massentierhaltung betrieben wird.

Das hätte eigentlich mit der neuen Tierschutzgesetzgebung hintangehalten gehört. Das ist aber leider auch nicht passiert. Wie sich das Gesetz jetzt auf diese beschriebenen Tierschutzvereine, die keine eigenen Tierheime haben, aber dennoch dazu beitragen, dass wenn in Familien, Tiere aus den verschiedensten Gründen nicht mehr gehalten werden können, seien es jetzt gesundheitliche Gründe oder weil eine Familie auseinandergeht, beziehungsweise weil jemand stirbt, auswirken wird, wissen wir nicht.

Das ist ein ganz wichtiger Teil der Arbeit der Tierschutzvereine. Wie das jetzt in der Praxis dann laufen wird, wird man erst sehen. Deswegen ist der Änderungsantrag für uns auch dahingehend in Ordnung, dass es um eine Evaluierung geht. Wir werden diesem

Antrag unsere Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Edith Sack)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die Frau Abgeordnete Karin Stampfel ist als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren und Zuhörer auf den Rängen. Jeder, der mich kennt, weiß, dass mir der Tierschutz eine Herzensangelegenheit ist. Daher freut es mich besonders, dass im Bereich Tierschutz im kommenden Jahr knapp 200 000 Euro mehr zur Verfügung stehen. Tierschutz ist zwar in der Gesetzgebung Bundessache, aber wir können auch auf Landesebene vieles tun, um das Tierleid zu verhindern. Wir haben seit kurzem ein neues Tierschutzgesetz, mit dem sich die alte Regierung definitiv nicht rühmen kann.

Im Gegenteil. Dieses Gesetz ist absolut am Ziel vorbeigeschossen. Es wurde dann zwar - siehe auch den vorliegenden Antrag - etwas nachgebessert, doch es gibt hier noch vieles zu tun. Es braucht klare Vorgaben und klare Gesetze, um der Tierquälerei entgegen zu wirken und sie zu verhindern. Ein großer Punkt ist vor allem der illegale Welpenhandel im Internet. Hier müssen wir etwas tun, um diesen abzustellen und somit Tierleid zu verhindern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Menschen, die hier agieren und nur aus Gründen des Kapitalismus Tiere quälen und als Sache ansehen, gehören bestraft. Wesentlich höher bestraft, als es derzeit der Fall ist. Ich bin sehr froh, dass wir mit Landesrätin Verena Dunst eine Landesrätin haben, der Tierschutz auch wirklich am Herzen liegt. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Wir haben im Landesvoranschlag fünf Voranschlagsstellen für den Tierschutz. Im Bereich der Tierschutzmaßnahmen haben wir auf 150.000 Euro aufgestockt. Im Bereich des allgemeinen Tierschutzes gibt es 70.000 Euro mehr. Bei den innovativen Tierschutzmaßnahmen sind es 50.000 Euro, die zur Verfügung stehen und im Bereich der Nutztiere sind es 30.000 Euro.

Ich möchte hier kurz unser Tierschutzhaus, den Sonnenhof, ansprechen. Vielen Dank an den Herrn Geschäftsführer Mag. Böck und sein Team. Dieses Tierschutzhaus zeigt auf, wie es gehen kann. Man kann dort, um zum Beispiel, einen Hund kennen zu lernen, mit den Betreuern sprechen und eventuell auch mit dem Hund spazieren gehen. So kann man schnell erkennen, ob man für einen Hund geschaffen ist und ob der Hund, den man sich wünscht auch der richtige ist.

Dass diese Arbeit Erfolg nach sich zieht, zeigt die Vermittlungsquote. Vor allem im Bereich des vorhin angesprochenen illegalen Welpenhandels war der Sonnenhof auch in diesem Jahr stark ausgelastet. Diese starke Inanspruchnahme, die nicht nur heuer, sondern bereits seit es den Sonnenhof gibt massiv passiert, macht es notwendig, auch hier das Budget aufzustocken.

Als nächsten Punkt wäre die Katzenkastration zu nennen. Alle ausgegebenen Gutscheine wurden verbraucht. Es hätte wahrscheinlich oft hie und da noch mehr gebraucht. Hier ist es wichtig, dass die Gemeinden wissen, dass sie auch nach Ausschöpfung dieses Kontingents noch Gutscheine ausgeben können. Hier erfolgt dann zwar die Finanzierung, einerseits durch die Gemeinde und andererseits durch den Tierarzt, aber hier kann durch wenig Aufwand viel Leid verhindert werden.

Wir sprechen nämlich nicht von dreistelligen Beträgen, sondern wir reden von Euro 15 pro Katze und Gemeinde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Burgenland wurde auch heuer wieder der Tierschutzpreis im Nutztiersektor sowie im Heimtiersektor vergeben. Im Nutztiersektor gibt es jeweils 1.000 Euro Preisgeld für konventionelle und alternative Schweinehaltung und im Heimtiersektor wird kurz vor Weihnachten dieser Preis in Höhe von 1.000 Euro an Privatpersonen oder private Vereine vergeben, die sich im Bereich des Tierschutzes engagieren und viel Herzblut und Geld hineinstecken, um den Tieren zu helfen.

Im kommenden Jahr wird es aufgrund der Tatsache, dass der Sonnenhof durch seine hohe Auslastung oft keinen Platz hat, auch Verwahrverträge mit privaten Einrichtungen geben. Somit ist sichergestellt, dass auch private Tierschutzeinrichtungen vom Land unterstützt werden und ihre Arbeit geschätzt und anerkannt wird.

Im Bereich der Kastrationsgutscheine wird aufgrund der immer höher steigenden Anzahl an Streunerkatzen auch das Budget erhöht. Schon jetzt bedanke ich mich bei allen freiwilligen Helfern, privaten Tierheimen und Gemeinden für ihren Einsatz im Sinne des Tierschutzes.

Wie Sie sehen, liegt uns Tierschutz sehr am Herzen. Wir sind stets bemüht, uns für die Tiere einzusetzen, denn sie selbst können sich nicht helfen. Daher bedarf es unserer Hilfe. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einige Worte zum Tierschutz verlieren.

Ein Bereich, der im Burgenland ausgezeichnet funktioniert. Es wurde schon vorher von meiner Vorrednerin erwähnt, dass diese Tatsache vor allem an dem mustergültig geführten Tierschutzhaus Sonnenhof, hier in der Nähe von Eisenstadt, liegt. Dort können nämlich bis zu 100 Katzen und 70 Hunde sowie diverse Kleintiere untergebracht werden.

Diese Tiere erfahren im Sonnenhof die bestmögliche Pflege, ärztliche Betreuung und eine artgerechte Haltung. Ein besonderes Anliegen ist dabei auch die rasche Vergabe, was wir auch vorher schon gehört haben. In der Vergangenheit ist es auch gelungen, die Verweildauer der Tiere so kurz wie möglich zu halten.

Ich möchte Dir heute besonders danken, Herr Mag. Wolfgang Böck, Dir und Deinem Team, für die engagierte und professionelle Arbeit. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dieser Sonnenhof ist eigentlich über die Landesgrenzen hinaus als eines der modernsten Tierschutzhäuser in ganz Österreich anerkannt. Aber, eine große Herausforderung des Tierschutzes ist die starke Zunahme von illegal transportierten Tieren, vor allem von Hunden, an den burgenländischen Grenzen. Aufgrund der Erfahrungen in den vergangenen Jahren war es hier auch notwendig, das Budget aufzustocken.

Im Rahmen des Budgets sollen auch Möglichkeiten geschaffen werden, mit entsprechenden Maßnahmen Spitzenauslastungen besser abzufedern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Budget 2018 ist auch ein klares Bekenntnis für die Zusammenarbeit mit privaten Tierschutzeinrichtungen. Durch

Verwahrverträge mit dem Land soll es den Tierschutzvereinen, die nach dem 30.7.2018 keine Genehmigung als Tierschutzhaus erwirken konnten, ermöglicht werden, trotzdem ihre wichtige Arbeit auch weiterzuführen.

Auch der Bereich des präventiven Tierschutzes findet im Landesvoranschlag 2018 seine Berücksichtigung. Ich möchte in diesem Zusammenhang die steigende Population von Streunerkatzen ansprechen. Um diesem Problem entgegenzuwirken, wird es im Burgenland auch im kommenden Jahr wieder die Katzenkastrationsaktion geben. Im Budget wurde auch die Bezuschussung der entsprechenden Gutscheinaktion erhöht. Bis auf wenige Ausnahmen funktioniert diese Präventionsmaßnahme flächendeckend.

Meine Damen und Herren! Um den Tierschutz noch mehr in den öffentlichen Fokus zu rücken, gibt es den Tierschutzpreis - und zwar sowohl für Heimtiere, als auch für landwirtschaftliche Nutztiere. Erst Anfang dieser Woche fand die Verleihung des burgenländischen Tierschutzpreises 2017 für Nutztiere an zwei Schweinehaltungsbetriebe statt, und zwar für konventionelle, als auch für alternative Tierhaltung.

Ich möchte den Preisträgern, einem aus Marz und einem aus Leithaprodersdorf, nachträglich natürlich sehr herzlich gratulieren. Die Gewinner sind Leitbetriebe, die andere Nutztierhalter dazu anregen sollen, sich darüber Gedanken zu machen, wo Verbesserungen im Bereich der tiergerechten Haltungsformen auch möglich sind.

Im Heimtiersektor wird der Tierschutzpreis noch kurz vor Weihnachten an je eine Privatperson und einen privaten Verein vergeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das neue Tierschutzgesetz hat für einige Aufregung gesorgt. Aber, eines ist klar, nämlich, unser Standpunkt dazu, denn es muss weiterhin klare Regelungen geben, um unsittliche Tierschutzpraktiken und vor allem den illegalen Welpenhandel im Internet zu unterbinden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine Damen und Herren! Das Tierschutzbudget 2018 ist um 185.000 Euro höher dotiert als 2017. Insgesamt stehen mehr als eine Million Euro zur Verfügung. Grundsätzlich geht der Tierschutz uns alle an.

Die Politik kann aber die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Mit diesem Budget ist sichergestellt, dass der Tierschutz im Burgenland auch im nächsten Jahr auf sicheren soliden Beinen steht.

Frau Landesrätin Verena Dunst! Dir möchte ich für Deinen Einsatz, für Deinen unermüdlichen Einsatz in diesem Bereich danken. Dir ist es gelungen, das Bewusstsein für den Tierschutz im Burgenland zu stärken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Die SPÖ wird diesem Kapitel klarerweise zustimmen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort der Frau Landesrätin Verena Dunst. Sie spricht von der Regierungsbank.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Besonders natürlich unsere jungen Menschen, die heute zusehen, natürlich auch jenen, die uns zuhören. Vielen herzlichen Dank zunächst einmal all jenen, die zum Thema Tierschutz gesprochen haben und all jenen, die sich aus ihrem Klub als Tierschutzsprecher für den Tierschutz einsetzen. Ich bin ihnen sehr verpflichtet, weil der Tierschutz uns alle angeht.

Daher an alle drei ein Dankeschön für ihre Wortmeldung und eine Dankeschön für die Unterstützung. Der Tierschutz ist für mich ganz wichtig, weil es wirklich auf die Gesellschaft darauf ankommt, wie man mit Tieren umgeht. Einer von Ihnen, ich glaube es war der Herr Abgeordnete Kovacs, hat gesagt, die Tiere können sich selber auch nicht helfen.

Daher bin ich so froh, dass wir im Burgenland viele Tausende Menschen haben, die beim Tierschutz helfen. Sie, Frau Abgeordnete Stampfel, war es, die diesen klaren Satz gesagt haben. Vielen Dank dafür, weil das auch so ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, dass die jungen Menschen uns auch auf der Tribüne und all jene, die uns zuhören, im Burgenland auch jene Burgenländerinnen und Burgenländer sind, denen Tierschutz ganz wichtig ist. Die können sich nicht wehren und gut, dass wir nicht alle wissen, was da manchmal abgeht, wie man mit Tieren umgeht, nämlich, weder tiergerecht noch artgerecht. Das tut mir in der Seele weh.

Ich glaube, Ihnen allen auch und daher ein Dankeschön, wenn es Menschen gibt, die auf die Tiere schauen. Ich sage aber gleich dazu, ich bin selber eine fanatische Hundebesitzerin und schaue auf jedes Tier, das sich da nur irgendwie bewegt. Nur, es darf in der Tierhaltung der Nutztiere nicht aufhören. Vielen herzlichen Dank noch einmal dem Herrn Geschäftsführer Mag. Böck. Sie haben ihm und seinem Team mit Ihrem Beifall herzlich gedankt. Da geht es natürlich um Haustiere. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ und des Abg. Gerhard Steier)*

Es ist auch klar, dass es uns weh tut, wenn mit einem Vierbeiner und so weiter schlecht umgegangen wird. Aber, noch einmal eine Bitte: Tierschutz hat auch mit Nutztieren zu tun! Das ist mir auch nicht egal. Gott sei Dank sieht der Konsument und die Konsumentin das auch so, wenn wir den Tierschutz auch auf die Nutztiere immer mehr ausdehnen. Es ist nämlich nicht egal, wie beispielsweise unsere Nutztiere in den Ställen oder in der Freilandhaltung gehalten werden.

Es ist nicht egal, in welcher Umgebung sie groß werden, wie schnell sie das tun müssen und ob das auf einem natürlichen Weg passiert.

Hier habe ich, seit ich zuständig bin, der Herr Abgeordnete Kovacs hat es gesagt, auch die Nutztierpreise eingeführt und ich habe wirklich gerade in dieser Woche, weil sich das so ergeben hat, am Dienstag, im Rahmen der Landwirtschaftskammertierhaltetage zwei Betriebe ausgezeichnet, wo es um die Schweinehaltung geht.

Jetzt werden vielleicht die einen oder anderen sagen, na, was ist los, wie kann man da jemanden auszeichnen? Weil es immer darum geht, artgerecht und vor allem natürlich dementsprechend auch, ob es jetzt Kühe, Schweine, und so weiter sind, diese so groß zu machen, sozusagen in ihrer Wertschätzung, dass die es auch verdienen, dass wir dort hinschauen.

Ich bin froh, dass wir in Österreich, in Europa zu Hause sind, wo Käfighaltung verboten ist. Jetzt wieder an Sie besonders, die uns zuhören oder in irgendeiner anderen Art und Weise an unserer Sitzung teilnehmen können: Wir haben es als Konsument in der Hand, ob wir einer artgerechten Tierhaltung zusprechen oder nicht, ob wir Gänse - jetzt sage ich ein praktisches Beispiel - schnell gestopft in Ungarn oder eine Freilandgans aus dem Südburgenland kaufen. Wir haben es in der Hand, wie Tiere im Burgenland gehalten werden, denn dann kaufe ich dieses Fleisch, das regional und in guter Umgebung großgezogen wird, dann kaufe ich das, wenn ich es mir leisten kann, denn damit unterstütze ich natürlich die Landwirtschaft und vor allem die Tierhaltung.

Daher vielen herzlichen Dank, dass Sie auch darauf schauen, dass eben Tierhaltung und Tierschutz auch mit Nutztieren zu tun hat.

Lassen Sie mich aber noch einmal vielen herzlichen Dank sagen an alle Engagierten. Sie haben Recht, Herr Abgeordneter Spitzmüller: Es gibt gerade im Tierschutzbereich viele Vereine, die gemeinsam mit uns allen auf die Tiere schauen. Wir schauen natürlich, dass das landesweit möglich ist und vielleicht für den einen oder anderen, der hier sagt: „Haben die im Landtag nichts Anderes zu tun, als über Katzenkastration zu diskutieren?“ Ja! Warum? Weil wir tausende Katzen im Land haben, die Streunerkatzen sind, die Krankheiten herumschleppen, um die sich keiner kümmert.

Diese Krankheiten sind teilweise ansteckend und das geht nicht, aber, das ist auch Tierleid. Wenn ich da tausende Katzen pro Jahr frei herumlaufen habe, die sich unglaublich vermehren, die dann natürlich wieder andere, heute haben wir schon geredet, dass es so wenige Vögel und Kleintiere und Niederwild *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Naturschutz!)* gibt, klar, wie wird sich denn eine Streunerkatze ernähren?

Die reißt natürlich wieder die Vögel und so weiter. Daher ist diese Katzenkastration nicht lächerlich, sondern für den Tierschutz, aber auch für den Menschenschutz, sehr wichtig, weil die eben Krankheitsüberträger sind. Daher ist es ganz klar, dass ich für nächstes Jahr wieder mehr Geld zur Verfügung stellen werde, weil, das geht nicht, dass man das einfach so ungebremst dahinlaufen lässt.

Danke, dass Sie diesem Budgetkapitel auch die dementsprechende Zustimmung geben. Warum? Weil das Budget für Tierschutz größer geworden ist, weil wir mehr Geld brauchen, weil Tierschutz letztendlich, wie bereits gesagt, wichtig ist und auch Menschenschutz ist.

Danke dafür! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie sind mich leider mit meiner Wortmeldung noch nicht los, meine Damen und Herren! Warum? Ich hätte es für schade gefunden, gestern um 23 Uhr 30 Minuten am Abend zu den Themen Familien und Frauen Stellung zu beziehen. Ich möchte das jetzt deshalb tun, weil die Familie und die Frauen sehr wichtig sind - auch als Budgetansatz in der Landespolitik. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag.a Michaele Resetar: Warum mussten dann dazu noch die Abgeordneten gestern reden?)*

Daher gestatten Sie mir einige Sätze dazu zu sagen, weil ich glaube, Frau Abgeordnete, dass das auch mit einer Wertschätzung gegenüber diesen zwei Kapiteln, vor allem mit Frauen und Familien zu tun hat.

Ganz kurze Zusammenfassung: Ich möchte mich bei der Frau Abgeordneten Sack und bei der Frau Abgeordneten Petrik für die gestrigen Wortmeldungen bedanken. Es geht darum - und wir haben sicher auch sehr viele junge Menschen, für die wir uns über Frauenrechte vielleicht in einer Art artikulieren, für die das normal und selbstverständlich ist.

Ich freue mich, wenn das in der Generation ab jetzt sozusagen normal ist, dass man erstens nicht auf Grund seines Geschlechtes benachteiligt ist. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn das so ist. Zweitens: Ich würde mich sehr freuen, wenn es darum geht, dass das in der positiven Entwicklung so weitergeht, dass immer mehr Frauen ein eigenes Einkommen haben, dass immer mehr Frauen, selbst verdienen können und von wirtschaftlichen Zwängen unabhängig sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Drittens: Ich würde mich natürlich auch sehr freuen, wenn es darum geht, dass man sehr unabhängig, auch in Tagen wie diesen, wo wir auf 16 Tage Gewalt hinschauen, weil Abhängigkeit hat auch sehr oft mit Gewalt zu tun.

Ich rufe Sie daher, egal ob Sie hier im Hause sind, oder uns zuhören, wirklich vor den Vorhang, wenn jeder Mensch, der schaut, dass Gewalt nicht möglich ist, Gewalt, da darf es kein Tabu geben, weil jeder Mensch hat das Recht, gewaltfrei, Kinder, Frauen, Männer, beeinträchtigte Menschen, im Burgenland zu leben. Schauen wir alle darauf und glauben Sie mir, dass es da leider noch viele Menschen gibt, denen es nicht gut geht.

Unser Sozialhaus und unser Frauenhaus sind über das Jahr, Gott sei Dank, sehr ausgelastet. Ich bin sehr stolz darauf, dass mir das 2004 gelungen ist, dass wir endlich auch ein Frauenhaus haben. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir als einziges Bundesland in jedem Bezirk eine Frauenberatungsstelle haben, denn das gibt es nirgends.

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir über das Gewaltschutzzentrum bis hin zu vielen Einrichtungen für Frauen und Mädchen in diesem Land dafür sorgen, dass, wenn sie Sorgen und Probleme haben, wo sie alleine nicht mehr zurechtkommen, dass sie dort kostenlos und anonym hingehen können.

Dafür möchte ich mich bedanken, vor allem eben auch für die Unterstützung, was mit Frauenrechten, Gleichberechtigung, Einkommen, Unabhängigkeit und vor allem Gewaltfreiheit zu tun hat. Genauso bedanke ich mich bei allen Familiensprechern und -sprecherinnen der Fraktionen. Ich weiß, da habe ich Ihre Unterstützung. Es wird nicht weniger, sondern das gleiche Budget geben, es kommt noch ein bisschen etwas dazu, weil es die Familien verdienen.

Die Kinderbetreuung ist gestern diskutiert worden. Da kommen auch 4,5 Millionen Euro aus dem Familienbudget. Dafür bin ich sehr froh, denn da haben wir viel zu tun.

Wir müssen vor allem auf jene Familien schauen, und wir haben immer mehr Alleinerziehende, Väter und Mütter, über 9.000 Mütter, die alleine erziehen, über 1.000 Männer, die alleine erziehen, die haben es natürlich besonders schwer und auch deren Kinder, denn Armut darf für die Familien kein Thema sein.

Vor allem, wenn es um Bildung, um Ausbildung und um Qualifizierungschancen geht, müssen wir jene unterstützen, die diese Unterstützung brauchen. Dafür braucht es Geld. Danke, dass Sie diesen Budgetkapiteln zustimmen werden.

Ich bin stolz darauf, dass es gelungen ist, bei den Budgetverhandlungen all diese Dinge teilweise zu erhöhen oder zumindest auf dem gleichen Niveau zu halten, denn die Menschen im Burgenland brauchen es. Dankeschön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Mag.a Regina Petrik hat sich als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident, Frau Präsidentin. Dankeschön auch für das Interesse der jungen Menschen auf der Galerie und allen anderen Zuhörenden. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Lieber Herr Landesrat! Liebe Frau Landesrätin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind nun bei der Voranschlagsgruppe 5, Gesundheit angelangt. Wie ich es bereits in der Generaldebatte angesprochen habe, trifft das Gesundheitsbudget ein besonderes Schicksal. Es muss nämlich über die Jahre hinweg das auffangen, was in anderen Politikbereichen, in anderen Ressorts, falsch gelaufen ist.

Es muss Lösungen für Probleme haben, die durch Fehlentscheidungen in anderen politischen Bereichen entstanden sind. Denn die Kosten für die Gesundheit steigen nicht nur deshalb, weil die Menschen immer älter werden, sie steigen auch deshalb, weil eine Politik betrieben wird, die mitunter gesundheitsschädlich ist.

Da ist zum Beispiel die Verkehrspolitik. Eine Verkehrspolitik, die nicht auf die massive Reduktion des $C0_2$-Ausstoss setzt, nimmt gesundheitliche Schäden in Kauf. Das war jetzt gerade bei unserem kurzen Aufenthalt, draußen vor dem Landhaus, ein Thema.

Eine Verkehrspolitik, die eine hohe Fahrgeschwindigkeit, die ein Tempo wichtiger nimmt, als das Wohlbefinden der Anrainerinnen und Anrainer, die in Kauf nimmt, dass Lärm krank macht, nur um sich die Schnellfahrer gewogen zu halten, die erzeugt in der Folge Zusatzkosten im Gesundheitsbudget. *(Die Abgeordnete entnimmt ein Paket nach dem anderen aus einem Sack heraus.)*

Wir haben also eine Menge Packerln, die da dem Gesundheitsbudget noch übergeben werden. Beispielsweise das Paket Lärm. Beispielsweise das Paket Feinstaub. Beispielsweise die Agrarpolitik. Eine Agrarpolitik, die auf die Qualität der Lebensmittel weniger setzt, als auf die Quantität, die den Einsatz von bedenklichen Pflanzenschutzmitteln verteidigt, die belastet auf die Dauer das Gesundheitsbudget.

Ich bin, nebenbei bemerkt, zuversichtlich, dass wir GRÜNE mit dieser Sicht von Agrarpolitik in einer vom Bauernbund unabhängigen Agrarlandesrätin eine Verbündete haben. Da ist die Umweltpolitik, die es in ihrer Halbherzigkeit zulässt, dass der menschliche Organismus mehr und mehr belastet wird, dass bereits Kinder chronische Schäden erleiden und dass damit à la longue dem Gesundheitsbudget der nächste Brocken aufgebürdet wird. Das alles wird Stück für Stück, Brocken für Brocken, dem Gesundheitsbudget umgehängt.

Wir haben es natürlich in diesem Bereich auch mit vielen Entscheidungen zu tun, die auch auf Bundesebene getroffen werden, gar keine Frage! Jetzt, ganz aktuell, etwa die Debatte um den Nichtraucher- und den Nichtraucherinnenschutz, der Gefahr läuft, wieder ausgehöhlt zu werden. Wird sich unsere Landes-FPÖ als so vernünftig erweisen, sich dafür einzusetzen, dass der Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher bleibt? Ich bitte sehr darum, denn das ist auch für die Folgekosten, die wir uns dann im Gesundheitsbudget hoffentlich ersparen, wichtig.

Oder, wird sie es in Kauf nehmen, dass Folgekosten durch Passivrauchen das Gesundheitsbudget weiter belasten werden, dass die Herzinfarktrate und Lungenkrebs beziehungsweise die Erkrankungen der Atemwege wesentlich durch Belastungen, durch ein aktives und passives Rauchen beeinflusst sind, denn das hat ja nichts mit ideologischen Einschätzungen zu tun, sondern, das ist einfach eine erwiesene Tatsache.

Heute in der Früh bin ich darauf hingewiesen worden, durch meinen Facebook Account, es ist genau heute vier Jahre her, dass Kurt Kuch, ein sehr bekannter Journalist und lange Jahre in seinem Leben ein schwerer Raucher, im Fernsehen ein Interview gegeben hat und dazu aufgerufen hat, seine Kampagne „Don´t smoke“ zu unterstützen. Heute vor vier Jahren war das.

Es gibt zwar noch immer Lokale wo Nichtraucher und Nichtraucherinnen durch die Raucherbereiche durchgehen müssen und das Personal nicht entsprechend geschützt ist. Die meisten Gastronomen haben ihre Hausaufgaben aber schon gemacht. Landesrat Petschnig muss wissen, dass es ein Hohn wäre, hier schon wieder etwas zu ändern und jene die sich an Regeln halten zu bestrafen, dass sie das getan haben. Und es macht wirklich, wirklich Sinn dem Passivrauchen auch Einhalt zu gebieten.

Es geht jetzt nicht um die individuelle selbstbestimmte Entscheidung ob sich jemand einen Glimmstängel in den Mund steckt oder nicht. Ich war selber jahrelang Raucherin, zum Teil starke Raucherin, ich weiß, wie das ist. Und es geht nicht darum auf Raucher oder Raucherinnen los zu gehen.

Worum es bei dem Nichtraucherinnen- und Nichtraucherschutz geht, geht eben genau um das, was das Wort sagt, die Menschen, die nicht rauchen, vor dem Passivrauchen zu schützen. Daher macht es wirklich Sinn diesem Einhalt zu gebieten.

Es gibt bereits reichliche Erfahrungen in anderen Ländern, die wir uns zu Nutzen machen können. Etwa die Erfahrungen in Kalifornien, wo ein Tabakkontrollprogramm eine 15- bis 20prozentige Reduktion der Herzinfarkte und Schlaganfallhäufigkeit bewirkte. Die Gesundheitskosten sanken dort um 14 bis 15 Prozent und das ist ein gewaltiger Betrag. Das kalifornische Tabakkontrollprogramm hat zwischen 1989 und 2008, das ist ein langer Zeitraum natürlich, 2,11 Milliarden Euro gekostet, gleichzeitig aber wurden an Gesundheitskosten 213 Milliarden Euro eingespart.

Es macht also Sinn sich mit dem Nichtraucherschutz aus Gesundheitsbudgetperspektive zu befassen. Auch in Italien gibt es dazu mittlerweile wissenschaftlich erhobene Zahlen. Nach der Einführung des Rauchverbotes in der Gastronomie ging die Hospitalisierungsrate wegen Herzinfarkten binnen zwei Jahren um vier Prozent zurück. Die Sterblichkeit durch Herzinfarkte reduzierte sich um drei Prozent.

In Ungarn unterstützen sogar Raucherinnen und Raucher das Präventionsprogramm. Wie gesagt, ich gönne jeder Raucherin, jedem Raucher seinen Genuss und der Tabakkonsum liegt in der Selbstbestimmung volljähriger Bürger und Bürgerinnen. Aber die Nichtraucher und Nichtraucherinnen und vor allem die Angestellten der Gastronomie dürfen nicht diesen massiv gesundheitsschädlichen Substanzen rücksichtslos ausgesetzt werden. Es gibt also kein vernünftiges Argument gegen die Umsetzung eines Maßnahmenkatalogs.

Österreich ist bei der Tabakkontrolle Schlusslicht im europäischen Vergleich. Es wäre daher höchst an der Zeit im Ranking einiges zuzulegen. Aber auch andere Bereiche - wir kommen hin auch in die Arbeitsmarktpolitik, ich werde später ausführlicher darauf zurückkommen, aber wir wissen ja auch, dass Fragen, betreffend den 12-Stunden-Tag unter permanenter Arbeitsbelastung mittlerweile auch schon fast ausgemachte Sache sind auf Bundesebene.

Auch Arbeitsbelastung, Stress, Burnout, all das führt zu gesteigerten Gesundheitskosten in späteren Jahren. Ich könnte jetzt natürlich auch noch von der KRAGES sprechen und von den Fehlentscheidungen und zum Teil unglaublich intransparenten Vorgängen in diesem Zusammenhang. Genauere Zahlen zeigt uns ja das Budget bekanntlich nicht, weil es sich um einen ausgelagerten Geschäftsbereich handelt.

Ich könnte kritisch hinterfragen, ob jetzt für Einzelprojekte zur Stärkung der allgemeinmedizinischen Versorgung in ländlichen Gebieten die vorgesehenen Mittel, diese 50.000 Euro, gestern wurden sie auch schon angesprochen, wirklich ausreichen?

Ich könnte da und dort Zahlen ausheben deren Zuordnung nicht ganz nachvollziehbar ist. Aber heute liegt mein Blick, der Blick der GRÜNEN, darauf, dass das Gesundheitsbudget so einen schweren Rucksack von anderen Ressorts umgehängt bekommt, das wir daher etwas vielleicht eher Ungewöhnliches machen.

Wir geben diesem Voranschlagsteil unsere solidarische Zustimmung. Vielleicht trägt sich der Rucksack dann leichter. Und wir tun das vor allem in der Hoffnung, dass sich auch der Herr Gesundheitslandesrat mutig zu Wort meldet, wenn es auch in anderen

Politikbereichen um Entscheidungen geht die sein Budget in Zukunft belasten werden. Wir wollen uns auch damit stärker zur Wehr zu setzen, um Folgekosten im Gesundheitsbereich zu minimieren. Das muss uns die Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer wert sein.

All diese Lasten nehmen wir jetzt einmal wieder mit. *(Die Abg. Mag.a Regina Petrik packt ihre „Packerln" wieder in den Rucksack. – Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete, für Ihre Ausführungen. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte, Herr Abgeordneter, um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren Landesräte! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich darf vielleicht wieder und dieses Mal zwei Zitate in ein Match führen. Nämlich den Oscar Wilde und das jetzt aber bezogen auf meine Vorrednerin, „Gesundheit ist die erste Pflicht im Leben". Jawohl. Aber der Friedrich Schiller hat dazu auch gemeint: „Freiheit kann man einem zwar lassen, aber nicht geben".

Genau in diesem Spannungsfeld, dieser Freiheit für das Individuum und das Problem der Gesundheit, oder das Wollen das alle gesund sind, einen überzustülpen, führt zwangsläufig in ein Spannungsfeld. Das hat aber, glaube ich, mit diesem Budget, unser Landesrat, sehr ausgezeichnet zusammengebracht, sodass wir die Freiheit der Menschen im Burgenland hochleben lassen, indem wir ihnen gesundheitstechnisch all die Mittel zur Verfügung stellen. Das muss natürlich aus dem Budget abgeleitet werden, beziehungsweise die Bedarfe sind durch das Budget zu decken, sodass ein jeder im Prinzip seiner Gesundheit nachkommen kann, so ferne es in seiner Freiheit ist, das auch tun zu wollen und dafür stellen wir alle möglichen Mitteln zur Verfügung.

Da kann man nur stolz darauf sein, dass wir im Bereich Gesundheit vier, fünf Millionen Euro heuer wieder veranschlagt haben. Wenn man KRAGES Krankenanstaltengesellschaft und BURGEF Burgenländischer Gesundheitsfonds dazuzählt, kommen wir auf 93,2 Millionen Euro. Also wirklich eine wunderschöne Bestätigung dafür wie wichtig es uns ist, dass eben alles im Burgenland getan wird, damit den Burgenländerinnen und Burgenländern zum Thema Gesundheit alles so weit aufbereitet wird, dass sie ihre Gesundheit auch entsprechend im eigenen Auge und im Angebot das Burgenland für sie stellt, haben.

Gesundheit und Soziales bilden den Schwerpunkt im burgenländischen Landesbudget. Das sind wir unseren Burgenländerinnen und Burgenländern schuldig. Aber wir müssen auch Dank sagen. Dank jenen Menschen, die dafür da sind.

Weil es sind ja nicht die Spitäler. Das Gebäude alleine würde für die Gesundheit überhaupt keinen Beitrag leisten, wenn da nicht Menschen wären, wie die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger, und alle anderen die sich der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger verschrieben haben. Denen gilt es auch einmal Dank und Anerkennung zu zollen, dass sie in einem meistens Schichtdienst wirklich Tag und Nacht für uns da sind, wenn uns irgendwo der Schuh drückt, oder wenn wir größere Probleme haben die unsere Gesundheit beeinträchtigen.

Dafür herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Ein paar Details möchte ich aus dem Budget die mir besonders gefallen noch hervorheben. Das ist die Aufstockung der Mittel für die Gesundheitsvorsorge. Das ist unter anderem auch das Projekt „GeKiBu - Gesunden Kindergärten im Burgenland“.

Auch das ist etwas was eine Vorzeigemarke ist, die wir, ohne dass wir uns dafür schämen müssen, gerne auch anderen Bundesländer zeigen können, dass wir hier etwas tun und was wir tun. Die Impfstoffe müssen oder wurden auch dementsprechend höher budgetiert. Ganz besonders gefällt mir, dass der Psychosoziale Dienst, der Förderungsbeitrag, erhöht wurde im kommenden Budget.

Auch die Tierschutzmaßnahmen, und wir haben ja gerade zuerst noch den Bereich Tierschutz gehabt, auch hier fahren wir mit der Budgetierung hinauf um auch dem Tierschutz alle Ehre zu bieten.

Die Reinhaltung der Gewässer ist uns insofern ein Anliegen, insbesondere und das möchte ich herausheben, das Sonderprogramm Neusiedler See, das diesmal ganz gut, was heißt ganz gut, das diesmal sehr besonders gut bestückt ist, budgetär.

Natürlich müssen wir auch in den Krankenanstalten entsprechend nachjustieren, weil ja auch dort im Prinzip die Gehaltserhöhungen schlagend werden. Nämlich der Personalaufwand in den jeweiligen Krankenhäusern und Krankenanstalten und genauso wie der BURGEF, den ich eh schon geschildert habe mit knappen 80 Millionen Euro und der Betriebszuschuss für Wiener Neustadt, wo wir die Radioonkologie haben.

Sowie das Krankenhaus Eisenstadt, auch deren Leistung würdigen wir mit einem erhöhten Budget und den Investitionszuschuss im Krankenhaus Oberwart. Auch das ist etwas was meiner Meinung nach positiv hervorzuheben ist.

Eine kleine traurige Zahl haben wir aber auch im Budget. Das müssen wir leisten. Aber es ist halt dem geschuldet, dass die Kriminalitätsrate, und damit auch die Häftlinge, gestiegen sind, weil wir den Beitrag des Landes für die Häftlinge in Justizanstalten erhöhen müssen.

Ist halt einmal heutzutage so, dass wir mehr Häftlinge haben als unsere Justizanstalten vertragen und da müssen wir natürlich auch für ihre Gesundheit entsprechend Vorsorge treffen. Weil wir wollen uns ja nicht nachsagen lassen, wir haben Zustände wie in Ägypten.

Wenn ich an das Buch denke, das jetzt erschienen ist vom Hannes Führinger, wie es fünf Jahre lang in einem ägyptischen Gefängnis zugeht, wo sich kein Mensch darum schert, wie es denen da drinnen geht, da können wir zumindest sagen, dass wir diejenigen Insassen von Justizanstalten, dementsprechend wirklich sehr besonders menschenwürdig behandeln und betreuen. Und das ist auch eine Leistung die dieser Demokratie natürlich aller Ehre gereicht.

Wir haben aber auch zu diesem Tagesordnungspunkt noch den Gesetzentwurf der Organisationen Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland gleich mit zu verhandeln. Da möchte ich darauf hinweisen, dass eben der Bund und die Länder übereingekommen sind ein partnerschaftliches Zielsteuerungssystem zur Steuerung von Struktur und Organisationenfinanzierung der österreichischen Gesundheitsversorgung einzurichten. Diese Prinzipien, die da jetzt im Prinzip im 15a Übereinkommen festgelegt wurden, nämlich und das wird mir ganz besonders zergehen auf der Zunge, für Patientinnen und Patienten wird der Zugang zur bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung und deren hohen Qualität langfristig gesichert und ausgebaut.

Also das ist wirklich eine Verbeugung vor einer sehr, sehr hohen Qualität einer zukünftigen, und aufgesetzt auf der jetzigen guten Qualität, auf einer zukünftigen Gesundheitsversorgung. Die Steuerung und Beiträge der Bevölkerung werden besser eingesetzt. Das heißt, sie werden noch effektiver und noch effizienter eingesetzt werden.

Die Organisation- und Steuerungsmechanismen werden nach dem Prinzip der Wirkungsorientiertheit weiterentwickelt. Auch das ist im Prinzip eine „lessons learned", aus dem bis dato Gelebtem. Sowohl Versorgungs- als auch Finanzziele werden festgelegt und ein Monitoring eingeführt.

Transparente, patientenorientierte Qualität im Gesundheitswesen wird hier etabliert. Zielgerichteter Ausbau auf Gesundheitsförderung und Prävention wird auch festgeschrieben, sodass nunmehr wir, in der landesgesetzlichen Anpassung, hier diese 15a-Vereinbarung umsetzen müssen.

Da es doch im Prinzip ein sehr großer Brocken ist, hat man sich dazu entschieden, weil es legistisch einfacher ist, das Gesetz neu zu erlassen und nicht zu evaluieren. In beiden Fällen lade ich wieder die ÖVP, und natürlich alle anderen ein, den Punkten 4 und 5 und damit auch dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke für die Ausführungen, Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke, Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Gäste! Ich habe leider kein „Packerl" mit, Herr Landesrat, aber in der Gruppe 5, Gesundheit, sind rund 112 Millionen Euro für das Jahr 2018 budgetiert und für das Jahr 2017 waren es 102 Millionen Euro.

Das sind zehn Millionen Euro mehr und anteilmäßig ist das Gesundheitsbudget in den Einnahmen mit 0,41 Prozent, ganz ein kleiner Teil, und zehn Prozent bei den Ausgaben auch nicht so riesig. Das Ziel einer Gesundheitspolitik mit Weitblick sollte eine ärztliche Grundversorgung vor der Haustür und eine Entlastung der Ambulanzen in den Krankenhäusern sein. Dazu braucht es eine Stärkung der Hausärzte und die Volkspartei hat dazu bereits zahlreiche Forderungen vorgelegt.

Der Herr Landesrat Darabos hat einige Vorschläge auch aufgenommen, zum Beispiel die Errichtung einer niedergelassenen Praxis zu fördern. Im Budget finde ich für 2018 unter dem Ansatz „Allgemeinmedizinerförderungsbeitrag" lediglich einen Beitrag von 50.000 Euro. Es wurde gestern schon vom Christian angesprochen, Sie werden uns das sicher erklären wo da vielleicht andere Mittel noch zur Verfügung stehen?

Weiters muss ich auch dankenswerterweise sagen, dass Sie auch den Vorschlag der Landarztstipendien aufgenommen haben. Es stellt sich hier die Frage, aus welchem Ansatz werden die Stipendien für Jungärzte bezahlt? Auch hier bitte ich Sie, dass Sie das aufklären. Es wurde auch eine weitere unserer Forderungen aufgegriffen und eine Akutordination in allen Bezirken zugesagt.

Im Ansatz finde ich 390.000 Euro, 2017 waren dort 380.000 Euro budgetiert. In den Erläuterungen werden hier die Pilotprojekte „Netzwerk Gesundheit Seewinkel" und „Akutordination Oberwart" angeführt. Mit ist jetzt nicht ganz klar wie die Akutordinationen für alle Bezirke hier finanziert werden sollen. Aber der Herr Landesrat wird uns sicher auch hier aufklären.

Vielleicht auch in diesem Zuge die Schließung der Gynäkologie in Güssing. Habe ich ja auch gestern erfahren. Was mich bezüglich dieser budgetären Situation vielleicht auch ein bisschen stutzig macht: In der Fragestunde am 20.10.2016 habe ich Sie gefragt: Herr Landesrat, wann ist mit dieser Einrichtung vielleicht in anderen Instituten zu rechnen? Akutordination.

Wörtlich haben Sie dann gesagt: Wie Erfahrungen in den ersten Wochen zeigen, bin ich bereit, das durchzusetzen und umzusetzen. Das Pilotprojekt läuft an und für sich bis zum Ende des Jahres 2017, mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand des Landes, das möchte ich auch dazu sagen. Ja. Bei der gestrigen Fragestunde haben Sie dann gesagt: Das kostet dem Land nicht viel, das zahlt ohnehin die Gebietskrankenkasse, angeblich. Auch hier würde ich Sie bitte, dass Sie uns da vielleicht ein bisschen „Licht ins Dunkel“ bringen.

Bereits jetzt fehlen in den Ortschaften Ärztinnen und Ärzte und in den nächsten zehn Jahren gehen 60 Prozent der derzeit tätigen Kassenärztinnen und Kassenärzte in Pension. Da braucht es nun, wie im Bezirk Oberwart, eine Akutordination in jedem Bezirk.

Sie haben das ja auch gestern gesagt, dass die auch sehr gut angenommen werden, ich glaube, 220 bis 230 Patienten monatlich.

Ja, das Hauptproblem in der ärztlichen Versorgung gibt es, wie Sie wissen, an den Wochenenden und in der Nacht. Diese werden in allen Bezirken schlagend. Die Ärztinnen und Ärzte teilen sich derzeit diese Zeiten in einer Art Bereitschaftsdienst.

Dieses System wird nicht mehr lange aufrecht erhalten bleiben können, denn vor allem junge Ärztinnen und Ärzte sind immer weniger bereit, diese Stunden zu leisten. Zudem verursacht ein Krankenhausbesuch deutlich höhere Kosten als eine Patientin, ein Patient bei einem Hausarzt oder bei einer Hausärztin oder in einer Akutordination.

Ja, das kann man so sagen, das hat uns auch der Herr Dr. Biach, der Vorsitzende im Vorstand beim Hauptverband der Sozialversicherung mitgeteilt. Ein Fall im Bereich des niedergelassenen Arztes oder der Ärztin oder des Facharztes oder der Fachärztin kostet 57 Euro. Ein Aufenthalt, ein Tagesaufenthalt, in einem Krankenhaus kostet 800 Euro. Ich glaube, da besteht wirklich Handlungsbedarf. *(Abg. Gerhard Steier: Aber nur kurz.)* Und Österreich ist bekannt dafür, dass wir Europameister sind bei den Krankenhausaufenthalten. *(Abg. Gerhard Steier: Das sind aber nur 12 Stunden.)*

Ja, das ist ein Tag. *(Abg. Gerhard Steier: 12 Stunden.)* Ein Tag, ich glaube, das ist nicht einmal eine Nächtigung. Ja, also da glaube ich, besteht Handlungsbedarf. Gut. Vielleicht nur kurz, der Kollege Haidinger hat es auch kurz angesprochen: Auf der Seite C 131, ist die Budgetpost für die KRAGES und zwar für das Krankenhaus Oberwart „Investitionszuschuss“ mit Euro 100 angeführt.

In den Erläuterungen steht: Wie im Vorjahr: Mit dem geplanten Neubau des Krankenhauses Oberwart steht ein großes Investitionsprogramm bevor. Nach Abschluss der Planungsarbeiten sollen hier entsprechende Mittel durch eine Rücklagenentnahme bereitgestellt werden.

Ich glaube, die Rücklagenentnahme sind diese 50 Millionen Euro von dem GRAWE-Verkauf, der da meines Wissens zweckgebunden ist. Ich glaube, da liege ich richtig. Ja, das ist sicher eine riesige Herausforderung.

Ohne da jetzt in die Vergangenheit blicken zu wollen, aber Versäumnisse in der bisherigen Abwicklung zeigen klar auf, dass bei einem Projekt in dieser Dimension eine

durchdachte Planung, Transparenz und Kontrolle unabdingbar sind. *(Abg. Manfred Kölly: Begleitend.)* Bitte? *(Abg. Manfred Kölly: Begleitende Kontrolle.)* Begleitende Kontrolle.

Ja, wir die Volkspartei, stellen drei Bedingungen, Forderungen, um mehr Transparenz zu gewährleisten, das ist:

- Die Planungsphasen des Neubaus des Krankenhauses Oberwart sind transparent und nachvollziehbar darzustellen.
- Ein detaillierter Bericht ist dem Landtag jährlich vorzulegen.
- Ein umfassendes Verkehrskonzept ist mit Expertinnen, Experten und Betroffenen zu erarbeiten.

Da sage ich ganz ehrlich, wir, und da spreche ich für die Stadtgemeinde Oberwart, sind bemüht hier sachorientiert mitzuarbeiten, beziehungsweise zusammen dieses auszuarbeiten. Seitens der BELIG, Beteiligungs- und Liegenschafts GesmbH ist dem Landtag ein detaillierter Bericht mit Kostenaufstellung ab dem Jahr 2014 bis dato vorzulegen. Also das wäre, meiner Meinung nach, eine Transparenz, wo auch der Landtag dementsprechend Einblick in dieses, wie Sie ja oft sagen und was ja auch wahrscheinlich stimmt, in dieses größte Bauprojekt des Landes Burgenland zu haben.

Ja, der Neubau des Krankenhauses darf, meiner Meinung, nicht noch einmal Baustelle werden, wie wir es ohnehin schon gehabt haben und ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesundheitszustand der Allgemeinheit beeinflusst die Beschäftigungsquote und die Produktivität eines Landes. Daher sind unsere Forderungen für das Funktionieren des burgenländischen Gesundheitssystems wichtig, weil sie auch dementsprechend Umsetzung finden.

Das muss ich auch dankenswerterweise sagen, der Herr Landesrat hat wirklich einige Projekte, die wir hier auch zum Thema gemacht haben, aufgenommen.

Dankeschön! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte, Herr Abgeordneter, um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Rosner, Herr Abgeordneter Rosner! Die einzige Forderung, die mir von der ÖVP bekannt ist, und ich wiederhole mich wie ich es jedes Jahr mache, war damals, dass Sie Spitäler schließen wollten.

Frau Mag.a Resetar hat es damals publiziert bei mehreren Medien. Sie wollte Spitäler damals schließen und diese Forderung ist mir noch bekannt und nicht die Forderung, von mehr Einrichtungen in unserem Heimatland Burgenland. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also Günter. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren! Vorweg die Kernbotschaft zu dieser Budgetgruppe. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genier Dich!)* Wie bereits in den vergangenen Jahren geht jeder zweite Euro des Landesbudgets, meine Damen und Herren, jeder zweite Euro des Landesbudgets in die Bereiche Gesundheit und Soziales.

Auch diese Standortgarantie, Herr Abgeordneter Rosner, diese Standortgarantie für die fünf Spitäler bleibt klarerweise weiterhin aufrecht.

Anders als für so manche Kolleginnen und Kollegen in Ihren Reihen der ÖVP, wo die ÖVP nicht dafürsteht, für diese wohnortnahe, medizinische Versorgung, die für unsere Menschen im Land natürlich im Vordergrund steht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.: Das stimmt ja nicht.)*

Damit bleibt die SPÖ weiterhin der Garant für die soziale Sicherheit in unserem Heimatland Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ) I*ch darf in diesem Zusammenhang an einen Satz in der Budgetrede vom Finanzlandesrat Helmut Bieler erinnern, der mich sehr beeindruckt hat. Er sagte Folgendes: Im Burgenland soll kein Kind bittere Armut erleben müssen und kein alter oder bedürftiger Mensch ohne Pflege und Versorgung bleiben.

Lieber Herr Landesrat Helmut Bieler! Vielen Dank für die sozial ausgewogene Budgetpolitik, die für mich als Markenzeichen Deiner Regierungstätigkeit in Erinnerung bleiben wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich ein paar Worte zur burgenländischen ÖVP verliere, die *(Abg. Manfred Kölly: Nein. – Abg. Mag. Franz Steindl: Wir sind bei der Gesundheit.)* zwar immer großspurig, von einem neuen Stil redet, aber offensichtlich vergessen hat, sich bei ihrem Parteichef zu erkundigen, wie so ein neuer Stil im politischen Alltag zu leben ist.

Was wir nämlich im Burgenland sehen und erleben ist genau das Gegenteil. Vor allem im Gesundheitsbereich überschlagen sich Sagartz und Wolf und Co regelmäßig mit irritierenden Wortmeldungen und mit Schlechtreden einer funktionierenden Gesundheitsversorgung.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie sich noch so bemühen die Burgenländerinnen und Burgenländer zu verunsichern, es wird Ihnen weiterhin nicht gelingen. Und das hat einen ganz einfachen Grund, die Bevölkerung weiß ganz genau zu unterscheiden, zwischen parteipolitischer Inszenierung und der Realität in unserem Heimatland Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Werte Kolleginnen und Kollegen! Nehmen Sie sich einmal Zeit um die Ergebnisse des Gesundheitsbarometers im Burgenland zu studieren, dann werden Sie schnell erkennen, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer die Gesundheitspolitik des Landes ganz anders sehen, nämlich äußerst positiv. Konkret sind es 83 Prozent der Bevölkerung, die mit dem Gesundheitssystem im Burgenland zufrieden bis sehr zufrieden sind. Ein Wert auf konstant hohem Niveau.

Eine klare Mehrheit, nämlich 77 Prozent, bewerten die Verfügbarkeit von Spitälern als insgesamt positiv. Und das ist ein Verdienst der Gesundheitspolitik des Landes, aber vor allem auch ein Verdienst der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenanstalten, der am Land tätigen Ärztinnen und Ärzte und des Pflegepersonals.

Meine Damen und Herren! Deshalb ein Appell an die Kollegen und Kollegin der ÖVP – hören Sie endlich einmal auf die Bevölkerung zu verunsichern! Beenden Sie den schlechten Stil und akzeptieren Sie, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer sehr stolz auf ihre Gesundheitsversorgung sind.

Akzeptieren Sie auch weiterhin, dass wir die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. Im Gesundheitsbereich ist es vor allem die Zwei-Klassen-Medizin, der wir entschieden entgegensteuern müssen. Unser Landesrat Norbert Darabos hat diesbezüglich bereits schon einige wirksame Maßnahmen gesetzt.

Etwa mit zwei zusätzlichen MR-Geräten für die Krankenhäuser in Güssing und Kittsee mit längeren Öffnungszeiten. Mit verstärkten Kooperationen zwischen niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und den Krankenhäusern auf Basis des Models der Akutordination Oberwart.

Mit Förderungen von Jungärztinnen und Jungärzten, sowie einem Landarztstipendium für Medizinstudentinnen und Medizinstudenten, die sich dazu verpflichten, fünf Jahre dann auch im Burgenland zu bleiben. Dafür möchte ich mich bei Dir, Herr Gesundheits-Landesrat Norbert Darabos, recht herzlich auch bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Auch das überaus erfolgreiche Projekt „Burgenland gegen Dickdarmkrebs“ wird weiterhin fortgeführt. In den vergangenen Jahren ist diese Initiative, Dank dem Engagement der Gesundheitspolitik, der Ärztinnen, der Ärzte der Burgenländischen Krebshilfe und der Sozialversicherung ständig weiterentwickelt worden.

Insgesamt werden pro Jahr an 150.000 Personen im Burgenland Vorsorgetestpakete versendet, davon nehmen rund 40 Prozent an einem Dickdarmkrebs-Screening teil. Für 2018 sind 400.000 Euro für diese sehr wichtigen Präventivmaßnahmen auch vorgesehen. Ebenfalls in den Bereich Gesundheitsprävention fällt das Projekt „GeKiBu - Gesunde Kindergärten im Burgenland“, das seit 2011 erfolgreich umgesetzt wird. Eine Initiative, die den Schwerpunkt auf nachhaltig gesundheitsfördernde Gestaltung und einer Verbesserung des Ernährungsverhaltens legt. Für 2018 stehen dafür 122.000 Euro auch zur Verfügung.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen, die in den Bereich Vorsorge und Prävention fallen. Schon alleine aus volkswirtschaftlichen Gründen wird dieser Bereich für eine nachhaltige Gesundheitspolitik immer wichtiger. Eine Säule der Gesundheitspolitik sind natürlich die burgenländischen Spitäler, mit einer klaren, strategischen Ausrichtung, die Krankenhäuser Oberwart und Eisenstadt zu Schwerpunktkrankenhäuser im gesamten medizinischen Bereich zu spezialisieren. Die Krankenhäuser in Kittsee, Güssing und Oberpullendorf werden zu hoch spezialisierten medizinischen Zentren weiterhin ausgebaut.

Das Budget 2018 sichert den weiteren Ausbau der Burgenländischen Kranken- und Pflegeanstalten und garantiert die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Spitzenmedizin und auch des medizinischen Leistungsangebotes.

Herr Kollege Sagartz! Ich kann Sie auch beruhigen, das in Oberwart laufende, sehr erfolgreiche „Pilotprojekt Akutordination“ wird im Burgenland flächendeckend, ich wiederhole, flächendeckend ausgebaut, auch in den Bezirken Jennersdorf und Mattersburg. Also beenden Sie bitte auch in diesem Bereich die Verunsicherungspolitik und beteiligen Sie sich lieber konstruktiv an der Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen Gesundheitspolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Budget 2018 sichert die Fortsetzung dieser erfolgreichen Gesundheitspolitik im Burgenland. Die Sozialdemokraten werden diesem Kapitel natürlich die Zustimmung erteilen.

Diese Zustimmung gibt es auch für den Gesetzentwurf über die Organisation des Gesundheitswesens im Burgenland, damit wird unter anderem der Zugang zu der bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung sowie deren hohen Qualität weiter gewährleistet.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir jetzt zu einzelnen Kapitel der Gruppen nicht nur sehr ausführlich Redebeiträge gehört haben, möchte ich mich auf zwei dieser Gruppen noch konzentrieren, die mir ein wichtiges und durchaus sehr lebensexistentes Aufgabengebiet darstellen. Zum einen ist es die Gesundheit, aber vorne weg, die Beschäftigung und der Arbeitsmarkt.

Tatsache ist, wir haben in den letzten Monaten bedingt durch eine anspringende Konjunktur, die sich absolut positiv auf den Arbeitsmarkt niederschlägt, eine sehr gute, konzentrierte Entwicklung auf die Abnahme von Arbeitslosigkeit erfahren dürfen. Das trifft jeden einzelnen Arbeitnehmer, jede einzelne Arbeitnehmerin in positiver Hinsicht, dass sie in diesen Arbeitsmarkt wiederaufgenommen werden und integriert werden.

Tatsache ist, ohne jetzt schlecht zu reden, ohne dass in irgendeiner Form als negatives Beispiel hin zu stellen, Tatsache ist, dass wir im November dieses Jahres eine Arbeitslosigkeit inklusive Schulungsteilnehmerinnen und Schulungsteilnehmer im Burgenland von 10.622 Personen haben. Ich stocke jetzt deswegen, weil mich diese Summe als solches und ich glaube jedem einzelnen in diesem Raum und darüber hinaus jeden Betroffenen mehr als kribbelig macht, mehr als betroffen macht, mehr als im Endeffekt jedem seine Hilfe anzugedeihen lassen.

In Wirklichkeit streben wir einem Arbeitsmarkt zu, wo es darum geht Beschäftigung zu lukrieren. Da gibt es unmittelbar die verschiedensten Zugänge. Dass was wir jetzt auf Regierungsbildungsseite im Bund erleben ist, und das macht mich noch mehr betroffen, im Speziellen ein Aspekt in der Diskussion, der eine Rücknahme eines gerade erfolgten Zuganges auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nämlich in der Altersgruppe zwischen 50 und 65 Jahren ausmacht.

Da gibt es seit kurzem, seit Beginn dieses Jahres die Aktion 20.000 und, wenn ich richtig liege, haben sich österreichweit 53.000 Personen von Firmenseite in dieses Projekt integrieren lassen und das ist die Bevölkerungsgruppe, das sind diese Personen, die am schwierigsten wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind, weil sie im Endeffekt eine wachsende Gruppe sind und weil seit 2008 diese Bevölkerungsgruppe am Arbeitsmarkt immer stärker auftritt.

Wir haben ein Problem damit und damit ist eigentlich auch die Begründung gefallen, warum dieses Projekt 20.000 aufgesetzt wurde.

Jetzt heißt es, die Kosten die in der dreijährigen Übernahme der Hälfte der sogenannten Lohnnebenkosten seitens des Staates auf den einzelnen Arbeitnehmer bedeuten, die Kosten dieses Projektes würden quasi die Möglichkeiten übersteigen und daher zielt die neue Regierung, dass Türkis-Blau dahingehend an dieses Projekt zu stoppen, wobei sich jetzt schon der Widerstand auch seitens der Wirtschaft in dieser Hinsicht regt, weil was passiert?

Heuer wird sowieso nicht ausbezahlt auf die bisher schon aufgenommenen Personen, das ist auf das kommende Jahr verlagert worden.

Was passiert jetzt mit denen, die dieses Projekt quasi positiv aufgenommen haben, der jetzt als Firma mehrere Arbeitnehmer angestellt hat und jetzt heißt es, ob die jetzt diese Kosten ersetzt bekommen?

Ich nehme an, dass es aus rein Continuancegründen und aus reiner Überlegung, die haben das System gewählt, daher werden sie auch die Gelder kriegen. Tatsache ist aber, dass insgesamt dieses Projekt scheinbar aufgehoben wird und dass wir schon über Jahre eigentlich eine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt speziell der 50- bis 65-Jährigen haben, die schwer wieder einen Arbeitsplatz haben und dass speziell diese Gruppe eine hohe Aufmerksamkeit braucht und dass sie viel Engagement und Zubilligung auch in der sogenannten Integration in diesem Arbeitsmarkt befestigt bekommt.

Daher finde ich es absolut traurig hier eine Entwicklung einzuleiten, die diese Projektsituation stoppt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das nächste Kapitel in der Ansprache war zum Schluss Gesundheit. Die Herausforderung in diesem Gesamtvolumen Gesundheitssystem werden nicht kleiner, sie wachsen. Es gibt ja auch die Tendenz, was ja abgesprochen zwischen Bund und Ländern ist, das sogenannte System des Zuwachses der notwendigen Leistungsbeschreibungen eigentlich zu deckeln.

Das ist ja eine Degression. Bis 2020 hat es hier eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gegeben. Tatsache ist, dass dieses gesamte Aufkommen im Gesundheitswesen, sei es jetzt im Pflegebereich, sei es in den niedergelassenen Bereichen, sei es im sogenannten Spitalsbereich laufend zusätzliche Kosten verursacht.

Wir haben aber auf der anderen Seite, und das muss man ja auch positiv von ihrer Seite hersehen, eine sehr starke Lobby, nämlich die Ärztelobby, die sich von jeder Art von Änderung sofort ganz feststehend auf die Beine stellt und versucht für ihre Klientel entsprechend positive Ausführungen zu erreichen, die unter anderem, und das ist ja auch von einem meiner Vorredner angesprochen worden, die Ärzte entlasten soll.

Im Spitalsbereich haben wir durch die Arbeitszeitverkürzung von Stunden die jetzt, glaube ich, 48 sind, von Ärztekammerseite her einen Zuwachs, eine notwendige Zuwachsrate im Ärztebereich von 600 oder noch mehr.

In Wirklichkeit ist das System aber darauf abgestellt, und das bestätigen auch Patientinnen und Patienten, oder wenn jetzt ein Begleiter dabei ist, dass die Ärzte des Öfteren, oder in der Regel aufgehalten werden von ärztlichen Diensten durch das sogenannte administrative Schreiben von Befunden und anderem, die ausschließlich denen als solches auch zustehen.

Wir haben das System ELGA. Wir haben Systeme, die in der Digitalisierung gerade im Krankenhausbereich einziehen. Dieses Digitalisieren wird auch hoffentlich in der Systematik der gesamten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im Burgenland durchgehend Einzug halten, so dass sich Erleichterungen für einzelne Gruppen in diesem Gesundheitssystem ergeben.

Es versteht bis heute kein Patient, wenn er bei einem niedergelassenen Arzt vorspricht und einen Termin hat, den er sich aber zeitlich immer durchsitzen erwerben muss, wenn er diesen Termin bekommt und anschließend zu anderen Ärzten gesendet und geschickt wird, um zum Beispiel Blutuntersuchungen durchführen zu lassen.

Dann wird er eingewiesen ins Spital und schon wieder passiert dieser Durchlauf. Das sind nicht nur Kostenfaktoren, sondern das sind auch zeitlich bedingte Faktoren, die sich hier einstellen. Das System zu ändern, ist eine der Herausforderungen besonderer Art, weil sich dadurch eigentlich nicht nur für alle Erleichterungen ergeben, sondern sich im System auch eine Änderung des Gesamtaufkommens für den Patienten ergibt.

Ich möchte heute nicht davon sprechen, dass immer wieder von einzelnen Patientinnen und Patienten in Bezug auf die vorher glorifizierte Gesundheitsversorgung im Burgenland, oder auch österreichweit die Kritik geäußert wird, wenn du nicht

entsprechend Vitamin B hast, wenn du nicht entsprechend Protektion hast und wenn du nicht eine Zusatzversicherung hast, ergeben sich für dich immer nur die eingeschränkten Möglichkeiten des sogenannten Versorgens.

Das sind durchgängige, in gewissen Diskussionen die sogenannten Rückmeldungen und das sollte eigentlich ein Appell sein, das sollte mehr als nur der Auftrag sein, sich um die Grundversorgung der Patientinnen und Patienten zu bemühen.

Wir haben im Sinne des Gesamtsystems Fortschritte erzielt, auch laufend auf Verbesserung geachtet, schlussendlich nicht nur deswegen, weil die finanziellen Mittel knapper werden, was ja im Prinzip auch auf einen anderen Bereich jetzt absoluten Einfluss hat, wenn durch die Abschaffung des Pflegeregresses, durch die demografische Entwicklung nicht nur im Burgenland, sondern österreichweit eingeläutet wird *(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* - danke Frau Präsidentin - dass der Zuwachs an sogenannten Patientinnen und Patienten, Pflegebedürftigen, in den nächsten Jahren unendlich steigen wird.

Dann gilt es die Herausforderung nicht nur anzunehmen, sondern auch darauf zu achten, ein neues System zu schneidern, dass die Finanzierbarkeit auch sicherstellt.

Ich melde in diesem Zusammenhang nur einen Punkt an, da geht es schon lange um den Diskussionspunkt der Pflegeversicherung. Es wird in dem Sinne auf Zukunftsgestaltung wahrscheinlich auch nichts überbleiben. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landesrat, seien Sie nicht verunsichert, ich möchte mich ganz offiziell bei Ihnen bedanken.

Sie sind weder eitel, noch sind Sie beleidigt, wenn man mit Ihnen diskutiert. Das trifft nicht auf alle auf der Regierungsbank zu. Man kann mit Ihnen hart in der Sache diskutieren und man bekommt sachliche Antworten. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ)*

Das meine ich wirklich ehrlich. Schaut Euch bitte eine Antwort vom Landesrat Darabos an, selbst wenn er nicht fachlich zuständig ist. Er holt Informationen ein bei der KRAGES, er erkundigt sich bei der Gebietskrankenkassa, man kann sachlich mit ihm hervorragend diskutieren. Man muss aber nicht derselben Meinung sein, das ist ein großer Unterschied. Aber eines möchte ich auf jeden Fall verlangen. Wenn wir eine Debatte im Burgenländischen Landtag abführen und man ist nicht einmal gewillt, dass man seinem Vorredner zuhört, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

Herr Kollege Kovacs, welches Trauma haben Sie erlitten? Ist es das letzte Wahlergebnis von Eisenstadt, dass Sie so erschüttert hat, dass Sie nicht einmal akzeptieren können, dass der Landtagsabgeordnete Georg Rosner sich hierherstellt, dreimal danke sagt? Unter uns gesagt, zu viel danke, aber ist ja gar nicht Deine Aufgabe als Oppositionspolitiker.

Aber er sagt es wie er es sich denkt und sagt danke. Wir haben drei Ideen, die könnten wir gemeinsam umsetzen. Schauen wir, wie wir sie finanzieren, und Sie gehen raus und sagen der Kollege Rosner hat nur kritisiert!

Die einzige Forderung, die Sie kennen, ist das Schließen von Krankenhäusern! Also, Herr Kollege, entweder Sie möchten nicht zuhören, dann gehen Sie hinaus, wenn der Kollege Rosner redet. Dann sagen Sie, ich verzichte auf das Zuhören. Offensichtlich möchten Sie an der Debatte nicht teilnehmen. *(Zwischenruf des Abg. Günter Kovacs)*

Lassen Sie mich bitte ausreden. Ich habe gewartet, ich habe mir das anhören müssen, was Sie gesagt haben, jetzt hören Sie mir kurz zu. Wenn Sie die Debatte nicht mitverfolgen wollen, dann erlauben Sie sich auch keine Wertung über unsere Ideen.

Ich sage Ihnen ganz offen. Die Ideen der Akutordination, die werden wir weiter vorantreiben, solange sie uns nicht erklärt wird, sachlich, vertraglich. Wenn ich nicht sehe, wo die entstehen, wenn ich nicht weiß wie sie funktionieren, dann werde ich dies als Oppositionspolitiker einfordern. Das ist unser Recht und das ist unsere Pflicht und die werden wir erfüllen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Jetzt ein aktuelles Thema. Die Gynäkologie in Güssing soll nach Oberwart kommen. Eine Konzentration. Kollege Kovacs, die Abgeordnete Michaela Resetar hat gesagt, zwei Schwerpunktkrankenhäuser und die anderen Krankenhäuser brauchen eine Spezialisierung und jetzt passiert das.

Wir hinterfragen das und Sie stellen sich raus und sagen wir sind für Schließungen. Ich sage Ihnen, dass was sie gesagt hat stimmt. Wir fordern einen Plan, der zwei Schwerpunktkrankenhäuser vorsieht und Spezialisierungen, aber bitte, Herr Landesrat.

Ein Stückwerk, wo Sie einmal die Abteilung verschieben, dann die andere, dann machen wir eine Sondersitzung des Landtages, der Herr Landeshauptmann sagt etwas ganz Anderes. Der sagt, der RSG, dieser regionale Plan, gilt nicht mehr, wir machen das jetzt alles burgenlandweit. Na wer hat jetzt die Hosen an im Gesundheitsbereich? Ist es jetzt Ihre Aufgabe den RSG zu verhandeln?

Österreichweit die Versorgung zu sichern? Gemeinsam mit ihren acht Kollegen? Oder macht der Landeshauptmann Burgenlandspiele? Also das wird auch nicht funktionieren! Ich sage Ihnen ganz offen, wenn jemand meint, dass er anderer Meinung ist als wir, das können Sie immer sagen, *(Abg. Günter Kovacs: Dankeschön!)* ob das der Herr Kollege Kovacs ist, oder andere, seien Sie anderer Meinung, aber wenn Sie uns nicht mehr zuhören möchten, selbst, wenn wir positiv etwas sagen, dass hat hier keinen Platz und das werde ich immer kritisieren, solange Sie das weiterbetreiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Die Diskussion hat sich etwas in eine Richtung entwickelt, die ich so nicht erwartet habe. Danke einmal für das Lob. Das ist einmal auch positiv anzumerken. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Gestern waren wir anderer Meinung!)* Ich möchte nur anmerken, vielleicht schadet es mir sogar, also Spaß beiseite, wir haben bei der Mindestsicherung eine gemeinsame Vorgangsweise gewählt *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zum Beispiel!)* zu der wir alle stehen.

Wir haben bei der Akutordination die gleiche Meinung. Sie meinen, dass ist finanziell noch nicht so abgesichert. Ich sage Ihnen, das ist finanziell abgesichert, das wird kommen, so wie wir es auch hier im Landtag diskutiert haben. Wir haben bei den Stipendien die gleiche Meinung, auch das wird kommen. Wir haben auch bei der

Subvention für die Ordinationen die gleiche Meinung, also insofern ist es auch gut in diesem Bereich, der sich aus meiner Sicht nicht für parteipolitische Spiele eignet.

Gut, dass wir hier auch eine breite Basis im Burgenland finden können und das werden wir auch finden. Bevor ich nun auf das Budget eingehe, möchte ich noch einige Sachen durchaus ansprechen, die der Kollege Rosner hier angesprochen hat.

Ich habe es schon angesprochen. Errichtung der Praxen wird kommen. Die Stipendien werden kommen, die Akutordination wird mit diesen 390.000 Euro vom Land her finanziert werden können. Wenn es zu wenig Geld wäre dann habe ich ein Globalbudget, wo die Möglichkeit besteht, hier aus anderen Bereichen umzuschichten.

Aber ich kann Ihnen versichern, dass es kommen wird. Die Schließung der Gyn in Güssing möchte ich auch ansprechen. Wir haben den RSG, das ist der Regionale Struktur- und Gesundheitsplan nur für das Burgenland. Sie haben, Herr Klubobmann, davon gesprochen, dass es um Österreich geht, das ist nicht der Fall.

Es geht hier darum, dass wir hier im Burgenland eine Lösung finden. Ich habe eine Gesundheitsplattform gegründet, die sich nicht aus parteipolitischen Vertretern zusammensetzt, sondern aus Vertretern vor allem spezialisierten Vertretern aus den Krankenhäusern. Nicht immer die ärztlichen Leiter, sondern eine Plattform, die jetzt auch in der Endphase dieser RSG-Verhandlungen ist. Ich kann Ihnen sagen - vielleicht bin ich jetzt zu offen - aber es ist keine einfache Geschichte, das sage ich Ihnen offen, weil es gibt regionale Interessen von Güssing bis Kittsee, die unterschiedlich geortet sind und gewertet werden müssen. Aber ich glaube, dass wir in den nächsten Wochen einen Regionalen Struktur- und Gesundheitsplan vorlegen können, auch in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer.

Das ist auch ganz wichtig, die ja nicht im Ruf steht immer die Interessen des Landes zu vertreten, sondern die Interessen der Ärzte, das ist ja völlig logisch, das ist ja auch kein Vorwurf, dass wir diesen Regionalen Struktur- und Gesundheitsplan auch vorlegen können. Wir haben - vielleicht auch noch dazu gesagt, weil Sie das angesprochen haben oder die ÖVP das angesprochen hat - wir haben im Bereich, es ist für mich ein ganz besonderes Anliegen.

Ich möchte nicht, dass es in Richtung Zweiklassenmedizin geht und diese MR-Geschichten in Kittsee und in Güssing sollen dazu führen, dass nicht im privaten Bereich auf Grund von Wartezeiten es dazu führen kann, dass Menschen ebenso lange warten müssen, dass sie in den privaten Bereich gehen müssen, sondern dass es darum geht hier auch dafür zu sorgen, dass Menschen nicht in einer Zweiklassenmedizin sondern in einer Einklassenmedizin eben, und damit auch in den Anspruch der öffentlichen Leistungen im Gesundheitsbereich kommen können.

Krankenhaus Oberwart, das ist ein spezieller Bereich. Ich sage es vielleicht trotzdem kurz vorher. Ich lehne mich jetzt weit heraus, aber ich glaube, dass dieses Projekt, so wie es aufgesetzt ist, und ich sage es auch sehr selbstkritisch, auch auf Grund der Erfahrungen, die wir beispielsweise beim Krankenhaus Nord medial mitbekommen, auch so sensibel aufgesetzt ist, dass wir in diesem Bereich, derzeit haben wir zumindest die Sicherheit, auch über den Lenkungsausschuss den wir eingesetzt haben, in der Kostenwahrheit bleiben werden.

Das ist mir auch ganz wichtig. Ich habe es scherzhaft gesagt, ich möchte ein bisschen länger in der Politik bleiben. Das sind Dinge, die muss man auch so abarbeiten, dass sie finanzielle… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dem Rosner hast Du es*

abgesprochen! Dem Rosner hast Du gesagt, das geht nicht mehr, wenn Du Dich erinnerst!)

Ich sehe den Bürgermeister von Oberwart als Verbündeten in dieser Frage, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt!)* Wir haben vielleicht ein kleines Problem bei den Parkplätzen und so, aber das ist jetzt eine andere Geschichte, das würde jetzt zu weit führen. Aber grundsätzlich würde ich, danke für die Anregung, noch einmal dafür plädieren, dass die Gemeinde Oberwart hier im Boot ist, weil es das größte Projekt ist, das wir je im Burgenland infrastrukturell angegangen sind.

Aus meiner Sicht, auch ein wichtiges Projekt. Wir müssen das ganz hart und - ich sage das auch ganz offen - mit Daumenschrauben versehen auch umsetzen. Das waren die Vorbemerkungen. Ich bedanke mich auch beim Rauchverbot. Bin ich völlig Ihrer Meinung, Frau Kollegin Petrik. Solidarische Zustimmung, danke. Ob wir es durchsetzen werden, ich glaube nicht. Ehrlich gesagt, die neue Bundesregierung wird hier eine andere Haltung einnehmen. Aber damit komme ich zum Budget.

Ich habe nicht mehr so viele Minuten. Ganz kurz noch. Sie beschließen, wie gesagt, das größte Budget im Sozial- und Gesundheitsbereich. Leider nur mehrheitlich. Ich hätte mir gewünscht, dass es einheitlich oder einstimmig erfolgt. Aber wir haben hier im Gesundheits- und Sozialbereich und Wohnbauförderung, haben wir schon vorher diskutiert, immerhin fast 500 Millionen Euro des Gesamtbudgets.

In meinem Bereich sind die größten Budgetposten die Altenpflege sowohl stationär, teilstationär als auch mobil, die Behindertenpflege, die Kinder- und Jugendhilfe, die Flüchtlingsbetreuung. Also noch einmal zusammengefasst gesagt, es hat noch nie so viel Geld vom Budget her - danke Herr Landesrat Bieler auch, dass das möglich war - in dem Bereich Gesundheit und Soziales gegeben und es ist noch nie so viel investiert worden. Wir haben aber große Herausforderungen auch in diesem Bereich.

Wir haben auf Grund unserer dörflichen und geographischen Strukturen natürlich Probleme. Aber wir können auch auf Grund von Fallzahlen nachweisen, dass wir zu den bestens versorgten Gebieten Österreichs zählen und dass das Burgenland in der Sozialpolitik nicht nur engagiert ist, sondern Auf- und Ausbau der Leistungen in den letzten Jahren massiv forciert hat. Wir haben auch gemeinsam hier im Landtag, auch damals in der ehemaligen Landesregierung mit der ÖVP, hier auch dafür sorgen können, dass es nach vorne gegangen ist. Es gibt natürlich einige Probleme, die ich auch kurz ansprechen möchte. Wir haben beispielsweise durch die Frage des Regresses, den die rot-schwarze Regierung beschlossen hat, hier im Burgenland einen Mehraufwand im Budget von ungefähr 5,3 Millionen Euro.

Das ergibt sich daraus, dass wir zwar vom Bund über diese 100 Millionen-Zusage, die aus meiner Sicht eine etwas zu geringe Zusage ist, aufgrund der Bevölkerungszahl von 3,37 Prozent, 3,37 Millionen Euro bekommen. Das ist zu wenig um das Ganze zu decken.

Das heißt es kostet uns mehr, nämlich fünf Millionen Euro mehr. Wir haben grundsätzlich damit einen Finanzierungsbedarf, der auch im Budget abgedeckt ist, der größer ist. Aber ich appelliere auch an die neue Bundesregierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein wird, dass man insgesamt dafür sorgen kann, dass mindestens 200 Millionen Euro aus dem Budget in die Länder fließen, um diesen Mehrbedarf auch abfedern zu können.

Ich sage ganz offen dazu, ich bin ein Verfechter dieser Abschaffung dieses Pflegeregresses, weil dieser Pflegeregress eine Einführung der Erbschaftssteuer durch

die Hintertür ist oder Wiedereinführung ist, weil wenn die Bundesregierung andenkt, ich hoffe das stimmt nicht was medial kolportiert wird, dass man die zu Pflegenden mit dem 13. und 14. Gehalt belastet, dann wäre das, wie gesagt, zwar eine Entlastung derzeit, aber grundsätzlich in weiterer Folge keine Entlastung, sondern eine Belastung der zu Pflegenden. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Sind Sie gegen die Erbschaftssteuer?)*

Ich bin für eine Erbschaftssteuer in einem hohen Ausmaß, wenn es über eine Million Euro geht. Das ist jetzt nicht das Thema. Das ist aber doch eine Einführung, wenn man das 13., 14. Einkommen jener betraut oder beschäftigt, dass sie dann auch zahlen müssen, für das, wofür sie praktisch jetzt entlastet worden sind. Das ist aus meiner Sicht, ein falscher Weg. Ich bin schon am Ende. Ich möchte vielleicht noch ganz kurz drei Sachen ansprechen.

Diese von mir angesprochene Erbschaftssteuer beziehungsweise die Regressgeschichte, würde ich die neue Regierung bitten, dass sie das nicht tut. Es würde noch einige andere Punkte geben, diese Aktion 20.000, die hier angesprochen worden ist. Das ist eine ganz, ganz wichtige Geschichte. Wir haben einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Burgenland von 9,1 Prozent gehabt, davon 24 Prozent jugendliche Arbeitslose, die hier betroffen sind. Aber es wäre gut, diese Aktion weiter zu führen.

Der Bund will das offensichtlich nicht. Ich appelliere an den Bund das doch zu machen. Ich bin auch - möchte ich ganz offen sagen, weil es auch in meinen Bereich hineinfällt - gegen eine Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen. Wir arbeiten in diesem System gut. Die Burgenländische Gebietskrankenkasse ist ein Vorzeigeunternehmen in diesem Bereich.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Schlusssatz, bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos *(fortsetzend)*: *Schlusssatz*, gut. Ich bedanke mich jedenfalls für die Zustimmung zu diesem Budget, wenn sie auch nur mehrheitlich erfolgt, aber auch für das Lob in einigen Bereichen der Oppositionspartei. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landesrat für seine Ausführung und erteile nunmehr dem Herrn Klubobmann Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mich zu den Worten vom Kollegen Sagartz natürlich zu Wort melden, weil ich das so im Raum nicht stehen lassen kann. Diese künstliche Aufregung, Herr Kollege Sagartz, die nimmt Ihnen ohnehin keiner ab.

Aber ich sage Ihnen das völlig unaufgeregt, völlig unaufgeregt. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Warum meldest Du Dich dann? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum ist dann eine Erklärung notwendig?)*

Wenn ein Abgeordneter sich zu Wort meldet und hier rausgeht, kann man zuhören, kann man nicht zuhören, wie auch immer. Aber, glauben Sie mir eines, Herr Kollege Sagartz. In einer Demokratie ist es immer noch so, dass ein Abgeordneter hier rausgeht und sagen kann was er will. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie werden sicher nicht bestimmen, was ein Abgeordneter hier sagt oder nicht sagt. Das obliegt jedem einzelnen Abgeordneten frei, wie er und was er formuliert. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn Du mir zugehört hast, weißt Du was ich gesagt habe! – Abg. Doris Prohaska: Das stimmt aber nicht!)*

Ich habe Ihnen ganz genau zugehört. Ich habe Ihnen ganz genau zugehört. Man muss nicht immer einverstanden sein, ja ich bin auch oft nicht einverstanden *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau, habe ich auch gesagt!)* wenn irgendjemand etwas formuliert. Aber was jemand sagt hat man zu respektieren und zu akzeptieren.

Schreiben Sie sich das ins Handbuch, das ist der Grundpfeiler einer Demokratie. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Stammbuch heißt das!)*

Herr Kollege Sagartz, ich sage Ihnen noch völlig unaufgeregt, Sie sind der Erste, wenn irgendwer wo was formuliert, der gleich raufgeht und sich beschwert, und so weiter. Da sind Sie sehr dünnhäutig. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mit dem Moser!)* Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie Sie austeilen, wie Sie mit Problembären hier spazieren gehen und verteilen.

Beim Austeilen sind Sie immer Weltmeister, nur beim Einstecken, da verhält sich das etwas anders. Daher ersuche ich Sie, Herr Kollege Sagartz, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Geh schau Dir das in Eisenstadt an!)* respektieren Sie - Kollegin Resetar zu Ihnen komme ich gleich - respektieren Sie, wenn die Abgeordneten ihr Rederecht hier ausüben. Was sie sagen, obliegt jedem Abgeordneten.

Man muss nicht immer einverstanden sein, das ist klar. Wenn der Kollege Kovacs sagt, die Frau Abgeordnete Resetar hatte damals in ihrer Funktion gesagt, sie will nur zwei Spitäler offenhalten *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Beim Altersheim…!)* und alle anderen schließen, dann ist ja dass nichts Unwahres.

Ich weiß schon, dass das unangenehm ist für die ÖVP, weil Spitäler schließen ein politischer Selbstmord ist. Aber das müssen Sie mit der ÖVP-Kollegin klären und nicht mit dem Kollegen Kovacs. Die Zeitungen haben es ja geschrieben. *(Der Abgeordnete Robert Hergovich zeigt eine Kopie eines Zeitungsausschnittes.)* Sie hat es ja gesagt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo ist der Artikel dazu?)*

Das müssen Sie innerparteilich klären, aber doch nicht den Kollegen Kovacs verurteilen, weil die Kollegin Resetar die Spitäler schließen will. Da würde ich Sie schon ersuchen die Kirche im Dorf zu lassen und die Abgeordneten oder das Rederecht der Abgeordneten zu respektieren.

In diesem Sinne, glaube ich, kann man wieder sehr sachlich die Budgetdebatte weiterführen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Klubobmann für seine Ausführungen. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 4 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Wir befinden uns im Abstimmungsvorgang, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und daher ersuche ich um Ihre Aufmerksamkeit. Bedanke mich dafür.

Die Gruppe 4 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Gruppe 5.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 5 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 5 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

IV. Teil

Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Beratung des IV. Teiles des Voranschlages, er umfasst die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter um Ihren Bericht.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Für die Gruppe 6, Straßen und Wasserbau, Verkehr, sind in der Regierungsvorlage Einnahmen in der Höhe von 4.253.300 EURO und Ausgaben in der Höhe von 49.224.000 EURO vorgesehen.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme der Gruppe 6 empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppe 6 unverändert anzunehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile als erstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Vielen Dank Frau Präsidentin. Ist eigentlich eine für uns etwas besondere Landtagssitzung. Wir haben ja zwei Anträge zum Thema Verkehr eingebracht und anders als normal üblich diese abgeändert werden, sodass sie nicht mehr in unserem Sinne sind, ist einer der beiden Anträge - das betrifft das Thema Sicherheit in den Zügen, in den Eisenbahnen - gar nicht abgeändert worden und der zweite, die Fahrradstrategie ist zwar abgeändert worden, aber in Absprache mit uns von den Regierungsparteien geändert worden. Das freut uns natürlich besonders. Besonders weil es zwei Themenbereiche sind, die wir als sehr wichtig erachten.

Zunächst zur Fahrradstrategie. 1990 hat der Verkehr nahezu gleichviel CO2 ausgestoßen wie für die Bereitstellung der Raumwärme notwendig war. Das waren ungefähr zwei gleich hohe CO2-Verursacher.

Heute, 2017, verursacht der Verkehr das Dreifache an CO_2 wie die Raumwärme. Das ist nicht allein dadurch passiert, weil in der Raumwärme sehr viel geschehen ist, Alternativenergie, sehr starke Wärmedämmung. Natürlich haben auch die Maßnahmen, die man bei der Wohnbauförderung ergriffen hat, dazu beigetragen, dass es bei der Raumwärme nicht zu einer weiteren Steigung gekommen ist, sondern leider auch dadurch, weil der Verkehr tendenziell stark zugenommen hat und als inzwischen größtes Problem, was die Klimakatastrophe angeht, eigentlich inzwischen in Österreich und leider nicht nur in Österreich besteht. Mehr Verkehr, größere und schwerere Autos, der Trend zu SUV, Allradgefährten, witzigerweise vor allem im Burgenland - das Burgenland führt ja die Liste der SUV an - und einer, unserer Meinung nach, Verkehrspolitik, die in die falsche Richtung geht.

Dass es auch anders gehen kann, zeigt Amsterdam. Amsterdam hat es geschafft, im Zeitraum von 13 Jahren den Autoverkehr um sage und schreibe von 39 Prozent auf 24 Prozent zu verringern. Der Radverkehr ist genau umgekehrt von 33 auf 53 Prozent angestiegen. Jetzt ist schon klar. Amsterdam ist eine Stadt. Das Burgenland ist keine Stadt. Amsterdam ist eine sehr große Stadt mit einer Million Einwohnern. Aber ich glaube

trotzdem, dass man sich hier ein Beispiel nehmen kann, wie man den Fahrradverkehr fördern kann.

Es gibt da eigentlich ziemlich klare Maßnahmen, die möglich sind. Das eine ist natürlich die Schaffung von Radwegen, Schnellradverbindungen zwischen den einzelnen Gemeinden. Vor allem um die Bezirkshauptstädte herum wäre das sehr günstig, auch, weil von den Bezirkshauptstädten dann oft die Schnellbusse weitergehen. Gute Radwegbeschilderungen, um zum Beispiel hoch frequentierte Straßen zu umfahren, fahrradschonende überdachte Abstellanlagen bei Verkehrsknotenpunkten, dort wo Bahn- und Bushaltestellen sind.

Zurzeit ist es nach wie vor so, dass, wenn Fahrrad-Abstellanlagen bereitgestellt werden, dann sind das meistens die für die Felgen sehr schlechten Felgenfixierer, also wo man das Rad reinschiebt, was gerade für hochwertige Räder eigentlich eine Katastrophe ist.

Hier braucht es moderne, gute und vor allem auch überdachte Abstellanlagen, wie es sie zum Beispiel auch in Vorarlberg schon gibt und weiterausgebaut werden. Es braucht Öffnungen von Einbahnen, die für den Radverkehr geeignet sind, dass sie auch gegen die Einbahnen fahren können. Es braucht eine Bewusstseinsbildung, eine Fahrrad-Kampagne, es braucht mehr Diensträder für Landesbedienstete und landesnahe Betriebe, auch in den Gemeinden wäre das eine gute Investition.

Wir sind auch, um diese Chance, den Radverkehr zu erhöhen, mehr Druck zu verleihen, dafür, dass die Installierung einer Fahrradbeauftragten, eines Fahrradbeauftragten im Burgenland passiert und eine Unterstützung für Betriebe, die ein Mobilitätsmanagement haben, sodass eben auch kurze Fahrten mit dem Fahrrad oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen passieren.

All das wären Maßnahmen, um das Burgenland nicht nur zu dem zu machen, was es schon ist, nämlich ein Tourismus- und Freizeit-Fahrradparadies. Hier geht es mehr um den Alltagsradweg. Um Einkäufe, die nicht weiter als fünf Kilometer zum Beispiel entfernt sind, mit dem Rad zu erledigen, um die Möglichkeit zum Pendeln, zur Bus- oder zur Bahn mit dem Fahrrad zu kommen, zu verstärken.

Was hätte das alles für positive Auswirkungen? Natürlich, dass automatisch dadurch auf Autos verzichtet werden könnte - zum Teil -, eine Reduktion von CO2, Stickoxyden und Feinstaub.

Eine Entlastung der Straßen für die, die nicht aufs Fahrrad umsteigen können. Ein geringeres Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen für die, die dadurch mehrmals in der Woche mit dem Fahrrad fahren, Bewegung machen. Ein 30 Prozent geringeres Risiko vorzeitiger Sterblichkeit, Gesundheitskosten, die Kollegin hat das heute schon angesprochen, viele Punkte, die wir heute im Land beschließen, belasten eigentlich das Gesundheitssystem. Hier wäre es genau umgekehrt: Gesundheitskosten, die sinken.

Mehr Bewegung heißt stärkeres Immunsystem, stärkerer Fettstoffwechsel, also erhöhter Fettstoffwechsel, Stärkung der Gelenke, der Muskulatur, positive Gesundheitsentwicklungen, und es würde die private Geldtasche auch entlasten.

Durch den Trend hin zu E-Bikes ist auch die Möglichkeit, eigentlich die Reichweite zu verlängern, früher hat man gesagt, bis fünf Kilometer, heute geht man bis zehn, 15 Kilometern sogar, die dann dank E-Bike möglich sind, zu überbrücken.

Der Vorteil ist auch, mit dem E-Bike ist man natürlich weniger verschwitzt, wenn man in die Arbeit kommt, ist es nicht sehr günstig, wenn man dort verschwitzt ankommt. Das E-Bike hilft hier natürlich wesentlich.

Der VCÖ fordert schon lange bauliche Maßnahmen auch für Radwege und Gehwege, die dazu anleiten, eher aufs Rad umzusteigen. Niemand ist natürlich begeistert, wenn er auf der Bundesstraße fahren muss, da das Risiko dort natürlich um einiges größer ist. Der VCÖ sagt auch, dass der Bau von Radwegen und Gehwegen mehr Arbeitsplätze langfristig sichert und zwar das Dreifache wie der Bau von hochrangigen Straßen. Alles im allen also eine gute Abänderung, und wir werden natürlich den Abänderungsantrag, den wir ja mittragen, unterstützen.

Die zweite Geschichte, die ich vorher kurz angesprochen habe, ist die Sicherheit in Zügen. Schaffnerlos ist schon lange in den Städten bei den öffentlichen Verkehrsmitteln üblich. Zunehmend wird es auch in den Eisenbahnen so, dass die Züge schaffnerlos unterwegs sind.

Und da ist das Problem, gerade in den Abendstunden, gerade in den Triebwagenzügen, dass da sehr wenige Menschen unterwegs sind. Und da kommt es - wir haben einige Informationen von Betroffenen bekommen - immer wieder zu Belästigungen in den Zügen. Je weniger in den Zügen los ist, desto größer ist die Gefahr. Es gibt niemanden, den man ansprechen kann. Der Zugsfahrer sitzt weit entfernt und kann natürlich da auch nicht helfen. Es geht um konkrete Fälle, die in Zügen vorkommen.

Deswegen geht unser Antrag in die Richtung, dass wir wollen, dass es Zugbegleiter auf den Strecken gibt, wo es öfter zu Problemen kommt, um hier die Sicherheit für Bahnreisende zu erhöhen.

Unser Antrag ist ohne Abänderung, kommt heute zur Abstimmung und wir werden dem Antrag natürlich zustimmen. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Mobilität ist heutzutage ein Grundbedürfnis der meisten Menschen in unserer Gesellschaft geworden. Wie komme ich zum Arbeitsplatz, wie zum Arzt, wie ins Krankenhaus, wie zu meinen Einkäufen, zur Freizeitgestaltung, zu Amtswegen, und dergleichen?

Es ist deshalb eine unserer politischen Herausforderungen, Mobilität zu gewährleisten und zugleich für eine möglichst nachhaltige Verkehrsabwicklung zu sorgen - für die Menschen im Burgenland. Dafür brauchen wir eine leistungsfähige und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsträger.

Natürlich braucht es auch hochrangige Straßen, weil wenn es die nicht geben würde, würde natürlich die Wirtschaft darunter leiden. Die Verkehrsinfrastruktur ist die Lebensader der Wirtschaft beziehungsweise auch der Volkswirtschaft.

Deshalb werden wir uns auch weiter für den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Burgenland natürlich einsetzen. Es sollen alle Verkehrsträger optimal zusammenwirken. Deshalb setzen wir uns auch für die Gesamtverkehrsstrategie Burgenland ein, Mobilität für alle Burgenländer nachhaltig, innovativ und sicher zu gestalten.

Es geht uns nicht nur um einzelne Straßen- oder Schienenprojekte, sondern um Gesamtkonzepte im Güter- und im Personenverkehr. Ich möchte hier die Grenzbahn anführen.

Noch einmal, es geht um Gesamtkonzepte, wo es natürlich viele Beteiligte gibt, und wo es natürlich viele Beteiligte dazu braucht. Beim Güterverkehr ist der Erhalt der Bahnstrecke Friedberg-Oberwart für die wirtschaftliche Entwicklung für das Südburgenland von großer Bedeutung. Mit dem Kauf durch das Land ist der Weiterbestand dieser Bahnverbindung langfristig gesichert.

Solche gezielten Maßnahmen der Mobilität stellen eine grundlegende Voraussetzung für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum dar. Die Volkswirtschaft hängt wesentlich von der Qualität und Kapazität der Verkehrsinfrastruktur ab. Damit wir diese Erfolge fortsetzen können, brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur. Besonders auch für das Südburgenland ist es von entscheidender Bedeutung, dass letztendlich auch die S7 kommen wird und auch die Erhalterbahnstrecke Oberwart - Friedberg - Oberwart war immens wichtig und wird sich positiv auf das Südburgenland sicher auswirken.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist jedenfalls ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, einer Region und für den Ausbau bestehender Standorte. Beim Personenverkehr in die Stadt und Land oder vom Land in die Stadt ist unser Ziel, dass Bus, Bahn, individueller Autoverkehr sowie Fuß- und Radverkehr eng ineinandergreifen. Es werden daher die Bahnhöfe ständig modernisiert, der Ausbau von Park & Ride-Anlagen wird vorangetrieben und auch die Fahrkarten im öffentlichen Verkehr werden für die Pendler durch das Land Burgenland über den VOR gestützt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Verkehrsträger Nummer Eins ist und bleibt nach aktueller Prognose die Straße. Um ein leistungsfähiges Straßennetz sicherzustellen, stellt das Land Burgenland wieder die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung. Natürlich sind Investitionen in die Infrastruktur auch ein wichtiger Impuls für die heimische Bauwirtschaft. Auch im Verkehrssicherheitsbereich ist das Land Burgenland sehr bemüht. Der Verkehrsreferent setzt sich hier regelmäßig für Maßnahmen ein, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Es werden verschiedene Aktionen zur Verbesserung der Sicherheit durchgeführt und Trainingseinheiten gefördert. Verkehrssicherheit betrifft uns alle. Auch hier werden wieder finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

Es spielt natürlich auch im Bereich Verkehr der Umweltgedanke eine Rolle. Im Zusammenhang mit den CO_2-Ausstößen, und ich komme damit zum Antrag der GRÜNEN, wo es eben um die Fahrrad-Strategie geht.

Wie aus dem Abänderungsantrag ersichtlich, wird bereits an einer Ausarbeitung eines Masterplanes Radfahren gearbeitet. Diese Arbeiten finden im Rahmen des Projektes „SMART Pannonia“ statt und beinhalten viele Überlegungen über das Thema Alltagsradfahren im Burgenland.

Natürlich ist das Radfahren als Verkehrsträger die umweltfreundlichste und gesündeste Alternative. Es sollen natürlich Bike & Ride-Anlagen eine Rolle spielen, wo man eigentlich beim Radverkehr die Übergänge zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln zu erleichtern und auch zu erreichen, also nicht nur mit dem Rad von A nach B zu kommen, sondern auch von B zu C, mit anderen Verkehrsmitteln weiterfahren zu können.

Die Landesregierung wird in diesem Bereich eben aufgefordert, die Gesamtverkehrsstrategie Burgenland mit den genannten Zielen weiterzuverfolgen und

den Masterplan „Radfahren“ umzusetzen. Weiter will ich dem Masterplan nicht noch vorgreifen.

Ich verstehe natürlich die Anliegen der GRÜNEN. Das Modell à la Amsterdam, glaube ich, wird auf das Burgenland nicht so umzulegen sein. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Hat er ja gesagt. Genau das hat er gesagt.)* Ich sage es nur dazu. Es ist das Modell angedacht worden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Abschließend darf ich jetzt noch zur Wasserwirtschaft beziehungsweise zum Wasserbau kommen. Lebensmittel Nummer Eins ist das Trinkwasser. Die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung zusammen mit der Abwasserentsorgung ist eine wichtige Basis für Lebensqualität und Wohlbefinden der burgenländischen Bevölkerung. Gemeinsames Ziel kann es deshalb nur sein, dass beides - Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung - auch künftig auf hohem Niveau gehalten wird. Dazu zählt sicher auch die Reinhaltung der Flüsse, Bäche und Seen. Hier ist auch Rücksicht auf den Lebensraum der Tierwelt zu nehmen.

Wasser ist aber nicht nur Lebensmittel und eine wesentliche Lebensgrundlage der Bevölkerung und kann touristisch genützt werden. Wasser ist auch eine ständige Gefahrenquelle für die Menschen, vor allem Hochwasser kann großen Schaden anrichten. Das haben wir in den letzten Jahren miterleben müssen. Wir brauchen uns nur zurückerinnern.

Deshalb ist die Umsetzung von vorbeugenden Schutzmaßnahmen auch ein primäres Anliegen des Landes Burgenlands. Der Hochwasserschutzbau wird natürlich weiterhin unterstützt. Es geht hier um die Sicherheit der Bevölkerung und um das Hab und Gut zu schützen.

Schutzwasserbau kostet natürlich viel Geld, ist mit vielen Verhandlungen verbunden. Er trägt aber enorm zur Minimierung von Sachschäden bei und spart Wiederaufbautätigkeiten. Gleichzeitig spielt hier die Revitalisierung eine wichtige Rolle.

Es gibt auch in diesem Bereich Straßen- und Wasserbau und Verkehr immer große Herausforderungen und auch viel zu tun. Es sind wichtige Investitionen für Wirtschaft, für die Unternehmer, für die Menschen und für die Arbeitnehmer. Das Budget ist dafür vorgesehen. Danke hier dem zuständigen Landesrat Helmut Bieler und seinem Team, auch der Baudirektion, nicht für das Budget 2018, auch für die langjährige geleistete Arbeit und Tätigkeit für das Land Burgenland.

Herzlichen Dank dafür. Wir werden unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Gäste! Nicht viele da! Der Rechnungshofbericht „Verkehrsdienstverträge Schiene“. Ziel der Gebarungsprüfung des Rechnungshofes war die Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Bereitstellung von Schienenpersonenverkehrsleistungen im Wege von Verkehrsdienstverträgen des Bundes und der Länder. Der Bund stellt das Grundangebot sicher und die Länder finanzierten ein über das hinausgehende Zusatzangebot.

Zur Zeit der Gebarungsprüfung bestanden 13 Verkehrsdienstverträge, mit denen der Bund gemeinwirtschaftliche Leistung im Schienenpersonenverkehr bei der ÖBB und

bei elf Privatbahnen bestellte. Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technik überschritt bei den Bestellungen die jährlichen Budgetmittel um durchschnittlich 27 Millionen.

Fazit: Der Rechnungshof hielt kritisch fest und erachtete den Abschluss und die Kontrolle von separaten Verkehrsdienstverträgen durch unterschiedliche Gebietskörperschaften für auf denselben Strecken zu unterschiedlichen Zeiten verkehrenden Zügen als weder wirtschaftlich noch zweckmäßig.

Jetzt gibt es Überlegungen zu Verbesserungen und einen Vorschlag für ein künftiges Bestellsystem bei Verhandlungen des Bundesministeriums für Innovation und Technik gemeinsam mit den Ländern über eine Neugestaltung der Verkehrsdienstverträge, um Synergieeffekte zu nutzen und die Vertragsgestaltung zu vereinheitlichen. Nun ist es so, dass die Zeit auch drängt, da die Verkehrsdienstverträge des Bundes bereits Ende 2019 beziehungsweise 2020 auslaufen.

Wir werden diesem Bericht zustimmen.

Betreffend Fahrradstrategie kann ich durchaus den Wortmeldungen vom Spitzmüller etwas abgewinnen. Ich glaube aber trotzdem, dass man das Rad nicht neu erfinden muss. Und zwar hat das BM für Land- und Forstwirtschaft 2015 die Neuauflage des österreichischen Masterplanes „Radfahren“ mit Zeithorizont 2015 - 2025 und weiterentwickelten Maßnahmenvorschlägen erstellt und diesen auch mit den Ländern koordiniert. Darin wird als Ziel die Verdoppelung des Radanteils bis 2025 auf 13 Prozent in Österreich genannt. Zum Vergleich: Das Land Vorarlberg hat heuer bereits 16 Prozent Radanteil. Nicht ganz so viel wie Amsterdam, aber immerhin.

Es reicht halt nicht, wie Du es gesagt hast, Projekte im Zuge der Gesamtverkehrsstrategie, die Arbeiten immer nur anzukündigen, weil im Abänderungsantrag - von Euch ist das ja ein bisserl schwammig -, es muss halt meiner Meinung nach auch endlich etwas umgesetzt werden.

Bewusstseinsbildung können wir alle durch Vorleben steigern. Der Wolfgang weiß es. Ich persönlich fahre vom Frühjahr bis Herbst mit dem Fahrrad in das Büro, mache auch meine Termine oft, auch wenn es möglich ist, mit dem Fahrrad in Oberwart. Ich glaube, dass eine kontinuierliche Erweiterung und Ergänzung des Radwegenetzes auch bei uns jetzt - ich glaube, da müssen die Gemeinden selbst auch schauen - eine Selbstverständlichkeit ist und, ja, wir sind auch dabei, dass wir im neuen Rathaus eine Ladestation für E-Bikes, und da hast Du schon recht Markus, dass man zum Beispiel auch Einstellplätze macht, wo wirklich vielleicht viele mit G1 nach Wien fahren und mit dem Rad dort hinkommen, es in einem schönen Platz stehen lassen können, wo das auch einladend ist, dass ich mit dem Rad fahre.

Also kurz gesagt, Oberwart will Amsterdam werden, und wir sind auf einem guten Weg. *(Abg. Gerhard Steier: Mit Boxenstopp oder ohne?)*

Das „Klimaaktiv-mobil-Förderprogramm 2007-2016“: Immerhin eine Fördersumme von 90 Millionen, Investition in der Höhe von 510 Millionen. Gut, da sind aber auch die E-Mobilität und die alternativen Antriebe dabei. Für Radverkehrsprojekte waren es 35 Millionen Fördervolumen und eine Gesamtinvestition österreichweit, rede ich jetzt von 136 Millionen.

Die burgenländische Beteiligung und Inanspruchnahme der klimaaktiven Modellförderung aus dem Burgenland liegt unter dem Österreichschnitt. Also da hast Du schon recht, Wolfgang, hier besteht durchaus Handlungsbedarf und dass in diese

Richtung was gemacht wird. Positiv kann man erwähnen, dass zum Beispiel die Städte Eisenstadt und Neusiedl hier geförderte Projekte umgesetzt haben.

Ich glaube, auch hier sind die Gemeinden gefordert. Eisenstadt - er ist nicht da der Herr Bürgermeister - muss man gratulieren, ist im Jahr 2012 vom Kuratorium für Verkehrssicherheit mit dem Preis „Fahrradfreundlichste Gemeinde“ ausgezeichnet worden. Herzliche Gratulation! *(Beifall bei der ÖVP)*

Bezüglich Elektromobilität sollte gerade das Land Vorreiter und Beispiel sein und nicht nur alle Beschaffungen tätigen. Auch hier der Abänderungsantrag verspricht keine positive Entwicklung in diesem Bereich.

Auch die Gemeinden sind hier sehr aktiv, kann ich vielleicht auch erwähnen. Wir sind auch dabei zurzeit und auch viele andere Gemeinden und Städte, dass sie E-Ladestationen für Elektromobilität ausbauen. Wir haben dabei auch ein Car-Sharing-Angebot, wo batteriebetriebene Fahrzeuge etabliert werden. Ich glaube, dass das nicht nur bei uns in Oberwart, sondern in vielen Gemeinden auf dem Weg ist, wo es durchaus positiv zu erwähnen ist.

Zum Budget, auf Seite C-141, habe ich den größten Ansatz gefunden und zwar bei Straßenbauten. Es sind 13.192.000 Euro eingetragen. Wir appellieren und hoffen, dass ein großer Teil für das strukturell, natürlich auch geographisch benachteiligte Südburgenland - Wolfgang schaut - dringend neue Impulse bezüglich Verkehr und Infrastruktur gesetzt wird, um einer laufenden, was wir ja leider haben, das müssen wir schon sagen, einer laufenden Abwanderung entgegenzuwirken. Ich denke nur an den Kreisverkehr, was wir auch hier schon zum Thema gemacht haben, bei Jabing Großpetersdorf, den Ausbau der Park & Ride-Anlagen, der Markus hat das erwähnt, der Baubeginn der S7.

Es ist schon klar, dass solche Projekte in einem Rechtsstaat oft dauern können, aber ich glaube, wir sollten trotzdem schauen, dass man jetzt zur Umsetzung kommt.

Elektrifizierung der Strecke Sankt Gotthard - Jennersdorf - Graz ist immer wieder Thema und ich glaube, der Bernhard hat das zur Genüge zum Thema gemacht. Nordburgenland auch nicht zu vergessen, Bahnschleife Eisenstadt und der Ausbau der A4.

Was mir auch eine Herzensangelegenheit ist, ist die Wiederbelebung der - in verschiedensten Pressekonferenzen thematisiert worden - Bahnlinie Oberwart - Szombathely, gleichzeitig eine aktive Güterverkehrsentwicklung für die ganze Region und die Verlagerung - war auch schon oft Thema - der Holztransporte, der Holzverladung vom Zentrum in Oberwart nach Rotenturm.

Ein Teil dieser Strecke Friedberg - Oberwart wurde von der Gesellschaft VIB – Verkehrsinfrastruktur Burgenland angekauft, eine ausgelagerte Gesellschaft und im Budget natürlich nicht zu finden. Die Gemeinden sind bereit, hier mitanzupacken, das muss ich ganz offen sagen, aber eines möchte ich auch ganz klar sagen: Kein Stillschweigen, sondern Offenlegung aller Zahlen und Verträge, wir wollen volle Transparenz durch ein Fragerecht der hier sitzenden Personen - der Abgeordneten -, und ich glaube, dass die Verkehrspolitik des Zusperrens von Bahnlinien und durch Verhinderung von eventuell wirklich notwendigen Straßenprojekten für das Burgenland uns in die Mobilitätsarmut führen wird und das wollen wir, glaube ich, alle zusammen nicht.

Abschließend darf ich noch bezüglich Wasserbau herzlichen Dank an die Wasserbaudirektion und die Verwaltung in diesem Bereich sagen. Wir haben ein

großartiges Projekt auch in Oberwart umgesetzt: die Renaturierung. Ich sage auch herzlichen Dank, Herr Landesrat, herzlichen Dank an die Abteilungen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter Wolfgang Sodl ist als nächster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Zuseherinnen! Zuhörer via Internet, die mittels Livestream dabei sind! Die Grundlage für alle Aktivitäten zum Thema Mobilität und Verkehr im Burgenland ist die im Jahr 2014 ausgearbeitete Gesamtverkehrsstrategie. Die Gesamtverkehrsstrategie stellt den übergeordneten Rahmen für die Mittel und auch für die langfristige Entwicklung des regionalen Verkehrssystems dar. Anhand der Gesamtverkehrsstrategie kann die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Einzelmaßnahmen im Hinblick auf ihren Beitrag zur Erreichung der definierten Zielsetzungen geprüft werden.

Die Gesamtverkehrsstrategie wurde im bisher größten Bürgerbeteiligungsprozess des Landes unter Miteinbeziehung aller relevanten Stellen und Organisationen erarbeitet. Das Ziel dieser Gesamtverkehrsstrategie ist die Verbesserung für die Pendlerinnen und Pendler, für die Aufwertung des Wirtschaftsstandortes und natürlich auch die Sicherheit und der Umweltschutz.

Der Anspruch an die neue Gesamtverkehrsstrategie ist eine Aufwertung des Lebensraumes, des Wirtschaftsstandortes Burgenland und attraktive und klimafreundliche Mobilitätsangebote für die Bevölkerung sowie ein Mehr an Sicherheit. Die Anbindung an internationale Verkehrswege ist für die wirtschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung. Die Erreichbarkeit stärkt sowohl den Wirtschaftsstandort als auch den Tourismus.

Vor allem gilt es weiterhin, die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler zu entlasten. Sie haben für die Fahrt zur Arbeit überproportional hohe Kosten zu tragen. Und ich habe gestern in meiner Rede hier diese Problematik auch angesprochen. Die Problematik der Pendlerpauschale, die unfair ist und die auf neue Füße gestellt werden muss.

Es werden über 17 Millionen Euro für den öffentlichen Verkehr aufgewendet. Alle künftigen Maßnahmen werden im Einklang mit der neuen Verkehrsstrategie der Umwelt mit dem Leitbild des Landes stehen. Die Bereitstellung qualitativ hochwertiger öffentlicher Verkehrsmittel mit an den tatsächlichen Bedarf angepassten Fahrplänen stellt eine der obersten Prioritäten der Verkehrspolitik des Burgenlandes dar.

Wie erfolgreich die burgenländische Verkehrspolitik ist, beweisen nicht zuletzt folgende Fakten:

Ich möchte hier die Buslinie G1 Oberwart ansprechen. Diese wurde 2013 als beste Verkehrslinie im gesamten VOR-Bereich ausgezeichnet und bei nach wie vor steigender Nachfrage werden die Takte stetig verdichtet. Täglich nehmen rund 1.300 Fahrgäste pro Richtung - davon 700 der Fahrgäste haben hier Wochen-, Monats- oder Jahreskarten - in Anspruch. Ich möchte auch die Neusiedlerseebahn ansprechen, die Strecke Pamhagen nach Wien und retour.

Über 729.000 Fahrgäste haben diese im Jahr 2016 in Anspruch genommen. Hier gab es seit 2010 eine Steigerung von 15 Prozent beziehungsweise eine Steigerung von sage und schreibe von 62 Prozent seit der Elektrifizierung im Jahr 2004.

Durch die mit der Raaber-Bahn, mit dem Verkehrsverbund Ost Region und mit der ÖBB abgeschlossenen Verkehrsdienste-Verträge ist eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Verkehrsversorgung für 2019 sichergestellt. Neben der Bereitstellung von einem modernen Wagenmaterial sowie zeitgemäßer und dem Stand der Technik entsprechender Infrastruktur, wird auf eine ständige Evaluierung der Fahrgewohnheiten und Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf erhöhter Wert gelegt.

Die Gesamtkosten, die hier die Raaber Bahn für 2018 investieren wird, schlägt sich mit über 4,1 Millionen Euro nieder. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Gesamtkosten des ÖBB-Personenverkehrs werden mit über 4,7 Millionen Euro im Jahr 2018 beziffert. In den Erhalt und in den Ausbau der Bahninfrastruktur werden seitens des Landes im Rahmen der mittelfristigen Investitionsprogramme für die Neusieder See Bahn GmbH 1,9 Millionen Euro bereitgestellt. Davon - und zwar 1,3 Millionen Euro über das INTERREG-Projekt Cross Border Rail. Im Burgenland verfügen wir derzeit über 41 Bahn- und zehn Buspark- & Rideanlagen. Insgesamt stehen hier den Menschen, den Pendlerinnen und Pendlern, 3.993 Stellplätze zur Verfügung.

Mit dem Ziel, möglichst viele Autopendler in das öffentliche Verkehrsnetz einzubinden, wird das Stellplatzangebot auch ständig erweitert. Die Auslastungszahlen zeigen, dass die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler dieses Angebot gerne annehmen. In den vergangenen beiden Jahren sind die leistungsfähigen Anlagen in Pinkafeld, am Bahnhof in Mattersburg, am Bahnhof Bruckneudorf und am Bahnhof Neusiedler See errichtet worden.

Weiters ist die Erweiterung der Park & Ride-Anlage in Kittsee in den nächsten Jahren darüber hinaus Erweiterungen auch in Deutschkreutz und in Parndorf am Programm. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Deutschkreutz.)* Insgesamt wendet das Land Burgenland durchschnittlich 300.000 Euro pro Jahr für die Erhaltung und den Ausbau der Park & Ride-Anlagen auf. Für 2017 und 2018 werden hier in Summe Ausgaben in der Höhe von 600.000 Euro erfolgen.

Ich möchte hier noch einige Projekte, sehr positive Projekte, ansprechen. Das Top-Jugendticket wurde mit dem Mobilitätspreis 2013 ausgezeichnet und kann als Meilenstein angeführt werden, um junge Menschen an den öffentlichen Verkehr heranzuführen. Das Burgenland hat, gemeinsam mit Wien und Niederösterreich, ab dem Schuljahr 2012/2013 das Top-Jugendticket eingeführt. Dieses neue Angebot stellt eine große Errungenschaft dar und war bis vor kurzem in Österreich einmalig.

Um 60 Euro im Jahr können Lehrlinge und Schüler den gesamten öffentlichen Linienverkehr in Wien, Burgenland und Niederösterreich nutzen. Um Schüler mit Internatbussen nicht zu benachteiligen - und das war doch auch immer wiederum ein Thema - hat das Land Burgenland hier auf eigene Kosten die Internatsbusse um dieses Angebot erweitert. Derzeit nutzen über 23.500 Schülerinnen und Schüler und natürlich auch Lehrlinge das Top-Jugendticket und das Jugendticket des Landes.

Die budgetierten Zusatzkosten für das Top-Jugendticket betragen insgesamt rund 380.000 Euro jährlich. Von der Ausweitung des Jugendtickets auf die Internatsbusse profitieren insgesamt hier über 700 Jugendliche im Jahr von dieser Lösung, sprich rund 600 Lehrlinge und rund 100 Schüler. Die betroffenen Familien ersparen sich im Schnitt Fahrtkosten von mindestens 320 bis zu 1.000 Euro im Jahr.

Diese Gesamtkosten schlagen sich für das Land um die rund 250.000 Euro nieder. Einige Punkte noch dazu. Einige Initiativen für unsere burgenländischen Menschen, für die Pendlerinnen und Pendler. Das Semesterticket für die Studenten, die Studentenmonatskarte, die Förderungen von den Mikro-ÖV-Angeboten, sprich den Dorfbussen. Insgesamt stehen hier für die Mikro-ÖV-Systeme für das Jahr 2018 192.000 Euro zur Verfügung.

Ich möchte aber natürlich auch, wenn der Herr Hofrat da ist, den Hochwasserschutz ansprechen, weil ich mit meiner Gemeinde ein Betroffener bin. Ich möchte mich auch bei Ihnen, lieber Herr Landesrat, bei Ihnen, Herr Hofrat, recht herzlich bedanken, dass hier auch die Politik daran interessiert ist, hier in unseren Gemeinden und für diese Menschen in unseren Gemeinden Maßnahmen zu setzen und diesen Hochwasserschutz zu unterstützen.

Ich danke. Wir werden natürlich diesem Budget unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Peter Heger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Peter Heger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eine hervorragend funktionierende und auf hohem Niveau stehende Infrastruktur hat viel zur positiven Entwicklung unseres Burgenlandes beigetragen. Das Wasserverteilungsnetz, aber auch das Entsorgungsnetz, sprich das Kanalnetz, tragen einen großen Teil dazu bei.

Unter enormen Anstrengungen und dem Einsatz beachtlicher finanzieller Mittel wurde in den letzten 60 Jahren ein Versorgungsnetz aufgebaut, das in Österreich seinesgleichen sucht. Wasser ist eine Lebensgrundlage. Ohne Wasser gibt es kein Leben. Daher ist es mit Sicherheit nicht vermessen, wenn man sagt, Wasser ist das wichtigste Gut.

Wir müssen also alles, wirklich alles tun, um dieses wichtige Gut auch für die zukünftigen Generationen zu schützen und zu wahren. Am Beispiel des Rekordsommers 2017 ist deutlich zu sehen, dass sich diese Investitionen auszahlen.

Der heurige Sommer, aber auch die Sommer 2013 und 2015 waren für die Wasserwirtschaft eine große Bewährungsprobe. Diese Jahre waren besonders trocken. Diese Entwicklung mit den vermehrten Hochverbrauchsphasen aufgrund des fortschreitenden Klimawandels stellt die Wasserversorgung vor immense Aufgaben. An solchen Tagen müssen im Burgenland mehr als das Doppelte eines durchschnittlichen Verbrauchstages gefördert und in die einzelnen Haushalte geliefert werden.

Diese schwierigen Aufgaben wurden von unseren Wasserversorgern bravourös geschafft. Insgesamt wurde wieder begonnen, in das bereits seit längerer Zeit aufgebaute Versorgungsnetz zu investieren. Die jährlichen Investitionen sind gut investiertes Geld, weil die Wasserversorgung heute - selbst unter schwierigen Bedingungen - in allen Regionen wirklich gut funktioniert. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitwirkenden der öffentlichen Wasserversorgung des Landes und der Landesverwaltung für ihre gute Arbeit herzlichst bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Im Burgenland wurden große Teile des Leitungsnetzes bereits in den 50er, 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts ausgebaut. Trotz laufender Wartungs- und Reparaturtätigkeiten haben die damals verlegten Leitungen heute bereits ein Alter

erreicht, das vollständige Leitungserneuerungen notwendig macht. Ich darf ein aktuelles Beispiel von gestern bringen. Um 5 Uhr 30 Minuten wurden die Mitarbeiter des Wasserleitungsverbandes Nördliches Burgenland über den Rohrbruch in der Ruster Straße informiert. Bei einer alten, überregionalen Transportleitung aus den 1970er Jahren trat Wasser aus. Ab 7 Uhr wurde bereits an der Behebung des Schadens hier in Eisenstadt gearbeitet.

Auf Basis vorhandener Studien hat die Plattform Wasser erhoben, dass alleine für die Sanierung des in die Jahre gekommenen Wasserleitungsnetzes im Burgenland bis zum Jahr 2020 jährliche Investitionen von mehr als 16 Millionen Euro erforderlich sind. Danach müssen die jährlichen Sanierungsausgaben auf über 23 Millionen gesteigert werden, um einen Erhalt der ausgezeichneten Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Die burgenländischen Wasserversorger liefern Trinkwasser in ausreichender Menge und in sehr guter Qualität. Die Sanierungserfordernisse für die burgenländische Wasserversorgung stellen doch eine enorme Herausforderung im Investitionsbereich dar und es ist hier auch weiterhin die öffentliche Hand erforderlich, um die Wasserversorgung bei der Erfüllung ihres Versorgungsauftrages zu unterstützen. Förderungen ermöglichen dabei aber auch einen positiven Lenkungseffekt in Richtung einer zielgerichteten Mittelverwendung und einer nachhaltigen Wasserwirtschaft.

Dazu muss man wissen, dass die österreichweite Bundesförderung auf 100 Millionen Euro für Wasserversorgungen und Abwasserentsorgung zusammengekürzt wurde. Im Gegensatz dazu standen in den Jahren 2010 und 2011 hier bereits 180 Millionen Euro zur Verfügung. Die Kürzungen von Bau- und Investitionsprogrammen kennen aber, aus unserer Sicht, überhaupt keine Alternative.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Die öffentliche Wasserversorgung im Burgenland wurde zu einem großen Teil - wie bereits gesagt - in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts erbaut. Der Grundsatz war, die schlechte Versorgungssituation des Burgenlandes - sowohl quantitativ als auch qualitativ - maßgeblich zu verbessern.

Damals waren durch verunreinigtes Trinkwasser - aus Hausbrunnen bedingt - Erkrankungen wie die Cholera und Typhus an der Tagesordnung. Heute ist vieles anders geworden. Derzeit wird immer wieder unter dem Deckmantel von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder TiSA über die Hintertür versucht, die öffentliche Daseinsversorgung weltweit zu liberalisieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Privatisierungstendenzen im Bereich der Daseinsvorsorge gehen in die absolut falsche Richtung, denn die privaten Betreiber und Großkonzerne wollen bestmöglich von der Allgemeinheit abschröpfen und ihre Shareholder bedienen. Die notwendigen Investitionen für die Infrastruktur werden dann aber nicht getätigt und die Wasserversorgung gibt es nur gegen hohes Entgelt.

Die Versorgung bei Gütern der Daseinsvorsorge und insbesondere mit dem Lebensmittel Nummer 1 müssen für alle Menschen kostengünstig möglich sein. Die Gewährleistung von Versorgungssicherheit und einer guten Wasserqualität kann nur von einem öffentlichen und nicht gewinnorientierten Unternehmen mit dem Prinzip der Gemeinnützigkeit garantiert werden.

Die SPÖ hat das sogar in der Landesfraktion verankert. Hier ist es oberster Grundsatz, die Einnahmen über den Ausbau und der Norm der Infrastruktur wieder den Kunden und der Wirtschaft zukommen zu lassen. Zusätzlich werden durch diese Investitionen Arbeitsplätze in der Region geschaffen. Ich meine, das ist genau der richtige Weg.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte abschließend noch einmal erwähnen, dass das Lebensmittel Nummer 1 das wichtigste Produkt der menschlichen Daseinsvorsorge, unser Trinkwasser, niemals Spielball von Konzernen sein darf, weder von jenen Konzernen, die mit ihren Spritzmitteln unsere Umwelt derart beeinträchtigen, dass unser Grundwasser in Mitleidenschaft gezogen wird und auch nicht von jenen Konzernen, die gerne die Wasserversorgung übernehmen würden, um damit Profit zu ziehen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Wir werden daher dieser Budgetgruppe gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Diese Voranschlagsgruppe hat nicht nur für das kommende Jahr, was die Budgetzahlen betrifft, sondern auch für die in der Veranschlagung auf alles, was die Möglichkeiten speziell des Verkehrs betrifft, eines Klimaschutzes beziehungsweise einer Klimaschutzverantwortungsaufgabe, die im Endeffekt wahrzunehmen keine einfache Verpflichtung sein wird.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass sich Österreich beim Klimagipfel in Paris verpflichtet hat, bis 2050 durch die Reduktion von Emissionen dazu beizutragen, dass sich die Welterwärmung um nicht mehr als maximal zwei Grad erhöht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Österreich hat dabei, und das kann man herunterrechnen, aus dem Gesamtverpflichtungsrahmen, eine Zuerkenntnis auf eine bestimmte Emissionsstärke bis 2050 in der Verpflichtung erledigt, auf der anderen Seite zeugen heutige Definitionen und Beispiele dahingehend, dass wir unmittelbar bis 2035 diese Klimaschutzbeauftragten Ziele nicht erreicht haben werden, aber den Verbrauch schon umgesetzt haben.

Das heißt, wir werden, wenn wir in den Handlungen weiter so fortschreitend Maßnahmen setzen, eine gegebene Verpflichtung in absoluter Form nicht einhalten.

Das ist eine Auftragssituation, die nicht nur vom Bund erledigt werden muss, sondern im Speziellen auch von den Ländern. Ich glaube, dass wir uns darin einig sind, dass die größten Emittenten oder dass der größte Emittent im Bereich des CO_2-Ausstoßes noch immer der Verkehr ist.

Jetzt, und das kann ich auch unterschreiben, hat das Burgenland über die letzten Jahrzehnte im Bereich des Ausbaus des Straßennetzes und der Grundversorgung der Bevölkerung, das darf man nicht immer nur überregional sehen, in der Umsetzung, sondern auch in regionaler Verpflichtung, Möglichkeiten zuerkannt bekommen, die es zu nutzen gilt. Auf der anderen Seite wissen wir alle, und das hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre im Speziellen auch mit dem Bewusstseinsbildungsprozess auf die Klimaschutzmöglichkeiten ergeben, dass der sogenannte öffentliche Verkehr in Zukunft der größte Player sein muss.

Diese Verpflichtung einzugehen, bedeutet nicht nur, wie es vorher ausgedrückt wurde, in Projektformen darüber zu simulieren, was sich daraus ergeben soll, sondern es gilt, die Möglichkeiten zu nutzen.

Da verweise ich zum wiederholten Male darauf, dass wir bis 2020 in transnationalen europäischen Möglichkeiten auch die Realisierung setzen sollten. Wir

haben jetzt innerhalb der nächsten Jahre noch die Chance, quasi europäische Gelder zur Verfügung zu haben und transnationale, sprich mit Ungarn, mit Slowenien, oder auch mit der Slowakei, Lösungsmöglichkeiten auf den Verkehr zu suchen. Zum wiederholten Male setze ich dort an, dass es vor Jahren schon die Unterschrift unter einen „Letter of Intent“ gegeben hat, der klar und deutlich ausdrückt, die gegebene, aus der Habsburgerzeit, aus der Monarchiezeit gegebene Bahnstrecke, die über ungarisches Staatsgebiet bis in die Häfen Rijeka und Kotor führt, zu revitalisieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daraus würde sich ergeben, dass man alle Anbindungsformen von Oberwart unten und so fort bis Jennersdorf realisieren könnte und damit einhergehend eine wirkliche Lösung auf den sogenannten Bahnverkehr erzielen könnte.

Das wäre die Form von öffentlicher Verkehrsausführung, die dringend nötig wäre und die uns unsere Verpflichtungen auch in klimaschutzmäßiger Hinsicht erfüllen lassen könnte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, dass wir eine Situation festhalten können, dass auf die Zukunft bezogen nicht nur der öffentliche Verkehr, sondern, wie vom Kollegen Spitzmüller und anderen angeführt, speziell auch der Radverkehr im regionalen lokalen Bereich eine Rolle spielt. Kollege Rosner hat angesetzt, die Gemeinden haben hier eine verpflichtende Aufgabe. Ich erinnere daran, dass es vor ungefähr 20 Jahren den burgenländischen Weg in einer sehr positiven Art und Weise gegeben hat, nämlich, den Güterwegverkehr als Radfahrstreckenmöglichkeit zu eröffnen und daraus resultierend sind die heutigen Gegebenheiten auf den touristischen Ansatz des sogenannten Radtourismus zu sehen.

Das ist aus der Umstandsform gelungen, wo das Land mit Kooperation der Gemeinden diese Voraussetzungen in der Infrastruktur geschaffen hat.

Daraus abgeleitet ist eigentlich in den Gemeinden, auf dem Gebiet der Gemeinden, zu wenig geschehen. Diesen Aufholprozess im Sinne des Vorantreibens des regionalen und lokalen Radverkehrs, dem gilt es, die hauptsächliche Aufmerksamkeit zu schenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verkehr ist eine Herausforderung und alle technischen, innovativen Möglichkeiten, die in den letzten Jahren gesetzt worden sind - und wir haben jetzt auch einen Antrag für die Abstimmung, wo es um den Fuhrpark der Landesregierung geht, wo es um, glaube ich, Elektrofahrzeuge in der Anschaffung gelten sollte, um den Klimaschutzzielen und den Herausforderungen gegenzutreten, werden eigentlich genutzt werden müssen, um den Verkehr in seiner Emissionsaktivität einzuschränken.

Wir alle wissen, dass die Möglichkeiten auf Elektro beziehungsweise Wasserstoff durchaus recht weit fortgeschritten sind, denn das größte Problem, das uns eigentlich gesamt betrifft, ist die Situation der Speicherung.

Diese Batteriesituation ist nicht nur für den Autoverkehr, Individualverkehr eine Gegebenheit, sondern auch für alle alternativen Energien, um sie vor Ort auch wieder in den Kreislauf einführen zu können. Tatsache ist, wir haben den Verkehr auch unter dem Aspekt zu betrachten, dass Klimaschutzziele eingehalten werden müssen. Daher ist es die dringende Notwendigkeit, hier auf lokaler und speziell auf regionaler Ebene, auf Landesebene in die Richtung einzuwirken.

Tatsache ist, wir haben auch den Wasserbau und die gesamte Versorgungssituation auf Abwasserent- und Wasserversorgung in diesem Budgetkapitel.

Mein Vorredner, Herr Kollege Heger, hat angesprochen, dass der Wasserleitungsverband von halb sechs Uhr in der Früh einen Wasserschaden gestern in Eisenstadt behoben hat, möchte dem nur hinzufügen, um dreiviertel zwölf, wie ich nach Hause gefahren bin, sind die Arbeiterinnen und Arbeiter noch immer vor Ort gewesen und haben dieses aufgesetzte Loch gefüllt. *(Landesrat Helmut Bieler: Arbeiter!)*

Herr Kollege Bieler! Ob dort jetzt eine Arbeitnehmerin dabei war, sei dahingestellt, es waren wahrscheinlich nur Arbeiter, aber in der Darstellung überlassen Sie das bitte mir. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, dass die Situation in der Neuinvestition auf den Ausbau des Leitungsnetzes eine außerordentliche Herausforderung darstellt, dass im Zusammenhang mit den zukünftigen Gegebenheiten die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung hohe Investitionskosten verursachen wird.

Ich erinnere jeden Bürgermeister, der vor Ort hier im Landtagssitzungssaal steht, dass die nächsten Jahre eigentlich für jeden eine zusätzliche Investitionsaktivität, gerade im Bereich des Kanalnetzes, erforderlich machen wird, weil sich diese Leitungsnetze auf 30, 40 manchmal sogar auf 50 Jahre schon ergeben haben und nicht mehr diese vollen Anforderungen, die von der Gewässeraufsicht gesetzt werden, erfüllen.

Sich diesen Herausforderungen zu stellen, bedeutet für jeden Bürgermeister und jede Bürgermeisterin etwas, das nicht gerne gesehen wird, nämlich, das Vergraben von Geld. Es ist aber eine Herausforderung, die nicht hintanzustellen ist, sondern laufend zu bewältigen sein wird. Jeder Straßenneubau in der Gemeinde sollte eine 100-prozentige Verpflichtung haben, auch das Kanalnetz und das Wassernetz entsprechend zu revitalisieren beziehungsweise Sanierungsmaßnahmen in jeder Form zu setzen.

Wir haben in dieser Hinsicht eine umweltpolitische Verpflichtung, wir haben aber auch eine Versorgungsverpflichtung. Wenn sich alles um den Begriff der Lebensqualität nur an anderen Gegebenheiten ausmachen lässt, hier ist es mit Sicherheit auf den Punkt zu bringen, denn alles, was Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, alles was Verkehr anlangt, ist ein absolutes Merkmal von Lebensqualität, die erhalten werden sollte und der wir mit aller Kraft auch unsere gesamte Aufmerksamkeit schenken sollten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, Infrastruktur, Straße, Umwelt und natürlich auch Wasser, Wasserbau, Abwasser und dergleichen mehr, sind Dinge, die ganz entscheidend sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fange aber mit unserem Antrag auf E-Mobilität an!

Die Regierung könnte bei einer Umstellung auf E-Mobilität ein Zeichen setzen. Wir haben einen Antrag eingebracht. Der wurde natürlich, wie üblich, abgeändert. Ich lese einmal unseren Antrag vor: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert: Ab 1.1.2018 keine Diesel- und Benzinfahrzeuge mehr anzuschaffen und den Fuhrpark des Landes sowie der landesnahen Betriebe schrittweise auf Elektroautos umzustellen. *(Abg. Géza Molnár: Gilt das auch für den Schneepflug? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ja. Ich bin beim Kollege Rosner, dass man natürlich auch in dieser Richtung E-Mobilität Stationen baut, dass man laden kann, das ist gar keine Diskussion.

Aber, ich glaube, gerade bei dem Politiker, der durch das Land fährt, wird es möglich sein, hier diese Stationen anzulaufen. Nur - ein Abänderungsantrag, der lautet: SPÖ - FPÖ logisch - Die Landesregierung wird aufgefordert, weiterhin Initiativen zum Einsatz von E-Mobilität im Burgenland zu unterstützen, die beschriebenen Aktivitäten im Rahmen der Dorferneuerung weiter zu betreiben und im Fuhrpark des Landes batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge zum Einsatz zu bringen.

Was ist da jetzt für ein großer Unterschied? Wenn Ihr mir den sagen könnt, habe ich kein Problem damit und werde dem Abänderungsantrag sicherlich zustimmen. Aber, bitte schauen wir, dass wir etwas auf den Weg bringen. Schauen wir, dass wir etwas weiterbringen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Ansatz.

Wir könnten österreichweit wieder eine Vorreiterrolle übernehmen und ich glaube, das ist gar nicht so schlecht. Wir sind in vielen Bereichen, sei es Windkraft, sei es Photovoltaik, ganz vorne dabei oder sogar an der Spitze. Daher könnten wir uns auch das dementsprechend leisten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Politiker nicht mit einem Tesla fahren kann oder mit was Anderem. Ich glaube, das wäre schon eine Möglichkeit.

Ich möchte aber weiterhin zur E-Mobilität Stellung nehmen, denn ich bin schon beim Kollegen Spitzmüller, Park & Ride-Anlagen sollte man auch mit Fahrrädern und Elektrofahrrädern zugängig machen. Ich biete mich an, in Deutschkreutz als Pilotprojekt, wo wir hier die Möglichkeit sehen, auch sogar von Unterpetersdorf, aber auch von Horitschon herzukommen, um keine Autos dementsprechend geparkt zu haben. 160 Fahrzeuge stehen tagtäglich bei uns auf den Park & Ride-Anlagen oder verstellen die Seitengassen. *(Abg. Manfred Haidinger: Das machen wir in Mönchhof.)* Daher wäre es ein Pilotprojekt wert, Herr Landesrat Bieler, vielleicht können Sie das Ihrem Nachfolger dementsprechend auch weitergeben, denn wir hätten das natürlich auch gerne gefördert.

Wenn es ein Pilotprojekt ist, dann kann man es, Frau Landesrätin Dunst, vielleicht auch über die Dorferneuerung in diese Richtung andenken. Man kann auch einmal eine gute Idee haben und diese auch umsetzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Frau Landesrätin, weil Sie gerade da sitzen: Den Bürgerbus haben wir in Deutschkreutz eingeführt. Der funktioniert hervorragend. Wir machen Termine aus bei Ärzten in der Bezirksvorstadt in Oberpullendorf, oder Behördenwege und die werden hingebracht und die werden wieder zurückgebracht. Wir machen die Termine auch dort und das funktioniert zu 90 Prozent sage ich einmal, denn zu 100 Prozent kann natürlich nichts funktionieren. Ich glaube auch, dass es entscheidend ist, dass man solche Projekte seitens des Landes unterstützt. Das ist in Deutschkreutz passiert. Es gibt ja mehrere Bürgerbusse oder dementsprechende Möglichkeiten. Aber, auch das gehört dementsprechend auch umgesetzt.

Herr Landesrat Bieler! Ich habe immer meine Wünsche, weil gerade Weihnachten vor der Tür stehen, auch in Bezug auf die Straßen. Ich glaube, auch die Straßen, meine Freunde von den GRÜNEN, sind einfach ganz wichtig.

Das sieht man natürlich auch, denn wo eine Straße ist, ist auch Leben, ist auch Wirtschaft, sind Arbeitsplätze. Wenn ich von Hornstein oder Müllendorf bis nach Neutal weiterschaue, dann ist es höchst notwendig, dass wir das gebaut haben.

Dort haben sich Firmen angesiedelt, Arbeitsplätze sind damit geschaffen worden. Dazu eine Bitte, Herr Landesrat: Die B50! Ich habe das gestern bei der Generaldebatte einmal schon gesagt: Vielleicht finden wir einen Weg, hier gemeinsam diese B50 auszubauen, mit Überholmöglichkeiten und dergleichen mehr, denn eines ist klar, wenn

man über ein riesengroßes Spital diskutiert, dann muss man auch dementsprechende Wege finden, wie man dort hinkommt und wieder wegkommt.

Ich glaube, das wäre ein Ansatz, um nicht jetzt wieder auf diese B61a oder B, wie sie sich nennt, bis Rattersdorf, die meiner Meinung nach nicht so notwendig war, aber wir haben sie und das hat der Bund bezahlt. Sei es wie es sei!

Auch bei den Schienen muss man natürlich sagen, Herr Kollege bei den GRÜNEN, natürlich wollen wir das auch ausbauen, das ist keine Frage, aber da wird überall Stillschweigen vereinbart, dass wir gar nicht wissen, was gekauft worden ist, wir wissen auch gar nicht, was budgetiert worden ist und dergleichen mehr.

Auch diese Transparenz fordern wir ein und wollen diese auch in nächster Zeit haben. Ich glaube, der Wasserwirtschaft muss ich auch ein Dankeschön sagen, weil ich auch gemeinsam mit der Abteilung verantwortlich bin, das abzuwickeln. Das funktioniert hervorragend.

Was mir natürlich ein bisschen fehlt, ist vom Bund das Geld, dass das schneller kommt, liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Bis das kommt, das dauert schon eine Ewigkeit und wir müssen das alles vorfinanzieren.

Auch das wäre ein Wunsch, jetzt nicht ans Christkind, sondern dass man das wirklich noch schneller betreibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch das wäre ein Wunsch, jetzt nicht an das Christkind, sondern dass wir das wirklich noch schneller betreiben. Ansonsten, ein herzliches Dankeschön, das funktioniert hervorragend. Vielleicht noch dazu zu den Güterwegen, weil angesprochen wurde, sie mit Fahrradstrecken zu bestücken. Das ist ganz eine gefährliche Situation, ich muss Euch das schon sagen.

Das ist ausgebaut mit dreieinhalb Meter Breite und wenn man sich jetzt die landwirtschaftlichen Fahrzeuge anschaut, da würde ich nicht unbedingt empfehlen, dort zu fahren, weil die sind eigentlich schon breiter als die Straßen. Da haben wir auch einen Antrag eingebracht, ob nicht die Möglichkeit besteht, im Güterwegenetz auf fünf Meter Breite auszubauen und dann genau dort vielleicht einen Fahrradweg dazu zu machen?

Das müssen wir uns überlegen, das müssen wir uns anschauen, wie können wir das finanzieren? Es ist nur eine Idee, die man dann vielleicht dort oder da umsetzen könnte.

Wenn ich mir, Herr Kollege Heger, Du hast das Wasser angesprochen, das ist natürlich ein ganz ein wichtiger Faktor für uns. Wir diskutieren ja oft über den Schweinestall in Neudörfl und dergleichen mehr, ich glaube, da sind wir auf dem richtigen Weg. Aber auch, habe ich gesagt, in den Verbänden muss sich einiges ändern an der Struktur, an der politischen Struktur. Die Wirtschaftliche soll gegeben sein, muss auch gegeben sein und da stehen die Gemeinden auch dementsprechend dahinter, sei es beim Abwasserverband und dergleichen.

Herr Kollege Steier hat es schon angeschnitten, wir werden in der nächsten Zeit in den Gemeinden massive Probleme bekommen. Man hat jetzt Trennsysteme natürlich vorgeschrieben. Das kostet ja alles ein Geld, das doppelte Geld, logischerweise. Die Straße gehört dann auch gleichgemacht, da bin ich auch bei ihm. Das heißt, ein Kilometer Straße hat vor 20 Jahren eine Million Schilling gekostet und jetzt kostet sie eine Million Euro.

Das ist nicht wenig Geld, Herr Landesrat, das wissen Sie am besten. Und daher ist es nicht einfach, so zu finanzieren. Bei den Güterwegen bekommen wir, Gott sei Dank,

Förderungen von 40 bis 50 Prozent. Das ist, finde ich, sehr wichtig, aber beim normalen Straßenbau bekommen wir leider keinen Cent gefördert. Und nicht einmal bei den Landesstraßen, die wir erhalten müssen als Gemeinde. Wenn ein Kanaldeckel kaputt ist, müssen wir es selbst bezahlen. Wenn Einbuchtungen sind, für Parken et cetera, müssen wir es auch selbst bezahlen. Auch das wurde in den letzten Jahren geändert.

Ich glaube, da hat sich sehr viel auf die Gemeinde abgelagert und man hat auch den Gemeinden einen festen Rucksack umgehängt, den wir nicht leicht mehr schaffen können.

Ich glaube auch, dass es entscheidend wird sein, die S7 endlich einmal auf Schiene zu bringen, weil es wichtig ist. Der Kollege von den GRÜNEN schüttelt den Kopf, aber auch dort brauchen wir Belebung. Das Südburgenland braucht Leben. Das braucht etwas, dass man dort Arbeitsplätze schafft. Wenn Sie der Meinung sind das ist nicht so, ich vertrete da die andere Meinung. Denn überall, wo Straßen sind und auch öffentlicher Verkehr, Schiene, da tut sich etwas, ist auch Leben und das sollte man auch genauso sehen.

Kommen wir zur Situation, wo ich sage, Straßenbau ist verdammt wichtig, gar keine Diskussion. Man sollte sich auch überlegen von Eisenstadt bis nach Neusiedl am See, vielleicht doch eine neue Überlegung anzustellen, wie man da rascher hinkommt.

Es ist hervorragend, dass das ausgebaut wurde, die Elektrifizierung. Ich denke, dass das gut angenommen wird, aber auch auf der Straße. Ich habe nur, muss ich jetzt dazu sagen, nicht oft das Vergnügen oder nicht das Vergnügen, da zu fahren. Es ist eine Nervenbelastung, wenn man da tagtäglich fahren muss. Auch hier sollte man umdenken. Jetzt kann man darüber diskutieren über die Umfahrung dort oder da, egal, man sollte das andenken.

Herr Kollege Heger, Sie waren in Ihrer Zeit noch als Bürgermeister auch dafür, dass man Unterpetersdorf - Horitschon umfahren sollte. Ist ein bisschen spät natürlich, das hätte man schon früher machen müssen. Aber auch hier darf man nicht aufgeben, eine Umfahrung anzudenken, so wie es Deutschkreutz hat und das funktioniert ja auch, ins Auge zu fassen.

Was mir noch am Herzen liegt ist eigentlich der Anschluss Deutschkreutz - Eisenstadt - Wulkaprodersdorf mit der Straße. Fahren Sie dort tagtäglich, das ist wirklich eine Zumutung. Und auch hier müssen wir grenzüberschreitend umdenken und vielleicht EU-Fördermittel auslösen, damit man da etwas erreichen kann.

Wir werden diesem Kapitel natürlich die Zustimmung erteilen. Danke schön! *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank spricht Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! All diese Bereiche, die von meinen Vorrednern angesprochen wurden, andiskutiert wurden, sind operativ jetzt in der Baudirektion eingegliedert und organisiert.

Hier gilt es - und das tun wir auch seit vielen Jahren - die Synergien zu nutzen, um effektiver handeln zu können. Die Baudirektion ist ein Kompetenzzentrum, ein moderner Dienstleister, der es geschafft hat, die vielfältigen Aufgaben wirklich in sehr, sehr guter Art und Weise umzusetzen.

In der Baudirektion sind alle technischen Agenden der größten Abteilung des Landes vereint. Das gilt für die Erhaltung, für den Ausbau der Landesstraßen, bis hin zum Hochwasserschutz. Was mir besonders immer wichtig war, ist, dass die Baudirektion ein Sicherheitsdienstleister ist. Was die Straßen betrifft, dass wir die Maßnahmen setzen, um den Verkehr für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sicher zu gestalten.

Vor allem natürlich den Schutzwasserbau, was ja ein hervorragendes Beispiel für Sicherheit im Burgenland ist, weil genau das, was die Vorredner gesagt haben, auch eintreten soll, dass nämlich die Menschen vor 100-jährigem Hochwasser geschützt sind und ruhig schlafen können.

Wirtschaftlich gesehen ist das Baubudget ein Impulsgeber für die Wirtschaft. Und ohne diese Maßnahmen im Straßenbau oder der Wasserwirtschaft, in der Infrastruktur, würde es kein Wachstum geben. Das heißt, Wirtschaftswachstum, das im Burgenland sehr gut angesprungen ist, die Ansiedlung von Betrieben, die Sicherung von bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind hier hervorragende „Nebeneffekte“, die hier auftreten. Ein paar Beispiele, wo man das sehr, sehr gut sehen kann, ist Parndorf, das Outlet-Center.

Parndorf – Neusiedl, das Beispiel des Wirtschaftsparks im Nordwesten von Oberwart, oder auch hier in Siegendorf, wo wir mit dem Turbokreisverkehr und dem neuen Anschluss ans Gewerbegebiet sehr viele Möglichkeiten geschaffen haben, die die Wirtschaft positiv beeinflussen.

Zum Thema Investitionsschub durch das Baubudget: Insgesamt werden im Burgenland im nächsten Jahr, also vom Land und vom Bund inklusive ASFiNAG 118,2 Millionen Euro verbaut. Landesstraßen 23,7 Millionen Euro, die ländlichen Wege acht Millionen Euro, ASFiNAG Bundesstraßen ohne S7 kosten 26,5 Millionen Euro. Für die Hochbauten 15 Millionen und für die Wasser- und Umweltwirtschaft rund 45 Millionen Euro.

Das heißt, sehr viele Möglichkeiten, sehr viele Impulse für die Bauwirtschaft und die tragen auch dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit im Burgenland stark zurückgeht. Im Nordburgenland haben wir Investitionen von 7,2 Millionen Euro und 40 Projekte. Im Mittelburgenland 8,4 Millionen Euro und 30 Projekte und im Südburgenland Investitionen von 8,1 Millionen Euro und 40 Projekte, die bei den Landesstraßen umgesetzt werden.

In der Wasserversorgung haben wir 900.000 Euro zur Verfügung und in der Abwasserbeseitigung 2,5 Millionen Euro. 3,4 Millionen Euro für den Schutzwasserbau und für die ökologischen Maßnahmen und inklusive der Bundesmittel 15 Millionen Euro im Jahr 2018 und zwei Millionen Euro für ökologische Maßnahmen.

Das heißt, das sind schon Summen, die herzeigbar sind und die sich mittel- und langfristig natürlich auch auswirken. Vom GIF Gemeinde-Investitionsfonds sind hier ebenfalls die Mittel schon dabei, die vorhin erwähnten 3,4 Millionen Euro.

Nachdem ja der GIF umgewandelt wurde, beziehungsweise abgeschafft wurde, sind diese Gelder auf Rücklage gelegt und dort werden dann für die Wasserversorgung und für die Abwasserbeseitigung die Gelder zur Verfügung gestellt.

Auch die Landesforstinspektion erhält 550.000 Euro im Jahr 2018 für 20 Projekte mit einem Fördersatz von 35 Prozent. In der ländlichen Neuordnung 180.000 Euro, wo hier auch 50 bis 55 Prozent für Bodenschutz und ökologische Maßnahmen und Biotopverbundsysteme zur Verfügung gestellt werden können. Inklusive der Bundesmittel werden 2018 rund 21 Millionen Euro insgesamt in den Hochwasserschutzbau verwendet werden können.

Was ich zu Beginn meiner Wortmeldung gesagt habe, nämlich Verkehrssicherheit, allein im Straßenbereich werden fünf Millionen Euro für die Umbaumaßnahmen, Kreisverkehre, Sicherheitsmaßnahmen verwendet. Fünf Millionen Euro, die direkt der Sicherheit der Menschen im Burgenland zugutekommen. Ein anderes Sicherheitsprojekt das wir schon umgesetzt haben, nämlich vom Mai 2013 bis Mai 2015 ist mit 98 Prozent abgerechnet, das ist die Umfahrung Schützen mit Kosten von 18,6 Millionen Euro. Das heißt, wir haben hier um rund zwei Millionen, rund zehn Prozent der Kosten, die projektierten Kosten unterschreiten können, und hier sind schon alle Kosten enthalten.

Im Prüfzeitraum von Oktober 2010 bis 2017 wird das der Burgenländische Landes-Rechnungshof auch so bestätigen. Wir können sehr stolz darauf sein, dass die Baumaßnahmen die wir im Burgenland setzen, durchwegs in den Kosten geblieben sind, die wir uns vorgenommen haben, sowohl den Tiefbau als auch den Hochbau.

Ich darf mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Baudirektion, speziell beim Herrn Baudirektor, speziell beim Herrn Diplom-Ingenieur bedanken, weil das im Straßenbereich, Güterwegebereich, Hochwasser, Wasserwirtschaft hervorragend funktioniert.

Da sind wir wirklich ein Herzeigeland, was in diesem Bereich geleistet wird und vor allem, welche Ergebnisse zustande gebracht werden. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 6 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 6 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

V. Teil

Gruppe 7: Wirtschaftsförderung

Gruppe 8: Dienstleistungen

Gruppe 9: Finanzwirtschaft

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen nun zur Beratung des V. Teiles des Voranschlages, er umfasst die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, Gruppe 8, Dienstleistungen und Gruppe 9, Finanzwirtschaft.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte um Ihren Bericht.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Einnahmen in der Höhe von 11.100 Euro und Ausgaben in der Höhe von 27.339.200 Euro sieht die Regierungsvorlage im ordentlichen Haushalt für die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, vor.

Für die Gruppe 8, Dienstleistungen des ordentlichen Haushaltes, sind Einnahmen in der Höhe von 766.600 Euro und Ausgaben in der Höhe von 1.089.700 Euro vorgesehen.

Für die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, sind im ordentlichen Haushalt Einnahmen in der Höhe von 661.625.000 Euro und Ausgaben in der Höhe von 92.766.400 Euro veranschlagt.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, der Gruppe 8, Dienstleistungen, und der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, die unveränderte Annahme zu erteilen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 7, 8 und 9 unverändert anzunehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Generalberichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrätin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir haben es gerade gehört. Unter diesen Gruppen 7, 8, 9 diskutieren wir jetzt den Budgetentwurf für Wirtschaftsförderung, Dienstleistungen und Finanzwirtschaft. Ich möchte mich bei meinem Redebeitrag aber auf die Wirtschaftsförderung konzentrieren. Hier stehen im Budget naturgemäß keine großen Einnahmen zu Buche, 11.100 Euro, wir haben es gerade gehört.

Bei den Ausgaben beziffert sich der Ansatz für das Jahr 2018 auf 27,4 Millionen Euro und eine Steigerung gegenüber dem Budget von 2017 von knapp 1,2 Millionen Euro. Betrachten wir diese Budgetgruppe etwas genauer, so ist deutlich erkennbar, dass auch heuer wieder ein sehr großer Teil dabei für die Landwirtschaft, Wein und Tourismus reserviert ist.

So finden wir zum Beispiel 545.000 Euro für die Vermarktung und Markterschließung von ländlichen Produkten, Nahrungsmittel und Dienstleistungen. 300.000 Euro für die Digitalisierung des Weinbaukatasters, eine Million Euro für die Österreichische Weinmarketing GmbH und drei Millionen Euro Landeszuschuss für Marketingaufwand für Burgenland Tourismus.

Natürlich sind die Landwirtschaft und die daraus resultierenden Produkte, sowie die Weinwirtschaft, bei der wir ja auf Spitzenprodukte weltweit verweisen können, sehr wichtig. Und selbstverständlich ist der Tourismus bei uns auch untrennbar mit diesen Produkten und Leistungen verbunden. Wir sind kein klassisches Industrieland, wobei es sehr wohl einige tolle Industriebetriebe bei uns gibt.

Wir sind ein land- und forstwirtschaftlich geprägtes Bundesland. Wir haben eine hohe Anzahl von sehr innovativen Gewerbebetrieben im kleinen und mittleren Segment, die übrigens mit ihren Dienstleistungen in unseren Nachbarbundesländern sehr gefragt sind.

Wir sind auf einem sehr guten Weg, ein Ganzjahres-Tourismusland zu werden und das, obwohl wir nicht gerade Berge und Schipisten zur Verfügung haben, aber als Gesundheits-, Wohlfühl- und Erholungsland punkten wir immer mehr. Daher muss bei den Förderungen in Zukunft auch auf die vielen Klein- und Mittelbetriebe geachtet werden. *(Beifall bei der LBL)*

Dies wäre zum Beispiel schon bei einer verstärkten Lehrlingsförderung möglich. Viele dieser Betriebe bilden Lehrlinge aus und gut ausgebildete Mitarbeiter sind die Basis für erfolgreiche Betriebe.

Eine Wirtschaftsförderung alleine schafft natürlich noch keinen Arbeitsplatz, hier müssen die Unternehmerinnen und Unternehmer schon ihren Teil dazu beitragen. Keine Politikerin, kein Politiker und keine Gewerkschafterin, kein Gewerkschafter schaffen Arbeitsplätze, aber die Politik muss die Rahmenbedingungen dazu schaffen. Jetzt wiederhole ich mich, genauso wie auch in der letzten Budgetrede, kann ich auch dieses Mal nur sagen, je besser die Politik mit der Wirtschaft kommuniziert, umso besser werden sich die Arbeitsplatzzahlen entwickeln.

Eine weitere Grundvoraussetzung dazu aber ist auch, dass die Behörden ihrer Aufgabe unkompliziert und unterstützend nachkommen. Ich darf hier an dieser Stelle ein kleines negatives Beispiel anführen, was sich aber dann aber noch im guten Sinne gelöst hat.

Kurbetrieb Gemeinde Bad Sauerbrunn - 3.000 Quadratmeter, 2.000 Quadratmeter „Tourismus Freizeit“ gewidmet, 1.000 Quadratmeter „Bau-, Wohnland“ gewidmet. Das Kurhaus möchte zubauen. Ich kann natürlich auf der Widmung „Bau-, Wohnland“ kein touristisches Gebäude errichten, daher Umwidmung von „Bau-, Wohnland“ auf „Tourismus“. Das Ganze wurde eingereicht. Es kann eigentlich kein Problem sein, wenn wir die „Bau-, Wohnland“-Widmung haben, dann kann „Tourismus“ kein Problem sein. Am Faschingsdienstag am Vormittag habe ich die Antwort der Behörde bekommen. Ich habe geglaubt, das ist ein wilder Faschingsscherz.

Es geht nicht. Seit dem Jahr 2016 wird das neu berechnet und von 3.000 Quadratmeter sind exakt 30 Quadratmeter, das ist ein Streifen von einem Meter, neben der Straße im HQ100 Bereich. Und das ist somit erledigt - geht nicht. Was bleibt einem da anderes über, als zum Landeshauptmann zu pilgern und sagen: Du, ich glaube, die wissen nicht, was da alles dranhängt an der ganzen Geschichte. Und auf einmal, siehe da, nach Gesprächen mit den zuständigen Behörden, gibt es doch eine Lösung, die sehr wohl 100-prozentig gesetzeskonform ist und die auch umsetzbar ist.

Ich muss sagen, da denke ich mir schon, dass es hier, da habe ich das Gefühl, dass Gewerbebetriebe hier oft einer gewissen Willkür ausgesetzt sind und das ist ärgerlich. Weil wenn sich die Politik und die Wirtschaft verstehen und alle Rahmenbedingungen einhalten, dann müssen die Behörden auch dementsprechend mitziehen. Und da haben wir ab und zu noch ein Problem.

Nur wer bei Betriebsansiedelungen schnell und unkompliziert hilft, der wird in Zukunft auch die Nase bei Betriebsstandorten vorne haben, selbstverständlich, wie gesagt, unter Berücksichtigung aller damit verbundenen Auflagen.

Auch wenn es jetzt noch so komisch klingt, aber eine Art der Förderung könnte es auch sein, die Finanzpolizei zu stärken. Ich denke, es wird nicht viele Betriebe im Burgenland geben, die eine Schwierigkeit damit haben.

Ich bin aber fest davon überzeugt, dass es immer noch viele Betriebe aus unseren östlichen Nachbarländern gibt, die unsere Arbeitsmarktstandards, egal in welche Richtung, ob es jetzt der Arbeitnehmerschutz, Arbeitnehmerinnenschutz, oder ob es die Kollektivlöhne sind, nicht einmal annähernd anhalten. Und somit unseren Gewerbebetrieben gegenüber einen unlauteren Wettbewerbsvorsprung haben und das kann es auch nicht sein. Aber das ist momentan noch ein bisschen ein zahnloser Tiger.

Das Projekt „Wir bauen burgenländisch“ ist da schon eine Ansage. Ein absolut richtiger Weg und eine sehr hilfreiche Unterstützung für viele Gewerbebetriebe. Aber natürlich auch Unterstützung für die Bevölkerung war der Handwerkerbonus. Diese Förderung hat wirklich einen riesigen Hebel.

Kollege Maczek hat das heute schon gesagt, 1,2 Millionen Euro gibt es im Budget dafür und ausgelöst hat er dann aber 11,6 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Das war eine Förderung, die wirklich sehr gut funktioniert hat. Eine andere Art der Förderung für die Zukunft könnte auch eine Umstellung von der Besteuerung sein. Ich weiß schon, dass man hier vom Bund abhängig ist. Aber vielleicht kann man dies auch der neuen Bundesregierung mit auf den Weg geben.

Wir reden immer wieder vom Gasthaussterben und vom Wirtesterben in den Ortschaften und in den Dörfern. Die Finanzämter kennen natürlich die Budgetzahlen dieser Wirte. Ich denke mir, hier könnte man genauso, wie auch in anderen Bereichen, eine Vereinfachung machen, indem man bis zu einer gewissen Höhe der Umsätze pauschalisiert. Bei landwirtschaftlichen Betrieben, bei Gärtnereien funktioniert das an und für sich schon sehr lange.

Ich möchte damit nur zum Ausdruck bringen, dass es viele verschiedene, innovative Möglichkeiten gibt, Gewerbebetriebe zu fördern. Denn, die vielen kleinen und mittleren Gewerbebetriebe sind das Fundament unserer Arbeitsplätze. Und in dem Fall ein „Geht nicht“ gibt es da nicht. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der LBL und der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es spricht nun der Herr Kollege Wolfgang Spitzmüller.

Ich bitte Sie zum Rednerpult, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede auch zur Wirtschaft, allerdings zur Landwirtschaft. Das Burgenland ist ein Feinkostladen. Unzählige Betriebe produzieren wirklich hochwertige Lebensmittel von Alltäglichem, wie Obst, Gemüse, Milch und Ähnlichem, bis zu, man glaubt es kaum, Krebsen, Safran, Weinbergschnecken, ja sogar Kaviar aus dem Südburgenland gibt es inzwischen.

Man kann sich da wirklich durchkosten und eigentlich mit Produkten, rein aus dem Burgenland ernähren, wie es eine Zeitlang sogar eine medienwirksame Aktion gab. Für die Landwirte und Landwirtinnen allerdings, muss man sagen, ist die Zeit, für die, die jetzt wirtschaften, nicht so ein Honiglecken. Wenn man sie fragt, dann steckt die Zukunft eher in der Energiegewinnung, im Biolandbau und in der Direktvermarktung.

Wir haben leider in den letzten Jahren, einem nach dem anderen Jahr, leider Einkommensrückgänge für die Landwirte und Landwirtinnen. Die Produktion von Lebensmitteln wird auch durch die Klimaveränderung immer schwieriger. Die Preisentwicklung ist auch nicht gerade so, dass man einen Betrieb wirklich gut führen kann und auch davon leben kann.

Aber, wie gesagt, viele denken oder glauben, dass die Zukunft gerade in der Energiegewinnung, in der Direktvermarktung und im Biolandbau liegt. Und beim Biolandbau und in der Direktvermarktung ist auch fast immer eine Ausnahme im „Grünen Bericht“, dass dort die Einkommensrückgänge wesentlich geringer sind, wenn nicht sogar umgekehrt, sich erhöhen.

Deswegen ist es uns GRÜNEN besonders wichtig, gerade hier Akzente zu setzen. Nicht nur weil uns das natürlich auf Grund unseres Namens und unserer Nähe zum Umweltschutz und Naturschutz liegt, sondern auch, weil uns die Bauern und Bäuerinnen nicht egal sind, und es wichtig ist, in diesen Bereichen aktiver zu werden.

Wir haben im letzten Jahr einige Anträge dazu eingebracht. Auf der einen Seite eine Steigerung der Biolandwirtschaft mit Umstiegs-Unterstützungen, vor allem im tierischen Bereich, weil da die Umstellung besonders schwer ist. Auf der anderen Seite Bio in Großküchen und Ähnliches.

Das Strategiekonzept von Dir, liebe Landesrätin, ist mir leider noch nicht bekannt, das werden wir uns in Bälde anschauen. *(Landesrätin Verena Dunst: Ist alles auf der Homepage.)* Danke.

Ich hoffe, dass das auch in diese Richtung gehen wird. Beim letzten großen europäischen Biokongress war der Leitspruch, 50 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche bis 2030 europaweit, nein, EU-weit natürlich, auf Bio umzustellen. Das hat dort sogar der Präsident des europäischen, sehr konservativen, Bauernverbandes COPA-COGECA, der gute Mann heißt Pekka Pesonen, unterstützt. Leider sind das oft nur Lippenbekenntnisse. Aber immerhin, man sieht sogar sehr konservative Landwirtschaftsvertreter haben inzwischen erkannt, in welche Richtung ganz klar der Zug fahren muss.

Was braucht es für eine zukunftsgerichtete Landwirtschaft im Burgenland, beziehungsweise natürlich EU weit? Wir brauchen dringend eine Reform der Agrarpolitik. Nach wie vor ist es so, dass gerade flächenstarke Betriebe besonders profitieren von den Steuergeldern, beziehungsweise den Förderungen, die EU-Bürger und EU-Bürgerinnen zu zahlen haben. Eine Studie der GRÜNEN und Sozialdemokraten gemeinsam mit Umweltverbänden der EU-Agrarpolitik zeigt, dass 1,5 Prozent der EU Betriebe 32 Prozent aller Förderungen erhalten. Agrargroßbetriebe, um nicht zu sagen Agrarfabriken, bekommen meistens mehr als 50.000 Euro pro Jahr. 79 Prozent der Betriebe allerdings bekommen weniger als 5.000 Euro.

Also man sieht hier ein klares Ungleichgewicht. Auch geht der Wunsch, der eigentlich mit den Förderungen angestrebt wird, nämlich hin zu einer Ökologisierung auch der Landwirtschaft nicht wirklich auf. Genannt werden in der Studie zum Beispiel, dass das Problem des Wassermangels im EU-Süden, vor allem durch übermäßige Bewässerung nicht wirklich erkannt wird und dagegen gesteuert wird.

Die Verluste der Artenvielfalt, die ich heute in einem früheren Tagesordnungspunkt schon genannt habe, auch nicht wirklich, können die Förderungen auch nicht wirklich aufhalten. Was braucht es weiters? Pestizidreduktion bis zum Verzicht, keine Förderungen mehr für industrielle Massentierhaltung, Kampf der Zersiedelung - jeder verschwundene landwirtschaftliche Quadratmeter schädigt die Landwirtschaft.

Es braucht dringend eine Reform der Sozialversicherung der Bäuerinnen und Bauern. Es braucht, weil wir heute schon beim Thema Frauen waren, vor allem auch in der Landwirtschaftspolitik mehr Frauen, nicht nur in Österreich. Es braucht eine klarere Kennzeichnung und Transparenz bei den Lebensmitteln. Das liegt leider immer noch im Argen. Keine Agrarexporte zu Dumpingpreisen und vor allem, auch das war heute schon Thema, keine unfairen Handelsabkommen mit Ländern des globalen Südens a la TTIP und Ähnliches. Wir brauchen keinen freien Handel auf Biegen und Brechen, sondern vor allem einen fairen Handel.

Es wird ohnehin schwierig genug, dank BREXIT muss irgendwo gekürzt, eingespart werden, weil ein Nettozahler mit Großbritannien langfristig wegfallen wird. Deswegen wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, eine Reform der Agrarpolitik auf EU-weiter Ebene zu schaffen.

Im Burgenland, wie gesagt, wäre es wichtig, mehr Betriebe zum Umstieg auf Biolandbau zu bekommen. Und unser Antrag auf Light-Projekte wie Großküchen, die im

Landeseigentum sind, also Spitäler oder auch hier die Landhausküche prozentuell langsam in Richtung Bio zu bewegen, sind hier wichtig.

Nicht nur um dem Klima und der Umwelt zu helfen, sondern vor allem, um den Landwirtinnen und Landwirten zu helfen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Abgeordnete Stampfel ist die nächste Rednerin.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Überall wo Überschneidungen vorhanden sind, ergibt sich auch Einsparungspotential. Das verringert aber nicht die Qualität der Leistung. Das zeigt das Agrarbudget. Zwar wird das Budget für 2018 minimal geringer sein als im heurigen Jahr, aber dies erfolgt sicher nicht zu Lasten der Agrarproduzenten und Agrarproduzentinnen. Es wurden Synergieeffekte gefunden und genutzt und so ergaben sich Einsparungspotentiale, die man umgesetzt hat.

Dies ist nicht nur im Agrarbereich so, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Denn wir können nicht planlos im Gießkannenprinzip das Geld verteilen, sondern wir haben uns im Juli 2015 schon dazu bekannt, Jahr für Jahr sukzessive Schulden abzubauen und nicht weiter aufzubauen, wie es vor unserer Regierungsbeteiligung der Fall war.

Dies machen wir aber nie zu Lasten der burgenländischen Bevölkerung, sondern nutzen Synergien und so kann gespart werden, ohne dass jemand einen Nachteil hat. So macht man Politik für das Volk.

Ein kurzer Rückblick auf das Jahr 2017. Wir hatten massive Frostschäden. Viele waren betroffen. Das Land Burgenland hat sofort reagiert. Im Bereich des Wein- und Obstbaues gab es eine Entschädigungssumme von rund 5,6 Millionen Euro.

Wir haben das Buschenschankgesetz beschlossen, dass auch Vieles abgefedert hat. Denn ab Inkrafttreten war es erstmals möglich, mehr Wein beziehungsweise Trauben zuzukaufen und so die durch die Frostschäden verursachten fehlenden Kapazitäten auszumerzen.

Es wurde eine Nahversorgerrichtline eingeführt, welche dem Nahversorgersterben entgegenwirken soll, wovon vor allem das Südburgenland betroffen ist. Diese Richtlinie fand sehr viel Anklang und ich bin zuversichtlich, dass die Nachfrage weiterhin steigen wird. Über den Fördertopf „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes“ konnten überdies noch weitere Förderungen im Bereich der Nahversorger und Buschenschankbetriebe lukriert werden. Aber nicht nur in der Landwirtschaft hat sich viel getan, sondern auch im Forstbereich.

Beispielsweise anführen möchte ich hier das Projekt „Kinder pflanzen einen Baum“. Burgenlandweit haben aus allen Bezirken Schulen teilgenommen. Bei der Bewusstseinsbildung fängt alles an und in diesem Fall bedanke ich mich beim Landesschulrat, der Werkstatt Natur und allen Beteiligten für ihr Engagement und ihren Einsatz. Im heurigen Jahr wurde auch der Verein „Genuss- und Agrarmarketing Burgenland“ neu auf die Beine gestellt. Danach kam gleich die erste Initiative: Die „Genussbörse Burgenland“ wurde geschaffen! Mittlerweile sind über 70 Produzenten mit landesnahen Betrieben vernetzt und als nächster Schritt wird die Kooperation mit dem Lebensmittelgroßhandel angestrebt.

Auch die Stärkung der Vermarktung der Genussregionen ist eine zentrale Aufgabe des Vereines. Heuer hat man schon damit begonnen, entsprechende Maßnahmen zu setzen, um die Genussregionen wieder mehr ins Licht zu setzen und so die Absatzzahlen zu steigern. Ich möchte nun zur Zukunft kommen. Es wird neue Projekte geben. Zum Beispiel „Zukunft Landwirtschaft“ und die Initiative „Ab in den Wald“ sind nur einige davon. Hier sollen Kleinstwaldbesitzer wieder motiviert werden, ihre Wälder zu bewirtschaften, denn wir wissen, unter anderem sind erneuerbare Brennstoffe die zukunftsorientierte Lösung am Energie- und Heizungssektor.

Für 2018 gibt es aber auch einige Digitalisierungsprojekte. Zum Beispiel im Weinbaukataster und Jagdkataster. Somit kann man abschließend nur sagen, dass sich das Land Burgenland im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sehr bemüht und einsetzt.

Vielen Dank an Landesrätin Verena Dunst, die bewiesen hat, dass man auch als Frau und nicht ÖVPlerin eine ausgezeichnete Agrarlandesrätin sein kann und etwas ins Positive bewegen kann. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Angehender nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Markus Ulram: Von den Blauen hat keiner geklatscht! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Es ist ja kein Einziger da! Das muss man sich einmal vorstellen! Das ist keine Wertschätzung! Kein Einziger von der FPÖ ist da!)*

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer an den diversen Geräten! Das Landesbudget zeigt gerade bei den Ansätzen 71 - Grundlagenverbesserung in der Land-und Forstwirtschaft und 74 - Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft mit Gesamtausgaben von 9,8 Millionen Euro, also insgesamt eine Summe von 12,8 Millionen Euro, einen wichtigen Stellenwert der Landwirtschaft im Burgenland.

Die Erhöhung in diesen beiden Ansätzen von über eine Million Euro, insgesamt, hat die Kollegin Stampfel gesagt, gibt es etwas weniger gegenüber dem Vorjahr, ist mit der Steigerung von 900.000 Euro für die Instandhaltung beziehungsweise 100.000 Euro für den Neubau von Güterwegen zu erklären.

Die neue Summe bei der Instandhaltung von 2,3 Millionen Euro ist zwar eine wesentliche Steigerung, vergleicht man aber die Zahlen jedoch mit den Rechnungsabschlüssen von 2013 bis 2015, als die ÖVP noch die Verantwortung über dieses Ressort hatte, relativiert sich diese Zahl. Im Jahre 2013 nämlich waren es bereits über 2,3 Millionen Euro, 2014 fast 2,2 Millionen Euro und 2015 über 2,2 Millionen Euro.

Trotzdem bin ich dankbar, dass Sie eingesehen haben, dass Güterwege Lebensadern des ländlichen Raumes sind und die Instandhaltung beziehungsweise der Neubau sehr wichtig ist. Der Rückstau bei den Auszahlungen an die Gemeinden beziehungsweise Wegbaugemeinschaften wird hoffentlich wesentlich verkürzt. Genauso ist es bei der Absicherung der bäuerlichen Einkommen durch die Förderung der Hagel- und Frostversicherung. Diese wurden ebenfalls um notwendige 200.000 Euro erhöht.

In diesem Zusammenhang erinnere ich, Frau Kollegin Stampfel, und man kann es nicht oft genug tun, dass es nur der Hartnäckigkeit des Bauernbundes und der ÖVP und selbstverständlich leider auch den geschädigten Bäuerinnen und Bauern zu verdanken ist, dass die Förderung der Hagel- und Frostversicherung aufgestockt wurde. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir haben nämlich in mehreren Anträgen deutlich bewiesen, dass uns die Arbeit der bäuerlichen Bevölkerung am Herzen liegt. Ob es die Ernteausfallversicherung, die Sozialversicherungsbeiträgerückerstattung, die Versorgung des Landes und der landesnahen Betriebe mit regionalen Lebensmitteln, oder die Absicherung bei Tierausfällen war. Sie haben diese Anträge leider immer abgelehnt. Das ist der wesentliche Unterschied. Wir helfen den bäuerlichen Familien. Sie nehmen Grundeigentümern zehn Prozent der Jagdpachteinnahmen ab 1.1.2018 weg. Das ist der Unterschied!

Dass sich die Zerschlagung der Abteilung 4 jetzt schon rächt, beweist die Übertragung der Zuständigkeiten für das landwirtschaftliche Schulwesen an die Abteilung 7 im Zuge der Verwaltungsreform.

Weil Sie es nicht geschafft haben, hier eine fachliche Kompetenz zu schaffen, müssen Sie den ehemaligen Direktor Dipl. Ing. Franz Jandrisits nach sechs Jahren in Pension als Berater per Dienstvertrag mit der Unterstützung der Schulaufsichtsbehörde einstellen. Als Ausrede finden Sie dann nicht, Sie haben Schuld oder sonst wer, immer nur die anderen. Noch in einer Anfragebeantwortung, ich zitiere auszugsweise Frau Landesrätin: „… wurde aufgrund akuter Probleme und ein speziell in der Landwirtschaftlichen Fachschule Güssing unverhältnismäßig hoher Unterstützungsbedarf der Schulleitung seitens der Schulaufsichtsbehörde die Entscheidung getroffen, fachlich sowie pädagogisch die optimale Betreuung der Schulen zu gewährleisten."

Frau Landesrätin, Sie wissen ganz genau, und das haben Sie auch mehrmals in Ihren Besuchen und Ihren Aussagen in der Landwirtschaftlichen Fachschule Eisenstadt und Güssing bestätigt.

Die Landwirtschaftliche Fachschule Güssing wird bestens geführt. Ein großer Dank an die Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der ÖVP)* Ein weiteres Beispiel ist die Auslagerung der Internatsbetriebe der Landwirtschaftlichen Fachschulen und der Gästehäuser Burgenland GesmbH. Außer Bürokratieaufbau und komplizierte Verfahrensabläufe und Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen bringt diese Entscheidung nicht viel. Sie ist weder effizienter, noch sparsamer, noch treffsicherer.

Sie zerschlagen mutwillig auch hier bewusst bewährte gut funktionierende Strukturen. Das wird auch der Rechnungshof leider wie oft verspätet bestätigen. Die von Ihnen erwarteten Nächtigungszahlen im Sommer hat es immer schon gegeben, man braucht hier nichts Neues erfinden.

Diese beiden Entscheidungen allein sind eine wesentliche Verteuerung, die zu Lasten der Bildung und Beratung der bäuerlichen Jugend gehen. Sehr geehrte Damen und Herren! Die österreichische und burgenländische Landwirtschaft produziert unter schwierigeren Rahmenbedingungen als andere Staaten, sei es von den Strukturen aus gesehen, aber auch was die Umweltstandards betrifft, die wir alle einfordern, oder in Bezug auf das Thema Tierschutz.

Wir werden auch dem diesbezüglichen Antrag der Grünen Fraktion unter Punkt 15 der Tagesordnung zustimmen, weil das Bundestierschutzgesetz bereits vom Nationalrat beschlossen wurde. Dass die burgenländischen Bäuerinnen und Bauern Hervorragendes leisten, beweisen auch die zahlreichen diversen Auszeichnungen in den verschiedensten Bereichen der Landwirtschaft.

Als Beispiel sei nochmals der Tierschutzpreis, der seit 14 Jahren vergeben wird, erwähnt. Heuer wurden für vorbildliche Tierhaltung die Betriebe Josef Lehrner aus Marz und Bernhard Liszt aus Leithaprodersdorf ausgezeichnet.

Abschließend bedanke ich mich bei allen fleißigen Bäuerinnen und Bauern, die tagein tagaus für regionale, gesunde, frische Lebensmittel sorgen, aber auch bei all jenen Konsumenten, die sie immer wieder dabei unterstützen und auch bei jenen, die immer wieder zum Gelingen eines lebensfähigen ländlichen Raumes beitragen.

Sie leisten nämlich hervorragende bewundernswerte Arbeit und dafür sei ihnen unser aller Dank gesagt. *(Beifall bei der ÖVP)* Ein großer Dank gebührt auch den beschäftigten und ehrenamtlichen Funktionären beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landwirtschaftskammer, den diversen bäuerlichen Verbänden und selbstverständlichen auch den beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen in Eisenstadt, in Güssing, sowie allen, die für die burgenländische Landwirtschaft Wertvolles leisten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich freue mich und ich bin auch sehr stolz, dass ich als fraktioneller Bereichssprecher im Bereich Agrar und Wein heute sprechen darf.

Sehr viele Aktivitäten, viele Projekte, Maßnahmen, die für die Landwirtschaft, für die Landwirte, für die Selbstvermarktung, für die Winzer, für die Buschenschänker hier gemacht wurden, vor allem in den letzten zweieinhalb Jahren zum Wohle der Konsumenten, der Gäste, dafür darf ich Dir, Frau Landesrätin Verena Dunst, sehr herzlich und aufrichtig danken. *(Beifall des Abg. Peter Heger)*

Ich möchte doch eine Kurzzusammenfassung über das Budget 2018 machen. Insgesamt über 60 Voranschlagsstellen im ordentlichen Haushalt, über 80 Maßnahmen im außerordentlichen Haushalt, sprich in ELER, die hier verankert sind. Ich darf die größten Budgetposten ansprechen, das ist der Prämienzuschuss der Hagelversicherung, Hagelversicherungsförderungsgesetz. Dieser beträgt für 2018 um 1,6 Millionen mehr als 2016 und statt 2,4 Millionen im Jahr 2017, 3,8 Millionen. Die gesetzlichen Verpflichtungen im Agrarbudget, hier auf einen Blick zusammengefasst. Diese betragen rund 75 Prozent des gesamten Budgets.

Das ist der Fördervertrag der Landwirtschaftskammer, der sich mit 2.050.000 Euro niederschlägt, im gleichen Ausmaß wie im vergangenen Jahr 2017.

Die Hagelversicherungsförderung haben wir angesprochen mit vier Millionen Euro plus 200.000 zu 2017. Katastrophenfondsgesetz mit 500.000 Euro, ebenfalls gleich wie im Jahr 2017 und Österreichischen Wein Marketing ist budgetär hier vorgesehen 1.050.000 Euro, ebenfalls gleich wie im Jahr 2017.

Die Gesamtsumme der gesetzlichen Verpflichtungen von 7.600.000 Euro, das sind um 150.000 Euro mehr als im Jahr 2017. Das Budget 2018, und wir haben es gehört, ist in Summe um 91.800 Euro niedriger als im Vorjahr.

Wie in allen anderen Bereichen wurde auch hier Einsparungspotential gesucht und auch gefunden, die nicht zu Lasten der Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten gehen und auch hier dieses Einsparungspotential in dieser Form gefunden wurde.

Ein kurzer Rückblick auf 2017. Hier wurde auch schon von meinen Vorrednerinnen und meinen Vorrednern angesprochen, die Frostentschädigung im Bereich Wein und Obst. Im Wein wurden 729 Fälle ausbezahlt, mit einer Summe von 10.171.248,45 Euro, Landesmittel wissen wir, dass hier 50 Prozent dazu beigeschossen oder bezahlt wurden.

Diese Summe ist doch eine beträchtliche von 5.085.624,23 Euro. Im Bereich Obst gab es bereits 100 Fälle. Knapp eine Million Euro wurde ja ausbezahlt und von den Landesmitteln auch 50 Prozent dazu beigetragen mit 500.000 Euro.

Ich möchte doch auch die neue Buschenschank- und die Nahversorgerrichtlinie ansprechen, hier gibt es Förderungen von Nahversorgung- und Buschenschankbetrieben im freien Gewerbe über die ELER-Maßnahme. Maximal gibt es hier eine Investition von 100.000 Euro im Jahr bis zu einer Förderung bis 40 Prozent. Andere Buschenschänke können über das ELER-Programm mit einer Fördersumme von 25 Prozent gefördert werden.

Ich darf doch einige Projekte ansprechen. Frau Kollegin Stampfel hat es angesprochen. Projekte im Bereich unserer Kinder und Schüler. Hier gab es einen Abschluss im Bereich des Projektes „Forstbereich“, dieses hat stattgefunden. Hier gab es die Abschlussveranstaltung in St. Martin an der Raab vor 14 Tagen. Hier haben aus jedem Bezirk Schulen teilgenommen. Es waren über 30 Schulen insgesamt in dieser Form bei diesem Projekt dabei. Hier möchte ich natürlich auch den Landesschulrat der Werkstatt Natur für die Kooperation im Sinne der Bewusstseinsbildung für unsere Volksschülerinnen und Volksschüler recht herzlich danken.

Der Verein „Genuss und Agrarmarketing Burgenland“ wurde auch in dieser Form angesprochen. Dieser wurde ab dem zweiten Quartal 2017 auf neue Beine gestellt. Als erste große Initiative wurde hier die „Genussbörse Burgenland“ geschaffen. Die Vernetzung von mittlerweile über 70 Produzentinnen und Produzenten mit landesnahen Betrieben.

Als nächster Schritt ist hier die Kooperation mit dem Lebensmittelgroßhandel und in weiterer Folge auch mit allen anderen Gastronomiebetrieben über die Genussbörse geplant, das ein sehr positives Projekt ist. Als weiterer Schwerpunkt der „Genuss Burgenland“ ist die Stärkung und Unterstützung der Vermarktung der Genussregion, zum Beispiel wären hier die südburgenländischen Weidegänse zu nennen.

Hier hat es die ersten messbaren Erfolge gegeben. Im heurigen Jahr wurden in allen Casinos Österreichs zu Martini Ganslabende veranstaltet, wo die südburgenländischen Weidegänse kulinarisch dazu verwendet wurden.

Einige wichtige, zukünftig geplante Aktionen und Projekte, die Initiative „Ab in den Wald“, das sind Kleinwaldbesitzer, sie sollen hier motiviert werden, wieder in ihre Wälder zu gehen und diese auch zu bewirtschaften. Erneuerbare Brennstoffe als zukunftsorientierte Lösung am Energie- und am Heizsektor hier zu unterstreichen.

Die Digitalisierungsprojekte wurden bereits angesprochen. Ich möchte doch auch einige Worte natürlich in die Richtung Weinwirtschaft richten. Hier volkswirtschaftliche Bedeutung, eine sehr große Bedeutung, in Österreich, aber vor allem in unserem Bundesland Burgenland.

Die gesamte durch Wein hervorgerufene Bruttowertschöpfung lag im Burgenland bei etwa 234 Millionen Euro, das sind doch zirka 3,4 Prozent der burgenländischen Gesamtwertschöpfung. Direkt, indirekt und induziert wurden zirka 7.500 Arbeitsplätze, in Personen, Jahren, dadurch gesichert. Jeder 17. Arbeitsplatz im Burgenland wird durch die Weinwirtschaft gesichert. Herausforderung, kleine Winzer hier zu unterstützen, die Rebflächen zu erhalten. Zirka 80 Prozent der Betriebe sind nämlich kleiner als sechs Hektar.

Die Weinwirtschaft ist weiter in Aufschwung. Ganz besonders erfolgreich haben sich jene Bereiche entwickelt, in denen konsequent auf Qualität und Innovation gesetzt

wurde und wird. Die Spitzenqualität der burgenländischen Weine ist heute international unumstritten. Das Burgenland ist zu einem Weinland von internationaler Bedeutung geworden. Die Voraussetzungen für diesen Erfolg ist natürlich Kompetenz, Fleiß und Innovationskraft der burgenländischen Winzerinnen und Winzer.

Sie haben die Entwicklung der Weinwirtschaft zu einer einzigartigen Erfolgsstory gemacht. Ich möchte auch nicht verabsäumen, und ich tue es jedes Mal, auch in meiner Funktion als Bürgermeister, dass ich unseren Landwirten recht herzlich und aufrichtig danke, wenn sie eine wichtige Arbeit, natürlich auch in unseren Gemeinden und Kommunen machen, dass sie hier Landschaftspfleger sind, dass sie hier auch in diesem Bereich die Landschaft pflegen, erhalten, unsere Dörfer natürlich auch pflegen, ganz wichtig für die Gemeinden, für die Kommunen, aber natürlich auch für unsere Gäste, die in unser Land kommen.

Wir kennen die Problematik im Bereich der Landwirtschaft. Wir kennen die großen Herausforderungen für unsere Bäuerinnen und Bauern. Wir kennen die Problematik des Bauernsterbens, seitens des Landes, seitens Dir, Frau Landesrätin, nochmal ein herzliches Dankeschön. Hier werden zumindest politische Rahmenbedingungen gesetzt zum Wohle und zur Unterstützung unserer Landwirtinnen und Landwirte. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Landesrätin Verena Dunst hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Regierungskollege! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren, die uns über digitale Medien begleiten! Zunächst einmal vielen Dank, Herr Abgeordneter Spitzmüller. Sie haben einen sehr einprägsamen Satz am Beginn Ihrer Ausführungen zur Landwirtschaft gesagt. Sie haben gesagt, das Burgenland ist ein Feinkostladen.

Ich glaube, dass Ihnen ganz Burgenland und alle, die uns zuhören, Recht geben. Wir können stolz darauf sein. Aber wir haben natürlich auch eine Verantwortung, dass das weiterhin so bleibt. Denn die Produktion unter freiem Himmel, denken wir an 2016, ist natürlich schwierig geworden. Deswegen bin ich auch als Agrarlandesrätin sehr froh, dass wir zumindest abschwächen, wenn es hier zu Naturkatastrophen kommt und so weiter.

Zum Zweiten, Sie haben vorher gesagt, Strategiepapier, Neuausrichtung in der Landwirtschaft. Ja, ich trete gegen das Bauernsterben an. Wir brauchen den Feinkostladen, wir brauchen das für unsere Gäste, die in unser Land kommen. Deswegen, wir brauchen es für uns selber und auch für die Zukunft unserer Kinder, dass sie sich regional und vor allem damit gesund ernähren können.

Ich darf Ihnen mitteilen, wir haben Ihnen inzwischen ja den Link geschickt, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Danke!)* dass seit einigen Tagen alles, jeder einzelne Workshop, ich habe im Vorjahr unter dem Motto „Das Leben am Land“, und dazu stehe ich, „hat Zukunft“, dass wir das alles auf der Homepage veröffentlicht haben. Ich lade Sie alle ein, die uns zuhören und Sie natürlich, meine Damen und Herren des Hohen Landtages, unter www.lebensressort-burgenland.at, die Dokumentation der Workshopreihen zu besuchen.

Natürlich hat es hier auch einen eigenen Workshop für Frauen am Land gegeben, weil mir das wichtig ist. Es können alle Dokumentationen heruntergeladen werden, begleitet werden, und letztendlich jetzt das Strategiepapier, mit dem ich in die Zukunft gehe mit der klaren Absicht, Winzerinnen und Winzer sind wichtig, Wertschöpfung im Land hat der Herr Abgeordnete Sodl gesagt.

Zum Zweiten, ganz wichtig sind auch natürlich die Obstproduzentinnen und Obstproduzenten, genauso im Gemüsebereich. Wir brauchen aber auch alle anderen, ob jetzt Ackerbau, ob Viehzucht und so weiter. Wir brauchen diese wertvollen regionalen Produkte, wie ich das vorher schon gesagt habe.

Ich darf natürlich auch auf das, was Sie alle als Agrarsprecher gesagt haben, seitens des FPÖ-Klubs, beziehungsweise Grüner Klub, beziehungsweise Abgeordneter Sodl, wir müssen aber natürlich danach trachten, dass wir faire Preise bekommen für unsere Produzentinnen und Produzenten in der Landwirtschaft, egal in welchem Bereich.

Das ist ein Thema, das ist ein Problem. Wenn ich mich mit den wertvollen agrarischen Produkten in den globalisierten Markt begebe, dann bin ich, ob es jetzt Supermarktketten sind, ob es internationale Angebote sind, da bin ich natürlich im Wettbewerb mit, nicht nur europäischen, sondern auch mit anderen Produzenten, wo aber sicherlich die Lebensmittel nicht in dieser Weise wie bei uns regional erzeugt werden, unter Umweltschutzmaßnahmen und so weiter.

Daher, faire Preise, das fordere ich ein für die landwirtschaftlichen Produkte und dazu habe ich viele Initiativen in zweieinhalb Jahren aufgebaut und bin mit meinem Strategiepapier „Das Leben am Land hat Zukunft“ bereit, ab 2018 den nächsten Weg zu gehen.

Frau Abgeordnete Stampfel, auch Ihnen danke für Ihre Ausführung und auch für das Kompliment. Ich glaube, wir können das alle nur gemeinsam schaffen. Da habe ich eine Bitte an Sie alle. Auch an jene Menschen, die uns vielleicht jetzt begleiten. Wir haben ein Thema im Wald mit Borkenkäfer.

Ich bitte Sie, wir brauchen das Holz als Rohstoff für die Industrie, für Biomasse. Wir brauchen es vor allem aber für die nächsten Generationen. Ich bitte Sie wirklich, auch die Kleinstwaldbesitzer, die mir genauso wichtig sind wie die größeren Forstbetriebe, wir müssen wirklich auf unsere Wälder schauen. Der Borkenkäfer kann sich natürlich hurtig vermehren, das tut er auch. Ich habe zwar einige Initiativen schon gestartet, Geld hergegeben, damit sich noch mehr darum kümmern, aber unter dem Motto „Ab in den Wald“, auch der Kleinstwaldbesitzer, den ich ersuche, wir können stolz sein auf ein Eigentum im Wald, das ist auch eine Ressource für die Zukunft, aber da muss man sich darum kümmern und das wäre meine große Bitte.

Zum Abgeordneten Temmel, zur Klarstellung. Noch nie zuvor hat es so viele Gelder für die Landwirtschaft gegeben als im Jahr 2016. Leider ist das notwendig geworden. Mir wäre es lieber gewesen, das wäre anders gegangen, nicht des Geldes wegen, sondern der Produkte wegen.

Wir haben, vielen Dank an den Finanzlandesrat Helmut Bieler, an die gesamte Landesregierung, wir haben 5,5 Millionen Euro zusätzlich voriges Jahr in die Hand genommen und haben damit natürlich hunderten Produzenten im Obstbereich, im Weinbaubereich, die Zahlen sind ja schon genannt worden, als erste Hilfestellung zur Verfügung gestellt. Vielen Dank für diese 5,5 Millionen Euro. Das war eine Kraftanstrengung, das war aber wichtig.

Wo ich Ihnen widersprechen muss, ich freue mich, wenn der Bauernbund das alles unterstützt. was ich tue, das ist auch gut so, weil ich bin für die gemeinsame Arbeit und nicht ständig für die Streiterei, weil wir nur gemeinsam etwas zuwege bringen können. Geschafft haben wir diesen Beschluss einstimmig in der Agrarreferentenkonferenz, auch die Landeshauptleute, und zwar einstimmig.

Genauso wie sich das Parlament dazu bekannt hat, dass wir den Menschen, die voriges Jahr großen Schaden im Wein- und Obstbaubereich hatten, dass wir denen helfen. Das war gut so.

Ich möchte auch zur Klarstellung eines sagen, Sie haben gesagt, ja, ich habe jetzt einen landwirtschaftlichen Berater eingestellt. Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Seit 1995 gibt es ein Gesetz für die Landwirtschaftlichen Schulen. Damals gab es noch drei. Leider musste Neusiedl unter meinem Vorgänger gesperrt werden. Es gibt zwei jetzt Ausgezeichnete. Ich bedanke mich dafür, dass wir sie haben.

Dort arbeiten sehr erfahrene Lehrkräfte und sonstiges Personal. In Güssing und natürlich genauso in Eisenstadt. Sehr, sehr wertvoll. Da gehen Gott sei Dank nicht mehr nur Menschen hin, junge Menschen hin, die zu Hause einen Betrieb haben, das ist gut so.

Wir brauchen aber viel mehr, die Schulen sind durchlässig. Beispielsweise in Eisenstadt kann man auch die Matura machen. Ich bedanke mich für diese Kombination mit den zwei HAK, wo man dann auch mit der HAK-Matura abschließen kann, denn wir brauchen diese jungen Menschen sehr dringend.

Seit 1995 bestand also die gesetzliche Auflage, dass es für die Landwirtschaftlichen Fachschulen einen Landesschulinspektor gibt. Als mich Güssing zu Hilfe gebeten hat, weil beispielsweise dort ein Diebstahl war, und gar kein kleiner, aber auch eine Schülerin aus dem Internat runtergesprungen ist, oder weil dort beispielsweise ein Lehrer ohne Führerschein mit Schülern gefahren ist, musste ich handeln.

Seit 1995 hätten, nein, ich will meine Vorgänger heute überhaupt nicht erwähnen, sie haben auch ihre Arbeit geleistet, nur seit 1995 gab es keinen Landesschulinspektor, obwohl er gesetzlich verpflichtet ist.

Da habe ich in der Landwirtschaftlichen Fachschule sofort agieren müssen. Nur kann ich mir, weil Sie das Gesetz vor vielen Jahren so formuliert haben, dass das bestimmte Voraussetzungen hat, nicht einen aus dem Hut zaubern.

Ich bedanke mich dafür. Meine Damen und Herren! Ich hoffe, es hört uns auch der Berater der Landwirtschaftlichen Fachschulen, der von mir sehr geschätzte Herr Professor Dipl. Ing. Jandrisits, der ÖVP Funktionär war, der jahrzehntelang dort für die ÖVP gearbeitet hat, dass der für einen Hungerlohn bereit ist, dass er mir das überhaupt macht, weil sonst Gefahr im Verzug ist, weil wir keinen haben. *(Abg. Walter Temmel: Wo ist Gefahr in Verzug?)*

Lieber Herr Professor Jandrisits, *(Abg. Walter Temmel: Wo ist Gefahr in Verzug?)* herzlichen Dank, dass Du das machst. Du hilfst den Schulen, Du hilfst den Schülerinnen und Schülern. Ich bedanke mich bei Dir ausdrücklich.

Dass Dir Deine eigene ÖVP jetzt so gegen den Karren fährt, über eine schriftliche Anfrage, *(Abg. Walter Temmel: Wir machen Sachpolitik!)* und auch heute im Landtag nicht davor scheut, dass sie Dich schlechtmachen. *(Abg. Walter Temmel: Du machst Parteipolitik!)*

Herr Dipl. Ing. Professor, der Du für die ÖVP jahrzehntelang gelaufen bist, finde ich eine maßlose, charakterlose Vorgangsweise. *(Abg. Walter Temmel: Das geht nicht gegen ihn, sondern gegen Dich! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der macht das in der Pension. Ist ein Fachmann. Für einen Hungerlohn. Ich bin ihm sehr dankbar dafür. Er macht das ausgezeichnet. Ich bin froh, dass er das macht, das würde wahrscheinlich kein Zweiter für diese Entlohnung machen, die in Wirklichkeit fast keine ist.

Ich bin also sehr, sehr dankbar, dass wir sehr gut funktionierende Landwirtschaftliche Fachschulen haben und möchte noch einmal betonen, wir haben ein großartiges Agrarbudget. Wir haben zusätzlich zu diesem Agrarbudget 443 Millionen Euro aus ELER, mehr als die Hälfte davon kommt der Landwirtschaft, der Agrarproduktion, zugute. Das ist gutes Geld.

Wenn es heuer so ausschaut, wir hätten nur einen Euro eingespart, dann ist das schlichtweg nicht in Ordnung. Das hat sich ergeben, dass die Zinsenlage so niedrig ist und der Zinszuschuss für die Landwirtschaft dazu natürlich, Gott sei Dank, auf dem hohen Niveau ist. Also reden wir nicht von Einsparung, sagen wir, soviel Geld hat es noch nie wie in den letzten Jahren gegeben.

Warum? Da sind die landwirtschaftlichen Produkte sehr wichtig. Ich bedanke mich bei allen, die an die Landwirtschaft glauben. Das Leben am Land hat Zukunft, meine Damen und Herren. Ich freue mich, wenn Sie dem zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Es spricht der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön! Zum Thema Energiepolitik. Ich habe heute eigentlich zwei Anregungen. Die eine ist: Wir haben im Burgenland ein sehr großes Erdgasnetz, aber wir haben uns - wie wir heute vom Kollegen Steier schon gehört haben - zum Klimaschutzpakt in Paris bekannt. Das heißt auch, dass wir langfristig aus dem Erdgas aussteigen müssen. Noch nicht heute, noch nicht morgen, aber ich glaube, es ist notwendig, dass wir uns ab sofort damit beschäftigen, wie wir diesen Schritt hin zu erneuerbarer Energie zu 100 Prozent schaffen. Das ist die eine Geschichte.

Die zweite Geschichte ist: Energiepolitik betrifft uns nicht nur mit dem, was im Burgenland und in Österreich passiert, sondern auch, was über den Grenzen passiert. Mit Sorgen betrachten wir alle, was im Nachbarland Ungarn passiert, weil dort soll Paks II entstehen, also der Ausbau des derzeitigen Atomkraftwerkes. Deswegen gibt es seit 1.12., also erst seit kurzem, eine Begründung der Europäischen Kommission für die Gewährung der staatlichen Beihilfen für diesen Kraftwerksausbau, der im Amtsblatt veröffentlicht ist. Ab diesem Zeitpunkt, also seit 1.12., läuft eine zweimonatige Frist, wo die Republik Österreich dagegen eine Klage beziehungsweise einen Einspruch erheben könnte.

Meine Bitte ist es jetzt, dass wir gemeinsam versuchen - die Klubs und die beiden Parteien ohne Klubs -, einen Entschließungsantrag an das Bundeskanzleramt auszuarbeiten, um fristgerecht eine Klage bei der Europäischen Kommission einzureichen, um hier die staatlichen Beihilfen in Frage zu stellen. Ich würde mich freuen, wenn wir hier einmal mehr - was wir ja schon öfter beim Thema Atomkraft geschafft haben - parteienübergreifend einen Entschließungsantrag zusammenbringen würden. Es geht natürlich jetzt nicht nur um die Gefahr der Atomenergie, sondern auch um eine gewisse Preisproblematik, weil Atomkraft gegenüber der erneuerbaren Energie bisher sehr stark gefördert wird und somit preislich einige Vorteile hätte. Das heißt, das hätte natürlich auch Auswirkungen auf die burgenländische Stromerzeugung.

Ich glaube, es gibt hier mehrere Gründe, warum wir hier handeln sollten. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Energie, Energieerzeugung, ein wichtiges Thema. Wir kennen auch die Entwicklung in unserem Land Burgenland im Bereich der Energiegewinnung, in der Energieerzeugung und vor allem in der erneuerbaren Energie. Wir wissen alle, wo wir in unserem Land im Bereich der Energiegewinnung vor zehn, vor 20 Jahren gestanden sind, wenn es hier darum gegangen ist, Energie in unserem Land zu erzeugen.

Vor 20 Jahren war die Energieerzeugung im Land Burgenland eigentlich gegen null. Wir wissen aber auch, dass wir in den letzten 20 Jahren hier nicht nur aufgeholt haben, sondern hier österreichweit, europaweit ganz nach vorne gekommen sind.

Für mich stellt sich aber nicht nur die Frage der Energieerzeugung, sondern vor allem auch, wie gehen wir grundsätzlich mit Energie um. Das heißt, Energieeffizienz. Wo können wir auch zukünftig Energie einsparen, da nach wie vor europaweit, weltweit der Energieverbrauch stetig zunimmt. Ich darf doch einige Punkte in Richtung Ökostrom-Vorreiter ansprechen. Wir sind Ökostrom-Vorreiter, wie gesagt, österreichweit. Wir haben natürlich gerade im Bereich unserer Windenergie einen wesentlichen Faktor, wo das Land Burgenland Vorreiter ist und größtenteils hier Energie erzeugt.

Wir wissen aber auch, dass es ein spannendes Thema am Weltmarkt ist, wie mit Energie umgegangen wird. Hier hat die Ökostromgesetz-Novelle natürlich auch dazu beigetragen, dass die Fördertarife grundsätzlich merklich gesunken sind. Dennoch hat es die Energie Burgenland geschafft, den Ausbau zu ermöglichen.

Dank der technologischen Weiterentwicklung reduziert sich die Anzahl der Windkraftanlagen vom derzeitigen Stand 2017 von 225 Windkraftanlagen auf 215 im Jahr 2022. Die Leistung steigt aber von 522 auf 620 Megawatt bis ins Jahr 2022. Die Energie Burgenland investiert in den nächsten fünf Jahren 420 Millionen in die Windstromproduktion. Die Energie Burgenland ist auch weiterhin Marktführer in der Windstromproduktion. Gesamtökostrom wird hier von einer Milliarde Kilowattstunden auf 1,2 Milliarden Kilowattstunden erhöht.

Die Neuerungen auf den Punkt gebracht: Zur optimierten Vermarktung der Windkraft seitens der Energie Burgenland wurde eine Energiewarte eingerichtet, die 24 Stunden am Tag und das über 365 Tage im Jahr besetzt ist. Wir wissen ganz einfach, dass Energie am Weltmarkt gehandelt wird, und es ist auch ganz wichtig, eine optimierte Vermarktung zu machen. Die Optimierung der Zählerablesung bis 31.12.2017, das heißt, bis Ende des Jahres werden rund 50.000 Stück der Smart Meter-Zähler in unserem Land installiert sein. Die Netz Burgenland ist damit auch Vorreiter österreichweit.

Forciert - und das ist auch ganz wichtig für die Versorgungssicherheit im Bereich der Energie - ist die Verkabelung, die Erdverkabelung. Hier werden jährlich rund 25 Kilometer Freileitungsstrecken umgebaut und die Erdkabel verlegt. In diesem Bereich gibt es natürlich noch Potenzial in unserem Land, nämlich ein Potenzial noch zukünftig von 1.200 Kilometern.

Ich habe eine Statistik von der Energieerzeugung im Jahr 2017 vorliegen. Ich darf Ihnen diese auch gerne zeigen. Hier sieht man ganz deutlich, dass durchschnittlich 45 Prozent mehr Ökostrom in unserem Land erzeugt wird als eigentlich verbraucht wird.

Obwohl - wie gesagt - generell der Strombedarf auch in unserem Land europaweit und weltweit ansteigend ist.

Ein wichtiger Faktor ist neben der Windkraft natürlich auch in unseren Haushalten, in unseren Kommunen, in unseren Regionen, die Entwicklung der Photovoltaik-Anlagen im Burgenland. Hier gibt es 4.899 PV-Anlagen, die eine Leistung von 43,97 Megawatt Peak hier erzeugen. Die Anzahl der Anlagen hat im Vergleichsjahr September 2016 bis September 2017 um 15,54 Prozent auch zugenommen.

Zur Effizienz. Laut Regulator der E-Control Austria Benchmark ist das Netz Burgenland einer der effizientesten Netzbetreiber in Österreich. Beim Effizienzwert Strom liegen wir bei 96,2 Prozent durchschnittlich; Österreich gerechnet liegt dort der Wert bei 90,4 Prozent. Im Bereich Effizienzwert Strom und auf der Basis des Erdgases liegen wir im Burgenland bei 96,3 Prozent; der Österreichschnitt ist hier bei 82 Prozent. Die Qualität des Stromes ist überdurchschnittlich. Bei der Versorgungsqualität und der Zuverlässigkeit - das habe ich auch in dieser Form angesprochen - liegen wir europaweit mit der Netz Burgenland nach Deutschland am zweiten Platz; Österreich gesamtgesehen hat hier den dritten Platz eingenommen. Bei der Qualität, auch im Bereich des Erdgases, liegen wir im Burgenland hervorragend. Hier haben die Kunden von Netz Burgenland bewertet, dass ihr Verteilnetzbetreiber - die Energie Burgenland - in allen drei Dimensionen, sprich in der Zuverlässigkeit, in der Sicherheit und in der Qualität - hervorragend liegt und haben diese Benotung in dieser Form auch ausgesprochen.

Ich glaube, dass wir uns im Land - durch die Verantwortlichen, unsere Vorgänger, die auf Windpark gesetzt haben, die auf erneuerbare Energie gesetzt haben, die auf Photovoltaikanlagen gesetzt haben - auf dem richtigen Weg befinden, dass wir uns auch zukünftig nicht zurücklehnen dürfen, sondern weiter an der Schraube drehen müssen, sodass wir hier auch in dieser Form ganz einfach vorne dabei sein.

Ich möchte mich bei allen Verantwortlichen, die hier dazu beigetragen haben, dass wir im Bereich Energie im Burgenland eine Erfolgsstory hinter uns haben, recht herzlich und aufrichtig bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Präsident Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen, Kollegen! Ich darf zum Kapitel Tourismus als Tourismussprecher meiner Fraktion einen Beitrag liefern. Wenn wir vom Tourismus sprechen, dann denke ich, kann man das auf drei Fragmente beginnen zu skizzieren.

Zum einen ist es die gesetzliche Grundlage und die rechtlichen Rahmenbedingungen, die natürlich entscheidend und wichtig sind. Dort haben wir in der Vergangenheit des Öfteren auch schon mit der Landesrätin Resetar begonnen, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, neue Strukturen zu schaffen.

Dann unter Landesrat Petschnig auch wieder eine Neustrukturierung mit der Reduzierung von sehr vielen örtlichen Tourismusverbänden auf wenigere, um auch hier diesem Slogan „Das Geld aus dem Tourismus in den Tourismus wieder zu investieren“ gerecht zu werden. In der Umsetzung sind wir bei vielen Tourismusverbänden schon in der Zielgeraden angelangt. Bei anderen ist noch einiges an inneren Diskussionen, Kommunikationen abzuschließen, um dann schlussendlich auch dorthin zu gelangen, wo die anderen schon sind.

Dies alles führen wir natürlich unter einer Dachmarke. Das ist das zweite sichtbare Element, nämlich der gemeinsame Dachmarken-Auftritt unter der Dachmarke des Burgenlandes, wo Marketing-Plattformen, Internetseiten und Konzeptionen, und dergleichen passieren.

Wichtigster Punkt aber in diesem Drei-Säulen-Modell sind die Menschen. Die Menschen, die im Tourismus arbeiten zum einen, die sich tagtäglich im Tourismus, in ihrer Profession engagieren, aber auch sehr viele, die sich ehrenamtlich in den Kommunen, in den Tourismusverbänden engagieren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Tourismusbetrieben.

Schlussendlich sichert diese Branche 14.000 Arbeitsplätze, und denen möchte ich hier an dieser Stelle einen großen Dank aussprechen. Sie sind verantwortlich für die positiven Tourismuszahlen im Burgenland und schlussendlich für den Erfolg des Tourismus in unserem Heimatland.

Die Grundlage aller Veränderungen war die Novelle zum Tourismusgesetz. Wenn wir uns auch den Status quo, den ich angesprochen habe, in den Verbänden ansehen, dann sind die Bildungen dieser Verbände abgeschlossen. Die Details, einzelne Strategien, sind aber in allen Verbänden noch nicht final ausgegoren. Das liegt natürlich zum einen in der Natur der Sache. Manche Dinge brauchen eben länger, wo es neue Tourismusverbände gibt, wo es langjährige schon, auch gut funktionierende gibt, gibt es auch dann schon besser vorhandene Strukturen.

Wir haben ein leichtes Plus bei den Nächtigungen zu verzeichnen. Darauf können wir stolz sein. Wir sind damit aber sicherlich nicht zufrieden. Das heißt, wir wollen uns auch noch in den nächsten Jahren weiterentwickeln und auch dann den Niederschlag sicherlich auch in Nächtigungszahlen, aber auch in Tagesgästezahlen, die zweifelsohne für uns auch sehr wichtig sind, aber in dieser Statistik der Nächtigungen natürlich nicht aufscheinen, weiterentwickeln.

Entscheidend ist es aber auch, dass wir natürlich die Wertschöpfung ganz genau im Fokus haben. Diese ist eine zweifelsohne sehr erfolgreiche, die erwähnenswert ist, weil wir hier ganz klar auch feststellen können, dass wir in der letzten Zeit eine sehr hohe Wertschöpfung, Vergleichszeitraum 2015, einen Umsatzrekord von über einer Milliarde Euro verzeichnen konnten, was einen Wertschöpfungseffekt von 740 Millionen bedeutet.

Wenn man das jetzt zurückblickend mit der Wertschöpfung vergleicht, die wir vor etwa 15 Jahren hatten, dann ist das beinahe eine Verdoppelung in der Wertschöpfung, die sich jetzt zu Buche schlägt und die zweifelsohne positiv zu erwähnen ist.

Ich habe in diesem Jahr eine Diskussionsrunde gestartet, quer durch das Burgenland als Bereichssprecher für Tourismus, um den Dialog mit den Beschäftigten, Verantwortlichen in der Branche eben zu suchen. Es waren unterschiedliche Gruppierungen von Hoteliers, Gastronomen, aber auch von Produzenten dabei. Es wurden sehr ähnliche - und das ist natürlich etwas, was man ansprechen muss - Problemstellungen angeführt. Das heißt, die wichtigste, die eben zutage getreten ist, dass eine mangelnde Vernetzung der Anbieter untereinander festgestellt wurde.

Das heißt, die Kommunikation ist noch nicht dort, wo sie eben sein sollte, um optimal abgestimmt miteinander den professionellen Tourismus zu erreichen. Die Hoteliers, aber auch die Produzenten, glaube ich, müssen wir, wenn wir schon von Regionalität sprechen, wenn wir von einer Wichtigkeit der Wertschöpfung reden, näher ins Boot holen, so wie es bei der Weinwirtschaft eben hervorragend funktioniert, muss es, glaube ich, in anderen Bereichen noch viel besser und optimierter in der Zukunft sein.

Erfolgsrezept für langfristige Stabilität lautet eben Regionalität und Vernetzung. Das braucht aber buchbare Angebote für das gesamte Land unter der Dachmarke Burgenland, die auch von den Gästen dann angenommen wird.

Ein gutes Beispiel ist sicher Urlaub am Bauernhof, wo man eine sehr hohe qualitative Angebotspalette findet und auch eine sehr gute Annahme bei den Gästen. Das ist ein Thema, wo ich mit einigen Kollegen, mit meiner Leadergruppe, auch heuer eine Benchmarktour unternommen habe, und wir auch diese Feststellung in anderen Regionen, dies war eine ähnliche Region wie das Burgenland, in Portugal, feststellen konnten, dass sich dieses Urlaubs- und touristische Segment sehr großer Beliebtheit erfreut und sehr große Zukunftschancen hat.

Wichtig ist es aber auch, und dort haben wir auch noch Geld zur Verfügung, dass wir die Förderung an Möglichkeiten auch mehr in die Tourismusverbände noch hin offerieren, dass diese angenommen werden.

Wir haben im Additionalitätsprogramm Burgenland 14 bis 20 EFRE insgesamt mit den zusätzlichen Mitteln auch des Landes mit 111 Millionen bis zum Ende der Förderperiode - natürlich ist ein Teil schon abgeholt und ausgeschöpft, zur Verfügung gestellt, erhalten - und noch vom Wirtschaftsministerium auch 15 Millionen zusätzliche Mittel, die wir natürlich nur projektbezogen und mit Kofinanzierungen vergeben werden können. Auch im Landesbudget finden wir 20 Millionen an Dotierung, so wie im Vorjahr ähnlicherweise.

Ich denke, der Tourismus hat noch viel Potential. Wir wissen, dass andere Bundesländer in diesem Jahr größere Zuwachsraten verzeichnen konnten als wir. Aber ich denke, wir können uns in diesem Qualitätssegment sehr gut behaupten. Wir müssen natürlich in infrastrukturelle Maßnahmen, auch bei den Gästebetten, noch einiges investieren. Das Fünf-Sterne/Vier-Sterne-Angebot funktioniert sehr gut, im unteren Segment denke ich, ist noch Luft nach oben. Dort müssen wir noch gemeinsam arbeiten, dass wir auch diese Angebotspalette für Low budget-Touristen hier verstärken.

Aber ich denke, Qualität wird sich schlussendlich durchsetzen und hier sind wir auf einem sehr guten Weg. „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ ist ein Slogan, der nicht neu ist, aber noch immer Gültigkeit hat. Resümiert zum Schluss: Der heimische Tourismus ist auf einem stabilen Finanzpodest zum einen und hat attraktive Förderkulissen zum anderen. Die richtigen Schwerpunktsetzungen mit der Dachmarke Burgenland Tourismus wird, glaube ich, auch dafür sorgen, dass wir jeden Euro, den wir in den Tourismus investieren, vervielfacht zurückbekommen.

Ich denke, wir können doch gemeinsam, wenn wir wissen, was wir wo und wie zu tun haben, doch auch in eine positive Entwicklung in die Zukunft des Burgenland Tourismus schauen. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Regina Petrik - Mag.a Regina Petrik - das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin, auch ohne den akademischen Grad fühle ich mich angesprochen, den muss man nicht immer nennen.

Wir sind beim Punkt Wirtschaft und Tourismus. Herr Landesrat Petschnig, ich habe keine Note für Sie mitgenommen, weil wir wissen ja auch, dass Noten für die Zukunft sehr

viel auch verderben können, deswegen lasse ich das jetzt mal beiseite und werde mich sozusagen ausführlicher sprachlich hier äußern.

Es geht dem Burgenland wirtschaftlich ganz gut. Ob das mit der Tätigkeit des Landesrats zu tun hat, lässt sich nicht unbedingt ausmachen. Wir haben österreichweit und international das höchste Wirtschaftswachstum seit sechs Jahren.

Nach dem Einbruch im Jahr 2009 hat sich die Wirtschaft weltweit wieder erholt. Österreichweit steigen ebenso wie im Burgenland auch die Investitionstätigkeit, auch die Konsumausgaben. Die Arbeitslosenquote geht österreichweit, nicht nur im Burgenland, zurück. Sie hatte ihren Höhepunkt im Jahr 2015 und geht seither zurück. Die Einkommen steigen im Burgenland im Österreichvergleich aber mit 2,8 Prozent am geringsten. Das muss man halt auch sehen.

Beim Wachstum ist das Burgenland in der Tat gemeinsam mit Vorarlberg am höchsten gerankt, allerdings muss man ehrlicherweise sagen, dass das ohne die umfangreichen Finanzmittel aus der EU nicht möglich gewesen wäre, das haben auch schon andere Kollegen mehrmals betont. Mittel, die im Sinne des Arbeitsmarktes weitgehend gut eingesetzt wurden, ohne die das Burgenland aber nicht so eine erfreuliche Entwicklung genommen hätte.

Was aber bei all der Freude nicht unter den Tisch gekehrt werden darf, ist das Absinken des Burgenlands in der Wirtschaftsentwicklung auf Platz sechs im Jahr 2017. Die Arbeitslosenrate ist im Burgenland über dem Österreichschnitt. Für 2017 scheint es aber einen Rückgang zu geben. Diese Leistung wurde aber bereits unter dem Sozialressort verbucht. Wir können uns an etliche Wortmeldungen dazu erinnern.

Das Beschäftigungswachstum liegt mit 1,1 Prozent unter dem Österreichschnitt von 1,5 Prozent. Also, wir haben viele gute Entwicklungen, aber man darf sozusagen nicht unter den Tisch kehren, dass es leider eben auch andere Daten gibt. Was auch übersehen wird, in den Wirtschaftsdaten steht das Mittelburgenland mittlerweile schlechter da als das Südburgenland. Es wird offensichtlich, wirtschaftlich gesehen hat das Mittelburgenland in der Landesregierung keine Lobby. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt bin ich aber fertig, muss ich sagen.)* Ich nehme an, es wird sich der Kollege Kölly berufen fühlen.

Was bei der Euphorie der Landesregierung, wenn es um Wirtschaftsdaten geht, leider auch gerne verschwiegen wird, ist, dass das Burgenland beim Bruttoregionalprodukt mit 28.000 Euro abgeschieden an letzter Stelle im Bundesländervergleich steht, an nächster Stelle ist dann Kärnten mit 34.300 und Niederösterreich mit 35.000 Euro.

Wir sprechen hier im Landtag auch immer wieder über die nötige Förderung der Lehrberufe. Dazu höre ich aber immer nur seitens der SPÖ beziehungsweise des Landeshauptmannes etwas, was in diese Richtung getan werden muss, auch der noch im Amt befindliche Klubobmann Hergovich hat sich diesbezüglich ja schon sehr engagiert, Lehrberufe, aber das Engagement des Wirtschaftslandesrates für die Lehre, für die Förderung von Lehrbetrieben ist nicht sichtbar, kann ich nicht nachvollziehen. Gut. Schauen wir zum Bereich Tourismus.

Nun, hier gibt es schon auch einige Auffälligkeiten, nämlich zum Beispiel darin, dass wir ein Tourismusgesetz hatten, das wurde 2014 beschlossen, 2015 wurde es dann wieder geändert und in Fachkreisen wird auch dieses nur als „schwacher Kompromiss“ - Zitat - bezeichnet.

Bei all dem Hin und Her ist die Tourismusabgabe als wirklich ungerechtes Instrument für etliche Wirtschaftstreibende in den Gemeinden nicht reformiert. Da zahlen

ja alle Wirtschaftstreibenden ein, und viele haben aber mit dem Tourismus gar nichts zu tun und profitieren auch nicht davon. Also da müsste man eigentlich wirklich einmal etwas für Betriebe vor Ort erleichtern und schauen, wer gerechterweise eine Tourismusabgabe zu zahlen hat und wer nur für die anderen mitzahlt, ohne selber etwas davon zu haben.

Worum sich der Herr Landesrat schon gekümmert hat, ist die Postenbesetzung im Tourismus. Aus inhaltlich nicht näher erläuterten Gründen musste ja der Direktor Mario Baier beim Tourismus Burgenland gehen. Finanziell ist er gut abgesichert. Aber es gibt Stillschweigen über die Hintergründe. Vordergründig ist schon einiges zu sehen. Der neue Direktor des Burgenland Tourismus kommt aus dem politischen Freundeskreis des Landesrats. Er war BZÖ-Politiker, und er kommt auch aus der Heimat des Landesrats. Man holt sich halt seine Leute. Oder auch Postenschacher in Blau.

Was uns wirtschaftlich in den nächsten Jahren aber auch noch erwartet, das legen gerade ÖVP und FPÖ gemeinsam auf Bundesebene fest. Schnell einigt man sich in den letzten Tagen auf einen für die ArbeitnehmerInnen belastenden Zwölf-Stunden-Normaltag, gegen den sich FPÖ-Chef Strache ja noch im Wahlkampf ausgesprochen hat. Sehr vehement! Was vormals als - ich zitiere Strache - „asoziale Idee“ bezeichnet wurde, kommt nun in ein türkis-blaues Regierungsprogramm. *(Abg. Karin Stampfel: Lesen!)*

Für die „Hackler“ ist man bei der FPÖ nur im Wahlkampf da und am Stammtisch, aber wenn es dann um die konkrete Gesetzgebung geht, dann sind diese stimmenbringenden Menschen schnell wieder vergessen. Verschärft wird die ganze Sache auch noch durch die Möglichkeit der 60-Stunden-Woche.

Auch interessant zu der Frage des Zwölf-Stunden-Tages ist etwa folgender zeitlicher Ablauf. Am 2.2.2017 fordert KTM-Chef Pierer den Zwölf-Stunden-Tag. Am 14.5.2017 übernimmt Sebastian Kurz die ÖVP und bricht Neuwahlen vom Zaun. Am 1.8.2017 spendet KTM-Chef Pierer für den Wahlkampf von Sebastian Kurz 436.563 Euro, und am 6.12. einigt sich die ÖVP mit der FPÖ auf den Zwölf-Stunden-Tag, der vorher von eben diesen Spendern auch schon vehement gefordert wurde.

Ausreden tut man sich dabei immer auf die Freiwilligkeit, und es ist tatsächlich eine Ausrede. Das ist eh lieb, aber völlig realitätsfern. Fragen wir die Frauen, die im Handel tätig sind, ob sie sich so darüber freuen, dass sie jetzt auch am Abend noch zwei Stunden länger arbeiten dürfen, weil dann dürften sie ja vielleicht sogar am Mittwochvormittag, wo nicht so viel los ist, zuhause bleiben.

Hilferufe von Angestellten aus dem Outlet Center erreichten mich - ich nehme an, auch das ging an mehrere Klubs und nicht nur an mich - schon vor einigen Monaten: Es würde in Aussicht gestellt sein, dass man bis 21 Uhr arbeiten muss. Bitte tun Sie doch etwas dagegen. Wir wollen ein bisschen Familienleben haben. Freiwilliges Arbeiten, ich habe schon vor einiger Zeit mit Leuten, in dem Fall von einem Möbelhaus geredet, die alle „freiwillig“ unterschreiben, dass sie jeden Samstag zur Verfügung stehen. Die Freiwilligkeit geht so weit, dass ihnen gesagt wurde, du musst das natürlich nicht machen, es steht schon die Nächste vor der Tür, die deinen Job haben will. Soweit mit der Freiwilligkeit!

Man darf sich in dem Punkt wirklich nicht in den Sack lügen. Es muss endlich Schluss sein mit dem Märchen der Freiwilligkeit, wenn es um den Zwölf-Stunden-Tag geht.

Manchmal frage ich mich auch, welche Familienvorstellungen da dahinterstehen. Wenn Sie sagen, das ist doch eh alles einfach, weil dann kann man sich ja in der Familie abwechseln, während die eine Person viele Stunden an dem einen Tag arbeitet und dann

freiwillig auch am nächsten Tag zuhause bleiben kann, kann man sich dass mit der Kinderbetreuung ja gut einteilen.

Aber Familie ist doch in erster Linie Beziehung, gemeinsam Zeit verbringen und keine Kinderbetreuungs-Organisations-Lebensgemeinschaft. Also diese Debatte darauf herunterzubrechen, darauf zu reduzieren, das ist eigentlich ein Hohn für alle, die persönlich davon betroffen sind.

Herr Landesrat, vielleicht bringen Sie Ihre Kollegen auf Bundesebene, Ihre Kollegen, in dieser Hinsicht noch zur Vernunft und stehen Sie dazu, was Sie Ihren Wählerinnen und Wählern versprochen haben!

Diesem Voranschlagskapitel werden wir nicht unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es widerstrebt mir irgendwie, an diese Mutmaßungen anzuschließen. Die GRÜNEN wissen offensichtlich mehr. Ich halte mich zurück. Fix ist zurzeit noch nichts und es kursieren sehr viele Fake-News. Wir haben gerade nachgeschaut, es werden Behauptungen von Ihnen aufgestellt, die in keinster Weise zu belegen sind und in keinster Weise fix sind.

Um zum Thema zu kommen: Wirtschaft, Tourismus. Sehr geehrte Damen und Herren! Sie kennen die allerletzten, die aktuellsten erfreulichen Daten und Fakten vom burgenländischen Arbeitsmarkt. Ich möchte mit dem einsteigen. *(Abg. Manfred Kölly: Na warte ein bisschen. Du hast die neuesten Daten nicht gelesen!)*

Die Arbeitslosigkeit ist um neun Prozent gesunken, bei der Jugend minus 25 Prozent. Das AMS sagt, es gibt um 864 weniger Arbeitslose als vor einem Jahr. Äußerst weitere erfreuliche Zahlen in diesem Zusammenhang sind 103.000 Beschäftigte und 800 freie Stellen. Fairerweise muss man sagen, es gibt noch immer 8.000 Arbeitslose, um die wir uns natürlich besonders kümmern müssen. *(Abg. Manfred Kölly: Plus, plus!)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zahlen im vorliegenden Budget werden meiner Meinung nach sicher dazu beitragen oder besser gesagt, es ist zu erwarten, dass auch im kommenden Jahr dieser positive Trend fortgesetzt werden kann. Natürlich ist das auch von verschiedenen Faktoren abhängig. Die Fakten selbst aus dem Budget sind ja bekannt. 256,4 Millionen Euro werden für Investitionen beziehungsweise für investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet. Praktisch als Impulsgeber für Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Wohnbaumaßnahmen.

Das ist um 21,4 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Mit einer Investitionsquote von 22,67 Prozent liegt das Burgenland damit im Spitzenfeld. Jeder fünfte Euro des Landesvoranschlages bringt nachhaltiges Wachstum, stärkt die Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Ein Bündel an getroffenen Maßnahmen unseres sehr geschätzten Herrn Landesrates Mag. Petschnig in diesem Jahr und weitere, die noch folgen werden, garantieren eine - ich sage einmal - gedeihliche Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Burgenland. Viele erfolgreiche Betriebsansiedlungen untermauern, dass das Burgenland wirtschaftlich auf dem absolut richtigen Weg ist.

Das mit dem Wirtschaftswachstum einhergehende spürbare Sinken der Arbeitslosigkeit bestätigt praktisch den Kurs der Regierung. Damit komme ich schon zum zweiten Bereich unseres Landesrates, das ist der Tourismus.

Tatsache ist, dass das Jahr 2017 mit sehr guten Besucherzahlen abgeschlossen werden wird, das ist fixiert. Die aktuellen Tourismuszahlen belegen den anhaltenden Aufwärtstrend im burgenländischen Tourismus. Das Rekordergebnis von 2016 übrigens wird auf jeden Fall übertroffen werden. *(Abg. Manfred Kölly: Um wieviel?)* Ich erinnere in diesem Zusammenhang an mehrere Maßnahmen unseres Landesrates, die sicher zu diesem positiven Trend - ich sage einmal - beigetragen haben. *(Abg. Manfred Kölly: Das sagt der Illedits!)*

Zum Beispiel die Förderaktionen, ich weiß nicht, wie weit sie noch bekannt sind oder in Erinnerung sind, zum Beispiel „BURGENLAND VIRTUELL“ zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit am Online-Markt oder eine Maßnahme zur Qualitätsverbesserung für kleinere und mittlere Beherbergungsbetriebe, genannt „Familie, Wellness, Sport & Outdoor für Beherbergungsbetriebe“. Eine weitere Maßnahme ist die Förderung von Internationalisierungsmaßnahmen, wobei maximal pro Unternehmen 50.000 Euro gefördert werden können. Gesamtvolumen 500.000 Euro, läuft bis Ende 2018. Vielleicht sagt Ihnen der Internationalisierungsmanager etwas, der in dem Zusammenhang mit bis zu 20.000 Euro gefördert werden kann.

Eine weitere Maßnahme war die sogenannte Convention Burgenland, die das Ziel hat, das Burgenland international und national als Standort für Kongresse, Tagungen, Seminare und so weiter zu vermarkten, was bereits zu großen Erfolgen geführt hat.

Diese und weitere Maßnahmen, die 2018 folgen werden, lassen im Bereich Tourismus eine durchaus positive Entwicklung erwarten. Ziel ist es, den Satz hätte nicht einmal ich so formulieren können, im Prinzip, dass das Burgenland auf der touristischen Landkarte Österreichs im nationalen und internationalen Gästemarkt mit attraktiven und qualitätsvollen Ausflugs- und Aufenthaltsangeboten in den Bereichen Naturerlebnis, Kultur, Wein und Kulinarik, Sport- und Freizeiterlebnis, Kur, Wellness, Gesundheit und Thermen weiterhin signifikant vertreten ist.

Wir werden den entsprechenden Gruppen im Landesvoranschlag natürlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um vielleicht auch gleich mit dem Thema 12-Stunden-Tag zu beginnen, weil die Frau Kollegin Petrik sich darüber relativ lange oder damit relativ lange beschäftigt hat. Der Kollege Molnár hat mir das vorhin gezeigt. Die APA hat recherchiert, also der 12-Stunden-Tag ähnlich wie er jetzt von den hoffentlich bald Koalitionsparteien vereinbart wird, ist auch im Plan A des Herrn Bundeskanzlers Kern verankert. Die APA hat das sehr gut recherchiert. In Wahrheit geht es ja nicht darum.

Das sollte man auch in der politischen Debatte nicht tun, nämlich hier Unwahrheiten zu verbreiten, sondern das anzuschauen, was wirklich vereinbart ist. Da geht es nicht um eine generelle Pflicht, 12 Stunden zu arbeiten, sondern da geht es um eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, die wir übrigens als Volkspartei Burgenland schon lange fordern, die viele Unternehmer wollen und auch viele Arbeitnehmer wollen. *(Beifall*

bei der ÖVP – Abg. Mag.a Regina Petrik: Es ist nicht wahr, dass ich die Unwahrheit verbreite!)

Aber ich möchte eigentlich zum vorliegenden Budget 2018 sprechen. Wenn man das Budget 2018 im Gesamten betrachtet, dann kann man feststellen, nach einer saft- und kraftlosen Budgetrede ist folgerichtig eigentlich ein saft- und kraftloses Budget 2018 vorgelegt worden.

Wenn das, was so oft behauptet wird, stimmt, nämlich, dass das Budget, das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm ist, ja, dann kann man sagen, ja, auch das ist folgerichtig, ein saft- und kraftloses Budget spiegelt eben eine ebensolche Regierungspolitik wider. Insofern ist dieses Zahlenwerk eigentlich in sich schlüssig und logisch. Ein Zahlenwerk, das von den rot-blauen Systemabgeordneten sicherlich einstimmig abgenickt werden wird.

Aber bei aller Stimmigkeit und Schlüssigkeit muss man schon auch feststellen, dass dieses Budget ein weiterer Baustein dafür ist, dass es eine Retropolitik in der Regierung gibt, dass es eine Politik gibt, *(Abg. Robert Hergovich: So schlecht ist es nicht!)* die dem Burgenland und den Burgenländern weiter schadet.

Ein solches Budget vorzulegen ist eigentlich ein Kinderspiel, weil es ja nichts anderes als eine ja leicht adaptierte Fortschreibung früherer Budgets ist *(Abg. Robert Hergovich: Warum stimmt Ihr dann nicht zu?)* und das wirklich Unangenehme… *(Abg. Robert Hergovich: Warum stimmt Ihr dann nicht zu? – Abg. Doris Prohaska: Aus Prinzip!)* Weil wir 2015 und 2016 auch nicht zugestimmt haben. *(Abg. Doris Prohaska: Na das ist aber…!)* Ich rede ja von diesen Budgets.

Aber das wirklich Unangenehme an diesem Gesamtbudget wird ja ganz einfach aus dem Budget hinausgeschoben, sodass man es nicht sieht, sodass die wahre Finanzlage des Landes ganz einfach vertuscht und verschleiert wird. Über eine Milliarde Euro Schulden hat man ausgelagert und dann hat man - und das finde ich schon bemerkenswert - die Stirn, sich herzustellen und zu sagen wir, sind so super, weil wir sparen. Wir senken die Schulden um zwei Millionen Euro.

Ich meine, zwei Millionen Euro, das sind 0,18 Prozent des Gesamtschuldenstandes, das ist eigentlich lächerlich. Da fällt mir der Karl Kraus ein, der bekanntlich gesagt hat: Wenn die Morgensonne tief steht, dann werfen sogar Zwerge lange Schatten. *(Abg. Robert Hergovich: Wie viele Schulden hat denn Eisenstadt?)*

Meine Damen und Herren, also ein solches Budget zu machen, immer Eisenstadt, das ist interessant, *(Abg. Robert Hergovich: Wie viele Schulden hat denn Eisenstadt?)* dass sie da immer so emotional reagieren, also, wenn wir in der Stadt verhältnismäßig so viele Schulden abbauen wollten, *(Abg. Robert Hergovich: Du wirfst uns das vor, jetzt frage ich Dich!)* wie es das Land macht, dann wären dies 25.000 Euro. *(Abg. Robert Hergovich: Das haben Sie heute noch nicht gesagt!)*

Meine Damen und Herren! Wie gesagt, ein solches Budget vorzulegen ist in Wahrheit ein Kinderspiel, weil es völlig innovativlos ist, eine Fortschreibung, wie es in den letzten zwei Jahren war. Das gilt besonders natürlich auch für die Budgetpositionen Wirtschaft und Tourismus.

Wenn man sich das Budget anschaut, dann sieht man, dass bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen 300 Euro weniger als voriges Jahr vorgesehen sind und im Bereich der Tourismusförderung 500 Euro mehr als voriges Jahr, in Summe also sagenhafte 200 Euro, wodurch das Budget erhöht wird. Gratuliere, Herr Landesrat, das haben Sie wirklich gut gemacht. Wir reden hier insgesamt von etwa zehn Millionen Euro.

Meine Damen und Herren von der rot-blauen Fraktion! Sie betreiben wirklich eine unglaubliche Politik der Schönfärberei insgesamt. *(Abg. Robert Hergovich: Na geh, Thomas!)* Sie streuen wirklich den Menschen Sand in die Augen und versuchen den Menschen irgendwie vorzumachen, dass eh irgendwie alles super ist. Diese krankhafte Schönfärberei dürfte irgendwie ansteckend sein, weil selbst Vertreter der FPÖ - mein sehr geschätzter Kollege Molnár ist von dieser Krankheit mittlerweile befallen, weil in der Generaldebatte stellt er sich her und erklärt, wie super alles ist und das Burgenland ist Wachstumskaiser und die Zahlen sind bestens und wir sind die Nummer 1 in Österreich.

Gebetsmühlenartig geht das mittlerweile auch schon bei der FPÖ, auch schon beim Kollegen Molnár, beim Kollegen Hergovich ist das sowieso nichts Neues. Aber was meinen Sie eigentlich damit, Kollege Molnár, was meinen Sie eigentlich damit, dass das Burgenland Wachstumskaiser sein sollte? Sie haben gesagt, 2016 war das auch so und 2017 wird das auch so sein und das werde die nächsten Jahre auch so sein.

Gestern hat die Statistik Austria, jetzt sage ich einmal ein unverdächtiges Institut, die wahren Zahlen präsentiert. *(Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich)* So, und die möchte ich schon noch anführen, weil es dazugehört. Wirtschaftswachstum letzter Platz für das Burgenland. 0,3 Prozent. *(Abg. Robert Hergovich: Sie wurden heute schon wieder korrigiert!)* Zuwächse an Beschäftigten: Vorletzter Platz für das Burgenland. Wachstumsbeiträge der Bundesländer für das BIP: letzter Platz für das Burgenland. *(Abg. Robert Hergovich: Das würde Euch freuen!)* Wachstumsbeiträge der Bundesländer 2016 über die Beschäftigung: letzter Platz für die Burgenländer. Verfügbares Einkommen - na Entschuldigung, ich sage nur das, was Statistik Austria sagt. *(Abg. Robert Hergovich: Ja, aber die haben das schon korrigiert!)* Letzter Platz für das Burgenland. Bruttoregionalprodukt übrigens pro Einwohner 2016 auch letzter Platz für das Burgenland.

Aber apropos Beschäftigung und Arbeitsplatz und so weiter. Jetzt hat ja, wenn man sich zurückerinnert, viele werden das nicht tun, weil sie ja inhaltlichen - ja, es war ein Papier, also das Regierungsübereinkommen meine ich jetzt - da hat es ein einziges konkretes, zentrales Versprechen gegeben, nämlich die rot-blaue Regierung hat gemeint: Wir treten an, um Arbeitsplätze für Burgenländer im Burgenland zu schaffen. Das ist uns wichtig, das ist uns ein Anliegen, dass wir dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze, die im Burgenland entstehen, auch für Burgenländer zur Verfügung stehen.

Ich weiß nicht, ob Sie sich das schon einmal angeschaut haben, was die Tatsache und die Realität ist? Von 2014 bis 2016 gab es im Burgenland ein Beschäftigungsplus von insgesamt 2,4 Prozent, was ja an sich ganz gut ist. Im gleichen Zeitraum ist aber die Beschäftigung bei den ausländischen Mitarbeitern im Burgenland um neun Prozent gestiegen.

In absoluten Zahlen heißt das, dass es in Summe 2.294 mehr Beschäftigte gegeben hat und davon 1.882 Ausländer. Also 82 Prozent der geschaffenen Arbeitsplätze gehen nicht an Burgenländer, sondern an Ausländer. *(Abg. Géza Molnár: Das ist schon eine deutliche Verbesserung!)* Im Vergleichszeitraum, Moment, von 2015 auf 2016, also jetzt lasse ich 2014 außen vor, von 2015 auf 2016 waren es sogar 88 Prozent. *(Abg. Géza Molnár: Auch besser!)* 2017 geht es genauso weiter, Sie brauchen nur beim AMS nachschauen und nachfragen. Ich bin nicht der, der gesagt hat, das soll so sein, Sie haben das versprochen und Sie haben das nicht gehalten.

Meine Damen und Herren! Im Regierungsprogramm, ich möchte schon auf das auch noch zurückkommen, steht ja nicht viel Konkretes drin, aber das steht konkret drin, aber Sie haben es geschafft, dass 80 bis 90 Prozent der geschaffenen Arbeitsplätze eben nicht an Burgenländer gehen.

Ich möchte ganz kurz zum Tourismus auch etwas sagen, weil das vorhin wieder so schöngefärbt worden ist: Ich meine ganz ehrlich, jetzt kann man sagen ja, es hat voriges Jahr eine gute Saison gegeben und wir halten in etwa 2017 den gleichen Stand. Aber Tatsache ist halt auch, dass alle anderen Bundesländer deutlich besser sind, dass das Burgenland stagniert und dass es in allen anderen Bundesländern zum Teil sehr, sehr deutliche Zuwächse gibt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! In der Sommersaison, die jetzt veröffentlicht worden ist, da werden Sie ja auch wieder sagen, na das stimmt nicht, die Statistik Austria irrt sich, hat es österreichweit 2,7 Prozent Zuwächse gegeben, das beste Bundesland bei vier, das schlechteste Bundesland bei null, nämlich das Burgenland.

Ich möchte schon auch sagen, eines ist schon klar, da sind nicht die Burgenländer schuld, da sind nicht die Unternehmer schuld, nicht die Tourismusbetriebe Schuld, sondern die Schuld sitzt ausschließlich hier auf der Regierungsbank und bei den rot-blauen Systemabgeordneten, die mit ihrer Stimme auch für dieses Budget diese Politik unterstützen. *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage Ihnen wirklich, Sie haben eine große Chance vertan, indem Sie unsere Kompetenz, unser Wissen für dieses Budget einfach nicht genützt haben. Unsere Vorschläge nicht angenommen haben, das gilt in allen Bereichen, gilt aber ganz besonders in der Wirtschafts- und Tourismuspolitik. *(Abg. Doris Prohaska: Na geh! Nichts verstanden!)*

Das ist schade für das Burgenland. Sie werden sich noch weiterwurschteln ein paar Monate, Sie werden sich noch weiterwurschteln vielleicht bis 2020, aber dann ist Schluss. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mag. Thomas Steiner *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja?)* hat, glaube ich, sehr süffisant und sehr belächelnd die Wirtschaft oder die Wirtschaftspolitik unseres Heimatlandes Burgenland in fünf Minuten dargestellt. Ich erlaube mir, diese Ausdrücke wie kraft- und saftlos, die gepflogen worden sind, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist halt einmal so!)* ins Gegenteil zu verkehren.

Ich tu mich nicht schwer dabei, weil ich eigentlich, so wie der Mag. Richter, nur darauf hinweisen muss, was in diesem Budget 2018 drinnen steht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schönfärben!)* Drinnen steht, dass wir in diesem Budget jeden fünften Euro für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen, das sind insgesamt 256,4 Millionen Euro, investieren.

Drin steht auch, dass wir die höchste Investitionsquote von 22,67 Prozent jeweils hatten. Wir sind damit im absoluten Spitzenfeld! Wenn schon der Mag. Steiner mir oder unserem Budget nicht glaubt, dann hoffe ich zumindest, dass er der OECD glaubt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Glauben Sie der Statistik Austria oder nicht?)*

Die OECD in der Person der Botschafterin, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Glauben Sie der Statistik Austria oder nicht?)* Mag. Marlies Stubits-Weidinger hat erst vor kurzem erwähnt, dass das Burgenland *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann hat sie die Daten nicht gesehen!)* OECD-weit zu den TOP 50-Regionen zählt und deshalb zu den TOP 50-Regionen zählt, weil es von 2000 bis 2013 als sogenannte aufholende Region oder

Catching-Up-Region eindeutig im Vorderfeld der gesamten OECD-Staaten ist. Ich hoffe zumindest, Herr Mag. Steiner, dass Sie der OECD glauben, wenn Sie mir oder unserem Budget nicht glauben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich glaube der Statistik Austria!)*

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir wirklich erfolgreich in den letzten Jahren Wirtschaftspolitik betrieben haben. Es ist heute schon erwähnt worden, dass natürlich die EU-Politik oder auch die EU-Förderungen wesentlich dazu beigetragen haben. Mir geht es aber genau darum, zu zeigen, warum wir so erfolgreich sind. Da gibt es ein Motto und dieses Motto ist für mich signifikant für die Wirtschaftspolitik des Burgenlandes. Dieses Motto heißt: Wenn wir uns anstrengen, geht es uns morgen besser!

Ich bin überzeugt, dass die fleißigen Burgenländerinnen und Burgenländer, egal ob Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen, Unternehmer oder Unternehmerinnen, ihren Anteil dazu beigetragen haben, dass das Burgenland in den letzten Jahren und Jahrzehnten diesen Aufholprozess gemacht hat. Sie haben mit ihrem Fleiß und mit ihrer Leistungsbereitschaft dazu beigetragen, dass wir das höchste Wirtschaftswachstum haben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt ja nicht!)* das es jemals gegeben hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt ja nicht! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn Sie *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es ist unglaublich, wie konsequent Sie sind, dass Sie die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen!)* mir Zahlen von gestern übermitteln und nicht die Zahlen von heute erwähnen, teile ich Ihnen die Zahlen mit, die mir bekannt sind, die gefestigt sind und auch wertgesichert sind. Diese Zahlen sagen, dass wir auch heuer ein Wirtschaftswachstum von prognostizierten drei Prozent haben werden, letztes Jahr waren es 2,4 Prozent.

Diese von Ihnen mitgeteilten Zahlen, die Sie überreichen wollen oder überreichen werden, sind von gestern und nicht von heute. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na eh!)* Ich bin überzeugt, dass auch der Landesrat Petschnig in seiner Stellungnahme dazu eine entsprechende Botschaft abgeben wird. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau!)*

Ich will aber nicht, Herr Mag. Steiner, dass Sie unsere Burgenländerinnen und Burgenländer, die wirklich fleißig arbeiten, schlechtmachen, weil die haben ihren Anteil an diesem wesentlichen Erfolg des Burgenlandes. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sind die Einzigen…!)*

Das haben sich unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmer nicht verdient! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Stimmt! Deswegen habe ich auch gesagt, die Regierung ist schuld und nicht die Leute!)* Es gibt ja auch wesentliche Parameter, die das auch untermauern: Wir haben eine Rekordbeschäftigung, wir haben die geringste Arbeitslosigkeit, wir haben die niedrigste Armutsgefährdung Österreichs und im Europaschnitt.

Wir haben eine Exportquote, die bei über zwei Milliarden Euro steht, das sind Faktoren und Zahlen, die das Gegenteil belegen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Von wem sind die Zahlen?)* Deshalb bin ich der Meinung, dass Sie mit Zahlen und Werten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Von heute?)* die Sie von gestern haben, heute nicht am richtigen Dampfer sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Zahlen, die Sie nennen, sind von wann? Von heute, von gestern, von vorgestern?)*

Diese Zahlen sind die, die mir bis heute bekannt sind. Die gestrigen Zahlen kenne ich nicht. *(Heiterkeit bei den ÖVP-Abgeordneten)* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Was sind die eigentlichen Gründe dafür, dass wir so gutstehen, wie wir stehen?

Der erste Grund, und der ist mir wichtig, das Burgenland hat eine EU-Erfolgsgeschichte. Wir sind von einer landwirtschaftlich geprägten Region zu einem

modernen Wirtschaftsstandort geworden und wir haben eines geschafft: Wir haben die EU-Mittel oder Fördermittel zu 100 Prozent ausgelöst. Das ist ein Erfolg von einem Netzwerk, das wir aufgebaut haben.

Erst vor kurzem konnte ich mich überzeugen, dass unser Landtagspräsident Illedits auch sehr stark dazu beiträgt, dass wir auch zukünftig wiederum diese Fördermittel bekommen werden. Das ist mit ein Grund dafür, dass wir diese hohe Wirtschaftswachstumsrate haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist so in sich unschlüssig!)*

Der zweite Grund ist die gute Lage des Burgenlandes im Herzen Europas und dabei natürlich die von mir bereits erwähnte Leistungsbereitschaft der Burgenländerinnen und Burgenländer. Weil unsere Leute, unsere Arbeitnehmer und Unternehmer werden nicht nur burgenlandweit, sondern österreichweit als beliebte Facharbeiter wertgeschätzt und das wissen wir alle, wenn wir in Wien, Niederösterreich oder der Steiermark sind. Ich glaube, darauf können wir stolz sein, das ist das Know-how, das ist unser Teil des Wirtschaftswachstums. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber wesentlicher Punkt ist natürlich auch, dass wir Rahmenbedingungen für Betriebsansiedelungen und Beschäftigungsrekorde schaffen und das wird in dem Budget geschaffen. Alleine heuer im Jahr 2017, Herr Mag. Steiner, haben wir acht Großprojekte an Betriebsansiedelungen. Bereits in der Generaldebatte hat das der Kollege Hergovich erwähnt. Diese Großprojekte sind Businessparks wie Parndorf, Kittsee, aber auch Heiligenkreuz, Müllendorf oder auch Hornstein. Beim Kollegen Wolf wurden Betriebe angesiedelt, wo wir bereits im heurigen Jahr 920 neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Bei diesen 920 Arbeitsplätzen sprechen wir von einem Investitionsvolumen von 175 Millionen Euro für die burgenländische Wirtschaft, die ausgelöst wurden. Das spricht für sich!

Aber auch die Wirtschaftsförderungen, weil das vorher angesprochen worden ist, da hat der Mag. Petschnig bereits für das heurige Jahr 169 Förderfälle genehmigt. 34 Prozent im Tourismus, 66 Prozent im Gewerbe - und dabei konnten 4,7 Millionen Euro neue Förderungen ausbezahlt werden. Das sind die Zahlen, das ist die Erfolgsgeschichte der Wirtschaftspolitik unseres Heimatlandes. Ein wesentlicher Meilenstein ist für mich auch der Handwerkerbonus, der heute bereits auch vom Kollegen Hutter genannt worden ist.

Durch den Handwerkerbonus können jährlich zirka 1.200, 1.300 Anträge positiv erledigt werden mit einem durchschnittlichen Fördervolumen von 1,2 Millionen Euro.

Denn Investitionen im Baubereich sind von 11,6 Millionen Euro gegeben, das sind wahre Sonderförderaktionen. Das ist die Wirtschaft, die wir wollen.

Wo liegt aber die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes? Drei Schlagwörter, die auch unser Herr Landeshauptmann pflegt, möchte ich erwähnen: Globalisierung, Digitalisierung und Urbanisierung! Das sind die Herausforderungen! Da gibt es für mich ein Rezept und das Rezept heißt: Forschung! Forschung schafft und sichert Arbeitsplätze, Forschung macht unser Land zukunftsfit.

Deshalb bin ich auch der Meinung, dass unser Budget in diesem Bereich eine Forschungsstruktur aufbaut und aufbauen lässt und auch Möglichkeiten bietet, dass wiederum zukünftig die EU-Fördertöpfe angezapft werden können. Wir sind nämlich im Bereich der Forschung noch nicht weit genug vorne, wir haben zwar aufgeholt von 0,4 Prozent auf ein Prozent, aber das ist weit von dem, wo wir hinwollen.

Wir wollen zu höheren Forschungsquoten und die müssen wir erreichen mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kollege Drobits, Sie stellen…!)*

Ich bin auch der Meinung, dass das, was ich vorhin erwähnt habe, hinblicklich der OECD ein guter Parameter dafür ist, wenn die Karte Wohlbefinden aufscheint. Laut OECD hat das Burgenland absolute Spitzenwerte beim Thema Wohlbefinden im Bereich Sicherheit und bürgerliches Engagement, aber auch beim Bereich Gemeinschaftssinn und Bildung stehen wir ganz vorne. Deshalb sind wir unter den TOP 50-Regionen. Unsere Strategien, die wir haben, Entwicklungsstrategie Burgenland 2020, FTI-Strategie 2025, Energiestrategie Burgenland 2020, Gesamtverkehrsstrategie, werden von der OECD als erfolgreich bewertet.

Nur, wir dürfen uns nicht zurücklehnen, wir müssen aufpassen, wir liegen im West-Ost-Bereich, Sie haben Recht, wir müssen auch achten, dass zukünftig bei der Entsenderichtlinie und auch bei diversen Lohn- und Sozialdumpingfällen Achtung gefunden wird, da bin ich bei Ihnen! Ich bin aber nicht bei Ihnen, dass ich für einen 12-Stunden-Arbeitstag bin. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber der Kern ist schon dafür!)*

Ich bin deshalb nicht bei Ihnen, weil ich glaube, dass unsere Burgenländerinnen und Burgenländer richtigerweise haben sollen, dass sie gesund arbeiten und gesund bis zu ihrer Pension leben können. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Um das geht es mir und bei 12 Stunden ist das nicht mehr möglich.

Abschließend, ich bin der Meinung, dass wir der nächsten Generation auch das Gleiche schulden und deswegen bin ich für eine Zukunftsstrategie Burgenland nach 2030, weil ich glaube, dass auch wir uns anstrengen müssen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder auch zukünftig diesen Wohlstand haben, den wir haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg vielleicht, ja, meine Begeisterung, dass ökonomische Sachthemen eine so inbrünstige Debatte auszulösen vermögen, das ist ja nicht alltäglich. Ich freue mich wirklich darüber, dass diese Themen offensichtlich hier auch für gewisse Emotionen sorgen, wobei vieles gesagt worden ist aus einer bestimmten Sichtweise und durchaus richtig ist.

Ich möchte mich jetzt auch bemühen, um das Ganze etwas ganzheitlicher darzustellen, weil ich glaube, dass sich viel dadurch schon von selbst auflöst. Vielleicht zuerst zum Bereich des Tourismus. Es ist richtig, was der Abgeordnete Steiner gesagt hat, dass das Burgenland heuer mit 0,3 Prozent zumindest von Jänner bis Oktober, von den bisher abgerechneten Monaten, mit 0,3 Prozent gewachsen ist. Jetzt weiß ich schon, nichts ist langweiliger als die News von gestern.

Aber es ist auch archiviert worden, ich habe es im Jänner 2017 dem ORF in die Kamera gesagt und auch privaten Fernsehsendern, dass es das Ziel des Tourismus für das Jahr 2017 ist, das Ergebnis vom vorigen Jahr zu halten und zwar *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es kann ja nicht das Ziel sein, Letzter zu sein!)* - warte ein bisschen - und zwar aufgrund eines ganz bestimmten Umstandes.

Wenn man sich nämlich diese Wachstumsraten genauer anschaut und zwar aufgeschlüsselt nach Tourismusregionen, da fällt auf, dass vor allem drei Regionen sozusagen das Ergebnis nach unten zerren. Das sind die Regionen Güssing, Stegersbach und Jennersdorf.

Das hat auch einen ganz bestimmten Grund, weil genau in diesen drei Regionen große Hotels geschlossen haben. Üblicherweise umbaubedingt geschlossen haben, und uns allein aus diesem Titel über 21.000 Nächtigungen in der Statistik fehlen. Zusätzlich sind wir eben um 0,3 Prozent, also 9.000 Übernächtigungen vorne. Das heißt, in Summe 30.000 Nächtigungen wären rund ein Prozent Wachstum, das uns da entgeht.

Das ist relativ einfach nachvollziehbar: Stegersbach hat da den größten Einfluss, dort ist das größte Hotel am Platz seit Frühjahr bereits „nicht mehr im Betrieb“, nimmt keine Gäste mehr auf, mittlerweile fährt es auf Sparflamme. Ich bin sehr froh, dass ich heute die Einladung entgegennehmen durfte, wo man sozusagen wieder unter Volllast fährt, das beginnt am 18. Jänner 2018. Da werden wir sicher sein, dass die entsprechenden Zahlen im Jahr 2018 wieder nach oben gehen.

In der Region Güssing ist es so, dass hier ein Hotel bekanntermaßen jetzt erfreulicherweise einen Nachfolger gefunden hat. Danke auch an die Kollegin Dunst, die persönlich sehr stark involviert war, weil es ja ihre Heimatregion ist. Auch dort wird sich das entsprechend in Zahlen niederschlagen. Ein gewisses Problem ist noch Jennersdorf.

Der ehemalige Bürgermeister und nunmehrige Vizebürgermeister sitzt ja hier und wird das bestätigen können, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt nicht!)* auf jeden Fall ein Vertreter der Stadtgemeinde, der sich dort auskennt, sitzt ja hier und wird das, glaube ich, bestätigen können, dass wir hier natürlich eine nicht sehr erfreuliche Situation vor uns haben und die wir natürlich einer Lösung zuführen müssen. Aber das geht nicht von heute auf morgen, sondern das muss natürlich auf den Standort abgestimmt sein.

Also diese Tourismuszahlen sind natürlich unter diesem Vorbehalt zu berücksichtigen. Parallel dazu vielleicht noch etwas, was im Prinzip positiv ist. Sie wissen vielleicht noch aus den Ergebnissen vom Vorjahr, wir sind ja vor allem gewachsen in der 4- und 5-Stern-Hotelerie. Da ist es so, dass dieser Wachstumstreiber insofern an Grenzen stößt, weil wir die Auslastungskapazitäten nahezu ausgeschöpft haben.

Weil früher vom Mittelburgenland die Rede war, die Therme in Lutzmannsburg ist, soweit ich weiß, und wir machen eine sehr gute Marktbeobachtung auch in anderen Bundesländern, ist die einzige, die in den Hochsommermonaten zu 100 Prozent ausgelastet ist. Also man sieht, dass dort sehr, sehr gut gearbeitet wird. Nur wenn man schon zu 100 Prozent ausgelastet ist, ist es halt entsprechend schwierig, noch weiter zu wachsen. *(Abg. Manfred Kölly: Dann muss man dazu bauen. Ein Zubau!)*

Es gibt natürlich Pläne für einen Zubau, auch das wird 2018 kommen, ohne dass ich mich jetzt wieder minutiös auf ein Datum festlege. Der entsprechende Architektenwettbewerb wurde bereits präsentiert. Das wird im Jänner dem Aufsichtsrat präsentiert, dann wird es zur Beschlussfassung kommen und dann wird auch dieses Projekt in Angriff genommen. Für das Südburgenland wurde auch schon erwähnt, gibt es gemeinsam mit der Kollegin Dunst ein Projekt für die Kellerstöckelförderung, damit sie auch diese regionale Spezialität dem Tourismus zuführen können, auch was die Übernachtungen betrifft und so weiter, dass wir hier ein besonderes Projekt in die Hand nehmen wollen.

Das ist natürlich nicht ganz so einfach, weil wir alle unsere Richtlinien haben, sowohl der Agrarbereich als auch der Tourismusbereich. Aber da wollen wir eben

gemeinsam ein Paket schnüren, um hier entsprechend ein attraktives Angebot zu machen. Es gibt natürlich auch private Projekte, die von uns sozusagen aus dem laufenden Haushalt gefördert werden. Das Pannonia Tower Hotel in Parndorf will ausbauen. Es gibt Seebad-Projekte in Breitenbrunn und in Illmitz, es gibt Hotelprojekte in Forchtenstein und in Lackenbach.

Es gibt Ausbauprojekte in der AVITA Therme in Bad Tatzmannsdorf und etliches andere mehr, Familypark St. Margarethen und dergleichen mehr. Also für Dynamik im Tourismus ist gesorgt. Wie gesagt, ich habe 2017 bewusst dieses Ziel formuliert.

Die Zielformulierung wird für das Jahr 2018 natürlich anders *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie?)* ausschauen, aber *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Darf ich fragen wie?)* da darf ich Sie noch um das eine oder andere Monat, oder um die eine oder andere Woche, um Geduld bitten. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Dann bist Du schon Staatssekretär.)*

Aber es wird höher sein als eine Stagnation, das sage ich gerne zu, aber natürlich müssen wir da die Forecast-Modelle entsprechend abwarten, dass wir entsprechend das gesamte Jahresergebnis von 2018 vorliegen haben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Dann bist Du schon in Wien.)* Das wird sich noch weisen. *(Heiterkeit bei der ÖVP)*

Zum Thema Wirtschaftsförderungsbudget: Auch hier hat der Herr Abgeordnete Steiner vordergründig natürlich Recht, es ist im Prinzip eine Stagnation des Budgets im ordentlichen Haushalt. Man müsste halt, oder ich lade dazu ein, sich auch andere heute zur Debatte stehende Aktionen und Punkte genauer anzuschauen, so zum Beispiel Nachtragshaushalt. Das ist zwar richtig, dass es das Jahr 2016 betrifft, aber um nur einen Teil herauszunehmen, dass wir hier eben besondere Dinge durch besondere Finanzierungsmaßnahmen... *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich schaue mir gerne alles an zum Budget 2018, aber nicht beim Nachtragsvoranschlag vom letzten Jahr.)*

Na das steht halt heute, vom Hohen Haus soll er beschlossen werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber der von 2018.)* Also insofern bin ich davon ausgegangen, aber okay. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 2018)*

Dort gibt es auf jeden Fall eine Voranschlagsstelle „Bürgschaftsleistungen“, wo drinnen steht, dass für die Ankäufe von Fondsanteilen für die WiBuG ein Zuschuss von 3,96 Millionen Euro gewährt wird, das dort natürlich das Eigenkapital stärkt, das dort natürlich entsprechend die Fähigkeiten Bürgschaften zu erteilen, stärkt und so weiter und so fort. Sie sehen, also rein das Abstellen auf den ordentlichen Haushalt ist natürlich ein gewisser Aussagewert, aber halt ein begrenzter. Man sollte hier auch andere Voranschlagskompendien sich zu Gemüte führen, um hier wirklich ein Gesamtbild der Verhältnisse bekommen zu können.

Ja, mit den ausgelagerten Schulden, das ist die Gruppe 9, da wird, nehme ich an, mein Kollege Helmut Bieler dann einiges dazu sagen. Vielleicht noch kurz zu den Wachstumsraten, die hier recht leidenschaftlich debattiert worden sind. 2016, Sie haben Recht, es ist mir gestern zur Kenntnis gebracht worden, dass von der Statistik Austria hier ein Zahlenkompendium veröffentlicht worden ist, dass dem, mit dem wir bisher gearbeitet haben, diametral widerspricht.

Bisher waren es 2,4 Prozent, wie auch der Mag. Drobits richtigerweise gesagt hat, von der Bank Austria beziehungsweise vom WIFO. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, aber er hat gesagt Bank Austria und Statistik* Austria*.)* Jetzt heißt es 0,3 und WIFO, bisher heißt es Statistik Austria, das muss man sich natürlich genau anschauen.

Ich habe von gestern auf heute nur eines herausgefunden, nämlich, dass die Statistik Austria hier den Bereich der Landwirtschaft dazurechnet, was die anderen beiden

nicht gemacht haben. Im Bereich der Wertschöpfung mussten wir offensichtlich, laut diesen Zahlen, die ich ja von gestern auf heute bis jetzt organisieren konnte, das ist natürlich nicht der Weisheit letzter Schluss, das ist nur einmal ein Zwischenstand, mussten wir in der Landwirtschaft wertschöpfungstechnisch gewisse Einbußen hinnehmen.

Dazu möchte ich aus verständlichen Gründen, glaube ich, nichts Weiteres sagen. Aber, wenn man sich - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Vielleicht können Sie uns informieren, dann.)* das wird, glaube ich, die zuständige Kollegin machen. Nur, wenn man sich anschaut, Sie haben erwähnt das Wachstum bei den Arbeitsplätzen, für wen jetzt auch immer. Ich habe schon einmal erwähnt, das Wachstum in den ausgeschütteten Förderungen, das ja sehr stark ist, und das alles spricht ja für eine sehr starke Investitionsnachfrage von Seiten der Unternehmen und das geht üblicher Weise einher mit sehr starken Wachstumsraten.

Daher kann ich also diese 0,3 rein für den Bereich Wirtschaft und Tourismus faktisch ausschließen. Also das spiegelt sich in der Realität nicht wider.

Und für das Jahr 2017 ja, da haben wir nie gesagt, dass wir Wachstumskaiser sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 2016.)* Das finden Sie auch in keiner… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 16.)* Dann habe ich das falsch verstanden. Irgendjemand hat auf jeden Fall gesagt, Wachstumskaiser 2017 - also das wurde nicht gesagt. Das ist natürlich klar, dass in einer Hochkonjunkturphase industrialisierte Bundesländer stärker wachsen können. Ganz einfach, weil die produzierten Produkte eine höhere Wertschöpfung bedingen.

Wenn Sie sich das anschauen, nehme ich an, ohne dass ich das hier aufgeschrieben oder auch auswendig parat habe, dass die Steiermark, Oberösterreich oder auch Vorarlberg hier stärker wachsen. Das liegt aber in der Natur der Sache. Es ist aber so, dass wir natürlich uns in einem guten Mittelfeld, ich glaube, es ist der Platz 5, wenn ich das richtig im Kopf habe, bewegen.

Das war in den vergangenen Hochkonjunkturphasen nicht so, sondern das wurde eben jetzt geändert, warum auch immer. Ein Wachstum von drei Prozent lasse ich mir gerne vorwerfen. *(Abg. Werner Friedl: Korrekt.)* Also das ist, glaube ich, schon eine recht gute Kennzahl oder auch die definitorische Grenze für Hochkonjunktur. Also insofern glaube ich, werden wir hier nicht übermäßig viel zu streiten haben, dass das als Erfolg zu bezeichnen ist.

Unter „Beschäftigung der Ausländer“, was Sie natürlich auch richtigerweise angeführt haben, das ist auch relativ einfach zu erwähnen. Das liegt ganz einfach am Tourismus. Wir alle wissen, dass leider Gottes Berufe in der touristischen Branche*…(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Sie sind ja in der Regierung angetreten, um das zu ändern und Sie haben es aber nicht geändert. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Ja, aber ich kann ja nicht zu dem Unternehmer, der Unternehmerin hingehen oder sie auffordern - … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das hättet Ihr Euch vorher überlegen müssen. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann hättet Ihr das nicht in das Regierungsprogramm hineinschreiben dürfen.)* Bitte? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann dürft Ihr das nicht in das Regierungsprogramm hineinschreiben.)*

Natürlich schreiben wir das hinein. Natürlich machen wir das in Bereichen, wie zum Beispiel in Thermen, wo wir unmittelbar Einfluss nehmen können. Aber ich gehe sicher den … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Soll ich mir das anschauen, einmal?)*

Machen Sie das bitte. Machen Sie das mit den richtigen Statistiken bitte, damit das auch stimmt. *(Abg. Thomas Steiner: Schauen Sie sich nur das Reinigungspersonal im Landhaus an, da redet keiner Deutsch.)* Das ist jetzt im Land, ich rede vom Tourismus.

Faktum ist aber, und da sind wir uns, glaube ich, einig, dass es im Tourismus schwierig ist und es werden auch alle Unternehmerinnen und Unternehmer bestätigen, inländisches Personal zu finden, insbesondere für Tätigkeiten … *(Abg. Manfred Kölly: Man hat das so vorausgesagt, dass man das schaffen will.)* Genau.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Sehr geschätzter Herr Landesrat, kommen Sie bitte zum Schlusssatz.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ) *(fortsetzend)***:** Insbesondere in diesem Bereich, das ist natürlich ein Problem, das weiterhin angegangen gehört. Dieser Beruf gehört attraktiver gemacht und da arbeiten wir auch daran mit dem Projekt "Tag der offenen Hoteltür", den wir jedes Jahr mit dem Herrn Landeshauptmann gemeinsam mit Spitzenhoteliers begehen, um hier die Attraktivität dieses sehr internationalen und aufregenden Berufes in den Vordergrund zu stellen.

Eines wollen wir aber nicht, da kann ich hier von Seiten meiner Partei Garantie dafür ablegen und zwar, was uns auch schon von Ihrer Seite immer wieder entgegengehalten wurde oder zumindest vorgeschlagen wurde, nämlich eine vollständige Öffnung des Tourismussektors für Drittstaatsangehörige.

Meine Frage war…

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Schlusssatz bitte!

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ) *(fortsetzend)***:** Das wird wahrscheinlich auf Flüchtlinge abzielen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Brauchen wir eh nicht.)* Das wollen wir nicht. Insofern glaube ich, schauen wir sehr gut auf unsere Burgenländer und Burgenländerinnen. Diejenigen, die einen Job im Tourismus haben wollen, werden auch natürlich einen bekommen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich von der Regierungsbank Herr Landeshauptmann Hans Nießl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Wir haben uns aufgrund der Diskussionen, die ja schon heute seit in der Früh geführt werden, informiert bei der Statistik Austria und auch beim WIFO, wie es zu diesen statistischen Zahlen kommt. Wir haben jetzt auch eine konkrete Aussage dazu gefunden. Während in dem einen Bereich die Landwirtschaft mit inkludiert ist, ist im anderen Bereich, wie das der Landesrat schon gesagt hat, die Landwirtschaft nicht inkludiert.

Es gibt Differenzen eben im Bereich der Landwirtschaft von minus 22,3 Prozent und dieses Differenzminus bei der Landwirtschaft von minus 22 Prozent ist auf die Frostschäden zurückzuführen.

Das ist die statistische Auswertung, dass es hier divergierende Zahlen gibt. Weil es Frostschäden gegeben hat, gibt es ein Minus bei der Landwirtschaft von minus 22 Prozent und damit die unterschiedliche Darstellung von der Statistik Austria, während eben das WIFO die Landwirtschaft nicht dabei hat, gehen die mehr in die Tiefe und haben sogar die Frostschäden in der Landwirtschaft berücksichtigt. Davon dann zu schließen, dass es der burgenländischen Wirtschaft schlecht geht, weil es Frostschäden in der Landwirtschaft gibt, das halte ich eigentlich für ungeheuerlich und das schädigt die fleißigen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die tüchtigen Unternehmer und Unternehmerinnen im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das sind unsere Auskünfte, ich sage es noch einmal, von Statistik Austria und WIFO, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das mag schon stimmen.)* die wir persönlich kontaktiert haben.

Bevor man die Wirtschaft schädigt und die Unternehmer und Unternehmerinnen schlechtmacht, sollte *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habe ich ausdrücklich gesagt, Herr Landeshauptmann.)* man sich dort, bei der Statistik Austria, erkundigen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe gesagt, dass nicht die Unternehmer und Unternehmerinnen schuld sind, sondern die Regierung ist schuld.)* Man sollte vor allen Dingen die Frostschäden, für die keiner etwas kann, berücksichtigen. Das haben Sie seriöser Weise nicht getan. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber sicher. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der nächste Punkt ist, vielleicht eine andere Studie, wenn man den Statistiken nicht glaubt und den Frostschäden nicht glaubt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie glauben das nicht.)* Sie sind Biobauer, dann haben Sie auch Frostschäden, nehme ich an, gehabt. Also ist das auch passiert. Bei uns ist das in einem großen Ausmaß passiert in der Landwirtschaft.

Es hat ja auch die Frau Kollegin Dunst sehr, sehr viel Geld ausbezahlt für die Frostschäden in der Landwirtschaft, die eben statistisch berücksichtigt sind. Es ist halt eine Form der seriösen Darstellung von Statistiken. Die OECD-Studie, das kann man vielleicht auch sagen, das ist eine Statistik, die man nicht glaubt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie glauben den Statistiken nicht. Wenn sie nicht passen, glauben Sie das nicht.)*

Die OECD-Studie besagt, 2000 bis 2013, das Burgenland ist die Nummer Eins aller österreichischen Bundesländer im Wirtschaftswachstum. Das Burgenland ist eine Modellregion und eine Best-Practice-Region in Europa, was den Einsatz von Ziel 1-Förderungen, beziehungsweise von Fördermitteln der Europäischen Union betrifft. Erst nach uns kommt Salzburg, Steiermark, Niederösterreich, Vorarlberg und so weiter.

Und warum in dieser Statistik, die Sie zitiert haben, zum Beispiel Vorarlberg zurückgefallen ist, die eine super boomende Wirtschaft haben, wo wir gemeinsam mit Vorarlberg im letzten Jahr das höchste Wirtschaftswachstum gehabt haben, da gehen die mit dem Frankenkredit und den Schweizern, haben die eine statistische Auswirkung und sind im statistischen Effekt dann hinten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also man findet immer etwas, entweder ist es der Franken, oder sonst etwas.)*

Entschuldige, das ist ja nicht meine Auskunft, sondern *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eh nicht.)* wir erkundigen uns, wenn wir - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich sage ja nur, dass man Probleme sieht, wenn man sich immer nur die Zahlen zusammensucht, die nicht passen.)* Wir können ja nur richtig analysieren und eine gescheite Arbeit machen, wenn man nicht irgendetwas hinausbläst, sondern wenn man sagt, wie kommt die Statistik zustande? Geht es der Wirtschaft wirklich schlecht, wie es behauptet wurde? Nein.

Sondern es hat Frostschäden gegeben mit 23 Prozent minus, oder 22,3 Prozent minus und das hat negative Auswirkungen. *(Abg. Manfred Kölly: Herr Landeshauptmann, es hat niemand gesagt, dass es der Wirtschaft schlecht geht. – Allgemeine Unruhe – Zwiegespräche der Abgeordneten Manfred Kölly und Mag. Thomas Steiner - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Am Wort ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Die Meldungen sorgen für eine schlechte Stimmung *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei Ihnen vielleicht, aber nicht bei der Wirtschaft.)* und das hat sich die Wirtschaft nicht verdient. Ich habe schon mit Anderen aus der Wirtschaft auch gesprochen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich auch.)* die greifen sich ja teilweise nur auf den Kopf mit solchen Aussagen.

Weil die Wirtschaft schon seit Jahren nicht so boomt, wie sie zurzeit boomt. Ich habe mit gar keinem Unternehmer oder Unternehmerin in den letzten Monaten gesprochen, der gesagt hat, es geht im Burgenland schlecht. Ich habe es vorhin schon gesagt, wir haben zu wenig Facharbeiter und Facharbeiterinnen. Dann hätten wir noch mehr Aufträge. Dann hätten wir noch mehr Arbeit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Sie wissen schon, dass die Statistik aus 2016 ist.)* Dort müssen wir ansetzen und dann haben wir ein super Wirtschaftswachstum.

Dass es Frostschäden gibt und diese nicht zu berücksichtigen, sage ich Ihnen noch einmal, ist nicht seriös. Es geht der Wirtschaft gut. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt schon, aber nicht 2016.)* Es passen die Rahmenbedingungen, wir haben Rekordbeschäftigung. Wenn wir weiterhin so weiterarbeiten, werden Sie nicht verhindern können, dass wir bis zum Jahr 2020 110.000 Beschäftigte im Burgenland haben. Da können Sie auch sagen, das ist alles nichts, aber *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das glaube ich sogar.)* 110.000 werden wir bis 2020 schaffen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es ist ja auch gut, wenn die Wirtschaft weiß, wer für sie die Rahmenbedingungen schafft *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau.)* und wer das Ganze eher wieder hinunterdreht. Also in dem Sinne kann ich nur sagen, die OECD-Studie, die auch in Brüssel und in vielen anderen Ländern publiziert wird, weist hier darauf hin, dass das Burgenland, diese wirklich gute Region auch in Europa ist, mit eindeutig der Nummer Eins von allen österreichischen Bundesländern, nämlich vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2013.

Also ich glaube, da müssen wir eigentlich Danke sagen an die Wirtschaft, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sowieso.)* Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Jahre hinweg gerechnet. Die Nummer Eins in Österreich, Best-Practice-Modell in Europa, Danke an alle, die hier beteiligt sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich kann Ihnen sagen, dass wird auch so weitergehen. Wir haben im Burgenland gemeinsam, und das sage ich auch, uns sind, mit dem Landesrat Petschnig einige Betriebsansiedlungen gelungen, von denen man vor einiger Zeit gar nicht zu hoffen geglaubt hätte.

Wenn ich mir nur die Firma Schlumberger hernehme, dass die ins Burgenland gekommen ist, das ist eine gemeinsame Anstrengung. Das ist eine am internationalen Markt erfolgreiche Firma, die sagt, ich gehe ins Burgenland. Nicht weil die Rahmenbedingungen so schlecht sind. Nicht weil die Politik nicht dahintersteht, sondern weil wir uns gut betreut wissen. Weil wir schauen, dass wir dorthin gehen, wo es gute Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen gibt. Wo die Politik hinter uns steht, wo die Politik Rahmenbedingungen schafft.

Wenn man andere Betriebe hernimmt, die sich im Burgenland ansiedeln, dann können wir davon ausgehen, dass auch im nächsten Jahr das Wirtschaftswachstum ein sehr, sehr hohes sein wird.

Dass im Augenblick exportorientierte Bundesländer einen gewissen Vorteil und Bonus haben, weil der Export anspringt, ist schon klar. Aber wenn man in den letzten Jahren das höchste Wirtschaftswachstum hat, wenn man aktuell so gut unterwegs ist, wenn wir uns der 110.000 Beschäftigtenmarke nähern, dann ist das ja das beste Zeichen,

dass es der Wirtschaft gut geht. Dort, wo die Wirtschaft stark wächst, entstehen neue Arbeitsplätze. Das ist im Augenblick der Fall, wir müssen uns nur anstrengen, dass wir eben diese Facharbeiterinnenausbildung und Facharbeiterausbildung auch in entsprechender Form zustande bringen.

Abschließend, der neue Weg der burgenländischen Wirtschaft, auch in Richtung Forschung, Entwicklung und Innovation zu gehen, den Weg müssen wir weitergehen im Rahmen der angewandten Forschung. Über Statistiken zu diskutieren, ist gut, man soll sie nur richtig analysieren, man soll nur wissen, ob der Agrarbereich in der einen Statistik dabei ist, in der anderen nicht dabei ist. Also insofern muss man richtig analysieren und muss auf die richtigen Schwerpunkte in der Zukunft setzen.

Wirtschaft ohne Forschung, Entwicklung und Innovation kann es in Zukunft nicht geben. Angewandte Forschung, dort entstehen die neuen Arbeitsplätze, nicht bei den Akademikerinnen, Akademikern alleine, bei den Forscherinnen, Forschern alleine, sondern vor allem auch bei den Facharbeiterinnen und Facharbeitern. Da ist die Wirtschaft gut aufgestellt, da brauchen wir weiterhin Impulse und wir exportieren Waren im Werte von 2,1 Milliarden Euro. Ein deutlicher Anstieg in den letzten Jahren, durch den Export der burgenländischen Wirtschaft.

Zusätzliche Arbeitskräfte im Industriebereich - und es ist überhaupt nicht selbstverständlich international, dass die Industrie neue Arbeitsplätze schafft, dass der Export deutlich auf 2,1 Milliarden Euro ansteigt. Wenn man die Nächtigungszahlen hernimmt, dann ist das ein Parameter im Tourismus, das ist richtig. Aber es gibt noch viel wichtigere Paramater als die Nächtigungszahl, das ist die Wertschöpfung.

Die Leute geben im Tourismus mehr als eine Milliarde Euro aus, auch hier ist die Tendenz sehr stark steigend. Das steigert natürlich die regionale Wertschöpfung. Zwei Milliarden Euro für den Export, eine Milliarde Euro, die durch den Tourismus in das Land kommt und damit neue Arbeitsplätze im Burgenland entstehen. Das ist die Zukunftsperspektive Forschung, Entwicklung und Innovation, tolle Angebote im Tourismus, auf Regionalität zu setzen, zu schauen, dass keine Gifte in der Landwirtschaft verwendet werden.

Übrigens, dass wir gesunde Lebensmittel bei uns im Burgenland haben, die Gäste einladen, diese gesunden Lebensmittel auch in entsprechender Form zu genießen, dann sind wir auf einem guten Weg. *(Abg. Manfred Kölly: Auch der Wein.)*

Ja, Bio-Wein zum Beispiel zu erzeugen im Blaufränkischland, und vom Nord- bis in das Südburgenland, und das ohne Gifte. Dann glaube ich, hat das Burgenland ein Alleinstellungsmerkmal, das die Gäste auch annehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Landeshauptmann. Herr Klubobmann Molnár, Sie sind als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht langsam aber sicher ins Finale, wir kommen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, und damit zu einer großen Menge von Zahlen auf der Einnahmenseite. Das meiste der Einnahmen im Voranschlag spielt sich, wie immer, in der Gruppe 9 ab.

58,5 Prozent aller Einnahmen. Wir reden in absoluten Zahlen von über 661,6 Millionen Euro, wobei der Großteil davon - knapp 80 Prozent - die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind. Wenn man sich jetzt ausschließlich diese

Ertragsanteile anschaut und im Vergleich zum heurigen Jahr, dann sieht man, dass sie um 14 Millionen Euro zurückgehen werden, das hat aber Gründe. Einerseits sind die Ertragsanteile immer Schwankungen unterworfen, weil sie eben abhängig sind von der Steuerleistung, die es insgesamt gibt. Wir haben einen neuen Finanzausgleich und das wird eben hier, in der Gruppe 9, besonders deutlich.

Wir sehen etwa, dass die Bedarfszuweisungen, die allgemeinen Bedarfszuweisungen, die ja für die Gemeinden vorgesehen, um fast fünf Millionen Euro höher ausfallen werden, dass es Zuweisungen, Zuschüsse gibt, über den Finanzausgleich, die es bisher nicht gegeben hat. Beispielsweise gibt es einen Zweckzuschuss zum Wohnbau in Höhe von 1,7 Millionen Euro, oder auch die sogenannten „Sonstigen Finanzzuweisungen zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltsführung“. Hier geht es auch um 4,7 Millionen Euro.

Unterm Strich, meine Damen und Herren, sieht der neue Finanzausgleich zwar nicht so aus, wie wir das vom Landtag und von Regierungsseite gerne gehabt hätten, aber tendenziell, zumindest im Vergleich zu den Vorjahren, profitieren wir vom neuen Finanzausgleich. Ausfluss dieses neuen Finanzausgleiches ist übrigens auch, dass der Wohnbauförderungsbeitrag zur ausschließlichen Landesabgabe wird.

Die ausschließlichen Landesabgaben haben ja bisher eher nicht unwichtige Einnahmen, aber vergleichsweise ein kümmerliches Dasein in der Gruppe 9 gespielt. Bis jetzt immer so neun bis zehn Millionen Euro, die letzten Jahre. Dieses Volumen steigt jetzt an, naturgemäß auf Grund des Wohnbauförderungsbeitrages auf fast 36 Millionen Euro.

Wir haben dazu auch ein entsprechendes Gesetz heute auf der Tagesordnung, das Wohnbauförderungsbeitragsgesetz, das ein kleiner Schritt in Richtung mehr Abgabenautonomie für die Länder ist. Das heißt, es ist dann in diesem Bereich, wie in kleinen, anderen Bereichen bereits jetzt, ein Abgabenwettbewerb sozusagen zwischen den Bundesländern möglich. Wobei es den in diesem Bereich bis auf weiteres nicht geben wird, weil die Bundesländer übereingekommen sind, den Beitrag jetzt einmal unverändert zu lassen mit 0,5 Prozent der Bemessungsgrundlage, für die im Übrigen weiterhin der Bund zuständig sein wird. Das heißt, hier vorerst einmal nicht zu verändern und einheitlich zu bleiben.

Ich komme noch kurz zur Seite der Ausgaben, meine Damen und Herren. Die Beteiligungen in der Gruppe 9 schlagen mit sechs Millionen Euro zu Buche, in dem Fall betrifft das im Großen und Ganzen die WiBuG. Die größten Brocken sind die bereits besprochenen Bedarfszuweisungen, die praktisch zu den Gemeinden durchlaufen. Dann natürlich die Zuführung zum außerordentlichen Haushalt, 26,4 Millionen Euro.

Wir finden dann noch in der Gruppe 9 den Schuldendienst, 8,1 Millionen Euro für die Zinstauschgeschäfte, 6,6 Millionen für Zinsen und Spesen und letztendlich zwei Millionen Euro für die Tilgung.

Mit diesem erfreulichen Hinweis auf den alljährlichen rot-blauen Schuldenabbau beende ich meine Ausführungen für heute. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf M.A. ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Zum Ende dieser Debatte kann ich zusammenfassen, dass unsere Landesfinanzen auf sehr wackeligen Beinen stehen, das Fundament bröckelt und das ist aus unserer Sicht

keine Neuigkeit. Der Herr Landesrat wird jetzt noch die letzte Möglichkeit haben, das zu verteidigen und wir alle hoffen, dass wir in Zukunft eine solidere Basis schaffen und dass andere auf der Regierungsbank all die Baustellen beseitigen, die es noch zu beseitigen gilt.

Hier haben wir und werden wir auch nochmals unsere Hand zur Zusammenarbeit ausstrecken, um die genannten Baustellen gemeinsam zu beseitigen. Fakt ist, dass wir einen Schuldenstand von 1,1 Milliarden Euro haben. Das sind bei einem gleich hohen Landesbudget *(Landesrat Helmut Bieler: Maastricht.)* somit 100 Prozent. Maastricht und was auch immer, das mag jetzt alles vielleicht rechnerisch am Papier so sein, de facto haben wir 1,1 Milliarden Euro Schulden. *(Landesrat Helmut Bieler: Nein.)* Das sagt sogar Ihre neue Abteilungsvorständin. *(Landesrat Helmut Bieler: Maastricht-Schulden.)*

Das können Sie gerne dann mit ihr diskutieren, aber sie hat uns das nicht nur schriftlich gegeben, sondern auch ganz klar in unserer Klubklausur gesagt. Das Land hat 1,1 Milliarden Euro Schulden. *(Zwischenruf von Landesrat Helmut Bieler)* Da können Sie sagen, was Sie möchten, scheinbar müssen Sie sich hier noch mit Ihrer Verwaltung abstimmen.

Unterm Strich bedeutet das, dass jede Burgenländerin, jeder Burgenländer, 3.500 Euro an Schulden hat und die sind nun weit weg von den genannten Guthabenständen, die Sie immer kolportieren. Ein kleines Schmankerl ist, dass das Land alleine 200.000 Euro an Gerichtskosten haben wird, für etwaige Streitigkeiten, die noch laufen. Weitere Gerichtskosten wird es natürlich auch in der KRAGES und in der BLH, Landesholding Burgenland, geben. All diese Dinge können wir leider nicht einsehen, hier gibt es kein Einsichtsrecht durch die Abgeordneten, durch uns als politische Kontrolle. Das finden wir nicht nur schade, sondern das ist auch nicht fair gegenüber allen Burgenländerinnen und Burgenländern.

Ein leidiges Thema sind die Rücklagen, das haben wir gestern schon besprochen, die cashmäßig nicht vorhanden sind.

Herr Landesrat, das wäre das Gleiche, wenn ich einkaufen gehe und in meiner Geldbörse einen Zettel hätte, wo draufsteht, Rücklagen 100 Euro. Dann möchte ich damit bezahlen, nimm den Zettel heraus, aber keiner nimmt mir diesen Zettel als Bezahlungsmittel an. Ich muss zum Bankomat gehen und mir irgendwie Geld in bar besorgen. Genauso ist es mit den Rücklagen im Land. Wenn ich irgendwann einmal diese Rücklagen brauche und nutzen möchte, muss ich vorher erst wieder einen Kredit von irgendeiner Bank ziehen. Ein weiteres Thema, das bis jetzt in dieser Art noch nicht diskutiert wurde, sind alle Leasing-Verträge, die wir als Land eingegangen sind, die für uns nicht greifbar sind, die nicht ersichtlich sind, wo es also auch keine Daten im Budget gibt. Ich glaube, hier gibt es noch einiges zu tun.

Da hoffen wir natürlich auch auf die neue VRV 2015, Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015, hier gibt es noch einen großen Diskussionsbedarf zwischen politischer Meinungsbildung und auch der Verwaltungsebene, wie wir das schon eindringlich gehört haben. Es ist ein schmaler Grat zwischen Respekt vor der VRV und Angst vor der VRV. Nichtsdestotrotz, unterm Strich ist es ein großer Kraftakt, um hier endlich Transparenz in die Landesfinanzen zu bringen.

Die Baustellen, wie erwähnt, ich möchte diese nur in aller Kürze zusammenfassen, sind die Zins-Swaps. Nur wer hier den notwendigen Weitblick hat, wird versuchen, diese Zinstauschgeschäfte, Zinsspekulationen, um bei den Wörtern zu bleiben, zu beenden beziehungsweise zu prüfen, ob man sie beenden kann.

Manche Verträge dieser sechs Zins-Swaps hätte man schon längst beenden können. Jedenfalls haben wir in der Debatte gestern und heute gehört, dass sich auch die Meinung von Rot-Blau ändern kann. Da sind wir uns einig, wenn man den Beiträgen der Klubobleute von Rot-Blau zuhört, geht es schon eher in die Richtung, dass wir diese Zins-Swaps analysieren sollten, dass wir uns diese ansehen sollten. Ich glaube, dass es mit einem neuen Schwung auf der Regierungsbank dazu führen wird, dass man einen Ausstieg prüfen wird.

Ein weiteres leidiges Thema ist die BLH, Landesholding Burgenland. Hier wird eine Parallelstruktur aufgebaut, die jeglicher Kontrolle entbehrt. Dieser Moloch verschlingt sehr viel Geld und sehr viele Personen, die sonst im Landesdienst einer Objektivierung nicht Stand gehalten hätten. Man hält Versprechen in der Versorgung ein oder auch das ist Ergebnis einer gescheiterten Personalpolitik. All das vereint die BLH und das auch noch mit teuren Prokuristinnen, Prokuristen, Geschäftsführerinnen, Geschäftsführern, die natürlich eindeutig einer Partei zuzuordnen sind.

In der KRAGES, und diesen Skandal möchte ich hier nicht weiter erläutern, das prüft der Landes-Rechnungshof, ist jedoch Fakt, dass es viele Unfähigkeiten gegeben hat, die evident sind. Das ist quasi eine alte Retropolitik, die hier betrieben wird, um gerade auch in der KRAGES unliebsame Personen zu entsorgen, zu entfernen und am Ende des Tages auch noch dafür einen Gerichtsprozess zu führen.

Die FPÖ muss ich hier mit ins Boot nehmen, denn bei allen diesen landesfinanzpolitischen Themen schaut die FPÖ zu. Sie sitzt da und sagt, sie schreiben Themen in das Regierungsprogramm, aber eigentlich wollen sie das nicht umsetzen.

Das betrifft jetzt nicht nur die Inländerbeschäftigung, sondern auch die ganzen Finanzthemen. Da gebe ich dem Géza Molnár schon Recht, auch er und die FPÖ hat davor gegen Landesbudgets und Rechnungsabschlüsse gewettert und jetzt ist alles eitel Wonne, obwohl *(Abg. Manfred Kölly: Aber umgekehrt auch.)* sich nichts geändert hat, weil die Finanzen natürlich nicht besser geworden sind.

Dem Géza Molnár und mir, kann man nicht großartig vorwerfen, dass wir Regierungsverantwortung hatten, das sei dahingestellt. Aber auch in meiner Gemeinde oder viele andere ÖVP-Gemeinden versuchen wir, Budgets zu erstellen, die natürlich greifbar und realistisch sind. So wünsche ich mir das auch vom Landesbudget. *(Abg. Manfred Kölly: Eine Gemeinde ist nicht das Burgenland.)*

Geschätzte Damen und Herren! Die Mitverantwortung der FPÖ ist nicht wegzudenken und auch die großen offenen Themen bleiben erhalten. Das Krankenhaus Oberwart ist bisher ungeklärt. Keiner weiß, wer es finanziert oder wie es finanziert wird.

Die Objektivierung im Land ist ein großes Thema, das zu vielen und weitgehenden Kosten führt. Auch die Verwaltungsreform ist eher ein Flopp, wenn man mit den einzelnen Beamtinnen und Beamten im Landhaus spricht, zumindest hinter vorgehaltener Hand. Auch die Fairness bei den Bedarfszuweisungen ist nicht immer sehr objektiv, aber da haben wir gestern vom Landeshauptmann gehört, dass es neue Wege hin zur Transparenz geben wird.

Wir verwehren uns jedenfalls gegen eine Politik, wo das Knien in den Vordergrund rutscht und nicht die Sachpolitik. Auch dieses ganze Vertuschen und die Schönwetterpolitik in einer Glasglocke, von der halten wir nichts und das betrifft auch die Statistik.

Je nachdem, was für ein Thema man gerade bearbeitet, nimmt man diese passende Statistik her. Braucht man einen längeren Zeitraum, dann nimmt man eine

andere dieser Statistiken. Nimmt man die normale Statistik Austria 2016, so hat das Burgenland keinen Erfolgskurs aufgenommen. Es ist im Gegenteil das schwächste Bundesland gewesen.

Wenn man die Statistik hernimmt und mit den anderen Bundesländern vergleicht, dann sind ja alle Bundesländer von den gleichen Voraussetzungen ausgegangen. Somit vertraue ich der Statistik Austria, dass in diesem Fall leider das Ergebnis stimmt.

Geschätzte Damen und Herren! Zu dem ganzen Bereich Beteiligungen bleibt zu sagen, dass wir unsere fünf konkreten Punkte für das Landesbudget mehrmals artikuliert haben, gestern und heute und das auch in der Zusammenfassung tun werden. Es geht uns um stabile Finanzen und vor allem die gesundheitliche Versorgung in den regionalen Gebieten - also Akutordinationen in jedem Bezirk.

Es geht uns um Fairness für alle Gemeinden und auch um die Ausbaumaßnahmen des Breitbandes bis in alle Landesteile hinaus. Das ist ein großer Teil der heutigen Debatte gewesen, dass wir Transparenz bei den Schulden einfordern.

Das sind wir den Burgenländerinnen und Burgenländern schuldig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Heger.

Bitte zum Rednerpult Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Peter Heger (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zahlen sind mittlerweile genug genannt worden. Ich werde jetzt darauf nicht mehr explizit eingehen, aber ich möchte allerdings einige Dinge feststellen. Das eine ist, dass das Burgenland auf einem guten Weg ist, was die Finanzen betrifft. Der prognostizierte Abbau von zwei Millionen Euro pro Jahr bis 2020 wird auch im Budgetvoranschlag für 2018 eingehalten.

Wichtig ist auch, dass sich das Burgenland seit 2013 zur risikoaversen Finanzgebarung bekennt. Das Spekulationsverbot ist auch seit 2013 im Art. 37 der L-VG verankert. Dazu hat auch die Österreichische Bundesregierung ein einheitliches Spekulationsverbot für den Staat Österreich gefordert. Dieses dazugehörige Bundesgesetz wurde im April 2017 im Nationalrat und im Bundesrat beschlossen. Daran hält sich der Burgenländische Landtag. Ich denke, das ist der richtige und der gute Weg.

Das Budget insgesamt: Hier gibt es für mich drei wirklich wichtige Indikatoren. Das eine ist, dass wir so viele Menschen wie noch nie in Beschäftigung haben, dass die Arbeitslosigkeit seit mehr als einem Jahr konstant sinkt und dass das Burgenland ein konstanter Spitzenreiter im Wirtschaftswachstum ist.

Zum Schuldenstand: Eine geringere Verschuldung und ein Schuldenabbau. Es gibt Bestnoten von Standard & Poor‘s. Das haben wir schon gehört. Auch ein Maastricht-Überschuss. Ich sehe im Gegensatz zu Herrn Wolf, zum Herrn Abgeordneten Wolf, die Situation ein bisschen anders und denke, dass die Berechnungen der Finanzabteilung auch stimmen, dass jede Burgenländerin und jeder Burgenländer ein Guthaben in der Höhe von 4.333 Euro hat.

Insgesamt ist es so, dass wir eine sehr seriöse, eine sehr verantwortungsvolle Finanzpolitik machen. Wir stehen auch in Fragen der Finanzpolitik für Sachlichkeit, Besonnenheit und für Verantwortung für unser Heimatland Burgenland. Insgesamt steht das Burgenland, wie bereits gesagt, finanziell gut da. Investiert gut, bei aller Sparsamkeit, und ich verweise nochmals auf den Schuldenabbau von jährlich zwei Millionen Euro.

Sie sehen hier keinen Widerspruch, Schulden abzubauen und Investitionen für die Burgenländerinnen und Burgenländer zu machen. Ich schließe mich daher den Worten des Herrn Klubobmann Molnár an und freue mich auch über den rot-blauen Schuldenabbau. Daher wird meine Fraktion dieser Budgetgruppe zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Bitte Herr Abgeordneter Gerhard Steier.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine Herren Landesräte! Ich bin der Erstredner in der Zusammenfassung auf die gesamte Budgetdebatte und werde versuchen, mich sachlich auf das zu beschränken, was inhaltliche Gegebenheiten und Diskussionspunkte in der Darstellung der budgetären Situation für das kommende Jahr betreffen.

Zum einen ist mit vielen, auch von Regierungsbank her, gegebenen Redeeinheiten festzuhalten, dass wir wichtigste Parameter in unserer Entscheidungsfindung und in der Darstellung der finanziellen Gegebenheiten in der Partnerschaft mit der Wirtschaft, damit in Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt für die Zukunft und in die Gegenwart bezogen als wichtigsten Entscheidungsträger die Forschungsentwicklung und das im Einklang mit ökologischen Gegebenheiten sehen müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wir diese Parameter so darstellen können, auch mit den finanziellen Rahmenbedingungen, dass sich daraus in sozialer Verantwortung die Gegebenheiten entwickeln können und unser Heimatland Burgenland die entsprechenden Entwicklungsbedingungen oder die von uns erwarteten Bedingungen auch erfüllen kann, dann hat die Politik gute Arbeit geleistet.

Wenn wir im Vorfeld jetzt diese recht emotionale inhaltliche Darstellung auf eine gestern veröffentliche Statistik Austria vermittelt bekommen, dann ist scheinbar auch der Umgang mit einem Zahlenwerk, das man sich nach dem Motto „Jede Statistik ist keine gute, die ich nicht selbst in der Hand gehabt habe“, vermittelt dann auch nicht den richtigen Eindruck.

Fest steht - und da kann ich alles ausschließen, was quasi landwirtschaftliches Gebaren anlangt, auch nicht mit Frostschäden in Vereinbarung, denn wir würden es auch dann noch nicht erfüllen. Fest steht, dass das Bruttoregionalprodukt bei einem Durchschnitt von 40.400 Euro österreichweit für das Burgenland einen Wert von 28.000 Euro ausweist. Da kann ich auch noch so viel hinrechnen wollen. Es wird mir nicht gelingen, von diesem Letztstand etwas zu steigern, damit wir an vorletzte Stelle gelangen, denn Kärnten, vor uns liegend, hat einen Mehrwert von 6.400 Euro. Das gelingt uns also auch nicht mit irgendwelchen Frostgeschichten, die wir da zum Ausgleichen haben.

Was auch interessant ist, und das ist jetzt eine positivere Darstellung, innerhalb der gestern vermittelten Statistik Austria-Darstellung. Beim verfügbaren Einkommen, und das sollte eigentlich die Grundlage einer Diskussion sein, die in der Entwicklung auf die letzten Jahre eingetreten ist, pro Kopf auf den Burgenländer und auf die Burgenländerin bei einem österreichweiten Gesamtschnitt von 23.000 Euro ist das Burgenland mit 22.900 Euro nur um 100 Euro hinter diesem Durchschnittswert. Das ist durchaus etwas in der Entwicklung, das etwas Positives darstellt, weil es in der Vergangenheit viel niedrigere Werte gehabt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in den Diskussionen bei den einzelnen Kapiteln schon darauf verwiesen: Die Entwicklung unseres Bundeslandes hat

als Hauptmotiv und als wichtigsten Motor den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und daraus folgend die gesamte Ableitung von Fördergeldern, die für unser Wachstum, für unsere Entwicklung und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, einen unmittelbaren, einen deutlichen und bis heute nicht versiegenden Eindruck hinterlassen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es würde mich freuen, weil es auch immer wieder in der Diskussion um die sogenannte Bedeutung der Europäischen Union in den Köpfen der einzelnen Burgenländerinnen und der Burgenländer geht, dass das auch in den Wortmeldungen seitens der Regierungsverantwortlichen, aber auch jedes einzelnen Mandatars, der sich bei einer öffentlichen Veranstaltung zu diesem Thema äußert, dementsprechend betont wird.

Ich kann nicht eine Darstellung allein im Raum stehen lassen. Wir hätten, wir haben, die Politik hat. Die Politik hat sehr wohl, wie es dann immer wieder in der Formulierung so schön heißt, die Rahmenbedingungen geschaffen, und wir haben - und das ist jetzt auf diesen OECD-Bericht gemünzt - als Region, als Burgenland in der Entwicklung es wirklich zu Wege gebracht, dass wir fast zu 100 Prozent die gegebenen gebotenen Mitteln ausgelöst haben.

Das haben nicht alle Bundesländer geschafft und schon gar nicht andere Regionen innerhalb Europas. Wir sollten auch bestrebt sein, unseren Status weiter zu verbessern. In dem Zusammenhang, und jetzt verweise ich wieder auf etwas, das augenscheinlich und für jeden, der verantwortlich ist, nachvollziehbar vor unserer Nase sich aufbaut und das nicht seit heute, sondern schon seit ein paar Jahren in der Entwicklung, aber innerhalb der letzten Jahre hat das zugenommen.

Betrachten sollte jeder, der in der Regierung Verantwortung dafür trägt, einen absolut wachsenden Speckgürtel um unser Bundesland im Bereich von Niederösterreich. Es geht von Kirchschlag bis nach Bruck an der Leitha nach oben, dass innerhalb der letzten Jahre alle absiedlungswilligen Betriebe von Wien in der Regel in Niederösterreich vor der burgenländischen Grenze aufgehalten worden sind und es in diesem Grenzbereich zu einem Ansiedlungsboom gekommen ist, den man nicht umsonst jetzt in Analogie zu dem Wiener in Niederösterreich angesiedelten Bereich Speckgürtel bezeichnen kann.

Dort würde das Potenzial lagern, das Wachstum auf Beschäftigung, Wachstum auf Entwicklung bedeutet hätte. Da hätte es auch die Rückholaktion, Herr Kollege Kölly, in Bezug auf die Pendlerinnen und Pendler gegeben, denn das wären entscheidende Impulse von Betriebsansiedlungen gewesen, die wir mit unseren Möglichkeiten aus Mitteln der europäischen Hilfsgelder nutzen hätten können. Da ist das Potenzial gelagert, da ist es auch angebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe überhaupt nichts in der Darstellung dagegen einzuwenden, dass wir uns rühmen, die Firma Schlumberger ins Burgenland nach Müllendorf gebracht zu haben. Es spricht nichts dagegen, dass sich dieser Betrieb im Burgenland ansiedelt. Ich möchte es aber nicht erleben müssen, dass es nach dem Bau der Hallen und dann der Ansiedlung der gesamten Entourage bezogen auf die Sektherstellung heißen wird, dass die gesamte Mannschaft bei Schlumberger aus den bestehenden Betrieben von Niederösterreich und Wien ins Burgenland pendeln wird, weil das nämlich durchaus geboten scheint.

Wir haben - und das ist jetzt abgesetzt von Schlumberger - auch eine Entwicklung zu verzeichnen, wo sich absiedlungswillige Betriebe in Wien einen absoluten Vorteil in der Flächenwidmung und durch die Raumordnung in Wien herausholen, weil sie dort nämlich

Betriebsgebiet im Wohnbaugebiet umgewidmet bekommen und auf der anderen Seite dann günstiges Bauland für Betriebsansiedlungen an der sogenannten Peripherie wünschen und das auch bei uns bekommen haben.

Aber, das soll nicht so eintreten, das soll nicht der Fall sein. Ich hoffe, dass sowohl die Wertschöpfung als auch entsprechend die Arbeitsplätze den Burgenländerinnen und Burgenländern zukommen werden, denn das ist auch etwas, was wir immer wieder vermittelt bekommen, Regierungswunsch und Auftrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Entwicklung kann man Verschiedenstes festhalten. Für mich ist festzustellen, dass wir Demokratie - und das gilt für alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses - nicht als Einwand verstehen sollten. Demokratie bedeutet Verpflichtung für den Mandatar, für den freien Mandatar - und das ist jeder von Ihnen - Verpflichtung auch im Darstellen von Abstimmungen.

Wenn wir heute dieses Budget abstimmen, sollten Sie immer im Hinterkopf auch die Verpflichtung haben, dass Sie mit Ihrem „Ja“ zu diesem Budget im gesamten, durchaus den Auftrag an die Exekutive erteilen, mit diesen gesamten Budgetmitteln umzugehen, die Sie Ihnen zugestehen.

Nur sollte dann auch von dieser Exekutive her, von der Regierungsseite her, die Verantwortung uns gegenüber im Zuspruch auf die Zustimmung zum Budget dahingehend bestehen, dass die volle, wie immer versprochen, Transparenz in der Darstellung der Gegebenheiten auch auf diese sogenannten ausgelagerten und zusammengefassten Gesellschaften in der Holding besteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluss kommend noch etwas, das vor sehr langer Zeit als Inhalt festgestellt wurde und ich zitiere Georg Christoph Lichtenberg aus dem 18. Jahrhundert der Folgendes bemerkt hat: „Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird, aber es muss anders werden, wenn es besser werden soll.“ Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Herr Kollege Steiner! *(Abg. Mag. Thomas Steiner:* Ja.) Zum Pult zu gehen und zu mir zu sagen, ich solle keine Unwahrheiten verbreiten, da müssen Sie mir bitte schon genau sagen, was da an dem, was ich hier gesagt habe, unwahr gewesen sein soll? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann denken Sie nach.)*

Es war daran nämlich nichts unwahr. Das ist alles belegbar. Sie können das nachher beim Wortprotokoll nachvollziehen. Ich möchte das auf das Schärfste zurückweisen, dass Sie da einfach hinausgehen und bloß, weil Ihnen etwas nicht passt, was ich sage, das als unwahr zu bezeichnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist nicht in Ordnung und nicht korrekt und damit ist die Sache jetzt für mich hier abgehakt. Kommen wir zur Zusammenfassung, zum Landesvoranschlag. Nun, es ist schade, dass der Herr Landeshauptmann jetzt noch nicht hier im Raum ist. Als ehemaliger Lehrer hat er es auch immer wieder mit Eltern zu tun gehabt, die von ihrem Kind restlos begeistert waren. Dieses Kind war nur gut, nur schön, der beste Sänger, die tollste Sportlerin und wenn einmal eine Lehrerin oder in seinem Fall ein Lehrer - vielleicht haben Sie das auch erlebt - dann Eltern versucht haben, zu sagen, naja, alles ist nicht Ordnung,

in dem Punkt sollte man etwas aufholen, da passt es nicht so, dann gibt es immer wieder Eltern, die das gerne verleugnen.

Ein bisschen an solche Eltern erinnert mich der Herr Landeshauptmann, wenn es um das Land Burgenland geht. Da ist nämlich alles immer nur top, toll, immer nur das Beste, immer nur an erster Stelle. *(Abg. Wolfgang Sodl: Bei Euch ist immer alles schlecht!)* Ich finde es seriöser in der Politik, das darzustellen, was gut ist. Es gibt viel Gutes im Burgenland, keine Frage. Zu reflektieren, wo es nicht so gut ist, auch einmal zugestehen zu können, dass etwas nicht so gut gelaufen ist oder wo Ziele noch nicht erreicht wurde, das wäre ehrlicher und darüber könnte man dann auch leichter diskutieren.

Es gibt auch so etwas, das kann man auch manchmal bei Eltern feststellen, mit ihren Kindern, eine Überidentifizierung mit den Burgenländerinnen und Burgenländer. Zurückmeldung, wer die Regierung in diesem Land kritisiert, kritisiert nicht die Burgenländerinnen oder die Burgenländer, wer Wirtschaftspolitik kritisiert, kritisiert nicht die Unternehmen, wer schulpolitische Entscheidungen kritisiert, zum Beispiel, kritisiert nicht die Lehrerinnen oder Lehrer, und so weiter und so fort.

Also bitte nehmen Sie die Rückmeldungen, die Sie von der Opposition oder von jemanden anderen bekommen, als das, was es sind, als Rückmeldungen zu ihrer Arbeit und nicht zum Volk und nicht zu unserem Heimatland Burgenland im gesamten, sondern genau dazu, wozu wir hier sprechen. Ich halte das auch für eine Vereinnahmung aller Menschen, die in unserem Land leben, sich vor sie stellen zu wollen und zu sagen, die werden beleidigt, wenn man es wagt, die Landesregierung zu kritisieren. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Was unsere Schwierigkeit ist, in der Abstimmung oder in den einzelnen Abstimmungen zu den verschiedenen Budgetgruppen, dass wir natürlich auch innerhalb einer Gruppe viele verschiedene Bereiche haben, auch unterschiedlich zuständige Landesrätinnen und Landesräte. Wir können aber immer nur der gesamten Gruppe zustimmen oder nicht zustimmen. Da gibt es natürlich jetzt Politikbereiche, da finden wir auch seitens der GRÜNEN, das läuft in Ordnung, das ist gut, da wollen wir etwas unterstützen, dem können wir zustimmen.

Aber wenn in derselben Gruppe die Dinge ganz anders laufen, als sie unserer Vorstellung nachlaufen sollten, und den Interessen, die wir zu vertreten haben, hier laufen sollten, dann können wir auch oft dem Gesamten nicht zustimmen. Das macht dann mitunter die Entscheidung für das eine oder andere schwer.

Was in diesem Zusammenhang auch noch auffällt, ist die Tatsache, dass, wenn wir uns die Gruppen der Reihe nach anschauen, Vertretungskörper Allgemeine Verwaltung, wer ist zuständig, der erste Ansprechpartner auf der Regierungsbank, der Herr Landeshauptmann, Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, wer ist erster Ansprechpartner, Landeshauptmann-Stellvertreter. Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, Ansprechpartner erster, auch wenn anderes darunter zu laufen hat, Landeshauptmann Nießl. Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, erster Ansprechpartner, Landesrat Bieler. Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, erster Ansprechpartner, Landesrat Darabos. Gruppe 5, Gesundheit, auch wenn viel Anderes darunter auch noch mitläuft, erster Ansprechpartner, Landesrat Darabos. Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau und Verkehr, auch wenn anderes mitläuft, erster Ansprechpartner, Landesrat Bieler. Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, Landesrat Petschnig.

Einige von Ihnen, also gerade die weiblichen Kolleginnen der SPÖ, sind gar nicht hier erwähnt, denn denen wäre es vielleicht schon aufgefallen. *(Abg. Géza Molnár: Mir ist*

es aufgefallen.) Sehr gut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Géza Molnár: Verstehe Sie jetzt aber nicht.)*

Was, nein, aber das freut mich. Jetzt freue ich mich sehr. *(Abg. Ilse Benkö: Der Abgeordnete Molnár ist aber keine weibliche Kollegin!)* Der Herr Kollege Molnár ist da auf dem Bereich schon sensibel geworden.

Was hier einfach auffällt ist, es ist über eine Abstimmung zu einer Gruppe nicht möglich, auf den Politikbereich der weiblichen Landesrätinnen hier direkt eine Rückmeldung zu geben. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist eine österreichweite Regelung. Österreichweit!)* Nehmen Sie nicht alles als persönliche Kritik, was ich hier kritisch anmerke. *(Landesrat Helmut Bieler: Ich kann doch nicht kritisieren, was einer österreichweiten Regelung unterliegt.)* Ich zeige hier einen Bereich in der Politik auf, in ganz Österreich, auf den wir sensibler werden sollten.

Ich denke, auch unsere Landesrätinnen hätten und haben es sich verdient, hier noch einmal extra genannt zu werden.

Das ist dann leider nicht möglich, dem zuzustimmen, einem Bereich, dem wir gern zustimmen würden. Ich gebe das mit als Rückmeldung an die Politik in Österreich, dessen Teil wir hier sind. Dem Gesamtbudget werden wir nicht zustimmen, einer einzelnen Gruppe, nämlich jener der Gesundheit dann schon. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile das Wort der Frau Präsidentin Ilse Benkö.

Bitte Frau Präsidentin.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Zur Zusammenfassung aus freiheitlicher Sicht und natürlich auch aus meiner persönlichen Sicht. Zu Beginn vielleicht ein paar allgemeine Anmerkungen zum Ablauf der Budgetsitzung und zum Verlauf eben dieser beiden Sitzungstage. Zum Ablauf und zum Aufbau der Budgetsitzung wollte ich ursprünglich heute nichts sagen, weil ich das ohnehin schon das dritte Mal mache und jedes Jahr anrege, wir sollten etwas zu ändern versuchen, aber, die Initiativen fehlen noch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, wenn wir ehrlich zu uns allen sind, dann ist uns gestern und natürlich auch heute in besonders eindrucksvoller Weise vor Augen geführt worden und haben wir vor Augen geführt bekommen, dass die Budgetsitzungen, so wie sie die letzten Jahrzehnte, und ich bin auch schon das 18. Mal hier, und wie sie heute noch laufen, letztendlich könnte man sagen, auf wenig Interesse stoßen.

Dazu muss man natürlich auch fairerweise sagen, dass ich die Zuschauerquote über das Internet zwar noch nicht kenne, aber Sie haben es gesehen, der Saal gestern so wie heute, und natürlich auch die Galerien, da war wirklich wenig los. Wenn man ehrlich ist und wenn wir ehrlich zu uns sind, dann sehe ich es einmal für mich so, reißt uns der Ablauf dieser zwei Tage nicht wirklich vom „Hocker“.

Geschätzte KollegInnen! Es ist jedenfalls so, dass die Gliederung der Debatte für außenstehende Zuhörer kaum bis gar nicht nachvollziehbar ist. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, natürlich ist es jeder Abgeordneten und jedem Abgeordneten unbenommen, zu einem Thema zu sprechen, das er sich aussucht.

Er kann zum Thema seiner Wahl sprechen, sei die Budgetpost noch so klein, so wie ich es gemacht habe, zum Budget mit 45.000 Euro, aber umgekehrt und daher auch

heuer wieder mein Appell, sollten wir uns wirklich ehrlich ernstliche Gedanken über eine andere, vielleicht auch straffere Gliederung der Debatten machen.

Meine lieben KollegInnen! Grundsätzlich zum Verlauf der Sitzung in atmosphärischer Sicht gibt es wirklich nicht viel zu sagen. Kaum einer war in der Nähe eines Ordnungsrufes, Umgangston, Disziplin waren im Rahmen und für mich persönlich in Ordnung.

Geschätzte Damen und Herren! Nun aber zum Budget selbst. Ich sage Ihnen, die Finanzen sind stabil. Ich nehme das Wort stabil sehr ernst und missinterpretiere es vor allem nicht. Stabil, liebe KollegInnen, bedeutet, dass man Dinge unter Kontrolle hat. Stabil bedeutet, dass natürlich auch mit rasch eintretenden negativen oder auch positiven Entwicklungen nicht zu rechnen ist.

Wer gestern aufmerksam dem Kollegen Klubobmann Géza Molnár in der Generaldebatte zugehört hat, so hat Géza Molnár gestern schon angemerkt, dass, stabil bedeutet selbstverständlich nicht, dass man gänzlich sorglos sein kann, dass es keine Schwierigkeiten und Herausforderungen gibt, dass es nicht ständig Anstrengungen und Überlegungen im Hinblick auf aktuelle und künftige Fragestellungen braucht. Der Kollege Molnár hat recht.

Wenn ich den Debattenbeiträgen von Ihnen aufmerksam zugehört habe, dann gibt es auch und gab es auch sehr viele Beispiele dafür, natürlich gestern und heute haben Sie das ausführlich debattiert, etwa im Pflegebereich, die Zinstauschgeschäfte, die künftigen Investitionsnotwendigkeiten, wie es, zum Beispiel, das Kulturzentrum Mattersburg betrifft, denn man darf nicht vergessen, die bauliche Sanierung des Landesfeuerwehrverbandes, und vor allem, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Neubau des Krankenhauses in Oberwart.

In budgetärer Hinsicht, liebe Kollegen, ist gerade dieses Projekt eine Frage für Generationen. Es wird sicherlich sich um eine der größten Investitionen in der Geschichte unseres Burgenlandes handeln. Unmittelbar, und das müssen wir uns immer vor Augen führen und nicht nur im Hinterkopf haben, sondern wirklich sehr vor Augen führen, unmittelbar wird es in erster Linie die Planungs- und die Errichtungskosten geben, die uns belasten.

Auf Dauer, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich auch die Finanzierungskosten, deren genaues Volumen heute natürlich noch keiner in einer konkreten Summe nennen kann.

Da bitte ich Euch alle, dieses Projekt dürfen wir nicht außer Augen lassen. Ich sage Ihnen, trotzdem, die Landesfinanzen sind stabil. Stabil heißt in diesem Zusammenhang auch, dass der Spielraum eben für die größtmögliche Investition in der Geschichte dieses Burgenlandes Schritt für Schritt geschaffen werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich nehme ich als dritte Präsidentin die von Ihnen geäußerten Kritikpunkte auf die Ausgestaltung und auf die Handhabung der parlamentarischen Kontrollrechte, die geäußert wurden, wirklich sehr ernst.

Ja, da gebe ich Ihnen recht. Hier ist nicht alles in Ordnung. Hier gibt es selbstverständlich Handlungsbedarf. Was die landesrechtlichen Grundlagen angeht, können Sie sich wirklich darauf verlassen, dass meine Fraktion und natürlich auch ich mich persönlich intensiv einbringen werde, so, wie es immer üblich ist, wenn es am Ende der laufenden Periode in guter Tradition an eine Überarbeitung der Verfassung und der Geschäftsordnung gehen wird.

Abschließend, meine geschätzten Damen und Herren, gestatten Sie mir heute hier ein paar auch persönliche Worte an zwei Kollegen, für die diese Sitzung die letzte in der bisherigen Funktion beziehungsweise überhaupt ist.

Geschätzter Herr Klubobmann Hergovich! Ich bedanke mich persönlich und natürlich auch im Namen meiner Fraktion für die wirklich gute Zusammenarbeit, die es unter Ihrer Obmannschaft zwischen unseren beiden Klubs gegeben hat. Handschlagqualität, Respekt, Moral, Wertschätzung, das, sehr geschätzter Herr Klubobmann, sind persönliche Eigenschaften und Qualitäten, die ich Ihnen zuschreibe und die Sie persönlich auszeichnen.

Eigenschaften und Qualitäten, die die Voraussetzung dafür sind, was wir als Klub seit der Landtagswahl 2015, für uns etwas Neues, erleben durften. Nämlich, wirklich eine reibungslose, auch immer faire und politisch erfolgreiche Koalition hier im Burgenländischen Landtag.

Dafür bedanke ich mich ausdrücklich von ehrlichem Herzen. Ich wünsche Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg alles erdenklich Gute, Erfolg, viel Freude.

Lieber Robert, herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Sehr geschätzter Herr Landesrat Bieler! Ich persönlich hatte das Vergnügen, praktisch Ihre gesamte Zeit als Mitglied der Burgenländischen Landesregierung, als Mitglied des Landtages zu beobachten und natürlich auch mitzuerleben.

Diese über eineinhalb Jahrzehnte waren in wirklich allen Belangen spannend. Nämlich, spannend politisch. Spannend budgetär. Atmosphärisch und natürlich auch persönlich. In den langen Jahren meiner Opposition hat es hier im Plenum natürlich auch zwischen Ihnen und mir heftige verbale Auseinandersetzungen gegeben. Es war aber keine Frage, dass all diese inhaltlichen Auseinandersetzungen letztendlich immer von Zwischenmenschlichkeit und vor allem von persönlichem Respekt getragen waren, wofür ich mich heute, hier und jetzt, bei Ihnen auf das Herzlichste bedanken möchte. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Sehr geschätzter Herr Landesrat! Finanzpolitisch hatten Sie wirklich unheimlich viele spannende Situationen zu bewältigen. Sie haben vieles richtiggemacht, aber Sie hatten auch Fehlleistungen. Die größte, sehr geschätzter Herr Landesrat, war wohl jene, dass Sie der Abgeordneten Ilse Benkö eineinhalb Jahrzehnte von keinen Ihrer Vorschläge überzeugen konnten. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Lieber Helmut! Ich bedanke mich für uns Freiheitliche für die Zusammenarbeit in den letzten, für mich persönlich in den letzten fast zwei Jahrzehnten, für den wirklich gegenseitigen Umgang auch in den streitbaren Zeiten der Opposition und vor allem für die gute und ehrliche Zusammenarbeit in der rot-blauen Koalition seit 2015.

Lieber Helmut! Persönlich wünsche ich Dir für Deinen weiteren Weg alles erdenklich Gute, Gesundheit, Glück und Gottes Segen, ohne den geht es ja nicht, lieber Helmut, wie du weißt, herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Die Abgeordneten Ilse Benkö und Géza Molnár überreichen Landesrat Helmut Bieler und dem Abgeordneten Robert Hergovich jeweils ein Präsent.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes bitte ich den Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner zum Rednerpult.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach diesem sentimentalen oder teilweise sentimentalen Worten der Präsidentin, wobei wir uns als ÖVP-Fraktion natürlich insofern anschließen, dass wir dem Landesrat Bieler persönlich alles Gute wünschen für seinen neuen Lebensabschnitt, möchte ich dennoch natürlich auf das Budget zurückkommen, denn darum geht es ja schlussendlich bei dieser Zusammenfassung und um sonst nichts.

Wenn man sich die Budgetdebatte anschaut, dann merkt man - und die Frau Präsidentin hat das in Ihren Worten auch ein bisschen zum Ausdruck gebracht -, dann ist diese Budgetdebatte ein bisschen zu einem Ritual geworden über die Jahre und Jahrzehnte wahrscheinlich. Das ist grundsätzlich auch nichts Schlechtes, weil der Mensch braucht eigentlich auch Rituale im ganzen Leben hindurch.

Nur manche Rituale verlieren dann halt irgendwann einmal ein bisschen den Sinn, wenn man sie immer wieder wiederholt und wenn man keinerlei Änderungen macht und sich nicht weiterentwickelt. Deswegen kann ich mich da nur anschließen, dass man sich vielleicht wirklich überlegt, wie man den Ablauf dieser Budgetdebatte vielleicht positiv verändern kann.

Meine Damen und Herren! Es ist ein Ritual, dass dann - wie gesagt - ein bisschen sinnentleert wird, vor allem dann, wenn sich Abgeordnete der Regierungsparteien mit Scheuklappen bewaffnen und das Budget, die Regierung und die Regierungsarbeit schönreden. Es ist grundsätzlich auch okay, wenn Abgeordnete der Regierungsfraktionen das Positive hervorheben wollen. Ist auch logisch, weil sie auch Teil dieses Systems sind.

Aber was nicht in Ordnung ist, aus meiner Sicht, ist dann der Fall, wenn sich Regierungsabgeordnete zu Systemabgeordneten degradieren lassen und alles schönreden. Alles schönreden, auch das Negative schönreden, Versäumnisse schönreden und Fehlentscheidungen schönreden und ganz einfach Realitäten und Fakten nicht mehr zur Kenntnis nehmen.

Ein besonders schönes Beispiel hat eigentlich der Herr Landeshauptmann heute geliefert. Wir sollten uns dieses Protokoll auch wiederholen und vielleicht für spätere Politikergenerationen zu Studienzwecken hernehmen, denn es war schon eindrucksvoll, wenn über Zahlen der Statistik Austria diskutiert wird, wo es halt nicht so schön ausschaut, nicht so rosig ausschaut. Was ist die Reaktion? Man hinterfragt alles und sagt ja und wir wissen jetzt, da ist jetzt die Landwirtschaft dabei und deswegen ist das so.

Ich meine, ehrlich gesagt, wenn ich Landeshauptmann wäre, oder jeder wahrscheinlich, dann würde ich mich auch nicht darüber freuen, dass die Entwicklung schlecht ist, nur weil die Landwirtschaft dabei ist, weil auch die Landwirtschaft ist ein Teil unserer Gesellschaft und ein Teil der Wirtschaft insgesamt. Ehrlich gesagt, jetzt kann man sich auf eine Zahl vielleicht kaprizieren und sagen, ja, da waren die Frostschäden dabei, aber bei den Beschäftigungszuwächsen war sicher nicht der Frostschaden ausschlaggebend dafür, dass das Burgenland halt nur Vorletzter war.

Was ich damit sagen will, das ist halt eine Politik, die irgendwann einmal sich selbst sozusagen auf einen Fehlweg bringt, wenn man immer nur irgendwelche Statistiken hernimmt, die gerade passen.

Wenn die Statistik Austria nicht passt, dann holen wir uns die OECD. Wenn das nicht passt, dann holen wir uns das von der Bank Austria, und wenn gar nichts passt, dann machen wir uns selber die Zahlen. Das ist halt eine Politik, die auf Dauer nicht funktioniert. Das zeigt eigentlich, wie schlecht diese Regierung aufgestellt ist, inhaltlich, personell und auch politisch. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich sage Ihnen, diese rot-blaue Regierung hat dem Burgenland bis jetzt geschadet und sie wird dem Burgenland auch noch weiter schaden. Aber ein Positives hat diese rot-blaue Regierung, *(Abg. Doris Prohaska: Ja, dass die Schwarzen nicht dabei sind.)* denn die Nachfolgeregierung 2020 kann sich diese Jahre 2015 bis 2020 hernehmen und schauen, wie man es jedenfalls nicht macht. Ich sage Ihnen, zweieinhalb Jahre Rot-Blau bringt mich zu einer politischen Conclusio und die meine ich wirklich ernst: Es ist besser, stark in der Opposition zu sein, als schwach in der Regierung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ehrlich gesagt, das haben auch die jüngsten Wahlen gezeigt. *(Abg. Géza Molnár: Deswegen bleibt Ihr ja in der Opposition. – Abg. Doris Prohaska: Wenn starke Opposition. Wenn! – Abg. Edith Sack: Ihr wart in der Regierung auch in der Opposition. Bei Euch ist es eh wurst.)* Glauben Sie ernsthaft, dass es von ungefähr kommt, dass die SPÖ bei der Nationalratswahl das schlechteste Ergebnis seit 1945 einfährt mit dem Spitzenkandidaten Doskozil, der jetzt der neue starke Mann wird? *(Abg. Robert Hergovich: Abwarten!)* Oder glauben Sie, es kommt von ungefähr, dass die SPÖ vier Bürgermeister verliert und die ÖVP vier gewinnt? Oder dass die FPÖ sagt, wir haben unser Ergebnis halten können, nämlich null Bürgermeister und sich darüber freut? Glauben Sie, das kommt von ungefähr? Nein, sicher nicht!

Ich sage Ihnen, diese Fehlentwicklung und dieser falsche Weg, den Rot-Blau eingeschlagen hat, wird für die Burgenländerinnen und Burgenländer immer klarer erkennbar, bis hin zur Wahl 2020, wo ich wirklich fest davon überzeugt bin, dass die Burgenländer dieser - sagen wir einmal - Übergangsregierung eine Abfuhr erteilen werden. Jetzt möchte ich noch ein Wort sagen zum Thema, weil das immer wieder durchschwingt und das ärgert mich auch und da gebe ich der Kollegin Petrik hundertprozentig Recht. Immer wenn es Kritik von einer Oppositionspartei gibt oder von einem Abgeordneten einer Oppositionspartei, wenn man gar nicht mehr weiß, was man tun soll, dann sagt man ja und das ist ganz arg, was Ihr das macht, weil Ihr redet die Wirtschaft schlecht und Ihr redet die Burgenländer schlecht und das stimmt ganz einfach nicht.

Das wirkliche Problem des Landes ist, dass das Land unter Wert regiert wird. Dieser Landesregierung fehlt nämlich ein Zukunftskonzept und sie betreibt eine wirklich grandiose Prioritätsverweigerung. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, also wirklich kein vernünftiger Mensch möchte Dinge schlechterreden oder schlechtermachen als sie sind.

Natürlich ist es für andere auch nicht immer leicht in der Politik. Alle Länder, alle Gebietskörperschaften haben Probleme. Es ist manchmal schwierig in der Wirtschaftspolitik, es ist schwierig in der Sozialpolitik, in der Wirtschaftsentwicklung, im Tourismus, überall kann es Schwierigkeiten geben. Das Dumme ist halt nur, und das zeigen halt auch die Zahlen der Statistik Austria, dass das Burgenland halt relativ weit hinten ist, weil es nämlich an einer entschlossenen Führung im Land mangelt und weil es überhaupt keine Führung im Land gibt, die irgendeine Zukunftsperspektive für das Land hat oder eine Vision könnte man auch sagen.

Da halten Sie es wahrscheinlich eher mit dem ehemaligen Bundeskanzler Vranitzky, der gemeint hat, wer eine Vision hat, sollte zum Arzt gehen. Ich sage Ihnen, wenn die Regierungsarbeit darin besteht, dass wenn es eine schlechte Situation gibt, man einfach die Schuld auf irgendwen abschiebt, weil man findet immer irgendjemanden, dann halten Sie es halt frei nach Eisenhower, der einmal gesagt hat, die Suche nach Sündenböcken ist von allen Jagdarten die einfachste.

Das ist eine Strategie des Tarnens, des Täuschens und des Tricksens. Das Burgenland ist durch diese verfehlte Politik der rot-blauen Regierung nicht nur ins

Mittelfeld zurückgerutscht, sondern eigentlich in vielen Bereichen leider ans Ende der Skala.

Ich könnte jetzt eine riesige Liste von Dingen aufzählen, von Fehlentwicklungen aufzählen, das würde diese Zusammenfassung eigentlich sprengen. Aber nur im Kurzverfahren: Das KRAGES-Desaster. Mittlerweile mit ganz vielen Facetten. Das Land hat schon die ersten Prozesse verloren und ich sage Ihnen, ich bin wirklich froh, dass der ehemalige Geschäftsführer so eine Stärke hat und sich wehrt, der finanziell und persönlich ruiniert hätte werden sollen, dass er sich wehrt. Sie werden schauen, was da herauskommt, und das Land wird hier Schiffbruch erleiden.

Das Desaster mit dem Kahlschlag in der Verwaltung, das ist gestern bei der Debatte immer so hochgelobt worden. In Wahrheit war es keine Verwaltungsreform, sondern eine Strukturänderung, die dazu geführt hat, dass es zur Wissensvernichtung gekommen ist. Das Desaster mit dem Neubau Krankenhaus Oberwart wird uns noch beschäftigen. Zwölf Millionen Euro sind in den Sand gesetzt worden für eine Planung, die nie realisiert wird.

Das Desaster mit der LHB. Auch das wird noch hervorkommen. Ich sage Ihnen, das ist wirklich Sand in die Augen der Menschen zu streuen, wenn man sich hinstellt, eine Bilanz präsentiert und sagt, wir sind so super, weil wir haben 141.000 Euro Bilanzgewinn gemacht. Nur muss man halt wissen, warum diese 141.000 Euro zustande gekommen sind, weil die Energie Burgenland gezwungen wurde, eine Sonderdividende von zwei Millionen auszuzahlen. Eine Million geht nach Niederösterreich, eine Million in die BLh. Damit haben wir einen Gewinn von 140.000 Euro. Sie können sich ausrechnen, was der wahre Verlust der LHB ist.

Zinsspekulationen sind breit diskutiert worden. Das halte ich wirklich für einen Witz, dass da jährlich sieben bis acht Millionen Euro vernichtet werden, und ich bin froh, dass der Nachfolger des Finanzlandesrates - Doskozil, wie ich vernehme - die Sache ganz anders sieht. Das Streitdesaster mit Esterházy ist etwas, was das Land finanziell noch bluten lassen wird. Ist ja schon passiert, hat ja schon ein gerichtliches Urteil gegeben.

Das gesamte Kulturdesaster, da braucht man nicht viel darüber reden, Haydn Festspiele am Ende, Opernfestspiele erledigt. Die Klage von Herrn Pichowetz und die Millionenzahlungen wegen unsachlicher Förderzusagen.

Meine Damen und Herren! Das Fazit, das heute gezogen werden muss, ist, wir haben eine Regierung, die von Systemabgeordneten von Rot und Blau mit diesem Budgetbeschluss einen Persilschein für falsche Politik bekommen wird. Damit sind auch Sie verantwortlich, meine Damen und Herren Abgeordneten von Rot und Blau, dass Sie eine Uraltpolitik in der Regierung fördern werden, und Sie stellen damit, wenn überhaupt, den Anspruch auf Mittelmaß.

Wir stellen den Anspruch, dass das Burgenland ganz vorne ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich sage Ihnen, diese Landesregierung hat 2015 schwach begonnen, aber wie das Budget 2018 zeigt, mit der Zeit stark nachgelassen. Die Volkspartei ist und bleibt die starke Alternative, und Sie können sich darauf verlassen, dass wir alles tun werden, dass das Burgenland wieder an die Spitze kommt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter Steiner. Herr Präsident Christian Illedits ist der nächste Redner.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Dieser Landesvoranschlag für das Jahr 2018 proklamiert eine stabile Basis für die Zukunft, und über die sprechen wir heute nicht nur für das Jahr 2018, sondern auch darüber hinaus.

Es wurde schon - und das möchte ich wirklich auch unterstreichen -, aber vielleicht verstehen wir es ein wenig anders als manche andere hier im Hohen Haus. Dieser Landesvoranschlag ist eine Angelegenheit nicht nur aller Damen und Herren, die hier anwesend sind, sondern ist eine Angelegenheit aller Burgenländerinnen und Burgenländer. Mit unserem Mandat, weil wir von diesen Burgenländerinnen und Burgenländern mit Vertrauen bei einer Wahl ausgestattet worden sind, haben wir somit die moralische und die politische Verpflichtung angenommen, bei der Wahl verantwortungsvoll und nach bestem Wissen und Gewissen mit diesen öffentlichen Geldern hauszuhalten und auf jene Art und Weise, die dem Allgemeinwohl maximal dienlich ist. Wir stehen nämlich im Dienste dieses Allgemeinwohles, und daher sollten wir uns alle auch dann, wenn wir zur Abstimmung gehen, dieser Verpflichtung besinnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über 18 Jahre Erfahrung verfügt Finanzreferent Landesrat Helmut Bieler bereits was die Erstellung des Landesbudgets betrifft und beschreibt jenes für das Jahr 2018 als Wachstumsbudget. Wachstums- und Beschäftigungsorientierung spiegelt sich auch - und ich glaube, das konnte doch jeder auch sehen, der es sehen wollte - in der Mittelaufteilung wider. Investitionen in Wachstum und Wirtschaft sind nämlich Investitionen in Arbeitsplätze.

Auch wenn man es negativ beurteilt und negativ darstellen will, es ist die höchste unselbständige Beschäftigungsquote, die wir jemals in unserem Heimatland Burgenland zu verzeichnen hatten, und es steigert auch die Lebensqualität.

Herr Kollege Steiner! OECD oder wer auch immer, wenn ein Ranking mit großen Regionen in Europa bewertet werden von einer OECD mit einer Studie und wir sind in punkto Lebensqualität, in punkto Sicherheit und anderen Parametern mit denen gleichgestellt oder noch weiter vorne, dann denke ich, ist es allemal als positiv zu sehen, weil schlussendlich ist es nicht der Erfolg eines oder von zwei Regierungsjahren, sondern es ist ein Aufbau, ein kontinuierlicher Aufbau von vielen. Eigentlich sollten Sie glücklich und froh darüber sein, auch viele Jahre dabei gewesen - in Verantwortung dabei gewesen - sein zu dürfen.

Mehr als zwei Drittel der Ausgaben entfallen nämlich auf die Bereiche Bildung, Ausbildung und Qualifikation, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung. Das sind doch diese Ausgaben, die tatsächlich bei den Menschen, für die wir Verantwortung übernommen haben, landen, und diese sind direkt dort spürbar.

256 Millionen für Impulse Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Wohnbaumaßnahmen und Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen. Also um 21,4 Millionen mehr als im Vorjahr.

Ich denke, das ist notwendig, wichtig, weil es um Rückenwind für das Wirtschaftswachstum geht, und jetzt haben wir schon auch wieder Statistiken hier strapaziert und unterschiedliche Analysen dazu festgestellt. Also ich habe wieder diese gesehen, die viele auch so gesehen haben und stolz darauf sind, dass wir mit 2,4 Prozent österreichischer Spitzenreiter sind und die Prognose in das nächste Jahr in Richtung drei Prozent und auch wieder ein Spitzenranking in Österreich eben auch voraussieht und wiederholt im Spitzenfeld.

Entscheidend bei einem Budget ist auch die Investitionsquote. Wenn diese mit 22,67 Prozent beinahe um ein Prozent höher ist als im letzten Jahr, dann denke ich, ist es eindeutig und nachweislich beweisbar, dass jeder fünfte Euro in dieses Wirtschaftswachstum, in dieses alles Entscheidende, fließt.

Durch diesen Investitionsschwerpunkt bildet auch dieser Voranschlag die Grundlage für ein finanzstabiles Jahr 2019. Darum geht es ja über das Jahr hinaus zu blicken und in die Zukunft zu planen, nicht nur so weit die Hand reicht, sondern viel weiter hinaus. Diese Investitionen in den Sozial- und Gesundheitsbereich sind auch ungleich wichtig in Zeiten wie diesen, wo wir doch auch alle verstehen müssen, dass es zunehmend eine Arm-Reich-Schere assimiliert und auch die müssen wir doch bekämpfen und hintanhalten, also deshalb in Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, aber auch in den Sozialbereich zu investieren.

Ich denke, dieses Budget, dieser Landesvoranschlag zeichnet sich mit Nachhaltigkeit und Stabilität aus. Helmut Bieler ist es wieder einmal gelungen, Rekordinvestitionen bei gleichzeitigem Schuldenabbau zu veranschlagen. Wenn es seit 2015 keine Neuverschuldung mehr gibt und mit 2016 der Schuldenabbau beginnt, dann denke ich, ist es auch nicht nur selbstverständlich, sondern auch bemerkenswert und doch eine außerordentliche Leistung aller, die sich mit diesem Landesvoranschlag intensiv beschäftigt haben.

Natürlich und niemand streitet das ab und leugnet das, dass wir die Mittel der Europäischen Union - seit rund 22 Jahren sind wir ja mit dabei in der großen Familie in Europa - bekommen haben, aber auch gut eingesetzt haben. Ich denke, das ist natürlich auch ein Verdienst dieser geordneten und dieser sehr zukunftsorientierten Politik.

Eines muss man schon erwähnen, es gibt viele Länder, die auch Mittel aus Europa erhalten, mehr als das Burgenland, diese aber nicht einmal annähernd auslösen können, weil sie eben keine stabilen Finanzen haben, weil sie die Kofinanzierungen nicht im Budget vorfinden und somit auch die Mittelauslösung eine weitaus geringere ist als dies im Burgenland der Fall ist.

Das heißt, man kann schon sagen, man muss Europa ja erwähnen, natürlich erwähnen wir dieses Geld auch aus Europa, aber wir müssen auch die Kofinanzierung, die hier zweifelsohne wieder auch in diesem Budget sich wiederfindet, erwähnen, und das ist auch ein Verdienst von Helmut Bieler, weil er immer wieder auch darauf geachtet hat, gemeinsam mit der Burgenländischen Landesregierung diese Kofinanzierungsmittel auch für die Zukunft unseres Landes und für die Kofinanzierung der EU-Mittel, der EU-Förderungen bereitzustellen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn wir das seit 22 Jahren haben, dann sollten wir auch gemeinsam froh und stolz sein, dass wir dieses Burgenland im durchschnittlichen europäischen BIP - und heute wurden schon Kaufkraft, BIP, et cetera erwähnt - über die 90-Prozent-Hürde führen können, die überschreiten wir jetzt. Deshalb müssen wir darauf trachten, dass wir Nachfolgeförderungen erhalten, die sich anders gestalten als diese in der Vergangenheit waren, weil wir eben so eine gute, positive Entwicklung vorfinden.

Es ist interessant festzustellen, dass man eben auch wirklich diesen oft strapazierten Satz „Der Standort bestimmt den Standpunkt“ strapazieren muss, weil einmal heißt es, die Wirtschaft macht alles, auf der anderen Seite sagt man, die Politik organisiert sich schlecht für die Wirtschaft. Das heißt, man verändert jeweils seine Meinung, je nachdem, ist man eben in Opposition, was ja nicht illegitim, aber doch zu bemerken ist, oder eben in Regierungsverantwortung.

Aber eines, was die Wirtschaft zweifelsohne braucht und was auch die Politik vermitteln muss, es gibt ein solides Fundament mit dem Budget, es gibt Förderungen, die man sich jetzt wieder erarbeiten muss und wiederholen muss, selbstverständlich ist gar nichts. Aber es braucht auch eine positive Grundstimmung. Und die positive Grundstimmung ist in der Wirtschaft vorhanden, aber ich vermisse sie teilweise in der Politik.

Herr Kollege Steiner, es wird niemandem helfen, wenn Sie Leistungen, die erbracht wurden, Erfolge, die gemeinsam erarbeitet wurden, schlechtreden. Es kann doch nicht Ihre Schadenfreude sein, das Burgenland hier schlechtzureden, *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* und Sie sagen einfach statistische Zahlen, die schlechter sind, als die, die alle anderen kolportieren und die man nachlesen kann.

Es kann doch nicht die Aufgabe eines Politikers sein, das Burgenland hier mit Freude schlechter dastehen zu lassen als es tatsächlich ist. Das ist nicht unsere Auffassung von Politik, die zukunftsorientiert ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn Sie sagen, jetzt geht es natürlich den Bach hinunter, weil wir haben jetzt eine neue Regierungsform, früher war alles besser, dann sage ich Ihnen nur, wir haben schon eine veränderte Koalitionsform, aber wir haben trotzdem 50 Jahre rote Landeshauptmänner an der Spitze dieses Landes. Das ist unverändert gleich und gut geblieben. Ich denke, auch das ist zu bemerken, wenn Sie das schon hier erwähnen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich bin ein pragmatischer Politiker, der eher sagt, wenn ich ein Glas vor mir stehen habe, dann ist es halbvoll oder halbleer. Sie sagen, das ist halbleer. Also ich sehe immer ein halbvolles Glas, weil das einfach mehr Optimismus versprüht als ein halbleeres.

Zum Schluss einen Satz von Anton Bruckner, der sagt: „Wer hohe Türme bauen will, muss lange beim Fundament verweilen.“ 18 Jahre lang hat Helmut Bieler darauf verwendet, jedes Jahr aufs Neue die Basis für eine weitere positive Entwicklung unseres Heimatlandes Burgenland zu legen. Er hinterlässt nicht nur ein sauberes Budget, finanzielle und damit soziale Stabilität.

Ich ersuche Sie jetzt abschließend, Ihre - wie schon von anderen Vorrednern erwähnt wurde - demokratische Verpflichtung gegenüber dem Allgemeinwohl bei der Abstimmung im Hinterkopf zu behalten und darf mich in diesem Sinne bei Finanzlandesrat Bieler recht herzlich bedanken, denn, Helmut, wir werden auch wie in den vergangenen Jahren dieses Mal dieses, unser Budget, durch Dich erstellt, sehr gerne beschließen. Alles Gute! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Präsident. Landtagsabgeordneter Manfred Kölly ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Tage Budgetdebatte. Ich kann der Frau Präsidentin vieles abgewinnen, dass man sich vielleicht Gedanken machen sollte, wie man in Zukunft solche Debatten abhält. Aber eines muss ich klar feststellen. Es waren sehr wichtige und interessante Debattenbeiträge hier auch dabei. Da muss ich hohe Wertschätzung zollen jeder Abgeordneten oder jedem Abgeordneten, der sich diese genau angeschaut hat, der sie genau erarbeitet hat.

Eines muss man klar sagen, gerade in der Opposition oder wie wir seitens Bündnis Liste Burgenland oder die GRÜNEN, die keinen Klubstatus haben, oder der Herr

Abgeordnete Steier, die sich wirklich einlesen müssen und alles selbst erarbeiten müssen, auch die haben wirklich wertvolle Arbeit in den letzten zwei Tagen geleistet. Ich glaube auch, das ist einen Applaus wert, denn das ist nicht so einfach, hier in diesem Hohen Haus solche Arbeit einfach zu leisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir wollen als Opposition auch hier mitreden, mitbestimmen und auch mitarbeiten. Das ist ja nicht heute ein Bekenntnis, sondern seit Jahren schon ein riesengroßes Bekenntnis seitens der Opposition. Ich bin auch schon sehr viele Jahre hier im Hohen Haus tätig und ich kann mich nur erinnern, wie die ÖVP nicht in der Regierung war. Da hat es geheißen, dieser Voranschlag liegt auf der Intensivstation - seines Zeichens Strommer Rudi. Oder heute höre ich, saft- und kraftlos ist dieser Voranschlag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Oder ich vernehme, wie stark als die ÖVP jetzt geworden ist. Ich möchte nur ein paar Ziffern und Zahlen sagen. 1996 habt Ihr 36,1 Prozent gemacht, 2000 35,3 Prozent, 2005 36,4 Prozent, 2010 34,6 Prozent, 2015 29,1 Prozent. Das heißt, Ihr seid nicht gestiegen, ihr seid schwächer geworden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich wollte das einmal auch klarstellen; Statistik Austria, weil wir immer diese Diskussion haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich glaube, auch hier sollte man die Kirche im Dorf lassen. Das möchte ich nur auf die Seite jetzt schieben. Das ist ja legitim, und ich verstehe den Landeshauptmann, wenn er sich herstellt und sagt, natürlich sind wir super, die Besten und die Schönsten. Wir holen ihn eh ab und zu runter von seinem hohen Ross und das braucht er ja, selbstverständlich.

Aber er hat auch heute und in den letzten Tagen sehr vieles gesagt. Wenn Ihr zwischen den Zeilen lest, hat er eines auch klar gesagt: Man ist für alles offen. Man kann darüber diskutieren, man soll sich nur zusammentun und vielleicht das eine oder andere, auch für die ÖVP, die Vorschläge eingebracht hätte, schon im Vorfeld dorthin gegangen wäre und gesagt, wie schaut es aus, können wir das nicht im Budget unterbringen.

Herr Kollege Steiner! Jetzt in der großen Bundesregierung mit einem Kurz, das wird auch sehr kurzhaltig sein. Ich denke einmal, in zwei Jahren werden wir mehr darüber wissen, wie das ausschaut. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Bist Du ein Sprecher für die SPÖ?)* Ich spreche nicht für die SPÖ *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Doch!)* und ich spreche nicht für die ÖVP, sondern ich sage sachliche Situationen, die es gegeben hat und die es jetzt gibt. Sich nur hinzustellen und gerade Sie, Frau Landtagsabgeordnete, werte Kollegin, die jahrelang in der Regierung gesessen ist und das alles mitgetragen hat - alles mitgetragen hat -, bis zu den SWAP-Geschäften und dergleichen mehr. Dann müsste ich mich fragen, warum sitzen Sie eigentlich noch da und agieren Sie so in diesem Hohen Haus? Dann müssten Sie eigentlich längst aufstehen und sagen, tut leid, wir haben das damals anders gesehen.

Weil 2000 - und jetzt komme ich zu dem Thema - wenn ich mir anschaue, 2015, als die ÖVP nicht mehr in die Regierung gekommen ist, wo sie die große Chance gehabt hätte, nochmals Regierungsverantwortung zu tragen, sind sie erstarrt wegen dieser leider Gottes schlechten Ergebnisse. Dies tut mir auch leid, denn eines war klar, wir haben jahrelang hervorragende Arbeit geleistet - mit der EU, mit dem Ziel 1-Gebiet, das wir errungen haben, das war auch keine Selbstverständlichkeit. Mit der Phasing Out-Phase und dergleichen mehr. Ich denke, auch das sollte man ins Kalkül ziehen.

Aber eines tut mir - natürlich auch mir - und vielen weh, dass wir heute ein Budget beschließen werden mit einer Mehrheit, die dann natürlich die Regierung abhandelt wie sie will. Das ist das Entscheidende, wo ich glaube, dass gehört geändert oder mehr Transparenz in diese Situation gebracht. Das wäre meiner Meinung nach auch der

richtige Ansatz, Herr Landeshauptmann, dass man wirklich die Möglichkeit hat, in Regierungsbeschlüssen Einsicht zu nehmen und dergleichen mehr. Man würde sich sehr viel ersparen.

Wir haben einen hervorragenden Rechnungshof, der gute Arbeit leistet. Vielleicht könnte man den auch gleich begleitend mit bei solchen Entscheidungen. Wir haben das größtmögliche Projekt seit zig Jahren vor, im Übrigen ist das Oberwarter Spital erst 35 Jahre alt, das wissen wir aber auch genau. Das soll jetzt auf Generationen hinaus die größte Investition sein.

Soll es sein. Gesundheit muss uns was wert sein und da wissen wir, dass das Budget ganz gut ausschaut. Komme auch zum Budget, wo ich 1.130.560.200 im ordentlichen Voranschlag, 27,6 Millionen im außerordentlichen, vielleicht noch einmal auch die Zahlen in Erinnerung. Da möchte ich eines sagen: 2017 waren es um 34 Millionen eigentlich mehr und 2016 waren es um 46 Millionen mehr.

Das heißt, wir haben wirklich weniger Möglichkeiten, weil wir weniger Geld haben. Dass wir 1,1 Milliarden Schulden noch irgendwo mitschleppen, ist auch Faktum. Aber das brauchen wir nicht verheimlichen. Das hat man in der ÖVP-SPÖ-Regierung gehabt, da hat sich ja nicht viel geändert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dass die FPÖ dort hineingeschlittert ist und vorher in der Situation anders geredet hat, soll so sein. Wahrscheinlich würden wir das auch machen. Ich kann mich auch an Zeiten erinnern, wo oben im Bund Schwarz und Blau war, haben wir auch müssen immer ganz anders agieren.

Aber eines muss klar sein. Wir müssen schauen, dass das Land weiterhin wirklich Stabilität hat, für die Leute da zu sein. Ich bin eines überzeugt, wenn wir mehr Transparenz schaffen, dass wir wirklich schauen, dass man dort Möglichkeiten hat, dann gibt es die großen Aufregungen nicht.

Man könnte, wie die Frau Präsidentin gesagt hat, liebe Ilse, dann könnte man sich etwas Anderes überlegen. Brauchen wir nicht zwei Tage darüber diskutieren, aber es ist nichts Schlechtes, wenn auch Abgeordnete ihren Beitrag leisten, wo ich überzeugt bin, sie machen sich wirklich Gedanken darüber. Das finde ich für gut.

Herr Landesrat Bieler, 18 Jahre Budgetmachen ist sicher nicht einfach, ich weiß das als Bürgermeister. Da wird man einfach angefeindet und dergleichen mehr. Aber auch Sie müssen Kritik vertragen können. Das muss man auch dazu sagen.

Das haben Sie auch getan, nicht zu 100 Prozent, das verstehe ich auch, ist ja logisch, auch Sie sind ein Mensch und haben Emotionen, aber eines muss klar sein. Wenn Sie in Opposition wären, hätten Sie wahrscheinlich genauso gehandelt. Aber trotzdem Wertschätzung für Ihre Arbeit. Herzlichen Dank! Ich wünsche auch alles erdenklich Gute, gesund bleiben, und wir werden uns sicher das eine oder andere Mal wo sehen, wo wir wirklich gemütlich darüber diskutieren können, wie es trotzdem schön war in diesem Hohen Landtag, wo man sich immer treffen kann und immer noch reden kann, auch nach solchen Auseinandersetzungen. Das muss man einfach gesagt haben. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist übertrieben.)*

Ich glaube, dass bei jeder Diskussion bei einem Budget eigentlich hier nur die Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wir als Abgeordneten sollten auch während der ganzen Periode die Möglichkeit suchen, zu den Herrschaften hinzugehen und sagen, so, liebe Freunde, dann kommt jetzt her, schauen wir uns noch einmal an, vielleicht können wir das eine oder andere lösen.

Jetzt bin ich wieder beim Zusammensetzen in der ganzen Runde. Das Wort ist einfach wichtig, weil es auch in den Gemeinden notwendig ist. In den Gemeinden schaut es ein bisschen anders aus. In den Gemeinden ist es so, wenn man ein Budget beschließt, müssen wir auch die großen Ausgaben wieder im Gemeinderat beschließen, logischerweise.

So sollte es eigentlich auch in der Regierung oder hier im Hohen Haus sein. Das wäre eine sinnvolle Lösung. Ich glaube, dass wir, und da bin ich davon überzeugt davon, dass jeder, der in der Regierungsverantwortung oder hier im Hohen Haus als Abgeordneter sitzt, das Beste für das Land will, weil sonst wären wir ja alle miteinander falsch hier im Hohen Haus. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher, noch einmal, ich appelliere an die Regierung, auch ein offenes Ohr für die Abgeordneten, für die Opposition, zu haben, die natürlich andere Voraussetzungen vorfindet, wie derzeit SPÖ und FPÖ. In den Klubs. Alles erfahren. Wir müssen uns alles erarbeiten. Vielleicht kann man da wirklich mehr Information bekommen. Das wäre ein Wunsch. Vielleicht nicht an das Christkind, sondern wirklich an diese Regierung, die es auch nicht einfach hat. Ich verstehe das schon.

Aber, ich verstehe auch, wenn sich der Herr Landeshauptmann herstellt und bei jeder Sonntagsrede sagt, wir sind wirklich die Besten, die Stärksten und dergleichen mehr, und die Schönsten auch noch dazu.

Also, viel mehr kann man nicht sagen. *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Nießl.)* Herr Landeshauptmann, ich verstehe es ja, denn wir haben oft auch als Bürgermeister das Bedürfnis zu sagen, wir sind auch die Besten, und wir machen auch das Beste. Wahrscheinlich sind wir auch nicht immer am richtigen Platz mit den richtigen Aussagen. Aber, schlussendlich denke ich, dass wir eine Verantwortung tragen, alle die hier im Hohen Haus sitzen - samt der Regierung, auch Verantwortung für das Land zu tragen. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam das schaffen können. *(Beifall bei der LBL, der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Helmut Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend, wie in den letzten 18 Jahren, auf das Budget 2018 in diesem Fall und auf einige einzelne Bereiche eingehen.

Wir haben zum Abschluss einige klassische Oppositionsreden gehört. Von Dir Manfred, in einer sehr menschlichen Art und Weise, vom Herrn Abgeordneten Steiner in einer sehr klassischen Art und Weise, wobei er durch diese klassische Oppositionsrede seinen eigenen Beginn karikiert hat, weil er nämlich der Regierung vorwirft, alles schönreden zu wollen, und er als Oppositionsredner genau im umgekehrten Sinne genau das Gleiche macht, nämlich, alles schlechtzureden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das sind die Rollen, die auch in der Öffentlichkeit für die Opposition und für die Regierung steht. Diese Rolle haben Sie wirklich gut erfüllt. Ob es glaubwürdig ist, ist eine andere Frage.

Wir wollen, und ich wollte, und die gesamte Regierung steht dahinter, dass mit diesem Budget 2018 Verteilungsgerechtigkeit gezeigt werden kann, die nach den Bedürfnissen der Menschen im Land ausgerichtet ist.

Wir wollen die Steuermittel gezielt dafür einsetzen, was die BurgenländerInnen brauchen, vor allem für diejenigen, die unsere Hilfe brauchen, die Schwächsten in der Gesellschaft.

Ich darf drei Indikatoren für den Erfolg der Budgets und der Einsetzung der Mittel in den letzten Jahren anführen. Wir haben im Burgenland heuer erstmals über 107.000 Beschäftigte gehabt. Das gab es noch nie. Das kann nicht passieren, wenn nicht das Geld in der Wirtschaft, in die Strukturen, in den Bereichen, wofür wir zuständig sind, eingesetzt wird.

Die Arbeitslosigkeit sinkt seit mehr als einem Jahr konstant. Ebenfalls ein Zeichen dafür, dass wir vieles richtiggemacht haben. Beim Wirtschaftswachstum sind wir in den letzten Jahren immer im Spitzenfeld gelegen, wenn nicht an erster Stelle oder an zweiter Stelle.

Das heißt, bei diesen Indikatoren kann man schon stolz darauf sein, und da muss jede Regierung darauf hinweisen, was und warum es passiert ist und dass es vor allem für die Menschen dieses Landes passiert ist.

Das Ziel war und ist es immer, Wachstum im Wirtschaftsbereich, im Arbeitsmarkt zu bekommen und die Beschäftigung weiter zu stärken. Bei den Ausgaben sehen wir, dass zwei Drittel der Ausgaben direkt den Menschen im Lande zugutekommen, in dem Bereich Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung. Das ist eine gewaltige Leistung, die dieses Budget auch trägt.

Die Investitionsquote auf der einen Seite, der Sparwillen, die Konsolidierung auf der anderen Seite zeigt, dass wir es geschafft haben, diesen Spagat im Burgenland zu gehen beziehungsweise darzustellen.

Die Investitionsquote ist weiter gestiegen, nämlich um 21,4 Millionen Euro auf 256 Millionen Euro um 22,67 Prozent. Das ist ein absoluter Spitzenwert, das brauche ich nicht besonders hervorzuheben. Das ist es. Daher ist es auch der Beweis dafür, dass das Budget 2018 wachstumsorientiert ist. Bei den Einnahmen mussten wir leider zur Kenntnis nehmen, dass - trotz steigender Wirtschaft - die Ertragsanteile nicht im gleichen Ausmaß gestiegen sind, sondern dass wir zwar um 18 Millionen Euro mehr haben, aber wir in den Prognosen bei 28 Millionen Euro gelegen sind und daher wir zwischenzeitlich auch auf die Bremse in einigen Bereichen steigen mussten, damit wir das Budget einhalten, was wir auch wollten. Da bedanke ich mich noch für die Budgetdisziplin dieser Regierung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Schuldenstand, der immer wieder zitiert wird, den muss man differenziert sehen. Einerseits den Schuldenstand des Kernhaushaltes und andererseits den Maastricht-Schuldenstand. Das sind feine Unterschiede, denn die Opposition sagt natürlich, Schulden, ein Wahnsinn, wie schlecht arbeitet doch die Regierung. Der Beweis dafür, dass diese Regierung, gerade beim Schuldenstand, nicht schlecht arbeitet, sind die Maastricht-Überschüsse. Weil ein Maastricht-Überschuss nur deshalb zustande kommt, wenn der Schuldenstand im Kernhaushalt sehr niedrig ist. Das ist bei uns der Fall.

Wir haben 272 Millionen Euro an Schuldenstand im nächsten Jahr. Um zwei Millionen Euro reduziert und werden nach dem Finanzplan im Jahr 2020 auf 268 Millionen Euro reduzieren. Es wird uns auch gelingen.

Wir haben einen Maastricht-Schuldenstand von 1,08 Milliarden Euro inklusive der ausgelagerten Gesellschaften. Was aber bedeutet, dass diese Differenz, von den vorhin erwähnten 272 Millionen Euro zu den 1,08 Milliarden Euro, von den betroffenen Gesellschaften getragen wird und auch getan wird.

Das heißt, das betrifft unseren Kernhaushalt, das Budget im Lande nicht. Indirekt, aber nicht direkt. Das ist eben der feine Unterschied, wenn man vergisst, als Opposition, das zu erwähnen und das zu sagen. Es hat von der Opposition noch niemand gesagt, *(Abg. Manfred Kölly: Oh ja!)* dass aufgrund des Lösens des Bank Burgenland-Erbes heuer Haftungen von 700 Millionen Euro wegfallen.

Dass damit nicht nur das Bank Burgenland-Erbe gelöst ist, sondern dass natürlich auch ein wesentlicher Teil von möglichen Belastungen des Landes wegfällt. Das ist ebenfalls ein wesentlicher Teil. Wenn man von den Schulden spricht, muss man fairerweise, und das wird bei den kommenden Budgets nach der VRV 2015 der Fall sein, dass man auch das Guthaben dem entgegensetzt, was da ist. Das Guthaben, die Gegenüberstellung der Forderungen und des Geldvermögens bedeutet, dass jede Burgenländerin und jeder Burgenländer ein Guthaben von 4.333 Euro hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man das als Opposition nun vergisst zu erwähnen, so soll das so sein, aber wenn man es so darstellt, als würde das Land an die Wand fahren, ist das schlichtweg falsch und unglaubwürdig. Daher ist es die Aufgabe der Regierung, der Abgeordneten und auch meine Aufgabe darauf hinzuweisen, dass das, was die Opposition in ihrer Rolle immer wieder hinweist, nicht ganz so ist, wie es manchmal den Anschein haben könnte.

Um noch einmal auf den Maastricht-Überschuss zurückzukommen: Wir haben einen Maastricht-Überschuss im kommenden Jahr von 41,09 Millionen Euro und inklusive der ausgegliederten Einheiten von 44,98 Millionen Euro und müssten als Ziel, und hätten, ist ja nur faktisch, weil wir es ohnehin übererfüllen eine Vorgabe von einem Defizit in der Höhe von 12,16 Millionen Euro. Das heißt, wir haben einen Spielraum von 53 bis 56 Millionen Euro, in dem wir uns bewegen können.

Das heißt, wir haben die Möglichkeit, auch größere Projekte zu finanzieren. Nicht nur wegen der freien Finanzspritze, die wir in Höhe von 7,7 Prozent haben, das sind rund 87 Millionen Euro, sondern auch wegen des Maastricht-Überschusses, den wir erwirtschaftet haben.

Natürlich ist das nicht die Aufgabe der Opposition, das zu erwähnen, aber die Aufgabe der Regierung ist es, darauf einzugehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin auch stolz, dass wir in den letzten Jahren, bei den Veranlagungen der 225 Millionen Euro, die immer wieder durch die Gegend geistern, im Laufe der Jahre 71 Millionen Euro an Erträgen erwirtschaftet haben, die in den sogenannten FAWI, Fonds für Arbeit und Wirtschaft, geflossen sind, den wir für Qualifikation, für Infrastruktur, für Wirtschaftsförderung verwendet haben. Das vergisst die Opposition meistens. Ich tue das nicht. Wir haben dann aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise diese Veranlagung aufgelöst und haben nicht nur, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, das Kapital in der von 225 Millionen Euro erhalten, sondern haben einen Verkaufserlös von 232 Millionen Euro bekommen.

Das heißt, wiederum ein Gewinn, den man zu den 71 Millionen Euro dazuzählen kann. Darauf bin ich sehr stolz, weil wir eben risikoavers und nicht gewinnorientiert gearbeitet haben.

Sondern, wir wollten den Erhalt des Kapitals und wollten moderat, aber sichere Erträge haben, was uns auch gelungen ist. Das kann man nachvollziehen und kann man auch in den einzelnen Bereichen der letzten Jahre bei den Budgetdebatten oder in den Budgets selber nachlesen.

Eines muss ich zugeben, dass bei einer Veranlagung, beziehungsweise bei einer Verzinsung von 100 Millionen Euro diese Verzinsung nicht so gut gelaufen ist. Zum damaligen Zeitpunkt 2003, 2004, absolut in Ordnung. Zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr. Das heißt, dann würden wir das auch nicht mehr machen. Da haben wir tatsächlich draufgezahlt.

Aber, bei den 125 Millionen Euro, auf der anderen Seite, wo wir zwei Prozent, beziehungsweise sogar minus 0,16 Prozent bekommen oder zahlen müssen, also 0 Prozent und zwei, erwähnt die Opposition nicht, dass das eine gute Sache ist, sondern es wird immer nur herausgepickt, was das Schlechte ist. Dann darzustellen, wie arg oder wie schlecht die Regierung arbeitet.

Daher ist es auch meine Aufgabe, das hier zu sagen. Ich bin deshalb wirklich stolz darauf, in den letzten 18 Jahren diese Budgets vorgelegt zu haben. Diese bewirkten, dass das Burgenland diesen modernen Weg, diesen wachstumsorientierten Weg gegangen ist, und dass es uns gemeinsam gelungen ist, das Burgenland vorwärts zu bringen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich versuche mich kurz zu halten, aber ich halte das ganz einfach für wichtig und notwendig, zwei Persönlichkeiten auch zu danken, die diese Funktion wahrscheinlich das letzte Mal ausüben. Das ist der Klubobmann Robert Hergovich und das ist natürlich unser Finanzlandesrat Helmut Bieler.

Bevor ich aber einige Sätze dazu sage, möchte ich eine Anmerkung machen. Herr Kollege Steiner! Ich höre Ihnen bei manchen Reden sehr gerne zu. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich Ihnen auch!)* Das beruht auf Gegenseitigkeit.

Ich höre Ihnen besonders gerne zu, wenn Sie in der Stadtgemeinde Eisenstadt sprechen, nämlich, über das höchste Wirtschaftswachstum, das das Burgenland von allen Bundesländern hat und dass die Landeshauptstadt Eisenstadt wesentliche Beiträge zum höchsten Wirtschaftswachstum leistet.

Das haben Sie schon einige Male in diese Richtung gesagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich höre Ihnen gerne zu, wenn Sie sagen, es gibt eine tolle Beschäftigungssituation im Burgenland, eine deutliche Zunahme der Beschäftigung, und die Landeshauptstadt Eisenstadt leistet zu dieser besonderen Beschäftigungssituation wichtige Beiträge. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, so sind sie!)* Da höre ich Ihnen besonders zu.

Aber, vielleicht sollten Sie sich diese Reden auch anhören, bevor Sie hierher gehen und das Gegenteil sagen. Also, in der Stadtgemeinde bei der konstituierenden Sitzung, bei den Angelobungen und so weiter, bin ich ja, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Habe ich auf Tonband!)* ich höre das auch gerne, ich bezweifle das nicht, wenn es dem Burgenland gut geht, ist das für mich das Wichtigste. Deswegen bin ich in der Politik, dass ich vielleicht kleine, bescheidene Beiträge auch leisten kann, dass es dem Burgenland gut geht, dass es der Landeshauptstadt und allen Gemeinden gut geht.

Das ist der Sinn. Aber, Sie sagen, dass zu dem besten Wirtschaftswachstum Eisenstadt Beiträge leistet. Heute haben wir etwas Anderes gehört. Das ist nur eine kleine, bescheidene Anmerkung, die Sie gemacht haben. Aber, ich darf jetzt auch zu unseren beiden Kollegen kommen.

Ich würde einmal grundsätzlich sagen – „Wo es dir gut geht, dort ist deine Heimat." Den Menschen im Burgenland geht es gut und für die Burgenländerinnen und Burgenländer ist unser Heimatland Burgenland eine wirklich schöne und gute Heimat, wo es eine hohe Lebensqualität gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es leisten dazu viele Menschen, die Burgenländerinnen und Burgenländer, große Beiträge, die Politik schafft Rahmenbedingungen und Voraussetzungen. Das wissen wir. Ich glaube, dass die Rahmenbedingungen richtig waren, die in der Vergangenheit gesetzt wurden.

Einer, der in den letzten Jahren den SPÖ-Klub, den größten Klub im Burgenländischen Landtag sehr gut geleitet hat, ist unser Klubobmann Robert Hergovich, der ganz einfach auch mit den Begriffen, die zwar Bruno Kreisky geprägt hat, aber die heute, aus meiner Sicht, sehr wichtig sind, immer wieder argumentiert hat, nämlich, Leistung, Aufstieg und Sicherheit.

Es sind sozusagen seine Grundbegriffe, wo er auf Leistung Wert legt, wo er weiß, dass durch Leistung ein Aufstieg ermöglicht wird, und dass die Menschen Sicherheit brauchen, auch die zweifache Sicherheit brauchen. Nämlich, die Sicherheit im Sozialbereich. Da haben wir gehört, dass deutlich über 40 Prozent für Gesundheit, soziale Sicherheit und für innere Sicherheit im Burgenland ausgegeben werden.

Das ist für uns auch ein sehr wichtiges und wesentliches Thema. Ich bin auch sehr froh darüber, dass er mit dem Klubobmann der FPÖ, Géza Molnár, in den letzten zweieinhalb Jahren wirklich gut zusammengearbeitet hat und dass es hier im Landtag immer wieder zu guten Beschlüssen gekommen ist, die den Burgenländerinnen und den Burgenländern etwas bringen.

Auch das ist immer Dein Credo und Du fragst immer, wenn wir etwas Neues präsentieren, was es den Menschen bringt? Genau das ist immer Deine Standardfrage, aus meiner Sicht eine berechtigte Frage, weil es ausschließlich darum geht, wenn wir arbeiten, was die Menschen davon haben und welche Vorteile die Burgenländerinnen und Burgenländer davon haben.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass wichtige Gesetze, das Gemeindepaket, das Veranstaltungsgesetz, das Tourismusgesetz und vieles andere mehr beschlossen, vorbereitet und ausverhandelt wurde und damit auch moderne, richtige, zukunftsorientierte Beschlüsse gefasst wurden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Viele Gesetze sind umgesetzt, viele Rahmenbedingungen werden durch die Gesetzgebung im Burgenländischen Landtag auch geschaffen. Unsere Statistik sagt, wir hören es auch bei anderen Reden von der Oppositionspartei, das Burgenland ist gut unterwegs.

Auch der Präsident hat es in Brüssel gehört, denn wir sind von den Regionen ein Best-Practice Beispiel in Europa, wo effizient gearbeitet wird, wo viele Arbeitsplätze entstehen. Du hast dazu viele Beiträge geleistet, lieber Robert.

Du bleibst im Burgenländischen Landtag, das ist gut so. Danke für Deine ausgezeichnete Arbeit als Klubobmann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte mich aber auch sehr herzlich bei dem wirklich menschlichen, kompetenten Regierungskollegen, der 18 Jahre für die Finanzen des Burgenlandes zuständig war, der über 18 Jahre Mitglied der Burgenländischen Landesregierung ist und der große Herausforderungen bewältigen musste, bedanken.

Es wurde auch in einem Debattenbeitrag gestern gesagt, na ja, mit der ganzen Ziel 1-Förderung, das ist ohnehin nur alles für die Bank Burgenland aufgegangen. Das ist natürlich nicht so, denn das wird ganz einfach so gesagt. Wir wissen, wie groß der Schaden war, den er übernommen hat und diese Sache auch lösen musste. Ich glaube, das ist eine der ganz großen Herausforderungen gewesen, und trotzdem das Land auf Erfolgskurs zu halten und trotzdem stabile Finanzen zu haben. In Anbetracht dieser Ausgangssituation im Jahr 2000, und manche können sich zurückerinnern, wie die Situation war, und ich will gar nicht sagen, welche Rolle damals der damalige Finanzminister - welche Rolle er damals gespielt hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Oder der Chef bei der Bank Austria!)* Da waren viele dabei.

Ich könnte jetzt auch sagen, andere, die der ÖVP nahegestanden sind, die auch dabei waren. Wir könnten also wieder eine Bank Burgenland-Debatte führen, nur bringt uns das nichts. Das sind Dinge, die, glaube ich, jetzt nicht besonders relevant sind.

Aber, das ist dem Finanzreferenten auch zu verdanken, dass er hier mit viel Augenmaß, auch mit verschiedenen Lösungen, die wir natürlich auch jetzt noch zu bedienen haben, einen Weg gefunden hat, um das Burgenland stabil zu halten, die Kofinanzierung für das Ziel 1-Gebiet trotzdem noch aufstellen zu können, den Verschuldungsgrad in Grenzen zu halten und damit auch ein wachstums- und beschäftigungshohes Niveau im Burgenland zu schaffen.

Wenn die OECD, wenn viele Statistiken, darauf hinweisen, wie die Arbeitsmarktsituation ist, dann zeigt das, wie sich das Burgenland entwickelt hat, denn als wir 1995 Ziel 1-Gebiet geworden sind haben wir 64 Prozent des europäischen Durchschnitts-BIPs erreicht. Wir werden jetzt, Februar, März wird die aktuelle Statistik kommen, bei zirka 90 Prozent oder über 90 Prozent liegen.

Das ist also ein Aufholprozess, den es in Europa in keiner Region gegeben hat. Von 64 Prozent des durchschnittlichen EU-BIPs auf über 90 Prozent mit großer Wahrscheinlichkeit des durchschnittlichen EU-BIPs.

Das sind Statistiken, wo man sagt, da kann schon einmal ein Frostschaden passieren und einen kleinen Rückschlag geben, aber die Gesamtbilanz, die ist in Ordnung, die ist eine ausgezeichnete, und da hat Helmut Bieler mit Augenmaß, mit Überlegung, mit guten Beratungen auch die richtigen Entscheidungen getroffen. Ich darf auch auf den Kulturbereich zu sprechen kommen. Vergleichen Sie: Wenn ein Land mit unter 300.000 Einwohnern und 550.000 Besuchern beim burgenländischen Kultursommer fast doppelt so viele Besucher, als das Burgenland Einwohner hat, verbuchen kann, dann kann man da natürlich auf das eine oder andere hinweisen, aber die Wertschöpfung, das Geld, das hier ausgegeben wird, die Beschäftigung, das ist etwas ganz Besonderes und etwas Einzigartiges. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich könnte jetzt viele Teile und Erfolge aufzählen. Vielleicht nur eines, weil das auch nie erwähnt worden ist. Wir haben 2000 eine Milliarde Schilling an Schweizer Franken-Schulden übernommen, wo gerade durch kluge Transaktionen das nicht schlagend geworden ist, wie sich der Franken entwickelt hat, weil dann hätte sich das wahrscheinlich um 50 Prozent auch erhöht, um das auch nur als Detail am Rande entsprechend zu sagen.

Ich muss auch sagen, es geht um den Politiker, aber es geht auch um den Menschen Helmut Bieler. Ich denke, dass er ein wirklich großartiger Mensch ist, der Handschlagqualität hat, der natürlich Unehrlichkeit nicht liebt, sondern, da wird er wirklich grantig, wenn ich so sagen darf, sondern der geradlinig ist, der Handschlagqualität hat, der seine Meinung sagt und der einen wesentlichen Beitrag zum Aufstieg unseres Heimatlandes Burgenland geleistet hat.

In dem Sinne möchte ich Dir, lieber Helmut, für diese 17 Jahre gemeinsam in der Regierung - Du bist länger - sehr herzlich für Deine Leistungen für unser Heimatland Burgenland danken.

Ich darf Dir auch im Namen der Landesregierung Dank, Respekt und Anerkennung aussprechen für diese Leistungen. Wir freuen uns, wenn Du uns auch in Zukunft besuchst. Wir wünschen Dir vor allen Dingen Zeit, wir wünschen Dir Gesundheit, wir wünschen Dir Zeit, die Du mit Deinen Freunden verbringen kannst, die Du mit Menschen verbringen kannst, die Dir nahestehen. Ich bin überzeugt davon, dass wir uns bei vielen Veranstaltungen auch sehen und treffen werden.

Danke für Dein Engagement und alles Gute für die Zukunft. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ, der LBL und den GRÜNEN – Landeshauptmann Hans Nießl gratuliert Landesrat Helmut Bieler per Handschlag und einer herzlichen Umarmung.)*

Präsident Christian Illedits: Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 7 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 7 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Gruppe 8.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 8 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 8 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gruppe 9.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die der Gruppe 9 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Gruppe 9 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den ordentlichen Landesvoranschlag als Ganzes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem ordentlichen Landesvoranschlag für das Jahr 2018 als Ganzes zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der ordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2018 ist somit mehrheitlich angenommen.

VI. Teil

Außerordentlicher Voranschlag

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Beratung des VI. Teiles des Voranschlages. Er umfasst den außerordentlichen Landesvoranschlag für das Jahr 2018.

Das Wort hat der Herr Generalberichterstatter Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke. Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Für die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, sind Einnahmen in der Höhe von 1.207.100 Euro und Ausgaben vom 27.610.300 Euro vorgesehen.

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, sieht im außerordentlichen Haushalt Einnahmen von 26.403.200 Euro vor.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, und der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, die unveränderte Annahme zu erteilen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Gruppen 7 und 9 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Da bekanntlich zum außerordentlichen Landesvoranschlag schon im Rahmen der bisherigen Beratungen Stellung genommen wurde, ist zu diesem Beratungsteil Niemand zu Wort gemeldet.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem außerordentlichen Landesvoranschlag für das Jahr 2018 in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der außerordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2018 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag als Ganzes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag für das Jahr 2018 als Ganzes zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der ordentliche und außerordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2018 ist somit mehrheitlich angenommen.

VII. Teil

Stellenplan des Landes

VIII. Teil

Sondervoranschläge der Fonds

IX. Teil

Stellenplan der Landeslehrer

Präsident Christian Illedits: Da zum VII., VIII. und IX. Beratungsteil des Landesvoranschlages, dem Stellenplan des Landes, den Sondervoranschlägen der Fonds und dem Stellenplan der Landeslehrer keine Wortmeldungen vorliegen, schlage ich eine gemeinsame Berichterstattung und eine gesonderte Abstimmung über diese Beratungsteile vor.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Ich bitte nun den Herrn Generalberichterstatter Abgeordneten Mag. Christian Drobits um seinen Bericht zum VII., VIII. und IX. Teil des Landesvoranschlages.

Bitte Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Stellenplan des Landes für das Verwaltungsjahr 2018 liegt dem Hohen Haus vor und ist den Damen und Herren Abgeordneten bekannt.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme des Stellenplanes des Landes für das Verwaltungsjahr 2018 empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Stellenplan des Landes für das Verwaltungsjahr 2018 unverändert anzunehmen.

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die Voranschläge der Fonds sehen Einnahmen und Ausgaben von je 253.500 Euro vor. Die Fonds sind ausgeglichen veranschlagt.

Die Voranschläge der Fonds liegen dem Hohen Haus vor und sind den Damen und Herren Abgeordneten ebenfalls bekannt.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme der Voranschläge der Fonds empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, die Voranschläge der Fonds unverändert anzunehmen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Stellenplan der Landeslehrinnen und Landeslehrer für das Verwaltungsjahr 2018 mit der Zahl der Planstellen der Planstellen der Verwendungsgruppen beziehungsweise Entlohnungsgruppen ist dem Hohen Haus ebenfalls bekannt.

Namens des Finanzausschusses darf ich dem Hohen Haus die unveränderte Annahme des Stellenplanes der Landeslehrerinnen und Landeslehrer empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Stellenplan der Landeslehrerinnen und Landeslehrer für das Schuljahr 2017/2018 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich lasse vorerst über den Stellenplan des Landes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Stellenplan des Landes in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Stellenplan des Landes ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Sondervoranschlägen der Fonds in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Sondervoranschläge der Fonds sind somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den Stellenplan der Landeslehrer abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Stellenplan der Landeslehrer in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Stellenplan der Landeslehrer ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

Durchführungsbeschluss

Präsident Christian Illedits: Der Herr Generalberichterstatter hat nunmehr das Wort zum Durchführungsbeschluss.

Bitte um Ihren Bericht Herr Generalberichterstatter.

Generalberichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Geschätzte Damen und Herren! Da alle Gruppen der Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018 unverändert angenommen wurden, ergibt sich auch für den Durchführungsbeschluss keine Änderung oder Ergänzung.

Namens des Finanzausschusses beantrage ich daher den Durchführungsbeschluss zum Landesvoranschlag für das Jahr 2018 unverändert anzunehmen.

Ich stelle daher den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Durchführungsbeschluss zum Landesvoranschlag für das Jahr 2018 unverändert anzunehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Durchführungsbeschluss.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Durchführungsbeschluss in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Durchführungsbeschluss zum Landesvoranschlag für das Jahr 2018 ist somit in der vorliegenden Fassung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1113), mit dem der 2. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird (Zahl 21 - 785) (Beilage 1126)

Präsident Christian Illedits: Zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 15 liegen keine Wortmeldungen vor, da bereits in der Debatte über den Landesvoranschlag für das Jahr 2018 hierzu Stellung genommen wurde. Ausgenommen sind jene Wortmeldungen, mit denen ein Abänderungsantrag eingebracht wird.

Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1113, mit dem der 2. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird, Zahl 21 - 785, Beilage 1126, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Gemäß Art. 39 des Landes-Verfassungsgesetzes vom 14. September 1981 über die Verfassung des Burgenlandes hat die Landesregierung anlässlich der Vorlage des ersten Budgets ihrer Funktionsperiode dem Landtag einen Finanzplan über die Grundlagen der Veranschlagungen für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre vorzulegen.

Der Finanzreferent legt nunmehr anlässlich der Beschlussfassung des Landesvoranschlages 2018 den Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020, 2. Fortführung, vor.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der 2. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird, in seiner 09. Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Gemäß § 41 Abs. 2 GeOLT wurde beschlossen, Frau OAR Ursula Fercsak, Abteilung 3, die von Landesrat Bieler den Beratungen beigezogen wurde, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Der 2. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 wird zugestimmt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die 2. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 ist somit mehrheitlich zugestimmt.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1104) über die Höhe des Tarifs des Wohnbauförderungsbeitrages (Burgenländisches Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz - Bgld. WbfbtG) (Zahl 21 - 776) (Beilage 1127)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 5. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1104, über die Höhe des Tarifs des Wohnbauförderungsbeitrages (Burgenländisches Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz – Bgld. WbfbtG), Zahl 21 - 776, Beilage 1127.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Kurt Maczek: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf über die Höhe des Tarifs des Wohnbauförderungsbeitrages (Burgenländisches Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz - Bgld. WbfbtG), in ihrer 26. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Höhe des Tarifs des Wohnbauförderungsbeitrages (Burgenländisches Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz - Bgld. WbfbtG) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Höhe des Tarifs des Wohnbauförderungsbeitrages (Burgenländisches Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz - Bgld. WbfbtG) ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Höhe des Tarifs des Wohnbauförderungsbeitrages Burgenländisches Wohnbauförderungsbeitragstarifgesetz - Bgld. WbfbtG) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1107) über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz 2017 - Bgld. GwG 2017) (Zahl 21 - 779) (Beilage 1128)

Präsident Christian Illedits: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1107, über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz 2017 - Bgld. GwG 2017), Zahl 21 - 779, Beilage 1128.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz 2017 - Bgld. GwG 2017) in ihrer 26. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz 2017 - Bgld. GwG 2017), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz 2017 - Bgld. GwG 2017) ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz 2017 - Bgld. GwG 2017) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 1110), mit dem das Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz) geändert wird (Zahl 21 - 782) (Beilage 1129)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 7. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 1110, mit dem das Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz) geändert wird, Zahl 21 - 782, Beilage 1129, wird Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska vornehmen.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz), geändert wird, in seiner 24. Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz) geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz) geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld. Kurzparkzonengebührengesetz) geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1102) betreffend EU-Finanzbericht 2015 (Zahl 21 - 774) (Beilage 1130)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 8. Punktes der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1102, betreffend EU-Finanzbericht 2015, Zahl 21 - 774, Beilage 1130.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Heger.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Peter Heger: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2015 in ihrer 26. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen: Der Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2015 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1103) betreffend Verkehrsdiensteverträge - Schiene (Zahl 21 - 775) (Beilage 1131)

Präsident Christian Illedits: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1103, betreffend Verkehrsdiensteverträge - Schiene, Zahl 21 - 775, Beilage 1131.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsdiensteverträge – Schiene, in ihrer 26. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen: Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsdiensteverträge - Schiene wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsdiensteverträge – Schiene, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den 34. und 35. Bericht der Volksanwaltschaft (Beilage 1084) an den Burgenländischen Landtag 2015-2016 (Zahl 21 - 764) (Beilage 1132)

Präsident Christian Illedits: Berichterstatter zum 10. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den 34. und 35. Bericht der Volksanwaltschaft, Beilage 1084, an den Burgenländischen Landtag, 2015-2016, Zahl 21 - 764, Beilage 1132, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Kurt Maczek: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss hat den 34. und 35. Bericht der Volksanwaltschaft an den Burgenländischen Landtag 2015-2016 in seiner 24. Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen: Der 34. und 35. Bericht der Volksanwaltschaft an den Burgenländischen Landtag 2015-2016 werden zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Da keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der 34. und 35. Bericht der Volksanwaltschaft an den Burgenländischen Landtag 2015-2016 werden somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

11. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1108) betreffend Sicherheit für Bahnreisende (Zahl 21 - 780) (Beilage 1133)

Präsident Christian Illedits: Der 11. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1108, betreffend Sicherheit für Bahnreisende, Zahl 21 - 780, Beilage 1133.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherheit für Bahnreisende in ihrer 26. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherheit für Bahnreisende die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Sicherheit für Bahnreisende ist somit einstimmig gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1111) betreffend „Verwaltung NEU denken“ (Zahl 21 - 783) (Beilage 1134)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 12. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1111, betreffend „Verwaltung NEU denken“, Zahl 21 - 783, Beilage 1134.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Patrik Fazekas: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Verwaltung NEU denken“ in seiner 24. Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Verwaltung NEU denken“ unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Es gibt eine Wortmeldung. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Patrik Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident. Ich darf einen Abänderungsantrag einbringen. Es handelt sich hierbei um den Ursprungsantrag, der bekannt sein sollte. Entsprechend der Geschäftsordnung darf ich die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung aller im Landtag vertretenen Parteien, der Sozialpartner und der Gemeindeverbände, einen Entwurf für ein Entbürokratisierungspaket auszuarbeiten und dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Ebenso wird die Landesregierung aufgefordert, eine detaillierte Planung zur Dezentralisierung der Landesverwaltung in die einzelnen burgenländischen Bezirke vorzulegen. Diese Planung hat jedenfalls zu enthalten:

- Schaffung von Kompetenzzentren und Schwerpunktsetzungen in den Bezirkshauptmannschaften.
- Innovative Arbeitsplatzlösungen (zum Beispiel Telearbeit) für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf Freiwilligkeit und Anreizsysteme aufbauen.
- Entsprechende Neuaufnahmen verstärkt vor Ort in den Bezirken unter Berücksichtigung der geplanten neuen Strukturen.

Danke. *(Der Abgeordnete Patrik Fazekas übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung mit einbezogen wird.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dies ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Deregulierung, Bürgerservice und Verfahrensbeschleunigung unter Erhaltung der hohen Servicequalität und Standortnähe von Behörden im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1109) betreffend Entwicklung einer „Fahrradstrategie Burgenland“ (Zahl 21 - 781) (Beilage 1135)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 13. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1109, betreffend Entwicklung einer „Fahrradstrategie Burgenland“, Zahl 21 - 781, Beilage 1135, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits vornehmen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den

selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Entwicklung einer „Fahrradstrategie Burgenland“ in ihrer 26. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Entwicklung einer „Fahrradstrategie Burgenland“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Es liegen keine Wortmeldungen vor, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Radverkehr im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1116) betreffend „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“ (Zahl 21 - 788) (Beilage 1136)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 14. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1116) betreffend „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“, Zahl 21 - 788, Beilage 1136.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

Bitte um Ihren Bericht Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Sehr geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“ in ihrer 26. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Umstellung des Fuhrparkes auf Elektroautos“ unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke für den Bericht. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend E-Mobilität ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

15. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 977) betreffend Umsetzung Bundes-Tierschutz-Gesetz (Zahl 21 - 686) (Beilage 1137)

Präsident Christian Illedits: Der 15. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung, Beilage 977, betreffend Umsetzung Bundes-Tierschutz-Gesetz, Zahl 21 - 686, Beilage 1137.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung Bundes-Tierschutz-Gesetz in ihrer 9. und abschließend in ihrer 11. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. November 2017, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung Bundes-Tierschutz-Gesetz unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Tierschutz ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

Die Tagesordnung ist somit erledigt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor ich die Sitzung schließe, erlaube ich mir einige Worte und Wünsche an Sie zu richten. Ein intensives Jahr neigt sich dem Ende zu und wie in jedem Jahr läutet der Dezember nicht nur den Budgetlandtag, sondern auch die Zeit der anschließenden Besinnlichkeit ein. Die Vorweihnachtszeit lässt uns auf Erledigtes zurückblicken und lädt zu Worten des Dankes ein.

Bedanken möchte ich mich für das Engagement, das Sie, werte Abgeordnete, aber auch Regierungsmitglieder, hier ins Plenum einbringen. Aber auch für den Arbeitseifer, der vor und während der Sitzungen in den politischen Büros, innerhalb der Fraktionen und in den Fachabteilungen an den Tag gelegt wird.

Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsdirektion, der Landtagsklubs und des Rechnungshofes für die fruchtbare Zusammenarbeit im Laufe des Jahres 2017. Ich danke auch den Beamtinnen und Beamten der Polizeidirektion, die sich hier so intensiv um unsere Sicherheit kümmern.

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und Ihren Familien wünsche ich eine besinnliche Adventzeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und dann einen guten Start in das neue Jahr 2018.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 25. Jänner 2018, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 18.00 Uhr in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 17 Uhr 26 Minuten



STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der 34. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 21. Dezember 2017

10.05 Uhr – 10. 31 Uhr

Tagesordnung

1. Wahl und Angelobung eines Mitgliedes der Burgenländischen Landesregierung

---

Inhalt

Landesregierung

Wahl von Mag. Hans Peter Doskozil zum Mitglied der Landesregierung (S. 5378)
Angelobung von Mag. Hans Peter Doskozil zum Mitglied der Landesregierung (S. 5379)
Erklärung des Landesrates Mag. Hans Peter Doskozil (S. 5380)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 05 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich begrüßen und zur 34. Sitzung des Burgenländischen Landtages willkommen heißen zur.

Ich begrüße alle Damen und Herren des Hohen Hauses, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Hans Nießl, unsere Besucher auf der Galerie und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie uns via Internet heute beiwohnen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 33. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf und Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner entschuldigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Wahl und Angelobung eines Mitgliedes der Burgenländischen Landesregierung

Präsident Christian Illedits: Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung ist die Wahl und Angelobung eines Mitgliedes der Burgenländischen Landesregierung.

Meine Damen und Herren! Herr Landesrat Helmut Bieler hat in Entsprechung des Art. 56 Abs. 6 L-VG Herrn Landeshauptmann Hans Nießl die Zurücklegung seines Mandates als Mitglied der Burgenländischen Landesregierung mit Wirksamkeit vom 21. Dezember 2017, 9.00 Uhr, schriftlich erklärt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Heute um 9.00 Uhr hat Herr Landesrat Helmut Bieler auf seine Funktion als Mitglied der Burgenländischen Landesregierung nach 18 Jahren verzichtet.

Angelobt wurde er als solches am 18. März 1999. Tags zuvor verzichtete er auf sein Mandat als Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag, welches er seit dem 18. März 1993 innehatte. Davor war Helmut Bieler als Mitglied im Österreichischen Bundesrat vom 30. September 1992 bis 17. März 1993 vertreten.

Sein Vorhaben war es, eine verantwortungsvolle Politik und eine Politik der Chancengleichheit zu verwirklichen. Er wollte nicht verwalten, sondern aktiv gestalten. Dieses Vorhaben hat er in seinen Schwerpunkten Kunst und Kultur, Finanzen und im Bauwesen im hohen Maße erfüllt.

18 Budgets hat Helmut Bieler in seiner Zeit als Landesrat erstellt und damit jedes Jahr aufs Neue die Basis für eine weitere positive Entwicklung unseres Heimatlandes Burgenland gelegt.

Heute, im sich zu Ende neigenden Kalenderjahr 2017, finden wir uns in einer modernen Landesverwaltung und auf einem stabilen finanziellen Fundament wieder. Seit 2015 gibt es im Burgenland keine Neuverschuldung, mit 2016 begann der Schuldenabbau und dieser wird trotz einer neuen Rekordinvestition im kommenden Jahr 2018 fortgesetzt.

Für diese Leistungen, ebenso wie für Helmut Bielers jahrzehntelanges Engagement im Burgenländischen Landtag, darf ich mich stellvertretend für die Damen und Herren Abgeordneten auf das Herzlichste bedanken und als Präsident des Burgenländischen Landtages, aber auch ganz persönlich meine besten Glückwünsche für die Zukunft zum Ausdruck bringen. Lieber Helmut, alles Gute! *(Beifall im Landtagssaal und auf der Zuschauertribüne)*

Gemäß Art. 53 Abs. 3 und 4 L-VG wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag seitens des SPÖ- und FPÖ-Landtagsklubs fristgerecht eingebracht.

Der Wahlvorschlag lautet:

Mitglied der Burgenländischen Landesregierung: Herr Mag. Hans Peter Doskozil

Gemäß Art. 53 Abs. 6 Landesverfassung ist für die Wahl der Landesregierung, also auch für ein einzelnes Mitglied, die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und die einfache Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen erforderlich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche nun, die Stimmzettel für die Wahl eines Mitgliedes der Burgenländischen Landesregierung zu verteilen.

Des Weiteren ersuche ich die Medienvertreter, während des Wahlvorganges von Filmen und Fotografieren Abstand zu nehmen.

Bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Präsident Christian Illedits *(nach Verteilen der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind verteilt. Ich mache darauf aufmerksam, dass nur mit „JA“ oder „NEIN“ gestimmt werden kann, ansonsten ist der Stimmzettel ungültig.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Killian Brandstätter, die Namensliste zu verlesen. Die Damen und Herren Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

Bitte Herr Abgeordneter Brandstätter.

(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Abgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Mag. Drobits Christian, Fazekas Patrik, Friedl Werner, Haidinger Manfred, Heger Peter, Hergovich Robert, Hirczy Bernhard, Hutter Gerhard, Illedits Christian, Kölly Manfred, Kovacs Günter, Mag. Maczek Kurt, Molnár Géza, Mag.a Petrik Regina, Prohaska Doris, Mag.a Resetar Michaela, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Rosner Georg, Sack Edith, Mag. Sagartz Christian, BA, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Stampfel Karin, Steier Gerhard, Mag. Steindl Franz, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Wiesler Markus, Mag. Wolf Christoph, M.A. und Brandstätter Kilian selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsident Christian Illedits: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsident Christian Illedits *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Bei der eben durchgeführten Wahl wurden 35 Stimmen abgegeben. 35 Stimmen sind gültig.

Von den gültigen Stimmen lauten 23 auf „JA“ und unterstützen den Wahlvorschlag.

12 Stimmen lauten auf „NEIN“ und lehnen den Wahlvorschlag ab.

Herr Mag. Hans Peter Doskozil ist somit zum Mitglied der Burgenländischen Landesregierung gewählt. *(Beifall im Landtagssaal und auf der Zuschauertribüne)*

Ich bitte nun Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil vor die Regierungsbank zu treten. *(Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil begibt sich vor die Regierungsbank.)*

Herr Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil! Der Burgenländische Landtag hat Sie bei der soeben durchgeführten Wahl zum Mitglied der Burgenländischen Landesregierung gewählt.

Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil: Herr Landtagspräsident! Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Christian Illedits: Herr Landesrat! Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit für unser Heimatland Burgenland und seine Bevölkerung.

Es folgt nun die Angelobung eines Mitgliedes der Landesregierung.

Gemäß Artikel 54 Abs. 2 der Landesverfassung leisten die übrigen Mitglieder der Landesregierung vor dem Landtag in die Hand des Landeshauptmannes das Gelöbnis auf die Landesverfassung.

Ich bitte daher Herrn Landeshauptmann Hans Nießl vor die Regierungsbank zu treten und die Angelobung vorzunehmen und alle Damen und Herren Abgeordneten sich von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen - Landeshauptmann Hans Nießl begibt sich vor die Regierungsbank und bleibt vor Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil stehen.)*

Frau Landtagsdirektorin WHRin Mag.a Monika Lämmermayr ersuche ich, die Gelöbnisformel zu verlesen.

Landtagsdirektorin WHRin Mag.a Monika Lämmermayr: „Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes getreu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.“ *(Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil: Ich gelobe! – Landeshauptmann Hans Nießl: Danke! Alles Gute!)*

Präsident Christian Illedits: Herr Landesrat, Sie haben die Gelöbnisformel gehört. *(Da Herr Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil das Gelöbnis nicht in die Hand des Herrn Landeshauptmannes geleistet hat, wird dieses wiederholt.)* Ich darf Sie nun ersuchen mit den Worten: „Ich gelobe“ - dieses Gelöbnis in die Hand des Herrn Landeshauptmannes nochmals zu leisten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Beifall im Landtagssaal und auf der Zuschauertribüne – Einige Abgeordnete beglückwünschen Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil.)*

Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten sich auf ihre Plätze zu begeben. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Jetzt kann ich fortschreiten. So, ehe ich nun Herrn Landesrat Mag. Hans-Peter Doskozil ersuche, auf der Regierungszeile Platz zu nehmen, werde ich ihm die Bestellungsurkunde überreichen. *(Der Landtagspräsident überreicht Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil die Bestellungsurkunde. – Die Beglückwünschung durch die Damen und Herren Abgeordneten wird fortgesetzt.)*

Herr Landesrat, ich darf Sie nun ersuchen, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen. Auf die Bundesverfassung werden Sie, Herr Landesrat Mag. Doskozil, in der nächsten Regierungssitzung angelobt.

Sehr geehrter Herr Landesrat Mag. Doskozil! Ich erteile Ihnen nun das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans-Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber vor allem meine Damen und Herren Abgeordneten! Zunächst möchte ich mich recht herzlich für das Vertrauen bedanken, das Sie mir durch diese Wahl ausgesprochen haben.

Hier in dieser Funktion und in dieser Rolle Verantwortung auch für das Burgenland zu übernehmen. Ich glaube und ich bin überzeugt davon, dass Vertrauen ein ganz wesentlicher Faktor auch in der Politik ist. Vertrauen in der Regierungszusammenarbeit.

Das was gemacht werden muss, muss auch fair und ordentlich umgesetzt werden. Vertrauen aber auch in die Bevölkerung, dass die Bevölkerung darauf vertrauen kann, dass das was Politiker sagen auch umgesetzt werden kann, dass das ernst genommen wird und dass das auch zum Wohle des Burgenlandes in weiterer Folge gestaltet ist.

Meine wesentlichen Ziele und mein grundsätzlicher Zugang Politik zu machen und ich glaube, das habe ich auch in der letzten zwei Jahren so gehalten ist jener, dass man Sachpolitik macht, die natürlich auch in der Zusammenarbeit in der Regierung getragen ist.

Ich stehe auch für diese Zusammenarbeit in der Regierung, die aber auch, wie schon gesagt, in einem Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung getragen ist. Da mache ich auch aus meinem Herzen keine Mördergrube. Mein grundsätzlicher Zugang ist, dass wir unser Wirken, unser Tun im Sinne der Bevölkerung organisieren müssen.

Mein grundsätzlicher Zugang ist auch eine lebende Sozialpartnerschaft. Ich glaube, die Sozialpartnerschaft in Österreich hat in den letzten Jahrzehnten Österreich dort hingebracht, wo Österreich heute ist, auch das Burgenland.

Die Sozialpartnerschaft ist ein Garant dafür, dass es auch in der Gesellschaft immer wieder einen Ausgleich zwischen den einzelnen Bereichen speziell im Bereich der Arbeitswelt gibt. Ich glaube, dieser Ausgleich für die Gesellschaft ist ein ganz wesentlicher Aspekt und sollte unsere Politik auch bestimmen.

Wenn ich persönlich weiter zurückblicken darf, habe ich meine ersten teilweise beruflichen politischen Erfahrungen im Gemeinderat in meiner Heimatgemeinde gemacht. Ich darf dies auch zum Anlass nehmen, hier unseren Bürgermeister zu begrüßen. Er war mein erster Bürgermeister als Gemeinderat und ich habe dort schon gesehen, wie wichtig es ist, dass man vor Ort Politik für die Menschen macht, wie wichtig es ist, dass man auch die Probleme ernst nimmt.

Aber es ist auch für die Gemeinden schwierig diese Politik zu realisieren und daher glaube ich, ist es wichtig in dieser unmittelbaren Politik der Landespolitik auch speziell auf die Gemeinden Rücksicht zu nehmen und die Gemeinden bei ihren täglichen Aufgaben zu unterstützen.

In weiterer Folge - Ihr wisst es alle - war ich vier Jahre Mitarbeiter im Büro des Landeshauptmannes. Da gab es natürlich andere Themen und andere Dinge, aber diese Zeit hat mich - aus meiner Sicht - von der Lösungsorientiertheit, vom sachlichen Zugang, vom Zugang für das Burgenland für die Burgenländerinnen und Burgenländer Politik zu machen, politisch geprägt und dafür darf ich mich recht herzlich bedanken, dass ich damals auch die Chance bekommen habe, hier in dieses Themenfeld einzutauchen. Politik in dieser Art und Weise auch kennenlernen zu dürfen.

Ich darf mich bei Dir, Herr Landeshauptmann, für über die Jahre hinweg immerwährende Freundschaft und auch für die Möglichkeiten, die Du mir geboten hast, bedanken.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich darf mich bei dieser Gelegenheit auch bei unseren Koalitionspartnern bedanken, bei dir Herr Landeshauptmann-Stellvertreter im Speziellen, dass auch dieser Übergang im Regierungsteam wirklich freundschaftlich und reibungslos vonstatten gegangen ist. Ich glaube, dass ist auch ein Zeichen, dass diese Regierung ausgezeichnet funktioniert und dass im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländern gearbeitet wird. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Da wir jetzt auch in die Zukunft blicken, sind die Aufgabenstellungen vielfältig. Ich mache keinen Hehl daraus, dass jeder und das ist ein Zeichen der Menschlichkeit, ein Zeichen der Persönlichkeit, jeder seinen eigenen politischen Stil hat. Auch ich habe meinen eigenen politischen Stil.

Es mag durchaus sein, dass ich in zukünftigen Sach- und Fachfragen Dinge möglicherweise anders beurteile, anders sehe. Aber trotzdem finden wir in unserem Bereich und vor allem was den Finanzbereich, aber auch den Kultur und den Straßenbaubereich betrifft, eine stabile Basis vor.

Eine stabile Basis, die Landesrat Bieler über die Jahre - jetzt wollte ich schon Jahrzehnte sagen - hindurch aufbereitet hat. Der Garant dafür war, dass das Burgenland auf gesunden finanziellen Beinen steht. Das ist keine Selbstverständlichkeit in Tagen wie diesen und daher möchte ich mich bei Dir nochmals ganz speziell bedanken.

Einerseits dafür, dass Du einen ordentlichen Haushalt, wirklich alles sehr fair übergeben hast. Ich möchte mich bei Dir für Deine Freundschaft bedanken, dass dieser Übergang auch in dieser Art und Weise stattgefunden. Natürlich auch für Deine Arbeit der letzten fast 19 Jahre.

Ich glaube, Du hast dem Burgenland einen großen Dienst erwiesen und hast für das Burgenland, für die Burgenländerinnen und Burgenländer, Politik gemacht. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine politischen Ziele sind klar, auch mit der Ressortzuständigkeit sind sie klar und liegen klar auf dem Tisch. Meine Hauptaufgabe wird sein, dass wir ordentliche Finanzen haben. Ich glaube, dass ist das Wesentlichste. Das erwarten sich alle, einerseits die Wählerinnen und die Wähler andererseits - natürlich ist es auch eine Bringschuld – gegenüber allen Burgenländerinnen und Burgenländern.

Sie haben ein Anrecht darauf, dass das Land dieses Bundesland mit einem ordentlichen Haushalt geführt wird. Das wir auf Basis dieses ordentlichen Haushaltes jene Aufgabenstellungen, die wir in vielen Themenfeldern als wichtig erachten und auch in diesem Sinne erledigen können.

Ich glaube, dass es wichtig ist, hier offen über alles zu diskutieren. Daher lade ich auch alle ein, alle Fraktionen, alle Mitglieder dieses Hauses hier an diesem Diskussionsprozessen, die es sicherlich zum einen oder anderen Thema geben wird, teilzunehmen, sich sachlich einzubringen, sich nicht nur der Oppositionsrolle wegen einzubringen, sondern wirklich sachlich an den einzelnen Themen mitzuarbeiten.

Das würde ich sehr schätzen und das ist auch meine Art Politik zu machen und ich hoffe, dass wir auf Basis dieser Sachlichkeit auch entsprechend gut zusammenarbeiten werden.

Ich möchte mich nochmals recht herzlich bedanken, möchte mich auch bei allen Mitarbeitern, vor allem bei Dir Helmut, im Büro bedanken, dass hier auf diese Art und Weise die Übergabe stattfinden hat können. Es war wirklich ein fairer Prozess, ich möchte das nochmals erwähnen und mich bedanken.

Ich möchte mich auch bei den sehr vielen Weggefährten bedanken, die heute hier zu Gast sind. Wenn ich nach oben blicke, die letzten zwei Jahre haben mich doch einigermaßen geprägt, auch in der - wie ich schon gesagt habe - Art und Weise der Politik und ich danke Dir Othmar, dem Herrn Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres, dass er auch heute hier anwesend ist.

Ich glaube, das ist auch ein Zeichen, dass wir immer gut zusammengearbeitet haben - sachlich fundiert, für das Österreichische Bundesheer.

In dieser Art und Weise will ich auch Politik machen für das Burgenland, für die Burgenländerinnen und Burgenländer. Ich glaube, das sind wir den Menschen schuldig. In diesem Sinne darf ich mich nochmals recht herzlich bedanken und fordere Euch alle auf, sachlich mitzuarbeiten. Herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Christian Illedits: Die Tagesordnung ist somit erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden.

Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 25.01.2018 vorgesehen ist.

Ich wünsche Ihnen allen noch ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch für 2018 und somit ist die Sitzung geschlossen.

Schluss der Sitzung: 10 Uhr 31 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der 35. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 25. Jänner 2018

10.02 Uhr - 17.23 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde

2. Aktuelle Stunde zum Thema „Das Burgenland als Familien-Land positionieren“

3. Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländische Feuerwehrgesetz 1994 und das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert werden

4. Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird

5. Bericht des Rechnungshofes betreffend Landesgesundheitsfonds Burgenland und Steiermark

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Markus Wiesler, Wolfgang Spitzmüller und Manfred Kölly auf Fassung eines Beschlusses betreffend eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020

7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Brustkrebs-Diagnose

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Zahnprophylaxe für Kinder

---

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5399)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 161 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Vorkehrungen für die Wintersaison in der Langen Lacke im Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 5403)
Zusatzfrage: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 5403 u. S. 5405) und Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 5406)

Anfrage Nr. 162 des Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Bewusstseinsstärkung der Biodiversität
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 5406)
Zusatzfrage: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 5408)

Anfrage Nr. 167 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Unterstützung einer neuen Hausärztepraxis
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 5408)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5410 u. S. 5411), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5411), Georg R o s n e r (S. 5412)

Anfrage Nr. 168 des Abgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Verena Dunst betreffend Schaffung eines neuen Studienlehrganges zum Bereich Genussprodukte an der FH Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 5413)
Zusatzfrage: Walter T e m m e l (S. 5414 u. S. 5414), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 5414)

Anfrage Nr. 169 des Abgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Maßnahmen zur Erhaltung des wertvollen Bodens für unsere Nahrungsmittelproduktion
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 5415)
Zusatzfrage: Walter T e m m e l (S. 5416 u. S. 5417)

Anfrage Nr. 170 des Abgeordenten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Unterstützungsleistungen seitens des Landes für Primärversorgungszentren
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 5417)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5418 u. S. 5419), Georg R o s n e r (S. 5419)

Anfrage Nr. 171 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Abschlussbericht bezüglich der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes „Sicherheitspartner“ durch die FH Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 5420)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 5420 u. S. 5421)

Anfrage Nr. 173 des Abgeordneten Géza Molnár an Landesrätin Verena Dunst betreffend Neuerungen und Verbesserungen des neuen Jagdgesetzes in der Praxis
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 5421)
Zusatzfrage: Géza M o l n á r (S. 5423 u. S. 5424), Walter T e m m e l (S. 5425), Manfred K ö l l y (S. 5425)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde zum Thema „Das Burgenland als Familien-Land positionieren“; (auf Verlangen des ÖVP-Landtagsklubs)
Redner: Mag. Thomas S t e i n e r (S. 5428), Géza M o l n á r (S. 5431), Edith S a c k (S. 5434), Gerhard S t e i e r (S. 5438), Manfred K ö l l y (S. 5439), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5441), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 5442), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 5444), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 5446), Patrik F a z e k a s (S. 5447), Landesrätin Verena D u n s t (S. 5449), Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 5451)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1147), mit dem das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländische Feuerwehrgesetz 1994 und das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert werden (Zahl 21 - 805) (Beilage 1168);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 5452)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 5453), Manfred H a i d i n g e r (S. 5454), Mag. Franz S t e i n d l (S. 5455), Ewald S c h n e c k e r (S. 5457), Gerhard S t e i e r (S. 5459), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 5461)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5462)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1121), mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 21 - 793) (Beilage 1169);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5462)
Redner: Markus W i e s l e r (S. 5463), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 5465), Ingrid S a l a m o n (S. 5467), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5471)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5472)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1117) betreffend Landesgesundheitsfonds Burgenland und Steiermark (Zahl 21 - 789) (Beilage 1170);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5473)
Redner: Mag. Johann Richter (S. 5473), Georg Rosner (S. 5475), Günter Kovacs (S. 5476), Wolfgang Spitzmüller (S. 5478)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 5478)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend Glyphosat-Verbot (Zahl 21 - 826) (Beilage 1174)
Begründung der Dringlichkeit: Ingrid Salamon (S. 5478)
Redner: Gerhard Steier (S. 5481), Manfred Kölly (S. 5484), Wolfgang Spitzmüller (S. 5485), Géza Molnár (S. 5487), Walter Temmel (S. 5489), Kilian Brandstätter (S. 5490), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 5492), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 5494), Mag.a Regina Petrik (S. 5496), Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 5497)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 5499)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Markus Wiesler, Wolfgang Spitzmüller und Manfred Kölly auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 1145) betreffend eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020 (Zahl 21 - 803) (Beilage 1171);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 5499)
Redner: Gerhard Steier (S. 5500), Wolfgang Spitzmüller (S. 5504), Géza Molnár (S. 5505), Ing. Rudolf Strommer (S. 5506), Christian Illedits (S. 5508)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5511)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1141) betreffend Brustkrebs-Diagnose (Zahl 21 - 799) (Beilage 1172);
Berichterstatter: Georg Rosner (S. 5512)
Redner: Gerhard Steier (S. 5512), Manfred Kölly (S. 5514), Mag.a Regina Petrik (S. 5516), Manfred Haidinger (S. 5517), Mag. Michaela Resetar (S. 5518), Günter Kovacs (S. 5520), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 5521)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5523)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1142) betreffend Zahnprophylaxe für Kinder (Zahl 21 - 800) (Beilage 1173);
Berichterstatter: Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 5523)
Redner: Manfred Kölly (S. 5524), Manfred Haidinger (S. 5526), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 5526), Günter Kovacs (S. 5527), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 5528)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5528)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5399)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zur 35. Sitzung des Burgenländischen Landtages begrüßen und willkommen heißen. Ich begrüße alle Damen und Herren Abgeordneten des Hohen Hauses, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, unsere Zuseher und Zuhörer auf den Tribünen, aber auch Sie, die uns per Livestream heute hier beiwohnen.

Die 35. Sitzung des Burgenländischen Landtages ist somit e r ö f f n e t.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 34. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes. Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 35. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 25. Jänner 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Kulturbericht 2016 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 819) (Beilage 1161);
2. Beschlussantrag über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2016 (Der Grüne Bericht 2016) (Zahl 21 - 838) (Beilage 1186);

Vom Rechnungshof sind die Berichte betreffend

1. PEW Technik + Service GmbH (Zahl 21 - 815) (Beilage 1157);
2. Pensionsanpassung der Landesbeamtinnen und -beamten (Zahl 21 - 821) (Beilage 1163);
3. Pensionsstand und -ausgaben der Landesbeamtinnen und -beamten (Zahl 21 - 822) (Beilage 1164);
4. Tätigkeitsbericht 2017 (Zahl 21 - 823) (Beilage 1165);

eingelangt.

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof sind die Prüfungsberichte

1. betreffend „B 50 Burgenland Straße Umfahrung Schützen am Gebirge“ (Zahl 21 - 811) (Beilage 1153);
2. betreffend Rechnungsabschluss 2015 (Zahl 21 - 824) (Beilage 1166);

eingelangt.

Ebenso ist der Sonderbericht der Volksanwaltschaft 2017 betreffend Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen (Zahl 21 - 817) (Beilage 1159) eingelangt.

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend Glyphosat-Verbot (Zahl 21 - 826) (Beilage 1174) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner und Mag. Christian Sagartz, BA auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausstieg aus Glyphosat im Burgenland (Zahl 21 - 813) (Beilage 1155);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Verhinderung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren (Zahl 21 - 847) (Beilage 1195);

3. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert wird (Zahl 21 - 849) (Beilage 1197);
4. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausschöpfung von Übergangsfristen zum Schutz des burgenländischen Arbeitsmarktes (Zahl 21 - 850) (Beilage 1198);
5. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken (Zahl 21 - 851) (Beilage 1199);
6. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Fortführung der Aktion 20.000“ (Zahl 21 - 852) (Beilage 1200);
7. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31“ (Zahl 21 - 853) (Beilage 1201);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend suizidgefährdete Jugendliche im Burgenland (Zahl 21 - 806) (Beilage 1148);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Integrationsbedarf im Kindergarten (Zahl 21 - 807) (Beilage 1149);
3. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend „Landwirtschaft hat Zukunft“ (Zahl 21 - 808) (Beilage 1150);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Landschaftsschutzabgabe (Zahl 21 - 809) (Beilage 1151);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Kinder- und Jugendhilfegesetz (Zahl 21 - 810) (Beilage 1152);
6. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Kreisverkehr bei der Kreuzung B63 und L 272 (Zahl 21 - 827) (Beilage 1175);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 828) (Beilage 1176);
8. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 829) (Beilage 1177);
9. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 830) (Beilage 1178);
10. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 831) (Beilage 1179);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 832) (Beilage 1180);
12. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 833) (Beilage 1181);
13. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 834) (Beilage 1182);
14. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann

Hans Nießl betreffend ASV Siegendorf (Zahl 21 - 835) (Beilage 1183);

15. der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Hospitz- und Palliativeinrichtungen (Zahl 21 - 839) (Beilage 1187);
16. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Kulturzentrum Mattersburg (Zahl 21 - 844) (Beilage 1192);
17. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Burgenländisches Jagdgesetz (Zahl 21 - 846) (Beilage 1194);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Helmut Bieler (Zahl 21 - 770) betreffend Lärmschutz (Zahl 21 - 812) (Beilage 1154);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 769) betreffend Wohnungslosigkeit (Zahl 21 - 814) (Beilage 1156);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 772) betreffend Dienstwagen des Landesschulratspräsidenten (Zahl 21 - 816) (Beilage 1158);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 771) betreffend Akutordinationen (Zahl 21 - 818) (Beilage 1160);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 773) betreffend KRAGES (Zahl 21 - 820) (Beilage 1162);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 794) betreffend Vergabe von Sport- und Vereinsförderungen (Zahl 21 - 825) (Beilage 1167);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 795) betreffend Doppelstaatsbürgerschaften (Zahl 21 - 836) (Beilage 1184);
8. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 797) betreffend Missstände in einem sozialpädagogischen Wohnheim im Bezirk Neusiedl am See (Zahl 21 - 837) (Beilage 1185);
9. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 809) betreffend Landschaftsschutzabgabe (Zahl 21 - 840) (Beilage 1188);
10. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 808) betreffend Strategiekonzept „Landwirtschaft hat Zukunft“(Zahl 21 - 841) (Beilage 1189);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21- 807) betreffend Integrationsbedarf im Kindergarten (Zahl 21 - 842) (Beilage 1190);
12. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 806) betreffend suizidgefährdete Jugendliche im Burgenland (Zahl 21 - 843) (Beilage 1191);
13. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 832) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 845) (Beilage 1193);
14. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 810) betreffend Kinder- und Jugendhilfegesetz (Zahl 21 - 848) (Beilage 1196);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 819, Beilage 1161, die Berichte des Rechnungshofes Zahl 21 - 815, Beilage 1157, Zahl 21 - 821, Beilage 1163, und Zahl 21 - 822, Beilage 1164, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 849, Beilage 1197, Zahl 21 - 852, Beilage 1200, und Zahl 21 - 853, Beilage 1201, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 838, Beilage 1186, weise ich dem Agrarausschuss,

den Tätigkeitsbericht des Regnungshofes Zahl 21 - 823, Beilage 1165, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 850, Beilage 1198, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Prüfungsberichte des Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 811, Beilage 1153, und Zahl 21 - 824, Beilage 1166, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

den Sonderbericht der Volksanwaltschaft Zahl 21 - 817, Beilage 1159, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 847, Beilage 1195, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 813, Beilage 1155, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss und

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 851, Beilage 1199, weise ich

dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 806, Beilage 1148, Zahl 21 - 810, Beilage 1152, Zahl 21 - 829, Beilage 1177, und Zahl 21 - 839, Beilage 1187, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 807, Beilage 1149, Zahl 21 - 833, Beilage 1181, und Zahl 21 - 835, Beilage 1183, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 808, Beilage 1150, Zahl 21 - 830, Beilage 1178, und Zahl 21 - 846, Beilage 1194, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 809, Beilage 1151, und Zahl 21 - 831, Beilage 1179, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 827, Beilage 1175, Zahl 21 - 828, Beilage 1176, und Zahl 21 - 844, Beilage 1192, habe ich Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 832, Beilage 1180, habe ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 834, Beilage 1182, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 812, Beilage 1154, Zahl 21 - 814, Beilage 1156, Zahl 21 - 816, Beilage 1158, Zahl 21 - 818, Beilage 1160, Zahl 21 - 820, Beilage 1162, Zahl 21 - 825, Beilage 1167, Zahl 21 - 836, Beilage 1184, Zahl 21 - 837, Beilage 1185, Zahl 21 - 840, Beilage 1188, Zahl 21 - 841, Beilage 1189, Zahl 21 - 842, Beilage 1190, und Zahl 21 - 843, Beilage 1191, Zahl 21 - 845, Beilage 1193, und Zahl 21 - 848, Beilage 1196,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Weiters möchte ich mitteilen, dass am 10. Jänner 2018 der selbständige Antrag Zahl 21 - 804, Beilage 1146, von den Antragstellern zurückgezogen wurde.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salomon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Glyphosat-Verbot, Zahl 21 - 826, Beilage 1174, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, der Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 18 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im März letzten Jahres hat sich ein grausames Fischsterben in der Langen Lacke im Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel zugetragen. Dieses Tierleid hätte verhindert werden können.

Haben Sie für diese Wintersaison Vorkehrungen getroffen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Sie haben mir ja, wie Sie auch schon erwähnt haben, bereits im März vorigen Jahres eine Anfrage, eine schriftliche, zu diesem Thema zukommen lassen, die habe ich auch fristgerecht beantwortet. Vielleicht darf ich an dieser Stelle noch einmal kurz meine Antwort auf diese Frage zusammenfassen.

Dieses Fischsterben an der Langen Lacke hatte im vergangenen Jahr vor allem meteorologische Ursachen. Es war so, dass durch diese dicke Eisdecke, die auf der Langen Lacke entstanden ist, ein Sauerstoffentzug eingetreten ist und die Fische dadurch gestorben sind. Es war aber weder der Nationalparkverwaltung, noch dem wissenschaftlichen Leiter des Nationalparks, noch mir als zuständiges Regierungsmitglied dieser Umstand bekannt, dass sich überhaupt Fische und schon gar nicht so eine große Anzahl an Fischen in der Langen Lacke überhaupt aufhalten.

Es gab auch zu gar keinem Zeitpunkt irgendwelche Anzeichen dafür. Speziell auch deswegen, weil Ende der 1990er Jahre genau dort eine Totalsperre für Fische vom Zicksee aus errichtet worden ist. Diese Totalsperre hat eine Maschenweite von 0,5 bis zirka 1 cm, also eine sehr geringe Maschenbreite, um eben diesen unkontrollierten Fischzuzug zu verhindern. Augenscheinlich hat das auch sehr viele Jahre, fast schon Jahrzehnte funktioniert. Deswegen war niemand der Annahme, dass dort Fische in der Langen Lacke zu finden sind.

Jetzt rückblickend betrachtet, ist es natürlich so, dass, wahrscheinlich auf Grund der Starkregenereignisse, die im Jahr 2014 und 2015 stattgefunden haben, sehr kleine, also frisch geschlüpfte Kleinstfische durch dieses Maschennetz beziehungsweise über die Wasserschwellen in Richtung der Langen Lacke gedrückt worden sind. Das hat dann schlussendlich unbemerkt, wohlgemerkt, zu diesem hohen Fischbestand geführt und letztendlich dann auch zu dem Fischsterben.

Aber, wie gesagt, eigentlich hätten keine Fische in der Langen Lacke sein sollen. Das haben auch die Experten vor Ort immer wieder bestätigt. Die Experten vor Ort haben natürlich auch daraus gelernt.

Nach diesem Vorfall, der sich im Feber 2017 ereignet hat, haben wir in Absprache mit dem wissenschaftlichen Leiter des Nationalparks auch Probefischungen gemacht in der Wörtenlacke und am Unterstinkensee, die in unmittelbarer Nähe auch zur Langen Lacke sind. Dort wurden - bei diesen Probefischungen - keine Fische nachgewiesen.

Was noch dazu kommt ist, was heuer betrifft oder die heurige Wintersaison, dass ohnehin seit Monaten beinahe alle Lacken im und außerhalb des Nationalparks mit Ausnahme derer Lacken, die für Zwecke der Jagd genützt werden, wo wertvolles Grundwasser hineingepumpt wird, sind auf Grund unterdurchschnittlicher Niederschlagsmengen ohnehin im Moment fast trocken.

Das heißt, selbst wenn sich in naher Zukunft noch große Niederschlagsmengen ergeben sollten, dann hätte eine Fischpopulation auch gar keine Zeit, sich dort mehr in diesem Ausmaß zu entwickeln. Heuer, so etwas passiert nämlich nicht innerhalb von wenigen Tagen oder Wochen, sollte sich in der einen oder anderen Lacke jetzt noch im Sommer oder im Herbst sich das irgendwie ändern oder die sich überdurchschnittlich lange halten, dann werden wir natürlich weiterhin Probefischungen dort machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Gibt es eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Frau Landesrätin! Diese Bilder haben uns ja alle schockiert im Vorjahr, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer zeigt zwei Bilder)*, wenn 40 Tonnen Fische aus der Langen Lacke herausgezogen werden müssen, weil sie tot waren. In der Tierkörperverwertung Unterfrauenhaid, 40 Tonnen Fische verbracht werden mussten. Abgesehen davon, wenn zu Weihnachten, die verkauft worden wären, 6,50 Euro das Kilo, also wir reden von 240.000 Euro. Ich meine, da geht es auch um ein bisschen Geld.

Aber insgesamt, Frau Landesrätin, haben Sie nunmehr festgelegt, dass jährlich Probefischungen gemacht werden müssen oder Pegelstände beobachtet werden müssen? Denn mir erzählen die Eigentümer dieser Lacken, die sich in der Regel …

Präsident Christian Illedits: Die Frage bitte.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP) *(fortsetzend):* dass immer abgefischt wurde und Jahr für Jahr oder alle zwei Jahre, wenn es notwendig war, die Fische auch verkauft wurden. Haben Sie das in Auftrag gegeben?

Präsident Christian Illedits: Was jetzt? Sie haben drei Fragen gestellt.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP) *(fortsetzend)*: Nein, eine Frage, eine Frage.

Präsident Christian Illedits: Welche?

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP)| *(fortsetzend)*: Haben Sie in Auftrag gegeben, dass Probefischungen oder Pegelstände ständig kontrolliert werden müssen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Das habe ich Ihnen schon beantwortet. Weder der Nationalparkverwaltung noch dem wissenschaftlichen Leiter war bekannt, dass dort überhaupt Fische vorhanden sind.

Na, ich habe es, glaube ich, sehr deutlich ausgeführt, wieso das so ist. Das war in den letzten 16, 17, ich glaube fast, 20 Jahren schon so, dass auf Grund dieser Sperren dort gar keine Fische vorkommen hätten sollen. Selbst in Zeiten von hoher Aktivität, das heißt beispielsweise sogar in der Paarungszeit, waren dort keine Anzeichen vorhanden, dass dort Fische vorhanden sind.

Wie gesagt, wir führen die Probefischungen durch, und es wird in dem Ausmaß sicherlich nicht mehr passieren. Die Experten vor Ort haben auch dazugelernt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Wir werden heuer 25 Jahre Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel feiern. Das Informationszentrum ist ja in meiner Heimatgemeinde in Illmitz, die Nationalparkverwaltung in Apetlon. Auf dem Apetloner Hotter befindet sich diese Lange Lacke. Innerhalb dieser 25 Jahre, seit der Nationalpark das gepachtet hat, sind ja auch schon Abfischungen durchgeführt worden.

Wer immer Ihnen das gesagt hat, es gab dort seither keine Fische drinnen, der kann sich nicht an diese 25 Jahre erinnern. Tatsache ist, dass auch der Nationalpark schon abgefischt hat. Diese Argumentation lasse ich nicht gelten. Andere Frage stelle ich. Frau Landesrätin! Es geht jetzt um die Weiterentwicklung des Nationalparks. Wir sollten alle gemeinsam daran arbeiten, dieses Jahrtausendprojekt auch künftighin fortführen zu können.

Wie stehen Sie einer Flächenerweiterung des Nationalparks gegenüber?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zum einen möchte ich aber trotzdem noch zum letzten Punkt kommen, weil vom Nationalparkdirektor, der die letzten 25 Jahre dort Direktor war, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Der hat gefischt!)* von dem stammt unter anderem diese Aussage. Der wissenschaftliche Leiter, Prof. Herzig, hat genau dasselbe gesagt. Also, wenn Sie mir die Expertise absprechen, bitte. Aber wenn Sie den Experten vor Ort, dem Nationalparkdirektor, der 25 Jahre dort tätig war, und dem wissenschaftlichen Leiter das absprechen, dann ist es eine Unverschämtheit. Nur das dazu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es ist jetzt im Jubiläumsjahr sehr, sehr vieles geplant, sehr vieles an Veranstaltungen auch und wir stehen einer Flächenerweiterung positiv gegenüber. Im Moment gibt es auch schon einen fertigen Vertragsentwurf und der Nationalpark, der Direktor, ist mit den Mitarbeitern gerade im Moment in laufenden Verhandlungen mit der IG Illmitz. Das heißt, es wird heuer noch zu dieser Flächenerweiterung kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Brandstätter. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wir haben bereits gehört, dass der Nationalpark heuer sein 25-jähriges Bestandsjubiläum feiert. Mich würde interessieren, welche Initiativen und Schwerpunkte sind in den nächsten Jahren geplant, um den Bestand dieses Naturjuwels sicherzustellen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Jubiläumsjahr sind natürlich speziell Veranstaltungen im Nationalpark geplant. Wir bieten ja grundsätzlich das ganze Jahr über ein sehr reichhaltiges und sehr abwechslungsreiches Besucherprogramm, vor allem natürlich auch für Kinder und Jugendliche. Das werden wir auch im Nationalpark im Jubiläumsjahr fortsetzen. Zusätzlich sind weitere Veranstaltungen geplant.

Auf der einen Seite wird es am 13. Juni ein großes Jubiläumsfest geben. Es wird dann im Herbst noch ein Familienfest angeschlossen werden, natürlich wird es über den ganzen Sommer hinweg auch Vortragsabende geben. Verschiedenste Veranstaltungen wie beispielsweise grenzüberschreitende Fahrradtouren und vieles mehr.

Wir werden verstärkt auf das Thema Öffentlichkeitsarbeit setzen, um den Nationalpark noch mehr zu den Leuten hinauszutragen und noch mehr Bewusstseinsbildung zu betreiben. Es wird eine Nationalpark-Jubiläumsdokumentation geben, auch die Informationsinfrastruktur im Nationalpark wird aktualisiert werden. Uns ist wichtig, dass die Marke „Nationalpark Neusiedler See“ noch mehr gestärkt wird.

Wir werden natürlich auch auf neue Medien setzen. Was wir auch im Laufe des nächsten Jahres planen, ist, dass wir mit verschiedenen EU-Projekten, sobald diese genehmigt werden, auch in die Modernisierung des ganzen Informationszentrums investieren wollen, um das Ganze noch moderner und interaktiver gestalten zu können. Also es ist vieles geplant und wir freuen uns natürlich über viele Besucher. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller an Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben vor kurzem eine Kampagne zur Bewusstseinsstärkung der Biodiversität - Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten angekündigt. Sie erwähnen darin unter anderem ein Biodiversitätsmonitoring.

Was ist darüber hinaus mit den geplanten 200.000 Euro konkret geplant?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Biodiversität - da werden Sie mir sicher zustimmen, ist ein sehr wichtiges Thema. Vor allem auch für eine intakte Natur und für eine hohe Lebensqualität. Leider ist es so, dass weltweit die Biodiversität zurückgeht und das in leider besorgniserregend schnellem Tempo. Das ist einerseits bedingt durch den Verlust an Lebensräumen, da werden Arten isoliert, dann geht die genetische Vielfalt verloren.

Das führt letztendlich dazu, dass Arten dann vom Aussterben bedroht sind. Es gibt dann noch viele weitere Faktoren, beispielsweise intensive Landwirtschaft, Einsatz von Pestiziden und auch Zersiedelung. Glücklicherweise gibt es die Österreichische

Biodiversitäts-Strategie 2020+, die ist vor allem eine sehr, sehr wichtige Grundlage, um diesen Herausforderungen entgegenzutreten. Gerade in dieser Strategie ist aufgezeigt worden, dass in den österreichischen Naturparken hier sehr viel Potential besteht, was die Förderung von Biodiversität betrifft.

Deswegen ist es uns besonders wichtig, und da haben sich auch die ganzen österreichischen Naturparke vor allem auch schon im vergangenen Jahr zusammengeschlossen, um intensiv an dieser Umsetzung der Biodiversitäts-Strategie, vor allem auf regionaler Ebene über die Naturparke zu arbeiten. Es gab da auch beispielsweise eine Tagung im vergangenen Jahr in Lockenhaus, wo auch eine Studie „Naturparke und Biodiversität“ erstellt worden ist.

Bei diesen Tagungen und bei dieser Zusammenarbeit mit den Naturparken hat sich auch gezeigt, dass vor allem im Bereich der Bewusstseinsbildung sehr viel Handlungsbedarf noch besteht, vor allem auch zum Thema Biodiversität. Daraus ist dann dieses Projekt entstanden, das ich vor einigen Wochen präsentiert habe.

Sie haben richtig gesagt, das Projekt hat einen Gesamtumfang von insgesamt 200.000 Euro, wobei es neben dem Biodiversitätsmonitoring um viele verschiedene Maßnahmen geht, das sind beispielsweise natürlich Öffentlichkeitsarbeit wie Broschüren zu erstellen, spezifisch für jeden Naturpark. Das heißt, es wird spezifisch auf jeden Naturpark eingegangen und auf die Arten, die dort zu finden sind.

Es werden aber auch Materialien für Naturparkschulen und Naturparkkindergärten zur Verfügung gestellt und ausgearbeitet. Es wird Biodiversitätsaktionstage geben, vor allem wieder mit dem Schwerpunkt Schulen, hauptsächlich zu Spezialthemen wie Streuobst und Hecken und Neophyten.

Wie gesagt, Öffentlichkeitsarbeit habe ich auch schon erwähnt. Es wird Ausrichtungen von Fachtagungen im nächsten Jahr oder in den nächsten Jahren geben. Es wird auch zielgruppengerechte Biodiversitätsführungen vor Ort geben. Es wird eine Pilotaktion geben, hier wird der Schwerpunkt wieder besonders auf der Weiterentwicklung der Biodiversität in Heckenlandschaften liegen. Es wird dann auch eine Medienkampagne mit einer ORF-Serie geben zum Thema Naturparke im Jahresverlauf, wo vor allem die Naturparke noch einmal hervorgehoben werden sollen. Es handelt sich hier wirklich um eine sehr große, umfassend angelegte Kampagne.

Das meiner Meinung nach auch zu Recht, weil es sich um ein sehr wichtiges Thema handelt. Uns ist wirklich daran gelegen, dass das Burgenland von morgen dieselbe Lebensqualität, wenn nicht noch eine bessere aufweist, wie wir sie heute vorfinden. Für geschützte Gebiete ist es natürlich auch wichtig, diese nicht unter eine Glasglocke zu stellen, sondern zu versuchen, mit den verschiedensten Akteuren vor Ort zusammenzuarbeiten. Das tun wir mit diesem Projekt auch.

Es gibt Kooperationen mit gezielten Akteuren, mit dem Tourismus, mit der Landwirtschaft, mit den Naturparkgemeinden, mit den Naturparkschulen und Kindergärten. Es ist uns hier wichtig, noch mehr Akzeptanz für solche Themen zu schaffen, für Naturthemen und Motivation vor allem auch zu schaffen, damit jeder und jede Einzelne selbst in seinem eigenen Wirkungsbereich auch einen Beitrag dazu leistet. Es ist, glaube ich, wichtig, die breite Bevölkerung hier einzubinden und nicht nur zu informieren, sondern vor allem auch einen emotionalen Bezug zu Naturschutz, zu Umweltschutzthemen, in dem Fall zum Thema Biodiversität, herzustellen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir hier vor allem mit den Naturparken auf einem sehr guten Weg sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Frau Landesrätin, Sie haben selbst sehr stark die Naturparke jetzt erwähnt, aber wir wissen, dass die Rückgänge sowohl bei Insekten, Schmetterlingen als auch schon bei Vögel sehr massiv praktisch vor unserer Haustüre sind. Sie haben selbst die Landwirtschaft, die Bodenversiegelung auch erwähnt. Bewusstseinsbildung ist wichtig.

Was plant die Landesregierung bezüglich Landwirtschaft und Bodenversiegelung zu machen, damit hier mehr Lebensraum vorhanden bleibt?

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, eine direkte Zuständigkeit für Bodenversiegelung, Raumordnungsthematik ist für die Frau Landesrätin eigentlich nicht gegeben. Landwirtschaft auch nicht.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Gut, ich konkretisiere meine Frage. Was ist über die Bewusstseinsbildung hinaus konkret geplant, um die Biodiversität im Burgenland zu sichern?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Ohnehin sehr viel, weil wir immer wieder neue Flächen auch anpachten. Wir sind vor allem auch bestrebt, immer wieder Lücken zu schließen. Das wird unter anderem auch dabei passieren, dass wir beim Nationalpark auch eine Flächenerweiterung durchführen.

Es werden immer wieder Lücken geschlossen, um Lebensräume miteinander zu verbinden. Das ich nämlich auch mit eines der Probleme, wieso Biodiversität zurückgeht, weil Lebensräume isoliert sind und sich dann die genetische Artenvielfalt dort sehr im Zaum hält oder sehr zurückgeht.

Deswegen wollen wir versuchen, mit bestimmten Korridoren durch Flächen, die wir eben anpachten oder kaufen, diese Lebensräume wieder miteinander zu verbinden und Biodiversität von Seiten des Naturschutzes weiter zu unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage sehe ich nicht.

Somit kommen wir zur dritten Anfrage. Sie ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Um die medizinische Versorgung durch Hausärzte zu sichern, sind viele Maßnahmen nötig. Im September 2017 haben Sie medial verkündet, dass die Errichtung einer neuen Praxis mit 50.000 Euro unterstützt wird. Im Landesvoranschlag ist dafür ein Gesamtbudget von 50.000 Euro vorgesehen.

Möchten Sie im Jahr 2018 tatsächlich nur die Einrichtung einer einzigen neuen Praxis unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Nein, natürlich nicht. Sie geben mir aber mit dieser Frage die Möglichkeit, auf das Gesamtproblem hinzuweisen. Wir haben ein 5-Punkte-Programm von Seiten der Burgenländischen Landesregierung ins Auge gefasst.

Es beginnt damit, dass wir die jetzige Regierung, aber auch schon die alte aufgefordert haben, die Einschränkung beim Zugang zum Studium aufzugeben, denn wenn wir jetzt kurz zurückblicken, dann sehen wir, dass wir im Jahr 2000 21.060 Studierende im Fach Humanmedizin an den Unis gehabt haben. Jetzt haben wir aufgrund der Beschränkungen des Zuganges zum Studium 1.536 bei knapp 16.000 Bewerbern pro Studienjahr.

Es kommt noch erschwerend und verschärfend dazu, dass 75 Prozent dieser Studienplätze an Inländer gehen, die restlichen 25 Prozent teilen sich auf, auf 20 Prozent für Studierende aus dem EU-Ausland und fünf Prozent für Drittstaaten-Angehörige. Sie sehen, zwischen dem Jahr 2000 haben über 20.000 Menschen die Möglichkeit gehabt, ein Medizinstudium zu beginnen, jetzt sind es ungefähr 1.500, 1.600. Das ist ein großer Unterschied und sorgt dafür, dass wir in Zukunft auch Engpässe haben werden.

Wir werden im Burgenland in den nächsten Jahren davon auszugehen haben, dass wir zehn bis zwölf Allgemeinmediziner brauchen. Deswegen hat das Land auch schon Maßnahmen gesetzt, die weit eigentlich über unsere Kompetenz hinausgehen, die ein „Goody“, möchte ich fast sagen, des Burgenlandes sind. Unter anderem finanzieren wir Kurse, die, wie gesagt, den von mir nicht geliebten Aufnahmeprüfungen insofern entgegenkommen, als Burgenländerinnen und Burgenländer von der Fachhochschule und vom Gymnasium Oberpullendorf kostenlos ausgebildet und vorbereitet werden auf diese Kurse, um auch den Kurs dann zu schaffen.

Drittens haben wir Stipendien jetzt eingeführt: ungefähr 300 Euro ab dem dritten Studienjahr.

Viertens haben wir im klinisch-praktischen Jahr 650 Euro an Förderungen auch für die Menschen ausgeschrieben, die dieses klinisch-praktische Jahr benötigen.

Sie sehen, dass das Land hier nicht nur Geld in die Hand nimmt, sondern auch strategisch dafür sorgen möchte, dass es mehr Ärzte im Burgenland gibt.

Der Punkt, den Sie jetzt ansprechen. Es ist das Ziel, zentral eine wohnortnahe und somit im wahrsten Sinne des Wortes bürgernahe Versorgung der Menschen zu gewährleisten. Ich darf in diesem Zusammenhang - ich kann es Ihnen nicht ersparen, ich habe schon mehrfach in diesem Hohen Haus gesagt - daran erinnern, dass Ihre Partei oder Vertreter Ihrer Partei vor nicht einmal drei Jahren beispielsweise die Zahl der Spitäler von fünf auf zwei reduzieren wollten. Aus meiner Sicht … *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was passiert in Güssing? Ihr seid eh gerade dabei.)* Güssing bleibt bestehen, davon können Sie ausgehen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja. Und was bleibt bestehen? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das Gebäude wird immer bestehen. – Zwiegespräche in den Reihen)* Es bleibt genügend bestehen in Güssing. Es sind alle fünf Standorte abgesichert. Es ist ein unterschiedlicher Zugang offensichtlich zu den Themen gegeben. *(Abg. Edith Sack: Komplett unterschiedlich.)*

Wir wollen zur Absicherung des Landarztangebotes auch zusätzliche Anreize für Medizinerinnen und Mediziner schaffen. Noch einmal gesagt, ich möchte darauf verweisen - das gibt es nicht in allen Bundesländern -, dass wir ab dem dritten Studienjahr 300 Euro pro Monat an angehende Ärzte auch auszahlen werden, wenn sie sich dazu bekennen, für fünf Jahre im Burgenland auch zu ordinieren. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Da sind wir einer Meinung. Das ist durchaus so, dass das auch mit der ÖVP, mit der Oppositionspartei, so abgesprochen wurde und zu dem stehe ich auch.

Zum anderen sollen diese Praxisumbauten, die auch in dieser Frage angesprochen sind, mit einem Zuschuss von mindestens 50.000 Euro gefördert werden, auch mit der Auflage, dass man dann länger im Burgenland hier eine Praxis betreiben muss.

Die Förderung zur Errichtung neuer Arztpraxen und der Umbau bestehender Praxen wird über das EU-Programm für ländliche Entwicklung ELER finanziert werden. Hier stehen dem Land Burgenland für Investitionen in ambulante Gesundheitsdienstleistungen Förderungen von mehr als 1,5 Millionen Euro bis 2020 zur Verfügung.

Wir haben eine Sonderrichtlinie des Landes Burgenland, wo wir umsetzen werden und ich darf wörtlich zitieren: „Durch den Ausbau sozialer Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Pflegegesundheitseinrichtungen und Dienstleistungen einschließlich Gesundheitsforderungen sollen diese Einrichtungen für alle, die im ländlichen Raum Bedarf haben, in hoher Qualität zugänglich gemacht werden und die Beschäftigungspotentiale von Frauen mit Betreuungspflichten gehoben werden."

Also, es ist ein ELER-Projekt, das hier zur Anwendung kommt. Mit diesem ELER-Projekt werden wir das, was wir versprochen haben, auch umsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Zweimal gute Nachrichten, wo wir sicher auf Ihrer Linie sind oder Sie umgekehrt auf unserer. Ist ja dann völlig egal, Hauptsache es passiert etwas in der Sache. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* Die Landarztstipendien sind schon von uns gekommen, in dem Fall braucht man nicht grinsen.

Herr Landesrat, die Frage ist, Sie wissen ja, Sie haben das oft immer erwähnt, die „Work-life-balance" ist die wichtigste Sache, die Ärzte davon abhält, ins Land zu gehen, in die ländlichen Regionen. Die Akutordinationen sollen genau das ein wenig aufbessern, die „Work-life-balance" der Ärzte verbessern.

Ihr Kollege Doskozil hat angekündigt, am 1. April werden flächendeckend diese sieben Akutordinationen in Betrieb sein. Halten Sie das für realistisch?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Abgeordneter! Ich halte das für realistisch. Wir haben fünf Standorte für Akutordinationen in den Spitälern, in den fünf Spitalsstandorten. Wir haben zwei Bezirke, wo es kein Spital gibt, das ist Mattersburg und Jennersdorf. Auch für dort wurde nicht nur angekündigt, sondern wird auch diese Akutordination eingerichtet werden.

Ich halte es für realistisch, und ich möchte noch einmal vielleicht darauf hinweisen, Sie wissen das aber genauso gut wie ich, dass die Erfahrungen aus dem Krankenhaus Oberwart mit dem ersten Projekt gut sind und dass diese Akutordinationen mit einer anderen qualitativen Ausrichtung auch in den beiden Bezirken Mattersburg und Jennersdorf eingerichtet werden können.

Ich halte die Aussage des Kollegen Doskozil nicht nur für realistisch, sondern auch für umsetzbar. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat! Wenn man sich den Fragespiegel ansieht, dann merkt man, Frage zehn ist Abgeordneter Kovacs an Doskozil bezüglich Akutordinationen. Ich bin jetzt ein wenig verwirrt. Sie müssen jetzt ein wenig Licht ins Dunkle bringen. *(Abg. Doris Prohaska: Weihnachten ist schon vorbei.)*

Wer ist jetzt für Akutordinationen im Land zuständig? Ist es der Kollege Doskozil, weil er über die KRAGES das macht? Sind es Sie, weil Sie für die Ärztekammer und für das Gesundheitswesen zuständig sind? Wenn Sie jetzt davon reden, dass auch im Bezirk Mattersburg und Jennersdorf Gott sei Dank Einrichtungen kommen, diesbezüglich gab es die Idee des Roten Kreuzes, kann der Kollege Tschürtz noch zuständig sein im Sicherheitsbereich, also ich bitte Sie um eine konkrete Antwort.

Welches Regierungsmitglied ist für Akutordinationen im Land zuständig?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es sind beide Regierungsmitglieder zuständig, weil es um eine Querschnittsmaterie geht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn es eine Querschnittsmaterie ist, ist der Herr Landeshauptmann zuständig. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir sind für den Landeshauptmann. Das ist am gescheitesten. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sicher ist sicher.)*

Sie kennen die Beschlüsse, die die Landesregierung gefasst hat. Der Kollege Doskozil ist für die KRAGES zuständig und *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr wolltet ja die Zuständigkeiten vereinfachen. – Abg. Doris Prohaska: Hört doch zu! – Abg. Edith Sack: Ihr wollt etwas wissen, fragt was und hört nicht zu. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Da stimmt etwas nicht. – Abg. Doris Prohaska: Geh bitte!)* damit natürlich auch für die Akutordinationen im weitesten Sinne, weil diese Akutordinationen Gott sei Dank in den Spitälern beheimatet sind, in den Bezirken, wo es Spitäler gibt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Niemand etwas dagegen.)*

Sie wissen ganz genau, ich habe ein sehr freundschaftliches Verhältnis zur Ärztekammer und zum Ärztekammerpräsidenten, aber die Ärztekammer war am Beginn sehr skeptisch, wie es darum gegangen ist, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weiß er das auch?)* in der KRAGES diese Akutordinationen anzubieten. Hat sich aber bewährt in Oberwart. Insofern sehen wir hier keinen Interessenskonflikt, ganz im Gegenteil.

Wir werden die Qualität bieten, die diese Akutordinationen brauchen, die Finanzierung ist gesichert. Ich hoffe, Sie machen sich keine Sorgen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Querschnittsmaterie! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie Akutordinationen eine Querschnittsmaterie sein können?)*

Präsident Christian Illedits: Nur zur Klarstellung, die Frage an den Herrn Landesrat Doskozil Akutordination wurde demzufolge zugelassen, weil er zuständig ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Und nicht der Kollege Darabos? – Abg. Mag. Michaela Resetar: Beide sind zuständig.)* Sonst hätte ich die Frage an den Herrn Landesrat Doskozil nicht zulassen können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gut, dass es einen Präsidenten gibt, der uns das auch sagt. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt kennen wir uns aus. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Obwohl mir der Landeshauptmann lieber gewesen wäre.)*

Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ein sehr großes Problem für Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner, wenn sie sich überlegen, hier eine Ordination zu führen, ist die nicht ganz optimale Abwicklung des

Leistungskatalogs und welche Leistungen hier überhaupt bezahlt werden. Wir wissen alle, das, was letztendlich bei der Abrechnung angegeben wird, nicht immer das ist, wofür ein Arzt/eine Ärztin auch wirklich Zeit braucht. Dass Untersuchungen, die vor Ort nötig wären, wie Gefäßuntersuchungen zum Beispiel, jetzt gar nicht gemacht werden können oder nicht abgegolten werden.

Gibt es Ihrerseits auch Verhandlungen mit den Krankenkassen und mit der Ärztekammer, diesen Leistungskatalog anzupassen und nachzubessern?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sie haben es in Ihre Frage schon formuliert. Zuständig ist hier die Gebietskrankenkasse, wenn es um Kassenverträge geht. Es gibt natürlich auch sehr viele Wahlärzte mittlerweile im Burgenland. Ich stehe auch zu diesem System, da sind nicht alle meiner Meinung, aber ich stehe dazu, dass wir dieses Mischsystem auch haben.

Wir sind auch pausenlos im Gespräch mit den Krankenkassen, was diesen Leistungskatalog betrifft, und wir sind auch der Meinung oder ich bin der Meinung, dass es hier durchaus auch sinnvoll ist, das auch österreichweit auf ein Level zu bringen, um dafür zu sorgen, dass nicht die Burgenländische Gebietskrankenkasse andere Leistungen anbietet und zu anderen Preisen anbietet als die Wiener Gebietskrankenkasse beispielsweise.

Aber wir sind hier in Verhandlungen und auch, was den Bereich der Akutordinationen beziehungsweise der Primärversorgungseinrichtungen betrifft, sind wir in guten Gesprächen. Die Burgenländische Gebietskrankenkasse ist aus meiner Sicht hervorragend geführt, auch innovativ geführt.

Sie können davon ausgehen, dass wir auch versuchen, diesen Leistungskatalog in dem Sinne, den Sie angesprochen haben, auch anzupassen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Rosner.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Um die ärztliche Versorgung im ländlichen Bereich abzusichern, sollen nun auf ÖVP-Vorschlag Landarztstipendien vergeben werden. Sie haben das vorher kurz angesprochen.

Welche konkreten Schritte haben Sie bereits gesetzt, um dieses Vorhaben umzusetzen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sie haben die Frage jetzt doppelt gestellt; ich habe das schon gesagt. Wir haben das im Budget so verankert. Wir bieten das den Ärzten an, das Stipendium ab dem dritten Jahr wird ungefähr 300 Euro betragen.

Wie gesagt, mit der Einschränkung, dass wir hier dafür nicht nur Sorge tragen müssen, sondern dass man sich auch verpflichten muss, als Arzt oder Ärztin über fünf Jahre eine Praxis im Burgenland auch zu führen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet.

Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Temmel um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In der Landtagssitzung am 16.11.2017 haben Sie angekündigt, gemeinsam mit der FH Burgenland einen neuen Studienlehrgang zum Bereich Genussprodukte zu schaffen.

Welche konkreten Schwerpunkte soll dieser neue Studienlehrgang beinhalten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass es im Burgenland einen Verein, nämlich den Verein Burgenländisches Genuss- und Agrarmarketing gibt. Mit einem klaren Ziel - nämlich agrarische Produkte zu vermarkten, zu vernetzen, und hier natürlich dafür zu sorgen, dass es faire Preise für die Produzenten gibt. Und vor allem - heute haben wir viele junge Menschen auf den Zuschauertribünen - auch gesunde Ernährung, weil ich weiß, dass ihnen das sehr wichtig ist, dass man sich gesund ernährt.

Ganz konkret zu Ihrer Frage. Eines ist klar, dass natürlich immer wieder das Burgenland danach trachtet - das Land Burgenland ist eines von vielen Mitgliedern im Verein des Agrarmarketing, wie die Landwirtschaftskammer beispielsweise, der Tourismus natürlich auch mit dabei und die Wirtschaftskammer -, dass wir natürlich auch immer alle interessiert sind, dass die Genuss Burgenland neue Wege beschreitet.

Es hat mehrere Anfragen gegeben an Spar, REWE, Merkur und, und, und. Ich möchte hier nicht alle aufzählen. Es sind alle herzlich eingeladen, dass sie über den Verein Genuss Burgenland - kurz genannt - schauen, ob es möglich ist, im Burgenland auch einen Genusslehrgang zu installieren. Diese Gespräche laufen. Der Verein Genuss Burgenland hat auch Anleihe genommen in anderen Bundesländern. In Salzburg beispielsweise gibt es schon so einen Genusslehrgang. Das wäre natürlich sicher nicht schlecht.

Ich kann aber konkret jetzt nicht sagen, a) bin ich nicht dort Geschäftsführerin und b) gibt es natürlich laufende Gespräche. Denn eines ist klar, wenn es hier zu diesem Genusslehrgang über die FH Burgenland kommen kann, so wie eben in Anleihe Salzburg, dann geht es darum, dass wir hier aus der Privatwirtschaft, das wird ein Selbstzahlerstudium sein, dass wir aus der Privatwirtschaft hier Anfragen brauchen, damit hier ein Start überhaupt möglich ist.

Ich möchte aber dazu sagen, trotz Selbstzahlerstudium, weil Sie mich so gefragt haben, ist mir nur eines wichtig, ich bin sehr froh, dass es auf der FH Burgenland, wenn man schon ein Studium selbst zahlen muss, dass es auf alle Fälle keine Studiengebühren gibt. Das, was Sie da planen, ist nicht in Ordnung, weil das natürlich alle anderen zurückstellt, die nicht Kinder reicher Eltern sind.

Das finde ich schade. Das heißt, zusammengefasst, ja, es gibt Gespräche zwischen der Genuss Burgenland und vielen privaten Produzenten beziehungsweise großen Handelsketten, hier diesen Genusslehrgang zu starten. Aktuell sind wir noch weit davon entfernt. Hier gibt es einmal eine Abfrage, wenn es so weit kommt, wird es natürlich eine professionelle Marktanalyse geben. Wie viele Teilnehmer könnten das in etwa sein? Dann wird natürlich erst ein Curriculum zu entwerfen sein.

Ich gehe also im Moment nicht davon aus, dass das im Herbst realisierbar ist. Aber noch einmal, ich bin ja nicht operativ im Geschäft. Das Land Burgenland ist einer neben dem Tourismus, neben der Wirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammer, ein Teil von vielen in diesem Genuss Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sie haben einige Private erwähnt, dass es schon Gespräche gegeben hat. Hat es auch mit anderen Beteiligten - zum Beispiel Landwirtschaftskammer, Wirtschaftskammer, FH Burgenland - Gespräche gegeben?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ganz wichtig ist, dass natürlich ein Verein Genuss Burgenland genauso aufgebaut ist wie andere Vereine. Es gibt einen Vorstand, es gibt eine Vollversammlung. Ich bin überzeugt, dass es hier gute Gespräche gibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Haben Sie bereits konkrete Pläne? Sie haben schon etwas von der Finanzierung angedeutet.

Haben Sie konkrete Pläne, wie das finanziert werden kann?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Nachdem wir zwei Südburgenländer sind und ich Ihnen natürlich entgegenkomme, beantworte ich es noch einmal, obwohl ich es in der Frage eins schon beantwortet habe. Ich wiederhole gerne. In der Schule als Pädagoge hört man immer, sind ja auch einige Kollegen da, hört man immer wieder, Wiederholung ist wichtig, ich mache das gerne für Sie. Ich wiederhole noch einmal.

Zuerst muss natürlich dementsprechend die Marktanalyse gemacht werden, aber erst dann, wenn es konkrete Zeichen gibt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also erst ankündigen und dann evaluieren, ob es einen Markt gibt. Sehr interessant! Super!)* Hier hat es viele Gespräche mit REWE, Spar, Merkur und so weiter gegeben.

Wenn hier genug Studentinnen und Studenten zusammenkommen, dann wird es zunächst eine Marktanalyse geben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Vielleicht brauchen wir es gar nicht.)* Als Zweites wird es natürlich erst ein Curriculum geben, weil es natürlich auf die Wünsche der Studenten beziehungsweise der zu entsendenden Mitarbeiter in den einzelnen Handelsketten ankommt, dann wird es konkret.

Aber noch einmal: Das Land Burgenland ist ein Teil von vielen Vereinsmitgliedern und jeder von diesen Vereinsmitgliedern ist sehr kompetent und wird wissen, was sie tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben Spar und REWE genannt. Einige Produkte von Spar und REWE, die vom Ausland kommen, sind mit Glyphosat behandelt.

Werden Sie dafür sorgen, dass auch diese Produkte von den Regalen verschwinden oder zumindest gekennzeichnet werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wenn ich an jene, die bei Spar und REWE im Ausland einkaufen, und deren Gagen denke, denke ich, sollte ich meinen Platz dorthin verändern.

Leider kann ich Spar und REWE nicht anordnen, dass sie sofort diese Produkte von den Regalen nehmen. Könnte ich es, würde ich es sofort tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Doris Prohaska: Unserem Antrag mitzustimmen, ist der erste Schritt. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn es ein gescheiter Antrag ist. – Abg. Edith Sack: Du brauchst nicht jetzt fragen, ob er gescheit ist. Das hättest Du gestern müssen. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn es ein gescheiter wäre; ich weiß eh, dass es kein gescheiter ist.)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Temmel um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im Burgenland gehen laut Klimabündnis Österreich 2,2 Hektar Boden jeden Tag verloren.

Welche Maßnahmen setzen Sie als Umweltlandesrätin, den wertvollen Boden für unsere Nahrungsmittelproduktion zu schützen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie sicherlich wissen, ist das Thema Boden eine Querschnittsmaterie und berührt viele Bereiche und Zuständigkeiten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schon wieder?)* Ich kann mich auf den Bereich konzentrieren, der mich betrifft, als Naturschutz- und Umweltlandesrätin. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist uns eh am liebsten.)*

Der Boden ist natürlich ein sehr wichtiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Er ist ein sehr wichtiger Wasserspeicher. Er ist auch ein sehr wichtiger Kohlenspeicher, leistet damit auch einen sehr wichtigen Beitrag, was das Thema Klimaschutz betrifft.

Gerade wir hier im Burgenland sind uns dieser zentralen Funktion unserer Böden bewusst. Es steht ja auch mittlerweile mehr als ein Drittel der Landesfläche unter Naturschutz. Das sind knapp 34 Prozent. Genau auf diese Böden wird besondere Rücksicht genommen. Darauf sind wir natürlich sehr stolz, und das ist eine sehr gute Ausgangslage.

Natürlich dürfen wir uns auf diesen Errungenschaften und auf diesem Niveau auch nicht ausruhen. Deswegen gibt es in den verschiedensten Gesetzen verschiedenste Maßnahmen, um das Thema Bodenschutz zu gewährleisten. Ich habe es vorhin auch schon erwähnt.

In meinem Zuständigkeitsbereich, auch die IG Illmitz oder die Flächenerweiterung des Nationalparks, die wir 2018 anstreben, geht weiter in diese Richtung. Das heißt, auch da werden wertvolle Böden in diesem Nationalparkgebiet eingebracht. Es wird sich um eine Fläche zwischen 100 und 120 Hektar handeln. Das geht dabei auch vor allem um Erschließung von Lücken.

Wir haben im Burgenland den Landesentwicklungsplan, das Landesentwicklungsprogramm unter dem Leitbild „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“, auch das ist ein sehr deutliches Bekenntnis zu einer nachhaltigen Entwicklung, vor allem auch im Bereich des Natur- und Umweltschutzes.

Auch mit der örtlichen Raumplanung können beispielsweise sehr viele Gemeinden wichtige Maßnahmen zum Thema Bodenschutz leisten. Der Landesentwicklungsplan legt unter anderem auch fest, dass gerade die dauerhafte Bodenversiegelung nur im

unbedingt erforderlichen Ausmaß erfolgen darf und dass Revitalisierungen und vor allem Versiegelungen zu forcieren sind, und unter anderem auch, dass hochwertige Produktionsflächen zu erhalten sind und auch von dauerhafter Versiegelung zu bewahren sind.

Nebenbei gibt es auch noch das Burgenländische Raumplanungsgesetz, wo auch Gemeinden beispielsweise im Burgenland dazu verpflichtet sind, im Rahmen von fünf bis zehn Jahren Maßnahmen zur Baulandmobilisierung zu treffen. In dem Gesetz sind unter anderem auch Verkaufsflächenobergrenzen für Einkaufszentren geregelt, genauso wie Raumverträglichkeitsprüfungen.

Also man sieht hier, man schaut hier sehr streng auf das Thema Bodenschutz. Auch die Dorferneuerung setzt immer wieder neue Akzente. Danke auch dafür.

Natürlich ist in diesem Zusammenhang auch unabdingbar das Thema Bewusstseinsbildung, dass die Bevölkerung, natürlich auch die Gemeinden, das ihre dazu beitragen. Vor allem die Gemeinden sind hier auch wichtige Multiplikatoren in diesem Bereich.

Auf dieses Thema setzen wir auch seitens des Natur- und Umweltschutzes auf. Wir haben beispielsweise im Vorjahr - und das Projekt läuft noch die nächsten zwei Jahre - die Naturschutzberatung für die Gemeinden installiert. Wir bieten auch Schulungen für Umweltgemeinderäte an.

Ich glaube, allein schon damit haben wir hier zwei wirklich sehr gute Instrumente, um das Thema auch in die Gemeinden zu tragen. Wir unterstützen natürlich auch den Verein der ehrenamtlichen Naturschutzorgane seitens des Referates Naturschutz und Umweltschutz.

Bewusstseinsbildung wird auch gemeinsam mit dem Klimabündnis betrieben. Das Klimabündnis Burgenland veranstaltet immer wieder Aktionen, und gerade auch unsere Regionalstellenleiterin ist unter anderem auch im Vorstand des Europäischen Bodenbündnisses vertreten.

Was ich vielleicht noch zuletzt erwähnen möchte. Auch die zwei Schulen, die die ersten beiden Plätze beim Nachhaltigkeitspreis, der sich auch heuer mit diesem Thema auseinandergesetzt hat, erreicht haben, diese haben als Preis einen sogenannten Footprint-Workshop gewonnen, wo es generell um Ressourcenverbrauch und auch um das Thema Bodenschutz geht. Die beiden Workshops finden jetzt im Feber statt. Ich bin wirklich schon gespannt, was da herauskommen wird.

Ich kann also versichern, dass in meinem Zuständigkeitsbereich, vor allem konkret, was den Bereich Naturschutz, Umweltschutz, Klimaschutz anlangt, sehr vieles zum Thema Bodenschutz passiert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut Klimabündnis stehen in Österreich 50.000 Hektar Industriefläche brach.

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um leerstehende Gebäude zu nutzen, damit kein wertvoller Boden zugebaut wird?

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, ich habe diese Frage zugelassen, weil die Frau Landesrätin hat das mit Querschnittsmaterie bezeichnet. Ein Teil dieser Frage ist in der Zuständigkeit der Frau Landesrätin, diese nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist nicht der Landeshauptmann zuständig, glaube ich?)*

Diese nicht. Sie ist für Natur- und Umweltschutz zuständig. Wenn Sie diese Frage in diese Richtung formulieren. Diese Frage passt nicht.

Bitte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um leerstehende Gebäude, weil es ja mit Klimaschutz und so weiter zusammenhängt, … *(Abg. Mag. Kurt Maczek: Du hast den Schmierzettel nicht mit.)*

Präsident Christian Illedits: Nein, die Gebäude passen nicht. Sie ist für Natur- und Umweltschutz zuständig. Vielleicht gibt es noch eine andere Frage? *(Abg. Ingrid Salamon: Sollen wir kurz unterbrechen?)*

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Eine Zusatzfrage. Wie stehen Sie zu der Maßnahme, versiegelte Flächen, wie zum Beispiel Flächen, die nicht dauerhaft befahren werden, wieder zu entsiegeln?

Präsident Christian Illedits: Entsiegeln ist wieder eine raumplanerische Geschichte. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das gilt aber schon, oder?)*

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Dies habe ich vorhin schon beantwortet. Das ist sogar im Landesentwicklungsprogramm so vorgeschrieben, dass das zu tun ist. Also, dem stehen wir natürlich positiv gegenüber. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Juli 2017 haben Sie medial angekündigt, dass es im Burgenland bis zum Jahr 2021 drei Primärversorgungszentren geben soll.

Welche Unterstützungsleistungen wird es seitens des Landes geben?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich könnte jetzt auf die dritte Anfrage verweisen, weil es doch in die gleiche Richtung geht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben gesagt, dass Sie gar nicht zuständig sind! Daher können Sie auch auf nichts verweisen. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Gesagt hat er schon etwas. – Allgemeine Unruhe – Abg. Ingrid Salamon: Das braucht die ÖVP wahrscheinlich für ihr Ego.)*

Aber, zu Ihrer konkreten Frage: Analog zu den Arztpraxen wird es auch für die sogenannten Primärversorgungseinrichtungen einen Support durch das Land geben und zwar werden natürlich diese Primärversorgungseinrichtungen analog zu den Landarztpraxen in das Förderprogramm ELER aufgenommen.

Die Höhe wird dabei vom konkreten Projekt abhängen und wird mindestens 50.000 Euro betragen. Es handelt sich, wie bereits gesagt, um EU-Geld. Aus dieser ELER-Förderung stehen österreichweit insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang schon auch darauf hinweisen, dass wir in diesem Bereich mit der Gebietskrankenkasse in Verhandlungen sind und wir die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung gewährleisten möchten.

Das heißt, wir werden uns dieses Konzept ganz genau anschauen. Das ist ein Bundeskonzept, das gemeinsam mit der Bundeszielsteuerungs- und mit der

Landeszielsteuerungskommission entwickelt wurde. Wir werden sehen, was wir am besten für das Burgenland hier auch dann in die Praxis umsetzen möchten.

Insgesamt ist das natürlich ein Problem, weil wir, ich habe das schon in der ersten Frage angesprochen, in den nächsten Jahren bei den Hausärzten ein Manko haben werden. Wir brauchen zehn bis zwölf Allgemeinmediziner im Hausärztebereich. Wir werden all diese Dinge, die dazu beitragen, hier die Versorgung auf ländlicher Ebene zu gewährleisten, auch ausschöpfen. Noch einmal gesagt, die erste Maßnahme wäre die intelligenteste und die einfachste, nämlich, die Zugangsbeschränkungen zum Studium aufzuheben, um damit jenen Menschen, die Medizin studieren möchten, auch die Möglichkeit zu geben, es zu tun.

Ob sie es schaffen oder nicht, ist eine andere Frage, aber wir brauchen mehr Medizinerinnen und Mediziner. Es ist ja ein einfaches Rechenbeispiel. Je mehr Menschen die Möglichkeit haben, zum Studium zugelassen zu werden, umso größer ist die Möglichkeit, dass diese Menschen auch im Burgenland eine Praxis eröffnen und hier im Burgenland auch ordinieren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir all einer Meinung!)* Das ist auch als ein Appell an die Bundesregierung, auch an die alte Bundesregierung, zu verstehen, denn das habe ich schon mehrfach angesprochen, allerdings mit einem ÖVP-Minister in der Verantwortung. Jetzt ist es wieder ein ÖVP-Minister, der dafür sorgen soll, dass das auch gewährleistet wird.

Diese Maßnahmen, die wir begleitend setzen können, habe ich schon angesprochen. Das sind die Stipendien für die Ärzte und das ist die Förderung von Praxen. Ich hoffe hier auf Ihre Unterstützung, weil es einfach wichtig ist, dafür zu sorgen, dass hier das auch gewährleistet werden kann.

Ich sage auch ganz offen und ich habe das auch schon mehrfach in diesem Hohen Haus gesagt, denn es ist eine andere Situation, als vielleicht noch vor 20 Jahren. Ich höre immer öfter von Work-life-balance. Wir müssen versuchen, für die jungen Ärztinnen und Ärzte, die bereit sind, hier auf dem Land ihre Tätigkeit auszuüben, auch die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das ist eben eine dieser Maßnahmen, wie ich bereits gesagt habe, nämlich, dass wir hier diese Möglichkeiten fördern und dass es auch angedacht ist, hier diese Gruppenpraxen auch zu begleiten.

Der Kollege Wolf hat ja auch eine SPÖ-Idee aufgenommen, nehme ich an. Das Gesundheitszentrum in Hornstein war zumindest damals die Idee einer SPÖ-Bürgermeisterin. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gemeinde Hornstein! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist ja nichts Schlechtes. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: War ja niemand dagegen!)* Wenn man eine gute Idee hat und man übernimmt diese gute Idee, dann kann man ja über das reden. Es geht aber auch darum, dass es hier in diesem Bereich auch die Möglichkeit gibt, eben über diese EU-Programme, die ich bereits angesprochen habe, hier auch dafür zu sorgen, dass es Optimierungen, dass es eine Verbesserung für die Patientinnen und Patienten, dass es aber auch eine Verbesserung für die Ärztinnen und Ärzte gibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat! Wenn das jetzt vorher ein „Geplänkel“ war, wenn Sie das so bezeichnen wollen, dann muss es ja, wenn offensichtlich Sie für Primärversorgungszentren zuständig sind, einen handfesten Streit in der Regierung geben.

Damals haben Sie angekündigt, Sie möchten drei machen. Eine der ersten Anmerkungen vom Kollege Doskozil war, dass Primärversorgungszentren nicht in die ländliche Region passen.

Das ist übrigens auch unsere Meinung, nur so nebenbei. Deshalb möchte ich Sie jetzt ernsthaft fragen: Es ist angekündigt worden, sieben Regierungsmitglieder, sieben klare Kompetenzen.

Sie selbst heute in der Vorfrage: Es ist eine Querschnittsmaterie. Sind Sie jetzt, was die Frage der Primärzentren betrifft, in diesem Bereich für die Gesundheitsverwaltung gesamtheitlich zuständig, oder nicht? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Natürlich bin ich dafür zuständig. Ja. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wieso kann dann der Kollege hier den Primärversorgungszentren eine Absage erteilen?)*

Präsident Christian Illedits: Es ist kein Zwiegespräch, sondern es ist eine Fragestunde. Bitte die nächste Frage.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat, schauen Sie …

Präsident Christian Illedits: Die Frage ist bereits beantwortet. Er hat „Ja“ gesagt. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich bemühe mich.)*

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wenn Sie sagen, das ist ein ELER-Projekt, dann wird es auch eine Unterstützung brauchen. Gibt es dann für jene Antragsteller eine professionelle Unterstützung? Ein EU-Projekt wird sich ja nicht von selbst und so einfach finanzieren lassen, weil ein Landesförderungsprojekt hätte sicher einfacher abgewickelt werden können.

Wie sehen Sie das mit der Unterstützung für die Antragsteller?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Abgeordneter! Sie kennen das Prozedere, wie das über die ELER-Geschichte läuft. Es gibt ein Strategieforum. Dieses Strategieforum schlägt die Projekte vor und wir beschließen sie in der Regierung. Sie können davon ausgehen, dass es dafür eine professionelle Unterstützung von meiner Abteilung geben wird. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr gut!)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Rosner.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Im regionalen Strukturplan Gesundheit soll die konkrete Organisation der Gesundheitsversorgung festgelegt werden. Aufgrund des aktuellen Handlungsbedarfs im Gesundheitsbereich ist hier rasches Handeln gefordert. In der Landtagssitzung vom 21. September 2017 haben Sie angekündigt, dass der regionale Strukturplan Gesundheit voraussichtlich bis zum Jahresende 2017 beschlossen wird.

Wie sieht der Plan nun im Detail aus?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Der Plan ist noch nicht beschlossen. Er ist in zwei Teile gegliedert. Der eine ist der Teil der extramuralen Versorgung, also der

Hausärzte, also des Bereiches im ländlichen Raum. Der zweite ist der intramurale Bereich, was die Krankenhäuser betrifft. Wir gehen davon aus, dass hier in den nächsten Wochen ein gesamtheitlicher Vorschlag vorliegen wird, der dann auch dem Landtag zugehen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die siebente Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben die FH Burgenland beauftragt, das Projekt „Sicherheitspartner“ wissenschaftlich zu begleiten. Am 17. August 2017 präsentierten Sie einen Zwischenbericht.

Welche Ergebnisse brachte der Abschlussbericht?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Der Abschlussbericht ist noch nicht da. Der Abschlussbericht kommt im Juni, aber ich kann aus meiner Sicht einen Zwischenbericht geben. Es ist nämlich so, dass dieses Sicherheitspartnerprojekt derzeit auch sehr intensiv vom Innenministerium geprüft wird. Nur als Beispiel dazu: In Bayern gibt es eine Sicherheitswacht, welche 1993 eingeführt wurde. Man hat gesagt, dieses Pilotprojekt dauere drei Jahre. Mittlerweile ist es dort fix. Eines darf man auch nicht vergessen, denn in Bayern gibt es beispielsweise 780 Beschäftigte bei dieser Sicherheitswacht, die eng mit der Polizei kooperieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Sicherheitswacht in Bayern soll noch auf 1.500 Mann verstärkt werden. Das heißt, wenn wir ein Projekt gemeinsam mit dem Innenministerium - also mit dem Projekt „Gemeinsam Sicherheit“ - in einem Projekt verpacken können, dann kann das für das Burgenland ein sehr tolles Vorzeigeprojekt werden. Aber der Abschlussbericht von der FH ist noch nicht da. Es gibt noch die wissenschaftliche Begleitung. Wir versuchen dann auch natürlich noch, diesen Abschlussbericht mit dem Innenministerium abzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Es gibt noch keinen Abschlussbericht. Das heißt, man kann eigentlich noch nichts Definitives sagen. Das habe ich jetzt gehört. Alles weitere sind Einschätzungen.

Während dieser Pressekonferenz hat der Leiter der Landessicherheitszentrale, Herr Spuller, gesagt, es gäbe eine quantitative Akzeptanzerhebung in der Bevölkerung in Form eines Fragebogens, und ich zitiere: „Der auch bereits ausgearbeitet und seitens des Büros des Landeshauptmann-Stellvertreters freigegeben wurde.“

Ist es bei Ihnen üblich, dass es eine politische Einflussnahme auf die Fragestellung bei wissenschaftlichen Begleituntersuchungen gibt? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Wohl nein!)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Da geht es darum, dass die Bevölkerung einen Fragebogen bekommen hat, was sie zusätzlich für Leistungen im Sozialbereich will. Was will sie zusätzlich noch haben? Warum soll das nicht mit mir abgestimmt sein?

Ich habe ja auch Ideen, und vielleicht könnte man noch dieses oder jenes abfragen. Aber das hat nicht irgendetwas Spannendes an sich, oder da ist nicht irgendetwas dahinter, sondern es geht rein darum, dass die Bevölkerung in diesen Ortschaften eingebunden worden ist. Es gibt dazu eine Reihe, wirklich eine Reihe neuer Ideen, die natürlich auch jetzt in das Pilotprojekt eingebunden werden. Vielleicht so eingebunden werden, dass noch sehr viele eine Freude damit haben werden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sie haben das jetzt ein bisschen anders gesagt, denn Sie haben gesagt, Sie wurden eingebunden. Heißt das, dass die Aussage, dass ein Fragebogen von Ihnen freigegeben wurde, so nicht ganz korrekt ist?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Wie er das gemeint hat, weiß ich nicht. Freigeben - vielleicht hat man sich abgestimmt. Freigeben oder nicht freigegeben. Faktum ist natürlich, dass wir auch in der Regierung gesagt haben, dass es uns wichtig sei, die Bevölkerung direkt zu fragen.

Es ist wichtig, die Bevölkerung einzubinden. Das haben wir einfach getan. Ob das jetzt freigegeben wurde oder nicht - ich weiß nicht, wann oder wo ich das gesagt habe. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist ein Unterschied.)* Keine Ahnung. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die achte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Géza Molnár an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Molnár um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrat! Vor etwa einem Jahr wurde das neue Burgenländische Jagdgesetz der Öffentlichkeit präsentiert und am 9. März 2017 mit großer Mehrheit - gegen die Stimmen der ÖVP und des Abgeordneten Steier - im Landtag beschlossen.

Frau Landesrat, welche Neuerungen und Verbesserungen hat das neue Jagdgesetz in der Praxis gebracht?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann! Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Zunächst einmal bin ich sehr froh, dass jetzt in anderen Bundesländern in Österreich bereits Anleihen an unserem Jagdgesetz gemacht werden, sodass immer wieder andere Bundesländer sich unseren Gesetzen annähern und auch hier unser Jagdgesetz als ein sehr modernes, eines in die Zeit passendes Gesetz wahrnehmen. Das ist, denke ich, eine Wertschätzung für Sie als Landtag und das möchte ich Ihnen mitgeben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vielen Dank an all jene, die damals mitgestimmt haben. Das waren alle außer der ÖVP und dem Herrn Abgeordneten Steier. Vielen Dank an alle, die es möglich gemacht haben, dass das Burgenland ein modernes, zeitgemäßes Jagdgesetz haben kann. Auf das sind wir stolz. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum Zweiten, Herr Klubobmann, gerade mit Ihnen und dem Herrn Klubobmann Hergovich engst zusammenarbeitend, wissen Sie, warum es uns allen gegangen ist. Ein kurzer Rückblick. Es war mir wichtig, es war uns allen wichtig, dass wir gemeinsam mit vielen Interessensvertretungen, und die sind im Jagdgesetz dabei, dieses Gesetz verwirklichen. Es war klar, dass das nicht einfach wird, aber, gestatten Sie, dass ich auch ganz klar formuliere.

Ich kann im Jahr 2016 oder 2017 den Menschen nicht ein Gesetz von 1994 zumuten. Entschuldigung, 1994 wäre ja schön, natürlich muss es 1954 heißen. Es war höchste Zeit, dass man das wirklich renoviert und vor allem nicht nur inhaltlich renoviert, sondern aktuell ausrichtet. Daher war es ganz wichtig, dass wir hier viele Interessensvertretungen einbeziehen.

Eineinhalb Jahre dauerte die Vorbereitungszeit. Über 1.000 schriftliche Stellungnahmen, Wünsche, Anregungen, kamen herein. Es war natürlich sehr wichtig, dass diese Eingaben auch von einem Beirat, den ich eingerichtet habe, diskutiert wurden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dort haben verschiedene, wirklich sehr anerkannte und kompetente Experten mitgearbeitet. Das heißt, es ging letztendlich darum, dieses Gesetz mit vielen anderen Menschen gemeinsam zu gestalten. Sie haben mich gefragt, welche Neuerungen es gebracht hat? Es waren insgesamt über 170 Paragrafen.

Das erste war einmal, zu schauen, was man vereinfachen, was man aktualisieren kann. Über 140 Paragrafen sind es dann geworden. Weniger war nicht möglich, weil vieles neu zu gestalten war.

Mein Prinzip war damals, mit Ihnen allen gemeinsam, die dazu beigetragen haben, zu schauen, Bewährtes beizubehalten und vieles neu zu machen. Ich sage Ihnen, einige wenige Dinge, weil sich das sonst mit meiner Redezeit nicht ausgehen würde. Einige wenige Dinge, die natürlich auch vor allem im Fokus standen.

Ein praktisches Beispiel: Jedes Jahr - bis damals - mussten Jagdpächter und Jagdausübende zur Bezirkshauptmannschaft pilgern und mussten sagen: In Ordnung, wie viel darf ich schießen? An diesem Beispiel sehen Sie, dass das nicht mehr akzeptabel war, dass wir mit Bestimmungen aus dem Jahr 1954 lebten.

Im Jagdpachtgebiet habe ich einfach Wild, das ein- und auswechselt. Die bisherige Bestimmung hat aber vorgesehen, dass man sagt, ja, so viel Rehwild oder andere Wildarten sind vorhanden und da kann ich so viel schießen, aber keiner von der Behörde hat damals gewusst, wie viel Wild denn überhaupt im jeweiligen Revier ist. Wie viele Rehe, wie viele Hirsche habe ich beispielsweise? Das war unmöglich.

So eine Bestimmung kann man nicht beibehalten, weil wir ja nicht alle davon ausgehen, und ich möchte mich nicht lustig machen, aber weder das Reh noch den Hirsch kann ich anbinden. Das heißt, man hat hier einfach auf irgendwelche Schätzungen zurückgegriffen. Wie schaut es jetzt in der aktuellen Situation aus?

Heute haben wir eine Drei-Jahres-Regelung. Ich muss nicht jedes Jahr, und daher ist es auch zu Entbürokratisierungen im großen Stile gekommen, dorthin gehen und irgendwelche fiktiven Zahlen annehmen, die die Behörde fixieren musste. Sondern, heute

kann ich gemeinsam mit den Jagdausübenden, mit dem Jagdpächter, mit dem Besitzer und Eigentümer dieser Hektarbereiche sagen: In Ordnung, so viel Wild ist da. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir machen uns das aus, denn wir schauen, wie viele Hirsche, wie viele Einser, Zweier, Dreier und so weiter haben wir? Wie viele Rehe haben wir?

Damit ist es aktuell und praxisorientiert. Vor allem gibt es damit die Verantwortung an jene, die wirklich täglich vor Ort sind und nicht an die Behörde, die das unmöglich von sich aus fixieren kann.

Ein zweites Beispiel kann ich auch noch anbringen. Ganz wichtig war natürlich auch, dass die Jagd jagdgerecht ausgeübt wird. Dafür haben wir österreichweit von vielen Menschen sehr viel Lob bekommen. Heute haben wir auch viele junge Menschen da. Es geht hier nämlich auch darum, die Jagd jagdgerecht auszuüben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Jagdgatterverbot war natürlich auch ein Thema, das wichtig und zeitgemäß war. Niederösterreich ist jetzt auch dabei, uns zu folgen. Ich bekenne mich zur Jagd. Ich bin zwar selber keine Jägerin, das weiß man, aber ich bekenne mich dazu, dass man hier eingreifen muss, weil es ja gar nicht anders möglich ist. Aber, ich kann nicht von Jagd sprechen, wenn ich einen Grund umfriede und dann dort auf ein Wildtier schieße, das sich überhaupt nicht entfernen kann.

Das ist unmöglich! Daher war das auch einer der vielen Punkte, die wir verändert haben, wofür wir viel Applaus in Österreich und vor allem von den Tierschützern bekommen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrat! Von Teilen dieses Hauses wurde die Novellierung von Anfang an bekämpft, um nicht zu sagen versucht zu sabotieren. Letztendlich hat eine qualifizierte Minderheit dieses Hauses Teile des Gesetzes auch vor den Verfassungsgerichtshof gebracht.

Was hat der Verfassungsgerichtshof zu Recht erkannt? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das weißt Du nicht?)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, werte ÖVP, Sie haben sich nicht besonders berühmt gemacht, das möchte ich schon sagen. Sie haben von Anfang an, obwohl es eine klare Einladung gegeben hat, diese ignoriert. Sie stellen sich immer hier hin als diejenigen, die auf Jäger schauen, die auf Landwirte schauen. Gar nichts haben Sie geschaut. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir haben überhaupt keine Einladung bekommen! Reden Sie hier nicht von einer Einladung! Einen Brief haben Sie ausgeschickt.)*

Sie haben sich zurückgezogen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Einen Brief!)* Sie haben gesagt, in Ordnung, liebe Verena Dunst, mach das nur und wir werden dann draußen burgenlandweit Dinge erzählen. Ich sage Ihnen nur ein Beispiel, denn ich bin immer wieder mit Anfragen von den Menschen konfrontiert worden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Einen Brief und sonst gar nichts.)* Die haben mir gesagt, was da alles im Jagdgesetz steht. Aber wissen Sie was war? Das ist alles gar nicht im Gesetz gestanden. Sie haben die Menschen verunsichert, Sie haben das sabotiert. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ah, so?)*

Ich gebe dem Herrn Klubobmann mit seiner Wortwahl recht. Sie haben das sabotiert. Sie haben Ihre Landwirte, Sie haben die Jäger im Stich gelassen. Ihnen ist es nur darum gegangen, das Altbewährte, was überhaupt nicht mehr passt, was niemandem hilft, weder dem Tier, noch dem Naturschutz, noch dem Tierschutz, noch der Jagd, noch der Landwirtschaft, aus dem Jahr 1954 stehen zu lassen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn eine eigene Meinung, Sabotage ist, dann sind wir stolz darauf.)*

Als Sie dann gesehen haben, es geht nicht, obwohl Sie alles probiert haben, sind Sie natürlich ein Stück weitergegangen, nämlich zum Verfassungsgerichtshof. Dort haben Sie allerdings eine klare Abfuhr erhalten. Das muss man auch sagen. Danke an alle Parteien, die damals mitgestimmt haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Herr Klubobmann! Ich möchte gar nicht wissen, was passiert wäre, denn stellen Sie sich nur vor, die Vorzeichen wären umgekehrt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja!)* Ich würde an Ihrer Stelle sitzen und Sie wären da heraußen und ich hätte immer sabotiert und hätte dagegen gearbeitet und dann hätte ich vom Verfassungsgerichtshof noch Recht bekommen.

Mindestens zehn Rücktrittsaufforderungen hätten Sie an mich schon abgesendet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir hätten Ihre Meinung gelten lassen. Das ist klar. - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von einer Sabotage würden wir nicht reden.)*

Der Verfassungsgerichtshof hat das Gesetz ganz klar in allen drei Punkten bestätigt. Alles in Ordnung, gut gemacht, setzen, Fünfer an die ÖVP. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In allen drei Punkten. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Danke Herr Präsident. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Frau Landesrat! Wenn es einfach gewesen wäre, dann hätten es andere schon vor Ihnen gemacht. Ich glaube, Zeit dafür war auf dieser Seite genug. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mezgolits!)* Frau Landesrat! Ihnen ist bei der ersten Frage ein wenig die Zeit ausgegangen. Vielleicht können Sie noch kurz darüber Auskunft geben, welche Neuerungen im Jagdgesetz in nächster Zeit umgesetzt werden? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Frage doch den Ombudsmann.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann! Meine Damen und Herren! Vor allem auch jene, die uns heute nicht nur auf den Zuschauerrängen, sondern uns auch via Livestream zuhören.

Ganz klar, erster Punkt, den die ÖVP hier an den Verfassungsgerichtshof herangetragen hatte. Und zwar, der Selbstbehalt und die Deckelung der Wildschäden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine Damen und Herren! Auch die, die nicht jeden Tag mit der Jagd zu tun haben. Es kann nicht im Sinne des Burgenlandes und der Jäger und der Jagdberechtigten und der Jagdpächter sein, dass wir es nicht schaffen, jenen Sicherheit zu geben, die jagdberechtigt sind und jagen gehen.

Ich sage Ihnen ein Beispiel. Wenn bei mir jemand sitzt, ein Familienvater, ganz konkret war der erste, der sich an mich gewandt hat, ein Polizist, zwei Kinder, Frau berufstätig, ein Haus. Der hat so einen hohen Wildschaden an der Sonderkultur gehabt. Der ist vor mir gesessen und hat gesagt, Frau Landesrätin, was tue ich jetzt? Jetzt kann ich mein Haus verkaufen, weil ich das Tier nicht anbinden habe können. Ich kann die

Rehe und die Hirschen nicht an einen Baum anbinden, weil sie hinausgegangen in die Sonderkultur sind. Über 100.000 Euro hätte er zahlen sollen.

Das will ich nicht. Ich will, dass burgenländische Menschen jagen gehen können. Der Verfassungsgerichtshof sieht das genauso, nämlich, mit der Sicherheit, dass ich weiß, wenn Wildschäden passieren, dann bis da her und nicht so weit, dass ich vielleicht auch noch mein Haus und meine ganze Existenz verkaufen muss.

Wissen Sie, dann haben wir wirklich nur mehr Jäger im Wald, die Millionäre sind und das sind nicht alle Burgenländer, aber ich will die Burgenländer im Wald sehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum Zweiten und auch das habe ich x-mal hier vorher schon erklärt. Es ging darum, wir, beispielsweise die Abteilung 4, bei denen ich mich in erster Linie auch beim Herrn Mag. Wappel sehr bedanke, der sehr viel hier beteiligt war und viele andere auch, haben wir immer gesagt, das Land Burgenland, die Abteilung 4, ist Behörde.

Im Landesjagdverband, wenn die dort Entscheidungen treffen, möchte ich denen dort die Sicherheit geben, dass sie von der Behörde begleitet sind. Was ist gescheiter, denn es passiert ja auch woanders. Ich sitze dort, natürlich ohne Stimmrecht, nur als beratendes Organ. *(Ein Zwischenruf der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar)*

Dort setze ich zwei Vertreter, nicht von der Politik, sondern von den Abteilungen hin, denn die können die beraten und begleiten. Auch dieser Punkt wurde vom Verfassungsgerichtshof als richtig erklärt.

Genauso, wie der dritte Punkt, mit dem wildschadenvorbeugende und lebensraumverbessernde Maßnahmen für das Burgenland und eine gesunde Jagd geregelt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Durch das neue Jagdgesetz hat die Burgenländische Landesregierung statt einer Jagdverordnung, acht Jagdverordnungen erlassen.

Ist das Ihr Verständnis von Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Verordnung heißt nicht gleich mehr Bürokratie. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: So?)* Wissen Sie, was aus meinem sozialdemokratischen Verständnis Verordnung heißt? Dass wir auf die einzelnen Dinge eingehen, dass wir mit vielen Menschen, bevor diese Verordnungen erlassen wurden, die in der Praxis draußen stehen, geredet haben und dass diese Verordnungen jetzt dazu reichen, dass das Jagdgesetz nicht wie Ihres aus dem Jahr 1954, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Unglaublich.)* sondern unseres aktuell, dass das passt, dass das praxisnahe ist und dass man vor allem damit arbeiten kann.

Dafür gratuliere ich jenen, die diese Verordnungen erlassen haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihr Sieben auf der Regierungsbank.)* Ich bedanke mich im Besonderen bei jenen, die vor allem natürlich mit vielen Menschen draußen gesprochen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben immer wieder adaptiert und immer wieder gesagt, es muss praxisnahe sein. Die Menschen müssen draußen leben und letztendlich darf ich Sie nur noch einmal auf die Präambel verweisen. In der Präambel steht ganz klar, Lebensraum Burgenland für

Jäger, für die Tiere, für den Naturschutz, aber natürlich auch ganz klar für die Landwirtschaft.

Die Streitereien sind vorbei, denn das ist auch in einer dieser Verordnungen klar verankert. Sie haben immer den Untergang der Welt heraufbeschworen. Jetzt wird die Landwirtschaft mit den Jägern bis auf das Äußerste streiten. Wissen Sie, wann gestritten worden ist? Mit Ihrer alten praxisfernen Arbeit, mit diesem alten Gesetz. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das kann man ja bei Ihnen jetzt noch nicht sagen.)* Jetzt passt es, denn jetzt reden sie miteinander. Das wollte ich haben. Menschen können miteinander reden und sich etwas ausmachen. Sie glauben das nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine Damen und Herren! Das Jagdgesetz wurde fix beschlossen. Ja, auch wir, Bündnis Liste Burgenland, haben nach langem Hinterfragen, nach langer Diskussion zugestimmt und schlussendlich erkannt, dass das Gesetz, das 1954 eigentlich beim letzten Mal beschlossen wurde, kommen muss und soll. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben den Mut gehabt, Sie haben einen breiten Rücken gezeigt und gestärkt, weil es wichtig war, auch in einer Situation Gesetze anzugehen, was nicht einfach war. Auch wir haben uns Gedanken gemacht und ich hoffe, auch die anderen Fraktionen.

Jetzt meine Frage: Es gibt ja jetzt eine Überpopulation von Wildschweinen. Auch hier im Lande und auch nicht nur, sondern weit über die Grenzen hinweg. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Jetzt meine Frage, die Krankheit der Wildschweine ist ja bekannt.

Welche Möglichkeiten können wir ins Auge fassen, um Nachtsichtgeräte auch zuzulassen, dass sie auch die Jägerschaft in diesem Land verwenden darf?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter. Ich darf mich bei Ihnen auch persönlich noch einmal sehr herzlich bedanken. Sie haben sich, zum Unterschied von der ÖVP, eingebracht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau!)* waren bei Gesprächen involviert und haben auch hier, das weiß ich, mit vielen Jägern und Jägerinnen gesprochen, um hier immer wieder nachzufragen, was passt und was ist nicht praxisgerecht.

Ich habe vorher schon gesagt, ich stehe zur Jagd. Genau das Beispiel, was Sie gesagt haben, Überpopulation, ist übrigens nicht regional im ganzen Burgenland das Gleiche. Sondern, genau der Wildbestand, wenn Sie bei den verschiedenen Jagdtagen beziehungsweise beim Landesjagdtag die Ergebnisse hören, dann werden Sie sehen, das ist regional ganz verschieden.

Das hat natürlich mit vielen verschiedenen Faktoren zu tun, die ich jetzt aus Zeitmangel nicht aufzählen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich gebe Ihnen absolut recht, die Wildschweinpopulation nimmt in manchen Gebieten massiv zu und das bedeutet natürlich Ärger mit vielen. Wir haben Beispiele in den Zeitungen schon gehabt, wo die bis zu Vorgärten gehen und so weiter. Natürlich, eng zusammenhängend damit, dass wir und ich ziehe mich jetzt nur auf einen Satz zurück, weil der Kollege Darabos zuständig ist, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Oh! Ah so!)* was

jetzt die Erkrankungen anbelangt, weil es natürlich klugerweise in seiner Gesundheitszuständigkeit ist.

Aber, natürlich schauen wir gemeinsam darauf. Was bedeutet das jetzt? Wir haben, und das ist jetzt ernst zu nehmen, meine Damen und Herren, vor der Tür die Schweinepest, denn in anderen angrenzenden Ländern haben wir bereits die Schweinepest. Es ist natürlich eine berechtigte Frage, denn je mehr Population ich habe, desto mehr muss ich natürlich dafür Sorge tragen und darauf aufpassen, dass nicht etwas passiert.

Das ist natürlich eine Aufgabe, der wir uns gemeinsam annehmen. Was die Nachtsichtgeräte und so weiter anbelangen, entziehe ich mich der Antwort, weil ich sie Kompetenteren geben muss. Noch einmal, ich bin da nicht zuständig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf b e e n d e t .

2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema „Das Burgenland als Familien-Land positionieren“

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung, zur Aktuellen Stunde zum Thema „Das Burgenland als Familien-Land positionieren“, die vom ÖVP-Landtagsklub beantragt wurde.

Meine Damen und Herren! Bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen; sodann ist je einem Sprecher jener Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist jeweils auf 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf fünf Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf fünf Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden können.

Schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde. Als erstem Redner erteile ich nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort. Ihre Redezeit, Herr Abgeordneter, ist, wie bereits erwähnt, auf 15 Minuten beschränkt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der ÖVP-Landtagsklub hat heute eine Aktuelle Stunde zum Thema Familienpolitik beantragt. Ich denke, es ist ein guter Zeitpunkt, weil die Familienpolitik momentan in der politischen Diskussion sehr heißt diskutiert wird, auch da und dort sehr kontroversiell diskutiert wird.

Jeder Mensch, der in seiner Familie Geborgenheit findet, der Halt findet in seiner Familie, der hat es im Leben etwas leichter, der bewältigt dann auch schwierige Lebenslagen. Daher ist für jeden von uns natürlich die Familie etwas ganz besonders Wichtiges und etwas, was im Leben ganz einfach im Mittelpunkt steht.

Die Familie ist aber natürlich auch für den Staat etwas Wesentliches. Man sagt oft, es ist die Keimzelle des Staates. Es ist die kleinste Einheit, die den Staat am Ende des Tages ausmacht und das stimmt natürlich auch. Daher ist es eine permanente politische Aufgabe dafür zu sorgen, dass es gute Rahmenbedingungen für unsere Familien gibt.

Das, meine Damen und Herren, glaube ich, ist unbestritten und da wird keiner etwas dagegen sagen. Auch wenn es natürlich durchaus legitim ist, dass man ganz unterschiedliche Zugänge haben kann wie man zu dem Ziel kommt, nämlich die Rahmenbedingungen für die Familien zu verbessern.

Die neue Bundesregierung hat innerhalb kürzester Zeit sehr deutlich gemacht, dass die Familien im Fokus der Regierungsarbeit stehen. Hier wird auch ein sehr großer Unterschied zwischen der Bundesregierung, zwischen unserem Bundeskanzler Sebastian Kurz und dem Vizekanzler Strache und der Landesregierung sichtbar.

Denn sucht man im Programm der Burgenländischen Landesregierung nach einem Abschnitt, der sich mit der Familienpolitik beschäftigt, dann wird man enttäuscht. Sucht man nach einem Satz in diesem Regierungsprogramm der Burgenländischen Landesregierung, der sich irgendwie mit Familienpolitik beschäftigt, dann wird man enttäuscht. Sucht man auch nur ein Wort in diesem Regierungsprogramm, das sich mit der Familie beschäftigt, auch dann wird man enttäuscht.

Meine Damen und Herren! Dieses Programm der Burgenländischen Landesregierung enttäuscht also, so wie in vielen anderen Politikbereichen, auch im Bereich der Familienpolitik. Zweieinhalb Jahre Burgenländische Landesregierung, zweieinhalb Jahre keine Initiativen in der Familienpolitik.

Zweieinhalb Wochen neue Bundesregierung, und es ist ein familienpolitischer Meilenstein auf den Weg gebracht worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der „Familienbonus Plus“, das ist etwas, was es in der Geschichte unseres Staates in dieser Form noch nie gegeben hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Familien erhalten einen Steuerbonus von bis zu 1.500 Euro pro Jahr und Kind. Das heißt zum Beispiel, für eine Familie mit einem Kind, in der ein Elternteil 1.700 Euro verdient, dass hier gar keine Steuer mehr anfällt. 700.000 Familien mit 1,2 Millionen Kinder werden davon profitieren.

Und es werden übrigens auch die nichtsteuerzahlenden Alleinverdiener und auch die Kinder über 18 Jahre, sofern für sie Familienbeihilfe bezogen wird, berücksichtigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist wirklich ein familienpolitischer Meilenstein und es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass man endlich jene belohnt, die auch wirklich große Leistungen, auch finanzielle Leistungen in Form von Steuerzahlungen erbringen.

Das sind nun einmal unsere Leistungsträger in der Gesellschaft, das sind nun einmal die Menschen, die auch durch ihre Steuern dazu beitragen, dass unser gesamtes System, auch unser gesamtes soziales System aufrechterhalten werden kann.

Unser Ansatz als Volkspartei „Leistung muss sich wieder lohnen“ spiegelt sich in diesem Familienbonus wirklich sehr, sehr deutlich. Natürlich bleiben auch alle familienpolitischen Leistungen, die unabhängig von Steuerleistungen erbracht werden, uneingeschränkt aufrecht, im vollen Umfang aufrecht, und man kann sagen, niemand verliert, viele gewinnen.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Schritt zur Gerechtigkeit. Das ist auch ein Schritt zu mehr Kaufkraft für die Familien und das ist ein Schritt von dem ich überzeugt bin, dass er Österreich an die Spitze Europas führen wird, wenn es darum geht, Familien zu unterstützen.

Apropos Europa, auch die klare Vorgangsweise der Bundesregierung, was die Indexierung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder betrifft, findet unsere 100-prozentige Unterstützung, seitens der Volkspartei Burgenland. Das ist ebenfalls eine Frage der Gerechtigkeit.

Wir, seitens der Volkspartei Burgenland, unterstützen hier Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Strache bei ihren Vorhaben wirklich zu 100 Prozent. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich hoffe natürlich auch, dass die FPÖ Burgenland diese Vorgangsweise unterstützen wird. Nach den gestrigen Aussagen von Klubobmann Molnár bin ich mir da nicht mehr ganz so sicher. Er hat sinngemäß gemeint, naja im Zweifelsfall hält er sich doch lieber an den SPÖ-Vorsitzenden des Landes Burgenland, *(Abg. Géza Molnár: An das Koalitionsübereinkommen.)* wenn es darum geht, sich zu entscheiden, wo wende ich meine politische Unterstützung hin.

Vielleicht habe ich es auch falsch verstanden. Ich hoffe, dass das nicht der Fall sein wird, denn Kollege Molnár, das wäre wirklich eine endgültige Unterwerfung der FPÖ Burgenland unter die SPÖ im Burgenland. *(Abg. Doris Prohaska: Das sind Aussagen. - Unruhe und Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Na Ihr habt Sorgen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über viele Jahre haben im Burgenland Verantwortungsträger der ÖVP dafür gesorgt, gemeinsam mit den Gemeinden des Landes, dass es im Land eine sehr gute Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen gibt.

Hier haben die Verantwortungsträger der ÖVP, die in der Regierung vertreten waren, ein gut bestelltes Haus an die neue Regierung übergeben. Ich finde es schade, dass diese jetzige Landesregierung es aber nicht der Mühe wert findet, hier neue Akzente zu setzen, die es ganz einfach ermöglichen, dass wir auch in diesem Bereich zu einer Fortentwicklung kommen.

Alleine die Tatsache, die ich zu Beginn schon erwähnt habe, dass sich kein einziges Wort zur Familienpolitik und zu familienpolitischen Maßnahmen im Regierungsprogramm der rot-blauen Landesregierung findet, spricht eigentlich schon Bände.

Und eigentlich sollten alle wissen, auch die Vertreter der FPÖ und der SPÖ im Burgenland, dass Stillstand immer auch Rückschritt bedeutet. *(Abg. Edih Sack: Das müsst Ihr Euch aufschreiben.)*

Wir laufen wirklich Gefahr, und das meine ich auch so, wie ich es sage, dass wir durch diese Versäumnisse, auch in diesem Bereich, von der Spitze ins Mittelmaß geführt werden. Das sieht man ja auch in anderen Bereichen. Es nützt auch nichts, wenn man Realitätsverweigerung betreibt und sagt, wir sind eh super und es passt alles und wir sind eh gut unterwegs.

Wenn man dann den Vergleich mit anderen Bundesländern anstellt, in vielen Bereichen, ob es das Wirtschaftswachstum ist, ob das im Tourismus ist, ob das in anderen Bereichen ist, auch in der Arbeitsmarktentwicklung, dann sieht man, dass das Burgenland ganz einfach unter Wert regiert wird und viel mehr Potenzial in diesem Land schlummern würde, wenn man die richtigen politischen Maßnahmen setzt, wenn man die richtigen politischen Initiativen setzt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen von FPÖ und SPÖ! *(Abg. Edith Sack: Ihr habt 15 Jahre lang Zeit gehabt, die richtigen Initiativen zu setzen. 15 Jahre!)* Es stünde Ihnen wirklich gut an, aus dieser Scheinwelt ein bisschen auszubrechen und sich auch der Realität zu stellen.

Auch Tatsachen ganz einfach anzunehmen und nicht immer alles schön zu reden und das zu tun, wofür Sie im Amt sind. Sie sind im Amt, um dafür zu sorgen, dass es den Burgenländerinnen und Burgenländern besser geht, dass sich das Land auch besser entwickelt, auch in familienpolitischer Hinsicht.

Die Volkspartei Burgenland nimmt die Oppositionsverantwortung, die uns übertragen worden ist, sehr, sehr ernst. Und wir sind nicht nur dazu berufen und nicht nur dazu da, Ihre politischen Fehlleistungen aufzuzeigen, das müssen wir natürlich tun. *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack)* Wir sehen uns aber auch ganz besonders als politischer Schrittmacher.

Als starke Alternative machen wir auch im Bereich der burgenländischen Familienpolitik ganz klare und nachvollziehbare Vorschläge. Nachdem Sie weder im Regierungsprogramm, nicht einmal einen andeutungsweisen Hinweis geben, was Sie in der Familienpolitik vorhaben und sonst auch keine Anstalten machen, irgendetwas zu verändern, positiv zu verändern, machen wir heute einen ganz konkreten Vorschlag.

Der dafür notwendige Antrag wird in den nächsten Minuten natürlich auch in die Landtagsdirektion einlaufen. Es geht darum, dass den Burgenländerinnen und Burgenländern jenes Geld gegeben wird, das ihnen seit vielen Jahren vorenthalten wird. Die Kinderbetreuungsförderung ist ja 2009 eingeführt worden und seither wurde diese Förderung kein einziges Mal angepasst, kein einziges Mal nach dem Verbraucherpreisindex indexiert.

Inzwischen müssten diese Förderbeiträge eigentlich schon um 16 Prozent höher sein, wenn man den Burgenländerinnen und Burgenländern das geben möchte, was ihnen auch zusteht, und das sind immerhin bis zu 140 Euro pro Jahr und pro Kind.

Meine Damen und Herren! Gerade Sie von der SPÖ, aber auch teilweise von der FPÖ, fordern immer wieder bei verschiedenen Förderungen Valorisierungen, Indexanpassungen vorzunehmen, ob das im Pflegebereich ist, oder in anderen Bereichen. Und daher glaube ich, ist dieser Vorschlag durchaus auch zu diskutieren.

Ich würde mir das wünschen, dass wir das ohne Polemik tun, ob das möglich ist, ob das sinnvoll ist, diesen Beitrag auch anzuheben. Daher werden wir und haben wir in diesen Minuten auch einen Antrag eingebracht, wo wir eine sofortige Indexierung dieses Kinderbetreuungsbeitrages oder dieser Kinderbetreuungsförderung um 16 Prozent vorschlagen.

Wo wir auch vorschlagen, dass ab 2019 eine jährliche Anpassung erfolgt und wo wir drittens auch vorschlagen, dass es hier eine Umstellung in der Verwaltung gibt. Dass diese Kinderbetreuungsförderung direkt über die Kinderbetreuungseinrichtungen, beziehungsweise Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen abgewickelt wird, im Sinne einer massiven Verwaltungsvereinfachung für die Familien, aber auch für die Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Ich lade Sie alle herzlich ein, mit uns gemeinsam diese für die Bevölkerung, glaube ich schon, positive Weiterentwicklung in der Familienpolitik umzusetzen, zu diskutieren, damit wir diesen extrem positiven Impuls für die Familien, der von der Bundesregierung ausgeht, auch im Land Burgenland verstärken und flankierend und begleitend unterstützen können.

Ich ersuche Sie bei der Diskussion auch auf diese Frage einzugehen und lade Sie wirklich ein, gemeinsam mit uns, auch neue Akzente in der burgenländischen Familienpolitik zu setzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe dem Vorredner von der antragstellenden Fraktion jetzt sehr genau zugehört, weil ja aus dem ÖVP-Antrag zu dieser Aktuellen Stunde mit dem Titel „Das Burgenland als Familien-Land positionieren“ nicht wirklich hervorgeht, was man damit meint, beziehungsweise was man genau begehrt.

Und so sehr ich das auch persönlich unterstütze, was die ÖVP und auch mein Vorredner an grundsätzlichen Ausführungen zur Familie und zu ihrem Stellenwert getroffen hat, so sehr wundert es mich aber auch, dass gerade zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde und zwar mit diesem Titel beantragt wird und das aus mehreren Gründen.

Erster Grund, meine Damen und Herren, das Burgenland ist ein Familienland. Das Burgenland ist das Familienland in Österreich. Wir sind das Bundesland mit den meisten Dreipersonenhaushalten. Wir sind das Bundesland mit den zweitmeisten Vierpersonenhaushalten. Wir sind umgekehrt das Bundesland mit den wenigsten Einpersonenhaushalten.

Das sind Zahlen, Daten, Fakten, meine Damen und Herren. Es ist also alleine schon statistisch erwiesen, dass das Burgenland ein Familienland, ja das Familienland in Österreich ist.

In keinem anderen Bundesland wird Familie so sehr gelebt, wie das im burgenländischen Alltag der Fall ist. So schlecht können die familienpolitischen Rahmenbedingungen also nicht sein, so schlecht kann das Land familienpolitisch nicht positioniert sein. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

So, entweder hat das die ÖVP noch nicht mitbekommen, oder sie ignoriert diese Tatsache, wie so oft rein aus parteipolitischem Kalkül heraus.

Man muss ja auch sagen, wenn da schon auf das Koalitionsübereinkommen Bezug genommen wird, im bisherigen Verlauf dieser Gesetzgebungsperiode hat es von Seiten der Österreichischen Volkspartei hier im Landtag keine einzige familienpolitische Initiative gegeben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber von Euch auch nicht.)* Gar keine. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt haben wir es.)*

Keinen Antrag, keine Anfrage. Ich habe nicht einmal in Erinnerung, dass es im Rahmen von Debatten hier nennenswerte Kritik an der Familienpolitik der Landesregierung gegeben hätte. Nicht einmal im Budgetlandtag, wo wir ausreichend Zeit haben, das alles zu diskutieren, da hat es nichts gegeben.

Die Familienpolitik war meiner Wahrnehmung nach auch hier im Burgenländischen Landtag bisher Konsensmaterie.

Und das ist ja auch verständlich, meine Damen und Herren, denn es gibt ein vielfältiges Angebot für Familien im Burgenland. Zahlreiche Aktionen, Initiativen, eine breite Förderpalette, ich sage Ihnen nur www.familienland-bgld.at.

Kollege Steiner schaut ganz verwundert. *(Heiterkeit bei der FPÖ und SPÖ)* Vielleicht sollten sich die Kollegen der ÖVP diese Seite auch einmal anschauen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich wundere mich, dass Sie mir das sagen, weil ich das nämlich kenne.)*

Sie kennen diese Seite offensichtlich nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch.)* Sie kennen diese Seite offensichtlich nicht, obwohl Sie ja so heißt wie Ihr Antrag zur Aktuellen Stunde „Familienland Burgenland“. Ist ja auch sehr interessant.

Ich sage Ihnen auf jeden Fall, was man dort alles finden kann. Das ist ja auch für die Öffentlichkeit interessant. Also es gibt da auch ein Merkblatt dazu, das kennen Sie wahrscheinlich auch nicht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich kenne ich das.)* Familienland Burgenland.

So, Kinderbonus: Der Kinderbonus kann für Kinder bis zum dritten Lebensjahr gewährt werden und besteht in einer monatlichen finanziellen Zuwendung auf die Dauer von höchstens zwölf Monaten ab Antragstellung. Das sind immerhin 140 bis 190 Euro im Monat.

Schulstartgeld: Das Schulstartgeld bietet allen Familien mit Schulanfängern eine einmalige finanzielle Unterstützung von 100 Euro, immerhin.

Förderung für Mehrlingsgeburten - damit ist natürlich ein Mehraufwand verbunden: Der Förderungsbeitrag beträgt bei einer Zwillingsgeburt 700 Euro. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist auch außer Streit gestellt.)*

Bei einer Drillingsgeburt 1.000 Euro *(Abg. Edith Sack: Das kannst Du auch nicht, weil das Tatsachen sind. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das will ich auch nicht.)* und für jedes weitere Kind, da wird es dann schon wirklich mühsam, 300 Euro.

Kostenzuschuss für das Familienauto - einmaliger Förderungsbeitrag in Höhe von 1.500 Euro.

Dann der große Block der Kinderbetreuungsförderung, war ja auch jahrelang eine freiheitliche Forderung, der für die Eltern, - nicht für die Gemeinden, Herr Kollege Kölly, ich weiß, - der für die Eltern beitragsfreie Kindergarten, den es in Eisenstadt übrigens nicht gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So wie in vielen anderen Gemeinden auch.)*

Soviel zur Ernsthaftigkeit Ihres *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So wie in vielen anderen Gemeinden auch.)* Antrages, der da in den nächsten Minuten hereinflattern wird.

Sie geben das Geld in Eisenstadt lieber für andere Dinge aus, jetzt auch noch für eine Parteiförderung für die ÖVP.

35 Millionen Euro hat das Land seit 2009 in die Kinderbetreuungsförderung investiert. Das war die erste Seite.

Weiter geht es auf Seite zwei. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eine Vorlesungsstunde heute. – Abg. Edith Sack: Ja, hör nur zu.)* Hör gut zu, Du Volkspartei. *(Allgemeine Unruhe)*

Tageselternförderung: Die Tageselternförderung kann wiederholend jeweils für die Dauer von sechs Monaten beantragt werden bis zum vollendeten 14. Lebensjahr, bis zu 90 Euro im Monat.

Dokumentenmappe.

Dann ein Höhepunkt, der burgenländische Familienpass: Eine kostenlose Vorteils- und Servicekarte für alle Familien, ein vielfältiges Angebot. Mehr als 350 Vorteilsgeber in den Bereichen Freizeit, Kultur, Tourismus, Gastronomie, Handel und Gewerbe.

Das Familienjournal: Das ich auch selbst gerne lese zu Hause. Diverse Veranstaltungen und Aktionstage, Gutscheinhefte und so weiter und so fort.

Ich weiß nicht, Frau Landesrat, ich glaube, wir haben momentan an die 25.000 Familienpässe im Umlauf mit der Oma- und Opakarte, die es auch noch gibt. Auch das wird der ÖVP wahrscheinlich nicht bekannt sein.

Initiativen in der Ferienbetreuung, dann ein umfangreiches Beratungsangebot, Eltern-Kind-Zentren, Familienberatungsstellen in Oberwart, Mattersburg und Frauenkirchen und so weiter und so fort.

Also wir haben hier Angebote, Förderungen, Aktionen für Familien noch und nöcher und da haben wir ja noch gar nicht über den großen Komplex der Kinderbetreuung insgesamt gesprochen. Wir haben ja die Frage, wie weit man geht, wenn man über Familienpolitik spricht, man könnte ja auch bis zum Pflegegeld und den sozialen Maßnahmen, die dort passieren, gehen.

Aber ein Angebot im Bereich der Kinderbetreuung, das unumstritten ist, zig Millionen Euro kostet dem Bund, den Gemeinden, natürlich auch dem Land, ein Angebot, das auf großem Zuspruch stößt. Wir kennen die Kinderbetreuungsquoten, das ist ein Weg, den die Landesregierung hervorragend geht und den wir auch fortsetzen werden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

So, das heißt jetzt natürlich nicht, dass man nicht am Ball bleiben muss und nicht immer noch mehr tun kann, gerade auch was die finanzielle Entlastung der Familien angeht.

Da gibt es jetzt auch eine Initiative auf Bundesebene, die wir von freiheitlicher Seite natürlich begrüßen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sicher?)* wobei ich festhalte, es passiert jetzt unter freiheitlicher Beteiligung. Ihre Familienminister der letzten Jahre und Jahrzehnte haben in dem Bereich nichts zusammengebracht.

Aber das, was Sie hier jetzt tun als ÖVP, meine Damen und Herren, das ist durchschaubar und es ist kein neuer Stil, das ist ein schlechter Stil. Vor ein paar Wochen stellen Sie sich vor die Mikrofone oder Teile Ihres Klubs und posaunen nach Österreich hinaus, „das Burgenland - ein Land zum Sterben“.

Danke für die Standortwerbung, kann man da nur sagen. Ich bin übrigens dem Obmann des Seniorenbundes sehr dankbar, der das sofort klargestellt und zurechtgewiesen hat. *(Abg. Ingrid Salamon: Der Einzige.)*

Also vor ein paar Wochen die Behauptung „das Burgenland - ein Land zum Sterben“ und jetzt beantragen Sie eine Aktuelle Stunde zum Thema „Das Burgenland als Familien-Land positionieren“, obwohl es das längst ist, meine Damen und Herren.

Also, dass da ein wie immer billiges Drehbuch der Österreichischen Volkspartei dahintersteckt, ist offensichtlich *(Abg. Ingrid Salamon: Das glaube ich auch.)* und für alle klar erkennbar. Für sie ist das Burgenland ein Land zum Sterben, vielleicht erwischt es die ÖVP als Erstes. *(Heiterkeit bei der FPÖ und SPÖ)*

Für uns, für Rot-Blau, ist das Burgenland ein Land zum Leben. Das Burgenland ist ein Familienland und Rot-Blau wird familienpolitisch am Ball bleiben und das Burgenland wir ein Familienland bleiben und wir werden das familienpolitische Angebot noch weiter ausbauen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneter Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Die ÖVP hat heute eingeladen zu einer Aktuellen Stunde zum Thema „Das Burgenland als Familien-Land zu positionieren“.

Der Klubobmann von der FPÖ, Géza Molnár, hat das gerade sehr gut ausgedrückt. Ich bin natürlich auch im Grunde genommen dankbar, dass die Familienpolitik heute im Fokus unseres Hohen Hauses steht. Wir wissen alle, eine offene, moderne Familienpolitik ist für uns die Grundvoraussetzung, dass sich unsere Gesellschaft positiv weiterentwickelt.

Uns ist es ein großes Anliegen und ein vorrangiges Ziel, ein familienfreundliches Umfeld zu schaffen. Das zeigt sich auch in den Rahmenbedingungen, die zur Stärkung und Sicherung für Familien geeignet sind. Die Sie natürlich vergessen haben, weil Sie sich nie dafür interessiert haben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Burgenlandes sind seit jeher bemüht, auf Landes- wie auch auf Gemeindeebene die burgenländischen Familien in allen Lebenslagen zu unterstützen und familienpolitische Initiativen zu forcieren. Familien haben für uns einen sehr hohen Stellenwert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und das hat auch der Herr Kollege Géza schon gesagt. Und vor allem, sehr geehrter Herr Kollege Steiner, das Burgenland ist bereits das Familienland Nummer eins. Wir sind im Burgenland, was Familienpolitik betrifft und insgesamt, sehr, sehr gut unterwegs.

Dass wir im Burgenland die Nummer eins sind, hat aber nichts mit Zufall zu tun. Im Gegenteil, unsere Frau Landesrätin Verena Dunst als zuständiges Regierungsmitglied hat jahrelang daran gearbeitet.

Ich kann mich nicht erinnern, Damen und Herren von der ÖVP, dass Sie jemals in den 15 Jahren, in denen Sie mit uns in der Regierung waren, konstruktive Vorschläge gebracht hätten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Seit 1945, das sind mehr als 15 Jahre.)*

Eines haben Sie gemacht, Sie haben 15 Jahre für die Oppositionspolitik geübt und die können Sie jetzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Auch heuer greifen wir wieder unseren Familien des Burgenlandes finanziell unter die Arme. Der Trend geht auch im Burgenland weg von der typischen Vater-Mutter-Kind Familie. Die Geburtenzahlen sind seit Jahren rückläufig. Immer wieder entscheiden sich Menschen aus finanziellen oder anderen Gründen gegen ein Kind.

Wir wollen dem, wie schon in den vergangenen Jahren, entgegenwirken und wir stellen auch heuer wieder 5,4 Millionen Euro Förderungen für die Familien bereit. So gibt es beispielsweise, und ich werde das jetzt nicht wiederholen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Danke.)* weil das hat der Herr Kollege sehr gut gemacht, der Herr Kollege Géza Molnár, Kinderbonus, Ankauf eines Autos, Zuschüsse bei Mehrlingsgeburten.

Und der große Teil des Budgets geht natürlich mit 4,3 Millionen Euro in die Kinderbetreuungsförderung. Dieses Geld kommt direkt den Eltern zugute und entlastet die Familien finanziell. Sie bekommen für jedes Kindergartenkind 45 Euro pro Monat und für jedes Kinderkrippenkind bekommen sie 90 Euro.

Für all diese Maßnahmen wurden seit 2009, seit wir diese Kinderbetreuungsförderung eingebracht haben, 41 Millionen Euro an die burgenländischen Familien überwiesen und da können Sie nicht sagen, wir tun nichts.

Die Familienförderung des Landes besteht nicht nur aus Geldleistungen bei uns, sondern natürlich auch aus Sachleistungen, wie der Familienpass, als die Jahreskarte für burgenländische Familien, die Dokumentenmappe, neu ist der Kinderbetreuungsatlas.

Uns ist es wichtig, dass Familien durch abwechslungsreiche familienergänzende Angebote im Familienalltag auch unterstützt werden. Dazu zählen auch die 16 Eltern-Kind-Zentren, die vom Land gefördert werden.

Vereinbarkeit ist und bleibt ein wichtiges Thema, für das sich wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stark gemacht haben und weiterhin auch einsetzen werden. Denn Vereinbarkeit ist nicht nur eine persönliche Frage, davon profitiert die Gesellschaft und davon profitiert auch die Wirtschaft als Ganzes.

Wir setzen uns auch weiter für Verbesserungen in der Vereinbarkeit ein und das durch Schaffung und Initiieren weiterer Betreuungsmöglichkeiten. Dazu gehören unsere 50 Tageseltern, die auch vom Land gefördert werden, genauso wie die Ferienbetreuung.

Mittlerweile werden im Burgenland 60 Ferienbetreuungen jährlich angeboten. Diese Maßnahmen sollen die Eltern finanziell und organisatorisch unterstützen. Und diese Maßnahmen sind eine Ergänzung zu unserem erstklassigen Betreuungsangebot.

Was die Kinderbetreuung betrifft, können wir eine Erfolgsstory hier im Burgenland erzählen. Ich sage es schon bei jeder Landtagssitzung, werde es mir heute ersparen. Wir sind bei den Fünfjährigen an erster Stelle und bei den unter Zweijährigen sind wir auf Platz zwei.

Seit 2009, habe ich vorhin schon gesagt, gibt es die Kindergartenförderung, mit Förderungen bis zu 500 Euro im Jahr sowie die Kinderkrippenförderung bis zu 1.000 Euro pro Jahr. Und wir setzen diese Leistungen auch fort im Gegensatz zu anderen Bundesländern.

Ich hoffe auch, dass der Bund nach 2018 uns mit der Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen nicht im Stich lässt. 35 Millionen Euro investiert das Land in die Kinderbetreuung.

Betonen möchte ich auch, dass im Burgenland keine Studiengebühren eingehoben werden. Wir ermöglichen allen Kindern und allen Jugendlichen den freien Zugang zu unseren Bildungseinrichtungen.

Auch andere Rahmenbedingungen, die im Burgenland bestens funktionieren kommen den Familien zugute. Familienfördernde Maßnahmen sind im Besonderen auch die Gelder für die Bildung, für die Wohnbauförderung, Schuldnerberatung, Soziales, die Gesundheitsausgaben, Jugendwohlfahrt und vieles mehr. Hier wird sehr viel Geld investiert.

Mit unseren Rahmenbedingungen, mit den Maßnahmen, mit den Aktionen, mit den Projekten, mit den Förderungen, ist es uns möglich, weiterhin dafür zu sorgen, dass wir im Burgenland das Familienland Nummer eins bleiben. Und bei uns, und das ist besonders wichtig, ist jedes Kind gleich viel wert und wir leisten Hilfe, wo Hilfe benötigt wird.

Durch den Budgetbeschluss trägt die FPÖ auch unsere Familienpolitik gemeinsam mit. Das zeigt, dass diese Regierung nicht nur für wirtschaftliche Erfolge steht, sondern auch eine sozialpolitische Handschrift hat.

Die ÖVP agiert hingegen mit der üblichen Doppelbödigkeit, das sind wir mittlerweile gewöhnt. Nach außen stellt man vollmundige Forderungen für die Familien auf. Das Landesbudget, das Rekordausgaben für Familien vorsieht, hat die Volkspartei aber abgelehnt. *(Abg. Robert Hergovich: Da schau.)*

Die ÖVP stellt sich damit gegen alle Maßnahmen, die wir für Familien setzen. Sie haben für die burgenländischen Familien nur Schmähparaden zu bieten. Vor allem auch Sie, Herr Kollege Steiner. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, verzeihen Sie, dass ich Ihre Euphorie beim vielgepriesenen Familienbonus des Bundes nicht teile und auch nicht mit Ihnen frohlocke und ich sage Ihnen auch warum.

Familien mit kleinen Einkommen sind Ihnen offensichtlich nicht viel wert. Sie werden beim Familienbonus einfach übergangen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt nicht.)* Ein Viertel der Eltern hat vom Familienbonus *(Abg. Doris Prohaska: Na sicher.)* - ich sage Ihnen auch Beispiele dazu - rein gar nichts.

Denn wer unter 1 250 Euro verdient, geht leer aus *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zahlt keine Steuern.)* und etwa die Hälfte von diesen kann ihn nicht voll ausschöpfen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der hat jetzt auch nichts davon. – Abg. Doris Prohaska: Was ist das für eine Entschuldigung.)* Das ist für mich alles andere als familienfreundlich.

Und sollte - ich frage Sie, Damen und Herren von der ÖVP, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie soll man steuerlich entlasten, wenn keine Steuer bezahlt wird.)* sollte uns nicht jedes Kind gleich viel wert sein? Sollte es das nicht? *(Abg. Doris Prohaska: Denken ist nicht verboten. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Da redet die Richtige. – Abg. Doris Prohaska: Schreibe Dir das auf! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Da redet genau die Richtige.)*

Die SPÖ ist selbstverständlich für einen Familienbonus, aber dass jene, die viel verdienen, am stärksten entlastet werden und Alleinerzieherinnen und Menschen mit niedrigem Lohn kaum was oder gar nichts davon bekommen, das ist nicht unser Zugang und das ist auch der falsche Ansatz. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich darf auch zwei Beispiele dazu nennen: Alle, die unter 1.250 Euro verdienen, profitieren nicht vom Familienbonus, sie bekommen gar nichts nach derzeitigem Stand. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Stimmt auch nicht.)*

Erstes Beispiel: Für all jene, die 1.700 Euro brutto verdienen, zahlt der Staat 1.500 Euro für ein Kind. Für jedes weitere Kind gibt es nichts.

Zweites Beispiel: Für all jene, die 2.600 Euro brutto verdienen, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Stimmt nicht.)* werden vom Staat für das erste Kind 1.500 Euro bezahlt, für das zweite Kind 1.500 Euro bezahlt und für das dritte Kind 1.500 Euro bezahlt.

Das heißt, 4.500 Euro für Gutverdiener, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Rechnen ist nicht Ihre Sache, Frau Kollegin.)* 1.500 Euro oder gar nichts für Niedrigverdiener. *(Abg. Doris Prohaska: Oder Ihre, Herr Kollege.)* Ist das gerecht, Herr Steiner? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben falsch gerechnet, tut mir leid.)* Meiner Meinung nach nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und Kinderkosten - das wissen wir auch - sind für alle Familien gleich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt leider nicht, was Sie da sagen.)* Ob das jetzt Heizen, Wohnen, Essen, Kleidung und so weiter ist, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber es stimmt nicht, das ist das Problem.)* für alle Menschen gleich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie rechnen etwas dazu.)*

Und gerade Niedrigverdienerinnen und -verdiener, wie Alleinerziehende und ihre Kinder sind besonders armutsgefährdet und stehen auch sonst vielfach vor ganz schwierigen Herausforderungen. Und im Burgenland reden wir hier von 10.300 Alleinerziehenden, österreichweit von 60.000.

Gespart wird hier bei den Ärmsten, und wo ist hier der Sinn der Gerechtigkeit, geschätzte Damen und Herren der ÖVP? Überlegen Sie sich das einmal!

Bei der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes für alle, das ich übrigens sehr befürworte, hat die ÖVP gesagt, dass jedes Kind gleich viel wert sei. Daher sollen alle Mütter - alle Mütter - das Kindergeld bekommen, auch jene, die nicht in den Familienlastenausgleichfonds einzahlen. Warum werden jene bestraft, die unsere Hilfe so dringend brauchen? *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Besonders familienfeindlich finde ich auch die Einführung des 12-Stunden-Arbeitstages. Aus Sicht der Frauen und Familienpolitik wäre diese Maßnahme eine Verantwortungslosigkeit. Unter dem Vorwand der Flexibilisierung nimmt man den Menschen nicht nur die Zeit für die Familie.

Für die Menschen bedeutet diese Einführung durch den Wegfall von Überstunden nicht nur weniger Einkommen, sondern auch einen enormen Verlust der Lebensqualität. Dass Frauen nicht so viel arbeiten können, wie sie wollen, und auch nicht ungeplant jederzeit zur Verfügung stehen können, liegt auch an den dann fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Dazu zwei Fragen an die ÖVP:

1. Wie viele Kindergärten gibt es, die 60 Stunden pro Woche offen haben?

2. Will man den Kindern zumuten, dass sie 12 Stunden und mehr, wenn man die Fahrtzeiten dazu rechnet, fremd betreut werden?

Berufstätige Eltern sind jetzt schon häufig an ihren Grenzen, an ihren Belastungsgrenzen, mit den täglichen Herausforderungen zwischen Beruf und Betreuungspflichten. Schritte wie diese werden insbesondere Frauen wieder stärker vom Arbeitsmarkt verdrängen. Sie werden die Frauen von der Vollzeitarbeit verdrängen und eher in die Teilzeitarbeit hineindrängen.

Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dann wieder Geschichte. Wir entfernen uns von dem Ziel, dass beide Elternteile zu gleichen Teilen sich um die Kinder

kümmern und einer bezahlten Vollzeitarbeit nachgehen können. Ich frage Sie, wie sollen die Eltern das schaffen? Vor allem, wie sollen die Mütter das schaffen? Was hat die Österreichische Volkspartei mit unseren Familien tatsächlich vor? Das würde mich sehr interessieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie unterstützen!)*

Unsere Ziele sind ganz klar und transparent. Wir werden alles daran setzen, sie weiter zu verfolgen und, wie ich eingangs schon gesagt habe, wir haben die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt, die die Familien stärken und absichern und das werden wir auch in Zukunft tun. Wir haben das Ohr bei den Menschen und gehen mit der Zeit und wir setzen frühzeitig Maßnahmen. Wir machen keine Lippenbekenntnisse, sondern wir handeln.

Wir werden alles Mögliche tun, um unsere Familien im Burgenland weiterhin bestens zu unterstützen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort und darf darauf hinweisen, dass nunmehr die Redezeit auf fünf Minuten begrenzt ist.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich darf die Fragestellung, die rhetorische Fragestellung meiner Vorrednerin gleich beantworten. Für mich stellt sich der Weg, den die ÖVP, die türkis-blaue Regierung, in Wien jetzt beschreitet in Richtung einer Umverteilung, nämlich von den Ärmeren zu den Reicheren. Das ist auch die Konsequenz, die in der Ausführung nicht nur ihrer, sondern auch derer abzulesen ist, was in den letzten Wochen seit der Regierungskoalition-Neu sich in Bezug nicht nur auf Familie, sondern auf andere Punkte auch darstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatten wir in Österreich einen Bundeskanzler, der nicht nur zu dem Zeitpunkt revolutionär war, sondern auch heute noch tagespolitisch sehr breit in der Verwendung, unter anderem mit dem Hinweis, wenn er heute leben würde, würde er FPÖ wählen, nämlich Bruno Kreisky. Der rotiert momentan noch immer in seinem Grab und stößt mit aller Kraft gegen die Steine, die sie über ihn gelagert haben.

Weil das ist wahrscheinlich die größte Chuzpe, die in den letzten Wochen passiert ist. Dieser Bruno Kreisky hat damals schon festgehalten: Jedes Kind verdient es gleich bewertet beziehungsweise gleich behandelt zu sein. Seine familienpolitischen Weichenstellungen, die führt man jetzt schlussendlich in eine ganz andere Richtung. Diejenigen von uns und alle auch Burgenländerinnen und Burgenländer, die die letzten Wochen in Niederösterreich unterwegs waren, haben beim Landtagswahlkampf eines verfolgen können.

Da wurde nämlich plakatiert oder wird plakatiert für den kommenden Wahlsonntag: „Den Fleißigen soll es besser gehen“. Genau in dieser Hinsicht tendiert dieses familienpolitische Weichenspiel, nämlich die Umverteilung von unten nach oben. Hier wird für alles, was unter 1.300 Euro brutto in irgendeiner Form verdienstvoll ist, und das schon in der Regierungskoalitionsvereinbarung. Auf Seite 104 ist nämlich eindeutig eines nachzulesen: Der Familienbonus ist nicht als Negativsteuer möglich.

Das heißt, es schließt alle aus, die in Österreich Lohnsteuer nicht bezahlen. Tatsache ist, der Chef des WIFO hat bei der letzten Pressestunde eines festgehalten: Der, der nicht Steuern bezahlt, soll auch nicht von Steuern profitieren. Das heißt, es ist eine eindeutige Festhaltung, wo sich die ÖVP und die Blauen mit Sicherheit nicht aus ihrer

Verantwortung stehlen können. Diejenigen, die gerade die Freiheitlichen, wie so oft zitiert, als Wählerinnen und Wähler unterstützt haben, die kriegen jetzt eine auf den Kopf.

Tatsache ist, dass das, was familienpolitisch hier angesprochen wird, auch auf Bruno Kreisky zum Teil zurückzuführen ist. Ich verwende ihn jetzt auch hauptsächlich auch deswegen, weil er so zeitaktuell immer wieder in den Mund genommen wird. Tatsache ist, dass er sein familienpolitisches Weltbild schon damals ganz anders von der Tendenz her und von den Inhalten her ausgerichtet hat, als es jetzt Schwarz-Blau im Bund tut. Nämlich seither haben sich auch alle sogenannten Familienkonstellationen ganz eindeutig verändert.

Nicht nur dass die Fertilität, sprich die Geburtenrate pro Frau und auf Kind bezogen nur mehr bei 1,25 liegt, was damals noch größer vom Umsatz her war. Auf der anderen Seite hat sich alles verschoben, was eine Familie in der Darstellung ausmacht. Heute ein Familienbild zu zeichnen, das Vater, Mutter und Kind bedeutet, ist absolut nicht zeitgemäß.

Die verschiedensten Familienkonstellationen von Partnerschaft mit Kind, ohne Kind, vom heterosexuellen bis gleichgeschlechtlich. Das sind die Rahmenbedingungen, die uns unter anderem auch in der Umsetzung auf die Familie und sprich auf die Wohnungssituation ausmachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Familienbonus-Neu findet gleichzeitig mit der Streichung des Kinderfreibetrages und der Absetzbarkeit statt. Das heißt, das trifft auch diejenigen wieder, die im Sinne der Negativsteuern jetzt nicht lohnsteuerpflichtig sind.

Wir müssen eines festhalten, und das bei einer eingeschränkten Redezeit auf fünf Minuten auch ein wichtiges Anliegen, weil es ja familienpolitisch auch klar und deutlich macht, hier werden wieder Feindbilder geschaffen, hier werden Feindbilder provoziert, die unter anderem im Wahlkampf eine Tendenz ganz klar hatten und jetzt mit der sogenannten Indexierung auf Familienbeihilfe ihren Ausfluss finden.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Letzter Satz bitte.

Abgeordneter Gerhard Steier *(fortsetzend)*: Tatsache ist, dass wir eines festhalten müssen, wenn es um Indexierung für ausländische Kinder im Sinne der Familienbeihilfe und des Familienbonus geht, dann sollte festgehalten werden, dass auch innerhalb Österreichs regionalbezogen ganz kategorische Unterschiede festzumachen sind und ein Kind im Westen teurer in der Ausbildung zu sehen ist, auch für die Eltern, für die Familie, als im Burgenland. Dementsprechend würde auch hier die Feststellung angebracht sein. Danke Herr Präsident. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Kölly.

Bitte.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aktuelle Stunde mit dem Titel „Das Burgenland als Familienland positionieren“. Schöne Schlagzeile. Kann man selbstverständlich tagtäglich diskutieren. Nicht nur heute, sondern schon Jahre davor.

Wenn sich heute die ÖVP herstellt und sagt, es ist nichts geschehen in diesem Land, dann muss ich klar widersprechen. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit. Der Titel müsste heißen: „Das Burgenland als Familienland noch besser zu positionieren“.

Gemeinsam einen Weg zu suchen, um hier noch mehr für die Familien zu tun. Ich verstehe schon, auch als Bürgermeister, wenn man jetzt das noch mehr fördert, noch mehr mit Geld behaftet, dann wird das irgendwann auf die Gemeinden zurückkommen. Auch die Gemeinden müssen mitfinanzieren. Schlussendlich auch die Eltern. Siehe Kindergarten oder Nachmittagsbetreuung und dergleichen mehr. Die Bundesregierung hätte jetzt die Chance umzudenken. Nicht nur mit diesen 1.500 Euro pro Kind, sondern ganz etwas anderes in die Hand zu nehmen.

Heute wurde schon sehr vieles dazu gesagt. Es soll jedes Kind gleich wert sein. Das muss der Titel sein, der schlussendlich uns alle interessieren muss. Wir leben in einem Land, das war in den letzten Jahren sehr strebsam. Auch mit der ÖVP-Beteiligung in diesem Land ist etwas weitergegangen. Das darf man nicht vergessen. Man darf ja das nicht alles schlechtreden.

Ich kann mich erinnern an Zeiten, wo ich auch hier am Rednerpult gestanden bin und aufgezeigt habe, das und das brauchen wir. Da hat es geheißen, lass ihn reden. Jetzt auf einmal schaut die Welt ein bisschen anders aus in der ÖVP. Soll so sein. Aber die Familie, dieses Thema ist ein komplexes Thema. Da habe ich leider Gottes nur wie mein Vorredner fünf Minuten Zeit, darüber zu diskutieren. Ich sage eines: Auch das gehört geändert in diesem Hohen Haus.

Dass auch andere Oppositionspolitiker die Möglichkeit haben, hier dieses komplexe Thema länger zu diskutieren. Aber wir haben heute noch die Möglichkeit, vielleicht bei anderen Punkten das hineinzunehmen. Ich glaube eines, wenn wir heute keine Aktuelle Stunde gehabt hätten, oder haben, oder einen Dringlichkeitsantrag, dann bin ich beim Häupl. Der hat gesagt, um 14.00 Uhr bin ich schon fertig.

Daher wurde eine Aktuelle Stunde schnell hineingedrückt, ein Dringlichkeitsantrag. Die GRÜNEN haben ja schon einen Antrag eingebracht gehabt, dann haben sie ihn zurückgenommen, dann hat man einen Dringlichkeitsantrag damit gemacht, weil man nur ein paar Tagesordnungspunkte drauf hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass das Thema ein wichtiges ist und eine ganz wichtige Seite aufzeigt, wo eine Familie, gerade im Burgenland, Pendlerfamilie, schwer hat. Wir wissen, wie schwierig es ist, um 4.00 Uhr in der Früh aufzustehen, mit dem Zug oder Auto auszupendeln. Wir wissen ganz genau, die Pendler sind immer mehr geworden und nicht weniger geworden, obwohl wir uns immer vorgesprochen haben und vorgeredet haben, wir holen sie zurück. Das ist nicht passiert. Im Gegenteil, es sind mehr geworden. Dann die öffentlichen Verkehrsmittel, die werden immer teurer. Es wird alles immer teurer wie wir wissen. Wer soll das alles finanzieren?

Dann kommt vom Bund 1.500 Euro für das Kind als Erstes, Zweites, Drittes, egal wie man es jetzt bezeichnet. Die, die wirklich ein niedriges Einkommen haben, weil sie eben nur Teilzeitbeschäftigung finden in diesem Land, sind wieder die, die auf der Strecke bleiben. Hier sollten wir uns Gedanken machen, wie wir das eigentlich lösen können. Und nicht, weil die neue Bundesregierung jetzt nach drei Wochen mit irgendetwas herausgegangen ist, mit einem Thema, das noch gar nicht durchdiskutiert ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich höre nur, das war einmal ein Ansatz. Hurra, die Medien haben es gebracht, weil ja in fast drei Bundesländern jetzt die Wahlen vor der Tür stehen. Daher wird das so gemacht. Aber auch die SPÖ sieht es anders, muss man dazu sagen. Auch sie hätten die Möglichkeit gehabt, in der vorigen Regierung auch mehr für die Familien zu tun. Daher sagen wir seitens Bündnis Liste Burgenland wie ich immer meine, 2009 bis 2015 ÖVP-

Beteiligung, Herr Kollege Steiner, 16 Prozent Erhöhung Kinderbetreuungsgeld. Da bin ich total dafür.

Aber jetzt müssen wir uns überlegen, wie finanzieren wir es? Von wo nehmen wir es her? Jetzt sage ich Ihnen zum Schluss einen Satz. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn eh so viel Geld da ist, wird das ja kein Problem sein!)* Sinn dieses Antrages oder dieser Aktuellen Stunde ist ganz eindeutig. Weil im Bund derzeit Schwarz-Blau vorherrscht, wollen Sie einen Keil in diese Regierung hineintreiben.

Ich würde Ihnen sagen, setzen wir uns zusammen, mein alter Spruch, und diskutieren wir das aus. Weil wir ein so komplexes Thema, ein wichtiges Thema, vor uns haben. Herzlichen Dank, dass Sie zugehört haben. *(Beifall bei der SPÖ und LBL – Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die Frau Landtagsabgeordnete Mag. Regina Petrik ist die nächste Rednerin.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Tribünen und vor den Bildschirmen draußen! Mir liegt das Thema Familienpolitik sehr am Herzen. Ich war 25 Jahre in der Familienberatung tätig. Das war letztlich auch ein Ausschlag dafür, dass ich gesagt habe, ich will nicht nur Menschen in ihren Alltagsproblemen helfen und sie unterstützen, die zu bewältigen. Ich möchte auch beitragen, dass Rahmenbedingungen, Strukturen politischer Art verändert werden. Genau jene, die eben Familien zusätzlich noch Sorgen machen, Stress bereiten.

Ich schließe an den Kollegen Steier an, der schon einiges auf der großen politischen Ebene hier dargelegt hat. Auch mit der Klarheit, warum eigentlich heute die Aktuelle Stunde so wichtig war seitens der ÖVP. Offensichtlich ging es sehr stark um die Promotion der Bundesregierung. Das wird ja immer wieder dargestellt. Ich möchte jetzt auf einen Aspekt eingehen, den scheinbar niemand anderer noch hier wirklich sich zu Herzen nimmt.

Frau Kollegin Sack, auch wenn ich in vielen inhaltlichen Fragen der Familienpolitik mit Ihnen einer Meinung bin. In einem Punkt muss ich Ihnen widersprechen. Wenn Sie sagen, Ihnen ist jedes Kind gleich viel wert, dann gibt es einen Bereich von Familien, der hier gar nicht in den Blick gerät.

Nämlich all jene Kinder und jene Familien, die hier ein Aufenthaltsrecht haben, die hier in einem Asylverfahren drinstehen, aber auch, und der Kollege Steier hat es schon angesprochen, jene Kinder, deren Eltern in Österreich arbeiten, die hier einzahlen in Sozialversicherungssysteme, in Pensionsversicherungssysteme, deren Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen Beiträge zahlen und die für ihre Kinder dann weniger Familienbeihilfe bekommen sollen.

Und noch etwas anderes. Es sind uns nicht alle Kinder gleich viel wert, uns als Staat Österreich und auch nicht hier im Land Burgenland und das kritisiere ich hier. Weil ich denke an alle Familien, die hier leben. Da gibt es zum Beispiel jene Familie in Marz, und ich bin sicher, nicht nur ich habe diesen Brief bekommen, ich bekomme wöchentlich Briefe von Burgenländerinnen und Burgenländer, die sich um Familien ausländischer Herkunft kümmern, um Familien im Asylverfahren kümmern oder auch jene, die schon hier eine Bleibe gefunden haben.

Ein Hilferuf, ja, aus Marz. Hier ist eine Familie, wo die Kinder integriert sind, wo der Vater Installateur ist und darauf wartet, dass er endlich arbeiten kann, wo bereits Integration stattgefunden hat. Die Familie steht jetzt kurz vor der Ausweisung. Auch unser neuer Finanzlandesrat zeigt es ja immer wieder, wie wichtig es eben ist, dass möglichst schnell Familien irgendwohin abgeschoben werden.

Oder der andere Fall, der jetzt wahrscheinlich vielen hier bekannt ist, weil er bereits durch die Medien ging, eine Familie aus Tschetschenien, die Familie Tikaev mit vier Kindern, die seit 2011 in Österreich leben, *(Abg. Géza Molnár: Das heißt Rechtsstaat!)* die hier in die Schule gehen… *(Abg. Géza Molnár: Das heißt Rechtsstaat!)* Ja, der Rechtsstaat und jetzt nehmen wir den Rechtsstaat her.

(Abg. Géza Molnár: Nach zehn Monaten hier leben bekommen sie einen Asylbescheid!) Ein Rechtsstaat heißt, dass Behördenverfahren für alle Menschen die gleichen Möglichkeiten bieten, auch gegen Behördenakten Einspruch zu erheben. Ein Rechtsstaat heißt auch, dass wir nicht nur die Europäische Menschenrechtskonvention unterschrieben haben, sondern dass wir auch die Kinderrechtskonvention unterschreiben und hier ist das Wohl des Kindes an erste Stelle zu stellen.

Wenn hier eine Behörde prüft, was ist für dieses Kind jetzt das Wichtigere und das Bessere für den Verlauf seines Lebens, dann hat sie sich auch an die Kinderrechtskonvention zu halten. Da können Sie mir nicht erklären, Kollege Molnár, nein, jetzt bin ich am Wort, da können Sie mir nicht erklären, Herr Kollege Molnár, dass die Entscheidung, ein Kind zu schicken in ein Land, in dem es seit sechs Jahren nicht mehr gelebt hat, wo es die Sprache nicht spricht, wo nachweislich Terroranschläge passieren, wo nachweislich Menschenrechtsverletzungen passieren, dass dieses Kind, und man hat das Kindeswohl im Auge zu haben, dass dieses Kind dorthin abgeschoben werden muss, weil es ihm dort besser geht.

Dann können Sie mir nicht erklären, dass das Kindeswohl dadurch gerechtfertigt ist und erfüllt wird, wenn man Kinder in ein Land zurückschickt, wo sie Gewalt ausgesetzt sind und wo sie keine Zukunft haben. Auch das muss man ansehen. *(Abg. Géza Molnár: Unter dem Argument können Sie alle…!)* Ich möchte hier, *(Abg. Géza Molnár: Alle!)* wenn wir über das Familienland Burgenland reden, auch über jene Familien reden, die genau diesen Schutz brauchen.

Es gibt hier im Asylverfahren sehr wohl Ermessensmöglichkeiten, und an diesem Ermessen sollten wir arbeiten.

Lassen wir diese Kinder mit ihren Familien, die hier bereits integriert sind, hier leben. Es ist nicht nur menschenrechtlich bedenklich, es ist auch völlig unvernünftig, nicht zuerst darauf zu schauen, dass wir Menschen hier gut ausbilden, dass wir ein demokratisches Verständnis entwickeln, auch wenn sie einmal nach Hause gehen sollten.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ihren Schlusssatz bitte!

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Daher mein Appell: Wenn wir von Familienpolitik reden, dann reden wir bitte von allen Familien, und nicht nur von jenen, die einen Reisepass haben und die einen Hauptwohnsitz im Burgenland haben. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag. Michaela Resetar.

Frau Abgeordnete, bitte zum Rednerpult.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): *(Die Abg. Mag. Michaela Resetar stellt ein gelbes Schild mit der Aufschrift: „Familienbonus. Größte steuerliche Entlastung für Familien aller Zeiten“ auf das Rednerpult)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Die ÖVP vorweg ist schlechthin die Familienpartei. Ich möchte danke sagen der Bundesregierung, *(Abg. Edith Sack: Seit wann?)* seit immer schon, ich möchte der Bundesregierung danke sagen für den Familienbonus.

Er ist mit Sicherheit die wichtigste Maßnahme zur Steuerentlastung. *(Beifall bei der ÖVP)* Es wurde schon angesprochen, in Österreich gibt es 1,4 Millionen Familien mit Kindern. Vom Familienbonus werden 700.000 Familien profitieren. Im Burgenland haben wir zirka 40.000 Familien, zirka 37.000 Kinder profitieren von diesem Familienbonus. Weil Sie vorhin auch die Alleinerzieher angesprochen haben, ja, es gibt sie. 200.000 Alleinerzieher in ganz Österreich, davon sind 140.000 steuerpflichtig und auch geringverdienende Alleinerzieher, die keine Einkommensteuer bezahlen, wären zu berücksichtigen.

Deshalb hat auch der Finanzminister und ist auch in Ausarbeitung, dass diejenigen, die jetzt durch die Steuerentlastung keine Steuerentlastung haben, einen höheren Alleinerzieherabsetzbetrag und einen höheren Alleinverdienerabsetzbetrag bekommen. Dafür möchte ich jetzt schon danke sagen. Das wird auch mit Sicherheit kommen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Natürlich ist auch das Land gefordert. Es ist vieles passiert, das hat ja keiner in Streit gestellt. Aber ich habe so das Gefühl gehabt, ich habe so das Gefühl gehabt, Frau Abgeordnete Sack, ich habe Ihnen genau zugehört. Sie haben vieles erzählt, was in der Vergangenheit passiert ist, *(Abg. Edith Sack: Nein!)* aber ich habe von Ihnen keine einzige zukünftige Maßnahme gehört. Sie sind zur „Jammersozialistin“ mutiert und der Herr Abgeordnete Klubobmann Molnár - hört mir jetzt leider nicht zu - der ist der Ministrant geworden.

Neue Ideen haben sich da überhaupt nicht gefunden. *(Beifall bei der ÖVP)* Aber was es nach wie vor gibt sind Falschmeldungen. Ich darf die Frau Landesrätin Dunst zitieren, vom ORF am 10.01.2018 - Kritik übt Dunst an der aktuellen Entwicklung im Frauen- und Familienbereich auf Bundesebene, besonders die Auflösung des Frauen- und Familienministeriums sei ein Rückschritt.

Frau Landesrätin, Ihnen wird ja sicher nicht entgangen sein, dass das Familienministerium um das Frauenministerium und um das Jugendministerium aufgewertet worden ist. Hier gibt es eine Ministerin, Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß, und die wird ihre Arbeit mit Sicherheit hervorragend machen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie können sicher sein, Frau Abgeordnete Sack, in jeder Rede sage ich, dass das Burgenland bei der Kinderbetreuung hervorragend ist. Bei den unter Dreijährigen sind wir gut auf Platz zwei bei den Drei- bis Sechsjährigen auf Platz eins. Aber Sie haben zum Beispiel nicht erwähnt, dass wir bei der Nachmittagsbetreuung in den Volksschulen einfach nachhinken.

Der österreichische Durchschnittswert im Volksschulbereich lag 2016 bei 16,2 Prozent und im Burgenland bei 11,9 Prozent. Dort haben wir noch Aufholbedarf. *(Abg. Edith Sack: Genau! Deshalb fordern wir auch die Ganztagsschulen, das wissen Sie!)* Aber von dem wollen Sie einfach gar nichts wissen. Sie sagen dazu nichts. Sie sagen alles ist in Ordnung, alles ist gut und das ist nicht so. In der Kinderbetreuung ist natürlich vieles geschehen, aber es könnte noch einiges gemacht werden. *(Abg. Edith Sack: Besser kann man immer etwas machen!)*

Weil der Opa/Oma-Dienst, Frau Landesrätin, von Ihnen auch angesprochen wurde, ich hoffe es bleibt nicht nur bei Ihren medialen Aussagen und bei Ihren Versprechungen. Sie haben ja zum Beispiel auch beim Triumph-Werk gesagt 200.000 Euro werden in irgendeiner Form ausbezahlt. Ich habe eine schriftliche Anfrage gestellt, Sie haben gesagt oder der Herr Präsident hat mir mitgeteilt, von den sieben Fragen sind Sie nur für eine zuständig.

Also auch dort sind Sie zu feige zu sagen, es ist überhaupt kein Geld ausbezahlt worden. Sie verstecken sich und Sie sagen einfach ich bin nicht zuständig und irgendwann hätte ich halt das gesagt. *(Abg. Walter Temmel: Ach so ist das!)*

Wir im Land sind natürlich die starke Alternative und wir sind auch das Gegenbeispiel für einen Rot-Blauen Einheitsbrei. Bringen wir das Land wieder an die Spitze, mit der ÖVP wird das mit Sicherheit erfolgen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Familien sind das Herz unserer Gesellschaft. Deshalb begrüße ich es sehr, dass unsere heutige Landtagsitzung ein besonderes Augenmerk auf die burgenländischen Familien lenkt. Ich möchte bei einem Punkt fortfahren, den meine Kollegin Edith Sack bereits hervorgestrichen hat.

Abseits der Unterstützung durch das Familienreferat, die sie vorhin erwähnt hat, gibt es auch seitens unserer Jugendlandesrätin Astrid Eisenkopf eine Förderung für Familien und ihre Kinder.

Auf dieses Angebot möchte ich jetzt näher eingehen. Zum einen können etwa Teilnahmen wie zum Beispiel an der burgenländischen Schiwoche gefördert werden, zum anderen aber auch beispielsweise Auslandsstipendien für unsere Studenten. Hier gewährt das Land Burgenland Studierenden, die sich auf Grund von Studienzwecken im Ausland aufhalten, ein Stipendium in Form eines Zuschusses von 600 Euro pro Semester. Damit wird ermöglicht, dass auch Kinder, die aus nicht so gut betuchten familiären Verhältnissen stammen, auch ihren Fähigkeiten und Talenten nachgehen können und studieren können.

In Zeiten wie diesen ist der Austausch innerhalb der Europäischen Union besonders wichtig. Mit der EU-Schulklassenförderung und der Förderung für einen Schulbesuch im Ausland soll es allen burgenländischen Jugendlichen möglich sein, die Europäische Union und die Institutionen kennenzulernen. Abgesehen von neuen Sprachkompetenzen erlernen hier die jungen Menschen im Ausland neue Länder und Kulturen kennen.

Außerdem machen sie einen Schritt in die Selbständigkeit und reifen an ihren Erfahrungen. Genau in dieselbe Kerbe schlägt die erst gestern präsentierte Interrail-Ticket-Förderung. Für User der neuen burgenländischen Jugendkarte der „BSpecialCard“ gibt es eine Unterstützung von bis zu 150 Euro für das Interrail-Ticket. Wirklich eine tolle Förderung wenn man bedenkt, dass viele junge Menschen gerade die Zeit nach der Matura dafür nützen, um Europa zu bereisen.

Aber nicht nur im Bereich der Schülerinnen und Schüler, sondern auch im Bereich der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es einige Unterstützungen. Zum Beispiel den Lehrlingsförderungszuschuss, den Wohnkostenzuschuss für Lehrlinge, den

Qualifikationsförderungszuschuss. Also eine große Palette an Förderungen für die Unterstützung der burgenländischen Familien.

Gerade im Bildungsbereich gibt es einige Förderungen, denn bei uns hat Bildung einen großen Stellenwert. Ich bin der Überzeugung, wer heute in Bildung investiert, bekommt das morgen doppelt und dreifach am Arbeitsmarkt zurück. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Gerade der Aufstieg des Burgenlandes ist das beste Beispiel dazu. Deshalb war ich auch ziemlich überrascht, als ich in der ORF-Online-Ausgabe vom Vorstoß der ÖVP - Studiengebühren im Burgenland einzuführen - gelesen habe. Gerade in diesem wichtigen und sensiblen Bereich Bildungshürden einzuführen, ist nicht zukunftsorientiert. Das ist Retropolitik vom Feinsten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der festen Überzeugung, dass der Zugang zum Studium nicht vom Börsel der Eltern abhängig sein darf. Für uns ist es unverständlich, dass Menschen die arbeiten müssen um sich ihr Studium finanzieren zu können, bestraft werden sollen.

Rund zwei Drittel der 7.000 Studenten im Burgenland arbeiten neben ihrem Studium und zahlen auch ihre Steuern. Jetzt sollen sie auch noch quasi einen Strafzoll dafür zahlen, weil sie sich weiterbilden wollen? Ich bin ja überhaupt sehr verwundert über die ganze Aktion, weil sich die ÖVP ja immer als Familienpartei darstellt. Auf der einen Seite betont man, man sei für eine Entlastung der Familien, aber in Wahrheit will man eine Belastung. Hier sieht man wieder das Arbeitsprogramm der ÖVP, tarnen und täuschen, wie eh und je.

Studiengebühren sind eine Bildungssteuer, die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen trifft. Das führt dazu, dass Familien überlegen müssen, ob sie ein oder zwei Kinder studieren lassen. Wenn man bedenkt welche horrenden Kosten auf die Familien bereits zukommen.

Auf der einen Seite die Wohnungen, 600 Euro für 30 m²-Wohnungen und auf der anderen Seite die kostenintensive Anfahrt zum Studienort, wo die letzte Familienministerin Sophie Karmasin verabsäumt hat, das Top-Jugendticket einzuführen. Wir im Burgenland gehen einen anderen Weg. Wir wollen keine zusätzliche Belastung für die burgenländischen Familien, wir wollen keine Bildungssteuer.

Lieber Kollege Patrik Fazekas! Ich verstehe nicht, warum Du für diese massive finanzielle Belastung für Studenten bist. Du hast ja selber umsonst jahrelang studieren können. Gönnst Du es unseren nachfolgenden Generationen nicht? Ich lade Dich ein gemeinsam mit uns gegen die Benachteiligung der Studierenden zu kämpfen. Siehst Du nicht den Widerspruch?

Der, der jetzt Studiengebühren fordert, der Parteiobmann der ÖVP, Sebastian Kurz hat selbst jahrelang umsonst studiert. Ich bin mir sicher, Du hast auch gerne umsonst studiert.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Schlusssatz bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ) *(fortsetzend)*: Auch wenn Du es jetzt Deinem Bundesparteiobmann zuliebe nicht zugeben möchtest. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Beim Kurz wissen wir es nicht!)*

Die Familienministerin Karmasin hat es nicht zustande gebracht, das Top-Jugendticket einzuführen und jetzt soll als Dank auch noch eine Bildungssteuer und somit

Hürden für Arbeiterkinder eingeführt werden. Wir werden mit aller Kraft gegen die Studiengebühr kämpfen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn kurz zu den Studiengebühren.

Erstens musste man in den letzten Jahren immer schon für das Studieren bezahlen, zumindest an die ÖH etliche Beiträge. Wir wissen, was die ÖH aus diesen Beiträgen gemacht hat. Sie hat sie aus dem Fenster geworfen und für irgendwelche unnötigen Projekte gebraucht und verprasst. Demonstriert wird heute noch. Interessiert mich als ehemaligen Student gar nicht, aber soll so sein.

Bei den Studiengebühren geht es uns darum, gerade im Burgenland nicht alle Nicht-Burgenländer mit unseren burgenländischen Mitteln zu unterstützen, sondern ganz im Gegenteil, alle Burgenländer, egal wo sie studieren, zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP – Zwischenruf des Abg. Kilian Brandstätter)*

Herr Kollege Brandstätter, das sagen wir schon seit etlichen Jahren. Ich hoffe dass die Landesregierung da jetzt draufkommt, wie damals bei der Auslandsförderung für Studierende, um nach ein paar Jahren die Meinung zu ändern. *(Abg. Ingrid Salamon: Ändern, aber nicht umdrehen.)* Denn wenn ein Burgenländer in Wien studiert, muss er dort an der FH auch 450 Euro zahlen und genau diese Studiengebühren wollen wir ihnen ersetzen, damit die Burgenländer wieder in den Fokus rücken. Ich glaube, das ist eine grundlegend gute Idee.

Zum Thema Familien, da sind wir uns Gott sei Dank parteiübergreifend einig, möchte ich sagen, dass sie das solide Fundament für unser privates Leben darstellen, aber auch Ausgleich sind für den beruflichen Alltag.

Familien sind dort, wo unter anderem auch Kinder leben und genau dann bedarf es erhöhte finanzielle Mittel. Kollege Drobits und ich wissen aus naher Vergangenheit, man braucht gerade in diesem Lebensabschnitt mehr Geld als vielleicht in anderen.

An dieser Stelle gilt es aber auch ein großes Dankeschön zu sagen, all jenen, die im Familienverband mithelfen, generationenübergreifend, die Urgroßeltern, die Großeltern, die Eltern, wenn es hier Gott sei Dank im Burgenland noch so weitergeht, sind wir gefeit davor, ein städtisches Problem zu bekommen.

Ich möchte ein großes Dankeschön an alle Generationen sagen, die hier mithelfen, die Kinder und die Familien hier soweit zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was den Familienbonus betrifft, ist es ein klassischer Zugang der Volkspartei, die Wahlfreiheit in den Mittelpunkt zu stellen und keinen Zwang von oben herab zu verordnen. Gerade der Familienbonus neu ist eine Steuermaßnahme und aus diesem Gesichtspunkt heraus muss man es auch diskutieren. Es ist eine Maßnahme für den Mittelstand und für den Leistungsträger in unserer Gesellschaft.

Würde man sagen, man fördert alle Familien und alle Kinder, dann stehen wir natürlich auch hinter dieser Forderung, aber da muss man es aus sozialpolitischer Sicht sehen und einen Geldbetrag in die Hand nehmen und pauschal ausschütten, wie es die Familienbeihilfe gibt oder wie es beispielsweise das Kindergeld im September für die

Schulanfänger gibt. Das sind zwei Paar Schuhe, die hier zu diskutieren sind und auch nicht vermischt werden dürfen.

Deswegen möchte ich den Kinderbonus noch einmal in den Mittelpunkt rücken, dass gerade hier jene Leistungsträger unterstützt werden, die bereits Steuern zahlen und dadurch die Steuerbelastung sinkt. Wenn man sich die beiden Modelle anschaut, der Kinderfreibetrag oder auch die Abzugsfähigkeit für die Kinderbetreuungskosten, die wir in der Vergangenheit hatten, so reduziert das die Steuerbemessungsgrundlage. Das heißt, es war auch schon immer in der Vergangenheit ein steuerlicher Aspekt, der immer besser für Besserverdiener war.

Den habe ich zu Beginn weniger Steuerbelastung und Steuerbemessungsgrundlage gehabt, so konnte ich durch den Kinderfreibetrag ein wenig diesen Freibetrag ausnutzen. Das heißt, in der maximalen Steuerbelastung von 50 Prozent habe ich den Freibetrag auch nur zu 50 Prozent nutzen können in der Progression.

Jetzt aber, mit dem Familienbonus, schaffen wir einen Absetzbetrag, der wirtschaftlich und steuertechnisch wesentlich effizienter und besser ist, denn die Steuerlast, die zu bezahlen ist, wird um diesen Betrag gesenkt, unabhängig von den Steuerklassen, unabhängig von den Einkommensbeziehern. Es geht darum, sobald ich Steuer bezahle, vermindert sich meine Steuerlast.

Das ist ein ganz entscheidendes System, um Familien, die in das System einzahlen, auch zu entlasten.

Im Burgenland wollen wir damit auch 37.000 Kinder unterstützen und das von der Geburt an, nicht erst, wenn Kinderbetreuungskosten entstehen oder auch nicht nur bis zum zehnten Lebensjahr, wie es bei den Kinderbetreuungskosten ist, sondern bis zum Ende des Erhalts der Familienbeihilfe und das ab der Geburt.

Außerdem schaffen wir damit auch eine Verwaltungsvereinfachung, weil dieser Absetzbetrag direkt über die Steuererklärung oder sogar die Lohnverrechnung abgezogen werden kann. Das bringt erhebliche Vorteile für die Familien und verringert auch die Verwaltung.

Ein Wort zur FPÖ möchte ich hier an dieser Stelle noch sagen, wenn der Herr Kollege Molnár meint, die ÖVP ist zum Sterben verurteilt, dann sehen wir das natürlich ganz anders. Man braucht sich ja nur die jüngsten Wahlergebnisse aus dem letzten Herbst ansehen, vor allem auch im Burgenland, da sind wir weit weg von Sterben. Hier gibt es wohl andere Parteien, die in diese Kategorie fallen werden.

In diesem Sinne unterstützen wir die Familien und auch den Familienbonus und freuen uns, dass hiermit auch unser Mittelstand und unsere Leistungsträger entlastet werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Landtagabgeordneter Fazekas hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem mich der Kollege Kilian Brandstätter vorher namentlich erwähnt hat, ich hätte in den letzten Jahren studiert und dafür keinen Beitrag zahlen müssen, muss ich das schon zurückweisen beziehungsweise korrigieren. Ich habe eine Ausbildung auf der Fachhochschule Wiener Neustadt genießen dürfen, welche ich in den nächsten Wochen hoffentlich positiv erledigen kann, und habe

dafür auch einen Beitrag bezahlt. Den habe ich sehr gerne bezahlt, denn dafür habe ich auch eine sehr wertvolle Ausbildung bekommen.

Die Ausbildung, meine geschätzten Damen und Herren, wenn wir bei den Studienbeiträgen kurz bleiben, leidet derzeit an den schlechten Bedingungen. Lieber Kilian, ich weiß nicht, ob und wenn ja, wann Du das letzte Mal an einer Universität in Österreich warst. In den Massenfächern fokussieren sich derzeit 60 Prozent der Studierenden. Wir erleben dort schlechte Studienbedingungen, wir erleben dort Dropouts in Höhe von 70 Prozent. Wir haben die Situation, dass wir prüfungsinaktive Studierende haben, von den 340.000 Studierenden knapp 50 Prozent, die prüfungsinaktiv sind. *(Abg. Doris Prohaska: Das kann ich mir aber nicht vorstellen.)*

All diese Fakten, meine geschätzten Damen und Herren, zeigen, dass es auch im Bereich des Studierens in den Studienbeiträgen ein Umdenken braucht. Deswegen stehe ich zu moderaten Studienbeiträgen, natürlich in Verbindung nur mit einem sozialen und leistungsorientierten Stipendiensystem. Damit kann natürlich die Verbindlichkeit beim Studieren gewährleistet und damit kann natürlich die wissenschaftliche Arbeit in Österreich verbessert werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Zur heutigen Aktuellen Stunde darf ich zitieren: „Was ist die wahre Herausforderung für die Zukunft? Das ist die Demographie. Wir brauchen mehr Kinder, wir brauchen mehr Familien. Das ist die Herausforderung.“ Wissen Sie, wer das vor einigen Wochen gesagt hat? Es war der Klubobmann Christian Kern, und ich muss dem Klubobmann Kern, was diese Aussage betrifft, vollkommen zustimmen, denn er hat Recht, weil wenn man die demographischen Prognosen, auch speziell für das Burgenland, ansieht, auch in den nächsten 80 Jahren, dann hat man so den Eindruck, dass sich unser Bundesland zu einem kleinen Florida in Österreich etabliert.

Nachdem Sie, lieber Herr Kollege Molnár, er ist leider derzeit nicht im Raum, vorher mit Statistiken jongliert haben, darf auch ich mit einer Statistik beginnen. Bis zum Jahr 2100 werden im Burgenland mehr als 350.000 Menschen prognostiziert. Davon sollen rund 40 Prozent älter sein als 65, jetzt haben wir einen Stand von 27 Prozent. Der Anteil der 20- bis 65-jährigen Menschen wird auf der anderen Seite sogar sinken.

Damit, meine geschätzten Damen und Herren, schrumpft ein Anteil einer sehr wichtigen Gruppe, nämlich die Gruppe der Erwerbstätigen beziehungsweise die Gruppe der Jungen, der Familien, die hier ihre Familie im Burgenland gründen wollen.

Warum ich glaube, dass diese Gruppe ganz wichtig ist, das liegt auf der Hand, denn diese Gruppe ist ein Garant für das Leben in unseren Gemeinden. Diese Gruppe ist der Garant für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region, für die Kaufkraft unserer Region beziehungsweise auch für die Attraktivität eines Wohnstandortes.

Deswegen ist es aus meiner Sicht Kernaufgabe der Politik, dieser fundamentalen gesellschaftlichen Entwicklung auch entgegenzuwirken. Wir dürfen hier nicht rückständig bleiben, wir dürfen hier nicht die Augen verschließen und Probleme leugnen.

Das, was wir tun müssen, ist, einen attraktiven Lebensraum und zwar für alle - und ich möchte das nochmal mit Nachdruck sagen - für alle Menschen beziehungsweise für alle Bedürfnisse auch erledigen. Schaut man heute weg, dann hat das massive Folgen in den nächsten Jahren in vielen Bereichen.

Am härtesten wird diese Entwicklung, meine geschätzten Damen und Herren, aus meiner Sicht die Gemeinden betreffen, denn ihnen obliegt am Ende des Tages die Ausgestaltung des persönlichen Lebensumfelds. Ich bin froh, dass wir heute diese Frage diskutieren können, wie wir unser Land familienfreundlicher machen können. Es ist eine

wichtige Schraube, um dieser demographischen Entwicklung, die ich vorher skizziert habe, entgegenzuwirken.

Familienfreundlichkeit ist aus meiner Sicht eine Wirtschafts- und Standortfrage. Es muss möglich sein, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Burgenland möglich ist. Es braucht ein entsprechendes Angebot am Arbeitsmarkt, damit sich Familien, Kinder und Jugendliche hier wohlfühlen. Es braucht eine Infrastruktur, ein familienfreundliches Klima, denn nur so sind wir auch für die Zukunft gut gerüstet und können Familien ein entsprechendes Umfeld bieten.

Meine geschätzten Damen und Herren, der Familienbonus der Bundesregierung ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Familienfreundlichkeit. Nun ist aus meiner Sicht auch das Land gefordert, Familien einen besonderen Stellenwert zu geben. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es spricht von der Regierungsbank Frau Landesrätin Dunst.

Bitte.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren hier im Landtagssitzungsaal, aber natürlich auch jene, die uns hoffentlich zuhören, weil es wichtig ist, dass wir Menschen heute über das Familienland Burgenland informieren können. Daher bin ich sehr froh, wenn uns viele Menschen zuhören, denn wir können wirklich stolz sein auf das Familienland Burgenland. Wir sind - und das haben etliche von Ihnen gesagt - wirklich ein Familienland.

Alleine die Palette aufzuzählen, weil es geht natürlich um Familienförderung, es geht um unterstützende Maßnahmen, aber es geht um viel mehr. Es geht um die höchste Wohnbauförderung, diesbezüglich bedanke ich mich beim Landeshauptmann. Es geht darum, wir haben ein sehr hohes Bildungsniveau, es geht darum, dass wir eine sehr gute Kinderbetreuung im Burgenland haben, es geht um eine hohe Quote und da widerspreche ich der Kollegin, es geht um eine hohe Quote in der Nachmittagsbetreuung. Ja und wir brauchen für die Eltern Ganztagesschulen und Ganztagesbetreuung, das ist wichtig.

Aber wissen Sie, was ich noch gerne dazunehmen würde zum Familienland Burgenland? Die Rekordbeschäftigung und den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Wenn wir heute Menschen, wenn wir heute jungen Menschen, wenn wir Menschen Mut machen wollen, dass sie ja sagen zum Kind, dann brauchen sie Beschäftigung, dann brauchen sie Einkommen, dann brauchen sie vor allem Einkommen durch einen Arbeitsplatz, den sie auch vereinbaren können mit ihrem Kind oder ihren Kindern. In diesem Bereich sind wir wirklich ein Familienland Burgenland, weil wir Rekordbeschäftigung haben und ein großes Minus in der Arbeitslosigkeit. Darüber bin ich sehr froh.

Zum Zweiten. Ich habe Ihnen wie immer sehr aufmerksam zugehört und ich bedanke mich bei allen, die sich mit dem Thema Familie beschäftigen. Es wird wohl weiter den Rahmen sprengen, zu jeder einzelner Stellung zu nehmen, denn natürlich wäre es auch wert, auf Ihre Wortmeldungen einzugehen. Aber nur gestatten Sie mir, einige herauszunehmen.

Zum Ersten, ja, ich bedanke mich bei allen, die für die Familie etwas tun, und ich bin auch nicht jetzt eine, die sagt, Familienbonus ist nur schlecht. Das hat niemand auch von meiner Fraktion gesagt. Ich möchte es aber nur nochmal klarstellen.

Familienbonus ja, meine Damen und Herren, heißt Geld für Familien, aber bitte, meine Damen und Herren, nicht für nur wenige, sondern für alle. Ich weiß nicht, in welcher

Familienwelt sie leben, aber ich habe einige Zahlen hier. Wir haben im Burgenland - Zahlen 2017 - 86.400 Familien mit oder ohne Kinder, in denen Familien leben sind, 7.000 unter drei Jahren, 7,5 Prozent. 14.500 Kinder, das sind 15,9 Prozent leben in den Familien unter sechs Jahren. 24.600 Kinder unter zehn Jahren, das sind 27,3 Prozent leben in den Familien. 37.800 Kinder in den Familien sind unter 15 Jahre und 46.100 Kinder unter 18 Jahre, das ist noch eine größere Zahl, nämlich 50,8 Prozent.

Meine Damen und Herren, ja, wir haben aber über 10.000 alleinerziehende Menschen, wir haben Menschen, die wenig Einkommen haben. Ich bekomme jeden Tag - und sicher nicht nur ich als Familienlandesrätin und Frauenlandesrätin - viele hilfesuchende Briefe und E-Mails, viele Gespräche.

Meine Damen und Herren, ja, noch einmal seitens der ÖVP, ja, Familienbonus, jeder Euro in Familien investiert, ist richtig, aber absolut nein zu dem, was Sie hier betreiben. Ich sage es Ihnen, mir tut das weh, wirklich weh, wenn Sie sagen, die Leistungsträger und alle anderen sind Unmenschen. Wo leben Sie? *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wer hat das gesagt? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie reimen sich etwas zusammen und glauben das auch wirklich. Wo habe ich gesagt, dass alle anderen Unmenschen sind?)* Was haben Sie für ein Herz für Familien? Wissen Sie nicht, wie viele alleinerziehende Menschen wir haben? Was sagen Sie zu einer Alleinerzieherin, die genau ein Pech hat und darunter liegt, unter dem, wo man halt noch Steuern bezahlt. Ich verstehe das nicht.

Noch einmal: Ich gratuliere zum Familienbonus, wenn er für alle wäre. Ich bin auch in Gesprächen sicher sehr bald mit der neuen Ministerin, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber man muss bei der Wahrheit bleiben.)* weil ich mit ihr einige Dinge besprechen will. Aber wie können Sie das tun? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer hat gesagt, die anderen sind Unmenschen? Wer hat das gesagt? – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Wie können Sie das machen? *(Abg. Walter Temmel: Wer hat das gesagt?)* Ich frage Sie, Herr Klubobmann, das geht nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei allem Verständnis. – Abg. Walter Temmel: Wer hat das gesagt?)*

Sie können nicht jene, die es dringend brauchen, können Sie … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie stellen sich hier her und sagen die Unwahrheit.)* Wenn Sie noch so schreien, aber es hilft nichts, da ist Ihnen ein Fehler passiert, und ich bitte Sie, diesen zu korrigieren. *(Abg. Walter Temmel: „Unmenschen“ kannst Du auch gleich korrigieren.)*

Es geht nicht, dass Sie über 10.000 Familien von Haus aus ausschließen. Viele Alleinerziehende ausschließen. Ich verstehe Sie nicht.

Ich habe Sie immer sehr ernst genommen während Sie in der Regierung waren, wir haben vieles auch gemeinsam vorwärts bringen können. Aber ich verstehe Sie nicht. Und daher, bitte korrigieren Sie das! Das geht nicht, dass Sie Menschen ausschließen, die es am meisten brauchen, nämlich jene, die wenig verdienen.

Ich freue mich für viele, die viel verdienen. Aber was tun wir mit den Menschen, die nicht die Chance haben? Bitte, deren Kinder sind auch Kinder! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ebenfalls von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Nießl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muss sagen, was die Kinderbetreuung anbelangt, hat es im Burgenland eine sensationelle Entwicklung gegeben, und das ist der Verdienst der Gemeinden, das ist mit ein Verdienst des Landes.

Jetzt so zu diskutieren, was alles schlecht ist, heißt ja, dass die Gemeindepolitik schlecht ist, weil hauptverantwortlich die Gemeinden für die Kinderbetreuung, zum Beispiel im Kindergarten, sind.

Also insofern möchte ich nur einmal darauf hinweisen, im Jahr 2000, Beginn meiner Tätigkeit als Landeshauptmann, waren 193 Kinder in der Kinderkrippe. Die Anzahl hat sich von 193 auf 1.063 erhöht. Also in diesem Zeitraum. Eine tolle Entwicklung, mit guten Rahmenbedingungen von den Gemeinden her. Im Jahr 2000 waren 117 Kinder im Hort. Jetzt aktuell sind es - oder 16/17 waren es - 919 Kinder. Also von 117 auf 919.

Im Jahr 2000 besuchten 263 Kinder eine altersgemischte Betreuung. 2016/17 waren es siebenmal so viele. Wir haben somit Steigerungen durch Anstrengungen, die von den Steigerungsraten einzigartig in Österreich sind.

Wir können auch sagen, dass die Gemeinden und das Land die höchste Kinderbetreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen haben vor Wien. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Stimmt!)* Wir können sagen, dass wir bei den unter Dreijährigen die zweithöchste Kinderbetreuungsquote haben nach Wien. Und dass im urbanen Bereich andere Bedingungen und Voraussetzungen sind, ist mittlerweile - glaube ich - eh jedem klar.

Ich betone noch einmal, das sind große Erfolge, die die Gemeinden und auch das Land für die Familien, für die Kinder, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch erreichen konnten. Ich glaube, das muss man in den Vordergrund stellen, das Positive. Wo es in manchen Gemeinden viel mehr Kinder gibt, in manchen Gemeinden auch weniger, damit die Herausforderungen größer werden und für jedes Kind eine Kinderbetreuungseinrichtung zur Verfügung zu stellen. Darüber sollte man diskutieren.

Die Öffnungszeiten bedarfsorientiert noch zu verlängern. Darüber sollte man diskutieren.

Die Frauenbeschäftigung weiter anzuheben. Darüber sollte man diskutieren.

Das sind relevante Themen.

Die Landesrätin hat absolut Recht. Es geht natürlich für Familien auch um Einkommen. Und diese Wirtschaftsdaten, die Frauenbeschäftigung, die Einkommen, das Wirtschaftswachstum, der Rückgang der Arbeitslosigkeit von neun Prozent im Dezember, von 22 Prozent der Jugendarbeitslosigkeit. Das sind die Themen, die die Familien interessieren. Denn wenn ich einen Job habe, wenn ich ein Einkommen habe, dann habe ich auch eine bessere Zukunft, als wenn ich keinen Job habe.

Dafür haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen, und darüber bin ich auch sehr, sehr froh. Das kommt den Familien und den Kindern in einem großen Ausmaß zugute. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Punkt, den es in keinem Bundesland gibt. Das gibt es nirgends außer im Burgenland. Andere haben es probiert und haben es zurückgenommen. Eine Familie mit zwei Kindern, wo ein Kind in den Kindergarten geht und ein Kind geht in die Kinderkrippe, 1.400 Euro Unterstützung. 1.400 Euro! Das hat nur das Burgenland.

Die Wiener haben eine andere Förderung und dann kommen wieder wir, was die Familienunterstützung anbelangt. Zwei Kinder, 1.400 Euro. Wenn man weiß, was der

Durchschnittsverdienst ist, dann ist das ein 15. Monatsbezug, den die Familie in Wahrheit bekommt.

Das ist auch eine große finanzielle Kraftanstrengung, das über Jahre hinaus auch zu tun. Hier muss der Bund jetzt nachziehen und sagen, wir wollen das zweite Kindergartenjahr, das wir im Burgenland auch schon haben, weil über 99 Prozent der Kinder sowieso den Bildungsgarten besuchen. Der Bund muss einmal definieren und der neue Minister, dass der Kindergarten der Bildungsgarten ist, den wir im Burgenland schon lange haben, und die Voraussetzungen und Unterstützungen auch machen.

Eines muss ich auch dazu sagen. Jedes Kind ist gleich viel wert. Ich finde es zynisch, zu sagen, dass eine Teilzeitkraft keine Leistungsträgerin ist. Dass eine Alleinerzieherin, die ein, zwei Kinder hat, alleine lebt, nur Teilzeit arbeiten kann, ganz gleich, ob sie Krankenschwester ist, ob sie Lehrerin ist, ob sie Facharbeiterin ist. Das sind genauso Leistungsträger, die Teilzeit nur arbeiten können, weil sie vielleicht ein Kind haben. Genau deswegen brauchen wir den Kinderbonus für alle von 1.500 Euro. Das ist eine Diskriminierung von Leistungsträgern, die Kinder erziehen und ist familienfeindlich! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunden somit beendet.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1147), mit dem das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländisches Feuerwehrgesetz 1994 und das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert werden (Zahl 21 - 805) (Beilage 1168)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1147, mit dem das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländisches Feuerwehrgesetz 1994 und das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert werden, Zahl 21 - 805, Beilage 1168.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländische Feuerwehrgesetz 1994 und das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert werden, in ihrer 27. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Jänner 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Der Rechtausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländische Feuerwehrgesetz 1994 und das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert werden, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Das, was uns da vorliegt, für die Änderung des Katastrophenhilfegesetzes und damit verbunden anderer Gesetze auch noch, ist eine Frage des Umgangs mit Daten.

Das, was hier vorgesehen ist, ist sehr gut und richtig, nämlich, dass dort, wo bei Gebäuden ein Akutschutz, ein schneller Schutz notwendig ist, dass dann auch jene Personen erreicht werden können, die dafür nötig sind. Die wissen, wo was untergebracht ist. Wo welche Leitungen verlegt sind. Wo zum Beispiel Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können, wenn es einen Notbedarf gibt. Was wir heute auch beschließen, ist, dass das nicht nur im Einsatzfall möglich ist, sondern auch dort, wo geübt wird.

Das ist durchaus sinnvoll, dass man nicht erst, wenn dann wirklich schon - hoffentlich nicht im wahrsten Sinne des Wortes - etwas brennt, dann Zugang hat zu den Personen, die den richtigen Schlüssel haben und die richtige Information haben, sondern, dass man das auch üben kann.

In dem Zusammenhang möchte ich aber auf eine dahinterliegende Problematik hinweisen, die uns auch immer wieder im Burgenland beschäftigen soll. Das ist nämlich die Frage des Datenschutzes.

Es geht hier darum, dass Privatdaten von Menschen erfasst sind, weil man sie natürlich auch in, nicht zu sagen, vorher festgelegten Bürozeiten irgendwo erreichen kann. Das heißt aber auch, es gibt Listen von Privatdaten und wir wissen auf der einen Seite, aus den Diskussionen, die jetzt gerade auf Bundesebene stattfinden, dass die Frage des Datenschutzes und die Abfrage von Daten nicht so klar geklärt ist. Hier ist noch nicht einmal klar, wie protokolliert wird, wenn es automatisierte Abfragen gibt. Die einen sagen, nein, wird eh kontrolliert, wie immer. Die anderen sagen, nein, das wird nicht kontrolliert, wie immer.

Also es ist nicht nachvollziehbar, wer hat eigentlich welche Information bekommen. Es gibt auf Bundesebene eine Menge ungeklärter Fragen im Datenschutz. Darauf möchte ich hinweisen, dass wir damit sensibel umgehen, weil - und das ist auch eine ganz praktische Erfahrung - gerade in unseren kleinststrukturierten Gemeinden, wo eh fast jeder jeden kennt, die Frage des Umgangs mit privaten Daten noch einmal oft legerer gehandhabt wird.

Sie werden das vielleicht auch erlebt haben. Ich habe das erlebt, ich war zwei Wochen ungefähr Landtagsabgeordnete, hatte ich in meinem Privatpostfach zu Hause schon alle mögliche Post. Zeitschriften, Einladungen von Gemeinden, von Vereinen, von Firmen, das heißt, es muss eigentlich hier vom Landhaus eine Liste rausgegeben worden sein, mit den Privatadressen und den Privattelefonnummern von den Abgeordneten. Ich wurde nicht gefragt, ob mir das recht ist.

Nun okay, wir sind Personen öffentlichen Lebens. Aber das zeigt, da haben wir oft eine Selbstverständlichkeit, Daten einfach weiterzugeben, die in irgendwelchen Listen sind, wo vieles noch nicht geklärt ist.

Das heißt, ich möchte im Zusammenhang mit dieser Gesetzesänderung daran appellieren, dass wir bei allem, was mit Datenerfassung, mit Datenweitergabe, als auch mit Datenschutz zusammenhängt, im Burgenland auch noch einmal ein besonderes Augenmerk darauf legen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Herr Landtagsabgeordneter Haidinger ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sehr verehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Auch zwei Zuschauer möchte ich begrüßen und die Damen und Herren, die uns jetzt vielleicht im Internet verfolgen!

Die Datenschutzproblematik ist sicher eine, die grundsätzlich gegeben ist. In diesem Falle würde ich aber meinen, dass die Datenschutzproblematik nicht vorherrschend ist, da ja eine Regelung bereits existiert, was diese Datenfreigabe betrifft, nämlich für bestimmte Fälle, die ist ja schon da, das ist ja im Prinzip schon Gesetzesbestand. Die daraus jetzt hochgekochte Datenproblematik sehe ich als solche nicht, weil nichts anderes verfügt wird.

Diesbezüglich darf ich jetzt schon die Änderung im Gesetz zitieren: „Durch diese Bestimmung wird festgelegt, dass alle gemäß Paragraph 3 erfassten Daten der Katastrophenhilfsdienstorganisationen“ - also was schon existent ist - „auch zum Zwecke der Einsatzvorbereitung und Einsatzplanung übermittelt werden dürfen.“

Das ist in allen drei Gesetzen in Wirklichkeit in Analogie so geschrieben. Das heißt, wir sprechen von Daten, die schon existieren, die diese Organisationen auch bekommen, dann, wenn die Behörde den Katastrophenfall auslöst.

Jetzt müssen wir aber wirklich die Frage stellen, ich muss ja als verantwortliche Regierung oder als verantwortlicher Landtag und Gesetzgeber dafür sorgen, dass die Einsatzorganisationen auch in der Vorbereitung mit den Echtzeitdaten arbeiten können und müssen, weil sonst entstehen Ungereimtheiten, zu denen ich noch kommen will.

Weil eines, glaube ich, sind wir uns sicher: Die beste Katastrophe ist die, die nicht eintritt. Da wir als Menschen das aber eher selten im Griff haben, müssen wir also dafür sorgen, und das ist eine Präventionsaufgabe, dass wir uns entsprechend vorbereiten, sodass wenn eine Katastrophe eintritt, und das ist ja nicht so, dass eine Katastrophe vom Himmel fällt oder von null auf hundert da ist, sondern die sich in vielen Fällen abzeichnet, entsprechend auch davor reagieren zu können.

Ich darf nicht immer auf den Extremfall warten, sondern ich muss vorher schon einsatzbereit sein. Daher bedarf es gerade in dieser Phase einer dementsprechenden Entwicklung einer Katastrophe, einer guten Vorbereitung. Der Erstellung von Basismaterial. Damit sind wir genau beim springenden Punkt.

Wenn ich jetzt durch diese Nichtänderung des Gesetzes, jeder dieser Einsatzorganisationen mehr oder weniger überlasse, sich Basismaterial selbst zusammenzutragen, dann kommen wir zu einem irrsinnigen Durcheinander. Dann haben die Rettungskräfte ihr selbstzusammengetragenes Basismaterial, Datenmaterial und sonstiges. Die Feuerwehr genauso wie andere eingesetzte Kräfte, weil es gibt ja in dem Fall noch mehr.

Das ist tunlichst zu vermeiden. Es sollte hier keine Redundanzen geben. Es sollten hier auch keine Verwischungen geben, aber auch keine Abstände in diesen Daten. Daher hat man für den Katastrophenfall so einen Daten-Backup vorgesehen.

Jetzt geht es eigentlich nur mehr darum, dass man, um eine gute gediegene Vorbereitung auch sicherzustellen, eben genau das auch für den Einsatz und für Übungen in der Vorbereitung sicherstellt, obwohl es noch keine Katastrophe ist.

Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Datenschutzproblematik schlussendlich nicht der Hinderungsgrund sein kann, allen unseren Einsatzkräften, auf die wir sehr stolz sind, das wird in diesem Haus ja immer wieder betont, wie stolz wir auf die Feuerwehr, auf die Rettung und andere Einsatzkräfte sind, dass wir denen auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Das ist in Gesetzestextierungen eine sehr einfache Geschichte. Ich denke schon, dass das auch im Bereich der Datenschutzproblematik so weit geregelt ist, dass man da keine Verdachtsfälle oder -momente hat, die uns jetzt hindern könnten, hier das zu tun. Das ist nichts anderes, als die Bereitstellung der Mittel für diese Kräfte.

Eine Frage sei aber schon auch erlaubt, denn das ist ja nicht seit gestern so. Warum ist das nicht schon lange gemacht worden? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da richte ich jetzt schon die Frage an den ehemaligen zuständigen Referenten in der vormaligen Landesregierung. Immer wieder höre ich aus den verschiedenen Organisationen, dass sie immer wieder vorstellig geworden sind, um so eine Änderung vorzunehmen, aber das ist bis dato nicht passiert.

Gott sei Dank haben wir jetzt jemanden, der hier das Ohr in Wirklichkeit bei den Einsatzorganisationen hat, nämlich, in der Landesregierung. Dann war es im Prinzip eben ein Leichtes, dass jetzt insofern in die Gesetzgebungswerdung zu bringen, damit auch diese Bedarfsfälle erfüllt werden können, die schon lange auf den Fingern der Einsatzorganisationen brennen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als nächstes erteile ich dem Kollegen Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Vielleicht vorweg, die Gesetzesänderung, mit der drei Gesetze betroffen sind, findet natürlich seitens der ÖVP Burgenland und damit auch von meiner Seite die Zustimmung.

Es geht darum, Herr Kollege Haidinger, dass diese Daten nicht nur bei Einsätzen und bei geordneten Übungen zur Verfügung stehen, sondern jederzeit. Das ist der Unterschied!

Es wurde, dass ich auch zu Ihrem Vorwurf komme, den Sie sehr polemisch da wieder einmal in Ihrer Rhetorik formuliert haben, das schon vor vielen Jahren diskutiert. Es war der Wunsch, da haben Sie Recht, denn in dem einen Punkt gebe ich Ihnen Recht, der Einsatzorganisationen, dass wir das hineinarbeiten, dass jederzeit diese Daten zur Verfügung stehen.

Deswegen ist es sinnvoll, weil damit besser kommuniziert wird. Wir haben die Digitalisierung des Einsatzfunkes fast flächendeckend abgeschlossen. Das, glaube ich, wird in den einzelnen Bereichen noch nachjustiert.

Zweitens, weil die Einsätze besser koordiniert werden können, denn damals haben wir die Landessicherheitszentrale ins Leben gerufen, damit hier wirklich von einer Stelle her der Einsatz koordiniert werden kann. Das ist auch richtig so.

Ich kann mich noch erinnern, dass es hier einige Probleme gegeben hat, aber die sind in der Zwischenzeit, glaube ich, beseitigt und die Landessicherheitszentrale funktioniert. Es gibt jetzt auch eine Überlegung, wie wir noch besser mit der Polizei

kooperieren können, denn da hat es, bis hin zu einer Zusammenfassung, auch verschiedene Vorschläge gegeben.

Das wird aber nicht gehen, weil das eine Landes- und das andere eine Bundeskompetenz ist. Daher wird es wahrscheinlich in Richtung virtueller Sicherheitszentrale gehen.

Ist auch recht, wenn das funktioniert! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das dritte Argument warum diese Gesetzesänderung wichtig ist, ist ganz einfach, weil alle Gebietskörperschaften und Einsatzkräfte in dieses digitale Datennetz ihre Daten eingeben können.

Kollege Haidinger, das ist nämlich der Unterschied, denn die geben jetzt schon alles in ein Netz ein. Die müssen das sogar eingeben, denn das ist mit dieser Gesetzesänderung sichergestellt. Das ist ein psychologischer Moment, nämlich, dass jetzt die Bereitschaft vielleicht noch höher ist, diese Daten immer aktualisiert zu halten.

Bis jetzt hat diese Regelung, nämlich die alte Regelung, einen Einsatzfall betroffen. Nämlich, als der damalige Bezirkshauptmann von Güssing, der Mag. Grandits, die Katastrophe offiziell, behördlich ausgerufen hat.

Das war beim Hochwassereinsatz im Bezirk Güssing, wo mehrere Gemeinden betroffen waren und wo es eine offizielle Ausrufung einer Katastrophe gegeben hat und da hat das gegriffen. Ansonsten hat das bis jetzt nicht gegriffen.

Ich möchte drei Bespiele aufzeigen, wo wir diese Änderung, wenn wir sie gehabt hätten, eigentlich schon zur Anwendung hätten bringen können, wo diese Möglichkeiten besser gegriffen hätten. Das eine war der Brand bei der Firma Hackl, denn da waren mehrere Feuerwehren und Einsatzorganisationen beteiligt. Das war keine Ausrufung einer Katastrophe, aber wenn wir damals schon die Möglichkeit gehabt hätten, wäre das noch effizienter vonstattengegangen.

Das zweite Beispiel betrifft den Großbrand in Wimpassing. Auch hier waren wieder mehrere Feuerwehren betroffen. Das dritte Beispiel hat sich am 28. Juli 2017 in Fertőrákos abgespielt, nämlich, als es diesen großen Seehafenbrand gegeben hat.

Insgesamt waren dort fünf Einsatzboote der burgenländischen Feuerwehr, 17 Einsatzfahrzeuge, neun Tragkraftspritzen und 110 Feuerwehrmitglieder, sowie noch dazu 50 von der ungarischen Seite tätig.

Da hat es Erschwernisse gegeben, weil die Bauweisen der Seehütten und der Wind große Probleme dargestellt haben. Das wurde auch nicht als öffentliche Katastrophe ausgerufen. Daher konnte man nicht auf die Daten zugreifen.

Das alles zeigt natürlich, wie wichtig es ist, dass diese Gesetze jetzt geändert werden. Jetzt aber zu Ihrem Vorwurf. Ich würde Sie bitten, Sie können jederzeit mit mir reden, bevor Sie da irgendetwas vom Stapel loslassen, nur damit Sie vielleicht einen Gutpunkt von Ihrer Partei bekommen, wenn Sie irgendwen da anschwärzen.

Ich habe nämlich bereits im Jahr 2013, Herr Kollege, das Katastrophenhilfegesetz geändert. Das wurde mehrmals geändert. Ich habe damals bereits eine Formulierung gefunden und habe Sie auch zu Parteienverhandlungen ausgeschickt. Darin war diese Gesetzesänderung, wo Sie mir jetzt vorwerfen, wo ich schon früher hätte tätig werden können, bereits enthalten - von mir!

Wissen Sie, wer das nicht erlaubt hat? *(Abg. Manfred Haidinger: Also?)* Der Verfassungsdienst!

Genau aus dem Grund, den die Frau Petrik vorher genannt hat, nämlich, aus datenschutzrechtlichen Gründen. Aus diesem Grund wurde untersagt, dass diese Änderung kommt.

Nun kann mich, um mit einem Zitat von Adenauer zu sprechen, doch niemand daran hindern, über Nacht klüger zu werden, denn scheinbar ist der Verfassungsdienst jetzt klüger geworden, weil jetzt ist es eben möglich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* 2013, Herr Kollege, da war ich noch in der Regierung, habe ich das vorgehabt. Das hätte auch einen Sinn ergeben, weil wir damals mit der Landessicherheitszentrale, mit der Digitalisierung des Funkes, mit den Katastrophenschutzplänen, die sowieso in ein Intranet eingegeben werden, angefangen haben. Herr Kollege! Das ist ja der Unterschied, denn es kann nicht jeder machen, was er will, wie Sie das jetzt erklärt haben. Das kann er vielleicht in seiner eigenen Küche machen!

Nein, da gibt es eine Maske. Schauen Sie sich das an. Da muss man Daten eingeben. Da kann man nicht irgendetwas eingeben. Aber, ich gebe Ihnen Recht, wenn das Gesetz jetzt geändert wird, dann ist die Motivation psychologisch größer, wenn man über Daten verfügen kann, dass man diese Daten dann auch dementsprechend aktuell hält. In diesem Sinne kann man wirklich von einer Win-Win-Situation sprechen.

Für die Sicherheit des Landes ist das natürlich gut. Daher kann ich das nur begrüßen. Wir werden diesem Entwurf die Zustimmung erteilen.

Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich ist das meiste bereits gesagt worden. Das Ganze betrifft drei Gesetze. Nämlich, das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländische Feuerwehrgesetz und das Burgenländische Rettungsgesetz.

Bisher, auch das wurde bereits gesagt, standen die Daten nur für den Einsatz- und den Übungsfall zu Verfügung. Jetzt gehen wir quasi wieder einen Schritt zurück, denn die Daten stehen de facto für die Planung noch früher zur Verfügung. Es ist an sich wichtig und es ist eine gute Änderung, weil es für die Einsatzplanung eine Basis schafft.

Eine Planungsgröße für die taktische, logistische, strategische Vorbereitung auf Großschadensfälle, wie sie soeben auch angeführt worden sind. Aus meiner Sicht, und da spreche ich natürlich auch als Feuerwehroffizier, es ist eine unbedingt notwendige und sinnvolle Maßnahme, denn da geht es um viele Kleinigkeiten im Tagesgeschäft.

Da geht es auch um die Tagesalarmbereitschaften, mit denen ich planen und mich vorbereiten kann. Insgesamt bedeutet diese Gesetzesänderung eine bessere Vernetzung, um letztendlich besser planen und am Ende des Tages dann auch besser eingreifen zu können. Genau darum geht es.

Wir geben unseren Einsatzorganisationen quasi eine Ressource, ein Instrumentarium in die Hand, mit dem die Vorbereitung noch besser organisiert werden

kann. Sie kennen meinen Zugang dazu, das habe ich hier schon oftmals gesagt: Sicherheit muss man bevorraten, damit man sie dann hat, wenn man sie tatsächlich auch einmal braucht.

Sicherheit - auch das ist ein Nebensatz - gibt es auch nicht zum Nulltarif, das kostet auch etwas!

Die allgemeine Situation - und das möchte ich jetzt nicht verabsäumen, auch noch zu sagen – denn wir reden immer davon, dass wir ein Bundesland mit sehr vielen Freiwilligen sind. Das sind wir auch tatsächlich. Wir sollten den Freiwilligen auch etwas zurückgeben, aber, das tun wir leider nicht. Da geht es wieder um die alten Fragen, um die offenen Fragen einer geordneten Dienstfreistellung.

Im Burgenland haben wir eine vorbildliche Regelung für unsere Feuerwehrmitglieder:

Für Ausbildung und Einsatz in Form von zehn Tagen. Im Bereich der anderen Arbeitnehmerinnen beziehungsweise Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber haben wir das leider nicht, was immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten führt und möglicherweise auch dazu führt, dass Menschen nicht helfen können, wenn sie das wollen.

Auch die Arbeitsgeber sind mit dieser Regelung natürlich nicht glücklich und nicht zufrieden. Wir warten schon seit Jahren darauf, aber das ist eine Thematik, die beim Innenminister liegt. Vielleicht wird es jetzt etwas! Wünschenswert wäre es!

Die zweite offene Geschichte ist die Mehrwertsteuerbefreiung, die von uns immer wieder zum Thema gemacht wurde. Auch hier waren immer die Ausflüchte gegeben, dass das Europäische Recht das nicht zulässt.

Derzeit ist es so, das wissen Sie, dass die Feuerwehren bei der Beschaffung, vor allem bei Fahrzeugen, diese 20 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen müssen. Das heißt im Umkehrschluss, dass auch die Landesförderung, die das Land Burgenland gewährt, zu einem Teil - nämlich 20 Prozent - von dieser Mehrwertsteuer wieder, die dem Finanzminister abgeliefert werden muss, aufgesaugt wird.

Noch schlimmer ist die Tatsache, wenn die Feuerwehrmitglieder Feste veranstalten, um Mittel aufzubringen, ihren sogenannten „Eigenanteil“ leisten. Wenn sie dann dieses Geld, das sie dort vor Ort mit ihrer Arbeit verdient haben, der Beschaffung von Fahrzeugen zur Verfügung stellen, landet ein Teil davon auch wieder beim Finanzminister.

Sie gehen de facto nicht nur in der täglichen Arbeit für den Finanzminister zu weiten Teilen arbeiten, sondern auch in ihrer Freizeit, wenn sie für die Feuerwehr Dienst tun.

Auch hier würde ich Sie ersuchen, vielleicht eine gute Stimmung oder einen guten Wind beim Finanzminister zu machen, dass endlich dieses Fünftel des investierten Geldes dann auch bei den Feuerwehren bleiben und für die Anschaffung, die letztendlich den Menschen zugutekommen, zur Verfügung gestellt werden kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da sind Regelungen gefragt, denn in der Vergangenheit und derzeit lassen sie die Feuerwehrmitglieder de facto im Regen stehen.

Das sind auch diejenigen Themen, die die Feuerwehrmitglieder draußen tatsächlich berühren, denn wenn sie draußen mit den Feuerwehrmitgliedern reden, dann ist das ein Thema. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Jederzeit zur Verfügung) Deshalb* sind diese

Dienstfreistellungen ein wichtiges Thema. Ich denke, das sollten wir endlich einmal erledigen und zu einem Abschluss bringen.

Der Herr Landeshauptmann hat dieses heurige Jahr 2018 als das Jahr des Ehrenamtes definiert. Herr Landeshauptmann! Herzlichen Dank dafür! Er ist im Moment nicht da. Wenigstens ist das eine Anerkennung, die wir den Freiwilligen zu teil werden lassen wollen.

Die haben sich das sehr wohl und zu hundert Prozent verdient. In diesem Jahr des Ehrenamtes - Ehrenamt ist Ehrensache - soll es auch verschiedene Veranstaltungen geben. Wie bereits gesagt, bedanke ich mich dafür nochmals sehr herzlich.

Es ist eine Aufwertung. Wir schaffen es nämlich damit, den Freiwilligen unseren Dank, unsere Anerkennung, unsere Wertschätzung und unseren Respekt auszudrücken und das ist gut so.

Nun aber zurück zum Gesetzentwurf. Der Datenschutz wurde bereits angesprochen.

Datenschutz ist immer ein Thema. Der Datenschutz wird aber noch mehr zum Thema werden, wenn im Mai dann die Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union zu greifen beginnt oder in Kraft tritt. Da gibt es kein Zurück mehr.

Aber, ich gehe nun einmal davon aus, dass wir im Burgenland uns auch an die Datenschutzbestimmungen halten. Eines muss ganz klar sein und für mich ist das auch ganz klar: Der Menschenschutz geht in diesem Fall vor oder hat vor den Datenschutz zu gehen. Aber natürlich verpflichten wir uns dazu, das alles einzuhalten, denn schließlich geht es um die Sicherheit von uns allen.

Mit diesem Gesetzentwurf, der, denke ich, eine sehr gute Vorlage ist, wird es gelingen, eine bessere und professionellere Vorbereitung auf den Einsatz zu ermöglichen. Unsere Zustimmung ist daher natürlich gegeben. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Schnecker hat jetzt eigentlich den Punkt, der mit der Datenschutzverordnung mit Mai dieses Jahres und dem Datenanpassungsgesetz das Österreich erlassen hat, etwas vorweggenommen. Das an sich meinen Redebeitrag auch provoziert hat. In Wirklichkeit ist diese gesetzliche Anpassung hier nur die Obsorge, um den Datenschutzgegebenheiten Folge zu leisten.

Sonst ist alles, was an präventiven Möglichkeiten in der Ausschöpfung den einzelnen Rettungsorganisationen, beginnend von der Feuerwehr, Daten zur Verfügung zu stellen, um im Extremfall den Angriff starten zu können, auch alles einzuräumen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Steindl hat daran erinnert, dass mit der Digitalisierung von Katastrophenplänen, mit dem, was in den Gemeinden innerhalb der letzten Jahre an Katastrophenschutzmöglichkeiten geboten wurde, die verschiedensten Inhalte schon aufbereitet worden sind.

Mit dem, das jetzt auch auf einzelne Objekte und Inhalte Datenschutzmaterial gesammelt wird, um im Extremfall zur Verfügung zu stellen, besteht eigentlich wieder eine

sehr positive Vorsorgeverpflichtung, die in der, wie bereits ausgedrückt, im Angriffsfall zur Verfügung steht.

Tatsache ist, dass speziell die Rettungsorganisation Feuerwehr nunmehr schon über Jahre dieser Digitalisierung Rechnung getragen hat. Auch die übergeordneten Stellen, sprich die Gemeinden und das Land, haben hier entsprechend eingegriffen.

Nicht nur jetzt, wie in diesem Fall durch gesetzliche Maßnahmen, sondern auch durch sehr viel finanzielle Unterstützung und das speziell in den Gemeinden, dort, wo es auch Gewerbe und Industriebereiche gibt, die Feuerwehren sehr exakt in der sogenannten präventiven Schutzsituation und in der Möglichkeit vor Ort zu üben, sehr wohl Datenmaterial beziehungsweise Inhalte, beziehungsweise Pläne von den einzelnen Objekten aufnehmen.

Wir alle wissen, dass das beginnend auch schon in der Zurverfügungstellung in einem ausgelagerten Bereich von Schlüsseln und anderen Dienstleistungen für die Rettungsorganisationen zur Verfügung steht.

Das heißt, im Zusammenspiel der Möglichkeiten sollte vielleicht auf den Einzelhaushalt, auch jetzt in der möglichen gesetzlichen Perspektive, zurückgegriffen werden. Ich stelle jetzt nur im Modellsinne etwas zur Verfügung, das ausgefeilt gehört und festgelegt wird. Das nämlich bei einer Angriffssituation, die notwendig ist, auch für das einzelne Objekt in einem bestimmten Bereich, in einer Kastenform zur Verfügung stehende Daten, wie zum Beispiel die Plangrundlagen, Daten auf die entsprechenden Leitungssysteme, speziell dort wo Gas eingeleitet ist.

Das sollte für einen Brandfall in der Extremsituation mit vielen anderen Bereichen, die speziell auf einen Haushalt gemünzt sind, wo niemand von sich aus weiß, wie jetzt quasi dort vorgegangen und entsprechend eingegriffen werden sollte zur Verfügung stehen.

Daher stimme ich auch dieser gesetzlichen Maßnahme sehr gerne zu, mache aber nochmals abschließend darauf aufmerksam, dass mit dem Datenmaterial, das hier ausgelöst wird, auch mehr als sorgfältig umgegangen werden muss. Zum Abschluss möchte ich auf die Aktuelle Stunde, da es durch Zeitablauf der mir zur Verfügung stehenden fünf Minuten nicht möglich war, noch einen Schlusssatz setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre für alle und damit meine ich auch alle Familien, die in Österreich speziell auch hier im Burgenland leben, von absolutem Vorteil, nicht nur die Zurverfügungstellung von Mitteln, von finanziellen Mitteln zu propagieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sondern speziell den Sachleistungsaufwand zu erhöhen, in der Perspektive der Sachleistungen, beginnend von der Kinderkrippe bis zur Ausbildung im Schulbereich, mit der Nachmittagsbetreuung, auch mit der Ferienbetreuung integrierende Bestandteile des Familienlebens sind, würden wir vorab davor schützen und festhalten, dass Familienmitglieder nicht quasi in die Teilzeit gezwungen werden.

Wir würden festhalten, dass sie nicht unter dieses sogenannte Einkommensniveau, das beim Familienbonus jetzt gefragt wird, sondern wir hätten die Chance, dass wir entsprechend in den einzelnen Bildungsinstitutionen das zur Verfügung stellen könnten. Nämlich, mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln, das der Ausbildung unserer Kinder einen besonderen Wert verleihen würde.

Nämlich durch den kostenfreien Zugang und auf der anderen Seite, und das wissen alle Bürgermeister, die hier im Haus sitzen und im Burgenland und österreichweit aktiv

sind, es steht vermehrt der Anspruch auf sogenannte Wohnbeihilfe in der Unterstützung mit jedem Antrag der in der Anmeldung in den Gemeindeämtern stattfindet, findet in der Regel schon der Antrag auf Unterstützung Wohnbeihilfe statt.

Es gibt vermehrt die Bedürfnisse, das Gemeinden darauf eingehen müssen, was quasi Familien in der Förderung, im Kindergarten, in der Krippe oder in der Nachmittagsbetreuung finanziell unterstützend unter die Arme gegriffen werden muss. Das zieht sich bis in die Ferienbetreuung fort, wo diese acht Wochen Ferienzeit niemanden eigentlich eine Chance bieten, geordnet seinem Berufsleben nachzugehen.

Daher nochmals: Familientechnisch würde ich in Sachleistungen setzen, denn das wäre eigentlich nicht nur für die österreichischen Familien, sondern für alle anderen Mitglieder eines Familienverbandes von absolutem Vorteil. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ich danke allen Vorrednern. Jeder hat quasi die Vorteile erkannt und es auch auf den Punkt gebracht. Ich danke auf jeden Fall auch dem Hauptreferatsleiter Mag. Erich Hahnenkamp, der natürlich federführend für die Änderung dieses Gesetzes zuständig war. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vielleicht noch zwei, drei kurze Anmerkungen zum Datenschutz, weil das nicht uninteressant ist. Es kommt eben immer darauf an, aus welcher Sicht man den Datenschutz betrachtet. Es kommt auch immer darauf an, wie von mir aus auch verfassungsrechtliche Beurteilungen stattfinden.

Faktum ist natürlich auch, das kann ich auch hier anführen, dass man auch gesagt hat - zum neuen Innenminister - verfassungsrechtlich sei es bedenklich, die Altersfeststellung mit einem Röntgenapparat oder mit Röntgenaufnahmen durchzuführen. Könnte sein oder könnte nicht sein.

Viele Juristen und viele Meinungen. Faktum ist, es wird kommen. Auch die Handyabnahme wird kommen, damit man auch verfolgen kann, wo derjenige dahergekommen ist, was er gespeichert hat und so weiter und so fort.

Das heißt, selbstverständlich kann man immer wieder sagen, verfassungsrechtlich sei es eine schwierige Sache oder nicht schwierige Sache. Genauso ist das jetzt bei diesem Gesetz. Danke auch Herrn Abgeordneten Steindl für seine Ausführungen. Es ist eben definitiv so, dass auch zu mir gesagt wurde, verfassungsrechtlich gehe das nicht.

Auch zu mir hat der Verfassungsdienst gesagt, das gehe nicht, das könne man nicht, das sei unmöglich. Faktum ist natürlich auch, dass es auch immer auf die Durchsetzungskraft ankommt. Wenn man wirklich etwas will und natürlich auch dazu steht und gemeinsam mit den Organisationen darum kämpft, dann glaube ich schon, dass das sehr vorteilhaft ist.

Es wird zukünftig natürlich mit dem Datenschutz sehr sorgfältig umgegangen. Die Sorgfalt steht an oberster Stelle. Insgesamt gesehen ist es genauso wie beim Feuerwehrgesetz, wo die Demokratisierung schon lange hätte betrieben werden sollen. Das kommt jetzt auch. Es kommt sogar wahrscheinlich auch in nächster Zeit auf uns zu, dass die Feuerwehr und die Rettungsdienste durch einen Drohneneinsatz entlastet

werden, wo man dann von oben genau sieht, wo der Brandherd ist, wo die Unglückstelle ist, wie man dort besser hinzu kommt und so weiter und so fort.

Das ist in Vorarlberg auch schon in Erprobung. Das heißt, es kommt einiges auf uns zu. Selbstverständlich steht das immer im Zusammenhang mit dem Datenschutz. Freilich hat das immer damit zu tun, auch wenn es die Drohnen von oben dann für die Feuerwehr leichter machen, und trotzdem sieht man dann natürlich auch die verunglückte Person und so weiter und so fort.

Das ist immer eine Betrachtungsweise, wo jeder ein bisschen Recht hat. Aber, daher bin ich wirklich der Meinung, dass die Sorgfalt des Datenschutzes an oberster Stelle stehen wird. Herzlichen Dank nochmals für die einstimmige Zustimmung zu dieser Änderung und danke auch für die Redebeiträge. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländische Feuerwehrgesetz 1994 und das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert werden, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Katastrophenhilfegesetz, das Burgenländische Feuerwehrgesetz 1994 und das Burgenländische Rettungsgesetz 1995 geändert werden, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1121), mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 21 - 793) (Beilage 1169)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1121, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird Zahl 21 - 793**,** Beilage 1169.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, in ihrer 27. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Jänner 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Markus Wiesler, als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum Landesumlagegesetz. Ein Ladenhüter oder ein leidgeprüftes Thema der ÖVP. Aber, ich denke nicht für die Gemeinden und für die Bevölkerung des Burgenlandes. Das zeigt auch immer die Landeskoordinationssitzung, wenn es um die Landesumlage geht.

Man kann die Landesumlage natürlich schlecht reden und verteufeln. Man kann die Landesumlage auch wertschätzen, wenn man sie als Ganzes für das Burgenland betrachtet und sieht.

Das Land Burgenland ist deshalb auch 2018 ein verlässlicher starker und stabiler Partner für die Gemeinden. Das sieht man anhand der Lastenverteilung der Gesamtausgaben zwischen Land und Gemeinden. Es zeigt sich hier ein klares verlässliches Bild für die Gemeinden, insbesondere für die finanziell schwächeren Gemeinden, was wesentlich und wichtig ist, besonders eben für das Südburgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Land Burgenland trägt 74 Prozent der Ausgaben, die Gemeinden hingegen 26 Prozent der Ausgaben. Österreichweit schaut das Ergebnis, der Vergleich, anders aus. In den einzelnen Bundesländern viel unterschiedlicher noch und viel schlechter für die Gemeinden. Somit bleibt das Land Burgenland, wie schon erwähnt, ein verlässlicher und starker Partner für die Gemeinden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Zweckbindung der Landesumlage, wie von der ÖVP gefordert, hätte für kleinere finanzschwächere Gemeinden natürlich Nachteile. Finanzkräftige Gemeinden, wo eben Betriebe beheimatet sind, wo eben mehr Geld zur Verfügung steht, haben einen immensen Vorteil gegenüber den kleinen ländlichen Gemeinden.

Kollege Steiner hat letztes Jahr gesagt und erklärt, wenn man die 19 Millionen Euro hernimmt, wenn man Richtlinien macht und sagt, wenn Gemeinden bestimmte Projekte umsetzen, dann können sie aus diesem Topf Geld bekommen, etwa 50 Prozent der Investitionen.

Ich nehme an, dass die anderen 50 Prozent natürlich die Gemeinden dazu schießen müssen. Na ja, wenn die kleinen Gemeinden jetzt, finanzschwächeren Gemeinden keine oder nur kleine freie Finanzspitzen haben, die sie investieren können, kommen sie gegenüber den finanzkräftigen Gemeinden natürlich unter die Räder, weil sie diese Fördermittel eben nicht ohne weiteres auslösen können.

Auf der anderen Seite würde wahrscheinlich der Prozentsatz für die finanzschwachen Gemeinden für die Gesamtausgaben natürlich steigen.

Auch das müssen Sie den Gemeinden erklären und nicht eben Halbwahrheiten verbreiten, wenn Sie von einer Strafsteuer reden, dann erzählen Sie das den Gemeinden im Südburgenland.

Da ist mir zurzeit das Modell der Landesumlage lieber, wenn hier Gesamtausgaben für die Gemeinden, für finanzschwache Gemeinden mitgetragen werden, im Sozial- und Gesundheitsbereich oder in der Bildung zum Beispiel.

Hier profitieren auch die kleinen Gemeinden, finanzschwache Gemeinden, und ich sehe es als eine Art Ausgleichsmaßnahme eben zwischen den finanzschwachen und finanzstarken Gemeinden. Außerdem ist das Land Burgenland immer gesprächsbereit, wenn Gemeinden Investitionen für Projekte tätigen wollen und vorhaben, auch das sei erwähnt.

Es ist ja verwunderlich, warum die ÖVP diese Forderung der Zweckbindung nicht unter Regierungsverantwortung gestellt hat. Ich denke natürlich deshalb weil man genau weiß, dass die Gemeinden so sehr gut fahren und es eine gute Regelung ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich werden die Herausforderungen in den Gemeinden größer und viel kostenintensiver. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Landesebene. Nicht gut ist allerdings, dass die ÖVP hier versucht, die Gemeinden gegenseitig auszuspielen, große gegen kleine, finanzkräftige gegen finanzschwache.

Bei den Gesamtausgaben zum Beispiel für Soziales, für Gesundheit, wo sehr viel Geld aufgewendet und in die Hand genommen wird, darf es nicht Gemeinden gegen Land heißen, es darf auch nicht heißen, das ist Strafsteuer für die Gemeinden. Sondern dieses Geld der Landesumlage kommt uns allen zugute, kommt den Menschen im Burgenland zugute. Und hier gibt es eben unterschiedliche Bereiche, wo das zutrifft.

Es gibt überregionale Aufgaben die erledigt werden müssen und mit diesen Aufgaben sind natürlich Ausgaben verbunden, damit ein gesamtgesellschaftliches Zusammenleben möglich ist. Und funktioniert dieses gemeinschaftliche Zusammenleben, nennt man eben unser Heimatland Burgenland, deswegen heißt es Landesumlage und nicht Strafsteuer für die Gemeinden.

Somit nimmt das Land den Gemeinden kein Geld weg. Das Land Burgenland hingegen kompensiert durch niedrige Transferleistungen, das sind eben die Ausgaben für gemeinschaftliche Aufgaben, die Belastungen der Gemeinden.

Das heißt, wie ich schon erwähnt habe, eben im Burgenland, das Land finanziert gemeinsame Aufgaben im Sozialbereich, Krankenanstaltenbereich oder eben im öffentlichen Leben allgemein, 74 Prozent, während die Gemeinden lediglich 26 Prozent dazu beitragen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Land Burgenland unternimmt große Anstrengungen, um die Gemeinden möglichst gut bei ihren Vorhaben zu unterstützen. Dadurch wird viel zur wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Gemeinden beigetragen.

Die Gemeinden im Burgenland haben sich das auch verdient, denn sie sind Wohn- und Lebensraum. Sie sind natürlich auch ein enormer Motor für die Wirtschaft, für Tourismus. Sie sind Dienstleister vor Ort und darauf können wir sehr stolz sein.

Wir werden unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Zunächst einmal finde ich es schade und bedauerlich, dass der neue Finanzlandesrat, der ja zuständig ist für dieses Gesetz, schon in seiner ersten Landtagssitzung signalisiert, dass ihm das eigentlich relativ wenig interessiert.

Das hätte ich mir eigentlich von ihm erwartet, dass er zumindest bei seiner ersten Landtagssitzung bei seinen Gesetzen auch hier ist, damit man vielleicht das eine oder andere Argument austauschen kann, aber vielleicht hat er etwas Wichtigeres zu tun.

Meine Damen und Herren! Ich habe vor kurzem einen Artikel gelesen in einer Zeitung, da ist gestanden: SPÖ und FPÖ gegen Landesumlage. Da habe ich mir gedacht, das ist aber super. Endlich haben SPÖ und FPÖ sich das anders überlegt. *(Abg. Ingrid Salamon: Die Rede vom Vorjahr.)*

Nein, da ist nicht die Rede vom Vorjahr, es ist nämlich heuer wieder drinnen gestanden. Interessanter Weise haben die Roten und die Blauen in diesem Bundesland, das war konkret Tirol, diese Meinung wiederholt und sie ist auch richtig. Schade, dass das im Burgenland nicht der Fall ist.

Die Argumente über die Landesumlage sind ausgetauscht. Da wird sich nicht viel ändern, schätze ich einmal, leider nicht viel ändern. Ich nehme es jetzt auch dem Kollegen Wiesler nicht krumm, dass er hier die SPÖ-Linie fährt. Das ist ja Teil dieser Unterwerfungsstrategie, die gestern der Klubobmann auch vorgegeben hat.

Daher möchte ich dazu eigentlich gar nicht viel sagen, außer der eine Punkt, Kollege Wiesler, also wenn wir uns darauf verständigen könnten, dass dieses Geld, das den Gemeinden zusteht, wieder in die Gemeinden fließt, dann bin ich sofort dafür, dass finanzschwache Gemeinden, Gemeinden im Südburgenland keinen Eigenanteil zahlen müssen, sondern das Geld zu 100 Prozent bekommen sollen. Diese Variante, da wären wir gleich auf einer Linie. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Es liegt uns heute ein Gesetzesantrag vor, der aus mehreren Aspekten heraus interessant ist. Es gibt einen Bruch der bisherigen Vorgangsweise, nämlich das dieses Gesetz nicht für ein Jahr beschlossen wird, sondern gleich bis 2020.

Damit signalisiert leider die Mehrheit hier im Landtag, dass die Gemeindeinteressen nicht mehr wirklich hinterfragt werden und dass man sich nicht Gedanken macht, ob nicht den Gemeinden mehr Unterstützung zukommen soll.

Ich bin auch dafür, das sage ich auch gleich dazu, dass natürlich die finanzstärkeren Gemeinden einen größeren Beitrag leisten müssen. Das ist ja auch der Fall. Das ist ja gar keine Frage. Allerdings muss es da auch aus meiner Sicht irgendwann einmal Grenzen geben.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Vorlage dieses Gesetzes oder den Text anschaut mit dem Vorblatt, und wenn man auch die Gemeindefinanzstatistik, die ja auch vom Land Burgenland, von der Landesregierung, herausgegeben wird mit anschaut, dann muss man zum Schluss kommen, dass irgendetwas nicht stimmt.

Entweder weiß man nicht genau wie viel Einnahmen man erzielt durch die Landesumlage, durch diese Strafsteuer, wie der Kollege Wiesler gesagt hat. Entweder weiß man nicht wie viel man wirklich einnimmt, oder man arbeitet schlampig.

Es ist nämlich so, dass im Vorblatt zu diesem Gesetz mitgeteilt wird, uns Abgeordneten, dass im Jahr 2016 19,3 Millionen Euro eingenommen wurden. In der Gemeindefinanzstatistik über das Jahr 2016, das auf den Rechnungsabschlüssen der

Gemeinden beruht, wird uns mitgeteilt, es werden 20.494.767 Euro an Landesumlage eingenommen.

Jetzt frage ich mich, ist das Schlampigkeit, so wie es in anderen Bereichen halt auch der Fall ist hier in der Landesregierung, oder ist die Million irgendwo versickert? Wenn ja, wo ist diese Million? Oder ist es eh wurscht, weil eine Million nicht so viel Geld ist, pfeifen wir uns nicht wirklich darum. Ist halt eine Million mehr, was den Gemeinden weggenommen wird. Aber was damit passiert, keine Ahnung, weiß Keiner.

Ich muss ehrlich sagen, das ist schon alleine ein Hinweis darauf, dass offensichtlich sozusagen das was die Gemeinden wirklich interessiert und berührt, nämlich die Menschen im Land, für die Landesregierung nicht so wichtig ist.

Meine Damen und Herren! Was mich noch sehr erstaunt hat vorige Woche. Als ich ins Rathaus gekommen bin, habe ich eine Abrechnung der Landesregierung bekommen der Ertragsanteile und da sehe ich, dass über 200.000 Euro an Ertragsanteilen von der Stadt Eisenstadt abgezogen wird als Landesumlage. Jetzt frage ich mich, wie kann das sein? Es gibt keine Rechtsgrundlage dafür.

Wir beschließen heute das Gesetz für 2018. Wir beschließen heute die rechtliche Grundlage, dass diese Landesumlage vom Land einbehalten werden kann und vorige Woche zieht mir das Land 250.000 Euro ab. Das ist schlicht illegal, das ist schlicht rechtswidrig.

Und auch das zeigt mir, dass das alles wurscht ist in dieser Regierung. Wir sind wir, da fahren wir drüber, so ist das halt im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich werde mir das übrigens noch anschauen und dann werden wir schauen, ob wir dieses Geld auch zurückfordern können, weil ein Rechtsgeschäft ohne Rechtsgrundlage, wie wir wissen, funktioniert im österreichischen Rechtsstaat üblicher Weise nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es wirklich schade, dass Rot und Blau hier überhaupt nicht bereit sind hier nachzudenken, sich etwas zu überlegen, etwas Innovatives zu überlegen, wie wir dieses Geld, das den Gemeinden zusteht, wieder in die Gemeinden bringen können.

Meine Damen und Herren! Wir haben als Volkspartei schon eine Menge an Vorschlägen gemacht. Uns wäre natürlich die Streichung am liebsten, weil das die ehrlichste Vorgangsweise wäre.

Wir wären aber auch schon zufrieden, wenn dieses Geld, und das sind zirka 20 Millionen Euro, die Regierung selbst weiß es ja auch nicht genau wieviel es ist, sind es 19, sind es 20, sind es 21, dieses Geld sollte wieder in die Gemeinen zurückfließen, damit wir in die Lebensqualität der Menschen investieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mir auch sicher, dass spätestens im Jahr 2020 diese Landesumlage nicht mehr existieren wird. Entweder weil hier im Landtag eine Mehrheit sich dafür aussprechen wird, oder was wahrscheinlicher ist, weil im Bund beim Finanzausgleichsgesetz irgendwann einmal die Streichung kommen muss, weil das wirklich ein Relikt aus der Nachkriegszeit ist die niemand erklären kann.

Es gibt auch keine vernünftige Erklärung dafür. Diese Landesumlage hat die Zeit überstanden, obwohl es eigentlich dafür keine Begründung mehr gibt. Sie wird auch nicht begründet. Es gibt einfach keine Grundlage dafür.

Und daher bin ich überzeugt, dass über kurz oder lang unser Bestreben auch erfolgreich sein wird, nämlich dass diese Landesumlage, so wie es in anderen Ländern

der Fall ist und wie es in andern Ländern zumindest gekürzt worden ist, irgendwann auch einmal im Burgenland Realität sein wird.

Wir als Volkspartei arbeiten daran im Sinne der Gemeinden, im Sinne der Menschen des Landes und werden natürlich nicht zustimmen, das ist ganz klar. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon das Wort.

Bitte Frau Klubobfrau um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Bitte, gerne. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Abgeordnete! Sie wissen, dass es heute meine neue Rolle als Klubobfrau ist. Für mich ist es so, dass ich kurz jetzt wirklich einen Satz darüber verlieren möchte.

Mein politischer Stil ist im Prinzip so, dass ich versuche Sacharbeit vor parteipolitischer Arbeit zu machen. Ich darf hier und vom Rednerpult aus alle Fraktionen und alle Klubobleute natürlich ersuchen, dass wir eine sachliche Zusammenarbeit, zumindest in verschiedenen Themen, vielleicht einmal versuchen sollten.

Das funktioniert, glaube ich, aber nur dann, wenn jeder seine Aufgabe hier im Landtag zu sitzen ernst nimmt. Und ich bin in die Politik gegangen um für die Bevölkerung des Burgenlandes Veränderungen zu erwirken und auch das Ohr bei den Bürgerinnen und Bürgern zu haben.

Und was absolut nicht mein Stil ist, und das glaube ich ist auch nicht würdig für die Politik, dass man versucht gewisse Dinge, und so ist es heute hier passiert, auch bei der Aktuellen Stunde, ins Lächerliche zu ziehen, verbale Ausdrücke von Abgeordneten, wenn andere sprechen, das so auszudrücken, wer ist jetzt der Gescheitere und ihr wisst das nicht und ihr tut das nicht. Also das ist nicht mein Stil.

Ich bin davon überzeugt, dass jeder der hier sitzt seine Wahl natürlich gewonnen hat, sonst würde er nicht hier sitzen und dass man sich wirklich konzentriert auf eine sachliche Arbeit. Weil das hat natürlich die Bevölkerung des Burgenlandes verdient und nicht Theaterstücke, so wie das heute schon der Fall ist und bei vielen Sitzungen im Landtag vormals auch schon. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Und wenn wir hier von dieser Landesumlage - und diese Diskussion ist ja nicht das erste Mal - so haben Sie hier wieder den Kollegen gesehen, der meinen Vorredner, dem Herrn Wiesler das Wort in den Mund gelegt hat, dass er von „Strafsteuer“ gesprochen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren und lieber Herr Kollege! Du weißt es ganz genau, dass er Dich zitiert hat und die ÖVP zitiert hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe nur gesagt, dass er Strafsteuer gesagt hat.)*

Und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie draußen im Burgenland wohnen, da bin ich davon überzeugt, gehen nicht mit Scheuklappen durch dieses Land und können wahrscheinlich, wie soll ich sagen, genau hinschauen und feststellen, welche Politiker versuchen hier einen Keil hineinzutreiben und welche Politiker es ernst nehmen.

Und für mich ist es wirklich so, dass das was die ÖVP zurzeit macht wirklich eine Schmähparade ist. Und das betrifft natürlich auch die Landesumlage.

Und wenn die ÖVP natürlich immer wieder versucht diese Landesumlage der Bevölkerung so darzulegen, dass Gemeinden hier Gelder liegen lassen müssen, auf die

sie verzichten müssen und so quasi nicht den Gemeinden überwiesen werden, so ist das für mich eine falsche Aussage.

Man kann ausdrücken, dass das Land die Landesumlage von den Gemeinden verlangt, es ist immer so, ja. Und da muss man aber auch sagen, was das Land für diese Gemeindeumlage im Prinzip mitfinanziert für uns Gemeinden. Und da ist es für mich so, dass der Aufteilungsschlüssel, und den haben wir heute auch schon gehört, nämlich 74 Prozent das Land und 26 Prozent die Gemeinden, bei uns im Burgenland betrifft.

Und da darf ich Ihnen jetzt kurz beispielshaft sagen was das Land bei uns mit zahlt. Also ob das jetzt die Zuschüsse an die Gemeinden zum Schulbau sind, bei 20 Prozent Errichtungskosten*. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Aus Bedarfszuweisungen übrigens.)*

Ja, Zweckzuschüsse für die Ganztagsschule, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aus Bedarfszuweisungen für die Gemeinden.)* Kinderkrippe, Kindergärten und Güterwege*, (Abg. Mag. Thomas Steiner: Alles Gemeindegelder.)* Beiträge zum Neu- und Ausbau.

Also das sind alles Dinge, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber aus Gemeindegelder, Frau Kollegin.)* die das Land bei uns mitfinanziert. Ich werde Ihnen gleich Beispiele sagen, wo es in Niederösterreich keine Landesumlage gibt, wo die Gemeinden viel mehr zahlen wie wir zahlen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die haben auch mehr Geld.)*

Es vermehrt sich diese Gemeindeumlage um das Doppelte und Sie berichten, so wie es Ihr Stil ist, über das Burgenland, und die Landesregierung schlecht zu machen und es geht Ihnen und der ÖVP nur dann gut, wenn Sie das Land schlecht reden können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch.)*

Das ist aber nicht der Fall. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da sind Sie auf dem falschen Weg.)* Nein, das ist nicht der Fall. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe nicht die Landesregierung schlecht geredet sondern die Landesumlage.)*

Schauen Sie, es ist so, dass es bei uns im Burgenland diesen Aufteilungsschlüssel gibt. Das ist einer der besten Aufteilungsschlüssel in Österreich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eine traurige Gemeindevertreterin sind Sie.)* Ja, das ist so. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist traurig.)*

Und Sie sagen nicht dazu, wenn es diese Landesumlage nicht gibt, - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist traurig, wie Sie sich als Gemeindevertreterin verstecken.)* es ist traurig, dass Sie immer nur eine Hälfte berichten und die andere nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, genau.)*

Weil wenn dieses Rädchen der Landesumlage gedreht werden muss, dann muss auch geschaut werden, wer für den anderen Teil der Finanzierung so quasi aufkommen muss. Und das wäre meiner Meinung nach natürlich eine Belastung für die Gemeinden.

Und wenn man jetzt in Niederösterreich herschaut, wo ich wirklich sagen kann, dass es in Niederösterreich diese Landesumlage nicht gibt, dann ist es natürlich hier so, bei Krankenanstalten zahlen die burgenländischen Gemeinden zum Beispiel die zehn Prozent, in Niederösterreich hingegen sind es 50 Prozent. In Oberösterreich und Vorarlberg 40 Prozent.

Man sieht ja, dass man sagt, man kann ja einen Kuchen nur einmal aufteilen, ob es jetzt so ist, dass ich sage, es gibt keine Landesumlage *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist mit den anderen Ländern?)* und man legt den ganzen Teil um.

Es gibt verschiedene Auflistungen in diese Richtungen, wo wir immer gut dran sind. Es gibt sogar Studien, die das bestätigen. Und wenn Sie es noch 100 Mal und 1.000 Mal

sagen, lieber Herr Kollege, dann wird das deswegen nicht wahrer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das gilt für Sie auch.)*

Es gäbe zum Beispiel noch die Mitfinanzierung in den Krankenhäusern. Also wenn es das nicht geben würde, wäre das um ein x-faches höher.

Es gibt hier das regionale Rettungswesen, wo die Gemeinden zuständig sind, wo 50 Prozent vom Land getragen sind *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt ja nicht.)* oder werden. Also Sie sehen, es gibt sehr *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt ja überhaupt nicht.)* viele Dinge, die man hier positiv vergleichen kann.

Und noch einmal, das Burgenland steht zu den Gemeinden und ist ein fairer Partner zu unseren Gemeinden, das muss ich hier von dieser Stelle schon sagen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also wo das Land für unsere Gemeinde etwas zahlt, das müssen Sie mir schon zeigen.)* österreichweit beträgt das Verhältnis der Prozentaufteilung 61 zu 39, bei uns im Burgenland ist es 74 zu 26. Das bestätigt natürlich schon auch, dass dem Land Burgenland die Gemeinden sehr viel wert sind.

Und wenn wir beim Finanzausgleich zusätzlich sind, beim neuen Finanzausgleich ab 2017 gibt es natürlich gerade für strukturschwache Gemeinden, für Gemeinden, die im Prinzip Abwanderungen haben, natürlich ein zusätzliches Geld.

Das sind 60 Millionen Euro neues Geld aus dem Strukturfonds, wovon ich überzeugt bin, dass das auch deshalb so gemacht worden ist, weil die burgenländischen Vertreter beim Finanzausgleich das natürlich sehr vehement eingefordert haben.

Und ich bin auch davon überzeugt, dass es in Zukunft natürlich auch für die Gemeinden dieses frische Geld gibt und das natürlich auch den Gemeinden helfen wird.

Ja, was haben wir noch? Im Prinzip haben Sie auch angesprochen, oder zumindest hätte ich das jetzt so für mich aufgenommen, dass es natürlich auch für zusätzliche Projekte nicht zusätzliche Gelder vom Land gibt.

Also ich muss sagen, wir wissen das alle und die Bürgermeister, die hier sitzen wissen das auch. Und auch der Herr Bürgermeister weiß es, dass das Land Burgenland auch mitbezahlt hat bei Projekten, was die Freistadt Eisenstadt natürlich gemacht hat. Was durchaus richtig und wichtig ist, aber man kann nicht immer nur von einer Medaille die Hälfte erzählen.

Ich habe gerade gesagt, dass es auch Sondermittel gibt, bei Projekten, die jede Stadt für sich macht und davon hat ja auch Eisenstadt profitiert, soviel ich weiß. Das war bei der Eislaufhalle das Dach, das war - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wird ja hoffentlich erlaubt sein.)*

Ich will es nur erwähnen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wird ja hoffentlich erlaubt sein, wenn die Stadt … - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, entschuldige, das wird ja hoffentlich erlaubt sein, wenn die Stadt über sieben Millionen Euro an das Land abführt, das wir 200.000 zurückbekommen.)* das war die Tennishalle, das war für die Leichtathletik.

Also ich hoffe, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wird ja hoffentlich noch erlaubt sein. Das ist ja ein Scherz.)* dass das natürlich auch für das Land so weiter geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass es der ÖVP nicht gelingen wird, hier in der Landesregierung, die SPÖ mit der FPÖ aufzuhetzen, die ÖVP hat es im Sinn, dass sie sagt, die Gemeinden hetzen wir gegen das Land auf. Also ich

glaube, diese Botschaften sind heute sehr deutlich herübergekommen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Angst muss sehr groß sein, ja.)*

Meine Angst ist nicht groß. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt. Davon bin ich überzeugt.)* Und ich möchte Sie zur Aktuellen Stunde, ich darf Sie nur daran erinnern. *(Unruhe bei der ÖVP – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe ... *(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wenn ich läute, ersuche ich mit der Wortmeldung inne zu halten und ich ersuche recht höflich, in den Bänken um etwas Ruhe. Danke.

Bitte fahren Sie fort, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ) *(fortsetzend)*: Das spiegelt den Charakter der Kollegen, genau so wird das auch dargestellt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schauen Sie sich in den Spiegel, wenn Sie von Charakter reden. – Abg. Markus Ulram: Das darf ja nicht wahr sein, bei jeder Wortmeldung. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Schauen Sie einmal selber in den Spiegel, wenn Sie von Charakter reden, dann können wir weiter reden.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Fragen Sie einmal in Mattersburg die Leute.)* Ja, kann ich gerne fragen. Ich glaube nicht, dass wer seit 1999 Jahren, wo ich Bürgermeisterin bin, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So alt sind Sie ja noch gar nicht.)* ich meine*…(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich ersuche höflich den Herrn Landtagsabgeordneten Steiner den Dialog einzustellen und sich mit den Ausdrücken zu mäßigen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann soll sich aber die Frau Abgeordnete auch mäßigen.)* - jetzt bin ich am Wort - und Sie können sich gerne dann zu Wort melden. Danke.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ) *(fortsetzend)*: Gut, okay, wenn ich mich im Ton vergriffen habe, nehme ich „das es den Charakter spiegelt“ zurück. Tut mir leid, das wollte ich nicht ausdrücken. Ich will aber schon eines ausdrücken und das kann ich Ihnen jetzt schon sagen zur Aktuellen Stunde:

Ich weiß nicht, ob es Ihnen im Prinzip aufgefallen ist, diesen Familienbonus, den ich im Ansatz ja auch nicht für schlecht halte und dass es uns wichtig ist den Mittelstand zu entlasten.

Aber eines ist heute schon gesagt worden vom Kollegen Wolf: Wir haben im Burgenland quasi das Durchschnittseinkommen von 1.753 Euro. Und ich weiß nicht, ob es Ihnen bewusst geworden ist, dass man sagt, die Leistungsträger sollen belohnt werden.

Ich bin aber davon überzeugt, dass sehr viele der Bevölkerungsschichten, die diese 1.753 Euro im Prinzip heute und hier bei uns verdienen, dass die genauso zu den Leistungsträgern dazukommen.

Und wenn es diesen Ansatz des Familienbonus gibt, dann wäre es vielleicht wirklich gescheit, nachdem er ja eh nicht heuer ausgezahlt ist, nachdem es nicht wirklich noch letztendlich bis zur letzten Ausformulierung gekommen ist, dass Sie sich natürlich dafür einsetzen sollten, dass natürlich die Familien, die keine Steuer zahlen, die ja nicht immer etwas dafür können, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Steuerermäßigung.)* - nein keine Steuerermäßigung, Herr Steiner.

Ich habe Sie schon verstanden, dass der Familienbonus nur mit der Steuerermäßigung ist, aber es gibt ja auch andere Fördermaßnahmen, die man machen kann und die sollte man natürlich auch ansetzen, weil ich glaube nicht, dass es ein Großteil unserer Bevölkerung verdient hat, dass man ihnen hier heute ausrichtet, dass sie nicht zu den Leistungsträgern gehören.

Und dazu noch, wenn Sie so auf dieses, bei der Aktuellen Stunde, auf dieses Wort "Familie" Ihren Wert gelegt haben und gesagt haben, man findet das am Papier nicht, die Familie hat keinen eigenen Abschnitt. Na ja schon, dann kann ich Ihnen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist schon wahr.)* sagen, weil das - natürlich ist das wahr, da gebe ich Ihnen Recht, aber wissen Sie warum? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum?)*

Weil man Familie in allen Dingen, die wir schaffen leben. Das Burgenland lebt Familie. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist das für ein Argument?)* Na das ist ein Argument, dass *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist das für ein Argument, geh bitte.)* ich es nicht extra herausnehmen soll und *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau.)* muss, weil es im großen Ganzen sich wiederfindet. Und das haben Sie ja heute hier gehört. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Geh bitte.)*

Noch einmal, für mich ist es so, dass wir natürlich diesem Gesetzesentwurf zustimmen werden, weil ich davon überzeugt bin, dass das für die Gemeinden eine gute Lösung ist *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da ist mir ja der Hergovich noch lieber, wo ist er denn?)* und für dieses Land auch. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Klubobfrau. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Salamon, das *(Abg. Ingrid Salamon: Bitte.)* kann ich natürlich so nicht stehen lassen.

Denn Sie haben sich entschuldigt für das Wort, *(Abg. Ingrid Salamon: Ja.)* dass Sie uns Charakterschwäche eben zugeschrieben haben. *(Abg. Ingrid Salamon: Nein, Charakterschwäche habe ich nicht gesagt.)* Sie haben gesagt einen schlechten Charakter.

Ich *(Abg. Ingrid Salamon: Nein.)* habe es für Sie jetzt höflicher formuliert, als Sie es getan haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Botschaft war klar. – Abg. Ingrid Salamon: Das bedeutet aber noch lange nicht, dass man Charakter hat.)* Gut. Frau Kollegin, ich habe es in Ihrem Interesse höflicher formuliert, als Sie es selbst gesagt haben.

Ich möchte dazu sagen, es ist für mich in Ordnung, wenn man sich entschuldigt, ist das erledigt. Was aber nicht entschuldigt geworden ist, ist das Wort „Unmensch“. Niemand, kein Mandatar, außer die Frau Landesrätin Dunst, hat heute hier von Unmenschen gesprochen.

Niemand aus den Reihen der ÖVP oder ein anderer Mandatar hat einem anderen vorgeworfen, er sei ein Unmensch, *(Abg. Doris Prohaska: Das ist jetzt mimosenhaft.)* wenn er bei einem - Frau Kollegin Prohaska, jetzt geht es darum, dass wir darüber reden, über den Stil.

Die Frau Kollegin Salamon möchte das ansprechen, ich spreche für meine Fraktion an, dass das Wort Unmensch heute Ihrerseits gefallen ist.

Die Frau Kollegin Dunst soll sich tunlichst entschuldigen, dass ist das Gebot der Stunde! *(Beifall bei der ÖVP)*

Und Frau Präsidentin, wenn die Wogen hochgehen, dann ist es natürlich so, dass auch die Zwischenrufe lauter werden. Da ist der Mensch natürlich einfach dann nur Mensch und fühlt sich persönlich betroffen, wenn er angegriffen wird. Ich glaube, dass aber man in der Sache schon differenzieren kann.

Es muss mir niemand sympathisch sein, dass ich akzeptieren kann, dass innerhalb eines 40seitigen Regierungsprogrammes das Wort „Familie“ nicht vorkommt. Und wenn Sie sagen wollen damit, Frau Kollegin Salamon, Familie ist allumfassend, das ist ein Thema das ist ja selbstverständlich, dass wir das in all diesen Zeilen mitumfassen, dann hätten Sie es reingeschrieben.

Hätten Sie reingeschrieben und folgende Themen werden nicht erwähnt, die sind für uns selbstverständlich wie das Amen im Gebet. Aber jetzt uns vorzuwerfen, dass wir Sie einfach daran erinnern, dass etwas, was uns gemeinsam sehr wichtig ist, nämlich die Unterstützung von Familien, in Ihrem Regierungsprogramm nicht vorkommt, das ist es, was Sie vorher, Frau Kollegin - *(Abg. Ingrid Salamon: Weil es diese Unterstützung bei uns im Land schon gibt.)*

Entschuldigen Sie, wir haben davon gesprochen, dass wir eine Erhöhung möchten. Wir haben einen ganz konkreten Vorschlag dazu auf den Tisch gelegt. Das können wir nicht im Rahmen der Aktuellen Stunde machen, da gibt es keinen Antrag. Das ist nicht möglich, steht in der Landesverfassung.

Jetzt hat der Kollege Steiner einen Antrag eingebracht. Das hat er hier diskutiert und gebeten mitzudiskutieren. Stattdessen haben Sie sich angegriffen gefühlt und gesagt, wir sind jetzt schon die Besten.

Was haben Sie zum konkreten Vorschlag gesagt? Nichts. Keiner hat sich wirklich geäußert. Tut mir leid, das muss ich Ihnen schon vorhalten. *(Abg. Manfred Kölly: Oja, ja.)* Entschuldigung, ja, ja, ja.

Manfred, das war jetzt mein Irrtum, der Einzige der sich geäußert hat, ist ein Vertreter der Opposition. Manfred Kölly hat gesagt, reden wir über das, setzen wir uns zusammen. *(Abg. Markus Wiesler: Ist ja nicht überraschend.)*

Ich möchte Ihnen nur sagen, auf die konkrete sachliche Idee haben Sie nicht reagiert, aber dafür werfen Sie uns vor Unmenschen zu sein. Da sieht man eben jetzt, wie ein Stil hier neu gelebt wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantrag ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1117) betreffend Landesgesundheitsfonds Burgenland und Steiermark (Zahl 21 - 789) (Beilage 1170)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 5. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1117, betreffend Landesgesundheitsfonds Burgenland und Steiermark, Zahl 21 - 789, Beilage 1170, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits vornehmen.

General und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Landesgesundheitsfonds Burgenland und Steiermark, in ihrer 27. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Jänner 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Landesgesundheitsfonds Burgenland und Steiermark wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es scheint eine österreichische Besonderheit in vielen Bereichen zu sein, dass es eine Aufsplitterung der Kompetenzen gibt, dass die Verrechnung nicht allzu transparent ist und ähnliches.

Beispiele gibt es in den Bereichen Bildung, Forschung, Förderwesen ganz Allgemein und ein ganz besonderer und sensibler Bereich ist das Gesundheitswesen. Zu Beginn einige Fakten zu diesem Rechnungshofbericht.

Der Rechnungshof überprüfte die Gebarung der Gesundheitsfonds Burgenland und Steiermark über den Zeitraum 2011 bis 2015. Oberstes Organ dieser Fonds ist die Gesundheitsplattform.

Die Hauptaufgabe dieses Organs ist die Gewährung von Zahlungen an die Fondskrankenanstalten und die Krankenanstaltenfinanzierung.

Ab 2013, wo es bekanntlich eine Gesundheitsreform gab, wurde ein weiteres Organ installiert und zwar die Landeszielsteuerungskommission, die nicht nur für die Zielsteuerung, wie das Wort schon sagt zuständig war.

Leider wurden die Beschlusskompetenzen damals, also im Jahr 2013, nicht eindeutig voneinander abgegrenzt, kritisiert der Rechnungshof. Denn das wäre eine gute Gelegenheit gewesen. Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht vier bis fünf Beispiele für die zahlreichen Kritikpunkte des Rechnungshofes.

Zum Beispiel es gab eine enge Verflechtung in organisatorischer und personeller Hinsicht zwischen dem Burgenländischen Fonds mit der KRAGES. Aber keine klare Trennung der Funktionen und Verantwortungen. Die Stellungnahme des Fonds und der KRAGES war, dass die Einbringung dieser KRAGES in die Landesholding geplant sei und dadurch diese Entflechtungen sozusagen entkoppelt werden. Das ist ja bereits geschehen. Die KRAGES ist ja in die Landesholding Burgenland eingegliedert worden.

Der Rechnungshof empfahl - ein weiteres Beispiel - dem Burgenländischen Fonds den Personalstand und damit auch die Kosten seiner Geschäftsstelle künftig entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme der personellen Ressourcen zu ermitteln, wobei das Land auch diese Umsetzung zusagte. Weiters ist interessant, dass die Geschäftsstellenkosten im Burgenland beträchtlich höher waren als in der Steiermark. Der Rechnungshof empfiehlt, dass man die Ursachen analysieren sollte.

Weiterer Punkt: Die Gewinn- und Verlustrechnung beider Fonds sind unterschiedlich aufgebaut, daher nicht direkt vergleichbar. Es gibt keine detaillierten Vorschriften über Form und Gliederung der Jahresabschlüsse. Auch hier empfiehlt der Rechnungshof vereinheitlichte Verrechnungsvorschriften. Das Land Burgenland und seine Gemeinden haben ihre Zuschüsse zu den Betriebsabgängen jährlich um einen fixen Satz von drei Prozent angehoben. Auch hier empfiehlt der Rechnungshof, diese Zuschüsse nach den tatsächlich anfallenden Betriebsabgängen festzulegen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zusammenfassend könnte gesagt werden, die Finanzierung, und ganz allgemein, die Finanzierung des österreichischen Gesundheitswesens ist unübersichtlich und verzweigt. Die Aufsplitterung der Kompetenzen in Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger ist durch die Gesetzgebung klarerweise vorgegeben.

Leider hat die Gesundheitsreform im Jahr 2013, wie bereits erwähnt, daran nichts geändert. Zweitens: Ganz allgemein kann gesagt werden, damit man ein bisschen eine Vorstellung von den betreffenden Beträgen hat, die gesamten Mittelflüsse im Gesundheitswesen umfassen mehr als 60 Akteure. Akteure heißt in dem Fall Zahler und Empfänger. Es entfielen auf die Krankenanstalten 17,852 Milliarden Euro, auf Heilmittel und Heilbehelfe 3,54 Milliarden Euro, auf die niedergelassenen Ärzte 4,669 Milliarden Euro, auf das Rettungswesen 520,44 Millionen Euro und auf sonstige Gesundheitsleistungen 800,38 Millionen Euro.

Die Tatsache, dass die Länder Burgenland und Steiermark gleichzeitig quasi überprüft wurden und untersucht wurden, hat natürlich den Vorteil, dass man Vergleiche anstellen kann. Leider muss gesagt werden, dass im konkreten Fall das Burgenland, ich sage einmal hie und da, schlechter dazustehen scheint. Es muss aber fairerweise gesagt werden, dass beide Länder versprochen haben, etliche oder einzelne Empfehlungen des Rechnungshofes umzusetzen, was, muss auch fairerweise gesagt werden, auch schon teilweise geschehen ist. Wir nehmen den Bericht jedenfalls zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Rosner das Wort. Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Richter hat ja schon viel gesagt, was diesen Bericht anbelangt. Der Rechnungshofbericht umfasst im Wesentlichen die Jahre 2011 bis 2015. Kritisiert wurde vor allem die enge organisatorische und personelle Verflechtung zwischen den Fonds und der KRAGES. Im Detail betrifft die Kritik den Anstieg der Geschäftsstellenkosten von 2011 bis 2015 um rund 36 Prozent.

Empfiehlt eine klare und nachvollziehbare Trennung der Funktionen und Verantwortungen des Fonds und der KRAGES. Die Personalstände der Geschäftsstellen sind nicht erfasst. Die Kosten für den Betrieb der Geschäftsstelle werden der KRAGES vom Burgenländischen Fonds pauschal abgegolten. Auch hier fehlt Nachvollziehbarkeit und Transparenz. Auch in der Krankenanstaltenfinanzierung sieht der Rechnungshof Änderungsbedarf. Die Finanzmittel werden in einem fixen Verhältnis an den Krankenanstaltenträger ausgeschüttet. Dadurch fehlt ein Leistungsanreiz.

In der Steiermark zum Beispiel werden die Mittel leistungsorientiert verteilt. Außerdem wurden die Zuschüsse durch das Land und die Gemeinden jährlich um drei Prozent angehoben. Darüberhinausgehende Betriebsabgänge wurden durch weitere Landeszuschüsse abgedeckt. Es fehlen auch konkrete Darstellungen zur Umsetzung der Reformziele. Dem Land wurde außerdem vorgeworfen, die Aufsichtsräte nicht im notwendigen Ausmaß wahrzunehmen.

Trotz organisatorischer Neuerungen mit der Errichtung der Gesundheitsplattform und der Landeszielsteuerungskommission, wie der Herr Richter ja richtig gesagt hat, im Jahr 2013, hat sich die Transparenz nicht durchgesetzt. Es zeigt sich auch hier wieder ganz deutlich, dass nicht viel von Kontrolle und Transparenz gehalten wurde.

Ja, es wird auch heute, das muss man auch sagen, immer groß von mehr Transparenz gesprochen. Auf die Umsetzung warten wir aber vergeblich. Auch bei den Empfehlungen des Rechnungshofes agiert die Landesregierung in gewohnter Ignoranz. Noch immer gibt es grobe Mängel in der Transparenz des Landes und der landeseigenen Betriebe. Großes Schlagwort ist ja Verschwiegenheit. Im rot-blauen Regierungsprogramm wird von höchstmöglicher Transparenz gesprochen.

Leider ist das Gegenteil der Fall. Wir haben keinen Einblick in ausgegliederte Gesellschaften als Abgeordnete. Die Vergabe von Bedarfszuweisungen erfolgt willkürlich, nicht wie es vorher diskutiert worden ist, an bestimmten Projekten. Ich kann nur berichten, dass ich mich als Bürgermeister der Stadtgemeinde Oberwart natürlich auch sehr gefreut hätte, wenn ich für das große Projekt Rathaussanierung etwas Unterstützung erhalten hätte. Leider habe ich nichts bekommen.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich Schwung in die Sache zu bringen und, wie im Regierungsprogramm verankert und auch im Rechnungshofbericht gefordert, die höchstmögliche Transparenz zu forcieren. Wir nehmen diesen Rechnungshofbericht zur Kenntnis.

Vielleicht erlauben Sie mir noch einige Worte zum aktuellen Stand im Krankenhaus in Oberwart zu berichten. Also ich muss sagen, ich kenn mich als Bürgermeister der Stadt Oberwart nicht mehr aus. Vor einigen Monaten habe ich bei der Fragestunde den Herrn Landesrat Darabos gefragt, wie es denn ausschaut mit der Finanzierung, mit der Fertigstellung. Er hat gesagt, ich werde wahrscheinlich nicht mehr Bürgermeister sein. Aber im Jahr 2021 wird eröffnet.

Er hat gesagt, die 160 Millionen Euro sind sozusagen in Blei gegossen. Gerade lese ich eine Aussendung in der BVZ. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: In Stein gemeißelt!)*

In Stein gemeißelt, was habe ich gesagt? *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: In Blei gegossen!)* Ja. Kommt ungefähr auf dasselbe heraus. Das kannst Du auch nicht verändern. Es wurde auch von mir gefragt, ob es mit der Steiermark diesbezüglich dem Regionalen Strukturplan Gespräche gegeben hat.

Es hat laut seinen Aussagen ein Gespräch mit dem Landesrat Drexler gegeben, was ja auch Sinn machen würde. Wo sich die auch unterstützen. Und nein, es wurden die Gespräche mit der Steiermark eingestellt. Wir machen den burgenländischen Weg. Heute vernehme ich aus der BVZ, dass der Landesrat Doskozil sehr wohl die Gespräche mit der Steiermark wieder aufnehmen will. Auch die 160 Millionen Euro sind in Frage gestellt. Das wird sich nicht ausgehen.

Ja, ich möchte die Gelegenheit nutzen, vielleicht dem Herrn Landesrat Darabos, der jetzt anscheinend zuständig ist für das Krankenhaus Oberwart, meine Mitarbeit anzubieten. Ich bin gerne bereit, dass ich… *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Doskozil!)* Doskozil, Doskozil, ich kenn mich bald nicht mehr aus wer wo zuständig ist. Ich biete meine Mitarbeit dem Kollegen Landesrat Doskozil an und würde mich freuen, wenn er auch die Gelegenheit nützt, wenn wieder Gespräche mit der Steiermark aufgenommen werden, auch uns als Stadt Oberwart vermehrt hier einzubinden. Wir sind bereit mitzuarbeiten, das möchte ich nochmals unterstreichen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Kovacs. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Der Gesundheitsfonds, der Rechnungshofbericht das wurde schon vorhin erwähnt. Der Bericht beinhaltet eben die Querschnittsprüfung des Burgenlandes und der Steiermark. Schwerpunkte der Prüfung sind die Aufgabenwahrung der Länder als Fondseigentümer und die Umsetzung der Gesundheitsreform 2013.

Es wurden bei diesem Bericht zwar einige kleine Mängel festgestellt. Aber im Großen und Ganzen ist dieser Bericht sehr, sehr positiv ausgefallen. Das möchte ich auch dokumentieren mit einigen Punkten.

Der Rechnungshof wertete es als sehr positiv, dass die Landes-Zielsteuerungskommission mit je fünf Vertreterinnen und Vertretern des Landes und der Sozialversicherung sowie einer Vertreterin beziehungsweise einem Vertreter des Bundes ein - verglichen mit den Gesundheitsplattformen - engerer Personenkreis angehörte, der die wesentlichen Finanzierungsquellen des Gesundheitswesens vertrat.

Nach Ansicht des Rechnungshofes war die Reduktion der einflussnehmenden Stellen geeignet, Beschlussfassungen zu erleichtern. Oder zum Beispiel wurde seit 2017 auf geltende Reformvereinbarungen beziehungsweise der Zielsteuerungsvereinbarung wesentlich detaillierter auf die Beschlusskompetenz der Gesundheitsplattform des jeweiligen Bundeslandes sowie jene der Landes-Zielsteuerungskommission Bedacht genommen. Die neuen Vereinbarungen bei der Novellierung des Burgenländischen Gesundheitswesengesetzes werden berücksichtigt.

Oder der Rechnungshof hielt die Einrichtung des intramuralen Rates zur Vorberatung und Erstattung von Empfehlungen für die Beschlussfassung der Gesundheitsplattform in den Angelegenheiten als Fonds grundsätzlich für geeignet, um eben die Beschlussfassungen in der Gesundheitsplattform zu erleichtern.

Die Einbringung der KRAGES in die Landesholding Burgenland GmbH ist in Vorbereitung, wie wir wissen. Dabei ist vorgesehen, die Funktionen der

Verantwortlichkeiten des Burgenländischen Fonds von denen der KRAGES zu entkoppeln. Die Erstellung eines Organisationshandbuches wird in weiterer Folge in Erwägung gezogen.

Der Rechnungshof hielt außerdem fest, dass die erforderlichen Landes-Zielsteuerungsverträge eben und die Landesjahresarbeitsprogramme im Burgenland auch vorlagen. Durch die jetzt 2017 geltende Reformvereinbarung beziehungsweise Zielsteuerungsverträge wird wesentlich eben detaillierter alles festgestellt. In einem Beschluss der Landesreferentenkonferenz haben die Länder ein Abweichen des Landes Burgenland vom vereinbarten Ausgabendämpfungspfad unter der Voraussetzung akzeptiert, dass das Gesamtziel der Länder nicht verfehlt wurde.

Tatsächlich unterschritten die Ausgaben des Landes und der gesetzlichen Krankenversicherungsträger die in der Zielsteuerung festgelegte Ausgabenobergrenze in den Jahren 2013 bis 2015 dann um rund 99,04 Millionen Euro. Für das Jahr 2016 wird eine Unterschreitung von 10,04 Millionen Euro erwartet.

Gründe dafür sind insbesonders eine Strukturreform bei den Landesbediensteten, Reformen im Beschaffungsbereich sowie ein verbessertes Controlling. Der Rechnungshof hielt auch die Beibehaltung der Finanzierungsaufteilung der in den Regelbetrieb übernommenen Reformpoolprojekte für einen pragmatischen und zweckmäßigen Ansatz. Entlastungsmanagement zum Beispiel, Case-Management oder Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Dann zur Aufsicht und zu der internen Kontrolle. Der Rechnungshof überprüfte auch stichprobenartig die Einhaltung der Dienstanweisung und stellte dabei keine Mängel fest.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, der eigentlich interessant ist für einen Rechnungshofbericht. Denn viele, viele Teile, was ich vorher angesprochen habe, auch die Mängel, die vorher erwähnt wurden vom Kollegen Richter, die wurden eigentlich schon mit dem Gesundheitswesengesetz und damit konkret im Bereich des Gesundheitsfonds auch verändert.

Zum Beispiel die Anpassung, dass die Geschäftsstelle des Gesundheitsfonds von den Burgenländischen Krankenanstalten entkoppelt werden kann und nicht Teil davon ist. Vorbereitungen für die Entkoppelung laufen schon. Ab dem 1. Quartal 2018 wird bereits die Geschäftsstelle schrittweise entkoppelt. Geplant ist auch das Anmieten von neuen Räumlichkeiten im Objekt des PSD in Eisenstadt bei der KRAGES. Die Mitarbeiter, die derzeit von der KRAGES und Gesundheitsfonds genützt werden sollen das auch weiterhin nützen, damit keine personellen Mehrkosten entstehen.

Das IT-System SAP soll schrittweise eigens für den Gesundheitsfonds ausgebaut werden und den Patientinnen und Patienten wird der Zugang zur bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung und deren hohen Qualität langfristig gesichert und auch ausgebaut.

Die Steuern und Beiträge der Bevölkerung werden besser zielgerichtet eingesetzt und die Organisation und Steuermechanismen auf Bundes- und Landesebene werden nach dem Prinzip der Wirkungsorientierung weiterentwickelt.

Das waren jetzt einige Punkte der Verbesserung. Also es wurde, wie gesagt, sehr, sehr vieles schon umgesetzt von diesem Bericht, unabhängig von dieser Follow-up-Prüfung des Bundesrechnungshofes, was es eigentlich auch war. Unabhängig von dieser Rechnungshofprüfung wurde zuletzt diese Änderung eigentlich schon durchgeführt.

Herzlichen Dank dafür, wir werden diesen Bericht natürlich zur Kenntnis nehmen. Danke.*(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke. Über den uns vorliegenden Rechnungshofbericht haben wir jetzt schon viel gehört. Ein neuer Rechnungshofbericht startet jetzt gerade, allerdings ein Bundesrechnungshofbericht. Darin geht es um das Krankenhaus Oberwart, wie es zu den Entscheidungen kam, zuerst Sanierung dann Neubau und ähnliches.

Jetzt bekommt das Ganze eine neue Dynamik, der neue Landesrat offensichtlich die Agenden oder auch die halben Agenden oder ganz sicher ist man sich da offensichtlich noch nicht, der Krankenhäuser an sich genommen hat und in einer Betriebsversammlung verkündet, dass er nicht davon ausgeht, dass die von Landesrat Darabos garantierten 160 Millionen Euro halten werden, dass die eben nicht halten werden.

Weiters werden Gespräche mit der Steiermark geführt, die man eigentlich nicht oder fast nicht getätigt hat, die ich aber für sehr wichtig halte, weil man einfach dieses Denken im Bundesländergrenzengrad im Gesundheits- und im Spitalwesen, ja das hat man vielleicht einmal früher getan, heute ist das anders notwendig, weil es natürlich auch viel mehr Mobilität von Menschen, die in ihrer Gesundheit eingeschränkt sind.

Also wir dürfen hier noch einiges, glaube ich, erwarten. Wer dann letztendlich zuständig ist, werden wohl die nächsten Landtagsitzungen zeigen, hoffe ich. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Landesgesundheitsfonds Burgenland und Steiermark wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Glyphosat-Verbot (Zahl 21 - 826) (Beilage 1174)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Glyphosat-Verbot, Zahl 21 - 826, Beilage 1174, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat, und ich erteile nun Frau Landtagsabgeordneter Ingrid Salamon das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke schön Herr Präsident. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Den Dringlichkeitsantrag, den es jetzt gibt von SPÖ, FPÖ und GRÜNE gegen Glyphosat hier vehement einzutreten, finde ich

jetzt nicht nur politisch, sondern auch persönlich als sehr wichtig. Ich bin davon überzeugt, dass wir diesen Antrag, der vorliegt, sicher gemeinsam heute beschließen können, weil ich schon glaube, dass man hier als Landtag geschlossene Flagge zeigen sollte wie wichtig uns dieses Thema ist.

Es geht im Prinzip um die Gesundheit der Bevölkerung, es geht im Prinzip um Lösungen, dass man tatsächlich das Burgenland/Österreich glyphosatfrei machen kann, und um Strategien, um hier aussteigen zu können.

Wir wissen, dass wir schon öfters über Glyphosat und Anträge hier im Landtag besprochen und beschlossen haben, aber ich glaube es ist gerade jetzt die richtige Zeit und es ist jetzt gerade wichtig, dass wir das heute gemeinsam machen können. Sie wissen, dass im Vorjahr in der EU die Landwirtschaftsminister sich ausgesprochen haben für eine Verlängerung von Glyphosat, für eine Verlängerung, dass man es verwenden darf. Sowohl in der Landwirtschaft, als auch für jeglichen Gebrauch.

Es ist zwar so, dass sich der Bundesminister von Österreich natürlich dagegen ausgesprochen hat, aber nicht weil es seine politische Überzeugung war, sondern weil er im Prinzip den Auftrag vom Nationalrat gehabt hat, hier sich gegen Glyphosat auszusprechen. Es zeigt mir als Politikerin, wie diese Diskussion bis jetzt in den politischen Parteien geführt worden ist.

Und das, obwohl wir ja im Prinzip alle die Studien kennen, obwohl wir im Prinzip wissen, dass Glyphosat schon in sehr vielen Dingen nachgewiesen worden ist. Ich weiß, dass es natürlich einen Teil gibt der sagt, es ist gesundheitsschädlich, einen anderen Teil gibt es der sagt, das kann man nach wie vor weiter verwenden. Aber wir sehen, dass es wirklich jetzt Spitz auf Knopf im Prinzip war in der EU, dass sich sehr viele Staaten tatsächlich damit sehr ernst auseinander gesetzt haben, um hier dieses Thema nicht so auf die leichte Schulter zu nehmen, sondern wirklich auch zu diskutieren und diesen Ausstieg zu ermöglichen.

Ich bin davon überzeugt, dass die EU hier nicht den richtigen Weg gegangen ist, sondern dass man hier im Prinzip nicht den Stellenwert der Gesundheit und der Nachhaltigkeit in den Vordergrund gestellt hat, sondern dass man im Prinzip gegenüber der Agrar- und der Chemiekonzerne in die Knie gegangen ist. Ich finde es für schade, aber ich finde, dass wir jetzt eine Chance haben, wenn es für fünf Jahre verlängert worden ist, dass wir uns jetzt als Burgenländischer Landtag gegen dieses Glyphosat aussprechen.

Sie wissen und hören und lesen das genauso wie ich, dass es natürlich schon sehr viele Bundesländer gibt, die die gleiche Thematik diskutieren, wo es schon Beschlüsse gibt. Ich bin davon überzeugt, und es zeigt, dass es ja nur fünf Jahre weiter verlängert worden ist, dass je mehr von oben nach unten getragen wird, diese Thematik noch dringlicher wird. Dass man doch im Prinzip dann anders darüber nachdenkt, dass man auch in der EU anders darüber nachdenkt.

Ich glaube, das sind wir unseren Kindern, Enkelkindern aber letztendlich auch der Nachhaltigkeit unseres Bundeslandes Burgenland schuldig.

Wir wissen, dass gerade das Land Burgenland, und hier allen voran unser Herr Landehauptmann Nießl sich wirklich sehr zeitig gegen Glyphosat ausgesprochen hat, dass wir eine Vorreiterrolle im Burgenland dargestellt haben, wo wir versucht haben, hier auch diese Stimmung so weiterzutragen, wie wichtig es ist, dass wir Glyphosat-Verbot letztendlich bewirken.

Es gibt natürlich auch schon im Landesbereich oder in der Landesstraße das Umdenken, dass seit 2014 kein Glyphosat mehr verwendet wird. Ich bin davon überzeugt, dass das ganz, ganz eine wichtige Rolle spielt, weil natürlich das Land auch eine wichtige Vorreiterrolle hat. Ich kann nicht etwas verlangen, wenn ich es selber nicht lebe.

Also in diesem Bereich, glaube ich, gibt es schon sehr viele Ansätze vom Land, außerdem gibt es natürlich gemeinsam mit dem Verkehrsministerium, mit der ÖBB, mit der ASFiNAG und mit anderen Bundesländern Forschungsprojekte, wo alternative Methoden erforscht werden sollen, wo das Burgenland auch mitzahlt, damit man wirklich auch sagen kann man fordert nicht auf der einen Seite nur das Glyphosat-Verbot, sondern man überlegt sich natürlich auch, welche Alternativen es geben kann, damit man natürlich die Pflege unseres schönen Landes weiterführen kann, ohne dass es für Menschen, für Tiere und für die Umwelt schädlich ist.

Ich bin natürlich auch unserer Frau Landesrätin sehr dankbar, der Astrid Eisenkopf, dass sie ein Gütesiegel für Gemeinden kreiert hat, das für ökologische Gemeinden geschaffen worden ist, sozusagen die ökologische Gemeinde und ich weiß von meinem Bezirk, ich glaube wir haben das flächendeckend, dass es überall und gemeinsam einen Gemeinderatsbeschluss gibt, wo sich dort die Gemeinden selbst so ein bisschen als Vorzeigeprojekt präsentieren können, dass in den Gemeinden Glyphosat nicht mehr ausgespritzt wird.

Ich würde Sie bitten, dass Sie das weitertragen, egal welche politische Einstellung wir hier in diesem Landtag haben, dass man wirklich schaut, dass es dieses glyphosatfreie Burgenland und Österreich geben wird.

Für mich ist es jetzt so, dass wir einen Antrag gestellt haben gemeinsam mit den Kollegen, wofür ich sehr dankbar bin, wo Sie, wenn Sie sich den genau durchgelesen haben, sehen, dass wir uns natürlich auch wirklich den Kopf zerbrochen haben, welche Problematik kann es geben, wo soll hier eine Veränderung hervorgeholt werden, damit man leichter diesen Ausstieg aus Glyphosat startet.

Also wir haben gemeinsam diesen Antrag gestellt. Es ist in dieser Forderung natürlich so, dass diese Exit-Strategie bis 2020 österreichweit umgesetzt werden soll, weil wir davon überzeugt sind, dass es natürlich auch eine Vorlaufzeit braucht, dass ich aussteigen kann von Glyphosat, und dass spätestens bis dorthin mit Experten eine Expertenrunde diese Ausstiegsstrategie erarbeitet werden soll.

Es ist uns natürlich auch klar, dass man mitdenken muss, was macht die Landwirtschaft, wie geht das weiter. Wir fordern natürlich auch den Bund auf, dass hier die finanziellen Einbußen, die Landwirte haben, dass das ausgeglichen werden soll. Weil ich genau weiß, oder wir alle wissen, dass gerade die kleinstrukturierte Landwirtschaft im Burgenland hier nicht auf der Strecke bleiben soll. Aber wenn wir es alle gemeinsam hier ernst nehmen um diese Problematik, dann bin ich davon überzeugt, dass es auch eine Lösung geben wird.

Es ist auch wichtig, dass Förderkulissen ein bisschen verändert werden, wo man natürlich auch Rücksicht nimmt, dass es diesen Ausstieg von Glyphosat gibt. Es darf keine Wettbewerbsbenachteiligung geben, sondern es soll einen Wettbewerbsvorteil geben, wenn ich jetzt an die Landwirtschaft denke. Es könnte zum Beispiel die ÖPUL-Förderung verändert werden, was glaube ich auch ein richtiges Zeichen in die richtige Richtung wäre.

Wie gesagt, das Nächste habe ich aber schon erwähnt, dass es einen Runden Tisch mit Fachexperten gibt. Ich bin davon überzeugt, dass unser Antrag sehr in die Tiefe

geht, dass der Antrag den wir uns gemeinsam erarbeitet haben, auch Lösungsvorschläge hergibt, und dass es natürlich schön ist, wenn das ganze Bundesland glyphosatfrei ist und wird, und dass wir uns natürlich nicht wünschen, dass so einige Bundesländer das jetzt machen, aber österreichweit geht das nicht.

Das, glaube ich, ist nicht die richtige Lösung. Aber wir haben auch dafür in diesem Antrag uns dazu durchgerungen, dass es natürlich im weitesten Sinne, wenn es diesen Fleckerlteppich tatsächlich geben sollte, dass alles geprüft wird, was irgendwie möglich ist und was dann nur für das Burgenland gelten sollte.

Aber ich bin davon überzeugt, dass es nicht nur EU-weit noch ein Nachdenken geben wird müssen, sondern ich bin auch überzeugt, dass natürlich - und ich weiß, dass die ÖVP weder im Nationalrat noch hier das gerne diskutiert oder mitgestimmt hat. Aber nachdem Sie selber einen Antrag gestellt haben, bin ich schon ein bisschen positiver eingestellt, dass Sie auch unseren Antrag mitstimmen und mittragen können, der wirklich, so bin ich überzeugt, mit meinen anderen zwei Kollegen, die Problematik natürlich für Ausstieg thematisiert, aber Lösungsvorschläge gibt.

Was mich ganz besonders positiv stimmt, dass natürlich die neue Umweltministerin Köstinger das ja auch schon verbal und in Zeitungsartikeln für sich selbst und sozusagen für ihre Partei festgelegt hat, dass es ja ein wichtiges Thema ist, dass Glyphosat nicht für die Zukunft weiter verwendet werden darf.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Ich darf Sie letztendlich einladen, dass Sie unseren Antrag mittragen und mitstimmen. Weil ich davon überzeugt bin, dass es eine ganz wichtige Botschaft ist, wenn der Landtag geschlossen sich gegen Glyphosat aussprechen würde. Mit Maßnahmen, damit niemand wirklich im Regen stehen bleibt, sondern dass es für alle mittragbar ist und was noch ganz wichtig ist, und was ich jetzt in der Eile fast vergessen hätte, wir haben ja schon diskutiert, dass der Konsument genau wissen soll, was im Lebensmittel ist oder wie das Lebensmittel letztendlich gemacht worden ist, mit Glyphosat, ohne Glyphosat, das ist auch mit ein Teil, und ich glaube, dass das ganz wichtig ist und ich würde Sie gerne einladen, diesen Antrag mitzutragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als erstem Redner erteile ich nun Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist absolut selten und deswegen auch herauszustreichen, dass ein Herbizid, Pestizid, die Schlagzeilen des Burgenländischen Landtages wieder einmal bestimmt. Aber in der Reihenfolge der Auseinandersetzungen um dieses Vernichtungsmittel eines Großkonzerns haben wir schon einige Gefechte hier umgesetzt.

Diesmal wird es auch nicht die letzte Station wahrscheinlich auf dem Weg zur endgültigen Verbotssituation auf Bundesebene sein. Ich habe mich nur gewundert, dass im Zusammenhang mit der Angelobung der neuen Regierung jetzt gleich wieder ein Antrag im Bund eingebracht worden ist und dieser Antrag auch von den Freiheitlichen in der Ausführung unterstützt wurde.

Es freut mich, dass heute auch der Antrag wieder unterstützt wird. Ich frage mich nur, wie man im Endeffekt gegen die Möglichkeit, Glyphosat in der Landwirtschaft und in anderen Bereichen zu verbieten, einschreiten kann.

Tatsache ist, dass dieses Mittel jetzt schon über die letzten Jahre in der Kennzeichnung von verschiedensten Agenturen, von der Weltgesundheitsorganisation bis zu der Europäischen Lebensmittelgesundheitsorganisation - der EFSA, bis zu der Österreichischen AGES die unterschiedlichsten Gutachten ausgelöst hat.

Tatsache ist aber - und das ist inzwischen auch weit verbreitet -, dass die letzte von der Europäischen Union, von der EFSA, im Vorlagesinne für die Entscheidung getroffene Grundlage eine Monsanto-Studie war. Und diese Monsanto Studie soll fast eins zu eins in den meisten Passagen die Entscheidungsverpflichtung für die einzelnen Länder bedeutet haben.

Österreich hat wohlweislich nach den kritischen Auseinandersetzungen gegen die neuerliche Verlängerung der Glyphosatausführungen gestimmt. Nichtsdestotrotz -und das hat meine Vorrednerin jetzt auch beteuert - gibt es die verschiedensten Initiativen jetzt schon länger oder langatmiger, Glyphosat auf Gemeindeebene, auf Landesebene und auch Möglichkeiten auf Bundesebene einzuschränken.

Heute in der Fragestunde, die Kollegin Resetar hat es angesprochen, ausländische Ware in den Lebensmittelgeschäften, die quasi keine Kennzeichnungsverpflichtung hat, in Zusammenhang damit, dass der Konsument vorbehaltslos zu diesen sogenannten Produkten greift und nicht wissend, dass diese Stoffe, die drinnen sind, Glyphosat behandelt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der österreichischen Gesetzgebung gibt es, ich weiß nicht, wer von Ihnen das nachgelesen hat, das aussagekräftige Wort, das Glyphosat erklären soll, nämlich die Sikkation. Ich glaube, dass das 99,99 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer noch nicht untergekommen ist, aber es beschreibt die Wirkungsweise dieses Herbizids. Es geht nämlich um Austrocknung, und dann wird wohlweislich darauf verwiesen, dass die konventionelle Landwirtschaft quasi in Ausnahmesituationen, wo nämlich das Getreide durch Stürme, durch starke Regenfälle niedergeschlagen wird und auf dem Boden lagert, den Einsatz dieses Mittels bräuchte, um quasi die Trocknung voranzutreiben und damit die Ernteverluste hintanzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was im Zusammenhang mit einem Herbizid oder mit einem Unkrautvernichtungsmittel im Einsatz ist, ist mit Sicherheit zu ersetzen. Dazu halte ich der sogenannten Industrie zugute, dass sie hier ihre Forschungen genauso wie im Autobereich, was die Motion anlangt, sehr weit vorangeschritten und vorangetrieben hat. Es geht hier aber nur ums Geschäft.

In diesem Wahl der neuerlichen Zulassung auf fünf Jahre ist ausschließlich der Verdienst und der Gewinn im Vordergrund, nämlich für den Konzern, der das in den Bereich des Vertriebs bringt, und das nicht einschränken zu lassen, war mit Sicherheit ein handfestes Lobbying, das das bewirkt hat.

Tatsache ist, dass die Situation in Österreich aber eine andere, nicht nur von der gesetzlichen Seite her ist, und dass auch in der Außenwirkung auf Europa und auf alles, was im Zusammenhang mit sogenannten Vertragskompositionen und Freihandelsabkommen ausmacht.

In Österreich, in Europa, haben wir das sogenannte Vorsorgeprinzip. Das heißt, bevor etwas in den Verkehr gebracht wird, muss der Nachweis geliefert werden, ob es gesundheitsschädlich, ob es in dem Sinne für den Menschen in der Verwendung und in der Umsetzung eine Einschränkung bedeutet.

Im Gegensatz dazu hat Amerika dieses sogenannte Vorsorgeprinzip absolut nicht. In Amerika wird dann nachträglich über sogenannte Gerichtsstreitfälle nachgewiesen, ob

eine in Verkehr gebrachte Ware gesundheitsschädlich war, und anschließend kann sich der Konsument, wenn er halb tot ist, quasi bei Gericht eine Summe einklagen, die für unsere Ohren horrend klingt, aber im Prinzip dem Konsumenten sein Leben auch nicht verlängert.

Tatsache ist, wir haben hier ein Vorsorgeprinzip, das auch und deswegen habe ich vorher die in der Fragestunde gestellte Nachfrage erwähnt, wir sollten auch alles und strikt darauf verwenden, dass die Lebensmittelkonzerne und auch diejenigen, die Lebensmittel im Handel vertreiben, dass diese aufgefordert und auch in der Umsetzung abgestraft werden, falls sie es nicht tun, das Lebensmittel in der Kennzeichnungspflicht für den Konsumenten den Ausweis liefern, sie sind unbedenklich.

Diese Kennzeichnungspflicht, ich weiß es aus AMA-Bereichen und aus anderen Kreisen, was wir in Europa und in Österreich eine sehr hohe bürokratische Hürde im Zusammenhang mit dem Inverkehrbringen haben, dass das sehr viel Geld kostet, die entsprechenden Voraussetzungen zu haben, die AGES selbst ist aber eine Einrichtung, die das alles technisch und auch vom Personalstand her schaffen kann. Es gilt nur, hier restriktiv die Vorsorgen auch zu setzen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube kaum und ich hoffe auch, die ÖVP wird diesem Antrag zustimmen, dass jemand noch heutzutage gegen ein Glyphosatverbot sein kann oder dass er die Einschränkungen, die im privaten Bereich scheinbar noch nicht getroffen worden sind, entsprechend unterstützt. Ich glaube auch kaum, dass die konventionelle Landwirtschaft oder der Hinweis auf kleinstrukturierte Landwirtschaft Glyphosat im Einsatz bräuchte.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dem Herkommen und dem grundsätzlichen Anspruch, ein biologisch produzierendes und ein BIO-Land Burgenland sind, nur durch eine rigorose Einschränkung beziehungsweise durch das Verbot von Glyphosat diesen Status für den Konsumenten auch aufrechterhalten können.

Die Politik ist hier nicht nur gefordert, sondern die Politik muss es leisten, dass die Rahmenbedingungen für ein gesundes, ordentliches Zurverfügungstellen von Nahrungsmitteln vorhanden ist, und sie muss es auch denen im Sinne von schuldig leisten, die sich jetzt unter hohen Auflagen zur sogenannten biologischen Landwirtschaft hinbewegt haben. Diejenigen haben nämlich den größten Schaden, wenn die Biodiversität durch Einschränkungen mit dem Einsatz von derartigen Kampfmitteln verloren geht.

Hier ist die Politik mehr als gefordert. Daher ist der Antrag als solcher nicht nur zu unterstützen, sondern er ist auch entsprechend umzusetzen.

Vielleicht an die Antragssteller im Zusammenhang gerichtet oder jetzt an Einzelne vielleicht nur: Es gibt auch die Möglichkeit, wie sagt der Kollege Kölly so eindringlich, bevor so ein Antrag einmal zurückgezogen wird, dann eingebracht wird von drei sogenannten Parteien, man könnte auch mit jedem einzelnen Mandatar ein Gespräch führen und eine gemeinsame Antragsstellung, Frau Kollegin Salamon, initiieren. Das wäre nicht nur im Sinne des Hohen Hauses ein Fortschritt, sondern würde auch dem, was Sie bisher an sogenannter Glaubwürdigkeit einfordern und abverlangen, eine ganz große Konsequenz sein. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bündnis Liste Burgenland wird beide Anträge selbstverständlich gerne unterstützen. Sei es der Dringlichkeitsantrag oder sei es auch von der ÖVP wieder einmal ein bisschen anders gedeutet, aber der Sinn ist der gleiche *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ergänzung!)* und Ergänzung, der Sinn ist der gleiche, Frau Kollegin, darf ich es Ihnen noch einmal sagen, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nein!)* falls Sie es nicht jetzt mitbekommen haben.

Genau das ist der Punkt, wo wir vorhin diskutiert haben und der Kollege Steier richtig gesagt hat, warum diskutiert man das nicht im Vorfeld, macht einen gemeinsamen Antrag und den leitet man weiter an die richtigen Stellen? Das würde Sinn machen unserer Meinung und auch, hoffe ich, aller Kolleginnen und Kollegen.

Das Glyphosatverbot, no na, na selbstverständlich, aber und jetzt kommt das Aber. Auch wir müssen uns bei der Nase nehmen, auch in den Gemeinden und in den anderen Institutionen, sei es ÖBB, das wurde heute schon angeklungen, sei es ASFiNAG oder sei es in anderen Bereichen. Ich komme jetzt darauf zurück, ich komme ja aus einem Bauernhaus und habe auch Weingärten, wo wir auch noch immer nachdenken müssen, wie geht man dort mit Spritzmittel um.

Wenn ich nachdenke über das Jagdgesetz, wo wir diskutiert haben und die Jägerschaft aufgebracht war, weil sie fast keine Jagdmöglichkeit mehr hat, kein Revier mehr gibt, weil die Hasen einfach nicht mehr da sind, weil gewisse Wildtiere einfach verschwunden sind, weil - und jetzt komme ich wieder einmal in eine Situation, wo ich sage - es wird gespritzt.

Alles, was niedergespritzt wird, Unkraut gespritzt, schadet auch dem Niederwild, weil es knabbert daran und es wird selbstverständlich dann nicht mehr herkommen beziehungsweise es wird ausgerottet. Auch dort sollte man sich Gedanken machen, nicht nur Glyphosat, und wir wissen ja, das ist nicht ein einzelnes Produkt, es sind mehrere Produkte, die mit Glyphosat eigentlich zu tun haben.

Daher noch einmal mein Appell, diesen Antrag, egal ich welche Richtung er auch geht, eindeutig und klar, geschlossen zu unterstützen, weil es Sinn macht für die Zukunft, das sind unsere Kinder, das ist die Umwelt und wir diskutieren immer über die Umwelt. Das ist ganz wichtig, dass wir das und das machen, und das ist ein wichtiger Punkt, dass wir auch hier die Möglichkeit sehen, einzuschreiten.

Wenn die EU fünf Jahre eine Übergangsfrist schafft oder machen will, dann müssen wir seitens des Bundes, wo wir jetzt die Möglichkeit haben, einen gewissen Druck zu machen und als Vorreiter im Bund zu sein und zu sagen, Österreich wird frei von diesen Giftstoffen.

Aber das Burgenland hat auch die Möglichkeit, ein Signal zu setzen. Ich glaube, Kärnten hat es schon getan und Burgenland sollte das nächste Land sein, das das genauso macht.

Daher ganz kurz die Bitte: Stimmen wir alle diesem Antrag zu, dann sind wir auf dem richtigen Weg für unsere Zukunft, für unser Umwelt. Danke schön. *(Beifall bei der LBL und bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Weil bei BezirksbäuerInnen-Veranstaltungen jetzt zum Beispiel die Landwirtschaftskammer auch davon gesprochen hat, dass das Glyphosat nicht das giftigste Spritzmittel in der Landwirtschaft ist, das ist traurig genug, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wissenschaftlich ...)* aber es geht gar nicht so sehr darum, sondern es geht um die Menge, die verwendet wird. Weil eines ist ganz klar, Glyphosat ist weltweit das meistverwendete Spritzmittel im Pflanzenschutzbereich in der Landwirtschaft.

Im Jahr 2016 sind in Österreich alleine 312 Tonnen dieses Mittels verwendet worden. In den USA sind es bereits weit über 100.000 Tonnen, die hier verwendet werden. Die USA ist zwar jetzt geographisch weit weg, aber die Futtermittel kommen dann letztendlich auch nach Österreich, ich sage nur Soja.

Glyphosat ist ganz eindeutig giftig für Wasserorganismen. Wo es noch, was aber im Gesundheitsbereich oft der Fall ist, keine eindeutigen Aussachen gibt, ist, wie gefährlich ist es letztendlich wirklich für unsere Gesundheit.

Aber es gibt eindeutige Hinweise darauf, dass es in mehreren Bereichen, in der Öffentlichkeit wird immer nur von der möglichen krebserregenden Wirkung gesprochen, in Wahrheit gibt es Untersuchungen, dass es negativen Einfluss auf unser Hormonsystem nimmt. Es gibt Hinweise, dass es Schäden auf ungeborenes Leben ganz stark in Amerika in den Sojaanbaugebieten, also Südamerika vor allem, nimmt.

Es gibt eben die Hinweise auf krebserregend, und es gibt auch Hinweise darauf, dass es DNA-schädigend ist. Also ich denke mir, es gibt genug Gründe, hier dem endlich ein Ende zu setzen.

Immerhin ist die Chance beziehungsweise die Gefahr, dass jeder von uns bereits bestimmte Mengen dieses Stoffes im Körper hat, nicht sehr gering. Es gibt Untersuchungen, wo Urinproben genommen worden sind, und es ist - je nach Untersuchungsgenauigkeit - bei zwischen 45 und 99 Prozent der untersuchten Personen Glyphosat im Urin festgestellt worden.

Für uns ist dieser Antrag ein Kompromiss. Wir haben ja zuerst einen eigenen Antrag gestellt und dann die Einladung von Seiten der SPÖ bekommen, hier gemeinsam einen Dringlichkeitsantrag zu machen. Aber er ist ein guter erster Schritt.

Seit Jahren versuchen die GRÜNEN, hier ein Verbot zu erreichen. Wir haben uns auf EU-Ebene sehr bemüht, wir haben uns auf Bundesebene sehr bemüht, wir haben auch auf Landesebene dazu schon einiges gemacht. Jetzt, nach dem Beschluss auf EU-Ebene, ist interessanterweise ein bisschen ein Effekt entstanden, der viele aufgeschreckt hat.

Molkereien und Lebensmittelkonzerne sehen plötzlich die Notwendigkeit, hier im eigenen Bereich glyphosatfreie Produkte vermehrt anzusetzen beziehungsweise das den Lieferanten langfristig vorzuschreiben. Auch die ASFiNAG und die ÖBB sind bereits in Ausstiegsprozessen drinnen. Die burgenländische Landesstraßenverwaltung verzichtet bereits seit zwei Jahren auf Glyphosat.

Deshalb ist es unserer Meinung nach und gemeinsam mit den Antragstellern politisch jetzt notwendig, einen Komplettausstieg einzuleiten und mit Übergangsfristen, so wie die Kollegin Salamon bereits gesagt hat, im Burgenland einen kompletten Ausstieg zu schaffen.

Man darf allerdings nicht vergessen, dass das für uns ein erster Schritt ist. Für uns ist es wichtig, dass wir generell, eben wie die Landwirtschaftskammer auch sagt, es gibt

andere Mittel, die sind noch giftiger oder ähnlich giftig. In Österreich sind zurzeit 1.200 Pflanzenschutzmittelpräparate zugelassen. Teilweise weiß man gar nicht, wie diese dann im Zusammenhang auf die Natur und auf den Menschen wirken.

Ich glaube, es braucht eine neue Form der Landwirtschaft, die ganz klar in Richtung biologische Landwirtschaft geht - nicht nur aus gesundheitlichen Gründen. Denn, wie wir heute bereits in den mündlichen Anfragen gehört haben, die Insekten und auch die Anzahl der Vögel geht drastisch zurück. Wir haben bei den Wiesenschmetterlingen zwischen 70 und 80 Prozent Rückgänge. „Birdlife“ hat sich seit 1998 die Anzahl der 22 wichtigsten Feldvögel angeschaut: Ein Rückgang von 44 Prozent, das ist fast die Hälfte. Es gibt viele Hinweise, dass es, obwohl Glyphosat ein Pflanzengift ist, sehr starke Auswirkungen auch direkt auf Tiere gibt. Es gibt diesen Versuch mit Regenwürmern auf der BOKU, die eindeutig negative Auswirkungen in der Fortpflanzung und in der Aktivität haben.

Ein positiver Effekt sind die Gemeinden. Auch das hat die Kollegin Salamon angesprochen. Allerdings muss man sagen, geht das sehr langsam voran. Laut dem letzten Greenpeace-Magazin Act - die Daten stammen von Ende 2017 - sind im Burgenland gerade einmal 13 Gemeinden als glyphosatfrei auf dem Greenpeace-Check zu erkennen oder geben sich zu erkennen. Das ist nicht einmal ein Viertel.

Hier wäre es notwendig, die Gemeinden wirklich aktiv auch dazu zu bewegen, dass sie sich für glyphosatfrei erklären und dann auch das durchziehen. Die Frage ist auch, ob es klug war, allen Gemeinden, die bloß auf Glyphosat verzichten, gleich eine Tafel „ökologische Gemeinde“ zu geben. Eine Gemeinde ist nicht automatisch ökologisch, nur weil sie auf ein einzelnes Spritzmittel verzichtet. Bei aller Wertschätzung für die Initiative im Ganzen. Grundsätzlich hat, so wie in vielen Bereichen, das Vorsorgeprinzip zu gelten. Die unterschiedlichen Studien, der Kollege Steier hat das eh schon angesprochen, sind eben auch darauf zurückzuführen, dass leider nach wie vor hier offensichtlich die Konzerne sehr starken Einfluss nehmen.

Global 2000 hat einen Plagiatsexperten die erwähnte Studie anschauen lassen. Die haben praktisch 94 Prozent des Berichts von Monsanto kopiert. Und nicht nur das, sie haben dabei die Mehrzahl der kritischen Studien unter den Tisch fallen lassen. Also alle, die eher kritisch waren, hat man als nicht zulässig tituliert und dadurch gar nicht mit hineingegeben. Es gibt zahlreiche Gründe, warum die Politik hier rasch handeln muss. Ein Beispiel hat Kärnten gemacht. Der grüne Landesrat Rolf Holub hat bereits eine Verordnung erlassen, die da heißt, die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln gemäß der EU-Verordnung wird in folgenden Gebieten verboten: Freigelände von Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen, Freigelände von Schulen, Kinderhorten und Kindergärten, öffentlich zugängliche Kinderspielplätze, öffentlich zugängliche Park- und Gartenanlagen, öffentlich zugängliche Sport- und Freizeitanlagen.

Einzige Ausnahme gibt es, wenn es aus hygienischen Gründen unbedingt notwendig ist, dafür braucht es aber eine eigene Genehmigung vom zuständigen Amt. So eine Verordnung erhoffe ich mir jetzt durch den Antrag. Angestoßen auch im Burgenland. Wir haben diesen Antrag, wie Kollegin Salamon gesagt hat, doch recht weitreichend gestaltet. Eben auf der einen Seite noch einmal die Bitte oder die Forderung an die Bundesregierung, hier bundesweit etwas zu tun. Aber auf der anderen Seite die eigene Notwendigkeit zu sehen, hier selbst etwas zu tun.

Ich würde mir auch wünschen, mir ist schon klar, das kann man nicht auf rechtlicher Grundlage machen, aber dass wir mit Firmen, mit denen das Land intensiv zusammenarbeitet, ich denke zum Beispiel an die Wohnbaugenossenschaften, die nach

wie vor auch Glyphosat in ihren eigenen Wohnparks einsetzen, mit denen ins Gespräch kommt und hier schaut, dass man die mit ins Boot bekommt.

Ich glaube, die öffentlich Brisanz und die öffentliche Zustimmung ist auf unserer Seite, und es wird wohl kaum jemanden geben, der uns hier kritisch gegenübersteht.

Deswegen freue ich mich auch, wenn die ÖVP diesem Antrag zustimmen wird. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPÖ und der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kollegen! Im Großen und Ganzen sprechen hier alle Fraktionen mit einer Zunge. Es ist allen Parteien ganz offensichtlich ein dringendes Anliegen, dass wir den Wirkstoff Glyphosat aus der Nahrungskette und der Umwelt verbannen. Der Wirkstoff Glyphosat ist zwar nicht, wie man auch oft liest, nachgewiesenermaßen krebserregend, aber er ist auch nicht erwiesenermaßen nicht krebserregend. Der Kollege Steier hat uns das mit dem Vorsorgegrundsatz erklärt. Daran, dass dieser Wirkstoff weder gesundheitsfördernd sozusagen ist, noch positiv auf Umwelt, auf Natur, auf Arten- und Lebensvielfalt wirkt, daran besteht ja kein Zweifel, und daher wollen wir den Ausstieg aus und ein Verbot von Glyphosat.

Ausstieg und Verbot, meine Damen und Herren, das muss man gerade auch der Öffentlichkeit offen sagen, sind nichts, was man von heute auf morgen bewerkstelligen kann. Auch wenn wir uns hier alle über die Fraktionen einig sind.

Es gibt politische Hürden, die zu nehmen sind. Es gibt hier schwierige und auch schwerwiegende rechtliche Fragen, die noch abgeklärt werden müssen. Es gibt natürlich, es wurde schon darauf eingegangen, tatsächliche Herausforderungen, vor denen wir stehen, beziehungsweise vor denen jene stehen, die Glyphosat in Verwendung haben, etwa in technischer oder auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es heißt daher in unserer Antragsbegründung auch vollkommen zu Recht, dass die Abschaffung von Glyphosat in sach- und lösungsorientierter Art zu Ende zu denken ist.

Die politischen Hürden bestehen, das sehen wir nicht nur im Burgenland, sie bestehen mittlerweile auch nicht mehr auf Ebene des Bundes beziehungsweise der Bundesregierung, die politischen Hürden - und das haben wir Ende des letzten Jahres sehen müssen - bestehen auf Ebene der Europäischen Union. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hat sich erst kürzlich für die weitere Zulassung auf fünf Jahre ausgesprochen.

Da wir das nicht hinnehmen wollen, dieser Dringlichkeitsantrag. Da wir das nicht hinnehmen wollen, stehen wir jetzt auch vor rechtlichen Fragen, die die Regierung zu klären hat. Darf ein Bundesland für sich und wenn ja, wie weitgehend, den Einsatz von Glyphosat verbieten? Eine Frage, die sich nicht minder auf Bundesebene stellt. Was auch immer die EU-Kommission genau dazu sagt. Die ÖVP nimmt ja in ihrem Abänderungsantrag Bezug darauf. Aber das muss man eben abklären.

Denn verböte man Glyphosat sozusagen auf bundes- oder landesrechtlicher Grundlage einfach so, dann würde es wohl Klagen geben und in weiterer Folge auch Schadenersatzforderungen. Das heißt, es ist hier ganz wichtig, auch Rechtssicherheit zu bekommen. Was uns als Landtag momentan bleibt, das ist das, was wir als Koalition gemeinsam mit den GRÜNEN - auf Initiative auch der GRÜNEN hin - formuliert haben. In

diesem Antrag geben wir der Landesregierung Rückendeckung. Wir geben ihr Rückendeckung in der veranlassten Vorgangsweise, dass im eigenen Wirkungsbereich, im eigenen Einflussbereich des Landes - Landesstraßenverwaltung, Beteiligungen - auf Einsatz von Glyphosat zu verzichten ist.

Wir geben Rückendeckung, was Maßnahmen zur Information und Bewusstseinsbildung angeht, für den kommunalen Bereich, auch für den privaten Bereich. Hier gibt es bereits seit einiger Zeit entsprechende Projekte und Initiativen. Wir geben der Landesregierung Rückendeckung, was eben die bereits erwähnten rechtlichen Fragen, landesrechtlichen Möglichkeiten in Bezug auf Glyphosatverbot angeht. Solche Schritte sind natürlich gegebenenfalls, falls es möglich ist, in die Wege zu leiten.

Ja und wir geben der Landesregierung Rückendeckung im Verhältnis zu anderen Ebenen, an die wir als Landtag auch selbst herantreten. Selbstverständlich ist die Bundesregierung gefordert, all das, was wir im eigenen Wirkungsbereich hier im Burgenland in Angriff nehmen, auch in ihren Wirkungsbereich in Angriff zu nehmen. In diesem Sinne äußert sich ja - und ich bin froh darüber - auch das Programm der neuen Bundesregierung. Es gibt auch bereits, ich glaube, Kollege Steier hat es erwähnt, einen entsprechenden Entschließungsantrag im Nationalrat.

Das heißt, bereits bis Herbst 2018 soll eine Machbarkeitsstudie vorliegen und in weiterer Folge ist ein Aktionsplan zum Ausstieg aus Glyphosat zu erstellen. Ein Aspekt, meine Damen und Herren, der sich sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene und in unserem Antrag wiederfindet, das ist eben der finanzielle, wirtschaftliche Aspekt in Bezug auf die Landwirtschaft. Der Wirkstoff Glyphosat ist ja nicht erst seit gestern im Einsatz und ja, er hat sich durchaus als effektiv und effizient erwiesen. Die Landwirtschaft steht hier ganz bestimmt vor ganz anderen Herausforderungen als etwa, auch das sind Herausforderungen, aber als etwa die Landesstraßenverwaltung oder auch die Gemeinden. Wobei man auch aus manchen Gemeinden hört, dass der freiwillige Verzicht auf Glyphosat durchaus mit einem Mehraufwand verbunden und nicht immer ganz so einfach ist. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir die Landwirtschaft bei diesem Thema nicht außen vorlassen dürfen und dass man natürlich schauen muss, dass allfällige finanzielle Verluste, Auswirkungen abgefedert werden.

Meine Damen und Herren! Ausstieg muss Totalausstieg heißen und Verbot muss Totalverbot heißen. Es hätte eher weniger Sinn, nicht gar keinen Sinn, aber eher weniger Sinn, das Aufbringen von Glyphosat auf Flächen, auf Wiesen, auf Feldern, zu verbieten, aber gleichzeitig nicht gegen den Import von Nahrungs- und Futtermitteln, die mit Glyphosat in Verbindung gekommen sind, vorzugehen.

Das heißt, es braucht ein allumfassendes Verbot, damit im Zusammenhang - auch das wurde bereits erwähnt - muss man sich natürlich auch Gedanken über die Produktkennzeichnungspflicht machen. Der Weg zu einem Totalausstieg und zu einem Totalverbot, der mag jetzt noch ein recht langer sein, aber ich bin der festen Überzeugung, dass er erfolgreich zu Ende gegangen werden kann, wenn wir bei diesem Thema keinen Millimeter zurückweichen. Wenn wir im eigenen Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass es auch ohne Glyphosat geht, und wenn wir weiterhin als Parteien, als Abgeordnete, an einem Strang ziehen.

In diesem Sinne hoffe ich auf geschlossene Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer an den diversen Geräten! Wir sind uns sicherlich in vielen Punkten einig. Aber bei aller Problematik mit diesem Thema erinnere ich noch einmal daran, dass Tiere und Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen zu schützen sind beziehungsweise kranke Tiere und Pflanzen zu behandeln sind. Das gehört nämlich zu den wesentlichen Aufgaben der Landwirte.

Erst die moderne Landwirtschaft hat es möglich gemacht, dass wir Menschen fast überall und ausreichend Nahrung in hoher Qualität leisten können. So ist Pflanzenschutz notwendig, um Pflanzen gegen Schädlinge, Krankheiten und Unkräuter zu schützen. Dadurch sichern Landwirte eine gesunde Ernte und ausreichend Lebensmittel und verhindern, dass natürliche Gifte, wie beispielsweise Schimmelpilzgifte in die Nahrung gelangen und schaffen damit gleichzeitig Landwirtschaftsbetrieben eine wirtschaftliche Basis. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aus all diesen Gründen war es immer wichtig, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, der in Österreich stark zurückgeht, nach dem Motto: „So viel wie notwendig, aber so wenig wie möglich“, deutlich einzuschwenken und auf Alternativen zu setzen.

In Österreich ist, zum Beispiel, die Verwendung von Glyphosat, Herr Kollege Steier, hat es erwähnt, im Unterschied aber zu anderen Ländern zur Abreife von Getreide verboten, Herr Kollege Steier. In Österreich ist es verboten, zur Abreife von Getreide das Glyphosat zu verwenden. Der Wirkstoff wird bei uns ausschließlich vor der Aussaat eingesetzt, um das Risiko von Abschwemmung und Bodenverlust, vor allem bei Mais, oder Zuckerrübe zu minimieren. Es gibt auch keinerlei Rückstände im Getreide aus österreichischen Betrieben.

Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Besorgte Konsumenten können ein Risiko vermeiden, indem sie bei Getreide und Getreideprodukten auf österreichische Herkunft achten. Das ist auch bereits mehrmals erwähnt worden. Würde die Anwendung nach heimischem Vorbild, auch von anderen Benützern dieses Pflanzenschutzmittel gemacht, wäre vieles kein Problem mehr. Die Erfahrungen und Ergebnisse von Untersuchungen zeigen, dass der Wirkstoff bei einem verantwortungsbewussten Einsatz deutlich mehr ökologische, ich rede nur über ökologische, Vorteile für den Bodenschutz und daher für den Klimaschutz, als allfällige Risiken haben.

Wie bereits erwähnt ist das Glyphosat seit 2002 - das Ergebnis eines umfassenden Bewertungsprozesses - in der Europäischen Union genehmigt. Zahlreiche Studien weisen aber darauf hin, dass es gesundheitsgefährdend ist. Die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation hat das weltweit am häufigsten eingesetzte Pestizid bereits im März 2015 als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung kam nach Prüfung aller bislang vorliegenden Studien und Veröffentlichung zu der Einschätzung, dass bei bestimmungsgemäßer und sachgerechter Anwendung von Glyphosat kein krebserzeugendes Risiko für den Menschen zu erwarten ist.

Diese Auffassung vertreten auch mit einer Ausnahme Schweden, die Experten aus den EU-Mitgliedstaaten, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit und, wie bereits erwähnt, auch die ARGES.

Die Kollegin Salamon und der Kollege Steier haben es bereits erwähnt, dass in der Tagung des EU-Berufungsausschusses am 27.11.2017 sich eine qualifizierte Mehrheit

der Mitgliedstaaten für eine Verlängerung ausgesprochen hat. Österreich war dagegen. Laut EU-Kommission steht es den Mitgliedstaaten frei, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat sachlich oder regional einzuschenken.

Im Burgenland wird sowohl im öffentlichen, als auch privaten landwirtschaftlichen Bereich vielfach auf den Einsatz von Glyphosat verzichtet. Es wird wirklich nur in ganz wenigen Bereichen in der Landwirtschaft verwendet. Ziel muss es aber sein, da sind wir uns sicherlich einig, das Burgenland zu einem ökologischen Vorzeigeland weiterzuentwickeln und aus diesem Grund den gänzlichen Ausstieg aus Glyphosat anzustreben.

Im Mittelpunkt steht der Schutz der Konsumenten und Verbraucher. Den Konsumenten, auch das wurde bereits erwähnt, muss durch eine entsprechende Kennzeichnung bewusst gemacht werden, dass Produkte aus dem Ausland sehr wohl mit Glyphosat behandelt sein können. Dazu wollen wir eine bundesweite Kennzeichnungspflicht aller glyphosathältigen Lebensmittel. Ergänzend zu ihren Antrag fordern wir außerdem die Prüfung eines Verbotes ausländischer Lebensmittel, deren Rohprodukte mit Glyphosat behandelt wurden.

Da sollen auch die Lebensmittelkonzerne und Händler Farbe bekennen und in ihren Regalen keine Produkte verwenden, die mit Glyphosat behandelt wurden. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bravo! - Beifall bei der ÖVP)*

Es ist aber zu wenig, wie in Ihrem Entschließungsantrag erwähnt, nur den Punkt alleine in die Pflicht zu nehmen. Die Kollegen Molnár und Steier haben es schon erwähnt, dass der Bund bereits eine Erstellung einer Machbarkeitsstudie inklusive Folgenabschätzung und konkrete Maßnahmen zur Abfederung allfälliger wirtschaftlicher Nachteile in der Landwirtschaft gesetzt hat. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, auch im Landesbereich alle Schritte zu unternehmen, um im eigenen Verantwortungsbereich und im Verantwortungsbereich landesnaher Betriebe, wie beispielsweise in der Baudirektion, aber auch bei den Wohnbaugenossenschaften, der Kollege Spitzmüller hat es erwähnt,

darauf hinzuwirken, dass auf den Einsatz von glyphosathältigen Produkten zukünftig vollständig verzichtet wird.

Wir wollen aber auch, wie bereits der Kollege Kölly erwähnt hat, dass die ÖBB, die ASFINAG und weitere öffentliche Bundeseinrichtungen auf eben jene Produkte verzichten. Wir appellieren auch an die burgenländischen Gemeinden, die im Rahmen ihres Wirkungsbereiches bis dato noch nicht gänzlich auf den Einsatz von glyphosathältigen Pestiziden verzichtet haben, sich ein Beispiel an den glyphosatfreien Gemeinden zu nehmen und ebenso auf die Verwendung dieses Spritzmittels zu verzichten.

Das Ziel muss sein, dass der Konsumentenschutz an oberster Stelle steht und dass es für die österreichischen Produzenten zu keinen Nachteilen kommt. Ich lade deshalb gerne dazu ein, unseren mit einigen zusätzlichen Punkten gespickten Abänderungsantrag zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem personellen Wechsel an der Spitze

des SPÖ-Landtagsklubs haben sich auch bei uns die Bereiche geändert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich durfte die Aufgabe des Umweltsprechers von unserer Klubobfrau Ingrid Salamon übernehmen. Mir ist es dabei wichtig, den eingeschlagenen nachhaltigen Weg, den das Land Burgenland geht, zu begleiten und zu unterstützen. Ich sehe es als meine Hauptaufgabe, mich für eine lebenswerte Umwelt einzusetzen, die auch den kommenden Generationen erhalten bleibt. Um diese lebenswerte Umwelt zu erhalten, bedarf es aber auch einiger Änderungen, insbesondere im Bereich der erheblich gesundheitsschädlichen Mittel, wie es eben Glyphosat ist. Bei diesen Unkrautvernichtungsmitteln besteht der Verdacht, dass es, wie wir bereits gehört haben, krebserregend ist.

Außerdem kommt es bei der Aufbringung des Giftes zu einer deutlichen Beeinträchtigung der Biodiversität, wodurch die Arten- und Lebensvielfalt leidet. Wenngleich die gesundheitlichen Auswirkungen strittig sind, ist es eine Tatsache, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wesentlich zum Verlust der biologischen Vielfalt beiträgt. Das sind Gründe um für ein glyphosatfreies Österreich zu sorgen.

Es gilt, die Anwendung dieser Mittel und ihre Auswirkungen auf den Naturhaushalt soweit wie möglich zu reduzieren. Wir haben bei uns im Burgenland eine hohe Lebensqualität. Diese Lebensqualität ist vor allem unser intakten Natur und Umwelt im Burgenland zu verdanken. Auch die kommenden Generationen sollen diese hohe Lebensqualität vorfinden. Genau deshalb haben wir uns im Burgenland besonders gegen dieses Unkrautmittel ausgesprochen. Bottom-up, von der Basis aus, wurde vieles bereits in Bewegung gesetzt, um dagegen anzukämpfen.

Wie auch unsere Klubobfrau Ingrid Salamon bin ich auch der Umweltlandesrätin Astrid Eisenkopf sehr dankbar, dass sie die Initiative gegen Glyphosat, ökologische Gemeinde ins Leben gerufen hat. Bei dieser Initiative erhalten Gemeinden, die auf den Einsatz des von der WHO als wahrscheinlich krebserregenden eingestuften Herbizides verzichten, ein Umweltgütesiegel.

Viele Gemeinden beteiligen sich an dieser Initiative. Was mich besonders freut ist, dass meine Heimatgemeinde Gols seit August 2017 auch zu den ökologischen Gemeinden zählt. Es sind natürlich alle Gemeinden, die diesen Schritt noch nicht gemacht haben, eingeladen mitzumachen, denn damit kann ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung des Mittels geleistet werden.

Es gab auch bereits gemeinsam mit der Umweltanwaltschaft viele Informationsveranstaltungen, die für eine Sensibilisierung innerhalb der Bevölkerung sorgten. Das Land Burgenland selbst macht seine Hausaufgaben, denn im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Temmel, wird das bereits auf den Straßen und in den Gemeinden gemacht. Im Burgenländischen Landtag haben wir bereits im Mai 2016 beschlossen, es möge bis zum Vorliegen einer objektiven Entscheidungsbasis keine Neuzulassung geben.

Jedoch ist das Ziel noch nicht erreicht. Zu Lasten der Menschen, der nachfolgenden Generationen, haben die EU-Landwirtschaftsminister einer neuerlichen Zulassung zugestimmt. Wir brauchen jetzt einen Einzelgang, ein Vorpreschen unserer neuen Bundesregierung, um ein glyphosatfreies Österreich zu erreichen. Der Bund muss hier alle Register ziehen. Als zuständige Ministerin ist Elisabeth Köstinger jetzt gefordert, einen Exit-Plan für Österreich zu entwickeln. Um unserem Ziel näher zu kommen, ist es notwendig, den Druck noch weiter zu erhöhen.

Die heutige Entschließung an die Bundesregierung ist dazu ein geeignetes Mittel. Sehr erfreulich, dass für unsere Natur und Umwelt hier eine Einigung gefunden werden konnte, die über die Parteigrenzen hinweg geht. Aber auch für unsere Gesundheit, denn die Gesundheit muss für uns Priorität haben. Wir haben nur eine Welt und ich glaube, wir sind bestens beraten, wenn wir diese eine Welt wie einen Augapfel hüten.

Ich kann nicht nachvollziehen, warum die ÖVP nicht klar Stellung bezieht. Welche Interessen stecken hier bei der ÖVP im Vordergrund? Ist man hier jemanden in der Pflicht? Es sind auf jeden Fall nicht die Interessen der Menschen, der nachfolgenden Generationen unserer Natur und Umwelt.

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen im Gegensatz dazu im Dienste der Menschen, der der Natur und der Umwelt. Die kommenden Generationen sollen auch noch unsere traumhafte, intakte Natur vorfinden. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass unser wunderschönes Österreich glyphosatfrei wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Hans Nießl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Ich darf hier gleich daran anschließen, was der Kilian Brandstätter gesagt hat. Ich glaube, dass es für die Republik und natürlich für unser Heimatland Burgenland ein sehr großer Vorteil ist, aus gesundheitspolitischer Sicht, auf Gifte, auf Glyphosat zu verzichten. Das, glaube ich, ist ein großes Asset für den Tourismus. Nämlich, darauf hinzuweisen, in einem Land Urlaub zu machen, wo Gentechnikfreiheit herrscht, wo auf der anderen Seite Gifte nicht eingesetzt werden, wo man gesunde Lebensmittel bekommt, wo die Regionalität die eben möglichst auch durch den biologischen Landbau hergestellt wird einen großen Stellenwert haben.

Ich darf auch dazu sagen, dass jahrelang schon Mediziner, aber auch Umweltorganisationen von einer möglichen krebserregenden Wirkung von Glyphosat warnen. Es hat nun auch die Internationale Agentur für Krebsforschung der WHO davor gewarnt, dass dieses Pestizid als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wird. Ich denke, wenn es derartig ernsthafte Warnungen gibt, dann muss man sich auch ernsthaft mit dieser Thematik befassen und dann kann das Ziel nur sein, wie wir Schritt für Schritt aus diesem Pestizid herauskommen können.

Wie können wir Schritt für Schritt dieses Gift auch reduzieren und damit zu einer hohen Lebensqualität, zu einer hohen Umweltqualität im Burgenland, in Österreich auch beitragen?

Ich möchte mich auch bedanken, denn hier gibt es wichtige Vorreiter in dieser Frage. Es sind dies zum einen die Biolandwirte. Wir haben im Burgenland den höchsten Anteil der Biolandwirtschaft und die Biolandwirtschaft verwendet dieses Gift schon lange nicht.

Es gibt vielleicht in einzelnen anderen Bereichen den Einsatz dieses Giftes, aber ich habe mich sehr genau in der Szene umgehört. Für Biolandwirte ist das auch ein absolutes No-go, Glyphosat einzusetzen. Wir im Burgenland haben immerhin 33 Prozent unserer Landesfläche unter Naturschutz gestellt. Das ist ein ganz ein hoher Wert. Wir haben auch den größten Anteil an Biolandwirtschaft. Das sind die absoluten Vorreiter, die in diesem Bereich dieses Gift nicht verwenden und auch im Sinne der Regionalität ganz bewusst versuchen, gesunde Nahrungsmittel zu produzieren.

Regionalität betrifft auch die Qualität der Nahrungsmittel. Darauf sollen sich die Touristen und auch die einheimische Bevölkerung verlassen können.

Das ist der erste Dank an die Biobauern und an die Biolandwirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*Die zweiten Vorreiter, und das sage ich auch, sind viele Gemeinden. Viele Gemeinden und auch die Landesrätin Eisenkopf, die hier immer, jetzt kann man schon über ein Taferl diskutieren, aber, ich finde, es ist ein gutes Symbol, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, denn dann befasst man sich mit diesem Problem.

Da schaut man, dass man eben auch im Gemeindebereich mit gutem Beispiel vorangeht. Genau dieses Umdenken brauchen wir. Einerseits von der Bio-Landwirtschaft, andererseits von den Gemeinden, aber auch von der zuständigen Landesrätin für den Klima- und Umweltschutz, sich mit diesen Zukunftsfragen in entsprechender Form auch zu beschäftigen. Das ist, glaube ich, ein ganz ein wichtiger Weg, das hier auch keine Symbole verliehen werden, warum man nicht Glyphosat einsetzen soll.

Unsere Gemeinden sind in vielen Bereichen Vorreiter, auch bei der Reduzierung der Gifte. Hier sind es auch die Gemeinden, die sich hier über die Initiative der zuständigen Landesrätin daran beteiligen. Es sind immer mehr Gemeinden, die bereits darauf verzichten. Auch das ist ein gutes Beispiel, das sind gute Vorbilder.

So werden wir die Menschen noch mehr sensibilisieren, dieses Gift nicht einzusetzen. Das zweite große Danke an dich, an die Frau Landesrätin und natürlich auch an die Gemeindevertreter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der nächste Punkt ist natürlich auch das Land selbst. Wir können nicht nur sagen, ihr sollt das nicht einsetzen, sondern, es ist jeder gefordert, in seiner eigenen Gemeinde, in seinem eigenen Bereich, hier als Vorbild auch tätig zu sein. Auch hier haben wir von Seiten des Landes eine wichtige Vorbildfunktion.

Ich bin auch sehr froh, dass schon seit einigen Jahren unsere Baudirektion dieses Gift nicht verwendet. Wir versuchen hier andere Alternativen zur Anwendung zu bringen. Das ist nicht einfach, denn der Ausstieg, um neue Wege zu gehen, ist eben nicht so einfach.

Wir haben uns auch bei einem Forschungsprojekt beteiligt. Welche Mittel können hier eingesetzt werden, die biologisch sind, um dieses Gift gar nicht einsetzen zu müssen, um vielleicht ähnliche Werte zu erreichen? Wir haben auch über die Landesholding alle unsere 84 Beteiligungen, die wir in der Landesholding haben, angewiesen, kein Glyphosat und keine derartigen Gifte einzusetzen und hier darauf zu achten, dass wir ökologisches Gedankengut nicht nur haben, sondern auch praktizieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*Reden ist immer sehr einfach, aber, ich kann wirklich sagen, ob das die Bio-Landwirtschaft ist, ob das die Gemeinden sind, die zuständige Landesrätin, aber auch unser Baudirektion mit den 84 Beteiligungen. Wir achten darauf und wenn es da einen Vorfall gibt, dann bitte mir das auch zu berichten. *(Der Abg. Mag. Christian Sagartz, BA hält ein Foto in die Höhe und sagt: Herr Landeshauptmann! Schauen Sie. Das ist die Raaberbahn!)*

Wenn es einen derartigen Vorfall gibt, dann kann man das ohne weiteres berichten. Selbstverständlich werden wir dann auch dort, wo wir einen Einfluss haben, darauf hinweisen, das nicht zu tun. Wir nehmen für uns in Anspruch, die Baudirektion, dass die seit Jahren das nicht mehr verwenden und wir haben unsere 84 Beteiligungen angewiesen, das auch nicht zu tun.

Ich schlage vor, dass der Bund in Zukunft, wo er zuständig ist, und die zuständige Ministerin wurde ja bereits erwähnt, ähnliche Maßnahmen setzt, wie es auch das Land

Burgenland in seinem Bereich macht. Wir können jetzt über die ÖBB reden, die nicht im Eigentum des Landes ist. Wir können über andere Einrichtungen, über die ASFiNAG reden, die nicht im Eigentum des Landes sind, dann würden wir schon sagen, da müssen wir auf alle Fälle dort hin wenden, wo es die Eigentümerseite gibt und den Eigentümern auch sagen, dass wir von diesem Gift, von Glyphosat aussteigen.

Ich nehme für uns in Anspruch, dass wir das getan haben, nämlich dort, wo wir Einfluss haben. Bei unseren 84 Beteiligungen, bei unserer Baudirektion, wo wir auch seit einigen Jahren bei einem Forschungsprojekt beteiligt sind und hier auch Vorreiter sein wollen. Wenn es etwas gibt, denn ich kann nicht bei unseren 84 Beteiligungen jeden Tag Nachschau halten, ich sage es ja nur, ich mache ja keinem Vorwurf, dann ist das bitte auch dem Land mitzuteilen. Dann werden wir darauf aufmerksam machen, und sagen, hallo, ihr habt von uns die Weisung bekommen, das nicht zu tun.

Insofern, wenn sich dann der Nießl aufregt, dann sagt aber nicht, der regt sich schon wieder auf, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Stehe voll hinter Dir!)* sondern es ist vielleicht das eine oder andere Mal sogar berechtigt, wenn man sich aufregt, wenn das nicht im Sinne von entsprechenden Beschlüssen und so weiter umgesetzt wird.

Also, insofern, auch da, glaube ich, können wir glaubwürdig versichern, wir haben viel getan, wir sind dahinter, dass das nicht eingesetzt wird. Wenn einer das verwendet, dann bitte das auch zu sagen, dann werden wir mit aller Höflichkeit, aber doch bestimmt darauf hinweisen, das bitte nicht zu tun und das bitte ich auch vielleicht in der Bundesregierung in entsprechender Form zu artikulieren, damit die auch in ihren Einflussbereich die gleiche Vorgangsweise wählen, wie wir das im Burgenland tun.

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat gesagt, wir sind in manchen Bereichen auch für den Bund ein gutes Vorbild, was gute Taten im Burgenland anbelangt. Also insofern sind hier alle gefordert, in ihren Einflussbereich auch entsprechende Maßnahmen gegen dieses Gift, gegen eine nachhaltige Umwelt, gegen eine gute Umwelt, gegen eine hohe Lebensqualität auch in entsprechender Form zu setzen. Gemeinsam können wir erfolgreich sein. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christinan Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landeshauptmann! Ich darf Ihnen dann gleich mitteilen, dass uns ein Bild geschickt wurde. Da wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass die Raaberbahn großflächig nach wie vor Glyphosat einsetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn das nicht der Fall ist und Sie können uns sagen, dass das eine Alternative ist oder vielleicht der Vergangenheit angehört, wären wir alle natürlich um einiges zufriedener und natürlich auch um einiges sicherer. Ich möchte hier nämlich in meinem Redebeitrag vor allem eines erwähnen.

Es gibt auf Bundes- und auf Landesebene, glaube ich, überhaupt keinen Widerspruch. Alle sind für den Ausstieg aus Glyphosat. Alle sind dafür, dass in landesnahen Unternehmen und in den Landesbetrieben, bei der ÖBB und bei der ASFiNAG und allen öffentlichen Einrichtungen, dieses Umweltmittel nicht mehr eingesetzt und deshalb ganz bewusst ein ökologischer Weg eingeschlagen wird. Es geht uns um den Schutz der Konsumenten. Uns geht es um den Schutz der heimischen Landwirtschaft. Deshalb haben wir einen Abänderungsantrag vorbereitet, der zwei Punkte beinhaltet, die

bisher nicht Thema sind und bisher nicht Inhalt des Originalantrages der Rot-Blauen Landesregierungsfraktion und der Grünen sind.

Nämlich, einerseits die Kennzeichnungspflicht aller glyphosathältigen Lebensmittel aus dem Ausland, das könnte man einführen. Auf der anderen Seite die Überprüfung aller ausländischen Produkte, die mit Glyphosat behandelt wurden, auch dementsprechend zu kennzeichnen. Ich glaube, das wäre eine wichtige und wesentliche Ergänzung des Dringlichkeitsantrages. Hier möchte ich noch einmal erwähnen, Kollege Brandstätter, Du hast gesagt, man hat die Hausaufgaben erledigt. Wir wissen, es sind nur wenige Gemeinden derzeit glyphosatfrei, es sind viele auf dem Weg dorthin. Wir haben gleichzeitig die Situation, dass wir 84 Beteiligungen haben, sagt der Herr Landeshauptmann selbst.

Herr Landeshauptmann, nur eine kleine Bemerkung, wenn die Opposition die Möglichkeit hätte, dort auch das Fragerecht anstrengen zu können, dann könnten wir vielleicht Dinge auch erfragen und müssten uns nicht darauf verlassen, dass uns irgendjemand auf anderem Wege ein E-Mail und Informationen sendet.

Dementsprechend wäre das auch wieder ein kleines Beispiel dafür, Kontrolle ist in dem Fall ein gutes Mittel, auch die Landespolitik und -verwaltung zu verbessern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich darf deshalb gleich auf den Kern kommen. Es geht oder in diesem Fall nicht um den Kern, sondern um das Wichtigste, in der heutigen Debatte. Die Frau Kern ist ja nicht mehr da, jetzt kann ich nur mehr auf den Kern kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich komme deshalb zu unserem Abänderungsantrag. Die Kolleginnen und Kollegen haben den übermittelt bekommen. Deshalb darf ich mich auf die Beschlussformel beschränken.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- alle Schritte zu unternehmen, um im eigenen Verantwortungsbereich und im Verantwortungsbereich landesnaher Betriebe (z.B.: Baudirektion, landesnahe Betriebe etc.) darauf hinzuwirken, dass auf den Einsatz von glyphosathältigen Produkten zukünftig vollständig verzichtet wird;
- an die ÖBB, die ASFiNAG und weitere öffentliche Bundeseinrichtungen heranzutreten und sie aufzufordern, auf ebenjene Produkte zu verzichten;
- an die Bundesregierung heranzutreten, diese solle
  - einen bundesweiten Aktionsplan zum Ausstieg aus Glyphosat, sowie
  - konkrete Maßnahmen zur Abfederung allfälliger wirtschaftlicher Nachteile in der Landwirtschaft vorlegen.
  - eine Kennzeichnungspflicht aller glyphosathältigen Lebensmittel aus dem Ausland einzuführen.
  - ausländische Produkte, die durch Glyphosat behandelt wurden zu prüfen und gegebenenfalls den Verkauf eben solcher Produkte zu verbieten.

Der Burgenländische Landtag appelliert an alle jene burgenländischen Gemeinden, die im Rahmen ihres Wirkungsbereiches bis dato noch nicht gänzlich auf den Einsatz von

glyphosathältigen Pestiziden verzichten, sich ein Beispiel an den glyphosatfreien Gemeinden zu nehmen und ebenso auf die Verwendung dieser Spritzmittel zu verzichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist unser Antrag, der um zwei Punkte erweitert ist. Ich darf die Einladung, die Sie ausgesprochen haben auch postwendend zurückgeben. Auch hier würden wir uns freuen, wenn Sie in der Sache mit uns einer Meinung sind.

Es ist dies ein Musterbeispiel für gelebte Demokratie. Der eine bringt den Antrag ein, die anderen machen daraus etwas Dringliches. Wir haben das Ganze noch ein wenig erweitert. Hätten wir das im Sinne vom Kollegen Kölly in einer kleinen Runde zuvor vorbesprochen, ich wäre mir sicher, wie bei der Frage „Atomenergie“, wie bei der Frage 2Wir schützen das Rote Kreuz und den Rettungstransport im Burgenland“, hätten wir, glaube ich, auch bei diesem Thema eine gemeinsame Vorgangsweise gefunden. Schade darum, aber, unterstützen Sie unseren Abänderungsantrag. *(Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz und Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gem. §61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist jetzt schon ein bisschen ein politisches Spielchen, was hier getrieben wird, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Warum? Wieso? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Wieso?)* weil es einen Antrag der Grünen gibt. Niemand reagiert seitens der ÖVP, denn alles was wir als Reaktion von der ÖVP dazu bekommen, ist ein paar Wochen später ein eigener Antrag.

Es gab überhaupt kein Interesse der ÖVP an die Grünen heranzutreten und zu sagen: Gute Idee, machen wir etwas gemeinsam, sondern, Ihr habt einfach gesagt, wir machen etwas ganz anderes und ignorieren das. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nein!)* Damit sozusagen hier auch die Genese klar ist, auch andere Abgeordnete sind nicht darauf eingestiegen, aber wahrscheinlich wartet man eher darauf, dass eine Regierungspartei auf einen zukommt, als das man einfach auf das reagiert, was die GRÜNEN hier schon eingebracht haben.

Aber, gut, davon können wir lernen, sozusagen auf welches Signal reagiert wird. Das heißt, der erste Schritt war klar und die ÖVP hat nicht darauf reagiert. Anders als die SPÖ, denn die hat darauf reagiert, ist auf uns zugekommen und hat gesagt, eine gute Idee, machen wir da etwas gemeinsam. Man kann ja mit uns reden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man sagt, es ist uns aber so wichtig, dass es ein Dringlichkeitsantrag wird, na dann machen wir etwas Gemeinsames, wenn es um die Sache geht. Jetzt wird es aber noch einmal skurriler. Da kommt dann die ÖVP und schickt uns heute in der Früh einen Abänderungsantrag, wo genau das Gleiche steht, wie im Dringlichkeitsantrag, nur mit ein bisschen anderen Worten. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nein! Von uns!)*

Sie sagen, es soll eine Produktkennzeichnung geben. Hier steht, es geht um eine lückenlose Produktkennzeichnung, die eingeführt werden soll. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ausländische Produkte!)* Gut, Sie sagen noch sozusagen in Klammer dazu, was Sie jetzt genau damit meinen. Aber, es ist genau dasselbe, nur in anderen Worten, aber eben von der ÖVP, und nicht von jemand anderem. *(Abg. Mag. Christian Sagartz,*

BA: Die ausländischen Produkte haben Sie nicht erwähnt.) Man kann natürlich gekränkt reagieren oder es geht einem um die Sache. Sie sagen, was in diesem gemeinsamen Antrag stehen soll. Es sollen alle Möglichkeiten eines landesrechtlichen Glyphosatverbotes mit dem Ziel eines glyphosatfreien Burgenlandes zu prüfen sein. Da geht nicht mehr, denn mehr als alle gibt es nicht.

Sehr geehrte Kollegen von der ÖVP! Wenn Sie gerne in dieser Sache etwas weiterbringen wollen, dann ist das schön. Wenn Sie aber nur Abänderungsanträge einbringen, die inhaltlich dasselbe bieten oder vielleicht haben Sie es auch nicht genau gelesen, was hier steht, nur damit man dann zeigen kann, wir haben etwas eingebracht und ihr habt dagegen gestimmt und jetzt sind wir dagegen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich kränke mich!)* dann ist das lächerlich und Schade, nämlich, schade um das wichtige Thema. *(Beifall bei den GRÜNEN, der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Thema Glyphosat hat in den letzten Jahren und vor allem jetzt auch in den letzten Wochen und Monaten doch verstärkt wieder auch an medialer Präsenz gewonnen. Glücklicherweise, denn der Einsatz auch von diesen glyphosathältigen Herbiziden, der nimmt immer mehr zu, der ist auf der ganzen Welt massiv angestiegen, vor allem in den letzten Jahren.

Allein in Österreich, wenn man sich das anschaut, werden unglaubliche 400 Tonnen Glyphosat aufgebracht. Warum dieses Spritzmittel auch noch so weit verbreitet ist, ist sicherlich auch mit ein Grund, dass es eigentlich fast überall erhältlich ist.

Für jeden Kleingärtner in jedem Garten- und Baumarkt kann es frei erworben werden. Ich glaube, über die gesundheitlichen Auswirkungen brauche ich jetzt nicht mehr allzu viele Worte verlieren. Das haben wir von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon sehr ausführlich beschrieben bekommen, das es da um gesundheitliche Auswirkungen im negativen Sinne geht, auf das menschliche Hormonsystem, auf Fehlbildungen, vor allem im pränatalen Alter und natürlich auch diese mögliche Krebsgefahr, die auch von der Gesundheitsagentur, also von der WHO, als wahrscheinlich krebserregend eingestuft worden ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein zusätzlicher negativer Aspekt von diesen glyphosathältigen Spritzmitteln ist neben dem gesundheitlichen Aspekten auch die negativen Auswirkungen auf die Natur, auf die Umwelt - vor allem auch auf die Artenvielfalt, auf die Biodiversität. Das war heute ohnehin auch schon in der Fragestunde ein großes Thema. vor allem auch auf die Artenvielfalt, auf die Biodiversität, das war heute ohnehin auch schon in der Fragestunde ein großes Thema. Natürlich gelangen diese Pestizide dann auch ins Wasser, in die Kläranlage. Ich bin der Meinung, dass das nicht so sein muss. Das es genug Alternativen gibt. Viele Gemeinden zeigen das ja bereits auch vor.

Und da freut es mich, dass auf meine Initiative, die ich vor rund zwei Jahren ins Leben gerufen habe, sehr viele Gemeinden reagiert haben, es sind mittlerweile knapp 20 schon. Also die Zahl ist wirklich, die Tendenz ist steigend. Es melden sich fast jede Woche ein bis zwei Gemeinden die zusätzlich bei dieser Initiative mitmachen wollen. Sie bekommen auf Antrag oder auf einen Antrag den sie im Gemeinderat einbringen können dann diese Tafel „Ökologische Gemeinde“ verliehen. Darin ist nicht nur enthalten, das

sich die Gemeinden verpflichten auf glyphosatfreie Spritzmittel zu verzichten, sondern es geht auch darum, dass sich die Gemeinden darin verpflichten, alternative Bepflanzungsmaßnahmen auf gemeindeeigenen Flächen anzuwenden.

Also auf ökologische Begrünungsmaßnahmen zu setzen und sie verpflichten sich auch gleichzeitig dazu, Informationskampagnen zu diesen Themen auch ins Leben zu rufen und auch bewusstseinsbildende Maßnahmen für die Bevölkerung zu schaffen. Also das Ganze geht ein wenig weiter als nur auf glyphosathaltige Spritzmittel zu verzichten.

Ich freue mich wirklich sehr, also wir haben auch zu dem damaligen Zeitpunkt auch verschiedenste Informationsveranstaltungen gemeinsam mit der Burgenländischen Umweltanwaltschaft abgehalten, Fachveranstaltungen zum Thema Pflanzenschutzmittel, Glyphosat, Gefahr für Menschen und Tiere und es gab auch damals eine Onlinepetition.

Das waren natürlich einmal erste Schritte, die auch wichtig waren und es freut mich sehr, dass da so viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sich bereit erklärt haben da mitzumachen. Ein herzliches Dankeschön, dass Sie so viel Verantwortung auch für die Natur und Umwelt im Burgenland übernehmen und auch so wichtige Vorbilder für die Bevölkerung im Burgenland sind. Sie sind nämlich dann ganz wichtige Multiplikatoren, vor allem bei diesem Thema.

Wichtig ist natürlich das wir das Thema Glyphosat aber auf allen Ebenen angehen. Einerseits im privaten Bereich, andererseits auf Gemeindeebene, natürlich auch im landwirtschaftlichen Bereich. Auf Landesebene, wie wir auch schon gehört haben, wo ja auf glyphosathaltige Spritzmittel schon seit Jahren in der Landesstraßenverwaltung verzichtet wird und mittlerweile jetzt auch die Order an alle Beteiligungen des Landes herausgegangen ist.

Ich freue mich sehr, dass dieser Dringlichkeitsantrag heute so eingebracht worden ist. Der ursprüngliche Antrag, der auch hoffentlich sehr breite Unterstützung erfahren wird, denn meiner Meinung nach, dieser Dringlichkeitsantrag ist ein sehr konkreter und er geht auch sehr viel weiter und ist auch verbindlicher als der Abänderungsantrag. Denn es ist eine Frist bis zum Jahr 2020, unter anderem, genannt.

Die Frau Kollegin Petrik hat die anderen Punkte ohnehin sehr deutlich ausgeführt, das der eigentliche Dringlichkeitsantrag hier sehr viel konkreter weitergeht, vor allem auch verbindlicher ist. Was die Gemeinden betrifft, werde ich natürlich mein Möglichstes tun um noch mehr Gemeinden zu motivieren. Am liebsten wäre es mir, wenn alle 171 Gemeinden bei dieser Initiative irgendwann einmal dabei wären und wirklich auf Gemeindeebene komplett auf diese Spritzmittel verzichtet wird.

In diesem Sinne, ein herzliches Danke schön das dieser Dringlichkeitsantrag so zustande gekommen ist und ich hoffe auf wirklich breite Unterstützung. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, LBL und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich lasse vorerst über den von Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Na geh. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Viel hat nicht gefehlt.)*

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Glyphosatverbot abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Auch die Mehrheit kann irren.*) Entschließung betreffend Glyphosatverbot ist somit mehrheitlich angenommen.

6. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Markus Wiesler, Wolfgang Spitzmüller und Manfred Kölly auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 1145) betreffend eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020 (Zahl 21 - 803) (Beilage 1171)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 6. Punktes der Tagesordnung, dies ist der Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Markus Wiesler, Wolfgang Spitzmüller und Manfred Kölly auf Fassung eines Beschlusses, Beilage 1145, betreffend eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020, Zahl 21 - 803, Beilage 1171.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Dankeschön. Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Markus Wiesler, Wolfgang Spitzmüller und Manfred Kölly auf Fassung eines Beschlusses betreffend eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020, in seiner 05. Sitzung am Mittwoch, dem 10. Jänner 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Markus Wiesler, Wolfgang Spitzmüller und Manfred Kölly auf Fassung eines Beschlusses betreffend eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke, Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte, Herr Abgeordneter*. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir behandeln mit diesem Antrag ein Thema, das für die Weiterentwicklung der Europäischen Union, im Speziellen für Österreich, aber im Besonderen für das Burgenland von ganz besonderer Bedeutung ist. Wir erleben eine Zeit, die durch Umbrüche in vielerlei Hinsicht gekennzeichnet ist, jetzt nicht allein durch die neue Regierung im Bund, sondern im Speziellen auch durch die Handhabung europäischer Integrationsmerkmale und auch europäischer Inhalte.

So wie bei vielen anderen Dingen ist im Moment die Diskussion um die Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln der ausschlaggebende Teil für ein europäisches Gesamtbild. Nämlich durch den Brexit bezogen, der ansatzweise um es zeitlich zu limitieren 2020 herum England möglicherweise aus der Gesamtverantwortung Europas lösen wird, ist die Situation entstanden, dass Beitragszahlungen, auf Zukunft bezogen, einzelner europäischer Nettozahler veranschlagt wird, dass diese Zahlungsströme steigen werden müssen.

Ohne dass jetzt Nettozahler mehr in den Topf einzahlen werden, geht die Diskussion, dass damit eigentlich auch zu Lasten bestimmter europäischer Fördersituationen Geldmittel eingeschränkt zur Verfügung stehen. Das Wichtigste ist dieses Prinzip der territorialen Zusammenarbeit, wo es um die Integration in wirtschaftlicher, in sozialer und in anderweitiger Hinsicht europäisches Bestreben ist, hier entsprechend Geld zur Verfügung zu stellen und damit den Ausgleich innerhalb der Regionen, innerhalb der staatlichen Grenzsituationen auszugleichen.

Ich glaube, dass das, wenn man es jetzt im Nachhinein betrachtet, eine der wichtigsten Geldquellen zur Information, zur Verfügung gestellt von der Europäischen Union, bezogen auf den einzelnen Bürger, die einzelne Bürgerin, zum Beispiel im Burgenland war und momentan auch noch darstellt.

Diese Kohäsionsmittel sind jetzt nicht nur in der Diskussion um die sogenannten Nettozahler bezogen sondern es geht auch darum, wie jetzt in der Aufteilung, möglicherweise auch geringerer Mittel, Europa unter einen Hut zu bringen ist.

Ich weiß nicht wie vielen von Ihnen tatsächlich die gesamtbudgetäre Situation der Europäischen Union bekannt ist, aber Tatsache ist, es handelt sich um 160 Milliarden Euro die zur Verfügung stehen. Und dieser Kohäsions- und Regionalfonds hat im Grunde genommen auf Gesamteuropa in der Verteilung zirka 55 Milliarden Euro zur Verfügung. Der größere Anteil ist europäische Agrarförderung mit fast 60 Milliarden Euro und daneben dann Investitionsfonds, Verwaltung, Außenpolitik, Erweiterung, Entwicklungshilfe, Sicherheit und Sonstiges.

Interessanterweise jetzt in den letzten Wochen, Monaten wird speziell dem neuen Aufgabenfeld im Zusammenhang mit Flüchtlingen und Migrationsbestrebungen dem Schutz der Schengengrenzen, speziell dem Aspekt der Sicherheit, eine hohe Bedeutung zugemessen. Zum Zweiten und das sehe ich jetzt kritisch in jeder Form in der Darstellung, der Verwaltung wenig Bedeutung beigemessen. Und es ist auch korrekt, dass im Zusammenhang auf das Gesamtvolumen europäischer Möglichkeiten durch Beitragsleistungen der einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten der Verwaltungsanteil am Gesamtkuchen nicht sehr groß ist.

Was mich aber prinzipiell jetzt irritiert, ist die in den letzten Tagen im Speziellen dargestellte Verlustsituation, aber zugesicherte Leistungsfähigkeit der Pensionskassen für die Abgeordneten, ins Schussfeld der Kritik gekommen. Es ist auch nicht nachvollziehbar warum sich schon wieder eine Institution, eine eigene Gesetzmäßigkeit gegeben hat und für das Abgeordnetenwesen im Endeffekt eine eigene Pensionskassenleistung hat, wo es

im schlimmsten Fall eine Unterdotierung von 200 Millionen Euro geben soll und das jetzt nur am Rande und nicht auf das Thema bezogen, aber insgesamt zur Europäischen Union. Denn das, was quasi in diesen Kategorien oft geleistet wird und da muss man der Bürgerin und dem Bürger sehr wohl Recht geben, ist wahrlich nicht nachvollziehbar und auch nicht in der Ausführung in irgendeiner Form zu bejahen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Grenzüberschreitende Möglichkeiten sind in der gegeben Form auf Kohäsionsmittel ein Punkt wo man sagen kann, man kann sich damit helfen. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, und jetzt setze ich den einen Punkt voraus, dass in der sogenannten Verlustsituation auf die Nettozahler, oder speziell auf England als Beitragsleiter, ganz komische Diskussionen stattfinden, wie man möglicherweise den Beitragsverlust, der durch den Austritt Englands in der Europäischen Union entsteht, ausgleichen könnte.

Die schlimmste Form war die von Herrn – was ist er jetzt in der Dimension, der Oettinger, *(Landesrat Norbert Darabos: EU-Kommissar.)* – EU-Kommissar, danke - EU-Kommissar Oettinger aufgebrachte Form der sogenannten Plastiksteuer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zur allgemeinen Kenntnis, Europa wie auch andere Staaten außerhalb Europas, haben die letzten Jahrzehnte den gesamten oder einen Großteil ihres Plastikmülls exportiert. Man hat ihn nach China verschifft.

Jetzt sind die Chinesen draufgekommen, na warum sollen wir quasi den ganzen Abfall, der sich da in Europa aufstaut, nehmen? Nachdem es jetzt quasi im Geldfluss den gegebenen Tiefstand gibt, auf die neue Budgeterstellung in Europa, setzt dann der Kommissar Oettinger dazu an, auf alle Länder bezogen, eine Plastiksteuer einzuführen. Was aber dann nach kurzer Zeit sofort wieder verworfen wurde weil man gemeint hat, so schnell geht es nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einen Punkt in dem Zusammenhang finanzierungstechnisch sehr wohl, ohne dass die einzelnen Mitgliedsstaaten in die Verantwortung gezogen werden, direkt erwähnen, der schon seit Jahren durch die ganzen Kabinette, Budgeterstellungskommissare und wie immer auch geistert.

Mit dem Austritt Englands wäre es hoch an der Zeit und endlich auch von der Blockade her möglich, die seit Jahren kursierende aber nicht realisierte Finanztransaktionssteuer als eine europäische Möglichkeit ins Spiel zu bringen, die quasi nicht nur die einzelnen Staaten entlasten würde, sondern grundsätzlich der Europäischen Union auch in der Identifikation endlich die Zahlungsflüsse möglich machen würde, die auch als Beitragsleistung für die europäische Situation Gültigkeit erlangen könnten.

Das wäre ein politischer Ansatz der nicht nur der Globalisierung entgegen treten würde, sondern im Grunde genommen den amerikanischen Einfluss, der speziell auf England bezogen innerhalb Europas stattgefunden hat und stattfindet noch, einzubremsen und die Möglichkeit, diese quasi fiskalische Alternative, als ein die Europäische Union finanzierendes Instrument zur Verfügung zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unter anderem wird es sicherlich auch andere Möglichkeiten geben, die finanziellen Aspekte eines europäischen Gesamtbudgets zu koordinieren. Tatsache ist, in diesen gesamten Agenden, die sich Europa für die einzelnen Staaten gibt und als europäische Leistung ausweist, sollte auch in der Verwaltung und in anderen Bereichen sehr viel Potential ruhen. Speziell dort, wo ich es angesprochen habe auf Sonderleistungen, aber insbesondere dort, wo es einzelne

europäischen Staaten, die Nutznießer im Sinne von Empfängerleistungen wären, nicht gelingt, europäische Fördergelder auszulösen.

Dabei gibt es viele, die eigentlich jetzt auch - und ich weiß nicht wie viele von Ihnen das verfolgt haben – zuletzt, seitens der europäischen Union, die letzten vier Jahre, eigenes Personal zur Verfügung gestellt bekommen haben, die das Personal zur Abwicklung bestimmter Förderansuchen und zur Abwicklung bestimmter Förderleistungen, konkret nicht im Stande waren, mit dem Personal, die entsprechenden Geldflüsse auszulösen und damit eigentlich vieles an Kapital in einzelnen Fördertöpfen weiter in Brüssel ruhend aufzufinden ist.

Tatsache ist, hier ist im Grunde genommen manches, wozu wir oft im Stande sind, unsere Verwaltung zu schelten, in einzelnen Ländern nicht möglich, verwaltungstechnische Ansätze für die Auslösung von Fördermitteln zur Verfügung zu stellen. Ich komme auf die burgenländische Situation zu besprechen. Tatsache ist, wir haben, und das habe ich eingangs erwähnt, über die letzten Jahre sehr viel und wirklich in jeder Form der heute bei einzelnen Diskussionspunkten von Regierungsseite erwähnten Fortschritten, das entsprechend auch unter anderem in vielen Teilen insbesondere europäischen Fördergeldern zu verdanken.

Nicht nur jetzt im Zusammenhang mit Leistungen, die den Arbeitsmarkt betreffen, die den Wohlstand betreffen, auch unter anderem in grenzüberschreitendem Sinne, wo vieles möglich geworden ist, dass den Wohlstand oder die Kaufkraft im Burgenland einzig und allein durch Projekte oder Projektinhalte, die über Staaten hinweg passiert sind, möglich gemacht haben.

Unsere Nachbarländer und das war interessant in der Ausführung auf die Weihnachtssituation, zum Beispiel auf die Direktwerbung des EO in Oberwart auf die ungarische Kundschaft, es war interessant festzuhalten, dass die Chefin des EO festgehalten hat, wie viel Kaufkraft das EO der ungarischen Klientel zu verdanken hat.

Das ist auch dann immer interessant, wenn sich am Beispiel, nicht nur eines Gewerbetreibenden oder einer Institution alles was politisch opportun ist, wieder ins rechte Licht rücken lässt. Tatsache ist, wir haben im Grunde genommen über viele Inhalte zu diskutieren, die möglicherweise auch im Burgenland, was Kohäsion anlangt nicht ganz gelungen sind, aber Tatsache ist, und hier ist diesem Antrag die volle Unterstützung insofern zu gewähren. Wir sollten alles daran setzen, um als Burgenland auch weiterhin Empfänger von Kohäsionsmitteln zu sein.

Das heißt, es wird nicht nur ausreichen Lobbying zu betreiben in Brüssel, sondern es wird auch notwendig sein, innerhalb der österreichischen Bundesregierung, die dann auch als Vorfinanzierer aufzutreten hat, entsprechend ein Lobbying zu betreiben.

Unter anderem auch mit dem Gesichtspunkt und dem Aspekt, dass es sehr wohl in theoretischer Hinsicht die entsprechenden Ideen beziehungsweise Darstellungen gibt, sollten sich die Nettozahler jetzt allgemein entscheiden, dass sie nicht höhere Beiträge, nämlich aufgrund des Verlustes von England und dem Austritt von England bezahlen sollten, im Endeffekt die Einzelstaaten im Sinne von Nettozahlern selbst die Leidtragenden sind.

Denn alles was quasi nicht nach außen geht, kann auch im Rückfluss nicht passieren. Und dass wir im Verhältnis nach Polen und anderen Staaten in der sogenannten Wiedererlangung von nach Brüssel gesendeten Mitteln nicht jetzt die größten Empfänger sind, steht schon fest.

Nur Tatsache ist, dass wir im Burgenland, unabhängig von allen anderen österreichischen Bundesländern, mit Sicherheit der größte Empfänger sind und auf der anderen Seite auch es geschafft haben, fast die gesamte Mittelsituation auch auszuschöpfen. Das im Zusammenhang, was ich vorher erwähnt habe, wo vieles was Europa in den Köpfen in der gesamten Darstellung in der burgenländischen Bevölkerung nicht entsprechend präsent gestalten lässt.

Hier ist viel Aufbau beziehungsweise auch Überzeugungsarbeit zu leisten, dass das was quasi Europa darstellt, nicht nur der Bereich in Brüssel ist, sondern dass alles was Europa anbetrifft im Burgenland auch stattfindet und im Speziellen die letzten Jahre auch grenzüberschreitend genutzt wird.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch den Punkt erwähnen, der immer wieder in der Diskussion auftaucht. Wie sollten wir eigentlich im Stande sein unseren Aufholprozess fortzusetzen, unseren Wohlstand im Burgenland entsprechend zu erweitern, wenn es auf der anderen Seite in Nachbarländern, ob es jetzt Slowakei, Ungarn, Slowenien betrifft, einen Unterschied in der sogenannten Gestaltung Europäischer Fördersituation gibt, wie zum Beispiel Ziel-1-Gebiete noch immer zum Teil direkt eine nachbarschaftliche Situation darstellt.

Auf der anderen Seite bei der Diskussion immer den Einwand auch folgend, es kann nicht sein, dass europäische Finanzpolitik im Grunde genommen zulässt oder quasi sich dort nicht im Stande sieht Beispiele wie in Ungarn entsprechend frei gestalten zu lassen, sodass dann zum Beispiel Körperschaftssteuersätze in Ungarn dazu anleiten, dass Betriebe die im Burgenland ansässig waren, sich nach Ungarn „vertschüssen“, weil es ihnen dort finanztechnisch besser geht.

Das sind auch direkte Zusammenhänge, die quasi in diesem Kohäsionsplan und in der Zusammensetzung europäischer Gestaltungsbereiche durchaus ihre Gültigkeit haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube dass niemand in diesem Haus in seiner Verantwortung nicht nur als Mandatar, sondern als Burgenländer oder als Burgenländerin nur den Gedanken irgendwie aufnimmt, dieser Kohäsionspolitik die Europa aufgesetzt hat eine Absage zu erteilen.

Wir haben die letzten Jahre, Jahrzehnte davon profitiert und es ist quasi auch im Verhältnis der Skizzierung der Situation in unseren Nachbarländern dem Burgenland noch immer nicht zuzutrauen, dass es ohne diese Förderkulisse auskommen soll.

Daher ist es mehr als ratsam hier entsprechend, nicht nur unterstützend für das Lobbying in Brüssel zu werben, sondern es sollten alle im Versuch das Burgenland weiter besser zu positionieren dem Burgenland einen noch besseren Status zugestehen, der Burgenländerinnen und dem Burgenländer im Arbeitsprozess beziehungsweise auch im Familienverband den Wohlstand entsprechend sicher zu stellen und auszubauen, Kohäsionspolitik als ein absolutes Muss zu betrachten und in Europa nicht nur jetzt einschränkend quasi die Möglichkeit gelten zu lassen.

Es kann nicht gelingen hier entsprechend zu wirken, es ist immer ein Ausschlussgrund vorhanden, dass sich quasi Nettozahler nicht mehr in entsprechender Form beteiligen wollen. Ich bin fest davon überzeugt, dass jeder Geldfluss, der quasi aus der eigenen Geldbörse woanders hingeht weh tut.

Nur auf der anderen Seite europäisches Einigungsgedankenspiel beziehungsweise Europa im Selbstverständnis kann nicht funktionieren, wenn nicht unter anderem auch erklärt wird, dass diese Nettogeldflüsse von Österreich nach Brüssel auch den Rückfluss zum Beispiel in Burgenländische Landesregierungsbudgets beziehungsweise damit direkt

in die Geldbörsen der Burgenländerinnen und Burgenländer, auch über den Umweg von Betriebsansiedlungen oder anderen Bereichen haben.

Daher gilt mein Apell auf der einen Seite diesen Lobbying Antrag als solches zu unterstützen, auf der anderen Seite, Herr Kollege Illedits, und das auch an die anderen gerichtet, ich habe es heute gerade vorneweg gesagt, wenn Sie solche Anträge formulieren, wird Ihnen mit Sicherheit kein Stein aus der Krone fallen auch einen freien Mandatar mit auf die Bühne zu nehmen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN, LBL und einigen Abgeordneten der SPÖ, FPÖ und ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte, Herr Abgeordneter, um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Ich muss mich erst daran gewöhnen, dass ich nach dem Kollegen Steier spreche. Das ist sehr neu für mich.

Kohäsionspolitik: Vielleicht zuerst zur Antragsentstehung. Mir ist schon klar, dass das Ganze entstanden ist im Zuge dieser Allianz für Kohäsionspolitik. Es wäre dennoch schön gewesen, wenn wir diesen Antrag gemeinsam gestaltet und ihn vielleicht, wie soll ich sagen, noch ein bisschen zugeschliffen hätten in einzelnen Punkten. Ich komme dann nachher noch darauf zu sprechen.

Die EU-Kohäsionspolitik ist wohl eine der wichtigsten Fördersäulen der Europäischen Union und sie ist sehr wichtig, Kollege Steier hat das eh schon gesagt, für die österreichischen Bundesländer, insbesondere auch für die Städte und letztlich für das Burgenland. Das Burgenland hat schon sehr viel im Zuge der Ziel 1-Förderung zum Beispiel von solchen Geldern genießen können. Schwächere Regionen zu stärken, innerhalb der Gemeinschaft zu fördern, ist das ganz klare Ziel dieser Kohäsionsgelder, dieser Kohäsionspolitik.

Auch das hat der Kollege bereits gesagt, es geht nicht nur darum, dass wir jetzt davon profitieren als Burgenland, sondern auch, dass unsere Nachbarländer davon profitieren, weil es da eben doch noch ein gewisses Gefälle gibt, bei den Gehältern zum Beispiel. Wenn man Regionen stärkt dann werden sich langfristig wohl auch diese Unterschiede angleichen. Eine Ungleichheit bedroht Gemeinschaften, egal ob das jetzt im Kleinen ist oder im Großen, so wie jetzt die EU. Möglichst geringe soziale Unterschiede und weitgehend ausgeglichene Vermögensverteilung festigen Gesellschaften, dieses Förderpaket ist genau darauf ausgelegt.

Bisher war die Kohäsionspolitik auf einzelne spezielle Gebiete beschränkt, vor allem eben jene, die einen Entwicklungsrückstand hatten. Der erste Punkt geht gleich darauf ein, dass das in Zukunft nicht mehr so sein soll. Es soll eine komplette Öffnung geben, dass praktisch alle Regionen der EU gefördert werden können.

Natürlich geht es trotzdem immer noch um Gebiete, die soziale territoriale oder wirtschaftliche Unterschiede zu dem großen Ganzen aufweisen. Was uns auch sehr wesentlich ist, ist natürlich die Forderung diese Innovationen, diese Entwicklung und beziehungsweise die Gelder, die dafür verwendet werden, vor allem in dem Bereich Klimawandel und Energiewende, wie es wörtlich steht, zu stecken beziehungsweise hier damit diese Entwicklung zu erreichen. Auf keinen Fall, auch das war schon Diskussion, dürfen Mittel aus diesem Topf in Nuklearenergie oder die Verteidigungsunion fließen.

Ein Punkt, den wir gerne geändert hätten, wäre der Punkt 4, der im Großen und Ganzen okay ist, da heißt es - weiterhin eine wirksame Politik mit ausreichenden Ressourcen bleiben muss, für die mindestens ein Drittel des künftigen EU-Haushaltes über Finanzhilfen und gegebenfalls Finanzinstrumente bereitgestellt wird.

Die Finanzinstrumente sind das was uns hier nicht so taugt, obwohl sie bereits in der Förderperiode 2007 bis 2013 in die Kohäsionspolitik eingeführt worden sind. Sie sind im Gegensatz zu klassischen Förderungen am Finanzmarkt orientiert, werden von der Europäischen Investitionsbank abgewickelt und werden in Form von Krediten vergeben.

Auch der Europäische Rechnungshof hat im Jahr 2015 festgestellt, dass diese Form der Förderung nur jenen Regionen hilft, die sich mit dem Finanzmarkt auskennen. Der Kollege Steier hat das vorher auch schon gesagt, wir haben einfach Regionen, die es nicht einmal schaffen die Mittel, die ihnen zustehen auszulösen und hier schafft man praktisch eine neue Hürde. Außerdem müssen diese Kredite dann natürlich irgendwann einmal zurückbezahlt werden, was gerade für die erdachten schwächeren Regionen natürlich auch schwierig ist. Deswegen bekommt Punkt 6 unsere volle Unterstützung, auch wenn wir hier gerne noch zivilgesellschaftliche Organisationen, die auch ein wesentlicher Teil von Regionen und Innovation sind, drinnen gehabt hätten wollen.

Ein wesentlicher Punkt, auch das wurde kurz angesprochen, ist die Finanzierung. Zurzeit ist ungefähr ein Drittel des EU-Haushaltes dafür bereitgestellt. Das steht zwar im Antrag jetzt drinnen, dass das wieder bleiben soll. Aber anlässlich des Brexit müssen wir natürlich damit rechnen, dass diese Gelder nicht mehr voll zur Verfügung stehen. Das ist bedauerlich und ich glaube, man muss sich da etwas überlegen. Die grüne Fraktion im EU-Parlament hat das bereits getan.

Sie hat eine Studie in Auftrag gegeben, die alternative Finanzierungsformen aufzeigt. Dazu gehören zum Beispiel auch Steuern auf die CO_2-Flugticketabgabe oder die vom Kollegen Steier ins Spiel gebrachte Finanztransaktionssteuer. Ich glaube, da wird man sich wirklich etwas überlegen müssen, um hier weiter Gelder zur Verfügung zu haben. Und auf der anderen Seite Formen einzuschränken, zu besteuern eben, die man eigentlich nicht unbedingt in dieser ausgeprägten Form haben will beziehungsweise die anderen Erfordernissen zuwiderlaufen.

Die GRÜNEN bekennen sich zur Kohäsionspolitik. Diesen Antrag, Kürzungen und angedachte Umschichtungen der Fördergelder in den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, halten wir für schlecht. Schlecht für Österreich, schlecht aber auch für Europa. Ansonsten werden wir diesem Antrag gerne zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Ja, der Antrag der vor uns liegt könnte jetzt natürlich auch anders sein. Sich generell über die Lastenverteilung innerhalb der Europäischen Union zu unterhalten, allgemein über Fragen des EU-Haushaltes oder insbesondere auch über das Thema Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, einem Nettozahler, und den Folgewirkungen. Ich werde das jetzt nicht tun. Weil es teilweise schon passiert ist und weil ich auf einen ganz konkreten Punkt aus dem Antrag eingehen möchte.

Und zwar der Punkt zwei, wo es heißt: Der Burgenländische Landtag erklärt, dass die Kohäsionspolitik als Ausdruck der europäischen Solidarität zur Überwindung des

wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen den Regionen mehr denn je gebraucht wird, da sie allen Unionsbürgern unabhängig von ihrem Wohnort eine konkrete Chance gibt, die Vorteile der Europäischen Union zu erfahren.

Dieser zweite Punkt der Beschlussformel, ja das ist ein ganz zentrales Ziel der Kohäsionspolitik von jeher. Sosehr die Kohäsionspolitik was die Ziele angeht, in den letzten Jahrzehnten natürlich auch eine Wandlung und eine Erweiterung erfahren hat, aber die Kohäsionspolitik ist, wenn es um dieses Ziel geht, definitiv das geeignete Mittel. Gerade wir im Burgenland wissen ja, was Kohäsionspolitik im Guten heißt. Wir wissen aber andererseits auf Grund unserer Lage auch was es heißen kann, wenn Gefälle, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, zu groß und nur sehr langsam ausgeglichen werden.

Ein zu früh und schrankenlos geöffneter Arbeitsmarkt mag in den Herkunftsländern auf Gegenliebe stoßen, im Zielland tut es das in vielen Fällen nicht. Ähnliches gilt für ein nationalstaatlich organisiertes Sozialsystem. Der Zugang zu diesem Sozialsystem, der mag für jene, die hier herkommen und das in Anspruch nehmen können, ein Vorteil sein.

Bei vielen Steuerzahlern und Bürgern bei uns stößt das nicht auf Gegenliebe. Auch die Haftungsunion, die Schuldenunion, ja die Währungsunion und die ganze Währungspolitik, die Bankenunion, all das mag einen Südeuropäer tendenziell positiver stimmen, als es den Nordeuropäer stimmt, der dafür ja schließlich und endlich auch aufkommt, von einer Sozialunion ganz zu schweigen.

All diese Beispiele sind in Wirklichkeit das beste Argument für eine starke Kohäsionspolitik. Weil eben die Kohäsionspolitik das geeignete Mittel ist, um diese Ungleichheiten, die es gibt, auszugleichen. Währungsunion, Haftungsunion, Schuldenunion, Bankenunion, Sozialunion das ist alles nicht der probate Weg. Ich bin sogar der Meinung, dass all diese Wege, zumindest potentiell, dem zentralen Ziel oder einem sehr zentralen Ziel der Kohäsionspolitik zuwiderlaufen, weil nämlich der soziale Zusammenhalt dadurch im Endeffekt gefährdet wird.

Wir wissen, dass gerade die genannten Beispiele, Instrumente, Maßnahmen, die wir ja vermehrt in den letzten zehn bis 15 Jahren erleben, eben nicht auf allzu viel Gegenliebe stoßen. Das kann einem jetzt gefallen oder kann einem nicht gefallen. Es ist halt Tatsache. Das ist doch eines der Grundprobleme, das die Europäische Union aus meiner Sicht hat, dass nämlich in vielen Bereichen die Akzeptanz fehlt beziehungsweise verloren geht.

Daher braucht es eine starke Kohäsionspolitik. Die Kohäsionspolitik ist das geeignete Instrument um Ungleichheiten auszugleichen. Ich glaube auch, dass es der bessere Weg ist, wenn es um die Akzeptanz für die Europäische Union geht. *(Beifall bei der FPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen, diesen Antrag werden wir eins zu eins unterstützen. Einige wenige Worte dazu. Meine Vorredner haben schon sehr viel ausgeführt. Weil wir an einer entscheidenden Wende in der Europäischen Union stehen, wenn ein großes Nettozahlerland demnächst aus der Europäischen Union austreten wird.

Wenn wir bedenken, dass von diesen 28 Mitgliedsländern lediglich zehn Länder mehr in die Europäische Union einbezahlen, als sie von der EU bekommen, sogenannte Nettozahler sind, so kann man sich vorstellen was es heißt, wenn der zweitgrößte Nettozahler, nämlich das Vereinigte Königreich England aus der Europäischen Union demnächst austreten wird.

Ob es ein harter Brexit ohne Abkommen oder ein weicher Brexit mit bestimmten Übergangsfristen wird, kann derzeit niemand sagen. So wie ich die Situation einschätze, lässt es die englische Regierungschefin, die Frau Theresa May auch darauf ankommen, in Richtung harten Brexit zu gehen. Das heißt, ohne irgendwelche Übergangsübereinkommen aus dieser Europäischen Union auszutreten.

Wenn auf der anderen Seite 11,3 Milliarden Euro fehlen, was das Vereinigte Königreich in die EU mehr einbezahlt als herausbekommen hat, alle anderen Nettozahler aber überlegen und erklärt haben, dass sie auch künftighin nicht mehr bezahlen wollen, jene Länder, die aber Mittel aus der Europäischen bekommen, nämlich mehr bekommen als sie einbezahlen, sagen, ja wir wollen aber auch künftighin diese uns zustehenden Milliarden, Polen 9,4 Milliarden, Tschechien 5,7 Milliarden, Rumänien 5,1 Milliarden, Griechenland 4,9 Milliarden, Jahr für Jahr, Ungarn 4,6 Milliarden, Spanien 4,5 Milliarden, Slowenien 3,1 Milliarden, ließe sich fortsetzen bis hin zu null Österreich ungefähr eine Milliarde plus/minus, je nachdem wird ja jedes Jahr neu berechnet. 750, 1,2 Milliarden Euro haben wir auch schon gehabt, abhängig von der wirtschaftlichen Situation.

Wenn nun jene Länder erklären, dass sie nicht mehr zahlen wollen als bisher, dann wird es weniger an Leistungen durch die Europäische Union für die einzelnen Mitgliedsländer geben. Wir sind uns einig, dass die Kohäsionspolitik ein entscheidendes Mittel ist für die Regionen, um Ungleichgewichte durch künftige Investitionen so auszugleichen, dass kein wirtschaftliches und kein soziales Gefälle in der Art und Weise entsteht, dass es zu großen Menschenwanderungsströmen, die wir zusätzlich sowieso zu bewältigen haben, aber innerhalb der Europäischen Union noch zusätzlich entfachen würden, dass die möglichst hintangehalten werden.

Es bedarf aber auch immer eine Kofinanzierung. Die Europäische Union ist der eine Ansprechpartner, die Bundesregierung ist der zweite Ansprechpartner und auch die Landesregierung diese Mittel für die Kofinanzierung immer wieder aufzubringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Finanzen ist das eine, die Sicherheitspolitik ist das andere.

Breschnew und der Papst haben einmal einen Disput geführt, wer der mächtigere Mann auf dieser Welt ist. Breschnew hat gesagt, fragt einmal den Papst wie viele Divisionen er hat. Das ist schon richtig, der Papst hat keine Divisionen, der Papst hat andere Kräfte. Gerade wir in unserer Region hier im Jahr 1989. Wenn wir daran denken, dass ein System hinweggefegt wurde, ein menschenverachtendes System auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges, wo es nicht die Kraft des Westens war, wo es nicht die militärische Überlegenheit des Westens war.

Sondern es war die Sehnsucht des Menschen auf der anderen Seite dieses Eisernen Vorhanges nach Frieden, nach Freiheit, nach Menschrechten und nach Demokratie. Diese Kraft und der damalige polnische Papst, der einfach gesagt hat, habt keine Angst. Eine Männerfreundschaft Gorbatschow und Kohl in Deutschland, die gesagt haben, ja wir nützen diese Mondfinster, diese Gunst der Stunde, wir machen das. Ohne Blutvergießen ist dieser Eiserne Vorhang niedergerissen worden, was nahezu an ein Wunder grenzt.

Es hat keiner Divisionen bedurft. Es hat einfach die Kraft der Menschen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges und besonnener Kräfte auf allen Seiten gebraucht, um das zu bewerkstelligen. Auf der anderen Seite werden nicht immer solche Menschen da sein, die diese Kraft aufbringen und an dieses wichtige Werk glauben. Es ist auch notwendig, militärische Stärke zu haben.

Da muss man sich als Europäer auch klar vor Augen halten, wenn eine Armee wie England nicht mehr dabei ist, dann ist die außenpolitische Kraft einer Europäischen Union nicht mehr jene, die wir jetzt haben. England, eine Armee, die weiß zu kämpfen, die weiß auch zu sterben, die auch eine Atommacht ist. Es verbleibt in der Europäischen Union nur mehr eine Atommacht, nämlich Frankreich. Was Atomkräfte heutzutage im Stande sind, ob sie eingesetzt werden oder nicht, zeigt uns ja die Diskussion Nordkorea, Südkorea, wo ein amerikanischer Präsident Trump heute sagt, ich habe den größeren Atomknopf.

Wie die kleinen Kinder könnte man fast sagen. Wenn einer diesen Knopf drückt, dann ist der andere wohl auch derjenige, der nicht mehr lange da sein wird. Für die Europäische Union ist es aber auch entscheidend, dass nordkoreanische Raketen auch Europa erreichen können. All diese Dinge muss man überlegen, wenn man über diese Debatte ganz einfach auch spricht.

Auf der anderen Seite zeigt aber auch die Kraft des Sportes was möglich ist, wenn in Südkorea Olympische Spiele sind und Nordkorea plötzlich nach vielen, vielen Jahren wieder im Stande ist, in einen Dialog einzutreten und Athleten zu diesen Olympischen Spielen entsenden wird.

Ich hoffe, dass also auch diese Kraft über den Sport hin über militärische Überlegenheiten obsiegen wird. Insgesamt war es mir wichtig, diese wenigen Überlegungen zusätzlich zu diesem Antrag hier mit einzubringen in die Diskussion. Dem Antrag, wie ich schon angedeutet habe, werden wir selbstverständlich zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Präsident Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Rudi Strommer, jetzt habe ich es schwer die Brücke zu schlagen von einem politischen Exkurs zu den Gefahrenquellen, die auf uns zukommen könnten. Zu den Niederungen der Kohäsionspolitik, die das Burgenland direkt betreffen.

Hier aufschlagen sollten nämlich nur Förderungen, die tatsächlich auch bei uns notwendig sind. Meine Vorredner haben schon sehr vieles gesagt. Das kann ich mir ersparen. Ich möchte es von zwei Ebenen her beleuchten. Wir haben es in Europa damit zu tun, dass es noch immer zu große Unterschiede gibt. Géza Molnár hat es erwähnt. Eigentlich ist es die wichtigste Diskussion, dies es in Europa gibt. Um dieses Friedensprojekt weiterhin aufrecht zu erhalten, müssen wir die Sozialunion stärken.

Das ist ein Aspekt, der mir bei dem Weißbuch-Vorschlag von Präsident Juncker, und wir werden es ihm, der Herr Landeshauptmann und ich, in der nächsten Wochen wenn wir ihn treffen sagen, dass dieser Aspekt zu wenig wertgeschätzt wird *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Molnár hat gesagt er ist gegen die Sozialunion!)* und zu wenig Beachtung - wir wissen schon weshalb - dort gefunden hat.

Deshalb ist es noch immer nicht gelungen, und es muss ja das vordergründigste Ziel dieser Europäischen Union sein, die Unterschiede im Sozialstandard, in der

Einkommenssituation, anzuheben, gleich zu gestalten. Es kann nicht sein, dass Maßnahmen noch immer mit massiver Kraft hier einwirken, die zweifelsohne eine Gefahr mit sich bringen.

Dass es Länder, die es geschafft haben, Regionen, die es geschafft haben, 350 gibt es in Europa, und eine Region davon ist das Burgenland, die sich in den letzten 22 Jahren so gut entwickelt haben, dass sie natürlich weitaus höhere Sozialstandards schon gehabt, aber weiterentwickelt vorfinden und mit denen sie jetzt in hoher Lebensqualität hier leben und wirtschaften. Dass wir mit Maßnahmen in unseren fortschrittlichen Bewegungen nach unten gezogen werden könnten, wenn eben gewisse Maßnahmen, die uns negativ beeinflussen, momentan auch schon teilweise beeinflussen, auch zur Wirkung kommen.

Deshalb brauchen wir auch in Zukunft diesen Schulterschluss. Deshalb bin ich sehr froh und, Herr Abgeordneter Steier, ich bin der Letzte der nicht gemeinsam auf alle zukommt wenn es um Themen geht, die uns alle berühren. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass eine Zusammenarbeit keine Einbahnstraße sein darf und kann. Dieses Thema im Schulterschluss, und ich gehe davon aus jetzt den Wortmeldungen zuhörend, dass wir es zu einem einstimmigen Beschluss schaffen, ist eine Fortsetzung dessen was die Regionen in Brüssel in weiterer Folge dann die Landtagspräsidentenkonferenz tagend auch in Brüssel beschlossen hat.

Deshalb haben wir in etwa uns an diesen Vorlagen, Herr Kollege Spitzmüller, auch orientiert wissend, dass es immer wieder noch Verbesserungen in solchen Anträgen oder neu Ideen zu solchen Anträgen in der Ausfertigung, in der Ausführung, geben kann und geben wird.

Wir müssen darauf achten, und da stimme ich meinen Vorrednern auch zu, dass wir zum einen mit der Situation des Lohn- und Sozialdumpings - nicht nur wir als Burgenland auch andere Regionen finden diesen Missstand vor - in Zukunft besser umgehen können und zum zweiten, dass wir dieses Steuerdumping, das uns sehr stark auch betrifft, nicht nur uns aber auch andere Regionen, tatsächlich auch in eine andere Richtung lenken können.

In Europa muss es auch dort einen Ausgleich in Zukunft geben. Wichtig ist es, dass wir uns nicht auch, und da komme ich zu einem Szenario des Weißbuches, ausspielen lassen. Es wurde schon erwähnt was wichtig ist und es wurde auch erwähnt, dass wir mit 29.03. nur mehr von EU-27 sprechen werden. Österreich hat ja die große Herausforderung heuer im zweiten Halbjahr ein Budget im Zuge des Ratsvorsitzes diskutieren zu dürfen oder zu müssen, das dann schon unter Brexit-Voraussetzungen zustandekommen wird.

Das heißt, weniger Nettozahler, weniger Geld, aber mehr Befindlichkeiten und mehr Wünsche von der finanziellen Dotierung. Das wird schwer möglich sein. Sie wissen man kann nur so viel aus einer Tasche herausnehmen was eben drinnen ist. Es gibt die eine Möglichkeit Leistungen, Förderungen in diesem Fall zurückzunehmen oder Ideen zu entwickeln, wie man zu mehr Geld kommt.

Mehr Möglichkeiten hat man de facto nicht in diesem Haushalt im Burgenland auch nicht im europäischen Haushalt. Es gäbe natürlich eine Möglichkeit wo man sagt, es wurde schon erwähnt, dass die Landwirtschaft mit 55 Prozent den größten Brocken hier natürlich für sich in Anspruch nimmt. Aber ich bin der Letzte der sagt man kann immer nur davon profitieren wenn man andere Leistungen reduziert. Es könnte auch irgendwo dann am Ende der Fahnenstange, weil wir wissen ja, dass auch in diesem großen Topf Landwirtschaft sehr viele Fördermittel auch beheimatet sind, die schlussendlich auch bei

uns, und das kann man mit Fug und Recht behaupten, positive Auswirkungen auf die Menschen, auf die Entwicklung unseres Heimatlandes genommen haben.

Deshalb gibt es große finanzielle Belastungen die zu heben sein werden. Zum einen die Grenzsicherung, es geht um Sicherheit. Zum zweiten natürlich das Thema Asyl und zum dritten natürlich dieses Thema, das man eindeutig auch darüber sprechen muss, die Kohäsionspolitik nicht zu schmälern.

Das ist eigentlich diese Förderkulisse, nämlich die Kohäsionspolitik die bottom up passiert. Dort haben die Menschen das größte Verständnis, weil sie es spüren und sehen. Da sind Entscheidungsträger in den Kommunen die dafür sorgen, dass eben auch dieser europäische Gedanke dort am ehesten und am weitesten positiv gesehen wird und positiv betrachtet wird.

Deshalb ist dieser eine Ansatz, den ich vor eineinhalb Wochen mit dem für EU-Fragen zuständigen Minister Blümel diskutiert habe, weil dort natürlich auch dieser Aspekt ein wenig zu wenig unterstützt wird, eben diese Zurücknahme von Leistungen auf der einen Seite und zum anderen natürlich diese großen finanziellen Themenfelder mehr in den Vordergrund zu rücken.

Also dieses Szenario 4 wo es eindeutig darum geht das man sagt: „Weniger, aber effizienter“, Präsident Juncker hat das dann schon ein wenig zurück genommen, weil der Druck natürlich, und wir unterstützen eine Maßnahme, die zweifelsohne auch gelesen gehört und akzeptiert wird, einen gemeinsamen Beschluss eben einer Region, die eben auch hier warnt, dass man hier eine Rückentwicklung einleiten könnte, die schlussendlich niemand ernsthaft will.

Wenn wir darüber sprechen eine gut entwickelte Region - und wir haben uns in 22 Jahren eben jetzt in Richtung über 90 Prozent des durchschnittlichen europäischen BIPs entwickelt -, dass es auch Überlegungen gibt hier Einschleifregelungen zu machen und auch das hat ein Kommissar, der Budgetkommissar Oettinger schon ein wenig bestätigt in unsere Richtung, dass man die Einschleifregelung machen könnte, wo es eben dann in Richtung 95 Prozent schrittweise einen Ausstieg aus diesem Szenario der Förderungen geben könnte.

Nicht ein sofortiger Ausstieg, weil es natürlich Situationen gibt, in der leben wir, drei Nachbarländer die Ziel 1-Status haben und hier eindeutig nicht nur die Einkommensunterschiede eine gewaltige Schieflage aufweisen, sondern auch die Förderkulisse eine zu große Divergenz uns eben vor Augen führt und hier eben Abfederungsmaßnahmen aufgrund dieser Situation eben auch überlegt und ich hoffe auch akzeptiert werden können.

Solche Anträge gemeinsam auch natürlich von einer Region, von einem Landtag können dies unterstützen. Wir müssen aber auch nicht aus dem Auge verlieren, dass wir den Föderalismus weiterhin auch im Fokus haben.

Diese Gefahren bringen alle Diskussionen die wir tagtäglich hören, auch immer wieder mit sich, dass man nicht zu stark die Zentralisten hier ans Werk lässt und diese Maßnahmen, die den Föderalismus eindeutig zurückdrängen würden und somit auch die gesamte Förderkulisse natürlich in dieser Art und Weise für obsolet erklären könnte auch immer im Auge und im Fokus unserer Überlegungen haben und die Subsidiarität.

Ich glaube den Menschen muss klar gesagt werden was tut Europa und was soll Europa tun. Subsidiarität ist ein Wort das ja beinahe niemand versteht, so wie viele andere Begriffe mit denen wir tagtäglich hantieren. Deshalb müssen wir auch unsere

Sprache verständlicher gestalten wenn wir tatsächlich wollen, dass die Menschen wissen wovon wir reden und was wir ihnen vermitteln wollen.

Dann können wir auch einfach sagen alles was die Kommune, alles was die Städte, alles was die Regionen nicht regeln können, die Nationalstaaten, das soll Europa regeln. Nicht mehr und nicht weniger. Dann würde auch, glaube ich, dieser Unsinn bei vielen Diskussionen vielleicht doch ein wenig auch in eine Korrektur gebracht werden.

Schlussendlich müssen wir darauf achten im Sinne der Subsidiarität, dass natürlich auch Überlegungen da sind, die direktdemokratische Elemente mit Augenmaß in die Anwendung bringen. Es ist schon in Ordnung wenn man direktdemokratische Elemente in die Demokratie auch hier natürlich mehr forciert, die Menschen wollen das.

Man kann sie auch verfassungsrechtlich verankern. Aber es muss uns klar sein, dass wir in einem Europa in einer Symbiose, in einer funktionierenden Symbiose, eben leben wollen. Eine Symbiose die bestehen muss zum einen aus Vertrauen, vertrauen auf Österreich, aber auch die Europäische Union als institutionelle Demokratie und zweitens den Respekt vor den zentralen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Das ist eigentlich entscheidend.

Wir sollten den Bürger und die Bürgerin nie aus dem Fokus unserer gesamten politischen Überlegungen verlieren. Hier haben die Regionen die größte Kompetenz. Deshalb ist es wichtig, dass man sie nicht nur mit Kompetenzen ausstattet, sondern auch mit finanziellen Mitteln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zukunft der Kommission ist sicher fruchtbarer Boden für die Weiterentwicklung des Kurses über die Zukunft der gesamten Union aber auch unserer Region des Burgenlandes. Es ist aber alles, wie man sieht, nicht in Stein gemeißelt.

Deshalb müssen wir unseren Beitrag, und wir tun das heute, dazu leisten, dass wir ganz klar sagen, wir brauchen auch die Unterstützung, damit diese Weiterentwicklung, diese positive, die seit über zwei Jahrzehnten eingeläutet wurde, auch weiterhin in der Zukunft hier in unserem Heimatland Burgenland stattfindet. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020 ist somit einstimmig gefasst.

7. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1141) betreffend Brustkrebs-Diagnose (Zahl 21 - 799) (Beilage 1172)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen nun zur Behandlung des 7. Punktes der Tagesordnung. Das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1141, betreffend Brustkrebs-Diagnose, Zahl 21 - 799, Beilage 1172.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Brustkrebs-Diagnose, in ihrer 27. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Jänner 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss stellen den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Brustkrebs-Diagnose unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Hergovich beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Meine Wortmeldung dient auch dazu, dieses Thema zu gendern. Es gibt nämlich nicht nur in weiblicher Hinsicht die Vorsorgenotwendigkeit, sondern immer mehr Männer sind auch davon betroffen, Brustkrebs zu bekommen und das auch dementsprechend kommuniziert, soll diese Darstellung jetzt in redetechnischer Hinsicht erfolgen.

Der Antrag, eingebracht von der Kollegin Resetar, sieht diese Tomosynthese als wichtige Maßnahme vor, um zusätzlich einen Erfahrungswert beziehungsweise die Sicherheit für jeden Brustkrebspatienten oder einen möglichen Patienten auf Brustkrebs zur Vorsorge entsprechend noch besser, qualitativ noch hochwertiger zu betreuen. Diese Tomosynthese ist im Gegensatz zur normalen Mammografie eine 3D-Darstellung, die dient auch dazu und wird auch jetzt schon im Burgenland des Öfteren angewendet, nämlich in privaten Einrichtungen dichtes Drüsengewebe mit minimaler Strahlenbelastung zu versehen.

Diese Darstellung, glaube ich, bringt es auf den Punkt und soll auch dazu dienen quasi Lobbying zu betreiben für diese entsprechende Brustkrebsvorsorgemöglichkeit. Denn erstens, wie gesagt, ist sie strahlungstechnisch nicht so belastend, zum zweiten bildet sie auch die Gewährleistung für dichtes Drüsengewebe hier sicher zu stellen das es eine Mammografiemöglichkeit gibt.

Ich möchte festhalten, dass ich zumindest von zwei wenn nicht sogar von drei privaten Einrichtungen Kenntnis habe. Diese Anschaffungskosten für diese Tomosynthese sind in entsprechender Form bei über einer halben Million Euro zu qualifizieren, also im Endeffekt über 500.000 Euro zu kennzeichnen. Also nicht übertrieben und sie bieten, wie gesagt, den entsprechenden Schutz, die entsprechende Möglichkeit zu einer Leistung zu kommen die hier angebracht ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der gesamten Diskussion - und das ist auch ein Grund für diese Wortmeldung - möchte ich auf etwas eingehen, das jetzt gerade an dem Beispiel der Mammographie augenscheinlich das Dilettieren der österreichischen Gesundheitspolitik klarstellt. Wir haben eine Situation, wo vor ungefähr zehn Jahren - es

ist wahrscheinlich ein kürzerer Zeitraum - alles, was die sogenannte Mammographie anlangt, eine klare Regelung vorhanden war. Es hat keine Wartezeiten gegeben, es hat jedem die Gewährleistung offeriert, dass er zu dieser Vorsorgeuntersuchung kann.

Dann hat es ein europäisches Beispiel gegeben, und alle sogenannten Verantwortungsträger sind diesem europäischen Beispiel gefolgt und haben die gesamte Mammographie auf andere Beine gestellt, nämlich bedingt auch durch die Deckelung der Zahlungsflüsse, und damit eines provoziert, ausgelagert sind klar und deutlich zu dem bestehenden vertragsabgeschlossenen Formen mit den Gebietskrankenkassen, private Einrichtungen gewachsen, wo jeder jederzeit um 200 bis 300 Euro eine Computertomografie umsetzen kann. Das ist der erste Schritt gewesen.

Was hat das Burgenland dann zusätzlich gemacht? In der Konkurrenz, weil es sich nämlich herumgesprochen hat, dass man für Mammographie-Untersuchungen warten muss, und dass man nur über die Zuerkenntnis des Chefarztes die Leistung empfangen kann, wenn man nicht selber bezahlen will, dann ist die Situation klargelegt worden, wir müssen hier einschreiten. Das heißt, der Widerspruch in sich ist hier passiert.

Eingeschritten wurde wieder mit Gebietskrankenkasse und KRAGES in der Umsetzung, man hat zwei zusätzliche Einrichtungen geschaffen, nunmehr in Krankenhäusern, und damit in der Konkurrenzsituation zu den einzelnen privaten Einrichtungen. Jetzt kann man schon der gesellschaftspolitischen oder auch der wirtschaftlichen Meinung sein, Konkurrenz belebt die Sinne und schafft auch den entsprechenden Rückhalt, nur hier handelt es sich im Endeffekt um alles, was Beitragsleistungen gewisser Institutionen anlangt.

Das ist über den Rücken der Versicherten, sprich der Empfänger dieser Leistungen, Politik betrieben worden, die schlussendlich jetzt eines bewerkstelligt hat: Jeder von uns kann am Speckgürtel rund um Wien, und kann es auch im Burgenland verfolgen, die Gebietskrankenkasse hat ja die Einrichtung selbst verkauft, der Kollege Kluger betreibt in Eisenstadt ein privates Institut, das vormals von der Gebietskrankenkasse betrieben worden ist, und es gibt in jedem Bezirksvorort jetzt quasi auch private Einrichtungen.

Ob also die Konkurrenz das Geschehen belebt hat, wage ich zu bezweifeln. Auf jeden Fall gibt es jetzt noch immer gewisse Einschränkungen, die quasi die direkte Zugangsform zu den Einrichtungen möglich macht.

Jetzt hat man vor kurzem gesetzlich quasi eine zusätzliche Bürde geschaffen, dass innerhalb einer bestimmten Frist eines Zeitraumes jeder Patient die Anwartschaft der Zuerkenntnis eines bestimmten Termins auch erlangen muss, denn sonst ist hier vom Gesetzgeber her einzuschreiten.

Meine Damen und Herren! Die Brustkrebsvorsorge ist in diesem Zusammenhang ein klares Momentum, wo wir im Sinne einer gesunden Gesellschaft und dem Anspruch dieses Motto auch in die Realität umzusetzen, vollziehen sollten. Daher ist im Grunde genommen diese Tomosynthese zu unterstützen.

Ich bitte aber um eines, und das auch im Sinne des Vollzugs der vernünftigen Ausführung von Mitteln, die der Steuerzahler aufzubringen hat, soll nicht noch einmal so ein Malheur - ich bezeichne es einmal vorsichtig -, so ein Malheur wie die Gestehungsgeschichte bis dato auf das Krankenhaus Oberwart passieren, weil das ist inzwischen eine Katastrophe.

Ich weiß nicht, wie jemand noch irgendjemandem vermitteln will in diesem Bundesland, was dieses Krankenhaus kosten wird und bis dato gekostet hat. Scheinbar

spielt das überhaupt keine Rolle, aber der Patient hat noch immer nicht die Gewährleistung, dass er irgendwann einmal ein Krankenhaus zur Verfügung gestellt bekommt. Speziell wenn wir jetzt die Diskussion verfolgen, dass jetzt wieder eine Neuauflage von Planungsgeschichten passieren soll.

Ich meine, dass man mit bundesländerübergreifenden Kooperationen manches lösen kann, ist ja nicht jetzt gestern auf die Welt gekommen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Heute!)*, sondern das hat ja eine Vergangenheit, dass man manches in der Lösung nur so in der Zukunft aufs Gesundheitswesen realisieren wird können, hängt mit eingeschränkten Mitteln zusammen und auf der anderen Seite mit einer explodierenden und jährlich wachsenden finanziellen Belastung auf die Gesundheitssituation.

Dass dementsprechend jetzt Pläne geschmiedet werden und dass die Vergabe von Punkten in Bezug auf Krankenhäuser nur die Bezahlung seitens des Bundes realisiert werden lassen, das steht auch fest. Aber wir sind ja nicht gefordert, bei uns spielt das keine Rolle, und wir setzen damit dann finanzielle Möglichkeiten in den Sand. Ich will jetzt in dem Zusammenhang gar nicht von Swaps diskutieren, weil das nur eine andere Dimension hat.

Aber prinzipiell, den Ansatz noch einmal. Es sollte bei dieser Tomosynthese eines nicht wieder passieren, was bisher schon gang und gäbe ist - es nutzt niemandem und schon gar nicht dem Patienten und schon gar nicht dem Beitragszahler, dass wir wieder eine Diskussion setzen, wir brauchen in jedem Krankenhaus diese Einrichtung.

Ein Krankenhaus ist zur Versorgung, zum Beispiel in der Biopsie da, aber ein Krankenhaus braucht jetzt nicht auch noch diese Instrumente, um in der Gesamtsituation auf die Erstellung eines Gesundheitskatasters eine Rolle zu spielen, gegen jemanden gerichtet, der aus privater Überzeugung so etwas hält. Dass die Kostensituation beim Privaten nicht überbordend sein kann, hat ja diejenigen, die die Erhaltung und die Finanzierung dieses privaten Einrichtungsgegenstandes in der Hand haben, eh wieder als solches dar.

Meine Damen und Herren! Im Sinne dessen, dass Selbstverwaltung etwas Positives ist, sollten dem auch Taten folgen und nicht jetzt in der Konkurrenzsituation immer die teurere Lösung gegen den Patienten gerichtet, bringen. Ich bitte darum, dass gerade dieser Punkt, wo es in der Entwicklung auf neue Erkenntnisse Lösungen für den Menschen gibt, diese Lösungen auch pragmatisch in eine Funktion gesetzt werden, wo nicht nachträglich der Mensch der Leidtragende ist und dann auch noch der Steuerzahler.

Funktionen im Leistungsbereich des Gesundheitswesens sollten auch so aufgesetzt werden, dass alle davon profitieren. Gerade der zuständige Landesrat, jetzt nicht mehr für alles, aber für Teile des Gesundheitsbereiches, sollte auch entsprechend unterstützt werden, dass das nicht überbordet und in irgendeiner Form keine Lösung nach sich zieht. Herzlichen Dank.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Abgeordnete Manfred Kölly hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Brustkrebsdiagnose-Diskussion finde ich als ganz ein wichtiger Punkt. Danke für den Antrag, den Sie eingebracht haben, werte Kollegin, weil ich der Meinung bin, Gesundheit ist etwas ganz Wichtiges oder das Wichtigste, das man überhaupt haben kann.

Gerade in diesem Punkt, wo Sie diesen Antrag eingebracht haben, möchte ich in Erinnerung bringen, dass nicht nur 170 Leute im Burgenland, nicht nur Frauen, sondern auch Männer Brustkrebs in einem Stadium haben, den man einfach sozial beziehungsweise aus psychischen Gründen schon alleine einmal diskutieren sollte und muss. Es sind sehr viele Betroffene, die auch zu uns kommen und um Hilfe bitten. Warum, und ich sage das auch gleich mit dieser Deutlichkeit, denn für uns ist in diesem Entschließungsantrag klar, die zweite Forderung ist eine wichtige Forderung, wo wir eine Vertrauensperson als Arzt haben können, eine Vertrauensperson und nicht mehrere Vertrauenspersonen. Das ist ein wichtiger psychologischer Effekt, aber auch ein wichtiger finanzieller Effekt. Das darf man auch nicht vergessen. Das heißt, ein Ansprechpartner und Vertrauensperson in einem.

Jedoch möchte ich darauf hinweisen, dass derzeit in Österreich laufende Brustkrebs-Früherkennungsprogramme genau an dieser Stelle ein klares Defizit aufweisen. Mit 1.1.2014 wurde auch in Österreich ein bereits EU-weit etabliertes Brustkrebs-Früherkennungsprogramm eingeführt. Demnach können Frauen zwischen 45 und 69 alle zwei Jahre mit einer e-card zur Früherkennung mittels Mammographie gehen. Dies ist allerdings nur bei einem Radiologen möglich, der am Programm teilnimmt. Sobald die Mammographie durchgeführt wird, registriert das System, dass die Patientin bei der Mammographie war und schickt der Patientin oder dem Patienten, die in diese Altersgruppe fallen, automatisch nach 24 Monaten die nächste Einladung zur Mammographie zu.

Hier kritisieren Frauenärztinnen oder Frauenärzte, dass auf Grund dieses Systems das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten im Bereich der Freiwilligenvorsorge durchbrochen wird, denn der Facharzt selbst kann eine Patientin nur dann einer Mammographie zuweisen, wenn diese medizinisch indiziert ist, beispielsweise bei tastbaren Knoten, et cetera, Gespräche mit Frauenärzten gegeben hat.

Dass viele Patienten auf eine Mammographie verzichten, obwohl sie vom Radiologischen Institut dazu eingeladen werden, hat irgendwo zum Nachdenken bewogen. Hingegen berichten diese Frauenärzte von früheren Erfahrungen, dass Frauen eher bereit waren, zu einer Vorsorgeuntersuchung zu gehen, wenn sie von ihrem Vertrauensarzt eine entsprechende Überweisung erhalten haben.

Wo will ich jetzt eigentlich darauf hin? Denn im ersten Teil des Entschließungsantrages, nämlich die Schaffung eines Pilotprojektes, um die Untersuchung eines Brustkrebsverdachtes mittels Tomosynthese an zwei burgenländischen Standorten zu ermöglichen, mag aus medizinischer und fachlicher Sicht vielleicht eine Verbesserung der Befundung ermöglichen.

Allerdings ist das Pilotprojekt, wie viele andere medizinische Projekte im Burgenland auch, ausschließlich auf die Investition in Hardware und damit auf die Infrastruktur des Krankenhauses Oberwart beziehungsweise Eisenstadt zugeschnitten. Kollege Steier hat das schon angedeutet und auch dementsprechend erläutert.

Eine Verbesserung der Infrastruktur in diesen Krankenhäusern löst das Problem der Vorsorgeuntersuchung aber nicht an seiner Wurzel. Daher gibt es von unserer Seite ein klares Bekenntnis und auch einen Vorschlag, den man vielleicht auch im Vorfeld - und da muss ich sagen, es hätte eine Bringschuld oder eine Holschuld geben können, dass man gemeinsam einen Antrag dementsprechend fassen konnte.

Wir seitens Liste Burgenland setzen sich dafür ein, dass es Frauenärzten weiterhin wieder möglich gemacht werden soll, ihre Patientinnen ungeachtet des Vorsorgeprogramms und des dort vorgesehenen Zwei-Jahres-Rhythmus, auch ohne

konkreten Tumor- oder Krankheitsverdacht, einer Mammographie zuweisen zu können und dass diese Untersuchung auch von den Krankenkassen bezahlt wird.

Das ist derzeit nicht möglich. Nein, leider ist es derzeit nicht möglich, und das sollten wir wieder in den Vordergrund stellen und diskutieren. Ich habe kein Problem mit diesem Antrag, den werden wir auch seitens Bündnis Liste Burgenland vollstens unterstützen.

Aber ich möchte noch einmal darauf zurückkommen. Es ist in einer Familie, wo so etwas passiert mit Brustkrebs, psychisch ein Wahnsinn, es ist für die Gesellschaft ein Wahnsinn, und daher sollte man hier alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das so wieder zu ändern wie es einmal war, nämlich dass man immer die Möglichkeit hat, bezahlt zur Kontrolle zu gehen. Das wäre unser Wunsch.

Wir werden trotzdem diesen Anträgen oder diesen Abänderungsanträgen oder Anträgen selbstverständlich unsere Zustimmung erteilen, weil es für uns ein ganz ein wichtiger Faktor ist, dass das auch weiterhin geschieht und, wie Kollege Steier gesagt hat, aber auch umgesetzt wird. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik ist die nächste Rednerin.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Herr Kollege Kölly, ich habe eine Überweisung von der Frauenärztin für die Mammographie und habe keine Knoten in der Brust. Es gibt sehr wohl Möglichkeiten der Überweisung ohne dass es bereits einen schlimmen Verdacht gibt. Insofern wollte ich nur aus der Praxis heraus Ihnen auch noch diese Zusatzinformation geben. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist eh gut.)*

Was bei der Frage der Brustkrebsdiagnose beziehungsweise der Vorsorge halt immer diese Herausforderung ist, über die man nachdenken muss, ist nämlich die Pro- und Kontra-Abwägung. Es gibt hier nicht die eine hundertprozentig richtige Antwort. Weil natürlich ist es so, dass auf der einen Seite die erhöhte Sicherheit durch regelmäßige Mammographien etwas ist, das jedenfalls ins Treffen zu führen ist.

Dort, wo Kontra-Argumente kommen, geht es vor allem um die Verunsicherung bei unklaren Diagnosen. Also auch hier gibt es zum Teil einen Wettstreit zwischen jenen, die sagen, es sollten doch immer mehr Mammographien gemacht werden, das ist aber ein Belastungsrisiko durch die Bestrahlung, und jenen, die sagen, die Verunsicherung durch unklare Diagnosen ist sehr groß.

Ich persönlich bin sehr wohl dafür, dass Frauen regelmäßig zur Mammographie gehen, aber es muss die Entscheidung der Frau bleiben. Die Entscheidung muss sie letztlich selber treffen. Was tut sie und auch welche Form der Untersuchung möchte sie jetzt in Anspruch nehmen. Und hier wird sie das wahrscheinlich in Absprache mit ihrer Frauenärztin jedes Mal aufs Neue entscheiden. Beide Anträge umfassen insofern sinnvolle Forderungen. Sie schließen einander nach meinen Erkenntnissen nicht aus. Es ist mir nicht ganz klar, warum ein Antrag ein Abänderungsantrag zum anderen sein soll. Man hätte es auch laut § 61 Abs. 3 GeOLT als einen Zusatzantrag formulieren können, wenn wir sagen, wir wollen das eine tun und das andere nicht lassen. Das ist mir nur sozusagen vor dem Hintergrund gewisser Beziehungen oder Nichtbeziehungen oder Streitbeziehungen nachvollziehbar.

Aber an sich gilt auch hier, welche Form der Untersuchung zur Verfügung gestellt wird, ist eine politische Entscheidung. Welche Form der Untersuchung von Frauen in Anspruch genommen werden, ist eine persönliche Entscheidung.

Wie es halt so ist bei vielen Dingen in der Gesundheit, wir wissen es, aber wir müssen es auch tun. Insofern möchte ich auch hier die Gelegenheit nutzen, Frauen, auch Männer, die betrifft es weniger, aber schon auch, aber vor allem Frauen dazu aufzufordern, sich wirklich regelmäßig die Frage zu stellen, ist es jetzt wieder Zeit für eine Mammografie. Es dauert nicht sehr lange, bis man einen Termin bekommt. Wenn man wirklich will, soll man es tun.

Mein Termin ist nächste Woche. Ich wünsche allen Frauen alles Gute. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Hohes Haus! Wie wir den Vorrednern schon entnehmen konnten, sind wir uns alle im Prinzip in Übereinstimmung, dass wir alle die dementsprechende Prävention beziehungsweise die Vorsorgeuntersuchung auch im Bereich des Brutkrebses unterstützen wollen.

Wir haben diese Krankheit hier im Burgenland genauso wie überall, weil der Brustkrebs ist einer der häufigsten Krebserkrankungen bei Frauen, aber auch bei Männern, wie der Vorredner Kölly schon gesagt hat, kommt er hin und wieder vor. Wir haben eine jährliche Betroffenheit im Burgenland von 170 Personen.

Aber mir scheint, hier in diesem Antrag der ÖVP, dass nicht jetzt in Wirklichkeit die Vorsorge im Vordergrund zu stehen, sondern einfach eine bestimmte Art und Weise der Vorsorge in den Fokus zu rücken. Nämlich und da möchte ich das jetzt im Prinzip ins Verhältnis setzen, die ÖVP-Meinung, so wie im Antrag sie ja drin steht: „Die Tomosynthese ist die physikalisch bessere Methode und dadurch bekommt man auch mehr und bessere Informationen“. Ich sage jetzt einmal, eine Behauptung, die aufgestellt ist. Diese muss man so nicht unkritisch stehen lassen, insbesondere wenn ich behaupte, dass es Fakt ist, die Tomosynthese ist derzeit keine empfohlene Methode im Rahmen von Screening auf Brustkrebs und daher ist sie nach wie vor nicht Bestandteil im nationalen Brustkrebsfrüherkennungsprogramm, sondern es ist die Mammografie nach wie vor und diese haben wir entsprechend ja auch hier im Einsatz.

Fakt darüber ist natürlich auch, dass hinsichtlich der noch jungen Früherkennungsmethode durch digitale Brusttomosynthese die Indikationen und der mögliche Einsatz noch zu definieren sind. Das war der Auslöser für den Abänderungsantrag. Warum soll ich jetzt in Wirklichkeit, wenn man uns im Grundsatz ja einig sind, dass wir hier Vorsorge treffen müssen, sich auf etwas, was nicht einmal auf nationaler Ebene anerkannt ist, hineinstürzen? Daher war aus meiner Sicht und auch aus unserer Sicht dieser Abänderungsantrag dringend notwendig, nämlich dahingehend abzuändern, dass die Landesregierung aufgefordert wird, weiterhin die bestmögliche und zeitgemäße Diagnostiktherapie zur Erforschung von Brustkrebserkrankungen im Burgenland zu gewährleisten.

Das ist eine klare Zielbestimmung, die wir hier vom Landtag der Landesregierung empfehlen beziehungsweise beauftragen oder auffordern, aber natürlich schon auch unter Betrachtung der Tomosynthese, indem wir darüber hinaus die Landesregierung

auffordern, hinsichtlich der Tomosynthese deren Indikationen zu evaluieren und gegebenenfalls ein Pilotprojekt zu definieren.

Das heißt, wir weigern uns jetzt nicht, in diese Richtung zu gehen, aber wir wollen es nicht gleich eins zu eins im Prinzip anwenden, solange wir im Prinzip die ganzen Evaluierungen und Feststellungen dieser Methode noch nicht endgültig haben.

Das, glaube ich, zeigt von höherer Verantwortlichkeit, als sich in irgendein neues System hineinzuschmeißen und mal schauen, was dann so kommen wird. Daher denke ich doch, dass der Abänderungsantrag nicht nur ein Abänderungsantrag, wie auch manchmal politisch polemisch gebracht wird, als Abänderungsantrag gemacht wird, weil man denen anderen das Gute nicht zumuten will, sondern weil wir uns hier sehr wohl entsprechend Gedanken gemacht haben, was die bessere Variante ist. Und das ist es.

Wenn die ÖVP jetzt dann wahrscheinlich wieder einen Abänderungsantrag bringen wird, der dem ursprünglichen Antrag entspricht, dann ist das auch nicht unbedingt die größte Spitze der Fantasie, die man hier zum Ausdruck bringen kann. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Rednerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Michaela Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Haidinger! Bei Ihnen fällt mir wirklich nur ein, Sie dürften wahrscheinlich Mediziner auch sein und wichtig reden. Ich meine, unser Abänderungsantrag, den ich dann auch in der Beschlussformel vorlese, sagt genau das, was Sie jetzt vorhin gesagt haben. Wir haben nichts gegen ein Pilotprojekt und genau das steht drinnen: Die Schaffung eines Pilotprojektes.

Ich meine, ich bin auch keine Medizinerin. Ich habe mich schlau gemacht bei Medizinern, die sagen, dass natürlich unterschiedliche Untersuchungen notwendig sind, um Brustkrebs festzustellen, nämlich in Form der Mammografie, in Form der Tomosynthese und auch in Form der Elastographie. Tatsache ist, dass 5.000 Frauen jährlich an Brustkrebs erkranken. Tatsache ist, dass auch im Burgenland 170 davon an Brustkrebs erkrankt sind und dass natürlich das Risiko bei fortlaufendem Alter auch größer ist. Es gibt natürlich die unterschiedlichen Vorsorgemaßnahmen, um Brustkrebs zu verhindern.

Wenn Brustkrebs festgestellt wird und rechtzeitig festgestellt wird, dann ist mir jede Maßnahme recht und wichtig, dass sie sofort passiert. Wenn diese in Ihrem Antrag wieder drinnen steht hinsichtlich Tomosynthese und deren Indikation zu evaluieren und gegebenenfalls ein Pilotprojekt zu definieren, dann vergeht einfach Zeit, die sich unsere Frauen nicht verdient haben, die in dieser schrecklichen Situation, nämlich an Brustkrebs erkrankt zu sein, leben müssen. Das ist es eigentlich, um was es geht.

Sie reden am Anfang irgendetwas daher, als großer Mediziner, also da wird es mir ja fast schlecht. Egal. Die Tomosynthese ist für mich ganz wichtig, und es ist ein wichtiger Punkt neben der Mammografie. Bei der Mammografie werden zwei Röntgenbilder erstellt pro Brust und bei der Tomosynthese gibt es Schichtaufnahmen. Eine 3-D-Schichtaufnahme. um bösartige Tumore besser zu entdecken.

Ich glaube, das war eigentlich die Intention seitens der ÖVP. Sie können das jetzt wieder abändern, was auch immer Sie da tun. Wir werden es auf jeden Fall in der

Öffentlichkeit schon thematisieren, dass Sie gegen jene Maßnahmen sind, um Frauen, die an Brustkrebs erkrankt sind, auch bestmöglich zu helfen.

Es gibt natürlich jetzt schon bei uns im Burgenland vereinzelt Einrichtungen, die Tomosynthese anbieten. Sie ist daher zusätzlich zu den unterschiedlichsten Methoden sehr zu empfehlen. Wir haben vorgeschlagen und wir werden das auch wieder im Abänderungsantrag, dass in einem Pilotprojekt in zwei öffentlichen Standorten im Burgenland die Möglichkeit der Untersuchung mittels Tomosynthese geschaffen wird. Die Vorkehrungen für die entsprechende Infrastruktur wären natürlich im Neubau des Krankenhauses Oberwart und beim Ausbau des Krankenhauses Eisenstadt zu treffen.

Man muss das nicht überall haben, das ist klar, wenngleich ich gehört und mich schlau gemacht habe, dass es in zwei privaten Einrichtungen auch schon die Möglichkeit gibt, Tomosynthese dort anzubieten.

Ein weiterer wichtiger Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Vorgehensweise bei Verdacht auf Brustkrebs. Das hat mich wirklich selber sehr betroffen gemacht, das hat mir eine Frauenärztin erzählt, im Südburgenland läuft es so ab, dass zum Beispiel im Krankenhaus Oberpullendorf Brustkrebs festgestellt wird, die Operation erfolgt dann im Krankenhaus Güssing und die Nachbehandlung findet im Krankenhaus Oberwart in der onkologischen Station statt. Jetzt könnte ich fast das, was ich so im Raum stelle, selbst beantworten.

Herr Landesrat Darabos, ich habe Sie am 30. März 2017 schon zu diesem Thema gefragt, auch damals haben Sie mir keine Antwort gegeben. Ich weiß ja, dass die Gynäkologische Abteilung in Güssing zugesperrt wird. Wo ist da der Aufschrei von Ihnen? Wo ist der Aufschrei von der Landesrätin Dunst?

Was mich aber ein bisschen nachdenklich macht, ist die Tatsache, dass die Orthopädie im Krankenhaus Güssing aufgestockt werden soll. Wir haben aber mit betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dieser Abteilung gesprochen, die es nicht verstehen können, dass in der Abteilung der Orthopädie Betten reduziert werden. Naja und jetzt weiß ich wirklich nicht mehr genau, wer für was im Gesundheitsbereich zuständig ist.

In der „bvz.at“ steht heute ganz groß, die Belegschaft des Krankenhaus nahm die Worte des Neo-Landesrats bei der gestrigen Betriebsversammlung positiv auf. Es wird ein Mitarbeiter zitiert, er hat ganz klar gesagt, dass es sich mit den 160 Millionen Euro nicht ausgehen wird und dass die Gespräche mit der Steiermark wieder aufgenommen werden, erzählt ein Krankenhausmitarbeiter, der anonym bleiben möchte. Jetzt frage ich mich, warum dieser Mitarbeiter anonym bleiben möchte, der so großen Lobes des Neo-Landesrates ist. Sie sehen, wie verunsichert die Leute sind.

Ich habe leider Gottes sehr viel im Krankenhaus zu tun gehabt, weil ich in der Familie eine langwierige Krankheit hatte, und da wurde mir gesagt, wir haben die zehnten Pläne für das Krankenhaus Oberwart schon bekommen und nichts ist passiert. Das ist jetzt fünf Jahre oder vier Jahre her. Also die Mitarbeiter, die dort sind, sind ungefähr 50 Jahre. Sie haben gemeint, sie werden das mit Sicherheit nicht mehr erleben, dass es zu einem Neubau kommt oder wenn, dann wissen Sie auch nicht, wie das tatsächlich ausgeht.

Deshalb gibt es nach wie vor unseren Abänderungsantrag. Ich darf die Beschlussformel vorlesen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Brustkrebs-Vorsorge und Betreuung von Brustkrebspatienten einzusetzen:

- die Schaffung eines Pilotprojektes, um die Untersuchung eines Brustkrebsverdachts mittels Tomosynthese an zwei burgenländischen Standorten zu ermöglichen
- die Schaffung entsprechender Strukturen, damit Patienten von der Diagnose Brustkrebs bis zur Nachbetreuung möglichst einen behandelnden Arzt als Ansprechpartner und Vertrauensperson haben.

Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP - Die Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar und Kollegen ist gehörig unterstützt und wird gemäß der Geschäftsordnung in die Verhandlungen miteinbezogen.

Als Nächstes erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Günter Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss wirklich sagen, der Einzige, der sich mit der ganzen Thematik befasst hat, fachmännisch befasst und wirklich die Hintergründe beobachtet hat, war der Kollege Haidinger.

Denn es ist schon unglaublich, Frau Mag. Resetar, mit welchem Selbstbewusstsein Sie herausgehen und vor allem die Frauen verunsichern, dass es ein System gibt, das besser sei. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Falsche Rede!)* Obwohl es - und das sollten Sie eigentlich wissen - eine Programmverlängerung seitens der Bundeskurie der Österreichischen Ärztekammer gibt, und mit dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger wurde im Rahmen der Verhandlungen zur Verlängerung des Brustkrebsfrüherkennungsprogramms folgender Punkt vereinbart. Nämlich dieses standardisierte Programm, das es österreichweit gibt, meine Damen und Herren, österreichweit gibt es das gleiche Programm mit der Mammografie, Magnetresonanz und Mammasonographie. Diese Zusatzvereinbarung gilt für die nächsten vier Jahre, Frau Mag. Resetar, für die nächsten vier Jahre gilt das.

Dann geht man her und stellt heute einen Antrag, der eigentlich und jetzt warne ich einmal vor, normalerweise sollten heute alle ÖVP-Abgeordneten sagen, naja, kann ich nicht ganz zustimmen, denn folgender Text ist im Antrag drinnen, im Abänderungsantrag: „Die Tomosynthese ist die physikalisch bessere Methode und dadurch bekommt man auch mehr und bessere Informationen … *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Physikalisch!)* Es ist die physikalisch bessere Methode."

Es gibt weltweit, meine Damen und Herren, keine Studie der Tomosynthese, es gibt keine, und es ist ganz klar und was ich vorher gesagt habe mit der Programmverlängerung, dass diese Kurie der Ärztekammer und eben die Sozialversicherungsträger gesagt haben, die Mammografie ist die am besten geeignete Methode, um Brustkrebs frühzeitig zu erkennen.

Die Sozialversicherungsträger haben gesagt, die Mammographie ist die am besten geeignete Methode, um Brustkrebs frühzeitig zu erkennen. Also, eine ganz klare Aussage. Es geht aber noch weiter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bis dato wurde keine Studien zur Tomosynthese im Vergleich zu herkömmlichen Mammographie in Screeningpopulationen publiziert. Es gibt keine. Weltweit gibt es keine. Die Frau Magister Resetar beruft sich auf ihr Medizinstudium, weiß ich jetzt auch nicht, weil Sie dem Herrn Kollegen Haidinger das unterstellt haben, dass er heute wie ein Arzt tut und Sie haben sich mit der Sache eigentlich nicht auseinander gesetzt.

Aber, Sie haben heute eine riesengroße Chance. Wenn Sie nämlich den Antrag und wenn Sie ohnehin schon sagen der Antrag der SPÖ ist so ähnlich. Aber, nur eines haben Sie vergessen. Es steht nämlich ganz oben: „Der Burgenländische Landtag bekennt sich zum Erhalt aller fünf Spitalstandorte." Mit allen fünf. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Was ist mit Güssing? Orthopädie! Gynäkologie Güssing!)* Frau Magister Resetar! Ich brauche es da nicht wiederholen, was Sie vor Jahren gesagt haben. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Was ist mit Güssing? Was? Erkundige Dich!)* Wir könnten diese Tomosynthese gar nicht mehr umsetzen, weil es die Spitäler, die sie abschaffen wollten, gar nicht mehr geben würde, wo man sie hereinnehmen könnte. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Was ist mit Güssing? Was?)*

Zusätzlich möchte ich noch eines sagen, es gibt eine Fachzeitschrift. „The Lancet" ist eine medizinische Fachzeitschrift, die ganz klar bestätigt hat, dass Tomosynthese aus diesem Grund auch sehr genau zu betrachten ist, weil die Überdiagnostik bei diesem System, bei dieser Tomosynthese, gegeben ist. Das heißt, dass Frauen wochenlang, Frau Magister Resetar, verunsichert werden, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Erklären Sie mir einmal Güssing! Gynäkologie Güssing!)* weil es eine Überdiagnostik gibt und weil man dann sagt, dass Frauen vielleicht einen positiven Befund haben und nach drei Wochen kommt man dann drauf, dass dieser Befund eben nicht positiv ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da muss man sich schon auch in die Lage der Frauen versetzen. Wenn Ihnen das Thema Brustkrebs so wichtig gewesen wäre, dann hätten Sie die halbe Zeit nicht dafür verwendet, um heute wieder über Spitäler, sondern über Brustkrebs zu reden. Das ist heute die Sache. Wir gehen weiter den Weg des standardisierten Programms, was praktisch für ganz Österreich gilt und was die Ärztekammer bestätigt hat. Die Ärztekammer hat nämlich gesagt, vier Jahre wollen wir das in ganz Österreich weiterhin so haben. Daran wird sich die Sozialdemokratie natürlich halten. Deshalb werden wir natürlich unserem Antrag gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Magister Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Hohes Haus! Ich verstehe die Aufregung nicht ganz, weil diese Anträge nicht nur harmlos, sondern grundsätzlich relativ ähnlich gestaltet sind. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Was ist jetzt mit Güssing?)* Es ist schon mehrfach gesagt worden und ich möchte ein bisschen die Emotionen herausnehmen, dass tatsächlich 170 Frauen im Burgenland an Brustkrebs erkranken.

Was man schon dazu sagen muss, und Sie waren ja auch einmal in der Regierung, dass das Burgenland, was die Vorsorgeprogramme betrifft, immer Vorreiter war. Wir

waren das erste Bundesland, das Brustkrebsfrüherkennungsprogramme gestartet hat und das ist dann auch sozusagen kopiert und auf ganz Österreich ausgeweitet worden

Ich habe überhaupt nichts gegen diese Tomosynthese, ganz im Gegenteil. Ich halte aber, so, wie das im Antrag formuliert wird, für richtig und gut und würde Sie bitten, diesem Antrag auch die Zustimmung zu erteilen. Ich möchte nur auf einen Punkt schon hinweisen. Ich bin auch kein Arzt und jetzt nicht der Experte, aber es scheint mir logisch, dass es nicht möglich ist, einen Vertrauensarzt zu haben, weil die Diagnose meistens vom Facharzt kommt und dann, wenn es wirklich Krebs ist, dann muss man ins Krankenhaus zur Operation und dann gibt es die onkologische Weiterbehandlung. *(Zwiegespräch zwischen den Abgeordneten Günter Kovacs und Mag. Christian Sagartz, BA.)*

Die sollte in einem Krankenhaus erfolgen, die die beste Expertise ausweist. Das ist jetzt ausnahmsweise nicht nur Oberwart, sondern beispielsweise Wiener Neustadt. Das ist jetzt gar keine Kritik, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Die Sache alleine.)* sondern, logistisch gesehen, muss ich darauf hinweisen, dass das ein Arzt nicht alleine machen kann, sondern dass diese drei Bereiche, die voneinander nicht abgetrennt sind, schon zusammengeführt werden sollen, aber das kann nicht von einem Arzt durchgeführt werden.

Noch einmal gesagt. Ich würde ersuchen, dass man diesem Antrag so auch zustimmt. Ich möchte aber schon auch noch einen Punkt zum Krankenhaus Oberwart sagen, weil Sie das jetzt angesprochen haben. Ich habe es jetzt schwer, weil Sie damals dabei waren. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ja. Ja, eh!)* Ich nicht, wie das beschlossen wurde, diese 160 Millionen Euro.

Sie wissen aber genau, was da noch mitbeschlossen wurde. Nämlich, eine Bauherrenreserve, eine Indexanpassung, die Parkplätze extra und so weiter. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Ja!)* Derzeit, das habe ich so an meinen Nachfolger in diesem Bereich, den Landesrat Doskozil, übergeben, sind wir unter dieser Indexanpassung. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Kann man noch nicht sagen, hat er gesagt. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Mit 160 Millionen Euro kommt man nicht aus. Das hat er gesagt. - Abg. Mag.a Michaela Resetar: Kommt man nicht aus.)*Durch diese Indexanpassungen und diese anderen Geschichten kann es durchaus sein, dass das darüber liegt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du hast gesagt, dass dieser Betrag in Stein gemeißelt ist.)* Aber, ich ersuche schon um Verständnis oder beziehungsweise auch um ein bisschen Eigenkritik, weil Ihr das mitbeschlossen habt. *((Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe gar nichts mitbeschlossen. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Du nicht, Herr Abgeordneter Steiner. Das vergisst jeder so gerne. Es gibt aus dem Jahr 2014 einen Regierungsakt, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ja, dieser Grundsatzbeschluss ist ja in Ordnung.)* Herr Kollege Steindl, wo Sie und die Kollegin Resetar dabei waren, wo das, was ich jetzt gesagt habe, ganz explizit enthalten ist. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ja schon.)* Baukostenreserve, Indexanpassung, Parkplätze und andere Infrastrukturmaßnahmen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: 160 Millionen Euro. 160 Millionen Euro und nicht mehr. Das hast Du von der Regierungsbank aus gesagt.)*

Nein, nein. Unter den Voraussetzungen, die damals die Regierung beschlossen hat. Das wird die Regierung auch einhalten. Es wäre nämlich politischer Selbstmord, das sage ich auch ganz offen, wenn man das nicht einhalten würde und man wird es einhalten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich hoffe, dass Ihr dann zu dem auch steht, was Ihr damals, im Jahr 2014, beschlossen habt. Ich glaube, das ist auf einem guten Weg. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doskozil hat hier aber „Nein“ gesagt. Er ist heute schon den ganzen Tag nicht da! Was ist*

denn da los?) Ich glaube, es ist auch gut, wenn das ein Projekt ist, das außer Streit steht, weil es für das Südburgenland eine ganz wichtige gesundheitspolitische Einrichtung ist.

Ich bin sicher, dass das auch in dieser Form umgesetzt werden kann. Aber, zurückkommend bitte noch mein Appell: Bitte beschließen Sie diesen Antrag Molnár, Klubobfrau Salamon, dass wir diesen Antrag auch beschließen und damit auch dafür sorgen, dass es keine Verunsicherung der Frauen gibt, sondern auch für die Menschen, die eben an einer sehr schwierigen Erkrankung leiden und auch hier die bestmögliche Versorgung, nicht nur im Burgenland, sondern insgesamt über das Burgenland hinaus erhalten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein von der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen. Ich daher ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Brustkrebs ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1142) betreffend Zahnprophylaxe für Kinder (Zahl 21 - 800) (Beilage 1173)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 8. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1142, betreffend Zahnprophylaxe für Kinder Zahl 21 - 800, Beilage 1173.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Wolf, M.A.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Vielen Dank. Der Rechtsausschuss, der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Zahnprophylaxe für Kinder, in ihrer 27. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10. Jänner 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Ewald Schnecker stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Schnecker gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechts- und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Zahnprophylaxe für Kinder, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Schnecker beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke für diesen Bericht. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einmal mehr ein Antrag, genau den gleichen Antrag, den die Liste Burgenland damals und jetzt Bündnis Liste Burgenland, vor vier Jahren eingebracht hat. Genau vor vier Jahren, wo auch Sie, liebe ÖVP, sehr wohl noch Regierungsverantwortung getragen haben.

Wo Sie diesen Antrag abgelehnt haben, und Sie jetzt ganz genau diesen gleichen Antrag einbringen. Es ist verwunderlich, aber es macht mir keine großen Gedanken und Sorgen, weil, jetzt weiß ich, dass wahrscheinlich alle zustimmen werden. Nein, außer die SPÖ, weil dort haben wir den Antrag wieder abgeändert.

In der gleichen Präambel steht interessanter Weise bei diesem Abänderungsantrag bei der SPÖ das gleiche wie vor vier Jahren.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, der Landeszielsteuerungskommission die Maßnahme Kariesprophylaxe zur Prüfung der Optimierung und Aufnahme zuzuleiten. Der jetzige Abänderungsantrag, Frau Klubobfrau.

Der damalige Antrag, dort ist gestanden: Die Landesregierung wird aufgefordert:

Die Landeszielsteuerungskommission die Maßnahme Kariesprophylaxe zur Prüfung der Optimierung und Aufnahme in den Jahresarbeitsplan 2015 einzuarbeiten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage mich wirklich schön langsam in diesem Hohen Haus, was macht das für einen Sinn wenn wir eigentlich gegeneinander, statt für die Menschen in diesem Land arbeiten? Warum machen wir uns die Mühe, Anträge einzubringen wo wir etwas bewegen wollen, wo Gesundheit ganz wichtig an erster Stelle stehen soll und auch ist.

Daher glaube ich, dass man sich überlegen sollte, nicht nur abzuschreiben, sondern in solche Anträge auch selbst Gedanken einfließen lassen zu lassen. *(Abg. Gerhard Steier: Wer hat hier abgeschrieben?)* Da steht das Gleiche wie vor vier Jahren. Nur die Konstellation hat sich geändert. Jetzt ist es eine SPÖ-FPÖ Regierung, damals war es eine SPÖ-ÖVP Regierung. Es hat sich überhaupt nichts geändert.

Ich sage auch warum damals das abgelehnt wurde. Ich habe am 19.2., da war ich noch allein im Landtag, einen Entschließungsantrag betreffend der Verbesserung der Zahngesundheit bei Kindern im Burgenland eingebracht. Die Liste Burgenland hat sich damals darauf berufen, dass das Burgenland, was die Zahngesundheit von Kindern betrifft, österreichweit an letzter Stelle gelegen ist. An letzter Stelle.

Dies lag damals vor allem auch daran, dass das Programm zur Kariesprophylaxe im Jahr 2010 eingestellt worden war. Es wurde eingestellt. Natürlich geht es wie immer ums Geld. Jetzt kommt es aber. Davor waren jährlich rund 160.000 Euro von Seiten des Landes Burgenland in die Zahngesundheit der Kinder investiert worden.

Ich habe das für super gefunden, dass man das gemacht hat. Jetzt, mit der Indexanpassung und dergleichen mehr, sollte sich das Land eigentlich wirklich Gedanken machen, vielleicht diese 200.000 Euro zumindest nicht nur zu riskieren, sondern daraus ein Muss werden zu lassen. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit, denn ich glaube auch, dass es wichtig ist, im Bereich der Zahngesundheit möglichst früh anzufangen tätig zu werden.

Damit können spätere für das österreichische Gesundheitssystem wesentliche teurere Folgen vermieden werden, Herr Landesrat Darabos! Das wäre ein Signal in die richtige Richtung, wenn wir hier endlich einmal an einem Strang ziehen würden. Wir sind uns einig, dass das notwendig ist. Nicht mit solchen Floskeln: „Die Landesregierung wird aufgefordert, der Landeszielsteuerungskommission die Maßnahme Kariesprophylaxe zur Prüfung der Optimierung und Aufnahme zuzuleiten.“ *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat denn die Kommission beim ersten Mal gesagt?)* Das Gleiche.

Das ist ja völlig egal. Wurde schubladiert. Ihr habt es aufgegriffen, dankenswerter Weise, aber seid mir bitte nicht böse. Genau das sind diese Dinge, was mich dann so sauer aufstoßen lässt und wo ich mich frage, warum tut man da nichts in dieser Richtung? Wenn es wirklich auf diese 160.000 Euro ankommt, wo man auf der anderen Seite sehr wohl Einsparungspotential hat, von wahrscheinlich Millionen Euro oder noch mehr, da tut man nichts dafür.

Da verstehe ich dann sicherlich nicht das parteipolitische Denken im Hohen Landtag. Ich glaube, dass man solche Dinge, aber jetzt bin ich wieder dort einmal, im Vorfeld, wenn solche Anträge eingebracht werden, sich wirklich im Vorfeld in Klubs beziehungsweise wenn man keinen Klub hat, auch die Personen, die im Landtag vertreten sind, beizuziehen, um hier nach Möglichkeiten zu suchen.

Ich verstehe den Finanzlandesrat, den damaligen Finanzlandesrat Bieler, der hat gesagt: „Na, kommt nicht in Frage.“ Weil das sind immerhin fast 200.000 Euro. Die werden wir wo anders brauchen. Für den Chauffeur, für den Landesschulratspräsidenten oder irgendwelche anderen Geschichten.“ Egal. Ich glaube, dass jetzt der neue Finanzlandesrat vielleicht doch ein offenes Ohr hat und vielleicht in dieser Richtung ein Umdenken stattfindet. Daher glaube ich, dass es entscheidend sein wird, heute diesen Antrag gar nicht zu beschließen, sondern, nehmen wir ihn einfach den Antrag zurück und diskutieren wir ihn neu. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ob man nicht hier wirklich Geld in die Hand nimmt, und eine Vorsorge wirklich machen könnte. Das ist ein Vorschlag von mir. Ich weiß, dass es schwierig ist, die Fraktionsanträge zurückzunehmen, um den noch einmal auf einem runden Tisch, oder egal ob er eckig ist der Tisch, noch einmal zu diskutieren und *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zusammensetzen!)* sich zusammen zu setzen. Dankeschön.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Hohes Haus! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir schreiben heute einen Tag, verspätet kommt mir vor, dem Herrn Kölly da diese Rede, denn die hättest du gestern oder vorgestern halten können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Na ja, wenn man die Zeitung liest oder im Radio hört, dann wissen wir in Wirklichkeit, was 2019 passieren wird.

Nämlich, die Zahnprophylaxe wird im Burgenland eingeführt werden. *(Abg. Manfred Kölly: In Ordnung!)* Also das war jetzt viel Glauben, viel Hoffen, viel Zusammensetzen um nichts. *(Abg. Manfred Kölly: Dann brauchen wir ja gar nicht mehr diskutieren. Dann nimm ihn doch einfach von der Tagesordnung, Herr Kollege Haidinger!)*

Es kann, glaube ich, schon - auch wenn die Regierung nicht aufgefordert wird - vom Landtag, etwas zu tun, die Regierung selbst tätig werden in der Planung für das Jahr 2019 würde ich jetzt einmal unterstellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich bin voll bei Ihnen, dass die Zahnprophylaxe und das wollen wir aber bitte nicht vergessen, schon auch eine große Verantwortung im Bereich der Erziehungsberechtigten ist. Das ganz kann man natürlich den Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten nicht abnehmen. Unabhängig davon hat natürlich auch die Politik eine dementsprechende Verantwortung wahrzunehmen und über das diskutieren wir jetzt gerade.

Da geht es darum, dass wir eben Zuständigkeiten haben. Im Burgenland ist, und das, glaube ich, hat ja noch niemand von ihnen vergessen, die Landeszielsteuerungskommission als gemeinsames Gremium des Landes und der Sozialversicherungsträger zur Planung und Umsetzung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und -prävention berufen. Das heißt ganz klar wo das im Prinzip auch angesiedelt ist. *(Abg. Manfred Kölly: Herr Kollege Haidinger! Genauso wie vor vier Jahren.)*

Genau in diese Richtung lautet auch der Antrag. Das uns da - herzlichen Dank Herr Landesrat - der Herr Landesrat im Prinzip ich sage nicht in der im Zufall, dass schon vorweggenommen hat, aber die Aufforderung, die heute beschlossen werden wird im Prinzip schon aufgenommen hat und auch entsprechend dafür Sorge trägt, gilt ja als nichts anderes als ein Beispiel der guten Zusammenarbeit der Landtagsfraktionen der Regierung mit der Regierung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, das ist zum Wohl der Kinder und in dem Fall zum Wohl der Zahnprophylaxe unserer Kinder zu begrüßen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA, das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Präsidentin! Ich glaube, man kann das ganz kurz machen. Es stimmt, Herr Kollege Kölly, Sie haben das Thema schon vor Jahren aufgegriffen. Ich war bei einem Gespräch bei der

Burgenländischen Zahnärztekammer. Dort hat man mich wieder auf dieses Thema aufmerksam gemacht. Ich habe deshalb meine Landtagsfraktion gebeten, hier aktiv zu werden und deshalb den Antrag eingebracht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mir ist es offenkundig gleich und auch der ÖVP-Fraktion war es ein Anliegen, dass es hier in dieser Sache Fortschritte gibt. Wir sind dafür, dass noch einmal die Landeszielsteuerungskommission diesbezüglich beschäftigt wird, aber wir werden auch Nachfrage halten.

Ich hoffe, dass man in einigen Monaten dann Gewissheit hat. Kollege Haidinger! Wissen Sie, mit politischen Ankündigungen ist das so eine Sache. Jetzt haben Sie uns vorher gesagt, wir brauchen uns da als Opposition nicht mehr einmischen, denn da ist alles auf Schiene. In der Sache Glyphosat hat der Kollege Molnár gesagt, wir stärken der Frau Landesrätin Eisenkopf den Rücken, in dem der Landtag sich dazu klar äußert. Also, was jetzt?

Ist das jetzt weniger wichtig, als die Glyphosatangelegenheit? Ist Ihnen die Zahngesundheit von Kindern jetzt weniger wichtig, dass der Landtag sich damit beschäftigt. Ich glaube, das haben Sie damit nicht ausdrücken wollen. *(Abg. Manfred Haidinger: Überhaupt nicht!)*

Ich denke, es ist wichtig, dass wir hier an einem Strang ziehen. Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich hoffe, dass Sie hier klar auch eine Position des Landtages weitergeben, dass offensichtlich hier alle einer Meinung sind, dass in die Zahngesundheit von Kindern mehr investiert werden sollte *(Abg. Manfred Haidinger: Bravo!)* und dass Sie diesen klaren Wunsch des Landtages auch in ihrer Funktion als zuständiger Landesrat in dieser Zielsteuerungskommission klar Ausdruck verleihen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Günter Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Frau Präsidentin, ich darf es auch ziemlich kurz machen. Aber, eine erfreuliche Nachricht doch noch am heutigen Tag, was die Zahnprophylaxe ausmacht. Ich habe mir von der Burgenländischen Gebietskrankenkasse eine Statistik geholt - beschrieben von 2009 bis 2016. Der Personenkreis sind Kinder und Jugendliche bis zum Lebensalter von 20 Jahren.

Da hat das ergeben und das zeigt, wie gut die Zahnmedizin im Burgenland funktioniert. Damals waren es 40.000 Anspruchsberechtigte, heute haben wir über 42.000 Anspruchsberechtigte. Knappe 25.500 Zahnfüllungen waren im Jahr 2009 notwendig bis 2016 sind wir auf nicht einmal mehr 16.000 Zahnfüllungen gesunken. Das heißt, die Prophylaxe hat sich damals ausgezahlt.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir diese Zahnprophylaxe wieder einführen. Mit dieser Wiedereinführung darf ich unseren Herrn Landesrat Darabos zitieren:

„Das Zahnprophylaxeprogramm leistet im Burgenland einen ganz wichtigen Beitrag für die Zahngesundheit unserer Kinder. Durch Präventivmaßnahmen können Zahnschäden minimiert und somit auch teure Behandlungskosten reduziert werden. Damit sorgen wir auch dafür, dass wir im Gesundheitssystem mehr Geld für andere Maßnahmen zur Verfügung haben.“ In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Abgeordnete! Hohes Haus! Auch ganz kurz. Es wurde schon angesprochen, ich halte das für ein sehr gutes Projekt in der Prävention. Natürlich hat auch das Elternhaus Verantwortung zu tragen, aber, ich glaube, das ist hier gut eingesetztes Geld, diese Aktion wieder aufleben zu lassen. Es gab schon seit Beginn des Jahres 2018 Gespräche mit der Gebietskrankenkasse und ich begrüße es, dass alle Fraktionen grundsätzlich eine Wiederaufnahme dieses Programmes nicht nur anstreben, sondern auch begleiten möchten und auch mit dem heuten Beschluss bekräftigen. Ich halte es aber trotzdem auch für wichtig, dass die Landeszielsteuerungskommission jetzt noch eingebunden wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir können aber davon ausgehen, dass wir das Jahr 2018 nicht nur nutzen werden, sondern das ist ein Versprechen meinerseits, dass wir auch die Zahnprophylaxe wieder implementieren werden und gemeinsam mit der Gebietskrankenkassa die Kosten, die nicht geringfügig sein werden, aber die, aus meiner Sicht, gut eingesetzt werden, für dieses Projekt auch aufbringen werden.

Sie können also davon ausgehen, dass spätestens am Beginn 2019 dieses Programm implementiert wird, vorbehaltlich des Beschlusses der Landeszielsteuerungskommission.

Aber, es wurde schon angesprochen, ich werde meine politische Kraft auch in die Waagschale werfen, dass die Landeszielsteuerungskommission das auch so sieht, wie der Hohe Landtag. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Zahngesundheit von Kindern ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t .

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden.

Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 01. März 2018, vorgesehen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 17 Uhr 40 Minuten im Büro des Herrn Präsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 17 Uhr 23 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 36. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 01. März 2018

10.02 Uhr - 22.48 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde

2. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert wird

3. Beschlussantrag, mit dem der Kulturbericht 2016 zur Kenntnis genommen wird

4. Beschlussantrag über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2016 (Der Grüne Bericht 2016)

5. Bericht des Rechnungshofes betreffend PEW Technik + Service GmbH

6. Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsanpassung der Landesbeamtinnen und -beamten

7. Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsstand und -ausgaben der Landesbeamtinnen und -beamten

8. Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2017

9. Sonderbericht der Volksanwaltschaft 2017 betreffend Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen

10. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „B 50 Burgenland Straße Umfahrung Schützen am Gebirge“

11. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2015

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausschöpfung von Übergangsfristen zum Schutz des burgenländischen Arbeitsmarktes

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Fortführung der Aktion 20.000“

15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31“

16. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Verhinderung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren

---

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5537)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 177 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend aktuellen Umsetzungsstand bei der Einrichtung von Akutordinationen
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 5540)
Zusatzfrage: Günter K o v a c s (S. 5541), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5542), Manfred K ö l l y (S. 5542)

Anfrage Nr. 172 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend fachspezifischer Beratung für Elementarpädagoginnen im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 5543)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 5544), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 5545), Edith S a c k (S. 5546)

Anfrage Nr. 178 des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Absicherung der burgenländischen Arbeitsplätze in den Wintermonaten
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 5547)
Zusatzfrage: Mag. Kurt M a c z e k (S. 5548 u. S. 5548), Markus U l r a m (S. 5549)

Anfrage Nr. 176 des Abgeordneten Patrik Fazekas an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Breitband-Internet Versorgung aller Haushalte im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 5550)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s (S. 5552 u. S. 5552), Doris P r o h a s k a (S. 5553), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 5554)

Anfrage Nr. 179 des Abgeordneten Robert Hergovich an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Bewertung über den Rückgang der Arbeitslosigkeit im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 5555)
Zusatzfrage: Robert H e r g o v i c h (S. 5557), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5557)

Anfrage Nr. 180 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrätin Verena Dunst betreffend Schwerpunkte im Berich des Konsumentenschutzes und der Preisbehörde des Landes
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verenea D u n s t (S. 5558)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5560), Wolfgang S o d l (S. 5560)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 1197), mit dem das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert wird (Zahl 21 - 849) (Beilage 1207);
Berichterstatterin: Ingrid Salamon (S. 5562)
Redner: Géza Molnár (S. 5562), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 5564), Werner Friedl (S. 5565), Manfred Kölly (S. 5565), Mag.a Regina Petrik (S. 5567)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5567)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1161), mit dem der Kulturbericht 2016 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 819) (Beilage 1208);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 5568)
Redner: Mag. Johann Richter (S. 5568), Mag. Franz Steindl (S. 5569), Günter Kovacs (S. 5572), Wolfgang Spitzmüller (S. 5574), Gerhard Steier (S. 5575)
Annahme des Beschlussantrages (S. 5578)

Bericht des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1186) über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2016 (Der Grüne Bericht 2016) (Zahl 21 - 838) (Beilage 1209);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 5578)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 5578), Karin Stampfel (S. 5582), Walter Temmel (S. 5583), Wolfgang Sodl (S. 5586), Gerhard Steier (S. 5588), Mag.a Regina Petrik (S. 5593), Landesrätin Verena Dunst (S. 5593)
Annahme des Beschlussantrages (S. 5598)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1157) betreffend PEW Technik + Service GmbH (Zahl 21 - 815) (Beilage 1210);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5598)
Redner: Gerhard Hutter (S. 5598), Mag. Johann Richter (S. 5600), Mag. Franz Steindl (S. 5603), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 5604), Mag. Christian Drobits (S. 5606), Gerhard Steier (S. 5609)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 5615)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1163) betreffend Pensionsanpassung der Landesbeamtinnen und -beamten (Zahl 21 - 821) (Beilage 1211);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5615)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 5619)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1164) betreffend Pensionsstand und -ausgaben der Landesbeamtinnen und -beamten (Zahl 21 - 822) (Beilage 1212);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5616)
Redner: Manfred Haidinger (S. 5616), Markus Ulram (S. 5617), Dr. Peter Rezar (S. 5618)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 5619)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen (Zahl 21 - 879) (Beilage 1242);
Begründung der Dringlichkeit: Géza Molnár (S. 5619)
Redner: Gerhard Steier (S. 5621), Manfred Kölly (S. 5624), Mag.a Regina Petrik (S. 5626), Ing. Rudolf Strommer (S. 5627), Ewald Schnecker (S. 5629), Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (S. 5632), Christian Illedits (S. 5634), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 5637)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verlängerung der Autobahn A3 (Zahl 21 - 881) (Beilage 1244);
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas Steiner (S. 5639)
Redner: Gerhard Steier (S. 5641), Manfred Kölly (S. 5646), Mag.a Regina Petrik (S. 5648), Géza Molnár (S. 5651), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 5654), Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (S. 5656), Robert Hergovich (S. 5657), Mag. Thomas Steiner (S. 5660), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 5661)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1165) betreffend Tätigkeitsbericht 2017 (Zahl 21 - 823) (Beilage 1213);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 5663)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 5663), Géza Molnár (S. 5664), Markus Ulram (S. 5667), Dr. Peter Rezar (S. 5668)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 5669)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Sonderbericht der Volksanwaltschaft 2017 (Beilage 1159) betreffend Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen (Zahl 21 - 817) (Beilage 1214);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 5670)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 5670), Markus Wiesler (S. 5674), Patrik Fazekas (S. 5676), Mag. Christian Drobits (S. 5678), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 5682), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 5683)
Annahme des Sonderberichtes der Volksanwaltschaft (S. 5684)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1153) betreffend „B 50 Burgenland Straße Umfahrung Schützen am Gebirge“ (Zahl 21 - 811) (Beilage 1215);
Berichterstatter: Manfred Kölly (S. 5685)
Redner: Manfred Kölly (S. 5685), Mag.a Regina Petrik (S. 5688), Markus Wiesler (S. 5690), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 5691), Günter Kovacs (S. 5692), Gerhard Steier (S. 5694)

Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 5697)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1166) betreffend Rechnungsabschluss 2015 (Zahl 21 - 824) (Beilage 1216);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5697)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 5697), Géza M o l n á r (S. 5702), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 5703), Peter H e g e r (S. 5705), Gerhard S t e i e r (S. 5708)
Annahme des Prüfungsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 5711)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1199) gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken (Zahl 21 - 851) (Beilage 1217);
Berichterstatter: Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 5711)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 5712), Karin S t a m p f e l (S. 5714), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5715), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 5716), Manfred K ö l l y (S. 5717)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5718)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1198) betreffend die Ausschöpfung von Übergangsfristen zum Schutz des burgenländischen Arbeitsmarktes (Zahl 21 - 850) (Beilage 1218);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5718)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 5719), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 5719), Robert H e r g o v i c h (S. 5721), Gerhard S t e i e r (S. 5722)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5726)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1200) betreffend „Fortführung der Aktion 20.000“ (Zahl 21 - 852) (Beilage 1219);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 5726)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 5727 und S. 5741), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5730), Géza M o l n á r (S. 5733), Bernhard H i r c z y (S. 5735), Robert H e r g o v i c h (S. 5736), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 5738), Landeshautpmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 5740 und S. 5745), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 5745)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5745)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1201) betreffend „Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31“ (Zahl 21 - 853) (Beilage 1220);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 5746)

Redner: Manfred K ö l l y (S. 5746), Markus W i e s l e r (S. 5749), Georg R o s n e r (S. 5751), Wolfgang S o d l (S. 5752)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5753)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1195) betreffend Verhinderung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren (Zahl 21 - 847) (Beilage 1221);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5754)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 5754), Manfred H a i d i n g e r (S. 5757), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 5758), Mag. Christian D r o b i t s (S. 5759)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5760)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5537)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, einen schönen guten Morgen auch den Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren auf den Zuseherrängen und auch denen, die uns via Internet beiwohnen.

Ich e r ö f f n e die 36. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 35. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Fazekas, um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 36. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 01. März 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der 1. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 857) (Beilage 1205);
2. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2016/2017 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 870) (Beilage 1233);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 871) (Beilage 1234);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 872) (Beilage 1235);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Familienförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 874) (Beilage 1237);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der Tätigkeitsbericht 2017 (Zahl 21 - 878) (Beilage 1241) eingelangt.

Ebenso sind die Dringlichkeitsanträge

1. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen (Zahl 21 - 879) (Beilage 1242);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verlängerung der Autobahn A3 (Zahl 21 - 881) (Beilage 1244);

eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verbesserung der Kinderbetreuungsförderung (Zahl 21 - 854) (Beilage 1202);
2. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen

auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausweitung des TOP-Jugendtickets (Zahl 21 - 859) (Beilage 1222);

3. der Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur finanziellen Förderung von Bildungsfahrten zu Gedenkstätten (Zahl 21 - 863) (Beilage 1226);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung des Erwachsenenschutzgesetzes (Zahl 21 - 875) (Beilage 1238);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp der Bodenversiegelung im Burgenland (Zahl 21 - 876) (Beilage 1239);
6. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer (Zahl 21 - 880) (Beilage 1243);
7. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend TOP-Jugendticket (Zahl 21 - 882) (Beilage 1245);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausstieg aus Zinstauschgeschäften (Zahl 21 - 883) (Beilage 1246)

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Verwaltungspraktikanten (Zahl 21 - 855) (Beilage 1203);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend BSpecial Card (Zahl 21 - 856) (Beilage 1204);
3. der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Förderungen (Zahl 21 - 858) (Beilage 1206);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend eine Informationsveranstaltung in Oberwart (Zahl 21 - 861) (Beilage 1224);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Familienstudie (Zahl 21 - 873) (Beilage 1236);
6. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Bahnschleife-Eisenstadt (Zahl 21 - 877) (Beilage 1240);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 - 834) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 860) (Beilage 1223);
2. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 827) betreffend Kreisverkehr bei der Kreuzung B 63 und L 272 (Zahl 21 - 862) (Beilage 1225);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 835) betreffend ASV Siegendorf (Zahl 21 - 864) (Beilage 1227);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 833) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 865) (1228);

5. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 831) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 866) (Beilage 1229);
6. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 829) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 867) (Beilage 1230);
7. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 830) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 868) (Beilage 1231);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 828) betreffend Werbeausgaben (Zahl 21 - 869) (Beilage 1232);

eingelangt.

Ebenso ist die Petition des Landesjugendforums Burgenland zum Erhalt der partizipativen Jugendarbeit (E 33) eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danker Herr Schriftführer.

Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 857, Beilage 1205, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 871, Beilage 1234, und Zahl 21 - 874, Beilage 1237, die selbständigen Anträge Zahl 21 – 854, Beilage 1202, Zahl 21 - 863, Beilage 1226, Zahl 21 - 880, Beilage 1243, und Zahl 21 - 883, Beilage 1246, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 872, Beilage 1237, die selbständigen Anträge Zahl 21 - 859, Beilage 1222, Zahl 21 - 875, Beilage 1238, und Zahl 21 - 882, Beilage 1245, weise ich dem Rechtausschuss,

den Tätigkeitsbericht des Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 878, Beilage 1241, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 876, Beilage 1239, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 870, Beilage 1233, weise ich dem Rechtausschuss und dem Umweltausschuss, und

die Petition E 33 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 855, Beilage 1203, Zahl 21 - 861, Beilage 1224, und Zahl 21 - 877, Beilage 1240, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 856, Beilage 1204, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 858, Beilage 1206, habe ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig,

die schriftliche Anfrage, Zahl 21 - 873, Beilage 1236, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen

Zahl 21 - 860, Beilage 1223, Zahl 21 - 862, Beilage 1225, Zahl 21 - 864, Beilage 1227, Zahl 21 - 865, Beilage 1228, Zahl 21 - 866, Beilage 1229, Zahl 21 - 867, Beilage 1230, Zahl 21 - 868, Beilage 1231, Zahl 21 - 869, Beilage 1232

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Weiteres möchte ich mitteilen, dass am 26. Jänner 2018 die selbständigen Anträge Zahl 21 - 760, Beilage 1080, und Zahl 21 - 813, Beilage 1155, von den Antragstellern zurückgezogen wurden.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen, Zahl 21 - 879, Beilage 1242, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr behandelt.

Des Weiteren ist von den Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen ein Dringlichkeitsantrag auf Fassung einer Entschließung betreffend Verlängerung der Autobahn A3, Zahl 21 - 881, Beilage 1244, eingelangt.

Die Behandlung erfolgt nach Erledigung des Dringlichkeitsantrages Zahl 21 - 879.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt, es ist 10 Uhr 14 Minuten mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Rosner an Herrn Landesrat Mag. Doskozil gerichtet. Diese Anfrage wurde vom Fragesteller gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen.

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Mag. Doskozil gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Kovacs um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident.

Sehr geehrter Herr Landesrat! Durch die Einrichtung von Akutordinationen im Burgenland kann ein wichtiger Beitrag zur Stärkung einer bedarfsgerechten, dezentralen Gesundheitsversorgung und zur Attraktivierung des Landarzt-Berufs geleistet werden. Zugleich erhalten die Patientinnen und Patienten eine wohnortnahe und kompetente Behandlung.

Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand bei der Einrichtung von Akutordinationen in allen sieben Bezirken des Burgenlandes?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich glaube, es ist unser aller Interesse in der Regierung, dass wir eine flächendeckend optimale Gesundheitsversorgung im Burgenland sicherstellen und auch in Zukunft sicherstellen wollen.

Das bedeutet zum einen, dass wir garantieren, auch in der Vergangenheit, und auch für die Zukunft garantieren werden, dass es diese fünf Standorte unserer fünf Spitäler weiterhin geben wird im Burgenland.

Das bedeutet in weiterer Folge, dass wir auch dafür sorgen werden, dass das Hausärzteangebot und Hausärztespektrum in dieser Art und Weise weiterhin aufrechterhalten werden muss.

Da braucht es natürlich Anstrengungen seitens der Gebietskrankenkasse. Auch hier wird das Land Burgenland entsprechend unterstützen.

Und das bedeutet, dass wir auch uns überlegen, wie können wir dieses Gesundheitssystem weiterentwickeln und da ist die Implementierung der Akutordination einer der nächsten Schritte.

Akutordinationen in der Art und Weise, wie sie im letzten Jahr in einem Art Probebetrieb in Oberwart, stattgefunden haben, in der Art und Weise, dass in jenen Zeiten, Randzeiten, zwischen 17.00 und 22.00 Uhr am Standort der KRAGES, einerseits ein Arzt für Ordinationen zur Verfügung steht und in weiterer Folge ein Visitenarzt für den Bezirk zur Verfügung steht.

Dieses Modell wird jetzt flächendeckend umgelegt auf alle Bezirke des Burgenlandes. Dieses Modell bedeutet in weiterer Folge, dass in dieser Art und Weise, wie Oberwart versorgt wurde, mit dieser Variante Akutordination und Visitenarzt-Ordination auch in allen Bezirken stattfindet.

Dazu gibt es bereits eine Einigung mit den entsprechenden Partnern, mit der Ärztekammer auch mit der Gebietskrankenkassa. Sodass wir aller Voraussicht nach, dieses Modell mit 1. April in allen anderen Bezirken umsetzen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war es?)*

Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wie werden die Kosten getragen? Wer übernimmt die Kosten für dieses Projekt und wie hoch werden die zirka sein in Zukunft? *(Abg. Manfred Kölly: Drei Fragen.)***Präsident Christian Illedits:** Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Die Kostenstruktur ist an und für sich klar. Es ist hier eine Vereinbarung mit der Gebietskrankenkassa getroffen worden. Die Infrastrukturkosten, die bedeckt werden müssen seitens der KRAGES werden auch seitens der KRAGES übernommen, auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite werden die Entschädigungen, die in weiterer Folge fällig sein werden, für die Ärzte die von 17.00 Uhr bis 22.00 Uhr tätig sind, in einer Größenordnung von 500 Euro pro Dienst über die Gebietskrankenkasse, natürlich auch mit dem Kostenanteil, der den Gemeinde zu viel abgerechnet werden.

Ich sage in diesem Zusammenhang auch ganz offen, dass die Implementierung der Akutordinationen, aus meiner Sicht, ein erster Schritt sind und es auch vereinbart worden ist mit der Ärztekammer und auch der Gebietskrankenkassa, dieses Modell weiter zu entwickeln, weiter fortzuführen, mit der Zielrichtung und mit der Ausrichtung und dann kommt in weiterer Folge natürlich auch die KRAGES mehr ins Spiel, auch was die Kosten betrifft, weil es auch darum gehen muss, die Ambulanzen in weiterer Folge auch zu entlasten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? Bitte Herr Abgeordneter Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sie haben davon gesprochen, dass es sieben Akutordinationen gibt, Modellregion ist Oberwart. Oberwart hat ein Krankenhaus, die Bezirke Mattersburg und Jennersdorf haben kein Krankenhaus. Dementsprechend kann es keine sieben gleichen Akutordinationen geben.

Welche Modelle haben Sie vorgesehen für die beiden Bezirke ohne Krankenhausstandort?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Auch in diesen beiden Bezirken, das ist richtig, ob Mattersburg oder Jennersdorf, gibt es bekannterweise keinen Standort der KRAGES oder eines sonstigen Krankenhausträgers und genauso in diesen Bezirken wird inhaltlich das Gleiche passieren.

Es wird eine Akutordination geben und es wird auch ein Visitenarzt tätig sein aber in einer Person. Ein Arzt wird die Visitenarzttätigkeit vornehmen und in weiterer Folge, wenn das nicht erforderlich ist, auch in der Akutordination anwesend sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nächste Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Kölly, bitte.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich bin überzeugt davon, dass für diese sieben Bezirke dieser Vorschlag hervorragend ist, dass wir das aufrechterhalten können. Jedoch wissen wir ganz genau, dass wir einen Ärztemangel haben und auch noch mehr bekommen werden, einen Ärztemangel.

Daher meine Frage: Werden in diesen sieben Bezirken auch die Ärzte das aufrechterhalten können, diese Akutordinationen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch diese Vorgehensweise mit der Ärztekammer akkordiert. Und auch die Ärztekammer und die Gebietskrankenkassa werden hinkünftig sicherstellen, dass die Akutordination mit den entsprechenden Ärzten auch versorgt ist.

Unbestritten dessen, ist es richtig, dass wir auf Grund der Alterspyramide und auf Grund der prognostizierten Pensionierungen natürlich einen Bedarf haben, in einem Spektrum der Hausärzte, dass es entsprechende Nachbesetzungen gibt. Aber das Gleiche trifft natürlich auch die Krankenhausträger.

Daher ist es aus meiner Sicht hinkünftig wichtig auch zu überlegen und zu schauen, wie schauen die Modelle in einer Struktur der KRAGES aus, um auch dem Spitalsarzt entgegen zu kommen, um den Spitalsarzt in weiterer Folge auch attraktiv zu machen.

Und natürlich, ich habe es eingangs noch bei der Frage schon beantwortet und gesagt, ist es eine Aufgabe in erster Linie der Gebietskrankenkasse, ihre Kassenstellen nachzubesetzen. Aber auch hier muss es einen Schulterschluss mit den Vertretern und zuständigen Stellen des Landes geben, wie wir ein gemeinsames Modell, wie wir Anreize schaffen können, in den verschiedensten Phasen.

Einerseits im Bereich der Ärzteausbildung, andererseits auch, wenn Ärzte und Ärztinnen bereits ausgebildet sind, attraktiv zu sein, auch im Burgenland attraktiv zu sein und hier die Kassenstellen natürlich besetzen zu können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage in von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet.

Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Nach der Streichung des Projektes "Psychologisch-pädagogische Beratung in Kinderbetreuungseinrichtungen im Burgenland" ab Jänner 2016 kündigten Sie auf Nachfrage mehrmals an, dass auch in Zukunft Elementarpädagoginnen und –pädagogen die Möglichkeit haben werden, bei besonderen pädagogischen Problemen spezifische Beratung in Anspruch zu nehmen.

Jetzt meine Frage: In welchem Rahmen erhalten Elementarpädagoginnen und –pädagogen im Burgenland fachspezifische Beratung bei pädagogischen Härtefällen, die über die Alltagsherausforderungen in Kinderbetreuungseinrichtungen hinausgehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, wir sind uns sehr einig, weil ja der Burgenländische Landtag schon in der Vergangenheit beschlossen hat, dass die Elementarpädagogik aufgewertet wird, dass die Elementarpädagogik einen noch größeren Stellenwert bekommt und das vor allem auch die Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen über die Pädagogische Hochschule auch stattfindet und damit auch der Lehrerfortbildung gleichgestellt wird.

Und wir haben hier einige sehr wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Ich möchte jetzt nicht mehr zurückschauen, wie das in der Vergangenheit erfolgt ist, sondern ausschließlich nach vorne blicken.

Wir haben erstmalig beim Land Burgenland eine Kindergartenpädagogin, die auch eine ausgebildete und studierte Psychologin ist, angestellt, die jederzeit zur Verfügung steht, wenn es in einem Kindergarten Probleme gibt.

Es funktioniert ähnlich, wie das auch im Pflichtschulbereich funktioniert, nämlich, dass man versucht in der Gruppe das zu lösen. Im Pflichtschulbereich in der Klasse das zu lösen. Dass in weiterer Folge der Direktor, die Direktorin in einer Pflichtschule informiert wird, dass die Kindergartenleitung informiert wird und dass dann eben die Schulaufsicht informiert wird und die entsprechenden Maßnahmen zu setzen sind.

Und genau das ähnliche System, wie das im Pflichtschulbereich stattfindet, haben wir nun auch im Bereich der Elementarpädagogik. Nämlich durch die Anstellung einer Psychologin, die sehr flexibel ist und in jeden Kindergarten kommen kann innerhalb sehr kurzer Zeit, um gemeinsam mit der Pädagogin, die Vorort tätig ist, mit der Kindergartenleiterin, aber auch mit den Eltern, mit den Kindern, die entsprechenden und notwendigen Gespräche Vorort auch zu führen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir die Fortbildung auf eine neue Plattform gestellt haben, dass genau die KindergartenpädagogInnen darauf vorbereitet werden, auch jene Fälle, die in der Vergangenheit häufiger aufgetreten sind. Probleme, die heute in der Elementarpädagogik auftreten, sind in der Regel ganz andere, als vor zehn, 15, Jahren.

Die Fortbildung der PädagogInnen darauf abzustellen, war eine Herausforderung und ich bin sehr, sehr froh, dass wir hier auch gut vernetzt sind, mit der Pädagogischen

Hochschule, sehr flexibel tätig sind, dass von dieser Seite her, die Fortbildung sehr intensiv angeboten wird, auch besucht wird und damit auch das Potential zur Konfliktlösung in entsprechender Form auch angehoben wird.

Also insofern glaube ich, dass wir hier diese Betreuung weiterentwickelt haben, dass wir aber auch mehr Kosten dadurch haben. Es ist keine billige Variante oder deswegen gemacht worden, weil sie weniger Geld kostet.

Das kostet unterm Strich mehr Geld, aber es ist auch eine bessere Betreuung der KindergartenpädagogInnen. Vor allen Dingen durch die Anstellung auch einer ausgebildeten Psychologin, die gleichzeitig die KindergartenpädagogInnenausbildung hat und damit sehr spezifisch auf die einzelnen Fälle auch eingehen kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage, Frau Abgeordnete? - Bitte schön.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landeshauptmann! Die Psychologin, die Sie ansprechen, ich nehme einmal an, das ist die Kindergarteninspektorin?

Das heißt, Ihr Modell ist, dass die Person, die einerseits Inspektorin ist, gleichzeitig die Beratung für schwierige Situationen übernimmt. Das sind ja zwei völlig unterschiedliche Aufgaben.

Ist Ihnen dieses Dilemma bewusst?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Nein, das ist mir überhaupt nicht bewusst, weil es kein Dilemma ist, sondern ein klarer Vorgang, der auch im Pflichtschulbereich so zu handhaben ist.

Der Inspektor, die Inspektorin ist nicht die Aufsichtsperson, zum Beispiel im Pflichtschulbereich, sondern der Inspektor, die Inspektorin ist Berater, Beraterin und Konfliktlöser, Konfliktlöserin.

Also ich weiß, wovon ich rede, weil ich immerhin 22 Jahre unterrichtet habe und sehr gut mit dem Inspektor zusammen gearbeitet habe und wir gemeinsam viele Konflikte gelöst haben im Sinne der Kinder, im Sinne der Eltern.

Und genau das Gleiche Prinzip ist ohne Dilemma, nämlich um das Dilemma zu vermeiden, muss der Inspektor und die Inspektorin Beraterin, Psychologin und Konfliktlöserin sein.

Also da haben wir vielleicht eine andere Meinung, aber wir fahren damit sehr, sehr gut im Pflichtschulbereich. Wir fahren genau das gleiche System im Elementarpädagogikbereich.

Und für mich ist der Kindergarten die erste Bildungseinrichtung und wir haben hier die gleichen Systeme, die wir im Pflichtschulbereich haben, die sich österreichweit bewährt haben.

Und es kann eine Aufgabe sein, das ist die Aufgabe des Inspektors, der Inspektorin, die Aufsicht zu haben und zu sagen, was schlecht ist. Nein - Konflikte zu lösen, Vorort bei den Eltern zu sein, bei den Kindergartenpädagoginnen zu sein und mit Ihnen zu reden. Das ist kostenintensiver, das kostet mehr, aber das ist ein pädagogisch wertvoller Weg.

Wir stellen in diesem Bereich die Elementarpädagogik mit dem Schulbereich schon auf gleiche Stufe, auch was die Fortbildung betrifft und was die Psychologin betrifft und was die Betreuung in den Kindergartengruppen betrifft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Frau Abgeordnete Mag. Resetar, bitte.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Ich kann Ihnen nur beipflichten weil, diese KindergarteninspektorInnen waren mit Sicherheit keine Aufpasser, sondern sie haben in vielen Bereichen viele Probleme gelöst.

Nichtsdestotrotz, früher war es einmal so, dass es eine pädagogische, mobile Beratung gegeben hat. Es wurde immer am Ende des Jahres abgerechnet, beziehungsweise es wurde genau auch festgehalten, wo diese PsychologInnen eingesetzt worden sind.

Sie haben in einer Anfrage vom 20.10.2016 gesagt, dass es eine Psychologin jetzt gibt, die fix angestellt wird.

Ich würde nur gerne wissen wollen, wie viele mobile Beratungen hat diese Psychologin dann letztendlich durchgeführt im Jahr 2017 und vor allem auch, in welchen Einrichtungen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Diese Kindergarteninspektorin und Psychologin ist dann unterwegs, wenn Bedarf ist. Also da gibt es, ich kann nicht von unseren Fachinspektoren im Pflichtschulbereich von jedem und jeder einzelnen wissen, wie oft er in verschiedenen Schulen ist. Ich kann auch nicht genau sagen, wie oft die Kindergarteninspektorin oder beide Kindergarteninspektorinnen ebenfalls im Kindergarten sind, aber da kommen natürlich noch viele andere Beratungen dazu.

Das ist ja nicht nur, dass die Psychologin Beratung macht, es gibt ja zum Beispiel auch entsprechende psychologische Beratungen und Tests in den Kindergärten. Das macht zum Beispiel der Primar Wagentristl. Er macht zum Beispiel kostenlos die Diagnostik im psychologischen Bereich, ob Sonderpädagogik oder Zusatzbetreuungen notwendig sind.

Es gibt die Abteilung 6 die zusätzlich, wenn Bedarf ist, ebenfalls entsprechend psychologische Gutachten für die Kinder kostenlos auch erstellt. Also wir haben hier nicht nur unsere Psychologin, sondern wir haben in weiterer Folge, wenn es um Tests geht, wenn es um Gutachten geht, sowohl den Primarius Wagentristl, wir haben die Abteilung 6 und es können natürlich auch externe Psychologen zu Rate gezogen werden. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)*

Ich kann gerne die Frau Inspektorin fragen, wie oft waren sie im Kindergarten, aber Sie haben sicher Verständnis, dass ich nicht von jedem Schulaufsichtsmitarbeiter und von jeder Kindergarteninspektorin weiß, wie oft sie in den entsprechenden Schulen waren.

Ich habe damit gesagt, dass kann ich gerne für Sie fragen, sie wird es mir auch dokumentieren. In weiterer Folge sage ich auch, was die psychologische Betreuung anbelangt und die Gutachten anbelangt, dass hier nicht nur sie tätig ist, sondern, dass auch der Primarius Wagentristl tätig ist, dass die Abteilung 6 hier auch entsprechende Gutachten macht und dass es hier eben eine breitere Aufstellung gibt. Die ganz genauen Zahlen, das werden wir natürlich gerne nachholen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Sack.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein vieldiskutiertes Thema und gewinnt immer mehr an Aktualität. Unsere Kinderbetreuungseinrichtungen sind ja der Dreh- und Angelpunkt für eine gelebte Vereinbarkeit.

Welche Maßnahmen setzt das Land Burgenland, um die Gemeinden bei der Errichtung von Kinderbetreuungsplätzen zu unterstützen? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das hat nichts mit der Frage zu tun!)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich kann nur sagen, die Gemeinden leisten im Bereich der Kinderbetreuung und der Elementarpädagogik wirklich Großartiges.

Wir haben im Burgenland immerhin 288 Einrichtungen im Bereich der Kinderbetreuungen. 288 Einrichtungen, das sind 75 Kinderkrippen, das sind 114 Kindergärten, 78 alterserweiterte Kindergärten und 21 Horte, 10.800 Kinder werden betreut.

Nur um einige Zahlen zu nennen. Also ich sage es nochmals, die Hauptlast der Finanzierung und der Errichtung liegt hier bei den Gemeinden, aber das Land Burgenland, denke ich, strengt sich da sehr, sehr an, um auch wichtige Beiträge zu leisten.

Zum Beispiel Personalförderung für unsere Kindergärten und unsere Kinderbetreuungseinrichtungen sind jedes Jahr 26,7 Millionen Euro die an die Gemeinden gehen, um die Personalfinanzierung mit zu unterstützen.

Es ist die Bauförderung mit 1,2 Millionen Euro, es ist auch der Schulbau mit 990.000 Euro und auch Beihilfen für Schulzwecke, die ebenfalls ermöglicht werden. Das sind 34 Millionen Euro, die auch inklusive der Unterstützung durch das Familienreferat an die Gemeinden und an die Familie gehen.

Ich denke, das ist bemerkenswert und da bin ich auch dankbar, dass der Landtag diese Budgets zur Verfügung stellt, um die Gemeinden und um die Familien in entsprechender Form auch zu fördern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich hätte noch eine zweite Frage. Sie steht mir geschäftsordnungsmäßig zu!)*

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete, die Geschäftsordnung regelt ganz klar, dass sie unmittelbar danach zu stellen ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da hat er Recht!)*

Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneter Mag. Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Die Anfrage wurde vom Fragesteller gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen.

Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Maczek an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Burgenländische Wohnbauförderung ist ein zentrales Förderinstrument zur Schaffung von leistbarem Wohnraum sowie ein unverzichtbarer Faktor zur Absicherung von Arbeitsplätzen und Stärkung der Bauwirtschaft.

Welche Maßnahmen setzen Sie als Wohnbaureferent, um gerade in den Wintermonaten burgenländische Arbeitsplätze abzusichern und die burgenländische Wirtschaft weiter zu stärken?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ab nächster Woche geht es in der Baubranche wieder richtig los. Wenn die Minusgrade weg sind, dann warten alle schon, vielleicht dauert es noch ein paar Tage. Wir hoffen es nicht, aber das ist witterungsabhängig, das können wir schwer beeinflussen.

Aber wie die Minusgrade weg sind, ich habe mit einigen Vertretern in den letzten Tagen, in den letzten Wochen gesprochen, die Auftragsbücher sind relativ voll und es wird für die Baubranche ein sehr gutes Jahr wieder werden, wo das Land Burgenland 700 bis 800 Wohnungen wieder fördern wird.

Das ist ein relativ hoher Wert, weil man die anderen Bundesländer entsprechend der Größe natürlich vergleichen muss. Wir werden Einfamilienhäuser fördern, wir werden 200 Wohnungen fördern, die saniert werden sollen und wir werden vor allem, und das ist mir ganz, ganz wichtig, versuchen weiterhin die niedrigsten Mieten in Österreich zu haben.

Leistbares Wohnen, das ist für mich ein Schlagwort geworden, aber man muss auch etwas tun, damit das Wohnen leistbar bleibt. Einer unserer großen Faktoren ist gerade für die jungen Menschen das Junge Wohnen. Wir gehören in Österreich zu jenen, die den jungen Leuten eigentlich im ganzen Burgenland, von Nord bis Süd Projekte anbieten können, wo sie mit fünf Euro pro Quadratmeter Miete wohnen können.

Die sogenannten Starterwohnungen, oder Junges Wohnen, das ist mir ganz, ganz wichtig und da werden wir auch in diesem Jahr entsprechende Fördermittel zur Verfügung stellen, um das Junge Wohnen weiterhin zu forcieren.

Was machen wir im Winter? Der Start wird ein guter sein. Wir wollen gerade in der Startphase unterstützend mit dabei sein nämlich, dass es schon im März, teilweise war es ja auch schon im Jänner, wenn die Witterung entsprechend war, dass gearbeitet wurde. Wir haben eine spezielle Wintersanierungsoffensive auch in der Landesregierung beschlossen, es gibt spezielle Förderungen. Da können bis zu 13.000 Euro Barmittel von der Wohnbauförderung bekommen werden, wenn entsprechende Sanierungsmaßnahmen gesetzt werden. Kein Darlehen, sondern ein Zuschuss, wenn es drei verschiedene Schwerpunkte im Bereich der Sanierungen gibt.

Die Aktion läuft bis 30. April, die Rechnungen müssen bis 18. Mai in entsprechender Form bei der Förderstelle eingebracht werden. Wir werden immerhin mit dieser gesamten Wohnbauförderung, nicht nur mit der Wintersanierungsoffensive, und das ist mir sehr, sehr wichtig, zirka ein Bauvolumen von 115 Millionen Euro im Burgenland auslösen.

Das hat natürlich noch weitere Investitionen zur Folge, weil die Wohnungen auch eingerichtet werden müssen. Das sind 230 Millionen an Gesamtwirtschaftsinvestitionen, die Gartengestaltung, die Einrichtung, die Versorgungsleistungen und so weiter, also insofern ist es ungefähr eine Versechsfachung unserer Förderungen.

Die Förderungen werden zirka 37 Millionen Euro für den Wohnbau sein. Wir können den Hebel mal sechs anwenden, was an Investitionen ausgelöst wird. Das sind immerhin 3.700 Arbeitsplätze im Baugewerbe und Baunebengewerbe, die damit auch abgesichert werden.

Ich gehe davon aus, dass wir gerade auch wieder in den Sommermonaten im gesamten Burgenland Rekordbeschäftigung haben werden, mehr als 1.000, 1.500 neue Arbeitsplätze entstehen werden und die Bauwirtschaft im Burgenland, die durch die Wohnbauförderung auch entsprechend gute Rahmenbedingung hat, wird zu dieser guten Wirtschaftssituation, zu den Arbeitsplätzen im Burgenland einen ganz, ganz wesentlichen Beitrag leisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Mit der Burgenländischen Wohnbauförderung werden auch wichtige Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz, sowie Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz gesetzt. Wie viele Energie- und Wohnbauförderberatungen wurden im Jahr 2017 von der Burgenländischen Wohnbauförderung durchgeführt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Wir haben bereits bei der Energieberatung und auch bei der Wohnbauförderungsberatung eine Entbürokratisierung durchgeführt und eine Effizienzsteigerung erreicht.

Das war in der Vergangenheit so, dass einerseits der Energieberater in die Gemeinden gekommen ist und zu einem anderen Zeitpunkt der Wohnbauberater. Wir haben jetzt unsere Leute so ausgebildet und geschult, dass es in einer Hand ist, also das eine Person in die Gemeinden kommt, über die Wohnbauförderung informiert und auch über die Energieberatung informiert.

Das ist uns sehr, sehr wichtig, dass man einerseits alle Möglichkeiten der Förderung kennt, wo bekomme ich welche Mitteln wenn ich das Haus saniere beziehungsweise wenn ich ein neues Haus errichte oder wenn ich auch eine Wohnung anmiete oder welche Förderung gibt es über den genossenschaftlichen Wohnbau. Wenn ich ein Haus saniere oder auch errichte, dann ist es ganz, ganz wichtig, dass ich mich kostenlos informieren kann, durch die Burgenländische Wohnbauförderung. Das heißt, wie kann ich Energie einsparen? Im Laufe der Jahre und Jahrzehnte ist es auch ein Gewinn für jeden einzelnen, wenn er weniger Energieverbrauch hat, wenn er dadurch Geld sparen kann und auch einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Ich glaube, das ist auch ganz, ganz wesentlich, einerseits effizienter zu sein, weniger Energie zu verbrauchen und die Umwelt nicht zu belasten. Wir haben 1.542 Energieberatungen durchgeführt. 125 vor Ort. 264 bei Sprechtagen und 1.153 Kurzberatungen, das ist auch teilweise telefonisch erfolgt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie bereits eingangs erwähnt, ist die Burgenländische Wohnbauförderung auch ein zentrales Förderinstrument zur Schaffung von leistbarem Wohnraum.

Welche Maßnahmen sind für Sie als Wohnbaureferent maßgeblich, um unsere jungen Burgenländerinnen und Burgenländer, Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher, sowie sozial schwache Familien bei der Schaffung von leistbarem Wohnraum mit der Burgenländischen Wohnbauförderung zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon ganz kurz angedeutet, dass eines der ganz wesentlichen Bereiche Junges Wohnen ist, wo wir sehr, sehr niedrige Mieten haben. Das Burgenland hat laut Statistik Austria die niedrigsten Mieten Österreichs. Aber wir müssen schauen, dass wir auch weiterhin die niedrigsten Mieten haben. *(Abg. Manfred Kölly: Steiermark!)*

Es wird nicht von alleine gehen, sondern Statistik Austria… *(Abg. Manfred Kölly: Da steht's! Der Abgeordnete Kölly zeigt einen Zeitungsausschnitt.)* Bitte, Herr Abgeordneter Kölly bitte für mich ist immer offiziell Statistik Austria. Dass in Wahlkämpfen, Vorwahlkämpfen manchmal etwas anderes behauptet wird, mag schon sein, aber Statistik Austria, glaube ich, ist objektiv. Und darauf können wir uns schon in entsprechender Form, glaube ich, einigen, dass Statistik Austria das offizielle Organ der Statistik in Österreich ist und da haben wir mit Abstand die niedrigsten Mieten von allen österreichischen Bundesländer.

Da sollten wir uns die Wohnbauförderung nicht unbedingt schlechtreden lassen, sondern wir sollten stolz darauf sein, dass die Landespolitik, dass die Abgeordneten Beiträge leisten, dass wir eine super Wohnbauförderung haben, nämlich die Beste in Österreich und damit die niedrigsten Mieten und damit die Leute auch motivieren können, bitte baut nicht in einem anderen Bundesland, zieht nicht in die Ballungsräume, bleibt im Burgenland, weil da zahlt ihr für die Wohnung das Wenigste und der Hausbau ist auch am billigsten. So können wir junge Leute motivieren, um im eigenen Land zu bleiben und ich halte das für ganz, ganz wichtig.

Junges Wohnen habe ich angesprochen. 27 Projekte haben wir schon umgesetzt, 293 Wohnungen mit einer Gesamtförderhöhe von zehn Millionen Euro haben wir auch schon fertig gestellt. Weitere 109 Wohnungen bei Jungen Wohnen mit fünf Euro pro Quadratmeter sind im Bau mit 3,7 Millionen Euro Förderungen und 24 Wohnungen sind in Planung.

Also die jungen Leute können sich darauf verlassen, wir schauen auf die Jugend im Burgenland, wir wollen sie motivieren im Land zu bleiben und die billigsten Mieten sollen eben auch ein Anreiz sein.

Wir haben Eigenmittelersatzdarlehen, wenn man weniger Geld hat, es gibt die Wohnbeihilfe, Sozialzuschlag gibt es, viele, viele Fördermöglichkeiten, um hier das Wohnen leistbar zu gestalten. Jetzt und auch in Zukunft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Ulram. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Bei der Beantwortung in der letzten schriftlichen Anfrage haben Sie mitgeteilt, dass rund 50 Prozent der gesamten im Budget vorgesehenen Mittel an Wohnbauförderungsgeldern ausgeschüttet worden sind 2015 und 2016.

Der Handwerkerbonus hat in den letzten Jahren ja sehr gut funktioniert und ist auch sehr gut angenommen worden. Es hat ja auch die budgetären Mittel dafür gegeben. Die Umstellung von den letzten Jahren zum heurigen Winter 2017 auf 2018 hat ergeben, dass eigentlich jetzt weniger ausgeschüttet wird. Ein Beispiel dafür, bei Malerarbeiten hat es zum Beispiel eine Rechnungslegung von 3.000 Euro gegeben, wenn davon 400 Euro Materialkosten sind, sind es logischerweise dann 2.600 Euro an Arbeitszeit und davon hat es 25 Prozent Förderung der anerkennbaren Kosten gegeben. Das waren rund 650 Euro.

Präsident Christian Illedits: Ihre Frage bitte!

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP) *(fortsetzend)*: Jetzt ist es so, dass von den 3.000 Euro 50 Prozent genommen werden und zehn Prozent, nämlich 150 Euro, ausbezahlt werden.

Präsident Christian Illedits: Sie haben noch drei Sekunden Redezeit!

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP) *(fortsetzend)*: Warum wurde der Handwerkerbonus auf das jetzige Modell „Wintersanierungsoffensive“ umgestellt und somit weniger ausbezahlt?

Präsident Christian Illedits: Schon drüber um zehn. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist sich ausgegangen!)* Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wieviel ausbezahlt wird, wird der heurige Winter zeigen. Wir wissen ja noch nicht, wie diese Wintersanierungsoffensive auch tatsächlich angenommen wird. Man muss auch eines in Betracht ziehen, warum haben wir den eingeführt?

Wir haben vor allem diesen Wintersanierungsbonus eingeführt, weil es eine Rekordarbeitslosigkeit im Winter gegeben hat, wo wir gesagt haben, wir wollen gegen die Arbeitslosigkeit auch etwas tun. Wir wollen die Häuslbauer unterstützen, gerade in den Wintermonaten Sanierungen durchzuführen, um gegen die Winterarbeitslosigkeit vorzugehen.

Das heißt, wir haben jetzt einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Wir gehen in Richtung eines relativ guten Beschäftigungsniveaus und damit haben wir gesagt, gibt es die Möglichkeit mit einer neuen Art viel größere Sanierungen zu machen.

Unser Bonus waren einige tausend Euro, die es an Zuschuss beim letzten Projekt gegeben hat und jetzt haben wir 13.00 Euro insgesamt an Cash-Zuschuss. Also die Möglichkeit, wenn man jetzt umfassend saniert, 13.000 Euro zu bekommen, ist deutlich mehr an Geld, das ich bar bekommen kann als das letzten Winter der Fall ist. Dass ich mehr sanieren muss, ist auch klar. Mehr Sanierungen, mehr Geld! Aber die Möglichkeiten sind jetzt größer und ich denke, da muss man schauen, wie das von den Leuten auch angenommen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Fazekas an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet.

Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Fazekas um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben im Jahr 2016 angekündigt, alle Haushalte im Burgenland mit Breitbandinternet versorgen zu wollen. Welche konkreten Schritte haben Sie Ihrer Ankündigung bis dato folgen lassen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch hier, glaube ich, gibt es eine große Übereinstimmung innerhalb der burgenländischen Landespolitik nämlich, dass der Ausbau des Breitbandinternets für den ländlichen Raum ganz wichtig ist.

Wir haben die Problematik, dass natürlich die Anbieter im urbanen Bereich gerne anbieten, weil sie damit auch ein Geschäft machen. Die Herausforderung ist die ländlichen Gebiete ebenso qualitativ hochwertig mit Breitbandinternet zu versorgen, wie das in Ballungsgebieten und auch im städtischen Bereich der Fall ist.

Das wird nicht automatisch gemacht, weil es hier Förderungen bedarf. Ich darf Ihnen auch sagen, dass wir bei der letzten Landeshauptleutekonferenz beschlossen haben, einstimmig die Landeshauptleute, dass die Förderrichtlinien der Breitbandmilliarde zu verändern sind. Denn diese Gelder, diese Milliarde, die ja hier von Seiten des Bundes zur Verfügung gestellt wird, kann nicht ausgelöst werden.

Das ist die Meinung der Bundesländer. Also brauchen wir, gerade für den ländlichen Raum besondere Förderungen und Konditionen, um diese Breitbandmilliarde auch in entsprechender Form ausschöpfen zu können. Wir haben uns im Burgenland bis jetzt auch angestrengt, ja, das wird man auch mit dem Minister besprechen müssen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir sind Ihrer Meinung, Herr Landeshauptmann!)*

Naja das ist ja auch nicht von heute auf morgen erfolgt. Das muss ich auch objektiv sagen, dass die Breitbandmilliarde nicht ausgelöst werden kann, kann man objektiv sagen, das ist ja auch schon länger versprochen worden *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir sind ganz Ihrer Meinung!)* und nicht ausgelöst worden.

Also da hat es vorher eine Regierung gegeben, da gibt es jetzt eine Regierung und da möchte ich ja nicht sagen, dass es da einen Schuldigen gibt, sondern Fakt ist so, und da muss man darüber reden, wie kann man die Gelder ausnützen, um den ländlichen Raum zu stärken, um eine wichtige Infrastruktur… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Den Landtagspräsidenten müssen Sie noch überzeugen!)*

Der sich sehr bemüht ja, das muss man auch dazu sagen, dass sich der Landtagspräsident sehr bemüht, was den Breitbandausbau anbelangt und dass er hier großes Engagement zeigt. Ich hoffe, dass sich alle so einsetzen, damit wir im Burgenland und im ländlichen Raum einen guten und raschen Ausbau des Breitbandinternets auch bekommen.

Ich darf auch darauf hinweisen, was wurde getan? Wir haben im Jahr 2015/2016 neun Millionen Euro ausgelöst, haben 14.000 Haushalte an das Breitbandinternet anschließen können. Wir haben 2016 6.000 Haushalte mit LTE-Technik versorgt, wir haben 2017 Ortsteile von Oberwart, Minihof-Liebau, St. Martin/Raab, Heiligenkreuz, Poppendorf 3.800 Haushalte an das Breitbandinternet angeschlossen.

Also es waren 2015, 2016 und 2017 immerhin 23.800 Haushalte, das sind unsere Bemühungen und unser Einsatz mit Unterstützung natürlich des Bundes. Weiters wurden lTE-Sender im Burgenland in Betrieb genommen. 2016 waren es 40, 2017 waren es 60 lTE-Sender. Also ein deutlicher Anstieg auch in diesem Bereich. Also in Summe wurden seit dem Jahr 2015 23.000 Haushalte, wie ich gesagt habe, an die Breitbandtechnologie gebunden.

Zusammenfassend ist zu sagen, 85 Prozent der Haushalte und Gewerbebetriebe im Burgendland haben Zugang zum A1-Breitband. Das heißt, wir müssen uns weiter anstrengen, dass dieser Wert gesteigert wird. 70 Prozent der Haushalte und Gewerbebetriebe haben direkten Zugang zum A1-Glasfasernetz und Haushalte, die noch nicht direkt angebunden sind, können auch die A1-Hybrid-Technologie benützen, das ist eben die Kombination aus Festnetz und Mobil-LTE.

Also insofern sind wir nach wie vor der Meinung, dass wir bis zum Jahr 2020 das flächendeckend im Burgenland erreichen. Notwendig ist eine Änderung der Verwendung der Breitbandmilliarde, vor allen Dingen mit Schwerpunkt Ausbau des ländlichen Gebietes, weil das natürlich nicht über den Markt finanzierbar ist. Den Ausbau in den Ballungsgebieten, den regelt der Markt, weil es eben ein Geschäft ist und dort, wo der Markt es nicht regelt, braucht man gute Rahmenbedingungen von Seiten des Bundes,

auch von Seiten des Landes, um hier diese Flächendeckung auch durchführen zu können.

Burgenland ist das ländlichste Gebiet mit den kleinsten Einheiten aller österreichischen Bundesländer, damit die größte Herausforderung, das flächendeckend auszubauen und da strengen wir uns an, dass wir das auch tatsächlich realisieren können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Ihre Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident. Geschätzter Herr Landeshauptmann! In Niederösterreich, in Oberösterreich und in der Steiermark wurden landeseigene Breitbandinfrastrukturgesellschaften errichtet, die zur Verbesserung der Breitbandversorgung beitragen sollen.

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, eine ähnliche solche Gesellschaft auch im Burgenland zu errichten, um eben auch diese Herausforderungen, von denen Sie vorher gesprochen haben, besser zu bewältigen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Burgenland hat ja in vielen Bereichen bessere Fördermöglichkeiten als die von Ihnen aufgezählten Bundesländer. Denn wir können über unsere Förderschiene auch als Übergangsregion über die entsprechenden EU-Programme, über unsere Wirtschaftsförderungsprogramme, über unsere Unterstützung auch der Gemeinden, die Eigeninitiativen nehmen - auch da hat es schon für die Gemeinden Unterstützungen gegeben, die in Eigenregie das Breitband ausgebaut haben - diese Fördermöglichkeiten ausnützen.

Auch diese Bundesländer haben mitbeschlossen, dass vom Bund die Förderkriterien zur Auslösung der Breitbandmilliarde, die Sie genannt haben, geändert werden müssen. Also die haben offensichtlich ein ähnliches Problem, sonst wäre es ja nicht einstimmig beschlossen worden. Aber wir sind immer bereit, auch von Seiten des Landes Burgenland, uns dieser Herausforderung zu stellen, wenn die Kriterien geändert werden.

Eine der Voraussetzungen ist, dass das Land Burgenland einen Beitrag durch eine eigene Gesellschaft leisten muss, na dann werden wir uns das gerne ansehen und werden das natürlich auch ins Auge fassen. Ich glaube, es ist unser aller Anliegen und ich habe wirklich den wenigsten Grund, einen Breitbandausbau in irgendeiner Form zu blockieren. Im Gegenteil, je rascher ausgebaut wird, umso besser ist es.

Ausnützung aller Förderprogramme, Änderung der Richtlinien des Bundes für die Breitbandmilliarde, Einbindung der Gemeinden. Ich glaube, da muss man wirklich kräftig motivierend wirken. Das braucht die Wirtschaft, das braucht der Schüler bis hin zum Pensionisten und das wertet den Wirtschaftsstandort Burgenland auf. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Christian Helmenstein, Chefökonom der Industriellenvereinigung, meinte unlängst in einem Kurierartikel, dass es für das Burgenland wichtig wäre, in die Digitalisierung zu investieren und schlägt eine eigene Digitalisierungs-HTL vor. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Ich denke und ich schätze den Dr. Helmenstein, also der ist auch in manchen Projekten von Seiten des Burgenlandes mit dabei. Ich würde da nicht sagen, dass alles was jetzt der Helmenstein sagt, nicht in Ordnung ist, im Gegenteil.

Ich halte das auch für gut. Dass eine HTL eine Bundeseinrichtung ist und wir das unterstützen würden, ja, dass man sagt, es soll auch ein eigener Zweig Digitalisierung gemacht werden, das ist ja für mich überhaupt nicht negativ, im Gegenteil. Ich persönlich bin der Meinung, und sage auch meine Meinung dazu, dass den Technikern die Zukunft gehört. Wir haben gestern stundenlang Projekte von der Fachhochschule besprochen, was gerade im Bereich der Digitalisierung beziehungsweise der Cyberkriminalität für Forschungsprojekte entwickelt werden können.

Übrigens auch Sicherheitspartner auch in dem Bereich, dass Forschungsprojekte entwickelt werden, die in den Digitalisierungsbereich gehen, die im Bereich der modernen Medien sind. Da wird es mit großer Wahrscheinlichkeit, und ich lehne mich in der Regel nie weit raus, solange das nicht beschlossen ist, aber das sind einige Forschungsprojekte auch von unserer Seite dabei, unterstützen die HTL um zum Beispiel im Bereich der Cyberkriminalität Partner aus der Wirtschaft zu finden, ein Forschungsprojekt auf die Beine zu stellen und damit für mehr Sicherheit zum Beispiel im Internet zu sorgen. Das ist auch ein konkreter Ansatzpunkt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Doris Prohaska. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Der Bereich der Digitalisierung verzeichnet eine rasante Entwicklung.

Welche Maßnahmen werden gesetzt, um die Pädagoginnen und Pädagogen an den burgenländischen Pflichtschulen im IT-Bereich zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Also ich glaube damit sind wir wieder bei einer sehr realistischen Forderung und wo wir im Burgenland unsere Hausaufgaben erfüllen müssen und auch erfüllen werden. Die Digitalisierung in der Schule ist ein ganz ein wesentlicher Bereich. Wir haben zum Beispiel in 12 Neuen Mittelschulen im Burgenland Robotik und Coding.

Also insofern ist es auch ein Weg, ich war selbst in einer Unterrichtseinheit anwesend oder teilweise, also nicht eine ganze Stunde, aber doch nicht zu kurz, und war wirklich begeistert, wie der Pädagoge dort Robotik unterrichtet hat und mit welcher Begeisterung dort sowohl Burschen und auch Mädchen engagiert gearbeitet haben.

Wir haben mit dem Verein Bildungsserver eine Einrichtung im Burgenland, die österreichweit im letzten Jahr 200 Millionen Zugriffe im Bereich des E-Learnings gehabt hat. Also wir sind da mit Abstand in dem Bereich E-Learning auch die Nummer eins. Wir haben 20 Prozent aller eLSA-Schulen. eLSA-Schulen sind eben jene Schulen, die E-Learning im Schulalltag einsetzen.

Unsere Konferenzen, die österreichweit im Burgenland stattfinden, zeigen uns, dass wir da einen wirklich großen Schritt auch voraus sind. LMS heißt lernen mit System und genau da sind wir im Pflichtschulbereich die Nummer eins in Österreich. Mit den meisten Zugriffen sowohl im Burgenland, aber auch von anderen Bundesländern.

Wir haben auch schon im Volksschulbereich mit zum Beispiel „skooly“ ein weiteres digitales Lernsystem. Das soll jetzt nicht in die Richtung gehen das man sagt, was die armen Kinder da alles machen müssen, sondern das ist pädagogisch alles aufbereitet. Das ist pädagogisch anerkannt und diese Digitalisierung ist auch ein wesentlicher Schritt zur Individualisierung des Unterrichts.

Ich könnte für jeden Schüler ein Schulprogramm erstellen, um gute Schüler zu fordern, schlechte Schüler zu fördern und genau in diese Richtung geht es im Schulsystem. Wir bilden auch über die Pädagogische Hochschule beziehungsweise über die Lehrerfortbildung immer wieder unsere Pädagogen aus, damit sie diesen modernen Medien positiv gegenüberstehen, dass sie in entsprechender Form auch das Wissen weitergeben können und dass die Grundlage für die Digitalisierung in unseren Pflichtschulen, von der Volksschule, den Neuen Mittelschulen - und der Bund ist ja in den höheren Schulen zuständig -, in entsprechender Form auch gelehrt wird und dass wir hier sozusagen am letzten Stand sind.

Die Vorzeitausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen ist uns hier besonders wichtig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Ich kann vieles unterstreichen, was Sie jetzt im Vorfeld gesagt haben, und vor allem auch unterstützen. Sie haben am 9.3.2017 in einer mündlichen Anfrage gesagt - ich glaube, das wurde auch schon erwähnt -, dass bis zum Jahr 2019 alle Gemeinden, alle Haushalte an das Breitband angeschlossen werden sollen. Wir haben 171 Gemeinden, wir haben 328 Ortsteile. Die Zahl, die Sie genannt haben mit den 85 Prozent an Breitband angebunden, kann ich so nicht nachvollziehen. Es wird schon so sein, dass in manchen Haushalten Breitband möglich ist, das haben Sie auch mit den 23.000 Haushalten erwähnt, die angeschlossen sind. Aber …

Präsident Christian Illedits: Bitte die Frage, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Wir haben in Summe 123.000 Haushalte.

Was ist mit den 100.000 Haushalten, die noch nicht angeschlossen sind?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich kann die Frage nicht nachvollziehen, weil im Burgenland haben wir 120.000 Haushalte und wenn 100.000 noch nicht an das Breitbandinternet angeschlossen sind, so kann das nicht stimmen, wenn 85 Prozent der Haushalte angeschlossen sind.

Offensichtlich passt irgendwas nicht zusammen, und dass es hier einen relativ hohen Wert gibt, wir können nicht sagen, 100.000 sind nicht angeschlossen, wenn wir 120.000 Haushalte haben und 85 Prozent ans Breitband angeschlossen sind. Wenn wir ein bisschen Prozentrechnen, dann kann diese Relation so nicht stimmen.

Dass natürlich in unseren größeren Ballungsgebieten in Eisenstadt mit 14.000 Einwohnern, der Herr Bürgermeister wird es besser wissen, und in Neusiedl mit knapp 9.000 Einwohnern und in Oberwart und in Mattersburg das Breitbandinternet vertreten ist und dass dort die Anschlüsse gegeben sind, führt natürlich dazu, dass man einen relativ

hohen Wert hat und es in den ländlichen Gebieten ein bisschen schwieriger ist, das auszubauen. Aber genau das ist unsere Herausforderung, wo wir sagen müssen, in den Ballungsgebieten funktioniert es, der Wert ist nicht schlecht, aber wir müssen weiterschauen, wie wir das Schritt für Schritt in der Streusiedlung zum Beispiel in Olbendorf in entsprechender Form auch ausbauen.

Aber da hat der Bürgermeister zum Beispiel Initiativen gesetzt. Hier ist die Gemeinde aktiv geworden, um zum Beispiel seine Streusiedlung und seine Ortsteile zu forcieren, hat finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und das funktioniert dort auch.

Also insofern gibt es auch Initiativen der Gemeinden, wo das nicht funktioniert, die wir unterstützen, sodass es sehr wohl auch funktioniert. Also insofern wurden von ihm sehr wohl, er kann ja das bestätigen oder nicht bestätigen, Initiativen zum Ausbau des Breitbandes auch in entsprechender Form gesetzt und auch finanzielle Mittel von Seiten der Gemeinde und auch von Seiten des Landes eingesetzt. Solche Initiativen unterstützen wir auch. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die siebente Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Hergovich an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Hergovich um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Arbeitslosigkeit geht im Burgenland seit September 2016 zurück. Im Jahresschnitt 2017 gab es mit knapp 103.000 Beschäftigten einen neuen Rekord.

Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich könnte es mit einem Satz beantworten. Ich beantworte diese Frage mit einer sehr positiven Einstellung zu dem, was im Burgenland in den letzten Jahren am Arbeitsmarkt passiert ist.

Vielleicht nur ein kurzer Nebensatz, weil der Handwerkerbonus des Burgenlandes von den Kolleginnen und Kollegen der ÖVP kurz kritisiert wurde. Ich meine, wir haben einen Beschäftigungsbonus auf Bundesebene gehabt, der abgeschafft wurde, der noch dazu geführt hätte, dass wir noch mehr Beschäftigte hätten, nicht nur im Burgenland, sondern in Österreich insgesamt.

Das ist eine andere Geschichte, aber diese Dinge, die hier abgeschafft worden sind, wie beispielsweise auch die „Aktion 20.000“ und eben dieser Beschäftigungsbonus, hemmen uns ein bisschen in der positiven Entwicklung, die wir jetzt haben.

Aber zum Burgenland jetzt kommend. Wir haben - das kann man getrost sagen, auch wenn es jetzt ein bisschen superlativ klingt - ein Jahr der Rekorde hinter uns, was den Arbeitsmarkt betrifft. Wir waren die Nummer eins in der Ostregion, was die Zahl der Reduktion der Arbeitslosen betrifft und was den Zuwachs an Arbeitsplätzen betrifft.

Wir haben im Jahr 2017 über das ganze Jahr hinweg gesehen die höchste Beschäftigung insgesamt gehabt; die höchste Beschäftigung in der Geschichte des Burgenlandes seit 1921. Als ich im Jahr 1991 begonnen habe politisch tätig zu werden, haben wir uns zum Ziel gesetzt, 70.000, 75.000, 80.000 Arbeitsplätze im Land zu schaffen. Mittlerweile haben wir im Schnitt 103.000 Arbeitsplätze im Jahr 2017 gehabt. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber allen anderen Jahren und auch im Vergleich

mit dem Jahr 2016 eine Steigerung von 1,8 Prozent beziehungsweise über 1.600 neue Arbeitsplätze.

Wir wollen diesen Weg auch im Jahr 2018 fortsetzen. Es ist auch schon ein guter Start gelungen. Wir haben am Beginn des Jahres 2018, im Jänner, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von 10,9 Prozent aufzuweisen. Das ist, noch einmal gesagt, ein Spitzenwert in der Ostregion, und was für uns ganz besonders wichtig ist, wir haben einen Rückgang der arbeitslosen Jugendlichen von über 20 Prozent. Das ist ganz wichtig aus meiner Sicht.

Ein kleiner positiver Aspekt, der nicht ganz so herauszustreichen ist, aber doch auch wichtig ist: Wir haben noch im Vorjahr bei den „50+ Arbeitslosen“ eine Steigerung von 1,7 Prozent gehabt und haben jetzt ein Minus von 6,4 Prozent bei den über 50-Jährigen.

Jeder, der im Burgenland unterwegs ist - und ich nehme an, dass Sie als Abgeordnete sehr viel mit den Menschen sprechen -, der sieht, dass es ganz schwierig ist, wenn man über 50 ist und aus dem Arbeitsprozess - aus welchen Gründen auch immer - ausscheiden muss, dann wieder in den Arbeitsprozess eintreten kann.

Also insofern halte ich das für eine ganz positive Entwicklung, und ich habe vor einigen Minuten die neuesten Zahlen bekommen. Wir haben auch für den Februar dieses Jahres ein Plus von 2.000 Beschäftigten im Gegensatz zum Vorjahr, plus 2.000 Beschäftigte. Es hat noch nie in einem Februar, welchen Jahres auch immer, 99.000 Beschäftigte gegeben.

Das ist schon ein tolles Zeichen auch, dass im Burgenland etwas weitergeht und dass wir auch immer mehr Beschäftigte haben können. Wir haben einen klaren Rückgang, noch einmal gesagt, bei den jungen Menschen zwischen 15 und 24 von 17 Prozent. Auch bei den älteren ab 50 von 4,1 Prozent.

Wenn man sich jetzt die Branchen anschaut - und dann bin ich schon am Ende -, dann sehen wir, dass wir bei der Herstellung von Waren ein Minus von 14,3 Prozent haben, dass wir im Handel ein Minus von zehn Prozent haben, dass wir im Tourismus von Minus von zwölf Prozent haben, dass wir im Gesundheits- und Sozialwesen ein Minus von 10,2 Prozent haben. Also tolle Sachen.

Der einzige Bereich, der nach oben gegangen ist - und das hängt offensichtlich auch mit den Temperaturen zusammen -, wir haben ein leichtes Plus bei den Arbeitslosen im Bau von 2,7 Prozent. Das werden wir aber, nehme ich an, im März wieder abstellen können. Sie sehen, die Zahlen sind gut.

Ich möchte jetzt nicht überschwänglich sein, wir haben noch immer 12.000 Arbeitslose im Burgenland, aber grundsätzlich, wenn man sich das anschaut, ist das eine positive Entwicklung. Ich möchte noch zwei Punkte herausgreifen. Der Bezirk Oberpullendorf, mein Heimatbezirk, mit 10,5 Prozent ist an der Spitze, aber ganz an der Spitze ist der Bezirk Jennersdorf mit einem Minus von 24 Prozent und auch in absoluten Zahlen den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Das ist auch ein gutes Zeichen für das Südburgenland.

Noch einmal gesagt, jetzt habe ich vier Minuten, fünf Minuten gesprochen, aber ihre Frage zu beantworten: Ich beurteile die Entwicklung am burgenländischen Arbeitsmarkt als sehr positiv. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Kroatien kommt mit 1. Juli 2018, wenn die Übergangsfristen nicht bis 2020 - so wie es auch möglich wäre - verlängert werden würden.

Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich sehe das sehr kritisch, das sage ich ganz offen. Ich bin Burgenlandkroate, aber das hat jetzt nichts mit Kroatien zu tun.

Wir wissen, dass Kroatien relativ nah an Österreich ist, das wissen wir nicht nur vom Arbeitsmarkt, das wissen wir auch von der Möglichkeit, dass kroatische Fußballer beispielsweise im Burgenland spielen, weil sie fahren von Zagreb ins Südburgenland eineinhalb Stunden. Das heißt auch, dass das für den Arbeitsmarkt sehr attraktiv ist.

Also ich plädiere dafür, dass diese Übergangsfristen ausgenutzt werden, weil der Druck auf dem Arbeitsmarkt ein stärkerer wird. Man könnte das jetzt noch ausdehnen, Entsendungsrichtlinien. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, hier am burgenländischen Arbeitsmarkt auch Fuß zu fassen, die aber nicht in unserem Sinn sind. Wir wollen ja, dass burgenländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier am Arbeitsmarkt tätig werden. Wir sehen auch, dass es in vielen Bereichen jetzt wieder besser wird, beispielsweise im Tourismus, wo doch auch Burgenländerinnen und Burgenländer bereit sind, hier auch tätig zu werden.

Aber Ihre Frage ist in die Richtung gegangen: Ich bin dafür, dass diese Übergangsfrist bis zum Ende - nämlich bis zum Jahr 2020 - ausgenutzt wird, um hier auch eine Entlastung unseres Arbeitsmarktes zu ermöglichen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Herr Landesrat! Gerade was den Arbeitsmarkt betrifft sind wir im Burgenland stark abhängig von Regelungen und Gesetzen auf Bundesebene. Ist die Absetzung der „Aktion 20.000“ jetzt schon im Burgenland irgendwie spürbar?

Wissen Sie, wie viele Personen das betrifft?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Nicht unmittelbar spürbar. Ich möchte nur sagen, wir haben über diese „Aktion 20.000“ - das ist noch gelungen, auch dem Burgenländischen AMS - und da kann man ja nicht sagen, dass das sozusagen jetzt - also die Frau Sengstbratl macht einen guten Job, um das einmal zu sagen -, aber dass man jetzt politisch hier mir vorwerfen kann, dass wir sozusagen immer auf der gleichen Wellenlänge schwimmen, aber es ist jedenfalls so, dass wir Gott sei Dank noch vor Ende dieser Aktion - das ist eine Nacht- und Nebelaktion der neuen Bundesregierung gewesen - dafür sorgen konnten, dass 150 bis 160 Menschen von diesem Programm profitieren. Das habe ich schon in meiner ersten Stellungnahme kurz angedeutet.

Das ist für mich wichtig, weil es ist nicht leicht. Wir können reden über Statistiken, über Zahlen, aber wenn Menschen über 50 sind und aus dem Arbeitsprozess

ausscheiden, Bürgermeister Kölly nickt und er weiß das aus seiner Gemeinde genau, dann ist es nicht leicht, diese Menschen wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Wir haben auch bemerkt, dass schon die alte Bundesregierung, also das möchte ich jetzt gar nicht auf Schwarz-Blau fokussieren, sondern auch dafür gesorgt hat, dass gewisse Programme, wie 50+ beispielsweise, die im Burgenland auch greifen, ein bisschen ausgehöhlt worden sind, indem man nunmehr kürzere Förderperioden einplant.

Das haben wir von Landesseite aufgefangen. Das funktioniert und wir hätten mit der Umsetzung der „Aktion 20.000“ auch dafür sorgen können, dass noch mehr Leute in Beschäftigung kommen, das hätte dem Burgenland auch gut getan. Aber wir sind auch froh, dass zumindest einige noch vor dem 31. Dezember des Jahres 2017 in dieses Programm aufgenommen werden konnten.

Noch einmal, ich bin der Meinung, man sollte das von Bundesseite noch einmal überdenken und diese „Aktion 20.000“ nicht zu Tode tragen, sondern auch weiterführen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die achte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Der Konsumentenschutz des Landes und die Preisbehörde leisten einen wichtigen Beitrag, um die Qualität der heimischen Produkte und Dienstleistungen zu sichern sowie die Konsumentinnen und Konsumenten zu schützen. Davon profitieren Wirtschaft, Landwirtschaft und Konsumentinnen und Konsumenten gleichermaßen.

Welche Schwerpunkte planen Sie in diesem Bereich 2018?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Meine Regierungskollegen! Herr Landeshauptmann, Regierungskollegin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren, die Sie uns zuhören und zuschauen, und ich begrüße natürlich auch besonders die jungen Menschen bei diesem Thema Konsumentenschutz. Das hängt natürlich auch eng mit ihrem täglichen Leben zusammen.

Sie, Herr Abgeordneter, haben mich gefragt, wie schaut es im Konsumentenschutz aus, aktuelle Herausforderungen, und wie schaut das Programm für 2018 aus. Zunächst einmal wirklich hier - und das möchte ich nicht vergessen -, einen herzlichen Dank an unseren Landeshauptmann abzustatten.

Er hat mich damals im Jahr 2000 sozusagen vom Landtag, vorher Nationalrat, in die Regierung berufen, und eines unserer ersten Gespräche war eigentlich, was mir wichtig ist, von den Ressortzuständigkeiten, und ich habe ihn damals gebeten, den Konsumentenschutz, für den ich mich im Parlament verantwortlich gezeigt habe, in der Regierung zu übernehmen, das hat sich nachhaltig wirklich als sehr erfolgreich und vor allem - es geht um die Menschen - um die Menschen bewiesen.

Sie müssen sich vorstellen, Herr Abgeordneter, meine Damen und Herren Abgeordneten, über 20.000 Beratungen, die stattgefunden haben. Der Konsumentenschutz ist natürlich langsam gewachsen. Ich habe damals eine Mitarbeiterin in der Abteilung 6 gehabt.

Mittlerweile verfüge ich Gott sei Dank auch über ein weiteres System, das ich ausgedehnt habe, über die Bankenombudsfrau, mittlerweile Bankenombudsmann, bis hin natürlich, dass wir auch in der Zusammenarbeit zwischen der Schuldnerberatung, dem Konsumentenschutz, dem Bankenombudsberatungsmann/frau, natürlich ein sehr gutes Service haben.

Für 2018 ist natürlich sehr vieles wieder vorgesehen. Sie dürfen nicht vergessen, dass wir hier mit täglichen Sorgen von Menschen zu tun haben. Es geht, meine Damen und Herren des Hohen Landtages, wirklich um Existenzen.

Es geht wirklich darum, die Arbeit zu verlieren, weil man beispielsweise dort auch bis zu Lohnpfändungen und so weiter, die nach sich ziehen, arbeitslos zu werden und, und, und. Also wirklich um Existenzen.

Natürlich bin ich täglich konfrontiert mit den Mitarbeitern, dass wir sehr viele Anfragen haben und natürlich hat das auch für heuer den Punkt, dass wir von den jungen Menschen, die heute hier sind beispielsweise bis zu älteren Menschen darauf schauen, und was wir sehr stark merken natürlich, Cyberkriminalität, Internetprobleme. An dieser Stelle darf ich Sie wirklich sehr bitten, dass Sie auch im Unterricht, meine Kollegen und Kolleginnen Pädagogen, darauf achten, dass wir im Unterricht, das als Prinzip immer wieder einfließen lassen, weil das ein Riesenproblem ist.

Junge Menschen sind natürlich auch oft in der Gesellschaft unter Druck, dort und da, aber mitzuhalten, haben natürlich auch das Problem, dass sie über Internet oft an der Nase herumgeführt werden, und man muss wirklich aufpassen, wir begleiten viele junge Menschen.

Auf der anderen Seite beispielsweise ältere Menschen, die mit Telefonanrufen täglich konfrontiert werden, wo nur oft ein Ja am Telefon schon reicht, um einen sozusagen „Kaufvertrag“ abzuschließen, und Sie sind Jurist und machen hier eine ausgezeichnete Arbeit bei der Arbeiterkammer, Sie wissen, wie schnell das geht und wie schnell man natürlich auch hier in die Klauen der Kriminalität kommt.

Ich muss Ihnen sagen, dass natürlich jeden Tag eigentlich irgendjemand etwas erfindet, mit dem man wieder jemanden in die Konsumentenfalle locken kann. Das heißt, wir haben sehr viel Arbeit, und ich bin daher sehr froh, dass ich noch eine zusätzliche Stelle übernommen und zusammengeführt habe, nämlich über 300 Betriebe haben wir über die Preisbehörde. Ich bin auch für die Produktsicherheit in diesem Land und für die Preisbehörde zuständig. Das alles ist natürlich ein riesiges Serviceangebot.

Wir haben alleine im Jahr 2017 über 300 Betriebe kontrolliert. Wir schauen dort auf die Produktsicherheit. Wir schauen aber vor allem auch auf die Preisauszeichnung, und das ist sehr wichtig. Damit schützen wir natürlich nicht nur die burgenländische Wirtschaft gegenüber unlauterem Wettbewerb, sondern natürlich den Konsumenten und die Konsumentin sehr stark.

Das heißt, um Ihnen einige Beispiele zu geben, die wir über die Preisbehörde jährlich kontrollieren, wir haben über hunderte - also 300 - Betriebe alleine im Jahr 2017 kontrolliert. Es kann natürlich soweit gehen, nicht nur abzumahnen, sondern auch eben über die Verwaltungsbehörde Strafen auszusprechen. Das ist ja auch richtig so.

Aber das geht nicht, erstens gegenüber ausländischen Unternehmen. Das kann natürlich nicht auf einer gleichen Ebene sein. Zweitens geht das nicht, wenn der Konsument nicht weiß, wofür er etwas bezahlt, für eine Ware, für ein Produkt.

Hier bin ich also zusammengefasst sehr froh, dass ich hier tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Referaten habe. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben das Internet angesprochen. Gerade die Anzahl der Menschen, die sich über Kaufverträge und Reisegefahren im Internet informiert, steigt stetig. Jedoch gibt es auch Menschen, Burgenländerinnen und Burgenländer, die nicht mit dem Internet vertraut sind.

Wie stellen Sie sicher, dass auch diese Menschen über aktuelle Gefahren im Bereich des Konsumentenschutzes informiert werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Natürlich ist es klar, dass ich nicht die Schienen verlassen kann wie bisher. Das heißt, ich habe in den letzten Jahren mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konsumentenschutzes, der Schuldnerberatung, bis hin zur Preisbehörde immer wieder darauf geachtet, dass wir die Menschen informieren, in doppelter Hinsicht.

Die jungen Damen und Herren, die werden kaum Broschüren in die Hand nehmen. Sie werden a) nicht jeden Tag Tageszeitungen lesen, sondern sie werde vor allem im Internet sein und werden sich über das Internet informieren. Sie können gerne auch auf unsere Homepage gehen in all diesen Zuständigkeiten.

Nur, was tut der Mensch, der vielleicht nicht so EDV-konform ist, auch nicht täglich im Internet herumarbeiten möchte und den Zugang nicht hat? Daher ist es ganz wichtig, beide Dinge aufrecht zu erhalten.

Das heißt, ich lade auch die Damen und Herren Abgeordneten herzlich ein, weil Sie werden genauso wie ich oft konfrontiert sein mit Menschen, die diese Themen haben, hier wirklich auch die Broschüren, besonders an jene, die nicht im Internet sind, zu verteilen.

Es geht natürlich auch immer darum, im Internet zu schauen, über Facebook und so weiter, dass wir alle unsere Angebote und Sprechstunden haben. Was natürlich ganz wichtig ist, und das dürfen Sie nicht vergessen, sind die Außensprechtage. Ich sage ganz klar, das sind oft so persönliche Dinge, die kann man nicht am Telefon besprechen.

Vor allem können unsere Juristinnen und Juristen nicht urteilen über etwas, was sie nicht in der Hand haben, vor sich haben, und wenn die Übermittlung der Unterlagen nicht funktioniert, und deswegen sind mir die Vor-Ort-Gespräche so wichtig.

Ich habe sie in den letzten Jahren ausweiten können. Wir können jetzt das Südburgenland, aber auch beispielsweise Neusiedl, die peripheren Regionen, besser abstatten, weil wir dort Außensprechtage haben. Das ist wichtig. Dabei geht es um die Menschen. Ich lege Wert drauf, dass es nicht daran scheitern kann, in welcher Region man zuhause ist, sondern dass es darum geht, dass jeder den Kontakt hat.

Natürlich sind alle Stellen hier in der Regierung untergebracht und täglich aufsuchbar. Aber hier bitte ich Sie darum, dass das wirklich über telefonische Termine geht, weil wir nicht so lange Wartezeiten haben wollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Sodl. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In wenigen Wochen wird wieder hoffentlich der Frühling ins Burgenland Einzug halten. Dann werden

an den burgenländischen Straßen wieder Obst- und Gemüsekaufstände aus dem Boden sprießen. In den vergangenen Jahren wurde die Herkunft des Obstes und Gemüses in einigen Fällen falsch deklariert.

Was tun Sie, um das hintanzuhalten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Meine Damen und Herren! Hier eine klare Auskunft, Ich habe vorher schon gesagt: Preisbehörde. Sie ist natürlich draußen, um auch die Stände zu kontrollieren. Und hier ein herzliches Dankeschön an meinen Regierungskollegen Norbert Darabos, der für Lebensmittel und ich für die Preisbehörde zuständig ist. Warum? Weil es genau nur in dieser Zusammenschau möglich ist, weil wir hier gemeinsam vorgehen und die Stände sehr stark kontrollieren.

Aber gehen Sie mit mir gedanklich in die Vergangenheit zurück. Viele von Ihnen haben schon die Frage gestellt und haben gesagt, ja, was ist mit den Obstständen, mit den Gemüseständen, dort stehen sehr viele ausländische Mitbewerber, die aber hier nicht den Auflagen entsprechen. Das ist nicht möglich.

Vor allem, sie stellen sich vor, bitte wirklich genauer in den nächsten Monaten schauen, dann wenn es eben wieder wärmer wird, weil wir oft, vor allem im Nordburgenland an Hauseingängen beziehungsweise Einfahrten vorbeifahren, und da steht dann irgendwer, dann hat man natürlich als Konsument den Eindruck, das sind sicher burgenländische Produkte. Dem ist nicht so, weil auch ausländische Obst- und Gemüsestände bei uns sein können. Aber dort kaufe ich eigentlich zum teuren Geld ausländische Waren und ausländisches Gemüse und Obst, und ich habe mich da sehr stark gemacht im Vorjahr. Wie gesagt, gemeinsam unsere Initiative, das ist mittlerweile, wir haben eine tolle Firma, ohne für sie Reklame zu machen, in Neutal, mit Fingerprint, die arbeiten dort mit diesem, kostet natürlich etwas, aber ich glaube, dass das sehr wichtig ist für die Konsumenten, aber auch für die burgenländische Wirtschaft. So können wir nachweisen, wo ist das Obst, wo ist das Gemüse wirklich her, und ich sage Ihnen aber, ich wundere mich, wir haben keinen einzigen Übertritt 2017 gehabt, das heißt, es hat alles dem entsprochen.

Obwohl wir über 100 Überprüfungen gehabt haben, und noch einmal, vielen herzlichen Dank, Frau Generalsekretärin, Sie sind zuständig für all diese Menschen. Vielen Dank an die tollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich glaube, da können wir wirklich Einzelnen sehr stark helfen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf b e e n d e t .

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 1197), mit dem das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert wird (Zahl 21 - 849) (Beilage 1207)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 1197, mit dem das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert wird, Zahl 21 - 849, Beilage 1207.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Klubobfrau.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert wird, in ihrer 28. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländischen Landesbezügegesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Molnár als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Guten Morgen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Einstieg in den heutigen Sitzungsmarathon geht es um das Thema Politikerbezüge.

Ein Thema, das sehr viele Facetten hat. Ein Thema, zu dem zweifelsohne jeder eine Meinung hat, egal wen man fragt. Ein Thema, dem man daher auch von dieser Stelle aus heute sehr viel Platz einräumen könnte.

Worum geht es konkret? Konkret geht es heute um unsere Bezüge, um die Bezüge der sieben Regierungsmitglieder und von uns 36 Landtagsabgeordneten. Außerdem - auch das sei der Vollständigkeit halber erwähnt - um den Bezug des Präsidenten, des amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates und des Direktors des Landes-Rechnungshofes. Die Bezüge all dieser genannten Personen und Organe sind im Landesbezügegesetz geregelt.

Die Systematik der Bezügepyramide ist hinlänglich bekannt. Maßgeblich für die Bezüge von Bundes- und Landespolitikern ist der Bezug des Nationalratsabgeordneten. Der monatliche Bezug des Nationalratsabgeordneten, der seit 1.1.2017 bei 8.755,76 Euro brutto liegt. Das ist der sogenannte Ausgangsbetrag, an dem dann die Bezüge aller anderen Bundes- und Landespolitiker gemessen werden.

Wir als burgenländische Landespolitiker bewegen uns in der Bandbreite von 65 Prozent des Nationalratsabgeordneten, das ist der Landtagsabgeordnete, bis zu 185 Prozent des Nationalratsabgeordneten, das ist der Landeshauptmann. Die Bezüge aller anderen Landespolitiker bewegen sich dazwischen.

Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass wir im Burgenland die maximal möglichen Bezüge seit jeher nicht ausschöpfen, denn nach dem Bezügebegrenzungsgesetz des Bundes ist es so, dass der Landtagsabgeordnete bis zu 80 Prozent des Nationalratsabgeordneten beziehen könnte und der Landeshauptmann bis zu 200 Prozent des Nationalratsabgeordneten.

Das heißt, der Bezug eines Landtagsabgeordneten im Burgenland könnte, das wäre rechtlich möglich, um rund 23 Prozent höher liegen als er das aktuell tut; der des Landeshauptmannes immerhin um acht Prozent.

In allen Fällen ist es so, dass wir durch die Nichtausschöpfung der maximalen Bezüge pro Kopf pro Jahr etwas mehr als 18.000 Euro brutto einsparen, das sind im Jahr immerhin mehr als 800.000 Euro.

So gesehen, meine Damen und Herren, gehen wir im Burgenland im Vergleich mit den anderen Bundesländern durchaus nicht mit dem schlechtesten Beispiel voran. Eher mit dem besten, und das wollen wir auch weiterhin tun. Kollegin Salamon und ich haben daher einen Initiativantrag zum Landesbezügegesetz eingebracht, der bewirkt, dass die Bezüge im heurigen Jahr, im Jahr 2018, nicht wie gesetzlich vorgesehen, angepasst beziehungsweise erhöht werden.

Grundsätzlich ist ja eine jährliche Anpassung im Gesetz vorgesehen. Entweder nach dem Pensionsanpassungsfaktor oder nach der Inflationsrate. Je nachdem welcher Wert niedriger liegt. Für heuer wäre es die Inflationsrate gewesen von 1,5 Prozent. Das heißt, das ist jenes Ausmaß, in dem wir jetzt verzichten.

Meine Damen und Herren, was bedeutet das in Zahlen und warum meinen wir, dass wir verzichten sollen?

Warum meinen wir, dass wir verzichten sollen? In Summe machen die Bezüge der Landespolitiker im Burgenland jährlich etwa 4,6 Millionen Euro aus. Zwei Drittel davon entfallen auf den Landtag, ein Drittel davon auf die Landesregierung. Was bei einer möglichen Erhöhung von 1,5 Prozent in Summe eine Einsparung von etwas mehr als 70.000 Euro pro Jahr bedeutet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt mag mancher sagen, das ist nicht besonders viel, auf der anderen Seite ist es immerhin, wenn man es umrechnet, ein Landtagsabgeordneter, den wir hier im Jahr 2018 einsparen. Natürlich, meine Damen und Herren, geht es hier um ein Zeichen, um ein Signal. Ein Signal, das bereits in den Jahren in der Schulden-, Finanz- und Wirtschaftskrise gesetzt wurde.

Es hat in den Jahren 2009, 2010, 2011 und auch 2012 keine Anpassung gegeben. Ein Signal, das wir jetzt auch bekräftigen und erneuern möchten. Die Krisenjahre liegen zwar, Gott sei Dank, hinter uns, aber, es ist nach wie vor so, das wissen wir alle, dass die öffentlichen Haushalte unter großem Druck stehen, dass wir große Herausforderungen vor uns haben.

Es muss in ziemlich vielen Bereichen gespart werden, an allen Ecken und Enden. Mit dieser Nulllohnrunde für uns selbst setzen wir auch bei uns den Sparstift an.

Ich halte das für kein unwichtiges Signal, ganz generell, aber vor allem auch und speziell, und das ist mein persönlicher Zugang, im Verhältnis zu den eigenen Mitarbeitern des Landes, zu den Mitarbeitern und Kollegen im Landesdienst, denn sie sind es, die in den letzten Jahren einen wesentlichen Teil der Sparbemühungen der Politik schultern mussten, wenn natürliche Abgänge in vielen Fällen nicht nachbesetzt werden, das bei gleichzeitig steigenden Aufgaben, dann steigt natürlich entsprechend der Druck auf die verbleibenden Mitarbeiter.

Da soll es dann nicht heißen, bei uns als Mitarbeiter wird gespart, und die Damen und Herren im Landtagssitzungssaal machen es sich gemütlich und setzen keine Maßnahmen.

Meine Damen und Herren! Unser Ruf als Politiker ist, gerade wenn es um das Geld und um Bezüge geht, nicht der allerbeste. Ich glaube aber, dass wir auf Landesebene im Burgenland mit dem Thema Bezüge, Politikerbezüge, durchaus maßvoll umgehen. Wir schöpfen bei den Bezügen nicht das maximal Mögliche aus. Anpassungen nehmen wir jetzt im Schnitt der letzten zehn Jahre nur jedes zweite Jahr vor. Heuer eben nicht. Das soll uns jetzt keinen tosenden Applaus einbringen, aber es ist so und deswegen erwähne ich es auch.

Abschließend - Sie werden mir Recht geben - die Tätigkeit als Politiker ist eine sehr erfüllende. Eine Tätigkeit, die sehr viel Freude macht, die aber andererseits natürlich auch sehr fordernd und mit Entbehrungen verbunden ist. In diesem Sinne bedanke ich mich bei meinen Abgeordneten des Klubs, aber auch bei allen anderen Kollegen für ihr Engagement. Ein Engagement, das etwas wert ist.

Ich denke, dass wir mit dieser Nulllohnrunde das richtige Zeichen setzen. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter Molnár! Mit dem letzten Teil Ihrer Rede gehe ich zu 100 Prozent konform. Da haben Sie Recht. Politik muss etwas wert sein.

Sie haben die Vorgeschichte zwar sehr lange dargelegt, aber einen wesentlichen Punkt haben Sie schon vergessen. Die Initiative weshalb wir heute hier etwas nachvollziehen, was auf Bundesebene passiert ist, kommt von Bundeskanzler Sebastian Kurz. Ihr Bundesparteiobmann H.C. Strache hat gemeinsam mit ihm vereinbart, eine Nulllohnrunde für die Bundesebene zu beschließen und wir, der Landtag, also nicht die großartige Initiative der rot-blauen Landesregierung, wir ziehen hier mit.

Die Initiative unseres Bundeskanzlers Sebastian Kurz zu unterstützen, ist für uns als ÖVP Fraktion natürlich ohnedies eine Selbstverständlichkeit. Deshalb werden wir als Burgenländischer Landtag, als ÖVP Fraktion, diese Nulllohnrunde für Politikerbezüge beschließen.

Eines möchte ich Ihnen aber schon noch auf den Weg mitgeben: Sie haben gestern vorgerechnet und heute so gesagt: 70.000 Euro sparen wir uns ein. Das ist de facto der Bezug eines Landtagsabgeordneten. Wenn Sie ein wenig in der Tagesordnung nach vor blättern werden Sie bemerken, dass wir heute unter dem Tagesordnungspunkt 11 den Rechnungsabschluss 2015 diskutieren werden. Sie reden von 70.000 Euro an Einsparung. Wissen Sie was 2015 uns, das Land Burgenland, nur diese Zinsswaps gekostet haben? Über sieben Millionen Euro. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Seit 2009 fordern, teilweise auch Ihre Kollegen, dass wir etwas tun. Auf der einen Seite setzen wir Signale um 70.000 Euro, auf der anderen Seite verschließen Sie die Augen vor den Verlusten von sieben Millionen Euro.

Wo ist hier - *(Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Die Beschlüsse sind nicht von uns.)*

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter - Sie haben das richtig formuliert. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben Recht, die Beschlüsse sind irgendwann

anders gefallen, aber, es gibt ja Leute, wie den Herrn Doskozil, der ja gesagt hat, er wird das jetzt alles überprüfen.

Ich gehe davon aus, dass das jetzt alles in Windeseile erledigt werden wird. Warum ist in den letzten fünf Jahren, wo die ÖVP schon jedes Mal gesagt hat, wir sind nicht dieser Auffassung, dass dieses Szenario, das hier weiterläuft, einfach bis 2033 ausgesessen wird? Sie sitzen in der Regierung, Sie haben jetzt die Verantwortung. Nehmen Sie diese Verantwortung wahr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Werner Friedl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Friedl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Molnár hat es schon erwähnt, es geht heute bei diesem Tagesordnungspunkt um die Änderung des Burgenländischen Landesbezügegesetzes. Für die Anpassung von Politikerinnen und Politikerbezügen sind einerseits die sogenannten Pensionsanpassungsfaktoren und auf der anderen Seite die Inflationsrate, die von der Bundesanstalt, Statistik Austria, nach dem System des § 3 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre festgelegt wird, maßgeblich.

Der jeweils niedrigere Anpassungsfaktor ist für die Erhöhung der Politikerinnen- und Politikerbezügen heranzuziehen. Ohne diese Gesetzesänderung hätte dies zur Folge, dass die Bezüge der Politikerinnen und Politiker, die unter das Landesbezügegesetz fallen, für das Jahr 2018 entsprechend der Inflationsrate 1,5 Prozent angehoben worden wären. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Anpassung soll für das Jahr 2018 für jene Bezüge entfallen, die 49 Prozent des am 31.12.2017 geltenden Ausgangsbetrages übersteigen. Die Vorgangsweise entspricht jener für die Bezüge der Bundespolitikerinnen und -politiker. Meine Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Ein wichtiges Thema. Politik ist wichtig, hat seinen Stellenwert, nicht nur im Land, sondern auch im Bund, EU-weit und weltweit.

Politiker die arbeiten, sollen auch dementsprechend bezahlt werden. Es sollen aber auch Politiker, die dementsprechend Fehler machen, auch dazu stehen und auch in Haftung genommen werden können, wenn es wirklich Fehlmöglichkeiten gegeben hat und dergleichen mehr.

Wenn wir heute das Landesbezügegesetz diskutieren, dann, Kollege Molnár, bin ich bei Ihnen. Darüber gibt es gar keine Diskussion. Wir können und wollen auf diese Erhöhung gerne verzichten, denn unser Land Burgenland ist noch immer ein Armenhaus, wie wir heute aus den Medien erfahren haben, denn das Burgenland ist von den Einkommen her und dergleichen mehr noch immer an letzter Stelle.

Heute wurde auch vom Kollegen Sagartz schon andiskutiert, welche Gelder eigentlich oft durch die Finger verschwinden, ohne dass wir hier seitens der Opposition, seitens des Landesparlaments, seitens des Hohen Hauses, die Möglichkeit haben, Einsicht zu nehmen.

Wenn sich der Herr Kollege Géza Molnár hier herstellt und sagt, 70.000 Euro sind auch ein Geld, dann gibt es gar keine Diskussion darüber, keine Frage, aber, in vielen Bereichen, auch im Klubbereich, könnte man viele Möglichkeiten an Einsparungen schaffen.

Wenn sich der Herr Kollege Molnár hier herstellt, und sagt, wir sparen dort ein, werde ich das auch unterstützen, selbstverständlich. Überall gibt es Einsparmöglichkeiten. Wir müssen in der Gemeinde, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, in letzter Zeit nur mehr verwalten, denn wir können fast nicht mehr gestalten.

Ich denke hier nur an den Regress, der auf uns zukommt, wo jetzt schon großartig davon gesprochen wird, was hier für Möglichkeiten auf uns niederkommen. Ich denke an die Sozialleistungen, die wir ja gerne mit beitragen, die jedoch nicht mehr zu schultern sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dann, glaube ich, ist es auch nicht notwendig, hier großartig über die Medien gleich in der Früh, wenn man munter wird, zu erfahren, dass die SPÖ und die FPÖ auf diese 70.000 Euro beziehungsweise auf diese Erhöhung verzichten. *(Abg. Ingrid Salamon: Na, hallo! Der ganze Landtag.)* Der ganze Landtag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben noch nicht dazu gesagt, dass wir dazu stehen, aber, wir werden dazu stehen, keine Frage. *(Abg. Ingrid Salamon: Muss ein Mehrheitsbeschluss sein!)* Aber, im Vorfeld wurde das mit den Fraktionen nicht ausdiskutiert. *(Abg. Ingrid Salamon: Für alles gibt es Lösungen.)* Das ist genau das, was wir in diesem Hohen Haus vermissen.

Das wird zwischen SPÖ und FPÖ jetzt einfach so dargestellt. Ja, dann werden sie ohnehin alle mitstimmen. Genau das ist der Punkt. Na selbstverständlich. Seitens der Gemeinden, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir ja in der letzten Zeit Erhöhungen bei Sitzungsgeldern von Gemeinderäten gehabt, weil es notwendig war, denn sonst bekommen wir keine Leute mehr in den Gemeinderat. Es war auch notwendig, Angleichungen zu machen.

Auch hier haben wir gesagt, ja selbstverständlich. Da wird in den Gemeinden Arbeit geleistet, hier wird auch wirklich Zeit aufgebracht, um bei den Menschen zu sein, denn hier ist schlussendlich einiges umzusetzen. Ohne Gemeinden würde es auch vieles nicht geben.

Daher stimmen wir diesem Antrag selbstverständlich gerne zu. Es gibt keine Erhöhung. Diese 70.000 Euro sind, wie schon erwähnt, keine große Summe, aber, egal, denn wichtig ist, dass das Signal gesetzt wird.

Das sollte aber nicht nur im Land Burgenland, sondern auch im Bund und in der EU vielleicht angedacht werden. Denn, wenn man sich diese Gagen anschaut, wenn man sich diese Möglichkeiten anschaut, was die kassieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sollten wir vielleicht das auch hier andenken, einen dementsprechenden Antrag einbringen, um auch in dieser Richtung hier so ein Signal zu setzen. *(Abg. Ingrid Salamon: Werden wir.)* Herzlichen Dank.

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneter Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. In dem Zusammenhang möchte ich auf etwas hinweisen, was uns als GRÜNE schon sehr wichtig ist. Nämlich, auch eine umfassende transparente Darstellung der Zusatzeinkommen der Abgeordneten in einer Übersicht auf der Homepage des Landtages auch deutlich zu machen.

Da würde man zum Beispiel sehen, dass der Herr Kollege Kölly sozusagen der Bestverdienendste unter allen Abgeordneten ist. *(Abg. Manfred Kölly: Ich arbeite ja auch etwas!)* In der höchsten Zuverdienstklasse. *(Abg. Manfred Kölly: Ich bin selbständig! Ich bin Bürgermeister!)* Das steht jedem und allen zu. Ich möchte niemandem vom Verdienst für eine harte Arbeit etwas wegnehmen, *(Abg. Manfred Kölly: Alles offen! Alles transparent!)* was ich für wichtig empfinde, weil wir reden hier so leicht immer über alle im Pauschal und ich möchte noch einmal wiederholen, *(Abg. Manfred Kölly: Geht es bei Euch GRÜNEN darum, dass Ihr das Budget zusammen bekommt?)* was wir hier schon mehrmals gesagt haben.

Es wäre für die Bürger und Bürgerinnen, ich nehme an, auch für viele, die sonst nur von der Galerie zuhören, durchaus hilfreich, einen transparenten Überblick darüber zu haben, was verdienen nun wirklich die Abgeordneten. Wo gibt es Zusatzverdienste. Wie hoch sind die, um das auch wirklich nachvollziehen zu können, denn dann kann man auch an diesen Diskussionen hier wahrscheinlich besser mitvollziehen, worum es bei den einzelnen Punkten geht. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1161) mit dem der Kulturbericht 2016 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 – 819) (Beilage 1208)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 3. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1161, mit dem der Kulturbericht 2016 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 819, Beilage 1208, wird Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den Beschlussantrag, mit dem der Kulturbericht 2016 zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 28. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 07.2.2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Kulturbericht 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um den Kulturbericht 2016. Lassen Sie mich vielleicht zu Beginn ein paar persönliche Bemerkungen machen.

Ich habe früher Menschen, die eine künstlerische Ader haben, die sehr kreativ sind, immer bewundert. Auch - ich gebe es zu - unter dem Nebenaspekt, dass die davon leben konnten, oft auch sehr gut davon leben konnten, aber es kennt jeder den Begriff auch der brotlosen Kunst, brotlose Künstler, die erst oft nach ihrem Tod die entsprechende Anerkennung bekommen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der burgenländische Kulturbegriff ist sehr weit definiert. Neben den Kunstbereichen, wie Malerei, Literatur, Musik, bildende und darstellende Kunst, gibt es noch Bereiche, wie die Volkskultur, das Museums- und Ausstellungswesen, die Denkmalpflege, das Bibliothekswesen und auch die Förderung von Wissenschaft und Erwachsenenbildung fällt hier herein. Die großen Bereiche dieses Kulturberichtes - die finanziellen - sind jetzt Museen, Archive und Wissenschaft mit 1,05 Millionen Euro, die Kulturinitiativen und die Kulturzentren mit 2,7 Millionen Euro, die Ausbildung und Weiterbildung mit elf Millionen Euro und schließlich Großveranstaltungen mit 1,5 Millionen Euro.

Damit ergibt sich schon aus diesen Posten eine Summe von16,25 Millionen Euro, von den insgesamt 18 Millionen Euro, die dieser Kulturbericht aufweist. Das mag jetzt im Vergleich mit den anderen Budgetposten nicht als sehr viel erscheinen, aber die Wichtigkeit jedes einzelnen Euros in diesem Bereich ist, glaube ich, unbestritten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bewusstsein für Kunst und Kultur ist, glaube ich, das kann man so sagen, in den letzten Jahren gestiegen. Die Kulturlandschaft ist größer, vielfältiger und professioneller geworden. Hinsichtlich der Gewichtung und damit des Ausmaßes der Förderungen wird es wahrscheinlich immer unterschiedliche Meinungen geben.

Der eine wird die Einstellung vertreten, dass, ich sage das jetzt nur als Beispiel, das OHO Oberwart zu viel und das J:opera in Jennersdorf zu wenig an Förderungen bekommt. Beide werden wahrscheinlich dies gut begründen können - mit verschiedensten Argumenten. *(Abg. Walter Temmel: Burgspiele Güssing.)*

Als weiteres Beispiel möchte ich die Denkmalpflege anführen, denn da gibt es auch sehr verschiedene Aspekte hinsichtlich der Förderungen. Ich kann ein Beispiel aus meiner Heimatgemeinde Tobaj nennen, wo wir in zwei Ortsteilen jeweils eine inzwischen aufgelassene Volksschule gehabt haben.

Beide stehen unter Denkmalschutz und es ist sehr schwierig, Änderungen vorzunehmen, etwa die Fenster auszutauschen, und diese Gebäude einer allgemeineren Verwendung zuzuführen. Die andere Seite, das Kastell, falls das jemand kennt, in Sulz - vis a vis von der Mineralwasseranlage, droht zu verfallen, wobei man natürlich fairerweise sagen muss, dass diese beiden Beispiele und die Kosten für diese Beispiele nicht direkt vergleichbar sind.

Zusammenfassend würde ich sagen, dass man über die Gewichtung und Prioritäten der Kunst- und Kulturbereiche und damit der Förderwürdigkeit und Förderhöhe streiten kann. Für mich ist aber auf jeden Fall wichtig, dass der Fokus schwerpunktmäßig auf - ich sage einmal drei Bereiche - gelegt wird.

Mir ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche gefördert werden, sowohl hinsichtlich des Aspektes, dass sie zukünftige Konsumenten sind, aber auch vor allem sollen junge Talente eruiert und gefördert werden, wie das beispielsweise in Neuhaus am Klausenbach bei J:opera der Fall ist.

Der zweite wesentliche Aspekt für mich ist, dass jeder Euro, der in die Kultur investiert wird, auch eine Investition in die Wirtschaft und einen Impuls für die Wirtschaft darstellt, vor allem klarerweise für die Wirtschaft in der Region. 100.000 Gäste kommen zu unseren Veranstaltungen und davon profitieren die Hotellerie, die Gastronomie und somit der Tourismus insgesamt.

Das dritte wesentliche Standbein hinsichtlich Kunst und Kultur sind für mich die Vereine und ihre ehrenamtlichen Funktionäre und Mitarbeiter, die in den verschiedensten Kulturbereichen tätig sind. Sie tragen wesentlich zur hohen Lebensqualität in unseren Gemeinden bei und gehören entsprechend unterstützt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass dieser Kulturbericht zeigt, dass das Land gute Rahmenbedingungen für alle Kulturschaffenden garantiert, dass Vielfalt, Qualität, Professionalität, Kreativität für unser Heimatland Burgenland gesichert werden und gesichert bleiben.

Wir werden diesen Kulturbericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat Doskozil! *(Der Abgeordnete blickt auf die leere Regierungsbank. - Abg. Gerhard Steier: Das war wohl jetzt eine Spitze!)* Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Als Kultursprecher der ÖVP habe ich mich sehr gefreut, als ich die Tagesordnung gesehen habe. Kulturbericht 2017 - schön, zeitgerecht. *(Abg. Gerhard Steier: 2016!)* Ich muss mich selber korrigieren, Sie haben das selber auch gesagt, es ist der Kulturbericht 2016!

Wissen Sie, Berichte, die hier über ein abgelaufenes Jahr diskutiert werden, sind eigentlich pathologische Befunde, da sind wir uns einig, aber da kann man nichts mehr ändern, oder? *(Beifall der Abg. Mag.a Regina Petrik - Heiterkeit bei einigen*

Abgeordneten) Aber, wenn man dann im März 2018 den Kulturbericht 2016 diskutiert, und der Kulturbericht hat jetzt, wenn ich also die Tabellen weglasse, dann hat dieser Kulturbericht 21 Seiten, mit den Tabellen hat er jetzt knappe 50 Seiten, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Viele Fotos der Politiker!)* mit vielen Fotos, dann verstehe ich nicht, warum man nicht zeitgerecht einen derartigen Bericht diskutieren kann.

Ich meine, es ist ein Affront, wenn man hier im Landtag vor 35 Abgeordneten über einen Bericht diskutieren darf, der vor fast eineinhalb Jahren stattgefunden hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher meine Anmerkung, ich hoffe, nachdem dieser Bericht noch die Handschrift des ehemaligen Landesrats Bieler trägt, dass beim neuen Landesrat hier diese Möglichkeiten der Diskussion früher gestaltet werden.

Ich möchte einige Anmerkungen machen: Es ist schon viel gesagt worden und man könnte jetzt das ausweiten und sagen, ja, Kultur ist Tourismus und Kultur ist Wirtschaft und jeder Euro, der in die Kultur investiert wird, trägt natürlich dazu bei, dass auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das kennen wir alle von Sonntagsreden. Diese Rede habe ich jetzt gerade auch gehört. Ich möchte ganz einfach einige Anmerkungen machen, nämlich, wenn man sich diesen Bericht anschaut, dann ist er, leider Gottes, nicht mehr als eine Statistik, ein Förderbericht. Es ist nicht mehr!

Also, ich habe den Bericht, glauben Sie mir das, zweimal durchgelesen. Ich habe da nichts gefunden, wo man das jetzt kritisieren könnte, man könnte da ein bisschen Groschen verschieben, dort ein paar Euros verschieben, das wär alles.

Aber, wenn man dann die Kulturpolitik näher betrachtet, dann muss man schon feststellen, dass das kulturelle Geschehen hier in diesem Bericht eigentlich nicht widergespiegelt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren - absolut nicht! Da geht es um Förderungen. Früher waren das auch meine Förderungen, die ich als Gemeindereferent gemacht habe, denn die haben sich auch im Kulturbericht gefunden, jetzt wieder, aber mehr nicht!

Wo sind, zum Beispiel, die großen Bereiche? Wo wissen wir über die Aktivitäten der großen Bereiche Bescheid?

KBB oder KSB! Wo wissen wir Bescheid, was sich in den Kulturzentren tut, wenn wir hier nur eine Summe bekommen? Wo wissen wir Bescheid, welche Aktivitäten sich in den anderen Destinationen im Kulturbereich auftun?

Hier steht kein Wort darüber, weil das alles ausgelagert und ausgegliedert wurde! Als Ökonom weiß ich jetzt schon, dass es sinnvoll ist, wenn man gewisse Dinge zusammenzieht, keine Frage, weil man damit die sogenannten Synergieeffekte heben oder erreichen kann. Ganz klar!

Aber, ich glaube, und da hoffe ich, dass der Landesrat Doskozil vielleicht auch eine andere Meinung vertritt, als der ehemalige Landesrat Bieler, im Kulturbereich geht es darum, dass man auch die kleinen Ebenen fördert.

Es ist schon wichtig, eine Dachmarke zu haben, denn wir sind ja oft in der Regierung zusammengesessen und haben über eine Dachmarke „Burgenland Kultur“ diskutiert. Das ist alles in Ordnung, denn das brauchen wir auch als kleines Land, damit

man uns auch in der großen Welt wahrnimmt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, wenn Kultur im Burgenland wirklich funktionieren soll, dann braucht es die Unterstützung der untersten Ebenen, sprich, vor Ort. Da müssen die Gelder eingesetzt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Daher mein Vorschlag, und ich hoffe, dass der Landesrat Doskozil hier auch dieser Meinung ist, ich habe einiges schon gehört über die Medien und bin erfreut, sage ich sehr deutlich, bin positiv angetan, dass hier im Kulturbereich seit der Landesrat Doskozil dafür verantwortlich ist, Bewegung ist, nämlich, dass erst einmal die Gelder von oben nach unten verlagert werden, denn das ist ganz wichtig.

Es hat keinen Sinn, wenn man, zum Beispiel, über die KBB versucht, Werbung zu betreiben, und letztendlich geht es um das Lisztfestival in Raiding.

Letztendlich geht es um Kulturveranstaltungen in Oberwart, im Südburgenland, im Nordburgenland, letztendlich geht es um das Haydnkonservatorium und so fort.

Dort müssen die Gelder eingesetzt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht ganz oben! Daher meine ich, da sollten wir auch ein Umdenken bewirken und ich bin voller Hoffnung, dass das auch mit dem neuen Landesrat geschieht, denn die wissen ganz genau, wo der Hebel angesetzt werden muss. Wenn man schon eine Dachmarke „Kultur Burgenland“ kreiert, dann, meine ich - und da bin ich mit meinem Vorredner wieder konform - sollten wir die burgenländischen Künstlerinnen und Künstler mehr miteinbeziehen.

Ja! Es hat schon einen Grund, wenn man Wiener Künstler durch den Ankauf von Bildern und so weiter unterstützt, wenn man versucht, die hohe Kulturszene ins Burgenland zu holen. Aber, wichtiger ist es, dass man die einzelnen Künstlerinnen und Künstler vor Ort noch mehr unterstützt.

Wissen Sie, ich bin als Kultursprecher der ÖVP mit vielen Künstlerinnen und Künstler fast jeden Tag konfrontiert. Wissen Sie, wie viele, zum Beispiel, nur von der Kunst, von der Kultur leben müssen?

Wenn die beispielsweise einen Nebenjob als Lehrer, als Musiklehrer und so weiter nicht hätten, die könnten gar nicht bestehen. Es würden viele Kulturprojekte gar nicht existieren.

Daher ist mein Credo, dass wir, wenn wir schon die Dachmarke Burgenland Kultur haben, die burgenländischen Künstlerinnen und Künstler viel mehr mit einbeziehen.

Kultur ist nicht nur Tradition, sondern vor allem - und ich zitiere: Die verstehende Auseinandersetzung mit der endlichen vom Menschen gemachten Welt! Das ist eine Definition vom deutschen Philosophen Ralf Konesmann. Das bedeutet, dass man vor allem die Gegenwartskunst miteinbeziehen muss.

Da gibt es auch, Gott sei Dank, positive Ansätze des neuen Kulturlandesrates, der in einer Presseaussendung gemeint hat: Jawohl, man muss sich nicht nur der Tradition bewusst werden, sondern sich auch der modernen Kunst widmen. Ich hoffe, das wird auch so umgesetzt.

Es geht nämlich auch darum, dass man ein Burgenlandbewusstsein nur dann schaffen kann, wenn man auch die Akzeptanz der vielen burgenländischen Kleinkünstlerinnen und Kleinkünstler hat. Daher muss man die auch mehr miteinbeziehen, denn Kultur sollte, wo es geht, auch verbinden. Auch da liegt der Landesrat jetzt richtig!

Sie sehen, ich versuche das heute sehr positiv zu formulieren, weil ich der Meinung bin, dass sich im Kulturbereich vieles ändern könnte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Kultur hat immer verbunden. Im musikalischen Bereich hat man nie einen Dolmetscher gebraucht. Wenn ich mit einem Slowaken zusammenspielen will oder mit einem Ungarn, dann mache ich das ganz einfach. Ich brauche da keinen Dolmetscher. Musik, Kultur verbindet und das ist genau der richtige Weg.

Der ehemalige Landesrat hat immer versucht in gewissen Streitigkeiten zu polarisieren, der jetzige Landesrat versucht zu verbinden. Und ich bin froh, dass es hier die ersten Gespräche mit Esterhazy gegeben hat. Und ich bin auch froh, dass jetzt endlich einmal wieder das Schloss in Anspruch genommen wird.

Wenn ich höre der Bundespräsident wird kommen und der wird im Schloss empfangen, dann ist das etwas was anders ist als vor Jahren. Vor Jahren hat man die Kulturzentren benutzt oder vielleicht das Landhaus. Jetzt geht man wieder den Weg der Gemeinsamkeit und das ist wichtig.

Und eine Bitte hätte ich noch weil der Walter Temmel als Vertreter des Südburgenlandes auch da ist. Das war immer wieder meine Bitte an den Landesrat Bieler, leider Gottes muss ich auch gestehen, er hat nicht so viel von Kultur, glaube ich, verstanden wie vom Straßenbau.

Aber was ich eigentlich immer kritisiert habe ist, warum macht man einen politischen Unterschied in Güssing zwischen den Burgspielen und den anderen Spielen, den obrigen Spielen und den unteren Spielen? *(Abg. Walter Temmel: Ja genau.)*

Wenn man sagt, dass beides Kultur ist und beides, wie mein Vorredner vorher gesagt hat, jeder Euro in die Kultur schafft Arbeitsplätze. Wenn Sie das wirklich ernst meinen was Sie da gesagt haben, dann *(Abg. Mag. Johann Richter: Das müssen Sie dem Landesrat sagen.)* müsste man auch, gerade Sie als Südburgenländer müssten das vertreten, auch diese Organisationen in Güssing unterstützen.

Also ich hoffe, dass jetzt einmal wirklich eine Bewegung hineinkommt in den Kulturbereich. Wir werden den Kulturbericht zur Kenntnis nehmen.

Und ich wünsche mir, dass wir vielleicht nächstes Jahr oder sehr schnell das Jahr 2017 diskutieren können und nächstes Jahr, vor allem dann vielleicht im Frühjahr, bereits den Kulturbericht 2018 nein 17, nein 18. Das wäre mein Wunsch, denn - vor lauter Jahre hin und her, - das wäre mein Wunsch, damit man wirklich aktuell auf die verschiedenen Positionen im Kulturbereich dann auch Bezug nehmen kann.

Wie gesagt, wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstem erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir heute über den Kulturbericht 2016 diskutieren, dann reden wir heute über mehr als nur, wie der Herr Mag. Steindl vorher gemeint hat, eine detaillierte Auflistung von geförderten Projekten, Veranstaltungen und Produktionen.

Viel mehr beschäftigen wir uns heute mit einem sehr breit gefächertem Kultur- und Bildungsbereich in dem sich, wie kaum wo anderes, die Vielfalt unseres Heimatlandes Burgenland widerspiegelt.

Und es war auch, und das habe ich vermisst bei Ihnen, Herr Mag. Steindl, dass im Jahr 2016 die kulturelle Vielfalt als Schwerpunktthema gewählt wurde. Ziel war und ist es in allen Bereichen der Kultur eine Bühne zu bieten und dabei war es sehr, sehr wichtig, dass sich die Kultur nicht nur in Zahlen messen lässt.

Ziel war es vielmehr und hier darf ich unseren damaligen Kulturlandesrat Helmut Bieler zitieren, unseren sehr geschätzten Landesrat Helmut Bieler zitieren, dass wir auch Werte wie Toleranz, soziale Gerechtigkeit oder gegenseitigen Respekt fördern und stärken.

Das Programm umfasste rund 120 Veranstaltungen und reichte von Theater, bildender Kunst, Tanz, Musik, Lesungen, Volksgruppenprojekten bis hin zu wissenschaftlichen Diskussionen und Schulprojekten. Das Jahr der kulturellen Vielfalt 2016 fand auch Würdigung von höchster Seite. Stand es doch offiziell unter der Schirmherrschaft der Österreichischen UNESCO-Kommission.

Meine Damen und Herren! Im Kulturbericht werden alljährlich sämtliche Maßnahmen der Kulturförderung aufgelistet. Im Sinne der Transparenz informiert der Bericht über den Einsatz der Kulturfördermittel.

Dies ist nicht nur eine Verpflichtung aus dem Kulturförderungsgesetz, sondern für das Land eine hervorragende Gelegenheit das breite Spektrum an kulturellen Aktivitäten auch hier darzustellen.

Darüber hinaus liefert der Kulturbericht auch einen detaillierten Überblick der Förderungen von Wissenschaft und Erwachsenenbildung. Getragen werden diese Aktivitäten von vielen Einrichtungen, Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen denen ich für ihr Engagement danken möchte.

Eine von vielen Visitenkarten des burgenländischen Kulturschaffens ist der Festivalsommer mit einem bunten Reigen an Aufführungen. Das Programm reicht von Opern, Operetten und klassischen Konzerten über Musicals und Sommertheatern bis hin zu Jazz und Rockklängen.

Im Jahr 2016 zeigten sich rund 564.000 Besucher von den kreativen, qualitativen und höchst anspruchsvollen und professionellen Darbietungen begeistert.

Sowohl kulturpolitische als auch wirtschaftspolitische Faktoren rechtfertigen die Unterstützung des Landes für diese Produktionen. So profitieren alljährlich viele, viele Wirtschaftsbranchen vom burgenländischen Kultursommer.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich auch unserem Landesrat Hans Peter Doskozil für die erfolgreich verlaufenden Gespräche mit der Stiftung Esterhazy danken. Die nun erfolgte Annäherung in Form einer Grundsatzvereinbarung schafft vor allem für den Kulturbereich neue Möglichkeiten und damit auch eine Stärkung des Tourismus.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Teil der burgenländischen Kulturszene sind die Museen, für die auch ein großer Teil der Mittel aufgewendet werden. Rund eine halbe Million Besucher nutzten im Jahr 2016 das Angebot aller burgenländischen Museen und Sammlungen.

Und auf großes Interesse stieß der Beitrag des Landesmuseums zum Martinsjahr 2016, die Ausstellung "Dumme Gans?". Keine Kulturgeschichte im Vergleich beleuchtete

diesen für das Burgenland so bedeutsamen Vogel aus biologischer als auch kulturgeschichtlicher Sicht.

Ein besonderer Stellenwert kommt im Burgenland der Volkskultur zu. Dies zeigt sich auch an den zahlreichen jährlichen Förderansuchen, die im Kulturbericht unter Heimat und Brauchtumspflege und Volksgruppen zu finden sind. Durch das Bewahren von Tradition und Brauchtum wird ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Landesbewusstseins und der regionalen Vielfalt geleistet.

Vielfältig und abwechslungsreich zeigte sich auch die burgenländische Literaturlandschaft durch Förderungen. Von Seiten des Landes wird Bestehendes und Traditionsreiches bewahrt, aber auch Neues und Experimentelles ermöglicht und somit das Spektrum der Literatur, des Literaturschaffens, immer wieder neu definiert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf einen Bereich zu sprechen kommen aus dem der höchste Anteil an Förderungen fällt, und zwar auf die Aus- und Weiterbildung, hier wieder speziell für die burgenländischen Musikschulen. Sie sind nicht nur Kulturträger im Land, sondern erfüllen auch einen Lehrauftrag für das weitere Leben von jungen Menschen.

Im Schuljahr 2016/2017 wurden an den 16 burgenländischen Musikschulen rund 6.900 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Aufgabe der burgenländischen Musikschulen ist es, breiten Kreisen der Bevölkerung eine musikalische Ausbildung zu ermöglichen, besonders Begabte auf den Besuch musikalischer Lehreinrichtungen höherer Stufe vorzubereiten und das Gemeinschaftsmusizieren zu fördern. Dementsprechend bringen die Musikschulen immer wieder hervorragende Musikerinnen und Musiker hervor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man den burgenländischen Kulturbericht genau studiert, wundert man sich nicht mehr, dass im Burgenland kein Tag ohne einer sehens- oder hörenswerten Wissenschaftsveranstaltung vergeht. Die rund 18 Millionen Euro Förderung im Jahr 2016 sind mehr als gut angelegtes Geld.

Kultur und Wissenschaft leisten nämlich einen unschätzbaren Beitrag für die lebendige Vielfalt aus Tradition und Innovation. Sie tragen wesentlich zu einer Stärkung humanistischer Werte, orientierte Lebensweise bei und nicht zuletzt ist Kultur ein unverzichtbarer Bestandteil eines lebendigen Gemeinwesens.

Wir werden natürlich diesen Kulturbericht zur Kenntnis nehmen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident! Wir haben heute mehrere Berichte vorliegen. Gleich nachher kommt der nächste Bericht, der ist ein bisschen dicker, unscheinbarer, der Grüne Bericht. Wenn man die zwei Berichte vergleicht ist hier bei dem einen Bericht außen viel hui, innen ist eigentlich nicht viel drinnen, beim anderen Bericht ist es genau umgekehrt.

Im Grünen Bericht habe ich ein Foto einer Politikerin, das ist ganz am Anfang vom Vorwort, sonst sind auch Bilder drinnen, aber eher zum Thema. Beim anderen Bericht da habe ich gleich am Anfang jede Menge Fotos von Bieler, Nießl und Co. Zum Glück sind Künstlerinnen und Künstler auch teilweise drauf. So stelle ich mir einen Kulturbericht ehrlich gesagt nicht vor.

Vielleicht kann man ein bisschen ein Mittelding finden, weil der Grüne Bericht ist fast ein bisschen zu schlicht gehalten. Manche Tabellen kann man gar nicht lesen, weil das halt normalerweise färbig ist, der andere Bericht ist fast nur färbig, das ist schon mehr Bilderbuch, wenn man jetzt von den Tabellen der Förderungen absieht.

Ansonsten kann ich mich sehr den Ausführungen vom Kollegen Steindl anschließen. Ich sehe das ähnlich. Es ist eigentlich so, man weiß gar nicht worüber man da jetzt sprechen soll, weil zustimmen tun wir natürlich auch, no na, aber inhaltlich ist da eigentlich nichts dahinter.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP – Abg. Günter Kovacs: Das war die ganze Rede? – Abg. Werner Friedl: Das war es?)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der Kulturbericht, so wie er uns jetzt in der Diskussion vorliegt, ist an sich eine Gegebenheit, die nicht nur deswegen zu kritisieren ist, weil sie auf das Jahr 2016 zurückgeht, sondern wenn ich mich recht entsinne eigentlich einem Umstand entspricht, der jetzt in der Diskussion noch nicht dargestellt wurde.

Wir haben in einer der vorvorletzten Sitzungen des Hohen Hauses darüber gesprochen, dass eigentlich der Kulturbericht ausständig ist. Und so wie er dann zusammengestellt jetzt wurde, bin ich der festen Überzeugung, dass es sich kurzfristig auf 16 in der Darstellung ergeben hat.

Aber das soll jetzt keinen Abbruch tun. Wir haben ihn, weil er gesetzlich festgeschrieben ist, aber er ist ein Zufallstreffer und in der Darstellung der Inhalte sind die angeführten Bilder deswegen zu üppig ausgefallen, weil man aus 2016 nicht mehr alles recherchieren konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Feststehend ist, dass in diesem Kulturbericht Summen genannt worden sind, die einem Umstand entgegensprechen und einem Umstand entgegenstehen, der in der offiziellen Diskussion der jetzt gegebenen Bundesregierung und der vorherigen eigentlich schon abgestellt sein sollte, nämlich das Prinzip der Förderung nach dem Gießkannenprinzip.

Wir haben eine Darstellung, die in der Regel bei 100, 200 Euro auf Vereine bezogen, eine Subvention bedeutet. Ich möchte jetzt nichts gering reden, oder gering schätzen, dass auch 200 Euro einem Verein eine Hilfestellung bedeuten könnten, aber wenn man dann die Summe der sogenannten Gießkannenförderteile zusammenzählt, dann kommt man auf einen Umstand, dass auch eine große budgetäre Last auf diese Einzelsparten gelegt werden. Und auf der anderen Seite eigentlich der Effekt gleich Null ist.

Was mir wichtig erscheint, ist der Umstand, für die Minderheiten, für die burgenländischen Kroaten, Ungarn und Roma ist diesem Kulturbericht eine Summe von 130.000 Euro ungefähr festgelegt und war sie gewidmet worden, bei einer Gesamtsumme, die wir jetzt des Öfteren schön gehört haben, von 18 Millionen Euro.

Und ich möchte darauf verweisen, dass diese Kulturförderung, diese Brauchtumsförderung, diese Minderheitenförderung, im Prinzip die alleinige Darstellung im Kulturbericht findet. Die Minderheiten bekommen keine anderen Förderschienen zur Verfügung gestellt.

Und damit ist eigentlich das nicht nur prozentuell sehr gering geschätzt, sondern auch in der Bedeutung des Jahres der Vielfalt 2016, so wie es sich, wie das Motto des Kulturjahres geheißen hat, eigentlich eine Geringschätzung der burgenländischen Minderheiten, beziehungsweise der burgenländischen Volkstumssituation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Spruch auf der Sezession heißt: „Der Zeit ihre Kunst - Der Kunst ihre Freiheit“. Wenn ich davon ausgehe, dass wir durchaus bestrebt sind, als burgenländische Verantwortungsträger, eine Vielfalt an Kunstsituationen zu bescheren, nämlich nicht nur der Bevölkerung, die bei uns wohnt, sondern auch darüber hinaus eine Wirkung erzielen müssen, dann hat sich innerhalb der letzten Jahre dieser Kunstbegriff sehr wohl zugespitzt.

Man hat, und das ist jetzt die aktuelle Situation, man hat verschiedene Möglichkeiten ausgelotet. Man hat in Bereichen der Großveranstaltungen hohe Subventionssummen gewährt, aber nicht für alle.

Man hat hier sehr ausgewählt und praktiziert auf einzelne Kunstschaffende oder Kunststätten veranschlagt, auf der anderen Seite Manches eigentlich schleifen lassen.

Und ich rechne es jetzt nicht der Fastenzeit zu, der Zeit der Einkehr, dass plötzlich nach Jahren, nach 12 Jahren, ein Interessenskonflikt mit einem privaten Träger aufgelöst wurde. Es findet der neue Kulturlandesrat die Chance und Möglichkeit, 12 Jahre aufzuarbeiten, innerhalb von ein paar Monaten.

Die Verhandlungen mit der Esterhazy Stiftung haben nicht stattgefunden mit der Amtsübernahme des Herrn Landesrates, sondern haben schon längere Zeit gewährt.

Interessant ist aber, dass dann in der Darstellung des sogenannten Generaleinigungsvertrages Derjenige am Foto sich in den Mittelpunkt gerückt hat, der der Verursacher dieses ganzen Problemkapitels war.

Das muss man schon einigermaßen der Bevölkerung auch näher bringen, weil das mit kulturschaffend nichts zu tun hat, sondern in der Aufgabenstellung alleine eine Arbeit des Herrn Landesrat Doskozil war.

Und einen Aspekt im Zusammenhang mit den Zahlen: Wenn es schon eine Darstellung, wir sind in einer Generaleinigung jetzt zusammengekommen und werden zukünftig gemeinsam marschieren, dann sollte der Ehrlichkeit halber auch von Landesseite her, ein Umstand veröffentlicht werden, der jetzt wieder unter den Tisch gekehrt wird.

Wenn wir die Summe der sogenannten Rechtsanwaltskosten, der Gerichtskosten, in dieser Causa, alleine in dieser Causa was Kultur anbelangt, auf diesen einzelnen Fall bezogen, offengelegt bekommen, dann werden wir über 70.000 Euro Einsparungen oder anderes mit Sicherheit nicht mehr reden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau.)*

Denn hier handelt es sich um hunderttausende Euros, die in der Vorstellung, *(Beifall bei der ÖVP)* in der Ausführung, den Burgenländerinnen und Burgenländer als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aus ihren Taschen gezogen worden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es in Zukunft aus diesem Generalvergleich in der Entwicklung auf die Opernfestspiele in St. Margarethen oder anderer Destinationen, wo wir sehr wohl mit der Stiftung Esterhazy Äquivalenzen haben oder Ausführungen, die durchaus in der sinngebenden Form Gemeinsamkeiten zu Tage fördern, dann sollte eigentlich eines bedacht werden, das Land ist zu klein, um sich Streitereien die aus Eitelkeit und Arroganz stattfinden, leisten zu können.

Das Land sollte von Haus aus darauf drängen, in gemeinsamer Aktion, dies nicht nur im Kulturbetrieb auszuführen, sondern auch in anderer Hinsicht gemeinsam vorzugehen. Daraus resultieren würde nicht nur der Tourismus, daraus resultieren würde nicht nur die Wirtschaft, daraus resultieren würde nicht nur das Kulturwesen, sondern insgesamt das Burgenland profitieren und wir sollten das auch in der Form so kommunizieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Darstellungen, die wir gehört haben, ist auch von viel Schönfärberei die Rede gewesen. Tatsache ist, wir haben in einem Markt, im Kulturbetriebsbereich, über die letzten Jahre etwas errungen, das im Endeffekt für die Zukunft, glaube ich, nicht der zielführende Weg für den Kulturbetrieb Burgenland ist.

Wir haben neben der Eingliederung in die sogenannte Burgenland Holding, über die Schaffung der KSB und anderer sogenannter Kultur-Overheadbereiche die Kulturzentren und andere Aktivitäten oder Häuser zusammengefasst.

Wir haben hier eine riesengroße Summe in der sogenannten Notwendigkeit des Förderwesens beziehungsweise der Erhaltung, beziehungsweise der Finanzierung, zum Beispiel von Raiding, vom Liszthaus, vom Kulturzentrum oder Eisenstädter Kulturzentrum in der Pipeline.

Diese Aufgabenstellungen sind riesengroß und sie erfordern, wie wir in der Diskussion um das Kulturzentrum Mattersburg wissen, zukünftig genauso viele finanzielle Mittel und Möglichkeiten und wenn nicht darüber hinaus, zusätzliche Mittel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Zeiten, wo wir wissen, dass die finanziellen Spielräume für das Land nicht größer werden, sondern sich einengen durch eine Vielzahl von Aufgabenstellungen, die von Bundesseite her auf das Land übertragen werden, sollte man auch, nicht nur mit Augenmaß sondern mit dem nötigen Hausverstand, hier entsprechende Fördersituationen bedenken.

Und eines möchte ich bei der Diskussion um den Kulturbericht 2016 allen ins Stammbuch schreiben: Kultur hat sich noch nie definiert nur über öffentliche Gelder, sondern Kultur ist, und das sollten wir bedenken, auch sehr wohl und sehr stark angewiesen, gerade in den letzten Jahren und immer stärker in der Zukunft, von privaten Sponsoren.

Wenn es im Endeffekt darauf ankommt, auch Private in den Kulturbetrieb einzubinden, sie aufzufordern, sie zu bitten entsprechend finanzielle Möglichkeiten auszuschöpfen und sie dem Kulturbetrieb zur Verfügung zu stellen, dann sollte man auch den nötigen Respekt ihnen entgegenbringen und sie in der Diskussion auch mitmachen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, unter diesem offenen Kulturbegriff würde nicht nur das Land profitieren, würde nicht nur die Politik eine entsprechende Reputation bekommen, sondern in erster Linie würden die Kulturschaffenden und speziell auch die Burgenländerinnen und Burgenländer einen Mehrwert aus dieser Situation ziehen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Meine sehr geehrten Damen und Herren es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Kulturbericht 2016 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Punkt: Bericht des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1186), über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2016 (Der Grüne Bericht 2016) (Zahl 21 – 838) (Beilage 1209)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Agrarausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1186, über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2016, es ist dies Der Grüne Bericht 2016, Zahl 21 - 838, Beilage 1209.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Herr Abgeordneter, ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke schön. Der Agrarausschuss hat den Beschlussantrag, über die Kenntnisnahme des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2016 (Der Grüne Bericht 2016), in seiner 04. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Februar 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Agrarausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2016 (Der Grüne Bericht 2016) wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Werte Kollegen! Geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! Uns liegt der Grüne Bericht, also der Bericht nicht über die GRÜNEN, sondern über die Landwirtschaft vor und der ist ausnahmsweise einmal, ich freue mich sehr das sagen zu können, positiv.

Wir haben jetzt inzwischen vier, fünf Jahre hintereinander gehabt, wo das Einkommen der Landwirte und Landwirtinnen zurückgegangen ist. Das ist 2016, Gott sei Dank, endlich anders. Allerdings muss man gleichzeitig sagen, es ist nur ein kleiner Grund zur Freude, in Wahrheit haben wir nach wie vor im landwirtschaftlichen Einkommen nach wie vor ein sehr großes Problem.

Wenn man sich die Zahlen anschaut und mit den Jahren davor und mit eigentlich den Jahrzehnten davor anschaut, dann kann man eigentlich nur den Kopf schütteln. Ich habe mir hier die Preisentwicklung stellvertretend für den Schweinefleischpreis herausgesucht.

Man muss sich das einmal vorstellen, wir liegen jetzt beim Schweinefleischpreis ungefähr dort, wo wir vor 20 Jahren waren. Deswegen ist es auch gerade am Schweinemarkt besonders schwierig und viele Betriebe wirtschaften hier wirklich an der Grenze zum Verlust oder sogar darunter.

Überhaupt muss man sagen, dass wir in der Landwirtschaft immer groteskere Vorkommnisse haben, oder die landwirtschaftlichen Betriebe immer groteskere Situationen vorfinden. Die Preisentwicklungen habe ich gerade angesprochen. Landwirte, die einen großen Teil ihres Einkommens überhaupt nur mehr aus Förderungen beziehen.

Wir haben einzelne Produkte, die kaum mehr einen Wert haben und es letztlich nur über eine Massenproduktion dann möglich ist, hier einigermaßen einen Verdienst einzufahren.

Wir haben eine Landwirtschaft, die sich immer mehr, eigentlich muss man sagen, verteidigen muss, weil sie Produktionsformen wählt auch auf Grund des Preisdruckes, die in der Öffentlichkeit eigentlich nur Kopfschütteln hervorbringen.

Das alles gepaart mit dem immer stärkeren Trend für den Weltmarkt zu produzieren, beziehungsweise produzieren zu müssen, beziehungsweise mit den Preisen des Weltmarktes mitzukommen.

Der Anstieg des sogenannten Faktoreneinkommens im Jahr 2016 war eigentlich vor allem durch gestiegene Erntemengen im Ackerbau, Einsparungen bei den Betriebsmitteln und höhere öffentliche Gelder zurückzuführen. Natürlich sehr unterschiedlich, je nachdem, welche Sparte man anschaut.

Abgeschwächt ist dieser Einkommensanstieg natürlich durch die Frostschäden, die wir ja auch schon oft im Landtag besprochen haben, vor allem im Obst- und Weinbau und sehr niedrige Getreidepreise, das ist halt immer die andere Seite. Gestiegene Erntemengen, da fällt dann halt automatisch der Preis.

Und was nach wie vor österreichweit ein Problem ist, auch wenn die Milchproduktion leider im Burgenland auch ganz massiv im Sinken ist, ist der Erlös aus den Milchprodukten, der eigentlich auch alles andere als positiv ist.

Ein weiteres Problem ist die sogenannte Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe. Wir haben ein Minus, einen Rückgang an Betrieben, nicht nur im Burgenland sondern österreichweit, der zwar abgeschwächt ist, die stärkste Phase war zwischen 1995 und 2005, da haben 5.000 Betriebe österreichweit aufgegeben. Im Moment sind wir bei 1.700 Betrieben pro Jahr, die aufgeben zwischen 2013 und 2017.

Im Gegensatz dazu wachsen die Einzelbetriebe. Ich habe mir da ein paar Zahlen heraus geschrieben, damit man die Größenordnung ungefähr erkennen kann.

1951, das ist schon ein bisschen länger her, zugegebener Maßen, hat ein Betrieb durchschnittlich eine Gesamtfläche von 18,8 Hektar bewirtschaftet, österreichweit jetzt. 2016 sind wir fast bei 50 Hektar.

Eine noch rasantere Entwicklung gibt es am Schweinesektor. Hier hat der durchschnittliche Bestand seit 1995, da lagen wir bei 35 Tieren, sich auf 110 Tiere praktisch verdreifacht.

Das ist auch dadurch natürlich notwendig geworden, wie ich vorher gesagt habe, weil der Schweinepreis dermaßen gering ist. Hier müssen die Betriebe praktisch auf Masse setzen, um überhaupt noch eine Chance zu haben, ihren Betrieb zu halten.

Im Burgenland gab es 2016 ein bisschen weniger, aber doch auch 91 Schweine pro Betrieb. Ähnlich gilt es bei anderen Tierarten, auch wenn der Trend nicht so stark ist wie bei den Schweinen, nicht so extrem.

Die Entwicklung ist leider auch, muss man sagen, der Förderpolitik geschuldet, die sehr stark auf wachsen oder weichen stellt. Da ist natürlich auch die EU daran schuld, aber auch Österreich, die da mitgespielt haben. Bei der Förderpolitik spricht da Österreich auch mit. Die Förderungen sind nach wie vor gestaffelt nach der Fläche, je mehr jemand hat, desto mehr bekommt er.

Ich habe da in der Transparenzdatenbank ein bisschen nachgeschaut. Wir haben hier Betriebe wie zum Beispiel in Halbturn, das Weingut Aulendorf, da bekommt der Betrieb selber fast 900.000 Euro Förderungen im Jahr. Das Weingut Schloss selber dann noch einmal 36.000 Euro im Jahr.

Es gibt die Weinbetriebe Esterhazy, wo es dann noch extra eine Familienprivatstiftung Esterhazy gibt, die auch weit über fast eigentlich bei 300.000 Euro im Jahr sind.

Und wenn noch ein Zusammenschluss, Spitzenreiter ist die sogenannte GEO-Gemüseerzeugerorganisation Ostösterreich RegGenmbH, mit über 1,2 Millionen Euro Förderungen. Dem gegenüber stehen sehr viele Kleinbetriebe, die ein paar tausend Euro im Jahr bekommen.

Die Diskussion ist jetzt "Dank dem Brexit" ohnehin wieder entfacht, weil wir werden damit rechnen müssen, dass nachdem ja der Landwirtschaftstopf der größte Fördertopf ist in der EU, hier es nicht nur nicht mehr Geld geben wird können, sondern weniger. Natürlich ist die sehr alte Forderung von uns, hier endlich einen Deckel einzuziehen, sodass bei einer bestimmten Größe ein Ende ist und nicht hier gießkannenmäßig bei allem zu sparen.

Gerade in Österreich sind doch noch die kleineren Betriebe vor allem im EU-Vergleich die, die wesentlich sind, die für das Burgenland wesentlich sind und bei denen wir keine Abstriche dulden dürfen. Das wäre hier eine Chance bei der Diskussion wieder stark zu werden, auch wenn das natürlich mit Ländern wie Deutschland nicht einfach ist.

Zum Vergleich vielleicht noch, ich habe mir auch den Vergleich der Bundesländer angeschaut. Die Einkommenssituation ist natürlich nicht in allen Bundesländern gleich. Das Burgenland liegt hier mit einem Plus von 15 Prozent im Mittelfeld.

In Niederösterreich sind es gar 24 Prozent gewesen, auch in Salzburg, nein Entschuldigung, Salzburg ist das Schlusslicht, die sind leider im Minus mit 12 Prozent. Jeweils der Vergleich 2015 und 2016 war das. Ein sehr wichtiger Punkt der im Bericht auch zur Geltung kommt ist die Direktvermarktung. 27 Prozent aller LandwirtInnen vermarkten zumindest einen Teil ihrer Produkte selbst. Und da ist eine sehr positive Entwicklung auch, dass der Einkommensanteil immer größer wird.

2010 lagen wir bei 22 Prozent. 2016 sind es bereits 34 Prozent. Das ist auch deswegen wichtig, weil genau diese Betriebe dann in schlechten Jahren besonders stark sind oder gleich betroffen sind, weil sie eben durch die Direktvermarktung meistens bessere Preise erzielen können und nicht so an den Weltmarktpreis mitleiden müssen, wenn man das so sagt.

Selbst im Grünen Bericht des Burgenlandes steht drinnen, dass die Nachfrage das Angebot auch bei Weitem übersteigt. Das heißt, gerade auch in der Direktvermarktung, die Frau Landesrätin bemüht sich da auch in den letzten Tagen. Ich glaube hier gibt es

eine sehr große Möglichkeit, gerade kleineren, familiären Betrieben zu helfen, die auch in unseren Gemeinden wirtschaften und deswegen uns natürlich besonders nahe liegen.

Vor kurzem gab es das Treffen der bäuerlichen Direktvermarkter. 90 Betriebe sind da im Moment dabei. Es gibt einen neuen Folder, der natürlich in den Tourismusgebieten auch sehr wichtig ist, weil auch für Touristen und Touristinnen immer wichtig ist, immer etwas mitzunehmen. Wir haben das Thema heute schon gehabt, nicht irgendein Allerweltsprodukt, sondern irgendetwas Spezielles.

Ob es jetzt der Kaviar aus dem Südburgenland ist, oder die Erdbeeren aus dem Nordburgenland, es muss etwas Besonderes sein und dem tragen gerade die Direktvermarkter und Direktvermarkterinnen sehr stark Rechnung.

Was leider bei den bäuerlichen DirektvermarkterInnen noch ein bisschen fehlt, warum auch immer, sind die Weinbaubetriebe, die sind ja sehr unterrepräsentiert. Daran ist wahrscheinlich auch gelegen, dass das Gros der direkten bäuerlichen Vermarkter im Südburgenland liegt. Ein wichtiger Punkt, der natürlich auch im Grünen Bericht angesprochen wird, ist der Biolandbau.

Ich habe mir hier die aktuellen Zahlen genommen, bei der Gelegenheit sei das auch gleich gesagt. 2016 ist natürlich auch für den Grünen Bericht eigentlich schon ziemlich veraltet. Wir sind ein bisschen spät dran, aber ich weiß aus dem Büro Dunst, dass hier angedacht ist, dass man in Zukunft hier zumindest mit wichtigen Zahlen früher heraus rückt und den Gesamtbericht dann erst später, sowie jetzt eben, erstellt.

Deswegen aktuelle Zahlen zum Biolandbau. 2016 dem Vergleich, weil gerade 2017 war ein sehr positives Jahr für den Biolandbau. Die Zahlen insgesamt haben es geschafft burgenlandweit endlich über die 1.000er Grenze bei den Biobetrieben zu kommen. Genauere Zahlen habe ich von BIO AUSTRIA-Betrieben, wo im Moment auch sehr stark der Trend ist, dass Biobetriebe, die schon lange wirtschaften ohne bei einem Verband zu sein, jetzt zu Verbänden dazu gehen.

2016 gab es 641 BIO AUSTRIA-Mitglieder, Ende 2017 waren es bereits 718 und ich weiß, dass es bereits im Jänner 2018 14 neue Betriebe gibt, also hier ist der Trend sehr positiv. Da tut sich endlich etwas, nachdem wir jahrelang bei den 900 Betrieben stagniert sind. Salzburg liegt uns zwar weit voran, nach wie vor, aber bei den meisten Zahlen die wir uns anschauen können im Vergleich, ist das Burgenland an zweiter Stelle.

Sowohl was prozentuell die Betriebe angeht, also auch was die landwirtschaftliche Fläche angeht, liegt das Burgenland österreichweit auf Platz 2. Ich denke mit einem ambitionierten politischen Engagement und Willen ist auch noch mehr drinnen. Das Strategiekonzept der Landesrätin hat einen guten Ansatz.

Ich hoffe, dass das was am Papier steht, letztlich dann auch umgesetzt wird. Wir haben einen, denke ich, guten Vorschlag gemacht, der einfach ein Signal sein sollte Bio in Großküchen, in Landesküchen, vielleicht sogar hier in der Kantine, einzusetzen.

Das wäre nicht unwesentlich und würde hier auch vor allem, grad im Biolandbau sind die Direktvermarkter und Direktvermarkterinnen auch sehr stark, auch sehr gut weiterhelfen. Ich habe es vorher schon gesagt, eine Bitte noch an die Ersteller des Berichtes. Durch die Schwarzweißkopie gehen die Diagramme und Tabellen eigentlich ziemlich verloren, weil die Schattierungen kaum mehr erkennbar sind, vielleicht kann man das in Zukunft berücksichtigen. Es muss nicht unbedingt so ein Hochglanzprodukt sein wie der Kulturbericht. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort der Frau Karin Stampfel. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke schön. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir behandeln diesen Tagesordnungspunkt, den Grünen Bericht aus dem Jahr 2016. Dies ist der Bericht der über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland Auskunft gibt.

Obwohl die Landwirtschaft im Jahr 2016 bundesweit einen Aufschwung erlebt hat, haben uns die diversen Wetterkapriolen, unter anderem die Frostschäden, hohe Einbußen beschwert. Nachdem mein Vorredner da schon sehr ins Detail gegangen ist, auch mit Zahlen und Prozentsätzen, erspare ich mir das, weil das wären teilweise Wiederholungen.

Jeder von uns kann sich noch an die Bilder erinnern: Kalte Nächte, Frost, brennende Stroh- und Heuballen in den Weingärten. Dieser Wetterumschwung Ende April war zwar ein herber Rückschlag für alle Weinbauern, aber ich muss ihnen auch meinen Dank und meine Hochachtung aussprechen.

Alle haben zusammengeholfen und viel Schweißkraft und Zeit investiert, um den Schaden so gering wie möglich zu halten. Unsere Winzer im Burgenland profitieren von unserem optimalen Klima. Das Ergebnis sind Weine und andere Produkte von internationaler Klasse. Vielen Dank hier an dieser Stelle an unsere Weinbauern, die dazu beitragen, dass unser kleines Bundesland weltweit für unsere ausgezeichneten Weine bekannt ist.

Leider mussten wir durch die oben genannten Witterungsbedingungen ein Minus von 14 Prozent am Gesamtproduktionswert verzeichnen. Hier wurde aber von Seiten der Landesregierung gleich reagiert. Natürlich können wir das Wetter nicht ändern oder beeinflussen, aber wir haben zumindest die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, dass die Winzer diese Verluste überbrücken konnten. Hier gilt mein besonderer Dank unserer Agrarlandesrätin Verena Dunst für ihren unermüdlichen Einsatz. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der Ackerbau verzeichnet andere Zahlen. Um 26,3 Prozent stieg das Erzeugungsvolumen. Die Getreideproduktion im Jahr 2016 zum Beispiel war die höchste seit 25 Jahren. Da die Erträge deutlich über dem Durchschnitt lagen, nahm aber leider auch die Qualität etwas ab und so bewegte sich der größte Teil der Produktionsmengen im mittleren beziehungsweise schlechteren Qualitätssegment.

Der Gemüse- und Gartenbau konnte sich im Jahr 2016, also zu Beginn des Jahres freuen. Durch die milden Temperaturen konnte vieles früher als geplant gesetzt werden. Doch auch hier kam der Spätfrost unerwartet und traf die Gemüsebauern schwer. Viele empfindliche Kulturen starben durch die Kälteeinwirkung zwar nicht gänzlich ab, die Qualität litt aber sehr darunter.

Durch die Wachstumsverzögerung erlitten viele Gemüsebauern einen Verdienstentgang. Für Außenstehende klingt das jetzt vielleicht unspektakulär, jedoch darf nicht vergessen werden, dass unsere Bauern viel kalkulieren und planen müssen, vor allem im finanziellen Bereich.

Wann bekomme ich meine Fördergelder? Was muss ich vorstrecken? Und was werde ich einnehmen? Diese Fragen muss sich ein Landwirt permanent stellen. Planen klingt zwar in der Theorie sehr einfach, jedoch in der Praxis sieht das oftmals ganz anders aus. Denn es kann immer wieder zu unvorhergesehenen Einwirkungen kommen, wie zum Beispiel den Frost. Hier auch meine Hochachtung und Dank an alle Bauern, die viele

Stunden in die Schadenskompensation investiert haben, um den Schaden so gering wie möglich zu halten.

Schnell war klar, hier muss etwas passieren. Nach intensiven Verhandlungen kam man zu einem Ergebnis. Die Sonderrichtlinie zur Abfederung der außergewöhnlichen Spätfrostschäden wurde realisiert. Die Auszahlungen lagen hier bei knapp einer Million Euro und wurden vom Bund und Land finanziert. Natürlich konnten damit die Schäden beziehungsweise Einbußen nicht zu 100 Prozent abgegolten werden, aber man hat zumindest den Großteil abgefedert.

Im Bereich der Tierproduktion und Milchwirtschaft gab es im Jahr 2016 auch einige Hürden zu überwinden. Eine schwierige Erlössituation in der Schweinehaltung und auch in der Milchproduktion prägte das Jahr.

Im ersten Halbjahr hatten wir Niedrigpreise und der Milchpreis lag das ganze Jahr auf einem extremen Niedrigniveau. Hier hat man ebenfalls versucht, mit einem Hilfspaket für Milchvieh- und Schweinehalter entgegenzuwirken. Ein weiterer Punkt die Pferdezucht, ebenfalls ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Burgenland. Auch hier wird viel Schweiß und Geld investiert und um wirtschaftliche Erträge gekämpft. Pferde sind nicht nur ein Hobby, sondern auch ein Wirtschaftszweig, der für mich im Burgenland nicht wegzudenken ist.

Ein nächster Punkt: Die Forstwirtschaft darf nicht unerwähnt bleiben. Unser Bundesland besteht zu einem Drittel aus Wald. Da kann man sich ausrechnen, dass die wirtschaftliche Bedeutung keine geringe ist, aber auch in diesem Bereich kämpft man mit Hindernissen wie zum Beispiel dem Borkenkäfer.

Abschließend möchte ich zu diesem Bericht zusammenfassend sagen, dieser Bericht ist sehr detailliert, ausführlich, informativ und übersichtlich. Dieser Bericht liegt zwar nur zur Kenntnisnahme vor, er ist jedoch vor allem dazu da aufzuzeigen, wie läuft die Entwicklung und wie kann man vorhersehbaren und auch unvorhersehbaren Ereignissen entgegenwirken. Zum Schluss möchte ich mich noch bei allen Mitwirkenden die für diesen Bericht inhaltlich verantwortlich sind und auch für die gute Zusammenarbeit bedanken. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Kollegin. Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Temmel. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Bevor ich Daten aus diesem Grünen Bericht 2016 erläutere, danke ich allen Kolleginnen und Kollegen der Abteilung 4 für diese wertvolle Aufarbeitung über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland.

Vielleicht noch einige Ergänzungen zum Kollegen Spitzmüller. Aus der Statistik von 1995 bis 2017 sind alleine im Südburgenland um 70 Prozent weniger Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft.

Natürlich nehmen wir auch diesen Bericht zur Kenntnis. Er ist wirklich gut aufbereitet. Der Inhalt kurz zusammengefasst, vieles wurde gesagt. Gegenüber dem Vorjahr wurde insgesamt ein Anstieg des Faktoreinkommens um 13,2 Prozent erzielt. Aber in verschiedensten Bereichen, was bereits von den Vorrednern erwähnt wurde, was aber nach vier Jahren Einkommensrückgang höchst notwendig war. 2017 ist ebenfalls ein Plus zu erwarten, was von den ersten Ergebnissen berichtet werden kann. Der Produktionswert erhöhte sich um 0,5 Prozent auf Grund des Anstieges bei der pflanzlichen Erzeugung um 3,2.

Ein Rückgang war jedoch bei den Tieren und tierischen Erzeugnissen um 1,4 Prozent zu verzeichnen. Das Burgenland hatte, wie bereits erwähnt, vor allem auf Grund der Ausfälle durch die Wein- und Obstfäule infolge der Spätfroste Ende April den höchsten Rückgang aller Bundesländer im landwirtschaftlichen Gesamtproduktionswert von minus 11,9 Prozent. Der Anteil am Gesamtproduktionswert sank im Weinbau im Vergleich zum Vorjahr 2015 von 34 auf 20 Prozent und im Obstbau gab es ein Minus von 47 Prozent, bei Frischobst auf Grund der Frostschäden Ende April.

Die tierische Produktion betrug rund 15 Prozent des Produktionswertes der burgenländischen Landwirtschaft, weil vor allem die Milchpreise rückläufig waren. Die Bruttowertschöpfung 2016 ging im Burgenland auf 146,6 Millionen zurück. Das ist ein Minus von 23 Prozent, über 23 Prozent. Nicht zu vergessen an Ausgleichszahlungen erfolgten EU-finanzierte Marktordnungsmaßnahmen von 52,69 Millionen Euro, davon 48,6 Millionen für Direktzahlungen an 4.438 Betriebe.

Das Ziel der gemeinsamen EU-Agrarpolitik für die ländliche Entwicklung des Programmes von 2014 bis 2020 ist, die Landwirtschaft innovativer, professioneller und wettbewerbsfähiger zu machen. 2016 wurden Zahlungen für die ländliche Entwicklung von 45,62 Millionen Euro gemeldet und für Umweltmaßnahmen 38,19. Erfreulich ist, wie bereits vom Kollegen Spitzmüller erwähnt, dass der Anteil der Biobetriebe von 918 auf 964 Betriebe gestiegen ist und das Burgenland mit 28,4 Prozent-Anteil der landwirtschaftlichen Flächen der Invekos-Betriebe am höchsten in ganz Österreich ist.

Als Ergänzung zum Kollegen Spitzmüller: Ein wichtiges Standbein für Österreichs Bäuerinnen und Bauern stellt laut einer im Jahr 2016 durchgeführten Studie im Auftrag der Landwirtschaftskammer die Direktvermarktung dar. Allein die Direktvermarktung sichert rund 31.000 Vollzeitarbeitsplätze auf Österreichs Bauernhöfen und der Einkommensanteil steigt ganz deutlich an.

Die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln liegt nach wie vor im Trend. Hier ist sicherlich noch viel Potential vorhanden. Verschiedene innovative Entwicklungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft wurden erst vorgestern beim Innovationstag 2018, initiiert vom Bezirksreferenten und Umsetzer vieler neuer Ideen, Ing. Christian Reicher, in der landwirtschaftlichen Fachschule in Güssing vorgestellt. Unter anderem war dort der „Biohof Julia Wolf“ mit Gemüse- und Kräuterraritäten aus Wörterberg, „Südburgenlandschnecke“ von Christian Janisch aus Stegersbach und „Partnerschaft mit Mehrwert“ von Otto Pfeiffer, um nur einige burgenländische Initiativen zu erwähnen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es geht im Bereich der Landwirtschaft nicht darum, Neiddiskussionen über öffentliche Zahlungen, über Eigentum und Besitz zu führen, sondern es geht einfach darum, dass hier die gesellschaftlichen Aufgaben der Landwirtschaft anerkannt werden und auch entsprechend gegengesteuert wird.

Ein Vordenker und Visionär für ländliche Regionen und der Verwirklicher des steirischen Vulkanlandes, Ing. Josef Ober, ehemaliger Landtagsabgeordneter und jetzt Bürgermeister von Feldbach, hat es auch beim bereits erwähnten Innovationstag auf den Punkt gebracht. Er fordere eine Politik der Inwertsetzung, das heißt Würdigung des Bestehenden. Wert und Bedeutung entstehen nur durch Würdigung und Wertschätzung und das Hervorheben natürlich der Einzigartigkeit unserer ländlichen Regionen.

Er hat sicher Recht. Wir haben in mehreren Anträgen bewiesen, dass uns die Arbeit der bäuerlichen Bevölkerung nicht nur in sogenannten Sonntagsreden sehr wichtig ist. Ich erinnere an die Ernteausfallversicherung, *(Abg. Manfred Kölly: Das hat funktioniert!)* Sozialversicherungsbeiträgerückerstattung, die Versorgung des Landes und

landesnaher Betriebe mit regionalen Lebensmitteln oder die Absicherung bei Tierausfällen.

Diesbezüglich lade ich Sie nochmals ein, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in Zukunft solche für die Landwirtschaft oft essentielle Anträge zu unterstützen, damit es zu keiner Zeitverzögerung wie bei der Entschädigung der Frostschäden kommt, oder eine Wegnahme von zehn Prozent der Jagdausschusseinnahmen, die jeden Grundeigentümer betreffen. Vorbildhaft agiert hier die neue Bundesregierung.

Sie hat nämlich beschlossen, dass die Einheitswerte ab Feststellungen die nach dem 31. Dezember 2016 zugestellt wurden, erst am 1. April 2018 wirksam werden und nicht mit 1. Jänner 2017. Was für viele Betriebe eine wesentliche Vereinfachung und weniger Kosten bedeutet. Wichtig ist uns auch, was viel zu wenig beachtet wird, den Selbstversorgungsgrad zu steigern. Wie ich bereits vor zwei Jahren erwähnt habe, und die Zahlen haben sich leider noch erhöht, gibt es zum Beispiel im Südburgenland, also in den drei südlichen Bezirken, mehrere Bereiche wo wir keinen Selbstversorgungsgrad haben.

Das heißt, es wird weniger produziert als verbraucht wird. Bei Rindfleisch um fast 600 Schlachtrinder, bei Schweinefleisch um zirka 28.000, bei Schafe und Ziegen um zirka 1.800, bei Masthühnern um zirka 460.000, bei Milch um zirka 1.400 Kühe und das setzt sich bei anderen Bereichen fort. Laut erwähntem Bezirksreferenten Ing. Christian Reicher benötigen wir zur Selbstversorgung allein im Südburgenland ein geschätztes Investitionsvolumen von über 27 Millionen Euro.

Das allein würde zusätzlich 70 Arbeitsplätze schaffen. Vor über 90 Jahren haben die Landesgesetzgeber die Landwirtschaftskammern gesetzlich eingerichtet. Die Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft haben sich seit damals vervielfacht. Sie liefert nicht nur Lebensmitteln allererster Qualität, sie sichern auch die Biodiversität, schützen das Klima indem sie nachwachsende Energien bereitstellen und pflegen jene Landschaft, die die Basis eines florierenden Tourismus bildet.

Die Landwirtschaftskammer erfüllt hierbei wesentliche Aufgaben im Auftrag der Bäuerinnen und Bauern. Bis heute übernehmen Kammerexperten Behördenaufgaben, aber auch Beratung, Weiterbildung und Rechtshilfe für jeden Grundeigentümer. Und das völlig unabhängig von der Betriebsgröße. Für die Zukunft verdienen Bäuerinnen und Bauern sowie deren gesetzliche Interessensvertretung mehr Wertschätzung, Unterstützung und Rahmenbedingungen, die eigenverantwortlichem, wirtschaftlichem Handeln der Land- wie auch der Forstwirtschaft die Tür öffnet.

Der Burgenländische Bauernbund war immer Garant für eine gute Bauernvertretung und steht auch in Zukunft für den Schutz des Eigentums für mehr regionale Lebensmittel, weniger Bürokratie, einen lebenswerten ländlichen Raum, neue innovative Produktionsfelder, Ausbau der Ernteversicherung sowie eine professionelle Unterstützung aller Kammermitglieder in der Landwirtschaftskammer, um nur einige Forderungen zu erwähnen.

Deshalb ist es uns auch wichtig, dass viele Wählerinnen und Wähler unsere Kandidatinnen und Kandidaten mit unserem Spitzenkandidaten, *(Abg. Manfred Kölly: Genau! Aber ohne Zwangsmitgliedschaft!)* Dipl.-Ing. Niki Berlakovich bei der Landwirtschaftskammerwahl am 11. März 2018 unterstützen. *(Abg. Doris Prohaska: Na hallo! Ist das eine Wahlwerbung? – Beifall bei der ÖVP)* Sie allein garantieren natürlich vollsten Einsatz mit dem Motto „Gemeinsam für ein starkes Land“. *(Abg. Manfred Kölly: Verena, bist Du wahlberechtigt? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann wähl den Niki!)*

Abschließend danke ich allen Bäuerinnen und Bauern für ihre wertvolle Arbeit damit wir alle tagein tagaus gesunde Lebensmittel zur Verfügung haben. Den Konsumentinnen und Konsumenten sei für ihre Treue zum Kauf von regionalen Lebensmitteln gedankt. Allen Akteuren die sich um eine positive Entwicklung des ländlichen Raums kümmern und bemühen, die verschiedenen bäuerlichen Organisationen, den Beschäftigten der Landwirtschaftlichen Fachschulen und der Burgenländischen Landwirtschaftskammer sei ebenfalls herzlich gedankt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Sodl. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die zuständige Frau Landesrätin schreibt zu Beginn ihres Vorwortes im Grünen Bericht 2016 für meine Begriffe sehr passend, es gibt keinen Wirtschaftssektor, der älter als die Agrarproduktion ist. Landwirtschaft stand ganz am Beginn unserer Zivilisation und auch heute gibt es keinen Wirtschaftsbereich, der wichtiger für unser aller Leben ist.

Der jährliche Grüne Bericht des Landes gibt durch aussagekräftige Zahlen und Daten einen umfassenden Einblick über die Entwicklung der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft. Er bildet die Grundlage für eine zielgerechte Agrarpolitik. Ich möchte, und es ist auch schon angesprochen worden von den Vorrednerinnen und Vorrednern, ich möchte dem gesamten Team, die an der Erstellung dieses Grünen Berichtes gearbeitet haben, an der Spitze dem Leiter der Abteilung 4, dem Herrn Dipl.-Ing. Thomas Izmenyi ein großes Kompliment aussprechen, für die wirklich hervorragende und auch wichtige Arbeit.

Die burgenländische Landwirtschaft, wir kommen jetzt doch zu einigen Zahlen und Fakten, verzeichnet 2016 ja einen Rückgang von 11,9 Prozent bei den landwirtschaftlichen Gesamtproduktionswerten. Hauptverantwortlich, wissen wir, wir haben es ja auch schon gehört, sind dafür natürlich die schweren Ausfälle im Weinbau infolge des Spätfrostes Ende April 2016 und natürlich auch im Obstbau. Wir wissen, dass wir im nächsten Grünen Bericht dadurch ja 2017 hier bessere Zahlen vorfinden werden.

Natürlich durch die hervorragende Weinernte im vergangenen Jahr. Die Ausfälle im Bereich des Wein und des Obstes, hier gab es einen nationalen Schulterschluss durch eine 50:50-Kofinanzierung mit dem Bund an die betroffenen ObstproduzentInnen, das waren zirka eine Million Euro. Den Winzerinnen und Winzern wurden rund zehn Millionen Euro als eine Sonderunterstützung aus den Katastrophenfonds ausgeschüttet.

Im Bereich des Ackerbaus gab es hier gute Erträge, sehr gute Erträge. Es gab hier hohe Erntemengen im Ackerbau und auch im Grünlandbereich. Gegenüber dem Hitzejahr 2015 gab es etwa eine Ertragssteigerung beim Getreide von über 26 Prozent und auch an die 30 Prozent im Körner-Mais-Bereich.

Die Bruttoproduktionswerte 2016 mit 412 Millionen entsprechen damit nahezu exakt dem Mittelwert der letzten fünf Jahre. Im Bereich Wein, haben wir gehört, gab es durch die Frostschäden leider nur 328.000 Hektoliter. Das war ungefähr die Hälfte der Erntemenge wie im Jahr 2015. Die höchsten Einbußen gab es hier vor allem im Bereich Neusiedler See. Bei Ölsaaten und Ölfrüchten wurde der Produktionswert infolge gestiegener Mengen im Vorjahresvergleich doch um über 35 Prozent gesteigert.

Das Highlight waren natürlich die Ölkürbisse mit 47,6 Prozent Anstieg im Produktionsvolumen. Deutliche Auswirkungen hatten die Frostnächte, wir haben es

gehört. Im Obstbau gab es Ernteausfälle fast bis zu 50 Prozent, die zum Teil aus Mitteln des Katastrophenfonds, wie wir gehört haben, auch unterstützt wurden. Die tierische Produktion nimmt mit einem 2016 wertmäßig stabilen Anteil von 15 Prozent, hier gab es eine Steigerung von einem Prozent, an der burgenländischen landwirtschaftlichen Produktion eine agrarisch untergeordnete Position ein.

Hier ist natürlich, und wir wissen es leider, ein internationaler Konkurrenzdruck durch die fallenden Weltmarktpreise für Fleisch und Milch besonders augenfällig. Diese Faktoren sind vom Burgenland aus leider nicht zu beeinflussen. Im Bereich der Forstwirtschaft zeigt sich weiterhin ein hoher Anfall an Schadholz durch den Borkenkäfer.

Der Einschlag betrug 2016, wie wir aus dem Bericht entnehmen können, 785.700 Festmeter. Es gab hier zwar einen Rückgang zu 2015, vor allem im Kleinwald gab es noch dazu wenig Nutzung. Ich möchte auch zu den Ausgleichszahlungen noch kommen. Hier gab es über 52,69 Millionen Euro, davon 48,6 Direktzahlungen für die 4.438 Betriebe. Wir haben auch von unseren Vorrednern gehört in dieser Form, dass leider die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe Jahr für Jahr hier ganz einfach weniger wird.

Das heißt, dass nur jeder zweite Betrieb von diesen Ausgleichszahlungen einen Mehrfachantrag abgibt. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Aber vor allem ist das auch in der Kontrolle, man könnte auch sagen in der Kontrollwut und Überbürokratisierung der AMA zu sehen. 2014 bis 2020 wurden in Summe 45,62 Millionen ausgegeben, wobei sich die einzelbetrieblichen Investitionen mit 38,19 Millionen Euro mit Abstand am höchsten zu Buche schlugen.

Die Strukturdaten haben wir in dieser Form heute schon angesprochen. Ich darf sie nur ganz kurz zusammenfassen. Die Reduktion der Betriebe ist natürlich vor allem durch die Agrarpolitik der letzten 25 Jahren geprägt. Im Burgenland alleine gibt es nur noch 8.473 landwirtschaftliche Betriebe, wenn man vergleicht 2013 doch noch mit 9.053, 1995 beim EU-Beitritt 20.193 und 1980 hatten wir auch im Burgenland noch 30.853 Betriebe.

Wie schon erwähnt, nimmt nur sicher die Hälfte der Betriebe am österreichischen Agrar- und Umweltprogramm ÖPUL teil. Die Gründe dafür liegen vor allem in den vorgesehenen Mindestgrößen für Förderungen. Beim ÖPUL die Zwei-Hektar-Grenze.

Ein anderer Grund liegt in der unterschiedlichen Zählweise der Gesamtbetriebe gegenüber auch einzelnen Betriebsstätten. Das heißt, dass de facto die Kleinbetriebe vom wichtigen agrarischen Förderprogramm per Definition hier auch ausgeschlossen sind.

ÖPUL-Förderungen sind durch die Programmumstellungen zurückgegangen. Zum Beispiel wurde durch einen Alleingang des Herrn Bundesministers für die aktuelle Förderperiode völlig unverständlich die Hauptfruchtvariante nicht mehr in das ÖPUL-Programm aufgenommen. Das ist letztlich nichts anderes als die brutale Umsetzung des Prinzips des Wachsens oder des Weichens, indem man Kleinbetriebe von Förderungen systematisch ausschließt und damit in eine aussichtslose Konkurrenzsituation zu mittleren und auch zu größeren Betrieben bringt.

Einen ähnlichen Effekt haben Mindestgrößen bei landwirtschaftlichen Investitionen und natürlich auch die überbordende Bürokratie, insbesondere der EU-Programme, die eine Einreichung und korrekte Förderabrechnung ohne professionelle Unterstützung nahezu unmöglich macht.

Die Wirtschaftsdaten belegen einmal mehr, dass die heimische Landwirtschaft in vielen Bereichen nur über hohe Förderbeiträge weiterbestehen kann. Die Förderungen sind gleichhoch wie die Nettowertschöpfung, jeweils knapp 90 Millionen Euro. Das

spiegelt die Tatsache wider, dass die Preise für Nahrungsmittel als Folge des globalen Wettbewerbs in den letzten Jahrzehnten drastisch auch gesunken sind.

Mit entsprechenden Qualitätsprodukten - und hier ist vor allem unsere Frau Landesrätin Dunst immer wieder Vorreiterin - und verbesserten Vermarktungsstrategien können hier Preise erzielt werden, die weit über jenen der traditionellen Erzeugnisse liegen. Dass dieser Weg erfolgversprechend ist, sieht man in der Entwicklung vor allem im Biosektor. Mit 946 Biobetrieben hat das Burgenland einen Anteil von über 21,1 Prozent, das ist auch wiederum ein Plus von nicht ganz zwei Prozent von 1,7 Prozent bei den österreichischen Biobetrieben. 28,4 Prozent der österreichweiten Bioackerflächen liegen im Burgenland.

Auf das ganze Burgenland bezogen haben wir 29,2 Prozent der Ackerfläche und 16,1 Prozent der Weingärten, rund 30 Prozent der Obstgärten im Burgenland produzieren hier auf biologischer Basis.

Das bedeutet im Bereich Bio höhere Wertschöpfung für die Bauern, gesündere, regionale Lebensmittel für uns alle und eine intakte Umwelt für unsere Kinder.

Genau hier setzt Frau Landesrätin Dunst mit dem Leitprojekt „Zukunft Landwirtschaft“ an. Ich darf letztendlich allen recht herzlich noch einmal für diesen Bericht danken, vor allem Dir, Frau Landesrätin, auch für Deinen Einsatz für unsere Landwirte und für die Landwirtschaft, möchte aber auch vor allem unseren Landwirten recht herzlich danken, die ja weit darüber hinaus nicht nur Produkte in unseren Gemeinden produzieren, sondern die auch hier einen wichtigen Beitrag leisten, um in unseren Gemeinden in dieser Form ganz einfach die Landschaft zu erhalten, die Landschaft zu pflegen. Viele wichtige Dinge damit machen.

Dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken. Der Kollege Temmel hat mich noch nicht überzeugt, dass wir am nächsten Sonntag hier bei der Landwirtschaftskammerwahl - *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Übernächsten.)* übernächsten Sonntag - die ÖVP unterstützen werden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist ja noch Zeit.)*

Danke für den Bericht. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Wolfgang, überlege es Dir noch einmal. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Darfst Du eh wählen?)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich gebe jetzt keine politische Wertung auf die Landwirtschaftskammerwahl ab. *(Abg. Géza Molnár: Kandidierst Du nicht?)* Das hat sich von selbst erledigt.

Tatsache ist, wir besprechen heute den Grünen Bericht, den Grünen Bericht in seiner Vielfalt und bezogen auf eine gesellschaftliche Gruppe, die von der Bedeutung und vom Wert her, glaube ich, in der Regel viel zu gering geschätzt wird.

Auf der anderen Seite oft negative Darstellungen auf den Bauernstand, auf die landwirtschaftlichen Produzenten in Richtung öffentlicher Meinung daher rührt, dass sie im Endeffekt zu Subventionsempfängern gemacht worden sind, weil sich der gegebene Zustand nicht nur über europäische Fördersituation, sondern auch über Bundes- und Landessituation ergeben hat.

Daraus resultierend gibt es noch einen gewichtigen Punkt, der immer wieder in sogenannten Pensionsdiskussionszeiten aufkommt. Es rührt daher, dass der Bauernstand oder die Bauernsozialversicherung der größte Empfänger von staatlichen Mitteln für die sogenannte Pensions- und Sozialversicherungsregelung innerhalb des österreichischen Systems ist.

Die Summen ungefähr auf Österreich bei einem Volumen Sozialversicherungsanstalt der Bauern von zirka 3,2 Milliarden Euro bewegt sich der Förderrahmen ungefähr auf 2,4/2,5 Milliarden Euro.

Diese Summen sind dann immer in der Diskussion sehr trefflich gegen den Bauernstand anzuführen und ergeben in der Situation immer die sogenannte Neiddebatte.

Wir alle sollten froh sein, dass Landwirtschaft nicht nur darin besteht, mit großen Traktoren über die Flächen hinwegzufegen und dort irgendwelches Getreide oder andere Arten von Fruchtmitteln anzubauen, sondern landwirtschaftliche Produktion betrifft die Waldwirtschaft, landwirtschaftliche Produktion betrifft die Wiesenwirtschaft. Wenn wir das alles nicht hätten, würde Österreich als Tourismusregion und als Tourismusland sehr darunter leiden.

Wir haben es vorher in den einzelnen Beiträgen gehört, dass sich innerhalb der letzten 50, 60 Jahre der Bauernstand im Sinne der Hofbewirtschaftung sehr stark reduziert hat. Wir haben jährlich Einbußen an sogenannten Produktionsstätten. Wir haben aber in der Regel auch jetzt schon die Ausweitung, dass es Gesellschafter gibt, Gesellschafterbetriebe, große Einheiten an sogenannten Produktionseinrichtungen, die bei weitem das sogenannte im Burgenland verbreitete Kleingewerbe oder den kleinen Bauern ablösen. Diese Situation ist beklagenswert. Sie geht auch zu Lasten der Bewirtschaftung von Flächen.

Wenn man von Bodenversiegelung spricht, was wir heute noch diskutieren werden, dann ist es in der Regel der Bauernstand, der diese Bewirtschaftung eigentlich noch übernimmt. Wir haben, das wissen die wenigsten, täglich einen Zuwachs an sogenannten Waldflächen, weil gewisse Flächenteile aus der Bewirtschaftung genommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der Darstellung heute auch über die sogenannte Statistik Austria in der Vermittlung gehört, dass das landwirtschaftliche Einkommen 2016 und 2017 aufs Jahr bezogen in einem Wachstum pro Arbeitskraft um 18,8 2017 und 2016 nach vier Jahren von Rückgängen gezeichnet einen Zuwachs von 12,3 Prozent gegeben hat.

Das heißt, wir haben durchaus ein Licht am Ende des Tunnels, dass sich gewisse Situationen in der sogenannten Bezahlungssituation lösen und erleichtert dastehen lassen. Das hat es in der Vergangenheit sehr oft nicht gegeben.

Auf der anderen Seite, hier ist der Agrarlandesrätin Verena Dunst zu folgen, es kann nicht immer nur auf Quantität gesetzt werden, es muss Qualität produziert werden. Wir sind im Endeffekt als kleine Einheiten im Burgenland darauf aus und müssen das auch perfektionieren, dass bei uns die sogenannte Veredelung von Produktionsgütern, das sogenannte Endprodukt, im Vordergrund steht. Es hilft niemandem als landwirtschaftlich Produzierenden, wenn er jetzt große Flächen bewirtschaftet und dann - das ist eigentlich der Widerspruch in sich - bei sogenannten Abnehmern, in der Regel ist es der Raiffeisenkonzern, die Genossenschaften bejammern, dass der Getreidepreis und die Zahlungssituation jährlich vermindert wird.

Das letzte Beispiel an sogenannter Einschränkung, was die Produktionspreise anlangt, ist die Zuckerindustrie. Zuckerrübenanbau hat sich in den letzten zwei Jahren

reduziert, wird weiter fallen. Was den Trugschluss jetzt aber für manche in diesem Raum und in diesem Hohen Haus auch offenlegen sollte, es sind nicht die Bauern, die dargestellt werden, oder die landwirtschaftlichen Produzenten mit ihren sogenannten Flächenförderungen, die jetzt das große Geld aus den europäischen Fördertöpfen abkassieren, sondern die großen Konsumenten europäischer Fördermittel auf landwirtschaftliche Produkte sind Industriebetriebe wie Rauch in Vorarlberg, die auf das Jahr bezogen, für Red Bull zum Bespiel, in der Umsetzung Millionenbeträge für den Gebrauch von Zucker in dieses Produkt abnehmen beziehungsweise erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die regionale Genussmittelproduktion führt mich auf die gestern in einem Beitrag gelistete Darstellung auf unser „Wunderschlössel“ in Donnerskirchen. Es ist ein Beispiel, das Frau Landesrätin Dunst gestern im ORF-Beitrag in die Richtung gezeichnet hat, das macht mir nichts aus, wenn man dort 200.000 Euro jährlich dazu zahlt. Ich finde das „großartig“, es hilft keinem einzigen Produzenten im landwirtschaftlichen Bereich, und ich finde es einigermaßen beängstigend, wenn wir die Diskussion auch in den sogenannten Wochenzeitungen oder in der Tagesberichterstattung jetzt verfolgen, wenn der Donnerskirchner Bürgermeister beziehungsweise das Land darüber nachdenkt, dieses Schlössel zu erwerben.

Ich glaube kaum, dass die Eigentümer - und die sind allen bekannt - sich auf die nächsten 30 Jahre mit irgendjemanden zusammensetzen werden, um das zu verkaufen, weil so einen Vertrag hätte ich auch gern, auf alles, was Liegenschaftsbesitz anlangt, so einen Vertrag kann wahrlich nur das Land ausführen, weil so etwas fällt niemandem ein.

Interessant ist ja die Shareholder-Situation bei den vier sogenannten Eigentümervertretern dieses sogenannten Genusskapitels, nämlich drei sind dabei - aber nicht als Zahler -, zahlen kann ausschließlich das Land. Das ist eine spezielle Vertragskomposition, die auch ihresgleichen sucht, und Sie werden auf Jahre - Frau Landesrätin, ich wünsche Ihnen, dass Sie das auch die nächsten 26 oder 27 Jahre noch machen könnten - Sie werden auf Jahre hin hinaus leider immer wieder aufs Jahr betonen müssen, schon wieder habe ich dazu zahlen müssen, weil das werden Sie auch durch viele, viele Hochzeiten, die in diesen Räumlichkeiten stattfinden, die nichts für den einzelnen Produzenten bringen, nicht ausgleichen.

Was sehr gut in der Darstellung und positiv auch anzumerken ist, war der gestrige Beitrag in der sogenannten Zusammenführung eines Großabnehmers - wenn ich das richtig verstanden habe - vom REWE-Konzern, der sich einzelne Produzenten direkt im Einkauf dort angesehen hat. Und die Frage ist dann immer: Wenn sie mich listen, kann ich auch entsprechend produzieren? Schaffe ich, dass ich jetzt beim Konzern entsprechend pro Tag 1.000 Einheiten unterbringe? Wenn ich das produzieren könnte, dann wäre das natürlich von Vorteil. Was dann der nächste Schritt sein muss, dass es übergreifend von einzelnen Produktionsgemeinschaften geben müsste, die sich diesem Anspruch auch stellen. Nur ist dann immer die Frage: Wie schaffe ich solche Organisationsformen?

Friedrich Wilhelm Raiffeisen würde sich freuen, wenn das jetzt wieder zustandekommt, was vorher schon quasi den Bach runtergegangen ist. Aber Tatsache ist, hier bräuchte es Zusammenschlüsse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt aber auch positive Beispiele in einer sehr regionalen Ausführung. Und wenn ich das richtig im Kopf habe aus dem Südburgenland. Da gibt es nämlich einen Arzt, der Produkte herstellt, „Remedia“, wenn ich richtig im Kopf habe, die aus regionaler Einkaufssituation dem Bauern helfen und ihm eigentlich einen Produktionszweig eröffnet haben, wo er europaweit, ja, wenn nicht weltweit, seine Produkte auf den Markt wirft, der Markt das Produkt nachfragt und

gleichzeitig, glaube ich, in einer südburgenländischen Gemeinde momentan bis zu 20, 25 Personen als Arbeitskräfte auch bei ihm beschäftigt sind.

Solche Initiativen braucht das Land und nicht jetzt irgendwelche aufgesetzten Aktionen, die sich dann irgendwo ad absurdum führen, wenn es darum geht, die entsprechenden Geldmittel aufzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Umstand, der heute auf den Grünen Bericht leider nicht zum Tragen gekommen ist, der aber sehr wichtig erscheint, ist die Situation mit dem gleichen Anspruch, nämlich Versorgungsnotstand, speziell auch im Südburgenland.

Wir haben in allen burgenländischen Gemeinden die letzten Jahre nicht nur ein Bauernsterben, sondern auch ein Greißlersterben, ein sogenanntes Versorgungssterben gehabt. Das ist kein Einzelfall aufs Burgenland. Das gibt es österreichweit. Es gibt aber unterschiedliche Zugänge in den einzelnen Bundesländern, um diesen Trend zu stoppen.

Die Frau Landerätin hat jetzt eine großangelegte Initiative gestartet, wo sie den Versorgungsengpass mit Förderschienen auszugleichen versucht, nämlich alle, die sich sogenannte Greißlerbetrieben widmen, bekommen für den Ladenbau beziehungsweise für die digitale Notwendigkeit in der Ausstattung quasi Fördergelder zur Verfügung gestellt. Da gibt es einen sogenannten Höchstbetrag.

Tatsache ist, und das schreibe ich jetzt nicht im Negativen, ich wünsche mir, dass jeder funktionieren sollte, nur wir haben einen Umstand, den wir bei dieser Diskussion berücksichtigen sollten. Warum haben so viele Greißler, Kleinstunternehmer in den Gemeinden zugesperrt? Weil sie nicht entsprechende Umsätze gemacht haben, weil sie nicht entsprechende Infrastruktur gehabt haben und weil der Konsument nicht reif genug war, das zu schätzen, was er vor Ort hatte.

Das Resultat wird meiner Ansicht nach jetzt nicht leichter werden oder besser werden, wenn wir auf der anderen Seite jetzt die Fördertöpfe öffnen und in gewisse Vereinsstrukturen, die jetzt den Greißlerstand übernehmen, investieren. Dabei wird auch nicht helfen, wenn die Wirtschaftskammer jetzt einen Bus bemalt und jetzt das regionale Produkt unter die Leute bringen möchte.

Ich bin überzeugt, dass nur in gemeinsamer Initiative manches möglich sein wird. Aber wir sollten nicht das quasi als den absoluten Trugschluss nehmen und in der Ausführung quasi dort uns festhalten.

Und einen Aspekt lassen Sie mich auch in die Diskussion werfen, der mir sehr wichtig erscheint, der aber oft auch im Speziellen vom Bauernstand, aber auch von den sogenannten Funktionären missachtet wird.

Im Zusammenhang mit allen Fördermöglichkeiten, die über die Europäische Union in Österreich gewährt werden, und wir wissen alle, dass europaweit der Bauernstand der größte Empfänger ist, ist eine Situation berücksichtigungswert, nämlich unter dem Stichwort AMA.

AMA ist oft das rote Tuch, nicht nur bei denen, die jetzt die Almförderung zurückzahlen müssen - und das jährlich -, weil sie nämlich eine Einrichtung ist, die in Österreich nicht nur zur Abwicklung von Fördersituationen geschaffen wurde, sondern daneben über die Bundesländer befrachtet auch viele Aufgaben erfüllt, die vorher in den Bundesländern in der Alleinstehung erfüllt worden sind.

Die AMA zum Beispiel macht jetzt den Weinbaukataster in der Umsetzung auf die bisher im Land umgesetzten Ausführungen. Die AMA ist die Einrichtung, die zum Beispiel

den Bauern, die eine landwirtschaftliche Fläche bewirtschaften, insofern quält, als in letzter Zeit, soweit ist es getrieben worden, in letzter Zeit eine Baumgruppe, ein einzelner Baum oder ein Strauch durch Orthofotos gezeichnet, aus der Berechnung der Fördersumme herausgenommen werden muss.

Das ist natürlich für niemanden nachvollziehbar, erzeugt eines, auf der einen Seite ist die AMA in den letzten Jahren gewachsen zu einer riesengroßen Einrichtung und fast nicht irgendwo aufzuhalten, der sogenannte Personalstand, allein in der EDV ist von zehn Personen inzwischen auf 200 gewachsen, und es ist laufend eine Erweiterung dort drinnen.

Was mit der AMA im Zusammenhang noch zu erwähnen ist, Österreich leidet, auch im Sinne der sogenannten Vermittlung von regionalen Produkten und Genussmitteln unter dem Aspekt, dass wir in jeder Region nicht nur den sogenannten DAC Wein Regionsbereich erfüllen beziehungsweise umsetzen, sondern wir erfüllen inzwischen das für alle Produkte regionale Pickerl, regionale Markenkennzeichnungen erfolgen.

Der Konsument, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Leidtragende. Der kennt sich überhaupt nicht mehr aus, was jetzt „biologisch“ in der Form ist beziehungsweise unter anderen Aspekten die Kennzeichnung überhaupt bedeuten soll.

Man will etwas Gutes, betreibt aber in der Vervielfältigung dieser sogenannten Plakatierung oder mit dem Emblem versehen, ein Schindluder beziehungsweise einen Raubbau, und das ist im Endeffekt dem Konsumenten und auch dem Produzenten nicht einträglich beziehungsweise für beide Seiten nicht zum Vorteil.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt für den Grünen Bericht 2016 beziehungsweise in weiterer Folge 2017 festhalten, dass der Bauernstand höhere Einkommen hat, dann ist das durchaus eine positive Entwicklung. Ich glaube nicht, dass es mit dieser Situation aber hintangehalten werden kann, dass der Bauernstand weiterhin reduziert wird.

Wir sollten uns bewusst sein, es wird ohne öffentliche Gelder nicht gehen. Wenn auf der anderen Seite Produktionsstätten errichtet werden, die Tausende, zum Beispiel von Schweinen in der Haltung haben, und dann der Schweinepreis unter einem bestimmten Niveau ist, dass weder der Produzent und schon gar nicht der Konsument etwas davon hat, sondern ausschließlich die Handelsketten davon profitieren.

Die Handelsketten haben eine Spanne drauf, die ist fantastisch. Sie bewerben sogar den Konsumenten mit besonderen Aktionen. Herauskommt dass auf der andern Seite die sogenannte Tierhaltung eine Katastrophe ist, herauskommt dass der Bauer als Produzent nichts davon hat, herauskommt dass im Endeffekt auch der Konsument unter einem sogenannten Überproduktionspunkt auf sich gesehen auch darunter leiden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sehen und im klaren Definieren, was das Burgenland als kleine Region im Sinne der positiven Entwicklung des Bauernstandes für die Zukunft braucht, braucht es nur den Blick über die Grenzen. Es gibt in unseren Nachbarländern Produktionseinheiten auf Rinderzucht, auf Schweinezucht, die sich in Millionenbeträgen bewegen, unter anderem auch von chinesischen Investoren mit riesengroßen Tierbeständen aufgebaut worden. Das führt dazu, dass wir eine Monokultur, wie es früher im landwirtschaftlichen Bereich ist, aufbauen, die zum Schaden nicht nur der Volkswirtschaften, sondern im Speziellen der Konsumenten führen.

Ich glaube, das hat der Bauernstand nicht notwendig, daher braucht es eine Unterstützung, daher braucht es Aufklärung, daher braucht es Bewusstseinsbildung, und dazu möchte ich Ihnen gratulieren, weil Sie das in den letzten Monaten auch vollzogen

haben. Es braucht aber viel offensivere Darstellung, weil das ist noch zu wenig. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Zwei kleine Anmerkungen, und ich muss leider in einem Punkt den Kollegen Steier korrigieren. Der große Brocken der EU-Förderungen geht nicht an den Bauernstand oder die Bäuerinnen, den gibt es auch, sondern an die Agrarindustrie, und dort müssen wir sozusagen gerade auf EU-Ebene auch sehr wohl einen Hebel setzen, dass hier andere Steuerungen vorgenommen werden.

Als Zweites möchte ich noch hinweisen, wir haben ja seitens der GRÜNEN im April letzten Jahres den Antrag auf einen Untersuchungsausschuss bezüglich Genussakademie eingebracht. Der Antrag liegt bei der Präsidiale irgendwo in einer Schublade. Wir wissen nicht, was jetzt genau damit gemacht wird. Hier gibt es, und das haben wir heute auch im Rahmen dieses Grünen Berichts gesehen, eine Menge Aufklärungsbedarf.

Ich würde doch dringend darum bitten, dass wir uns zuerst diesem Antrag widmen, uns mit einem möglichen Untersuchungsausschuss, den wir als GRÜNE für ganz dringend notwendig erachten, beschäftigen, bevor weitere große Entscheidungen getroffen werden, weil, das bei der Genuss Burgenland hier vieles schiefgelaufen ist, das hat uns auch der Landes-Rechnungshof in seinem Bericht sehr klar und deutlich hier vermittelt, und wir sollten keinen weiteren großen Schritt setzen, ohne all das aufzuklären, was damals schiefgelaufen ist.

Deswegen auch meine dringende Bitte an die Präsidiale, mit diesem Antrag hier tatsächlich jetzt einmal zu Werke zu gehen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren, die Sie uns heute von zuhause begleiten! Zunächst einmal möchte ich mit einem Dankeschön beginnen. Der Bericht hat mehrere hunderte Seiten, heißt, dass man auch von verschiedenen Institutionen das zusammen führen muss, und daher jetzt auch anwesend, der Hauptreferatsleiter Dipl. Ing. Wutschitz, vielen herzlichen Dank.

Unter Ihrer Anleitung mit Unterstützung von Roman Kummer und auch Frau Dipl Ing. Weißeisen-Halwax, vielen herzlichen Dank. Ich weiß, das ist viel Arbeit, das nebenbei noch mitzumachen, Danke schön, ich bin Ihnen sehr verbunden, dass Sie das immer wieder so hinkriegen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum Zweiten, lassen Sie mich einige Anmerkungen machen. Ich denke, das steht den Abgeordneten des Hohen Hauses zu, dass man ihnen nicht nur zuhört, sondern auch auf ihre Debatten eingeht.

Beginnen möchte ich mit dem Herrn Abgeordneten Spitzmüller. Ich verstehe Sie absolut. Wenn Sie sagen, der Grüne Bericht von 2016 macht wenig her, wenn man das 2018 diskutiert, weil wir ja gerne die Daten schon vorher gehabt hätten.

Hier muss ich ganz klar sagen, wir kriegen einige Daten wirklich nicht früher. Wir haben sie jetzt mit Ende des Jahres 2017 bekommen, obwohl ich den Auftrag gegeben habe, und hier der Herr Dipl. Ing. Wutschitz mich auch unterstützt, aber wir bekommen sie nicht früher.

Aber, ich habe im Vorjahr anlässlich des Berichtes zum Grünen Bericht schon klar gesagt, und ich verspreche Ihnen hier Folgendes: Der Grüne Bericht soll 2018 neu ausgerichtet werden. Zukünftig soll das wirklich einen Eindruck schon vorher ermöglichen. Daher wird dieser neue Grüne Bericht 2018 in mehrere Teile gegliedert sein, und ich nehme an, dass der Hohe Landtag dann auch eher damit umgehen kann und vor allem die Zahlen, Daten und Entwicklungen in der Hand hat.

Das eine, es wird den ersten Teil geben: Burgenland kompakt 2018. Das wird eben das Kompendium sein mit bedeutenden Daten und Fakten und ungefähr um die 30 Seiten und das zu diesem Grünen Bericht. Dann wird es noch Anhänge geben wie Statistik Austria oder Bericht der Sozialversicherungsanstalt der Bauern oder Urlaub am Bauernhof.

Und diese Anhänge kann man dann schon auch während des Jahres, wie wir sie haben, und da lade ich Sie alle ein, unter www.lebensressort-burgenland.at abzurufen. Dann haben Sie früher die Daten, und ich bin auch absolut der Überzeugung, dass Ihnen das auch zusteht.

Vor allem geht es ja auch darum, um eine Entwicklung zu begleiten. Ich bedanke mich wirklich sehr für alle Ihre Debatten, weil Sie ganz einfach längst erkannt haben, dass es nicht nur darum geht, zu reden, wie viele Menschen in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und in der Agrarproduktion tätig sind, sondern es geht um unser tägliches Leben. Es muss uns klar sein, als Konsumentinnen, als Konsumenten brauchen wir diese Lebensmittel und dafür vielen Dank.

Das heißt, zum Zweiten wird es natürlich auch die Publizierung geben wie immer. Eine jährliche Veröffentlichung in Printversion und digital, und der zweite Teil wird dann nur mehr digital sein. Auch hier wieder auf alle bewusst Rücksicht nehmen, die digital gewohnt sind zu arbeiten und die, die es nicht sind. Ich möchte auf beide Gruppen zugehen.

Noch einmal, Sie alle haben sich da oben dieses neue Auftreten des Grünen Berichtes mit mir gemeinsam überlegt. Auch dafür herzlichen Dank und Danke für die Anregungen, dass dieser Bericht wirklich zum Teil schon vorher abrufbar sein muss, das kann ich Ihnen ab 2018 versprechen.

Das Zweite: Ich habe Ihnen, wie gesagt, jedem Einzelnen, sehr genau zugehört, und lassen Sie mich einige Dinge noch sagen. Das Erste ist, ja, es ist darüber diskutiert worden, beispielsweise haben verschiedene Abgeordnete wie Steier, Sodl, Temmel und so weiter, wie die Kollegin Stampfel darauf hingewiesen, wie sich die verschiedenen Produktionszweige entwickelt haben. Auch hier möchte ich nichts mehr dazu sagen.

Grüner Bericht: Danke dass ich heute das Kompliment gekriegt habe, dass das ein sozusagen von der Aufmachung her bescheidener Bericht ist. Was ich Ihnen verspreche, wir werden den natürlich in farblicher, tabellarischer Form Ihnen noch einmal zukommen lassen. Ich verstehe die Einwände, weil man hier die Tabellen nicht so gut erkennt, als wenn sie in Farbe sind. Vielen herzlichen Dank, aber auf alle Fälle auch für diese Rückmeldung.

Das, was ganz klar ist, der Grüne Bericht gibt mir aber nicht nur Grund zur Freude. Ihnen auch nicht. Warum? Wir haben in manchen Produktionszweigen sehr gute

Fortschritte. Das heißt, 2016 haben manche mehr Wertschätzung erzielt. Ich zähle sie jetzt nicht alle auf. Sie haben das getan.

Natürlich, 2016 noch dazu die Frostprobleme und Hagel und so weiter. Hoffen wir, dass uns das nicht wieder sozusagen vom Himmel wieder beschert wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich bedanke mich auch bei Ihnen, weil letztendlich haben Sie als Landtag das auch akzeptiert, dass wir 11 Millionen Euro und davon 5,5 Millionen Euro aus dem Landesbudget ausbezahlt haben. Weil, vergessen Sie nicht, das sind nicht nur die kleinen, großen und mittleren Betriebe, sondern für viele ist das gerade recht gekommen, weil besonders in manchen Bereichen hätten gerade diejenigen, wenn sie diese Ausgleichszahlungen, diese Entschädigungen um es klar zu sagen, aufgehört. Dann hätten wir noch mehr ein Minus vor denen, die noch produzieren.

Also, es passt in manchen Bereichen. Der Wein wird ein Ausreißer, obwohl klarerweise nur die Hälfte der Erträge gegeben ist, aber dort gibt es einfach eine Wertschöpfung, wo die Winzer und Winzerinnen auch davon leben können. Nicht alle, aber zumindest die größeren und renommierten Betriebe auf alle Fälle.

Jetzt komme ich zum zweiten Teil. Ich will da nichts schönreden, weil wir sonst nichts verändern können, denn wenn alles gut ist, dann verändert man nichts.

Es liegt mir nämlich fern, dass ich da jetzt sage, super, es passt ohnehin alles. Nein. Hier ist Klartext gefordert. Schauen Sie, wenn wir beispielsweise nur über Ausgleichszahlungen reden, denn auch hier haben sich mehrere von Ihnen zu Wort gemeldet.

Sie haben gesagt, Herr Kollege Steier, oder Herr Kollege Temmel beispielsweise, ja, man soll hier niemanden ausspielen und man will die Agrarproduzenten auch nicht nur als die Förderempfänger hinstellen.

Meine Damen und Herren! Das wird niemand von uns tun. Deswegen heißt es ja beispielsweise Ausgleichszahlungen. Das will ich von mir aus nie und das werden Sie von mir auch nicht hören, dass ich das verdamme. Gott sei Dank gibt es diese Förderungen. Ich bin froh, dass es diese Ausgleichszahlungen gibt, dass es den ÖPUL gibt.

Nur, eines darf ich Ihnen schon sagen: Gerecht ist es aber nicht. Weil, ich möchte Sie nur fragen, meine Damen und Herren des Hohen Landtages: Wie gibt es das, dass nur mehr jeder zweite Betrieb einen Mehrfachantrag stellt? Dass viele sagen, ich tue mir das nicht mehr an. Mir ist die Bürokratie zu viel. Ich schaffe das nicht mehr. Ich bin ein Klein-Kleinst-Betrieb. Ich kann das nicht mehr. Ich kann mir keine Sekretärin leisten.

Das kann nicht in Ordnung sein. So können wir auch nicht weiter machen. Sonst haben wir immer weniger und immer weniger.

Mehrere von Ihnen haben ja diese Zahlen bereits gesagt. Meine Damen und Herren! Ich rede ja nicht von vor 40 Jahren - dort haben wir 40 000 Betriebe gehabt. Aber, ich schaue beispielsweise nur auf 1995, auf den EU-Beitritt zurück. Da hatten wir noch 20.193 Agrarproduzenten und -produzentinnen.

Meine Damen und Herren! Dann haben wir auch gesagt, die Europäische Union, die wird uns helfen, *(Abg. Werner Friedl: Haben nicht alle gesagt.)* auch den Agrarproduzentinnen und -produzenten. Wissen Sie was seit 1995 passiert ist? Jetzt haben wir nicht einmal mehr 9.000. *(Abg. Gerhard Steier: Bei 8.000.)* Wir sind unter 10.000 gerutscht. Also, dann stimmt da etwas nicht, denn dann hat die Europäische Union in diesem Fall und vor allem der Nationalstaat Österreich und die zuständigen Minister es

nicht geschafft, hier dafür zu sorgen, dass es wirklich einen Ausgleich gibt. *(Abg. Gerhard Steier: Das wird nicht funktionieren.)*

Das funktioniert nicht. Ich darf das wiederholen, was Sie sagen. Genau das ist der Punkt. Das heißt, ich bin für Unterstützungsleistungen, ich bin für Ausgleichszahlungen, ich kann es nur noch einmal wiederholen. Ich bin für ÖPUL Förderungen. Das steht allen zu, die Agrarprodukte produzieren. Wir brauchen die auch täglich. Aber, dann bekennen wir einfach Farbe. Ich arbeite hier gerade mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern daran.

Übrigens vielen herzlichen Dank an meinen Mitarbeiter im Regierungsbüro, Herrn Mag. Pammer. Ich sage Ihnen, wir sind gerade dabei, das Programm Planungsdokument zu organisieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber, das kann ich Ihnen schwören, dort steht nicht mehr das was immer dort schon gestanden ist. *(Abg. Walter Temmel: Selbstversorgungsgrad.)*

Dann haben wir - ja, Herr Abgeordneter Temmel - Sie haben recht, der Selbstversorgungsgrad fehlt. Ja, der ist ja schon in vielen Bereichen. Seit Jahrzehnten können wir uns nicht einmal mehr ernähren. Daher muss man etwas dagegen tun und nicht zuschauen, wie es eine Agrarförderung gibt, die höchst ungerecht ist. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Geh bitte!)* Daher hoffe ich, dass ich Sie dann in der Unterstützung bei mir habe, wenn ich vom Burgenland fordere, es muss sich etwas ändern. So können wir nicht weiter.

Ein Zweites: Ich habe vorher ohnehin schon gesagt, es ist für mich auch überhaupt nicht nachvollziehbar. Irgendwer von Ihnen hat gesagt, ich glaube der Abgeordnete Sodl, dass man beispielsweise mitten in den ÖPUL Förderungen seitens des nationalen Ministers eine Programmumstellung macht. Ich habe dem das auch gesagt. Ich habe da meine Meinung nicht hintangehalten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nämlich, dass man die Hauptfruchtvariante herausnimmt. Das war genau das, wo sich auch viele eine Förderung irgendwie gesichert haben. Das war absolut kontraproduktiv für die Landwirtschaft und das geht überhaupt nicht.

Eines möchte ich Ihnen schon auch noch sagen. Ganz verstehe ich es nicht, wenn man heute darüber redet, dass man die Kleinen- und die Kleinststrukturen auch für die Touristen braucht. Für uns selber als Burgenländerinnen und Burgenländer, dass wir etwas Gescheites zum Essen bekommen, was Regionales und Gesundes vor allem. Dann erwarte ich von Ihnen allen aber, die Sie im Landtag vertreten sind, TTIP, CETA und jetzt reden wir schon wieder vom nächsten, das auch zu unterstützen.

Weil jetzt sage ich ihnen ein Beispiel: Mercosur. Irgendwer von Ihnen hat heute auch schon von den Rinderbeständen gesprochen. Das habe ich mir leider nicht aufgeschrieben. Ja, ich glaube, der Herr Abgeordnete Temmel war es.

Meine Damen und Herren! Wie sollen wir mit 20 000 Rindern im Burgenland, die wir noch haben, gegen ein paar hundert Rinderzüchter aus Südamerika bestehen, wo es Millionen davon gibt und die natürlich dort mit Hormonen ihre Rinder hochkriegen und schnell hochkriegen, aber natürlich auch mit Genmais?

Dann frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wie soll denn da ein burgenländischer Rinderzüchter mit diesem Preis dagegen antreten? Da können wir nur eines, Mercosur darf nicht verabschiedet werden. Genauso wie TTIP und SETA. Bitte unterstützen Sie das alle, weil es so nicht geht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber, nur einige Dinge zuletzt: Sie haben alle auch immer wieder darauf hingewiesen, dass es natürlich als kleiner oder kleinster Landwirt bestimmte Mindestgrößen gibt. Ich sage ihnen nur eine Zahl, weil ich will nicht zu lange werden. Eine Zahl, meine Damen und Herren:

Auf unserem hochgepriesenen Weinhandel und auf unsere Weinproduzenten, auf die wir wahnsinnig stolz sind. Weil, wenn ich in New York oder irgendwo anders international wo hingehe, ist die Getränkekarte da und da ist burgenländischer Wein drauf. Super. Nur, wissen Sie, dass wir fast Drei Viertel der Winzer und Winzerinnen haben, die unter fünf Hektar an Besitz haben? Die zweite Reihe brauchen wir auch.

Aber, wenn ich mir dann anschaue, als ich das Amt angetreten habe, dass es da Mindestinvestitionssummen gibt, jenseits von fünf nein 10.000 Hektar oder höher, dann darf ich Sie fragen: Was glauben Sie, wie viele kleine und kleinste Betriebe hier eine Förderung von der Europäischen Union abholen können? Nämlich genau niemand. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann brauchen Sie sich aber auch nicht wundern, dass so viele aufhören, weil die Agrarschere natürlich immer weiter auseinandergeht. Mehrere von Ihnen haben gesagt, warum hören so viele auf? Na, ganz einfach. Ich habe es bei meinen Eltern selbst bemerkt, denn die waren die letzten, die die Landwirtschaft geführt haben. Meine Schwester führt einen Minibetrieb – und den nur noch nebenberuflich, aber auch nur aus Stolz auf unser Erbe.

Da bin ich stolz auf sie, dass sie das macht, aber ich sage Ihnen warum. Weil es sich nicht mehr ausgeht. Die Agrarschere zwischen dem, was ich brauche, um ein Agrarprodukt zu haben und die Investitionen dazu, um den Preis, den ich dann bekomme, das klafft so auseinander, weil es sich nicht mehr lohnt.

Was wünsche ich mir? Zusammengefasst: Es geht so nicht weiter, das hat, glaube ich, der Herr Abgeordnete Spitzmüller vom brutalen Umsetzen des Prinzips wachsen oder weichen gesagt. Das können wir nicht mehr akzeptieren als burgenländische Menschen, die burgenländisch essen und gesund essen wollen, als jene, die wir stolz auf über drei Millionen Nächtigungen sind.

Die Touristen pfeifen uns etwas, wenn wir es nicht schaffen, dass unsere Landschaft auch noch in einigen Jahren so ausschaut, dass sie auch für einen Touristen spannend und abwechslungsreich ist.

Vor allem dürfen Sie eines nicht vergessen. Die Kleinbetriebe sind systematisch mit diesen Eingangsfördersatz völlig überfordert. Ich sage Ihnen, wie die Welt ausschaut, wenn man sich dann wirklich dahinter hängt. Ich habe geschaut beispielsweise - ist ja heute ohnehin schon gesagt worden - danke für die, die gesagt haben, in Ordnung, sie bemühen sich, sie machen etwas, vielen Dank.

Das kam aus verschiedenen politischen Lagern. Ich schätze die sehr. Aber, unter anderem, ich werde ein anderes Programm für das Burgenland vorlegen. Das schaut so aus, dass alle miteinander, ob konventionell oder biologisch, ob groß oder klein, weil das auseinanderdividieren geht schon gar nicht, aber es muss gleiche Chancen geben, es muss eine Gerechtigkeit in der Förderkulisse geben.

Solche Dinge, wie, Sie haben es beispielsweise gesagt, Herr Abgeordneter Steier, wie Nahversorgungs- oder Buschenschenkenförderung, so etwas ist wichtig. Das hätten wir tun können.

Vielen Dank für Ihr Angebot, den Bauernbund zu wählen. Ich hoffe jedoch dieser wird abgewählt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrat. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland 2016 (Der Grüne Bericht 2016) wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1157) betreffend PEW-Technik + Service GmbH (Zahl 21 - 815) (Beilage 1210)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1157, betreffend PEW-Technik + Service GmbH, Zahl 21 - 815, Beilage 1210.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend PEW Technik + Service GmbH, in ihrer 28. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 07. Feber 2018, beraten.

Gemäß § 42 Abs. 3 wurde beschlossen, vom Rechnungshof Sektionschefin Dr. Helga Kraus, OR Dr. Leopold Mayr, MinR Mag. Silvia Zendron und OR Mag. Stefan Stacher-Ritter den Beratungen beizuziehen.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den gegenständlichen Bericht des Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

MinR Mag. Silvia Zendron gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Berichtes. Am Ende seiner Wortmeldung stellte Landtagsabgeordneter Markus Ulram eine Frage, die von MinR Mag. Silvia Zendron beantwortet wurde.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen: Der Bericht des Rechnungshofes betreffend PEW Technik + Service GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Es liegt uns der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend PEW-Technik + Service GmbH vor.

Ich möchte zum Sachverhalt und zu den Kritikpunkten des Rechnungshofes Stellung nehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die PEW-Technik +ü Service GmbH in Pinkafeld installierte Heizungs- und Solaranlagen, baute Leitungen für Windparks und verkaufte Kücheneinrichtungen. Bereits 2015 sorgte eine Verlustprognose der Energie-Burgenland-Tochter PEW von zwei Millionen Euro dafür, dass die ÖVP, die GRÜNEN und das BLB eine Prüfung beim Rechnungshof beantragten.

Dabei wurde der Rechnungshof unter anderem aufgefordert, die Budgets und Jahresabschlüsse der PEW von 2010 bis 2014 sowie die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2015 zu prüfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weiters sollte die Entwicklung des Personalstandes unter die Lupe genommen und festgestellt werden, ob durch Mängel in der ordentlichen Geschäftsführung ein wirtschaftlicher Schaden entstanden ist. Die Energie Burgenland selbst wies damals in einer Stellungnahme darauf hin, dass der Vorstand Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Schieflage gesetzt habe. Vorstandssprecher Michael Gerbavsits wies damals jegliche Kritik zurück.

Der Rechnungshof publizierte nunmehr eine Reihe von Kritikpunkten. Schon im Jahr 2010 sei die PEW schlecht aufgestellt gewesen. Damals hatte die PEW Serviceleistungen für Privatkunden angeboten, wie etwa die Installation von Heizungs- und Solaranlagen.

Doch anstatt die verlustreichen Bereiche zu schließen, hätte die PEW das Geschäft in anderen Bereichen ausgeweitet, so etwa auf die Windparkverkabelung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Als Anbieter gegenüber privaten Kunden hätte die PEW relativ günstige Preise angeboten. Ob sich die Aufträge überhaupt rechnen konnten, habe im Unternehmen selbst gar nicht festgestellt werden können. So der Rechnungshof.

Anscheinend gab es diesbezüglich auch keine Nachkalkulationen oder man hat die Kalkulation in Nachkalkulationen nicht wirklich richtig deuten können. Darüber hinaus sei der Personalstand der PEW gegenüber dem Auftragsstand viel zu hoch gewesen. So habe die PEW wegen Vorgaben des Landes auch besonders viele Lehrlinge beschäftigt, wobei natürlich die Aufnahme von Lehrlingen eine sehr löbliche Sache ist, das ist schon klar.

Nur, wenn es der Betrieb nicht verträgt, dann ist das eher eine kontraproduktive Sache. Insgesamt sieben Geschäftsführer waren bis 2015 für die PEW verantwortlich. Ich hatte erst gestern ein ziemlich langes Gespräch mit einem der ersten Geschäftsführer der PEW.

2015 verzeichnete das Unternehmen einen Verlust von 1,97 Millionen Euro. Von 2010 bis 2015 insgesamt ein Minus von 2,47 Millionen Euro. Ohne Zuschuss durch die Energie Burgenland im Ausmaß von 1,25 Millionen Euro hätte die PEW, wie jeder normal geführte Betrieb, bereits Insolvenz anmelden müssen. Wie wohl die PEW heute nicht mehr existiert, betreibt die Energie Burgenland die funktionierenden Unternehmensteile weiter.

Kolportiert wird hier in etwa ein Schaden von zwei Millionen Euro, den die PEW hier in den Sand gesetzt hat. Unsere allgemeine Kritik des Bündnis Liste Burgenland zu den Landesgesellschaften ist die fehlende Transparenz des Landes Burgenlandes bei der Ausweisung vollständiger Informationen betreffend die direkten und indirekten Beteiligungen des Landes, der sowohl von Seiten des Landes-Rechnungshofes, als auch vom Bundes-Rechnungshof bereits mehrfach kritisiert wurde.

So schreibt beispielsweise der Bundes-Rechnungshof 2015: Damit erhielt der Landtag nicht einmal über die werthaltigsten beziehungsweise strategisch bedeutendsten Beteiligungen des Landes Burgenlandes umfassende Informationen.

Tatsache ist aber, dass jährlich zwischen 10 und 15 Prozent des Haushaltsvolumens für Zahlungen des Landes an Beteiligungsunternehmen verwendet werden. Dazu kommt, dass die Beteiligungsunternehmen des Landes Burgenland anteilige Gesamtverbindlichkeiten in der Höhe von fast zwei Milliarden Euro aufweisen.

Diese Gesamtverbindlichkeiten sind natürlich zu einem Teil mit Haftungen des Landes Burgenland abgesichert. Vor dem Hintergrund des Hypo-Alpe Adria Skandals, aber auch weiterer durch Entscheidungen in der Politik herbeigeführten Finanzverluste auch in anderen Bundesländern, scheint es daher dringend angezeigt, politische, wirtschaftliche und zivile Kräfte zu bündeln, um auf breiter Ebene mehr Transparenz in die Privatwirtschaftsverwaltung des Landes Burgenland zu bringen. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Solche negativen Beispiele wie die PEW Pinkafeld Elektrizitätswerke, wo eine landeseigene Tochtergesellschaft der Energie Burgenland in den öffentlich gewerblichen Bereich hineinarbeitet, wo es dann bis hin zu der klassischen Sanitär- und Heizungsinstallation zu Badezimmerumbauten bis hin zu der Solaranlageninstallation geht, Küchenverkäufe abgewickelt werden, ich rede da nicht einmal von PV-Anlagen, weil die haben wenigstens noch irgendetwas mit Strom zu tun, das kann nicht sein und das darf in Zukunft auch nicht mehr so sein, vor allem auch noch vor dem Hintergrund dieses desaströsen Ergebnisses.

Ich kann daher eigentlich nur mit einem Sprichwort beenden und zwar „Schuster bleib bei deinen Leisten“ beziehungsweise „Energieversorgungsunternehmen bleib bei deinem Energieversorgungsauftrag“. Danke. *(Beifall bei der LBL, des Abg. Gerhard Steier und Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Johann Richter (FPÖ): Frau Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die PEW Technik + Service GmbH., ein Tochterunternehmen der Energie Burgenland, eines der ältesten Unternehmen des Burgenlandes, gibt es nicht mehr. Es wurden jetzt vom Vorredner schon verschiedenste Dinge und Fakten aufgelistet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte noch einmal ganz kurz eine Chronologie der Ereignisse zusammenfassen. Es wurden für den Zeitraum von 2010 bis 2015 sozusagen die Gründe für diesen Niedergang überprüft. Ich mache es ganz kurz: Die Chronologie - PEW hatte zu viele Mitarbeiter.

Der Personalaufwand dieser Firma stieg auch bei rückläufigen Umsätzen deutlich. Die oftmaligen Geschäftsführerwechsel - sieben an der Zahl - waren sicher nicht für einen konstanten oder für eine kontinuierliche Geschäftsentwicklung förderlich, sage ich einmal. Im Gegenteil, es ging sozusagen immer weiter bergab.

Dazu kommt noch, dass bis auf eine Ausnahme - ich erwähne das gleich nebenbei - es keine öffentliche Ausschreibung dieser Geschäftsführer gab. Ein Unternehmensberater 2011 zeigte damals schon erhebliche Struktur- und

Ertragsschwächen auf, denn er empfahl die Schließung der verlustreichen und verlustbringenden Sparten und eine Personalreduktion.

Dem wurde in keinster Weise Folge geleistet. Das Finale: Wegen geänderter Marktlage, ausbleibender Großaufträge, fehlender Konkurrenzfähigkeit gab es schließlich im Geschäftsjahr 2014/15 einen Verlust von rund 1,97 Millionen Euro. Das Eigenkapital war auf 63 Prozent gesunken. Ohne Zuschuss der Energie Burgenland - wie Du richtig gesagt hast - 1,25 Millionen Euro, hätte die PEW Insolvenz anmelden müssen.

Erst Anfang September 2015 wurden diese Vorschläge, dieser Analysebericht des Unternehmensberaters ernst genommen, denn es wurde eine Neuausrichtung der PEW in Angriff genommen. Das heißt: Vier Jahre nach diesem Analysebericht! Ich glaube, das war viel zu spät.

Geplant wurde dann der Verkauf der verlustbringenden Teilbereiche, der Rest wurde von der Energie Burgenland übernommen. Die PEW gibt es heute praktisch nicht mehr. Das sind einmal die Fakten, die Chronologie der Abläufe.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun zu, meiner Meinung nach, einigen interessanten Aspekten zu diesem Bericht:

Das Erste: Der Rechnungshof beklagt sich darüber, kritisiert, dass eine Prüfung sehr schwierig war. Übermittelte Dokumente waren in vielen Fällen unvollständig, oft nicht Originaldokumente, sondern im Nachhinein aufbereitete Unterlagen. Höchst interessant.

Wichtige Auskunftspersonen, vor allem diese Geschäftsführer, die quasi nicht mehr greifbar waren, standen nicht zur Verfügung. *(Abg. Manfred Kölly: Welcher Partei waren die zugehörig?)* Die vorgelegten Dokumente wiesen oft betragsmäßige oder inhaltliche Widersprüche auf. Meiner Meinung nach kann es wirklich nicht so sein, dass eine Rechnungshofprüfung derart - ich sage es einmal ein bisschen streng – „boykottiert“ wird.

Vor allem wurden von BMW, natürlich PEW *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da hätten wir dann aber eine schöne Beteiligung.)* und Energie Burgenland keine ausreichenden Unterlagen vor allem für die entscheidenden Jahre 2014 und Beginn erste Hälfte 2015 vorgelegt. Das ist einmal ein wesentlicher Aspekt, dass diese Prüfung nicht so ohne war.

Jetzt kommen wir zur Prüfung der wirtschaftlichen, unternehmerischen und strafrechtlichen Verantwortlichkeiten. Da halte ich mich, im Gegensatz zu meinen Vorrednern, nur an die Aussagen des Rechnungshofes zum Fall PEW.

An Hand der vorliegenden Unterlagen und der erteilten Auskünfte - muss man natürlich so sehen - konnte der Rechnungshof keine Hinweise auf rechtliche beziehungsweise strafrechtliche Pflichtverletzungen der Unternehmensorgane feststellen. *(Abg. Manfred Kölly: Na, da sieht man es wieder.)* Das steht wörtlich so da! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Rechnungshof weist aber ausdrücklich darauf hin, dass es bei unternehmerischen Entscheidungen - er sagt - ein sehr weites Ermessen gibt. Ein wesentlicher Aspekt war die Personalpolitik der PEW und somit natürlich auch der Energie Burgenland.

Es stimmt, dass das Land den burgenländischen Arbeitsmarkt fördern wollte und daher den Beteiligungsgesellschaften des Landes und deren Tochterunternehmungen die Ausbildung von Lehrlingen und die Ausbildung von Fachkräften im möglichen Ausmaß vorschlug oder anordnete. *(Abg. Manfred Kölly: Mehr Lehrlinge als Facharbeiter!)* Ich weiß nicht, wie ich das bezeichnen soll.

Ein entsprechendes Schreiben ging an 13 landeseigene und landesnahe Unternehmen. Darunter auch die Landesholding Burgenland GmbH. Die Landesholding Burgenland GmbH, sie ist zu 51 Prozent Eigentümerin der Energie Burgenland.

Dazwischen - zwischen diesen Ebenen - gab es, ich betone das, kein Weisungsverhältnis. Es gab also, der Rechnungshof drückt das recht elegant aus, ein Spannungsverhältnis zwischen den arbeitsmarktpolitischen Anliegen der Landesregierung einerseits und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit von Unternehmen, wie der PEW, andererseits. Spannungsverhältnis - kling gut! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Natürlich hätte das Wohl des Unternehmens vorrangig sein müssen, das ist keine Frage, insbesondere wenn diese wirtschaftliche Tragfähigkeit gefährdet ist. Vorrangiges Ziel eines Unternehmens ist sein Wohl, das heißt, sein Fortbestand!

Schließlich kommen wir zum nächsten wesentlichen Punkt, nämlich zur Prüfung der politischen Verantwortlichkeit. Tatsache ist, dass nach der Referatseinteilung für das Landescontrolling und auch für die Landesholding Burgenland der Landeshauptmann politisch zuständig war. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ah so!)*

Der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter für die Energie Burgenland beziehungsweise nach der Regierungsbildung 2015 Landesrat MMag. Petschnig. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Jetzt wissen wir es. - Abg. Manfred Kölly: Gerade ausgegangen.)* Vorsitzender des Aufsichtsrates der Landesholding Burgenland war bis Feber 2016 Landesrat Bieler, danach der Landeshauptmann.

Das klingt jetzt so, als wäre die politische Verantwortung insofern geklärt, aber der Rechnungshof stellt jetzt eindeutig fest, dass die politisch zuständigen Entscheidungsträger aufgrund gesellschaftlicher Bestimmungen nicht die Möglichkeit hatten, im Wege von Weisungen an die Energie Burgenland in die operative Gebarung der PEW einzugreifen. So sagt es der Rechnungshofbericht!

Weiters war der wirtschaftliche Niedergang der PEW aus der Perspektive des Landes Burgenland nicht zu erkennen, zumal es sich um eine relativ kleine Tochtergesellschaft der Energie Burgenland beziehungsweise eine Urenkelgesellschaft des Landes handelte und nicht im Fokus des Interesses der Landescontrolling stand. *(Abg. Gerhard Steier: Das denke ich mir.)*

Letztendlich sind wir bei der Energie Burgenland angelangt. Wie bereits gesagt, war die PEW eine relativ kleine Tochtergesellschaft. Das heißt, sie repräsentierte ein Gesellschaftskapital von 80.000 Euro, wo hingegen die Gesamtbeteiligungen der Energie Burgenland 14,5 Millionen Euro ausmachten. Nur um das ein bisschen in Relation zu sehen!

Aber, ich glaube, man muss sich trotzdem Sorgen machen, denn wenn der Vorstand der Energie Burgenland in diesem kleinen Bereich nicht im Stande war, für einen ordentlichen Betrieb zu sorgen, dann ist vielleicht auch in anderen Bereichen der EB Vorsicht geboten oder damit zu rechnen. Also, das möchte ich schon in den Raum stellen! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Gerhard Steier: Na, Bravo!)*

Zum Abschluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Prüfungsantrag wurde ja, wie schon erwähnt, von Mitgliedern der ÖVP, Liste Burgenland, den GRÜNEN und vom Kollegen Steier eingebracht. Offensichtlich war es vorrangig, die politische Verantwortung zu klären.

Da muss man aber auch schon, meiner Meinung nach, die ÖVP in die Verantwortung und in die Pflicht nehmen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Na, eh klar!)* Warum? *(Abg. Manfred Kölly: Wie kommst Du jetzt da drauf?)* Komischerweise ist die EVN mit 73 Prozent immerhin in der Burgenland Holding AG beteiligt. Das ist sicher kein roter oder blauer Betrieb, sage ich einmal. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A: Da musst Du dich aber schon sehr verkehrt kratzen.)*

Politisch war Mag. Steindl für die Energie Burgenland zuständig, Dr. Ecker als Vorstandsdirektor ist das noch immer. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist völliger Blödsinn, was Sie da sagen! Das stimmt so nicht.)* Weiters war die ÖVP über den gesamten geprüften Zeitraum in der Regierung. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das Stimmt so nicht.)* Was ist los mit Euch? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist los mit Euch?)* Hallo! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist mit den anderen?)* Da scheint es sich wieder um das von mir hier schon oft zitierte kollektive Vergessenssyndrom der ÖVP zu handeln.

Das erklärt natürlich vieles. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da hat es die andere Hälfte auch noch gegeben! – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Herr Kollege Richter! Ich weiß nicht, warum ich bei Ihnen immer so anspringe, keine Ahnung. *(Abg. Mag. Johann Richter: Das haben meine Schüler auch so gemacht.)* Es hat aber damit nichts zu tun, dass Sie Lehrer sind, nein! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ja, weil sie nämlich so belehrend sind.

Wenn es wenigstens so richtig wäre, Herr Richter, *(Abg. Mag. Johann Richter: Es steht so im Rechnungshofbericht. Wörtlich.)* wie Sie das sagen, dann würde ich das so akzeptieren, aber, es ist einfach falsch. Es ist schlichtweg falsch was Sie da behaupten. Sie brauchen sich das nämlich nur anschauen. *(Abg. Manfred Kölly: Das falsche Skriptum.)* Politisch gibt es…*(Abg. Mag. Johann Richter: Falsches Skriptum!)*

Hören Sie mir zu, Herr Richter! *(Abg. Mag. Johann Richter: Falsches Skriptum!)* Euer Hochwürden, hören Sie mir zu! *(Abg. Mag. Johann Richter: Muss ich?)* Ja, vielleicht wäre es gut, dann könnte ich einiges aufklären. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar zu Abg. Mag. Johann Richter: Das war so ein Blödsinn, was Du da erzählt hast.)*

Nämlich die Energie Burgenland ist ein Teil der Burgenland Holding, der Landesholding, ja, der Burgenland Holding und da gibt es ganz klare Zuständigkeiten, aber die liegen nicht bei mir. Die Energiewirtschaft, da haben Sie schon recht im Allgemeinen, aber im Detail, wo Sie meinen die Energie Burgenland, da war ich absolut nicht verantwortlich. *(Abg. Mag. Johann Richter: Das habe ich nicht gesagt.)*

Und das möchte ich schon feststellen und das weise ich zurück, was Sie da sagen. *(Abg. Mag. Johann Richter: Habe ich das gesagt? – Nein, habe ich nicht gesagt.)* Nein, ich verstehe schon Ihren Unterton und wie Sie das bringen.

Aber hören Sie auf Unwahrheiten zu betreiben da in diesem Landhaus, sondern versuchen Sie der Wahrheit gerecht zu werden! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem vorliegenden Rechnungshofbericht über die PEW haben wir jetzt schon im Detail einiges gehört. Aber trotzdem ist es noch einmal zusammenzufassen.

Das möchte ich betonen, in den Jahren 2009/2010 bis zum Jahr 2014/2015 haben sich die Umsätze mit einem Minus von 21 Prozent entwickelt. Das heißt, steil bergab und gleichzeitig hat sich aber der Personalstand um 30 Prozent erhöht. Also diametral was die Umsetzung mit den Anstellungen betrifft.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ein Schelm der dabei Böses denkt, da war zufällig die Landtagswahl 2015 greifbar nahe. *(Abg. Mag. Johann Richter: Geh bitte.)* Ich denke, dass gerade dort vielleicht der Eine oder Andere eine Anstellung bekommen hat in der Hoffnung, dass man vielleicht die eine oder andere Stimme erhaschen kann. Meine Vorredner haben das teilweise auch schon gesagt.

Deswegen ist das sehr wohl auch ein großes politisches Thema im Burgenland, weil unter dem Strich, und das zeigt der Rechnungshofbericht, zumindest zwei Millionen Euro in den Sand gesetzt wurden, wenn man die Nebengeräusche weglässt. Das muss am Ende der Energiezahler im Burgenland tragen. Dafür sind wir nicht zu haben und das ist von uns massiv zu kritisieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn man ein erfolgreiches Unternehmen hernimmt, dann weiß man, dass man innerhalb von sechs Jahren keine sieben Geschäftsführer haben kann. Da passt irgendetwas nicht zusammen.

Gleichzeitig ist, das zeigt auch der *(Abg. Manfred Kölly: Meistens waren es zwei, Doppelbesetzung.)* Rechnungshofbericht, nur ein einziger Geschäftsführer ausgeschrieben worden. *(Abg. Manfred Kölly: Ein Roter und ein Schwarzer.)* Das ist ein klarer Rechtsbruch.

Ich könnte mich nicht erinnern, dass da in irgendeiner Weise die ÖVP beteiligt war. Somit gibt es noch ein weiteres Thema das ganz spannend ist, wenn man die KRAGES-Thematik betrachtet.

Der Rechnungshof kritisiert, dass die Managerverträge zum Teil Akontozahlungen von Bonuszahlen bekommen haben. Diese Verträge mit Akontozahlungen waren vorgesehen. Oft wurden diese Zielvereinbarungen sehr spät im Jahr vereinbart, das heißt, jeder hat das in Wirklichkeit erreicht.

Genau dieselbe Thematik hat uns ja auch in der KRAGES -Affäre beschäftigt. Dort ist der Geschäftsführer damals entlassen worden. Diese Geschäftsführer wurden nur ausgetauscht und darüber ist Stillschweigen vereinbart worden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: So wie immer.)* So wie immer.

Das zeigt ganz klar, dass die PEW GmbH von der Energie Burgenland eine Spielwiese der SPÖ war.

Der Bericht zusammengefasst zeigt auch ganz klar, wenn die SPÖ wirtschaftet kommt dieser Bericht zum Tragen. Diese Misswirtschaft, die hier passiert ist, sehen wir sehr, sehr skeptisch und hoffen auch, dass hier noch politische Verantwortung zum Tragen kommt.

Wenn ein Unternehmen nicht aus eigener Kraft bestehen kann, dann geht es in die Insolvenz. Das hat der Herr Hutter veranschaulicht. In dieser Situation war die PEW im Prüfungszeitraum nicht in der Lage selbst zu bestehen.

Die PEW hat nur durch Aufträge von der Mutter, also von der Energie Burgenland, oder durch andere Konstellationen überleben und bestehen können. Nur so konnten sie auch diese Vielzahl an Personen im Umfeld einer Partei anstellen, um an Ende des Tages liquidiert zu werden. Mittlerweile existiert sie nicht mehr.

Sie wurde geschlossen. Was auf der einen Seite vielleicht schön sein mag und so ein Schaden in dieser Gesellschaft verhindert werden konnte. Aber und da bin ich schon bei meinen Vorrednern, der Grund und die Ursache besteht ja weiter. Nur weil jetzt diese Gesellschaft liquidiert wurde heißt das nicht, dass das Problem gelöst wird. Ganz im Gegenteil.

Mittlerweile oder davor wurden einige Geschäftsbereiche abgespalten in eine andere Gesellschaft, oder die ganzen Problemfelder in die Energie Burgenland aufgesaugt. Das heißt, dass Problem, besteht nach wie vor und der Energiezahler muss dafür bezahlen.

Das heißt, nur weil man sagt man liquidiert diese Gesellschaft sind die Probleme weg, das ist bei Weitem nicht der Fall und deswegen werden wir uns zukünftig auch noch diesen Bereich anschauen müssen.

Schwer fahrlässig ist auf alle Fälle, dass keiner der politischen Verantwortungsträger, keiner der Geschäftsführer, es zum Anlass nahm eine Sonderprüfung, eine aktienrechtliche Sonderprüfung, durchzuführen.

Ein Aufsichtsrat hat nach 2015, nach der Wahl, wie das ans Licht kam, eine Sonderprüfung im Aufsichtsrat beauftragen wollen. Dann wurde dieser Antrag aber abgelehnt, genau aus diesen Gründen.

Da stellt man sich die Frage, warum die Aufsichtsräte das verhindert haben? Warum hier die Vorstandsmitglieder der Energie Burgenland nichts dazu sagten und auch am Schluss der Landeshauptmann das totschweigen wollte?

Deswegen stellt sich für uns die Frage, warum diese SPÖ Personalpolitik in diesem Ausmaß stattfinden konnte? Trotzdem verlor die SPÖ, ich kann mich erinnern, minus sechs Prozent. Also so toll wirtschaften konnte man doch nicht, auch nicht was die Personalpolitik betrifft.

Und wer fordert nun die politische Verantwortung ein? Wir als Volkspartei fordern sie ein, von unserem Landeshauptmann, der in dieser Sache mehr als nur zuständig war, Der darüber Bescheid wusste, wahrscheinlich auch der Landesrat Bieler, der damals die Finanzverantwortung trug und der Vorstand Gerbavsits alleinig für diese Tochtergesellschaft zuständig war.

All diese Fragen, sind noch weiter zu klären. Der Bericht gibt uns als Volkspartei natürlich Recht. Wir haben damals kurz nach der Landtagswahl diesen Bericht gemeinsam mit der Opposition beantragt und nun liegt, leider sehr verspätet, das Ergebnis vor. Aber dieses Ergebnis gibt uns Recht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Selten wahrscheinlich, dass ich dem Kollegen Richter Recht gebe, bis zu diesem Punkt, wo er auf einmal zu philosophieren begann über irgendwelche Dinge die uns nicht ganz klar sind.

Jetzt frage ich die FPÖ, sie war vor zwei Jahren mit uns dabei diesen Bericht zu beauftragen, jetzt sitzt die FPÖ auf der Regierungsbank und schaut plötzlich weg. In diesem Bereich setzen sie die Scheuklappen auf, statt auch hier die Verantwortung von ihrem Nachbarn einzufordern. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Meine liebe FPÖ, wo bleiben Eure Konsequenzen? Was macht Ihr aus diesem Bericht jetzt? Normalerweise muss man schon den Koalitionspartner auf die Finger klopfen oder zumindest die Verantwortung einfordern, oder vielleicht in der Energie Burgenland die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Geschätzte Damen und Herren! Wir sind sehr gespannt. Als Opposition werden wir weiterhin auf alle Fälle dabeibleiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke, Frau Präsidentin. Geschätzte Präsidentin! Hohes Haus! Werte Zuhörinnen und Zuhörer! Am 7. Oktober 2015 wurden von 16 Abgeordneten dieses Hohen Hauses die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der PEW Technik und Service GmbH während des Zeitraumes 2010 bis 2015 durch den Bundes-Rechnungshof verlangt.

Die Befundaufnahme erfolgte in den Monaten Juni bis September 2016 und als Prüfungsgegenstand, kurz zusammengefasst, wurde die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung, während dieses Zeitraumes, die Personal- und Umsatzentwicklung, aber auch die Verantwortung durch die zuständigen Organe gegeben. Die Verlangensprüfung beinhaltete insgesamt 12 Themenkreise.

Im April 2017 wurde ein erstes Prüfungsergebnis, einerseits der Energie Burgenland AG, andererseits dem Land Burgenland vorgelegt.

Letztendlich nach den Stellungnahmen die eingeholt wurden, wurde dieser, uns vorliegende Bericht, erst im Dezember 2017 veröffentlicht. Der Bericht umfasst quantitativ 116 Seiten und zeigt in den Schlussempfehlungen, die ja vorher auch von Mag. Wolf angesprochen worden sind, als Ergebnis 14 Empfehlungen an die Energie Burgenland AG, sowie eine an den Aufsichtsrat der Energie Burgenland, auf.

Meiner Einschätzung nach, sowie auch die Vorredner bereits mitgeteilt und beurteilt haben, handelt es sich um einen komplexen Prüfbericht, mit einer komplexen Prüfmaterie. Wobei insbesondere die wechselnden Geschäftsführer und handelnden Organe, aber auch die Querschnittsmaterien durchaus die längere Dauer bis zur Veröffentlichung dieses Prüfberichtes rechtfertigen.

Die Kritik Mancher, dass seitens der Energie Burgenland AG nicht im erforderlichen Ausmaß bei der Durchführung der Prüfung Unterstützung gewährt wurde, kann ich eigentlich nach Beurteilung und Durchsicht auch der Stellungnahmen nicht unbedingt bestätigen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Zeitpunkt der Vorlage dieses Prüfberichtes, vorher bereits erwähnt Dezember 2017, wurden bereits nachweislich von den vorerwähnten Empfehlungen bis auf eine alle erfüllt. Das heißt, zum Zeitpunkt des Prüfberichtes wurden alle Empfehlungen bis auf eine erfüllt.

Als Beispiel möchte ich wie vorher bereits erwähnt, einige anführen. Zum Beispiel die Neugestaltung der Managerverträge und auch die Leistungserbringungen, Leistungsvereinbarungen und Zielerreichungsboni. Aber auch die Einführung eines Kontrollsystems im Hinblick auf die Zeiterfassung.

Vor allem, weil es angesprochen worden ist, die Ausschreibung von Geschäftsführern nach dem sogenannten Stellenbesetzungsgesetz und auch verbindliche

Mindeststandards für interne Dokumentation und Berichterstattung. Das heißt, das vorher Angeregte wurde zum Zeitpunkt der Bekanntgabe oder Veröffentlichung des Prüfberichtes bereits umgesetzt.

Desweiteren wurde als zweiter Schritt auch zu dem Zeitpunkt bereits die Abspaltung oder auch die Neustrukturierung, wie man sagen darf, der wirtschaftlich aussichtsreichen Geschäftsbereiche der PEW vorgenommen.

Und das bereits zitierte Nachfolgeunternehmen mit dem Namen Energie Burgenland Dienstleistung und Technik GmbH. erbringt derzeitig hochwertige Dienstleistungen für die Energie Burgenland AG und bildet spezialisierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus.

Ich habe mir gerade diesbezüglich und im Speziellen angeschaut was die machen. Sie haben tolle hochwertige Verkabelungsprojekte und sind im speziellen Dienstleistungsbereich für Elektrotechnik und vor allem der Geodienstleistungen, sogenannte Nischenprodukte, gegeben und bestehen.

Das Nachfolgeunternehmen, steht nach meiner Einschätzung und auch nach Beurteilung der Wirtschaftsprüfer, auf stabilen Beinen und erwirtschaftete für die nachfolgenden Geschäftsjahre 2016/2017 und 2017/2018 jedenfalls positive Betriebsergebnisse in Millionenhöhe.

2016 und 2017 waren diese Ergebnisse bei rund 2,7 Millionen Euro. Deshalb kann ich mit Fug und Recht behaupten, dass dieser Prüfbericht sicherlich zur weiteren Sensibilisierung beigetragen hat und mittlerweile die Hausaufgaben in Folge der Umsetzung der Empfehlungen, aber vor allem auch die Neuausrichtung des Nachfolgeunternehmens jedenfalls vollständig erledigt werden konnten.

Ich möchte aber trotzdem auf einige Kritikpunkte, die auch von Ihnen gekommen sind, eingehen. Ich möchte es auch auf Themenfelder konzentrieren und als Erstes die wirtschaftliche Entwicklung auf Hinblick auf die Geschäftsführung und das Personal ansprechen.

Wie bereits heute bekannt, war das Jahr 2011 das erste Mal ein externer Unternehmensberater eingeschaltet. Der erkannte und zeigte erhebliche Struktur- der Ertragsschwächen auf. Diese Strukturschwächen waren, meiner Einschätzung nach, darin begründet, dass die Firma Kurtz, der Ankauf oder die Übernahme der Firma Kurtz und auch die vorhandenen Geschäftsfelder nicht zu einem positiven Betriebsergebnis beigetragen haben.

In Folge dieser Beratung wurde seitens der Geschäftsführung zum damaligen Zeitpunkt auf Wachstumsstrategie und verbesserte Auslastung des Personals gesetzt. Im Geschäftsjahr 2012/2013 aber auch 2013/2014 konnten dadurch doch positive Deckungsbeiträge erworben werden.

Jedoch 2014, durch das Ausbleiben von Großaufträgen, die auf das bestehende Personal ausgerichtet waren, und auch der geänderten Marktlage, wie bereits heute erwähnt, musste man zur Kenntnis nehmen, dass doch Verluste im größeren Ausmaß gegeben sind.

Und was heute noch nicht erwähnt worden ist, die Geschäftsführung, aber auch der Vorstand steuert entgegen, dass bereits im Jahre 2014 12 Kündigungen ausgesprochen worden sind, um auf diese Verluste einzugehen und dem Rechnung zu tragen.

Es wurde auch gleichzeitig dann, in diesem Jahr auch und neuerlich ein externer Unternehmensberater eingebunden. Wir haben das in der Ausschusssitzung bereits

gehört, nach Nachfrage von Markus Ulram wurde bestätigt, dass das ein Unternehmensberater in Neutal war, wurde dieser Unternehmensberater nochmals eingebunden und dabei konnte festgestellt werden, dass eine strukturelle Neuausrichtung unbedingt erforderlich ist.

Wie bereits erwähnt, konnte die Insolvenz durch einen Zuschuss der Energie Burgenland AG verhindert werden.

Ich möchte auch zu diesem Themenfeld das ansprechen, was bereits von Mag. Richter erwähnt worden ist. Es wird auch seitens des Rechnungshofes von einem Zusammenhang des Spannungsverhältnisses zwischen Arbeitsmarkt und gesellschaftspolitischen Anliegen einerseits und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Unternehmens andererseits gesprochen.

Dazu möchte ich aber betonen, wenn man sich den Bericht genau anschaut und wirklich jede einzelne Seite durchgeht erkennt man, dass während des Prüfungszeitraumes von diesen fünf Jahren, 109 neue Personalaufnahmen, davon 27 Lehrlinge waren und gleichzeitig 87 Auflösungen von Dienstverhältnissen, davon alleine 12 im vorher angesprochenen Zeitraum 2014, vorgenommen wurden.

Wenn man das hochrechnet, ist das ein Überschuss von 22 Beschäftigten. Wenn man dabei aber die 27 Lehrlinge berücksichtigt, glaube ich, dass das ein Argument ist, was durchaus auch für diesen Personalstand und für die Personalsituation sprechen kann.

Und ich sage jetzt einen Satz der mir wichtig ist. Diese Personal- und Kapazitätsreserven, ich behaupte der Facharbeiterpool, der aufgebaut worden ist, kommt eigentlich jetzt beim Nachfolgeunternehmen zum Tragen. Und diesem positiven Betriebsergebnis, das momentan eine wesentliche Säule darstellt, ist im Prinzip auch dem Rechnung zu tragen. *(Abg. Manfred Kölly: Da gibt es nichts zum Verteidigen.)*

Meiner Einschätzung nach soll man Lehrlingsoffensiven, die 2014 von allen in diesem Raum gutgeheißen worden sind, nicht schlechtreden. Ich behaupte auch, dass diese Lehrlingsausbildung eine Zukunftsinvestition ist. Und ich glaube auch, dass das im Wettbewerb die besten Fachkräfte natürlich bringt.

Deshalb meine ich, die wirtschaftliche Tragfähigkeit von öffentlichen Unternehmen ist zweifelsohne im Vordergrund zu halten, aber man darf die Notwendigkeit der Ausbildung von Lehrlingen, gerade im öffentlichen Bereich, als Best-Practice Beispiel jedenfalls nicht verneinen, man muss das sogar noch unterstreichen.

Zum wirtschaftlichen Niedergang der PEW, der heute bereits dargestellt worden ist, auch von Mag. Christoph Wolf, es ist richtig, dass die wirtschaftliche Schieflage bereits seit dem Jahr 2010 kontinuierlich war. Ich habe bereits erwähnt, es gab nur in zwei Geschäftsjahren positive Deckungsbeiträge, das war 2012 bis 2014.

Und schließlich kam dann das Jahr 2015, wo eine Weiterführung nicht mehr möglich war. Und dabei möchte ich aber auf die Situation zurande kommen. Es gab dann diesen externen Unternehmensberater und auf Grund dieses Berichtes wurde ein internes Kernteam für die weitere Analyse installiert. Dabei wurde auch angesprochen, diese Sonderprüfung. Diese Sonderprüfung wurde erst dann nach dieser Analyse durch das Kernteam durchgenommen.

Ich bin der Meinung, das ist auch vertretbar. Das hat auch der Rechnungshof dann im Anschluss in den Schlussempfehlungen dokumentiert, wo er selber gesagt hat, dass es keine Pflichtverletzung per se ist, dass diese Sonderprüfung abgelehnt worden ist, weil

in weiter Folge das Vertrauen der Vorstandsmitglieder auf Grund dieser Berichterstattung gegeben war.

Nun komme ich zum letzten Punkt. Das ist die Verantwortlichkeit der zuständigen Organe und dabei möchte ich fünf Ergebnisse des Rechnungshofes zitieren. Und deshalb behaupte ich auch, dass der Rechnungshof dem Grunde nach eigentlich keinerlei Pflichtverletzungen und rechtliche Verurteilungen vorgenommen hat.

Erster Punkt: Der Rechnungshof sagt dezidiert, dass keine Hinweise auf eine Verletzung des Ermessensspielraumes, beziehungsweise unterlassenes Bemühen der Geschäftsführung gegeben ist. - Keine Hinweise auf Verletzung des Ermessensspielraumes.

Der Rechnungshof sagt weiters: Es gibt keine Hinweise auf strafrechtliche Pflichtverletzung der Unternehmensorgane und auch der Eigentümer der Gesellschaft. Siehe Seite 108 des Prüfberichtes.

Er sagt weiters, dass das Land, das ist auch heute schon erwähnt worden, mangels eines Weisungszusammenhanges in Folge der AG keine operativen Eingriffsmöglichkeiten auf Ebene der PEW hatte.

Und er sagt weiters, dass die ablehnende Entscheidung über die beantragte Sonderprüfung per se, wie bereits erwähnt, keine Pflichtverletzung darstellt.

Nicht unerwähnt sollte aber auch der Umstand bleiben, dass seitens des Rechnungshofes, meiner Einschätzung nach, transparent berichtet wurde, dass keine unrechtmäßige Mittelzufuhr stattgefunden hat und keine Hinweise auf systematische Malversationen vorgelegen sind.

Wenn der Bericht der ÖVP-Linie Recht gibt, dann wäre das Ergebnis auch das, was die ÖVP feststellen wollte, nämlich keinerlei Pflichtverletzungen auf Grund der Schlussbemerkungen durch den Bundes-Rechnungshof.

Als Resümee muss ich festhalten, dass einerseits die PEW schon seit längerem in Folge der Abspaltung nicht mehr bestehend ist und die Energie Burgenland Dienstleistung und Technik GmbH, soweit mir bekannt ist, die Geschäftsergebnisse im positiven Bereich schreibt.

Jedenfalls möchte ich aber sagen, weil ich auch den Kollegen Steier vorher bei einer Mitteilung gesehen habe, dass die Kritik im Prüfbericht jedenfalls ernstgenommen wurde und auch genommen werden muss und auch die Empfehlungen des Rechnungshofes lückenlos umgesetzt werden und wurden.

Ich möchte aber schon haben, dass dieses Nachfolgeunternehmen die Chance hat, auch weiter in Ruhe zu arbeiten, um auch positive Betriebsergebnisse abzuliefern und dass auch die ausgebildeten qualifizierten Fachkräfte weiterhin dieses Nachfolgeunternehmen auf stabilen Beinen halten können.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat):* Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn ich jetzt konsequent Ihren Ansatz, Kollege

Drobits, fortsetze, dann gibt es keine Kritik bezogen auf die PEW, weil sie begraben worden ist. *(Heiterkeit bei der ÖVP)*

So quasi, mit dem Absterben ist alles, was in der Vergangenheit passiert ist, alles was dargestellt wurde, kein Diskussionsgegenstand und es hat sich nichts zugetragen, was man jetzt im Sinne des Rechnungshofberichtes einigermaßen diskutieren sollte.

Wenn schon nicht in der Erfahrung und in der Erkenntnis, dass man daraus Schlüsse zieht, so doch darauf, glaube ich, angebracht, dass der Burgenländer, die Burgenländerin, nicht nur als Stromkonsumenten, sondern als Eigentümerin seitens des Landes Einbußen erlitten haben, die sich jetzt möglicherweise in bestimmten, relativen Betrag äußern.

Aber Tatsache ist, dass aus dieser Diskussion um die Sonderprüfung der PEW mit Sicherheit abzuleiten ist, dass es möglicherweise in der sogenannten Pflichterfüllung keine Verletzungen gegeben hat, möglicher Weise sage ich. So konzipiert es zumindest der Rechnungshof.

Aber in der Umsetzung von dem, was eine Betriebssituation ist, möchte ich die Geschäftsführer in keinster Weise außenvorlassen, und schon gar nicht diejenigen, die als Vorstände in den Unternehmen operieren.

Ich möchte allgemein zur Kenntnis bringen, was jetzt erwähnt wurde, unter anderem vom Kollegen Richter auch, bezogen auf den Rechnungshofbericht, wo es darum ging, wie der Modus Operandi im Unternehmen oder auf diese PEW angetroffen wurde.

Da heißt es auf Seite 18 des Berichtes: die Energie Burgenland führte zu dem Vorwurf einer verzögerten, beziehungsweise unvollständigen Unterlagenübermittlung aus, dass sie den Rechnungshof im Rahmen der Umstände und Möglichkeiten unterstützt habe.

Viele Informationen und Abläufe hätten mit hohem Zeit- und Sachaufwand erhoben werden müssen. Sie haben die Fragen des Rechnungshofes immer nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage nachvollziehbarer Fakten beantwortet und Auslegungen sowie Interpretationen Abstand genommen.

Herr Kollege Richter, nachdem Sie auch dem Lehrerstand angehört haben, glaube ich, dass Sie des Lesens und sogar der Information der sinngebenden kundig sind, und daher gehe ich davon aus, nachvollziehbare Fakten, ich glaube, dass dort ein "Kuddelmuddel" vorgeherrscht hat, dass es keine Papiere gegeben hat.

Und dass die Aufarbeitung für den Rechnungshof nicht nur eine Leistung war, sondern mehr oder weniger ein Puzzlespiel, wo man darauf angewiesen war, was von Unternehmensseite her übermittelt wurde. Und das wurde, das haben Sie ja direkt ausgeführt, sehr spärlich, zaghaft und dann nur in bestimmten kleinen Einheiten dargelegt.

Und darauf antwortet dann der Rechnungshof, nahm die Ausführungen der PEW Verantwortlichen zu Kenntnis. Er entgegnete der Energie Burgenland jedoch, dass die erforderlichen Unterlagen zu den letzten eineinhalb Jahren der Geschäftstätigkeit der PEW, zum Teil nicht oder erst nach Urgenzen bereitgestellt wurden.

Die vorgelegten Dokumente wiesen mitunter betragliche und inhaltliche Abweichungen beziehungsweise Widersprüche auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist Chaos per working. Das ist ein Zustand und wie es vorher ausgeführt wurde, bei einem Unternehmen, das jetzt möglicherweise nur mit 80.000 Euro bewertet ist. Das geht in den Bereich der Landesverantwortung.

Und ich kann es nicht hintanhalten, dass jetzt irgendein Geschäftsführer, wo man in fünf Jahren sieben gebraucht hat, das ist glaube ich ein Spitzenwert in der gesamten österreichischen Unternehmenssituation.

Ich will jetzt nicht wissen, wo man vorher diskutiert hat, der Kollege Kölly angeführt hat, dass die jetzt möglicherweise längere Verträge gehabt haben, wie die dann ausgefallen sind, im Sinne der Auszahlung. Vielleicht ist dort auch ein Stillschweigen angebracht, weil, das kann ja nicht sein.

Aber eines ist der Fall, die sind alle aus dem Unternehmen gekommen und von dort her resultierend ist das Ganze eigentlich eine Situation, die man nur wirklich kritisch und mehr als kritisch beleuchten kann.

Tatsache ist und das jetzt zur allgemeinen Kenntnis, sowie es sich mir darstellt, ohne diese Darstellungen des Rechnungshofes. Die PEW in Pinkafeld ist entstanden aus dem Pinkafelder sogenannten Elektrizitätswerk und dann hat man in Sinne der regionalpolitischen Bedeutung, und jetzt kann man darüber diskutieren, hat das Land darauf Einfluss genommen, ein Unternehmen in Oberwart gekauft.

Soviel ich weiß, Kurtz war der Name dieses Unternehmens, und dort hat man dann die sogenannten Arbeitnehmer eingegliedert. Das kann man jetzt als arbeitspolitische Maßnahme sehen, genauso wie die Diskussion auf sogenannte Lehrlingsausbildung eine arbeitspolitische Maßnahme im Sinne der politischen Verantwortungsträger war.

Tatsache ist, dass in dieses Unternehmen integriert worden ist, diese Sanitärfirma. Und eines jetzt zum Umstand, wo sich Gewerkschaftsvertreter und Arbeiterkammervertreter auch etwas fragen sollten, was sie bis dato nicht nur relativiert sondern unter den Tisch gekehrt haben.

Welcher Kollektivvertrag wurde bei der PEW angewendet? Herr Kollege Drobits, das steht auch im Rechnungshofbericht. Nämlich nicht der des Mutterunternehmens sondern der Kollektivvertrag des Mechanikers.

Und Tatsache ist, das hat man bewusst gewählt, um am freien Markt kritisch und frei agieren zu können, nämlich im Sinne dessen, dass ich nicht den Kollektivvertrag des sogenannten Elektrikers dort anzuwenden habe, sondern den billigeren, der für den Arbeitnehmer der schlechtere war, in der Umsetzung gehabt habe, und damit eigentlich in der Konkurrenz.

Und das ist der Hauptgrund des Unternehmens gewesen, wenn Sie wollen, der Unternehmenszweck der PEW. Man hat sich auf dem Markt mit denen, mit denen man verbündet war, der Herr Kollege Hutter in seiner privaten Ausführung hat Sitz zu einem Unternehmen auch vor, gegen die gerichtet, mit denen man kooperieren sollte, in dem man Angebote erstellt hat, in Ausschreibungen, die quasi unter jeder Form waren.

Und daher braucht man sich jetzt in der Berichterstattung des Rechnungshofes nicht wundern, dass im Nachhinein keine Kostendeckungen da waren.

Die hat es nicht gegeben, obwohl man den Arbeitsnehmerinnen und Arbeitnehmern den richtigen Kollektivvertrag vorenthalten hat, und gleichzeitig auch die Situation umgesetzt hat, dass man unterpreisig angeboten hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war eine Vorgangsweise, derer hat man sich bewusst, bewusst sage ich, die hat man bewusst gewählt, und derer hat man sich bewusst bedient, weil man in der Konkurrenzsituation hier auch umsetzen wollte.

Das ist in dem Zeitraum über die fünf Jahre passiert. Das ist aber auch vorher passiert und hat im Endeffekt eine klare Motivation gehabt, dass das Unternehmen, die Mutter im Grunde genommen jetzt, die Geschäftsführer aus dem eigenen Haus bestellt hat, ja, weil man nicht zufrieden war, mit der Geschäftsentwicklung.

Aber es kann niemand zufrieden sein, mit einem Geschäftsgang, wo ich innerhalb von drei Jahren glaube ich, 63 Prozent des Stammkapitals verliere, weil ich es laufend in die normale Geschäftstätigkeit hineinführen muss.

Und wenn ich dann von auswärts, quasi von der Mutter einfordere, weil ich knapp vor der Insolvenz stehe, den Betrag von 1,25 und dann haben Sie vergessen zu sagen, mit dem sogenannten Kredit, den sie haftender Weise dann nicht genommen haben, von 750.000 Euro, dann ist es mehr als angebracht, dass zum Schluss das Ganze ins Mutterunternehmen überführt wird.

Eine Frage stellt sich aber, weil die im Zusammenhang mit dem, was auch angeführt wurde, nämlich, dass dem Unternehmen PEW nicht die entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet wurde, hat man zum Teil vom Haus, von der Muttergesellschaft damit begründet, dass man gesagt hat, damals hat man mit der Neustrukturierung der Energie Burgenland zu tun gehabt, weil man die BEGAS gerade quasi einverleibt bekommen hatte.

Und aus dem Umstand ist dort manches nicht so beaufsichtigt und dargestellt worden, wie es notwendig wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage mich aber dann auch auf den Rechnungshofbericht verweisend, wieso hat man dann über forensische Gutachten, und da stoßt es mir wieder zehnmal schlecht auf, und ich bekomme sogar "Schnackerlstoßen", bei forensischen Gutachten nachgeforscht, wie es sich darum verhalten hat, mit der Lagerverwaltung.

Weil man nämlich darauf gekommen ist, im Zuge des Gesamten, da haben plötzlich Küchen gefehlt, da haben Küchengeräte gefehlt, da haben Elektrogeräte gefehlt. Na wo sind die hingekommen? Hat die irgendjemand von den Kunden geschenkt bekommen oder wie ist das vonstattengegangen? Nachträglich hat man das nicht noch festhalten können.

Das heißt, es hat nicht nur eigentümliches Wirtschaften, keine Verantwortungssituation gegeben, sondern man hat hier etwas vollzogen, das nachträglich in keinster Weise jetzt unterm Tisch gekehrt werden darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier, und das ist positiver Weise vom Kollegen Wolf schon angeführt worden, wir haben hier Parallelen, mit diesem Prüfbericht zu einer Prüfung und zu einem Arbeitsrechtsverfahren KRAGES.

Wenn Sie sich nämlich den Prüfbericht bezogen auf die PEW genau vor Augen führen, werden Sie festhalten, dass es hier Geschäftsführerverträge gegeben hat, die in der Regel zu 100 Prozent dem Geschäftsführervertrag des ausgeschiedenen Kollegen Schnedl entsprechen. Das hat aber einen gravierenden Unterschied gegeben zum Kollegen Schnedl, nämlich zum Nachteil der hier nicht ins Treffen geführt wurde.

Bei Bonuszahlungen hat der Kollege Schnedl nämlich eine Rückzahlungsverpflichtung gehabt, wenn er nicht entsprochen hätte. Die Geschäftsführer

haben gar keine Rückzahlungsverpflichtung gehabt, da ist im Grunde genommen über den Tisch etwas hinübergegangen, was in irgendeiner Form nachträglich auch niemanden interessiert.

Der Bonus war nicht gebunden an irgendetwas. Da hat man sich zusammengesetzt, der Geschäftsführer der Muttergesellschaft hat aufgetragen, geht ins Hinterzimmer und wenn ihr zurückkommt habt ihr euch geeinigt und dann wird der Bonus ausbezahlt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Landesbetrieb gewesen! Mein Gott, was sind das für Zustände? Wo gibt es hier in irgendeiner Form ein Maß und Ziel in der Verantwortung?

Wenn Sie dann ausführen, Herr Kollege Drobits, dass das alles sinngemäß, sachgemäß, dass das nicht nur ordentlich abgeführt wurde, dann frage ich mich, welche Berichterstattung Sie in Wirklichkeit wahrgenommen haben? Für meine Situation und meine Aufnahme ist hier mehr als kritisches Material zu Tage gefördert worden.

Dann gibt es den Punkt, den Sie positiver Weise erledigt und erwähnt haben, dann gibt es den Punkt der sogenannten Personalaufnahme im Zusammenhang, und dass erwähnt der Rechnungshof, eines Landesregierungsbeschlusses, weil man sagt, man muss quasi die Lehrlingsausbildung, den Arbeitsmarkt, entsprechend unterstützen und deswegen sollen Landesbetriebe nach Möglichkeit und nach wirtschaftlichen, steht drinnen, nach wirtschaftlichen Kompensation diesen Auftrag erfüllen.

So jetzt gehen wir an, was Sie auch erwähnt haben. Hier gibt es kein Durchgriffsrecht, hier kann man nicht entsprechend gestalten. Ich erwähne in dem Zusammenhang nur die Volksanwaltschaft. Den Bericht bezogen auf die KRAGES. Sollten Sie lesen, dann wissen Sie wie das funktioniert, wo es nicht möglich aber trotzdem gestaltet wurde und der Durchgriff in direkter Form passiert ist.

Ausgenommen ist hier, dass die Darstellungen die man festhält im Endeffekt für null und nichtig erklärt werden. Wir müssen hier festhalten und klarstellen, dass dieses Elektrounternehmen, wie ich vorher erwähnt habe, eine Konkurrenzunternehmung war von Landesseite gegen Private. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen und das kann man, wenn Sie wollen, kann man das langatmig diskutieren.

Ich kann Ihnen Beispiele liefern wo ich noch selbst in der Verantwortung als Bürgermeister die Aufgabe getragen habe und wo dann solche Angebote zum Beispiel auf Lichttausch, auf Leuchtentausch von der PEW gekommen sind. Da hat sich ein jeder angeschaut wieso das um diesen Preis ausgewiesen werden kann, weil jeder Private dort sagen musste, so komme ich nicht zurecht, so komme ich nicht zurande.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verträge der Geschäftsführer sind erwähnt worden. Es sind erwähnt worden die Zusammenstellungen insgesamt. Ich habe die Forensik erwähnt, die in diesem Zusammenhang auf den Lagerbestand festgehalten wurde. Es ist diskutiert worden wer politisch verantwortlich war, wer es nicht gewesen ist oder nicht sein konnte.

Zu dem Zeitpunkt hat es die Burgenland Holding in anderer Form gegeben, so nicht. Und Tatsache ist, nachdem da gestern auch Bericht erstattet wurde im Sinne des Ergebnisses, das noch nicht papiermäßig gegeben ist, aber in voraussichtlicher Form auf die Burgenland Holding.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat verkündet es sind 1,2 Milliarden Euro, wenn ich das richtig im Kopf habe, an sogenannten

Haftungen eingespart worden. Ja, ich habe das 2015 schon festgehalten, dass 2017, mit 31.12.2017, die eine Milliarde Haftungen auf die Bank Burgenland auslaufen wird.

Und diesen glücklichen Umstand haben wir genutzt. Nur das war keine Leistungen, da brauche ich nicht einmal irgendetwas aus dem BUWOG-Prozess festhalten, sondern das war ein normaler Zugang, der sich umgesetzt hat und der feststeht.

Ich möchte wissen, wo man 70 Millionen Euro an sogenannten Kreditrückzahlungen getätigt hat? Ich möchte wissen, wenn man jetzt festhält, dass die KRAGES jetzt in dieser Burgenland Holding drinnen ist, was es mit den KRAGES-Verbindlichkeiten von mindestens 60 in normaler Geschäftstätigkeit, mit den Außenständen zum Beispiel in Bezug auf die Barmherzigen Brüder auf sich hat?

Aber das wird sich auch noch weisen. Ich möchte in diesem Zusammenhang eines festhalten, nachdem es nicht erwähnt wurde, wir aber jetzt den x-ten Bericht auch des Rechnungshofes darstellen. Ich möchte mich ausdrücklich, der bei der Instanz die dem Burgenländischen Landtag, oder auch allen anderen Körperschaften zur Verfügung steht, aber in der Auftragssituation durch die Abgeordneten ist, ausdrücklich beim Rechnungshof, der jetzt hier in der Bundesausführung war, und beim Burgenländischen Landes-Rechnungshof dafür bedanken, dass sie die einzigen inzwischen geworden sind, die quasi das offenlegen, was normalerweise mit Stillschweigen und ohne Worte festgehalten werden soll, nämlich die Geschäftsgebarung in allen ausgelagerten Gesellschaften. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und dann etwas, das aus Aktualitätsgründen vielleicht anzufügen ist. Wir verfolgen die letzten paar Wochen eine Diskussion auf Oberwart bezogen und zwar auf das Heizkraftwerk, das von der Energie Burgenland verkauft worden ist an einen privaten Unternehmer. Im Anschluss daran kommt der private Unternehmer und sagt er möchte dort etwas verbrennen und gleichzeitig gibt es dann den politischen Ansatz, das kann doch nicht sein.

Ich frage jetzt nur aus rein synaptischen Gründen: Wer war der Eigentümer dieses Biomasseheizkraftwerkes? Wenn ich etwas verkaufen gehe, und das war die Energie Burgenland beziehungsweise das Land, wenn ich etwas verkaufen gehe, frage ich nie nach an wen ich verkaufe, was der jetzt in irgendeiner Form damit vorhat. Ist das Ihre Meinung, dass das quasi statthaft ist und dass das so stattfindet?

Ich glaube das nämlich überhaupt nicht. Ich glaube sehr wohl, dass der sogenannte Käufer Informationen vermittelt hat, dass er dieses Biomasseheizkraftwerk kaufen will, das damals von der BEGAS hingestellt wurde ohne entsprechende Grundlagen und herausgekommen ist, jetzt wo dort Papierabfälle verbrannt werden sollen, soweit das jetzt über die Medien bekannt ist, jetzt gibt es den Aufschrei.

Ich finde diese Geschäftstätigkeit irgendwie total interessant und auch die Verantwortung die im Zusammenhang von politischer Seite her stattfindet, weil das kann es nicht sein, speziell unter dem Aspekt, dass dann angekündigt wird, wir bauen eh ein neues Kraftwerk, nämlich wenn das Spital kommt. Dann brauchen wir ja eine Heizungssituation, dabei verzichten wir aber auf die Verstromung und rein auf sogenannte Heizsituation.

Meine Damen und Herren! Ich frage mich nur als Kunde, ich frage mich als Eigentümer im Sinne des Burgenlandes, was ist dort eigentlich noch Zielplanung? Was ist dort noch Vorstellung und wo führt das, unter diesen Voraussetzungen eigentlich hin?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies nur am Rande zu einem Prüfungsverhalten bezogen auf die PEW, das etwas zu Tage gefördert hat, wo ich den

Einstieg gesetzt habe in den Ausführungen auf den Kollegen Drobits. Man hat die PEW zu Grabe getragen, aber das was Resultate und Erkenntnisse sind, die sollte man sehr wohl behüten und sie als wirkliches Feuer entsprechend weitertragen, damit es nicht wieder zu solchen Malversationen kommt.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend PEW Technik + Service GmbH wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1163) betreffend Pensionsanpassung der Landesbeamtinnen und -beamten (Zahl 21-821) (Beilage 1211)

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1164) betreffend Pensionsstand und -ausgaben der Landesbeamtinnen und -beamten (Zahl 21 – 822) (Beilage 1212)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 6. und 7. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Beratung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 6. und 7. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich wieder getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? -

Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1163, betreffend Pensionsanpassung der Landesbeamtinnen und -beamten, Zahl 21 - 821, Beilage 1211.

Berichterstatter ist Herr Kollege Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsanpassung der Landesbeamtinnen und –beamte, in ihrer 28. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsanpassung der Landesbeamtinnen und -beamten wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits ist auch der Berichterstatter für den 7. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1164, betreffend Pensionsstand und -ausgaben der Landesbeamtinnen und -beamten, Zahl 21 - 822, Beilage 1212.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsstand und -ausgaben der Landesbeamtinnen und –beamten, in ihrer 28. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsstand und -ausgaben der Landesbeamtinnen und -beamten wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich teile mit, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich Abgeordneten Haidinger das Wort.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren auf den Tribünen, beziehungsweise vor den Bildschirmen! Ich darf gleich einmal ein bisschen untypisch von hinten beginnen und zusammenfassend aus meiner Sicht den Rechnungshofbericht, die beiden Rechnungshofberichte Tagesordnungspunkt 6 und 7, zusammenfassen.

Eigentlich hat uns der Rechnungshof in beiden Bereichen ein „Zwei“ oder ein "Gut" ausgestellt. Umgekehrt kann man sagen, ein bisschen besser geht es noch, aber daran können wir ja arbeiten, was hier die Pensionen beziehungsweise die Pensionsanpassung betrifft.

Wir können aber auch sagen, das Burgenland hat es geschafft mit einem guten Augenmaß die Solidarität hinsichtlich unserer Landesverwaltungsbediensteten oder Beamten im öffentlichen Dienst, für die Landesverwaltung und die Krankenanstalten die in Pension gegangen sind zu leben und auf der anderen Seite auch das Budget des Burgenlandes im Auge zu halten.

So, glaube ich, haben wir wie ein guter Vater oder eine gute Familie für unsere Bediensteten, oder unsere Kinder, wenn ich das im weiteren Sinne so sagen darf, ein gutes Augenmaß und eine gute Verantwortung gelebt.

Auf der einen Seite und da möchte ich jetzt ein bisschen ins Detail gehen, hinsichtlich der Pensionsanpassung auch in Verbindung mit dem Sonderpensionsanpassungsgesetz, das uns vorgegeben wurde, dass wir das anwenden können und wie wir es anwenden können. Da haben wir sehr mit Augenmaß gearbeitet, aber auch in diesem Bereich wie wir die Pensionsregelungen getroffen haben.

Wenn ich da nur aus einer Folie des Rechnungshofes zitieren darf, nämlich der einen schönen bunten. In der digitalen Darstellung haben wir das ja schön bunt, kann ich bei der Abbildung „Vergleich der Pensionsantrittsarten für Landesbeamtinnen und -beamten der Verwaltung und Krankenanstalten für die Jahre 2010 bis 2015“ schon

herauslesen, dass die Bediensteten des Burgenlandes diese sehr seriöse und gute Verwaltung beziehungsweise guten Umgang von uns als Dienstgeber mit ihnen auch uns honoriert haben, indem wir nur einen ganz einen geringen Anteil haben an Dienstunfähigkeitsabgängen.

Also es haben sich sehr Wenige über Krankenstände oder anders, in die Pension verabschiedet. Wir haben einen entsprechenden hohen Anteil durch Erklärung auf Grund des gesetzlichen Pensionsantrittsalter. Das ist für mich ein Feedback eines Bediensteten an den Dienstherrn.

Du hast mich im Prinzip 40 Jahre oder länger, 42 Jahre, 45 Jahre, als Dienstherr gut behandelt. Dadurch bleib ich dir auch. Auch diese eine Zahl, die ich auch noch hervorheben möchte, nämlich der Anstieg von 59 Prozent auf 61,6 Prozent durchschnittliches Pensionsantrittsalter, ist ebenfalls ein Feedback unserer Bediensteten dahingehend wie das Land als Dienstgeber dasteht.

Abschließend möchte ich noch einmal sagen, so wie zu Beginn, wir reüssieren hier in beiden Bereichen aus der Sicht des Rechnungshofes mit der Note Zwei. Ein bisschen geht immer noch, weil zur Note Eins ist noch immer eine Möglichkeit sich noch ein bisschen besser auf der einen Seite für die Verwaltung aber auf der anderen Seite für die Landesbediensteten einzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile dem Landtagsabgeordneten Ulram das Wort.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zum vorliegenden Rechnungshofbericht vielleicht auch ergänzend zum Kollegen Haidinger, natürlich ist immer wieder Luft nach oben. Bei den verschiedenen Pensionsantrittsarten von der Alterspension zur Korridorpension, oder Hacklerregelung alt, beziehungsweise krankheitsbedingte Pensionsantritte.

Aber dennoch liegen wir im Quervergleich aller Länder relativ gut, wobei die Korridorpension im Burgenland weit höher wie in anderen Bundesländern zwar ist, aber trotzdem nicht das 62. Lebensjahr erreicht wird, weil wir einen Durchschnittspensionsantritt in diesem Bereich mit 61 haben. Aber dazu darf man vielleicht auch allgemein festhalten, dass gerade im Personalbereich des Landes Burgenland nicht nur, wie wir gerade gehört haben, bei der PEW, sondern auch in allen anderen Bereichen ähnlich gearbeitet wird.

Ob das die Anstellung in den Landesdienst ist, wo die Objektivierung teilweise ausgeschaltet wird. Wo Personen über Wien angestellt werden und dann überstellt werden in den Landesdienst Burgenland, oder bei den Umstrukturierungen der einzelnen Abteilungen, wo eigentlich teilweise die Bediensteten ja sehr unglücklich darüber sind, wo sie versetzt worden sind. Die Gemeinden selbst haben eigentlich klare Vorgaben, was das anbelangt über die Gemeindeordnung, über die Bezügegesetze und so weiter.

Da wird auch genau darauf geschaut. Die Gemeinden werden auch geprüft, wird nachgearbeitet des Landes Burgenland, der dem entsprechenden Abteilungen. Das Land selber hält sich eigentlich nicht daran. Was eigentlich schon verwerflich ist, dass diese Regelungen für das Land Burgenland in vielen Bereichen nicht so gelten. Schließlich und endlich sind Rechnungshofberichte immer eine Aufarbeitung der Tatsachen, die in den letzten Jahren passiert sind.

So wie bei allen Rechnungshofberichten haben wir, und das wird auch beim Tätigkeitsbericht wieder vorkommen, den Querschnitt beziehungsweise den Durchschnitt von 47 Prozent der Umsetzungen die gemacht werden, da muss man, genau wie ich

vorhin gemeint habe, in den Gemeinden hinterfragen, wann die restlichen 50 Prozent umgesetzt werden.

Abschließend muss man festhalten, dass die Bediensteten des Landes eine hervorragende Arbeit leisten, wenngleich auch die derzeitige Landesregierung das nicht in allen Bereichen tut.

Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Dr. Peter Rezar das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf dort anschließen, wo die Vorredner geendet haben. Ich glaube, wir haben es mit zwei sehr inhaltsreichen Berichten des Rechnungshofes zu tun, der uns im Grunde genommen auch in Relation zu den anderen Bundesländern eine sehr solide Arbeit attestiert.

Im Schulnotensystem mit einem „Sehr gut“ und mit einem „Gut“. Ich glaube, dem ist nicht sehr viel hinzuzufügen. Wir haben in den letzten Jahren uns vor allem auch durch legistische Maßnahmen diese Grundlagen geschaffen bei den Beamtinnen und bei den Beamten.

Anzumerken wäre aus meiner Sicht, dass etwa 85 Prozent im Burgenland von der Möglichkeit der sogenannten Hacklerregelung beziehungsweise der Korridorpension Gebrauch gemacht haben. Hier liegen wir aber dennoch auch im Österreichvergleich im Spitzenfeld.

Der Rechnungshof liegt auch mit seinen Empfehlungen sehr gut, in dem er beispielsweise meint, wir sollten uns als Zielvorgabe geben, unsere Beamtinnen und Beamten, unsere Vertragsbediensteten solange wie möglich im Dienststand und zwar in gesunder Form halten zu können.

Die Maßnahmen, die zusätzlich vorgeschlagen werden, gehen in die Richtung, dass man etwa andenken sollte, dass man ab dem 62. Lebensjahr die Arbeitszeit auf etwa 80 Prozent reduzieren sollte und man sollte vor allen Dingen die medizinischen Gründe für Frühpensionierungen aus Krankenständen heraus untersuchen.

Ich darf mich abschließend bei den Damen und Herren des Rechnungshofes für die gute Kooperation sehr, sehr herzlich bedanken. Ich glaube, es ist notwendig auch im Sinne einer lebendigen Legislative diese Kooperation zu intensivieren.

Ich darf natürlich im Sinne meiner Fraktion Zustimmung zu den beiden Berichten signalisieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die beiden Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 6. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1163, betreffend Pensionsanpassung der Landesbeamten und –beamtinnen, Zahl 21 - 821, Beilage 1211.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsanpassung der Landesbeamtinnen und -beamten wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 7. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsstand und -ausgaben der Landesbeamtinnen und –beamten, Zahl 21 – 822, Beilage 1212.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsstand und -ausgaben der Landesbeamtinnen und –beamten, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salomon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen (Zahl 21 – 879) (Beilage 1242)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Ingrid Salomon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen, Zahl 21 - 879, Beilage 1242.

Da die Behandlung um spätestens 15.00 Uhr zu erfolgen hat, erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Molnár das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ehrlich gesagt bin ich es leid, dass wir dieses Thema nach nur wenigen Monaten schon wieder auf die Tagesordnung setzen müssen. Diesmal sogar in der Form eines Dringlichkeitsantrages.

Aber es ist notwendig, es ist sogar sehr dringend notwendig, denn die Anliegen und Forderungen, die wir in unserem Antrag formulieren, sind dringlich, weil es einmal mehr um grundlegende Fragen der Sicherheit geht, weil es einmal mehr um grundlegende Sicherheitsinteressen unseres Landes geht.

Meine Damen und Herren! Wir lassen daran keinen Zweifel, wir brauchen auch weiterhin Kontrollen an unseren Grenzen. Und von diesen Forderungen, meine Damen und Herren, weichen wir gerade im Burgenland keinen Millimeter ab. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Sie werden mir wahrscheinlich Recht geben, es ist müßig hier und jetzt eine Rückschau auf das zu halten, was wir im Sommer und im Herbst 2015 erlebt haben, auf all die Probleme und Risiken, Gefahren, Herausforderungen, die uns westeuropäische Staatenlenker ab diesem Zeitpunkt eingebrockt haben. Wir alle wissen, wie es vor 2015 war, da war auch nicht alles perfekt.

Wir wissen aber, was 2015 passiert ist. Wie sich die Lage seither verändert hat und wie Europa heute aussieht, meine Damen und Herren. Es ist mir schlicht und einfach unverständlich, warum es von Seiten der Europäische Kommission bis zum heutigen Tag und bis zu dieser Stunde kein klares Bekenntnis dazu gibt, eine Fortsetzung der Grenzkontrollen auch an unseren Grenzen über den Mai 2018 hinaus zu starten.

Im Gegenteil, was bisher von Seiten der Europäischen Union zu vernehmen ist, vor allem aus Bulgarien, das ja momentan die Ratspräsidentschaft innehat, das ist eine

Forderung nach dem Ende der Grenzkontrollen. Ja, und noch mehr, sogar noch eine Erweiterung des Schengenraumes, das ist eine fast schon irrwitzige Vorstellung.

Die Zahlen, die uns nämlich vorliegen, meine Damen und Herren, die sagen etwas anderes und die raten uns etwas anderes. Selbstverständlich sind die Aufgriffszahlen illegaler Migranten seit dem Jahr 2015 gesunken. Na Gott sei Dank! Aber das Jahr 2015, meine Damen und Herren, das darf auch nicht die Messlatte sein für zukünftige Entscheidungen in der Sicherheitspolitik.

Denn die Aufgriffszahlen sind nach wie vor viel zu hoch. Was ja vollkommen verkannt wird. Was vollkommen verkannt wird, ist die Tatsache, dass ein Ende der Kontrollen auch automatisch wieder zu einem Anstieg der Aufgriffszahlen führen würde.

Wir hatten im Vorjahr, im Jahr 2017, in Österreich 27.427 Aufgriffe von illegalen Migranten. Etwas weniger als zehn Prozent davon im Burgenland, rund 2.100. Von diesen 27.427 Aufgegriffenen haben 24.296 einen Asylantrag in Österreich gestellt und man höre und staune, das ist ja nachvollziehbar, dreiviertel dieser Asylwerber sind über die Balkanroute nach Österreich gekommen. Über jene Balkanroute von der wir immer wieder hören, dass sie ein gewisser Herr Kurz angeblich geschlossen hat. Das sollte man auch einmal dazu sagen.

Die Lage auf der Mittelmeerroute gestaltet sich so, dass die Zahlen wieder im Steigen begriffen sind. Es hat dort, beziehungsweise in Italien seit Jahresbeginn mehr Aufgriffe gegeben, als im Rekordjahr 2016. Interessant sind auch die Zahlen aus einem anderen Nachbarland Österreichs, nämlich aus Deutschland.

Aufgegriffene Illegale im Jahr 2017 dort, etwas mehr als 50.000 und ein Drittel davon, meine Damen und Herren, also über 16.500 hat man an der Grenze zu Österreich aufgegriffen. Was ja, so ehrlich muss man sein, auch einiges darüber aussagt, wie effektiv die Kontrollen an unseren Grenzen sind.

Dennoch ist festzuhalten, dass die Grenzkontrollen wirken. Das Nachrichtenmagazin Spiegel hat erst vor ein paar Tagen darüber berichtet, dass die Kontrollen der Deutschen an der österreichischen Grenze dazu geführt haben, dass Deutschland 2017 an den Grenzen zu allen anderen Nachbarländern, außer Österreich, mehr Illegale aufgegriffen hat, als im Jahr 2016.

Das heißt, wir sehen daran, dass sich Schlepper, dass sich die Migrationsströme sehr wohl an den Kontrollen orientieren. Denn sobald es Kontrollen gibt, werden andere Routen gewählt. Es ist daher auch naiv zu glauben, dass ein Ende der Kontrollen nicht neuerlich zu einer Zuspitzung der Lage führen würde.

Meine Damen und Herren! Die Spitzen der Landesregierung und auch der Innenminister haben daher vollkommen Recht, wenn sie sagen, dass ein Verzicht auf Grenzkontrollen ab Mai 2018 unverantwortlich wäre. Wenn uns die bulgarische Außenministerin ausrichtet, dass Grenzkontrollen europäischen Werten widersprechen, dann kann man auf diese Plattitüde nur antworten, keine Kontrollen widersprechen den burgenländischen Werten.

Meine Damen und Herren, und es widerspricht dem Selbstverständnis als burgenländischer Politiker nicht alles für die Sicherheit unsere Landes und unserer Bürger zu tun. Wir brauchen eine Fortsetzung der Grenzkontrollen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Standpunkt und die Forderungen die wir in unserem Antrag zum Ausdruck bringen sind klar: Aufrechterhaltung der

österreichischen Grenzkontrollen, eine Adaptierung - das fordern wir auch nicht zum ersten Mal - eine Adaptierung des Schengener Grenzkodex.

Ich bin es langsam leid, dass wir uns alle paar Monate und jedes Jahr mit der Frage beschäftigen dürfen, ob wir unsere eigenen Grenzen angesichts der Lage, die wir nach wie vor haben, überhaupt sichern dürfen. Das heißt, es braucht im Grenzkodex praxistaugliche Ausnahmebestimmungen, die es uns ermöglichen, selbst zu entscheiden als Mitgliedsstaat der Europäischen Union und als Mitglied im Schengenraum, ob es Grenzkontrollen gibt oder nicht.

Was es natürlich braucht und das ist ja sowieso eine No-Na-Frage, das ist eine effektive und effiziente Sicherung der Außengrenzen. Denn solange es diese Sicherung nicht gibt, will ich nicht darüber diskutieren müssen, ob es an unseren Grenzen Kontrollen gibt.

Es braucht insgesamt die Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um die illegale Migration nach Österreich einzudämmen und es braucht auch, weil es sich bewährt hat und weil es so gut ist, die Aufrechterhaltung des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes.

Meine Damen und Herren! Die Frage von Grenzkontrollen ist auch eine sehr grundsätzliche Frage. Weil es nämlich so ist, dass ein Staat, der freiwillig darauf verzichtet Hoheit darüber zu haben, wer sein Territorium betritt, wer sich innerhalb seiner Grenzen aufhält in Wirklichkeit aufhört ein Staat zu sein.

Ein solcher Staat zweifelt in Wirklichkeit seine eigene Existenzberechtigung an. Es gibt daher kaum ein dringlicheres Anliegen als jenes das wir mit diesem Antrag zum Ausdruck bringen. Es gibt kein dringlicheres Anliegen aktuell als die Sicherheit.

Kämpfen wir gemeinsam für eine Fortsetzung der Grenzkontrollen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir behandeln im dringlichen Antrag wie es der Kollege Molnár jetzt ausgeführt hat, die sogenannte nationale Sicherheit im Sinne von andauernden oder fortwährenden Grenzsicherungsmaßnahmen, die durch Polizei beziehungsweise im Speziellen auch durchs Bundesheer durchgeführt werden soll.

Er verweist in seiner Darstellung, dass die EU die Möglichkeiten immer nur begrenzt auf einen bestimmten Zeitrahmen zulässt. Wir haben, soweit meine Informationen reichen, jetzt den zweiten Teil dieser sogenannten Rahmengegebenheiten in der zeitlichen Befristung bis Ende Mai in der Ausschöpfung, und damit wäre eigentlich angesetzt, dass mit Ende Mai diese Grenzkontrollen wegfallen.

Sie fallen aber insofern nicht weg, als sie die Situation in der Nutzung haben könnten - und es wird jeder, der mit diesem Sicherheitsgegebenheiten konfrontiert ist, wissen - dass wir durch die Polizei im Grenzbereich im nachgeordneten Rahmen alle möglichen Kontrollen jederzeit durchführen können.

Was aber nicht der Fall ist in dieser Darstellung, wäre eben eine Grenzkontrolle im Außenschutzbereich mit Militär und anderen Gegebenheiten, die die Grenzsicherung vollkommen ansetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erinnere bei dieser Diskussion an folgende Gegebenheiten: Wir sind - soweit ich weiß - noch 28 Mitgliedsstaaten in einer Europäischen Gemeinschaft, der wir uns freiwillig angeschlossen haben. Jetzt kann schon sein, dass vieles, manches, oftmals nicht so Einfaches laufend thematisiert wird, weil es den nationalen Gegebenheiten nicht passt.

Nur es gibt halt Rahmenbedingungen, die sich die Europäische Union festgeschrieben hat, und unter anderem eines der höchsten Güter des europäischen Gemeinschaftsgedankens ist die Reisefreiheit. Die zu diskutieren, finde ich müßig. Sie ist ein integrierender Bestandsteil der Europäischen Union.

Sie ist inzwischen - und das ist unser Problem - durch Migrationsbewegungen in einem hohen Maße nicht nur im Sinne des Abwägens in ein schwieriges Feld geraten, sondern die Reisefreiheit ist inzwischen eigentliche kein allgemeines Gut mehr.

Es gibt Länder - meines Wissens nach zirka fünf -, die sich der nationalen Grenzsicherung im Rahmen der Europäischen Union die Sicherung zugesagt haben, und es gibt aber - und das ist ja eigentlich die grundsätzliche Voraussetzung, dass die Europäische Union diese Situation nutzt - einen Schengenraum und dieser Schengenraum müsste entsprechend an den Außengrenzen der Europäische Union die Sicherung festhalten.

Ich will jetzt in der Diskussion nicht darüber irgendwie reden, was alles unternommen wurde. Ich will nicht über die Balkanroute reden. Ich will nicht über andere sogenannte Verläufe von sogenannten Migrationsströmen diskutieren. Mir geht es ausschließlich darum, etwas aufs Tablett zu bringen, das nationale Sicherheitsmaßnahmen betrifft und inzwischen darauf abgestellt ist, das sogenannte persönliche Sicherheitsgefühl zu heben.

Wir haben eine Diskussion, Herr Kollege Géza Molnár, wenn Sie die gestrige Diskussion im Parlament zum Teil verfolgt haben, speziell auf Ihrer Seite, was Sie jetzt im Zusammenhang mit Sicherheit ausgesprochen haben, einen Widerspruch. Heute haben Sie gesagt, im Sinne der nationalen Grenzsicherung, das ist das höchste Gut und ist die höchste Aufgabe politisch Verantwortlicher.

Beim Rauchen ist das gestern keine Sicherheitsdiskussion gewesen, sondern da hat sich das Ganze in andere Bereiche verschoben. Das war dann quasi eine Möglichkeit, wie man ausweichen kann.

Tatsache ist, wir sichern einen Grenzraum, wo man mit Sicherheit festhalten kann, dass das Burgenland Grenzgebiet ist, an vier Staaten grenzt und davon abgeleitet eigentlich - wie es in wirtschaftlicher Hinsicht ausgedrückt wird - an der Wohlstandskante liegt, und auf der anderen Seite der sogenannte Sicherheitsdienstleister für die anderen österreichischen Bundesländer ist.

Inzwischen ist aber - und das ist jetzt in der Diskussion auch angeklungen - der sogenannte Schlepper, den das hauptsächlich in irgendeiner Form gilt im Sinne der Grenzsicherungen durchaus mit allen elektronischen Hilfsmitteln und anderen Möglichkeiten so weit, dass er sich die Routen je nach dem aussucht, wo er den geringsten Widerstand zu erwarten hat, dass er den höchsten Ertrag erwirtschaften kann und ausgeführt die Routen festgelegt nach den Möglichkeiten, wo ich nicht aufgegriffen

werde. Das ist das sogenannte Schlepper-Unwesen, das eigentlich der gesamte Zankapfel dieser Situation ist.

Wir haben in der Entwicklung auf diese Migrationsströme mit Sicherheit zwei Sachen festzuhalten. Erstens, Europa ist verpflichtet - und das soll ja auch in den neuen europäischen Finanzrahmenplan eingegliedert und aufgenommen werden - die Außengrenzen der Europäischen Union zu sichern. Dafür haben sich alle Mitgliedsländer verpflichtet.

Die Frontex-Truppen und andere sind eigentlich bis dato, bis diese riesengroßen Migrationsströme stattgefunden haben, nicht mit den entsprechenden finanziellen Möglichkeiten ausgestattet gewesen und man hat auch nicht mit Nachdruck darauf hingewirkt, dass diese Außengrenzen gesichert werden.

Und dann hat man gesagt, solange diese Außengrenzen nicht entsprechend diesen 100-prozentigen Schutz bieten, muss es erlaubt sein - auch national - Chancen zu ergreifen, Grenzsicherung zu betreiben.

Und jetzt zum Praktischen, nur so zwischendurch. Wenn jemand Klingenbach - Deutschkreutz fährt. Was trifft er dort an? Also für mich in der persönlichen Aufnahme - und so geht es auch denen, die dort pendeln, zum Beispiel vom mittleren Burgenland nach Eisenstadt in den Dienst, ins Amt der Burgenländischen Landesregierung - haben wir etwas, dass die Grenze Klingenbach - Sopron sich im Endeffekt aber in gar nichts verändert hat, was den Zustand im kommunistischen Regime betrifft. Das ist das Gleiche, außer dass jetzt niemand dort steht, niemand direkt dort steht mit Waffe und das Ganze kontrolliert.

Was aber passiert ist, während der Möglichkeiten des Grenzwechsels im kommunistischen System und nachrangig, hat es mehrere Spuren gegeben, wo man die Grenze passieren konnte. Jetzt im Sinne der Grenzsicherung hat Österreich eine ganz besondere Möglichkeit gefunden, quasi meiner Ansicht nach dem einzelnen Autofahrer und dem Passierenden dieses Grenzpostens einschränkend beizustehen.

Man hat alles auf eine Spur verengt. Dann steht ein Polizist möglicherweise in Deutschkreutz, ein Uniformierter des Österreichischen Bundesheeres und winkt dir zu, beziehungsweise sagt, fahr weiter.

Tatsache ist, das ist der Eindruck, der sich jetzt in der Regel für jemanden, was Grenzsicherung anlangt, die FPÖ, die SPÖ und auch die ÖVP, jetzt wird das ausdrücken, dass es eine unabdingbare Leistungsnotwendigkeit ist, dass auch weiterhin und uneingeschränkt diese Grenzsicherung stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben der Reisefreiheit gibt es auch andere sogenannte integrierende Bestandteile des europäischen Gedankens und das ist der Wirtschaftsflow über die Grenzen hinweg, die eigentlich schon abgeschafft wurden.

Wir sind in der Formulierung und in der Festhaltung, wir wollen auch weiterhin einen nationalen Grenzschutz in der Umsetzung haben, quasi striktens darauf angewiesen, dass innerhalb der Europäischen Union darauf gedrängt wird, entsprechend Maßnahmen zu ergreifen, die den äußeren Grenzschutz sicherstellen.

Diese Aufgabenstellung betrifft eigentlich auch Österreich und daher sehe ich es nicht ein, dass nach Möglichkeiten gesucht wird, im Sinne des politischen Fortganges und der politischen Opportunität genauso wieder gleich nationale Grenzen aufzuziehen und weiterhin darauf zu bestehen, Österreich, das Burgenland ist nur sicher, wenn wir diesen nationalen Grenzschutz aufrecht erhalten.

Die Wirklichkeit und die Tatsachen habe ich erwähnt, wie sie stattfinden, und ich glaube kaum, dass jemand, der jetzt in irgendeiner Form Migration durchführen möchte, sie setzen möchte, sich durch diese Art von Grenzschutz aufhalten lässt.

Daher lassen Sie uns endlich zur Vernunft zurückkehren und im Endeffekt den Grenzschutz so durchführen, wie er an sich der Polizei auch aufgetragen ist. Sie kann im Hinterland der ehemaligen Grenzen jederzeit organisiert Grenzen schützen, Leute aufhalten. Sie kann Leute entsprechend sichern und diesen Grenzschutz auch so durchführen.

Aber für den allgemeinen Grenzschutz, glaube ich, ist die Zeit weit fortgeschritten und das ist nicht notwendig. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dringlichkeitsantrag: Zuerst bringt die ÖVP einen ein und dann bringt sofort die SPÖ und FPÖ einen ein. Das ist einmal so, das gehört sich einmal so in diesem Hohen Haus. Die Dringlichkeit lassen wir bei der ganzen Sache einmal dahingestellt.

Und auch dieser Antrag seitens der FPÖ und SPÖ. Ich stimme sehr vielem zu und wenn hier steht: „Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge auf EU-Ebene die rasche Umsetzung folgender Ziele verfolgen:

- Aufrechterhaltung der österreichischen Grenzkontrollen;
- Adaptierung des Schengener Grenzkodex;
- praxisgerechte Ausnahmebestimmungen für die Durchführbarkeit von Grenzkontrollen im Schengen-Raum auf Basis der Entscheidung der jeweiligen Mitgliedsstaaten;
- effizienter Schutz der Schengen-Außengrenze
- sowie im eigenen Wirkungsbereich alle rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung illegaler Migration nach Österreich ausschöpfen und den sicherheitspolitischen Assistenzeinsatz aufrechterhalten.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine neue Bundesregierung. Dort sitzen Zuständige für die Sicherheit seitens der FPÖ, der große Block. Ich verlasse mich auf den Innenminister Kickl, der das alle in die Wege leiten wird. Ich verlasse mich auf den neuen Verteidigungsminister, auch FPÖ-zugehörig.

Aber ich verlasse mich nicht darauf, was der Kollege Steier gesagt hat. Denn wie wir die Abstimmung gehabt haben, EU ja oder nein, hat sich einzig die FPÖ klar und deutlich ausgedrückt, was auf uns zukommen wird. Genau jetzt sind wir auf dem Punkt.

Da haben alle gesagt, alles ein Blödsinn, was da kommt. Alles nicht wahr. Jetzt stehen wir da und haben eigentlich das Thema nicht heute am Tisch, sondern seit 2015 massiv am Tisch und versuchen natürlich das Sicherheitsgefühl in unserer Bevölkerung klarzulegen, dass wir was machen, dass wir was tun.

Das tun wir auch und da bin ich recht dankbar dem Ex-Verteidigungsminister Doskozil, der sich hier vehement dafür eingesetzt hat, dass auch das Bundesheer an den Grenzen ist. Als Bürgermeister einer Gemeinde, Deutschkreutz, wo tatsächlich das

Bundesheer jetzt vertreten ist, nur ein Signal da ist für die Bevölkerung, denn sie stehen tatsächlich - wie der Kollege Steier gesagt hat - jetzt am Grenzübergang und winken dich durch.

Jetzt frage ich die Herren der Polizei, den Herrn Innenminister Kickl, was das Ganze natürlich soll? Oder wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter sagt, berittene Polizei, da habe ich überhaupt kein Problem damit. An der Grenze bei uns entlang mit Pferden zu reiten, zu kontrollieren oder mit Hunden. Überhaupt kein Problem. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Auch mit Hunden patrouillieren wie früher die Zollwache gegangen ist, wenn Sie sich erinnern können, sind sie mit Hunden gegangen.

Aber sie sind noch so jung, Frau Kollegin, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Danke!)* Sie können sich an das wahrscheinlich gar nicht mehr erinnern. Daher glaube ich, dort ist die Möglichkeit gegeben, Herr Landhauptmann-Stellvertreter, auch mit solchen Aktionen zu punkten.

Nicht in der Stadt mit Pferden durchgaloppieren, sondern auf der grünen Grenze, denn wo kommen die Schlepper über die Grenze, doch nicht in Deutschkreutz am Grenzübergang und in Klingenbach am Grenzübergang, sondern auf der grünen Grenze. Und die suchen sich - wie der Herr Kollege Steier richtig gesagt hat - schon ihre Wege selber, wo die Kontrolle nicht dementsprechend ist oder wie der Kollege Géza Molnár das gesagt hat.

Ich glaube, hier sollten wir ansetzen und eines klarstellen. Wenn ein Herr Innenminister nicht einmal fragt, wo er Kameras montiert, wo das eigentlich Gemeindegebäude ist, aber sagt in der Früh, wie ich hinaufgefahren bin zur Landtagssitzung, es wurden jetzt Kameras montiert und wir sollen uns keine Gedanken machen, denn das ist eh legal.

Was ist da legal, wenn ich auf ein Gemeindegebäude Kameras montiere? Das ist die Frage für mich. Wo leben wir? Warum wird niemand gefragt, der eigentlich zuständig ist? Das sind solche Dinge, die immer aufoktroyiert werden. Von oben herunter aufoktroyiert.

Daher denke ich mir, wenn wir jetzt an die Bundesregierung herantreten und alle diese Punkte auflisten, was wir alles wollen, dann ist nichts Einfacheres, es sitzt derzeit Schwarz-Blau in der Regierung, das umzusetzen. Dazu brauche ich nicht solche Dringlichkeitsanträge schicken. Ich sage Euch das auch gleich, denn Ihr seid ständig mit diesen Herrschaften in Kontakt. Ihr seid ständig telefonisch in Kontakt und auch persönlich in Kontakt.

Eines noch, ich verlasse mich auch auf den Landeshauptmann und auf unseren Entsandten in die EU, den Illedits Christian als Präsidenten, dass die dort draußen sehr wortgewaltig auftreten und sagen, das brauchen wir, das wollen wir.

Warum wird das nicht verlängert? Entschuldigung, warum schicken wir Euch dort hinaus? Nur weil es schön ist in Brüssel, das glaube ich nicht. Das heißt, Ihr habt dort einiges zu tun und zu arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Daher glaube ich, dass diese Dringlichkeitssache nur heute wieder einmal eine Inszenierung ist.

Der Antrag, aber auch von der ÖVP mit der A3, ich sehe nicht ein, dass wir da die Dringlichkeit so in den Vordergrund stellen, sondern schon seit Wochen, Monaten wird das immer wieder diskutiert. Ich glaube, und da sitzt gerade einer, der Verteidigungsminister war und noch immer für die Sicherheit meiner Meinung nach ein

großes Gespür hat, auch weiß, wie man damit umgeht, und auch im Bund und auch in der EU dementsprechende, ja, jetzt sage ich, Hörer bekommt, die schlussendlich auch das umsetzen können.

Denn was wir national jetzt aufbauen, eine Grenze wieder, und dann bin ich in Ungarn beim Orbán und sage, wir bauen nur mehr eine Grenze auf oder wir bauen nur mehr Betonwände auf. Das kann es bei Gott aber auch nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Daher glaube ich, Sicherheit ist ein ganz ein wichtiger Faktor, aber auch, das muss man auch sehen, wenn man Ja sagt zu einer Institution, mit allen Konsequenzen, dann muss man auch das so leben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Damit bin ich jetzt bei einem Punkt, wo ich sage, daher hat es Entscheidungsträger im Bund und in der EU zu geben. Die sollen das entscheiden. Wir können die Wünsche deponieren. Dazu stehe ich auch. Wir werden auch diesen Antrag selbstverständlich gerne unterstützen. Das ist ja gar keine Diskussion. Aber auf welche Art und Weise hier vorgegangen wird, finde ich nicht ganz korrekt und nicht in Ordnung.

Daher glaube ich, diese Herrschaften, die Kontakte haben in die Regierung, in die EU, auch sich dort zu verwenden, um das Ganze auch umsetzbar zu machen. Mit vielleicht doch mehr Informationen an die Bevölkerung hinausgehen, die Bevölkerung auch in den Gemeinden informieren, was los ist, wie sind tatsächlich die Zahlen. Es schaut uns nicht ein jeder zu, es hört uns nicht jeder zu im Landtag, aber es gehören Informationen hinaus.

Ich bin gerne bereit, als Gemeinde, als Bürgermeister, auch Informationsveranstaltungen zu machen. Welche Möglichkeiten wir uns eigentlich wünschen und welche Möglichkeiten tatsächlich dann umgesetzt werden.

In diesem Sinne werden wir diesem Antrag selbstverständlich gerne unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Es ist interessant, ich glaube, ich habe mich später zu Wort gemeldet als andere, aber es wird offensichtlich dann nach vorne gereiht.

Aber da bin ich schon beim Thema. Wir haben hier, wie ja schon gesagt worden ist, einen Dringlichkeitsantrag vorliegen, zu dessen Inhalt ich jetzt nicht mehr ausführen möchte, weil ich stimme dem Kollegen Steier durchaus zu.

Was aber schon sehr auffallend ist, wir haben hier eine Beschlussformel von gestern vorliegen, das ist gestern reingekommen, also ein Dringlichkeitsantrag, wo die Regierungsfraktionen am Tag vor der Landtagssitzung draufkommen, da haben wir noch ein ganz dringendes Anliegen und das muss ja auch offensichtlich ganz neu sein, weil sonst kann man ja so einen Antrag vorbereitet schon früher einbringen.

Ein Dringlichkeitsantrag ist dafür vorgesehen, wenn sich ein neues Thema ergibt, oder etwas, was man schnell entscheiden muss, ohne dass es in Ausschüssen diskutiert wird, dann kann man einen Dringlichkeitsantrag einbringen.

Gut. Das Thema scheint also jetzt plötzlich wieder aufgetaucht zu sein und ganz neu zu sein, weil man ganz dringlich einen Dringlichkeitsantrag einbringt.

Dann haben wir hier eine Beschlussformel, die lautet: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge, der Kollege Kölly hat es schon vorgelesen, auf EU-Ebene die rasche Umsetzung folgender Ziel verfolgen.

Dann kommen vier Punkte. Sowie im eigenen Wirkungsbereich alle rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung illegaler Migration nach Österreich eindämmen - die Möglichkeiten zur Eindämmung eindämmen, da könnten wir wahrscheinlich auch inhaltlich jetzt ein bisschen diskutieren. Aber okay, ich soll ja nicht immer so pingelig beim Sprachlichen sein - *(Abg. Géza Molnár: Zugestellt ist er korrekt.)* und den sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz aufrechterhalten.

Das Interessante ist, wenn wir in den Mai 2017 zurückschauen und auf einen Antrag, der damals eingebracht wurde, dann haben bereits die Fraktionen, die gestern ganz plötzlich und dringend einen Antrag formuliert und eingebracht haben, bereits etwas beschlossen. Was haben sie beschlossen?

Sie haben beschlossen, die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge auf EU-Ebene die rasche Umsetzung folgender Ziele verfolgen. Und jetzt kommen genau dieselben Punkte, die auch heute wieder zum Beschluss dastehen, sowie im eigenen Wirkungsbereich, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung illegaler Migration nach Österreich auszuschöpfen - vor einem Jahr haben wir sie noch ausgeschöpft, heute dämmen wir sie ein - und den sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz aufrecht zu erhalten.

Jetzt frage ich mich, was ist eigentlich seit Mai 2017 passiert, *(Abg. Géza Molnár: Zu wenig!)* wenn wir jetzt, ein dreiviertel Jahr später, genau die gleiche Beschlussformel wieder vorgelegt bekommen. *(Abg. Géza Molnár: Zu wenig! Gar nichts!)* Was hat die Landesregierung gemacht? Offensichtlich nichts. Nichts! Der Herr Kollege Molnár sagt es. *(Abg. Géza Molnár: Die Landesregierung kann nicht den Grenzkodex ändern.)*

Die Landesregierung wurde aufgefordert, sich bei der Bundesregierung einzusetzen, es ist wahrscheinlich der damalige Minister, Verteidigungsminister Doskozil, der Ansprechpartner gewesen.

Die Landesregierung wurde aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich etwas zu machen. Und genau dasselbe wollen Sie heute wieder beschließen. Entweder ist es so, dass die Landesregierung halt nichts getan hat und deswegen kommen die Kolleginnen und Kollegen Landtagsabgeordneten noch einmal auf den Plan und sagen, wir wollen aber.

Oder sie nehmen ihre einigen Beschlüsse eh nicht ernst. *(Abg. Géza Molnár: Sie drücken sich ums Thema.)* Ist eh wurscht. Es ist eigentlich nur da, damit man hier ein Thema diskutieren kann. Dass das Ganze ein parlamentarisches Instrument ist, dass hier ein Beschluss gefasst wird, das ist offensichtlich zweitrangig.

Also ich muss ehrlich sagen, entweder entschließen Sie sich bitte endlich, das ernst zu nehmen, was Sie selber sagen, oder es fällt schwer, Sie ernst zu nehmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Kollegin Petrik. Ich bin nicht

der Verteidiger dieser Landesregierung, aber Tatsache ist, dass man sich von Zeit zu Zeit darum bemühen muss, wenn man Grenzkontrollen verlängern möchte, da diese ja seitens der Europäischen Union nicht unendlich, sondern zeitlich begrenzt sind.

Wenn sich gegenüber dem Mai des Vorjahres an unserer Grenze nichts verändert hat, Frau Kollegin Petrik, dann sollten wir alles wieder tun, damit also das entsprechend weiter verlängert wird.

Die politische Vorgangsweise ist eine andere, das nehme ich zur Kenntnis, was Sie sagen. Ich sage aber auch dazu, wenn wir eingeladen gewesen wären, auf diesen Antrag draufzugehen, wir hätten das auch gemacht, weil es auch meiner Intention entspricht. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)*

Kollege Steier, was Sie vorhin gesagt haben. Ich teile alle diese Überlegungen, Herr Kollege Steier. Die Aussage, die Polizei soll eher im Hinterland kontrollieren, ja, sie soll im Hinterland kontrollieren. Aber ab einem Zeitpunkt, wo unkontrolliert Migrationsströme da waren, und es nur mit Mühe gelungen ist, diese einzudämmen, wird es nicht gelingen, nicht ausreichen, nur im Hinterland, sondern auch an der Grenze entsprechend präsent zu sein.

Kollege Molnár hat die Dringlichkeit begründet und in einem Seitenhieb auf den Herrn Bundeskanzler gemeint, na ja, ist jetzt diese Balkanroute geschlossen, ja oder nein?

De facto ist die Balkanroute politisch geschlossen. Das ist Verdienst des Herrn Bundeskanzler, damals Außenminister Sebastian Kurz. *(Abg. Christian Illedits: Wie ist denn das, „politisch geschlossen“?)* Er war imstande, auf Europaebene und auf den Balkanländern diese, unsere Sicht der Dinge auch für alle politisch außer Streit zu stellen.

Politisch ist die Balkanroute geschlossen, de facto ist sie nicht geschlossen, weil, die Zahl stimmt, die der Kollege von der FPÖ genannt hat, 27.000 Menschen illegal die Grenze überschritten haben, aber kein Vergleich zu dem, was 2015 da war, als 700.000 Menschen gekommen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das ist der politische Wille, den Österreich in der Person des Außenministers, damals Kurz, heute Bundeskanzler, zum Durchbruch verholfen hat. 700.000 auf heute 27.000. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir von den Grenzkontrollen nicht absehen, weil nach wie vor, obwohl politischer Wille da ist, de facto die Grenzen nicht mehr geschlossen sind. Deshalb werden wir auch diesen Antrag sehr gerne unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es muss nach wie vor Aufgabe dieser Europäischen Union sein, die Außengrenzen zu sichern. 25 Jahre ist es nun her, dass Jacques Delors diesem Binnenmarkt zum Durchbruch verholfen hat.

25 Jahre, wo die vier Freiheiten gelten. Reisefreiheit, Personenfreiheit, Freiheit des Kapitals, hin und her, über den Grenzen. Der Dienstleistungsverkehr, und was ist das vierte? Damit ich es noch vervollständige: Warenverkehr, freier Warenverkehr.

Das kann aber nur dann innerhalb eines abgegrenzten Binnenmarktes funktionieren, wenn die Außengrenzen gesichert sind. Und wenn diese Außengrenzen nicht gesichert sind, dann muss es jedem Mitgliedsland unbenommen sein, seine nationalen Grenzen zu sichern. Von diesem Recht hat Österreich ganz einfach in den letzten Jahren Gebrauch gemacht.

Die Situation hat sich gegenüber dem Vorjahr, gegenüber dem Herbst, wo das letzte Mal für weitere sechs Monate verlängert wurde, nicht verändert, deshalb treten wir dafür ein, dass künftighin auch wieder, nachdem sich die Lage nicht verändert hat, für sechs Monate oder auch für länger, wenn notwendig, diese Grenzsicherung ganz einfach möglich sein muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir wissen, dass in Kriegsgebieten ein Migrationsstrom ganz einfach seinen Ausgang nimmt, auf der anderen Seite aber in einem Kontinent wie Afrika, 1,2 Milliarden Menschen leben. Es gibt Leute, die sagen, jeder Fünfte wünscht sich in der Europäischen Union zu leben. Jeder Fünfte, das sind 20 Prozent von 1,2 Milliarden, das sind 240 Millionen.

Wenn sich 240 Millionen aus einem Kontinent auf den Weg machen, in einen anderen Kontinent, in dem 500 Millionen in dieser Europäischen Union leben, dann müssen wir uns gut überlegen, wie wir hier unser künftiges Zusammenleben organisieren und wie wir an den Grenzen vorerst Ordnung machen können.

Eines ist für mich unbestritten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn es keine Grenzüberwachung gäbe, dann würde das unwürdige Schleppertum fröhlichen Ursprung feiern, und es würde dieses Schleppertum, dieses unmenschliche Schleppertum weiterhin entscheiden, wer in der Europäischen Union einreisen kann und wer nicht.

Deshalb müssen wir unsere Grenzen sichern, damit die Schlepper nicht so in ihrem Handwerk weiterverfahren können, als sie das zeitweise tun konnten. Im Übrigen ist es eine Präventivmaßnahme, und je weniger aufgegriffen werden, desto sicherer ist diese Maßnahme. Je weniger aufgegriffen werden, desto unnötiger kann deshalb nicht stimmen, denn wenn die Maßnahme nicht da wäre, dann wäre ein unkontrollierter Grenzübertritt möglich.

Die ÖVP hat diese Meinung immer vertreten. Wir sind gegen diese Grenzüberwachung damals eingetreten, als unsere Nachbarländer zur Europäischen Union beigetreten sind und damals keine wie immer gearteten Migrationsströme da waren. Das war auch nicht Standard, dass in Friedenszeiten bewaffnete Soldaten an einer Grenze stehen. Aber mittlerweile hat sich die Lage derart verändert, dass es wieder notwendig ist, hier entsprechend präventiv tätig zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage noch einmal, gegenüber dem Herbst des Vorjahres hat sich die Situation an unseren Grenzen nicht verändert, deshalb treten wir dafür ein, dass wir diese Grenzüberwachung auch weiterhin tun können, so wie wir es für notwendig finden, bis die Europäische Union ihre Außengrenzen entsprechend sichert.

Wir werden dem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter, Herr Präsident. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Schnecker.

Bitte um Ihren Redebeitrag Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Herr Kollege Strommer, Sie haben gerade gesagt, wir sind immer dafür eingetreten, dann, ich muss Sie da leider korrigieren, 2015 haben Sie das Ganze noch mehrfach lächerlich gemacht. Aber es war wahrscheinlich auch eine politische Aussage. In Wirklichkeit ist eh alles ganz anders, wie bei der Balkanroute. *(Abg. Walter Temmel: Was war das jetzt?)*

Geschätzte Damen und Herren! Es wird vermutlich einen breiten Konsens geben für diesen Antrag, und die Dringlichkeit wurde heute schon angesprochen. Die EU-Kommission betont nun, dass eine weitere Verlängerung der nationalen Grenzkontrollen aus rechtlicher Sicht über Mai hinaus nicht möglich sei.

Wenn das so ist, dann haben wir unserer Ansicht nach zwei Möglichkeiten. Dann müssen wir gemeinsam - und das ist die Aufgabe unserer Repräsentanten - das Recht anpassen und neu ausgestalten, damit die Kontrollen eben wieder in diesem Rahmen möglich werden.

Oder, zum Zweiten, bis dieser Grenzkodex, und so heißt das Werk, eben geändert ist, soll der Minister, der Innenminister, die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, damit Österreich auch weiterhin diese illegale Migration ins Land eindämmen kann. Das sind die beiden Möglichkeiten, denke ich, die wir haben.

Aus diesem Grund wird es jetzt eben notwendig sein, und daher auch die Dringlichkeit, weil das eben mit 11. Mai ausläuft, sich mit dem Thema, und das tun wir heute, auseinanderzusetzen und sich mit anderen Ländern zu akkordieren und zu koordinieren.

Es hat auch schon Beispiele gegeben, dass man Ausnahmen zugestanden bekommen hat. Man muss das halt mit guten Argumenten untermauern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Da sind eben der Herr Bundeskanzler, der die Balkanroute nur politisch geschlossen hat und der Innenminister gefordert, auf europäischer Ebene eine Lösung herbeizuführen.

Geschätzte Damen und Herren! Es ist ein Fehler, ein Systemfehler, anstatt abzuwarten, bis die Grenzstaaten der EU, die eben diese Schengen-Außengrenze haben oder die Frontex Grenzschutzagentur den Vollzug bei dem Außenschutz melden, das heißt, dass die Außensicherung der Grenzen funktioniert, wiederholt die Kommission hier den alten Fehler.

Sie will jenen Ländern, die als Selbstschutz vorübergehend die Kontrollen in ihren nationalen Grenzen wieder eingeführt haben, so wie Österreich mehr oder weniger zwingen, diese Kontrollen mit Mai zu beenden. Zu glauben und dass ist eben der Fehler, dass bis dahin Libyen zum Beispiel, der Schleuse zur EU dichtgemacht werden kann, das grenzt an Träumerei. Auch im östlichen Mittelmeer hängen das Ausmaß und die Kontrolle des Flüchtlingszustroms noch immer zu sehr von dem Dafürhalten und von Erdogans Interessen ab.

Deshalb, erst wenn wir an den Außengrenzen die volle Hoheit erlangt haben, sowie es in allen Staatsgebieten der Welt selbstverständlich ist, können die Binnenkontrollen wieder der Geschichte angehören und bis dahin sind eben diese Grenzkontrollen, so, wie wir sie jetzt haben wollen, die bestmögliche Lösung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was sind überhaupt die Lösungsansätze? Ich denke, das geht nur, wenn man sich der Thematik europäisch annähert. Das heißt Asylanträge nur außerhalb von Europa in Asylzentren oder Verfahrenszentren behandelt werden. Diese müssen von europäischen Beamten in diesen Verfahrenszentren entschieden werden. Das heißt, die Asylfrage muss dort entschieden werden, sonst werden wir der Problematik nie her werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, wenn es diese Verfahrenszentren gibt und wenn dort negativ entschieden wird, dass diese Menschen auch wieder dahin zurückgebracht werden können, wo sie herkommen, sonst lässt man die Staaten dort ja wieder alleine.

Es wurde auch schon gesagt, Italien hatte 2017 rund 200.000 Anlandungen gehabt. Auch heuer sind die Zahlen wieder relativ hoch. Im Wesentlichen funktioniert dieses System mit Italien, weil die Flüchtlinge zurückgebracht werden können. Viele kommen auch über Tirol, über den Brenner. Da funktioniert eben die Rücknahme.

Also, für Österreich insgesamt müssen wir nur aufpassen, dass wir hier nicht zur Pufferzone werden, wenn Deutschland uns die illegalen Migranten zurückschickt und Italien diese dann vielleicht nicht mehr zurücknehmen und Deutschland schickt uns nachweislich jeden Tag eben Flüchtlinge zurück.

Einen Punkt noch: Westafrikanische Flüchtlinge haben derzeit eine Anerkennungsquote und das sind eben die Fakten von 10 Prozent. Das heißt, 90 Prozent haben keine Chance auf Anerkennung, das sind Wirtschaftsflüchtlinge. Drei Viertel der Flüchtenden, welche Asylanträge stellen, kommen über die Balkanroute, die vom damaligen Außenminister Kurz, wie wir soeben gehört haben, politisch geschlossen wurde, in Wirklichkeit ohnehin nicht.

Ein Viertel kommt über die Mittelmeerroute. 2017 hat es auch Anlandungen bereits in Rumänien gegeben. Ebenso wird die Slowakei zur Fluchtroute.

Was die Rückführungsabkommen betrifft, so wird seit 15 Jahren, zum Beispiel, mit Marokko verhandelt. Herausgekommen ist nicht viel beziehungsweise gar nichts. Auch das fällt in die Zuständigkeit des Bundeskanzlers und des Innenministers. Hier sind diese beiden gefordert.

Nun noch zur Situation der Polizei. Wir haben an den Grenzübertrittstellen in Deutschkreutz und in Schachendorf Videoüberwachung, das stimmt. Das kann man so machen. Die Grundlage ist das Grenzkontrollgesetz. Also hängt auch diese Thematik unmittelbar mit den Grenzkontrollen zusammen.

Man weiß aber auch, dass das jetzt nur an zwei Grenzübertrittstellen, nämlich in Schachendorf und in Deutschkreutz, passiert. Wir wissen, dass wir aber 23 Grenzübertrittstellen im Burgenland haben, die mit Fahrzeugen passiert werden können. Sieben Grenzübertrittstellen, die quasi auf der Schiene passiert werden und einen Wasserweg, also der Punkt Neusiedlersee - Fertőrákos, dann können diese zwei videoüberwachten Grenzübergänge auch nur ein Anfang sein.

Nun noch zur Personalsituation. Bevor ich hier einige Sätze sage, mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen der Polizei und des österreichischen Bundesheeres beiderseits für die großartige Arbeit, die hier geleistet wird, nicht immer unter einfachsten Verhältnissen. Aber, was derzeit hier geleistet wird und auch unser Landespolizeidirektor ist hier sehr bemüht, dass auch Bedingungen geschaffen werden, wo diese Arbeit bestmöglich gemacht werden kann.

Derzeit haben wir einen Lehrgang in Ausbildung. Das heißt, 28 Kolleginnen und Kollegen drücken in Eisenstadt im Bildungszentrum die Schulbank. Sie werden 2020 im Burgenland zur Verfügung stehen. Im Bundesländervergleich ist das allerdings trotzdem wenig, wenn man weiß, dass für Wien 450, für Niederösterreich 200, für Oberösterreich 225 und so weiter, für Vorarlberg, zum Beispiel, immer hin noch 50 aufgenommen werden. Bei uns sind es nur 28.

Wenn dieser Lehrgang dann 2020 ausgemustert wird, werden wir im Bereich der Landespolizeidirektion Burgenland 145 Kolleginnen und Kollegen haben, die das 60igste Lebensjahr erreicht beziehungsweise überschritten haben. Das heißt, die stehen dann nicht mehr zur Verfügung. Wenn man da nicht gegensteuert, dann haben wir ein ordentliches Delta, denn 120 werden fehlen und 28 kommen dazu. Sie alle können sich

ausrechnen, was dann an Minus entsteht, wenn man da nicht gegensteuert und bei diesem Personalpaket auch nachbessert.

Hier verlangen wir vom Herrn Innenminister eine Nachbesserung. Wir haben, und das haben wir immer betont und das ist auch Konsens, eine besondere Situation in unserem Burgenland. Da braucht es eben auch ein entsprechendes Personal.

Wir werden diesem Dringlichkeitsantrag natürlich unsere Zustimmung erteilen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wurde heute die Europäische Union schon mehrfach angesprochen und strapaziert, einerseits definiert über die Reisefreiheit, andererseits über den Binnenmarkt und zum Dritten über die vier Grundfreiheiten.

Aber, ich glaube, wenn man dieses in einen größeren Kontext stellt und bei der Europäischen Union beginnen will, dann muss man schon sagen, dass die Europäische Union in den verschiedensten Facetten und von ihrem Ursprungsgedanken her fehlgeleitet ist.

Wir haben heute im Bereich der Europäischen Union einen ausgezeichneten Wirtschaftsmarkt. Es funktioniert alles perfekt, wenn wir heute Freihandelsabkommen abschließen wollen, werden sie abgeschlossen, das ist überhaupt kein Problem, das ist auch kein Thema.

Wenn wir heute aber möglicherweise über die Thematik einer Sozialunion sprechen, über eine Sicherheitsunion sprechen, dann sind diese Fragen europäisch nicht nur nicht beantwortet, sondern auch in den letzten Jahren überhaupt nicht behandelt worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir merken das, da uns gerade die Frage beispielsweise der Sozialunion im Burgenland intensiv beschäftigt. Irgendwer hat heute auch schon die Wohlstandskante genannt. Genau das beschäftigt uns am Arbeitsmarkt. Natürlich beschäftigt uns auch das Thema Sicherheit.

Es gibt aus meiner Beurteilungsweise heraus, auch aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre, keine Sicherheitsunion. Wir haben richtigerweise auch im letzten Jahr gemeinsam auf Regierungsebene mit unserem Koalitionspartner einige Punkte auf den Tisch gelegt, die wichtig wären, diesem Thema zu begegnen.

Es ist schon richtig, dass wir 2015 Spitzenzahlen hatten. Wir dürfen uns aber nicht immer mit dem Jahr 2015 vergleichen, sondern wir müssen uns grundsätzlich mit den Jahren auch davor vergleichen, wie wir uns entwickeln.

Die faktische und tatsächliche Situation ist durchaus jene, wie es auch schon angesprochen wurde, dass immer noch drei Viertel aller Asylanträge, die zu uns kommen, über die Balkanroute kommen. Jetzt kann man schon sagen, das ist überhaupt neu, das habe ich überhaupt noch nie gehört, dass die Balkanroute politisch geschlossen ist.

Ich weiß zwar nicht genau, was das bedeutet, dürfen wir jetzt als Politiker sagen, die Balkonroute ist geschlossen. Sie ist aber faktisch nicht geschlossen, das wissen wir. In Wirklichkeit, was erzählen wir den Menschen? Die Menschen, wenn wir signalisieren, die Balkanroute ist geschlossen, wird niemand, so, wie auch der Abgeordnete Steier,

höchstwahrscheinlich richtigerweise verstehen, warum gibt es dann nicht die Reisefreiheit?

Die Balkanroute, und das kann man durchaus feststellen und das ist ein Faktum, und das ist auch durch Zahlen belegbar, ist nicht geschlossen. Sie ist aber deshalb nicht geschlossen, weil die EU nicht in der Lage ist, und auch mittelfristig sage ich ganz offen nicht in der Lage sein wird, einen entsprechenden Außengrenzschutz sicher zu stellen.

Wir haben heute das Wort Frontex das eine oder andere Mal gehört. Frontex ist eine Grenzschutzagentur, deren Aufgabe es schon wäre, den Außengrenzschutz zu organisieren. Deren Aufgabe es ist in weiterer Folge auch im Nachlauf zu 2015 die Hotspots zu betreiben. Frontex wird aber von den nationalen Polizeikräften eines jeden Staates gespeist.

Wir haben jetzt schon die Situation in Österreich, dass die Exekutive die Grenzsicherung nicht alleine machen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Seit 2015 gibt es wieder den Assistenzeinsatz. Ja, welches Personal sollen wir denn zu Frontex schicken? Das ist unmöglich, wo Frontex zudem noch eine reine Verwaltungsbehörde ist, dass Frontex diesen Außengrenzschutz organisieren kann.

Deshalb war ja auch der Vorschlag und der richtige Vorschlag, dass man Außengrenzschutz dahingehend organisiert, dass es genauso wie bei sonstigen Mandaten und genauso wie bei all jenen Auslandseinsätzen, die es gibt, dass man hier eine gemischte Mission bestehend aus Polizeikräften, bestehend aus Militär, bestehend aus NGOs implementiert, die dann in weiterer Folge dort, wo es notwendig ist, flexibel und schnell einsatzbar diesen Außengrenzschutz machen sollten.

Das ist nicht passiert, denn es gibt dazu auf europäischer Ebene keine Überlegungen. Dies deshalb, das muss man auch ganz offen sagen, weil sich Deutschland das aufgrund ihres Staatsgrundgesetzes nicht vorstellen kann, weil in Deutschland die Bundeswehr in Deutschland diese Rolle im Inland nicht einnehmen darf und dort schon so eine dominante Stellung in der EU hat, dass sie ihr Modell auch auf die europäische Ebene umlegt.

Der zweite Aspekt, und das ist auch schon gefallen, ist natürlich, dass es richtig wäre, den Asylantrag nicht im europäischen Bereich im Kontext zu beurteilen, sondern im EU-Ausland, außerhalb Europas, zu beurteilen. Dafür bedarf es aber entsprechender Abkommen. Dafür bedarf es entsprechender Partnerstaaten. Es gibt dazu den ein oder den anderen Vorschlag.

Da gibt es aber ganz seichte Diskussionen auf europäischer Ebene. Aber, sie können sich alle vorstellen, wie langsam die Mühlen auf europäischer Ebene mahlen. Das wird nicht der Fall sein.

Erst dann, wenn diese beiden Punkte in Wirklichkeit erfüllt wären, dürfen wir in Österreich und sollten wir in der Europäischen Union darüber diskutieren, was auch immer wieder am Plan liegt und auch immer wieder in den falschen Abläufen gesehen wird. Wie findet eine Verteilung innerhalb Europas all jener Fälle statt, die außerhalb Europas positiv beschieden wird? All das ist nicht passiert.

Es ist richtig, wir haben im vorigen Jahr darauf hingewiesen, dass es einen entsprechenden Grenzschutz in Österreich geben soll und wir müssen heuer wieder darauf hinweisen. Weil natürlich wir Gefahr laufen, durch diesen Schengener Grenzkodex Mechanismus mit Mai keine Grenzkontrollen mehr zu haben.

In der Situation, wo wir heute zwei Drittel - drei Viertel aller Aufgriffe, die in Österreich stattfinden, alle Asylanträge, und da rechne ich gar nicht die Asylanträge hinzu, die automatisch in weiterer Folge positiv beschrieben werden, durch den Familiennachzug. Da müssen Sie sich die Zahlen insbesondere aus dem Jahr 2015/2016 und auch 2017 erst einmal anschauen, die werden nämlich größer. Diese Fakten rechne ich gar nicht dazu.

Das heißt, auch jetzt laufen wir wieder Gefahr und das ist schon imminent, diese Gefahr, dass im Mai in weiterer Folge die Grenzkontrollen nicht verlängert werden. Wenn im Mai die Grenzkontrolle nicht verlängert wird, hat es zwar den Effekt, dass an der Grenze möglicherweise keiner mehr winkt, aber der winkt uns oder Ihnen als Abgeordneten, weil er Sie kennt, weil er sieht, dass Sie offensichtlich niemand schleppen, der winkt aber sicherlich nicht, wenn er ein vermeintliches oder mögliches Schlepperfahrzeug sieht. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* Dann wird natürlich an der Grenze kontrolliert.

Wenn dieser Effekt verloren geht, dann ist es eine Sogwirkung und das ist in weiterer Folge ein Poolfaktor, den wir nach außen in Europa wieder signalisieren. Es ist wieder alles in Ordnung, die Grenzen und die Grenzkontrollen fallen wieder weg. Das darf also, aus meiner Sicht, keinesfalls passieren.

Dann hat man nicht nur in Österreich, sondern auch in der Europäischen Union aus den Lehren der Vergangenheit nichts gelernt. Diesen Prozess haben wir schon mehrmals durchlaufen. Weil wir hatten schon 2002 eine Flüchtlingsthematik im Nachlauf der Tschetschenienkrise. Es gab immer wieder ein solches Auf und Ab.

Die große Gefahr ist, auch bei uns national, dass wir uns dann wieder politisch zurücklehnen und sagen, es wird ohnehin wieder ein bisschen ruhiger, es passt ohnehin wieder, das eine oder andere.

In Wirklichkeit ist uns allen damit nicht geholfen, denn Sie werden sehen, dass wir zwar die Flüchtlingszahlen aus dem Jahre 2015 und 2016 in dieser Dimension natürlich nicht mehr haben, aber die Auswirkungen, die diese Jahre in verschiedensten Lebensbereichen haben werden, nämlich im schulischen Bereich, im Arbeitsmarktbereich oder im Wohnbereich, die werden wir noch Jahre hindurch spüren.

Vor allem werden es die Großstädte spüren. Daher ist es, aus meiner Sicht, vollkommen richtig, vehement dafür einzutreten, dass wir auch nach dem Mai 2018 Grenzkontrollen an der burgenländischen Grenze haben.

Danke*. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es jetzt nach der Wortmeldung des Herrn Landesrates relativ kurz machen, nachdem ich einiges vom europäischen Ansatz auch an Sie weitergeben will: Zum einen, nur zwei Reflexionen auf die Vorredner: Das eine ist die Wichtigkeit des heutigen Dringlichkeitsantrages.

Da hat der Herr Landesrat eindeutig und in unterstrichender Weise zum Ausdruck gebracht, wenn etwas in Kürze vermeintlich ausläuft und nicht verlängert wird, dann ist es allemal notwendig, dies dringlich zu diskutieren und den Appell an diejenigen zu richten,

die zweifelsohne damit befasst sind, dies wieder zu beschließen, damit eine Fortsetzung eben garantiert ist.

Zum Zweiten finde ich es schon eigenartig, ein demokratiepolitisches Instrument des Landtages hier so heftig zu hinterfragen und einer politischen Partei eben auch dies ein wenig in Abrede zu stellen. Das glaube ich, muss jedem, wo die Möglichkeit auch legitim zur Verfügung steht, das man das tut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum Dritten: Diese Ansage, was ist politisch geschlossen oder welche Migrationsrouten sind aktuell tatsächlich wirklich am heftigsten frequentiert. Frontex aktuell, und das ist eine Zahl - nur im Jänner haben 8.000 Migranten eben diese Routen benutzt. Das heißt, hier von einer Schließung zu reden, ist allemal eigenartig. Wenn man diese Zahlen her nimmt und dass in Italien – das hat Klubobmann Molnár schon gesagt - im Moment noch immer im Vergleichszeitraum mit dem Rekord 2015 mehr Ankünfte über das Mittelmeer kommen, als im Jahr 2016 spricht eigentlich auch eine eindeutige Sprache.

Das Bundesheer, und das sind Experten, stufen diese Situation als labil ein. Ich denke, wenn die Einsatzkräfte das tun, dann ist es allemal ernst zu nehmen. Das ist sicherlich auch die Begründung, die die Polizei und das Bundesheer an uns weitergeben, dass eben auch diese Verlängerung eingefordert werden muss und diese 450 Soldatinnen und Soldaten, die an der Grenze jetzt Dienst machen, auch weiterhin im Einsatz bleiben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In Österreich sind es insgesamt, denn auch in Kärnten, in der Steiermark und in Wien sind solche eingesetzt, in der Anzahl 1.000. Bei uns, unser Herr Landesrat hat es ja bereits gesagt, gibt es eine besondere rechtliche Situation. Ich kenne es nur aus Brüssel und aus Österreich, dass auch das Militär tatsächlich auch öffentliche Einrichtungen, Botschaften, et cetera auch in der Assistenz der Polizei bewacht und bewachen darf.

Auch hier sieht man, dass es hier tatsächlich auch Maßnahmen in der Unterstützung gibt. Viele Menschen sehen es so! Noch ein Hinweis auf das Winken. Das Winken ist symbolisch für etwas, wie man es selbst an großen Grenzübergängen verspürt. Wir haben aber vier nur davon, 46 haben wir zusätzliche Grenzübergänge.

50 insgesamt und die zu bewachen, ist eine Herausforderung, nicht die, die tatsächlich als Grenzübergänge in der großen Ausführung uns bekannt sind und wo wir mit unseren PKWs vielleicht des Öfteren Richtung Ungarn uns bewegen.

Ich sage Ihnen ein Beispiel aus meinem Heimatbezirk. In Schattendorf, wo es jetzt temporäre Kontrollen gibt, vermissen viele Menschen das Winken. Das heißt, es fällt sofort auf, wenn nicht mehr ständig kontrolliert wird. Das subjektive Sicherheitsgefühl, davon sprechen wir ja auch, sinkt.

Der Kollege Haidinger und ich waren am vorigen Freitag bei einer Gruppe von Parlamentariern aus Sachsen-Anhalt. Die haben sich informiert, wie das bei uns mit der Zusammenarbeit, auch mit den Kolleginnen und Kollegen jenseits der Grenze Slowakei - Ungarn - Slowenien funktioniert.

Die waren eigentlich von dieser Zusammenarbeit, weil es in Deutschland eine andere Systematik und rechtliche Grundlage gibt, sehr angetan und begeistert und eigentlich dann darüber nicht verwundert, weshalb es bei uns eben diese Situation der gesicherten Grenzen gibt und wo anders eben diese Grenzen, wenn sie politisch geschlossen sind, sehr durchlässig sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke, man muss immer unterscheiden, ob jetzt nämlich, und das ist mit der Grund, und ich will bei Weitem und ich glaube, es kennen mich viele sehr gut und die meisten wissen, dass ich ein großer Befürworter des europäischen Gedankengutes bin und eigentlich die vier Grundfreiheiten sehr hoch halte und schätze, aber diese wirtschaftliche Komponente birgt weltweit natürlich große Gefahren in sich.

Wenn wir uns den gesamten weltweiten Migrationsfluss ansehen, dann hat das natürlich auch sehr wohl wirtschaftliche Hintergründe, wenn sich Menschen auf den Weg machen, machen müssen, weil sie eben keine Existenz in ihren Heimatländern finden, wenn der Klimawandel, der auch möglicherweise wirtschaftliche Hintergründe hat, auch das bewirkt, dass sich Menschen auf den Weg machen.

Das sind eigentlich auch Situationen, denen wir uns präventiv stellen müssen. Ich denke, das ist allemal auch unsere Aufgabe und deshalb sind wir im europäischen Kontext verpflichtet, der Grenzsicherung an unseren Außengrenzen, aber wir sind allemal auch der burgenländischen und österreichischen Bevölkerung verpflichtet, dieses objektive und subjektive Gefühl der Sicherheit hier nicht nur zu vermitteln, sondern tatsächlich auch zu gewährleisten.

Wenn man illegale Grenzübertritte verhindert, dann ist man zu tiefst humanitär unterwegs. Jedem sind die Bilder, diese schrecklichen Bilder, dieses LKWs mit den vielen Toten noch in bleibender Erinnerung und genau darum geht es. Es geht darum, diese Migration geregelt durchzuführen und den Schleppern das Handwerk zu legen, damit man eben solche Szenarien dieser Toten, die wir im Burgenland eben hier feststellen mussten, in Zukunft verhindert.

Den Schleppern müssen wir das Handwerk legen und geordnete Migration ist allemal von geregeltem Zuzug auch in die Europäische Union, wie er eben zugelassen ist, natürlich auch unterstützend hier mitzuhelfen.

Nationale Grenzkontrollen sind, denke ich, wichtig, solange dies im europäischen Kontext nicht lösbar ist. Ich gebe dem Herrn Landesrat recht: Es wird auch in Zukunft schwierig sein, das zu lösen. Man wird es im nächsten jährigen Finanzrahmen, der demnächst beschlossen werden soll, vielleicht wird es auch ein österreichisches Thema.

Deshalb gebe ich jetzt auch natürlich der österreichischen Bundesregierung auch nicht nur mit diesem Dringlichkeitsantrag sondern aufgrund des Ratsvorsitzes auch diese Aufgabe sicherlich mit, dieses Thema mitzudiskutieren, weil es allemal natürlich ein wichtiges Thema ist.

Wenn man bei der Diskussion um das Geld, das Geld, das eben für die Bewältigung der Migrationskrise von 15 bis 17 jetzt schon ausgegeben wurde, rund 18 Milliarden Euro, auch natürlich aus dem europäischen Haushalt bereitstellt, dann muss man das auch für die weiteren Jahre garantiert tun, weil eben auch diese Maßnahmen Geld allemal von den nationalen Staaten, in diesem Fall von Österreich, erfordern und notwendig machen.

Geld für humanitäre Hilfe, dort hat Europa auch Österreich versagt. Dieses Geld ist zurückgefahren worden. Das müsste dort eingesetzt werden, wo eben die Ursache entsteht. Die EU hat in den letzten zwei Jahren dafür 2,7 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe eingesetzt und auch nach Syrien rund eine halbe Milliarde Euro für einen Treuhandfonds, einen sogenannten MADAD- Fonds eingesetzt und 2,5 Milliarden Euro für Nothilfetreuhandfonds in Afrika.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir auch die Unterstützung und dies mit viel Geld von anderen Ländern eben auch einfordern, weil dies vertraglich teilweise geregelt ist,

teilweile nichtig. Ich nenne hier nur die schwierige Situation mit der Türkei, wo man Beitrittsverhandlungen, und auch das findet meine Unterstützung, abgebrochen hat, aber zum anderen ist es auch wichtig, dass die Türkei natürlich ihre Aufgabe im Sinne der Flüchtlingsströmungen und der Wanderung auch einbehält, genauso wie Serbien und auch die Unterstützung für Griechenland mit der Installierung der Hot-Spots.

Der Herr Landesrat hat es erwähnt, die Hot-Spots in Europa sind wichtig. Sie wären noch wichtiger außerhalb der Grenzen der Europäischen Union. Europa muss auch verstärkt mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern in Afrika zusammenarbeiten. Nigeria, Senegal, Mali, Äthiopien, et. cetera.

Weil auch dort es eben zu Migrationsströmen kommt und viele hundert Millionen Menschen eben Wanderbereitschaft dokumentieren und eigentlich startbereit sind. Das heißt, die Forderungen, die sich in diesem Dringlichkeitsantrag wiederfinden, sind allemal und sie sind höchst notwendig, dass man eben auch diese hier definiert.

Wir sind, glaube ich, der burgenländischen Bevölkerung, weil wir als burgenländischer Landtag in erster Linie für die arbeiten und von denen auch gewählt sind um diese Arbeit zu vollbringen, auch in Fragen der Grenzsicherheit verpflichtet. Diesen Appell an die Bundesregierung und an die Europäische Union zu richten, ist allemal heute notwendig und wichtig.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Nur ganz kurz zum Herrn Abgeordneten Bürgermeister Manfred Kölly, weil er die berittene Polizei angesprochen hat. Ja, er hat Recht, das war die Forderung, und jetzt kommt einmal ein Pilotprojekt in Wien, auch wenn man ein bisschen versucht, das ins Lächerliche zu ziehen.

Faktum ist, in Bayern, in Rosenheim - ich war auch dort, um die berittene Polizei zu besuchen - macht die berittene Polizei Grenzschutz. So weit hergeholt ist das also nicht, auch wenn das für manche ein bisschen lächerlich wirkt. *(Abg. Manfred Kölly: Kein Schmäh. War ernst gemeint.)*

Es wurde heute oder jetzt schon sehr viel gesagt. Vor allem – dies ist mir aufgefallen, und es ist sehr wichtig - dass die Grenzkontrollen deshalb nicht fallen können, weil die Außengrenzen absolut nicht gesichert sind. Das heißt, es ist so, dass am 11. Mai die Grenzkontrollen fallen sollen. Daher ist dieser Antrag wirklich dringend.

Sehr dringlich sogar, denn ich glaube auch, dass es in der EU Strömungen gibt, die sagen, wir brauchen keine Grenzkontrollen mehr. Dann muss man sich natürlich Alternativen überlegen.

Wir haben jetzt im Burgenland einen Landessicherheitsrat eingerichtet. Dieser Landessicherheitsrat - der Kollege Abgeordneter Hutter war auch anwesend - wird sich bei der nächsten Sitzung damit beschäftigen, um für den Landeshauptmann und den Sicherheitsgipfel auch Themen auszuarbeiten.

Wir werden uns damit beschäftigen, welche Auswirkungen es im Burgenland nach sich ziehen könnte, wenn es keine Grenzkontrollen mehr gibt, sei es im Bereich der Schlepper, sei es in allen anderen Bereichen. Das heißt, das wird ein spannendes Thema.

Ich glaube, das ist auch sehr wichtig für den Sicherheitsgipfel, denn da wird am 9. April auch der Innenminister anwesend sein. Es ist wichtig, dass man auch hier aus burgenländischer Sicht einmal beleuchtet, was würde da geschehen, gebe es keine Grenzkontrollen mehr?

Faktum ist natürlich, wir müssen wissen, wer in unser Land kommt. Wir müssen aber auch wissen, warum jemand überhaupt in die EU kommt, wenn die Außengrenzen gesichert sind. Das ist ein Thema, das wirklich sehr weitreichend ist.

Der Innenminister hat nicht nur im Bereich der Grenzkontrollen, sondern auch insgesamt gesehen schon sehr viele Akzente gesetzt. Ein Beispiel dafür ist die Altersfeststellung. Dies war bisher nicht möglich. Jetzt gibt es die Möglichkeit, via Röntgen festzustellen, wie alt jemand ist, wenn er zu uns kommt. Das war früher ausgeschlossen, denn da hat man aus medizinisch technischen Gründen gesagt, das gehe nicht.

Jetzt ist es so, dass es auch die Möglichkeit eines Zugriffs auf Handy-Daten gibt. Man kann das Handy abnehmen, sich die Handy-Daten ansehen. Das heißt, da bewegt sich einiges bis dahin, dass der Innenminister jetzt auch erklärt hat - und das gefällt mir auch, obwohl das nicht direkt zu den Grenzkontrollen gehört - man öffne die Asylheime für Obdachlose, damit hier niemand erfriert. Es werden also ständig Akzente gesetzt, und es bewegt sich ständig etwas.

Zu den Grenzkontrollen noch: Es ist auch so, dass der bayrische Innenminister Joachim Hermann gemeinsam mit unserem Innenminister Herbert Kickl gesagt hat, es müsse Grenzkontrollen geben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie die Deutschen insgesamt entscheiden werden, weiß ich nicht, denn der Innenminister aus Bayern ist nicht der Bundesinnenminister. Das heißt, da bewegt sich sehr viel.

Ich glaube auch, dass heute sehr viel gesagt worden ist. Es sollte definitiv wirklich so sein, dass Asylanträge außerhalb der EU gestellt werden sollten oder müssen. Diesbezüglich könne man sich auch vorstellen -so das Innenministerium - dass man auch vielleicht die Botschaften heranzieht mit eigenen Antragszentren und so weiter und so fort. Aber das ist natürlich alles in Ausarbeitung.

Vielleicht zur Dringlichkeit noch: Dass das dringlich ist, das haben ja alle Parteien gesagt, dass das wirklich die Dringlichkeit in sich birgt. Und ich glaube, dass es auch Szenarien geben muss, was sein wird, wenn die EU wirklich mit den Grenzkontrollen aufhört?

Das heißt, es wird jetzt seitens des Innenministeriums eine eigene Grenzschutztruppe installiert mit 500 Beamten. Diese warten aber jetzt nicht an der Grenze, sondern sie haben eine eigene Ausbildung und können dann sofort herangezogen werden.

Und es ist auch so - und das muss man einfach ins Auge fassen - auch wenn sehr viele sagen, das habe nicht die Effizienz, dass man auch an Grenzraumkontrollen denken müsse. Denn Grenzraumkontrollen sind dann die einzige Möglichkeit, die wir nachher national haben. Ich glaube sogar, dass solche Grenzraumkontrollen sehr sinnhaft sind.

Das heißt, es wird der fließende Verkehr nicht sehr aufgehalten, sondern im Grenzraum, auch dieser 50 Grenzverbindungen in den Ortschaften. Wenn man hier Grenzraumkontrollen abhält und auch in Bezug auf Schlepper natürlich Kastenwägen und so weiter und so fort kontrolliert, kann ich mir schon vorstellen, dass das auch noch die Möglichkeit ist, wenn es nicht mehr geht mit den Grenzkontrollen.

Das heißt, dieses Thema, und dann komme ich ohnehin schon zum Schluss, dieses Thema ist definitiv ein Thema, dass das Burgenland sehr massiv betrifft. Das wissen wir alle, und daher ist die Dringlichkeit definitiv gegeben.

Ich möchte mich recht herzlich für alle Debattenbeiträge bedanken, denn jeder Debattenbeitrag hat wirklich etwas in sich gehabt.

Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Ich lasse daher über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Geza Molnar, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Aufrechterhaltung nationaler Grenzkontrollen ist somit mehrheitlich angenommen.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verlängerung der Autobahn A3 (Zahl 21 - 881) (Beilage 1244)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Es erfolgt nun die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verlängerung der Autobahn A3, Zahl 21 - 881, Beilage 1244, und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Volkspartei hat heute einen dringlichen Antrag eingebracht zum Thema Verlängerung der A3 vom Knoten Eisenstadt bis zum Grenzübergang Klingenbach.

Wir haben vorhin von einigen Rednern gehört, die einen haben gemeint, der Dringlichkeitsantrag von SPÖ und FPÖ wäre nicht dringlich, andere haben gemeint er ist dringlich.

Ich glaube, das sieht die Verfassung auch so vor, dass es das demokratische Instrument des Dringlichkeitsantrages gibt und dass eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten den auch einbringen können und auch dass die Dringlichkeit von diesen Abgeordneten begründet werden soll, was ich hiermit auch machen möchte.

Wir wollen mit diesem Dringlichkeitsantrag sicherstellen, dass bei einer möglichen Verlängerung der A3 bis Klingenbach die Bevölkerung wirklich einbezogen wird.

Wir haben vor wenigen Tagen zwei Regierungsmitglieder gehört, die Kollegin Eisenkopf und den Kollegen Doskozil, wo sie mitgeteilt haben über die Presse, dass es ihnen ein großes Anliegen ist, dass die Verlängerung der A3 nur dann zustande kommen soll und darf, wenn das im Einklang mit den Gemeinden, so habe ich es gehört und gelesen, erfolgt.

Für mich und für uns ist diese Aussage positiv, weil wir der Meinung sind, dass diese Verlängerung der A3 nur dann stattfinden darf, wenn wirklich alle Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger miteinbezogen werden. Da reicht es uns nicht, dass man Gemeinderatsbeschlüsse fasst, sondern wir wollen, dass auch die Menschen befragt werden.

Und warum? Ich glaube, dass heute dieser Zeitpunkt des Antrages richtig ist und wichtig ist, das liegt darin begründet, dass es halt oft vorkommt, dass Politiker, und ich nehme da gar keine Partei hier aus, im Rahmen von Pressekonferenzen eine schnelle Schlagzeile erzeugen, etwas versprechen, etwas an die Menschen kommunizieren, und dann nach ein paar Tagen hört man nichts mehr davon und irgendwann einmal ist das Thema weg und es ist keine Substanz da.

Wir wollen mit diesem Antrag heute den Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Gemeinden auch die Sicherheit geben, dass das was Politiker sagen auch wirklich eingehalten wird.

Denn wir sind, wie gesagt, der Meinung, dass, bevor es zu einer Verlängerung der A3 kommen kann, es Volksbefragungen in den betroffenen Gemeinden geben soll. Was aber auch voraussetzt, dass man die Menschen vor Ort ordentlich informiert.

Es gehören da alle Fakten und Daten auf den Tisch. Es gehören alle Studien auf den Tisch, alles was notwendig ist, damit die Menschen sich ein klares eindeutiges Bild machen können, damit sie dann auch die Möglichkeit haben seriöserweise abzustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und genau in diese Richtung geht unser Antrag. Ich denke, dass es möglich sein kann, dass wir hier einen Konsens finden, zumindest eine Mehrheit finden, die genau diese Meinung auch teilt. Ich wüsste jetzt ehrlich gesagt nicht was dagegen spricht, wenn ich mir die Pressemeldungen der letzten Tage auch anschaue.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es wirklich wichtig ist die Menschen gut zu informieren, denn es hat ja schon eine Volksbefragung stattgefunden in einer betroffenen Gemeinde, nämlich in Wulkaprodersdorf, bereits im Jahr 2009. Und da hat die Bevölkerung eine ganz klare Aussage gemacht. 90 Prozent haben sich gegen die Verlängerung der A3 ausgesprochen.

Und was noch wesentlich ist, wenn man dieser Meinung ist, dass man die Bevölkerung einbindet, wenn man glaubt, und ich bin auch davon überzeugt, dass es notwendig ist die Menschen bei der Politik mitzunehmen, die Politik auch nachvollziehbar für den Menschen zu machen, und wenn auch die Landesregierung dieser Überzeugung ist, und wenn auch der Landtag in der Mehrheit dieser Überzeugung ist, dann ist es auch notwendig verschiedene Strategiepapiere des Landes auch zu ändern.

Denn, wenn man sich die Gesamtverkehrsstrategie des Landes anschaut, auf Seite 57 wird über die A3 eine Position des Landes uns mitgeteilt und die fällt, wenig überraschend, gar nicht einmal so negativ aus.

Es wird dort beschrieben, dass auf österreichischer Seite die A3 im Bundesstraßengesetz bis zur Staatsgrenze bei Klingenbach gelistet ist und diese Verbindung, dieser Lückenschluss, wie das genannt wird, auch im Hinblick auf die großräumige Verkehrsleistung des überregionalen LKW-Verkehrs von Bedeutung ist.

Und dann wird unten noch angeführt, dass eben die Verlängerung der A3 bis Klingenbach ein mittelfristiges Ziel auch der Landesregierung ist. Und ich denke, dass wir es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig sind, egal welche Einstellung man zu dem Thema hat, dass wir den Menschen auch klar sagen, was jetzt wirklich die Position ist. Und darum geht es uns eigentlich bei dem heutigen Antrag.

Im Übrigen findet sich dieser Passus ja auch im Koalitionsübereinkommen von SPÖ und FPÖ wieder, wo mitgeteilt wird, dass beide Parteien sich darauf verständigt haben, die Ziele, die in der Landesverkehrsstrategie festgelegt sind, konsequent zu

verfolgen und damit eben auch die Verlängerung der A3 vom Knoten Eisenstadt bis Klingenbach.

Deswegen waren wir sehr froh, dass wir hier andere Töne gehört haben, seitens der SPÖ, auch wenn der Kollege Landesrat Petschnig das nicht verstanden hat, was ich auch der Presse entnommen habe, ist es heute ein wichtiger und richtiger Zeitpunkt, ganz einfach diese Klarheit auch für die Menschen hier zu schaffen.

Also wenn es jetzt wirklich so ist, dass es hier eine große Übereinstimmung gibt, dann lade ich Sie alle natürlich herzlich ein, diesem Antrag die Zustimmung zu gegeben, damit wir den Menschen auch diese Sicherheit, die notwendig ist, geben können.

Ich lade Sie ein, diesen Antrag mitzutragen, mitzustimmen, aber dann auch in weiterer Folge natürlich die offiziellen Positionen in den diversen Strategiepapieren des Landes auch zu ändern.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als erstem Redner erteile ich nun, nach der Geschäftsordnung, in die General- und Spezialdebatte einzutreten, Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Genese, die Entwicklung der sogenannten Verlängerung der A3 ist nicht etwas, was jetzt von der letzten Pressekonferenz, die in Zagersdorf, glaube ich, vorige Woche stattgefunden hat, her abzuleiten ist, sondern die Verlängerung der A3 hat eine langatmige Geschichte.

Sie ist eigentlich heute noch zu diskutieren, weil es zum Zeitpunkt der Errichtung der A3 im Zusammenhang mit den vier Gemeinden oder speziell mit drei Gemeinden oder zwei Gemeinden eine Art von Widerstand gegeben hat.

Im Speziellen, und das hat mein Vorredner jetzt erwähnt, hat es auch im Zusammenhang damit dann eine Volksbefragung in der Gemeinde Wulkaprodersdorf gegeben, wo man sich dezidiert gegen den Ausbau der A3 ausgesprochen hat. Und damit resultiert die heutige Diskussion um den sogenannten, um die sogenannte Einbindung der Bevölkerung aus diesen Umständen heraus.

Ich möchte aber darauf verweisen, dass für mich eines im Zusammenhang jetzt sehr wichtig ist. Zum einen, es hat eine Pressekonferenz stattgefunden, die im Grunde genommen nichts anderes zu Tage befördert hat als den Status, bei dem wir verblieben sind mit der ASFINAG, wo es um den Ausbau gegangen ist.

Wo sich die Gemeinden eindeutig im Zusammenhang mit dem Land dafür ausgesprochen haben, dass es ohne die Gemeinden keinen Lückenschluss geben wird. Die Gemeinden sind also ein Zustimmungsfaktor von Anfang an in der Bereitschaft des Landes hier entsprechend mitzutun.

Daher war der Nährwert, der Neuigkeitswert dieser Pressekonferenz gleich Null. Die Aussendung, die dann anschließend auch in alle Haushalte der betroffenen Gemeinden gesandt wurde, diese Aussendung hat eigentlich auch nichts Neues zu Tage befördert. Sie hat eigentlich nur eine Unruhe erzeugt, dass die Bevölkerung jetzt nachfrägt was ist da passiert, was ist da los?

Der Kollege Petschnig war dann so lieb und hat dann den Herrn Infrastrukturminister unterstützt, weil der im aufgetragen haben wird, nehme ich an, er soll

verkünden*, (Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich glaube das nicht.)* dass eigentlich nichts da ist, aber das soll so sein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sollen wir glauben. – Abg. Mag. Franz Steindl: Das glaube ich nicht.)*

Nein, nein, das wollen wir gar nicht in die Diskussion einwerfen, aber er hat folgerichtig etwas ausgedrückt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die A3 ist eine hochrangige Straße. Und es wird jetzt niemand in diesem Hohen Haus oder auch sonst wie erklären können, dass diese hochrangige Straße, die der ASFINAG in der Bausystematik aufgetragen ist, keine Bundesangelegenheit ist.

Sie ist eine Bundesangelegenheit in der Umsetzung. Und hat daher die sogenannten jetzt auferstandenen Player, sprich Land und Gemeinden eigentlich nur als nebenrangige Handler, beziehungsweise wir können darauf pochen, dass die beiden Handlungsträger Gemeinden und Land sich dafür einsetzen, was zum Wohle der Bevölkerung sein soll.

Ein Straßenbau ist aber, und das können wir breit diskutieren, noch nie eine vorrangige hochgeschätzte Bereitschaftsleistung der Bevölkerung gewesen, wo man gesagt hat, wir wollen das. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Oja.)*

Volksbefragungen, die Sie angesprochen haben, und ich rede jetzt nur vom Bezirk Eisenstadt, vom Bezirk Eisenstadt Volksbefragungen, die stattgefunden haben, haben etwas zu Tage befördert im Zusammenhang mit der B50, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Außer Schützen.)* außer Schützen, ja.

Schützen hat als einzige Gemeinde quasi in der Volksbefragung die Umfahrungssituation gewollt, dafür hat sie sie auch bekommen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Erst nach 14 Jahren.)* Ja, ja, jetzt wollen wir aber nicht über Varianten reden.

Sie hat sie bekommen mit allen Nebengeräuschen, die diese sogenannte Bauausführung zu Tage befördert hat. Was sich heute auch noch in einem Rechnungshofbericht darstellen lassen wird.

Aber Tatsache ist, dass diese hochrangige Straße A3 inzwischen über die Jahre gewachsen, sehr wohl Veränderungen erfahren hat, speziell was das Verkehrsaufkommen anlangt.

Und hier kann man auch denen, die jetzt verantwortlich dafür sind Folge leisten, dass innerhalb der letzten Jahre nicht nur das Verkehrsaufkommen gesteigert wurde, sondern damit einhergehend auch die sogenannte Belästigung, beziehungsweise das Gefahrenmoment für die Bevölkerung gewachsen ist.

Wir haben ja unmittelbar jetzt die letzten drei Jahre eine Diskussion über den Lärmschutz und alle anderen hochrangigen Notwendigkeiten im Zusammenhang mit den Gemeinden Großhöflein, Müllendorf, die sich nachträglich jetzt im Zusammenhang mit der bestehenden A3 um eine sogenannte Sicherungsmaßnahme oder für eine Sicherungsmaßnahme aussprechen.

Und dann ist Eines dort interessant gewesen, nachdem sie dann einen Rechtsanwalt für ihr Anliegen konsultiert haben, ist nach einer Forderung, nach einer vier Meter hohen Lärmschutzwand plötzlich dann die Tunnelvariante noch ins Spiel gekommen. Also man sieht, es ist sehr wohl in der Phantasie und den Vorstellungen kein Ende geboten.

Tatsache ist, dass im Hintergrund dann immer die ASFINAG kommt und erklärt, das ist alles nicht finanzierbar. Und damit komme ich auf den Ausgangspunkt der heutigen Situation zu sprechen, nämlich bei der letzten von den Gemeinden im Einklang mit dem Land gegeben Stopp-Varianten auf den Ausbau, oder der Verlängerung der A3.

Ich möchte darauf verweisen, dass zu dem Zeitpunkt eindeutig festgehalten wurde, dass schon verhandelte Lärmschutzmaßnahmen, Umweltmaßnahmen und andere Vorstellungen, die von den Gemeinden in einem langen Diskussionsprozess der ASFiNAG gegenüber eingebracht worden sind, durch die Bestellung eines neuen Verantwortlichen seitens der ASFiNAG, der einem Ostdeutschen Vorsitzenden namensgleich war, nämlich Honecker, dass zu dem Zeitpunkt alles zurückgenommen wurde, was zu dem Zeitpunkt ausverhandelt gewesen ist.

Und zu dem Zeitpunkt kam auch, im Einklang mit dem Land, die Aufforderung diese gesamte Darstellung, die von der ASFiNAG an die Gemeinden herangetragen wurde zu stoppen. Das ist der Status den wir jetzt auch haben.

Inzwischen ist eigentlich nichts passiert, außer, dass der neue Landesrat Hans Peter Doskozil zum Schluss, wie in den kroatischen Nachrichten ORF Online nachzulesen ist, mit dem Herrn Infrastrukturminister in Wien zusammengetroffen ist.

Bei der Gelegenheit hat er sich um die Anliegen der Wulkaprodersdorfer Bevölkerung gekümmert und den sogenannten Park & Ride Parkplatz, der vorgesehen war im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bahnschleife Eisenstadt, rückverhandelt. Sodass er feststellen konnte, es ist ihm gelungen beim Infrastrukturminister Hofer diesen Park & Ride Parkplatz mit 120 Stellplätzen weg zu verhandeln.

So, daraus resultierend, nehme ich jetzt an, dass im Zusammenhang mit diesem Gespräch natürlich auch die A3 zur Diskussion gekommen ist. Und daraus resultierend auch über Verhandlungen die schon langatmig mit den ungarischen Gesprächspartnern in der verantwortlichen Ebene geführt worden sind, kommt man zu dem Schluss, die Ungarn bauen, was ja schon langatmig Diskussionsgegenstand ist.

Und jetzt wird es irgendwann mehr als notwendig sein, diesen sogenannten Lückenschluss zu vollziehen. Ja, da besteht ja kein Hindernis. Nur ist eben von Anfang an bei dieser Situation klar gelegt worden, es muss gewisse Auflagen geben, die müssen eingehalten werden.

Es muss dem Wunsch der Bevölkerung auch nachgekommen werden, wo es noch heißt, wo es mir noch in den Ohren klingt, zuerst Menschenschutz und dann ist anderer Schutz angebracht.

Das ist ja eigentlich eine Forderung, die man über alle Straßenbauten ziehen kann und Tatsache ist, dass man über diese Maßnahmen dann auch Diskussionen entfalten kann, beziehungsweise konnte.

Was ich im Grunde genommen über diese Antragstellung bei dieser Dringlichen überhaupt nicht einsehe ist, dass entgegen der gestern im Nationalrat festgestellten Möglichkeit der sogenannten Bevölkerungseinbindung über den Raucherschutz "Don´t smoke" plötzlich hier eine Situation heraufgeschworen werden soll, dass die Bevölkerung in eine Materie eingebunden wird, die im Grunde nur in einer Ablehnung passieren kann.

Das ist einmal ohne dass man irgendetwas in die Richtung hineininterpretieren möchte, wahrscheinlich der Zustand, den man sich im Endeffekt gar nicht ersparen kann. Daher ist es im Endeffekt keinen verantwortlichen Politiker oder einer Politikerin im Sinne

des Gemeindewesens zumutbar, dass er oder sie über diese Bevölkerungsmeinung hinaus eine Aussage treffen wird.

Ich glaube soweit dürfte das politische Grundkonzept unter uns auch im Einverständnis vorhanden sein. Tatsache ist auch, wenn ich die A3 im heutigen Zustand bemesse, dann hat sich das Verkehrsaufkommen nicht nur erhöht, sondern es überbordet.

Wir haben nicht nur, was wir heute auch noch diskutieren werden mit dem Arbeitsmarkt, mit der Begrenzung des Zuzuges und aller anderen Gegebenheiten in den letzten vier Jahren 400.000 ungarische Grenzgängerinnen und Grenzgänger, Einpendlerinnen und Einpendler in Österreich die nur einer Arbeit in Österreich nachgehen, zugemittelt bekommen.

Alleine aus dem Umstand kann jeder der nicht vor Ort wohnt, sondern das am Abend und in der Früh verfolgt kennzeichnen, das sind Verkehrslawinen, die sich dort begeben und die sind nicht nur jetzt für heute, sondern insgesamt einer Situation, oder beschwören eine Situation, wo die Unfallträchtigkeit auf der Verkürzung von vier Spuren auf zwei Spuren eine reine Katastrophendarstellung ist.

Jetzt kann man auf Sicht gesehen sagen, wir werden das alles nicht erleben, dass sich dort etwas tut. Nur das will ich gar nicht erleben, dass dort nichts passiert und die Bevölkerung zum Schluss dann sich nicht einmal traut mehr da zu fahren.

Ich gestehe, ich fahre von Wien nicht mehr über die Bundesstraße B16 Richtung A3, sondern nehme die Auffahrt Eisenstadt um nach Wien zu gelangen, weil sie sicher ist, im Verhältnis zu dem Straßenstück dass sich dort begibt.

Im Endeffekt zusammengefasst auf die A3 folgendes: Es wird unausweichlich sein, dass die Diskussion, so wie sie jetzt ohne Neuigkeitswert und Mehrwert eingeleitet wurde von den SPÖ Bürgermeistern samt Landesrätin und Landesrat stattfindet.

Ich finde es nur, am Rande angemerkt, und das provoziert ja das heutige Geschehen von Eurer Seite her falsch, dass zumindest der eine ÖVP-Bürgermeister nicht beigezogen worden ist, nämlich in Wulkaprodersdorf.

Dann hat sich die ÖVP-Riege zusammengetan und hat das quasi als Gegenstück inszeniert, was wir heute auch hier erleben auch in der Darstellung. Aber das war ein politisches Ausgrenzen, das sollte meiner Meinung nach in einer derartig wichtigen Materie nicht passieren. Es hat aber stattgefunden und erzeugt diese Gegenreaktion.

Die ÖVP macht jetzt eines, die ÖVP setzt dem Ganzen noch eines drauf und jetzt machen wir eine Volksbefragung. Dort, wo es angenehm ist, oder dort, wo es standhaft scheint machen wir eine Volksbefragung, dort wo es nicht ist, das habe ich schon ein paar Mal heute gesagt, ausgeschlossen, weil es nicht Ordnung geht.

Tatsache ist, meine Damen und Herren, wir können uns diesem Thema auf diese Art und Weise entziehen, nur, es wird das Problem nicht lösen. Und in der Verantwortung, so wie ich zumindest Politik betrachte, sollte auch zu einem gewissen Zeitpunkt das von Denjenigen die beauftragt sind, wahrgenommen werden.

Und in diesem Zusammenhang sind die Bürgermeister und die Gemeinderäte gefordert. Sie sollten sich dieser Auseinandersetzung stellen, sie sollten die Unterstützung des Landes bekommen.

Und nachdem wir jetzt einen Infrastrukturminister haben der ein Burgenländer ist, wo wir sogar einen Empfang initiieren, wo Sie, Herr Kollege Steiner, auch anwesend in

Pinkafeld waren, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schön war es.)* sollten wir uns dahingehend, glaube ich einig sein, dass dieser Lückenschluss, wenn er Gegebenheit sein soll, nur im Einklang von Bevölkerung, Verantwortungsträger ASFINAG und Infrastrukturministerium passieren wird.

Wenn das der Fall ist, dann sollten die Diskussionen nicht irgendwann in Zukunft stattfinden, sondern dann sollten sie folgen. Aber ich verwehre mich gegen einen Umstand, den ich schon genannt habe, den ich schon ausgedrückt habe.

Jetzt schon festzuhalten, wir machen quasi eine Volksbefragung, ohne dass irgendein Federstrich noch vom Papier auf den Tisch gelegt worden ist, das ist Politik der unverantwortlichen Art.

Wir können uns gerade beim Straßenbau darauf verlassen, dass dann eh keiner will. Daher wird dieses Kapitel auch so zu lösen sein, dass sich alle zusammensetzen und eine klare Entscheidung treffen können, ohne dass jetzt die Bevölkerung ausgeschlossen ist.

Weil, eines steht fest, dieses Lückenschlusskapitel wird für die vier Bürgermeister die unmittelbar betroffen sind mit Sicherheit bei der nächsten Wahl ein Problemfaktor werden und sein. Und daher werden sich die hüten etwas zu tun was der Bevölkerung schadet, das finde ich nur naheliegend.

Einen Umstand bitte nur in der Erwähnung jetzt noch am Rande, zum Schluss der Ausführungen. Es hat sich sehr wohl zur Vergangenheit bezogen oder auf die Vergangenheit bezogen, bis zum 22.03.2018 etwas verändert.

Es hat nämlich eines gegeben, zum einen den Ausbau des sogenannten Turbokreisverkehrs der jetzt unmittelbar noch eine Lösung haben wird, dass eine Zufahrt für einen Industriebetrieb von der jetzigen B16 erfolgen wird, der wird jetzt unmittelbar im Frühjahr passieren.

Das leitet in die Richtung eines ab, das einer der Anrainerbürgermeister jetzt gesagt hat, wozu brauchen wir überhaupt eine Diskussion über die A3? Der war in der Riege der Pressekonferenzler. Wozu brauchen wir das überhaupt? Wir haben eh den Kreisverkehr, also brauchen wir nicht den Lückenschluss auf die A3.

Tatsache ist, dass sich auch eines verändert hat mit dem Einkaufszentrum im Bereich dieses Turbokreisverkehrs Siegendorf, da ist natürlicher Weise auch ein Player ins Spiel gekommen der darauf drängen wird, dass gewisse Auflagen die vorher festgelegt worden sind, von denen ich jetzt schon gesprochen habe, jetzt so nicht mehr stattfinden können.

Das kann man aber im Endeffekt heute festhalten, ist in Vereinbarung zwischen Land und Gemeinde passiert und dieses Kapitel wird sich mit Sicherheit anschließend sehr schwer lösen lassen.

Denn ich kenne niemanden der jetzt derart viel Geld investiert hat, wo sich am 22. auch politisch Verantwortliche hinstellen werden und das Ganze eröffnen werden, der dann nachträglich sagt, na ich will nicht gesehen werden. Und die Vorbeifahrenden, auf die ich als Kundschaft poche, wenn mich die nicht sehen, dann bin ich weg vom Fenster. Und daher ist das sehr wohl eine Änderung die in der Vergangenheit nicht der Fall war, aber jetzt stattgefunden hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich appelliere im Zusammenhang nicht nur mit dem Straßenbau, wir erleben das ja bei der S7 jetzt schon über Jahre und das

auch bei der A3 über Jahre. Eine Straße hat noch niemanden die Befriedigung, oder das Allgemeinglück beschert.

Aber eines sollten wir in politischer Verantwortung nie vergessen. Wir sind dem Bürger verpflichtet, der Bürgerin verpflichtet. Wir sind aber auch verpflichtet die Möglichkeiten zu schaffen, die wir immer wieder betonen und die wir dann bezeichnen als sogenannte Rahmenbedingungen.

Herzlichen Dank.

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag wurde heute schon ein paar Mal in den Mund genommen, wie wichtig das Ganze ist.

Wenn die Diskussion nicht stattgefunden hätte, wie der Herr Kollege Steier, wo ich sehr viel unterstreichen kann und mittragen kann, was er heute da gesagt hat, dann hätte es diese Diskussion wahrscheinlich als Dringlichkeitsantrag nicht gegeben.

Aber ich bin ja immerhin schon 30 Jahre in der Politik und die Strecke Deutschkreuz - Eisenstadt ist immer ein Weg für mich auch über Sopron zu fahren. Und eines könnt Ihr mir glauben, es sind 25 km eine Tour, die man sich ersparen kann.

Umwelt, Frau Kollegin, für die Umwelt ist schon ein Zeichen gesetzt, wenn wir das schaffen dort einen vernünftigen möglichen Ausbau zu schaffen. Und jetzt bin ich genau beim Grenzübergang Klingenbach, wo die Infrastruktur eine Katastrophe derzeit darstellt.

Wo auch hier der Bund sich dementsprechend einsetzen muss, auch für die Polizei und für die Behörde, die dort Dienst machen muss und für die Sicherheit natürlich der Autofahrerinnen und Autofahrer.

Denn eines ist klar, das Stück zwischen Müllendorf, Großhöflein bis zur Grenze muss auch mit der Bevölkerung, für die Bevölkerung, eine Diskussionsgrundlage sein und geben.

Und daher ist dieser Antrag zu diskutieren, keine Frage. Ob er so dringlich ist, ist die andere Seite, aber wie üblich wird es sicherlich bereits einen Abänderungsantrag geben, nehme ich an *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der passt auch.)* und der passt auch.

Und das heißt im Endeffekt, alles was wir hier im Hohen Landtag diskutieren, sollte eigentlich irgendwann einmal auch der Herr Infrastrukturminister, vor Ort vielleicht, und das soll ja demnächst geschehen, vielleicht vor Ort mit den Gemeinden diskutieren. Mit der ASFINAG diskutieren, mit den Zuständigen im Land diskutieren, zusammensetzen sage ich immer, ist das wichtigste und dann Entscheidungen zu treffen und da bin ich beim Kollegen Steier.

Ich verstehe das, eine Straße ist immer eine große Aufregung, Enteignungen gibt es, so wie in Schützen. Enteignungen gibt es in Oberwart, ganz eine komische Situation. Da enteignet man einfach Leute, diskutiert gar nicht lange hin und her, sondern sagt, ratze putz weg und da stehen ein paar Bäume auf diesem Grundstück, die schneidest du auch gleich um, weil sonst weißt du eh, was dann los ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann es nicht sein. Herr Kollege Rosner, Du weißt wovon ich spreche. Die Einbindung nach Oberwart. *(Abg. Georg Rosner: Ich weiß das, ja.)* Das ist schon interessant, wie man mit der Bevölkerung

eigentlich umgeht und das kann es ja bei Gott nicht sein. Da müssen Gespräche geführt werden, da müssen Wünsche angehört werden.

Ich verstehe auch den Herrn Landeshauptmann und viele andere mehr die bei der S7 schön langsam einmal die Geduld verlieren weil, irgendwann ist es auch einmal vorbei, die ganze Geschichte. Und wir wissen ganz genau, wo Straße ist, ist auch Leben.

Wo Straße ist, muss ich auch für die Sicherheit sorgen, nicht nur für die Sicherheit des Autoverkehrs, oder der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, sondern auch für die Bevölkerung. Und da gibt es sehr wohl Möglichkeiten.

Und wie Sie sich erinnern können, hat Bündnis Liste Burgenland den Antrag eingebracht mit den Schallschutzwänden Großhöflein, Müllendorf. Jetzt sind wir bei einem Tunnel. Alles eine Finanzierungsfrage, eine Diskussionsfrage. Warum nicht?

Man hat schon so viel Geld ausgegeben. Oft frage ich mich, wenn ich nach Salzburg fahre, ob ich nicht in einem Tunnel fahre vor lauter Sichtschutzwänden und Lärmschutzwänden.

Auch hier müssen andere Möglichkeiten gefunden werden und müssen auch in Wulkaprodersdorf und in den angrenzenden Gemeinden Möglichkeiten geschaffen werden.

Und wenn die ÖVP eine Volksbefragung beantragt, na schön und gut, dann frage ich mich, ob die ÖVP eine Volksbefragung auch haben will wegen der Schleife Eisenstadt? Aber dann muss ich auch unsere Deutschkreuzer Pendlerinnen und Pendler, die Baumgartner Pendlerinnen und Pendler, die Draßburger Pendlerinnen und Pendler, alle Pendlerinnen und Pendler miteinbeziehen, damit sie dort mitreden dürfen.

Weil unsere Pendlerinnen und Pendler aus Deutschkreuz verlieren mindestens sechs bis acht Minuten. Und dann, bitte Herr Kollege Steiner, setze Dich hin und ich habe ein Pendlerforum und eine Pendlerdiskussion und da haben wir zwei Minuten herausgeholt, da dann waren sie schon glücklich.

Dann gibt es diese Schleife, auch hier sollte man das gleiche Prinzip dann in Verwendung nehmen. Daher, glaube ich, es macht Sinn zu reden, es macht Sinn, dass man sich zusammensetzt. Es macht aber auch Sinn, dass auch die Zuständigen von Bund, ASFiNAG, Infrastrukturministerium, Land, aber auch von den Gemeinden und auch von jeder im Landtag vertretenen Fraktion im Vorfeld Informationen bekommen, ob er teilnehmen will bei einer Veranstaltung oder nicht.

Es wäre doch schön, wenn wir erfahren würden, dass es so eine Diskussion gibt. Wir verderben nicht die Diskussion, wir können nur mitdiskutieren, mit einer Erfahrung vielleicht. Deutschkreutz hat eine Umfahrung bekommen, super, wunderbar. Da hat es auch die großen Aufregungen gegeben. Schlussendlich sind sie jetzt froh, dass das so funktioniert.

Jetzt bin ich wieder beim Kollegen Steier. Man baut einen Turbokreisverkehr, man baut dort ein Industriezentrum oder ein Einkaufszentrum und vis-à-vis ein echtes Wirtschaftszentrum. Da muss man im Vorfeld schon nachgedacht haben, wie schaut das dann tatsächlich aus, der Zubringer, wegfahren, und dergleichen.

Ich glaube, dass die Leute schon so gescheit sind, die das auch geplant haben, im Vorfeld solche Gespräche geführt haben, solche Verträge abgeschlossen haben, ansonsten bauen die das nicht nur hin auf die grüne Wiese und sagen wie schön und wie gut.

Eines möchte ich noch weiter zurückgreifen, und ich bin jetzt wirklich 30 Jahre in der Politik, 20 Jahre schon Eisenstadt, ständig auch unterwegs.

Siegendorf, Herr Kollege Steier, ich weiß nicht, da warst Du noch Bürgermeister oder nicht? Da hat man aber auch schon ein bisschen was versäumt gehabt, weil man hat dort Bauplätze aufgeschlossen hat und genau gewusst hat, irgendwann einmal muss die Straße kommen. Die Zuckerfabrik hat zugesperrt, das hat eine Firma gekauft oder ein Privater. Ich glaube, dort hätte man schon ein bisschen weiter denken müssen.

Was passiert dort? Aber ist ja kein Problem. Man muss jetzt eine Lösung anpeilen, man muss eine Lösung finden, der Mensch steht im Vordergrund, gar keine Diskussion. Der Bürger soll mitreden können, aber schlussendlich ist es eine Bundessache, wie in vielen Bereichen, weil der Bund die Verlängerung von Steinberg nach Rattersdorf bezahlt hat.

Dort haben wir gar keinen Anschluss. Ist auch „wurscht“, die haben das einfach gezahlt, 37 Millionen Euro. Das habe ich bis jetzt nicht verstanden, aber es ist so. Daher glaube ich, dass dieser Abänderungsantrag, und dem kann ich wirklich einiges abgewinnen, was heißt abgewinnen.

Der lautet: "Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse der Gemeinden Großhöflein, Klingenbach, Müllendorf, Siegendorf, Wulkaprodersdorf und Zagersdorf an die Bundesregierung heranzutreten, diese soll hinsichtlich einer allfälligen Verlängerung der A3 sicherzustellen, dass

- die Gemeinden und die örtliche Bevölkerung umgehend in alle Planungen eingebunden und hierbei vorgebrachte Interessen und Einwände berücksichtigt werden
- alle möglichen Maßnahmen zum Schutz von Lebensqualität und Gesundheit der örtlichen Bevölkerung in die Planungen einbezogen werden und hierüber umfassend informiert wird (beispielsweise Einhausung - das was wir auch vorgeschlagen haben in Großhöflein, genau so könnte es passieren - großzügiger Lärmschutz, Untertunnelung)

Die Burgenländische Landesregierung wird weiters aufgefordert,

- in die Verlängerung der A3 nicht einzuwilligen, wenn die demokratische Ablehnung der genannten Gemeinden - in der von den Gemeinden selbst gewählten Form - vorliegt.

Jetzt muss ich sagen, kann es ein einstimmiger Beschluss werden. Sind wir uns da sicher?

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ja, da haben wir wieder den Dringlichkeitsantrag. Warum kommt das jetzt? Warum ist das jetzt dringlich? Das Thema kam ja zum Beispiel von den GRÜNEN schon in früheren Jahren. Da haben Sie noch nicht die Dringlichkeit erkannt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Naja, das ist ja ein Unterschied ob das die GRÜNEN oder die SPÖ sagt!)* aber ich freue mich ja sehr, dass andere Fraktionen immer wieder lernen von den GRÜNEN.

Der Landeshauptmann-Stellvertreter von der FPÖ *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein bisschen ein Unterschied ist schon!)* findet jetzt auch das Botschaftsasyl für eine gute Lösung. War etwas, was in früheren Jahren bei den Vorschlägen der GRÜNEN immer abgelehnt wurde.

Also wir sind in vielen Bereichen Vorreiterinnen und Vorreiter und dann irgendwann einmal wird es ganz dringend, da pressiert es, und da muss man schon einen Dringlichkeitsantrag einbringen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Naja, das ist ja ein Unterschied ob die SPÖ das sagt oder nicht!)*

Warum aber, und das ist schon etwas, was ich auch bei dem Dringlichkeitsantrag hier anmerken muss, das jetzt ein bisschen sauer aufstößt, wenn das nicht einmal 24 Stunden vor Beginn der Landtagsitzung reinkommt? So ein Dringlichkeitsantrag heißt ja auch, man hat nicht mehr ausführlich Zeit, sich darauf vorzubereiten. Außer man hat viel Personal - naja, da ist eine neue Sache jetzt hereingekommen.

Das heißt aber auch, es ist keine Zeit für Diskussion in Ausschüssen. Jetzt können Sie mir natürlich entgegnen, in den Ausschüssen diskutieren wir eh nichts. Stimmt auch, ist aber nicht gerade positiv.

Also, wir sind jetzt mitten in dem Randthema, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt eh alles!)* das wir hier mitdiskutieren, wie im Burgenland Parlamentarismus praktiziert wird. Ausschüsse, das haben wir ja auch schon unter Rot-Schwarz erlebt, jetzt auch unter Rot-Blau weiter, die braucht man offensichtlich nur um durchzuwinken, was die Regierungsfraktionen sich eh schon hinter verschlossenen Türen ausgemacht hat.

Wenn ich versuche in einem Ausschuss ein bisschen eine Diskussion zustande zu bringen, werde ich meistens schief angeschaut, weil das verlängert die Ausschusssitzung um fünf Minuten oder gar wenn ich eine Frage an den Antragsteller stelle, weil ich ein bisschen Verständnis haben möchte für das, was da dahinter steckt, wird nur mit dem Kopf geschüttelt.

Wenn man sich in anderen Ländern umschaut dann weiß man, dort wird sehr wohl in Ausschusssitzungen diskutiert, da wird man sogar noch ein Stück weiter kommen in einigen Fällen, da kommt man sogar miteinander zu dem, was hier so beschworen wird in diesem Saal, nämlich zu gemeinsamen Lösungen.

Also ich plädiere sehr, dass wir auch im Burgenland den Parlamentarismus ernster nehmen und diese Möglichkeit, in den Ausschüssen genau solche wichtigen Themen miteinander zu diskutieren, auch wahrnehmen. Ich glaube auch, dass der Herr Landtagspräsident da durchaus offen ist, und dass wir etwas weiterbringen können, weil, wir haben ein Ausschusszimmer im Landhaus, es wird nur nie für eine Ausschusssitzung benutzt und das ist schon sehr bezeichnend. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da ist es ja viel schöner!)*

Zur Sache: Die ÖVP liefert uns hier ein bisschen einen Zickzackkurs. Was halt gerade opportun erscheint, wird jetzt schnell eingebracht als Dringlichkeitsantrag. Wenn von den GRÜNEN ein Aufruf kommt, Gemeinden bei Entscheidungen einzubeziehen, das ist auch ein knappes Jahr her, vor eineinhalb Jahren hatten wir das Thema auch, dann wird seitens der ÖVP mit dem Kopf geschüttelt.

Aber wenn es gerade opportun ist oder Sebastian Kurz sagt, wir müssen ein bisschen auf Bürgerbeteiligung tun, dann kommt schnell ein Dringlichkeitsantrag und wir zeigen, dass wir für Bürgerbeteiligung sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja genau, der Sebastian Kurz hat angerufen und gesagt, bitte die A3 verlängern! – Heiterkeit unter den Abgeordneten)*

Die GRÜNEN haben auch übrigens im November 2016 bereits die Verlängerung der A3 problematisiert. Wir sind hier von fast allen im Raum noch ziemlich niedergeredet worden, auf jeden Fall wurde da heftig dagegen argumentiert. Auch da freue ich mich, dass jetzt Einige schon ein bisschen weiter sind und auch erkennen, die A3 verlängern ist nicht das Nonplusultra, ist nicht die Lösung aller Probleme. Nein, es werden dadurch weitere Probleme auf uns zukommen.

Das Interessante ist ja auch, bei dem Dringlichkeitsantrag der ÖVP, der ja vom Inhalt her nicht abzulehnen ist, es ist ja nichts dagegen einzuwenden, wenn man Gemeinden einbezieht, im Gegenteil. Die Bürger und Bürgerinnen zu befragen um ihre Meinung und ihre Haltung, ist ja etwas, was gut ist.

Aber es ist halt schon so, dass eine Volksbefragung, wie es in der Gemeindeordnung drinnen steht, nur für den Wirkungsbereich der Gemeinde möglich ist. Nun ist diese Straße etwas, was Bundesgesetz ist, es ist auch etwas, wo die Landesregierung mitreden kann. Aber es gibt jetzt nichts, wo man eine und schon gar keine verbindliche Volksbefragung machen kann. Verbindliche Volksbefragungen gibt es ja gar nicht.

Man kann nur sagen wir machen eine Volksbefragung und wir versprechen euch vorher, dass wir uns nachher daran halten werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Danke Frau Professor!)* Da merkt man, dass ist schon so ein bisschen eine Husch-Pfusch-Schnellaktion gewesen, diesen Antrag aufzusetzen. Aber gut, wir diskutieren halt hier jetzt darüber.

Auch wenn wir von Fachleuten wissen, und das wissen wir schon lange, dass der Ausbau von höherrangigen Straßen zu mehr Verkehr führen wird, hat der Kollege Steier schon gesagt, ja. Auch wenn wir wissen, dass Lärmbelastung bereits jetzt für einige Anrainer und Anrainerinnen in der Nacht unerträglich ist, können wir noch immer die Bevölkerung fragen, wie sie das sieht.

Ich kann mich noch erinnern, wie vor dem Landhaus Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger von Großhöflein und Müllendorf standen, wo ein Kind dem damalig zuständigen Landesrat Bieler die Petition überreicht hat mit den Worten: „Ich möchte in der Nacht wieder schlafen können“.

Diese Lärmbelastungen sind ein Thema, das wir schon lange hier haben und trotzdem, und trotzdem ist es noch nicht gelungen, auch nur eine Maßnahme zu setzen. Nein, keine zur Reduktion der Lärmbelastung. Warum noch immer so viel Feigheit da ist, auch auf einer Autobahn eine Geschwindigkeitsbeschränkung einzurichten, wie sie auf fast allen hochrangigen Straßen in Österreich ist, das ist mir nicht nachvollziehbar. *(Abg. Robert Hergovich: Für die Autobahn ist nicht das Land zuständig!)*

Auch wenn im Abänderungsantrag der FPÖ viele gute Vorschläge drinnen sind, aber eine Geschwindigkeitsbeschränkung, *(Abg. Robert Hergovich: Ich muss Sie kurz korrigieren!)* die Erstens nichts kostet und die Zweitens sofort den Lärm reduziert, die steht da leider auch nicht drinnen. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist nicht ganz richtig!)*

Im Abänderungsantrag steht es nicht drinnen. *(Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich)* Auch wenn wir wissen, dass wir einen Verkehrsminister haben der nicht nur ein Straßenbaufreak ist sondern auch noch den Rasern Tür und Tor öffnen will, ist es uns wichtig, dass wir die Stimmen der Bürger und Bürgerinnen hören.

Das ist alles bekannt. Wir sind deswegen schon längst und strikt und weiterhin gegen die Verlängerung dieser A3, die mehr Schaden als Nutzen für die Bevölkerung bringen wird. Weil sie wird ein höheres Verkehrsaufkommen bringen, sie wird mehr

Luftverschmutzung bringen, sie wird mehr Lärm bringen, und sie wird die Böden verdrecken. Weil es geht nun einmal Dreck heraus aus diesen Autos, die da herumfahren.

Es wird der Verkehr auch deswegen zunehmen, weil diese A3-Verlängerung im Wesentlichen eine Transitstrecke sein wird, um dann schnell auch in Ungarn zu sein oder schnell sozusagen durchzufahren, um von der Peripherie in die Zentren zu kommen. Aber gut, wenn wir in unterschiedlicher Weise die Gemeinden dazu befragen wollen, tun wir das.

Ob das jetzt auf die Weise ist, wie die ÖVP das wollte, wobei es dort ein bisschen schwammig ist, oder wie wir es jetzt gerade bekommen haben im Abänderungsantrag der Regierungsparteien, wie wir das durchaus unterstützen können, dann fragen wir sie. Weil die Bürgerinnen und Bürger werden sich für das entscheiden, was sie ihren Kindern und was sie ihren Enkelkindern hinterlassen wollen.

Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ÖVP schafft es von Landtagsitzung zu Landtagsitzung sich selbst zu übertreffen, vor allem, wenn es um Aktuelle Stunden und dringliche Angelegenheiten geht.

Ich meine das durchaus nicht wertschätzend. Der Kollege Steiner hat die Formulierung unverantwortlich gewählt. Auch ich bin der Meinung, was Sie mit diesem Dringlichkeitsantrag tun, meine Damen und Herren von der ÖVP, das ist unsachlich, das ist im schlechten Sinne populistisch, das ist unseriös und das ist möglicherweise kontraproduktiv und ich werde Ihnen auch sagen warum.

Tatsache ist, dass eine Verlängerung der Südost-Autobahn bis zum Grenzübergang in Klingenbach keine neue Überlegung ist, im Gegenteil. Gerade die ÖVP, die ja da jetzt mit ihrem Antrag so den Eindruck vermittelt, von jeher skeptisch gewesen zu sein, hat ja bereits vor Jahren und schon mehrmals, dieser Verlängerung zugestimmt.

Sie haben dem Bundesstraßengesetz zugestimmt. Sie haben im Land Koalitionsübereinkommen abgeschlossen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie auch!)* die dieses Projekt zum Inhalt hatten. Sie haben der Gesamtverkehrsstrategie Burgenland zugestimmt, das ist noch gar nicht so lange her. Sie haben ja selbst darauf hingewiesen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie auch!)* Seite 57, Verlängerung der A3 bis zum Grenzübergang Klingenbach, als mittelfristiges Ziel - nur der Vollständigkeit halber.

So. Bedenken, was dieses Projekt angeht, haben wir. Das haben wir in den Wortmeldungen jetzt schon mitbekommen, alle miteinander. Großer Jubel bricht bei niemandem von uns aus, wenn es um dieses Projekt geht. Gerade in Eisenstadt und Umgebung nicht, da geht es mir persönlich, ehrlich gesagt, nicht anders.

Aber wir wissen einerseits und wir sind ja für das gesamte Land zuständig, dass es auch um die künftige Verkehrsentwicklung in anderen Landesteilen geht. Oberpullendorf, Kollege Kölly hat es gesagt, und um die Lebensqualität dort geht, und andererseits auch um die Frage, was würden dort, und vor allem im Bezirk Eisenstadt-Umgebung die Konsequenzen sein, wenn die A3 nicht verlängert werden würde?

Diese Aspekte werden ja im ÖVP-Antrag vollkommen ausgeklammert, meine Damen und Herren, und das betrachte ich schon als unseriös. Tatsache ist, dass die Ungarn die Verkehrsfreigabe für die Autobahn M9 bis Ödenburg beziehungsweise Klingenbach, bereits für Ende 2022 planen.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist laut Auskunft der ASFiNAG bereits abgeschlossen. Das heißt, der Verkehr im Bezirk Eisenstadt wird im Lichte dieser Entwicklungen, wie wir es in den vergangenen Jahren auch schon erlebt haben, zumindest nicht abnehmen.

Das heißt, wir werden uns mit der Frage, wie wir darauf reagieren, wie wir auf den Anschluss der M9 reagieren, auseinandersetzen müssen, ob wir wollen oder nicht.

Die beste unter den schlechten Lösungen, sage ich jetzt einmal, muss nicht A3-Verlängerung heißen, aber wir können das zum jetzigen Zeitpunkt eben auch nicht ausschließen.

Und damit zum nächsten Punkt. Wo stehen wir momentan auf österreichischer Seite? In Österreich befinden sich die Planungen momentan erst in der Anfangsphase, im Anfangsstadium, das Vorprojekt ist erst in Ausarbeitung.

Der frühestmögliche Baubeginn, der von der ASFiNAG jetzt einmal vorsichtig formuliert wird, liegt im Jahr 2024. Es wurde schon erwähnt, dass derartige Infrastrukturprojekte zu Verzögerungen, zu teils massiven Verzögerungen neigen. Das wissen wir. Aber bereits jetzt herzugehen, zu verunsichern, und schon heute Volksbefragungen zu fordern zu einem Projekt, das noch gar nicht trassiert ist, meine Damen und Herren. Ich verstehe schlicht und einfach nicht, was das bringen soll.

Da geht’s um billige Schlagzeilen, das, was Sie anderen heute schon vorgeworfen haben. Da geht’s Ihnen nicht um die Sache, das steht für mich fest. Jetzt komme ich zu Ihrem Antragstext, der aus meiner Sicht doch auch einigermaßen komisch ist.

Ich zitiere: Deshalb kann eine Verlängerung der A3 bis zur Staatsgrenze nur in Frage kommen, wenn sich die Bevölkerung in allen Gemeinden - das steht da so - für die Verlängerung der A3 ausspricht. Sie formulieren weiter, dazu reichen einfache Gemeinderatsbeschlüsse nicht aus.

Dass Sie die Gemeinden und die betroffene Bevölkerung bevormunden, indem Sie festhalten, als ÖVP, dass einfache Gemeinderatsbeschlüsse zur Entscheidung nicht ausreichen, das ist deplatziert, das ist anmaßend, das wurde schon erwähnt.

Ich muss gerade dann schmunzeln oder sogar lachen, wenn ich daran denke, wer das Ganze begründet hat, nämlich der Bürgermeister von Eisenstadt, der von direkter Demokratie überhaupt nichts hält. Dem kann man Unterschriften auf den Tisch knallen so viel man möchte, ein Gemeinderatsbeschluss reicht in Eisenstadt immer aus.

Gerade auch bei Infrastrukturprojekten, wo Anrainer betroffen sind, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bin fassungslos!)* ich erinnere an das Kinoprojekt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bin fassungslos!)* da wurde ja vorher nicht einmal mit den Anrainern geredet, was im Übrigen jetzt zur Situation führt, dass man mit diesem Kinoprojekt möglicherweise einen peinlichen Bauchfleck provozieren wird, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bin fassungslos!)* meine Damen und Herren.

Ich bin ein Verfechter der Gemeindeautonomie. Ich habe bisher geglaubt, dass es die ÖVP auch ist. Wenn eine Gemeinde für dieses Projekt ist, dann soll sie für dieses Projekt sein. Wenn eine Gemeinde gegen dieses Projekt ist, dann soll sie gegen dieses Projekt sein. Und wie die Meinung innerhalb der Gemeinde gebildet wird und auf welchem

Weg die Entscheidung getroffen wird, das ist einzig und alleine Angelegenheit dieser Gemeinde, des Gemeinderates und der wahlberechtigten Bevölkerung.

Die ÖVP geht ja sogar noch einen Schritt weiter und bekräftigt ihren eigenartigen Zugang, und das habe ich zweimal lesen müssen. In der Beschlussformel heißt es: Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Ausbau der Südost-Autobahn A3 nur zuzustimmen, wenn bindende Volksbefragungen in den betroffenen Gemeinden durchgeführt werden. Ich weiß nicht, was das heißt.

Was passiert jetzt beispielsweise, wenn ich Ihren Text - ich kann sinnerfassend lesen, Herr Kollege Steiner - sinnerfassend schreiben ist da anscheinend ein bisschen schwieriger. Was passiert, wenn jetzt in einer Gemeinde Politiker und Bürger sagen, wir machen keine Volksbefragung? Muss ja nicht heißen, dass sie gegen das Projekt sind, aber sie stimmen eben auch nicht zu.

Was tun Sie dann? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr schlau!)* Also, wenn man Ihrem Antragstext folgt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist es, weil die Sonne nicht aufgeht dort?)* müsste die Landesregierung in weitere Folge, *(Abg. Ingrid Salamon: Dann ist es finster!)* wenn es keine Volksbefragung in einer Gemeinde gibt, sich gegen das Projekt aussprechen. Im Übrigen hat das Land gar keine rechtliche Stellung in diesem ganzen Verfahren und kann dieses Projekt rechtlich auch nicht verhindern. Politisch ist es eine andere Frage, aber rechtlich nicht.

Das ergibt auf jeden Fall keinen Sinn. Abgesehen davon müssen Sie mir einmal erklären, was eine verbindliche Volksbefragung ist. Das kennt der Rechtsbestand nicht - diese Formulierung. Aber es wundert mich bei der ÖVP auch nicht, weil egal, ob es in Eisenstadt oder in Wien ist, mit der direkten Demokratie ist man bei der ÖVP ja auf Kriegsfuß.

Also unterm Strich, meine Damen und Herren, ist der Antrag, so wie Sie ihn vorgelegt haben, der ist schlicht und einfach unsinnig. Den haben Sie schnell hingefetzt. Das zeigen ja auch die Formulierungen. Sie sind es, die nach einer schnellen Schlagzeile gejagt haben. Das ist auf jeden Fall nicht unser Weg. Unser Weg schaut anders aus. Wir wollen uns gemeinsam um die beste Lösung für den Bezirk Eisenstadt-Umgebung, für die betroffenen Gemeinden, aber auch für die anderen Landesteile, die betroffen sind, bemühen, weil es um die Sache geht und eben nicht um Parteipolitik.

Wir wollen die Gemeinden, die Bevölkerung, nicht erst am Schluss einbinden, wie Ihr Antrag das impliziert. Wir wollen das in Kooperation mit der ASFiNAG und mit dem Verkehrsministerium in Zusammenarbeit mit der Landesregierung von Anfang an tun. Im Übrigen gibt es auch eine diesbezügliche Zusage und ein diesbezügliches Bekenntnis des zuständigen Verkehrsministers.

Wir wollen seriös prüfen, welche Szenarien denkbar und möglich sind, was sie bedeuten würden, was eben zum Beispiel, ich habe es schon erwähnt, ein konkreter Anschluss der M9 an die österreichische Grenze bedeutet. Was in weiterer Folge die beste Lösung für die Region ist. Diese Fragen sind zu klären, meine Damen und Herren, und diese Schritte sind zu setzen.

Im Optimalfall liegt am Ende ein Ergebnis vor, das allfällige Volksentscheide, so sie dann überhaupt noch gefordert werden, zur reinen Formsache machen. Also wir lassen uns in diesem Fall sicherlich nicht von der ÖVP irgendwo hineintheatern und wir werden es schon gar nicht zulassen, dass mit dieser Effekthascherei, die Sie mit diesem Dringlichkeitsantrag hier heute veranstalten, die Beantwortung schwerwiegender Zukunftsfragen gefährdet wird. Sie als ÖVP jagen billige Schlagzeilen. Wir als Koalition

arbeiten hart und seriös an den besten Lösungen. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Im Sinne des Gesagten bringe ich einen Abänderungsantrag ein. Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 881, welcher abgeändert wird wie folgt:

Entschließung des Burgenländischen Landtages betreffend Sicherung der Gemeindeinteressen und Erhalt der Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung im Fall der Verlängerung der A3.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse der Gemeinden Großhöflein, Klingenbach, Müllendorf, Siegendorf, Wulkaprodersdorf und Zagersdorf an die Bundesregierung heranzutreten, diese soll hinsichtlich einer allfälligen Verlängerung der A3 sicherstellen, dass

- die Gemeinden und die örtliche Bevölkerung umgehend in alle Planungen eingebunden und hierbei vorgebrachte Interessen und Einwände berücksichtigt werden
- alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Lebensqualität und Gesundheit der örtlichen Bevölkerung in die Planungen einbezogen werden und hierüber umfassend informiert wird (beispielsweise Einhausung, großzügiger Lärmschutz, Untertunnelung)

Die Burgenländische Landesregierung wird weiteres aufgefordert,

- in die Verlängerung der A3 nicht einzuwilligen, wenn die demokratische Ablehnung der genannten Gemeinden - in der von den Gemeinden selbst gewählten Form - vorliegt.

Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Der Abgeordnete Géza Molnár übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Direkte Demokratie findet sich oft in Regierungsprogrammen, auch in dem Regierungsprogramm, das 2015 von Rot-Blau präsentiert wurde. Da steht drinnen, wie wichtig die demokratischen Instrumente sind, wie oft sie zum Einsatz kommen sollen, und man muss sie weiterentwickeln.

Fragen Sie sich bitte selbst, alle Abgeordneten der rot-blauen Regierung, was haben Sie in den letzten Jahren aktuell und praktisch zu diesen Sätzen im Regierungsprogramm getan? Nichts! Der Punkt ist, wir haben das angesprochen. Wir möchten, dass über die Frage des Verkehrsprojektes die Gemeinden eingebunden werden und, Herr Kollege Molnár, was sind verbindliche Volksbefragungen? Gut.

Man kann jetzt mit aller Gewalt sagen, wir alle sind Topjuristen hier, ich weiß, wir werden ja alle nur daran gemessen, wie gut wir die Verfassung kennen - hat es erst vor einiger Zeit hier von der Regierungsbank geheißen. Der Punkt ist, wir wollen, dass die Bevölkerung eingebunden wird. Was schreiben Sie in Ihrem Abänderungsantrag? Die Form der demokratischen Willensbildung auf kommunaler Ebene ist den Gemeinden im Rahmen ihrer Autonomie überlassen und zu akzeptieren.

Umfasst das nicht das, was wir gesagt haben, dass eine Volksbefragung möglich ist? Wir haben halt ganz konkret gesagt, was wir wollen. Wir möchten, dass ganz konkret die Menschen die Chance bekommen, zu sagen, was Sache ist und nicht in irgendeiner anderen Form. Sie sagen, es soll die Gemeinde in irgendeiner Art und Weise entscheiden. Gut.

Wir haben noch gar nicht gewusst, dass Ihnen auf einmal so viel an der Gemeindeautonomie gelegen ist. In vielen Bereichen ist Ihre Partei ja auf dem Holzweg, weil Sie folgen den Zentralisten und Sozialisten in vielen Bereichen und sind genau gegen diese Gemeindeautonomie. Umso besser. Freut mich, dass Sie sich einmal wo durchgesetzt haben und da offensichtlich den Weg vorgegeben haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich nehme die Spannung gleich heraus. Wir stimmen zu. Wir sind dafür, dass all das, was hier gefordert wird, in die Tat umgesetzt wird. Uns geht es nämlich nicht um die Frage jetzt, dass mit aller Gewalt wir behaupten können, unser Antrag wurde angenommen. Ihnen scheint es aber nur darum zu gehen, dass drinnen steht, wir haben irgendetwas abgeändert, irgendeinen Zettel jetzt dreimal gedreht, fünf Beistriche ausgebessert, weil in der Sache steht dasselbe was wir wollen.

Wir wollen, dass bei der Frage der A3-Verlängerung die Menschen eingebunden werden. Wenn das jetzt in dieser Form passieren soll, gerne. Unsere Unterstützung haben Sie. Frau Kollegin Petrik, ich verstehe nicht, was bei uns schwammig war. Wir haben ganz konkret von Volksbefragungen in unserem Antrag gesprochen.

Was ist daran schwammig? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das gibt's in der Gemeindeordnung nicht… - Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, Frau Professor!)* Ja, entschuldige. Sie wissen, was wir meinen. Es soll die Bevölkerung in optimaler Weise eingebunden sein, die Möglichkeit haben zu entscheiden. Ist in Ordnung, ich bin echt überrascht. Normalerweise wird uns vorgeworfen, dass wir da viel zu detailreich sind, dass wir viel zu genau auf Statuten reiten und Paragraphen reiten. Plötzlich wendet sich hier komplett das Blatt. Soll so sein. Das wäre eigentlich alles, was ich dazu sagen wollte.

Aber, Herr Kollege Molnár, jetzt haben Sie mich aber schon provoziert. Effekthascherei. Sie bringen einen Dringlichkeitsantrag zu den Grenzkontrollen ein. Sie sprechen von Effekthascherei. Wissen Sie, was hier in diesem Hohen Haus 2015 diskutiert wurde? Sebastian Kurz hat gesagt, er will die Balkanroute schließen. Da gab es einen Aufschrei.

Ihre Freunde jetzt, Ihre Freunde die Sozialdemokraten, Ihre Partner, die Sie gerade verteidigt haben, übrigens. *(Abg. Wolfgang Sodl: Was habt Ihr denn gesagt, geh bitte!)* Was wir gesagt haben? Ich kann Ihnen sagen, was wir gesagt haben, Kollege Sodl. Viele in der ÖVP waren gar nicht so begeistert, was Sebastian Kurz gesagt hat. Da war eine gewisse Schockstarre auch in unseren Reihen. Ich möchte das gar nicht verhehlen. Aber Tatsache war und das sage nicht ich, das sagt bitte der „Kurier", das hat der „Standard" geschrieben.

Übrigens zuletzt am 9.10.2017 ganz knapp vor einer entscheidenden Wahl. Also ich glaube nicht, dass da unbedingt das sehr pointenreich geschrieben wurde, aber Tatsache ist, im Sommer 2015 hat Kurz den Grenzschutz angesprochen. Große Aufregung. Geht nicht. Funktioniert nicht. Muss alles auf europäischer Ebene passieren? *(Abg. Ewald Schnecker: Funktioniert eh nicht!)* Da kann nichts passieren.

Was hat Sebastian Kurz gemacht? Er hat am 24. Feber 2016 zu einer Westbalkankonferenz eingeladen. Er hat es in die Hand genommen und hat die Grenzen geschlossen. So und jetzt wissen wir alle, wie wir hier sitzen, was heißt die Grenzen zu schließen. Hans Peter Doskozil hat es gesagt. Es ist natürlich nicht möglich, real an einer derartig großen Außengrenze zu sagen, hier kommt niemand durch. Nicht einmal Viktor Orbán, der einen Zaun gebaut hat, hat das bewerkstelligt.

Aber eines möchte ich Ihnen schon sagen zum Thema Effekthascherei. Alle, die damals Kurz verurteilt haben, alle, die gesagt haben, das funktioniert nicht, alle, die ihn verglichen haben mit Viktor Orbán, die sind heute da und beschließen gemeinsam diesen Antrag, der gerade auch von uns unterstützt wurde. Wer hier Effekthascherei betreibt, das können Sie sich selber anschauen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Mag. Doskozil das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist richtigerweise gesagt worden, dass nur diese Verlängerung der A3 schon sehr lange diskutiert wird. Sehr viele Jahre diskutiert wird. Aber der Fehler, der teilweise vielfach gemacht wurde, ist, dass es keine klaren Antworten gibt. Faktum ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, und es ist schon richtig, dass es noch Jahre dauern wird, bis man in die Realisierung eventuell kommt zu dieser Thematik.

Das Faktum ist gegenwärtig, dass auf ungarischer Seite die Bewilligungsverfahren, insbesondere die naturschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren abgeschlossen sind und in weiterer Folge auf ungarischer Seite mit Sicherheit damit begonnen wird, einerseits Richtung Verkehrsministerium Druck aufzubauen, wo ist die Anschlussstelle, was passiert in Österreich.

Und andererseits begonnen wird, in weiterer Folge möglicherweise auch der Bau realisiert zu werden und spätestens dann, und in dieser Phase befinden wir uns jetzt, schön langsam, spätestens dann müssen wir auch Antworten geben. Ich glaube, das Wichtigste in der Politik ist, dass den Menschen, wo es ein Thema ist und ein Thema ist es vor Ort im Bezirk, dass Antworten gegeben werden.

Es ist eingangs auch bei der Antragsbegründung gesagt worden, und da bin ich vollkommen Ihrer Meinung, Herr Abgeordneter, dass man eine gewisse Verlässlichkeit in der Politik braucht. Dass man, wenn man etwas sagt, in weiterer Folge auch die Dinge umsetzt und das, was man sagt, auch einhält. Ich nehme Sie beim Wort. Ich nehme da ganz konkret auch die Fraktion der ÖVP hinkünftig beim Wort.

Es ist ja schön, wenn heute ein gemeinsamer Beschluss offensichtlich weitgehend zustande kommt. Aber ich darf schon daran erinnern, dass es aus der Vergangenheit heraus bei vielen anderen Themen nicht immer so war. Ich lese Ihnen jetzt einen Satz vor. Zum Beispiel: „Ich bin strikt gegen fünf Spitäler im Land, je eines in Oberwart und Eisenstadt müssen reichen“. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt hast Du Dich aber disqualifiziert!)*

Das war eine Meinung, die die ÖVP 2015 vertreten hat; die ein Regierungsmitglied 2015 vertreten hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Fällt Euch nicht einmal etwas Besseres ein?)* Jetzt ist die Meinung offensichtlich eine andere. Wir haben voriges Jahr auf Bundesregierungsebene festgestellt, dass die ÖVP mitgegangen ist bei der Aktion 20.000. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hätten wir uns von Dir nicht erwartet! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein!)*

Ein Jahr später ist der Standpunkt der ÖVP ein *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Dass Du Dich da reintreiben lässt!)* komplett anderer. Wir nehmen heute glücklicherweise wahr, dass offensichtlich ein klarer Standpunkt einhergeht auch mit unserem Antrag. Dass es eine Einbindung der Gemeinden braucht. Eine Einbindung der Bevölkerung braucht.

Dass es keine Verlängerung gegen die Menschen braucht. Also ich bin gespannt darauf, was die Meinung möglichweise in drei, vier Jahren ist, wenn man dann darüber diskutiert, dass wir mit dieser Verlängerung der A3 Wirtschaftsinteressen verfolgen müssen.

Daher mahne ich auch in dieser Causa Ihre Verlässlichkeit ein, weil die Bevölkerung, die Politik lebt von Verlässlichkeit, und ich sehe es an konkreten Beispielen, dass sie in vielen wichtigen Fragen - und die Gesundheitsversorgung und die Spitalstandorte im Burgenland, die wir garantieren, sind eben auch wichtige Fragen -, dass diese Verlässlichkeit nicht immer gegeben war. Danke. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was ist mit der Gynäkologie? - Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das haben wir zwei Jahre lang diskutieren müssen; jede dritte Sitzung.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was ist los? Früher hat er eine rote Krawatte gehabt.)* Wir diskutieren heute eine mögliche Verlängerung der A3. Die heutige Debatte könnte auch eine Bumerang-Debatte sein, weil wir in durchaus unregelmäßigen Zeitspannen diese Debatte über eine mögliche Verlängerung der A3 hier im Hohen Haus diskutiert haben.

Ich selbst bin Mitglied jetzt seit nunmehr zehn Jahren im Hohen Haus und wir haben einige Male schon dieses Thema im Hohen Haus behandelt. Wahrscheinlich sind es schon zwei oder drei Jahrzehnte - in dieser Zeitspanne beschäftigt sich der Hohe Landtag mit der Diskussion über eine mögliche Verlängerung der A3.

Ich gebe zu, unterschiedlich laut, unterschiedlich emotional, doch man muss festhalten, gleichgültig wer gerade Infrastrukturminister ist, gleichgültig wie die Konstellation auf Regierungsebene im Bund aussieht, rot-schwarz, türkis-blau oder wie auch immer. Gleichgültig welcher Bürgermeister gerade im Amt ist. Die Position ist unverändert. Die Position ist klar und das oberste Gebot lautet: Der Mensch, die Gesundheit und die Lebensqualität stehen im Vordergrund. Das ist die oberste Prämisse.

Ich bin daher sehr dankbar, dass der neue Landesrat, Landesrat Doskozil, gemeinsam mit der Landesrätin Eisenkopf mit den betroffenen Bürgermeistern eine Vereinbarung getroffen haben. Jetzt kann man sagen, naja, war da nicht eh davon auszugehen, dass das so bleibt? Meiner Meinung nach ja. In anderen Fällen war das nicht so.

Die ÖVP hat heute schon gelobt den Landesrat Doskozil, weil eine Änderung, beispielsweise in der Sachpolitik mit den Esterházy-Betrieben, zustande gekommen ist. Also wenn hier der Standpunkt gleich bleibt, dann bin ich sehr dankbar, sehr froh und darauf können sich auch die Bürgermeister, die Vizebürgermeister, die Gemeinderäte, aber auch vor allem die Bevölkerung verlassen, dass es hier eine klare Vereinbarung gibt zwischen den Bürgermeistern, dem zuständigen Landesrat und der Landesrätin, die aus dem Bezirk kommt. Ohne Einverständnis der Gemeinden wird es keine A3 geben.

Ich bin dankbar und diese Vorgangsweise, sage ich auch dazu, ist mit dem Verkehrsminister auch abgesprochen. Das halte ich für gut. Das ist der richtige Weg. Danke, Herr Landesrat, für diese Vorgangsweise. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie mich aber persönlich *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kurzfristig.)* nach meiner Privatmeinung fragen, dann sage ich Ihnen, dass das durchaus eine akademische Diskussion sein kann, die wir hier führen, denn ich habe mich in den letzten Jahren natürlich als Bezirksmandatar sehr intensiv mit der Thematik Verlängerung A3 auseinandergesetzt. Wer ortskundig ist, der weiß, dass eine A3 ja gar nicht möglich sein kann. Es gibt nämlich drei mögliche Trassenführungen.

Die erste Trassenführung von uns gesehen, also von Eisenstadt gesehen Richtung Sopron, wäre rechts Richtung Zagersdorf. Dort ist Wohngebiet. Also unmöglich in einem Wohngebiet eine Autobahn durchzuführen.

Die zweite Trassenführung wäre, die bestehende Straße zu nutzen. Dort ist das ehemalige Gebäude der Zuckerfabrik. Das Gebäude der ehemaligen Zuckerfabrik, das ist natürlich viel zu klein, wäre auch nicht möglich.

Und die dritte Variante der Trassenführung ist eine Variante, die auszuschließen ist, nämlich dort, wo Häuser, dort, wo Einkaufszentren, das neue Shopping-Center entstanden ist, also ich frage mich: Wo soll denn diese Trasse eigentlich stattfinden? Das ist meine persönliche Meinung dazu.

Ich glaube, dass diese Diskussion um eine mögliche A3 durchaus eine akademische Diskussion ist, die wir hier führen. Trotzdem ist es wichtig, dass es diese Garantie gibt, dass es nur mit einem Ja der Gemeinden zu überhaupt einem Ja des Landes und der Politik hier kommen kann.

Jetzt kam gestern überraschend die Meldung, es gibt einen Dringlichkeitsantrag der ÖVP. Ich war überrascht, gebe das durchaus zu. Ich habe den Antrag heute Vormittag auch sehr aufmerksam gelesen und war ein wenig enttäuscht, denn man hat schon den Eindruck, dass es hier ausschließlich um politisches Kleingeld und nicht um eine zielorientierte und ergebnisorientierte Politik geht.

Sie sagen, Sie wollen eine bindende Volksbefragung. Wir haben lange nachgedacht, was kann das sein, weil bindend ist eine Volksabstimmung, aber was ist eine bindende Volksbefragung. Das „hatscht a bisserl“. Aber sind wir nachsichtig, kann ja durchaus sein, dass es im Eifer des Gefechts hier zu einem Fehler kommt. Kann man ja korrigieren, ist kein Problem.

Sie sagen aber in Ihrem Antrag auch, und das hat mich schon ein wenig erschüttert, dass Ihnen Beschlüsse in den Gemeinderäten zu wenig sind, die sind nämlich ziemlich gleich. Und das ist schon etwas bedenklich, denn wir waren immer der Meinung, da waren sich, glaube ich, alle Parteien immer einig, dass wenn Gemeinderäte Beschlüsse fassen, diese auch ernst zu nehmen sind.

Ich musste dann sogar ein bisschen schmunzeln, weil - weiß schon, die meisten Gemeinden sind SPÖ-dominiert, aber es gibt auch eine ÖVP-Gemeinde -, aber offensichtlich trauen Sie nicht einmal Ihrem eigenen ÖVP-Bürgermeister, weil sonst würden Sie ja nicht hier die Wulkaprodersdorferinnen und Wulkaprodersdorfer speziell fragen, wenn der Bürgermeister mit dem Gemeinderat beschließt, dass sie das nicht wollen. Aber gut, das ist sozusagen Ihre Vorgangsweise.

Ich halte nur klar fest, ein parteipolitisches Pfitschigogerl-Spielen bringt niemanden weiter. Hier nicht im Landtag und schon gar nicht die betroffenen Gemeinden, die hier mit einer möglichen Verlängerung der A3 konfrontiert wären.

Schaut ein bisschen aus, wie wenn das ein Verzweiflungsakt wäre. Für mich ist klar, dieser Verzweiflungsakt sorgt aber dafür, dass die Menschen in den Gemeinden etwas verunsichert werden. Das ist genau das, was wir nicht wollen, weil warum sollen plötzlich die Leute gefragt werden, wenn es nichts Neues gibt. Nicht einmal eine Trassenführung ist ja noch bekannt.

Also über was sollen sie abstimmen? All das „hatscht“ ja insgesamt - die ganze Vorgangsweise. Aber Landesrat Doskozil hat zuvor formuliert, es geht in der Politik auch immer um Glaubwürdigkeit. Da muss ich Ihnen schon sagen, Sie sind durchaus mutig. Sie sprechen von direkter Demokratie und fordern diese heute im Landtag ein, obwohl alle in ganz Österreich wissen, dass gestern im Nationalrat ein Beschluss gefasst wurde, wo Sie die direkte Demokratie ja nicht so ernst genommen haben. Also Mut kann man sich nicht kaufen, verstehe das schon.

Aber es ist, glaube ich, trotzdem wichtig, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer auch wissen, wie sie damit umgehen. Warum sozusagen die Leute befragt werden sollen, wenn der Gemeinderat zuvor schon eine ablehnende Stellungnahme beschließt. Das kann wahrscheinlich niemand nachvollziehen, und daher waren wir auch gezwungen, einen Abänderungsantrag zu formulieren.

Ich glaube, der Abänderungsantrag umfasst all diese wichtigen Möglichkeiten, insbesondere der direkten Demokratie. FPÖ, SPÖ haben dieses Drei-Punkte-Programm vorgelegt.

Erstens, das BMFIT soll mit den Gemeinden und mit der Bevölkerung gemeinsam an dieser Planung arbeiten. Die Einwände der Gemeinden sollen ernst genommen werden und auch in die Planungen berücksichtigt werden.

Zweitens, das BMFIT soll Maßnahmen wie die Einhausung, Lärmschutz beispielsweise oder die Untertunnelung dann auch umsetzen. Das wollen auch die Gemeinden.

Drittens, die Landesregierung wird aufgefordert, nur zuzustimmen, wenn die Gemeinde - und jetzt kommt es, das ist, glaube ich, das Wesentliche dabei - in der von der Gemeinde selbst gewählten Form - Volksabstimmung oder Volksbefragung oder Gemeinderatsbeschlüsse - erst dann zuzustimmen.

Also - wenn A3, dann sicher nicht die billigste, sondern die beste Form und nur mit einem Ja der Gemeinden. Ich glaube, das ist auch der wichtige und richtige Weg.

Noch einmal, herzlichen Dank, Herr Landesrat Doskozil, Frau Landesrätin Eisenkopf, die Bürgermeister und die Bevölkerung vor Ort braucht Glaubwürdigkeit, braucht Verlässlichkeit und die haben sie mit dieser Garantie auch zugesprochen bekommen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die Diskussion so anhört und sich das vergegenwärtigt, dann kriegt man den Eindruck, es ist halt irgendwie blöd gelaufen für die SPÖ und die FPÖ. Wir haben halt ein Thema heute in den Landtag gebracht, das für die Menschen wichtig ist, und ich finde es irgendwie eigenartig, wenn man sich dann herstellt, Kollege Molnár, Kollege Hergovich, und dann irgendwie beginnt, sozusagen schulmeisterlich zu erklären, ob da jetzt verbindliche Volksbefragung, das geht ja alles rechtlich gar nicht. Ich meine, wir können das gerne machen, das nächste Mal, ich verspreche es wirklich, ich habe das gelernt, ich habe das studiert, ich verspreche, ich werde das nächste Mal bei einem Antrag ganz genau darauf schauen, dass wir alle rechtstheoretischen Dinge, die zu beachten sind, auch tun werden.

Wir werden das wirklich ausführen, wir werden bei Kant beginnen, werden all diese rechtstheoretischen Dinge, die offenbar so wichtig sind für Sie, dann auch in den Antrag miteinbringen, dass dann vielleicht Ihr juristisches Verlangen auch sozusagen entsprechend Nahrung bekommt.

Aber ich sage Ihnen schon eines, ich finde es irgendwie eigenartig, dass man sich da herstellt und dann da beginnt, so „idipferl zu reiten“ und zu sagen, naja, der Beistrich passt nicht und das passt nicht. Kollege Molnár, macht das.

Dann bringt Ihr einen Abänderungsantrag ein, der inhaltlich exakt das Gleiche ist wie unseres, wo wir auch zustimmen werden, ist ja gar keine Frage, und sagt, naja, unser Antrag war so schlecht, jetzt müssen wir einen anderen Antrag machen.

Ich finde das echt lächerlich und ehrlich gesagt, auch den Leuten gegenüber nicht okay, weil nämlich die Verunsicherung bei den Leuten - und ich sage auch, warum wir das gemacht haben. Wir haben das nicht gemacht, weil es gerade lustig ist, sondern weil wir viele Kontakte bekommen haben, Anrufe bekommen haben aus den Gemeinden, die gesagt haben, was ist da jetzt los? Da gibt es jetzt auf einmal eine Pressekonferenz, ist da irgendetwas im Busch, passiert da irgendwas, wird das jetzt gebaut? Wir haben gesagt, ja, wir verstehen diese Verunsicherung, die hier geschaffen wurde, und wir wollen Klarheit haben.

Ich glaube, dass wir mit diesem Beschluss, Euer Abänderungsbeschluss, auch diese Klarheit schaffen, weil wir damit auch den Menschen sagen, der Landtag hat sich wahrscheinlich mit einer großen Mehrheit dafür ausgesprochen, dass die Menschen auch selber entscheiden können.

Ich kann Euch garantieren, es wird in jeder Gemeinde eine Volksabstimmung oder eine Volksbefragung, jedenfalls eine Befragung des Volkes geben, weil das schaue ich mir an, welcher Gemeinderat sagt, nein, das mache ich nicht, sondern ich mache nur einen Gemeinderatsbeschluss.

Deswegen ist es auch fehlinterpretiert zu sagen, dass nur, weil wir gesagt haben, uns reicht ein Gemeinderatsbeschluss nicht aus, dass das eine Missachtung der Gemeinderatsmitglieder wäre, sondern im Gegenteil, überhaupt nicht. Wir wollen ganz einfach, dass die Menschen die Möglichkeit haben, sich entsprechend zu äußern.

Ich kann das, was Landesrat Doskozil gesagt hat, auch nur unterstreichen. Er hat ja auf mich Bezug genommen, weil ich gesagt habe, die Menschen brauchen

Verlässlichkeit in der Politik und sie müssen sich auch darauf verlassen können, dass das, was gesagt wird, auch umgesetzt wird. Jetzt finde ich es, ehrlich gesagt, lieber Herr Landesrat Doskozil, das hätte ich mir wirklich nicht erwartet, weil wir uns doch schon einige Zeit kennen und ich glaube, auch die Gesprächsbasis grundsätzlich eine gute ist, aber dass Du dann hergehst und ein Zitat, das wir jetzt schon zweieinhalb Jahre hören, wirklich bringst, was wir schon tausendmal erklärt haben, wie das zu verstehen ist, und dass Du das bringst, um damit die Unverlässlichkeit einer Partei zu argumentieren versuchst, das hat mich echt enttäuscht, muss ich wirklich sagen, hat mich wirklich enttäuscht, weil es ja auch nicht stimmt.

Jetzt kann ich mich herstellen und kann sagen, naja, das gilt natürlich genauso umgekehrt. Und genauso erwarten wir uns natürlich auch Verlässlichkeit seitens der SPÖ, insbesondere dann unter Deiner Führung, weil jetzt könnte ich hergehen - ich tue es nicht gern, Günter -, aber jetzt könnte ich hergehen und könnte sagen, der Günter Kovacs hat im September des Vorjahres mitgeteilt, er hat jetzt die Bahnschleife Wulkaprodersdorf gerettet und das wird jetzt gebaut und in 35 Minuten sind wir in Wien. Dann hat es einen Riesenaufschrei in der Bevölkerung von Wulkaprodersdorf gegeben und dann hat es ein Zurückrudern gegeben. Ich höre aber aus Gesprächen mit der Bürgerinitiative, die auch mit Dir geführt worden sind, dass Du völlig andere Signale gesendet hast.

Das heißt, innerhalb von wenigen Monaten ein völliger Wechsel auch der SPÖ-Meinung, und das ist mindestens genauso unzuverlässig, wie das, was Du uns vorwirfst.

Deswegen würde ich sagen, begeben wir uns nicht auf diese Ebene dieser - wie soll ich sagen - sehr dünnen Vorwürfe, sondern versuchen wir, wirklich sachlich zu arbeiten, versuchen wir, für die Menschen zu arbeiten. Wenn wir das heute tun, wenn wir das heute beschließen, dann tun wir was für die Menschen gemeinsam.

Ich finde da nichts Schlechtes dabei und in dem Sinne wollte ich das schon auch gesagt haben. Was Du von uns verlangst, machen wir, aber was wir von Dir verlangen, das solltest Du auch machen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächsten Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat MMag. Petschnig das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Herr Präsident! Meine geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank beziehungsweise im Hohen Haus! Werte Damen und Herren Abgeordnete! *(Abg. Gerhard Steier: Jetzt kommt es zur Klarstellung.)* Nachdem mein Name heute schon das eine oder andere Mal im Zuge dieser Debatte erwähnt worden ist, möchte ich es mir nicht nehmen lassen, auch ein paar Sätze dazu beizutragen. Oder vielleicht, weil er gerade einen Zwischenruf getätigt hat, um beim Abgeordneten Steier anzuknüpfen, weil er aus meiner Sicht ja sehr, sehr viel Richtiges heute gesagt hat, abgesehen was da hin- und hergewogen ist bei den letzten Wortmeldungen.

Und zwar das Erste, was er gesagt hat, ist, wenn ich das so salopp in meinen Worten wiedergeben darf: Wenn man eine Volksbefragung in einer Gemeinde über so ein Projekt macht, dann ist es praktisch eine Herausforderung zu einem Nein. Ich hoffe, ich habe das richtig verstanden. Ich möchte das nur festhalten. Das heißt, die Steller dieses Antrages - das ist Eure Fraktion, jene der ÖVP - ist faktisch gegen die A3. Das können wir zum heutigen Stichtag festhalten.

Das heißt, Ihr seid praktisch gegen die ökonomischen Wirkungen, die diese Autobahn, die diese hochrangige Verkehrsverbindung mit sich bringt, Ihr seid gegen die

Umweltaspekte, auf die der Abgeordnete Kölly Bezug genommen hat. Ihr seid gegen die Verkehrssicherheit, weil eine Autobahn ist normalerweise mit höheren Sicherheitsstandards ausgerüstet als eine Bundesstraße, eine Landesstraße oder Turbokreisverkehr oder was es da so alles gibt, und Ihr seid gegen zig Millionen an Infrastrukturinvestitionen hier im Nordburgenland. Das möchte ich nur festhalten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Weil der Steier es so erklärt hat, sind jetzt wir so zu interpretieren?)* Das ist ja Euer Antrag, ich meine, entschuldige.

Ich schließe mich seiner Meinung an. Das habe ich ja gesagt. (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt. Aber Du kannst nicht sagen, dass das unsere Interpretation ist.)* Das habe ich wohl klargestellt. Das habe ich ja nicht gesagt. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, ich unterstelle das, dass Ihr gegen die A3 und alle entsprechend positiven Folgewirkungen seid.

Zum Zweiten steht da: wegen dem Transit- und Schwerverkehr große Nachteile für die Bevölkerung in der gesamten Region. Das wundert mich schon, wenn zum Beispiel der Abgeordnete Fazekas sitzt, oder der Abgeordnete Kölly, der sich eh zu Wort gemeldet hat, ich glaube, die Region umfasst auch die Bezirke, zum Beispiel Mattersburg oder Oberpullendorf, wo der ganze Schwerverkehr, der jetzt aufgrund des Fehlens dieses Stücks dort nicht durchfahren darf, der fährt, glaube ich, bei Euch drunten durch.

Wir haben auch hier schon debattiert, Petitionen, weil wir meinten, wir wollen dort Ampelregelungen und Fahrverbote und so weiter und so fort. Die Bevölkerung ist Euch offensichtlich wurst, weil in den Gemeinden darf es keine Abstimmungen geben. Da soll es keine Volksbefragungen geben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kollege Gradwohl hat sein ganzen Leben gekämpft für die Straße.)* Die sollen auch mit keinen Vetorechten ausgestattet werden.

Das heißt, ich halte fest, die Bezirke Mattersburg, Oberpullendorf und wahrscheinlich Neusiedl am See, wo halt der Schwerverkehr außen um dieses nicht vorhandene Stück herumfährt, sind Euch relativ egal. Das halte ich nur als Zweites fest.

Zum Dritten halte ich fest, da wird irgendwie so gesagt, immer die Menschen einbinden und im Einklang mit der Bevölkerung handeln und so. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Das ist ja ohnehin klar. Das geht schon aus der Rechtsordnung hervor. Ich habe viele Damen und Herren hier herinnen schon gehört darüber lamentieren, wie Bürgerinitiativen oder einzelne Akteure die S7 verzögern haben können - durch Einsprüche und sonstige Verfahren. Ich weiß nicht, sind es 15 Jahre, sind es 18 Jahre, sind es 20 Jahre, und so weiter. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Und das ist Ihr Ziel?)* Das ist nicht mein Ziel.

Ich sage es ausdrücklich, ich möchte die A3 ja haben. Ihr wollt sie ja nicht haben. Ich möchte die A3 haben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habe ich bis jetzt nicht gewusst.)* weil ich das für ein sinnvolles Projekt halte. Na ja, das geht irgendwie doch hervor, wenn man zuhört, hoffe ich doch.

Das heißt, die Rechte der Bevölkerung gibt es. Ich sehe keinen Grund, hier einzelnen Gemeinden ein Vetorecht einräumen zu wollen und anderen nicht.

Wenn schon, müsste man darüber hinaus zumindest in den betroffenen Bezirken die Bevölkerung befragen und darüber hinaus, wie gesagt, ich glaube, da bin ich wieder beim Abgeordneten Steier, das ist natürlich ein gewisser Inszenierungsgrad, es handelt sich im Prinzip ja um ein Nicht-Thema. Es gibt weder eine konkrete Trasse, die geplant ist, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber bei den Leuten ist es ein Thema.)* es gibt weder die Maßnahme, die notwendig sei.

Heute hat es geheißen, jetzt gibt es auf einmal einen Tunnel, den hat es bisher nicht gegeben, oder ein Haus, und dann gibt es alle möglichen Ideen. Das alles ist bestenfalls irgendwie Schall und Rauch oder Ideen in einigen Köpfen, das ist noch nirgends festgeschrieben. Und zu diesem Zeitpunkt Volksbefragungen zu fordern oder hier zu zündeln, halte ich nicht für gescheit. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wir haben das Thema nicht angezündet. – Abg. Walter Temmel: Wer hat es angezündet? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Du hast eh Deine Freunde gemaßregelt.)*

Ich glaube, wir haben schon bessere Anträge gehabt als den heutigen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Molnár eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Verlängerung der Autobahn A3 ist somit mit den beantragten Abänderungen einstimmig angenommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1165) betreffend Tätigkeitsbericht 2017 (Zahl 21 - 823) (Beilage 1213)

Präsident Christian Illedits: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1165, betreffend Tätigkeitsbericht 2017, Zahl 21 - 823, Beilage 1213.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2017 in seiner 25. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuhörer, Zuseher! Es geht um den Tätigkeitsbericht des Bundesrechnungshofes diesmal, der natürlich leichte andere Grundlagen hat, wie wir gewohnt sind von unserem Burgenländischen Rechnungshof.

Das Budget umfasst alleine schon 33 Millionen Euro, das dem Rechnungshof zur Verfügung steht. 300 MitarbeiterInnen, übrigens mit einem ziemlich hohen Frauenanteil von 47 Prozent, auch in den Führungskreisen gibt es einen sehr hohen Frauenanteil.

90 Berichte wurden 2017 insgesamt veröffentlicht. Vom U-Bahn-Ausbau über die Prüfung einzelner Gemeinden, Finanzausgleich, Restmüllentsorgung im südlichen Wiener Becken. Eine bunte Mischung an Berichten.

Insgesamt wurden nebenbei auch 162 Gesetzes- und Verordnungsentwürfe überprüft beziehungsweise begutachtet und dazu Stellungnahmen abgegeben.

Es gab 21 Follow Up-Prüfungen, wobei 56 Prozent der Empfehlungen komplett umgesetzt wurden, 26 Prozent teilweise. Da ist unser Rechnungshof ein bisschen besser unterwegs.

Was generell zu den Rechnungshöfen zu sagen ist, ist dass vor allem unter der neuen Leitung der Rechnungshofpräsidentin Kraker die Zusammenarbeit unter den einzelnen Rechnungshöfen wesentlich intensiviert wurde, dass es Absprachen untereinander gibt, dass es gemeinsame Prüfungen gibt, alles wesentlich mehr Treffen wie früher, dass es natürlich auch für uns positiv im Moment läuft.

Eine Rechnungshofprüfung, die das Burgenland betrifft, die erst vor ein paar Wochen gestartet hat, das ist die zum Krankenhaus Oberwart. Spannend auch die Diskussion betreffend die Prüfzuständigkeit, damit haben wir seltener ein Problem im Burgenland.

Beim Bundesrechnungshof ist es schon so, dass vor vielen Jahren beim Skylink schon die Diskussion war, darf er da überhaupt prüfen, weil ja normalerweise eine mindestens 50 Prozent-Beteiligung vom Land sein muss, damit geprüft werden kann. Allerdings gibt es Ausnahmen, wenn die öffentliche Hand durch finanzielle, wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen ein Unternehmen beherrscht, wie es im Gesetz heißt.

Diese Frage stellt sich im Moment aktuell bei der Prüfung des Flughafens Wien, die noch letztes Jahr die Prüfung verweigert haben. Da wird wohl auch der Verfassungsgesetzgeber so wie beim Skylink das sich anschauen müssen und hier ein Machtwort sprechen müssen. Ich nehme mal an, dass das wie beim Skylink ausgehen wird, weil es ja ähnliche oder fast gleiche Grundlagen sind.

Ansonsten ist nicht viel zu sagen. Es ist eigentlich ein relativ dünner Bericht, der aber zeigt, wie viele Berichte, wie viele Prüfungen hier durchgeführt werden.

Wir bekommen meistens nur die zu merken, wo das Burgenland beteiligt ist. Das Nächste wird dann wohl oder übel das Krankenhaus Oberwart sein, auf das wir schon gespannt warten. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten und Klubobmann Molnár das Wort.

Bitte.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rechnungshöfe spielen in der heutigen Landtagssitzung eine recht dominante Rolle. Drei Berichte des österreichischen Rechnungshofes haben wir schon behandelt. Der Tätigkeitsbericht, den wir vorliegen haben, ist jetzt der vierte, und im Anschluss folgen dann auch noch zwei Berichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes.

Der Tätigkeitsbericht ist einer von insgesamt zehn Berichten, die wir im Vorjahr aus Wien zugeleitet bekommen haben, und er beinhaltet doch sehr viele interessante Themen. Ich nehme mir jetzt drei Themen heraus, die ich etwas näher beleuchte.

Das Erste ist die intensivierte Zusammenarbeit des Rechnungshofes mit anderen Rechnungshöfen. Das heißt, einerseits mit dem Europäischen Rechnungshof, andererseits mit den Landes-Rechnungshöfen beziehungsweise dem Stadt-Rechnungshof in Wien.

Kooperation und Austausch hat es ja schon früher gegeben und immer wieder gegeben, beispielsweise, was die Ausbildung der Prüfer angeht. Die Durchführung einer gemeinsamen Prüfung oder die gemeinsame Durchführung einer Prüfung ist aber etwas Neues und, wie ich glaube, Vernünftiges.

Die erste gemeinsame Prüfung, die es gibt, betrifft uns im Burgenland unmittelbar. Das ist eine Prüfung, die wir selbst angestoßen haben, nämlich die Prüfung der KRAGES. Hier hat es sowohl von der Landesregierung als auch vom Landtag, von uns als Abgeordneten, Prüfaufträge einerseits an den Landes-Rechnungshof, andererseits an den österreichischen Rechnungshof gegeben. Aufgrund der weitgehenden Übereinstimmung dieser Prüfaufträge in inhaltlicher Hinsicht hat man sich zur gemeinsamen Durchführung einer Prüfung entschlossen.

Ich halte das für sinnvoll. Ich halte das für zweckmäßig. Auch die Einbindung des Landtages in diese gemeinsame Prüfung ist vorbildlich. Sie erinnern sich, es hat vor wenigen Monaten sozusagen eine Startveranstaltung im Hotel Burgenland gegeben, wo alle Fraktionen eingeladen waren, wo Vertreter des Rechnungshofes in Wien und Vertreter des Landes-Rechnungshofes gemeinsam über die geplante Prüfung informiert haben, den Prüfungsverlauf skizziert haben, die Inhalte, die Prüfungsgegenstände skizziert haben, wo wir Fragen stellen und auch Anregungen für die Prüfung machen konnten.

Das war, wie gesagt, sehr vorbildlich. Am Ende der Prüfung soll dann auch ein gemeinsamer Bericht stehen beziehungsweise zwei wortidente Berichte, das ist aus rechtlichen Gründen notwendig, aber auch das ein Novum.

Alles in allem ist diese Kooperation ein Schritt, von dem alle Beteiligten profitieren sollten. Vor allem auch unser burgenländischer Landes-Rechnungshof und letztendlich damit auch wir als Landtag.

Meine Damen und Herren! Zweites Thema, die begleitende Kontrolle, die auch von manchen Abgeordneten hier im Saal immer wieder gefordert wird. Mir persönlich war es bis zum Studium des Tätigkeitsberichtes ehrlich gesagt nicht bekannt, dass der Rechnungshof die Sanierung des Parlamentsgebäudes in Wien begleitet.

Das passiert im konkreten Fall dadurch, dass die Präsidentin des Rechnungshofes beratendes Mitglied im Bauherrenausschuss ist. Der Bauherrenausschuss ist das oberste Kontrollgremium für das Sanierungsprojekt, daher von durchaus entscheidender Bedeutung.

Es ist zwar jetzt so, dass sich die Präsidentin ausdrücklich ihrer Stimme enthält, wenn es zu Abstimmungen in diesem Bauherrenausschuss kommt, was meines Erachtens aber nicht heißt, dass sie sich als Beraterin nicht doch, und damit den Rechnungshof, zum Teil von Entscheidungen macht.

Wenn sie ihre Aufgabe etwa darin sieht, und das ist im Bericht beschrieben, „auf Mängel und Problemstellungen in den Berichten der Bauleiter und der Projektsteuerung

und der begleitenden Kontrolle“, Zitat Ende, hinzuweisen, dann ist es ja auch denkbar, dass sie gewisse Mängel oder Problemstellungen falsch einschätzt, gar nicht erkennt oder Ratschläge gibt, Expertisen abgibt, die sich dann im Nachhinein möglicherweise als nicht ganz so zweckmäßig, zielführend oder sinnvoll herausstellen.

Der Rechnungshof lebt von der Ex-post-Prüfung, das heißt, seine Reputation oder Unschuld ergibt sich erst daraus, dass er eben nicht Teil jener Entscheidungen ist, die er dann im Auftrag der Parlamente oder auch initiativ zu prüfen hat.

Wie wird sich der Rechnungshof im konkreten Fall verhalten, wenn er die Sanierung des Parlamentsgebäudes prüfen muss und dann auf irgendeine Fehlleistung des Bauherrenausschusses stößt, bei der die Präsidentin des Rechnungshofes am Tisch gesessen ist? Also das wird sehr spannend zu beobachten sein. Ich bin da durchaus skeptisch.

Wir sollten als Parlament auf dieses Beispiel jetzt ein sehr kritisches Auge werfen. Controlling ist, und das ist bei Definition an sich so, Controlling ist keine Aufgabe der obersten Rechnungskontrollbehörden. Es ist mitunter ein recht riskantes Spiel.

Drittes und letztes Thema. Es gibt in dem Bericht viele interessante Themen. Kollege Spitzmüller hat auch die strittige Prüfungszuständigkeit für den Flughafen Wien erwähnt. Juristisch sehr spannend.

Drittes und letztes Thema von meiner Seite, meine Damen und Herren, ist das Parteiengesetz. Nicht besonders populär. Der Rechnungshof hat unter anderem im Rahmen seiner Sonderaufgaben die Rechenschaftsberichte der Parteien entgegenzunehmen, formal zu kontrollieren und dann auch entsprechend zu veröffentlichen.

Jetzt wissen wir als Parteien und als Funktionäre, auf der einen Seite, dass die Erstellung dieser Rechenschaftsberichte ein enormer Aufwand ist, bis in die kleinste Ortsgruppe hinunter. Jeder Kandidat und so weiter und so fort. Es ist ein fast schon wahnwitziger Papierkrieg.

Auf der anderen Seite schütten wir den Rechnungshof mit diesem Papier zu. Aber der Rechnungshof kann diese LKW-Ladungen voll Papier nur formal kontrollieren. Das heißt, er hat, wie er selbst auch im Tätigkeitsbericht normiert, keine originären Einschau- und Prüfungsrechte. Unterm Strich haben wir also eine Situation, wo alle Beteiligten einen enormen Aufwand haben, aber wo man an keiner Stelle irgendeinen effektiven oder nützlichen Effekt erkennt.

Ich bin der Meinung, dass das ein Zustand ist, über den wir uns wirklich einmal ehrlich zwischen den Parteien unterhalten sollten. Es geht nicht darum, irgendwelche Rechenschaftspflichten abzuschaffen, aber der Modus, der da derzeit gesetzlich vorgegeben ist, der ist, wie gesagt, für alle Beteiligten unbefriedigend.

Meine Damen und Herren! Das war es von meiner Seite. Wir können, ich glaube, da kann ich für alle sprechen, mit der Arbeit des Rechnungshofes zufrieden sein, denn der Rechnungshof hat ja auch im Übrigen erstmals im Zeitraum Jahreswechsel 2016/2017 alle Landtagsabgeordneten österreichweit und Nationalratsabgeordneten mittels Fragebogen angeschrieben und eben nach Meinungen gebeten und um Verbesserungsvorschläge. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr Vorbildliches ist dabei herausgekommen, nämlich, dass neun von zehn Abgeordneten mit der Tätigkeit des Rechnungshofes zufrieden sind. Das kann ich nur unterstreichen, denn die Verbesserungsvorschläge, die gemacht wurden, sind auch

berücksichtigt worden. Daher vielen Dank für diesen Tätigkeitsbericht und liebe Grüße nach Wien. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist nett, wenn man sich zum Tätigkeitsbericht 2017 des Bundes-Rechnungshofes Gedanken macht, nämlich, wie das Parlament in Wien geprüft wird, aber, ich glaube, dass wir im Burgenland genug zu tun haben. *(Abg. Géza Molnár: Nicht bei uns, sondern das, was der Rechnungshof tut.)* Natürlich, da gebe ich dir schon recht, ich habe Dir auch sehr genau zugehört, aber wie wir heute schon gehört haben, sind die Prüfungen - auch in der Kooperation mit dem Bundes-Rechnungshof - im Burgenland selbst, viel wichtiger, weil wenn wir uns heute nur die Diskussion über die PEW anhört, dann haben wir, glaube ich, im eigenen Haus oder im eigenen Land genug zu tun.

Gleiches gilt natürlich für das Parteiengesetz, wo ich dir teilweise zwar recht gebe, aber damals, glaube ich, war der Stein des Anstoßes die vielen Gelder aus Russland, das, was die GRÜNEN da befürchtet haben, was da überall vermittelt worden ist und so weiter.

Dadurch haben wir heute einen Papierkrieg, der sicher verbesserungswürdig ist. Zum Rechnungshofbericht selbst ist auch Folgendes festzuhalten, nämlich, dass es da ja einige Punkte doch gemeinsam mit dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof beziehungsweise auf Burgenlandbezug gegeben hat, wie auch zuletzt, wie gerade angesprochen, die PEW, wo es doch eine sehr wichtige Aussage dazu gegeben hat.

Was ich vorher schon einmal heute gesagt habe, nämlich, die Umsetzung von den Empfehlungen des Rechnungshofes, sei es im Burgenland, wie auch auf Bundesebene, sind es 47 Prozent im Schnitt, die umgesetzt sind beziehungsweise 28 Prozent, die in Umsetzung sind. Das heißt, immer, wo sich nachher auch die Regierung, wie auch die Abgeordneten sagen, in Ordnung, so viel ist ohnehin schon umgesetzt worden und was wir nicht schon alles gemacht haben.

Dem stimme ich nicht ganz so zu, weil da nehme ich wieder Bezug auf die Gemeinden, denn wenn heute Gemeinden geprüft werden, muss auf Punkt und Beistrich Rede und Antwort gestellt beziehungsweise gehalten werden. Gleiches gilt auch bei der Umsetzung in weiterer Folge.

Was natürlich schon auch dazu führt, dass die Prüfungsdauer, und das war die Aussage der Vertreter des Rechnungshofes, ausschließlich daran liegt, wie sich die Stellen in Bezug auf die Auskunft, aber auch auf die Herausgabe von Unterlagen verhalten. So werden teilweise auch Prüfungen verzögert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn das in Gemeinden passieren würde, dann würde es wieder einen Riesenaufschrei geben, wenn nicht sogar gedroht werden würde, nicht wahr, dass das in dieser Zeit wieder nicht umgesetzt worden ist.

Ich glaube, da sind auch die zuständigen Regierungspersonen verantwortlich, nämlich, unter anderem auch dafür, dass auch bei den Prüfungen, und damit auch die Dauer, nicht hinausgezögert wird, beziehungsweise dementsprechend auch die Abteilungen dazu angehalten werden.

Insgesamt finde ich es sehr positiv, dass auf einmalige Initiative der neuen Präsidentin Kraker eigentlich ein gemischtes Team für die Prüfungen in den Ländern herangezogen wird. Ich glaube, das wird sicher ein Best-Practice Beispiel werden, nämlich, auch für die Zukunft und auf das wollen wir bauen.

In diesem Sinne darf ich abschließend festhalten, dass wir als ÖVP auch mit den einzelnen Anträgen für Prüfungen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass auch die Menschen außerhalb des Landesparlamentes erfahren, was in diesem Land in den einzelnen Gesellschaften passiert. Wohlwissend, dass damit nicht alle Empfehlungen umgesetzt werden. Daran werden wir weiterarbeiten. Wir werden dem Tätigkeitsbericht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Tätigkeitsbericht des Bundes-Rechnungshofes für das Jahr 2017 sieht nicht nur einen Aus-, sondern auch einen Rückblick vor, wobei es erstmals, und das scheint mir wichtig, auch eine Einladung an die österreichische Bevölkerung gegeben hat, hier Anregungen an den Bundes-Rechnungshof heranzutragen.

Es gab diesbezüglich immerhin über 100 Vorschläge, was sicherlich eine sehr interessante und auch positive Innovation darstellt. Diese Anregungen wurden zum Teil schon in laufende Prüfungen mitintegriert und werden natürlich auch künftighin bei Überprüfungen berücksichtigt.

Durchaus positiv, und das haben alle Vorredner betont, ist die Kooperation des Bundes-Rechnungshofes sowohl auf europäischer Ebene, als auch mit den jeweiligen Landes-Rechnungshöfen. Ich glaube, dass es sicherlich auch künftighin Projekte und Prüfungsaufgaben geben kann, die gemeinsam erledigt werden.

Ganz entscheidend ist, so, wie in der Vergangenheit, sicherlich auch der Umstand, dass es eine gemeinsame Grundausbildungen gibt. Derzeit ist ja auch ein Teilnehmer aus dem Burgenland in diesem Programm dabei.

Neu war sicherlich auch die Empfehlung an die Bundesregierung, zehn Themenvorschläge für die neue Bundesregierung, die durchaus Aktualität aufweisen, weil sie die wesentlichen Reformbedürfnisse unserer Zeit ansprechen, nämlich, von der Bildung über die Gesundheit über die Pflegefinanzierung, der Steigerung des faktischen Pensionsalters bis hin zur Digitalisierung einer modernen Verwaltung.

Ich glaube, dass das auch im Interesse einer leistungsfähigen Demokratie mit einer entsprechenden Transparenz nicht zuletzt der politischen Parteien sein kann. Dass die Abgeordneten im Hinblick auf ihre Zufriedenheit befragt worden sind, ist sicherlich auch ein ganz wichtiger Beitrag, wobei die Abgeordneten der Landtage etwas zufriedener gewesen sind, als die Damen und Herren des Hohen Hauses am Ring. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Kernbereich jedes Berichtes sind natürlich vor allen Dingen die Fragen der Umsetzung. 90 Berichte, also doch eine stattliche Anzahl, hat es hier gegeben, wobei auch das Burgenland betroffen war, wobei es auch elf Gemeindeberichte beziehungsweise Gemeindeverbandsversammlungsberichte gegeben hat. Selbstverständlich auch so in der Vergangenheit Querschnittsprüfungen,

Sonderprüfungen. Am interessantesten für uns ist natürlich die zentrale Frage, was wurde letztendlich umgesetzt? Durchschnittlich 47 Prozent! Also knapp die Hälfte.

Hier muss man sicherlich auch künftighin noch einiges verbessern, denn wenn man diese Dinge bei den einzelnen Gebietskörperschaften hinterfragt, dann waren sicherlich unsere Gemeinden mit 66 Prozent am umsetzungsfreudigsten, gefolgt von den Ländern mit 54 Prozent. Hier hinkt der Bund mit einer Umsetzungsquote von lediglich 41 Prozent deutlich hinterher. Daher ist es auch von entscheidender Bedeutung, dass die Follow-up-Prüfungen mit 56 Prozent jeweils Verbesserungen mit sich bringen.

Es wurde auch von meinen Vorrednern auf die Vielfalt der Aufgabenstellungen des Bundes-Rechnungshofes Bezug genommen. Hier stellt sich natürlich die Frage und die Frage richtet sich an die Politik, Verbesserungen herbeizuführen. Herr Klubobmann Molnár hat, zum Beispiel, die Frage in den Raum gestellt, ob es in dieser Form Sinn macht, nämlich, wie es derzeit gehandhabt wird, das Parteiengesetz umzusetzen?

Wir alle wissen, wie es, historisch gesehen, zu diesen Begehrlichkeiten gekommen ist. Man sollte das natürlich auch im jeweiligen Zeitgeist überprüfen und vor allen Dingen mit der Maßgabe versehen, dass es immer nur dann Sinn macht, wenn das auch der gesamte Apparat entsprechend bewältigen kann. Der Apparat ist, wie wir gehört haben, mit 227 Vollzeitarbeitskräften, mit einer beachtlichen Akademikerquote von fast 83 Prozent, einem hohen Frauenanteil, was sehr erfreulich ist, nicht klein.

Ich glaube, hier wird Gewaltiges geleistet, wenn man die Gesamtheit der Berichterstattung insgesamt betrachtet. Auch die internationale Kooperation ist in der Vergangenheit ausgebaut worden. Auch das ist sicherlich ein sehr wichtiges Element dabei.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben einen sehr inhaltsreichen, einen sehr abgerundeten und einen sehr leistungsorientierten Bericht vorliegen, wofür ich mich namens meiner Fraktion beim Bundes-Rechnungshof und auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken darf.

Die breite Kooperation der Rechnungshöfe mit den gesetzgebenden Körperschaften ist zu einem ganz wesentlichen Teil unserer modernen Demokratie geworden, welches auch in Zukunft unverzichtbar ist.

In der Hoffnung, dass diese gedeihliche Zusammenarbeit der Rechnungshöfe mit dem Burgenländischen Landtag auch künftighin gegeben sein wird, darf ich die Zustimmung meiner Fraktion zu diesem Bericht sehr gerne signalisieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2017 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Sonderbericht der Volksanwaltschaft 2017 (Beilage 1159) betreffend Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen (Zahl 21 - 817) (Beilage 1214)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 9. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des

Sozialausschusses über den Sonderbericht der Volksanwaltschaft 2017, Beilage 1159, betreffend Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen, Zahl 21 - 817, Beilage 1214.

Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits ist Berichterstatter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Sonderbericht der Volksanwaltschaft 2017 betreffend Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den Sonderbericht der Volksanwaltschaft 2017 betreffend Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen zur Kenntnis zu nehmen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Sonderbericht der Volksanwaltschaft 2017 betreffend Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Seit meiner Jugendzeit ist mir das Engagement für Kinderrechte ein wichtiges Anliegen. Auf dieser Ebene oder in diesem Zusammenhang fühle ich mich auch mit einer geschätzten Kollegin der SPÖ verbunden. Ich denke da an Inge Posch-Gruska, die ich auch als Kämpferin für Kinderrechte schon vor vielen Jahren kennengelernt habe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher freut es mich auch persönlich, dass sich nun die Volksanwaltschaft diesem Thema gewidmet hat, nämlich, hier in einem Teilbereich den Kindern und ihrer Rechte in öffentlichen Einrichtungen.

Fünf Jahre Prüftätigkeit ließen Schwachstellen aufspüren und Verbesserungsvorschläge erarbeiten. Keine Frage, dass dabei den Institutionen der Kinder- und Jugendwohlfahrt eine besonders herausfordernde Aufgabe zukommt.

Seit 1. Juli 2012 hat die Volksanwaltschaft den verfassungsgesetzlichen Auftrag, im Rahmen eines Mandates der UNO, die Einhaltung von Menschenrechten zu schützen und zu fördern. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen in öffentlichen Einrichtungen ist der Volksanwaltschaft ein besonderes Anliegen und bildete einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Jahr 2017.

Dabei stützte sich die Volksanwaltschaft sowohl auf Beschwerden, als auch auf eine Expertise ihrer Kommissionen. So sehr es sich auch um ein Herzensthema von mir handelt, so weiß ich doch, dass ich mich heute nur auf einzelne Aspekte dieses Berichts

fokussieren muss. In Einrichtungen der Kinder- und Jugendwohlfahrt ist Gewalt und Gewaltprävention ein besonderes Thema.

Das hängt auch mit der geballten Ladung an schwierigen Lebensgeschichten und komplizierten Familienbeziehungen der Kinder und Jugendlichen zusammen. Besondere Sensibilität braucht es dabei im Umgang mit sexualisierter Gewalt. Daher wird im Rahmen des nationalen Präventionsmechanismus neben der Ausarbeitung von Gewaltpräventionskonzepten in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendwohlfahrt auch die Entwicklung sexualpädagogischer Konzepte eingefordert.

Dabei muss das gesamte pädagogische Personal eingebunden werden. Die Volksanwaltschaft hat in den letzten Jahren allen Bundesländern ausdrücklich empfohlen, die Implementierung eines sexualpädagogischen Konzeptes als zwingende Bewilligungsvoraussetzung anzusehen und auch entsprechend zu verankern.

Im vorliegenden Bericht ist noch zu lesen, ich zitiere: „Im Burgenland ist die Erarbeitung und Umsetzung eines sexualpädagogischen Konzeptes bislang weder in Verordnungsform, noch in den Richtlinien als verbindliche Voraussetzung für die Bewilligung von Einrichtungen verankert.“ Das stand damals noch im Bericht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist sehr erfreulich, dass mittlerweile an neuen Richtlinien auf dem Verordnungsweg gearbeitet wird. In deren Rahmen sollten auch sexualpädagogische Standards als Teil eines umfassenden Gewaltschutzkonzeptes vorgeschrieben werden. Dass diese Verordnung auf dem Weg ist, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich möchte hier an dieser Stelle auch ausdrücklich mein Lob an die Abteilung, den MitarbeiterInnen und der Leitung, aussprechen. Ich selber spüre als eine, die auch aus diesem Bereich von meinem Herkunftsberuf her kommt, sehr stark das Engagement.

Gerade in den letzten zwei, drei Jahren ist da wirklich sehr viel weitergegangen. Ich möchte mich deshalb auch sehr herzlich dafür bedanken.

Ein Kritikpunkt der Volksanwaltschaft bestätigt etwas, das ich auch schon mehrmals kritisch hier angemerkt habe, nämlich, dass es im Burgenland kein Krisenzentrum gibt. Wobei ich angesichts der geographischen Beschaffenheit des Landes die Einrichtung einzelner Krisenplätze gegenüber einer zentral gelegenen Kriseneinrichtung bevorzugen würde. Ich freue mich auch, das habe ich auch schon gehört, dass Herr Landesrat Darabos auch hier bereit ist, zu handeln und das, was nötig ist, in die Wege zu leiten. Danke schön!

Kritisch merkt die Volksanwaltschaft an, dass das Burgenland mit 29,22 Prozent den höchsten prozentuellen Anteil der außerhalb des Bundeslandes untergebrachten Minderjährigen verzeichnet. Obwohl es vor allem im Südburgenland überdurchschnittlich viele sozialpädagogische und sozialtherapeutische Wohngruppen gibt. Dort ist wieder der Anteil der Kinder aus anderen Bundesländern besonders hoch. Da dürften jetzt wohl auch wirtschaftliche Aspekte mitspielen, weil man lässt sich ja durchaus auch aus anderen Ländern hier Plätze mitfinanzieren und manche Leistungen extra abgelten.

Allerdings gilt auch hier, dass die geographische Lage des Burgenlandes wahrscheinlich eine Rolle spielt. Weil, entlang von Landesgrenzen werden Kinder mitunter näher an ihrer Heimat untergebracht, als wenn ein Kind innerhalb des Burgenlandes vom Norden in den Süden oder vom Süden in den Norden muss. Da ist man eben manchmal im Südburgenland in der Steiermark näher daran, oder im Nordburgenland bei meiner niederösterreichischen Heimat. Nun ist angedacht, dass in Oberösterreich seit einigen Jahren praktizierte Modell zu übernehmen, wonach maximal 15 Prozent der Gesamtzahl

der Minderjährigen in einer Einrichtung aus anderen Bundesländern stammen dürfen. Das finde ich auch einen durchaus gangbaren Weg. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was hier, wie auch in anderen Zusammenhängen, deutlich wird, was es wirklich bräuchte, sind österreichweite Standards. Ja, es gibt Unterschiede in Lebenshaltungskosten. Es ist sicher ein Tagessatz in Vorarlberg etwas anders zu berechnen, schon auf Grund der dortigen Immobilienpreise, als vielleicht im Südburgenland. Aber, es ist wichtig, dass es gemeinsame inhaltliche Standards gibt, wie etwa die Gruppengröße im Betreuungsschlüssel oder das therapeutische Angebot.

Es kann nicht sein, dass Standards im Burgenland für Kinder in Wohngruppen andere sind, als in Oberösterreich, oder in Vorarlberg oder in Kärnten. Hier sind tatsächlich alle Soziallandesrätinnen und Soziallandesräte aufgerufen, sich zusammenzusetzen und auch mit dem Bund gemeinsam zu schauen, ob das nicht möglich ist.

Ich hoffe sehr, dass es möglich ist, hier gemeinsame Standards auszuarbeiten. Teil dieser Standards, ich habe es schon gesagt, ist auch die Gruppengröße. Hier gibt es einen Nachbesserungsbedarf, was natürlich auch heißt, es braucht mehr Personal in dem Bereich. Aber darauf komme ich später nochmal zurück.

Im Rahmen dieses Berichtes kritisiert die Volksanwaltschaft die burgenländischen Regelungen zur Eingliederungshilfe im Schulunterricht, um behinderten Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Das war auch hier in diesem Hohen Haus schon wiederholt ein Thema, zu dem ich heute jetzt nicht weiter ausholen will. Dazu habe ich mich ja schon ausführlich geäußert.

Aber, auf einen bislang nicht beachteten Aspekt will ich heute in dem Zusammenhang hinweisen. Das sind nämlich die Kinder mit einem Asperger-Syndrom, also Kinder mit Autismus. Die passen mit ihren spezifischen Problemen überhaupt nicht in das aktuell gültige System der Unterstützung. Da geht es nicht nur darum, dass ein Kind jemanden für einzelne pflegerische Leistungen braucht, wie sonst im Pflegebereich, da geht es auch nicht darum, dass ein Kind jemanden braucht, der ihm noch einmal hilft, die Rechenaufgabe oder die Schreibaufgabe zu erledigen, denn das sind ja oft hochintelligente Kinder, die aber, was das soziale Umfeld anbelangt, eine Kontaktstörung und eine Beziehungs- und Wahrnehmungsstörung haben.

Das heißt, da bräuchten wir im Burgenland eigentlich anstatt dieses einen Modells der Eingliederungshilfe so etwas wie eine Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen, die dann speziell zu Kindern mit Asperger-Syndrom zugeordnet werden können. Der Herr Landeshauptmann ist gerade nicht da, denn das geht jetzt nicht an Ihre Adresse, sondern das gehört eigentlich in den Bildungsbereich, und deswegen werde ich es dem für Bildung zuständigen Landeshauptmann auch noch einmal extra sagen.

Ja, wo gibt es im Burgenland noch Handlungsbedarf? Ich sehe hier Optimierungsmöglichkeiten beim Instrument „Kinderanwaltliche Vertrauensperson“. Unser Kinder- und Jugendanwalt betreut mit sehr geringem Budget mehrere Projekte zu einem guten Teil in Zusammenarbeit mit und in Zuarbeit für Landesrätin Dunst. Da fehlt dann die Zeit für proaktive Tätigkeiten, um den Zugang zur Unterstützung und Beratung für Kinder und Jugendliche zu erleichtern.

Ich finde, zum Beispiel, keine WhatsApp-Kontaktmöglichkeiten, die irgendwo angegeben wären. Anrufen und E-Mails schreiben ist jetzt nicht so ganz der heutige Kommunikationsstandard von Kindern und Jugendlichen. In eine Beratungsstelle zu

gehen, in eine Sprechstunde zu gehen, schon gar nicht. Schon gar nicht im ländlichen Raum und schon gar nicht, wenn die Kinder institutionell betreut werden.

Daher lautet mein Appell an die Kinder- und Jugendanwaltschaft, ein bisschen weniger Dunst, ein bisschen mehr niederschwelliger Kontakt mit Kindern und Jugendlichen im Sinne dieses Berichtes der Volksanwaltschaft. Bei der Verordnung zum Kinder- und Jugendhilfegesetz wäre es daher auch erforderlich, die gesetzliche Grundlage für eine externe Vertrauensperson zu schaffen. Auch das empfiehlt die Volksanwaltschaft und ich kann das nur bekräftigen.

Insgesamt sind wir im Bereich der Kinder- und Jugendwohlfahrtseinrichtungen in der vorteilhaften Situation, dass wir nicht alles neu erfinden müssen. Es gibt gute Vorbilder, nämlich dort, wo wir Nachholbedarf haben, in anderen Bundesländern. Richtlinien, Gesetze, an denen man sich orientieren kann. Ich nenne hier nur Vorarlberg als Beispiel, das jetzt in vielen Belangen des sozialen Bereiches bereits viel vorausgegangen ist, wo wir im Burgenland durchaus nachziehen können.

Auch hier sehe ich das Bemühen der zuständigen Abteilung in der Landesregierung, weswegen ich auch durchaus zuversichtlich bin, dass hier etwas auf Schiene gebracht wird. Ich stehe auch gerne zur Zusammenarbeit bereit. Alles, was ich im Rahmen interner Gespräche mit den Zuständigen und mit dem Landesrat diskutieren kann, brauche ich Ihnen dann nicht mehr öffentlich auszurichten.

Zusammenfassend gilt es festzuhalten, dass die Volksanwaltschaft klar sagt, dass es sich in den meisten Fällen, wo es einen Missstand gibt, um Strukturprobleme handelt. Das heißt im Klartext, mehr Personal. Es braucht, wie ich das einschätze, fünf zusätzliche Fachkräfte in der Sozialarbeit im Land.

Das möchte ich jetzt gerne dem Herrn Landeshauptmann ans Herz legen. Vielleicht kann er sich das nachher anschauen oder nachlesen, oder Sie können es ihm bitte ausrichten, denn das ist ein Muss in der Personalgestaltung. Das sage ich auch gerne immer wieder und auch immer wieder öffentlich. Wenn es um den Ausbau von Autobahnen und die Finanzierung von Minderung von negativen Nebenwirkungen geht, von viel Straßenverkehr und dem nächsten Beton, dann ist Geld keine Frage. Ich plädiere hier dafür, einmal an die Kinder und Jugendlichen zuerst zu denken und bei fehlenden finanziellen Mitteln den Beton warten zu lassen.

Abschließend möchte ich den Kreis zum Ausgangspunkt des Berichtes der Volksanwaltschaft schließen, den Verweis auf die Kinderrechte. Ich erinnere mich an den gestrigen Abend, denn da hat Landesrat Darabos an Kinder und Jugendliche, die herausragende soziale Leistungen erbringen, den Janusz-Korczak-Preis verliehen.

Ein sehr berührender Akt, wie ich gefunden habe. Korczak war ein polnischer Arzt und Pädagoge, der vor etwa 100 Jahren zwei Waisenhäuser in Warschau aufgebaut und dort die Kinder auch pädagogisch betreut hat. Korczak war Jude, weswegen sein Waisenhaus von den Nazis dann in das Warschauer Ghetto verlegt wurde.

Als die Kinder ins Vernichtungslager Treblinka deportiert wurden, lehnte er seine eigene Rettung ab und ging mit den Kindern. Er wollte sie in den unvermeidbaren Tod begleiten und sie nicht alleine lassen. Schon 1919 schrieb er ein Manifest für die Rechte der Kinder, dessen Grundlage das umfassende Recht auf Achtung ist.

Wenn wir heute auch in den politischen Entscheidungen und in der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe dieses Recht des Kindes auf Achtung ernst nehmen, dann erhöhen wir nicht nur die Entwicklungs- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen, dann wird auch unsere Gesellschaft eine sein, in der es mehr

Glück als Leid gibt. Danke schön. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Landtagsabgeordneter Markus Wiesler hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kollegin hat es schon erwähnt, der Schutz von Kindern und Jugendlichen in öffentlichen Einrichtungen ist der Volksanwaltschaft tatsächlich und wirklich ein besonderes Anliegen und bildete einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Jahr 2017.

Zu diesem Thema hat die Volksanwaltschaft einen Sonderbericht vorgestellt. Der vorliegende Sonderbericht dokumentiert die derzeitige Situation, zeigt Missstände und deren Ursachen auf. Im Jahr 2016 waren 13.646 Kinder und Jugendliche in Österreich fremduntergebracht, da sie aus unterschiedlichen Gründen nicht bei ihren Familien aufwachsen können.

Trotz des Ausbaus präventiver Hilfen und ambulanter Erziehungsunterstützung steigt die Zahl der fremduntergebrachten Kinder in Österreich und die Ressourcen an Plätzen sind in verschiedenen Bereichen sehr knapp und gehören natürlich erhöht.

Als Beispiel möchte ich hier die Nachbetreuungsplätze anführen. Jugendliche mit intensivem Unterstützungsbedarf müssen teilweise länger in der Kinder- und Jugendpsychiatrie bleiben, als notwendig, da zu wenige Nachbetreuungsplätze vorhanden sind. Solche falschen Planungen lösen laut Volksanwaltschaft eine Reihe von Problemen aus.

Deshalb müssen die erforderlichen Plätze dringend geschaffen werden. Die betroffenen Kinder und Jugendlichen benötigen für die Zeit ihrer Unterbringung ein stabiles Umfeld sowie Betreuung, die sich am Kindeswohl und an deren Kindesrechten orientiert.

Der Sonderbericht zeigt jedoch, sehr geehrte Damen und Herren, dass aufgrund struktureller Missstände der Schutz der Kinder nicht immer ausreichend gewährleistet werden kann und die Standards und Umstände in den Bundesländern sehr unterschiedlich sind.

Zahlreiche Faktoren steigern das Missbrauchsrisiko durch überfordertes Personal, schlechte Arbeitsbedingungen, nicht besetzte Dienststellen, eine hohe Fluktuation der Mitarbeiter, worunter das Arbeitsklima leidet, und was laufend zu Beziehungsabbrüchen für Kinder und Jugendliche führt. Fehlunterbringungen, weil gewisse Plätze fehlen, und dadurch ungünstige Gruppenkonstellationen hervorgerufen werden.

Die Gruppengrößen sind oft zu groß und es kommt dadurch zu einer negativen Gruppendynamik. Es fehlen Präventionskonzepte und entsprechende externe und unabhängige Vertrauenspersonen. Das Recht auf Schutz vor Gewalt ist jedoch ein zentrales Kinderrecht, dem sich die öffentlichen Einrichtungen für fremduntergebrachte Minderjährige verpflichten.

Dass Kinder und Jugendliche in öffentlichen Einrichtungen missbraucht werden, ist kein Phänomen einer lange zurückliegenden Zeit, sondern gegenwärtig, wie aus der jüngsten Vergangenheit bekannt ist. Seit 2012 besuchen eben Kommissionen der Volksanwaltschaft zu präventivem Schutz der Menschenrechte öffentliche Einrichtungen.

Mit Hilfe unangekündigter Besuche in diesen Einrichtungen konnten Schwachstellen erkannt werden und es können daraus eben die entsprechenden Rückschlüsse gezogen werden. Bei diesen Besuchen stießen die Kommissionen immer wieder auf eine Vielzahl problematischer Umgangsweisen im Bereich von Sanktionen.

Ich möchte diese Menschenverstöße, die eben menschenverachtend sind, hier nicht erwähnen oder aufzählen. Eines ist auf jeden Fall klar, es muss Konsequenzen geben, denn es kann nicht sein, dass bei Missständen oder in Fällen von Missbrauch nichts geschieht. Es muss nicht nur der Schutz eines jeden Kindes vor Gewalt gewährleistet werden, sondern auch der Schutz auf eigene Identität, auf Gesundheit, Bildung und Mitbestimmung. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen basieren auf dem Prinzip der Teilhabe, Unterstützung und Partizipation. Keinesfalls dürfen an ihre Stelle unbegründet stellvertretende Entscheidungen und Handlungen treten.

Ebenso im Sonderbericht thematisiert wird die Menschenrechtslage in der Jugendpsychiatrie, in Schulen für Kinder mit Behinderung, sowie für Jugendliche in Justizanstalten, deren Zahl von 96 im Jahr 2014 auf 143 im Jahr 2017 gestiegen ist. Auch diese steigende Zahl ist besorgniserregend und bedarf einer Ursachenforschung.

Verbesserungsnotwendig ist auch die Situation für mehr als 190.000 Kinder und Jugendliche mit chronischen Erkrankungen im Schulsystem. Hier sollten den Lehrern medizinische Grundkenntnisse vermittelt werden, so der Vorschlag im Sonderbericht.

Erfreulich hingegen ist, dass Lehrer nicht mehr haften, wenn sie kranken Kindern zu Hilfe eilen. Stand der Dinge ist, dass die Zahl an fremduntergebrachten Kindern und Jugendlichen einerseits weitersteigt, andererseits gibt es Gesetzesmängel sowie zahlreiche Umsetzungsprobleme und Ausbildungsdefizite beim Personal.

Auch der Kontakt zwischen Kindern und Eltern wurde bewertet. Dieser Kontakt ist oft durch die Unterbringungen eben in anderen Bundesländern erschwert. Des Weiteren wurde die Verantwortung gegenüber Heimopfern geprüft. Hier empfiehlt die Volksanwaltschaft, dass das Heimopferrentengesetz novelliert gehört.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen müsste nach Konzept erfolgen, das die Fragen der körperlichen und psychischen Gesundheit gesamt betrachtet, keinesfalls dürfen ökonomische Kriterien ausschlaggebend sein wo sie betreut werden.

Manche Familien können ihre Kinder leider nicht das bieten, was sie brauchen, weshalb die Gesellschaft, die Politik, einen Ausgleich schaffen muss, oder finden muss. Dieser Ausgleich ist oft schwierig, in den verschiedenen Bereichen zu schaffen, da die finanziellen Mittel eben knapp sind, sei es im Kinder- und Jugendbereich, sei es im Gesundheits- und Bildungsbereich.

Die Kollegin hat die Straßen hier zitiert, natürlich steigen die Ausgaben. Es gibt leider Mehrbelastungen, die es eben früher in diesem Ausmaß nicht gegeben hat, im Bereich der Flüchtlinge, im Bereich der Mindestsicherung, wo schon reagiert wurde.

Im Bereich der Sicherheit und somit der Bereich der Justiz und den Gefängnissen, auch das sind Ursachen, das nicht mehr für unsere Kinder und Jugendlichen in öffentlichen Einrichtungen getan werden kann, weil eben die finanziellen Ressourcen fehlen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die Ausländer sind schuld, oder was?)*

Zu hinterfragen, - es gibt mehr Ausgaben und deswegen bleibt eben weniger über. Ich kann auch noch mehr Beispiele anführen, wenn Sie das gerne möchten.

Zu hinterfragen ist natürlich, was in der Gesellschaft falsch läuft, damit es überhaupt oft so weit kommt, dass eben so viele Kinder fremduntergebracht werden müssen und was man dagegen tun kann? Hier wäre meiner Meinung nach zuerst anzusetzen.

Abschließend denke ich, die Volksanwaltschaft hat mit diesem Sonderbericht einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Kinder und Jugendlichen geleistet.

Ich möchte aber darauf hinweisen, nicht nur in öffentlichen Einrichtungen gibt es Gewalt und Missbrauchsfälle, sondern es gibt auch häusliche Gewalt und Missbrauchsfälle, auch hier bedarf es Wachsamkeit.

Der Bericht liefert auf jeden Fall eine breite Palette an Anregungen, wo auch die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs intensiv mitgearbeitet haben, wo die Politik eben ansetzen kann.

Es kann natürlich jeder dazu beitragen, dass sich Kinder und Jugendliche positiv entwickeln. Kinder suchen sich nicht aus, wer die Eltern sind, wo sie geboren sind, wie ihre gesundheitliche und materielle Versorgung ist, oder welche Bildung sie erhalten können.

Für Kinderrechte einzutreten und sie auch einzuhalten bedeutet, Kinder und Jugendliche in ihrem Sein zu unterstützen und ihre Lebensumstände zu verbessern, um so die nächste Generation in der stationären Jugendhilfe zu verhindern.

Wir nehmen den Sonderbericht der Volksanwaltschaft als Arbeitsvorlage sehr ernst und genau und nehmen den Bericht zur Kenntnis. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat, ist der Landtagsabgeordnete Patrik Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorliegende Sonderbericht der Volksanwaltschaft zu Kindern und ihren Rechten in öffentlichen Einrichtungen ist sehr umfangreich und umfasst sehr viele Kapitel und sehr viele Themenfelder.

Er beleuchtet von der Fremdunterbringung, wie wir vorher gehört haben, bis zur Kindergesundheit, Jugendliche in Haft, viele Themen. Ein Kapitel, welches mir ein Anliegen ist und auf welches ich nun eingehen möchte, ist das Kapitel 4: Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in öffentlichen Einrichtungen. Kollege Christoph Wolf wird dann im Anschluss noch auf weitere Kapitel eingehen.

Kritisch wird hier in diesem Kapitel vor allem die Zersplitterung der Behindertenpolitik in Österreich betrachtet. Diese Zersplitterung erweist sich als Hindernis bei der bundesweiten Erfüllung menschenrechtlicher Garantien. Hier wären aufeinander abgestimmte Strategien notwendig.

Wenn der Bericht dann in weiterer Folge auch darauf hinweist, dass Kinder mit Behinderungen häufig ausgeschlossen werden, dann ist das aus meiner Sicht sehr alarmierend.

Es kann nicht sein, dass Kinder mit Behinderungen, mit besonderen Bedürfnissen, ignoriert werden. Hier muss alles drangesetzt werden, dass Kinder mit Behinderungen, mit besonderen Bedürfnissen, gleichberechtigt werden.

Was das Burgenland anbelangt, so wird in diesem Sonderbericht, wie wir vorher schon gehört haben, auf die Eingliederungshilfe hingewiesen. Frau Kollegin Petrik wollte

nicht im Detail darauf eingehen, ich möchte mich aber dennoch mit der Eingliederungshilfe befassen.

Eingliederungshilfen können ja bekanntlich zur Verfügung gestellt werden, um Kindern mit Behinderungen den Schulbesuch zu ermöglichen, sie dabei zu unterstützen, den Schulalltag im Klassenverband, somit mit den anderen Mitschülerinnen und Mitschülern, zu absolvieren.

Es wird darauf hingewiesen, dass die burgenländische Eingliederungshilfe Defizite aufweist, denn Kinder mit Lernbeeinträchtigungen, Entwicklungs- und Verhaltensstörungen beziehungsweise emotionalen Störungen, werden von jeglichen Fördermaßnahmen ausgeschlossen.

Dieser Ausschluss widerspricht nicht nur der Behindertenrechtskonvention, sondern auch der Kinderrechtskonvention, ist ein Erlass für die betroffenen Kinder selbst und in Summe auch für die gesamte Klasse und Schule.

Hier wäre es aus meiner Sicht notwendig, einer Verbesserung beizutragen, vor allem weil wir dazu verpflichtet sind. Gemäß Art. 7 der UN-Behindertenrechtskonvention müssen Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können.

Deswegen wäre es aus meiner Sicht wichtig, auch hier zu einer Verbesserung beizutragen, damit alle Kinder mit Behinderungen beziehungsweise Beeinträchtigungen Hilfe bekommen und ihre Rechte schlussendlich auch verwirklichen können und die bestmöglichen Chancen auf eine gute Zukunft bekommen.

Wir haben Ende des Jahre 2016 eine öffentliche Diskussion in Bezug auf die Eingliederungshilfe geführt. Auf Grund des öffentlichen Drucks kam es dann zu einer Rücknahme, zu einer teilweisen Rücknahme, der neuen Richtlinie, die damals geplant war.

Die Kostenverschreibung der Eltern abhängig vom Haushaltsnettoeinkommen wurde zurückgenommen. Geblieben ist jedoch die Kostenvorschreibung eines Anteils von Pflegegeld des behinderten Kindes. Diese Kostenvorschreibung ist österreichweit einzigartig und auch zu hinterfragen.

Meine geschätzten Damen und Herren, aus Gesprächen mit vielen Betroffenen weiß ich, dass es viele Diskrepanzen zwischen den einzelnen Bundesländern gibt im Bereich der Behindertenhilfe, der Sozialhilfe, beziehungsweise auch bei der Mindestsicherung für Eltern mit behinderten Kindern.

Diese finanziellen Belastungen sind im Burgenland um ein Vielfaches höher als in anderen Bundesländern Österreichs. Man hört immer wieder, dass man als Betroffene keine schriftlichen Informationen bekommt, beziehungsweise dass Eltern geraten wird, das Heimatland Burgenland zu verlassen, wenn man möchte, dass das Kind mit einer Behinderung beziehungsweise dass das Kind mit besonderen Bedürfnissen eine ordentliche Förderung bekommen soll.

Das hat aus meiner Sicht mit dem Nachkommen der Schutzpflicht wenig zu tun, da müsste man, aus meiner Sicht, anders vorgehen.

Auch im Bereich der Persönlichen Assistenz in der Freizeit gibt es Mankos. Hier sind anders als im Erwerbsleben die Bundesländer gesetzgebungsbefugt, entsprechend unterschiedlich ist dann auch die Ausgestaltung der Regelung zur Persönlichen Assistenz für den Freizeitbereich.

Der Burgenländische Monitoringausschuss empfiehlt hier die Kriterien für die Persönliche Assistenz an den anderen österreichischen Bundesländern zu orientieren. Ich appelliere hier, die gewährten Leistungen vor allem auch an unsere Nachbarbundesländer - Wien, Niederösterreich und Steiermark - anzugleichen.

Meine geschätzten Damen und Herren, Kinder mit Behinderungen beziehungsweise mit besonderen Bedürfnissen sind besonders schutzbedürftig. Es ist wichtig, dass wir der Schutzpflicht nachkommen, Unterstützung geben und alles daran setzen, um eine Ungleichbehandlung zu verhindern.

Wir werden diesem Sonderbericht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes hat sich Herr Abgeordneter Mag. Drobits zu Wort gemeldet.

Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Mitglieder der Abteilung 6! Die Volksanwaltschaft versteht sich mittlerweile nicht nur als Kontrolleinrichtung in Richtung für die öffentliche Verwaltung und als Serviceeinrichtung, sondern hat sich die Aufgabe gesteckt, oder die Aufgabe bekommen, auch die Gesellschaft und Politik für Menschenrechtsfragen zu sensibilisieren.

Und genau auf Grund dieser Aufgabenstellung wurde im Jahr 2017 der Themenschwerpunkt „Schutz von Kindern und Jugendlichen in öffentlichen Einrichtungen“ gewählt.

Daran angeknüpft wurde auch an die Studie über Kinderarmut und über die Thematik über das Motto „Kinder und Jugendliche schützen, Gewalt verhindern“. Dieses Motto war auch die Grundlage für die Berichterstattung.

Nunmehr liegt dieser Sonderbericht in 115 Seiten Dicke oder Stärke und in neun Kapiteln aufgeteilt vor. Unbestrittenermaßen gibt es niemanden in dieser Runde, der im Hohen Haus sitzt, der das Kindeswohl nicht ins Zentrum sämtlicher Überlegungen stellt.

Kinderrechte sind jedenfalls Menschenrechte ohne Abstriche und da bin ich schon beim Kollegen Fazekas, dass natürlich auch Kinder mit besonderen Beeinträchtigungen, ob psychischer oder körperlicher Art, natürlich umso mehr in diese Gruppe hineinzuziehen sind.

Deshalb müssen alle Kritikpunkte und auch Verbesserungsvorschläge, die von der Volksanwaltschaft in diesem Sonderbericht geäußert werden, ernstgenommen werden und auch Verbesserungen durchgeführt werden.

Ich möchte, ähnlich meinen Vorrednern, nur auf einzelne Kapiteln konkret eingehen und möchte beginnen mit Kapitel 2: Fremdunterbringung.

Die Unterbringung wegen Kinderwohlgefährdung außerhalb der Familie in Sozialeinrichtungen ist in Österreich stark verbreitet. Im Jahr 2016 wurden 8.423 Kinder und Jugendliche in sozialpädagogischen Einrichtungen betreut.

Dies verwundert mich eigentlich, weil 2013 die Politik den Ansatz gewählt hat, die ambulante oder familiäre Hilfe präventiver Art zu stärken, und trotzdem ist österreichweit seit diesem Zeitraum, seit 2013, eine Steigerung von vier Prozent zu verzeichnen gewesen. Es liegt womöglich daran, dass vielleicht die Sensibilität für mögliche Kindeswohlgefährdungen gestiegen ist und auch die Verdachtsfälle viel schneller an die Kinder- und Jugendhilfeabteilungen herangetragen werden.

Interessant ist aus dem Bericht, in diesem Kapitel, eine Statistik betreffend Kinder- und Jugendhilfe, gestaltet von der Statistik AUSTRIA 2016, woraus sich ergibt, dass das Burgenland im prozentuellen Bereich von fremduntergebrachten Kindern gegenüber der Gesamtzahl der im Bundesland lebenden Kindern eigentlich einen total niedrigen Ansatz hat.

Wir sind neben Oberösterreich und Tirol eigentlich die Drittletzten, wenn es darum geht, die fremduntergebrachten Kinder von der Anzahl her zu sehen. Wenn man sich zum Beispiel die Spitzenreiter Steiermark und Wien anschaut, heißt das für Wien, dass dort mittlerweile jedes 100. Kind nicht mehr bei den Eltern lebt.

Das ist Gott sei Dank bei uns, womöglich auch durch diese Präventivabwicklung, die in den letzten Jahren in unserer Landespolitik vorangetrieben wurde, nicht so stark.

Bei uns gilt immer noch, dass die Fremdunterbringung Ultima Ratio sein muss, und wir haben im Burgenland 284 fremdbetreute Kinder und Jugendliche, das entspricht bloß einem Prozentsatz von 3,3 des Österreichsatzes.

Ich glaube, dieser Präventivgedanke wird bei uns gelebt, und deshalb muss man das in diesem Ausmaß als positiv hervorstreichen. Das wird auch im Bericht der Volksanwaltschaft klar erwähnt.

Auffällig ist aber auch ein Wert, den bereits meine Kollegin Mag.a Petrik heute erwähnt hat, das ist ein Spitzenwert, nehme ich an, dass 29,22 Prozent außerhalb unseres Bundeslandes betreut werden. Das verwundert, weil wir große Kapazitäten haben, nicht nur im Südburgenland, sondern im gesamten Burgenland, und in diesen Einrichtungen eigentlich bloß ein Drittel von den eigenen Kindern und Jugendlichen mit Wohnsitz im Burgenland inkludiert sind. Es ist deshalb verwunderlich, weil 29,22 Prozent den Spitzenwert österreichweit darstellt.

Man kann nach Antworten suchen. Eine mögliche Antwort ist die Topografie oder das langgestreckte Burgenland, wo, wenn man den Ansatz setzt, dass die Familie nicht zu entkernen ist und versucht, natürlich die Nähe eventuell über die Landesgrenzen zu suchen. Das ist ein Ansatz, der vertretbar ist.

Und ein Zweiter ist, den die Volksanwaltschaft gesetzt hat, dass die Volksanwaltschaft meint, dass das daran liegt, dass wirtschaftliche Überlegungen im Sinne einer Zuschussregelung diese Werte nach sich ziehen.

Für mich persönlich war das ein Argument, oder ein Berichtspfeiler, ein besonderer, der mich wirklich verwundert hat, dass es bei uns im Burgenland, aber auch in der Steiermark eine Wohngruppe gibt, wo überhaupt keine Kinder und Jugendlichen aus dem Burgenland vertreten sind.

Und deshalb ist auch mir das Modell, das Mag.a Petrik angestrebt hat, das Modell in Oberösterreich durchaus als Denkansatz zu erwähnen, weil, ich denke mir, dort ist eine Limitierung mit 15 Prozent der Gesamtanzahl der Minderjährigen aus anderen Bundesländern gegeben.

Es wird - so weiß ich - auch überlegt, das ist auch ein Ansatz hinblicklich dessen, dass sich die Abteilung 6 oder auch der zuständige Landesrat über dieses Modell Gedanken macht.

Ich weiß aber sehr wohl als Jurist, dass natürlich dann auch die Thematik ist, ob es da eine sachliche Rechtfertigung auf Grund der Umgehung des Gleichheitssatzes gibt. Auch diese verfassungsmäßigen Bedenken müssen natürlich ins Kalkül gezogen werden.

In diesem zweiten Kapitel sind noch weitere Kritikpunkte vorhanden. Und ein Kritikpunkt, der mir persönlich ins Auge gestochen ist, sind die Defizite oder ist das Defizit dann in speziellen Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe, wenn man nicht mehr bedarfsgerecht darauf zurückgreifen kann.

Es ist gekommen, das Krisenzentrum, ich denke an Mutter-Kind-Einrichtungen, ich denke aber auch an Behinderteneinrichtungen, die barrierefrei sind. Ich denke aber vielleicht auch an andere Einrichtungen, vielleicht auch für Kinderautismus, wo jetzt Spezifizierungen sind, wo einerseits der Gedanke ist, dass das vielleicht auch von unserer Seite überlegt werden sollte.

Ein weiterer Punkt, der heute auch schon angesprochen worden ist, ist dass wir leider keine Verordnung und keine Richtlinie, das heißt, keine Rechtsnorm haben, die verantwortlich dafür ist, dass bei der Errichtung und Bewilligung von Einrichtungen auch die Erarbeitung und Umsetzung eines sexualpädagogischen Konzepts verbindlich ist.

Ich glaube schon, dass das ein wesentlicher Punkt ist. Es wird auch, wie bereits heute erwähnt, an diesem Ansatz schon gearbeitet. Mir ist bekannt - auch aus dem Bericht der Volksanwaltschaft -, dass seit September 2017 seitens der Burgenländischen Landesregierung ein Verordnungsentwurf vorbereitet wird.

Ich denke mir, dass gerade auf Grund vielleicht auch der letztbekannten Vorfälle, nicht nur im Burgenland, sondern in allen Bundesländern, bei diesem heiklen Thema „sexuelle Belästigung oder sexuelle Vorfälle in diversen Wohngruppen“, dass man sehr rasch an der Umsetzung einer burgenländischen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungsverordnung arbeiten soll.

Wohlwissend, dass natürlich auch dort wieder die Thematik ist, dass man in bestehende Bescheide eingreifen müsste und ein Eingriff womöglich nur mit angemessenen Übergangsfristen rechtlicherseits und verfassungsrechtlich möglich ist.

Ich glaube auch, dass in weiterer Folge an einer Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes kein Weg vorbeiführt, wenn man diese Verordnung in der Form und in der Größenordnung einführen will.

Sehr gut finde ich auch, dass bereits eine Arbeitsgruppe bestehend aus Juristinnen, Juristen, Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeitern und Psychologinnen und Psychologen installiert wurde, um genau diesen Empfehlungen der Volksanwaltschaft nachzukommen, wo auch die Erfahrungen der Fachaufsicht eingebunden werden.

Nun ein Punkt, der mir auch aufgefallen ist, ist dass die fachlichen Standards sowie gewaltpräventiven Konzeptionen auch nicht verpflichtend sind. Auch daran sollte gedacht werden, wenn die Verordnung entwickelt wird.

Heute wurde schon die Anregung gemacht, dass es bundeseinheitliche Standards geben sollte. Zumindest sollte man hinblicklich der Gruppengröße und auch der Zimmerbelegungen doch Standards finden, wo nicht so große Abweichungen sind.

Laut Bericht gibt es da Gruppengrößen von acht bis 16 Kindern und Jugendlichen in einer Gruppe. Das Burgenland ist mit 16 Kindern dabei zumindest mit der größten Gruppe genannt. Ich denke mir, dass der Ansatz auch zehn Kinder durchaus nachvollziehbar ist, und auch bei Zimmerbelegungen sollte wohlmöglich auf Zweibettzimmer beschränkt werden.

Aber auch das sind Standards, die in einer Verordnung durchaus geregelt werden können, und das würde ich mir auch erhoffen, dass diese Themen, die die Volksanwaltschaft aufgreift, auch in diesem Fall dann entsprechend evaluiert werden.

Was mir persönlich sehr am Herzen liegt, sind die Ausbildungsanforderungen. Da wird im Bericht erkennbar, dass bei uns im Burgenland Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger, die noch keine pädagogische Ausbildung haben, sie müssen bloß im ersten Jahr angestellt sein, im ersten Jahr der Ausbildung angestellt werden und innerhalb von fünf Jahren die Ausbildung abschließen, schon tätig werden dürfen.

Ich bin da sehr vorsichtig und sage immer, diese Voraussetzung, dass man als Berufsanfängerin oder Berufsanfänger schon tätig werden darf, impliziert natürlich auch Risiken. Und deshalb bin ich der Meinung, dass hinblicklich der Ausbildung getrachtet werden sollte, dass dort auch Änderungen in der Verordnung oder in einer Ausbildungsverordnung angedacht werden sollten.

Genauso halte ich es bei der Fort- und Weiterbildung, wohlwissend dass es kein eigenes Berufsgesetz für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gibt.

Ein zweites Kapitel möchte ich noch kurz streifen, das ist die Kinder- und Jugendgesundheit. Wir wissen, dass Kinderrehabilitationszentren gefordert wurden und werden. Es sollen zwei in Österreich kommen, wo sich auch das Burgenland an der Finanzierung beteiligen wird. Ich finde das ganz, ganz wichtig. Das sollte vielleicht rascher realisiert werden.

Genauso der Bereich Palliativ- und Hospizeinrichtungen für Kinder für schwerstkranke und sterbende Kinder, das sollte nicht nur menschenrechtlich geboten sein, sondern müsste meiner Meinung nach auf Grund des Berichtes zumindest bundesweit umgesetzt werden.

Schließlich glaube ich auch, dass das Burgenland gerade im Bereich der Kindergesundheit seit positiv im Bericht erwähnt wird und zwar, wenn es darum geht, dass im Burgenland bei der täglichen Turnstunde 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler freiwillig daran teilnehmen. Das ist der höchste Wert. Das wurde auch von der Volksanwaltschaft unterstrichen.

Genauso wie die Gesundheitsförderungsprojekte, wie URFIT, das von Landeshauptmann Hans Nießl ins Leben gerufen wurde.

Heute wurde schon angesprochen, dass auch die Implementierung einer kinderanwaltlichen Vertrauensperson durchaus angeregt werden könnte. Dies umso mehr, weil sie auch eine Unterstützung für den jeweiligen Kinder- und Jugendanwalt wäre.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser vorliegende Sonderbericht soll nicht nur sensibilisieren, was eigentlich der ursprüngliche Gedanke war, sondern soll auch zur Verbesserungen beitragen. Meine Fraktion nimmt ihn sehr erst und ist bestrebt, zeitnah eine Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungsverordnung mit vielen der angesprochenen Empfehlungen umzusetzen. Bei Bedarf ist auch eine Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vorzunehmen.

In diesem Sinne würde ich auch bitten, genauso wie wir, diesen Verbesserungsbedarf mitzunehmen und schließlich diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Danke. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Für mich geht es nun zusammengefasst um drei konkrete Punkte, die den Bericht betreffen, und die auch schon teilweise erwähnt wurden.

Wenn wir von der sozialtherapeutischen Betreuung sprechen, dann gibt es nur 54 Plätze für 284 fremduntergebrachte Minderjährige. Das ist wenig und fast 30 Prozent der burgenländischen Minderjährigen sind in einem anderen Bundesland untergebracht. Andererseits gibt es in burgenländischen Einrichtungen teilweise keinen einzigen Burgenländer.

Diese Diskrepanz gehört auf alle Fälle angesehen. Ich glaube, Herr Landesrat, das haben Sie sich zu Herzen genommen und zukünftig wird es hier Lösungen geben.

Eine Regel aus Oberösterreich könnte man hier auch für das Burgenland anwenden, maximal 15 Prozent der Plätze gehen an bundesländerfremde Minderjährige und der Rest bleibt für die burgenländischen Kinder und Jugendlichen. Das wäre ein möglicher Ansatz.

Gleichzeitig sieht das Jugendhilfegesetz vor, dass jedes Bundesland eine verpflichtende Kinder- und Jugendhilfeplanung hat. Im Burgenland gibt es das noch nicht. Aber ich hoffe, dass die Fachabteilung bereits dahinter ist und das zeitnahe präsentieren wird.

Die dritte Sache, die Grundkritik besteht in der fehlenden flächendeckenden, sozialtherapeutischen und sozialpsychiatrischen Betreuung auch im Angebot.

Hier wird es wohl notwendig und wichtig sein, auf lange Sicht auch die Kinderärztin, den Kinderarzt zu etablieren und zu forcieren. Er ist wohl der erste Ansprechpartner und auch eine objektive Person, wenn es darum geht, einen Einblick in die familiären und sozialtherapeutischen Verhältnisse zu bekommen.

Hier möchten wir anmerken, dass es entscheidend sein wird, in naher Zukunft die Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendheilkunde auszubauen, die Kassenverträge sogar zu verdoppeln. Derzeit haben wir im Burgenland sieben Fachärztinnen und Fachärzte mit Kassenverträgen.

Bei zirka 50.000 Minderjährigen sind das über 7.000 Kinder pro Kassenärztin oder Kassenarzt. Zusätzlich gibt es dann noch acht Wahlärztinnen und Wahlärzte. Wenn ich die noch hinzurechne, hätten wir über 3.000 Minderjährige pro Ärztin oder Arzt.

Das ist eine Summe, die für uns nicht tragbar ist. Hier wird man an die Kasse herantreten müssen, um langfristig mehr Kinderärztinnen und Kinderärzte zusätzlich zu den Hausärztinnen und Hausärzten ins Burgenland zu bekommen und vor allem auch diese gesamte Thematik mit einzubeziehen.

Wenn ich mir jetzt die Bezirke ansehe, gibt es zum Beispiel im Bezirk Jennersdorf keine einzige Kinderärztin und keinen einzigen Kinderarzt. Das ist eine bedenkliche Situation, die zu hinterfragen ist. Hier glauben wir, dass diese Baustellen sehr kritisch zu betrachten sind und zukünftig sicher ein großes Thema sein werden.

An dieser Stelle mit dem Schwung von Kindern zu Jugendlichen bis hin zu jungen Erwachsenen möchte ich unserem Patrik Fazekas gratulieren, der vor kurzem sein Studium als Bachelor abgeschlossen hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Er hat das Studium trotz seiner beruflichen Tätigkeit und trotz Studiengebühren an der Fachhochschule Wr. Neustadt jetzt abgeschlossen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, das hat auch die Wortmeldung jetzt vom Kollegen Wolf gezeigt, dass wir da, glaube ich, keinen Dissens haben, sondern dass wir versuchen, hier auch an einem Strang zu ziehen.

Ich bin nicht immer mit der Volksanwaltschaft einer Meinung, wie Sie wissen, aber in diesem Fall hat die Volksanwaltschaft schon auch einige Punkte hier zu Tage gefördert, die durchaus diskussionswürdig sind.

Es wurde schon mehrfach angesprochen, dass wir 30 Prozent von Minderjährigen haben, die außerhalb des Bundeslandes untergebracht sind. Auf der anderen Seite haben wir aber nur ein Drittel in unserem Bundesland. Das ist etwas, was man durchaus auch kritisch sehen muss.

Wir haben auch - das hat der Kollege Drobits angesprochen - eine Frage, was das sexualpädagogische Konzept im Burgenland betrifft. In dem Fall sehe ich die Volksanwaltschaft als Verbündeten, und wir werden auch versuchen, diese Dinge gemeinsam umzusetzen.

Ich möchte nicht zu lange werden, aber ich habe zehn Punkte, bitte hören Sie mir noch ganz kurz zu.

Die Sozialabteilung, die hier auch heute vertreten ist, arbeitet zügig an der Umsetzung der Empfehlungen der Volksanwaltschaft. Also wir sind hier nicht nur Kooperationspartner, sondern sind durchaus interessiert, dass wir relativ schnell diese Kritikpunkte beziehungsweise diese Anregungen der Volksanwaltschaft auch umsetzen.

Wir haben jetzt einen Erstentwurf der Burgenländischen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungsverordnung, ein sehr technischer Begriff, auch schon erarbeitet. Das ist ein Entwurf, der sich auf das bezieht, das schon seit Anfang 2017 mit einer Arbeitsgruppe - auch das wurde heute schon angesprochen -, die aus Juristinnen, Juristen besteht, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Psychologinnen und Psychologen, die diesen Entwurf auch umsetzen wollen.

Der zweite Punkt, der auf den ersten aufsetzt: Wir wollen das bestehende Angebot im stationären Bereich wie im teilstationären Bereich spezifizieren, um auch beispielsweise um Krisenzentren und Mutter-Kind-Einrichtungen diese ganze Geschichte zu erweitern.

Der dritte Punkt: Wir werden inhaltlich die fachlichen Standards betreffend den Betrieb von stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, die zur Durchführung von Maßnahmen der vollen - klingt auch sehr technisch - vollen Erziehung herangezogen werden sollen, sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, die zur Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Unterstützung der Erziehung herangezogen werden, festlegen.

Vierter Punkt: Es werden auch Maßnahmen in der Gewaltprävention gesetzt und eben das von mir angesprochene sexualpädagogische Konzept dann auch umgesetzt.

Der fünfte Punkt: Wir wollen Ausbildungs- und Einstellungsanforderungen für die pädagogischen Leitungen dieser Einrichtung auch verbessern.

Der sechste Punkt: Wir werden die Gruppengrößen hinterfragen. Wir wollen sie jedenfalls in allen Wohn- und Betreuungsformen verkleinern.

Der siebente Punkt: Es wird daran gearbeitet, Ein-Kind-Zimmerbelegungen zu favorisieren und nur mehr Zimmerbelegungen mit höchstens zwei Kindern zuzulassen.

Der achte Punkte: Der Betreuungsschlüssel wird angepasst, was heißt, dass pro Kind und pro Jugendlichen mehr Betreuungspersonal zur Verfügung gestellt werden soll.

Der neunte Punkt: Wir wollen die Melde- und Dokumentationspflichten nicht nur erweitern, sondern auch schärfen.

Der zehnte Punkt: Es wird Funktionen geben, die präziser abgegrenzt sind, was die Verantwortlichkeiten darstellt.

Also zusammenfassend gesagt: Wir wollen dafür sorgen, dass die Empfehlungen der Volksanwaltschaft im Burgenland auch umgesetzt werden, und ich glaube, dann sind wir auf einem guten Weg. Es ist so, dass wir rechnungshofmäßig, volksanwaltschaftlich auch geprüft werden. Jeder gute Vorschlag ist ein Vorschlag, den wir nicht nur nehmen, sondern auch übernehmen.

Ich möchte vielleicht ganz zum Abschluss noch sagen, obwohl es nicht angesprochen wurde - ich habe eigentlich geglaubt, das wird in der Diskussion kommen - diese Villa Mia, Sie kennen diese Geschichte, wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Trotzdem, es ist kein lustiges Verfahren gewesen, aber es ist zumindest so, dass wir von Landesseite sagen können, dass wir hier bestmöglich auch von der Abteilung 6 gehandelt haben.

Ich bin froh, dass dieses Verfahren auch eingestellt wurde. Aber grundsätzlich halte ich diesen Bericht der Volksanwaltschaft für einen guten Bericht und für einen wichtigen Bericht, der uns auch anregt, hier noch Verbesserungen im burgenländischen Gesundheits- und Sozialwesen durchzuführen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Sonderbericht der Volksanwaltschaft 2017 betreffend Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1153) betreffend „B 50 Burgenland Straße Umfahrung Schützen am Gebirge“ (Zahl 21 - 811) (Beilage 1215)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 1153, betreffend „B 50 Burgenland Straße Umfahrung Schützen am Gebirge“, Zahl 21 - 811, Beilage 1215.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Kölly.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Manfred Kölly: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „B 50 Burgenland Straße Umfahrung Schützen am Gebirge“ in seiner 13. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie die Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes Ing. DI (FH) Racz und OAR Lomosits an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Anschließend meldete sich die Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik zu Wort. Die dabei gestellte Frage wurde vom Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits beantwortet.

Bei einer anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „B 50 Burgenland Straße Umfahrung Schützen am Gebirge“ zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und darf ihm zu diesem Tagesordnungspunkt als erstem Redner das Wort erteilen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Frau Präsidentin. B 50 - eine lange Geschichte, die wahrscheinlich aber noch immer nicht zu Ende ist. Ich sage das auch bewusst, möchte mich aber beim Rechnungshof bedanken, weil wir ja den Auftrag gegeben haben, das zu überprüfen. Ich denke, hier wurde auch akribisch und dementsprechend auch, wie immer, recherchiert und auch zum Vorteil natürlich des Hohen Hauses auch Bericht erstattet.

Wir haben es in den Ausschüssen wahrgenommen und haben auch dementsprechend Fragen stellen können. Ich möchte eingangs zum Sachverhalt und zu den Kritikpunkten des Rechnungshofes eines erwähnen. Also, kritisiert wurde vor allem das Kosten-, Planungs- und Risikomanagement des Landes Burgenland im Zusammenhang mit der Umfahrung Schützen.

Das hat uns schon Jahre begleitet. Was sich hier abgespielt hat, man ist drübergefahren über die Leute, man hat gewisse Dinge einfach gar nicht wahrgenommen und hat einfach gesagt, so das wird gemacht. Aus, Schluss, Fertig.

Der Rechnungshof stellte fest, dass das Projekt zum Ende der Prüfhandlungen noch nicht abgeschlossen beziehungsweise abgerechnet war, und daher sage ich, wir sind noch nicht am Ende der ganzen Situation. Gleichzeitig stellte er fest, dass die Projektkosten der Planwerte um rund 2,2 Millionen Euro, das sind rund elf Prozent, unterschritten wurden.

Na, Herr Rechnungshofdirektor, es ist noch nicht abgeschlossen. *(Abg. Günter Kovacs: 98 Prozent!)* Zu dem Zeitpunkt hat es das gegeben. Ich denke, dass noch einiges auf uns zukommen wird. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit. Ich komme dann vielleicht noch auf das zurück.

Die Kritik natürlich von unserer Seite, Bündnis Liste Burgenland, ich sage die Aussage des Rechnungshofes ist in sich widersprüchlich. Warum? Das sage ich auch einmal, wie kann der Rechnungshof Angaben zu den Projektkosten machen, wenn das Projekt, wie der Rechnungshof selbst bestätigt, zum Zeitpunkt der Prüfung weder abgeschlossen noch abgerechnet war? Das heißt, da kann sich doch noch einiges bewegen. Wenn man jetzt sagt, 98 Prozent sind fertig, ich glaube nicht daran, muss ich jetzt offen und ehrlich gestehen, da gibt es noch einige Fragen, die offen sind.

Die Kritik zum Controlling ist beinahe milde ausgefallen. Man muss sich vor Augen führen, wie lange es gebraucht hat, bis Planung, Projektierung und Umsetzung des Straßenbauprojektes vollzogen sind. Es hat sich dabei nicht einmal um ein vom Land selbst geplantes Projekt gehandelt, sondern um ein von der ASFiNAG projektiertes und geschenktes Projekt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das ist ja auch immer interessant. Die ASFiNAG verschenkt Gelder, in Dörfl-Rattersdorf finanziert sie, da wird das finanziert, ohne dass sie Einnahmen haben.

Jetzt frage ich mich im Bund schön langsam, wie das weitergehen soll mit der ASFiNAG, aber es gibt ja einen Infrastrukturminister, der sich sicher dieser Angelegenheit auch annehmen wird - Norbert Hofer. Ich glaube, auch dort wird man dann schlussendlich einmal draufkommen, dass das nicht so einfach ist, dass man einfach etwas finanziert und sagt, wir haben eh keine Einnahmen. *(Zwischenruf des Abg. Manfred Haidinger)* Nein, Dir wird das gesagt. Na klar, Du bist ja der Kollege. Ist ja selbstverständlich. *(Abg. Manfred Haidinger: Vielleicht hört er eh zu!)*

Insofern ist die Umfahrung Schützen ein atypisches Straßenbauprojekt, welches allein aufgrund der Verfahrensverläufe als völlig gescheitert bezeichnet werden muss, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wie kann es sonst sein, dass ein solches Projekt vollständig errichtet wird, bevor es ordnungsgemäß bewilligt ist? Das ist ja auch sehr interessant.

Wenn man das Ganze verfolgt und sich anschaut, das ist einfach bewilligt worden, ohne vorher vollständig abgehandelt worden zu sein. Wenn ein Privater so vorgehen würde, hätte er mit Sicherheit eine Reihe von Verwaltungsstrafverfahren am Hals, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der Verwaltungsgerichtshof hat sehr wohl die wasserrechtliche Bewilligung als auch die Enteignungsbescheide aufgehoben, wenn Ihr Euch erinnern könnt an die ganze Geschichte, dann wird ja diskutiert, und dann wurde Stillschweigen vereinbart, mit der ganzen Tauscherei und dergleichen mehr. Ich glaube, da sollte man zusätzlich einmal klar und deutlich sagen, wo gibt es eigentlich etwas, was das Land nicht erfahren darf, wenn das öffentliche Gelder sind? Warum macht man solche Aktionen? Das versteht, glaube ich, niemand.

Zusätzlich sagt der Rechnungshof, das im UVP-Feststellungsverfahren die vorgesehene Parteienstellung der Grundeigentümer ignoriert wurde. Das heißt, auch das Feststellungsverfahren war gesetzwidrig. Das bedeutet aber auch, dass alle mit dem Verfahren verbundenen Kosten in die Projektkosten miteinzuberechnen sind. Es ist unumstritten, dass sich über viele Jahre nur mehr die direkten und indirekten Kosten für

die Umfahrung Schützen auf mehrere Budgetposten verteilt haben, was sich womöglich auch dem Rechnungshof nicht erschlossen hat.

Insofern sind die Angaben zu den Projektkosten und die Behauptung, dass die Kosten unterschritten wurden, mehr als zu bezweifeln und anzudenken.

Aus infrastruktur- und raumordnungstechnischer sowie rechtlicher Sicht muss sich das Land die Frage gefallen lassen, wie es auf die Idee kommt, ein überörtliches Schnellstraßenprojekt in einem Teilabschnitt als Umfahrungsstraße und Lärmschutzmaßnahmen für eine Gemeinde zu übernehmen, wenn eine vergleichsweise Lärmschutzmaßnahme im örtlichen Bereich mit einem wesentlich geringeren Ressourcenverbrauch möglich gewesen wäre?

Solche Dinge gehören einfach im Vorfeld diskutiert und klargelegt. Wenn wir in den Gemeinden solche Dinge machen, muss alles klargestellt sein, ansonsten hat man Probleme und wird nichts genehmigt. Das ist nun einmal so. Das wisst Ihr, werte Kolleginnen und Kollegen, ganz genau, wie sich das Ganze abspielt. Aber anscheinend ist im Land unter der Führung des Landesrates Bieler alles möglich gewesen. Und dann hat man noch unterschritten um 2,2 Millionen Euro, was ich, wie gesagt, noch immer nicht glaube, denn da gibt es immer noch kein Ende.

Die Enteignungen und die ganze Situation waren natürlich für uns alle nicht sehr befriedigend. Jetzt haben wir wieder ein Beispiel in Oberwart, das habe ich heute schon, Herr Kollege Rosner, aufgezeigt. In Oberwart besteht ein konkretes Straßenbauprojekt, wonach vom Kreisverkehr beim Einkaufszentrum EO eine Kriechspur nach Steinbrückl in Richtung Kemeten und zur Autobahn hinauf errichtet werden soll, um den Verkehr zu entlasten.

Abgesehen davon, dass es durch die Versiegelung der Flächen naturgemäß zu einer Beförderung von Überflutungen bei Starkregenereignissen kommt, soll im Zuge des Bauprojektes auch ein Absetz- und Bodenfilterbecken errichtet werden.

Wie die Erfahrung aus Schützen zeigt, wird der Durchfluss bei Vorflutgräben zu gering dimensioniert. Deshalb kann auch das Chlorit belastete Straßenwasser, der Schwellenwert für Chlorit in Oberflächenwässer überschritten werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ja, ja, aber auch das ist ein Beispiel, wie man eigentlich umgeht mit Straßenbauten, wo man nicht einmal irgendjemanden fragt, sondern enteignet. Die grundsätzliche Kritik des Bündnis Liste Burgenland richtet sich daher zum einen darauf, dass im Burgenland bei Straßenprojekten das Pferd gerne von hinten aufgezäumt wird, indem der Spatenstich erfolgt, bevor die wasserrechtlichen Genehmigungen vorliegen.

Dies betrifft direkt und indirekt Fragen des Hochwasserschutzes. Jetzt sind wir bei einem Punkt, wo eine Person an uns herangetreten ist und gesagt hat, ich wollte eigentlich gar nicht verkaufen, und ich habe nicht verkauft. Es hat nicht einmal ein gescheites Gespräch gegeben. Im Gegenteil. Es hat einen „Schrieb“ gegeben, wo sogar dort Pflanzen draufstehen und ihm nahegelegt wird, er soll seine Pflanzen dort wegreißen, sonst fährt der Bagger ganz einfach drüber.

Das sind Arten und Möglichkeiten, die ich nicht goutiere und auch nicht so sehen will. Da muss man jetzt noch einmal diskutieren und einfach einmal im Vorfeld mit den Leuten reden. Weil wie kommt er dazu, dass er dort ein paar Meter Grund verliert, ohne dass er gefragt worden ist. Und jetzt kommt der Clou, um ein paar Cent abgelöst wird. Warum gibt es da nicht auch die Möglichkeit, wie dann schlussendlich in Schützen, wo man sich zusammengesetzt hat, und dann zu einer Einigung gekommen ist?

Da ist die Frage für mich, ich weiß nicht, ob das der Rechnungshofdirektor rausgekriegt oder ausgearbeitet hat, was sind tatsächlich dann für Gelder gelaufen, die dann zugestimmt haben? Sind nicht da die, die gleich zugestimmt haben, die gewesen, die dann die Betrogenen gewesen sind? Oder wie hat das Ganze dort funktioniert?

Wenn ich mir das anschaue, noch einmal, was sich im Land da so abspielt, und das war das Gleiche, dass man einfach über die Leute drüberfährt. Das brauchen wir nicht. Und das wollen wir auch nicht! Bei der B 50 war es ähnlich gelagert.

Wenn ich weiterdenke, die B 50 hat jetzt eine Umfahrung Schützen. Wie geht es weiter? Jetzt stehen wir erst wieder an. Hat man sich da schon Gedanken gemacht, wie es dort weitergehen soll? Der Verkehr wird, meiner Meinung nach, sicherlich nicht weniger.

Der tagtäglich von Neusiedl nach Eisenstadt oder umgekehrt von Eisenstadt nach Neusiedl fahren muss, der braucht gute Nerven in dieser Sache. Daher glaube ich, dass wir solche Dinge im Vorfeld, ohne dass man da große Aufregung erzeugt, abklären muss, wie schon erwähnt, wie in den Gemeinden, ohne dem geht es nicht, weil wenn ich das mache in der Gemeinde oder Du als neuer Bürgermeister, dann wirst Du ein Problem kriegen.

Daher glaube ich, dass in Zukunft, der neue Landesrat Doskozil, solche Projekte eigentlich im Vorfeld abklärt und dann zu bauen beginnt.

Daher können wir diesen, ja - sage ich einmal so - Bericht sehr gerne zur Kenntnis nehmen. Aber de facto, es sollte auch eine Lehre sein, dass man solche Projekte im Endeffekt vernünftig vorbereitet. Danke. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneter Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Es wird jetzt nicht verwundern, dass das, worauf ich eingehe, sich nicht so wesentlich unterscheidet von dem, was der Kollege Kölly gesagt hat. In einzelnen Punkten vielleicht, in dem, wo ich Akzente setze.

Was wir generell feststellen können ist, dass der Landes-Rechnungshof ein großes Verbesserungspotential sieht im Projekt-, Kost- und Risikomanagement vom Straßenbau. Projekten des Landes, was ja auffallend ist, auch das haben wir an dieser Stelle und an anderen Stellen öffentlich immer wieder kritisiert und eingemahnt seitens der GRÜNEN, dass das Wasserrechtsverfahren im August 2017 noch immer nicht abgeschlossen war. Das heißt, es wurde eine Straße eröffnet, wo noch gar nicht alle Verfahren abgeschlossen waren.

Man hat sich abgefeiert, man wollte vor der Landtagswahl 2015 noch schnell im Winter einen Spatenstich hinkriegen und wollte dann nicht einmal abwarten, dass alle Verfahren sauber abgeschlossen sind, sondern schnell eine Straße eröffnen und sich dafür feiern lassen.

Dann kommt es eben zu Schlampereien und zu Ungenauigkeiten. Etwa, dass Verordnungen der Bezirkshauptmannschaften oder Entscheidungen des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes nicht ausführlich vorgelegt wurden, oder dass es verschiedene Vereinbarungen gab, wo die Unterschriften der Vertragsparteien nicht durchgängig nachvollziehbar waren.

Auffallend für mich auch eine Summe in diesem Bericht. Das Land hat für Rechtsanwaltskosten und Rechtsberatungen insgesamt 366.410 Euro ausgegeben. Also da muss ja schon einiges schiefrennen! Die Anwälte haben ganz gut verdient am Streit zwischen Esterházy und dem Land Burgenland, dass hier in Zukunft doch ein anderer Weg über das „Probleme-Aushandeln“ gefunden werden muss. Wir wissen, das hängt mit den ganzen Enteignungen zusammen. Das war der größte Brocken.

Aber über die Kostentragung lagen keine schriftlichen Festlegungen vor. Also auch da haben wir immer wieder diesen Vorgang, dass wo etwas ausgegeben wird, wo vorher gar nicht genau vereinbart wird, wofür welche Leistung bezahlt wird.

Der gesamte Projektauftrag für die Umfahrung Schützen war undatiert und nicht unterfertigt. Man fragt sich als eine, die, sage ich einmal, mit kleineren Projekten zu tun hat im Alltag und schon ein halbes Berufsleben lang ein bisschen Projektmanagement lernt und umsetzt, was ist das für ein Projektmanagement?

Das Interessante ist jetzt, bei anderen Straßenbauprojekten geht es ja auch. Es ist ja nicht so, dass unsere Straßenbauabteilung unfähig ist, Projekte gut zu managen. Ganz und gar nicht! Aber just bei diesem Projekt, das von Anfang an ein umstrittenes Projekt war, das von Anfang an von verschiedenen Seiten sehr klar bekämpft worden ist, gerade da ginge es offensichtlich oft nur in einem Husch-Pfusch-Verfahren und vor allem in Vorgänge, die nicht sauber, nicht transparent und die nicht nachvollziehbar sind.

Also, es war keine verbindliche Projektorganisation festgelegt worden. Es gab keine projektspezifischen Verantwortlichkeiten und Projektdokumentationen. Dort, wo Verantwortlichkeiten nicht klar niedergeschrieben sind, ist es dann auch immer schwer, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und sie auch für die Gespräche heranzuziehen, die nötig sind, wenn man etwas überprüft.

Über die Umfahrung lag bei der Prüfung keine zusammenhängende Projektdokumentation vor. Aber ein Endbericht wurde in Aussicht gestellt. Na wir werden schauen, bis wohin die Aussicht reichen muss, bis wir diesen Endbericht endlich kriegen und was da wirklich drinnen steht. Was schon auch interessant ist, dass technisch die Tätigkeiten der Abteilung durchaus okay sind.

Also da konnte ja der Landes-Rechnungshof nichts Wesentliches kritisieren. Aber immer wieder das Auffallende planerisch mangelhaft, planerisch unprofessionell. Nun zu den Projektkosten, ja natürlich kann man sagen, wenigstens die Kosten stimmen. An sich habe ich an dem, wie es der Landes-Rechnungshof hier darstellt, nichts auszusetzen, weil die Formulierung hier ist. Die Projektkosten der Umfahrung Schützen unterschritten die Planrechnungen um bis zu 2,2 Millionen Euro.

Was wir noch nicht wissen ist, was alles an Kosten anfällt, was gar nicht in diesen Planrechnungen vorkommt, weil es gar nicht geplant war und weil es Zusatzkosten sind, die eben in einer soliden Planung gar nicht vorweg in der Schätzung aufgetaucht sind. Ein ganz großes Problem waren die Grundlösevereinbarungen. Da gab es handschriftliche Anmerkungen und Änderungen.

Das ist bei so wichtigen Werken der Vereinbarung wirklich nicht besonders ratsam. Dadurch ist auch vieles nicht mehr eindeutig nachvollziehbar. Also, unterm Strich - vieles ist noch offen bei dieser Umfahrung Schützen. Eines ist aber ganz klar, so schlecht wie dieses Projekt, sollen wir bitte keines mehr machen. Es ist ein Musterbeispiel daran, wie man etwas nicht macht. Den Bericht nehmen wir natürlich zur Kenntnis. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Burgenländische Rechnungshof hat den Bau der Umfahrung Schützen am Gebirge der B 50 überprüft. Im vorliegenden Bericht führte der Rechnungshof eine Antragsprüfung durch. Die Antragsteller waren der damalige Klubobmann Robert Hergovich, Abgeordneter Manfred Kölly und der Herr Klubobmann Géza Molnár.

Der Antrag auf eine Gebarungsprüfung war mehr als gerecht und sinnführend, da natürlich Lehren daraus gezogen werden können und müssen, was eben die Kostenplanung und Entwicklung der Baukosten betrifft. Das Umfahrungsprojekt selber war bis zum Ende der Prüfung nicht abgeschlossen beziehungsweise endabgerechnet. Der Prüfungszeitraum erstrecke sich von der Erteilung des Projektauftrages im Jahr 2010 bis 2017.

Das Ergebnis in Zahlen lautet: Die Kosten betrugen im Mai 2017 18,6 Millionen Euro. Ursprünglich waren 20 Millionen Euro geplant, das heißt, die Projektkosten wurden unterschritten. Abrechnungsgrad damals, also beim Bericht, 98 Prozent. Offen hingegen waren bis zum Prüfungsende zum einen eventuelle Kosten aus den noch offenen Wasserrechtsverfahren, zum anderen Kosten aus Vergleichen an die Grundstückseigentümer für die Ablöse und Kosten zu verkehrsberuhigenden Maßnahmen.

Der Rechnungshof hat festgestellt, dass das Land im Zuge des Projektes mehr als 200 Grundablösevereinbarungen abgeschlossen hat. Es wurde auch Enteignung beantragt, damit das Projekt realisiert werden konnte. Im Jahr 2016 wurden diese vom Verwaltungsgerichtshof nach Einsprüchen aufgehoben. Die Aufhebung des Enteignungsbescheides und die damit neuerlich verbundene UVP-Diskussion gründeten auf eine Änderung der Rechtslage durch eine Entscheidung des OGH in einer anderen Rechtssache.

Die Notwendigkeit einer UVP-Pflicht für die Umfahrung wurde dann auf Grund der geänderten Rechtsauslegung neuerlich überprüft. Zu diesem Zeitpunkt war die Umfahrung bereits in Betrieb. Daraufhin wurden Grundablösevergleiche geschlossen. Inklusive Rechtsanwaltskosten betrug die Ablöse laut Rechnungshof 722.000 Euro. Hier sieht der Landes-Rechnungshof Verbesserungspotential sowohl im Projekt-, im Kosten- sowie im Risikomanagement von Straßenbauvorhaben des Landes.

Sehr geehrte Damen und Herren! Für ein solches Bauprojekt waren verschiedene Bewilligungsverfahren, insbesondere nach dem Wasser-, Forst- und Naturschutzrecht notwendig. Schon eben in der Planungsphase hatte sich Widerstand gegen das Projekt formiert. Jeder Schritt zur Umsetzung der Umfahrung Schützen wurde von den Nicht-Befürwortern mit juristischen Mitteln bekämpft beziehungsweise schlechtgeredet.

Die Bewilligung nach dem Wasserrecht hob der Verwaltungsgerichtshof, wie bekannt, auf. Hier verweist der Rechnungshof, dass alleine die Kosten für die Rechtsgutachten, Rechtsberatung und Vertretung sowie der Kostenersatz für Sachverständige und Rechtsanwälte rund 686.000 Euro betragen haben. Kritisch wurde auch die Vergabe von Planungsleistungen gesehen, die ohne Einholung von Vergleichsangeboten vergeben worden sind. Hier handelt es sich um eine Summe von 713.000 Euro.

Zusammenfassend festgehalten ist, dass das Projekt Umfahrung Schützen am Gebirge Gegenstand langer juristischer Auseinandersetzungen war und dass einige sagen, es war eine hervorragende Arbeit, da die Kosten unterschritten wurden, andere orten erhebliches Verbesserungspotential und üben harsche Kritik an der Abwicklung des Projektes.

Vom Landes-Rechnungshof gibt es dazu im Bericht festgehalten 30 Empfehlungen beziehungsweise Verbesserungsvorschläge. Im Teil V des Berichtes befinden sich die Äußerungen der Landesregierung, wo zu verschiedenen Abläufen Stellung genommen wird. Ich will nicht sagen, richtiggestellt wird, aber einiges erklärt wird.

Dass Bauprojekte bekämpft werden, ist nichts Neues. Das hat man auch bei der S7 gesehen und sieht man bei anderen Vorhaben.

Es möchte natürlich auch niemand bei der Verlängerung der A3 über die Bevölkerung drüberfahren, wie man hier fälschlicherweise meint, wie schon heute im Dringlichkeitsantrag rege diskutiert wurde. Die ASFiNAG wird natürlich jeden Aspekt des Projektes mit dem Land, den Gemeinden und der Bevölkerung abstimmen, aber eben alles zur rechten Zeit.

Natürlich gibt es bei solchen Projekten immer Befürworter und kritische Stimmen. Das war auch bei der Umfahrung Schützen so. Auch hier hätte man sich natürlich vorbildlicher oder verständlicher verhalten können, wenn man so will.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der damalige verantwortliche Landesrat Bieler, verantwortlich für die Umfahrung Schützen, der sich heute leider nicht mehr verteidigen kann oder dazu Stellung nehmen kann, hat damals gemeint, was auch ich für richtig empfinde: Die Umfahrung sei nicht eine Investition für die heutige Generation. Straßenbau sei keine Momentaufnahme.

Die Entlastungsstraße ist eine Investition für die Zukunft. Die Umfahrung bringe den Verkehrsteilnehmern der ganzen Region mehr Verkehrssicherheit, einen schnelleren Verkehrsfluss und den Bürgern entlang der Ortsdurchfahrten von Schützen mehr Lebensqualität.

Auch bei der A3 soll in die Verkehrsinfrastruktur und in Verkehrssicherheit investiert werden. Verbesserungspotential gibt es immer und überall. Wenn man sie erkennen will.

In diesem Zusammenhang sind wir natürlich dafür, dass man eben bei den nächsten Projekten hier die Bevölkerung besser einbinden soll und muss, damit die Abläufe natürlich reibungsloser funktionieren.

Wir nehmen den Prüfbericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, M.A. das Wort.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank. Zur Umfahrung Schützen wurde der gesamte Bericht jetzt rezitiert und auch etliche Fakten auf den Tisch gelegt. Für uns ist es entscheidend, dass wir hinter diesem Projekt stehen, weil es wichtig für die Gemeinde und auch eine große Entlastung für die Bürger vor Ort ist.

Die Vorgehensweise bei diesem Projekt im Projektmanagement ist schwer zu hinterfragen, dabei zeigt sich auch die klassische SPÖ-Methode bei diesem Projekt. Der Bericht und die Feststellungen machen dies deutlich. Beinahe wie im Kommunismus werden die Grundeigentümer teilweise enteignet.

Danach werden die Medien zu einer tollen Berichterstattung genötigt und schließlich zieht man vor Gericht, wo man leider verliert, weil man geglaubt hat, man steht über den Dingen und Gesetzen. Wenn man sich ansieht, dass die Rechtsanwalts- und Prozesskosten bis jetzt schon 370.000 Euro verschlungen haben, steht noch im Raum, welche weiteren Kosten verursacht wurden, weil der Bericht nur bis Mitte des Jahres 2017 geht.

Es ist bedenklich, dass im Zuge des Prozesses ein sogenanntes Stillschweigen vereinbart wurde. Dieses Stillschweigen ist mittlerweile Methode der Politik im Burgenland und das können weder die Bürger noch wir nachvollziehen, geschweige denn gutheißen. Keiner weiß nun wirklich über die Abmachungen Bescheid. Keiner weiß Bescheid, wie dieses Projekt am Ende ausgehen wird.

Jetzt wissen wir anhand von diesem Bericht, dass per Mitte 2017 zwar 18 Millionen Euro verschlungen worden sind, aber das Projekt noch lange nicht fertig ist. Es gibt noch viele offene Fragen. Es gibt noch viele Prozesse, die zu führen sind, und in ein paar Jahren sind wir gespannt, wie hoch die Kosten wirklich waren.

Die komplette Durchführung zeigt ein großes Chaos. Das zeigt der Bericht ganz klar und ist auch Sittenbild für diese rote Regierung und deren Verantwortungsträger! Die wenigen Auszüge aus dem Bericht beweisen es plakativ. Die Abwicklung ist leider von vielen Fehlern geprägt.

Offen bleiben die Gesamtkosten, darüber werden wir wahrscheinlich in den nächsten Rechnungshofberichten lesen. Ich hoffe nur, dass die Rechtsanwalts- und Prozesskosten nicht explodieren werden, weil es auf persönlichen Befindlichkeiten beruht, dass man vor Gericht zieht. Wir hoffen hier, dass alle Bescheide, alle Prozesse in gutem Einvernehmen ausgehen, damit die Straße für die Entlastung der Bürger bleibt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Einige Worte doch zu meinen Vorrednern, zur Vorrednerin. Frau Mag.a Petrik hat vorher die Eröffnung der Straße kritisiert, die Eröffnung weil noch Verfahren anhängig sind. Das finde ich eigentlich unglaublich! Was hätten wir tun sollen, die fertige Straße nicht eröffnen?

Die Menschen nicht entlasten? Die Schützenerinnen und Schützener, die Kinder, die Erwachsenen dort nicht entlasten? Hätten wir einfach sagen sollen, die Straße ist zwar fertig, wir sperren sie nicht auf? Ist das Ihr Ernst? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Man eröffnet auch ein Schulgebäude nicht…!)* Also ich glaube, skurriler geht es schon nicht mehr von den GRÜNEN. Aber lassen Sie mich vorweg einiges klarstellen.

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass sie grundsätzlich jeden Bericht des Landes-Rechnungshofes und dessen Empfehlungen sehr, sehr ernst nimmt. Inhaltliche und fachlich sinnvolle Vorschläge finden stets Eingang in die Abläufe der verschiedensten Abteilungen der Landesverwaltung, sodass fortlaufend Verbesserungen vorgenommen werden können.

Das gilt selbstverständlich natürlich auch für den Rechnungshofbericht zur Umfahrung Schützen am Gebirge. Im Detail möchte ich später noch darauf eingehen. Ich möchte Sie aber zuerst noch daran erinnern, warum es überhaupt - das ist heute noch gar nicht gefallen - zu diesem Straßenbauprojekt gekommen ist. Die Ortsdurchfahrt durch

Schützen am Gebirge war die meistbefahrene Ortsdurchfahrt des Burgenlandes. Im Schnitt rollten rund 13.000 Fahrzeuge täglich durch Schützen.

Zu Spitzenzeiten waren es bis zu 18.400 Fahrzeuge pro Tag. Die Folge war, dass die Bevölkerung immer mehr unter dem Lärm, unter den Abgasen des Durchzugsverkehrs litt und auch das Unfallrisiko nicht zu unterschätzen war. Rund dreimal, meine Damen und Herren, dreimal so hoch als in den angrenzenden Freilandabschnitten!

Umso größer war damals die Freude, ich war selbst damals dabei bei der Schützener Bevölkerung, als im Dezember 2014, wie gesagt, die 5,2 km lange Entlastungsstraße freigegeben wurde und übrigens ein halbes Jahr, eben wie gesagt, früher als geplant. Es war alles andere als ein einfach umzusetzendes Projekt, wie wir wissen. Die Gegner der Umfahrungsstraße versuchten, fast jeden Schritt der Umsetzung mit juristischen Mitteln zu bekämpfen.

Mehr als drei Jahre später können wir eine mehr als positive Bilanz ziehen. 75 Prozent weniger Verkehr durch Schützen am Gebirge - 75 Prozent! Mehr Lebensqualität für die Bevölkerung durch Lärm- und Schadstoffentlastung. Weniger Konfliktstoffe beziehungsweise eine geringere Unfallrate und eine signifikante Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Also zusammenfassend kann man feststellen, das wird natürlich auch die Bevölkerung von Schützen am Gebirge bestätigen können, die Umfahrung Schützen ist ein Erfolgsprojekt.

Meine Damen und Herren! Kommen wir nun zum Bericht des Landes-Rechnungshofes, den wir, wie bereits gesagt, sehr, sehr ernst nehmen. Zur allerersten und wichtigsten Frage: Wie schaut es mit den Baukosten aus? Und siehe da, anders als der Herr Abgeordnete Kölly, und das habe ich mir dann rausgesucht, was er gesagt hat, er sprach damals nämlich von 30 Millionen Euro Projektkosten, *(Abg. Manfred Kölly: Es ist ja noch nicht aus.)* 30 Millionen Projektkosten. *(Abg. Manfred Kölly: Reden wir in zwei Jahren weiter.)* Damals wurden die geplanten Gesamtbaukosten von 20 Millionen Euro nicht nur eingehalten, wie wir wissen, sondern sogar um 2,2 Millionen Euro oder elf Prozent unterschritten. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja noch nicht fertig.)*

Das ist nachzulesen im Bericht des Landes-Rechnungshofes, 98 Prozent sind schon finalisiert. Das zeigt von einer sehr guten Arbeit der Straßenbauabteilung des Landes. Dafür möchte ich natürlich unserem Baudirektor Dipl.Ing.(FH) Wolfgang Heckenast und seinem Projektteam herzlich danken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte aber auf einige sehr wichtige Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes eingehen, die fälschlicherweise von Seiten der Opposition als heftige Kritik an die Abwicklung des Projekts umgedeutet wurden.

So empfiehlt der Rechnungshof, Straßenbauprojekten datierte und unterfertigte Projektaufträge zugrunde zu legen. Von Seiten der Baudirektion wird jedoch darauf hingewiesen, dass das geprüfte Projekt organisatorisch innerhalb der Linienorganisation abgewickelt wurde und dass weder der mit der Projektleitung beauftragte Mitarbeiter, noch die weiteren Beteiligten, über Befugnisse außerhalb der Linienorganisation verfügten. Außerdem wurde keine Projektorganisation begründet.

Allerdings finden die Empfehlungen des Rechnungshofes bereits Berücksichtigung für die künftigen Planungen. So sollen sinnvolle Werkzeuge des klassischen Projektmanagements auch in den Prozess der Linienorganisationen übernommen und bei Großprojekten ab einer gewissen Größenordnung auch eigene Projektorganisationen gegründet werden.

Verbesserungspotential orten die Prüfer auch in Projektkosten und Risikomanagement. So sollen Planungskosten von über 1,2 Millionen Euro nur unzureichend Berücksichtigung gefunden haben. Dazu meint die Baudirektion, dass Planungskosten grundsätzlich nicht im Bauprogramm abgebildet werden, allerdings werden seit 2018 projektspezifische Planungskosten mittels Projektstrukturplan erfasst und ins Bauprogramm aufgenommen. Somit können im neuen Programm die Gesamtkosten noch transparenter und übersichtlicher dargestellt werden.

Ein paar Sätze noch zur Kritik von Herrn Abgeordneten Wolf, der meinte, dass für die Vergabe von Planungsleistungen über mehr als 700.000 Euro direkt oder ohne Einholung von Vergleichsangeboten von Landeshauptmann Hans Nießl und Landesrat Bieler, diese auch politisch verantwortlich seien. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich nicht gesagt.)*

Herr Wolf, wenn Sie sich erkundigt hätten, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich gar nicht gesagt.)* hätten Sie erfahren, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Hast Du mir zugehört?)* dass in allen Fällen die Vorgaben des Bundesvergabegesetzes *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat er ja gar nicht gesagt. – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich nie gesagt.)* und des Burgenländischen Vergabeerlasses eingehalten wurden, wobei die landeseigenen Vergabeerlässe strenger sind, als die Bundesgesetzgebung vorsieht.

Meine Damen und Herren! Bei genauem Studium des Landes-Rechnungshofberichtes … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A: 370.000 Euro …. Jetzt sage ich Euch eine Summe. Säufst Du, Alter? Entschuldigung, nehme ich zurück! Nehme ich zurück!)* Bitte? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A: Entschuldigung, das habe ich zurückgenommen.)* Ja, okay. Sagen wir etwas, Frau Präsidentin, oder? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist schon erledigt.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ist schon erledigt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das habe ich wirklich nicht gesagt, bitte. – Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)*

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)*: Okay, passt schon.

Bei genauerem Studium des Landes-Rechnungshofberichtes zur Umfahrung Schützen werden Sie feststellen können, dass das Land die Empfehlung als Grundlage für Verbesserungen sehr ernst nimmt. In vielen Fällen wird von Seiten der Baudirektion auf den Projektendbericht verwiesen. Viele Empfehlungen des Rechnungshofes werden evaluiert und die Prozesse erforderlicherweise angepasst. Viele Empfehlungen wurden und werden auch direkt umgesetzt.

Meine Fraktion wird natürlich diesem Bericht zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der Abgeordnete Wolf meint, er hätte das nicht gesagt. Dem gebe ich jetzt Ausdruck, ich habe das auch als Projektion jetzt empfunden, dass er das gesagt haben sollte. Ich habe es auch nicht gehört. *(Abg. Günter Kovacs: In der Presse ist es gestanden.)* Also nur zur Sicherstellung.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Rechnungshofbericht ist in der Reihe derer, die wir heute besprechen, eigentlich, ohne es jetzt schönreden zu müssen, zu wollen, auch ein Menetekel in besonderer Art.

Ich weiß nicht, warum keiner der sogenannten Redner, die sich um dieses Projekt jetzt in Rechnungshofberichterstattung bemüht haben, den Begriff der Planungskosten nicht hinterfragt hat. Man hinterfragt auch nicht anschließend dann so quasi die Unterschreitung der Plan- und Projektkosten. 2,2 Millionen Euro werden hingestellt, als wäre es quasi der Weisheit letzter Schluss gewesen, sie einzusparen.

Die Frage ist, welchen Ausgangspunkt wähle ich in der sogenannten Plansituation und wenn es sein hätte müssen, wir hätten 25 Millionen Euro Planunkosten angenommen, dann hätten wir es um sieben Millionen unterschritten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tatsache ist, dass das ein prototypisches Beispiel eines Planungs- und Ausführungsprozesses einer Straße war, die aus allen Rudern gelaufen ist.

Und nicht diejenigen waren jetzt die Schuldigen, dass sie sich gewehrt haben und nicht das hingenommen haben, was ihnen aufgetragen wurde, seitens der Planer beziehungsweise der Ausführenden, sondern das waren die Grundstückseigentümer, die die Kraft, den Mut und auch die finanziellen Möglichkeiten aufgebracht haben, in den Gerichtsinstanzen das als ihnen rechtmäßig Zustehende auch zu erlangen.

Dass dann anschließend, bevor es zu irgendetwas gekommen ist, was diese Straße betrifft, die Verantwortlichen quasi in die Knie gegangen sind, weil sie gesehen haben, sie kommen nicht durch, der Wasserrechtsbescheid aufgehoben wurde, die sogenannten Enteignungen damit auch nicht rechtmäßig waren, dass es dann anschließend erst und zuletzt erst zu einer sogenannten Einigungssituation gekommen ist, die nach außen hin verkündet wurde als sogenannter Schlussstrich, der mit Stillschweigen und wie immer auch Vereinbarungen geschlossen wurde, das war quasi nicht jetzt die Ursache für die später oder für die frühzeitige Eröffnung, sondern das hat sich auch nachträglich erst ergeben.

Die Situation des Straßenbaus war vorhanden, man hat aber im Grunde genommen entgegen den normalen Vorgängen bei Straßenbauten nicht ein fertiges Gerüst im Sinne der Rechtssicherheit gehabt, sondern ist dagestanden und musste erst nachträglich festhalten, wir haben es mit Gerichtsverfahren zu tun, mit Verwaltungsgerichtsverfahren zu tun, die im Grunde genommen das gesamte Projekt nicht gefährden, aber auf tönernen Füßen dastehen lassen. Und im Endeffekt, wenn man sich nicht geeinigt hätte, was wäre das Resultat gewesen?

Daher ist unter anderem jetzt der Einigungsfaktor mit der Stiftung Esterházy zu begrüßen, dass dieses Projekt auch umgesetzt wurde und dass der Straßenbau auch für den Verkehrsteilnehmer zur Verfügung steht.

Auf der anderen Seite erwarte ich mir, so wie alle anderen Abgeordneten und alle Bürgerinnen und Bürger, dass die wirklichen wahren Inhalte, die finanzielle Belastung auch so offengelegt wird, dass ein jeder damit umgehen kann.

Meine Damen und Herren! Wir haben es heute schon bei einzelnen Punkten diskutiert, inzwischen ist es gang und gäbe und nicht jetzt an dem Beispiel eines Straßenbaues festzuhalten, dass Gerichts-, Rechtsanwaltskosten bei weitem nicht nur Planungsziele überschreiten, sondern dass sie inzwischen integrierende Bestandteile eines bestimmten Projektes werden. Und zwar in Dimensionen, wo sich ein jeder Normalsterbliche am Kopf greift.

Wenn das in privater Hinsicht passiert, gibt es eigentlich nur den Weg zum Konkursrichter, weil das hält eh keiner durch, wenn er nicht entsprechend Rechtssicherheit abgeschlossen, mit Versicherungen eingegangen ist. Dabei, jetzt an dem Beispiel festgehalten, finden Vorgänge eine Ausführung, die - und das haben einzelne Redner jetzt auch bestätigt - als normale Vorgänge qualifiziert werden.

Meine Damen und Herren! Das Land, die öffentliche Hand, hat nicht nur eine Verpflichtung, wenn sie so ein Projekt auch umsetzt, dass es auf rechtmäßig wirklich stählernen Beinen dasteht, sondern dass es auch in der Umsetzung ohne irgendwelche Einsprüche dann umgesetzt wird.

Wir haben hier ein Beispiel vom Rechnungshof auch dargestellt und aufgezeigt, wo das Projekt in der Abschlusssituation schon gegeben war und anschließend ist erst durch verschiedenste Verfahrenssituationen offengelegt oder schon immer gewusst, dargelegt worden, dass dieses Projekt in bestimmten Bereichen nicht rechtmäßig abgeschlossen ist. Ich meine, das muss man sich einmal trauen.

Tatsache ist, hier hat man sich getraut, weil man im Endeffekt festgehalten hat, egal was es kostet, das ist eh vollkommen wurscht, wir fahren einmal drüber, und wenn man die Straße in der Nutzung hat, dann wird niemand mehr kommen und sagen, na ja, jetzt werden wir sie vielleicht gar nicht eröffnen, jetzt werden wir sie zusperren, jetzt werden wir das Ganze als Teilstück einer Idee unqualifiziert im Raum stehen lassen. Das wäre ja der größte Hohn in der Darstellung gewesen.

Aber es ist eine Vorgangsweise, die nicht nur zu bekritteln ist, sondern die im Vollzug eigentlich aufzeigt, dass solche Straßenprojekte nicht statthaft sind und dass sie so nicht stattfinden dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgesehen von allem - und weil jetzt der Herr Landesrat Doskozil in den Sitzungssaal eingetreten ist - möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, er hat ja mit diesem Straßenbau Schützen eigentlich nur nebenrangig etwas zu tun gehabt, weil sich das in seiner Zeit als sogenannter Verantwortlicher im Verwaltungssinne beim Landeshauptmann zugetragen hat, aber was jetzt quasi in der Beschlussfassung und in der Umsetzung auf dieses Projekt stattfindet, hatte er sehr wohl schon die Finger im Spiel in der Umsetzung auf das sogenannte Generaleinigungsverfahren mit der Stiftung Esterházy. Und über dieses Kapitel ist auch ein Schlussstrich in der Genehmigung und in der Verfahrensabwicklung auf dieses Teilstück der Umfahrung Schützen passiert.

Daher bedanke ich mich nicht nur im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, obwohl es sie einen Haufen Geld kostet, aber im Prinzip ist es wichtig, dass ein Projekt, das stattgefunden hat, auch in der Ausführung möglicherweise jetzt mehr gekostet hat als veranschlagt. auch die Situation, dass befahren werden darf und dass dort Rechtssicherheit geboten ist.

Dafür ein herzliches Dankeschön und die Hoffnung zum Ausdruck, dass die nächsten Straßenbauprojekte in Ihrer Verantwortung so abgewickelt werden, dass sie auch den dementsprechenden Ansatz haben und bis zum Schluss nicht vor Gericht landen müssen, weil im Verfahrensschritte wird das wahrscheinlich nicht ausbleiben, so wie wir heute diskutiert haben, dass ein Straßenbau mit Sicherheit immer wieder nur Probleme beschert. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen.

Es liegt nunmehr keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „B 50 Burgenland Straße Umfahrung Schützen am Gebirge“ wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

11. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1166) betreffend Rechnungsabschluss 2015 (Zahl 21 - 824) (Beilage 1216)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 11. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 1166, betreffend Rechnungsabschluss 2015, Zahl 21 - 824, Beilage 1216, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten um den Bericht. Bitte sehr.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin! Der Landes-Rechnungshofausschusses hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2015 in seiner 13. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2015 zur Kenntnis nehmen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute haben wir Rechnungsprüfungsgeschichten und dergleichen mehr. Ja, ganz wichtige Punkte, und einer der wichtigsten ist der Rechnungsabschluss. Nicht ein Voranschlag, sondern der Rechnungsabschluss zeigt Zahlen und Daten auf, die tatsächlich dann umgesetzt wurden und klar und deutlich heute hier einmal wieder zum Vorschein kommen.

Wenn wir auch hier ein Dankeschön an den Rechnungshof mit seinem Team natürlich, das ist immer eine Riesenaufgabe, das Ganze zu hinterfragen und auch Auskünfte einzuholen und das Ganze auch dementsprechend aufzubereiten.

Rechnungsabschluss 2015, natürlich wieder sehr kritisch hinterfragt vom Rechnungshof im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss 2015, ein Minus aus den Zinstauschgeschäften von rund 7,7 Millionen Euro. Es wurde in der letzten Zeit nicht

einmal zur Diskussion gebracht, sondern ständig, fast bei jeder Landtagssitzung, haben wir das am Tablett. Dann wird immer groß hin und her diskutiert, welche Möglichkeiten gibt es, und dergleichen mehr.

Insgesamt, so das Resultat des Rechnungshofes, entstand dem Land zwischen 2005 und 2015, jetzt muss man sich das auf der Zunge zergehen lassen, ein finanzieller Nachteil aus Zinstauschgeschäften von 51,3 Millionen Euro.

Wenn wir heute diskutieren, Herr Kollege Géza Molnár, 70.000 Euro, wo wir auf unsere Erhöhung verzichten, muss ich mich wirklich fragen, ja, schön, danke, dass wir gemeinsam darauf verzichten, aber wenn man sich diese Summen anschaut, dann muss man schon ein bisserl nervös werden, weil das ist ein Geld, das man sehr wohl in diesem Land, das es höchst notwendig hat, auch dementsprechend auch irgendwo besser einsetzen kann wie mit solchen „Gschichteln“, die uns da vorgelegt werden.

Ich denke auch einmal, die Diskussion um den Ausstieg, wie kann man das eigentlich machen und wie ist die Möglichkeit? Der Herr Landesrat Bieler hat sich immer geweigert, hier irgendwelche Möglichkeiten zu suchen und auch anzudenken, oder vielleicht hat er sie angedacht, aber er hat sie nie zu Ende gedacht. Ich glaube, dass der neue Landesrat Doskozil sehr wohl die Ohren und die Augen offen hat, wie kann man aus dieser Sache herauskommen.

Es ist halt einmal so gewesen, es ist einmal passiert, es wurden diese Beschlüsse eigentlich auch mit der ÖVP gefasst, das muss man jetzt auch klipp und klar einmal sagen, weil sich jetzt hinzustellen und so quasi, wir waren nicht dabei, das lasse ich so nicht mehr stehen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hat auch nie jemand gesagt.)*

Ach, es gibt schon sehr viele, die sagen, wir haben nur einen Grundsatzbeschluss gefasst, was ich nicht nachvollziehen kann und auch nicht will, denn es gibt eine klare Aufstellung dazu, wo sehr wohl die damalige Regierung diesen Beschluss gefasst hat. Unter anderem auch, egal wie immer, man kann ja auch Fehler eingestehen, „nobody is perfect“, da muss man halt schauen, wie man aus diesen Möglichkeiten das Beste machen soll.

Aber sich jetzt herzustellen und quasi so zu tun, nur der Bieler ist schuld *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na sicher!)* und nur der Landeshauptmann ist schuld *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na sicher!)*, ich glaube, das sollte man sich abgewöhnen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Spätestens seit 2010.)*

Es ist so, aber es gibt klare Zustimmung seitens des Landeshauptmann-Stellvertreters Steindl damals, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Verstehst Du es nicht?)* das ist so - ich verstehe das schon, Herr Kollege. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du willst es nicht verstehen.)* Ich verstehe das, aber Ihr stellt Euch immer hin, wie wenn Ihr gerade frisch angefangen hättet.

Ihr ward auch in Regierungsbeteiligung und habt das Ganze mitgemacht, was ja nicht unbedingt negativ sein muss, das muss ich auch dazu sagen, es hat ja sehr viel Positives gegeben, dass sich das Burgenland so entwickelt hat.

Aber man muss halt sehen, dass da einiges passiert ist, und warum soll man nicht dazu eigentlich stehen?

Betreffend die vorgelegten Haftungsnachweise kritisiert der Rechnungshof, dass diese unvollständig waren. Beispielweise war die Verlustbeteiligung des Landes für das bei der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG veranlagte Genussrecht in der Höhe von 225 Millionen nicht enthalten.

Worauf wir dauernd von der Opposition hingewiesen haben, hallo, wie schaut das aus und dergleichen mehr! Hast ja keine Ahnung, Kölly, und du redest schon seit 20 Jahren immer das Gleiche, na ja, wenn immer der gleiche Fehler gemacht wird und wenn das immer das Gleiche ist, dann kann ich nichts anderes dazu sagen. Das ist einmal so!

Weiters die Unternehmensbeteiligung des Landes war im Rechenabschluss 2015 zwar festgehalten, nicht aber die Zahlungsflüsse, die zwischen dem Land und dessen Unternehmen in diesem Jahr angefallen waren.

Dies war nach Ansicht des Rechnungshofes insofern von Bedeutung, da rund 197,4 Millionen Euro der Gesamtausgaben des Landeshaushaltes an direkte und indirekte Beteiligungen flossen. Jetzt sind wir soweit, dass wir jetzt sagen, 80 Firmen tun wir jetzt zusammen, jetzt haben wir da ein tolles Ergebnis, 1,2 Milliarden haben wir Haftungen weg, na das war immer klar, dass das die Bank Burgenland ist, da brauche ich jetzt nicht nachdenken. Das ist einmal so.

Aber damit stelle ich mich nicht in die Medien und sage, wie gut wir sind. 100 haben wir einmal hereingebracht, nächstes Jahr machen wir eine Million. Schauen wir es uns halt einmal an, wie das wirklich funktioniert. Wo sind denn die anderen ausgelagerten Gesellschaften? 80 haben wir jetzt unter einen Hut gebracht! Wo sind die anderen?

Schauen wir es uns einmal an, nächstes Jahr werden wir wieder stehen und sagen, es gibt wieder einige Dinge. Aber ich hoffe, dass wir jetzt das überdenken und dass ein jeder Rechenabschluss - das ist auch heute schon gesagt worden - zum Nachdenken und auch nicht nur zum Nachdenken, dass man auch umsetzt, was vorgeschlagen wird, weil das ist der Sinn der Sache.

Weiters: Die Mängel in der Vermögensrechnung beim Haftungsnachweis behinderten, so der Rechnungshof, eine transparente und aussagekräftige Darstellung des Rechenabschlusses 2015.

Jetzt komme ich zu ein paar Kerndaten: Der ordentliche Haushalt des Rechnungsjahres 2015 schließt mit einer Gesamtsumme von Einnahmen beziehungsweise Ausgaben in der Höhe von 1.205.490.618,27 Euro, damit hat das Land Burgenland 2015 um nahezu 71 Millionen Euro mehr ausgegeben als veranschlagt wurde.

Im außerordentlichen Haushalt belaufen sich die Gesamtsummen von Einnahmen beziehungsweise Ausgaben auf nunmehr 38.903.385,87 Euro, im Vergleich zum Voranschlag wurden mehr als 16 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben.

Das heißt, es summiert sich einiges, das ist ja nicht irgendwo nur so dahergenommen. Aber ich komme dann noch zu den Daten im Detail.

Das Gesamtergebnis 2015 nach Maastricht beträgt laut den vorliegenden Unterlagen 99.029.829,65 Euro.

Ein paar Beispiele für die Mehrausgaben im Rechenabschluss 2015: Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung: In der Landtagsdirektion sind Mehrausgaben in der Höhe von rund 290.000 Euro durch Bedienstete mit Sondervertrag entstanden. Jetzt wechselt man wieder die Büros, jetzt passiert wieder was, ich bin neugierig, was für Verträge noch offen sind und wie das ausschauen wird.

Punkt 2: Der Amtssachaufwand stieg im Vergleich zum Voranschlag um fast 500.000 Euro, was unter anderem auf unvorhersehbare Rechts- und Beratungskosten zurückzuführen ist. Damit sind wir jetzt bei der Umfahrung Schützen am Gebirge. Man hat schon gewusst, es kommt auf uns etwas zu und das ist im Rechenabschluss, ich nehme es an, da drinnen.

Nächster Punkt: Aufgrund von Prämienerhöhung für KFZ-Versicherungen musste der Aufwand für den Dienstwagenbetrieb im Vergleich zum Voranschlag um mehr als 76.000 Euro erhöht werden. Ja okay, 76.000. 70.000 Euro ersparen wir uns jetzt, weil wir unsere Gage nicht erhöhen - ist okay!

Gruppe 4 - soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung: Hier sticht sofort eine Mehrausgabe in der Höhe von mehr als 1,4 Millionen Euro bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung ins Auge. Die Aufwendung für die Mindestsicherung könne jeweils nur grob abgeschätzt werden, sie betrug im Jahr 2013 für das Burgenland bereits fast acht Millionen Euro, für das Jahr 2015 musste mit einem Betrag von mehr als neun Millionen Euro gerechnet werden.

Nächster Punkt: Ein enormer zusätzlicher Budgetposten in dieser Gruppe entstand durch den sprunghaften Anstieg der Zahl der Asylwerber im Jahr 2015. Dadurch musste im Rechenabschluss ein zusätzlicher Betrag von 4.582.000 Euro für die Grundversorgung von Fremden verbucht werden. Ein Teil der Mehrausgaben, mindestens 60 Prozent, wird vom Bund refundiert. Der Differenzbetrag beziehungsweise das Vorstrecken der Mittel muss allerdings vom Land Burgenland finanziert werden.

Insgesamt schlägt die Grundversorgung für Fremde im Jahr 2015 mit nahezu zwölf Millionen Euro zu Buche.

Im Bereich der Wohnbauförderung zeigt der Rechenabschluss, dass in verschiedenen Bereichen Auszahlungen nicht wie geplant in Anspruch genommen wurden und daher die Differenzbeträge einer Rücklage zugeführt wurden. Dies betrifft den Bereich der Wohnbauförderungen mit 17.861.000 Euro.

Die Wohnbeihilfe mit rund 300.000 Euro, die Sanierungsdarlehen mit 3,5 Millionen Euro und die Wohnhaussanierung mit 5,2 Millionen Euro.

Wenn wir immer reden, wir haben die beste Wohnbauförderung, okay, soll so sein, nur wir haben im Budget 116 Millionen Euro drinnen an Wohnbauförderungen und ausgegeben werden an die 70 oder maximal 73 Millionen, der Rest wird irgendwo an Rücklagen gemacht, das heißt, auch dort sollte man vielleicht umdenken.

In diesem Bereich haben wir seitens des Bündnis Liste Burgenland einen Antrag eingebracht, dass man die Ortskerne, wo alte Häuser stehen, wo Ruinen stehen, dass man mit Wohnbaufördergeldern, die man hier als Rücklagen macht und nicht ausgeschüttet werden oder nicht in Anspruch genommen werden, vielleicht dort einen Ansatz findet.

Wir können nicht alles zupflastern, wir können nicht alles verbetonieren, wir müssen schauen, dass wir in den Ortschaften die Häuser dementsprechend, auch die alten Häuser, wieder mit Wohnungen befüllen beziehungsweise auch mit Leuten, die sich in der Ortschaft ansässig machen wollen. Hier bin ich recht dankbar, dass sich die Genossenschaften eigentlich auf diesen Weg gemacht haben und das auch wirklich so umsetzen.

Man muss sagen, OSG und alle wie sie sind, haben das bereits erkannt und setzen das auch um. Ich muss ein herzliches Dankeschön sagen, weil das auch funktioniert.

Aber noch einmal zurück zu dem Antrag, den wir eingebracht haben, man sollte sich Gedanken machen, weil heutzutage das Recyclinggesetz, das neue, wenn ich also ein altes Haus wegreißen muss, kostet das zwischen 30.000 und 50.000 Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie soll sich eine Jungfamilie das leisten können? Jetzt kostet der Baugrund schon zwischen - sage ich, Deutschkreutz - zwischen

30 bis 50 und hier oben 100 bis 200 Euro. Da muss ich mir Gedanken machen, ob ich da nicht ein bisschen Unterstützung seitens der Wohnbauförderung vielleicht einbringen kann. Auch darüber werden wir mit dem Herrn Landesrat diskutieren, ob wir nicht eine Möglichkeit vielleicht doch finden. Da setzen wir uns halt zusammen, alle miteinander, und werden eine Lösung finden, denke ich einmal.

Gruppe 9 - Finanzwirtschaft: Auffällig ist hier, dass ein Betrag von mehr als drei Millionen Euro im Bereich der Bedarfszuweisungen als Zuführung an Rücklagen verbucht wurde.

Aha, Bedarfszuweisungen, wäre natürlich nicht schlecht, wenn wir diese an die Gemeinden und dergleichen mehr aufgeteilt hätten, dass diese wirtschaften können und nicht nur verwalten, sondern auch gestalten könnten.

Die Mehreinnahmen beziehungsweise die nicht verbrauchten Mittel aus der Rücklagenentnahme wurden wiederum der Rücklage zugeführt.

Ich glaube, der Rechenabschluss 2015 zeigt insgesamt nur auf den ersten Blick ein verhältnismäßig ausgeglichenes Bild. Bei näherer Betrachtung bestätigen sich die bereits beobachteten Tendenzen der letzten Jahre, nämlich dass die Sanierung des burgenländischen Haushaltes, Senkung des Schuldenstandes, Verhinderung eines Budgetdefizites aus der Substanz heraus erfolgt.

Dies bedeutet, dass die unbestritten weitersteigenden Ausgaben, die zum Teil auf das Konto des Landes Burgenland gehen, zum anderen Teil aber auch durch die allgemeine Entwicklung bedingt sind, durch ein System von laufender Bildung beziehungsweise Auflösung von Rücklagen gedeckt werden. Das heißt, die ganzen Rücklagen haben wir schon wieder alles aufgelöst.

Dass die Aufgaben steigen, zeigt sich nicht zuletzt durch die enormen Beträge, die 2015 zu einem für die bedarfsorientierte Mindestsicherung - fast neun Millionen, wie erwähnt -, zum anderen Teil für die Grundversorgung von Fremden - zwölf Millionen - zu verbuchen waren. Vor diesem Hintergrund ist es politisch zu hinterfragen, warum im Bereich der öffentlichen Ordnung beziehungsweise Sicherheit so gut wie keine Ausgabenerhöhung zu verzeichnen ist.

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter stellt sich immer her und die Sicherheit ist wichtig. Ja, heute haben wir schon die Diskussionen gehabt. Aber da scheinen die Ausgaben gedeckelt oder was weiß ich, ich verstehe es nicht. Aber wir werden auch dementsprechend Möglichkeiten finden müssen, dass wir ein bisschen anders budgetieren und vielleicht das eine oder andere Geld dafür ausgeben.

Durch die Zuführung von nicht ausbezahlten Wohnbauförderungen in verschiedene Rücklagen bildet das Land rein rechnerisch ebenso einen Polster für seine Budgetkosmetik wie die verbuchten Einnahmen beziehungsweise nicht verbrauchten Mittel für Bedarfszuweisungen in der Höhe von mehr als drei Millionen Euro, die wiederum einer Rücklage zugeführt wurden.

Ich glaube, auch hier sollten wir schauen, dass wir die Gemeinden unterstützen, dass man Möglichkeiten schafft, hier dementsprechend auch Gelder einzusetzen, um noch mehr die Arbeitslosenzahlen zu senken, weil heute haben wir gehört, wir sind auf einem guten Weg, auf einem sehr guten Weg, nur eines muss man schon sagen, das wird nicht fünf Jahre anhalten, sondern vielleicht nur ein, zwei Jahre.

Man muss sich auch wieder Gedanken machen, wie bringt man das unter einen Hut, weil heute haben wir eh die Diskussion mit der „Aktion 20.000“, wo wir auch nur eine Diskussion haben, wie geht man damit eigentlich um.

Ich denke, insgesamt ist es entscheidend, dass man diese Zinstauschgeschäfte einmal andenken sollte oder vielleicht habt Ihr Euch eh schon Gedanken gemacht, wie man damit umgeht, um schlussendlich aus diesem „Drahdiwaberl“ herauszukommen, weil das ist unserer Meinung nach nicht wenig Geld.

Wenn man 53 Millionen in den Sand gesetzt hat, dann sollte man sich wirklich Gedanken machen, das ist wirklich viel Geld für das Land Burgenland. Daher denke ich, dass man - dieser Bericht, dankenswerterweise wieder der Rechnungshof, der sich wirklich massiv bemüht hat, das umzusetzen und auch zu Papier bringt - dem Rechnungshof ein Dankeschön zu sagen hat.

In diesem Sinne werden wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der LBL, bei den GRÜNEN und Beifall des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshofbericht über den Rechnungsabschluss 2015 ist in mehrfacher Hinsicht ein eher historisches Werk. Das Haushaltjahr, um das es geht, ist seit mehr als zwei Jahren zu Ende. Die Regierung, die dieses Haushaltsjahr mit dem Landesvoranschlag 2015 vorbereitet hatte und das Jahr 2015 bestritten hat, die gibt es seit über 2,5 Jahren nicht mehr.

Auch der im Haushaltsjahr und auch noch während der Prüfung verantwortliche Landesrat ist mittlerweile nicht mehr Mitglied der Landesregierung, entsprechend kurz kann ich meine Wortmeldung halten.

Nur sechs Anmerkungen, inhaltlich im Übrigen, Herr Kollege Kölly, haben wir den Rechnungsabschluss behandelt, also die Zahlen, die Sie da zwischendurch genannt haben, waren durchaus nicht neu.

Erste Anmerkung: 2015 war noch ein Jahr ohne Schuldenabbau im Kernhaushalt, aber auch schon ein Jahr ohne Nettoneuverschuldung. Der vom Landes-Rechnungshof in diesem Bericht empfohlene Schuldenabbau im Kernhaushalt ist seit dem Haushaltsjahr 2016 Jahr für Jahr Realität und wird es auch weiterhin bleiben.

Zweite Anmerkung. Dementsprechend sind die im Bericht ausgewiesenen Schuld- und Haftungsstände rein historische Größen. Das hat sich bereits vor allem in den letzten Jahren nach unten entwickelt, das gilt im Übrigen auch für alle anderen Zahlen, historische Größen, wenn der Kollege Kölly da auf inhaltliche Punkte eingegangen ist.

Dritte Anmerkung. Was die immer wieder und aus meiner Sicht zu Recht aufgeworfene Frage der Transparenz angeht, vor allem im Zusammenhang mit dem ausgelagerten Bereich, sind von Bericht zu Bericht und von Rechnungsabschluss zu Rechnungsabschluss Verbesserungen erkennbar, dementsprechend äußert sich meiner Wahrnehmung nach ja auch der Direktor des Landes-Rechnungshofes im Rechnungshofausschuss.

Was konkrete Empfehlungen betrifft, muss man schon auch die Chronologie vor Augen haben. Das, was der Regierung etwa jetzt mit diesem Rechnungshofbericht über

den Rechnungsabschluss 2015 empfohlen wird, das kann die Regierung frühestens mit dem Rechnungsabschluss 2017 umsetzen.

Vierte Anmerkung. Es wurde schon angesprochen, das deutliche Wort des Landes-Rechnungshofes zu den Zinstauschgeschäften. Nicht zum ersten Mal, aber vielleicht deutlicher als in den Vorjahren. Deutliche Worte dazu hat aber auch der neue Finanzlandesrat bereits gefunden. Den erkennbaren Paradigmenwechsel, was dieses Thema angeht, sehr geehrter Herr Landesrat, nehmen wir als Koalitionspartner, das sage ich ausdrücklich, wohlwollend zur Kenntnis. Unsere Unterstützung haben Sie dabei. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Fünfte Anmerkung. In rechtlicher Hinsicht hat der Rechnungsabschluss 2015 entsprochen. Das ist so vom Rechnungshof festgestellt worden.

Sechste Anmerkung. Ich bedanke mich beim Rechnungshof für die Prüfung dieses Rechnungsabschlusses. Ich weiß nicht, wie viele Prüfberichte über Rechnungsabschlüsse wir noch bekommen werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das war es vorerst, weil uns ja ein neues Haushaltsrecht blüht und auf allen Ebenen dementsprechende Vorbereitungen - auch im Landes-Rechnungshof - laufen. Vielen Dank für den Bericht. Wir nehmen ihn gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist ein Bericht aus der Vergangenheit und trotzdem zeigt er auf, welche Vergangenheitsbewältigung wir noch vor uns haben. Ein neues Rechnungslegungssystem durch die neue VRV birgt große Herausforderungen und nimmt die Risiken der Vergangenheit natürlich mit.

Es gibt auf der einen Seite die Vermögensbewertung, die das Land vor große Herausforderungen stellen wird, aber gleichzeitig braucht es auch eine Bewertung der Schuldenverbindlichkeiten, welche das Land aus der Vergangenheit mitzieht.

Hier wird es notwendig sein, all die offenen Baustellen zu beseitigen. Es ist ja mittlerweile schon fast ein Skandal, wenn wir darüber sprechen, dass bis heute durch die Zinsspekulation dem Land 60 Millionen Euro entgangen sind. Wir reden heuer von sieben Millionen Euro pro Jahr, die wir aufgrund dieser Swaps für Zinsspekulationen aufwenden müssen. Auf der anderen Seite geben wir genauso viel Geld für die Bedienung der Verbindlichkeiten unserer Kredite aus. Dafür brauchen wir auch rund 7,5 Millionen Euro. Da hält sich die Waage und das ist schon bedenklich.

Hier wird man zukünftig handeln müssen. Der Rechnungshofbericht spricht im Jahr 2015 davon, dass von der Möglichkeit der vorzeitigen Beendigung kein Gebrauch gemacht wurde. Das ist grob fahrlässig, hier nichts dagegen zu unternehmen und endlich darauf hinweisen, dass es wichtig ist, jetzt zu handeln, als diese Schulden mit ins Jahr 2033 zu nehmen.

Ich möchte nochmals sagen, auch wenn man es schon sehr strapaziert: Wenn wir mit Gewinn aus diesen Zinsspekulationen aussteigen würden, bräuchten wir einen Zinssatz von derzeit zehn Prozent. Diese zehn Prozent, das wissen wir, werden wir bis zum Jahr 2033 wohl eher nicht erreichen. Nur dann kann man sagen, dass diese Zinsspekulationen zumindest eine saubere Null ergeben. Das heißt, wir fordern nach wie

vor, aus diesen Spekulationen auszusteigen, weil wir die Wette längst verloren haben. Wie ein Spielsüchtiger bleiben wir leider auf diesem Spieltisch sitzen, anstatt endlich zu handeln. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein weiterer Punkt sind zum einen auch die Schulden. Wir haben mit all den Landesverbindlichkeiten, die ausgegliedert und ausgelagert wurden, 1,1 Milliarden Schulden. Das ergibt fast 5.000 Euro pro Burgenländer, die wir hier ablegen müssten.

Das ist schon ein stolzer Betrag. Gleichzeitig werden Rücklagen von 350 Millionen Euro ausgewiesen. Wir alle wissen, dass diese Rücklagen zwar nett am Papier sind, aber in keiner Weise kassenmäßig bedeckt sind.

Das heißt, wenn wir diese 350 Millionen Euro bräuchten, beispielsweise für die Bedienung dieser Zinsswaps, müsste man dafür einen Kredit aufnehmen. Da freue ich mich schon auf die neue VRV. Ein System, das genau diese Dinge nicht mehr zulässt. Gleichzeitig gibt es keine Informationen über die Haftungsobergrenze beziehungsweise steht auch in diesem Bericht, dass die Verlustbeteiligung im Zuge der BVOG, also die Haftung von 225 Millionen Euro, nicht in den Haftungsnachweis miteingerechnet wurde.

Das heißt, bei einer Haftungsobergrenze von fast 100 Prozent zeigt das auch, dass es hier in diesem Rechnungsabschluss fehlerhafte Darstellungen gibt.

Wenn ich zu den Unternehmensbeteiligungen weitergehe, dann steht auch in dem Bericht, dass es 86 indirekte Beteiligungen gibt, die nicht im Beteiligungsspiegel ausgewiesen werden. Mag sein, dass man ein bis zwei vergisst, aber bei 86 hat das schon System.

Man muss deshalb hinterfragen, warum diese nicht ausgewiesen werden und warum hier nicht klar ersichtlich ist, wie die Zahlungsflüsse laufen? Es werden rund 15 Prozent des Landesbudgets in ausgegliederte Gesellschaften gezahlt. Das heißt in diesem Fall, die Regierungsparteien beschließen einen Voranschlag, wo 15 Prozent der Summe einfach hinausgetragen werden und niemand hat mehr Kontrolle darüber.

Wenn wir als Opposition die Regierung fragen, was mit diesem Geld passiert ist, dann hören wir immer nur, dass uns das nichts angeht und Privatwirtschaft ist.

Ganz im Gegenteil, hier erkennt man auch, dass dieses Geld weit weg von der Privatwirtschaft ist. Das ist Steuergeld, über das wir als Abgeordnete sehr wohl Bescheid wissen sollten. Aber, hier wird uns der Einblick verwehrt und man versucht, sich mit irgendwelchen Gesetzen herauszuwinden.

Für uns ist das große Intransparenz. Man verwehrt uns den Einblick und damit die Möglichkeit, die notwendige Kontrolle auszuüben. Die vielen Rechnungshofberichte, die heute hier diskutiert wurden, zeigen, dass es viele Empfehlungen in der Vergangenheit gab, die kritikfähige Menschen gerne aufnehmen und daraus Verbesserungen machen und ihre Schlüsse ziehen.

Im Burgenland, in der roten Regierung, ist das leider nicht so. Aber, ich glaube, der Rechnungshof wird weiterhin daran arbeiten und diese Empfehlungen kundtun. Ich bin mir sicher, dass irgendwann der Tag kommen wird, wo diese Empfehlungen auch umgesetzt werden. Ein eklatanter Satz im Rechnungshofbericht zeigt, dass nach Ansicht des Rechnungshofes Transparenz und Aussagekraft des Rechnungsabschlusses 2015 in Frage zu stellen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Damit ist im Prinzip alles gesagt. Leider ist es schade um das beschriebene Papier, weil man sich weder auf die Transparenz, noch auf die Aussagekraft verlassen kann.

Geschätzte Damen und Herren! Bei all diesen Feststellungen hoffen wir auf Verbesserungen durch die neue VRV. Wir nehmen diesen Bericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächsten erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Peter Heger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Peter Heger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Burgenländische Landes-Rechnungshof mit seiner Kontrollfunktion ist enorm wichtig. Deshalb ist es für mich auch selbstverständlich, dem Rechnungshof ein großes Lob für seine Tätigkeit auszusprechen. Direktor Mag. Andreas Mihalits und sein Team leisten wichtige Arbeit für die Burgenländische Landesregierung, den Burgenländischen Landtag und für alle Burgenländerinnen und Burgenländer. Danke dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn wir heute den Bericht des Landes-Rechnungshofes zum Rechnungsabschluss 2015 debattieren, dann müssen wir einige Fixpunkte für diese Debatte betrachten. Wir müssen uns ausschließlich auf das Budgetjahr 2015 konzentrieren, denn dieser Rechnungsabschluss steht heute in unserem Fokus und zur Debatte. Dann müssen wir uns auch vor Augen führen, dass die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 die gesetzliche Grundlage für die Erstellung des Rechnungsabschlusses 2015 ist, und nicht, wie heute schon ein bisschen angedeutet, die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015, denn diese tritt erst im Jahr 2020 in Kraft.

Sehr geehrte Damen und Herren! Vieles wurde heute schon über den Rechnungshofbericht gesagt. Ich werde mich daher auf einige wesentliche Punkte des Rechnungshofberichtes konzentrieren. Obwohl ich sicher bin, dass Sie den Rechnungshofbericht alle gelesen haben, zitiere ich aus den Zusammenfassungen des Rechnungshofberichtes: Der Rechnungsabschluss 2015 entsprach in Form und Gliederung den rechtlichen Rahmenbedingungen im Sinne einer Mindestanforderung. Der Burgenländische Landes-Rechnungshof stellt fest, dass Kassenabschluss und Haushaltsrecht ordnungsgemäß aus dem Buchhaltungssystem abgeleitet werden.

Weiters sagt der Rechnungshof, dass im Rechnungsjahr 2015 die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben in der Höhe von 1.248,3 Millionen Euro eine ausgeglichene Haushaltsrechnung ergaben. Diese ausgeglichene Haushaltsrechnung, und das ist die besonders positive Kernaussage, konnte ohne Aufnahme von Finanzschulden erreicht werden.

Zudem stellt der Burgenländische Landes-Rechnungshof weiter fest, dass entsprechend den Bestimmungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 der Schuldenstand des Landes gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben ist. Per 31.12.2015 betrug dieser 278 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns ausschließlich auf das Jahr 2015 konzentrieren, um wertfrei feststellen zu können, inwieweit Empfehlungen umgesetzt wurden, denn es ist ja grundsätzlich der Sinn der Prüfungen durch den Landes-Rechnungshof, dass es Verbesserungen gibt. Genau deshalb werden diese Empfehlungen gemacht. Aufgrund der Umsetzung dieser Empfehlungen sollen dann insgesamt die gewünschten Verbesserungen eintreten.

Wenn wir uns also heute ausschließlich auf den Rechnungsabschluss 2015 konzentrieren, wenn wir politisch motivierte Interventionen weglassen, wenn wir unter Beachtung aller relevanten Rechtsvorschriften, insbesondere der VRV 1997, den RA 2015 betrachten, dann hat der Burgenländische Landes-Rechnungshof eine äußerst positive Beurteilung abgegeben.

Es ist ein wirklich herzeigbares Ergebnis, auf das wir zu Recht stolz sein können, denn der Burgenländische Landes-Rechnungshof bestätigt, dass alle gesetzlichen Vorgaben im RA 2015 ausnahmslos eingehalten und umgesetzt wurden.

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof erklärt selbst über seine Prüfberichte, dass, und ich zitiere: Diese Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes vordergründig den Anschein erwecken, eher Defizite denn Stärken der geprüften Stellen aufzuzeigen. Daraus soll und kann aber nicht grundsätzlich auf eine mangelhafte Arbeit der geprüften Stellen geschlossen werden. Dies auch dann nicht, wenn nach Auffassung der geprüften Stellen die Darstellung ihrer Stärken in den Hintergrund getreten erscheint. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Tätigkeit des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes soll über die gegebenen Empfehlungen dazu beitragen, das vielfach bereits anerkannte hohe Niveau der Leistungsfähigkeit nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit noch weiter verbessern zu helfen. Natürlich können wir jetzt im Detail nicht alle vorgeschlagenen umgesetzten Empfehlungen darlegen, es gibt aber einige besonders wichtige Empfehlungen, die, und das hat der Rechnungshof auch so festgestellt, umgesetzt worden sind.

Was ist also neu im Bericht zum RA 2015? Zunächst einmal wird die Empfehlung nach mehr Transparenz erfüllt. Über die gesetzlichen Vorgaben nach den VRV 1997 hinaus wurden weitere wesentliche Empfehlungen des Rechnungshofes im Rechnungsabschluss 2015 umgesetzt. So wurde ein Haftungsspiegel beigelegt.

Die Haftungen sind im RA 2015, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Haftungsnehmer, nachzulesen. Auch der Beteiligungsspiegel wurde beigelegt und die Beteiligungen des Landes inklusive der Vereine aufgelistet. Auch die Empfehlungen betreffend Zinstauschgeschäfte werden überaus ernst genommen.

Hier empfiehlt der Burgenländische Landes-Rechnungshof weiterhin die Erarbeitung konkreter Ausstiegsszenarien. Dazu ist wichtig zu sagen, dass ein Ausstiegsszenario derzeit rechtlich geprüft wird. Herr Mag. Wolf! Eines muss ich Ihnen schon sagen: Die ÖVP hat das alles mitbeschlossen und alle drei Zeitzeugen sind heute noch hier anwesend, wie diese Zinsgeschäfte abgeschlossen wurden. Das hat auch der Herr Abgeordnete Kölly sehr deutlich gesagt.

Ich erwähne gerne noch einmal, dass der RA 2015 einen gesunden Finanzhaushalt widerspiegelt. Erstens, das Burgenland steht auf einem stabilen finanziellen Fundament. Der RA 2015 war eine Punktlandung ohne Neuverschuldung.

Das ausgeglichene Haushaltsergebnis war, entsprechend dem Beschluss des Landtages vom 25. 9. 2014, wesentlich von Rücklagengebarung beeinflusst. Das heißt, von der ÖVP mitgetragen, Über den LVA 2015 konnte die Landesregierung unter bestimmten Voraussetzungen nicht verbrauchte Haushaltsmittel einer Rücklage zuführen.

Die Landesregierung bildete im Jahr 2015 Rücklagen im Ausmaß von rund 103,58 Millionen Euro und löste Rücklagen in der Höhe von rund 56,64 Millionen Euro auf.

Das heißt, ohne Berücksichtigung der Rücklagengebarung, also Bildung und Auflösung von Rücklagen im Jahr 2015, würde das Jahresergebnis einen Überschuss von rund 46,94 Millionen Euro ausweisen.

Übersetzt heißt das nichts anderes, als Land, du hast hervorragend gearbeitet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweitens hält der Burgenländische Landes-Rechnungshof betreffend Finanzschulden fest: Der Stand der Finanzschulden des Landes war ein Nachweis über den Schuldenstand, sowie ist der Schuldendienst ersichtlich. Meine Damen und Herren! Sie sehen hier also auch, dass die Empfehlungen der Rechnungshofberichte von der Burgenländischen Landesregierung und Landesrat Bieler absolut ernst genommen und diese Anregungen in vielen Bereichen umgesetzt wurden.

Zu erwähnen ist auch, dass das Burgenland im Rechnungsabschluss 2015 einen Maastricht Überschuss erwirtschaftete, denn auch was das Maastricht Ergebnis 2015 betrifft, legte das Land Burgenland eine tolle Performance hin. Ein Maastricht Überschuss von 99 Millionen Euro als Land zu erwirtschaften, ist umso bemerkenswerter, als ja die Vorgabe für das Burgenland nach dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt genau bei null gelegen war. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Burgenland ist so nebenbei auch Investitionsmeister und das Landesgeld wird nachhaltig für die Zukunft eingesetzt. Standard & Poor‘s bestätigt diese Finanzkraft in Kenntnis aller Verbindlichkeiten inklusive ausgelagerter Gesellschaften.

Zusammenfassend halte ich fest, dass Rot-Blau Schulden abbaut. Die Transparenz wird erhöht. Das Burgenland steht auf einem stabilen finanziellen Fundament. Das heißt, hier im Rechnungsabschluss 2015 sieht man, dass die Finanzabteilung, dass der zuständige Finanzlandesrat, hier die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 auf Punkt und Beistrich umgesetzt hat.

Natürlich kann man sich wünschen, dass die VRV neu, die es erst ab dem Jahr 2020 österreichweit in allen Bundesländern einheitlich geben wird, vorgezogen wird. Das geht aber nicht, weil hier umfassende und umfangreiche Verwaltungsabläufe abgestimmt werden müssen.

Wir haben hier also ein Ergebnis vorliegen, das nach finanzwirtschaftlichen Kriterien alle voranschlagswirksam verrechneten Einnahmen und Ausgaben entsprechend abbildet. Dies ist ein Resultat vorausschauender Budgetplanung, konsequenter Budgetdisziplin und besonders der Einhaltung des Konsolidierungskurses, der auch schon angesprochen wurde, wozu man dem zuständigen Finanzlandesrat Helmut Bieler und der Finanzabteilung gratulieren darf.

Selbstverständlich ist es gut und richtig, dass der Burgenländische Landes-Rechnungshof weitere Empfehlungen in diesem Bericht abgibt. Es ist aber festzuhalten, dass viele der Schlussbemerkungen eigentlich nicht im Sinne der rechtlichen Vorgaben gemacht worden sind. Der Burgenländische Landes-Rechnungshof normiert hier zusätzliche Informationen, die rechtlich derzeit noch nicht erfolgen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Insgesamt betrachtet betreffen die durch den Rechnungshof in seinem Bericht gemachten Empfehlungen oft Dinge, die in der derzeit geltenden VRV nicht gefordert werden. Natürlich ist es legitim, auch darüber hinausgehende Empfehlungen zu treffen. Aber, ich betone noch einmal, der Burgenländische Landes-Rechnungshof attestiert in diesem Prüfbericht, dass der Rechnungsabschluss 2015 ein wirklich sehr positiver Bericht ist.

Ich glaube, dass der Landes-Rechnungshof auch in Zukunft ein notwendiger, ein ganz wesentlicher und unverzichtbarer Begleiter der Burgenländischen Landesregierung, des Landtages und des gesamten Landes sein wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte aber gerade anlässlich des vorliegenden Berichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes auch meinen Dank aussprechen. Viele haben an diesem Bericht mitgearbeitet. Mein Dank gilt aber nicht nur den Mitarbeitern des Rechnungshofes, sondern auch dem Büro vom Landesrat Helmut Bieler.

Sie alle haben, gemeinsam mit der Finanzabteilung, dafür gesorgt, dass die gesetzlichen Vorgaben für die Erstellung des Rechnungsabschlusses auf Punkt und Beistrich eingehalten wurden. Mit dem nochmaligen Verweis auf den positiven und umfassenden Rechnungshofbericht wird meine Fraktion daher diesem vorliegenden Bericht natürlich sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Kollege Heger! Ich bin wahrlich jetzt wortkarg, denn es hat mir die Rede verschlagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Über diese Hofberichterstattung muss man sich wahrlich jetzt einmal fassen, damit man auch wieder in die Reihe kommt. Aber, es ist Ihnen gelungen, denn Sie haben das auf Punkt und Beistrich in der positivsten Form dargestellt, die nur möglich ist, aber, das ist halt so. Es werden sich wahrscheinlich kritische Geister einiges dabei gedacht haben. Ich hoffe es zumindest. Aber, jetzt nur zur Wahrheit und zum Gehalt des Ganzen, das Sie im Vortrag jetzt geliefert haben. Der Bericht des Rechnungshofes über den Rechnungsabschluss 2015 ist, wie es heute schon bezeichnet wurde, ein historischer. Der Kollege Steindl hat, bezogen auf den Kulturbericht gesagt, das ist ein pathologischer Befund.

Sie haben gemeint, es ist eine herausragende Darstellung des Zahlenwerks der Politik. Tatsache ist, dass Sie das ausschließlich ein paarmal in der Wortwahl nur auf 2015 bezogen haben. Das heißt, alles was heute aus diesem Budget 2015, unter anderem, fortwirkt, wie der Kollege Wolf nur auf die Zins-Swaps angesprochen hat, darf ich Ihnen insofern nur kurz vor Augen halten, als damals von 50 oder 51 Millionen Euro die Rede war. Jetzt sind wir im Jahr 2018. Wir bewegen uns, konservativ gerechnet, in der Zins-Swap Situation auf mindestens 65 Millionen Euro. Wenn das quasi nur auf 2015 bezogen ist, dann soll es so sein.

Ich fürchte, wir haben in der Bewältigung noch einiges vor uns. Daher ist es heute durchaus angebracht, darüber zu diskutieren. Wir erleben in der Finanzwirtschaft, indem, was die finanzielle Situation betrifft, einen Paradigmenwechsel. Nämlich, einen Paradigmenwechsel in der Umsetzung von Personen. Der Herr Landesrat Doskozil hat das Finanzressort im Auftrag des Landeshauptmannes übernommen und er hat so etwas in meiner Darstellung übernommen, dass er vorweg genommen, die nächste Verfassungsreform schon geändert oder festgehalten hat.

Wir haben nämlich für 2020 in der Umsetzung auf die nächste Landtagswahl festgeschrieben, dass es nur mehr fünf Landesräte geben wird. Der Herr Landesrat Doskozil hat das vorweg genommen, weil er diese Einschränkung von sieben auf fünf für die nächste Wahl eigentlich so festgehalten hat, dass nur mehr er selbst Landesrat ist. Er

hat alle Aufgaben übernommen, die den anderen Landesräten zugeteilt waren. Er hat eigentlich alles schon auf sich gepackt und ist angefangen von der Gesundheit über die Finanzen, den Straßenbau bis hin zur Kultur verantwortlich. Es werden wahrscheinlich noch ein paar Punkte dazukommen, die er auch noch übernehmen wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, Herr Landeshauptmann, die nächste Verfassungssituation sollte das auch berücksichtigen, weil es nicht notwendig ist, mehr Landesräte als den Herrn Landesrat Doskozil zu haben. *(Abg. Géza Molnár: Wo bleiben dann wir? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihr seid eh zu zweit!)* Ich hoffe nur, dass das, was quasi hier angesprochen wird, bei Ihrer Anwartschaft, die momentan sehr kurz ist, auf die Burgenländische Landesregierung nicht das Schicksal des Prinz Charles in UK voraussteht. Ich hoffe, dass Sie in Ihrer kurzen Amtszeit auch dann die Möglichkeit haben, den Herrn Landeshauptmann zu beerben, weil das eigentlich nach der Auftragsleistung, die Sie sich aufgebürdet haben, nur mehr als statthaft wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir besprechen den Rechnungsabschluss 2015. Dieser Rechnungsabschluss hat, wie es mein Vorredner, der Kollege Heger, gesagt hat, die verschiedensten Darstellungen gehabt, was positiv ausführt, wo es um die Darstellung insgesamt im Rechtssicherheitssinne gegangen ist. Er hat aber auch etwas zutage befördert, was im Endeffekt jeden, der sich in der Causa auskennt, auch einigermaßen traurig macht.

Jetzt abgesehen von den Zins-Swaps. Diese Kapitel im Paradigmenwechsel, den ich vorher angesprochen habe, sollte eigentlich mehr als darauf drängen, dieses Kapitel zu bereinigen, denn wir sollten es nicht so abtun, dass wir für den scheidenden Landesrat noch ein Komturkreuz übergeben, sondern hier ist Sache gefordert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich meine, es kann niemanden, ich weiß nicht, ob es mir alleine egal ist, aber es kann niemanden unter uns, und schon gar nicht den Burgenländern egal sein, dass es hier um Millionen an Euro geht, die im Sinne, wie uns der Herr Alt-Landesrat erklärt hat, entweder als Fixzinsgeschäft zu betrachten sind, oder als Versicherungsleistung.

Nur die Wirklichkeit ist, aus beiden hätten wir eine feststehende Forderung gehabt, die im Endeffekt mit jährlichen Zahlungen Verpflichtungen gehabt hätte. Da haben wir eine Situation, die wir mit risikoavers und mit allen anderen Gegebenheiten als Problem einer reinen Spekulation ansehen müssen. Diesem Kapitel sich zu stellen, ist eine Herausforderung, die jährlich um ein paar Millionen Euro, wie es in diesem Rechnungshofbericht feststeht, um jährlich 7,7 Millionen Euro steigt. Es kann nicht Aufgabe einer verantwortlichen Politik sein, dass ich hier die Augen verschließe und festhalte, das geht niemandem etwas an, das ist eine Sache, die nur unter uns ausgetragen wird.

Wir werden nicht Stillschweigen darüber vereinbaren können. Wir werden es aber auch nicht unter den Tisch kehren können, sondern irgendwann wird es notwendig sein, hier einen Schlussstrich zu ziehen. Dieser Schlussstrich wird sich nicht in die Richtung erweisen, dass man irgendwann einmal festhalten kann, wir werden 6 Prozent oder mehr Zinsen haben, weil wenn das eintritt, dann sind wir auch als Land am Ende. Da brauchen wir keine Zins-Swaps mehr, sondern dann sind wir in der Gesamtfinanzierung eigentlich auf dem Punkt, der angebracht erscheint, dass es so nicht weitergehen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann sich schon etwas gut reden. Man kann sich schon etwas positiv darstellen. Aber, die Wirklichkeit schaut dann oft auch anders aus und man sollte sich eingestehen, dass es hier Änderungen geben muss. Das

wird nicht nur im Sinne der VRV Änderung passieren, sondern es muss auch grundsätzlich etwas passieren, denn ich kann mir nicht nur das zugute schreiben, was quasi jetzt ansteht, dass es sich ergeben hat, wie ich heute schon erwähnt habe, auf die sogenannte Haftungssituation bei der Bank Burgenland, die ausgelaufen ist, denn das war kein Verdienst, sondern das war ein Zeitablauf.

Das habe ich schon in der Situation auf das Budget 2016 festgehalten. Jetzt haben wir es Ende 2017 definitiv erreicht, aber ich kann nicht diese 1 Milliarde Euro, die sich damit quasi wegstreichen lässt, als eine besondere Leistung hervorheben. Es wäre dann eine gewesen, wenn sie schlagend geworden wäre. Dann hätten wir nämlich alle miteinander ganz schön geschaut. Tatsache ist, und das hängt jetzt unmittelbar mit dem Budget zusammen, dass auf der einen Seite festgehalten ist, dass die BVOG, und da darf ich etwas Positives berichten, jetzt für die Sicherheit, für die Rechtssicherheit in der Entnahme von sogenannten 225 Millionen Euro, die im Genussrecht an andere Einrichtungen innerhalb der Landesholding vergeben worden sind, durchaus positiv zu bewerten ist. Und zwar in einem anderen Licht.

Es war prinzipiell auch in diesem Fall anzuwenden. Von der eigenen Firma Geld zu borgen wird weniger riskant. Nämlich, der neue Staatssekretär in Vereinbarung mit dem neuen Finanzminister hat festgehalten, dass Gesellschafter-Verrechnungskonten im Endeffekt keine Zinsgeschäfte im herkömmlichen Sinne oder Leihgeschäfte im herkömmlichen Sinne sind, sondern dass sie, wenn sie mit Zinsen und einem Vertrag ausgestattet sind, durchaus rechtmäßig sein können.

Es kommt aber immer auf die Interpretation des Finanzamtes an. Dabei muss festgehalten werden, ob es sich um ein solches handelt, oder nicht. Diese sogenannte Holding – Konstruktion ist gestern wieder in der Darstellung positiv gepriesen worden. Ich möchte aber einmal eindringlich auf diesen Fall bezogen festhalten, dass wir diese Holding nicht deshalb führen, weil wir jetzt von 180 Gesellschaften 80 in die Holding eingebracht haben, sondern die Holding haben wir nur deswegen begründet, und das sollte auch in einem einfachen Erklärungsprozess offen gelegt werden, weil die Holding eine Möglichkeit ist, gegenüber dem Finanzministerium Geld zu sparen beziehungsweise Geld hereinzubekommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist aus der Gesellschafterkonstruktion der wahre Hintergrund jeder einfachen Form des sogenannten Holding-Geschehens. Eines noch, meine sehr geehrten Damen und Herren: Abseits von allen Gegebenheiten, haben wir das letzte Mal in der Landtagssitzung um die Gegebenheiten diskutiert, dass wir in der neuen Periode der Europäischen Finanzsituation quasi gleichzeitig oder wieder unsere Kohäsionsmittel auch ausreichend zur Verfügung gestellt bekommen wollen. Es ist nämlich interessant, wie sich manches auf ganz eigentümliche Art und Weise immer wieder zuträgt.

Der ORF Burgenland als sogenannter regionaler Berichterstatter ist im Grunde genommen nur dann bereit etwas an die Bevölkerung zu vermitteln, wenn es auch quasi in die Konzeption der politischen Verantwortlichen und in der Darstellung der Inhalte, genehm ist. Tatsache ist, wir haben bei der letzten Sitzung schon darüber gesprochen, dass das BIP pro Kopf in der Bemessung oder in der Statistik Austria insgesamt diese 28.000 Euro ausgemacht hat. Das vorletzte Bundesland, das war das Burgenland, das vorletzte Bundesland war Kärnten, mit zirka 34.000 Euro pro Kopf.

Jetzt gibt es seit gestern etwas, das genau interessanterweise immer nur dort über den ORF vermittelt wird, wo es am besten für das Bundesland aussieht, nämlich in Salzburg, die Vermittlung der sogenannten reichsten Regionen. Bei dieser Darstellung - ich erspare jetzt den gesamten Hintergrund der Europäischen Union - möchte ich nur

fairnesshalber festhalten, dass Bratislava und Prag weit im sogenannten BIP-Pro-Kopf auf den einzelnen Bürger und die einzelne Bürgerin in Wien sind nämlich mit 184 und 182 Prozent. Unter den Bundesländern in Gesamtösterreich erreicht das Burgenland mit 88 Prozent gegenüber dem sogenannten europäischen Durchschnitt den letzten Platz.

Das ist für unsere Kohäsionspolitik und für unsere Ansatzform der beste Antrag, nämlich unter 90, soviel ich weiß, ist die Situation, das wir dann durchaus noch in den legitimen Ansatzbereich kommen, dass uns dabei eine Förderung für die Finanzperiode auch leichter zugestanden wird, als wenn wir über 90 gekommen wären. Alle Darstellungen, die wir heute auch noch in Bezug auf den Arbeitsmarkt diskutieren werden, alle Darstellungen, auch das sogenannte Budget des Bundeslandes Burgenland, alle Darstellungen, auf die Spitzenwerte in allen Bereichen, die unser gesellschaftspolitisches Leben darstellen, sind immer begrüßenswert.

Wir sollten nicht aufhören uns zu loben, weil, das weiß man in der Politik, wenn man sich selbst nicht lobt, es lobt dich kein anderer. Daher ist es nachvollziehbar, wenn dieses Lob in Endeffekt immer in der Form ausgesprochen und dargestellt wird. Wir sollten auch die Kritikfähigkeit aufbringen und das, was nicht in Ordnung ist, auch dort ansprechen, wo es nicht genehm ist.

Ich erinnere im Zusammenhang, mit dieser Darstellung, auf die sogenannten regionalen Abstufungen, daran, dass Manches das erst auf das Positivste für unser Bundesland dargestellt wird, nicht immer so gelungen ist, wie es scheint.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN, LBL und einigen Abgeordneten der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, ich lasse daher über den vorliegenden Antrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von Plätzen zu erheben. –

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2015 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

12. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salomon, Geza Molnar, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1199) gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken (Zahl 21 – 851) (Beilage 1217)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salomon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1199, gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken, Zahl 21 - 851, Beilage 1217.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Brandstätter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Kilian Brandstätter: Danke, Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salomon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred

Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken, in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salomon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Besten Dank, Herr Präsident! Wir hatten heute schon einige Tagesordnungspunkte, wo wir zwar gemeinsam zugestimmt haben, aber doch sehr kontroversiell Diskussion davor hatten. Bei dem Tagesordnungspunkt, glaube ich, sind wir uns alle einig. Es ist recht interessant, weil ich mich im Zuge dieses gemeinsamen Antrags mal wieder etwas intensiver mit der Materie beschäftigt habe und ich draufgekommen bin, dass der Beschluss zum Bau des Atomkraftwerkes Zwentendorf in dem Jahr entschieden oder gefällt wurde in der Bundesregierung mit meinem Geburtsjahr 1969 gleichgesetzt ist. Das heißt, das ist schon sehr lange her.

Fast zehn Jahre später gab es dann die Volksabstimmung, nämlich 1978, wo das damals schon stehende Kraftwerk eigentlich gleich wieder versenkt wurde. Stehen tut es heute noch. Ich bin inzwischen sehr dankbar, ich kann mich gar nicht mehr erinnern, ob meine Erinnerung die ich zu dieser Volksabstimmung noch habe, einfach aus der immer wieder kehrenden Berichterstattung oder aus einem tatsächlichen Bewusstsein, mit neun Jahren wahrscheinlich doch eher nicht, nicht mehr ist, her rührt.

Aber ich bin dankbar, in einem Land leben zu können, wo man sich nicht vor den Gefahren eines Atomkraftwerkes schützen muss, dass es keine Diskussion mehr wert ist, dass wir hier, glaube ich, in diesem Land leben und hier auch einer Meinung sind. Umso wichtiger ist es anderen Ländern hier ein bisschen unter die Arme zu greifen, um es uns gleich zu tun. Zahlen die mir zu denken geben sind, dass es zwar immer weniger Atomkraftwerke gibt, es waren 1989 noch 177 Kraftwerke innerhalb der EU, jetzt sind es nur mehr 126. Auch der Anteil an der erzeugten Energie weltweit ist eigentlich - man sollte es nicht glauben - ein fast ein vernachlässigbarer, nämlich 2,5 Prozent der weltweiten Bruttoenergiemenge wird aus AKWs hergestellt. Zum Vergleich bei der erneuerbaren Energie sind wir inzwischen bei fast 20 Prozent angelangt.

Gerade wenn man diese Zahlen betrachtet, denke ich, müsste es doch auch möglich sein Ländern wie Ungarn und anderen klar zu machen, dass sie hier auf einem Holzweg sind. Neben den größten Problemen die ohnehin bekannt sind bei den Atomkraftwerken Gefahr durch Unfälle, Terrorakte und natürlich auch das große Problem nach wie vor dass es keine Endlagerung gibt, gibt es auch eine Vielzahl von „kleineren" Problemen.

Das größere Problem ist nach wie vor die Endlagerung. Ungarn hatte - weil das am nahe liegendste Kraftwerk für uns das ungarische Paks ist, bis 1996 noch einen Abnahmevertrag mit Russland der gebrauchten Brennelemente. Das gibt es jetzt nicht mehr, das heißt, die suchen ganz dringend eine Zwischen- oder Endlagerstätte. Das ist auch deswegen bekannt, weil eben die Halbwertszeit, also die Zeit wo das radioaktive Material nur mehr halb so viel strahlt 24.000 Jahre beträgt.

Seit mehr als 60 Jahren gibt es Atomenergieerzeugung weltweit. Bis heute hat es kein einziges Land geschafft, eine sichere Lösung für ein Atommülllager zu finden. Deutschland hat es probiert und ist fundamental gescheitert. Deutschland hat ganze 126.000 Fässer mit radioaktivem Müll in einem alten Salzstollen versenkt. Das Problem war nur, nach ein paar Jahren ist dort Wasser eingedrungen und die Gefahr ist jetzt, dass das ausgewaschen wird. Wie die das Problem jetzt lösen ist glaube ich nicht einmal noch klar.

Die „kleineren“ Probleme, die ich zuerst angesprochen habe sind, auch im Normalbetrieb gibt ein Reaktor radioaktive Strahlung frei, setzt es frei, trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen, die heute üblich sind. Vor allem einmal im Jahr, wenn die Brennelemente ausgetauscht werden, dann ist es noch stärker und natürlich bei, und leider kommen die auch regelmäßig vor, bei kleineren und größeren Störfällen, europaweit, weltweit, da kommt es natürlich zu wesentlich mehr Strahlungen.

Zu Paks vielleicht noch kurz. Das Kraftwerk, das inzwischen eigentlich veraltete Reaktoren hat, nämlich 30 Jahre alte, das ist eigentlich die normale Zeit in der man die verwendet, dann sollten sie eigentlich runterfahren werden und nicht mehr verwendet werden. Die Ungarn haben jetzt vor, weitere 20 Jahre das zu betreiben und gleichzeitig eben das Kraftwerk auszubauen beziehungsweise neue Reaktoren hinzustellen. Das dauert natürlich noch sehr lange, das heißt, die alten werden noch ziemlich lange laufen.

Was wäre nötig? Eigentlich wäre es notwendig von der EU Angebote an Länder die ihre Atomkraftreaktoren erneuern, ausbauen, hier betreffend erneuerbarer Energie gescheite Angebote zu bringen. Ein Gegengewicht zu bringen, zu Russland die ja den Ausbau von Paks II finanzieren sollen und hier attraktive Alternativen zu bewerkstelligen.

Ich hoffe, dass da unsere Landesregierung, die gerade wieder nicht da ist, mit unserem Nachbarland Ungarn massiv versucht hier auch Alternativen aufzuzeigen und hier einen intensiven Austausch hat.

Zur EURATOM: Hier gibt es leider zu wenig Bestrebungen aus dieser Organisation auszusteigen. Es gibt jetzt wieder einen neuen Anlauf seitens des Landesrats in Oberösterreich, Rudi Anschober, der seit Jahren schon in der Anti-Atom-Bewegung aktiv ist, dass man im Idealfall, natürlich mit anderen Ländern, ich denke da vor allem an Deutschland, die ja auch nach wie vor im Ausstieg aus der Atomkraft sind, dass man hier aus dem EURATOM-Vertrag aussteigt. Das kostet irrsinnig viel Geld und es ist nach wie vor mehr oder weniger Lobbying-Organisation für Atomkraft.

In unserem Antrag ist es eh zweimal erwähnt, in unserem gemeinsamen, und die Überlebung dass man diese EURATOM-Gelder und die Institution umwandelt in eine Ausstiegsvereinigung wäre hier eigentlich naheliegend. Vielleicht noch kurz zu dieser sogenannten Halbwertszeit. Da die 24.000 Jahre beträgt, ist es notwendig Endlagerstätten zu finden, die 240.000 Jahre sicher sind. Das ist eigentlich unmöglich.

Nur zum Vergleich, die Steinzeit liegt 10.000 Jahre zurück. Also wir sprechen hier von Zeitrahmen wo man absolut nicht weiß, selbst wenn man das noch so tief in der Erde verankert, was dort passiert. Ein sicheres Endlager gibt es einfach nicht. Und allein

deswegen ist es notwendig Atomkraft abzulehnen, europaweit dagegen zu kämpfen, international dagegen zu kämpfen. Mit diesem Antrag heute haben wir gemeinsam wieder hoffentlich einen Anstoß, hier nicht nur die Bundesregierung aufzurufen etwas zu tun, sondern auch selbst mit unseren Nachbarn in Kontakt zu treten und hier die Atomkraft dorthin zu bringen wo sie hingehört, nämlich in das fossile Zeitalter das längst abgelaufen ist, denn auch Uran ist kein nachwachsender Rohstoff.

Es gibt dort sehr unterschiedliche Auslegungen. Aber es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahrzehnten es nicht ausreichend Uran geben wird um diese Kraftwerke auch zu betreiben. Allein daher ist Atomkraft keine zukunftsfähige Alternative.

Es ist auch keine Alternative für den Klimaschutz. Atomkraft ist nicht klimaschonend. Das zeigt sich schon allein darin, dass wie gesagt - wie ich zu Beginn gesagt habe - der Anteil an der Energieerzeugung dermaßen gering ist, dass man damit auch nicht wirklich Klimaschutz betreiben kann.

Wir werden diesen Antrag natürlich unterstützen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist traurig, dass wir trotz aller Ereignisse in den letzten Jahrzehnten noch immer darauf hinweisen müssen, dass die Energiegewinnung aus Atomkraft nicht nur extrem gefährlich sondern auch extrem gesundheitsschädlich ist.

Die EU spricht zwar von Umweltschutz und zwingt uns mittlerweile schon mit perfiden Richtlinie auf den Umweltschutz zu achten. Gleichzeitig wird von Brüssel der Ausbau von Atomkraftwerken gefördert. Das Burgenland hat sich bereits in der Vergangenheit einige Male für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft ausgesprochen. Gerade uns Burgenländern ist der Ausstieg ein besonderes Anliegen. Sind wir doch durch einige, in Grenznähe liegende, veraltete Kraftwerke besonders gefährdet.

Hier ist eine transnationale Zusammenarbeit oberstes Gebot. Das Ziel muss sein, Stilllegung aller Kraftwerke bei gleichzeitiger Forcierung der nachhaltigen Energiegewinnung. Das Burgenland zeigt vor wie es geht, und nimmt bei der nachhaltigen Energiegewinnung schon länger eine Vorreiterrolle ein.

Ich freue mich sehr, dass sich unsere Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm klar und deutlich gegen Atomkraft ausgesprochen hat. Ich darf hier einen Ausschnitt aus dem aktuellen Regierungsprogramm zitieren, woraus deutlich die Anti-Atom-Linie ersichtlich ist.

Wir setzen alle internationalen Verträge zum Klimaschutz, Kyoto, Paris, et cetera um und beachten die UN Nachhaltigkeitsziele. Wir sehen darin nicht nur die Verantwortung für einen konsequenten Dekarbonisierungspfad bis 2050, sondern auch die besondere Verantwortung Österreichs, sich dafür einzusetzen, dass auch weiterhin keine finanziellen Mittel für die Atomkraft bereitgestellt werden und die Agenda 2030 gesamtstaatlich berücksichtigt wird.

Über den Finanzmarkt werden wir durch verschiedene Finanzinstrumente, wie zum Beispiel Greenbones und Maßnahmen zur Erleichterung von nachhaltigen Investitionen,

sowohl für institutionelle, als auch für private Anleger konkrete Investitionsmöglichkeiten für grüne Technologien und Projekte eröffnen. Atomkraft ist keine Antwort auf den Klimawandel und diese Position wird Österreich auf allen Ebenen konsequent vertreten. Damit sind wir auf dem richtigen Weg den Damen und Herren in Brüssel einmal zu sagen, dass es so nicht geht.

Wir sind Teil der EU, ja, das stimmt. Aber wir werden uns sicher nicht dazu zwingen lassen, weiterhin Atomenergie zu finanzieren. Österreich setzt seinen Anti-Atom-Weg konsequent fort, indem die Bundesregierung für die Förderung erneuerbarer Energieträger und nachhaltiger Energieerzeugung sowie für die Steigerung der Energieeffizienz eintritt. Sie wird aufgefordert, auf europäischer und internationaler Ebene weiterhin gegen die Kernenergienutzung aufzutreten und auf die ständige Verbesserung der nuklearen Sicherheit zu drängen.

Wir werden, und da ist in erster Linie die Bundesregierung gefordert, gemeinsam alles in unserer Macht stehende unternehmen, dass dieser Wahnsinn aufhört.

Wir im Burgenland gehen den Anti-Atom-Weg und fordern die Bundesregierung daher auf, sich vehement für diesen Weg auch in Brüssel einzusetzen.

Danke*. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen gleich vorweg sagen, die ÖVP Fraktion stimmt diesem Antrag zu. Ich darf einleitend festhalten, es gab ja bereits zwei Anträge zu diesem Thema. Der erste Antrag war am 14. April 2016 - einstimmig. Auch alle fünf im Hohen Haus vertretenen Parteien haben hier einen gemeinsamen Antrag eingebracht, damals noch ohne den Passus EURATOM.

Im zweiten Antrag, wenige Monate später, nämlich am 14. September 2016, waren es dann die SPÖ, die FPÖ, die GRÜNEN und die LBL, die am Antrag als Antragsteller genannt sind, und danach gab es in fünf und sechs Punkten eine einstimmige Annahme und bei einem Punkt, beim Thema EURATOM war der Abgeordnete Steier und die ÖVP nicht dabei.

Ich habe das deutlich angesprochen, in einem persönlichen Gespräch, und auch deutlich im Ausschuss gesagt. Ich glaube, gerade bei derartig wichtigen gesellschaftspolitischen Themen, Beispiel Rotes Kreuz, wo wir gemeinsam die Vorgangsweise gewählt haben.

Oder auch hier bei einer Initiative, wo wir uns ganz klar gegen eine Energiequelle Atom entscheiden und auch aussprechen, wäre es sinnvoll, wenn alle Fraktionen die Möglichkeit bekommen dabei zu sein. Ich habe das klar deponiert. Ich habe auch eine klare Antwort bekommen. In Zukunft wird man da wieder andere Wege gehen.

Meine Fraktion wird zustimmen. Wiewohl wir, und das möchte ich anmerken, es schon für eine große Herausforderung finden, wenn die Landesregierung aufgefordert wird, die Bundesregierung damit zu beauftragen, die EURATOM-Verträge neu zu verhandeln, und einen Ausstieg zu erreichen.

Ich glaube, wir sind uns einig, das ist vielleicht ein hehrer Wunsch, aber der Realität entsprechend wird das schwierig sein bei 27 EU-Staaten die Grundsatzverträge der Europäischen Gemeinschaft hier neu zu verhandeln.

Meine Fraktion stimmt zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vergangenen Montag fand im Bezirk Neusiedl der erste Stammtisch der SPÖ Umweltgemeinderätinnen und Umweltgemeinderäte statt.

Im Mittelpunkt stand die Vernetzung der Umweltsprecher, insbesondere der gegenseitige Austausch von bereits realisierten Projekten in den Gemeinden. Es ist mir ein besonderes Anliegen, diese Verflechtung der Interessen der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte voranzutreiben. Denn nur wir alle gemeinsam, gemeinsam mit den Gemeinden, können unsere Umwelt und Natur vor weiteren Schäden schützen.

Ich möchte auf ein Thema eingehen, welches wir auch bei unserem Stammtisch besprochen haben, das auch nur gemeinsam gelöst werden kann, das Thema Atomkraft. 14 Atomkraftwerke existieren rund um Österreich. Vier davon in der Nähe des Burgenlandes. Wir im Burgenland haben nicht nur kein AKW, sondern zeigen genau den entgegengesetzten Weg vor, nämlich mit sauberer Energie aus Windkraft.

Dennoch stellt jedes dieser AKWs in Österreichs Umgebung ein hohes Risiko dar. Spätestens seit Tschernobyl weiß man, dass Strahlung keine Grenzen kennt. Abschirmen, das ist unmöglich. Jeder dieser Reaktoren in der Nähe Österreichs und dem Burgenland, Mochovce, Paks, Bohunice, Dukovany, und wie sie alle heißen, sind ein Hochrisikofaktor für unsere Natur und für unsere Bewohner. Denn auch im Normalbetrieb kommt es immer wieder zu kleineren oder größeren Störfällen.

Ganz zu schweigen von den Katastrophen, die schon auf dieser Welt passiert sind. Man denke nur an Tschernobyl und Fukushima. Dennoch betreiben 14 der 28 EU Staaten Atomkraftwerke und noch immer sind 126 in Betrieb.

Und gerade deshalb ist es wichtig, dass wir uns lautstark dagegen wehren. Es gibt da ein Sprichwort: Es muss zuerst etwas passieren, damit man gescheiter wird. Im Zusammenhang mit Atomkraft trifft das allerdings scheinbar leider nicht zu. Denn es ist schon genug passiert mit fatalen Auswirkungen. Daher darf es nicht so weit kommen, dass wieder etwas passiert. Europa muss auf Atomkraft verzichten, damit nachfolgenden Generationen ein Super-GAU erspart bleibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ und den GRÜNEN)*

Man muss hier vorbeugend Maßnahmen setzen. Agieren statt reagieren, das ist die Devise. Damit meine ich, die AKWs lieber heute als morgen abzuschalten. Ich erinnere mich auch gern an das Volksbegehren „RAUS aus EURATOM“ im Jahr 2011 zurück.

Damals habe ich mich als SJ-Landesvorsitzender gemeinsam mit dem ehemaligen SJ-Landessekretär Martin Giefing für das Volksbegehren eingesetzt. Die SPÖ Burgenland mit Landeshauptmann Hans Nießl mit dem damaligen Klubobmann und heutigen Landtagspräsidenten Christian Illedits, mit der Strahlenschutzbeauftragten Verena Dunst, haben sich damals für dieses Volksbegehren stark gemacht.

Da gab es aber auch andere, die einen EURATOM-Ausstieg als völlig kontraproduktiv bezeichneten, und die Atomlobby weiter finanzierten. Weil angeblich Österreich bei einem Austritt von der Informationskette abgeschnitten sei. Darunter war zum Beispiel auch der ÖVP Kollege Nikolaus Berlakovich, damals Umweltminister und heute, wie wir gehört haben, Spitzenkandidat des Bauernbundes. Ich habe das damals schon für grotesk empfunden und auch heute noch immer.

Wir finanzieren die Schrottmeiler mit, mit über einer halben Milliarde Euro, seit dem EU-Beitritt, damit wir eine Information erhalten. Wenn dann die Wolke zu uns unterwegs ist, dann bekommen wir die Information. Dann wenn es zu spät ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, der Weg im Sinne der Menschen und der Umwelt wäre es, den Hahn abzudrehen, diese Reaktoren mit keinem einzigen Cent mehr mitzufinanzieren. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Dieses Geld wäre besser als Investition für erneuerbare Energien aufgehoben. Umso mehr freut es mich, dass wir heute mit diesem Entschließungsantrag ein gemeinsames Zeichen setzen werden gegen Atomkraft.

Ich sage „Raus aus EURATOM, keinen einzigen Cent dieser Atomlobby“. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Danke, dass ich doch ein paar Worte sprechen kann zu diesem Antrag. *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na, wenn wir schon beieinander sind. – Abg. Doris Prohaska: 16 Minuten aber nicht.)* Ich denke, dass das Burgenland am richtigen Weg ist, Frau Kollegin. *(Abg. Ingrid Salamon: Da sind wir uns einig.)* Da sind Sie auch meiner Meinung? *(Abg. Doris Prohaska: Natürlich.)*

Wir haben auf Alternativenergie gesetzt, Windenergie, auch Heizwerke, Fernheizwerke mit Holzschnitzelanlagen und dergleichen mehr. Photovoltaik, werte Kolleginnen und Kollegen, aber, und jetzt kommt das „aber“ von der ganzen Situation, wie heute schon erwähnt wurde, EURATOM ist natürlich auch gesponsert von unseren Geldern, wenn man es genau nimmt, und da haben sehr Viele auch zugestimmt.

Das gehört eingedämmt oder nicht mehr auch forciert. Daher glaube ich, dass wir als Burgenland den richtigen Weg eingeschlagen haben. Auch ich in Deutschkreutz habe Mühe gehabt, mit Alternativenergie die Leute zu überzeugen. Mit Windkraftanlagen, wo viele politische Parteien dagegen waren und sogar viel Landwirte und Weinbauern. Ich musste eine Volksbefragung abhalten und habe damit die Leute überzeugen können, dass wir am richtigen Weg sind. Ich möchte mich da auch gleichzeitig bedanken.

Aber es gibt ja eine neue Regierung und hier entnehme ich einem Medienbericht „Klage wird Meiler stoppen, russische Milliardenförderung für Paks II, Kampf gegen AKW in Grenznähe“, sagt die Umweltministerin Elisabeth Köstinger zur Kronen Zeitung. Wir werden gegen Paks II jedes nur denkbare Mittel ergreifen. Die am Donnerstag eingebrachte Klage vor dem Europäischen Gerichtshof ist nur ein Anfang.

Ich bin guter Dinge, dass man da gemeinsam einen Weg finden wird, dass das nicht passiert. Ich bin guter Hoffnung, dass das so eintreten wird, wie es auch in den Medien geschrieben ist. Wenn ich mir dann denke, dass der Herr Kurz, seines Zeichens Bundeskanzler, mit dem Putin beieinander war, gestern oder vorgestern, ich weiß gar

nicht mehr wann, oder ist er heute noch mit ihm beieinander, dann wird er ja auch dieses Thema ansprechen, dass genau diese Punkte da auch diskutiert werden.

Daher glaube ich, dass dieser Antrag im Endeffekt allen Fraktionen normalerweise im Vorfeld zukommen hätten sollen. Da bin ich bei der ÖVP, keine Diskussion, aber auch beim Kollegen Steier, weil sich sicherlich auch hier, wenn man sich zusammensetzt, dann auch, selbstverständlich, auch alle mitgehen werden.

Daher bin ich der Überzeugung, dass das ein einstimmiger Beschluss wieder wird. Ich bin froh, dass wir diese Richtung einschlagen. Ich wünsche uns eine atomfreie Zeit, ein atomfreies, wirklich schönes Burgenland.

Danke. *(Beifall bei der LBL, GRÜNE, einigen Abgeordneten der SPÖ, FPÖ, ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Danke. Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken ist somit einstimmig gefasst.

13. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1198) betreffend die Ausschöpfung von Übergangsfristen zum Schutz des burgenländischen Arbeitsmarktes (Zahl 21 - 850) (Beilage 1218)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 13. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1198, betreffend die Ausschöpfung von Übergangsfristen zum Schutz des burgenländischen Arbeitsmarktes, Zahl 21 - 850, Beilage 1218.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausschöpfung von Übergangsfristen zum Schutz des burgenländischen Arbeitsmarktes, in seiner 25. Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ausschöpfung von Übergangsfristen zum Schutz des burgenländischen Arbeitsmarktes die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Herr Landesrat! Verehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen, liebe alle auf der Tribüne! Jetzt habe ich etwas mehr Zeit, weil jetzt sind wir nicht bei zehn Minuten wie bei der Dringlichen, sondern jetzt können wir, meine ich, ein bisschen ausholen. *(Abg. Manfred Kölly: Es regnet!)*

Es regnet. Genau, Herr Abgeordneter, regnerisches Wetter. Wir wollen, oder der Landtag will, so denke ich mir, werden wir auch diesen Tagesordnungspunkt gemeinsam beschließen, dass die Landesregierung an die Bundesregierung herantritt, um den heimischen Arbeitsmarkt durch Ausschöpfung der siebenjährigen Übergangszeit für Kroatien zu schützen, aber auch dass auf EU-Ebene die Einführung einer Schutzklausel für temporäre und sektorale Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit in exponierten Branchen umgesetzt wird.

Das müssen wir wollen. Das müssen wir wollen zum Schutz für unseren Arbeitsmarkt. Das müssen wir auch wollen, um die Gesamtfrist, die uns ja nach EU-Recht zusteht, nämlich die sieben Jahre nach Beitritt Kroatiens, und die sind 2013 beigetreten, bis 2020 wäre diese Schutzfrist möglich. Wenn wir das jetzt nicht wollen und die Bundesregierung hier im Prinzip nicht vorspricht, oder die Landesregierung hier nicht vorspricht bei der Bundesregierung, dann könnte uns schon jetzt im Juli 2018 diese Schutzfrist abhandenkommen und der Arbeitsmarkt bei uns, ganz besonders im Burgenland, gefährdet werden.

Warum ist das für uns so wichtig? Weil gerade wir hier im Burgenland ein besonders betroffener Bereich sind, wo eben von einer positiven Entwicklung der Wirtschaft wir davon ausgehen müssen, dass hier der erste Druck in Richtung uns kommt, der Verdrängungsdruck, weil wir halt, und der Herr Landesrat hat es heute schon vorweggenommen, der Herr Landesrat Doskozil, an der sogenannten, oder immer wieder zitierten „Wohlstandskante“ leben, und wir die Wohlstandskante darstellen, und damit auch der Sog in die Richtung gegeben ist.

In den exponierten Bereichen, im hohen Verdrängungsdruck wie beispielsweise dem Baubereich, darf daher die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auch nach der Arbeitsmarktöffnung kein Tabu sein, also auch nach dem Jahr 2020 darf es kein Tabu sein.

Daher auch diese Forderung hinsichtlich der Einführung dieser Schutzklausel. Ich glaube, dass wir hier einvernehmlich, und davon gehe ich einmal aus, weil ich weiß jetzt nicht, wie die eine oder andere Fraktion das dem burgenländischen Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmerin, beziehungsweise dem Burgenländer oder der Burgenländerin erklären kann, warum wir es zulassen wollen solange es wir rechtlich verhindern können, dass die Arbeitsplätze, die wir schaffen, auch im Prinzip für Burgenländerinnen und Burgenländer da sein sollen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer gemeldet.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wohl wichtigste Datum für Österreich und den Beziehungen zur Europäischen Union, der Beitritt natürlich war der Wichtigste, war der 12. Juni 1994. Das war jener Tag, wo abgestimmt wurde.

Soll Österreich der Europäischen Union beitreten? Anderes wichtiges Datum an diesem Tag war, der Herr Landeshauptmann hat da Geburtstag, der war da gerade einmal, glaube ich, 43 Jahre alt. Bürgermeister von Frauenkirchen. Das ist alles schon sehr lange her. Aber es war damals eine wichtige Entscheidung, dass die Österreicherinnen und Österreich bei einer Wahlbeteiligung von 82 Prozent mit 66 Prozent für den Beitritt zur EU gestimmt haben. Die Burgenländer zu 75 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Zustimmungsgrad zur EU hat sich im Wesentlichen nicht verändert. Wenn man sich die Umfragen anschaut, einmal drei Prozent mehr, einmal drei Prozent weniger, aber im Großen und Ganzen ist die österreichische Bevölkerung pro europäisch eingestellt. Wenn ich manche Tageszeitungen lese und aufschlage, denke ich mir, zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher sind gegen die Europäische Union. Das heißt, die veröffentlichte Meinung und die tatsächlich vorherrschende Meinung korrelieren hier nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen uns schon vor Augen führen, was uns diese EU insgesamt gebracht hat. Ich habe heute schon von einem Binnenmarkt gesprochen, den Jacques Delors vor 25 Jahre eingeführt hat.

Dieser Binnenmarkt hat uns einen Wohlstand gebracht, den wir nie ohne diesen Binnenmarkt hätten erreichen können. 70, 72 ja 73 Jahre Frieden sind eine Selbstverständlichkeit? Nein, ist keine Selbstverständlichkeit. Ist eine Errungenschaft dieser Europäische Union, in dem Staaten wirtschaftlich so miteinander verflochten werden, dass sie eigentlich nicht mehr Krieg führen können gegeneinander.

Auf der anderen Seite haben wir heute einen Grünen Bericht diskutiert, das möchte ich noch kurz einschieben, ich wollte mich da nicht zu Wort melden, aber es ist mir im Ohr hängen geblieben.

40 Prozent der Förderungen der Europäischen Union bekommt die Landwirtschaft. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landwirtschaft ist eine der wenigen Dinge, die gemeinschaftlich von der Europäischen Union organsiert werden. *(Abg. Walter Temmel: Genau, so ist es!)* Wenn Sie zusammenrechnen was alle anderen Berufsgruppen ganz einfach brauchen, nicht nur an Förderungen.

Ob das die Bauern sind, ob das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, ob das die Rauchfangkehrer, die Transporter und so weiter, europaweit zusammenrechnen mit den nationalen und Länderförderungen dazu, dann werden Sie zum Ergebnis kommen, dass die Landwirtschaft insgesamt vom Europäischen Kuchen gesamt 0,5 Prozent bekommt. Das ist ungefähr die Bevölkerungsgröße dieses Berufsstandes und das ist, glaube ich, eine gute Sache, dass es europaweit und gemeinschaftlich insofern gemacht wird, weil Preisdumpingprobleme hier am besten hintangehalten werden.

Mir war wichtig, dass ich diese Zahl heute auch hier richtigstelle. Die Frau Landesrätin hat sich geoutet, sie will den Bauernbund am 11. März abwählen.

Ich wünsche ihr alles Gute bei der Kammerwahl. Der Kollege Sodl, habe ich gehört, ist noch zu gewinnen, er ist sich noch nicht sicher. *(Abg. Walter Temmel: Er wird, er wird!)* Er wird stimmen. Das freut uns, Herr Kollege Sodl, wenn Sie den Bauernbund unterstützen. Sie wissen, wo die Bauern ihre Anliegen am besten aufgehoben haben. Wir werden also alles tun, damit der Bauernbund ein gutes Ergebnis erreichen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zurück zu dem Thema was uns heute hier bewegt. Ein Datum möchte ich noch sagen bevor ich zu dem Antrag komme. Der 23. Juni 2016. Dieser 23. Juni wird mir deshalb immer in Erinnerung bleiben, weil dies der Tag war, wo das Vereinigte Königreich abgestimmt hat.

Leave or Remain? Verbleiben in der EU oder sie zu verlassen? Vier Zahlen sage ich Ihnen. 17 Millionen Engländer haben für den Austritt, für Leave, gestimmt. 16 Millionen haben dafür gestimmt zu verbleiben in der EU. 13 Millionen sind zu Hause geblieben.

Von diesen 13 Millionen sind insgesamt mehr als die Hälfte, also ungefähr sieben Millionen zwischen 18 und 26 Jahren die zu mehr als zwei Drittel pro europäisch eingestellt sind. Das heißt, wenn nur die Hälfte hingegangen wäre, wäre ein ganz anderes Ergebnis gewesen. Das ist aber genau jene Personengruppe, die in den nächsten 50, 60 Jahren mit oder ohne EU leben wird, allen anderen wünsche ich auch ein langes Leben, es wird biologisch nicht so lange sein.

Was möchte ich damit sagen? Damit möchte ich sagen, dass bei all diesen demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen möglichst auch hingeht, möglichst diese demokratischen Entscheidungsfindungsprozesse auch nützt, um nicht Dinge herbei geschehen zu lassen, die nachher möglicherweise sich als nicht gut herausstellen. Dagegen stelle ich den Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist für die Jugend eine Selbstverständlichkeit, wenn Kroatien beigetreten ist, ob Österreich die Fristen die entsprechenden ausnützen soll?

Ja soll, denn Österreich hat das immer gemacht, auch wie unsere Nachbarländer beigetreten sind. Ich glaube, dass das auch eine gute Lösung künftig hin sein wird. Dem Antrag werden wir sehr gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf das aufgrund der fortgeschrittenen Zeit relativ zügig machen. Der Arbeitsmarkt im Burgenland entwickelt sich relativ gut. Wir haben Rekordbeschäftigung im Durchschnitt des letzten Jahres über 103.000 Beschäftigte zu verzeichnen. Es hat eine ganz besondere Prämiere gegeben. Noch niemals in unserer Geschichte unseres Heimatlandes wurden so viele Arbeitsplätze netto geschaffen wie im Jänner 2017 zu Jänner 2018.

2.000 neue Arbeitsplätze wurden netto hier im Burgenland geschaffen und auch aktuell geht die Arbeitslosigkeit zurück, nämlich um 7,1 Prozentpunkte. Das ist, glaube ich, auch sehr bemerkenswert. Trotzdem muss man hier vorsichtig sein, weil es viele Störfaktoren gibt, die diesen Aufschwung durchaus verhindern können. Nämlich 30 Autominuten im Burgenland entfernt wohnen rund eine Million Menschen die ihr Einkommen vervierfachen, verfünffachen können, wenn sie bei uns arbeiten können.

Ich verstehe jeden der das tut, wenn er die Chance bekommt. Es gibt auch ein Problem bei den Menschen über 50 Jahren, wenn sie, aus welchen Gründen auch immer, in Arbeitslosigkeit geraten. Dann haben sie es viel schwerer als andere in anderen Altersgruppen wieder in Beschäftigung zu kommen.

Darüber hinaus gibt es die laufende Forderung, erst in der Vorwoche wieder im Kurier nachzulesen, denn die Industriellenvereinigung die da meint, wir brauchen eine Willkommenskultur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus nicht EU-Staaten und zusätzlich gibt es die aktuelle Diskussion um die Arbeitnehmerfreizügigkeit von Menschen aus Kroatien.

Weil wir haben uns hier ganz klar entschieden, dass die Regierungskoalition und die Abgeordneten von FPÖ und SPÖ die Übergangsfristen ausschöpfen wollen. Sie wissen zwei, drei und noch einmal zwei Jahre sind Übergangsfristen möglich.

Man muss sie immer nur beschließen lassen. Das Problem, das jetzt vorherrscht, dass der Bundeskanzler eigentlich jetzt in Brüssel sein sollte, um diese Übergangsfristen ausverhandeln zu müssen. Wenn er das nämlich nicht tut, erstens wird die Zeit schon relativ knapp, wenn er das nämlich nicht tut, dann gibt es die Freizügigkeit mit 1. Juli 2018, also in wenigen Tagen, dann findet es statt.

Wenn er es tut, dann gibt es zwei Jahre darauf, also folglich am 1. Juli 2020, bis dorthin wäre der Arbeitsmarkt in Österreich weiter geschützt. Also der Appell muss lauten: Der Burgenländische Landtag sendet ein Signal nach Wien, schnell in der Europäischen Union diese Vereinbarungen zu treffen, dass die Übergangsfristen bis zum Jahr 2020 voll ausgeschöpft werden.

Wenn er das nämlich nicht tut, dann wird die Diskussion um die Balkanroute nämlich wieder entfachen. Dann geht es nämlich darum, dass die Balkanroute für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Kroatien öffnet und das muss man dann schon klarerweise sagen, also darum glaube ich, dass ein Schulterschluss des Burgenländischen Landtages sehr gut tun würde, damit der burgenländische Arbeitsmarkt sich auch weiterhin so gut entwickeln kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik. Sie hat zurückgezogen. Dann ist der nächste Redner der Abgeordnete Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke für das Wort. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Unbestritten ist, und wir haben es als Österreich auch praktiziert gegenüber den Beitrittsländern Ungarn und den anderen Osteuropäischen Staaten, dass wir die Übergangsfristen ausgenutzt haben.

Ich stehe auch dafür ein, dass wir diese Übergangsfristen, die uns von der Europäischen Union gewährt werden, entsprechend auch auf den Arbeitspakt bezogen auf Kroatien ausgenützt werden und dass diese Belastung des österreichischen Arbeitsmarktes nicht ad hoc und gleich passieren soll. Ich möchte nicht darauf zurückziehen, dass ich jetzt, der burgenländischen Minderheit der kroatischen Volksgruppe angehörig, so wie es der Kollege Landesrat Darabos getan hat, das in der Einschränkung sehen möchte.

Sondern es ist eine Verpflichtung, die im Endeffekt jetzt kein Boxsprung ist, sondern eine klare Fortsetzung der Linie, die in Bezug auf die anderen osteuropäischen Staaten nach ihrem Beitritt zur Europäischen Union fixiert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber zum österreichischen Arbeitsmarkt bei dieser Gelegenheit ein paar Daten und Fakten, die im Endeffekt speziell auch auf ausländische Arbeitnehmer, glaube ich, in grundlegendem Interesse und in der Darstellung vielleicht auch ein paar Erkenntnisse möglich machen.

Ich verwehre mich ebenfalls um den Aspekt, der speziell von den westlichen Bundesländern und von gewissen Sparten innerhalb des Arbeitsbereiches ventiliert wird, nämlich zur sogenannten Regionalisierung des Arbeitsmarktes wo man jetzt darauf drängt, dass quasi über den europäischen Horizont hinaus mit Staaten, die nicht der

Europäischen Union angehören, Arbeitssuchende in unser System eingliedern möchte, was im Prinzip einem reinen Lohndumping meiner Ansicht nach Folge leisten würde.

Tatsache ist, wir haben, und das können Sie in jeder Diskussion, und das wird auch der Herr Landesrat bestätigen, mit Wirtschaftseinheiten, Wirtschaftsbetrieben festhalten, wir haben im Burgenland einen Fachkräftemangel. Der ist dezidiert gegeben und bedeutet, dass viele Unternehmungen in unserem Bundesland nicht im Stande sind, das volle Auftragskontingent, das ihnen aufgetragen wird, zu erfüllen, weil sie seit Monaten, ja seit Jahren in der Entwicklung einen Fachkräftemangel haben, der nicht auszugleichen ist.

Wir können es inzwischen auch nicht ausgleichen über ausländische Kräfte, über Einpendler in Österreich, weil dieser Arbeitsmarkt im Endeffekt auch nicht mehr hergibt. Das heißt, der Fachkräftemangel ist nicht mehr durch den Zuzug von Einpendlern, sei es jetzt Tages- oder Wochenpendlern, auszugleichen, weil nämlich Folgendes in der Entwicklung stattgefunden hat.

Das sollten sich auch alle akademisch geprüften sogenannten Arbeitsrechtler zu Herzen und vor Augen führen, weil es eine Notwendigkeit ist. Ungarn, Rumänien und auch andere osteuropäische Staaten haben eine niedrigere Arbeitslosenrate als Österreich. Österreich hat im Vergleich seit 1945 die dritthöchste Arbeitslosigkeit zu beklagen. Wir hatten im Jänner noch immer im Burgenland eine Zahl von - und ich beziehe mich auf den Jänner - 14.420 Arbeitslosen, die auch die Schulungsteilnehmer inkludiert hat.

Dieser Arbeitsmarkt, im Sinne von Rumänien zum Beispiel, ist insofern so gesättigt, dass in Städten, in großen Ballungsgebieten oder Ballungszentren, 100 Prozent der auf Beschäftigung Drängenden, auch in den Arbeitsmarkt integriert sind. Das heißt, sie haben Vollbeschäftigung. Das was wir in Zeiten 1970 propagiert haben und dann auch noch in Wahrheit umgesetzt haben, ist inzwischen in osteuropäischen Staaten, nicht jetzt in ländlichen Gebieten, aber in städtischen Ballungszentren, zu 100 Prozent gegeben. Daher ist in Rumänien zum Beispiel eine Arbeitslosenquote von 4,6 Prozent, also unter der österreichischen Arbeitslosenquote, gang und gäbe.

Tatsache ist, dass dieser Fachkräftemangel den wir in Österreich beklagen müssen, nicht jetzt nur regional auf den Westen, sondern im Speziellen auch auf den Osten bezogen ist. Abgesehen davon, dass jetzt immer wieder gesagt wird, es gibt im Osten, im Wiener Ballungsraum, genügend Fachkräfte, zum Beispiel im Gastronomiebereich.

Die sollten, weil es im Westen eine Nachfrage gibt, in den Westen pendeln. Da gibt es Studien, der Herr Landesrat Petschnig kann darüber wahrscheinlich stundenlang referieren. Es reicht nicht aus, dass wir Dahingehende festhalten, dort drüben gibt es einen Mangel. Diesen Mangel gleichen wir aus, weil es da einen Überhang gibt, das funktioniert auf diese Art und Weise nicht.

Im Speziellen, weil auch nachgewiesen wurde, dass Betriebe im Westen, speziell im Hoteleriebereich, sich nicht um diese Arbeitskräfte, die sie einmal gebunden haben, so kümmern, dass sie ein zweites Mal kommen wollen. Weil die Kinderbetreuung nicht entsprechend ist, weil die Verköstigung nicht entsprechend ist. Ein Manko, das in der Regel auch nie zugegeben wird, auch die finanzielle, die Lohnsituation, oft dem nicht entspricht, was sich manche dabei vorstellen.

Tatsache ist, wir sollten eines zur Kenntnis nehmen, das im Allgemeinen den gesamten Arbeitsmarkt betrifft, wir haben in Österreich es verabsäumt, speziell von Betriebsseite her, die entsprechende Ausbildung auf Lehrlinge über Jahre hin konsequent

fortzusetzen. Hier gibt es einen Bruch und dieser Bruch ist auch nicht auszugleichen durch irgendwelche Arbeitskräfte, die aus den Ostländern kommen, sondern diesen Bruch haben wir uns selbst erwirtschaftet und darin besteht auch ein Mangel.

Jetzt das Entscheidende von der Zahl: Wir hatten in Zeiten des sogenannten wirtschaftlichen Abschwungs oder der sogenannten Konjunktur der letzten vier Jahre eine Zahl von sogenannten Arbeitseinpendlern aus dem Ausland auf Österreich bezogen von 400.000. In Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs, der im Vorjahr begonnen hat, sich heuer in einer besonderen Art und Weise manifestiert, manche Institute rechnen bis zu drei Prozent, ist die Zahl der ausländischen Einpendler gesunken, schon im Vorjahr.

Das heißt, der österreichische Arbeitsmarkt hat das Problem und das Manko, dass der Bedarf über den Zuzug nicht mehr gedeckt wird, weil es angebracht und auch Tatsache ist, dass in osteuropäischen Staaten, die jetzt der Europäischen Union angehören, der Arbeitsmarkt den Bedarf selbst braucht und auch selbst abdeckt.

Es gibt jetzt schon einige einzelne Absiedlungen beziehungsweise auch größere Absiedlungen aus sogenannten osteuropäischen EU-Ländern, wo sich Industriebetriebe eindeutig nicht mehr zu dem Status bekennen, wir gehen in ein billigproduzierendes Land, weil die Arbeitnehmer dort nicht mehr zur Verfügung stehen und zur Hand sind. Man kann das nicht mehr ausgleichen. Das heißt, in Rumänien greift man auf die Ukraine zurück, auf Länder, die quasi in der Fortsetzung etwas bedeuten, dass der Zuzug aus diesen Ländern ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abseits von aller Polemik und von allen Festhaltungen, die jetzt vielleicht nicht glaubhaft sind: Der österreichische Arbeitsmarkt in seiner konjunkturellen Entwicklung mit dem Konjunkturaufschwung steuert einem Desaster zu, weil er entsprechende Möglichkeiten vor Ort im Arbeitsmarkt nicht mehr sicherstellen kann.

Wir haben ein Problem das strukturell darin besteht, dass bei uns im Speziellen 50+ ehemals Beschäftigte nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden, weil sie zu teuer sind. Wir haben ein riesen Problem auch darin, dass wir eigentlich in der Lehrlingsausbildung nicht entsprechend Nachschub schaffen und damit einen Facharbeiter- und Fachkräftemangel uns selbst beschert haben.

Daraus resultierend, wird dieser Arbeitsmarkt seine Aufgabe auf Dauer nicht erfüllen können und speziell, weil es dann im Anschluss noch das Thema der sogenannten Einstellung der 20.000 Gegebenheiten auf den Arbeitsmarkt, auf ältere Arbeitnehmer seitens der neuen Bundesregierung gegeben hat, möchte ich jetzt gleich dazu insofern Stellung nehmen, als ich das für einen fatalen Fehler halte, nämlich insbesondere darum, weil es nicht nur schnell gegangen ist.

Ich verstehe schon die politische Tendenz, die jetzt von der neuen Bundesregierung im Bund gesetzt wurde. Man wollte diese anfallenden Kosten auf andere Bereiche umsetzen und dafür hat man dort rigoros einen Schnellschuss gesetzt.

Tatsache ist, und das können Sie in allen Statistiken beziehungsweise Arbeitsmarktberichterstattungen über alle Studien nachlesen, der Industriebetrieb ist nicht bereit oder der Gewerbebetrieb ist nicht bereit, eine Person, einen Arbeiter, eine Arbeiterin die 50+ im Alter ist, quasi aufzunehmen. Er tauscht ihn noch immer gegen Jüngere und auch Minderqualifizierte. Das Hauptproblem insgesamt besteht darin, dass die Minderqualifikation eigentlich den größten Anteil am sogenannten Nichtbeschäftigungssektor am Arbeitslosenzustand hat.

Daher wäre es angebracht, nicht nur Aktionen wie „20.000“ konsequent zu setzen, sondern es wäre auch angebracht, endlich einen Bildungsnotstand auszugleichen, dass jeder, der jetzt als Wirtschaftstreibender einen Lehrling aufnimmt, nicht immer wieder die gleiche Klage entfalten kann - erstens können sie nicht lesen, zweitens können sie nicht schreiben, drittens können sie nicht zuhören und viertens haben sie kein Werteverständnis.

Ich erinnere alle Anwesenden daran und alle KollegInnen, das hat man immer auf Ausländer, die bei uns Integration leben wollten, angebracht und quasi als Makel festgehalten. In Wirklichkeit produzieren wir im Schulsystem Leute, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht gerecht werden. Das wären eigentlich Aufgabenstellungen für alle Sozialpartner.

Nicht nur darüber Klage zu führen, dass es nicht funktioniert, und dass von der Europäischen Union - so wie es vom Wirtschaftskammerpräsidenten Leitl jetzt vorgeschlagen wurde, zur Integration von Migranten monatlich einem sogenannten Lehrbetrieb 1.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Ich erinnere mich an Zeiten, wo Lehrlinge in der Ausbildung quasi nicht nur eine Vorhaltung seitens des Betriebes waren, weil man gesagt hat, man schafft sich das Potential an Arbeitskräften, das notwendig ist, sondern man hat es auch in jeder Form gepflegt.

Heute ist es in der Regel schon zu 100 Prozent bezahlt, nämlich dem, der jetzt als Lehrstellenbeauftragter Lehrlinge ausbildet. Aber auf der anderen Seite ist es nicht nachgefragt, zum Teil von Lehrlingen, weil dieses System eigentlich nicht mehr funktioniert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über den Arbeitsmarkt zu diskutieren ist immer eine Herausforderung. Die entsprechenden Schlüsse aus den Gegebenheiten zu ziehen, reicht nicht aus. Statistiken zu benennen, die von Monat zu Monat in der konjunkturellen Aufschwungssituation jetzt bescheren, wir haben ein Minus von neun Prozent, ein Minus von - heute sagt die Leiterin des AMS Burgenland, *(Landesrat Norbert Darabos: Sengstbratl!)* die Steiermark geht ab wie eine Rakete und die burgenländischen arbeitssuchenden Personen werden von uns hauptsächlich in die Steiermark vermittelt, weil MAGNA und andere… *(Landesrat Norbert Darabos: Das stimmt ja nicht!)* Ich habe das nur zitiert, Herr Kollege. *(Landesrat Norbert Darabos: Na, jetzt hast Du eine halbe Stunde geredet…!)*

Herr Darabos, Sie können dann alles berichtigen, so wie es Ihre Ansicht ist. Tatsache ist, ich habe nichts in irgendeiner Form zitiert, das nicht der Wahrheit entspricht und speziell wenn Sie meinen, dass das was die Frau Sengstbratl heute verbreitet hat, würde ich Ihnen empfehlen, dass Sie ORF-Online nachlesen, wo auch festgehalten ist, dass die Steiermark als Land den höchsten Zuwachs an sogenannten Arbeitsvermittlungen im Monat Februar hat, österreichweit. *(Landesrat Norbert Darabos: Was macht schlecht, das im Burgenland passiert ist?)*

Das müssen Sie untereinander austragen und speziell der Herr Landeshauptmann kann das insbesondere auf die Frau Sengstbratl. Sie hat aber die dritte Periode jetzt in der Bestellung hinter sich. Ich glaube, bei der nächsten wird sie nicht mehr antreten, weil sie in Pension ist. Aber das ist ein Problem, das Sie schon lange ausfechten.

Tatsache ist, dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ihr Recht gibt. Sie hat eine Performance die monatlich, und das verkünden Sie, heute haben Sie es für Februar verkündet, monatlich hat sie eine geringere Anzahl an Arbeitsuchenden, und wenn das in

der Performance einem der verantwortlich ist nicht zuspricht, dann frage ich mich, wo Ihre Funktion oder Ihre Rolle dabei ist.

Ich wollte auf den Arbeitsmarkt bezogen einzelne Positionen festhalten, so wie ich sie sehe und wie sie in der Vorstellung auch in mancher statistischen Art aufscheinen, so wie sie in der Darstellung von wissenschaftlicher und von arbeitsmarktrechtlicher Sicht beleuchtet werden. Wenn Ihnen das nicht passt, dann sei es darum bestellt. Tatsache ist, dass wir in den Herausforderungen mit einer herkömmlichen Politik nicht bestehen werden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Ausschöpfung von Übergangsfristen zum Schutz des burgenländischen Arbeitsmarktes ist somit mehrheitlich gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1200) betreffend „Fortführung der Aktion 20.000“ (Zahl 21 - 852) (Beilage 1219)

Präsident Christian Illedits: Der 14. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1200, betreffend „Fortführung der Aktion 20.000“, Zahl 21 - 852, Beilage 1219.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Fortführung der Aktion 20.000“, in ihrer 28. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Fortführung der Aktion 20.000“, unter Einbeziehung der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass diese „Aktion 20.000“ ein ganz ein wertvoller Antrag war damals, als noch SPÖ und ÖVP im Bund der Meinung waren, dass man hier für den Arbeitsmarkt etwas schaffen sollte und auch umsetzen sollte.

Ich habe wirklich große Freude gehabt, denn als Bürgermeister war es auch viel wert, als die Diskussion entstanden ist, dass auch die Gemeinden und gemeinnützigen Unternehmen, Organisationen, hier davon profitieren können.

Dann kommt die Wahl, dann kommt Kurz und FPÖ und bei einer Nacht- und Nebel-Aktion, ist diese Aktion eigentlich verschwunden. Vor lauter Verwunderung war es mir noch immer nicht klar, dass sich dann eigentlich niemand dagegen wehrt und sich dagegen stellt, aber siehe da, die SPÖ hatte viele Veranstaltungen inzwischen abgehalten, wo sie darauf pocht, diese Aktion weiter aufrecht zu erhalten. Darüber bin ich recht froh.

Die FPÖ hat natürlich einen Koalitionspartner, wo sie Koalitionstreue einhalten muss und konnte hier anscheinend mit dieser Aktion nicht mehr mitgehen, weil es - *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Weil es unnötig ist.)* wie es der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter sagt - unnötig ist. Also unnötig ist das, das ist ja das Beste. Wenn ich so etwas höre, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dann nehmen Sie endlich einmal die Verantwortung wahr und gehen Sie hinaus zu den Leuten, die weit über 50 sind, keine Arbeit finden, die auch eine Unterstützung brauchen.

Wenn ich jetzt höre, dass gekürzt wird, sogar das AMS mit 600.000 gestutzt soll werden, dann mache ich mir schon Gedanken, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Denn eines muss klar sein. Sie stellen keinen Bürgermeister - noch immer nicht - und Sie haben keine Verantwortung in der Gemeinde noch nicht übernommen. Das heißt für jede Gemeinde, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wir wissen, dass wir in den Gemeinden um jeden Cent kämpfen. Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit ist unser vorderstes Ziel. Aber auch gestalten und dazu brauche ich jeden Cent. Daher war diese Aktion für uns eine ganz wichtige.

Daher gab es auch einen Entschließungsantrag. Es hätte eigentlich eine Dringliche sein können, aber das geht leider nicht. Das wäre jetzt dringlich, weil eines wissen Sie sicher. Wir haben noch immer Zigtausende, die keinen Job haben. Das wissen wir auch, die weit über 50 sind. Wenn ich dann jedes Jahr zum AMS wandere und bitte um Namen, ob ich in der Gemeinde für Saisonarbeiter vielleicht eine Unterstützung bekomme, sagen sie, selbstverständlich kriegst du eine Unterstützung, aber du hast den schon zweimal angefordert, jetzt musst du neue nehmen, die über 50 sind, und die anderen kannst du da lassen, bei uns, so quasi.

Was ist da für ein Unterschied? Ich lasse zwei auf der Strecke und zwei nehme ich neu auf, die sich bei mir gar noch nicht auskennen und nicht wissen, was geschieht. Das sind die Antworten.

Gott sei Dank gibt es im Land - und das muss ich auch dazu sagen - vom Landeshauptmann auch Unterstützung. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das solltest Du vielleicht wissen. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.)*

Als zuständiges Regierungsmitglied solltest Du wissen, dass es Bedarfszuweisungen für solche Dinge gibt. Das weißt Du anscheinend nicht, Du wirst nicht wissen, was in dieser Landesregierung passiert. So geht es auch gleich mit dieser Deutlichkeit.

Dafür stört mich eines klipp und klar. Wenn wir diesen Antrag einbringen, dann machen wir das nicht aus Jux und Tollerei, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern wir wollen, dass eine Übergangsfrist geschaffen wird, dass nicht sofort eingestellt wird, sondern eine Übergangsfrist. Weil jetzt ist es so, dass ich gar keine Möglichkeit mehr habe.

Es sind ein paar im Oberwarter Bezirk eingestellt worden oder Oberwart hatte eine Vorreiterrolle. Das hat hervorragend funktioniert. Dann haben wir den Entschließungsantrag, der lautet: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, eine Übergangsfrist für die Aktion 20.000 für zumindest zwei Jahre - für zumindest zwei Jahre - zu erwirken. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)*

Darüber hinaus, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie können sich nachher zu Wort melden, wenn Sie wollen, darauf freue ich mich schon, wenn Du Dich zu Wort meldest. Das ist wie mit den Rössern und mit allem anderen, was Du tust, mit Deinen „Sicherheitsgschichteln“, habe ja kein Problem damit. Das habe ich Dir heute ohnehin gesagt, wir haben sogar Stallungen in Deutschkreutz, *(Heiterkeit der Abg. Mag.a Michaela Resetar)* wo Du die Pferde unterbringen kannst, wir würden uns freuen. Machen wir ein Pilotprojekt daraus! Ich habe überhaupt kein Problem. Nur eine Daseinsberechtigung ist für mich zu wenig. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Du hast einfach alles.)*

Ich brauche eine verantwortliche Position, die Du innehast, wo ich auch dazu stehe und vieles umsetzen will und nicht irgendwelche Nacht- und Nebelaktionen starten. Das bringt gar nichts. Daher dieser Antrag. Darüber hinaus wird die Burgenländische Landesregierung aufgefordert, in der eigenen Arbeitsmarktpolitik Mittel und Möglichkeiten auszuloten, die Wiederbeschäftigung von älteren Arbeitslosen zu unterstützen.

Ja, siehe da, mich freut es, wie üblich, einen Abänderungsantrag in die Hand zu bekommen. Ich weiß nicht, ob die Landesregierung das überhaupt weiß, was in so einem Abänderungsantrag steht? *(Abg. Géza Molnár: Das ist Landtagsangelegenheit.)* Auf das wäre ich einmal gespannt, ob die Regierung das weiß. *(Abg. Ingrid Salamon: Lies ihn ihnen vor!)*

Das Ganze werde ich nicht vorlesen, weil das macht keinen Sinn. Frau Klubobfrau, nur für Sie. Das sind solche Anträge, wie wir sie heute schon gehabt haben, wo die Kollegin von den GRÜNEN, die Frau Mag.a Petrik gesagt hat, das ganz Gleiche abgeschrieben.

So, jetzt sind wir da, es gibt einen Abänderungsantrag. Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich Jugendliche und die über 50-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin bestmöglich zu unterstützen. So, super. An die Bundesregierung heranzutreten, diese möge folgende arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen verfolgen.

Es steht nichts von der Aktion 20.000, kein einziges Wort, meine sehr geehrten Damen und Herrn. Kein einziges Wort! Das sind Abänderungsanträge? Wisst Ihr, was Ihr mit dem könnt? Schubladiert es und sagt, dass die FPÖ die SPÖ über den Tisch gezogen hat, weil die in der Regierung im Bund nicht anders können haben. Dann habe ich kein Problem mehr damit, glaubt mir das, dann habe ich kein Problem. Wenn Ihr sagt, wir haben nicht anders können, weil der Koalitionspartner das so gesehen hat, so wie der

Kurz heute Vormittag im Nationalrat überall gesagt, bei der Fragestunde, das ist ein Koalitionsabkommen, darüber können wir nicht hinweg.

Na super ist das! *(Abg. Walter Temmel: Das ist die Wahrheit.)* Die Leute sind ihm egal da draußen. Und das sind die Probleme, die wir eigentlich haben. Da sollten einmal die Leute zuhören und nicht solche Tagesordnungspunkte um zehn in der Nacht zu diskutieren.

Die sollten eigentlich, liebe Frau Klubobfrau NEU, ich sage Ihnen jetzt etwas: In der Präsidiale sollten Sie einmal nachdenken, ob wir nicht diese Punkte vielleicht nach der Fragestunde hintun, wo noch Leute zuhören, wo noch die Medien da sind. *(Abg. Géza Molnár: Müssten die Geschäftsordnung ändern.)* Der ORF hat sich schon längst geschlichen, weil die Überstunden bekommen sie ohnehin nicht mehr bezahlt und dergleichen mehr.

Daher noch einmal: Dieser Abänderungsantrag ist ein Hohn gegenüber allen, die sich wirklich gefreut haben und auch gegenüber Euren Funktionären, die draußen stehen am Bahnhof, verteilen irgendeine Aktion zum Valentinstag und was weiß der Teufel und sagen, wir müssen die Aktion 20.000 aufrecht erhalten. Das verstehe ich nicht ganz, und dann macht die SPÖ mit der FPÖ so einen Deal.

Ich habe kein Problem damit. Dann steht dazu, dass die FPÖ sich durchgesetzt hat, dann ist es im Leben so. Ich habe da kein Problem, absolut nicht. Nur es kann nicht so sein, dass man hergeht … *(Abg. Géza Molnár: Du hast nur nicht recht.)*

Ich habe nie recht, das stellt sich immer nach Jahren, wenn der Rechnungshof herkommt und zeigt auf, naja das ist ja schon vor Jahren Schnee gewesen. Aber aufgezeigt habe ich. Auch übrigens, liebe Freunde von der FPÖ: Auch ich war damals in der FPÖ und habe das aufgezeigt und jetzt ist eine andere Situation bei Euch entstanden. Damit habe ich auch kein Problem. *(Abg. Géza Molnár: Was aufgezeigt?)*

Ihr sitzt jetzt auf einer anderen Position, aber wenn Ihr Euch zurückerinnert, wie oft habt Ihr aufgezeigt und habt gesagt, das ist ein Witz, was in der Regierung passiert. Das ist eine Frechheit! *(Abg. Géza Molnár: Damals war es ja ein Witz. – Heiterkeit der Regierungsmitglieder MMag. Alexander Petschnig und Johann Tschürtz)*

Jetzt seid Ihr auf einer anderen Schiene. Ich habe kein Problem damit. Nur man muss es zugeben. Aber ein Problem habe ich. Wenn man immer Abänderungsanträge stellt, das ist nicht zum Lachen, liebe Freunde, weil wir sind nicht da, dass wir Kasperltheater machen, sondern wir sind da, Anträge vernünftig zu diskutieren, vernünftig umzusetzen oder abzulehnen.

Hättet Ihr hingeschrieben, wir lehnen das ab. Dann hätte ich kein Problem damit gehabt. Aber Abänderungsanträge dieser Art und Weise, das kann man sich sparen. Ich würde bitten, liebe Klubobleute, Klubobfrau, wenn so etwas ist, solche Anträge von uns kommen oder von den GRÜNEN, sagt, wir lehnen es ab. Dann ist das einfach vom Tisch. Wir können es weiter diskutieren, irgendwann anders.

Aber solche Abänderungsanträge einzubringen, ist ein Hohn gegenüber der ganzen Bevölkerung und auch im Hohen Haus hier. Da bin ich bei der Frau Petrik, wenn wir die Dringlichkeitsanträge zwei heute eingebracht haben, weil der eine das gemacht hat, muss der andere auch geschwind einen machen. Das finde ich eigentlich für grotesk. Das finde ich nicht für in Ordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Abg. Géza Molnár: Das ist Parlamentarismus.)* Super, Herr Klubobmann Géza Molnár. *(Abg. Géza Molnár: Hast Du nie Dringlichkeitsanträge als Klubobmann eingebracht?)*

Doch wir haben es eingebracht, aber wir sind dann auch drauf geblieben und haben auch geschaut, dass einiges weitergegangen ist. *(Abg. Walter Temmel: Siehst Du.)* Das ist Euch völlig egal. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das ist das Beste. Du weißt ja gar nicht, warum Du dort sitzt. Das ist ja echt das Beste. Das ärgert mich so viel, *(Abg. Ingrid Salamon: Das merkt man fast nicht.)* dass ich mir denke: Warum geht man her und macht so eine Wortspende immer wieder gegen solche Anträge?

Ich glaube gar nicht, dass er weiß, wie die Anträge da drinnen tatsächlich sachlich diskutiert werden. Schaut Euch das an! Ich bin neugierig, was Sie als damaliger Klubobmann, Herr Kollege Tschürtz, gesagt hätten, wenn solche Abänderungsanträge gekommen wären. Das war so. Genauso in den Ausschüssen.

Die FPÖ hat immer gesagt, warum ist die FPÖ nicht in den Ausschüssen mit Sitz und Stimme. Jetzt auf einmal, wo sie in der Regierung sind, jetzt ist es egal. Das ist das Lustige an der ganzen Geschichte. So vergisst man halt schnell und so ist es.

Daher bin ich der Überzeugung, wenn Ihr zu dieser Aktion 20.000 als SPÖ steht, dann steht auf und sagt, dieser Antrag seitens der Bündnis Liste Burgenland werden wir unterstützen, weil unsere Funktionäre draußen, unsere Leute, genau das so sehen, wie wir es reingeschrieben haben.

Dann bin ich neugierig. Ich bin morgen draußen bei den Leuten und werde ihnen zeigen, was Ihr gemacht habt. Abgeändert auf „Null Komma Null Josef“. Dann sagt gleich, wir sind dagegen.

In diesem Sinne, glaube ich, habt Ihr auch Verantwortung gegenüber Euren Funktionären. Das ist das Entscheidende. Gegen Eure Mitarbeiter, die freiwillig bei jedem Wetter draußen stehen, Verteileraktionen für die Aktion 20.000 machen.

Heute hat der Herr Landesrat Doskozil sogar gesagt. Denkt zurück, was er heute gesagt hat! Denkt nach und dann sagt mir, wie Ihr darüber denkt. Danke schön! *(Beifall bei der LBL und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik ist die nächste Rednerin.

Bitte Frau Abgeordnete

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ja, es gibt so Anträge, wo ich der LBL einfach zustimme oder gerne zustimmen würde. Aber ich werde das jetzt nicht so ausführlich ausführen wie der Kollege Kölly. Aber es ist tatsächlich in dem Fall fast tragisch und es war auch schwer zu erkennen, um welchen Antrag geht es denn eigentlich jetzt wirklich. Weil zuerst ging es um die Aktion 20.000 und es ist tatsächlich, dass sich die SPÖ ja auch stark gemacht hat gegen die Aussetzung der Aktion 20.000.

Kollege Sodl, auf meinem Bildschirm sieht man ein Bild, wo Sie mit der Landesrätin Dunst und mit anderen stehen, als Protest gegen das Ende der Aktion 20.000. Jetzt kommt ein Antrag rein und Sie machen alles Mögliche daraus, nur eines ist gar nicht mehr enthalten, nämlich die Aktion 20.000.

Das ist schon etwas, wo ich sage, bin ich jetzt auch enttäuscht von der SPÖ, dass sie in einem so zentralen politischen Punkt, wo sie selber es zuerst auf Bundesebene durchsetzt und dann, wenn die schwarz-blaue Bundesregierung es wieder absetzt, das bekämpft und sagt, das darf nicht sein und die Aktion 20.000 muss man beibehalten, dass sie dann hier im Burgenland genau das rausnimmt und völlig unter den Tisch fallen lässt.

Jetzt haben wir einen Abänderungsantrag, der - ich möchte jetzt gar nicht im Detail eingehen, wo irgendwo geändert oder nachpräzisiert wird, sondern der einfach viele Sachen durcheinander mischt, um möglicherweise davon abzulenken, dass eigentlich das zentrale Thema, um das es ursprünglich im Antrag ging, gar nicht mehr vorkommt.

Wir haben ein Sammelsurium von arbeitsmarktpolitischen Ideen, die in keinem inneren Zusammenhang zueinander stehen. Da geht es um Förderung auf Landesebene, da geht es wieder um Regelungen, die im Bund entschieden werden. Da geht es wieder um EU-Regelungen.

Bei dem Antrag haben Sie sich nicht einmal mehr die Mühe gemacht, das aufzudröseln und zu schreiben, an die Landesregierung wenden wir uns mit dem, an die Bundesregierung wenden wir uns mit dem. Nein, es ist einfach eine lange Wurst von Sachen.

Worüber sollen wir also heute diskutieren? Weil wenn wir das wirklich diskutieren, was Sie hier geschrieben haben, dann müssen wir noch einige Stunden da stehen. Es ist kaum möglich, sich das alles im Detail anzuschauen. Aber manches ist auch einfach nur so „hingeplatscht“. Wenn da jetzt steht, wir wollen also die Arbeitslosigkeit weiterhin effektiv bekämpfen durch wirksame Fördermaßnahmen für über 50-Jährige. Na no na. Keine wirksamen Förderungen werden wir beschließen wollen.

Wir könnten auch einen Antrag haben, in dem steht: Wir sind für das Gute und gegen das Böse. Das ist ungefähr so auf der Ebene. *(Abg. Géza Molnár: Was ist gut, was ist böse?)*

Was sollen wir jetzt beschließen, wenn wir solche Formulierungen haben? Es sind so unterschiedliche Aspekte hier vermengt, dass einem die nötige differenzierte Betrachtung eigentlich unmöglich gemacht wird. Es ist aus unserer Sicht nicht seriös und es ist schade um Einzelaspekte, die da drauf stehen, die wirklich gut und diskussionswürdig sind. Aber das Paket in so einem Mischmasch einfach so auf den Tisch zu knallen, dem können wir nicht zustimmen.

Es gibt einen zusätzlichen Knackpunkt bei diesem Sammelsurium-Antrag. Während die FPÖ hier nämlich mit diesem Antrag mit der SPÖ einen Hauch von Förderung auf dem Arbeitsmarkt einbringt, kürzt die FPÖ im Bund vereint mit der ÖVP Mittel für die Arbeitsmarktpolitik. Es sollen jetzt 600 Millionen Euro weniger für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen. Konkret sind es in diesem Jahr 588 Millionen weniger für das AMS.

Während die FPÖ hier einen Antrag einbringt, macht sie sich im Bund für Kürzungen bei Programmen für Ältere, für Landzeitarbeitslose, für Flüchtlinge stark.

Was schon auffallend ist, es scheint so, dass Sebastian Kurz in der Bundesregierung ein ähnliches Spielchen spielt mit der FPÖ, wie es hier im Land scheinbar zwischen SPÖ und FPÖ abgeht. Wenn es nämlich um Kürzungen im Sozialbereich geht, dann darf man alles machen, wenn man wenigstens bei den Flüchtlingen auch was wegnimmt, weil dann kann man der eigenen Klientel erzählen, die sind noch ärmer dran. *(Abg. Géza Molnár: So ein Blödsinn. – Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist ja unglaublich. – Abg. Ilse Benkö: Das habe ich noch nicht gehört.)*

Das haben wir letztes Jahr bei der Mindestsicherung gehabt, vor ziemlich genau einem Jahr. Da hat die FPÖ stolz verkündet, sie hätte das durchgesetzt, dass die Asylberechtigten weniger bekämen und deswegen ist dieses ganze Paket gut. Dann stand der Herr Kollege Hergovich - er ist gerade nicht im Raum - damals noch Klubobmann hier am Rednerpult. *(Abg. Ingrid Salamon: Er ist ja eh da.)* Aber weiter hinten.

Er sprach zuerst herzerweichend - ich kann mich noch erinnern, wie Sie gesagt haben, wir machen das nicht, dass wir die eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere ausspielen, um im nächsten Atemzug zu sagen, aber es ist wichtig, dass die Asylwerbenden weniger bekommen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Weil sie weniger sind.)*

Soweit zur Erinnerung, was sich hier zu Lande mit Rot-Blau abspielt. Auch jetzt muss ich den Kollegen Kölly zitieren, Sie können sich nachher zu Wort melden, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist ja ein Wahnsinn. Sie sagen etwas, was nicht stimmt.)* es ist nicht nötig, dass Sie uns von der Regierungsbank aus dauernd unterbrechen, hier gibt es das Rederecht der Abgeordneten.

Wenn wir uns aber anschauen, was mit der Aktion 20.000 tatsächlich alles abgeschafft wurde, dann ist es wirklich tragisch. Man kann nämlich die Aktion 20.000 als Erfolgsprojekt bezeichnen. Das zeichnete sich schon in den ersten Monaten ab. Im Juli 2017 lief eine Testphase an und bis Ende November wurden auf diesem Weg bereits 1.500 Stellen geschaffen, 900 weitere Stellen waren bereits gemeldet.

Es gab viele Menschen, vor allem Frauen, die dadurch eine Hoffnung, eine Perspektive bekamen, und beides wurde ihnen genommen. Zurzeit sind knapp 50.000 Menschen über 50 Jahre in Österreich länger als ein Jahr arbeitslos. Für über 50-Jährige bedeutet das nicht nur Existenzängste, da gibt es auch eine Kränkung als Volleinsatzfähige am Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht zu werden. Die meisten wollen auch in diesem Alter ihren Beitrag leisten.

Bei der Aktion 20.000 geht es genau darum, den Arbeitslosen eine sinnvolle Tätigkeit zu vermitteln und Gemeinden und Organisationen bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Die Aktion 20.000 setzte auf ein direktes Beschäftigungsprogramm. Menschen die alleine auf Grund ihres Alters in Betrieben nur mehr geringe Chancen auf einen Job haben, sind von Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen beschäftigt worden. Finanziert wurden diese Stellen zu 100 Prozent vom Arbeitsmarktservice.

Eine Stelle über die Aktion 20.000 ist für den Staat, wenn man es durchrechnet, wesentlich billiger als die Arbeitslosigkeit der Betroffenen, denn es wird eben kein Arbeitslosengeld beziehungsweise keine Notstandshilfe bezahlt. Auch damit könnte die Langzeitarbeitslosigkeit drastisch gesenkt werden, in absoluten Zahlen hätte das für das Jahr 2018 und 2019 über 20.000 Jobs bedeutet. Erste Ergebnisse aus den Modellregionen ließen erwarten, dass die gelungen wäre.

Wir wissen, dass die Arbeitslosigkeit über 50 in jenen Regionen, die Pilotprojektbezirke für die Aktion 20.000 waren, um 5,1 Prozent bereits in diesen Monaten in ganz Österreich gesunken ist, im Vergleichszeitraum in anderen Regionen aber gestiegen ist.

Schon nach fünf Monaten der Testphase waren diese Erfolge zu verzeichnen. Die Langzeitarbeitslosigkeit der Altersgruppe 50+ ist in den Modellregionen weit stärker zurückgegangen als im jeweiligen Bundesland insgesamt im Vorjahresvergleich.

Die Aktion 20.000 würde nicht alle Probleme am Arbeitsmarkt lösen und sie ist kein Wundermittel gegen Arbeitslosigkeit, aber sie setzt einen Hebel an, an einer Stelle, wo Politik zielsicher wirksam werden kann, und sie betrifft eine Bevölkerungsgruppe, für die andere Maßnahmen oft nicht wirksam sind.

Besonders betroffen sind hier auch Frauen, wiederum gerade jene, die sich mit über 50 Jahren schwer getan haben, wieder einen neuen Job zu finden, auch weil ihnen noch manche Ausbildungen fehlen, wir haben noch die Generationen Frauen, die noch

nicht in den hoch qualifizierten Berufen tätig sind. Damit verschärfen wir auch wieder für Frauen eine problematische Entwicklung Richtung Altersarmut.

Weil hier eigentlich ein ganz besonders wichtiger und vor allem ein sehr konkreter und ein bereits bewährter Hebel gar nicht mehr zur Sprache kommt und - wie gesagt - einfach ein Mischmasch an verschiedenen Maßnahmen, die zum Teil nicht einmal wirklich durchdacht hier auf das Papier gebracht worden sind, vorliegt, werden wir dem Abänderungsantrag nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es jetzt bei den Vorrednern schon gemerkt, die Liste Burgenland hat mit ihrem ursprünglichen Antrag eines jener Themen getroffen, bei denen es zwischen den Koalitionspartnern auf Landesebene unterschiedliche Zugänge und unterschiedliche Meinungen gibt, wird in dem Fall der SPÖ zum Vorwurf gemacht. Das ist durchaus nicht neu, wir haben das schon öfter erlebt, auf beiden Seiten übrigens, ich erinnere mich an die Debatte zum Thema Vermögenssteuer.

Ich erinnere, das hat uns damals betroffen, an den Antrag der ÖVP, als es um den Erhalt der Gymnasien ging, also das wird uns auch noch öfters passieren, das ist uns vollkommen klar und wir gehen damit in diesem Fall so um, wie wir immer damit umgehen, wir einigen uns auf einen gemeinsamen Abänderungsantrag und präzisieren dann vom Rednerpult aus unsere Standpunkte.

Es wird Kollege Hergovich im Anschluss sicherlich keinen Zweifel daran lassen, dass die SPÖ Burgenland für die Beibehaltung der Aktion 20.000 ist *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Ja dann. Warum beschließt Ihr es nicht?)* und weil genau diese Formulierung jetzt durch den Kakao gezogen wurde, also die wirksame Fördermaßnahme für über 50-Jährige kann auch die Aktion 20.000 sein. Ich sage das nur dazu, da gibt es halt unterschiedliche Zugänge und unterschiedliche Meinungen.

Der Antrag der Kollegen von der Liste Burgenland, der Landeshauptmann-Stellvertreter hat es durch einen Zwischenruf eh schon gesagt, ja der ist, ja, der trifft die Sache nicht ganz, weil die Aktion 20.000 von vornherein nur bis 30.6.2019 geplant war, also eine Übergangsfrist von zwei Jahren ist in dem Fall wirklich eine Forderung, die jeder Grundlage entbehrt.

Streitereien auf offener Bühne, das sage ich Ihnen auch gleich dazu, zwischen den Koalitionspartnern werden Sie mit solchen Anträgen jedenfalls nicht auslösen. *(Abg. Manfred Kölly: Warten wir ab. Warten wir es einmal ab.)* Wir wissen, wie Koalition funktioniert. Wir wissen, was Koalition heißt und ja, das kann der Kollege Kölly natürlich nicht wissen und da kann sich auch die ÖVP noch einiges abschauen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Ihr könnt es gut, oder?)*

Meine Damen und Herren! Die Vorredner haben in der Sache doch auch Anlass gegeben, einige Dinge richtigzustellen beziehungsweise zu unterstreichen. Richtig ist, dass die Aktion 20.000 ausgesetzt wurde. Falsch ist, dass die Aktion 20.000 endgültig entsorgt worden wäre, das stimmt nicht. Das hat auch die zuständige Ministerin mehrmals öffentlich bekundet, zuletzt, glaube ich, vor einigen Tagen im Sozialausschuss des Nationalrates. Es gibt im Übrigen auch Oppositionsparteien, die das so zur Kenntnis nehmen, beispielsweise die NEOS.

So, und in der Sache selbst - wie es nun einmal in der Natur der Sache liegt, gibt es natürlich unterschiedliche Zugänge. Richtig ist, dass wir trotz seit einiger Zeit sehr guten Konjunkturentwicklung und sinkenden Arbeitslosigkeit nach wie vor Gruppen haben, die sich recht schwer tun, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen. Eine jener Gruppen ist die Gruppe der älteren Arbeitnehmer beziehungsweise älteren Arbeitslosen, vor allem jener, die schon länger in Arbeitslosigkeit sind.

Falsch ist - und das halte ich überhaupt für eine Unterstellung, die man keiner Regierung machen sollte, gleich wie sie zusammengesetzt ist -, falsch ist, dass diese Gruppe irgendjemandem egal wäre.

Einig sind sich alle, und das bringt auch dieser Antrag zum Ausdruck, im Ziel etwas für diese konkrete Gruppe zu tun. Auffassungsunterschiede gibt es eben, was den Weg zu dieser Zielerreichung anbelangt.

Meine Damen und Herren! Es ist halt die Frage, wo man ansetzt. Fördere ich zeitlich befristet Arbeitsplätze, vor allem im öffentlichen Bereich. Gemeinden, es ist im Übrigen kein Gemeindeförderungspaket, das war nicht der primäre Sinn der Aktion 20.000. *(Abg. Manfred Kölly: Aber man hätte es in Anspruch nehmen können, hallo.)* Fördere ich zeitlich befristet Arbeitsplätze oder fördere ich andere Dinge, etwa Qualifizierungsmaßnahmen.

Nicht in allen, das ist gar keine Frage, aber in sehr vielen Fällen, bedeutet die Aktion 20.000 nämlich auch einen künstlichen Arbeitsmarkt - sprich am Schluss: Förderung weg, Job weg! Ob das einem 50-Jährigen, 52-Jährigen nachhaltig hilft, das kann schon auch in Zweifel gezogen werden.

Meine Damen und Herren! Das sieht im Übrigen auch das AMS so, das den Schwerpunkt eher auf Qualifizierungsmaßnahmen gesetzt sehen möchte und zumindest eine Redimensionierung, die ja zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen ist, eine Dimensionierung der Aktion 20.000 angeregt hat.

Tatsache ist auch, dass sowohl die Aktion 20.000 als auch der Beschäftigungsbonus in Wahlkampfzeiten geboren wurden und zwar ohne eine entsprechende Gegenfinanzierung, das muss man ansprechen, weil es halt schon auch eine Rolle spielt.

So gesehen haben jetzt auch die von der Kollegin Petrik erwähnten Einsparungen beim AMS-Budget, die ja in dieser Form auch noch nicht bestätigt sind beziehungsweise wo es noch keine Details gibt, zu relativieren. Weil hier ja letztendlich zum Großteil, wenn es um diese Aktionen geht, schon auch Geld gestrichen wird, das sozusagen noch gar nicht aufgestellt und gar nicht da war.

Kurz und gut, meine Damen und Herren, keine Regierung, gleich auf welcher Ebene und gleich wie sie zusammengesetzt ist, legt Wert auf hohe Arbeitslosigkeit, lässt irgendwie eine Gruppe bewusst im Stich und legt nicht alle Kraft in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wie gesagt, in der Zielsetzung sind wir uns alle einig, was die Zielerreichung dorthin angeht, den Weg dorthin, da sind wir unterschiedlicher Auffassung, aber das liegt eben auch in der Natur des demokratischen Systems.

Wir alle miteinander können heute von diesem Platz aus nicht sagen, auch nicht von diesem da drüben, wie es mit der Aktion 20.000 wirklich weitergeht, wir wissen es einfach noch nicht.

Meines Erachtens ist es wichtig, die Ursachen von Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und nicht bloß die Symptome, denn diesen Vorwurf muss man den Kritikern schon auch teilweise machen, die Generation 40, 50+ - vor allem im Bereich jener, die nicht so gut qualifiziert sind - hat nicht erst seit gestern ein Problem am Arbeitsmarkt und man hätte jetzt doch schon einige Zeit gehabt, darauf zu reagieren und zwar nicht nur mit einem künstlichen Arbeitsmarkt, das kann man schon auch unter Symptombekämpfung laufen lassen, sondern mit Ursachenbekämpfung. Etwa wenn es um Qualifizierungsmaßnahmen geht oder auch wenn es um Lohnnebenkosten geht, weil wir wissen, das ist ja auch keine Neuigkeit, dass es gerade im Bereich der älteren Arbeitnehmer oder Arbeitslosen doch auch eine Rolle spielt, dass ältere Arbeitnehmer eben teurer kommen.

Wenn es um den Arbeitsmarkt geht, um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, dann wäre es aber zu kurz gegriffen und da widerspreche ich der Kollegin Petrik, da wäre es zu kurz gegriffen, sich nur über die Aktion 20.000 zu unterhalten.

Wir haben daher von Seiten der rot-blauen Koalition ganz bewusst einen sehr umfangreichen Antrag vorgelegt. Einen sehr umfangreichen Abänderungsantrag, der viele Maßnahmen enthält.

Arbeitsmarktpolitik ist etwas Vielschichtiges, hat viele Facetten, ist nichts Eindimensionales. Wir sind im Burgenland, glaube ich, auf einem sehr guten Weg. Unser Weg greift, unsere Koalition wird auch weiterhin alles in ihrer Macht stehende tun, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Beschäftigung anzuheben. Vielen Dank. *(Abg. Manfred Kölly: Die Wirtschaft wird das machen. - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Jeder Arbeitslose ist einer zu viel, das können alle im Raum unterstreichen, das haben wir gehört. Géza Molnár ist es gelungen, den kleinsten gemeinsamen Nenner in der Regierung zu finden und vielleicht hat hier auch die SPÖ einige ihrer Werte über Bord geworfen. Man kann es drehen und wenden, wie man es will.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Bezirk Jennersdorf wurde auch schon thematisiert. Fast minus 24 Prozent, ein Wert, der sehr positiv ist, eine wunderschöne Statistik und vor allem eine wichtige Tatsache. Eine Tatsache, dass viele Menschen einen Job gefunden haben und dadurch ihre Familien ernähren können. Hier spürt man die gute Wirtschaftslage.

Ich darf das unterstreichen, was Gerhard Steier vorhin erwähnt hat, es ist natürlich auch mitverantwortlich bei uns im Bezirk Jennersdorf, der Automobil-Cluster in Graz, der sehr viele Personen aus dem Bezirk Jennersdorf anzieht, weil er einerseits gute Verdienstmöglichkeiten bietet und weil es einfach aus der Region geografisch gesehen möglich ist, auch in Graz zu arbeiten.

Die Statistik von minus 24 Prozent kaschiert auch, dass in Jennersdorf in der Firma Boxmark 150 Mitarbeiter abgezogen worden sind. Diese haben teilweise in der Steiermark einen neuen Job gefunden. Aber ich denke, und hier müssen wir hin, und ich weiß schon, dass Manfred Kölly hier versucht, einen Keil in die Regierung zu treiben, und ich glaube, es ist ihm auch geglückt, *(Abg. Géza Molnár: Geh! – Abg. Walter Temmel: Sicher.)* ich denke, dass es wichtig ist, die Themen wirklich anzusprechen, wo den Menschen im Burgenland der Schuh drückt.

Es geht darum, dass jene Personen, die über 50 sind und keinen Arbeitsplatz mehr finden, wirklich eine Chance bekommen. Hier sollte man sich die Frage stellen, ob es nicht zielführender wäre, Förderungen nicht kurzfristig mit 100 Prozent in Aussicht zu stellen, sondern langfristig zu fördern und diesen Menschen die Perspektive zu bieten, dass sie es auch zum erstmöglichen Pensionsantritt in die Pension schaffen.

Die Bundesregierung gibt hier klar den Takt vor, sie sorgt mit ihrer Arbeit für Aufschwung, für Wachstum und Arbeitsplätze. Es ist wichtig, dass wir in unserer Zeit einiges zustande bringen, dass die Mitarbeiter, die möglichst lange im Betriebe sind, junge Mitarbeiter ausbilden, damit möglichst viele Menschen in Beschäftigung sind, damit wir möglichst viel Wertschöpfung in unserem Land haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist sehr spannend, wenn man sich die Vorgeschichte zu diesem Antrag ansieht, denn hier hat das Bündnis Liste Burgenland im Ausschuss bereits den Antrag eingebracht.

Dort war auch das Wort „Aktion 20.000“ zu lesen, im Abänderungsantrag findet sich „Aktion 20.000“ nicht mehr. Ich denke, es ist genug gesagt, hier hat sich eine Partei über den Tisch ziehen lassen.

Wir sind der Meinung, dass dieser Antrag, der inzwischen sehr verwässert ist, aber dennoch weit hergeholt ist, Grundwerte vertritt, wo man festhalten darf, natürlich soll man etwas machen, damit es besser wird, denn mehr steht in diesem Antrag nicht.

Wir werden dennoch zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben diesen Antrag abgeändert, deutlich erweitert, weil er uns nicht ausreichend war, er war nicht weitgehend genug. Daher haben wir einen insgesamten Arbeitsmarktantrag daraus gestrickt, weil er uns nicht ausreichend war. Mit vielen einzelnen Maßnahmen. Nicht ausschließlich für in Arbeitslosigkeit geratende über 50jährige, sondern einen breiten Bogen gespannt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf Ihnen sagen, die Koalition lässt sich natürlich nicht auseinander dividieren. Ganz im Gegenteil. Insbesondere dann nicht, wenn es die Themen sind, die den Bund betreffen, und nicht das Land. Schon gar nicht bei denen, die wir nicht beeinflussen können. Daher lassen wir uns sicher nicht auseinander dividieren.

Wir bleiben da relativ cool. Wir leben nämlich diese Koalition, wie es sich gehört. Frau Kollegin Petrik! Wir stellen nämlich das Gemeinsame vor das Trennende und arbeiten. Das verlangen die BurgenländerInnen von uns. Das machen wir auch und das zeigen auch die Daten am Arbeitsmarkt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Geschätzte KollegInnen! Heute ist aber eigentlich ein sehr guter Tag. Ein sehr guter Tag für unser Heimatland Burgenland. Ein sehr guter Tag für die Republik Österreich, denn es gab heute eine Einigung auf Europäischer Ebene zur Entsenderichtlinie.

Das ist das, wo der Präsident des Öfteren in Brüssel war, vorgesprochen und die Position des Burgenländischen Landtages auch deponiert hat. Wir können durchaus froh sein, dass dieser Schritt, diese Einigung auf europäischer Ebene heute stattgefunden hat. Der erste Schritt ist getan, nämlich, gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort. Es ist

so, dass sowohl Kollektivvertragsregelungen, als auch die Zulagen ab dem ersten Tag berücksichtigt werden müssen.

Ich denke, das ist das, was wir immer wollten. Das ist das, was heute in einer Vereinbarung formuliert wurde. Das ist gut und wichtig so. Das ist durchaus ein Erfolg für unser Heimatland Burgenland. Aber, ich sage auch ganz offen dazu, diese Einigung ist nur dann wirklich gut, wenn sie auch dementsprechend kontrolliert wird.

Da muss es deutliche Kontrollen geben. Dem müssen grenzüberschreitende Sanktionen folgen, weil es nicht sein kann, dass ich jemanden erwische und bestrafe und dann hat das keine Sanktionsmöglichkeiten. Wenn das so ist, dann ist es nur ein zahnloser Papiertiger, der nichts bringt. Aber, es wird die nächste Zukunft weisen, ob dieses Gesetz ordentlich gelebt wird, oder nicht. Nun aber zurück zum Abänderungsantrag beziehungsweise zum Antrag vom Herrn Kollegen Kölly.

Am Arbeitsmarkt, da sind wir uns glaube ich alle einig, läuft es relativ gut. Rekordbeschäftigung. Das siebente Mal in Folge. Ich habe es heute schon erwähnt. 2.000 Arbeitsplätze netto geschaffen. *(Abg. Manfred Kölly: Warum rennen dann die Funktionäre draußen herum? Frage Sie doch einmal.)* Ich komme ohnehin gleich zu den Funktionären, Kollege Kölly, also, am Arbeitsmarkt läuft es wirklich sehr gut. Rekordbeschäftigung, Arbeitslosigkeit sinkt, minus 7,1 Prozent, wir sind die besten in Ostösterreich. Bei uns läuft es deutlich besser wie in Wien oder in Niederösterreich. Das ist durchaus bemerkenswert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, es gibt ein Problemfeld. Das sind nämlich Menschen, die über 50 Jahre sind und in Arbeitslosigkeit geraten. Aus welchen Gründen auch immer. Weil die Firma zusperrt, weil ich erkranke, auf Kur gehen muss und dann erst wieder arbeitsfähig bin. Da gibt es ein Problem.

Ich persönlich, Kollege Molnár hat das schon relativ klar schon formuliert, halte die Einstellung der Aktion 20.000 für einen Fehler. Das sage ich nicht, weil wir nicht mehr in der Bundesregierung sind, sondern wir haben das immer kritisiert, auch in der letzten Regierung, die Rot - Schwarze Regierung, die sich bei diversen Arbeitsmarktqualifikationsmaßnahmen zurückgezogen hat und wir aus dem Burgenland hier ausgleichen mussten. Mit sehr viel Geld ausgleichen mussten.

Auch da habe ich das kritisiert. Mir ist das völlig egal, wer da jetzt in der Bundesregierung sitzt. Ob das Rot - Schwarze sind, ob das Türkis - Schwarze oder was weiß ich was jetzt mit den Blauen sind. Wenn es um burgenländische Interessen geht, dann geht es um das Burgenland und nicht um Parteiinteressen. Das wäre, glaube ich, der Anspruch, den wir alle haben sollten.

Daher halte ich die Einstellung dieser Aktion 20.000 für einen Fehler, weil es vor allem 700 Menschen im Burgenland betrifft, denen man die Zukunftshoffnung, eine Zukunftsperspektive nimmt. 700 Familien, die darunter leiden werden. Das ist kein Kostenfaktor, weil man denen ja ohnehin die Arbeitslosenentschädigung bezahlen müsste, denn da geht es um 200 Euro netto, nicht mehr und nicht weniger.

Wir haben das zur Kenntnis zu nehmen. Die Mehrheiten sind im Nationalrat so wie sie sind. Wir werden uns auf unsere Dinge konzentrieren, die wir im Burgenland machen können und das werden wir auch machen.

Eines müssen wir ganz besonders Acht geben. In der letzten Zeit gab es viele, die sich medial zu Wort gemeldet und gesagt haben, wir brauchen mehr Arbeitsmarktpotential. Zuletzt die Industriellenvereinigung mit ihrer Aussage. Sie fordern

eine Willkommenskultur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus nicht EU Staaten, aus dem Nicht EU Raum. Da läuten bei mir die Alarmglocken.

Die Europäische Union verfügt über 220 Millionen ArbeitnehmerInnen. Gerade das Burgenland ist betroffen, weil wir an der Wohlstandskante leben, und rund um uns 30 Minuten mit dem Auto eine Million Menschen leben, die ihr Einkommen vervier- und verfünffachen können. *(Abg. Gerhard Steier: Millionäre.)* Jetzt darüber zu sprechen, ob wir den Koch aus Neu Delhi, aus Indien, nach Österreich holen sollen, das halte ich für keine gute Idee.

Arbeitsmarktpotential gibt es genug. Über 11.000 BurgenländerInnen suchen im Moment Arbeit. Es muss unser primäres Ziel sein, diese 11.000 BurgenländerInnen in Beschäftigung zu bringen, zu qualifizieren, mit Maßnahmen, die wir auch in den Abänderungsantrag formuliert haben.

In Beschäftigung zu bringen, bevor wir über ein zusätzliches Arbeitsmarktpotential aus Nicht EU Staaten nachdenken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde auch angesprochen, dass gestern bekannt wurde, dass es auch Kürzungen in den Budgets des Arbeitsmarktservices geben wird. Das Burgenland ist davon ebenso betroffen. Ich habe heute mit dem Arbeitsmarktservice sehr lang herumgemailt. Sie wissen es noch nicht. Es gibt noch keine realen Zahlen, die auf sie zukommen. Wie viele das Arbeitsmarktservice Burgenland auch einsparen muss. Fakt ist, und das liegt mir besonders am Herzen, das die überbetriebliche Lehrlingsausbildung leiden wird, denn offensichtlich ist es so, dass hier eine starke Kürzung stattfinden wird.

Das halte ich für bedauerlich. Nicht nur weil es um die jungen Menschen geht. Vor allem weil es mir um die jungen Menschen geht. Aber, ich halte es deswegen für bedauerlich, weil ich meine, dass das mittelfristig ein wirtschaftspolitisches Eigentor ist. Wenn die Wirtschaft heute beklagt, dass wir zu wenige Fachkräfte haben, und wir aber gleichzeitig Maßnahmen setzen, wo wir die Ausbildung einstellen, dann frage ich mich, wer wird es denn tun? Die Privatwirtschaft wird keine 600 jungen Menschen in einem Jahr aufnehmen können. Weil, rund 600, genau 642 junge Menschen wären für heuer geplant gewesen. Also das wird nicht funktionieren.

Jetzt frage ich mich, wo die Jungfacharbeiter herkommen sollen? Vielleicht aus Neu Delhi? Kann schon sein. Da bin ich aber anderer Meinung. Wir sollten schauen, dass diejenigen, die hier leben, auch ordentlich qualifiziert werden, und dann in Beschäftigung gelangen. Daher glaube ich, dass dieser Antrag, den wir formuliert haben, der durchaus ein Kompromissantrag ist, das soll es ja auch sein, davon lebt ja auch eine Koalition.

Dazu stehe ich auch. Aber ein guter Abänderungsantrag ist. Ich lade wirklich alle ein, im Sinne der BurgenländerInnen, im Sinne von Menschen, die Arbeit suchen, die Qualifizierung benötigen, diesem Antrag zuzustimmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem ich, wie vorher schon beim zweiten Dringlichkeitsantrag, mich auch hier zu diesem Thema bereits in der Öffentlichkeit zu Wort

gemeldet habe, möchte ich diese Debatte jetzt durch die einen oder anderen Gedanken vielleicht etwas anreichern und gleich mit einer Klarstellung beginnen.

Ganz offen gesagt, ich bedanke mich bei unserer Sozialministerin und natürlich auch bei den Regierungskolleginnen und Regierungskollegen der Bundesregierung dafür, dass sie diese Aktion 20.000 eingestellt oder abgedreht haben, wie man es auch immer formulieren will. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich werde das auch begründen. Natürlich ist es so, dass jedes Einzelschicksal, und ich glaube, da sind wir sowieso alle einer Meinung, einer Arbeitslosigkeit bedauerlich ist, dass das natürlich ergreifend ist.

Jeder, der schon einmal davon betroffen war, oder jemanden in der Familie, im Umkreis, hat der davon betroffen ist, weiß ganz genau, was das bedeutet. Aber, die Damen und Herren hier im Haus, und insbesondere im Nationalrat und in der Bundesregierung haben die Pflicht, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Rahmenbedingungen zu setzen. Nicht auf Einzelschicksale abzustellen. Budgets, zum Beispiel, zu beschließen.

Da geht es um große Zahlen. Das ist sehr wohl ein Kostenfaktor. Aus dieser Verantwortung heraus kommt man nicht umhin, eine Kosten - Nutzen - Überlegung aufzustellen. Wenn man die aufstellt, dann schaut es folgendermaßen aus. Auf der Kostenseite, laut Auskünften des Sozialministeriums, würde die Aktion 20.000 etwa 850 Millionen Euro kosten. Ist ein ganz schöner Pappenstiel.

Weil auf der Nutzenseite ist ja Folgendes. Im Jahr 2017 ist die Arbeitslosigkeit, das sind jetzt nur Zahlen aus dem Burgenland, und wie wir gerade gehört haben, gibt es andere Bundesländer, die ja noch besser sind am Arbeitsmarkt, die Steiermark zum Beispiel, aber die Zahlen aus dem Burgenland ist die Arbeitslosigkeit bei den über 50 jährigen um 6,4 Prozent gesunken.

Im Februar 2018 ist sie um noch einmal 4,1 Prozent gesunken. Der Kollege Darabos, ich hoffe, ich interpretiere ihn da jetzt richtig, hat vorher in der Fragestunde auf eine Nachfrage hin, was denn die Einstellung der Aktion 20.000 für den burgenländischen Arbeitsmarkt bewirken würde gemeint, Zitat: Sie wäre nicht unmittelbar spürbar. Übersetzt, das ist eigentlich egal. *(Abg. Manfred Kölly: Das hat er so nicht gesagt. Aber, bitte.)* Ich habe es mir zumindest so aufgeschrieben, es wird im Protokoll nachzulesen sein.

Sollte es nicht stimmen, bitte ich das natürlich zu korrigieren. Ich habe mir das auf jeden Fall so aufgeschrieben. Ich habe das so aufgefasst. Also, wenn man das jetzt gegenübersetzt, 850 Millionen Euro Kosten, versus nicht unmittelbar spürbar, dann muss bitte jeder verantwortungsvolle Politiker so eine Aktion beenden.

Natürlich ist es richtig, dass man sich Gedanken darüber macht, warum über 50 jährige speziell betroffen sind. Natürlich ist es richtig, dass man hier investiert. Vielleicht diese 850 Millionen Euro nimmt und in schlagkräftigere Aktionen hinein setzt. Da geht es um die Lebenseinkommenskurven, da geht es um gleitende Pensionsantritte und so weiter. Da gibt es ja sehr innovative Modelle, wo man den Betroffenen, glaube ich, helfen kann.

Aber, eine auf zwei Jahre beschränkte Aktion, wo zufälliger Weise gegen Ende dieses Zeitraumes eigentlich ein Nationalratswahltermin war, nennen wir es doch beim Namen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: 2018 erst.)* und, 2018 genau, und die Aktion 20.000 wäre ja mit Mitte 2019 ausgelaufen.

Ich werfe das ja nicht einmal jemandem vor, sondern alle Couleurs hier haben in Regierungsverantwortung ähnliche Aktionen gemacht. Ich nehme da auch meine eigene Partei nicht aus, Stichwort Hacklerregelung und so weiter. Ist ja alles bekannt. Aber, ich glaube, da sollte man sich schon darauf verständigen, dass man sich hier darauf konzentriert, was denn die eigentlichen Probleme sind und diese Probleme dann auch dementsprechend behandeln.

Der Kollege Kölly hat ja eines richtig gesagt. Jobs schafft in erster Linie die Wirtschaft. Die Aktion 20.000 betrifft nicht die Wirtschaft, sondern das ist eine staatliche Aktion. Das ist ein bisschen ein Widerspruch. *(Abg. Manfred Kölly: Als Bürgermeister habe ich schon die Verantwortung. Entschuldige!)* Ich bin der Meinung, dass, wenn man hier die Arbeitsnachfrage der Unternehmen, der Wirtschaft stärkt, *(Abg. Manfred Kölly: Verantwortung!)* genau, glaube ich, tut man den Betroffenen, aber auch den Unternehmern und auch dem Arbeitsmarkt einen größeren Gefallen.

Summa Summarum glaube ich, dass das Einzige, was eine verantwortungsvolle Regierung machen kann, ist, ein konsequenter Schritt, nämlich diese Aktion zu beenden.

Ich hoffe, dass bessere Aktionen nachkommen. Das wird auch in diesem Abänderungsantrag gefordert, den ich zur Unterstützung bitte. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Der Kollege, Landesrat Petschnig, hat das richtig ausgeführt. Wichtig ist natürlich die Nachhaltigkeit. Die Nachhaltigkeit - und das werde ich heute auch noch einige Male betonen - ist der Schlüssel zum Erfolg.

Was bringt es, wenn ich jetzt eineinhalb Jahre lang eine Aktion mache und dann schlussendlich nichts mehr davon habe. Man darf auch nicht vergessen, 49 Vereine haben zum Beispiel auch die Gelegenheit genutzt, um jemanden anzustellen, der nach eineinhalb Jahren wieder weg gewesen wäre. Der Verein kann sich das sicher nicht leisten, dass er die nach eineinhalb Jahren wieder weiter verpflichtet.

Das heißt, es fehlt absolut die Nachhaltigkeit. Es hat ja keinen Sinn, für eineinhalb Jahre plötzlich eine Beschäftigung zu schaffen, die überhaupt keinen Berufszweig in sich hat. Einfach irgendetwas zu tun, damit man eineinhalb Jahre eine Beschäftigung hat, und die Nachhaltigkeit ist nicht gegeben. Was hat das für einen Sinn?

Diese Aktion 20.000 ist schon richtig, da gebe ich der SPÖ recht, aber diese Aktion 20.000 auf eineinhalb oder auf zwei Jahre ist eben zu wenig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Der Grund, der Kern, stimmt, das passt, nur muss man sich diesbezüglich etwas überlegen. Ich bin schon beim Kollegen Kölly. Man sagt, dass die Gemeinden die Möglichkeit dazu haben sollen, aber genau das ist ja derzeit in einem Evaluierungsprozess, den die Sozialministerin gerade vorantreibt.

Das heißt, man wird versuchen, in der Nachhaltigkeit Jobs anzubieten, die auch eine Berufsintension haben, die nicht einfach deshalb da sind, weil sie einmal da sind, und die erhalten ein bisschen ein Geld. Es ist Folgendes passiert, und zwar gibt es dazu auch Studien, dass man nach den eineinhalb Jahren so derartig deprimiert ist, weil man den ganzen Tag nur irgendwie Erbsen zählt. Ich sage das einmal bewusst überspitzt, aber das gibt es natürlich auch.

Da gibt es Aktionen, da haben sich Vereine beworben, da haben sich Institutionen beworben, die gesagt haben, wir brauchen solche Arbeitskräfte, wo überhaupt keine Nachhaltigkeit erkennbar ist. Wenn man schon davon spricht, von den 600 Millionen mit AMS, darf man eines nicht vergessen, dieses Gesamtkonstrukt mit den 600 Millionen hat Folgendes in sich, und zwar geht es da auch um einen Evaluierungsprozess.

Ob das die Schulungsmaßnahmen sind, ob das die Nachhaltigkeit auch im AMS Bereich ist. Vor allem darf man nicht vergessen, weil die Frau Abgeordnete Petrik das gesagt hat, wir haben jetzt weniger Asylwerber, deshalb brauchen wir auch weniger Geld.

Es hat ja keinen Sinn, wenn ich sage, ich budgetiere 900 Millionen Euro und brauche aber nur 300 Millionen Euro. Was hat das für einen Sinn? Das heißt, das ist einfach die Gerechtigkeit, die hier gelebt wird.

Man weiß ganz genau, wenn man weniger Asylwerber hat, gibt man nicht genau so viel aus, wie man vorher gehabt hat. Das ist eine normale Berechnungsart, die der Finanzminister aber wirklich sehr gut aufbereitet hat. Das muss man auch definitiv so sagen, und ich glaube auch, wenn man schon davon spricht, aber im Abänderungsantrag kommt die Aktion 20.000 nicht vor.

Es geht hier nicht um den Titel. Es geht hier auch nicht um die Aktion20.000. Es geht, nochmals gesagt, um die Nachhaltigkeit. Es geht wirklich darum, dass man Arbeitsplätze schafft und nicht irgendeine Schmähparade macht, die ein bisschen dauert. Herr Kollege Petschnig hat schon vorher gesagt, weil dann irgendwann ohnehin wieder Wahlen sind, aber wir sind da auch nicht ausgenommen.

Natürlich versucht man politisch etwas zu bewirken, aber ich glaube trotzdem, dass in Verbindung mit dem Gedanken dieses 20.000 Projektes auch auf die Nachhaltigkeit geachtet werden soll, dass man sowohl auch Berufszweige erfinden kann. Ich war erst vor kurzem im Innenministerium, wo wir wirklich eingehend darüber gesprochen haben.

Es gibt sehr viele gute Ideen. Ich bin jetzt im Sozialministerium. Da gibt es wirklich gute Ansätze. Ich glaube, man soll das nicht von Haus aus gleich verurteilen und sagen, was ist das jetzt? Wir brauchen das Projekt 20.000. Wieso brauchen wir das, wenn nach eineinhalb Jahren wieder alles weg ist?

Das heißt, deshalb finde ich diesen Antrag wirklich in Ordnung, ob da jetzt 20.000 steht oder nicht. Wichtig ist auf jeden Fall, dass man wirklich jemandem Zukunftschancen bietet, wirklich jemandem ein gutes Gefühl gibt und wirklich auch Berufszweige neu eröffnet, wo man sich nachhaltig auch wirklich freuen kann, dass man eine Aktion hat, wo 50+ Beschäftigung stattfindet und nicht einfach schnell irgendeine Aktion.

Das hat keinen Sinn. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nochmals zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass dieser Antrag solche Wellen schlägt, war mir klar. Es war mir auch klar, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter sich zu Wort melden wird und Aussagen trifft. Er sollte sich aber daran erinnern, was er vor ein paar Wochen, vor einem Monat, vor zwei Monaten gesagt hat.

Die Zukunft der Sicherheitspartner ist unklar, das Aus der Aktion 20.000 hat möglicherweise Auswirkung auf ein Prestigeprojekt von Herrn Landeshauptmann-

Stellvertreter Johann Tschürtz, FPÖ, denn dieser machte die Fortführung und den Ausbau des Projektes Sicherheitspartner, das derzeit in neun Gemeinden umgesetzt wird in einem ORF-Interview, im Dezember von der Aktion 20.000 abhängig.

Mehr dazu in Rauchverbot, Tschürtz will Volksbefragung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das sind schon zwei Dinge, die sehr interessant sind. Übrigens, dass man das nicht vergisst. Herr Kollege Darabos, arbeitsmarktpolitischer Fehltritt, für Soziallandesrat Darabos, SPÖ, ist das Ende der Aktion 20.000 ein arbeitsmarktpolitischer Fehltritt. Es sei für ihn erschütternd, dass die neue Regierung so schnell ihr wahres Gesicht zeige und schwarz-blau offensichtlich so wiederkehre, wie es 2000 und 2007 gewesen sei.

Diese Maßnahme betreffen vor allem ältere Arbeitnehmer über 50 Jahre, für die es schwierig sei, wieder in den Arbeitsprozess einzusteigen. Darabos strebt nun einen nationalen Schulterschluss der Sozialreferenten an. In einem offenen Brief ruft er dazu auf, für ein Fortbestehen der Aktion einzutreten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ziel sei es, eine breite politische Mehrheit um eine gemeinsame Resolution in Richtung Bundesregierung und damit die Aktion 20.000 wie geplant über einen längeren Zeitraum getestet werde. So Darabos, wo wir den Antrag geschrieben haben. Herr Landesrat Darabos! Sie dürfen im Landtag nicht mitstimmen, aber vielleicht gibt es eine Mehrheit von Rot, LBL und Grün und der Kollege Steier und wir bleiben bei dem Antrag mit den 20.000. Was tun wir dann? Das wäre dann eine interessante Konstellation. Denken wir einmal darüber nach. Der Herr Bundesrat Preiner ist ja auch ein SPÖ Mann, was ich weiß. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Nationalrat! – Abg. Walter Temmel: Erwin!)* Nationalrat, Entschuldigung, der Heger, es steht nur Preiner da bei der Aussendung. Ich weiß ja nicht, wie er heißt, das ist ja nicht so tragisch. Die Aktion 20.000 müsse ausgeweitet statt abgeschafft werden, meint der burgenländische Nationalratsabgeordnete Erwin Preiner, SPÖ.

Es sei kurzsichtig, Verschlechterungen für Langzeitarbeitslose Menschen über 50 Jahre herbei zu führen, die es am Arbeitsmarkt am schwersten haben, meint Preiner in seiner Aussendung. Mehr als 1.500 haben nach jahrelanger Suche nach der Aktion 20.000 bis jetzt einen Arbeitsplatz gefunden, rechnet Preiner vor.

Der Erwin, der Nationalratsabgeordnete. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* So, und jetzt kommt das Nächste. Rot-Blau, Landesrat Doskozil und Darabos wollen die Aktion retten. FPÖ Tschürtz begrüßt das Aus, nur damit wir wissen. Misstöne in der bis dato demonstrativ harmonischen rot-blauen Paarbeziehung im Burgenland.

Während SPÖ Finanzlandesrat Hans Peter Doskozil das von der türkis-blauen Bundesregierung verkündete Aus der Aktion 20.000 für ältere Langzeitarbeitslose via Kurier als Anschlag auf die Arbeitnehmer gegeißelt hat, begrüßt sein pannonischer Koalitionspartner den Stopp. So, da bin ich nicht der Meinung von Landeshauptmann Niessl, Doskozil und Landesrat Darabos, sagt FPÖ Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz am Mittwoch.

Darabos will die Sozialreferenten aller anderen Bundesländer für einen Schulterschluss gewinnen, habe ich schon vorgelegt. Allerdings hat der blaue Frontmann bis vor kurzem selbst Hoffnung in diese Aktion gesetzt, um die Sicherheitspartner zu finanzieren.

Seit Oktober 2016 patrouillieren uniformierte, aber unbewaffnete Helfer in neun Gemeinden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über Nacht kann ich gescheiter

werden, aber über Nacht kann ich nicht solche Aussagen treffen, weil das für mich, leider Gottes, nicht nachvollziehbar ist. Ich könnte zu etwas stehen und zu dem stehe ich auch. Dann sage ich ganz einfach.

Ja, ich stehe ganz einfach zu diesem Bund, weil ich von dort den Druck herunterbekommen habe, dass man das abschaffen muss. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt komme ich zu einer anderen Frage, Herr Kollege oder Herr Landeshauptmann-Stv. Tschürtz: Wie schaut es in nächster Zeit mit dem Regress aus? Was tun wir mit dem? Nehmen wir die Abschaffung vom Regress jetzt auch zurück, oder was tun wir? Oder, wir haben seitens des Bündnis Liste Burgenland einen Antrag eingebracht, die GIS-Gebühren abzuschaffen. Wie werdet Ihr euch da verhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das sind solche Dinge, wo Sie sagen, dass man nachhaltig denken muss. Was ist für Sie nachhaltig? Das interessiert mich. Was ist nachhaltig für Sie als Landeshauptmann-Stellvertreter? *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wenn man einen Job länger als eineinhalb Jahre hat.)*

Ja, und jetzt bin ich auf dem Punkt. Jetzt haben Sie es richtig gesagt, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, genau, es gibt Firmen in der Steiermark, die haben ein paar 1.000 Leute angestellt über diese Aktion und werden sie behalten. Diese Aktion hat sie dort überhaupt hingebracht, dass die überhaupt einen Job gekriegt haben.

Vielleicht sollten wir einmal über das nachdenken, dass auch Gemeinden Leute dann weiterbeschäftigen, weil sie in Ordnung sind, weil sie brav sind und vielleicht auch den Gemeinden etwas bringen, denn auch das ist Nachhaltigkeit. Das ist Nachhaltigkeit, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Evaluierungsprozess.)* Evaluierungsprozess!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich eine Aussage von Ihnen höre, dass es da Durchschummler und Parasiten gibt und das lauter solche Leute sind, die vielleicht keinen Job bekommen. Gehen Sie hinaus zu den Leuten und fragen sie sie, wie oft ihnen das Ganze auf die Nerven geht und wie schwierig das ist, einen Job zu bekommen. *(Abg. Manfred Haidinger: Wieviel davon in Deutschkreutz?)*

Oder die Arbeitslosenstatistik. Die sollten Sie sich einmal anschauen. Ungarn hat 3,9 Prozent Arbeitslose. Das ist sehr interessant. Im Burgenland haben wir ein bisschen mehr. Das ist auch kein Problem, aber das sollten wir uns anschauen. Ungarn hat nur 3,9 Prozent Arbeitslose. Ja, entschuldige, da machen wir uns so stark? Das Burgenland ist so super und so gut! Wir haben Nachholbedarf in allen Fällen. Dafür werden wir uns im Landtag einsetzen und ich bitte die Regierung, dass sie sich Mühen und Sorgen macht, was sie draußen am Arbeitsmarkt tut.

Eines ist einmal klar, Herr Kollege Steindl, vielleicht ist das Ihre Freundin, aber ich möchte nur eines klarstellen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, nämlich, dass man mit Arbeitslosen, wie sie die nennen, nämlich, Parasiten und Durchschummler, das lasse ich nicht so stehen. *(Abg. Géza Molnár: Wer hat das gesagt? Wer hat das gesagt? Der Parasit! Sei mir nicht böse.)* Es gibt, das hat er gesagt, das hören wir uns am Band an. Das ist genau das, wo ich mich frage, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich meine, der Kollege Petschnig ist aufgestanden, ist dazu gestanden, hat das einfach so gesagt. Das finde ich in Ordnung, aber die SPÖ hat sich wieder so im Kreis gedreht.

Auf der einen Seite haben sie zugestimmt bei der 20.000 Aktion - ist ohnehin gut, aber auf der anderen Seite können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Es ist ja nichts dabei, dann lehnt einfach solche Anträge ab. Sagt Euren Funktionären draußen, sie

brauchen auf keinen Bahnhof mehr gehen, sie brauchen nicht mehr hinausgehen in die Öffentlichkeit, sie brauchen bei keiner Veranstaltung mehr dabei sein.

Der Herr Kollege Landesrat Darabos setzt sich auch dafür ein, alle setzen sich dafür ein. Ihr stimmt eigentlich dagegen. Kein Wort von einer Aktion 20.000 und das tut mir so weh. Die müssen sich ja von Euch gefrotzelt fühlen. *(Abg. Ingrid Salamon: Gott sei Dank leben wir noch in einer Demokratie und dürfen noch machen, was wir wollen!)* Seid mir bitte nicht böse, aber, egal wie auch immer. Wir werden das nach draußen transportieren, wir werden das klarlegen. Ich verstehe ja die ÖVP auch, ist ja ganz klar. Der Herr Landesrat Petschnig sagt, ja, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, ja selbstverständlich, aber bitte schaut Euch in diesen eigenen Reihen einmal an.

Wo kann man kürzen? In den Klubs können wir kürzen, dort können wir kürzen, bei Euren Autos! Ich muss ja nicht einen 750 BMW fahren, denn Ihr könnt ja auch ein E-Auto fahren, wo man sich viel erspart und dergleichen mehr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Landesrat Petschnig, ich bin bei Ihnen. *(Ein Zwischenruf: Nulllohnrunde!)* Ich denke, dass wir das ernst nehmen sollen und nicht parteipolitisch immer in die Auslage stellt und sagen, das kann es ja nicht sein, das sind immer diese Diskussion auch mit den Gesetzesänderungen, Feuerwehrgesetz, da sollen wir zustimmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir werden bis jetzt nicht einmal eingebunden. Es hat uns niemand gefragt. Jetzt höre ich, in 14 Tagen soll da irgendetwas auf dem Tisch liegen. Wie lange geht der Zirkus schon! Es ist nichts geschehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das sind diese Dinge, wo ich mich als Abgeordneter dafür verwende und einsetze, dass da etwas geschieht, denn wir tragen als Bürgermeister draußen Verantwortungen. Auch für die Feuerwehr, und dann dürfen wir vielleicht gar nicht mehr mitreden, wer dort das sagen hat in so einer Geschichte? Daher würde ich gerne wissen, wie der Entwurf ausschaut, damit ich auch dementsprechend mit meinen Leuten mit der Feuerwehr in der Gemeinde rede, was man machen kann. Was ist hier wirklich Sache?

Ich muss nichts über das Knie brechen und gewisse Dinge einfach in den Raum stellen wo ich sage, der Bürgermeister hat eigentlich nichts mehr zum Schwätzen, aber finanzieren soll die Gemeinde die ganze Geschichte. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines ist klar, wir sind gewählt, dass wir für die Bevölkerung das bestmögliche machen. Die Regierung ist anscheinend da, wo sie ein Budget haben, einen Voranschlag haben - von uns zugestimmt - und machen was sie wollen, weil wir ohnehin keine Einsichtsmöglichkeit haben.

Das ist das Problem, was wir in Zukunft eigentlich diskutieren sollten. Warum versteckt man das? Da, in der Kritik, war die FPÖ immer Weltmeister und hat immer gesagt, warum man ihr das nicht zeigt? Zeigt uns ganz einfach das, was beschlossen worden ist. Das wird kein Problem sein, denn ihr habt ja nichts zu Verstecken. In diesem Sinne glaube ich, dass diese Aktion 20.000 weiterhin betrieben werden soll.

Ich bin damit beim Herrn Landesrat Darabos, ich bin damit beim Herrn Nationalrat Erwin Preiner. Ich weiß, nicht Nationalrat, Abgeordneter, egal, wie auch immer, die sich einsetzen, dass diese Aktion weiterbesteht.

Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist abermals Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Es ist wirklich nur ein einziger Satz, aber ich glaube, ich muss mich da nicht wiederholen. Ich glaube schon, dass wir gehört haben, warum es diesen Abänderungsantrag gibt.

Ich möchte nur eines sagen, lieber Manfred Kölly, ich habe das Wort Parasit nicht in den Mund genommen, und ich verbiete mir das, sich einfach hierher zu stellen und so einen Unfug zu sagen.

Das ist wirklich fürchterlich. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Das ist grauenhaft. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich möchte auch sehr kurz sein. Ich stehe zu dieser Aktion 20.000 zu 100 Prozent, weil ich glaube, dass das eine Aktion ist, die dafür auch prädestiniert ist, dass eben Menschen, die über 50 sind, auch in den Arbeitsprozess integriert werden können.

Noch einmal gesagt, ich habe es bei der ersten Wortmeldung auch schon gesagt, jeder von uns, glaube ich, ist unterwegs in den Gemeinden und man sieht, dass es ganz schwierig ist, wenn man über 50 ist und im Arbeitsprozess nicht Fuß fassen kann, dann ist diese Aktion, aus meiner Sicht, eine wichtige Aktion.

Wir sehen auch, dass mit dieser Aktion 50+ mit den Gemeinden, mit dem AMS gemeinsam es auch gelungen ist, dass wir wieder Menschen in Beschäftigung bringen. Menschen, die vielleicht durchaus das eine oder andere Problem in ihrem Lebenslauf hatten. Das ist nicht so einfach.

Aber, wir sind ja auf Regierungsebene im Burgenland keine Einheitspartei mit der FPÖ, das wir da und dort nicht auch eine andere Meinung haben können. Es ist ja auch mit der ÖVP nicht so, dass das eine Geschichte ist, die wir gemeinsam hier lösen könnten. Ich stehe dazu. Wir haben auch gesehen, bevor diese Aktion 20.000 ausgelaufen ist, auch in einer Nacht- und Nebelaktion möchte ich sagen, und das ist auch so gewesen. Dass wir gesehen haben, dass wir trotzdem im Burgenland über 150 Menschen noch in die Beschäftigung gebracht haben und diese Menschen auch davon profitieren.

Da würde ich schon bitten, dass man das auch sozusagen so akzeptiert. Sozialdemokratisch stehe ich zu 100 Prozent zu dieser Aktion 20.000. Wenn es hier in der Regierung auch andere Meinungen dazu gibt, ja, dann ist das so. Aber, ich stehe dazu, dass wir ältere Menschen, die über 50 sind, in Beschäftigung bringen können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

15. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der

Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1201) betreffend „Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31“ (Zahl 21 - 853) (Beilage 1220)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 15. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1201 betreffend „Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31“, Zahl 21 - 853, Beilage 1220, wird Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Sehr geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31“, in ihrer 28. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Februar 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31“, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicherheit, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist ein wichtiges Thema*. (Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das stimmt.)* Aber nicht nur, dass man die Grenzen schützt und die Leute auch dort schützt, sondern auch im Verkehr, im Straßenverkehr und in anderen Situationen.

Und daher haben wir uns Gedanken gemacht. Und wir begrüßen natürlich, dass zum Beispiel von Mattersburg bis Weppersdorf die S31 ausgebaut werden soll. Na selbstverständlich. Wir stehen dazu, das finde ich auch für großartig und in Ordnung, aber das hat noch, denke ich, die alte Bundesregierung oder die ASFINAG auch so gesehen und wird auch weiterhin so betrieben.

Ich kann mich auch noch erinnern, als die FPÖ immer gefordert hat, auch bis Mattersburg das auszubauen. Es ist uns geglückt mit Nachdruck, mit Anträgen, mit Gesprächen. Es ist auch wunderbar, dass jetzt bis Sauerbrunn die S4 ausgebaut wird, zum dritten Mal ausgebaut wird. Warum weiß ich auch nicht genau. Weil, wenn man gleich ein normales vernünftiges Konzept gehabt hätte, hätte man sich wahrscheinlich viel Geld erspart. Aber wir begrüßen das und sind sehr froh darüber.

Nach den letzten Ereignissen zwischen Weppersdorf und Steinberg-Dörfl oder Oberpullendorf, wo ständig Unfälle passieren, wo auch tödliche Verkehrsunfälle passieren auf der S31, Dörfl, in Fahrtrichtung Steinberg-Dörfl, First-Responder, beleben, auf diesem Teilstück meine sehr geehrten Damen und Herren, wo Sie auch wahrscheinlich des Öfteren fahren, da wird Ihnen einiges schon aufgefallen sein, dass dieses Streckenstück mehr als nicht verkehrstüchtig ist, ich sage das mit dieser Deutlichkeit, Stoob-Süd Abfahrt, in diesem Bereich.

Dann geht man her und die Bezirkshauptmannschaft verordnet dort einfach eine Geschwindigkeitsbeschränkung. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das ist eine Frechheit.)* Das kann es ja nicht geben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Eine Sperrlinie – furchtbar.)* Das ist echt nicht nachvollziehbar für mich.

Daher haben wir uns Gedanken gemacht, wieder einmal, vielleicht hätte man vorher zu Euch gehen sollen und hätte man sagen sollen, machen wir es gemeinsam. Dann wäre vielleicht herausgekommen, dass man gemeinsam diesen Antrag formuliert, abgibt und schlussendlich zu einem vernünftigen Ergebnis kommt.

Ich denke, dass uns für die Sicherheit, und heute haben wir viel über die Sicherheit gesprochen, das Geld wert sein muss, das aber ohnehin die ASFiNAG zahlt. Weil, die ASFiNAG hat auch gezahlt von Steinberg-Dörfl bis Rattersdorf, wo bis dato kein Anschluss ist und wo die ASFiNAG keine Einnahmen hat. Dort hat sie 37 Millionen Euro investiert. Wofür, weiß keiner, aber es ist halt einmal so und es gibt noch immer keinen Anschluss auf der gegenüberliegenden Seite, das heißt, in Ungarn.

Daher sagen wir uns, dieses Geld muss uns die Sicherheit wert sein, das man hier in die Hand nimmt, um dieses Stück von Mattersburg oder von Weppersdorf, von Mattersburg bis Oberpullendorf auszubauen, und nicht nur bis Weppersdorf.

Die Zahlen belegen das, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dort massive schwere Unfälle passieren. Wir haben heute schon darüber diskutiert, oder gerade, dass es dort Schwachstellen gibt in diesem Bereich, die man einfach abdecken muss oder vielleicht neu umdenken muss. Da wäre die Möglichkeit gegeben, gleich mit dem Antrag, und jetzt haben wir einen Minister der sicherlich offene Ohren und Augen hat, dass man auch das so betreiben sollte. In weiterer Folge stehe ich auch zu anderen Verkehrsmöglichkeiten.

Im Südburgenland, wenn ich das schon andiskutiere, öffentlicher Verkehr ist noch immer – ich habe heute einen Bericht in der Zeitung gelesen, noch immer nicht soweit, dass das angegangen wird. Aber auch der Straßenverkehr in diesem Bereich S31, wenn ich zurückkomme, wurde von uns eingebracht und der lautet:

Der Burgenländische Landtag möge beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung, insbesondere der zuständige Verkehrslandesrat wird aufgefordert, sich bei der ASFiNAG sowie beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie für die Aufstellung von Betonleitwänden im gesamten Bereich der S31 bis Oberpullendorf zur Erhöhung der Verkehrssicherheit einzusetzen.

Jetzt kommt es wieder, ein Abänderungsantrag - der wie folgt lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der ASFiNAG und dem zuständigen Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie dafür einzusetzen die geplanten Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf der S31 mit einer

baulichen Mitteltrennung zwischen dem Knoten Mattersburg und der Anschlussstelle Weppersdorf planungsgemäß, zeitgerecht umzusetzen, wobei darauf Acht zu nehmen ist, dass die Fahrbahn- und Straßenkronenbreite weiterhin eine vier-spurige Ausführung ermöglicht.

Seid mir jetzt bitte nicht böse. Wir haben eingebracht von Weppersdorf bis Oberpullendorf, Ihr schreibt da, von Mattersburg bis Weppersdorf. Das war ja ohnehin schon klar. Da brauche ich keinen Abänderungsantrag.

Wissen Sie, wo ich hin will, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das ist ja nicht normal. Dann lehnt diesen Antrag ab, dann habe ich kein Problem damit, aber bitte solche Abänderungsanträge.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich weiß nicht, ob Ihr das zu Gesicht bekommt, diese Abänderungsanträge? Ja, wenn er das bekommt, dann muss er ja aufschreien, dann muss er sagen, Leute, schauen wir, dass wir da eine Lösung zusammenbekommen. Unser Minister der ist ein Burgenländer, der wird sich dafür einsetzen, wovon ich 100-prozentig überzeugt bin, dass er das machen wird. Da brauche ich gar nicht darüber diskutieren.

Aber nur, weil wir Ideen haben, wo wir uns Gedanken machen für die Sicherheit, die ja, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, auch Dein Spezialgebiet ist. Sicherheit, da frage ich mich, warum brauche ich so einen Abänderungsantrag? Aus welchem Grund? Nimm ihn und schubladiere den Antrag von Hutter und Kölly, und sage danke, das war es.

Aber das kann es ja nicht sein, dass ich solche Abänderungsanträge einbringe. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.)* Den braucht man nicht einbringen als Abänderungsantrag, weil, das ist schon gegebene Sache, dass von Mattersburg bis Weppersdorf das gemacht wird.

Da brauche ich keinen Abänderungsantrag mehr. Das ist Faktum, das ist im Bauprogramm. Das ist im Bauprogramm, das brauche ich nicht abändern. Was soll das? Dann sage ich oder schreibe rein, lieber Kölly, Hutter, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: In der Früh geht die Sonne auf.)* Es ist ein Wahnsinn.

Daher glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass man ein Umdenken einmal stattfinden lassen muss in dieser Regierung. Was mich immer noch am meisten stört ist, dass man früher ganz anders gedacht hat, in der FPÖ. Man hat ganz anders gearbeitet, man hat sich ganz anders eingesetzt. Jetzt ist das alles ein „Wischi-Waschi“, weil wichtig ist, dass man ja keinen Streit irgendwo bekommt.

Wir brauchen keinen Streit, wir brauchen eine vernünftige Lösung für dieses Land. Wir brauchen vernünftige, öffentliche Verkehrsmittel, wir brauchen vernünftige Straßen, wir brauchen sichere Straßen. Denn eines sage ich Euch schon, wir sind noch immer ein Pendlerland. Und wenn ich denke wie viele Leute - leider Gottes - auf das Auto angewiesen sind, weil viele öffentliche Verkehrsmittel noch immer nicht so funktionieren, die sind noch immer auf das Auto angewiesen, dann muss man ihnen auch eine Sicherheit garantieren oder zur Verfügung stellen.

Und daher glaube ich, dass das wieder so ein Antrag ist, der nichts heißt und ein „Wischi-Waschi“ ist. Tut mir echt leid, wenn ich das so sagen muss, aber ich finde das nicht für in Ordnung. Und seid mir bitte nicht böse.

Wenn so ein Antrag von uns hereinkommt oder von den GRÜNEN oder von der ÖVP, dann sagt, kommt her da, wie können wir das am besten lösen, weil die gehen eh alle zum Bund hinauf. Und, können wir da unterstützend mitwirken, wenn wir jetzt in der

Regierung im Bund sitzen? Was können wir machen oder scheitert es wirklich an der Finanzierung?

Es kann nicht an der Finanzierung scheitern, denn eines ist klar, die ASFiNAG hat auch bei der B50 die Planungskosten übernommen und dergleichen mehr. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ja auch sehr interessant, das interessiert ja gar keinen. Aber bei Sonntagsreden draußen, bei Sonntagsreden, wenn ich mich hinstelle und höre zu, was dort erzählt wird, was sie alles leisten und was da gemacht wird in diesem Land für den Verkehr, für den öffentlichen Verkehr und dergleichen.

Nicht dass man den Boden versiegelt, nein, sie sind eh dagegen, aber auf der anderen Seite macht man Flächen zu dass nur so die Fetzen fliegen. Das verstehe ich nicht. Dann muss ich dorthin gehen und sagen, ja wir stehen dazu, dass wir das versiegeln weil wir brauchen das und das dafür.

Aber nicht bei Sonntagsreden sich hinstellen und sagen, nein, wir machen das eh nicht, das ist eh alles bestens. Wir sind die Besten, wir sind das beste Bundesland, wir sind die Schönsten. Und daher können wir solche Anträge, die da eingebracht werden eigentlich nur abändern und dazu sagen, ja es hat uns sehr gefreut, tut uns Leid, wir werden das Ganze anders sehen.

So kann ich das nicht stehen lassen und werde es auch nicht stehen lassen in Zukunft. Ich werde mich vermehrt jetzt dafür einsetzen, oder wir werden uns vermehrt dafür einsetzen, dass solche Dinge auch mehr in die Öffentlichkeit kommen.

Es tut mir ja so leid, dass da kein einziger Journalist oder Journalistin mehr da ist. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Die schlafen schon.)* Das ist ja ein Wahnsinn, was da passiert. Livestream haben wir, wer schaut denn um diese Zeit da Livestream? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das wissen wir nicht.)* Kein Mensch mehr, und das ist eigentlich zu verurteilen.

Herr Kollege Haidinger, Sie wissen das ganz genau, wie man das früher auch kritisiert hat in der FPÖ. Jetzt sitzt Du auf der anderen Seite. Jetzt ist Dir das egal, ob da wer was einbringt oder nicht. *(Abg. Manfred Haidinger: Den Livestream?)* Livestream, was willst Du mit dem Livestream? Das ist ja ein Scherz. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, macht Ihr mit diesem Antrag was Ihr wollt! Ich werde sicher in der Öffentlichkeit das noch einmal klarlegen, wie sich das Verhalten im Landtag da eigentlich abspielt.

Danke. *(Beifall bei der LBL – Abg. Manfred Haidinger: Was war da jetzt die politische Botschaft?)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Forderung ist nicht neu, es wird eine bauliche Mitteltrennung zur Verkehrssicherheit auf der S31 gefordert.

Wir wissen, dass hier die Zuständigkeit bei der ASFiNAG und beim Bundesministerium liegt. Die ASFiNAG plant im Bereich der S31 zwischen dem Knoten Mattersburg und der Anschlussstelle Weppersdorf die Ausführung der geforderten Mitteltrennung.

Das Land Burgenland begrüßt natürlich den Ausbau dieser Verkehrssicherheitsmaßnahme. Auf der Homepage der ASFiNAG ist das Bauprojekt mit den Daten genau dargestellt. Dort heißt es, gemäß dem ASFiNAG-Sicherheitsprogramm sind alle vierstreifigen Schnellstraßen mit einer baulichen Mitteltrennung auszurüsten um insbesondere Frontalzusammenstöße zu vermeiden.

Zwischen dem Knoten Mattersburg und der Anschlussstelle Weppersdorf - St. Martin werden an der S31 Burgenland Schnellstraße deswegen ein Sicherheitsausbau mit der Errichtung einer baulichen Mitteltrennung sowie Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt. Die Eckdaten: Gesamtlänge 22 Kilometer, Gesamtkosten 128 Millionen Euro, Baubeginn Oktober 2018, geplante Fertigstellung Dezember 2024.

Aktueller Stand des Projektes: Aktuell findet die Ausarbeitung des Projektes statt. Die Veröffentlichung der Bauausschreibung ist für Anfang des zweiten Quartals 2018 geplant. Das Einreichprojekt wurde im Mai 2017 dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie vorgelegt.

Die Einreichungen zur wasserrechtlichen, naturschutzrechtlichen und forstrechtlichen Bewilligung sind erfolgt. Die Projektfreigabe des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie sowie die forst- und wasserrechtlichen Bescheide liegen vor. Die naturschutzrechtliche Bewilligung wird erwartet. Die Umsetzung erfolgt in mehreren Phasen.

Es wird eine bauliche Mitteltrennung errichtet, sowie eine Verbreiterung der Fahrbahn durchgeführt. Die Brücken, Beschleunigungs- und Verzögerungsstreifen und die Auf- und Abfahrten der Anschlussstellen werden verbreitert und auch angepasst.

Neben einer Sanierung der bestehenden Fahrbahn werden auch die bestehenden Entwässerungsanlagen erneuert. Somit wird einer von vielen Seiten eingeforderte Erhöhung der Sicherheit nachgekommen.

Gut ausgebaute Verkehrswege, auch im Sinne der Sicherheit, sind von enormer Bedeutung, auch von wirtschaftlicher Bedeutung und natürlich ist das Bauvorhaben der S31 auch ein Impuls für die Bauwirtschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es sind ja erst kürzlich auch die Zahlen der Verkehrstoten im Jahr 2017 veröffentlicht worden. Im Jahr 2017 waren es 25 Personen, die im Straßenverkehr ihr Leben lassen mussten.

Bauliche Verbesserungen, ist eine Maßnahme, die zur Verkehrssicherheit beitragen kann. Eine andere Maßnahme ist eine ebenso wichtige, nämlich im Bereich der Bewusstseinsbildung. Häufigste Ursache für die Unfälle mit Verkehrstoten sind überhöhte Geschwindigkeit, Alkohol sowie Ablenkung und Unachtsamkeit durch das Handy und durch das Essen am Steuer.

Dem Landeshauptmann-Stellvertreter ist der Bereich Bewusstseinsbildung und Prävention besonders wichtig. Deshalb liegt da ein großer Schwerpunkt des Verkehrssicherheitsprogrammes auf dem Bereich Bewusstseinsbildung.

Einerseits soll die Eigenverantwortung jedes Einzelnen gefördert und andererseits die gegenseitige Rücksichtnahme gestärkt werden. Ich bin daher der Meinung, dass verkehrstechnische Maßnahmen selbstverständlich zur Verkehrssicherheit beitragen, dennoch ist eine wachsame Eigenverantwortung die beste Verkehrssicherheit.

Die Landesregierung, Herr Kollege Kölly, ist natürlich immer aufgefordert und bleibt aufgefordert, sich für jegliche Verkehrssicherheitsmaßnahmen,

Verkehrsverbesserungsmaßnahmen, einzusetzen. Es ist natürlich auch gekoppelt an die finanziellen Mittel, dass nicht alles möglich ist, was Du forderst in Deinem Antrag.

Wir werden gerne unserem Abänderungsantrag zustimmen. *(Abg. Manfred Kölly: Ist ja nichts abgeändert. – Beifall bei der FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter um Deinen Redebeitrag.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kölly, wir passen auf, was Du gesagt hast und wir sind auch der Meinung, dass der Antrag gut ist, den Du gestellt hast.

Weil gemäß der ASFiNAG, des ASFiNAG Sicherheitsprogramms, sind alle vier-streifigen Schnellstraßen, alle vier-streifigen Schnellstraßen mit einer baulichen Mitteltrennung auszurüsten, um insbesondere Frontalkollisionen zu vermeiden.

Zwischen dem Knoten Mattersburg und der Anschlussstelle Weppersdorf - St. Martin werden an der S31 Burgenland Schnellstraße deswegen ein Sicherheitsausbau mit der Errichtung einer baulichen Mitteltrennung sowie Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt. Die Umsetzung wird in mehreren Phasen in den Jahren 2018 bis 2024 erfolgen.

Das ist jetzt von der ASFiNAG-Seite herunter genommen. Durch diese Maßnahmen können eine hohe Anzahl der tödlichen Unfälle, sowie der Unfälle mit schwerem Verletzungsgrad, verhindert werden, daher begrüßen wir diese geplanten Schritte sehr.

Aber laut Presseberichten soll in der Bauphase dieses Sicherheitsausbaus in Teilabschnitten eine dreispurige Verkehrsführung geplant sein. Das heißt, dass es in eine Richtung nur einspurig geht. Also das glaube ich, in einer sechsjährigen Bauzeit, das gehört schon ein bisschen überdacht, weil hier muss es auch in der Bauphase in beiden Richtungen eine zweispurige Fahrbahn geben. Weil ich glaube, sonst wird es da öfters „scheppern“.

Obwohl es seit dem Jahr 1992 im Burgenland pro Jahr um zirka 400 Verkehrsunfälle, 600 Verletzte und über 60 Unfalltote weniger gibt, müssen wir weiterhin in die Verkehrssicherheit investieren. Ich glaube, der Markus hat es auch gesagt, da sind wir uns alle einig, ich möchte aber schon auch sagen, und das hat auch der Markus gesagt, und damit auch an die Vernunft der Verkehrsteilnehmer appellieren. Wenn alle, vorschriftsmäßig fahren würden, würde natürlich nichts passieren, aber das ist ein Wunsch. Das ist ein Wunsch, der sich wahrscheinlich schwer erfüllen lässt, aber da sollten wir vielleicht uns alle miteinander an der Nase nehmen und vielleicht überlegen, was beim Autofahren so alles zum Denken und zum Aufpassen ist.

Die Kosten von zirka 126 Millionen Euro für die 23 Kilometer Sicherheitsausbau sind natürlich enorm. Wenn man aber das menschliche Leid und die Kosten, die durch Tötung oder schwere Verletzungen für die Volkswirtschaft entstehen, betrachtet, relativiert sich diese Investition gewaltig. Ich meine, da habe ich geschaut, ich habe es nicht gefunden. Im Jahr 2012, da ist drinnen gestanden von der Statistik Austria, ein volkswirtschaftlicher Schaden von bis zu acht Milliarden Euro im Jahr, was durch Verkehrsunfälle verursacht wird. Also ich glaube, da sollten wir schon investieren.

Um eine weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit zu garantieren, fordern wir den Ausbau der baulichen Mitteltrennung nicht in Weppersdorf zu beenden, sondern, wie

es auch die ASFiNAG sagt, bei allen vierspurigen Schnellstraßen in Österreich, sondern bis zur Abfahrt Oberpullendorf Nord weiterzuführen. *(Beifall bei der ÖVP)*

So wichtig wie dieser Sicherheitsausbau der S31 ist, ist auch der Ausbau der B50 von Oberpullendorf nach Oberwart. Der Raum Oberpullendorf hat keine leistungsfähige Verbindung Richtung Oberwart. Aber genauso nicht von Oberwart Richtung Oberpullendorf.

Ich weiß, die vielen südliche Mandatare, viele sind jetzt nicht drinnen, können ein Lied davon singen, wenn man hinter einem LKW nach tingelt, und weiß ich wie lange fahren muss, damit man irgendwann einmal dieses Fahrzeug gefahrenlos überholen kann. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ihr könnt wenigstens fahren, wir stehen auf der Ostautobahn.)*

Ein Ausbau in wenigen Bereichen auf drei Spuren, eine wechselseitige Kriechspur würde schon genügen, um gefahrenlos überholen zu können und den Verkehr weiterhin flüssig zu halten. Die neue Weiterführung der S31, die ja erst vor nicht allzu langer Zeit eröffnet wurde, die an der ungarischen Grenze endet, ist für Fahrten von Oberwart Richtung Oberpullendorf leider keine Option. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar.)*

Da wäre vielleicht eine Möglichkeit, und da haben mich auch schon Menschen darauf angesprochen, eine Möglichkeit, dass vielleicht auf der ungarischen Seite diese Schnellstraße weitergeführt wird, Richtung Szombathely, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das kannst Du vergessen.)* wo wir ja die Umfahrungen Schachendorf bis Rechnitz haben.

Es wird vielleicht von den Kilometern weiter sein, aber von der Fahrtstrecke sind wir genauso schnell in Eisenstadt, wenn wir diese Strecke fahren. Aber da werden sich wahrscheinlich eh Verkehrsexperten damit beschäftigen.

Wir begrüßen den Ausbau der Verkehrssicherheit und werden diesem Antrag natürlich zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Dankeschön, Frau Präsidentin! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Die Zahl der Verkehrstoten und Verkehrsunfälle senken und mehr Bewusstsein für die Gefahren im Straßenverkehr schaffen, das sind die wesentlichen Ziele, die sich die politisch Verantwortlichen des Landes ständig stellen.

Wir haben gehört, im Burgenland kamen im Vorjahr 25 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben, 939 wurden verletzt, schwer verletzt.

Wir sind gemeinsam gefordert mit dem Ziel, die Verkehrssicherheit jedes Jahr weiter anzuheben und die Zahl der Verkehrsunfälle im Burgenland zu senken und somit Verletzte und Tote zu minimieren und zu verhindern. Jeder schwere Verkehrsunfall ist mit viel Leid für die Opfer und auch mit deren Angehörigen verbunden.

Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer und auch für die Anrainer, haben wir heute auch schon gehört, aber natürlich auch für die Pendlerinnen und Pendler. Wir haben ja heute bereits ein Straßeninfrastrukturprojekt, die A3, als dringlichen Antrag behandelt und diskutiert und letztendlich dann auch einstimmig beschlossen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich komme jetzt zum Antrag, S31 Burgenland Schnellstraße, Sicherheitsausbau, Sicherheitsausbau Knoten Mattersburg bis Anschlussstelle Weppersdorf - St. Martin.

Dazu, und es ist, es haben meine Vorredner in dieser Form ja auch schon angesprochen, gibt es bereits seitens der ASFiNAG ein ausgearbeitetes Projekt, das hier die ASFiNAG, das Sicherheitsprogramm, für alle vier-streifigen Schnellstraßen mit einer baulichen Mitteltrennung ausrüstet, um insbesondere auch Frontalkollisionen zu vermeiden.

Zwischen dem Knoten Mattersburg und der Anschlussstelle Weppersdorf - St. Martin werden an der S31 Burgenland Schnellstraße deswegen auch dieser Sicherheitsausbau mit der Errichtung einer baulichen Mitteltrennung sowie Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt.

Die Umsetzung in diesen mit mehreren Phasen in den Jahren 2018 bis 2024 wurden bereits hier auch von den Kollegen Markus Wiesler und vom Georg Rosner in der Form angesprochen, auch die Rahmendaten der Gesamtlänge, der Baukosten, der Baubeginn und der vorläufige, das Bauende und Fertigstellung. Auch die Umsetzungsphasen in dieser Form wurden gesprochen.

Diese Maßnahmen sollten nicht nur mehr Sicherheit und Komfort, sondern auch schnellere Verbindungen für die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler und natürlich für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer bringen. Ich möchte aber auch aus gegebenem Anlass doch die derzeitige Diskussion, die in Deutschland entstanden ist, Diesel-Fahrverbote in Deutschland, zum Anlass nehmen, und vor allem auch dazu Zustellung nehmen.

Nachdem in Deutschland durch Entscheidung des Bundes-Verwaltungsgerichtes der Weg für die Diesel-Fahrzeuge frei ist, spreche ich mich klar gegen Nachahmungsversuche auch in Österreich aus. Bei allem Verständnis für umweltpolitische Anliegen, Verbote sind der falsche Weg, denn letztlich treffen sie vor allem Pendlerinnen und Pendler und Normalverdienerinnen und -verdiener, die den Diesel-PKW nicht einfach verschrotten lassen können.

Wichtiger ist es, hier Anreize für den Umstieg auf schadstoffarme PKW oder auf öffentlichen Verkehr zu schaffen.

Zum Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31: Da dies wichtige Maßnahmen für die Verkehrssicherheit sind, werden wir gerne unsere Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Bericht der Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Ausbau der Verkehrssicherheit auf der S31 ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

16. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1195) betreffend Verhinderung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren (Zahl 21 - 847) (Beilage 1221)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 16. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1195, betreffend Verhinderung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren, Zahl 21 - 847, Beilage 1221.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte, Herr Berichterstatter, um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke sehr. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschusses haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Verhinderung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren, in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 7. Feber 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschusses stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Verhinderung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank für den Bericht. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin! Vorweg nur ein Hinweis, mit unseren Entschließungsanträgen an den Bund und Koalitionstreue und so. Also ich denke mir, man könnte ja auch in die Richtung denken, dass es Koalitionseinigkeit nur dort geben muss, wo es ums Land geht, und wo es Entschließungen an den Bund gibt, dann kann man ja auch unterschiedlicher Auffassung sein.

Ich fände das als demokratiepolitisch durchaus sinnvoll, da einen Unterschied zu machen, *(Abg. Géza Molnár: Unsere Entscheidung ist 2020, das ist so.)* aber ich bin nicht in dieser Koalition, aber man könnte es natürlich auch. Grundsätzlich gäbe es schon Lösungsmöglichkeiten auch aus so einem Dilemma. *(Abg. Géza Molnár: Das ist kein Dilemma.)* Das ist halt so, wie es sich die Koalitionspartner ausmachen.

Ja, zum Tagesordnungspunkt und unserem Antrag, mit dem wir noch einmal ein deutliches Statement abgeben wollen gegen Großquartiere für Asylwerbende. Das ist nun tatsächlich eine andere Art von Abänderungsantrag, das ist nämlich wirklich ein Antrag, ein Abänderungsantrag, wo der Antrag ein wenig abgeändert wird.

Was aber für mich schmerzhaft ist, ist, dass hier extra noch einmal die Abänderung so gemacht wurde, dass es von der Botschaft her noch einmal einen anderen Drall kriegt. Das war offensichtlich der FPÖ sehr wichtig, das weiß ich jetzt nicht, vielleicht war es der SPÖ auch wichtig, aber von der FPÖ kenne ich es halt jetzt schon deutlicher, dass das Wort „Asylmissbrauch“ unbedingt reinkommt.

Also es ist wichtig, wenn wir irgendetwas haben, wo wir über das Asylwesen reden, dass die FPÖ hinausposaunt, Achtung, Achtung, Achtung, da gibt es auf jeden Fall irgendwo einen Missbrauch, da muss man aufpassen und gegen den muss man etwas tun. Wir haben in keinem anderen Antrag oder Abänderungsantrag, den Sie einbringen, dauernd eine Zeile drinnen, dass man vor Missbrauch warnen muss oder gegen Missbrauch vorgehen soll.

Mein Eindruck war eigentlich, da ist ein Antrag, dem durchaus die SPÖ und auch die FPÖ zustimmen konnten, aber das geht auch nicht so ganz. Dem Antrag von den GRÜNEN zustimmen, wenn es um Asyl geht, ja, also muss man jetzt schnell noch irgendetwas hineinbringen, wo man weiß, da gibt es wieder die Skepsis auf der anderen Seite. *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)*

Manchmal hat man den Eindruck, dass einige Proponenten der FPÖ geradezu Freude an der Vorstellung haben, dass Menschen, die im Asylverfahren sind, leiden müssen. Ich meine jetzt keine persönlich Anwesenden, sondern das Gesamtbild der Partei. Zumindest werden entsprechende Postings und Kommentare auf FPÖ-Facebook-Seiten keineswegs gelöscht.

Da mutet es auch absolut lächerlich an, wenn etwa der stellvertretende Parteiobmann Gudenus in der ORF-Sendung Report sein Wording herunterbetet, dass man in der FPÖ keinen Hass auf irgendwelche Minderheiten oder Gruppen wolle. Aber eigenartig ist nur, dass von den Anhängern sehr wohl geduldet wird und auch praktiziert wird und das kann man auf den eigenen Internetkanälen ja durchaus sehen. Dort wird das verbreitet, ohne dass man dagegen auftritt.

Nein, auch wenn wir uns hier wahrscheinlich in dem ursprünglichen Antrag und mit dem Anliegen durchaus hätten einigen können, sie gehen unbeirrt den Weg weiter. Jeder der es wagt, einen Asylantrag in Österreich zu stellen, woanders kann man ihn ja nicht stellen. Wo soll er sonst stellen als in Österreich?

Es gibt keine andere Möglichkeit, also das finde ich auch noch einmal lächerlich zu sagen, da kommen Leute illegal ins Land und stellen einen Asylantrag. Die können woanders keinen Asylantrag stellen, weil sie bis jetzt alle Möglichkeiten unterbunden haben, *(Abg. Géza Molnár: In einem anderen Land könnten sie, in einem sicheren, das dazwischen liegt!)* das zu tun.

Die Sicherheitsfrage ist dann immer noch eine andere. *(Abg. Géza Molnár: Na entschuldigen Sie, wir sind von sicheren Drittländern umgeben!)* Jeder der es wagt einen Asylantrag in Österreich zu stellen, der soll spüren, dass Er oder Sie grundsätzlich einmal nicht erwünscht ist, und dem soll man das Leben schwer machen, und das geht bis in Details hinein.

Vorgestern erzählt mir eine aus der Flüchtlingsbetreuung, es gibt diese Asylwerbenden, die machen den Führerschein, die zahlen das, die zahlen alle Prüfungsgebühren, und dann gehen sie auf die Bezirkshauptmannschaft, wollen sich den Führerschein abholen, und ihnen wird gesagt, ein amtliches Dokument gibt es für dich nicht. Also da werden Leute sogar an der Nase herumgeführt!

Da fragt man sich wirklich, was ist das für eine Strategie. Nun, auch ich kenne viele Seiten. Letzte Woche war ein junger Mann bei mir und wollte, dass er besondere Zuwendungen bekommt vom Land. Da habe ich ihm ganz genau erklärt, was geht und was nicht geht und dass er sich an die Regeln halten muss. Man kann die Regeln für nicht in Ordnung finden, aber man muss sich daran halten. Punkt. Das machte ich ihm ganz klar.

Davon können Menschen, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind, alltäglich ein Lied singen. Aber eines muss auch klar sein. Alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde. Und so schwer und herausfordernd, so wichtig ist es für uns, gute Lösungen auch in der Unterbringung von Asylwerbenden zu praktizieren.

Was aber eben gar nicht gut ist, das sind unmenschliche Großquartiere, Menschen in Lager zu halten und dann auch mit sprachlichen Assoziationen zu spielen. Das hat Innenminister Kickl ganz, ganz bewusst gesetzt, als er sagte er möchte Menschen in Lagern konzentrieren. Das war kein, kein… *(Abg. Géza Molnár: Das ist eine Unterstellung! Das ist eine Unterstellung von Ihnen! Eine böswillige Interpretation!)*

Also uns einzureden, dass gerade Herbert Kickl das Mastermind hinter den Wordings der FPÖ, der Texter von Wahlkampfsprüchen, sich einfach versprochen hat. *(Abg. Géza Molnár: Sie sind frustriert und kritisch, sonst nichts!)* Wenn das wirklich der Fall wäre, dann kann ich nur sagen, wenn er sich versprochen hat, „Freud, schau obe“. Was für ein Versprecher. Gut.

Das was einigen in der Bundesregierung vorschwebt, ist so etwas wie Lagerhaltung von Menschen und dem müssen wir hier im Landtag einen Einhalt gewähren. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir dürfen aber auch nicht zulassen, dass Menschen, die Schutz und Existenzmöglichkeiten suchen, grundsätzlich einmal als Betrüger betrachtet werden.

Nun mein eindringlicher Appell: Verschließen wir nicht die Augen davor, was die Folgen derartiger Herangehensweisen an ein Problem ist, die es nicht lösen, sondern nur wegschiebt und damit wachsen lässt. „Aus den Augen aus dem Sinn“ stimmt nämlich keineswegs in Bezug auf die Flüchtlingsfrage.

Nur eine Lösung, die alle Nebenwirkungen und Folgen von Einzelentscheidungen in Staaten berücksichtigt, kann eine dauerhafte sein. Die Art wie in Österreich mit Abschiebungen umgegangen wird, schiebt nicht nur Menschen, zum Teil gut integrierte Menschen, zum Teil am Arbeitsmarkt dringend gebrauchte Menschen ab. Die Art wie in Österreich mit Abschiebungen umgegangen wird, die löst kein Problem. Sie schiebt ein Problem nur woanders hin, wo es möglicherweise wächst, und dann wieder in anderer Form zurückkommt.

Ich weiß schon, dass wir da unterschiedlicher Meinung sind, aber ich habe mich auch viel mit Migrationsforschung beschäftigt und deswegen ist dass, was ich hier sage, durchaus untermauert. Sie glauben doch selbst nicht, dass es ein Beitrag zum Frieden auf der Welt ist, Menschen derart feindselig und herablassend zu begegnen. Was auch immer nachher mit ihnen geschieht und wo auch immer sie nachher hingehen.

Wenn die Regierung von schnellen Asylverfahren redet, dann scheint es nur ein einziges Anliegen dabei zu geben, nämlich diese Menschen möglichst schnell los zu werden. Wenn ich oder Kollegen und Kolleginnen von mir und auch aus anderen Fraktionen, die ich kenne von schnellen Asylverfahren reden, dann geht es darum, schnell gute Lösungen für alle zu finden. *(Abg. Géza Molnár: Nein, rechtskonforme Lösungen!)* Rechtskonforme Lösungen!

Trotzdem können wir finden, dass manche rechtliche Regelungen nicht in Ordnung sind. Wer in die Politik geht, möchte etwas verändern. Sie wollen etwas anderes verändern als ich. Ich habe hier sozusagen natürlich die Möglichkeit, *(Abg. Géza Molnár: Nein, wir wollen dasselbe verändern nur anders!)* und das zweite ist, es gibt auch unterschiedliche Arten und Weisen, Recht anzuwenden und rechtskonform zu sein, und auch darüber gibt es höchst unterschiedliche Rechtsgutachten.

Aber wir reden jetzt darüber, wie Menschen untergebracht sind, die hier im Asylverfahren sind. Darüber reden wir jetzt. Das ist keine Frage der Rechtskonformität, die Sie hier wieder einbringen, sondern eine Frage, wie wir mit Menschen in Würde umgehen.

Es geht um saubere Gutachten, die nicht auf Reiseberichten aus schönen Gegenden basieren, es geht um eine Haltung, jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Wer diesen Anspruch nur für Menschen innerhalb der eigenen Landesgrenzen stellt, der zündelt gewaltig an den Krisenherden dieser Welt und damit letztlich auch am Wohlergehen in unserem Land.

Wenn wir über Grenzen reden dann geht es auch um Grenzen in unseren Köpfen und in unserem Denken. Dann geht es auch um Grenzen in unseren Herzen, und ja, Politik hat für mich auch etwas mit Herz zu tun. *(Abg. Manfred Haidinger: Das ist eine integrationsphilosophische Vorlesung!)*

Das ist keine integrationsphilosophische Vorlesung, das ist eine politische Haltung und eine politische Meinung, die ich hier vertrete. Deswegen möchte ich auch, und ich komme zum Schluss, weil ich hätte noch einiges zu dem Punkt zu sagen, aber es ist schon spät. Ich möchte zum Schluss noch einmal Janusz Korczak zitieren, der sagte alle: Tränen sind salzig, wer das begreift, kann Kinder erziehen.

Übertragen heißt das für uns hier: Alle Tränen sind salzig, wer das begreift, kann Integrations- und Asylpolitik gestalten. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke der Frau Abgeordneten für ihre Ausführungen und erteile nunmehr Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Die heutige Sitzung neigt sich dem Ende zu. Es war bis jetzt eher sehr amikal, würde ich einmal meinen, sehr gemütlich die Sitzung. Jetzt haben wir ganz kurz einmal wieder lauschen können, den Worten meiner Vorrednerin dahingehend, warum in Wirklichkeit in Österreich die GRÜNEN aus allen Parlamenten fliegen.

Das ist halt genau der Grund, weil wenn man im Prinzip vorbestimmen will, was andere nicht wollen, wird man halt in einer Demokratie nicht mehr gewählt werden. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sind wir in Österreich?)*

Der Antrag selber war schon voll in Ordnung, nur haben wir den schon am 24. September 2015 beschlossen. Der Landtag des Burgenlandes hat sich in Wirklichkeit schon dazumal dazu bekannt, gegen Massenquartiere aufzutreten, gegen die Installation von Massenlagergemeinden ausgesprochen und auf die Grundsätze der Akzeptanz Sozialverträglichkeit und Integration bei der Umsetzung und der Rücksichtnahme auf die örtliche Bevölkerung verwiesen.

Das hatten wir schon festgestellt und das haben wir auch schon so beschlossen und auch dementsprechend die Landesregierung schon aufgefordert, dahingehend einzutreten bei der Bundesregierung. Was Sie aber vergessen haben bei diesem Antrag,

den Sie zu wiederholt heute gestellt haben ist, dass er noch ein paar Punkte jetzt betrifft, die uns auch wichtig sein müssen.

Nämlich in der Verantwortung der Menschen von denen wir gewählt worden sind. Nämlich, dass Asylmissbrauch konsequent verhindert wird, sowie Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass rasche Asylverfahren abgehalten werden können. So wie Sie in Ihrer Wortmeldung genau diesen Absatz im Prinzip angesprochen haben, ist bei mir angekommen, Sie sind für Asylmissbrauch und gegen rasche Asylverfahren. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Geh bitte! Ich habe genau das Gegenteil gesagt!)*

Genau so war die Botschaft hier vom Rednerpult von Ihnen da hinten, zu mir. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Haben Sie mir nicht zugehört?)* Was aber besonders wichtig ist, ist der letzte Punkt, den wir im Zuge der Erweiterung angehängt haben. Im Wissen darüber, dass am 31. Dezember dieses Bundesverfassungsgesetz ausläuft, sollen wir uns darüber einigen, die Landesregierung zu beauftragen, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, dass das nicht verlängert wird.

Das ist, glaube ich, einer der wesentlichen Aspekte, damit nicht weiterhin irgendwo Gefahr schwebt, entgegen unserem Koalitionsabkommen, beziehungsweise entgegen unseres Landtagsbeschlusses vielleicht noch dazu kommen könnte, dass irgendwo im Burgenland ein Massenquartier gemacht wird. Darum haben wir diesen Antrag abändern müssen.

Darum haben wir ihn auch abgeändert. Ich glaube, auch mit diesem Antrag, den Burgenländerinnen und Burgenländern noch einen größeren Dienst gemacht zu haben, als mit der Wiederholung unseres Beschlusses vom 24. September 2015. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke sehr Frau Präsidentin. Es liegt uns heute ein Abänderungsantrag von Rot und Blau vor zu einem Antrag der GRÜNEN. Ich möchte gleich vorweg sagen, wir hätten auch dem Grünen Antrag ganz einfach zustimmen können. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke!)* Der Antrag, den jetzt FPÖ und SPÖ eingebracht haben, ist ja ergänzt um zwei Punkte, die schon diskutiert worden sind.

Nämlich dass Asylmissbrauch bekämpft und verhindert werden soll, dass die Asylverfahren rasch über die Bühne gehen sollen und dass auch das Durchgriffsrecht aufgehoben werden soll. All diese Punkte sind Punkte, die wir unterstützen können und daher werden wir diesem Abänderungsantrag auch die Zustimmung geben.

Die heutige Landtagsitzung, die sich jetzt langsam zu Ende neigt, war eine ganz interessante, aus meiner Sicht. Es hat viele Themen gegeben, viele Sicherheitsthemen gegeben, aber besonders interessant war für mich der Antrag zur „Aktion 20.000“, wo man erstmals seit langem wieder ein bisschen ein Aufbäumen auch der FPÖ gesehen und gespürt hat.

Nicht von den Abgeordneten, aber von den Regierungsmitgliedern, und das hat mir schon gefallen, dass hier zwei FPÖ-Vertreter waren, die ihre Werte nicht versteckt haben, die wirklich auch zu dem stehen und nicht diesen sozialistischen Weg mitgehen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser hier vorliegende Antrag ist natürlich aus unserer Sicht zu unterstützen, gerade was Großquartiere oder Massenquartiere betrifft. Das war immer unsere Haltung, dass wir das nicht wollen, dass

wir hier schauen wollen, dass wir die Asylwerber, die Flüchtlinge entsprechend auch ordentlich unterbringen, aber in kleinen Einheiten.

Wenn man den Innenminister gehört hat, das ist ja schon auch angesprochen worden, er hat da eine etwas unglückliche Wortwahl getroffen. Aber im Endeffekt hat er damit schon auch gemeint, dass man größere Quartiere schaffen sollte als Staat. Ich bin sehr froh darüber, dass er hier wieder eine Kehrtwende gemacht hat, denn das war nicht, glaube ich, oder wäre nicht die richtige Richtung gewesen.

Auch ein Thema im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylwerbern ist immer die Frage, wie viele Asylwerber und wie viele Flüchtlinge sollen in Gemeinden untergebracht werden. Im Burgenland rühmt man sich, dass es hier eine Regelung gäbe, dass maximal ein Prozent gemessen an der Bevölkerung an Flüchtlingen untergebracht werden, das stimmt natürlich nicht.

Im Burgenland hat es sehr, sehr unterschiedliche Zahlen in den Gemeinden gegeben. Ich habe jetzt die letzten Zahlen bekommen. Natürlich ist auch die Anzahl der Asylwerber im Burgenland stark zurückgegangen, aber es ist immer noch so, dass es Gemeinden gibt, die weit über ein Prozent an Flüchtlingen untergebracht haben.

Daher sollte man wenn man behauptet, dass es so ist, nämlich, dass nur ein Prozent an Flüchtlingen untergebracht wird, sollte man vorsichtig sein, weil es ganz einfach nicht stimmt.

Diesem Antrag, diesem Abänderungsantrag, werden wir aber zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen und erteile nunmehr dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit werde ich mich auf die wesentlichen Punkte stützen. Schon deshalb auch, weil die bisherigen Redebeiträge evidentermaßen von einer Botschaft ausgegangen sind, und die heißt: Verhinderung von Massenquartieren oder Großquartieren zwecks Unterbringung von Asylwerbern in unserem Heimatland Burgenland. Das ist genau die Linie, die wir bereits seit 2015 im Rahmen der Integrationsstrategie verfolgt haben. Damit sind wir gut gefahren.

Wir haben unter dem Motto „Für Menschlichkeit & gesellschaftliche Akzeptanz“ versucht, im Rahmen des Asylgipfels kleine Einheiten zwecks Unterbringung von Asylwerbern zu schaffen und die Massenquartiere zu verhindern. Diese kleinen Einheiten sind kostengünstiger, führen auch dazu, dass sich integrationswillige Asylwerber angenommen fühlen, und damit auch in der Gesellschaft Anerkennung finden.

Zweifelsohne ist das Burgenland 2015 und 2016, wie es gegangen ist um die große Anzahl von Flüchtlingen, die über das Burgenland nach Österreich gereist sind, als das menschliche Gesicht Österreichs bekannt geworden und aufgetreten. Ich bin auch der Meinung, dass diese kleinen Einheiten nicht nur kostengünstiger sind, sondern auch das Erleichtern des Lernens der deutschen Sprache ermöglichen, sowie auch den Kontakt zur Bevölkerung und damit die gesellschaftliche Akzeptanz erleichtern.

Dieses Ergebnis ergibt sich auch aus dem Prüfbericht zur Grundversorgung. Daraus wird nämlich erkennbar, dass von 2012 bis 2016 insgesamt der Anteil der Quartiere über 25 Personen von insgesamt 22 Prozent auf sechs Prozent geschrumpft ist.

Allein dieser Wert zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg waren und sind. Dieser Weg zur Unterbringung in kleinen, überschaubaren und kostengünstigeren Quartieren, und nicht wie im Bund gefordert, Massenquartiere an der Peripherie, wird weiter verfolgt. Den wollen wir auch, meine Fraktion, dass der zukünftig auch der Bundesregierung weitergegeben wird.

Nichtsdestotrotz möchte ich noch auf den Umstand eingehen, dass mit 31.12.2018 dieser Artikel 6 des angesprochenen Bundesverfassungsgesetzes über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden außer Kraft tritt.

Unsere Meinung ist, dass dieses Außerkrafttreten ersatzlos erfolgen sollte. Damit wird das Durchgriffsrecht des Bundes obsolet und ich glaube, damit haben wir einen weiteren Schritt gesetzt, dass der Freibrief des Bundes zur Schaffung von Massenquartieren verloren geht. In dem Sinn wird meine Fraktion selbstverständlich diesem Abänderungsantrag in der gesamten Form zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Ablehnung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist e r s c h ö p f t.

Danke. Meine geschätzten Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 5. April 2018, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 23.00 Uhr statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Herzlichen Dank. Gutes nach Hause kommen.

Schluss der Sitzung: 22 Uhr 48 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 37. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 05. April 2018

10.05 Uhr - 19.27 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde

2. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Familienförderungsgesetz geändert wird

3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird

4. Beschlussantrag, mit dem der 1. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird

5. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2016/2017 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird

6. Tätigkeitsbericht 2017 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes

7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend TOP-Jugendticket

9. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausweitung des TOP-Jugendtickets

10. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verbesserung der Kinderbetreuungsförderung

11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Rudolf Strommer, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur finanziellen Förderung von Bildungsfahrten zu Gedenkstätten

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp der Bodenversiegelung im Burgenland

---

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5768)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 181 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend die Abschaffung des Pflegeregresses durch den Nationalrat und die Auswirkungen auf das Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 5771)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5772 u. S. 5773), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5773)

Anfrage Nr. 186 des Abgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Entschädigung der Grundeigentümer bei Minderungen des Ertrages oder einer nachhaltigen Erschwernis der Wirtschaftsführung
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 5774)
Zusatzfrage: Walter T e m m e l (S. 5775 u. S. 5775), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 5776), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 5776)

Anfrage Nr. 182 des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend finanzielle Unterstützung an burgenländische Vereine im „Jahr des Ehrenamtes“
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 5777)
Zusatzfrage: Mag. Kurt M a c z e k (S. 5778 u. S. 5779), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 5779)

Anfrage Nr. 187 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Besuche von politischen Vertretern in den Krankenanstalten der KRAGES
Beantwortung der Anfrage: Landsrat Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 5780)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5781 u. S. 5781), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 5782)

Anfrage Nr. 183 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Maßnahmen zur Sicherung der landärztlichen Versorgung im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 5783)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 5785), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5786)

Anfrage Nr. 184 der Abgeordneten Ingrid Salamon an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Ziel der Entbürokratisierungsoffensive unter dem Motto „Kurze Wege, rasche Entscheidungen - Damit das Burgenland auf Erfolgskurs bleibt“
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 5786)
Zusatzfrage: Ingrid S a l a m o n (S. 5788), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 5788), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 5789)

Anfrage Nr. 185 des Abgeordneten Günter Kovacs an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend optimale Versorgung von schwerkranken Kindern im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 5790)
Zusatzfrage: Günter K o v a c s (S. 5791 u. S. 5791), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 5791)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1237), mit dem das Bgld. Familienförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 874) (Beilage 1258);
Berichterstatterin: Edith S a c k (S. 5792)
Redner: Géza M o l n á r (S. 5792), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 5795), Edith S a c k (S. 5797), Günter K o v a c s (S. 5800), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 5801), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5802), Gerhard S t e i e r (S. 5804), Manfred K ö l l y (S. 5807), Robert H e r g o v i c h (S. 5809), Landesrätin Verena D u n s t (S. 5810), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 5812)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5813)

Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1235), mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 872) (Beilage 1259);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 5813)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 5813), Géza M o l n á r (S. 5815), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 5816), Peter H e g e r (S. 5816)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5817)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1205), mit dem der 1. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 857) (Beilage 1260);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 5818)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 5818), Manfred Haidinger (S. 5820), Ing. Rudolf Strommer (S. 5823), Christian Illedits (S. 5827), Gerhard Steier (S. 5832), Landesrätin Verena Dunst (S. 5836), Christian Illedits (S. 5840), Gerhard Steier (S. 5841), Ing. Rudolf Strommer (S. 5844)
Annahme des Beschlussantrages (S. 5845)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1233), mit dem der Tätigkeitsbericht 2016/2017 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 870) (Beilage 1261);
Berichterstatter: Kilian Brandstätter (S. 5846)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 5846), Karin Stampfel (S. 5848), Walter Temmel (S. 5849), Kilian Brandstätter (S. 5851), Wolfgang Spitzmüller (S. 5852), Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 5853)
Annahme des Beschlussantrages (S. 5853)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung (Zahl 21 - 893) (Beilage 1256);
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas Steiner (S. 5854)
Redner: Gerhard Steier (S. 5857), Manfred Kölly (S. 5860), Mag.a Regina Petrik (S. 5862), Géza Molnár (S. 5867), Mag. Christian Drobits (S. 5869), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 5872), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 5874)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5877)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2017 (Beilage 1241) des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 21 - 878) (Beilage 1262);
Berichterstatter: Markus Ulram (S. 5877)
Redner: Manfred Kölly (S. 5877), Wolfgang Spitzmüller (S. 5880), Géza Molnár (S. 5881), Markus Ulram (S. 5882), Dr. Peter Rezar (S. 5885), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 5886), Robert Hergovich (S. 5887), Gerhard Steier (S. 5888)
Annahme des Tätigkeitsberichtes des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (S. 5889)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1243) gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer (Zahl 21 - 880) (Beilage 1263);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 5890)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 5890), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5893), Manfred H a i d i n g e r (S. 5897), Markus U l r a m (S. 5899), Robert H e r g o v i c h (S. 5899)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5903)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1245) betreffend TOP-Jugendticket (Zahl 21 - 882) (Beilage 1264);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 5903)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5914)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1222) betreffend Ausweitung des TOP-Jugendtickets (Zahl 21 - 859) (Beilage 1265);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 5904)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 5904), Markus W i e s l e r (S. 5905), Bernhard H i r c z y (S. 5907), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 5909), Patrik F a z e k a s (S. 5911), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S.5913)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5914)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1202) betreffend Verbesserung der Kinderbetreuungsförderung (Zahl 21 - 854) (Beilage 1266);
Berichterstatter: Georg R o s n e r (S. 5915)
Redner: Mag. Michaela R e s e t a r (S. 5915), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5917)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5919)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Rudolf Strommer, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1226) zur finanziellen Förderung von Bildungsfahrten zu Gedenkstätten (Zahl 21 - 863) (Beilage 1267);
Berichterstatter: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 5920)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 5920), Markus W i e s l e r (S. 5922), Patrik F a z e k a s (S. 5923 u. S. 5927), Doris P r o h a s k a (S. 5924), Gerhard S t e i e r (S. 5926)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5928)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1239) betreffend Stopp der Bodenversiegelung im Burgenland (Zahl 21 - 876) (Beilage 1268);
Berichterstatter: Mag. Kurt M a c z e k (S. 5928)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 5929), Karin S t a m p f e l (S. 5931), Walter T e m m e l (S. 5932), Mag. Kurt M a c z e k (S. 5933), Mag.a Regina P e t r i k (S. 5934)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 5934)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5768)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 05 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, unsere Besucher auf den Zusehertribünen und alle, die uns via Internet über Livestream heute beiwohnen.

Ich e r ö f f n e die 37. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 36. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter entschuldigt, und ich darf ihm von dieser Stelle alles Gute wünschen und die besten Genesungswünsche, ich glaube, in unser aller Namen, übermitteln.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 37. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 5. April 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Camping- und Mobilheimplatzgesetz geändert wird (Zahl 21 - 897) (Beilage 1272);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2018)(Zahl 21 - 900) (Beilage 1275);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird (Zahl 21 - 905) (Beilage 1280);
4. Beschlussantrag, mit dem der Wirtschaftsförderungsbericht des Landes Burgenland, verfasst als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 906) (Beilage 1281);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof sind

1. der Prüfungsbericht betreffend „Landessicherheitszentrale Burgenland GmbH (Prüfung LSZ)“ (Zahl 21 - 888) (Beilage 1251);
2. der Prüfungsbericht Follow-Up-Prüfung betreffend Verkauf der Therme Stegersbach (Zahl 21 - 904) (Beilage 1279);

eingelangt.

Des Weiteren ist der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung (Zahl 21 - 893) (Beilage 1256) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „GIS-Gebühren abschaffen - NEIN zu „ORF-Zwangsgebühren“ (Zahl 21 - 884) (Beilage 1242);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf

Fassung eines Beschlusses betreffend Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung (Zahl 21 - 890) (Beilage 1253);

3. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Transparenz bei Gesetzesänderungen und Begutachtungen (Zahl 21 - 901) (Beilage 1276);
4. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll (Zahl 21 - 902) (Beilage 1277);
5. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der 24-Stunden-Pflege“ (Zahl 21 - 907) (Beilage 1282);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Einrichtung von „Wissenschaftsecken“ in Kinderbetreuungseinrichtungen (Zahl 21 - 908) (Beilage 1283);
7. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die langfristige Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung (Zahl 21 - 909) (Beilage 1284);
8. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ELER 2020+ (Zahl 21 - 910) (Beilage 1285);
9. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Christian Illedits, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Manfred Kölly, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ansiedelung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland (Zahl 21 - 911) (Beilage 1286);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Beschaffung tierischer Lebensmittel (Zahl 21 - 887) (Beilage 1250);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Lehrlinge (Zahl 21 - 894) (Beilage 1269);
3. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Joanneum Research Forschungsgesellschaft (Zahl 21 - 895) (Beilage 1270);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Forschung Burgenland GmbH(Zahl 21 - 898) (Beilage 1273);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 839) betreffend Hospitz- und Palliativeinrichtungen (Zahl 21 - 885) (Beilage 1248);
2. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 844) betreffend Kulturzentrum Mattersburg (Zahl 21 - 886) (Beilage 1249);
3. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 846) betreffend Burgenländisches Jagdgesetz (Zahl 21 - 889) (Beilage 1252);

4. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 856) betreffend BSpecial Card (Zahl 21 - 891) (Beilage 1254);
5. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 855) betreffend Verwaltungspraktikanten (Zahl 21 - 892) (Beilage 1255);
6. der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig (Zahl 21 - 858) betreffend Förderungen (Zahl 21 - 896) (Beilage 1271);
7. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 895) betreffend Joanneum Research Forschungsgesellschaft (Zahl 21 - 899) (Beilage 1274);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 861) betreffend eine Informationsveranstaltung in Oberwart (Zahl 21 - 903) (Beilage 1278);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 897, Beilage 1272, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 901, Beilage 1276, und Zahl 21 - 911, Beilage 1286, weise ich dem Rechtsauschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 900, Beilage 1275, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

die Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 888, Beilage 1251, und Zahl 21 - 904, Beilage 1279, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 884, Beilage 1247, Zahl 21 - 907, Beilage 1282, Zahl 21 - 908, Beilage 1283, Zahl 21 - 909, Beilage 1284, und Zahl 21 - 910, Beilage 1285, weise ich dem Rechtsauschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsauschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 890, Beilage 1253, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 905, Beilage 1280, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 902, Beilage 1277, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss und

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 906, Beilage 1281, weise ich dem Wirtschaftsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 887, Beilage 1250, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 894 Beilage 1269, Zahl 21 - 895, Beilage 1270, und Zahl 21 - 898, Beilage 1273, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl,

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 885, Beilage 1248, Zahl 21 - 886, Beilage 1249, Zahl 21 - 889, Beilage 1252, Zahl 21 - 891, Beilage 1254, Zahl 21 - 892, Beilage 1255, Zahl 21 - 896, Beilage 1271, Zahl 21 - 899, Beilage 1274, und Zahl 21 - 903, Beilage 1278,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Weiters möchte ich mitteilen, dass am 14. März 2018 der selbständige Antrag Zahl 21 - 875, Beilage 1238, von den Antragstellern zurückgezogen wurde.

Der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung, Zahl 21 - 893, Beilage 1256, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Wir gehen somit in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 17 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Die erste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Nationalrat hat im Sommer 2017 die Abschaffung des Pflegeregresses beschlossen.

Welche Auswirkungen erwarten Sie auf das Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zur Ausgangslage. In den kommenden Jahren wird die Zahl der Personen im Alter von 80 Jahren und darüber hinaus sehr stark ansteigen. Wir rechnen damit, dass zwischen dem Jahr 2019 und dem Jahr 2021 eine Steigerung um etwa 2.500 Personen hier auch im Burgenland konstatiert wird.

Da mit dem Alter auch die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit zunimmt, ist auch mit einem erheblichen Zuwachs an pflegebedürftigen Menschen zu rechnen. Sie haben es in Ihrer Frage angesprochen, der Pflegeregress wurde im Jahr 2017 abgeschafft, noch unter der sozialdemokratisch geführten Regierung mit ÖVP-Beteiligung, wo auch der Herr Bundeskanzler Kurz damals dabei war. Für uns ist es ein sozialpolitischer Meilenstein, diesen Pflegeregress abzuschaffen.

Davon sind 40.000 Österreicherinnen und Österreicher und ihre Familien betroffen, allein im Burgenland 2.200 Familien. Es war ein Beschluss, der der Hartnäckigkeit der Sozialdemokratie auf Bundesebene zu verdanken war, und es ist auch aus meiner Sicht logisch, dass man das abgeschafft hat, weil das war eine schleichende Erbschaftssteuer, die hier mit dem Pflegeregress eingeführt worden ist, vor allem, weil es für kleinere und mittlere Einkommen schwierig war. Man hat natürlich auf den Grund und auf die Sparbücher der zu Pflegenden zurückgreifen können. Das ist jetzt weggefallen.

Wir haben aber auch von Landesseite und nicht nur das Land Burgenland, sondern auch ÖVP-dominierte Bundesländer wie beispielsweise Vorarlberg klargemacht, dass der Bund den Ländern den Einnahmenverlust durch den Wegfall des Pflegeregresses

abgelten muss. Wie gesagt, es wird auch in vielen anderen Bundesländern so gesehen, eigentlich, glaube ich, in allen Bundesländern.

Wir haben als Sozialdemokratie auch eine Erbschaftssteuer wieder ins Spiel gebracht, die ab einer Million gültig werden sollte. Ich gehe nicht davon aus, dass das die Bundesregierung auch weiterverfolgen wird. Aber ich möchte für das Burgenland sagen, dass wir 8,5 Millionen Euro Mehrkosten durch den Wegfall des Regresses jetzt haben, und von diesen 8,5 Millionen werden auf Grund der Bevölkerungszahl 3,34 Millionen abgedeckt. Das ergibt sich aus der Zahl, dass der Bund gesagt hat, es gibt 100 Millionen Euro sozusagen als Ausgleich. Das ist viel zu wenig, das ist auch nachzulesen und nachzuhören, wenn man den Vorarlberger Landeshauptmann Wallner hier im Ohr hat, der ebenfalls gesagt hat, das ist viel zu wenig. Insofern werden wir auch über Maßnahmen nachzudenken haben, wenn dieser Entfall nicht von Bundesseite entsprechend kompensiert wird, was wir dann als Länder tun.

Wenn es als letzter Schritt - und das ist eine Maßnahme, die man nicht gerne setzt, aber die vielleicht zu setzen wäre, ist, dass wir den Gang zum Verfassungsgerichtshof auch andenken.

Grundsätzlich stehe ich zur Abschaffung des Pflegeregresses, aber wie gesagt, der Bund muss auch seiner Verantwortung nachkommen, auch in der neuen Konstellation der neuen Bundesregierung, dass man auch diesen Pflegeregress, diesen Ausfall, den Ländern ersetzt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche konkreten Schritte und Maßnahmen werden nun gesetzt, um diese Auswirkungen durch den Wegfall des Pflegeregresses im Burgenland abzudämpfen oder abzufedern?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Land Burgenland hat beschlossen, rückwirkend mit 1.1.2018, im Februar beschlossen in der Regierung, eine zusätzliche Förderung im Bereich der Pflege anzubieten und zwar einen Zuschuss zur 24-Stunden-Pflege, seitens des Landes, in der Höhe von bis zu 600 Euro, je nach Einkommen. Es gibt sogar eine höhere Möglichkeit bis zu 800 Euro, wenn eine diplomierte Krankenpflegerin oder ein Krankenpfleger hier auch zum Einsatz kommt.

Also wir sind das Bundesland, das hier Vorreiter ist. Wir wollen das auch als Steuerungseffekt sehen, weil wir der Meinung sind, dass - das brauchen, Sie sind ja unterwegs im Burgenland, mit den Menschen nur besprechen, ins Heim möchte grundsätzlich niemand, außer in der letzten Möglichkeit.

Noch einmal gesagt, die Heime sind im Burgenland sehr gut, wir haben 44 Heime, aber grundsätzlich möchten die Menschen zuhause gepflegt werden und deswegen dieser Anreiz, hier 600 Euro von Seiten des Landes für die 24-Stunden-Pflege zur Verfügung zu stellen.

Abhängig natürlich auch vom Pflegegeld, von der Pflegestufe, diese Menschen, die hier die 24-Stunden-Pflege in Anspruch nehmen und auch diese 600 Euro in Anspruch nehmen wollen, müssen Pflegestufe 4 haben. Wenn es sich um Demenz handelt, ist auch eine Förderung schon ab Pflegestufe 3 möglich.

Das Budget ist hier insofern ausgeformt, dass wir 1,9 Millionen Euro für das heurige Jahr vorgesehen haben, um eben auch zu versuchen, diesen Anreiz auch zu schaffen, um die Menschen zuhause pflegen zu können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Welches soziale Netz bietet das Burgenland im Konkreten oder den Pflegebedürftigen und deren Angehörigen im Allgemeinen an?

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ich glaube, wir können mit Stolz sagen, dass wir ein Land sind, das eine soziale Vorbildregion darstellt. Wir haben grundsätzlich beinahe die Hälfte des Budgets in den Sozial- und Gesundheitsbereich investiert. Das ist auch eine politische Aussage.

Wir haben ein Netzwerk im Burgenland errichtet, das sich in ein Pyramidensystem folgendermaßen ausformt: Wir haben die Nachbarschaftshilfe, wir haben die Hauskrankenpflege, wir haben betreutes Wohnen, wir haben betreutes Wohnen plus, wir haben die 24-Stunden-Pflege und wir haben die Pflegeheime. Also ein Stufenmodell, das sich österreichweit aus meiner Sicht sehen lassen kann, und das auch dafür sorgt, dass alle Menschen, die Pflege benötigen, auch diese Pflege in Anspruch nehmen können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Herr Landesrat! In einem Punkt muss ich Ihnen widersprechen, wenn Sie sagen, ins Heim möchte niemand. Also es gibt schon Leute, die gehen gerne in ein Heim. Wir haben gute Pflegeheime im Burgenland. Ich freue mich, wenn ich das einmal brauche, dass ich dort einen guten Pflegeplatz bekomme.

Meine Frage ist: Welche Vorkehrungen trifft das Land, um der steigenden Nachfrage nach Pflegeplätzen zu begegnen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Um das zu präzisieren. Also da haben Sie natürlich Recht, aber es ist so, dass man in erster Linie zuerst zuhause bleiben möchte. Und wenn es dann nicht mehr geht, dann geht man in ein Heim.

Es gibt natürlich auch verschiedene Ausformungen von Heimen. Also es gibt private Heime, das ist eher eine Wohngemeinschaft als ein Pflegeheim, aber grundsätzlich glaube ich schon, aus den vielen Gesprächen herausgehört zu haben, dass grundsätzlich die Menschen gerne zuhause gepflegt werden würden, wenn es notwendig ist. Und wenn es nicht mehr möglich ist, dann in ein Heim gehen, mit einem hohen Qualitätsansatz, mit einer hohen Qualität.

Ja, Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen. Natürlich durch den Wegfall des Pflegeregresses wird der Druck relativ stark auch von den Angehörigen, noch mehr Heimplätze zu schaffen. Wir sind dabei, einen Bedarfs- und Entwicklungsplan derzeit zu entwickeln, er wird jetzt in den nächsten Wochen auch fertig werden, und dann werden wir sehen, wie wir dieser Herausforderung begegnen können.

Noch einmal gesagt: Das primäre Ziel politischer Natur von Landesseite ist es, die 24-Stunden-Pflege zu stärken und insofern zu stärken, indem wir auch einen sehr hohen Ansatz mit 600 Euro maximal, was jetzt die Einkommensgeschichte betrifft, aber wie gesagt, auch teilweise bis 800 Euro anbieten möchten. Aber wir werden natürlich auch in diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan diese Entwicklung, die im Burgenland jetzt

vorherrscht, auch berücksichtigen, dass wir natürlich auch neue Pflegeplätze da und dort brauchen werden.

Die Begehrlichkeit ist sehr hoch, sehr viele Gemeinden haben sich schon an mich gewendet und möchten neue Pflegeheime bauen. Bisher war die Initiative die, dass man sagt, es geht Ausbau vor Neubau. Aber wir werden das jetzt überdenken und wenn wir den Entwicklungsplan im Frühjahr jetzt noch vorlegen, dann werden Sie auch noch Näheres erfahren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Temmel an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Temmel um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut dem Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz werden Grundeigentümer bei Minderungen des Ertrages oder einer nachhaltigen Erschwernis der Wirtschaftsführung entschädigt.

Wie beurteilen Sie die derzeitigen Entschädigungsleistungen bei Schäden durch geschützte Arten, wie zum Beispiel dem Biber, im Hinblick auf die geübte Praxis?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Wir haben im Burgenland glücklicherweise eine wirklich großartige Kultur- und Naturlandschaft und genau in dieser Landschaft finden oft tausende Tier- und Pflanzenarten und vor allem auch zahlreiche geschützte und vorm Aussterben bedrohte Tierarten und Pflanzenarten einen Lebensraum.

Genau dieser Umstand bringt es natürlich auch mit sich, dass wir ein entsprechendes Maß an Verantwortung auch tragen. Verantwortung einerseits für die Natur an sich, Verantwortung aber auch für die Menschen, die bei uns leben, und Verantwortung vor allem auch für nachfolgende Generationen.

Wir haben aber auch die Verantwortung, internationale Verpflichtungen und vor allem auch internationale Artenschutzabkommen ernst zu nehmen und entsprechend einzuhalten.

Jetzt ist es so, dass allein die Tatsache, dass eine Tierart, eine Pflanzenart unter Schutz gestellt ist, und dass es frei lebende Tiere gibt, die fressen, die Geräusche verursachen, die natürlich auch andere Aktivitäten setzen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Welche?)* grundsätzlich noch keinen Entschädigungsanspruch in irgendeiner Art und Weise auslösen. Auch dann nicht, wenn es sich um geschützte Tierarten handelt.

Der von Ihnen erwähnte Passus im Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz bezieht sich vor allem darauf, wenn vom Naturschutz, vom burgenländischen Naturschutz bestimmte Maßnahmen zum besonderen Tierartenschutz getätigt werden, nur dann stehen in gewissen Fällen, also wenn es um erhebliche Minderung des Ertrages geht, oder auch um nachhaltige Erschwernis der Wirtschaftsführung, nur dann stehen solche Entschädigungsleistungen zu.

Wenn Sie hier gerade den Biber als Beispiel anführen, dann kann ich nur sagen, seitens des burgenländischen Naturschutzes sind hier nie besondere Maßnahmen, bestimmte Schutzmaßnahmen gesetzt worden, weil gerade der Biber ohnehin in entsprechender Anzahl vorkommt und häufig genug in der Natur vorkommt, und der

burgenländische Naturschutz hat den Biber auch weder ausgesetzt, noch in irgendeiner Art und Weise jemals gefördert.

Das heißt, auf Grund der Tatsache, dass er ganz einfach eine geschützte Art ist, entsteht noch kein Entschädigungsanspruch. Das bedeutet jetzt aber auch nicht, dass wir den Biber ganz einfach unkontrolliert fressen, leben und sich vermehren lassen, sondern, wie es in der Praxis auch ist, wird vor allem dann, wenn erhebliche Schäden bestehen, vor allem auch dann, wenn es natürlich zu Gefahren, vor allem auch für Menschen im Lebensraum kommt, dann wird eben nicht an diesem strengen Schutz festgehalten.

Gerade beim Biber ist es so, dass es eine sogenannte Maßnahmenkaskade gibt. Da geht es von der Dammregulierung über Dammentfernung und in letzter Konsequenz dann auch um das Abfangen des Bibers. Aber das, wie gesagt, nur dann, wenn alle vorherigen Maßnahmen nicht gegriffen haben.

Wir sind ja mit dem Bibermanagement, seit rund drei Jahren ist das am Laufen und auf einem sehr guten Weg, auf einem sehr erfolgreichen Weg. Es hat in der Vergangenheit schon sehr viele Fälle gegeben, wo vorgebeugt werden konnte, wo es zur Entschärfung, vor allem von Problemen gekommen ist.

Wie gesagt, unser Fokus seitens des Naturschutzes liegt hier vor allem in der Schadensprävention und in der Schadensminderung und ich glaube, das gelingt uns auch sehr gut. Das ist ein Weg, den wir in Zukunft fortsetzen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Gibt es eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die Räumung eines Biberbaues darf nur nach Vorliegen eines entsprechenden Bewilligungsbescheids erfolgen.

Können Sie sicherstellen, dass es auch zu Strafen gekommen ist, wenn eine Räumung ohne Bewilligung durchgeführt wurde?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das wird selbstverständlich von den Experten in der Naturschutzabteilung geprüft. Es werden Bescheide erstellt. Es wird dann auch geprüft, ob es in bestimmten Fällen gerechtfertigt war oder nicht.

Entsprechend wird dann nach dem Naturschutzgesetz vorgegangen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ist es korrekt, dass es im Bezirk Oberpullendorf zu einer rechtswidrigen Räumung eines Biberbaues gekommen ist?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Der Fall ist mir bis jetzt noch nicht bekannt, aber wenn das so ist, ich werde dem sehr gerne nachgehen, selbstverständlich.

Und wenn das so ist, werden entsprechende Konsequenzen gezogen werden. *(Abg. Walter Temmel: Bitte. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben das Bibermanagement erwähnt. Das gibt es ja seit 2015 bei uns im Burgenland.

Wie beurteilen Sie dieses Projekt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie gesagt, der Biber ist eine bei uns heimische Art, der natürlich auch unseren Lebensraum beeinflusst und da kann es hin und wieder natürlich zu Konflikten kommen. Es können auch Schäden entstehen, wenn es bei Dammbauaktivitäten beispielsweise zu Unterminierung von Ufern kommt.

Gleichzeitig ist der Biber aber auch eine national und international geschützte Tierart und ist vor allem auch ein wertvoller Lebensraumgestalter. Das heißt, er ist auch ein sehr wichtiger Motor für Biodiversität. Er hat auch sehr positive Einflüsse oft auf Fließeigenschaften von Gewässern.

Das heißt, alles das sind natürlich Dinge, die man natürlich nicht außer Acht lassen darf. Das von Ihnen erwähnte Bibermanagement ist ein Projekt, das, wie gesagt, seit drei Jahren in etwa läuft, gemeinsam mit der BOKU, mit dem Institut für Wildtierbiologie.

Wir geben dafür ungefähr 67.000 Euro pro Jahr aus. Es funktioniert so, dass der Bibermanager, der von der Universität für Bodenkultur bereitgestellt wird, sobald Problemfälle auftreten, informiert werden kann.

Er kommt dann sofort vor Ort, schaut sich die Fälle an, kann in sehr vielen Fällen alleine durch Aufklärungsarbeit, durch bestimmte Maßnahmen, schon zur Entschärfung beitragen.

Alleine in den letzten drei Jahren, seit dieses Bibermanagement besteht, sind rund 100 Fälle von ihm bearbeitet worden, und es ist in all diesen drei Jahren bis jetzt erst einmal zu einer Entnahme eines Bibers gekommen. Ich glaube, alleine das zeigt schon, wie gut dieses Bibermanagement funktioniert.

Also, wie gesagt, unser Zugang ist der, dass wir informieren, dass wir aufklären, dass wir natürlich dann geeignete Maßnahmen setzen, wenn es zu Schäden kommt, vor allem wenn es zu Gefahren für die Menschen kommt, wenn es vor allem zu Gefahren im Dammbau kommt, aber in erster Linie setzen wir auf Schadensprävention. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Frau Landesrätin! Neben dem Biber sind es zum Beispiel auch die Fischotter, die immer wieder Probleme verursachen.

Gibt es ein frühes Monitoring grundsätzlich für Tierarten im Burgenland, wo man weiß, die könnten einmal ein Problem werden, sodass man rechtzeitig eingreifen kann? Ich denke an Krähenvögel zum Beispiel.

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir schauen natürlich seitens des Naturschutzes immer darauf, wenn jetzt Tiere kommen, die wir nicht vorhersehen konnten, dann kann man das natürlich nicht im Vorhinein festlegen, aber selbstverständlich liegt auch unser Fokus darauf. Man muss dann immer abwägen, um welche Tierart es sich besonders handelt.

Natürlich sind wir vor allem bestrebt, Dinge schon von Anfang an anzupacken, damit dann in weiterer Folge die Schäden beziehungsweise die Auswirkungen geringstmöglich gehalten werden können und natürlich auch die Tierarten, beziehungsweise die Pflanzenarten, dann entsprechend geschützt werden können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das Jahr 2018 wurde von Ihnen zum „Jahr des Ehrenamtes“ erklärt.

Welche finanzielle Unterstützung erhalten die burgenländischen Vereine durch das Land Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Mitglieder der Landesregierung! Freiwilligkeit und Ehrenamt haben im Burgenland einen sehr großen und wichtigen Stellenwert.

Wir haben im Burgenland zirka 4.900 Vereine, wir haben fast 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländer die freiwillig und ehrenamtlich tätig sind in den verschiedensten Bereichen, ob das der Sport-, Kultur-, Bildungsbereich, Sozialvereine oder auch der Bereich der Sicherheit ist.

Und ich darf hier einige Bereiche auch herausgreifen, die uns für besonders wichtig erscheinen, aber stellvertretend für viele andere Vereine.

Es sind zum einen unsere 325 Feuerwehren mit 17.000 Mitgliedern, die nicht ein Verein im herkömmlichen Sinn sind, sondern eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die im vergangenen Jahr 105.000 Einsatzstunden für die Burgenländerinnen und Burgenländer unentgeltlich geleistet haben.

Wir haben bei den Rettungsorganisationen zirka 3.400 freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die 122.000 Stunden unbezahlt für die Burgenländerinnen und Burgenländer geleistet haben.

Wir haben bei der Blasmusik zirka 4.000 aktive Musikerinnen und Musiker. Wir haben 1.500 Sportvereine. Diese Sportvereine sind auch die Grundlage, dass wir innerhalb eines Jahres 769 Medaillen bei nationalen oder internationalen Meisterschaften in 33 verschiedenen Sportarten erreichen konnten.

Also insofern sieht man daran, wie wichtig die Vereine sind. Freiwilligkeit oder Ehrenamt ist auch Ehrensache, wie viele Burgenländerinnen und Burgenländer sich hier engagieren. Wir haben dieses Jahr zum „Jahr des Ehrenamtes“ erklärt.

Natürlich gibt es das jedes Jahr, das man sagt, wir unterstützen Vereine, aber ich glaube, das ist eine besondere Bühne, um besonders darauf hinzuweisen, besondere Impulse zu setzen, um das Ehrenamt in den Vordergrund zu stellen.

Wir haben im heurigen Jahr Mittel aus der Sport- und Vereinsförderung in der Höhe von 4,2 Millionen Euro zur Verfügung, es sind 3,4 Millionen Euro Sportförderung, es sind fast 800.000 Vereinsförderung.

Darüber hinaus darf ich natürlich auch sagen, dass wir versuchen, über Bedarfszuweisungen Vereine, beziehungsweise Infrastruktur, auch zu unterstützen und hier finanzielle Mittel natürlich in einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß auch zur Verfügung zu stellen.

Wir haben auch unsere Broschüre und darauf möchte ich auch hinweisen, ich glaube, das ist auch für jeden Verein wichtig, „Der gemeinnützige Verein in der Praxis“ unter besonderer Berücksichtigung von Sportvereinen. Das ist ein Leitfaden, der für jeden Verein wichtig ist. Worauf muss man bei der Vereinsgründung, bei der Vereinsführung, bei Veranstaltungen oder auch bei der Auflösung des Vereines achten?

Wir waren in der Vergangenheit damit konfrontiert, dass es Strafen für Vereine gegeben hat, Stichwort Registrierkassa. Es hat der Landtag auch beschlossen, dass das Veranstaltungsgesetz geändert wird, aufgrund der Kritik, die von Vereinen gekommen ist.

Dieser Leitfaden ist auch sehr professionell von einem Juristen erstellt worden, der einen Hilfe sein soll, keinen Fehler zu machen. Der Obmann eines Vereines und die Vereinsvorstände haben eine große Verantwortung. Sie haften teilweise auch privat, wenn es Probleme in dem Verein gibt. Deswegen ist, glaube ich, diese Hilfe, nämlich dieser Leitfaden, für jeden Verein nicht nur für Sportvereine ganz, ganz wichtig. Wann brauche ich eine Registrierkassa? Was muss ich bei Veranstaltungen beachten? Wann hafte ich mit meinem Privatvermögen? Ein ganz ein wesentlicher Bereich.

Ich bin den 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländern sehr dankbar, dass sie sich freiwillig, ehrenamtlich, unentgeltlich für unser Heimatland, für die Burgenländerinnen und Burgenländer auch engagieren. Es wird in dem Jahr noch einige Aktivitäten geben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Maczek.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie viele Vereine konnten im letzten Jahr durch die Vereins- und Sportförderung des Landes Burgenland unterstützt werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Herr Abgeordneter! Wie ich eingangs gesagt habe, durfte ich als Sport- und Vereinsreferent 500 Förderfälle in der Vereinsförderung auch behandeln lassen.

Die Förderhöhe bei der Vereinsförderung richtet sich nach dem jeweiligen Projekt. Es sind keine großen Summen, aber sie sind den Vereinen geholfen. Es geht oft um einige 100 Euro, wo der jeweilige Verein das Zehnfache aus dem Geld macht, weil viel Eigenleistung, viel freiwilliges Engagement dahintersteckt.

In Summe oder im Durchschnitt sind es zirka 1.000 Euro, die jedem Verein zur Verfügung gestellt werden. Eben 500 Förderfälle, und es ist wichtig, dass das Geld dort ankommt, wo es beantragt wird, direkt, nicht in der Bürokratie, nicht im System, sondern direkt beim Verein.

Wenn der Verschönerungsverein ein paar 100 Euro bekommt, kaufen die damit Blumen, setzen die Blumen, pflegen die Blumen, gießen die Blumen. Die große Leistung

wird nicht durch die Förderung gemacht, sondern sie wird von den Menschen gemacht, die das freiwillig, ehrenamtlich und unentgeltlich machen.

Ich muss sagen, bei meinen Gemeindebesuchen bin ich fasziniert, wenn ich sehe, welche Leistungen von den Vereinen in unseren burgenländischen Gemeinden und vor allem auch in den kleinen burgenländischen Gemeinden erbracht werden. Das ist wirklich vorbildlich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Maczek.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die ehrenamtlich tätigen Vereinsfunktionäre werden oft mit komplexen Fragestellungen vereinsrechtlicher Natur konfrontiert.

Welche Hilfestellungen werden den Vereinen von Seiten des Landes Burgenland geboten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dieses Vereinsrecht und das Veranstaltungsgesetz sind wirklich oft sehr, sehr komplexe Materien. Wann muss ich jemanden bei der Gebietskrankenkasse offiziell melden? Welche Beiträge muss ich leisten?

Das interessiert sehr häufig Fußballvereine, die eben Spieler haben, die auch entsprechende finanzielle Entschädigungen bekommen, wo es dann zu Nachzahlungen in beträchtlicher Höhe auch von der Gebietskrankenkasse kommt.

Wir haben deswegen auch einen Rechtsanwalt engagiert, einen Sportombudsmann, nämlich den Mag. Rebernig, der ein ausgewiesener Experte im Vereinsrecht, im Veranstaltungsrecht, ist. Er war im Burgenland schon in einigen Bezirken unterwegs, wo viele Interessierte anwesend waren; erst unlängst hat mir auch die Frau Klubobfrau berichtet, hat es einen Informationsabend durch den Mag. Rebernig in Mattersburg gegeben, der - durch den Bericht weiß ich das - gut besucht war. Wo sehr interessierte Vereinsfunktionäre anwesend waren, wo von einem fundierten Juristen eben kompetente Auskünfte erteilt werden.

Ich glaube, das ist ganz wichtig, einerseits diese Broschüre zu haben, sich diese Broschüre anzuschauen und dann auch persönlich zu den Veranstaltungen in allen Landesteilen kommen zu können, um einen kompetenten Juristen, der sich auf das Vereinsrecht, Veranstaltungsrecht auch spezialisiert hat, entsprechende Fragen zu stellen und auch Antworten zu bekommen.

Ich darf auch sagen, das ist einzigartig in Österreich, sowohl diese Broschüre, auch die Ausbildung zum zertifizierten Vereinsmanager, wo ebenfalls der Mag. Rebernig federführend dabei ist, das gibt es auch in keinem anderen Bundesland. Plus diese Serviceeinrichtung mit einem Rechtsanwalt. Da sind wir im Burgenland Vorreiter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Sie legen den Vereinen aber auch viele Steine in den Weg. Mit einer geplanten Gesetzesänderung werden zukünftig Vereine noch mehr bürokratische Hürden haben bei

der Anmeldung von Veranstaltungen. Es ist ja von Ihnen geplant, dass bei Veranstaltungen Plaketten ausgestellt und aufgehängt werden müssen.

Wäre es nicht besser, auf der anderen Seite das Veranstaltungsgesetz zu entbürokratisieren?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Offensichtlich sprechen Sie wider besseren Wissens, weil ich genau vorhin gesagt habe, dass der Burgenländische Landtag beschlossen hat, das Veranstaltungsgesetz zu entbürokratisieren, um die Anmeldungen rascher machen zu können, um *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Sie machen genau das Gegenteil.)* nicht in die Haftung zu kommen.

Das, was Sie fordern, haben wir getan. Unser Ombudsmann im Sportbereich weist uns kompetenter als Sie darauf hin, was wir noch machen können, um weniger Bürokratie zu haben. Da vertraue ich dem Mag. Rebernig mehr als Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Doskozil gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im März 2018 haben Sie gemeinsam mit Landesrätin Verena Dunst das Krankenhaus Güssing besucht.

Wie beurteilen Sie derartige Besuche von politischen Vertretern in den Krankenanstalten der KRAGES?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, es ist klar, das gilt nicht nur für die Krankenanstalten, das gilt auch für die Schulen, das gilt für die Kindergärten, das gilt auch für Straßenbauämter, es gibt keine Veranstaltungen und keine Besuche in diesen Institutionen, wo es um politische Veranstaltungen geht.

Meinerseits darf ich für mich in Anspruch nehmen, dass ich eine Regierungszuständigkeit in Bezug auf die Krankenanstalten habe. Und es obliegt mir, einen derartigen Besuch, gemeinsam auch mit dem Betriebsrat übrigens, wo es darum ging, entsprechend auch zu informieren über zukünftige Vorstellungen, mitzunehmen, wen ich will und wen ich glaube, dass es wichtig ist.

Daneben sei noch bemerkt, dass die Kollegin Dunst natürlich auch eine Aufgabenstellung im Bereich der Frauenangelegenheiten innehat, und das auch in einem Spitalsbereich durchaus relevant ist, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn es geschlossen wird, die Gynäkologie.)* wo sehr viele Frauen dort auch beschäftigt sind.

Aber lassen Sie mich kurz zwei Bemerkungen auch zu dieser Anfrage machen. Zum einen kritisieren Sie einen Besuch einer Institution eines Politikers, der dafür auch in der Regierung zuständig ist.

Im Gegenzug dazu, gab es in Steinbrunn vor wenigen Wochen einen Besuch eines Herrn Bundesministers aus Ihrer Fraktion, der eine Kindergarteneinrichtung besucht hat und der dort keine Zuständigkeit hat. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Da schau her.)* Also ich glaube, da wird schon mit zweierlei Maß gemessen.

Zum Zweiten, eine weitere Bemerkung. Wenn Sie es wünschen, und Ihr Gesundheitssprecher oder der Verantwortliche für den Gesundheitsbereich mich das nächste Mal bei einem derartigen Besuch in Güssing begleiten möchte, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist eine Rede.)* dann wird das durchaus möglich sein und wird ermöglicht werden.

Nur gebe ich auch da zu bedenken, dass Sie sich dann in Güssing von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenhauses Güssing sicherlich sehr vielen kritischen Fragen stellen müssen, da Sie es waren, der 2015 dieses Krankenhaus schließen wollte. *(Abg. Edith Sack: Genau! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sagartz?

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat, wenn es dann einmal genehm ist und Sie hier sind, wenn wir diskutieren über die Tagesordnungspunkte, gebe ich Ihnen die Antworten, die ich leider jetzt aus Zeitgründen nicht geben kann. Deshalb eine zweite Frage.

Wie ist es dann möglich, ganz konkret, dass die Gesundheitssprecher aller Fraktionen eingeladen sind, Sie bei Ihrem Besuch in den Krankenanstalten zu begleiten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Machen wir es konkret.)*

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Ja, ich habe das auch konkret gesagt, wenn wir - und das ist eine klare Aussage -, wenn wir heute über Weiterentwicklung im Gesundheitsbereich sprechen, und das wird ein wichtiges Thema für die Zukunft werden, weil es natürlich auch darum geht, die fünf Standorte abzusichern und dafür stehen wir, und das haben wir auch garantiert. Im Gegensatz zu Ihnen, Sie wollten 2015 drei Standorte schließen, Kittsee, Oberpullendorf und Güssing.

Das ist evident und wenn es darum geht, hier eine Struktur neu zu definieren, Schwerpunkte zu setzen, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das zu erarbeiten, möglicherweise auch in diesem Haus und in diesem Rahmen das zu diskutieren, werden natürlich auch die Vertreter aller politischen Parteien dazu eingeladen sein, keine Frage.

Aber eines darf es nicht geben, dass, *(Abg. Mag. Christian Sagatz, BA: Besuchen.)* eines darf es nicht geben, *(Abg. Mag. Christian Sagatz, BA: Besuchen, wir haben besuchen gesagt.)* auch anlässlich eines Besuches, aber eines darf es nicht geben, dass es politische oder parteipolitisch motivierte Veranstaltungen und Besuche in derartigen Einrichtungen gibt.

Das war ja erst unlängst. Offensichtlich, Sie sind ein gesetzgebendes Organ und kein Vollzugsorgan. Das sollten Sie wissen.

Und da habe ich schon die Frage gestellt, was haben Sie, oder warum wollen Sie auf ein Straßenbauamt gehen, wo überhaupt keine Zuständigkeit besteht? Da gehe ich dann schon davon aus, dass hier ein politisch motivierter Besuch stattfinden soll.

Das hat nichts mit Ihrer politischen Tätigkeit zu tun, weil Sie keine Vollzugszuständigkeit haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat! Genauso wie die Kollegin Dunst in Güssing das nicht hat, wie Sie wissen. Aber ist in Ordnung.

Ich freue mich, dass Sie uns eingeladen haben, Sie bei Besuchen zu begleiten. Sehr gut. Ich hätte nur die Frage, wenn wir schon bei Güssing sind, es wird gerade dort kräftig investiert, in ein MR-Gerät. Die Radiologie wird kräftig aufgerüstet. Es gibt vor Ort am Standort Güssing in der Stadt einen Radiologen, Dr. Maurer.

Gab es zuvor Gespräche von Kooperationsmöglichkeiten bevor man eine derartige Investition in Millionenhöhe vorantreibt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Ich sage noch einmal. Es ist meine Verantwortung in der jetzigen Situation sicherzustellen, dass alle fünf Standorte in Zukunft abgesichert sind, diese Absicherung und die Finanzierung dieser fünf Standorte. Ich glaube, Sie wissen alle, wie es um das Gesundheitssystem und vor allem um die Finanzierung des Gesundheitssystems bestellt ist, nur um ein Beispiel zu nennen.

Wenn man heute seitens der Bundesregierung hört, dass in weiterer Folge die Kassen zusammengelegt werden und die Sonderkasse, die AUVA, möglicherweise aufgelöst wird und in die Gebietskrankenkasse überführt wird. Dann wird das bedeuten, dass die Länder bis zu 500 Millionen Euro mehr in das Gesundheitssystem finanzieren müssen.

Das heißt, das Gesundheitssystem, auch mit der Weiterentwicklung, mit der Ärztedienstzeit, mit den Investitionen in die Infrastruktur wird teurer. Das bedeutet, wir müssen nicht nur schauen, welche Schwerpunkte setzen wir in den einzelnen Häusern, sondern, und dazu müssen wir uns auch offen bekennen, welche Einnahmen können wir lukrieren?

Und da sage ich ganz offen, und dazu stehe ich auch, da ist mir lieber, diese Einnahmen, die über eine MRT-Gerätschaft optimiert werden, fließen der KRAGES zu, damit wir in weiterer Folge auch diese Standorte in diesen Spitälern absichern können. *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist auch richtig so.)*

Wäre das nicht der Fall, würden wir diesen Weg nicht gehen, und würden wir nicht versuchen, auch einnahmenseitig entsprechend aufzutreten, dann würde genau das passieren, was Sie 2015 schon vorgehabt haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Heute im „Kurier“ steht: „Die Katze ist aus dem Sack. Wenn in den fünf burgenländischen Spitälern so weitergearbeitet wird, entstünde bis 2021 kumuliert ein zusätzlicher Finanzbedarf von 220 Millionen Euro. Ein Beitrag, der nicht budgetiert sei und den das Land auch nicht stemmen kann.“

Nach meinen Informationen gibt es in Güssing eine Abteilung Interne, da ist nur mehr eine Akutgeriatrie, die Chirurgie gibt es noch, als Institut gibt es die Anästhesie, in der Orthopädie gibt es kein Primariat mehr,

Präsident Christian Illedits: Die Frage bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Obwohl es diese bis vor kurzem gegeben hat. Und die Gynäkologie ist zugesperrt.

Meine Frage: Was bleibt an Abteilungen im Krankenhaus Güssing übrig?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Frau Abgeordnete, Sie hätten bei der Beantwortung der vorigen Frage zuhören müssen. Ich habe ganz genau gesagt, dass es eine immense Herausforderung sein wird, für die Zukunft, das Spitalsystem, das wir im Burgenland haben, mit den fünf Standorten, aufrecht zu erhalten und mittel- und langfristig abzusichern.

Mittel- und langfristige Absicherung bedeutet, nicht nur ein medizinisches Angebot auf den Tisch zu legen, das unsere Burgenländerinnen und Burgenländer entsprechend versorgt, sondern, und das ist ganz ein wesentlicher Faktor, dass wir es auch finanzieren können.

Und damit wir es finanzieren können, müssen wir uns intern, und das sage ich auch ganz klar, das sind die Zahlen, das ist richtig, das ist auch meine Aussage, die Sie hier zitiert haben, es ist richtig, dass wir bis zum Jahre 2021, wenn wir uns jetzt nicht überlegen, welche Strukturmaßnahmen setzen wir, welche Schwerpunkte in den einzelnen Häuser setzen wir. Wenn wir uns nicht überlegen, welche Maßnahmen setzen wir, dass wir auch Einnahmen lukrieren können, Stichwort MRT-Gerät in Güssing, aber auch in Kittsee. Und wenn wir zuschauen, und das jetzt so weiter propagieren, dass wir dann auch Schwierigkeiten bekommen.

Das ist unsere Aufgabe, und das ist meine Verantwortung, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nicht mehr habe ich gesagt.)* dass wir hier diese Schwerpunkte setzen. Uns gemeinsam mit den Betroffenen, mit allen Betroffenen auseinander setzen und welche Struktur und welche Schwerpunkte dann in weiterer Folge, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Eine Abteilung.)* an welchen Standorten es geben wird, das wird der Strukturprozess in diesem Jahr ergeben.

Und ich sage Ihnen auch eines, ich nehme da sicherlich keine Rücksicht auf irgendwelche Wahltermine, dass man sagt, okay, vor 2020 darf man im Gesundheitssystem nichts andiskutieren, sondern ich bin fest davon überzeugt, wenn wir es nachhaltig absichern müssen, müssen wir diese Frage jetzt beantworten. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Genau.)* Und dazu werden Sie zu gegebener Zeit eingeladen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Günter Kovacs um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! In ganz Österreich spricht man von einem drohenden Mangel an Hausärzten. Das Problem hängt untrennbar mit den restriktiven Zugangsbeschränkungen zum Medizinstudium und der damit einhergehenden Verknappung der Studienplätze zusammen. Die Ärztekammer Burgenland sieht diese Zugangshürden sogar als Grundübel für den Ärztemangel.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie im Burgenland zur Sicherung der landärztlichen Versorgung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter, das Problem hängt untrennbar mit den restriktiven Zugangsbeschränkungen zum

Medizinstudium und der damit einhergehenden Verknappung der Studienplätze zusammen. Das steckt in der Frage drinnen, das ist genau das Problem, das wir haben.

Die Maßnahme wäre einfach. Die Zugangsbeschränkungen aufzuheben und damit auch dafür zu sorgen, dass dann mehr Menschen die Möglichkeit haben, ein Medizinstudium zu beginnen und auch zu beenden. Das wäre die beste Maßnahme.

Wir als Burgenland versuchen das abzufedern. Ich werde dann kurz auf das auch zu sprechen kommen.

Wir haben die Daten der Gebietskrankenkasse und die sind durchaus alarmierend. In den nächsten Jahren werden 60 Prozent der Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner in Pension gehen, im Burgenland.

Das heißt, für uns im Burgenland bedeutet das, dass wir jedes Jahr zehn neue Medizinerinnen und Mediziner benötigen werden, um die landärztliche Versorgung abzusichern.

Noch einmal gesagt, Kern des Problems ist, die künstliche Verknappung der Ärzte, die an den Unis ausgebildet werden. Man kann das auch an Statistiken nachlesen.

Seit der Einführung des Medizinstudium-Aufnahmetests ist die Anzahl der Absolventen und Absolventinnen von Jahr zu Jahr gesunken. Im letzten Jahr waren es mehr als 12.000 Bewerber und Bewerberinnen an allen öffentlichen österreichischen Medizinunis und es gab nur 1.621 Plätze, davon rund 150 für Zahnmedizinerinnen und -mediziner.

Also das muss man noch einmal abziehen, was die Versorgung im ärztlichen Bereich, sowohl im Spitalsbereich als auch im landärztlichen Bereich betrifft.

Wir haben versucht, wir appellieren an die Bundesregierung schon seit Jahren, diese Aufnahmetests abzuschaffen und den Zugang zum Studium leichter zu ermöglichen. Und damit, mit einer größeren Anzahl von Bewerbern und Bewerberinnen wird es auch leichter sein, die ärztliche Versorgung auch in den ländlichen Gebieten zu gewährleisten.

Trotzdem haben wir uns entschlossen, nachdem dieser Appell bis jetzt ungehört verhallt ist, dass wir einige Maßnahmen von Landesseite setzen. Wir haben beispielsweise 300 Euro pro Monat vorgesehen, für Stipendien, für jene Medizinerinnen und Mediziner, die jetzt studieren, beziehungsweise Studentinnen und Studenten im Medizinbereich, die folgende Voraussetzung dann auch erfüllen:

Abschluss des Studiums in Mindestzeit plus ein Toleranzsemester, Verpflichtung im Burgenland als Allgemeinmedizinerin und -mediziner nach Abschluss der Ärzteausbildung innerhalb von sechs Monaten für fünf Jahr zu praktizieren. Und diese Förderung dauert insgesamt 48 Monate.

Ergänzend dazu gibt es bereits jetzt eine Förderung für Turnusärztinnen und Turnusärzte in Ausbildung in der Höhe von 500 Euro pro Monat. Diese müssen sich auch im Gegenzug verpflichten, die Ausbildung zur Ärztin, zum Arzt für Allgemeinmedizin zu beginnen, durchzuführen und abzuschließen, sowie nach Abschluss mindestens fünf Jahre als Kassenvertragsärztin oder Kassenvertragsarzt im Land Burgenland tätig zu sein.

Der Bedarf, den habe ich schon angesprochen, sind zehn Allgemeinmedizinerinnen oder -mediziner pro Jahr. Auch da ist die Förderung auf 48 Monate beschränkt.

Darüber hinaus haben wir kostenlose Vorbereitungskurse, gemeinsam in Kooperation mit der Fachhochschule und mit dem Gymnasium Oberpullendorf, die dafür sorgen sollen, dass eben die Ärztinnen und Ärzte, die jetzt diesen, aus meiner Sicht, Vorbereitungskurs absolvieren müssen, beziehungsweise dann auch die Prüfung machen müssen, dass die bestens vorbereitet auch in diese Qualifizierungsmaßnahme gehen können.

Der letzte Punkt: Wir werden auch Sonderförderungen für jene Ärztinnen und Ärzte ausschütten, in der Höhe von 50.000 Euro, wenn es um Praxisumbauten oder Neubauten geht. Im Gegenzug müssen sich die Ärztinnen und Ärzte auch hier verpflichten, die Praxis auch für zehn Jahre zu betreiben.

Sie sehen also, das Land Burgenland hat seine Hausaufgaben gemacht. Wir haben Maßnahmen gesetzt, die an und für sich nicht notwendig wären, wenn es auf Bundesebene endlich eine Entscheidung gäbe, diese Zugangsbeschränkungen aufzuheben. Dann hätten wir diese zusätzlichen Leistungen, die wir vom Burgenland her im Budget auch budgetiert haben, nicht ausschütten müssen. Aber wir machen es gerne, weil wir brauchen die Landärzte und wir sind hier auch in guter Kooperation mit der Gebietskrankenkasse und mit der Ärztekammer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Herr Landesrat, ich bewundere Ihre Geduld, die Antwort auf die Frage, die der Kollege Kovacs gestellt hat, findet sich wortwörtlich auf der Homepage der SPÖ Burgenland wieder. Ich konnte hier mitlesen!

Wenn man die eigene Homepage liest, dann kriegt man auch die Antworten auf die Fragen, die sich so im Alltag stellen. Ich möchte Ihnen eine Frage stellen, wo ich noch keine Information lesen konnte, weil es mich interessiert: In Niederösterreich gibt es ja das Modell, dass für den Nachtdienst jeweils ein Arzt, eine Ärztin, für einen Bezirk zuständig ist und diese Person kann dann aber auch akut zu Menschen nach Hause fahren, die müssen sich dann also nicht selber auf den Weg machen.

Ist so ein Modell auch für das Burgenland überlegt worden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es widerstrebt mir, Sie zu belehren, aber es gibt ein Recht des Abgeordneten, ein Regierungsmitglied zu befragen und ich würde meinen, dass gerade Sie als grüne Abgeordnete das Recht auch respektieren sollten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der Landtag ist doch eine Bühne, um eben den Menschen auch klarzumachen, was im Burgenland passiert, und insofern halte ich diese Frage auch für berechtigt und auch für die Öffentlichkeit als relevant anzusehen. Auf Ihre Frage zurückzukommend, ja, wir haben das Modell der Akutordinationen etabliert im Burgenland. Das heißt, dass bis 22.00 Uhr hier diese Akutordinationen in allen sieben Bezirken auch angeboten werden, auch mit Unterstützung der ÖVP, die gefordert hat, dass auch Mattersburg und Jennersdorf hier eingebunden werden. Das ist auch gelungen.

Wir haben auch die sogenannten Visitenärzte und darüber hinaus, mit der Nummer 141 können Sie auch nach 22.00 Uhr jederzeit ärztlichen Beistand erwirken. Das geht vom Telefonarzt, der möglicherweise über das Telefon eine wichtige Auskunft geben kann, bis hin zur Rettung und zum Notarzt.

Ich glaube, dass dieses System im Burgenland sehr gut netzwerkartig aufgebaut ist und dass es auch ein Zukunftskonzept ist, das dafür sorgt, dass alle Burgenländerinnen und Burgenländer in diesem Bereich gut versorgt sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Schön zu hören, dass Sie als Regierungsmitglied derselben Auffassung sind wie wir Abgeordneten, denn wir fragen die Regierung was wir wollen. Aber vielleicht weniger auf Bestellung!

Sehr geehrter Herr Landesrat, die Befristung, die Auflage, dass die Mindeststudienzeit plus ein Toleranzsemester studiert werden muss und die Befristung der Länge dieses Stipendiums des Landes, warum kommt es zu derartig vielen Hürden, wenn wir noch nicht einmal wissen, wie viele Studierende oder angehende Ärzte jetzt dieses Landarztstipendium nutzen wollen? Diese Hürden sind aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Es überrascht mich jetzt etwas, weil ich habe geglaubt, die ÖVP ist eine leistungsorientierte Partei *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Ingrid Salamon: Nur dann wenn sie es wollen! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir haben einen Ärztemangel! Wir können nur hoffen, dass Leute kommen!)* und insofern ist es also aus meiner Sicht schon wichtig, dass man hier auch eine Beschränkung einzieht, weil es natürlich nicht so sein kann, dass nur Studenten und Studentinnen in den Genuss einer Förderung des Landes kommen, die ja eine freiwillige Förderung ist.

Ich meine, dass das ein gutes Angebot an jene ist, *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* die das Medizinstudium beginnen möchten. Ich würde auch an Sie appellieren, dass man das auch akzeptiert und auch honoriert, dass das Land, obwohl es gar nicht zuständig ist, hier Geld in die Hand nimmt, budgetär auch das verankert hat *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das haben wir schon gehört, dass wir dafür sind!)* und dass dieses System, so wie es abgesetzt ist, auch richtig ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bitte um Ruhe. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon um Verlesung ihrer Anfrage. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben vor kurzem unter dem Motto „Kurze Wege, rasche Entscheidungen - Damit das Burgenland auf Erfolgskurs bleibt“ eine Entbürokratisierungsoffensive angekündigt.

Was ist das Ziel dieser Offensive?

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Mit dieser angesprochenen Entbürokratisierungsoffensive wurde vor allem ein sehr breit aufgestellter Beteiligungsprozess gestartet, vor allem im Hinblick auf den Bürokratieabbau in der öffentlichen Verwaltung.

Wir wollen damit erreichen, dass das Burgenland auch weiterhin auf der Überholspur bleiben kann. Als kleinstes Bundesland sollten wir auch vor allem auf der Verwaltungsebene das schnellste Bundesland sein. Diese Entbürokratisierung soll vor

allem Vorteile einerseits für die Wirtschaft, den Wirtschaftsstandort Burgenland bringen, auf der anderen Seite natürlich auch für die Gemeinden.

In weiterer Folge natürlich auch für die eigene Verwaltung spürbare Effizienzen bringen und natürlich auch beim einzelnen Bürger und bei der einzelnen Bürgerin ankommen und wirklich Erleichterungen auch erreichen. Grundstein hierfür, und das war auch die Ausgangslage, war das Projekt BH 2020, das bereits vor einiger Zeit von den Bezirkshauptmannschaften gemeinsam mit der Landesverwaltung unter der Führung von Herrn Landesamtsdirektor Mag. Ronald Reiter gestartet worden ist.

Es ist dann in weiterer Folge intern die Aufgabenkritik auch abgeleitet worden und seit einiger Zeit beschäftigen sich jetzt schon die Verwaltungsexperten mit diesem Thema. Es sollen in erster Linie die Ziele sein, dass es zu Verfahrenskonzentrationen kommt.

Das heißt, dass man wirklich dieses Ziel „One Stop Shop“ erreicht, dass eine Behörde ganz einfach Ansprechpartner für ein Projekt ist und alle damit im Zusammenhang stehenden Dinge dort erledigt werden können.

Es soll zur Abschaffung von Parallelverfahren und damit natürlich auch zur Harmonisierung von Genehmigungsverfahren kommen. Auf der anderen Seite sollen Verfahrensvereinfachungen und Optimierungen durch diese Entbürokratisierungsoffensive auch identifiziert werden, beispielsweise wenn es darum geht, die Notwendigkeit von Antragsvoraussetzungen zu prüfen, auch die Notwendigkeit von einzelnen Parteistellungen in bestimmten Fällen noch einmal zu hinterfragen, was auch anzeigepflichtige Tatbestände betrifft, auch Geringfügigkeitsgrenzen und so weiter einzuführen, beziehungsweise zu überdenken, alles das auch in die Implementierung von Freistellungsverordnungen, es soll auch teilweise zum Entfall von Aufgabenprüfungen kommen, Stichwort „Deregulierung“.

Es soll auch zur Verschiebung von Aufgaben beziehungsweise von Zuständigkeiten kommen. Beispielsweise von der Landesregierung hin zu den Bezirkshauptmannschaften oder umgekehrt. Es soll auch zu einer stärkeren Implementierung von elektronischen Registern kommen. Das sind jetzt alles nur einige Punkte dessen, was diese Entbürokratisierungsoffensive zum Inhalt hat.

Die Ziele sind sehr ambitioniert. Aber ich glaube, umso wichtiger ist es auch, diesen Beteiligungsprozess sehr breit aufzustellen und alle möglichen Interessenten natürlich und alle Beteiligten hier möglichst breit miteinzubinden.

Zu diesem Zweck haben wir auch schon die Gemeindevertreterverbände, auch den Verband der burgenländischen Amtmänner und Amtfrauen, beispielsweise auch den Landes-Rechnungshof, das Landesverwaltungsgericht eingeladen, um hier erste Ideen einzubringen, alles das ist schon passiert.

Mit diesen eingebrachten Ideen und diesem großen Maßnahmenpaket ist bereits im November ein landesinterner Workshop gestartet worden, wo sich auch die Experten ganz konkret mit Anregungen beschäftigt haben und auch die Kompatibilität mit anderen Gesetzesmaterien schon im Detail überprüft haben.

Herausgekommen ist jetzt einmal ein erster Maßnahmenkatalog mit über 100 Maßnahmen in zirka 40 Gesetzen, über den jetzt in weiterer Folge diskutiert wird.

Die großen Punkte befinden sich vor allem im Baurecht, in der Raumplanung, im Naturschutzgesetz. Was insgesamt das Ziel sein soll ist, dass die Verfahren ganz einfach rascher, einfacher, unbürokratischer, transparenter und vor allem auch kostengünstiger geführt werden können.

Aber ich möchte noch einmal betonen, dass das jetzt grundsätzlich nur einmal ein Maßnahmenvorschlag ist, der natürlich in weiterer Folge noch weiter diskutiert wird. Das ist noch kein endgültiges Paket. Es sind natürlich noch alle sehr herzlich eingeladen, Ideen einzubringen, damit man das möglichst auf breite Beine stellt und alle guten Ideen dabei berücksichtigen kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Frau Landesrätin, Sie haben schon kurz gesagt, dass die Gemeinden miteingebunden sind. Aber in welcher Form werden die BürgerInnen miteingebunden und wie wird das stattfinden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landerätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Frau Klubobfrau! Wie gesagt, es hat jetzt bereits in den letzten Wochen und Monaten auch einen Entbürokratisierungsgipfel gegeben, wo verschiedenste Vertreter der Wirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung, der Arbeiterkammer, der Gemeindeverbände genauso auch die Präsidenten des Landesverwaltungsgerichtshofes, des Rechnungshofes und auch der Obmann der burgenländischen Amtmänner und Amtfrauen dabei waren bei dieser Informations- und Diskussionsrunde. Die sind natürlich jetzt auch noch in weiterer Folge sehr herzlich eingeladen, Ideen einzubringen.

Es ist gerade morgen auch noch eine weitere Informationsveranstaltung beziehungsweise eine weitere Diskussionsrunde mit dem Verband der Amtmänner und Amtfrauen geplant. Mitte April, also in zirka eineinhalb Wochen wird es zusätzlich noch zwei Regionalgipfel geben, einer im Norden, einer im Südburgenland, wo Amtmänner, Amtfrauen, Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, aber auch Vertreter aus der Wirtschaft herzlich eingeladen sind.

Dort wird noch einmal diese Maßnahme präsentiert. Man kann gleich vor Ort natürlich Ideen einbringen und zusätzlich gibt es dann auch noch vor allem für die Bürgerbeteiligung eine eigens eingerichtete E-Mail-Adresse. Unter Entbürokratisierung@bgld.gv.at kann natürlich jeder einzelne Bürger, jede einzelne Bürgerin gerne auch noch Ideen in diesen ganzen Gesetzgebungsprozess miteinbringen, und so wird es auch noch in den nächsten Wochen und Monaten fortgesetzt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Frau Landesrätin, ab wann ist gedacht, hier Parteiengespräche zu führen? Wann bekommen wir erste Vorschläge vorgelegt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie gesagt, jetzt werden Mitte April noch diese zwei regionalen Konferenzen stattfinden, wo Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, vor allem Amtmänner, Amtfrauen, Vizebürgermeisterinnen, Vizebürgermeister, auch Vertreter der Wirtschaft noch eingeladen sind, Sie können auch jetzt gerne schon Ideen einbringen.

Planmäßig soll es aber so sein, dass dann aufgrund all dieser Ideen und aufgrund dieser Maßnahmen, die jetzt im Moment bestehen, die jetzt noch vielleicht in den

nächsten Wochen dazukommen, die Experten auf Landesseite anfangen, das in Gesetzesform zu gießen, einen ersten Entwurf auch dazu machen. Sobald dieser Entwurf vorliegt, werde ich selbstverständlich alle im Landtag vertretenen Parteien dann zu Parteiengesprächen einladen.

Aber, wie gesagt, es besteht auch jetzt schon die Möglichkeit. Aber sobald wir einen ersten Gesetzesentwurf haben, sobald es einigermaßen in Gesetzeswortlaut gegossen ist, werden Sie natürlich selbstverständlich eingeladen sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Frau Landesrätin, jetzt muss ich trotzdem noch einmal fragen: Das Veranstaltungsgesetz, das Ihr heute vorgelegt hättet, hätte vorgesehen, dass Vereine zukünftig bei Veranstaltungen eine eigene Plakette gebraucht hätten. *(Zwiegespräche in den Reihen)* Herr Landeshauptmann, wenn Sie dieses Gesetz nicht gelesen haben, dann tut es mir leid, aber das steht so in Eurem Gesetzesentwurf drinnen.

Jetzt stellen wir uns schon die Frage, Sie reden von Entbürokratisierung, aber auf der anderen Seite hätten Sie den Vereinen diese Bürde auferlegt.

Wie stehen Sie dazu?

Präsident Christian Illedits: Die Zuständigkeit für das Veranstaltungsgesetz liegt nicht in dem Bereich der Frau Landesrätin.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP)| *(fortsetzend)*: Die Entbürokratisierung.

Präsident Christian Illedits: Die konkrete Frage war Bürokratieaufbau über die Plankette.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP)| *(fortsetzend)*: Natürlich.

Präsident Christian Illedits: Dafür ist sie nicht zuständig beim Veranstaltungsgesetz. Andere Frage? Andere Formulierung?

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Sind Sie für die Entbürokratisierung in allen Bereichen des Landes?

Präsident Christian Illedits: Danke. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Natürlich muss man sich das dann im Detail anschauen, man muss auch rechtlich prüfen, ob gewisse Dinge möglich sind oder Sinn machen.

Wenn Sie vom Veranstaltungsgesetz sprechen, da habe ich die Zuständigkeit nicht. Natürlich muss das dann in Absprache auch mit den entsprechenden Regierungsmitgliedern geschehen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das muss ja schon gewesen sein, sonst wäre es ja nicht auf der Tagesordnung!)*

Man muss sich schon ein Gesamtpaket und Gesamtmaßnahmen überlegen und dann natürlich auch prüfen und schauen, ob das dann auch anwendbar ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr habt ja zugestimmt in der Landesregierung! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die siebente Anfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kovacs an Herrn Landesrat Mag. Darabos. Ich bitte Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Versorgung von schwerkranken Kindern ist eine besonders sensible Herausforderung.

Welche Maßnahmen ergreift das Land Burgenland zur optimalen Versorgung dieser schwerkranken Kinder?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Tatsächlich ist das eine sehr sensible Herausforderung in dem Bereich. Ich habe sehr viel Kontakt auch zu den Organisationen, die hier teilweise auch im Verborgenen auch hervorragende Arbeit leisten.

Wir haben im Burgenland in diesem Bereich ein dichtes Betreuungsnetz und zwar über den Verein „MOKI“, mobile Kinderkrankenpflege und über das Heilpädagogische Zentrum in Rust. Dieses Heilpädagogische Zentrum verfügt auch über Kooperationen mit anderen Bundesländern. Das HPZ Rust, also das Heilpädagogische Zentrum, widmet sich dabei folgenden Krankheitsbildern:

Es geht hier bei Kindern um Depressionen, um Ängste, um posttraumatische Belastungsstörungen, Hyperaktivität, Schulphobie, Schulverweigerung, soziale Auffälligkeiten, Teilleistungsschwächen und/oder auch Misshandlung, Vernachlässigung, Verlust von Angehörigen.

Außerdem verfügt auch das Krankenhaus Eisenstadt und das Krankenhaus Oberwart über eine eigene Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde und darüber hinaus arbeiten natürlich auch vertragsmäßig einige Kinderärzte im Burgenland.

Außerdem laufen gerade Gespräche, das habe ich schon kurz angedeutet, über eine zweite Kinderarztstelle mit Kassenvertrag im Bezirk Neusiedl am See, zu der es auch positive Signale von der Gebietskrankenkasse und der Ärztekammer gibt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch den Verein „MOKI“ hier nicht nur zu loben, sondern auch mich zu bedanken. Weil die in dem Bereich ganz extrem sensibel arbeiten, aber auch hervorragende Qualität liefern. Dieser Verein wurde 2001 ins Leben gerufen, wird vom Land unterstützt. Einerseits sollen Eltern von gesunden Neugeborenen Unterstützung zu den Fragen und Unsicherheiten im Umgang mit ihren Babys finden, andererseits sollen Eltern von chronisch kranken Kindern, und das ist eben ein wirklich sensibles Problem, von Kindern mit Behinderungen oder auch von schwerstkranken Kindern Entlastung und Begleitung in ihrer enorm anstrengenden Rolle als Pflegende finden.

Wir haben hier auch ein eigenes Kinderpalliativteam, natürlich der sensibelste Bereich, aufgestellt. Da geht es um die Betreuung von schwerkranken Kindern sowie die Begleitung bis zum Tod.

Auch die Frage des Abschieds vom Kind hat hier einen besonderen Stellenwert. Im August 2017, also vor nicht allzu langer Zeit, hat „MOKI Burgenland“ dieses Kinderpalliativteam gegründet. Wir haben das unterstützt und wir sehen uns hier auch als Vorreiter österreichweit, das haben andere Bundesländer in dieser Form nicht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Ich möchte die Damen und Herren auf den Zusehergalerien nur daran erinnern, dass es hier von den Galerien aus ein Fotografier- und Aufnahmeverbot gibt. Bitte dies zu beachten.

Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wie hat sich eigentlich die Anzahl der zu betreuenden Kinder durch „MOKI“ in den letzten Jahren entwickelt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, die hat sich stetig nach oben entwickelt. „MOKI“ hat begonnen im Jahr 2001 mit vier Kindern, fünf Jahre später, 2006, waren es bereits über 100. Der jährliche Anstieg ist so weiter gegangen sukzessive, wir haben im Jahr 2011, 188 Kinder zu betreuen gehabt, im Jahr 2016 schon über 200 Kinder.

Ich möchte auch vielleicht noch kurz darauf hinweisen, alleine die Zahl der Pflegestunden hat sich vom Jahr 2001 von 46, bis ins Jahr 2016 auf 8.428 Stunden erhöht. Also man sieht, dass wir auch einen Fokus in diesem Bereich gesetzt haben und dass es eine klare Steigerung hier gibt. „MOKI“ ist auch der alleinige Anbieter derzeit im Burgenland, was die Kinderhauskrankenpflege betrifft.

Das ist natürlich ein immenser Druck, der hier auch auf dieser Organisation lastet, weil man sieht, von 46 Stunden auf über 8.000 Stunden, das ist schon eine Anzahl, die sich sehen lassen kann und wir brauchen auch diese Partner in diesem Bereich. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Kovacs.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Die Anzahl der zu betreuenden Kinder ist sehr gestiegen. Herr Landesrat, wie viel Geld investiert eigentlich das Land jährlich in die Betreuung von schwerkranken Kindern durch das „MOKI“-Palliativteam?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wir haben insgesamt über den Psychosozialen Dienst ein Finanzierungsvolumen im Jahr von 606.000 Euro. Ich glaube, das ist durchaus ein angemessener Betrag für diesen schwierigen Bereich, den wir hier auch politisch zu verantworten haben, beziehungsweise der auch operativ eben mit unseren Kooperationspartnern hier betreut wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Warum gibt es keine Palliativbetten für Kinder im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Wir haben mit „MOKI“ dieses Kinderpalliativteam zusammengestellt, das eine mobile Einrichtung ist. Aus meiner Sicht ausreichend, aber man kann durchaus darüber reden, dass man, wir haben ja eine Palliativstation in Oberpullendorf beispielsweise, auch für Kinder hier eine Einrichtung

schaffen kann. Ich bin Ihnen für diesen Hinweis durchaus dankbar. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist somit durch Zeitablauf b e e n d e t .

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1237), mit dem das Bgld. Familienförderungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 874) (Beilage 1258)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1237, mit dem das Bgld. Familienförderungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 874, Beilage 1258.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Edith Sack: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Familienförderungsgesetz geändert wird, in ihrer 29. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Familienförderungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland ist ein Familienland, ja, das Burgenland ist das Familienland in Österreich. Wie auch die Kollegen von der ÖVP spätestens seit ihrer Aktuellen Stunde vom 25. Jänner wissen und eingestehen müssen.

Wir als rot-blaue Koalition tun familienpolitisch das, was möglich ist. Wir als rot-blaue Koalition tun familienpolitisch das, was sinnvoll und was zweckmäßig ist und wir tun auch das, was es braucht, damit das Burgenland Familienland Nummer eins in Österreich bleibt, ganz im Sinne dessen, was das Familienförderungsgesetz im § 1 unmissverständlich als Zielsetzung definiert.

Aus der Verantwortung der Gesellschaft für die Familie fördert und schützt das Land Burgenland die Familie als Ausdruck und wesentlich Grundlage menschlicher Gemeinschaft § 1, Abs. 1 jenes Familienförderungsgesetzes, um das es auch heute Vormittag geht. Mit der Familienförderungsgesetznovelle 2018, meine Damen und Herren, kommt es neben redaktionellen Aktualisierungen beziehungsweise Anpassungen zu einigen Klarstellungen, die notwendig geworden sind. Aber es kommt auch zu konkreten Verbesserungen im Zusammenhang mit der Kinderbetreuungsförderung. Gehen wir die Änderungen kurz durch.

Die erste Klarstellung mag im Burgenland zumindest momentan noch eher weniger von praktischer Bedeutung sein, sie ist aber schlüssig. Sie besagt, dass eine

Kinderbetreuungsförderung nur für jene Kinder gebührt, die eine österreichische Kinderbildungs- oder -betreuungseinrichtung besuchen.

Der Grund ist ganz einfach, weil die Erreichung der Bildungsziele beziehungsweise der Bildungsstandards zur Sprech- und Sprachkompetenz in ausländischen Einrichtungen eben nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Wir kennen die Diskussionen aus anderen Bundesländern, insbesondere auch aus der Bundeshauptstadt Wien. Diese Klarstellung ist also gut und richtig so. Was das Burgenland angeht, sicherlich auch eine Vorkehrung für die Zukunft, damit keine Missverständnisse aufkommen.

Mit der zweiten Klarstellung wird festgehalten, dass sich die Höhe der gestaffelten Förderung an der tatsächlichen Besuchsdauer der Einrichtung zu orientieren hat. Der bisherige Wortlaut des Gesetzes hätte auch die Interpretation zugelassen, dass es um die Stunden geht, für die ein Kind angemeldet wurde.

Nebenbei fällt mit der Novelle auch die Untergrenze, die Mindestgrenze von 20 Wochenstunden, weil es ja nur im letzten Jahr vor Schuleintritt den verpflichtenden Kindergartenbesuch gibt. Davor ist er freiwillig, daher kann es auch keine Mindestbesuchsdauer geben.

Die dritte Klarstellung muss nicht länger erläutert werden, versteht sich von selbst. Es wird klargestellt, dass die Kinderbetreuungsförderung nur dann gebührt, wenn die Eltern die Beiträge auch tatsächlich leisten. Das heißt, die reine Beitragspflicht reicht natürlich nicht aus, um die Förderung in Anspruch nehmen zu können.

Eine wesentliche Verbesserung für die Eltern und ich meine damit jetzt nicht die neue Ausnahme vom bisher generellen Zessionsverbot, eine wesentliche Verbesserung für die Eltern findet sich dann im neuformulierten Abs. 5 des § 8d. Bisher war es so, dass jährlich in etwa 100 Anträge auf Kinderbetreuungsförderung nicht positiv erledigt werden konnten, auf Grund von Fristversäumnis.

Jetzt kann man natürlich einerseits sagen, dass das gemessen an den 11.000 Förderfällen, die jährlich positiv erledigt werden können, und gemessen an den 4,3 Millionen Euro, die an Kinderbetreuungsförderung ausgeschüttet werden, nicht viel ist. Aber in dem Fall ist jeder einzelne Fall zu viel. Fristversäumnis kann immer passieren, daran soll es nicht scheitern. Eine Fristversäumnis kostet den Eltern in diesem Fall mehrere hundert Euro. Fälle, die wir nicht haben wollen.

Daher werden wir mit dieser Novelle die Antragsfrist um zwei Monate verlängern. Das wird sich natürlich auch im Landeshaushalt auswirken, in etwa 50.000 Euro, wenn wir von diesen etwa 100 Anträgen im Jahr ausgehen. Geld, das künftig zusätzlich an die burgenländischen Eltern, in die burgenländischen Familien fließen wird.

Meine Damen und Herren! Ums Geld geht es auch der ÖVP, wie immer. In diesem Zusammenhang eben mit der Kinderbetreuungsförderung und weil es inhaltlich zusammenpasst auch gleich dazu, was die ÖVP unter Tagesordnungspunkt 10 beantragt hat. Die ÖVP fordert einerseits eine Erhöhung der Kinderbetreuungsförderung um 16 Prozent. Das entspricht dem Verbraucherpreisindex in etwa seit der Einführung im Jahr 2009, und sie fordert eine jährliche Indexanpassung ab dem Jahr 2019.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich sage Ihnen dazu etwas ganz Sachliches und dann, auch wenn Sie es vielleicht anders sehen werden, noch etwas Sachliches. Zu Ihrer konkreten Forderung, wenn es nicht ums Geld ginge, wenn Geld keine Rolle spielte, wenn es keine budgetären Zwänge gäbe, dann sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich, dann würde ich Ihre Forderung vorbehaltlos und bedingungslos unterstützen.

Nicht nur ich, sondern sicherlich auch alle anderen 35 Kollegen hier im Saal. Aber der Unterschied zwischen Ihnen, der ÖVP, und uns, der rot-blauen Koalition, ist, dass wir das große Ganze im Auge haben und nicht nur Teile davon.

Denn was Sie seit dem vom Wähler erzwungenen Austritt aus der Landesregierung pausenlos machen, ununterbrochen tun, das ist einzig und alleine Geld verlangen, Geld verlangen, Geld verlangen für alles und für jeden, Geld *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* verlangen.

Das ist das, was die ÖVP macht. Hunderte Millionen Euro, hunderte Millionen Euro an ungedeckten Schecks mittlerweile, ohne auch nur ein einziges Mal dazu zu sagen, wie man das Ganze finanzieren soll, meine Damen und Herren.

Wenn wir von Anfang an auf Sie gehört hätten, meine Damen und Herren von der ÖVP, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann wäre alles besser!)* dann würde sich das Land längst auf dem Weg zum Bankrott befinden. Das spielt es mit uns nicht. Wir werden uns von Ihnen nicht hineintheatern lassen! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

So, ein zweites Sachliches. Der Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung gehört sicherlich zu jenen Bereichen, in denen die Kosten in nächster Zeit nicht sinken werden und gehört nicht zu jenen Bereichen, in denen wir Kürzungen vornehmen wollen. Sie wissen genauso gut wie wir, dass es in diesem Zusammenhang drei 15a-Vereinbarungen mit dem Bund gibt, wo es um die günstige Beteiligung des Bundes am Kindergartenwesen geht.

Drei 15a-Vereinbarungen, die bald auslaufen werden, über die der Bund zwar Verhandlungen zugesagt hat, auch im Rahmen des Koalitionsübereinkommens, von denen aber niemand sagen kann am heutigen Tag, wie sie ausgehen werden. Und ob die Länder am Schluss nicht doch tiefer in die Tasche greifen müssen, wenn sie das Angebot, wie wir es jetzt auch im Burgenland haben, aufrechterhalten wollen.

Ich sage Ihnen da ganz klipp und klar. Es wäre vollkommen unseriös, wenn nicht sogar verantwortungslos, zum jetzigen Zeitpunkt und unter diesen Umständen an der Kinderbetreuungsförderung zu schrauben, aber gegebenenfalls am Ende nicht zu wissen, wie man die Kindergärten, die Baulichkeiten, das Personal, alles, was es braucht, finanzieren soll, damit wir eben das erforderliche Betreuungsangebot überhaupt bereitstellen können.

Das ist der Punkt, meine Damen und Herren, und ich sage es Ihnen noch einmal. Wir werden von rot-blauer Seite weiterhin dafür sorgen, dass das Kindesbetreuungsangebot passt, dass das Familienland Burgenland Familienland Nummer eins in Österreich bleibt und wir lassen uns von Ihnen hier nicht auf eine falsche Schiene setzen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Jetzt erinnere ich an das, was wir im letzten Jahrzehnt an Diskussionen erlebt haben, wenn es um die Kinderbetreuungsförderung geht. Sie wissen, gerade von freiheitlicher Seite war der sogenannte Gratiskindergarten, der Herr Kollege Kölly zuckt schon, der für die Eltern beitragsfreie Kindergarten, eine wichtige Forderung. 2009 ist es dann zur Einführung gekommen.

Die politischen Umstände waren ja auch durchaus interessant. Aber was hat sich dann in den Gemeinden getan? In vielen Gemeinden war es dann so, dass man die Beiträge, die die Eltern zu leisten haben, an die Förderung angepasst hat. Das heißt, in vielen Gemeinden des Burgenlandes ist der de facto beitragslose Kindergarten realisiert.

Es gibt Gemeinden, die das seit dem Jahr 2009 durchgehalten haben, die eben die Prioritäten in den Gemeindehaushalten entsprechend gesetzt haben, und es gibt Gemeinden, die das nicht getan haben. Damit komme ich zur Glaubwürdigkeit der ÖVP. Der ÖVP-Obmann, der Obmann der ÖVP-Burgenland, ist selbst Bürgermeister mit einer absoluten Mehrheit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Geht es schon wieder los mit der Eisenstadt-Diskussion?)*

Die ÖVP hat in Eisenstadt den Gratiskindergarten abgeschafft. Es wurde zwar vor wenigen Wochen auch mit unseren Stimmen wieder ein Schritt in die richtige Richtung getan, indem man den Kreis der Begünstigten wieder erweitert hat, aber sie hat ihn abgeschafft. In Eisenstadt passiert noch etwas, was in anderen Gemeinden nicht passiert. Rechtzeitig vor Beginn des Schuljahres werden Jahr für Jahr die Beiträge indexiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich, aber auch die Förderungen!)* Das heißt, es wird für die Eltern teurer.

Es gibt aber auch Gemeinden, reden Sie zum Beispiel mit der Kollegin Salamon, auch keine kleine Gemeinde, wo sie Bürgermeisterin ist, wo das nicht passiert. Das heißt, meine Damen und Herren, dort, dort, dort, wo Sie regieren, wird es für die Eltern teurer.

Klar ist, es braucht in diesem Bereich, im Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung die Anstrengung aller Beteiligten, des Bundes, der bisher seinen Beitrag geleistet hat und hoffentlich auch weiterhin noch leisten wird, den Beitrag des Landes, da kann sich niemand beschweren, aber natürlich auch den Beitrag der Gemeinden. Da gibt es eben Unterschiede.

Das betrifft auch Ihre Glaubwürdigkeit, meine Damen und Herren von der ÖVP. Wenn die Gemeinden die Prioritäten richtig setzen, wenn sie sich anstrengen, das beweisen manche Gemeinden, dann ist es möglich.

Wenn die Gemeinden die Prioritäten richtig setzen, wenn sie sich anstrengen, das beweisen manche Gemeinden, ist es möglich. Daher ist auch eine Erhöhung der Kinderbetreuungsförderung zum jetzigen Zeitpunkt aus unserer Sicht nicht eine Priorität. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Resetar das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Herr Klubobmann Géza Molnár! Gut gestartet, aber mit einer Bauchlandung geendet, so kann ich das zusammenfassen. *(Abg. Doris Prohaska: Geh!)* Ich habe mir extra das Eisenstadtergebnis angesehen, das nehme ich mir ja jeden Tag vor. Also ein Plus von 6,8 Prozent vom Herrn Bürgermeister Thomas Steiner, ein geradliniger Bürgermeister, das kann man schon sagen, dass er immer zu dem gestanden ist und all seine Maßnahmen, *(Abg. Doris Prohaska: Aber die Erhöhung kann nur der Gemeinderat …)* die er in seiner Gemeinde und in seiner Stadt gesetzt hat, hat sich auch durch das Wahlergebnis niedergeschlagen. Gratulation zu diesem Ergebnis! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Das ist eine Frechheit; das ist ja lächerlich.)*

Das, was Sie sachlich erwähnt haben, Herr Klubobmann, dem kann ich überall zustimmen. Diese Maßnahmen sind natürlich begrüßenswert, aber ich verstehe eines nicht, wenn heute schon über Entbürokratisierung gesprochen wurde. Warum lässt man nicht gleich von den Kinderbetreuungseinrichtungen diese ganzen Fördermaßnahmen erledigen?

Man muss sich vorstellen, es sind in Summe 11.000 Anträge, die jährlich von den Eltern eigebracht werden müssen, *(Abg. Walter Temmel: Das ist ein Wahnsinn.)* um die Fördermittel zu erhalten und die Familien, die einzelnen Familien, sind in Wahrheit Bittsteller, die das einreichen müssen, damit sie überhaupt zu den Förderungen kommen.

Warum? Wenn sie schon das eine sagen, mit der Indexanpassung, wobei ich natürlich auch für eine Indexanpassung bin, warum lässt man nicht gleich die einzelnen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungsplätze das erledigen und nicht dass die 11.000 Anträge gestellt werden? Dafür sind wir. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie halten zwar Sonntagsreden in Bezug auf Entbürokratisierung, *(Abg. Walter Temmel: Genau!)* aber was dann tatsächlich herauskommt, *(Abg. Doris Prohaska: Die Gemeinden müssten jemanden einstellen, der das dann macht.)* ist leider nicht der Fall.

Und eines muss ich schon sagen, Herr Klubobmann Géza Molnár. Wenn Sie das auch sehr sachlich diskutiert und kommentiert haben, aber letztendlich geht es um jede einzelne Familie und Sie stellen sich gegen die Familien, *(Abg. Géza Molnár: Geh bitte!)* wenn es darum geht, dass es zu einer Indexanpassung kommt. *(Abg. Doris Prohaska: So ein Blödsinn. – Beifall bei der ÖVP)*

Ja, und deshalb im Sinne der vieldiskutierten und angekündigten *(Abg. Ingrid Salamon: Wenn der Kindergarten kostenlos ist, dann ist die Erhöhung von drei gleich null.)* Verwaltungsvereinfachung und Unterstützung der Eltern scheint es natürlich auch sinnvoll, dass diese Förderung direkt vom Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen erfolgen soll.

Ein weiteres Problem wurde schon angesprochen, wir sind nach wie vor und wir bleiben auch da drauf, seit 2009, das muss man sich einmal vorstellen, hat es keine Indexanpassung gegeben. *(Abg. Manfred Kölly: Da wart Ihr auch in der Regierung. – Abg. Edith Sack: Es fällt Ihnen erst jetzt auf. Außerdem bringt es nichts.)* Laut Verbraucherpreisindex 2009 bis 2017 wäre eine Indexierung von 16,1 Prozent fällig. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir fordern daher folgende Abänderungen des Gesetzesentwurfs:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kinderbetreuungsförderung mit sofortiger Wirkung auf 16 Prozent zu erhöhen, ab 2019 dann eine jährliche Indexanpassung vorzunehmen und die Kinderbetreuungsförderungen direkt über den Träger der Kindergärten abzuwickeln.

Wir stellen daher einen Abänderungsantrag des Gesetzes, der laut Geschäftsordnung des Landtages vorgelesen werden muss.

Der Landtag hat beschlossen:

Das Bgld. Familienförderungsgesetz, LGBl. Nr. 20/1992, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 38/2015, wird wie folgt geändert:
1. In § 6 wird das Zitat „BGBl.I Nr. 3/2006“ *durch das Zitat* „BGBl. I Nr. 156/2017“ *ersetzt.*
2. In § 8d Abs. 1 Z 1 wird das Wort „Kinderbetreuungseinrichtungen“ *durch die Wortfolge* „eine österreichische Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung“ *ersetzt.*
3. § 8d Abs. 2 lautet:
„(2) Die Kinderbetreuungsförderung beläuft sich auf die Höhe jenes Tarifs, der jeweils zu Beginn des Arbeitsjahres im Sinne des § 16 Abs. 1 des Burgenländischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes 2009, LGBl. Nr. 4, vom Rechtsträger der Kinderbetreuungseinrichtung für den Besuch der Kinderbetreuungseinrichtung festgesetzt

ist (Elternbeitrag), höchstens jedoch auf den sich aus der folgenden Staffelung ergebenden Betrag:

Besuchsdauer in Wochenstunden	Förderungsbetrag pro Monat
bis 30	35 Euro
30 bis 40	46 Euro
über 40	52 Euro

Diese Beträge sind beginnend mit dem 1. Jänner 2019 automatisch jährlich entsprechend dem durch die Statistik Austria veröffentlichten Verbraucherpreisindex (VPI) anzupassen."

4. § 8d Abs. 4 lautet:

„(4) Die Förderungsbeträge gemäß Abs. 2 können für jeden Monat, für den das Kind in einer Kinderbetreuungseinrichtung im Sinne des Abs. 1 angemeldet ist und für den ein Elternbeitrag zu leisten ist, jedoch maximal für 11 Monate pro Arbeitsjahr im Sinne des Abs. 2 gewährt werden. Der Elternbeitrag ist um den gewährten Förderungsbetrag zu kürzen."

5. § 8d Abs. 5 lautet:

„(5) Die Kinderbetreuungsförderung kann nur für das jeweils laufende Arbeitsjahr im Sinne des Abs. 2 beantragt werden. Abweichend von § 11 Abs. 1 erfolgt die Antragstellung an das Amt der Landesregierung im Wege des Rechtsträgers der Kinderbetreuungseinrichtung. Der Rechtsträger hat die Förderansuchen inkl. Bestätigung über die korrekte Anmeldung gesammelt an das Amt der Landesregierung zu übermitteln"

6. § 8d Abs. 6 lautet:

„Die Kinderbetreuungsförderung wird in zwei Teilbeträgen pro Arbeitsjahr im Sinne des Abs. 2 - jeweils für die Zeiträume September bis Jänner sowie Februar bis August - ausbezahlt. Abweichend von § 5 Abs. 3 erfolgt die Anweisung der Förderung direkt an die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung, bei der das Kind angemeldet ist.

7. In § 9 Abs. 1 wird das Zitat „BGBl. I Nr. 134/2006" *durch das Zitat* „BGBl. I Nr. 4/2018" *ersetzt.*

8. In § 11 Abs. 1 und § 17 Abs. 3 wird das Zitat „BGBl. I Nr. 10/2004" *jeweils durch das Zitat* „BGBl. I Nr. 161/2013" *ersetzt.*

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Michaela Resetar übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Das Burgenland ist ja seit langem schon das Familienland Nummer eins, so sind wir auch positioniert. Es gibt ein breites Förderpaket und wir greifen den burgenländischen Familien in vielen Bereichen des Alltags unter die Arme.

Wir sind Vorreiter bei der Bildung, wir sind Spitzenreiter betreffend Kinderbetreuungsquoten und bieten umfassende Familienförderungen.

Unser Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist uns bereits gelungen, sehr gut gelungen. Das haben wir gemeinsam mit den Gemeinden geschafft und dafür gebührt mein Dank und meine Anerkennung allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Kinderbetreuung und Familienförderung stehen heute im Fokus unserer Landtagssitzung. Es wird heute das Burgenländische Familienförderungsgesetz novelliert, um die Kinderbetreuungsförderung noch flexibler zu machen.

Mit der Gesetzesnovelle sollen die Antragsfristen verlängert werden, damit noch mehr Familien in den Genuss dieser Kinderbetreuungsförderung kommen können. Mit dem nächsten Kindergartenjahr soll die Antragsstellung für die Kinderbetreuungsförderung auch online möglich gemacht werden.

Uns ist es wichtig, die Eltern tatsächlich zu unterstützen, ihnen zu helfen, wo Hilfe benötigt wird und nicht wie die ÖVP, die zum einen gegen familienpolitische Maßnahmen im Budget stimmen und zum anderen hier Alibiforderung einbringen.

Der Kollege Géza hat es eigentlich sehr gut ausgedrückt. Die ÖVP stimmt dem Budget nicht zu, trägt keine Verantwortung. Sie fordern, fordern, fordern.

Mich wundert es aber jetzt, denn den Gratiskindergarten gibt es ja bereits seit 2009 und soweit ich mich erinnern kann, war 2009 die ÖVP noch in der Regierung. Damals wurde nichts getan, da hat es keine Indexanpassung gegeben. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Nein, ich kann mich nicht erinnern. Und warum gerade jetzt? Das ist meine Frage. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Werdet dagegen gewesen sein.)*

Die andere ist, wenn die ÖVP jetzt Familienförderungerhöhung verlangt, dann für die Gemeinden und nicht für die Eltern wie Sie es hier darstellen. Denn nichts kann man eigentlich nicht erhöhen. Der Kindergarten für die Eltern ist gratis. Das bringt den Eltern gar nichts und von nichts kommt nichts. Also ich verstehe jetzt diese Forderung nicht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Leider verstehen Sie es nicht.)* die Sie hier stellen. Tut mir leid.

Wir alle wissen ja, dass eine gut ausreichende Kinderbetreuung und Sie können da gar nicht mitreden, Herr Steiner, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bitte?)* weil, wir haben ja vorhin gehört, Sie predigen Wasser und trinken eigentlich Wein und das finde ich sehr enttäuschend und traurig. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ein Plus von sechs Prozent. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das Ergebnis nicht.)*

Allein die Kinderbetreuungsförderung für Eltern durch das Land Burgenland macht im Jahr 4,3 Millionen Euro aus. Insgesamt investiert das Land jährlich fast 35 Millionen Euro in eine leistbare Kinderbildung- und -betreuung inklusive Personalkostenförderung, Unterstützung von Bauvorhaben der Gemeinden.

Eine optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist im Burgenland kein Lippenbekenntnis. Daher haben wir mit 97,7 Prozent auch die höchste Betreuungsquote bei den Kindern von drei bis fünf Jahren und liegen hier im Spitzenfeld, und bei den 3-Jährigen liegen wird an zweiter Stelle hinter Wien.

Kein anderes Bundesland - und das richte ich auch an die Damen und Herren der ÖVP - nimmt dafür in Relation zur Einwohnerzahl so viel Geld in die Hand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Drittel unseres Gesamtbudgets werden in familienfördernde Maßnahmen investiert, von denen jede Bürgerin und jeder Bürger profitiert. Insgesamt gibt das Burgenland für Familien, für Kinderbetreuung, für Wohnbauförderung, für Soziales und Gesundheit über 800 Millionen Euro aus. Das sollten Sie sich an die Stirn schreiben! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Heute hat ja die Frau Landtagsabgeordnete Resetar auch erkannt, dass das Burgenland nicht alles alleine stemmen kann. Das war zwar bei der Gesundheitsdebatte, aber sie hat es erkannt.

Das stimmt, wir können nicht alles alleine stemmen. Wir brauchen die Bundesregierung. Wir brauchen die Bundesregierung zum Beispiel bei der Mitfinanzierung der Kinderbetreuung. Hier will sich der Bund nämlich schon wieder aus der Verantwortung stehlen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat das gesagt? Wo ist das gesagt worden? - Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer sagt das? - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Entschuldige, der Géza Molnár hat ja selber gerade darauf hingewiesen. Gerade haben Sie ihn gefragt.)* Gibt es Gespräche, gehen die 15a-Vereinbarungen weiter?

Meines Wissensstandes nach, geht sie nicht weiter. Es hat keine Gespräche gegeben *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* und alles hängt eigentlich in der Luft. Das ist mein Wissensstand. *(Abg. Markus Ulram: Der Koalitionspartner hat es ja vorhin selber gesagt. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Gibt es ja Gespräche. – Abg. Ingrid Salamon: Ihr braucht ja nicht nervös werden. – Abg. Markus Ulram: Der Klubobmann Géza hat es gesagt.)* Dann bitten wir Euch und ersuchen Euch, uns zu informieren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt glaubst Du ihm nicht.)* Nein, es gibt keine Gespräche. Also ich weiß nichts. Gézar, hast Du das gesagt? *(Abg. Ingrid Salamon: Es kann sich jeder zu Wort melden. Lasst sie weiterreden!)* Ja, er kann ja noch einmal sprechen.

Dieses Geld läuft. Also die erste Vereinbarung läuft mit Ende August aus und zwei laufen Ende des Jahres aus. Das ist unser letzter Stand, und ich habe keinen anderen bekommen. Es gibt noch keine Gespräche zu Verlängerungen.

Das Ende dieser 15a-Vereinbarung würde dem Burgenland sehr viel Geld kosten, nämlich 4,5 Millionen Euro pro Jahr. Das ist ungefähr so viel, so viel kostet uns im Jahr der Gratiskindergarten. *(Abg. Manfred Kölly: Es gibt keinen Gratiskindergarten.)* Die Kinderbetreuungsförderung, die die Familienförderung dazuzahlt.

Und natürlich würde das ein großes Finanzierungsloch in unser Landesbudget reißen, nicht nur das, es werden die Gemeinden als Kindergartenerhalter vor großen Problemen stehen.

Daher ist es meine Meinung, es muss ganz rasch zu Verhandlungen kommen. Denn es dürfen nicht bei Kindern, bei den Eltern der Sparstift angesetzt werden.

Ich appelliere nun an Sie, Herr Abgeordneter Steiner. Sie haben sich erst kürzlich, da habe ich echt lachen müssen, als ich das gelesen habe, als Schrittmacher der Landesregierung bezeichnet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So ist es! Sie haben Recht.)* Das ist natürlich eine Selbstüberschätzung par excellence, darüber brauchen wir gar nicht diskutieren.

Ich kann Ihnen nur sagen, unsere Regierung funktioniert sehr gut, hier gibt es keine Blockierer, hier gibt es keine Schmähführer, hier wird für unser Land gearbeitet und hier wird für die Menschen unseres Landes gearbeitet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Krankjammern und Schlechtreden ist eigentlich Ihre Aufgabe in diesem Land, aber das schon seit zig Jahren. Daten und Fakten nicht anzuerkennen, das ist Ihr Stil. Sie sind der Rückschrittmacher des Burgenlandes und das können Sie sich auch an Ihren Hut heften. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Lieber Herr Kollege Steiner, wenn Sie sich tatsächlich sinnvoll einbringen möchten, dann schlage ich Ihnen vor, lenken Sie Ihre Schritte Richtung Wien und hauen Sie dort ordentlich auf den Putz. Reden Sie mit Ihren Kolleginnen, mit Ihren Kollegen! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gerade habt Ihr Euch aufgeregt, dass der Faßmann gerade erst da war.)* Ich gebe Ihnen auf Ihre Reise einen großen Rucksack mit, mit vielen Forderungen.

Setzen Sie sich bei Ihrer Familienministerin, setzen Sie sich bei Ihren Kolleginnen und Kollegen ein, für unser Land, für unsere Gemeinden und für die Menschen unseres Landes! Darum bitte ich Sie. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute steht wiedermal die „BVZ“ vielleicht ein bisschen im Mittelpunkt. Géza Molnár hat es vorhin angesprochen. Also vor wenigen Jahren war der Kindergarten in Eisenstadt noch gratis, damals groß angekündigt. Frau Resetar, nicht nervös heute sein, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wo sieht man das?)* weil Sie sind nicht heute da dabei. Sondern damals Andrea Fraunschiel, wir wissen es, die Vor-Vorgängerin von Dir. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Vorgängerin.)* Nein, 14 Tage war ich auch Bürgermeister, nicht vergessen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach ja, Du warst das. Jessas Maria. – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Auch einmal Bürgermeister. – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Und jetzt kommen wir zum Interessanten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo ist jetzt die Selbstüberschätzung von vorhin, Frau Kollegin Sack? Das ist dann aber auch Selbstüberschätzung. Hast Du nicht aufgepasst. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Minus sieben Prozent haben Sie gemacht.)* Was hat die Bürgermeisterin damals gesagt - unter Herrn Parteiobmann Thomas Steiner? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Minus sieben Prozent!)* Frau Abgeordnete Resetar, Sie gefallen mit am besten. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Danke!)*

Okay, der Thomas Steiner ist Bürgermeister, ich bin Vize-Bürgermeister *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zweiter! Zweiter!)* und Sie sind aber nicht mehr Landesrätin, Sie sind nur mehr Abgeordnete. *(Heiterkeit bei der Abgeordneten Mag. Michaela Resetar – Abg. Mag. Thomas Steiner: Was heißt „nur mehr“? Was heißt das bitte?)* Vielleicht habe ich das auch einmal registriert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Ingrid Salamon: Jetzt wissen alle, was sie sind. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Und Sie? Sie sind genauso Abgeordneter. – Abg. Robert Hergovich: Was für eine Aufregung.)*

Meine Damen und Herren! Jetzt kommen wir eigentlich zum Thema. Was hat die Bürgermeisterin und was hat der damalige ÖVP-Obmann Steiner gesagt: „Nachdem sich nun das Land gemeinsam mit den Gemeindevertretern auf eine zusätzliche Förderung für die Eltern geeinigt hat, geht die Stadt Eisenstadt einen Schritt weiter und wird die Tarife für die Kindergärten so gestalten, dass die Eltern für die Betreuung ihrer Kinder keine Aufwendungen mehr haben, sodass der Gratiskindergarten in Eisenstadt auch tatsächlich umgesetzt wird.“ *(Abg. Mag. Thomas Steiner: War ja auch so.)* Also 2009. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was war jetzt falsch?)*

„Für Kinderkrippen gilt diegleiche Regelung, lediglich Aufwendungen wie Windeln, Essen, Salben müssen bezahlt werden. Das bedeute für die Stadt zusätzliche Kosten, rund 45.000 Euro entgehen so der Gemeindekassa. Zusätzlich werden Personalkosten durch die wachsende Zahl der Kinder entstehen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Habt Ihr eine Gemeinderatssitzung auch?)* Für mich und meine Fraktion ist die Sache daher klar. Wir wollen das Beste für unsere Kinder und Familien.“ Und jetzt ein interessanter Satz und den sollten Sie sich schon aufschreiben: *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich oder wer? – Abg. Mag. Michaela Resetar: Können wir eh im Protokoll nachlesen. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Michi oder ich?)* „Außerdem wird in Hinblick auf familien- und

bildungspolitische Aspekte damit größtmögliche Chancengleichheit beim Zugang zur vorschulischen Bildung geschaffen."

Also Sie haben es damals, also Ihre Vorgängerin, die Frau Bürgermeisterin Fraunschiel hat es erkannt. *(Abg. Edith Sack: Die war gut, die Fraunschiel.)* Ich habe mir schon gedacht, sozialdemokratische Züge in Eisenstadt, Kindergarten wird gratis. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wird noch ein paar hundert Jahre dauern, bis sozialdemokratische Züge.)* Abwarten!

Und dann einige Jahre später, es waren 2,5 bis drei Jahre später, Gemeinderatssitzung in Eisenstadt. Der Beschlussantrag vom 1. 7. 2013 und auch hier ist im „Kurier" ganz groß gestanden: „Wir belasten die Familien mit Kindern in Eisenstadt um 100.000 Euro mehr im Jahr."

Thomas, es tut mir leid, aber ich muss es heute sagen, Du hast praktisch in den letzten Jahren um 100 Prozent die Kindergartengebühren erhöht und heute haben wir bei diesem Antrag, wo es um 16 Prozent mehr Leistungen geben soll, dass statt 45 Euro halt so 50 Euro sollen wir bezahlen pro Kindergartenkind und das wurde in Eisenstadt um 100 Prozent erhöht.

Und dass es nicht heißt, nur die Bürgermeisterin war dabei, Du weißt es, Du kennst dieses Foto noch von der „BVZ", *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das kenne ich.)* damals zustimmend und da muss man schon ganz ehrlich sein, man kann nicht wie die Abgeordnete Sack gesagt hat, Wein predigen und dann nicht Wein trinken, genauso ist es. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wasser trinken.)* Also Du hast das völlig verkehrt gemacht in Deiner Landeshauptstadt, in der Freistadt Eisenstadt, und sagst, im Land sollen wir das ganz anders machen.

Also in diesem Sinne wünsche ich mir, dass die ÖVP nochmal in sich geht und vielleicht unseren Beschlussantrag heute mitträgt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Steiner das Wort. Er wird jetzt wahrscheinlich nicht in sich gehen, aber zu uns sprechen. Bitte.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident, herzlichen Dank für das Wort. Meine geschätzten Damen und Herren! Wir haben vor einigen Landtagssitzungen, irgendwann einmal, unter uns Eisenstädtern so zumindest „committed", dass wir die Gemeinderatssitzungen und Stadtratssitzungen in Eisenstadt nicht in den Landtag verlegen. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier und bei der ÖVP)*

Leider, immer wenn die Not groß ist, dann passiert das halt, weil man glaubt, man kann da jetzt sagen, ich schau, wie schlimm es in Eisenstadt zugeht und wie schlecht es ist.

Jetzt möchte ich das natürlich nur fürs Protokoll auch richtigstellen. Der erste Punkt ist, wir haben vor wenigen Tagen die Kindergarten- und Kinderkrippentarife beschlossen, übrigens einstimmig im Gemeinderat, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so? Da schau her. – Abg. Walter Temmel: Einstimmig! Da sage ich nichts mehr.)* also mit den Stimmen vom Kollegen Molnár, mit den Stimmen vom Kollegen Kovacs und allen anderen Mitgliedern des Gemeinderates, weil diese Mitglieder des Gemeinderates in Eisenstadt eine sehr hohe Verantwortung haben.

Jetzt sage ich Ihnen, die Stadt Eisenstadt gibt für die Kinderbetreuung in Summe ungefähr 3,5 bis 3,6 Millionen Euro im Jahr aus. Der Elternbeitrag beträgt 144.000 Euro in

Summe im Jahr, also ein relativ geringer Protzentsatz. Ich erkläre Ihnen auch, warum wir diese Beiträge eingeführt haben.

Wir haben nämlich nicht nur die Beiträge eingeführt, sondern wir haben auch ein Fördersystem, ein eigenes, eingeführt, wo wir jenen, die es wirklich notwendig haben und die es brauchen, auch einen Gratiskindergarten ermöglichen.

Jetzt verstehe ich den Kollegen Molnár nicht, ich weiß jetzt nicht, ob gerade ein Kind von Ihnen im Kindergarten ist oder nicht, aber es war sicher eines. *(Abg. Géza Molnár: Fünf Minuten noch.)* Warum der Kollege Molnár und warum der Kollege Kovacs so dagegen sind, dass wirklich reiche Menschen, Menschen, die ein hohes Einkommen haben, so wie wir zwei oder wir drei, warum die nicht einen kleinen Beitrag zahlen sollten. Ich meine, der Kollege Molnár verdient - weiß nicht - ungefähr 11.000 Euro, hat ein Kind im Kindergarten oder zu mindestens gehabt. Und warum soll der nicht im Monat 40 Euro zahlen können - im Sinne der Solidarität mit allen anderen.

Jetzt erkläre ich Ihnen noch etwas, weil Sie immer auf Eisenstadt losgehen, es ist immer ein Eisenstadt-Bashing da, weil Sie sagen, wie arg das ist, dass die Stadt Eisenstadt hier wirklich sozialverträgliche und vor allem gerechte Kindergartenbeiträge einhebt. Sie brauchen nicht weit gehen, Trausdorf, eine Paradegemeinde der Sozialdemokraten. Wissen Sie, wie hoch dort, Kollege Hergovich, Sie wissen, wie hoch die Kindergartenbeiträge sind. Ich sage es Ihnen genau: 104,26 Euro pro Monat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da schau her.)* In Eisenstadt betragen sie 97,5 pro Monat, davon kommen dann noch die Landesförderungen weg. *(Abg. Robert Hergovich: Aber die Leistungen musst Du auch erwähnen.)* Unsere Leistungen sind sicher besser als Eure. Trausdorf ist deutlich teurer, ein sozialdemokratisches Paradedorf.

Eisenstadt - mit hoher sozialer Verantwortung, das meine ich ernsthaft. Mir geht es wirklich schon auf die Nerven, dass Ihr immer herkommt und Eisenstadt schlechtredet, *(Abg. Robert Hergovich: Und Du Trausdorf*) obwohl Ihr genau wisst, wie gut es in Eisenstadt funktioniert, *(Abg. Doris Prohaska: Großpetersdorf ist gratis.)* wie zufrieden die Menschen mit der Kinderbetreuung in Eisenstadt sind.

Daher würde ich Euch ersuchen, man kann ja diskutieren, man kann gegen alles sein oder für alles sein. Aber nicht irgendwelche komischen Vergleiche heranziehen, die einfach nicht stimmen, zumal Ihr beide diesen Tarifen zugestimmt habt.

Also ehrlicherweise, Ihr solltet schon auch hier im Landtag diese Ehrlichkeit an den Tag legen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ein bisschen jetzt zur Sache, um die es geht. Es geht hier bei dem Tagesordnungspunkt und bei dem ersten Antrag zur Änderung des Burgenländischen Familienförderungsgesetzes und dann auch beim Abänderungsantrag der ÖVP um die Finanzierung der Kinderbetreuung in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen.

Wir bewegen uns - und das finde ich jetzt wirklich spannend in dieser Diskussion auch - an einer wirklich klaren politischen Entscheidungslinie, nämlich die Frage: Wer ist zuständig dafür, dass Kinder, die noch nicht in die Schule gehen, in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen betreut werden?

Ist das jetzt Aufgabe der öffentlichen Hand, also soll sie das auch finanzieren oder ist es Aufgabe von Eltern, einen Betreuungsplatz für ihre Kinder zu finden und dafür werden Sie auch individuell gefördert?

Wir haben also hier die Diskussion zwischen kommunaler Förderung, also Förderungen von Kommunen, damit Sie Ihren Eltern, Ihren Familien das zur Verfügung stellen können. Oder Individualförderungen von Eltern, wir haben hier jetzt eine Kombination von beidem. Ich persönlich und auch sozusagen meine Kolleginnen und Kollegen quer durchs Land bei den GRÜNEN sehen es als Aufgabe der öffentlichen Hand, Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Insofern ist eigentlich das, was die ÖVP in ihrem Abänderungsantrag vorschlägt, in die Richtung eher noch sozialdemokratisch auch weil es darauf abzielt, dass die öffentliche Hand die Finanzierung für die Kinderbetreuung übernimmt. Das ist ja das Lustige an dieser Diskussion. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber nachdem eh nur mehr ein Sozialdemokrat hier herinnen sitzt – nämlich der Kollege Steier –, ist es wurscht.)*

So, gut. Das finde ich das Pikante, das wir sozusagen um die Sache diskutieren, der Vorschlag ja eigentlich in eine Richtung geht, in der Ausführung, nicht in der Motivation, aber in der Ausführung, die darauf abzielt, mehr Geld direkt von der öffentlichen Hand in die Kinderbildung- und -betreuungseinrichtungen hineinzustecken, damit die Eltern selber hier einen kostenlosen Zugang zu einer qualitätsvollen Kinderbildung und -betreuung. Das ist einmal die Sache, wo hin und her diskutiert wird, leider oft überschattet von irgendwelchem parteipolitischen Hick-Hack.

Ich möchte feststellen, ja, der Betreuungsgrad und der Deckungsgrad an Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen im Burgenland sind gut. Wir haben hier wirklich einen sehr hohen Prozentsatz an Kindern, die in Betreuungseinrichtungen gehen können.

Die Rahmenbedingungen könnten da und dort sicher noch verbessert werden, wenn es um das Betreuungsverhältnis geht, die Gruppengrößen, da ist noch Luft nach oben, wenn es um die fachliche Begleitung von PädagogInnen geht. Das ist natürlich auch immer eine Frage der finanziellen Möglichkeiten, aber auch der Entscheidung, wofür gebe ich Geld aus und wofür nicht.

Auch im Kindergarten kann es noch eine Entbürokratisierung geben. PädagogInnen müssen unheimlich viele Formulare ausfüllen. Was LeiterInnen oft, wie auch in anderen pädagogischen Einrichtungen übrigens, hier an Arbeitsstunden für Bürokratie aufwenden, da könnten wir schon noch etwas machen.

Der Abänderungsantrag der ÖVP, der leider erst während der Sitzung zugegangen ist, und ich musste jetzt in Windeseile all diese kleinen Zahlen durchrechnen und mir anschauen. Aber Grundsätzlich hält der Abänderungsantrag der ÖVP daran fest, dass die Kinderbetreuung über die Individualförderung der Eltern vor allem unterstützt wird. Nur der Unterschied ist jetzt der, im Abänderungsantrag ist festgehalten, dass das nicht direkt an die Eltern ausgezahlt wird, sondern dass die Förderung an die Eltern über die Kinderbetreuungseinrichtung ausgezahlt wird.

Das heißt, die Eltern haben nicht mehr direkt Kontakt mit der Landesregierung oder in dem Fall zur Landesrätin, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Keinen Aufwand.)* sondern die Kinderbetreuungseinrichtung meldet, diese Kinder sind bei uns im Kindergarten, für die wird die Förderung an die Betreuungseinrichtung überwiesen und von der bekommen es dann wieder die Eltern. Habe ich das richtig verstanden? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau.)*

Was also dann bei diesem Vorschlag in Zukunft nicht mehr der Fall sein wird, ist, dass Eltern das Gefühl haben, Sie müssten jetzt der Landesrätin persönlich dankbar sein, weil diese Ihnen Ihre Förderung zurückgibt. Vielleicht ist es auch darauf abgezielt, darüber kann man spekulieren.

Das heißt**,** grundsätzlich können wir seitens der grünen Fraktion beidem zustimmen. Der Abänderungsantrag der ÖVP geht unserer Meinung nach einen sehr richtigen Schritt.

Vielleicht hätten wir uns sogar noch darauf einigen können, wenn man vorher schon mit allen Parteien darüber geredet hätte. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben wir eh.)* Also wir haben es erst jetzt erfahren. Aber es geht grundsätzlich einen guten Schritt.

Er geht noch nicht so weit, wie wir es gerne hätten, nämlich dass Kinderbetreuungseinrichtungen tatsächlich von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden als staatliche Aufgabe. Auch da sehe ich den Bund sehr stark in die Pflicht genommen. Da stimme ich auch meiner Kollegin von der SPÖ zu.

Das heißt, es braucht sehr wohl eine Erhöhung von Förderung, die aber dann in die Qualität gesteckt wird. Insofern können wir dem Abänderungsantrag zustimmen.

Nun wird aber es wohl so sein, dass der Abänderungsantrag hier in diesem Hohen Haus nicht angenommen wird, weil gegen die Mehrheit der Stimmen der Regierungsfraktionen. Also werden wir nachher auch den ursprünglichen Antrag zur Abstimmung haben. Und auch da kann man sagen, ja, das ist schon in Ordnung, dass das dann so ist. Auch wenn es nicht so weit geht, wie es vielleicht gehen könnte.

Ich hoffe, ich habe ein bisschen zur Klarheit beigetragen. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat):* Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hätte nicht sein sollen, dass ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt melde. Wir haben dieses Thema schon langatmig diskutiert und es sind eigentlich in der Antragstellung auch keine Neuerungen enthalten.

Unabhängig davon, dass eine Indexierung in der sogenannten Familienförderung durchaus angebracht ist, weil sich ja inzwischen in vielen Bereichen - unter anderem Wasserleitungsverband - eingebürgert hat, dass sich die Politik vor Entscheidungen verabschiedet und im Endeffekt durch eine Regelung, die jährlich in Kraft tritt, eine Erhöhung der Beiträge für den Bürger, für die Bürgerin, setzt.

Und umgekehrt, daher wäre es mehr als angebracht, dass nach Jahren, wenn nicht schon einem Jahrzehnt, die Steigerung in Richtung Indexierung hier angebracht wäre, nämlich dass der Betrag evaluiert und dementsprechend angepasst wird. Das glaube ich, steht außer Frage.

Wenn man nicht die Diskussion in diese Richtung führt, dass es heißt, wir müssen vieles berücksichtigen, manches was leistbar ist, quasi auch ins Spiel bringen, dann würde man als Erstes wahrscheinlich von den Regierungsparteien diese Gnade der Familie entgegenbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber was jetzt im Laufe der Diskussion sich dargestellt hat an Argumenten, möchte ich einigermaßen geraderücken.

Wir erleben zum Beispiel gerade in Vorarlberg - und seitens der FPÖ ist es eine Forderung, die sich von Salzburg auf Vorarlberg inzwischen durchgerungen hat -, wir erleben gerade in Vorarlberg, dass eine Gemeinde den Familienangehörigen, die zum Beispiel das Kind nicht in den Kindergarten schicken, den sogenannten Familienförderungsbetrag direkt ausbezahlt.

Das heißt, die Gemeinde entledigt sich der Verantwortung, die vorher hoch gelobt wurde, dass nämlich kommunale, landeseigene, bundeseigene Dienstleistungen im Sinne der Kinderbetreuung erbracht wird, entledigt sich die Gemeinde, dass sie der Familie eine Direktförderung ausbezahlt.

In dem Zusammenhang erinnere ich auch daran, dass es in Oberösterreich, weil es jetzt um die Höhe der Beiträge gegangen ist, oder überhaupt um das kostenfreie Kindergarten- beziehungsweise Schulegehen, erinnere ich daran, dass die ÖVP-FPÖ-Koalition in Oberösterreich zum Beispiel die Nachmittagsbetreuung von einer sogenannten freien Konstellation zu einer Gebührenkonstellation erhoben hat.

Das heißt, man hat einen Betrag eingeführt, der die Nachmittagsbetreuung jetzt für die Eltern im Grunde genommen nicht nur verteuert, sondern plötzlich auf ein Niveau hebt, dass sich viele Eltern in der Rebellion nicht leisten können, nicht leisten wollen und vieles als solches nicht festgehalten wissen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade was Familienförderung anlangt, ist ja die türkis-blaue Bundesregierung angetreten und hat uns jetzt den sogenannten Familienbonus beschert, der im Endeffekt mit 01.01.2019 in Kraft treten wird.

In der Vorausschau und in der sogenannten öffentlichen Verteilung ist das Ganze schon als eine Leistung, die möglicherweise die meisten Österreicherinnen und Österreicher jetzt schon erwarten, eingemahnt worden. Tatsache ist, dass dieser Familienbonus eine sehr abgestufte Leistung darstellt.

Wir werden heute noch Gelegenheit haben bei mehreren Tagesordnungspunkten darauf zurückzukommen, wo diejenigen, die jetzt keine Steuern und keine Lohnsummensteuern zahlen, auch nicht in den sogenannten Genuss des Familienbonus 1.500 Euro pro Kind kommen.

Das heißt, wir haben hier eine abgestufte Darstellung, die eine Regierung, eine Bundesregierung, der Bevölkerung jetzt ansetzt und auf der anderen Seite, es wird auch jetzt dann in der Diskussion um die Mindestsicherung kommen.

Tatsache ist, dass es eine klare politische Entscheidung seitens dieser Bundesregierung gibt, nämlich die sogenannten Arbeitseinkommen, versus den sogenannten Transfereinkommen zu differenzieren. Transfereinkommen, die im Endeffekt staatlich zugeschossene Mittel bedeuten. Auf der anderen Seite die Selbstbestimmung des Einzelnen, der sich quasi über seine Arbeit definiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn das zum Durchbruch kommen soll, dann würde ich Ihnen eines empfehlen, jetzt schon in der Diskussion, dann sollten Sie Sorge tragen, dass das Arbeitseinkommen der Einzelnen oder des Einzelnen auch die Leistbarkeit des sogenannten Haushaltes und der Familie und aller Lebenshaltungskosten auch integriert.

Weil wir sind eines, neben Deutschland, der Länder, die im Endeffekt über Jahre es jetzt schon nicht zu Wege gebracht haben, die Arbeitseinkommen zu steigern, sondern sie

sind durch die Inflation und anderes aufgefressen worden und haben den Standard wie vor sechs, sieben Jahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Kindergarten kommend, einige Feststellungen, die jetzt auch in der Diskussion, meiner Ansicht nach, an falschen Punkten festgemacht worden sind.

Die Frau Kollegin Petrik hat richtig gesagt, man kann kommunale, landeseigene Förderung und Kinderbetreuung versus einer Familien- und Individualbetreuung gegenüberstellen.

Tatsache ist, dass der Kindergarten eine im Burgenland, und das ist sehr wichtig, weil es nämlich in neun Bundesländern unterschiedlichste Kinderbetreuungseinrichtungen beziehungsweise auch Zuständigkeiten gibt - man kann den Kindergarten betrachten als etwas, das sich gerade im Burgenland, und wir wissen, welche große Anzahl oder welche Durchdringung auf Kinder im Burgenland, auf Ein- bis Dreijährige, von drei bis sechs Jahren, stattgefunden hat über die letzten Jahre.

Daher ist das Burgenland hier Vorreiter. Wir rühmen uns auch dieses Umstandes, weil es in den letzten Jahren hier wirklich eine tolle Entwicklung gegeben hat.

Tatsache ist, dass der Kindergarten in den Gemeinden in der Regel eine marktbestimmte Einrichtung ist. Und jeder, der ein wenig steuerrechtliche Grundlagen kennt, weiß, dass diese Marktbestimmtheit das Handicap für jede direkte Finanzierung und Auszahlung von Seiten des Landes in der Förderung an den Kindergartenerhalter oder direkt an die Eltern über den Kindergarten war.

Das ist die Grundregel, sonst verlierst du die Steuerbefreitheit, die du dann eben nicht mehr einsetzen kannst. Das war immer Diktion. Und daher komme ich zu dem Schluss, der in dieser Diskussion wichtig wäre.

Wenn wir es schaffen wollen, Sie sollten, das können Sie überall nachlesen, das ist immer dasgleiche Problem, dass das ignoriert wird, weil es so ist, das ist eine steuerrechtliche Grundlage und *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na sicher.)* wir müssen uns aber Folgendes *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es geht nur um die Vorsteuer.)* überlegen:

Ich bin bei Euch in der Darstellung, wir sollten uns wirklich entrümpeln. Wir sollten die Strukturen verändern. Wir sollten gewisse Grundlagen schaffen, dass dieser Staat verschlankt wird.

Und hier wäre ein Ansatz, der wirklich positiv anzumerken wäre, wo es nicht dann die Diskussion gibt, wer fördert wen? Von wem kommt diese positive Nachricht, dass er jetzt 40 bis 45 Euro im Monat ersetzt bekommen hat?

Wo es nicht diese Eitelkeit gibt, ich brauche das im politischen Wirken und wie immer auch, sondern wenn es hier eine grundlegende Änderung, neben einer Anpassung der Unterstützung der Eltern geben soll, dann braucht es auch eine Strukturreform.

Dann braucht es einen Kindergarten, der nicht jetzt von der Gemeinde behandelt werden muss als rohes Ei. Ich bin zwar für das Personal zuständig, die pädagogische Leitung ist aber in Landeseigentum. Das Land zahlt die Hälfte der sogenannten Personalkosten für Kindergärtnerinnen und Kindergärtner. Ich habe hier eine bestimmte Voraussetzung im Regulativ, das ich einhalten muss.

Dann soll sich das Land den Kindergarten unter den Nagel reißen und soll den Kindergarten als Gesamtheit fördern. Dann sparen wir uns alle möglichen Diskussionen, die in den Dörfern stattfinden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht möglich.)* Dann

hätten wir eine Vereinheitlichung in der Struktur. Dann könnte das Land auch direkt umsetzen und ohne Einschränkungen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Das haben wir in verschiedenen Bundesländern. Ich verstehe aber, dass man solche Strukturen, die im Burgenland geschaffen worden sind, nicht leicht aufgeben möchte. Ich verstehe aber die Diskussion dann nicht, wenn es falsche Ansätze gibt, um irgendetwas ins politische Erkerlein in sein eigenes, unter das eigene Marterl zu stellen gibt.

Hier gilt es, grundsätzliche Reformen anzugehen, die nicht unter dem politischen Deckmantel dann stattfinden sollten und können, sondern hier gilt es, frei umzusetzen.

Denn eines steht fest, bei aller Diskussion um Familienförderung, es geht um das Wohl der Kinder. Und das sollte jedem von uns, und ist jeder Familie und ist jedem Burgenländer und jeder Burgenländerin das Wichtigste in der Voraussetzung der Zukunft der Kinder. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Anfang dachte ich, das haben wir schon x-mal durchgekaut, dieses Thema. Aber es ist immer wieder notwendig, es zu wiederholen, um aufmerksam zu machen, welche Möglichkeiten wir als Landtag schaffen können.

Strukturbereinigung hat der Kollege Steier gesagt - ja, sofort dort den Ansatz machen, das wäre ganz wichtig. Bürokratieabbau - verdammt wichtig. Wir erleben das tagtäglich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Gemeinde, welcher Anstrengungen es bedarf, hier mit den Pädagoginnen, mit den Pädagogen, mit den vielen Möglichkeiten.

Und außerdem in Deutschkreutz gibt es noch eine dritte Konstellation, dass das ein katholischer Kindergarten ist, dass hier sogar der Herr Pfarrer bestimmt, wen man einstellt oder wen man entlässt. Das ist ja das nächste Thema. Also es ist sehr vielfältig, dieses Thema zu diskutieren.

Ich kann vieles abgewinnen der ÖVP mit dem Abänderungsantrag, möchte aber Herr Géza Molnár eines klar sagen. Ja, er hat Recht, in der sachlichen Diskussion hat er Recht und er hat auch Recht in der finanziellen Situation.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade die FPÖ hat in der Vergangenheit immer gefordert, mehr Geld in die Hand zu nehmen und das umzusetzen, was auch wir gefordert haben in der Opposition.

Jetzt hat sich das gewendet. Jetzt sitzen sie in der Regierung und jetzt muss man aufpassen, dass man finanziell das alles im Gleichgewicht hält. Selbstverständlich, auch in der Gemeinde, überall soll es so sein.

Aber ich mache nur aufmerksam, dass viel Geld den Bach hinuntergeht, wo wir vielleicht doch das eine oder andere Geld eventuell besser angelegt hätten, wo wir eingespart hätten. Und hier dieses Thema nicht zu hochgradig zu diskutieren, weil die Kinderbetreuung und die Familienbetreuung im Burgenland ist sehr wichtig. Und es ist auch ein Vorzeigeprojekt, das muss ich auch ganz klar und deutlich sagen.

Jedoch kann es nicht so sein, dass die Regierung sagt, wir haben jetzt kein Geld mehr dafür. Wir müssen uns hier - und jetzt bin ich wieder bei dem - zusammensetzen und sagen, wo können wir einsparen, wo können wir für die Familien mehr tun?

Und außerdem familienfreundlichstes Land Österreichs - ja, aber an die Pendlerinnen und Pendler denkt niemand. Wir haben zwar die Einrichtungen geschaffen, weil wir 80.000 bis 90.000 Pendlerinnen und Pendler haben, die auspendeln müssen, die die Kinder in der Früh in den Kindergarten oder in die Kinderkrippe geben müssen.

Die um vier Uhr aufstehen müssen, um halb fünf Uhr mit dem Zug nach Wien fahren, um an ihre Arbeitsplätze zu kommen und dann erst um 19.00 Uhr, 19.30 Uhr nach Haus kommen. Da hat das Burgenland erkannt, dass es wichtig ist.

Aber hier muss man schon beide Seiten sehen, dass die Pendlerinnen und Pendler schlussendlich auch die Betroffenen sind und das Familienleben kein einfaches ist. Nicht nur im Burgenland, wahrscheinlich in der Steiermark und in anderen Bundesländern auch.

Daher noch einmal: Nicht wegwischen das Ganze und sagen, wir stimmen jetzt dem nicht zu, dem Antrag, sondern es hätte wirklich die ÖVP früher auch einladen können, zu diesem Antrag, auch die anderen Fraktionen einzuladen und zu diskutieren. Dazu stehe ich und da bin ich auch der Meinung, dann hätte man vielleicht doch das eine oder andere gemeinsam geschaffen.

Ich verstehe die Landesregierung, sie haben ein Budget von uns beschlossen bekommen. Und wenn der Landeshauptmann sagt, wenn ihr nicht mitgestimmt habt, habt ihr auch nichts mitzureden. Das stimmt auch nicht.

Wir sind gewählte Mandatare, die sehr wohl auch über die ganze Periode schauen müssen, damit das in Ordnung ist, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Und nicht nur.)* und nicht nur. Und das ist das Thema.

Daher glaube ich, dass man diesen Antrag jetzt, oder die Möglichkeit, die jetzt der Antrag bietet, noch einmal diskutieren sollte, bevor es wirklich zu einer Abstimmung kommt, wo man dann sagt, wir haben es wieder geschafft, dass wir keine Erhöhung brauchen. Ich verstehe das nicht mehr, das muss ich ehrlich sagen.

Ich sage eines, diskutieren wir diesen Antrag noch einmal. Ich weiß nicht, ob es die Möglichkeit gibt hier zu sagen, den Antrag bringt man neu ein, macht man das neu auf, die ganze Situation und diskutiert es ein paar Wochen lang oder zwei, drei Monate und macht dann wirklich Nägel mit Köpfen daraus. Weil es entscheidend ist, dass für unsern Nachwuchs, für unsere Kinder das Bestmögliche gemacht wird.

Ich will nur eines dazu sagen: Ich bin jetzt immerhin schon 20 Jahre im Hohen Haus und Frau Kollegin Resetar, ich kann mich genau erinnern, wie ich die ganz gleiche Situation vorgefunden habe und wir gefordert haben, bitte zahlt uns da etwas dazu zu den Kindergruppen-Einrichtungen und dergleichen mehr.

Wissen Sie, was Sie darauf geantwortet haben? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das es immer nur um das Geld geht.)* Es geht immer nur um das Geld, dafür haben wir nichts übrig. Jetzt bringen Sie, Sie sitzen auch noch in den Reihen da, und *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar.)* machen gerade das Gegenteil. Das tut mir so weh an der ganzen Situation.

Ich hätte kein Problem, Frau Kollegin Resetar, wenn Sie gesagt hätten, wir sind gescheiter geworden über Nacht, aber Sie hätten auch sagen können, damals habe ich nicht können, weil wir in einer Koalition waren, so wie es der Kurz jetzt immer sagt, Koalitionsvereinbarung - interessiert mich nicht.

So kann es aber nicht sein. Es muss eine Diskussion entstehen können, es muss eine Diskussion geführt werden, und es muss auch schlussendlich für unsere Bevölkerung das Beste herausgeholt werden.

Daher glaube ich, dass wir diesen Antrag nochmals diskutieren sollten, vielleicht das eine oder andere ändern müssen, das ist gar keine Diskussion, weil uns die Familie, weil uns unsere Kinder etwas wert sein müssen. Danke schön. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich darf es sehr kurz machen und völlig unaufgeregt. Kollege Steiner hat zuvor Trausdorf erwähnt, ich möchte dazu ganz kurz Stellung nehmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Positiv erwähnt.)*

Ja, es ist wahr, es sind 104 Euro. Sie vergleichen aber den Höchsttarif mit Ihren anderen Tarifen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, mit unserem Höchsttarif.)* Beispielsweise hätten Sie ja auch vergleichen können die Kosten der Kinderkrippe.

Da sind Sie, glaube ich, bei 230 Euro, wenn ich das richtig sehe *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Muss ich mir anschauen.)* und wir sind ungefähr um 30 Euro billiger, rund 30 Euro billiger. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dafür haben wir ein Fördersystem.)*

Also, wir hätten ja viel vergleichen können. Sie vergleichen aber ganz bewusst Äpfel mit Birnen, und das ist sehr schade, weil es den Kindern nicht hilft, den Familien nicht hilft *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe den Kindergartentarif verglichen.)* und keinem weiterhilft.

Ich weiß schon, Sie sagen immer, machen wir doch kein Eisenstadt-Bashing im Hohen Haus, ich verstehe das auch aus Ihrer Sicht und würde mich freuen, wenn Sie das auch auf Trausdorf *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe es lobend erwähnt.)* dann so genauso sehen. Ich sage Ihnen nämlich, wie es anders geht.

Wir hatten gestern am Abend eine Festgemeinderatsitzung in Trausdorf, mit einem Tagesordnungspunkt. Wir haben dort einen Altbürgermeister geehrt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sehr gut.)*

Es ist der ehemalige ÖVP-Bürgermeister Anton Barilich, der die Ehrenbürgerschaft erhalten hat, was von allen Fraktionen natürlich mitgetragen wurde, von der SPÖ vorgeschlagen wurde. Und gestern hat der Herr Altbürgermeister sich zu Wort gemeldet dort, und lobte, wie man in der Gemeinde zusammenarbeitet.

Das wäre ein gutes Beispiel, Herr Kollege Steiner, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das passiert bei uns auch.)* da könnten Sie den Herrn Bürgermeister außer Dienst Barilich anrufen und fragen, wie machen die das in Trausdorf?

Wie machen die das, dass die zusammenarbeiten, über *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Kollege Kovacs arbeitet ja zusammen mit dem Thomas Steiner.)* alle Fraktionen und Parteigrenzen hinweg und nicht versuchen, dauernd irgendwelches parteipolitisches Kleingeld zu wechseln. Das bringt kein Kind weiter, nützt nichts.

Ich glaube, wir sollten für die Leute arbeiten, dafür sind wir gewählt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren, die Sie uns sonst auch noch zuhören! Zunächst einmal freue ich mich darüber, dass wir heute sehr viele Beiträge, danke an alle, die sich hier gemeldet haben, geleistet haben zum Thema Familie. Letztendlich geht es aber nicht nur um Familie, es geht auch um Bildung, es geht um Chancen, es geht um Einkommen, es geht eigentlich um eine Lebensqualität im Burgenland.

Denn in diesem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz steht das Thema Bildung genau drinnen. Und Bildung ist uns allen wichtig und vor allem, und da spreche ich wahrscheinlich jedem Vater und jeder Mutter aus der Seele, wir alle wollen, dass unsere Kinder gute Chancen haben.

Wir wissen auch, dass gute Chancen im Leben mit Verdienst zusammenhängt, mit Einkommen zusammenhängt. Wir wollen alle, dass es unseren Kindern gut geht und dazu ist unabdingbar das Thema Bildung drinnen.

Daher sage ich Ihnen gleich am Anfang: Wenn Sie heute darüber diskutieren, wer denn wie, was auszahlt und wieviel? Ich bekenne mich als Familienlandesrätin ganz klar immer zur absoluten Parteilichkeit für die Familien und für die Kinder.

Die Gemeinden sind in der Autonomie für die Kindergärten und Kinderkrippen zuständig. Das wissen wir alle, das ist Gemeindeautonomie. Deswegen lege ich jetzt so lange schon Wert darauf, nämlich seit 2009 in der Kinderbetreuungsförderung und auch jetzt, dass wir das beste Land sind, in der Familienförderung und dass ich Wert darauf lege, die 45 und die 90 Euro an die Eltern selber, egal wie viel die Gemeinde verlangt, zurückzuzahlen.

Weil ich selber weiß, als Pädagogin aber genauso als Mutter, das war mir als Mutter, wie allen anderen Müttern im Burgenland auch wichtig, dass meine Kinder, egal vom Einkommen her, einen guten Kindergarten, eine gute Kinderbildung genießen.

Und daher noch einmal - ich stehe zu meiner absoluten Parteilichkeit für die Eltern und für die Kinder in diesem Land. Deswegen sind diese 4,3 Millionen Euro direkt an die Eltern ausbezahlt, genau das richtige Mittel, weil das so jeder Familie hilft. Zum Zweiten. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na klatschen!)* Zum Zweiten, wenn ich fortfahren darf, Frau Kollegin, *(Abg. Mag. Michaela Resetar. Das interessiert keinen, es klatscht keiner. – Unruhe bei der SPÖ)* ein ganz klarer Appell noch einmal zur Vergleichbarkeit der Bundesländer.

Ja, ich gebe jenen Kollegen des Landtages und Kolleginnen Recht, die gesagt haben, neun Bundesländer, neun verschiedene Systeme, in der Verantwortlichkeit, in der Autonomie der Kinderbetreuung, in der Auszahlung der Förderung, absolut.

Ich mache mir natürlich seit vielen Jahren die Arbeit und vergleiche die Bundesländer. Ich kann Ihnen das gerne - wenn wer Interesse hat, auch zur Verfügung stellen. Dieser Bundesländervergleich zeigt, dass eines sicher ist, auch wenn die Systeme anders funktionieren in jedem Bundesland.

Wir sind das einzige Bundesland, das drei Jahre Kindergarten und ein Jahr Kinderkrippe durchgehend an die Eltern, egal wie teuer der Kindergarten ist und egal wie teuer die Kinderkrippe ist, auszahlen.

Das heißt, bei uns ist Verlässlichkeit und wie gesagt, ich stelle Ihnen das gerne zur Verfügung, wir sind das Bundesland mit der Kontinuität, dass wir von der Kinderkrippe an

bis zum Eintritt in die Schule, dass wir als Regierung, dass ich als zuständige Familienlandesrätin hier auszahle.

Es gibt Wien, die zahlen im letzten Kindergartenjahr alles, und es gibt andere Bundesländer, die zahlen nur teilweise. Und wissen Sie, natürlich noch einmal, Gemeindeautonomie, Kinderbetreuung ist Gemeindeautonomie. Und die Gemeinden verlangen vieles, oder verlangen manchmal auch nur die 45 Euro, manche verlangen dreifach so viel, da hat es oft auch Gründe dafür.

Ich möchte mich daher sehr herzlich bei den Gemeinden bedanken, die diese Aufgabe immer wahrnehmen und die auch schauen, dass das gut organisiert ist. Letztendlich auch ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesen Bereichen arbeiten, die von der Gemeinde unterstützt werden, aber auch vom Land.

Und auch hier, ich glaube, die Frau Abgeordnete Sack hat das vorher gesagt, hier ganz klar angepasst an der Bevölkerungszahl, zahlt das Burgenland das meiste aus, auch allgemein. Weil natürlich es damit zu tun hat, wie hoch die Wohnbauförderung ist, und wir sind, Gott sei Dank, ein Zuzugsland.

Ich freue mich jedes Jahr über die Statistiken. Wenn wir ungefähr an die 2.000 Geburten pro Jahr haben, auch diese steigt, Gott sei Dank. Und es geht immer darum, auch jungen Menschen zu sagen, es ist ja wunderschön, wenn man eine Familie, auch wo Kinder dazugehören, hat, dann haben wir auch 2.500 Schulanfängerinnen und Schulanfänger.

Das heißt, das Burgenland ist ein Familienland, wo man zuzieht. Vor allem dann, wenn man in den Kindergarten geht, wenn die Kinder dort beginnen, oder wenn man in die Schule geht.

Daher zusammengefasst, ich kann nicht anders analysieren, und Sie sicher auch nicht, dass wir das Familienland Österreichs sind, dass es den Menschen bei uns, Dank der Gemeinden auch und Dank des Landes, Dank der Steuermittel, jeder zahlt da mit, dass wir die gut aufteilen und auf die Familien schauen.

Wie immer, wie gesagt, Sie darüber diskutieren, ich will nur eines: Es darf und dürfen die Kinder nicht auf der Strecke bleiben und daran möchte ich nur appellieren. Weil es geht nicht, wenn man darüber diskutiert, ob der Familienbonus für alle zusteht oder auch nicht und ich zahle an alle diese Kinderbetreuungsgelder aus.

Und für jene, die wenig verlangen, für die gibt es zusätzlich noch den Kinderbonus, also die, die wenig verdienen, Entschuldigung, meinen Versprecher, die die wenig verdienen, können sich zusätzlich noch Gelder holen über den Kinderbonus.

Ich kann Sie daher nur um eines ersuchen zuletzt, bitte achten wir alle darauf, dass die Menschen auch wissen, was ihnen zusteht an Förderungen. Ich habe noch nie, noch nie jemandem den Eindruck vermittelt, bitte geben sie uns was und im Gegenteil, meine Arbeit für die Familien ist - bitte holen sie sich das, was ihnen zusteht.

Ich kann immer wieder an Sie nur appellieren - schauen Sie sich an, was wir für Familienförderungen haben, *(Landesrätin Verena Dunst zeigt den Folder „Familienförderungen“.)* geben Sie das weiter, egal welche Partei. Da geht es um die Menschen, da geht es um die Familien, da geht es um die Kinder, geben Sie das bitte weiter, das ist mir wichtig.

Und auch eine Einladung noch an die ÖVP-Bürgermeister: Mir tut das immer weh, weil man wer weiß, wer wählt wen, wo, in welcher Urne dann welche Partei. Und es tut mir

weh. Wir stellen die Dokumentenmappe, die stelle ich kostenlos zur Verfügung, da steht alles drinnen, was Familien, was ihnen zusteht seitens des Landes, seitens der Gemeinden, seitens des Bundes.

Leider wird das nicht verteilt, nur weil es halt eine Verena Dunst in der Zuständigkeit gibt. Ich ersuche Sie wirklich, diese Dokumentenmappen weiterzugeben, dann haben die Familien einen Pfad, was ihnen zusteht und das sollen sie sich abholen.

In dem Sinne, danke an die Gemeinden, danke an alle, die das Gleiche tun, wie ich als Familienlandesrätin, schauen auf die Familien, schauen auf die Kinder in diesem Land. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrat. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Thomas Steiner.

Bitte Herr Bürgermeister.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin! Nur ganz kurz und fürs Protokoll als kleine Replik auf den Kollegen Hergovich. Trausdorf-Bashing war das nicht, im Gegenteil, ich habe das sehr positiv gemeint, dass die Gemeinde Trausdorf das wirklich ordentlich macht. *(Abg. Christian Illedits: Das hast Du nicht gesagt.)*

Der zweite Punkt ist, bei uns ist das übrigens genauso, bei Ehrungen, bei Ehrenbürgerschaften an verdiente Persönlichkeiten, gibt es in den allermeisten Fällen eine Einstimmigkeit. Sie können gerne die Protokolle, auch der SPÖ-Vertreter lesen, wie sie dort Eisenstadt loben.

Zum Dritten, und das ist der abschließende Punkt. Ich habe natürlich nicht Äpfel mit Birnen verglichen, sondern die Kindergartentarife ganztags in Trausdorf und in Eisenstadt. *(Abg. Robert Hergovich: Aber die Leistungen dann nicht.)*

Wenn Sie die Kinderkrippe anreden, da haben Sie Recht, da verlangt Trausdorf 208 Euro, Eisenstadt 249 Euro, der Unterschied ist nur, Ihr bietet 40,5 Stunden an und wir 50 Stunden. Das heißt, auf die Stunden umgerechnet, kostet es in Trausdorf 5,1 Euro und in Eisenstadt 4,98 Euro. Ist beides hervorragend. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein von der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über diesen Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Familienförderungsgesetz geändert wird (Bgld. Familienförderungsgesetz-Novelle 2018), ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Familienförderungsgesetz geändert wird (Bgld. Familienförderungsgesetz-Novelle 2018), ist somit in dritter Lesung - es ist so - einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1235), mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 872) (Beilage 1259)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 3. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1235, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 872, Beilage 1259; wird Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon vornehmen.

General und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke, Frau Präsidentin! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, in seiner 26. Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Klubobfrau für Ihren Bericht. Ich erteile nun Frau Abgeordneter Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Gäste auf der Galerie, wenige, viele und vielleicht noch mehr draußen an den Bildschirmen! Ja, bei dem Burgenländischen Stiftungs- und Fondsgesetz geht es um die Umsetzung einer EU-Richtlinie.

Die soll verhindern, dass das Finanzsystem genutzt wird zum Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung. An dieser Richtlinie angepasst ist jetzt auch bei uns die verpflichtende Einrichtung eines Registers der wirtschaftlichen Eigentümer bestimmter Rechtsträger vorgesehen.

Nun es geht also um die Führung eines einheitlichen Registers wo festgestellt wird, wer welche wirtschaftlichen Eigentümer hat. Dieses Register wird dann durch die Bundesanstalt Statistik Austria geführt. Mit dem im Entwurf vorliegenden Gesetz soll von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, hier sich daran zu beteiligen.

Das möchte ich zur Gelegenheit nehmen, ein paar Worte zum Stiftungs- und Fondsgesetz zu sagen, vor allem zu den Stiftungen in Österreich. Durch das Gemeinnützigkeitsgesetz 2015 wurde ja das Bundes-, Stiftungs- und Fondsgesetz

grundlegend geändert. Insbesondere wurden auch die zwingenden Mindestinhalte geändert, die in der Gründungserklärung enthalten sein müssen.

Hier eine Klärung herbeizuführen war auch sinnvoll, denn im Gegensatz zu Deutschland, wo zurzeit bereits 95 Prozent aller Stiftungen gemeinnützig waren, sind in Österreich der Großteil der Stiftungen eigennützig, nicht gemeinnützig und wurden vorrangig zum Zweck der Steueroptimierung gegründet - es ist so.

Damit es zu Verbesserungen bei den rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für gemeinnützige Stiftungen kommt und die Gemeinnützigkeit von Stiftungen auch aufgewertet wird, braucht es Klarheit und braucht es Transparenz bei den Stiftungszwecken und auch bei den Tätigkeiten der Stiftungen. Letztlich gehört es auch zu der wichtigen und sinnvollen Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Kultur die finanziellen Spielräume für NGOs durch verbesserte Rahmenbedingungen für gemeinnützige Stiftungen zu stärken.

Das ist, unserer Meinung nach, seitens der GRÜNEN, gerade in einer Zeit, in der NGOs von Regierungsmitgliedern und durch Regierungsprogramme sukzessiv beschädigt und finanziell massiv beschnitten werden, besonders wichtig. Was hilft da die Einrichtung eines Registers?

Nun für eine sachliche und faktenbasierte Diskussion und für politische Entscheidungen ist es wichtig, dass auf entsprechende Daten und Informationen zurückgegriffen werden kann. Es ist nicht gut, wenn die Politik alleine auf Berechnungen der Nationalbank über das vorhandene Stiftungsvermögen in Österreich angewiesen ist.

Da hat es ja schon vor einigen Jahren beträchtliche Abweichungen gegeben zwischen den Zahlen, die die Nationalbank gelegt hat über die Vermögenwerte der heimischen Stiftungen, und den Zahlen, die vom Verband der Privatstiftungen gegeben wurden. Wir brauchen hier also eine volle Transparenz, denn die Stiftungen sind in der Tat statistisch so gut wie unerforscht.

Was übrigens auch das Institut für Verteilungspolitik der WU Wien kritisiert. In den Berechnungen über die Verteilung des Vermögens in Österreich können die Stiftungen nur grob geschätzt werden. Eine Interpretation lautet daher, dass die Vermögen noch ungleicher verteilt sind als in den vorliegenden Berechnungen ausgewiesen wird. Demnach entfällt auf die reichsten fünf Prozent der Österreicher etwa die Hälfte des gesamten Vermögens.

Warum gibt es also diese Stiftungen überhaupt? Das ist damit bereits zum Teil beantwortet. Die Stiftungen tragen, und das ist ja an sich schon auch gut, zur Stabilität der Wirtschaft bei. 1993 wurde das Stiftungsrecht eingerichtet, damals noch von dem von der SPÖ kommenden Finanzminister Ferdinand Lacina.

Das Motiv war ja damals vor allem die Zersplitterung von Familienvermögen zu verhindern und damit Unternehmen stabil zu halten. Die Firmenanteile wurden in Stiftungen eingebracht, dahinterstehende Eigentümerfamilien wurden dann Begünstigte. Um auch ausländische Vermögen anzulocken, wurden Stiftungen mit Steuererleichterungen ausgestattet.

Diese Zuckerl wurden dann in den vergangen Jahren durch Gesetzesänderungen immer wieder reduziert. Aber auch innerhalb der Stiftungswelt gibt es beträchtliche Unterschiede. Wie gesagt, die reichsten zehn Prozent der Stiftungen verwalten etwa 80 Prozent aller Unternehmensanteile. Das ist auch für die politische Debatte hilfreich, wenn wir über Vermögens- und Erbschaftssteuer diskutieren, hier wirklich Klarheit und Transparenz zu haben.

Es ist notwendig, dass wir die tatsächliche Vermögenskonzentration in Österreich schwarz auf weiß belegen können. Es braucht also verbesserte Rahmenbedingungen, höhere Transparenz und vergleichbare Zahlen, weil die können dann dazu führen, dass schwarze Schafe in der Welt der Stiftungen aufgedeckt werden und dass letztlich auch die NGOs und ihre gemeinnützigen Tätigkeiten gestärkt werden.

In diesem Sinne ja, es ist gut, dass wir hier einen Schritt weiterkommen. Wir werden dieser Gesetzesänderung natürlich zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stiftungs- und Fondsgesetz, Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz, beide Gesetze dem Titel nach keine Gassenhauer.

Ein Blick auf das was darunter steht oder das was dahinter steckt, ist aber durchaus lohnend und kann durchaus spannend sein. Worum es im Kern geht, darauf ist ja die Vorrednerin bereits eingegangen. Was die technischen Erklärungen angeht, kann ich das also unterstreichen. Was den Rest angeht, kann ich das großteils nicht unterstreichen.

Die Freiheit des Eigentums ist eben eine Frage oder eben auch die NGOs zumindest eine Frage, wo wir unterschiedlicher Auffassung sind. Ausgangspunkt ist, wie so oft, Unionsrecht, sind unionsrechtliche Vorgaben. Diesmal eine Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Bei den burgenländischen Stiftungen und Fonds, die unter dieses Gesetz fallen, zehn an der Zahl, sollte weder das eine noch das andere Thema sein. Aber eben auch diese burgenländischen Stiftungen und Fonds fallen unter den Anwendungsbereich des entsprechenden Bundesgesetzes, das wiederrum aus unionsrechtlichen Vorgaben entspringt. Jetzt hätte es einerseits die Möglichkeit gegeben ein landeseigenes Register einzurichten. Eine Möglichkeit, die hier strittig ist, wie man auch den Erläuterungen entnehmen kann.

Andererseits eröffnet uns das Bundesgesetz, also das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz jene Möglichkeit, die wir jetzt in Anspruch nehmen, nämlich die landesgesetzliche Erklärung, dass dieses Bundesgesetz auf die betreffenden Stiftungen und Fonds im Burgenland unmittelbar anwendbar ist.

Meine Damen und Herren! Wir können uns alle noch sehr gut an die heftigen und langwierigen Debatten rund ums Bankgeheimnis erinnern, manche von uns wehmütig. Heute gibt es das Bankgeheimnis de facto nicht mehr. Es ist so, dass jedes Konto und jedes Sparbuch von der Behörde einem Inhaber zugeordnet werden kann unter gewissen Voraussetzungen, weil es eben entsprechende Register gibt.

Vergleichbares hat es im Bereich von Unternehmen, also für den Bereich von Gesellschaften und anderen juristischen Personen, in einer vergleichbaren Form eben nicht gegeben. Ob es jetzt um juristische Personen nach Gesellschaftsrecht geht, genauso wie es um Sparkassen und Vereine geht oder eben auch um Stiftungen und Fonds.

Wer aller gemeint ist, wer aller darunter fällt, das sagt Paragraph 1 des Wirtschaftlichen Eigentümer Registergesetzes. In Paragraph 2 wird definiert, was man

überhaupt unter Wirtschaftlicher Eigentümer versteht. Eine durchaus komplizierte Frage im Detail. Es kommt in erster Linie darauf an, wer Eigentümer ist, beziehungsweise auch, unter wessen Kontrolle ein Rechtsträger steht.

Das kann man wohl, so verstehe ich es, durchaus mit dem Beherrschungstatbestand vergleichen, den wir im Zusammenhang mit der Rechnungshofkontrolle kennen. Da gibt es ja auch nicht nur fixe Grenzen, sondern da wird eben ein Beherrschungstatbestand konstruiert, sprich wer beherrschenden Einfluss hat, der fällt unter die Rechnungshofkontrolle.

Mit dem Wirtschaftlichen Eigentümer, so verstehe ich das, wird es in etwa ähnlich sein. Meine Damen und Herren! Genaugenommen könnte man über diese neue Registerpflicht natürlich ähnlich umfassend und hitzig debattieren wie seinerzeit über die Frage des Bankgeheimnisses. Es gibt natürlich auch in dieser Materie, in diesem Ansatz ein Für und Wider. Mehr Transparenz wird dieses Gesetz allemal bringen, vor allem das Bundesgesetz, die unionsrechtliche Vorgabe.

Nicht nur wenn es um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geht, nein auch im Kampf gegen korrupte Machenschaften. Wir stimmen dieser Vorlage daher gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz das Wort. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! So viel kann man dazu sagen, wenn man muss. Man kann es aber auf einen Punkt bringen. Wir setzen eine EU-Richtlinie um. Wieder einmal ist das Land Burgenland nicht Musterschüler!

Wir sind immer bei jenen Bundesländern, die zuletzt EU-Richtlinien umsetzen. Also wenn schon die Landesregierung sagt sie ist für Tempo, sie ist für Zügigkeit in der Entbürokratisierung, also, wenn man sich ansieht, wie wir mit EU-Richtlinien und der Umsetzung dieser Richtlinien umgehen, dann sieht man was die Realität ist - Schneckentempo!

Nichtsdestotrotz es wurden alle Argumente, alle Für und Wider der Gesetzesmaterie längst besprochen. Ich kann nur dazu sagen, dass auch die Änderungen abseits der EU-Richtlinie, nämlich, dass wir Stiftungen auch abseits der mündelsicheren Veranlagung, flexiblere Veranlagungsformen möglich sind, aber auch die Stiftungen sich mittlerweile selbst ausschließlich auf mündelsichere Veranlagungen spezialisieren und beschränken lassen.

Das es auch unsere Zustimmung trifft, ist ja noch nicht heute erwähnt worden. In diesem Sinne darf ich meine Fraktion und auch alle anderen einladen, dieser Gesetzesvorlage zuzustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Heger das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Peter Heger (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Wenn wir uns über die Änderung des Burgenländischen Stiftungs- und Fondsgesetzes unterhalten, dann beschäftigen wir uns in Wahrheit mit drei Themen. Zwei sind bereits erwähnt und sehr ausführlich diskutiert worden. Da möchte ich nichts mehr zusätzlich ausführen.

Allerdings den Paragraphen 24, das ist der Wichtigste und der Paragraph 24a der eingeschoben wird, was die Umsetzung des Unionsrechts betrifft, möchte ich im Burgenländischen Stiftungs- und Fondsgesetz doch noch erwähnen. Besonders wichtig ist aber auch noch etwas, das wir vorher beim Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Sitzung vielfach diskutiert haben, nämlich, dass es immer mehr Kosten gibt, dass es immer finanzielle Belastungen gibt.

Hier entstehen durch diese Novellierung keine Änderungen, also durch die vorgesehenen Änderungen wird es keine Mehrkosten geben und auch keine sonstigen finanziellen Auswirkungen auf das Land Burgenland. Im Gegensatz dazu ergibt sich, und das ist auch etwas Besonderes, für den Bund durch die Abwicklung des Wirtschaftlichen Eigentümer Registers ein Mehraufwand an Betriebskosten.

Was der Herr Klubobmann Sagartz angesprochen hat, am 5. Juli 2017 ist dieses Gesetz, sind die Maßnahmen zum Kampf gegen die Geldwäsche im Bundesrat beschlossen worden. Also allzu lange ist das nicht her. Damals stand bereits das Gesetz zur Errichtung eines Registers der Wirtschaftlichen Eigentümer im Mittelpunkt. Dieses Register ist sehr, sehr wichtig.

Wir haben damals bei dieser Diskussion, bereits zu diesem Zeitpunkt, als Burgenländische Bundesräte gewusst, dass hier auch die dem Burgenländischen Stiftungs- und Fondsgesetz unterliegenden Stiftungen und Fonds unter den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen werden.

Alle anderen wesentlichen Argumente wurden bereits mehrfach erwähnt, und ich möchte diese daher nicht mehr strapazieren.

Ich kann nur dazu sagen, es wird hier auch die Zustimmung meiner Fraktion zu dieser Gesetzesänderung geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1205), mit dem der 1. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 857) (Beilage 1260)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1205, mit dem der 1. Umsetzungsbericht zur

Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 857, Beilage 1260.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, sehr geschätzte Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den Beschlussantrag, mit dem der 1. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird, in seiner 6. Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der 1. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Es geht in diesem Bericht um die fünf wesentlichen europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Kurz aufgezählt, auf der einen Seite der Fonds für regionale Entwicklung. Der Sozialfonds. Der Kohäsionsfonds.

Das Programm ELER, also der Landwirtschaftsfonds und der Europäische Meeres- und Fischereifonds. Übrigens auch da gibt es im Burgenland Förderungsgelder, werden ausgezahlt, man sollte es kaum glauben.

Zunächst aber zum Problem an diesem ganzen Bericht. Er ist leider veraltet. Der Datenstand bezieht sich bis zum 31. Dezember 2016. Das ist jetzt fast eineinhalb Jahre her. Es ist nicht nur deshalb ein Problem, weil das so lange her ist, sondern auch deswegen, weil das Programm, auch wenn es für den Zeitraum 2014 bis 2020 läuft, eigentlich erst 2016 gestartet hat. Was noch schlimmer ist, eigentlich erst so richtig in die Gänge gekommen ist, Ende 2016.

Daran trägt weder das Burgenland Schuld, Österreich nur zum Teil, daran trägt sehr viel die EU Schuld, die vor allem den Finanzrahmen erst so spät freigegeben hat und dargelegt hat. Deshalb sind natürlich auch mit diesem Kenntnisstand relativ wenige Projekte, abgesehen natürlich jetzt von den Landwirtschaftsprojekten, noch drinnen.

Der Bericht schreibt selber von erst 38 Projekten zum Beispiel hier im EFRE/ESF-Programm. Das hat sich inzwischen Gott sei Dank dramatisch im positiven geändert. Dazu später. Also hier sind trotzdem 22.000 Projekte, die hier gefördert worden sind. Das ist aber, ich habe kurz darauf hingewiesen, vor allem dem zu verdanken, dass hier eben das ELER-Programm mit den Agrarförderungen drinnen ist. Und eigentlich der Großteil der Projekte, nämlich fast 22.000 Projekte, genau diese Projekte betrifft.

Lediglich 149 Projekte sind dann außerhalb dieses Programmes ländliche Entwicklung, nämlich 123 in Regionalentwicklung und Sozialfonds und 22 Projekte im Interreg, also grenzüberschreitende Programme. Vier Projekte immerhin im Burgenland.

Ich habe es kurz angekündigt, im Meeres- und Fischereifonds, auf den ich kurz eingehen will. Wie man weiß, wir haben nicht wirklich einen Meereszugang, aber in diesem Programm werden auch Projekte gefördert, die *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Haben wir einmal gehabt!)* - haben wir einmal gehabt, ja - die Aquakulturen betreffen. Und die gibt es im Burgenland Gott sei Dank sehr wohl. Deswegen sind hier vier Projekte mit insgesamt 20.000 Euro gefördert worden, aus öffentlichen Mitteln. Das Ganze hat 60.000 Euro an Gesamtinvestitionen ausgelöst. Es geht hier um die Errichtung und Sanierung von Zuchtanlagen. Verarbeitung und Vermarktung, aber auch der Fortbildung in diesem Bereich.

Vielleicht gleich dazwischen noch ein zweites Problem innerhalb dieser ganzen Förderprojekte, auch das wird im Bericht dargelegt, nämlich, dass der Verwaltungsaufwand, man möchte schon sagen, fast auf die Spitze getrieben wurde. Zu den letzten Programmen. Was heißt das? Gerade im ELER-Programm sind ja auch Vereine drinnen, sehr kleine Vereine, die aber wichtige Arbeit leisten, für die ist der Verwaltungsaufwand einfach gigantisch.

Ich habe mit einem Verein gesprochen, die haben sich das einmal durchgerechnet, an und für sich werden die Antragssteller dazu gedrängt, dass der Verwaltungsaufwand sehr gering ist. Also ich glaube, der darf sieben Prozent, nicht übersteigen. Auf der anderen Seite ist allein der Verwaltungsaufwand auf Grund der Förderanträge so hoch, dass die damit rechnen, dass das bis zu 25 Prozent bereits an Zeitaufwand zumindest beträgt.

Dieses Problems ist man sich laut der RMB auch bewusst. Es gibt ja auch inzwischen einen Antrag, habe ich gesehen, der Regierungsparteien, die sich mit dem, mit der Problematik auch beschäftigen und die hier einen Antrag an die Bundesregierung formuliert haben. Da wären wir auch gerne mitgegangen, wenn wir eingeladen worden wären.

Aber sei es drum, da muss sich auf jeden Fall etwas ändern. Ich möchte nur kurz zitieren aus dem Bericht, da heißt es, bei einem Gesamtvolumen von zirka 600 Seiten Vorschriften im EU-Amtsblatt und mehr als 5.000 Seiten Leitlinien und Interpretationen der Europäischen Kommission, wurde dabei eine Komplexität erreicht, die diesen Schritt zu einem langandauernden Prozess gemacht hat.

Also das ist ungefähr auch daran schuld, dass wir jetzt eigentlich kaum noch gescheite Daten zu den ganzen Projekten haben, weil diese Entwicklung hin, bis das ins Laufen gekommen ist, sehr lange gedauert hat. Kurz noch ein paar Teilbereiche. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU’s, Klein- und Mittelunternehmen.

Auch da scheitern gerade Kleinbetriebe sehr oft an hohen Investitionskosten- oder an hohem administrativem Aufwand. Für größere Betriebe zahlt es sich hier aus, eine Kraft anzustellen, die sich da auskennt. Die nur dafür zuständig ist. Für Kleinbetriebe, geschweige denn von einzelnen Unternehmen, ist das natürlich unmöglich.

Hier muss es Änderungen geben, damit hier auch gerade im Burgenland, auch wichtig, Klein -und Mittelbetriebe aber auch, wie ich gesagt habe, Vereine die Chance haben, an Fördergelder zu kommen, ohne was weiß ich was, für einen Aufwand zu treiben und hier wirklich Experten sein zu müssen.

Die KMU sind deswegen wahrscheinlich auch nur insgesamt drei Projekte, die gefördert wurden, was sehr wenig ist, natürlich. Inzwischen hat sich das zumindest verbessert. Wo habe ich die Zahlen dazu? Es waren 19 Prozent Abschöpfungsrate aus dem EFRE und ESF-Programm bis Ende 2016, also wo der Bericht uns vorliegt.

Inzwischen habe ich erfahren, vom RMB, sind wir bei EFRE bei 50 Prozent und beim Sozialfonds bereits bei über 60 Prozent. Also man sieht, das Ganze hat erst in die Gänge kommen müssen.

Die drei Projekte, die bei den KMU´s gefördert worden sind, umfassen 3,5 Milliarden Euro Förderungen. Da ist sicher noch einiges drinnen beziehungsweise wird das auch schon passiert sein.

Wo leider in diesem Zeitraum überhaupt keine Mittel beantragt worden sind, ist in einem sehr wichtigen Bereich, nämlich der Verringerung der CO_2-Emissionen. Da konnte ich inzwischen allerdings auch in Erfahrung bringen, dass da zumindest sieben Projekte bis März eingebracht wurden. Inzwischen auch positiv von Seiten der EU gestattet sind.

Auf was das Projekt auch sehr stark eingeht, nicht unwesentlich ist Nord-Süd-Gefälle, hier hat man gerade bei der Sozial- und Regionalentwicklung darauf geschaut, dass man eben eher im Süden fördert und nicht im Norden. Das ist eigentlich im Großen und Ganzen aufgegangen. Der überwiegende Teil wird eben im Süden gefördert.

Anders ist es leider bei dem ELER-Programm, das den Agrarbereich fördert. Hier sind 60 Prozent im Nordburgenland, den größten Anteil übrigens in Neusiedl am See, die hier Förderungen bekommen konnten. Ins Mittel -und Südburgenland gingen nicht einmal 40 Prozent. Der Rest der Differenz sind Förderungen, die überregional wirken beziehungsweise ausbezahlt wurden.

Wo leider auch genau null geschehen ist, ist gerade im Bereich Tierschutz- und Wald-, Umwelt- und Klimadienstleistungsbereich. Erhaltung der Wälder, wird man sehen, wie dann die neue Förderperiode ist, ob sich da mehr tut. Wenn nicht, glaube ich, sollte man hier schauen, dass man hier mehr Anträge zusammenbringt, weil das wichtige Bereiche sind. In Kombination, meiner Ansicht nach, sogar mit der Verringerung der CO_2-Emissionen.

Der Wald leidet auf der einen Seite sehr stark unter der Klimaerwärmung, auf der anderen Seite ist er ein sehr, sehr wichtiger Puffer. Ja, alles in allem ein wichtiger Bericht, der noch nicht ganz die Aussagekraft hat, die wir uns wünschen. Das wird dann hoffentlich beim nächsten Bericht anders aussehen.

Wir werden dem Bericht selbstverständlich dennoch zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort. Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Die Zuseher im Internet und die wenigen Zuseher hier auf den Publikumsbänken! Berichte. Berichte sind für die Politik, glaube ich, wesentliche Momente, die es uns erlauben, die Abläufe, beziehungsweise den Zustand, von den Dingen, die verschiedene gesetzgebende Gremien, mehr oder weniger beschlossen haben, ob das jetzt das Land ist, ob das der Bund ist, ob das die EU ist, ob das miteinander beschlossen wurde.

Sodass wir auch immer wieder über dieses Berichtswesen in einem Klagezustand versetzt werden können, der es uns ermöglicht überhaupt, mitzubekommen, ob der politische Wille, den jetzt Land, Bund oder EU hat, auch auf dem Boden der Realität ankommt oder ob das weiterhin irgendwelche Wolken sind, die hier herumschwirren.

In diesem Zusammenhang muss ich erst einmal Danke sagen für diesen Bericht. Dass der Bericht nicht mehr als bis zum Datenstand 31.12.2016 berichten kann, liegt halt auf der Hand. Aber nur auf diesem Bereich brauchen wir uns heute fokussieren.

Was entnehmen wir aus diesem Bericht? Dieser Bericht sagt uns erstmalig, weil es der erste Bericht ist, dass das Regionalmanagement Burgenland die programmverantwortliche Förderstelle ist für diese Förderungen. Dieser Bericht teilt uns auch gleichzeitig mit, wie ich schon erwähnt habe, dass das nur bis zum 31.12. vom Datenbestand her, Inhalt des Berichtes ist.

Er erklärt uns auch, beziehungsweise eröffnet uns, dass das RMB neben den Aufgaben der Förderungsstelle auch das Monitoring und die Öffentlichkeitsarbeit wahrzunehmen hat. Also es wirklich auch an den Kunden zu bringen, die Möglichkeiten, hier Förderungen aus den verschiedenen Töpfen zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund folgt die Erstellung des Umsetzungsberichtes auch für die Programme „IWB“ und “Interreg“.

Für uns selber, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, wie sich auch die EU einig ist, ist die Kohäsions- und Strukturpolitik zentraler Politikbereich der gesamten EU und damit auch Österreichs und der Länder.

Es geht dabei um die Festigung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts der Gemeinschaft und damit auch hier im Burgenland, weshalb insbesondere das Wachstum und die Beschäftigung in den unterentwickelten Regionen gefördert werden müssen.

Und dann kommen wir schön langsam zu den ersten Problemen, die mein Vorredner auch schon angestoßen hat. Jetzt will ich mich nicht mehr wiederholen, was da alles für Förderfonds dabei sind, weil die wurden schon gesagt. Wir haben eine verwaltungstechnische Hürde.

Diese verwaltungstechnische Hürde, nämlich mit 600 Seiten Vorschriften, ich wiederhole es bewusst noch einmal, damit das auch so richtig ankommt, und 5.000 Seiten Leitlinien und Interpretation der Europäischen Kommission, wurde eben eine Komplexität erreicht, die einen zu lange dauernden Prozess verursacht, sodass es eigentlich einerseits geschuldet war, dass wir im Jahr 2016, bis Ende 2016, noch nicht weiter waren. Andererseits, und das wurde noch nicht gesagt, auch durch den Fokus auf ein funktionsfähiges Verwaltungs- und Kontrollsystem eine zentrale Voraussetzung dafür geschaffen wurde, dass überhaupt die zwischengestalteten Förderstellen fördern können, weil warum, wenn das nicht anerkannt ist im Prinzip, dieses funktionstüchtige Verwaltungs- und Kontrollsystem kommt jede dieser Förderstellen in die Gefahr, dass sie mehr oder weniger auf Verdacht fördern. Und wenn dann nachher im Prinzip die Förderung nicht aufgeht, weil die Kontrolle oder die Verwaltung nicht ausschlaggebend war, muss dann diejenige Förderstelle, in dem Fall das Land, vielleicht oder der Bund auch die Förderungsmengen der EU übernehmen, wenn die EU auslässt.

Und das ist etwas, wo man es in der heutigen Zeit und ich glaube, es gibt keinen in der Österreichischen Bundesregierung, es gibt keinen Vertreter irgendeiner Partei im Parlament in Wien oder auch hier in unserem Landtag, der nicht für eine Verwaltungsvereinfachung eintritt.

Das ist aus meiner Sicht das Gegenteil von einer Verwaltungsvereinfachung. Wir kommen daher in diesem Gefahrenmoment für die Förderstellen, dass die mehr oder weniger auf sehr dünnem Eis hier Förderungen machen und trotzdem ist es uns gelungen, und ich sage bewusst, und trotzdem ist es uns gelungen, im Zeitraum bis Ende

2016, 22.000 Projekte zu genehmigen und insgesamt damit ein Projektvolumen von 246 Millionen im Bereich des Burgenlandes zu realisieren.

Das ist im Prinzip für das, was wir uns vorgenommen haben, nicht wenig beziehungsweise eine entsprechende wirtschaftliche Stütze. Wenn ich mir dann zum Förderprogramm noch anschaue, wo - und da habe ich ein bisschen andere Schwergewichte als mein Vorredner, ich werde mich eher ein bisschen auf den Arbeitsmarkt und das Soziale versteifen, wo wir hier die Gelder hinbringen können, um im Prinzip hier die Förderungen auch richtig an Mann und Frau zu bringen, freut es mich natürlich, dass hier bewusst gefördert wird die Unterstützung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung, die Mobilität der Arbeitskräfte, die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern natürlich im Betrieb beziehungsweise in der Arbeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, also diese berühmt gewordene „Work-Life-Balance“, die in aller Munde ist, ohne dass man so wirklich weiß, worum es da geht.

Anpassung der Unternehmen hinsichtlich Schlüssel- und Fachkräfte an den strukturellen Wandel, weil es ist ja ein ständiger Wettbewerb zwischen den Anforderungen in der Wirtschaft und den dementsprechenden Aus- und Weiterbildungen im Bereich der Arbeitnehmer. Die Höherqualifizierung der Beschäftigten für die wissensbasierte Wirtschaft, das stößt in dasselbe Horn, sowie Maßnahmen für ein aktives und gesundes Altern, weil auch das steht ja grundsätzlich im Widerspruch zu einer mittlerweile schon sehr arbeitsfordernden Arbeitswelt, wenn man in einer heutigen Zeit schon von Diensthandys, Dienstnotebooks und so weiter spricht, verbindet automatisch vielfalls der Arbeitgeber auch im Prinzip die ständige Erreichbarkeit an Samstagen und Sonntagen, und sonstiges, was ja eigentlich im Widerspruch zu einer gesundheitlichen beziehungsweise zu einer Generierung einer neuen Arbeitskraft über die arbeitsfreien Tage führen würde.

Auch die Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung ist hier in der Förderung ein Schwergewicht gesetzt, und ich finde, das ist gut so, in diesem großen Rahmen hier Förderungen anzusetzen, um auch den Menschen in der heutigen Arbeitswelt wieder als Mensch und als Individuum unterstützt sehen zu können und nicht nur als irgendeine Nummer, Personalnummer oder sonstiges, die im Zuge der Arbeit dann zu funktionieren hat.

Die EU stellt für den Zeitraum 2014 - 2020, auch das können wir diesem Bericht entnehmen, rund 72,3 Millionen Euro für den EFRE und den ESF zur Verfügung.

Gemeinsam mit den Mitteln des Bundes, aber auch des Burgenlandes, das sind rund 30,6 Millionen, sowie durch die geplante finanzielle Beteiligung von Projektträgern mit 146 Millionen, soll nach dem festgelegten Finanzplan bis Ende 2030 ein Gesamtprojektvolumen von 250 Millionen ausgelöst werden, und das sind 250 Millionen, die bei uns in die Wirtschaft und die gerade von mir aufgezählten Förderthemen einfließen.

Umgelegt auf die Einwohnerzahl - und ich muss wiederholen, weil das war mir jetzt auch ein Anliegen, das zu sagen -, liegt die Förderung im Mittel- und Südburgenland mit 115 Euro pro Kopf über dem Landesdurchschnitt.

Der Bezirk Oberwart zeichnet sich ganz besonders hier aus, nämlich bis 2016 hat dieser sogar die höchste Pro-Kopf-Förderung aller Teilregionen des Burgenlandes. Somit kann man sagen, ein Applaus an den Süden, weil wenn es dann noch weiterheißt, damit erhalten das gesamte Mittel- und Südburgenland im Schnitt pro Kopf mehr Förderung als die drei nördlichen Bezirke, dann ist hier vielleicht mancher subjektiver Zugang, dass der Norden immer bevorzugt ist, ein bisschen relativiert.

Es gibt auch andere Ansätze, die man berechnen kann, wo der Norden vielleicht leicht vorne ist, aber in diesem Fall auf die Pro-Kopf-Förderung kann man hier nicht mehr einen Vorteil des Nordens sehen. Wir wissen alle miteinander, dass Mittel- und … *(Abg. Walter Temmel: Willst Du jetzt auch noch einen Vorteil sehen?)* Ich begrüße ja auch, dass hier der Süden auch in den Vordergrund gestellt wird. Mittel- und Südburgenland lassen sehr deutlich zielgerechte Steuermaßnahmen durch die verantwortlichen Förderstellen im Rahmen der Programmumsetzung erkennen.

Und was bedeutet das? Dass in Wirklichkeit der politische Wille, den wir hier über die Förderungen ja forciert haben beziehungsweise umsetzen wollen, dort angekommen ist, wo er dort ist.

Wir wollen - und da sind wir uns, glaube ich, alle einig - den Süden fördern, damit er im Prinzip auf - oder sagen wir so, dass die Vertreter im Landtag aus dem Süden nicht ständig jammern müssen, vielleicht ist das auch ein Grund, *(Abg. Walter Temmel: Wir jammern nicht, wir tragen berechtigte Anliegen vor.)* warum wir hier den Süden in den Vordergrund bringen -, aber im Wesentlichen geht es darum, dass wir alle miteinander einen politischen Zugang haben, den Süden nachzuziehen. *(Abg. Walter Temmel: Wir jammern nicht, wir tragen berechtigte Anliegen vor.)*

Das ist, glaube ich, ein Synonym für Jammern oder Jammern ein Synonym für berechtigte Anliegen. Wie immer! Eines kann ich aus dem Bericht zwischen den Zeilen entnehmen und das möchte ich mit einem abschließenden Schlagwort sagen, und das ist auch etwas, was wir noch verbessern müssen: Förderungen zu erhalten, will gelernt sein. Das ist etwas, diese Überschrift darf es nicht geben. Es kann nicht sein, und mein Vorredner hat es ja auch erwähnt, dass der eine oder andere größere Betrieb, der sich jemanden anstellt, im Prinzip dadurch hauptberuflich alle Förderkanäle, die es überhaupt nur gibt, gut screent und dementsprechend alle Förderungen erhält und gerade diejenigen, die es wirklich brauchen würden, zu den Förderungen einfach nicht kommen, weil sie sich im Dschungel dieser Förderungen und dem Verwaltungs-Overkill, den wir hier haben, gar nicht durchsehen und daher im Prinzip immer Zweiter bleiben.

Das ist etwas, das gilt es im Prinzip auch über Fokus einer Verwaltungsvereinfachung, einer wirklichen One-Stop-Shop-Geschichte umzusetzen, dass es auch möglich sein wird oder sein muss, dass auch jeder einzelne, der grundsätzlich einen Ansatz hat, gefördert zu werden, auch zu einer Förderung kommen kann.

In diesem Sinne nehmen wir natürlich den Bericht zur Kenntnis, weil wir damit das erste Mal auch wirklich etwas vorliegen haben, wo wir im Prinzip messen können, ob unser politische Wille in der Realität angekommen ist oder herauszufinden, wo wir nachsteuern müssen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Ing. Strommer das Wort.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt uns der erste Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020 der EU-Förderungen im Burgenland vor. Ich darf vorweg sagen, wir werden diesen Bericht, diesen Zwischenbericht, zur Kenntnis nehmen.

Meine Vorgänger haben schon sehr viel gesagt. Schlussendlich geht es um die Darstellung der fünf Fonds, inwieweit diese Fonds mit Ende 2016 aufgebraucht sind oder was noch zur Verfügung ist.

Ganz stimme ich mit dem, was der Kollege Spitzmüller gesagt hat, nicht überein, und ich werde dann später noch dazu kommen: Wir haben schon einen gehörigen Anteil selbst auch hier im Haus, was wir nicht getan haben, damit wir nicht einen höheren Umsetzungsgrad haben. Dazu aber vielleicht ein bisschen später.

Zu dem, was der Kollege Haidinger gerade gesagt hat, - er sagt sein Wort und dann ist er weg - nur eine kurze Ergänzung: Darum möchte ich mich mit dem Bericht dann nicht mehr auseinandersetzen, weil meine Vorredner de facto das gesagt haben. Wenn wir uns EFRE und ESF anschauen, dann sind im Nordburgenland insgesamt 22 Projekte und im Mittel- und Südburgenland 35 Projekte umgesetzt worden. Sehr viel ist das nicht, seit 2014, wenngleich wir erst 2016 in die Gänge gekommen sind.

Aber wenn ich mir anschaue, dass diese 22 Projekte im Nordburgenland mit 14.736.000 Euro Investitionen stattgefunden haben und dafür eine Förderung von 5.983.000 geflossen ist, dann sieht man, dass hier die Förderung ungefähr 40 Prozent war.

Wenn ich mir hingegen Süd- beziehungsweise Mittelburgenland anschaue, dann sind hier 35 Projekte mit einer Gesamtinvestitionssumme von 6.883.000 gefördert worden und die wurden gefördert mit 6.685.000 - also die Investition nahezu zu 100 Prozent gefördert. Das heißt, dieser Schwerpunkt, den sich das Land gesetzt hat, Mittel- und Südburgenland mehr zu fördern als im Norden, ist hier mehr als aufgegangen.

Eine andere Tabelle auf der Seite 14 dieses Berichtes. Wenn wir uns das anschauen, so sind im Nordburgenland insgesamt 159 Euro pro Einwohner investiert worden. Diese 159 Euro Investitionen wurden im Nordburgenland im Schnitt mit 103 Euro gefördert. Wenn ich mir die Investition im Südburgenland und Mittelburgenland anschaue, wurden die Investitionen von 116 Euro pro Kopf mit 115 Euro gefördert.

Das ist aber auch bezirksunterschiedlich noch interessant. Oberpullendorf kriegt 100 Prozent gefördert, 84 Euro pro Kopf investiert, 84 Euro gefördert. Der Oberwarter Bezirk, der schwimmt da mit, mit 157 Euro pro Kopf und 154 Euro geförderter Investitionen. Güssing, da muss etwas passiert sein, Herr Kollege Temmel, 92 Euro Investitionen pro Kopf, nur 31 Euro gefördert. Diese Zahl wollte ich hinterfragen, es ist mir bis jetzt nicht gelungen, weil es wirklich ein statistischer Ausreißer in der gesamten Tabelle ist. Und Jennersdorf 95 Euro Investitionen pro Kopf, 94 Euro gefördert.

Im Nordburgenland schaut das ein bisschen anders aus: Mattersburg 81 Euro Investitionen pro Kopf, 81 Euro gefördert. Eisenstadt 133 Euro Investitionen, 95 Euro davon gefördert. Und in meinem Heimatbezirk Neusiedl am See 239 Euro Investitionen pro Kopf, mit 127 Euro gefördert, also hier nur etwa 50 Prozent der Investitionen, die hier gefördert werden, in anderen Bezirken sind es 100 Prozent.

Das sind schon große Differenzen. Ob wir das wirklich so im Förderprogramm wollten, mag schon sein.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt werden wir diesen Bericht sehr gerne zur Kenntnis nehmen. Die Europäische Union ist ja nicht nur eine Fördermaschine, die Europäische Union ist ja mehr. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die uns in den letzten 73 Jahren, seit dem Jahr 1945, hier im Burgenland, wo wir wohnen, in Österreich, in Europa, eine Zeit des Friedens beschert hat,

und nur in Zeiten des Friedens können wir unseren Wohlfahrt- und Sozialstaat weiterentwickeln oder zumindest auf diesem hohen Niveau halten.

Wenn wir uns zurückerinnern: 1995. 1994 war die Abstimmung, das war der 12. Juni 1994, dass zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher Ja zu dieser EU gesagt haben, im Burgenland waren es drei Viertel, 75 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 82 Prozent, diese Zustimmungsraten im Wesentlichen sich bisher nicht geändert haben, dann freue ich mich, dass wir in dieser Situation heute leben und in dieser Europäischen Gemeinschaft uns entsprechend weiterentwickeln können, dieses hohe Gut der Wertegemeinschaft auch weiterpflegen können.

Das heurige Gedenkjahr und Bedenkjahr gibt uns Gelegenheit zu schauen, was passiert, wenn wir keine gemeinsame europäische Friedenspolitik machen. Das Jahr 1938, auch im Landtag haben wir schon kurz darüber gesprochen, würde heute zu weit führen. Diese Weiterentwicklung ist notwendig, auch im Bereich des Grenzschutzes.

Wenn jetzt die EU nicht im Stande ist, Außengrenzen zu sichern, dann müssen nationale Grenzen gesichert werden. Ich habe mich gefreut, als der Herr Innenminister gestern mitgeteilt hat, dass er - und auch der Burgenländische Landtag hat sich dafür ausgesprochen, ich persönlich genauso wie meine Partei -, dass wir auch künftighin Grenzsicherungen wollen und Kickl hat also, der Herr Innenminister, diesen Antrag gestern, diesen Brief nach Brüssel geschickt. Ich gehe davon aus, dass das auch möglich sein wird, weil man nicht die Aufgriffszahlen alleine als Parameter hernehmen kann, sondern wenn eine Präventionswirkung da ist und wenn die Möglichkeit da ist und wenn die möglicherweise nicht da ist, dann könnten Migrationsströme sich wieder in irgendeiner Art und Weise in Bewegung setzen, die wir nicht wollen.

Alleine, ich hab es einmal schon gesagt, der Kontinent Afrika mit 1,25 Milliarden Einwohnern, wenn 20 Prozent sich wünschen, in Europa zu leben, dann wären das 250.000 Einwohner, das kann eine Region wie die Europäische Union mit selbst 500 Millionen Einwohnern und weitere 250 Millionen nicht verkraften.

Ich freue mich auch, wenn ich schon beim Minister Kickl bin, Herr Kollege Tschürtz, dass er zu seinem Amtsantritt gesagt hat, dass er bei Radarkontrollen eher die Prävention, die Warnung und nicht die Abzocke - wörtlich Abzocke hat er es genannt -, dass er die nicht will.

Und hier bin ich bei einem Thema, wo Sie der Abzocke Vorschub leisten. Sie, Herr Kollege Tschürtz, leisten dieser Abzocke Vorschub. Indem im Vorjahr ein Unfall, der eben passiert ist, wo zwei Motorradfahrer tödlich verunglückt sind, wo 50 Jahre vorher nichts passiert ist, bei einem Güterweg aus Gols von Weiden nach Podersdorf, dort plötzlich eine 70er Beschränkung, plötzlich eine Sperrlinie aufgrund einer Verhandlung der Bezirksverwaltungsbehörde.

Ich habe damals eine Anfrage an Sie gestellt, eine schriftliche Anfrage, sie wurde nicht beantwortet. Daraufhin habe ich Akteneinsicht genommen und habe bei dieser Akteneinsicht festgestellt, dass in den ersten vier Monaten, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind 120 Tage, an 58 Tagen ein Radarmesswagen dort gestanden ist. Was anderes als Abzocke ist das? Wo in diesen ersten vier Monaten, 120 Tage, 8.800 Anzeigen erstattet wurden, weil das ganz einfach niemand vorher registriert hat.

Wenn ich die Prävention in den Vordergrund stelle, dann muss man ein Blaulicht dort hinstellen, ob wer drin sitzt oder nicht. Diese 8.800 Anzeigen haben bewirkt, dass wir 820.000 Euro an Strafgeldern bezahlt haben. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Haben sie Dich leicht auch erwischt?)* Ich habe keine Strafgelder bezahlt, weil ich nicht so schnell dort

gefahren bin. Aber diese 820.000 Euro haben vier Gemeinden bezahlt. Pamhagen, Apetlon, Illmitz und Podersdorf und unsere Urlaubsgäste. Bei der Akteneinsicht hat sich das herausgestellt, worauf mir das Organ, das mir die Dinge gezeigt hat, gesagt hat, ich soll mich überhaupt nicht aufregen, das Geld gehört ja eh uns. Sage ich, wer seid ihr - na das Land. Sage ich, aber vier Gemeinden haben es bezahlt.

Wenn der Herr Bundesminister Kickl sagt, dass man der Abzocke keinen Vorschub leisten soll, Herr Kollege Tschürtz, dann sollten wir diese Dinge so ändern. Denn wenn Sie jeden Güterweg, der auf eine Landesstraße, der auf eine Bundesstraße, ja, sogar auf Autostraßen mündet, mit einer 70er Beschränkung *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Hat er endlich mal meine Unterstützung.)* oder wie jetzt noch mit einer stationären Messstelle, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder Mensch hat einen Gerechtigkeitssinn und jeder Mensch hat auch ein Gefühl, wo er bestimmte Dinge nicht tun soll. Dort hat niemand ein schlechtes Gewissen, weil bisher auch nichts passiert ist. Das sind Dinge, die nicht funktionieren.

Ich würde wirklich bitten, dort mit einer leichten baulichen Maßnahme hier diese Situation so, damit man, *(Abg. Manfred Kölly: Für alles gehört ein Kreisverkehr hin.)* ja, Kreisverkehr können Sie auch machen.

Ich freue mich, dass die Frau Landesrätin Dunst gekommen ist. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wir diskutieren den Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020. Und wenn ich mir Dinge anschaue, die im Bereich ELER hier stattfinden, dann ist hier im Haus doch auch ein verbesserungswürdiger Zustand gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich höre, dass im vierteljährlich stattfindenden Strategieforum ein oder zwei Anträge da sind, dann stimmt ja etwas nicht. Dann können ja nur in zwei Jahren 20 oder 30 Anträge zustande kommen, wie es der Bericht hier zeigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Agrarabteilung war eine Vorzeigeabteilung. *(Abg. Walter Temmel: Genau!)* Ein Schmuckkästchen mit fachlicher Kompetenz, mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Österreichweit wurde diese Agrarabteilung geschätzt.

Heute ist die Revision dort, meine sehr geehrten Damen und Herren, und es ist ein Eingeständnis einer verfehlten Politik. Wenn wir zur Vorbereitung der Agrarreferentenkonferenz fachlichen Input zukaufen müssen, weil wir im Haus das nicht im Stande sind.

Und, Frau Landesrätin, wenn es wirklich stimmt, was mir heute gesagt wurde, dass die Abteilungsleiter-Stellvertreterin und der Herr Abteilungsleiter in Ihrem Büro Büroverbot haben, dann wundert mich eigentlich nichts mehr.

Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen, dass es, … *(Landesrätin Verena Dunst: Von wo haben Sie Ihre Informationen her? – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Entschuldigung, das Telefon ist schon erfunden, ich meine, es wird ja wohl stimmen. Oder stimmt das auch nicht, dass der Dipl.Ing. Cadilek seitens der LAD angestellt wurde, um solche Dinge, die ich gerade gesagt habe, vorzubereiten? *(Landesrätin Verena Dunst: Ich melde mich nachher zu Wort. Ich will Ihre kostbare Zeit nicht in Anspruch nehmen.)*

Bitte, tun Sie nur, Frau Landesrätin, tun Sie nur weiter! Als Sie sich hier das letzte Mal in diesem Haus, nein, das vorletzte Mal, weil heute haben Sie auch schon einmal geredet, zu Wort gemeldet haben, haben Sie gesagt, dass Sie bei der kommenden Landwirtschaftskammerwahl, was weiß ich was alles, der Kollege Sodl war noch nicht

überzeugt, aber wahrscheinlich konnten wir ihn überzeugen, sonst hätte die ÖVP nicht dazugewinnen können.

Sie sind drei Jahre hier als Regierungsmitglied für das Agrarwesen verantwortlich. In diesen drei Jahren waren Sie im Stande, dass die SPÖ drei Prozent verloren hat.

Eine Weile bleiben Sie noch, dann werden wir auch diese Dinge. Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, all diese … *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Ihr habt ja auch verloren.)* Bitte? Wir haben ein Mandat dazugewonnen. Ich glaube, die SPÖ hat ein Mandat verloren - oder irre ich mich da? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deshalb, Herr Kollege Spitzmüller, möchte ich damit enden, wo ich begonnen habe, indem Sie gesagt haben, vieles liegt nicht in unserem Bereich, weil wir mit dem Programm spät starten konnten, weil auf europäischer Ebene das noch nicht so fertigausverhandelt, so fertig zum Start vorbereitet war.

Das ist richtig, wir konnten erst Anfang 2016 tatsächlich in die Gänge kommen. Aber vieles liegt schon auch in unserem Bereich. Man darf hier nicht auf einem Auge blind sein.

Frau Landesrätin, bitte stellen Sie sicher, dass künftighin jene, die um Förderung einreichen, dass das ein bisschen schneller geht, denn das ist ein Zustand, der nicht gut ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die Zustände komme ich kurz nachher dann zu sprechen. Ich möchte mich zunächst bei den Menschen, die arbeiten, bedanken. Zum einen beim RMB und bei meinen allen Mitarbeitern, einige sind ja hier, die alle mit EU-Agenden zu tun haben, sei es hier im Burgenland oder auch vor Ort in Brüssel.

Die programmverantwortlichen Förderstellen für EFRE, für ESF, für alle EU-Förderprogramme, auch für die Additionalität, aber auch die Verwaltungsbehörde. Es sind sehr viele mit vielen Programmen, mit Interreg-Programmen, mit Ungarn, mit Slowenen, Slowakei, Interreg-Programmen und Koordinations- und Informationsstellen, die auch sehr wichtig sind, weil hier die Kritik natürlich berechtigt angebracht wurde, für transnationale und interregionale Interreg-Programmen und natürlich auch insgesamt für die Erstellung dieses Berichtes.

Wir haben gerade den Kollegen Strommer gehört. Er hat sehr viel aus diesem Bericht zitiert und anscheinend, was er vorher nicht gewusst hat, Erkenntnisse gewonnen, wie unterschiedlich die Förderungen in unterschiedlichen Regionen des Burgenlandes sind.

Na ja, Herr Kollege Strommer, wir sitzen gemeinsam in einer Fördergruppe und wissen, nehme ich an, dass es unterschiedliche Fördersätze in der Höhe gibt. Es gibt unterschiedliche Förderanträge in der Höhe und demzufolge gibt es dann als Rechenbeispiel klarerweise auch unterschiedliche Fördersätze pro Kopf auch zu den eingereichten Projekten. Das ist eigentlich nichts Neues bis zum Jahr 2016, sondern war eigentlich immer so und hat mit einer Schieflage in die eine oder andere Richtung überhaupt nichts zu tun.

Was wir natürlich dort feststellen müssen, ist, dass es einfach viele Gemeinden gibt, dass es viele Projektanten aus verschiedenen Bezirken gibt, die eben intensiver auch Projekte einreichen und diese in anderen Höhen, als das in anderen Regionen passiert, und so kommt es eben dann heraus.

Was der Kollege Spitzmüller gesagt hat, ist natürlich auch eine Vorgabe, die nicht wir erfunden haben, wenn es im Norden 60 Prozent eben an Förderungen und Abwicklung gibt, dann hängt das halt mit der Größe des Nordens zusammen, sind beinahe 160.000 Einwohner, die eben in den drei nördlichen Bezirken wohnen. Und dass dann eben eine Pro-Kopf-Quote auch herauskommt, die dann schlussendlich zu Förderinstrumenten in finanzieller Ausstattung kommt, ist auch so Vorgabe und nicht von uns.

Die Aufteilung wird natürlich, wie immer bei jeder Programmperiode, diskutiert. Wer kriegt wie viel, ist klar - Mitte, Süden, der Norden. Erwähnen muss man, dass aber der Süden und die Mitte schon zweimal in den Genuss von Förderperioden und somit Förderungen gekommen sind und das Nordburgenland erst in der zweiten Förderperiode jetzt eigentlich in den Genuss von ELER-Mitteln kommt. Also das nur zur Ergänzung.

Ein bisschen zu der Feststellung, was die Abteilung 4 jetzt tut und was sie früher getan hat und wer schuld ist, dass manches nicht so funktioniert, möchte ich zum Schluss dann anbringen. Ich möchte aber nicht das erwähnen, was meine Kollegen schon gesagt haben, das heißt, alle Förderkulissen sind erwähnt, alle Summen sind gesagt.

Dass wir sehr gut sind in der Umsetzung, ist dankenswerterweise zum einen, ich habe gesagt, ich bedanke mich bei den Menschen, die Projekte einreichen, bei denen, die sie abarbeiten und natürlich auch, weil wir auch ein Teil und viele von Ihnen sind das auch, Teil von Abwicklungsstellen, die auch ihren Beitrag dazu leisten. Und da gehört auch die Abteilung 4 trotzdem dazu, die auch schlussendlich hier den positiven Beitrag leistet.

Aber was wir tun sollten, ist die Aufmerksamkeit in die Zukunft richten. Das haben wir jetzt und das wissen wir, wie viel wir eben investieren können. Wir haben insgesamt bis zum Ende dieser Förderperiode, seit wir der Europäischen Union beigetreten sind, 1,4 Milliarden Euro erhalten, ausgelöst insgesamt 3,8. Das heißt, die Privaten investieren noch einmal so viel, damit eben diese Investitionen tatsächlich auch bei den Menschen landen.

Das ist nicht eine kleine Summe, sondern, glaube ich, schon eine große und man muss natürlich miterwähnen, weil ohne die Privaten, die Gemeinden, das Land, die eben die Kofinanzierungen übernehmen und ihre Investitionen dazu tätigen, würden alle Förderungen eigentlich nicht viel wert sein, weil man sie eben liegenlassen würde, so wie das in anderen Ländern ja passiert.

Andere Länder können es nicht auslösen, sie haben zwar Ziel 1-Förderungen, unsere Nachbarn teilweise, haben aber die Eigenmittel nicht zur Gänze, und deshalb ist es ein Rückläufer zur Europäischen Union, das wieder ins Budget, so wie das halt bei Budgets üblich ist, wieder zurückläuft und niemand bekommt es. Also das geht dann zurück in ein Budget.

Aber die Chance - und das ist der Blick nach vorne - sollten wir nützen. Mit 1. Juli übernimmt Österreich den Ratsvorsitz. Das heißt, wir haben hier Chancen, um uns jetzt schon zu positionieren und jetzt zum dritten Mal in unserer Geschichte den Vorsitz in Europa zu übernehmen. Dass wir auch burgenländische, österreichische, aber

burgenländische Positionen hier doch eindeutig nicht nur aussprechen, sondern auch vielleicht in Umsetzung bringen können.

Gleichzeitig übernimmt der Herr Landeshauptmann den Vorsitz in der Landeshauptmänner-Konferenz, *(Abg. Gerhard Steier: Und Frauen.)* das heißt, auch hier werden Veranstaltungen stattfinden, wo er nicht nur dabei sein wird, sondern auch Veranstaltungen im Burgenland stattfinden - mit europäischer Beteiligung. Also es wird Budgetkommissar Oettinger da sein, es wird Juncker da sein, und damit können auch wir unsere Positionen ganz klar zum Ausdruck bringen.

Das heißt, in diesem halben Jahr rückt nicht nur Österreich, sondern auch das Burgenland ins Zentrum Europas.

Wir sind eine erfolgreiche Europaregion, das wurde schon erwähnt. Und die wichtigste Investitionspolitik der Europäischen Union ist eben die Kommissions- und Strukturpolitik. Sie findet nämlich bürgernah statt. Sie findet meistens, sollte sie zumindest, bottom-up statt, das heißt, von unten nach oben und nicht von oben nach unten und soll eben diesen Zusammenhalt stärken - den wirtschaftlichen, den sozialen und den territorialen und das in diesen verschiedenen Fonds, die eben schon erwähnt wurden.

Umsetzungsstände - auch diese haben wir gehört. Wie viele Projekte eben eingereicht wurden und wie viele in manchen Bereichen eben nicht eingereicht wurden.

Interessant ist zu erwähnen, dass wir sogar vier Projekte in einem Fonds ausgelöst haben, der eher ein wenig eigenartig anmutet, nämlich im Europäischen Meeres- und Fischereifonds. Also dort konnten wir auch etwas für die Fische im Burgenland und für diese Initiativen tun. Vier Projekte mit 60.000 Euro, das ist etwas, was ein bisschen anders ist, als die uns immer gegenwärtigen Fonds.

Was wir aber diskutieren müssen, wo wir jetzt unsere Konzentration hinlenken müssen, ist die Förderung nach 2020. Das heißt, wir sind jetzt in den letzten 20 Jahren, ich habe Summen genannt, von weniger als 70 Prozent des EU-Durchschnitts auf 90 gestiegen, und laut Eurostat ist die Tendenz positiv. Das heißt, wir steigen weiter. Das erzeugt natürlich eine gewisse Betroffenheit, weil wir wissen, dass wir aus dieser jetzigen Förderperiode herausfallen werden.

Der statistische Effekt mit Brexit ist natürlich auch eine neue Berechnungsgrundlage, wie der durchschnittlichen EU 26 berechnet werden muss. Das heißt, ohne die Briten und ohne die Kroaten, die noch zu kurz dabei sind, die werden auch nicht mitberechnet.

Das heißt, ein großer Nettozahler fällt weg, der Haushalt wird geschmälert. Dadurch wird die europäische Regionalpolitik als Hauptinvestitionspolitik der EU zwangsläufig mit Kürzungen konfrontiert sein.

Oettinger sagt, zehn Prozent weniger muss man planen. Was wir aber wollen ist, dass es nicht dort zu Kürzungen kommt wo es zweifelsohne dann zu Schieflagen auch für uns, als burgenländische Region, logischer Weise kommen nicht nur kann, sondern wird.

Deshalb haben wir auch im Landtag natürlich einen Antrag beschlossen, der eine starke Allianz für die Kohäsionspolitik zum Ausdruck gebracht hat und wir haben das auch per Unterschrift, der Landeshauptmann und ich, in Brüssel tatsächlich auch gemacht. Damit man auch nicht nur Anträge abfertigt, sondern auch tatsächlich mit den Verantwortlichen gemeinsam auch Zeichen mit Gesprächen, mit Unterschriften setzt.

Diese nächste Förderperiode wird uns nicht in den Schoss fallen. Wir müssen sie proaktiv gestalten, in Brüssel, ich habe es erwähnt, aber auch in Österreich in dieser zweiten Jahreshälfte.

All unsere Möglichkeiten müssen wir nutzen, um dies eben auch aktiv zu gestalten, um nämlich dieses Wohlstandsgefälle, die wir an der Wohlstandskante leben, eben nicht entstehen lassen dürfen, weil es zu Verzerrungen am Binnenmarkt zweifelsohne kommt.

Wir haben die 400 Kilometer lange Außengrenze zu unseren Nachbarn und hier ist natürlich im Besonderen der Arbeitsmarkt stark betroffen, mehr betroffen als bei anderen österreichischen Bundesländern und auch beinahe alle Regionen in Europa.

Es gibt die Idee, wo wir mit Oettinger übereinstimmen, dass es zum einen natürlich um Planungssicherheit geht, um Vertrauensschutz geht. Der kann nur gewährleistet werden, wenn man eine längere Förderperiode in Aussicht stellt, statt fünf sollen das sieben Jahre sein und an Einschleifregelungen denkt.

Das heißt, die die jetzt über 90 kommen werden, das werden wir sein und auch andere, viele, die jetzt den Übergangsregionsstatus haben, die müssen mit anderen Prozenten eben bedacht werden. Wir denken an 90, 93, 97.

Hier eine Einschleifregelung die nicht für sieben Jahre anhalten muss, sondern eben diese Prozente, die durchschnittlich im europäischen Bereich sind, da kann man dann ruhig aus dieser Förderperiode herausfallen, wenn man sich Richtung 100 nähert.

Das heißt, wir müssen auf starke Partner innerhalb der EU, aber auch natürlich in Österreich und auch seitens der Bundesregierung setzen, und mit denen intensive Gespräche, das heißt positiven Lobbyismus auch betreiben.

Wichtig wird auch sein, dass wir erwähnen, dass die grenzüberschreitenden Projekte für uns eine ganz wesentliche Rolle spielen, die zweifelsohne auch und es gibt einige die vielleicht selbstverständlich sind, aber schon durch die Selbstverständlichkeiten nicht mehr so präsent sind, positive Auswirkungen im Burgenland gehabt haben.

Ich darf nur den grenzüberschreitenden Nationalpark erwähnen, Naturpark Geschriebenstein, Ausbau der Neusiedler Seebahn, jOPERA als Kulturfestival und eine gemeinsame grenzüberschreitende Energiestrategie für diesen europäischen Raum.

Das heißt, was wir mit europäischer territorialer Zusammenarbeit in die Förderung gebracht haben, das müsste ausgebaut werden, weiter auf Infrastrukturmaßnahmen, auf Bahninfrastruktur und weitere grenzüberschreitende Projekte. Dort könnten wir gemeinsam hauptsächlich natürlich mit Ungarn hier doch auch eine win-win Situation auf beiden Seiten herstellen.

Die Kritik, die gekommen ist von den Projektumsetzern, ist berechtigt. Kollege Spitzmüller hat erwähnt diese 5.000 Seiten Richtlinien und ich verspüre als Obmann einer LEADER-Gruppe eigentlich beinahe tagtäglich, dass Förderwerber aus Projekten sich zurückziehen, weil eigentlich wenn man es salopp sagt, die Suppe mehr kostet als das Fleisch.

Das heißt, es geht einfach in die verkehrte Richtung. Die Kontrollen haben sich so stark eben durchgesetzt und manifestiert, dass eigentlich die Administration, die Verwaltung, so viel Geld in Anspruch nimmt und eigentlich für viele Projektwerberinnen und Projektwerber - und da gebe ich Ihnen Recht - eben eigentlich schon eine abschreckende Wirkung haben und demzufolge für diese Förderperiode gar nicht so leicht zu bewältigen sein wird wenn es um Kleinprojekte geht.

Das heißt, hier gibt es aber auch einen gemeinsamen europäischen Schulterschluss, eine Vereinfachung, alle Regionen haben das mitgetragen, alle 350 in der ganzen Förderkulisse, in allen Fonds muss es einfacher gestaltet werden. Auch die Verwaltungsbehörde weiß das, auch die Kommission wird sich dazu bekennen. Also es muss einfacher sein.

Wir wissen, wir stehen zur Kontrolle, es hat und gibt immer wieder Missbrauch, aber es muss eine Vereinfachung stattfinden und das führt aber zum einen natürlich in Richtung Brüssel.

Aber nicht nur, es führt auch sehr stark, Herr Kollege Strommer, in Richtung Ministerium, Rupprechter. Jetzt haben wir ja eine junge Frau als Ministerin, und ich hoffe, dass sie auch diesen Weg jetzt einschlägt. Die Verschärfungen und die Mehrkontrollen kommen genau aus diesem Ministerium.

Die Richtlinien kommen aus diesem Ministerium, wir machen sie nicht. Wir können sie diskutieren, aber wir machen sie nicht. Brüssel ist sehr genau, aber wir sind die Vorzugsschüler. Wir machen es noch ein bisschen genauer, noch ein bisschen mehr Kontrolle, noch eine Instanz dazu.

Das verspürt das RMB, das verspüren unsere Projektwerber. Und wenn ich dann, Kollege Steiner weiß das, von ihm eine Wortmeldung mir berechtigt anhören muss, dass mitten in einer Abwicklung einer Förderung zweimal Richtlinien vom Bund zu uns kommen und geändert werden müssen, dann ist das einfach keine Verlässlichkeit für den Projektanten.

Das kann man so nicht zulassen und deshalb brauchen wir dort Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Also da muss man auch Richtung Ministerium einwirken, dass in der nächsten Planungsperiode auch diese Dinge vereinfacht werden, abgestellt werden und gewisse Dinge anders durchgeführt werden.

Und wir haben das auch beim Agrarlandesrat Liegenfeld genauso verspürt. Gewisse Dinge haben lange gedauert, gewisse sind schneller gegangen. Es ist halt je nach Befindlichkeit. Und auch damals haben wir immer wieder gesagt, es sind zu wenig Leute, vielleicht sind das nicht die guten Leute, vielleicht arbeiten sie nicht perfekt.

Kritik kommt immer von einer ähnlichen oder von derselben Richtung und ich denke, alle sind gefordert, hier natürlich besser zu werden und hier intensiver auf den einzugehen, um den es geht. Es geht um den, der ein Projekt auslösen will, der eingereicht hat, der sich die Arbeit macht.

Wir müssen uns dorthin mehr konzentrieren und von bottom-up, das heißt, von dort weg müssen wir schauen, dass man denen das Leben auch als Projektantin oder Projektant leichter macht und nicht irgendwo oben anfangen, wo man sagt, wie können wir noch mehr Hürden aufbauen.

Ich kenne das vom Bereich Humanressourcen, über die Erwachsenenbildungseinrichtungen, also viele Bereiche wo einfach wirklich das Controlling so ausufert, dass die Leute schon sagen, okay weshalb sollen wir uns das noch antun?

Also da sind wir, glaube ich, alle gemeinsam gefordert. Kritik ist berechtigt. Ich stimme denen zu, es kann sicher besser, effizienter und schneller gearbeitet werden. Auch das unterstütze ich.

Aber man darf nicht nur die Schuld irgendwo in eine Richtung geben, sondern muss schon das breiter streuen, weil, es arbeiten sehr Viele daran. Und deshalb, glaube

ich, geht das in die Richtung von Vielen die hier zu tun haben. Auch wir alle sind gefordert und das ist meine Diktion.

Abschließend sollten wir uns nicht nur die Förderkulissen gemeinsam anschauen für die nächste Programmplanungsperiode, sondern es gilt diese auch gemeinsam ausgestalten, die Möglichkeiten nutzen die wir haben, im zweiten Halbjahr mit dem Ratsvorsitz, mit dem Landeshauptmann- Vorsitz. Und ich bin optimistisch, wenn wir uns gemeinsam alle anstrengen, dann wird das auch gelingen.

Und wir werden auch in der Zukunft eine Förderkulisse vorfinden, die eine positive Entwicklung in unserem Heimatland Burgenland auch unterstützt. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Präsident. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Europäische Union und ihre Auswirkungen auf Österreich, beziehungsweise für uns auf das Burgenland, sind ein sehr interessantes Thema.

Interessant auch schon im Aspekt wo es darum geht, dass man die Leistungen der Europäischen Union immer dort lobt, wo es finanzielle Auswirkungen gibt. Das heißt, mir kommt es oft so vor, als würde der finanzielle Anspruch allein die Wertigkeit der Europäischen Union ausmachen.

Immer wenn es dann darum geht auch das der Bevölkerung zu vermitteln, der Bevölkerung es wirklich so zu erklären, dass die Bevölkerung weiß worum es mit der Europäischen Union geht, dann wird es einigermaßen holprig, dann funktionieren die Informationsflüsse nicht.

Ich glaube kaum, dass mit diesem Bericht, den wir heute diskutieren, irgendjemand hinter dem Ofen hervorzulocken wäre und dass er dann einen Einblick in die Gesamtentstehung europäischen Gedankenguts beziehungsweise europäischer Fördermaßnahmen hat.

Tatsache ist, dass ich den letzten Aspekt meines Vorredners zum ersten aufnehme, wo es darum geht, dass die Bürokratie die Europa aufgebaut hat, auch im Einfluss der einzelnen Staaten, der einzelnen Mitgliedsstaaten, überbordend ist.

Da sind wir uns einig, dass dieses Kapitel etwas darstellt, wo diejenigen die damit umzugehen haben, einen derartigen Frust aufnehmen, dass manche Projekte schon daran scheitern, dass sie so nicht umzusetzen sind, weil die bürokratischen Hürden viel zu hoch sind.

Und ich bin davon überzeugt, dass hier auch der österreichische Einfluss eine sehr große Rolle spielt. Ich denke hier nur zum Beispiel an eine rein nationale Umsetzung bürokratischer Auflagen, wie zum Beispiel beim Minderheitengesetz, beziehungsweise Minderheitengegebenheiten, die auf finanzielle Förderung seitens des Bundeskanzleramtes zielen.

Da hat man als Förderungsnehmerin oder Förderungsnehmer genau den gleichen Hürdenlauf umzusetzen der bei der EU, dann in der Umsetzung noch, um etliche andere Möglichkeiten erweitert wird.

Tatsache ist aber, dass viele meiner Vorredner zu diesem Kapital es angesprochen haben, dass Burgenland im Speziellen braucht auch in Zukunft diese Kohäsionsmittel, egal in welchem Bereich sie eingesetzt werden, weil es noch immer einen absolut notwendigen Aufholprozess fortsetzen muss.

Wir haben vieles geschafft. Wir haben zum Beispiel mit dem notwendigen BIP im Nordburgenland mit 90 im Verhältnis auf EU etwas erreicht, das vor einigen Jahren niemand geglaubt hätte.

Aber das Südburgenland als unser eigentlicher Motor und unsere Triebfeder auf Auslösung von EU-Mitteln ist noch weit davon entfernt und daher gehört es auch, dass diese EU-Förderungssituation weiterhin von statten geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines auch meinem Vorredner jetzt in die Ausführung gesetzt, es gibt natürlicher Weise und das hat mich stark verwundert, weil ich es so eigentlich nicht erwartet habe, es gibt seitens der nationalen Gegebenheiten, sprich unserer neuen Bundesregierung, sehr wohl auch Ausfälle, die zu erwarten sind, auch die Zusage, dass diese quasi kompensiert werden.

Die Frau Bundesministerin Köstinger war auf die Bauern als erste vor der Landwirtschaftskammerwahl am Mikrofon und hat verkündet, falls die Europäische Union auf Fördermaßnahmen für den landwirtschaftlichen Bereich Ausfälle kennzeichnen wird, wird national dagegen gesteuert und werden auch hier entsprechende Maßnahmen gesetzt, wo scheinbar dann die finanziellen Mittel keine Rolle spielen.

Ich würde darum meinen, es gehört das Lobbying nicht nur nach Brüssel und unter den einzelnen Beitrittsländern gestaltet, sondern es gehört sehr viel Kraft dafür verwendet, innerhalb der nationalen Grenzen, speziell im Bereich in Bezug auf die Bundesregierung hier Vorarbeiten zu leisten, falls es durch die Einschränkungen der finanziellen Möglichkeiten, durch den Ausfall eines Mitgliedslandes diese Gegebenheiten geben sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines ist mir aber jetzt bei den letzten Wortmeldungen am griffigsten aufgefallen und deswegen auch diese Ansprache und hier bei der General- und Spezialdebatte auch klar und deutlich angesprochen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle von uns erinnern sich gemeinsam mit der burgenländischen Bevölkerung welche großspurigen, welche besonderen Leistungen in Bezug auf ein Stichwort im Wirtschaftssinne auf das Burgenland die letzten Jahre gefallen sind, im Zusammenhang mit Green-Jobs, im Zusammenhang mit allem auch was die Segnungen europäischer Förderkulissen betrifft.

ENERCON war das Stichwort das bis dato, jedem der sich damit beschäftigt hat, quasi als das ausschlaggebende Beispiel für europäische Ansiedlungspolitik mit allen möglichen Fördermaßnahmen im Zusammenhang gekennzeichnet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube kaum, dass wir die letzten zwei Wochen und das schon im Vorfeld auf die letzten drei Monate, die gleiche starke Wortmeldungskategorie erfahren durften, wie vorher in der Ankündigung, jetzt passiert etwas auf ENERCON.

Es ist schon etwas passiert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben innerhalb der letzten drei, vier Monate in diesem Bereich an die 300 bis 400 Arbeitsplätze verloren.

Wenn das nicht ein Scheitern einer Politik im Zusammenhang mit den sogenannten Green-Jobs bedeutet, dann weiß ich nicht wohin eigentlich die Zielsetzung führt.

Ich möchte jetzt gar nicht im Zusammenhang mit diesem Betrieb, der als die Lobpreisung der Möglichkeiten in diesem Bereich angekündigt und umgesetzt wurde, was im Zusammenhang mit Fördermitteln dort eingesetzt wurde.

Am besten wird es wahrscheinlich der Herr Bürgermeister der Gemeinde Zurndorf wissen, welche und neben seinem Wissen werden noch viele andere damit involviert gewesen sein oder davon betroffen gewesen sein, welche Möglichkeiten dieser Marktmacht bestimmende Energielieferant, sprich Windkraft-Erzeuger im Burgenland errungen hat.

ENERCON war quasi der Weisheit letzter Schluss und hat in Zurndorf in den Anfängen, glaube ich, über 100 Arbeitsplätze gehabt, zum Schluss waren es, glaube ich, nur mehr 46 oder wie immer auch.

Es waren auf jeden Fall Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die mit ungeheurem Aufwand, in die grüne Wiese gestellt ein Betriebsgebäude bekommen haben und die froh waren in diesem Bereich, der als zukunftsträchtigste Investition gegolten hat, aktiv geworden sind.

Ich möchte nicht wissen welche Möglichkeiten ENERCON genutzt hat, um zu Fördergeldern zu kommen. Welche Versprechungen im Zusammenhang dort gefallen sind.

Nur eines steht jetzt fest, dieses Betriebsgelände, Betriebsgebäude, zum Teil höre ich, dass manches schon an die BEWAG oder an die Energie Burgenland gegangen ist, und jetzt gewisse Teile, sprich eine leergefegte Halle ist, weil die Modells, die dort quasi als Grundlage gedient haben, gehören ja gar nicht dort der ENERCON, sondern die gehören wieder einer holländischen Firma.

Die gehören ja gar nicht zum Betriebsmarkt, die gehören ja überhaupt weg. Das ist ja das Größte, das sind lauter Verschachtelungen. In Wirklichkeit haben wir davon immer wieder gesprochen, es gibt ein Heuschreckenprinzip und das ist im wahrsten Sinne des Wortes etwas, das sich hier niedergelassen hat, abkassiert hat und jetzt schließt es die Pforten.

Jetzt sind sie weg und das Resultat ist, dass wir jetzt vor Ort eine brachliegende Industriehalle haben, die noch dazu, und das bitte allen ins Gewissen geschrieben, wir kennen das von landeseigenen Betrieben, wir kennen das aber auch in dem Zusammenhang jetzt dort, diese Betriebsstätte und alles was mit diesem Wirtschaftsnamen in Zusammenhang steht, hinterlässt einen Buchwert der seinesgleichen, was die Betriebsgegebenheiten betrifft suchen kann.

Wenn jetzt jemand sich dort anstellen möchte, und der Herr Bürgermeister Friedl weiß das insbesondere, wo es nicht zu viele sind aber einige haben nachgefragt, wenn sich jemand jetzt dort anstellen will, dem reißt es jetzt nicht nur die Ohren runter oder den Mund auf, sondern der steht starr vor Schreck über die Zahl die genannt wird, was eine Übernahme dieses Betriebsgebäudes mit einer eingeschränkten Betriebsfläche seitens ENERCON verlangt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die wahren Hintergründe von wirtschaftlichen Gebarungsgegebenheiten, die uns Schaudern machen lassen sollen.

In der Verantwortung, in der politischen Trägerschaft, ist das ein typisches Beispiel wo jemand kommt, die Chance nutzt, weil sie sich quasi als Tor auftut und anschließend ohne viele Skrupel ohne irgendwelche Begleitumstände sagt: „Es hat mich sehr gefreut, es war sehr schön, Tschüss.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was hat diese Betriebssituation alles an sogenannten „positiven Wundern“ bewirken sollen? Wir haben uns alle, mehr oder weniger, eine Darstellung liefern lassen, die auf, Kollege Illedits hat vorher von der Energiezukunft grenzüberschreitend gesprochen, sie haben natürlich auf den Osten gesetzt, sie haben auch auf Süd-Deutschland gesetzt. Der Transport der sogenannten Teile ist über die Donau erfolgt.

Tatsache ist, dass diese Betriebssituation eigentlich nie einen Punkt erreicht hat wo man darüber sprechen konnte, dass sie eine Wertschöpfung in einer besonderen Form hatte. Und ich bin zutiefst davon überzeugt, und ich wünsche es auch jedem der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die in diesem Werk beschäftigt waren, das sie kurzfristig eine Arbeit finden die im Baunebengewerbe, Gott sei Dank, keine Problemstellung darstellt.

Was ein größeres Handicap ist, dass die gesamten Techniker, die diese Windräder warten und in einem großen Konglomerat jetzt vorhanden sind, dass die schon vor Weihnachten ihre Kündigung erfahren haben.

Und dass wir in der gesamten Schiene, was die sogenannte New Energy oder die Green Energy betrifft, eine Situation jetzt vorfinden, wo meiner Ansicht nach zum größten Teil viel Geld geflossen ist, öffentliches Geld geflossen ist, und die Wertschöpfung im Endeffekt nur für den gegolten hat, der im Grunde genommen jetzt den Vorteil genutzt hat und jetzt wegzieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind uns darin einig, dass europäische Förderungsmittel und Fördergelder durchaus für unser Bundesland von absoluter Bedeutung sind. Wir brauchen sie, um unseren Aufholprozess, wie ich vorher schon erwähnt habe, fortzusetzen.

Wir hegen den Wunsch, dass auch die zukünftige Programmplanungsperiode alle Chancen und alle Möglichkeiten einräumt, die das Burgenland braucht. Auf der anderen Seite, wenn es Einschränkungen gibt, dann sollten wir nicht in die Richtung jammern, das wir es so nicht zur Kenntnis nehmen wollen, sondern wir sollten rechtzeitig das Lobbying in nationaler Hinsicht ansetzen und bei der Bundesregierung, bei der neuen Bundesregierung, alle Chancen nutzen.

Was im Endeffekt aber niemanden in Bezug auf europäische Fördergelder und auf die ENERCON genutzt hat war, und das schreibe ich Ihnen jetzt auch ins Stammbuch, Ihre sogenannte Wortmeldung, Herr Kollege Illedits, wo es darum gegangen ist ENERCON der Bevölkerung zu erklären, warum Sie jetzt quasi abgezogen sind.

Sie haben in Ihrer Aussendung festgehalten, dass der alte sogenannte Wirtschaftsminister in der sogenannten nicht vollzogenen Novellierung der Ökostromnovelle ausschlaggebender Faktor für den Abzug von ENERCON aus Zurndorf wäre, in Klarheit und in Deutlichkeit.

Sie wissen, dass die Ökostromnovelle in der alten Bundesregierung langatmig und nicht zustande gekommen ist. Wir beide wissen auch, dass die sogenannten Player auf der einen Seite, die ÖVP, unbedingt den Biomassebereich und den Wärmekraftbereich für sich reklamiert haben.

Die andere Seite, die SPÖ-Seite, die sogenannte New Economy, also die neue Möglichkeit auf sogenannte alternative Erzeugung, im Fokus gehabt hat. Aber wenn schon so eine Aussendung im Sinne von Schuldzuweisung basiert, sollte man die ehrliche Klarheit besitzen und sagen „mea culpa“, wir waren beide schuld, keiner ist da frei von Schuld. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich die Frau Landesrätin Dunst gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren, die Sie uns zuhören! Zunächst einmal zum Umsetzungsbericht: Ich finde das ganz, ganz wichtig, dass wir uns orientieren können an einem Umsetzungsbericht was bisher schon gelungen ist, wo es noch Möglichkeiten gibt.

Der Umsetzungsbericht ist bis zum 31.12.2016. Ich bin seit dem Jahr 2014 bis Mitte 2015 nicht zuständig gewesen, aber ich sage gleich vorweg, dass es mir nicht darum geht jetzt meinem Vorgänger irgendetwas auszurichten.

Im Gegenteil, ich darf Sie ersuchen, alleine die Seite 5 und 6, hier Zitate herauszunehmen, wo es gerade im ELER-Bereich darum ging 600 Seiten Vorschriften im Amtsblatt, 5.000 Leitlinien und Interpretationen der Europäischen Kommission.

Dann kam das endlich nach Österreich, dort hat man sich das auch noch im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Lebensministerium, angesehen. Dann kamen die Gelder beziehungsweise die Richtlinien und die Umsetzungsmöglichkeiten überhaupt erst in die Länder.

Zusammengefasst, ich weise im ELER-Bereich, wo nicht alleine ich zuständig bin, aber zumindest jene, die über die Abteilung 4 auszahlt, ganz klar zurück.

Wenn der Herr Präsident, jetzt ist er gerade Präsident, sonst Abgeordneter, in den Reihen damals als Abgeordneter, also von dem Sitz des Abgeordneten aus - jetzt muss ich mich umdrehen sonst bin ich unhöflich - zum Landtag, wenn Sie dann oder wenn Du, Herr Präsident, laut von Dir gibst, das ist ja die Schuld von der Verena Dunst. Das ist wieder einmal typisch. Ich sage noch einmal, ich war nicht einmal zuständig.

Zweitens, wenn wir über die nächste ELER-Förderperiode reden, dann hoffe ich, das Du Dich gerade auch als „LAG nordburgenland“ Obmann Stellvertreter dazu äußerst, das man endlich einmal eine Bürokratie wegnehmen muss. Ja und ich stehe dazu.

Ich wundere mich und bin dankbar jenen die überhaupt Gelder teilweise abholen. Weil was sich die Einzelnen da antun an Dingen, die sie beilegen müssen, an Anforderungen, 1.000 Dinge. Da wundert es mich auch nicht, dass 50 Prozent der Landwirtschaftstreibenden kein Geld mehr abholen. Das sind die Kleineren.

Und wenn ich mit Ihnen rede, liebe ÖVP als Bauernbundvertreter, und die sagen dann: Ja, Frau Landesrätin, wir sind ein kleiner Betrieb, wir haben keine Sekretärin. Wir können uns das Landwirtschaftsfördergeld nicht mehr abholen, weil da so viel Bürokratie drauf ist. *(Abg. Walter Temmel: Sie sind zuständig.)*

Na dann lieber Bauernbund, dann tun Sie endlich etwas und schauen Sie, dass wir die Bürokratie wegbekommen. *(Abg. Walter Temmel: Sie sind zuständig.)* Weil sonst sterben uns, so wie jetzt nach dem „Grünen Bericht“ von 2016, stirbt uns jeden Tag ein Betrieb *(Abg. Walter Temmel: Sie sind zuständig.)* weg.

Also daher weise ich die Kritik absolut zurück. *(Abg. Walter Temmel: Sie sind zuständig, Frau Landesrätin.)* Das ist falsch, das ist hinterfotzig und nicht passend, weil es nicht stimmt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und ich will hier zum Zweiten klar noch einmal wiederholen was der Herr Präsident Illedits gesagt hat. Die Richtlinien machen nicht wir und ich sage das an einem Beispiel:

Als wir endlich einmal beginnen haben können, dass wir arbeiten, weil von der Europäischen Union über das Ministerium wir die Freigabe hatten, die Mitteln so auszugeben wie sie im Rahmen sind, dann habe ich selbst etwas versucht.

Ich habe versucht Gelder über die Europäische Union, über das Ministerium zu den Menschen zu bringen, weg von den zentralen Mitteln, wo wir keinen Zugriff haben, über die Regionen hin zur Nahversorgung und zum Buschenschank.

Eineinhalb Jahre, meine Damen und Herren, eineinhalb Jahre habe ich gebraucht, aber nicht weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von denen Sie behaupten, sie arbeiten nicht. Das ist auch ein Affront, also das finde ich nicht in Ordnung, wenn Sie dann Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlecht machen und das vor dem Hohen Landtag und vor allen Zuhörerinnen und Zuhörern. Das ist dem Hause nicht würdig, das ist nicht in Ordnung.

Aber bitte, das ist Ihr Stil, das Sie da Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes schlecht macht. Aber ich sage Ihnen nur, jetzt habe ich es geschafft, nach eineinhalb Jahren, dass wir 1,7 Millionen Euro zur Verfügung haben, damit wir für die Nahversorger, gegen das Nahversorgersterben, für die Lebensmittelsicherheit der Menschen die am Land leben, endlich einmal Geld zur Verfügung haben.

Punkt Nummer Drei: Großspurig haben Sie gesagt: Na ein Wahnsinn, das ist ja klar. Jetzt sind Sie schon ein paar Jahre zuständig, - jetzt weiß ich auch wo die „bvz“ und die „Kronen Zeitung“ die Berichtung her haben, weil da sind Sie ja auch schon hergefallen. Das ist auch wieder typisch das Sie sagen: Naja jetzt hat die SPÖ verloren.

Liebe Bauernbundler, Ihr habt auch verloren. Ihr habt ein Minus stehen vor Eurem Ergebnis, also redet nicht groß auf. *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie sind nicht einmal wählen gegangen.)* Und wenn wir verloren haben, okay das war aber auch klar. Ich habe das von Anfang *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Als Regierungsmitglied sind Sie nicht einmal wählen gegangen.)* an gesagt.

Wenn vier Parteien antreten ist es klar, dass dann die größeren zwei verlieren. Also was ist da neu daran? Und dass Sie mich schuldig dafür machen, das war aber auch klar, dass das irgendwann kommt.

Aber eine Bitte habe ich an Sie, Herr Präsident Strommer. Sie haben dann in diesem Hause vor nicht langer Zeit zugeschaut, wie der Herr Abgeordnete Temmel, denn Herrn Dipl.Ing. Cadilek, entschuldigen Sie, denn Herrn Dipl.Ing. Radakovits, Jandresits schlecht gemacht hat. *(Abg. Walter Temmel: Nein, überhaupt nicht. Keine Entscheidung habe ich schlecht gemacht.)*

Weil den haben wir zum Berater für die Landwirtschaftlichen Schulen gemacht. *(Abg. Walter Temmel: Keine Entscheidung.)* Der war der Vize-Bürgermeister der ÖVP in Güttenbach, dann hat die ÖVP 30 Jahre keinen *(Abg. Walter Temmel: Keine Entscheidung habe ich schlecht gemacht, keine Entscheidung.)* zuständigen Landesschulinspektor für die Landwirtschaftlichen Fachschulen zuwege gebracht.

Dann habe ich es übernommen und habe gesagt, was ist der ÖVP passiert. Ich habe nicht lange gejammert und nicht schlecht geredet. Ich habe wen installiert, nämlich Ihren früheren Vize-Bürgermeister der ÖVP Güttenbach und *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: (Und wer hat das kritisiert?)* Direktor der Landwirtschaftlichen Fachschule. *(Abg. Walter Temmel: Wer hat das kritisiert?)*

Was haben Sie gesagt? Schriftliche Anfrage, mündliche Anfrage. *(Abg. Walter Temmel: Na sicher. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Man wird ja noch fragen dürfen.)*

Was bekommt der Dipl.Ing. Jandresits gezahlt? Ihr eigener Funktionär, der für Sie alles getan hat. *(Unruhe bei der ÖVP)* Ich habe ihn gerne genommen, weil er etwas kann, den haben Sie schlecht gemacht.

Was tun Sie heute, Herr Präsident Strommer? Ich war überrascht, dass Sie in diese Kerbe eines Herrn Abgeordneten Temmel einschlagen, weil ich habe Sie eigentlich anders eingeschätzt, aber auch sogar ich kann mich irren.

Lieber Herr Präsident Strommer! Wenn Sie heute den Herrn Dipl.Ing. Cadilek erwähnt haben und über die „bvz“ und „Kronen Zeitung“, wie gesagt, jetzt weiß ich wenigstens den Ursprung, weil ich habe das auch gelesen, so wie alle anderen. Der Herr Dipl.Ing. Cadilek bekommt jetzt so viel bezahlt und den braucht die Dunst als Berater.

Meine Damen und Herren, das ist der Büroleiter Stellvertreter von mehreren ÖVP-Regierungsmitgliedern. Ich arbeite aber mit allen zusammen. Der kann etwas, daher bin ich sehr froh, dass er, Gott sei Dank, seine Karenz unterbrochen hat und jetzt wieder arbeitet für das Land und nicht ein Jahr, sondern nur ein halbes Jahr in Karenz war.

Jetzt kommt er zurück, fragen Sie Ihn einmal welchen großen Dienst Sie Ihm erweisen, weil er jetzt von allen angesprochen wird, wieviel er nicht verdient.

Wissen Sie was das ist? Menschenverachtend! Menschenvernichtend! Sie bringen da Leute in ein schiefes Licht, die super arbeiten. *(Abg. Walter Temmel: Wer sagt denn das?)* Mir ist es egal ob wer ein ÖVP-Buch hat oder nicht. Das werden Sie gehabt haben, die arbeiten super. *(Heiterkeit bei der ÖVP)*

Und daher entschuldigen Sie sich bitte endlich einmal beim Herrn Dipl.Ing. Jandresits und beim Herrn Dipl.Ing. Cadilek.

Liebe Frau Abgeordnete Resetar! Vielleicht ist Ihnen wichtig, wenn Sie heraußen stehen, dass Sie viel Applaus bekommen. Mir geht es nicht um den Applaus des Landtages. Mir geht es darum, dass ich da zwei ÖVP nahe Menschen nicht beschädigen lasse. Weil die gut arbeiten. *(Abg. Ingrid Salamon: So sind sie, die ÖVP'ler!)* Daher hören Sie endlich auf, Ihre eigenen Leute schlecht zu machen. Das gehört sich nicht, das tut man nicht.

Aber zum dritten Punkt. Sehr wichtig und richtig hat der Präsident Illedits, weil um das geht es ja eigentlich, um den Umsetzungsbericht, vorher gesagt, schauen wir in die Zukunft. Ich möchte aber den Vorwurf vom Präsident Strommer, damit es auch alle wissen, klarstellen und richtigstellen. Das ist der Umsetzungsbericht bis Ende 2016.

Im Europäischen Meeres- und Fischereifonds ist mittlerweile leider überhaupt kein Euro mehr da. Weil wir so viele Anträge hatten, weil dass das Land Burgenland als Tourismusland auch braucht. Weil wir einen so niedrigen Selbstversorgungsgrad im Fischereiwesen haben, dass ich mittlerweile vier Gespräche geführt habe mit dem Ministerium, mit einem ganz super Ministerialrat, der Gott sei Dank burgenländische Wurzeln hat.

Der uns jetzt als Burgenland, nicht mir, uns als Burgenland hilft, dass wird Gelder zusätzlich für den Europäischen Meeres- und Fischereifonds kriegen, damit wir weiter Menschen unterstützen, die in Fischerei investieren, weil es wichtig und richtig ist. Es ist also auch nicht richtig, was Sie da behaupten. Da wäre vielleicht ein Gespräch vorher gar nicht so schlecht.

Zur nächsten EU-Förderperiode: Ich habe bereits ein Strategiepapier erarbeiten lassen, ein Programmplanungsdokument. Ich weiß nicht, warum Sie nicht, also ich sage es positiv. *(Zwiegespräch zwischen dem Abg. Mag. Christian Sagartz, BA und der*

Abgeordneten Ingrid Salamon) Sehr geehrter Herr Abgeordneter Sagartz, ich sage es positiv. Das unterscheidet mich ja von anderen.

Ich sage es positiv. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* Sie werden sicherlich in den nächsten Fragestunden überlegen, wo können wir die Dunst noch irgendwo „andippeln". Weil der müssen wir immer schaden. Weil als Frau und als rote Agrarlandesrätin österreichweit das halten sie halt schlecht aus.

Ich habe mittlerweile so viel umgesetzt, dass Ihre Leute, nicht nur Sozialdemokraten *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habt Ihr eh bei der Wahl gesehen!)* und andere sagen, gut dass Sie das machen, weil Sie tun wenigstens für uns etwas. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habt Ihr eh gesehen!)* Ich lasse das auch für die Frauen nicht zu.

Weil dass Sie damit nicht umgehen können, dass ich als erste Agrarlandesrätin Österreichs einen Erfolg *(Heiterkeit bei den Abgeordneten der ÖVP)* für die Agrarproduzenten einbringe, das ist auch eine Beleidigung für die Frauen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich hab das nicht einmal gewusst, dass Sie die Erste sind!)* das möchte ich Ihnen auch einmal klar sagen. Hören Sie endlich einmal auf mit dem Schlechtreden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich hab das gar nicht gewusst!)*

Zur nächsten ELER-Förderperiode, weil um das geht es ja eigentlich. Vielleicht kommen Sie dann wieder auf die Idee, sich hier einbringen zu wollen. Weil es geht auch um Ihr Ministerium. Die Frau Ministerin Köstinger, mit der ich in guten Gesprächen bin, die ich schätze.

Wo ich weiß, dass sie sich auch einsetzt, hat ein Riesenproblem, nämlich das sagt sie ganz klar bei der LAG, auch mit Protokoll, dass es hier große Einsparungspotentiale in mehrstelliger Millionenhöhe geben wird. Da kann ich Sie nur ersuchen, Herr Obmann Steiner, dass Sie auch hier Ihre Ministerin schützen und schauen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist, Frau Obfrau Dunst?)* dass wir wirklich auch als Burgenland dementsprechend Geld genug bekommen, dass wir in der nächsten ELER-Periode auch mit genügend Geldern zur Verfügung arbeiten können.

Weil das schaut im Moment nicht so aus. Es werden Gelder durch den Brexit fehlen, aber auch durch Einsparungen im früheren Lebensressort, jetzt hat das Ganze ja einen anderen Titel. Und da bitte ich Sie noch einmal ernsthaft und mit Sorge für das Burgenland, dass Sie eben Ihre Ministerin hier unterstützen, denn sie meint es ehrlich und sie schaut wirklich auf die Menschen am Lande.

Ich bitte nur, das Programmplanungsdokument, dass ich gerne allen zur Verfügung stelle, falls Interesse besteht, durchzusehen. Es gibt ein Programmplanungsdokument, wo ganz klar drinnen steht, wir müssen Bürokratie abbauen. Das geht so nicht weiter. Wie ich vorher schon gesagt habe.

50 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe wollen um keine Förderung mehr ansuchen, weil ihnen die Bürokratie zu hoch ist. Das Zweite was wir brauchen, ist mehr Regionalität. Im nächsten ELER-Bereich muss es so sein, dass wir dort mehr Gelder für Regionen zur Verfügung haben. Jede Region entwickelt sich anders und da brauchen wir das Geld. Nicht so viele zentrale sondern mehr regionale Maßnahmen, um dort eingreifen zu können.

Das heißt zusammengefasst, ich bin überzeugt, dass in der Zukunft, wenn alle über ihren Parteischatten springen können, dass hier wirklich etwas weitergeht und dass wir gemeinsam schauen, dass wir wieder genügend Gelder für die Menschen in unserem Land, dass wir sowieso kofinanzieren müssen, das ist keine Frage, an Land kriegen. Die

Menschen brauchen diese Unterstützung. Das haben Sie vorher ja klar zugegeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Als Nächstes erteile ich dem Herrn Landtagspräsidenten Illedits das Wort. Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Ich möchte nur replizieren auf den Kollegen Steier, weil er weiß, was er sagt und was er nicht sagt. Aber ich möchte nur eine Ergänzung ENERCON. Natürlich ist es tragisch und schade, dass dieses Werk jetzt in der Betonturmerzeugung schließt. Die Förderkulisse hat das Land nicht für ENERCON erfunden. Die gibt es schon länger.

Das heißt, die Voraussetzungen sind für viele, für andere gleich. Ob das Lidl ist, ob das ENERCON ist oder andere. Es hat immer schon welche gegeben, die abgewandert sind nach irgendeiner Förderperiode, das mag vielleicht aufstoßen. Aber es hängt schon mit gewissen Dingen zusammen, die nicht nur in Österreich, sondern in Deutschland entstanden sind. Das heißt Ökostromgesetz.

Dass dieses verändert wurde, mag vielleicht jemand gewusst haben vor fünf Jahren, vor sechs Jahren. Ich glaube nicht, dass wir das so angenommen haben, dass sich diese Situation so rasch in diese Richtung verändert. Und dass es natürlich geplant war, jetzt kann man sagen, das war auch nur eine Vision, dass der Osten wirklich auch aufgrund der ganzen Situation jetzt mit den Ökopunkten im europäischen Kontext auch sich zur Windenergie oder zu erneuerbaren Energien bekennt und bekennen muss.

Es war geplant, dort diese Osteuropäer, europäische Zentrale eben, zu errichten mit Blickrichtung in die neuen Mitgliedsländer, teilweise Kroatien, das ist gelungen. Aber viel zu wenig, um ebenso einen Betrieb in dieser Dimension mit bis zu 300, jetzt sind es ja nur mehr 100, dreischichtig arbeitenden Menschen in der Betonturmerzeugung, die in den ganzen Süddeutschen Raum, ist richtig erwähnt, geliefert haben über die Donau.

Die Investition, die nicht gefördert wurde, ist die am Ausbau Hafen Freudenau. Dort wurde die Verschiffung durchgeführt. Da hat es keine Förderung vom Burgenland gegeben. Auch nicht von Wien. Das heißt, man hat schon die Absicht ganz klar erkennen können, dass das schon längerfristig geplant ist.

Was noch erwähnt werden muss, es gibt natürlich sehr viele Servicetechniker, die weiterhin bei der Firma ENERCON angestellt sind, vielleicht in einer anderen Tochterfirma jetzt, wie sie heißt, aber weiterhin die Servicearbeiten für die Windkraftanlagen zweifelsohne durchführen.

Das sind, glaube ich, noch immer über 200 und dass der fehlende Beschluss der Ökostromnovelle in Österreich natürlich eine Verzögerung herbeigeführt hat, wird ja niemand außer Streit stellen. Und dass jetzt eine kleine Novelle im nächsten Jahr es der Energie Burgenland nur ermöglicht, 70 Windräder in Ausschreibung zu bringen, hat man auch schon ein paar Mal gelesen.

Nicht in meinen, sondern in anderen Aussendungen. Und dass sich somit natürlich der Wirtschaftsminister, der andere Richtungen, auch das wurde vom Kollegen Steier erwähnt, eingeschlagen hat, und nicht eben diesen Ansatz Windenergieförderung gewählt hat, hier natürlich, ich zitiere, liegt, glaube ich, auf der Hand, dass eben auch diese große Novelle verhindert wurde.

Das wollte man nicht. Damit hat man natürlich nicht nur verzögert, sondern auch verhindert. Jetzt kann er sagen, vielleicht wäre ja das Werk in zwei Jahren nicht mehr existent gewesen. Aber zum jetzigen Zeitpunkt, und das habe ich gesagt, wäre es nicht

geschlossen worden, davon bin ich überzeugt, wenn diese Novelle damals beschlossen worden wäre in dieser Art.

Jetzt einmal zwei Jahre ein Werk stillzulegen und sagen, vielleicht gewinnen wir die Ausschreibung, das kann man keiner Firma zumuten. Ich denke, dass es aber wichtig ist, dass auch die Servicearbeiten natürlich, weil es stehen ja in der ganzen Parndorfer Platte und auch woanders - die meisten sind ENERCON Windräder, ich glaube an die 500 - das heißt, die gehören serviciert für eine Laufzeit eben in der Förderkulisse bis zu 12 - 14 Jahren und auch länger hinaus. Es gibt Repowering.

Das heißt, es wird weiterhin Arbeitskräfte in diese Richtung geben. Natürlich haben wir zig Green Jobs getauft. Na was sonst? Sind tatsächlich Green Jobs? Ich glaube, das muss man auch dahingehend erwähnen. Jetzt schauen wir einmal was von der europäischen Seite kommt.

Es kommt jetzt natürlich keine Bevorzugung mehr der erneuerbaren Energien. Aber es kommt eine Gleichschaltung. Wenn alle Klimaziele, und ich habe das jetzt vom Herrn Minister Hofer und von der Frau Ministerin Köstinger gehört, wie die Klimaziele Österreichs jetzt einmal grundlegend, nicht genau, aber doch definiert werden. Dann hat man sich natürlich auch hier in Prozenten ausgedrückte Ziele gesetzt.

Die zu erreichen, hat Hofer gesagt, geht nur mehr mit erneuerbaren Energien. Da muss man sich natürlich überlegen, welche erneuerbaren Energien man da zu Rate ziehen wird. Ob das nur mit Photovoltaik oder mit Wasserkraft gelingt, wage ich zu bezweifeln. Also wird man auch nachdenken müssen, in welche Richtung geht diese Entwicklung?

Hat aber natürlich jetzt mit dieser doch für uns allen natürlich nicht positiven Entwicklung der Schließung eines Werkes zu tun. Wenn einem jetzt ein Werk gehört und er sagt, die Käufer kommen und die wollen das erwerben und er verlangt zu viel. Ich glaube, das ist in der Privatwirtschaft eben so üblich, dass man dann eben das Werk verkaufen kann, und das man glaubt, was es für einen wert ist.

Also ich glaube, das ist schwierig auch von der Förderkulisse her, auch aus der Vergangenheit wissend bei anderen Projekten, das in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen. Wenn man so etwas will, dann muss man das in Fördervereinbarungen irgendwo vorher anders erledigen.

Aber ich glaube, hier ist das Land zum einen aber natürlich auch andere Stellen mitgefordert. Aber interessiert hat mich nur der letzte Satz gemacht, wie Sie gesagt haben, wir sind beide da mit Schuld, mea culpa, wir beide. *(Abg. Gerhard Steier: Nein, die Bundesregierung!)* Ach so, ich habe geglaubt, wir beide als Sozialdemokraten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Steier das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Ohne Provokation und ohne die Sticheleien jetzt fortzusetzen, *(Abg. Christian Illedits: Das waren keine Sticheleien!)* einige Klarstellungen zum Inhalt meines Vorredners. Bezogen auf die Ökostromnovelle meinte ich die Bundesregierung und ihre zwei Partner, sprich Rot-Schwarz, die sich auf keine Ökostromnovellierung einigen konnten und das über Jahre.

Ich will es jetzt nicht parteipolitisch noch einmal auf die Fußballebene zitieren, weil wir zwei wissen, dass der Zuständige auf SPÖ-Seite der Katzian Wolfgang war, und damit

ist es durchaus wieder eine Möglichkeit, Eier zu pecken. Aber das lassen wir jetzt einmal dahingestellt. Das Kapitel ist auf diesem Niveau, glaube ich, nicht abzuhandeln.

Was mir wichtig war: In der Ansprache der ENERCON, und das glaube ich für alle Beteiligten hier in diesem Raum und darüber hinaus fürs Burgenland, ist, dass dieses Gesamtkapitel ENERCON nicht unter den Tisch gekehrt werden darf.

Wir wissen ganz genau, dass nicht nur große Förderungssummen, dass nicht nur sehr viel Bedeutung, sondern vor allem auch politisches Statement in Richtung Anpreisung dieses sogenannten neuen Partners im Burgenland passiert ist.

Wir wissen aber ganz genau, dass die letzten drei Monate, die sogenannten Proponenten dieses neuen Werkstoffes beziehungsweise der neuen Werkseinheit sich sehr still verhalten haben. Und bezogen auf die gesamte Arbeitnehmerschaft, die dort beschäftigt war, mehr oder weniger keine Wortmeldungen abgegeben haben. Sie wurden von mir deswegen zitiert, weil ich das quasi als ausschlaggebenden Teil einer meiner Ansicht nach total veralteten Politik sehe.

Ich kann nicht nur, und das jetzt als Fokus und in der Konsequenz. Ich kann nicht nur Förderungsmaßnahmen europäisch, national und lokal länderspezifisch fordern und gleichzeitig dann noch als nächste Komponente den privaten Haushalt in der Stromsituation auch noch mit an Bord nehmen.

Wir haben einen Ökostromzuschlag. Das habe ich nicht heute zum ersten Mal erwähnt, sondern das predige ich schon seit Jahren, wo die Deutschen nachträglich reagiert haben und das quasi gestrichen haben. Weil ihr Ökostromzuschlag schon das Doppelte von unserem hatte.

Sie haben darauf reagiert, dass sie alternative Energien sehr wohl weiterhin unterstützen, aber im Zusammenhang mit ihren Förderkonzepten Ausschreibungsmodelle gewählt haben, wo der Bestbieter im Sinne der geringsten Förderinanspruchnahme dieses Projekt realisieren darf. Und dass, was Sie jetzt angesprochen haben, war auf ENERCON die deutsche Problematik, dass sie quasi in ihrem Land nicht mehr ohne Einschränkungen Windräder aufstellen können, weil ihnen auch die finanzielle Zuflusssituation fehlt.

Das Gleiche ist auch im Burgenland. Jeder der vernünftig denkt, hat sich bei der Betriebsansiedlung gedacht, naja wenn das Burgenland jetzt möglicherweise 300, 400, 500 oder 600 sogenannte Windräder bekommt. Irgendwann einmal ist der Zenit erreicht.

Ich kann mit dem Repowering auch nicht mehr Windräder hinstellen, dass die das produzieren, in drei Schichten und wie immer auch umsetzen können.

Das heißt, ein jeder der vernünftig gedacht hat und das Ganze mit dem Hausverstand betrachtet hat, hat bei dieser Firma mit ihren Produktionsgegebenheiten ein gewisses Ende vorausgesehen.

Dass das Ganze eine Art Prestigeprojekt geworden ist, wovon Sie mit Sicherheit auch Bescheid wissen, das sei ja nicht dahingestellt, sondern die Wahrheit.

Die Wahrheit ist, dass man sich bei dieser Projektfinanzierung, bei diesen Projektgegebenheiten wirklich bemüht hat, ich erinnere mich an die sogenannten Ausflugsfahrten Richtung Norddeutschland, wo man sich ja auch vor Ort versichert hat, dieser ganzen Gegebenheiten.

Hier im Burgenland hat man es geschafft, dass die Firma angesiedelt wurde, jetzt hat man den Zustand, den speziell Zurndorf zu verwalten hat, dass sich dort ein leeres

Betriebsgebäude befindet, und das habe ich auch angeführt, was Sie jetzt nicht gesagt haben. Dieses leere Betriebsgebäude, und das weiß er als Steuermensch in der Finanzwirtschaft Kundiger und auch aktiv Tätiger gewesen, jetzt karenziert, dass man einen sogenannten Buchwert aus einem ganz bestimmten Grund in seine gesamte Buchführung hineingibt.

Weil ich nämlich über einen hohen Buchwert jährlich Abschreibungen habe, wo ich den Gewinn entnehmen kann, ohne dass ich ihn in irgendeiner Form versteuern muss. Und das ist in dem Sinne.

Deswegen habe ich es auch so bezeichnet, gerade an diesem Beispiel auch praktiziert worden. Hier wurden über die Jahre, wo das Werk bestanden hat, Gelder transferiert. Wir haben jetzt die Situation, dass wir einen hohen Buchwert haben und bei jedem vernunftbegabten Wesen, das sich anstellt und den Werner Friedl fragt, und was machst du mit der Liegenschaft?

Wie kann ich dir helfen? Wird der Werner Friedl antworten müssen, wenn du dir das leisten kannst, musst du nicht nur eine soziale Ader haben, sondern musst du sehr viel Geld im Lotto-Toto gewonnen haben, dass du da dazu kommst.

Aber sonst hat das einen wahrhaften Gehalt, was mich erstens, und jetzt wiederhole ich mich, zum ersten wirklich inständig ärgert, dass sich bei Wortmeldungen, die der Politik immer wieder auch auf den Kopf fallen, bei Wortmeldungen, bei Ansiedlungen, da ist man wortgewaltig, da ist man stark, da ist man der Beste.

Jetzt, wo es darum gegangen ist, dass Arbeitskräfte nicht nur bei dem Werk, sondern insgesamt ENERCON betroffen worden sind, war Ihre Wortmeldung eine der rarsten noch, obwohl Sie hintergründig eigentlich den politischen Anspruch gehabt hat. Aber die große Wirklichkeit derer, die sich da wortreich vorher zu Wort oder zu Protokoll gemeldet haben, die ist ausgeblieben, weil dort hat man die Verantwortung an die delegiert, die im Endeffekt jetzt dort als Leidtragende, als Arbeitnehmer, freigestellt worden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich einfordere ist hier eine vernünftige Politik, die im Zusammenhang mit der Ökostromnovelle auch das berücksichtigt, dass der einzelne Haushalt eine klare Auftragssituation kriegt, dass er damit wirtschaften und umgehen kann, und auf der anderen Seite auch im Bestreben auf eine Zukunftsgestaltung nicht die Burgenland Energie oder der burgenländische Strom- und Gasversorger, der zum großen Teil burgenländisches Landeseigentum noch ist, oder ist, dass der zum Beispiel im Kampf um die Gewerbebetriebe, zum Beispiel - das kann ich mir vorstellen bei ENERCON, die haben ja sehr viel Strom gebraucht, die günstigsten Tarife rauszubeuteln imstande ist und für jeden einzelnen Haushalt im Endeffekt über die Ökostromnovelle 130, 140 Euro pro Jahr verlangt.

Nicht jetzt er persönlich, aber einnimmt, und auf der anderen Seite die Investitionen zum Beispiel in die Abführung der Stromgegebenheiten über die Windkrafterzeugung riesige Investitionen ins Leitungsnetz gefordert haben.

Und im Endeffekt jetzt jeder Haushalt, der irgendwo beim Konsumentenschutz nachfrägt und an der Ausschreibung teilnimmt, sofort auf Knopfdruck vermittelt bekommt, beim Strom ersparst du dir im Schnitt 250 bis 300 Euro bei jedem Anbieter, beim Gas ersparst du dir bis zu 500, 600 Euro.

Ich glaube, dass es eine sinnvolle landeseigene Geschichte wäre, wenn es unseren Konsumentinnen und Konsumenten hier Entgegenkommen zeigen würde und nicht jetzt in irgendeiner Form Politik für ausländische Einrichtungen gesetzt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Kapitel ausländische Investitionen haben wir schon öfter geführt. Sie wissen ganz besonders, wo "Bau aufs Burgenland", Ihr Leitspruch war. Herzlichen Dank.

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Strommer. Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! ENERCON war sicher kein Vorzeigebeispiel einer - im Nachhinein wissen wir es alle - verfehlten Förderpolitik. Wir sollten alle miteinander daraus lernen, solche Dinge, die kurzfristig wirken, nicht mit so hohen Summen zu fördern.

Andere Baustelle. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Landesrätin! Niemand hat Sie kritisiert, weil Sie Frau und weil Sie Agrarreferentin sind. Niemand. Die ÖVP, und auch sonst niemand kritisiert in Wien eine Frau Ulli Sima, Stadträtin, verantwortlich für die Magistratsabteilung 49, für das ganze Forstwesen, für die landwirtschaftlichen Betriebe. Stellen Sie sich nicht weinerlich her, Sie werden an Ihren Taten gemessen.

Frau Landesrätin, es ist unbestritten, dass die Agrarabteilung, und drehen Sie mir das Wort nicht im Mund um, dass die Agrarabteilung eine Vorzeigeabteilung war. Ein Polster, ein Wiesler, ein Rittsteuer, ein Berlakovich, ein Falb-Meixner, das waren Männer, Persönlichkeiten. *(Landesrätin Verena Dunst: Männer, ja! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Entschuldigung, aber ich kann ja nicht sagen das waren Frauen, das waren Männer, ich meine, bei aller Liebe, das waren Persönlichkeiten, die dieses Agrarressort geführt haben, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrem Fachbereich Freiräume gelassen haben, die sich entfalten konnten, *(Landesrätin Verena Dunst: Den Liegenfeld haben Sie vergessen!)* wo es eine Freude war, zu sehen, wie dort gearbeitet wurde. *(Abg. Ingrid Salamon: Das Jagdgesetz haben sie auch gemacht, wenn wir noch eine Weile reden!)*

Sie haben das Agrarreferat übernommen, Sie haben das Agrarreferat übernommen und Persönlichkeiten aus diesem Ressort sind abgewandert. Entweder in andere Abteilungen des Hauses oder in die Privatwirtschart oder sonst wohin. Tatsache ist, dass es ein Aderlass war und nicht mehr jene Fachkompetenz zur Verfügung steht, die vor drei, vier, fünf Jahren da war. Jene, die heute da sind, bemühen sich redlich, sie sind aber nicht so viele.

Drehen Sie mir nicht das Wort *(Landesrätin Verena Dunst: Das ist Ansichtssache!)* im Mund um. *(Abg. Doris Prohaska: Das steht jedem selber zu!)* Niemand hat hier gesagt, niemand hat hier gesagt, dass im Agrarressort schlecht gearbeitet wird. Es wird langsam gearbeitet, weil nicht mehr jene Kapazitäten und nicht mehr jene Persönlichkeiten da sind, die vor vielen Jahren da waren. *(Landesrätin Verena Dunst: Und vor allem Frauen!)*

Es ist kein Ruhmesblatt für die Agrarabteilung des Landes, für Sie als Agrarreferentin, dass man überlegt hat, den Vorsitz in der Agrarreferentenkonferenz überhaupt nicht mehr anzunehmen, weil die fachliche Kompetenz nicht da war. *(Landesrätin Verena Dunst: Wer sagt das?)* Ein solches Unterfangen… *(Landesrätin Verena Dunst: Wer sagt das?)* Ich sage Ihnen das, ich, ich sage es Ihnen, der Rudi Strommer, zweiter Präsident des Landtages, jetzt als einfacher Abgeordneter hier am Rednerpult, Frau Landesrätin. *(Landesrätin Verena Dunst: Als Mann sagen Sie mir so etwas?)* Das sage ich Ihnen.

Frau Landesrätin, Sie haben sich auch nicht mit Ruhm bekleckert als es darum gegangen ist, den Weinbauern die ihnen zustehenden Frostentschädigungen auszuzahlen. *(Zwischenruf der Abg. Doris Prohaska)* In ganz Österreich sind sie nach einem klaren System ausbezahlt worden. Ihre Fachabteilung hat gesagt, ja, so wie es überall in Österreich gemacht wird, machen wir es auch. Sie haben verfügt, dass es anders gemacht wird. Sie mussten dann 180 Grad zurückrudern.

Frau Landesrätin, sagen Sie nicht wieder der Strommer redet wieder, weil Sie eine Frau sind. Ich sage es Ihnen, weil es fachlich falsch war, was Sie gemacht haben. Und nicht nur ich sage Ihnen das, sondern das haben Ihnen auch andere gesagt. *(Landesrätin Verena Dunst: Strommer, der Frauenfeind!)*

Richtig ist auch, und wenn das auch nicht stimmt, dass ein Dipl.-Ing. Cadilek eine Persönlichkeit, ein fachlich integrer Bursche, *(Landesrätin Verena Dunst: Genau!)* der lange Jahre für das Land in der Agrarabteilung gearbeitet hat, nunmehr nicht mehr für die Agrarabteilung gearbeitet hat *(Landesrätin Verena Dunst: Doch!)* und jetzt wieder zum Teil im Sold des Landes steht. *(Landesrätin Verena Dunst: Dann sind Sie falsch informiert!)*

Na dann, Sie hätten es mir ja sagen können, wie es richtig ist. Ich sage Ihnen meinen Informationsstand, dass ein Dipl.-Ing. Cadilek in der LAD 20 Stunden hat, die man braucht, um die Agrarreferentenkonferenz vorzubereiten. Wenn es nicht so ist, dann sagen Sie es mir, Frau Landesrätin. So einfach ist das.

Und tun Sie nicht immer weinerlich sagen, wir kritisieren Sie weil Sie eine Frau sind und weil Sie Agrarlandesrätin sind. Nein, um das ist es nie gegangen und drehen Sie mir nicht das Wort im Mund um. Ich sage es noch einmal. In der Agrarabteilung sind Persönlichkeiten, leider Persönlichkeiten weggegangen und die jetzt da sind, sind natürlich nicht mehr imstande, das zu leisten, was bisher in diesen fachlichen… *(Landesrätin Verena Dunst: Falsch!)*

Gut, ich sage Ihnen, dass es so ist. Wenn Sie, Frau Landesrätin, *(Abg. Ingrid Salamon: Ja, das ist Ihre Meinung!)* das anders sehen, die Rechnung wurde Ihnen präsentiert, ob mit dem Jagdgesetz oder wie auch immer. *(Allgemeine Heiterkeit)* Einer gewinnt ein Mandat… *(Abg. Doris Prohaska: Was war mit dem Jagdgesetz?)*

Was war mit dem Jagdgesetz? Na glauben Sie nicht, dass das Jagdgesetz auch entscheidend war *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* für das Landwirtschaftskammer-Wahlergebnis? *(Abg. Doris Prohaska: Du hast das jetzt gesagt!)* Wissen Sie, die ÖVP hat ein Mandat zulegen können, die Sozialisten haben ein *(Abg. Doris Prohaska: Wir drehen niemandem das Wort im Mund um!)* Mandat verloren, wenn das so weitergeht, freuen wir uns. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Da nun keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da schau her! Alle dafür!)*

Der 1. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 – 2020, EU-Förderungen im Burgenland, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1233), mit dem der Tätigkeitsbericht 2016/2017 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 870) (Beilage 1261)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 5. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1233, mit dem der Tätigkeitsbericht 2016/2017 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 870, Beilage 1261, wird Herr Landtagsabgeordneter Brandstätter vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Kilian Brandstätter: Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2016/2017 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 13. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Tätigkeitsbericht 2016/2017 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Christian Illedits: Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kollegen, Kolleginnen! Es geht um den Tätigkeitsbericht des Umweltanwalts beziehungsweise der Umweltanwaltschaft, Zeitraum 2016 und 2017. Nach wie vor ist diese weisungsfreie Stelle eine ganz wesentliche Stelle, um die Rechte der Umwelt, des Naturschutzes zu vertreten, um damit unser Burgenland lebenswert zu halten und die Schätze der Natur zu bewahren.

Was tat nun der jetzt nicht mehr im Amt weilende Umweltanwalt und sein Team in der Vergangenheit? Es ging im Großen und Ganzen um ähnliche Fälle, die wir aus der Vergangenheit vom Vorgänger kennen.

Errichtung von Windparks, Mobilfunkanlagen, landwirtschaftliche Gebäude, Missstände, beim Brauchtumsfeuer, vor allem ging es da um die Verwendung von Frischholz, Lärm- und Geruchsbelästigungen durch Tierhaltung, auch Lärm- und Geruchsbelästigungen durch Gewerbebetriebe.

Insgesamt wurde an 922 behördlichen Verfahren teilgenommen, eine Zunahme gegenüber den vergangenen Jahren. Gleichzeitig wurde an Tagungen, Expertengesprächen und Arbeitsgruppen teilgenommen, das waren insgesamt 278 Tagungen, Expertengespräche und Arbeitsgruppen. Nicht unwesentlich ist zu erwähnen, der Umzug 2016 aus dem Landhaus-Alt hier, hinüber.

Hier sind im Bericht die 160 Umzugskartons erwähnt. Sehr glücklich war man zuerst mit der Umsiedelung nicht, ich glaube inzwischen hat man sich ganz gut eingewöhnt in den neuen Räumen.

Ein wesentlicher Punkt, den die Umweltanwaltschaft im Zeitraum 2016 und 2017 gearbeitet hat, war die Öffentlichkeitsarbeit, oder war auch die Öffentlichkeitsarbeit, muss

man sagen. Sei hier kurz erwähnt, stichwortartig, Fledermaus-Wanderausstellung unter dem Titel "Wundertier Fledermaus". Daher auch das Cover des Umweltberichtes.

Dann die Teilnahme an der Filmreihe "Hunger macht Profite", die bereits zum achten Mal stattfand, "Recht auf saubere Umwelt", da ging es vor allem um Urlaub, der klima- und umweltschonend abgehalten werden soll, dann natürlich das fortlaufende Projekt gemeinsam mit dem Müllverband "Sei keine Dreckschleuder", wenngleich man auch hier einmal mehr sagen muss, dass der Erfolg hier leider nur daran zu ermessen ist, dass der Müll zumindest nicht mehr wird, weniger ist es nicht laut Berechnungen des Müllverbands oder den gesammelten Müllmengen.

Zu erwähnen ist noch die Stofftaschenaktion, an der einige Gemeinden teilgenommen haben, die doch einiges hoffentlich an Plastiksackerl erspart haben und Aufklärung und Information beziehungsweise auch dann in Zusammenarbeit mit den Gemeinden zum Thema Glyphosat das Ausstiegszenario aus Glyphosat aus den Gemeinden.

Alles in allem sieht man: Ein sehr umfassender, breitgefächerter Themenkomplex.

Ich möchte noch auf die Ausblicke eingehen, die im Bericht genannt worden sind. Es sind zwei wesentliche Schwerpunkte. Ob die dann wirklich auch so gehalten werden, wird sich an der neuen Person des Umweltanwalts oder der Umweltanwältin zeigen.

Meiner Meinung nach sind es dennoch sehr wichtige Punkte. Zum ersten Punkt kommen wir heute noch bei einem eigenen Tagesordnungspunkt, das ist der Verlust der Böden. Die Umweltanwaltschaft beziehungsweise der Umweltanwalt bringt hier auch das Thema, wenn schon Boden für die Bebauung genutzt wird, dann soll dort zumindest naturnah das gemacht werden. Dazu sind auch einige Beispiele im Bericht drinnen.

Der zweite Schwerpunkt sind auf der einen Seite der Verlust der Biodiversität, der natürlich auch durch den Bodenschwund ein Thema ist, aber gleichzeitig auch das Thema hatten wir hier im Landtag bereits der Neophyten, also Pflanzen, die sich erst seit kurzem hier ansiedeln und sich leider mehr wohlfühlen als es uns lieb ist.

Weiters ist geplant, 2019 einen Leitfaden für die Anlage und Pflege von naturnahen Gärten herauszubringen. Zudem ein Folder, der eben auch wieder auf die Neophyten eingeht, beziehungsweise viele Gärtner und Gärtnerinnen finden ja diese Neophytenpflanzen auch sehr toll - ich nenne zum Beispiel den Essigbaum hier als Beispiel - und pflanzen diese Pflanzen absichtlich in ihren Gärten. Dieser Folder soll Ersatzpflanzen aufzeigen und die Probleme, wenn ich das richtig verstanden habe, aufzeigen, die diese Gartenpflanzen mit sich bringen, die eigentlich Neophyten sind.

Zum Abschluss des Berichtes wird noch auf ein paar wesentliche Punkte eingegangen. Das eine ist natürlich der Klimaschutz, der Bodenschutz, den hatten wir schon, aber auch das Thema - war einige Male schon im Landtag Thema und sollte es wieder sein, weil das nach wie vor ein großes Problem ist - der freie Seezugang samt der Forderung einer Neusiedler See-Konferenz wie hier im Bericht steht.

Auf das große Potential der E-Mobilität wird auch noch hingewiesen und natürlich auf den weiteren Ausbau von Wind- und vor allem der Sonnenkraft.

Mag. Zechmeister, damit springe ich wieder an den Anfang dieses Berichtes, hat ganz wichtig in der Einleitung auch auf die wichtige Zusammenarbeit beziehungsweise Arbeit der NGOs hingewiesen. Naturschutzorgane, Bürgerinitiativen, aber auch einzelne Bürger und Bürgerinnen und natürlich die amtlichen Naturschutzorgane, deren es jetzt an der Zahl Gott sei Dank wieder mehr gibt.

Alles in allem ein sehr umfangreicher, auch reich bebilderter Bericht, der ganz eindeutig zeigt, wie wichtig diese Arbeit ist.

Wir werden am kommenden Montag, bereits ab der Früh, dem Hearing lauschen und auch Fragen stellen, um hier eine neue Person zu finden, die diese Arbeit ähnlich engagiert weiterführen kann. Was ich nicht ganz verstanden habe, muss ich gestehen, dass in der Ausschreibung dezidiert gleich zu Beginn darauf hingewiesen wurde, dass hier juristische Vorkenntnisse beziehungsweise Juristen bevorzugt sind, ist nicht drinnen gestanden, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* aber es ist von Vorteil - danke für das Flüstern -, das hat doch einige, das weiß ich aus persönlichen Kontakten, doch etwas abgeschreckt. Das ist auch deswegen - meiner Meinung nach - unnötig, weil wir haben einen guten Juristen in der Umweltanwaltschaft, der uns, soweit ich weiß, erhalten bleiben wird. Deswegen ist es nicht notwendig, hier einen Juristen einzusetzen.

Ich hoffe, wir werden dennoch eine gute Frau, einen guten Mann dafür finden und bedanke mich bei der Gelegenheit beim Mag. Zechmeister, aber auch natürlich bei seinem Team für die Arbeit und ja, man wird sehen, wie der nächste Bericht aussieht. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPÖ und bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir haben heute den Tätigkeitsbericht 2016/2017 der Landesumweltanwaltschaft Burgenland auf der Tagesordnung. Vorweg möchte ich mich bei unserem Herrn Landesumweltanwalt W.HR Mag. Werner Zechmeister und seinen Mitarbeitern für diesen ausführlichen Bericht und den unermüdlichen Einsatz für unsere Umwelt auch in den vergangenen Jahren recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dieser Dank gilt auch allen anderen Menschen, die sich täglich für unsere Umwelt einsetzen und bemühen, diese zu schützen, denn einer alleine kann gar nichts tun, sondern wir alle sind gefragt.

Doch nun zum Inhalt des Berichts: Zu Beginn sind klar und deutlich die Aufgaben der Umweltanwaltschaft definiert. Die Umweltanwaltschaft ist die einzige Einrichtung, die überparteilich und frei von Weisungen die Interessen der Natur und Umwelt vertritt. So ist es auch möglich, dass sie die Interessen von Natur und Umwelt aus rein fachlicher Perspektive betrachtet und objektiv wahrnimmt. Hier stehen keine Interessen von Mitgliedern oder der Öffentlichkeitswirksamkeit im Vordergrund, und nur so kann auch etwas bewegt werden, denn im Bereich des Natur- und Umweltschutzes gibt es oft Konfliktpotential.

Die Interessen Vieler unterscheiden sich nicht nur oft, sondern stehen in direkter Konkurrenz zueinander. Gerade hier ist es wichtig, eine Stelle zu haben, die objektiv arbeitet. Der Großteil der Arbeit der Landesumweltanwaltschaft besteht darin, Projekte im Rahmen von Genehmigungsverfahren zu beurteilen. So hat sie im Berichtsjahr an 1.948 Verhandlungen teilgenommen beziehungsweise zu Veranstaltungen eingeladen.

Auffällig ist auch, dass zum Beispiel im Jahr 2006/2007 die Zahl der Teilnahmen an behördlichen Verfahren noch bei 655 lag und im Jahr 2016/2017 schon auf 922 angestiegen ist. Dies unterstreicht, wie wichtig die Landesumweltanwaltschaft ist, denn es wird immer mehr gebaut und der Raum dafür wird immer weniger. Der Lebensraum der

Tiere, der Lebensraum der Pflanzen sowie auch die Bodenversiegelung - dieses Thema haben wir heute noch in einem anderen Punkt - spielt eine wichtige Rolle.

Hier komme ich auch schon zu den UVP-Prüfungen. Bei den UVP-Prüfungen hat der Landesumweltanwalt Parteistellung. Dies räumt ihm viele Rechte ein, und so kann er auch zugunsten der Natur und der Umwelt eingreifen, wenn es notwendig ist. Doch dies geschieht immer in Hinblick auf einen fairen Interessensvergleich aller.

Wir finden in diesem Bereich viele exemplarische Fälle, die einem zeigen, wie wichtig die Umweltanwaltschaft ist und wie die Arbeit aussieht. Ein großes Kapitel umfasst auch die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Jeder hat ein Recht auf eine intakte, gesunde und lebenswerte Umwelt.

Umweltschutz ist eben nicht nur Aufgabe der Landesumweltanwaltschaft oder die Arbeit von Vereinen, sondern muss Ausdruck einer kollektiven Geisteshaltung werden, wie es im Bericht heißt, und genau das ist es. Erst wenn es in unseren Köpfen klick macht, können Maßnahmen erarbeitet und gesetzt werden, die zum Schutz unserer Umwelt beitragen. Daher ist die Öffentlichkeitsarbeit auch so wichtig.

Wenn man sich den Ausblick auf die kommenden Jahre ansieht, dann kann man erahnen, dass auch die kommenden Berichte viel Inhalt liefern werden und die Landesumweltanwaltschaft viel Arbeit und Zeit investieren wird müssen, damit unsere Umwelt bestmöglich geschützt wird. Dafür darf ich schon voraussagend meinen Dank aussprechen.

Zum Schluss noch ein Appell an alle: Wenn wir unsere Umwelt zerstören, dann wird sie uns zerstören. Nur ein Miteinander und ein Aufeinander-Acht-Geben ermöglicht, dass wir unseren Kindern eine intakte und lebenswerte Umwelt hinterlassen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Kollegen Zechmeister und Giefing! Weil ich angesprochen wurde, wiederum von Frau Landesrätin Dunst, ich glaube schon, dass es ein Anrecht ist *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Kölly: In ein Zimmer gehört Ihr rein. Glaub mir. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Bitte nicht.)* und ein Recht jeder Abgeordneten und jedes Abgeordneten, dass man Anfragen stellt, und ich kann nur wiederholen, was Kollege Präsident Strommer gesagt hat, die Agrarabteilung war eine Vorzeigeabteilung und - jetzt ohne Emotion - es muss wirklich eine Genugtuung für jede Kollegin und jeden Kollegen im Landesdienst sein, wenn ihre Fachkompetenz geschätzt wird, auch wenn es manchmal etwas länger dauert.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Landesumweltanwaltschaft ist sehr übersichtlich aufgebaut. Vieles wurde gesagt, und er zeigt wirklich deutlich die wertvolle Arbeit der Kollegin Irmgard Polstermüller mit den Kollegen und dem ehemaligen Landesumweltanwalt W. HR Mag. Zechmeister auf.

Seinem Vorwort, obwohl er seit der Bestellung zum Bezirkshauptmann der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg nicht mehr aktuell ist, schließe ich mich gerne an. Meinen Kolleginnen und Kollegen gebührt Dank für ihr großes Engagement und ihre bemerkenswerten Dienstleistungen.

Sehr treffend und auch sehr sympathisch ist das Leitbild der Landesumweltanwaltschaft und gleichzeitig Motto der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Titel „Recht hast“ bei den sehr vielfältigen Themen und Aufgaben der Umweltanwaltschaft. Recht hast auf einen Einblick in unsere Tätigkeiten, auf Artenvielfalt, auf bürgernahes Service, auf eine bunte Zukunft, auf ein lebenswertes Burgenland, auf saubere Luft, auf saubere Gewässer, auf Baumwolle statt Plastik.

Die Landesumweltanwaltschaft hat sicher zweifelsohne vielfältige Aufgaben zu bewältigen. Wichtig ist auch, dass die Landesumweltanwaltschaft die einzige Einrichtung ist, die überparteilich und frei von Weisungen die Interessen von Natur und Umwelt vertritt. Sie hat Parteistellung in vielen umweltrelevanten Verfahren, um Natur und Umwelt eine kraftvolle, unverzichtbare Stimme zu geben.

Sie vermittelt in vielen Fällen zwischen unterschiedlichen Interessen in Bezug auf die Nutzung von Natur und Umwelt, in Einzelfällen auch mit Hilfe von Mediation. Hier trägt sie wesentlich zur Entlastung von Politik und Verwaltung in Konfliktsituationen bei. Das ist wirklich sehr begrüßenswert und dafür danke ich nochmal recht herzlich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Anscheinend wird die Arbeit nicht von allen so positiv gesehen. Das Budget, das kommt natürlich auch im Tätigkeitsbericht vor, wurde im ersten Jahr 2003 von 73.000 auf jetzt 53.000 Euro gekürzt, und wenn man noch die Kreditsperre berücksichtigt, dann gibt es überhaupt nur 45.000 Euro für die beiden Berichtsjahre.

Bereits erwähnt wurden die Verhandlungen - 1.948 und die 922 Verhandlungen -, an denen teilgenommen wurde und auch, dass es ein deutliches Plus von 98 Teilnahmen war.

Ein Vorteil für die Beteiligten ist, dass die Landesumweltanwaltschaft als Mitglied im Raumplanungsbeirat ist - besonders für uns Gemeinden sehr wichtig - und bereits in der Planungsphase auf Projekte einwirken kann, bevor ein konkretes Bauprojekt eingebracht wird.

Eine große Herausforderung an alle Beteiligten ist die Errichtung von landwirtschaftlichen Gebäuden und Bauwerken. Einerseits will der Großteil der Bevölkerung - und wir hören es immer wieder - einheimische und regionale Lebensmittel. Andererseits wird bei vielen Bauprojekten Einspruch erhoben. Auffallend ist auch - wurde auch bereits vom Herrn Kollegen Spitzmüller erwähnt - 278 Teilnahmen, um über 130 weniger als im Vergleich der Vorberichte, deshalb weil eben zu wenig Ressourcen da sind.

Sehr wertvoll finde ich auch und sehr treffend den Ausblick auf die Tätigkeiten 2018/2019. Kollege Spitzmüller hat es ausführlich erwähnt, möchte ich nicht mehr wiederholen, und das Schlusswort, wo wieder beispielhaft eingegangen wird auf das Klimaschutzabkommen von Paris und die Maßnahmen angesprochen werden.

Hier muss ich auch erfreulich mitteilen, die Bundesregierung mit der Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger und dem Infrastrukturminister Norbert Hofer haben ja die Klima- und Energiestrategie vorgestellt, was in der Vergangenheit leider mit anderen Regierungen nicht möglich war.

In dieser Nachhaltigkeitsstrategie sind viele Maßnahmen vorgesehen, die zum Gelingen des Klimaschutzabkommens von Paris beitragen werden.

Sehr gelungen finde ich auch im vorliegenden Bericht das Zitat von Barack Obama, dass dieses erwähnt wurde: „Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel spürt und die letzte, die jetzt etwas dagegen tun kann."

Mit dem nochmaligen Dank an die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter der Landesumweltanwaltschaft stimmen wir dem Bericht der Landesumweltanwaltschaft 2016/17 gerne zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Passend zum heutigen Tätigkeitsbericht der Landesumweltanwaltschaft wurde in diesen Tagen das Strategiepapier der Bundesregierung präsentiert. Österreich hat sich mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens verpflichtet, einen Beitrag zum Stopp des Klimawandels zu liefern.

Gegen jegliche Leugner des Klimawandels, wie es der Präsident der Vereinigten Staaten ist, der twittert, das Konzept der Erderwärmung ist von und für die Chinesen geschaffen, nehmen wir das Thema ernst.

Der Klimawandel ist echt. Er passiert genau jetzt. Man sieht es an Hand der steigenden Katastrophen. Und er ist die größte Bedrohung des Menschen. Dazu hat die Bundesregierung mit dem Strategiepapier „#mission 2030" wünschenswerte Ziele gesetzt. Zum Beispiel will sie den Anteil der erneuerbaren Energien fast um die Hälfte steigern, die CO_2-Emissionen stärker reduzieren oder den Ausbau des öffentlichen Verkehrs verbessern.

Wie die Ziele konkret erreicht werden sollen, bleibt noch offen. Es gibt noch keine Verbindlichkeiten. Eines ist jedoch fix, aus der „#mission 2030" darf keine „Mission: Impossible" werden, denn wir haben nur diese eine Welt, mit ihrer vielfältigen Tierwelt und einzigartigen Umwelt.

Dem Schutz unserer Umwelt hat sich unsere burgenländische Landesumweltanwaltschaft verschrieben. Unter dem Motto „Recht hast! Auf ein lebenswertes Burgenland" hat man sich in den vergangenen Jahren für die Erhaltung unserer wunderschönen Natur und Tierwelt stark gemacht.

Die gegenwärtige und die zukünftigen Generationen haben ein Recht auf eine intakte, gesunde und lebenswerte Umwelt. Wir dürfen den kommenden Generationen keinen kaputten Planeten überlassen, der nicht mehr reparierbar ist.

Die Umweltangelegenheiten betreffen in erster Linie nicht nur die Tiere, die Pflanzen und die Landschaft, sondern in erster Linie die Menschen. Wie es im Bericht steht, der Schutz der Umwelt kann nicht die Aufgabe einiger weniger sein. Es braucht dafür in der Gesellschaft ein breites Bewusstsein.

Hier ist die burgenländische Umweltanwaltschaft mit ihren Aktivitäten ein großer Partner. Der Umweltgedanke beginnt im Kopf der Menschen. Jeder kann etwas dazu beitragen.

Ich habe mir für dieses Jahr wieder vorgenommen, viele meiner Termine in meiner Heimatgemeinde Gols mit dem Rad zu machen. Das fördert nicht nur den Umweltschutz, sondern auch *(Abg. Ilse Benkö: Die Durchblutung.)* die Figur. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und LBL sowie des Abg. Gerhard Steier)*

Wenn viele Menschen an vielen verschiedenen Orten viele kleine Aktivitäten setzen, verbessern wir unsere Welt. Genau da hat die Umweltanwaltschaft mit ihren Veranstaltungen zum Thema „Wie wirkt sich Glyphosat auf unsere Umwelt aus“ angesetzt. Sie hat den Stein ins Rollen gebracht. Landesrätin Astrid Eisenkopf hat das Thema aufgegriffen und heute gibt es eine überwältigende Mehrheit an Gemeinden, die auf das krebserregende „Roundup“ verzichten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ebenso gibt es weitere tolle Initiativen, wie zum Beispiel wurde ein Fotowettbewerb im Rahmen aller burgenländischen Volksschulen ausgeschrieben. Solche Initiativen fördern das wichtige Umweltbewusstsein bereits in jungen Jahren. Wenn man als Kind ein Verständnis für unsere vielfältige Natur und Tierwelt hat, wird man als Erwachsener dementsprechend auch handeln.

Ich möchte mich beim Team der Landesumweltanwaltschaft Burgenland für ihre zahlreichen Aktivitäten bedanken. Das Team leistet Hervorragendes zum Schutz unserer Umwelt. Besonders bedanken möchte ich mich bei dem scheidenden Umweltanwalt Hofrat Mag. Werner Zechmeister, *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* der stets um unsere Natur bemüht war.

Herzlichen Dank, Werner, an Dich und Dein Team. Ich wünsche Dir alles Gute für Deine kommende Tätigkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hat der nicht schon geredet? – Abg. Ilse Benkö: Er hat schon geredet.)*

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Nachdem zur neuen Klimastrategie hier einige Worte gefallen sind, vom Kollegen Temmel und auch jetzt vom Kollegen Brandstätter muss ich darauf natürlich schon noch eingehen.

Mit kleinen Dingen werden wir jetzt nichts mehr erreichen, weil wir sind viel zu spät dran. Wenn ich mir anschaue, wie diese groß angekündigte und so tolle Klimastrategie ausschaut, dann muss ich ehrlich sagen, ist das eigentlich ein Armutszeugnis.

Allein die Ölheizung, die es eigentlich seit mindestens fünf Jahren nicht mehr neu geben sollte, diese darf jetzt bis 2020 weiter neu mit Fördermitteln aus der Wirtschaft eingebaut werden, damit man dann ab 2025 wahrscheinlich Förderungen geben muss, damit die wieder ausgebaut werden. Entschuldigung, was ist das für eine Klimastrategie? Da frage ich mich wirklich, ob man irgendwie nur weitsichtig denkt. Ölheizungen haben nichts mehr verloren. Keine neuen mehr und vor allem keine Kesseltauschprogramme und Ähnliches, die nach wie vor gefördert werden. Sieben Jahre verliert man, wenn man bis 2025 damit wartet.

Zum anderen sind einige ganz nette - ich nenne es absichtlich nette - klimapositiven, klimaschonenden Maßnahmen im Programm schon drinnen. Aber, liebe Leute, dazu ist es zu spät.

Jetzt müssten wir wirklich massiv hier und zwar nicht erst 2025, sondern bereits morgen Maßnahmen treffen. Wir haben viel zu lange gewartet.

Wenn sich der Kollege Brandtstätter hier herstellt, muss ich auch sagen, vorher wart Ihr auch in der Regierung und Ihr habt das Ökostromgesetz verschleppt und Ihr habt in der Klimastrategie genauso wenig weitergebracht, wie es jetzt die ÖVP-FPÖ-Regierung schafft. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt geht ja etwas weiter.)* Nein, es geht eben nichts weiter. Entschuldigung, jetzt habe ich es gerade erklärt. Weitere sieben Jahre allein bei

der Ölheizung. Gasheizungen werden als Brückentechnologie genannt. Dabei ist ganz klar, wir müssen aus dem Gas auch raus. Wir bräuchten jetzt auch beim Gas ein Ausstiegsszenario. Nicht so dringend wie beim Öl, das gebe ich zu, aber genauso.

Aber das wird uns nicht weiterbringen. Und den Radfahranteil zu erhöhen, das ist eine nette Geschichte, aber in Wirklichkeit brauchen wir eine Umstellung des öffentlichen Verkehrs, brauchen wir eine Umstellung der Mobilität, nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich, sonst werden wir weiter, so wie es jetzt ist, Schlusslicht sein. Das sind wir nämlich.

Wir waren einmal Biomuster- und Umweltmusterland, das ist Geschichte, Leute. Wir sind Klimaschlusslicht und machen uns eigentlich zum Gespött. Und das ist ja auch für unseren Wirtschaftsstandort eine Katastrophe. Wir haben tolle Firmen, die gerade im Bereich Klimaschutz hier vieles bieten können, denen versemmeln wir die Geschäfte, wenn wir hier nicht weitertun und nichts weiterbringen. Oder viel zu wenig weiterbringen. Und vor allem viel zu spät.

Damit kann ich kein Einverständnis mit den beiden Rednern gehen, dass es hier eine Klimastrategie gibt, die den Namen auch nur verdient. Das ist zu spät, zu wenig und einfach lächerlich. *(Beifall des Abg. Gerhard Steier)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich von der Regierungsbank das Wort an Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Keine Angst, ich halte mich ganz kurz. Ich werde jetzt auf Grund der fortgeschrittenen Zeit. *(Abg. Manfred Kölly: Sonst hätte ich mich auch noch gemeldet.)* Ich werde auch nicht noch einmal auf die Inhalte des Berichts der Umweltanwaltschaft eingehen.

Es ist mir nur ein Bedürfnis, dass ich die Gelegenheit auch nutze, dem scheidenden Umweltanwalt Mag. Werner Zechmeister noch einmal herzliches Dankeschön zu sagen, für die großartige Arbeit in den letzten Jahren. Auch für die vielen Initiativen, die wir auch gemeinsam umgesetzt haben, herzliches Dankeschön für die großartige Zusammenarbeit.

Man sieht, das Portfolio der Umweltanwaltschaft ist ein sehr breites. Dankeschön noch einmal, Werner, auch von meiner Seite, an Dich, an Dein Team. Ich wünsche Dir natürlich auch von ganzem Herzen für Deine zukünftigen Aufgaben alles Gute. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da nun keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht 2016/17 der Landesumweltanwaltschaft wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung (Zahl 21 - 893) (Beilage 1256)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten

Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung, Zahl 21 - 893, Beilage 1256, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat.

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau Kollegin Sack hat heute zur Kinderbetreuungsförderung gesprochen. Vieles von dem, was sie gesagt hat, hat natürlich nicht gestimmt. *(Abg. Edith Sack: Das kannst Du nicht behaupten. Es hat alles gestimmt.)* Aber eines hat gestimmt, eines hat gestimmt, nämlich, dass die Volkspartei der Schrittmacher in der Politik im Burgenland ist. *(Abg. Edith Sack: Rückschrittmacher habe ich gesagt. – Abg. Manfred Kölly: Herzschrittmacher.)* Und das hat sich bei vielen Themen gezeigt, natürlich auch im Bereich der Mindestsicherung.

Die Volkspartei Burgenland hat schon vor zweieinhalb, drei Jahren begonnen, dieses Thema in die Diskussion zu bringen. Wir haben als Erste vehement darauf gedrängt, dass Menschen, die nach Österreich kommen, sich auch unseren Wertekonsens nicht nur anschließen müssen, sondern den auch leben und verinnerlichen müssen.

Wir haben auch gesagt, es ist notwendig, die Mindestsicherung neu zu regeln, sodass dieses Instrument der Sozialhilfe der Unterstützung in besonderen schwierigen Lebenslagen, nicht ein Instrument wird, das zu einem Anziehungspunkt für Menschen, für flüchtende Menschen, wird.

Wir wissen alle genau, dass bestimmte Länder in Europa besondere Zielländer waren und noch immer sind, nämlich gerade und genau dort, wo sehr großzügige Sozialleistungen, vor allem im Bereich der Mindestsicherung, gewährt werden.

Daher haben wir vorgeschlagen verschiedene Punkte, wie man diese Mindestsicherung neu gestalten kann, damit auch der Sinn dieser Mindestsicherung erhalten bleibt, nämlich eine kurzfristige Hilfe in Notlagen. Eine Hilfe, die dazu vor allem auch animieren soll, dass die Menschen wieder in einen Arbeitsprozess gelangen können. Und es soll ja auch keine Dauereinrichtung sein und niemand möchte ja auf Dauer von derartigen Transferleistungen leben müssen.

Wir haben damals bestimmte Punkte vorgeschlagen. Wir haben gesagt, es ist notwendig, eine Deckelung einzuführen. Es ist notwendig, eine Wartefrist einzuführen, und es ist auch notwendig, dort, wo es möglich ist, von Geld- auf Sachleistungen umzustellen. Es hat dann zwischen den Parteien hier im Landtag sehr intensive Gespräche gegeben.

Am Ende dieses Diskussionsprozesses hat es eine sehr breite Mehrheit für das neue burgenländische Mindestsicherungsgesetz gegeben, das, glaube ich, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, von 32 Abgeordneten mitbeschlossen worden ist. Das war, meine ich, ein sehr positives Beispiel, wie ein Landtag gut funktionieren kann, wo sich alle einbringen können, wo auch am Ende des Tages, wie ich meine, gute Gesetze als Ergebnis herauskommen.

Wir haben vor wenigen Wochen festgestellt, dass das Mindestsicherungsgesetz in Niederösterreich vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden ist. Daher hat die Volkspartei Burgenland diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Ich war eigentlich ziemlich sicher im Vorfeld, dass es hier eine breite Zustimmung zu diesem Antrag geben wird. Eine genauso breite Zustimmung wie damals, als wir das Gesetz auch beschlossen haben, weil es mir nicht ganz nachvollziehbar ist, warum jetzt Abgeordnete der SPÖ oder auch der FPÖ gegen diesen Antrag stimmen sollten, weil ja inhaltlich offensichtlich keine Differenzen bestehen. Und dann habe ich im Vorfeld gelesen, seitens der Regierungsparteien, so quasi, na ja, dieser Dringlichkeitsantrag, das sei ein No-na-Antrag und die Dringlichkeit sei zu hinterfragen.

Das verstehe ich ehrlich gesagt nicht ganz, denn wenn dieses Thema nicht dringlich ist, was soll denn sonst noch dringlich sein? Und da kann man nicht hergehen, da kann man nicht hergehen und den Kopf in den Sand stecken und kann sagen, na ja, es wird schon nichts passieren und es ist ja noch nicht angefochten worden und vielleicht wird es eh nicht angefochten.

Ich glaube, dass es Verantwortungspolitik ist, wenn man sich auch perspektivisch Gedanken macht, wenn man sich darüber Gedanken macht, wenn man schon einen so breiten Konsens hat, wie können wir diese Bestimmungen auf Dauer festigen? Wie können wir diese Bestimmungen so gestalten, dass sie auch einer Prüfung des Verfassungsgerichtshofes standhalten.

Und daher verstehe ich nicht, und da spreche ich gerade Dich an, Kollege Molnar, warum man hier sagt, naja es ist eigentlich keine Dringlichkeit, das ist ja eigentlich immer der gleiche Schmäh. Immer dann, wenn eine Partei die nicht der Regierung angehört einen Dringlichkeitsantrag abgibt, oder einbringt und man kein anderes Argument mehr hat, sagt man, naja das ist ja gar nicht dringlich.

Natürlich ist es dringlich. Es ist deswegen vor allem dringlich, weil ja die Bestimmungen die im niederösterreichischen Mindestsicherheitsgesetz, bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung aufgehoben wurden. Ja und diese Bestimmungen sind ja auch die, die wir im Burgenland haben.

Es ist die Deckelung aufgehoben worden und es ist die Wartefrist aufgehoben worden. Und das sind sehr, sehr ähnliche Bestimmungen und daher besteht natürlich die Gefahr, dass dann, wenn auch das burgenländische Gesetz angefochten wird, auch hier eine Aufhebung erfolgen könnte.

Und daher sollte man sich darauf vorbereiten, daher sollte man darüber nachdenken, wie können wir dieses Gesetz gestalten? Wie können wir, was können wir tun, um hier einer Aufhebung entgegenzuwirken?

Und da geht es auch darum, dass man sich zur richtigen Zeit und zwar rechtzeitig darum kümmert. Da geht es um Rechtssicherheit, um Verlässlichkeit und auch um Klarheit für die Bevölkerung.

Ich glaube schon, dass das auch ein wichtiges Signal Richtung Bevölkerung ist, wo die Menschen sich das auch erwarten, dass Politik gemacht wird, wo sich Leistung lohnt und wo man drauf schaut, dass die, die arbeiten gehen auch entsprechend mehr haben, als die, die eben nicht arbeiten gehen.

Und daher, meine Damen und Herren, ist dieser Antrag nicht nur dringlich, sondern auch klar, es geht darum eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen. Ich bin immer dafür gewesen, dass wir in ganz Österreich die gleichen Regelungen haben. Das sind ja andere auch, die Frage ist immer nur, mit welchen Inhalten soll diese bundeseinheitliche Regelung versehen sein?

Da hat es ja zu Beginn, vor allem von der SPÖ im Bund, die Meinung geben, man darf hier nicht einschränken und es soll eine bundeseinheitliche Regelung in diese Richtung geben. Wir waren da anderer Meinung, übrigens die FPÖ genauso.

Und daher sollten wir diesen Versuch wieder starten, die eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen und zwar genau mit den Inhalten die das burgenländische Gesetz hat. Und dieses burgenländische Modell ist aus meiner Sicht schon ein Modell das auf ganz Österreich ausgerollt werden könnte. Und dann stellt sich natürlich die Frage, wie ist es möglich? Wie könnte man das tun?

Und unser Ansatz ist Erstens einmal, dass wir es nicht nur prüfen wie man die Verfassungsmäßigkeit garantieren kann, sondern man kann es insofern jedenfalls garantieren, in dem man diese Bestimmungen in den Verfassungsrang hebt.

Und dazu braucht es natürlich eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat und da ist es notwendig, dass nicht nur die Koalition, also nicht nur ÖVP und FPÖ, sondern auch eine dritte Partei, entweder oder die SPÖ oder die NEOS hier mitstimmen.

Und das ist eigentlich der Grund dieses Antrages wo wir sagen, wir ersuchen die Burgenländische Landesregierung mit den anderen Landesregierungen Kontakt aufzunehmen, darüber zu reden, ob das ein möglicher Weg ist.

Wir glauben es ist ein möglicher Weg, und gleichzeitig auch sozusagen bei der Bundesregierung darauf einzuwirken, insbesondere auch bei den eigenen Parteien darauf einzuwirken, eine solche notwendige Verfassungsmehrheit herzustellen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich kenne jetzt zwar den Abänderungsantrag von Rot-Blau nicht, der ist jetzt eingelaufen, - ich werde ihn mir dann in aller Eile natürlich noch ansehen, - aber ich verstehe die Vorgangsweise wirklich nicht, dass man in dieser Frage hier eine Abänderung vornimmt.

Ich wüsste jetzt auch gar nicht, was man abändern könnte, sollte oder müsste, um das gemeinsame Ziel, das wir ja vor wenigen Monaten erst klar demonstriert haben, erreichen zu können.

Daher möchte ich Sie schon noch einmal aufrufen sich das zu überlegen, ob wir hier nicht diesen Dringlichkeitsantrag gemeinsam beschließen können, damit wir auch ein klares Signal, nicht nur an die Bevölkerung geben können, sondern auch in Richtung der anderen Landesregierungen, in Richtung der Bundesregierung und in Richtung des Nationalrates, der sicherlich gefordert wird.

Und eines ist auch klar, die neue Bundesregierung und die Koalition auf Bundesebene hat ziemlich eindeutig und klar auch im Regierungsprogramm, übrigens in beiden Parteien, auch schon im Wahlkampf klargelegt, dass es das Ziel ist, eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen, dass es aber auch das Ziel ist, eine Mindestsicherung in Österreich zu haben, die diesen Namen auch verdient.

Und wo es darum geht, dass die Menschen die Mindestsicherung nicht als Dauereinrichtung benützen müssen, sondern wo es darum geht, diese Mindestsicherung als Sprungbrett wieder in den regulären Arbeitsmarkt zu finden.

Und da würde ich Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, insbesondere von der FPÖ, aber auch von der SPÖ, wirklich ersuchen sich das noch einmal gut zu überlegen, ob es nicht ein gutes und klares Signal des Burgenländischen Landtages wäre, hier mit einer breiten Mehrheit dieses Signal auch zu geben.

In diesem Sinn, meine sehr geehrten Damen und Herren, lade ich Sie ein nicht nur darüber zu diskutieren, sondern vielleicht auch noch in den nächsten Minuten Ihre Meinung zu ändern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Die Begründung der Dringlichkeit ist somit erfolgt. Geschäftsordnungsmäßig gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Als ersten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich finde es im Sinne von parteipolitischen Grundlagen seitens der ÖVP zum nächsten Mal verheerend, weil schon bei der letzten Diskussion in diese Richtung angesetzt, auch von anderen Befürwortern die von Abgeordneten Steiner erwähnt worden sind, die bei der ersten Regelung schon zugestimmt haben, dass man in der Form über Menschen diskutiert.

Ich möchte als Erstes dafür als Grundlage anführen, was wir bei der Beschlussfassung in der gesetzlichen Werdung des burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes hatten, wo nämlich im Jahr 2015 3.776 Personen einmal eine Leistung aus der Mindestsicherung erhalten haben.

Das sind 1,3 Prozent aller österreichischen Mindestsicherungsbezieher. 1,3 Prozent 2015 aus dem Burgenland. Im Burgenland leben aber gesamt gesehen zum damaligen Zeitpunkt 3,4 Prozent der österreichischen Bevölkerung. Der Anteil des Burgenlandes an den österreichischen Gesamtausgaben für Mindestsicherung lag 2015, Herr Soziallandesrat, bei 0,8 Prozent des Gesamtaufkommens.

Das heißt, zum damaligen Zeitpunkt und das hat sich nicht unwesentlich verändert in der Gesamtzahl, zum damaligen Zeitpunkt war die Diskussion schon unter dem Anspruch einer dramatischen Dynamik die es zu bekämpfen gilt, eine menschenverachtende Form der Auseinandersetzung.

In der Ausführung weiter muss man davon ausgehen, dass bezogen auf die heutige Antragstellung bei der 1.500 Euro Deckelung, die ja ein wichtiges Argument in der Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof war, ganze 11 Haushalte 2015 im Burgenland davon quasi betroffen gewesen wären.

Also die Deckelung die hier eingeführt wurde, hat 11 Haushalte im Burgenland betroffen, das sind insgesamt in der Summe 0,009 Prozent der Haushalte des Bundeslandes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unabhängig vom Zahlenmaterial, unabhängig von allen Gegebenheiten die man in dieser Diskussion, sowohl auf den Stammtischen, als auch in der Darstellung politischer Meinungsbildung hören kann, war das Gesamterlebnis der letzten Nationalratswahlen eigentlich eine Grundbedingung, dass man eines festhalten kann:

Das Ausspielen einer bestimmten Gruppe von Menschen gegen eine andere ist zum Markenzeichen beziehungsweise zur politischen Grundlage der neuen

Bundesregierung unter Türkis-Blau geworden und das drückt man auch in offener Form, jeder der zuhört kann es nachvollziehen, aus.

Es gibt eine Differenzierung, ich habe es heute schon einmal angesprochen, klar und deutlich zwischen einem sogenannten Arbeitseinkommen und dem sogenannten Transfereinkommen.

Die Transfereinkommen sind die, die staatlicherseits für diejenigen die sie brauchen, weil sie arbeitslos geworden sind, weil sie im Berufsleben keine Chance mehr haben, weil sie krankheitshalber und aus vielen, vielen anderen Gründen zu den Minderbemittelten in unserer Gesellschaft gehören, ist diese Mindestsicherung geschaffen worden.

Und das was sich dann quasi herauskristallisiert hat und als Moment dessen was Diskussion in einer ganz besonderen, hysterischen Form angeregt hat, ist der Migrationsstrom geworden. Wie viele der Migranten, die eigentlich gar keinen Anspruch auf Mindestsicherung haben, sind aber verteufelt worden, dass sie quasi als erstes, wenn sie als erstes die Österreichische Staatsgrenze passieren sofort und gleichzeitig Mindestsicherungsbezieherinnen und Mindestsicherungsbezieher werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Diskussion führen wir nicht nur österreichweit, sondern insgesamt in Europa seit 2014 in einer ganz konkreten Auseinandersetzung und Form und daraus resultierend sind dann in den einzelnen Bundesländern jetzt auch unterschiedliche Mindestsicherungsgesetze geschaffen worden.

Und wenn wir heute schon darüber diskutiert haben, dass es notwendig wäre, zum Beispiel im Kindergartenbetreuungsbereich eine einheitliche Regelung zu schaffen, dann ist es hier mehr als angebracht, eine bundeseinheitliche Regelung auf eine Mindestsicherung zustande zu bringen.

Und ich glaube, dass ist der Elchtest den diese Bundesregierung zu bestehen hat. Die vorige ist eh daran gescheitert, dass nämlich dem auch Einhalt geboten wird, wo sich jemand aussucht wo er die höhere Mindestsicherung bekommt und dann quasi als Nomade von einem Bundesland zum anderen zieht und daraus resultierend dann auch die Vorurteile und Vorwürfe kommen, ja das sind eh alles nur sogenannte „Schmarotzer“, wie man sie sehr oft und treffend jetzt schon, quasi auch aus dem Formulierungsmund dieser Regierung empfangen kann.

Tatsache ist, es ist ihnen etwas in die Quere gekommen. Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter haben das in den Anfängen schon in den ORF-Interviews festgehalten, wo Sie hoppertatschig auf die Darstellung umgesetzt haben, das sind Schmarotzer. Also kommen Sie mir nicht mit dem, Sie wissen nichts davon.

Tatsache ist, dass auf der anderen Seite ein Problem entstanden ist, dass eindeutig und klar in Richtung einer Gegebenheit nicht gewollt stattfindet, nämlich die Situation, dass niederösterreichische Mindestsicherungsgesetz ist ausgehebelt worden. Der Verfassungsgerichtshof hat es quasi aus den Angeln gehoben.

Und Tatsache ist, dass zwei Punkte dafür ausschlaggebend waren. Der eine Punkt, „Regelung zur Deckelung der Mindestsicherung“ und der zweite Punkt "Differenzierung nach der Aufenthaltsdauer".

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag weist ja auch diese beiden Punkte jetzt insbesondere aus, wo es auf der einen Seite darum geht, dass die 1.500 Euro als Deckelung quasi festgeschrieben werden und wo die Umgehung in Richtung der sogenannten Sachleistungen passieren soll.

Und dann auch die sogenannte Aufenthaltsdauer, wo festgeschrieben wird, dass jemand erst nach sechs Jahren, wobei er fünf Jahre definiert im Land aufhältig gewesen sein muss, Anspruch auf die Mindestsicherung dann bekommen soll.

Tatsache ist, dass das, was ich vorher auf Transfer- und sogenannte Einkommensbezieher ausgedrückt habe, auch in dem Antrag jetzt zu finden ist, wo es nämlich heißt: Sozialhilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein, Arbeit und Leistung darf nicht gleich oder schlechter gestellt sein als der Bezug staatlicher Unterstützung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, welches Bild zeichnen wir von Menschen die in unserem sogenannten Sozial- und Wohlfahrtsstaat leben? Wir zeichnen ein Bild das klar und deutlich jemanden diskriminiert, weil, er nicht mehr im Stande ist, klar und deutlich sich in dieses Berufsleben, nicht nur zu integrieren, sondern keine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommt.

Das resultierend ist die Situation, dass er, wenn er staatliche Hilfe in Anspruch nimmt, dass er dann quasi ein Mensch zweiter und dritter Kategorie wird. Dieses Menschenbild haben verinnerlicht die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten und dass sich die Freiheitlichen schon lange als solches hegen, ist ja nicht von der Hand zu weisen.

Dieses Muster, dieses Bild, ist aber politisch gesehen bis an die Stammtische gedrungen und hat dort eigentlich Oberhand gewonnen, so dass sich alle die jetzt in der Regierungsbeteiligung, aber auch in anderer Hinsicht politische Verantwortung tragen, klar und deutlich daran gebunden sehen, was dort an Meinung kommt.

Das ist nicht nur in Österreich so, dass ist in illiberalen Demokratien von Ungarn bis Polen und wo immer auch umgesetzt worden und man hat es unter dem Stichwort "populistischer, politischer Anschauungen" bis nach England getragen, wo ein großer Teil des sogenannten BREXIT daraus resultierend war, dass man den Unterschied zwischen In- und Ausländern in einer ganz besonderen Form darstellen wollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, fix und dargestellt ist die Situation, dass diese Mindestsicherung auch in der Überlegung auf die Zukunft bei dieser Bundesregierung die uns jetzt vorsteht, auch in Richtung einer Aufgabe der Notstandsunterstützung haben soll und das zukünftig auch in dieses System der Mindestsicherung übergeleitet werden soll.

Das sind Beispiele, die im Grunde genommen klar und deutlich etwas vor Augen führen. Wir sind noch nicht, so meine Interpretation, am Ende der Fahnenstange, was politische Runterlizitation bedeutet, angekommen.

Sondern es werden noch viele Schritte folgen, die im Endeffekt klar und deutlich sehen, die, die es sich nicht richten können, die durchfallen durch das System, diejenigen, die jetzt in irgendeiner Form durch eine sogenannte Krankheit, durch eine Aufgabe einer Berufs- oder Produktionsstätte durch den Rost fallen, ein gewisses Alter erreichen, wo sie am Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt sind, die werden runter gepfändet auf keine Besitzansprüche oder Besitzformen und sind dann quasi diejenigen, denen unter Anführungszeichen „gewährleistet wird“, dass sie unter der Mindestsicherung leben können.

Sie werden es nicht bestehen und ich fordere daher eines für alle, die diese großartige Forderung einer Änderung der Mindestsicherung veranschlagen, auf, Sie sollten sich endlich bewusstwerden, dass es eine einfache Lösung des Gesamtproblems gibt, das nämlich die Lohnsituation gesteigert wird.

Dass die Empfänger von sogenannten Arbeitseinkommen klar und deutlich in der Lohnsituation Steigerungen erfahren müssen, dass sie mehr verdienen müssen, dass diese Situation entgegen dann steht, einem sogenannten Mindestsicherungseinkommen, das wie es der Name sagt, auch denen wirklich gewährleistet, dass sie überleben können.

Aber nicht jetzt, dass wir eine Diskussion führen, wo in dieser Republik zwei, drei, vier Arten von Menschen auf verschiedenste Art und Weise von sogenannten Meinungsbildnern beurteilt werden.

Und Tatsache ist, dass ich diese Unterscheidung zwischen Transfereinkommen und Arbeitseinkommen nur dann einer Lösung zuführen kann, wenn eine Lohnerhöhung bei den Arbeitseinkommen endlich Platz greift.

Und diejenigen, die jetzt mit 800 oder 900 Euro eine der Hauptträgerinnen und Hauptträger dieser Gesellschaft sind, weil sie im Nebenberuf oder im Berufsleben eigentlich ganz gewichtige Arbeiten leisten, endlich auch ein Einkommen haben, wo sie sich das Leben auch leisten können.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke, Herr Abgeordneter. Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Thema, das wird landauf, landab gespielt. Wir seitens der Liste Burgenland haben immer gesagt, wir wollen ein österreichisches Modell und wir wollen einheitlich ein Bundesmodell haben.

Auch damals schon, als dies das erste Mal eingebracht wurde. Es wurde negiert, es wurde vom Tisch gewischt, es ist so. Jetzt haben wir eine neue Regierung. Eine neue Regierung unter Bundeskanzler Kurz, der groß herausposaunt hat, es wird eines geben.

Dann bringt die ÖVP im Burgenland einen Dringlichkeitsantrag ein. Soll so sein, ist ja kein Problem. Das ist schon gang und gebe, bei jeder Sitzung gibt es einen Dringlichkeitsantrag, weil es halt dazugehört. Die Frage stellt sich für mich immer, in welche Richtung soll das Ganze gehen?

Betrifft das tatsächlich Menschen, die in Not sind? Betrifft es andere Menschen, die hier um Asyl vielleicht ansuchen oder viele, die den Asylstatus schon haben? Oder gibt es wie immer einen Abänderungsantrag seitens der SPÖ-FPÖ Regierung?

Und jetzt darf ich vielleicht in die Lesestunde übergehen. Ich mache das nicht gerne, dass ich herunterlese, aber jetzt lese ich Euch einmal etwas vor. Ich weiß nicht, ob Ihr jeder den Antrag oder den Abänderungsantrag kennt?

Der Burgenländische Landtag hat in seiner 23. Sitzung am 30. März 2017 mit breiter Mehrheit eine Änderung des burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes beschlossen, schreibt SPÖ, FPÖ. Das Gleiche schreibt die ÖVP. So und jetzt kommen wir zum Punkt.

Diese Änderung umfasst im Wesentlichen folgende Punkte: SPÖ, FPÖ, ÖVP - Deckelung der Leistung aus der Mindestsicherung auf 1.500 Euro, - das kennen wir alles bis herunter. Ein ähnliches Modell der Mindestsicherung wurde unter anderem in Niederösterreich beschlossen.

Auf Grund zahlreicher Beschwerden bis hin zum Höchstgericht hat der Verfassungsgerichtshof mit seiner Entscheidung vom 07. März 2018 die Regelung zur

Deckelung der Mindestsicherung sowie zur Differenzierung nach der Aufenthaltsdauer in Niederösterreich aufgehoben. - Das Gleiche schreibt die SPÖ, FPÖ. Das Gleiche schreibt die ÖVP.

Und jetzt will ich mich gar nicht mehr lange auslassen über die ganze Geschichte und jetzt kommt der Punkt:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

sich bei der Landesregierung aller Bundesländer sowie bei der Bundesregierung für eine verfassungsgesetzliche österreichische Regelung der Mindestsicherung nach dem burgenländischen Modell einzusetzen, - schreibt die ÖVP in ihrem Dringlichkeitsantrag.

Abänderungsantrag SPÖ, FPÖ: Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu dem genannten Ziel und unter Grundsätzen des burgenländischen Mindestsicherheitsgesetzes und begrüßt die Bemühung der Bundesregierung um eine bundeseinheitliche verfassungskonforme Lösung, wobei auf die Vorbildwirkung des burgenländischen Modells hingewiesen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Diskussionen gehen quer durchs Land, wie ich eingehend schon gesagt habe. Dann gibt es Meldungen, dass das Vorarlberger Modell das Beste sein soll. Dann gibt es Meldungen, dass das Salzburger Modell das Beste sein soll.

Ich bin der Meinung, Herr Kollege Steiner, Sie sitzen doch sicher im Bundesvorstand von der ÖVP. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist richtig.)* Ich würde den Herrschaften einmal am Telefon, oder wenn Sie eine Besprechung haben, oder wenn Sie sich so treffen irgendwo in der Kärntner Straße oder irgendwo, völlig egal, einmal fragen, wie gehen wir mit solchen Situationen um? Weil es entscheidend ist und wichtig ist.

Da bin ich beim Kollegen Steier, der natürlich gesagt hat, die Menschen stehen da im Mittelpunkt und nicht einfach ein Spiel eigentlich oder eine Show in einem Landtag. Das brauchen wir nicht, das haben wir uns alle miteinander nicht verdient. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was soll ich ihnen jetzt sagen?)*

Und daher glaube ich, dass es entscheidend sein wird, - Du sollst ihnen sagen, dass man ein einheitliches Modell endlich einmal vorstellen soll. Und da hat ja Euer Bundeskanzler oder unser Bundeskanzler auch jetzt, das hat er ja eindeutig gesagt, wo er klar sagt, es wird eines geben so rasch als möglich.

Warum diskutieren wir das dann? Dann machen die ein eigenes Gesetz. Was tun wir dann wieder? Dann machen wir wieder einen Dringlichkeitsantrag zur Änderung und was tun wir?

Ich würde vorschlagen, dass wir einmal zuwarten, dass so rasch als möglich, - Sie sitzen in der Regierung, die FPÖ sitzt in der Regierung im Bund, - wo ein einheitliches System geschaffen werden soll, wo sich alle dazu bekennen.

Alle bekennen sich dazu Vorarlberg, Oberösterreich, die ganzen Länder, auch das Burgenland und die ÖVP, die SPÖ und die FPÖ, entnehme ich dem Antrag. Also warum diskutieren wir dann um das Ganze?

Die sollen sich wirklich Gedanken machen, die sind auch dafür gewählt worden und sollen das vorschlagen und dann können wir darüber diskutieren, ob es gut ist oder nicht. Machen wird es eh nix, weil wenn es die oben beschließen, ist es beschlossen. Das ist genau die Situation.

Und was sich natürlich aufgetan hat, sind die finanziellen Situationen, natürlich in Wien, was sich dort abgespielt hat. Da brauche ich nicht nachdenken, warum das Ganze passiert ist und warum jetzt das große Theater gemacht wird.

Und ich glaube, da bin ich ja einer Meinung auch mit Herrn Landesrat Darabos, dass man sich das noch einmal genau anschaut. Der Bund soll endlich einmal etwas machen. Ich sage das auch gleich mit der Deutlichkeit.

Es soll die FPÖ zu ihren Leuten hingehen, es soll die ÖVP zu ihren Leuten hingehen und sagen, so rasch als möglich. Wenn dieser Antrag lautet, wir wollen innerhalb von zwei Monaten ein bundesweites Gesetz vorliegen haben, dann verstehe ich das. Dann ist das ein Antrag, wo wir alle zustimmen können und sagen, ja macht endlich einmal was. Dann können wir darüber diskutieren.

Ansonsten ist das alles Schaum und Schlag und Papierkrieg. Sonst ist das gar nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren. Weil wenn sich der Herr Bundeskanzler dazu bekennt, dann wird er das auch durchsetzen. Ich denke es einmal. Ihr werdet in ja auch soweit kennen, dann brauchen wir keinen Dringlichkeitsantrag.

Wir brauchen keinen Abänderungsantrag, Herr Kollege Gezár Molnár, weil es keinen Sinn macht, weil wir eh alle das Gleiche wollen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein! – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Nein!)* Wir machen ein bundeseinheitliches Gesetz, - also Entschuldigung die GRÜNEN wollen kein bundeseinheitliches Gesetz, das ist etwas Anderes. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, wir wollen nicht was Ihr wollt.)*

Aber ich denke die Mehrheit wird das machen. Und vielleicht gibt es, vielleicht gibt es eine Lösung auch vom Bund, wo Ihr jetzt damit einverstanden seid, dass weiß man ja nicht. Vielleicht gibt es das und dann könnt Ihr auch zustimmen, das würde ich mir wünschen.

In diesem Sinne so rasch als möglich an den Bund herantreten, ein einheitliches Bundesgesetz zu schaffen mit der Mindestsicherung und dann werden wir alle schauen was da herauskommt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke, Herr Abgeordneter Kölly. Für das nächste Mal statt Kärntner Straße, Lichtenfeldstraße. Die Frau Abgeordnete Petrik ist jetzt am Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ziemlich genau ein Jahr her, dass wir das letzte Mal hier über die Mindestsicherung debattiert haben.

Es wurde damals ein Gesetz vorgelegt, bei dem ich auch hier an dieser Stelle darauf hingewiesen habe, dass das wohl verfassungsrechtlich nicht halten wird, mit der Deckelung auf 1.500 Euro und mit der Ungleichbehandlung Menschen verschiedener Herkunft.

Damals hat man das einfach vom Tisch gewischt, heute wissen wir mehr. Wir wissen bereits, dass diese Regelung mit der Deckelung und mit der Ungleichbehandlung vom Verfassungsgerichtshof zurückgewiesen wurde.

Das Interessante ist, das Interessante ist, dass jetzt die ÖVP einen Dringlichkeitsantrag einbringt, wo sie zwar schreibt, wenngleich natürlich diese Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zu akzeptieren ist und dann in weiterer

Wortfolge alles hinschreibt, wo keine Akzeptanz dieser Entscheidung zu erkennen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Einmal Akzeptanz und einmal nicht Akzeptanz.)* ist.

Weil zu sagen, wir akzeptieren was der Verfassungsgerichtshof sagt, aber wir handeln dem zuwider, das ist keine Akzeptanz des Verfassungsgerichtshofes. *(Abg. Mag. Christian Sagartz BA: Nein, wir handeln nicht zuwider.)* Sie argumentieren mit genau denselben mit dem Ihre Kollegen in Niederösterreich und in Oberösterreich argumentiert haben, bei denen bereits gesagt wurde, das ist nicht verfassungskonform.

Jetzt wird nachher wahrscheinlich irgendjemand herauskommen und sagen, ja aber im Burgenland passt das eh allen, weil es hat ja noch niemand geklagt. Natürlich, weil auch die Menschen die betroffen sind im Burgenland, *(Abg. Manfred Kölly: Zwei haben geklagt.)* die sind vielleicht sehr arm und der Armut sehr nahe, wenn überhaupt nicht schon ganz hineingerutscht, aber sie sind nicht dumm.

Weil wenn sie wissen, dass in einem Nachbarbundesland bereits ein Verfahren läuft, dann warten sie natürlich das Ergebnis dieses Verfahrens ab und entscheiden dann, ob sie selber klagen oder nicht. Weil so locker sitzt das Geld nirgendwo und schon gar nicht bei dieser Zielgruppe, dass sie einfach drauflos klagen.

Wir sind aber heute einen Schritt weiter. Wir wissen bereits, diese Regelung ist verfassungsrechtlich nicht konform und das sollten wir auch ernst nehmen. Es gibt aber, und das können wir auch ernst nehmen, bereits rechtskonforme und noch dazu integrationspolitisch nachhaltigere Konzepte der bedarfsorientierten Mindestsicherung.

Ein Konzept in einem SPÖ-regierten Bundesland, SPÖ und GRÜNE in Wien und eines in einem ÖVP-regierten Bundesland, ÖVP und GRÜNE in Tirol. Wobei in Tirol wesentlich mehr Kompromisse eingegangen werden mussten von unserer Seite her, als in Wien.

Aber trotzdem gab es eine Einigung auf ein Modell, das auch verfassungsrechtlich hält, weil es keine Deckelung gibt und weil es keine Ungleichbehandlung von verschiedenen Menschen gibt. Ich werde später noch genauer darauf eingehen.

Wenn wir einen kleinen Blick jetzt noch einmal auf die historische Seite schauen, warum gab es dann plötzlich keine gemeinsame österreichweite Regelung mehr? Das war nicht, weil, Herr Kollege Kölly, so viele Länder sich nicht einigen können.

Meiner Erinnerung nach konnten sich zumindest sechs, wenn nicht sogar sieben Bundesländer ganz gut einigen. Damals war auch Landesrat Darabos noch mit am Tisch unter dem Sozialminister Stöger, aber am Widerstand der Schwarzen aus Oberösterreich und der Schwarzen aus Niederösterreich ist das dann nicht gelungen.

Das heißt, zuerst eine gemeinsame Lösung boykottieren und dann sagen, wir brauchen eine gemeinsame Lösung, aber nur die, die wir wollen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war keine echte gemeinsame Lösung.)* und keine andere und das sogar auch noch dann, und das sogar auch noch dann einfordern, wenn *(Abg. Geza Molnar: Das gilt gegenseitig genauso.)* bereits auf dem Tisch liegt, dass das verfassungsrechtlich nicht hält, dann halte ich das schon für sehr bedenklich.

Aber gut, schauen wir uns an wie es sinnvoller sein könnte, sinnvoller, nachhaltiger, integrationspolitisch überzeugender und vor allem auch verfassungsrechtlich richtig. Zum Beispiel in Wien, wo ja sozusagen durchaus Kollegen und Kolleginnen da unserer Landesregierung auch an entscheidenden Posten sitzen.

In Wien kommt man aus ohne Kürzungen und ohne Deckelungen, ohne Rückbau des Sozialstaates. Sondern und jetzt kommt *(Abg. Geza Molnar: Sensationelle*

Akzeptanz.) der springende Punkt, in Wien hat man ein Konzept einer aktiven Arbeitsmarktpolitik *(Abg. Manfred Kölly: Wien ist total verschuldet.)* mit diesem, mit diesem Mindestsicherungskonzept, das in Wien umgesetzt wurde.

Ziel ist es nämlich in Wien möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und das dadurch zu machen in dem man Programme entwickelt, dass die Leute in den Arbeitsmarkt kommen können.

Ihr Vorschlag ist, halten wir die Leute möglichst arm, weil dann gibt es ja plötzlich mehr Jobs. Sie tun ja gerade so als würden Menschen deswegen in der Mindestsicherung verharren wollen, weil sie nicht arbeiten gehen wollen. Das ist ja Unsinn, das ist ja absoluter Unsinn.

Es gibt unheimlich viele Menschen, die Arbeit suchen, die keine finden und deswegen auf die Mindestsicherung angewiesen sind. Und die finden nicht deswegen einen Job, weil sie ihnen einfach das Geld wegnehmen und die nicht mehr ihre Miete zahlen können.

Und sogar dort, wo sich Leute zusammentun und sagen, wir müssen halt jetzt sparen, wir müssen in eine Bedarfsgemeinschaft zusammenkommen, sagen Sie, und wenn ihr euch zusammentut und dadurch Wohnkosten spart, nehmen wir euch gleich wieder was weg.

Das ist keine aktive Arbeitsmarktpolitik und das ist auch gar keine Integrationspolitik. Was wir vielmehr bräuchten, und auch da könnten wir uns an Wien ein Beispiel nehmen, die Kollegen von der SPÖ kennen das ja sicher, auch ein Ausbildungskonzept.

Hier werden die Menschen motiviert und angeleitet in Programme, in Ausbildungsprozesse und in Arbeitsprozesse zu gehen und das ist der Anreiz. Das ist der Anreiz. Man bekommt dann eine Sonderzahlung, wenn man bereit ist in ein Beschäftigungsverhältnis zu gehen, in ein Ausbildungsverhältnis, und dort auch bleibt und dort auch tätig ist.

Also eine Politik, eine Integrationspolitik und eine Arbeitsmarktpolitik die mit Anreizen arbeitet, ist wesentlich nachhaltiger als eine, die mit Bestrafung arbeitet. Aber das ist vielleicht sozusagen grundsätzlich ein anderes Menschenbild, das da dahintersteht.

Es gibt auch in Wien Sachleistungen, es gibt eine ganz klare Gleichstellung von Frauen und Männern, das ist auch noch einmal klar gesagt. Warum ist das nötig? Na, warum ist das nötig und sehr hilfreich? Wenn man es sich im Detail anschaut, ist das schon sehr sinnvoll. Weil in Zukunft wird es zum Beispiel in Wien in einem Haushalt möglich sein, die Auszahlung der Mindestsicherung auf getrennte Konten zu beantragen und das unterstützt nämlich gerade auch die Frauen in den Lebensgemeinschaften und in den Familien.

Über solche Sachen müssen wir uns Gedanken machen, wenn es uns wirklich um Integration geht, wenn es uns wirklich um die Eingliederung in den Arbeitsmarkt geht. Vor allem muss es eine sehr transparente Klarheit darüber geben, wer welche Rechte und welche Pflichten hat und wo das Geld wirklich hinkommt.

Auch in Tirol ist es sozusagen nicht ganz so wie wir es für ideal halten, aber auch dort geht es vor allem darum, in den Sachleistungen hier klare Angebote zu machen. Man kann zum Beispiel einer leistbaren Wohnung zugewiesen werden. Dort muss niemand auf der Straße stehen und es wird auch niemandem einfach das Geld weggenommen. Es gibt

keine Deckelung und es gibt ein ganz klares Anreizsystem zur Aufnahme oder Wiederaufnahme einer Arbeit.

Bekommen die Menschen aus einer Beschäftigung einen Lohn der nur wenig über der Mindestsicherung liegt, so sollen sie auf eine befristete Zeit eine Aufzahlung bekommen. Also das ist ein Anreiz. Aber zu sagen, wir spielen jetzt diejenigen aus, die im Erwerbsleben stehen und viel zu wenig verdienen, und da möchte ich darauf hinweisen was der Kollege Steier gesagt hat.

Da muss man sich darum kümmern, dass die genug verdienen und dass der Mindestlohn hinaufgesetzt wird. Aber die spielen wir aus gegen diejenigen, die eh nichts mehr haben. Das finde ich ganz ehrlich für eine ganz fiese Tour. Ich habe es vor einem Jahr schon gesagt. Wir erleben hier im Burgenland einen Wettlauf: Wer der eigenen Wählergruppe am besten präsentieren kann, die härtesten Maßnahmen gesetzt zu haben.

Das, finde ich, ist kein konstruktiver Zugang zu guten politischen Konzepten. Wir erleben hier die Rede von der Hilfe zur Selbsthilfe, sagen Sie ja und schreiben Sie auch. Aber wo kommt denn in Ihren Konzepten die Hilfe zur Selbsthilfe vor? Gar nicht kommt das vor. Jemanden zu sagen wir nehmen dir Geld weg ist doch keine Selbsthilfe. Das ist ein Treiben in die Armut und in Situationen, aus denen man ganz schwer aus dieser Armut wieder herauskommt.

Jemanden von Leistungen auszuschließen und in die absolute Armut zu treiben, hat nichts mit Selbsthilfe zu tun. Wo sind denn die Konzepte der ÖVP? Wo sind die Konzepte der FPÖ und leider muss ich auch sagen, der SPÖ im Burgenland?

Wo sind denn die Konzepte Win-win für Schulungs- und Arbeitsförderungsmaßnahmen? Da ist nichts, was wir hier vorgelegt bekommen. Das ist eine Politik der Überschriften und nicht der Hilfe zur Selbsthilfe.

Dann reden Sie noch vom Sozialsystem. Das ist ja überhaupt schön. Das Sozialsystem an dem sich jemand bedient. Formulierungen wie "im System sein", "länger ins System einzahlen"; "kürzer ins System einzahlen" werden gebetsmühlenartig wiederholt. Auch Sebastian Kurz macht das in jedem Interview. Wurscht ob es passt oder nicht, immer kommt irgendjemand der länger ins System einzahlt oder der kürzer ins System einzahlt.

So. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das letzte Mal hat es gepasst!)* Das Interessante ist aber, Sie verwenden den Begriff oft völlig falsch. Weil unser Sozialsystem ist steuerfinanziert. Es ist nicht versicherungsfinanziert, so wie etwa die Arbeitslosenversicherung oder die Pensionsversicherung. Das sind Versicherungsleistungen, wo man vielleicht sagen kann, da zahlt jemand ein, da bekommt jemand etwas heraus.

Die Mindestsicherung wird aus dem Steuertopf finanziert und jetzt schauen wir uns einmal an, wer in diesen Steuertopf aller einzahlt. Da gibt es einen Steuermix. Da gibt es Einkommenssteuer, da gibt es Mehrwertsteuern, da gibt es Grunderwerbssteuern. Wir haben verschiedene Steuern in Österreich. Die Lohn- und die Einkommenssteuer ist progressiv, die Sozialversicherungsbeiträge sind progressiv. Verbrauchssteuern sind für alle gleich.

Da zahlen alle gleich viel ein. Wir haben insgesamt gesehen unterm Strich im Österreich nahezu eine flatex. Die Haushalte mit niedrigstem Einkommen haben eine Abgabenquote von ungefähr 35 Prozent des Haushaltseinkommens. Das steigt dann auch langsam an und bei hohem Einkommen ist man dann bei rund 40 Prozent. Bei den

Reichsten ein Prozent der Haushalte interessanterweise, sinkt die Abgabenlast wieder auf unter 40 Prozent. *(Abg. Géza Molnár: Das ist ja logisch!)*

Das heißt, das Abgabensystem *(Abg. Géza Molnár: Das ist ja logisch!)* insgesamt ist kaum progressiv, weil alle Abgaben, die nicht lohnabhängig sind, degressiv sind. So. Wer zahlt also in dieses System ein? In das steuerfinanzierte Sozialsystem?

Da zahlen einkommensschwache Haushalte einen ähnlichen Anteil ihres Einkommens in den Steuertopf ein, wie einkommensstarke Haushalte. Das sind Vergleichswerte, die wir heranziehen sollten. Also hören Sie doch bitte endlich auf Menschen einzureden, dass das anders wäre, dass ein Sozialsystem eines ist, wo man gezielt als Sozialleistung einzahlt und gezielt aus Sozialleistung wieder etwas herausnimmt.

Betrachten wir die Sache auch noch von einer anderen Seite, dann wird es nämlich noch deutlicher. Einkommensschwache Haushalte zahlen fast 30 Prozent des Einkommens für Konsum, also dafür was man täglich braucht. Einkommensstarke Haushalte zahlen nicht einmal zehn Prozent für Güter des täglichen Gebrauchs.

Ja. Warum das wichtig ist? Ich sehe schon, Sie sind noch nicht ganz einsichtig. Ich möchte es noch einmal deutlich machen. Sie treten hier auf Menschen hin, die vom Mindesten leben, die sowieso hergeben müssen was sie haben, bis auf einen Restbestand von 4.186 Euro. Man muss das Auto hergeben, wenn man es nicht braucht, um in die Arbeit zu kommen. In seiner Wohnung kann man natürlich bleiben, weil man darin wohnen muss.

Da geht es nicht um Leute die noch irgendwo Reserven haben. Sie suchen jetzt gefinkelt nach Möglichkeiten, denen auch noch etwas wegzunehmen *(Abg. Géza Molnár: Wem wird was weggenommen?)* und begründen das dann damit, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Den Familien!)* wenn diese Familien in den letzten Jahren weniger als fünf Jahre in Österreich waren, dann gebührt ihnen auch nicht mehr. *(Abg. Géza Molnár: Das ist gewollt!)*

Genau das werfe ich Ihnen vor. So wie Sie es sagen. Es ist gewollt, dass diese Menschen weniger bekommen. Es ist gewollt, dass es eine Ungleichbehandlung gibt von Menschen, die schon länger in Österreich sind und Menschen, die noch nicht lange in Österreich sind. Es ist gewollt! Und das ist jetzt eine Folge von dem was Sie tun. Es ist gewollt, dass Menschen in Armut vielleicht einmal auf der Straße liegen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eine Fehleinschätzung, die Sie haben!)*

Was kann denn das für eine zukunftsträchtige Politik für Österreich sein, dass wir in Kauf nehmen, dass Menschen obdachlos werden, weil sie sich das Dach über den Kopf nicht mehr leisten können? Dann ist mir „wurscht“ woher der kommt. Der soll ein Obdach haben und der soll es sich leisten können in einem Haus zu leben, in einer Wohnung zu leben, wo ein Dach über dem Kopf da ist.

Seien Sie ehrlich, es geht Ihnen hier um zwei Stoßrichtungen und eine habe Sie jetzt persönlich schon fast namentlich genannt. Es geht hier gegen die Ausländer, weil es immer politisch hilfreich ist, irgendein Feindbild zu haben an dem man sich abarbeiten kann *(Abg. Géza Molnár: Wir sind Ihres!)* und es geht um eine Zurücknahme.

Da nehme ich einmal an, da sind Sie sich in der Bundesregierung dann sehr einig, um eine Zurücknahme von Umverteilungsmaßnahmen. Warum allerdings die SPÖ hier mitmacht, das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Das ist mir schleierhaft. Herr Kollege Steiner, Sie haben mehrmals betont, dass etwas notwendig ist. Notwendig ist etwas, dass

Not wendet, dass Not abwendet. Dass, was Sie uns hier vorschlagen, wendet keine Not ab, sondern erhöht sie für Einige. Wir haben noch dazu die Not, dass Sie noch einmal etwas bekräftigen wollen von dem wir schon wissen, dass es verfassungswidrig ist.

Nein, dem werden wir nicht zustimmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kann ich davon ausgehen, dass Sie nicht zustimmen werden? – Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile das Wort dem Herrn Klubobmann Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank, Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst zur ÖVP und diesem Dringlichkeitsantrag. Natürlich ist es ein No-Na-Antrag. Weil Sie heute beantragen, dass sich der Landtag zu etwas bekennt, dass er erst vor einem Jahr mit großer Mehrheit *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben den Antrag nicht gelesen, glaube ich!)* beschlossen hat, mit 32 von 36 Abgeordnetenstimmen. No-Na.

No-Na, stehen wir zu dem, was wir vor einem Jahr beschlossen haben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du musst den Antrag lesen!)* sonst hätten wir das nämlich nicht beschlossen.

Und, Herr Kollege Steiner, Herr Kollege Steiner, ich bin nicht undankbar für die Debatte und die Möglichkeit, heute zur Mindestsicherheit zu sprechen, weil das Thema wichtig ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es ist wichtig!)* Aber es gibt einen Unterschied zwischen wichtig und dringlich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es ist dringlich!)*

Dringlich ist es aktuell nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das erzählst Du mir jedes Mal!)* Es ist wichtig. Es ist wichtig, aber aktuell nicht dringlich. Den Anlassfall, den haben Sie genannt. Das ist eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes bezogen auf das niederösterreichische Mindestsicherungsgesetz, das kassiert wurde.

Das kassiert wurde in zwei Punkten, vor allem nämlich Deckelung und Wartefrist. Im Burgenland stehen wir schlicht und einfach vor einer anderen Situation. Ich sage es jetzt trotzdem. Im Burgenland wurde nicht angefochten. Wir wissen nicht, ob überhaupt angefochten wird und sollte es zu einer Anfechtung kommen, wissen wir nicht was herauskommt.

Wir sind jetzt juristisch, selbst Juristen, wahrscheinlich nicht so beschlagen, dass wir jetzt anhand des Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes in Niederösterreich mit Sicherheit sagen können was herauskommt, wenn der Verfassungsgerichtshof das burgenländische Modell prüft. Es gibt Unterschiede.

Ich nehme an, der Herr Landesrat wird nachher noch näher darauf eingehen. Selbstverständlich, weil das von der ÖVP behauptet wurde, na selbstverständlich prüft das Amt die rechtlichen Umstände, schaut sich das an und trifft Vorkehrungen für den Fall, dass es im Falle des burgenländischen Gesetzes auch zu einer Anfechtung und vielleicht zu einer Aufhebung kommt.

Wir werden auf jeden Fall vorbereitet sein, meine Damen und Herren. Das ist gar keine Frage. Für uns als Koalition ist jedenfalls klar, dass wir zu diesem Modell stehen. No-Na, es haben 32 von 36 Abgeordneten beschlossen. Wir stehen zur Deckelung genauso wie wir zur Wartefrist stehen, meine Damen und Herren und ich wiederhole es auch vom Rednerpult aus, niemand bekommt aufgrund dieses neuen Gesetzes weniger.

Das wird immer so dargestellt als hätte da im Vorjahr der große soziale Kahlschlag stattgefunden im Burgenland. Das ist ein völliger Unsinn! Ein völliger Unsinn! *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt ja nicht!)* Es gibt eine Gruppe, es gibt eine Gruppe, die jetzt anders behandelt wird. Das sind jene, die innerhalb der letzten sechs Jahre keine fünf Jahre rechtmäßigen Aufenthalt in Österreich nachweisen können. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die sind nicht jemand?)* Das ist politisch gewollt. Das habe ich Ihnen schon gesagt. *(Beifall bei der FPÖ)*

So, und sagen wir wie es ist, Frau Kollegin. Dazu muss man nämlich auch sagen, dass diese neue Rechtslage, wir werden sie ja in ein paar Monaten dann rückblickend bezogen auf die Antragszahlen sehen, dazu führen wird, dass eine gewisse Personengruppe im Burgenland keinen Antrag mehr stellen wird. Ganz einfach.

Und damit stellt sich auch nicht die Frage der Obdachlosigkeit oder dergleichen. Die kriegen nicht weniger. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Die kriegen gar nichts mehr!)* Das wird nicht schlagend werden, weil sie im Burenland keinen Antrag stellen und natürlich war der Anlassfall die Immigration. Da brauchen wir ja auch nicht um den heißen Brei herumreden. Weil was in Europa seit 2015 los ist, dass wissen wir alle miteinander.

Wir können auch ganz genau nachvollziehen was die Hauptzielländer sind. Diese Hauptzielländer haben alle eines gemeinsam und das ist ein vergleichsweise großzügiges Sozialsystem auch für Zuwanderer. Das ist der Grund, warum Migranten nach Österreich kommen, nach Deutschland kommen, nach Schweden gehen. Das ist der Grund.

Wir sehen null Anlass aktuell an unserem Modell auch nur irgendetwas zu ändern. Null Anlass an diesem Gesetz irgendetwas zu ändern. Eine österreichweite Lösung, auch das unterstreiche ich jetzt noch einmal, eine österreichweite Lösung ist nicht am Burgenland gescheitert.

Ich sage es ganz ehrlich, im freiheitlichen Eck haben wir manches Mal ein bisschen geschwitzt, als es um diese Gespräche gegangen ist, weil da natürlich zwischendurch Modelle im Spiel waren, die auch vom Herrn Landesrat unterstützt wurden, die uns nicht so gefallen hätten. Wir haben aber den Mund gehalten und haben gesagt, wir wollen eine bundeseinheitliche Lösung nicht gefährden.

Schauen wir einmal was herauskommt. Eine bundeseinheitliche Lösung wird auch weiterhin nicht am Burgenland scheitern. Wobei wir zu unserem Modell stehen. No-Na. Unser Modell ist das Modell, das wir als nachahmenswert erachten.

Ich sage aber auch, die Initiative liegt beim Bund. Die Initiative liegt beim Bund. Ich sehe auch hier keine Dringlichkeit von Seiten der Burgenländischen Landesregierung jetzt an andere Landesregierungen heranzutreten. Abgesehen davon, dass Landesregierungen, meines Wissens nach, keine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat organisieren können.

Man wird sehen, was der Bund macht. Der Ball liegt beim Bund. Wir werden natürlich für unser Modell werben. Natürlich auch Parteien, in unseren Gremien, bei unseren Vertretern, ist gar keine Frage.

Als Österreicher sage ich Ihnen, dass ich natürlich etwas von einer bundeseinheitlichen Lösung hielte, vor allem wenn es nach dem Modell Burgenland erfolgen sollte. Als burgenländischer Mandatar sage ich Ihnen, sollte es nicht zustande kommen, habe ich damit als Burgenländer auch kein Problem, weil wir ein sehr gutes Mindestsicherungsgesetz haben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordnete Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ob dieser Antrag als dringlicher Antrag nach § 24 GeOLT, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber das ist gar nicht Deine Aufgabe das zu beurteilen, sondern das ist unsere Aufgabe das zu beurteilen!)* welcher nicht in den Ausschüssen behandelt wird zu bezeichnen ist, *(Abg. Robert Hergovich: Er kann beurteilen was er will!)* ist kontroversiell zu diskutieren.

Heute wurde bereits einiges dazu gesagt. Auch meine Meinung, Herr Kollege Steiner, ist die *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* dass, wenn ich einen Dringlichkeitsantrag einbringe und den vor zwei Wochen einbringe, wenn ich im Burgenland ein Gesetz habe, das bislang vom Verfassungsgerichtshof nicht aufgehoben worden ist und wenn ich bloß eine Ankündigung eines Bundeskanzlers habe, dass ich im Sommer eine bundeseinheitliche Lösung haben will, dann gehe ich nicht von Dringlichkeit aus.

Das ist meine persönliche Meinung. Aber es spricht kein Argument dafür, diesen Antrag als dringlichen Antrag einzubringen. Ich bin auch der Meinung, dass es viele andere wichtige Dinge gibt. Es ist aber ein wichtiger Themenkomplex, der heute natürlich auch diskutiert worden ist. Ich möchte die Diskussion auf einer anderen Ebene führen.

Ich möchte an dieser Stelle, weil ich heute den einzigen Redebeitrag habe, die wichtige und für mich wichtige Situation auch darstellen, dass ich unserem Kollegen Mag. Richter von dieser Seite her wirklich wünsche, dass er in den nächsten Wochen wieder auf die Beine kommt und bald wieder in unserem Hohen Haus ist. Weil ich glaube, das ist auch wichtig und das ist auch wichtig auszusprechen.

Der Burgenländische Landtag hat sich zum Thema Mindestsicherung in der 23. Sitzung, am 30. März 2017, ausführlich mit dieser Gesetzesänderung zum Mindestsicherungsgesetz befasst. Wenn ich mir die stenographischen Protokolle anschaue, und dafür danke auch bei den Damen, die diese Protokolle wirklich immer sehr gut verfassen, sehe ich, dass gerade zu diesem Tagesordnungspunkt 23 Seiten nach ausführlichen Debatten- und Wortmeldungen protokolliert wurden.

Dieses Burgenländische Mindestsicherungsgesetz wurde mit einer qualifizierten Mehrheit von 32 Stimmen von 36 Abgeordneten in zweiter und dritter Lesung angenommen. Eine qualifizierte Mehrheit würde für ein Verfassungsgesetz für eine Verfassungsmehrheit ausreichen.

Ich bin der Meinung, dass diese Gesetzesänderung infolge des Scheiterns der bundeseinheitlichen Lösung nach Art. 15a BV-G unumgänglich war. Deshalb ist dieses eigenständige burgenländische Modell zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung, welche mit breitem Schulterschluss getroffen wurde, nur eine Einreihung in ein anderes Mindestsicherungsmodell der anderen Bundesländer. Jedes Bundesland musste auf sich gestellt agieren. Wobei das Burgenland nicht ausgeschert ist und eine bundeseinheitliche Lösung verhindert hat.

Ausgeschert, es hat auch bereits die Kollegin Petrik erwähnt, sind die ÖVP-dominierten Bundesländer der ÖVP in Oberösterreich und Niederösterreich. Diese haben die bundeseinheitliche Lösung torpediert und damit mussten *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Stöger hat es torpetiert!)* auch die anderen Bundesländer Lösungen vornehmen.

In der „Wiener Zeitung“ wurde dann auch zitiert, dass es innerhalb der Bundesländer bei den Regelungen die Hardliner gäbe und andererseits diejenigen, die unentschlossen sind. Das Burgenland wurde weder zu den Hardlinern bei der Gestaltung dieser Bedarfsorientierten Mindestsicherung, noch zu den Unentschlossenen gezählt.

Das spricht auch für unsere Regelung, dass wir konsensual und mit breiter Mehrheit eine gute Lösung gefunden haben. Für mich ist ein Faktum, wir haben gehandelt, wir haben ein neues Burgenländisches Mindestsicherungsgesetz, welches mit 01.07.2017 in Kraft getreten ist und welches, so sehe ich es, das Ziel hat und hatte, die bestmögliche höchstmögliche Akzeptanz in der Gesellschaft, aber auch eine größtmögliche soziale Treffsicherheit zu erreichen.

Ich bin schon auch beim Kollegen Steier, der sagt, dass man durchaus auch das Lohnniveau hätte heben müssen und auch in den letzten Jahren vielleicht in diesem Punkt einiges verabsäumt hat. Ich bin aber der Meinung, dass man auf das nicht warten kann, weil gerade jetzt der Zeitpunkt war, wo durchaus auch die Unterscheidung zu treffen war, dass der Bezug der Leistungen aus der Mindestsicherung keinesfalls einem Haushaltseinkommen gleichzustellen war, welches unter dem oder über dem mittleren Erwerbseinkommen liegt.

Für mich gibt es daher keinerlei Grund an diesem Modell, das wir geschaffen haben, zu rütteln. Nur, warum hat eigentlich die ÖVP wirklich diesen Dringlichkeitsantrag gestellt? Ich habe mir dann diese Protokolle angesehen und habe mir die Wortmeldung vom Kollegen Mag. Steiner genau angesehen:

Ich möchte, weil auch er heute klargelegt hat, dass er für dieses eigenständige Modell des Burgenlandes steht und gleichzeitig auch eine bundeseinheitliche Regelung will, möchte ich drei Zitate, wortgemäße Zitate aus diesem Protokoll geben.

Erstes Zitat Mag. Steiner: „Aus meiner Sicht leider war eine bundeseinheitliche Regelung nicht möglich, weil die Meinungen und Ansichten in den Bundesländern viel zu unterschiedlich waren“. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Stimmt!)*

Zweites Zitat: „Auf Bundesebene gibt es auch einiges zu tun. Das ist keine Frage“. Und der Abschlusssatz der protokollierten Wortmeldung vom Kollegen Mag. Steiner: „Die heute zu beschließende Novelle ist, meiner Meinung nach, Ausdruck einer solchen Politik, mit der wir uns identifizieren, die wir mittragen und die wir gerne mittragen, weil wir glauben, dass wir damit das Land Burgenland nach vorne bringen können, weil wir glauben, dass wir auch der Bevölkerung ein klares und richtiges Signal geben können“.

Ich frage mich, warum heute dieser Dringlichkeitsantrag, unterschrieben von Ihnen? Wir haben doch ein gültiges, auf breiter Mehrheit gestütztes Gesetz, wir haben ein eigenständiges Modell. Ich würde zitieren, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben Sie es nicht verstanden warum?)* Herr Kollege Molnár hat gesagt, null Problem.

Ich würde Zeichentrickfilmstar *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben Sie es nicht verstanden warum?)* Alf, der immer sagt, Nullo Problemo, zitieren, weil eigentlich haben wir eine Regelung, die nicht angefochten wurde, die von allen Seiten akzeptiert wird, zumindest von vielen Seiten und deshalb ist für mich nachvollziehbar, dass diese Schritte gesetzt werden.

Sie haben aber skizziert, es gibt diese Aufhebung des Landesgesetzes in Niederösterreich. Es gibt hier zwei Punkte, die hier bereits erwähnt wurden, die Deckelung und andererseits die Wartefrist. Nur dieses Modell, was wir haben, wurde nicht angefochten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eh nicht!)*

Unser Gesetz ist nicht gleich dem Gesetz in Niederösterreich und auch nicht gleich wie Oberösterreich *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber ähnlich! – Abg. Ingrid Salamon: Ähnlich ist nicht gleich!)* und auch nicht gleich in Vorarlberg und auch nicht gleich in Tirol.

Das heißt, wir wissen heute nicht, wie der Verfassungsgerichtshof entscheiden würde. Ich beziehe mich da auf eine Aussage des anerkannten Sozialrechtsexperten Prof. Walter Pfeil im „Standard“. Der schreibt, ich zitiere ihn:

„Dass die Deckelung auf 1.500 Euro für Personen in Bedarfsgemeinschaften im Burgenland und in Oberösterreich im Gegensatz zu Niederösterreich Ausnahmen und damit sachlich gerechtfertigte Differenzierungen hat, sodass eine Verletzung des Gleichheitssatzes nicht anzunehmen oder nicht unbedingt in gleichem Größenschluss anzunehmen sei.“

Daraus resultierend denke ich mir, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Wartefrist?)* dass man, wenn man schon Unschärfe hat, in jedem Gesetz gibt es Unschärfe, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Und die Wartefrist?)* könnte man diese Deckelung auch durchaus auch degressiv einmal lösen. Aber man muss nicht daran denken, dass dieses Gesetz ad hoc oder per se durch den Verfassungsgerichtshof aufgehoben werden sollte. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Könnte!)*

Ich denke, wir haben unsere Hausaufgaben im Bereich der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Burgenland jedenfalls gemacht. Wir stehen zu diesem Mindestsicherungsmodell, das habe ich auch heute wieder gesehen, größtenteils und wir wollen deshalb auch kein neues Modell und kein neues Gesetz. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir auch nicht!)*

Hohes Haus! Das Burgenland, insbesondere der zuständige Landesrat ist auch heute zitiert worden, war immer an einer österreichweiten Lösung interessiert und wir haben auch konstruktive Vorschläge gemacht. Das ist in jeder Aussendung drinnen. Eine bundesweite Lösung ist daher nie am Burgenland gescheitert, auch heute mehrfach erwähnt.

Das hat auch der Kollege Molnár richtigerweise angeführt. Wenn die ÖVP wissen will, wer oder an wem die österreichweite Lösung gescheitert ist, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: An dem Stöger!)* soll sie sich bitte an die Kollegen in Oberösterreich und Niederösterreich wenden. *(Abg. Walter Temmel: Und an den Stöger!)*

Denn die waren das, die damals auch durch ihr Ausscheren torpediert haben. Der Ball liegt jetzt eindeutig bei der Bundesregierung. Sebastian Kurz hat angekündigt, er will diese bundeseinheitliche Lösung der Mindestsicherung bis zum Sommer erarbeiten. Wir begrüßen das. Ich bin auch der Meinung, dass der Ball im Fußball-Jargon auf der Mittellinie liegt und ein Ankick zu machen ist.

Nur ich höre nichts vom Ankick. Wir begrüßen diese Bemühungen, aber wir können keinesfalls diesen Fußball-Ankick für Sebastian Kurz vornehmen, das ist nicht unsere Kompetenz, das ist die Kompetenz des Bundes. Wir werden auch mit den anderen Bundesländern und bei den Landesregierungen unsere Einwendungen machen können, weil jedes Bundesland hat für sich ihre Linie gewählt. Mich wundert auch, dass sie diese Linie so vorgeben, weil zum Beispiel auch der Sebastian Kurz in Medienberichten die Oberösterreich-Linie präferiert hat.

Abschließend ist es mir noch ein Anliegen. Ich habe vernommen, dass Sie im Jahr 2016 auch einen Dringlichkeitsantrag als ÖVP zur Mindestsicherung NEU eingebracht haben. Der Unterschied zu diesem heutigen Mindestsicherungsantrag ist für mich vor allem in der Beschlussformel erkennbar gewesen.

In der damaligen Beschlussformel haben Sie nämlich die Burgenländische Landesregierung aufgefordert, sich zuerst bei der Bundesregierung und erst in zweiter Linie bei den Landesregierungen für eine Reform der Mindestsicherung einzusetzen.

Jetzt drehen Sie das um und sagen, Sie fordern die Landesregierung auf, sich zuerst bei den Landesregierungen aller Bundesländer und dann erst bei der Bundesregierung einzusetzen. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)*

Jetzt kann natürlich in einigen Jahren oder in zwei Jahren der Gedanke ein anderer sein, ich denke mir folgendes: Ich glaube nämlich, dass das System hat. Der Kollege Kölly hat das heute angeführt: Schaum. Er hat gesagt das ist eigentlich diskussionslos. Ich bin der Meinung, das sind Ablenkungsmanöver, da werden Ziele der Vermischung von Bundes- und Landesinteressen verfolgt und dazu sage ich folgendes:

Wir als Burgenland haben gehandelt und wir haben nicht bloß angekündigt. Wir stehen zu diesem Modell, wir werden dieses Modell auch empfehlen. Eine österreichweite Lösung wird auch künftig nicht am Burgenland scheitern. In diesem Sinne bringe ich den Abänderungsantrag ein und bin gerne bereit die Beschlussformel vorzulesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu den genannten Zielen und Grundsätzen des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes und begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung um eine bundeseinheitliche, verfassungskonforme Lösung, wobei auf die Vorbildwirkung des burgenländischen Modells hingewiesen wird.

Darf ich auf die weitere Verlesung verzichten? Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Der Abgeordnete Mag. Christian Drobits übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen.

Das Wort erteile ich nunmehr dem Herrn Klubobmann Mag. Sagartz.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Thomas Steiner war gerade so aufmerksam und hat kurz nachgesehen, was das aktuelle Datum war, woran es dann schlussendlich gelegen ist, dass eine bundeseinheitliche Lösung gescheitert ist.

Ich kann mich noch gut erinnern, es gab zwischen den neun Bundesländern heftige Diskussionen, auch die Ausgestaltungen der Landesregierung war vor den Landtagswahlen noch eine ganz andere und am 04. November kam es zu einem sogenannten finalen Ultimatum vom Bundesminister Stöger, wo er gesagt hat, das ist jetzt die Lösung und so muss es kommen. Ja, dass das die Bundesländer nicht nachvollzogen haben und sich hier geweigert haben zuzustimmen, lag auf der Hand.

Also wenn Sie mich jetzt fragen, wer war jetzt Schuld? Die die nicht nachgegeben haben, weil sie ihre Meinung vertreten haben? Es ist egal welche Fraktion jetzt. Oder derjenige, der dann gesagt hat und jetzt ist Schluss, ich bin der Bundesminister, ab jetzt zählt mein Ultimatum.

Ja, das liegt natürlich jetzt im Auge des Betrachters. Aber Tatsache ist, die bundeseinheitliche Lösung ist damals gescheitert. Ich kann Ihnen nur sagen, warum gibt es heute einen Dringlichkeitsantrag? Das kann man ganz einfach formell begründen.

Ein Viertel der Abgeordneten des Landtages empfiehlt den Kollegen mit einem Antrag und Unterschrift ein Thema und sagt, das ist uns dringlich und wichtig. Alles andere zu diskutieren, ob das jetzt aus Ihrem Blickwinkel das wichtigste Thema ist, ob wir das vor 14 Tagen hätten diskutieren können oder erst in drei Wochen, das ist immer eine Auslegungssache.

Sehen Sie, wir haben uns gedacht, wir nehmen uns die Kritik von Regina Petrik zu Herzen. Die Regina hat zuletzt kritisiert, dass sie keine Möglichkeit hat, dass sie in kurzer Zeit derartig komplexe Vorbereitungsarbeiten trifft. Wir haben 14 Tage vorher diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht und nicht wie immer üblich, wenige Momente… *(Abg. Manfred Kölly: Hat sich etwas geändert an ihrer Meinung?)*

Offensichtlich nicht, aber sie hat sich besser vorbereiten können - aber wie Sie sehen, ich kann es hier ohnedies nicht Recht machen heute. Diskutiert Ihr inhaltlich mit uns anders, das letzte Mal war es die zeitliche Komponente. Aber man sieht, wie man es macht, ist es dann schlussendlich verkehrt.

Worum geht es? Es gibt einen Abänderungsantrag, Thomas Steiner hat es schon eingangs erwähnt. Es ist schon sehr schwierig etwas zu finden, was man abändern kann an der gemeinsamen Linie. Stimmt. Hat sich ja wenig an der Linie an sich verändert. Tatsache ist, es gibt ein höchstgerichtliches Urteil. Und dem wollen wir vorbeugen.

Wir wollen, weil wir es akzeptieren, eine verfassungsrechtliche Mehrheit finden auf Bundesebene, um unseren Standpunkt eben abzusichern, damit auch nicht unser Gesetz Gefahr läuft, aufgehoben zu werden. *(Abg. Manfred Kölly: Ruft an den Kurz, der soll das machen!)*

Herr Kollege Kölly hat das Stichwort bereits gesagt, das ist ja jetzt wohl das Interessanteste. Also ich hätte mir gedacht, wenn wir als ÖVP-Fraktion in unserem Antrag den Bundeskanzler zitieren, dass er da Gas geben soll, dann werden wir ein Problem bekommen, weil da werden alle anderen sagen, na dem stimme ich nicht zu.

Ich will ja nicht den Bundeskanzler der ÖVP, die Frau Landesrätin hat heute gesagt einen Schwarzen, Türkisen, völlig gleich, einen Mann der ÖVP hier auffordern, für uns aktiv zu werden. So, was macht bitte Rot-Blau. Rot-Blau hat allen Ernstes hineingeschrieben, also wer es geschrieben hat weiß ich nicht, aber mit Unterstützung der Abgeordneten der FPÖ und der SPÖ liegt uns jetzt ein Abänderungsantrag vor, der da lautet:

Bundeskanzler Sebastian Kurz hat mehrfach zuletzt im „Kurier“ vom 24.03.2018 angekündigt, er sei zuversichtlich eine bundeseinheitliche Regelung für die Mindestsicherung noch vor dem Sommer zustande zu bringen. Der Burgenländische Landtag begrüßt die Bemühungen ausdrücklich. *(Abg. Géza Molnár: So sind wir!)*

Na hätte sich das die ÖVP-Fraktion getraut, ein derartiges Lob an den Bundeskanzler auszusprechen, dass er der Schrittmacher in dieser Angelegenheit bleibt? Es mag Ihnen vielleicht ärgerlich erscheinen, aber die Wahrheit ist, bei diesem einen Punkt können Sie – *(Landesrat Norbert Darabos richtet das Mikrofon)* Norbert, ein wenig habe ich noch Zeit. Ich möchte schon noch ein paar Worte sagen.

Tatsache ist, dass in diesem Moment, wo der Sebastian Kurz hier namentlich erwähnt wurde, ich schon anmerken möchte. Es war die ÖVP, die in dieser Sache Druck gemacht hat. Das war der dritte oder vierte Antrag, den wir hier im Landtag nach der neuen Gesetzgebungsperiode begonnen haben einzubringen. Es war unser Dringlichkeitsantrag.

Dann lag dieses Gesetzeskonvolut ausgearbeitet vor uns. Norbert Darabos hat die ÖVP-Fraktion dankenswerterweise eingeladen und fragt dann uns, ob wir zu den von uns angeregten Initiativen verhandeln wollen. Das war eine spannende Situation, Norbert, weil wir haben das eingebracht. Wir haben die Vorschläge auf den Tisch gelegt. *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)*

Es gab davor das niederösterreichische Modell, das oberösterreichische Modell und es gab eine Integrationsvereinbarung aus Vorarlberg. Wir haben das zusammengeführt und dann fragt man uns als Ideengeber, als Schrittmacher, was wir dazu sagen. Natürlich haben wir ja gesagt, und eine breite Mehrheit hat Gott sei Dank ja gesagt.

Ich möchte Ihnen sagen, Regina Petrik, in dem Fall muss ich sagen, es gibt andere Meinungen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Eh! So ist es.)* man muss nicht immer einer Meinung sein. Ich möchte das deutlich sagen. Wir waren auch anderer Meinung, als es darum gegangen ist, fünf Grundbekenntnisse aufzustellen. Wir wollten, dass Menschen, die zu uns kommen, die Schutzsuchen, die Leistungen des Staates beziehen, sich zu unseren europäischen Werten, zu christlich, jüdischen Werten bekennen. Ganz einfach. Und das möchten wir in dem Fall ganz deutlich auch in einer Integrationsvereinbarung verankert wissen.

Der nächste Schritt ist jetzt wieder mit der Bundesregierung gelungen. Ich weiß, das ist vielleicht für den Einen oder Anderen ein unübliches Thema, weil es in unseren Kindergärten, in unseren Volksschulen noch die Ausnahme ist. Aber ich sage Ihnen, es ist richtig, wenn Sebastian Kurz und die Bundesregierung jetzt darangehen, ein Kopftuchverbot in Kindergärten und Volksschulen einzuführen.

Es ist schlichtweg eine Frage, wie gehen wir mit unseren Grundwerten, wie gehen wir mit unseren Hintergründen und Kulturwerten um? Andere, die zu uns kommen, zeigen uns sehr deutlich, wie sie mit ihrer Kultur umgehen. Ich glaube, es ist nur recht und billig, wenn ein Staat darauf achtet, dass auch seine Grundwerte gesichert sind. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Hier kann sich Sebastian Kurz hoffentlich nicht nur auf die ÖVP-Fraktion, sondern auch auf die Freiheitlichen verlassen. Hier möchten wir Schrittmacher auch auf Bundesebene sein.

Gemeinsam wird uns das gelingen! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Géza Molnár: Verrennt Euch nicht. – Abg. Doris Prohaska: Herzschrittmacher.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Apropos christliche Werte, es hat eine Klimadiskussion gegeben. Ich muss das Wort Öl noch einmal verwenden. Ich möchte nicht Öl ins Feuer gießen. Aber einige Dinge seien mir schon erlaubt, jetzt anzumerken.

Ich halte es für pharisäerhaft, sage ich ganz offen, wie mit diesem Thema von Seiten der ÖVP umgegangen wird. Wir haben das gemeinsam beschlossen. Auf das möchte ich dann nochmals zurückkommen.

Sie fordern mich praktisch auf, oder die ganze Landesregierung, die Arbeit, den Job der Bundesregierung zu machen. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Also

das sehe ich irgendwie nicht ganz ein, muss ich ganz offen sagen, weil ich stehe zu dem burgenländischen Modell. Das möchte ich gleich am Beginn anmerken.

Das Zweite ist, der Kollege Steier ist da. Ich würde bitten, das Wort „durch den Rost fallen“ nicht mehr zu verwenden. Das ist ein Nazi-Ausdruck. „Durch den Rost fallen“ ist ein Nazi-Ausdruck. Das kommt aus den Konzentrationslagern. Die verbrannten Menschen, wo die Knochen dann durch den Rost gefallen sind. Aber das soll nicht oberlehrerhaft klingen *(Abg. Christian Illedits: Das ist der Historiker.)* und ist auch nicht bewusst von Dir verwendet worden. Aber ich wollte es nur kurz anmerken.

Zum Kollegen Kölly, ich bin zu 90 Prozent Ihrer Meinung, Herr Abgeordneter. Bei einem Punkt nicht ganz, weil Sie haben gesagt, vielleicht können die GRÜNEN auch zustimmen. Die GRÜNEN können nicht zustimmen, weil es im Parlament die GRÜNEN nicht mehr gibt. *(Abg. Manfred Kölly: Aber bei dem Antrag.)* Es geht ja um eine Verfassungsänderung auf Bundesebene.

Eines möchte ich schon wirklich, das ist ja fast untergegangen, aber das muss ich jetzt vehement zurückweisen, Frau Abgeordnete Petrik. Wir treten nicht auf die Menschen hin. Das möchte ich hier nochmals ausdrücklich im Hohen Haus erwähnen. Wir treten nicht auf die Menschen hin. Wir haben mit der Mindestsicherung im Burgenland auch keine finanzielle Schlechterstellung gewählt. Wir haben nur eine stärkere soziale Treffsicherheit gewählt.

Jetzt zum Thema kommend. Es wurde schon mehrfach angesprochen. Wir haben dieses Mindestsicherungsgesetz vor einem Jahr beschlossen und insgesamt mit 32 von 36 Stimmen, also einer qualifizierten Mehrheit. Auf Bundesebene wäre es eine Verfassungsmehrheit. Und wir stehen alle dazu. Jetzt kann man auch unterschiedliche Ausformungen haben und auch versuchen, offensichtlich das Thema politisch zu benutzen.

Die bundeseinheitliche Regelung ist damals gescheitert. Ich möchte den Kollegen Stöger gar nicht in Schutz nehmen. Es ist nicht gelungen, eine bundeseinheitliche Regelung herbeizuführen. Natürlich hat das vor allem auch mit den Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich zu tun gehabt.

Es ist dann vom Verfassungsgerichtshof insofern behandelt worden, weil sich 160 Betroffene in Niederösterreich auch gemeldet haben und das beim Verfassungsgerichtshof angefochten haben. Und da ist der erste Unterschied.

Es ist tatsächlich so, ich muss es noch einmal bekräftigen, es gibt bisher keine Anfechtung im Burgenland. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Kommt schon noch.)* Es gibt allerdings zwei Fälle, die beim Landesverwaltungsgericht gelandet sind, wo das Landesverwaltungsgericht in unserem Sinne entschieden hat. Das möchte ich auch heute ausdrücklich kurz noch einmal hier erwähnen. Wir haben ein eigenständiges Modell.

Ich möchte noch ganz kurz darauf hinweisen, was uns auch vom niederösterreichischen Modell unterscheidet. Die Deckelung kommt bei uns nämlich nur dann zur Anwendung, wenn die Arbeitsfähigkeit gegeben ist und keinerlei Einkommen im Haushalt erzielt wird.

Und ich sage das auch ganz offen: Ich stehe dazu, weil ich nicht einsehe, dass Familien im Burgenland, Maurerfamilien oder Malerfamilien oder auch Elektriker mit 1.000 Euro in Pension gehen und es teilweise Familien gibt, die mit der Mindestsicherung weit darüber hinaus kommen - ohne Kinder jetzt. Das ist möglicherweise noch unter der Deckelung. Aber trotzdem ist es nicht nachvollziehbar.

Wir leben alle im Burgenland und wir leben in kleinstrukturierten Gemeinden. Jeder von Ihnen wird Fälle in den Gemeinden kennen, wo man mit dem Finger auf die Betroffenen zeigt und sagt, schaut euch das an, wieso ist das möglich, dass die mehr an Mindestsicherung bekommen als eine Familie, wo der Mann oder die Frau, wer auch immer, mehr als 40 Jahre gearbeitet haben und auch in den Arbeitsprozess einbezahlt haben. Also insoferne stehe ich dazu, weil es auch aus meiner Sicht eine sozial treffsichere Anwendung dieses Mindestsicherungsprinzips ist.

Ich möchte noch auf eines hinweisen, Frau Kollegin Petrik. Sie haben nicht Recht, das Modell Burgenland bietet einen aktiven Arbeitsanreiz. Genau das, was Sie angesprochen haben.

Unser Modell bietet diesen Arbeitsanreiz, denn - wie gesagt - bei den sogenannten „Aufstockern“ kommt die Deckelung von 1.500 Euro je Haushalt nicht zur Anwendung. In Niederösterreich schon. Und „Aufstocker“ sind bekanntlich jene Leute, die in ihrem Job weniger als 845 Euro pro Monat verdienen und deswegen Leistungen aus der Mindestsicherung erhalten.

Im Übrigen haben wir einen Schnitt von 446 Euro, was die Mindestsicherung betrifft. Insgesamt gibt es, auch das möchte ich hier dem Hohen Haus nicht vorenthalten, 2.900 Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher. Davon sind 400 Asylberechtigte, also von den 2.900 400 Asylberechtigte.

Unser Gesetz gilt übrigens für alle. Diese Wartefrist sechs / fünf gilt natürlich auch für Österreicherinnen und Österreicher. Natürlich gibt es Fälle, die hier auch zur Anwendung kommen können.

Ich möchte auch noch vielleicht dazu sagen, das sollte man in der Diskussion auch nicht vergessen, diese „Aufstocker“, die ich genannt habe, sind 42 Prozent der Mindestsicherungsbezieher.

Also zusammenfassend gesagt, ich halte unser Modell für ein gutes. Ich stehe auch dazu. Ich stehe auch zur Deckelung, wie wir sie im Burgenland beschlossen haben. Es gilt eben schon abzuwägen, wie viel man in das System einbezahlt hat.

Es wurde schon angesprochen, der Sozialrechtsexperte und Verfassungsexperte Walter Pfeil hat darauf verwiesen, dass er unsere Regelung im Burgenland für durchaus zulässig erachtet. Das ist aus meiner Sicht auch ganz wichtig, dass das auch von kompetenter Stelle so gesehen wird.

Allerdings, wie gesagt, wenn es eine Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof geben sollte, werden wir dem natürlich mit Gelassenheit und Zweitens mit der notwendigen Rechtsstaatlichkeit entgegentreten.

Zusammenfassend gesagt, wir stehen zum Gesetz. Wir stehen aber auch zur bundeseinheitlichen Lösung. Ich bin auch gerne bereit, mit den Bundesländern, mit den Kolleginnen und Kollegen, zu sprechen. Wir haben ja auch bei den Sozialreferententagungen immer wieder die Möglichkeit dazu. Aber der Ball liegt schon auch bei der Bundesregierung.

Wenn man den Kollegen Stöger schuldig werden lässt, teilweise zu Recht auch, dass es nicht gelungen ist, dann muss ich jetzt sagen, ich appelliere an die jetzige Sozialministerin, dass sie eine Lösung zustande bringt, die auch bundeseinheitlich eine gemeinsame Lösung ermöglicht. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse vorerst über den vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen. Die Entschließung betreffend bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

6. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2017 (Beilage 1241) des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 21 - 878) (Beilage 1262)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Punkt, das ist der 6. Punkt der Tagesordnung, ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2017, Beilage 1241, des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Zahl 21 - 878, Beilage 1262.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Markus Ulram: Danke Herr Präsident. Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Tätigkeitsbericht 2017 des Burgenländischen Landes-Landesrechnungshofes in seiner 14. Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Tätigkeitsbericht 2017 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werter Herr Rechnungshofdirektor! Ein Tätigkeitsbericht 2017 des Landes-Rechnungshofes, wie immer akribisch zusammengefasst und aufgelistet. Ich möchte mich jetzt schon bei dem Direktor und seinem Team bedanken, die hervorragende Arbeit leisten.

Ich möchte mich aber auch bei den Stellen bedanken, die zuarbeiten sollen und müssen und auch wollen. Denn es ist auch wichtig für den Rechnungshof, wenn er Prüfungen vornimmt, dass auch dementsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt werden sollen, müssen, dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Tätigkeitsbericht 2017. Im Jahr 2017 veröffentlichte der Burgenländische Landes-Rechnungshof sechs Prüfungsberichte. Im Zuge dieser Berichte trafen die Prüfer des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes über 280 teils kritische Feststellungen und sprachen über 200 Empfehlungen aus.

Das heißt, man sieht schon, wie wichtig es ist, dass der Rechnungshof hier wirklich hinterfragt, hinter diesen Sachen her ist und auch, und das ist das Entscheidende, auch schlussendlich zu einer Umsetzung kommen, soll, muss, logischerweise.

Daher glaube ich, ist es auch entscheidend, dass wir immer seitens der Liste Burgenland auch bei großen Vorhaben, die ja in Zukunft auf uns zukommen werden, jetzt will ich nicht schon wieder mit dem Spital Oberwart anfangen, aber es gibt mehrere Debatten.

Ich höre, in Lutzmannsburg sollen wieder 28 / 29 Millionen Euro investiert werden. Der alte Abschluss ist noch immer nicht klar, es fehlen noch immer irgendwo Detailfragen. Dafür kann aber der Rechnungshof nichts, sondern der Rechnungshof hat zu schauen, was eigentlich da los ist. Weil dieser Bericht betreffend Lutzmannsburg war hervorragend, was wirklich gezeigt wurde, was passiert ist.

Ein weiteres Novum des Jahres 2017 war die Einleitung und Durchführung einer gemeinsamen Prüfung mit dem Rechnungshof zur Burgenländischen Krankenanstaltengesellschaft. Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Punkt, der noch immer ganz entscheidend wird sein, was passiert eigentlich in Zukunft mit der KRAGES und dergleichen mehr?

Es gibt ja einen personellen Wechsel und ich bin gespannt, wie sich das Ganze auswirken wird, weil wenn ich wirklich heute schon eine Diskussion gehört habe, wie viele Millionen die KRAGES noch zusätzlich in den nächsten Jahren braucht, dann wird es eine spannende Sache, wie bekommt man wirklich das auf die Reihe?

Ich denke, neben dieser Premiere war das Jahr 2017 aber auch das Jahr des 15-jährigen Bestehens des Rechnungshofes. Dazu muss man gratulieren. Die Veranstaltung war, glaube ich, auch eine hervorragende, wo man sich wirklich präsentieren könnte und welche Möglichkeiten es in den 15 Jahren gegeben hat, sich wirklich hier miteinzubringen.

Ich glaube auch, dass es entscheidend ist, dass nicht nur die Prüfergebnisse vorliegen, sondern dass man mit dem Rechnungshof Gespräche führen kann. Dass man immer wieder erfährt, welche Möglichkeiten gibt es. Was wird derzeit geprüft und was entscheidend natürlich ist, ist auch der Stellenplan.

Ich glaube, hier wird sehr wirtschaftlich und sparsam gearbeitet, und das darf man nicht vergessen, obwohl wir immer seitens der Bündnis Liste Burgenland fordern, aufzustocken und vielleicht noch mehr Möglichkeiten zu schaffen.

Wenn ich denke, dass wir immer begleitende Maßnahmen fordern, sei es beim Spital Oberwart oder sei es auch andere große Projekte zu begleiten, wäre es nur möglich, auch ein neues Gesetz zu beschließen, wo das möglich wäre. Auch darüber sollten wir diskutieren.

Ich verstehe schon Herr Kollege Molnár, dass das nicht ankommen wird, aber de facto wäre es gut, wenn man jetzt schon im Oberwarter Spital begleitend von jeder Fraktion oder Fachleuten, auch vom Rechnungshof, eigene Trupps einsetzen könnte, die natürlich dann finanziert werden müssen. Das ist ja gar keine Diskussion.

Dann würde man sich im Nachhinein vieles ersparen und das wissen wir allgemein. Denn, wenn ich nach zwei oder drei Jahren einen Rechnungshofbericht bekomme, der wirklich sachlich fundiert ausgeführt ist und akribisch am Tisch liegt, aber schlussendlich ist dann der Zug leider Gottes meistens abgefahren.

Das sind die Dinge, wo wir seitens der Bündnis Liste Burgenland natürlich das Ganze einfordern wollen. Die Möglichkeit gibt es immer, man kann Gesetze ändern und das ist ja heutzutage alles möglich.

Wenn ich dann zu den Prüfungen zurückkomme. Im Jahr 2017 übermittelte der Burgenländische Landes-Rechnungshof dem Burgenländischen Landtag gemäß Art. 74a Abs. 2 L-VG folgende fünf Prüfungsberichte aus Initiativprüfungen. Pama - Gols Windkraftanlagen - sehr interessantes Thema gewesen. Stadtgemeinde Neusiedl Überprüfung, was für den Rechnungshof ein Neuland war und ihn dementsprechend auch sehr herausgefordert hat. Stationäre Pflege im Burgenland; Planungs- und Kostenstruktur. Dann den Schutzwasserbau - heute haben wir schon diskutiert über die ganze Umwelt und dergleichen mehr.

Follow Up-Prüfung betreffend die Überprüfung des Beschaffungswesens im Land Burgenland, insbesondere die Beschaffung von Dienstfahrzeugen, wo einiges zu Tage gekommen ist, was man sich gar nicht vorstellen hätte können. Aber das sind wichtige Dinge, die dann schlussendlich von der Landesregierung auch umgesetzt werden sollen und müssen.

Oder B50 Burgenland Straße Umfahrung Schützen am Gebirge. Da gab es natürlich auch noch nicht eine 100-prozentige Überprüfung, weil 98 Prozent sind nur zum Überprüfen gewesen, zwei Prozent fehlen noch, da werden wir sehen, was noch herauskommt. Aber ich denke, auch hier wurde dementsprechend gut gearbeitet.

Eingeleitete Prüfung hat es im Jahr 2017 gegeben: Landesverband Burgenland Tourismus sowie Burgenland Tourismus GmbH. Hier weiß man auch, was sich tut.

Oder: Grundversorgung. Follow Up-Prüfung betreffend den Verkauf der Therme Stegersbach, den wir ja demnächst oder was schon präsentiert worden ist.

Ich glaube auch, dass es entscheidend ist, dass nachstehende zum 31.12. noch nicht abgeschlossene Antragsprüfungen leitete der Burgenländischen Landes-Rechnungshof im Jahr 2017 ein:

Landessicherheitszentrale Burgenland, wo jetzt die wildesten Diskussionen herausgekommen sind. Jetzt zeigen wir uns schon selber dort an. Das ist ja auch alles interessant. Da kommt man auf Dinge drauf, die wirklich die Bevölkerung auch wissen sollte.

Aufbringung und Verwendung der finanziellen Mittel des Burgenland Tourismus.

Burgenländische Krankenanstalten-Gesellschaft m.b.H. - habe ich schon erwähnt - KRAGES.

Das Nächste ist der Zusammenhang mit der Entlassung des KRAGES-Geschäftsführers im Frühjahr 2017. Diesbezüglich hat sowohl der Landtag als auch die Burgenländische Landesregierung Prüfaufträge beschlossen. Da die Prüfaufträge weitgehend identisch waren, beschloss der Rechnungshof erstmals eine Kooperationsprüfung durchzuführen und einen gemeinsamen Bericht vorzulegen. Das halte ich für eine ganz wichtige, tolle Sache.

Zu den Prüfanträgen: Überprüfung der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der Strukturreform der Burgenländischen Landesregierung. Man sieht, dass hier viel Arbeit vorliegt, dass aber mit dem Personal sehr sparsam und wirtschaftlich umgegangen wird.

Trotzdem bleiben wir auf dem Standpunkt, dass wir aufstocken beziehungsweise mehr Unterstützung geben sollten. Wir seitens des Kontrollausschusses oder - das ist ja nicht der Kontrollausschuss, wo wir mitarbeiten und denke ich, auch Fragen stellen können, ist auch eine ganz wichtige Sache. Aber wir müssen noch tiefer in diese Materie hineingehen.

Ergebnisse und die Wirksamkeit der Kontrolle stehen hier auch herinnen, 69 Prozent, ich glaube, das ist auch ein Schnitt, den man entsprechend als Empfehlung sieht.

Die Umsetzungskraft der überprüften Empfehlungen bei der Beschaffung der Dienstfahrzeuge ist auch ein sehr interessanter Faktor gewesen. Ich hoffe, dass das jetzt alles einmal geklärt ist.

Ja, insgesamt, auch zum Budget: Ich glaube, wenn im Voranschlag 995.200 Euro vorgeschlagen wurden, und im Rechnungsabschluss 259.146, dann ist das wirklich eine wirtschaftlich gut fundierte Sache.

Daher möchte ich mich noch einmal recht herzlich beim Rechnungshof bedanken und wünsche mir, dass es finanzielle Aufstockungen gibt, dass es noch mehr Möglichkeiten gibt.

Ich bedanke mich wirklich bei Ihnen, Herr Direktor, und bei den Mitarbeitern, auf das aller Herzlichste. Danke schön. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö*(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herr Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Wortmeldung.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ja, dem ist nicht mehr allzu viel hinzuzufügen, lieber Kollege Kölly. Ein wesentlicher Punkt des Rechnungshofes, der mir auch sehr wichtig ist, sind die Follow Up-Prüfungen. Zwar im letzten Jahr gerade zufällig nur eine, die drinnen ist.

Aber daran sieht man, finde ich auch, wie wesentlich die Arbeit ist und wie praktikabel eigentlich die Empfehlungen sind. Denn wir sind, wenn man es auf die letzten fünf Jahre berechnet, bei einem Umsetzungsgrad von 70 Prozent bei Follow Up-Prüfungen bei den Empfehlungen. Das ist doch ein sehr guter Schnitt. Höher werden, kann er immer noch. Aber ich denke, mit 70 Prozent sind wir recht zufrieden.

Der Kollege Kölly hat es eh auch schon angekündigt, das Jahr 2017 war für den Landes-Rechnungshof eigentlich das Jahr der Premieren. Erste Gemeindeprüfung mit der Gemeinde Neusiedl. Erste gemeinsame Prüfung mit dem Landes-Rechnungshof in Wien. Erste gemeinsame Prüfung, zumindest die Einleitung der Prüfung, mit dem Bundes-Rechnungshof betreffend KRAGES. Also sehr viel Gemeinsamkeit.

Das Ganze geht dann auch noch weiter - gemeinsame Grundausbildung. Ich habe den Eindruck, dass, und das wird ja auch bestätigt, dem Rechnungshof-Bundesbericht, den wir letztes Mal hatten, dass die Zusammenarbeit zwischen den Rechnungshöfen und vor allem dem Bundes-Rechnungshof jedes Jahr noch stärker ist.

Es ist auch sehr erfreulich, dass nach wie vor, der Sprecher der Landes-Rechnungshöfe „unser“ Landes-Rechnungshofdirektor ist.

Sehr erfreulich auch weiterhin die Entwicklung der Budgetmittel, nach wie vor gehen in etwa 95 Prozent der Kosten in Lohnkosten auf. Das ist sehr positiv, weil es

einfach auch Arbeitsplätze sind, letztendlich. Die Sachausgaben sind hier relativ gering, so wie das eigentlich schon in den letzten Jahren war.

Alles in allem also eine Arbeit, so wie wir uns alle, glaube ich, die Arbeit des Rechnungshofes vorstellen, der einfach ein wichtiges Instrument für den Landtag ist und auch bleiben wird. Und ich freue mich auf die nächsten Berichte.

Vielen Dank auch von meiner Seite an das Team. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsident. Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof, die Rechnungshöfe sind heuer sozusagen Dauergast im Landtag. Wir hatten das letzte Mal einige Berichte auf der Tagesordnung. Unter anderem, Kollege Spitzmüller hat es erwähnt, den Tätigkeitsbericht des österreichischen Rechnungshofes.

Einige Dinge, die wir damals in der letzten Sitzung besprochen haben, finden sich ja auch im Tätigkeitsbericht des Landes-Rechnungshofes über das Jahr 2017 wieder. Dies betrifft vor allem die länderübergreifenden Prüfungen, etwa mit dem Stadt-Rechnungshof in Wien. Oder die erste gemeinsame Prüfung vom Landes-Rechnungshof und österreichischem Rechnungshof in Bezug auf die KRAGES. Betrifft etwa auch die Frage der gemeinsamen Grundausbildung der Rechnungshofprüfer.

Ein weiteres Novum im Tätigkeitsbericht ist die erste abgeschlossene Gemeindeprüfung im Burgenland im Jahr 2017 - Gemeinde Neusiedl.

Insgesamt hat der Landtag im vergangenen Jahr sechs Berichte des Landes-Rechnungshofes erhalten. Fünf davon über Initiativprüfungen. Und weitere sechs Prüfungen wurden eingeleitet. 50 Prozente davon wiederum initiativ.

Ich erwähne das deshalb, das Initiativprüfungsrecht ist ein Gradmesser für die Unabhängigkeit des Rechnungshofes und von Rechnungshöfen. Und zwar nicht nur das Recht, das kann man ja bald einmal gesetzlich einräumen, sondern auch die tatsächliche Möglichkeit zur Initiativprüfung. Wir haben ja auch schon Zeiten erlebt, wo durch Landtagsaufträge und Aufträge der Landesregierung das Initiativprüfungsrecht de facto eingeschränkt war, weil die Kapazitäten nicht mehr ausgereicht haben.

Unabhängigkeit, Herr Kollege Kölly, Stichwort, jedes Mal, begleitende Kontrolle. Ich wiederhole es, ich bin strikt dagegen, dass wir dem Landes-Rechnungshof gesetzlich dazu ermächtigen oder ihm ermöglichen, begleitend zu kontrollieren. Wir leben in diesen Berichten von der Ex-post-Kontrolle und davon, dass der Rechnungshof eben nicht Teil jener Entscheidungen ist, die er überprüft.

Weil, und damit möchte ich keiner Prüferin und keinem Prüfer und auch dem Herrn Direktor nicht zu nahetreten, auch die Kolleginnen und Kollegen vom Landes-Rechnungshof in diesem Fall sind nicht unfehlbar. Wenn sie sich jetzt zum Beispiel einsetzen, in die Planung, Projektierung des Krankenhauses in Oberwart, dann ist trotzdem nicht ausgeschlossen, dass es zu einem Fehler kommt. Und die Frage ist dann, wo haben wir als Landtag dann eine unabhängige, unbefangene Instanz, die das Ganze aufklärt und den Bericht dann vorlegt.

Es gibt im Übrigen schon Beispiele, ich glaube, es hat vor einigen … *(Abg. Manfred Kölly: Abgekoppelt!)* Ja, das ist eine Controllingaufgabe. Ich bin ja durchaus nicht

dagegen, dass man das in irgendeinem Bereich der Landesverwaltung institutionalisiert, aber das ist eine Controllingaufgabe, das muss da geschehen.

Im Übrigen gibt es ja auch Gremien, die im Zusammenhang mit dem Projekt des Krankenhauses in Oberwart mit der begleitenden Kontrolle befasst sind. Aber eben nicht der Landes-Rechnungshof, und das wollte ich vorher sagen, es gibt auch schon Beispiele, wo das mit der begleitenden Kontrolle versucht wurde und was nicht ganz so gut gegangen ist, vor Jahren einmal, wenn ich mich richtig erinnere: Olympiabewerbung in Salzburg.

Es kommt dann die Diskussion auf, wenn der Rechnungshof einen Bericht darüber vorlegt, na ja, welche Rolle habt ihr denn in dieser Sache gespielt, ihr wart ja involviert. Das ist ein Zustand, den möchte ich im Burgenland nicht haben.

Die durchschnittliche Prüfungsdauer betrug im Jahr 2017 183 Tage. Das waren um 19 Tage mehr, als im Jahr davor, im Jahr 2016. Aber eine natürliche und keineswegs besorgniserregende Schwankung, weil es vor allem zwei Prüfungen gab, die etwas umfangreicher waren und mehr Zeit in Anspruch genommen haben. Beide im Haus, einerseits der Schutzwasserbau, andererseits die stationäre Pflege.

209 ausgesprochene Empfehlungen, wir haben schon gehört, 73 Prozent davon betrafen die Verbesserung der Effizienz, 25 Prozent Mängel bei der Einhaltung der Rechtmäßigkeit und lediglich zwei Prozent die Rechnungsführung.

Über einen Zeitraum von 15 Jahren, und so alt ist der Landes-Rechnungshof mittlerweile, betrafen rund zwei Drittel der Empfehlungen die Verbesserung der Effizienz.

Das zeigt, meine Damen und Herren, dass der Landes-Rechnungshof ein maßgeblicher Partner und ein maßgeblicher Ratgeber ist, wenn es darum geht, warum die Regierung aktuell und laufend und auch die Gesetzgebung aktuell und laufend mühevoll ringt, nämlich um die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Verwaltungsreform, Entbürokratisierung, hier ist der Landes-Rechnungshof nicht wegzudenken.

In diesem Sinne auch von unserer Seite, von der Freiheitlichen Fraktion, vielen Dank an den Landes-Rechnungshof und an den Herrn Direktor.

Wir nehmen den Tätigkeitsbericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist über den Tätigkeitsbericht doch schon einiges gesprochen worden - über den Umfang und so weiter. Ich möchte zunächst auch einmal ein herzliches Dankeschön für die Arbeit des Rechnungshofes aussprechen, für den ganzen Mitarbeiterstab, allen voran als ersten Vertreter dem Herrn Direktor.

Die einzelnen Prüfungen, die durchgeführt wurden, wurden bereits mehrmals aufgezählt. Die Premieren auch dazu mit dem Stadt-Rechnungshof in Wien und gemeinsame Prüfung auch mit dem Bundes-Rechnungshof.

Genauso auch die Leistungsbilanz - 87 Prüfberichte, davon 1.562 Feststellungen und 1.091 Verbesserungsvorschläge beziehungsweise Empfehlungen. Wobei, da muss man schon noch anmerken, wie man auch in den letzten Berichten gesehen hat, dass

nicht 70 Prozent, sondern 47 Prozent umgesetzt worden sind und weitere 20 Prozent in Umsetzung sind.

Das habe ich auch beim letzten Bericht schon angemerkt, dass diese Umsetzungsquote weit höher sein könnte, weil wir alle bei jedem Rechnungshofbericht immer der Meinung waren, dass alle Empfehlungen eigentlich zur Umsetzung kommen sollten.

In Vorbereitung sind natürlich auch einige wichtige Prüfungen, wie der Landessicherheitszentrale im Burgenland. Da haben wir ja auch schon die eine oder andere Schlagzeile in den Medien gehört.

Und genauso der Bereich KRAGES. Gerade im Gesundheitsbereich wird es in Zukunft genauso wichtig sein, wenn schon angemeldet wird von der Regierungsbank, die übrigens wieder einmal leer ist - *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Geburtstag.)* Geburtstagsfeier des Herrn Landesrat, während der Landtagssitzung -, dass schon angemerkt wurde, dass die Kosten, die schon einmal in Stein gemeißelt wurden, nicht halten werden - beim Bau des Krankenhauses Oberwart und in anderen Bereichen genauso.

In diesem Bereich wird auch der Rechnungshof sehr viel Arbeit bekommen, diese Dinge zu überprüfen und bei der laufenden Kontrolle, Herr Klubobmann, bin ich mir nicht sicher, ob das nicht zeitweise gescheiter wäre, damit man vielleicht schon vorher reagieren kann und nicht danach, wenn sehr viel Geld schon verbraten worden ist.

Aber - um auch bei der Gesundheit zu bleiben, ist es mir doch auch in diesem Zusammenhang, weil das ja auch bei den Rechnungshofberichten in der Zukunft auch Thema sein wird, ein Anliegen, die neue umgestaltete Gesundheitsversorgung im Burgenland anzusprechen.

Vorwiegend auch in Jennersdorf, Mattersburg, aber vor allem auch im Bezirk Neusiedl am See. Wo ich auch der Meinung bin, dass diese Umstellung nicht so funktionieren wird, wie man sich das vorstellt. Und dass man eine Woche vor der Umstellung Inserate in Zeitungen schaltet, das mag zwar sehr publik sein oder populär sein, für einen Landesrat, der anscheinend nicht einmal zuständig ist.

Wenn man sich die Zeitung „Österreich“ am Sonntag anschaut, steht im Artikel drinnen, der zuständige Landesrat Darabos, darunter ein halbseitiges Inserat mit dem Landesrat Doskozil. Jetzt alleine weiß man schon nicht, wer dafür zuständig ist.

Tatsache ist aber, dass dort eigentlich etwas der Bevölkerung übermittelt wird, das nicht den Tatsachen entspricht. Es wird vermittelt, dass eine Akutordination als Ordination geführt wird, die eigentlich ein praktischer Arzt bedienen soll. Das ist eigentlich gar nicht so.

Sondern, so wie es auch die Gebietskrankenkasse in den einzelnen Vorträgen, bis jetzt auch zumindest bei uns im Bezirk zwei Mal schon gebracht hat, dass ausschließlich diese Akutordination dafür da ist, wo eine Selektierung stattfindet, ob man ins Spital aufgenommen wird oder dann eben nicht aufgenommen wird.

Und das ist eigentlich die Wahrheit was dahintersteht, und nicht, dass man dort hinfährt und gleichzeitig auch behandelt wird und auch weiter behandelt wird. Und dann gibt es diesen Ausdruck die Triage, was immer wieder im Fachjargon transportiert wird und keiner eigentlich in der Praxis damit etwas anfangen kann. Das heißt nichts Anderes wie die Ersteinschätzung der Patientinnen und Patienten.

Kann jetzt ein jeder dort hinfahren in diese Akutordination, oder nicht? Nein, kann er nicht, weil einige Ausnahmen, insgesamt sind es sechs an der Zahl von diesen sogenannten Triagen - Ersteinschätzung der Patientinnen und Patienten, durch die Akutordination nicht betroffen sind.

Und das macht mich dann schon mehr wie betroffen in diesem Fall, weil wenn ich zum Beispiel unter dem Punkt 3 lese, Patienten der Kinderambulanz bis zum vollendeten 14. Lebensjahr, na dann muss ich einmal schon nachdenken, was da eigentlich passiert, wenn ich mit einem Sechs-, Sieben-, Acht- oder Zehn-Jährigen dort hinfahre. Ohne dass mir jetzt ein Doktor gleich sagt, ich muss nach Eisenstadt dann fahren.

Da bin ich wieder bei den Wegstrecken. Wenn ich mir den Bezirk Neusiedl am See anschaue, als flächenmäßig größten Bezirk des Burgenlandes brauche ich alleine eine Stunde von Pamhagen nach Kittsee. Und im besten Fall sagt mir nachher der Arzt oder die Ärztin, mit meinem zehnjährigen Kind darf ich nicht dortbleiben, sondern ich muss nach Eisenstadt fahren, - noch einmal eine Stunde.

Wisst Ihr eigentlich was das dann heißt? Was dort ja alles drinsteckt, in dieser Akutordination? Und dann komme ich auf den Punkt – Visitenärztin oder Visitenarzt, der, so wie es bei uns im Bezirk ist, in Frauenkirchen stationiert wird. Dort kann ich auch nicht hinfahren, sondern das geht ausschließlich über 141, über den Notruf, der weitergeleitet wird, und der dann zu mir nach Hause kommt.

In unserem Bezirk kann er dann genau drei Termine machen, dann ist er fertig, von 17.00 bis 22.00 Uhr.

Und dann darf ich noch zu guter Letzt ein ganz ein besonderes Schmankerl herzeigen www.barmherzigebrüder.at. Da könnt Ihr einmal alle da einmal hineinklicken, schaut Euch einmal das Ganze an. *(Der Abg. Markus Ulram zeigt sein Tablett.)*

Da wird großartig erklärt, die Akutordination im Krankenhaus Eisenstadt. Die Öffnungszeiten, wie das Ganze abläuft, die Erreichbarkeiten, die Lage der Akutordination und auch die Ausnahmen, die ich vorher schon angesprochen habe.

Und dann gibt es als letzten Punkt da drauf - klicken Sie hier für „mehr Informationen zu den Akutordinationen“. Und dann drückt man da drauf, und was glauben Sie, was da für eine Seite dann kommt? - SPÖ-Landtagsklub.

Meine Damen und Herren, das ist eine Sauerei der Sonderklasse. Ein öffentliches Krankenhaus da zu missbrauchen, dass ich über eine Akutordinationsberatungsstelle zum SPÖ-Landtag komme. Wie komme ich dazu, dass ich als Bürgerin oder Bürger im Burgenland, Informationen vom SPÖ-Landtagsklub bei den Barmherzigen Brüdern zu lesen bekomme. *(Abg. Geza Molnar: Ja, wo sind wir?)* Nur damit ich da den Doskozil als Landesrat wieder präsentieren kann?

Diese Publicity ist Euch wichtig als SPÖ, nicht die Gesundheitsversorgung des Landes, wo ich ständig nur eine Verbesserung verkaufe, obwohl es eine wesentliche Verschlechterung ist für alle Personen. Und wenn ich nachher auf die Krankenhaus-homepage gehe, komme ich auf den SPÖ-Landtagsklub.

Ist jetzt alles schon vereinnahmt worden? Kann man wirklich nicht mehr unterscheiden zwischen dein und mein? So schaut es anscheinend im Burgenland aus, wie man mit den Leuten umgeht.

Eine Verschlechterung als Verbesserung zu verkaufen und dann noch öffentliche Einrichtungen da zu missbrauchen, als SPÖ-Landtagsklub. Das ist anscheinend die Politik der Landesregierung im Burgenland.

Das nehmen wir nicht zur Kenntnis, aber sehr wohl den Tätigkeitsbericht des Landes-Rechnungshofes. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter, für Ihren Redebeitrag. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter, Dr. Rezar, um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Zum Tätigkeitsbericht des Landes-Rechnungshofes für das abgelaufene Jahr 2017 wurde bereits sehr viel Inhaltliches heute dargetan, die Initiativprüfungen ebenso wie die Antragsprüfungen wurden beleuchtet.

Wir haben ja de facto nahezu im Rahmen jeder Landtagsitzung die Möglichkeit, die sehr inhaltsreichen Prüfberichte hier im Hohen Haus zu diskutieren und ich halte es, so wie einige Kollegen besonders wichtig, dass es die so notwendigen Follow-up-Prüfungen gibt, die dann letztendlich doch zu einer Empfehlungsquotenumsetzung von 70 Prozent führen.

Das heißt, die restlichen 30 Prozent werden dann vermutlich in einer weiteren Follow-up-Prüfung im Ergebnis dazu beitragen, dass wir uns den 100 Prozentpunkten nähern.

Was beeindruckend ist im Rahmen dieses Tätigkeitsberichtes ist der Umstand, dass mit einem sehr engen, mit einem sehr schmalen Personalkorsett von zehn Planstellen derart inhaltsreiche umfassende Prüfberichte vorgelegt werden.

Zudem haben wir ja einige Prüfberichte in der Pipeline. Sie wurden heute bereits angesprochen und werden wahrscheinlich in den nächsten Landtagsitzungen einlaufen.

Es war auch ein wesentlich notwendiger und richtiger Schritt, dass der Burgenländische Landes-Rechnungshof auch Gemeinden überprüft. Das haben wir gerade beim vorliegenden Prüfbericht hinsichtlich der Stadtgemeinde Neusiedl am See sehr, sehr deutlich vor Augen geführt bekommen.

Die globale Zusammenarbeit von Landes-Rechnungshöfen, sowie mit dem Stadt-Rechnungshof Wien im Bereich des Windparks Pama-Gols war sehr, sehr positiv zu bewerten. Ebenso wie auch die Kooperation mit dem Bundes-Rechnungshof.

Ich glaube, dass besonders beeindruckend der Umstand ist, dass das Verhältnis des Kontrollvolumens, wenn man es finanziell betrachtet, von 3,7 Milliarden Euro letztendlich nur Kosten von 0,03 Prozent, das sind die Kosten die der Landes-Rechnungshof verursacht, gegenüberstehen und das spricht eine sehr, sehr deutliche Sprache, 3,7 Milliarden Euro die hier theoretisch einer Prüfung gegenüberstehen bei einem ganz geringen Kostenaufwand.

Auch das Jubiläumsjahr wurde hervorragend umgesetzt mit den Geburtstagsgästen der Rechnungshof-Präsidentin Kraker und des Mitglieds des Europäischen Rechnungshofes Herics, im September des vergangenen Jahres.

Es war auch sehr, sehr positiv, dass es dem Landes-Rechnungshof gelungen ist, als Vollmitglied bei EURORAI aufgenommen zu werden. Das ist eine europäische Organisation der regionalen externen Institutionen zur Kontrolle des Finanzwesens.

Immerhin sind dort 80 derartige Institutionen die auf internationaler Ebene kooperieren und auch einen Wissens- und Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene gewährleisten, die auch für unser Heimatland Burgenland sehr, sehr positiv sein können.

Abschließend darf auch ich mich sehr herzlich bedanken für die wirklich erfolgreiche Tätigkeit des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, einer der wichtigsten Instrumente des Burgenländischen Landtages.

Ich darf auch gratulieren zu diesem Einsatz, zu diesen wirklich hohen Qualitätsergebnissen, die hier in den Berichten zu finden sind. Ich darf mich stellvertretend beim Landes-Rechnungshof-Direktor Mag. Mihalits mit seinem gesamten Team bedanken.

Und ich erwarte mir auch in Zukunft eine derart positive und erfolgreiche Kooperation des Landtages mit dem Landes-Rechnungshof. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Dr. Rezar, Herr Abgeordneter, für Ihren Redebeitrag. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielen herzlichen Dank. Zu Beginn möchte ich mich mit einem großen Lob bei dem Direktor des Landes-Rechnungshofes Andi Mihalits und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken und ein großes Lob aussprechen.

In den letzten Jahren habt Ihr es geschafft den Landes-Rechnungshof in seinem Image zu heben, und auf Grund der fleißigen und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein höchstes Level an Professionalität zu erreichen.

Im Zuge länder- und staatsübergreifender Arbeiten der letzten Jahre, habt Ihr es geschafft, Netzwerke aufzubauen, Wissen zu generieren, vor allem auch, um für das Burgenland das Beste herauszuholen. Die 200 Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge die hoffentlich als solche gesehen werden, führten auch dazu, dass etliche Missstände ans Tageslicht gebracht wurden.

Wenn man jetzt dieses große Lob quer durch alle Parteien hört, dann nehme ich an, dass diese Verbesserungsvorschläge zukünftig auch umgesetzt werden und nicht nur - wie soll ich sagen - zur Kenntnis genommen werden. Das wäre auch unser großer Wunsch, von Seiten des Landes-Rechnungshofausschusses.

Wir wissen, dass es in vielen Bereichen betreffend Zinsen, Swaps, Schulden, LSZ oder andere Bereiche wie die PEW einiges aufzuarbeiten gibt. Wenn man in die Zukunft blickt, dann haben wir schon gehört, dass der KRAGES-Skandal beispielsweise noch sehr vieles ans Tageslicht bringen wird, was die Prüfung gemeinsam mit dem Bundes-Rechnungshof betrifft.

Hier wissen wir mittlerweile, dass es um politische Willkür ging, aber hier werden noch einige Themen ans Tageslicht kommen, die uns alle überraschen werden. Auch im Krankenhaus Oberwart wird es doch noch die eine oder andere Überraschung geben.

Weiters glaube ich, dass die Strukturreform durch die Beleuchtung vom Landes-Rechnungshof dazu führen wird, dass ein Umdenken stattfinden wird, weil diese politische Umfärbe-Aktion im Land, wie wir heute schon gehört haben, vor allem auch in der Agrarabteilung, nicht zu einem Mehrwert geführt hat. Ganz im Gegenteil, man kommt wieder zurück zu jenen Personen, die man anfangs versucht hat hinauszuekeln.

Geschätzte Damen und Herren! Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass der Landes-Rechnungshof mit allen Mitteln und auch Personen ausgestattet wird, die er braucht, um all diese Missstände aufzuzeigen.

Wenn man als verantwortungsvoller Politikerin oder Politiker in der Regierungsbank sitzt, dann wird es notwendig sein, diese Empfehlungen als Verbesserungsvorschläge anzunehmen, um die Verwaltung noch besser aufzustellen.

Aus unserer Sicht ist es trotzdem zukünftig auch wichtig, dass Einsichtsrecht der Abgeordneten in die landesnahen Betriebe und landesnahen Gesellschaften zu bekommen. Wenn wir als Land Gelder bereitstellen, und mittlerweile fast ein Viertel dieser Gelder wieder weiter in Gesellschaften wandert, wo wir keinen Einblick haben, dann ist es für uns wohl kaum sinnstiftend und befriedigend, hier Politik zu machen.

Deswegen hoffen wir und schätzen auch das Vertrauen in und auf den Landes-Rechnungshof, bedanken uns für die vielen Prüfergebnisse und die aufgezeigten Missstände.

Vielen herzlichen Dank und wir freuen uns weiterhin auf die Zusammenarbeit auch im Namen des Landes-Rechnungshofausschusses*. (Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen! Zuvor gab es einen sehr emotionalen Redebeitrag vom Kollegen Ulram, den die meisten wahrscheinlich in diesem Haus nicht nachvollziehen konnten. Trotzdem haben dann einige zusammengezuckt, als er plötzlich formulierte, das sei eine Sauerei.

Herr Kollege Ulram, ich ersuche Sie wirklich sehr höflich, sich dafür zu entschuldigen! Sie haben keinen Ordnungsruf erhalten, das *(Abg. Markus Ulram: Dafür gibt es einen Vorsitzenden.)* ist überhaupt kein Problem.

Ich weise darauf hin, Herr Kollege Ulram, wir *(Abg. Markus Ulram: Sie werden doch nicht den Präsidenten maßregeln.)* sind da in keinem Schweinestall, ganz im Gegenteil, wir befinden uns im Hohen Haus, da begegnet man sich mit Respekt und Anerkennung.

Man kann unterschiedlicher Meinung sein, trotzdem sollte man Dinge so formulieren, dass sie nicht beleidigend werden. Das hat sich das Hohe Haus so nicht verdient, Herr Kollege Ulram. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum Zweiten, Herr Kollege Ulram, wenn die Barmherzigen Brüder in Eisenstadt einen Link teilen, oder was immer Sie da für einen Skandal herbeireden wollten, dann ist das dem Hause der Barmherzigen Brüder selbst überlassen. *(Abg. Walter Temmel: Na das ist allerhand.)*

Zu kritisieren, dass Parteien mit den Barmherzigen Brüdern in Kontakt stehen oder nicht, da würde ich sehr vorsichtig sein. Denn, wenn Sie nämlich googlen, „Klub im Gespräch“ und „Barmherzigen Brüder“ dann kommt nicht die SPÖ, dann kommt die ÖVP mit Ihrem Klubobmann Kollegen Sagartz, der eine Veranstaltung sogar bei den Barmherzigen Brüdern in Eisenstadt durchgeführt hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir waren ja eingeladen.)*

Ist auch legitim, ist überhaupt kein Problem. Nur, bei anderen Parteien eine „Sauerei“ zu finden und selbst aber bei den Barmherzigen Brüdern Veranstaltungen durchzuführen, da würde ich schon überlegen, ob das Sinn macht. *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram.)*

Also ich ersuche Sie wirklich sehr höflich, gehen Sie heraus, entschuldigen Sie sich bei allen Abgeordneten. Das ist das Hohe Haus, kein Schweinestall! Das würde ich Sie ersuchen. *(Abg. Markus Ulram: Ja genau. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann sich alles schönreden und versuchen aus einem wirklichen politischen Ansatz etwas noch in das positive Licht zu rücken. Nur das Kapitel spricht eigentlich Bände ohne dass man es interpretieren muss.

Dieser Link auf die SPÖ-Homepage ist in dem Sinne absolut nicht korrekt und da brauchen Sie nicht in irgendeiner Form etwas beschönigen, das tut man einfach nicht und jeder der auf Political Correctness setzt, wird das als solches als Widerspruch setzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir diskutieren den Rechnungshof in seiner gesamten Ausstrahlung und in seiner gesamten Bedeutung für den Burgenländischen Landtag und dabei möchte ich eigentlich aus aktuellen Gründen auf etwas eingehen, das mir sehr wichtig erscheint, nämlich die öffentliche Darstellung dessen, was uns der Rechnungshof zur Hand gibt.

Der Rechnungshof hat in seinem Bericht, vorgestern veröffentlicht, eine sogenannte Follow-up-Prüfung auf den Thermenverkauf Stegersbach. Und ich habe heute in einem anderen Zusammenhang schon von einer Art von Umgang mit Buchwerten gesprochen.

Nämlich im Zusammenhang mit der Firma ENERCON und genau das, was als problematisch und als wirklich nicht Sinn stiftend und auch nicht im Sinne der wirklichen Regularien so abgehen darf, wird im ORF nach der Veröffentlichung dieses Rechnungshofberichtes mit der Überschrift versehen, „jetzt gutes Zeugnis für Thermenverkauf“.

Ich meine, ich weiß nicht, was sinnerfassendes Lesen bedeutet und ob alle dieser Kategorien mächtig sind. Aber das ich einen Rechnungshofbericht, der im Grunde genommen eine Bilanzsituation in der Verschönerung auf zehn Jahre verteilt, 6,8 Millionen Schilling Abschreibungen notwendig gemacht hat, mit dem Zeugnis „gut für den Thermenverkauf“ qualifiziere, das stellt jetzt nicht nur der Politik, sondern insbesondere auch der Journaille nicht das beste Zeugnis aus.

Und wenn ich schon auf einen Rechnungshofbericht eingehen darf, vorne weg, bevor wir ihn dann im Landtag diskutieren werden - Fehleinschätzung bei Grundstücksverkäufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es bisher in irgendeiner Form Zweifel darangegeben hat, dass man in der öffentlichen Hand, beziehungsweise der Politik, manches an Vertrauen nicht zubilligen darf, dann ist das hier Beispiel, glaube ich, in ausreichender Form.

Der Aufsichtsrat der Therme Stegersbach hat sich mit nicht gebrauchten Grundstücken insofern befasst, als er festgehalten hat, man wird daraus aus dem Verkauf zirka zwei Millionen Euro lukrieren und das dann gleichzeitig benützen um es entsprechend aus der Verantwortung zu nehmen.

Wissen Sie wie viel von diesen veranschlagen zwei Millionen Euro herausgekommen ist? Nach einer Bewertung durch einen Gutachter, sage und schreibe 113.000 Euro.

Wenn das jetzt der geregelte Umgang von Politik in der Umsetzung auf landeseigene Betriebsstätten, die dann noch quasi veräußert worden sind, ist, dann hoffe ich inständig, dass im Endeffekt, nicht nur des Rechnungshofes willen, das der nicht so einen Bericht wieder fabrizieren muss, wo das schlechteste Zeugnis ausgestellt wird, dann hoffe ich inständig für die burgenländischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, dass das Land kein einziges Projekt mehr finalisiert und umsetzt.

Mir macht das jetzt schon Kopfzerbrechen, wenn ich auf Krankenhaus Oberwart, wenn ich auf Therme Lutzmannsburg und auf anderes umsetze, wobei ich jetzt den Landesrat Petschnig positiv herausstreichen darf, was die Umsetzung der AVITA anlangt. Das war ein Beispiel, wie positiv etwas bewerkstelligt wurde, ohne das jetzt wirklich Förderungen fließen und Fremdkapital in dem Sinne gar nicht notwendig war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Burgenländischen Landtag sollte der Rechnungshof in seiner Gesamtheit nicht nur uneingeschränkt weiterhin zur Verfügung stehen, er sollte die, wie angesprochen, die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung bekommen, die er braucht.

Und er sollte auch dort, was wir schon langatmig diskutieren und uns wünschen, als Landtagsabgeordnete, aber im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer, er sollte auch dort Einblick bekommen, wo es bis dato auf Grund von sogenannten, wie man es dann immer wieder zitiert und beschreibt, bei Regelungen nicht gestattet ist, dass der Rechnungshof Einschau halten darf.

Es wäre im Sinne der Offenheit und der Transparenz eine absolute Notwendigkeit und würde auch für die Verantwortung, die die Politik in diesem Zusammenhang hat, nicht nur guttun, sondern wäre ein richtiger Schritt in die absolut positive Zukunft. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordnete, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht 2017 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1243) gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer (Zahl 21 - 880) (Beilage 1263)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen nun zur Behandlung des 7. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des

Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1243, gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer, Zahl 21 - 880, Beilage 1263.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Kollegin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer in ihrer 29. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten, Klubobfrau Ingrid Salamon, Klubobmann Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als ersten Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kamp gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer, Tagesordnungspunkt 7.

Werte Kolleginnen und Kollegen! EU-verschärfte Regeln für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für ihre Firmen in einem anderen EU-Land Aufträge ausführen, sie sollen künftig genauso entlohnt werden, wie einheimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Quelle hier ORF Burgenland.

Im März verständigen sich die Abgeordneten aus Brüssel im EU-Parlament mit den Mitgliedsstaaten auf eine neue Regelung gegen Lohndumping. Es wurde festgelegt, dass ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom ersten Tag an Anspruch auf das im Zielland geltende Arbeitsrecht haben.

Das heißt auch, dass nach dem örtlichen Mindestlohn bezahlt werden muss, auch regionale und branchenspezifische Tarifverträge müssen eingehalten werden.

Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen künftig für bis zu 12 Monate entsandt werden. Weitere sechs Monate können beantragt werden.

Nach dieser Zeit werden ausländische Unternehmen wie heimische Unternehmen behandelt. Sie müssen dann auch Lohnnebenkosten leisten. Das heißt Sozialversicherung, Lohnsteuer bis hin zu Pensionsversicherungsbeiträgen.

EU-weit wurden 2016 rund 2,3 Millionen Arbeitsnehmerinnen und Arbeitnehmer in andere Staaten entsandt. Zwischen 2010 und 2016 ist diese Anzahl um 70 Prozent gestiegen. In Österreich wurden im vergangenen Jahr 118.500 Entsendungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus EU-Ländern nach Österreich beim Finanzministerium gemeldet.

118.500 klingt jetzt vielleicht nicht viel, aber sind immerhin mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als wir hier im Burgenland beschäftigt haben. Für das Burgenland liegt hier keine eigene Statistik vor.

Eine endgültige Entscheidung, also ein Beschluss soll im April fallen. Danach haben dann Österreich und auch die anderen Mitgliedsstaaten zwei Jahre Zeit um die neuen Vorschriften in nationale Gesetze zu übernehmen.

Beim Niedrigstlohnsektor liegen wir hier österreichweit so ziemlich in der Mitte. Also am wenigsten betroffenen ist Schweden mit 2,64 Prozent, Österreich liegt hier bei 14,76 Prozent und das Schlusslicht hier in der EU ist Litauen mit knapp 24 Prozent Anteil an Beschäftigten, die weniger als zwei Drittel des Mindestlohns erhalten.

Unsere Forderungen seitens der Bündnisliste Burgenland setzen sich detailliert mit dem Asylwesen, mit Wirtschaftsflüchtlingen und Auslandkriminalität auseinander und wir haben hierzu in den Gemeinden auch immer wieder zahlreiche Gespräche mit den verschiedensten Gruppierungen.

Tatsache ist, dass dieses Sicherheitsthema für die burgenländische Bevölkerung ausgesprochen wichtig ist. Die tatsächliche Medienberichterstattung zeigt, dass hier noch Missstände beseitigt werden müssen.

Das Bündnis Liste Burgenland fordert daher ein System, in welchem einerseits Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden innerhalb der EU Unterstützung finden, andererseits muss Menschen, die aus sozialen misslichen Situationen kommen in möglichem Augenmaß geholfen werden, ohne daran die organisierte Kriminalität verdienen zu lassen.

Wir denken dabei zum Beispiel an Kontingente für Wirtschaftsflüchtlinge, an die Verbesserung der Integration bereits bei der Unterbringung, an die Schließung von Großlagern sowie die Straffung der Verfahren. Die Bekämpfung der Auslandskriminalität muss jedenfalls noch etwas verbessert werden. Aber nicht nur Strafen, sondern auch positive Anreize setzen, ist eines unserer Anliegen.

Das Bündnis Liste Burgenland setzt sich gleichermaßen für die Stärkung der heimischen Wirtschaft ein. Der Lohndumpingkampf soll von zwei Seiten bekämpft werden. Zum einen durch rigorose gesetzliche Bestimmungen, wie sie in der EU derzeit in Ausarbeitung sind.

Zum anderen durch eine laufende Entlastung der heimischen Betriebe, damit diese gegenüber den EU-Mitbewerbern wieder konkurrenzfähig werden. Wenn das Burgenland mit seinen Betrieben konkurrenzfähig bleiben will, müssen im Land Reformen gestartet werden, um sie den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist es notwendig, dass die Flexibilität am Arbeitsplatz weiter steigt. Ein wichtiger Punkt dabei ist natürlich auch eine funktionierende Finanzwirtschaft. Und daher ist es unserer Meinung nach der absolut falsche Weg, dass hier Finanzbehörden geschwächt werden.

Im Antrag von Kollegin Salamon und vom Kollegen Molnár ist zu lesen, 397 Kilometer Außengrenze haben wir zu unseren östlichen Nachbarn. Und ich möchte darauf hinweisen, dass hier nicht die Länder Bulgarien, Rumänien, Polen und Ukraine gemeint sind.

Also, was ich damit sagen möchte ist, dass wir hier im Osten Österreichs noch viel stärker mit diesen Firmen aus Niedriglohnländern, die auf unseren Arbeitsmarkt hereindrängen, zu kämpfen haben. Das gilt natürlich genauso auch für die Steiermark, für Niederösterreich und für Wien sowie den anderen Bundesländern. Gerade in diesem Bereich wird man jetzt und in Zukunft auch ein wesentlich höheres Augenmaß legen müssen.

Und sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie mir bitte eines und ich spreche hier mit Sicherheit aus Erfahrung, seit mittlerweile 29 Jahren leite ich ein Installationsunternehmen und zurzeit sind es 20 Beschäftigte und ich bin stolz darauf, dass wir 80 bis 90 Prozent unserer Umsätze auch im Land Burgenland machen.

Vermehrt aber ist festzustellen, dass wir auf Baustellen sind, wo wir uns mit Deutsch eigentlich nicht mehr weiterhelfen können. Also es wird die Sprache nicht mehr verstanden. Und genau hier muss angesetzt werden. Hier muss kontrolliert werden, damit hier alle die gleichen Rahmenbedingungen haben. *(Beifall bei der LBL – Abg. Manfred Haidinger: Dann müssen wir die Finanzpolizei reduzieren.)*

Mit weniger, mit weniger Finanzpersonal kann nicht mehr geleistet werden, also das ist klar. *(Allgemeine Heiterkeit – Beifall beim Abg. Gerhard Steier)*

Und 90 Prozent, 90 Prozent der burgenländischen Betriebe, wenn es nicht noch eine höhere Prozentzahl ist, brauchen, glaube ich, von einer gut kontrollierenden Finanzpolizei keine Sorgen haben, also unter Garantie nicht.

Ein Problem, das ich schon orte, ist bei größeren Betrieben, bei größeren Aufträgen, bei Generalunternehmen wird das dann schon ein Problem, weil dann geht nämlich der Generalunternehmer her und das kann auch nicht im Sinne der Landesregierung beziehungsweise des öffentlichen Auftraggebers sein, weil auch hier passiert das natürlich.

Ich glaube auch nicht, dass das im Sinn des Auftraggebers ist. Es passiert aber immer wieder, dass große Firmen dann Subunternehmer organisieren. Subunternehmer, und wieder aus Erfahrung, bei uns eine Baustelle zum Beispiel in Bad Sauerbrunn jetzt, der Subunternehmer organisiert einen Subsubunternehmer.

Also ich glaube, dass hier der Generalunternehmer bei weitem nicht mehr weiß, wo die Subsubfirma herkommt und ob die Subsubfirma auch noch allen gesetzlichen Anforderungen entspricht, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genauso entlohnt werden wie bei uns. Ich glaube, hier muss man auch den Hebel ansetzen. Hier muss man auch einen Riegel vorschieben.

Es ist, wie gesagt, mit weniger Personal mit Sicherheit nicht machbar. Daher fordern wir als Liste Burgenland, Bündnis Liste Burgenland, natürlich die Abschaffung von überbordender Bürokratie. Das haben wir heute schon mehrfach gehört, wegräumen von Hürden.

Wir sind auch für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft bei Kammern, das muss man auch dazu sagen. Natürlich fordern wir auch die Aufstockung der Finanzpolizei für uns, für das Burgenland, für die Finanzämter Bruck, Eisenstadt und Oberwart. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich erteile das Wort der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen und Gäste hier im Saal und an den Bildschirmen! Ja. Hier haben wir einen Antrag, da können wir uns, glaube ich, wieder recht gut einigen. *(Abg. Manfred Kölly: Geh, geh, geh!)* Es geht gegen die Schwächen der Finanzbehörden gegen Lohndumping und Steuerbetrug.

Was der Kollege Hutter hier schon ausgeführt hat über die Wichtigkeit der Finanzprüfung in verschiedenen Betrieben, das will ich hier gar nicht alles wiederholen. Was mir wichtig ist, worauf ich gerne hinweisen möchte, dass wir hier im Antrag zwei Ebenen haben, worauf ich mich dann mehr auf die zweite beziehen werde.

Das eine ist unsere Aufforderung in Richtung Bundesregierung, das andere ist unsere Aufforderung seitens des Landtages Richtung EU. An die Bundesregierung, da finde ich ja schon einiges sehr interessant, nämlich das Doppelleben der FPÖ in diesem Zusammenhang.

Während sie nämlich hier fordert, zu Recht und da stimmen wir dann auch zu, dass in der Finanzverwaltung das Personal nicht abgebaut werden darf, dass es eine Sicherstellung geben muss von personellem Ersatz für absehbar pensionsbedingte Abgänge in der Finanzverwaltung, dass aufgestockt werden muss bei den Organen.

Es ist gleichzeitig so, dass die FPÖ in der Regierung und dann eben auch im Nationalrat dafür verantwortlich ist, dass genau in diesem Bereich eingespart wird. Sie sagt immer, ins System, wie so gerne formuliert wird. Ich meine, das System ist ja für etwas gut. Nämlich, dass kontrolliert wird und dass hier geschaut wird, dass die Gesetze auch eingehalten werden. *(Abg. Manfred Haidinger: Sehr verallgemeindert!)*

Besonders pikant ist es in unserem Fall, weil der Herr Klubdirektor der FPÖ hier im Landtag Anträge mit ausarbeitet, während er im Nationalrat als Abgeordneter das Gegenteil beschließen wird. Wie Sie das für sich selber auf die Reihe bringen, hier als Klubdirektor und dort als Abgeordneter unterschiedliche Linien zu vertreten, dass ist Ihre Sache.

Aber man sieht irgendwie, wie beliebig manche Positionen austauschbar sind und dass es hier wahrscheinlich nicht um Verlässlichkeit geht, wenn etwas zugesagt wird, sondern dass man da und dort halt Rollen unterschiedlich ausübt und gar nicht so sehr am konkreten Inhalt hängt.

Aber bitte, vielleicht unterschätze ich ja auch den Herrn Abgeordneten Klubobmann und er wird im Nationalrat dann auch das vertreten, was hier beschlossen wird und woran er hier mitwirkt. Da will also die Bundesregierung im System wieder einmal sparen und spart bei den Kontrollorganen. Das ist, das hat auch schon der Kollege Hutter angemerkt, ein teures Sparen.

Das zeigt, dass die Formel „im System sparen“ per se eine Lehre ist, die nur zu Marketingzwecken dient. Es hat allerdings den Anschein, dass es der schwarz-blauen Bundesregierung wichtiger ist sich zu vermarkten, als politisch sinnvoll zu gestalten.

Hier sind wir uns zumindest einig, so legt es der Antrag nahe, dass wir in dem Anliegen, auch die Steuerflucht zu bekämpfen, an einem Strang ziehen. Warum jährlich entgegen Österreich Steuern von Großkonzernen und Superreichen in Milliardenhöhe? Sie machen Gewinne und Geschäfte hier im Land und sind nicht bereit ihren Beitrag an Abgaben hier zu leisten und das geht dann wieder auf Kosten unseres Staatsbudgets.

Darauf bezieht sich ja auch gerade die vorletzte und im Speziellen noch einmal die letzte Forderung unseres Antrages der hier vorliegt. Das sind nämlich die wirklich bedrohlichen Fluchtrouten, die geschlossen werden müssen, die der Steuerflüchtlinge.

Wir brauchen das Geld für unser Pflegesystem. Wir brauchen das Geld für unseren Sozialstaat, wir haben heute schon darüber diskutiert. Seit Jahren gibt es diese Diskussion zur Schließung von Steueroasen und Möglichkeiten der legalen Steuerflucht. Einiges ist auch schon gelungen. Ein Schritt dazu ist das im vorliegenden Antrag genannte „Country-by-Country-Reporting“.

Eine gemeinsame Transparenzdatenbank und ein automatischer Datenaustausch unter den EU-Ländern. Wer soll anonyme Konten offenlegen? Allerdings reichen diese Pläne leider bei weitem noch nicht aus. Die Paradise Papers haben erneut gezeigt, welche Dimension der systematische Steuerbetrug hat.

Warum sich da just die FPÖ-Abgeordneten im Europaparlament bei einer Abstimmung zu den Panama Papers zur Beseitigung illegaler Steuerpraktiken der Stimme enthält anstatt mit allen anderen gemeinsam diese illegalen Steuerpraktiken zu bekämpfen, das wird wohl ein Rätsel bleiben.

Aber gut. Wenn sich die SPÖ, ÖVP und GRÜNE in dem Punkt einig sind, weil diese Frage im EP hier eindeutig war und ist, dann kann ja das weitergehen. Das ist von wesentlicher Bedeutung. Zahlreiche Großkonzerne haben reale Steuerquoten von einigen wenigen Prozent. Ein kleiner Betrieb in Österreich zahlt mehr Steuern als Amazon oder Ikea.

Nach einer Schätzung der GRÜNEN im Europäischen Parlament könnte sich Ikea zwischen 2009 und 2014 eine Milliarde Euro an Steuern in der EU legal erspart haben. Für Österreich betrug die Ersparnis geschätzterweise etwa vier Millionen Euro. Die in Wien ansässige Apple GmbH erzielt jährlich rund zwei Millionen Euro Bilanzgewinn. Die Umsatzschätzung liegt demnach bei rund 170 Millionen Euro.

Ein Problem dabei, Österreich bremst bei weiteren Schritten. Es gibt eine Reihe von europäischen Staaten, die wenig Interesse an einer wirklich effektiven Bekämpfung der Steuerflucht haben und bislang, das muss man leider feststellen, gehört auch Österreich unter den ÖVP-Finanzministern zu den Bremsern.

Daher ist dieser Punkt im Antrag wirklich, wirklich wichtig. Ich bin dankbar, dass Sie den da hineingenommen haben. Wer es ernst meint mit der Ansage, alle Steuerlöcher schließen zu wollen und null Toleranz bei Steuerhinterziehung walten zu lassen, der muss hier klare Schritte setzen.

In Wirklichkeit betätigt sich die ÖVP bisher mit dem Segen der SPÖ jetzt der FPÖ auf EU-Ebene als Lobbyist der Superreichen und der Großkonzerne und das muss sich ändern. Vielleicht können wir mit dem heutigen Beschluss einen Beitrag leisten. Ich hoffe, unsere Kolleginnen und Kollegen werden das auch ernst nehmen.

Nun zum angesprochenen „Country-by-Country-Reporting“. Da geht es also um Steuertransparenz von transnationalen Großunternehmen. Die Kommission hat vorgeschlagen, dass Großunternehmen in der EU ab einem Jahresumsatz von 750

Millionen Euro ihre Steuerleistung völlig transparent für alle Bürger und Bürgerinnen veröffentlichen müssen.

Die ÖVP wollte bislang aber eine Offenlegung nur für Finanzämter, explizit nicht für Bürger und Bürgerinnen, wohlwissend dass Konzerne ohne öffentlichen Druck weitermachen können wie bisher. Das sehen wir ja auch auf anderen Ebenen, wie etwa bei der sogenannten Klimastrategie der Bundesregierung.

Sie glaubt, man muss nur lieb bitten und dann wird schon etwas weitergehen. Mit lieb bitten verhindern wir aber weder eine Klimakrise, wir erreichen auch keine Steuertransparenz. Es braucht hier ganz klare Richtlinien. Letztendlich braucht es natürlich auch eine Weiterentwicklung der Europäischen Union. Denn der unsägliche Steuerwettbewerb zwischen Staaten muss ein Ende haben.

Dazu braucht es die Einführung eines EU-weiten Mindeststeuersatzes für Unternehmenssteuern. Das Steuerausmaß muss sich im betreffenden Staat erwirtschafteten Umsatz orientieren.

Ich denke mir, das ist es worum es uns hier geht. Zentral ist also, dort wo Geld verdient wird, soll auch Steuer gezahlt werden. Reine Gesellschaftshüllen zur Steuervermeidung dürfen nicht mehr akzeptiert werden. Es ist auch ein Muss für soziale Gerechtigkeit in der EU.

Also, ja, die Bundesregierung ist aufgefordert ähnlich viel Energie in der Schließung der Steuerfluchtrouten wie in die Kürzung von Sozialleistungen zu stecken. Da sind Milliarden zu holen. Milliarden, die Österreich zustehen.

Milliarden, die zum Teil auch einfach hinterzogen werden. Das ist ein veritables Einnahmeproblem. Weil es ein so großes und wichtiges Thema ist, auch wenn es hier nur um einen von mehreren Punkten geht, möchte ich auf diese - ich übersetze es jetzt auf Deutsch - gemeinsame Länderberichterstattung näher eingehen.

Denn die öffentliche Transparenz bei den Aktivitäten multinationaler Unternehmen ist ein erster Schritt im Kampf gegen Steuervermeidung. Angesichts der Vermehrung von Steuerskandalen, an denen Unternehmen beteiligt sind, verdienen die Bürgerinnen und Bürger zu wissen, wo Unternehmen wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben und wo sie Steuer zahlen.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission dazu ist, meines Erachtens, noch nicht weitreichend genug, um nicht zu sagen enttäuschend. Er schlägt vor, öffentliche Transparenz, das heißt öffentlich verfügbare Informationen zu implementieren, aber nur für sehr große Unternehmen. Und zwar welche, die über 750.000 Euro Umsatz haben. Informationen für außereuropäische Länder werden nicht mehr nach Ländern aufgeschlüsselt, was dann diese Berichterstattung wieder bedeutungslos macht.

Was steckt dahinter? Die Bekämpfung der Steuervermeidung von Unternehmen hat in den letzten Jahren in der EU erheblich zugenommen. Das ist gut. Der Druck auf die EU-Institutionen hat auch zugenommen, die Steuertransparenz zu erhöhen und sicherzustellen, dass das Land, in dem die Gewinne erwirtschaftet werden, auch das Besteuerungsland für multinationale Konzerne ist. Hierfür ist der heutige Beschluss eine Bekräftigung.

Es gibt ja bereits für einige Unternehmen eine länderspezifische Berichterstattung und zwar für die Banken, für den Holzsektor und für den Rohstoffsektor. Unternehmen in diesen Sektoren müssen für jedes Land in dem sie tätig sind, wichtige Finanzinformationen über ihre wirtschaftliche Tätigkeit, zum Beispiel die Anzahl der

Beschäftigten, die Namen der Tochtergesellschaften, die erzielten Gewinne, die gezahlten Steuern und so weiter, veröffentlichen.

Das hilft zu überprüfen, ob multinationale Unternehmen ihre Gewinne in ihrem Herkunftsort in Steueroasen verlagern, um Steuern zu vermeiden. Eine von der OECD vorangetriebene internationale Unternehmenssteuerreform, die auch eine Bestimmung über die länderspezifische Berichterstattung enthält, wird derzeit in den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt.

In diesem Fall müssen die multinationalen Unternehmen den Steuerverwaltungen, nicht der Öffentlichkeit, aber den Steuerverwaltungen eine breitere Reihe steuerbezogener Informationen geben. Die Kommission schlägt nun eine Änderung der bestehenden Rechnungslegungsrichtlinie vor, um die Berichterstattung der einzelnen Länder für multinationale Unternehmen in allen Sektoren zu erweitern.

Zur Veröffentlichung verpflichtet sollen alle multinationalen Unternehmen werden, die in der EU tätig sind und einen Umsatz von mehr als 750.000 Euro pro Jahr erzielen. Offengelegt werden müssen die Art der Aktivitäten, die Anzahl der Angestellten, die Höhe des Nettoumsatzes, der Betrag des Gewinns oder Verlust vor Steuern und so weiter und so weiter.

Die öffentlichen Informationen müssen auf der Webseite der multinationalen Unternehmen auf leicht verständliche Weise, das halte ich auch für wichtig, veröffentlicht werden und mindestens fünf aufeinanderfolgende Jahre lang zugänglich sein. Auch in Europa tätige nicht EU-Unternehmen müssen Informationen veröffentlichen, sofern sie diese nicht bereits in anderen Staaten in einer gleichwertigen Berichterstattung getan haben.

Da gibt es aber schon auch Probleme. Eines der größten Probleme besteht nun darin, dass multinationale Unternehmen nicht verpflichtet sind, aufgeschlüsselte Daten für Länder außerhalb der EU zu veröffentlichen. Konkret heißt das, dass die Länder Informationen für die 28 Mitgliedsstaaten bereitstellen und es gibt dann eine weitere Spalte mit dem Rest der Welt. Wir können also nicht auf spezifische Daten für die Cayman Islands oder die USA zugreifen.

Es wird alles in derselben Spalte gemischt. Das ist ein Problem. Daran müssen wir auch noch arbeiten. Im Fall einer Nichtveröffentlichung durch multinationale Unternehmen werden auch keine eindeutigen Sanktionen erwähnt.

Das müsste auch noch geschehen, weil wir wissen, vom lieb Bitten wird man nichts erreichen. Wir werden diesem Antrag zustimmen. Müssen aber darauf hinweisen, dass der Vorschlag der Kommission, der hier unterstützt wird, zum „Country-by-Country-Reporting“ dennoch enttäuschend ist und nicht dem entspricht, was verschiedene Länder, das Europäische Parlament und die Organisationen der Zivilgesellschaft, gefordert haben.

Unser Kritikpunkt daran ist, der Spielraum ist zu hoch und wir können nicht einfach die sehr großen Unternehmen, die mehr als 750 Millionen Euro Umsatz haben, transparenter machen und alle anderen mit weniger Umsatz nicht beachten.

Wir brauchen aufgeschlüsselte Daten. Der springende Punkt eines Länderberichtes ist nämlich eine Vorstellung davon zu haben, was die multinationalen Unternehmen in jedem Land tun, in dem sie tätig sind. Wenn man keine aufgeschlüsselten Daten der multinationalen Konzerne für ihre Tätigkeiten in nicht EU-Ländern hat, dann werden wir wieder nicht in der Lage sein, zu sehen, was sie in den berühmten Steuer-Oasen tun.

Das bedeutet auch, dass dieser Vorschlag zum Beispiel für die Entwicklungsländer, die diese Informationen dringend benötigen würden, nutzlos ist. Das heißt, grundsätzliche Zustimmung, das unterstützen wir, aber die Kommission müsste ihren Entwurf noch dahingehend ändern, dass ein „Country-by-Country-Reporting“ sichergestellt ist.

Unsere Bundesregierung und die Kolleginnen und Kollegen im Europaparlament haben also noch einiges zu tun. Aber wir werden sie dazu auffordern. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat, Damen und Herren, Hohes Haus! Nach dem Vortrag über internationales und nationales Steuer- und Abgabenrecht darf ich uns jetzt wieder auf die Ebene des Burgenlandes heruntertransferieren, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das steht im Antrag!)* des Burgenländischen Landtages und hier einen für mich wichtigen Schlüsselsatz des Antrages zur Verlesung bringen.

Das öffentliche Interesse an der ordnungsgemäßen Einbringung von Abgaben dient der Finanzierung des Staats- und Sozialwesens und der Gewährleistung gleicher Rahmenbedingungen für alle Teilnehmer am Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Zusammengefasst, das was meine Vorredner jetzt, glaube ich, über 15 Minuten im Prinzip von sich gegeben haben, hatten wir schon hier im Antrag.

Das heißt also wirklich auf den Punkt gebracht, könnte man das jetzt so zusammenfassen. Bedeutet in Wirklichkeit, dass wir in Österreich sämtliche Rechtsgrundlagen dafür haben. Das einzige, und das ist auch der Sinn des Antrages, wo wir schwächeln ist, dass wir alle möglichen guten Gesetze, Verordnungen und sonstiges haben, um all dieses Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, aber uns fehlt es an der Kontrolle. Auch da fehlt es uns nicht im System an der Kontrolle, sondern uns fehlt es in Wirklichkeit an den Menschen, die kontrollieren.

Da denke ich mir, irgendetwas ist da faul im Staate Dänemark. Ich meine, die Feststellung, dass wäre ja etwas gewesen, was die Bundesregierung hätte machen können uns so weiter und so fort. Meinem Wissen nach, ist jetzt aber der Bundesminister für Finanzen kein Mitglied der FPÖ oder ein verstecktes Mitglied?

Nein, das schließe ich jetzt einmal aus, also kein Mitglied der FPÖ und daher im Prinzip für sein Haus und sein Ressort selbst verantwortlich. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass der Herr Kurz dem Herrn Strache gesagt hat, du, in deinem BM, beim Verteidigungsressort oder sonst wo, musst du mehr Leute fordern. Umgekehrt wird ja das auch der Vizekanzler Strache nicht dem Kurz sagen müssen oder seinen Ministern, er muss mehr Leute fordern, weil das ist ja wohl die Zuständigkeit, die jeweilige Ressortzuständigkeit eines jeden Hausherrn, in einem Ressort jedes Bundesministers oder Bundesministerin.

Warum der das nicht tut und warum gleichzeitig, und das möchte ich jetzt auch hier in meiner weiteren Funktion als Personalvertreter sagen, warum hier die Personalvertreter im Finanzministerium und Gewerkschafter zuschauen, dass hier im Prinzip und gerade im Burgenland, wir sind ein Vorzeigeexempel dafür, wo das Meiste anfallen könnte, setzen wir die wenigsten Kontrolleure ein. Also wenn das nicht irgendwo auch ein bisschen eine bewusste Hinnahme oder bewusste Voraussetzung dafür ist, dass hier Sozialdumping und Lohndumping Raum gegeben wird, dann frage ich mich, was wäre sonst der Grund.

Wenn man sich dann noch vorstellt, dass bei diesen - acht Menschen der Finanzpolizei gibt es zurzeit im Burgenland, die in Wirklichkeit von Kalch bis Kittsee inklusive dem Flughafen all diese Kontrollen durchzuführen haben. Die haben alle im Prinzip einen Altersdurchschnitt irgendwo zwischen 30 und 50 Jahren. Das heißt, deren Pensionierung ist erwartbar und wenn man jetzt noch weiß, dass ein Drittel derer in Pension geht, wenn ich jetzt das Drittel auf drei hochrechne, haben wir bald nur mehr fünf hier oder wenn ich das Drittel runterrechne von acht auf zwei, weil zweieinhalb gibt es ja nicht, dann werden wir irgendwann zwischen fünf und sechs Bedienstete hier haben, die uns sichern sollen dagegen, dass Sozial- und Lohndumping passiert.

Also die Gesetze, die wir im Burgenland, die wir Bund und die auch in der EU beschlossen worden sind, Richtlinien, Verordnungen, sonstiges - auch eingehalten werden. Da geht es jetzt wirklich den Baum an, weil so gesehen kann man es diesem Herrn Bundesfinanzminister nicht so einfach machen, dass so stehen zu lassen. Gerade wir im Burgenland sind, aus meiner Sicht, am meisten betroffen und daher ist dieser Antrag einer, der ganz besonders aus der Sicht auch der FPÖ, nämlich der sozialen Heimatpartei ein dringend notwendiger ist, weil da darf ich wieder an den Schlüsselsatz erinnern, es geht hier darum, ordnungsgemäßes Einbringen dient der Finanzierung des Staats- und Sozialwesens.

Wenn wir nicht dafür sorgen, dass die Abgaben, die auf der Grundlage der Gesetze und Verordnungen und Steuern nicht eingezogen werden können, dann werden wir irgendwann immer mehr in eine Budgetknappheit schlittern und daher ist allein schon unter dem Aspekt, dass sich ein Großfinanzprüfer bis zum 30-fachen von dem, was sie verdienen im Jahr, in Wirklichkeit dem Staat hereinbringen und wenn man das nur heruntertransferiert auf normale, nicht Großprüfer, sondern normale Kontrolleure, dann sind wir noch immer beim Acht- bis Zehnfachen, was die im Prinzip dem Staat bringen, über ihren Monatsbezügen beziehungsweise Jahresgehältern hinaus.

Wo kriegst du denn sonst eine größere Rendite als bei so etwas? Also wenn das hier im Prinzip nicht jetzt Grund genug wäre, einem Finanzminister zu erklären, wir brauchen hier genau die, die wir in der Punktation aufgelistet haben, im Beschluss haben:

- keinen weiteren Abbau von Planstellen in der Finanzverwaltung, bezogen jetzt natürlich bei uns im Burgenland,
- Sicherstellung des personellen Einsatzes für absehbare pensionsbedingte Abgänge und nicht nur das, sondern Hinaufhebung in Wirklichkeit der systemisierten Planstellen für diesen Bereich,
- Aufstockung der Organe der Finanzpolizei im örtlichen Zuständigkeitsbereich auf mindestens 50, und so weiter und so fort.

Steht alles in diesem Beschlussantrag. Also das braucht man keinem Normalsterblichen auf einem Stammtisch erklären, weil das liegt auf der Hand. Gerade wir als soziale Heimatpartei müssen dafür sorgen, dass die Geldmittel in den Staatshaushalt fließen, damit wir auch im Prinzip unserer sozialen Komponente und Verpflichtung nachkommen können. Daher ist es so wichtig, dass hier der Herr Bundesminister Lögar, man munkelt ja, dass es eher sein Generalsekretär ist, der uns diese Schweinereien antut, aber er ist im Prinzip der Hausherr im Ressort und damit auch abschließend dafür verantwortlich.

Wenn der nicht dafür sorgt, dass diese Kontrollen durchgeführt werden und damit eben Planstellen schafft, dann ist es natürlich finster bei uns, weil dann werden wir genau

das, was der Hutter Gerhard für sich in Anspruch genommen hat auf seine Firma, bei vielen, vielen weiteren Firmen noch erleben.

Das heißt also, es gibt, glaube ich, keine Argumente mehr dafür, weil sie alle auf der Hand liegen, dass hier die Kontrolle imminent erhöht werden muss und dass hier schon dem Herrn Finanzminister die Rute ins Fenster gestellt werden muss, er möge dafür sorgen, dass hier anständig eine Kontrolle durchgeführt werden kann. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Starker Partner, Finanzabgabenverwaltung, Zoll- und Bürgerservice, die drei großen Bereiche des österreichischen Finanzressorts sorgen für Stabilität, Transparenz und Fairness am Wirtschaftsstandort Österreich. Ein guter Titel eines sehr wertvollen Artikels, der geschrieben wurde, wo genau das, was eigentlich jetzt auch schon von den Vorrednern gesagt wurde, auch eingefordert wird und da auch das Personal natürlich notwendig ist, damit ich diese Tätigkeit auch ausüben kann.

Ich komme selbst ursprünglich aus dem Finanzbereich, aus der Exekutive und ich weiß, dass gerade in diesem Bereich, wo Kontrolle gemacht wird, wo auf die Abgaben geschaut wird, wo auf den Zoll geschaut wird und natürlich letztendlich auch im Bürgerservice für unsere fleißigen Unternehmen auch gestaltet wird, dass genau diese Abteilungen an sich selbst getragen werden von jenen Einnahmen, die sie eigentlich durch die Kontrollen hereinbringen.

Da muss man sagen, dass es eine wertvolle und wichtige Arbeit ist. Dem Kampf gegen das Lohndumping und den Steuerbetrug muss man natürlich auch eine große Wertschätzung entgegenbringen, weil es einfach wichtig ist für unseren Standort, dass das gemacht wird. Denn es kann nicht sein, dass da natürlich alle kontrolliert werden, aber die, die hereinarbeiten aus dem benachbarten Ausland nicht so kontrolliert werden können, weil es an Personal mangelt. Das kann, meines Erachtens nach, nicht sein, sondern man muss sehr wohl schauen, dass jene Firmen, die hier arbeiten aus dem Ausland, dass die genauso ordentlich ihre Abgaben abführen und dementsprechend auch legal hier dann arbeiten können. Dementsprechend glaube ich auch, ist es notwendig, dass wir das Personal aufstocken.

Der Beamtenminister in der Regierung wird genauso darauf schauen wie alle anderen, damit hier auch lösungsorientiert vorgegangen wird. Genauso wie bei allen anderen Forderungen, die in diesem Antrag gestellt werden. Demnach können wir auch diesem Antrag zustimmen und hoffen, dass auch relativ bald eine Aufstockung der Planstellen im Finanzverwaltungsbereich, genauso die Abgänge durch die Pensionierungen abgefangen, genauso auch die Finanzamtsmitarbeiter im Bereich Bruck, Eisenstadt und Oberwart aufgestockt werden.

In diesem Sinne werden wir diesem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein wichtiges Thema, ein wichtiger Antrag,

der heute zur Debatte hier im Hohen Haus ansteht. Insgesamt ist zu erwähnen, dass der burgenländische Arbeitsmarkt sich perfekt entwickelt hat.

Man könnte durchaus sagen, es scheint kräftig die Sonne am Arbeitsmarkt im Burgenland, denn die Arbeitslosigkeit geht zurück um 5,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, was die Arbeitslosigkeit insgesamt anbelangt. Noch besser sind die Daten der 15 - 24-Jährigen. Hier ist die Arbeitslosigkeit sogar um16 Prozent zurückgegangen. Ganz erfreulich für mich, die Arbeitslosigkeit bei den Langzeitarbeitslosen ist um 14 Prozent gesunken! Auch das, eine durchaus sehr positive Meldung, die das AMS hier verlautbart.

Auch ein geringer, aber doch ein Rückgang bei den über 50-Jährigen ist zu bemerken, aber dort wo viel Sonne, dort auch ein wenig Schatten. So sagt das AMS aus eigenen Angaben, für über 50-Jährige könnte sich die Situation in den kommenden Monaten aber verschlechtern. Grund, und das wissen Sie alle, Kolleginnen und Kollegen, sind die Kürzungen beim AMS-Budget, denn jeder dritte Arbeitslose ist über 50 Jahre und die Kürzungen betreffen natürlich diese Zielgruppe. Daher sollte man wirklich nachdenken, ob man gerade für diese spezielle Gruppe, wo es den geringsten Rückgang der Arbeitslosigkeit gibt, nicht doch Geld in die Hand nimmt, um Fördermittel zu kreieren, damit auch diese Menschen, über 50-Jährige, wieder in Beschäftigung kommen.

Um diesen positiven Trend zum burgenländischen Arbeitsmarkt beizubehalten, zu fördern, auszubauen, braucht es viele Maßnahmen. Insbesondere scharfe Kontrollen gegen Lohn- und Sozialdumping. Dieser Antrag befasst sich auch sehr intensiv mit den Kontrollen für Sozial- und Lohndumping.

Nur in einer Branche, liebe Kolleginnen und Kollegen, gab es einen Anstieg, so hat das Arbeitsmarktservice die Zahlen veröffentlicht. Nämlich in der Baubranche. Hier gab es einen Anstieg um elf Prozent. Das ist durchaus bemerkenswert, wenn in allen anderen Branchen die Arbeitslosigkeit stark rückläufig ist und in einer einzigen Branche die Arbeitslosigkeit steigt, dann passiert da etwas.

Wir wissen alle, dass es vor allem im Bau- und im Baunebengewerbe zu großen Überschreitungen bei Lohn- und Sozialdumping kommt. Hier werden auch Mängel festgestellt und hier werden auch Strafen sozusagen ausgestellt.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel bringen: Ich habe vor kurzem mit einer älteren Dame aus dem Nordburgenland gesprochen, in einer Gemeinde des Nordburgenlandes, die mir erzählt hat, sie wohnt in der Nähe eines Kinderspielplatzes und es hat sie wirklich absolut geärgert, weil dort viele Kinder gespielt haben und die Autos relativ schnell durchgefahren sind. Weit über die zulässige Geschwindigkeitsbegrenzung hinweg.

Dann hat die Polizei kontrolliert, es gab einige Strafen, das war ein Prozess und danach war Ruhe. Alle haben sich an die Geschwindigkeitsbegrenzungen gehalten, die Kinder konnten dort in Sicherheit spielen. Nur, sobald die Polizei nicht mehr kontrolliert hat, in wenigen Wochen, sind die Autos wieder genauso schnell gefahren, wie davor und ähnliches spielt sich am Arbeitsmarkt ab. Wenn nicht kontrolliert wird am Arbeitsmarkt, dann werden in wenigen Wochen wieder viele Firmen nach Österreich hineinarbeiten, werden keine Abgaben zahlen bei den Sozialversicherungsträgern, sie werden keine Lohnsteuern abführen und dergleichen. Also dieselbe Systematik, die die ältere Dame hier beschrieben hat, die spielt sich auch am Arbeitsmarkt ab. Daher ist dieser Versuch, die Finanzpolizei einzuschränken, wirklich zu bekämpfen.

Ich erwarte auch einen Schulterschluss aller burgenländischen Parteien hier im Landtag, denn klar ist, weniger Kontrollen bedeuten mehr Lohn- und Sozialdumping bei uns im Burgenland. Das muss uns ganz klar sein. Damit gefährdet man auch die gute

Entwicklung am Arbeitsmarkt. Man schadet den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und man schadet damit auch der heimischen Wirtschaft, den Klein- und Mittelbetrieben.

Aber ganz konkret: Wie schaut das im Burgenland aus? Wir haben acht Finanzpolizistinnen und Finanzpolizisten hier in Eisenstadt stationiert, die vorwiegend den Bereich Nordburgenland abdecken und auch nach Niederösterreich reinarbeiten. Neun Kolleginnen und Kollegen der Finanzpolizei sind im südlichen Burgenland tätig, in Oberwart stationiert.

Beide Teams haben einen Teamleiter, der natürlich nicht operativ draußen ist, sondern das Team leitet. Das heiß, man dezimiert das Team natürlich um zwei Personen, die nicht operativ arbeiten, sondern Managementtätigkeiten verrichten. Also 17, ausschließlich 17 Kolleginnen und Kollegen bei der Finanzpolizei, die ihre Tätigkeit verrichten. Wären die nur zuständig für die Kontrollen für Lohn- und Sozialdumping, wäre das schon schlimm. Man muss hier trotzdem erwähnen, dass es nicht nur die Kontrollen für Lohn- und Sozialdumping sind, für die sie zuständig sind, sondern auch das kleine Glücksspiel kontrollieren sollen. Hier gibt es auch die SOKO Burgenland, das ist ein Novum des Burgenlandes. In keinem anderen Bundesland gibt es sie, weil es eine enge Zusammenarbeit mit dem LPD Burgenland gibt und hier gemeinsam Kontrollen durchgeführt werden, was gut und wichtig ist.

Diese 17 Kollegen sind auch für die Kontrollen der NoVA zuständig, also hier auch im Kfz-Bereich tätig. Hinzu kommt, dass sie auch alle administrativen Tätigkeiten verrichten müssen. Das ist nicht so wie bei der Polizei, da wird geblitzt, man erwischt jemanden, dann geht es auf die Bezirksverwaltungsbehörde und die versenden dann die Strafe. Sondern sie müssen auch alle administrativen Tätigkeiten selber verrichten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auch erwähnen, dass durchaus bemerkenswert erscheint, dass Überstundenregelungen gestrichen wurden. Das ist für mich sehr bemerkenswert. Warum? Überstunden wurden gestrichen. Man muss wissen, dass die Normalarbeitszeit von 7.30 Uhr bis 15.30 Uhr bei diesen Kolleginnen und Kollegen der Finanzpolizei herrscht. Wochenendkontrollen werden dadurch, indem man Überstunden streicht, natürlich ganz schwierig beziehungsweise ganz unmöglich.

Wir wissen alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, wann Schwarzarbeit, wann Lohn- und Sozialdumping stattfindet. Nicht zwischen 7.30 Uhr und 15.30 Uhr. Nein, nach 16, nach 17 Uhr, vor allem Freitag, Samstag, Sonntag, und vor allem auch am Wochenende. Genau da hat man einen Mechanismus gefunden, um genau die Kontrollen dort zu verhindern, wenn dieses Lohn- und Sozialdumping stattfindet. Also das Gesetz ist nur so viel wert, wie es auch in der Praxis kontrolliert wird. Das ist im Wesentlichen zu wenig im Moment.

Daher ist dieser Antrag wichtig und notwendig. Wir wollen keine Kürzung wie vom Finanzminister geplant, sondern wir wollen den Ausbau. Für das Burgenland würden wir, ich habe heute noch mit der Finanzpolizei am Vormittag telefoniert, mindestens 30 Kolleginnen und Kollegen benötigen, die ausschließlich die Kontrolle durchführen, plus Kolleginnen und Kollegen, die die administrativen Tätigkeiten verrichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich schon am Wort bin, möchte ich die Gelegenheit nutzen, zu einem ganz brisanten, aktuellen, wichtigen Thema zu sprechen. Es ist erfreulich, dass es auch durchaus unterschiedliche Meinungen jetzt schon dazu gibt; diese hat es vor wenigen Wochen noch nicht gegeben. Ich spreche hier von der Diskussion rund um den Zwölf-Stunden-Tag. Es gibt eine Diskussion, die im Gange ist,

und ich merke jetzt auch schon an, dass es viele Leute gibt, die sich dazu zu Wort melden - auch öffentlich. Auch das hat es vor wenigen Wochen noch nicht gegeben.

Ich darf hier beispielsweise eine durchaus politische Persönlichkeit nennen, die davon spricht, dass der Zwölf-Stunden-Tag Arbeitnehmern nur Sorgen bringt. Diese Persönlichkeit verwehrt sich gegen diese ungeheure familienfeindliche Feststellung, es sei unverantwortlich, weil jegliche Rahmenbedingungen für den Zwölf-Stunden fehlen würden. So seien weder Schulen noch Kindergärten für eine dann notwendige zusätzliche Betreuung eingerichtet, ganz zu schweigen von den gesundheitlichen Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen der fehlenden Erholungsphasen.

Das sagt nicht irgendwer, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sagt der FCG-Landesgeschäftsführer von Wien, der Fritz Pöltl, eine sehr charismatische Persönlichkeit auch in der Volkspartei. Ich freue mich über diese Diskussion, dass es auch in der Volkspartei immer stärkere und lautere Stimmen gibt, die sehr skeptisch sind.

Ich habe vor kurzem mehrere Erlebnisse gehabt, aber eine möchte ich besonders hier erwähnen. Wir waren vor kurzem in einem Eisenstädter Betrieb, kein kleiner Betrieb für burgenländische Verhältnisse, 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, fahren in vier Schichten, großer Betrieb, top organisiert. Als wir mit dem Chef, mit der Geschäftsführung dort gesprochen haben, da stelle ich immer die gleichen Fragen, wie schaut es wirtschaftlich aus und dergleichen mehr. Eine Frage lautet immer: Wie sehen Sie die aktuelle politische Diskussion rund um den Zwölf-Stunden-Tag?

Ich war durchaus überrascht, was uns der Kollege in der Geschäftsführung hier mitgeteilt hat. Er sagt, wir arbeiten jetzt schon zwölf Stunden. Das ist bei uns gelebte Praxis, aber das nur in Ausnahmefällen, um Spitzen abzudecken. Wenn ordentliche Aufträge hereinkommen, dann werden sozusagen Vorbereitungen getroffen, es gibt mit dem Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung, dahinter steht die ganze Belegschaft, das funktioniert auch sehr gut.

Der Chef sagt aber dann ganz überraschend zu mir, eine Ausweitung dieser Regelung lehnt er persönlich zutiefst ab. Er erklärt das auch warum. Das ist das Überraschende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Er argumentiert nämlich folglich: Er sagt, wenn man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwölf Stunden lang arbeiten lässt, dann kann er nachweisen, nach Statistiken, dass die Verletzungsgefahr deutlich erhöht wird und es zu mehr Betriebsunfällen im Betrieb kommt. Das kann er durch Statistiken zeigen. Krankenstände wären erhöht, enorme Kosten für den Betrieb entstehen, und es ist wirtschaftlich nicht mehr rentabel.

Das Hauptargument dieses Unternehmers war, dass es zu starken Qualitätsverlusten kommt. Er sagt nämlich, eine Konzentration auf acht Stunden aufrecht zu halten, ist schwierig, aber möglich. Zehn Stunden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konzentriert arbeiten zu lassen, ist schon schwierig, zwölf Stunden unheimlich schwierig, fast unmöglich - und das auf Dauer - ein No-Go.

Daher kann ich nachvollziehen, wie dieses Unternehmen denkt. Ich glaube, die jetzigen Regelungen, so wie er es beschreibt, sind völlig ausreichend. Ich glaube, die Regelungen, die es zum Zwölf-Stunden-Arbeitstag gibt, sind auch passend, wenn man hier gute Vereinbarungen trifft, dann kann man das auch so tun.

Es soll aber die Ausnahme bleiben. Es soll nicht der Regelfall werden, und es sollen alle vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens mitpartizipieren; auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Überstundenzuschlägen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer ist somit einstimmig gefasst.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1245) betreffend TOP-Jugendticket (Zahl 21 - 882) (Beilage 1264)

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1222) betreffend Ausweitung des TOP-Jugendtickets (Zahl 21 - 859) (Beilage 1265)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 8. und 9. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 8. und 9. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Somit kommen wir zum 8. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1245, betreffend TOP-Jugendticket, Zahl 21 - 882, Beilage 1264.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend TOP-Jugendticket in seiner 26. Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend TOP-Jugendticket die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1222, betreffend Ausweitung des TOP-Jugendtickets, Zahl 21 - 859, Beilage 1265.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Vielen Dank. Der Rechtsausschuss hat den soeben genannten Bericht in seiner 26. Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Abgeordneten Mag. Drobits gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Daher stellt der Rechtsausschuss den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausweitung des TOP-Jugendtickets unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Nun erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Schöne an diesen beiden Tagesordnungspunkten: Es gibt gemeinsame Anliegen. Etwas nicht ganz Schönes: Sie gehen an manchen Details auseinander, weswegen wir uns möglicherweise wieder nicht auf einen gemeinsamen Antrag einigen können. Ich habe mir gedacht, diesmal wird es hinhauen. Leider nicht.

Aber gut. Freuen wir uns einmal über das eine gemeinsame Anliegen, und zwar, den Jugendlichen und jenen, die sich noch in Ausbildung befinden und unter 26 Jahre alt sind, die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel möglichst kostengünstig anzubieten. Ich halte es auch für dringend notwendig, die Pendlertickets für Erwachsene billiger anzubieten. Stichwort 365-Euro-Ticket. Dafür bekomme ich hier keine oder noch keine Mehrheit. Wer weiß, was da auch noch möglich sein wird.

Aber wenn wir uns schon mal bei den Jugendlichen einigen können, ist das ein großer Schritt für eine ganz wichtige Bevölkerungsgruppe. Es geht also um zwei Sachen. Das eine ist, es geht um die Ausweitung des TOP-Jugendtickets auf ganz Österreich. Zumindest einmal für die südburgenländischen Jugendlichen, auch um die Nutzung der Öffis in der Steiermark, das ist ja ganz wichtig, mit derselben Karte, die auch in Niederösterreich, Wien und Burgenland gilt.

Was es aber schon auch braucht, und das ist etwas, was weiter geht. Wenn die Kollegen dann mit ihren Selfies fertig sind, hoffe ich dann auch auf Ihre Unterstützung, wenn es darum geht, das entsprechende Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln auszubauen. Weil es nützt ja nicht allein etwas, wenn man günstig herumfahren kann, man muss ja überhaupt die Möglichkeit haben, öffentliche Verkehrsmittelt zu nutzen.

Es nützt ja nichts, wenn ich ein 60-Euro-TOP- Jugendticket habe, aber ich komme am Abend einfach nicht mehr heim, weil kein Zug mehr fährt, weil kein Bus mehr fährt und ich auf das Taxi „Mama“ oder Taxi „Papa“ angewiesen bin. Es nützt ja auch nichts, ein Ticket zu haben, und dann eine Lehrstelle nicht annehmen zu können, weil einfach kein öffentliches Verkehrsmittel zu dem Betrieb hinfährt und man darauf angewiesen ist, dass

man von Eltern wo hingebracht wird, oder darauf angewiesen ist, sich ein eigenes Auto zu leisten.

Das ist auch eine soziale Frage. Verkehrspolitik ist immer auch ein Stück Sozialpolitik. Wir wissen, dass Belastungen aus dem Straßenverkehr häufiger Menschen mit niedrigem Einkommen treffen, weil die einen wesentlich höheren Anteil ihres Einkommens dann für ein Auto verwenden müssen und das trifft Jugendliche natürlich noch einmal stärker. Wenn wir hier also einmal einen gemeinsamen Schritt machen, dann ist das ja mal was.

Ich hoffe, es folgen weitere gemeinsame Schritte. Vielleicht können wir dann das nächste Mal, wenn es um die Ausweitung der Möglichkeit der günstigen Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln für Jugendliche geht, auch schon einen wirklich von allen gemeinsamen Antrag hier gemeinsam beschließen.

Wir können aus grüner Sicht allen hier vorgeschlagenen Anträgen zustimmen. Wir wollen gern das Eine tun, das Andere trotzdem nicht lassen und hoffen auf weitere gute Schritte. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Mobilität und Verkehr sind zwei ganz wichtige Themen für sehr viele Bereiche. Hier im Hohen Haus wird regelmäßig über Mobilität im Zusammenhang mit diesen verschiedenen Bereichen und Facetten diskutiert und auch im Sinne der Betroffenen weiterentwickelt. Somit bewegt die Mobilität nicht nur Personen, sondern wie wir gemerkt haben, auch unsere Herzen und unsere Emotionen, und jeder sieht die Mobilität zunächst aus seinem oder aus einem Blickwinkel und nicht das Gesamte, was natürlich nicht so leicht geht.

Wir müssen die gesamt Mobilität für alle ins Auge fassen, für die Kinder, für die Jugendlichen, für die Pendler, für die Arbeiter, für die Senioren, für die sozial Schwächeren und natürlich auch für die Freizeitangebote. Es braucht deshalb eine Gesamtstrategie, die es auch im Burgenland gibt und das ganze Burgenland und ihre Bevölkerung so gut es geht, mobil zu halten oder auch zu machen.

Mobilität spielt somit eine wichtige Rolle im Bereich der Arbeitsplätze, im Bereich der Wirtschaft, im Bereich des Tourismus, im Bereich der Freizeitgestaltung und natürlich auch im Bereich der Bildung und Ausbildung, wo das TOP-Jugendticket zum Tragen kommt und worüber wir jetzt auch diskutieren. Die Installierung des TOP-Jugendtickets war und ist eine gute Sache. Mit der Einführung wurde ein wichtiger Entlastungsimpuls für Schüler und Lehrlinge gesetzt, in weiterer Folge natürlich auch für die Familien.

Wir alle kennen die Erfolgsstory des TOP-Jugendtickets, wir alle kennen aber auch die Probleme oder die Problemstellung, wenn Schüler aus dem Südburgenland eine Zugverbindung über die Steiermark nach Wien benützen, weil das Ticket nur in dem Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland ihre Gültigkeit hat. Hier müssen die Betroffenen eben ein eigenes Ticket kaufen. Das wollen wir nicht im Sinne der Förderung der Mobilität und der Gleichbehandlung.

In diesem Sinne wäre deshalb eine Einführung des TOP-Jugendtickets auf alle Bundesländer, wie von der letzten Bundesregierung bereits geplant, aber nicht umgesetzt, auf alle jungen Menschen in Ausbildung bis 26 Jahre sinnvoll und natürlich auch

erforderlich. Mit der Einführung bräuchten wir keine Ausnahmen und Sonderregelungen, keine Extra-Richtlinien für Förderungen im Mobilitätsbereich, was eben die Jugend betrifft. Es gäbe keinen Förderdschungel, sondern es gäbe eine sehr gute, einheitliche Lösung für alle Jugendlichen.

Das Land Burgenland steht deshalb dafür ein, etwas Gutes noch besser machen zu wollen, in Form des TOP-Jugendtickets für alle Bundesländer, wie vorhin gesagt. Deshalb will das Land Burgenland die Bundesregierung erneut ermutigen und auf die Einführung dieses TOP-Jugendtickets hinwirken.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Land Burgenland tut viel und erbringt sehr viele Leistungen für den Verkehr insgesamt, aber auch für die Mobilität der Schüler, der Jugendlichen und Studenten wie es aus der Antragsbegründung ersichtlich ist, es gibt verschiedene Förderungen und Vergünstigungen der Tickets und der Kartenpreise. Es gibt beispielsweise auch das Jugendtaxi oder den Discobus. Es werden Gemeindebusse und öffentliche Verkehrsmikrosysteme gefördert. Auch sehr viele Gemeinden beteiligen sich zum Beispiel bei den Kosten des Semestertickets.

All das sind sehr gute Dinge. Wir sehen also, dem Land Burgenland ist es natürlich ein Anliegen, die besten Voraussetzungen für ein modernes Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung. Dazu gehört natürlich auch, die Jugend zu schaffen und in einer Zeit, die immer schnelllebiger, beruflich mobiler und räumlich flexibler wird, auch nachzukommen.

Nur das Land Burgenland wird alleine nicht alles stemmen können, muss natürlich die gesamte burgenländische Bevölkerung im Mobilbereich ins Auge fassen, nicht nur einzelne Zielgruppen. Der Fokus liegt hier eben auf eine effiziente, leistbare, nachhaltige und komfortable Mobilität im gesamten öffentlichen Verkehr. Man kann oder man könnte natürlich viele Vergünstigungen machen und gewährleisten, aber die Frage ist: Auf welche Kosten? Auf Kosten der Verkehrssicherheit? Auf Kosten der Attraktivierung und Qualität des öffentlichen Verkehrs? Oder auf Kosten der Infrastruktur insgesamt? Oder eben der Instandhaltung?

Würde das das Land Burgenland so machen, würde das der Opposition natürlich mit Sicherheit nicht passen. Man muss sich wie überall in einem Budgetrahmen bewegen. Trotzdem sind im Burgenland in allen Bereichen, welche mit der Mobilität zusammenhängen, Fortschritte gemacht worden und die Qualität soll ja weitergesteigert werden.

Das Land Burgenland ist hier sehr bemüht, die regionalen Zentren und die Gemeinden an die großen Ballungszentren für die Pendler, Schüler, Studenten, Lehrlinge zu verbinden. Mobilität ist eben die Grundvoraussetzung, um Arbeitsmarkt und Ausbildungschancen wahrnehmen zu können. Mobilität sollte somit kein Privileg für Einzelne werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade für junge Menschen in Ausbildung ist das TOP-Jugendticket die einfachste und günstigste Art, unterwegs zu sein, damit stehen Schülern und Lehrlingen Bus und Bahn nicht nur für den Weg zur Schule oder zur Lehrstelle zur Verfügung, sondern auch für sehr viele Aktivitäten in der Freizeit. Das ist okay so und ist ein Erfolg.

Dieser Erfolg soll natürlich weiterausgebaut werden. Vollkommen wäre dieses TOP-Jugendticket, wenn es eben auf alle Bundesländer ausgeweitet und für alle jungen Menschen in Ausbildung bis 26 Jahre gelten würde. Hier kann man der Jugend günstig die Möglichkeit geben, die Vorzüge öffentlicher Verkehrsmittel zu erfahren. Hier ist die Bundesregierung gefordert, das umzusetzen. Das Land kann einen Teil dazu beitragen.

Es wäre an der Zeit, eine Gesamtlösung zu finden im Interesse der jungen Menschen, die zum Teil auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Leider hat es die vorige Bundesregierung nicht geschafft, obwohl es im Regierungsprogramm vereinbart war. Die ÖVP beantragt hier im Burgenland eine Ausweitung, dabei hätte man eine Gesamtlösung auf Bundesebene selbst in der Hand gehabt. Man hätte es in der Hand gehabt, etwas zu ändern. Nichts ist passiert. Die ÖVP hat es für die Jugend versäumt, etwas zu ändern, dann würden wir jetzt darüber gar nicht diskutieren.

Jetzt beantragt die ÖVP im Burgenland nur eine Ausweitung. Die ÖVP will somit keine umfassende Mobilität der Jugend garantieren. Wir hingegen treten im Antrag mit der Forderung an die Landesregierung heran, auf eine umfassende Mobilität für die Jugend bei der Bundesregierung hinzuwirken.

Wir erteilen daher gerne unsere Zustimmung, dass hier die Landesregierung aufgefordert wird, an die Bundesregierung heranzutreten, um auf ein konkretes, allumfassendes Gesamtpaket für die Mobilität aller jungen Menschen hinzuwirken. Das steht im Vordergrund. Mit diesem Antrag wollen wir die Benachteiligung von Personen, die von der Nutzung ausgeschlossen sind, ändern. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächsten Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Bernhard Hirczy das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist vielleicht der Wunsch vom Kollegen Wiesler möglich, nachdem jetzt der Infrastrukturminister von der SPÖ zur FPÖ gewechselt ist. Es steht so schön auf der Homepage: Jugendtickets können von Schülerinnen und Schülern einer Schule mit Öffentlichkeitsrecht und Lehrlingen mit anerkanntem Lehrverhältnis und von Absolventinnen des freiwilligen Sozialjahres beziehungsweise Umweltschutzjahres sowie Polizeischülerinnen und -schülern unter 24 Jahren genützt werden. Die Schule, Lehrstelle, Dienststelle und/oder der Wohnsitz muss in Wien, Niederösterreich oder dem Burgenland liegen.

Mit dem TOP-Jugendticket um 60 Euro können alle Öffis (Verbundlinien) in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland an allen Tagen auch in den Ferien unbegrenzt genutzt werden. Soweit so gut. Der Jugendliche steigt mit diesem Ticket im Burgenland in ein Verkehrsmittel ein. Sein Hauptwohnsitz ist im Burgenland und dennoch bekommt er bei einer Kontrolle in der Steiermark eine Strafe. Er hätte ein weiteres Ticket benötigt.

Einleitend darf ich festhalten, dass es derzeit nicht genügend Verknüpfungen gibt zwischen dem VOR - sprich Wien, Niederösterreich, Burgenland - und dem steirischen Verbundnetz. Das Problem, die schnellen und einfachen Verbindungen, vor allem aus den Bezirken Jennersdorf und Güssing, führen über steirisches Gebiet, sprich Verbundnetzgebiet. Seit Einführung dieses Tickets gibt es immer wieder Probleme, eben Strafen für Jugendliche, und wenn man das konkrete Beispiel hernimmt vom Hauptwohnsitz, sprich als Beispiel Bahnhof Jennersdorf nach Wiener Neustadt, so ist eine legale Fahrt mit dem TOP-Jugendticket derzeit nur sehr schwer möglich.

Die Daten stammen alle von der Quelle der Webseite des VOR, sprich dem Onlinefahrplan. Eine Busfahrt ist mit vier bis fünf Umstiegen möglich, eine Zugfahrt eben nur über steirisches Gebiet und nur gegen Aufzahlung. Kommen wir auf das konkrete Beispiel, wie es in der Steiermark machbar ist, und wir haben vorhin vom Kollegen Wiesler sehr oft gehört, was wäre und was wir möchten und dass wir eine Strategie benötigen. De facto muss man sagen, es gehört gehandelt und es gehört umgesetzt.

Wir brauchen eine Lösung, und es dürfen die Menschen im Südburgenland hier nicht länger benachteiligt werden, und sie dürfen nicht gestraft werden, nur weil sie in der Steiermark umsteigen müssen. Rund 18.000 TOP-Jugendtickets wurden im Jahr 2016 an junge Burgenländerinnen und Burgenländer verkauft. Von diesen Zahlen abgeleitet, kann man interpretieren, dass rund 2.000 davon in den Bezirken Jennersdorf und Güssing verkauft wurden. Diese Zahlen würden sicher steigen, wenn wir hier ein besseres Angebot hätten.

Derzeit ist es schwierig, den Jugendlichen einen konkreten Ratschlag zu geben, ob sie dieses Jugendticket kaufen sollen oder nicht. Es geht dezidiert darum, dass die möglichen Verbindungen sehr oft über steirisches Gebiet führen.

Was muss nun das Ziel sein? Und hier gibt es bereits Ansätze, wie es funktionieren kann. Zum Beispiel in der Steiermark, hier wird dezidiert vom Verkehrsverbund Steiermark die Option Tamsweg angeboten. Tamsweg liegt in Salzburg und es ist dort möglich, mit diesem Ticket der Steiermark auch nach Tamsweg zu fahren.

Warum ist eine Kooperation der Steiermark mit Salzburg möglich und nicht Burgenland - Steiermark? Ein weiteres Beispiel, das Freizeitticket der Steiermark, ebenfalls ein Verbundticket, hier ist es möglich und es steht hier dezidiert so, das Freizeitticket Steiermark wird ganzjährig an allen Samstagen, Sonntagen und Feiertagen angeboten. Das Freizeitticket Steiermark gilt im gesamten steirischen Verbundgebiet inklusive Erweiterungsbereichen nach Radstadt, St. Gotthard und Tamsweg. Somit ist dieses elf Euro Ticket am Wochenende auch für Burgenländerinnen und Burgenländer um elf Euro möglich, vom Bahnhof Jennersdorf in die Steiermark zu fahren und dies zu nützen. Hier gibt es die Anknüpfungspunkte. Im Vergleich dazu nochmal das TOP-Jugendticket Steiermark, das TOP-Ticket ist die uneingeschränkte Jahresnetzkarte für alle Verbindungen innerhalb der Steiermark sowie von und nach Tamsweg. Damit können alle Nah- und Fernverkehrszüge, alle Regionalbusse und alle städtischen Verkehrsmittel benützt werden.

Darum müssen wir es hier jetzt als Pflicht sehen, dass es hier Verbesserungen gibt, und hier ist natürlich auch die Regierung gefragt. Es geht dezidiert darum, dass für das burgenländische TOP-Jugendticket die Streckenabschnitte zwischen dem VOR-Netz im Burgenland und dem VOR-Netz im Norden - sprich Niederösterreich und Wien - legalisiert werden und dass die Jugendlichen mit diesem Ticket diese Streckenabschnitte benützen dürfen.

Eine weitere Lösung ist für den Streckenabschnitt Bahnhof Jennersdorf bis Graz gefordert. Das wäre ein Meilenstein, und man braucht nicht immer nur zu sagen, alles soll der Bund regeln. Hier geht es um ein kleines Detail, das wir hier im Burgenland für unsere Menschen regeln können und müssen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das steirische Ticket kostet übrigens 106 Euro pro Jahr und gilt eben leider nicht bis Jennersdorf oder ins Burgenland, in Güssing. Die Jahreskarte, um das als konkretes Beispiel zu bringen, vom Bahnhof Jennersdorf bis nach Hohenbrugg/Fehring, eine Tarifzone, kostet 422 Euro, eine Monatskarte 46 Euro. Jetzt muss man den Vergleich sehen, 106 Euro für einen Jugendlichen, um ein steirisches Ticket zu kaufen, das die Steier den Burgenländern anbieten, zusätzlich die fehlende Distanz mit 422 Euro, macht somit 528 Euro für Jugendliche aus, die nicht bereit sind, weil sie eben Jugendliche sind, mit ihrem Fahrzeug, mit den Eltern bis nach Hohenbrugg/Fehring zu fahren. Somit brauchen wir hier auch diesen Lückenschluss. Ich fordere deshalb einen Schulterschluss ein.

Wenn man die Vorrednerin Regina Petrik gehört hat, so sieht man schon, dass eigentlich alle in dieselbe Richtung wollen. Zwischen den Zeilen sieht man, dass wirklich alle Landtagsparteien dasselbe wollen. In Wirklichkeit geht es darum, eine Lösung zu finden, damit es für die Jugendlichen im Burgenland Verbesserungen gibt. Wir dürfen das Thema nicht immer weglegen, wir dürfen es nicht auf Bundesebene verschieben, das Problem mit dem TOP-Jugendticket gehört schlussendlich jetzt gelöst.

Regina Petrik hat auch das Thema Infrastruktur angesprochen, und ich darf das hier auch nicht unerwähnt lassen. Es freut mich gerade, dass hier Bewegung in die Thematik Elektrifizierung der Bahnstrecke Jennersdorf - Graz kommt. Entsprechende Medienberichte - auch die SPÖ und FPÖ hat sich hier artikuliert, begrüßt dieses Vorhaben und möchte hier dementsprechend unterstützend mitwirken. Ich vermute, dass auch die GRÜNEN dieses Projekt unterstützen werden, da es ja eine langjährige Forderung ist und das wird sich auch nicht ändern.

Der Ausbau dieser traditionellen Bahnlinie, sprich der Ostbahn, sprich St. Gotthard - Jennersdorf - Graz, hätte viele Vorteile. Ich darf es noch einmal in Erinnerung rufen: Eine Verbesserung der Taktung, schnellere Verbindungen und natürlich mehr Verbindungen pro Tag. Es ist besser für die Wirtschaft, weil eben Transportmöglichkeiten verbessert werden. Ein Lückenschluss an den berühmten Korridor 5, und natürlich es muss hier Gespräche geben und im Rahmen dieser Gespräche sollte es doch möglich sein, dass das Burgenland mit der Steiermark eine Lösung findet, damit das TOP-Jugendticket, das burgenländische TOP-Jugendticket, bis in die Steiermark wirkt und die Jugendlichen und jungen Menschen hier einen Vorteil haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Abgeordneter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Ja, werter Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Um die Herausforderung der Zukunft bewältigen zu können, wird der öffentliche Verkehr immer wichtiger. Gerade im Hinblick des Klimawandels nimmt er immer mehr an Bedeutung zu. Doch nicht nur gut ausgebaute Streckennetze sind wichtig, sie müssen auch für die breite Masse leistbar sein. Gerade Jugendliche sind oft gezwungenermaßen durch Schule, Studium, Arbeitsplatz, Berufsschule viel mobiler.

Neben einem guten Ausbildungsplatz oder Job und den eigenen vier Wänden ist die leistbare Mobilität jedenfalls eine Grundvoraussetzung, um sich als junger Mensch ein eigenes selbstbestimmtes Leben aufbauen zu können.

Um die burgenländischen Jugendlichen bei ihren ersten Schritten in die Unabhängigkeit zu unterstützen, hat das Land Burgenland wichtige Meilensteine gesetzt, die im Ländervergleich nicht selbstverständlich sind.

Mit der Semesterticket-Förderung unterstützen wir Studentinnen und Studenten außerhalb des Burgenlandes an Fachhochschulen oder Schulen, die außerhalb des Burgenlandes liegen mit einer 50-prozentigen Förderung. Mehrere tausend junge Menschen haben von dieser Förderung in den letzten Jahren profitiert. Viele Gemeinden leisten hier eine vorbildliche Jugendarbeit, indem sie die andere Hälfte der Kosten übernehmen.

Zusätzlich hat das Land Burgenland gemeinsam mit Wien und Niederösterreich einen wichtigen Meilenstein im Bereich der leistbaren Mobilität gesetzt, das Top-Jugendticket. Mit dieser Jahreskarte um 60 Euro können Lehrlinge und Schülerinnen und Schüler bis zum 24. Lebensjahr alle öffentlichen Verkehrsmittel der Ostregion benutzen.

Das Top-Jugendticket ist seit seiner Einführung im Schuljahr 2012/2013 eine Erfolgsgeschichte. Seither wurden insgesamt über 1,2 Millionen Top-Jugendtickets verkauft. Damit sorgt es auch in gewisser Hinsicht für soziale Gerechtigkeit.

Es ermöglicht Lehrlingen und Schülerinnen und Schülern in drei Bundesländern zu einem unschlagbaren Preis qualitativ hochwertige Mobilität zum Lehr- und Schulplatz. Diese soziale Gerechtigkeit fordern wir seit Jahren für alle Jugendlichen unter 26 Jahren. Eigentlich sollte sie ja bereits bestehen.

Im Programm der vorgehenden Regierung war das Top-Jugendticket für alle unter 26 Jahren schon in Stein gemeißelt. Was wir aber leider erleben mussten war ein jahrelanges Verschwitzen der Familienministerin, und das, obwohl die Mittel im FLAF - im Familienlastenausgleichsfonds gesichert sind.

Fünf Jahre hat man Zeit gehabt, diese wichtige finanzielle Entlastung umzusetzen. Nicht nur das. Ich war verwundert, als ich das Programm der neuen Regierung gelesen habe. Vergeblich habe ich nach der Ausweitung des Top-Jugendtickets gesucht. Man findet nichts davon wieder.

Da sieht man, wie wichtig die Jugend dem Bundeskanzler Sebastian Kurz ist und das, obwohl er sich als JVP-Vorsitzender, Bundesvorsitzender, in der Vergangenheit immer wieder dafür geäußert hat. Prompt war er Bundeskanzler, war auf einmal diese egal. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Du bist ja auch sehr schnell.)* Da brauchen Sie nicht nervös werden, Herr Kollege. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich bin nicht nervös.)*

Ein Kollege von uns, nämlich der neben Ihnen sitzt, der Kollege Christoph Wolf, damals JVP-Landesvorsitzender, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Obmann. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Obmann.)* hat sich auch dazu… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Obmann. – Unruhe bei der SPÖ - Abg. Doris Prohaska: Seid nicht so kleinlich.)*

Landesvorsitzender, Sie brauchen nicht nervös werden. Heute sind Sie wieder gut drauf, gell? Studierende müssen oft sehr weite Strecken zurücklegen, um ihren Studienort erreichen zu können. Hier, wie beim Top-Jugendticket, eine bundesweite Lösung auf die Beine zu bringen, muss vorrangiges Ziel sein. Das tut weh, gell, die Wahrheit. *(Heiterkeit bei der ÖVP – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Nichts davon ist passiert nämlich.

Die Krönung ist, dass die ÖVP jetzt versucht, sich aus der Verantwortung zu ziehen. In der Regierung hatte man fünf Jahre Zeit für die Umsetzung. In der neuen Regierung ist es gar nicht mehr eingeplant. Ich möchte in Erinnerung rufen, was das bedeutet. Sechs Jahre leere Worthülsen, sechs Jahre leere Versprechen. Und jetzt soll das Land Burgenland für diese leeren Versprechen der ÖVP einspringen, und die Arbeit der Bundesregierung machen. Das ist Blender-Politik par excellence, das ist Blender-Politik a la Trump.

Sie versprechen alles und Sie sagen nicht, wie es umgesetzt werden soll. Wir brauchen hier keine amerikanischen Verhältnisse. Bei uns zählen die Macher und nicht die Blender, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir im Burgenland gehen einen anderen Weg, wir unterstützen die Jugendlichen bei ihren ersten Schritten in die Selbständigkeit. Leistbare Startwohnungen, keine Studiengebühren an den Fachhochschulen, das sind nur zwei Initiativen der vielen. Während wir die Jugendlichen unterstützen, versucht die ÖVP den jungen Menschen nur Steine in den Weg zu legen. Vor kurzem hat man sich für Studiengebühren ausgesprochen. Halt, da war ja was, oder? Hat es nicht vor der Wahl geheißen, wir sind

nicht für neue Steuern? *(Abg. Doris Prohaska: Ja.)* Oder täusche ich mich da? Jetzt fordert man eine neue Steuer auf Bildung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Studiengebühren.)*

Das ist die echte Veränderung, für die Ihr einsteht? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gebühren sind keine Steuern.)* Das ist die echte Veränderung, für die Ihr einsteht. *(Abg. Ingrid Salamon: Keine neuen Belastungen hat es geheißen.)*

Laut der ÖVP ist es anscheinend Zeit für Veränderung. Veränderung, dass Wenige bevorzugt werden, und die breite Masse überbleibt. So quasi nach dem Motto „Sparst du schon, oder studierst du noch“, Entschuldige „Sparst du schon, oder studierst du schon?“. *(Heiterkeit bei der ÖVP)*

Mit uns wird es das im Burgenland nicht geben. Das Burgenland ist studiengebührenfreie Zone und das soll auch so bleiben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir wissen wie wichtig die Ausweitung des Top-Jugendtickets für alle unter 26 Jahren ist, deshalb fordern wir es bereits seit Jahren. Deshalb haben wir unzählige Unterschriften gesammelt, und uns dafür stark gemacht. Und ja, wir brauchen es, heute statt morgen. Ich frage mich, was Ihr in den letzten Jahren gemacht habt, außer Presseaussendungen auszusenden? Sich heute hierher zu stellen und zu sagen, das Burgenland soll einspringen für die Versäumnisse der letzten Bundesregierung, ist ein schlechter Scherz.

Die Landesregierung ist stets bemüht den Jugendlichen im Rahmen der Möglichkeiten zu helfen. Wir machen unsere Hausaufgaben. Im letzten Jahr wurde erfreulicherweise die Übernahme der Internatskosten durch die Betriebe im Parlament beschlossen. Das Land Burgenland hat nicht lange gezögert und übernimmt die Internatskosten der Landeslehrlinge.

Wir stehen für eine Jugendarbeit, die bei den Jugendlichen wirklich ankommt. Was wir in unserem Land nicht brauchen, sind die ungedeckten Schecks, welche die ÖVP verteilt, die keinem helfen. Die ÖVP verspricht vieles, sagt aber nie, wie es finanziert wird.

Im FLAF, im Familienlastenausgleichsfonds sind die Mittel für das Top-Jugendticket gesichert. Das Land soll jetzt trotzdem einspringen, ja klar, das Land hat auch einen Goldschatz am Ende des Regenbogens, laut Ihnen.

Liebe ÖVP, bitte keine Schmähparaden zu Lasten der Jugendlichen, wir brauchen Taten. Fahren wir gemeinsam zur zuständigen Ministerin. Machen wir ihr klar, wie wichtig das Thema ist.

Packen wir die Gelegenheit bei den Hörnern, kämpfen wir gemeinsam für eine Österreichische Lösung, damit alle Jugendlichen unter 26 Jahren österreichweit mit dem Top-Jugendticket fahren können. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Ja danke Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kilian, ich möchte Dir bezugnehmend auf Deine Wortmeldung einen Satz widmen. Dein Grundsatz glaube ich lautet „Wasser predigen und Wein trinken“.

Ich erinnere mich noch gut an Deine Zeit als SJ-Obmann, wo Du gegen rechts gekämpft hast, wo es Plakate und Postings, Pressemeldungen gegeben hat, und dann bist Du in den Landtag gekommen, bist als SJ-Vorsitzender gegangen worden und dann

war das alles kein Problem mehr. Ja da fragt man sich, wer Politik der Lippenbekenntnisse führt? Das bist Du. Und auch am konkreten Beispiel kann ich das belegen nämlich in der Tatsache, wie es zu diesem Antrag gekommen ist.

Am 24. Jänner, meine geschätzten Damen und Herren, hat die Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf zu einem Runden Tisch zum Thema Jugendmobilität geladen. Es waren viele Vertreter vor Ort, Vertreter aus dem Mobilitätsbereich, Studentinnen und Studenten, Lehrlinge, Schülerinnen und Schüler und unter anderem auch Vertreter aus dem Landtag.

Der Kilian war dabei, der Kollege Wiesler war dabei. Bei diesem Runden Tisch haben wir uns unter anderem auch mit der Problematik rund um die Nutzung des Top-Jugendtickets im Südburgenland beschäftigt, beziehungsweise das diskutiert. Denn diese südburgenländischen Jugendlichen, wie wir vorher vom Bernhard Hirczy gehört haben, die müssen, wenn sie in die Steiermark wollen beziehungsweise nach Wiener Neustadt, über die Steiermark fahren und eine zusätzliche Fahrkarte lösen, eine Strafe zahlen.

Damals lieber Kilian waren wir uns einig, dass diese Diskriminierung der südburgenländischen Jugendlichen beseitigt werden muss. Heute können sich die zwei Kollegen Brandstätter beziehungsweise Wiesler anscheinend nicht mehr erinnern, was wir dort diskutiert haben, beziehungsweise wo wir uns einig waren.

Heute sieht man, wie ernst es die zwei Vertreter jetzt mit diesem Anliegen der südburgenländischen Jugendlichen meinen. *(Abg. Ingrid Salamon: Für ganz Österreich, Herr Kollege. Wir sind keine Insel.)*

Liebe Frau Kollegin! *(Abg. Ingrid Salamon: Wir sind keine Insel.)* Liebe Frau Kollegin, ja, natürlich sind auch wir für eine bundesweite Lösung, was das Top-Jugendticket anbelangt. *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist schön, dann sind wir uns einig.)* Aber es reicht nicht, meine geschätzten Damen und Herren, dass man dauernd Verantwortungen auf Bundesebene abschiebt. Es hilft keinem weiter und überhaupt nicht der südburgenländischen Jugend. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn um die Jugendlichen nicht völlig an die Großstädte zu verlieren müssen wir selbst tätig werden. Das liegt in unserer Verantwortung im Burgenland, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Ich fordere daher die Burgenländische Landesregierung auf, hier endlich eine Vereinbarung mit der Steiermark zu treffen, um dieses Problem zu lösen.

Ich habe gestern einen Vorschlag an alle Fraktionen übermittelt, wo beide Vorschläge aus den beiden Anträgen kumuliert wurden. Nämlich zum Einen, in Vorleistung zu gehen als Burgenland und mit der Steiermark hier eine Lösung zu finden und zum Zweiten, für ein bundesweit gültiges Top-Jugendticket sich stark zu machen.

Gemeldet hat sich die Frau Kollegin Petrik, mit der wir gemeinsam einen Abänderungsantrag auch heute einbringen dürfen, und ich darf für die beiden Tagesordnungspunkte nämlich 8 und 9 folgende Abänderungsanträge einbringen. Zunächst für den Tagesordnungspunkt 8:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- auf Landesebene in Vorleistung zu gehen und gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Ost-Region eine Vereinbarung mit der Steiermärkischen Landesregierung zu treffen beziehungsweise die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um die Nutzung des Top-Jugendtickets auch für alle zu gewährleisten, die in der Steiermark unterwegs sind

- und gleichzeitig an die Bundesregierung heranzutreten, auf eine Erweiterung der Nutzungsberechtigung des Top-Jugendtickets auf alle jungen Menschen in Ausbildung, bis 26 Jahre und eine Ausweitung des Geltungsbereiches auf ganz Österreich hinzuwirken.

Für den Tagesordnungspunkt 9, folgende Beschlussformel:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- auf Landesebene auf Vorleistung zu gehen und gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Ost-Region eine Vereinbarung mit der Steiermärkischen Landesregierung zu treffen beziehungsweise die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um die Nutzung des Top-Jugendtickets auch für alle zu gewährleisten, die in der Steiermark unterwegs sind
- und gleichzeitig an die Bundesregierung heranzutreten, auf eine Erweiterung der Nutzungsberechtigung des Top-Jugendtickets auf alle jungen Menschen in Ausbildung bis 26 Jahre und eine Ausweitung des Geltungsbereiches auf ganz Österreich hinzuwirken.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abg. Patrick Fazekas übergibt dem Präsidenten die Abänderungsanträge.)*

Präsident Christian Illedits: So, beide Abänderungsanträge zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9 sind gehörig unterstützt, sodass sie gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Killian Brandstätter abermals das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Ja, geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur etwas richtig stellen auf der einen Seite, nämlich ich habe auch bei diesem Runden Tisch gesagt, dass ich für die Ausweitung bin, für alle unter 26 Jahren. Das waren auch die meisten dort, die das so gesagt haben. Ich möchte das auch richtigstellen.

Noch einmal zur Erinnerung, Ihr habt fünf Jahre lang Zeit gehabt, dass Ihr das in der letzten Regierung umsetzt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie auch.)* In der neuen Regierung ist das nicht mehr enthalten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr wart auch in der Regierung.)* So. Jetzt kommt Ihr daher und sagt, trara, wir haben die Lösung parat - das Land muss einspringen. *(Abg. Walter Temmel: Wo wart denn Ihr?)*

Ich könnte das vergleichen, ich habe die passende Metapher dafür. Das ist so, wie wenn Ihr einen Kuchen backt der komplett verbrannt ist und dann sagt Ihr den anderen, geht her und macht den Schlagobers darüber - jetzt passt es wieder. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir daher zur gesonderten Abstimmung über die beiden Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 8. Punkt der Tagesordnung abstimmen.

Das ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1245, betreffend TOP-Jugendticket, Zahl 21 - 882, Beilage 1264.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein von Landtagsabgeordneter Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordnete, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend TOP-Jugendticket ist somit mehrheitlich gefasst.

Es folgt nun die Abstimmung über den 9. Punkt der Tagesordnung.

Das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1222, betreffend Ausweitung des TOP-Jugendtickets, Zahl 21 - 859, Beilage 1265.

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein vom Landtagsabgeordneter Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über diesen Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag ihre Unterstützung geben wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Das ist wieder die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend TOP-Jugendticket ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1202) betreffend Verbesserung der Kinderbetreuungsförderung (Zahl 21 - 854) (Beilage 1266)

Präsident Christian Illedits: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1202, betreffend Verbesserung der Kinderbetreuungsförderung, Zahl 21 - 854, Beilage 1266.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Georg Rosner: Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verbesserung der Kinderbetreuungsförderung in Ihrer 29. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget und Haushaltsausschuss stellen den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Verbesserung der Kinderbetreuungsförderung, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Edith Sack beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat):* Herzlichen Dank, Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Frau Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar zu diesem Tagesordnungspunkt als erster Rednerin das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich auf die Wortmeldung von meinem Kollegen, Abgeordneten Kovacs eingehen. *(Abg. Günter Kovacs: Bitte.)* Sie haben ja gemeint, früher ist sie auf der Regierungsbank gesessen und jetzt ist sie nur mehr – nur mehr - Landtagsabgeordnete.

Ich muss sagen, ich bin sehr stolz Landtagsabgeordnete zu sein. Sie haben damit alle Kolleginnen und Kollegen diffamiert und das lasse ich so nicht gelten. *(Abg. Günter Kovacs: Ja, genau. – Beifall bei der ÖVP)*

Ich frage mich ja überhaupt, ob Sie eine Berechtigung haben, hier Landtagsabgeordneter zu sein? Denn Ihre Kollegin, *(Unruhe bei der SPÖ)* denn Ihre Kollegin, Genossin Titzer hat ja mehr Vorzugsstimmen als Sie gehabt. Also wie ist das denn damals zustande gekommen, *(Abg. Ingrid Salamon: Nein. – Abg. Werner Friedl: Das stimmt ja nicht.)* dass Sie überhaupt hier sitzen? Das ist einmal der eine Punkt. *(Allgemeine Unruhe – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Zur Abänderung der rot-blauen Abgeordneten darf ich nur sagen, zu unserem Antrag…

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Frau Abgeordnete, zur Sache bitte.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Ich bin schon bei der Sache. Sie haben natürlich in üblicher Manier einen Abänderungsantrag gemacht. Es gibt ja hier einige Pädagoginnen und Pädagogen, auch ich bin so eine, da würde mir ja nur einfallen - Themaverfehlung setzen, Fünf. *(Abg. Doris Prohaska: Das gibt es aber schon lange nicht mehr.)* Aber das ist einmal so, dass Abänderungsanträge so abgeändert werden, dass man einfach nicht mehr weiß um was es wirklich geht.

Sie haben polemisiert, Frau Abgeordnete Sack und Landesrätin Dunst. Am 24.03. hat es ja eine Pressekonferenz gegeben, wo Sie die Bundesregierung auffordern über die 15a-Vereinbarung zu verhandeln. Sie wissen ganz genau, dass es weitere Gespräche geben wird. *(Abg. Edith Sack: Nein, weiß ich nicht.)*

Es wird weitere Gespräche geben und selbstverständlich werden wir auch alles daran setzen, dass es auch in Zukunft in irgendeiner Form 15a-Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung gibt. *(Abg. Edith Sack: Ich verlass mich darauf.)*

Sie haben unter anderem auch gesagt, dass es jetzt für die Eltern eine Vereinfachung gibt, dass man in Zukunft Online alles ausfüllen kann. Da frage ich mich, ob dann wirklich alle Eltern auch einen Computer haben?

Wenn sie das nicht haben, *(Abg. Edith Sack: Das ist ein zusätzliches Angebot.)* werden die dann gleich zugestellt, beziehungsweise in Harmisch gibt es kein Breitband, gibt es keine gescheite Internetanbindung, vielleicht gibt es dann das dort auch. Das ist genau das, wo die Frau Landesrätin Dunst von ihrem Versagen und Versäumnissen abkommt. Zwar kann ich Ihnen das konkret an Beispielen sagen, um auch im Fachjargon der Frau Landesrätin zu bleiben, wo immer gesagt wird, Fakt ist.

Fakt ist, die Frau Landesrätin Dunst hat weniger Kompetenz mehr bei den Frauen. Für das Kindergartenwesen selbst ist und war sie nie zuständig. Gott sei Dank. Die Großspurigen, vor der Wahl versprochenen Gelder für die Triumph-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in Oberwart nie geflossen. Sie konnte mir auch keine Antwort dazu geben. *(Abg. Edith Sack: Frau Abgeordnete! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Hört, hört.)*

Das Stimmrecht des Landes für die Landwirtschaftskammer-Wahl hat sie leider nicht ausgeübt und auch kein anderes Ihrer Regierungsmitglieder. Gott sei Dank. Die Gynäkologie in Güssing wird zur Gänze zugesperrt, da gibt es keine Meldung von der Frau Landesrätin. Die Burgspiele Güssing wurden aus parteipolitischem Kalkül seit Jahren mit keiner Förderung – keine Förderung ist ihnen zugekommen. Der Anteil an Frauenberufen in der Technik ist wesentlich geringer.

Die Eltern müssen nach wie vor als Bittsteller auftreten. *(Abg. Manfred Kölly: Von was redet die da? - Unruhe bei der SPÖ – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Die Randzeiten zur Kinderbetreuung sind noch nicht geklärt und Frauen in höheren Positionen, in landesnahen Betrieben, wie KRAGES, Burgenland Energie, Kulturservice, Fachhochschulen, Burgenland Tourismus sind de facto nicht vorhanden. Das ist die Frauenpolitik der Landesrätin. *(Beifall bei der ÖVP)*

Beim letzten Landtag haben Sie schon sehr viel über 15a-Vereinbarung gesprochen. In Summe hat der Bund 390 Millionen Euro für die Länder zur Verfügung gestellt. Von Jänner bis August 2018 sind es 52,5 Millionen Euro. Da gibt es Schwerpunkt Kleinkinder, Schwerpunkt der Ein- bis Dreijährigen, auf Fokus auf Öffnungszeiten, auch in die Qualität wird investiert, auch bauliche Maßnahmen werden gesetzt.

Mit 1. September 2018 soll ein neues, ein großes Gesamtkonzept umgesetzt werden. Da geht es natürlich auch um einen einheitlichen Bildungsrahmenplan, das zweite Gratis-Kindergartenjahr, den Bildungskompass und die Sprachförderung wird zugelassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Landesrätin! Leider nicht anwesend, sie wird mich aber sicher hören. *(Abg. Mag. Kurt Maczek: Die hört zu, ganz sicher.)* Machen Sie Ihre Aufgaben im Burgenland. Falls man Ihnen das in der Partei überhaupt noch zutraut.

Im Burgenland haben wir österreichweit im Vorschulbereich die höchste Betreuungsquote. Die Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen wird immer wieder gesagt, das kann ich nur lobend erwähnen, hier sind wir Nummer Zwei. Bei den Drei- bis Sechsjährigen sind wir die Nummer Eins. Aber haben Sie sich schon einmal angeschaut

die Nachmittagsbetreuung bei den Volksschulen? Da hinkt das Burgenland trotz Aufholprozess massiv nach. Der österreichische Durchschnittswert im Vorschulbereich lag 2016 bei 16,2 Prozent. *(Abg. Doris Prohaska: Ganz klar, Ganztagsschule, natürlich. – Unruhe bei der SPÖ – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Im Burgenland nahm man 11,9 Prozent,… *(Abg. Doris Prohaska: Natürlich. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* Die Ganztagsschule löst das Problem mit Sicherheit nicht. *(Abg. Doris Prohaska: Natürlich.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Wenn ich läute bin ich am Wort!

Die Frau Landtagsabgeordnete Resetar ist am Wort. Ich ersuche höflich den Lärmpegel etwas zu senken.

Bitte Frau Abgeordnete, fahren Sie fort.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Das heißt, in der Kinderbetreuung, vor allem bei den Schülerinnen und Schülern ist noch sehr vieles zu tun. Auch die Randzeiten sind noch nicht gelöst.

Wir haben noch keine konkreten Vorschläge, was jene Frauen machen, die am Samstag und Sonntag auch arbeiten müssen, wo natürlich die Gemeinden nicht den Kindergarten offen halten können, was die machen und wo die ihre Kinder unterbringen.

In diesem Sinne arbeiten Sie an dem, wo Sie zuständig sind und damit da was weitergeht und der Bund wird mit Sicherheit auch seinen Beitrag dazu leisten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb darf ich den Abänderungsantrag einbringen. Ich darf die Beschlussformel des Abänderungsantrages wieder vorlesen, ganz nach dem Motto von meinem Kollegen Kölly, man kann ja über Nacht oder über ein paar Tagesordnungspunkte gescheiter werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Kinderbetreuungsförderung mit sofortiger Wirkung um 16 Prozent zu erhöhen;
2. ab 2019 eine jährliche Index-Anpassung vorzunehmen;
3. die Kinderbetreuungsförderung direkt über den jeweiligen Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen abzuwickeln.

(Abg. Günter Kovacs: Klatschen! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist ja noch nicht fertig. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Erst wenn es fertig ist. – Die Abg. Mag. Michaela Resetar übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag. – Beifall bei der ÖVP)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61, Abs. 3, GeOLT in der Verhandlung einbezogen werden wird.

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte, Frau Abgeordnete, um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Ich werde nicht mehr viel zum Inhalt sagen. Das war ja heute auch schon einmal das Thema, die

Frage der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Kinderbetreuungsförderung haben wir beim anderen Tagesordnungspunkt über die Förderung gesprochen, die Familien zukommen sollen oder zukommen, geht es hier um die Kinderbetreuungsförderung der Einrichtungen.

Wobei meines Wissens Herr Landeshauptmann Nießl dafür zuständig ist und nicht die Frau Landesrätin Dunst, der müsste jetzt eigentlich hier sein und unsere Debatte mitanhören, um darauf eingehen zu können, aber gut.

Warum ich mich hier schon auch zu Wort melde, *(Allgemeine Unruhe – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* die ÖVP kommt hier als große, sozusagen Art Vorreiterin des Kindergartenwesens, so möchte sie sich darstellen, das wirkt *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sind wir.)* zumindest auch medial so. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sind wir.)*

Wie gut sich die ÖVP und gerade - Kollege Steiner, wie gut sich die ÖVP und Sie auskennen, haben Sie ja beim Besuch des Ministers Faßmann vergangene Woche in einem Kindergarten gezeigt.

Wo schon darauf hingewiesen wurde, wie interessant das ist, dass hier einige ÖVP-Mandatare, Funktionäre, ich brauche ja hier nicht gendern, auf den Fotos habe ich nur Männer gesehen, hier in Begleitung des Ministers einen Kindergarten besuchen.

Minister Faßmann sagte dort, ich zitiere: Kindergärten sollten als vorschulische Bildungseinrichtung gesehen werden, nicht nur als Ort der Kinderaufbewahrung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da hat er recht.)* Toll, dass er da im Jahr 2018 draufkommt. Das ist doch schon längst Mainstream, das ist uns doch allen sozusagen klar, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist das deswegen falsch? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ist das falsch?)* wir haben auch im Burgenland ein Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. *(Abg. Manfred Kölly: Er ist noch neu.)*

Kindergärten, er sagt, sollten, - Kindergärten sind schon längst nicht mehr vorschulische Kinderaufbewahrungsstätten, allein dieses Wort ist eines das 100 Jahre alt ist und das schon längst nicht mehr in Verwendung sein sollte.

Also klären Sie ihn bitte darüber auf, schon sehr, sehr lange sind Kindergärten Bildungseinrichtungen. Wir haben auch ein Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz im Burgenland. Wir brauchen sozusagen nicht hier jemanden der plötzlich draufkommt, oh, jetzt sitzt er einmal im Kindergarten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na entschuldige, der Minister wird ja wohl sagen dürfen, was er will. Da wird er Sie nicht fragen.)* da kann man was machen.

Ich zitiere auch Sie, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da wird er Sie nicht fragen.)* ich zitiere auch Sie. *(Abg. Ingrid Salamon: Aber er muss wissen was Usus ist. Das ist das Manko.)* Sie lassen mit einem Vorschlag zu den Kindergärten aufhorchen. Sie haben gesagt, es sollte dort nicht nur Puppen- und Bastelecken geben, die Kinder sollten auch mit Technik, Naturwissenschaft und Informatik konfrontiert werden.

Ich sage Ihnen etwas, meine Kinder, die mittlerweile studieren, sind im Kindergarten mit Naturwissenschaften und Technik konfrontiert worden, weil das bereits üblich ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben ja keine Ahnung.)*

Weil das bereits üblich ist, dass die Pädagoginnen, wenige Pädagogen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben keine Ahnung.)* die vielen Pädagoginnen sehr wohl im Kindergarten *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie sind ahnungslos.)* hier Naturwissenschaften und Technik nahe bringen. Sie kommen und sagen, es sollten nicht nur Puppen- und

Bastelecken dort sein. *(Abg. Christian Illedits zu Abg. Mag. Thomas Steiner: Habt Ihr das nicht in Eisenstadt? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch!)*

Ich habe mich auch deswegen sehr gewundert, weil gerade die Kindergärten in Eisenstadt schon seit vielen Jahren sehr fortschrittlich sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie lesen nur die Hälfte!)* Sie sagen, da geht es ja um einen spielerischen Zugang und es gibt schon Initiativen aber nicht durchgeplant. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist Ihr Problem, Sie lesen nur die Hälfte!)*

Herr Kollege Steiner, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie müssen alles lesen!)* quer durch das Burgenland ist es bereits Alltag in Kindergärten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie müssen alles lesen!)* dass die Pädagoginnen und Pädagogen hier Kinder mit Naturwissenschaft und Technik in Verbindung bringen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie müssen alles lesen nicht nur selektiert!)*

Ich lese das, was Sie sagen. Sie schlagen vor, ich kann aber weiterzitieren. Es ist nicht besonders schmeichelhaft für Sie, wenn Sie uns hier zeigen, was Sie alles nicht vom Kindergartenwesen aktuell wissen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also die Kindergartenpädagogen waren begeistert!)* Sie haben in Ihrem Klub nur eine Frau. Die kennt sich sogar wirklich mit dem Kindergartenwesen aus.

Sie hätten sie vor Ihrem Besuch im Kindergarten durchaus auch fragen können, was denn gerade so üblich ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie glauben nur einer Frau!)* Also. Ja, 50 Prozent sind es bei uns. Mehr Geld im Land können wir für die Kinderbetreuungseinrichtungen sehr wohl brauchen. Wie gesagt, um den Betreuungsschlüssel zu verbessern, um hier das was gut geschieht zu unterstützen, um hier eine gute Begleitung, eine fachliche, zu gewährleisten.

Ihre inhaltlichen Vorschläge, Herr Kollege Steiner, die können Sie ruhig wieder einpacken, weil die sind wirklich aus dem letzten Jahrhundert. Das ist alles schon umgesetzt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben leider keine Ahnung! Reden Sie mit den KindergartenpädagogInnen!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein von der Frau Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun… *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik)* Sehr geschätzte Frau Kollegin Petrik, wir sind gerade im Abstimmungsvorgang und ich ersuche um Aufmerksamkeit und ich bedanke mich dafür.

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Förderung der Kinderbildung- und -betreuung sowie Unterstützung der Familien ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Rudolf Strommer, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1226) zur finanziellen Förderung von Bildungsfahrten zu Gedenkstätten (Zahl 21 - 863) (Beilage 1267)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 11. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Rudolf Strommer, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1226, zur finanziellen Förderung von Bildungsfahrten zu Gedenkstätten, Zahl 21 - 863, Beilage 1267, wird Herr Landtagsabgeordneter Ing. Präsident Rudolf Strommer vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Präsident um Ihren Bericht.

Berichterstatter Ing. Rudolf Strommer: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Rudolf Strommer, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur finanziellen Förderung von Bildungsfahrten zu Gedenkstätten in ihrer 29. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Rudolf Strommer, Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur finanziellen Förderung von Bildungsfahrten zu Gedenkstätten, unter Einbeziehung der von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Herr Präsident! Ich erteile nunmehr dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich habe jetzt überlegt, eigentlich müsste man eine „Bambi“ oder eine „Romy“, oder wie diese Auszeichnungen heißen, verleihen. Vor allem was die Regierungsparteien und die ÖVP angeht.

Weil Ihr habt so oft sehr ähnliche Anträge, wenn nicht gleiche und trotzdem gibt es Diskussionen wo man glaubt der eine ist eigentlich der Meinung A und der andere der Meinung B. Teilweise wird dann am Schluss sogar gemeinsam abgestimmt. Sehr spannend zuzuschauen.

Ähnlich ist es jetzt bei diesem Antrag kommt mir vor. Wenn ich mir die beiden fast identen Anträge anschaue, dann verstehe ich nicht ganz, wo da die Unterschiede liegen. Aber gut. Sei es drum. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wir werden es Dir schon erklären!)* Das ist nett. Danke. Für uns sind daher auch beide Anträge übrigens unterstützenswert, eben weil kaum ein Unterschied ist, soviel gleich zuvor.

Fahrten zu Gedenkstätten, darum geht es ja im Großen und Ganzen. Ein wichtiger Teil unserer Geschichte, ein teilweise noch nicht einmal so alter Teil unserer Geschichte, viele Zeitzeugen gehen uns erst jetzt nach und nach verloren. Gerade jetzt die Jahre sind die Zeitzeugen, die noch in den Schulen unterwegs sind, schon sehr gehobenen Alters.

Ihre Geschichten werden in Form von Bild- und Tonaufnahmen, in Büchern, uns weiter begleiten. Dennoch ist es sehr wichtig, auch diese Gedenkstätten, die in den Anträgen angesprochen werden, zu besuchen, weil es natürlich etwas anderes ist, wenn man einmal zum Beispiel in Mauthausen gestanden ist, beziehungsweise gewesen ist.

Ich habe bei den Jugendlichen, die ich kenne, zu Ostern ein bisschen herumgefragt. Also gut 50 Prozent haben bereits eine Gedenkstätte besucht, manche sogar doppelt. Ich glaube kaum jemand wird diese Fahrten je vergessen. Was allerdings uns GRÜNEN wichtig ist, wir haben auch im Burgenland sehr wesentliche und wichtige Gedenkstätten, die man auch besuchen kann. Es muss nicht unbedingt zum Beispiel die Fahrt nach Mauthausen sein.

Ich will ein paar hier exemplarisch vorstellen. Das eine ist natürlich der Kreuzstadel Rechnitz, wo es auch eine sehr umfangreiche Ausstellung gibt. Es gibt in Bildein den Grenzerfahrungsweg, der auch von Schulen regelmäßig besucht wird, wie ich weiß. Es gibt das Auswanderermuseum in Güssing. Also es gibt wirklich eine Vielzahl an Möglichkeiten.

Gedenken nicht nur in der Schule zu lernen, sondern wirklich zu erleben, es wahrzunehmen an den Orten, wo teilweise die Geschehen vor vielen Jahren passiert sind. Oberwart fällt mir noch dazu sein. Oberwart ist eine besondere Gemeinde. Das OHO hat es vor kurzem aufgearbeitet.

Man muss sich das vorstellen, 7.000 Einwohner in etwa und sechs Friedhöfe insgesamt, nämlich ein katholischer, ein evangelischer, ein reformierter, ein Friedhof für die Juden, ein Armenfriedhof und dann noch der sowjetische Soldatenfriedhof. Auch dazu gibt es gut aufgearbeitete Unterlagen. Es gibt Leute die sich auskennen, die man von den Schulen her anfordern kann. Auch das wurde bei diesen Friedhöfen gemacht, Menschen die dort liegen, deren Geschichten wurden aufgearbeitet, nämlich vier Personen pro Friedhof.

Also ausreichend Material und deswegen ist es auch in Ordnung wenn, glaube ich, das Land hier finanziell das Ganze noch unterstützt, was das Ganze vielleicht noch etwas attraktiver macht. Weil es geht hier nicht um viel Geld, wie gesagt, selbst die Fahrt nach Mauthausen ist jetzt keine finanzielle Höchstleistung. Aber man muss gar nicht so weit fahren, um hier Jugendlichen und Kindern diese Zeit näher zu bringen, die nicht nur wichtig ist, damit man einfach Geschichte lernt, sondern weil die wichtig ist, weil sie ein Teil der Geschichte danach bis heute erklärt. Das, glaube ich, ist sehr wichtig.

Ja, kurzum. Wir werden daher beiden Anträgen unsere Zustimmung erteilen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes darf ich das Wort Herrn Abgeordneten Markus Wiesler erteilen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahr 2018 feiert unser Land den 100. Jahrestag der Gründung der Republik. Deshalb wird in Österreich das Jahr 2018 als Erinnerungs- und Gedenkjahr begangen.

In das Jahr 2018 fallen aber noch einige andere runde Jahrestage, die für die österreichische Erinnerungskultur von hoher Relevanz sind und deshalb ebenfalls im Jahr 2018 thematisiert werden. Im Burgenland werden deshalb in diesem Gedenkjahr ein breites Spektrum und eine Vielzahl an Initiativen im Sinne von Bewusstseinsbildung und Gedenkarbeit gesetzt, um alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen und einzubinden.

„100 Jahr Republik“ soll Anlass sein, Freiheit und Demokratie als kostbare Güter zu verstehen und auch zu schätzen. Geschichtsunterricht ist mehr als das Lernen aus Büchern. Gedenkstätten sind Tatorte, Leidensorte, Orte des Gedenkens sowie auch Lernorte. Originalschauplätze machen Verbrechen sichtbar und erfahrbar. Wir freuen uns natürlich über „100 Jahr Republik Österreich“ und sollen auch würdig feiern. In erster Linie soll es aber ein Erinnerungs- und Gedenkjahr sein mit Bildungscharakter.

Das ist die Wichtigkeit des Gedenkjahres. Erinnern, nachdenken und nicht vergessen. Neben der Republiksgründung müssen wir auch die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte im Gedenkjahr mit einbeziehen. Mit dem Anschluss an Deutschland war sehr viel Leid verbunden. Dieses Kapitel wurde zu einer der größten Tragödien in der Weltgeschichte. Österreich bekennt sich hier zu seiner Mitschuld und zu seiner Verantwortung. Wir wollen vor allem jener gedenken, denen infolgedessen furchtbares Leid und Unheil widerfuhr. Hier ist es wichtig, ein klares Zeichen gegen jegliche Form des Antisemitismus zu setzen. Hier kommt es immer wieder zur Frage, haben wir Menschen aus der Geschichte gelernt? Es ist daher im Gedenkjahr wichtig, besonders für die jungen Menschen sich mit der österreichischen Geschichte auseinanderzusetzen. Grundlegendes über Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und die Menschenrechte zu lernen.

Politisches Denken und Handeln muss deshalb in die Zukunft gerichtet sein, darf aber die Lehren aus der Vergangenheit nie außer Acht lassen. Von Zeit zu Zeit sind ab und zu Momente, wie auch das Gedenk- und Erinnerungsjahr, für eine wachsame Selbstvergewisserung sehr hilfreich. Wir müssen aufpassen, dass wir einigermaßen synchron bleiben.

Wir sind ein europäisches Land. Wir haben bestimmte Grundwerte. Wenn wir die nicht außer Augen verlieren, dann sollten wir aus der Geschichte auch gelernt haben. Freiheit, Sicherheit, Demokratieverständnis, Frieden und Wohlergehen für Österreich als Rechtsstaat und soziale Gerechtigkeit seiner Bevölkerung sollen Leitlinien und Maßstäbe für uns sein.

Mit eben verschiedenen Initiativen, die im Burgenland im Jubiläumsjahr 2018 angeboten werden, bekennt sich das Land Burgenland zu umfassender Bewusstseinsbildung. Auch über das Jahr 2018 hinaus. Die Landesregierung wird deshalb hiermit aufgefordert, weiterhin auch entsprechende Initiativen zu setzen und zu fördern, nicht nur im Jahr 2018 und auch insbesondere im Schulbereich.

Wir stimmen hier gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Das Wort erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2018 ist aus sehr vielen Gründen sehr geschichtsträchtig. Zahlreiche Jubiläen, Gedenktage geben uns Anlass uns ganz bewusst mit der Geschichte auseinanderzusetzen.

In diesem Gedenkjahr 2018, meine geschätzten Damen und Herren, muss es uns ein Herzensanliegen sein, Jugendliche für die dunklen Seiten unserer Geschichte zu sensibilisieren und sie zu informieren, denn diese Auseinandersetzung mit dem Holocaust und den schrecklichen Taten des NS-Regimes sind ein wichtiger Beitrag für eine liberale, für eine gerechte und weltoffene Gesellschaft.

Gerade diese KZ-Gedenkstätten wie beispielsweise in Mauthausen, sind Tatorte, es sind Leidensorte, Orte des Gedenkens und vor allem sind es Lernorte. Bildungsfahrten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Diese Gedenkstätten sind aus meiner Sicht wichtig. Wichtig, um die Geschichte zu verstehen, um das Demokratieverständnis zu fördern und vor allem um den Gedanken für ein starkes und gemeinsames und friedvolles Europa zu stärken.

Derzeit hängt es von der Initiative einzelner Schulen beziehungsweise Lehrer ab, ob eine Klasse das ehemalige Konzentrationslager in Mauthausen besucht. Deswegen setzen wir uns für ein gezieltes Förderprogramm für Bildungsfahrten zu Gedenkstätten menschlichen Unrechts im Rahmen des Schulunterrichtes ein.

Meine geschätzten Damen und Herren! Esther Bejarano, eine 93-jährige KZ-Überlebende hat es in einer unlängst ausgestrahlten ORF-Sendung auf den Punkt gebracht. Ich zitiere: „Ihr habt keine Schuld an dem, was damals geschah, aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr über diese Geschichte nichts wissen wollt, ihr müsst alles wissen, damit so etwas nie wieder passieren kann.“

Sie hat Recht, ja wir machen uns schuldig, wenn wir das Wissen, welches wir haben, nicht anwenden und weitergeben. Schuldig machen wir uns auch, wenn wir so tun, als hätte es diese Gräueltaten nicht gegeben. Deswegen ist es aus meiner Sicht unsere Pflicht, gerade der jungen Generation auch die dunklen Seiten dieser grausamen Vergangenheit näher zu bringen, um einerseits verstehen und lernen zu können und vor allem zu verhindern, dass sich so etwas nie mehr wieder wiederholt.

Herr Kollege Spitzmüller, Sie meinten, es sind fast idente Anträge. Ich sehe das ein wenig anders. Mir geht der rot-blaue Antrag nicht weit genug. Denn unser Ziel ist es, allen Pflichtschülern einen Mauthausen-Besuch im Laufe der Schullaufbahn zu ermöglichen, das auch dementsprechend finanziell zu unterstützen und das ist aus unserer Sicht in diesem rot-blauen Antrag nicht der Fall.

Auch die Bundesregierung – im Konkreten Staatssekretärin Karoline Edtstadler hat angekündigt, Schülern Mauthausen-Besuche zu ermöglichen. Ich bin der Meinung, dass auch wir einen Beitrag leisten müssen. Sollte diese angekündigte Maßnahme seitens der Bundesregierung kommen, ist es für mich selbstverständlich, dass dieser für uns vorgeschlagene Beitrag ein ergänzender ist, wo beispielsweise die Differenz zur Bundesförderung seitens des Landes ausgeglichen wird.

Für das, meine geschätzten Damen und Herren, mache ich mich stark und ich appelliere unserem Abänderungsantrag, den ich dann einbringen werde, ihre Stimme zu geben, weil es wichtig und richtig ist, diese Maßnahme zu unterstützen, vor allem aus unserer Verantwortung heraus alles daran zu setzen, dass sich die Geschichte niemals wiederholt.

Ich darf den Abänderungsantrag einbringen, darf die Beschlussformel verlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, Bildungsfahrten zu Gedenkstätten menschlichen Unrechts im Rahmen des Schulunterrichts und im außerschulischen Bereich mit einem gezielten Förderprogramm zu unterstützen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Patrik Fazekas übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird gemäß § 61, Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen.

Frau Abgeordnete Doris Prohaska ist die Nächste, die sich zu Wort gemeldet hat. Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon sehr ausführlich gehört, warum natürlich das Jahr 2018 ein ganz besonderes Jahr, allerdings in sehr negativer Art und Weise, ist. Ein Gedenkjahr. Ich möchte jetzt aber schon sehr wohl noch auf den Kollegen Fazekas replizieren und zwar, Sie haben gesagt, wir müssen 2018 bewusst machen.

Nicht nur 2018, wir müssen jedes Jahr bewusst machen. Das ist jetzt auch der Grund, warum ich sage, wir brauchen nicht die Zurufe der ÖVP, um uns bewusst zu machen, was unsere Aufgabe als Politiker ist. Wir wissen, wir sind dafür verantwortlich, dass die Geschichte aufgearbeitet wird, dass die Geschichte, die dunklen Seiten der Geschichte, nicht in Vergessenheit geraten, dass wir für die Zukunft daraus lernen. Deshalb ist uns Ihre Idee sowieso viel zu kurz gegangen.

Wir haben schon vorher zu planen begonnen. Es gibt ein umfassendes Spektrum an Veranstaltungen und an Möglichkeiten, um den Jugendlichen und den jungen Menschen in unserem Land wirklich bewusst zu machen, die Fehler der Geschichte und dass diese Fehler nicht noch einmal passieren. Also wir brauchen nicht die Zurufe der ÖVP. Wenn Sie noch sagen, es ist abhängig von den Pädagoginnen und Pädagogen, ob es Gedenkfahrten gibt. Das ist nicht alleine der Grund:

Punkt 1, muss ich jetzt schon sagen als Pädagogin, meine Kolleginnen und Kollegen in jeder Schule im ganzen Land leisten hervorragende Arbeit und die wissen sehr wohl, dass sie die Jugendlichen auf dieses Thema vorbereiten müssen, dass sie mit den Jugendlichen diese Thematik bearbeiten müssen und dass es nicht durch eine Gedenkfahrt alleine abgetan ist.

Abhängig ist es außerdem davon, dass es eine beschränkte Anzahl an Tagen gibt, die man für Projekte verwenden kann, sei es jetzt für Schulskikurse, Wandertage wie auch immer. Das heißt, es kann durchaus auch sein, dass es gar keine zeitliche Möglichkeit gibt. Ich halte einen finanziellen Anreiz alleine nicht für genug, denn das ist keine Verpflichtung.

Ich würde Sie auffordern, gehen Sie doch zum Herrn Bildungsminister und er soll doch ein Bundesgesetz erlassen, womit alle Schüler verpflichtet sind, einmal in ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstätte besuchen zu müssen und gleich auch weiterzugehen an den Herrn Finanzminister, dass er diese Fahrt natürlich auch finanziell unterstützt, dass alle Schüler diese Möglichkeit haben, und nicht nur wieder wir im Burgenland die Hausaufgaben dafür machen müssen, was der Bund versäumt. Sie sind in der Bundesregierung! Sie kriegen jetzt eine Hausaufgabe. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Auch dass Sie jetzt denselben Abänderungsantrag noch einmal einbringen, je öfter Sie ihn einbringen, er wird deswegen nicht umso richtiger, nicht umso breiter gefächert. Ich habe vorher gehört, man kann ja schlauer werden oder gescheiter werden, je öfter man etwas hört. In der ÖVP ist es Beispiel, dass es anscheinend doch nicht so ist.

Wie gesagt, uns ist der Antrag viel zu kurz gegriffen, die Beschäftigung mit dem Thema Holocaust, Faschismus, Demokratie, und so weiter, muss anders behandelt werden. Das politische Denken muss in die Zukunft gerichtet werden, aus der Vergangenheit müssen wir lernen. Ein Punkt, um das wirklich gut im Schulbereich bereits umzusetzen, ist natürlich die politische Bildung als Unterrichtsprinzip, das in allen Gegenständen eingebracht wird. Man muss den Jugendlichen auch, was wir ihnen ja ermöglicht haben, nämlich Wählen mit 16, zeigen, dass sie nicht nur ein Recht auf Beteiligung haben, sondern dass sie dadurch auch Veränderung bewirken können.

Die Konzepte, die vor vielen Jahren wirkungsvoll waren, müssen heute nicht mehr wirkungsvoll sein. Wir haben gehört, die Zeitzeugen werden bald der Vergangenheit angehören, aber es gibt viele andere Möglichkeiten. Zum Beispiel durch dokumentierte Unterlagen wie zum Beispiel im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Wien oder, ich habe mich schlau gemacht, es gibt im ORF in der TVthek eine Menge von Filmen, die man jederzeit und ich weiß, dass das auch getan wird, im Unterricht mit den Schülern bearbeiten, besprechen kann.

Etwas noch, nachdem ich selbst zwei Jugendliche im Hause habe weiß ich, dass die Politikverdrossenheit der Jugendlichen ein weit verbreiteter Irrtum ist. Die jungen Menschen von heute sind dem politischen Geschehen sehr offen, sehr aufgeschlossen, sehr interessiert und vor allem, sie informieren sich auch sehr genau.

Wir wissen, dass im schulischen Bereich durch Referate, Diskussionsveranstaltungen, durch vorwissenschaftliche Arbeiten, Maturaprojekte und sogar das Sozialjahr in Israel weiß ich, dass junge Menschen beanspruchen, sehr, sehr viel bereits in der Schule gemacht wird. Aber wir haben natürlich im gesamten Bildungsbereich viele Initiativen für das Jahr 2018 bereits vorbereitet. Sei es vom Landesjugendreferat, vom Landesschulrat, von der Kulturabteilung und natürlich auch von politischer Ebene.

Ich darf nur einige aufzählen, zum Beispiel:

- Ausstellungen im Landesmuseum Burgenland in Kooperation mit dem Jüdischen Museum,
- landeskundlicher Diskussionsnachmittag des Burgenländischen Landesarchivs,
- historische Filmnacht des Landesmuseums,
- eine Theaterinitiative des Burgenlandes „Ein einziges Leben“,
- die Burgenländischen Volkshochschulen haben das Projekt 2Burgenland im Jahre 1938“,
- die Gedenkinitiative RE.F.U.G.I.U.S hat eine Tagung zu diesem Thema,
- Zeitzeugenprojekte und Filmvorführungen,
- Studienreisen burgenländischer Jugendlicher in das KZ Auschwitz sind vom Landesjugendreferat geplant, wobei die Fahrt und der Eintritt frei sind.
- Die Friedensburg Schlaining macht Schulworkshops,

- in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Burgenland gibt es ein Projekt,
- es gibt Vorträge von Historikerinnen und Historikern, unzählige Initiativen von Vereinen und Gemeinden.

Zu diesen Gedenkreisen, habe ich mich natürlich auch erkundigt, im Schuljahr 2016/2017 gab es insgesamt 90 solcher Fahrten und bisher im laufenden Schuljahr gibt es 66 solcher Fahrten. Ich weiß, dass vom Landesjugendreferat auch in diese Richtung noch einiges geplant und überdacht wird. Aber gut Ding braucht Weile, wir machen keine voreiligen und übereilten und undurchdachten Projekte, sondern das muss alles Kopf und Fuß haben.

Wir brauchen wirklich keine große Publicity, keine Landtagsanträge, um uns bewusst zu werden, was unserer Aufgabe als politisch Verantwortliche des Burgenlande ist und wir wollen auch alle Menschen, natürlich vorrangig die Jugendlichen, unterstützen, wenn es um die Arbeit mit und um die Geschichte und um unsere Demokratie geht.

Wir bekennen uns auch in Zukunft zur Bewusstseinsbildung und Gedenkarbeit nicht nur im Jubiläumsjahr 2018, sondern stetig und ständig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Es hat sich zu Wort gemeldet der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Schlusssatz meiner Vorrednerin ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Sie hat für mich auch ausgesprochen, dass ein Gedenkjahr, so wie es heuer 2018 seitens der Republik und der einzelnen Gebietskörperschaften gefeiert wird, nicht allein Ausdruck einer Geisteshaltung sein darf, sondern das muss sich über alle Bereiche erstrecken und kann nicht auf den Punkt gebracht werden, nur weil es sich heuer um das Gedenkjahr handelt.

Ich möchte darauf aufbauen, dass dieses Gedenkjahr seitens der Bundesregierung erst vor kurzem das Bekenntnis zur Förderung der sogenannten Anreise und Rückfahrt zu den Gedenkstätten haben soll. Daher ist dieser Antrag so etwas jetzt in der Darstellung wie die Doppelgleisigkeit. Wir fördern uns auf diese Besuchsdiskussion eigentlich doppelt - Bund und Land, möglicherweise dann noch Gemeinde dazu, und das ist eigentlich auch im Grunde genommen ein Widerspruch zu dem Vorhaben, die sich die Bundesregierung im Sinne einer Entflechtung und des sogenannten Gießkannenprinzips gegeben hat.

Tatsache ist, dass keiner von uns bezweifelt, dass es ratsam ist, dass es pädagogisch wertvoll sein kann und dass es auch von der Gesamtintension her ein absolutes Credo sein kann, eine Gedenkstätte aufzusuchen.

Sich darin zu bewegen und den Geist aufzunehmen, der quasi Unheil über die Menschheit gebracht hat beziehungsweise auch ein Unheil gestiftet hat. Diese Erkenntnis ist in der Verarbeitung in der pädagogischen Wahrnehmung mit Sicherheit auch im schulischen Bereich angebracht.

Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass man das auch im jugendlichen Alter später hinaussetzen kann. Ich möchte bei der Gelegenheit, obwohl es nicht gerade zusammenpasst und die Diskussion auch nicht grundlegend fördern wird, festhalten, dass es gerade im Schulbereich und diejenigen, die pädagogisch tätig sind, wissen das zuhauf, eine Unzahl von Veranstaltungen mit Beginn des Schuljahres, im Laufe des Schuljahres

bis zum Ende des Schuljahres gibt, wo es darum geht, gewisse Leistungen den Eltern abzuverlangen in finanzieller Hinsicht, um unterstützend auf die Auswahl bestimmter Lehrveranstaltungen zu wirken.

Wenn es jetzt absolut nicht angebracht ist, aber ich möchte darauf verweisen, welches Kriterium zum Beispiel neben der Landschulwoche die Skischulwoche gewesen ist. In der Regel findet sie ja nicht mehr statt. Welche Nachwirkungen es hat, dass Schulskikurse nicht mehr stattfinden, wo sich Tourismusorte um den Nachwuchs im Skifahrersinne beklagen und anderes auch darin zu sehen ist, dass diese Fördermaßnahmen nicht mehr wirken.

Wir wissen, dass hier eine kleine Zuschusssituation seitens des Landes gegeben ist. Aber das insgesamt große Los ziehen dabei die Eltern, die in der Anforderung, wenn sie jetzt zum Beispiel zwei Kinder in der gleichen Situation haben, ein riesen Problem aufweisen. Grundsätzlich ist zu sagen, es ist nichts dagegen einzuwenden, die Gedenkkultur entsprechend zu fördern.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, eine breite Aufstellung zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen, die Gedenkstätten aufzusuchen betrifft. Ich wehre mich aber dagegen, dass wir eine Doppelförderung setzen.

Daher wäre es meiner Ansicht nach zielführend und angebracht, dass wir zuerst einmal auf die sogenannte Bundesförderung warten und anschließend festhalten, dass auch das Land möglicherweise etwas bezuschussen soll.

Aber eine Doppelgleisigkeit, gerade in der Verantwortung, so wie es sich die Bundesregierung gegeben hat, lehne ich zu dem Zeitpunkt ab. Danke.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Steier, was die Doppelgleisigkeit anbelangt, kann ich hier Gesagtes nur unterstreichen.

Frau Kollegin Prohaska, weil es immer um die Kosten geht beziehungsweise immer wieder der Vorwurf kommt, die ÖVP überlegt sich nicht, was die Dinge kosten. Ich darf Ihnen da eine kleine Rechnung präsentieren, was speziell dieses Projekt anbelangt. Wir haben im Burgenland 13.000 10- und 15-Jährige Pflichtschüler. Jene Personen sind die Zielgruppe von diesem Vorschlag. Ein Bus von Oberpullendorf Richtung Mauthausen kostet 800 Euro, dividiert durch 50, kommt man auf 16 Euro pro Person, der Eintritt in Mauthausen rund vier Euro, sprich 20 Euro, was diese Reise nach Mauthausen pro Person kosten würde. Multipliziert man das mit den 13.000, komme ich auf 260.000 Euro Kosten. Und wenn man jetzt hergeht und beispielsweise 50 Prozent als Land fördert, so bleiben 130.000 Euro, was an Förderung auszuschütten wäre. *(Abg. Doris Prohaska: Ich habe mit keinem Wort gesagt, dass wir nicht zahlen werden. Das habe ich mit keinem Wort erwähnt. Sie müssen zuhören!)*

Wenn ich mir auf der anderen Seite anschaue, Frau Kollegin, wie hoch die Werbeausgaben der SPÖ-Landesräte im Jahr 2017 waren, nämlich 1,1 Millionen Euro, dann sieht man, wo Sie Ihre Prioritäten legen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass Ihnen dieser Vorschlag kein Anliegen ist. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Doris Prohaska: Sie müssen zuhören!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordnete Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Bewusstseinsbildung und Gedenkarbeit im Jubiläumsjahr 2018 ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1239) betreffend Stopp der Bodenversiegelung im Burgenland (Zahl 21 - 876) (Beilage 1268)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Der 12. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1239, betreffend Stopp der Bodenversiegelung im Burgenland, Zahl 21 - 876, Beilage 1268.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter Abgeordneten Mag. Kurt Maczek um seinen Bericht.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Kurt Maczek: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp der Bodenversiegelung im Burgenland in ihrer 13. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp der Bodenversiegelung im Burgenland unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter und Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Besten Dank. Wieder einmal hat dieses wichtige Thema leider den undankbaren letzten Platz in der Tagesordnung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schicksal.)* Naja, das ist ein bisschen mehr als Schicksal, aber gut. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das müssen die Abgeordneten festlegen und nicht das Schicksal.)*

Warum wir dieses Thema einmal mehr auf die Tagesordnung bringen, ist leicht erklärt. Ich will nicht wahrhaben, dass wir, nein, eigentlich Ihr, die Regierung vor allem, hier so weitermachen will, wie es jetzt läuft.

Trotz aller Warnungen von Fachleuten der Hagelversicherung. Obwohl es vor unseren Augen passiert. Trotz Verschandelung unserer Landschaft, schön wird ja die Einkaufszentren und Fachmarktzentren kaum wer finden. Trotz Sterben unserer Ortskerne, trotz Klimakatastrophe, verlieren wir Tag für Tag Quadratmeter für Quadratmeter, Hektar für Hektar.

Zugegebenermaßen österreichweit, aber das Burgenland ist leider unter den Spitzenreitern, was die Bodenversiegelung angeht. Eigentlich müssen alle Alarmglocken längst schrillen und strenge Maßnahmen ergriffen werden, so wie zum Beispiel in Salzburg, damit dieser Trend eingebremst wird. Aber es geschieht eigentlich sehr wenig. Teilweise sogar das Gegenteil. Man könnte fast glauben, der Boden ist eh ein Ding, das nachwächst, so wie ein Baum, den ich fälle und dann pflanze ich ihn wieder neu. So ist das nicht.

Es ist wirklich egal, wo man hinschaut. Ich nehme das Beispiel Oberwart. Einkaufszentrum EO, in Etappen geht das. Auf der einen Seite wird ein Betrieb angesiedelt, dann ist das Problem, dass das Verkehrsaufkommen vergrößert wird. Das heißt, man muss auch die Straßen wieder verstärken. Verstärkte Straßen bringt dann wieder die Möglichkeit neuer Betriebsansiedelungen. Jetzt soll draußen beim EO wieder ein großer Betrieb angesiedelt werden.

Ähnliches, wenn auch im kleineren Fall. Der Kollege, Bürgermeister aus Pinkafeld, der Bipa ist erst vor kurzem aus der Innenstadt hinaus in die Peripherie auf die grüne Wiese gelandet. So geht der Trend weiter.

Ich verstehe nicht, wie man da zuschauen kann. Ich verstehe es nicht als Bürgermeister, Bürgermeisterin. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil Sie auch keiner sind.)* Ich versteh es nicht als Landeshauptmann, dass man sich dann auch noch hinstellt und zum Beispiel in Siegendorf, das neue INTRO, bei der Eröffnung - sowohl die Landesrätin als auch der Landeshauptmann - hier diese tolle Errungenschaft insgesamt 27.000 m² Bodenversiegelung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann haben sie die Klos vergessen.)* 400 Parkplätze zusätzlich.

Bei den Parkplätzen ist man nicht einmal bereit, eine Minimalentschärfung zu machen, indem man statt einer Flächenversiegelung, so wie es schon oft gefordert wurde, und was preislich auch nicht teuer ist, dort zumindest Lochsteine verwendet, damit das Wasser versiegen kann.

Viele Gemeinden - Ihr seid alle aus Gemeinden - wissen, wie es ausschaut nach Starkregen. Kollege Rosner, Du weißt auch, draußen beim EO, bis zu den Knöcheln steht dort im Kreisverkehr das Wasser beim Starkregen. *(Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö)* Das wird mit jeder Bodenversiegelung ärger.

Mattersburg. Ich war sehr verwundert, liebe Kollegin, als Sie letztes Mal gesagt haben, Mattersburg ist so ein positives Beispiel, was die Bodenversiegelung angeht. Weitere zwei Hektar für die Ausweitung der ARENA. Dort ist jetzt ein Acker, soweit mir

bekannt ist, das heißt, uns geht Boden verloren. Nicht nur jetzt für die Versiegelung von Wasser, sondern auch um Lebensmittel dort anzubauen, oder für Pflanzen, Tiere, die dort trotz aller Monokulturen und Spritzereien immer noch Boden finden, in dem sie leben, überleben können.

Es wird in den letzten Wochen sehr viel vom Insekten- und inzwischen auch vom Vogelrückgang gesprochen. Daran ist natürlich ein großer Teil die intensive Agrarproduktion schuld, aber auch das Verlieren von Flächen, wo diese Tiere leben können. Wir entziehen praktisch der Grundlage unseres Lebens den Boden und das für Generationen hinaus.

Beispiel Diskothek Wolfau zuerst, das P2, ein und derselbe Betreiber. Hat dann in Kemeten eine zweite Diskothek eröffnet. Inzwischen stehen beide leer, werden höchstens als Lagerhallen verwendet. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: … Stegersbach.)* Stegersbach gibt es inzwischen, ja. *(Abg. Walter Temmel: Fitnessstudio.)*

Es ist einfach verrückt, wenn man sich anschaut, wie viel Boden hier war. Wir haben heute schon das Thema gehabt, die ENERCON Firma, wo auch eine Riesenhalle jetzt leer steht. Nicht nur im Burgenland passiert das. Wir hatten hier auch schon das Thema Flughafen, der jetzt wieder aktuell geworden ist, weil die Entscheidung zur dritten Piste wieder in die Richtung des Baues gegangen ist. Fast 700 Hektar Boden werden uns dort aus dem Agrarbereich, aus dem Naturbereich, aus dem Waldbereich komplett verlorengehen. Boden, der eigentlich als CO_2-Speicher, als Wasserspeicher, aber auch im Sommer verloren gehen wird, um als Puffer gegen Hitze wirksam zu sein. Verlorener Lebensraum für Tiere und Pflanzen, habe ich schon erwähnt.

Es ist unverantwortlich, vor allem für nachfolgende Generationen, wie Boden hier - man muss schon sagen - verschachert und vernichtet wird. Lebensgrundlagen für Generationen.

Und das sage nicht ich alleine. Das sagen Menschen wie Dipl. Ing. Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender der Verbund AG, der Genetiker Dr. Markus Hengstschläger, Dr. Rudolf Königshofer *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Könighofer!)* - Danke -, Vorstand der RLB Burgenland, und so weiter, und so fort. Auch dem Schauspielern Tobias Moretti, Kardinal Schönborn und letztens sogar Arnold Schwarzenegger, die alle die Initiativer der Hagelversicherung unterstützen.

Wir haben bei unserem letzten Antrag dazu das neue Raumordnungsgesetz Salzburgs als Vorbild vorgestellt und gefordert, dass wir das auch im Burgenland machen. In Salzburg ist es möglich. Das muss im Burgenland auch möglich sein. Landeshauptmann Nießl sagt oft, was wir für ein Vorreiterbundesland sind. Leider sind wir das bei der Bodenversiegelung allerdings im Negativen.

Es ist dann auch typisch, wenn man sich den Abänderungsantrag der Regierungsparteien ansieht, der im Prinzip lautet: Es ist alles gut wie es ist. Wir machen weiter wie bisher.

Nur das ist es bitte nicht. Es ist nicht gut wie es ist. Wir brauchen eine rasche Maßnahme, um der Bodenversiegelung Einhalt zu gebieten und endlich Schluss mit den Einkaufzentren auf grüner Wiese, die dann wieder mehr Verkehr anziehen, die die Orte, die Ortskerne veröden lassen, die die Orte sterben lassen, die die Menschen dazu nötigen, wenn sie einkaufen wollen, aus dem Ort rauszufahren, weil - wie ich als Beispiele gebracht habe - die Betriebe an den Ortsrand hinausziehen.

Schön ist das Ganze wirklich lang nicht mehr und es ist unverantwortlich und gefährlich. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel hat sich gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Naturschutz ist Heimatschutz und daher kann ich Ihnen versichern, dass uns, der Freiheitlichen Partei, der Natur- und Klimaschutz, sehr am Herzen liegt.

Das Burgenland ist in diesem Bereich, wie auch in vielen anderen Bereichen, ein Vorzeigebeispiel für viele Bundesländer. Ein Drittel der Landesfläche steht unter Naturschutz. Wir haben das Landesentwicklungsprogramm, wo schon das Motto „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ sehr aussagekräftig ist und unterstreicht, dass wir auf unsere Umwelt schauen und Sorge tragen, dass hier Maßnahmen zu deren Schutz getroffen werden. Hier wurden die Entwicklungsinteressen auf allen Planungsebenen berücksichtigt und definiert.

Das heißt, die Grundsätze der regionalen Entwicklung, die standörtlichen nationalen Funktionen und die Zielsetzung der örtlichen Raumplanung. Auf diese Weise wird berücksichtigt, dass die übergeordnete Zielsetzung der Landesentwicklungen auch auf Gemeindeebene sichergestellt wird.

Ich bin kein Freund von hunderten Strategien, wo nach einiger Zeit keiner mehr weiß, wohin welcher Weg führt und oft auch Synergien nicht genutzt werden, da zu viele Projekte, die sich ähnlich sind oder gleiche Themen behandeln oder nebeneinanderlaufen.

Daher bin ich auch der Meinung, dass es am effektivsten und kostengünstigsten und auch sinnvollsten ist, wenn man sich auf einige wenige Projekte konzentriert, um den Überblick nicht zu verlieren und etwas für unsere Umwelt weiterzubringen. Maßnahmen zum Bodenschutz. Das Thema finden wir im Landesentwicklungsprogramm sowie auch im Raumplanungsgesetz. Hier sind sie auch am besten aufgehoben und können auch am besten evaluiert, weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Gerade das Thema Bodenschutz ist hier ein sehr wichtiges und es wurde in diese Richtung auch schon sehr viel gemacht. Boden ist nicht vermehrbar und aufgrund der Tatsache, dass immer mehr Fläche verbaut wird, ist es wichtig, Maßnahmen zu setzen, um hier die Natur zu schützen. Kein natürlicher Boden heißt ja nicht nur weniger Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sondern auch, dass immer weniger Wasser im Boden versickern kann und so der Grundwasserspiegel immer mehr sinkt, aber auch gleichzeitig die Überschwemmungsgefahr dadurch steigt.

Hochwertige Produktionsflächen sind daher zu erhalten und vor der dauerhaften Versiegelung zu bewahren. Ich weiß, dass wir hier sicher noch genug zu tun haben, aber eines kann ich ihnen versichern, die Natur steht bei uns an oberster Stelle und für deren Erhalt werden wir uns auch weiterhin mit ganzer Kraft einsetzen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, die Umsetzung der im Landesentwicklungsplan definierten Vorgaben zum Bodenschutz laufend zu evaluieren sowie begleitende Maßnahmen in diesem Bereich zu setzen.

Wir werden unserem Antrag natürlich die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile dem Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Im Grunde genommen sind wir alle der gleichen Meinung wie die österreichische Hagelversicherung. Pro Tag werden über 20 Hektar Ackerfläche versiegelt. Im Burgenland ist diese Zahl prozentmäßig laut Antrag der GRÜNEN mit zwei Hektar pro Tag noch höher.

Damit ist Österreich das Land mit dem höchsten Bodenverbrauch in Europa. So wurden in den letzten 50 Jahren 300.000 Hektar Ackerfläche verbaut. Wenn die Entwicklung so fortschreitet, gibt es in 200 Jahren keine Ackerflächen und damit keine einheimischen Lebensmittel mehr.

Aufgrund ihrer beiden Anträge sind wir uns einig, unsere Böden erfüllen zahlreiche zentrale Funktionen, zum Beispiel Treibhausgase binden, Wasser aufnehmen für Nahrungsmittel und regenerative Energie und Stoffproduktion zur Verfügung stellen, et cetera. Das alles ist unbestritten. Im Masterplan für den ländlichen Raum einigten sich im letzten Jahr Bundesminister Rupprechter, die Landeshauptleute und der Gemeindebund auf eine tägliche Neuverbauung von maximal 2,5 Hektar pro Tag statt wie bisher 20 Hektar. Das bedeutet eine Reduktion um 90 Prozent.

Dafür sollen auch leerstehende Immobilien und Gewerbeflächen wieder genutzt werden. Verstärkt wird dieser Masterplan durch die bereits erwähnte neu Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung unter Aufgabe 8, die Raumnutzung muss daher stärker in Richtung Eingrenzung des Bodenverbrauchs, Verhinderung von Versiegelung, gezielter Humusaufbau und so weiter erfolgen.

Ich erwarte mir durch diese neue Strategie eine positive Abstimmung, aber auch Zustimmung und Umsetzung, nicht nur seitens des Bundes, sondern auch der Länder und Gemeinden wie beim Masterplan und selbstverständlich auch der Bürgerinnen und Bürger. Mir ist es einfach zu wenig, dass wir heute wieder einen Abänderungsantrag beschließen sollen, den sie vor über 2,5 Jahren, genau am 24. September 2015, wortgleich beschlossen haben.

Die Landesregierung wird aufgefordert, Kollegen Stampfel hat es vorher erwähnt, die Umsetzung der im Landesentwicklungsplan definierten Vorgaben zum Bodenschutz laufend zu evaluieren und so weiter. Alleine dieser gleiche Antrag vom 24. September 2015 beweist, dass in den letzten 2,5 Jahren bezüglich Bodenverbrauch seitens der Landesregierung wirklich zu wenig geschehen ist. Das zeigt aber auch deutlich, dass das Burgenländische Raumplanungsgesetz, haben Sie auch erwähnt, am 22. Oktober 2015 beschlossen, noch dahingehend geändert wurde, dass Einkaufszentren noch leichter und größer an die Peripherie und für kleinere Orte und Einheiten gebaut werden dürfen.

Diesbezüglich geben ich dem Kollegen Wolfgang Spitzmüller wirklich Recht, das sollte wirklich nicht mehr sein, da müssen wir uns viel mehr anstrengen. Alleine ankündigen, wie wichtig Bodenschutz und Bodenverbrauch ist und dann gegenteilige Entscheidungen treffen, ist uns ganz einfach zu wenig.

Aus diesen angeführten Gründen werden wir dem Abänderungsantrag der Regierungsparteien nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben schon jetzt vieles gehört. Ich glaube, dass wir Bürgermeister, dass das Land Burgenland, dass die Verantwortlichen der Raumplanung sich der Verantwortung bewusst sind.

Wir haben, wenn Du das Beispiel Pinkafeld angesprochen hast, sogar hier einen Fachmann der BOKU Wien, den Herrn Dr. Rauch, sowohl für die Erweiterung des Betriebsgebietes hier in Pinkafeld Nord zum Einen, auf der anderen Seite auch für das Rückhaltebecken und die Linearmaßnahmen innerhalb der Stadt Pinkafeld dort gehabt und der hat uns nur höchste Qualität zugesagt und hat auch demensprechend die Stadt Pinkafeld beraten, und es wird nichts anderes in Mattersburg, in Eisenstadt und in anderen größeren Gemeinden sein.

Es wurde schon erwähnt, das Land Burgenland ist Naturschutz-Musterland. Ein Drittel der Landesfläche steht unter Naturschutz. Entscheidungen auf Landesebene können massiven Einfluss auf die Umwelt haben. Im Burgenland wird daher der Ökologie großes Augenmerk geschenkt. Das Burgenland ist sich sowohl der zentralen Funktion der Böden als auch der Tendenz zur Flächenversiegelung seit langem bewusst, weshalb schon im Jahr 2011 das Burgenländische Landesentwicklungsprogramm samt seinem Leitbild „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ beschlossen wurde. Die darin enthaltenen Ziele und Maßnahmen werden seither im Rahmen der Landes- wie auch der Gemeindeverwaltung verfolgt beziehungsweise angewendet.

Im Landesentwicklungsprogramm 2011 finden sich zum Thema Boden- und Flächenverbrauch beispielsweise viele Bestimmungen, will die jetzt gar nicht hier zitieren. Auch im Burgenländischen Raumplanungsgesetz finden sich für den Bereich der Raumplanung seit jeher Aussagen zum Thema Bodenschutz wieder. So sind beispielsweise sowohl der Schutz und die pflegliche Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen wie der Schutz des Bodens, der Pflanzen und Tierwelt, die Erhaltung der Reinheit der Luft und Gewässer sowie des natürlichen Klimas wie auch die Sicherstellung der Erhaltung einer lebensfähigen Land- und Forstwirtschaft als Grundsätze und Ziele der Raumplanung definiert.

Weiters haben die Gemeinden im Rahmen der örtlichen Raumplanung unter Berücksichtigung der vorhandenen Baulandreserven und des abschätzbaren Baulandbedarfes von fünf bis zehn Jahren Maßnahmen zur Baulandmobilisierung zu treffen. Im Paragraph 11 des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes ersichtlich.

Als weiteres strategisches Instrument soll im Rahmen der geplanten Novelle des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes die verpflichtende Erstellung von örtlichen Entwicklungskonzepten für Gemeinden eingeführt werden. Damit sollen auf örtlicher Ebene in noch größerem Ausmaß koordinierte Siedlungsentwicklung sowie bewusster und sparsamer Umgang mit Boden forciert werden.

Die örtlichen Entwicklungskonzepte stellen sich als wichtige Instrumente dar und werden seitens des Landes auch derzeit verpflichtend zur Einführung für die rechtliche Verbindung geprüft. Auch interkommunale Zusammenarbeit auf Ebene der räumlichen Entwicklung wird immer wichtiger, weshalb derzeit bereits auch an einem Leitfaden zur Erstellung von örtlichen Entwicklungskonzepten gearbeitet wird.

Es gibt schon seit dem Jahr 2016 ein solches Entwicklungskonzept. Ich glaube, das kennen Sie oder vielleicht wenn Sie es nicht kennen, bitte durchlesen, Leitfaden zur Erstellung eines interkommunalen räumlichen Entwicklungskonzepts, Teilbericht 1 aus Dezember 2016.

Insgesamt können wir sagen, dass wir im Burgenland stolz darauf sein können, dass sich die Raumplanung, dass sich die Gemeinden mit dieser Materie schon seit vielen Jahren befassen.

Wir werden unserem Antrag natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Herr Kollege Maczek, ich bin Ihnen dankbar für Ihre Ausführungen hier an diesem Pult, weil sie zeigen sehr deutlich, wie wichtig der ursprüngliche Antrag ist.

Der ursprüngliche Antrag, der gelautet hat, dass die Landesregierung beauftragt werden solle, eine Bodenschutzstrategie mit dem Ziel der Reduktion von Flächenverbrauch und der Eindämmung der Bodenversiegelung zu erarbeiten.

Sie haben uns hier referiert, was wir zurzeit im Burgenland für Instrumente haben, rechtlicher Art, auch vom Landesentwicklungsplan her, und wir sehen in der Realität, das greift nicht genug. Trotz all dessen, was Sie uns hier referiert haben, wachsen die Einkaufszentren an den Ortsrändern, haben wir Straßenbauten noch und nöcher, haben wir Kreisverkehre, haben wir eine Menge an Bodenversiegelungsprojekten. Das heißt, das greift nicht.

Wir brauchen etwas anderes, wir brauchen eine neue Strategie.

Frau Kollegin Stampfel, Sie mögen Strategien nicht besonders gerne, wir brauchen aber Strategien, wenn man ein Ziel erreichen möchte und offensichtlich sind diese Strategien, die Einzelmaßnahmen, die Sie bis jetzt hier für sich als gut empfunden haben, nicht dazu geeignet, der Bodenversiegelung im Burgenland wirklich Einhalt zu gebieten, weil wie der Kollege Spitzmüller vorhin auch dazwischen gerufen hat, Papier ist geduldig oder auch Wahlkämpfe sind geduldig, weil wenn die Wahl einmal geschlagen ist, dann erinnern sich einige gar nicht mehr, was sie vor der Wahl gesagt haben.

Ich erinnere mich an die Bürgermeisterkandidatin und mittlerweile Bürgermeisterin von Neusiedl am See, die hat einen Wahlkampf damit geführt, dass sie sich für die Rettung des Ufers am Neusiedler See einsetzt.

Sie hat gesagt, sie wird durchgreifen, wenn man sich nicht an die Vorgaben hält, wenn die Immobilienentwickler sich nicht an die Genehmigungen halten. Nun ist sie Bürgermeisterin in Neusiedl und was sagt sie? - Man kann jetzt leider nichts machen.

Das zeigt, wir brauchen sehr klare Regelungen, auch Sanktionen, wenn diese Regelungen nicht eingehalten werden, weil das Burgenland darf nicht zubetoniert werden.

Deswegen bitten wir noch einmal darum, unserem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Bodenschutz im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung ist erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 3. Mai 2018, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet in sieben Minuten um 19 Uhr 35 Minuten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr 27 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 38. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 03. Mai 2018

10.04 Uhr - 20.41 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Aktuelle Stunde zum Thema: "Das Beste für das Burgenland herausholen: Voller Einsatz für weitere EU-Förderungen nach 2020!“;
3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstalten-gesetz-Novelle 2018);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird;
5. Beschlussantrag, mit dem der Wirtschaftsförderungsbericht des Landes Burgenland, verfasst als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017, zur Kenntnis genommen wird;
6. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „Landessicherheitszentrale Burgenland GmbH (Prüfung LSZ)“;
7. Prüfungsbericht Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Verkauf der Therme Stegersbach;
8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Christian Illedits, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Manfred Kölly, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ansiedelung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland;
9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die langfristige Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung;
10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ELER 2020+;
11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der 24-Stunden-Pflege“;
12. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Einrichtung von „Wissenschaftsecken“ in Kinderbetreuungseinrichtungen;
13. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5943)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 193 der Abgeordneten Ingrid Salamon an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Sportbudget und schwerpunktmäßiger Einsatz der finanziellen Mittel
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 5948))
Zusatzfrage: Ingrid S a l a m o n (S. 5950 u. S. 5950), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 5951)

Anfrage Nr. 188 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Managementplan für die Welterbe-Region Neusiedlersee
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 5952)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S.5954 u. S. 5955), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 5955), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 5956)

Anfrage Nr. 194 der Abgeordneten Edith Sack an Landesrätin Verena Dunst betreffend bestmögliche Unterstützung für Familien im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 5957)
Zusatzfrage: Edith S a c k (S. 5959 u. S. 5960), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 5960)

Anfrage Nr. 189 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Anerkennung des Haydn-Konservatoriums als Musikuniversität
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 5962)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 5963 u. S. 5963), Mag. Franz S t e i n d l (S. 5964)

Anfrage Nr. 191 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrätin Verena Dunst betreffend Familienmesse des Familienreferates in Neudörfl
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 5965)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S.5966), Mag.a Michaela R e s e t a r (S. 5967)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde
Aktuelle Stunde zum Thema: „Das Beste für das Burgenland herausholen: Voller Einsatz für weitere EU-Förderungen nach 2020!“; (auf Verlangen des SPÖ-Landtagsklubs)

Redner: Christian Illedits (S. 5970), Géza Molnár (S. 5974), Ing. Rudolf Strommer (S. 5976), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 5979), Gerhard Steier (S. 5981), Gerhard Hutter (S.5983), Mag.a Regina Petrik (S. 5985), Bernhard Hirczy (S. 5987), Robert Hergovich (S. 5988), Wolfgang Sodl (S. 5990), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 5991), Manfred Kölly (S. 5992), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 5994), Landesrätin Verena Dunst (S. 5995), Wolfgang Spitzmüller (S. 5996)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1275), mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstalten-gesetz-Novelle 2018) (Zahl 21 - 900) (Beilage 1295);
Berichterstatter: Günter Kovacs (S. 5997)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 5997), Wolfgang Spitzmüller (S. 5999), Manfred Haidinger (S. 5999), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 6000), Günter Kovacs (S. 6003)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6004)

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1280), mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird (Zahl 21 - 905) (Beilage 1296);
Berichterstatter: Kilian Brandstätter (S. 6005)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 6005), Karin Stampfel (S. 6006), Mag. Franz Steindl (S. 6008), Kilian Brandstätter (S. 6012), Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 6014)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6016)

Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1281), mit dem der Wirtschaftsförderungsbericht des Landes Burgenland, verfasst als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 906) (Beilage 1297);
Berichterstatter: Géza Molnár (S. 6016)
Redner: Markus Wiesler (S. 6017), Patrik Fazekas, BA (S. 6019), Mag. Christian Drobits (S. 6021), Gerhard Steier (S. 6023), Wolfgang Spitzmüller (S. 6027), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 6030), Wolfgang Spitzmüller (S. 6036)
Annahme des Beschlussantrages (S. 6036)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1251) betreffend „Landessicherheitszentrale Burgenland GmbH (Prüfung LSZ)“ (Zahl 21 - 888) (Beilage 1298);
Berichterstatter: Géza Molnár (S. 6037)
Redner: Manfred Kölly (S. 6037), Wolfgang Spitzmüller (S. 6040), Géza Molnár (S. 6042), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 6045), Mag.a Regina Petrik (S. 6046), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 6047), Ewald Schnecker (S. 6050), Mag.a Regina Petrik (S. 6053), Gerhard Steier (S.6053), Mag. Franz Steindl (S. 6057), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 6061)
Annahme des Prüfungsberichtes des Bgld. Landes-Rechnungshofes (S. 6063)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1279) betreffend Verkauf der Therme Stegersbach (Zahl 21 - 904) (Beilage 1299);
Berichterstatter: Wolfgang Spitzmüller (S. 6063)
Redner: Manfred Kölly (S. 6063), Wolfgang Spitzmüller (S. 6067), Géza Molnár (S. 6067), Markus Ulram (S. 6067), Dr. Peter Rezar (S. 6068), Gerhard Steier (S. 6069), Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 6070)
Annahme des Prüfungsberichtes des Bgld. Landes-Rechnungshofes (S. 6072)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Christian Illedits, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Manfred Kölly, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1286) betreffend die Ansiedelung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland (Zahl 21 - 911) (Beilage 1300);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 6072)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 6073), Géza Molnár (S. 6076), Ing. Rudolf Strommer (S. 6076), Christian Illedits (S. 6078)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6080)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1284) betreffend die langfristige Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung (Zahl 21 - 909) (Beilage 1301);
Berichterstatter: Günter Kovacs (S. 6080)
Redner: Manfred Kölly (S. 6080), Manfred Haidinger (S. 6081), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 6083), Günter Kovacs (S. 6084), Mag.a Regina Petrik (S. 6087), Markus Ulram (S. 6088), Günter Kovacs (S. 6090), Ing. Rudolf Strommer (S. 6092), Markus Ulram (S. 6094), Robert Hergovich (S. 6095), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 6069)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6098)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1285) betreffend ELER 2020+ (Zahl 21 - 910) (Beilage 1302);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6099)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6099), Karin S t a m p f e l (S. 6101), Walter T e m m e l (S. 6102), Wolfgang S o d l (S. 6104)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6105)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1282) betreffend „Ausbau der 24-Stunden-Pflege“ (Zahl 21 - 907) (Beilage 1303);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 6106)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6106), Manfred H a i d i n g e r (S. 6110), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6112), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6114), Manfred K ö l l y (S. 6117), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6120)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6122)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1283) betreffend die Einrichtung von „Wissenschaftsecken“ in Kinderbetreuungseinrichtungen (Zahl 21 - 908) (Beilage 1304);
Berichterstatter: Georg R o s n e r (S. 6122)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6122), Géza M o l n á r (S. 6125), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6126), Edith S a c k (S. 6127), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6130)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6131)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 1253) betreffend Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung (Zahl 21 - 890) (Beilage 1305);
Berichterstatter: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6131)
Redner. Markus W i e s l e r (S. 6132), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6133), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6134)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6137)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5943)

Beginn der Sitzung 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf den Zuseher- und Zuhörertribünen und alle die uns via Livestream heute beiwohnen! Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen.

Ich e r ö f f n e die 38. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 37. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Abgeordneten Patrik Fazekas und Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 38. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 03. Mai 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf betreffend die Datenschutz-Anpassungen (Burgenländisches Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 - Bgld. DS-APG 2018) (Zahl 21 - 924) (Beilage 1310);
2. Beschlussantrag, mit dem der Sozialbericht 2015/2016 des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 925) (Beilage 1311);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof sind

1. der Prüfungsbericht betreffend Grundversorgung (Zahl 21 - 919) (Beilage 1294);
2. der Prüfungsbericht betreffend Aufbringung und Verwendung der finanziellen Mittel des Burgenland Tourismus (Zahl 21 - 922) (Beilage 1308);

eingelangt.

Weiters ist von der Volksanwaltschaft der Bericht zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017 (Zahl 21 - 928) (Beilage 1314) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Bundesregierung und Bundesländern zur bedarfsorientierten Mindestsicherung (Zahl 21 - 923) (Beilage 1309);
2. der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz-Maßnahmen im Wohnbau (Zahl 21 - 931) (Beilage 1317);
3. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen betreffend ein Gesetz, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutzgesetz-Novelle 2018) (Zahl 21 - 932) (Beilage 1318);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Alltagsbegleitung (Zahl 21 - 912) (Beilage 1287);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Auslandsstipendien für Studierende (Zahl 21 - 913) (Beilage 1288);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Heizkostenzuschuss (Zahl 21 - 914) (Beilage 1289);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Initiative „a sauberes Festl“ (Zahl 21 - 917) (Beilage 1292);
5. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend „Bauprogramm 2018“ (Zahl 21 - 918) (Beilage 1293);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Räumung eines Biberbaus (Zahl 21 - 921) (Beilage 1307);
7. der Landtagsabgeordneten Mag.[a] Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Sprachförderung und Inklusion (Zahl 21 - 926) (Beilage 1312);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Landarztpraxen (Zahl 21 - 929) (Beilage 1315);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Michaela Resetar an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 873) betreffend Familienstudie (Zahl 21 - 915) (Beilage 1290);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 877) betreffend Bahnschleife-Eisenstadt (Zahl 21 - 916) (Beilage 1291);
3. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 887) betreffend Beschaffung tierischer Lebensmittel (Zahl 21 - 920) (Beilage 1306);
4. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 894) betreffend Lehrlinge (Zahl 21 - 927) (Beilage 1313);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 898) betreffend Forschung Burgenland GmbH (Zahl 21 - 930) (Beilage 1316);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 924, Beilage 1310, und den Bericht der Volksanwaltschaft, Zahl 21 - 928, Beilage 1314, weise ich dem Rechtsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 931, Beilage 1317, und Zahl 21 - 932, Beilage 1318, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 925, Beilage 1311, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 923, Beilage 1309 weise ich dem Rechtausschuss und dem Sozialausschuss,

die Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 919, Beilage 1294, und Zahl 21 - 922, Beilage 1308 weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 912, Beilage 1287, Zahl 21 - 914, Beilage 1289, und Zahl 21 - 929, Beilage 1315 haben ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 913, Beilage 1288 und Zahl 21 - 918, Beilage 1293 habe ich Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 917, Beilage 1292 und Zahl 21 - 921, Beilage 1307, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 926, Beilage 1312, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl,

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 915, Beilage 1290, Zahl 21 - 916, Beilage 1291, Zahl 21 - 920, Beilage 1306, Zahl 21 - 927, Beilage 1313, und Zahl 21 - 930, Beilage 1316,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Die mündliche Anfrage Nr. 190 wurde vom Fragesteller, Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller, gemäß § 31 Abs. 3 GeOLT zurückgezogen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der 37. Landtagssitzung am 05. April 2018, haben sowohl Landtagsabgeordneter Markus Ulram als auch Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger in ihren Wortmeldungen in der Debatte zu den Tagesordnungspunkten 6 beziehungsweise 7 Äußerungen getätigt, die der Würde des Hohen Hauses nicht entsprochen haben.

Gemäß § 80 Abs. 6 und 7 GeOLT erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram für den Ausdruck „Sauerei“ und Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger für den Ausdruck „Schweinerein“ nachträglich einen Ordnungsruf. *(Abg. Manfred Haidinger: Zur Geschäftsordnung.)*

Bitte Herr Abgeordneter Haidinger.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! In einer hohen emotionalen Debatte bei der 37. Sitzung zum Tagesordnungspunkt Finanzpolizei ist mir ungewollt, beziehungsweise hochemotional verbal das Wort „Schweinerei“ entrutscht.

Das möchte ich hier mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen und mich gleichzeitig vor der Regierung und vor dem Hohen Haus dafür entschuldigen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zur Geschäftsordnung.)*

Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, bitte.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Regierungsmitglieder! Der Artikel 44 der Landesverfassung regelt das Fragerecht der Mitglieder des Landtages. In unserer Geschäftsordnung ist dieses Fragerecht in den Paragraphen 29, 30 und 31 geregelt.

Mit der Geschäftszahl 21 - 930 habe ich eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt, die am 02. Mai beantwortet wurde. Es geht hier um das Thema „Forschung“. Ich habe 12 Fragen gestellt, die jeweils noch zehn weitere Unterfragen beinhaltet haben, damit insgesamt 22 Fragen. Wenn man es höflich betrachtet, dann wurde in sieben dieser Fragen zumindest Bezug genommen.

Am 20. März erhielten alle Abgeordneten des Hohen Hauses eine Anfragebeantwortung ebenfalls vom Herrn Landeshauptmann zu einem ähnlichen Thema „Wissenschaft und Forschung“, es geht um das Thema JOANNEUM RESEARCH, die Verbindung die hergestellt wurde, mit den Bundesländern Kärnten und Steiermark. 13 Fragen - Antwortteil 12 Zeilen. Selbst beim besten Gefühl und bei bester Nachsicht muss man sagen, hier ist genau auf eine Frage Bezug genommen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird eines Tages gefragt werden, wie oft wurde das kritisiert? Wie oft wurde das hinterfragt, wie mit dem Fragerecht der Abgeordneten umgegangen wird? Ich habe deshalb heute Euch allen einen Brief zur Unterschrift dargelegt, wo ich Offenheit und Transparenz gegenüber dem Burgenländischen Landtag fordere.

Einige von Euch haben unterschrieben. Ich verstehe alle Gründe, dass der Eine oder Andere aus parteipolitischer Überlegung vielleicht sagt, ich möchte diesen Brief des Christian Sagartz nicht unterschreiben. Das ist in Ordnung.

Ich möchte aber sagen, in der Sache muss eines klar sein, wenn wir so mit dem Fragerecht des Landtages umgehen lassen, wenn wir das wortlos akzeptieren, dann haben wir unseren Auftrag vom Wähler, von der Wählerin, versäumt und das möchte ich hier mit dieser Wortmeldung, mit diesem offenen Brief, klar dokumentieren.

Diese Vorgangsweise gefällt uns nicht. *(Beifall bei der ÖVP, der GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier. – Die Abg. Mag.a Regina Petrik hebt die Hand zur Wortmeldung.)*

Präsident Christian Illedits: Zur Geschäftsordnung?

Bitte Frau Abgeordnete Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Guten Morgen! Ich habe diesen Brief aus voller Überzeugung unterschrieben. Ich möchte aber hier auch festhalten, dass die Praxis der Beantwortung der schriftlichen Anfragen sehr unterschiedlich ist, seitens der Regierungsmitglieder. Wir bekommen bei einzelnen Regierungsmitgliedern sehr wohl detaillierte und sachliche Antworten.

Ich möchte mich da aber anschließen, gerade auch von Herrn Landeshauptmann bekommen wir meistens ein Statement über seine Arbeit und nicht die Antwort auf die Fragen, die gestellt wurden. Deswegen auch von meiner Seite und von GRÜNER Seite her, die dringende Bitte, hier ernsthaft mit unseren Anfragen umzugehen und sie gewissenhaft zu beantworten.

Dankeschön! *(Beifall bei den GRÜNEN, der ÖVP und des Abg. Gerhard Steier. – Der Abg. Geza Molnar hebt die Hand zur Wortmeldung.)*

Präsident Christian Illedits: Zur Geschäftsordnung?

Bitte Herr Klubobmann Géza Molnár.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Guten Morgen meine Damen und Herren! Ja das Thema, das die ÖVP hier aufwirft ist natürlich ein ernstzunehmendes Thema, das Anfragerecht ist ein sehr fundamentales Recht.

Ich muss Ihnen aber schon auch sagen, dass ich unter dem, was Sie da heute betreiben, nichts anderes verstehe, als „Effekthascherei". *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum?)* Die Geschäftsordnung regelt ganz genau, was Abgeordnete tun können, wenn sie eine schriftliche Anfrage als nicht ausreichend beantwortet erachten. Sie wissen, wovon ich spreche, Herr Kollege Mag. Sagartz. Sie könnten die Möglichkeiten der Geschäftsordnung auch nutzen und eine entsprechende Debatte hier im Landtag beantragen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Oder eine Meldung zur Geschäftsordnung.)* und letztendlich entscheidet dann der Landtag, die Mehrheit des Landtages, ob eine schriftliche Anfragenbeantwortung ausreichend ist oder auch nicht.

Im Übrigen erinnere ich daran, dass Sie sehr willkürlich mit dem Anfragerecht umgehen, das zeigt auch der heutige Tag. So wichtig kann es Ihnen nicht sein, von der ÖVP haben wir heute in der Fragestunde keine einzige Anfrage. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Der Abg. Mag. Christian Sagartz, BA hebt die Hand zur Wortmeldung.)*

Präsident Christian Illedits: Zur Geschäftsordnung? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Die Geschäftsordnung regelt, dass Abgeordnete mit ihrer Unterschrift Dinge in Gang setzen können. Ob wir heute die Anfrage debattieren möchten oder nicht, liegt allen in der eigenen Hand. *(Abg. Géza Molnár: Da kann es nicht so schlimm sein.)* Sie können unterschreiben. Wir haben es nicht getan. Das lassen wir uns nicht unterstellen, dass wir deshalb hier den falschen Weg gehen. Das ist eben eine Möglichkeit in der Demokratie.

Im Übrigen möchte ich festhalten: Wolfgang Sobotka, als Präsident des Nationalrates, ist einen sehr korrekten Schritt gegangen. Er hat gleich zu Beginn einer neuen Gesetzgebungsperiode gesagt, so sollte man nicht mit dem Fragerecht der Abgeordneten umgehen. Wenn wir uns das zum Maßstab nehmen, dann können wir nur richtig liegen. *(Abg. Walter Temmel: Genau! – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: So - danke für die Wortmeldungen. Wir haben sehr viele Meinungen jetzt gehört. *(Zwiegespräche der Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP)* Ich bitte um Ruhe! Es ist ganz klar in der Geschäftsordnung geregelt, Klubobmann Molnár hat es zitiert, wie eben auch eine solche schriftliche Fragenbeantwortung hier im Hohen Hause, wenn man mit dieser nicht zufrieden ist, eben diskutiert werden kann. Die Geschäftsordnung regelt dies dezidiert und ganz genau.

Deshalb, nicht nur ich sondern auch Sie, wir müssen uns alle an die Geschäftsordnung halten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war ein Appell. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war ein Appell an die Landesregierung, nehme ich an.)*

Das war der Appell an die Abgeordneten, weil, die haben das Fragerecht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ach so.)* Die Regierung antwortet und *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Die haben die Verpflichtung.)* den Inhalt bestimmt der, der die Frage beantwortet.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: So, wir kommen nun zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde. Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 19 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Ingrid Salamon an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im heurigen Landesbudget stehen für den Sport 3.452.600 Euro zur Verfügung.

Wofür werden diese finanziellen Mittel schwerpunktmäßig verwendet?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist ein Zufall, dass nach dieser Wortmeldung hier, ich bei der Fragestunde antworten kann, auf das, was hier gesagt wurde. Ich halte es für eine Ungeheuerlichkeit der Extraklasse. Sie kommen da heraus und erzählen, dass man nicht richtig beantwortet, obwohl Sie wissen, es gibt ein Verfassungsgutachten *(Abg. Gerhard Steier: Nicht schon wieder.)* wonach es Fragen gibt über ausgelagerte Firmen, über ausgelagerte Gesellschaften, die nicht beantwortet werden müssen.

Also wider besseres Wissens behaupten Sie, das wird nicht beantwortet, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, nein, Herr Landeshauptmann.)* obwohl es ein Gutachten des Verfassungsdienstes gibt, das über ausgelagerte Gesellschaften keine Antworten gegeben werden. Ich unterstelle Ihnen weiter, dass Sie deswegen fragen und auch in Kombination mit den GRÜNEN, nämlich wo Sie wissen, dass es da keine Antworten geben kann, weil das ausgelagerte Firmen und Gesellschaften sind.

Genau deswegen stellen Sie diese Fragen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Beim Budget stimmt das nicht, Herr Landeshauptmann.)* um keine Antworten zu bekommen, um dann hier ein Theater zu machen und eine Show abzuliefern. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Beim Budget stimmt das nicht.)* Das ist eines Hohen Hauses nicht würdig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Unruhe bei der ÖVP)*

Dann holen Sie sich vom Verfassungsdienst das Gutachten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht einmal ein Gutachten, das ist eine Stellungnahme.)* Wenn Sie es haben, dann *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht einmal ein Gutachten.)* sagen Sie in Zukunft die Wahrheit! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Gutachten.)*

Dann sagen Sie bitte in Zukunft die Wahrheit und erzählen nicht irgendwelche Märchen. *(Unruhe bei der ÖVP)* Ja. Das ist die Unwahrheit, was Sie gesagt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Gutachten, Herr Landeshauptmann.)* Ich sage es Ihnen noch einmal. Es ist bewusst die Unwahrheit, denn Sie wissen, dass über ausgelagerte Firmen keine Antworten gegeben werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Gutachten)*

So und nun zur Frage, die die Frau Abgeordnete gestellt hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Gutachten. – Abg. Ingrid Salamon: Bitte, Herr Landeshauptmann, ich würde darum bitten.)* Ich sage es noch einmal. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Gutachten.)* Das ist die Unwahrheit, was Sie gesagt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Gutachten, nein.)*

Noch einmal, auch wenn man die Unwahrheit immer wieder wiederholt, bleibt es die Unwahrheit. Sie sagen die Unwahrheit! *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe eine Frage gestellt. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie sagen die*

Unwahrheit. Sie stellen sich hin und sagen die Unwahrheit. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ) *(fortsetzend):* Ich kann das nur noch einmal wiederholen was ich gesagt habe, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Gutachten. Und ich sage es Ihnen auch noch einmal.)* dass es ein Gutachten gibt. Dann lesen Sie das durch! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann geben Sie mir das Gutachten. Das ist kein Gutachten.)*

Zur Antwort: *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Er hat das wahrscheinlich selber geschrieben. – Unruhe bei der SPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eine bestellte Stellungnahme.)* Entschuldigung, ich kann das nicht im Raum stehen lassen, er hat das selbst geschrieben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das glaube ich wieder nicht.)* Wenn der Verfassungsdienst ein Gutachten schreibt, dann sagen Sie, der hat das selber geschrieben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, Sie nicht. Ich habe gesagt, ein Kollege könnte das selber schreiben.)*

Ich bin kein Jurist und ich habe noch nie ein Gutachten geschrieben - das ist ein Gutachten des Verfassungsdienstes und ich halte mich an Gutachten und Aussagen der Juristinnen und Juristen, was Sie offensichtlich nicht tun *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Herr Landeshauptmann.)* und das ist sehr bedauerlich.

Ich halte mich an Gutachten, das sollten Sie in Zukunft auch tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Gutachten ist es trotzdem keines.)*

So zur Frage. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was war die Frage?)* Wir haben, und da bin ich dem Hohen Haus sehr dankbar, für den Sport ein Budget von 3,4 Millionen Euro. Und die Schwerpunkte dieses Budgets gehen in die Richtung, dass wir im Bereich der allgemeinen Sportförderung Schwerpunkte setzen, dass unsere Dachverbände ASKÖ, ASVÖ und Sportunion ebenfalls eine Basisförderung bekommen.

Dass wir eine sehr gute Trainerförderung haben, um qualifizierte Leute auch in den verschiedensten Sportbereichen einsetzen zu können. Dass wir auch Infrastrukturmaßnahmen in einem großen Ausmaß unterstützen und das immerhin 52 Sportarten im Burgenland anerkannt sind, die um Förderungen auch ansuchen können.

Es gibt auch seit kurzer Zeit Trendsportarten wie Funcorts, Kletterwände, Halfpipes, Beachvolleyball-Anlagen, die ebenfalls über die Sportförderung gefördert werden. Wir haben auch einige 100.000 Euro für überregionale Sonderprojekte zur Verfügung gestellt. Ich denke hier auch an das Segelleistungszentrum in Neusiedl am See. An die Überdachung der Kunsteisbahn in Eisenstadt und an die Errichtung der Leichtatletikanlage in Pinkafeld, die wir auch jetzt kurz vor der Fertigstellung haben. Der letzte Belag muss noch aufgebracht werden.

Was sehr erfolgreich läuft, sind unsere Schulleistungsmodelle, nämlich das Leistungsmodell des BSSM in Oberschützen und auch die Golf-HAK in Stegersbach. Wir haben auch für burgenlandweite Nachwuchsprojekte Geld zur Verfügung gestellt. Ich denke da natürlich auch an Fußball, an Basketball, an die Sportmedizin, an Leistungsdiagnostik und vor allen Dingen auch an das Schulprojekt Urfit.

Also insofern ist der Sport im Burgenland eine Erfolgsgeschichte und wir leisten dafür gute Rahmenbedingungen im finanziellen Bereich. Wir haben viele ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre und vor allen Dingen viele leistungsbereite und sehr

erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler, die auch international immer stärker aufzeigen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Dankeschön, Herr Landeshauptmann! Wir sehen, dass diese 3,4 Millionen Euro oder haben gehört, sehr gut investiert sind, für unsere Sportlerinnen und Sportler und für die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Meine Zusatzfrage: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Werden weitere finanzielle Mittel, die nicht im Sportbudget ausgewiesen sind, für den Sport zur Verfügung gestellt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Also wir haben diese 3,4 Millionen Euro, aber wir verstärken diese 3,4 Millionen Euro auch durch Bedarfszuweisungen für Sportinfrastrukturprojekte, die für die Jugend, die im überregionalen Bereich Bedeutung haben.

Also zu der Sportförderung kommen noch Bedarfszuweisungen an die Gemeinden, wenn sie nachhaltig gute Projekt und vor allen Dingen, auch überregionale Projekte realisieren und umsetzen.

Ich denke, dass dieser Beitrag ganz wichtig ist, dass es überhaupt zur Realisierung und Umsetzung kommen kann, damit die Budgets der Gemeinden nicht zu sehr belastet werden.

Ich habe schon eingangs gesagt, wir haben zum Beispiel die Eislaufüberdachung in Eisenstadt über die Sportförderung und auch über Bedarfszuweisungen mitfinanziert. Wir haben die ASKÖ Tennishalle in Eisenstadt ebenfalls mitfinanziert. Der Aufsteiger des Jahres im Sportjahr 2017 ist übrigens ein Tennisspieler aus Eisenstadt, dem eine sehr Zukunft vorausgesagt wird.

Wir haben über Bedarfszuweisungen auch die Leichtatletikanlage in Pinkafeld unterstützt, die sowohl von Schulen aber auch von den Vereinen in entsprechender Form genützt wird und natürlich auch Sportanlagen von verschiedenen Sportvereinen, die eben auch im Nachwuchsbereich eine große Bedeutung haben in kleinen burgenländischen Gemeinden, wo eben zum Beispiel Fußballanlagen oder Tennisanlagen betrieben werden.

Also doch ein wesentlicher Betrag. Es sind immerhin 180.000 Euro, die über Bedarfszuweisungen ebenfalls in den Sport fließen.

Vielleicht auch noch ein wesentlicher Bereich, das ist der Sportpool, wo private Firmen, immerhin 69 Firmen, in den Sportpool einzahlen und die Gelder dann für den Spitzensport zur Verfügung gestellt werden. Also insofern Sportbudget, plus Bedarfszuweisungen, plus Gelder von Privaten, die den burgenländischen Sport unterstützen und die auch einen Beitrag leisten, dass wir äußerst erfolgreich sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Wir haben gehört, dass viel Geld in den Sport investiert wird.

Meine zweite Zusatzfrage: Welche Erfolge hatten die Sportlerinnen und Sportler im vergangenen Jahr?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Im Sport ist eigentlich das Schöne, dass man den Erfolg auch an Hand von Medaillen sieht, dass man darüber natürlich diskutieren kann, aber dass die Zahlen, Fakten und Taten in entsprechender Form auch entscheiden.

Wir haben 2014 557 gesamt Medaillen gehabt. Das war schon eine deutliche Steigerung gegenüber den Jahren vorher. Wir haben 2015 von den 557 auf 633 gesteigert und sind im Jahr 2016 bei 754 Medaillen gelegen im Burgenland. Also im gesamten Burgenland, und zwar bei nationalen und internationalen Meisterschaften, bei Staatsmeisterschaften, bei internationalen Wettkämpfen, bei Europameisterschaften. Also 754 Medaillen, da sage ich, da ist das Geld sehr, sehr gut angelegt. Nämlich das der Spitzensport auch für den Breitensport eine wichtige Motivation ist. Für den Nachwuchssport, dass viele Jugendliche im Burgenland auch Sport betreiben.

Ich darf auch unter anderem sagen, die Sportlerin des Jahres, im vergangenen Jahr, war eine ganz junge Parndorferin, knapp 16 Jahre alt, die Lena Grabowski, die eines der größten Schwimmtalente in Österreich ist und im Schwimmen österreichweit zu den Besten gehört und die Sportlerin des Jahres geworden ist. Oder auch Bernd Wiesberger, der auf der ganzen Welt im Bereich des Golfsports im Bereich des Golfsports unterwegs ist. Der, der Sportler des Jahres ist, oder der Trainer des Jahres vom SV Mattersburg, Hubert Baumgartner. Die Mannschaft des Jahres, ebenfalls der SVM und der Eisenstädter Michael Frank ist schließlich der Aufsteiger des Jahres, also ein Tennisspieler, der hier in Eisenstadt jetzt unter noch besseren Bedingungen diesen Sport ausüben kann.

Dazu auch die Mesko Trophy, wo sehr viele ganz junge Sportlerinnen und Sportler eben auch eine Bühne bei der Nacht des Sports bekommen haben, um motiviert zu sein, weiterhin dem Sport treu zu bleiben. Ob das Jiu Jitsu Europameisterin Lisa Fuhrmann ist oder die Schwimmerin Anastasia Barkal oder der mehrfache zehnjährige Einrad-Medaillengewinner Lukas Treitler. Also da sind viele, viele Nachwuchssportler wo man sagen kann, dieses hohe Niveau bei den nationalen und internationalen Medaillen, das werden wir in Zukunft halten können. Ich darf mich abschließend wirklich bei allen bedanken.

Bei jenen, die das Budget für den Sport zur Verfügung gestellt haben, bei Jenen, die im Sportbeirat mitarbeiten. Wir haben seit Jahren nur mehr einstimmige Beschlüsse. Das heißt, im Sport ziehen sehr viele an einem Strang und für diese vorbildliche Arbeit ein großes Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? Bitte Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Eine Frage zu den Hallenbädern. Wir wissen, es gibt drei Hallenbäder im Burgenland, die derzeit von den Gemeinden betrieben werden. Sie erfüllen überregionale Aufgaben, nicht nur für die Ortschaft selbst, sondern für den ganzen Bezirk, für das ganze Burgenland. Wir wissen auch, dass die Gemeinden etliche Kosten damit haben, was den jährlichen Betrieb betrifft, also etliche 100.000 Euro Minus.

Wären Sie bereit, diese drei Hallenbäder finanziell beim Betrieb als Land zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch da hat es Gespräche gegeben. Es gibt über den neuen Finanzausgleich, über die Bedarfszuweisungen, die das Land bekommt und an die Gemeinden 1:1 weitergeben muss, die Möglichkeit, dass überregionale Einrichtungen auch über Bedarfszuweisungen unterstützt werden.

Wir können über die Pflege, die überregional erfolgt ist, natürlich Gespräche führen. Wir können über den öffentlichen Verkehr, der überregional ist, Gespräche führen, wir können auch über Hallenbäder Gespräche führen. Das sind die Gespräche, die wir mit dem Gemeindevertreterverband, mit dem Gemeindebund, mit dem Städtebund auch führen werden und schlussendlich braucht man da die entsprechenden Beschlüsse, um eben diese Finanzierung so vorzunehmen, oder nicht vorzunehmen.

Aber die Diskussion wurde noch nicht geführt, aber immerhin auf die Agenda gesetzt und gesagt, wir reden darüber und diskutieren darüber. Einer derartigen Diskussion stehe ich natürlich offen gegenüber. Wenn man das so will, ist das eine Frage, wie man diese Finanzmittel, die zur Verfügung stehen, in entsprechender Form auch verteilt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag. Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Anfang Feber 2018 kündigten Sie die Überarbeitung des Managementplans für die Welterbe-Region Neusiedlersee an. Der aktuell gültige Managementplan aus dem Jahr 2003 konnte aber nicht verhindern, dass Gemeinden Bauprojekte am See genehmigten, die das Seeufer nachhaltig verändern und öffentliche Zugänge zum Seeufer zurückdrängen. Fachleute sehen sogar den UNESCO–Welterbe-Status gefährdet.

Inwiefern wird der neue Managementplan gewährleisten, dass die Bautätigkeit am Ufer des Neusiedlersees eingedämmt und der freie Seezugang für die Bevölkerung gesichert wird?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Herr Präsident, werte Frau Abgeordnete! Seit mittlerweile mehr als 16 Jahren ist ja die Region rund um den Neusiedlersee Teil der Welterbe-Region und ist auch Teil der UNESCO-Welterbe-Liste. Seit dieser Zeit gilt diese wirklich herausragende Region mit ihren Kulturlandschaften, mit ihren Ortschaften, mit ihren Naturwerten nicht nur als ein Besitz eines Einzelnen, sondern als gemeinsames Erbe.

Natürlich bringt das auch in der tagtäglichen Arbeit große Herausforderungen mit sich, natürlich auch für die Gemeinden, die rund um den See in dieser Region verankert sind. Aber diese Errungenschaften zu bewahren, ist natürlich eine große Herausforderung und benötigt natürlich auch viel Rücksicht für den Umgang mit dieser Region.

Ein wichtiges Instrument dazu ist der von Ihnen erwähnte Managementplan, den es seit dem Jahr 2003 gibt. Der ist damals im Jahr 2003 auch gemeinsam mit den ungarischen Partnern erarbeitet worden und hat zu diesem Zeitpunkt als weltweites Vorzeigeprojekt gegolten. Vor allem ja auch deswegen, weil gerade zu dieser Zeit recht

wenige Kulturlandschaften und Kulturgüter den Welterbe-Status gehabt haben und man hat da natürlich Vorbildwirkung teilweise weltweit gehabt.

Seit dem Jahr 2008 gibt es zusätzlich zu dem Managementplan auch noch den Gestaltungsbeirat Welterbe. Dieser Gestaltungsbeirat beschäftigt sich in erster Linie mit Bauvorhaben, die in der Welterbe-Region entstehen sollen, prüft diese Bauvorhaben auf Verträglichkeit mit dem Welterbe-Status und gibt natürlich auch Empfehlungen zur Überarbeitung von solchen Bauvorhaben ab. Diese Vorgehensweise hat sich auch sehr gut bewährt in den letzten Jahren. Die Arbeit des Beirates funktioniert sehr gut und zumeist sind auch die Bauwerber wirklich sehr bemüht, den Empfehlungen dieses Welterbe-Beirates auch Folge zu leisten.

Vielleicht nur zur Veranschaulichung und Erklärung: Dieser Welterbe-Beirat ist ja nicht nur aus politischen Vertretern oder aus Vertretern der Landesregierung zusammengesetzt, wir haben da einen bunten Mix an Experten dabei.

Es sind Experten des Landschaftsschutzes, der Raumplanung dabei. Es sind Experten der TU-Wien dabei. Es sitzt auch eine Vertreterin der ICOMOS, eine Vertreterin von UNESCO, in diesem Welterbe-Beirat drinnen. Die Umweltanwaltschaft ist vertreten, auch das Bundesdenkmalamt ist in diesem Beirat vertreten, wo all diese Bauwerke diskutiert werden und wo eben diese Empfehlungen abgegeben werden. Der Managementplan ist nun mit der Zeit natürlich in die Jahre gekommen und es hat sich auch vor allem in der täglichen Praxis gezeigt, dass an gewissen Stellen Adaptierungen und Anpassungen ganz einfach notwendig sind.

Dementsprechend hat auch der Verein Welterbe Neusiedler See in den letzten Monaten nach einer Finanzierung auch angesucht, um dieses Projekt wirklich vernünftig in die Wege leiten zu können.

Wir reden da immerhin von einem Projektvolumen was diesen neuen Managementplan betrifft, von 210.000 Euro. Das Ganze wird jetzt mit einem Förderprojekt finanziert, das über die Leader, LAG Nordburgenland Plus eingereicht worden ist. Es ist jetzt noch nicht definitiv bestätigt, aber es ist einmal im Vorstand positiv behandelt worden. Es fehlen jetzt noch einige Formalbedürfnisse.

Wir gehen davon aus, dass der Einreichprozess bis zum Sommer 2018 dann umgesetzt werden wird und mit der Erarbeitung des neuen Managementplans zügig fortgeschritten werden kann. Dieser aktuell gültige, also der aktuell bis jetzt gültige Managementplan. So wird dann auch der neu geplante Managementplan Vorgaben machen, vor allem nach welchen Kriterien und nach welchen Maßgaben das Prädikat Welterbe für die Region um den Neusiedlersee langfristig gesichert und vor allem natürlich auch bewahrt werden kann.

Es soll aber dann letztendlich ein integratives Gesamtkonzept auch herauskommen, um alle Stakeholder auch in der Region miteinzubinden. Da gehört beispielsweise dazu: Wo soll sich der Tourismus hin entwickeln in der Region? Wie wird das Thema Mobilität beispielsweise angegangen? Es geht auch darum, ob es gewissen Änderungsbedarf auch bei den Kriterien zu bauen im Welterbe geben soll. Was das betrifft, wird es aber so ausschauen, dass keine rechtlich bindenden Vorgaben in diesen Managementplan Welterbe einfließen sollen.

Weil es soll in Zukunft ja auch darum gehen, teilweise flexibel reagieren zu können und natürlich auch die im Raum tätigen Interessensgruppen einzubinden und vor allem dahingehend zu sensibilisieren, auf diesen Welterbe-Titel zu schauen und den auch langfristig zu erhalten.

Wo allerdings schon rechtlich verbindliche Maßnahmen und Festlegungen getroffen werden sollen, ist in dem Masterplan Neusiedler See, der vor rund einem Monat präsentiert worden ist.

Dieser Masterplan Neusiedler See ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen der Raumordnung und der Naturschutzabteilung, ebenfalls unter Einbeziehung der Stakeholdergruppen und natürlich auch der Bevölkerung. Daraus soll dann im Endergebnis ein im Raumordnungsrecht verankertes regionales Entwicklungskonzept für die Region Neusieder See gemacht werden. Es geht ja hier nicht nur um den Status Welterbe, sondern da müssen ja viele Dinge mitberücksichtigt werden, auch beispielsweise Naturschutzgegebenheiten. Natürlich auch der Nationalpark, der ja auch in dieser Region liegt. Das heißt, vereinfacht gesagt, alles was die Raumordnung betrifft und Raumordnung betreffende Angelegenheiten wird auch auf rechtlicher Basis dann mit diesem Masterplan Neusieder See geregelt werden.

Die konkreteren Ausgestaltungen detailliert was wirklich nur Welterbe betrifft, wird mit dem Managementplan abgedeckt werden. Zusätzlich gibt es ja auch noch das Landesentwicklungsprogramm des Landes, das gerade die Region rund um den Neusiedler See ja ganz besonders berücksichtigt.

Also ich glaube, wir haben da wirklich ein sehr, sehr gutes Konzept, wo einerseits Raumordnung, Landschaftsschutz, Welterbe, Naturschutz, all diese Dinge spielen in dieser Region zusammen, wo wir von allen Seiten dann darauf schauen, dass diese Region natürlich bewahrt bleibt, und sich natürlich in verträglichem Ausmaß und auf vernünftige Art und Weise entsprechend weiterentwickeln kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Wenn betont wird, dass es in gewissen Bereichen natürlich keine rechtliche Verbindlichkeit gibt, werde ich natürlich schon hellhörig, weil aktuelle Ereignisse können dann immer sehr leicht vorgeführt werden und gerade dort wo es um Bautätigkeit geht wird dann leicht etwas Anderes vorgeschoben.

Sie haben ja gesagt, man muss auch auf den Naturschutz achten. Gerade in dieser Region müsste der Naturschutz ja an erster Stelle stehen. Das will auch die Bevölkerung.

Meine Zusatzfrage ist deswegen: In welcher Weise werden die Anrainergemeinden hier in den Entscheidungsprozess, der dann zu verbindlichen Regelungen im Masterplan führt, gestaltet sein?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Naturschutz spielt natürlich in dieser Region eine sehr, sehr besondere Rolle, das liest man auch im Landesentwicklungsprogramm. Da gibt es einige Sonderzonen rund um den Neusiedlersee, aber das spielt ja alles miteinander zusammen. Das greift ja alles ineinander.

Das kann man nicht nur aus Welterbe-Sicht oder aus Naturschutzsicht sehen, das muss man ja alles mitberücksichtigen. Gerade die gesetzliche Regelung ist im Raumordnungsrecht besser aufgehoben, weil es ja dort in erster Linie vor allem um Widmungen geht.

Aber auf Ihre Frage, wie die Gemeinden miteingebunden werden, also gerade wenn es um diesen Masterplan Neusiedler See geht, der ist jetzt bereits am Laufen,

bereits im Juni soll es die ersten Haushaltsbefragungen mittels Fragebögen und Online Fragebögen geben. Parallel dazu wird es auch die ersten fachlichen Arbeitsgruppensitzungen in diesem Zeitraum geben.

Es werden dann Haushaltsbefragungen natürlich über den Sommer ausgewertet. Es wird dann im Herbst Bürgerinformationsveranstaltungen geben. Die Gemeinden sind einer der wichtigsten Stakeholdergruppen, die selbstverständlich in diesen Prozess miteingebunden werden sollen.

Wir wollen mit diesem Masterplan Neusiedler See erreichen, dass wirklich alle die beteiligt sind, ob Gemeinden, ob Bürger, natürlich die Bürgerinnen und Bürger natürlich auch der Tourismus, dass all diese Entwicklungen, der Naturschutz, der Landschaftsschutz, dass all diese Stakeholder, die sich in der Region Neusiedlersee bewegen, die dort leben miteingebunden werden und dass da ein Gesamtkonzept herauskommt, das wirklich alle mittragen können.

Weil ich glaube, ein wirklich gelungener Naturschutz und natürlich ein langfristiges Aufrechterhalten einer Welterbe-Region kann nur dann gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen. Deswegen wird das unser oberstes Ziel sein, dass wir alle, die in dieser Region leben und etwas zu tun haben, miteinbinden werden in diesen Masterplan. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Gut das zu hören. Ich hoffe, das wird dann auch weiter so eingehalten. Können Sie den Anrainern und Anrainerinnen garantieren, dass das Seeufer nicht weiter verbaut wird und der freie Zugang zum See für die Öffentlichkeit erhalten bleibt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das ist eines der Hauptziele auch dieses Masterplanes Neusiedler See. Es gibt ja bestehende Widmungen, ich sage jetzt nur, die teilweise auf die 70iger Jahre zurückgehen. Die kann man nicht rückgängig machen.

Aber das Seeufer, das ist ja beim Neusiedlersee nicht so wie bei anderen Seen in Österreich, dass das ganze Ufer überhaupt verbaut werden kann. Wir reden da von einem Prozent des ganzen Schilfgürtelbereiches, das überhaupt eine Baulandwidmung hat. Also eine komplette Verbauung des Sees ist allein schon auf Grund der geografischen Gegebenheiten gar nicht möglich.

Aber selbstverständlich auch die Flächen, die noch zur Verfügung stehen, die sollen eben genau Bestandteil dieses Masterplans Neusiedler Sees sein. Der freie Zugang zum See ist eines der Hauptziele dieses Masterplanes, um den zu gewährleisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Brandstätter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Welche konkreten Projekte, abgesehen vom Management- und Masterplan sind in der nächsten Zeit in der Welterbe-Region vorgesehen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Da gibt es eine Vielzahl an Projekten. Jetzt abgesehen vom Managementplan läuft gerade

das Projekt „Inwertsetzung Welterbe“, weil uns eben auch die Einbindung der Gemeinden natürlich ein sehr, sehr wichtiges Thema ist. Das sind viele Projekte auch im Bereich der Bewusstseinsbildung, wir bieten beispielsweise Bauherrenkurse an. Gerade die Bauherren sind ja oft sehr wichtige Stakeholder, gerade im Bereich des Welterbes, sind sehr wichtige Multiplikatoren.

Wir bieten Tourismusinformationen an, auch Bewusstseinsbildung für die Gemeindeverantwortlichen. Der Internetauftritt ist gerade auch neu gestaltet und ansprechender gestaltet worden. Es gibt diverseste Schulaktion, vor allem in diesem Gebiet und in der Region Welterbe.

Es sieht so aus, dass da wirklich auch weiterbildendes Lehrpersonal ein Thema ist, zum Thema natürlich Welterbe. Es gibt Ausarbeitung von Unterrichtsmaterialien, es werden Exkursionen angeboten in der Welterbe-Region. Es gibt eigene Unterrichtsschwerpunkte. Es wird auch ein eigener Welterbe-Film produziert als Anschauungsmaterial für die Schulen, für die Schülerinnen und Schüler.

Wir haben beispielsweise auch die mobile Welterbe-Ausstellung, die noch vermehrten Eingang in die Schulen oder in die Schulgebäuden und Gemeinden natürlich finden soll. Derzeit ist sie in der NMS Purbach aufgestellt und wird dann noch bis Ende Mai bleiben. Wer Interesse hat und in ein paar Wochen am 26. Mai wird dann auch der jährlich stattfindende Welterbe-Tag wieder stattfinden und diesmal erstmals grenzüberschreitend auch, das heißt mit diesen Schulen, mit den Gemeinden, das sind hier wirklich sehr, sehr wichtige Multiplikatoren und die Einbindung der Bauherren ist uns natürlich auch ein sehr wichtiges Thema. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Ing. Strommer.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Erbe verpflichtet. Deshalb haben wir die Aufgabe, dieses Erbe in diesem Fall im Bereich des Naturschutzes, dieses Erbe zu pflegen und verbessert an die nächste Generation weiter zugeben. Wir kommen dieser Aufgabe nach und ich darf das bestätigen, bin Mitglied dieses Gestaltungsbeirates. Wobei es nicht immer einfach ist, die wirtschaftlichen Interessen zum Fortkommen in diesem Bereich aber auch die berechtigten Anliegen des Naturschutzes unter einen Hut zu bringen. Es ist uns bisher immer gelungen.

In dieser Welterbe-Region sind es 20 burgenländische, zehn ungarische Gemeinden, die rundherum um den Neusiedlersee hier Mitglied sind. Die Natur trennt nicht, aber es ist ein Strich in der Landkarte, der Österreich und Ungarn hier sozusagen als Teil dieses Welterbes darstellt. Vor zirka 14 Tagen war in Ungarn eine Pressekonferenz, wo ein…

Präsident Christian Illedits: Die Frage bitte!

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP)| *(fortsetzend)*: Die Frage, ja kommt schon, wo ein großes Bauvorhaben in der Bucht von Fertőrákos, erinnern Sie sich, abgebrannt ist vor zwei Jahren, dargestellt wurde. Gibt es offiziell eine Mitteilung der ungarischen Behörden an die Burgenländische Landesregierung, was hier geplant ist?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meinem Wissen nach gibt es diese offizielle Mitteilung nicht, das ist uns ja auch im Welterbe-Beirat, im Verwaltungsbeirat das letzte Mal vom Geschäftsführer präsentiert

worden, allerdings in inoffizieller Art und Weise. Auch wir haben bis jetzt nur über Medienberichte gehört.

Soweit ich aber weiß, ist der Geschäftsführer bereits in Kontakt auch mit der ungarischen Seite und ich persönlich muss auch sagen, das Projekt übersteigt ja alle Dimensionen, die für diese Welterbe-Region verträglich sein sollten. Ich hoffe da auch sehr, falls wir da nicht auf einen grünen Zweig kommen mit den ungarischen Nachbarn, dass uns da auch die UNESCO entsprechend unterstützen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Edith Sack an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet.

Ich bitte daher Frau Abgeordnete Sack um Verlesung ihrer Anfrage.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Das Burgenland ist Vorreiter bei Bildung, Spitzenreiter betreffend Kinderbetreuungsquote und bietet eine Familienförderung auf Rekordniveau.

Welche Aktivitäten setzen Sie in diesem Jahr, um Familien im Burgenland bestmöglich zu unterstützen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungskollegen und -kolleginnen! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren, auch Sie natürlich auf den Zuschauerrängen! Zunächst einmal ja, es ist absolut richtig und ich glaube wir können alle stolz darauf sein, dass wir wirklich österreichweit das Familienland Österreichs sind, das Familienland Burgenland, mit höchsten Förderungen, mit Rahmenbedingungen, dass wir Zuzug haben, dass viele junge Menschen zu uns kommen mit ihren Kindern, teilweise Einstieg vorm Kindergartenbeginn, teilweise Einstieg im Burgenland dann vor Schulbeginn.

Das sicherlich auch deswegen, weil wir sehr, sehr gute Rahmenbedingungen haben und beispielsweise auch nachgewiesener Weise die sehr gute Wohnbauförderung, wofür ich mich beim Herrn Landeshauptmann sehr herzlich bedanke, weil das natürlich ein Hauptkriterium ist, warum junge Menschen ins Burgenland ziehen, zu diesen zwei Eintritten in Kindergarten oder Schule.

Wir sind also österreichweit an der Spitze von der Kinderbetreuung inklusive Bildung, so wie Sie, Frau Abgeordnete, gefragt haben, ja Kindergarten, Kinderbetreuung hat ja auch viel mit Bildung, Ausbildung, letztendlich auch mit Einkommen dann für die Eltern zu tun.

Insgesamt, meine Damen und Herren, fließen 35 Millionen Euro in die Kinderbetreuung. Der Großteil über das Budget des Herrn Landeshauptmannes, über Kindergartenunterstützungen, Investitionen und so weiter, aber natürlich auch an die Familien selber.

Was mir sehr wichtig ist, ist natürlich den Familien Halt zu geben, sie durch bestimmte Rahmenbedingungen hindurch zu begleiten und immer wieder zu schauen, wie kann man unterstützend wirken, weil ja, und das wissen sehr, sehr viele, Familie wunderschön ist, aber Familie nicht immer einfach ist, weil auch dazugehört, dass es Krisensituationen gibt, und so weiter.

Ich versuche in der Familienpolitik und in der Ausrichtung des Familienreferates immer danach zu trachten, dass vieles sich verändert. Daher gibt es auch immer wieder

neue Projekte oder neue Förderungen, weil die auch wichtig sind. Da brauche ich gar nicht darüber reden, vor so vielen jungen Zuschauerinnen und Zuschauern, wir haben immer mehr die klassischen Nicht-Familien, sozusagen. Vater-Mutter-Kind die gibt es, ja, wir haben über 10.000 Familien im Burgenland, aber beispielsweise haben wir schon sehr, sehr viele Familien, die nur mehr beispielsweise Vater oder Mutter haben.

Es gibt viele Patchwork Familien, es gibt ja auch viele andere Familienformen und dazu stehe ich auch. Ich bin auch jene, die das alles, egal für welche Form man sich entscheidet in der Partnerschaft eine Familie zu gründen, bin ich da absolut auf der Seite jener, die das selber bestimmen können. Aber es gilt natürlich, diese Familien dann dementsprechend auch zu unterstützen und das ist natürlich ganz verschieden, je nach Situation.

Was ganz wichtig ist, sind natürlich auch die diversen Familienförderungen meine Damen und Herren, immer wieder auszurichten. Wer braucht was und wann welche Unterstützung. Das heißt, es gibt direkte Familienförderungen, meine Damen und Herren, da liegen wir an der Spitze Österreichs, beispielsweise durch die Kinderbetreuungsförderung, Schulstartgeld, Kinderbonus für jene Eltern oder Alleinerziehende, vor allem Väter und Mütter, denen es nicht gut geht finanziell, hier einen Kinderbonus auszuzahlen, über das Familienauto, Mehrlingsgeburten und so weiter.

Aber, zum Zweiten muss es auch Sachleistungen geben, und da ist ein Budget von über fünf Millionen Euro für 2018 vorgesehen. Diese Sachleistungen sind genauso wichtig, wie die direkten finanziellen Förderungen an die Familien, weil beispielsweise diese Sachleistungen, wie Eltern-Kind-Zentren zu errichten und zu unterstützen, oder beispielsweise für die Freizeit der Menschen zu sorgen, damit auch die, die nicht gerade das Glück haben, dass sie reiche Eltern haben, dass die auch beispielsweise sich Eintritte leisten können, über den Familienpass und so weiter. Was natürlich ganz, ganz wichtig ist, ist immer wieder neue Schwerpunkte zu setzen.

Für heuer, meine Damen und Herren, möchte ich Sie, Hoher Landtag, darüber informieren, und diese Frage dazu nützen, was die Schwerpunkte für 2018 sind. Wieder neue Schwerpunkte. Erstens Alleinerziehende. Ich habe es vorher schon erwähnt. Die Einkommenssituation und der Armutsbericht zeigen ja deutlich, dass alleinerziehende Frauen, in erster Linie sind es Frauen, von diesen über 10.000, über 8.000 Frauen, aber immer mehr alleinerziehende Väter, die es natürlich sehr, sehr schwer haben. Niemand von uns weiß, wie einmal die eigene Familiensituation ist, ob man nicht zuletzt als ein Elternteil überbleibt.

Für die gilt natürlich immer mein Augenmerk, genauso wie für Elternbildung. Ich habe vorher schon gesagt, es gibt Situationen im Leben der Eltern, wo sie oft Rat suchen. Daher sind beispielsweise Familienberatungsstellen enorm wichtig.

Natürlich meine Damen und Herren, es geht immer darum, dass wir schauen…

Präsident Christian Illedits: Zeitablauf, Frau Landesrätin!

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ)| *(fortsetzend)*: was brauchen die Eltern, was braucht Vater, Mutter, wie können wir den Kindern helfen. In dem Sinn bin ich stolz, wir alle können stolz sein, der Hohe Landtag hat ja dem Budget zugestimmt, dass wir ein gutes Budget für die Familien im Burgenland haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Leider schwebt über dem hervorragenden Gesamtangebot für Familien im Burgenland ein

Damoklesschwert. Drei sogenannte 15a-Vereinbarungen, mit denen der Bund seit 2014 Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung mitfinanziert, drohen mit heurigem Jahr ersatzlos auszulaufen.

Darunter die Vereinbarung, die die Finanzierung der Kinderbetreuungsförderung regelt. Gibt es diesbezüglich bereits Gespräche mit der zuständigen Ministerin?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, dazu vielleicht, auch damit uns alle folgen können, die uns zuhören oder zusehen. Wie funktioniert es im Moment? Herzlichen Dank an die Gemeinden, die sind die Träger der Kinderbetreuung im Burgenland. Wir haben auch einzelne private Vereine, die das organisieren.

Herzlichen Dank an alle, genauso wie an die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, die hier großartiges leisten. Es sind über 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Gemeinden, von den Gemeinden angestellt werden und hier auch einen Arbeitsplatz vor Ort haben, die ganz wichtig sind für die Weiterbildung und Bildung in den Kindergärten und in den Kinderkrippen. Wie finanziert sich das? Bisher war das so, ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, der Herr Landeshauptmann finanziert über 30 Millionen Euro für Ausbau der Kindergärten, Kinderkrippen und Einrichtungen. Ich darf aus dem Familienbudget über vier Millionen Euro an die Eltern direkt auszahlen.

Die Eltern können sich dann das alles leisten und hier wieder ein klares Bekenntnis, was tut die alleinerziehende Mutter oder der alleinerziehende Vater? Die brauchen das, die müssen sich Kinderbetreuung leisten können, weil es hier bei der Kinderbetreuung um Bildung geht.

Kinderbetreuung, Kinderkrippe, Kindergarten, sind Bildungseinrichtungen. Daher ist das wahnsinnig wichtig. Der zweite Teil ist bis jetzt vom Bund gekommen. Wir haben bisher, nur dass Sie eine Zahl haben, über vier Millionen Euro für drei Vereinbarungen mit dem Bund. Bund heißt Vereinbarung. Er zahlt dazu, nämlich für den Ausbau der Kinderbetreuung, für die halbtägig kostenlose Kinderbetreuung, beziehungsweise für die frühe sprachliche Förderung. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist schon aus! Ihre Zeit ist abgelaufen!)*

Ganz konkret, Sie haben gefragt gibt es schon einen Termin? Wir müssen das eigentlich, weil die ersten laufen jetzt schon aus, die ersten Zusagen des Bundes müssen jetzt schon den Hohen Landtag damit beschäftigen, dass Sie heute oder zumindest im nächsten Monat diesen Beschluss fassen, dass wir diese über vier Millionen wieder bekommen.

Warum? Wer wird die Zeche zahlen, wenn es nicht dazu kommt? Die Eltern. Die Gemeinden und die Eltern, und ich frage alle, die uns heute zuhören und zusehen, ob das richtig ist, dass die Eltern so belastet werden, mit der Kinderkrippe und Kindergarten, dass sie ihre Kinder nicht mehr dorthin geben können? Das ist falsch, wie hier gearbeitet wird.

Präsident Christian Illedits: Zeit, Frau Landesrätin!

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ)| *(fortsetzend)*: Nein, die Frau Ministerin hat mir bereits mehrfach die Termine abgesagt. Ich freue mich, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Aber die ist zuständig!)* dass ich sie hoffentlich nächste Woche sehe. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben vorhin bei der ersten Frage die Wichtigkeit der Familienberatungsstellen angesprochen.

Der Budgetvoranschlag des Bundes für 2018 sieht eine Kürzung der Förderungen für die Familienberatungsstellen um eine Million Euro vor.

Welche Auswirkungen haben diese Kürzungen für die Familienberatungsstellen im Burgenland?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, vielen Dank für die Frage. Warum? Weil es darum geht, dass wir hoffentlich schaffen, diese 16 Familienberatungsstellen im Burgenland zu erhalten. Warum? Ich zähle es Ihnen nur auf, weil Sie wissen, ich stehe dazu. Ob im Konsumentenschutz, in der Schuldnerberatung, in anderen Dingen, dass wir wohnortnahe sind. Weil nicht jeder einen Urlaubstag nehmen kann, damit er irgendwohin fahren muss, so ist es immer wichtig, dass Väter und Mütter hier, Großeltern natürlich, sich hier wohnortnah beraten lassen können.

Anonym, natürlich kostenlos, das ist mir ganz, ganz wichtig. Ich bedanke mich hier bei den 16 Familienberatungsstellen. Drei betreibt das Land selber, aber alle anderen sind private Vereine, die hier viel Ehrenamt hineinstecken. Das ist beispielsweise die Caritas mit zwei, auch unter anderem die Männerberatung, Kinderschutzzentrum von Rettet das Kind.

Der Burgenländische Familienbund betreibt genauso wie in beispielsweise Eisenstadt hier eine zweite Institution, Pöttsching oder Neusiedl am See, Frauenkirchen, Mattersburg. In Oberpullendorf wie in Oberwart gibt es beispielsweise zwei Institutionen. In Markt Allhau, auch hier ist beispielsweise der Verein VAMOS, ein Teil der Familienberatungsstelle Pinkafeld vom Burgenländischen Familienbund, in Güssing und letztendlich auch in Jennersdorf. Das heißt, wir haben es regional geschafft, diese 16 Familienberatungsstellen zu den Menschen zu bringen, die Probleme haben.

Ich frage Sie nur, in welcher Familie gibt es nicht Probleme? Die das so darstellen, die schwindeln. Weil da gibt es halt einfach Phasen im Leben von Kindern und Eltern, wo man sich unbedingt einen Rat holen soll und das, wenn das so stimmt, wie es im Budget abgebildet ist, fehlt eine Million. Das heißt, mehr als 18.000 Stunden müssten gekürzt werden. Das heißt fürs Burgenland, dass ein paar zusperren.

Wenn wir nicht mehr als diese eine Million wieder draufkriegen, dann bedeutet das auch das Ende für die eine oder andere Familienberatungsstelle im Burgenland. Das möchte ich nicht, weil die Eltern, weil die Familien das ganz, ganz dringend brauchen und das wohnortnahe. Ich hoffe und appelliere an die ÖVP, bitte schauen Sie, dass wir doch noch diese eine Million Euro kriegen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Da sitzt eh der Regierungspartner!)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Resetar.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie sind für die Kinderbetreuung nicht zuständig, das ist der Herr Landeshauptmann, und das ist auch gut so. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP)* Die von Ihnen leider Gottes wieder nur angekündigte Verbesserung der Randzeiten in der Kinderbetreuung sind noch immer nicht gelöst. Sie haben einmal eine Förderung zur Verfügung gestellt, um in weiterer Folge einen Betriebskindergarten zu installieren.

Wie weit ist dieses Projekt von Karl Reiter gediegen?

Die Kinderbetreuung ist noch immer nicht gelöst. Sie haben einmal eine Förderung zur Verfügung gestellt, um in weitere Folge einen Betriebskindergarten zu installieren.

Wie weit ist dieses Projekt von Karl Reiter gediehen? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was es wiegt, das hat es.)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Vielen herzlichen Dank für Deine Arbeit. Du bist geliebt, ich leider offensichtlich nicht, aber es ist wichtig, dass Du das machst. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na ja! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war jetzt zwar ein bisschen übertrieben, aber wenn wir es uns aussuchen können.)* Applaus für den Landeshauptmann.

Ich glaube, ich habe es vorher fünfmal mindestens gesagt, dass der Herr Landeshauptmann für Kinderbetreuung zuständig ist, was er alles tut. Ich freue mich, dass wir das gemeinsam so hochgebracht haben, nämlich eine Kinderbetreuung, ein Familienland Burgenland.

Ich habe Herrn Landeshauptmann vorher auch wegen der Wohnbauförderung gelobt - das haben Sie sicher auch gehört -, weil die Wohnbauförderung ganz wichtig ist für die jungen Menschen, für die Familien, damit sie sich das auch leisten können. Vielen herzlichen Dank Herr Landeshauptmann.

Frau Abgeordnete, ja, Sie haben recht, insofern, ich gebe Ihnen mit Ihrer Frage absolut recht: Wie schaut es aus mit zusätzlichen Kinderbetreuungsförderungen *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, das habe ich nicht gefragt.)* beziehungsweise -einrichtungen. Warum? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Karl Reiter! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Es war eine konkrete Frage zum Betriebskindergarten, Frau Landesrätin.)* Nur keine Aufregung, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich bin nicht aufgeregt.)* ich komme schon zur Antwort, keine Sorge. Sie haben absolut recht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Konkrete Frage war das.)*

Jetzt gebe ich Ihnen einmal recht und das ist auch nicht recht, ganz weiß ich nicht mit Ihnen umzugehen. *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist mühsam.)* Sie haben Recht, dass Sie gesagt haben, es braucht zur institutionellen Kinderbetreuung noch immer mehr. Randseiten, das haben Sie mich vorher gefragt. Das ist ganz wichtig, dass wir bei den Randseiten schauen und vor allem darf ich Ihnen gratulieren *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Eine Minute haben Sie noch Zeit.)* auf Bundeseben, wir werden die Randseiten noch immer mehr brauchen, Sie tun das den Frauen an, die dürfen jetzt nicht acht Stunden pro Tag arbeiten, sondern zwölf. Daher werden wir noch viele Betreuungseinrichtungen brauchen, *(Abg. Walter Temmel: Beantworte die Frage! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Die Frage!)* weil das zeigen Sie mir, wie Sie als ÖVP das schaffen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Betriebskindergarten Karl Reiter Stegersbach!)* dass man Frauen nicht aus dem Arbeitsplatz drängt, zwölf Stunden und 14 Stunden sind sie weg. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Fragen Sie Ihren Regierungspartner! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der wird das ja alles verhindern.)* Ich gratuliere Ihnen herzlich.

Fragen Sie mich bitte nie mehr etwas über Familienpolitik *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist ein Fremdwort.)* und vor allem, Sie sagen immer, Sie sind die Partei der Familien. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist das für eine Antwort?)* Vielen herzlichen Dank für den Zwölf-Stunden-Tag für die Eltern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Walter Temmel: Du hast beantwortet hier?)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt wäre es einmal an der Zeit, Herr Präsident, dass Sie sich zu Wort melden. Ehrlich!)*

Herr Abgeordneter Steiner, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dass die Frage beantwortet gehört und nicht irgendwie … - Der Präsident gibt das Glockenzeichen - Abg.*

Ingrid Salamon: Wer ist denn jetzt eigentlich am Wort? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war eine konkrete Frage, die nicht beantwortet wurde. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen) Herr Abgeordneter Steiner! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja!)* Haben Sie die Glocke gehört? Sie wissen, was das heißt? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Andere haben es auch nicht gehört.)* Gut, in Ordnung.

Sie stellen die Fragen, wenn Sie sich melden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na und?)* und die Landesrätin antwortet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber die Antwort ...)* Die Entscheidung, was Sie antwortet, ist ihre Entscheidung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bravo, Herr Präsident!)* Herr Abgeordneter, das wissen Sie ganz genau, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bravo, Herr Präsident!)* und ich habe die Frage … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie sind ein Hüter der Rechte des Landtages.)*

Herr Abgeordneter Steiner, jetzt habe ich es Ihnen zweimal gesagt, wenn ich das Wort habe, haben Sie kein Wort. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, genau! Und?)*

Herr Abgeordneter Steiner, Ihre Art, die Würde des Hohen Hauses zu missachten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau!)* ist auch eine eigene, das kann man auch so jetzt sehen. Ich habe die Frage zugelassen, weil die Frau Abgeordnete Resetar die Frage, obwohl die Frau Landesrätin für Kinderbetreuung nicht zuständig ist, die Frage auf ein Projekt bezogen hat. Deshalb habe ich die Frage eigentlich an die Frau Landesrätin zugelassen. Das wissen Sie. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na und? Was ist das? Entschuldige! - Abg. Walter Temmel: Hat sie ja gar nicht beantwortet. - Abg. Manfred Kölly: Setzt Euch zusammen!)* Die Antwort haben Sie auch schon bekommen.

Wir kommen jetzt zur vierten Anfrage. Sie ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Doskozil gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Eine Premiere einer mündlichen Anfrage von mir an Herrn Landesrat Doskozil.

Sehr geehrter Herr Landesrat! Ab dem Studienjahr 2017/2018 haben Studierende des Haydnkonservatoriums die Möglichkeit, durch deine Kooperation mit der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien im Studiengang Instrumental- und Gesangspädagogik (IGP) einen Bachelorabschluss zu erlangen. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung europaweiter Anerkennung der tertiärer Ausbildung und Aufbau der wissenschaftlichen Arbeit am Haydnkonservatorium.

Gibt es Ihrerseits das Bestreben, diesen erfreulichen Weg weiterzugehen und dem Haydnkonservatorium die Anerkennung als Musikuniversität zu ermöglichen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Joseph Haydn Konservatorium ist unbestritten eine ganz wesentliche Bildungseinrichtung im Burgenland. Beispielsweise studieren hier jährlich mehr als 300 Studenten insgesamt aus 30 Nationen.

Wir haben 40 Lehrende an dieser Bildungseinrichtung. Es ist richtig, wie Sie gesagt haben, dass wir als Konservatorium keine tertiäre Bildungseinrichtung sind, sondern in den letzten Jahren versucht haben, mit einer Kooperation mit einer Universität in Bratislava das zu kompensieren. Jetzt aktuell mit der Universität für Musik und

darstellende Kunst in Wien, wo es teilweise ermöglicht wird, hier auch einen Bachelorabschluss zu absolvieren.

Es ist ein richtiges Bestreben aus meiner Sicht auch von den Verantwortlichen des Konservatoriums, hier einen nächsten Schritt zu setzen. Ob es der richtige Schritt ist in Richtung Privatuniversität zu gehen, werden wir erst beurteilen. Das ist ein Prozess, der in weiterer Folge jetzt auch stattfindet, ob dieser - wie gesagt - Schritt in Richtung Privatuniversität geht oder beispielsweise auch ein Modell gesucht wird, wie es ja schon seit Jahren ausgezeichnet in Oberschützen funktioniert, das wird in weiterer Folge beurteilt.

Aus meiner Sicht ist wichtig, dass beste Rahmenbedingungen für die Studierenden geschaffen werden und dass es sekundär an und für sich ist, welcher Deckmantel und welche Hülle hier vorhanden ist, weil es natürlich auch im Bereich der Privatuniversität schon auch eine Finanzierungsfrage ist, wieviel kostet das und können wir uns das in weiterer Folge nicht ad hoc sondern für den Betrieb auf Dauer, weil das ist ja wichtig, dass wir einen dauerhaften Betrieb etablieren, auch leisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich denke mir, das Zusammenwirken von Wissenschaft und Kunst ist schon eines, das mehr bedeutet, welche Rahmenbedingungen zum Studieren geschaffen wurden, da geht es schon um einen nächsten Schritt. Ich verstehe schon, dass das Kostenargument auch ein großes ist.

Gibt es Schätzungen, welche Kosten auf das Land zukommen würden?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Es gibt in Bezug auf die Etablierung der Privatuniversität von Mitarbeitern des Hauses im Bereich des Konservatoriums entsprechende Schätzungen, dass sich jährlich diese Kosten bis zu 400.000 Euro bewegen werden.

Ich glaube nicht, dass das noch die absolut richtigen Zahlen sind, es werden teilweise Kosten noch hinzukommen. Aber in dieser Phase, in dieser Beurteilungsphase sind wird. Und es tut mir leid, wenn ich das sagen muss, es ist wirklich egal, auch in Bezug auf die Lehre und auch in Bezug auf die Wissenschaft, ob es eine Systematik sein wird wie in Oberschützen, denn auch die ist eingebettet in das universitäre System, natürlich Universität Graz, und auch dort findet Forschung und Wissenschaft statt und es ist egal, ob es eine Privatuniversität ist, auch dort findet Forschung und Wissenschaft statt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von Herrn … *(Abg. Mag.a Petrik: Ich habe noch eine Zusatzfrage.)* - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Es geht natürlich auch um den akademischen Grad, mit dem man abschließen kann.

Aber eine Rückfrage: Wann schätzen Sie, werden diesbezügliche Entscheidungen getroffen sein, weil es ja auch darum geht, dass sich Studierende und künftige Studierende ihren Studienweg einteilen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Die Entscheidung, welche Richtung wir einschlagen werden, also im Bereich Modell Oberschützen oder doch im Bereich

Privatuniversität für das Land, wird sicherlich in diesem Jahr fallen. Die Etablierung in weiterer Folge, wenn es die Entscheidung sein sollte Richtung Privatuniversität, Sie wissen, das sind dann Zertifizierungen et cetera vorzunehmen, das wird natürlich dann noch einige Zeit dahinter in Anspruch nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Steindl.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Meines Wissens wird ja jetzt schon im Haydnkonservatorium sehr wissenschaftlich und fundiert gearbeitet. Das zeigen sehr viele Projekte außerhalb des Musikunterrichts.

Erstmals in der Geschichte des Haydnkonservatoriums hat vor eineinhalb Wochen ein Tag der Offenen Tür in Eisenstadt unter dem neuen Direktor Dr. Tibor Nemeth stattgefunden, und es gab Gelegenheit, dieses breite Angebot des Konservatoriums dementsprechend kennenzulernen von der musikalischen Einzelerziehung, Kammermusik, symphonisches Orchester, Opernaufführungen, Jazz, Big Band-Aufführung, gibt es eigentlich eine breite Palette.

Nicht so sehr bekannt sind die internationalen Aktivitäten.

Präsident Christian Illedits: Bitte die Frage.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP) *(fortsetzend)*: Daher meine Frage, Herr Präsident: Welche sind in den letzten Jahren gepflegt worden beziehungsweise werden bis dato vom Haydnkonservatorium gepflegt und umgesetzt?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Ich habe es kurz schon anklingen lassen. Das Joseph Haydn Konservatorium ist natürlich international sehr stark vernetzt. Wir haben Studierende am Joseph Haydn Konservatorium von über 30 Nationen, die zu uns nach Eisenstadt kommen. Das Joseph Haydn Konservatorium ist auch eingebettet in das europäische ERASMUS-Projekt, was auch ermöglicht, entsprechende Semester in Eisenstadt zu absolvieren.

Jetzt ist auch in Planung, Kooperationen einzugehen mit einer Universität in den USA und mit einer zweiten Universität in China, um diesen internationalen Aspekt auch zu festigen, zu etablieren und begleitend dazu den Schritt in eine universitäre Ebene auch zu ermöglichen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Die anderen haben keine Fragen mehr.

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Am 27. Mai 2018 veranstaltet - laut einer Veranstaltung auf Facebook geäußert - das Familienreferat des Landes Burgenland eine Familienmesse in Neudörfl. Als Mitveranstalter sind auf einer Veranstaltungseinladung die Kinderfreunde Burgenland angeführt.

Aus welchem Grund veranstaltet das Familienreferat exklusiv mit den Kinderfreunden eine Veranstaltung ohne Beteiligung anderer Familienorganisationen des Burgenlandes?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren von der Regierungsbank! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren in den Zuschauerrängen beziehungsweise zuhause! Ich habe vorher während der Anfrage zur Familie schon die Wichtigkeit der Familie fürs Burgenland herausarbeiten können.

Ich habe mich daher 2001 damals entschlossen, dass ich den damaligen amtierenden Bischof, den Herrn Dr. Paul Iby, gefragt habe, ob er sich vorstellen kann, weil es mir wichtig war, auch hier dezentral mit allen zu arbeiten, ob es hier möglich ist, eine Allianz der Familie zu gründen. Sie kennen die Geschichte, wahrscheinlich jene, die schon länger im Hause sind.

Ich habe dann weitergearbeitet und mittlerweile haben wir 16 Institutionen, die zur Allianz der Familie gehören. Das bedeutet: Das burgenländische Volksbildungswerk, das burgenländische Volksliedwerk, die Caritas, katholischer Familienverband, evangelische Kirche, Familienbund, Familienreferat - sind natürlich immer mit dabei -, die katholische Aktion, die Kinderfreunde, Kolping, Landesverband der Elternvereine, Montessori Storchennest, Referat für Ehe und Familie der Diözese Eisenstadt, SOS Kinderdorf, Verein Tagesmütter und die Volkshilfe. Das bedeutet, dass wir alle Institutionen, die mit Familien arbeiten, täglich fast arbeiten, dass ich die mit ins Boot geholt habe, mit an Bord geholt haben.

Ich glaube, wenn wir überall die Familien unterstützen, auch auf jeder Ortsebene, bei jeder Beratung, sind wir da am besten aufgestellt. Das ist so ausgemacht, dass jedes Jahr jemand den Vorsitz übernimmt. Heuer beispielsweise haben den Vorsitz der katholische Familienverband und die katholische Aktion. Mit ihnen gemeinsam machen wir natürlich sehr vieles; von ihnen kommt auch die Hauptveranstaltung.

Im Jahr 2017 hatten die Kinderfreunde burgenlandweit den Vorsitz und haben damals - sind auf mich zugekommen und haben gesagt, wir haben eine gute Idee -diese war dann wirklich unglaublich gut, weil sie sehr gut angenommen wurde: Wir haben die Idee, eine Familienmesse zu organisieren. Diese Familienmesse haben sie auch als ihre Hauptarbeit als vorsitzführende Familienallianz gehabt, nämlich eine Familienmesse zu organisieren.

Heuer beispielsweise hat der katholische Familienverband und die katholische Aktion das Thema Väterbeteiligung. Ich darf Sie wirklich sehr herzlich zur Hauptveranstaltung einladen, nämlich dass Väter auch wichtig sind in der Kindererziehung. Die Kinderfreunde organisieren das genauso wie die katholische Aktion oder der Familienverband, wie alle anderen Vorsitzenden, von sich aus.

Wenn sie auf mich zukommen - und das war voriges Jahr auch so -, dass wir natürlich sie auch finanziell unterstützen, mache ich das gerne. Ich kann Ihnen gerne genau jede Abrechnung zeigen, da ist kein Euro mehr, sondern nur das, was sie für Vortragende gebraucht haben, wie genauso der katholische Familienverband und Jahre davor, seit 2001, entsprechend hier Gelder natürlich für die Abhaltung schaffen. Das heißt, nicht allein, sondern als ein Allianzmitglied mache ich das.

Die Kinderfreunde sind heuer beispielsweise auch wieder an den katholischen Familienverband herangetreten als Vorsitz und haben gesagt, wir machen eine Familienmesse. Das machen sie heuer sicher auch. Voriges Jahr waren bei dieser Familienmesse über 300 Familien. Ich darf Sie übrigens auch alle sehr herzlich einladen. Es gibt tolle Vorträge und viele andere Allianzmitglieder organisieren auch vor Ort, durch das ganze Land, verschiedene Bildungsangebot wie:

Will ich überhaupt einmal Vater oder Mutter werden? Oder: Wenn ich das bin, wie kann ich mich da gut beraten? Es können auch Großeltern kommen und so weiter. Also, eine ganz tolle Sache, die mit dieser burgenlandweiten - ich glaube, dass es das österreichweit nirgends gibt - Woche der Familie, wo der Fokus darauf gerichtet ist.

Also näher zusammengefasst: Keine exklusive Familienorganisation, die von mir unterstützt wurde. Jedes Jahr ein anderer Vorsitz. Jedes Jahr unterstütze ich den Vorsitzenden, die Organisation oder Institution, natürlich soweit es im budgetären Rahmen möglich ist.

Ganz konkret, ich habe mir das heraussuchen lassen, war das - aber das kann ich Ihnen gerne auch schriftlich dann geben - an die 5.000 Euro, die die bekommen haben. Sie müssen natürlich dem Familienreferat genau jeden Euro nachweisen, wofür sie es gebraucht haben, genauso wie eben heuer die katholischen, wie zwei Jahre vorher andere. Es ist alles rechtens und keine Bevorteilung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Habe ich das jetzt richtig verstanden? Wenn die Kinderfreunde gesagt haben, das ist eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Familienreferat, dann war das halt von dieser Seite nicht ganz korrekt ausgedrückt? Es hätte heißen sollen: Mit Förderung von! Ist das so richtig?

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete, wie ich vorher schon gesagt habe. Natürlich, klar, weil, wie gesagt, es gibt viele Familenallianz-Mitglieder, die sich genauso wie die Kinderfreunde heuer wieder beteiligen an verschiedenen Festen, Veranstaltungen und Bildungsangeboten, machen das die Kinderfreunde, macht das der jeweilige Allianzvorsitzender. Ja, die Kooperation ist immer da, weil das Familienreferat natürlich das immer unterstützt, egal wer die 16 Institutionen sind mit Vorsitz, aber es ist keine Kooperation, sondern es ist nur eine Unterstützung für den jeweiligen Allianzvorsitzenden, so, wie seit 2002, war die erste Woche der Familie, so wie jedes Jahr auch im Vorjahr, und wie gesagt, heuer wird es genauso gelten für die katholische Aktion.

Also, wie gesagt, nicht unterstützend im Sinne von gemeinsamer Veranstalter, sondern immer unterstützend die Veranstaltung selbst. Ich darf das noch einmal ganz klar ausdrücken. Wir freuen uns, wenn Sie kommen. Zurzeit haben wir - hat mir der katholische Familienverband zurückgeantwortet - bereits elf Vortragende und 30 AusstellerInnen bei der Familienmesse. Ich darf Sie auch noch einmal, man kann sich immer noch melden und kann dort mittun, ich darf Sie auch im Namen des katholischen Familienverbandes und der katholischen Aktion, weil das Thema gefällt mir sehr gut, sie haben heuer „Männer mag man eben 2.0“ gewählt, weil es uns ganz wichtig ist, in der Familie, dass man Väter, und ich habe im Vorjahr … *(Beifall des Abg. Ing. Rudolf Strommer)*, danke für den Applaus Herr Präsident Strommer, danke schön, ich gebe das weiter.

Wir haben voriges Jahr im Familienreferat auch schon das Thema Väterbeteiligung gehabt. Ich kann mich noch an die jungen Männer auf der Tribüne, natürlich an alle, die im Landtag hier sitzen, wenden, wir brauchen die Väter und die Väterbeteiligung ganz dringend. Hier geht es wirklich darum, eine moderne Partnerschaft, gemeinsam Kinder, und ich finde es ganz toll, dass hier beispielsweise eines ganz klar heißt, bitte versäumen Sie das Wichtigste als Vater in Ihrem Leben nicht, nämlich Vater zu sein.

In diesem Sinne, eine Familie braucht Väter und Mütter. Ich freue mich auf die Woche der Familie. Ich lade Sie alle herzlich ein, dass Sie bei den verschiedenen Veranstaltungen mittun. Familie ist wichtig! Herzlichen Dank für Ihr Mittun! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Resetar.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Schade, dass Sie mir vorhin die Frage nicht beantwortet haben. Ich kann Sie Ihnen aber beantworten. Ich habe es damals nicht verstanden, warum Sie aus Ihrem Budget ein Projekt unterstützen, wo es um Kinderbetreuung gegangen ist, obwohl Sie damals nicht zuständig waren. *(Zwischenruf der Abg. Doris Prohaska)*

Ein anderes Thema zur Unterstützung der Familien wurde auf Initiative unseres Landesparteiobmannes Thomas Steiner, eine Änderung der Kinderbetreuungsförderung beantragt, …

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Frage bitte.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)***:** Um den Eltern erstens einmal die viele Zettelwirtschaft zu ersparen und die Beiträge entsprechend dem Verbraucherpreisindex zu erhöhen. Sie haben es abgelehnt.

Wieso hat sich Ihre Partei, die SPÖ, gegen die Unterstützung von Familien entschieden?

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Randzeiten, ich gebe Ihnen auch jetzt gerne die Antwort, ist wichtig. Ich habe viele Organisationen schon unterstützt. Kinderbetreuung in den Randzeiten ist wichtig. Überhaupt jetzt, durch Ihren Bundeskanzler Kurz, der zwölf Stunden die Frauen arbeiten lässt, wird das schwierig.

Zweitens ganz klar, Sie haben gesagt, Ihr Chef, der Herr Bürgermeister und Abgeordneter Steiner will, dass ich die Familie, dass ich hier eine andere Form der Auszahlung der Kinderbetreuung organisiere. Ich kann mich noch gut erinnern, als dann, zu meiner Überraschung, weil ich halte eigentlich vom Bürgermeister von Eisenstadt nicht das Schlechteste, *(Abg. Ingrid Salamon: Ach so.)* er macht ja einige Dinge sehr gut, nicht alle, aber das ist seine Sache, als der Herr Vizebürgermeister aufgestanden ist, Frau Abgeordnete, und gesagt hat, Herr Bürgermeister, warum haben Sie in Eisenstadt so eine Erhöhung bei der Kinderbetreuung von den Eltern abverlangt? Das ist mir aber im Gedächtnis geblieben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber das, was ich gesagt habe, auch.)* Also ganz so toll findet der Herr Abgeordnete Steiner wahrscheinlich auch nicht die Familien, weil sonst würde er im Kindergarten Eisenstadt nicht solche hohen Betreuungsgelder *(Abg. Walter Temmel: Das hat er eh erklärt.)* von den Familien verlangen.

Ja, ganz klar die Beantwortung, sehr geehrte Frau Abgeordnete, es ist ganz wichtig, dass ich hier als Familienlandesrätin, wie ich vorher schon gesagt habe, die Familien unterstütze, davon werden Sie mich nicht abbringen, weil Familien das brauchen, egal, wie sie zusammenleben, dass ich direkt an die Familien diese Kinderbetreuungsförderung auszahle.

Wir werden auch online noch etwas verbessern. Das ist immer wichtig. Nicht alles ist gut. Daher muss man immer weiterarbeiten. Eine Onlineversion wird es geben, damit

es noch schneller geht. Ich helfe den Familien und stehe zu burgenländischen Familien. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin.

Die Fragestunde ist durch Zeitablauf b e e n d e t. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zur Geschäftsordnung bitte!)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte das so nicht stehen lassen, nämlich das Agieren des Herrn Landtagspräsidenten vorhin in der Fragestunde, weil Sie mir vorgeworfen haben, mein Verhalten würde dem Hohen Haus nicht entsprechen *(Abg. Christian Illedits: Sicher!)* oder die Würde des Hohen Hauses nicht entsprechen. *(Abg. Christian Illedits: Wenn ich läute.)*

Sie haben die stärkste Waffe eingesetzt, die Sie haben, nämlich die Glocke, und haben mich dann dazu sozusagen gebracht, dass ich nichts mehr sagen darf. Aber jetzt kann ich es sagen.

Ich meine, die Geschäftsordnung sieht schon vor, dass ein Abgeordneter eine Frage stellen kann. Darin geben Sie mir recht. *(Abg. Christian Illedits nickt.)*

Jetzt gehen Sie offensichtlich davon aus, dass völlig egal, was das Regierungsmitglied sagt, und wenn es nur dreimal „bla“ sagt, der Geschäftsordnung Genüge getan worden ist. Die Geschäftsordnung … *(Abg. Christian Illedits: Habe ich das gesagt?)* So haben Sie es gemeint. *(Abg. Christian Illedits: Wissen Sie, was ich meine?)*

Die Geschäftsordnung sieht aber schon auch vor, dass auf eine konkrete Frage auch eine konkrete Antwort gegeben wird, *(Abg. Walter Temmel: So ist es.)* und das war im Fall der Landesrätin Dunst nicht so. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Gar nichts.)*

Dann sage ich Ihnen ganz ehrlich, dann würden wir uns, und ich mir, und wahrscheinlich die Burgenländerinnen und Burgenländer von einem halbwegs objektiven Präsidenten schon erwarten, dass er auch das Wort ergreift und auch das Regierungsmitglied darauf hinweist, dass auch eine inhaltliche Anfragebeantwortung notwendig ist.

Das ist ein Recht der Abgeordneten, und Sie als Landtagspräsident hätten eigentlich die Aufgabe, die Rechte der einzelnen Abgeordneten des Landtages insgesamt zu wahren, und Sie tun das nicht.

Deswegen ist Ihr Verhalten der Würde des Hohen Hauses jedenfalls nicht gerecht geworden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. *(Abg. Christian Illedits: Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Herr Kollege Steiner! Wenn Sie die Geschäftsordnung jetzt zitiert hätten, dann wissen Sie, dass ich mich korrekt und zu 100 Prozent an die Geschäftsordnung gehalten habe. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt so nicht. Das stimmt nicht.)*

Den Inhalt, den Sie mir vorlesen, wo es steht, dass ich über den Inhalt des … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das Problem ist …)* Herr Kollege Steiner, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zur Geschäftsordnung!)* können Sie sich irgendwo einmal zurückhalten und mich

ausreden lassen? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich weiß ja schon, was Sie sagen wollen. - Heiterkeit in den Reihen der ÖVP - Abg. Doris Prohaska: Ein Weissager!)*

Gut. Ich zitiere jetzt nur die Geschäftsordnung. Ich sage nicht, so wie Sie das praktizieren, ich halte keine Rede, ich sage nur einfach, ich habe mich streng an die Geschäftsordnung gehalten. Wenn ich auf die Inhalte von jemandem, der eine Frage beantwortet, Einfluss nehmen würde, dann würde ich gegen die Geschäftsordnung verstoßen. Ich kann auf keine Inhalte Einfluss nehmen.

Wenn Sie mir das vorlesen, dann gebe ich Ihnen recht. Aber die Geschäftsordnung regelt nur das Fragerecht, und das habe ich zweifelsohne auch der Frau Abgeordneten gegeben, auch wenn die Frage ein bisschen knapp war. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Neuerlich zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Ich habe befürchtet, dass Sie so antworten und dass Sie es entweder nicht verstehen wollen oder nicht verstehen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, in der Juristerei gibt es einfach Interpretationen von Gesetzestexten, *(Abg. Christian Illedits: Sie sind Jurist.)* auch von Geschäftsordnungen. Ich bin Jurist, genau, und man kann nicht immer nur von der reinen Wortinterpretation ausgehen, dann würden wir in Österreich bei der Auslegung des Rechts arm dastehen.

Wenn eine Möglichkeit geschaffen wird, dass man eine Frage stellt, dann impliziert das ja auch, dass auf diese Frage auch eine konkrete Antwort gegeben wird, weil sonst wäre es sinnlos. Entschuldigung.

Dann fragt irgendwer was und dann steht die Frau Landesrätin auf und sagt: Guten Morgen, danke für die Frage. Ich setze mich. Dann sagen Sie als Präsident: Das ist super, das ist in Ordnung, das ist formal in Ordnung. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ - Abg. Doris Prohaska: Das ist ja ein Wahnsinn.)*

Ich sage Ihnen ehrlich, kümmern Sie sich in Ihrer Aufgabe als Landtagspräsident darum, dass Sie wirklich die Rechte der Abgeordneten wahren und dass Sie nicht am parteipolitischen Gängelband der Regierung hängen. *(Beifall bei der ÖVP)*

2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „Das Beste für das Burgenland herausholen: Voller Einsatz für weitere EU-Förderungen nach 2020!“

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Geschäftsordnungsdebatte ist nunmehr beendet, und wir kommen nun zum zweiten Punkt der Tagesordnung, nämlich zur Aktuellen Stunde zum Thema: „Das Beste für das Burgenland herausholen: Voller Einsatz für weitere EU-Förderungen nach 2020!“, die vom SPÖ-Landtagsklub beantragt wurde.

Meine geschätzten Damen und Herren! Bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen; sodann ist je einem Sprecher jener Klubs, denen der erste Redner nicht angehört hat, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf fünf Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf. Die Redezeit der übrigen Redner ist auf fünf Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden können. Schließlich, meine geschätzten Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagspräsidenten, Landtagsabgeordneten Christian Illedits das Wort.

Ihre Redezeit, Herr Präsident, ist, wie bereits erwähnt, auf 15 Minuten beschränkt.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Ich denke, wir haben heute genau zum richtigen Zeitpunkt dieses Thema „Das Beste für das Burgenland herausholen: Voller Einsatz für weitere EU-Förderungen nach 2020!“ gewählt, weil seit gestern, Mittwoch, liegt der erste Vorschlag der Europäischen Kommission über den mehrjährigen Finanzrahmen, das heißt, für die erste Budgetplanung für die Förderperiode nach 2020 vor.

Damit ist der Startschuss für eine Diskussion gefallen, und so verstehen es wir auch heute als Sozialdemokratie, dass wir eben hier den Ankick machen wollen, wo wir alle Diskussionen entfachen wollen, weil es jetzt auch um Themen geht, weil es um Inhalte geht, die alle Burgenländerinnen und Burgenländer betreffen, und daher sind wir alle gefordert, alle Vertreter der politischen Parteien, jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten, sich für eine starke Finanzausstattung für das Burgenland einzusetzen.

Dieses Jahr 2018 ist ein sehr wichtiges Jahr für das Burgenland in der gesamten Europapolitik. Mit dem 1. Juli 2018 übernimmt Österreich den Vorsitz im Rat zur Europäischen Union. Aber gleichzeitig übernimmt auch das Burgenland den Vorsitz über die österreichische Landeshauptleutekonferenz, in der Person des Herrn Landeshauptmannes Hans Nießl. Damit rückt zweifelsohne das Burgenland ins Zentrum Österreichs und Österreich in das Zentrum der Europäischen Union.

Dieser Ratsvorsitz steht, verglichen mit den zwei vorhergegangenen - im Jahr 1998, im Jahr 2006 - unter ganz anderen Vorzeichen. Während damals die EU sich in einem Erweiterungsprozess befand, stehen wir heute in einer Zukunftsdiskussion und Debatte. Aber, wir möchten diese Aufmerksamkeit, die zweifelsohne hier in Österreich und im Burgenland gegeben ist, nutzen, um uns selbst als Burgenland, als burgenländische und europäische Erfolgsregion, zu präsentieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir wollen hier diese Gelegenheiten bei den vielen Treffen mit Kommissaren, mit Vertretern aus Europa, aber auch mit der österreichischen Bundesregierung nutzen, um das Beste für das Burgenland herauszuholen. Dieser mehrjährige Finanzrahmen, der seit gestern vorliegt, legt eben fest, in welchen Bereichen die EU wieviel Geld investiert und spiegelt natürlich auch die politischen Prioritäten wider. Nach den Vorgaben des mehrjährigen Finanzrahmens werden die jährlichen Haushaltspläne beschlossen und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten unter der politischen Kontrolle des Europäischen Parlaments ausgeführt.

Dieser mehrjährige Finanzrahmen gilt als langfristige Perspektive für die Planungssicherheit potentieller Empfänger von europäischen Mitteln. Dieser Finanzrahmen sieht jetzt, seit gestern wissen wir das, 1,279 Milliarden Euro für Mittel für Verpflichtungen vor. Das sind 186 Milliarden Euro mehr als bisher. Insgesamt soll aber dieser Haushalt damit unverändert 1,114 Prozent der europäischen Wirtschaftskraft betragen und seine Gültigkeit dann von 2021 bis 2027 eben erfolgen, wobei in der Mitte eine Halbzeitüberprüfung 2023 erfolgt.

Juncker hat diesen Finanzrahmen, natürlich weil er ihm vorliegt, als einen sehr modernen und flexiblen Finanzrahmen für die Union der 27, der die Grundsätze Wohlstand, Nachhaltigkeit, Sicherheit und Solidarität widerspiegelt, bezeichnet. Im Sinne der Flexibilität soll eine sogenannte Unionsreserve eingeführt werden, um auf unvorhersehbare Ereignisse und Krisensituationen reagieren zu können. Stichwort in dieser Periode: Das Migrationsthema.

Finanziert soll das eben durch diese Außenmittel werden, die nicht schon im Vorhinein verplant waren, Geld, das nicht ausgegeben wurde und das jetzt zurückfließt. Früher ist das zurück in den Haushalt geflossen. Jetzt soll das in einen Pool für diese sogenannte Unionsreserve fließen.

Welche Politikfelder werden mit diesem Finanzrahmen abgedeckt? Es ist zum einen der Binnenmarkt, Innovation und Digitales. Zum zweiten der Zusammenhalt von Werten. Hier finden wir die regionale Entwicklung und die Rekursion wieder. Zum dritten natürliche Ressourcen und Umwelt, zum vierten Migration und Grenzmanagement, zum fünften Sicherheit und Verteidigung, zum sechsten Nachbarschaft und Welt und dann die europäische öffentliche Verwaltung. Gestatten Sie mir, dass ich nur die für das Burgenland am meisten relevanten Aspekte herausgreife.

Zum einen Digitalisierung:

Hier würde ich sagen, hätte ich eine positive Bewertung beim ersten Blick auf diesen mehrjährigen Finanzrahmen, eben für mich in Anspruch genommen. Die Kommission hat hier wichtige Stoßrichtungen in Richtung eines digitalisierten Europas definiert. Im Rahmen der Flexibilität Conecting Europe wird die Union weiterhin in den Transeuropäischen Verkehr, in Digitalisierung und Energienetze investieren. Um das derzeitige Digitalisierungsdefizit, das zweifelsohne vorhanden ist, zu füllen, schlägt eben die Kommission ein neues Programm Digitales Europa vor, mit dem die Digitalisierung gefördert werden soll.

Die direkten Mittel für Forschung, Innovation und Digitales sollen um 64 Prozent gesteigert werden. Da sind zusätzlich dann auch noch Investitionen durch die Strukturfonds gegeben. Das spielt unserer burgenländischen Zielsetzung, wie ich meine, nämlich der umfassenden Digitalisierung, schon sehr gut in die Karten. Die Versorgung mit Breitbandinternet divergiert nämlich innerhalb der EU sowohl hinsichtlich der Netzstärke, als auch hinsichtlich der Netzabdeckung enorm.

Durch Hochleistungsinternet im ländlichen Raum forcieren wir nämlich die Möglichkeit von Betriebsansiedlungen und Bildungsmöglichkeiten, vermeiden Abwanderung und werten per globaler Vernetzungsmöglichkeit der regionalen Wirtschaftsstandorte abseits der Städtischen Ballungsräume auf. Mittlerweile könnte man sagen, waren früher Straßen und Kanalisation wichtige Standortkriterien, so entscheidet heute die digitale Infrastruktur im Rahmen der Daseinsvorsorge über die Attraktivität eines Wirtschafts- und Wohnsitzstandortes einer Region.

Der zweite Punkt, den ich mit einem Plus und Minus für mich und für uns definiert habe, ist die Kohäsionspolitik. Positiv ist, dass die maßgeblichen Fördertöpfe EFRE und ESF modernisiert und wichtiger Weise vereinfacht werden sollen. Damit wird einer wichtigen burgenländischen Forderung nach dem Motto: Weniger Bürokratie für die begünstigten Rechnung getragen. Dieses Regelwerk soll vereinheitlicht werden, sodass die Teilnahme an diesen Programmen einfacher und ihre Umsetzung rascher stattfinden wird. Also, ESF und EFRE sind zwei von drei Fonds der Kohäsionspolitik, die gemeinsam mit der Agrarpolitik auch weiterhin die großen Ausgabenblöcke bilden werden.

Ambivalent ist der ESF zu betrachten. Er wird gestärkt und künftig rund 100 Millionen Euro umfassen. Das sind 27 Prozent der Kohäsionsausgaben, die auch in wichtige Bereiche, nämlich, Jugendbeschäftigung, Qualifizierung und Umschulung von Arbeitskräften, soziale Inklusion und Armutsbekämpfung fließen sollen. Ein wichtiger Schwerpunkt wird auch die Jugend sein. Hier ist zu erwähnen, dass die Ausstattung von Erasmus+ mehr als verdoppelt werden soll.

Grundsätzlich entspricht dies unserem Förderschwerpunkten, denn aus der Sicht des Burgenlandes ist in den nächsten Jahren eine höhere Förderintensität in diesen Bereichen, nämlich, Unternehmensinvestition in die KMUs, in Gründungsoffensiven, in Forschung und Wettbewerbsfähigkeit sowie in die Digitalisierung überlegt worden. Aber, und das ist das Fragezeichen mit Rufzeichen, der Fonds läuft Gefahr, ausgedünnt zu werden. In Bezug auf diese vorgeschlagenen Strukturreformprogramme trägt die Umleitung von Mitteln aus der Kohäsionspolitik zur Durchführung eines stark zentralisierten Programms nicht zur Konvergenz im Euroraum bei und wirft eben auch Fragen zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips auf.

Wenn ich als Vertreter des Burgenlandes im EU Ausschuss der Regionen sein darf, dann stehe ich zur geplanten Verstärkung im Bereich des Grenzschutzes und der Migration. Diese dürfen aber nicht zu Lasten der Regionen gehen. Obgleich die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten angekündigt wird, trägt der mehrjährige Finanzrahmen in seiner jetzigen Fassung dem Ziel des Ausgleichs der Entwicklungsunterschiede innerhalb Europas zu wenig Rechnung.

Eine Situation, die uns tagtäglich berührt, ist die Situation des Arbeitsmarktes. Mit diesen Entwicklungsunterschieden ist das Burgenland vor allem in diesem Bereich konfrontiert. Trotz der rückläufigen Arbeitslosigkeit leidet unser Arbeitsmarkt an Wettbewerbsverzerrungen, die durch drastische niedrigere Löhne und weit höhere EU-Förderungen auf der anderen Seite der Grenze verursacht werden. Nur als Beispiel: das ungarische Lohnniveau liegt bei 16 Prozent des österreichischen Durchschnitts.

Gleichzeitig ist das Burgenland eine Zielregion für Arbeitskräftemobilität aus den Nachbarstaaten. Das zeigen auch Statistiken, nämlich, das Burgenland hat den höchsten Anteil von Einpendlern aus den benachbarten Mitgliedsstaaten im Österreichvergleich. Auch die Entsendungen aus dem benachbarten Ausland sind enorm hoch. Beinahe 8.000 sind an Entsendungen festzustellen.

Obwohl mit dieser Entsendedauer eine Reduzierung erreicht wurde, sind wir hier noch lange nicht am Ziel der Reise, denn nach wie vor ist diese Entsenderichtlinie die Basis für ein gedeihliches Lohn- und Sozialdumping.

Welche Lösungsansätze haben wir für uns hier definiert? Seit die Übergangsfrist für die neuen Mitgliedsstaaten verstrichen ist, hat sich am Wohlstandsgefälle nichts verändert. Das Burgenland hat währenddessen einen positiven Wandel durchlaufen. Von der Eistufung als Ziel 1-Gebiet über Phasing Out bis hin zum jetzigen Status als Übergangsregion. Ob das Burgenland, und das ist die eine Diskussion, in diesem Status als Übergangsregion verweilen kann, steht noch nicht fest. Nämlich, mit den Reichen der bis jetzt ausschließlich marginalen Benchmarks, nämlich, des durchschnittlichen europäischen BIPs, denn wenn wir jetzt eben diese 90 Prozentmarke überschreiten, dann wären wir theoretisch aus der Förderkulisse herausgefallen.

Der bevorstehende BREXIT wird eben durch den Wegfall eines Nettozahlerstaates die nächsten EU-Haushalte nicht nur schmälern, sondern auch einen statistischen Effekt mit nach sich ziehen, wo eben dieses BIP weiter nach oben schnellt.

Das heißt, die Indikatoren sind entscheidend. In diesem ersten Vorschlag der Kommission über den mehrjährigen Finanzrahmen stand ein langsames geordnetes Auslaufen der Förderungen oder eine Ausweitung der BIP Grenze für Übergangsregionen in der Diskussion, nämlich, von 70 bis 100 Prozent. Die bisherigen Lösungsansätze, nämlich, nur das durchschnittliche europäische BIP herzunehmen, gilt es neu zu beurteilen.

Dem neuen Finanzrahmen zufolge, dass das BIP als Hauptkriterium um weitere Indikatoren ergänzt werden soll, wie vom Burgenland gefordert, sehen wir dies als positiven Aspekt. Auch Budgetkommissar Oettinger hat beim Besuch, den der Landeshauptmann und ich ihm abstatten durften, dieses Szenario als ein mögliches, aus seiner Sicht, bejaht, weil es hier auch um Planungssicherheit und um Vertrauensschutz gegenüber den Mitgliedsländern geht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! All unser Bestreben muss es daher sein, uns gemeinsam dafür einzusetzen - in Europa, im Ausschuss der Regionen, aber auch bei der österreichischen Bundesregierung.

Was wichtig ist, auch für das Burgenland, sind die grenzüberschreitenden Projekte. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der optimalen übergangsregionsspezifischer Lösungen für regionsspezifische Probleme sind die ETZ Programme genau die richtigen. Die Ausstattung grenzüberschreitender Fonds, aber auch eine Vereinfachung der administrativen Umsetzung interregionaler Förderprojekte, könnte ein geeigneter Weg sein, um die Standards der weniger entwickelten Regionen, so wie es eben unser Nachbarland Ungarn ist, zu heben und Mittel für gut entwickelte Regionen, wie wir das eben sind, bereitzustellen.

So würden Regionen entstehen, die man als funktionale Regionen bezeichnen kann und dies würde zweifelsohne auch das Ziel, die Vision eines grenzenlosen Europas der Regionen weiter verstärken und die Lebensqualität der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger auf beiden Seiten der marginalen Grenze eben auch beeinflussen, nämlich, positiv beeinflussen.

Derartige Kooperationen sollten nicht auf geographische Naheverhältnisse, sondern durchaus auf Interessenslagen anwendbar sein. Wichtig ist aber auch das Szenario 4 zu diskutieren, nämlich, den Bereich der Subsidiarität. Wie von mir eingangs erwähnt, befindet sich die EU inmitten einer Zukunftsdebatte. Ein mögliches

Zukunftsszenario, nämlich weniger, aber einem effizienten Handeln, droht aus Sicht der regionalen Gebietskörperschaften negative Konsequenzen nach sich zu ziehen.

Durch diese Konzentration auf spezifische Bereiche, wie die Wirtschaft oder die Grenzsicherung, könnte mit unter die regional Politik aus dem Fokus geraten. Dies hätte fatale Auswirkungen auf die Zukunft der Kohäsionspolitik und die entsprechenden Finanzierungsmodelle.

Ein zentrales Thema wird deshalb in der zweiten Jahreshälfte auch die Subsidiarität darstellen. Dieses Subsidiaritätsprinzip beschreibt, welche Regierungsebene wofür zuständig ist. Ziel dieses Artikels 5 des Vertrages über das in der EU verankerte Prinzip ist es eben, Entscheidungen so bürgernah wie möglich zu treffen. Hier ist eben weniger mehr. Die EU soll sich nämlich nur dort engagieren, wo die einzelnen National Staaten nicht zuständig und vice versa ebenso. Man muss bestehende Arbeitsroutinen aufbrechen und effizienter werden. Bestehende Kompetenzbereiche müssen neu gestaltet und regionalen Gebietskörperschaften muss mehr Bedeutung in Sachen EU Politik eingeräumt werden.

Wenn ich zusammenfassen darf, dann gibt dieser erste Vorschlag zum mehrjährigen Finanzrahmen auf der Habenseite eine Forcierung der Digitalisierung, einen Schwerpunkt auf Jugend, Soziales und Beschäftigung, eine Aufstockung des europäischen Sozialfonds und eine Vereinfachung der Fördermittelbegünstigten.

Negativ zu beurteilen ist der Kompetenzbereich der Mittelverteilung. Hier wird ein zu zentralistischer Ansatz verfolgt. Hier müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Fördermittel wie bisher in die Regionen, und nicht in Nationalstaaten fließen. Die mangelnde Berücksichtigung der regionalen Spezifika ist im mehrjährigen Finanzvoranschlag zwar erwähnt, sie ist aber finanziell nicht explizit dargestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem ersten Vorschlag über diesen MFR ist der Startschuss für den Run auf die Fördergelder gefallen. Es gibt ein sehr ambitioniertes Umsetzungsprogramm nämlich 29.5.2018 und 12.6.2018. Zwischen diesen beiden Daten sollen detaillierte Vorschläge für Finanzprogramme vorgelegt werden. Danach wird vom Rat eine Zustimmung des Europäischen Parlaments angenommen. Dementsprechend muss dann jeder Mitgliedsstaat zustimmen. Der Wunsch der Regierungschefs, bei einem Gipfeltreffen dann am 9.5.2019 eine Einigung zu erzielen, ist ein erklärtes Ziel, das, wie ich meine, nicht leicht, aber möglicherweise zu erreichen ist. Dieser Vorschlag des MFR ist ein Vorschlag. Er bedarf einer Überarbeitung und ist bei einer solchen auch zugänglich. Es liegt nun an uns, allen im Rahmen unserer individuellen politischen Möglichkeiten das Beste für das Burgenland herauszuholen. Danke für ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Das Beste für das Burgenland herausholen: Voller Einsatz für weitere EU-Förderungen nach 2020!“ Dieser Titel, diese Aktuelle Stunde, beantragt durch die Kollegen von der SPÖ, gibt wohl wenig Raum für Kontroverses. In Analyse und Zielsetzung sind wir uns sicherlich alle einig, alle 36 Abgeordneten. Die erfolgreiche Entwicklung, die das Burgenland in den letzten 23 Jahren genommen hat, die wäre in wirtschaftlicher Hinsicht ohne die Förderungen der EU in dieser Form sicherlich nicht

möglich gewesen, das ist gar keine Frage. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt, etwas mehr als zwei Jahrzehnte nach dem EU-Beitritt, stehen wir im Land sozusagen vor einem Wendepunkt. 2020 wird die aktuelle Förderperiode, die vierte für das Burgenland, auslaufen und wird das Burgenland den Anspruch auf weitere Strukturförderungen, wie wir sie bisher gewohnt waren, nach 25 Jahren mitunter verlieren.

Das ist einerseits natürlich ein gutes Zeichen, weil der Grund dafür schlicht und einfach in einer erfolgreichen, wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung des Landes liegt, andererseits ist aber festzuhalten, dass der Verlust der Förderwürdigkeit dem weiteren Prozess, der weiteren Entwicklung mitunter nicht zuträglich wäre, diese weitere Entwicklung nicht begünstigen würde.

Das heißt, ein abruptes und ersatzloses Auslaufen der Strukturförderung ist kein Szenario, das wir uns im Land wünschen, das dem Land unbedingt gut tun würde. Gemessen am EU-Durchschnitt liegt das reale Bruttoinlandsprodukt im Burgenland fast bei 90 Prozent, knapp darunter - Stand 2016, 88 Prozent - angestiegen von unter 70 Prozent vor etwa 20 Jahren.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung und erfolgreichen Entwicklung hat das Burgenland nach wie vor Aufholbedarf. Das sieht man vor allem dann, wenn man sich die Zahlen der anderen österreichischen Bundesländer anschaut.

An der Spitze liegen Salzburg und Wien mit 154 beziehungsweise 153 Prozent des EU-Durchschnitts und selbst jene Bundesländer, die unmittelbar vor uns liegen, NÖ und Kärnten, können mit 104 beziehungsweise mit 108 Prozent ein deutlich höheres BIP vorweisen. Unsere ungarischen Nachbarn liegen übrigens gesamtstaatlich ungefähr dort, wo das Burgenland 1995 vor dem EU-Beitritt lag, nämlich bei 67 Prozent des EU-Durchschnitts, die slowakischen Nachbarn bei 77 Prozent.

Das, was dem Burgenland jetzt auch auf den Kopf fallen könnte, Präsident Illedits hat es erwähnt, ist nicht alleine sozusagen die erfolgreiche Entwicklung der letzten 20, 25 Jahre, sondern das ist eben auch ein statistischer Effekt. Ich präzisiere das: Das Bruttoinlandsprodukt des Vereinigten Königreichs liegt bei 108 Prozent, gemessen am EU-Durchschnitt. Die Briten werden die EU bekanntermaßen verlassen, folglich aus der Statistik fallen, wodurch der Durchschnittswert abgesenkt und das Burgenland über die ausschlaggebende 90 Prozent Marke rutscht und den Anspruch auf Förderungen, bei Anwendung der Kriterien, wie sie bisher galten, wie wir sie bisher kannten, aus dem EU-Strukturfonds verlieren wird. Genau darum geht es jetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt zusammengefasst, das Burgenland hat in den letzten 20 Jahren einen enormen Aufholprozess geschafft, wir liegen aber dennoch beim regionalen BIP deutlich hinter den anderen Bundesländern und noch unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts. Dass die Fördermöglichkeit mitunter dennoch verloren geht, liegt eben an diesem statistischen Effekt, den ich beschrieben habe.

Das ist eine Besonderheit. Eine weitere Besonderheit, meines Erachtens die ausschlaggebende Besonderheit, die wir im Burgenland oder als Burgenland vorweisen können, ist natürlich unsere geografische Lage. Drei östliche Nachbarländer des Burgenlandes fallen in die Kategorie „weniger entwickelt“.

Dementsprechend werden auch in Zukunft Strukturförderungen - so viel steht fest - in diese Regionen fließen. Regionen, die alleine schon aufgrund ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu Österreich und dem Burgenland und den Prinzipien der Freizügigkeit,

wirtschaftlich profitieren, was uns als Region an der „Wohlstandkante“ umgekehrt natürlich schon auch Nachteile im Wettbewerb beschert. Präsident Illedits hat das Burgenland als Zieldestination beschrieben, das trifft es genau. Im Lichte dessen und im Lichte all dessen, was ich beschrieben habe, ist die Forderung nach einer angemessenen Förderkulisse für das Burgenland auch für die Zeit nach 2020 sachlich jedenfalls zu rechtfertigen.

Das heißt, nicht ein Wunsch, der menschlich verständlich wäre, denn wer freut sich nicht darüber, in den Genuss von Förderungen zu kommen? Nein, es gibt eine klare, sachliche Rechtfertigung.

Meine Damen und Herren! Der Kuchen wird nicht größer werden, gar keine Frage, denn der Austritt der Briten wird ja nicht nur zu statistischen Effekten führen, sondern er bedeutet auch den Abgang des zweitgrößten Nettozahlers innerhalb der EU. Es ist aber dennoch gerechtfertigt, nicht nur weil auch wir Nettozahler sind als Österreich, es ist aber dennoch gerechtfertigt, ja unsere Pflicht, uns um eine angemessene Förderkulisse für das Burgenland über das Jahr 2020 hinaus zu bemühen. Die Vertreter des Burgenlandes, allen voran der Herr Landeshauptmann, haben hier unsere feste Unterstützung, die Unterstützung des Burgenländischen Landtages.

Abschließend bedanke ich mich bei all jenen, die in den letzten 23 Jahren für entsprechende Rahmenbedingungen gesorgt haben und die vor allem auch dafür gesorgt haben, dass die Förderungen abgerufen und effizient und effektiv eingesetzt werden konnten. Wenn man sich die Ausnutzungsquoten mit 95 Prozent quer über alle Strukturfonds ansieht, dann ist das ein Zeichen für eine sehr hohe Professionalität, dann ist das ein Zeichen dafür, dass alle Verantwortlichen, vom Landeshauptmann angefangen bis ins Regionalmanagement, bis zu jenen, die das abwickeln, dass alle im Interesse des Burgenlandes an einem Strang gezogen haben und so soll es auch weiterhin sein.

Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte mich vorhin an dieser Geschäftsordnungsdebatte nicht beteiligen, weil ich gewusst habe, dass ich sowieso relativ bald darauf das Wort ergreife. Aber, eines muss schon klar sein, meine sehr geehrten Damen und Herren:

Das wichtigste Recht der Abgeordneten, das Interpellationsrecht, das Fragerecht, darf nicht untergraben werden. *(Abg. Christian Illedits: Das tut eh keiner!)* Dass klare Fragen klare Antworten implizieren, *(Abg. Walter Temmel: Klare Antworten!)* muss auch klar sein.

Denn ich werde diese heutige Debatte zum Anlass nehmen, Herr Präsident, um in der Präsidiale darum zu bitten, dass wir uns gemeinsam mit der Regierung auch in dieser Sache klare Richtlinie geben. *(Abg. Christian Illedits: Das wird er! Da kannst Du sicher sein. Klare Worte wird er finden, ganz sicher! – Abg. Werner Friedl: So ist es!)*

Ich freue mich, dass der Präsident im Nationalrat den Herrn Bundeskanzler ob einer nicht ausreichenden Antwort auf eine Frage, die ganz klar gestellt wurde, gerügt hat. Der Herr Landeshauptmann beruft sich bei solchen Dingen gerne auf ein Gutachten des Verfassungsdienstes. Das kann allein schon deshalb kein Gutachten sein, weil das Wort

„Gutachten“ dort nicht steht. Es steht nämlich „Stellungnahme“ darauf. Eine Stellungnahme ist etwas ganz anderes, als ein Gutachten, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin mir felsenfest sicher, dass wir als Landtag, als Kollegialorgan, dafür eintreten müssen, dass auch die ausgelagerten Gesellschaften vom Fragerecht umfasst sein müssen. Ganz einfach, indem wir die Verträge der Gesellschaften verändern. Dazu bedarf es keiner wie immer gearteten Verfassungsänderung, das kann mit einfacher Mehrheit geschehen. Das wollte ich dazu sagen, zur Debatte, die hier heute vormittags schon stattgefunden hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die von der SPÖ beantragte Aktuelle Stunde ist aktueller denn je. Diese Aktuelle Stunde gibt uns die Möglichkeit, eine Standortbestimmung vorzunehmen. Wenn wir uns als Österreicher überlegen, dass wir am 12. Juni 1994 in einer Volksabstimmung entschieden haben, dieser Europäischen Gemeinschaft, dieser Europäischen Wertegemeinschaft beizutreten, bei einer Wahlbeteiligung von 82 Prozent hat sich Österreich damals zu 66 Prozent, zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher, dafür ausgesprochen, dieser Gemeinschaft beizutreten. Im Burgenland waren es, wie wir wissen, an die 75 Prozent. Nahezu drei von vier Burgenländern waren der Meinung, ja, diese Europäische Union ist die beste Lösung im politischen, im wirtschaftlichen und im Sicherheitsbereich. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Zahlen, bei allen Umfragen, haben sich kaum verändert. Auf Bundesebene und auch im Burgenland nicht. Warum manche Medien eine derart negative Berichterstattung über die Europäische Union betreiben, kann ich nicht sagen, ich weiß es nicht.

Wenn man diese statistischen Umfragen, die von Zeit zu Zeit über die Europäische Union gemacht werden, wenn man denen Glauben schenken kann, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich bin davon überzeugt, dass man ihnen Glauben schenken kann, dann hat sich die Zustimmungsrate als Europäische Union kaum verändert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind damals einer Europäischen Union aufgrund unsere Wirtschaftsdaten beigetreten, meine Vorredner haben es gesagt, als Ziel 1-Gebiet eingestuft worden, als besonders förderungswürdigen Situation. Insgesamt ist es eine Erfolgsstory.

Wir konnten unseren Status, nämlich, zweimal Ziel 1-Gebiet, einmal Phasing Out und derzeit Übergangsregion, weil wir ja derzeit zwischen 75 und 90 Prozent des EU-BIPs liegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für das Burgenland gut nützen.

Wir haben einen Aufholprozess hingelegt, der aber besser hätte sein können, das muss man auch sehr kritisch hinterfrage und zwar deshalb, weil es der statistische Effekt bei einem allfälligen Brexit hat, der Herr Kollege Molnár angesprochen, na ja, es waren schon auch statistische Effekte, weil unsere Nachbarländer damals beigetreten sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Erinnern wir uns, als 1995 Österreich, Finnland und Schweden beigetreten sind, waren es die EU-15!

Ab 2004 sind dazugekommen: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern - alles Länder, die weit unter 100 Prozent des EU-BIPs haben.

Dieser statistische Effekt hat bewirkt, dass wir einfach einen höheren Prozentsatz bei gleicher Leistung erreicht haben. Es sind 2007 Bulgarien und Rumänien dazugekommen und seit 2013 Kroatien. Während andere Bundesländer über 150 Prozent des EU-BIPs mittlerweile erreicht haben, sind wir weit unter 100. Wir haben uns von 67 an

die 90 Prozent hochgearbeitet, ein Teil ist statistischer Effekt, der jetzt beim Brexit in der anderen Richtung natürlich seinen Ausschlag nehmen wird. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns vor Augen führen, dass wir alleine die Fördersumme aus Brüssel in der ersten Ziel 1-Periode für die Bewältigung des Bank-Burgenland-Skandals benötigt haben und nicht für die Wirtschaftsförderung einsetzen konnten, dann weiß man, das hier viel Geld auch für andere Dinge verwendet werden musste, weil eben die Situation so war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Brexit fällt der zweit- oder drittgrößte Nettozahler, je nach dem, innerhalb der EU aus. Diese Auswirkungen werden im militärischen, im außenpolitischen und im finanziellen Bereich zu spüren sein. Auf der Weltebene zählt eine Wirtschaftsunion, wenn sie bereit ist, auch außerhalb seiner Grenzen für Ordnung auf der Welt zu sorgen. Die Frage ist, wo haben wir die militärischen Truppen, die außerhalb des Europäischen Kontinents für Ruhe sorgen?

Es sind einige österreichische Soldaten bei den UNO-Einsätzen auch immer dabei, aber wo sind diese Soldaten, wo sind die Armee des Vereinten Königreiches, wo ist eine, die jederzeit einsatzfähig ist? Auch das zählt weltpolitisch: nuklear Waffenstaat wird es dann nur mehr einen geben innerhalb Europas, nämlich, Frankreich. Auch das zählt beim Einsatz im entsprechenden Poker, in politischen Situationen.

Mit diesem Wegfall des Nettozahlers Vereinigtes Königreich England wird sich auch das EU-Budget nicht mehr so einfach darstellen lassen, wie das bisher der Fall war. Das, was meine Vorredner schon angesprochen haben, Herr Kommissar Oettinger ist natürlich bemüht, ein gleich großes, nein, er will sogar ein höheres Budget haben. Bundeskanzler Kurz hat dieser Tage klar gesagt, das wird es nicht spielen, da wird Österreich als einer der Nettozahler immerhin sind von 28 Staaten derzeit zehn Nettozahler, 18 bekommen mehr aus der Europäischen Union, als sie einbezahlen, zehn zahlen mehr ein als sie herausbekommen. Da gehört Österreich dazu.

Hier hat sich Bundeskanzler Kurz klar positioniert. Er sagt, es muss in den Strukturen eben Einsparungen geben, das muss in den Strukturen, meine sehr geehrten Damen und Herren eingespart werden. Das ist es, was es zu beachten gilt. Wenn ich mir die Aussendung des Herrn neugewählten Präsidenten der Landwirtschaftskammer von heute noch einmal vor Augen führe, ist ganz klar, dass er als Vertreter der Agrarier sagt, dass es im ländlichen Bereich keine Kürzungen geben darf.

Das darf es deshalb nicht geben, weil dann die Chance, gesunde Lebensmittel auf den Teller zu bekommen, dann möglicherweise kleiner wird. Es ist in Österreich eine gute Entwicklung gestartet worden, dass Agrar- und Tourismusreferat in eine Hand gegeben wurden, weil ganz einfach durch die Pflege der Landschaft die Grundlagen für den Tourismus gelegt werden. Wenn wir heute durch unser schönes Land fahren, dann wissen wir, dass ein Gutteil der Landschaft, die gepflegt wird, auch auf Kosten der EU deshalb funktionieren, weil die Bewirtschaftungsbenachteiligungen, die durch das Produzieren von gesunden Lebensmitteln ganz einfach da sind, dass die entsprechend abgegolten werden. Die andere Möglichkeit wäre, eine Landwirtschaft zu forcieren, die wie eine Fabrik funktioniert, wo alles industrialisiert wird, das wollen wir nicht. Wir wollen diese Situation weiterhin beibehalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen auch alles tun, damit die Kohäsionsmöglichkeit, die Kohäsionsrichtlinien so gestaltet werden, dass von den reicheren, den stärkeren Regionen diese Mittel, die bisher in strukturschwächere Regionen geflossen sind, damit auch diese Mittel künftighin weiter fließen können. Hier bin ich mir nicht sicher, ob wir hier im Burgenland derzeit die richtigen Instrumente dafür

verwenden. Ich kann mich erinnern, als vor sechs Jahren die Entscheidung war, ob das Burgenland Phasing Out Gebiet bleibt oder nicht, Übergangsregelung wird, ja oder nein?

Das kann uns der Ausschuss der Regionen nicht bringen. Das kann ausschließlich das Europäische Parlament, das kann die Kommission und die Österreichische Bundesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich kann mich gut erinnern, als damals ein Herr Landeshauptmann Nießl und ein Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Steindl gemeinsam auf Bundesebene unterwegs waren, die entscheidenden Regierungsstellen im Interesse des Burgenlandes kontaktiert haben, den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Vizekanzler, Außenminister, Wirtschaftsminister.

Dass der damalige Klubobmann Christian Illedits und der damalige Klubobmann Rudi Strommer, die damaligen Koalitionsparteien im Burgenland unterwegs waren um mit einem Otmar Karas und mit den Klubobleuten, mit dem Karlheinz Kopf die Kontakte zu pflegen, die notwendig sind, damit auf Bundesebene eine positive Stimmung für das burgenländische Ansehen geschaffen wurde.

Wenn Sie heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich zwei Tage zurückdenke rund um den 01. Mai die Bundesregierung in einer Art und Weise, naja mit Worten bedenken, dann ist das nicht der gute Weg den das Burgenland derzeit braucht, damit gute Stimmung auf Bundesebene in der Bundesregierung für das Burgenland gemacht wird. Hier wären Sie gut beraten, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Bundeskanzler, mit dem Vizekanzler, mit dem Landeshauptmann und mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter da, so wie damals, ähnliche Kontakte auch herzustellen.

Denn diese Unterstützung der Bundesregierung werden wir brauchen, wenn wir künftighin nicht genauso wie alle anderen acht Bundesländer in einen Fördertopf fallen und wir wollen aber, dass wir weiterhin in einer besonderen Fördersituation bleiben.

Ich rufe daher von dieser Stelle die Regierung auf, nehmen Sie in positiven Worten mit der Bundesregierung Kontakt auf, sprechen Sie mit dem Herrn Bundeskanzler, Vizekanzler, Außenminister Frau Kneissl, mit dem Herrn EU-Minister, mit dem Herrn Blümel. Ich bin überzeugt, dass wir diesen EU-Vorsitz, diesen Ratsvorsitz Österreichs auch gut dazu benützen können, um für unser Burgenland auch künftighin gute Stimmung auf EU-Ebene und in der Bundesregierung zu machen.

Das ist meine Quintessenz aus der heutigen Aktuellen Stunde. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst glaube ich, gibt es einen großen Konsens darüber, dass unser Heimatland Burgenland in den vergangenen Jahren eine tolle Aufwärtsentwicklung genommen hat.

Nämlich eine tolle Aufwärtsentwicklung weil der Eiserne Vorhang 1989 gefallen ist, weil wir der Europäischen Union beigetreten sind, weil wir sozusagen nach vielen Jahrzehnten, wo wir im Schatten des Eisernen Vorhanges leben mussten, die gleichen Bedingungen gehabt haben wie andere Bundesländer. Da haben natürlich die Gelder der Europäischen Union, aber das sind ja auch Steuergelder die die Österreicherinnen und Österreicher dorthin bezahlen, einen wesentlichen Beitrag geleistet. Und vor allen Dingen

sind es auch die Burgenländerinnen und Burgenländer, die den wesentlichsten Beitrag zu dieser Aufwärtsentwicklung geleistet haben.

Das muss man immer wieder auch dazu sagen, dass die Förderungen wichtig sind, dass aber vor allen Dingen einerseits kompetente Facharbeiterinnen und Facharbeiter vorhanden sind und natürlich auch Unternehmerinnen und Unternehmer, die die richtigen Strategien und die richtigen Schwerpunkte setzen und Betriebe, die sich hier neu angesiedelt haben. Das ist die Grundlage für unseren Erfolg. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Die Zukunftsperspektive wie geht es weiter? Ja, es ist richtig, wir haben in der Vergangenheit natürlich gemeinsam sehr viel erreicht, das stimmt. Ohne dieser gemeinsamen Anstrengung hätten schon unsere Vor-, Vorgänger nicht den Status des Ziel 1-Gebietes erreicht.

Wir haben das dann weiter fortgesetzt, Ziel 1-Gebiet, Phasing Out Gebiet, Übergangsregion. Mit großer Unterstützung vieler, auch der Kommissar Hahn hat dazu immer wieder Beiträge geleistet, die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung, wir auch in der Regionalpolitik. Jetzt geht es eigentlich um sehr, sehr viel. Es geht nach dem Jahr 2020 um die Zukunft, um die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Burgenlandes. Es ist eine sehr heikle Situation, denn wir haben drei Nachbarn, drei neue EU-Länder, die einen, die noch immer einen Mindestlohn von 350 Euro haben. Wo 500 Euro oder 600 Euro bezahlt werden, aber der Mindestlohn sind 350 Euro.

Da ist uns auch vor der Erweiterung der Europäisches Union etwas anderes gesagt worden, nämlich wie sich dort die Löhne gut entwickeln werden und sich die Löhne an unsere Löhne angleichen werden. Auf dieser Basis haben die Menschen auch diese Erweiterung in entsprechender Form akzeptiert. Das ist aber nicht eingetreten. Da haben wir in der Vergangenheit, und ich sage das, das hat es auch in der Geschichte des Burgenlandes noch nicht gegeben, einen Termin bei Präsident Juncker gehabt.

Da bin ich auch dem Präsidenten Illedits dankbar, weil er vor Ort, - auch im Ausschuss der Regionen kann man sehr viel bewegen. Übrigens hat unter anderem Präsident Juncker auch gesagt, genau der Ausschuss der Regionen gehört aufgewertet. Die sind direkt in den Regionen gewählt, die kennen die Menschen, die im Europaparlament sind, die kennen nicht all zu viele. Das ist ein guter Ansatzpunkt den der Präsident auch gesagt hat. Und vor allen Dingen der Hinweis, die einzige Region in Europa zu sein, ein Alleinstellungsmerkmal, was auch den Druck auf dem Arbeitsmarkt natürlich betrifft, das muss man auch deutlich sagen.

Da braucht man die entsprechenden Förderungen damit die Wohlstandskante zwischen den alten EU-Ländern und den neuen EU-Ländern in entsprechender Form auch gestaltet wird. Und deswegen war der Termin dort sehr wichtig.

Natürlich der wichtigste Kommissar aus meiner Sicht, Kommissar Oettinger, auch da haben wir gemeinsam einen Termin gehabt. Und da muss man auch sagen, als ehemaliger Ministerpräsident in Deutschland, gibt es da für die Regionen sehr, sehr viel Verständnis vom EU-Kommissar Oettinger. Den ich auch schon in Deutschland getroffen habe, mit dem ich dann natürlich bei einer Veranstaltung Glühwein gemeinsam in Deutschland auch ausgeschenkt habe. Und der auch zur LH-Konferenz nach Stegersbach kommen wird, im November.

Da geht es ums Eingemachte, nämlich wo alle Landeshauptleute da sind. Wir werden Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung einladen, und wo es dann um die Regionalpolitik auch in der Zukunft und um die Förderungen gehen wird. Da wird im

Burgenland die europaweite Vorgangsweise mit Kommissar Oettinger verhandelt. Bei der außerordentlichen Landeshauptleutekonferenz habe ich Präsident Juncker eingeladen, der auch kommen wird und die werden wir im September auch durchführen.

Präsident Juncker hat seine Zusage auch getätigt, und auch da werden wir über Regionalförderungen, ob das im offiziellen Bereich ist, da geht es um 100 Jahre Zweite Republik, oder im Small-Talk vorher, nachher, zwischendurch, auf alle Fälle wird das Thema sein.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Den Schlusssatz bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ) *(fortsetzend)*: Ich habe mit Brandenburg Kontakt aufgenommen, die in einer ähnlichen Situation sind, und da mir keine Österreichische Bundesregierung oder wer auch immer hat sagen können, die deutschen Bundesländern, die den gleichen Status haben beim durchschnittlichen EU-BIP wie das Burgenland, die bekommen ein Geld.

Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Demnitz, Dresden zum Beispiel, und das Burgenland bekommt nichts, also haben wir gute Kontakte zu großen deutschen Bundesländern, die diesen Förderstatus auch anstreben, aus meiner Sicht auch bekommen müssen und das Burgenland wird da dabei sein. Das wir selbstverständlich mit allen, die in Österreich sich für uns einsetzen können Gespräche führen, bis hin zu Kommissar Hahn, obwohl er nicht unmittelbar zuständig ist, Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung, das ist ja selbstverständlich. Aber wir haben auch auf höchster Ebene, auch in der Europäischen Union begonnen...

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Den Schlusssatz bitte, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ) *(fortsetzend)*: Jawohl - persönliche Kontakte mit Oettinger zu führen. Wir sind da auf einem guten Weg und ich bin da sehr optimistisch, dass wir auch bei der Förderperiode mit dabei sind, die besten Förderungen aller österreichischen Bundesländer zu erreichen, das ist das Ziel. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann und erteile als nächstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Hutter, Entschuldigung, Herrn Landtagsabgeordneten Steier, das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer jetzt? – Abg. Gerhard Steier: Ich kann nichts dafür.)*

Entschuldigung, ich habe mich versprochen. Der Herr Abgeordnete Gerhard Steier ist am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Nachdem Sie es mir gesagt haben, nehme ich es zur Kenntnis. Herzlichen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir diskutieren glaube ich, jetzt innerhalb der letzten Monate, zum x-mal die Möglichkeit dem Burgenland auch zukünftig einen Förderstatus seitens der Europäischen Union zukommen zulassen.

Ich glaube es gibt niemanden hier in diesem Hohen Haus, es gibt auch darüber hinaus niemanden der das nicht wollte. Mit diesem Beginn um diesen Förderstatus entsprechend zu ringen, dementsprechend auch eine Meinung dafür zu haben, sie zu vertreten, ist jetzt mehrfach dargelegt worden. Im Endeffekt ist unsere Aufgabenstellung

mit Sicherheit aber nicht damit begrenzt, dass wir uns darum bemühen diesen Förderstatuts weiterhin zu erlangen.

Die Fragestellung wird sein, und das hat der Kollege Strommer auf den Punkt gebracht, wie wird national dem Burgenland entsprechende Unterstützung gewährt? Die anderen Bundesländern sind hier nicht so weit oder so in dem Boot mit uns zu finden.

Da gehört schon entsprechend nationale, bundespolitische Unterstützung um in diesem Rahmen und Reigen europäischer Fördersituation entsprechend mitspielen zu können. Es wird auch nicht ausreichen, so nach dem Motto - die Zweite Republik wurde damit begründet, dass man Glühwein ausschenkt. Die Zukunft der Europäischen Union ist auch nicht mehr Juncker und seine Kommilitonen, sondern die Zukunft und die Entscheidung europäischer Fördersituation wird vom nächsten Europäischen Parlament getroffen werden.

Sie wird abhängig sein von der EU-Wahl im kommenden Jahr und wird davon abhängig sein, wie sich die Situation in der Präsidentschaft und in allen Rahmenbedingungen innerhalb der Europäischen Union ergeben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aufgabenstellung die Österreich hat ist entsprechend zu lobbyieren. Das Burgenland, soweit man das medial verfolgen kann, ist strikt dafür. Was sich innerhalb dieses europäischen Budgetrahmens ergibt, hat der jetzt noch amtierende Präsident Juncker eigentlich auf den Punkt gebracht. Er hat gemeint, diejenigen, die sich quasi in diesem europäischen Kontext bewegen sollten pro Tag eine Tasse Kaffee, vom Preis her, entsprechend auch für Europa leisten wollen. Dementsprechend ist das gestern präsentierte Budget eigentlich um ein Sahnehäubchen mehr.

Entsprechend dem Austritt mit dem BREXIT des englischen Königreichs ist nicht der Budgetplan verkürzt worden, sondern der Budgetplan sieht eine Erhöhung noch vor. Wobei sich Österreich positioniert hat - es wird diese Leistung nicht erbringen wollen. Eine Anmerkung sei gestattet, die habe ich schon einmal angebracht, die mir sehr wichtig erscheint. Wenn wir als Burgenland die entsprechenden EU-Fördermittel in Zukunft nicht auslösen könnten, sollten wir uns ein Beispiel an der Ministerin Köstinger nehmen. Die hat nämlich für die Landwirtschaft von vornherein den Ausgleich über nationale Mittel versprochen.

Also da besteht keine Schwierigkeit sich hier in irgendeiner Form Mittel aus nationalen Töpfen zu holen. Also wird dem Burgenland wahrscheinlich auch nichts anderes übrig bleiben als sich dieser Töpfe bedienen zu müssen. Da gibt es die verschiedensten Theorien.

Im Grunde genommen möchte ich mich darauf beschränken, wir sind alle mit Sicherheit dafür, dass der Status den das Burgenland auch in seiner Entwicklung von 68 Prozent BIP pro Kopf jetzt auf 90 genommen hat, weiterhin eine Unterstützung gewährt haben soll.

Wir sind mit Sicherheit dafür, dass die Mittel, die innerhalb Europas bewegt werden, nicht nur in sparsamer Form einen Umgang erfahren. Dass in Fördersituationen nicht frei Haus in irgendeiner Form in Länder geliefert wird, wo nachher die sogenannte Korruptionsbehörde der OLAF hinterher läuft, und diese Millionen Euro wieder versucht irgendwie einzufangen.

Hier gibt es im Grunde genommen klare, auch Möglichkeiten innerhalb dieses institutionellen Rahmens der Europäischen Union, Möglichkeiten auszuschöpfen, Gelder entsprechend richtig einzusetzen. Was mir auch ein wichtiger Punkt in der Ausführung, als

Schlusssatz, Frau Präsidentin, erscheint, ist immer wieder der Hinweis auf die Wohlstandskante bezogen. Ich möchte darauf in der Form nur in punktueller Weise eingehen.

Wenn in der Slowakei im Vorjahr 14 Prozent Lohnerhöhung, in der Tschechei eine 12 prozentige Lohnerhöhung auf eines, auf Mitarbeiter 25.000, 12.000 gesetzt wird und die sogenannte reale Lohnsteigerung innerhalb Tschechiens im Vorjahr 4,5 Prozent betragen hat, in Ungarn 7,7, in Polen 5,3, in der Slowakei 3,8 und in Österreich nur 0,0 die Reallöhne gestiegen sind…

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Schlusssatz bitte.

Abgeordneter Gerhard Steier: *(fortsetzend)*: Dann wissen wir, dass wir in der Aufgabenstellung nicht nur im Burgenland, sondern insgesamt, eine Herausforderung sehen müssen, die nicht abgetan wird, dass wir nur nach Fördertöpfen schielen, sondern sie gehören entsprechend richtig eingesetzt.

Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrte Frau Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Mit Beginn der ersten Ziel 1-Periode im Jahr 1995 und bis hin zur Phasing Out Phase konnten mehr als 1,5 Milliarden Euro an Förderungen ausgelöst werden. 1,5 Fördermilliarden, wie nachhaltig wurden diese Mittel eingesetzt? Aus politischer Sicht ist zum Ersten die berechtigte Frage aufzuwerfen, ob die mehr als 1,5 Milliarden Euro, die das Land zwischen 1995 und 2013 in verschiedene Projekte geleitet hat, auch wirklich nachhaltig zur Sicherung der Zukunft des Landes beigetragen haben?

Gerne wird von Seiten der Regierung darauf verwiesen, dass nicht zuletzt dank dieses Förderbooms, das Haushaltseinkommen der Burgenländerinnen und Burgenländer gestiegen ist, dass es mehr Beschäftigungsverhältnisse gibt, als jemals zuvor und dass die Zahl der Tourismusnächtigungen ständig steigt.

Es ist zu fragen, ob dieses Geld denn im Sinne der Steuerzahlerin, des Steuerzahlers vernünftig und kaufmännische richtig investiert wurde? Aber was ist hier vernünftig im Sinne der Steuerzahlerin, des Steuerzahlers? Die Bäuerin, der Bauer möchte die Landwirtschaft höher gefördert haben. Der Hotelier, der Gastronom den Tourismus, die Künstlerin, der Künstler natürlich Kunst und Kultur und der kleine Kommunalbürgermeister Hutter natürlich seine Infrastrukturprojekte in seiner Gemeinde.

Sagt die eine Gruppierung, das ist absolut notwendig und wichtig hier die Unterstützung zu fördern, ist es mitunter für die anderen wieder der größte Schwachsinn, das unnötigste Geld, das man hier mit Fördermitteln zum Fenster rausschmeißt. Hier passt das Sprichwort 100prozentig – „Einem jeden Recht getan, ist eine Kunst die niemand kann."

Ja, es gibt schon einige Projekte, wo der Förderwille für das Förderwerk steht. Aber im Großen und Ganzen muss schon gesagt werden, dass der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im speziellen für unser Land Burgenland eine absolute Erfolgsgeschichte bis jetzt ist. Wenn man dazu noch bedenkt, dass die Ostgrenze von Österreich, von der das Burgenland eigentlich einen überwiegenden Anteil hat, bis zum Ende der 80er Jahre auch der Eiserne Vorhang war.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist natürlich schon zu wissen, dass nur jenes Fördergeld an Förderungswerberinnen und Förderwerber ausgezahlt werden kann, welches vorher auch organisiert wurde. An dieser Stelle darf schon ein großer Dank an alle Bundes- und Landespolitikerinnen und Bundes- und Landespolitiker, egal von welcher Fraktion sie kommen, dafür ausgesprochen werden, die sich über viele Jahre für unser Burgenland eingesetzt haben.

Alles im Zusammenhang mit den EU-Fördergeldern ist aber nicht eitle Wonne, Sonnenschein. Wenn man bedenkt, wie kompliziert es immer wieder ist, wirklich fundierte Auskunft und Hilfestellungen bei Förderungsansuchen zu bekommen, hier gibt es bei der jeweiligen Förderstelle noch genug Luft nach oben.

Hier wäre festzuhalten, dass das Regionalmanagement im Burgenland zwischen 1995 und 2013 nach offiziellen Angaben zumindest 20 Millionen Euro an Förderungen erhalten hat. Grundsätzlich ist die Verwaltung und Abwicklung von Fördergeldern aber eine Angelegenheit der öffentlichen Hand im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung. Daher wäre die Verwaltung und Abwicklung direkt vom Amt der Burgenländischen Landesregierung sicher zu stellen, um eine entsprechende öffentliche Kontrolle, die hierfür berufenen Gremien, allen voran dem Kontrollausschuss und dem Burgenländischen Landtag, zu ermöglichen.

Durch die Auslagerung der Verwaltung und Abwicklung der Fördergelder entzieht sich die damit verbundene Entscheidung und Handlung größten Teils der öffentlichen Kontrolle. Bei dem Antrag der Klubobfrau Salamon habe ich eines nicht ganz verstanden. Und zwar wird hier geschrieben - auf Grund des effizienten Einsatzes der EU-Fördermittel konnte das Burgenland sein regional BIP in den letzten 20 Jahren vom Stand von weniger als 70 auf derzeit 90 des derzeit EU-Durchschnittes erhöhen.

Das ist ja noch klar, das habe ich ja noch verstanden. Und dann kommt dazu - dazu kommt hinkünftig ein statischer Effekt, ausgelöst durch den bevorstehenden BREXIT, der die BIP Daten, der in der der EU verbliebenen Regionen weiter nach oben drücken wird. Also das versteht man in der Öffentlichkeit dann nicht mehr, wenn der BREXIT uns hinkünftig durch einen statischen Effekt das BIP nach oben drücken wird. *(Abg. Christian Illedits: Statistisch.)* Stellt Euch vor, - statistisch ja. Stellt Euch vor, da wird noch ein Land und es geht auf einmal das BIP nach oben oder nach unten.

Obwohl das ja der - also solche Aussagen tun mir weh, weil das niemand versteht, auch wenn das statistisch gesehen vom Geza Molnar gut erklärt wurde, hier herinnen. Aber BREXIT, statistischer Effekt, BIP nach oben, dadurch keine weiteren Förderung, werte Kolleginnen und Kollegen, das versteht draußen niemand.

Durch den BREXIT wird das reale BIP im Burgenland in den kommenden Jahren nicht steigen - mit Sicherheit nicht. *(Beifall bei der LBL)* Dies passiert nur, durch gute Arbeit unserer Unternehmerinnen und Unternehmer und es passiert dann, wenn die Politik das Ihre dazu beiträgt. *(Abg. Ingrid Salamon: Das tun wir eh.)* In diesem Antrag der heutigen Aktuellen Stunde steht auch noch, die Förderung für das Burgenland nicht abrupt, ersatzlos auslaufen zu lassen. So abrupt ist das ja auch nicht. Wir befinden uns ja bereits in der Phasing Out Phase.

Zusätzliche Fördermittel für die Zukunft nach 2020 zu organisieren wird natürlich nicht leicht sein. Und selbstverständlich sollte man hier versuchen, den kommenden EU-Ratsvorsitz von Österreich dazu zu nutzen. Ich wünsche den zuständigen handelnden Personen diesbezüglich auf jeden Fall alles Gute.

Jede Förderung geht einmal dem Ende zu und es gibt auch innovative andere Möglichkeiten der Förderung zur Erhöhung der Wirtschaftskraft und der Lebensqualität in unserem schönen Burgenland und eines dieser Zauberwörter heißt „Bürokratieabbau“. Zum Abschluss noch - es gibt 263 Regionen in Europa und wir sind zurzeit an der 125en Stelle. Wir sind um 15 Plätze zurück gefallen. Aber eines möchte ich hier klar zum Ausdruck bringen, ich würde mit keiner der 262 anderen Regionen tauschen wollen.

Ich bin ein stolzer Österreicher und ich bin auch ein stolzer Burgenländer und ich glaube, das ist ein sehr erfolgreicher Weg gewesen in den letzten Jahren.

Danke! *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat.)*: Danke Herr Abgeordneter. Frau Mag.a Regina Petrik ist die nächste Rednerin.

Bitte zum Rednerpult, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Wie die Nachricht kam, dass wir eine Aktuelle Stunde zum Thema der EU-Förderungen nochmal einschieben, habe ich mich schon gefragt, warum dieser Tagesordnungspunkt?

Wir haben schon zwei Tagesordnungspunkte in der heutigen Tagesordnung, in denen die Europäische Union zur Sprache kommt. Da könnte man alles, was einem wichtig ist, unterbringen. Allerdings kann man dort die Redezeit der Fraktionen ohne Klubstatus nicht so begrenzen, wie es in der Aktuellen Stunde der Fall ist.

Natürlich ist es ein Anliegen, dass wir die EU-Förderungen für das Burgenland bestmöglich auch weiterhin gestalten können, da stimme ich dem Kollegen Geza Molnar durchaus zu. Da wird hier in diesem Saal auch niemand einen Widerspruch orten. Das ist auch gut, dass sich der Landeshauptmann auch noch dafür interessiert, was dann nach seiner Zeit passieren wird, mit Förderungen aus der EU ins Burgenland. Ich gehe ja davon aus, dass er ab 2020 nicht mehr Mitglied der Landesregierung sein wird.

Also, darüber sind wir uns einig. Was mich stört in der ganzen Debatte ist die Diktion und ist die Art und Weise wie über die Europäische Union diskutiert wird. Und zwar nicht heute, speziell in der heutigen Sitzung, sondern das was an Stimmung vermittelt wird, von Österreich, vom Burgenland aus, der Europäischen Union gegenüber.

In Bezug auf die EU kommt mir unsere Landesregierung manchmal so vor wie ein Jugendlicher, der sich beim Herumhängen mit seinen Freunden, darüber aufregt, wie engstirnig seine Eltern sind und das ihm die Familie mächtig auf die Nerven geht. Aber immer dann seine Familie sehr gut findet, wenn es darum geht, Taschengeld auszuzahlen oder den Urlaub zu finanzieren.

Wenn es Geld gibt, dann darf man die Europäische Union und ihre Leistungen loben, ansonsten ist es mit der Solidarität innerhalb der Europäischen Union nicht so weit her in den öffentlichen Diskussionen. Was bedeutet der burgenländischen SPÖ denn die internationale Solidarität noch? In der FPÖ was das ja nie ein besonderes Thema, weil die klar nationalstaatlich orientiert ist.

Der 01. Mai ist schon zwei Tage her, die Reden alle abgeschlossen dazu. Ab 03. Mai geht es im Sitzungssaal um das Lob dessen, was das Land Burgenland von der Europäischen Union bekommt, weil man gut davon leben kann.

Am 03. Mai sind die internationale Solidarität und die demokratische Einigkeit kein großes Thema, ja sie wird sogar in der öffentlichen Diskussion immer wieder mit Füßen getreten. Abgrenzung von anderen jenseits der nationalen Grenzen steht in großer

Übereinstimmung mit der FPÖ wieder auf der Tagesordnung. Wohl gemerkt eine Abgrenzung von Bürgern und Bürgerinnen, nicht etwa von einem mittlerweile diktatorisch agierenden Regierungschef eines Nachbarlandes. Da tät ich mir öfter mehr sehr klare Abgrenzung wünschen.

Am 03. Mai zuckt man hier zu Lande eher mit den Schultern, wenn die eis-blaue Bundesregierung Gesetze erlässt und durchbringt. Die Regierung bringt sie durch, erlassen tut sie der Nationalrat, die EU-Recht widersprechen. Jetzt bin ich bei der Österreichebene und der Kanzler weiß das. Datenschutzverordnung - alle in der Europäischen Union ziehen an einem Strang aber Österreich will das anders machen. So streng wie im Rest der Europäischen Union sollen die Daten der Bürgerinnen und Bürger auch wieder nicht geschützt werden.

Auch der Koalitionspartner will sich schließlich Überwachung und Kontrolle von Bürgerinnen und Bürgern sichern. *(Abg. Geza Molnar: Das erklären Sie den kleinen Unternehmerinnen und Unternehmer.)* Indexierung der Familienbeihilfe - mehrmalige Darlegungen mittels Gutachten und politischen Einschätzungen belegen, das geht mit EU-Recht nicht konform. *(Abg. Geza Molnar: Werden wir sehen.)*

Aber der Bundeskanzler meint, und der Kollege Molnár meint, die Europäische Union und deren gemeinsam beschlossenen Richtlinien darf man nicht so ernst nehmen, muss man nicht so ernst nehmen, wir werden schon recht behalten. Auch der Koalitionspartner will ja die klare Unterscheidung von In- und Ausländerinnen und In- und Ausländer. Das ist wahrscheinlich gut für die Stimmenmaximierung.

Was auch immer sich hier an Widersprüchen auftut und die Widersprüche sind mannigfaltig, die eis-blaue Politik sagt „wurscht“, wir ziehen unser Ding durch. Nun gibt es an der Europäischen Union wahrlich einiges, das zu verbessern ist, das auszusetzen ist, aber wichtig ist dabei, dass es uns immer um das Ganze geht. Es ist eben wie in einer Familie. Zusammenhalt funktioniert nur, wenn Solidarität ein gelebter Wert ist, nicht nur, wenn sie von anderen eingefordert wird, sondern auch, dann wenn wir bereit sind, sie anderen gegenüber zu geben.

Es muss uns ein Anliegen sein, dass auch in die Nachbarregionen die Entwicklung gut weitergeht und das vor allem die demokratische Entwicklung in Europa innerhalb der Europäischen Union gut beschützt ist. Denn nur dann kann ein demokratisches, ein hoch entwickeltes demokratisches Europa ohne Diktaturen, mit selbstbestimmten Menschen, die miteinander für Menschenrechte kämpfen und die miteinander eine gute Entwicklung wollen,…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Schlusssatz bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: wird eine gute EU sein. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön! Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Schätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir sind uns alle einig, die EU-Förderungen waren und sind wichtig für das Burgenland. Das Beste für das Burgenland herausholen, voller Einsatz für weitere EU-Förderungen nach dem Jahr 2020, das sollte natürlich selbstverständlich sein.

Das Burgenland hat dank der EU-Förderungen in den letzten 20 Jahren viele Projekte verwirklichen können. Leider manchmal auch unbemerkt von der Bevölkerung, dies haben wir heute schon von einigen Vorrednern gehört. Der Stellenwert der Europäischen Union wird in manchen Bereichen ins hintere Kämmerlein gestellt, aber manchmal vor Ort wird das Geld, das verwendet wurde, von lokalen Verantwortlichen als selbstverständlich verwertet. Hier benötig es eine Bewusstseinsbildung.

Jetzt gibt es natürlich, bedingt durch den BREXIT, einen Aufschrei. Die 90 Prozent Hürde rückt rechnerisch, mathematisch, näher. Wir können dazu stehen wie wir wollen, eine Hürde die mit 90 Prozent definiert ist, die errechnet wird, die jedoch mit der Tatsache nicht wirklich zu verbinden ist, das Burgenland tritt auf der Stelle.

Im Burgenland hätte man die Herausforderungen bereits früher erledigen müssen. Viele Hausaufgaben haben wir nicht gemacht, *(Abg. Ilse Benkö: Da ward Ihr in der Regierung.)* denn es hätte die Möglichkeit gegeben, Projekte *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist eh korrekt.)* früher zu verwirklichen und dort auch Förderungen lukrieren zu können. *(Abg. Christian Illedits: War nicht einfach mit Euch. – Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)*

Gerade die Bezirke Jennersdorf, Güssing und Oberwart waren hauptverantwortlich dafür, dass das Burgenland den Ziel 1-Status bekommen hat. Man darf auch künftig nicht auf das Südburgenland vergessen. Die Gelder aus Brüssel waren aber für das gesamte Burgenland wichtig und das ist richtig.

Gerade im Bereich Infrastruktur hätte man hier im Südburgenland bereits einige Projekte verwirklichen können. Es benötigt Impulse für die Bahnstrecke Oberwart - Friedberg, aber auch für die Elektrifizierung Jennersdorf - Graz und auch das Thema S7.

Das Thema Bahnstrecke Szombathely über Oberwart nach Friedberg, dieses Projekt wurde vorgestellt und ich sehe es als große Chance für das Südburgenland und das gesamte Burgenland. Hoffen wir, dass deren Umsetzung schneller passiert, als bei anderen Projekten, die noch immer nicht realisiert sind.

Die S7 im Bezirk Jennersdorf, wichtig für viele Menschen, wichtig vor allem in Punkto Wirtschaft für Arbeitsplätze, für Pendlerinnen und Pendler, um den Standort interessant zu halten. Es ist ein positiver Effekt, wenn wir hier einen wirtschaftlichen Aufschwung verspüren und auch mit EU Geldern, die Rahmenbedingungen schaffen können, Betriebe unterstützen können und dementsprechend eine Wirkung erreichen zu können.

Auch die Elektrifizierung der Bahnstrecke von St. Gotthard über Jennersdorf nach Graz ist von großer Bedeutung. Wir haben letzte Woche auch dazu eine Petition an Bundesminister Hofer überreicht und vernehmen auch von dort eine Unterstützung.

Inzwischen sind alle Parteien auf dem richtigen Gleis und hoffentlich auch am Startbahnhof Jennersdorf um die Elektrifizierung von Jennersdorf bis nach Graz vorantreiben zu können. Endlich kommt Schwung in die Sache und endlich stehen alle Parteien hinter diesem Projekt. Für mich ist es der Beweis, dass steter Tropfen den Stein höhlt und die Projekte zwar lange dauern, aber am Ende des Tages umgesetzt werden. Die Volkspartei ist hier Schrittmacher im Burgenland und wird sich weiterhin für Projekte einbringen. Die Menschen in den Bezirken Jennersdorf, Güssing, Oberwart, im Südburgenland verdienen es, dass sich die Politiker und die Landesregierung vermehrt für diese Themen einbringt.

Die besten EU-Förderungen nutzen nichts, wenn die Landesregierung hier Entwicklungen nicht ernst genug nimmt. Deshalb werden wir weiterhin Druck ausüben,

damit die Menschen die EU-Förderungen auch spüren, damit die Förderungen dort ankommen wo sie benötigt werden. Bei den Menschen, bei den Burgenländerinnen und Burgenländern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Landtagsabgeordnete Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die heutige Debatte ist sehr wichtig, ist sehr gut und unbestritten ist, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Burgenland eine Erfolgsstory ist, eine Erfolgsgeschichte, die mittlerweile 23 Jahre andauert.

Natürlich von dem einen oder dem anderen unterschiedlich beurteilt wird, aber insgesamt stellt sich die Frage: Was hat die Burgenländerin, was hat der Burgenländer von dieser Partnerschaft mit der Europäischen Union? Ich darf sagen, die Burgenländerinnen und Burgenländer sind die großen Profiteure dieser guten Zusammenarbeit. Wenn man dem Kollegen Präsident Strommer zuvor zugehört hat und auch jetzt dem Kollegen Hirczy, dann frage ich mich, ob man einfach Daten, Fakten und Zahlen ignoriert oder ob es bewusst ein Wording ist, das die ÖVP hier benutzt. Denn das WIFO spricht davon, dass das Burgenland seit dem Beitritt der Europäischen Union das wachstumsstärkste Bundesland in Österreich ist. Also gerade das Gegenteil von dem, was zuvor erwähnt und formuliert wurde.

Im Jahre 1995 als wir beigetreten sind, hatte das Burgenland 75.823 Arbeitsplätze zu verzeichnen. Heute, 23 Jahre später, sind es 105.000 im Durchschnitt gerechnet. Also 30.000 Arbeitsplätze netto mehr und Sie sprechen davon, dass irgendwelche Gelder offensichtlich nicht ordentlich eingesetzt wurden?

Ganz, ganz skurril, wenn man dem Kollegen Hirczy zuhört, der spricht davon, dass es dem Südburgenland so schlecht geht. Die Arbeitsmarktdaten, die gestern erschienen sind, zeigen den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der der am höchsten ist, der findet im Bezirk Jennersdorf statt, mit 26,5 Prozent. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die drei Projekte? Was ist mit denen?)*

Also wenn Sie da nicht informiert sind, kein Problem, fahren Sie zum Leiter des AMS nach Jennersdorf, erkundigen Sie sich dort. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die drei Verkehrsprojekte, was ist damit?)* Das alles ist nur auf Grund der guten Zusammenarbeit mit den guten Förderungsmöglichkeiten, mit den hervorragenden Förderungen für Unternehmungen, der Qualifikation von ArbeitnehmerInnen, der Ausbildung möglich, die wir in den letzten 23 Jahre machen konnten, da sind wir sehr dankbar. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Aber natürlich gibt es Herausforderungen die wir ernst nehmen müssen, Stichwort: Lohn- und Sozialdumping. Lohn- und Sozialdumping ist aber nicht von Gott gewollt, sondern dagegen kann man etwas tun, nämlich kontrollieren in den Betrieben. Da bin ich dem Landesrat Petschnig sehr, sehr dankbar, dass er sich sehr klar ausgesprochen hat, die Finanzpolizei nicht zu kürzen, sondern mehr Finanzpolizei vorzufinden, um Kontrollen, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Meine Damen, meine Herren! Bei der Gelegenheit möchte ich trotzdem eines noch erwähnen, wir alle kennen das Stichwort „Golden Plating“ das in der Europäischen Union großes Thema ist. Da müssen wir schon Acht geben, denn wir müssen darauf schauen,

dass Arbeitnehmerrechte hier nicht eingeschränkt werden mit diesem durchaus plakativen Slogan „Golden Plating“.

Denn hier muss man wissen, dass es beispielsweise eine EU-Richtlinie zur Arbeitszeit gibt, die wesentlich beispielsweise einen 4-Wochen-Urlaub vorsieht und eine Höchstarbeitszeit von 75 Stunden ermöglicht.

Das wollen wir nicht nach unten nivellieren, sondern wir wollen das, was in Österreich erkämpft wurde und natürlich auch, dass das Bestand hat und weitergehen soll.

Herr Kollege Sagartz, in der Vorwoche hat mich ein Unternehmer aus dem Bezirk Neusiedl am See angerufen, der einen kleinen Betrieb mit 20 Elektroinstallateuren führt. Er sagte zu mir, war ein bisschen verwundert, dass er sich an mich wendet, er sagte zu mir, den 12-Stunden-Tag, den müssen wir verhindern. Ich bin überrascht gewesen, dass ein Unternehmer mich anruft und ich sage warum? *(Abg. Markus Ulram: Dieselbe Geschichte!)* Na das war eine andere Geschichte, Herr Kollege Ulram, die ist neu, weil das war erst vorige Woche, sonst wäre es sich zeitmäßig nicht ausgegangen, der hat erst vorige Woche angerufen.

Jedenfalls sagt der Unternehmer zu mir: *(Abg. Markus Ulram: War auch schon da!)* Da profitieren nur die Großen! Die Konzerne! Die KTM Chefs und so weiter. Aber für kleine und mittlere Betriebe wie er es ist, mit 20 Mitarbeitern, der hat hier Nachteile!

Das ist unlauterer Wettbewerb aus seiner Sicht und daher glaube ich, dass die Vernünftigen sich in der Wirtschaft schon völlig umorientiert haben und daher muss man diese Diskussion, die Sorgen und Ängste der Unternehmerinnen und Unternehmer, ernst nehmen. Übrigens würde das bedeuten, dass aus den bezahlten Überstunden und das würde wiederum ein Minus von 45 Millionen Euro für die burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pro Jahr ergeben. 45 Millionen Euro weniger für burgenländische Familien pro Jahr! Was das bedeutet, können wir uns alle ausrechnen.

Mehr Geld nach Brüssel soll es nicht geben, sagt der Bundeskanzler Kurz. Sie sagen, Herr Präsident Strommer, weniger Geld für die Landwirtschaft soll es auch nicht geben.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bitte die Zeit einhalten!

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ) *(fortsetzend)*: Wir nehmen Sie beim Wort bei dieser Geschichte. Es ist eine Erfolgsgeschichte, die Europäische Union, das Burgenland, das ist mir wichtig zu sagen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Abgeordneter Wolfgang Sodl hat sich als nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen alle, dass das Burgenland, unser Bundesland, seit der ersten Ziel 1-Förderperiode 1995 unter folgenden Förderperioden massiv profitiert hat. Kollege Hirczy, ich bin ein bisschen verwundert, dass Du sagst grundsätzlich haben wir sehr viel Geld liegen gelassen in den Regionen und die Verantwortlichen, Sie wissen, dass die ÖVP hier auch in der Regierung war, den größten Teil.

Ich behaupte etwas anderes und zwar in vielen Bereichen, ob das in der Wirtschaft ist, ob das in der Landwirtschaft ist, im Tourismus, in der Forschung, in der Infrastruktur,

und Kollege Hergovich hat es gesagt, 75.000 Arbeitsplätze haben wir gehabt und in welchem Zeitraum wir uns sehr positiv auch für diese Arbeitsplätze hier entwickelt haben.

Profitiert haben die Menschen in unserem Land und vor allem auch, vor allem das Südburgenland. Die Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf. Ich sehe es im Bereich unseres Bezirkes Güssing, im Tourismus, mit der Therme, mit der Golfanlage Stegersbach, aber vor allem in der Infrastruktur, in welcher Form hier Infrastruktur ausgebaut wurde.

Unsere Gemeinde, der Wasserverband, 2002, Fördermittel bis zu 50 und 60 Prozent! Vor allem in unseren Gemeinden, wenn wir es genützt haben. Unsere Gemeinde hat von 2007 bis 2013 insgesamt elf Dorferneuerungsprojekte umgesetzt. Vom Kinderspielplatz über den Funcort-Platz, die Sanierung des alten Friedhofes, Kriegerdenkmal, Errichtung Urnenwand, Photovoltaikanlage, Wartehäuschen und viele, viele Projekte die hier umgesetzt wurden in unseren Gemeinden und Kommunen, die sicherlich nicht in dieser Form umsetzbar gewesen wären, hätte es hier nicht diese Förderungen und Unterstützungen gegeben.

Es wurde auch schon angesprochen, dass die Menschen sehr kritisch mit der EU umgehen, oft nicht solidarisch. Aber ich glaube, es ist auch unsere Verpflichtung, dass wir es auch sagen, woher dieses Geld kommt.

Warum hat es hier Möglichkeiten gegeben, dass hier Projekte in dieser Form auch umgesetzt werden konnten? Ich glaube, wir verhalten uns in dieser Form nicht sehr oft ehrlich, wir verhalten uns unehrlich. Alles was schlecht ist, kommt von der EU und alles was gut ist, das haben wir gemacht. Ich glaube, das dürfen wir auch nicht machen. Wir müssen den Menschen ganz einfach die Wahrheit erzählen und diese Dinge, diese Projekte, die hier gemacht wurden, müssen wir auch den Menschen draußen sagen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Ich möchte doch noch auf das Thema Infrastruktur, wie Wasserversorgung, Abwasserversorgung, Straße, Bahn, Hochwasserschutz, genauso wichtig ist natürlich die Telekommunikation, zu sprechen kommen. Hier haben sich die politisch Verantwortlichen bis 2020 in unserem Land eine flächendeckende Versorgung aller Haushalte mit mindestens 100 Megabit vorgenommen.

Das Burgenland verfügt im Bereich des Breitbandausbaues über attraktive Förderkulissen. Hier natürlich Landes-, Bundes- und EU-Mitteln, aber vor allem auch Kapital der führenden Provider. Bis zu 31 Millionen Euro wurden hier im Rahmen des Breitbandpaktes investiert. Seit 2015 wurden mehr als 23.000 Haushalte und Gewerbebetriebe an das Hochleistungsinternet angebunden und vor allem das Mobile Highspeed Internet ist für mehr als 90 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer verfügbar.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mit sehr viel Einsatz und Kraft, mit Engagement und politischem Gewissen hier Fördergelder in dieser Form für unser Land erarbeitet haben. An der Spitze beim Herrn Landeshauptmann und beim Präsidenten Illedits. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Drei Punkte, wo wir die Europäische Union

brauchen als Partner, als Unterstützer. Ich weiß nicht, wer von Ihnen, ich glaube, alle Abgeordneten bekommen die Zeitschrift „Kommunal“. In der Ausgabe 4/2018 ist ein Artikel auf Seite 62, der uns doch hellhörig machen sollte.

„Nur noch Jordanien ist schlechter als wir“, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es geht hier nicht um Fragen von Hochseefahrenquoten, um das Wirtschaftswachstum oder gar um irgendwelche Anbindungsraten, nein, es geht um die Versorgung von Glasfaser. Wir alle wissen, dass die Datenvolumen, die hier abgeholt werden… *(Abg. Christian Illedits: Dieser Vergleich hinkt ja bis zum Gehtnichtmehr!)* Sehr geehrter Herr Präsident, Tatsache ist, wenn ich mit der jetzigen Versorgung und den Steigerungsraten, das wir alle mit unserem Handy selbst nutzen.

Überlegen Sie, was Sie vor drei Jahren für ein Datenvolumen verbraucht haben und heute. Wenn Sie das hochrechnen, dann werden Sie sehr schnell erkennen, dass in kürzester Zeit das Volumen ausgeschöpft sein wird, das wir über die jetzigen Datenleitungen bewältigen. Hier sind andere Länder bei weitem schneller als wir.

Das ist kein Vorwurf an das eigene Bundesland, der Vorwurf an eine größere nationale Idee. Tatsache ist, Österreich hat auf andere Pferde gesetzt. Nicht auf Glasfaser. In dieser Anbindungsfrage sind wir meilenweit dahinter.

Wenn wir hier nicht aufholen, das wird weder der Burgenländische Landtag noch der Nationalrat entscheiden können, weil hier geht es um massive Geldquellen, *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly)* die notwendig sind, also die 5G-Variante, sehr geehrter Herr Abgeordneter Kölly, Sie können nur rechnen, Sie können nur hochrechnen, wie schnell es funktionieren wird, dass wir bei der Menge an Daten, die wir jeden Tag nutzen, hier an unsere Grenzen stoßen, aber gut.

Es ist unbenommen das zu glauben oder nicht, wir werden ja sehen. In wenigen Jahren wissen wir, wer Recht hat. Ist ja ganz einfach. Frau Kollegin Petrik, wir sind oft einer Meinung, einmal sind wir hier ganz konträrer Meinung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Tatsache ist, dass bei der Datenschutzgrundverordnung die österreichische Variante ein ganz deutliches Signal sendet, nämlich:

Man kann doch nicht mit den gleichen Maßstäben, wie man an weltweit operierende Konzerne herangeht, Facebook, Google und Co, einem einfachen Kleinunternehmer in der ländlichen Region begegnen. Dagegen sind wir und dagegen tritt auch diese Bundesregierung an, das kann nicht derselbe Maßstab sein. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass diese Internetgiganten wieder Möglichkeiten finden werden, rechtlich korrekt an unsere Daten zu kommen.

Ich möchte aber niemanden, der in einem Verein tätig ist, oder der in einem kleinen Handwerksbetrieb arbeitet, kriminalisieren, weil er sich mit seitenweise Information, 60 Seiten hat das Handbuch in dem Bereich für digitale Nutzung von Daten, jetzt herausgegeben von der Agenda Austria, 60 Seiten umfasst diese kleine Kurzinformation.

Ich möchte nicht, dass wir so weit kommen, dass diese Menschen kriminalisiert werden. Hier unterstützen wir zu 100 Prozent den Weg der Bundesregierung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Abschließend ein Beispiel, auch da ist gesagt worden, es geht nicht, wir können nicht die Familienleistungen von Menschen, die hier arbeiten und im Ausland ihre Kinder haben, kürzen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, was ein Treppenwitz ist? Man kritisiert die Österreichische Bundesregierung, die jetzt im

Ministerrat das beschlossen hat, es soll eine Indexierung der Familienleistungen passieren.

Wenn jemand in Luxemburg seine Kinder hat und in Österreich arbeitet, dann muss es einen höheren Betrag geben für diese Familienleistungen, als wenn jemand in Ungarn oder in der Slowakei seine Kinder hat.

Wissen Sie, wer das auch sagt? Die Österreichische Bundesregierung sagt das, und die EU-Kommission sagt das. Ja, bei uns sind Sie dagegen, aber bei den eigenen Mitarbeitern, wissen Sie, was es da gibt? Eine Indexierung der Leistungen der Europäischen Kommission für ihre eigenen Mitarbeiter, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: So schaut es aus!)* je nach Kaufkraft des Landes, wo diese arbeiten.

Also, wenn man schon mit zweierlei Maß misst, dann muss man sich auch gefallen lassen, dass Österreich hier konsequent einen guten Weg geht mit Sebastian Kurz und unserem Koalitionspartner auf Bundesebene. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Herr Abgeordneter Manfred Kölly ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass wir heute eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema haben, könnte man jeden Tag machen, denke ich, weil es wichtig ist, was wir in der nächsten Zeit, in den nächsten Jahren für unser Burgenland erreichen wollen oder können.

Das ist das Entscheidende. Wenn wir heute Debatten anhören, wo ich sage, wir haben tatsächlich profitiert von dieser EU, von dieser wirklichen Ziel 1-Förderung über Phasing-Out-Phase und dergleichen mehr. Da stellt sich die ÖVP an und sagt, wie schlecht das Südburgenland ist, und sind in der Regierung gesessen! Wenn man darauf aufmerksam gemacht hat, haben sie gesagt, das stimmt ja alles nicht. Jetzt drehen sie den Spieß um und sagen, jetzt müssen wir das ganz anders machen.

Jetzt sollen sich die anstrengen, die in der Regierung sitzen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na von Euch war es eh keiner!)* Selbstverständlich müssen sich alle anstrengen, alle miteinander müssen wir uns anstrengen. Den Satz: „Das Beste für das Burgenland herausholen, vollen Einsatz für weitere EU-Förderung nach 2020“, wird jeder hier unterschreiben.

Ich denke einmal, dass es so ist. Egal welcher Couleur er zugehört, Herr Kollege von der ÖVP. Ich hoffe, dass die Generation, die in der vorigen Regierung auch mitgearbeitet hat, auch mit vollem Einsatz gearbeitet hat. Da möchte ich mich schon bedanken bei den Vorgängern, beim Karl Stix und dergleichen mehr. Die es ermöglicht haben, dass es überhaupt zustande gekommen ist. Weil viele Länder haben das nicht bekommen.

Aber - und es gibt auch ein Aber - wie überall. Wir müssen auch schauen, wir sprechen, wir sind die Überdrüber. Wir müssen vorsichtig in der nächsten Zeit umgehen mit unseren Ressourcen, mit unseren Möglichkeiten, die wir haben. Und wenn wir reden, wir haben immer darauf hingewiesen - Übergangsfristen.

Wir seitens - damals FPÖ, jetzt LBL - haben immer darauf hingewiesen, Übergangsfristen mit den ausländischen Arbeitskräften. Genau das ist eingetroffen. Jetzt haben wir sie, jetzt müssen wir etwas dagegen machen, Herr Kollege Illedits. Ich denke,

dass Du in Brüssel Deinen vollen Einsatz bringst, und ich bin überzeugt davon, dass wir dementsprechend auch verhandeln können.

Denn die Bundesregierung ist einmal gefordert, mit der EU dementsprechend zu verhandeln, denn Brexit ist nicht nur gleich so wie der Herr Kurz sich hinstellt und sagt, wir zahlen sicher nichts.

Das wird es nicht geben, glaubt mir das einmal. So offen und ehrlich müssen wir mit der Wahrheit und auch mit Parteien umgehen, die sich einfach hinstellen und sagen, wir zahlen sicher nicht mehr. Wir werden mehr bezahlen müssen, gar keine Frage! Das Ganze drückt natürlich auf die Länder und auf die Gemeinden runter, darüber brauche ich nicht einmal nachdenken. Das sind die Gelder, die wir dringend benötigen.

Heute kommen wir noch zu einem Wirtschaftsbericht, der ja auch dargestellt wird wie wunderbar und wie alles gut und schön ist. Alles ist nicht so, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber ich glaube, wenn wir jetzt - egal welche Couleur hier sich herstellt und sagt, es ist nicht alles so gut und so eitel, ja dann wird er sicherlich irgendwo immer wieder etwas finden, wie wir damals bei den Freiheitlichen oder jetzt bei der Liste Burgenland aufgezeigt haben, und das ist gut so, dass aufgezeigt wird, dass auch dort oder da Fehler passiert sind.

Wenn sich der Hirczy herstellt und sagt, die S7 hätte schon längst fertig sein sollen. Ich weiß nicht, war er dort nicht Bürgermeister und hätte auch sein Schäuflein dazu beitragen können und vieles andere mehr? Aber es gibt auch Gesetze und Möglichkeiten, die das verhindern, das muss man einmal sagen.

Natürlich hat sich der Herr Landeshauptmann hingestellt und hat schon gesagt, wir machen jetzt die S7, die ist schon eröffnet mit einem Spatenstich.

Na, No na, wer macht das nicht? Das macht ein jeder Landeshauptmann in anderen Bundesländern genauso. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bürgermeister!)* Bürgermeister auch, übrigens. Daher glaube ich, dass dieser Satz auch weiterhin gelten soll und für alle hier im Landtag. Aber nicht nur im Landtag, sondern auch Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen draußen an einem Strang ziehen müssen, dass sie weiterhin Unterstützung seitens der EU bekommen, die uns tatsächlich zusteht - das muss man auch dazu sagen. Weil wir haben bei weitem noch nicht das erreicht, was wir erreichen wollen und andere Bundesländer schon erreicht haben. Das muss man auch klar sagen.

Die Bundesregierung hat jetzt die Aufgabe, hier an einem Strang zu ziehen mit den Ländern und mit den Gemeinden. Wenn sie das nicht tun, werden sie auch dementsprechend Kritik von uns hören. Das ist ja logisch, und das soll auch so sein in diesem Lande.

Daher noch einmal mit der Bitte ein Dankeschön an die, die gekämpft haben jahrelang, dass das so entstanden ist, es die Möglichkeit gegeben hat. Aber eine Bitte auch an unsere Pendler zu denken, an unsere Menschen zu denken in diesem Land, dass wir das Beste als Politiker herausholen können. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich zu Wort gemeldet Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller gebotenen Kürze und vielleicht ganz kurz in einem

bestimmten Punkt an den Kollegen Kölly anschließend. Ich glaube, das ist in der Sache wirklich ein sehr wenig kontroversielles Thema. Jede und jeder da herinnen wird sich wünschen, dass es eine weitere Periode als Übergangsregion gibt, wo wir auf entsprechende Förderkulissen zurückgreifen können.

In diesem Sinne von Seiten der Wirtschaft einen herzlichen Dank an alle, die sich auf den unterschiedlichen Ebenen dafür einsetzen. Natürlich auch von unserer Seite das Angebot um Unterstützung. Ich glaube, dass wird da und dort ja auch schon gelebt von Seiten der WiBuG, wo es um Expertisen geht und dergleichen mehr.

Weil auch die Frage aufgetreten ist nach der richtigen oder nachhaltigen Mitteleinsetzung. Die kann ich von Seiten der Wirtschaftsförderung nur bejahen. Bei der Prioritätsachse EFRE, das ist eben der Bereich, für den ich ja maßgeblich verantwortlich zeichne, wurden im Jahr 2014 - 2020 in der derzeit laufenden Periode für die Stärkung der KMUs - Klein- und Mittelbetriebe, gewerblicher Bereich, touristischer Bereich, betriebliche Forschung und Entwicklung sowie innovative Projekte ungefähr 31 Millionen Euro EU-Mittel zur Verfügung gestellt, die natürlich national kofinanziert werden müssen.

Aber das ist ungefähr einmal die Größenordnung, von der wir sprechen. Die wird in der Tat sehr hoch nachgefragt, die wird in der Tat treffsicher eingesetzt, und wenn die Investitionsneigung der Unternehmen weiterhin so bleibt wie wir sie im Jahr 2017, Du hast den Wirtschaftsbericht gerade erwähnt, 2017, und wie es ausschaut, bleibt es auch 2018 so, dann ist es sogar fraglich, ob wir mit den zur Verfügung stehenden Mittel überhaupt über diese Periode kommen oder ob die nicht sogar vorher schon ausgenutzt werden.

Also die Nachfrage ist offensichtlich da und auch die Förderhöhe von rund 30 Prozent in diesem Bereich, die höher ist als in nationalen Programmen, wird da sehr gerne in Anspruch genommen, auch wenn es höhere Dokumentationsanforderungen gibt. Man könnte auch bürokratischen Aufwand sagen. Das sind aber natürlich Vorgaben, die der Betrugsbekämpfung dienen und dergleichen mehr.

Also von dieser Seite und von Seiten der Wirtschaft wirklich ein herzliches Danke für den Einsatz und wirklich ein Toi, Toi, Toi, dass auch weiterhin eine weitere Periode 2021 bis 2027 gelingt.

Weil ich sehe, dass ich noch zwei Minuten Zeit habe, vielleicht zur Entwirrung einer gewissen statistischen Unklarheit oder ist es mittlerweile schon klar?

Es ist natürlich so, dass wenn wir jetzt, ich glaube, 263 Regionen waren, also wenn wir von 263 Regionen sprechen, und hier einen Schnitt von 90 Prozent überschritten haben, und dann treten britische Regionen aus, ich weiß nicht, das werden zwei, drei Dutzend, nehme ich an, an der Zahl sein, die treten aus, die alle über diesem Schnitt sind, dann sinkt der Schnitt und damit unsere relative Performance. Das heißt nicht, dass ein Burgenländer wegen Brexit oder ähnlicher Feststellungen, die hier getroffen worden sind, reicher wird.

Aber, ich glaube, die Argumentation, die vom Herrn Landeshauptmann und auch vom Herrn Landtagspräsidenten ja völlig zu Recht ins Treffen geführt wird, dass wir rein auf Grund dieses statistischen Effektes nicht um eine weitere Förderperiode umfallen dürfen, sondern dass hier schon auch andere Aspekte ins Treffen zu führen sind.

Zum Beispiel die wirtschaftsgeographische Lage, wie auch im Eingangstext erwähnt wurde, drei mittel- und osteuropäische Länder an unseren Grenzen als einzige Region in ganz Europa die entsprechenden Druck auf den Arbeitsmarkt, wie der Kollege Darabos sicherlich mit Zahlen entsprechend untermauern können wird, und dergleichen mehr.

Ich glaube, dass das alles ins Treffen zu führen sein wird, und dass es einen guten Ausgang geben wird, nämlich, dass wir eine weitere Förderperiode entsprechend der Übergangsregelung treffen werden können. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Ich erteile das Wort der Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte gerne Stellung nehmen zum Europäischen Landwirtschaftsfonds. Sie wissen, dass dies der große Bereich ist, der natürlich auch in den nächsten Jahren wieder, davon können wir ausgehen, der höchstdotierte Bereich ist, wo wir natürlich auch zugreifen sollten, und daher nur einige Überlegungen.

Da geht es um den ländlichen Raum, um die Entwicklung des ländlichen Raumes. Einige Vorredner und Vorrednerinnen haben ja schon darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass wir Mittel für die ländliche Entwicklung auch wirklich gut abholen. 40 Prozent sind es zurzeit und das wird sicherlich auch, gehe ich davon aus, von den eben seit 2. März bekannten Angaben auch so bleiben.

Einige Hinweise, wo ich Sie auch sehr herzlich einlade, hier mitzuwirken. Zunächst einmal, eines ist klar, der regionale Bedarf und da geht es noch einmal um die Landwirtschaft, ja, ist ganz, ganz wichtig. Wir müssen schauen, dass wir die weiterentwickeln, dass wir ein Alleinstellungsmerkmal schaffen für die Landwirtschaft, für die regionale Landwirtschaft, das müssen wir nützen in den nächsten Jahren.

Aber ich darf schon hinweisen auf einige Dinge, die ich auch als ELER-Zuständige einbringen möchte. Regionaler Bedarf. Das ist aus ELER möglich. Vergessen Sie nicht diese 40 Prozent, die uns dann hoffentlich auch als Land Burgenland zustehen werden. Ganz wichtig ist natürlich, dass wir hier auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum schauen. Es ist notwendig, und das muss auch möglich sein.

Wir haben jetzt zurzeit einige ELER-Maßnahmen, wo vor allem Infrastruktur gefördert wird, aber nicht das Personal selbst. Bei diesen Projekten, auch kleine Projekte, die wirklich einen Start brauchen, die initiiert werden, die gute Ideen sind, wird aber das Personal nicht gefördert, das ist ganz, ganz wichtig. Was im ELER auch möglich ist, und das müssten wir sicher ausbauen, da ist noch vieles möglich, ist die Mobilität.

Was mir auch wichtig ist, ist die regionale Gestaltung von kleinen Projekten und mehr Flexibilität während der Programmlaufzeit. Es muss möglich sein, dass wir schnell reagieren können. Für die Gemeinden, für die Landwirtschaft, für die Nahversorgung, für den Buschenschank, für die regionale Lebensqualität.

Was mir auch auffällt und abgeht, das werden Sie wie ich bemerken, dass wir oft, ob es jetzt beispielsweise, Sie wissen, wir haben mit einem Masterplan begonnen, ob es jetzt darum geht, Tourismus, Landwirtschaft, Naturschutz und, und, und mit den Arbeitsplätzen hier zu vernetzen. Hier muss es mehr Möglichkeiten geben, dass man noch besser zusammenarbeitet, weil in dieser Zusammenarbeit ist dann auch mehr möglich und vor allem auch die Arbeitsplatzschaffung.

Was natürlich auch in ELER möglich ist, aber nur sehr marginal, muss auch noch ausgebaut werden, nämlich wirklich auch mehr Geld für Forschung und Innovation. Was mir jetzt im Moment auch ein bisschen zu kurz kommt, ist die Versorgungssicherheit. Wir reden jetzt. Noch nie zuvor ist so viel geredet worden über Lebensmittelsicherheit. Über Lebensmittel, über regionale Lebensmittel, über gesunde Lebensmittel.

Von den Kindergartenkindern begonnen bis zu den älteren Generationen, die mehr als je zuvor darauf achten, dass sie sich gut und vor allem Gott sei Dank auch regional ernähren wollen. Hier müssen wir noch viel mehr in der Programmierung des ELER auch schauen auf Versorgungssicherheit. Es hat etwas damit zu tun, dass wir wirklich unsere Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln versorgen können.

Dann gibt es auch fairere Preise für die kleine, für die mittlere, für die größere Landwirtschaft, aber auch für die hoffentlich neuen und innovativen Projekte, die wir in diesem Bereich brauchen. Was mir auch sehr wichtig ist, ist die Planungssicherheit. Es geht wirklich darum, Sie erinnern sich, wir haben oft darüber im Landtag geredet, dass wir relativ spät starten haben können, weil viele Rechtsexpertisen noch gekommen sind von der Europäischen Kommission und so weiter, dass wir wirklich starten können und so schnell wie möglich.

Die Entbürokratisierung ist schon angesprochen worden. Das ist ganz wichtig. Schauen Sie, mir tut das weh, wenn nicht einmal mehr die Hälfte in der Landwirtschaft, vor allem die kleineren Betriebe, die wir aber brauchen, nicht mehr ansuchen, um ELER-Förderungen. Weil die sagen, ich kann mir keine Sekretärin leisten, ich bin nicht dabei. Da verlieren wir so viel Agrarproduzenten, die wir dringend brauchen. Für den Tourismus, für die Wirtschaft und letztendlich auch für die eigenen Arbeitsplätze. Da gehören wirklich Kostenpauschalen, einheitliche standardisierte Einheitskosten, Referenzkosten klar herausgerechnet und vor allem die Kleinprojekte mit einfacherer Abwicklung, weil sonst wird das nicht gehen.

Und zuletzt, wir alle stöhnen oft, wir leiden darunter, dass die Bürokratisierung der Kontrollstellen sehr, sehr vieles ist. Ich möchte eine Reduzierung der Kontrollstellen. Das kann ich alles nicht alleine erreichen. Ich möchte Sie daher herzlich einladen, sich in unsere Arbeitskreise für ELER einzubringen. Es geht um 40 Prozent der möglichen Mittel, die abzuholen sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller. Ich merke allerdings an, dass seine Redezeit nur mehr vier Minuten beträgt, entsprechend der Geschäftsordnung. Wir enden mit 90 Minuten Debatte.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Ich werde schnell sprechen. Danke. Ich glaube, dass wir in den Regionen langsam beginnen müssen, ein bisschen anders zu denken. Klar denken wir vor allem ans Burgenland, aber vielleicht muss man einmal grenzüberschreitend denken und eine Region nicht als Burgenland sehen, sondern als Region Südburgenland und ein Teil Ungarns.

Die zweite Geschichte - die Landesrätin hat die EU-Förderungen angesprochen, auch im Landwirtschaftsbereich. Ich glaube, es wäre endlich die Chance, Förderungen neu zu denken. Wir haben jetzt das Problem nicht nur im Landwirtschaftsbereich, sondern auch im Wirtschaftsbereich, dass wir vor allem die Großen fördern. Wir haben keinen Deckel nach oben, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer sind die Großen? - Abg. Walter Temmel: Wer sind die Großen?)* die österreichischen Betriebe fallen da meistens wahrscheinlich eh aus, es wird sehr schwierig sein, weil gerade Frankreich hier ein Veto dagegen einlegen wird. Aber ich glaube schon, dass die Möglichkeit der Ratspräsidentschaft ab Oktober hier neue Möglichkeiten bietet und bieten muss, weil es einfach weniger Geld gibt, hier anders zu fördern, anders zu steuern.

Man weiß heute, darauf gehe ich dann bei einem anderen Tagesordnungspunkt noch ein, dass viele Förderungen auch sehr schädlich sind. Gerade im Landwirtschaftsbereich werden heute Sachen gefördert, die genau das nicht bewirken, was sie eigentlich bewirken sollten, nämlich Richtung Ökologisierung, mehr Arbeitsplätze und Ähnliches. Damit bin ich schon am Ende. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die 90 Minuten der Aktuellen Stunde sind nahezu abgelaufen. Zu Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1275), mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2018) (Zahl 21 - 900) (Beilage 1295)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1275, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2018), Zahl 21 - 900, Beilage 1295.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2018), in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2018), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich das Wort der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ich muss noch einmal kurz replizieren. Schön dass Sie noch da sind, Herr Landeshauptmann. Sie haben vorher die Kritik daran schroff zurückgewiesen, dass Sie einige Ihrer schriftlichen Anfragen nicht korrekt … *(Landeshauptmann Hans Nießl: Haben Sie die Unterlagen vom Präsidenten korrekt bekommen?)*

Herr Landeshauptmann, Sie wissen noch gar nicht, was ich sagen möchte und fallen mir schon ins Wort. *(Landeshauptmann Hans Nießl: Ich frage Sie ja nur. - Landesrätin Verena Dunst: Das war ja nur eine Frage. - Landeshauptmann Hans Nießl: Sie sollten das lesen.)* Könnten Sie mich bitte einfach ausreden lassen und dann reagieren Sie darauf.

Die Anfragen, um die es hier geht, habe ich Ihnen auf verschiedene Art und Weise gestellt. Zu inhaltlichen Sachen, die überhaupt nicht das betrifft, *(Landeshauptmann Hans Nießl: Das stimmt ja nicht, was Sie sagen.)* was Sie mir von … *(Landeshauptmann Hans*

Nießl: Dann verstehen Sie es nicht, tut mir leid.) Gut, Sie wollen es nicht hören, gehen Sie hinaus. *(Landeshauptmann Hans Nießl: Sie haben die Unterlagen vom Präsidenten bekommen.)*

Da geht es zum Beispiel um eine Anfrage um die Eingliederungshilfe, um die Schleife Eisenstadt. *(Abg. Gerhard Steier: Das darf doch nicht wahr sein. Ob sie es versteht oder nicht.)* Da geht es um verschiedene inhaltliche Anfragen zum Thema Bildung. Die haben mit all dem nichts zu tun, was da ausgeteilt wurde, und dann gibt es zum Beispiel zehn Anfragen und die Antwort vom Herrn Landeshauptmann ist zu Frage eins bis zehn: Ich habe bis jetzt tolle Arbeit geleistet, das Land Burgenland ist vorbildlich und wir haben die höchste Maturanten-Quote, und außerdem bin ich nicht zuständig.

Das ist keine Art und Weise der Anfragebeantwortung und darum ging es auch heute am Anfang dieser Sitzung. Es ging nicht um ausgelagerte Betriebe, dazu habe ich dem Herrn Landeshauptmann noch keine einzige Anfrage gestellt. Aber das will er einfach nicht mehr hören. Deswegen hat er jetzt einfach den Saal verlassen.

Ein zweiter Hinweis noch zum vorigen Tagesordnungspunkt, weil ELER gefallen ist, auch noch ein Hinweis gestern Abend bei einer Veranstaltung vom Landesjugendforum, wo es um Behindertenförderung im Burgenland gegangen ist, wurde auch darauf hingewiesen, dass man auch für Barrierefreiheit in Bildungseinrichtungen, zum Beispiel, wenn man in einer Schule etwas umbauen muss, damit es barrierefrei wird in der Bildung, auch Förderungen von ELER abholen kann. Auch das ist, glaube ich, ein wichtiger Hinweis. Ich hätte mich gefreut, wenn ich gestern dort mehrere Kollegen angetroffen hätte.

Nun aber zum Tagesordnungspunkt 3 - zur KRAGES. Wir haben hier die Bestimmungen zur Primärversorgung, die im Wesentlichen nur notwendige Anpassungen nach Beschluss des Primärversorgungsgesetzes im Bund sind. Die Ergänzungen betreffen einen speziellen Fall, nämlich dass eine Primärversorgungseinrichtung in Form eines selbständigen Ambulatoriums geschaffen werden soll.

Dann geht es auch noch um die vorgesehene Einführung eines Informationsrechtes der Landesregierung über die Tätigkeit der Ethik- und Arzneimittelkommission sowie der Schiedskommission. Es geht um die Schaffung der Möglichkeit der Abberufung eines Mitglieds dieser Kommissionen. Auch das ist eine Anpassung an ein Bundesgesetz. Soweit, so unspektakulär.

Einer unserer grundlegenden Kritikpunkte bleibt aber der, den ich hier auch schon mehrfach geäußert habe: Nach wie vor ist es nicht möglich, dass sich Ärzte einfach zusammentun und etwa eine ÄrztIn, eine andere ÄrztIn anstellt. Die Gefahr der Privatisierung von Gesundheitsleistungen ist evident, wenn Primärversorgungszentren ein privatwirtschaftlicher Markt werden. Die solidarische Versorgung der Patienten und Patientinnen und die kollektivvertragsähnliche Gesamtvertragsregelungen, diese dürfen nicht aufgelöst werden.

Kernelemente so einer Regelung - ich nehme an, darin wird mir der Kollege Kovacs auch zustimmen - müssen ein bundeseinheitlicher Qualitätsstandard für die Behandlung sein und bundesweit einheitliche Honorarregelungen. Denn das ist schon auch ein gewichtiger Grund, warum sich ÄrztInnen nicht so gern im Burgenland niederlassen. Die Gebietskrankenkasse zahlt schlechter als andere Kassen. Ohne die kleinen Kassen könnten manche niedergelassenen Allgemeinmediziner gar nicht wirtschaftlich überleben. Exkurs-Ende.

Wir haben das Thema heute und nächste Woche ja noch einmal. Es ist doch eines, das jetzt schon drängend ist. Schade ist auch, dass die Vertragspartnerschaft mit den beteiligten Gesundheitsberufen nicht in den Möglichkeiten der niedergelassenen Ärzte liegt. Hier ist dieses Gesetz leider zu kurz gegriffen. Wir hätten uns mehr erwartet, das wäre auch sinnvoll gewesen, auch gerade für den ländlichen Raum.

Einzelverträge für jede neue Primärversorgungseinheit sehe ich mit Skepsis. Es besteht nämlich die Gefahr, dass es dann zu Ausschreibungen kommt und die Billigstbietenden den Zuschlag bekommen.

Im Bereich der Psychotherapie existiert leider ein schlechtes Beispiel dafür. Es gibt Versorgungsengpässe, es gibt große Qualitätsunterschiede, es gibt eine Ungleichbehandlung von Patientinnen und Patienten, und es gibt mittlerweile Dumpingpreise für die Gesundheitsberufe. Das ist dann die Folge.

Es darf also bei der Einrichtung der neuen Primärversorgungszentren keinesfalls zu einer privatwirtschaftlichen Organisation und einem reinen Diktat der Krankenkassen kommen.

Oder anders ausgedrückt: Primärversorgungszentren dürfen nicht der erste Schritt zur Privatisierung des Gesundheitssystems sein. Darauf müssen wir achten. Ich bitte auch unseren Landesrat Darabos in seiner Zuständigkeit achtsam zu sein. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN - Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer ist denn zuständig für das Gesetz? - Abg. Wolfgang Spitzmüller: Zur Geschäftsordnung bitte!)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller zur Geschäftsordnung das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Das war jetzt das Musterbeispiel, wie man es nicht macht. Der Landeshauptmann wird von meiner Kollegin, die das Wort hat, angesprochen und spricht im Hinausgehen so laut, dass sie nicht sprechen kann.

Da hätte ich mir von Seiten des Präsidenten eigentlich schon zumindest mahnende Worte erwartet. Danke. *(Abg. Walter Temmel: Genau! - Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sagt kein Wort. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja unglaublich. Ein Wahnsinn.)*

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem hier heute so eine besonders gereizte Stimmung ist, ich weiß nicht, was irgendwann am Wochenende oder am 1. Mai passiert ist, dass jetzt auf einmal alle Nerven so brachliegen und wir von einer Meldung zur Geschäftsordnung zur anderen kommen, nur weil ich vielleicht angefangen habe mit der Entschuldigung, das tut mir dann jetzt fast leid, dass ich mich zur Geschäftsordnung als Erster heute gemeldet habe. Diesen Wasserfall wollte ich eigentlich nicht auslösen.

Aber ich denke mir, irgendwo - oder ist es schon die Hitze, die jetzt mit dem Frühling in die Räumlichkeiten hereindringt. Ich hoffe, wir können wieder ein bisschen zur Sachlichkeit zurückkommen. *(Abg. Mag.a Ingrid Petrik: Entschuldigung! War ich unsachlich? Was soll denn das?)* Man muss sich nicht immer angesprochen fühlen, Frau Magister, ich habe Sie nicht gemeint.

Ich wollte gerade sagen, so wie meine Vorrednerin begonnen hat, nämlich mit der Sachlichkeit zum Tagesordnungspunkt - nämlich nicht mit der Präambel davor, sondern mit der Sachlichkeit zum Tagesordnungspunkt, kann man eigentlich nur mehr sagen, es ist alles gesagt, aber noch nicht von jedem.

Damit darf ich hier auch noch ein paar Wortmeldungen dazu abgeben, nämlich hinsichtlich der Gesetzesänderung, die hier stattfindet, sind ja nur grundsatzgesetzliche Vorgaben in das Burgenländische Krankenanstaltengesetz hineinzubringen, aber auch bundesverfassungsrechtlich gebotene.

Im Wege der Änderungen - haben wir ohnehin schon gehört - sind Anpassung für Zulassungsverfahren für selbständige Ambulatorien an die Vorgaben des Primärversorgungsgesetzes sowie die Einführung eines Informationsrechtes der Landesregierung betreffend die Tätigkeiten der Ethik- und Arzneimittelkommission sowie der Schiedskommission zu ändern. Schaffung der Möglichkeit zur Abberufung eines Mitglieds oder Ersatzmitglieds sind ebenfalls zu ändern, und in diesem Falle gibt es eigentlich aus der sachlichen Sicht zu diesem Gesetz und zu diesem Thema nicht wirklich etwas zu erläutern.

Ich könnte mich jetzt auch schon in die Ärzte- oder sonstige Thematik verbreiten, aber das haben wir heute eh noch auf dem Programm. Ich darf damit sagen, dass natürlich diesem Gesetz entsprochen werden muss, weil es in Wirklichkeit Vorgaben sind. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Um auch ein kurzes Wort zu Transparenz in diesem Hohen Haus zu sprechen, möchte ich nochmals darauf hinweisen, man kann dies im Internet sehr gut nachlesen. In der demokratischen parlamentarischen Debatte geht es in erster Linie um Transparenz. Wenn wir als gesetzgebende Körperschaft, als Abgeordnete, die Regierung und die Verwaltung, über ihre Prozesse und Anliegen fragen, so können wir uns inhaltliche Erläuterungen erwarten. Ja, es ist doch auch fast schon die Pflicht eines Regierungsmitglieds, anständig zu antworten und auf unsere gestellten Fragen halbwegs korrekte Antworten zu geben und sich nicht hinter irgendeinem Papier zu verstecken.

Geschätzte Damen und Herren! Es würde zu einer hohen Qualitätsverbesserung führen und es würde auch zu mehr Transparenz führen, was sich hier alle Parteien im Landtag auf die Fahne heften. Es ist ein wesentliches Element der politischen Kontrolle der Gesetzgebung gegenüber der Exekutive, das wissen wir, das leben wir und darauf berufen wir uns auch immer.

Umso wichtiger ist es, hier auch der Verfassung den notwendigen Ausdruck zu verleihen, um auch dem demokratischen Prinzip zu entsprechen. Dafür stehen wir, dafür treten wir ein und das fordern wir auch von dieser Regierung ein.

Geschätzte Damen und Herren! Zum eigentlichen Punkt dieser Debatte. Es geht heute um die KRAGES, um die gesetzlichen Anpassungen an das Bundesgesetz, das in den vergangenen Jahren verhandelt wurde. Hier geht es um PVEs oder PHCs, je nach dem welcher Sprache man mächtig ist.

Es ist im Prinzip der Versuch, die gesundheitliche Versorgung sicherzustellen auf Bundesebene, heruntergebrochen auf alle Bundesländer. Wenn man genauer hinsieht,

was ein PHC eigentlich ist, so ist es ein Zusammenschluss von mehreren Ärzten. Eine Trägergesellschaft oder auch ein Trägerkonzern übernimmt einen Kassenvertrag für weitere Ärzte. Diese Ärzte werden dort angestellt und haben dann im Prinzip eine Vergütungsobergrenze und sollen die Versorgung sicherstellen.

Man nennt hier Vorteile wie beispielsweise längere Öffnungszeiten oder eine bessere Versorgung unter der Woche. Aber gleichzeitig deckelt man natürlich auch die Honorare der Ärzte und auch die Gehälter der Ärzte. Wenn man hier mit den Betroffenen spricht, so erkennt man relativ schnell, dass es ein eher unattraktives Angebot an die Ärztegesellschaft ist und es dementsprechend auch nicht zu mehr Hausärzten führen wird. Ganz im Gegenteil.

Man sieht, dass Ärzte eher abgeneigt sind, dieses Modell zu unterstützen oder in ein PHC zu gehen. In Gesprächen mit Kollegen oder Regierungsmitgliedern weiß ich, dass wir hier eher nicht die PHCs im Burgenland forcieren werden, weil es gerade im Burgenland in der ländlichen Struktur nicht zum Erfolg führen wird.

Das Grundproblem bleibt das Gleiche. Wir haben einen Ärztemangel im Burgenland. Die niedergelassenen Ärzte sind mittlerweile eher Mangelware. Es gibt eine zu geringe Versorgung in den ländlichen Gebieten und in den Regionen. Die Wartezeiten werden immer länger, die Öffnungszeiten eher kürzer.

Oft werden auch ausgeschriebene Kassenverträge sehr lange nicht besetzt. Sie müssen mehrmals ausgeschrieben werden, um endlich auch einen Arzt zu finden. Ein Paradebeispiel sind auch die Kinderärzte. Hier wissen wir, dass es nicht nur Kassenverträge gibt, die zu wenig ausgestaltet sind, sondern gleichzeitig auch zu wenig Wahlärzte für Kinder gibt.

Das ist ein flächendeckendes Problem im Burgenland, wo man ansetzen muss, und das haben wir schon mehrmals gefordert. Ich hoffe, die Regierung wird hier mit all den verantwortlichen Partnern tätig.

Grundproblem sind nicht - wie oftmals vermutet - die zu wenigen Studienplätze, an denen man trotzdem auch arbeitet, um dem gerecht zu werden. Experten sagen - das ist nicht unsere Erfindung -, dass die Jungmediziner oftmals nicht im Land bleiben, ihre Ausbildung ins Ausland verlegen, aber auch ihre Arbeitsstätte ins Ausland verlegen, um dort andere Jobs anzunehmen. Aber auch ein Drittel der Studenten schließen ihre Ausbildung nicht ab.

Das heißt, hier muss es andere Anreize geben. Als Volkspartei Burgenland, als starke Alternative, haben wir bereits viele Vorschläge gebracht, die nicht nur bundesweit diskutiert wurden, sondern auch in der Ärztekammer oder auch in den Krankenkassen viel Anklang finden. Jetzt möchte ich nicht über die Akutordinationen reden, die ein netter Schritt in die richtige Richtung sind.

Trotzdem ist die Ausgestaltung in manchen Bezirken schlecht, und es dürfte hier eine überhastete Aktion gewesen sein, um die SPÖ ins richtige Licht zu rücken.

Auch die SPÖ im Bezirk Neusiedl hat selbst gesagt, dass das Modell gerade im Bezirk Neusiedl ein nicht gutes ist und hier Nachholbedarf ist. Also, wir gehen in die richtige Richtung.

Danke, dass Ihr hier auf unseren Zug aufgesprungen seid. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* Aber wir sind noch nicht am Ziel angelangt. Weitere Punkte sind, dass man zum Beispiel Arzt-Arzt-Anstellungen ermöglichen muss. Man muss die Lehrpraxen

fördern, um junge Ärzte in den Beruf einzuführen. Die Landarztstipendien wurden Gott sei Dank auf unser Anraten umgesetzt, wenn auch hier die Umsetzung etwas holprig ist.

Es gibt viele weitere Punkte, um den Arztberuf in der ländlichen Region zu attraktivieren, dafür stehen wir ein, und das möchten wir auch. Entscheidend ist aber am Schluss auch das soziale Umfeld. Hier sind wir alle beteiligt. Vor allem die Gemeinden, die Bürgermeister, aber auch vor Ort in den Gemeinden, die Menschen und Vereine. Damit sich ein Arzt in der Gemeinde wohlfühlt und auch dort gerne seine Arbeit verrichtet, weil er auch einen sozialen Auftrag in seiner Berufsausübung hat.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn wir heute über die KRAGES reden, dann müssen wir das heikle Thema ansprechen, das uns seit einem Jahr beschäftigt. Ihr habt es geschafft, dass die KRAGES seit über einem Jahr einen Imageschaden erlitten hat. Ihr habt die KRAGES und den Geschäftsführer durch den Dreck gezogen und habt ihn quasi schamlos und skrupellos abmontiert - vor ungefähr einem Jahr.

Es war ein Geschäftsführer, und der Name in dem Fall ist egal, es geht um die Person an sich in einem Landesbetrieb, der nicht nach der Pfeife tanzen wollte, der andere Meinungen hatte und vielleicht auch manchmal die Wahrheit aussprach und man die nicht gerne hören wollte.

Der Schluss davon war, dass er gehen musste, er musste entfernt werden, ohne dass bis heute ein einziger Grund genannt wurde. Etwaige Erklärungen waren Seifenblasen, die mittlerweile zerplatzt sind. Sie endeten in Prozessen und Klagen, die abgewiesen wurden. Das Land hat hier Prozesse sogar verloren.

Das zeigt auch das Sittenbild, das hier in Landesbetrieben von der roten Politik gemacht wird. Es ist Eure Überheblichkeit, die hier dargestellt wird. Wenn Personen nicht zum Gesicht stehen, dann werden sie eben entfernt.

Das ist nicht in unserem Sinn, wie man hier im Burgenland Politik macht, sondern ganz das Gegenteil. Wir möchten hier volle Transparenz und Aufklärung. Es kann nicht sein, dass über alle Themen immer Stillschweigen vereinbart wird. Ganz im Gegenteil. Es braucht mehr Transparenz fürs Burgenland, und dafür stehen wir ein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die KRAGES ist leider Euer teurer Selbstbedienungsladen. Was nach einem Jahr überbleibt, sind Postenschacher, Freunderlwirtschaft oder irgendein Finanzmoloch, der unendlich viele Millionen verschlingt, weil Prozesse geführt werden und Klagen eingereicht werden. Übrigbleibt nach einem Jahr im Prinzip nichts, außer hohe Prozesskosten und eine Anwaltskanzlei, die sich über die Honorare freut.

Und was noch überbleibt ist, dass wir eine KRAGES haben, die seit einem Jahr ohne Geschäftsführer auskommt. So frage ich mich, warum morgen eine neue Geschäftsführerin präsentiert wird. Mut hätte der Herr Landesrat, wenn er morgen sagen würde, es braucht keine Geschäftsführung, weil es seit einem Jahr auch ohne Geschäftsführer funktioniert. Das würde uns beweisen, dass er es ernst meint mit der KRAGES. Wir sind gespannt, wer morgen wieder präsentiert wird.

Ihr habt die KRAGES so dick in roten Filz gewickelt, dass Ihr selbst nicht mehr rausseht. Deswegen hoffen wir, dass dieser Finanzmoloch doch noch gut ausgeht, denn es wäre schade um unsere Gesundheitsversorgung im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident. Bevor ich zum Krankenanstaltengesetz, zur Änderung komme, einige Bemerkungen. Frau Mag.a Petrik, wenn Sie sich hier herstellen und eben Honorare ansprechen und irgendwas sagen, was Sie irgendwann gehört haben, dann ist das vielleicht Ihre subjektive Meinung. Ich darf Ihnen die Zahlen nennen, die tatsächlich Fakt in Österreich sind.

Der burgenländische Allgemeinmediziner liegt vom Honorar her an Nummer vier, Nummer vier in Österreich. Von neun Bundesländern Vierter. Vor Burgenland sind bei der Honorierung für Allgemeinmediziner nur Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich. Ich brauche Ihnen auch nicht sagen, dass vielleicht Vorarlberg und Tirol höhere Lebenserhaltungskosten haben. Eigentlich ist das ein sehr gutes Zeugnis für unser Heimatland Burgenland, was die Allgemeinmediziner betrifft.

Auf der anderen Seite möchte ich Sie auch, Herr Mag. Wolf, noch kurz ansprechen. Wenn Sie sich heute über die Akutordinationen freuen, dass eh alles passt, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Es passt eben nicht alles; habe ich eh gesagt. Hast Du nicht zugehört? - Abg. Ingrid Salamon: Wer ist am Wort? - Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Warum hat er nicht zugehört?)* jene Partei, die die letzten Wochen dazu benutzt hat, die Akutordinationen schlechtzureden, schlechtzumachen sogar, sogar sich hinzustellen und zu sagen, Kinder werden in Akutordinationen nicht behandelt, das war eigentlich letztklassig, das war nicht in Ordnung und da sollten Sie sich, glaube ich, heute vielleicht auch dafür, für diesen Fauxpas der Sonderklasse, entschuldigen. Das wäre einmal angesagt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Kern des vorliegenden Entwurfes, die Schaffung einer grundsatzgesetzeskonformen Rechtslage. Es wurde schon sehr vieles darüber gesagt. Inhaltlich geht es um die Anpassung des Zulassungsverfahrens für selbständige Ambulatorien an die Vorgaben des Primärversorgungsgesetzes.

Demnach können Primärversorgungseinheiten unter anderem in der Rechtsnorm eines selbständigen Ambulatoriums eingerichtet werden. Diese Grundsätze enthalten Abweichungen gegenüber den für sonstige selbständige Ambulatorien geltende Regelungen und müssen daher im Landesrecht umgesetzt werden.

Wie schauen nun die notwendigen Ergänzungen aus? Ich möchte hier nur auf die wichtigsten Punkte eingehen. So ist die Errichtungsbewilligung für eine Primärversorgungseinheit in Form eines selbständigen Ambulatoriums nur dann zu erteilen, wenn eine Primärversorgungseinheit im regionalen Strukturplan Gesundheit der Gebietskrankenkasse zum Abschluss eines Primärversorgungsvertrages vorliegt. Außerdem dürfen nur gemeinnützige Anbieter gesundheitlicher oder sozialer Dienste gesetzlicher Krankenversicherungsträger oder Gebietskörperschaften in Zukunft Gesellschafter von Primärversorgungseinheiten in Form von selbständigen Ambulatorien sein.

Lassen Sie mich abseits dieser gesetzlich notwendigen Anpassungen Grundsätzliches zu den Primärversorgungseinheiten sagen. Diese sollen sich nämlich aus einem Kernteam mit Ärztinnen und Ärzten für Allgemeinmedizin und Angehörigen des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege zusammensetzen. Orts- und bedarfsabhängig sollen auch Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendheilkunde Teil dieses Teams sein.

Die Intention des Gesetzgebers war somit klar, dass es sich dabei um eine Erstanlaufstelle im Gesundheitsversorgungssystem handelt, die sowohl Angebote zur Förderung der Gesundheit bietet, als auch eine umfassende Behandlung von Akuterkrankungen und chronischen Erkrankungen gewährleisten soll.

Auch wenn diese Zielsetzungen nachvollziehbar sind, ist auch ein bisschen Skepsis angebracht, die auch von der Ärztekammer und von der Gebietskrankenkasse geteilt und von unserem Landesrat Hans Peter Doskozil schon mehrfach kommuniziert wurde.

Demnach würden sich nämlich die Primärversorgungszentren eher für den urbanen Bereich anbieten. Im Burgenland würde eine solche Einrichtung die flächendeckende Struktur der wohnortnahen Hausärzte noch mehr unter Druck setzen, es würde zu Hausarztschließungen kommen. Der direkte und individuelle Kontakt der PatientInnen zum gewohnten behandelnden Arzt würde verlorengehen. Deshalb soll eher das bewährte System unterstützt und natürlich auch gefördert werden.

Meine Damen und Herren! Weitere Punkte der Krankenanstaltengesetznovelle, mit dem die grundsätzliche Vorgabe des Bundes umgesetzt werden muss, sind die Einführung eines Informationsrechtes der Landesregierung betreffend die Tätigkeit der Ethik- und Arzneimittelkommissionen sowie der Schiedskommissionen sowie Schaffung der Möglichkeit zur Abberufung eines Mitgliedes dieser Kommission.

Wir erteilen diesem Gesetzesentwurf natürlich unsere Zustimmung. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländisches Krankenanstaltengesetz-Novelle 2018), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2018), ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1280), mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird (Zahl 21 - 905) (Beilage 1296)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 4. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1280, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, Zahl 21 - 905, Beilage 1296.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Killian Brandstätter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Kilian Brandstätter: Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz-

und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, in ihrer 14. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun als erstem Redner Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke vielmals Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Details dieser Änderung überlasse ich jetzt meinen lieben Kolleginnen und Kollegen. Mir geht es um etwas mehr.

Ich glaube, dass es langsam an der Zeit ist, das Natur- und Landschaftsschutzgesetz grundsätzlich zu ändern. Wir haben landauf, landab einige Probleme im Land. Wir haben zwar ein gutes Gesetz, wie auch der Landesentwicklungsplan, trotzdem scheinen uns einige Sachen zu entgleiten.

Es ist jedes Jahr wieder die Debatte, konkret als Beispiel genannt, dass wir im Frühjahr beziehungsweise eigentlich vor dem Frühjahr noch, Rodungen an den Ufern der Bäche in den Gemeinden haben. Wirklich vom Südburgenland bis ins Nordburgenland beziehungsweise hinunter.

Wir haben eigentlich eine super Gesetzesvorlage dazu. Wir haben noch dazu eine gute Richtlinie dazu beziehungsweise Verordnung, die zeigt, wie man es machen soll.

Es gibt vom Umweltanwalt eine Broschüre, wo sogar mit Bildern darauf hingewiesen wird. Tatsache ist, dass die Gemeinden die Aufträge an irgendwelche Firmen vergeben, die dort dann wild dreinschlagen und eigentlich nicht mehr viel übriglassen vom Bewuchs.

In diesem Bereich sind wir aufgerufen, hier sitzen auch viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, uns zu überlegen, wie wir das in Zukunft ändern können.

Wie gesagt, ein Gesetz alleine macht es nicht, aber dennoch glaube ich, dass wir hier ein bisschen nachschärfen müssen. Was uns auch fehlt, haben viele andere Bundesländer, ist ein Baumschutzgesetz.

Wir haben zwar gute Regelungen, was den Schutz von Waldgebieten und Natura 2000-Gebieten und Ähnlichem betrifft, aber manchmal geht es einfach um einzelne Bäume. Vielfach werden Bäume entnommen, die eigentlich ganz wesentlich sind für das Landschaftsbild, für das Bild in der Gemeinde, die eigentlich nur einen guten Schnitt bedürften, einen professionellen, aber nein, es wird der einfachere Weg gewählt und der Baum wird komplett umgeschnitten.

Natürlich gibt es Problembäume wie im Moment die Esche. Die Esche ist leider auch von einem Virus befallen, da schaut das natürlich anders aus, das ist keine Frage.

Um es auf den Punkt zu bringen, ich würde mich freuen, das wäre, abgesehen von dieser anlassbezogenen Gesetzesänderung uns einmal parteiübergreifend zusammensetzen und überlegen, wie wir gewisse Punkte, wo wir alle sehr genau wissen, wo die Probleme liegen, hier eine Änderung des Gesetzes oder eine Erweiterung

überlegen, und uns vielleicht heuer noch zusammensetzen, um dem Naturschutzgesetz die Möglichkeiten zu geben, auch wirklich umgesetzt zu werden.

Letztendlich ist das nicht nur eine Sache, damit jetzt die Natur geschützt wird, sondern Naturschutz ist eine Grundlage für viele andere Bereiche, ich nenne hier nur den Tourismus. Gerade jetzt im Frühjahr, wo die Bäume, die Obstbäume alle blühen, gerade im Streuobstbereich sind wir leider auch sehr hintennach.

Viele Streuobstwiesen verschwinden. Viele werden von den Misteln stark befallen. Auch hier müssen wir uns jetzt etwas überlegen, damit dieses Gesamtbild, was wir den Touristen schon lange bieten, weiterhin erhalten bleibt.

Wir werden der Änderung natürlich trotzdem zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*.

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Naturschutz und Landschaftspflege ist Heimatschutz. Daher haben wir Anfang 2016 das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz novelliert, da die Vollziehung in den Jahren davor oft Probleme aufgezeigt hat. Natürlich kann man vieles gesetzlich festlegen, doch muss man auch nach den Änderungen evaluieren und schauen, was funktioniert auch so in der Umsetzung, und was nicht.

Wo muss man noch etwas ändern, um die optimale Vollziehung gewährleisten zu können? Wichtig ist es, wenn man wo Probleme bei der Umsetzung eines Gesetzes sieht, dass man rasch reagiert und handelt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* So ist es auch heute der Fall. Im Zuge der Vollziehung nach der letzten Novellierung ist man auf Probleme aufmerksam geworden. Ältere Bewilligungen zum Abbau mineralischer Rohstoffe wurden unbefristet erteilt und die angegebenen Abbauzeiten, die für die zu entrichtende Abgabenrate maßgeblich sind, sich teilweise über Jahrzehnte, wenn nicht sogar über Jahrhunderte erstrecken.

Somit blieben die Einnahmen, die eigentlich aufgrund der Neuberechnung der Abgaben hereinkommen sollten, hinter den Erwartungen. Noch dazu besteht für die bescheidmäßige Festlegung der für die Abgabenentrichtung maßgeblichen Abbaudauer, also für die Festlegung des Zeitraumes innerhalb dessen, die nach Kalendervierteljahren zu bemessenen Teilbeträgen der Abgabe zu entrichten sind, derzeit noch keine gesetzliche Grundlage.

Jetzt schließen wir diese Gesetzeslücke. Es wird nun die Anzahl der Kalendervierteljahre, in denen die Landschaftsschutzabgabe in Teilbeträgen zu entrichten ist, festgelegt. Der Entwurf orientiert sich am Mittelwert der Abbaudauer bestehender Anlagen. Dieser berechnete Mittelwert liegt bei 62 Kalendervierteljahren, denn das ist der Wert, der angegebenen beziehungsweise errechneten Abbaudauer bei bestehenden Anlagen. Der uns vorliegende Entwurf kommt den Anlageninhabern aber entgegen.

67 Kalenderjahre wurden berechnet, aber der Entwurf sieht einen für die Inhaber günstigeren Zeitraum von 80 Kalendervierteljahren für die Abgabenentrichtung der Teilbeträge vor.

Wenn in Zukunft bei neu zu genehmigenden Anlagen eine kürzere Abbaudauer als 20 Jahre bescheidmäßig festgesetzt wird, ist für die Höhe des Teilbetrages für ein

Kalendervierteljahr die Anzahl der Kalendervierteljahre, die innerhalb dieser kürzeren Laufzeit liegen, heranzuziehen.

Wirtschaftlich hat diese Novellierung keine Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Burgenland. Die Höhe der Abgaben bleibt ja gleich. Es wird lediglich die bisher fehlende gesetzliche Festlegung der für die Abgabenentrichtung maßgeblichen Abbaudauer und damit die Festlegung der Höhe der Abgabenrate, die pro Kalendervierteljahr des Abbauzeitraumes zu entrichten ist, festgelegt.

Probleme sind dazu da, um gelöst zu werden und dazu stehen wir auch. Mit dieser Novellierung wird auch dieses Problem aus dem Weg geräumt und daher stimmen wir zu und zwar unserem ursprünglichen Antrag.

Damit abschießend noch zum Abänderungsantrag der ÖVP: Nach Durchsicht des Abänderungsantrages der ÖVP stelle ich fest, dass auch die Kollegen der Volkspartei mit der Novelle inhaltlich einverstanden sind. Worum es der ÖVP geht? Das ist die Aufgabe der Aufteilung der Landschaftsschutzabgabe zwischen dem Land und den Gemeinden.

Hier sieht der rot-blaue Antrag einen Schlüssel von 60:40 Prozent vor, 60 Prozent Land, 40 Prozent Gemeinden. Die ÖVP beantragt die Änderung dieses Schlüssels auf 50:50 und dazu möchte ich Folgendes anmerken:

1) Der Vollständigkeit halber: Es geht um eine sehr geringe Anzahl von Gemeinden.
2) Ebenso der Vollständigkeit halber: Pro Gemeinde geht es nicht um Unsummen, normalerweise um ein paar Tausend Euro pro Jahr.
3) Das ist sicherlich das schlagende Argument, das die ÖVP ignoriert: Die Gemeinden haben mit der Landschaftsschutzabgabe keinen Aufwand mehr, weil das Land die Abgabebehörde ist, eben nicht mehr die Gemeinde und daher das Land auch den Verwaltungsaufwand hat.

Zum Abschuss halte ich fest, Rot-Blau löst ein Problem: Die ÖVP betreibt, wie schon zu Beginn der heutigen Sitzung, mit ihrem Abänderungsantrag reine Effekthascherei, denn in der Entstehung dieser Novelle und auch der vorangegangen hat sich die Volkspartei mit keinem Federstrich eingebracht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Frau Abgeordnete Stampfel! Ich bedanke mich, dass Sie meine Rede schon vorweggenommen haben und den ÖVP-Antrag erklärt haben. Das ehrt mich natürlich und uns als ÖVP. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Allerdings, wenn Sie einen anderen Redeabschluss in Ihren Unterlagen vorgefunden hätten, wäre ich Ihnen auch dankbar gewesen, er war nämlich sachlich gut, aber zuletzt irrsinnig polemisch.

Schade darum, denn ich versuche jetzt nicht, auf diese Polemik einzugehen, sondern auf das Naturschutzgesetz und Landschaftsschutzpflegegesetz. Ich möchte so beginnen, dass das Naturschutzrecht ein sehr altes Recht ist. Ich habe mir die Mühe gemacht, habe ein bisschen in der Geschichte geblättert und habe die Wurzeln dieses Naturschutzrechtes bereits in der ersten Republik vorgefunden.

Seither, Frau Abgeordnete Stampfel, ist schon viel geschehen. Ich erlaube mir, jetzt einige Meilensteine aufzuzählen, was eigentlich bisher geschehen ist: Also, ein kleiner geschichtlicher Abriss sei mir gestattet: Es beginnt mit dem Naturschutzgesetz 1926 und mit den Verordnungen, denn damals hat man mit diesem Gesetz verhindert, dass es eine Trockenlegung des Neusiedler Sees gegeben hätte.

Es sind damals auch Flächen zu Banngebieten erklärt worden, wie die Zitzmannsdorfer Wiesen oder Teilflächen der Langen Lacke. Es gab damals schon Beschränkungen in der Bewirtschaftung. Eine Anmerkung sei mir gestattet, nämlich, in den 30-er Jahren hat sich der Naturschutzbund sehr eingebracht und hat damals schon - in den 30-er Jahren - die ersten Weichen für den Nationalpark Neusiedler See gesetzt.

Interessant ist auch das Naturschutzgesetz 1961, denn da sind zahlreiche Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen worden. Federführend war dabei die Biologische Station Neusiedler See, die hier wissenschaftlich der damaligen Landesregierung zugearbeitet hat. Es ist auch damals schon ein Beirat in der Landesregierung eingerichtet worden, aber entscheidend, wirklich entscheidend, war das Jahr 1991:

1991 war der große Durchbruch, denn hier wurde dann - Frau Abgeordnete Stampfel - eine eigene Abteilung für den Naturschutz geschaffen *(Abg. Gerhard Steier: Hört! Hört!)* und es sind natürlich auch bewilligungspflichte Maßnahmen festgelegt worden. Beispielsweise bei der Errichtung von Gebäuden, bei der Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von Rohstoffen, bei der Errichtung und Erweiterung von Gewässern sowie bei elektrischen Freilandleitungen. Wissen Sie, was damals die Diskussion war: Ich kann mich noch gut erinnern, 1991, Stichwort: 380 KV-Leitung!

Irrsinnige Diskussion - wir haben das dann zustande gebracht, dass wir das Burgenland so gestaltet haben, dass wir zumindest, was die Ringschlussleitung anbelangt, das Burgenland erschlossen haben. Es hat lange gedauert, war sehr mühsam, aber dennoch, hier hat auch dieses Gesetz gegriffen.

Damals hat man auch mit den ersten Golf- und Minigolfplatzanlagen begonnen. Hier hat auch dieses Naturschutzgesetz gegriffen und entsprechende Ersatzflächen waren bereitzustellen, wenn man Flächen für etwaige andere Dinge, Projekte gebraucht hat. Dafür gab es auch die Bestimmung, dass Geldbeträge für die Landschaftspflege eingehoben werden müssen.

Jetzt kommt noch dazu - ich kann mich noch gut erinnern, viele von Ihnen waren wahrscheinlich auch mit dabei - die Diskussion um den Nationalpark Neusiedler See.

Die dementsprechenden Grundstücke einzulösen war wirklich fast eine Sisyphusarbeit. Es ist ja eigentlich gelungen. Da hat das Naturschutzrecht natürlich auch gezeigt, dass es wichtig ist, nicht nur gesetzliche Bestimmungen zu haben, sondern dass man die Menschen miteinbindet: Was nützen uns die vielen rechtlichen Bestimmungen, wenn nicht die Meinungen der Gemeinden, der betroffenen Grundstücksbesitzer miteingebunden werden? In harten Verhandlungen ist es aber gelungen!

Ich weiß es: Verhandlungen im Gemeindesaal, Verhandlungen im Wirtshaus, in den Kellern des Bezirkes Neusiedl am See ebenfalls, dass man hier dann die Grundstücksbesitzer, die Gemeinden, soweit gebracht hat, dass dieser Nationalpark entstehen konnte. Es ist dann auch, und das ist vielleicht auch für die GRÜNEN ganz interessant, 1991 eine Bestimmung eingeführt worden, die sie dann bei der letzten Novelle wahrscheinlich berechtigt kritisiert haben, nämlich, es ist die Bestimmung eingeführt worden, in jedem Verwaltungsbezirk sind Naturschutzorgane einzurichten.

Das wurde dann etwas abgeändert im Jahr 2016, und es wurde ein Landschaftspflegefonds eingerichtet. Durch diese Gelder, die hereingekommen sind, hat man verschiedene Steuerungsmaßnahmen durchführen können. Dann kam das Jahr 2012, wieder ein Meilenstein. Ich war damals in der Regierung, und ich habe mit dem Landeshauptmann Nießl verhandelt, Regierungsverhandlung, denn wir wollten zwei Institutionen schaffen: Es wurde damals der Umweltanwalt und dass der Rechnungshof installiert wird, ausverhandelt.

Ich kann mich noch gut erinnern, die Diskussionen, ja in der Regierung wurde das ausverhandelt, im Landtag wurde das dann mit gesetzlicher Basis beschlossen. Das war, glaube ich, der richtige Punkt, dass wir versucht haben, hier auch einen Anwalt zu installieren, der all diese Möglichkeiten hat, wenn sich jemand beschwert, wenn es hier im Behördenlauf verschiedene Verzögerungen gibt, dass der auch dementsprechend eingreifen kann und auch der Regierung und dem Landtag beratend zur Verfügung steht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Novelle 2016 kam, da haben wir das erste Mal, Frau Abgeordnete Stampfel, dagegen gestimmt, denn bis 2016, Frau Abgeordnete, gab es im Bereich Naturschutz und Landschaftsschutz immer wieder Ressortverantwortlichkeit der ÖVP-Regierungsmitglieder. Es wurde ausverhandelt, ein gemeinsamer Nenner gefunden, und das trug immer die Handschrift einer rot-schwarzen Regierung.

Deshalb können wir auf diese gesetzlichen Bestimmungen sehr stolz sein. Das lassen wir uns auch nicht nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dann wurde natürlich auch mit der Novelle 2016 einiges eingeführt. Die Gemeinden waren hier nicht mehr die Abgabeneinheber, sondern das Land hat das übernommen. Die Landschaftsschutzabgabe ist dann erhöht worden und es wurde ein Schlüssel mit 60:40 vereinbart. Warum nicht 70:30, warum nicht 80:20, warum nicht 50:50?

Das kann man diskutieren, das ist legitim. Da gibt es verschiedene Meinungen, auch hier im Landtag. Unsere Meinung ist, es wäre ein Signal, Frau Abgeordnete Stampfel, da möchte ich schon auf Ihre Rede reflektieren: Ein Signal, wenn man den Gemeinden 50 Prozent geben würde, denn es geht manches Mal in der Politik nicht nur um die Beträge, es geht um die Signalwirkung.

Daher werden wir auch dementsprechend einen Abänderungsantrag, den ich dann vorlesen darf, einbringen. Es waren gescheite Dinge enthalten. Ich kann mich auch erinnern, der Landeshauptmann Nießl ist damals in der Regierungssitzung fast explodiert, als er gesagt hat, es ist ein Wahnsinn, wenn ich da so durch den Neusiedler Bezirk fahre, Parndorfer Platte, und das schaut aus, wie am Mond, wie Mondlandschaften zum Teil, weil beispielsweise hier Gruben ausgehoben, aber letztendlich nicht befüllt wurden und das Landschaftsbild hat demensprechend gelitten.

Zu Recht, zu Recht - sage ich - gab es hier Maßnahmen, die auch Eingang in die Novelle 2016 gefunden haben. Damals hat Thomas Steiner, der jetzt in den Landtagssitzungssaal hereingekommen ist, von der ÖVP-Fraktion gesprochen. Wir haben damals abgelehnt, das erste Mal abgelehnt und zwar deswegen, mit der Begründung, dass es hier zu viel Bürokratieaufbau gibt.

Wir haben damals viel von Entbürokratisierung gesprochen, aber man wird das auch wahrscheinlich mit einem pathologischen Befund in einigen Jahren erst feststellen können, ob es ein Bürokratieaufbau oder -abbau war!

Man weiß es wahrscheinlich jetzt noch nicht, aber auf eines möchte ich besonders eingehen und das muss, wenn man über Naturschutz spricht, auch erwähnt werden. Es

ist eine große Persönlichkeit, die, leider Gottes, nicht mehr lebt, die in diesem Hause sehr vieles dazu beigetragen hat, dass es einen Nationalpark Neusiedler See gibt, dass es Naturparke gibt und dass dem Landschaftsschutzrecht sehr viel Stellenwert beigemessen wurde, nämlich, der Dr. Wilfried Hicke.

Ich zitiere Dr. Wilfried Hicke, vormals auch Landesamtsdirektor-Stellvertreter hier in diesem Hause, der 1996 gemeint hat: „In Zukunft wird es neben der Politik auch weiterhin am einzelnen Bürger liegen, wie weit die Natur des Burgenlandes erhalten bleibt." Das ist die richtige Aussage. Wir können nur mit den Menschen gestalten, wir können nur Gesetze machen, wenn wir die Menschen breitest miteinbinden.

Das wurde ja bereits heute des Öfteren auf anderen Ebenen erwähnt und sehr emotional diskutiert. Ich bin der Meinung, dass man nur mit dem Bürger Politik machen kann. Er hat das damals begriffen. Das war sein Credo. Alle Beteiligten, alle Betroffenen einbinden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Man könnte auch zu den Naturschutzgesetzen viele Gesetzesmaterien dazu zählen. Wenn man das breit betrachtet. Das Baugesetz zum Beispiel, das Kanalgesetz, die Raumplanung, das Landwirtschaftsgesetz und so weiter. All das trägt die Handschrift der Natur. Es geht darum, nicht nur Gesetze zu machen, sondern eine Grundhaltung einzunehmen und die als Abgeordnete auch vorzuleben.

Um diese Grundhaltung müssen wir uns tagtäglich bemühen, auch wenn wir in vielen Fällen, und das hat sich heute auch gezeigt, unterschiedlicher Meinung sind. In einer Demokratie muss es möglich sein, Meinungen auszutauschen, aber gemeinsam darum zu kämpfen, dass wir im Burgenland auch in Zukunft viele Menschen bei vielen Vorhaben einbinden. Das muss der burgenländische Weg bleiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte jetzt abschließend - und ich kann Ihnen das leider nicht schenken - jetzt den Abänderungsantrag vorlesen. Es geht nicht anders, Herr Abgeordneter Rezar. Ich hoffe, Sie bleiben im Landtagssitzungssaal, wenn ich hier spreche. *(Abg. Dr. Peter Rezar: Selbstverständlich! Ich komme ja selten in den Genuss von Vorlesungen.)* Es gibt doch noch Freunde. Danke. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf den Abänderungsantrag der Abgeordneten Franz Steindl, Kollegin und Kollegen zur Regierungsvorlage über ein Gesetz, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz NG 1990 geändert wird, vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen:
Das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990, LGB1. Nr. 27/1991, in der Fassung des Gesetzes LGB1. Nr. 20/2016, wird wie folgt geändert:

1. § 75a Abs. 2 lautet:

„(2) Die Landschaftsschutzabgabe fällt zu 50% dem Land Burgenland und zu 50% der jeweiligen Gemeinde, in deren Gebiet der Bodenabbau erfolgt, zu. Das Land hat den Gemeinden die Ertragsanteile bis 15. April des Folgejahres zu überweisen."

2. § 75c Abs. 2 und 3 lautet:

„(2) Die Höhe der Abgabe und die Höhe der kalendervierteljährlich zu entrichtenden Abgabenteilbeträge sind mit Bescheid festzusetzen. Die Abgabe ist in gleich hohen Teilbeträgen zu entrichten. Die Höhe der Gesamtabgabe geteilt durch 80 ergibt den Teilbetrag für ein Kalendervierteljahr bei Bewilligungen, die für einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren oder ohne Befristung erteilt werden (§ 51 Abs. 1). Die Höhe der Gesamtabgabe geteilt durch die Anzahl der Kalendervierteljahre (einschließlich der nicht vollen Kalendervierteljahre), die innerhalb der Laufzeit der Bewilligung (§ 51 Abs. 1) liegen, ergibt den Teilbetrag für ein Kalendervierteljahr bei Bewilligungen, die für einen Zeitraum von weniger als 20 Jahren erteilt werden.

(3) Die Abgabe wird an dem der Rechtskraft des Festsetzungsbescheides folgenden 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeweils im Ausmaß des für das (allenfalls nicht volle) Kalendervierteljahr in vorgesehenen Teilbetrags fällig. Sofern die Rechtskraft des Festsetzungsbescheides nach dem Fälligkeitstag dieses Kalendervierteljahres eintritt, ist der für dieses (allenfalls nicht volle) Kalendervierteljahr zu entrichtende Teilbetrag spätestens einen Monat nach Rechtskraft des Festsetzungsbescheides zu entrichten. Mit dem ersten Fälligkeitstag nach Rechtskraft des Festsetzungsbescheides sind auch Teilbeträge in einer solchen Anzahl fällig und zu entrichten, wie (allenfalls nicht volle) Kalendervierteljahre zwischen dem Tag der Rechtskraft des Bewilligungsbescheides und dem ersten Fälligkeitstag liegen."

3. § 75c Abs. 3 erhält die Absatzbezeichnung „ (4)".

4. § 75c Abs. 4 erhält die Absatzbezeichnung „ (5)".

5. § 75c Abs. 5 erhält die Absatzbezeichnung „ (6)". Der erste Satz des neuen Abs. 6 lautet:

„Erlischt die Bewilligung für die Anlage zur Entnahme mineralischer Rohstoffe gemäß § 5 lit. bevor dem Ende der im Bewilligungsbescheid festgelegten Abbaulaufzeit oder wurde das gemäß dem Bewilligungsbescheid zum Abbau freigegebene Volumen nicht vollständig ausgeschöpft, so hat die oder der Abgabepflichtige der Behörde jene Unterlagen vorzulegen, aus denen sich ergibt, in welchem Umfang ein Abbau bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt ist."

7. § 81aZ3 lautet:

„3. Die Höhe der Gesamtabgabe geteilt durch 80 ergibt den Teilbetrag für ein Kalendervierteljahr bei Anlagen, deren Laufzeit der Bewilligung nicht befristet ist oder deren Laufzeit für einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren, gerechnet ab Inkrafttreten des Gesetzes LGB1. Nr. 20/2016, erteilt wurde. Bei Anlagen, deren Laufzeit der Bewilligung vor Ablauf von 20 Jahren ab Inkrafttreten des Gesetzes LGB1. Nr. 20/2016 endet, ergibt die Höhe der Gesamtabgabe geteilt durch die Anzahl der Kalendervierteljahre (einschließlich der nicht vollen Kalendervierteljahre), die innerhalb der Laufzeit der Bewilligung liegen, den Teilbetrag für ein Kalendervierteljahr. Die Abgabe wird an dem der Rechtskraft des Festsetzungsbescheides folgenden 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November im Ausmaß des für das jeweilige Kalendervierteljahr der Laufzeit vorgesehenen Teilbetrags fällig. Mit dem ersten Fälligkeitstag nach Rechtskraft des Festsetzungsbescheides sind auch jene Teilbeträge in einer solchen Anzahl fällig und zu entrichten, wie (allenfalls nicht volle) Kalendervierteljahre seit dem Inkrafttreten des Gesetzes LGB1. Nr. 20/2016 vergangen sind. Sofern die Rechtskraft des Festsetzungsbescheides nach dem Fälligkeitstag dieses Kalendervierteljahres eintritt, ist der für dieses (allenfalls nicht volle) Kalendervierteljahr zu entrichtende Teilbetrag spätestens einen Monat nach Rechtskraft des Festsetzungsbescheides zu entrichten."

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag. - Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl, Kollegin und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung mit einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Killian Brandstätter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das gesamte vergangene Wochenende war durch ein Traumwetter gezeichnet. Passend zu diesem

Kaiserwetter fand nicht nur der Surfworldcup statt, sondern auch die Pannonischen Naturerlebnistage. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Drei Tage lang hatte man hier die Möglichkeit, Natur und Tierwelt in den verschiedenen National- und Naturparken im Burgenland und in Ungarn kennenzulernen. Im Mittelpunkt stand die Bewusstseinsbildung für die Natur und für den Naturschutz.

Wir haben hier im pannonischen Raum eine einzigartige Natur- und Kulturlandschaft. Einzigartig aber nicht nur aufgrund ihrer Schönheit, sondern auch weil sie tausenden Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum bieten. Zum Beispiel der Neusiedler See. Er ist Heimat für rund 340 Vogelarten. Vor kurzem fand in Illmitz die „Pannonia Bird Experience“ statt, wo wieder viele Menschen von Nah und Fern kamen, um diese artenreiche Vogelwelt zu bestaunen.

Im Land Burgenland mit unserer Naturschutzlandesrätin Astrid Eisenkopf ist man sich bewusst, wie wertvoll unsere Tier- und Pflanzenwelt ist und nimmt daher die Verantwortung, diese Lebensräume zu schützen, sehr ernst. Ich sehe es wie Sie. Naturschutz bedeutet nicht die Natur unter die Glasglocke zu stellen. Es bedeutet gemeinsam mit den Menschen eine umweltverträgliche, nachhaltige Entwicklung zu gestalten.

Dies war uns auch bei der Novelle des Naturschutzgesetzes im Jahr 2016 wichtig. Unter Einbeziehung vieler Beteiligter, Experten, Arbeitgeber-, Arbeiternehmervertreter, NGO's wurde diese Novelle gemeinsam erarbeitet. Einer der Anstöße, warum man dieses Gesetz novellieren musste, war, dass es bei der Vollziehung der Landschaftsschutzabgabe mehrere Probleme gab.

Die vorgehenden ÖVP-Naturschutzlandesräte hatten diesen Missstand nicht aufgegriffen. Deshalb ist das, was die ÖVP heute hier einbringt, wieder einmal ein durchsichtiges Manöver, das die Burgenländerinnen und Burgenländer durchschauen. Jahrelang hat man sich mit diesem Thema nicht beschäftigt, keine Stellungnahmen dazu eingebracht. Heute ist man einfach dagegen.

Warum eigentlich? Ist ja klar, man muss wieder die Oppositionsrolle spielen. Da bringt man noch schnell einen Gegenantrag dazu ein, aus parteipolitischen Zwecken, aber das kennen wir ja schon. Es ist so, wie die Kollegin Stampfel und der Kollege Molnár gesagt haben, eine reine Effekthascherei. Aber, wen wundert das noch.

Unserer Landesrätin Astrid Eisenkopf ist hingegen der Naturschutz ein Herzensanliegen. Sie nahm sich dem Thema an und bereitete mit den Betroffenen eine gute Novelle auf. Einer der wichtigen Änderungen war die Verpflichtung zur Rekultivierungs- und Endgestaltungsmaßnahmen. Damit wurde verhindert, dass Schottergruben nicht rekultiviert werden und in Teilen des Landes weitere Mondkraterlandschaften entstehen.

Außerdem erfolgt seither in Anlehnung an das Land Tirol die Berechnung der Schotterabgabe in der Höhe der genehmigten Kubatur, anstelle der abgebauten Tonnenmenge, die in der Praxis schwer zu kontrollieren war. Nun wird die Kubikmetermenge herangezogen. Neben der Bewilligungspflicht für die Errichtung und Erweiterung von Anlagen von mineralischen Stoffen wurde auch die Endgestaltung von Anlagen bewilligungspflichtig gemacht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das bedeutet, ein Endgestaltungs- beziehungsweise ein Abschlussbetriebsplan muss bereits bei Projekteinreichung der Behörden vorgelegt werden, um die Rekultivierung der Anlagen sicherzustellen. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass

durch die Novelle 2016 verstärkt Steuerungs- und Eingriffsmöglichkeiten im Sinne eines nachhaltigen Natur- und Landschaftsschutzes im Burgenland geschaffen wurden.

Unser Motto lautet: Nachhaltig Lebensraum gemeinsam planen und schaffen, weil wir letztendlich auch alle gemeinsam davon profitieren. Heute geht es darum, dieses Gesetz um ein weiteres Puzzle-Teil zu erweitern. Da sich die Verrechnung als schwierig gestaltet hat, wollen wir eine Laufzeitbeschränkung auf 20 Jahre. Das gibt den burgenländischen Gemeinden Rechtssicherheit und ist eine faire Lösung für alle.

Der Naturschutz ist der Burgenländischen Landesregierung ein Herzensanliegen. Das Burgenland ist mit seinem Nationalpark Neusiedler See, der bald sein 25-jähriges Bestehen feiert, und seinen sechs Naturparken ein Aushängeschild für den Naturschutz. 30 Prozent, rund ein Drittel, der gesamten Landesfläche stehen unter Naturschutz. Sieben Millionen Euro wendet das Land Burgenland für diesen Bereich auf. Damit werden sehr viele Projekte finanziert, die unsere atemberaubende Naturvielfalt erhalten, als auch für Maßnahmen, die bewusstseinsbildend sind. Für Kinder vor allem.

Die Wertschätzung für die Natur zu vermitteln, ist heute wichtiger denn je. Viele Kinder verbringen den Großteil ihrer Freizeit nicht mehr draußen an der frischen Luft, sondern vor dem Bildschirm. Das Abtauchen in die virtuelle Scheinwelt birgt jedoch die Gefahr der Naturentfremdung in sich. Die Folgen davon sind fatal, denn wer nicht schon in jungen Jahren lernt, sich selbst als einen Teil der Natur zu begreifen und die Notwendigkeit eines umweltgerechten Handelns erkennt, der wird das aller Wahrscheinlichkeit auch im Erwachsenenalter nicht tun.

Genau deshalb sind Maßnahmen, wie, zum Beispiel, der Fotowettbewerb „Auf Natursafari im Burgenland“, der von Landesrätin Astrid Eisenkopf ins Leben gerufen wurde, ganz wichtig, denn sie regen an, sich mit der Natur zu beschäftigen. Abschließend möchte ich noch auf ein aktuelles Ereignis eingehen.

Seit gestern ist der neue Umweltanwalt Michael Graf im Dienst. Ich möchte ihm an dieser Stelle recht herzlich zur Bestellung gratulieren und wünsche gutes Gelingen und viel Erfolg für seine neue Herausforderung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Am 1. Mai 2016 ist, wie wir bereits gehört haben, die Novelle des Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes damals in Kraft getreten. Es war mir auch damals schon ein besonderes Anliegen, möglichst viele Beteiligte mit einzubeziehen. Das ist damals auch passiert.

Wir haben Experten, Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter mit einbezogen, wir haben alle politischen Parteien damals auch zu den Gesprächen geladen. Es war mir - wie gesagt - damals besonders wichtig, um auch eine gemeinsame Lösung zu finden.

Der Hauptteil dieser Novelle lag darin, dass wir die Bemessungsgrundlage für die Landschaftsschutzabgabe maßgeblich verändert haben. Wir haben - wie wir es vorhin schon gehört haben - damals von der damals monatlich entnommenen Menge, das heißt, von der Tonnage auf die Kubatur umgestellt, die bei einer Anlage bewilligt ist. Nämlich aus dem Grund, weil es in der Vergangenheit eben in der Praxis sehr schwierig war, diese abgebaute Menge wirklich zu kontrollieren, und das in der Vollziehung natürlich zu Problemen geführt hat.

Das ist natürlich dann viel leichter und viel offensichtlicher, wenn man von der genehmigten Kubatur ausgeht, was die Bemessungsgrundlage für die Landschaftsschutzabgabe betrifft.

Wir haben auch schon gehört, dass die Endgestaltung der Anlagen ein sehr zentraler Punkt dabei auch bei dieser Novellierung war, weil es uns ganz einfach auch wichtig war, bei den bewilligten Anlagen auch gleich von Beginn an ein Endgestaltungskonzept mit zu verlangen, um eben diese Monster in der Landschaft, die hier schon mehrfach angesprochen worden sind, zu verhindern.

Da spielt auch hinein, dass wir in der Novelle des Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes auch geregelt haben, dass die Schotterabbauanlagen in Abschnitte unterteilt werden, die maximal fünf Hektar groß sein dürfen. Sobald eine Anlage in mehr als zwei Abschnitten unterteilt wird, darf man den dritten Abschnitt erst aufmachen, wenn der vor- vorletzte bereits rekultiviert ist, um eben dieses Öffnen und dieses Aufreißen in der Natur zu vermeiden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben außerdem geregelt, dass etwaige Befüllungen nur mit Bodenaushubmaterial erfolgen dürfen. Wir haben auch eine Sicherheitsleistung eingeführt, dass natürlich auch zum Schutz der Abgabe, um wirklich auch davon auszugehen, dass die tatsächliche Endgestaltung dann auch gewährleistet ist, falls ein Abbauunternehmen in Konkurs gehen sollte und vieles mehr.

Uns waren, wie bereits gesagt, vor allem diese landschaftliche Verträglichkeit und auch der Naturschutz ein sehr großes Anliegen beim Erstellen dieser Novelle, denn davor hat es das alles nicht gegeben. Davor gab es keine Verpflichtung zur Rekultivierung. Das hat zu diesen Monstern in der Landschaft geführt. Es gab vor allem auch keine oder nicht ausreichende Eingriffe von Steuerungsmöglichkeiten seitens der Behörde. All das haben wir mit dieser Novelle 2016 aus dem Weg geräumt.

Warum wir es jetzt noch einmal novellieren? Wir haben auch das vorhin schon gehört. In der Verwaltungspraxis hat sich ganz einfach gezeigt, dass bei sehr alten Bewilligungsbescheiden in der Regel keine Laufzeiten vorhanden waren. Diese Festlegung des Zeitraumes, der die gesamte Abgabenschuld betrifft und im Kalendervierteljahr zu entrichten ist, bedarf ganz einfach einer gesetzlichen Regelung.

Diese Lücke schließen wir heute mit dieser Novellierung. Wir haben dabei eine Durchschnittsbetrachtung zur Hand genommen, wo man davon ausgeht, dass, in der Praxis liegt das bei zirka 15 bis 16 Jahren, diese durchschnittliche Laufzeit, bei den Schotterabgaben oder bei den Schotterlaufzeiten bei den Anlagen. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir auch der Wirtschaft entgegenkommen und in diesem Zeitraum auch 20 Jahre festlegen.

Das ist mehrfach auch so geprüft worden. Wir haben auch ein Gutachten dazu eingeholt. Diese Methode ist also auch verfassungsrechtlich zulässig. Mir war auch wichtig, dass damit natürlich für die Gemeinden und das Land die Einnahmensicherheit gewährleistet ist, wie aus dem Ursprung der Novelle eigentlich war. Das kommt den Gemeinden zugute, das kommt dem Land zugute.

Es sorgt auch für mehr Transparenz, aber vor allem geht es hier um eine faire Lösung. Denn diese 20 Jahre Abbauzeit sind eine faire Annahme, die man aus der Praxis und aus den Erfahrungen der Praxis abgeleitet hat. Anders als von einigen Betreibern angegeben, wo man teilweise zu Abbauzeiten von 400 bis zu 1.000 Jahren gekommen ist.

Das ist kein faires Verhalten, weder dem Land, noch den Gemeinden gegenüber. Wie gesagt, diese Gesetzeslücke schließen wir heute.

Was ich aber schon noch in Richtung der ÖVP und den Abänderungsantrag anmerken möchte. Es ist absolut ihr gutes Recht, diesen Abänderungsantrag einzubringen. Darum geht es ja überhaupt nicht. Nur, was mich ein wenig persönlich stört, da reden wir von Gemeinsamkeit und von einem gemeinsamen Erarbeiten eines Gesetzes. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es hat zu dieser Novellierung eine Begutachtungsphase von vier Wochen gegeben. Da kann jeder seine Stellungnahme anbringen. Es hat im Jänner auch ein Gespräch mit dem Klubobmann gegeben. Da ist kein Wort von dieser 50:50 Regelung gefallen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Oh ja, der Gemeindebund hat eine Stellungnahme abgegeben.)* Jetzt hat der Gemeindebund eine Stellungnahme abgegeben, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Jetzt. So ist es.)* der der ursprünglichen Novellierung, wenn man dann zur Geschichte zurückgeht, bei der ursprünglichen Novellierung 2016, wo es eigentlich um diese Abgabe gegangen ist, hat weder der Gemeindebund noch irgendein anderer Gemeindeverband eine Stellungnahme abgegeben.

Wenn man auch noch bei der Geschichte bleibt, der allerursprünglichste Entwurf, den wir damals übernommen haben, war ja noch von Landesrat Liegenfeld, ÖVP, soweit ich mich erinnern kann. Der hat auch schon diese 40:60 Verteilung vorgesehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Insofern verstehe ich jetzt nicht, wieso dieser Abänderungsantrag unbedingt heute eingebracht werden musste. Es war jetzt monatelang Zeit, diese Regelung auch noch mit mir zu besprechen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie müssen es eh nicht verstehen.)* Also, nicht böse sein, wenn dann so kurzfristig eine solche Änderung kommt, dann verstehe ich nicht, wozu es eine Begutachtungsfrist gibt, wozu es persönliche Gespräche mit den Parteien gibt.

Wenn dann das die Vorgehensweise ist, wie man miteinander umgeht, dann ist mir lieber, ich halte es mit dem Abgeordneten Kölly, der immer sagt, setzen wir uns zusammen und reden wir darüber. *(Abg. Manfred Kölly: Genau. Wir sind ja eh zusammengesessen.)* Das führt, wir sind ohnehin zusammengesessen. Ich bin auch mit der ÖVP zusammengesessen, aber da war kein Wort von dieser 50:50 Aufteilung zu hören. *(Abg. Manfred Kölly: Franzi, da warst Du leider nicht dabei!)* Also, wie gesagt, das ist nicht die Vorgehensweise, die ich mir vorstelle. Aber, ich lade Sie gerne auch in Zukunft ein, sich aktiv am Gesetzwerdungsprozess zu beteiligen.

Ich darf mich an dieser Stelle noch einmal bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass dieses Gesetz zustande gekommen ist. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zu Abstimmung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf, so wie vom Herrn Berichterstatter beantragt, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

5. Punkt: Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1281), mit dem der Wirtschaftsförderungsbericht des Landes Burgenland, verfasst als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 906) (Beilage 1297)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 5. Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1281), mit dem der Wirtschaftsförderungsbericht des Landes Burgenland, verfasst als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 906) (Beilage 1297) wird Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Klubobmann.

Berichterstatter Géza Molnár: Danke Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Wirtschaftsförderungsbericht des Landes Burgenland, verfasst als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017, zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 6. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

Ich wurde als Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldungen einstimmig angenommen.

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Wirtschaftsförderungsbericht des Landes Burgenland, verfasst als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017, wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Debatte steht jetzt der Wirtschaftsförderungsbericht des Landes Burgenland für die Jahre 2016 und 2017, der Rechenschaft gibt über die verschiedenen Fördermaßnahmen, welche die Wirtschaft im Burgenland betreffen. Das Land Burgenland hat sich in den vergangenen Jahren, wie wir heute schon gehört haben, hervorragend entwickelt.

Es wurde in den vergangenen Jahren das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer erreicht. Auf diese Ergebnisse kann man zu Recht stolz sein. Gleich vorweg, selbstverständlich auch auf die burgenländischen Unternehmer, die dies mit ihrem tagtäglichen Einsatz ermöglicht haben. Genauso auch wie die fleißigen Arbeitskräfte hier im Burgenland.

Im dargestellten Zeitraum im Bericht wird das Jahr 2016 für das Burgenland in drei Bereichen sicher als Rekordjahr in die Geschichte eingehen. Erstens: Es wurde die Drei-Millionen-Nächtigungsmarke erstmalig überschritten.

Zweitens: Es hat im Burgenland erstmalig über 100.000 Beschäftigte gegeben. Drittens: Es ist bekannt und ebenfalls schon gesagt worden, dass es auch das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer gegeben hat. Das sind Daten, Zahlen und Fakten, die den erfolgreichen Weg des Burgenlandes bestätigen. Das Land Burgenland hat somit die richtigen Impulse für die Wirtschaft, aber auch für den Arbeitsmarkt gesetzt. Durch die guten Rahmenbedingungen wurden positive Voraussetzungen für ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese sehr guten Zahlen sollen natürlich weiter gehalten werden. Ziel ist es aber natürlich, sie noch weiter auszubauen. Im Wirtschaftsförderbericht finden wir die gesetzten Aktivitäten und ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Burgenlandes genau aufgeschlüsselt. Es werden hier die wesentlichen Förderaktionen des Landes dargestellt und über weitere Verordnungen im Bereich der Wirtschaftsförderung berichtet.

Der Bericht untergliedert sich in vier Hauptbereiche. Der erste Bereich sind die Haftungen. Es wird die Gesamtsumme der Darlehen dargestellt, für die das Land die Haftungen übernommen hat, damit eben Investitionen getätigt werden. Der zweite Bereich ist die Wirtschaftsförderung. Das Ziel der Förderungen besteht darin, die burgenländische Wirtschaft bestmöglich zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der burgenländischen Unternehmer im europäischen Wirtschaftsraum zu stärken.

Hier geht es vor allem um Betriebsansiedelungen, um Standortmarketing und natürlich in weiterer Folge auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es geht um verschiedene Förderaktionen im Bereich Tourismus, zum Beispiel um die Qualitätsinitiative für Privatzimmer und kleine gewerbliche Beherbergungsbetriebe. Hier wurden, zum Beispiel, die Klimatisierungsanlagen von Gästezimmern gefördert, die Neueinrichtung von Gästezimmern, die Erneuerung von Sanitärräumen. All das sind Dinge, die der gesamten Wirtschaft guttun und die Wirtschaft auch beleben.

Es gibt eine Jungunternehmerförderung im Zusammenhang mit einer Unternehmensgründung beziehungsweise auch bei Betriebsübernahmen. Es gibt eine Förderaktion für Beherbergungsbetriebe für die Schaffung von kindergerechten Indoor- und Outdoor-Spielbereichen, für den Ausbau von Wellnessinfrastruktur, für die Einrichtung von Sport- und Freizeiteinrichtungen. Gefördert werden auch Initiativprojekte, vor allem auch die Aus- und Weiterbildung von Unternehmen.

Wir sehen, dass es viele kleine, aber auch große maßgeschneiderte Förderrichtlinien gibt oder Maßnahmen gesetzt werden, die die Unternehmen dazu motivieren, Geld zu investieren und fachen die Wirtschaft somit nachhaltig an.

Der dritte Bereich betrifft die Beteiligung des Landes, und der vierte Bereich betrifft die Öffentlichkeitsarbeit, der kein unwesentlicher Bereich ist. Hier möchte ich mich beim Landesrat Petschnig bedanken, der den Informationsbedürfnissen der burgenländischen Unternehmer hier sehr gerne nachkommt und auch zu den Betrieben hinausgeht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wirtschaftswachstum ist ein wichtiger Faktor hinsichtlich der Wertschöpfung in den Regionen und somit im ganzen Burgenland. Hier haben sich in den vergangenen Jahren in den Regionen die touristischen Beteiligungen der Wirtschaft Burgenland GmbH hervorragend entwickelt. Die Thermen und Wellnessressorts in Lutzmannsburg, Frauenkirchen und Bad Tatzmannsdorf leisten als Leitbetriebe einen wertvollen Beitrag in den jeweiligen Regionen und sind natürlich Garant für Arbeitsplätze.

Wirtschaftswachstum ist natürlich eine Zunahme der Wirtschaftsleistung in Verbindung mit einer Maßeinheit, die man Zeit nennt, wo man eben die Zuwächse oder Verluste in gewissen Zeitabständen betrachtet. Die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2016 und 2017 als Zeitabstände betrachtet stimmen auf jeden Fall. Die Daten und Zahlen sprechen für sich. Es lebt somit die Volkswirtschaft. Das spiegelt sich durch die Betriebsansiedelungen und durch die neuen Arbeitsplätze, die geschaffen werden konnten, wider.

Die Wirtschaft Burgenland GmbH funktioniert als Umsetzungsinstrument, als Servicestelle sehr gut, wie auch dem Bericht zu entnehmen ist, und steht dem Unternehmen in den verschiedenen Bereichen zur Seite. Man sieht, dass man mit gezielten Maßnahmen wichtige Impulse schaffen kann.

Auch durch das Bestbieterprinzip, durch den Handwerkerbonus oder auch durch den Abbau von Bürokratie konnten wichtige Maßnahmen gesetzt werden, die zum Wirtschaftswachstum beitragen und somit für mehr Beschäftigung sorgen. Sehr gut und wichtig ist, dass das Land Burgenland auf mehr Forschung und Entwicklung setzt, weil hier auf die Nachhaltigkeit gesetzt wird.

In diesem Bereich wird sich ja noch einiges tun. Auch im Südburgenland, was mich natürlich auch sehr freut. Es stimmt auch die Investitionsquote des Landes. Abschließend darf ich sagen, dass das Burgenland, das als eher strukturschwächeres Bundesland zu betrachten ist, hier einen sehr hohen Aufholprozess verzeichnet.

Auch das sind Gründe für das Wirtschaftswachstum. Wir profitieren natürlich auch von den EU-Förderungen. In der Aktuellen Stunde wurde darüber bereits ausführlich diskutiert. Auf jeden Fall hat das Land Burgenland die Herausforderungen angenommen und die Hausaufgaben hervorragend erledigt.

Das spricht eindeutig für die Arbeit der Landesregierung, was die wirtschaftliche Dynamik bestätigt. Der Wirtschaftswachstum 2016 und 2017 sind beachtlich. Man hat, wie schon erwähnt, die richtigen Wirtschaftsfördermaßnahmen gesetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auch auf dem Arbeitsmarkt. Das sieht man anhand der investitionsfreudigen Unternehmer, weil diese zunehmen. Es gilt der Dank der Landesregierung, weil man im Bereich der Wirtschaft alles unternimmt, damit die Daten stimmen und die Bevölkerung Arbeit und Beschäftigung findet. Ein besonderer Dank gilt natürlich dem zuständigen

Landesrat, Landesrat MMag. Alexander Petschnig. Man kann nur sagen, alles richtig gemacht!

Meine Fraktion nimmt den Wirtschaftsförderbericht sehr gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren den Wirtschaftsförderungsbericht für die Jahre 2016 und 2017. Beim Durchblättern, Durchlesen des Berichtes beziehungsweise beim Zuhören, Herr Kollege Wiesler, habe ich an das Sprichwort denken müssen: Findet sich niemand, dich zu loben, so lobe dich selbst. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Denn genau nach diesem Prinzip schwindelt sich die rot-blaue Landesregierung hier durch. Denn aus unserer Sicht, meine geschätzten Damen und Herren, wurden kaum Maßnahmen gesetzt, die das Land nach vorne gebracht hätten. *(Abg. Doris Prohaska: Denke an die Gemeinderatswahlen.)* Das Gegenteil ist der Fall. Das Burgenland fällt in vielen Bereichen von der Spitze ins Mittelmaß oder ganz ans Ende zurück - und das in Zeiten, wo die Wirtschaft boomt, wo andere diese positiven Umstände besser nutzen.

Die Folge ist ganz klar. Das Burgenland fällt in vielen Bereichen zurück. Wenn dann immer die Rede davon ist, dass das Burgenland in allen Bereichen im Spitzenfeld liegt, dann ist das, aus meiner Sicht, reine Realitätsverweigerung. Ich sage Ihnen auch warum. Denn, wenn im Bericht davon die Rede ist, dass beispielsweise im Tourismus mit fast 3,1 Millionen Übernachtungen ein neuer Rekordwert erreicht wurde, dann ist das nur die halbe Wahrheit, die hier gesagt ist, denn Tatsache ist, dass das Burgenland bei den Tourismuszahlen einmal mehr dem Österreichtrend hinterherhinkt.

Österreichs Tourismus kann auf eine sehr erfolgreiche Saison 2017 zurückblicken. Ein Wachstum von 3,8 Prozent im Österreichschnitt. Alle Bundesländer haben ein kräftiges Plus verzeichnet. Zwischen zwei und vier Prozent wurden hier erreicht. Nur das Burgenland, das bleibt hier auf dem letzten Platz mit 0,3 Prozent Wachstum. Das ist, aus meiner Sicht, bedauerlich. Während uns andere Bundesländer hier davonziehen, bleibt das Burgenland auf der Strecke.

Meine geschätzten Damen und Herren! Sehr irritiert war ich dann über das Abstimmungsverhalten der SPÖ-Mandatare im Nationalrat, als es um die Senkung der Mehrwertsteuer für Nächtigungen gegangen ist. Im Burgenland spielt sich die SPÖ als großer Förderer im Tourismus auf und im Bund lässt man die Touristiker dann im Stich, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ah so!)* denn die burgenländischen Vertreter, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, haben gegen die Senkung der Mehrwertsteuer für Nächtigung von 13 auf zehn Prozent gestimmt. Das schadet dem Land und Sie müssen es verantworten, warum wir nicht mehr Tourismuskaiser sind.

Meine geschätzten Damen und Herren! Die Spitze des Eisbergs liefert die Burgenland Tourismus GmbH, denn dort, meine geschätzten Damen und Herren, regiert Chaos und Kontrolllosigkeit. *(Abg. Géza Molnár: Chaos habt Ihr wo anders!)* Ein Bericht, der erst kürzlich präsentiert wurde, zeigt, dass die Personalkosten dort plötzlich um 13 Prozent steigen, obwohl der Personalstand gesunken ist. Der frühere Geschäftsführer Mario Baier musste das Feld natürlich für einen FPÖ-Mann räumen. Eine Abfindung von über 200.000 Euro wurde hier ausbezahlt. Das ist Politikmarke SPÖ und FPÖ.

Postenschacherei, Freunderlwirtschaft. Hier sieht man, wie das Steuergeld der Burgenländerinnen und Burgenländer regelrecht verbrannt wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Was das Ergebnis einer schlechten sozialistischen Förderpolitik ist, das haben wir erst vor wenigen Wochen präsentiert bekommen. SPÖ-Landeshauptmann Hans Nießl hat Enercon als Zukunftsprojekt gepriesen. Nach dem Auslaufen der Fördergelder zieht sich das Unternehmen nun zurück. Über hunderte Jobs gehen hier verloren. Von Nachhaltigkeit, meine geschätzten Damen und Herren, ist hier weit und breit keine Spur. Wir fordern hier, dass alle Gründe zum Stellenabbau auf den Tisch kommen und dass den Mitarbeitern auch dementsprechend geholfen wird.

Darüber hinaus war ich auch sehr irritiert über die Aussagen von SPÖ-Kollegen Schickhofer, Landeshauptmann-Stellvertreter in der Steiermark. Ich glaube, den sollten die Kollegen der SPÖ zur Vernunft bringen, denn der gefährdet mit seiner Ansage, auf Coca Cola zu verzichten, den burgenländischen Standort. Diese Aussagen waren nicht nur unqualifiziert, sondern gefährden Arbeitsplätze hier im Burgenland. Das zeigt eindeutig, wie wenig Verständnis man hier von der Wirtschaft und der Arbeit hat.

Meine geschätzten Damen und Herren! Innovation und Qualität sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Wirtschaft. Start-ups sind, aus meiner Sicht, wichtige Motoren des digitalen Wandels. Wir müssen schneller von der Idee zum Produkt kommen und gezielt die Entwicklung von Innovation beziehungsweise von innovativen Ideen fördern. Aus Gesprächen mit vielen Betroffenen in der Start-up- beziehungsweise Jungunternehmerszene hört man immer wieder das Klagen, dass die Fördermittel erst dann fließen, wenn die Ideen schon umgesetzt worden sind, wenn die Firmen gegründet worden sind. Was fehlt, sind Förderungen, die davor fließen, und das einfach ohne einer großen bürokratischen Hürde. Dass eine solche Förderung greift, sieht man bereits im Nachbarland Niederösterreich. Dort startet eine derartige Förderaktion bereits seit 2017.

Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, die schaffen Arbeitsplätze, die schaffen Wohlstand und Sicherheit. Die Politik muss den Wirtschaftsstandort Burgenland stärken. Es gibt viele Ideen und Vorschläge seitens der ÖVP, die hier auf dem Tisch liegen. Wir fordern die rot-blaue Landesregierung auf, diese auch umzusetzen.

Wir werden den Bericht zur Kenntnis nehmen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag!

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt noch einmal schauen müssen, zu welchem Tagesordnungspunkt ich spreche und habe mir auch den Bericht mitgenommen, der Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes ist. Dort steht, es ist die Kenntnisnahme des Wirtschaftsförderungsberichtes des Landes Burgenland, als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017.

Also, werter Kollege Fazekas, von diesem Bericht haben Sie nicht viele Daten herausgenommen. Sie haben vieles erzählt. Ich glaube, Sie waren beim Tagesordnungspunkt 13, beim letzten Tagesordnungspunkt über Wirtschaft, Beschäftigung und Wachstum. Aber, zu diesem Thema haben Sie leider zu wenig gesagt.

Sie mögen zwar recht haben, dass wir zwar die meisten Gäste in unserem schönen Land Burgenland in den Jahren 2016 und 2017 gehabt haben, die wir jemals gehabt haben. Es waren über 3,1 Millionen. Das ist der höchste Wert, und so viele waren noch nie da. Sie mögen auch recht gehabt haben, dass vielleicht auch diese Ergebnisse, die Sie erwarten, nicht da sind.

Aber, es liegt vielleicht am milden Winter, wo unsere Schigebiete nicht den Schnee hatten, damit die Gäste auch vielleicht im Winter vermehrt gekommen wären, um die Schigebiete zu benutzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, nun wieder zum Punkt, zum Thema, denn da geht es um einen Wirtschaftsförderungsbericht. Dieser Wirtschaftsförderungsbericht, der ja als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017 im Auftrag gemäß § 9 Landeswirtschaftsförderungsgesetz zu erstellen ist, wurde seitens der Burgenländischen Landesregierung durchgeführt.

In diesem Bericht finden sich, und das wollte ich eigentlich erwähnen, vor allem auch ein Teilbericht der Wirtschaft Burgenland GmbH, der WiBuG, für die Geschäftsjahre 2016 und 2017. Was wesentlich ist: Es sind die Förderungsaktivitäten des Landes Burgenland sowie die Vorhaben im Bereich Wirtschaftsförderung dokumentiert und illustriert.

Ich möchte, bevor ich auf den Inhalt kurz eingehe, sagen, dass aus formellen Gründen, ich das besonders bejahe und befürworte, dass dieser Bericht für die Jahre 2016 und 2017 als Doppelband gemacht wurde, obwohl die jährliche Berichtspflicht besteht. Aber, man kann so über einen Zeitraum von 24 Monaten einen Vergleich ziehen, der sicherlich passend ist und auch die richtigen Ergebnisse nach sich zieht.

Warum das auch noch wichtig ist, dass ein gesonderter und eigenständiger Bericht vorliegt. Das letzte Mal 2016 im November oder Dezember, durfte ich während des Budget-Landtages zu diesem Bericht sprechen. Da geht es leider ein bisschen unter. Da sind viele Daten und Fakten enthalten, die wirklich aufzeigen, was in unserem Land Burgenland in der Wirtschaft passiert.

Nun, auf den Seiten dieses Berichtes wird klar evident, das traue ich mir mit vollem Bewusstsein sagen, dass während dieses Berichtszeitraumes vom 1.1.2016 bis 31.12.2017, also zwei Jahren, wir klar auf der Überholspur waren und das sagen auch andere, nämlich WIFO, Statistik Austria und andere, dass wir auf vorderster Stelle aller Bundesländer liegen, wenn es um Dynamik im Wirtschaftsbereich geht.

Wir haben, und das haben Sie selbst gesagt, nachweislich 2016 ein Rekordwirtschaftswachstum gehabt. Ohne Landwirtschaft, weil wir über das Thema schon einmal diskutiert haben. Im Jahr 2017 ist nachweislich ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent verzeichnet worden, wobei wir laut WIFO, als positiver Ausreißer in der Ostregion des Bundeslandes bezeichnet wurden.

Dieses Wirtschaftswachstum geht meiner Meinung nach zwei Saisonen einher in der heutigen aktuellen Stunde erläuterten EU-Förderungen, wenn wir seit 1995 insgesamt 1,5 Milliarden Euro und ein Investitionsvolumen von sechs Milliarden Euro verzeichnen können, heißt das, dass diese Regionalförderungen natürlich auch für diese Rekordwerte zuständig sind.

Der Tourismus wurde bereits erwähnt. Erwähnt wurde aber auch schon der Beschäftigungsrekord und der war im Jahr 2017 im Jahresschnitt mit 103.000 Beschäftigten enorm. Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die WiBuG habe ich bereits heute erwähnt. Diese verfolgt das Ziel, wie es bereits der Herr Kollege Wiesler angeführt hat, die Wettbewerbsfähigkeit der burgenländischen Unternehmen zu sichern, zu

stabilisieren und zu stärken, aber auch das regionale Wirtschaftswachstum zu optimieren. Dabei geht es um Parameter, wie Standortmarketing, aber auch Betriebsansiedelungen.

2016 war in diesem Bereich ein schwieriges Jahr. Weil Investitionsentscheidungen hier schwer waren und besonders Klein- und Mittelbetriebe im Burgenland sich nicht leichtgetan haben, gebremst waren. Trotzdem, und das ist nachlesbar, sind in diesem Berichtsjahr 2016 insgesamt 240 Arbeitsplätze durch Förderungen erreicht worden.

Besonders stark gestiegen ist das natürlich auch im Bereich des Tourismus und der Freizeit. Auch wenn Sie sagen, es war weniger. Meine Meinung ist, die vielen Sonderförderaktionen in diesem Jahr 2016, MMag. Petschnig wird es sicher auch erwähnen, wie für Privatzimmervermieter, wie für die Beherbergungsbetriebe und vor allem der Registrierkassenbonus für Gastronomiebetriebe, haben dazu geführt, dass diese Investitionen eine große Rolle im Wirtschaftsförderungsbericht spielen.

Für mich ist es aber besonders wichtig, auf das Thema Forschung hinzuzielen. Wir haben eine schlechte Forschungsquote. Wir haben die Aufgabe, diese Forschungsquote zu maximieren und deshalb auch innovative Projekte umzusetzen. Es müssen wirklich Unternehmerinnen und Unternehmer angeregt werden, damit sie in diesem Bereich Forschung und Entwicklung etwas tun, um hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Jegliche Förderung, jeglicher Euro, der in diesen Bereich Forschung und Innovation hineingeht, ist ein Euro für Arbeitsplätze. Deshalb bin ich auch sehr zufrieden, dass in diesem Bericht auch die Förderung der Aus- und Fortbildung für Fach- und Führungskräfte sehr hoch gehoben wird. Sehr zu betonen ist, meiner Meinung nach, auch die Förderung der Pflichtschulpraktika; das ist heute noch nicht erwähnt worden. Diese Förderung der Pflichtschulpraktika führt natürlich auch dazu, dass viele Schülerinnen und Schüler durch diese Förderungen des Landes Burgenland auch ihre Schulen erfolgreich erledigen können.

Im Jahr 2017 gab es dann eine enorme Steigerung - auch hinsichtlich der neu geschaffenen Arbeitsplätze. Es waren insgesamt 830, wobei große Unternehmen, wie die Firmen Schlumberger oder Lutz und so weiter, die durch die Betriebsansiedelung wesentlich dazu beigetragen haben.

Meiner Meinung nach ist aber ein wesentlicher Punkt, wo vor allem im Bankenwirtschaftsbereich ein Versagen besteht. Das Land Burgenland unterstützt bei der Finanzierung, insbesondere durch Haftungsübernahmen, wenn es um Eigenkapitalstärkung geht. Momentan haben wir die Situation, dass durch die Regulierungen der Bankenwirtschaft das nicht geht. Deshalb sind diese Finanzierungsunterstützungen gerade für den Zugang zu Finanzierungsmitteln bei den Banken, um diese zu ermöglichen, wesentlich, wichtig und richtig.

Weil der Bereich der Beteiligungen angesprochen worden ist, möchte ich nur einen Bereich hervorheben, der auch im Bericht dokumentiert wird. Die Beteiligung im Bereich des Tourismus, die Beteiligung an der AVITA-Therme. Als Südburgenländer, und einige sitzen mit mir in diesem Hohen Haus, kann ich mit Fug und Recht behaupten, dass ich stolz darauf bin, dass dieses Unternehmen dreimal hintereinander als Österreichs bekanntestes und beliebtestes Wellnesshotel ausgezeichnet worden ist.

Laut Statistik sind 90 Prozent der Mitarbeiter aus der Region. Es wurden jetzt auch wieder weitere Investitionen getätigt, wobei ich meine, dass jegliche Investition auch dazu führt, dass dieses Unternehmen auch zukünftig entsprechend bestehen wird. Nun, die Politik kann nur die Rahmenbedingungen schaffen. Im Bericht werden die erreichten Rekordwerte und das Wirtschaftswachstum aufgezeigt.

Ich bin aber der Meinung, diese Werte, dieses Wirtschaftswachstum basiert auf den fleißigen und ehrlichen Händen von Unternehmerinnen und Unternehmern und von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die haben das in unserem Land möglich gemacht.

Ich möchte mich abschließend bei den Verfassern dieses Doppelbandes im Namen meiner Fraktion bedanken. Wir werden selbstverständlich diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Frau Vorsitzende. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir besprechen einen Bericht im Doppelband für die Jahr 2016 und 2017, Wirtschaftsförderung oder Wirtschaftsgebarung des Burgenlandes.

Der Vorredner hat darauf verwiesen, dass es an sich eine jährliche Berichtspflicht gibt, die jetzt im Doppelpack erledigt wurde. Die Interpretation, dass man damit Vergleiche ziehen kann, ist recht stark, aber es soll so sein. Tatsache ist, dass dieser Bericht sehr auf Statistiken aufgebaut ist und dass er in der Substanz gewisse Sachen vorwegnimmt, wie zum Schluss jetzt erwähnt wurde, die noch nicht stattgefunden haben.

Das größte Highlight wirtschaftspolitischer Gegebenheiten in diesem Bericht ist die Ansiedlung, die mögliche Ansiedlung, die wirkliche noch nicht erfolgte, von Schlumberger. Aber dieses Prinzip des sogenannten Anpreisens von Ansiedlungen gibt es auch in anderen Berichten, die schon vorher gefallen sind. Man schmückt sich immer mit dem, was quasi als größte Gegebenheit ansteht.

Wenn man schon extrapoliert und auf eine Zeitspanne 2020 hinausgeht, dann sollte man aber auch festhalten, dass dieser Wirtschaftsbericht zwar nicht den Zeitrahmen abdeckt, aber dass wir innerhalb der letzten Monate, ENERCON ist erwähnt worden, Lidl ist auch als solches festzuhalten, dass es abwandert und dass es nicht mehr im Burgenland seinen Aufenthalt und seine Darstellung nimmt. Wie man hört, verdichten sich die Gerüchte, dass es auch im Mattersburger Bezirk die Schließung eines alteingesessenen Betriebes geben wird.

Das heißt, wir haben auf der einen Seite sehr wohl Ansätze, dass wir uns über eingesetzte Fördermittel, über eine Wirtschaftskonjunktur, die sich positiv auswirkt auf die Gegebenheiten der burgenländischen Wirtschaftssituation, dass es da einen Fortschritt gibt, auf der anderen Seite sollte man sich aber noch immer vor Augen halten, dass es auch Strukturgegebenheiten gibt, die nicht so einfach aufzuholen sind.

Über die Jahre mit dem Beitritt zur Europäischen Union hat sich das Burgenland gravierend, speziell was die Wirtschaft anlangt, verändert. Dieser Veränderungsprozess ist unaufhörlich, er wird auch nicht irgendwann einmal kippen.

Tatsache ist, dass wir aber sehr wohl in dieser mehrheitlich natürlich recht positiven Darstellung „Wir sind die Besten“ immer anführen wollen, was es quasi an Ansiedlungen gibt, wie viele Arbeitsplätze daraus erwachsen. Auf der anderen Seite sollte man aber die Problemstellungen, die sich ergeben, auch nicht unter den Tisch kehren.

Wenn Patrik Fazekas vorhin als Vorredner davon gesprochen hat, dass bei ENERCON die sogenannten Fördergegebenheiten ausgelaufen wären, ich glaube kaum, dass das stimmt. Es gibt hektische Beratungen innerhalb der Burgenländischen

Landesregierung, ob man sich trauen sollte, an die Firma heranzutreten und entsprechend die Fördergeschichten zurückzuzahlen.

Es wäre meiner Ansicht nach nicht nur rechtlich, sondern inhaltlich mehr als angebracht, diesen Weg auch zu beschreiten, Herr Bürgermeister aus Zurndorf. Dann wäre eigentlich hier nicht von einer Heuschrecke zu reden, dann wäre hier in der Umsetzung auch korrekterweise eine Planung sichergestellt, die nicht jedem Freiraum lässt, irgendwie jemanden auszunutzen imstande zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland in seiner wirtschaftlichen Gegebenheit ist eine vielfältige Form vom Norden in den Süden und das kann man noch so schwer diskutieren oder so grundsätzlich diskutieren, vom Norden in den Süden natürlich mit Abstrichen. Der Norden boomt und das nicht seit gestern. Der Raum Parndorf zum Beispiel ist eine Entwicklungsgeschichte, ob man sich die jetzt wünscht oder nicht, aber man muss sie festhalten.

Der Raum Eisenstadt, und der Herr Bürgermeister wird es auch mit Wohlwollen gelesen haben, ist ein Wachstumsmotor und ein Wachstumstreiber. Eine Region, die sich innerhalb der letzten Jahre sehr gut entwickelt hat und dann abfallend gegen den Süden gerichtet, ins Südburgenland, ist diese sogenannte Wirtschaftsmotor-Situation nicht mehr so ausgeprägt.

Das heißt nicht, dass es in gewissen Bereichen, speziell zum Beispiel in dem angesprochenen Tourismus, nicht die Vorteile und die Nutzung von bestimmten Möglichkeiten gegeben hätte. Wir haben, und das ist mittlerweile, glaube ich, gang und gäbe und durchgehend auch Meinungsbildung, wir haben nicht ein Problem das Burgenland zu präsentieren, wir haben auch nicht das Problem, dass das Burgenland nicht angenommen wird, sei es von Kultur, Wein, Kulinarik, bis zu unseren Thermen, sondern wir haben ein Problem der Kapazitäten.

Diese Kapazitäten zu schaffen, ist nicht von heute auf morgen möglich. Es gibt ein Beispiel, das in dem Zusammenhang wieder im Norden sehr positiv anzuführen ist, das ist die Freistadt Rust, wo innerhalb von zwei Jahren zwei Hotels aufgebaut wurden. Eines von der Seebetriebe GesmbH und ein weiteres Hotel von einem Privaten, die im Rahmen der Möglichkeiten neue touristische Ziele anstreben lassen und die auch die Möglichkeit für die Stadtgemeinde Rust hier entsprechend Potential auszuschöpfen, gewährleisten werden.

Es ist korrekt, und das haben auch meine Vorredner dargestellt und angesprochen, dass über die Förderkulisse, egal welcher Art, gerade im Bereich des Tourismus vieles realisiert werden konnte. Dass es hier auch recht innovative Konstruktionen zum Beispiel auf die Therme in Frauenkirchen gegeben hat, wie Eigentumsverhältnisse konstruiert sind, wie es ein anderes Beispiel, das auch angesprochen wurde von meinem Vorredner, Christian Drobits, dass die AVITA-Therme eine ganz andere Situation ist, von wo es über Eigentumsverhältnisse in privater Hand auch eine Lösung jetzt auf eine neue Investition gegeben hat, die sehr positiv zu beurteilen ist.

Aber grundsätzlich haben wir im Bereich des Tourismus Kapazitätsprobleme, die in der Darstellung - und das wurde auch schon angesprochen, über Fördermaßnahmen im Beherbergungsbereich im kleintouristischen oder Kleinbeherbergungsbereich positiv angenommen wurden, wo es die Verbesserung im Bereich der Qualität gibt, die der Konsument, der Kunde heute mehr als erwartet und wo es jetzt in den letzten Tagen, und da war schon vorher die Diskussion, mehrere Events gegeben hat, die ebenfalls positiv dazu beitragen, dass sich die Kultursituation oder die Tourismussituation entwickelt.

In dem Zusammenhang, weil es vorher vom Wort her auch geprägt wurde, im Kulturbereich wird mit Sicherheit erst kommendes Jahr die Region Mörbisch und St. Margarethen wieder profitieren von einer zweigeteilten Wiederaufführung von Oper und Operette. Das ist eine Verdienstsituation, die sich Gott sei Dank nach Jahren der Kriegsführung jetzt eingestellt hat und im Zusammenhang für das Burgenland nur von Vorteil sein kann.

Es ist heute interessant, zum Beispiel eine Sitzung zu haben, wo man über die APA lesen kann, was auch der ORF jetzt dargestellt hat, dass es eine Einigung mit dem geschassten Intendanten Pichowetz gegeben hat, wo man, das ist inzwischen zur tragenden Säule burgenländischer Transparenz geworden, Stillschweigen vereinbart hat und die legt man jetzt gleich dem, der als Opfer, Betroffener hier dargestellt wurde ursprünglich, die legt man dem gleich in den Mund, dass man ja nichts in irgendeiner Form verlauten muss.

Tatsache ist, in der Form gibt es mehrere Beispiele, wo man sich dem Regierungsübereinkommen und der Zielsetzung, wie wir es halten wollen, damit das Burgenland einen Aufschwung weiterhin hat, entgegenspricht. Nämlich, wir vereinbaren Stillschweigen.

Damit komme ich auch auf einen Punkt zu sprechen, der zwar jetzt zu diesem Thema nicht passt, aber der mir absolut am Herzen liegt. Wir haben heute eine Diskussion geführt, wo es darum gegangen ist, wer quasi Interpellation interpretieren darf. Das Interpellationsrecht ist eine Grundlage des parlamentarischen Prozesses, und es ist nicht in irgendeiner Form der Regierung Auftrag, das Interpellationsrecht mit irgendwelchen Zurufen abzutun, sondern da geht es um Grundlagen. Um Grundlagen dessen, was Transparenz, Öffentlichkeit und Information darstellt.

Es muss nicht immer nur so sein und sollte nicht so gehandhabt werden, mit dem Hinweis auf ein Gutachten von Korinek aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Es muss nicht immer so sein, dass dann nachträglich der Rechnungshof, den wir heute noch diskutieren, kommen muss, und das aufdeckt, was in diesen sogenannten Beteiligungssituationen passiert ist.

Es ist nicht Ziel, Vorstellung von Politik, wo Sie von Regierungsseite her ein Budget abwinken und quasi 200 Millionen Euro direkt in den Fluss zu den Beteiligungen bringen, um nachträglich nicht sichergestellt zu haben, dass dort ordentlich gewirtschaftet wird.

Es kann nicht Ziel einer Vorstellung sein, dass quasi der Landtag, der Bürger, die Bürgerin des Burgenlandes über Sachverhalte nicht informiert werden, die das, was Regieren betrifft, auch anlangen. Es kann nicht Regierungsverantwortung und an der Spitze das Vorgehen des Landeshauptmannes sein, dass er sich dann hinstellt und jemanden als Abgeordneten damit diskreditiert, dass er sagt: „Dann verstehen Sie den Sachverhalt nicht“. Wenn das politische Verantwortung im Sinne von Transparenz ist, na dann Gute Nacht liebes Burgenland, dann haben wir mit nichts mehr zu rechnen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Senkung der Mehrwertsteuer, um zurückzukommen auf den Tourismus, Senkung der Mehrwertsteuer von 13 Prozent auf zehn Prozent, was auch angesprochen wurde, ist noch immer - und hier wird mir der Wirtschaftslandesrat auch Recht geben, ist noch immer eine Aufgabenstellung, die darin besteht, dass der Tourist, der Kunde, diese Steuer entrichtet.

Im Prinzip ist es damit kein Nachlassen gegenüber dem Konsumenten, der das jetzt nicht muss, oder ein Nachlassen darauf bezogen, aber hauptsächlich ist es eine

Dienstleistung des Staates gegenüber den Gewerbebetrieben, die sich hier diese drei Prozent ersparen. Was in dem Zusammenhang aber interessant ist, dass es wieder eine sogenannte singuläre Befreiung gibt.

Denn im Zusammenhang mit dieser Steuergegebenheit gibt es verschiedenste Einrichtungen, die jetzt wieder durch den Rost gefallen sind. Das hängt vom Blumenbinder über die Kinokartenkäufer bis zu anderen Sparten zusammen. Daher ist es mit Sicherheit jetzt nicht der ausgeglichene Anreiz, wo man eine sogenannte Bagatellform als absolute Leistung hinstellen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirtschaft ist ein Zusammenhang, der auch schon angesprochen wurde, wo alle Umstände und alle Begleitumstände ineinander spielen müssen. Unter anderem ist es auch im Zusammenhang zu sehen neben der Politik, dass der Unternehmer, die Unternehmerin, eine Situation nutzt, um eine bestimmte Idee zu verwirklichen. Und dann gibt es die wirklich profunde Anzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Gemeinschaft mit dem Unternehmen ein bestimmtes Ziel verfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland mit dem Beitritt zur Europäischen Union ist quasi umgeben von Ländern, das betonen wir auch im Sinne des neuerlichen Erlangens von Fördersituation seitens der Europäischen Union, die im Zusammenhang mit umgebenden Ländern eine sehr ungleiche Gewichtung von Sozialleistungen, von Lohnstrukturen und anderen vorzuweisen hat.

Daraus abgeleitet ist der Boom, das Wachstum, das bei uns in Bezug auf die Wirtschaft feststeht, über die letzten Jahre durch den Zuzug von Tagespendlern, Wochenpendlern und anderen Arbeitskräften gewährleistet worden. Daraus abgeleitet ist unsere Kaufkraft entsprechend gewachsen, weil diejenigen, die jetzt aus unseren Nachbarländern bei uns einpendeln, auch ihre Kaufkraft hier genutzt haben und entsprechend das Burgenland in der Form unterstützt haben. Das vernachlässigt man immer wieder.

Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist ein absolut wichtiges Maß im Zusammenhang mit Arbeit und Wirtschaft. Wir haben in den letzten Jahren einen Zuzug von Arbeitskräften, speziell aus unseren Nachbarländern, erfahren. Das ist einer der Hauptpunkte, warum sich überhaupt Wirtschaft entwickeln konnte in dem Maße.

Wenn man heute mit Wirtschaftstreibenden im Burgenland spricht, ist einer der Hauptkritikpunkte nicht die Politik, die möglicherweise jetzt bei den Rahmenbedingungen noch etwas drauflegen könnte oder sollte, weil das ist im Prinzip das Wichtigste, was man einem Verantwortlichen anträgt, nein, der Hauptkritikpunkt ist der Mangel an Facharbeitskräften.

Hier ist Wirtschaft gefordert und gerade das Burgenland hätte dort in einer innovativen und besonderen Darstellung alle Möglichkeiten, auf Zukunft bezogen, sich zu positionieren. Wir haben diesen Ausgleich über Facharbeitskräfte über unsere Nachbarn erlangt und was passiert innerhalb der letzten Monate verstärkt?

Dass nämlich Ungarn durch eine Erhöhung seiner Lohnsituation, dass die Slowakei durch eine Erhöhung der Lohnsituation und auch die Tschechen im Prinzip, das geht hinunter bis Rumänien. In Rumänien hat es eine Erhöhung von 12,9 Prozent gegeben. Meine Damen und Herren, wir verlieren innerhalb der nächsten Jahre die bei uns aktiven Facharbeitskräfte, weil sie in ihren Heimatländern entsprechend eine Lohnsituation

vorfinden werden, die sie bei uns bisher gesucht haben. Natürlich wird es auch weiterhin Aufenthalte und Pendlersituationen geben, aber nicht mehr in dem Maße.

Und eines müssen wir auch veranschlagen, und das ist gerade ein Hauptmoment wirtschaftlicher Gegebenheiten und Gebarung. Wir haben es im Sinne eines Aufschwunges und gerade hier im Burgenland verabsäumt, die sogenannte Lehrlingsausbildung wirklich zu forcieren, sie auch als integrierenden Bestandteil gesellschaftlicher Notwendigkeit zu erachten. Das ist untergegangen.

Wir haben immer wieder auf Bildung gesetzt und den nachfolgenden Generationen, sei es durch Studium und anderes, soll es bessergehen.

Jetzt haben wir das Dilemma, dass wir gerade in dem Bereich Arbeitssituation ein Manko haben, und daher würde es der Politik mehr als anstehen, im Zusammenhang mit allen sogenannten Wirtschaftsberichterstattungen, dass sie in der Darstellung dessen, was Arbeit, Wirtschaft und Zusammenhang mit allen Gegebenheiten der Ausbildung, alles daransetzt, um diese Rahmenbedingungen für die Zukunft zu gewährleisten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihre Ausführungen. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Ich habe mir den Bericht auch mitgenommen, damit ich den Faden nicht verliere, lieber Kollege. Interessant ist, wenn man hier den Kollegen und Kolleginnen zuhört, wie positiv sie den Bericht darstellen, offensichtlich wurde da auf das 2016er Jahr ein bisschen vergessen, weil auch das steht hier ganz klar im Bericht drinnen, das war das Schlechteste, also nach dem Jahr 2015, das schon ein schwaches Jahr war.

Man hat das 2016er Jahr, das schwächste Förderjahr seit Bestehen der WiBuG insgesamt, vergessen. Umso erfreulicher ist natürlich die 2017er Entwicklung. So gesehen ist der Vergleich hier vielleicht leichter möglich, als wenn wir zwei unterschiedliche Berichte gehabt hätten, das ist schon wahr.

Der Bericht zeigt auch, wie unterschiedlich eigentlich die Förderlandschaft ist. Wir haben auf der einen Seite 200 Euro Förderungen für die Registrierkassen, wir haben Tourismusförderungen im Privatzimmerbereich von durchschnittlich 5.000 Euro und dann durchschnittlich 42.000 Euro und mehr im industriell, gewerblichen Bereich.

2017er Zahlen waren das jetzt natürlich, weil 2016 so schwach war. Das ist die positive Seite, die man hier sehen kann. Die Wirtschaft wächst. Auf der anderen Seite hat das natürlich Auswirkungen auf einer anderen Seite. Wir sind langsam an einem Punkt angelangt, wo man sich eigentlich genau umgekehrt Gedanken machen müsste, weil ja die Bundesregierung vorhat, das Wirtschaftswachstum in die Verfassung aufzunehmen.

Wenn man anschaut, wo die Diskussionen abseits von der Politik wirklich sind, dann sind wir eigentlich schon in umgekehrten Denkmustern teilweise zumindest bei immer mehr Ökonomen, Philosophen auch, die sich fragen, können wir es wirklich uns weiterleisten, auf dieses dauernde Wirtschaftswachstum zu setzen?

Ich möchte ein Bespiel geben, direkt aus dem Bericht gegriffen. Es sind sowohl im 2016er, als auch im 2017er Bericht, die Businessparks hier genau detailliert angegeben und auch die Flächen, die bereits verkauft wurden.

Beispiele: Businesspark Kittsee 14 Hektar verkauft, Parndorf 63 Hektar verkauft, Neusiedl 14 Hektar, Heiligenkreuz, Kittsee, Müllendorf gesammelt 153 Hektar, die bereits verkauft wurden und die natürlich auch genutzt werden. Das sind 200 Fußballfelder groß an Boden, den man landwirtschaftlich und die Natur nicht mehr nutzen kann.

Die Aussicht ist in diesen angegebenen Businessparks, weitere 146 Hektar, also fast die gleiche Zahl nochmals, ebenso der Wirtschaft zuzuführen und damit wahrscheinlich auch den Großteil zu versiegeln.

Ich bin in den vergangenen Landtagssitzungen schon sehr stark auf die Problematik der Bodenversiegelung eingegangen, deshalb möchte ich das hierlassen, will aber darauf hinweisen, dass, wenn wir so weitermachen und deswegen meine Replik auf dieses Heiligtum, fast schon Wirtschaftswachstum, wir in 200 Jahren keinen offenen Boden mehr haben werden, wenn wir in diesem Tempo weitermachen. Das sagen nicht die „grünen Spinner“, sondern das sind Zahlen von Experten und Expertinnen, die hier ganz laut warnen, aber leider zu wenig gehört werden.

Wir müssen grundsätzlich damit rechnen, das sagen Experten, das sage auch nicht ich, dass wir in bestimmten Bereichen eine Reduktion hinnehmen müssen. Sie gehen davon aus, dass das im Automobilitätsbereich sein wird, in der Fleischproduktion, in der industriellen Landwirtschaft. Das sind Beispiele.

Einfach weil diese Bereiche, es wird wahrscheinlich noch andere geben, entgegenstehen dem, was uns allen eigentlich auch wichtig ist, nämlich ein gutes Leben in einer vielfältigen Landschaft, Landwirtschaft, in Natur. Deshalb ziehen ja auch viele Menschen ins Burgenland.

Viele Bereiche sind nach wie vor sehr untergeordnet. Ich möchte die Kinderbetreuung ansprechen, die man zwar in den letzten Jahren, Jahrzehnten ein wenig aufgewertet hat, Pensionsanrechnung zum Beispiel, was meine Mutter noch nicht genießen durfte, ist jetzt selbstverständlich, Gott sei Dank.

Auch die demografische Entwicklung wird uns vor Aufgaben stellen, die ein Umdenken, glaube ich, auch bei den Förderungen und bei dem Wirtschaftswachstum per se als Allheilmittel, so habe ich oft den Eindruck wird das hingestellt, notwendig werden machen müssen, weil wir haben eine extrem niedrige Kinderzahl.

Wir haben zwar eine sehr hohe Lebenserwartung, dadurch gehen die Bevölkerungszahlen nicht so stark zurück, auch durch den Zuzug, aber gleichzeitig haben wir immer mehr Menschen, die ein sehr hohes Alter erleben dürfen, was ja auf der einen Seite sehr positiv ist. Aber auf der anderen Seite wird das unser Gesundheits- und Altenbetreuungssystem vor neue Herausforderungen stellen.

Auch wenn man dann noch dazu berücksichtigt, dass vielleicht in Zukunft gerade die Altenbetreuung aus den Ländern Ungarn, Rumänien und ähnliches, nicht mehr so sicher ist, wenn wir jetzt die Grundlagen dafür ändern.

Was hat das Ganze mit der Wirtschaftsförderung zu tun? Es sind die Rahmenbedingungen, die wir schaffen. Die politischen Rahmenbedingungen sollten eigentlich so sein, dass wir einen Weitblick haben.

Der fehlt mir hier ein wenig. Ich habe es heute schon angekündigt und möchte es besprechen bezüglich der Landwirtschaft. Wir fördern nach wie vor sehr stark die sehr großen Betriebe, die sehr starken Betriebe und die kleineren Betriebe haben sehr oft das Nachsehen.

Darauf kommen wir später auch noch einmal, allein schon auf Grund des hohen administrativen Aufwands. Es braucht langsam, glaube ich, eine Ökonomie jenseits des Wachstums. Der Begriff Postwachstumsökonomie ist immer wieder in der Diskussion ein Thema, und ich glaube, dass das möglich ist, auch weil wir Rohstoffe haben, die langsam immer weniger werden.

Es nutzt auch nichts, wenn wir auf andere Technologien umstellen, weil auch dort werden die Rohstoffe ähnlich sein, logischerweise, auch weil wir immer mehr brauchen. Es sind nicht mehr die kleinen Zahlen, die wir früher hatten, sondern viel höhere, weil China, andere Länder, hier aufschließen an unsere Technologien, an unsere Entwicklung.

Wir sind der Meinung, dass wir deswegen auch hier und im Burgenland nicht nur EU-weit das Wirtschaftsfördersystem überdenken müssen, die Richtung vielleicht ein bisschen ändern müssen.

Es gibt neben der Postwachstumsökonomie den Begriff der Gemeinwohlökonomie. Es gibt im Burgenland inzwischen nicht viele, aber doch einige Betriebe, die bereits nach der Gemeinwohlökonomie ihre Betriebe bewerten lassen. Statt Gewinnmaximierung und stetige Erhöhung geht es um die Erhöhung des Gemeinwohls, das steht im Mittelpunkt. Statt Konkurrenzdenken geht man eher auf Kooperationen.

Statt BIP stehen der Mensch und die Umwelt im Fokus. Ich glaube, dass es längstens an der Zeit wäre, hier auch die politischen Rahmenbedingungen zu ändern und diese, muss man wirklich sagen, Schnapsidee, das Wirtschaftswachstum in die Verfassung zu nehmen, das sage nicht nur ich, das sagen sogar Juristen und Juristinnen, zu überdenken und Förderungen so zu gestalten, dass sie wirklich allen zu Gute kommen und dann können auch weniger solche Probleme entstehen wie bei ENERCON, dass dann, wenn die Fördergelder aus sind, plötzlich der Betrieb weg ist. *(Abg. Werner Friedl: Das stimmt ja nicht! Du kennst Dich auch nicht aus! Das stimmt ganz einfach nicht!)* Das ist ja gerade gesagt worden. *(Abg. Werner Friedl: Ja, und Du redest den Blödsinn nach!)*

Aber auf jeden Fall haben wir das Problem, dass viele Betriebe, es ist ja nicht nur der eine Betrieb, viele Förderungen bekommen haben und dann futsch sind, auch wenn es nicht gleich danach ist. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich habe heute die große Freude, die Wirtschaftsberichte der Jahre 2016 und 2017 vorzustellen beziehungsweise zu kommentieren.

Wie der Abgeordnete Steier schon gesagt hat, ein Werk, das sehr stark auf Statistiken fußt, Zahlen, Daten, Fakten widerspiegelt, daher sind Aussagen wie, „es wurden kaum Maßnahmen gesetzt“, oder „Burgenland fällt in vielen Bereichen zurück“ definitiv dem Reich der Fantasie zuzuschreiben.

Hier drinnen sind, wie der Abgeordnete Steier gesagt hat, statistisch, untermauerte Zahlen, Daten, Fakten, die genau das Gegenteil beweisen. Zum einen, vielleicht zum Zweiten vielleicht einführend, weil es aus meiner Sicht auch zu Recht kritisiert wurde, oder vielleicht darauf hingewiesen worden ist, dass es ein Doppelband ist, das ist ein bisschen eine Ausnahmesituation, lassen Sie mich das kurz erklären.

Ich habe in Erinnerung vor zwei oder drei Landtagssitzungen, als einige Damen und Herren Abgeordneten, aus meiner Sicht auch zurecht kritisiert haben andere Berichte des Jahres 2016, die in den Anfangsmonaten des Jahres 2018 hier in das Plenum gekommen sind, zur Debatte gekommen sind.

Ich finde das völlig richtig und nachvollziehbar. So hat zum Beispiel auch der Mag. Drobits gesagt, dass der Wirtschaftsbericht des Jahres 2015 im Budget-Landtag 2016 aufgerufen wurde, also auch elf Monate später. Das ist für mich ein Zustand, der nicht akzeptabel ist, habe das mit dem zuständigen Geschäftsführer der WiBuG, mittlerweile nicht mehr der ganz neue Geschäftsführer der WiBuG, auch durchbesprochen und gesagt, das muss zeitnäher werden.

Für 2017 ist uns das gelungen. Der Bericht 2017 ist am 4. April in der Landtagssitzung eingelaufen. Das heißt, wir haben es ungefähr im ersten Quartal geschafft. Haarscharf nicht. Wir werden das anstreben, dass wir ungefähr drei bis vier Monate nach Ende eines Jahres natürlich unserer jährlichen Berichtspflicht nachkommen.

Der Kompromiss, der eingegangen worden ist, dass der Bericht 2016 jetzt parallel dieses Jahr eingelangt ist, ich hoffe, Sie erlauben uns beiden, also dem Geschäftsführer und mir, diese, ich hoffe, erlässliche Sünde.

Zum Wirtschaftsbericht selbst vielleicht eine etwas andere Zugangsweise und zwar eine chronologische Aufzählung der Ereignisse, warum Maßnahmen gesetzt und warum sie genau zu einem bestimmten Zeitpunkt gesetzt wurden. 2016 vielleicht kurz zu den Hintergründen.

Es steht, wie gesagt, sehr viel auch niedergeschrieben in den Berichten, war in Österreich gesamt gesehen ein Jahr einer zähen Erholung, also Wirtschaftswachstum anderthalb Prozent, das ist so mittelprächtig. Beschäftigungswachstum gleich hoch, exogene Risiken, denken Sie an das Brexit-Referendum.

Denken Sie an die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten und dergleichen mehr, allerdings auch positive Effekte, wie zum Beispiel eine Senkung des Einkommenssteuertarifs durch die damalige Bundesregierung, die den privaten Konsum zweifellos verholfen hat und weitergeholfen hat, aber auch ein weiterhin anhaltendes, niedriges Zinsumfeld für Bankkredite.

Das Burgenland konnte diesem Trend bereits entfliehen beziehungsweise vorauseilen. Wir waren 2016 wieder einmal Wachstumssieger mit einem Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent. Da gibt es unterschiedliche Lesarten, die einen sagen parallel mit Vorarlberg, auf jeden Fall ein Spitzenplatz. Beschäftigungswachstum 1,1 Prozent und ein Produktionswachstum von vier Prozent, das ist schon einmal recht ordentlich.

Allerdings, wenn man diese beiden Kennzahlen zueinander in Beziehung setzt, dann sieht man, dass das ein sehr hoher Anteil, und auch das ist bereits angesprochen worden, an Ersatzinvestitionen ist, also reine Substanzerhaltung, aber das ist so richtig. Der zündende Funke ist da noch nicht gesprüht.

Das WIFO hat trotzdem, Abgeordneter Drobits, glaube ich, hat gesagt, Wirtschaft wächst im Westen Österreichs tendenziell stärker als im Osten. Burgenland ist positiver Ausreißer in der Ostregion.

Ökonomen werden sagen, dass wir im Osten vor allem das Problem haben, dass die Bundeshauptstadt Wien ihrer Gravitationsrolle nicht so nachkommen kann wie andere, wenn man zum Beispiel an München denkt oder an Paris oder andere europäischen

Metropolen. Ist ein Problem. Pendlerthematik und so weiter. Das natürlich auf das Burgenland Rückschlüsse ziehen lässt.

Wir haben in der Landesregierung ganz gezielte Investitionsoffensiven gestartet in Konjunktur, sensible Branchen, in Branchen, die beschäftigungsintensiv sind, und wo wir natürlich eine gewisse Umwegrentabilität, in der Fachsprache sagt man auch Multiplikatorwirkung, erhoffen kann.

Das ist zum einen aus dem Referat vom Herrn Landeshauptmann, Wohnbau, der Handwerkerbonus, der erweiterte Handwerkerbonus, der insbesondere eine Ausnutzung des Potentials im Bau-, Baunebengewerbe, in den Wintermonaten sicherstellen sollte und zum Zweiten aus meinem Referat, aus Tourismus, die bereits erwähnten Qualitätsinitiativen, die ungefähr in die gleiche, wenn auch nicht haargenau, aber ungefähr in die gleiche Richtung gegangen sind.

Das sieht man natürlich dann bei der Abrechnung, bei den Förderprojekten der WiBuG. Wie richtig gesagt, hat sich im Bereich Gewerbeindustrie eine eher maue Ausnutzung der Fördertöpfe, signifikante Rückgänge im Jahresvergleich beobachten lassen, aber im Tourismusbereich, und über den darf ich ja im Rahmen dieses Berichts Auskunft geben, ist sozusagen der Zug abgefahren.

Denn Gesamtinvestitionskosten von 16 Millionen Euro, plus 137 Prozent genehmigte Zuschüsse von 2,3 Millionen Euro, plus 187 Prozent, maßgeblich getrieben natürlich durch punktuelle Calls, ich habe es gerne als Stimmungsaufheller wie einen Registrierkassenbonus, die dann dafür genutzt haben, dass in einem Bericht einer großen österreichischen Bank, die ja speziell auf die Bundesländer eingeht, für das Jahr 2016 festgehalten wird, dass das Burgenland, insbesondere von der Baubranche, vom Bau- und vom Baunebenbewerbe nach vorne katapultiert wurde und in einem zweitrunden Effekt natürlich auch Nächtigungen, Sie haben die drei Millionen bereits erwähnt, die 2016 übersprungen werden konnten, forciert hat.

Das heißt also, ein punktueller Einsatz, um hier das Burgenland nach vorne zu bringen. Und das Ganze hat dann 2017 Früchte getragen. Natürlich gestützt auf einen kräftigen Rückenwind bundesweit, auch europaweit. Wirtschaftswachstum in Österreich 3,1 Prozent. Beschäftigungswachstum 1,9 Prozent. Hat das Burgenland aber diese Hochkonjunktur natürlich auch genutzt. Das heißt, wir müssen schon unsere Hausaufgaben machen, von alleine wird das nicht funktionieren.

Wirtschaftswachstum Burgenland drei Prozent. Das ist per se einmal die Definition für eine Hochkonjunktur. Im Bericht des Jahres 2016 sind die Erwartungen noch wesentlich niedriger ausgefallen.

Beschäftigungswachstum von 1,8 Prozent, klingt jetzt per se nicht so sensationell, allerdings wenn man auf Seite 13 im Wirtschaftsbericht schaut, ist es so, dass die Arbeitslosigkeit parallel, also zusätzlich, um 6,8 Prozent zurückgegangen ist und zusammen noch mit einem gestiegenen Arbeitskräftepotential von noch einmal einem Prozent, also das heißt, es stehen ja mehr Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, ist das Ganze ein sensationeller Wert, der nur darauf zurückzuführen ist, dass eben das Produktionswachstum, 2016 waren es vier Prozent, jetzt sind es 18,3 Prozent, also so richtig abgehoben ist. Rekordwert in Österreich.

Das ist natürlich eine umfassende Erweiterungsinvestition. Kapazitätsaufbau. Sie haben diverse Betriebsansiedelungen bereits erwähnt, aber natürlich auch bestehende Betriebe, auch solche, die nicht förderbar waren, Großbetriebe zum Beispiel, haben hier mächtig zugeschlagen und zu diesen Rekordzahlen des Jahres 2017 beigetragen.

Getrieben natürlich durch die Inlandsnachfrage, starke Investitionsnachfrage der Unternehmen und zusätzlich natürlich auch die Exporte, die die zwei Milliarden Euro-Grenze überschritten haben. Daher haben wir auch genau zu diesem Zeitpunkt die Internationalisierungsförderung vorgestellt und auch ins Leben gerufen, die jetzt natürlich den burgenländischen Betrieben wieder zur Verfügung steht.

Wie gesagt, der Bereich Gewerbe und Industrie im Jahr 2017 regelrecht abgehoben, Gesamtinvestitionskosten über 58 Millionen Euro, ein Plus von 101 Prozent, genehmigte Zuschüsse von 6,1 Millionen Euro, ein Plus von 134 Prozent. Das durchschnittliche Antragsvolumen ist gestiegen. Die durchschnittliche Förderhöhe ist gestiegen. Was nach Auskunft der WiBuG sehr positive Rückschlüsse auf die Projektqualität und damit auch auf die Nachhaltigkeit der getätigten Investitionen ziehen lässt.

Insbesondere sieht man auch, dass die KMUs, also zwischen elf und 249 Mitarbeitern, von der Definition her, die ja das Rückgrat der burgenländischen Wirtschaft bilden, hier entsprechend die Angebote ausgenützt haben.

Parallel dazu stieg auch der Bereich der Finanzierungsunterstützungen. Sie wissen, wir haben insgesamt drei Fonds, die Beteiligungen anbieten, Haftungen anbieten und so weiter, sozusagen alternative Finanzierungsinstrumente, nicht zuletzt vor dem Hintergrund ohnehin schon vielseitig kritisierter Basel-Regelungen, die Banken ja sehr eine restriktive Kreditvergabe auferlegen, genehmigte Haftungen von 8,44 Millionen Euro plus 102 Prozent und genehmigte Beteiligungen, in dem Fall 772.000 Euro, 2016 waren es aber noch null.

Man sieht also, dass burgenländische Unternehmer, wie gesagt, die genannten Klein- und Mittelbetriebe Lösungen für die Kreditklemme von Basel III und Basel IV suchen und abseits von Förderungen auch in Anspruch nehmen. Wir werden diese Finanzierungsinstrumente nicht nur bewusst bewerben, auch das hat die WiBuG festgehalten, sondern auch proaktiv nach außen tragen, weil wir glauben, dass es ein wichtiges Instrument zur Liquiditätsversorgung der burgenländischen Wirtschaft darstellt.

In diesem Zusammenhang ist es auch erfreulich, dass im Budget 2017 außerordentlicher Haushalt eine Aufstockung am BRB-Fonds, das ist einer der erwähnten Fonds, von knapp vier Millionen Euro, zugestimmt wurde vom Hohen Landtag. Von meiner Seite daher herzlichen Dank.

Zum Thema Betriebsansiedelungen. Wie gesagt, sehr erfreulich. Auch wenn hier natürlich immer wieder zeitliche Abgrenzungen zu treffen sind. Wir haben uns aber natürlich bemüht, jene zu erwähnen, wo zumindest Verträge unterzeichnet worden sind, also wo man natürlich eine gewisse Sicherheit voraussetzen kann, dass das auch kommt, weil wenn man mit Schlumberger im Jahr 2020 kommt, kommt umgekehrt wieder die Kritik, das ist ja schon vor zwei Jahren passiert, also in dem Sinn halten wir es für geboten, das heuer vorzustellen.

Ich glaube, es ist soweit bekannt, vielleicht die größten Highlights: Kittsee, Merkur Filiale, vier Millionen Investitionssumme, 50 Arbeitnehmer; dazu zwei Fachmarktzentren, 20 Millionen Investitionssumme, 200 Arbeitnehmer; Parndorf Cineplexx Kinocenter, sieben Millionen Investitionssumme, 20 Arbeitnehmer; dazu weitere Fachmärkte; Müllendorf, Schlumberger, habe ich eh bereits erwähnt, 50 Millionen Investitionssumme, 150 Arbeitnehmer; Heiligenkreuz, die Lenzing AG, worauf wir noch besonders stolz sind, ohne einen Cent Förderung, 70 Millionen Euro, 15 Arbeitnehmer; die WIBEBA-HOLZ GmbH, zehn Millionen Euro, 40 Arbeitnehmer und so weiter und so fort.

Ich glaube, das ist schon eine sehr schöne Summe. Wenn einiges gut läuft, dann können wir, ja, mit einem Bürgermeister hier herinnen, demnächst einen weiteren großen Erfolg für das Jahr 2018 feiern. Ich freue mich schon, sollte das tatsächlich auch so hinhauen.

Burgenland wird als attraktiver Standort vermarktet. Wie man sieht, mit einigem Erfolg. Wir gehen jetzt auch sozusagen jenseits der Landesgrenzen, aber auch jenseits der Bundesgrenzen. Wir waren 2017 in München. Der Süddeutsche Raum ist immer wieder ein interessanter Raum, um Investoren ins Land zu gewinnen.

2018 wird es wieder in München und auch in Stuttgart stattfinden. Geplant sind weiters die Schweiz und Oberitalien. Wobei man sagen muss, Oberitalien ist natürlich wirtschaftlich oder generell Italien ist wirtschaftlich ein wenig hinterher und daher nicht so investitionsfreudig, was Kapitalexport in andere Länder betrifft.

Die Beteiligungen der Risikokapitalfonds wurden bereits erwähnt. Werthaltigkeit konnte in aller Regel gesteigert werden. Natürlich gibt es immer wieder Ausfälle wie es der Abgeordnete Steier erwähnt hat. Da ist zum Beispiel im Südburgenland die Smart Flower leider insolvent geworden - trotz meines Erachtens hervorragender Patente. Was wir mitbekommen haben, gibt es da Unstimmigkeiten zwischen den Aktionären, das ist natürlich schwierig von staatlicher Seite, von Landesseite hier entsprechend einzugreifen.

Es gibt aber auch sehr erfolgreiche Exits, es gibt technologische Spitzenleistungen. Es gibt ein Unternehmen, das wir jetzt als erstes burgenländisches Unternehmen in einen entsprechenden „Ausbildungslehrgang“ in Silicon Valley schicken konnten oder sozusagen auf die beste Reise schicken konnten, wo wir natürlich auch sehr stolz sind, dass wir Hochtechnologieunternehmen, Start-ups, hier im Burgenland haben, wobei diese Szene ja bekanntlich nicht immer gerade die einfachste ist.

Schlussendlich natürlich auch Burgenlands Thermen. Sie wissen, Lutzmannsburg schreibt eine Rekordzahl ums andere. Gerade dieser Monate wieder, zweistellige Zuwachsraten, ein Monat, glaube ich, mit 15 Prozent, ein Monat mit 13 Prozent, die Auslastung im März 2018 war, glaube ich, bei 97 Prozent. Im Schnitt des Jahres 2017 war es bei 85 Prozent. Investitionen stehen dort natürlich an.

St. Martins Therme, ebenfalls klar positioniert, Auslastung 78 Prozent.

AVITA Therme wurde bereits erwähnt, aber auch private Einrichtungen, in Stegersbach wird von einem privaten Investor Geld in die Hand genommen.

In Bad Sauerbrunn sind Investitionen, der Abgeordnete Hutter ist jetzt leider nicht im Saal, aber auch dort sind natürlich Investitionen geplant und werden natürlich auch umgesetzt.

Vielleicht kurz zum Ausblick 2018, obwohl wir uns ja mit vergangenen Zeiträumen beschäftigen wollen, aber ohne das geht es nicht ganz. Die Wirtschaftsforscher sagen leicht rückläufige Tendenz, rechnen für Österreich mit einem Wachstum von 2,9 Prozent gegenüber 3,1 im Jahr 2017.

Burgenland ist aber so, dass hier Umfragen existieren, die auch im burgenland.orf.at veröffentlicht worden sind, wo 53 Prozent der Betriebe sagen, sie wollen noch mehr investieren als im Vorjahr. 29 Prozent wollen es beibehalten.

Das heißt, die überwiegende Mehrzahl geht sehr optimistisch in dieses Jahr. Ich habe Ihnen einige Investitionsprojekte bereits vorgestellt. Es gibt auch Maßnahmen zur Anhebung der Forschungsquote. Beteiligung JOANNEUM RESEARCH zum Beispiel; ebenfalls bereits unterschrieben.

Fokussierung auf bestimmte komparative Vorteile im Tourismus. Kellerstöcklförderung Südburgenland läuft zurzeit und so weiter und so fort.

Es ist wirklich für alle Landesteile einiges dabei, dass das Burgenland sich weiter positiv entwickeln wird.

Vielleicht noch zwei Dinge, die kurz erwähnt wurden. Das eine war die Firma ENERCON. Natürlich ist es nie erfreulich, wenn ein Unternehmen schließt, abwandert. Bei privaten Unternehmen ist es halt staatlicherseits nicht immer so einfach, das zu verhindern. Bei ENERCON haben wir diese spezielle Situation, dass diese Förderungen zweifellos unter Berücksichtigung aller Richtlinien damals vergeben worden sind, wir aber uns noch innerhalb der Behaltefrist befinden, das heißt, die WiBuG wird natürlich auf Heller und Pfennig zurückfordern, sollte gegen irgendwelche Auflagen oder Richtlinien verstoßen werden. Man wird sehen, wie sich die Unternehmensführung letztendlich entscheidet. Aber zumindest für das heurige Jahr haben wir hier noch ein gutes Instrument in der Hand.

Was zum Zweiten die Lohnerhöhungen in Osteuropa betrifft, ich glaube, man darf das nicht ganz so eindimensional sehen. Mit Ausnahme der Slowakei haben wir alle eigene Währungen.

Das heißt, die haben auch alle eigene Inflationsraten. Also nur die nominellen Lohnerhöhungen alleine sagen noch nicht viel. Man muss das also mit dem Verbraucherpreisindex in den Ländern einmal gegenüberstellen, auch mit den Wechselkursen zum Euro natürlich gegenüberstellen. Nachdem diese Länder sehr viel importieren, in der Regel relativ wenig selber produzieren und zu allem Überschuss muss dem natürlich auch noch ein Produktivitätswachstum gegenüberstehen, aber letzten Endes müssen sich die Unternehmen in diesen Ländern diese höheren Lohnkosten auch leisten können.

Das ist eben die Frage, ob es da tatsächlich zu diesem großen Rückfluss von Arbeitskräften kommen wird, denn wenn osteuropäische Arbeiter, die ja natürlich ein Lohnniveau haben im Verhältnis zu ihrer Produktivität, zu ihrer Leistungsfähigkeit, relativ sehr stark teurer werden, zum Teil auch im zweistelligen Prozentbereich, bin ich mir nicht sicher, ob - ich weiß nicht - die deutsche Autoindustrie oder wer auch immer da Großinvestoren sind, wirklich große Projekte noch dort umsetzen wird und ob tatsächlich die Arbeitskräftenachfrage in diesen Ländern so steigen wird. *(Zwischenruf des Abg. Gerhard Steier)*

Das wird man sehen, auf jeden Fall, diese Schritte sind gesetzt. Das vernehmen wir sehr wohl, aber ich glaube, dass dieses Problem wesentlich vielschichtiger ist, als dass man nur sagt, alle Arbeitskräfte werden uns jetzt sozusagen davonlaufen.

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch auf einen Punkt Bezug zu nehmen, der jetzt nicht unmittelbar mit den Wirtschaftsberichten zusammenhängt, aber der heute oder auch in den vorigen Sitzungen immer wieder hervorkommt, und zwar geht es um dieses Interpellationsrecht, zum Teil ja, um eine Gesellschaft, um die WiBuG, aber natürlich auch, ich glaube, alle Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, weil hier immer wieder gesagt wurde, es gibt kein Interpellationsrecht der Damen und Herren Abgeordneten für die ausgegliederten Gesellschaften.

Ich habe ein bisschen im Archiv gestöbert und mit der Zahl 20 - 507 vom 23.10.2013 eine Anfrage vom damaligen Klubobmann Johann Tschürtz, ich hatte damals die Ehre, ihm als Klubdirektor zur Seite zu stehen, an den damaligen Präsidenten des Burgenländischen Landtages, dem jetzigen Abgeordneten Gerhard Steier.

Lassen Sie mich kurz eine Passage zitieren. Also wird die zitierte Passage des § 28 Absatz 2 der GeOLT - da geht es eben um diese Tätigkeit als Träger von Privatrechten - wird diese Passage korrekt interpretiert, dass das sachlich zuständige Regierungsmitglied zur Beantwortung einschlägiger Fragen von Landtagsabgeordneten, die sich auf die Gebarung von Beteiligungen oder ausgegliederte Einheiten beziehen, verpflichtet ist, und diese ohne Begründung, also wo es um die Verweigerung geht, nicht verweigern darf.

Die Antwort mit der Zahl 20 - 528 vom 4. Dezember 2013 lautete auszugsweise wieder wie folgt: Wie aus den erläuternden Bemerkungen zum L-VG und den parlamentarischen Materialen - und das ist das Entscheidende - zu Artikel 52 Absatz 1 B-VG - also Bundesverfassungsgesetz - in den erläuternden Bemerkungen zum L-VG wird darauf ausdrücklich verwiesen, hervorgeht, sind diese Bestimmungen dahingehend zu interpretieren, dass Handlungen von Organen, von selbständigen Rechtsträgern, also Unternehmungen, grundsätzlich nicht Gegenstand parlamentarischer Anfragen bilden können.

Dies gilt auch dann, wenn das Land Burgenland überwiegend oder sogar zu 100 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Deswegen wollen wir es ja ändern.)*

Es ist sehr gut, dass Ihr das ändern wollt, wir wollten es im Jahr 2013 schon ändern, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Machen wir es miteinander!)* aber ich darf ein für alle Mal festhalten, Herr Abgeordneter, Sie sagen ja bei jeder Gelegenheit, Sie sind diplomierter Jurist. Wenn ich Ihnen sage, Artikel 52 Abs. 1 B-VG *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wurscht!)* - nicht wurscht, Sie sind ja Anhänger des Rechtsstaates, nehme ich an, und auch des Stufenbaus der Rechtsordnung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nur eine Frage der Gesellschaftsverträge.)* der B-VG. Wie sollen wir hier oder Sie als Damen und Herren Abgeordneten *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Indem man die Gesellschaftsverträge ändert.)* das Bundes-Verfassungsgesetz ändern? Das ist nicht möglich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch!)* Nein, ist es nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch! - Abg. Edith Sack: Das weiß er ja eh, er stellt sich nur so.)* Ich weiß nicht, bei wem Sie die Prüfung über Verfassungsrecht abgelegt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: … das ist ganz klar möglich.)*

Also bitte fürs Protokoll: Laut Abgeordnetem Steier *(Abg. Edith Sack und Abg. Ilse Benkö: Steiner!)* ist eine Änderung der Bundes-Verfassung durch den Burgenländischen Landtag möglich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt einfach nicht.)* Meiner Ansicht nach ist es nicht möglich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du brauchst nur die Gesellschaftsverträge ändern.)* Es ist aber sehr wohl möglich, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja!)* durch den Bundesverfassungsgesetzgeber. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein!)* Nationalrat.

Ihr seid die größte Fraktion im Nationalrat. Bringt einen Antrag ein *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein!)* und dann werden wir das entsprechend auch ändern, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie verkennen die …)* sofern wir eine verfassungsgebende Mehrheit finden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Landesrat. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Ich muss nur ganz kurz darauf Replik nehmen. Diese Geschichte ist ein Problem, dass finde ich, das gelöst werden muss. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist doch keine Geschäftsordnungsdebatte!)* Aber uns ging es um ganz grundsätzliche Fragen und nicht um die Frage „ausgelagerter Gesellschaften".

Ich möchte ein Beispiel bringen. Ich habe es jetzt leider nicht gefunden. Ich glaube, es war Ende des letzten Jahres, habe ich dem Landeshauptmann eine Zusatzfrage gestellt. Seine Antwort war: Das kann man nachlesen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Ist das die Tagesordnung?)* Das ist einfach unmöglich, weil Eure Abgeordneten stellen teilweise auch Fragen, die man nachlesen kann.

In der letzten Landtagssitzung hat die Kollegin Petrik von der Homepage fast wortwörtlich die Anfragebeantwortung, ich glaube, der Landesrat Darabos war das, runtergelesen. Genau um das geht es, ja, und nicht um Detailfragen jetzt ausgelagerter Gesellschaften. Das sollten wir auch diskutieren, keine Frage. Aber jetzt geht es um eine Anfragebeantwortung, *(Abg. Ilse Benkö: Jetzt geht es nicht um das. Nein!)* die nicht auf einem Niveauunterschied stattfindet. Das trifft, wie wir vorher schon gesagt haben, nicht alle Landesräte und Landesrätinnen, sondern nur spezielle. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von Plätzen zu erheben. -

Der Wirtschaftsförderungsbericht des Landes Burgenland, verfasst als Doppelband für die Jahre 2016 und 2017, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1251) betreffend „Landessicherheitszentrale Burgenland GmbH (Prüfung LSZ)" (Zahl 21 - 888) (Beilage 1298)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum 6. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 1251, betreffend „Landessicherheitszentrale Burgenland GmbH (Prüfung LSZ)", Zahl 21 - 888, Beilage 1298.

Berichterstatter zur diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Géza Molnár: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „Landessicherheitszentrale Burgenland GmbH (Prüfung LSZ)" in seiner 15. Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

An den Beratungen nahmen der Direktor des Landes-Rechnungshofes, Mag. Mihalits, sowie weitere Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes teil.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Dieser Antrag wurde ohne Wortmeldung einhellig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „Landessicherheitszentrale Burgenland GmbH (Prüfung LSZ)“ zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly ist als erster Redner zu Wort gemeldet.

Ich bitte um Ihren Beitrag

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Korrekt, sachlich, konsequent, Vertrauen durch Kompetenz. Diese Aussage zeichnet einfach unseren Rechnungshof aus, muss ich klar und deutlich wieder erwähnen, denn dieser Prüfbericht, der schlussendlich damals noch Opposition oder doch schon regierungsverantwortlich vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter eingebracht wurde, um diese Sicherheitszentrale dementsprechend auch einmal zu hinterfragen beziehungsweise auch die Taten einmal zu sehen, was hier wirklich abläuft.

Wenn ich mir diesen Bericht anschaue, das „Who is Who“, dann gibt es 79 Schlussbemerkungen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das sagt schon eigentlich alles aus.

Wer sich diesen Bericht angeschaut hat und genau im Detail, der ja wirklich exzellent vorbereitet ist, wo jeder Punkt mit siehe Seite 8, Punkt 2 alles aufgelistet ist, einmal genau durchliest, dem kommt ein Schauer über den Rücken.

Ich frage mich, was das Ganze eigentlich nach Jahren immer wieder soll, wenn wir heute wieder einmal aufzeigen, dass da sehr vieles nicht in Ordnung war oder nicht richtig abgelaufen ist.

Der Landes-Rechnungshof hat die wirtschaftliche Gebarung der Landessicherheitszentrale im Zeitraum vom 2011 bis 2016 geprüft. Die Prüfung habe Mängel bei der Kontrolle und der Buchhaltung ans Licht gebracht. No na.

Insgesamt seien 5,8 Millionen Euro zu viel überwiesen worden. Fast 25 Millionen Euro flossen zwischen 2011 und 2016 in die Landessicherheitszentrale. Davon diente allein die Hälfte in Form von Gesellschafterzuschüssen der Abdeckung des Finanzbedarfs. Der Rechnungshofbericht spricht generell von Missmanagement und Intransparenz.

Genau das sind die Punkte bei jedem Rechnungshofbericht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Immer wieder, wenn wir Rechnungshofberichte zur Kenntnis gebracht bekommen, wir müssen sie zur Kenntnis nehmen, das ist ja das Schöne, wo viel Arbeit vom Rechnungshof dahintersteckt. Dann sind das fünf Jahre zurück und wir können das nur zur Kenntnis nehmen.

Ich frage mich schön langsam wirklich, wo bleibt die tatsächliche Verantwortung? Ich glaube, wenn man sich das genauer anschaut, dann sind dort viele Dinge passiert, die in normalen Wirtschaftsgebarungen nicht vorkommen dürfen, weil sonst ist man irgendwo pleite beziehungsweise hat man in eine falsche Richtung gearbeitet. Genau das ist dort passiert.

Der damalige Klubobmann und jetzige Landeshauptmann-Stellvertreter hat auch schon jahrelang darauf hingewiesen, hier gehört eine Prüfung herbeigeführt. Das ist dann geschehen. Wir haben das vorliegen. Ich muss Euch ehrlich sagen, zum Erschaudern ist das Ganze. Ich weiß nicht, was ich mir dabei denken soll.

Wenn ich mir die Punkte anschaue, rechtliche Grundlagen zum Beispiel, was es da für Punkte gibt, die einfach gar nicht eingehalten worden sind. Was niemanden anscheinend interessiert hat, niemanden. Die Organisation! Total danebengegangen.

Eine Evaluierung der Organisationsstruktur der Landessicherheitszentrale hinsichtlich der Notwendigkeit von zwei Leitstellenleitern beziehungsweise zwei Prokuristen nach Grundsätzen der Struktur- und Kostenevidenz. Siehe 13.2.

Lauter solche Dinge werden da aufgezeigt. Geschäftsführung und leitendes Personal. Da fragt man sich überhaupt, wie das gegangen ist. Es hat eine Person eigentlich gleich beide Funktionen übergehabt, aber das ist anscheinend nicht das Problem gewesen, weil sich anscheinend niemand darum gekümmert hat.

Dann ist lange im Gerede gewesen, Herr Kollege Steindl, wenn ich mich genau erinnern kann, Feuerwehr und viele andere Dinge mehr, dass man vielleicht diese Sicherheitszentrale wieder zum Bundesamtsgebäude auslagert. Das wurde auch diskutiert.

Ich bin schon sehr lange im Landtag, um das alles demensprechend als Oppositionspolitiker auch kritisch hinterfragt zu haben. Aber warum hat man die Sicherheitszentrale zum Beispiel ins neue Gebäude hineingebracht und die Beamten ausgelagert, die wir eigentlich daneben hätte können lassen oder belassen? Das hat man alles damals gemacht. Das Technologiezentrum hat man angefüllt mit den Beamten, die dann so quasi ausgelagert wurden.

Viele Dinge sind in dieser Richtung passiert und dann fragt man sich wirklich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der damaligen Regierung: Ist das niemandem aufgefallen? Oder wie der Herr Landeshauptmann immer sagt, der dem Voranschlag nicht zustimmt, der hat nichts mitzureden. Das ist sehr interessant immer wieder, wenn ich immer das höre. Danke für die Zustimmung für den Voranschlag.

Ja, zu 90 Prozent könnten wir sicher zustimmen oder 80 Prozent. Aber bei 20 Prozent dürfen wir aufzeigen, aber sonst schon gar nichts.

Und wenn ich hergehe, der Voranschlag ist abgesegnet, dann sitzt die Regierung und macht eigentlich was sie will. Wir dürfen im Landtag einmal im Monat darüber diskutieren, darüber entscheidet die Regierung.

Nach fünf Jahren oder innerhalb von fünf Jahren bekommen wir dann solche wirklich toll vorbereiteten Prüfberichte. Was können wir damit machen? Darauf hinweisen, dass es besser wird und ich hoffe doch, dass jetzt schon einiges umgesetzt wurde und vielleicht nachgedacht wird, in welchen Bereichen spielt sich das genauso ab.

Wenn wir heute über ein Gesetz gesprochen haben, lieber Herr Landesrat, was Du richtig zitiert hast, das gehört geändert. Das haben wir schon immer verlangt. Das haben wir immer verlangt, als Opposition haben wir das immer verlangt. Da wurden wir so quasi abgekanzelt. Ihr habt ja keine Ahnung. Darüber brauchen wir Euch keine Auskunft geben.

Wenn ich heute einen Wirtschaftsbericht 2016/2017 höre, super, rennt alles wunderbar. Vergessen wir aber auch nicht, dass vielleicht auch andere Zeiten kommen können.

Wir müssen vorsorgen, wir müssen vorarbeiten. Wir müssen schauen, dass man die Zukunft im Burgenland dementsprechend auch gestalten darf, kann. Das ist wichtig. Ich glaube, mit den Thermen, dass das jetzt funktioniert, ist okay. Auch wir haben das damals in der Opposition immer kritisch hinterfragt. Funktioniert, aber wie lange. Jetzt

investiert man wieder in Lutzmannsburg an die 25 bis 30 Millionen, okay, toll. Leitbetrieb, soll passieren.

Wir müssen aufpassen, dass die Rahmenbedingungen auch für die Kleinen daneben was bringen, weil sonst haben wir dort das nächste Problem aufgestellt. Stegersbach, zu dem Thema kommen wir noch. Verkauf der Therme Stegersbach, kann ich mich erinnern, Landesrat Kaplan war da noch. Um einen Schilling haben wir das Ganze weiterverschenkt. Und heute kommen wir zu dem Golf-Gschichtl noch dazu. Ich glaube, solche Dinge gehören auch in der neuen Regierung auch angefasst, mit Mut auch einiges … *(Abg. Gerhard Steier: Rückgängig machen.)*

Rückgängig wirst Du es nicht mehr machen können, Herr Kollege Steier, aber anders sollte man es machen und offener und transparenter die ganze Sache machen. Das, was wir immer in der Opposition verlangen. Wir verlangen ja nichts Unmögliches. Wir sagen nur immer, bitte legt uns das vor. Es ist ja kein Problem.

Warum wissen wir nicht, was die Regierung beschließt? Warum dürfen wir nicht erfahren, was in der Regierung beschlossen wird? Was ist da so schlimm daran? Wir müssen auch dem Voranschlag oder sollten dem Voranschlag zustimmen. Dann sollten wir auch wissen, und ich glaube, das wird Aufgabe sein, auch der FPÖ in der Regierung, das einmal transparent zu machen. Ich glaube, Ihr habt überhaupt kein Problem damit, absolut nicht. Genau das ist es. Und das erwarten wir uns eigentlich in der Oppositionsrolle.

Auch die ÖVP wird dahinterstehen, dass wir das jetzt so machen. Das, was früher auch nicht passiert ist, wenn ich den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl damals gefragt habe, hat er gesagt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Immer korrekt.)* bräuchte er gar nicht sagen, ist ja nicht notwendig, funktioniert eh alles so wunderbar. Na gut. Oja, Herr Kollege Steindl, das waren auch Eure Aussagen, na logisch. Da sitzt Ihr in einer anderen Position wie jetzt. Das ist halt einmal so. Ihr kritisiert jetzt, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Wir zitieren. Die Zahlen.)* wo Ihr eigentlich gut gewirtschaftet habt, aber die neuen Leute kritisieren jetzt das, dass Ihr eigentlich gut gewirtschaftet habt.

Wenn ich mir vom Hirczy das anhöre, was da alles schlechtgelaufen ist in der ganzen Wirtschaft, hin und her, dann wart Ihr eigentlich die Beteiligten. Die SPÖ wird sagen, wir haben uns an die ÖVP gehalten, dass das so gegangen ist.

Es wurde im Burgenland Gott sei Dank ein Aufholweg beschritten. Das, muss man sagen, auch mit der ÖVP.

Aber ich möchte eines klarlegen und noch einmal zurück zu dieser Geschichte mit der Landessicherheitszentrale. Was passiert jetzt eigentlich mit diesen Herrschaften, die in Pension gegangen sind, oder was kommt da jetzt raus? Das wäre meine Frage noch. Welche Möglichkeiten gibt es hier eigentlich, etwas zu verändern? Das ist jetzt meine Frage, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Du, der immer gesagt hat, wir werden Steuern nachzahlen müssen, wir werden allerhand machen. Das hätte ich auch noch gern vielleicht von Dir gewusst, wie das weitergehen soll.

Ich möchte Dir noch eines sagen: Wir haben damals 2013 auch kritisch hinterfragt. Es ist undenkbar, dass dem Land Burgenland, wenn auch nur mittelbar durch diese umfassende Restrukturierung im Sicherheitsbereich keine zusätzlichen Kosten entstehen. Da war auch die FPÖ mit dabei noch im Boot. Die haben das genauso gefragt.

So, jetzt wissen wir, was los ist. Jetzt hätte ich gerne gewusst, wie das Ende der Sache ausschaut. Dann können wir darüber diskutieren. Was ich jetzt noch hinterfragen will: Wie schaut das aus mit dem neuen Vertrag des neuen Geschäftsführers? Wie schaut

die Personalstruktur aus? Wie schaut das Ganze aus? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das darfst Du nicht wissen.)* Das dürfen wir ja hoffentlich wissen. Nein, das ist unser Recht und darauf bestehen wir. Heute haben wir gehört, dass man das auch so machen wird.

Ich glaube auch, dass die Regierungsmitglieder dazu geradestehen werden und sagen, warum nicht. Wir haben nichts Schlechtes gemacht. Wir haben einen guten Mann hingesetzt, der ein Hearing durchlaufen ist oder Ausschreibung. Wir haben dieses vereinbart und zu dem stehen wir.

Dann können wir jetzt schon sagen, gefällt uns das oder gefällt uns das nicht. Nicht erst nach fünf Jahren, die Diskussion zu führen. Nach fünf Jahren gibt es die Herrschaften nicht mehr. So, das hätten wir jetzt gern und das ist unsere Anregung seitens der Liste Burgenland, dass wir das so rasch als möglich, meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungsbank, auch dementsprechend umsetzen.

Ich glaube, das war immer Euer Credo, dass Ihr gesagt habt, Transparentheit, Offenheit, dann könnt Ihr es jetzt machen. Darum bitte ich bei diesem Bericht, nämlich zur Kenntnis, aber ich lege ihn nicht ab, sondern wir werden bei jeder Landtagssitzung nochmals darauf hinweisen, wie die Sache abläuft. Wir schauen uns die neuen Verträge an und dann werden wir schauen, wie das Ganze weitergeht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Ich erinnere mich bei dem Bericht ein bisschen an Donnerskirchen an die Genussakademie, wo der Bericht ähnlich zum Haareraufen war.

Man weiß gar nicht wo man anfangen soll. Ich fange vielleicht einmal beim Grundsätzlichen an, weil eines der Hauptprobleme, das sagt auch immer der Direktor des Rechnungshofes, je ungenauer und je verwirrter, muss man schon fast sagen, ein Betrieb, oder in dem Fall die LSZ neu, desto höher ist die Gefahr, dass das Ganze korruptionsanfällig ist.

Ich will da niemandem etwas in die Schuhe schieben oder behaupten, aber das Problem ist, wenn ich einen, als Land einen Kontrollverlust habe, dann ist natürlich auch die Gefahr, dass jemand extra noch reingreift, oder sich bereichert auch höher. Logischerweise, wenn ich draufkomme ich werde eh nicht kontrolliert, dann kriege ich zumindest einen Schlendrian rein, das muss ja jetzt gar noch nicht kriminell sein.

Grundsätzlich muss man sagen, die Aufzählung ist ja fast nicht endendwollend, das beginnt beim Nichteinhalten von ganz einfachen Standards in der Buchhaltung und der Belegführung, die einfach missachtet worden sind.

Man muss ja fast schmunzeln, wenn man dann in diesem Bericht liest, dass die Lieferscheine nicht aufgehoben wurden mit dem Argument, der Ordner wäre sonst zu dick geworden. Wie man das dann kontrolliert, Rechnung gegen Lieferschein, ist eigentümlich.

Dienstfahrzeuge, die hauptsächlich für die Fahrten zwischen Wohn- und Dienstort genutzt wurden. Ein Dienstfahrzeug, dass überhaupt eher ein „Steh“-, als ein Fahrzeug war, der Nutzungsgrad war 37 Prozent, einfache Kontroll- und Steuerungsaufgaben, die

verabsäumt worden sind. Die Fehler lagen natürlich nicht nur in der LSZ, sondern sehr stark auch bei der Landesregierung, weil, wieder einmal und hier ist die Parallelität zur Genussakademie eigentlich recht klar, Mittelflüsse die plötzlich dazu geführt haben, dass die LSZ einen Finanzpolster von fast sechs Millionen Euro an liquiden Mittel hatte.

Warum das notwendig war weiß niemand, wahrscheinlich ist das einfach passiert, weil man gar nicht gewusst hat wieviel Geld die wirklich brauchen. Und das Ganze noch dazu, diese Mittelflüsse vom Land, sind ohne Verwendungsnachweise passiert, auch das kommt mir sehr bekannt vor.

Zuschüsse wurden inklusive Umsatzsteuer gewährt, obwohl die LSZ eine Kapitalgesellschaft ist und daher vorsteuerabzugsberechtigt ist.

Das Beteiligungsmanagement, das eigentlich hätte eingebunden sein sollen, ist nicht eingebunden worden, obwohl es einen Erlass dazu gibt. Missachtung habe ich schon gesagt. 30 Jahre Vordienstzeiten wurden angerechnet, üblich sind zehn Jahre Anrechnung von Vordienstzeiten.

Die LSZ hat zwar versucht sich bei den Gehältern dem Land anzupassen, bei den Anrechnungsvorschriften war das überhaupt nicht der Fall. Auch bei den teilweise, abgesehen von den Gehältern, bei den Sonderzahlungen war das nicht der Fall. Also man muss sagen, ein Horrorbericht. Also der Bericht ist natürlich gut, aber der Inhalt ist eigentlich ein Horror.

Und ich bin schon gespannt auf den Follow-up-Bericht dazu weil, da wird man einiges zu tun haben um das wieder gerade zu richten.

Der Landes-Rechnungshof schreibt in seinem Bericht, dass die Eingliederung in die Landesholding da sicher ein guter erster Schritt ist, aber das zu wenig sein wird und er eigentlich davon ausgeht, dass das ganze System komplett neu aufgestellt werden müsste.

Wie viel da jetzt passiert ist, werden wir hoffentlich bald hören, positiv. Und ich freue mich dann auf so einen kurzen Follow-up-Bericht, wie wir ihn heute noch über Stegersbach haben werden. Vorstellen kann ich mir es nicht ganz, weil bei 79 Punkten, kann der Bericht gar nicht kurz sein.

Was in diesem Bericht nicht steht, was mir aber auch noch wichtig ist zu erwähnen, das Ganze hat ja dann noch gegipfelt in einer Unsicherheits-Homepage. Wir haben das eh schon einmal kurz besprochen gehabt in einer Landtagssitzung.

Es war nämlich die Homepage der LSZ seit vielen, vielen Jahren nicht auf den neuesten Softwarestand gebracht worden und das war dann auch der Grund warum Hacker ein Leichtes hatten, den Server von der LSZ zum Schürfen von Internetgeld zu verwenden.

In den Medien wurde das dann als großer Hackerangriff dargestellt. Das war es eigentlich nicht, man hat einfach nur vernachlässigt die Homepage abzudaten, obwohl das System ein ziemlich einfaches war und das eigentlich nur jemanden gebraucht hätte der sich darum kümmert.

Das ist keine große Hexerei das zu machen, das schafft jeder von uns der seine eigene Software am Computer up to date hält.

Also, wie gesagt, unglaublich, gut dass der Rechnungshof so genau und gut darauf geschaut hat. Und ich hoffe, dass wir nicht bald wieder einen derartigen Bericht von irgendeiner anderen ausgelagerten Gesellschaft oder sonstiges zu lesen bekommen.

Vielen Dank für die Arbeit des Rechnungshofes, wir werden dem Bericht natürlich zustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist der Landtagsabgeordnete Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorredner, die Kollegen der Opposition, sind ja schon sehr tief in die Materie eingedrungen und haben sich schon sehr ausführlich mit den Feststellungen und Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes beschäftigt.

Und es ist ja gar keine Frage, dass man einen derartigen Prüfungsbericht nicht alle Tage auf den Schreibtisch und in den Landtag bekommt. Alleine schon der Umfang des Berichts, die Vielfalt der Faktenkreise, die Anzahl der Feststellungen und Empfehlungen, all das ist schon ein unmissverständlicher Hinweis auf den Handlungsbedarf.

Aber auf einen Handlungsbedarf, dass sei vorweggenommen, dem man von Seiten der Landesregierung beziehungsweise von Seiten der Geschäftsführung der LSZ bereits größtenteils nachgekommen ist.

Werfen Sie einen Blick in die Stellungnahme von der Landesregierung und Geschäftsführung der LSZ zum vorläufigen Prüfungsergebnis. Sie finden das in der Vorlage auf den letzten Seiten. Ich bin mir sicher, dass der zuständige Referent, Landeshauptmann-Stellvertreter Herr Tschürtz auf den aktuellen Stand der Dinge im Anschluss ohnehin noch eingehen wird.

Meine Damen und Herren, der Direktor des Landes-Rechnungshofs hat sich im Ausschuss sehr ausführlich mit diesem Prüfungsbericht auseinandergesetzt und ich sage einmal so, durchaus beeindruckt gezeigt. Über Jahre hinweg gab es in der LSZ, oder in Bezug auf die LSZ, kein Liquiditätsmanagement dafür handfeste Kontrolldefizite.

Defizite gab es auch in der Personalorganisation angefangen bei Mehrfachfunktionen und Unvereinbarkeiten in der Situation rund um den damaligen Geschäftsführer, Unzulänglichkeiten in der Buchhaltung, in der Belegführung, bei Dienstfahrzeugen und nicht zuletzt gab es Fehlleistungen die auch abgabenrechtlich von Bedeutung waren beziehungsweise sind.

Ruhmreich ist das Zeugnis, das der Landes-Rechnungshof den Verantwortlichen ausgestellt hat, jedenfalls nicht, wenngleich festzuhalten ist, wenn das vorhin schon angedeutet wurde, dass kein finanzieller Schaden angerichtet wurde.

Dass man dort eine Zeitlang über sehr hohe liquide Mittel verfügt hat, heißt ja nicht, dass etwas verwirtschaftet wurde. Das sei an dieser Stelle der Vollständigkeit halber schon auch festgehalten.

Was ist Stand heute? Wesentlich, meine Damen und Herren, wesentlich ist zu allererst, dass seit Juli 2015 das zuständige Regierungsmitglied die Prüfung der LSZ durch den Landes-Rechnungshof veranlasst hat. Das war nicht der Landtag, es war vor allem nicht die ÖVP die sich seit Veröffentlichung des Berichtes sehr, sehr wichtig macht, sagen wir so. Es war der zuständige Referent, der in Wahrnehmung seiner Verantwortung diese Prüfung durch den Landes-Rechnungshof veranlasst hat.

Wesentlich ist außerdem, und ich habe es bereits erwähnt, dass von Seiten der Landesregierung, des zuständigen Referenten der Geschäftsführung in der LSZ, unverzüglich auf vorliegende Missstände reagiert wurde.

Eine Folgeprüfung die es wohl geben wird, Herr Kollege Spitzmüller, würde den verantwortlichen Akteuren ein ungleich besseres Zeugnis ausstellen und das wohl auch schon zum heutigen Zeitpunkt, wenngleich wir natürlich einige Zeit auf eine Folgeprüfung warten müssen.

Im Lichte dessen könnte man jetzt natürlich auch sagen, „vergangener Regen braucht keinen Schirm“, aber ich verstehe, wenn man dennoch danach fragt, wie das alles passieren konnte und wer dafür verantwortlich war und das ist Aufgabe dieses Landtages und insbesondere auch Aufgabe der Opposition.

Spannend, meine Damen und Herren, spannend finde ich einmal mehr den Zugang den die ÖVP zu erkennen gibt. Ich habe es schon erwähnt, es hat ja nach Veröffentlichung dieses Berichts eine breite mediale Auseinandersetzung damit gegeben.

Ich lese hier aus der „BVZ“ vom 15. März 2018 vor: Nach der Ankündigung der Selbstanzeige der Landessicherheitszentrale Burgenland bei der Finanz als Folge eines Rechnungshofberichtes ortet die ÖVP einen politischen Skandal.

Die Anzeige wegen Unregelmäßigkeiten bei Lohnabgaben sei - Zitatanfang - ein Eingeständnis nicht wahrgenommener Aufsichtspflicht und nicht wahrgenommener politischer Verantwortung. - Zitatende. So in diesem Fall der zweite Landtagspräsident Rudolf Strommer, ÖVP.

Meine Damen und Herren, jetzt einmal abgesehen davon, dass es sicherlich nicht die Aufgabe eines Regierungsmitgliedes ist und zwar keines Regierungsmitgliedes, gleich welcher Partei, jede einzelne Lohnabrechnung die im Land anfällt zu kontrollieren.

Eine Anzeige ist in so einem Fall nicht nur rechtlich geboten, sie ist geradezu der Ausdruck der Wahrnehmung von Verantwortung. Alle Beteiligten haben ihre Verantwortung, sobald die Missstände auf dem Tisch lagen, wahrgenommen.

Und wenn Sie schon Aufsichtspflichten thematisieren, meine Damen und Herren von der ÖVP, und wenn Sie schon so tun, als wären diese Missstände über Jahre hinweg und von allen Anfang an offenkundig gewesen, dann muss ich Sie schon fragen, gerade wenn Sie das jetzt einzelnen Regierungsmitgliedern in die Schuhe schieben möchten, dann möchte ich Sie schon fragen, wo waren die Regierungsmitglieder der ÖVP? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war zuständig?)*

Durch wen wurde der Geschäftsführer der LSZ, Stichwort Unvereinbarkeit, Mehrfachfunktion bestellt? - Durch die Landesregierung. Durch wen die Gesellschafterzuschüsse, Stichwort fehlendes Liquiditätsmanagement beschlossen? - Durch die Landesregierung.

Wer war bis Juli 2015 Teil der Landesregierung und übrigens auch in der Generalversammlung der LSZ GmbH vertreten? - Das war die ÖVP, meine Damen und Herren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Und wer war zuständig?)*

Noch einmal, es gibt zwei Möglichkeiten, Herr Kollege Steiner, entweder Sie sehen ein Versagen von Seiten der Landesregierung, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Wer war zuständig, welches Regierungsmitglied?)* dann sind Sie mit dabei, oder es gibt kein Versagen der Landesregierung.

Ich finde es gerade in dem Kontext und in diesem Zusammenhang mit dem Theater, dass Sie heute aufgeführt haben besonders skurril, wo Sie teilweise nicht zu Unrecht, was das Interpellationsrecht angeht eine Stärkung der Kontrolle und der Transparenz verlangen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo ist das Problem?)*

Aber ich unterstelle Ihnen jetzt gerade *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo ist das Problem, wenn man das Regierungsmitglied jetzt nennt?)* in diesen konkreten Fällen,… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war zuständig?)*

Ich unterstelle Ihnen in diesen konkreten Fällen, dass Sie als Regierungsmitglied, oder als Vertreter Ihrer Partei, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war zuständig, sagen Sie es einfach.)* oder als Mitglied bei der Generalversammlung durchaus Kontrollrechte, die Sie in diesem Bereich gehabt haben, oder hätten Sie sie, beziehungsweise Sie haben sie nicht wahrgenommen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war zuständig?)*

Da trifft auf Sie selbst das zu, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war zuständig?)* was Sie anderen vorwerfen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war zuständig?)*

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich beim Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz für die Veranlassung der Prüfung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Keine Antwort ist auch eine Antwort.)*

Ich bedanke mich vor allem auch beim Koalitionspartner der in einer lückenlosen Aufarbeitung und Aufklärung der Ereignisse in der LSZ von Anfang an positiv gegenübergestanden ist. Das ist nämlich der Unterschied zur ÖVP, von Ihnen hätte man so etwas nicht erwarten können.

Ich bedanke mich bei der Landesregierung und bei der Geschäftsführung der LSZ, dass die entsprechenden Konsequenzen gezogen wurden und die LSZ auf solide Beine gestellt wurde. Ich bedanke mich auch bei den Vorrednern, bei der Opposition, die sich kritisch damit auseinandergesetzt hat.

Aber ich bedanke mich jetzt hier ausdrücklich nicht bei der ÖVP weil, das möchte ich Ihnen schon noch mitgeben, wenn ich daran denke und da merkt man ja, dass es Ihnen nicht um die Sache geht... *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ehrt uns.)* Na, wenn ich daran denke, dass zu allem Überdruss auch noch Mitarbeiter der LSZ, weil Sie irgendwo das Gras wachsen hören, Postenschacher, auf Grund vermeintlicher Namensgleichheit in den Medien sind.

Dann beende ich jetzt besser meine Wortmeldung, weil sonst setzt es einen Ordnungsruf. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstem erteile ich Herrn Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Gerade bei diesem Prüfungsbericht geht es wohl nicht darum wer ihn beantragt hat, sondern was daraus gemacht wird. Ich bin gespannt was in den nächsten Monaten noch auf uns zukommen wird und wie strukturell die LSZ verbessert wird.

Unterm Strich möchte ich an dieser Stelle dem Landes-Rechnungshof ein großes Lob aussprechen und zu diesem Bericht gratulieren, es zeigt, dass es eine hohe Qualität im Landes-Rechnungshof gibt und dass hier harte Arbeit geleistet wird.

Trotz der komplizierten Auskunftserfordernisse ist es immer schön zu sehen, was in dem Bericht ans Tageslicht kommt.

Wir haben schon oft gehört: Unzureichende Finanzplanung, fehlendes Liquiditätsmanagement oder auch Kontrolldefizite. Wir wissen, dass die Personalunion gerade in diesen Fällen nicht optimal ist. Ganz im Gegenteil, man sollte davon

wegkommen, Verwaltung und Exekutive in diesem Bereich zu vermischen, sondern ganz strikt trennen. Da sind wir uns wohl einig.

Was die Selbstanzeige betrifft, wissen wir, dass es hier um Überstunden geht, es gibt keine Fahrtenbücher und es gibt uneinheitliche Abrechnungen von Dienstreisen. Das heißt, all diese Punkte gehen dahin, dass die Personalverrechnung falsch war und dementsprechend ist dann Selbstanzeige gemacht worden.

Aber, geschätzte Damen und Herren, eine Selbstanzeige ist keine Leistung. Ganz im Gegenteil, der Geschäftsführer ist sogar dazu verpflichtet, diese Selbstanzeige zu machen, bevor Prüfungshandlungen eingeleitet werden.

Das heißt, das als politischen Erfolg hinzustellen, ist eigentlich fast schon lächerlich, weil es ist die Pflicht des Geschäftsführers und schon dringend notwendig gewesen, sobald man einmal Kenntnis darüber erlangt und bevor es zu einer Prüfung kommt. Wie gesagt, das ist keine Leistung, sondern die Pflicht gewesen.

Wenn jetzt die politische Verantwortung seit 2015 woanders liegt, dann frage ich mich, was in diesem Bereich seithergemacht wurde? Wir wissen es - es wurden drei namhafte Persönlichkeiten dort angestellt und untergebracht, die enge Freunde unseres Landeshauptmann-Stellvertreters sind.

Wir wissen die Namen dieser Personen, wir wissen, welche politischen Funktionen sie in der FPÖ haben, nicht nur im Bezirk Mattersburg, sondern auch anderswo. Das heißt, die LSZ ist seit 2015 nicht nur der „blaue“ Spielball, sondern auch neue Herberge für FPÖ-Funktionäre.

Das zeigt dieser Bericht in dieser Deutlichkeit nicht unbedingt, *(Unruhe bei der FPÖ und ÖVP - Abg. Manfred Haidinger: Der redet was daher.)* aber zumindest stellt er in Frage, warum manche FPÖ-Politiker dort eine Heimat gefunden haben, andererseits aber auch etwaige Zulagen und Funktionen bekommen haben. Sie waren beispielsweise, laut Bericht Teamleiter, obwohl sie gar kein Team unter sich hatten. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz: Vorsichtig sein!)*

All diese Punkte sind jetzt aus unserer Sicht zu bekritteln *(Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz: Vorsichtig sein!)* und - ich zitiere hier nur den Bericht. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz: Ganz vorsichtig sein! – Unruhe bei der FPÖ und ÖVP – Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht drohen.)*

Ich brauche da nicht vorsichtig sein und ich glaube auch nicht, dass ich mir an dieser Stelle drohen lassen muss, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, mir jetzt mit Vorsicht zu drohen, ich brauche mir nicht drohen lassen von Ihnen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Er braucht da gar nicht vorsichtig sein.)*

Aber ich möchte noch einmal betonen, es sind drei Mitarbeiter, die dort eingestellt wurden seit Ihrer Zeit, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wer sind die drei Mitarbeiter?)* die namhafte Personen sind.

Unabhängig dieser drei Personen, gibt es dort Mitarbeiter, die eine Teamfunktion übernommen hatten und auch dementsprechend belohnt oder entlohnt wurden, *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist ja nicht normal.)* aber kein Team unter sich hatten. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist ja ein Blödsinn. – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP) *(fortsetzend)*: Das steht so im Bericht, ich zitiere aus diesem Bericht. Man kann das gerne nachlesen, das ist nichts Neues oder eine Erfindung von mir. Unterm Strich sagt dieser Bericht, dass es viel Arbeit und viel Nachholbedarf gibt.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich freue mich darauf, wenn wir beim Follow-up-Bericht 100 Prozent der Empfehlungen erledigt sehen und dass die LSZ dann eine super Gesellschaft des Landes ist, die sich darüber Gedanken macht, wie wir noch sicherer im Burgenland werden können.

Die Empfehlungen des Rechnungshofes sagen, eine Neuaufstellung der Unternehmensstruktur aufgrund der Unzulänglichkeiten und das ist im Prinzip, das was wir auch unterstützen.

Deswegen nehmen wir diesen Bericht auch zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank hat sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter zu Wort gemeldet. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Zur Geschäftsordnung! – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Zur Geschäftsordnung!)* Zur Geschäftsordnung?

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Ich war jetzt schon etwas erstaunt. Es wird hier getüftelt nachträglich an den einen oder anderen Begriffen, die verwendet werden dürfen oder nicht.

Aber wenn ein Regierungsmitglied von der Regierungsbank während der Wortmeldung eines Abgeordneten, es geht mir jetzt nicht um den Inhalt - sagt, der ist so deppert, dann erwarte ich mir einen Ordnungsruf. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Wer hat das gesagt? - Abg. Christian Illedits: Nein. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hat er aber nicht gesagt. – Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das habe ich nicht gesagt. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben Ihr Recht zur Geschäftsordnung wahrgenommen.

Ich habe etwas anderes vernommen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Unwahrheit.)* Nein, ich habe etwas anderes vernommen *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Schauen wir uns das nachher an.)* und ich bin am überlegen, ob ich einen Ordnungsruf erteile.

Im Übrigen ist es meine Angelegenheit. Ich sage das nur dazu.

Am Wort ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Liebe Frau Abgeordnete Petrik! Das ist ungefähr so ähnlich wie beim Brezelverkäufer, als Sie gesagt haben, ich hätte eine Brezel gestohlen. Schade, dass ich Sie damals nicht geklagt habe, das tut mir heute noch echt weh.

Denn ich habe diesen Brezelverkäufer - nein, nicht den Kopf schütteln Frau Abgeordnete - ich habe diesen Brezelverkäufer danach noch einmal getroffen, zufällig drei Wochen später - im Beisein eines ORF-Journalisten.

Er hat mir gesagt, Herr Tschürtz, Sie sind das? Wer war denn diejenige, die das gesagt hat? Das ist ja ein Wahnsinn, Sie sind ja nicht einmal zehn Meter an mich herangekommen. Sie haben gesagt, ich habe eine Brezel gestohlen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, das habe ich nicht gesagt.)*

Wissen Sie, jeder der mich kennt, weiß - *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe dort gesagt,…)* Nein, Sie haben das so gesagt. Ich habe das, ich habe ohnehin einen Screenshot gemacht, machen Sie sich keine Sorgen.

Genau Sie sind die, die jetzt irgendwo, irgendwie für irgendwen, irgendeinen Ordnungsruf will. Also wirklich. Aber ich möchte mich da nicht näher aufhalten.

So, zum Rechnungshofbericht. Ja, ich gebe Manfred Kölly recht, er hat wirklich vollkommen recht, es war wichtig, diese Rechnungshofprüfung durchzuführen. Wir haben auch damals schon in der Freiheitlichen Partei ebenfalls immer davon gesprochen. Und die Rechnungshofprüfungen, wir wissen, dass diese wirklich exzellent und perfekt sind.

Es geht ja noch weiter bei dem Rechnungshofbericht. Es gibt nicht einmal eine Inventarisierung, eine solche hat es nicht einmal gegeben. Nicht einmal eine Inventarisierung hat es gegeben

Es ist auch so bei diesem Rechnungshofbericht - vielleicht ein kleines Schmankerl dazu, nur damit man sieht, was da eigentlich abgegangen ist. In der LSZ war ein Heißgetränkeautomat eines externen Unternehmens in Betrieb. Diesen konnten der Geschäftsführer, das Sekretariat, die Leitstellenleitung und die Techniker mittels Chip entgeltlos nutzen, den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stand das Kostenlose nicht zu.

Diese uneinheitliche Handhabe hinterfragte der Burgenländische Landes-Rechnungshof. Das muss man sich einmal vorstellen. Also da ist wirklich einiges abgegangen in der Landessicherheitszentrale.

Und eines kann ich schon vorausschicken. Also das heißt, es wird auch - der Abgeordnete Kölly hat das gesagt - eine Regressierung bei den entsprechenden Angestellten geben. Ich möchte aus Datenschutzgründen natürlich keine Namen nennen, das gehört sich auch nicht, aber es wird eine Regressierung geben. Wir sind mit der Regressierung in der Vorbereitung.

Man muss wirklich sagen, es ist leider Gottes so, dass ja niemand so wirklich weiß, was die LSZ macht. Wenn ich jetzt den Rechnungshofbericht so Blatt für Blatt, wie ich es in der Pressekonferenz gemacht habe, aufzählen würde, dann würden wir wahrscheinlich sehr, sehr lange hier verweilen.

Aber was macht die LSZ? Die LSZ hat 250.000 Anrufe, gesamt. 80.000 Krankentransporte, 10.000 First Responder-Alarmierungen, 8.500 Rettungstransporte, Noteinsätze, technische Einsätze, Brandeinsätze und so weiter und so fort. Das heißt, es wird in der LSZ mehr gemacht, als man selber überhaupt so zur Kenntnis nimmt.

Es ist auch so, dass hier nicht nur die Disposition der Rettungsfahrzeuge gemacht wird, sondern es gibt auch die Ärzte- und Apothekenbereitschaftsauskunft, die Landeswarnzentrale, die digitale Lageführung, die Überwachung des Strahlenfrühwarnsystems, Wetterbeobachtung, und so weiter und so fort.

Das heißt, es gibt eine Fülle von Aufgaben, welche die LSZ zu bewältigen hat. Und wenn man die LSZ mit den anderen Bundesländern vergleicht, ist sie bei uns wirklich hervorragend aufgestellt.

Das einzige, oder das Problem, das wir in der LSZ gehabt haben, ist, dass es dort leider Gottes einen wirklich definitiven Kontrollverlust gegeben hat. Der jetzige Geschäftsführer Dipl.-Ing. Christian Spuller hat jetzt schon alle Hände voll zu tun, das wieder gerade zu richten.

Weil dort angeblich drei Personen angestellt worden sind, die der FPÖ zuzurechnen sind. Eines, Herr Mag. Wolf, muss ich wirklich echt in aller Klarheit ansprechen. Ich weiß nicht, ob der neue IT-Mann ein „Roter“, ein „Schwarzer“, ein „Blauer“ oder ein „Grüner“ ist. Wir wissen auch nicht, wer der neue Techniker ist. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.)* Wir wissen es wirklich nicht, und wir haben uns das so ausgemacht. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Ich habe gesagt, lieber Christian, so einfach ist das nicht. Du musst einmal einen „Software-Menschen“, einen „IT-Menschen“ finden, der das kann. Na ja, so einfach ist das nicht. Ich war jetzt mit Minister Hofer bei der Firma „Software Engineering Tschürtz“ in Marz, es werden dort ständig Software-Entwickler gesucht. Aber nicht zehn oder 15. Herr Tschürtz sagt, er bekommt gar keine. Jetzt muss man sich einmal vorstellen, in der LSZ brauchen wir die dringend.

Wir haben einen, der für die IT und für die Softwareentwicklung verantwortlich ist, einen einzigen Mann. Das muss man sich einmal vorstellen. In Vorarlberg gibt es acht Personen und ausgegliedert in der Landesregierung noch einmal acht Personen, die dafür zuständig sind. Nur damit man das einmal hat.

Das heißt, wir sind gerade in der Rekonstruierung dieser LSZ. Warum dort wirklich so viel schiefgegangen ist, und es war nicht nur der IT-Bereich, sondern es ist ein Wahnsinn, wirklich.

Vielleicht, ich glaube, das wäre sogar sinnhaft, wenn die Abgeordneten auch einen Besuch der LSZ absolvieren würden, bei dem der Geschäftsführer wirklich jedem Abgeordneten erklärt, wie es war, wie es jetzt ist, was sich nun verändert hat. Der Geschäftsführer hat jetzt nämlich wirklich alle Hände voll zu tun.

Faktum ist natürlich auch, dass man definitiv dem Rechnungshof für diese wirklich tadellose Überprüfung seinen Dank aussprechen muss. Es wird jetzt sukzessive Punkt für Punkt umgesetzt, das ist definitiv so.

Ich glaube auch gar nicht, dass die Schuld jetzt so bei der Generalversammlung liegt, Landeshauptmann Nießl oder Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl. Da hat es jetzt einmal im Jahr eine Generalversammlung gegeben, und da hat eben der Geschäftsführer berichtet. Na ja, jetzt hat man eben nachgefragt.

Wer kennt sich im technischen Bereich wirklich so aus, dass er sagt, wie funktioniert das alles? Ich glaube auch gar nicht, dass die Schuld dort liegt. Denn auch bei den ganzen Abrechnungen, da kann ja nicht der Landeshauptmann-Stellvertreter - damals Steindl - oder Landeshauptmann Nießl den Kaffeeautomaten kontrollieren oder sich die Buchhaltung anschauen oder so.

Es ist also definitiv so, dass es ein Wahnsinn war, was da los war. Es ist sogar so arg, dass die Stimmung so schlecht war, die Stimmung war so schlecht, dass ständig jemand kündigen wollte. *(Zwischenruf von Abg. Mag. Thomas Steiner.)*

Faktum ist natürlich, eines darf man auch nicht vergessen, dass jetzt Gott sei Dank wieder die Stimmung in der Landessicherheitszentrale perfekt funktioniert. Es funktioniert insofern, indem der persönliche Zugang und die gegenseitige Unterstützung wieder vorhanden sind. Ich bin wirklich froh, dass der Geschäftsführer Christian Spuller diesbezüglich wirklich sehr umsichtig ist, ständig Mitarbeitergespräche führt. Ständig versucht er, diese Probleme zu lösen, die nicht einfach zu lösen sind.

Und wenn von der ÖVP jetzt wieder dieser Untergriff kommt, da ist irgendeiner gewesen, so wie der Herr Mag. Wolf sagt, da habe ich gehört - na der Poglitsch. Der

Poglitsch, der da im Landtag gesessen ist, den haben sie jetzt in der LSZ untergebracht. *(Abg. Gerhard Steier: Der ist zu alt.)*

Also, der Reinhard Poglitsch, glaubt mir das, na ja in Ordnung, da will ich mich jetzt nicht näher äußern, der ist in einer … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber den Hofer seinen Bruder habt Ihr schon untergebracht.)*. Bitte? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber den Norbert Hofer seinen Bruder habt Ihr schon untergebracht.)* Nein, der ist nicht in der LSZ. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, eh nicht in der LSZ.)*

Ist es jetzt verboten, dass sich ein Freiheitlicher für irgendeine Funktion bewirbt? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein.)* Darf sich kein Freiheitlicher mehr für irgendeine Funktion bewerben? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, gar nicht.)* Dürfen sich nur lauter „Schwarze“ bewerben? Was sind das bitte für Zugänge?

Was habt Ihr für Zugänge? Ich verstehe das gar nicht. Statt froh zu sein und zu sagen, ja Gott sei Dank, es wird etwas geändert, es verändert sich etwas, hat man sozusagen den Weg gewählt, eben einfach in dieser Art und Weise in der Argumentation weiterzufahren.

Abschließend möchte ich wirklich sagen, dass ich stolz, sehr stolz auf den Geschäftsführer Christian Spuller bin, der wirklich eine hervorragende Arbeit leistet.

Manfred Kölly hat mir vorher eine Frage gestellt, die versuche ich auch noch schnell zu beantworten. Was verdient ein Geschäftsführer in einer Landessicherheitszentrale? Aus Datenschutzgründen ist es mir nicht möglich, hier eine Zahl zu nennen, das darf ich nicht, das wird auch der Rechnungshof so bestätigen.

Aber: Eines kann ich sagen, Geschäftsführer Christian Spuller verdient weit unter dem Median, der die Berechnungsgrundlage für die Geschäftsführer in den ausgegliederten Bereichen und in den Gesellschaften ist. Also weit unter dem Median, definitiv, das kann man auf jeden Fall festhalten.

Das heißt, abschließend nochmal, wir haben wirklich die Kraft gehabt, die Kraft gehabt, die LSZ überprüfen zu lassen, die in unserem Wirkungsbereich steht. Wir wollen Transparenz, wir wollen wirklich einen Neuanfang, wir wollen und werden produktiv neu arbeiten. Es wird Sauberkeit geben, wir wollen Ordnung schaffen, und eines ist uns ganz wichtig, es wird eine lückenlose Aufklärung in jedem Bereich geben. Da sind wir gerade dabei. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstem erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Ewald Schnecker das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Als fünfter Redner oder vierter Redner ist dann fast schon alles gesagt. Ich möchte dort anschließen, wo der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter aufgehört hat oder auch begonnen hat.

Die LSZ selbst leistet eine großartige Arbeit. Ich denke das muss man einmal sagen. Es wurde gesprochen von 250.000 Anrufen, die entgegengenommen werden.

Und jeder der schon einmal dort gesessen ist, wo Notrufe auflaufen und angenommen werden, der weiß, wie schwierig es ist auch die Schwere des Ereignisses einschätzen zu können und daraufhin dann die richtigen Maßnahmen zu setzen. Das ist nicht immer ganz einfach, weil die Leute die anrufen, naturgemäß, wenn sie Hilfe brauchen, auch einen gewissen Stress haben.

Die LSZ Burgenland disponiert, organisiert 80.000 Krankentransporte, die machen sie natürlich nicht selbst, 10.000 First Responder-Einsätze werden disponiert, also auch, die laufen auf und dann werden die Ersthelfer richtig hingeschickt.

8.500 Rettungstransporte bis hin zu den Feuerwehreinsätzen, wo es jährlich 4.700 technische Einsätze oder im Jahr 2017 eben diese Anzahl gegeben hat, oder 1.400 Brandeinsätze in unserem Burgenland.

Also all das erledigen die Disponenten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LSZ und dafür ein herzliches Dankeschön, weil, das ist eine großartige Arbeit, die da geleistet wird.

Hier werden auch Menschenleben gerettet. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Es wurde mehrfach auch angesprochen, was ist jetzt passiert oder was passiert in der nächsten Zeit nach diesem Bericht? Und dem Rechnungshofdirektor, herzlichen Dank für die Ausarbeitung. In vier Hauptpunkten vielleicht zusammengefasst:

Im ersten Hauptpunkt ist es gegangen um gesellschaftsrechtliche beziehungsweise unternehmensrechtliche Vorgaben. Da spricht der Bericht von Vollmachten, von Entsendungen für eine Geschäftsordnung, für einen Geschäftsführer, von zustimmungspflichtigen Geschäften, von einem Kontrollorgan und von Kooperationsvereinbarungen.

Und da hat es bereits die erste Änderung gegeben. Und ich möchte jetzt auch darauf Bezug nehmen, was bereits umgesetzt worden ist, denn das ist ja der Sinn der ganzen Übungen, dieses Rechnungshofberichtes.

Eine wesentliche Änderung des Gesellschaftsvertrages ist, mit der Einbringung in die Burgenland Holding, im Dezember 2017 passiert. Also das ist schon geschehen. Es gibt zudem ein neues Organ, das ist der Aufsichtsrat.

Und dieser Aufsichtsrat hat sich im Jänner 2018 konstituiert. Da sind sieben Mitglieder drinnen und die Entsendung in die Generalversammlung und in den Beirat infolge der Einbringung ist damit auch obsolet geworden.

Auch die Geschäftsordnung für den Geschäftsführer wurde neu gefasst. Das ist auch schon im Dezember 2017 passiert. Und die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wurde im März 2018 beschlossen. Also auch das ist geschehen.

In diesem Bereich sprechen wir von einem Umsetzungsgrad von 80 Prozent. Also 80 Prozent der Empfehlungen in diesem Bereich, der Empfehlungen des Rechnungshofes sind bereits umgesetzt und die fehlenden 20 Prozent werden abgearbeitet.

Ein zweiter Cluster - die Kontroll- und Steuerungsaufgaben seitens der Eigentümer. Da ist es, - und da wurde alles schon gesagt, das brauche ich nicht zu wiederholen. Es ist gegangen um den Stand der liquiden Mittel aus Rücklagen.

Da muss schon gesagt werden, da wurde auch gesprochen von Korruption und von Misswirtschaft und so weiter. Diese Mittel sind ja da. Ganz schlimm wäre es natürlich, wenn die weg wären, aber natürlich wurde ein Polster aufgebaut, der nicht notwendig gewesen wäre.

Der Geschäftsführer der LSZ befindet sich jetzt in dieser komfortablen Situation, dass er vermutlich weniger Landeszuschüsse dann brauchen wird, wenn man diese Rücklagen abschichtet.

Die Gesellschafterzuschüsse wurden thematisiert und das Budget im Allgemeinen. Die Genehmigungen, die Gliederungen, Plan und Ist-Vergleiche fehlen - ja. Was ist passiert? Eine schrittweise Auflösung der Rücklagen sollte verfolgt werden oder wird jetzt verfolgt.

Es gibt eine Zusage des Landes, die jährliche mittelbare Gesellschafterumlage, wie es so schön heißt, zur Aufrechterhaltung und Sicherstellung des Betriebes der LSZ zu leisten, so wie bisher.

Natürlich, wir wollen die LSZ - ja. Seit 2006, habe ich ja gesagt, leistet sie ja hervorragende Dienste. Und dabei ist natürlich der Stand der liquiden Mittel vor Berechnung und Zahlung der Zuschüsse zu berücksichtigen. Ja, natürlich. Zum Budget im Allgemeinen. Der Aufsichtsrat als neues Organ der Gesellschaft ist für die Genehmigung des Jahreswirtschaftsplanes zuständig. Das heißt, es gibt jetzt dieses Gremium das hier zusätzlich darauf schaut, damit es dann so ablaufen soll wie es der Rechnungshof eben vorschlägt.

Zum dritten zusammengefassten Bereich - Geschäftsführung, Personal, Dienstbetrieb. Auch hier wurde angesprochen vom Rechnungshof, teilweise oder zu Recht die Geschäftsführung, der Vertrag ohne Bezug, die Doppelfunktion Geschäftsführer - Landessicherheitskoordinator, Prokura, das Organigramm, der Fuhrpark, die KFZ-Nutzung und so weiter.

Es gibt einen neuen Geschäftsführer, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz hat es gesagt. Der alte Geschäftsführer oder der frühere Geschäftsführer ist mit 30.04.2017 aus der Landessicherheitszentrale ausgeschieden. Dazwischen gab es dann einen interimistischen Geschäftsführer und eine 20 Stunden-Ausschreibung, auch das ist bekannt.

Ab 15. Juni 2017 gibt es eben den neuen Geschäftsführer. Die Geschäftsführung hat jetzt, und auch das ist wesentlich zu erwähnen, einen fünf-Jahres-Vertrag, also eine Befristung, die hier eingebaut ist. Angabe zur Abgeltung sogenannter Sachbezüge, und es wird keine Doppelfunktionen mehr geben und es gibt auch keine Doppelfunktion zum Beispiel als Landessicherheitskoordinator.

Das Organigramm wurde im Jänner 2018 neu erstellt. Und das ist wichtig. Wenn Sie sich das anschauen, dann werden Sie sehen, dass hier diese Neuaufstellung, die hier teilweise gefordert worden ist, auch schon erfolgt ist.

Bei der Stellenbeschreibung und bei der Anrechnung der Vordienstzeiten - das ist derzeit in Bearbeitung und da ist eine Harmonisierung vorgesehen.

Was die Überstunden und die Zustimmungspflicht betrifft. Die Verträge mit dem neuen oder die neuen Verträge mit den jetzigen Führungskräften beinhalten All-in-Klauseln. Auch das ist Wesentlich. Anstellungsverträge über 60.000 Euro brutto sind vom Aufsichtsrat eben zu genehmigen. Also das kann nicht mehr, so wie in der Vergangenheit, vom Geschäftsführer vergeben werden.

Was den Fuhrpark und die KFZ-Nutzung betrifft, das wurde vom Kollegen Spitzmüller thematisiert. Auch hier ist etwas passiert. Der Bestand wurde mit 01.02.2018, also Anfang Februar um ein Fahrzeug reduziert, also ein Fahrzeug wurde abgebaut. Ab 01.03.2018 gibt es natürlich nur mehr eine ausschließliche dienstliche Nutzung und die Privatnutzung ist grundsätzlich untersagt oder als Sachbezug zu berücksichtigen. Die Selbstanzeige wird natürlich eine Lohnsteuernachzahlung zur Folge haben.

In diesem Bereich, der gerade dargestellt wurde, gibt es einen Umsetzungsgrad von 75 Prozent. Hier fehlt noch ein bisschen etwas, aber hier ist man auch, so wie in den anderen Bereichen, auf einem guten Weg.

Der vierte Bereich, und damit auch schon der letzte, die betriebswirtschaftlichen Standards und die gesetzlichen Anforderungen. Das betrifft vom Rechnungshof thematisiert die Buchhaltung, wirtschaftliche Gebarung, Aufbewahrungsfristen nach der Bundesabgabenordnung und die Prüfung der Jahresabschlüsse oder des Jahresabschlusses.

In Folge der Einbringung in die Burgenland Holding wurde die Buchhaltung an diese ausgelagert und diese BLH ist ausschließlich für die Erstellung der Buchhaltung und der Aufbewahrung der erforderlichen Dokumente zuständig. Auch das ist damit erledigt. Die Prüfung des Jahresabschlusses verpflichtend mit Neufassung des Gesellschaftervertrages wird durch einen Wirtschaftsprüfer festgelegt. Also auch hier Themenbereiche, die umgesetzt sind.

In diesem Bereich, einer natürlich der wesentlichsten, - es sind alle wesentlich, - aber in diesem Bereich gibt es einen Umsetzungsgrad von 100 Prozent. Das heißt, die Vorgaben des Rechnungshofes sind zur Gänze erfüllt und in diesem Bereich ist dann das alles getan. Grundsätzlich muss man sagen, wir nehmen den Bericht des Rechnungshofes natürlich ernst und die Landesregierung tut gut daran, und das tut sie ja auch, und hat sie getan sofort mit der Umsetzung und Aufarbeitung der angesprochenen Punkte zu beginnen. Da sind wir auf einem guten Weg. Ich denke, dass das in Kürze erledigt sein wird.

Wenn es dann diesen Follow-up-Bericht des Rechnungshofes gibt, dann wird er, so wie es Kollege Molnár ausgeführt hat, natürlich wesentlich besser aussehen und auch die Umsetzung konstatieren. Ich möchte noch einen Satz oder zwei Sätze zur Situation im Ausschuss sagen. Es hat sich während der Ausschusssitzung ein Abgeordneter im Raum befunden, welcher nicht dazu befugt gewesen wäre.

Dem Vorsitzenden, ohne jetzt einen Rat geben zu wollen oder irgendwie wichtig sein zu wollen, wenn Sie mit der Vorsitzführung dann letztendlich überfordert sind, weil das ja schon das zweite Mal passiert ist, dann wäre es vielleicht zu überlegen, den Vorsitz einer anderen Person zu überlassen.

Ansonsten, wir sind im Allgemeinen auf einem sehr guten Weg und wir stimmen dem Bericht des Rechnungshofes zu.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Bevor ich dem Abgeordneten Gerhard Steier das Wort erteile, muss ich den beantragten Ordnungsruf abhandeln.

Die Frau Abgeordnete Petrik hat, und das ist ihr Recht, entsprechend § 80 GeOLT, ich glaube das ist der Absatz 6, einen Ordnungsruf verlangt wegen einer angeblichen Äußerung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Ich habe die Damen, die links und rechts neben mir gesessen sind befragt, beide haben das gehört was ich gehört habe *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was denn?)* und nicht das, was Sie ihm vorgeworfen haben. Darüber entscheidet der Präsident endgültig.

Ich entscheide, dass ich keinen Ordnungsruf erteile, wiewohl ich es auch missbillige, wenn man zu sich selbst Dinge sagt.

Der Abgeordnete Gerhard Steier ist am Wort. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Zur Geschäftsordnung dazu.)*

Zur Geschäftsordnung können Sie sich jederzeit melden.

Sie sprechen zur Geschäftsordnung, Frau Abgeordnete? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja.)*

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich spreche zur Geschäftsordnung zu dieser Sache. Sollte ich mich tatsächlich verhört haben, dann bitte ich um Entschuldigung. Ich bin aber trotzdem noch davon überzeugt, dass ich es so gehört habe. Aber wir können das gerne nachher abtun.

Sollte ich mich geirrt haben, dann bitte ich hier um Entschuldigung.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der Abgeordnete Gerhard Steier ist am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident! Ich habe eingangs erwähnen zu wollen und dürfen, dass wir zur Geschäftsordnung heute nichts mehr sagen sollten. *(Allgemeine Unruhe)* Die Geschäftsordnung haben wir bis zur Genüge jetzt strapaziert.

Im Prinzip sollten wir aber gemeinsam darauf drängen, dass die Transparenz, Versprechungen, die von Regierungsseite gemacht werden, auch eingehalten werden und dass das Fragerecht der Abgeordneten auch entsprechend honoriert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Rechnungshofbericht LSZ. Es ist von einem meiner Vorredner festgehalten worden, Leisserhof Donnerskirchen, ein Rechnungshofbericht und jetzt der Rechnungshofbericht LSZ. Dann ist nicht ausgeführt worden welche Gemeinsamkeit es dabei gibt.

Verantwortlich für beide in der Umsetzung ist Landeshauptmann Hans Nießl. Und beide Berichte zeigen eines deutlich auf, sie sind an sich nicht ein Makel burgenländischer politischer Verantwortung, sondern sie sind ein Desaster.

Das was quasi jetzt in den Beteuerungen bezogen auf die LSZ festgehalten wurde, muss man dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, in seiner jetzigen Verantwortung neu auf die LSZ, Recht geben, dass er sich bemüht hat und dass er umgesetzt hat, quasi eine Tabula rasa zu machen, um politische Verantwortung von sich auf seine Vorgänger auch abzuwälzen. Das was wir zur Rechenschaft jetzt vorgelegt bekommen haben, ist in manchen Bereichen jetzt zum größten Teil kein Knall auch kein Urknall, sondern es ist ein wirkliches Desaster in der Form, wie es sich abgespielt hat.

Man kann es nicht damit abtun, dass ich jetzt laufend auf eine Follow-up-Prüfung verweise. In Wirklichkeit ist hier, genauso wie bei anderen Rechnungshofberichten, zu Tage gefördert worden, wie man im Grunde genommen nicht wirtschaften darf, wie man im Grunde nicht wirtschaften kann. Wenn Abgeordneter Kölly auf die Privatwirtschaft verwiesen hat, derjenige, der das in der Privatwirtschaft zu verantworten gehabt hätte, hätte nicht fünf Jahre Zeit gehabt, sondern wäre nach dem ersten halben Jahr wahrscheinlich hochkantig geflogen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme jetzt zu einzelnen Positionen, die bisher von meinem Vorredner nicht angesprochen wurden, aber die dieses Dilemma LSZ über die Jahre hin absolut kennzeichnen.

Zum einen, und das ist jetzt ein Verweis dieser Doppelgleisigkeit, die sich nicht nur ad personam Geschäftsführer abgespielt hat, der auf der einen Seite beamteter Bediensteter der Burgenländischen Landesregierung war, sondern quasi in einer ausgelagerten Gesellschaft dann Geschäftsführer spielen durfte, ins Verhältnis eigentlich die Berichterstattung für sich der Landesregierung gegenüber wieder von sich aus gemacht hat.

Also ein Kreislauf, der in sich schon nicht stimmig ist, weil er nirgends die Verantwortung auf andere dividiert und das Vieraugenprinzip oder Sechsaugenprinzip dort absolut nicht stattgefunden hat.

In Wirklichkeit ist es aber nicht darauf zu verweisen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass man sagt, es hat nur einmal im Jahr eine Generalversammlung stattgefunden. Politische Verantwortung besteht nicht nur in der Generalversammlung, sondern jeder Aufsichtsrat und auch Andere werden sich laufend informieren und sich quasi Inhalte vorlegen lassen, damit solche Vorgänge nicht passieren können.

In dieser Einrichtung hat es über fünf Jahre drei Kreditkarten gegeben, wo quasi jeder Zugriff bekommen hat. Wo jeder die Möglichkeit bekommen hat, quasi ohne irgendwelche Kontrollsituation einfach die Kreditkarte zu stecken. Salopp gesagt, husch pfusch.

Tatsache ist, dass nicht nur in dem Bereich, sondern bei Überstunden 286.000 Euro einfach aus der Portokassa verrechnet wurden. Ich meine, das ist ja, - das schlägt ja dem Fass den Boden aus. Auf der anderen Seite 8,25 Millionen Euro Lohnkosten auf die fünf Jahre Prüfbericht bezogen, das spricht auch einige Bände.

Dass man die Reiserechnungen aus der Portokassa, aus der Handkassa für den Geschäftsführer bezahlt hat, das ist natürlich eine ganz besondere Voraussetzung, um in irgendeiner Form dann nicht nachträglich zu sagen, ich gehe damit quasi vor die Finanz, ich erstatte Selbstanzeige, und werde, wie Sie gesagt haben, regressieren.

Die Situation gilt ja auch für andere Bereiche, wo man sich wahrlich Gedanken machen muss, entsprechend nicht nur eine Anzeige, sondern auch entsprechend auch Rückzahlung einzufordern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Aspekt, der jetzt von allen Vorrednern, auch vom akademisierten Rechnungsprüfer nicht genannt wurde, Herr Géza Molnár, Ihre, nur als Verweis noch eines, Ihre gesamte zynische Darstellung auf diesen Rechnungshofbericht habe ich sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Aber sie war nicht angebracht, weil Sie die parteipolitische Seite, die rechte Seite als quasi Mitverursacher qualifiziert haben. Nur auf Ihren Regierungspartner haben Sie verwiesen, der war nicht dabei. Also das sollte man dann zynischerweise auch ansprechen, dass es zwei Verantwortungsträger gegeben hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Auf einem Auge blind.)*

Aber im Prinzip auf die Situation, die wahrlich ins Auge springt, weil sie nicht nur die LSZ kennzeichnet, sondern auch den sogenannten Rechnungsabschluss, beziehungsweise die Budgeterstellung des Landes Burgenland.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen den Bericht Zeile für Zeile gelesen haben? Es gibt ja den absoluten und für mich eigentlich den gravierenden Hinweis seitens des Rechnungshofes, dass es Buchungen von 2016 geleistet erst im Jahr 2017 gegeben hat.

Im Zusammenhang mit dieser Buchungsübertragung oder mit dieser Leistungsverschiebung von einem Jahr auf das andere, wo sie tatsächlich schon

absolviert und auch konsumiert worden ist, stellt der Rechnungshof dann in einem ganz kurzen Wortgefüge fest, er macht sich damit eigentlich auch Sorgen um den Rechnungsabschluss des Landes Burgenland. Es handelt sich nämlich um die Summe von 660.000 Euro. Und das ist für mich keine Bagatelle.

Das heißt, man hat nicht nur untereinander quasi gewisse Sachen ausgemacht und festgehalten, ohne dass je eine interne Kontrolle bestanden hat, keine Landeskontrolle stattgefunden hat, dass nichts in dem Sinne reguliert war, dass niemand dort Einschau genommen hat und niemand sich darum bemüht hat, diesen gesamten Bereich einfach auf die richtige Spur zu bringen.

Man hat auch andererseits Buchungen erst vorgenommen, die in der Konsumation ein Jahr vorher stattgefunden haben. Und damit ist um 660.000 Euro ein Rechnungsabschluss des Landes quasi verwässert und verwischt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt hier Punkte, die Eines festhalten lassen: Normal ist da nichts abgelaufen! Und daher nochmals, es war notwendig, dass sich dieses Kapitel im Nachweis jetzt ergeben hat, und dass festgehalten wurde, wie das Ganze funktioniert hat.

In einem, glaube ich, stimmen wir gesamt gesehen überein, Herr Kollege Molnár, es soll nicht passieren. Und Ihr hochgelobter neuer Geschäftsführer, dem sollte das auch nicht passieren, dass sich hier im Zusammenhang so etwas noch ergibt. Aber einen Umstand und eine Sache, die im Zusammenhang mit diesem Rechnungshofbericht vielleicht auch Ihnen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, und anderen die Verantwortung in Regierungsfunktionen tragen zu denken geben.

Wir haben im Zusammenhang mit der LSZ hier über diesen Zeitraum von 25 Millionen Euro Kosten zu sprechen. Wir haben im Vorfeld, glaube ich, auf die sogenannte Einrichtung der digitalen Möglichkeiten von zirka zehn Millionen Euro oder mehr noch zu sprechen.

Tatsache ist, dass die LSZ in ihrer Notwendigkeit wahrscheinlich niemand bestreitet. Es sind Nachweise geführt worden, wie viele Telefonate, wie viele Rettungseinsätze koordiniert werden. Es gibt die einzelnen Gesellschafter, wo jetzt auch nach vielem Druck der Samariterbund mit einem Prozent noch hinzugekommen ist.

Tatsache ist, dass diese Landessicherheitszentrale, mehr oder weniger von einem Tag auf den anderen, im neuen Landhaus unter dem Burgenländischen Rechnungshof positioniert wurde und mit enormen Kosten ausgestattet beziehungsweise umgesetzt werden konnte.

Die Fragestellung, die sich mir jetzt erhebt, ist nach dem Prinzip des Manfred Kölly, setzen wir uns zusammen und reden wir. Ich mache jetzt nur folgenden konstruktiven Vorschlag zur Ideenverwaltung, die natürlich in der Verantwortung der Regierung obliegt.

Wenn ich richtig liege, ist das Landesfeuerwehrkommando eine der sogenannten Backup-Positionen. Eine zweite Backup-Position gibt es in Oberwart unten, nicht im Gemeindeamt des Herrn Bürgermeisters Rosner, sondern in der Rot-Kreuz Niederlassung in dem ehemaligen Gasthaus Drobits, wenn ich das richtig im Kopf habe. *(Abg. Ilse Benkö: Nein Szambor. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Szambor.)*

Szambor, Entschuldigung, Szambor. Tatsache ist, dass ich jetzt Folgendes festhalte, und nur zur Überlegung vielleicht, wenn Sie jetzt im Zusammenhang auf Ihren Wertungsbereich eingehen müssen und das Ganze dirigieren müssen oder sollen.

Tatsache ist, dass wir nie eine Einigung wie in der Wiener Stadt zwischen Polizei und unseren Sicherheitskräften an einem Standort haben werden. Das wird nicht stattfinden, das wird es nicht geben. Auch mit dem Innenminister Kickl wird das nicht funktionieren, weil es ganz getrennte Bereiche… *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.)*

Nein, aber es gibt keine getrennten Bereiche. Dass zusammengearbeitet wird ist ja positiv, das ist ja gar nicht von der Hand zu weisen, es ist ja die Voraussetzung, dass das überhaupt geht für die Koordination aller sogenannten Anlassfälle. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Tatsache ist aber, Herr Kollege Schnecker, Tatsache ist, die Landesfeuerwehrzentrale ist ein Sanierungsfall im Sinne von baulichen Maßnahmen. Ist das korrekt?

Wenn ich richtig bin, Herr Kollege Schnecker, ist auch das Rote Kreuz mit ihrem ausgelagerten Backup Standort in Oberwart so eingeschränkt, dass solange die Sicherheitszentrale dort drinnen quasi dieses Backup fährt, dass dieses Objekt damit nicht verkauft werden kann, was schon lange die Absicht des Roten Kreuzes ist.

Tatsache ist, dass die Situation des Roten Kreuzes durch den Verkauf finanziell um etliches besser gestellt wäre, dass alles, was wir vorher diskutiert haben auch so in den Gemeinden, bei der sogenannten Landschaftsschutzabgabe mit 50:50 den Anteil des Landes und der Gemeinden auf den sogenannten Rot Kreuz Schilling reduzieren würde, weil die Eigenmittel ganz andere da wären. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist nicht richtig.)*

Tatsache ist, - ich mache nur ein Gedankenspiel, wenn ich die Landesfeuerwehrzentrale, und das sind enorme Geldmittel die Sie einsetzen werden müssen, dann ist die Fragestellung berechtigt.

Hier habe ich im Landhaus ausgelagerte Einrichtungen, Abteilungen, die sich im Technologiezentrum befinden. Ich will jetzt nicht darüber reden wofür wir das Technologiezentrum gebaut haben, sicher nicht für ausgegliederte Gesellschaften der Burgenländischen Landesregierung, damit dort die Bediensteten untergebracht sind.

Aber wenn Sie jetzt schon investieren müssen in die Landesfeuerwehrzentrale, wäre es vielleicht angebracht darüber nachzudenken, ob Sie es realisieren, ist ein anderer Fall, ich würde es möglicherweise so tun, dass ich das, was ich hier habe, was ich dort habe, in dem Sinne in den Neubau dort integrieren würde.

Weil eines steht auch fest, Herr Kollege Tschürtz, Sie haben die Feuerwehrhäuser als Leuchttürme bezeichnet. Ich glaube, das haben Sie im Zusammenhang mit dem Blackout Geschichten gemeint.

Tatsache ist, dass dieses Feuerwehrwesen im Grunde genommen genauso wie vieles andere, von wem bezahlt wird? - Vom Land Burgenland, von den Steuerzahlerinnen und den Steuerzahlern.

Deswegen wäre es mehr als angebracht im Zusammenhang mit so einem Nachweis Möglichkeiten zu schaffen etwas zu koordinieren, etwas umzusetzen. Und ich lege nicht jetzt die Verantwortung quasi auf Sie auf, dass Sie das auch realisieren müssen, aber Sie könnten es ja diskutieren, und im Zusammenhang vielleicht die wirklich beste Lösung setzen.

Eines steht fest, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem Rechnungshofbericht ist der Nachweis geliefert worden, dass Vieles nicht nur im

Argen liegt, dass viele Aufgaben auf die neue Verantwortungsseite innerhalb dieser Landessicherheitszentrale erwachsen.

Und in der Hoffnung, dass der Burgenländische Landtag mit dieser Zurverfügungstellung des Rechnungshofberichts, mit dem Aufzeigen, nicht darauf, ob jetzt irgendein Freiheitlicher dort untergekommen ist oder nicht, das ist ja auch erst jetzt passiert, sondern im Aufzeigen der Fehlerquellen, für diejenigen die sie gemacht haben und in der Verantwortung stehen, auf die Zukunft bezogen, solche Fehler nicht nur vermieden werden, sondern im Sinne der Steuerzahlers und der Steuerzahlerin nicht mehr gemacht werden.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Schade, dass jetzt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter nicht im Saal ist. Aber ich habe mir jetzt alle Reden genau angehört und ich habe bei zwei Reden heute emotionale Beiträge vernommen und vor allem polemische.

Manfred Kölly, ich muss Dir das sagen, das war ein bisschen polemisch. Und vom Klubobmann der Freiheitlichen hätte ich mir auch erwartet, dass man das vielleicht politisch korrekter abhandelt. Das hat nämlich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter gemacht und das muss man wirklich auch betonen, es gab Zuständigkeiten.

Ich war natürlich in der Landesregierung. Aber es gibt eine Geschäftsordnung und es gab damals eine klare Zuständigkeit für gewisse Bereiche. Ich war zuständig für das burgenländische Feuerwehrwesen als Feuerwehrreferent und für die Landeswarnzentrale. Damals betrieben mit eineinhalb Mann oder Frau.

Die Zuständigkeit für ausgelagerte Stellen war ganz klar, die war beim Landeshauptmann. Und, *(Zwiegespräche bei der SPÖ und ÖVP)* nein, das muss man wirklich sagen, natürlich war ich mit ihm auf Beschluss der Landesregierung einmal im Jahr bei einer Generalversammlung dabei, oder vielleicht war es zweimal im Jahr. Aber einmal im Jahr auf jeden Fall.

Dort werden natürlich in einer Generalversammlung grundsätzliche Dinge abgehandelt. Da geht es gar nicht darum, dass man über Überstunden spricht. Es geht auch gar nicht darum, dass man über Lohnverrechnung oder über andere Dinge, wie das Finanzamt, spricht, dazu hat man in einer GmbH einen Geschäftsführer, der das abhandelt. Das muss man wirklich sagen. Ich bin dem Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz, das sage ich jetzt da, das erste Mal vielleicht, dankbar, dass er das korrekt gesagt hat. Nämlich, es gibt eine Verantwortung und die ist beim Landeshauptmann gewesen.

Der Landeshauptmann ist auch der Personalreferent, weil die Personalunion angesprochen wurde, und das Budget wird vom Landtag bereitgestellt, und es gibt einen Finanzreferenten. Ich möchte jetzt einiges schon dazu sagen und klarstellen: Nämlich die ersten Konzepte zur Landessicherheitszentrale gab es bereits im Jahr 2004. Ich kann mich erinnern, wir sind mit einer Gruppe sogar bis nach Vorarlberg gefahren. Der Landeshauptmann und ich waren dabei und haben uns diese Landessicherheitszentrale in Vorarlberg angesehen.

Man muss sich das so vorstellen, es hat ja im Burgenland außer den Blaulichtorganisationen keine zentrale Einheit gegeben, Erstens. Zweitens, es gab in der Folge eine Diskussion über die Digitalisierung insgesamt, da haben wir mit der Digitalisierung begonnen. Das gesamte Feuerwehrwesen war ausgestattet mit einem analogen System. Ob das das Sirenensystem ist oder das Funksystem. Ja. Wir hatten natürlich hier ein Funksystem, das haben wir ausprobiert, aber das war eine Insellösung.

Jetzt muss ich noch etwas sagen. Ich habe mit dem Herrn Böcskör des Öfteren gestritten, mit dem damaligen Geschäftsführer, weil er der Meinung war, wir sollten bei diesem Funksystem, bei diesem Tetra-Funksystem bleiben. Ich habe gesagt, nein, das ist keine Lösung. Das ist eine burgenländische Lösung, eine Insellösung.

Wir brauchen dieses BOS-System, *(Abg. Ewald Schnecker: Genau.)* wo wir mit anderen Einsatzorganisationen im Einsatz auch sprechen können, wo wir auch mit anderen Bundesländern sprechen können, wenn es einen Einsatz gibt, mit der Steiermark, mit Niederösterreich.

Sogar Ungarn hat dieses System. Und 19, was ich weiß, 19 Staaten in Europa haben bereits dieses System. Das war eine große Diskussion und die hat stattgefunden, und der Böcskör hat immer geglaubt, nein, man muss diese Insellösung fortführen. Es hat einen Briefwechsel gegeben. Ich kann Ihnen das alles zeigen.

Die erste Konzeption hat es gegeben im Jahr 2008. Da hat man dann genau gewusst wie man konstruiert, mit einer GmbH, mit einem beratenden Beirat. Wo dabei war, nicht nur Feuerwehr und Rotes Kreuz, sondern auch Gemeindebund, Gemeindevertreterverband und Städtebund und so weiter und so fort.

Dann gab es die ersten Kostenschätzungen. Glauben Sie, dass jemand gewusst hat, was eine Landessicherheitszentrale alles dann genau machen muss? Das ist ja im Laufe der Zeit dazugekommen.

Dann hat es auf einmal geheißen, na ja, es müssen ja auch die Katastrophenschutzpläne digitalisiert werden. Die hat es ja in Buchform gegeben. Als ich in die Regierung gekommen bin, hat mir noch der Bezirkshauptmann, der ehemalige von Mattersburg, freudenstrahlend den Bezirkskatastrophenschutzplan in Buchform gereicht.

Das war obsolet in den letzten Jahren. Weil man gesagt hat, das geht nicht. Wir müssen Daten zusammentragen, digitalisieren. All das hat ja stattgefunden. Ich kann mich erinnern, 2008 hat es in der Regierung eine riesen Auseinandersetzung gegeben. Diejenigen, die dabei waren, werden sich erinnern können. Die Budgets sind damals gegen uns beschlossen worden. Wir haben in der Regierung eine Streiterei gehabt.

Unsere Budgets sind auf null gestellt worden. Damals sind die Kosten für digitalisierte Katastrophenschutzdaten und für Funksirenensteuerungsanlagen von mir weg gekommen. Ich habe null Budget gehabt und das Ganze ist dann als Betriebszuschuss an die Landessicherheitszentrale gegangen. Das mache ich aber jetzt nicht als Vorwurf.

Ich sage nur wie es war. Es gab dann letztendlich auch mit dem Bund immer wieder Diskussionen. Wie soll diese Landessicherheitszentrale ausgerichtet sein? Glauben Sie, dass da irgendjemand gesagt hat, das ist das Konzept und so werden wir das machen? Nein. Es gab die Überlegung, eine Landessicherheitszentrale alleine nur für die Blaulichtorganisationen im Burgenland mit der Landesverwaltung zu machen.

Dann gab es eine Möglichkeit eine Landessicherheitszentrale mit einer integrierten, damit auch der Bund hier ihre Daten oder seine Daten einbringen kann und wir machen

eine komplette, räumlich komplette Sicherheitszentrale Polizei und hier die Blaulichtorganisationen mit dem Land. Das wurde dann wieder verworfen, weil man gesagt hat, naja da sind Geheimdaten dabei, die dürfen wir nicht preisgeben.

Letztendlich ging dann das in die Richtung einer virtuellen integrierten Landessicherheitszentrale. Das bedeutet, auf Bundesebene bleibt die, auf Landesebene bleibt die, aber es werden über Intranet Daten zusammengeführt. So war eigentlich die Diskussion. Da waren sehr viele Dinge die abgestimmt werden mussten. Ich sage Ihnen nur einige Beispiele, die ich aufzählen möchte.

Man hat einmal das Rote Kreuz überzeugen müssen. Glaubt mir, das war nicht so einfach. Man hat das Feuerwehrwesen überzeugen müssen, dass die auf einmal ihre Stelle aufgeben und dass es eine Landessicherheitszentrale gibt und warum dann in Eisenstadt eine Rückfallsebene und in Oberwart eine Rückfallsebene geschaffen wurde. Das hat einen Grund.

Der Grund ist nämlich ganz einfach: Wenn ein großer Unfall passiert, der Gott sei Dank noch nicht passiert ist, aber nehmen wir an, es ist wirklich ein großer Unfall, eine große Katastrophe, dann sind die in der Landessicherheitszentrale mit der Bewältigung dieser Katastrophe zu 100 Prozent beschäftigt. Dann passieren aber tagtäglich andere kleine Katastrophen und Unfälle.

Die müssen auch abgearbeitet werden und dafür gab es die eine Rückfallsebene. Und die zweite, das sage ich auch dazu, ist, wenn irgendetwas mit der Landessicherheitszentrale passiert wäre. Dann muss es auch eine Möglichkeit geben, dass das weiterhin funktioniert. Daher wurden im Landesfeuerwehrkommando und in Oberwart beim SAMO diese Rückfallsebenen geschaffen, zur Sicherheit. Natürlich sagt man jetzt, so wie bei einer Versicherung, für was haben wir das alles abgeschlossen?

Gebraucht haben wir es eh nicht. Hat eh nur Geld gekostet. Wäre aber einmal wirklich etwas passiert, hätte ein jeder von Ihnen gesagt, wo ist die politische Verantwortung? *(Abg. Manfred Kölly: Das steht ja nicht im Rechnungshofbericht!)* Warum haben Sie nicht geschaut, dass hier eine Rückfallsebene geschaffen wird? Das möchte ich einmal nur dazu sagen. Dann weiters - lassen Sie mir das noch ausführen. Das war nicht einfach. Das digitale Funknetz im Burgenland ausbauen.

Damit war die Landessicherheitszentrale beschäftigt. Wir haben 24 Einheiten, Basisstationen, gehabt. Dann wurde ausgerechnet wir brauchen 60 Basisstationen. Niemand hat dann gewusst, wie viele von den 24 Basisstationen wir benützen können. Das hat alles natürlich auch dementsprechend Geld gekostet. Die Umstellung vom Feuerwehrfunk auf Digital, 1.455 Handfunkgeräte, 809 Mobilfunkgeräte, 92 Fixstationen.

Die Sirenensteuerungen in allen Feuerwehrhäusern mussten digitalisiert werden. Das war nicht einfach. Das ist auch über die Landessicherheitszentrale gelaufen. Die Sturmwarnung am Neusiedler See, die Auskunftspflicht über Ärzte und Apothekenbereitschaft und so weiter und so fort. Ich möchte damit nur sagen, ich möchte niemanden entlasten.

Aber ich möchte damit nur sagen, es kam damals sehr viel zusammen und jeder Rechnungshofbericht - der Direktor wird mir das bestätigen, das habe ich schon einmal dem Landtag gesagt – ist ein pathologischer Befund. Er ist immer im Nachhinein, klar, immer im Nachhinein und zeigt auf, welche Schwächen es gegeben hat. Wo Menschen sind, da menschelt es auch. Das möchte ich auch schon so sagen. Aber eines möchte ich auch deutlich sagen.

Die Dinge, die passiert sind, mit Überstunden, die Dinge, die passiert sind mit dem Dienstauto und mit dem, bitte das ist eindeutig, aber eindeutig zuordenbar der Geschäftsführung einer GesmbH., ich glaube da sind wir uns einig. Das hat Gott sei Dank - Herr Abgeordneter Molnár - Ihr Chef, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, klar gestellt. Es gibt eine politische Zuständigkeit, die ist beim Landeshauptmann Nießl.

Es gibt eine Zuständigkeit der Geschäftsführung, die ist auch klar. Eines möchte ich noch dazu sagen, das ist mir ein bisschen unklar, denn ich war bei den Generalversammlungen dabei und ich habe mir das immer genau angeschaut. Bei jedem Budget, das möchte ich schon festhalten, bei jedem Budget war ein Wirtschaftsprüfer dabei. Ich kann Ihnen sagen wer dabei war.

Die haben sich immer dieses Budget auch angesehen und haben dann dementsprechend - da gibt es Protokolle, die kann man sich anschauen - haben dementsprechend dann auch eine Entlastung festgestellt. Für mich unerklärlich, wenn dann so etwas passiert. Also, das was da steht, dass Wirtschaftsprüfer nie integriert waren, stimmt nicht.

Denn ich weiß, dass - und ich könnte Ihnen Namen sagen wer dabei war - dass bei jedem Budget auch Wirtschaftsprüfer dabei waren, die sich das Budget ganz genau angesehen haben. So viel zur Richtigkeit. Mir geht es nicht darum, dass ich politisches Kleingeld wie andere schlage. Das tue ich nicht. Ich stehe auch zu einer gewissen Verantwortung.

Wenn sie meine Verantwortung ist, dann sage ich das auch. Daher muss man das auch deutlich sagen, eine politische Verantwortung. Es gibt auch eine Verantwortung der Geschäftsführung. Ich bin froh, dass das heute auch so vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter gesehen wurde. Denn das war mir wichtig, dass nicht nur polemisch das abgehandelt wird, sondern dass in der Sache argumentiert wird und dass Verbesserungen auch durchgeführt werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuallererst, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat einen Arzttermin, lässt sich aus diesen Gründen entschuldigen. Vielleicht ganz kurz zu meiner Wortmeldung. Die LSZ ist natürlich eine Sicherheitseinrichtung, ist aber auch eine Tochter der Burgenländischen Landesholding.

Dort habe ich als Aufsichtsrat natürlich Organfunktion und möchte in dieser Funktion den einen oder anderen Satz an Sie wenden, beziehungsweise bestimmte Dinge aus einer Sicht beleuchten, die aus meiner Überzeugung heraus vielleicht einmal doch relevant werden könnte. Zum Rechnungsbericht selbst: Der spricht, glaube ich, Bände. Da sind wir uns ohnehin einig was die Verantwortung betrifft, insbesondere des Geschäftsführers. Mag. Steindl hat gerade sehr viel ausgeführt, was zu unterschreiben ist.

Auch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat sich ja dahingehend geäußert und ich stehe da, um verbindlichsten Dank aus der Sicht der Landesholding an den Landeshauptmann-Stellvertreter für die Anforderung dieses Berichts auszusprechen, aber auch natürlich an den Rechnungshof für die gewohnt professionelle Aufarbeitung und Abhandlung desselben.

Die Feststellungen, vielleicht mannigfaltig salopp verkürzt: Es handelt sich um einen Freibrief für den Geschäftsführer, wie es Mag. Steindl gesagt hat, für den Abschluss von Geschäften aller Art und ohne betragsmäßige Grenzen. Das ist schon einmal mit Vorsicht zu genießen. Es handelt sich, wiederum salopp gesagt, um eine Willkür, da hat der Abgeordnete Steier einiges dazu gesagt. Willkür bei der Anrechnung von Vordienstzeiten, von Zeitabrechnungen, Sozialleistungen, der Handhabung von Kreditkarten, Zulagensystemen und so weiter und so fort.

Es gibt alle möglichen Abgaben und finanzstrafrechtlich relevante Sachverhalte. Das ist jener Punkt, der mich oder der mir bei einer Gesellschaft oder bei der Beteiligung der Öffentlichen Hand natürlich besonders sauer aufstößt, insbesondere, ich glaube, ich darf meinen Zivilberuf ja als bekannt voraussetzen.

Also das sollte tatsächlich nicht vorkommen. Wenn ich auf diesen Punkt noch einmal gesondert eingehen darf. Wegen nicht einbehaltener und nicht versteuerter Sachbezüge im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen wurde bereits eine Selbstanzeige eingebracht. Ich teile den Rechtsstandpunkt von Mag. Wolf der nur teilweise gemeint hat, dass das eine Pflicht ist, sie wirkt vielleicht strafmindernd oder sogar strafbefreiend, aber auf jeden Fall war es natürlich hoch an der Zeit beziehungsweise ist es ein Problem, dass das überhaupt einmal auftritt.

Darauf aufbauend stellt sich natürlich die Frage, ob zum Beispiel Reisekosten (Fahrtenbücher fehlen), ob der Sozialaufwand, ob Kreditkarten (gab es da Privatentnahmen) und so weiter, richtig abgerechnet und versteuert wurden. Ob eventuell noch die betreffenden Personen Pendlerpauschalen beantragt haben, und so weiter und so fort, bis hin zu einem Verstoß gegen die Lohnkontenverordnung des BMF, was meines Erachtens eine Finanzordnungswidrigkeit feststellt, die ja sowieso gesondert behandelt werden muss.

Dass hier Vorschriften des UGB nicht eingehalten wurden, dass zum Beispiel keine Personalrückstellungen festgemacht wurden, was natürlich die Aussagekraft des Jahresabschlusses per se in Frage stellt und vieles mehr, das sei nur am Rande erwähnt. Aber jetzt kommen wir zu den zwei Punkten, die mich besonders stören und die natürlich jetzt nicht im Fokus des Rechnungshofes liegen, der ja keine abgabenrechtliche Prüfung macht. Das eine, da war der Abgeordnete Schnecker am richtigen Weg.

Der Rechnungshof hält fest, dass es zu einer Entsorgung von Eingangsrechnungen, das steht im Bericht drinnen, von Lieferscheinen, so ist die Rede, dass es hier zu einer Entsorgung kam, obwohl, wie der Abgeordnete Schnecker richtig gesagt hat, jeder sorgfältige Kaufmann, Geschäftsführer, wissen musste, dass es hier Aufbewahrungsfristen gibt.

Die LSZ ist eine vorsteuerabzugsberechtigte Gesellschaft und hat davon natürlich auch Gebrauch gemacht. Wenn jetzt die Finanzverwaltung kommt und die LSZ prüft und die haben die Lieferscheine, die Eingangsrechnungen entsorgt, weggeschmissen, verbrannt, was auch immer, können sie auf jeden Fall nicht vorweisen, führt das zur verpflichtenden Rückzahlung der in Anspruch genommenen Vorsteuern. Das ist jetzt natürlich nur eine überschlagsmäßige Rechnung.

Wie gesagt, der Rechnungshof hat nicht nach Abgaberecht geprüft. Aber auf Seite 72 werden die erhaltenen Zuschüsse mit ungefähr 24 Millionen Euro beziffert. Davon abzuziehen ist ein nicht umsatzsteuerpflichtiger Personalaufwand, das sind sechs Jahre, á rund eineinhalb Millionen Euro, sind neun Millionen Euro. 24 minus 9 macht 15.

Wenn man jetzt von diesen 15 Millionen Euro, da sind Investitionen dabei, Mag. Steindl hat einiges ausgeführt, auch laufender Aufwand, laufende Betriebsaufwendungen und so weiter, wenn man das also mit einem 20prozentigen Umsatzsteuertarif bemisst, also diese 15 Millionen dividiert durch 120 mal 20, sprich den Steueranteil ausrechnet, kommt man auf zweieinhalb Millionen Euro allein in diesen sechs Jahren, möglicherweise zu Unrecht bezogener Vorsteuer, die an das Finanzamt zurück zu überweisen wäre.

Ich weiß nicht was der Geschäftsführer, jetzt ist er wieder da, dazu sagt, das sind nur sechs Jahre. Die absolute Verjährungsfrist ist um einiges länger, als diese Liquiditätsbelastung, ist natürlich ein starkes Stück. Ich finde das ehrlich gesagt einen Skandal. Ich weiß nicht ob da jemand drauf kommt oder nicht.

Ich hoffe natürlich für den Geschäftsführer, für die LSZ aber auch für die Landesholding nicht, aber ich möchte nur einmal auch im Sinne der Organverantwortlichkeit sagen, was hier möglicherweise noch drohen könnte.

Einen zweiten Punkt gibt es da auch noch. Im Text Ziffer 29, ich nenne es einmal eine willkürliche Verminderung von Umsatzerlösen die der Rechnungshof festgestellt hat. Das heißt, durch Nichtvalorisierung, durch Nichteintreibung von vertraglich oder gesetzlich möglichen Erlösmöglichkeiten, wurde ein Schaden in Kauf genommen einmal von 520.000 Euro, einmal von 195.000 Euro, wahrscheinlich wenn man es abgabenrechtlich prüft, kommt man auch noch auf andere Sachverhalte drauf.

Ein Nichteinheben von möglichen Erlösen ist praktisch hier eine Bereicherung Dritter. Ich wende ja einen wirtschaftlichen Vorteil einem Dritten zu, insbesondere wenn das verbundene Körperschaften sind. Im Steuerrecht spricht man da von einer verdeckten Gewinnausschüttung, die natürlich mit einer Kapitalertragsteuer zu belasten wäre. Das ist nicht geschehen.

Aber unabhängig davon wäre grundsätzlich bei einer Gesellschaft, die so etwas tut, zu hinterfragen, ob die wirklich den Anforderungen der Gemeinnützigkeit nach § 35 Bundesabgabenordnung überhaupt genügt. Ob die überhaupt gemeinnützig ist, weil die Zuwendung von Geld zu einzelnen Beteiligten oder zu einzelnen Dritten ist sicherlich nicht der Allgemeinheit dienlich, was ja, verkürzt gesagt, die Definition von Gemeinnützigkeit ist.

Ich glaube dem Geschäftsführer wird es schon ganz anders oben, das hat natürlich liquiditätsmäßig, steuerrechtlich und auch für die Vergangenheit natürlich alle möglichen unangenehmen Folgen. Bevor ich da irgendwo noch auf übertrieben detaillierte Ideen komme, höre ich an dieser Stelle auf.

Ich glaube, es gebührt noch einmal Dank an den Landeshauptmann-Stellvertreter, danke an den Rechnungshof, danke an alle die involviert waren, das aufzuklären und dem neuen Geschäftsführer wirklich viel Glück und einen guten Magen. Ich bin überzeugt, Du wirst ihn brauchen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegt nun keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „Landessicherheitszentrale Burgenland GmbH“ wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1279) betreffend Verkauf der Therme Stegersbach (Zahl 21 – 904) (Beilage 1299)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zur Behandlung des 7. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Beilage 1279, betreffend Verkauf der Therme Stegersbach, Zahl 21 - 904, Beilage 1299.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter Spitzmüller um Ihren Bericht.

Berichterstatter Wolfgang Spitzmüller: Danke Herr Präsident. Uns liegt der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfbericht Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1279) betreffend Verkauf der Therme Stegersbach (Zahl 21 - 904) (Beilage 1299) vor. Ich bitte um Einstieg in die Debatte und zur Durchführung der Abstimmung. Danke.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einem Wirtschaftsbericht, nach einem Rechnungshofbericht, nochmals ein Rechnungshofbericht, der aber ganz anders ausgefallen ist, so dünn gegenüber dem anderen, den wir vorher gehabt haben mit der Sicherheitszentrale.

Berechtigt lange diskutiert, berechtigt auch gewisse Aussagen natürlich zu hinterfragen sind. Das muss man auch klar sagen. Herr Kollege Steindl, er ist jetzt nicht da, ein bisschen wehleidig ist er schon, aber er war in einer Verantwortung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Er hat vom Landtag die Rechte bekommen über solche Dinge in der Regierung mitzubestimmen und mit das umzusetzen. Da darf ich nicht wehleidig sein.

Was glauben Sie, werte Kolleginnen und Kollegen! In einer Gemeinde, wo es oft nicht so rennt wie man es sich vorgestellt hat, bekommt man auch von den Bürgern dementsprechende Antworten. Wenn er das als polemisch meint gegenüber dem Klubdirektor oder dem Klubobmann Molnár und meiner Wenigkeit, dass man polemisch natürlich auch ein bisschen sein darf in so einem Zustand, wo so viel danebengegangen ist.

Aber mich wundert nur eines in dieser Situation, dass er im Rechnungshofbericht nur auf zwei Zeilen eingegangen ist. Sonst hat er erzählt was alles gefehlt hat und wie schwierig alles war. Na, ist alles nicht einfach. Na selbstverständlich, das wissen wir ja eh. Daher sind wir auch in der Politik und bekommen auch dementsprechend eine gute Honorarnote, sagen wir einmal so in diese Richtung. Wir wollen es ja so haben. Aber eines ist mir aufgefallen.

Der Kollege Schnecker ist nicht da. Der hat ja klipp und klar schon ausgesagt, was wir als Opposition nie in Erfahrung bringen können. Oder was wir nie hören dürfen, was die Regierung jetzt schon umgesetzt hat. Ich werde mich demnächst an den Herrn

Schnecker wenden, der eigentlich alles schon weiß, was die Regierung alles umgesetzt hat bei dieser Sicherheitszentrale, was da schon alles zu 100 Prozent, zu 75 Prozent und so weiter.

Jetzt hätte ich gerne gewusst, von wo nimmt er das her? Warum bekommen wir das nicht zugestellt, beziehungsweise zur Kenntnis gebracht? Das ist meine Frage. Aber kommen wir jetzt zum Landes-Rechnungshof über den Prüfungsbericht Follow-Up-Prüfung. Ja, wie gesagt, schmaler Bericht. Danke aber trotzdem.

Es ist ja inzwischen wirklich etwas geschehen in dieser Sache. Nur man sollte einmal auf den Grund gehen. Therme Stegersbach ist ja schon seit ich im Landtag bin ein Thema gewesen. Da war noch der Herr Landesrat für Wirtschaft zuständig, Herr Kaplan.

Damals zuständig. Da hat es ja die wildesten Diskussionen gegeben. Er hat sich vom Südburgenland heraufbewegt und hat gesagt, endlich haben wir eine Therme, endlich haben wir eine Möglichkeit. Das Südburgenland wird ja doch nicht vergessen und dergleichen mehr. Wenn Ihr Euch noch erinnern könnt, das war eine Rogner-Geschichte. Der hat ja gleichzeitig Stegersbach gebaut mir Blumau und dann ist man dagestanden, hat Bauschäden gehabt und dergleichen mehr. Ich will das nur in Erinnerung rufen für die, die damals nicht im Hohen Landtag gesessen sind oder nicht in der Politik waren.

Aber ich denke, dass sich jetzt Gott sei Dank der Verkauf der Therme zum Positiven entwickelt. Verkauf ist gut gesagt. Die hergeschenkte Therme mit einem Schilling, wenn Ihr Euch erinnern könnt. Weil der Sanierungsfall ganz groß war. Heute reden wir nicht über den Verkauf der Therme, sondern über andere Grundstücke, die auch sehr interessant sind, die man dort aufgebaut hat als Golfplätze und dergleichen mehr.

Da gibt es einige Dinge, die man auch hinterfragen sollte. Das hat schon der Rechnungshof getan. Aber vielleicht doch noch einmal diskutieren sollte.

Der Landes-Rechnungshof prüft den Zusammenhang mit der Therme Stegersbach und dem Verkauf von nichtgolfnotwendigen Grundstücken. Das heißt eh schon alles. Von nichtgolfnotwendigen Grundstücken für die außerordentliche Tilgung des Darlehens, welches in der Höhe von 5,5 Millionen Euro von der WiBAG aufgenommen wurde. Das Land hat zuvor einen entsprechenden Investitionszuschuss an die Therme Stegersbach bewilligt.

Klar, das Land hat sich wieder dementsprechend hinausgelehnt, aber ist einmal so. Die WiBAG ging dabei von einem Verkaufserlös von rund zwei Millionen Euro aus. Tatsächlich lag der Verkaufspreis bei rund 114.000 Euro. Da ist ja so eine Kluft drinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wie kann das entstehen? Privatwirtschaftlich nachgedacht, na gut. Versuchen wir es halt mit der Bilanz irgendetwas zu inszenieren. War es eine Verbesserung von Bilanzen durch Überbewertungen?

Der Fall der Therme Stegersbach zeigt sehr klar auf, dass im Burgenland die Bilanzen von Gesellschaften, die mehrheitlich im Eigentum und/oder Einflussbereich der öffentlichen Hand stehen, irgendwo zu hinterfragen sind.

Dass nicht nur die Therme, nicht nur diese Golfgrundstücke, sondern andere Dinge auch, die wir heute schon gehört haben. Was sich alles da aufgetan hat. Damals WiBAG, heute WiBuG und dergleichen mehr. Wie kann es sein, dass die WiBAG den Verkaufswert der in Frage stehenden Grundstücke derart überhöht angesetzt hat? Gerade die Experten der WiBAG müssten doch am besten wissen, was Grundstücke im Burgenland wert sind.

Jetzt komme ich wieder auf die Sicherheitszentrale zurück. Man setzt Geschäftsführer ein, damals im Doppelpack, meine sehr geehrten Damen und Herren, von rot und schwarz, die Schwarzen sind alle gar nicht mehr da. Das heißt, man hat einen roten und einen schwarzen Geschäftsführer in der WiBAG eingesetzt gehabt. Da nehme ich doch an, dass dies Fachleute sind, die sich mit solchen Dingen eigentlich auseinandersetzen und auch eine gewisse Ahnung haben von diesen Sachen.

Oder es ist bewusst so gemacht worden? Stellt sich für mich die Frage. Ich lasse das einmal im Raum stehen. Aber jetzt bin ich schon froh, dass die FPÖ in der Regierung ist, dass man auch solche Dinge transparenter macht oder auch nur mit einem Geschäftsführer besetzt.

Weil es eh zwei sind und da ist auch nichts geschehen in der Richtung, im Gegenteil, man hat eigentlich nur Steuergeld verschwendet, weil man zwei zahlen hat müssen und die wahrscheinlich gar nicht so schlecht verdient haben. Was wir heute gehört haben, dass der Herr Sicherheitsgeschäftsführer von der Sicherheitszentrale weit, weit weniger bekommt, als ein Geschäftsführer in manch ausgelagerten Gesellschaften.

Auch diese Aussage hätte ich gerne einmal hinterfragt. Da bin ich ja wirklich stolz, dass die FPÖ noch einmal wiederholt in der Regierung ist, dass wir diese Antworten bekommen. Dass wir auch als Opposition endlich einmal wissen, was dort passiert. Wer bekommt was und wie lange sind die Verträge? Da bin ich d‘accord mit der FPÖ, dass man das auch wie in der Vergangenheit als Oppositionspartei dementsprechend transparent machen soll.

Man sollte sich die Frage stellen, den Zusammenhang in politischen Situationen. Wie ist das tatsächlich abgelaufen, dass das passiert ist? Warum waren die Werte der Grundstücke so hoch angesetzt? War das Ziel dahinter über eine Überbewertung die Bilanz des Unternehmens auszugleichen? Wenn das in allen Unternehmen in den ausgelagerten so läuft, no, da bin jetzt demnächst in Zukunft aber neugierig, wenn das transparenter wird und offener wird, wie versprochen, dass wir das am Tisch bekommen als Opposition.

Ich denke das wäre sehr wichtig, weil man ja nichts verstecken braucht. Es ist für mich überhaupt die große Frage bei diesen ausgelagerten Gesellschaften, wenn man jetzt die ganze Situation unter eine Glocke stülpt, wie sieht das tatsächlich aus? Haben wir jetzt die Möglichkeit wirklich Einsicht zu nehmen als Kontrollfunktion und nicht erst dann wenn der Rechnungshof wirklich explizit das Ganze auflistet, aber erst nach drei, vier, fünf Jahren?

Da, glaube ich, sollte man im Endeffekt schauen, dass man das vielleicht doch mit der Regierung schafft, dass man da ein bisschen eine Einsichtmöglichkeit bekommt.

Die andere Frage stellt sich auch für mich, Personalkosten. Was ist dort eigentlich geschehen? Wie schauen die Personalkosten überall in den ausgelagerten Gesellschaften aus? Was verdienen die tatsächlich? Wie schauen die Verträge aus? Wenn ich mir anschaue, Entschuldigung, Herr Landesrat vom Tourismus, man hat ihn heimgeschickt, als Weißer Elefant rennt der herum, jetzt sage ich einmal, den Tourismusdirektor, den früheren, den Baier, man weiß nicht, was hat der für einen Vertrag gehabt? Wie schaut das tatsächlich aus? Was bekommt der ständig noch für Gelder vom Land?

Darf man das wissen oder nicht? Bekommt er gar nichts? Wissen wir nicht, oder? Hat er einen Vertrag gehabt? *(Landesrat MMag. Alexander Petschnig: Ein bisschen eine Abfertigung!)* Ein bisschen Abfertigung. Egal. Warum darf man das nicht wissen? Das sind

so Dinge, die mich schon ein bisschen stutzig machen, aber die Opposition auch sehr neugierig ist, wie das rennt. Wenn das alles transparent ist, alles klar ist, haben wir ja kein Problem damit.

Dann hat der das bekommen, man hat sich halt einen Besseren gesucht und der Fall ist erledigt. Aber das sollten wir schon wissen. Ich glaube, es ist ja auch die Aufgabe der FPÖ in der Regierung das aufzuzeigen. Aufzuzeigen, aber auch die letzten Jahre was tatsächlich passiert ist. Wenn halt die ÖVP jetzt immer hergeht und sagt, naja quasi das ist eine Polemik, die jetzt immer daher kommt.

Aber noch einmal. Wenn man Verantwortungsträger ist, wenn man in einer Regierung sitzt, dann hat man auch Verantwortung zu tragen. Das ist ja gar keine Diskussion. Wir vom Hohen Landtag übergeben durch den Voranschlag eigentlich die ganzen 1,1 oder 1,2 Milliarden Euro in die Hände der Regierung. Wir sitzen dann da, jeden Monat eine Sitzung, und dürfen zuhorchen, wenn ein Rechnungshofbericht hervorragend aufgearbeitet ist, nach fünf Jahren wissen wir dann mehr.

Dann erfahre ich vom Herrn Kollegen Schnecker, dass das eh schon jetzt wieder alles umgesetzt ist. Dann fühle ich mich eigentlich irgendwo gefrotzelt oder gar nicht mehr in der Richtung als Abgeordneter, beziehungsweise Vertreter der Bevölkerung, dass man schlussendlich auch denen sagen kann, wie das rennt.

Weil wir werden ja auch draußen gefragt. Wenn ich jetzt frage, Herr Landesrat Petschnig, Du weißt, dass ich ein Verfechter bin Lutzmannsburg auszubauen, dass da etwas geschieht. Aber auch dort sollten wir Transparentheit herrschen lassen. Ich höre vom Kollegen Darabos eine Zahl, ich höre immer wieder irgendeine andere Zahl. Wir werden auch gefragt, ihr sitzt im Landtag, wisst ihr das nicht? Das sind so Dinge, die man schon sehr gerne auch dementsprechend ohne große Emotion oder große Polemik draußen den Leuten sagen würde.

Man muss ja nicht alles schlechtreden, im Gegenteil. Ich finde das gut, aber ich will es auch transportieren. Ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor. Aber schlussendlich sollte ein Rechnungshofbericht wie der, Follow-Up-Prüfung, so sollte eigentlich auch der Nächste ausschauen von der Landessicherheitszentrale. Auf das freue ich mich, dass er nicht dicker ist, sondern dass alles erledigt ist. Dann freue ich mich. Diesen Bericht nehmen wir selbstverständlich gerne zur Kenntnis. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Der dünne Bericht hat nur einen kleinen Nachteil. Es bleibt dem nachfolgenden Sprecher nicht mehr viel über, wenn der Erste schon alles erzählt. Ich habe mir noch kurz die Mühe gemacht, die Differenz des Quadratmeterpreises auszurechnen. Geplant waren 18 Euro pro Quadratmeter, geworden sind es 1,03, beziehungsweise sind natürlich nicht alle Grundstücke zum gleichen Preis verkauft worden. Der Rechnungshofbericht zeigt auf, dass zwischen 0,5 Euro und 15 Euro die Grundstücke verkauft worden sind.

Ich kann mir das nur soweit erklären, dass die WiBuG im Nordburgenland, in Eisenstadt sitzt, und die Grundstücke im Südburgenland verkauft worden sind. Vielleicht ist das die logische Erklärung. Da schauen halt die Grundstückspreise ein bisschen anders aus als im Südburgenland. Anders ist das nicht zu erklären zwischen 113.000 Euro und zwei Millionen Euro.

Dieses Ungleichgewicht ist rätselhaft, aber wurde, Gott sei Dank, durch eine Grundstücksbewertung, die nur leicht unter dem tatsächlichen Verkaufspreis gelegen ist, korrigiert. Somit ist hier ein positiver Follow-Up-Bericht abgegeben, was sehr erfreulich ist und wir hoffen auf weitere. Vielen Dank für die Arbeit bei der Gelegenheit einmal mehr an den Rechnungshof. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächstes erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Vielmehr als der Kollege Spitzmüller habe ich auch nicht zu sagen. Der Prüfungsbericht, den wir jetzt unter Tagesordnungspunkt 7 behandeln, unterscheidet sich ganz maßgeblich von dem, den wir vorhin besprochen haben. Er ist dünn, er ist unspektakulär, er beinhaltet keine Empfehlungen über jene beiden aus dem eigentlichen Bericht aus dem Jahr 2012, die als vollständig umgesetzt bewertet wurden.

Worum es ging haben wir schon gehört. Ich gehe in der Sache nicht mehr näher darauf ein, wobei das mit der finanziellen Bewertung der Grundstücke auch aus heutiger Sicht noch eine recht unglaubliche Sache ist. Ich gehe davon aus, und das ist das Wesentliche, das man aus dem Geschehenen gelernt hat. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Der nächst Redner zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zum gegenständlichen Rechnungshofbericht, ja in dieser Stärke von elf Seiten ist natürlich nicht allzuviel zu sagen, wobei die eine oder andere Bemerkung vielleicht doch zu sagen ist. Was schon vorher angesprochen worden ist, das Thema mit den Grundstücken. 110.000 Quadratmeter mit 113.000 Euro verkauft, in Schätzung von zwei Millionen, wo ich auf einen Quadratmeterpreis von einem Euro komme, Herr Kollege Spitzmüller, ich glaube, das hat mit Nord-Südgefälle eher nichts zu tun, sondern eher mit einem Hausverstand, dass es so gar nicht mehr funktionieren kann, dass ich mit einem Euro eigentlich verkaufe, oder wenn sicher andere Dinge auch dahinter gestanden sind, wobei man schon auch bei diesem Bericht bemerkt, wenn das Land ihre Schulden zum größten Teil getilgt hat, dass aber der Gesamtverlust seit Beginn an, seit 1996, nicht berücksichtigt wurde.

Man muss eigentlich auch die Kirche im Dorf lassen und natürlich sagen, es war wahrscheinlich doch die richtige Entscheidung, dieses Ressort zu verkaufen und ich gebe dem Herrn Kollegen Kölly schon Recht, man sollte schon überprüfen, andere Gesellschaften auch, ob wir nicht dort und da vielleicht auch an eine Veräußerung denken sollten, Lutzmannsburg hast Du selbst angesprochen, kann man sich anschauen, wie läuft das dort, ist das positiv oder negativ? Ist das zum Ausbauen oder auch nicht? Eine Zeitungsente haben wir ja schon mit Lutzmannsburg gehabt, wo ein Verkauf angedacht worden ist und dann wieder kurzfristig abgeblasen wurde.

Aber Tatsache ist, dass man sich alle Gesellschaften des Landes im Prinzip anschauen sollte, wie dort gewirtschaftet wird, ob das sinnvoll ist, das fortzuführen, ob es sinnvoll ist, eine Veräußerung zu machen, um nicht, so wie es im Rechnungshofbericht und dieser Ausdruck ist doch sehr gut geschrieben worden, der Eigenkapitalverzehr

vorangeschritten wird in den einzelnen Gesellschaften, auf das sollte man vielleicht in der Zukunft besser darauf schauen.

Ansonsten hoffe ich auch, so wie meine Vorredner, dass auch nach der LSZ Follow-Up-Prüfung auch in dieser Stärke ein Prüfbericht vorliegt, genauso positiv, ich bezweifle zwar, dass das so reibungslos über die Bühne gehen wird, aber wir hoffen das Beste und nehmen diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wie von allen Vorrednern mit freudigem Gesicht betont, haben wir es mit einem sehr kurzen Rechnungshofbericht in Form eines Follow-Up-Prüfberichtes zu tun, der, was den Umsetzungsgrad der Auflagen anlangt, zu 100 Prozent positiv ist.

Bei jedem anderen Follow-Up-Bericht würde wahrscheinlich Freude, um nicht zu sagen Euphorie aufkommen, in Hinblick auf die Umsetzung, wenn man aber genauer hinsieht und meine Vorredner haben das ja ebenfalls getan, liegt uns hier doch ein Fall vor, wo Eigenkapitalverzehr - und das ist kein lustiges Thema - in einer Größenordnung von sieben Millionen Euro vorliegt. Dazu kommen die Fehleinschätzungen der Verantwortungsträger - und das war nicht der Landesrat Petschnig, sondern seine Vorgänger in diesem Falle -, wo Vorstandsmitglieder, wo Aufsichtsratsmitglieder eine völlige Fehleinschätzung in Hinblick auf die Grundstücksbewertungen vorgenommen haben.

Man kann nicht sagen, man hat sich knapp verschätzt, sondern man hat sich hier total verschätzt. Statt zwei Millionen waren es dann 113.000 Euro und das ist natürlich schon für mich die Frage: Was lernen wir aus diesen Ergebnissen? Was lernen wir von diesem Follow-Up-Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes? Dieser richtet sich vor allen Dingen an die Zukunft. Müssen wir nicht angesichts dieses Ergebnisses dringend darauf hinweisen, dass man alle Buchwerte laufend an die realen Marktwerte anpasst?

Ich glaube, hier ist großer Handlungsbedarf für die Gesamtholding gegeben, damit uns künftighin derartige Dinge in Zukunft erspart bleiben.

Dazu kommt natürlich und hier sind sich auch alle Experteninnen und Experten einig, gerade bei Tourismusprojekten der Umstand, dass man alle fünf, alle sieben Jahre spätestens reinvestieren muss und diesen Reinvest muss man aus den Gesellschaften verdienen, um überhaupt tätig werden zu können.

All das zusammengenommen, würde ich meinen, ist meine Aufgabenstellung, die wir aus diesem Prüfbericht im positiven Sinne in die Zukunft mitnehmen sollen.

Ich darf mich auch beim Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits und seinem Team für die Tätigkeit, die kooperative Tätigkeit mit dem Burgenländischen Landtag sehr herzlich bedanken und wünsche ihm natürlich auch - obwohl nicht Weihnachten ist - derartig erfolgreiche Follow-Up-Berichte in Zukunft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: In gebotener Kürze und in Festhaltung dessen, was eigentlich alle Vorredner schon betont haben, ich möchte ausdrücklich und für alle auch für die Nachwelt festhalten, dass bei diesem Verkauf durch bilanztechnische Möglichkeiten von sieben Millionen Euro, verteilt auf die letzten zehn Jahre nochmals vom Land, von der WiBuG und auch durch den Verkauf nachgeschossen beziehungsweise umgesetzt werden musste.

Tatsache ist, über das Kapitel der Grundstücksverkäufe ist ja fast kein Wort zu verlieren. Ein Aufsichtsrat oder ein Gremium, das bei der Verkaufsabsicht bekundet, dass wir einen Erlös von zwei Millionen Euro aus Grundstücksverkäufen rund um die Therme Stegersbach erzielen könnten, ohne dass es ein Gutachten gegeben hat, eine Schätzung auf diese Grundstückspreismöglichkeiten, das ist ja fahrlässig.

Nachträglich betrachtet, sind die 113.000 Euro auch deswegen interessant weil, so viel mir zugetragen und so viel mein Informationsstand ist, der Käufer dieser Liegenschaften der gleiche ist, der eigentlich das ganze Areal aufgekauft hat. Der hat also ganz günstig aufgekauft, wäre er den Gegebenheiten gefolgt, die ihm der Aufsichtsrat vorgegeben hat, wäre das um etliches teurer gewesen.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei diesem Verkauf ist etwas über die Bühne gegangen, das für das Fortkommen und für die Entwicklung der Therme von Vorteil war.

Dass damit verknüpft auch anderes verkauft worden ist, wie zum Beispiel die Wasserrechte, das kann man diskutieren. Das ist ein Kapitel, da muss man nicht dieser Meinung sein, dass das alles in einer Hand liegen sollte, aber Tatsache ist, dass wir dieses Kapitel jetzt nicht im Sinne eines Follow-Ups nur positiv bewerten sollten, weil nur zwei Punkte erfüllt worden sind, sondern ich gehe davon aus, dass sieben Millionen Euro eine klägliche Summe ist, die bei jedem Steuerzahler und jeder Steuerzahlerin, jedem Burgenländer und jeder Burgenländerin besser angekommen wäre, wenn er sie direkt in einer Form als Sachleistung empfangen hätte, und das ist jetzt als Spitze gemeint, aber durchaus angebracht, nicht Diskussionen um Mindestsicherungen von zehn Familien anhören.

Das wäre eigentlich ein Vorteil in der Gesamtgebarung und in der Gesamtumsetzung eines konsequenten und folgerichtigen Prozesses, in der Hoffnung, die vorher gehegt wurde, dass sich das in Zukunft auf ausgelagerte Gesellschaften mit Buchwerten nicht so ergeben sollte, die Hoffnung habe ich nicht. Leider ist eine zuletzt jetzt in Auflösung begriffene Firma, die Firma ENERCON in Zurndorf, ebenfalls ein bilanztechnisches Kapitel der Sonderklasse.

Was man dort an Buchwerten verankert hat, das kriegt man nicht einmal herein, wenn der Bürgermeister noch zwanzig Perioden lang wirtschaftet, wird er das auch nicht schaffen, aber im Prinzip ist das eine Fortschreibung eines Prozesses, der so nicht stattfinden soll und kann.

Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Rechnungshofbericht hat zwar in der Kürze seiner Ausführung nicht irgendwo etwas ganz besonders Neues gebracht, er hat aber nachgewiesen, dass etwas, das in der Berichterstattung des ORF, eine positive Darstellung erfahren hat, den Steuerzahler sieben Millionen Euro gekostet hat.

Ich glaube, das ist ausreichend, dass man das mehr als diskutiert und dass man darauf hinweist, dass so etwas durch bilanztechnische Versuche, etwas positiv darzustellen, nicht mehr hinnehmen sollte. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Steier für seine Ausführungen. Als Nächster von der Regierungsbank zu Wort gemeldet, hat sich Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ebenfalls in der gebotenen Kürze zum detaillierten Bericht selbst, der mit den Worten schließt, „Der BLRH bewertete seine Empfehlungen als umgesetzt“, gilt es, glaube ich, nicht viel mehr zu sagen, als das, was ohnehin schon gesagt wurde.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um vielleicht den einen oder anderen Redebeitrag noch aufzunehmen. Abgeordneter Kölly hat den ehemaligen Geschäftsführer Baier angesprochen, wir werden bei der nächsten Landtagssitzung noch Gelegenheit haben, uns noch intensiver darüber auszutauschen.

Ich möchte nur so viel sagen, der Herr Baier hat von sich aus die Auflösung - er hat natürlich einen Vertrag gehabt - und hat von sich aus die Auflösung begehrt und ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden gegangen.

Das ist weder von uns gekommen, noch vom Landeshauptmann in seiner Funktion als Verbandsobmann, noch vom Aufsichtsratsvorsitzenden, noch sonst von wem, sondern von ihm ausgegangen.

Wir haben heute beim Thema LSZ ja gehört, dass die Führung einer GmbH nicht immer so einfach ist. Der Herr Baier war ein anerkannter Experte in der Imagewerbung, vielleicht wollte er keine GmbH führen, ich weiß es nicht.

Wir haben dann entsprechend verhandelt und sind zu dem Schluss gekommen, wo wir im Vertrag eigentlich Stillschweigen vereinbart hatten, jetzt hat der Rechnungshof in diesem Bericht veröffentlicht, also damit liegen die Zahlen vor. Ich glaube, das ist eine faire Umgangsweise mit einem langjährigen verdienten Mitarbeiter, der durchaus seine Stärken, der auch seine Schwächen gehabt hat, wie viele andere auch.

Ich glaube, dass das eine gute Lösung ist und in dem Sinne, es gibt auch keine weiterführenden Zahlungen, oder was auch immer. Ich glaube, das kann ich an dieser Stelle sagen.

Zum Thema Lutzmannsburg, also dieser Verkauf, Herr Abgeordneter Ulram ist jetzt nicht im Saal, das war keine Ente, sondern es gab zumindest in den vergangenen Jahren immer wieder Vorstöße, dieses gutgehende Ressort übernehmen zu wollen. Also wir standen genau vor dem, was hier in diesem Bericht thematisiert ist, vor einem Bewertungsthema, weil es ist ja eine Unternehmensbewertung, jetzt um eine Liegenschaftsbewertung gegangen ist. Diese Bewertung unterlag unserer Meinung nach, unserer Überzeugung, offensichtlich einer Fehleinschätzung. Der Betrag, der angeboten wurde, war viel zu gering und daher haben wir dazu nein gesagt.

Das war keine Ente, sondern wir haben diesen Vorstoß abgelehnt. Ich habe aber auch hier gesagt, auch schon coram publico gesagt, wenn ein Investor im Burgenland dutzende Millionen Euro möchte, dann hat er sich auch verdient, dass man sich sein Angebot anschaut, von Seiten der Landesregierung es ernst nimmt, es vielleicht durchrechnet, debattiert und dann ja oder nein sagt. Ich glaube, das gebietet die Höflichkeit, und das haben wir auch getan.

Zu den Kosten vom Ausbau muss ich Sie ganz ehrlich noch ein bisschen hinauszögern, weil die noch nicht feststehen. Es gibt die entsprechenden Beschlüsse

noch nicht. Weder im Aufsichtsrat, noch in der Landesregierung. Es wird aber dann natürlich Veranstaltungen vor Ort geben. Mit den Gemeinden, mit den Hoteliers, mit sonstigen Partnern im Umfeld.

Inwieweit der Geschäftsführer natürlich spezifisch auf die Kosten eingeht, mag ich jetzt nicht präjudizieren. Ich glaube aber sehr wohl, dass die entsprechenden Personen wissen, in welcher Größenordnung es sich abspielen wird. Genannt wurde es ohnehin, so unterschiedlich sind die Zahlen auch wieder nicht, also ungefähr, glaube ich, ist es absehbar, was sich abspielen wird, und die Details werden in den nächsten Wochen und Monaten kommen.

Zum Schluss noch einmal das Thema mit dem Fragerecht, nur der Vollständigkeit halber, ich habe es nicht versprochen, sondern ich habe angeregt, dass man die Bundesverfassung ändern sollte, kann aber gerne zusagen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Brauchen wir nicht.)* den Rechtsstreitpunkt, den ich persönlich sehr skurril finde, haben wir bereits debattiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du bist auch kein Jurist, darum kannst Du es auch nicht wissen.)* Das bezweifle ich, es gehört natürlich auch die Qualität der Ausbildung, wenn ich das Gesellschaftsrecht die Bundesverfassung aushebeln soll, aber gut.

Auf jeden Fall, ich habe es nicht versprochen, aber ich kann sehr gerne zusagen, dass ich mich an den Freiheitlichen Parlamentsklub wenden werde.

An uns wird das, was ich einschätzen kann, nicht scheitern, nur man muss sich halt im Klaren sein, wenn man die Bundesverfassung ändert, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt nur einfach nicht.)* das ist zumindest die umfassendste Lösung, doch das stimmt ganz einfach, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein!)* und Du kannst noch 10.000-mal nein sagen, es stimmt trotzdem. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Auch wenn Du noch 10.000-mal ja sagst. Es stimmt trotzdem nicht.)* Ja, Ara, Papagei.

Auf jeden Fall, wenn wir die Bundesverfassung ändern, dann muss man sich halt bewusst sein, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es tut richtig weh.)* dass man auch auf Bundesebene natürlich entsprechende Anfragen an zum Beispiel ÖVP-Minister richten wird. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es tut richtig weh, was Du sagst.)* Ich denke zum Beispiel an den Finanzminister, der ja etliche Beteiligungen mehr zu verwalten hat. Die Wirtschaftsministerin, der Landwirtschaftsminister, Bundesforste. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es stimmt alles nicht.)* Das stimmt, sind alles „keine“ Gesellschaften, gut. Dass man die natürlich dann auch unter die Lupe nehmen kann, dann wird man halt sehen, ob die ÖVP auf Bundesebene dem zustimmt oder nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es stimmt nur nicht. Schieben Sie nicht alles auf die Bundesebene ab! Machen Sie es selber! - Abg. Manfred Kölly: Eine gemeinsame Initiative! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher habe ich angeregt, dass vielleicht der ÖVP-Parlamentsklub die Initiative ergreift. Wir werden uns sowieso nicht überstimmen, also wenn, ich glaube, nur an uns - ich sitze ja nicht im Nationalrat - aber uns, unser Klubdirektor sitzt im Nationalrat, vielleicht kann man den bilateral fragen.

Ich persönlich glaube nicht, dass es vorm Freiheitlichen Parlamentsklub scheitern wird. Sie wissen vom Mehrheitsverhältnis. Man braucht auch einen dritten dazu, entweder NEOS oder die SPÖ, was in Hinblick auf den Bundesrat wahrscheinlich sinnvoll wäre. *(Abg. Manfred Kölly: Die NEOS ziehen eh überall mit, passt schon.)*

Wenn man sich darauf einigt, wird es an uns nicht scheitern und, wie gesagt, Transparenz, da glaube ich, ist heute eh schon einiges gesagt worden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht Follow-Up-Prüfung des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Verkauf der Therme Stegersbach wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Christian Illedits, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Manfred Kölly, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1286) betreffend die Ansiedelung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland (Zahl 21 - 911) (Beilage 1300)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Christian Illedits, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Manfred Kölly, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1286, betreffend die Ansiedelung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland, Zahl 21 - 911, Beilage 1300.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um den Bericht.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Christian Illedits, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Manfred Kölly, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ansiedelung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland in seiner 27. Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Christian Illedits, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Manfred Kölly, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Ansiedelung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter.

Als erster Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht in diesem Tagesordnungspunkt um einen Antrag bezüglich Ansiedlung einer EU-Behörde von ELA. Die Europäische

Union richtet als Teil des Pakts für soziale Gerechtigkeit der Europäischen Kommission eine Europäische Agentur für Arbeit ein, auf Englisch, European Labour Agency, daher ELA.

Die Fraktionen im Burgenländischen Landtag sind sich einig, dass es erstrebenswert wäre, diese Agentur in der Ostregion Österreichs niederzulassen, darum geht es eben in diesem Antrag.

Was bemerkenswert für mich ist, wir sind uns ja alle einig, da geht es um eine Behörde, die neu eingerichtet wird. Da geht es also um Bürokratie, da geht es um etwas, was neu entstehen soll. Aber wenn es bei uns eingerichtet wird, dann können wir uns sogar einigen, dass das gut ist. Das sozusagen als ein kleines Augenzwinkern am Rande.

Ich freue mich darüber, dass wir uns in manchen Punkten einig sind, darüber dass es auch gut ist, eine zusätzliche Behörde auf EU-Ebene einzurichten.

Warum ist ELA jetzt so wichtig? Die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen wird als letzte Chance für ein sozialeres Europa gesehen. Die EU-Kommission, die im Bereich Soziales insgesamt wenige Kompetenzen hat, versucht damit ihren Einfluss zu stärken.

Das stößt natürlich bei einigen Mitgliedstaaten und bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern auf Widerstand, weil es darum geht, gemeinsame Standards zu entwickeln und diese aufzuheben. Das zeigt aber eben auch eine Schwäche der EU.

Sie hat zwar schon eine gemeinsame Bankenaufsicht, ist aber bisher untätig geblieben, wenn es um die Durchsetzung von ArbeitnehmerInnenrechten geht. Bei uns taucht diese Frage auch immer wieder in der Diskussion um die Entsenderichtlinie auf.

Nun hat die für Arbeit und Soziales zuständige Kommissarin Thyssen verschiedene Vorschläge zur Problembehandlung auf den Tisch gelegt, etwa eine Revision der Entsenderichtlinie, aber auch den Vorschlag zur Koordinierung der Sozialversicherungssysteme, also eine europäische Sozialversicherungsnummer.

Ich habe hier an dieser Stelle schon öfter darauf hingewiesen, eingemahnt, dass es wichtig ist, dass sich die EU mehr in Richtung Sozialunion entwickelt. Das gehört auch zu diesen Vorschlägen. Schließlich brachte sie die Idee der Einrichtung der europäischen Arbeitsbehörde ein. Eine europäische Arbeitsbehörde, die so ausgestaltet ist, dass sie auch wirklich im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig werden kann, die wäre in der Tat ein Fortschritt.

Was für Aufgaben hätte die ELA? Da geht es um europaweite Informationen über Rechte und Dienste für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und auch Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen. Um die Unterstützung der Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten zur grenzüberschreitenden Umsetzung von europäischem Recht inklusive gemeinsame Inspektionen, auch ein Bereich, der von uns in der Grenzregion sehr wichtig wäre.

Und es geht auch um Mediation und Management von grenzüberschreitenden Streitfällen und Rechtsangelegenheiten zwischen nationalen Arbeitsmarktinstitutionen oder spezifischen grenzüberschreitenden Arbeitsmarktproblemen bei Großprojekten.

Welche Aufstellung ist für die Umsetzung dieser Aufgaben geplant, die immerhin zirka 16 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU betreffen wird? Die Agentur soll mit etwa 140 ArbeitnehmerInnen besetzt werden. Einige davon werden aus nationalen Experten von Mitgliedsstaaten gebildet.

Die Agentur soll mit einem Budget von zirka 50 Millionen Euro jährlich ausgestattet werden. Ein Managementfonds aus Mitgliedsstaaten und Kommission sowie Sozialpartner und andere Stakeholder in beratender Funktion unterstützen die Verwaltung.

Es geht also für das Burgenland auch um Arbeitsplätze. Nicht die Massen, aber immerhin. Welche Probleme haben denn dazu geführt, dass wir das brauchen? Eine Studie der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung sieht folgende Kernprobleme bei der Kontrolle und Rechtsdurchsetzung im Binnenmarkt: Es gibt das sogenannte Regime-Shopping, also das gezielte Umgehen höherer Standards.

Es geht, auch darüber haben wir hier auch schon diskutiert, um die Umgehung bestehender Aufsichtsmechanismen sowie grenzüberschreitende Personalbeschaffung mit dem Ziel, Arbeitsposten zu sparen. Alles Probleme, die wir im Burgenland sehr gut kennen.

Dazu kommen unklare und verstreute, weil nationale Kompetenzen, und dass es keinen europaweiten Beschwerdemechanismus gibt. Das hat sich auch schon als Problem erwiesen.

Weitere Probleme sind die immensen Lohnunterschiede als Ursache für Arbeitsmigration. Das Europäische Parlament hat einen Pakt für soziale Mindeststandards in Europa vorgelegt. Daran können wir weiterarbeiten.

Es geht um die effektive Durchsetzung des Arbeits- und Sozialversicherungsrechtes in grenzüberschreitenden Fällen. Ich habe das vorher schon kurz angesprochen, weil das oft daran scheitert, dass die Möglichkeit, Strafen durchzusetzen, meist an den nationalen Grenzbalken endet. Auch davon können wir im Burgenland ein Lied singen.

Hier könnte die europäische Arbeitsbehörde Abhilfe schaffen, zum Beispiel dadurch, dass es Klagsmöglichkeiten im EuGH gibt. Man muss aber auch feststellen, dass grenzüberschreitende Kooperation trotz Kontrollen und Feststellung von Verstößen oft an den fehlenden Ressourcen der nationalen Behörden scheitert. Wir reden ja auch immer wieder von den Ressourcen der Aufsichtsorgane und der Kontrollbehörden oder von Finanzpolizei et cetera, et cetera.

Es geht ja bei den Ressourcen auch um die Ausstellung von Bescheiden, um Übersetzungsposten, das ist alles etwas, das Geld kostet, das man mitberechnen muss und das man mitdenken muss, wenn man von Verwaltungsposten redet.

Die derzeitigen Formulare zur Entsendung von Arbeitnehmern sind betrugsanfällig. Die europäische Sozialversicherungsnummer wäre zentral im Kampf gegen grenzüberschreitendes Sozialdumping. Also ein Zusammenrücken und ein gemeinsames Bewältigen von diesen Problemen würde gegen Sozialdumping einiges parat halten.

Solange Mitgliedsstaaten aber Lohn- und Sozialdumping als Wettbewerbsvorteil betrachten, wird die Angleichung der sozialen Standards nach oben innerhalb Europas nur schwer zu erzielen sein. Umso wichtiger ist es, dass seitens der Kommission hier mutige und nicht halbherzige Schritte gesetzt werden und die Agentur mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet wird.

Nur so wird es gelingen, europäisches Arbeits- und Sozialversicherungsrecht effektiv durchzusetzen. Nur dann wird jeder einen wirksamen Beitrag im Kampf gegen Sozialdumping und grenzüberschreitenden Sozialbetrug leisten können.

Wir sehen eine Menge Herausforderungen, aber mit der Chance auf Bewältigung, wenn die Behörde dann eben auch so ausgestattet ist, dass sie arbeiten kann. Wenn sich

hingegen Parteien innerhalb der nationalen Grenzen etwas davon versprechen, gegen die EU-Behörde zu polemisieren, die angeblich einen riesigen Verwaltungsapparat hat, dann wird das nichts mit ELA. Darum ist es ja so ein schöner Schritt, dass wir hier gemeinsam ein Bekenntnis setzen.

Also Gemeinschaftsagenturen sind ein wichtiger Bestandteil der Umsetzung europäischer Politik. Sie unterscheiden sich nach Größe und Aufgabe zwar erheblich voneinander, sie funktionieren aber ähnlich. Als Körperschaften des öffentlichen europäischen Rechts sind sie von den Organen der Gemeinschaft getrennt und verfügen über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden durch einen EU-Rechtsakt zur Ausübung ganz bestimmter technischer, wissenschaftlicher oder verwaltungstechnischer Aufgaben errichtet.

Wie kann es nun dazu kommen, dass diese Behörde just ihren Sitz in Ostösterreich, vielleicht sogar im Burgenland hat? Nun man kann sich darum bewerben. Dafür gibt es offizielle Kriterien für BewerberInnen, zum Beispiel sind das Gebäude, Zugänglichkeit, Bildungseinrichtungen, der Arbeitsmarkt rundherum, Sozialversicherung und medizinische Versorgung, Kontinuität der Geschäftstätigkeit und die geografische Ausgewogenheit.

Dafür gibt es Leitlinien für die Vergabe von Agenturen an Mitgliedsstaaten. Da steht zum Beispiel auch festgeschrieben, der beherbergende Staat muss die notwendigen Gebäude umsonst zur Verfügung stellen. Die Agentur zahlt keine nationalen, regionalen oder lokalen Steuern. Das muss man auch wissen, wenn wir das mitentscheiden.

Aber inoffiziell ist derzeit Osteuropa an der Reihe. Weil die haben noch keine Agenturen. Die politische Lage und die gemachten Erfahrungen spielen aber natürlich auch eine Rolle. Zum Beispiel ist die Kommission mit der ungarischen Verwaltung des Donau-Förderprogramms sehr unzufrieden. Aber darüber weiß der Kollege Illedits wahrscheinlich mehr. Das wiederum könnte die Chancen Österreichs als Grenzland zu Osteuropa erhöhen.

Wo auch immer diese Behörde dann ihren Sitz einrichten wird, für das Burgenland braucht es für mehr direkten und langfristigen Gewinn auch noch etwas anderes, nämlich die Entwicklung EU-geförderter überregionaler Arbeitsmarktstrategien und grenzüberschreitende und transnationale Projekte, die die Bedingungen des Arbeitskräfteaustauschs und die Qualität sowohl des Arbeitsmarktservices als auch des Arbeitsinspektorats in den angrenzenden Regionen verbessert und angleicht. Denn nicht die Abschottung gegenüber anderen EU-Staaten wie die Arbeitsplätze in unserem Land sichern, sondern die Angleichung von Sozial- und Arbeitsrechtsstandards.

Die europäische Agentur für Arbeit dafür im Burgenland oder zumindest in der Nähe angesiedelt zu haben, könnte ein sinnvoller Baustein dafür sein. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Angenehme, wenn man zu unstrittigen Themen nach den GRÜNEN spricht, dass man es recht kurz machen kann, weil das immer sehr ausführlich ist. Mag.a Petrik hat sich jetzt unter anderem vor allem mit den objektiven Kriterien befasst, die man erfüllen muss, die Voraussetzung sind, wenn man zu einer solchen Agentur werden möchte.

Wir sprechen uns mit diesem Allparteien-Entschließungsantrag jetzt dafür aus, dass wir die Ostregion Österreichs als idealen Sitz für die Europäische Arbeitsagentur positionieren.

Was Sie in diesen Antrag ansonsten alles hineininterpretieren, kommentiere ich jetzt nicht. Ich halte nur für uns fest, dass ich Ihnen nicht in allen Punkten Recht gebe. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das beruhigt mich. - Heiterkeit bei der Abg. Mag.a Regina Petrik)*

In der Ostregion Österreichs findet sich sicherlich ein Ort, der die objektiven Kriterien erfüllt. Das ist sicherlich ganz bestimmt einmal die Bundeshauptstadt Wien, aber auch das Wiener Umland, wozu man ja in diesem Kontext sicher auch das Nordburgenland zählen kann.

Selbstverständlich ist es mit diesem Entschließungsantrag alleine, der letztendlich bei der Bundesregierung landen wird, nicht getan. Das heißt, das Land, die Landesregierung, wird hier schon selbst gefordert sein, die Erfüllung der objektiven Kriterien nachvollziehbar zu machen beziehungsweise zu argumentieren.

Insgesamt können wir dieser Initiative etwas abgewinnen, warum auch nicht? Gerade angesichts des Aufgabenspektrums, das die Kollegin Petrik beschrieben hat, des Aufgabenspektrums, das diese neue Agentur haben soll, und angesichts der geografischen Situation, die wir im Burgenland vorfinden, oder in Bezug auf das Burgenland gebe es keinen passenderen Ort und keinen spannenderen Ort als Standort.

Ich bedanke mich bei den Kollegen der SPÖ für den Anstoß, bei den anderen Parteien für die Unterstützung. Vielleicht gelingt uns eine Sensation, für die echten Sensationen im Burgenland ist ja angeblich der Kollege Christian Illedits zuständig. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag auf Ansiedlung der europäischen Arbeitsbehörde liegt uns vor, mit dem wir uns gerne auseinandersetzen. Ich sage auch vorweg, dass wir diesen Antrag gerne unterstützen, zumal er ja die Landesregierung auffordert, tätig zu werden, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden.

Frau Kollegin Petrik, einmal wenn man die Medien studiert, wenn man die offiziellen Aussendungen der europäischen Behörden verfolgt, sprechen Sie einmal von Agentur, ELA, European Labour Agency, und einmal sprechen Sie aber auch von Authority, also von Behörde. Das wäre ein großer Unterschied. Ich kann es noch nicht zuordnen, was es werden soll.

Tatsache ist, dass es Überlegungen gibt, ähnlich wie bei der Bankenaufsicht, eine gemeinsame europäische Arbeitnehmeraufsicht, wie auch immer man das auch machen soll, in Brüssel, in Belgien, zu installieren, vorerst dort zu starten und dann in andere Länder auszulagern. Hier kann man sich, wie Sie richtig gesagt haben, bewerben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Alle Organisationen, alle internationalen Organisationen oder Supranationalen Organisationen, die Einrichtungen dieser Art in den Ländern betreiben, haben sogenannte Amtssitzabkommen, wo genau das, was Sie angesprochen haben, auch geregelt wird. Dass keine Steuern bezahlt werden und so weiter und so fort.

Die Frontex, zum Beispiel, ist eine europäische Agentur, die für die Sicherheit der Außengrenzen zuständig ist, nicht alleine verantwortlich, deshalb sage ich zuständig, hat den Amtssitz in Polen, in Warschau.

Wir haben heute auch schon von der Indexierung gesprochen. Der Chef, der stellvertretende Chef ist ein Österreicher. Der hat mir erzählt, als ich beim letzten Besuch bei ihm war, dass er Probleme hat, entsprechendes Personal zu bekommen, weil seine Mitarbeiter nur 80 Prozent von dem verdienen, was er bei gleicher Bewertung in Brüssel verdient, weil eben die Lebenserhaltungskosten in Warschau ganz andere sind, als in Belgien. Deshalb haben wir heute auch schon die Indexierung der Kinderbeihilfen diskutiert. Das ist auch eine. Genau das ist der Grund, warum Österreich sich dazu entschlossen hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was soll so eine Organisation tun? Würde diese Organisation, das sage ich auch gleich, eine Vereinheitlichung der Arbeitnehmerrechte zum Ziel haben, könnten wir dem nicht zustimmen. Wir haben hier schon einmal in diesem Hohen Haus diskutiert, wo ein Vertreter der Gewerkschaft eine europäische Gleichschaltung aller Sozialagenden gefordert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das müssten wir ablehnen. Das müssten wir deshalb ablehnen, weil es nur eine Nivellierung nach unten sein kann, denn schauen Sie einmal, wie viele Länder seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union mittlerweile aufgenommen wurden. Das sind Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern, Bulgarien, Rumänien, Kroatien. Kein einziger Nettozahler ist aufgenommen worden, seit Österreich der Europäischen Union beigetreten ist.

Wenn wir hier solche Dinge überlegen auf europäischer Ebene, Sozialstandards einzuführen, dann würde das, ich sage es noch einmal, eine Nivellierung der österreichischen Situation nach unten bedeuten. Das wollen wir nicht. Wir wollen aber, dass wir, wenn diese Behörde oder Agentur, wie immer sie dann heißen mag, ihre Arbeit aufgenommen hat, und diese Chance auch da ist, dass sich Österreich bewerben kann, dass sie in Ostösterreich angesiedelt wird, dann freuen wir uns.

Dieses Ansinnen unterstützen wir sehr gerne. Ansonsten schließe ich mich den Ausführungen meiner Vorredner an. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Als nächstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Präsidenten Christian Illedits das Wort. Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich relativ kurz halten. Es wurde wirklich ausführlich schon alles erklärt, wie diese Behörde ausgestattet sein könnte. Meines Wissens ist der Name eine Agentur, aber es ist eine Behörde. So, wie auch alle anderen, die seitens der EU eingerichtet werden. Es wurde schon alles Wichtige dazu gesagt. Für mich ist nur entscheidend, dass wir auch diesen Bereich und diesen Punkt der sozialen Säule schon hervorstreichen.

Weil darum geht es ja. Diese Arbeitsmarktbehörde oder Agentur soll ja dieser sozialen Säule eben unterstützend zu Recht verhelfen. Es soll nämlich die Chancengleichheit zum Arbeitsmarktzugang eben geregelt werden. Es soll faire Arbeitsbedingungen im Aufbau schon mitunterstützten und auch kontrollieren und es soll Sozialschutz und soziale Inklusion eben gewährleisten und hier das Ganze in einem abgesicherten Rechtsbereich stattfinden.

Das alles soll diese Behörde tun. Wenn wir meinen, wir hätten eine Chance, dann muss man es auch laut sagen. Das passiert heute mit einem gemeinsamen Beschluss hier im Burgenländischen Landtag. Die Entsenderichtlinie ist natürlich mit ein Hauptverursacher dessen, was uns natürlich täglich tangiert.

Wenn bei uns bei Überprüfungen 55,4 Prozent der überprüften ausländischen Firmen gegen Lohn- und Sozialdumping verstoßen, dann wissen wir, dass es hier zweifelsohne an Kontrollen, aber auch dann in weiterer Folge an Sanktionen fehlt. Es gibt natürlich diese Überlegung, die nicht ich, Herr Kollege Molnár, sondern ich kann es so sagen, wie Sie alle, und mit einem Entschluss hier untermauern.

Aber, wir richten dieses Ansinnen der Landesregierung an die Bundesregierung heranzutreten, weil natürlich nur nationale Staaten dieses Ansinnen auch an die Europäische Kommission richten können, dass sie das tun. Ich hoffe, wir werden das hören. Deshalb setze ich auch heuer in der zweiten Jahreshälfte auf den Ratsvorsitz, wo sicher solche Themen auch diskutiert werden können und wir hier Lobbying für diese ELA in Österreich betreiben werden.

Ich bin Realist, was diese Ansiedlung betrifft. Natürlich wird man sie in einem größeren Raum, nämlich in der Ostregion, hier irgendwo positionieren können. Weil hier natürlich die meisten Fälle aufschlagen. Das wissen wir auch. Weil natürlich der Westen Österreichs zweifelsohne von Lohn- und Sozialdumping dieser Art bei Weitem nicht betroffen ist und zweitens auch die Entsenderichtlinie im Westen Österreichs in anderen Bundesländern auch nicht zu einer Diskussion, wie sie hier bei uns führt, auch dort in dieser Art und Weise und Dimension geführt wird.

Das betrifft eher den Osten Österreichs, Wien, Niederösterreich, die Steiermark und eben auch speziell das Burgenland. Die Diskussion, wie auch die Kollegin Petrik erwähnt hat, bezüglich der Entsenderichtlinie ist natürlich eine, die uns noch lange nicht ans Ziel der Reise geführt hat. Die Herabsetzung ist in Ordnung. Aber jetzt auf 18 Monate, das ist zweifelsohne viel zu lange, weil wir wissen, dass die meisten Entsendungen nur im Schnitt drei Monate dauern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, man muss eigentlich hier nochmals nachschärfen, weil diese Entsendung eigentlich schon einem sehr langen Dienstverhältnis oder Anstellungsverhältnis entspricht. Was wir wollen ist, dass künftig entsendete Arbeitnehmer ab dem ersten Tag der Entsendung die gleichen Löhne wie ArbeitnehmerInnen im Zielland der Entsendung erhalten und spätestens jetzt, nach 18 Monaten, so ist es geregelt, ins Sozialsystem des Ziellandes übertreten.

Dann ist Waffengleichheit vorhanden. Das heißt, jetzt ist diese Gleichheit für unsere Klein- und Mittelbetriebe, nämlich im Wettbewerb mit anderen nicht gegeben. Das soll eben diese Arbeitsmarktbehörde unterstützen, nämlich, auf beiden Seiten der Grenze. Ich gebe Ihnen Recht, denn es müssen eigentlich auch mit solchen Reglementarien auch die Sozialstandards in anderen Ländern gehoben werden. Bei uns sollen sie abgesichert, und in anderen Ländern gehoben werden, dann passiert dieser Arbeitskräftetransfer nicht mehr in dieser Dimension, wie das jetzt der Fall ist.

Sie haben ja diese Zahl, glaube ich, gesagt, wie dies in Europa momentan in der Entsendung passiert. 17 Millionen Menschen sind mittlerweile als Entsandte unterwegs. Was wir natürlich aber als Hausaufgabe auch tun müssen ist, das ist heute auch schon in einer Rede bei der Aktuellen Stunde gefallen, dass man natürlich auch die Finanzpolizei aufstocken muss. Es hilft nichts, wenn man wieder hier gute Instrumente einsetzt und keine Menschen dazu hat, die dieses kontrollieren, weil die Finanzpolizei eben zu wenig

Personal hat. Auch das, denke ich, ist ein Ansinnen, das man an die Bundesregierung richten muss.

Der Vorschlag für diese Verordnung ist am 13. März ergangen und der Kommission vorgelegt worden. Jetzt geht es im normalen, ordentlichen Gesetzgebungsverfahren weiter. Man wird diesen Vorschlag für diese Verordnung im Rat und im Parlament prüfen. 2019 soll diese Behörde, Kollege Strommer hat es gesagt, vorerst wahrscheinlich einmal in Brüssel angesiedelt werden, weil ich glaube nicht, dass man sich eine Entscheidung vor den EU Wahlen antut, mit einem Land in Diskussion zu treten, das, so wie es eben die übliche Vorgehensweise entspricht, eben die neuen EU Mitgliedsländer bei der Ansiedlung von Behörden Vorrang haben.

Ich glaube, dass es nicht der richtige Weg wäre, in diesen Ländern diese Behörde anzusiedeln, aber ich glaube, man wird es jetzt einmal in dieser Phase nicht tun und deshalb vorweg in Brüssel ansiedeln und dann eben das Vergabeverfahren starten und in die Umsetzung bringen.

Bei uns gibt es sicher gute Gründe in der Ostregion. Wenn das Burgenland hier auch in Betracht kommt, wenn die Rahmenbedingungen eben auch geschaffen werden können, die so die Auflagen eben erfordern, dann, denke ich, sollten wir auch alles dazu beitragen, dass wir mit der Bundesregierung in Kontakt treten und dies auch schon kommunizieren. Denn ich denke, wir sind in vielen Bereichen den Arbeitsmarkt betreffend auch mit den Problemen, die uns alle tangieren, aber natürlich auch mit den Vorteilen zu den EU Nachbarn, glaube ich, wirkliche Spezialisten.

Wir haben dies schon in vielen Bereichen auch so in die Umsetzung gebracht. Wenn ich nur daran denke, dass wir auch sehr viele Inputs geliefert haben, wenn es darum gegangen ist, im Nationalrat eben, das Bestbieterprinzip hier zu wechseln und das Billigstbieterprinzip hintanzuhalten. Auch bei der Entsenderichtlinie haben wir gute Inputs geleistet, damit wir hier, glaube ich, auch mit unserer Fachkompetenz als Brückenbauer zwischen Ost und West auftreten können.

Deshalb sollten wir gemeinsam hier einen Antrag beschließen und dann auch die Bundesregierung bitten, den Osten Österreichs und nach Möglichkeit auch das Burgenland hier zu berücksichtigen. Das, glaube ich, ist unser gemeinsamer Beschluss. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Präsidenten für seine Ausführungen. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Ansiedlung der Europäischen Arbeitsbehörde ELA im Burgenland ist somit einstimmig gefasst.

9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1284) betreffend die langfristige Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung (Zahl 21 - 909) (Beilage 1301)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár,

Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1284, betreffend die langfristige Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, Zahl 21 - 909, Beilage 1301.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, sehr geschätzter Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die langfristige Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung in ihrer 30. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die langfristige Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke für den Bericht Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dieser Antrag ist schon längst überfällig. Man hätte schon längst eine Aktuelle Stunde oder sogar einen Dringlichkeitsantrag gebraucht, um dieses Thema dementsprechend auch im Hohen Haus zu diskutieren. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Es gibt doch die Enquete zu diesem Thema.)* Ja, ich komme auf das dann noch.

Daher werde ich mich sehr kurz halten und glaube, dass es schon entscheidend ist, dass wir auch in der Vergangenheit darauf aufmerksam gemacht haben, hallo, es ist höchst notwendig, auch hier in diesem Bereich zu schauen, etwas tut sich in der nächsten Zeit, in der Zukunft, denn wenn drei von vier Ärzten in den nächsten zehn Jahren in Pension gehen, dann hat das schon eine Signalwirkung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da müssen wir entgegenhalten, da müssen wir gemeinsam einen Weg finden, dass wir auch aus dieser Situation herauskommen. Daher will ich mich gar nicht länger in dieser Aktion verbreitern, denn am Dienstag gibt es eine Enquete, wo wir Fachleute eingeladen haben, die Stellung nehmen, die uns dementsprechend auch informieren, denn wir sind keine Mediziner, wir sind keine Ärzte, wir sind auch keine Apotheker, und dergleichen mehr, die ja auch zu Wort kommen werden und sollen und wollen.

Daher glaube ich, dass dieser Antrag ein wichtiger ist und auch für den kommenden Dienstag demensprechend vorbereiten kann, wie das ausschaut. Ich finde

den Antrag sehr gut, jedoch würde ich eher den Dienstag abwarten, was da herauskommt und dann vielleicht zu einem Entschluss kommen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL, SPÖ, ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Die FPÖ und die SPÖ haben hier einen gemeinsamen Antrag eingebracht. Sie wissen es ja alle, aber es ist, glaube ich, auch den Zuhörern und Zusehern im Internet, nur im Internet, denn sonst sind keine da, geschuldet, dass wir hier ein bisschen ausführlicher auch ins Thema hineingehen.

Warum haben wir diesen Antrag gemacht?

Weil es einfach eine verantwortungsvolle Politik verlangt, Dinge zu erkennen, die gerade jetzt im Prinzip brisant sind, aber nicht durch Enqueten oder ähnliche Veranstaltungen, sondern wirkliche Eingriffe, wie beispielsweise Gesetzgebung oder Gesetzwerdung geregelt werden müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da möchte ich schon feststellen, dass wir alle wissen, und, ich glaube, auch die Bevölkerung österreichweit spürt, dass der Ärztemangel schön langsam ein Problem wird, aber noch ganz besonders werden wird, weil der Vorredner Kölly hat gesagt, drei von vier Ärzten werden in Pension gehen. Die Nachbesetzung beziehungsweise die Nachbewerbung dieser Arztstellen wird immer schwieriger und daher gibt es einiges zu tun.

In diesem Antrag haben wir ja auch dementsprechend formuliert, dass eben eine geringe Zahl der Studienplätze eines der Gründe ist. Die Ärztekammer spricht hier sogar von einem Grundübel, wobei man die verschieden Gründen, warum sich jetzt Ärzte bei uns nicht ansiedeln, natürlich ein bisschen diametral sehen kann.

Es ist natürlich eine wunderbare Gelegenheit in der Enquete am kommenden Dienstag darüber zu diskutieren. Schlussendlich bleibt aber das Problem, dass wir wirklich auf einen exorbitanten Ärztemangel zuströmen oder zustreben. Mit diesem Mehrpersonal sollte man den Druck aus den Kassen und den Wahlärzten nehmen, nämlich, indem wir es zusammenbringen können, dass wir einen barrierefreien Zugang zum Studium der Humanärzte erreichen beziehungsweise zumindest die Barrieren abbauen und damit neue Wege zur nachhaltigen Absicherung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung suchen.

Da muss man schon ein bisschen darüber nachdenken, ist es jetzt wirklich nur alleine den Studienplätzen geschuldet, oder sind hier nicht auch ein bisschen diese Riesenverflechtungen, die wir ja auch mit den Zuständigkeiten haben, dafür geeignet, dass bei uns absolvierte Ärzte, die bei uns auf den Universitäten mehr oder weniger zu Ende studieren und dann den Arztberuf wählen, ob die nicht deshalb zuhauf ins Ausland gehen.

Man darf nicht vergessen, dass ein Drittel überhaupt nicht den Arztberuf ergreift, aber sehr viele doch ins Ausland gehen, weil sie hier ein bisschen noch besser hofiert werden. Vielleicht so, wie es bei uns früher einmal war, aber eben nicht mehr so gegeben ist. Natürlich legt in der heutigen Zeit der Mensch und damit auch der Arzt auf eine work-life Balance wert, die in dieses typische Hausarzt, 24 Stunden oder 24-7, und das das

ganze Jahr über mehr oder weniger in Gemeinden dem Patienten zur Verfügung zu stehen, auch nicht mehr so wirklich am Herzen liegt, sondern eher auch einen Beruf haben will, der überschaubare Dienstzeiten hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der eine oder andere Hausarzt liebäugelt da auch ein bisschen mit dem KZG, mit dem Krankenanstaltenzeitgesetz, wo nach bestimmten Leistungen in der Krankenanstalt die dementsprechende Freizeit jetzt mittlerweile auch gesetzlich verfügt ist. Auch hier ist eine entsprechend große Disharmonie zwischen den beiden verschiedenen Gruppierungen. Nämlich, zwischen den Allgemeinmedizinern oder den Hausärzten beziehungsweise den Fachärzten oder den angestellten Ärzten in den Spitälern.

All diesen riesengroßen Wulst, den wir hier vor uns finden, müssen wir lösen. Aber, das kann das Burgenland nicht alleine. Das muss uns auch klar sein, dass das eine Aufgabe ist, die in Wirklichkeit österreichweit gelöst werden muss. Da kann das Burgenland nur eines machen, nämlich, das der Landtag genauso einen Antrag in Wirklichkeit an die Landesregierung formuliert, damit die bei der Bundesregierung, sprich beim richtigen Bundesminister oder bei der Bundesministerin vorstellig wird, um hier dafür zu sorgen, dass zumindest diejenigen Dinge, die die Politik – das betrifft jetzt beispielsweise die Zugänge zu den Studienplätzen, etc. - machen kann.

Es gibt nämlich auch sehr viele Dinge, die die Politik und auch der Gesetzgeber alleine hier nicht machen kann, weil wir stehen ja in Wirklichkeit in der großen Bezahlung der Ärzte in unterschiedlichen Phasen der Selbstverwaltung gegenüber als Gesetzgeber und Politik. Brücken sind hier zu schlagen, damit es auch die Möglichkeit gibt, entsprechend hier den Patienten, den Menschen, unseren Bürgern die bestmögliche ärztliche Versorgung anzubieten.

Daher müssen wir jetzt einmal diesen Schritt machen. Wir dürfen uns auch nicht scheuen, bestimmte, auch vielleicht im Moment nicht so angenehme, Punkte anzusprechen, weil wenn man so durch die Gemeinde zieht und mit den Hausärzten redet, insbesondere mit denjenigen, die eine Hausapotheke haben, dann sind die sehr zufrieden. Diejenigen, die sie nicht haben, sind nicht so zufrieden. Daraus ein Apothekenthema aufzumachen, ist natürlich auch eine politisch heikle Situation, die uns vielleicht zu mehr Hausärzten verhelfen würde, umgekehrt aber in Wirklichkeit dann das Problem mit den Apotheken und Pharmazeuten aufmachen würde.

Das ist jetzt dann die Kunst von uns als Politik und schlussendlich auch als Gesetzgeber einen richtig ausgewogenen Mix an den regionalen und örtlichen Umständen entsprechenden Sachständen so herzustellen. Das muss, meiner Meinung nach, unser einziges Ziel sein. Dem Bürger die ärztliche Versorgung sicherzustellen, wie er es im Prinzip als mehr oder weniger Souveräner, aber auch als Zahler dafür, weil das dürfen wir nicht vergessen, schlussendlich zahlt ja alles der Staatsbürger, damit er diese Leistung auch bekommt, dass wir ihm diese Leistung auch entsprechend sicherstellen.

So haben wir uns zu diesem Antrag hinreißen lassen - sage ich jetzt einmal - die Anzahl der Studienplätze bedarfsgerecht aufzustocken sowie die Einführung von Fachschwerpunkten und Bundesländerkontingenten zur Steuerung der langfristigen Abdeckung des Ärztebedarfes in allen Fachbereichen und Regionen auch sicherzustellen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Die flächendeckende Versorgung im Gesundheitsbereich ist ein Kernanliegen - auch der neuen Bundesregierung. Diese hat eine Initiative aufgenommen, die wir vor zwei Jahren und einigen Monaten hier in diesem Haus zum ersten Mal diskutiert haben, nämlich, die Frage der Landarztstipendien.

Es wird auf Bundesebene emsig daran gearbeitet, ein Modell zu finden, wo man versucht, in peripher gelegenen Regionen unseres gesamten Landes, eben in Österreich, eine Verbesserung der ärztliche Versorgung dadurch sicherzustellen, dass man jungen Medizinern ein Stipendium vorschlägt und hier sagt: Wenn du bereit bist, in dieser Region, die vielleicht aufgrund anderer Rahmenbedingungen weniger attraktiv ist, eine Arztpraxis zu übernehmen und für einen gewissen Zeitrahmen zur Verfügung stehst, dann gibt es eine besondere Unterstützung, ein besonderes Stipendium.

Ich freue mich, dass das kommt. Man muss auch dazu sagen, ich habe mich gestern erkundigt, Herr Landesrat Darabos, und habe gefragt, denn meine Kollegen haben gestern ein österreichweites Klubobleute-Treffen der ÖVP gehabt, ob es auch in anderen Bundesländern landesweit eine Art Stipendien-System gibt? Das gibt es nicht. Das Burgenland wird hier Vorreiter sein.

Wir werden schauen, wie diese bundesweite Lösung ist, ob sie dem Burgenland entspricht. Sie kennen meinen Standpunkt. Ganz glücklich sind wir mit der Ausgestaltung dieses Stipendiums nicht. Ich glaube, die Praxis wird jetzt beweisen, wer richtig liegt. Entweder sind es die Rahmenbedingungen, die Sie als Landesrat vorgegeben haben, die dann passen. Das wird beweisen, wie viele junge Mediziner bereit sind, über dieses Stipendienwesen ins Burgenland zu kommen.

Oder es ist eben daran, dass zu justieren, hier an den Schrauben zu drehen. Mir sind da beide Wege recht. Hoffentlich gelingt es uns, über dieses Stipendien-System etwas weiter zu bringen. Ich freue mich, dass hier aufgrund einer Initiative von uns einem guten Zusprechen von der Bundesebene und Ihrem Zutun, dass Sie das umgesetzt haben, etwas Gutes auf den Weg gebracht worden ist und freue mich für die Gesundheitsversorgung im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)* Kollege Haidinger hat den Bogen weit gespannt. Ich könnte ihn jetzt noch weiter spannen. Ich glaube, das ist nicht Ziel des heutigen Debattenbeitrages, aber eines kann man schon sehen. Es gibt sehr viele und sehr unterschiedliche Gründe, warum junge Mediziner so, wie ihre Vorgängergenerationen, nicht mehr bereit sind, in Landarztpraxen tätig zu sein.

Dieses Problem ist eine Tatsache, mit der wir kämpfen und arbeiten müssen. Ich glaube, es muss uns zu denken geben, dass ein Drittel aller Studierenden, die die Allgemeinmedizinausbildung fertig machen, also einen Abschluss in diesem Studium haben, nicht bereit sind, als Arzt tätig zu sein. Die machen alles andere als eben in die Praxis zu gehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das muss uns zu denken geben und es muss uns auch zu denken geben, dass viele selbstverständlich auch ins Ausland gehen. Das hat sehr viel damit zu tun, dass dort die Rahmenbedingungen besser sind. Es geht nicht immer nur um Geldleistungen. Es ist mir schon bewusst, dass vielleicht in manchen deutschen Bundesländern und insbesondere der Schweiz die Entlohnungsmöglichkeiten ganz andere sind, dass hier der Anreiz, sich finanziell dort hinzubewegen, viel größer ist, als vielleicht in die ländlichen Gebiete Österreichs zu gehen.

Aber, Tatsache ist, dass beispielsweise auch die Turnusausbildung in Österreich nicht die einfachste und nicht die beste ist. Einmal gab es Wartezeiten, dann gab es

wieder einen Mangel an Plätzen und umgekehrt wieder einen Mangel an Bewerbern für Turnusplätze. Allgemeinmediziner bemängeln auch, dass insbesondere wenn man sich nicht gleich für eine Fachrichtung entscheidet und sagt, man möchte Allgemeinmediziner sein, man in diesem Turnussystem nicht besonders gut aufgehoben ist.

Es gibt hier also viele Dinge, viele Schrauben, an denen wir drehen müssen. Einige haben wir begonnen. Wir möchten hier nicht kleinlich sein. Wir unterstützen diesen Antrag. Tatsache ist aber, dieser Antrag beschränkt sich wieder einmal nur auf ein Delegieren von Problemen an die Bundesregierung. Mag sein, dass in diesem Bereich der Studienplätze natürlich der Bund zuständig ist.

Mag sein, dass man sich hier eine flächendeckende Schwerpunktsetzung, Bundesländerkontingente wünscht. Das ist alles in Ordnung. Aber bitte vergessen wir nicht, wir haben viele Hausaufgaben zu erledigen. Wir könnten auch im Burgenland die Rahmenbedingungen selbständig besser gestalten, als zum jetzigen Zeitpunkt. Wir stimmen zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Problem ist seit längerem bekannt. Es droht in Österreich, österreichweit, eigentlich ein Ärztemangel, von dem vor allem auch die ländlichen Regionen am stärksten betroffen sind.

Laut den aktuellen Daten der Burgenländischen Gebietskrankenkasse gehen im Burgenland in den nächsten Jahren rund 60 Prozent der Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin in Pension. Was bedeutet das genau für unser Heimatland Burgenland? Wir benötigen jedes Jahr in Wahrheit zehn neue Medizinerinnen oder Mediziner, um auch die landärztliche Versorgung zu sichern. Nur so eine Randbemerkung: Wir haben momentan 143 Vertragsärzte, Allgemeinmediziner, in unserem Land.

Das sind also gar nicht so wenig. Es schaut momentan - und das habe ich gestern in Gesprächen festgestellt – auch gar nicht so schlecht aus, dass wir die aufgrund der guten Rahmenbedingungen, die das Land Burgenland aufweist, auch nachbesetzen werden. Es wird also alles, was seitens des Landrates Norbert Darabos möglich ist, auch umgesetzt.

Während also das Burgenland seine Hausaufgaben erledigt und zahlreiche Maßnahmen gegen den Ärztemangel ergriffen hat, auf die ich später auch noch genauer eingehen werde, weigert sich eigentlich der Bund, und hier konkret der ÖVP-Wissenschaftsminister, endlich das Kernproblem zu lösen.

Was ist das Kernproblem? Das Grundübel für den Ärztemangel - und ich darf hier einen Satz aus der Aussendung der Burgenländischen Ärztekammer zitieren - sind nämlich die Zugangsbeschränkungen an den medizinischen Universitäten, die ersatzlos beseitigt gehören. Ein Forderung, der wir uns natürlich vollinhaltlich anschließen.

Es ist für mich unverständlich, dass die Kurz-ÖVP hier weiter untätig ist und so auch eine Ausdünnung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum riskiert. Dazu noch ein paar Zahlen, um das eigentliche Dilemma hier auch zu verdeutlichen. Waren im Jahr 2000 noch 21.600 ordentliche Studierende an den Universitäten im Fach Humanmedizin eingeschrieben, so sind die Plätze für das Studienjahr 2017/2018 mit

1.536 beschränkt - und das bei knapp 16.000 Bewerberinnen und Bewerbern pro Jahr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was sind nun die Folgen der immer geringer werdenden Anzahl der ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte? Weniger Ärzte wählen jene Betätigungsfelder aus, die finanziell und zeitlich optimal sind. Das führt in der Praxis dazu, dass Ärzte bevorzugt Wahlarztstellen im Vergleich zu einer Stelle als Allgemeinmediziner oder im Krankenhaus besetzen.

Gleichzeitig kommt es aufgrund des Ärztearbeitszeitgesetzes zu einer größeren Nachfrage nach Ärzten im Spitalsbereich. Wie sehen nun diese Maßnahmen im Einflussbereich des Landes aus, um diese medizinische Versorgung auch sicherzustellen? Bleiben wir gleich bei den jungen Menschen, die sich für ein Medizinstudium interessieren.

Für sie bietet das Land Burgenland in Kooperation mit den Fachhochschulen des Burgenlandes kostenlose Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung zum Medizinstudium an. Diese Zahle belegen den Erfolg. So studiert bereits jeder dritte Kursteilnehmer aus dem vergangen Jahr nun auch Medizin im Burgenland. Eine weitere Unterstützung richtet sich an die Jungärzte.

Sie erhalten freiwillig monatlich Zuschüsse in burgenländischen Spitälern, während des klinisch praktischen Jahres und weiters gibt es Stipendien für Medizinstudierende ab dem 3. Studienjahr. Voraussetzung ist jedoch die Verpflichtung binnen sechs Monaten nach Abschluss der Ausbildung auch als Allgemeinmediziner im Burgenland zu beginnen und fünf Jahre auch zu praktizieren. Außerdem stellt das Land Stipendien für Turnusärztinnen und Turnusärzte in der Höhe von 500 Euro monatlich zur Verfügung, wenn sie sich verpflichten zumindest fünf Jahre als Kassenärztin oder Kassenarzt im Land Burgenland tätig zu sein.

Und eine Sonderförderung des Landes gibt es auch für Praxisumbauten und zwar in der Höhe von 50.000 Euro. Im Gegenzug verpflichten sich die Ärztinnen und Ärzte hier zehn Jahre eine Praxis im Burgenland auch zu betreiben.

Also wir sehen, meine Damen und Herren, dass dieses Maßnahmenpaket mit dem Gesundheitslandesrat Norbert Darabos auch wichtige Schritte zur Absicherung des Landarztangebotes im Burgenland gesetzt hat. Das ist bereits eine enorme Kraftanstrengung des Landes aber lange, lange noch nicht alles.

So gilt auch für die Spitäler des Landes weiterhin eine Standortgarantie durch die Burgenländische Landesregierung, während die ÖVP mit der Schließung von diesen Krankenhäusern weiter liebäugelt. Ich erinnere vor drei Jahren, die Landesrätin hat gesagt, wir könnten uns einige Krankenanstalten ersparen.

Und seit mehr als einem Monat laufen sehr erfolgreich diese Akutordinationen, die auch nun flächendeckend im ganzen Burgenland angeboten werden. Sie sichert nicht nur der Bevölkerung eine qualitätsvolle Gesundheitsversorgung zu den Randzeiten, sondern entlasten die Spitalsambulanzen und machen den Landarzt- oder Landärztin-Beruf wieder attraktiver, weil nun weniger Nacht- und Bereitschaftsdienste anfallen.

Für die rasche Umsetzung dieses Erfolgsmodells möchte ich auch unserem Landesrat Hans Peter Doskozil danken.

Meine Damen und Herren! Der Vollständigkeit halber soll auch auf den Beitrag der ÖVP eingegangen werden. In den Reihen der ÖVP haben sich zuletzt ja einige selbsternannte Gesundheitsexperten auch in den Vordergrund gerückt.

Allerdings konnte ich keine einzige, das sage ich ganz offen hier, konstruktive Idee oder Initiative erkennen, die uns bei der Sicherung und dem Ausbau des Gesundheitssystems weitergebracht hätten. Eigentlich ganz im Gegenteil.

Sie machen vielmehr die Gesundheitspolitik zum parteipolitischen Spielball und was noch viel schwerer wiegt, meine Damen und Herren, Sie tragen mit einer verantwortungslosen Panikmache, siehe Neusiedl, immer wieder zur Verunsicherung der Bevölkerung bei.

So sprechen Sie wider besseres Wissens von einem drohenden Versorgungsnotstand im Südburgenland. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Du hast selber gesagt, wir haben zu wenig Ärztinnen und Ärzte.)* Eine eigentlich sehr kühne Behauptung wenn die frühere Landesrätin, wie vorher schon erwähnt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Vor vier Minuten hast Du selber gesagt, wir haben zu wenig Ärztinnen und Ärzte.)* vor drei Jahren noch die Schließung des Krankenhauses Güssing gefordert hat. Als besonders skandalös bezeichne ich, was die ÖVP-Verantwortlichen im Bezirk Neusiedl eigentlich dort abgehalten haben, eigentlich für den Gesundheitsbereich nicht gemacht haben.

Auf einer Facebook-Seite unter dem Titel „Hilfe, unsere Gesundheitsversorgung ist krank“, die offensichtlich als Medium für eine Hetzkampagne dient, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also bitte. – Abg. Markus Ulram: Ich sage es Dir gleich.)* wurde die Behauptung aufgestellt, dass Kinder unter 14 Jahren nicht in Akutordinationen behandelt werden dürfen. *(Abg. Markus Ulram: Ich sage es Dir gleich noch.)*

Eigentlich eine unerhörte Aktion und selbst die Ärztekammer war darüber mehr als bestürzt, also ein Trauerspiel.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Hören Sie endlich mit dieser Verunsicherungspolitik auf. *(Abg. Markus Ulram: Da müssen Sie mit den Leuten reden, was los ist.)* Beginnen Sie nicht mit fake-news zu operieren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Geh bitte.)* Dafür ist der Gesundheitsbereich im Burgenland viel zu sensibel und uns ist er, glaube ich, sehr viel wert und heilig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und, meine Damen und Herren, leider kann ich auch der ÖVP nicht raten Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Bundesregierung sich als Vorbild zu nehmen. Alles was Kurz und Co bisher nämlich geboten haben, kann man nur als rückwärtsgewandte Gesundheitspolitik bezeichnen.

So gefährdet die Bundesregierung mit dem Beschluss, dass ab Mai geplante generelle Rauchverbot in der Gastronomie wieder aufzuheben die Gesundheit von 100.000 Österreicherinnen und Österreichern.

Und in die Kategorie „Verunsicherung“ fällt auch die aktuelle Debatte rund um die Sozialversicherungen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nur die ÖVP, da ist sonst niemand dabei.)* Offensichtlich ist der langsame Abbau eines international anerkannten und bewährten solidarischen Gesundheitssystems geplant. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Meint er das ernst?)* Was damit bis jetzt erreicht wurde ist eine Verunsicherung.

Ich war gestern bei der Burgenländischen Gebietskrankenkassa, 333 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mittlerweile mehr als verunsichert. Danke, liebe ÖVP. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Weil Ihr dahintersteht.)*

Ein Ansatz könnte es sein, dass bestimmte Ausbildungsstellen *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die FSG hat schon verteilt, da hat es noch gar keinen Beschluss gegeben im Ministerrat.)* nach regionalen und fachlichen Gesichtspunkten zu vergeben.

Durch diese Definition kann eine gewisse Anzahl von Studienplatz-Kontingenten - kann eine Steuerung nach besonderen Bedürfnissen stattfinden. Etwa Bundesländerkontingente für Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner verbunden mit der Verpflichtung der Absolventinnen und Absolventen für einen gewissen Zeitraum in diesem Bereich auch tätig zu sein.

Neben dieser Forderung nach Abbau der Barrieren beim Zugang zum Studium der Humanmedizin kann die Einführung von Fachschwerpunkten und Bundesländerkontingenten die flächendeckende ärztliche Versorgung nachhaltig absichern.

Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a. Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Ich wollte eigentlich zuerst gar nichts dazu sagen, weil wir ja am 08. Mai ausführlich diskutieren und ich es ja an sich sehr gut finde, wenn wir zuerst sachorientiert, wissenschaftsbasiert, diskutieren und dann erst Beschlüsse fassen.

Der jetzige Beschluss ist in der Beschlussformel ja sehr allgemein. Also kann man sagen, es passiert noch nichts. Aber ich habe auch schon die Erfahrung gemacht, man wird später dann so gern auf irgendetwas festgenagelt, was man mitbeschlossen hat, deswegen muss ich hier eines festhalten:

Nicht in der Beschlussformel selber, der wir ja zustimmen, sondern in der Gesamtbegründung des Antrages ist noch einmal die Frage der Stipendien aufgelistet. Ich möchte nur sagen, seitens der GRÜNEN sehen wir das eher skeptisch, dass das etwas helfen wird.

18-, 19-Jährige darauf zu verpflichten was sie dann, wenn sie mit ihrem Studium fertig sind tun werden, in einer Situation in der sie sich das sicher noch nicht vorstellen können was das heißt, eine Praxis zu übernehmen, halte ich und halten einige in unseren Reihen, gerade auch diejenigen die im Arztberuf tätig sind, für nicht wahnsinnig zielführend.

Ich sage das hier nur deswegen, weil wir zustimmen, nicht damit es später einmal heißt, wir dürfen nicht mehr kritisieren, weil, wir hätten doch immer gesagt, dass das gut ist. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zum heutigen Regierungsantrag, oder den Antrag der Regierungsparteien rot/blau, flächendeckende ärztliche Versorgung und zu dieser Wortmeldung davor muss man einfach erklärend und aufklärend etwas dazu sagen.

Wenn ich heute, und ich spreche vorwiegend von unserem Bezirk, im Bezirk Neusiedl am See, wo ich selbst wohne, mit Leuten auch rede und jetzt ist ein Monat lang dieses neue System im Betrieb, dieser massive Eingriff in diese Gesundheitsversorgung, muss man klarstellen.

Wenn ich vorher fünf Ärztesprengel gehabt habe und jetzt einen Visitenarzt habe von 17.00 bis 22.00 Uhr, dann kann man nicht von einer Verbesserung sprechen. *(Abg. Günter Kovacs: Stimmt nicht.)*

Nach 22.00 Uhr habe ich eine Telefonärztin oder einen Telefonarzt den ich anrufen kann, der sagt mir, ob ich dann ins Spital fahren soll nach Kittsee, nach Eisenstadt, oder ob ich ein Medikament zu Hause nehmen soll.

Ich darf kurz replizieren auf einen Zeitungsartikel in der „Kronen Zeitung“ von Mittwoch, den 11. April, kurz nachdem dieses neue System eingeführt worden ist. Der Herr Landesrat Doskozil sagt in diesem Statement: Hohe Qualität, kurze Wege. Das ist laut Doskozil die Grundlage der burgenländischen Spitals- und Gesundheitspolitik.

Naja, wenn ich mir das anschaue, dass ich heute eigentlich viel weitere Wege habe wie früher, dann kann ich nicht von einer Verbesserung sprechen, sondern von einer Verschlechterung. Ständig eine Verschlechterung als Verbesserung zu verkaufen, das kann es nicht wirklich sein.

Weil wenn ich mir weiters anschaue - Akutordination in Kittsee zu wenig, sowohl ÖVP, - wo wir schon seit Wochen davor gesagt haben, das wird nicht funktionieren, an die Bevölkerung keine Information hinausgegangen ist was eigentlich geändert wird, - sagen sogar die SPÖ-Mandatare des Bezirkes Neusiedl am See, dass das eigentlich nicht der richtige Weg ist, sondern dass das geändert werden muss*. (Abg. Werner Friedl: Wer sagt das?)*

Die SPÖ-Mandatare des Bezirkes, der Bürgermeister Huber aus Wallern, der Vizebürgermeister aus Pamhagen, *(Abg. Werner Friedl: Geh bitte.)* aus Apetlon, aus Tadten und so weiter. Das ist die Tatsache. Das gibt es auch zu lesen in den Zeitungen. *(Abg. Werner Friedl: Also Du weißt selber ganz genau, dass das besser ist.)*

Das war die Aussendung vom Bezirksgeschäftsführer der SPÖ Radlspäck mit den Inhalten dieser Ortsmandatare die am weitesten weg von Kittsee sind. Natürlich beschweren sich die und sagen, ich brauche eine Stunde nach Kittsee und das bei guter Witterung und dass das vor einigen Wochen ganz anders ausgeschaut hätte bei einer schlechteren Witterungslage. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Eine Woche später Akutordination, Visitenarzt und Sanitäter. - Nächste Schlagzeile. Was ist passiert? Es ist eine Verbesserung angekündigt worden. Jetzt setzt man in Frauenkirchen einen Sani dazu. Der Arme tut mir ja schon bald leid. Dieser Beruf ist wertzuschätzen, aber er bekommt keine Arbeit.

Die Burgenländische Gebietskrankenkasse hat klar gesagt, dass nicht nach Frauenkirchen gefahren werden soll, sondern ausschließlich über die Telefonnummer 141 der Visitenarzt, die Visitenärztin, gerufen werden soll. Und wenn ich dann 141 anrufe, und der Visitenarzt, die Visitenärztin, zu mir ohnehin kommt, wofür brauche ich dann einen Sani dort?

Die nächste Geschichte, Akutordination. Die Akutordinationen die so hochgepriesen werden. Unterstellt wird seitens der SPÖ, dass das nicht stimmt, dass Kinder in Kittsee nicht behandelt werden. Ich trete heute den Beweis an, schriftlich sogar.

Von einem Kind, das mit seinen Eltern dorthin gefahren ist und hat gesagt, ja, da gibt es ein Problem mit einer Medikamentenverabreichung und so weiter. *(Der Abg. Markus Ulram zeigt ein Schreiben.)* Da steht das schriftlich drauf - Weiterleitung nach Eisenstadt. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Um 8.00 Uhr am Abend - 141 angerufen. Dieser Telefondienst hat gesagt, sie sollen sofort nach Kittsee fahren. Die sind nach Kittsee gefahren, dort ist nachweislich gestanden, dass sie nicht behandelt werden, dass sie nach Eisenstadt fahren sollen.

Weißt du wann die Herrschaften heimgekommen sind mit dem kleinen Kind? Um 01.00 Uhr in der Früh. Um 01.00 Uhr in der Früh sind die heimgekommen von Eisenstadt. Und das ist die Gesundheitspolitik der SPÖ anscheinend. *(Beifall bei der ÖVP)*

Weitere Bespiele kann ich Euch auch sagen für die Verschlechterungen die jetzt kommen und nicht mitbedacht worden sind bei der Änderung des Systems. Jetzt müssen die einzelnen Hausärztinnen und Hausärzte Dienst machen als Visitenärztin und Visitenarzt in Frauenkirchen. Passt.

So, jetzt haben die am Dienstag und am Freitag, die meisten haben am Freitag bis 18.00 Uhr, bis 17.30 Uhr, offen. *(Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt ja alles nicht.)* Wisst Ihr was jetzt passiert? Jetzt kommen die Patienten hin, 10 Minuten vor 17 Uhr und der Doktor sagt, ich kann Sie nicht mehr drannehmen weil jetzt muss ich nach Frauenkirchen fahren Dienst machen.

Das ist die Realität. Und somit werden jetzt diese Ordinationszeiten vor Ort in den Gemeinden auch gekürzt werden. Das ist die logische Folgerung an jenen Tagen, *(Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt ja nicht.)* wo diese Ärztinnen und Ärzte Dienst machen müssen in Frauenkirchen und in Kittsee. *(Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt ja nicht, die können ja untereinander tauschen.)*

Nächste Geschichte. *(Abg. Doris Prohaska: Schreien Sie nicht so, Sie haben ein Mikro.)* Bestätigt von einem Arzt wie ich ihn gefragt habe, was passiert, wenn ich jetzt 141 anrufe, nach 22.00 Uhr? Und er sagt, ich soll das und das Medikament vermutlich nehmen, weil bis 07.00 Uhr in der Früh kann ich vielleicht warten laut dieser Ferndiagnose.

Wo bekomme ich ein Rezept her? Dieser Arzt hat mir gesagt, diese Causa ist noch nicht geklärt. Wir haben ein System eingeführt ein neues, oder Ihr habt ein neues System eingeführt und diese Causa ist nicht geklärt.

Weitere Geschichte: Vergrößerung der Sprengel am Wochenende. Am Wochenende gibt es weiterhin die Sprengel. Vorher haben wir fünf gehabt, jetzt haben wir vier Sprengel. Dann fragt einmal die Ärztinnen und Ärzte wie das dann ist mit den Terminen und dem Wochenende von 7.00 bis 21.00 Uhr, wenn zigtausende Leute im Sprengel dazugehören die dazu versorgt gehören, dass es auch zeitlich nicht funktionieren wird.

Dann darf ich Euch ein weiteres Beispiel bringen - Nickelsdorf. Um 19.30 Uhr wurde 141 gerufen, Praktischer Arzt oder Ärztin war keiner verfügbar, der Visitenarzt war unterwegs, ein First Responder wurde gerufen. Was ist dann passiert? Mit dem, das keine Hausärztinnen und Hausärzte mehr zugegen sind, hat müssen der von Hainburg kommen, weil es einen anderen Notfall gegeben hat. Von Hainburg ist der Notarzt kommen.

Bis das Ganze dann funktioniert und bis diese Rettungskette in der zeitlichen Komponente abgewickelt werden kann, vergeht eine halbe Ewigkeit. Und glaubt mir das, dass diese Wegstrecken, vor allem bei uns im Bezirk, in dieser Art und Weise nicht machbar sind. wenn ich heute von A nach B eine Stunde brauche mit dem Auto, dann ist das nicht zumutbar.

Wenn ich heute Spitäler habe in anderen Bezirken die mitten im Bezirk sind, das mag schon sein, dass es dort funktioniert. Aber gerade im Bezirk Neusiedl am See, wo ich am nördlichsten Punkt, in der nördlichst gelegenen Gemeinde des Landes Burgenland ein Spital habe und der flächenmäßig größte Bezirk mit 58.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 50 Prozent extrem lange Wege ins Spital haben, dann wird dieses Gesundheitssystem nicht funktionieren. Da kann ich nur an die Landesregierung und vor allem an Sie, Herr Landesrat Darabos appellieren. Ich weiß jetzt nicht, sind Sie jetzt wirklich zuständig oder Herr Doskozil? Das ist nicht wirklich klar, weil auf den Inseraten ja immer der Kollege drauf ist.

Da muss man eben auch die Leute aufklären wie es derzeit rennt, wenn solche Dinge auftreten. Und jetzt ist das einen Monat in Kraft und es sind genug Probleme schon gekommen, die muss man einfach aufgreifen. Und eine Evaluierung ist zugesagt worden und da werden wir auch nicht lockerlassen.

Wir wollen eine bessere Versorgung, vor allem bei uns im Bezirk Neusiedl am See und da werden wir nicht lockerlassen. Wir werden weiter arbeiten, damit diese Änderung passieren wird. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bravo!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter Ulram, ich habe mit Vielem gerechnet, ich habe wirklich mit Vielem gerechnet, aber die Unwissenheit ist unglaublich von Ihnen.

Diese Unwissenheit, dieses *(Abg. Markus Ulram: Sie müssen mit den Leuten reden. Sie haben ja keine Ahnung.)* dieses Subjektive. *(Abg. Markus Ulram: Sie wohnen 10 Minuten vom Spital weg.)* Ich weiß nicht, wie Sie - haben Sie jetzt nur mit Ihrem Kollegen der hinter Ihnen sitzt, mit dem Herrn Zweiten Landtagspräsidenten Strommer gesprochen und haben sich da Ihre Meinung gebildet?

Sie haben vorher gesagt es gibt einen Arzt in Neusiedl, der zuständig ist für die Akutordinationen für den gesamten Bezirk. Das ist einmal die Unwahrheit. Im Bezirk Neusiedl gibt es momentan zu jeder Zeit in der Ordinationszeit der Akutordinationen zwei Ärztinnen oder Ärzte und zwei ausgebildete Sanitäter.

Also vier Personen*, (Abg. Markus Ulram: Wo?)* die für die Gesundheit immer zur Verfügung stehen *(Abg. Markus Ulram: Wo sitzen die?)* bis 22.00 Uhr. Und das ist ja das Extreme bei Dir. Also was ich mir jetzt wirklich denke, Du hast Dich wahrscheinlich nicht einmal irgendwo erkundigt.

Du redest, es ist versprochen, es wird evaluiert, es wurde gestern schon bei der Gebietskrankenkasse aufgelegt. Wahrscheinlich habt Ihr den Weg dorthin nicht gefunden oder könnt mit keinem reden, wie die Lage aussieht? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Du hast geredet, wie die Lage ausschaut?)*

Und wie schaut die Lage wirklich aus? Wie schaut die Lage wirklich aus? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so.)* Das Pilotprojekt in Oberwart hat uns Recht gegeben. Es hat einwandfrei eineinhalb Jahre geklappt in Oberwart und in jedem Bezirk. Egal ob Mattersburg mit der Rot-Kreuz-Station, egal ob in Jennersdorf mit der Rot-Kreuz-Station, in jedem Bezirk wo es Spitäler gibt.

Gott sei Dank gibt es sie noch, sind wir doch froh, dass es Spitäler gibt, weil laut ÖVP würde es ohnehin schon weniger Spitäler geben, und es klappt die Akutordination.

Wir haben dort einen Zulauf der ist ähnlich wie in Oberwart, wir haben eine top Versorgung, und diese Randzeiten sind noch erweitert worden, sind ausgeweitet worden. Sie reden da irgendetwas von einer Nichtversorgung, von einem Kind.

Und ich sage Ihnen eines, *(Abg. Markus Ulram: Nachweislich.)* da müssen Sie verdammt aufpassen. Wenn Sie jetzt von einer Überweisung in eine Fachabteilung der Kinderambulanz im Spital Eisenstadt vielleicht sprechen, weil das Kind notversorgt werden muss und Sie hier weiterhin mit der Gesundheit von den Kleinsten auch noch, Unwahrheiten da vermitteln, *(Abg. Markus Ulram: Was Sie da behaupten. Wie reden nicht von der Notversorgung.)* dann ist das unglaublich.

Also dann ist das unglaublich, dann ist es für mich wirklich unglaublich, *(Abg. Markus Ulram: Das darf ja nicht wahr sein.)* letztklassig. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ)

Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe gestern wirklich stundenlang mich mit den Vertragspartnern, Ärztekammer, Gebietskrankenkasse zusammengesetzt. Das habt Ihr alle nicht gemacht. Das habt Ihr nicht gemacht. Sie sitzen da wie im Wirtshaus, jetzt auch, und haben sich mit Nichts auseinandergesetzt.

Und was haben die gesagt, was haben die gesagt? Die haben gesagt, die Arbeit der Vertragspartner Ärztekammer, die Ärztinnen und Ärzte, die Gebietskrankenkasse, sämtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben mitgemacht, um eben diese Sicherstellung, diese flächendeckende Sicherstellung wirklich zu machen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben nicht einmal unterschrieben. – Unruhe bei der ÖVP)* wirklich umzusetzen.

Ihr seid die Einzigen die alles schlechtreden. Ihr seid ja schon wie bei den „Muppets“. Ihr sitzt ja auch schon so dort, *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* also so reinschreien, ein bisschen reinhalten, *(Allgemeine Unruhe)* ein bisschen alles schlechtmachen. Das ist nicht in Ordnung und das hat sich unser Land auch nicht verdient.

Das sage ich ganz ehrlich, das hat sich unser Land nicht verdient. Und dieser sensible Bereich der Gesundheit, *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Markus Ulram: Entschuldigung, was heißt Muppetshow? – Entschuldigung.)* das als Spielball heute herzunehmen, auf dem Rücken der gesamten Bevölkerung. *(Abg. Markus Ulram: Da sagt jetzt keiner etwas.)*

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich, ich meine Sie kennen sich vielleicht bei der Landwirtschaft aus, aber bitte reden Sie nicht über Gesundheit, Sie haben keine Kompetenz bei der Gesundheit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Das sage ich Ihnen ganz offen, Sie haben Null Kompetenz. Sie haben sich mit Nichts auseinander gesetzt und stellen sich heute hierher und sind wieder rotzfrech. Gehen Sie lieber heraus, entschuldigen Sie sich für diese Nichtversorgung der *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was ist das für eine Unterstellung?)* Kinder in Neusiedl, wo Sie diese Unwahrheit vertrieben haben.

Unwahrheit, - ich sage es noch dreimal. Sie haben gesagt 14-jährige Kinder *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann wird es auch nicht wahrer.)* werden nicht versorgt. Bitte? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es wird nicht wahrer dadurch, wenn Du es dreimal sagst.*)

Also Kinder werden nicht versorgt in Neusiedl, Herr Klubobmann. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es wird nicht wahrer, auch wenn Du es dreimal sagst.)* Stimmt nicht, es werden Kinder versorgt in Neusiedl, es werden Kinder versorgt *(Abg. Mag.*

Christian Sagartz, BA: Es wird nicht wahrer.) in Neusiedl oder können Sie mir keine Antwort geben? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sieh Dir den Befund an.)*

Also sie werden ordentlich versorgt, wir haben eine Spitzenversorgung. Es ist alles gelungen im Burgenland. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Alles gelungen, alles?)* Wir haben top Zahlen.

Reden Sie nicht alles schlecht! Reden Sie nicht, - *(Abg. Markus Ulram: Erzählen Sie das nur weiter, jeden, das ist eh gut.)* reden Sie von etwas, wo Sie sich auskennen. Okay? *(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Sehr geschätzter Herr Kollege Landtagsabgeordnete Kovacs! Sie haben hier in diesem Hohen Haus das Wort, im Zusammenhang mit der ÖVP – „Muppets“ verwendet.

Ich sage Ihnen, das ist ein Ausdruck, der die Würde des Hohen Hauses verletzt und für diesen „Muppets“-Ausspruch erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagspräsident Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege, zweiter Vizebürgermeister aus unserer Landeshauptstadt Eisenstadt. Mag schon sein, dass in Eisenstadt diese Akutordination funktioniert. *(Abg. Günter Kovacs: Das klappt überall, überall.)*

Ich sage Ihnen, dass das im Bezirk Neusiedl deshalb nicht funktionieren kann, weil die Entfernungen ganz einfach zu groß sind*. (Abg. Werner Friedl: - Das stimmt ja nicht. - Abg. Günter Kovacs: Waren Sie schon einmal dort?)* Stellen Sie sich nicht zum Rednerpult und sagen, da spricht mein Kollege eine Unwahrheit. *(Abg. Günter Kovacs: Ich war schon dort. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Was glauben Sie denn, wo Sie sind? Wir sind ja nicht am Wirtshaustisch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich habe geläutet, und wenn ich läute, bin ich am Wort.

Ich ersuche die Abgeordneten höflich, den Lärmpegel etwas zu senken. Am Wort ist nunmehr der Zweite Präsident.

Herr Kollege Kovacs, es ist überhaupt kein Problem, Sie können sich gerne noch einmal melden.

Ich ersuche allgemein in den Bänken um etwas Ruhe, damit man auch den Redner hört. Herzlichen Dank.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(fortsetzend)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich das Krankenhaus in Kittsee ansehen, wo das situiert ist, das hat der Kollege Ulram in der ihm eigenen Art und Weise sehr pointiert mit der Leidenschaft mit der er Politik macht, auch hier dargestellt.

Das ist der nördlichste Punkt unseres Landes, der nördlichste Punkt des Bezirkes Neusiedl am See. Von Oberwart fahren Sie nach Jennersdorf wahrscheinlich auch so lange, wie von Pamhagen nach Kittsee. *(Abg. Werner Friedl: Das stimmt ja nicht.)*

Warten Sie ein bisschen. Warten Sie ein bisschen, bevor Sie - da reden wir davon, dass der Bezirk Neusiedl am See der flächenmäßig größte Bezirk ist. Sprechen Sie nicht als Mandatar des Bezirkes gegen den Bezirk.

Ich sage Ihnen bei aller Liebe, der Bezirk Neusiedl am See hat 58.000 Einwohnerinnen und Einwohner. *(Abg. Werner Friedl: Ich rede nicht gegen den Bezirk. Ihr redet dagegen.)* Der Bezirk Neusiedl am See ist der wirtschaftlich prosperierendste Bezirk. Wir haben im Bezirk Neusiedl am See 10.000 Gästebetten.

Wir haben im Bezirk Neusiedl am See eine Million Gästenächtigungen, wo am Abend *(Abg. Doris Prohaska: Was hat das damit zu tun?)* die Dinge ganz einfach deshalb akut werden, weil bis um 22.00 Uhr auf Grund der Sommerzeit normal taghelles Licht ist. Da passieren Freizeitunfälle.

Wissen Sie, was da los war das letzte Wochenende, wo Leute mit den Elektrofahrrädern unterwegs waren? Die unterschätzen die Geschwindigkeit, schwere und schwerste Unfälle passieren da ganz einfach. Und da brauche ich auch eine entsprechende Versorgung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht umsonst hat die Stadtgemeinde Frauenkirchen vor vielen, vielen Jahren, da war der Bürgermeister Jakob Paar in Amt und Würden gemeinsam mit der Landesregierung vereinbart, dass das Grundstück wo die Ärzteambulanz steht, die Stadtgemeinde Frauenkirchen dem Land schenkt. Das Land betreibt dort eine Unfallambulanz, 24-Stunden. Das war eine wunderbare Versorgung.

Daher sollten wir trachten, Herr Landesrat, wenn wir in entsprechende Gespräche eintreten, dass wir diese Unfallambulanz zur Versorgung des Seewinkels - und genauso steht es ja auch drauf, von der Unfallambulanz, wieder in Betrieb nehmen, so wie bis zum Jahr 2012, damit diese Versorgung im Seewinkel auch entsprechend gesichert ist.

Wenn Sie sich den Bezirk Neusiedl am See anschauen, der durch die Autobahn in eine Art zwei Teile geteilt ist, südwestlich der Autobahn leben 50 Prozent der Menschen des Bezirkes, dort gibt es eine Million Gästenächtigungen. In Neusiedl am See, Parndorf und Bruckneudorf haben wir alleine 30 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Bezirkes.

Nördlich der Autobahn, rund um das Krankenhaus Kittsee leben 19 Prozent der Bevölkerung. Von Pamhagen nach Kittsee fahren sie einmal eine Stunde. Was mache ich in Kittsee, wenn der Visitarzt, die Visitenärztin, nicht da ist? Ich kann nicht überall den Notarzt, die Notärztin, hinschicken, bei aller Liebe.

Es ist die Situation in jedem Bezirk eine eigene. Im Bezirk Neusiedl am See muss zur Aufrechterhaltung, zur Aufrechterhaltung der guten medizinischen Versorgung im Einvernehmen mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten eine Lösung gefunden werden, damit diese Versorgung auch künftighin gewährleistet ist.

Derzeit, so wie es sich darstellt, meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir das als verantwortungsbewusste Mandatare des Bezirkes Neusiedl am See nicht sagen. Was mich noch wundert, Herr Kollege ist, wo Sie Ihre Informationen herhaben? Sie sprechen von Besprechungen mit der Gebietskrankenkasse, mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, mit wem auch immer? Woher haben Sie diese Informationen, *(Abg. Ingrid Salamon: Man kann ja mit den Leuten reden.)* die Sie hier vom Rednerpult gerade

gesagt haben? *(Abg. Günter Kovacs: Sie können mit jedem reden.)* Mir als Mandatar, als Zweitem Präsident des Hauses, liegen diese Informationen nicht vor.

Wenn Sie hier einen Informationsvorsprung haben, dann sagen Sie uns das. Möglicherweise ist auch eine Versorgung meines Heimatbezirkes dann auch möglich. *(Abg. Ingrid Salamon: Ihr könnt ja auch mit Euren Bürgermeistern reden. - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Gebietskrankenkassa gibt keine Auskünfte.)*

Mit den mir derzeit vorliegenden Informationen kann ich dem nicht zustimmen. Das war mir wichtig, hier zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Präsidentin! Hohes Haus! Zunächst darf ich einmal richtigstellen, ich lasse mir von Ihnen sicher nicht sagen, dass ich da keine Kompetenz habe, oder dass ich mich nicht auskenne. Wir haben uns sehr eindringlich damit beschäftigt. *(Abg. Günter Kovacs: Wo?)* Wir kennen unseren Bezirk, wir kennen auch die Wegstrecken dazu. *(Abg. Günter Kovacs: Warst Du dort?)*

Und nur zur Präzisierung - die SPÖ-Mandatare von Illmitz, Wallern, Tadten, Apetlon, Andau und Pamhagen, laut Zeitungsbericht und Aussendung Eures eigenes Parteisekretärs, sind auch dafür, dass die Gesundheitsversorgung ausgebaut gehört. Und wenn Ihr weitersagt, dass es eh so in Ordnung ist wie es jetzt ist, dann soll es nur so sein. Die Leute werden auch draufkommen, dass es dann nicht so ist.

Und, Herr Kollege Kovacs, jetzt muss ich Ihnen noch etwas sagen. Sie sind ja bekanntlich auch Vizepräsident beim Arbeiter-Samariterbund. Da gibt es eine Schlagzeile vom 11. April 2018, "Streit um Gesundheit, Akutordinationen und Co, - Samariterbund klagt wegen Visitenarzt". *(Abg. Günter Kovacs: Ich weiß es.)*

Jetzt klagt der Samariterbund wegen der Auftragsvergabe, das Land Burgenland. Präsident Grillenberger, Pensionistenverband-Landesobmann war er vor kurzem noch. *(Abg. Doris Prohaska: Ist er immer noch.)* Vizepräsident des Arbeiter-Samariterbundes, Günter Kovacs, Landeskontrolle Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl, Landesschiedsgericht Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Also ich verstehe die Welt dann nicht mehr. Jetzt klagt Ihr den Auftrag ein, dass Ihr weiter arbeiten dürft über den Samariterbund. Da ist parteipolitisches Kalkül dahinter. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da schau her.)* Lasst doch das Rote-Kreuz arbeiten, die in jedem Bezirk gut vernetzt sind, und die werden noch weiter auch Hilfe brauchen aus den Gemeinden, vom Land.

Sie werden das auch perfekt machen, davon bin ich überzeugt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: *(der den Vorsitz übernommen hat.)* Danke, zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Gesundheitspolitik ist wahrlich eine sehr spannende und lädt natürlich immer ein zu Diskussionen. Und ob jetzt 50 Prozent hinter der Autobahn wohnen des Bezirkes oder davor, das ist alles wichtig in der

Berücksichtigung und natürlich auch das Elektroradfahren am Neusiedler See. Die fahren auch in dem Bezirk.

Das ist alles wichtig, aber im Wesentlichen geht es um eine ordentliche Versorgung. Und da stört es mich schon, wenn versucht wird parteipolitisches Kleingeld auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten, der Ärztinnen und Ärzte und der ganzen Partner, die halt wirklich sich da bemühen, zu wechseln.

Da werden Inserate geschaltet, da werden fake-Accounts erstellt auf Facebook, da werden Einladungen erstellt und so weiter, um politisches Kleingeld zu wechseln. Und es stellt sich am Schluss heraus, dass diese fake-Accounts die Bezirks-ÖVP-Organisation Neusiedl am See ist. Gut. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wieso fake? Das ist Impressum.)* Das ist entlarvend genug.

Trotzdem sollte man wirklich den Focus auf Daten, Fakten legen, die tatsächlich wahr sind. Kollege Ulram hat behauptet, 14-Jährige würden nicht versorgt werden. *(Abg. Markus Ulram: Er ist geschickt worden.)* Wahr ist, natürlich werden Kinder versorgt, man muss sich das anschauen. Bei der Ambulanz hat es ja den Sinn, wenn hier eine Fachabteilung benötigt wird, dass eine Fachabteilung aufgesucht wird, *(Abg. Markus Ulram: Nach Eisenstadt.)* das ist ja in jeder anderen Akutordination genauso. Das ist ja keine Spezifikation, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Er hat das schriftlich.)* sondern das ist ja klar, das ist ja der Sinn und Zweck einer Akutordination, dass der praktische Arzt sagt, das kann ich nicht behandeln, du musst in eine Fachabteilung.

Keine Ahnung was immer der gehabt hat. Also 14-jährige Kinder werden nicht versorgt - wahr ist, natürlich werden sie versorgt. Die nächste Behauptung die in den Raum gestellt wird: Es wäre nur ein Arzt, eine Ärztin, gegeben. Wahr ist wieder, - natürlich nicht, sondern wahr ist, dass es zwei Ärztinnen und Ärzte gibt, zwei ausgebildete Sanitäter, also vier Personen dort gibt.

Dann wurde behauptet, es gibt nur eine Akutordination. Was ist wahr? Wir haben natürlich nicht eine, sondern es gibt zwei, es gibt eine in Frauenkirchen und es gibt eine in Kittsee. *(Abg. Markus Ulram: Das stimmt ja nicht. – Unruhe bei der SPÖ und ÖVP)*

Also und wenn Sie *(Abg. Markus Ulram: Das ist keine Akutordination in Frauenkirchen.)* - ich merke Sie sind nicht zu überzeugen, das macht nichts. *(Abg. Markus Ulram: Geh bitte, das ist ein Visitenarzt.)*

Ich hoffe, *(Abg. Ingrid Salamon: Dort ist auch ein Arzt oder? – Abg. Markus Ulram: Aber der ist ja nicht dort vor Ort. – Abg. Ingrid Salamon: Aber geh. – Abg. Werner Friedl: Sicher ist er dort. – Abg. Markus Ulram: Nein, der ist nicht dort.)* die, die zuschauen und zuhören werden überzeugt sein. *(Abg. Werner Friedl: Ich war selber dort.)*

Ich ersuche Sie nur, Herr Kollege Ulram, ich ersuche Sie nur, Herr Kollege Ulram, nicht weil es ein Sozialdemokrat sagt oder ein Vertreter einer anderen Partei, sondern im Sinne der Patientinnen und Patienten und der Ärztekammer. *(Zwiegespräche bei der SPÖ und ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist eine Verhöhnung.)*

Wenn Ihnen die Ärztekammer schon sagt hören Sie auf, die Patientinnen und Patienten zu verunsichern, dann wären Sie gut beraten, auch auf Ärztinnen und Ärzte, Expertinnen und Experten und Partnerinnen und Partner zu hören. *(Abg. Markus Ulram: Es gibt nachweislich in Frauenkirchen keine Akutordination.)* Also bleiben wir bei der Wahrheit, dass was wirklich der Fall ist. Gut.

Wir nehmen das zur Kenntnis. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank erteile ich dem Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich versuche sachlich zu bleiben. Ich hatte den leisen Verdacht, dass nach der Wortmeldung des Herrn Klubobmannes Sagartz diese Debatte auch sachlich abgeführt werden kann und ich möchte schon zu Beginn auch sagen, dass die ÖVP ja für die Akutordinationen auch war und dass wir das gemeinsam beschlossen haben.

Dass der Bezirk Neusiedl bessergestellt ist als andere Bezirke durch diesen Visitenarzt in Frauenkirchen, weil er mehr als eine Stelle in der Akutordination hat. Also ich verstehe diese Kritik nicht ganz und es geht mich jetzt nichts an, was jetzt in der ÖVP los ist, aber der Bürgermeister von Halbturn ist jetzt da. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Resetar.)*

Ja, Frau Kollegin Resetar, Sie brauchen sich gar nicht aufregen, weil, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, Sie wissen was ich jetzt sage, dann hätte es das Krankenhaus Kittsee gar nicht mehr gegeben, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ja, ja, ja!)* dann hätten wir auch keine Akutordination in Kittsee haben können, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: In Güssing gibt es auch nicht mehr viel!)* aber ich möchte wieder auf die sachliche Debatte zurückführen.

Wir haben, glaube ich, genug zu tun in diesem Bereich. Wir haben eine Verknappung der Ärzte und das Thema ist ja ärztliche Versorgung im Burgenland. Wir haben tatsächlich eine Verknappung der Ärzte.

Die kommt auch aus diesem Grund zustande, weil wir noch vor einigen Jahren über 20.000 junge Menschen gehabt haben, die ein Medizinstudium angestrebt haben und jetzt gibt es nur mehr 1.536 Plätze, davon 144 Zahnmedizinerinnen und Zahnmediziner bei knapp 16.000 Bewerberinnen und Bewerber pro Jahr.

Das führt natürlich in weiterer Folge auch zu einer Verknappung der Landärzte und das ist das heutige Thema. Jetzt ist es abgeglitten in die Akutordinationen, das aus meiner Sicht eine gute Entwicklung ist. Noch einmal gesagt, die ÖVP hat ja dankenswerterweise auch diesem Konzept zugestimmt und insofern verstehe ich diese emotionale Debatte, die hier jetzt vonstattengegangen ist, nicht ganz.

Ich möchte dazu sagen, der Kollege Sagartz hat es heute Früh im Radio gesagt, ein Drittel der jungen Medizinerinnen und Mediziner geht ins Ausland. Das ist richtig. Das ist eine objektiv, richtige Aussage. Allerdings muss man dazusagen, dass von diesen 1.500 Beginner des Studiums 70 Prozent Österreicherinnen und Österreicher sind, 20 Prozent EU-Ausländer sind und fünf Prozent junge Menschen aus Drittstaaten außerhalb der EU sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 75 Prozent, es sind 75 Prozent Österreicherinnen und Österreicher! Du hast 70 Prozent gesagt!)* Entschuldigung, 75 Prozent, danke.

Ja, drei Viertel, aber der Rest, wie gesagt, sind Nichtösterreichinnen und –Österreicher. Es stimmt, dass vor allem von denen die Nichtösterreicher sind, auch ein Großteil wieder nach Deutschland zurückgeht, weil die meisten von ihnen Deutsche sind, die dann auch nicht in Österreich ihren Dienst versehen.

Deswegen würde ich appellieren an die Bundesregierung. Das ist hier kein populistisches Bitten von mir, aber ich würde trotzdem meinen, es wäre höchst an der

Zeit, dass wir das aufmachen. Dass wir den Menschen die Möglichkeit geben, das Medizinstudium zu beginnen.

Wenn sie es nicht schaffen, dann schaffen sie es eben nicht. Aber wenn sie nicht die Chance haben es zu beginnen, dann können sie es auch nicht schaffen. Ehrlich gesagt, das ist, glaube ich, aus meiner Sicht der wichtigste Ansatzpunkt für die nächsten 20, 30 Jahre hier auch dafür zu sorgen, dass wir mehr Landärztinnen und Landärzte haben.

Das ist einfach eine Forderung, die an die jetzige Bundesregierung zu stellen ist, die war auch an die alte Bundesregierung zu stellen. Das haben die Wissenschaftsminister, die ÖVP dominiert waren, nicht gemacht.

Das ist aber jetzt kein Vorwurf an die ÖVP, ich würde jetzt appellieren, dass wir das auch machen und dass wir auch dafür sorgen, dass junge Menschen die Möglichkeit haben, hier auch das Medizinstudium zu beginnen und damit auch mehr Möglichkeiten haben, dass wir wieder Landärzte bekommen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, den GRÜNEN und der LBL)*

Es wurde heute schon angesprochen, ich werde es kurzhalten. Wir werden das auch in der Enquete diskutieren können. Ich halte das für gut, dass wir das im Rahmen einer Enquete auch hoffentlich sachlich diskutieren können. Aber es gibt schon einige Maßnahmen die eben diesen, von mir jetzt angesprochenen Punkt, entgegenwirken sollen.

Wir haben für Studierende ab dem dritten Studienjahr Stipendien eingerichtet in der Höhe von 300 Euro pro Monat. Im Gegenzug, das ist auch eine politische klare Aussage, müssen sich diese jungen Menschen verpflichten, dann nach der Ausbildung innerhalb von sechs Monaten für fünf Jahre als Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner tätig zu sein und zu praktizieren.

Ich habe mit dem Herrn Klubobmann auch ein sehr sachliches Gespräch vorher geführt und er hat gesagt, ja okay, warum ist das alles so kurzgehalten, über das kann man reden. Aber grundsätzlich halte ich schon den Leistungsgedanken in diesem Bereich auch für wichtig.

Wir haben eine Förderung für Turnusärzte in der Ausbildung in der Höhe von 500 Euro pro Monat vorgesehen. Ebenfalls mit der Gegenverpflichtung, dass man mindestens fünf Jahre als Kassenvertragsarzt oder -ärztin im Land Burgenland tätig ist. Wir haben, und das werden wir auch diskutieren im Rahmen dieser Enquete, dafür gesorgt, dass es eine Förderung für Ärztepraxen gibt, wenn sich eben Ärzte bereit erklären, hier im Burgenland eine Praxis zu eröffnen oder umzubauen, neu zu beginnen, eine Zweitpraxis auch mit zu betreuen.

Das sind drei Maßnahmen, die eben dem entgegenwirken sollen, dass wir einen Ärztemangel haben, der eben aus meiner Sicht vorrangig dadurch zu verantworten ist, dass es eben von Seiten des Bundes zu wenige Ausbildungsplätze gibt. Also ich würde bitten, in dieser Sache kein parteipolitisches Kleingeld zu schlagen, sondern, dass wir hier gemeinsam versuchen auch dafür zu sorgen, und noch einmal gesagt zum Abschluss, *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram)* ich verstehe es nicht ganz.

Wir haben sieben Akutordinationen in jedem Bezirk eine, aber mit dem Bezirk Neusiedl mit einem Visitenarzt eine zusätzliche Einrichtung die dafür sorgen soll, dass der Bezirk Neusiedl auch zusätzlich gut betreut wird. *(Abg. Ingrid Salamon: Es sind zwei im Bezirk!)*

Ich würde Sie bitten, vielleicht mit der Ärztekammer einmal zu sprechen. Es sind ja nicht Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokratie an sich, sondern Vertreterinnen und Vertreter der Ärzteschaft. *(Abg. Markus Ulram: Ja, den Link haben wir auch schon gehabt!)*

Ja, aber das ist ja aus meiner Sicht eine verkürzte Darstellung. Wenn Sie dann sagen, und das ist wirklich eine, ich meine, dass sage ich jetzt ganz zum Abschluss noch einmal, wenn Sie dann sagen, Kinder werden im Burgenland nicht versorgt, dann würde ich Sie bitten sich zurückzunehmen, auch über Facebook und über Twitter und was weiß ich noch, über die sozialen Medien.

Das bringt keinem was in diesem Land. Uns bringt nur eine gemeinsame Vorgangsweise etwas. Der Kollege Sagartz hat es in seiner Anfangsstellungnahme auch so dargestellt, das andere war ein Geplänkel. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bei dem Thema sind wir bei der Sache, das war keine Kritik!)*

Das war ein Geplänkel, das aus meiner Sicht vernachlässigbar und auch zu vernachlässigen ist. Wir brauchen eine gemeinsame Vorgangsweise im Gesundheitsbereich, dass wir alle auch gemeinsam dafür sorgen, dass sich die Burgenländerinnen und Burgenländer gut versorgt fühlen und sie fühlen sich gut versorgt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die langfristige Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung ist somit einstimmig gefasst.

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung Beilage (1285) betreffend ELER 2020+ (Zahl 21 – 910) (Beilage 1302)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Berichterstatter zum 10. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1285, betreffend ELER 2020+, Zahl 21 – 910, Beilage 1302, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ELER 2020+, in ihrer 30. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf

Fassung einer Entschließung betreffend ELER 2020+, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Besten Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein guter Antrag, den wir auf jeden Fall unterstützen werden. Wir haben ja bei der letzten Landtagssitzung schon darüber gesprochen, als es um die Förderberichte ging und das selbst im Bericht schon die Erwähnung fand. Ich möchte es nochmals zitieren, weil ich es für verrückt halte.

Im Bericht steht drinnen, bei einem Gesamtvolumen von zirka 600 Seiten Vorschriften im EU-Amtsblatt und mehr als 5.000 Seiten Leitlinien und Interpretationen der Europäischen Kommission wurde dabei eine Komplexität erreicht, die diesem Schritt zu einem langdauernden Prozess gemacht hat, der Ende 2016 noch weit von einem baldigen Abschluss entfernt war.

Also da geht es schon einmal um die Einleitung der Förderperiode und ähnlich geht es dann Vereinen, Firmen, auch Gemeinden, die dann vor der Herausforderung stehen, Förderungen zwar gut lukrieren zu können, theoretisch, weil sie genau da hineinpassen, sich aber dann schwer tun, die Förderbedingungen zu erfüllen, beziehungsweise mit der Förderabrechnung zu tun haben. Das geht natürlich alles sehr gut, wenn ich einen großen Betrieb habe.

Wenn man jemanden dafür extra anstellen kann, der juristisch bewandert ist, dann geht das sehr gut. Bei kleinen Vereinen ist das und natürlich auch kleinen Firmen und KMU´s ist das wirklich eine Herausforderung, vor der ja inzwischen viele einfach resignieren und auf die Förderungen pfeifen. Das kann nicht im Sinne der Sache sein, vor allem deswegen nicht, weil gerade diese Betriebe eigentlich das Fundament unserer Wirtschaft ausmachen. Großbetriebe sind wichtig.

Aber in Wirklichkeit sind die kleinen Betriebe, die in den Regionen vor allem für Arbeitsplätze sorgen, für Wirtschaft sorgen, beziehungsweise die Ein-Personen-Unternehmen, die sich praktisch selber einen Job schaffen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Die es verdient haben, auch auf diese Fördertöpfe zugreifen zu können. Deswegen ist dieser Antrag natürlich so wichtig und so wesentlich, auch wenn er schon sehr spät kommt, weil für die Periode hat das natürlich keine Auswirkungen mehr.

Ich möchte aber trotzdem einen Schritt weiter noch denken, weil zuerst bei der Aktuellen Stunde die Zeit zu knapp war und darlegen, warum ich es für notwendig halte, darüber hinaus den Förderdschungel, möchte ich fast sagen, zu überdenken und langfristig anders zu gestalten. Ich halte, wie ich vorher erwähnt habe, diesen Zeitpunkt jetzt für so gut und eigentlich notwendig, weil eben weniger Geld da ist.

Ich habe mir ein Beispiel herausgesucht, an dem ich das festmachen will. Es geht hier mehr um die landwirtschaftlichen Förderungen, aber dennoch. Die Idee ist ja natürlich, dass man mit den Förderungen ähnlich wie bei den Steuern ein bisschen steuert. Das heißt, Sachen die man verbessern will, Sachen die man forcieren will, besonders zu fördern. In der Landwirtschaft ist es zum Teil gerade in Österreich relativ gut gelungen, dass man hier die ökologische Landwirtschaft besonders fördert.

Das hat man eigentlich auch lange geglaubt, dass das im ganzen EU-Raum und in Österreich so ist. Jetzt ist allerdings eine Rechercheplattform, wo in Österreich der Falter

dabei war, draufgekommen, dass das in Wirklichkeit ganz anderes ausschaut. Die haben sich konkret den Stoff Ammoniak angeschaut, der in der Massentierhaltung ein Problem ist.

Da ist man draufgekommen, dass es in Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlanden und Polen 1.209 Massentierhaltungsbetriebe gibt, die insgesamt 104 Millionen Euro an Förderungen bekommen, die aber irrsinnige Emissionen an Ammoniak haben, weil sie eben Großbetriebe sind.

In Österreich und wohl auch in anderen Betrieben, nein anders - die EU hat deswegen eine Latte gelegt, ab welcher Größe Betriebe ihre Ammoniakemissionen melden müssen. Jetzt haben viele Betriebe auch in Österreich sich das Ganze natürlich „zu Nutze gemacht“ und haben diese Latten knapp unterschritten. Es gibt zum Beispiel einen Geflügelbetrieb in der Steiermark, der einfach statt 40.000 39.900 Hühner hält, oder andere Betriebe haben einfach ihren Betrieb zerlegt.

Da hat dann der Vater einen Teil des Betriebes und der Sohn und vielleicht der Opa auch noch dazu. Dadurch kann Österreich diese Ammoniakkonzentrationen einhalten, was in der Tatsache, also in der Wirklichkeit nicht entspricht.

Warum ist das so wichtig? Ammoniak entsteht aus Mineral- und Wirtschaftsdünger und ist extrem verantwortlich für den Feinstaub. Dass es gesundheitsgefährlich ist, wissen wir ja inzwischen zur Gänze. Was ich damit sagen will ist, dass diese Förderungen auf der einen Seite zwar positive Effekte haben, aber gleichzeitig werden damit auch negative Effekte gefördert.

Deswegen wäre hier und jetzt der Zeitpunkt, bevor die neue Periode anbricht, nicht nur in diesem Beispiel, sondern grundsätzlich, das Fördersystem überhaupt zu überdenken.

Von den Großbetrieben, habe ich heute schon erklärt, wir haben nach wie vor das Problem, dass der Großteil der Förderungen an Großbetriebe geht und Kleinbetriebe durch die Finger schauen. Das ist natürlich in Österreich besonders interessant, weil wir diese Großbetriebe, die es im EU-Vergleich gibt, gar nicht haben.

Trotzdem haben wir natürlich sehr wohl Intensivbetriebe, Intensivtierhaltungsbetriebe, und diese sollten eigentlich nicht mehr gefördert werden oder viel weniger gefördert werden.

Österreich hat sich übrigens verpflichtet von 2020, oder ab 2020 bis 2023 den Ammoniakgehalt zu senken. Und zwar um ganze 12 Prozent. Ich bin gespannt, wie wir das schaffen werden. Die Möglichkeit dafür gibt es.

Witzigerweise ist gerade der Betrieb, den ich vorher erwähnt habe, eigentlich in der anderen Richtung ein Vorzeigebetrieb. Er hat im Stall eine Fußbodenheizung. Nicht damit es die Hühner schön warm haben, sondern damit der Kot schneller trocknet und dadurch der Ammoniakanteil weniger rasch entweichen kann.

Also es gibt hier auch technische Lösungen und natürlich muss man auch sagen, der Biolandbau ist hier wieder besser unterwegs, weil der einfach strengere Auflagen hat. Da ist Stroh logisch, also Stroheinstreu logisch, da gibt es diesen hohen Ammoniakgehalt einfach nicht.

Aber zurück zum eigentlichen Antrag. Ich habe ja ein bisschen Bedenken, weil man inzwischen dermaßen hoch gerüstet hat, muss man fast sagen, bei den Auflagen, bei den Förderungen und auch bei den Abrechnungen, dass man da auf ein Level wieder runterkommt, dass irgendwie in einem Verhältnis zu dem steht, was gefördert wird.

Ich verstehe ja noch bei einer großen Förderung von zigtausend Euro, dass man da sehr genau ist. Aber wenn ich für kleinere Vereine, die wichtige Arbeit leisten, egal in welchem Bereich die gleiche Latte lege, dann kann das nicht funktionieren, ganz logisch. Weil einfach, wie ich gesagt habe, die Personaldecke hier dünner ist. Man muss hier ganz eindeutig unterscheiden.

Ich hoffe, dass die Österreichische Ratspräsidentschaft dann im zweiten Teil des Jahres hier massiv lobbyiert dafür, dass gerade wir im Burgenland eher kleinstrukturiert, wir haben natürlich auch eher kleinere Betriebe, kleinere Vereine, hier trotzdem am Fördertopf mitnaschen können.

Gerade im Südburgenland wäre das sehr gut, weil es auch gute Initiativen burgenlandweit gibt, die sich ohne Förderungen einfach schwertun und die diese Fördertöpfe brauchen und deswegen ist dieser Antrag so wichtig. Ich hoffe es bleibt nicht bei dem Antrag und unsere Regierungsvertreter werden hier auf Bundesebene und auf EU-Ebene wirklich massiv Druck machen, dass es hier möglich ist, Förderungen zu lukrieren abseits von juristischen Experten.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstes erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes ist einer der wichtigsten Fonds, die die Entwicklung des ländlichen Raumes in der EU vorantreibt. So ist natürlich klar, dass dieser Fonds vor allem für das Burgenland wichtig ist. Der ELER, wie der Fonds auch kurz genannt wird, ist eines der wichtigsten Finanzierungsinstrumente der gemeinsamen Agrarpolitik.

Die derzeitige Förderperiode hat 2014 begonnen und läuft bis 2020. In diesem Zeitraum sprechen wir von Förderungen in der Höhe von 43 Millionen Euro, die alleine im Burgenland investiert werden. Diese werden aufgeteilt auf die EU, die den größten Teil stemmt. Dann folgt der Bund mit rund 22,2 Prozent und dann kommt noch der Teil, der vom Land Burgenland übernommen wird. Dieser beträgt fast 15 Prozent.

Da jedoch die Phasing Out-Phase bald zu Ende geht, kommen auch Änderungen für das Land. Wir müssen statt den bisherigen knapp 15 Prozent in Zukunft 29 Prozent übernehmen. Das bedeutet, dass wir massive Mehrausgaben seitens des Landes haben werden. Jedoch durch die gut durchdachte und vorausschauende Budgetplanung unserer Landesregierung werden wir das auch schaffen, denn die Förderung des ländlichen Raumes ist uns ein großes Anliegen.

Aber natürlich stellt die Tatsache, hier mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, auch eine große Herausforderung dar. Noch dazu kommt, dass sich die Rahmenbedingungen oft ändern und auch die Umstände. Um auf diese reagieren zu können, bedarf es mehr Freiraum für die Länder.

Wie es auch so schön heißt, wer zahlt schafft an. Und das verlangen wir auch hier. Wenn wir schon zur Kasse gebeten werden, dann möchten wir auch mehr mitreden können und über mehr Möglichkeiten zur Selbstbestimmung verfügen.

Die Burgenländische Landesregierung hat sich ein wichtiges Ziel gesetzt: Bürokratieabbau. Dieses Ziel muss nicht nur im eigenen Herrschaftsbereich umgesetzt

werden, sondern sollte auch für übergeordnete Bereiche, wie zum Beispiel dem ELER gelten. Derzeit beginnen die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen.

Wie schon erwähnt, ist vor allem bei uns die Förderung im ländlichen Raum wichtig. Sie sichert Arbeitsplätze und somit den Wohlstand der Burgenländer. Wir nehmen daher Kürzungen der Förderungen im Bereich des ländlichen Raumes im Zuge des mehrjährigen Finanzrahmens nicht hin. Es darf hier nicht der Sparstift angesetzt werden, denn das ist definitiv der falsche Weg.

Das Burgenland hat derzeit den Vorsitz der Landesagrarreferentenkonferenz inne. Dies bietet die Möglichkeit, genau diese Punkte nochmals zu unterstreichen. Wir fordern mehr Mitspracherecht, mehr Flexibilität, mehr Selbstbestimmung und wir fordern den Bürokratieabbau.

Unsere Landesregierung arbeitet für die Absicherung des Standortes Burgenland und wird sich auch hier mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass weiterhin Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden, um den Wohlstand der Burgenländer abzusichern. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Der nächste Redner ist der Landtagsabgeordnete Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wie wichtig EU-Gelder sind, und da sind wir uns sicherlich alle einig, haben wir heute in der Aktuellen Stunde mehrmals bereits gehört. Der ELER und der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft EAGFL sind die beiden Finanzierungsinstrumente der gemeinsamen Agrarpolitik. Die ELER-Verordnung ist die rechtliche Grundlage für die als zweite Säule der agrarbezeichneten Politik. In der aktuellen Förderperiode wurden folgende sechs Prioritäten verfolgt:

- Förderung von Wissenstransfer und Innovation,
- Wettbewerbsfähigkeit und Generationswechsel,
- Organisation der Nahrungsmittelkette und Risikomanagement,
- Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung von Ökosystemen,
- Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Ernährungs-und Forstsektor zur kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft,
- soziale Eingliederung der wirtschaftlichen Entwicklung und Bekämpfung der Armut in den ländlichen Gebieten.

Also jene Ziele, die heute von der zuständigen Landesrätin auch für die Zukunft in der nächsten ELER-Periode festgestellt worden sind.

Nur einige Feststellungen, weil noch immer nicht von allen Bevölkerungsschichten, die wertvolle Leistungen der Bäuerinnen und Bauern anerkannt werden. Ein österreichischer Bauer ernährt rund 106 Personen und sichert die Versorgung mit frischen und regionalen Lebensmitteln. Mit der heimischen Land- und Forstwirtschaft sind 530.000 Arbeitsplätze verbunden, wobei ein Bauernhof im Schnitt drei Arbeitsplätze sichert.

Die österreichische Landwirtschaft ist im EU-Vergleich immer noch sehr klein strukturiert, obwohl immer wieder anderes behauptet wird. Diese Vielfalt wollen wir auch für die Zukunft aufrechterhalten. Selbstverständlich verbessern EU-Rückflüsse für die

Bauernfamilien wie bereits erwähnt, die Nettozahlerposition Österreichs. Denn ohne EU-Agrargelder würde in Österreich ein massiver Strukturwandel entstehen.

Deshalb setzen wir bei den EU-Budgetgesprächen auf das Verhandlungsteam rund um Bundeskanzler Sebastian Kurz und Ministerin Elisabeth Köstinger, die als langjährige EU-Abgeordnete die Abläufe genauestens kennt. Das hat auch der ehemalige Minister und neu gewählte Landwirtschaftskammerpräsident Nationalrat Niki Berlakovich bei den letzten EU-Verhandlungen deutlich bewiesen. Gerade die Volkspartei setzt sich für den ländlichen Raum ein.

Mit dem Masterplan Landwirtschaft wurden viele Ideen erarbeitet. Durch intelligentes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum sollen diese Gebiete als attraktive Lebenswirtschaft und Erholungsräume weiterentwickelt und gestärkt werden. Die leitenden Prinzipien sind Regionalität und Vielfalt. So können wir unsere Lebensqualität steigern und uns sehr erfolgreich im internationalen Wettbewerb behaupten und auch ein starkes Zeichen für das ökologische Wirtschaften setzen.

Die Konsumentinnen und Konsumenten unseres Landes werden sich auch weiterhin auf sichere qualitativ hochwertige und leistbare Lebensmittel verlassen können. Die jetzige Bundesregierung hat auch klar im Doppelbudget festgelegt, dass es für die Landwirtschaft auch bei EU-Kürzungen Ausgleichsmaßnahmen geben wird. Diese klare Aussage zur Landwirtschaft erwarte ich mir auch von der Burgenländischen Landesregierung.

Erfreulich und ungewohnt aber vollkommen richtig und von uns immer wieder hingewiesen, war die heutige Feststellung von der zuständigen Landesrätin, die Lebensmittelversorgungssicherheit muss sichergestellt werden. Aber da müssen auch die Rahmenbedingungen bezüglich der Vorschriften und Umwidmungen für Stallbauten verändert werden. Es muss eine Entbürokratisierung vorgenommen und Planungssicherheit sowie Reduzierung der Kontrollstellen erfolgen.

Aber zur Planungssicherheit, die Burgenländische Landwirtschaftskammer leistet hervorragende Arbeit, gerade für die von ihnen immer wieder angesprochenen Kleinbetriebe und bekommt nur für ein Jahr einen Vertrag mit dem Land. Das verstehe ich nicht unter Planungssicherheit. Wenn ich mir die Entbürokratisierung in Ihrer Abteilung, Frau Landesrätin Dunst, ansehe, da gibt es für Leaderförderabwicklungen viel zu wenig fachlich zuständige Sachbearbeiter.

Aufgrund der personellen Unterbesetzung der Abteilung 4 dauert die Abwicklung der Anträge und der Abrechnungen sehr lange. Durch Nachreichungen et cetera, die immer wieder bearbeitet werden müssen, verlängert sich dieser Zeitraum, das gehört auch geändert. Präsident Strommer hat es ohnehin bei der letzten Landtagssitzung ausführlich erwähnt. Das justiert nämlich jeden Förderwerber.

Es ist ganz einfach zu wenig nur Projekte, auch wenn sie nicht genehmigt wurden, medial zu präsentieren und sich um die Umsetzung zu wenig zu kümmern. Da gibt es leider sehr viele Widersprüche.

Wie heute bereits vom Kollegen Bernhard Hirczy erwähnt, waren die südlichen Bezirke hauptverantwortlich für das Ziel 1-Gebiet und die nachfolgenden Förderungen. Genauso wie das Burgenland mehr finanzielle Mitteln erhält als andere Bundesländer, müsste auch das Südburgenland noch besser als bisher unterstützt werden.

Deshalb mein Dank an den ÖVP-Klub mit Landesparteiobmann Thomas Steiner und Klubobmann Christian Sagartz. Mit dem Südburgenland Kongress wurden Vorschläge und Initiativen für das Südburgenland im Landtag eingebracht und wir fordern

auch deren rasche Umsetzung. Wichtig, und wir haben es jahrelang gefordert, ist die Mobilität für den ländlichen Raum.

Erfreulich, dass auch die Frau Landesrätin Dunst heute erkannt hat, auch wenn viel Zeit verstrichen ist, die Mobilität ebenfalls besser zu fördern. Aber man muss nicht immer auf EU-Gelder warten, auch das Land Burgenland kann ihre Förderungen für die Mobilität erhöhen.

Unsere Fraktion, als Garant für einen lebendigen, ländlichen Raum, wird selbstverständlich jedem Antrag zustimmen, der Verbesserungen für den ländlichen Raum bringt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter! Als nächste Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Heute bereits in der Aktuellen Stunde haben wir natürlich über Fördermöglichkeiten gesprochen, diskutiert. Das Beste für das Burgenland, das heißt das Beste für das Burgenland herausholen, voller Einsatz für weitere EU-Förderungen.

Wir haben auch gehört, die Geschichte, die Entwicklung, die Förderungen, die Fördermöglichkeiten, aber vor allem, wie hat sich unser Land in dieser Zeit entwickelt. Wie effizient, wie nachhaltig wurden hier Fördergelder eingesetzt und auch verwendet? Das Land, die politisch Verantwortlichen haben das zumindest zu nutzen gewusst und die große einzigartige Kraftanstrengung, die wirtschaftliche und die soziale Situation dadurch auch wesentlich verbessert.

Der Entwicklungstrend, der positive Entwicklungstrend zeigt sich durch die Erhöhung der absoluten regionalen Bruttoinlandsprodukte in den Jahren 2004 bis einschließlich 2015 von 19.400 Euro auf 25.800 Euro. Sprich, das ergibt eine Steigerung von insgesamt 33 Prozent.

Besonders hervorzuheben ist dabei, dass das Burgenland als einziges Bundesland Österreichs zu 100 Prozent ländliches Gebiet ist. Urbane Zentren mit mehr als 30.000 Einwohnern fehlen hier genauso wie klassische Industriegebiete.

Durch die geographische Lage und die Nähe der Ballungszentren wie Wien und Graz und dem Mangel an Arbeitsplätzen in unserem Land Burgenland ergibt sich ein Anteil von zirka 40 Prozent Berufspendlern.

Das Positionspapier von Kommissar Hogan legt den Schwerpunkt für den ELER 2020+ aus burgenländischer Perspektive in der Schaffung und Erhaltung von hochwertigen und vor allem auch nachhaltigen Arbeitsplätzen.

Die ländliche Entwicklung ist das zentrale Element der österreichischen Agrarpolitik. Sie unterstützt eine moderne, eine effiziente und nachhaltig produzierende Landwirtschaft, aber auch die regionale Wirtschaft und die Gemeinden und setzt soziale Akzente.

Aufgrund der voraussichtlichen Kürzung des EU-Budgets für den ELER nach 2020+ wird eine noch präzisere Ausgestaltung der Vorhabensarten auf die regionalen Bedürfnisse hier auch notwendig werden. In allen wesentlichen Publikationen zum ELER nach 2020 wird auf die Entbürokratisierung und die Berücksichtigung der regionalen Bedürfnisse in einem ELER 2020+ explizit hingewiesen.

Dies ermutigt, die Punkte zu konkretisieren und auch für das Burgenland auszuarbeiten und klar darzustellen. Dabei haben sich folgende Punkte als wesentlich für das Burgenland herauskristallisiert: Ich darf auf den regionalen Bedarf eingehen.

Um eigene Bedürfnisse rasch und möglichst unbürokratisch zu befriedigen, bedarf es der Möglichkeit, von Beginn an regional relevante Themen für das Burgenland innerhalb eines österreichischen ELER verstärkt zu verfolgen und weniger wichtige eben zu vernachlässigen.

Beim Eintreten eines Paradigmenwechsels, bei sich rasch ändernden Rahmenbedingungen und dem Eintreten unvorhersehbarer Ereignisse muss der ELER 2020+ die Möglichkeit auch zu Kurskorrekturen haben und geben.

Dieser regionale Bedarf, die wichtigsten Punkte hier noch einmal zu unterstreichen und hervorzuheben, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Mobilität zu verbessern, mehr Flexibilität während der Programmlaufzeit, Vernetzungsprojekte verstärkt unterstützen, Personal für Abwicklung, Projektbegleitung und -beratung, mehr Geld für die Forschung, Innovation und natürlich auch die Versorgungssicherheit dadurch zu gewähren.

Ein wichtiger Punkt ist die Entbürokratisierung. Der überbordende Bürokratismus des ELER muss in seinen Grundzügen durchdacht werden und einer einfachen Abwicklung auch Platz machen. Rechtssicherheit, Planungssicherheit und Vertrauen müssen der bestehenden Europamündigkeit den Rang ablaufen. Dies kann nur durch ein bürgernahes praktikables ELER ermöglicht werden.

Aber natürlich ist hier auch wichtig, dass Bewährtes beibehalten bleibt. Überall dort, wo positive Erfahrungen im Sinne eines burgenländischen Bedarfs gesammelt wurden, soll Bewährtes auch erhalten bleiben.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend ELER 2020+ ist somit einstimmig gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der 24-Stunden-Pflege“ (Zahl 21 - 907) (Beilage 1303)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 11. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der 24-Stunden-Pflege“, Zahl 21 - 907, Beilage 1303.

Berichterstatterin zu diesem Tagungsordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Präsidentin Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der 24-Stunden-Pflege“ in ihrer 30. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Ausbau der 24-Stunden-Pflege“ unter Einbezug der von mir beantragen Abänderungen die verfassungsmäßigen Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Wir diskutieren unter dem heutigen Tagesordnungspunkt zwei Themen, denn der ursprüngliche Antrag der LBL betraf ausschließlich die 24-Stunde-Pflege. Der Abänderungsantrag spricht aber vor allem über den Pflegeregress und die allgemeine Pflegesituation.

Beide Themen sind wichtig. Ich werde zunächst etwas zur allgemeinen Situation und damit zum Abänderungsantrag sagen und dann speziell auf die politischen Debatten rund um die 24-Stunden-Pflege eingehen.

Was des Doskozils Freud‘ ist des Darabos‘ Leid könnte man sagen, wenn wir auf die politischen Zuständigkeiten für zwei miteinander verwobenen Bereiche der Gesundheitspolitik schauen. Die Verweildauer in den Krankenhäusern sinkt, das wird Landesrat Doskozil freuen, damit steigt aber die Anforderung an die Versorgung und Pflege zuhause und in den Pflegewohnheimen.

Auch die Tatsache, dass wir immer älter werden, unser Körper, leider manchmal auch unser Geist, aber dieses Entwicklungstempo der Medizin in der Gesundheitsversorgung nicht mithalten können, steigt die Zahl der Menschen, die der Pflege bedürfen, stetig und enorm.

Dass hier Pflege und Pflegepolitik völlig neu gedacht werden müssen, liegt auf der Hand. Deswegen bin ich froh, dass der Abänderungsantrag weitergreift als der ursprüngliche Antrag. Hätten wir GRÜNEN uns auch noch mit einem Abänderungsantrag eingebracht, hätte dieser wohl zum Thema gehabt, die gesamte Pflege in Österreich in ein neues System zu gießen. Das aber ist ein anderes großes Thema, eventuell einmal ein Thema einer parlamentarischen Enquete.

Der Einzug in die derzeit zahlreich gebauten Pflegewohnhäuser ist für viele Menschen die einzige Möglichkeit, eine leistbare und adäquate Versorgung zu erhalten. Viele bleiben am liebsten so lange es nur irgendwie geht zuhause und werden in den

eigenen vier Wänden betreut. Aber immer mehr wissen auch, in einem Pflegeheim ist man gut betreut, ist man nie allein, hat rund um die Uhr Betreuung und es ist immer jemand da, auch für medizinische Notfälle.

Was in der Debatte auch nicht vergessen werden darf: Nicht jeder pflegebedürftige Mensch ist alt. Auch das wäre eine eigene Debatte wert. Die Jungen unter den zu pflegenden Menschen, für die es keinen Platz unter ihresgleichen gibt und für die noch längst nicht alle Hilfen zur Bewältigung des Alltags des Lebens politisch angesprochen wurden.

In diesem Zusammenhang sei auch wieder einmal auf die Wichtigkeit der persönlichen Assistenz hingewiesen, wie es auch unser Monitoringausschuss wiederholt tut.

Dem gewichtigsten Thema des Abänderungsantrages, nämlich der Klärung der Frage, wer die Ausfälle an Einnahmen durch den Wegfall des Pflegeregresses zu kompensieren hat, kann ich nur zustimmen. Hier sind sicher noch nicht alle Modelle durchdacht und durchgerechnet.

Eine Erbschaftssteuer wurde schon mehrmals vorgeschlagen. Aber auch eine obligatorische Pflegeversicherung anlog zur Arbeitslosenversicherung könnte angedacht werden. Eines ist sicher, die Organisation und die Finanzierung der Pflegeleistungen der Zukunft muss noch wesentlich grundsätzlicher diskutiert werden als das bislang der Fall ist. Die Abschaffung des Pflegeregresses dann einfach den Ländern aufzubürden, kann nicht der richtige Weg sein.

Nun aber wieder zu der speziellen Pflegeform, zur 24-Stunden-Betreuung. Die 24-Stunden-Pflege ist sicher eine sinnvolle Lösung, wenn es sich dabei ausschließlich um die pflegerische Grundversorgung handelt. Ansteigend ist dabei der Anteil der rund um die Uhr betreuten Personen, die zusätzlich auch noch Fachpersonal brauchen. Es muss in der Debatte also sowohl um die Qualitätssicherung als auch um die Leistbarkeit gehen.

Qualität hat nämlich zwei Dimensionen. Die eine Qualität ist die pflegerische Dimension, die andere ist die kommunikative. Pflege hat sehr viel mit Beziehungsarbeit zu tun. Wo wir auch sehen, wie sich sozusagen ein großer „Gap“ auftut zwischen 24-Stunden-Pflege und Betreuung in Pflegeheimen, das Pflegepersonal in den Pflegeheimen muss unheimlich viel Dokumentationsarbeit leisten. Dafür geht sehr viel Zeit drauf. Bei der 24-Stunden-Betreuung ist das nicht der Fall.

Also auch das wird sich qualitätsmäßig irgendwann einmal zeigen beziehungsweise ist das vielleicht auch eine Rückmeldung an das, was jetzt vielen Pflegekräften in Pflegeheimen aufgebürdet wird, dass so viel Dokumentation nicht immer nötig ist.

Wir sehen, es gibt über die Finanzierung hinaus eine Menge Fragen, die zu diskutieren sind. Dazu gehört auch die Frage, wie mit jenen Menschen umgegangen wird, das sind vor allem Frauen, die hier als 24-Stunden-Pflegerinnen tätig sind, auch wie über sie gesprochen wird.

Jetzt kommen wir zu einem sehr heiklen und leider sehr aktuellen Punkt. Da beschließt etwa unsere Bundesregierung, also allesamt Menschen, die wahrlich genug zum Leben haben, dass jene, die gegen geringen Lohn rund um die Uhr, 24 Stunden täglich als Pflegerin zur Verfügung stehen, die Familienbeihilfe gekürzt werden soll. Diese Arbeitnehmerinnen zahlen in ein System ein. Unserem Bundeskanzler ist es ja unheimlich wichtig, dass immer angesprochen wird, dass und was jemand ins System einzahlt. In dem Fall ist es durch ihre Arbeitskraft in den Familienausgleichsfonds über den

Arbeitgeber, die Arbeitgeberin eingezahlt. Die Arbeitnehmerinnen zahlen also ins System ein.

Die Regierung hat gestern die Anpassung der Familienbeihilfe für Kinder, die im EU-Ausland leben, an das jeweilige Preisniveau des Landes beschlossen. Sie erwartet eine Einsparung von 100 Millionen Euro pro Jahr. Dafür sollen dann zum Beispiel die Kinder aus gutverdienenden Elternhäusern, die in der Schweiz ins Internat gehen oder in Finnland studieren, besser ausgestattet werden.

Das Gesetz soll im zweiten Halbjahr vom Parlament abgesegnet werden und Anfang 2019 in Kraft treten. Was kommt als Nächstes? Für die Kinder, die im Südburgenland leben, wird weniger Familienbeihilfe ausgezahlt als für Kinder, die in Vorarlberg leben, weil ja dort die Lebenshaltungskosten höher sind? *(Abg. Géza Molnár: Das ist ein bisschen ein Unterschied.)* Dieses Argument lässt sich nicht lange mitziehen.

Zurück zu den 24-Stunden-Pflegerinnen. Aus den osteuropäischen Ländern kommen sie vor allem, denen die Bundesregierung mit dieser Begründung weniger Familienbeihilfe auszahlen will aus dem Topf, in den ihre Arbeitgeber eingezahlt haben.

Und dann sagt dann die Familienministerin Bogner-Strauß gestern, ich zitiere: „Derzeit zahlen wir 273 Millionen Euro an Familienleistungen ins Ausland.“ Was ist denn das für eine Diktion? Wir zahlen nicht ins Ausland. Wir zahlen konkreten Menschen, die alle, wie gesagt, ihren Beitrag geleistet haben und diesen Menschen, diesen Frauen, will die Regierung ab nun nicht mehr das geben, was ihnen zusteht auf Grund ihrer Tätigkeit und auf Grund von gültigem Recht. *(Abg. Géza Molnár: Was zusteht, entscheiden die Gesetze.)*

Die Bundesregierung ignoriert einfach Rechtsgutachten, die zu diesem Schluss gekommen sind, dass diese Indexierung EU-rechtswidrig ist. Unsere Regierung macht sich ihre eigenen Gesetze.

Auch Bundespräsident Alexander van der Bellen hat sich wegen möglicher europarechtlicher Schwierigkeiten schon besorgt gezeigt, und er äußert seine Besorgnis nicht sehr oft.

Was sagen unsere Landespolitiker? Klubobmann Christian Sagartz, jetzt gerade nicht da, postet auf Facebook, ich zitiere: „Wir unterstützen all jene, die arbeiten, Steuern zahlen, und fleißig sind. Das ist die neue soziale Gerechtigkeit.“ Ja, was soll denn das heißen? Die 24-Stunden-Pflegerinnen arbeiten nicht? Sie zahlen nicht? Sie sind nicht fleißig? Nein, die arbeiten viel, die zahlen ein und die sind fleißig. Da endet nämlich plötzlich die soziale Gerechtigkeit.

Traurig aber wahr ist, dass für die ÖVP soziale Gerechtigkeit in der Bundesregierung offensichtlich schon genauso wie für die FPÖ dort endet, wo die Landesgrenze endet.

Haben Sie schon einmal durchgerechnet, wie viele zusätzliche Kindergarten und Schulplätze die Bürgermeister und die Bundesregierung finanzieren müssten, wenn diese Frauen ihre Kinder alle nach Österreich mitnehmen, weil sie nur dann die volle Familienbeihilfe bekämen und vielleicht dann erst wieder dieser Job leistbar wäre? Wären diese Kinder dann auch plötzlich unsere Kinder für die Familienministerin, an die sie das so eingesparte Geld ausgeben will?

Diesen arbeitenden, fleißigen Frauen, die ihre Steuern und ihre Abgaben zahlen, nimmt die Bundesregierung etwas weg, das ihnen zusteht. Sie nimmt ihnen etwas weg, das Teil ihres Arbeitsübereinkommens als Pflegekraft in Österreich ist. *(Abg. Géza*

Molnár: Das stimmt so nicht.) Sie nimmt ihnen das, was ihr Recht wäre, aus dem System in das sie eingezahlt haben, wieder herauszubekommen.

Jemanden etwas wegzunehmen, was ihm gehört, laut eines Vertrags zusteht, *(Abg. Manfred Haidinger: Welcher Vertrag? Welcher Vertrag ist das?)* das ist Diebstahl. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Die Begründung, dass einer bestimmten Menschengruppe etwas nicht zusteht, weil diese Menschengruppe nicht von hier ist, obwohl sie genau in jenes System einzahlt, zeigt erschreckende Parallelen mit Vorgängen einer anderen Zeit. *(Abg. Manfred Haidinger: Das ist jetzt aber tief, oder? - Abg. Géza Molnár: Jetzt gehe ich aber hinaus. Das ist ja ein Wahnsinn, was die daherredet.)*

In einem FPÖ-Video, das heute von HC Strache gepostet wurde, lesen wir die Überschrift: FPÖ-Forderung umgesetzt, weniger Geld für Kinder im Ausland. Jetzt wissen wir, worum es geht. Es geht um weniger Geld für Kinder im Ausland.

Nein, das ist nicht gut. Dieses Suchen nach einem Grund, einer bestimmten Menschengruppe weniger Rechte einzuräumen als unseren Leuten, als jenen, die von den Regierungen als zu uns gehörig definiert werden, *(Abg. Manfred Haidinger: Staatsbürger sagt man dazu.)* diese Argumentation, die hatten wir schon Mal.

Wozu das führt, wenn das immer wieder gesagt wird, immer wieder, wenn Menschen je nach Zugehörigkeit immer wieder auseinanderdividiert werden in jene, die mehr Rechte haben und jene, die weniger Rechte haben, wenn das immer wieder wiederholt wird, bis es immer mehr Leute nachsagen, immer wieder, *(Abg. Manfred Haidinger: Sie sind für die Aufhebung der Staatsbürgerschaft.)* wozu das eine Gesellschaft führen kann, das kennen wir schon, und ja, das regt mich auf, weil wir wissen, wohin das führen kann.

Nein, das dürfen wir nicht zulassen, dass diese Art der Politik wieder einreißt. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bevor ich dem Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort erteile, bitte ich alle Damen und Herren des Hohen Hauses bei der Wortwahl sorgsam zu sein.

Jemanden, egal wen, des Diebstahls zu bezichtigen, glaube ich nicht, dass das die Form ist, wie wir uns hier als Mandatare des Hohen Hauses bestimmten Problemen nähern sollten.

Herr Abgeordneter Haidinger, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrätin! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Präsident hat mir durch seine kurze Wortmeldung die Möglichkeit gegeben, noch in den Reihen dreimal durchzuatmen, bevor ich hier antrete, was mich wieder ein bisschen auf die Basis der geringeren Emotion, sprich auf die Sachlichkeit, zurückgeführt hat.

Ich will auch jetzt gar nicht diese hochgeheizte Stimmung, die wahrscheinlich nur bei der Rednerin selber war, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Beim Abgeordneten Molnár, würde ich sagen.)* es waren schon einige Untergriffe, *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Deswegen braucht man nicht die Tür zuschlagen.)* die da hier dem österreichischen Staat gegenüber gezeitigt wurden, die nicht in Ordnung sind.

Man kann vielleicht schon hier emotional dahingehend Überlegungen, philosophische Überlegungen anstellen, über eine globalisierte Welt ohne Nationen, ohne

Grenzen und alle Menschen ein Globus, kann man schon ohne weiteres, aber das sind philosophische Überlegungen und können jetzt hier im Bereich des Pflegeregresses beziehungsweise der 24-Stunden-Pflege oder der Gesamtpflege nicht wirklich einen sachlichen Beitrag geleistet haben.

Ich muss mich herzlich beim Herrn Kölly bedanken, dass er so einen lieben Entschließungsantrag eingebracht hat, den wir natürlich abändern mussten, weil er halt mangels Klubs und so weiter und so fort halt ein bisschen schlank und zart gehalten war. Aber die wirkliche große Breite, die es braucht, *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe Euch wenigstens auf die Idee gebracht.)* um hier einen anständigen Entschließungsantrag einzubringen, haben wir natürlich dabei getragen, durch den Abänderer.

Ich verwundere mich, warum, obwohl Du es bist, der immer sagt, setzen wir uns zusammen, Du Dich nicht vorher zusammengesetzt hast, *(Abg. Manfred Kölly: Habe ich eh gemacht. Ihr wolltet nicht draufgehen.)* dann stünde jetzt vielleicht beim Entschließer überhaupt Kölly auch dabei, wie auch immer, es ist Dir nicht gelungen, mit uns Dich zusammenzusetzen.

Möglicherweise war es Dir auch nicht so wichtig, sondern Du musstest einfach nur Deine vorbereiteten Entschließer, die Du Jahr für Jahr bringst, einfach abhaken, und so ist es halt auch wieder einmal zu dem gekommen. *(Abg. Manfred Kölly: Ich werde es Dir gleich sagen.)*

Schlussendlich wissen wir aber alle, dass wir in der Pflege in Österreich genauso ähnlich wie bei den Hausärzten ein Riesenproblem haben.

Eines der wenigen richtigen Dinge, die meine Vorrednerin gesagt hat, aus meiner Sicht ist, dass die Menschen älter werden, dass die Menschen dadurch natürlich pflegebedürftiger werden und die Pflege sich natürlich viel länger als früher hinzieht, und umgekehrt die Menschen, die das bis dato gemacht haben, nämlich die Familienangehörigen immer weniger werden, die das freiwillig tun. Daher ist ein Vakuum entstanden, das zu füllen ist.

Jetzt haben wir hier, um ein paar technische Daten auch hier anzuführen, natürlich nur 2.170 Pflegeplätze im Burgenland. Davon sind die 77 Millionen in Wirklichkeit in der stationären Pflege, wurden verursacht, 5,4 kamen über den Regress zurück. Wir bekamen bundesweit 3,35 Millionen, so hatten wir ein Delta in etwa von zwei Millionen Euro, die das Land immer zu tragen hatte.

Jetzt besteht natürlich durch den Entfall des Pflegeregresses, den wir natürlich begrüßen, glaube ich alle miteinander, eine entsprechende Angst, ich will nicht sagen Panik, aber eine Angst, dass sich dieses Delta dementsprechend erweitern kann, weil wir noch nicht wirklich wissen, es ist bis jetzt noch nicht am Boden angekommen diese Angst, sodass sie auch wirklich begründet ist, aber man muss ja schauen auch in Prognosen in der Politik auch denken beziehungsweise arbeiten.

Es kann schon durch die verschiedenen beeinflussenden Parameter nämlich dass die Menschen weniger bereit sind, ihre eigenen Familienmitglieder zu versorgen, dass die 24-Stunden-Pflege noch ein bisschen zu wenig durch den Staat auch und durch das Land unterstützt wird, ein Drall in Richtung der Pflegeheime geben, und das wäre natürlich das, was den Staat und dem Land am teuersten käme.

So ist natürlich der Ansatz in Richtung der 24-Stunden-Pflege. Am besten wäre natürlich die 24-Stunden-Pflege durch die eigenen Verwandten, Kinder, Onkeln, wie auch immer. *(Abg. Manfred Kölly: Die etwas bezahlt bekommen.)* Das spielt es aber nicht mehr, *(Abg. Ingrid Salamon: Gibt es schon.)* oder sie müssen auch genauso behandelt werden

wie die Pflegekräfte, damit sie sich aus dem Arbeitsleben herausnehmen können und das auch bezahlt bekommen.

In diese Richtung geht im Großen und Ganzen, und da möchte ich aber schon noch vorausschicken, dass das Burgenland eh schon sehr viel getan hat, weil es ist ja nicht so, dass wir hier kein Hausbetreuungsgesetz und Ähnliches haben, wo wir schon Grundlagen dafür haben, dass hier zuhause gepflegt werden kann.

Kommt es jetzt, und das ist auch jetzt etwas, was uns immer wieder von der ÖVP und auch von der LBL Kölly vorgeworfen wird, wir schieben alles an die Bundesregierung, diesmal haben wir einen Entschließer, der zwei Ebenen in sich trägt, nämlich das eine, an die Bundesregierung heranzutreten, ein Gesamtkonzept … *(Abg. Manfred Kölly: Das habe ich aber so eingebracht - mit den zwei Ebenen. Nur dass Du es weißt und nicht verwechselst.)* Diese Differenzierung lese ich im Entschließungsantrag LBL nicht.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um das Gesamtkonzept Pflege und Betreuung zu entwickeln. *(Abg. Manfred Kölly: Auch im Land Burgenland für den weiteren Ausbau der 24-Stunden-Betreuung. Nicht einmal lesen kann er. Lese einmal den Antrag! Ich sage es Dir dann eh gleich.)*

Ein Modell zur Sicherung der Kontrolle der Qualität und auch das ist eine ganz besonders wichtige Geschichte, weil dort haben wir noch immer ein bisschen Probleme bei den jetzt bereits eingesetzten 24-Stunden-Pflegekräften, *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja interessant. Nicht einmal lesen kann er den Antrag, den wir eingebracht haben.)* eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen natürlich für diese, dass sie nicht dementsprechend ausgenutzt werden und keine Sanktionsmöglichkeiten es gibt, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige umzusetzen und die Kosten der Abschaffung des Pflegeregresses dauerhaft und vollständig aus den Mitteln des Bundes zu bezahlen.

Im eigenen Wirkungsbereich, und da fordern wir auch als Landtag, und da können wir wirklich Kraft und Stärke im Prinzip erzeugen, weil da ist die Landesregierung schon ein kompetenter Ansprechpartner, der das auch kann, eingeleitete Maßnahmen zur Attraktivierung und zum bedarfsgerechten Ausbau der 24-Stunden-Betreuung zuhause aufrecht zu erhalten, weil wir haben ja schon eine dementsprechende Basis, und die ist ja auch gut so. Aber auch natürlich dem möglicheren vermehrten Bedarf anzupassen und die laufende Evaluierung nachsteuern zu können.

Ich glaube, dass in diesem Gesamtpaket, außer dass man den Globus gleich mitbedient hat, aber zumindest für das Burgenland und ein bisschen weit auch für Österreich ein entsprechend guter Entschließungsantrag vorliegt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich gleich replizieren darf, Kollege Haidinger, Sie haben gesagt, wir haben ein Riesenproblem wie bei den Ärzten. Haben Sie vorher wortwörtlich beim Rednerpult gesagt.

Sehen Sie, das finde ich interessant, wenn das ein Kollege der Opposition sagen würde, dann sind wir jene, die alles krankreden. Dann sagt der Günter Kovacs, wir

machen Panikmache. *(Abg. Günter Kovacs: Das stimmt ja nicht; wir machen ja was, damit wir nicht kaputt sind.)* Hat er aber in dem Fall nicht hinzugefügt, möchte ich nur sagen.

Also man misst hier schon mit zweierlei Maß. Wenn es ein Oppositionspolitiker sagen würde, sagen Sie, malen Sie nicht schwarz, machen Sie keine Panik, mischen Sie sich da nicht ein, haben wir alles unter Kontrolle, wir haben jetzt eh viele Maßnahmen eingeleitet.

Erstens, es sind nicht so viele und zweitens, manche finden gar keinen Niederschlag.

Meine Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen, denn er hat aus meiner Sicht eine Lücke und zwar eine fundamentale. Man findet alle Möglichkeiten bei der Bundesregierung, ist in Ordnung, man traut dieser Regierung offensichtlich vieles zu, und sagt dann im eigenen Wirkungsbereich, die eingeleiteten Maßnahmen sollen aufrechterhalten werden, nach Möglichkeit dem Bedarf angepasst werden.

Gleichzeitig, Norbert Darabos hat es vor einigen Wochen bereits gesagt, es fehlt insbesondere an Tagesbetreuungsplätzen. Wenn ich das weiß, wenn das sogar schon der politische Wille ist, wenn das Problem hier schon beim Namen genannt wird, warum findet sich so etwas nicht im Antrag wieder?

Da muss ich mich fragen, wie ehrlich ist man dann zu sich selbst, weil wenn Norbert Darabos die Rückenstärkung des Landtages braucht, um bei diesem Thema Tagesbetreuungszentren für Pflegefälle zu installieren, da gibt es viele Initiativen. Leider Gottes sehr oft nur von Gemeinden oder von Institutionen. Es gibt viele gute Beispiele im ganzen Land, wo eben über das Rote Kreuz insbesondere jetzt, aber auch über das Hilfswerk gibt es Tagesbetreuungsplätze, damit eben Menschen, die ihre Angehörigen selbst pflegen, entlastet werden.

Ich möchte Euch das ganz deutlich sagen. Ich glaube, wenn wir es schaffen wollen, dass möglichst viele Menschen zuhause alt werden können und zuhause gepflegt werden können, dann ist es in erster Linie eine Frage, wie gehen wir mit den pflegenden Angehörigen um?

Diese Menschen, insbesondere sind es zu 99 Prozent Frauen, die brennen im wahrsten Sinne des Wortes aus, denn es ist eine extrem herausfordernde, emotionale Sache, einen nahen Angehörigen hier zu begleiten, manchmal bis zum Tod zu pflegen und in diesem Fall selbst natürlich als Betroffener überzubleiben.

Hier haben wir viel zu wenige Möglichkeiten, wo Menschen sich hinwenden können. Hier gibt es ganz wenige Möglichkeiten, beispielsweise hat das Hilfswerk einmal einen Pflegestammtisch für pflegende Angehörige eingerichtet. Man hat das immer wieder gestartet und man hat damit wieder aufgehört. Es ist offensichtlich eben nicht das richtige Mittel, es braucht hier offensichtlich keine Selbsthilfegruppen, sondern es braucht andere Instrumente.

Ich weiß, es gibt eine Tagesbetreuungsstätte, es gibt die Möglichkeit über das Bundessozialamt. Ich war mit einer Kollegin unlängst beim Bundessozialamt. Ich muss sagen, wir haben vom Mag. Wachter eine sehr umfangreiche und kompakte Information zu diesem Thema erhalten. Hier gibt es so viele Fördermöglichkeiten für Menschen, die eine Auszeit von der Pflege brauchen, weil sie eben derart belastet sind, das wissen nur sehr oft die Menschen gar nicht.

Es ist in dem Trubel, den man erlebt, wenn man tagtäglich betroffen ist und zuhause jemanden versorgen muss, offensichtlich nicht so leicht, sich diese Informationen zu beschaffen oder derartige Schritte zu gehen.

Für diese Menschen suchen wir nach Alternativen. Da muss die Politik, aber auch in dem Fall die zuständige Abteilung des Landes oft aus meiner Sicht zumindest noch kreativer werden, hier braucht es Modelle.

Ich bin hier selbst kein Experte, aber ich glaube, wenn wir es schaffen, diesen pflegenden Menschen, die hier ihre Angehörigen versorgen, emotional, aber auch finanziell, vielleicht ideell zu entlasten, dann haben wir vieles in diesem Bereich getan. Dafür möchte ich mich gemeinsam mit meiner Fraktion verstärkt einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ansonsten darf ich noch anmerken, dass wir natürlich wie im medizinischen Bereich, es ist schon angesprochen worden, vor einer sehr großen Personaldebatte stehen werden. Europaweit fehlen die Pflegekräfte.

Österreich hat jetzt mit einer Neustrukturierung der Ausbildung, mit diesem dreistufigen Modell, zwar einen Schritt in die richtige Richtung gesetzt. Das dauert natürlich alles sehr lange, bis dieses Personal zur Verfügung steht, bis hier Qualifizierungen passieren. Ich glaube, dass man auch darüber nachdenken muss, ob es nicht noch andere Möglichkeiten gibt, in den Pflegeberuf einzusteigen.

Es gab in der Vergangenheit immer wieder Diskussionen um Fragen eines Lehrberufes. Ich weiß, da gibt es ganz unterschiedliche Meinungen. Ich glaube nur, hier braucht es viel Kreativität und unterschiedliche Ansätze, da kommt man sicher gemeinsam auf einen grünen Zweig.

Manchmal, Kollegin Petrik, liebe Regina, kommt man nicht auf einen grünen Zweig. Tatsache ist, dass die Volkspartei in vielen Bereichen eben ein anderes Wirtschaftsbild, ein anderes Gesellschaftsbild fährt wie die GRÜNEN. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Das darf man durchaus kritisch sehen dem anderen gegenüber, aber ich kann Dir versichern, auch mein Bild von Leistung, auch mein Bild von Fleiß ist deshalb kein diskriminierendes dem anderen gegenüber, aber ich glaube, dass viele Schritte, die derzeit gesetzt wurden, und jetzt von dieser Bundesregierung beispielsweise mit dem Familienbonus plus gesetzt werden, durchaus differenziert zu betrachten sind.

Aber sie sind eine klare Entlastung für jene Menschen, die Steuern zahlen. Aus Sicht der Volkspartei, aus Sicht der Bundesregierung sind das genau jene Menschen, die entlastet gehören. Hier haben wir einen klaren Schritt in die richtige Richtung gesetzt - auch wenn Du anderer Meinung bist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Als nächstes bitte ich den Landtagsabgeordneten Magister Christian Drobits ans Rednerpult.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tagesordnungspunkt umfasst eine Thematik, die nicht nur aktuell, sondern auch zukünftig die Bürger und Bürgerinnen im Burgenland treffen wird. Es geht einerseits um die Würde der Menschen, und zwar, die Würde zu altern und in Würde zu sterben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dieser würdevolle Lebensabend ist der, der gewährleistet werden soll. Jede und jeder von uns wünscht sich das. Im Endeffekt haben wir momentan eine Situation, wo drei Entwicklungen gegeben sind, wo wir unbedingt eine echte Reform und auch ein Finanzierungskonzept aufstellen müssen. Diese drei Entwicklungen sind folgende:

Erstens, die rechtliche Entwicklung. Es wurde bereits angesprochen, dass der Pflegeregress abgeschafft wurde. Der Pflegeregress ist ein Eigenregress, der meiner Ansicht nach indirekt eine Erbschaftssteuer war und der vielen Menschen das Ersparte am Schluss ihres Lebens infolge Pflegebedürftigkeit weggenommen hat.

Es war richtig und auch ehrlich, diesen Pflegeregress abzuschaffen. Nicht richtig war es, die entscheidenden Mittel seitens des Bundes nicht zur Verfügung zu stellen und somit die Rechtsunsicherheit zwischen Ländern und Bund in der Weise zu gestalten, dass man nicht weiß, wie man die Kosten heuer und die nächsten Jahre für diesen Bereich aufbringen soll.

Zweitens, die demographische Entwicklung. 2020 kommt die Babyboom-Generation. Das bedeutet, dass ein stetiger Anstieg der Pflegebedürftigen sein wird. Wir wissen, dass 2015 fünf Prozent über 80+ waren. 2050 sind das bereits 12 Prozent. Das heißt, wir gehen auf Zeiten zu, wo, wenn eine echte Reform jetzt nicht kommt und greift und die Finanzierung für die Zukunft für die nächste Generation gesichert wird, durchaus ein „Pflegegau“ entstehen kann.

Drittens, die Gesellschaftspolitische. Heute wurde bereits mehrfach erwähnt, dass gesellschaftspolitisch die Einpersonenhaushalte zunehmen - infolge Scheidung, Trennung, aber auch dadurch, dass die Frauen oftmals länger in Beschäftigung bleiben müssen und deshalb auch nicht mehr die Zeit haben die Pflege zu Hause zu machen.

Das heißt, diese Umstände führen dazu, dass wir nicht darum herumkommen nur einzelne Mosaiksteine zu schaffen, sondern ein Gesamtkonzept, also eine echte Reform durchzuführen. Da ist natürlich nicht nur das Land Burgenland gefordert, sondern vor allem auch der Bundesgesetzgeber und der Bund.

Deshalb ist es richtig, dass wir in unserem Entschließungsantrag mit den guten Angaben auch im Erstantrag von der Liste Burgenland eine Gesamtbeurteilung oder eine Gesamtkonzeption von der Bundesregierung einfordern - und zwar für aktuelle, aber auch für zukünftige Herausforderungen, die durchaus gegeben sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist aber auch richtig zwischen Unterstützung, Betreuung und Pflege zu unterscheiden. Gerade wenn ich die Wortmeldung von Frau Mag.a Petrik gehört habe, spricht sie von einer 24-Stunden Pflege. Man muss wirklich sagen, dass man auch der Bevölkerung sagt, dass diese seit 2007 legalisierte 24-Stundenbetreuung nur eine Hilfe für Haushalts- und Lebensführung ist. Wir sprechen hier nicht von Pflege, wir sprechen rein von Hilfeleistung und Unterstützung.

Das ist ein wesentlicher Unterschied, weil natürlich auch dadurch die Qualifikationsvoraussetzungen andere sind, wie im Pflegepersonal oder im Pflegebereich. Es ist auch wichtig, dass wie bei der 24-Stundenbetreuung auch erwähnen, dass es seit 2007 durch das Hausbetreuungsgesetz und die Gewerbeordnung, die novelliert wurde, auch die Möglichkeit gibt, ein Wahlrecht zu erfüllen. Entweder unselbständig tätig zu sein oder selbständig tätig zu sein.

Wir wissen mittlerweile, dass 97 Prozent aller im Burgenland tätigen Personenbetreuer selbständig sind. Wenn es in dieser Diskussion um Familienleistungen oder Sozialleitungen geht, kann das nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

Auch durchaus mit ihrer Leidenschaft und ihre Emotion, dass Kinder nachkommen. Nur, wenn jemand eine 24-Stunden-Personenbetreuung ausübt ist es unmöglich, Familie in dem Sinn zu leben. Deshalb - entweder ist man 24-Stunden-Personenbetreuerin oder ist man Familienbetreuerin. Beides geht in dieser Form nicht.

Diese 24-Stundenbetreuung, die auch seitens der Liste Burgenland im Antrag ausgebaut werden soll, ist durchaus verschieden zu sehen. Wir haben momentan eine Situation, dass diese 24-Stundenbetreuung seitens des Sozialministeriumservice gefördert wird und das Land Burgenland dann über Jahresabrechnung im Nachhinein 40 Prozent zuschießt.

Zusätzlich wurden jetzt bis zu 600 manchmal sogar bis zu 800 Euro ein Zuschuss gewährt, *(Abg. Manfred Kölly: Stufe!)* der einerseits von der Prüfung des Sozialministeriumservice oder von der Pflegestufe 4 abhängig ist. Das sind natürlich Parameter, die erfüllt werden müssen.

Natürlich ist ein Antrag zu machen. Meine Meinung ist, wir müssen jetzt schauen, wo es hingeht. Der Pflegeregress hat dazu geführt, dass neulich die stationären Einrichtungen und auch die Wartezeiten größer und länger werden. Wir wissen alle, dass es bei der Pflege, Betreuung und Unterstützung natürlich auch in Zukunft um die Finanzierung dieses Umstandes geht. Wir werden auch nicht darum herumkommen, beim Bund, der jetzt ein Pflegefondsgesetz hat, zu schauen, was er macht, um diese Pflegefinanzierung zu gewährleisten.

Wenn es Zweckzuschüsse an die Länder sind, sind wir natürlich durch diese Zweckzuschüsse gesteuert, aber man kann kein Pflegekonzept, keine echte Reform machen ohne das Finanzierungskonzept zu kennen. Darum bin ich der Meinung, kleine Mosaiksteine sind zwar wirklich nach außen hin zu verkaufen, aber wir brauchen jetzt die große echte Reform.

Ich möchte auch erwähnen, dass ein interessanter Aspekt ist, dass die pflegenden Familienmitglieder derzeit zu zwei Drittel die Pflegegeldbezieher pflegen und betreuen. Das heißt, derzeit haben wir im Burgenland die Situation, dass zwei Drittel der Pflegegeldbezieher noch zu Hause versorgt werden. Das ist natürlich ein Aspekt, der zukünftig nicht mehr der Fall sein wird.

Wie bereits angesprochen, die gesellschaftspolitischen und demographischen Entwicklungen führen dazu, dass das ab 2020 bis 2030 stets nicht mehr gegeben ist. Deshalb müssen wir uns auch überlegen, wie wir zukünftig trachten können, dass vielleicht bei der 24-Stundenbetreuung verstärkt einerseits die Pflegeangehörigen und auch verstärkt inländische Arbeitskräfte oder inländische Kräfte eingesetzt werden.

Es muss und es wird wahrscheinlich auch so sein, dass wir auch im Hinblick auf die Wertschöpfung und auch im Hinblick auf die volkswirtschaftlichen Zahlen trachten müssen, genau das in die Hand zu nehmen, dass wir zukünftig die pflegenden Personen, die nahen Angehörigen der Pflegebedürftigen entweder mittels einem Pflegescheck oder mittels anderer Leistung honorieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Momentan ist bereits eine Versicherungsleistung gegeben. Wenn Sie nachsehen - in der Sozialversicherung haben wir bereits ab der Pflegestufe 3 eine Selbstversicherung für nahe Angehörige, die doch mit einer Bemessungsgrundlage von 1.800 Euro resultiert und notiert ist. Das heißt, es gibt schon Voraussetzungen. Wir müssen gerade aber in diesem Bereich die Voraussetzungen noch verstärken.

Mir ist auch wichtig, dass man klar sagt, dass die Kosten für die Länder und Gemeinden mit dem Jahr 2030, wenn es so weitergeht, verdoppelt werden. Nicht nur für

die Länder, sondern auch für die Gemeinden. Genau das sind Zeichen, wo wir sagen müssen, wo wollen wir hin und welche Finanzierung wollen wir, soll das eine versicherungsorientierte sein oder soll es eine steuerfinanzierte sein?

Auch das Pflegegeld wird sich verdoppeln, denn 1993 waren es in Österreich 300.000 Pflegegeldbezieher, 2030 sind es schon 635.000. Das heißt, wir haben in 12 Jahren die doppelte Anzahl der Pflegegeldbezieher, wie bereits zu Beginn der Einführung des Pflegegeldes. Wir dürfen nichts tabuisieren.

Ich glaube, auch die Kontrolle des Pflegegeldes wird zukünftig ein Thema sein müssen. Wir müssen auch wieder diskutieren, ob das Pflegegeld, das ist aber eine Bundeskompetenz, ab einer gewissen Stufe nicht doch auch eine Sachleistung sein soll.

Wir werden auch mehr Pflegepersonal und teureres Pflegepersonal brauchen. 2050 wird davon ausgegangen, dass 100.000 Beschäftigte in stationären und mobilen Einrichtungen bestehen werden.

Das heißt, wir brauchen die beste Ausbildung, wir brauchen auch eine gerechte Bezahlung und natürlich auch faire Arbeitsbedingungen, wie es in den Anträgen gefordert wird. Nur, Ausbildung heißt aber auch Ausbildungsoffensive.

Heute wurde bereits zu einem anderen Tagesordnungspunkt vom Kollegen Steier erwähnt, dass Fachkräfte und auch Lehrlinge offensiv gefördert werden sollen. Ich bin der Meinung, wir brauchen unbedingt eine Ausbildungsoffensive - auch im Pflegebereich, aber nicht nur diejenigen, die im Pflegebereich tätig sind, sondern auch für die Pflegeangehörigen oder für die Angehörigen der zu pflegenden Personen.

Ein Thema, das sicherlich auch angesprochen werden sollte, ist auch die Thematik des Missbrauches. Ich sehe bei der 24-Stundenbetreuung einen großen Wildwuchs an Agenturen, wo unterschiedliche Beträge abgezogen werden. Es ist für mich nicht einsichtig, dass einer Personenbetreuerin X mehr abgezogen wird, wie einer Personenbetreuung Y.

Es ist auch nicht einsichtig, dass vielleicht gefälschte Zertifizierungen oder Zertifikate vorliegen und es ist für mich auch nicht einsichtiger, dass, wie ich, zum Beispiel, vernommen habe, in einem Beispiel in Niederösterreich das rumänische Personenbetreuerinnen, zwei Drittel im Burgenland sind rumänische Personenbetreuerinnen, in Rumänien seitens ihrer Einrichtung oder Agentur aufgefordert werden, eine Infoveranstaltung zum Thema Demenz zu machen, um dann bei Demenz erkrankten Pflegebedürftigen eingesetzt werden zu können.

Diese Zahl, die mir mitgeteilt wurde, von 1.000 Personenbetreuerinnen hat eine an diesem Infoabend teilgenommen. Das heißt, wir haben nicht nur die sprachlichen Probleme, wir haben auch die Probleme, dass die Qualität der Betreuung nicht gesichert ist.

Deshalb ist, meiner Meinung, der einzige Weg, dass wir wirklich trachten, dass im Bereich der 24-Stundenbetreuung auch zukünftig auf inländische Arbeitskräfte im Sinne der Wertschöpfung und auch auf die nahen Angehörigen der Pflegebedürftigen geachtet wird.

Für mich ist es einfach richtig, diesen Antrag so abzuändern, dass ein Gesamtkonzept kommt. Das Gesamtkonzept umfasst auch alle Bereiche, die wir schon das letzte Mal mit dem Pflegeregress besprochen haben. Es ist natürlich auch richtig, dass die Liste Burgenland auch fordert, dass im Burgenland die entsprechenden Rahmenbedingungen angepasst werden.

Ich bin überzeugt, dass der zuständige Landesrat auch mit der Einführung und Abwicklung eines Bedarf- und Entwicklungsplanes, der mittelfristig und langfristig die Pflege- und Betreuung sichern soll, diesen Zustand gewährleisten wird.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Landtagsabgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf den Rängen! Ich denke, das ist ein ganz ein wichtiges Thema, wo einmal mehr die LBL Vorreiter ist.

Wenn der Herr Kollege meint, wir machen nur Anträge, die dann schubladiert werden *(Abg. Manfred Haidinger: Das habe ich nicht gesagt.)* und der Meinung ist, dass wir hier nicht doppelgleisig fahren, *(Abg. Manfred Haidinger: Anträge abändern.)* dann sollten Sie sich den Antrag endlich einmal anschauen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist nämlich genau das Problem, wo ich immer wieder darauf komme, dass Ihr Euch die Anträge eigentlich gar nicht anschaut. Der Klub gibt es weiter, sagt abändern und aus, schluss und fertig. In diesem Fall habe ich überhaupt kein Problem mit der Abänderung, das muss ich auch gleich dazu sagen, weil es weitgreifender ist, aber den Anstoß haben wir gegeben.

Nun bin ich beim Herrn Kollegen Drobits. Er hat vollkommen recht, wenn er sagt, wir müssen schauen, dass wir auch einheimisch Leute in den Pflegebereich bringen, aber auch ausbilden, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das hat man in der Vergangenheit leider versäumt.

Daher brauchen wir die ausländischen Unterstützer, Pflegerinnen und dergleichen mehr. Wer freut sich? Die Wirtschaftskammer. Weil, die sind ja alle als Selbständige angemeldet. Das ist der nächste Fall. Die sagen, wir haben wieder so einen riesen Zuwachs bekommen.

Der Herr Präsident sagt, das ist ja wunderbar. Ich muss den korrigieren, den Herrn Präsidenten. Wo ist das der Zuwachs? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die rechnet er aber immer heraus.)* Naja, wann rechnet er es heraus? Vor der Presse nicht.

Das sagt er Euch, aber vor der Presse erzählt er immer etwas anderes. Aber, sei es wie es sei. Daher ist dieser Antrag wieder einmal mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie normal von der LBL, als Vorreiter, *(Abg. Géza Molnár: Schrittmacher!)* Schrittmacher, nein Vorreiter sage ich immer wieder, weil wir ein bisschen weiter schon vordenken.

Das gefällt mir ja, wenn Ihr auf die ganze Geschichte darauf hüpft und sagt, ja, ist in Ordnung. Wir erweitern, weil wir es nicht zulassen können, dass die LBL vielleicht einen Antrag einmal durchbringt, wo das Land und auch der Bund gefordert sind.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den ich Euch vorlese, wenn Ihr so einen Antrag einmal durchgelesen habt, welche Kosten in nächster Zeit auf uns zukommen werden, dann werdet Ihr mit den Ohren wackeln. Weil das ist genau das, wo sich der Herr Landesrat Darabos schon längst Gedanken gemacht hat.

Und sein Landesratskollege detto, als Finanzlandesrat, aber auch als Zuständiger für gewisse Dinge munter werden wird müssen, weil er hat heute schon gesagt, das wird

uns so viel Geld kosten, dass wir gar nicht mehr wissen, wie wir das eigentlich aufstellen sollen.

Daher glaube ich, dass es richtig ist, was der Burgenländische Landes-Rechnungshof, hier bei der Planungs- und Kostenstruktur der stationären Pflege im Burgenland im Zeitraum 2010 bis 2015 geprüft hat.

Die Kosten waren im Jahr 2010 45,9 Millionen Euro. Die sind auf 70,9 Millionen Euro im Jahr 2015 gestiegen. Jetzt rechnen wir hoch *(Abg. Manfred Haidinger: 77!)*, Herr Kollege Haidinger, was das alles 2020 kosten wird und dann rechnen wir mit diesen Regressgeschichten, was in Ordnung ist, da habe ich ja kein Problem damit, aber es kalkuliert keiner ein, was da für ein Kostenbedarf entsteht. *(Abg. Manfred Haidinger: Natürlich! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das haben wir ohnehin, denn der Bund will da 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Wir wissen genau, 600 Millionen bis eine Milliarde Euro ungeschaut. Da muss sich auch die Regierungsbeteiligung im Bund einmal Gedanken darübermachen. Man hat das vorher eingeführt, hat zugestimmt, die FPÖ genauso, damals, wenn ich mich erinnern kann. Das stimmt ja, Herr Landesrat.

Jetzt kommen wir auf die Idee, das wieder umzudrehen. In Ordnung, dann muss man sich aber darüber Gedanken machen, wie wir das alles, die ganze Situation, schaffen werden. Auf eines kommt es heraus - immer auf das Geld. Wer finanziert die ganze Geschichte? Von dem werden wir nicht wegkommen, dass man gerade in diesem Bereich einen massiven Nachholbedarf hat, aber es auch zukünftig massive Anstrengung brauchen wird, wie wir das finanzieren, nicht nur im Bund, sondern auch im Land.

Hier herzugehen und einfach sagen, naja, wir machen die große Herausforderung, wir haben das abgeändert, das ist schon alles in Ordnung. Wie bewältigen wir die ganze Geschichte? Habt Ihr Euch das schon einmal gefragt?

Denn, wenn ich mir anschaue, wie sich das Ganze entwickeln wird, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass man im Jahr 2050 dann eine 360-prozentige Steigerung haben wird, ich weiß ja nicht, ob ich da noch lebe, wahrscheinlich nicht mehr, aber, egal, ich muss allerdings auch ein bisschen nach vorne schauen, dann frage ich mich schön langsam, wie das wirklich weitergehen soll?

Aber, die Gesundheit ist uns das Wichtigste und diese Leute die jetzt recht alt werden, haben auch für diesen Staat, für dieses Land und für diese Gemeinden etwas geleistet. Dort muss man hinterfragen, wie man das eigentlich finanziell schaffen kann?

Darüber muss man sich Gedanken machen und nicht einfach sagen, wir ändern einen Antrag im Landtag einfach ab und der Fall ist schon erledigt. Wesentlich wäre gewesen, sich darüber Gedanken machen, und, da bin ich jetzt schon bei der Frau Klubobfrau, im Vorfeld doch mehr darüber zu reden.

Hier hätten wir vielleicht eine gemeinsame Möglichkeit geschaffen, dass man das weiterbringt. Aber, ich glaube auch, dass wir dem überhaupt zustimmen können, dem Erweiterungsantrag, denn wir haben ja kein Problem mit so etwas. Wir haben ja kein politisches Denken, sondern wir wollen etwas weiterbringen. Sie haben ja immer wieder nur das politische Denken im Kopf, weil vor ein paar Jahren, wie Ihr noch in Opposition gewesen seid, da habt Ihr noch ganz anders geredet.

Aber, das macht ja nichts, das ist eben einmal so. Mit dem lebe ich schon 30 Jahre in der Politik. Daher glaube ich, dass es notwendig ist, dass wir einheimische Leute ausbilden. Das ist natürlich keine einfache Geschichte, aber da bin schon beim AMS

wieder angelangt und dergleichen mehr, wenn man jetzt die Mindestsicherung mit 814 oder die 800 Euro ausbezahlt. Da könnte man vielleicht fragen, ob wir die nicht umschulen können?

Ich hoffe, dass das ohnehin schon in der letzten Zeit passiert, denn da sind wir ohnehin, denke ich einmal, ganz gut unterwegs. Ich freue mich auch, dass wir vom Land 600 Euro bekommen, aber erst in der Viererstufe! Wer entscheidet das? Das ist auch nicht so einfach.

Ich bin einer der Betroffenen, denn mein Schwiegervater ist 93 Jahre alt und ist ziemlich fit, aber der wird nie in eine Viererstufe kommen, weil wenn er dort ist, gibt es ihn nicht mehr. Das sind aber die Probleme! Er braucht aber eine Hilfe und mein Vater ist 94 Jahre alt und macht sich alles selber. Der will gar keine haben. Jetzt muss man die ganze Geschichte auch relativieren.

Das sind diejenigen Dinge, die man ins Auge fassen muss. Wie geht man mit so einer Situation um? Daher denke ich, dass wir diesen Antrag nicht unbedingt nur als Schmähpartie nehmen, sondern wirklich gemeinsam einen Weg zum Bund gehen, wo jetzt, und das ist ja das Schöne, die Konstellationen, dass wir die FPÖ und ÖVP im Bund oben haben und wir die SPÖ und die FPÖ da haben, gegeben ist.

Also, das heißt, wir haben viele Möglichkeiten, hier einen Druck zu machen. In den Bund hinauf einen Druck zu machen, aber auch im Land einen Druck zu machen. Wir als Gemeindevertreter und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen schauen, dass wir das Ganze finanziell überleben werden, weil wir sonst nur mehr Verwalter und keine Gestalter mehr sind.

Das muss man klar sagen, weil das drückt aber natürlich jeden in einer Gemeinde voll nieder. Wir haben in Deutschkreutz das Caritas Pflegehaus „Lisa“. Bitteschön, Herr Soziallandesrat, wir stocken um zehn Betten auf, weil wir unsere Deutschkreuzer nicht einmal mehr in einem 48 Bettenhaus unterbringen. Da müsste man einmal umdenken, oder, man sagt, man konzentriert sich wirklich, wie die Anträge jetzt lauten, auf die Pflege zu Hause. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das finde ich für gut. Kommunikation wird auch in den Pflegeheimen gemacht, natürlich, aber es will nicht jeder in ein Heim gehen, das muss man auch klar sagen. Man sieht auch deutlich, 80 Prozent sagen Nein, ich will nicht in ein Pflegeheim gehen. Das will ich nicht. Die wehren sich und wenn man sie dann hingibt, dann verfallen sie. Zuhause ist zuhause.

Wenn man früher, ich bin noch in diesem Alter, drei Generationen in einem Haus hatten, dann hat man Leute gehabt, die das Ganze übernommen haben. Das gibt es nicht mehr, weil sich die Zeiten geändert haben, weil die Gesellschaft eine andere wurde und man um 4.00 Uhr morgens aufstehen muss, arbeiten muss und keiner mehr Zeit, nicht einmal für die eigenen Kinder.

Das haben wir heute schon diskutiert. Da müssen wir auch viel Geld in die Hand nehmen und da ist es das gleiche. Ich bitte Euch, ich habe kein Problem mit der Erweiterung von diesem Antrag, aber im Endeffekt sollten wir uns wirklich Gedanken machen, ob die ganze Geschichte finanzierbar ist? Wie können wir das finanzieren? Kann sich das Land eigentlich in so einer Situation gewisse Dinge noch leisten?

Denn, wenn ich schon höre, dass 70 Prozent vom Budget in den Sozialbereich gehen und sich das jährlich steigert, was haben wir dann noch für die anderen Möglichkeiten übrig? *(Abg. Günter Kovacs: 30 Prozent!)*

Aber leider, Herr Kollege Kovacs, leider in den nächsten Jahren nur mehr zehn Prozent! Aber, die Gesundheit ist uns sehr wichtig. Ich glaube, das ist das Wichtigste, was man haben kann. Aber, auch die haben sich eine Betreuung verdient, die alt werden. Die werden ganz alt, Gott sei Dank, aber da habe ich vernommen, dass die Ärztegeschichte natürlich auch hineinspielt.

Das sind logischer Weise zwei Punkte, die man diskutieren muss und soll, weil es einfach die Zukunft ist. In fünf Jahren, sage ich einmal, werden wir schauen, wie man das Ganze wirklich lösen kann. Da brauchen wir wirklich eine gemeinsame Anstrengung - und zu der stehe ich.

Mit diesem erweiterten Antrag habe ich kein Problem, Herr Kollege Haidinger. Es sind in unserem Antrag auch sehr viele Punkte enthalten, die sie schlussendlich auch mitgehen hätten können.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Steier)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Präsident hat mich ermahnt, kurz zu bleiben. Ich mache das auch. Ich glaube, dass dieser Antrag der Liste Burgenland mit dem Abänderungsantrag, Erweiterungsantrag, wie immer man das nennen möchte, dass Problem genau trifft, das wir derzeit haben.

Wir haben im Burgenland derzeit knapp 20.000 Pflegegeldbezieher. 20.000! Davon sind über 2.000 in Pflegeheimen und über 2.000 in der 24-Stundenbetreuung. Dann gibt es dazu auch noch das betreute Wohnen und das betreute Wohnen Plus. Es wird natürlich eine Herausforderung sein, diese Dinge auch zu bewältigen, weil durch den Wegfall des Pflegeregresses den ich begrüße, dass er weggefallen ist und den alle, glaube ich begrüßen den, es hat ja diese Maßnahme noch die Rot-schwarze Bundesregierung beschlossen, weil jetzt natürlich auch eine gewisse Verschiebung im Pflegebereich zu erwarten ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Logischerweise, weil mehr Menschen, oder sagen wir so, die Angehörigen der Menschen, die zu pflegen sind, darauf drängen, dass man ins Pflegeheim kommt. Wir haben vom Land her uns darauf verständigt, dass wir versuchen möchten, in die 24-Stundenbetreuung zu gehen. Diese 24-Stundenbetreuung ist eine große Herausforderung.

Ich sage das jetzt auch ganz offen. Ich bin bei Ihnen, Herr Bürgermeister und Abgeordneter Kölly, ich bin nicht ganz zufrieden damit, dass wir praktisch 100 Prozent im Bereich der Rumäninnen, Ungarinnen und Kroatinnen haben, weil es, aus meiner Sicht, auch durchaus wichtig wäre, dass wir hier Österreicher und Österreicherinnen in diesem Bereich auch beschäftigen könnten. Das wird jetzt die Herausforderung sein.

Was ich heute schon auch herausstreichen möchte ist, dass das Burgenland das erste Land ist, das auch eine Förderung für diesen Bereich anbietet. Diese 600 Euro sind vom Kollegen Drobits schon angesprochen worden. Insgesamt bis zu 600 Euro und 800 Euro, wenn es um eine qualifizierte Kraft geht, also eine diplomierte Krankenpflegerin, oder ein diplomierter Krankenpfleger.

Ich glaube, dass das ganz wichtig ist, weil das eine Herausforderung für die Zukunft ist. Wenn wir uns das im Detail ansehen, dann sehen wir, dass eine zu Pflegende, dass

ein zu Pflegender, ungefähr 3000 Euro mit den Tagsätzen pro Monat für das Land ausmacht. Das ist jetzt keine Kostenfrage, weil es ja darum geht, dass die Menschen gut betreut werden. Aber, ich bin doch der Meinung, dass es besser ist, zuhause gepflegt zu werden. Da bin ich zu 100 Prozent bei Ihnen. Das zeigen auch Studien.

Wir brauchen aber nicht über Studien alleine reden, wir können auch darüber reden, wie es den Menschen geht, denn wir sind ja alle bei den Menschen unterwegs, nehme ich an, und wir hören auch, dass die Menschen zwar dann, wenn sie unbedingt ins Heim gehen müssen, ins Heim gehen, aber grundsätzlich, zu 80 Prozent der Meinung sind, sie würden gerne zuhause alt werden und zuhause gepflegt werden, möglicherweise auch von den eigenen Angehörigen.

Die Errungenschaft mit dem Pflegegeld war eine ganz wichtige Errungenschaft der 90iger Jahre. Die ist ja auch mittlerweile etabliert. Aber alles, was einmal passiert ist, wird ja dann einmal abgehakt und als selbstverständlich angesehen. Aber, ich glaube, dass dieser Antrag, der hier dem Landtag vorliegt und wo ich jetzt auch gehört habe, dass sie damit auch einverstanden sein können, dass er in dieser erweiterten Form auch mitbeschlossen wird, dazu beitragen wird, dass dieser Lenkungseffekt in Richtung Pflege zuhause ein guter ist.

Ich würde an den Landtag appellieren, diesem Antrag auch so zuzustimmen, weil er auch ein Sinnbild der Sozialpolitik des Landes ist. Noch einmal gesagt, das bringt jetzt hier im Landtag nichts, uns selbst zu loben, aber ich sage trotzdem noch in einem Satz, denn wenn über die Hälfte des Budgets in den Sozial- und Gesundheitsbereich geht und vor allem auch in den Pflegebereich geht und wir sehen, dass mit dem Wegfall des Pflegeregresses wir hier neue Herausforderungen haben, dann würde ich Sie bitten, diesem Antrag auch zuzustimmen.

Ein letzter Satz noch dazu: Ich würde nochmals an die Bundesregierung appellieren, dass wir daran arbeiten, dass der Ausfall, der den Ländern entstanden ist, durch den Pflegeregress und das ist nicht die Forderung der Sozialdemokratischen Partei und des Sozial- und Gesundheitslandesrates alleine, sondern beispielsweise auch des Vorarlberger Landeshauptmannes Wallner, dass dieser Ausfall von Bundesseite auch ausgeglichen wird.

Das ist eine eigene Geschichte und das wäre auch wichtig, das wäre auch ein Zeichen der Bundesregierung, dass soziale Angelegenheiten wichtig genommen werden, aber dieser Antrag, wie er uns heute vorliegt, der entspricht auch der Sozialpolitik des Burgenlandes. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Entschließung betreffend ein Gesamtkonzept zur Unterstützung, Betreuung und Pflege ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1283) betreffend die Einrichtung von „Wissenschaftsecken“ in Kinderbetreuungseinrichtungen (Zahl 21-908) (Beilage 1304)

Präsident Christian Illedits: Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1283, betreffend die Einrichtung von „Wissenschaftsecken“ in Kinderbetreuungseinrichtungen, Zahl 21-908, Beilage 1304.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Rosner.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Herr Abgeordneter Rosner, bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Georg Rosner: Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, betreffend die Einrichtung von „Wissenschaftsecken“ in Kinderbetreuungseinrichtungen, in ihrer 30. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, betreffend die Einrichtung von „Wissenschaftsecken“ in Kinderbetreuungseinrichtungen unter Einbeziehung der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Da haben wir wieder einen Antrag zu einem Thema, der einen Weg gegangen ist, einen Weg der Veränderung. Das hat mit einem Antrag der ÖVP zu einem Teilbereich Kindergarten zu „Wissenschaftsecken“ angefangen. Das war mir etwas zu eng gefasst, auch in der Sichtweise, aber ich fand den Zugang interessant und gut.

Es kam dann aber auch schon ein Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen, in dem beschrieben wird, wie der Istzustand im Burgenland, im Kinderbetreuungsbereich mit einigen Projekten, aussieht. Dann ist aber in der Beschlussformel einfach nur festgehalten, dass alles so beizubehalten ist, wie es ist.

Dazu sage ich Nein, auch wenn es schon gute Entwicklungen gab. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich bin nicht dafür, dass wir beschließen, dass einfach alles beibehalten wird. Ich bin schon dafür, dass wir beschließen, dass auch etwas weitergeht und sich etwas weiterentwickelt.

Das etwas weitergeht bei der Ausbildung, da haben wir ja jetzt auch schon die nächsten guten Schritte, dass es auch in Eisenstadt schon möglich ist, akademische Elementarpädagogik-Ausbildung zu betreiben.

Wir haben etwas weiter zu entwickeln was die Gruppengröße anbelangt und das Betreuungsverhältnis. Wir haben noch etwas weiter zu entwickeln, was die Begleitung und die Supervision der Fachkräfte im Kindergarten angeht. Aber das geht mir zu kurz.

Gemeinsam mit der ÖVP haben wir dann einen Abänderungsantrag formuliert. Er ist auch den Fraktionen zugegangen, aber ich nehme einmal an, dass nicht alle Kolleginnen und Kollegen den lesen konnten. Und ich werde jetzt meine Wortmeldung gleich dazu verwenden diesen Antrag zu verlesen weil im Wesentlichen da drinnen festgehalten ist, worum es uns geht.

Ich stelle einen Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 – 908, welcher abgeändert wird wie folgt:

Entschließung des Burgenländischen Landtages betreffend die Einrichtung von „Wissenschaftsecken“ in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Der Kindergarten ist die erste öffentliche Bildungseinrichtung, die Kinder besuchen und er legt damit die Grundlagen für deren weiteren Bildungsweg. Seit dem Jahr 2009 hat in ganz Österreich der „Bundesländerübergreifende Bildungs-Rahmen-Plan für elementare Bildungseinrichtungen“ Gültigkeit.

Dieser gibt eine klare Anleitung für alle Einrichtungen in allen Bundesländern zur bestmöglichen Förderung von Kindern in Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen. Ein Prinzip für die Gestaltung von Bildungsprozessen ist „Geschlechtssensibilität“.

Der Bildungsplan hält dazu fest: Ich zitiere: „Abhängig von ihrer individuellen Sozialisation verfügen Kinder über unterschiedliche Erfahrungen und Vorstellungen zu Geschlechterrollen.

Ziel einer geschlechtssensiblen Pädagogik ist es, Mädchen und Buben unabhängig von ihrem Geschlecht darin zu unterstützen unterschiedliche Potentiale ihrer Persönlichkeit zu entfalten.“ (Bundesländerübergreifender Bildungsrahmen dann für elementare Bildungseinrichtungen) - Zitat Ende.

Dies gilt in Bezug auf gesellschaftliche Rollenbilder ebenso wie in Bezug auf Berufsbilder, die im Bewusstsein der Kinder verankert werden. Bereits in dieser frühen Lebensphase werden der Zugang und die Einstellung zu späteren Berufsbildern geschaffen, wobei der Kindergarten einen wesentlichen Beitrag dazu leistet.

Die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technologie (MINT) das sind die MINT-Fächer, sind in der vorschulischen Kindererziehung bislang noch in

vielen Kindergärten vernachlässigte Bereiche, die jedenfalls großes Potential mit sich bringen.

Es gibt welche, das habe ich erst letztes Mal in der Sitzung schon gesagt, die hier sehr intensiv arbeiten, aber es gibt auch viele wo das vernachlässigt ist.

Die für Mädchen und Buben gleichwertige Aneignung von MINT-Kompetenzen im Kindergarten erweitert im Hier und Jetzt die Wahrnehmung der Kinder der eigenen Fähigkeiten und Interessen, bricht alte (berufliche) Rollenmuster auf, verbessert damit spätere Beschäftigungsmöglichkeiten und erweitert das Verständnis für Forschung und Entwicklung.

Vor allem Frauen sind in MINT-Fächern nach wie vor unterrepräsentiert, weswegen eine gezielte Ermunterung und Förderung von Mädchen in Kinderbildungseinrichtungen anzustreben ist.

Durch die Einrichtung von „Wissenschaftsecken“ erfolgt ein Herantasten der Kinder an naturwissenschaftliche Themen auf spielerische und einfache Weise bereits im Kindergartenalter. In einem „Mini-Labor“ können ungefährliche, auf Kinder abgestimmte Experimente durchgeführt werden.

Die PH Burgenland hat bereits Modelle zur Umsetzung der Förderung von Kindern in MINT-Fächern entwickelt. Der entsprechende Kompetenzerwerb soll künftig speziell auch für Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen möglich sein.

Zudem soll es Zuwendungen seitens des Landes für Betreiber von Kinderbetreuungseinrichtungen geben die eine „Wissenschaftsecke“ einrichten.

Der Landtag hat beschlossen,

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- ein Fördermodell zur Unterstützung der Betreiber von Kinderbetreuungseinrichtungen bei der Errichtung von „Wissenschaftsecken“ und
- ein Modell einer berufsbegleitend zu erwerbenden Zusatzqualifikation in „Wissenschaftlichem Experimentieren im Kindergarten“ speziell für Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen zu erarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen sowie
- sich dafür einzusetzen, dass kindgerechtes, wissenschaftliches Experimentieren in die Ausbildung von Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen implementiert wird und
- durch Fortbildungen und bewusstseinsbildende Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass das Prinzip der Geschlechtssensibilität in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen des Burgenlandes umgesetzt wird.

Das ist der Text unseres Abänderungsantrages. Wie gesagt inhaltlich hat man, - wer das inhaltlich jetzt mitverfolgt hat, konnte feststellen, dass es uns auch darum geht, nicht einfach nur ein Element im Kindergarten zu verstärken, sondern im gesamten Bewusstsein gesellschaftspolitisch auch hier etwas beizutragen im Kindergarten.

Damit Geschlechterrollen aufgebrochen werden können und neu definiert werden können, damit man sich selber finden kann, dort wo man sich selber in seiner Identität finden kann als Mädchen und als Bub. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP – Die Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, so dass er gemäß § 61 Absatz 2 GeOLT in die Behandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! In Summe liegen uns zu diesem Tagesordnungspunkt jetzt drei Anträge vor. Der ursprüngliche Antrag der ÖVP, der Abänderungsantrag den die Koalition im Ausschuss eingebracht hat und ein neuerlicher Abänderungsantrag.

Der ursprüngliche Antrag der ÖVP verlangt ein Fördermodell im entsprechenden Bereich, wenn es um „Wissenschaftsecken“ geht und eine entsprechende Ausbildung speziell für Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen.

Der Abänderungsantrag, den wir gerade gehört haben, ist jetzt inhaltlich nicht wirklich anders. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Na.)* Also er ist vielleicht etwas detaillierter, aber im Großen und Ganzen findet sich das Fördermodell wieder, und auch die Forderung nach einer entsprechenden Ausbildung.

Was mich aber in diesem Antrag, an dem ursprünglichen Antrag stört, ist das damit der Eindruck vermittelt wird, dass es so etwas bisher nicht gäbe. Das ist ja auch in der medialen Berichterstattung dann teilweise auch, so zu sagen aus Sicht der ÖVP gelungen, es so darzustellen.

Wir haben in unserem Abänderungsantrag in der Begründung dargelegt, was es in diesem Bereich alles gibt, dass es überhaupt in diesem Bereich schon etwas gibt. Es sind einige Beispiele aus burgenländischen Kinderbetreuungseinrichtungen angeführt.

Und es ist vor allem auch angeführt, dass in der BAKIP in Oberwart den Pädagoginnen und Pädagogen in Chemie, Physik grundlegende naturwissenschaftliche, technische und mathematische Kompetenzen in Theorie und dann auch in der praktischen Anwendung vermittelt werden. Das darauf großer Wert gelegt wird.

Das gibt es also und es ist dann auch noch ein Hinweis auf das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz zu finden. Und zwar auf jenem Paragraphen der die Verpflichtung vorsieht, dass Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte angeboten werden müssen.

Das Angebot der PH Burgenland wurde bereits erwähnt, das gibt es also. Und in diesem Bereich gibt es durchaus Initiativen, daher unser Abänderungsantrag. In diesem Bereich ist bereits einiges geschehen und geschieht einiges.

Die Beschlussformel, die besagt, dass das beizubehalten ist. Das bedeutet natürlich dann nicht, dass nichts weitergeht und hier nichts weiterentwickelt wird.

Wir sind in diesem Bereich auf einem sehr guten Weg. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Inhaltlich hat die Kollegin Petrik eigentlich die Dinge auf den Punkt gebracht und auch die Wichtigkeit solcher Initiativen, glaube ich, auch wirklich gut dargestellt.

Beim Kollegen Molnar habe ich mir jetzt nichts Anderes erwartet. Ich meine zu sagen, es ist eh alles super und es soll so bleiben wie es ist und zu sagen, man hat inhaltlich bei diesem Abänderungsantrag auf Beispiele im Burgenland hingewiesen ist schon vermessen.

Denn in Ihrem Antrag haben Sie genau ein Beispiel, nämlich Großpetersdorf angeführt und viel mehr wird es auch nicht geben. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Edith Sack: Forchtenstein.)* Und das ist auch der Punkt warum wir das wollen.

Warum wir wollen, dass es hier Anreize gibt für Kindergartenerhalter spezielle Einrichtungen innerhalb der Kindergärten zu schaffen. Das ist eine Sache, die jetzt nicht übertrieben teuer ist. Ich kann Ihnen sagen mit 4.000 bis 5.000 Euro pro Kindergarten, in Summe, kann man hier wirklich tolle Dinge implementieren.

Und es ist schade, dass Sie sich hier ganz einfach komplett verweigern und nicht einmal darüber nachdenken wollen, ob man hier nicht seitens des Landes auch eine Unterstützung für solche Investitionen geben könnte.

Und das ist eigentlich eine Fortsetzung der letzten Landtagssitzung, wo Sie sich ja auch geweigert haben, Ihre Vorgangsweise, nämlich jedes Jahr die Kinderbetreuungsförderung zu kürzen einzustellen und hier wieder auf ein richtiges Maß zu erhöhen.

Hier haben wir eigentlich das gleiche Thema. Hier haben wir das Thema, dass Ihnen, aus welchen Gründen auch immer, dass Ihnen das kein so wichtiges Thema ist. Wo Sie sagen, ja, es ist eh alles in Ordnung und da und dort passiert auch etwas.

Ich sage Ihnen, dass es gut wäre, wenn wir uns darum kümmern würden, auch als Landtag, als Land, dass die Kinderbetreuungseinrichtungen sich in diesen Bereichen verstärken, damit sie hier wirklich ordentliche Einrichtungen auch anschaffen können.

Ich würde Ihnen auch versprechen, dass wir als Stadt Eisenstadt, falls es so ein Fördersystem gibt, nicht ansuchen werden, wenn es darum geht. Wir finanzieren das ohnehin für unsere Kindergärten. Wir werden das auch machen.

Zunächst einmal im Kindergarten Kleinhöflein und hier werden wir ein Parade- und Vorzeigebeispiel zeigen, wie man das machen kann und wie es funktionieren kann. Und wenn das funktioniert, wovon ich ausgehe, dann werden wir auch alle unsere sieben Kindergärten damit ausstatten. Ein bisschen ist es halt das Problem, wenn man sich über Dinge den Kopf zerbricht, so wie der Kollege Molnar oder dann im Anschluss die Kollegin Sack. Sie haben in der Praxis mit Kinderbetreuung ja relativ wenig zu tun.

Ich kann Ihnen nur sagen, wir in der Stadt Eisenstadt betreuen jeden Tag 1.000 Kinder. Sie können mir glauben, *(Abg. Edith Sack: Wir auch in Tadten.)* dass ich hier viel Erfahrung mittlerweile aufweisen kann. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie froh und wie glücklich unsere Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen waren, als ich ihnen gesagt habe, wir werden hier eine Initiative setzen und werden hier einen neuen Schritt in die richtige Richtung, in die Zukunft gehen, weil es um unsere Kinder geht.

Da tut es mir wirklich leid, dass Sie sich hier verweigern. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Edith Sack: Wir verweigern uns nicht.)*

Wenn Sie mit dem Kostenargument kommen, kann man immer sagen, *(Unruhe bei der SPÖ – Zwischenruf der Abg. Edith Sack.)* ja Sie, ja aber meistens der Keulenschlag, ja das ist ja nicht vorgesehen und was das alles nicht kosten würde.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, da geht es um Anreize, da geht es darum, dass man hier Kindergartenerhaltern, insbesondere natürlich in den meisten Fällen Gemeinden, ganz einfach unterstützt, eine Anschubförderung gibt.

Wir haben in etwa 200 Kindergärten im Burgenland. Wenn ich jetzt davon ausgehe, 4.000 - 5.000 Euro kostet eine solche Einrichtung, und das Land würde 1.000 Euro zum Beispiel pro Investition dazu geben, dann reden wir hier von 200.000 Euro in Summe für die nächsten Jahre. Also das Geldargument kann es nicht sein.

Es ist halt offensichtlich so, dass Sie sich deswegen nur verweigern, weil Sie ganz einfach Vorschläge von anderen nicht akzeptieren wollen, weil Sie irgendwie aus parteipolitischen Gründen ganz einfach sagen, nein. Das ist nicht in Ordnung.

Ich hätte mir gewünscht, wenn Sie schon dagegen sind, wenn Sie schon unseren Kindern diese Möglichkeit nicht eröffnen wollen, dann hätten Sie die politische Courage haben sollen, und zu sagen, nein - wir stimmen dagegen. Wir sagen, nein - wir wollen das nicht. Wir wollen nicht einen Fortschritt in den Kindergärten haben. Und wir wollen dazu nichts beitragen.

Das wäre die ehrlichere Politik gewesen. So wie Sie es jetzt machen ist es halt so wie in der Vergangenheit, auch immer wieder irgendwelche Abänderungsanträge zu machen, die am Ende des Tages nichtssagend sind. Sagen Sie ganz einfach ja oder nein! Wir werden Ihnen das nicht ersparen, wir werden auf dem Thema draufbleiben.

Wir werden das natürlich auch kommunizieren, dass Sie gegen eine Förderung unserer Kinder sind, *(Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Ingrid Salamon: Jawohl.)* nicht nur bei der Kinderbetreuungsförderung, sondern auch hier speziell bei der Frage der „Wissenschaftsecken“. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneten Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich fange mit einem Satz an: „Früh übt sich wer ein Meister werden will.“ Das wusste schon Friedrich Schiller und ich denke, dass dieser Satz heute aktueller ist denn je.

Wir wissen, dass Kinder neugierig sind, sie stellen Fragen und wollen alles genau wissen. Sie lernen gerne und damit das so bleibt, werden sie schon im Kindergarten gezielt gefördert. Lieber Herr Kollege Steiner, ich bin jetzt keine Bürgermeisterin, das stimmt und ich habe auch nicht sieben Kindergärten in meiner Ortschaft, aber wir habe auch einen Kindergarten und wir wenden viele Dinge, die Sie heute hier gesagt haben, schon lange an. Ich werde Ihnen auch einige Beispiele heute noch erzählen.

Die Kinder lernen ja eigentlich schon von Geburt an ihrer Umwelt zahlreiche naturwissenschaftliche mathematische und technische Phänomene, die sie neugierig erforschen. Da ist ein Grundbedürfnis.

Aus diesem Grund gehören Bildungsangebote zur Förderung der naturwissenschaftlichen, technischen und mathematischen Kompetenz bereits in jede Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung im Burgenland.

Natürlich nimmt nicht jede Kinderbetreuungseinrichtung oder Kinderbildungs- und betreuungseinrichtung jedes Projekt an. Aber jeder versucht mit einem Projekt mit den Kindern zu arbeiten, das sinnvoll ist. Wir freuen uns natürlich auch schon auf Ihr Projekt. Das werden wir dann auch verfolgen. Und schon in unserem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz 2009 ist festgelegt, dass Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen angeboten werden müssen.

Daher denke ich, dass Ihr Antrag wieder nur eine Alibi-Aktion ist weil, wir sind nicht dagegen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es geht um die Einrichtung in den Kindergärten.)* Und alles was im ÖVP-Antrag gefordert wird, ist eigentlich schon umgesetzt oder ist in Umsetzung. Noch viel mehr wird hier gemacht. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Es werden - von Förderrichtlinien haben Sie in Ihrem Antrag nichts geschrieben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo ist die Förderrichtlinie, ich kenne die nicht.)* Also ich habe da nichts gelesen. Es werden bereits entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote für den Bereich Natur und Technik in der Pädagogischen Hochschule Eisenstadt angeboten.

Das heißt, dass Experimentierbereiche sowie das Bildungsangebot Natur und Technik, was Sie gefordert haben, zur alltäglichen pädagogischen Bildungsarbeit einer Pädagogin und eines Pädagogen gehören.

Ich möchte noch einige Beispiele nennen, die bereits umgesetzt wurden. Und weil Sie gesagt haben in dem, das sind Beispiele aus einzelnen Kindergärten. Ich könnte von den 171 Kindergärten ein Projekt herausnehmen und erzählen, aber ich habe jetzt nur die großen genommen.

So hat zum Beispiel der Kindergarten in Großpetersdorf ein Forschungslabor eingerichtet, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau.)* in dem die Kinder ihre erworbenen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist das Beispiel, genau.)* Kompetenzen, welche durch das Projekt „Fipsi“ angeregt wurden, weiterentwickeln können.

Dieses Projekt wurde sogar vom Ministerium mit dem Forscherpreis prämiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau das ist es, ja genau.)* Das ist ein Vorzeigeprojekt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Weil Sie davon angesprochen haben, mehr Frauen in Technik und so weiter. Wir haben auch hier, da gibt es den Girls Day MINI, der nimmt eine entscheidende Rolle in der Technikförderung ein. Denn in diesem Alter gehen die Mädchen noch ohne Vorurteile, ohne Rollenklischees an Themen heran. Hier wird versucht, das Interesse für Technik und Naturwissenschaft zu wecken, damit es in Zukunft mehr Frauen in diesem Jobsegment geben wird.

Ich kenne Ihren Antrag sehr gut. In Wirklichkeit war der peinlich. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Sie können froh sein, dass Sie die GRÜNEN jetzt auf ihre Richtung gebracht haben, damit da bisschen ein Inhalt drinnen ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ganz wichtig bei den kleinen Kindern ist auch, dass die Eltern mit ins Boot genommen werden. Weil wir wissen ja alle, dass die Eltern hier noch sehr viel Einfluss bei der Berufswahl der Kinder haben. Den Girls Day - miT - Mädchen in Technik, Girls Day – Robert@ und vieles mehr, hat ja unsere Frau Landesrätin Verena Dunst gemeinsam mit dem Frauenreferat schon vor Jahren ins Leben gerufen. Ziel war, damit in jungen Mädchen das Interesse für technische, mathematische und naturwissenschaftliche Berufe geweckt wird. Sie sehen, auch hier haben wir uns schon Jahre vor Ihnen, Gedanken gemacht.

Das Projekt „Fipsi fragt“ zielt auf eine Vernetzung der naturwissenschaftlichen Bildung mit dem Thema Sprache und Sprachförderung ab. Das finde ich genauso wichtig, wie Ihre Anbaugeschichten, die auch in vielen Kindergärten bereits gemacht werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Anbaugeschichten?)* „Fipsi“ ist zum Beispiel ein wissbegieriger Maulwurf, der seine Umgebung erkundet und sehr viele Fragen stellt. Die Kinder sollen die Möglichkeit haben, das Beobachtete zu beschreiben. Sie können Fragen stellen, sie können Ideen einbringen und sie können Vorstellungen entwickeln, und diese dann in die Gespräche vertiefen.

Nicht jedem Kind fällt es leicht in ganzen Sätzen zu sprechen. Und das gilt nicht nur, - bitte? *(Zwiegespräche bei der SPÖ und ÖVP)* Das gilt nicht nur für Kinder, deren Eltern aus dem Ausland kommen. Auch Kinder aus österreichischen Familien haben Probleme, sich altersgemäß auszudrücken.

Durch 15a-Vereinbarungen mit Bund, Land, werden im Burgenland Kinder, die Sprachmängel aufweisen, vom Bund finanziell unterstützt. Genauso wie der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und der kostenlose verpflichtende Besuch des letzten Kindergartenjahres.

Die Frau Ministerin Bogner-Strauß war ja kürzlich im Burgenland zu Besuch und sie konnte sich so selbst ein Bild über unsere tolle Kinderbetreuung im Burgenland machen.

Leider wurden inhaltliche Aussagen über die Zukunft der auslaufenden 15a-Vereinbarung, das sind auch Förderungen zwischen Bund und Land vermisst. Ein ersatzloses Auslaufen dieser Vereinbarung bedeutet für das Burgenland finanzielle Einbußen von 4,5 Millionen Euro und finanzielle Mehrbelastungen für Familien und Gemeinden.

Es hat auch noch keine Gespräche zwischen Bund und Land gegeben, wie es die ÖVP bei der letzten Landtagsitzung behauptet hat, und das wurde auch heute von der Frau Landesrätin Dunst in der Fragestunde bestätigt. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Na ja, Sie haben das behauptet. Bei der letzten Landtagsitzung haben Sie gesagt, alles geregelt, alles gemacht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Da müsst Ihr mit dem Faßmann reden. Ihr habt mit dem falschen Minister geredet.)*

Mit Ihnen spreche ich nicht, Frau Abgeordnete. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Der falsche Minister. Der Faßmann ist für Kinderbetreuung zuständig.)* Ich spreche mit dem Herrn Steiner. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Der Faßmann ist für Kinderbetreuung zuständig.)*

Es wäre dringend notwendig auf die Länder zuzugehen und endlich Verhandlungen aufzunehmen. Aber bis jetzt ist nichts passiert. Ganz im Gegenteil, ein geplanter Termin mit unserer Frau Landesrätin Dunst wurde von der Ministerin kurzfristig verschoben.

Die Ministerin kürzt den Ausbau der Kinderbetreuung in den Ländern um mehr als 52 Millionen Euro und reduziert die Zahlung auf lächerliche 1.000 Euro. Das ist so quasi ein Ansatzposten. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie ist gar nicht zuständig.)*

Und wer bei der Bildung spart, spart bei den Zukunftschancen unserer Kinder, und das sollten Sie sich wirklich hinter die Ohren schreiben! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Daher meine große und dringende Bitte an die ÖVP. Setzen Sie sich bei Ihren Ministern in Wien dafür ein, dass es eine Fortsetzung dieser 15a-Vereinbarungen gibt und lassen Sie hier im Landtag die Schmähparaden als Ablenkungsmanöver.

Wir werden uns weiterhin darum kümmern, dass unsere Kinder in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen erleben dürfen, dass Neugier willkommen ist, dass sie lernen können, sich die Welt fragend und forschend anzueignen.

Denn damit ist nicht nur der Grundstein für eine glückliche Schulzeit gelegt, sondern sie bekommen das Handwerkszeug, aktiv und mutig ihr weiteres Leben in die Hand zu nehmen.

Wir werden den erfolgreichen Bildungsweg im Burgenland weitergehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ich wollte mich nicht zweimal melden, aber ich muss ganz kurz… *(Abg. Edith Sack: Aber bleiben Sie jetzt bei der Wahrheit.)* - natürlich, wie immer.

Nur drei Punkte. Ich meine zum letzten Thema das Sie angesprochen haben, mit diesen berühmten 1.000 Euro Ansatzpost, da hat Ihnen Ihr Koalitionspartner ohnehin schon gesagt, dass das nicht stimmt.

Sie sollten das irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen. Da geht es darum, dass man noch nicht weiß, wieviel Geld man brauchen wird, weil es ja noch Verhandlungen zwischen Bund und Ländern geben wird.

Der zweite Punkt: Sie haben Großpetersdorf angesprochen. Genau das ist es. Genau das ist das Modell, das wir uns vorstellen. Da geht es um die Einrichtung bei den Kindergärten, und unser Antrag geht eben in diese Richtung, dass man solche Einrichtungen auch unterstützt und fördert.

Weil Sie meinen Antrag oder unseren Antrag so gut kennen, *(Abg. Edith Sack: Aber das tun wir ja schon.)* Wo? Na wirklich nicht, aber wirklich nicht. *(Abg. Doris Prohaska: Wenn sich Großpetersdorf das leisten kann, dann wird sich Eisenstadt das auch leisten können, oder?)*

Aber Kollegin, hören Sie, ich habe ja vorhin extra gesagt, Eisenstadt wird nicht ansuchen, wenn es eine solche Förderung gibt, weil wir es uns wirklich leisten können. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Mein Gott, es gibt aber auch kleinere Gemeinden.)*

Aber es geht ja um kleinere Gemeinden, um Gemeinden, die nicht so große Budgets haben und daher habe ich das ja auch versprochen, dass wir nicht ansuchen werden. Es geht darum, dass man vor allem unseren kleineren Gemeinden hilft und sie unterstützt.

Sie haben ja gesagt, Sie haben gerade gesagt, Sie kennen diesen Antrag so gut und da ist kein Wort von den Förderrichtlinien drinnen. Ich lese ihn Ihnen jetzt noch einmal vor, vielleicht haben Sie es überlesen. *(Abg. Edith Sack: Der Abänderungsantrag?)*

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- ein Fördermodell zur Unterstützung der Betreiber von Kinderbetreuungseinrichtungen bei der Errichtung von „Wissenschaftsecken“ zu erarbeiten.

Also viel klarer glaube ich, geht es nicht mehr. Offensichtlich haben Sie den Antrag nicht gelesen. Ich glaube das sogar und vermute das, Sie wollten einfach dagegen sein.

Das haben Sie gemacht, obwohl Sie den Antrag nicht einmal gelesen haben. *(Abg. Edith Sack: Nein, wir sind nicht dagegen, noch einmal. – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Es liegt nun keine Wortmeldung mehr vor, daher kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Bildungsbereich Natur und Technik in burgenländischen Kindergärten ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses (Beilage 1253) betreffend Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung (Zahl 21 - 890) (Beilage 1305)

Präsident Christian Illedits: Der 13. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses, Beilage 1253, betreffend Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, Zahl 21 - 890, Beilage 1305.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, in ihrer 03. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 18. April 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses betreffend Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, als Voraussetzung für Wachstum und

Beschäftigung, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: *(die den Vorsitz übernommen hat.)* Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Markus Wiesler als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Österreich verzeichnet momentan ein robustes oder noch ein robustes Wirtschaftswachstum. Dennoch müssen wir aber danach trachten, dass wir den wirtschaftspolitischen Anschluss in Europa nicht verlieren.

Wir haben einen guten Wirtschaftsstandort, den gilt es natürlich zu halten, damit die Grundlage eines funktionierenden Sozialstaates aufrechtbleiben kann, nämlich, durch Beschäftigung Wohlstand zu schaffen und durch Steuereinnahmen den sozialen Wohlfahrtsstaat aufrechterhalten zu können, und hier gibt es viele Zusammenhänge.

Deswegen müssen wir weiterhin ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort in Österreich für die Unternehmer bleiben. Es ist wie ein Kreislauf. Ohne wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort keine Investoren, keine Investitionen. Ohne Wirtschaft keine Arbeitsplätze, ohne gut qualifizierte Arbeitskräfte wieder umgekehrt, keine gute Wirtschaftsleistung und ohne beides kein funktionierender Sozialstaat.

Die Wirtschaft kämpft ja mit einigen Problemfeldern am Wirtschaftsstandort Österreich mit der Überregulierung, mit der Bürokratie, mit einer hohen Steuer- und Abgabenlast. Es gibt da einen Fachkräftemangel, um hier einige Beispiele zu nennen.

Wir benötigen auch immer wieder Investitionen für verschiedene Projekte, die mit der Absicherung des zukünftigen Wirtschaftsstandortes zusammenhängen. Sei es für die dritte Piste am Flughafen Wien oder die S7.

Beide Projekte, beide Vorhaben haben viel Zeit in Anspruch genommen, trotz dringender Notwendigkeit für eine regionale Entwicklung, trotz der Notwendigkeit zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes und trotz der Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen und auch zu sichern.

Hier dauern die Verfahren zu lange. Durch schnellere Entscheidungen soll der Wirtschaftsstandort wirtschaftsfreundlicher gestaltet werden, damit man wettbewerbsfähig bleiben kann. Für Investoren muss es möglichst schnell Rechtssicherheit geben, damit wir Arbeitsplätze und Wertschöpfung sichern können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Burgenländische Landtag hat sich in diesem Zusammenhang im April 2017 für Verfahrensbeschleunigung, mehr Rechtssicherheit und eine umfassende Betrachtung des öffentlichen Interesses an Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Umweltschutz bei überregionalen Projekten ausgesprochen.

Gleichzeitig wurde die Bundesregierung im Beschluss aufgefordert, die Verankerung der Staatszielbestimmungen, Wachstum und Beschäftigung im Verfassungsrang zu prüfen beziehungsweise in Angriff zu nehmen.

Wir bekennen uns weiterhin zu diesem Beschluss. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja danke schön, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der letzte Tagesordnungspunkt und wahrscheinlich irgendwie die kurioseste Vorgangsweise heute von der SPÖ und von der FPÖ, denn ganz verstehen kann das eigentlich niemand, warum Sie den Beschluss vom April 2017 heute ganz einfach 1:1 wieder beschließen.

Ich werde Ihnen sagen, warum das niemand verstehen kann und vielleicht können Sie mir das erklären, oder vielleicht liegt auch ein Fehler Ihrerseits vor, ein Irrtum, könnte man auch sagen.

Sie haben recht, am 27. April 2017 wurde vom Burgenländischen Landtag ein Antrag beschlossen. ÖVP, SPÖ, FPÖ waren jedenfalls dabei, wo wir genau das beschlossen haben, dass nämlich die Bundesregierung aufgefordert wurde, zu prüfen, ob eine Staatszielbestimmung was den Wirtschaftsstandort und die Beschäftigung betrifft, in die Bundesverfassung aufgenommen werden kann.

Das war ein breiter Konsens, und das war zu diesem Zeitpunkt auch der richtige Beschluss.

Am 15. Mai 2017 hat die Bundesregierung nicht nur geprüft, sondern hat auch einen Vorschlag eingebracht, nämlich noch die SPÖ-ÖVP-Regierung, und hat eine Formulierung vorgelegt, die dann aber nicht mehr zur Beschlussfassung gekommen ist, weil bekanntlich ja der Nationalrat aufgelöst worden ist.

In weiterer Folge hat die neue Bundesregierung, bestehend aus ÖVP und FPÖ, dieses Thema wieder aufgegriffen und hat am 07. März 2018 einen fast wortidenten Vorschlag wieder eingebracht und beschlossen, auch in der Bundesregierung. Nämlich einen Vorschlag wie von der SPÖ-ÖVP Regierung, und da war für mich klar, das ist eine gute Vorgangsweise, da wird es einen extrem breiten Konsens geben, weil ja auch die SPÖ dafür war.

Dann liest man in den Zeitungen, plötzlich ist die SPÖ nicht mehr dafür, dieses Staatsziel in die Bundesverfassung zu geben. Da ist schon die Frage auf der einen Seite, warum ist das so, warum ändert man diese Meinung so schnell? Und auf der anderen Seite ist, was können die Länder dann tun, um hier einen Schwung in die Diskussion zu bringen?

Ich habe mir gedacht, und wir haben uns gedacht, nachdem im Burgenland ja so ein breiter Konsens bestanden hat, und gerade der Herr Landeshauptmann hat in der Landtagssitzung damals zurecht und richtigerweise darauf hingewiesen wie wichtig es ist, den Wirtschaftsstandort auch entsprechend in die Bundesverfassung zu bringen, wie wichtig es ist, große Projekte, wie zum Beispiel die dritte Piste Flughafen auch wirklich umsetzen zu können.

Da gibt es gar nichts zu kritisieren, sondern da kann man dem Landeshauptmann eigentlich nur zu 100 Prozent Recht geben, und ihn zu 100 Prozent unterstützen.

Heute bringen wir einen Antrag ein, der genau in diese Richtung geht nämlich dass wir den Nationalrat auffordern, dass wir bitten und ersuchen, dass es eine Verfassungsmehrheit für unser gemeinsames Wollen gibt, und was machen Sie?

Sie stellen sich her und sagen, na ja, die Bundesregierung soll das wieder prüfen. Ich meine, das ist ja völlig kurios. Das ist ja schon vor einem Jahr geprüft worden, und jetzt geht es darum, das auch umzusetzen und nicht mehr zu prüfen. Deswegen verstehe ich jetzt vor allem die FPÖ nicht, weil Sie damit Ihrem Vizekanzler Strache in den Rücken fallen.

Ich verstehe auch die SPÖ nicht, weil Sie auch Ihrem Landeshauptmann in den Rücken fallen. Irgendwie ist das eine kuriose Situation, die niemand nachvollziehen und niemand verstehen kann.

Deswegen, meine Damen und Herren, weil wir davon überzeugt sind, dass es wichtig ist, dass wird dieses Signal auch an die Wirtschaft senden, dass wir dieses Signal auch senden, dass neben Natur- und Umweltschutz, der auch wichtig ist, auch die Frage des Wirtschaftsstandortes in der Verfassung verankert sein soll.

Weil es auch wichtig ist, geben wir Ihnen natürlich die Chance, Ihren Fehler jetzt zu korrigieren. Daher werde ich einen Abänderungsantrag jetzt auch einbringen, der ja den Fraktionen bekannt ist. Ich darf die Beschlussformel vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort; als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. - Das ist übrigens exakt der Wortlaut von 2017; SPÖ–ÖVP-Regierung und von 2018 ÖVP-FPÖ Regierung.

Der Präsident des Burgenländischen Landtages wird aufgefordert, an den Nationalrat und Bundesrat heranzutreten. Diese sollen eine Staatszielbestimmung Wirtschaftsstandort in der von der Bundesregierung am 07. März 2018 vorgeschlagenen Form verfassungsrechtlich verankern.

Ich denke, wir können hier einen extrem breiten Konsens finden und damit auch ein klares Signal vom Burgenländischen Landtag aus in den Nationalrat, in den Bundesrat geben, dass dieses gemeinsame, breite gemeinsame Wollen von ÖVP, SPÖ und FPÖ und wahrscheinlich auch von der Liste Burgenland, dass dieses gemeinsame Wollen auch wirklich umgesetzt wird.

Ich würde mich freuen, wenn wir hier einen breiten Schulterschluss, einen breiten burgenländischen Schulterschluss schaffen könnten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Mag. Thomas Steiner übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Herr Landeshauptmann! Frau Landesrätin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich aufgrund der langen Dauer und des unmittelbar bevorstehenden Fußballmatches kürzer werden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du hast noch immer die Chance!)* nur die Mitteilung und die Wortmeldung vom Kollegen Steiner veranlassen mich doch, ein paar wichtige Sätze zu sagen.

In diesem letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Landtagssitzung geht es um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Burgenland, daher auch um die Zukunft der Burgenländerinnen und Burgenländer, wenn es um Arbeitsplätze und Existenzen geht.

Es geht da auch um die nächste Generation, der wir verpflichtet sind, die Wirtschaft fit zu halten und die Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze zu schaffen, damit auch unsere Jugend, die nächste Generation, eine Zukunftsperspektive hat.

Wie bereits Kollege Wiesler angeführt hat, hatten wir im April 2017 im Rahmen eines Dringlichkeitsantrages im Hohen Haus betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren von bedeutsamen Infrastrukturprodukten, wie zum Beispiel S7 im Südburgenland oder vor allem auch der dritten Piste am Flughafen Wien mit breiter Mehrheit in diesem Hohen Haus beschlossen, dass wir für Rechtssicherheit und vor allem für das öffentliche Interesse am Wirtschaftswachstum, Beschäftigung sowie Umweltschutz stehen.

Es wurde, wie auch bereits erwähnt, eine Aufforderung an die Bundesregierung erstellt, die Verankerung der Staatszielbestimmungen Wachstum und Beschäftigung zu prüfen. Uns war nämlich wichtig und ist wichtig, dass neben dem Umweltschutz, neben Tierschutz, neben Sicherstellung von Wasser und Lebensmittelversorgung, aber auch der Forschung, eine wichtige Staatszielbestimmung im Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit hineinkommt.

Das sind nämlich im gleichen Atemzug und in gleicher Augenhöhe zum Umweltschutz auch das Wachstum und die Beschäftigung. Wir können es uns nicht leisten als verantwortungsvolle Politiker, dass wir Infrastrukturprojekte zu Tode verhandeln. Siehe S7.

Es ist nämlich eine Überlebensfrage auch für unseren Wirtschaftsstandort Burgenland, das Projekte zeitnah abgewickelt werden. Ich halte es wie unser Landeshauptmann immer sagt, Tempo im Umsetzen von Projekten, sonst bleiben wir als Burgenland als Bremser hinten. Ich glaube, das ist für die nächste Generation nicht notwendig und das dürfen wir auch nicht machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Deshalb bedarf es auch einer Änderung der Staatszielbestimmungen, dass der Stellenwert von Arbeitsplatz und Zukunft der Menschen gleich mit dem Umweltschutz zu setzen ist. Für mich und auch für meine Fraktion gilt daher, Ökonomie und Ökologie sind im Einklang zu sehen, wenn es um die Zukunft der nächsten Generation geht.

Nun, Herr Kollege Mag. Steiner, Ihr Antrag bezieht sich, der ursprüngliche Antrag, nicht der heutige, den kenne ich gar nicht, den haben Sie kurz vorgelesen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist der Gleiche!)* Ihr Antrag, wenn er der Gleiche ist, dann muss ich sagen, bezieht sich auf das Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort.

Diese Formulierung bezieht sich sogar weiter wie die Formulierung in der vorliegenden Novelle zum Bundesverfassungsgesetz für Nachhaltigkeit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Voraussetzung Wachstum und Beschäftigung!)* Das führte sogar in Ihren Reihen zu Rechtsunsicherheit, weil das Finanzministerium zuerst Bedenken gegen diese Staatszielverankerung schriftlich geäußert hat und das gleiche Finanzministerium oder die gleiche Abteilung diese Bedenken wieder zurückgezogen hat.

Da sieht man eigentlich, was damit gemeint war mit dieser Verunsicherung, weil man sagt dann, wir ziehen das zurück, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Herr Kollege Drobits!)* weil zuerst die Gesamtbetrachtung beurteilt wurde und am Schluss nur mehr Einzelinteressen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Herr Kollege Drobits! Das ist von der SPÖ und ÖVP 2017 so beschlossen worden!)*

Jedenfalls, Herr Kollege Mag. Steiner, sehe ich eine Gefahr. Die Gefahr besteht darin, dass bei der Formulierung Wettbewerbsfähigkeit nur das Wohl oder das einseitige Wohl der Unternehmen gesehen wird und nicht der Beschäftigten im Fokus steht. *(Abg.*

Mag. Thomas Steiner: Als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, das steht extra drinnen!)

Für mich ist das eine Schieflage, die in der Verfassung keinen Platz hat. Es fehlen nämlich in der österreichischen Verfassung weitgehend soziale Grundrechte, wie zum Beispiel Grundrecht auf faire Entlohnung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben das letzte Mal genau das Gleiche gesagt!)* die dadurch auch grundsätzlich eine Schieflage bedeuten würden.

Darum weise ich auch in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Einführung eines wirtschaftlichen Staatszieles auch das Fortschreiben von sozialen Grundrechten in der Verfassung verlangen würde.

Gerade im Burgenland müssen wir wach sein. Weil wir von der OECD wissen, dass wir mit unserer Wirtschaftspolitik im Spitzenfeld liegen, aber infolge des unterschiedlichen Durchschnittseinkommens über die Grenze hinweg, sind wir durchaus mit Lohn- und Sozialdumping konfrontiert. Wir brauchen deshalb auch diese Rechtssicherheit, wir brauchen ein Verfahren mit Tempo, um Wachstum und Beschäftigung zu garantieren.

Ich sehe das so wie auch meine Fraktion. Wir sind das den Kindern und Enkelkindern unserer nächsten Generation schuldig. Wir müssen deshalb diese Zukunftsstrategie für das Burgenland 2030 wählen, indem durchaus auch die Prüfung der Verankerung von Staatszielbestimmungen wie Wachstum und Beschäftigung zu behandeln sind.

Abschließend möchte ich mich noch unserem Leitbild hingeben: „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ fordern wir Einklang von Ökonomie und Ökologie.

Meine Fraktion hält deshalb an dieser Beschlusslage vom Dringlichkeitsantrag fest und wird den auch heute so bestimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber das ist kurios!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein Abänderungsantrag, vom Landtagsabgeordneten Mag. Steiner eingebracht, vor.

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Umweltschutz ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Dienstag, den 29. Mai 2018, vorgesehen ist.

Weiters möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die parlamentarische Enquete zum Thema "Gesundheitsversorgung in der ländlichen Region: Den Hausarzt flächendeckend im Burgenland erhalten!" am Dienstag, dem 08. Mai 2018, um 10.00 Uhr stattfindet, wozu die Einladungen auch bereits ergangen sind.

Meine geschätzten Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet in zehn Minuten statt, das heißt um 20 Uhr 55 Minuten.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n. Danke. Gutes Nachhausekommen.

Schluss der Sitzung: 20 Uhr 41 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 39. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Dienstag, 29. Mai 2018

10.04 Uhr - 18.40 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde
2. Aktuelle Stunde zum Thema: „Leistbares Wohnen im Fokus - Wohnbauförderung NEU im Burgenland“
3. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird
4. Gesetzentwurf betreffend die Datenschutz-Anpassungen (Burgenländisches Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 - Bgld. DS-APG 2018)
5. Beschlussantrag, mit dem der Sozialbericht 2015/2016 des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird
6. Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017
7. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Grundversorgung
8. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Aufbringung und Verwendung der finanziellen Mittel des Burgenland Tourismus
9. Selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Bundesregierung und Bundesländern zur bedarfsorientierten Mindestsicherung
10. Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz-Maßnahmen im Wohnbau

---

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6143)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 192 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 6145)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6146 u. S. 6146), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6147)

Anfrage Nr. 198 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Landesmedienservice Mitarbeiter bei Pressekonferenzen für Anliegen der Regierungsfraktion
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6148)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6149 u. S. 6150)

Anfrage Nr. 195 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend erste Evaluierung der sieben Akutordinationen
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 6150)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6151 u. S. 6151), Markus U l r a m (S. 6152)

Anfrage Nr. 197 der Abgeordneten Edith Sack an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Entwicklung bei der Kinderbetreuung in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6153)
Zusatzfrage: Edith S a c k (S. 6155 u. S. 6155), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 6156)

Anfrage Nr. 196 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Förderung von Landarzt-Praxen - aktueller Umsetzungsstand
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6157)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6159 u. S. 6159), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6160), Günter K o v a c s (S. 6161), Bernhard H i r c z y (S. 6162)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde
Aktuelle Stunde zum Thema: „Leistbares Wohnen im Fokus - Wohnbauförderung NEU im Burgenland“; (gemeinsames Verlangen der Landtagsklubs)
Redner: Mag. Kurt M a c z e k (S. 6164), Géza M o l n á r (S. 6168), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6170), Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6173), Gerhard S t e i e r (S. 6175), Manfred K ö l l y (S. 6177), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6178), Markus U l r a m (S. 6180), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 6181), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6182)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1234), mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 871) (Beilage 1257);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 6184)
Redner: Géza M o l n á r (S. 6184), Markus U l r a m (S. 6185), Mag. Kurt M a c z e k (S. 6186), Mag. Franz S t e i n d l (S. 6188), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6188), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 6189)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6190)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1310) betreffend die Datenschutz-Anpassungen (Burgenländisches Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 - Bgld. DS-APG 2018) (Zahl 21 - 924) (Beilage 1319);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 6190)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6191), Géza M o l n á r (S. 6193), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6195), Ingrid S a l a m o n (S. 6196), Gerhard S t e i e r (S. 6198)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6199)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1311), mit dem der Sozialbericht 2015/2016 des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 925) (Beilage 1320);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6200)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6200), Manfred H a i d i n g e r (S. 6203), Patrik F a z e k a s (S. 6204 und S. 6211), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6207), Gerhard S t e i e r (S. 6212), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6216)
Annahme des Beschlussantrages (S. 6218)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht der Volksanwaltschaft (Beilage 1314) zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017 (Zahl 21 - 928) (Beilage 1321);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6219)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6219), Markus W i e s l e r (S. 6222), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6223), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6224)
Annahme des Berichtes der Volksanwaltschaft (S. 6225)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Nein zur Citymaut in Wien (Zahl 21 - 946) (Beilage 1339);
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6226)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 6227), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6229), Géza M o l n á r (S. 6230), Bernhard H i r c z y (S. 6231), Wolfgang S o d l (S. 6232), Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6235), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6237), Günter K o v a c s (S. 6238), Gerhard H u t t e r (S. 6239)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6240)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1294) betreffend Grundversorgung (Zahl 21 - 919) (Beilage 1322);
Berichterstatter: Manfred K ö l l y (S. 6240)
Redner: Géza M o l n á r (S. 6241), Markus U l r a m (S. 6242), Dr. Peter R e z a r (S. 6243), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6245)
Annahme des Prüfungsberichtes des Bgld. Landes-Rechnungshofes (S. 6246)

Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1308) betreffend Aufbringung und Verwendung der finanziellen Mittel des Burgenland Tourismus (Zahl 21 - 922) (Beilage 1323);
Berichterstatterin: Edith S a c k (S. 6246)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 6247), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6251), Manfred H a i d i n g e r (S. 6253), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 6255), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6256), Christian I l l e d i t s (S. 6259), Gerhard S t e i e r (S. 6263), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 6268)
Annahme des Prüfungsberichtes des Bgld. Landes-Rechnungshofes (S. 6273)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1309) betreffend Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Bundesregierung und Bundesländern zur bedarfsorientierten Mindestsicherung (Zahl 21 - 923) (Beilage 1324);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6274)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6274), Géza M o l n á r (S. 6279), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6280), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6283), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6285), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6285), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6287)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6288)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1317) betreffend Klimaschutz-Maßnahmen im Wohnbau (Zahl 21 - 931) (Beilage 1325);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 6289)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 6289), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6292), Bernhard H i r c z y (S. 6295), Mag. Kurt M a c z e k (S. 6295)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6297)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6143)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 04 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohes Hauses! Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Die Zuseher auf den Galerien, aber auch alle die uns via Live-Stream heute beiwohnen!

Ich e r ö f f n e die 39. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 38. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz und Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 39. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 29. Mai 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz-Novelle 2018) (Zahl 21 - 938) (Beilage 1331);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz-Novelle 2018) (Zahl 21 - 939) (Beilage 1332);
3. Beschlussantrag mit dem der Landesrechnungsabschluss 2017 genehmigt wird (Zahl 21 - 940) (Beilage 1333);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Vergaberechtsschutzgesetz geändert wird (Zahl 21 - 941) (Beilage 1334);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezügegesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018) (Zahl 21 - 942) (Beilage 1335);

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag

des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen, auf Fassung einer Entschließung betreffend "Nein zur City-Maut in Wien" (Zahl 21-946) (Beilage 1339) eingelangt**.**

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen und Sicherheit für deren Lehrbetriebe (Zahl 21 - 933) (Beilage 1326);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung des Bibliothekswesens im Burgenland (Zahl 21 - 934) (Beilage 1327);
3. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen (Zahl 21 - 943) (Beilage 1336);
4. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend gesundes Mittagessen im Kindergarten (Zahl 21-945) (Beilage 1338);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule (Zahl 21 - 947 (Beilage 1340);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Pflege-Lehre (Zahl 21 - 948) (Beilage 1341);
7. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Schaffung eins Gütesiegels für Pflegeagenturen (Zahl 21 - 949) (Beilage 1342);

sowie die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 912) betreffend Alltagsbegleitung (Zahl 21 - 935) (Beilage 1328);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 914) betreffend Heizkostenzuschuss (Zahl 21 - 936) (Beilage 1329);
3. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21- 913) betreffend Auslandsstipendien für Studierende (Zahl 21 - 937) (Beilage 1330);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 917) betreffend Initiative „a sauberes Festl“ (Zahl 21 - 944) (Beilage 1337)

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 940, Beilage 1333, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 938, Beilage 1331, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 939, Beilage 1332, Zahl 21 - 941, Beilage 1334, Zahl 21 - 942, Beilage 1335, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 933, Beilage 1326, Zahl 21 - 943, Beilage 1336, Zahl 21 - 945, Beilage 1338, und Zahl 21 - 947, Beilage 1340, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 948, Beilage 1341, und Zahl 21 - 949, Beilage 1342, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

den selbständigen Antrag 21 - 934, Beilage 1327, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 935, Beilage 1328, Zahl 21 - 936, Beilage 1329, Zahl 21 - 937, Beilage 1330, und Zahl 21 - 944, Beilage 1337,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Nein zur Citymaut in Wien (Zahl 21 – 946) (Beilage 1339) wird gemäß § 24 Abs. 3 der GeOLT spätestens um 15 Uhr behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 12 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen. Die erste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Doskozil gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Guten Morgen. Sehr geehrter Herr Landesrat! Rund um die Debatte der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze wurde wiederholt angekündigt, dass das Land Burgenland die Anrainergemeinden und die Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsfindung einbeziehen wird.

In welcher Art von Bürgerbeteiligung und mit welchen Methoden ist die Einbeziehung der Gemeinden denn geplant?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube kurz vorweg, es ist unbestritten, dass die Verlängerung der A3 möglicherweise ein wirtschaftspolitisch wichtiges Projekt ist, keine Frage. Aber wenn man sich die Interessen und die unterschiedlichen Interessenslagen ansieht, so ist das oberste Interesse aus meiner Sicht das Wohl der Bürger vor Ort in den Gemeinden.

Das heißt, wenn man sich auch mittelfristig die Entwicklung in verkehrspolitischer Hinsicht ansieht, dann ist bei dieser Verlängerung der A3 durchaus zu erwarten, dass hier die Transitroute kompensiert wird, was die A4 betrifft.

Wir wissen gar nicht, zum jetzigen Zeitpunkt, was es bedeutet, hier in weiterer Folge die Breitspurverlängerung zu haben, was das auch in weiterer Folge für die Region bedeutet, in verkehrspolitischer Hinsicht. Und wir kennen jetzt die Diskussion in Großhöflein, Müllendorf um den Lärmschutz.

Und daher ist es mein persönlicher Zugang und auch unser Zugang, dass ein derartiges Projekt nur realisiert werden kann, wenn man mittelfristig denkt, wenn man die Verkehrsbelastung mittelfristig ins Auge fasst und wenn alle Gemeinden und alle Bürger eingebunden werden.

Das bedeutet umgekehrt, wenn heute der Projektbetreiber, die ASFiNAG, nicht auf die Wünsche, auf die Lärmschutzwünsche der Gemeinden eingeht, wenn das nicht im Einvernehmen mit den Gemeinden stattfinden wird, dann wird es aus meiner Sicht die Verlängerung der A3, um das auch ganz konkret zu sagen, nicht geben.

In welcher Art und Weise die Gemeinden hier in weiterer Folge entscheiden, wenn es um die Diskussion die Trassenführung, in der Diskussion um die Lärmschutzmaßnahmen geht, die, die ASFiNAG natürlich mit den Gemeinden führen muss, unter Beteiligung unserer entsprechenden Abteilungen.

Die Art und Weise wie in weiterer Folge dann die Gemeinden zustimmen, sei es jetzt in Form eines Gemeinderatsbeschlusses, sei es in Form einer Bürgerbefragung, und daran anschließend eines Gemeinderatsbeschlusses, das bleibt den Gemeinden überlassen und die Gemeinden müssen sich in weiterer Folge final committen und final entscheiden, sind sie für das Projekt oder gegen das Projekt?

Und wir haben, und ich habe klar gesagt, wenn eine Gemeinde gegen das Projekt ist, dann wird es nicht möglich sein, dieses Gesamtprojekt zu realisieren. (Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke. Ja ich freue mich, dass wir im Kampf gegen die Verlängerung von der A3 offensichtlich einen Verbündeten gefunden haben.

Habe ich das jetzt richtig verstanden? Wenn nur eine einzige Gemeinde gegen die Verlängerung der A3 ist, dann ist das für Sie bindend?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sie haben das richtig verstanden und können das auch im Protokoll dann nachlesen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Selten, dass sich ein Landesrat in der Fragestunde bereits unseren Applaus einholt.

Noch eine zweite Zusatzfrage habe ich. Nun, Sie haben schon die Lärmschutzinitiative angesprochen, Großhöflein und Müllendorf. Ein wesentlicher Lärmfaktor ist ja auch die Geschwindigkeit. Nun, auf einem Streckenabschnitt hier in der Nacht auf 80, 60 runterzugehen, würde ohne finanziellen Aufwand hier massiv bereits die Lärmbelastung reduzieren.

Wären Sie für so eine Lösung auch offen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Ja dieser Faktor ist uns bekannt. Es wird auch in den nächsten Tagen und Wochen ein Gespräch mit der Bürgerinitiative diesbezüglich geben. Ich sehe diese Thematik auch in einem größeren Kontext.

Auch was die Schleife in Wulkaprodersdorf betrifft, könnte es hier einen größeren Lösungskomplex geben, auch was diese Lärmschutzmaßnahmen betreffen.

Und das was Sie angesprochen haben ist richtig, man könnte durch Geschwindigkeitsreduzierungen auch Lärmschutz betreiben. Und die Abteilung 5 des Amtes der Landesregierung hat bereits einen entsprechenden Antrag an das Verkehrsministerium übermittelt. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN – Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke schön.)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Bezüglich der Lärmschutzmaßnahme an der A3 für Großhöflein und Müllendorf.

Wieviel Geld wären Sie bereit als Land in die Hand zu nehmen, als Maximalsumme für etwaige Maßnahmen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Ich habe vorhin schon bei der zweiten Zusatzfrage gesagt, dass dieser Komplex aus meiner Sicht auch gemeinsam, aus meiner Sicht gemeinsam, mit dem Projekt Schleife Eisenstadt zu beurteilen ist. Das Land wird sich beteiligen, wenn es zu einem größeren Projekt in diesem Bereich kommt.

Aber eines muss schon klar sein, es hat bis dato noch keine Mitfinanzierungen von Ländern gegeben, wenn es um ein Projekt der ASFiNAG geht. Die ASFiNAG bekommt auch entsprechende Querfinanzierungen, bekommt entsprechende Einnahmen durch das ganze Mautsystem.

Und in weiterer Folge - und es ist schon Aufgabe auch der ASFiNAG, hier für entsprechende Lärmschutzmaßnahmen zu sorgen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Sind Sie bereit mitzuzahlen?)*

Dafür werden wir eintreten, in einen Dialog und gemeinsam mit der Bürgerinitiative auf der einen Seite und natürlich auch in einem gemeinsamen Dialog mit der ASFiNAG. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Am 11. Mai 2018 luden Sie in einer Bezirksangelegenheit, gemeinsam mit einer Abgeordneten der FPÖ und einem Funktionär des Wirtschaftsbundes, zu einer Pressekonferenz in Neusiedl am See ein.

Diese Pressekonferenz wurde als eine mehrerer Parteien deklariert und war keine, die Sie in einer Regierungszuständigkeit hielten. Dennoch wurde Sie vom Landesmedienservice und dessen Mitarbeitern begleitet und der Inhalt der Pressekonferenz auf der Seite des Landesmedienservices veröffentlicht.

Ist es üblich, dass das Landesmedienservice Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Pressekonferenzen von Parteien sowie die Homepage für Anliegen der Regierungsfraktionen zur Verfügung stellt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, man muss jetzt zunächst einmal klar sagen, worum geht es. Es geht um die medizinische Versorgung von Kindern.

Und aus meiner Sicht ist in die medizinische, der medizinische Versorgungsauftrag für den Bezirk Neusiedl nicht gegeben, weil der Bezirk Neusiedl als größter Bezirk mit knapp 60.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine Planstelle für einen Kinderarzt hat. Und der Zustand ist untragbar, und da hat es lange Gespräche schon gegeben in der Vergangenheit und es ist zu keiner Lösung gekommen.

Und diese Pressekonferenzen hat es auch in der Vergangenheit unter der vorigen Koalition gegeben. Diese Pressekonferenzen, die der Landespressedienst begleitet hat, hat es jetzt gegeben. Und es hat übrigens auch Pressekonferenzen gegeben, gegen TTIP, CETA, und PISA, wo Sie auch dabei waren, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das war vom Landtag.)* und wo der Landespressedienst das begleitet hat.

Also das ist - *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ach so. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir waren nicht dabei. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir waren da nicht dabei.)*

Genau, so ist es, ja. Also, wenn da - *(Allgemeine Heiterkeit)* Natürlich waren Sie dabei – stimmt ja. Ich kann ja nichts Gegenteiliges sagen, wenn es wahr ist.

Also insofern hat es das immer gegeben *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, nein.)* und Sie selbst sind bei Pressekonferenzen dabei gewesen, wo die ÖVP nicht dabei war, wo gegen TTIP, CETA und PISA eine Pressekonferenz durchgeführt wurde.

Das ist nicht unbedingt unmittelbarer Kompetenzbereich des Landes, sondern das ist Kompetenzbereich des Bundes. Aber ich glaube, dass das auch für das Land wichtig war, sich dagegen in entsprechender Form auszusprechen und genauso habe ich es für wichtig erachtet.

Und ich darf auch dazusagen, dass auch eine GRÜNE Gemeinderätin, und Sie wissen das am besten, auch eingeladen war zu dieser Pressekonferenz, dass ich hier versucht habe, alle mitzunehmen und diese wichtige Forderung zu stellen.

Und warum wurde das gemacht? Noch einmal, 60.000 Einwohnerinnen und Einwohner, der Bezirk Neusiedl am See, mit einer Planstelle, das ist zu wenig. Man kann jetzt schon gegen das Impfen vielleicht sein, wie das Manche sind, und sagen, wir brauchen keinen zweiten Kinderarzt, das ist auch eine Einstellung, die es unter Umständen gibt.

Aber wir sind der Überzeugung, und die absolute Mehrheit ist da der Überzeugung, dass ein zweiter Kinderarzt notwendig ist. Und man schreitet nicht gleich dazu, dass man eine Unterschriftenaktion startet, sondern es hat natürlich Gespräche gegeben, und die wurden damit argumentiert, dass der Kinderarzt sowieso in Bruck an der Leitha ist.

Ich habe gar nicht gewusst, dass Bruck an der Leitha im Burgenland ist, das ist mir eigentlich neu, also ist das Argument, für mich nicht unbedingt ein stichhaltiges Argument.

Es war teilweise auch insofern geregelt, dass ein sehr guter Kinderarzt in Bruck an der Leitha seine Ordination gehabt hat, der aus dem Burgenland, - ein Frauenkirchner übrigens, sehr guter Mann, - also der dort die Ordination gehabt hat und Vieles dort auch abgedeckt hat. Aber zu argumentieren, - der ist schon einige Jahre in Pension gegangen, - in Bruck ist ein Kinderarzt, ist nicht die richtige Vorgangsweise, die hier gefunden wurde.

Das zweite Argument war, es gibt keinen Kinderarzt, also schreiben wir nicht aus. Das ist auch ein äußerst intelligentes, sage ich einmal, Argument, denn woher weiß ich, dass es keinen Kinderarzt gibt, wenn ich nicht ausgeschrieben habe. Also muss man einmal ausschreiben, dann sieht man, wer sich bewirbt und in weiterer Folge kann man dann die entsprechenden Maßnahmen setzen.

Und das war der Grund, warum wir gesagt haben, alle Parteien, nicht eine Partei ladet ein, nicht die SPÖ, nicht die FPÖ, nicht der Wirtschaftsbund, der dabei war lädt ein, sondern eine unabhängige Stelle lädt ein. Weil es eine überparteiliche Vorgangsweise ganz einfach ist, wo man nicht sagt, die SPÖ fordert den Kinderarzt oder die FPÖ, sondern der Bezirk Neusiedl fordert eine zusätzliche Planstelle, weil das aufgrund der Einwohnerentwicklung und die aktuellen Einwohner notwendig und wichtig ist.

Und von einer guten medizinischen Versorgung zu reden, aber dagegen zu sein, dass man da entsprechende Maßnahmen setzt, dass man einen gewissen Druck macht, finde ich für nicht in Ordnung.

Eine überparteiliche Plattform, und ich kann Ihnen nur sagen, da wird es weiterhin Maßnahmen geben. Wir werden Sie auch, Sie oder eine Vertreterin eher aus dem Bezirk, auch dazu einladen. Und diese Plattform wird es auch in Zukunft geben. Und wir werden so lange Druck machen, bis diese Planstelle ausgeschrieben wird, bis es einen zweiten Vertragskinderarzt im Bezirk Neusiedl am See gibt.

Und da geht es uns nicht um Parteipolitik, sondern um die beste medizinische Versorgung für die Kinder. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sie vermischen da jetzt ein bisschen Bezirks- und Parteiebene und Landtag und Landesebene. Es ist ja nicht so, dass das Landesmedienservice dem Landeshauptmann gehört und er setzt es dann dort ein, wo er gerade will.

Also Ihre Vergleiche da, die hinken sehr, weil es völlig unterschiedliche Ebenen waren. Und es ging in meiner Anfrage ja auch nicht um die medizinische Versorgung im Bezirk Neusiedl, sondern um die Nutzung des Landesmedienservices.

Das heißt, wenn es umgekehrt so ist, es war ja auch schon öfter so, dass ich mit Anliegen zum Beispiel an Kolleginnen und Kollegen der SPÖ Fraktion herangetreten bin, dass wir etwas gemeinsam machen, und die sagen nein, eine gemeinsame Pressekonferenz machen wir nicht, und ich mache das dann trotzdem, dann könnte auch hier das Landesmedienservice genutzt werden, wenn es ein Landesthema ist?

Präsident Christian Illedits: Bitte die Frage, Frau Abgeordnete. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A: Das war die Frage.)*

Was war jetzt konkret die Frage? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kann es genutzt werden?)*

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Bitte hören Sie mir einfach zu.

Ich habe gesagt, wenn umgekehrt auch auf der anderen Seite Fraktionen etwas miteinander machen, aber etwa die SPÖ Fraktion nicht dabei sein möchte, weil eine andere Vorgangsweise gewählt wurde, dann würde uns auch das Landesmedienservice zur Verfügung stehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Frau Abgeordnete, Sie denken ausschließlich parteipolitisch. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das gibt es ja nicht. - Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Und diese Aktion ist keine parteipolitische Aktion, das ist ein Versorgungsauftrag, der nicht voll gegeben ist. Da geht es um die Menschen und nicht um die Parteien.

Und wenn es um Landesinteresse geht wie bei TTIP, CETA und so weiter, wo Sie dabei waren, finde ich, ist das die richtige Plattform, das vom Landesmedienservice zu betreuen lassen, weil es eine überparteiliche Vorgangsweise ist.

Genauso ist der Wunsch, eine zweite Planstelle für den Kinderarzt zu haben, keine parteipolitische Forderung, sondern eine überparteiliche Forderung, die für den Bezirk aus meiner Sicht sehr, sehr wichtig ist und da ist das Landesmedienservice natürlich die richtige Stelle, weil es eine überparteiliche Einrichtung ist.

Von Parteien ganz einfach zu sagen, wir bedienen uns des Landesmedienservices, das geht mit Sicherheit nicht. Wenn es um Landesinteressen geht, wenn es um die Menschen geht, wenn es um die Kinder geht, dann finde ich, ist das die richtige Anlaufstelle und Kommunikationsstelle. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, ganz klar und deutlich.

Wer entscheidet letztendlich, ob das Landesmedienservice eine Pressekonferenz begleitet oder nicht?

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Ich bin nicht zuständig und bei überparteilichen Interessen werde ich auch weiterhin das Landesmedienservice einladen, das in entsprechender Form zu begleiten.

Und wir werden auch in Zukunft mit unserer Plattform das Medienservice einladen, dass die Forderung, nämlich, dass es im Bezirk Neusiedl eine zweite Planstelle gibt, auch da wird das Landesmedienservice in Zukunft dabei sein. Das ist uns ganz, ganz wichtig.

Sie denken in parteipolitischen Dimensionen, wir denken an die Menschen. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Doskozil gerichtet. Ich bitte daher den Abgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Anfang April 2018 wurde burgenlandweit mit den Akutordinationen gestartet. Sie haben sich selbst dafür als zuständig erklärt.

Gibt es bereits eine erste Evaluierung der sieben Akutordinationen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben es gesagt mit 01. April haben die Akutordinationen flächendeckend in ganz Burgenland gestartet. Sie werden jetzt mit 01. Mai noch ergänzt an den Standorten der Visitenärzte in Frauenkirchen, in Mattersburg und in Jennersdorf, mit einem zusätzlichen Sanitäter.

Eine tatsächliche und umfassende Evaluierung dieses Projektes kann es wohl nach einem Monat oder nach fast zwei Monaten des Betriebes nicht geben. Das ist keine Frage.

Sondern wir werden die Evaluierung und die weiteren Schritte die wir planen, die ich aber auch das letzte Mal hier schon gesagt habe, dass wir durchaus eine Diskussion benötigen im Bereich der Akutordinationen, wie gehen wir an Wochenenden mit diesem Thema um? Wie erweitern wir auch die Akutordinationen tagsüber in den Spitälern, um dieses Grundziel das wir haben, die Ambulanzen auch entsprechend zu entlasten, zu realisieren.

Aber schlussendlich zeigt sich im ersten Monat, dass burgenlandweit flächendeckend, diesen ganzen Monat, ungefähr 750 Personen die Akutordinationen aufgesucht haben.

Ungefähr knapp über 20 Prozent, knapp 22, 23 Prozent dieser Menschen wurden dann auch weiter verwiesen in die Aufnahme des Krankenhauses. Der Rest musste die Spitalsleistungen nicht in Anspruch nehmen.

Zusätzlich wurden diesen Monat ungefähr 110 Visiten durchgeführt von den Visitenärzten und knapp 190 Beauskunftungen durch den Telefonarzt durchgeführt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben es ja angesprochen, erste Evaluierungen finden offensichtlich dadurch statt, dass ja viele Zahlen genannt werden, einmal in den Medien öffentlich, einmal hier im Landtag.

Wird es eine Möglichkeit geben für die Abgeordneten des Hohen Hauses, diese Zahlen auch einzusehen, Quartalsmäßig, jahresmäßig, oder ist das nur, - oder eben nicht?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Ich habe es Ihnen gerade schon gesagt. Es hat noch keine Evaluierung stattgefunden. Man kann ernsthaft nicht nach einem Monat Betrieb auch eine ernsthafte Evaluierung und Beurteilung des Projektes machen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Zahlen, die Sie genannt haben.)*

Sondern die Evaluierung und die Weiterentwicklung dieses Projektes wird auch ganz eng auch abgestimmt, natürlich mit der Gebietskrankenkasse, mit der Ärztekammer. Aber auch mit unserem Ansinnen, das ich Ihnen das letzte Mal schon gesagt habe, wie wollen wir die Strukturen bei Spitäler künftig inhaltlich gestalten, um die Standorte im Burgenland zu garantieren?

Sie können natürlich, wenn es darum geht einerseits monatlich Zahlen zu erhalten, wie werden die Akutordinationen frequentiert, wie sind die Visitenärzte ausgelastet, natürlich jederzeit fragen. Ihnen steht natürlich auch jederzeit Ihr parlamentarisches Anfragerecht zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sagartz.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landesrat! Am 30. April 2018 um 10:15 Uhr habe ich Sie gefragt und zwar per E-Mail. Ich habe Ihnen geschrieben, ich zitiere: "Zu der Umsetzung von burgenlandweiten Akutordinationen gibt es einen Kooperationsvertrag zwischen dem Land und weiteren Entscheidungsträgern der

Gesundheitsversorgung. Ich bitte Dich den Vertragsinhalt allen im Landtag vertretenen Parteien zur Verfügung zu stellen!"

Sehr geehrter Herr Landesrat! Das ist unbeantwortet geblieben, dieses E-Mail. Warum wird dieser Vertragsinhalt nicht veröffentlicht?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Das sind jetzt unterschiedliche Dinge, die Sie hier ansprechen. Zum einen wollten Sie Zahlenmaterial haben, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben es ja beantwortet gekriegt!)* das belegt, wie werden Akutordinationen frequentiert, hat es Sinn die Visitenärzte einzurichten und andererseits geht es hier um rechtliche Vertragsinhalte. Rechtliche Vertragsinhalte obliegen hier nicht ihrer Beauskunftung.

Sie haben das Recht als Abgeordneter Akteneinsicht zu nehmen in jeder Abteilung. Nur wenn Sie diese Akteneinsicht nehmen in jeder Abteilung, das ist Ihr Recht, dann unterliegen Sie auch der Amtsverschwiegenheit. Diese Amtsverschwiegenheit müssen Sie dann in weiterer Folge wahren und Sie können diese Informationen wie so oft nicht für politische Arbeit und für politische Polarisierung nutzen.

Wenn ich Ihnen per Brief diese Inhalte übermitteln würde, dann könnten Sie diese Inhalte öffentlich stellen. Nur, wenn Sie ein echtes Interesse haben für sich als Abgeordneter das zu wissen, dann nutzen Sie bitte Ihre Rechte als Abgeordneter. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Ulram. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Herr Landeshauptmann hat ja gerade schon in Bezug auf die ärztliche und medizinische Versorgung im Bezirk Neusiedl am See aufgrund der Größe hingewiesen. Vor Einführung der Akutordination gab es im Bezirk Neusiedl am See fünf Ärztesprengel, wobei ein niedergelassener Arzt 24 Stunden verfügbar war.

Jetzt befindet sich in Kittsee die Akutordination, was für viele Bürger lange Anfahrtsstrecken mit sich bringt und ein Visitenarzt in Frauenkirchen, lediglich bis 22:00 Uhr, der bei Bedarf ebenfalls weite Fahrtstrecken zurücklegen muss.

Stellt diese Situation aus Ihrer Sicht eine qualitative Gesundheitsversorgung dar?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin ja schon froh, dass Sie auch den Visitenstandort in Frauenkirchen gesagt haben. Sie vergessen den ja oft sehr gerne in Ihrer politischen Darstellung und da möchte ich schon auch auf den Ärztekammerpräsidenten verweisen, für den es ganz wichtig ist genau dieses Thema nicht in die politische, polemische Diskussion zu bringen, sondern ernsthaft zu diskutieren darüber.

Weil ich glaube, dass es schon wichtig ist, wenn es um die Gesundheitsversorgung der Menschen geht, dass man nicht polemisiert, den Menschen keine Unwahrheiten erzählt oder Dinge verschweigt, nicht Dinge erzählt, die so nicht passieren. Ist leider Gottes in der Vergangenheit im Bezirk Neusiedl geschehen.

Sie verschweigen auch sehr gerne, dass es am Standort Frauenkirchen auch immer noch rund um die Uhr einen Notarzt gibt und ein Notarztsystem dahinterliegend

gibt. Jedenfalls und Faktum ist, dass es seitens der Ärztekammer, seitens der Gebietskrankenkasse bis dato auch keine Beschwerden gab.

Die Zahlen des Bezirkes Neusiedl am See, dass heute der Visitenarzt in einem Monat 31 Einsätze zu fahren hat zeigt auch, dass er einerseits zwar angenommen wird, aber andererseits für seine fünf Stunden Tätigkeit mit ungefähr einer Visite pro Dienst auch nicht zu 100 Prozent ausgelastet ist. Ich habe es schon angesprochen, wir werden das System noch verfeinern müssen, keine Frage.

Wir werden uns auch innerhalb der KRAGES darüber Gedanken machen müssen gibt es ein weiteres Leistungsspektrum in Frauenkirchen in der Ambulanz, wie werden die Visitenärzte möglicherweise zeitlich ausgeweitet und wie, und das ist der Schlusspunkt, wie verhalten wir uns in den Spitälern? Ich würde Sie aber ersuchen, hinkünftig ganz speziell was den Bezirk Neusiedl am See betrifft, nicht Dinge zu verschweigen, sondern alles auf den Tisch zu legen und nicht die Bevölkerung zu verunsichern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Edith Sack an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Sack um Verlesung ihrer Anfrage. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Bei der Konferenz der FamilienreferentInnen in St. Pölten standen die auslaufenden Bund-Länder Vereinbarungen über die Finanzierung der Kinderbetreuung im Fokus.

Welche Entwicklung verzeichnet das Land Burgenland bei der Kinderbetreuung in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Ich darf vielleicht nur einleitend einen Satz sagen, warum die Frage an mich gerichtet ist, weil die Frage lautet: Kinderbetreuung in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen, da bin ich zuständig. Für Familien ist die Landesrätin Dunst zuständig.

Darf auch sagen, dass wir uns hier sehr eng abstimmen und immer wieder versuchen, für unsere Betreuungseinrichtungen, für die Familien, möglichst gute Finanzierungsmöglichkeiten auch durch 15a-Vereinbarungen in entsprechender Form zu erreichen. Ich bin dem Hohen Landtag auch sehr dankbar dafür, dass das Budget für Familien und für die Kinderbetreuung von Seiten des Landtags beschlossen wurde.

Immerhin hat die Frau Landesrätin ein Budget von 5,3 Millionen Euro für die direkten Familienförderungen, also die Kinderbetreuungsförderungen, Schulstartgelt und so weiter. Für mich steht ein Budget, das weitergegeben wird zu einem großen Teil an die Gemeinden, von 28,9 Millionen Euro an Fördermittel für Gemeinden zur Verfügung.

Das ist die Personalförderung für die KindergartenpädagogInnen und ist natürlich auch die Bauförderung, wenn Kindergärten renoviert werden, wenn sie neu errichtet werden, wenn es neue Zubauten gibt. Also das sind in Summe immerhin 34,2 Millionen Euro Budget für Familien und für die Kinderbetreuung. Wenn man dieses Budget auf die Bevölkerung des Burgenlandes umrechnet, dann sind wir sicher im Spitzenfeld Österreichs angesiedelt.

Das ist auch gut und richtig so, weil die Ergebnisse auch durch großartige Leistungen der Gemeinden - und das betone ich auch - in Österreich und auch

international herzeigbar sind. Wir haben im Burgenland die höchste Kinderbetreuungsquote aller Drei- bis Fünfjährigen. Wir liegen bei den unter Dreijährigen nach Wien an zweiter Stelle in Österreich und wir fordern natürlich auch von Seiten des Bundes, dass diese 15a-Vereinbarungen weiter aufrecht bleiben, dass hier bei der Kinderbetreuung auch nicht gekürzt wird.

Das ist uns sehr, sehr wichtig. Es ist wichtig, dass das verpflichtende letzte Kindergartenjahr bleibt. Das haben wir in großem Ausmaß und vorbildlich auch umgesetzt. Wir brauchen die sprachliche Frühförderung in unseren Kindergärten auch weiterhin. Wer von Integration spricht, muss auch sofort sagen sprachliche Frühförderung ist im Kindergarten unbedingt notwendig, weil das der wesentlichste Schritt in Richtung Integration ist, weil das Erlernen der deutschen Sprache möglichst rasch und möglichst früh auch erfolgen sollte.

Die dritte 15a-Vereinbarung ist auch die Errichtung von entsprechenden Einrichtungen von Kindergärten, die möglichst bedarfsorientiert geöffnet werden. Auch das ist in der 15a-Vereinbarung fixiert. Nur Wien erfüllt das Barcelona-Ziel, nämlich, dass 33 Prozent der unter Dreijährigen in den Krippen betreut werden. Wir sind zwar die Nummer zwei, wir sind bei über 30 Prozent, gut unterwegs.

Aber da braucht es auch Rahmenbedingungen und deswegen werden wir versuchen, dass sich sowohl die Frau Landesrätin als auch ich bei den zuständigen Stellen, und da haben wir ja die anderen Bundesländer als Verbündete, die sehen ja das teilweise in ähnlicher Form wie wir, dass diese 15a-Vereinbarungen, es müssen jetzt nicht drei Vereinbarungen sein, ob das nur eine ist oder in welcher Form auch immer, das gehört pragmatisch diskutiert.

Aber ich glaube, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine sehr, sehr wichtige ist und das ist auch die Chance für die Frauen berufstätig zu sein. Die Frauen, die immer besser ausgebildet sind, brauchen für die Kinder und die Familien brauchen entsprechende, nicht nur Betreuungseinrichtungen, sondern für uns ist der Kindergarten der Bildungsgarten. Die erste Bildungseinrichtung.

Da können eben die burgenländischen Eltern sicher sein, dass wir auch darauf schauen, dass eine möglichst gute Qualität geliefert wird. Dass es hier entsprechende Fortbildungsmaßnahmen auch gibt. Wie gesagt, wir strengen uns an, wir sagen nicht der Bund soll das zahlen, sondern immerhin unsere 34,2 Millionen Euro sind ein Zeichen, dass viele Landesgelder dort hineinfliesen. Aber die 15a-Vereinbarungen haben sich bewährt. Da gibt es deutliche Fortschritte nicht nur im Burgenland, sondern auch in den anderen Bundesländern.

Die Herausforderung ist, dass auch in Zukunft in entsprechender Form zu bekommen. Also insofern im Jahr 2017, 2018 werden in 288 Einrichtungen, in 75 Krippen, 114 Kindergärten, 78 alterserweiternden Kindergärten und 21 Horten Kinder betreut. Also da muss ich wirklich auch den Gemeinden einen großen Dank sagen. Wir unterstützen das, wir fördern das. Aber die Hauptlast - und das sage ich auch und betone das auch - liegt bei den Gemeinden.

Da bin ich sehr, sehr froh, dass hier die Gemeinden mitziehen, dass sie diese Investitionen tätigen und mit Unterstützung des Bundes werden wir da weiterhin sehr erfolgreich sein für die Integration, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für den Bildungsauftrag, den natürlich schon der Kindergarten hat. Ich glaube, dass das auch in Zukunft der richtige Weg wäre. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Sack.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Bei der Kinderbetreuung sind Inklusion und Integration wichtige Bestandteile. Welche Maßnahmen setzt das Land Burgenland, um Inklusion und Integration in unseren Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gewährleisten zu können?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich glaube Inklusion und Integration sind ganz wichtige Themen. Wir haben auch eine Veranstaltung für KindergartenpädagogInnen unter dem Schwerpunkt Inklusion gestellt, wo ein Universitätsprofessor aus Deutschland anwesend war, der selbst eine Behinderung hat und der trotz Behinderung immerhin Universitätsprofessor ist und sehr kompetent und authentisch über Inklusion auch gesprochen hat.

Wir haben die Inklusion also die komplette Integration natürlich im Kindergarten, weil es für Menschen mit Behinderung keinen eigenen Kindergarten gibt, sondern da sind 100 Prozent der Kinder natürlich im Bildungsgarten in unserem Kindergarten integriert. Da muss es natürlich entsprechende Rahmenbedingungen geben.

Das heißt, zusätzlich gibt es zur pädagogischen Fachkraft mindestens eine Helferin, einen Helfer pro Gruppe, wo die Integration stattfindet. Für die erforderliche Anzahl an Integrationsstunden eine weitere pädagogische Fachkraft. Ich glaube, dass die Rahmenbedingungen hier besonders wichtig sind. Wir haben im Pflichtschulbereich weniger als ein Prozent, 0,8 Prozent sind in Sonderschulen untergebracht.

Dieser Universitätsprofessor hat uns auch gesagt ja, Inklusion hat auch Grenzen. Ich glaube, da sind wir auch auf einem guten Weg, dass wir ein Prozent betreuen, weil die Betreuung für die betroffenen Kinder und Jugendlichen in den Sonderschulen mit Logopädie, mit Physiotherapie, mit Psychotherapie und alles was hier auch möglich ist getan wird, dort eine bessere Betreuung ist.

Wie gesagt, auch da ist das Burgenland gut unterwegs. Gesamtinklusion im Kindergartenbereich und ein Prozent besuchen nicht den Pflichtschulbereich, sondern sind in unseren sonderpädagogischen Zentren, hauptsächlich Kinder mit Mehrfachbehinderung, untergebracht und werden dort ganz individuell auch durch hochqualifizierte Fachkräfte betreut. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Sack.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Bereiche Inklusion und Integration umfassen unter anderem auch den Erwerb der notwendigen Sprachkompetenzen. Wie viele Kinder in den burgenländischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen erhielten zuletzt eine Sprachförderung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Sprache, ich habe es schon gesagt, ist aus mehrerlei Hinsicht wichtig. Es ist natürlich für die Integration, aber ich muss sagen, dieses Angebot steht natürlich nicht nur für Kinder die Migrationshintergrund haben, sondern es gibt natürlich auch immer wieder Kinder die eine deutsche Muttersprache haben, die ebenfalls in der Sprache ein Problem haben.

Die einen Logopäden benötigen, die auch eine zusätzliche sprachliche Ausbildung benötigen. Auch hier hat es und gibt es einen Bundeszuschuss, immerhin läuft er am 31.08.2018 aus. Der Bundeszuschuss für 2017 und 2018 betrug 677.000 Euro, die Kofinanzierung des Landes 340.000 Euro. Also es stehen über eine Million Euro zur

Verfügung. Verhältnis 2:1 Bund und Land. Diese Projekte der sprachlichen Förderung werden in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule auch realisiert und umgesetzt.

Da bin ich auch sehr froh darüber, dass das gemacht wird. Weil natürlich immer die Qualität der Bildung im Vordergrund steht, die Effizienz im Vordergrund steht und die KollegInnen der Pädagogischen Hochschule machen das auch ausgezeichnet. 1.270 Kinder bekamen im Kindergartenjahr 2016 gemäß dieser 15a-Vereinbarung, die ich gerade erwähnt habe, eine entsprechende Sprachförderung. Und von den 1.270 Kindern verfügen 691 Kinder über eine mangelnde Sprachkompetenz in Deutsch als Muttersprache und 579 Kinder in Deutsch als Zweitsprache.

Also ich glaube, eine Einrichtung, die sich bewährt hat. Pädagogische Hochschule als Partner. Die entsprechend qualifizierten PädagogInnen sind im Kindergarten unterwegs. Es ist wirklich oft fantastisch zu sehen, welche Fortschritte die Kinder, gerade im Kindergartenalter auch haben, und wie rasch sie auch die deutsche Sprache erlernen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben mit Sicherheit Recht, dass sich in der Kinderbetreuung sehr, sehr viel getan hat. Ich bin überzeugt, wenn wir uns ein bisschen anstrengen, gemeinsam mit den Gemeinden, dass wir auch das eine Ziel erreichen, nämlich 33, 34 Prozent bei den unter Dreijährigen. Sodass wir auch hier sagen können, wir sind Nummer eins. Nicht nur bei den Drei- bis Sechsjährigen in der Kinderbetreuung, sondern bei den unter Dreijährigen.

Aktuell gibt es aber ein bisschen eine Diskussion. Jetzt in Bezug auf das gute Essen, beziehungsweise auf die Qualität. Greenpeace hat einen Test gemacht. Hier liegt leider Gottes das Burgenland mit Tirol in Sachen gesundem und umweltfreundlichem Essen an letzter Stelle. Wie auch immer und was auch immer da getestet wurde.

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete, die Frage bitte!

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Eine Bewusstseinsbildung ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Natürlich in den Kindergärten.

Daher frage ich Sie, welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um für mehr Qualität beziehungsweise vielleicht auch gesundes und regionales Essen in den Kindergärten zu sorgen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie wissen, dass Wien eine Millionenstadt ist und dass Burgenland die ländlichste Region in Österreich ist. Also wird es von den Voraussetzungen der Gesellschaft her eher so sein, dass in den urbanen Bereichen die Kinderbetreuung der unter Dreijährigen auch wahrscheinlich in Zukunft eine höhere sein wird. Das ist in ganz Europa so. Nichtsdestotrotz ist es natürlich richtig, dass wir uns bemühen werden, durch Rahmenbedingungen, das weiter anzuheben.

Wieder in Kooperation mit den Gemeinden. Und ähnlich ist es natürlich beim Essen. Denn nicht das Land versorgt die burgenländischen Kindergärten mit dem Mittagessen, sondern die burgenländischen Gemeinden. Da wird in den Medien teilweise

kein Unterschied gemacht. Weil in anderen Bundesländern, in Wien ist ja städtischer Kindergarten.

Das heißt, da ist die Stadt Wien verantwortlich. In Niederösterreich gibt es Landeskindergärten. Da ist auch das Land verantwortlich. Im Burgenland haben wir eine andere Aufteilung. Da sind die Gemeinden eben verantwortlich als Kindergartenerhalter. Sie sind Arbeitgeber, sie sind für das Essen verantwortlich. Also sie haben da umfassendere Aufgaben, als in anderen Bundesländern.

Aber auch hier werden wir uns Gedanken machen, von Seiten des Landes, was können wir tun, um die Regionalität, die regionalen Produkte in den Vordergrund zu stellen. Da werden wir gerne versuchen, mit den regionalen Komponenten, die regionale Produkte erzeugen, sowohl Bürgermeister einzuladen als auch die Vertreiber von regionalen Produkten. Eventuell die Genussregionen und so weiter, um aufmerksam zu machen, welche Möglichkeiten haben wir im Burgenland von Nord bis Süd verstärkt regionale Produkte in den Gemeinden einzusetzen.

Entscheiden müssen das dann wieder die Kindergartenbetreiber, nämlich die Gemeinden. Wir können Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Informationen schaffen. Und unter Umständen, ich darf das auch sagen, könnten wir auch ein Qualitätssiegel für Kindergärten entwickeln und sagen, da werden im hohen Ausmaß biologische Produkte verwendet, regionale Produkte verwendet. Herkunft hat Zukunft, hat jemand gesagt.

Also insofern kann ich dem sehr viel abgewinnen. Da werden wir auch in nächster Zeit wieder gemeinsam mit der Landesrätin und auch mit der Landwirtschaft, die Regionalität in den Vordergrund stellen, weil ich überzeugt bin, dass regionale Produkte gesunde Produkte sind und Bioprodukte auch für die Gesundheit von Kindern und für jeden Menschen einen hohen Stellenwert haben.

Also auch hier wird es Initiativen geben. Aber das können wir nur anregen. Das wissen Sie, umsetzen müssen es die Gemeinden, viele machen schon vieles. Aber da oder dort wird es auch noch Handlungsbedarf geben. Aber danke für alle, die bereits in dem Bereich vorbildlich tätig sind. Vielleicht kann man da sogar einige Beispiele bei den Informationsveranstaltungen auch erwähnen, wo das super funktioniert und wo es vielleicht Handlungsbedarf gibt, informieren wir gerne. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz um Verlesung seiner Anfrage.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Im August 2016 hat die Volkspartei Burgenland eine Förderung für die Eröffnung neuer Landarztpraxen gefordert. Im Herbst 2017 haben Sie die Umsetzung dieser Förderung angekündigt.

Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Danke für die Frage. Es ist eine sehr wichtige Frage. Wir sind hier sehr emsig unterwegs. Wir setzen, wie Sie wissen, im Burgenland bereits seit einiger Zeit Maßnahmen gegen den drohenden Ärztemangel. Sie wissen, dass wir in den nächsten Jahren 60 Prozent der Landärzte verlieren werden. Aufgrund von Pensionierungen.

Dieser Ärztemangel ist zum einen Teil dadurch bedingt, dass man in Pension geht. Aber in erster Linie, und das möchte ich hier heute schon auch auf Ihre Frage replizieren, ist es ja dadurch auch bedingt, dass die ÖVP dominierte Regierung, aber auch unter sozialdemokratisch dominierter Regierung der ÖVP-Wissenschaftsminister es zugelassen hat, dass es Zugangsbeschränkungen zum Medizinstudium gibt.

Ich bin der Meinung, es muss so rasch wie möglich aufgehoben werden, diese Bestimmung. Denn je mehr Menschen die Möglichkeit haben, das Medizinstudium anzugehen, umso mehr Möglichkeiten haben wir, dass wir auch Landärzte und Landärztinnen im Burgenland bekommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte vielleicht, weil Sie das so im Zwischenruf auch angesprochen haben, Ihren Landesrat Drexler aus der Steiermark zitieren. Er sagt wörtlich: Es gehören mehr junge Mediziner ausgebildet. Die Zugangsbeschränkungen und die Szenen beim Aufnahmetest sind bizarr. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber trotzdem stimmt es nicht!)* Das ist ein unverdächtiger Zeuge, der Herr Drexler.

Nein, wir sind grundsätzlich auf einer Linie, also ich bin ja dankbar für die Frage. Ich muss mich sputen. Ich möchte das Burgenlandpaket, das wir jetzt auch ausgearbeitet haben und auch derzeit umsetzen, kurz skizzieren. Es umfasst mehrere Punkte. Wir unterstützen im Burgenland seit einiger Zeit intensiv die Ausbildung von Jungärzten im Burgenland durch kostenlose Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung.

Aus meiner Sicht, für die unsinnige Aufnahmeprüfung zum Medizinstudium. Wir haben seit heuer für Studierende ab dem dritten Studienjahr Stipendien in der Höhe von 300 Euro im Monat vorgesehen, mit der gegenseitigen Verpflichtung, dass man dann nach Abschluss der Ausbildung innerhalb von sechs Monaten für fünf Jahre im Burgenland als Allgemeinmediziner auch zu praktizieren hat.

Wir haben als dritten Punkt ergänzend eine Förderung für Turnusärzte in Ausbildung in der Höhe von 500 Euro pro Monat vorgesehen. Hier müssen sie sich ebenfalls im Gegenzug verpflichten, die Ausbildung zum Arzt, zur Ärztin zu beginnen und durchzuführen, und dann mindestens fünf Jahre hier auch als Kassenvertragsärztin, Kassenvertragsarzt im Land Burgenland tätig zu sein.

Und als weitere wesentliche Maßnahme zur Sicherung der Gesundheitsversorgung, wurden zudem Anfang April in allen Bezirken, das wurde heute schon angesprochen, die Akutordinationen eingeführt. Das Neue und das Wichtige ist, aus meiner Sicht, bis zu 60.000 Euro, das ist ja, auf Ihre Frage jetzt eingehend, der Zuschuss für Landarztordinationen.

Es gibt gewisse Voraussetzungen, um diese 60.000 Euro auch auslösen zu können. Erstens die Ausbildung abgeschlossen zu haben. Zweitens über einen aufrechten Kassenvertrag für eine Planstelle zu verfügen. Sich drittens bereit zu erklären, als Allgemeinmediziner mindestens fünf Jahre im Burgenland zu bleiben. Die Förderung ist ja nicht ein Geschenk, sondern es ist auf Grundlage auch von gewissen Voraussetzungen, aus meiner Sicht zu rechtfertigen. Es ist ein Sockelbetrag von 20.000 Euro da. Und dann gibt es Zuschläge jeweils über 10.000 Euro.

Insgesamt, glaube ich sagen zu können, dass wir mit dieser Maßnahme, mit diesen vier Maßnahmen, die durchaus jene der Bundesregierung konterkarieren können, nämlich zu wenig Medizinerinnen und Mediziner oder beziehungsweise Studentinnen und Studenten zur Ausbildung zuzulassen, auch konterkarieren können und dafür sorgen, dass im Burgenland auch die ärztliche Versorgung gewährleistet werden kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich möchte nur in Erinnerung rufen, spätestens seit unserer Enquete im Landtag wissen wir, dass es auch zu den Studienplätzen Experten gibt, die anderer Meinung sind, obwohl hier im Burgenländischen Landtag eine einhellige Beschlussfassung existiert. Das möchte ich schon jetzt noch betont wissen.

Es gibt die Situation, dass es auch in anderen Bundesländern natürlich einen Ärztemangel gibt. Das Land Niederösterreich reagiert beispielsweise so, wenn nach längeren Ausschreibungsmodalitäten nicht klar ist, ob sich ein weiterer Arzt bewerben wird für eine Stelle, dann ist es auch denkbar, dass aus der Landeskrankenanstalt, in dem Fall im Burgenland wäre es dann die KRAGES, ein Arzt diese Stelle übernehmen muss.

Ist das für das Burgenland ein gangbarer Weg?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, aus meiner Sicht ist es eine schwierige Situation, die Sie hier ansprechen. Also ich halte das nicht für den zielführendsten Weg hier, den möglichen Mangel in den nächsten Jahren zu beheben.

Ich bin auch durchaus bei Ihnen, wenn Sie sagen, Sie haben das auch mitgefordert. Grundsätzlich allerdings möchte ich schon sagen, also Kuckuckseier sollte man so nicht verlegen. Also wir haben das schon vorher gefordert, diese ganzen Geschichten. Ich würde meinen, der beste Weg wäre eben, diese Beschränkung aufzuheben.

Wir haben 20.000 Bewerber für 1.600 Stellen. Von den 1.600 Stellen sind 1.400 Mediziner und 150 bis 200 sind Zahnärzte, die sich hier bewerben. Das ist aus meiner Sicht eindeutig zu wenig. Wenn wir auch sehen, dass es nebenbei so ist, dass wir 75 Prozent Österreicherinnen und Österreich hier zum Studium zulassen, 20 Prozent EU-Ausländer zum Studium zulassen und fünf Prozent von Drittstaaten zulassen.

Wir wissen, dass die EU-Ausländer meistens Deutsche sind, die dann das Studium bei uns zwar nutzen, aber sofort nach Deutschland gehen. Aus welchen Gründen auch immer.

Erstens, weil sie dort daheim sind. Vielleicht auch mehr bezahlt bekommen. Dann würde ich meinen, dass der bessere Weg wäre, diese Beschränkung aufzuheben. Und ich glaube, Sie sollten auch anerkennen, diese Leistungen, die das Land jetzt hier anbietet. Das ist ein Paket, ein Burgenlandpaket, für die angehenden Ärztinnen und Ärzte, das österreichweit seinesgleichen sucht. Ich glaube, dass wir mit dieser auch ausgewogenen finanziellen Anreizsituation dafür sorgen können, dass es mehr Allgemeinmediziner im Burgenland geben wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Sagartz, bitteschön.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben selbst gesagt, Sie müssen sich sputen, das stimmt, weil bei einem anderen Modell, nämlich den Akutordinationen, hat Ihnen ja das der Kollege Doskozil schon weggenommen.

Im Übrigen, Herr Landesrat, am 4. Mai hat der SPÖ-Gesundheitssprecher Kovacs bereits eine Evaluierung in einer Presseaussendung vorgenommen. Spricht von einem

Erfolgsmodell und von Fallzahlen auf Niveau von Oberwart. Also der weiß offensichtlich mehr über die Zahlen als alle anderen.

Dementsprechend möchte ich fragen: Sie haben diesen Vertrag ausverhandelt, Herr Landesrat Darabos, Sie haben die Akutordinationen als probates Mittel gegen den Ärztemangel mit propagiert. Wie zufrieden sind Sie mit diesem Modell?

Präsident Christian Illedits: Die Frage Akutordination ist die Zuständigkeit… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Herr Landesrat Darabos hat es selbst genannt als Beispiel gegen den Ärztemangel! Darauf habe ich repliziert, Herr Präsident!)*

Stimmt. Aber für Akutordinationenauskunft bei Fallzahlen wäre der Herr Landesrat Doskozil zuständig. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt, ich habe ihn nur gefragt nach seiner Meinung! Nach seiner Meinung, ob es ein probates Mittel ist gegen den Ärztemangel!)*

Sie können jeden nach einer persönlichen Meinung fragen, obwohl er nicht regierungszuständig ist, aber nicht in der Fragestunde. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also ich sehe den Zusammenhang gegeben, da er es selbst erwähnt hat!)* Ein Zusammenhang ist immer gegeben, aber er ist nicht zuständig. *(Abg. Mag. Christoph Wolf: Aber der Norbert hat es beantworten wollen!)*

Da bin ich überzeugt, ja. Ich habe das auch so verstanden, aber Sie wissen, dass es auch hier Regeln gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber heißt das jetzt, dass kein Regierungsmitglied mehr etwas sagen darf, wenn er nicht zuständig ist? Ist das so?)* Bitte. Im Regelfall sollte der Abgeordnete, Herr Abgeordneter Steiner… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In der Zukunft muss das dann…)* Herr Abgeordneter Steiner, im Regelfall sollte der Abgeordnete wissen, wer regierungszuständig ist *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, aber…)* und nicht danach fragen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das gilt umgekehrt genauso.)*

Wenn es nicht klar ist, dann entscheide ich eben, ob die Frage zulässig ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sobald ein Regierungsmitglied etwas sagt, wo es nicht zuständig ist, sobald das der Fall ist, werden Sie einschreiten...)* Bitte eine andere Frage, Herr Abgeordneter Sagartz. *(Abg. Mag. Thomas Steiner:… und sagen, er hat nichts zu sagen.)* Herr Kollege Steiner, Sie sind nicht am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na und. - Abg. Ingrid Salamon: Was heißt „na und“?)* Nicht „na und“, Sie sind nicht am Wort. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Deswegen können Sie mir nicht das Wort verbieten. Soll ich mich melden, oder was? - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Herr Präsident, ich stelle keine weitere Zusatzfrage. Ich habe schon eine gestellt.)*

Die nächste Frage kommt von der Frau Abgeordneten Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Landesrat! Bei dieser Enquete, die wir hier im Saal miteinander gestaltet haben, haben alle Experten und die Expertin übereinstimmend festgestellt - und sie waren alle von unterschiedlichen Fraktionen nominiert -, sie haben alle festgestellt, dass nicht die Anzahl der Studierenden, also die Studienplätze an sich, das Problem sind, dass wir zu wenige Studienplätze hätten, sondern dass der Einstieg in den Beruf der Allgemeinmedizinerin oder des Allgemeinmediziners mit einer Ordination, vor allem auch im ländlichen Raum, das große Problem ist.

Ich würde mir so wünschen, dass wir auf diese fachlichen Erkenntnisse und Studienerkenntnisse in der Politik reagieren.

Deswegen frage ich Sie jetzt: Wie sehen Sie die Möglichkeiten, auch mit den anderen Playern - Gebietskrankenkasse, Ärztekammer, et cetera - zu verhandeln, dass die Verträge mit den Allgemeinmedizinern so gestaltet sind, dass es im Burgenland keine Schlechterbezahlung als in anderen Ländern gibt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich sehe keinen Widerspruch. Ich sehe ein Programm im Burgenland, das sich österreichweit nicht nur nicht genieren braucht, sondern das österreichweit vorbildlich ist.

Noch einmal gesagt: Stipendien für Jungärzte, gute Ausbildungsmöglichkeiten für jene, die diesen Aufnahmetest machen müssen, Stipendien für Turnusärzte und zusätzlich - ich weiß auch, dass das nicht in der Bevölkerung überall ganz gut angenommen wird - zusätzlich bis zu 60.000 Euro für einen Arzt, der dann nachher nicht schlecht verdienen wird, das ist auch ein offenen Geheimnis, dass er dann auch dort die Ordination eröffnen kann, wo er dann diesen Allgemeinmedizinerplatz oder - medizinerinnenplatz einnimmt.

Grundsätzlich sehe ich das schon so, dass wir vom Land her unsere Hausaufgaben gemacht haben, dass wir ein wirkliches Anreizsystem geschaffen haben und damit - ich bin sehr zuversichtlich - auch dafür sorgen werden, dass diese Allgemeinmedizinerplätze im Burgenland auch besetzt werden können. Es ist ja bis auf einige kleine Ausnahmen auch derzeit schon möglich gewesen. Aber wir haben rechtzeitig auf das reagiert, was wir auch vorgesehen haben.

Um auf Ihre Frage noch ganz abschließend zu kommen, natürlich gibt es hier auch Interessen der Ärztekammer, die nicht immer eins zu eins mit der Politik in Einklang zu stellen sind, um das vorsichtig auszudrücken. Der Ärztekammerpräsident ist aus meiner Sicht ein sehr guter Vertreter seiner Klientel, aber er ist eben auch jener, der natürlich schaut, dass diejenigen, die jetzt in ihren Funktionen sind beziehungsweise jetzt ihre Standorte haben, auch besser vertreten sind.

Wir als Politik haben dafür zu sorgen - da bin ich bei Ihnen -, dass es darauf ankommt, dass wir auch über die Interessen der Kammern auch der Gebietskrankenkasse hinweggehend, dafür sorgen, dass die Stellen auch so versorgt werden, dass die Bevölkerung, die Patienten und Patientinnen versorgt werden können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Kovacs. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident. Seit einigen Monaten gibt es diese Landarztpraxenförderung, dank der Initiative von Ihnen, Herr Landesrat. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Gibt es ja nicht.)*

Eine Frage dazu: Gibt es eigentlich schon ein Best-Practice-Beispiel im Burgenland, wo das schon bereits umgesetzt wird?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Bezirk Eisenstadt gibt es schon zwei Stellen, die jetzt neu besetzt werden konnten. Weil der Zwischenruf da war, das gibt es noch nicht, das ist richtig, es wird nächste Woche in

der Regierung beschlossen, und die Ärztinnen und Ärzte verlassen sich auf unser Wort und ich meine, dieses Anreizsystem mit den 60.000 Euro ist natürlich auch ein Grund, warum sich viele Ärztinnen und Ärzte bereit erklären, im Burgenland jetzt doch als Allgemeinmedizinerin oder -mediziner tätig zu werden.

Vielleicht noch ein letzter Satz dazu: Es sind natürlich auch andere Anreizsysteme, die hier zum Tragen kommen müssen, beispielsweise die Hausapotheke. Ein Arzt ist eher bereit, als Allgemeinmediziner oder -medizinerin hier tätig zu werden, wenn er die Möglichkeit hat, eine Hausapotheke auch zu führen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sind Sie dafür zuständig? Für die Frage der Hausapotheke? Er hat gesagt, das geht hier nicht.)*

Darf ich vielleicht politisch hier eine Meinung äußern? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Meinungen darf man hier nicht sagen.)* Ich wollte damit nur hinweisen, dass es mehrere Anreizsysteme geben muss, um Menschen dazu zu bewegen, im ländlichen Raum als Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner tätig zu werden.

Ich hoffe, dass wir einer Meinung sind, dass wir diese flächendeckende Versorgung im Burgenland beibehalten wollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Hirczy. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Landesrat! Im Bezirk Jennersdorf gehen in den nächsten zehn Jahren sieben von zehn Hausärzten in unseren Landarztpraxen in Pension. Viele junge Allgemeinmediziner nehmen eine Stelle im Krankenhaus oder in der benachbarten Steiermark an.

Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie, um die Rahmenbedingungen und finanziellen Entschädigungen für junge Ärzte dementsprechend an die Steiermark anzupassen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Herr Abgeordneter! Diese vorgefertigte Frage hätten Sie sich sparen können, das habe ich ja schon beantwortet.

Wir haben ein Paket, ein Burgenlandpaket, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mit den Steirern?)* das sich österreichweit sehen lassen kann. Wir haben das Paket jetzt erst verabschiedet, wir haben diese Förderung für die *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* - noch einmal, damit ich Ihnen das jetzt zum dritten Mal sage - also wir haben Stipendien, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben schon so viel zum dritten Mal gesagt.)* wir haben für die Turnusärzte Stipendien, wir machen eine Förderung für die Praxen, also mehr kann das Land nicht machen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Frage ist, was mit den Steirern ist.)*

Das ist ein tolles Paket. Ich würde Sie bitten, das anzuerkennen - als tolles Paket für die Jungärztinnen und -ärzte, sodass sie im Burgenland auch bleiben.

Ich möchte jetzt nicht… *(Abg. Christian Sagartz, BA: Die Frage ist, was mit den Steirern ist. Das war die Frage dazu.)* Nein, das ist die Frage nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch, Sie sollten zuhören! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die steirische Dimension im Südburgenland!)*

Die steirische Dimension… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dort wird mehr bezahlt, Herr Landesrat, das ist ganz einfach.)* Herr Abgeordneter Sagartz, die Steirer haben kein besseres Konzept als das Burgenland. Das Burgenland hat die beste Förderungsschiene aufgebaut, die es in Österreich gibt.

Ich würde Sie bitten, das auch anzuerkennen, und Sie waren ja auch dabei. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich bin ja nicht gegen Ihr Paket, Herr Landesrat.)* Sie haben das mitbeschlossen und sind auch dafür, wie ich es zumindest den Medien entnommen habe, und insofern kann ich jetzt niemanden abhalten, in die Steiermark zu gehen, ich kann ihm nur unsere Anreize anbieten, und diese Anreize sind die besten in Österreich - die besten überhaupt! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist b e e n d e t. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich möchte mich zur Geschäftsordnung melden.)*

Bitte Herr Abgeordneter Steiner. *(Abg. Ewald Schnecker: Na bitte, es geht doch. - Zwischenruf aus den Reihen: Ich habe mir schon gedacht, sonst wird es ja fad.)*

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nein, es geht nicht um fad oder nicht fad, ich halte das für eine nicht richtige Vorgangsweise, Herr Präsident, die Sie beim Umgang mit Fragen von Abgeordneten wählen. Wenn Sie sagen, dass die Frage des Abgeordneten Klubobmann Sagartz nicht zulässig war, weil er den Landesrat gefragt hat, ob es seine, nämlich des Landesrats, Meinung ist, dass Akutordinationen ein probates Mittel gegen den Ärztemangel sind, also es ist um den Ärztemangel gegangen. Und dann sagen Sie, nein, er ist nicht zuständig, er darf nicht antworten.

Eine Minute später fragt die Kollegin Petrik, was der Herr Landesrat zu den Ärzteverträgen sagt. Bekanntermaßen macht der Landesrat nicht die Verträge mit den Ärzten, sondern die Gebietskrankenkassen oder andere Krankenkassen.

Daher verstehe ich die Vorgangsweise ganz einfach nicht mehr. Ich verstehe nicht, dass Sie ganz einfach Fragen nicht zulassen oder unterbinden, die der Landesrat sogar beantworten wollte und wo wirklich ein Sinnzusammenhang vorhanden ist, es ist nämlich um den Ärztemangel und nicht um die Akutordinationen gegangen.

Ich würde bitten, dass Sie mit gleichem Maß bei Fragen von Abgeordneten messen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter Steiner, das mache ich sicherlich und mit Bedacht. Sie wissen, dass es natürlich die Zuständigkeit des Landesrat Darabos nicht ist, und er kann… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldigung! Aber für eine Frage nach dem Ärztemangel. Ich verstehe das echt nicht. - Abg. Ingrid Salamon: Wer ist jetzt am Wort?)*

Ob Sie das verstehen oder nicht. Sie wissen, dass Regierungszuständigkeiten klar definiert sind, und deshalb muss ich - und das ist meine Pflicht - darauf achten, dass die Frage an das richtige Regierungsmitglied gestellt ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also die Frage bezüglich Ärztemangel ist nicht zuständig beim Landesrat Darabos? Okay.)*

Sie haben die Frage Akutordination an den Landesrat Darabos gerichtet, wo er nicht zuständig ist, und die Frage der Frau Abgeordneten Petrik *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es ist um die Ärzteverträge gegangen.)* betraf Hausärzte, Allgemeinmediziner, wo er sehr wohl zuständig ist.

Ich habe sehr wohl zugehört, ob der Herr Landesrat zuständig ist oder nicht, also ich bin… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie sollten sich mal die Zuständigkeiten anschauen! - Abg. Edith Sack: Kann der auch einmal zuhören? - Abg. Doris Prohaska: Nein!)* Herr Abgeordneter, das könnte ich Ihnen auch zurückgeben, aber ich lasse es.

2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „Leistbares Wohnen im Fokus - Wohnbauförderung NEU im Burgenland“

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung, zur Aktuellen Stunde zum Thema: „Leistbares Wohnen im Fokus - Wohnbauförderung NEU im Burgenland“, die einvernehmlich von allen Landtagsklubs beantragt wurde.

Meine Damen und Herren! Bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher der antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen.

Sodann ist je einem Sprecher der anderen Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben. Die Redezeit dieser Redner ist jeweils auf 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung.

Jedenfalls aber hat der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf fünf Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf fünf Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden können.

Und schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde, und ich erteile als erstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter. Ihre Redezeit ist, wie bereits erwähnt, auf 15 Minuten beschränkt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer! Die heutige Aktuelle Stunde hat zum Thema, wie wir schon gehört haben „Wohnbauförderung NEU im Burgenland“ beziehungsweise „Leistbares Wohnen“ als Schwerpunkt.

Zu diesem Thema hat es bereits am vergangenen Freitag eine Pressekonferenz gegeben, wo alle Parteien des Landtages vertreten waren.

Dieser gemeinsame Auftritt hat zum einen die Bedeutung dieses Themas bestätigt, zum anderen, dass in großer Gemeinsamkeit ein guter Weg gefunden wurde, den Erfolgsweg der burgenländischen Wohnbauförderung fortzusetzen.

In den vergangenen Wochen wurden viele Parteiengespräche zum neuen Wohnbauförderungsgesetz geführt. In relativ kurzer Zeit ist es uns gelungen, über

Parteigrenzen hinweg ein Paket zu schüren, das die bereits beste Wohnbauförderung noch besser machen wird.

Es hat auch in der Vergangenheit im Landtag immer wieder Diskussionen über gewisse Punkte gegeben und diese hat unser Wohnbaureferent Landeshauptmann Hans Nießl auch gerne dementsprechend aufgenommen. Schlussendlich haben sich alle im Landtag vertretenen Parteien mit vielen guten und konstruktiven Vorschlägen und Ideen eingebracht.

Alle haben die Sache in den Vordergrund gestellt und von Anfang an den Willen zu einem guten Ergebnis gezeigt. Dafür möchte ich mich auch als Wohnbausprecher recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen, die Wohnqualität ist ein bestimmender Faktor der Lebensqualität. Mit der Wohnbauförderung fördert das Land Burgenland die Schaffung und den Erhalt von Wohnraum. Leistbare Wohnungen und Eigenheime in genügender Zahl und entsprechender Qualität sollen für eine ständige Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unserem Land sorgen.

Die Wohnbauförderung hat seit langer Zeit eine große Bedeutung für das Land Burgenland. Gerade beim Wohnen zeigt sich der steigende Wohlstand, der Aufstieg und die erfolgreiche Entwicklung des Landes.

Primäres Ziel der Wohnbauförderung war und ist es, leistbares Wohnen in hoher Qualität für die Burgenländerinnen und Burgenländer zu schaffen.

Faktum ist, dass die Wohnpreise im Burgenland im Bundesländervergleich am niedrigsten sind. Das wird auch durch Studien immer wieder bestätigt, und einen wesentlichen Beitrag leistet dazu die burgenländische Wohnbauförderung. In den vergangen fünf Jahren wurden rund 15.000 Wohneinheiten gefördert. Heuer stehen für die Wohnbauförderung im Burgenland mehr als 121 Millionen Euro bereit.

Die Wohnbauförderung ist damit auch ein wichtiges soziales Instrument, ein wichtiger Motor für die Wirtschaft und leistet ebenso einen Beitrag zu einer aktiven Klimaschutzpolitik.

Die Wohnbauförderung ist auch ein wichtiger Faktor für das in den letzten Jahren hohe Wirtschaftswachstum unseres Heimatlandes Burgenland, für Beschäftigungsrekord und ist natürlich auch damit verbunden ein wichtiger Motor für die burgenländische Bauwirtschaft, wo wir immerhin 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wurden schon in der Vergangenheit gezielte Schwerpunkte gesetzt, wie zum Beispiel „Junges Wohnen“, „Sicheres Wohnen“ oder die Winter-Sanierungsoffensive, die bis Ende April dieses Jahres gelaufen ist.

Das Burgenland ist in vielen Bereichen das Wohnland Numero eins, das sind wir noch immer im mehrgeschoßigen Wohnungsbau, hier mit Abstand zu anderen Bundesländern. Beim Bau von Einfamilienhäusern mussten wir aber erkennen, dass der Trend in eine andere Richtung geht und dass dementsprechend weniger Einfamilienhäuser gefördert wurden.

Das Burgenland hat sich einmal den Namen als „das Land der Häuslbauer“ gemacht und genau dort, meine Damen und Herren, wollen wir mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz ansetzen und einhaken.

Ziel des neuen Wohnbaugesetzes war es auch, ein schlankes und gut strukturiertes Gesetz zu schaffen und Details in Richtlinien, wie zum Beispiel Verordnungen, festzuhalten.

Was sind nun die Eckdaten des neuen Wohnbauförderungsgesetzes? Das neue Gesetz bedeutet, dass künftig mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in den Genuss der Wohnbauförderung kommen. Beim Neubau im Eigenheimbereich soll sich die Förderhöhe zusammensetzen aus einer sogenannten Subjektförderung und aus einer Objektförderung.

Alle personenbezogenen Komponenten zählen zur Subjektförderung, alles, was direkt mit dem zu fördernden Objekt im Zusammenhang steht, zählt zur Objektförderung.

Ich komme nun zu den Beispielen Subjektförderung. Ganz wesentlich im neuen Wohnbauförderungsgesetz ist die Anhebung der Einkommensgrenzen. Damit soll gewährleistet sein, dass mehr Burgenländerinnen und Burgenländer in den Genuss der Wohnbauförderung kommen. Durch diese Anhebung ist es beispielsweise auch einem Polizisten, einem Lehrer oder einem Krankenpflegerehepaar möglich, eine Wohnbauförderung zu bekommen.

Ein konkretes Beispiel: Ein Vier-Personen-Haushalt, derzeit höchstzulässiges Jahreseinkommen 62.500 Euro, im Wohnbauförderungsgesetz NEU wird das höchstzulässige Jahreseinkommen auf 68.000 Euro erhöht.

Die Anhebung des Kindersteigerungsbetrages beträgt derzeit unter 16 Jahren 11.000 Euro pro Kind, mit dem neuen Wohnbaufördergesetz wird er auf 12.000 Euro angehoben. Und der Sozialzuschlag bleibt weiterhin bestehen, ist für Einkommensschwächere vorgesehen, er beträgt bis zu 15.000 Euro.

Nun zur Objektförderung. Bis dato war die Grundförderung ein Fixbetrag unabhängig von der Größe und somit von den Baukosten des zu fördernden Eigenheimes. Mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz wird auf die Größe Rücksicht genommen. Die Berechnung der Förderhöhe - Grundförderhöhe - erfolgt gestaffelt nach der Wohnnutzfläche. Es wird also neu eine Quadratmeterförderung geben.

Ein Haus mit einer Wohnnutzfläche von bis zu 100 Quadratmetern wird mit 45.000 Euro gefördert, ein Haus mit 150 Quadratmetern mit 51.000 Euro, ein Haus mit 180 Quadratmetern mit 52.200 Euro. Wird größer als 200 Quadratmeter Wohnnutzfläche gebaut, wird prozentuell die Förderhöhe gekürzt. Bei mehr als 250 Quadratmeter Wohnnutzfläche gibt es keine Förderung.

Wird die erforderliche Energiekennzahl unterschritten, kann die Förderhöhe abhängig von der Wohnnutzfläche sogar bis zu 72.000 Euro betragen.

Meine Damen und Herren! In der Vergangenheit hat es auch hier im Landtag immer wieder Diskussionen über den Ortskernzuschlag gegeben, und man hat sich dann schlussendlich auf ein sogenanntes bodenverbrauchssparendes Bauen geeinigt. So gibt es einen Zuschlag in Zukunft, wenn ein bestehendes Objekt abgerissen und durch einen Neubau ersetzt wird. Der Zuschlag beträgt 35 Prozent der anfallenden Abrisskosten, aber maximal 16.000 Euro.

Ein weiterer wichtiger Faktor für den Ortskern ist, wenn eine Baulücke geschlossen wird, diese befinden sich auch sehr oft in Ortskernen, und da gibt es eine Förderung von 70 Euro pro Quadratmeter Wohnnutzfläche und maximal aber 12.600 Euro.

Ein weiterer Punkt ist die Förderung für barrierefreies Bauen, hier gibt es maximal 7.500 Euro zusätzlich und für behindertengerechte Maßnahmen maximal 15.000 Euro.

Wiederum ein Beispiel dazu: Eine burgenländische Familie, zwei Erwachsene, zwei Kinder unter 16 Jahren, Jahresnettoeinkommen knapp 49.900 Euro, Wohnnutzfläche 160 Quadratmeter, das ist so ein typisches Haus hier im Burgenland, eine Hausgröße, Energiekennzahl 35, für diese Familie erhöht sich die Grundförderung von 40.000 auf 52.200. Der Kindersteigerungsbetrag von 22.000 auf 24.000 Euro, der Ortskernzuschlag von 8.000 auf 11.200 Euro, in Summe steigt die Wohnbauförderung von 70.000 auf 87.400 Euro, und das ist schon ordentlich.

Ein weiterer Schwerpunkt der Wohnbauförderung NEU ist die Sanierung, die Sanierung von Eigenheimen. Aufgrund der OIB-Richtlinien und der 15a-Vereinbarungen ist es erforderlich, die Förderungen im Sanierungsbereich anzupassen. Auch hier gibt es eine deutliche Anhebung. Unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien gibt es hier Förderungen bis zu 80.000 Euro.

Im Zuge der Verhandlungen wurden auch Anregungen aufgenommen, die Streck- und Arkadenhöfe, die es vor allem im Südburgenland, im Mittelburgenland gibt, zu fördern. Das sind historische Gebäude, die sehr oft verfallen und wo es bis jetzt kaum oder keine Anreize gegeben hat, diese zu sanieren oder zu revitalisieren.

Mit dieser Förderung sollen für diese leerstehenden Gebäude mehr oder weniger die Möglichkeit geschaffen werden, zu sanieren, die Kulturlandschaft des Burgenlandes zu erhalten, und ich glaube, das ist auch ein wichtiger Beitrag in diesem Sinne. Auch hier gibt es bis zu 80.000 Euro Sanierungsdarlehen und plus 25 Prozent an zusätzlichen Förderkosten eben für diese Streck- und Arkadenhöfe, wenn das Gebäude vor 1920 errichtet worden ist.

Im Mehrgeschoßbau, hier sind wir sowieso Österreichspitze, gibt es nun mit dem Generationenwohnen eine neue Förderart. Der Schwerpunkt umfasst Starterwohnungen und „Betreubares Wohnen“. Hier geht es um reine Mietwohnungen ohne Eigentumsoption, bei denen die Nettomiete fünf Euro pro Quadratmeter nicht übersteigen darf. Die Förderhöhe für Generationswohnen beträgt 680 Euro pro Quadratmeter.

Mit der Wohnbauförderung NEU wollen wir auch Anreize für die Revitalisierung von bereits bestehenden, bisher nicht für Wohnzwecke genutzten Gebäuden schaffen. Das könnte zum Beispiel ein leerstehendes, nicht mehr genutztes Gasthaus in einem Dorf, in einer Gemeinde sein, in dem Wohnraum geschaffen wird. Dafür gibt es eine erhöhte Förderung in der Höhe von 680 Euro pro Quadratmeter.

Auch hier gibt es schon Beispiele, dass eine Siedlungsgenossenschaft ein altes Gasthaus kauft und in Wohnraum umfunktioniert, und das ist auch eine wichtige Fördermaßnahme, ein wichtiger Anreiz, dass der Ortskern gestärkt wird.

Auch bezüglich der Rückzahlungsmodalitäten wird es so sein in Zukunft, bisher waren die Rückzahlungen 27,5 Jahre, jetzt wird es auf 30 Jahre verlängert. Diese Verlängerung kommt den Burgenländerinnen und Burgenländern zugute. Das heißt, eine längere Rückzahlungsdauer bedeutet geringere Rückzahlungsraten.

Auch die Zinsgestaltung wird bei der Wohnbauförderung NEU geringer ausfallen, vom ersten bis zum zehnten Jahr 0,7 Prozent, vom zehnten bis 20. Jahre ein Prozent, vom 20. bis zum 30. Jahr zwei Prozentpunkte. Damit bleiben auch die Rückzahlungsquoten für zukünftige Generationen erhalten.

Meine Damen und Herren! Es kommt nicht jeden Tag vor, dass wir auf eine ganz besondere Art und Weise des Konsens ein für die Menschen im Burgenland so wichtiges Gesetz erarbeitet haben und letztendlich beschließen. Das Gesetz muss ja erst beschlossen werden.

Damit findet auch für die Zukunft das für das Burgenland typisch leistbare Wohnen eine stabile Fortsetzung. Mit diesem modernen und schlanken Wohnbaufördergesetz schaffen wir klare und transparente Rahmenbedingungen, auch im Sinne der Verwaltungsvereinfachung.

Dieses Gesetz ist ein wichtiger Meilenstein, um die beste Wohnbauförderung Österreichs für zukünftige Generationen zu sichern.

Ich darf mich auch heute ganz besonders bedanken bei der Referatsleiterin der Wohnbauabteilung, Frau Claudia Pingitzer, die in den letzten Wochen in unzähligen Stunden eigentlich die Voraussetzungen für die verschiedenen Maßnahmen erarbeitet und auch alle Beteiligten sehr professionell mit verschiedenen Rechenbeispielen instruiert hat.

Wir können stolz sein auf diese Wohnbauförderung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Herr Landeshauptmann! Frau Landesrätin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Ob Wohnung oder Haus - jeder Burgenländer soll bedarfsgerecht und leistbar wohnen können. Der sparsame Umgang mit den Ressourcen Grund und Boden ist unumgänglich. Erschwingliches Wohnen in Eigentum und Miete muss das Ziel sein.

Um dem Anstieg von Immobilien- und Grundstückspreisen im Burgenland entgegenzuwirken, sollen über die burgenländische Wohnbauförderung bedarfsorientierte Maßnahmen getroffen werden.

Das ist noch nicht der allgemeine Teil der Erläuterung zum neuen Gesetz. Das ist eine Passage aus dem Übereinkommen der rot-blauen Koalition, für die eine Neubewertung und Anpassung des burgenländischen Wohnbauförderungsgesetzes von Anfang an ein zentrales Projekt dieser Gesetzgebungsperiode gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Es gibt in Österreich kaum Kosten, die stärker steigen als die Wohnkosten. Die Statistik Austria hat ja erst vor wenigen Tagen einen Überblick über die Entwicklung der Wohnkosten in den Jahren 2008 bis 2017 veröffentlicht.

Dieser Überblick zeigt, dass die Wohnkosten pro Quadratmeter in diesen zehn Jahren im Gesamtschnitt um 15,6 Prozent angestiegen sind - im Gesamtschnitt! Die Mietkosten sind um mehr als ein Drittel gestiegen, und selbst das Wohnen im Eigentum ist deutlich teurer geworden. Wenn wir etwa über das Wohnungseigentum sprechen, dann gehen wir hier von einer Teuerungsrate von 28,6 Prozent aus, das ist heftig.

Im Burgenland ist es nicht ganz so dramatisch, aber auch hierzulande wird Wohnen teurer. Da spielen Betriebskosten eine Rolle, da spielen Energiekosten eine Rolle, da spielt es vor allem auch eine Rolle, dass das Angebot zumindest mancherorts mit der Nachfrage nicht mehr Schritt halten kann.

Dafür gibt es bestimmte Faktoren, die wir zugegebener Maßen auch schwerlich beeinflussen können. Jeder Österreicher bewohnt heute im Schnitt doppelt so viel Wohnfläche als das noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war. Das wirkt sich aus, schmälert das vorhandene Angebot.

Die Zahl der Menschen, die in Österreich leben, steigt trotz sinkender Geburtenrate stetig an, auch das wirkt sich aus, es erhöht nämlich die Nachfrage.

Und drittens, das sollte man nicht unterschätzen, gerade in Zeiten lockerer Geldpolitik und niedrigster Zinsen ist viel Geld im Markt, das nach sicheren und halbwegs ertragreichen Anlagen sucht. Ziel sind in solchen Zeiten eben auch und vor allem auch Immobilien.

Meine Damen und Herren! Im Burgenland wohnt es sich im österreichischen Vergleich nach wie vor am günstigsten, aber die genannten Faktoren machen auch vor unseren Landesgrenzen nicht Halt. Die große politische Herausforderung besteht natürlich darin, auf diese krass veränderten Umstände entsprechend zu reagieren, entsprechend mit diesen Umständen umzugehen.

Die Nachfrage nach Immobilien steigt auch im Burgenland. Auch hier steigt die Anzahl der Ein-Personen-Haushalte. Das ist ein Faktor. Auch bei uns steigt die Nachfrage allein schon deshalb, weil es vor allem im Nordburgenland kräftigen Zuzug gibt, der allen Prognosen zu Folge auch noch länger anhalten wird. Natürlich sucht man auch im Burgenland noch Immobilien, die ja Anlage für Geld sind.

Das große ökonomische Problem, das können wir hier nicht lösen, meine Damen und Herren, aber wir haben mit der Wohnbauförderung einen Hebel in der Hand, der es uns sehr wohl ermöglicht, sozialpolitische, raumplanerische und auch ökologische Maßnahmen zu treffen.

Genau das tun wir mit der Wohnbauförderung NEU, mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz, das wir in den letzten Wochen gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Der Vorsitzende des Wohnbauförderungsbeirates, Kollege Mag. Maczek hat es im Detail schon erläutert. Wir heben die Förderhöhe an, wir heben die Einkommensgrenzen an, wir erhöhen den Kindersteigerungsbetrag und wir verlängern die Laufzeiten beziehungsweise halten Zinsen und Annuitäten niedrig, und das war dem Herrn Landeshauptmann sehr wichtig, wir haben mit ihm an der Spitze von Anfang an größten Wert darauf gelegt, dass nach der neuen Wohnbauförderung keine Fallkonstellation denkbar ist, die bewirkt, dass jemand weniger bekommt, als er nach dem alten Modell bekommen hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, wir erweitern den Kreis der Anspruchsberechtigten. Jeder wird mehr als bisher bekommen, vor allem auch der Mittelstand und die Familien. Das sind Ergebnisse, meine Damen und Herren, die sich sehen lassen können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Innerhalb der genannten Eckpfeiler werden wir aber auch raumplanerischen und ökologischen Anforderungen gerecht, die wir uns auch schon im Koalitionsübereinkommen selbst gestellt haben. Wir schaffen die Ortskernförderung in der bisherigen, ja oft recht eigenwilligen und eigentlich sinnverkehrend interpretierten Form ab und fördern künftig unter dem Titel „Ortskernförderung neu“ das sogenannte bodenverbrausparende Bauen.

Das heißt, wer ein bestehendes Projekt durch einen Neubau ersetzt oder wer eine Baulücke schließt, der bekommt mehr. Ähnlich verhält es sich mit Sanierungsmaßnahmen, wo es natürlich vor allem darum geht, energietechnische Verbesserungen zu erreichen. Es ist aber genauso wichtig, das möchte ich schon anführen, dass wir in Bezug auf die zugrundeliegende 15a-Vereinbarung im neuen Wohnbauförderungsgesetz nicht weiter gehen, als wir müssen.

Schließlich wollen wir ja, dass die Wohnbauförderung in Anspruch, und nicht das auf sie verzichtet wird, weil es ohne die Erfüllung von energietechnischen Auflagen und trotz Förderung billiger kommt.

Diese Liste, meine Damen und Herren, ließe sich noch beliebig fortsetzen, etwa in Bezug auf die Barrierefreiheit oder auf die behindertengerechten Maßnahmen. Das wurde bereits erwähnt. Oder auch, zum Beispiel, in Bezug auf die neue Sonderförderung für Arkaden und Streckhöfe, ein wichtiger Impuls zum Erhalt der Kulturlandschaft.

Wesentlich ist unter dem Strich, dass wir mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz in allen Belangen besser werden. Dass wir uns in allen Belangen wieder, im Vergleich zwischen den österreichischen Bundesländern, an die Spitze setzen, dass wir all jenen dienen, die leistbaren Wohnraum suchen, die auf leistbaren Wohnraum angewiesen sind. Aber, dass wir auch jenen dienen, die Wohnraum schaffen, also, der Wirtschaft.

Die Wohnbauförderung sorgt ja nicht nur für günstigen Wohnraum, sondern ist ja auch ein wesentlicher Hebel, um die Wirtschaft zu fördern.

Ich bedanke mich beim Koalitionspartner für die umsichtige, effektive und vor allem zeitlich sehr effiziente Verhandlungsführung. Allen voran beim Herrn Landeshauptmann, der in seinem Element war, aber auch bei allen anderen im Landtag vertretenen Parteien, die sich sachdienlich an diesen Gesprächen beteiligt haben.

Ich bin froh, da kann ich mich meinem Vorredner nur anschließen, dass die Wohnbauförderung, die auch in den letzten Jahren und Jahrzehnten Konsensmaterie zwischen den Parteien war, weiterhin Konsensmaterie bleiben wird und ich bin vor allem auch froh darüber, dass wir mit der Wohnbauförderung NEU ein zentrales Projekt dieser Gesetzgebungsperiode in dieser Art und Weise in Umsetzung bringen. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Das ist heute eine etwas ungewöhnliche Aktuelle Stunde, wo es einen Antrag aller im Landtag vertretenen Parteien dazu gegeben hat, nämlich, zum Thema Wohnbauförderung darüber zu diskutieren, wie sich die Wohnbauförderung in Zukunft entwickeln soll.

Das ist eigentlich die logische Fortsetzung dessen, was die beiden Vorredner schon gesagt haben, dass es nämlich in den abgelaufenen, vergangenen Wochen zwischen allen Parteien sehr viele Gespräche gegeben hat, wo es darum gegangen ist, herauszufinden, ob es hier einen gemeinsamen Weg, einen Konsens, geben kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Für die Volkspartei Burgenland möchte ich natürlich in Anspruch nehmen, dass wir als stärkste Oppositionspartei auch von Beginn dieser Legislaturperiode an immer gesagt haben, dass wir nicht nur unsere wichtige Aufgabe der Kontrolle übernehmen wollen, sondern dass wir auch eine starke Alternative sein wollen. Dass wir uns einbringen wollen, dass wir auch mitgestalten wollen.

Ich glaube, gerade bei diesem Wohnbauförderungsgesetz oder bei den Gesprächen dazu, hat sich dieser Gestaltungswille und diese Gestaltungskraft der Volkspartei auch sehr gut gezeigt.

So wie es übrigens auch beim Mindestsicherungsgesetz war oder beim Gemeinderechtspaket. Deswegen, lieber Géza, haben wir Euch gerne geholfen, dieses zentrale Anliegen dieser Legislaturperiode zu einem guten Ende zu bringen beziehungsweise wir werden das noch tun.

Ich möchte mich vorweg natürlich auch beim zuständigen Referenten, beim Herrn Landeshauptmann, bedanken. Dafür, dass er sich die Zeit genommen und auch die Energie hineingesetzt hat, *(Abg. Ingrid Salamon: Diese Überheblichkeit!)* wirklich einen breiten Konsens zu schaffen. *(Abg. Edith Sack: Ein Wahnsinn!)*

Darauf zu schauen, dass wir hier bei einem wichtigen Thema für die Menschen möglichst gemeinsam vorgehen. Es war eine Verhandlung, die von einem gegenseitigen Vertrauen und auch von einem aufeinander Zugehen geprägt war. Ich glaube, das ist wichtig, richtig und gut so, denn gerade die Wohnbauförderung ist ganz einfach ein Schlüsselinstrument für die Zukunft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist etwas, was für uns und für mich persönlich auch besonders wichtig ist, weil es auch ein zentrales Ziel der Volkspartei Burgenland und von mir persönlich ist, dass es den Burgenländerinnen und Burgenländern möglich ist, Eigentum zu schaffen. Sich ein Haus zu bauen oder sich auch irgendwann einmal eine Eigentumswohnung anzuschaffen.

Daher brauchen wir eine effektive und effiziente Wohnbauförderung. Gerade die letzten Jahre, wo es eine Niedrigzinsphase gegeben hat, haben dazu geführt, dass viele, vor allem private Häuslbauer, auf die Wohnbauförderung verzichtet haben, weil sie sehr günstiges Geld auf dem freien Kapitalmarkt bekommen haben.

Damit auch viele Auflagen nicht erfüllen mussten, vor allem im Energiebereich. Ich glaube, das ist jetzt der richtige Zeitpunkt und der richtige Schritt, dem auch entgegenzuwirken und den Burgenländerinnen und Burgenländern ein noch besseres Angebot zu machen und sie zu animieren, diese Wohnbauförderung des Burgenlandes auch anzunehmen.

Die wichtigsten Punkte, aus unserer Sicht, und wo wir sehr froh sind, dass wir uns hier auch einbringen konnten, ist zum Ersten eine massive Mittelstandsförderung. Das ist eine Wohnbauförderung, die dem burgenländischen Mittelstand zugutekommt. Da überrascht es natürlich nicht, dass die Volkspartei hier natürlich gerne mit dabei ist und sich hier eingebracht hat, denn wir glauben, dass es notwendig ist, den Mittelstand zu stärken, den Menschen, die auch Steuern zahlen, auch etwas zurück zu geben.

Wir legen damit auch den Schwerpunkt bei dieser Novelle auf den Einfamilienhausbau, weil, wie das schon angeklungen ist, im Genossenschaftsbau, im verdichteten Wohnbau, ohnehin schon sehr hohe Beträge - auch österreichweit - als Wohnbauförderung ausbezahlt werden.

Der zweite Punkt, und auch das überrascht nicht, der uns wichtig ist, dass ist die Förderung der Familien und damit hier ganz konkret die Anhebung des Kindersteigerungsbetrages. Wir wollen, dass sich auch junge Familien Eigentum leisten können, dass sich auch junge Familien Eigentum schaffen können, dass sie auch ein schönes und gutes Wohnumfeld haben.

Der dritte Punkt, der auch schon angesprochen worden und der insbesondere auch von den GRÜNEN gekommen ist, ist die Frage, was können wir tun, um möglichst bodenschonend eine Wohnbauförderung zu haben, die dazu animiert, dass Menschen alte Häuser entweder am Standort wegreißen und neu bauen oder noch besser, dass sie sanieren oder dass Baulücken geschlossen werden?

Ich halte das auch für den richtigen Weg und, ich glaube, der Géza hat es gesagt, der „Ortskernzuschlag alt“ das war eben eine Sache, die man als Laie manches Mal nicht nachvollziehen konnte. Wo überall in einer Gemeinde, in einer Stadt, plötzlich ein Ortskern zu finden war. Daher halte ich diesen Weg, hier eher darauf zu schauen, dass man ältere Gebäude entweder saniert oder dort wieder baut, oder dass man eben Lücken schließt, für den besseren Weg. Für uns war natürlich wichtig und klar, auch bei einer Verhandlung, dass man sich nicht in allen Punkten durchsetzen kann. Bekanntlich haben wir ja gerade für das Südburgenland, für das Mittelburgenland, aber nicht nur für diese Gebiete, sondern überhaupt für diejenigen Gemeinden, wo es eine starke Abwanderung gibt, vorgeschlagen, ob man nicht in diesen Gemeinden eine erhöhte Wohnbauförderung gewähren sollte.

Da haben wir uns, das muss ich auch dazu sagen, in der Frage ganz konkret nicht durchgesetzt. Aber, wir haben, glaube ich, eine gute Alternativlösung gefunden, wo wir gesagt haben, wir wollen diese Gebäude, die für das Burgenland so typisch sind, wie Arkadenhöfe, wie Streckhöfe, also Gebäude, die vor 1920 errichtet worden sind, besonders fördern, nämlich, bei der Sanierung.

Das ist, glaube ich, schon ein guter Ansatz, dass man hier noch einmal in solchen Fällen 25 Prozent an Fördervolumen dazugibt. Das kann, glaube ich, durchaus auch eine Möglichkeit sein, dass man hier die Eigentümer dazu animiert, diese historischen Gebäude, diese burgenlandtypischen Gebäude, auch aufrecht zu erhalten.

Ich glaube, dass es insgesamt wichtig ist, dass man eine Wohnbauförderung oder Wohnbauförderungsvorschrift, ein Wohnbauförderungsgesetz beziehungsweise die dazugehörigen Verordnungen nach Abständen immer wieder evaluiert. Sich anschaut, haben diese Maßnahmen, auf die wir uns vereinbart haben, haben die auch gegriffen? Sollte man da oder dort nicht noch etwas verändern?

Ich glaube, das ist ohnehin ein Prozess, der ständig notwendig ist. Das wird, nehme ich an, die Wohnbauabteilung, bei der ich mich auch herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanke, beziehungsweise auch der zuständige Referent Landeshauptmann Niessl auch immer wieder tun, nämlich, in Abständen zu schauen, ob diese Maßnahmen, die wir uns vorgenommen haben, dass die auch wirklich greifen.

Daher wird es auch bei dieser Gesetzesnovelle eigentlich eine grundlegende Änderung des Gesetzes geben. Es wird ein sehr schlankes, ein sehr einfach lesbares Gesetz sein und es werden viele Details in Verordnungen der Landesregierung sozusagen übertragen.

Da möchte ich auch ganz klar sagen, dass mir persönlich das schon auch wichtig war, dass wir dadurch den Landtag sozusagen von der Diskussion nicht aussparen, sondern dass wir auch im Gesetz verankern werden, dass es eine Berichtspflicht der Landesregierung gibt.

Bevor eine Verordnung geändert wird, muss diese oder der Inhalt dieser Verordnung dem Landtag berichtet werden, dass man hier auch diskutieren kann, dass sich alle Parteien auch entsprechend einbringen können und ihre Beiträge auch im Rahmen von parlamentarischen Diskussionen auch entsprechend einbringen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass diese gemeinsame Vorgangsweise aller im Landtag vertretenen Parteien auch ein gutes Signal an die Bevölkerung, an die Menschen dieses Landes ist. Dass die Menschen auch sehen, dass dann, wenn es wirklich ganz klar um die Sache geht, dass es möglich ist, über viele

Parteigrenzen hinweg einen gemeinsamen Nenner zu finden, eine gemeinsame Vorgangsweise festzustellen.

Für uns war wichtig, dass wir gerade in dieser Angelegenheit die Menschen in den Mittelpunkt stellen, dass wir die Interessen der Burgenländerinnen und Burgenländer in den Mittelpunkt stellen. Wir als Volkspartei Burgenland werden dann, wenn das Gesetz vorgelegt wird, diesem Gesetz natürlich auch zustimmen. Wir werden uns weiter in allen Lebensbereichen oder in alle politischen Themen, die die Lebensbereiche der Menschen berühren und wo es für die Menschen wichtig wird, aktiv einbringen.

Ich glaube, dass das Wohnbauförderungsthema ein solches ist, wo ich mich wirklich darüber freue, dass man einen so breiten Konsens gefunden hat. Ich gehe davon aus, und der Landeshauptmann hat das ja auch zugesichert, dass dann die Verordnungen, so wie wir das vereinbart haben, auch von der Regierung beschlossen werden. Dass wir dann, mit 1. September dieses Jahres, eine Wohnbauförderung zumindest nach den neuen Regeln vergeben werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist, glaube ich, auch wichtig, den Menschen das auch zu kommunizieren, dass ab diesem Zeitpunkt dann die neuen Regeln gelten. Das heißt, jeder kann sich auch darauf einstellen. Das ist auch gut und richtig so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich noch einmal beim Herrn Landeshauptmann, aber auch bei den Verhandlern der anderen politischen Parteien für die gute und, so glaube ich, am Ende sehr erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Wohnbauförderung herzlich bedanken.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir vielleicht in den nächsten Monaten noch viele Gelegenheiten haben werden, wichtige Themen für die Menschen gemeinsam auf einen guten Weg zu bringen. Die Volkspartei Burgenland hat das von Beginn dieser Legislaturperiode an auch immer gesagt, dass wir uns gerne einbringen, dass wir unsere Kompetenzen gerne einbringen. Das haben wir bei vielen Gelegenheiten getan. Jetzt auch bei der Wohnbauförderung. In diesem Sinn steht einem baldigen Beschluss dieses Gesetzes nichts mehr im Wege. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst ein Dankeschön an die Debattenredner. Ich muss sagen, in meinen 18 Jahren als Landeshauptmann habe ich natürlich relativ viele Parteiengespräche zu verschiedenen Themen geführt. Ich glaube, wir werden jetzt das vierte oder fünfte Mal auch die Wohnbauförderung ändern. Aber, es waren diese Gespräche insofern für mich besondere, weil sie von wirklich großer Kompetenz aller Vertreter der politischen Parteien gekennzeichnet waren.

Vor allen Dingen waren sie nicht von dem Bemühen geprägt, die Gespräche abbrechen zu wollen, sondern sie konstruktiv zu Ende zu führen. Jeder, der in der Politik tätig ist, weiß, dass man immer wieder, wenn man will, einen Grund findet, warum man eben Gespräche auch abbricht. Aber, das gemeinsame Wollen ist im Vordergrund gestanden. Das konstruktive Vorgehen ist im Vordergrund gestanden. Da möchte ich mich gleich zu Beginn bei wirklich allen Verhandlungsteilnehmern sehr herzlich bedanken.

Das war für mich ein kleiner Höhepunkt der 18jährigen Tätigkeit, dass man mit so viel Kompetenz, Sachlichkeit und auf Augenhöhe miteinander reden, verhandeln und gute Ergebnisse liefern kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Das Ziel der Wohnbauförderung ist, glaube ich, auch klar. Wir wollen auch in Zukunft die niedrigsten Mieten in Österreich haben.

Ich glaube, leistbares Wohnen ist ganz wichtig, denn das wird für die nächsten Jahre eines der ganz wesentlichen Themen sein, ob sich die Menschen Wohnen noch leisten können. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist bei uns die Miete niedriger. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das hat mehrere Gründe. Das muss man auch dazu sagen. Aber, einer der Gründe ist, dass wir beim genossenschaftlichen Wohnbau mit Abstand die besten Fördermöglichkeiten haben und dass sich das auch auf niedrige Mieten unmittelbar auswirkt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben in den letzten Monaten, im letzten Jahr, das sage ich auch ganz offen, im Bereich der Förderung der Einfamilienhäuser auch ein bisschen ein Defizit gehabt. Da war es notwendig, dass wir auch aufgrund von 15a-Vereinbarungen das Gesetz ändern.

Da war es notwendig, die Einkommensgrenzen weiter anzuheben. Da war es notwendig, auch einerseits auf die Quadratmeterförderung umzustellen und natürlich auch auf die Personenanzahl, die in diesem Haus leben.

Also, wir haben mehrere Faktoren dazu genommen, auch mit dem Ergebnis, dass es wahrscheinlich auch eine größere Gerechtigkeit bei der Förderung gibt, weil es mehrere Faktoren sind.

Was auch natürlich wichtig ist, dass aufgrund von einzelnen Berechnungen und punktuellen Beispielen es nicht vorkommen darf, dass jemand weniger bekommt. Genau das wurde auch angesprochen, nämlich, dass es keine Fallberechnung gibt, wo man sagt, da ist jetzt weniger herausgekommen.

Was wir deutlich angehoben haben, sind auch die Sanierungen. Das war natürlich auch eine Anregung, die immer wieder gekommen ist. Ich möchte jetzt gar nicht herausgreifen, welche Anregungen von wem gekommen sind. Es sind viele Anregungen gekommen, die auch eingeflossen sind.

Nicht alle. Auch meine Vorstellungen konnten nicht alle umgesetzt werden, aber wenn man bis zu 80.000 Euro für Sanierungen bekommt, dann, glaube ich, ist das durchaus herzeigbar und ein Anreiz, ein Haus nicht nur wegzureißen, sondern in weiterer Folge auch zu sanieren und wenn es Streckhöfe sind, hat es auch über Anregungen nochmals einen Zuschlag von 25 Prozent gegeben.

Der ökologische Anreiz ist ebenfalls ein zeitgemäßer. Nämlich, noch mehr Wohnbauförderung zu ermöglichen, wenn man eine besonders gute Wärmedämmung hat. Wir sind auch übereingekommen, spätestens am Beginn des nächsten Jahres ein wissenschaftliches Projekt mit unserer Fachhochschule mit dem Schwerpunkt Gebäudetechnik in Auftrag zu geben.

Die machen dort eine wirklich tolle und großartige Arbeit. Hier wird es auch wichtig sein, Pilotversuche zu unterstützen.

Was bringt die Wärmedämmung? Wie schaut es mit der Alternativenergie aus? Kommt auch der Zeitpunkt, wo auch Stromheizungen wieder interessant werden? Nämlich dann, wenn die Speicherung über Photovoltaikanlagen in entsprechender Form

funktionieren. Das an Hand von wissenschaftlichen Untersuchungen auch zu belegen, halte ich für sehr wichtig.

Auch einzelne Projekte, was das Generationenwohnen anlangt, sollen im genossenschaftlichen Wohnbau stärker gefördert werden. Nämlich, zu sagen, hier leben junge Menschen in Starterwohnungen. Es leben aber auch ältere Menschen bei betreutem Wohnen. Das ist auch eine Zusatzförderung, die im genossenschaftlichen Wohnen möglich ist. Es ist die Stärkung nicht des Ortskerns, sondern das ressourcenschonende Bauen.

Das werden wir uns auch genau anschauen. Wir glauben, dass das treffsicherer ist, die Ortskerne zu stärken und den Boden nicht in dieser Form zu verbrauchen. Das sind also wichtige Ansätze, die hier gemacht wurden.

Ich denke, was auch wichtig ist, und diese Verantwortung haben auch alle übernommen. Nämlich, dass durch die Rückflüsse für die nächsten Generationen auch eine sehr gute Wohnbauförderung möglich sein wird. Das ist ganz entscheidend, denn die Wohnbauförderung lebt auch davon, dass es die Rückflüsse gibt.

Wenn ich diese Rückflüsse nicht habe, dann wird es in Zukunft für die nächste Generation ein Problem sein, das auch zu ermöglichen und das wollte eigentlich niemand von allen Vertretern der politischen Parteien, sondern das sollen auch die Chancen der kommenden Generation sein, leistbares Wohnen im Burgenland zu haben.

Ein Danke an die Abteilung. Es wurde schon gesagt, denn es wurde hier wirklich immer wieder am Wochenende daran gearbeitet, dass man neue Berechnungen macht, neue Konzepte vorlegt. Den Parteien auch die Unterlagen zur Verfügung stellen. Also, auch von meiner Seite ein Danke!

Ich glaube, diese burgenländische Wohnbauförderung, und das kann jeder im Internet nachrechnen, ist, was die Förderung des Wohnungsbaues, was die Sanierung und was den genossenschaftlichen Wohnbau betrifft, die mit Abstand beste in Österreich. Ein großes Dankeschön für dieses Ergebnis. Das wird vielen Burgenländerinnen und Burgenländern zu Gute kommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landeshauptmann. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herzlichen Dank! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem wir heute nicht das Gesetz diskutieren, sondern in dieser Aktuellen Stunde die Wohnbauförderung insgesamt als Thema dasteht, möchte ich mich auf Details, die jetzt von den Vorrednern angesprochen worden sind, auf die zukünftige Ausgestaltung des Wohnbauförderungsgesetzes nicht einlassen, sondern meinem Redebeitrag etwas voranstellen, dass mir in der Diskussion um dieses Thema nämlich auch die zukünftige Leistbarkeit von Wohnen zu gewährleisten, am Wichtigsten erscheint.

Ist Wohnen in Zukunft noch leistbar? Aufgrund der Entwicklungen, die wir die letzten Jahre zu kennzeichnen haben, ist ein wirklich herausforderndes und auf die Zukunftsgestaltung eines der wichtigsten Probleme. Nicht nur bezogen auf das Integrationskapitel, sondern insgesamt auf die Entwicklung, die Österreich nimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von einem der Vorredner wurde die Entwicklung des Bevölkerungswachstums angesprochen. Das Burgenland, und das war

jetzt unmittelbar in Zeitungen, über die Statistik Austria vermeldet, nachzulesen, hat im Vergleich von 2003 auf 2018 einen Zuwachs von 83.867 Personen erlebt.

Man kann davon ausgehen, dass im Norden die Staffelung, der prozentuelle Zuwachs, viel höher war, als im Süden. Tatsache ist, dass es in einzelnen Ortschaften, in einzelnen Bezirken eine radikale Steigerung des Zuzugs und damit auch der Notwendigkeit von Wohnsituationen geben hat.

Dementgegen wirkend, ist auf der anderen Seite, auch über die Statistik Austria, erwiesen, dass es innerhalb der letzten Jahre unter dem Stichwort der finanziellen Entwicklung, das Reizwort lautet dabei Betongold, eine Steigerung der Mieten, eine Steigerung des gesamten Wohnbauwesens in der Finanzierungssituation und in anderen Kapiteln gegeben hat.

Die Wohnkosten sind deutlich gestiegen. Hier kann man schon davon ausgehen, dass das Burgenland noch eine gewisse Ausnahme bildet. Bezogen aber hauptsächlich, was noch nicht angesprochen wurde aufgrund der billigeren Grundstückspreise, die wir hier zu verzeichnen haben, was aber in gewissen Ortschaften eine tendenzielle Steigerungsentwicklung innerhalb der letzten Jahre auch genommen hat und damit auch schon ein Widerspruch in sich ist.

Tatsache ist, dass wir eine Wohnkostensituation haben, die ebenfalls von 2008 bis 2017 im medialen Wert für Hauptmieten, bezogen auf Genossenschaftswohnungen, eine Steigerung von 478 Euro auf 621 genommen hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Alleine das weist nach, dass der sogenannte geförderte Wohnbau auch eine Entwicklung nimmt, die im Grunde genommen jedem bewusst macht, dass hier eingeschritten werden muss. Dass die Wohnbauförderung hier ein gezieltes Instrument sein muss, um entsprechend zu wirken.

Ein dritter Aspekt, der mir in dieser Diskussion sehr wichtig scheint, ist die Raumplanung. Die Raumplanung, die jetzt in zwei Bundesländer, nämlich in Bezug auf Vorarlberg und Wien, extra diskutiert wird, auf das Kapitel - Wie kann ich entsprechend bei der Zurverfügungstellung von Bauland auch soziale Aspekte einbringen? Wie kann ich sicher stellen, dass ich, zum Beispiel, auch privatrechtliche Vereinbarungen qualifiziert unterbringen kann, die nachträglich zu verschiedenen Rechtsmeinungen führen und dann eigentlich Probleme bescheren, die niemand in dieser Diskussion haben will?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wohnbau ist eine wirtschaftspolitische Maßnahme, die verstärkt eingesetzt wird, auch über die Wohnbauförderung, um gezielt entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Wir haben im Burgenland nicht zuletzt aufgrund einer Wohnbausituation, und zwar im geförderten Wohnbau, im genossenschaftlichen Wohnbau, im sogenannten sozialen Wohnbau, eine Entwicklung die letzten Jahrzehnte, die besonders hervorsticht, auch gegenüber anderen Bundesländern. Auf der anderen Seite muss man sich nur eines bewusst machen.

Wenn die sogenannte Zinslandschaft sich nicht verändert, und der Herr Landeshauptmann hat es angesprochen, dass speziell im Burgenland innerhalb der letzten Jahre die sogenannte private Wohnbauförderungsaktivität sehr rückläufig war, dass dann zu Gunsten der sogenannten Genossenschaftswohnungen eigesetzt wurde, wenn diese Zinslandschaft eine Entwicklung nimmt, die gleichbleibend ist, dann ist eben dieser geförderte Genossenschaftswohnbau unsere Aufgabenstellung.

Auf der anderen Seite, wenn die Zinsen steigen, dann werden die in den gesetzlichen, angesprochenen Maßnahmen zu erhöhten, sogenannten Einkommensgrenzen, auch nicht ausreichen, um einen wirklichen sozialen Wohnbau zu gewährleisten.

Herzlichen Dank!

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Setzen wir uns zusammen, dann bringen wir etwas zusammen. Das ist immer mein Schlagwort, bei jeder Landtagssitzung und siehe da, es funktioniert.

Ich möchte mich auch bei allen Mitverhandlern, bei allen, die sich wirklich der Sache angenommen haben, bedanken. Weil Wohnbauförderung ein wichtiges Thema schon Jahrzehnte ist in diesem Land und immer für Arbeitsplätze gesorgt hat und auch für unsere Burgenländer und Burgenländerinnen eigentlich burgenländische Arbeitsplätze im Burgenland geschaffen hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt immer wieder bei solchen Gesetzen Nachjustierungen. Wie wir wissen, wird es auch immer wieder diskutiert, kritisiert und in vielen Fällen auch dann schlussendlich nachjustiert.

Die Liste Burgenland sind diejenigen, die sich immer wieder mit Anträgen dementsprechend auch einbringen. Er wird zwar abgeändert. Er wird zwar dann auf die Seite geschoben, abgelegt. Aber, schlussendlich finden sich auch hier unsere Anträge wieder. Wie der Herr Landeshauptmann bereits gesagt, möchte ich mich übrigens bedanken, Herr Landeshauptmann, dass wir wirklich konstruktive Gespräche, Einzelgespräche geführt haben und dann mit den Parteien das Ganze noch einmal diskutiert haben.

Weil es entscheidend ist, sachliche, offene und ehrliche Diskussionen zu führen. Da bin ich wirklich auch der Wohnbauförderung, der Abteilung, aber auch dem Herrn Landeshauptmann mit seinem Team dankbar, weil es entscheidend ist, nicht alle Punkte - und Du hast ja das auch richtig gesagt - Herr Landeshauptmann, kann man durchbringen.

Aber, Faktum ist, dass wir jetzt ein Gesetz mit allen Parteien hier im Landtag vertretenen und der gesetzlichen Lage auch so zustimmen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich mir anschaue, dass es viele Punkte noch gibt, die wir dann nachjustieren müssen, wo der Herr Landeshauptmann auch ein offenes Ohr hat und auch dementsprechend auch nach seiner Zeit, wenn ich das jetzt so sagen muss, auch sein Nachfolger eventuell auch dann bereit ist, das mitzutragen, dann bin ich nur glücklich darüber.

Wenn ich mir anschaue, gerade als Bürgermeister in einer Ortschaft, in einer großen, wo im Ortskern eigentlich die großen Probleme entstanden sind, weil wir hier Häuser dementsprechend haben, die nicht mehr bewohnt sind.

Die niemand übernehmen will. Wenn sie auch vererbt werden, werden sie nicht ausgebaut, sondern hier haben wir uns dementsprechend auch geeinigt auf einen Betrag,

und wir wissen ja auch alle, die hier Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind, welche Auflagen bei Recycling, bei Wegriss eines solchen Hauses für Kosten anlaufen.

Ich denke, da sind wir auf dem richtigen Weg gewesen, dass wir das dementsprechend erhöht und auch schlussendlich jetzt die Möglichkeit haben, Jungfamilien, aber auch, und das freut mich ganz besonders, dass die Genossenschaften das erkannt haben und im Ortskern jetzt Häuser zusammenkaufen und dann schlussendlich dort Wohnraum schaffen.

Das ist verdammt wichtig. Da bin ich auch beim Herrn Landeshauptmann, dass man versucht, wohnbares Wohnen zu machen, leistbares Wohnen zu machen, mit Wohnungen, die um die fünf bis sieben Euro den Quadratmeter ausmachen. Das ist vielleicht ein Riesenvorteil. Da bin ich beim Kollegen Steier, der sagt, das muss man sich alles anschauen, weil man auch günstige Gründe kaufen muss können.

Ja, günstige Gründe. Aber, jetzt sage ich ein Beispiel. In Deutschkreuz kostet der Quadratmeter zwischen 30 und 50 Euro. Dann muss ich mir ein Haus kaufen, ein altes Haus und wegreißen, und zahle 50.000 Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war natürlich nicht mehr der letzte Schluss in der ganzen Situation. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben das nachjustiert. Wir haben da eigene Vorschläge eingebracht und die wurden auch angenommen. Besonders freut es mich natürlich, dass die ÖVP auf einmal das erkannt hat, dass man nicht nur Totalopposition machen muss, sondern auch mitarbeiten *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Seit Jahren! Seit Jahren!)* und nicht immer „Jagdgesetz“ und andere Dinge. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Seit Jahren!)* Weil der Herr Kollege Steiner ist hergegangen und hat gesagt, wir haben mitgewirkt bei der, ihr habt mitgewirkt bei dem Gemeindepakt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Seit Jahren! Bei allem!)* Ja - alles schön und gut. Wohnbaugesetz macht Ihr mit. Beim Jagdgesetz habt Ihr Euch aufgeführt, wie wenn die Welt untergehen würde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann könnt Ihr nicht sagen, Ihr seid die größte Oppositionspartei. Das soll so sein nach Gewicht und Größe. Aber nicht immer effektiv, das muss man in diesem Augenblick auch dazu sagen.

Aber, noch einmal - daher freut es mich, dass die ÖVP erkannt hat, dass wir für die Zukunft in unserem Land arbeiten sollen. Wir sind dafür gewählt und das müssen wir auch gemeinsam tragen.

Und ich glaube, das ist der Sinn dieser Sache, was wir heute auch klar und deutlich zur Kenntnis nehmen, alle miteinander die hier im Landtag sitzen, dass wir diesem Wohnbaugesetz Neu unsere Zustimmung geben wollen.

Uns freut es, dass es so weit gekommen ist. Herzlichen Dank an alle, die mitgewirkt haben. Danke schön. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN – Abg. Manfred Kölly: Dann kriege ich halt keinen Applaus von Euch. – Heiterkeit bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herzlichen Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuschauerinnen

und Zuschauer! Auch wir sehen die positiven Aspekte, vorrangig natürlich die bei der neuen Wohnbauförderung zur Geltung kommen.

Wir sind auch dankbar dafür, dass wir das gemeinsam geschafft haben. Auch weil es notwendig war, die Wohnbauförderung - der große Boom der Wohnbauförderung ist vorbei - der niedrige Zinssatz am Kreditmarkt macht es auf der einen Seite ausschlaggebend, auf der anderen Seite ist offensichtlich auch ein gewisser Trend dahin.

Warum ist es jetzt für uns besonders wichtig? Uns waren natürlich die ökologischen Kritikpunkte, die Kriterien wollte ich natürlich sagen, wesentlich. Das sind auf der einen Seite eine gewisse Schwerpunktverlagerung hin Richtung Sanierung.

Da fällt natürlich ganz stark hinein auch die Erhaltung von alter Bausubstanz. Es wurde schon genannt, dass es für Streckhöfe, Gebäude die vor 1920 gebaut wurden, besondere Förderungen gibt. Das ist nicht nur ökologisch, sondern gerade im Nord- und Südburgenland, wo es sehr viele dieser Gebäude gibt, da kann man hier auch davon ausgehen, dass es ein bisschen dazu beitragen wird, die Struktur zu erhalten, diese alten, oft sehr schönen Bausubstanzen zu erhalten.

Wesentlich natürlich auch die bodenverbrauchssparende Bauform, die hier stärker gefördert werden soll. Ich glaube, dass wir hier allerdings noch wesentlich mehr machen müssen.

Was uns wichtig gewesen wäre noch, hier weg von der Styropordämmung zu kommen schrittweise, und stattdessen ökologische Dämmstoffe stärker zu fördern. Ich glaube, da haben wir noch einen Part offen, den wir vielleicht nicht in der Wohnbauförderung, sondern insgesamt in der Bauordnung langfristig ändern müssen.

Was ein kleiner Wehmutstropfen auch dabei ist, dass nach wie vor die Möglichkeit gegeben ist, auch Gasheizungen einzubauen bei wohnbaugeförderten Objekten.

Es ist allerdings so, dass wir schauen müssen, dass wir die Gasheizungen aus den Häusern herausbekommen, weil, wir haben uns schließlich dazu verpflichtet, aus Erdöl und Gas auszusteigen. Gas ist ein fossiler Heizstoff, Hauptverursacher des Treibhausgases Methan, wenn auch vor allem bei der Gewinnung von Erdgas.

Was uns wichtig wäre, dass wir als Nächstes angehen, auch die Bauordnung zu novellieren. Auch hier wäre es notwendig, wesentliche Punkte noch zu verbessern. Wir haben ja heute noch einen Tagesordnungspunkt zum Thema Wohnbau.

Die Umweltschutzorganisation Global 2000 hat sich angeschaut, wie die Sanierungsraten und der Wohnbau in den Ländern ausschaut. Da haben wir leider nicht sehr gut abgeschnitten. Deswegen freuen wir uns, dass es hier von Seiten der Wohnbauförderung ein bisschen einen Trend in diese Richtung gibt, es zu verbessern. Aber das wird zu wenig sein.

Auch, und vor allem unserer Meinung nach, das bodensparende Bauen, da kommt uns zwar der Trend zu Reihenhausanlagen und Genossenschaftsbauten auf der einen Seite zu Gute auf der anderen Seite wird das hier aber zu wenig sein.

Hier ist die Politik gefordert, bei Fehlentwicklungen, die hier laufend stattfinden, lenkend einzugreifen. Das wurde leider bisher verabsäumt.

Als letzten Punkt möchte ich auch noch den positiven Aspekt einbringen, dass eben die Verordnungen, die normalerweise nur die Landesregierung beschließt, hier im Landtag zukünftig beschlossen und diskutiert werden sollen.

Ich finde das ist ein Weg hin zu noch mehr Transparenz, zu mehr Demokratie. Und ich würde mich freuen, wenn wir das in Zukunft nicht nur bei diesem Punkt uns angewöhnen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wohnbauförderung ein ganz wichtiger und zentraler Punkt für alle, die sich ihr Eigenheim schaffen wollen und auch zukunftsweisend ihre eigenen vier Wände bauen möchten.

Und darum haben wir auch in der laufenden Gesetzgebungsperiode bei jedem Budget, bei jedem Antrag, der hier im Hohen Haus gestellt worden ist, immer wieder unsere Forderungen, immer wieder unsere Vorstellungen eingebracht.

Wie zum Beispiel, die Einkommensgrenzen zu erhöhen, den Kindersteigerungsbetrag zu erhöhen, mit der Ortskernförderung sich etwas zu überlegen, da dieser aus unserer Sicht nicht zeitgemäß war. Und dass seit geraumer Zeit, seit Jahren eigentlich, keine Anpassungen vorgenommen wurden bei den einzelnen Beträgen in der Wohnbauförderung.

Daher bin ich auch sehr froh, und darf mich ebenfalls recht herzlich bedanken bei allen Beteiligten, dass wir eingeladen wurden, hier uns konstruktiv einzubringen in diesem Gespräch und auch unsere Vorstellungen hier einzubringen.

Und es sind doch einige Punkte auch dabei, wo wir gesagt haben, das ist genau unsere Vorstellung auch. Wie zum Beispiel den Förderungsgrundbetrag, dementsprechend auch die Einkommensgrenzen zu erhöhen.

Damit ich auch, wie heute schon gesagt worden ist, mit einer Mittelstandsförderung, ein dementsprechendes Einkommen, auch den vollen Betrag erhalten kann, den Kindersteigerungsbetrag der in relativ moderaten, aber doch eine Anhebung erfolgt ist beziehungsweise erfolgen soll. Und dass, wie vorher angesprochen, der Ortskern wesentlich verändert wird.

Weil ich glaube, dass es nicht nur für den Häuslbauer, sondern auch für die Gemeinden immens wichtig ist, dass Lückenschlüsse gemacht werden. Damit das auch erleichtert wird, dass hier Anreize geschaffen worden sind oder geschaffen werden, dass mit ein Mehr an Wohnbauförderung dies ermöglicht werden soll.

Das Gleiche gilt für die Entsorgungskosten beim Abriss eines Hauses. Und das im Gesamtpaket, glaube ich, ist doch ein wesentlicher Mehrwert und ein wesentlich größerer Anreiz die Wohnbauförderung in Anspruch zu nehmen, als was es bis dato gewesen ist.

Gleiches gilt auch bei der Anpassung der Laufzeit, die etwas ausgedehnt worden ist und bei der Zinsanpassung, weil das einfach marktgerecht sein soll. Und auch das haben wir in der Vergangenheit immer wieder eingefordert.

Was nach wie vor auch in der Zukunft etwas schwierig sein wird, sind die Erreichung der Energiekennzahlen - beim Neubau vielleicht etwas leichter, bei den Sanierungen etwas schwerer. Aber dennoch ist es, glaube ich, ein wesentlicher Schritt nach vorne, diese Wohnbauförderung attraktiv zu machen und auch das Schaffen des eigenen Heimes zu ermöglichen.

In dem Sinne, bedanke ich mich noch einmal bei allen Beteiligten, bei der Abteilung für die konstruktive Zusammenarbeit. Wir werden auch in Zukunft mit 01. September und davor in der Gesetzgebung diesem Beitrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Geschätzter Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war ja einige Jahre tätig in der Wohnbauförderung. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, meine Kolleginnen und Kollegen auch hier zu begrüßen.

Ja, ich möchte das Thema Junges Wohnen näher beleuchten. Die erste eigene Wohnung ist ja ein großer und wichtiger Schritt im Leben. Wer kennt den Ausspruch nicht, "So lange du die Füße unter meinen Tisch stellst, machst du, was ich dir sage." Alle wahrscheinlich, oder? *(Unruhe bei der ÖVP)*

Und doch auf dem Weg in die Selbständigkeit müssen angehende Mieter einige Hürden überwinden. Immer mehr junge Menschen können sich die Wohnkosten nicht mehr leisten. Warum? Weil viele junge Menschen meist weniger verdienen, sie haben oft niedrige Einstiegsgehälter, sind in Praktika, oder haben Teilzeitjobs.

Und wie kann man sich da einen Finanzierungsbeitrag von 20, 30, 40.000 Euro leisten? Es liegt also oft nicht am Willen, dass viele Jugendliche weiterhin im „Hotel Mama“ wohnen, wobei ich schon auch sagen muss, natürlich hat das alles seine Vorteile und Reize. Frische Wäsche, gebügelte Hemden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gutes Essen. – Abg. Mag.a Regina Petrik: Wer bügelt noch?)* und nirgends ist das Essen so gut wie bei Mama.

Ja genau, Herr Steiner. Im besten Fall ist es auch noch zusammengeräumt. Aber es ist nicht die Bequemlichkeit, die sie an zu Hause bindet. Es liegt viel mehr oft am nötigen Kleingeld. Wie soll man sich diesen Start in die Selbständigkeit am Beginn der Verdienstkurve leisten? Und im Geldbörsel sollte ja auch noch etwas übrig bleiben.

Um die Jugendlichen bei diesen Lebensrealitäten zu unterstützen, ich habe damals gemeinsam mit vielen anderen Jugendlichen die Kampagne "Junges Wohnen im Burgenland" beziehungsweise "Junges Wohnen muss leistbar sein" ins Leben gerufen. Unser Ziel war es, Wohnraum für junge Menschen leistbar zu machen.

Und wir haben es geschafft. Landeshauptmann Hans Nießl als zuständiger Wohnbaureferent ergriff die Initiative und startete das Projekt "Junges Wohnen im Burgenland". Das Ziel war es, flächendeckend Startwohnungen mit leistbaren Mieten von fünf Euro pro Quadratmeter für junge Burgenländerinnen und Burgenländer zu schaffen.

Vor allem wichtig war, dass bei diesen Wohnungen eben der sogenannte Finanzierungsbeitrag wegfällt. Es ist so, dass jetzt lediglich eine Kaution von 2.000 bis 4.000 Euro aufgebracht werden muss und das ist natürlich viel leistbarer, wie wenn man einen Finanzierungsbeitrag von 20, 30, 40.000 Euro aufbringen muss.

Und in der Nationalparkgemeinde Illmitz fiel der Startschuss. Meine Gemeinderatskollegen, der Maximilian Köllner und der Benjamin Heiling, haben sich damals dafür eingesetzt und das war auch das erste Projekt, das gemeinsam mit der Oberwarter Siedlungsgenossenschaft dann realisiert wurde. Und es ist ein Erfolgsmodell.

Weil alleine im Bezirk Neusiedl am See gibt es mittlerweile über 110 solcher Startwohnungen. Wir haben uns als nächstes Etappenziel gesetzt 222. Im gesamten Land sind es mittlerweile über 300 Startwohnungen, die realisiert worden sind. Alle davon von der Oberwarter Siedlungsgenossenschaft.

Und damit leistet das Land Burgenland gemeinsam mit der Burgenländischen Wohnbauförderung und der Oberwarter Siedlungsgenossenschaft einen wichtigen Beitrag zum leistbaren Wohnen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ja, 12 solcher Wohnungen davon wurden in meiner Heimatgemeinde in Gols auch realisiert, wo ich die Initiative als Jugendgemeinderat ergriffen habe. 12 weitere sind in Bau und es sind wieder alle vergeben. Also die Nachfrage ist weiterhin ungebrochen.

Und deshalb freut es mich besonders, dass mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz die Initiative „Junges Wohnen im Burgenland“ auf ein neues Level gehoben wird. Und sehr erfreulich ist natürlich, dass dieser Schritt über jegliche Parteigrenzen hinweg so passiert ist und dass auch alle Parteien mit dabei sind.

Denn künftig erhalten Siedlungsgenossenschaften einen zusätzlichen Anreiz, um mehr Jugendwohnungen zu errichten. Sie erhalten eine höhere Unterstützung, statt den 650 erhalten sie 680 Euro pro Quadratmeter, wenn sie eine Startwohnung in einen Wohnungsblock integrieren. Und damit wird der Wohnungsbau angekurbelt. Und es werden weitere leistbare Wohnungen zur Verfügung gestellt.

Wir wollen nicht, dass junge Menschen im „Hotel Mama“ verharren müssen, oder im schlimmsten Fall abwandern müssen. Denn sie sind wichtig für das Ortsgeschehen. Und sie sind es, die für den Erhalt der Vereine sorgen.

Junges Wohnen muss leistbar sein. Der Weg in die Selbständigkeit darf nicht vom Börsel abhängen. Unterstützen wir unsere Jungen dabei, sorgen wir dafür, dass alle Jugendlichen sagen können, so wie es im Jugendsprache ist, "Was ist das für ein snice as life".

Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Herr Klubobmann Sagartz hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Magister.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zwei Aspekte, die noch nicht in diesem Ausmaß vorgekommen sind.

Auch auf das Thema Revitalisierung von alten Bausubstanzen ist in zweifacher Hinsicht nämlich Bedacht genommen worden. Auf der einen Seite durch den Aufschlag von 25 Prozent für einen Sanierungsfall bei Arkadenstreckhöfen, bereits wie erwähnt, Bausubstanz vor dem Jahr 1920.

Aber auch das Thema alte, große Bauten im Zentrum von Gemeinden sind für viele ein Thema. Zum Beispiel Stichwort alte Gemeindegasthäuser, die einfach so nicht mehr im Ortsbild funktionieren, wo einfach schlussendlich die Nachfolgegeneration, aber auch die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben war, haben jetzt die Möglichkeit, in dieser Wohnbauförderung, werden in dieser neuen Wohnbauförderung Bedacht finden.

Hier geht es darum, vielleicht mit wenig Aufwand, Substanz zu erhalten, oder gleichzeitig wertvollen Siedlungsraum im Zentrum unserer Gemeinden, denn dort stehen ja diese Gemeindegasthäuser zum größten Teil, zu erhalten.

Besonders wichtig ist, glaube ich, auch die Veränderung des Ortskernzuschlages, insbesondere auch durch den Lückenschluss.

Ich habe das in meiner eigenen Heimatgemeinde gemerkt. Lange Zeit ist insbesondere entlang der Hauptstraße bemerkenswert gewesen, viele alte Häuser sind leer gestanden, jetzt passiert wieder etwas.

Teilweise auf Eigeninitiative von Bewohnerinnen und Bewohnern, die sagen, okay, ich möchte das Elternhaus, das Haus der Großeltern verwerten, verkaufen, und man legt zwei, drei Häuser zusammen, man schließt Lücken in Siedlungsgebieten. Und ich glaube, dass es nur richtig und wichtig ist, auf diese Situation Bedacht zu nehmen.

Eines möchte ich schon aus Sicht der Opposition besonders in den Vordergrund stellen. Die Tatsache, dass es ein schlankes Gesetz sein wird, dass da kommen wird, ist dann natürlich auch damit verbunden, dass es bedeutet, der Landtag gibt Teile seiner Verantwortung ab.

Denn alles, was nicht in einem Gesetz steht, bedeutet natürlich, dass es durch Verordnung geregelt wird. Das bedeutet ein Verschieben von Verantwortung seitens des Landtages auf die Landesregierung.

Dementsprechend ist es natürlich auch in der Demokratie wichtig, ein Gegengewicht, nämlich diese Berichtspflicht, die wir vereinbart haben an den Landtag vorab, wenn eine Änderung in derartigen Verordnungen dann vorgenommen wird.

Ich glaube ein gutes positives Beispiel, wie man vielleicht Gesetze verschlanken könnte und gleichzeitig die Kontrollaufgabe und auch die Mitsprache des Landtages sichern kann.

Ich glaube, in dieser Hinsicht ein gutes gemeinsames Werk hier auf den Weg gebracht zu haben. Ich bedanke mich ebenfalls bei allen Diskussionsteilnehmerinnen und Diskussionsteilnehmern.

Mag sein, dass der eine oder andere, Kollege Brandstätter, ein spannendes Weltbild heute geäußert hat. Ich glaube schon, und das möchte ich abschließend sagen, dass das Hotel Mama in erster Linie nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern der Ort von Zuversicht, von Wertebildern und von Gemeinschaft ist und erst dann eine wirtschaftliche Gemeinschaft.

Ich glaube, das muss man hier an dieser Stelle schon, aus unserer Sicht zumindest, festhalten. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Zu Wort gemeldet ist niemand mehr. Die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunde damit beendet.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1234), mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 871) (Beilage 1257)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1234, mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 871, Beilage 1257.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Frau Landtagsabgeordnete Präsidentin Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Präsident. Geschätzte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird, in ihrer 29. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. März 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten und Klubobmann Molnár als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es von der Berichterstatterin gehört, vor uns liegt eine Novelle zum Veranstaltungsgesetz. Eine Novelle, die meines Erachtens nicht sonderlich spektakulär ist, eine Novelle, die aber in den letzten Wochen und Monaten dennoch Gegenstand von Kritik war.

Kritik von Seiten der ÖVP, die ich, das sage ich vorweg, bis zum heutigen Tag nicht nachvollziehen kann. Kritik, die daher mutmaßlich rein um des Kritisierens willen geübt wird.

Worum geht es? Wie schon bei der Novelle des Veranstaltungsgesetzes im Jahr 2016 geht es um Entbürokratisierung, es geht um Verwaltungsvereinfachung. Es geht nicht zuletzt darum, dass man Veranstaltern und vor allem Vereinen das Leben erleichtert.

Konkret geht es um die Bewilligung einer Veranstaltungsstätte oder betriebstechnischen Einrichtung. Wir bewegen uns da im § 12, wo es um die Genehmigung von Veranstaltungsstätten geht, und wo es im Absatz 1 heißt, Veranstaltungen dürfen nur in Veranstaltungsstätten, -räumen, -plätzen, -anlagen, -einrichtungen, und dergleichen durchgeführt werden, die für die jeweilige Art der Veranstaltung nach § 13 genehmigt wurden.

Das heißt, nach bisheriger Rechtslage braucht es einen Bewilligungsbescheid oder eine Anmeldebestätigung, um die Genehmigung der Veranstaltungsstätte oder die Erfüllung eines Ausnahmetatbestandes, § 12 Absatz 2 Ziffer 6 jederzeit, und zwar jederzeit, nachweisen zu können.

Nehmen wir das Beispiel eines Festzeltes, das ein Musikverein oder ein Sportverein aufstellt, der mehr aber auch weniger als 500 gleichzeitig anwesende Besucherinnen und Besucher zu seiner Veranstaltung erwartet. Dieses Zelt, das ja nicht nur einmal und nicht nur an einem Ort zum Einsatz kommt, muss nach der bisherigen Rechtslage jedes Mal als Veranstaltungsstätte genehmigt werden.

Und der Veranstalter hat den Bewilligungsbescheid oder die Anmeldebestätigung, die für kleinere Veranstaltungen unter 500 Besucherinnen und Besucher ausreicht, stets griffbereit zu halten, was sich in vielen Fällen als nicht übertrieben praxistauglich erwiesen hat.

Was ändert nun die vorliegende Novelle? Mit dem novellierten Gesetz wird die Verpflichtung entfallen, das Zelt, die mobile Veranstaltungsstätte, die betriebstechnische Einrichtung bei jeder Gelegenheit, bei jeder Veranstaltung aufs Neue als Veranstaltungsstätte etwa genehmigen zu lassen.

Der Bewilligungsbescheid, die Ausnahmebestätigung, wird durch eine Plakette ersetzt, die vor erstmaliger Verwendung als Veranstaltungsstätte oder -einrichtung dauerhaft auf der Veranstaltungsstätte beziehungsweise -einrichtung angebracht wird, und auf der draufsteht, wer der Aussteller ist und welche Zahl und welches Datum mit der Genehmigung als Veranstaltungsstätte mit der Genehmigung als Veranstaltungsstätte oder -einrichtung in Verbindung stehen.

Das war es, meine Damen und Herren! Was daran zu kritisieren ist, das kann ich, wie gesagt, beim besten Willen nicht verstehen. Für die genehmigende Behörde sinkt der Aufwand. Für die Behörde die kontrolliert sinkt der Aufwand. Und für den Veranstalter beziehungsweise für den Verein sinkt der Aufwand sowieso.

Ganz im Sinne dessen, was wir uns zum Ziel gesetzt haben, Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung. Ich hoffe, auch die ÖVP hat es spätestens jetzt verstanden. Ansonsten wird, nehme ich an, der Herr Landesrat noch einen aller-, allerletzten Versuch unternehmen.

Wir lassen uns diese, zwar nicht sehr spektakuläre aber sehr sinnvolle, Novelle zum Veranstaltungsgesetz sicherlich nicht schlechtreden. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich jetzt richtig gehört habe, eingangs Deines Statements, Herr Klubobmann, hast Du gesagt, es geht nicht darum, wie man den Vereinen das Leben erleichtert.

Ich glaube, gerade um das sollte es eigentlich gehen. Wie kann man Vereine unterstützen, wie kann man das Vereinsleben fördern? Wie kann man weiterhin das Ehrenamt unterstützen?

Das Jahr 2018, das Jahr des Ehrenamtes, die Freiwilligenorganisationen stehen heuer im Mittelpunkt. Das war der Satz, die Grundsatzrede des Herrn Landeshauptmannes. 4.900 Vereine und 325 Feuerwehren im Land, insgesamt sind das rund 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländer, die sich ehrenamtlich engagieren.

Bei der letzten Gesetzesänderung hat es ja dementsprechend auch schon Kritikpunkte dafür gegeben, dass eingeführt worden ist, ein Strafrahmen bis zu 3.600 Euro. Gleiches fußt jetzt auf dieser Gesetzesänderung.

Da nämlich genau dieser Inhalt, diese Plankette, wenn sie nicht angebracht wird, genau in diese Strafbestimmung auch hineinbezogen wird und ebenfalls bis zu 3.600 Euro bestraft werden kann. *(Abg. Manfred Haidinger: Das ist so, wie beim Auto.)*

Tatsache ist, dass wir von Entbürokratisierung weit weg sind. Weil wenn man sich heute einen Verlauf von einer Anmeldung anschaut, dass jemand, ein Vereinsobmann zu einer veranstaltenden Gemeinde geht, dort das dementsprechende Formular ausfüllt, wo sämtliche Bescheidnummern auch angeführt werden müssen, wo dieser Antrag dann ebenfalls an die Bezirkshauptmannschaft gesendet wird, dieser retour geht an die Polizeiinspektionen, an die zuständige, und dann brauche ich noch zusätzlich eine Plankette für mehr Kontrolle.

Eigentlich hat man ja den Eindruck, dass es eigentlich nur um die Kontrolle geht, und um Strafen und wie man das Ganze ausnutzen kann. Und da geht es nicht um Entbürokratisierung, sondern eigentlich um ein Mehr an bürokratischen Aufwand.

Das Ganze geht, wenn Sie sagen bei Zeltverleihern, oder wie auch immer - ich weiß nicht, ob Sie so einen Bescheid schon mal in der Hand gehabt haben, - die haben über 100 Seiten, solche Bescheide, dort steht von A bis Z alles drin. Diese Bescheidnummer muss im Anmeldeformular ja schon draufstehen.

Aber da darf ich bei den Worten des Kollegen Kölly bleiben, wenn man nicht Bürgermeister ist, hat man vielleicht so etwas noch nicht gesehen, aber dann hat man vielleicht einen Freund, wo man sich da irgendwo erkundigen kann, wie dieser Verlauf eigentlich ist.

Und darum bin ich schon so überrascht, dass dieses wiederum als Verbesserung irgendwo verkauft wird und eigentlich ein massiver bürokratischer Mehraufwand ist und vor allem in den gesetzlichen Rahmen der Strafbestimmung fällt.

Und das kann man sich eigentlich so in dieser Form nicht bieten lassen, und da muss man einfach dagegenhalten. Und da können Sie hier im Landtag sagen was Sie wollen. Tatsache ist, dass es wieder eine wesentliche Verschlechterung ist für 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländer.

Sie versuchen mit jeder Gesetzänderung in diesem Bereich Verunsicherung zu betreiben und das kann man so in dieser Form nicht zulassen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und darum sei Ihnen ins Stammbuch geschrieben: Diese Plankette, und so wird sie dann, wie sie im Hintergrund aufgezeichnet ist, prägt diese Landesregierung. *(Der Abg. Markus Ulram zeigt eine Tafel mit einer Plakette wo darauf steht: „Diese Plakette verdanken Sie der rot-blauen Landesregierung“.)*

Und bei dieser Landesregierung, da können sich alle Vereinsmitglieder bedanken für diesen neuen bürokratischen Aufwand. *(Abg. Geza Molnar: Ihnen ist der Bescheid wichtiger.)* Und wo sie wieder verunsichert worden sind, wie können sie jetzt eigentlich ihre Veranstaltung abhalten.

Und Sie tragen eigentlich nichts dazu bei, damit Sie eigentlich da zu einer Verbesserung beitragen.

In diesem Sinne, wir werden diesem Gesetz natürlich nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstes erteile ich dem Landtagsabgeordneten Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Uns liegt heute, wie schon gehört, die 3. Novelle des Veranstaltungsgesetzes in dieser Periode vor.

Ein wichtiges Gesetz, mit dem wir Regierungsparteien uns laufend und intensiv beschäftigen, denn die Adressaten dieses Gesetzes sind ja die Veranstalter, letztendlich unsere Vereine im Burgenland. Im Burgenland sind es rund 4.900 Vereine mit etwa 100.000 Mitgliedern, aktiven Mitgliedern.

Ohne dieses Engagement wären das Land und die Gemeinden um ein großes Stück ärmer. Daher werden wir auch in Zukunft darauf achten, dass Vereinsfunktionäre ein möglichst attraktives Umfeld vorfinden.

Erinnern wir uns, liebe ÖVP, an das Jahr 2016. Die Vereine im Burgenland waren enorm unter Druck. Eine wahre Anzeigenflut ist über sie hereingebrochen. Viele Vereinsfeste wurden abgesagt, viele Vereinsfunktionäre sind von Strafen und Nachzahlungen bedroht.

Diese Entwicklung hatte einen unmittelbaren Auslöser, das Bündnis der Gastronomie Austria, ein Verein der politisch im Umfeld des ÖVP Wirtschaftsbundes angesiedelt ist.

Damals haben die Juristen gesagt, eine Fülle von Vorschriften und Regelungen ist für uns kaum mehr durchschaubar. Und es war Landeshauptmann Hans Nießl, durch die Schaffung eines Vereinsombudsmannes als Service- und Ansprechpartner, der hier zeitnah reagierte, und für die Vereine eine wesentliche Erleichterung für die Funktionäre geschaffen hat, die nun rechtssichere Auskünfte von Rechtsanwalt Mag. Rebernig erhalten.

Mit dem 2016 novellierten Veranstaltungsgesetz haben SPÖ und FPÖ überdies für eine Entbürokratisierung gesorgt. Für Veranstaltungen mit bis zu 500 Besucherinnen und Besuchern im Freien reicht ein einfaches Anmeldeverfahren statt der früheren komplizierten Veranstaltungsstättengenehmigung.

Vordergründig schaut es ja bis heute so aus, und das präsentieren Sie ja auch heute so, als wären wir uns alle einig wenn es um die Vereine geht. Aber Schein und Sein sind in der Politik oft nicht dasselbe, vor allem, wenn die ÖVP wieder einmal nicht mit von der Partie ist.

Sie spielt der Öffentlichkeit ein großes Theater vor, indem sie sich zum Schutzpatron der Vereine erklärt, und in Wahrheit für die Belastungen der Vereine zuständig und verantwortlich ist. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wo? - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zum einen auf der Bundesebene, damals in der Person von Finanzminister Schelling, den man sich in der Zwischenzeit ja fast zurückwünschen möchte, *(Heiterkeit bei der ÖVP)* zum anderen auf Landesebene, wo die ÖVP bis 2015 Regierungszuständigkeit für das *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Und das hat funktioniert.)* Veranstaltungsgesetz hatte.

1994 bis 2015 war die ÖVP zuständig für ein Gesetz, das die Vereine betrifft. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da hat es auch funktioniert.)* Also 21 Jahre ward Ihr zuständig, und habt kein „Ohrwaschl“ gerührt für die Vereine. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da hat es auch funktioniert. – Abg. Markus Ulram: Da hat es auch kein Problem gegeben.)*

Wie hat die ÖVP von ihrem Gestaltungsspielraum 21 Jahre lang Gebrauch gemacht, um den Vereinen zu helfen? Wie sahen die Novellen der ÖVP Führung aus? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gut.)*

Keine Diskriminierung von Pferden aus anderen EU Staaten bei Pferdesportveranstaltungen, Abschaffung der Gendarmerie, Euro Umstellung, Einführung der Landesverwaltungsgerichtsbarkeit und des Kleinen Glückspiels.

Haben wir aufgepasst, Herr Kollege? Keine einzige, kein einziger Punkt war dabei, der die Vereine betrifft, der positiv für die Vereine ist. *(Unruhe bei der ÖVP)* Das ist ein Armutszeugnis.

Wenn SPÖ und FPÖ in gemeinsamer Regierungsverantwortung sind, reichen zwei Jahre Regierungszeit, um etwas für die Vereine zu tun und was Effektives für die Vereine zu tun. Mit einem vereinsfreundlichen Veranstaltungsgesetz, mit einer attraktiven Vereinsförderung und einem Vereinsombudsmann, mit dem unseren Vereinen wirklich geholfen ist.

Wir werden dem Gesetz zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstes erteile ich dem Landtagsabgeordneten Mag. Wolf das Wort. *(Abg. Ilse Benkö: Eine tatsächliche Berichtigung.)*

Entschuldigung - Tatsächliche Berichtigung.

Herr Abgeordneter Steindl bittet zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen jetzt sehr aufmerksam zugehört. Ja ich weiß schon, Parlamentarismus bedeutet natürlich Rede und Gegenrede, aber ich kann das nicht sitzen lassen, Sie werden das verstehen. Ich war 15 Jahre in der Regierung und war als Gemeindereferent sehr wohl auch für die Vereine und Organisationen zuständig.

Ich werde mir erlauben Ihnen einige Seiten zuzusenden, was wir alles gemacht haben. Es hat bei uns, in meinem Ressort, die Vereinskarte gegeben mit verschiedenen Begünstigungen, es gab jährliche Ausschüttungen von Subventionen, Vereinssubventionen jährlich und zwar in einer sechsstelligen Summe und es gab natürlich viele Aktivitäten. Wir haben vereint, das Ehrenamt haben wir dementsprechend auch propagiert.

Und dann möchte ich dazu sagen, für die Vereine waren wir alle zuständig, der Landeshauptmann genauso wie ich und wir haben gemeinsam auch zum Beispiel Veranstaltungen zum Ehrenamt gemacht.

Ich lasse mir hier als Abgeordneter von Ihnen nicht sagen, dass wir als ÖVP für die burgenländischen Vereine nichts gemacht haben. Das ist eine Unterstellung und das weise ich auf das Schärfste zurück. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Walter Temmel: Bravo!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Nun erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolf das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kurt! Wir haben vor eineinhalb Jahren darüber diskutiert, wie man Vereine retten kann. Damals hat es intensive Gespräche mit der damaligen ÖVP-Bundesorganisation gegeben, und wo wir als Volkspartei Burgenland die Vereine am Schluss gerettet haben.

Das ist nachweisbar und das wissen Sie auch. Sie sind auf den Zug aufgesprungen, haben unsere Ideen kopiert - Gott sei Dank - dazu ist der Beschluss gefallen. Aber wir erinnern uns, Ausgangslage war das Burgenland. Es gab hier Anzeigen in den Ortschaften, es gab auch die Anzeige gegen die Feuerwehr Hornstein und damit ist der Stein leider ins Rollen gebracht worden.

Aber Tatsache ist, dass die Volkspartei Burgenland die Vereine gerettet hat! Das kann keiner abstreiten, denn die gesetzlichen Änderungen *(Zwiegespräche in den Reihen)* stammen aus unserer Feder und darauf sind wir stolz.

Deswegen möchte ich auch nochmals betonen, wie sehr wir hinter den Vereinen im Burgenland stehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank hat sich zu Wort gemeldet Herr Landesrat Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube wir sollen bei aller Empathie zu den Vereinen hier aus einer Mücke keinen Elefanten machen. Wenn man sich das kurz einmal anschaut. Es wird sich hier im Prinzip nicht viel ändern. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum macht Ihr es dann?)*

Es bleibt die Antragspflicht so wie sie ist. Es wird, wenn Sie mich einmal fertig reden lassen, dann würden Sie das mitbekommen, Herr Abgeordneter. Es wird das Verfahren nach wie vor abgewickelt von den Gemeinden, so wie es ist. Es ist nach wie vor kostenlos, so wie es jetzt ist und es kommt ein Bescheid heraus, so wie es jetzt ist. Also, es bleibt im Prinzip ein und dasselbe.

Wo da die wesentliche Verschlechterung sein soll, erschließt sich mir nicht, insbesondere, weil es eine einzige Maßnahme gibt, die jetzt ergänzend dazukommt. Man bekommt nicht nur einen Bescheid, sondern man bekommt ein Pickerl, eine Plakette, wie auch immer man das nennen will, und das ist dann drauf zu kleben.

Alleine während Ihrer Redezeit, sollten die Zelte vor uns liegen, hätten wir wahrscheinlich zehn Zelte bekleben können. Jetzt weiß ich nicht wie groß der Zeltemarkt im Burgenland ist… *(Abg. Markus Ulram: Was soll beklebt worden sein? Ein Pikerl kann man nicht bedrucken!)*

Okay, eine Plakette, wie auch immer, wie auch immer zu befestigen, formulieren wir es so. Die ist kostenlos. Wenn man das durchlesen würde, würde sich das ergeben.

Jedenfalls erleichtert das zum einen natürlich das Verfahren für die überprüfenden Behörden, weil bisher hat man hingehen müssen, hat wahrscheinlich den Bescheid überschauen müssen. Sie haben gesagt, der hat mehr als 100 Seiten, das ist ein regelrechtes Konvolut, überprüfen, stimmen die Geschäftszahlen oder nicht, stimmen, was weiß ich was, der Antragsteller oder nicht, das sieht man jetzt alles an der Plakette.

Also man muss weder den Veranstalter kontaktieren, aus einer Veranstaltung herausholen noch sonst irgendwas. Ich finde, dass das eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung ist.

Und zum zweiten, weil Sie die Strafbestimmungen kritisieren, wir haben Hinweise bekommen, das ist eine ganz eine zielgerichtete Bestimmung, wir haben Hinweise bekommen, dass es Anbieter gibt, die sich nicht an dieses Verfahren in allen Konsequenzen halten. Insbesondere von jenseits der Ostgrenzen.

Das ist, glaube ich, ein weitverbreitetes Phänomen. Die wollen wir natürlich auch entsprechend strafen können, wenn wir so etwas gewahr werden. Ich glaube, das ist in unser aller Interesse. Wenn man das jetzt auf eine andere Schiene auch noch setzt, glaube ich, soll das das große Problem nicht sein.

Wie gesagt, ich glaube, dass es eine geringfügige, eine minimalinvasive Änderung ist, die im Prinzip viele Vorteile hat, auf jeden Fall nicht unbedingt so einen fundamentalen oppositionellen Auftritt hier rechtfertigt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1310) betreffend die Datenschutz-Anpassungen (Burgenländisches Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 - Bgld. DS-APG 2018) (Zahl 21 - 924) (Beilage 1319)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1310, betreffend die Datenschutz-Anpassungen (Burgenländisches Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 - Bgld. DS- APG 2018), Zahl 21 - 924, Beilage 1319.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Klubobfrau Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf betreffend die Datenschutz-Anpassungen, in seiner 28. Sitzung am Mittwoch, dem 23. Mai 2018, beraten.

Ich stellte einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vorliegende Gesetzentwurf unter Einbezug des gestellten Abänderungsantrags einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf betreffend die Datenschutz-Anpassungen, unter Einbezug des gestellten Abänderungsantrags die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herzlichen Dank Herr Präsident. Uns liegt eine Anpassung an eine Vielzahl an Gesetzen vor die notwendig ist, weil es eine neue Datenschutz-Grundverordnung gibt, die auf der einen Seite von der EU ausgeht, auf der anderen Seite bereits vom Parlament in Österreich beschlossen wurde und auch hier eine Anpassung vorgenommen wurde.

Es gibt zurzeit sehr viel Diskussion darüber. Ich glaube kaum jemand ist davon in Unkenntnis geblieben, da unsere Maileingänge voll sind von neuen Zustimmungserklärungen und ähnlichen. Natürlich ist eine Änderung immer etwas Neues und ein Aufwand.

Wir sind aber der Meinung, dass diese Datenschutz-Grundverordnung seit langem dringend notwendig war, weil sich einfach vieles geändert hat, weil heute praktisch jeder und jede im Internet aktiv ist. Selbst wenn sie selbst nicht aktiv sind, so sind sie meistens im Internet mit Namen und manchmal sogar mit mehr Daten zu finden.

Auch die Kinder werden immer jünger. Es geht bereits in der Volksschule los. Das Smartphone ist heute praktisch schon fast eine Grundausstattung spätestens ab der 3., 4. Volksschule. Umso wichtiger ist diese Anpassung, beziehungsweise diese Verordnung.

Allerdings muss ich sagen ist es daher auch umso verwunderlicher, dass die Bundesregierung eigentlich genau nicht das gemacht hat, wozu die EU-Verordnung tatsächlich da ist, nämlich das 1:1 umzusetzen.

Die Bundesregierung hat es notwendig gefunden, das Ganze zu entschärfen und das teilweise auf sehr skurrile Art und Weise. Das größte Manko, das da eigentlich gemacht wurde ist, dass es Vereinen von Österreich aus unmöglich gemacht wird oder zumindest erschwert wird, dass sie das machen was sie eigentlich vorhaben.

Es gibt vom Datenschützer Max Schrems einen neuen Verein der nennt sich NOYB - None of Our Business, also mehr oder weniger meine Daten gehen die nichts an. Er hat vorgehabt, diese neue Datenschutzverordnung dahingehend auszunutzen, dass es erstmals möglich ist, praktisch im Namen von Endverbrauchern/Endverbraucherinnen große Konzerne zu klagen, Facebook, Google und Co sind da als Beispiele angeführt.

Das würde er von Österreich aus nicht machen können, weil die Bundesregierung hier das entschärft hat. Das ist eigentlich nicht nur nicht zu verstehen, sondern eigentlich ein Schuss ins eigene Knie. Der Verein NOYB hat inzwischen trotzdem Klagen eingebracht halt über andere Länder.

Es geht da nur ganz kurz zum Beispiel darum, dass man ja heute, wenn man einen Dienst im Internet nutzen will, eine Vielzahl an Zustimmungen geben muss. Zustimmungen, die eigentlich rein für das Nutzen dieses Dienstes gar nicht notwendig wären und es keine Ausschließmöglichkeit gibt.

Also ich kann nur dem ganzen Packen zustimmen und kann hier nicht sagen ich will nicht, dass ihr meine Daten zum Beispiel anderswertig verwendet, was für die Funktion dieses Internetdienstes nicht notwendig wäre. Aber zurück zur Datenschutzverordnung und dieser unverständlichen Entschärfung.

So ist es zum Beispiel weiters besonders skurril, dass laut Expertinnen und Experten in Österreich die Datenschutzverordnung ausgenommen ist für Nachrichtendienste und Spionagetätigkeiten und zwar nicht nur unsere eigene und nicht nur behördliche, das wäre ja noch nachvollziehbar, dass man unseren amtlichen

Nachrichtendiensten hier gewisse Möglichkeiten einräumt, nein, man hat das für Internationale und auch für Private ausgenommen.

Max Schrems geht zwar davon aus, dass das mehr oder weniger passiert ist, weil ja hier ein Abänderungsantrag der ÖVP im Parlament sehr kurzfristig eingebracht worden ist. Die Frage ist jetzt entschärft oder macht es das eigentlich noch viel schlimmer.

Die nächste Geschichte, die es uns eigentlich nur mit Zähneknirschen möglich macht hier zuzustimmen. Wir werden zustimmen, weil wir die Grundintension dieser Verordnung positiv finden. Aber eigentlich ist es skurril, wenn es dann Ausnahmen gibt nämlich bei den Strafen bei Vergehen gegen diese Verordnung. Und zwar sind konkret Behörden ausgenommen.

Das ist deswegen besonders interessant, weil natürlich normalerweise vertraut man Behörden, keine Frage, aber wie wir wissen, jeder Rechnungshof oder viele Rechnungshofberichte zeigen uns das dem nicht ganz so ist. Wir haben erst vor kurzem den Bericht zur Landessicherheitszentrale gehabt, eine Geschichte, die als normaler Bürger/Bürgerin, würde ich auch sagen, denen kann man vertrauen.

Wenn ich mir den Rechnungshofbericht anschaue, dann muss ich sagen, also, wenn die selbst nicht einmal ihre eigene Homepage up to date halten, dann frage ich mich wie gehen die mit persönlichen Daten um? Deswegen ist die Frage wie intelligent ist es, dass man hier solche Behörden oder behördenähnliche Vertretungen von Strafen ausnimmt?

Die Datenschutzkommission und der Gesetzgeber kann dann sagen, das dürft ihr nicht machen und wenn sie es noch einmal machen, dann sagen sie, aber jetzt geht das wirklich nicht, aber mehr ist nicht möglich. Das halte ich für eigentlich unmöglich.

Es fragt sich, ob dann bei diesem Ziehen der Zähne des Gesetzes, darum geht es ja natürlich in einem, es hat ja keinen Sinn, wenn ich neue Regelungen aufstelle und dann keine Strafbestimmungen habe und das geht sogar noch weiter. Ich halte es ja grundsätzlich für gescheit, das gilt jetzt für alle die ein Vergehen nach der Datenschutz-Grundverordnung begehen, dass man sagt, das erste Mal soll eine Ermahnung reichen.

Das würde ich auch sagen, dass man das die ersten zwei, drei Jahre bis das ganze so richtig rennt ausnimmt. Aber was hat man gemacht? Man hat grundsätzlich das Ganze entschärft und je nachdem bei welcher Behörde, bei welchem Richter das dann landet, ist das offensichtlich dann Gutdünken ob da jetzt gestraft wird zweimal, dreimal oder ob hier gemahnt wird, zwei- dreimal oder ob da auch gestraft wird.

Letztendlich ist eine Regelung, ein Gesetz ohne Strafen zahnlos. Diese Entschärfung übernehmen wir jetzt leider, teilweise in unsere Gesetze.

Ich gehe davon aus, und das tut auch Max Schrems, dass wir da, spätestens in einem Jahr mit einer EU-Klage zu rechnen haben, weil natürlich EU-Verordnungen 1:1 umzusetzen sind und hier nicht ein Spielraum, noch dazu ein dermaßen großer Spielraum geöffnet werden kann.

Das Ganze, um noch ein weiteres Beispiel zu nennen, wird dann auf die Spitze getrieben. Ich habe zuerst schon kurz erklärt, dass es eben entschärft wurde, dass Klagen gegen Betriebe jetzt schwieriger sind, weil man gemeint hat, das soll entschärft werden.

Das heißt aber jetzt, in Österreich gibt es eine Sammelklage. Das heißt, heimische Unternehmen werden sehr wohl geklagt werden können. Internationale kann ich aus Österreich heraus nur mehr sehr schwer bis gar nicht klagen. Zumindest ist das die

Meinung der Experten und Expertinnen. Man wird natürlich sehen, wie das dann in der Praxis ausschaut, zurzeit schaut das so aus.

Das heißt, wir benachteiligen unsere eigenen Unternehmen, was den Punkt Datenschutzverordnung angeht. Also hier wurde offensichtlich im Schnellschuss eine, eigentlich man kann gar nicht sagen, dass die Verordnung umgesetzt wurde, weil sie einfach schlecht bis nicht umgesetzt ist. Ob das Sinn macht, das so zu belassen, und zu warten, bis uns die EU klagt, und dann müssen wir das ändern, sei dahingestellt.

Inzwischen entziehen wir uns der Möglichkeit hier endlich, vor allem den großen Konzernen, deswegen sind ja die Strafbestimmungen teilweise so hoch, da geht es ja um Beträge, von vier Prozent des Umsatzes eines Betriebes. So dass das auch spürbar ist.

Was auch Sinn macht weil sich eben zum Beispiel Facebook an staatliche Gesetze nicht hält. Hier ist erstmals die Möglichkeit über eine Gemeinschaft, wie die EU, hier wirklich massiv entgegen zu wirken und noch dazu Vereinen die Möglichkeit zu geben, die sich den Datenschutz auf die Fahnen geheftet haben, hier die Interessen, letztlich von uns allen, weil wir nutzen ja viele Dienste, WhatsApp und Co - gegenüber diesen Großkonzernen zu vertreten.

Wir halten es für verrückt, dass man hier in Österreich, und soweit ich weiß, ist es das einzige EU-Mitgliedsland, das das so umgesetzt hat, dermaßen die Zähne gezogen hat.

Wir werden der Anpassung in den zahlreichen Gesetzen jetzt dennoch zustimmen. Aber wir ersuchen wirklich hier sich das genauer anzuschauen und vielleicht mit der Bundesregierung in Kontakt zu treten, wie man das langfristig handhaben wird. Weil so ist das sicher kein Gesetz, wie das notwendig ist und wie es eigentlich notwendig wäre.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstem erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten und Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich allgemein auf ein paar Fragen zum Datenschutz und zur Datenschutz-Grundverordnung eingehe, befasse ich mich kurz mit dem Gesetz an sich, das wir heute zu beschließen haben, dem Burgenländischen Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018.

Ich bedanke mich gleich zu Beginn meiner Ausführungen bei den Mitarbeitern des Hauses, die die letzten Wochen und Monate damit zugebracht haben, den Rechtsbestand des Landes auf Berührungspunkte zum neuen Datenschutzrecht abzuklopfen.

Das war eine Menge Arbeit, das Resultat sehen wir heute. Mit diesem Datenschutz-Anpassungsgesetz passen wir 31 Landesgesetze, so ich keines übersehen habe, an das neue Datenschutzrecht an.

Vielen Dank für die Mühe und vor allem jenen Kollegen, die dann noch mit der Umsetzung und Vollziehung beschäftigt sein werden, viel Kraft und Erfolg und im Einzelfall auch gute Nerven. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Meine Damen und Herren! Die EU-Datenschutz-Grundverordnung erlangt in den Mitgliedsstaaten unmittelbare Geltung, trotzdem bedarf es in vielen Bereichen der Durchführung in innerstaatliches Recht. Daneben gibt es auch noch die

Regelungsspielräume, Kollege Spitzmüller ist auf ein paar Fragen eingegangen, die sich auch damit befassen, ob Sachverhalte, die der Bundesgesetzgeber jetzt geregelt hat und ob solche Öffnungsklauseln hineinfallen oder nicht. Wir werden sehen.

Innerstaatlich ist die Gesetzgebungskompetenz jedenfalls zwischen Bund und Ländern geteilt. Wobei der Bund zur Regelung allgemeiner Angelegenheiten des Schutzes personenbezogener Daten berufen ist. Und die Länder zur Regelung allgemeiner Angelegenheiten des Datenschutzes bei nicht automationsunterstützt geführten Dateien, also bei manuellen Daten, aber auch nur dann, wenn es um Angelegenheiten geht, in denen die Gesetzgebungskompetenz dem Land zukommt. Es lebe der Föderalismus.

Damit der Föderalismus aber dennoch nicht zu sehr erblüht, übernehmen wir für das Burgenländische Datenschutzgesetz im Wesentlichen die Regelungen, die wir auch im Datenschutzgesetz des Bundes wiederfinden, aus Gründen der Einheitlichkeit.

Ansonsten geht es bei den Änderungen der erwähnten 31 Landesgesetzen so gut wie ausschließlich um begriffliche Anpassungen an die Datenschutz-Grundverordnung beziehungsweise an das neue Bundesgesetz und um notwendige Anpassung von Verweisen.

Meine Damen und Herren! Jetzt ein paar grundsätzliche Gedanken zum Datenschutz und zur Datenschutz-Grundverordnung. Ich für mich halte fest, dass das Datenschutzrecht in Österreich auch bisher nicht das Allerschlechteste war. Damit es keine Missverständnisse gibt, ja selbstverständlich stehen wir zum Grundrecht natürlicher Personen auf den Schutz ihrer Daten, ihrer personenbezogenen Daten.

Und ja, die Datenschutz-Grundverordnung versucht diesem Ziel, diesem Grundrecht gerecht zu werden und sorgt jedenfalls, soviel kann man sicherlich sagen, für eine Form der Sensibilisierung in diesem Bereich, die wir vielleicht schon etwas früher notwendig gehabt hätten.

Das Problem, das zu beobachten ist, meine Damen und Herren, und das auch von Experten als solches erkannt wird, ist aber folgendes. Die, die es treffen soll, Kollege Spitzmüller ist darauf eingegangen, die es treffen soll, die mit unseren Daten Geschäfte machen, die großen multinationalen Konzerne, die werden auch weiter Mittel und Wege finden, an bisherigen Praktiken zumindest im Ergebnis fest zu halten.

Ich nehme an, die meisten von Ihnen, haben die letzten Tage genauso wie ich genutzt, um, ja zahlreiche Newsletter, die einem eh schon seit langem auf die Nerven gegangen sind, de facto abzubestellen, indem man eben nicht die entsprechende Genehmigung erteilt hat. Aber Sie werden gleichzeitig wahrscheinlich auch Nutzungsbedingungen von größeren Konzernen zugestimmt haben, Google, Facebook, wie auch immer.

Weil die eben nach dem Motto vorgehen: friss oder stirb, stimm zu oder verschwinde aus dem Netzwerk. Auf der anderen Seite haben wir die kleinen, wie Unternehmer, Gewerbeagentur, den Hausarzt, kleine Unternehmer, Vereine, und die werden jetzt teilweise schon mit einem Aufwand belastet, der die Frage nach der Verhältnismäßigkeit doch gerechtfertigt erscheinen lässt. Dass da jetzt quasi neue Berufszweige entstehen, eine Branche, also Expertinnen und Experten, die sich jetzt unternehmerisch als Datenschutzbeauftragte andienen, das sagt ja eigentlich schon sehr viel aus.

Die Datenschutz-Grundverordnung hat zweifelsfrei ihre guten Seiten. Aber ebenso zweifelsfrei eine überschießende Tendenz. In diesem Sinne bin ich froh, bin ich froh, dass

der Bundesgesetzgeber, gerade wenn es um drohende Strafen geht, und um Vergehen geht, die nicht schwerwiegend sind, die nicht wiederholt begangen werden, die Verhältnismäßigkeit klargestellt hat und das Prinzip vorwarnen vor strafen ins Gesetz aufgenommen hat, damit es eben nicht zu Situationen kommt, die unverhältnismäßig sind und die wir uns für die Unternehmer nicht wünschen.

Zum Abschluss gehe ich kurz auf das ein, was Kollege Spitzmüller am Anfang gesagt hat. Datenschutzrecht hin oder her, ich halte es auf jeden Fall für wesentlich, dass wir hier im Bereich der Bewusstseinsbildung, vor allem in den Schulen noch einiges leisten.

Wir sehen es an unseren Kindern. An den jüngeren Leuten, denen ist bis heute nicht bewusst, und daran wird auch die Grundverordnung nichts ändern, denen ist bis heute oft nicht bewusst, was sie eigentlich alles freiwillig an Daten hergeben. Und welche Relevanz, welche Bedeutung und welche Gefahren das hat und birgt.

Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Landtagsabgeordneter Mag. Wolf ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Datenschutz-Grundverordnung ist seit Freitag in Kraft getreten, die Welt dreht sich trotzdem weiter. Diese Verordnung hat bereits hohe Wellen geschlagen. Jeder von uns hat sich damit in den letzten Wochen beschäftigen müssen.

Wir wissen mittlerweile, dass natürlich viele Organisationen, Vereine, die Gemeinden aber auch Unternehmen, damit beschäftigt sind, diese Datenschutz-Grundverordnung auch umzusetzen. In dem Wissen, dass es irgendwann zu Anzeigen oder Beschwerden bei der Datenschutzbehörde kommen kann und die Folgen bis heute nicht absehbar sind, beziehungsweise wir natürlich auf Präzedenzfälle warten müssen.

Aber und unterm Strich möchte ich betonen, dass es etwas Gutes an sich hatte, dass sich jeder in Österreich ein bisschen mit Datenschutz mehr beschäftigt hat, als in der Vergangenheit.

Damit wurde mehr Bewusstsein geschaffen, für personenbezogene Daten, so auch mehr Sensibilität, was mit meinen Daten passiert. Wo ich mich mit meiner Email-Adresse, mit meiner Handynummer eintrage oder auch meinen Namen und mein Geburtsdatum hergebe.

Mittlerweile gibt es in dieser Verordnung oder in der Umsetzung in diesen Gesetzen zumindest klare Regelungen wie mit diesen Daten umgegangen werden soll und diese Regeln auch einzuhalten sind.

Jetzt sei natürlich dahingestellt, dass die Datenschutzbehörde derzeit mit zirka 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt ist. Österreichweit eher eine kleine Behörde, für all die Fälle, die dort angetragen werden. Aber man wird sehen, wie sich das entwickelt.

Zu loben ist auf alle Fälle die Bundesregierung, die ja noch in letzter Sekunde das Credo ausgegeben hat, beraten statt bestrafen.

Hier gebe ich meinem Kollegen Géza Recht, wenn er sagt, dass es gerade zu Beginn wichtig ist zu beraten und nicht gleich zu bestrafen. Wir kennen die Strafrahmen, die festgesetzt sind mit bis zu 20 Millionen Euro. In der Hoffnung, dass man jene Unternehmen trifft, die mit sensiblen Daten auch Geschäfte machen.

Kritisch zu hinterfragen ist dies aber trotzdem und hier sind die Politiker nicht ausgenommen. Jeder von uns hat ein Facebook-Profil und gibt damit auch sehr sensible Daten preis. Facebook macht mit diesen Daten wissentlich Geschäfte.

Jeder von uns ist sich dessen bewusst, nimmt das nur leichtfertig zur Kenntnis. Zum Beispiel, wenn wir gewisse Begriffe googeln gibt es hier einige Studien über Analytics. Das heißt, Google kann mittlerweile auch Grippewellen aufgrund der Suchanfragen voraussagen.

All diese Daten, die wir in diese Suchmaschinen oder ins Internet eingeben, das machen wir bewusst. Aber trotzdem kann es kein Datenschutzgesetz der Welt verhindern, wenn wir selbst nicht das Bewusstsein dafür haben, wofür wir unsere Daten hergeben.

Das wird auch der wichtigste Punkt in der Zukunft sein, damit wir alle Generationen sensibilisieren, wo wir welche Daten hergeben. Sei es ein Gewinnspiel auf einem Zettel im Einkaufszentrum oder auch eine Online-Umfrage die per E-mail einlangt.

Das wird ein großes Thema für uns alle sein, über Parteigrenzen hinweg und auch generationenübergreifend. Zum Schluss ist es bei all diesen Gesetzen wichtig, dass sie umsetzbar sind und auch praktikabel. Denn es kann nicht sein, dass man Juristen und externe Berater braucht, um die Datenschutz-Grundverordnung so umzusetzen, dass sie auch dem Gesetz zu 100 Prozent entspricht. Das würde nicht für dieses Gesetz sprechen.

Positiv betonen möchte ich an dieser Stelle, dass hier unser Vorschlag als Volkspartei aufgenommen wurde, eine kleine Abänderung hineinzunehmen, um auch die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, wenn es um Wahlen oder andere Thematiken geht.

Hier braucht es offensichtlich die Volkspartei, dass wir parallel zu den bundesgesetzlichen Regelungen im Land agieren. Das freut uns sehr, dass hier diese 31 Gesetze umgesetzt werden und auch unsere Inputs mitgenommen wurden.

Deswegen Danke schön für diesen Zug, dass wir das gleich mit aufnehmen und nicht erst bei der nächsten Novelle im Herbst oder sonst wann diskutieren oder beschließen. Deswegen freut es uns, dass wir hier dabei sind und stimmen diesem Gesetz natürlich zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Klubobfrau Ingrid Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt über das Burgenländische Datenschutz-Anpassungsgesetz sehr viel gehört. Ich konnte auch sehr viele Dinge, die Sie gesagt haben, also da bin ich der gleichen Meinung.

Ich glaube, wenn man das mit dem Datenschutz ernst nimmt, dann wissen wir, dass dieser Datenschutz, diese Grundverordnung, diese Anpassung notwendig geworden ist, weil wirklich die großen Player, und Sie haben das alle genannt, mit Daten Millionenumsätze machen. Das ist eigentlich das Gold des 21. Jahrhunderts.

Auf der einen Seite, denke ich mir, ist die EU hier auf dem richtigen Weg, um diese Anpassungsgrundverordnung zu fordern und auch umzusetzen. Auf der einen Seite, hat ja gerade der Herr Kollege Wolf auch eingehend geschildert, dass wir selber sehr viel von uns preisgeben, um unbedingt bei gewissen Medien mit dabei zu sein, um hier nicht

irgendwie zu glauben, dass wir weniger in der Öffentlichkeit stehen, wenn wir diese Daten nicht preisgeben.

Genau hier, denke ich, ist ja auch für mich so einiges, was ich zu diesem Datenschutz-Anpassungsgesetz anmerken möchte. Mir ist schon klar, dass es natürlich Veränderungen gibt, dass sie sehr achtsam damit umgehen. Aber wenn der Herr Kollege Spitzmüller gesagt hat, dass sie das nicht ganz verstehen, dass Gemeinden oder öffentliche Stellen von Strafen ausgenommen worden sind, dann bin ich schon davon überzeugt, dass genau die Kommunen oder öffentliche Stellen hier sehr sorgsam mit Daten umgegangen sind.

Wenn es vom Rechnungshof Überprüfungen gibt, dann sind das Vergehen an anderer gesetzlicher Dinge, wo es Empfehlungen gibt, aber mir ist jetzt kein Rechnungshofbericht bekannt, wo eine öffentliche Stelle mit Daten etwas preisgegeben hat oder Daten weitergegeben hat, das wir nicht durften.

Hier ist wirklich der feine kleine Unterschied und es trifft auch die Kommunen und öffentliche Stellen mit den Datenschutzbeauftragten, dass genau vorgeschrieben ist, wer was machen soll und muss, das ist auch wichtig. Daher kann ich das jetzt nicht ganz nachvollziehen, wie Sie das gemeint haben.

Wenn man jetzt davon ausgeht, dass natürlich Unternehmer hier auch gefordert sind, zu dokumentieren, wie sie mit personenbezogenen Daten umgehen, ist es natürlich auch richtig und es ist genau vorgeschrieben, wann wer welche Daten letztendlich brauchen kann und wenn ein Geschäft abgeschlossen ist, dann sind diese Daten sozusagen zu löschen und diese Daten sind uns, den Personen, wieder zurückzugeben auch das finde ich in Ordnung.

Und es ist für mich auch verständlich, dass man sagt, man geht nicht gleich von Strafen aus, dass ich sage, die Unternehmer werden nicht sofort gestraft, nur wenn mehrmalige Vergehen sind, dann gibt es Strafen. Das ist okay.

Aber, was ich dann nicht verstehe, wenn man sagt, man geht sehr sorgsam um mit Strafen, dass ist gleichzeitig und Sie werden das genauso gut gelesen haben wie ich, der Arbeiterkammerpräsident hat eine Presseaussendung gemacht, wo es jetzt Firmen gibt, die eigentlich dieses Datenschutzgrundgesetz im Prinzip dazu verwenden, um Dienstverträge zu ändern, um bis zu drei Monatsstrafen den Dienstnehmern unterschreiben zu lassen und das zu dem Dienstvertrag dazu geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann frage ich mich jetzt wirklich, wenn es auf der einen Seite diese Erleichterungen gibt, diese Strafen nicht gleich, wie man jetzt dazukommt, dass einige Unternehmer das wirklich vorlegen.

Es irritiert mich jetzt schon ein wenig, dass man ein Gesetz, das für persönliche Daten zuständig sein soll, diese zu schützen, auf der anderen Seite hergenommen wird, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sozusagen eine neue Strafbestimmung in den Dienstvertrag zu geben.

Ich würde wirklich bitten, dass man davon absieht, weil das ist jetzt für mich wirklich eine Ungleichbehandlung, und man schießt weit über das Ziel hinaus. Aber vielleicht zeigt es uns allen, was wir in Zukunft als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozusagen zu erwarten haben, wenn das jetzt im Sinne dieses Gesetzes passiert.

Grundsätzlich muss ich sagen, wie alle meine Vorredner, bin ich neugierig, ob es für die großen Player im Prinzip mit strafrechtlicher Forderungen tatsächlich passieren

wird, ob das, womit dieses Gesetz umgeändert worden ist, tatsächlich eintrifft und dass wir wirklich unsere Daten schützen.

Ansonsten kann ich natürlich sagen, sind die Anpassungen und die Bestimmungen, die wir im Land Burgenland übernehmen, eine Selbstverständlichkeit.

Ich darf mich auch bei der Abteilung bedanken, ich weiß, dass es von der Abteilung her sehr viel Arbeit war, das alles umzusetzen, und wir bei jeder Gesetzesänderung auch natürlich darauf achten müssen, und ich weiß das auch als Bürgermeisterin und von meinen Kolleginnen und Kollegen, dass es für uns als Gemeinde natürlich auch nicht einfach ist.

Wir werden das Gesetz natürlich entsprechend in den Gemeinden umsetzen, mit Datenschutzbeauftragen, mit Dokumentationen, dass in diese Richtung nichts passieren kann. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Sehr geehrte Damen und Herren! In aller gebotenen Kürze. In den rechtlichen Grundlagen der Datenschutzgrundverordnung, die die Europäische Union allen Mitgliedsstaaten auferlegt hat, ist eigentlich viel und Tiefgründiges gesagt worden.

Tatsache ist und darauf möchte ich meinen Redebeitrag auch festhalten, dass die Europäische Union eine gute Absicht verfolgt hat.

Tatsache ist auch, dass der Auftritt des Mark Zuckerberg vor kurzem bei der Europäischen Union das Gleichnis und das Beispiel dafür geliefert hat, wie es nicht gedacht war, nämlich so wenig auszusagen vor verantwortungsvollen und in der Ausführung auf das Gesetz gegebenen Personen von einem, der eigentlich an der Weltkonzernspitze stehenden und Verantwortlichen für den größten Datenmissbrauch in der Geschichte dieser Welt verantwortlich ist.

So wenig zu hinterfragen, so wenig tiefgründig in ihn einzudringen und das Ganze auf das Tablett zu bringen, ist eigentlich schon gewissermaßen das Angebot zum Scheitern in der Absicht gewesen.

Meine Damen und Herren! Wir wollten, oder die Europäische Union, wir alle quasi als Mitgliedsstaaten wollten die Großen gängeln und sie über die Datenschutzgrundverordnung quasi auf den Boden der Tatsachen zurückbringen. In Wirklichkeit ist das Gegenteil wahrscheinlich gelungen.

Wir in Österreich haben wieder wahrscheinlich die Voraussetzungen nicht bedacht, die damit geschaffen wurden. Über die Intervention von der Wirtschaftskammer ist dann das zum Teil zurückgenommen worden. Und für den Unternehmer, nicht zuerst strafen, sondern wir machen noch ein wenig vordergründig nach dem Maßstab, es werden nicht gleich Strafen ausgestellt werden, ein wenig Zeit gewinnen.

In Wirklichkeit trifft dieses Gesetz nicht nur das Unternehmertum in aller Strenge und Schärfe, also nicht das Großunternehmertum, die haben eigene Abteilungen, die haben rechtskundige Berater, die haben ausgegliedert das Ganze stattfinden lassen.

Die öffentlichen Rechtsträger mit ihren Einrichtungen sind zum größten Teil auch überfordert. Das Land Burgenland hat jetzt nicht nur Ausschreibungen auf Techniker im Bereich der gesamten Datenverarbeitung gesetzt, sondern viele Einrichtungen.

Aber speziell die im vorigen Tagesordnungspunkt Betroffenen schaden Ehrenamtlichen mit den gesamten Vereinsaktivitäten, die ist im Gesamten positiv von vielen Vorrednern jetzt geschilderten Datenschutzregelungen am meisten betroffen. Denn diese wissen am wenigsten, wie man damit umgeht, und daher ist es wieder einmal notwendig, was schon vorher geschützt wurde, im Zusammenhang mit den Vereinen. Wir haben einen eigenen Rechtsberater für die Vereine, an den man sich wenden kann, wenn man eine Fragestellung hat.

Das Gleiche gilt jetzt für Wirtschaftsunternehmungen, EPUs und andere auch, sie müssen sich auch einen Rechtsberater nehmen, einen Kundigen in der Angelegenheit, damit Daten nicht widerrechtlich verwendet werden und dass sie nicht ausgesetzt sind einer Strafverfolgung, die sich daraus ergibt.

Dass bei dieser Maßnahme die Burgenländische Landesregierung oder die gesetzgebende Körperschaft betroffen ist in der Darstellung auf die notwendigen Anpassungen an die Datenschutzgrundverordnung, ist eigentlich nur naheliegend.

Interessant ist, dass wir das fast zeitgleich jetzt mit Inkrafttreten setzen. In der Regel sind wir dann nicht so schnell bei der Hand bei solchen Regelungen. In Wirklichkeit ist dieses Gesetz aber eine in der Grundabsicht positive Annahme, auf der anderen Seite in der Ausführung aber sicherlich nicht gelungen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf betreffend die Datenschutz-Anpassungen (Burgenländisches Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 - Bgld. DS-APG 2018) ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf betreffend die Datenschutz-Anpassungen (Burgenländisches Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 - Bgld. DS-APG 2018) ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1311), mit dem der Sozialbericht 2015/2016 des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 925) (Beilage 1320)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 5. Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1311, mit dem der Sozialbericht 2015/2016 des Landes Burgenland zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 925, Beilage 1320, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Sozialbericht 2015/2016 des Landes Burgenlandes zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23.05.2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Der Sozialbericht 2015/2016 des Landes Burgenland wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich erteile der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landesrat! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer und Zuhörerinnen und -hörer draußen und auf der Galerie! Zuletzt meinte einmal Kollege Molnár an dieser Stelle, wenn man nach einem Bericht von der Kollegin Petrik drankommt, dann hat sie alles schon so detailliert erläutert und erklärt. Nun, das will ich heute anderen überlassen.

Ich könnte jetzt einen Querschnitt geben über alles, was da drinnen steht, aber insgesamt will ich sozusagen einen Gesamtbefund hier kundtun.

Dieser Bericht ist wirklich ein hervorragender Lesestoff für alle, die sich einen Überblick verschaffen wollen über die Sozialausgaben und die entsprechenden politischen Grundlagen im Burgenland sowie über verwaltungstechnische Zuständigkeiten.

Hier ist sehr viel, sehr detailliert und auch gut nachvollziehbar niedergeschrieben und dafür möchte ich den Zuständigen, sowohl in der Verwaltung, die diesen Bericht erstellt haben, als auch dem Herrn Landesrat mein herzliches Dankeschön aussprechen. Das ist wirklich ein guter Lesestoff für alle, die sozialpolitisch im Burgenland engagiert sind und interessiert sind.

Zahlen, Daten, Fakten. *(Abg. Manfred Haidinger: Und? Beifall?)* Ja, wo sind die … *(Abg. Manfred Haidinger: Der Herr Spitzmüller habe ich mir gedacht.)* auch die Kollegen von der SPÖ habe ich mir gedacht, die freuen sich darüber, wenn ich hier dieses Lob ausspreche, aber ist egal. *(Nach dem Beifall des Abg. Manfred Haidinger, auch Beifall bei den GRÜNEN und bei der ÖVP - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir werden ihm schon helfen.)*

Was mir aber insgesamt auffällt, wir haben bei uns sozialpolitisch sowohl im Land, als auch auf Bundesebene, aber dazu werde ich mich noch ausführlich äußern, oft so eine Haltung, dass man sich für Ausgaben im Sozialbereich für irgendetwas rechtfertigen müsse. Oft erlebt man, dass man sich entschuldigen muss, dass das jetzt alles viel Geld kostet.

Nun, ich glaube, wir müssen wegkommen von einer Rechtfertigung über Ausgaben innerhalb eines Sozialstaates hin zu einer Grundhaltung mit einer Priorität auf Solidarität und Gemeinwohl in einer Gesellschaft.

Ich gehe einmal davon aus, dass wir uns alle hier im Saal einig sind, dass wir einen modernen Sozialstaat in Österreich wollen. Ich möchte in Erinnerung rufen, was damit gemeint ist.

Ich zitiere jetzt einmal aus Wikipedia: „Ein Sozialstaat ist ein Staat, der in seinem Handeln soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit anstrebt, um die Teilhabe aller an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu gewährleisten.

Bezeichnend für einen Sozialstaat ist auch die konkrete Gesamtheit staatlicher Einrichtungen, Steuerungsmaßnahmen und Normen, um das Ziel zu erreichen, Lebensrisiken und soziale Folgewirkungen abzufedern. Der Staat verpflichtet sich, in Gesetzgebung und Verwaltung für einen sozialen Ausgleich der Gesellschaft zu sorgen."

Ein Begriff ist dabei von besonderer Bedeutung, weil er eben die Grundhaltung zeigt, dass ist der Begriff der Solidarität. Solidarität ist kein Begriff der Armenfürsorge, wie man früher sagte, sondern eine menschliche und gesellschaftliche Grundhaltung.

Umverteilung ist auch keine Frage von Leistungswilligkeit, sondern von Gerechtigkeit. Ist es denn gerecht, wenn etwa eine Person das Zwanzigfache einer anderen Person im selben Betrieb verdient? Ich glaube, wir sollten nicht nur über die Umverteilung reden, sondern bereits an der zugrundeliegenden Ungerechtigkeit, die uns erst in der Gesellschaft dazu führt, dass wir umverteilen müssen.

Ist es denn etwa gerecht, wenn man vermögend nur mehr durch erben werden kann oder durch Beteiligung an ausbeuterischen Wirtschaftsformen und kapitalistischen Finanztransaktionen? Der Sozialstaat hat hier eine ganz klare Priorität.

Arbeit etwa dient dazu, dass Menschen leben können, dass Gesellschaft funktioniert, nicht, dass ein Wirtschaftssystem funktioniert. Daher entschuldigen wir uns bitte niemals dafür, dass ein Sozialstaat Ausgaben braucht.

Wir fordern, also wir nicht, aber andere in diesem Staat fordern Ausbau zum Beispiel von Pferden bei der Polizei, gemeinsam fordern wir den Ausbau der Finanzpolizei. All das darf kosten, ich habe noch selten erlebt, dass man sich dafür rechtfertigt, dass das auch Ausgaben erfordert.

Wir fordern aber auch gemeinsam Sozialarbeit und Pflege, die arbeiten in Beziehung zueinander ermöglichen und müssen uns dann für Ausgaben rechtfertigen?

Herr Landesrat, Sie werden immer meine Unterstützung haben, dass ein guter Sozialstaat und ein Land Burgenland, das gute Sozialpolitik betreibt, eben die entsprechenden Ausgaben zu leisten hat. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Weh tun mir dann Bilder, die von manchen Politikern hier ins Treffen geführt werden, wo statt von sozialer Absicherung von einer Hängematte die Rede ist. Eine Verallgemeinerung, die umgelegt wird auf so viele Menschen, die verzweifeln daran, dass sie mit dem, was ihr Einkommen ist, kein Auskommen mehr finden.

Wir sind jetzt in diesen Monaten mit einer Bundesregierung befasst, die uns wöchentlich ihre Ideen präsentiert, wie sie Menschen etwas wegnehmen kann. Zum Beispiel, Unterstützung in Beratungsstellen, Kürzungen beim Arbeitslosengeld oder die Streichung der Notstandshilfe.

Das übrigens - und dazu werden ja heute nochmals ausführlicher kommen - ist ein Abwälzen auf Leistungen der Länder, weil all die Menschen, die aus der Notstandshilfe herausfallen, weil es ihnen gestrichen wird, weil es sie nicht mehr gibt, dann über die Mindestsicherung aufgefangen werden müssen.

Nicht, dass es dann nachher wieder heißt, jetzt schaut, wie hoch die Kosten der Mindestsicherung wieder sind. Das ist alles erzeugt durch Entscheidungen der Bundesregierung. Anstatt dass sie sich überlegt, unsere Bundesregierung, wie sie

möglichst viele Menschen vor Armut bewahren kann, stigmatisiert sie Menschen, die längere Zeit keine Arbeit finden als angebliche Leistungsverweigerer.

Ja, es gibt faule Menschen, wir werden alle auch da und dort faule Menschen kennen, und es gibt auch welche, die höchst unsolidarisch sich immer ihre Rosinen aus dem Kuchen des Sozialstaates heraussuchen. Ja eh, die gibt es.

Aber so zu tun, als würden diese die Mehrzahl der Langzeitarbeitslosen präsentieren, das ist eine himmelschreiende Arroganz gegenüber jenen, die daran verzweifeln, dass sie keine Arbeit mehr finden.

Die Bundesregierung hat offensichtlich den Kontakt zu einer Bevölkerungsgruppe verloren, nämlich zu Menschen, deren Leben davon gezeichnet ist, dass sie arbeiten wollen und keine Arbeitsstelle finden beziehungsweise dass sie keine Arbeitsstelle finden, von der sie und ihre Familie auch noch leben können.

Die Bundesregierung wälzt unangenehme Aufgaben der Sozialpolitik einfach auf die Länder ab und die FPÖ Burgenland lehnt sich zurück und zuckt dann mit den Schultern, wenn diese großen Aufgaben einfach auf Länderbudgets abgewälzt werden.

Sozial ist die FPÖ nur in ihrer Selbstdarstellung, nicht aber in ihrem Handeln und ihren Entscheidungen, und das sehen wir jetzt in diesem Zusammenhang.

Die ÖVP ist auch nur in ihrer Selbstbeschreibung, das muss ich Ihnen jetzt doch rückmelden, nicht aber in ihrem Handeln christlich und humanistisch, wie sie das noch in ihrem Grundsatzprogramm drinnen stehen haben.

Um das auch öffentlich deutlich zu machen, zu diskutieren, bildete sich vor einigen Monaten eine ökumenische Initiative. „Christlich geht anders“ heißt diese Initiative und sie formuliert ganz klar, ich zitiere: „Christen und Christinnen sind solidarisch mit den Schwachen, die Liebe zu Gott ist untrennbar mit der Sorge um die Armen verbunden. Wie wir den Geringsten einer Gesellschaft begegnen, so begegnen wir Gott selbst. Wer Arme bekämpft, bekämpft das Christentum.“

Das sagen Christen in Rückmeldung zu einer Partei, die sich selber christlich-humanistisch nennt. Weiter kann man auch ganz unmissverständlich formuliert lesen, Kirchen fordern einen aktiven Sozialstaat. Ein Sozialstaat ist organisierte Solidarität. Gegenseitig schützen wir uns so vor den Grundrisiken des Lebens: Erwerbslosigkeit, Prekarisierung, Armut in Not und Not.

Angriffe auf den Sozialstaat sind immer auch Angriffe auf alle, verstärkt aber auf jene, die einen starken Sozialstaat besonders brauchen. Nachdem, was sich in den letzten Wochen und Monaten auf Österreichebene abspielt, kann man sagen, diese Bundesregierung ist ein Angriff auf den Sozialstaat.

Hier wurde gesprochen von organisierter Solidarität oder - für unseren Zusammenhang sage ich hier - politisch gewollter Solidarität. Das ist Sozialpolitik für alle. Dafür muss man sich nicht rechtfertigen.

Daher hoffe ich, dass wir bei Sozialberichten und Sozialbudgets auch in Zukunft mit Stolz werden sagen können, wir schauen auf unser Gemeinwesen, wir wollen niemanden geringschätzen und wir wollen keine Menschen zurückhalten. Im vorliegenden Sozialbericht können wir den Willen des zuständigen Regierungsmitglieds und das Bemühen der zuständigen Abteilung erkennen, diese Solidarität in vielen Bereichen, nicht in allen, aber darauf komme ich dann zu einem anderen Tagesordnungspunkt noch zurück, aber in vielen Bereichen der Landesverwaltung weiterzuentwickeln.

Es gab hier auch Ausbau von Personal, das dringend nötig war, und einige Nachbesserungen, die wir seitens der GRÜNEN im letzten Jahr noch mehrfach gefordert haben.

Weil wir diesen Willen und diese Entwicklung erkennen, nehmen wir diesen Bericht gerne und positiv zur Kenntnis. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Werte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ein bisschen auf die Vorrednerin eingehen, nämlich insofern, dass ich ja beim Sozialstaat, auch bei der Definition Wikipedia, schon bei Ihnen bin, jedoch man nicht vergessen darf, dass Wikipedia das auch so definiert. Das heißt, der Sozialstaat ist ein Staat.

Jetzt sind wir genau bei unserem unterschiedlichen Ansatz. Sie sehen wahrscheinlich diesen Staat nicht im juristisch-völkerrechtlichen Umfang, so wie ich das tue, sondern eher im soziologischen Bereich, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein.)* wie Max Weber das tut. Und dort vielleicht in einer Mischung aus liberalem, marxistischem und anarchistischem Ansatz aus diesem Bereich.

Und daher werden wir nie - sage ich einmal - auf dieselbe Betrachtungsweise *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Hören Sie mir einfach nur zu und tun Sie nicht …!)* und auf denselben Zugang gehen. Der Sozialstaat unter dem falschen Ansatz der Definition Staat, der sich durch Ihre ganze Rede gezogen hat, hat aus meiner Sicht schon eine Antwort gebraucht.

Aber kommen wir jetzt zum Thema, kommen wir zum ausgezeichneten Sozialbericht des Herrn Landesrates in Verbindung mit seiner gesamten Verwaltung.

Ich darf mich natürlich diesem Lob anschließen, dass meine Vorrednerin gemacht hat. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich bin sprachlos.)* Wir haben - und das ist für mich einer der wesentlichen Ergebnisse aus diesem Sozialbericht - auf der einen Seite einen sehr positiven Ansatz und das ist nämlich derjenige, dass wir in der Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen einen riesengroßen Anteil haben, der aus der Bevölkerung getragen wird.

So gehört es sich ja auch, um jetzt ein bisschen das salopp zu sagen, von dem aber nach wie vor die Republik und natürlich auch das Bundesland Burgenland lebt, weil hier irrsinnig viel Geld nicht durch das Sozialsystem aufgebracht werden muss, sondern weil die Angehörigen das machen.

Wir stehen jetzt auch sehr kurz vor einer Herausforderung, wenn man kurz jetzt über einen Zeitraum bis 2030 beurteilen will, zu sagen, es wird sich nach den Prognosen nach verdichten.

Ich will jetzt auch gar nicht die einzelnen Zahlen hier herauszitieren, ich glaube, der Nachfolgeredner oder irgendwann werden sie schon ins Detail genau gehen. Aber der Sukkus ist für mich so wichtig und wir müssen uns jetzt schon überlegen, wenn jetzt auch auf Grund des Pflegeregresses ein großer Anteil der bis dato noch pflegenden Angehörigen hier sich zurücknehmen, weil ja hier kein finanzieller Nachteil zu erwarten ist, wenn man die Anverwandten in Pflegeheime überführt, dann wird man hier im Steuertopf eine dementsprechende große Anforderung finden, die wir möglicherweise nicht leisten können.

Auf der anderen Seite muss man natürlich aber auch bedenken, wenn auch nur oder hätten wir nicht 2007, wenn ich das richtig im Kopf habe, die 24-Stunden-Pflege mehr oder weniger legalisiert, dann hätten wir jetzt das Problem schon viel früher gehabt.

So wird die Politik und das ist für mich im Prinzip die Grundaussage, sich einiges überlegen müssen, wie wir in Hinkunft das mit dem Geld, denn das wächst nicht auf den Bäumen und das werden wir nicht verdrei- oder vervierfachen können, auskommen, um im Prinzip trotzdem, und das ist, glaube ich, auch unser aller Anliegen, einen dementsprechenden respektvollen und richtigen und auch hochanständigen Umgang mit unseren Vätern, Müttern, Großvätern, Großeltern und auch wir selber ja den Anspruch für uns haben oder haben sollten, dass unsere Kinder oder Kindeskinder auch dementsprechend Verantwortung für uns übernehmen.

Was wir jetzt hier als Grundstock legen, wird uns möglicherweise in der Zukunft dann selber ereilen. Es führt mich schon zwangsläufig auch aufgrund dieser Beurteilung zu folgender Ableitung.

In Masse - und das zeigt uns auch dieser Bericht - tragen zurzeit neben den Angehörigen im Wesentlichen sogenannte NGOs diese Pflege. Ob wir das über NGOs in Zukunft auch machen können, dafür denke ich mir schon, sollte auch die Politik ohne Tabus in allen Bereichen Überlegungen anstellen dürfen.

Ob es nicht besser ist, wenn man auch bestimmte Teile oder überhaupt versucht, die Gesamtheit in eine „government-organization“ zu überführen, weil ich schon der Meinung bin, dass das dann genauer, bewusster, nachvollziehbar, kontrollierbarer natürlich gemacht werden kann, als wie jetzt.

Immer wieder kommen solche Fälle heraus, wo man sieht, man kann nicht über die ganzen Förderungstöpfe auch die Transparenz, die wir haben sollten als Gesetzgeber oder schlussendlich dann die Regierung, um das nachvollziehen zu können, aber auch in diese Richtung sollten wir denken dürfen.

Das ist für mich jetzt auf der Grundlage dieses Sozialberichtes ein Anstoß, dass wir uns auch das einmal anschauen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herr Landtagsabgeordneten Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir diskutieren heute den Sozialbericht, der die verschiedenen Bereiche der Sozialpolitik des Landes darstellt, mit vielen Zahlen, mit vielen Fakten beziehungsweise mit guten Statistiken untermalt.

Nachdem ein Thema - und das wurde vorher auch schon genannt - seit gestern sehr aktuell ist, nämlich die Mindestsicherung NEU, möchte ich gleich vorweg auch darauf eingehen. Denn der Sozialbericht, der uns vorliegt, der liefert auch sehr aussagekräftige Zahlen dazu. Es wird klar aufgezeigt, dass die Ausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung von Jahr zu Jahr steigen, und gerade deswegen, meine geschätzten Damen und Herren, muss es aus meiner Sicht das Ziel sein, ein gerechteres System zu schaffen.

Ich rate Ihnen, Frau Petrik, dass Sie sich die Verteilung der Mindestsicherungsbezieher ansehen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Was glauben Sie, was ich die ganze Zeit tue?)* weil dann erkennen Sie, dass hier ein großes Ungleichgewicht vorliegt. 50 Prozent der Bezieherinnen und Bezieher leben in Wien, davon sind die Hälfte

Ausländer. Dieses System, meine geschätzten Damen und Herren, kann so aus meiner Sicht nicht funktionieren.

Deswegen ist es richtig, die Zuwanderung in das Sozialsystem zu bekämpfen, Deutsch als Schlüssel zum Zugang zur vollen Mindestsicherung zu machen.

Wir begrüßen deswegen den gestern gesetzten Schritt, denn wer arbeitet und jahrelang in das System eingezahlt hat, der darf nicht länger der Dumme sein.

Wenn Sie nun, Herr Landesrat Darabos, gestern meinen, die grundsätzliche Vorgehensweise von Bundeskanzler Sebastian Kurz in Sachen Mindestsicherung sei sehr befremdlich, dann bin ich doch ein wenig irritiert, was hier befremdlich ist, das verstehe ich persönlich nicht.

Befremdlich war es eher für mich, wie Ihre Partei im Jahr 2016, damals unter Sozialminister Stöger, die Verhandlungen zur einheitlichen Mindestsicherung blockierte, der Bundeskanzler, damals Christian Kern, die Verhandlungen stoppte.

Die türkis-blaue Bundesregierung ist es im Gegenzug, die heute das umsetzt, was sie versprochen hat. Man schafft eine bundesweit einheitliche Regelung. Der Bund regelt den Rahmen, die Details liegen bei den Ländern. Ich danke Sebastian Kurz und der FPÖ für diesen wichtigen Schritt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sozialbericht wird unter anderem auch auf den Themenkomplex Pflege eingegangen. Es wird skizziert, dass die Zahl der Personen im Alter von über 80 Jahren von Jahr zu Jahr steigen wird, damit auch die Pflegebedürftigkeit zunehmen wird. Im Burgenland rechnen Expertinnen und Experten bis zum Jahr 2022 mit einem Anstieg von Pflegegeldbeziehern von rund 14 Prozent.

Auf der anderen Seite, meine geschätzten Damen und Herren, wird das Pflegepersonal immer weniger. Aus diesem Grund haben wir als Volkspartei Burgenland das Thema Pflege und die Unterstützung von pflegenden Angehörigen zum Jahresschwerpunkt gesetzt. Wir wollen das Problem aufzeigen und hier auch Lösungen präsentieren.

Zwei Anträge sind ja heute im Landtag eingelaufen. Einen darf ich kurz erwähnen, weil ich glaube, dass es wichtig ist, in dieser Sache bei der Ausbildung anzusetzen und die Ausbildung zu überdenken.

Ich glaube, dass sich viele Jugendliche eine Arbeit in einem sozialen Beruf vorstellen können, aber auch gleich nach der Absolvierung der Pflichtschule direkt mit der Ausbildung beginnen möchten. Das ist derzeit nicht möglich. Eine Ausbildung im Bereich der Pflege ist erst nach Vollendung des 17. Lebensjahres beziehungsweise nach dem erfolgreichen Abschluss des zehnten Schuljahres möglich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Für viele junge Menschen ist das, glaube ich, Grund genug, dass sie sich gegen eine Ausbildung im Pflegebereich entscheiden. Wir als Volkspartei Burgenland wollen, dass junge Menschen direkt im Anschluss an die Pflichtschulausbildung mit einer Ausbildung im Pflegebereich beginnen können.

Damit schaffen wir es nicht nur, dass die Pflegeausbildung im Allgemeinen attraktiviert wird, sondern auch, so glaube ich, die Pflege abgesichert wird. Klar ist natürlich, dass wir dabei die Jugendlichen schrittweise an diesen sehr sensiblen Bereich auch heranführen müssen.

Es gibt da immer wieder Kritik, es sei nicht zumutbar, dass junge Menschen in diesem Bereich arbeiten. Unser Zugang ist es, dass man in den ersten zwei Jahren der Ausbildung den Fokus innerhalb der Ausbildung auf den theoretischen Teil legt und dann erst verstärkt den Praxisbezug in den Vordergrund rückt.

Es gibt ein Vorbild, nämlich, die Schweiz, dort funktioniert es. Dieses Vorbild wollen wir nun auch in Österreich umsetzen.

Hohes Haus! In diesem Sozialbericht im Anhang findet man auch Prognosen zur demographischen Entwicklung im Burgenland. Wenn man sich diese Zahlen ansieht, dann machen sie mir sehr deutlich, dass wir und uns auch als Hohes Haus verstärkt hier mit diesen Zahlen und mit den Herausforderungen der Überalterung befassen müssen.

Denn Prognosen zeigen, dass das Burgenland wachsen wird und in den nächsten 80 Jahren 350.000 Menschen hier leben werden. Davon sollen rund 40 Prozent älter als 65 Jahre sein. Der Anteil der 20- bis 65-jährigen Menschen soll auf der anderen Seite sogar sinken und das ist, aus meiner Sicht, alarmierend, denn gerade diese Gruppe, diese 20- bis 65-jährigen Menschen, sind wichtig, die Erwerbstätigen.

Deswegen ist es, aus meiner Sicht, unabdingbar, sich mit der Generationenfrage zu beschäftigen, Lösungsansätze zu entwickeln, dass das Burgenland ein attraktiver Lebensort für alle Menschen ist. Weil, ich glaube, dass diese Entwicklung massive Auswirkungen auf die verschiedensten Bereiche haben wird.

Auf den Wohnungsmarkt, auf die Infrastruktur, auf die Finanzen, auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft. Am härtesten, meine geschätzten Damen und Herren, wird diese Entwicklung unsere Gemeinden treffen, denn ihnen obliegt am Ende des Tages die Ausgestaltung des persönlichen Lebensumfeldes.

Geschätzte Damen und Herren! Im Vorwort des Sozialberichtes von Landesrat Darabos steht, dass die Sozialpolitik im Burgenland darauf ausgerichtet ist, allen Burgenländern die Unterstützung, die Begleitung, die Betreuung und Pflege zu geben, die sie benötigen.

Herr Landesrat Darabos, ich gebe Ihnen hier vollkommen recht, leider tun Sie das aber in manchen Bereichen nicht. Nämlich, wenn es darum geht, Eltern von behinderten Kindern zu helfen. Die Burgenländische Eingliederungshilfe bringt Defizite mit sich, Kinder mit Lernbeeinträchtigungen, Entwicklungs- und Verhaltungsstörungen sowie emotionalen Störungen sind von jeglichen Fördermaßnahmen ausgeschlossen. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos kopfschüttelnd: Das stimmt nicht!)*

Damit widerspricht das Burgenland der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention. Herr Landesrat Darabos, Sie schütteln den Kopf, das stimmt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben hier vor einem Monat den Bericht der Volksanwaltschaft diskutiert. Dort ist das auch gestanden. Aus Gesprächen mit vielen Betroffenen weiß ich, dass es viele Diskrepanzen im Bereich der Behindertenhilfe im Burgenland gibt. Ich habe den Eindruck, dass Eltern mit behinderten Kindern hier im Regen stehen gelassen werden.

Es kann, aus meiner Sicht, nicht sein, Herr Landesrat Darabos, dass keine Informationen weitergegeben werden, dass schriftlich keine Auskunft erteilt wird. Die finanziellen Belastungen im Burgenland sind um ein Vielfaches höher.

Beispielsweise gibt es Ermäßigungen im Privatbereich, landesnahe Betriebe geben keine Ermäßigungen für behinderte Kinder und auch im Bereich der persönlichen

Assistenz gibt es viele Mankos. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Befremdlich, Ihre Aussagen!)*

Wenn Sie dann von Befremdlichkeit reden, Herr Landesrat Darabos, dann sage ich Ihnen was für mich äußert befremdlich ist, nämlich, dass die betroffenen Eltern von Kindern mit Behinderung von einer Behörde zur anderen Behörde geschickt werden und dann den Rat bekommen, sie mögen doch bitte das Heimatland, das Bundesland verlassen, wenn sie eine ordentliche Förderung für ihr Kind haben wollen.

Das ist befremdlich, das ist beschämend. (*Landesrat Mag. Norbert Darabos: Wer sagt so etwas?)* Ich fordere Sie auf, hier Ihrer Schutzpflicht nachzukommen und diese Ungleichbehandlung zu verhindern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Frau Präsidentin! Ich möchte jetzt diesen siebenten Sozialbericht des Landes Burgenland, der uns hier vorliegt, auch inhaltlich thematisieren. Ich habe bei meinen Vorrednern zwar einige Ansatzpunkte gesehen, aber ich möchte schon auch inhaltlich hineingehen.

Vor allem, dieser Sozialbericht ist für mich eine Visitenkarte unserer modernen Gesellschaft, wie man mit den schwächsten Gliedern, den Kranken, den Behinderten, den Pflegebedürftigen umgeht. Wir haben nämlich in unserer Landesverfassung auch den sozialen Rechtsstaatsgedanken verankert und genau dem Rechnungtragend geht es darum, diese Sozialpolitik anzuschauen.

Ich darf zum Sozialbericht bereits das dritte Mal sprechen und möchte heute die Gelegenheit nutzen, dem zuständigen Redakteur, der aus dem Landesdienst ausgeschieden ist, dem diplomierten Sozialarbeiter Erich Graß wirklich meine Anerkennung und mein Lob für die quantitative und qualitativ hochwertige Aufarbeitung in der sozialpolitischen Abteilung aussprechen.

Ich möchte das auch nutzen, auch der verantwortlichen Abteilungsleiterin, Frau Mag. Sonja Windisch, das selbe für die gesamte Abteilung auszusprechen. Es ist wirklich ein Bericht, der, wenn man ihn sich durchliest, quantitativ und qualitativ vieles wiederspiegelt und wiedergibt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sozialpolitik hat für mich die Aufgabe, für Rahmenbedingungen zu sorgen, damit alle, wirklich alle, Unterstützung, Betreuung, Hilfe, aber auch Begleitung erhalten, wenn sie sie benötigen.

Unser Budget zeigt auf, dass 44 Prozent vom Gesamtbudget für soziale Wohlfahrt ausgegeben wird. Wenn man sich im allgemeinen Teil des Sozialberichtes anschaut, wie zukünftig die schwierigen Situationen stehen werden, sieht man vor allem den Anstieg von Demenzerkrankten, sieht man den Anstieg von über 80-jährigen. Das wird 2021 bereits eine Steigerung von 14 Prozent sein und wir haben auch durch den Wegfall des Pflegeregresses eine Situation, die derzeit bereits Schwierigkeiten macht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weitere Faktoren im allgemeinen Teil des Sozialberichtes, wie zum Beispiel der Umstand, dass wir im Burgenland 1.700 Burgenländerinnen und Burgenländer haben, die

diese 24-Stunden-Betreuung benötigen, zeigen, dass wir auch zukünftig die Rahmenbedingungen machen müssen.

Im Bericht selbst wird dargestellt, dass die Zukunft und die Rahmenbedingungen der Zukunft sicherlich in der Aufrechterhaltung der Pflege zu Hause in der Schaffung von krisensicheren Arbeitsplätzen im Pflegebereich sowie im Ausbau einer außerstationären Pflegeinfrastruktur bestehen werden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind auch der nächsten Generation verpflichtet, diese Rahmenbedingung zu schaffen. Dafür brauchen wir ein Gesamtkonzept. Ein Gesamtkonzept für die Pflege, für die Betreuung und für die Unterstützung.

Wir brauchen keinen Fleckerlteppich, wir brauchen nicht einzelne Meinungen, wir brauchen wirklich ein Gesamtkonzept, dass für diese Situation wesentlich ist. Einzelne Bausteine sind zu wenig. Die Finanzierung muss gesichert werden und dafür sollten wir einstehen. Vor allem, wenn wir wissen, dass wir 2030 nach heutigem Prognosebericht zusätzliche 720 Pflegeheimplätze benötigen werden.

Deshalb glaube ich auch, dass neben einer Förderungsoffensive im außerstationären Unterstützungsbereich, aber auch einer besseren Information und Beratung durch Pflegeberater, gerade die Ausbildungsoffensive im Pflegebereich notwendig sein wird. Nicht nur die Ausbildung von inländischen Arbeitskräften, sondern auch die Ausbildung von Angehörigen der Pflegebedürftigen, damit auch zukünftig der informelle Betreuungssektor erhalten werden kann.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch erwähnen, dass im Bericht auch die Verwaltungsreform abgebildet wird. Die Verwaltungsreform, die am 01.07.2016 im Hohen Haus auch beschlossen wurde, wo eine neue Referatseinteilung im Bereich der sozialen Wohlfahrt eingeführt wurde.

Ich glaube auch, dass diese Referatseinteilung durch Aufsplitterung von Sozialeinrichtungen, Sozialleistungen, Kinder- und Jugendhilfe, den momentanen Gegebenheiten durchaus Rechnung tragen. Nun, einige kurze Worte, wie ich es vorher erwähnt habe, zu den einzelnen Kapiteln dieses Sozialberichtes.

Es gibt 20 Kapitel und 177 Seiten, also umfangreich, ein sehr quantitativ weitsichtiger Bericht. In einem Kapitel „Sozialhilfe“ wurde ich aufmerksam, dass wir wirklich im Bereich der Hilfe in besonderen Lebenslagen und vor allem beim Heizkostenzuschuss einmalige Leistung, welche in der Heizperiode 150 Euro beträgt, viele Antragssteller haben und somit vielen Burgenländerinnen und Burgenländer geholfen haben. Es waren insgesamt 5.700 Personen, die einen Heizkostenzuschuss und die Leistung nach dem Hibl in Anspruch nehmen konnten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Für mich wichtig, und ich glaube auch Frau Mag.a Petrik hat es angesprochen, ist auch die Unterstützung der Sozialhilfeleistungen und Sozialhäuser. Dabei wurden im Kalenderjahr, im Berichtsjahr, 370.000 Euro für diese Frauen- und Sozialhäuser investiert.

Auch die Wohnbeihilfe, die heute bereits bei der Aktuellen Stunde angesprochen wurde, führte dazu, dass rund 500 Antragsteller aus dem Budget Wohnbauförderung in Höhe von 635.000 Euro erhalten haben.

Der Kollege Fazekas ist jetzt nicht mehr da. Er sprach die bedarfsorientierte Mindestsicherung an. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ah, da sitzt er jetzt. Dabei wurden Zahlen berichtet, die ich aus dem vorliegenden Sozialbericht nicht

nachvollziehen kann. Also, es wurde gesagt, die Hälfte aller Mindestsicherungsbezieher sind keine österreichischen Staatsbürger. Das ist falsch. *(Abg. Patrik Fazekas: Das habe ich so nicht gesagt! Davon die Hälfte.)*

Wenn man den Sozialbericht richtig liest, stellt man fest, dass von allen Mindestsicherungsbeziehern - ich gehe natürlich von unserem Bundesland aus - 68 Prozent die österreichische Staatsbürgerschaft haben und 13 Prozent, in absoluten Zahlen sind es 389 Personen, Asylberechtigte sind. Das andere sind EU-Staatsbürger. Das heißt, diese Zahlen haben wir in unserem Sozialbericht und von diesen Zahlen gehe ich aus.

Diese Zahlen sagen auch, dass wir gerade im Bereich der bedarfsorientierten Mindestsicherung insgesamt 3.850 Menschen, Burgenländerinnen und Burgenländern, eine Mindestsicherung zukommen lassen durften, davon waren 1.120 Kinder dabei.

Ich möchte auch betonen, bei der Mindestsicherung, wenn man sich den Bericht anschaut, dass davon 56 Prozent in Vollbezug und 44 Prozent sogenannte Aufstocker sind, die teilweise nur auf die Mindestsicherung zugreifen müssen.

Im Kapitel Behindertenhilfe, weil das auch angesprochen worden ist und auch der Vorwurf an den zuständigen Landesrat gekommen ist, möchte ich einerseits erwähnen, dass aus dem Bericht demonstrativ hervorgeht, dass 45 Millionen Euro im gesamten Sozialbudget für den Bereich der Behindertenhilfe ausgegeben wurde. Gerade die 37 Einrichtungen in diesem Bereich spiegeln das wider. Es wurden insgesamt 967 Pflegeplätze registriert.

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe - und das ist jetzt der Punkt auch den der Kollege Fazekas angesprochen hat - kann ich mit Stolz sagen, dass wir durch das Referat der Kinder- und Jugendhilfe mittlerweile 5.104 Vertretungen im Obsorge- und Unterhaltsfragen, das ist eine Steigerung von 13 Prozent, durchführen. Es wird da gewaltige Arbeit geleistet.

Ich kann auch sagen, dass natürlich auch kritische Punkte angemerkt werden können, laut dem Bericht, dass auch die Beratungstätigkeit oder die Diagnostiktätigkeit für Kinder und Jugendliche vielleicht auch zukünftig wieder vermehrt wahrgenommen werden soll.

Nur eines kann ich nicht unterstreichen, das war Ihre Aussage im Hinblick auf den Sonderbericht der Volksanwaltschaft. Der zuständige Landesrat ist wieder da. Also, ich kenne den Sonderbericht. Ich habe ihn auch gelesen und habe auch dazu gesprochen. Ich weiß auch, dass der Volksanwalt Kräuter, Dr. Kräuter, bei der Ausschusssitzung zu dieser heutigen Landtagssitzung in diesem Hohen Haus war und der Dr. Kräuter hat zu diesem Bericht in dieser Ausschusssitzung folgendes gesagt. *(Abg. Patrik Fazekas: Bei der letzten Sitzung!)*

Er hat gesagt, dass der Entwurf zum Kinder- und Jugendhilfegesetz im Burgenland vorbildhaft ist. Er hat auch gesagt, und das ist wahrheitsgemäß wiedergegeben, dass das ein positives Beispiel ist, wie man die Empfehlungen der Volksanwaltschaft ernst nimmt. Es wurde genau das, was er gesagt hat, vom zuständigen Landesrat umgesetzt.

Ich finde es nicht richtig und das ist auch nicht ein Taktgefühl, dass man falsche, unwahrheitsgemäße Aussagen wiedergibt, die von einer Ausschusssitzung, vor der heutigen Landtagssitzung, widergegeben worden sind. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Nun aber zu einem mir wichtigen Punkt, nämlich, der Arbeitnehmerförderung: Ich bin der Meinung, Fachkräfte brauchen in der Zukunft ihren Bissen Brot. Es sind viele

Fachkräfte, die heute, meiner Meinung nach, noch bestehen. Aber, der Engpass ist in gewissen Bereichen schon sehr groß.

Gewisse Firmenunternehmungen müssen Aufträge absagen und deshalb glaube ich, dass die Arbeitnehmerförderung auch ein Schlüssel, zukünftiger Schlüssel, sein wird. Wir haben die Fahrtkostenzuschüsse, die im Burgenland mit 3.500 Anträgen sehr viel sind und ein Fördervolumen von 721.000 Euro nach sich ziehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben auch die Lehrlingsförderungen und die Qualifikationsförderungen. Aber, da muss ich bemerken, und wenn man sich den Bericht anschaut, dass die Anzahl der Antragsteller gerade in der Qualifikationsförderung fast um die Hälfte zurückgegangen ist, wobei das Volumen der Ausschüttung gleichgeblieben oder sogar mehr geworden ist.

Diese Angelegenheiten, diese Arbeitnehmerförderung, sollte man evaluieren und schauen: Was steckt dahinter? Wie kann man da vielleicht die einzelnen Punkte noch im Dialog mit der Sozialabteilung, im Dialog auch mit den Sozialpartnern noch verändern?

Insgesamt werden aber in der Arbeitnehmerförderung vom Land Burgenland 2,5 Millionen Euro ausgeschüttet und dabei fehlen noch die Zuschüsse zum Semesterticket, das sind 420.000 Euro. Da sieht man die Visitenkarte einer modernen Sozialpolitik und ich glaube, dass ist die Unterstützung, die auch unsere Facharbeiter zukünftig brauchen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich möchte aber noch ganz kurz auf den Bereich der Pflege eingehen. Die mobile Hauskrankenpflege ist für mich eine professionelle Ergänzung zum informellen Betreuungssektorbereich. Wenn ich mir das anschaue, dann konnten wir gerade im Bereich der Erstberatungen und der Unterstützungsbesuche im Berichtszeitraum jeweils über 2.000 Besuche von professionellen Einrichtungen ergänzend zu den Tätigkeiten der Angehörigen der Pflegebedürftigen vermerken.

Es waren mit Stichtag 01.01.2017, und das muss man auch einmal sagen, 420 arbeitende Personen im Pflege- und Betreuungsdienst im hausbaren Pflegebereich verzeichnet worden. Ich glaube, dass ist ein wichtiges Standbein.

Wir haben es heute schon gesprochen. Es wird wichtig sein, gerade wenn wir wissen, dass im Jahr 2030 zusätzliche 30.000 Pflegekräfte in Österreich notwendig sein werden, dass wir da in diesem Bereich auch danach trachten müssen, in diese Richtung auch die Ausbildung durchzuführen.

Nun vielleicht noch ein Wort zur 24-Stunden Betreuung. Seit 01.01.2018 wurde, wie bereits erwähnt, ein Zuschuss von maximal 600 Euro eingeführt. Dies deshalb, damit auch die Möglichkeit besteht, solange wie möglich zu Hause zu bleiben und nicht in ein Pflegeheim gehen zu müssen, sofern man das nicht will. Die höchste Zahl der Pflichtversicherten Personenbetreuer haben wir im Burgenland.

Wie ich mir den Bericht angeschaut habe, habe ich mir gedacht, in Ordnung. Warum? Wir haben insgesamt 6.382 Gewerbemeldungen und 3.500 tätige Personenbetreuer. Das heißt, eigentlich die doppelte Anzahl von Gewerbemeldungen und 3.500 tätige Personenbetreuer. Selbstständige, die größten Teils aus Ungarn, der Slowakei oder Rumänien kommen.

Wenn man sich dann den Bericht anschaut, dass es durchschnittlich 1.736 im Rahmen einer 24-Stunden Betreuung gefördert gibt, muss man sich diese Zahlen einmal anschauen. 6.300 Gewerbemeldungen, 3.500 tätige Personenbetreuer, 1.700 geförderte

Pflegefälle. Ich glaube, diese 24-Stunden Betreuung muss auch zukünftig mit genauer Betrachtung hinterfragt werden.

Mir gehen persönlich die regionale Wertschöpfung, die krisensicheren Arbeitsplätze und vor allem die Chancen für unsere nächste Generation ab, wenn wir nicht danach trachten, so schnell wie möglich, auch Inländische Arbeitskräfte für diesen Bereich auszubilden und wenn wir nicht danach trachten, vor allem die Angehörigen der Pflegebedürftigen immer Rahmen eines Gesamtkonzeptes einzubinden und auch zukünftig ihnen die Förderung zu geben und auch die Unterstützung zu geben.

Was mir auch wichtig ist, und da bin ich schon beim Schluss: Wir haben eine Schule für Sozialbetreuungsberufe. Wenn ich die Pflegelehre höre, sollte man auch die bestehenden Strukturen erwähnen.

Da gibt es eine Schule für Sozialbetreuungsberufe in Pinkafeld. Der Bürgermeister sitzt da. Er weiß, dass 216 Schüler und Schülerinnen in dieser Schule teilnehmen. Ich habe mir die Zahlen angeschaut, die praktische Tätigkeit dieser Schule wird vom Land Burgenland gefördert.

Insgesamt 405 Schüler haben diese Ausbildung im letzten Berichtszeitraum von zwei Jahren abgeschlossen. Das sind Sozialbetreuerinnen und -betreuer, das sind Behindertenbetreuerinnen und -betreuer, das sind viele Pflegerinnen und Pfleger und Pflegebetreuerinnen und -betreuer, die wir brauchen und die notwendig sind. Ich bin auch der Meinung, dass man, wenn wir schon über Neuerungen reden, sich das auch anschauen, was besteht, und nicht sofort aufs Neue gehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein Thema, das überhaupt nicht angesprochen worden ist, ist ein Herzensthema meinerseits - die Lehre mit Matura. Für mich ist es wichtig zu zeigen und aufzuzeigen, dass in diesem Berichtszeitraum 115 Lehrlinge die Lehre mit Matura positiv absolviert haben. Das ist wirklich eine stolze Summe. Ich freue mich für diese Lehrlinge, dass sie die Chance haben, sich auch am Arbeitsmarkt mit dieser zusätzlichen Ausbildung wieder zu finden und ihre Existenz zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Abschließend für meine Fraktion darf ich feststellen, dass wir diesen Sozialbericht mit allen positiven, aber auch anregenden Feststellungen zu Kenntnis nehmen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Patrik Fazekas zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Sehr geschätzter Herr Kollege! Ich darf Ihnen die Bestimmungen des § 65 GeOLT noch einmal in Erinnerung rufen. Wie es da heißt: Eine tatsächliche Berichtigung hat mit der Wiedergabe der zu berichtigten Behauptung zu beginnen und hat dieser Behauptung den berichtigten Sachverhalt gegenüber zu stellen.

Ich bitte Sie in diesem Sinne Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Kollege Drobits! Sie haben mir vorher unterstellt, ich würde falsche Informationen weitergeben und falsche Informationen vom Volksanwalt hier wiedergeben.

Bei meiner Wortmeldung vorher habe ich mich auf den Sonderbericht der Volksanwaltschaft zu Kindern und ihren Rechten in öffentlichen Einrichtungen eingebracht.

Am 01.03. wurde dieser Bericht hier im Landtag diskutiert. Dort steht, dass bei der Aus- und Eingliederungshilfe der Ausschluss des Förderbezuges für Kinder mit Entwicklungs- und Verhaltungsstörungen der UN Behinderten Rechtskonventionen beziehungsweise der UN Kinderrechtskonvention widersprechen.

Diesen Umstand muss man, aus meiner Sicht, verbessern, dafür setze ich mich ein. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Im Grunde genommen diskutieren wir mit dem Sozialbericht das Geschehen in unserem Bundesland, nicht nur in einer besonderen Beziehung zwischen den Verantwortungsträgern innerhalb der Burgenländischen Landesregierung, sondern im Speziellen um jede einzelne Person, jeden einzelnen Betroffenen, der im Zusammenhang mit den vorher erwähnten budgetären Maßnahmen, die im burgenländischen Landesbudget ausgedrückt sind, mit rund 54 Prozent Anteil im Zusammenhang mit sozialer Verantwortung.

Tatsache ist, dass dieses Prinzip im Burgenland sehr hoch gehalten wird und dass hier in verschiedenster Hinsicht Leistungen erbracht werden, die nicht im Allgemeinen dazu berechtigen, dass man sich hier kritisch äußert. Das Beispiel, das im Grunde genommen in diesem Sozialbericht am effektivsten kennzeichnet, wie mit Geld umgegangen wird, ist die Pflege.

Wir haben eine Herausforderung, speziell in unserem Bundesland, wo wir demographisch wissen, dass die Generationen immer älter werden, dass die Lebenserwartung immer höher wird und dass der Gesundheitszustand an sich erst ziemlich spät im Altersdurchschnitt bricht, sodass sich die Pflegeanfälligkeit eigentlich auf ein höheres Alter verschoben hat.

Auf der anderen Seite aber insgesamt die Pflege ein Riesenproblem darstellt. Wenn der Kollege Drobits von Pflegeausbildung, unter anderem in Pinkafeld, spricht, dann wissen wir gemeinsam, dass die Pflege in ihrer jetzigen Situation, so, wie wir sie im Burgenland vorfinden, im Grunde genommen durch das sogenannte Segment der ausländischen Pflege Einzelunternehmerinnen überhaupt am Laufen gehalten wird, beziehungsweise stattfindet.

Diese Situation war quasi ein Bruch in der Entwicklung und hat dann in einer Ausführung stattgefunden, die bis heute Gültigkeit hat. Es ist dagegen nichts einzuwenden.

Tatsache ist aber, dass das auf Dauer auch nicht funktionieren wird, weil wir, unter anderem, auch wissen, dass zum Beispiel jetzt in einem anderen Segment nichts mit dem zu tun haben, ein Mangel an sogenannten Landarbeitern schon stattfindet, die ebenfalls ausländischer Herkunft waren und im Bereich der sogenannten landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung hier im Burgenland, beziehungsweise speziell auch in Niederösterreich ein Riesenmanko herrscht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, dass die meisten davon nach Deutschland gegangen sind oder in andere Staaten, dass wir hier in Österreich, im Bereich der Pflege, oder im Burgenland im

Bereich der Pflege, noch relativ auskommen, ist aber eine Situation, die auch nicht auf Dauer halten wird.

Daher ist es ratsam und angebracht, dass die Ausbildungsschiene auch für Jugendliche, sowie es im Ansatz auf den Antrag bezogen auf die ÖVP, darstellt, schon frühzeitig beginnt, und dass die Ausbildungsschiene auch dementsprechend Fachkräfte hervorbringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sozialbericht ist festgeschrieben, dass wir Ende 2017 insgesamt 18.800 Personen, nochmals, 18.800 Personen, als Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher kennzeichnen müssen. In den Stufen vier bis sieben auf das Alter bezogen über 60 Jahre, waren vor 20 Jahren rund 2.500 Personen festgeschrieben.

Ende 2016 hatten wir über 6.000 Personen. Das heißt, wir haben hier eine Verdoppelung und nachweislich damit eine Situation, dass die Entwicklung, wie ich sie eingangs geschildert habe, voranschreitet, und das die Verantwortung in der Umsetzung auf eine besondere qualitativ hochwertige Pflege immer stärker wächst.

Pflege, in der Ausführung in diesem Bericht ist: 45 Prozent der Betroffenen werden heute noch zu Hause gepflegt. Sieben Prozent werden durch Betreuungsdienste in der Pflege umgesetzt. 20 Prozent nehmen die 24-Stunden Personenbetreuung in Anspruch und 28 Prozent der Pflegebedürftigen befinden sich in der Vollpflege im Altersheim beziehungsweise im Pflegekompetenzzentrum.

Diese Verantwortung mit der Abschaffung des Pflegeregresses möchte ich jetzt nicht dezidiert ansprechen, aber konsequenter Weise ist in allen sogenannten Zukunftsaussichten festgeschrieben, dass der Bedarf an Pflegekompetenzplätzen steigen wird, was natürlicher Weise auch im Zusammenhang mit den demographischen beziehungsweise mit dem Anfall von Pflegepersonen zusammenhängt.

Das heißt, und das möchte ich in diesem Zusammenhang ganz besonders hervorstreichen, das Thema Pflege erfordert einen direkten und konsequenten Zugang, jetzt abgesehen davon, was in diesem Pflegebericht dargestellt wird.

Wir brauchen endlich, und jetzt nicht wieder auf die lange Bank geschoben, eine Klarstellung, wie es nach diesem Abschaffen des Pflegeregresses weitergehen soll. Wie es im Zusammenhang mit der Pflege überhaupt in Zukunft eine klare und deutliche Positionierung geben kann.

Ich gehe jetzt davon aus, dass es entweder eine Versicherungsleistung auf den Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerin, geben muss, bezogen auf alle eigentlich im gesellschaftlichen, beruflichen Umfeld eine Klarstellung braucht.

Es kann aber sein, und die Lösung muss herbeigeführt werden, dass ohne eine Pflege-, eine Privatpflegeversicherung auch eine staatliche Komponente in diesem System eine Lösung dieser Pflegeanwaltschaft auf altersbezogene Personen stattfindet. Es geht hier nicht darum, dass man sich drückt.

Ich glaube auch nicht, und das sage ich auch mit der entsprechenden Spitze dazu, dass ich beim Mindestsicherungsthema, bei der Thematik Mindestsicherung, hier so dezidiert darauf sitzen muss und den Bereich der Pflege ausklammern darf.

Ich glaube, dass im Bereich der Pflege viel mehr Bewusstsein und mehr tatsächliches Handeln angebracht wäre, als in Randthemen, die sich dieser Sozialstaat, meiner Ansicht nach, sehr wohl leisten kann, ohne dass man darüber wieder den Stab brechen muss, im speziellen in humanistischer Hinsicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Pflege ist eine Anforderung, die den einzelnen Teilnehmer, die einzelne betroffene Person in einer Familie vor Herausforderungen stellt, die sich der Normalsterbliche eigentlich gar nicht vorstellen kann.

Ich betreue seit längerem meine demente Mutter und dieses Gesamtbild, das sich in diesem Zusammenhang ergibt, ist etwas, das nicht zu schildern ist. Das ist eine tagtägliche, in jeder Stunde stattfindende Herausforderung, die auch mit Zuschüssen für die Pflegepersonen die das handhaben, nicht zu managen ist.

Hier braucht es auch die entsprechende Unterstützung, die in begleitender Hinsicht stattfindet. Hier braucht es aber auch eine Klarstellung, dass eines so auf Dauer nicht gehen kann, wir können uns nicht darauf verlassen, dass alles quasi irgendwie über die Bühne geht, wenn ich die Pflegestufenregelung eins bis sieben hernehme.

Hier ist über Jahre ohne stattgefundene Evaluierung, ohne die entsprechende Erhöhung gewerkt worden. Das sind Gegebenheiten, wo jetzt auch durch die Bezuschussung auf die 600 Euro, im sogenannten 24-Stunden-Pflegemodell, wo man immer dabei berücksichtigen muss, dass man zwei Personen beschäftigen muss, damit sie diese 24-Stunden-Pflege, auch mit der sogenannten Einführung des 12-Stunden-Tages, brauchen wird.

Tatsache ist, dass diese Auflagensituation, diese gesamte Leistung, im Grunde genommen auch sehr viel Geld kostet und dass man bisher sich eigentlich im sozialer Verantwortung, und das sage ich nicht jetzt negativ bezogen, aber noch irgendwie immer darüber hinwegschwindelt.

Der grundsätzliche Ansatz würde meiner Ansicht nach sein, für die älteren Generationen ist es dafür zu spät, aber es braucht in der Entwicklung einen Schritt, wo man mit dem Einstieg ins Berufsleben grundsätzlich damit beginnt, in der Pflege Vorsorge auf Alter bezogen eine Leistung zu erbringen.

Die hat in der Verantwortung jeder Einzelne zu tragen. Und ob der Staat dann dafür die Verantwortung im Bezuschussen oder in der eigenen Ausstellung einer leistungsbezogenen Kassenform übernimmt, das wäre mehr als angebracht.

Tatsache ist, dass wir in vielen, heute unter anderem mit der Zusammenlegung der sogenannten Kassen im sozialen System im österreichischen Krankenkassensystem eine Lösung heraufbeschwören. In Wirklichkeit lösen wir nicht das Beispiel, wenn ich das richtig verstanden habe, dass der Kollege Fazekas angesprochen hat.

Wir bräuchten eine Harmonisierung der Leistungen innerhalb der einzelnen Kassen, die bis dato noch immer Unterschiede auszeichnen. Eine Kasse, die Burgenländische zahlt nicht, die Niederösterreichische zahlt, die Wiener Kasse zahlt etwas Anderes als die Burgenländische.

Das ist keinem Versicherungsnehmer zu erklären und hat auch mit sozialer Verantwortung nichts zu tun. Das gehört harmonisiert, da sind wir uns, glaube ich, Herr Landesrat, einig. Das haben Sie auch definitiv angesprochen.

Und ohne jetzt als Ihr Verteidiger auftreten zu müssen, aber was der Kollege Fazekas im Sinne des Befremdlichen angesprochen hat, der Herr Landesrat Darabos hat davon gesprochen, wenn ich das richtig rezitiert habe, über die Tageszeitungen in seinen Aussendungen, beziehungsweise in der Berichterstattung, dass über die Verantwortung der Landessozialreferenten festgelegt wurde, der Vorgang, dass sie der Bundesregierung einen Vorschlag vorbereiten und vorlegen werden.

Und das ist jetzt mit dieser Klausur quasi ad absurdum geführt worden und von der Bundesregierung ist nun ein Vorschlag gekommen. Und diese Vorgangsweise haben Sie, soweit ich das rezitiert habe, als befremdlich eingestuft. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Man kann es auch richtiger machen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht darum gegangen, Herr Kollege Steiner, ob das richtig oder falsch ist, es ist nur in der Vorhaltung vom Kollegen Fazekas falsch angesprochen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Aspekt des sozialen Gewissens beziehungsweise der sozialen Verantwortung, auf den möchte ich besonders hinweisen, ist das Thema Heizkostenzuschuss.

Wenn Sie den Bericht gelesen haben, steht eindeutig drinnen, dass mit 2016/17 5.530 Personen ungefähr im Rahmen 850.000 Euro als Heizkostenzuschuss im Burgenland empfangen haben.

Man könnte das jetzt kleinreden und sagen, das ist nur ein geringer prozentueller Anteil. Tatsache ist, dass das im Zusammenhang auch mit der Debatte über die Wohnbauförderung ein Aspekt ist, dass das Wohnen insgesamt an die Leistungsgrenzen, an die Kapazitäten gelangt ist.

Dass der Einzelne immer stärker in der Verantwortung nach Hilfe ringt und Hilfe sucht, um sich das Wohnen, speziell auch in Wintertagen, entsprechend leisten zu können. Und daher ist dieser Heizkostenzuschuss in der Anzahl 830.000 Euro für 5.530 Personen mehr als ein Nachweis, dass wir hier allgemein gefordert sind und dass die Entsprechungen in Bezug auf soziale Verantwortung auch den Wohnbau treffen.

Alle Parameter, die die Steigerung von monatlichen Inflationsraten kennzeichnen, sind damit verknüpft, dass die Mieten allgemein steigen, dass die Lebenshaltungskosten allgemein steigen. Auf der anderen Seite die Reallohngegebenheiten sind dem nicht gewachsen und fördern entsprechend die Steigerungsraten nicht mit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soziales in der Verantwortung ist nicht damit abzutun, dass man mit einem Bericht feststellt, was geleistet wird. Es sollte nicht in kritischer Anmerkung festgehalten werden, dass zu wenig geleistet wird.

Jeder von uns, davon gehe ich aus, jede Burgenländerin und jeder Burgenländer, wünscht sich manchmal oder des Öfteren, dass mehr Leistung erbracht werden könnte. In Wirklichkeit in der Verantwortung es abzuwägen wer, was, wem zusteht, ist ein eigenes Kapitel.

In der Gesamtkonzeption ist Leistung im Burgenland, und hier komme ich nochmal zurück auf den Pflegekompetenzbereich, durchaus sehr sachlich umgesetzt worden.

Wir haben glaube ich 48 Einheiten an sogenannten Pflegekompetenzzentren. Dass hier ein zusätzlicher Bedarf ist, wird momentan mit einer Evaluierung vorangetrieben. Und dass hier Erweiterungen stattfinden werden, beziehungsweise müssen, ist eigentlich auch außer Diskussion.

In Wirklichkeit, und das schreibe ich heute auch nochmals ins Stammbuch, in Wirklichkeit ist es absolut von Nöten, dass im Bereich der Pflege endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, dass wir nicht versuchen, nur immer wieder die einfachsten Ausflüchte zu finden, um das Thema mehr oder weniger an den Rand zu drücken.

Sondern Pflege ist die Zukunftsherausforderung an sich. Sie ist das Thema par excellence, an dem sich erweisen wird, ob dieser Wohlfahrtsstaat in dem Sinne so existenziell weiterbestehen kann.

Ob er dieser Herausforderung gewachsen ist, hängt mit der politischen Verantwortung zusammen und daher sollte endgültig auch im Sinne eines, wenn ich es jetzt so definieren darf, eines Entschließungsantrages des Burgenländischen Landtages an die Bundesregierung festgehalten werden:

Im Bereich der Pflege ist es notwendig, den Schritt zu setzen, dass es endgültig zu einer Absicherung im Sinne einer Versicherungsleistung einer staatlichen Versicherungsform kommt, damit sichergestellt wird, dass in Zukunft dieses Thema nicht nur besprochen wird, sondern auch in der Realität den Anforderungen gewachsen ist.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich wollte mich eigentlich nur bedanken grundsätzlich, weil ich die Signale empfangen habe, dass man diesem Sozialbericht der Jahre 2015 und 2016 zustimmt. Das ist offensichtlich auch der Fall, deswegen danke einmal.

Ich bin schon ein bisschen befremdet, muss ich sagen, über den Kollegen Fazekas, der jetzt offensichtlich nicht mehr im Hohen Haus ist. Weil uns vorzuwerfen, dass wir in der Behindertenhilfe zu wenig tun, beziehungsweise bei der Eingliederungshilfe zu wenig tun, da gibt es kein Land in Österreich, das so viel tut wie das Burgenland.

Und das war wider besseres Wissens, was hier abgegangen ist, hier am Rednerpult. Und ich habe mich erst beruhigt nach der Rede des Kollegen Steier, weil der das aus meiner Sicht das richtig dargestellt hat.

Aber vielleicht nur ganz kurz zu den Zahlen, wenn wir schon dabei sind. Das Burgenland hat im Budget, wie schon angesprochen, über 50 Prozent im Sozial- und Gesundheitsbereich und im Bildungsbereich investiert. Also das zeigt ja schon als Marke, als Kennzahl, dass in dem Bereich sehr viel investiert wird und ich halte das auch für den wichtigsten politischen Bereich.

Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei der Frau Kollegin Mag.a Petrik, dass sie das anerkennt und diese Ausgaben auch angesprochen hat und auch unterstützt hat.

Und wenn das schon angesprochen wurde, es wird ja heute noch einmal diskutiert werden, die Mindestsicherung. Die Mindestsicherung ist im Burgenland, da gibt es sicherlich auch einige hier im Landtag, die das negativ sehen beziehungsweise kritisch sehen, aber sie ist, aus meiner Sicht, im Burgenland gut geregelt worden.

Ich lasse nicht zu, dass man sagt, wir hätten da etwas schlecht geredet. Es war ein klarer Vertrauensbruch der Regierung, weil es versprochen wurde, von der Bundesregierung, dass die Länder gemeinsam einen Vorschlag bis Ende Juni durcharbeiten sollen und den auch gemeinsam vorschlagen sollen.

Jetzt ist es nicht passiert, das ist nur thematisiert worden politisch. Ich habe mit dem jetzigen Vorschlag, vielleicht mit einigen Detailgeschichten, kein Problem. Aber

grundsätzlich muss man schauen, mit der Sprachkompetenz und so weiter, wie das umzusetzen ist.

Aber grundsätzlich möchte ich schon sagen, dass etwas anderes den Landessozialreferenten versprochen wurde, mit Handschlag versprochen wurde.

Der dritte Punkt den ich ansprechen möchte ist ein ganz zentraler. Das ist ja auch Diskussionsthema der letzten Tage gewesen, die Frage des Pflegeregresses.

Ich bin dafür, ich habe das mehrfach auch öffentlich schon betont und auch hier im Hohen Haus schon betont, dass dieser Pflegeregress abgeschafft wird, weil er aus meiner Sicht eine schleichende Erbschaftssteuer ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du bist ja für die Erbschaftssteuer. Ich verstehe das nicht.)*

Ich bin für die Erbschaftssteuer für Reiche, ja. Danke für den Hinweis, ab einer Million Euro. Okay – sind wir uns da einig? Nein, da sind wir uns nicht einig. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, da sind wir uns nicht einig. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, da sind wir uns nicht einig.)* Aber jedenfalls wäre es eine schleichende Erbschaftssteuer gewesen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Stimmt, einmal hast Du recht.)*

Und das ist jetzt, - ja, weil natürlich auf Grund und Boden zugegriffen worden ist *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Einmal hat er recht.)* und das ist jetzt weggefallen. Dass wir das kompensieren müssen, dass es auch einen Kompromiss gegeben hat, der aus meiner Sicht finanziell ein bisschen zu mager ausgefallen ist, mit den 340 Millionen Euro, die jetzt die Länder bekommen. Okay, aber es ist zumindest ein Kompromiss.

Aber grundsätzlich ist das schon für den Bereich, den wir heute diskutieren, den Sozialbericht, der ja wie gesagt für die Jahre 2015/16 gilt und nicht für die Jahre 2017/18, wo ja die Situation eine völlig neue ist, sehr herausfordernd.

Mit dem Wegfall des Regresses haben wir in der Pflege natürlich, Erstens Begehrlichkeiten. Ich sage das jetzt auch offen hier im Hohen Haus, natürlich auch sehr viele Angehörige die sagen, na vielleicht gehst du doch lieber ins Heim Mama, Papa, weil es jetzt natürlich auch finanziell kein Problem mehr ist.

Also das ist schon eine Frage, die wir gemeinsam hier auch diskutieren möchten. Das bin ich durchaus auch in der Lage beziehungsweise habe es gern, dass das auch diskutiert wird.

Beziehungsweise es ist wichtig, weil wir auch von der Politik her das nicht beeinflussen können im Einzelnen, aber gewisse Lenkungseffekte schon auch betreiben sollten. Und dieser Lenkungseffekt wäre aus meiner Sicht, dass man in Richtung einer 24-Stunden-Betreuung geht.

Aber das jetzige System, das sage ich auch offen jetzt in dem Kreis, befriedigt mich nicht zu 100 Prozent. Da geht es um ausländische Agenturen. Da geht es um sehr viele Arbeitskräfte, die nicht aus Österreich stammen. Also das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, aber es ist doch so, dass es mir halt lieber wäre, wenn hier auch österreichische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig werden.

Und insofern bin ich auch durchaus bei der ÖVP, was diesen Antrag betrifft, der heute nicht diskutiert wird, aber wo wir uns glaube ich, auch treffen können, was die Zertifizierung betrifft, was die Agenturen betrifft.

Aber auch was diejenigen, die die Pflege oder die Betreuung, heißt es ja, 24-Stunden Betreuung- anbieten, auch, dass man sich das näher anschaut, und hier auch bessere Lösungen auch finden kann.

Ich glaube, dass es gut ist, dass wir gemeinsam in der Regierung beschlossen haben ein sogenanntes Case and Care Management - ein sehr neudeutscher Begriff. Also mir ist lieber, dass wir sagen, dass wir in allen Bezirken Menschen haben, die versuchen, die Menschen zu informieren, oder nicht nur versuchen, sondern sie wirklich zu informieren, was die Pflege betrifft.

Das ist schon aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Schritt, den wir in der Landesregierung gesetzt haben. Und dass wir damit auch dafür sorgen, dass der Lenkungseffekt in Richtung Pflege zu Hause auch geht.

Denn, Hand aufs Herz, wenn man die zu Pflegenden fragt, dann ist das Pflegeheim der letzte Schritt. Wir brauchen, das ist auch angesprochen worden, 44 Pflegeheime haben wir, wir brauchen diese Pflegeheime. Aber wenn es zu Hause möglich ist zu pflegen, ist es aus meiner Sicht auch sinnvoller.

Damit bin ich schon beim vorletzten Punkt. Die Kassenreform ist angesprochen worden, ich hätte das heute nicht angesprochen. Ich bin kein Gegner einer Reformierung, wenn es um eine Leistungsangleichung geht in allen Bundesländern, nur, wenn die Nivellierung nach unten geht, dann bin ich dagegen.

Die Nivellierung muss nach oben gehen. Ich habe selber ein paar Fälle gehabt, dass wir im Burgenland gewisse Leistungen nicht angeboten haben, beispielsweise, wenn jemand Magenkrebs hat und keine Sonde bekommt und keine Astronautennahrung bekommt, in Wien bekommt er es.

Das kann nicht sein. Warum soll ein burgenländischer Krebspatient schlechter behandelt werden als ein wiener Krebspatient. Also wenn es darum geht, dass man die Leistung nach oben nivelliert, dann bin ich auch dafür.

Nicht dafür bin ich, dass man die Arbeitnehmervertreter aus diesem Prozess weitestgehend ausscheiden möchte, mit einem sehr fadenscheinigen Argument. Es ist nämlich nicht so, dass die Wirtschaft mehr zahlt als die Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter, weil vertreten werden ja die Patientinnen und Patienten, das sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber grundsätzlich, den einen Punkt kann ich durchaus auch nachvollziehen.

Insgesamt bedanke ich mich, dass dieser Sozialbericht von allen Fraktionen offensichtlich auch positiv zur Kenntnis genommen wird. Wir haben wirklich sehr viel in diesen Bereich investiert. Wir sind im Burgenland, und das ist über Parteigrenzen hinweg, glaube ich, unbestritten, eine soziale Modellregion geworden. Und dieser Bericht signalisiert das auch.

Es ist allerdings so, dass wir jetzt neue Herausforderungen haben und der Bericht 2017/2018 wird natürlich etwas anders ausschauen müssen.

Danke einmal für Ihre Unterstützung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Sozialbericht 2015/2016 des Landes Burgenland wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht der Volksanwaltschaft (Beilage 1314) zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017 (Zahl 21 - 928) (Beilage 1321)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Es folgt die Behandlung des 6. Punktes der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht der Volksanwaltschaft, Beilage 1314, zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017, Zahl 21 - 928, Beilage 1321.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017, in seiner 28. Sitzung am Mittwoch, dem 23. Mai 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Gemäß § 42 Abs. 3 wurde beschlossen, von der Volksanwaltschaft Herrn Volksanwalt Dr. Günther Kräuter, Mag.a Martina Cerny und Mag.a Danja Noormofidi den Beratungen beizuziehen.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Frau Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! Es geht um den vorliegenden Bericht der Volksanwaltschaft. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da gibt es eine gute Nachricht, - es gibt laut Prüfung der Volksanwaltschaft keine massiven Missstände.

Dennoch gibt es Bereiche, wo nachgebessert werden muss. Hier werden zum Beispiel angesprochen, die Rechte beziehungsweise die Menschenrechte von Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen.

Die Volksanwaltschaft mahnte ein, dass die Rechte der Bewohnerinnen und Bewohner in Alten- und Pflegeheimen in den Landesgesetzen nicht oder in höchst unterschiedlichem Maß verankert sind. Die Volksanwaltschaft erklärt sich das damit, dass das Bewusstsein dafür noch mangelhaft ausgeprägt ist.

Die Kommissionen machten die Beobachtung, dass die menschenrechtlichen Garantien für Heimbewohnerinnen und Heimbewohner wenig bekannt sind.

Ich bin sehr froh, persönlich froh, dass die Volksanwaltschaft so nachdrücklich auf die Bedeutung der Menschenrechte und deren Einhaltung hinweist und diese einmahnt. Leben wir doch demokratiepolitisch gesehen in einer Zeit, in der der hohe Wert der Menschenrechte immer wieder geringgeschätzt wird.

Menschenrechte sind Ansprüche jedes einzelnen Menschen gegenüber dem Staat auf Achtung, Schutz und Gewährleistung der menschenrechtlich geschützten Freiheit. Das gilt für alle Menschen, daher gelten Menschenrechte auch für Pflegebedürftige und für alte Menschen.

Und daher muss es einen gesetzlichen Rahmen geben, der vor Verletzungen und vor Gewalt durch Dritte oder durch Strukturen, auch Strukturen können gewaltsam sein, schützt und die Voraussetzungen für menschenwürdige Pflege sicherstellt.

Oberstes Gebot ist der Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der besagt, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind. Wir müssen es immer wieder auch betonen und in Erinnerung rufen.

Das gilt auch für Menschen in stationärer Pflege, die mit ihren individuellen Rechten bis zur letzten Stunde ihres Lebens wahrzunehmen sind. Daran hat sich jede Entscheidung und Handlung zu orientieren.

Auch wenn das, das wissen wir aus der Praxis, nicht immer leicht ist, sich immer daran zu halten, aber daran hat man sich immer zu orientieren. Und daher ist auch der Grundsatz der Achtung beziehungsweise des Schutzes der Menschenwürde, in den meisten Landesgesetzen, auch explizit als Zielsetzung genannt.

Die Volksanwaltschaft merkt jedoch kritisch an, dass in den Landesgesetzen enthaltene Ausführungen nicht erkennen lassen, woran Pflegebedürftige und deren Angehörige sich dabei konkret orientieren können.

In Österreich ist ein explizites Recht auf respektvolle, fachgerechte und an aktuellen Standards ausgerichtete Betreuung beziehungsweise Pflege derzeit nur in den Landesgesetzen von Wien und Tirol festgeschrieben. Ein Recht auf ärztliche Versorgung inklusive adäquater Schmerzbehandlung nur in Wien, Tirol und der Steiermark.

Ähnlich verhält es sich mit dem Recht auf Sterben in Würde, welches ausschließlich in Wien und Niederösterreich gesetzlich verankert ist.

Im Burgenland haben wir zumindest einmal schon das Recht auf Sterbebegleitung durch Angehörige oder sonstige Vertrauenspersonen gesetzlich verankert. Das ist schon einmal ein guter Schritt. Ebenso ist bei uns das Recht auf bedarfsgerechte Ernährung verankert.

Ein Recht auf Unterstützung und Förderung der eigenen Fähigkeiten, der Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung ist derzeit nur in den Landesgesetzen von Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg festgeschrieben, während Wien ein Recht auf funktionserhaltende und funktionsfördernde und reintegrierende Maßnahmen, sowie ein Recht auf jederzeitigen Ausgang ins Freie in sein Gesetz aufgenommen hat.

Sie sehen, wir haben also da im Burgenland durchaus noch Weiterentwicklungsmöglichkeiten und auch Erfordernisse.

Keines der Landesgesetze enthält etwa Ausführungen über das unabhängig vom Alter und unabhängig vom Ausmaß des Pflege- und Hilfebedarfs zustehenden Rechts auf Sexualität und Respektierung geschlechtlicher Identitäten oder über Rechte, die einen Einfluss auf ihre Lebensqualität, sowie den Inhalt und die Gestaltung von Pflegebeziehungen verschaffen könnten.

Die Volksanwaltschaft nennt hier das Recht auf Bezugspflege, das Recht auf gleichgeschlechtliche Pflege, das Recht auf Validation, Hospiz beziehungsweise Palliativ-Care.

Im Bereich der Hospiz und Palliativ-Care sind wir im Burgenland eigentlich schon auch einen ganz schönen Schritt weiter gekommen in den letzten Jahren.

Wir sehen, wir sind nicht schlecht unterwegs im Burgenland, aber wir haben noch einige Aufgaben zu erledigen, um die Umsetzung und Einhaltung der Menschenrechte zum Schutz und zur Achtung der Menschenwürde auch in Alten- und Pflegeheimen sicherzustellen. Sehen wir das als Auftrag, den uns die Volksanwaltschaft mitgibt.

Zu einem anderen Bereich, sie wurden heute schon kurz angesprochen, die Sozialpädagogischen Wohngemeinschaften. Hier lesen wir von einzelnen unterschiedlichen Vorkommnissen, auf die ich jetzt aber nicht im Detail eingehen will.

Auffallend ist aber, wie deutlich Volksanwalt Kräuter die Abteilung der Landesregierung dafür lobt, welche Konsequenzen aus den im Herbst veröffentlichten Missständen in der Wohngemeinschaft im Bezirk Neusiedl gezogen wurden.

Darauf, glaube ich, wurde vorher Bezug genommen, und ich halte es schon auch für wichtig, bei aller Kritik, auch ich habe sie damals sehr deutlich geäußert, und es war viel Kritik zu äußern, nicht zu verachten, dass darauf reagiert wurde und die nächsten wichtigen Schritte gegangen wurden.

Vielleicht kann man noch in Details diskutieren, ob jetzt alles genau der richtige Schritt war, aber es stimmt schon, die Richtung passt, und das Bemühen ist hier wirklich sehr deutlich.

Auch höre ich, dass entsprechende Leitlinien bereits in Ausarbeitung sind. Aber da ich leider keinen Einblick darin habe was da genau drinnen steht, in diesen Leitlinien, kann ich jetzt noch nichts dazu sagen. Ich hoffe, dass da alles eingearbeitet ist.

Zu 100 Prozent bekräftigen kann ich die Aufforderung der Volksanwaltschaft, dass gewaltpräventive und sozialpädagogische Konzepte die Voraussetzung für eine Bewilligungsvoraussetzung für Sozialpädagogische Einrichtungen sein sollen. Die Umsetzung dieser Konzepte ist dann durch Fachaufsichten der Länder zu prüfen.

Auch verpflichtende Fortbildungen des Personals zum Thema Sozialpädagogik sind in allen Einrichtungen wiederkehrend notwendig. Darauf weist die Volksanwaltschaft immer wieder drauf hin und ich glaube, das ist ein Bereich, den wir zu leicht vergessen.

Wir wissen, dass gute Betreuung von der Möglichkeit des Aufbaus stabiler, belastbarer Beziehungen abhängt und dazu braucht es auch kleinere Wohngruppen. Das ist, soweit ich informiert bin, in den neuen Richtlinien durchaus vorgesehen, aber wie gesagt, genaues weiß ich nicht.

Aber da heißt es auch, kleine Wohngruppen erfordern mehr Personal, das ist klar. Mehr Personal bedeutet höhere Kosten. Und auf diesen höheren Kosten dürfen die Betreiber der Wohngruppen dann nicht sitzen bleiben. Es muss also durch eine entsprechende Anpassung der Tagsätze die Qualität gesichert sein. Dass sich Investitionen einer Gesellschaft in diese Einrichtungen auszahlen, das ist hinlänglich erwiesen.

Natürlich muss man sich immer wieder fragen, woher kommt dann dieses Personal und der Kollege Drobits hat das in seiner vorigen Wortmeldung ja auch schon

angesprochen, wir haben auch im Burgenland, zum Beispiel bei der SOB Pinkafeld mit den Außenstellen in Güssing und Frauenkirchen schon gute Angebote in der Ausbildung.

Das gilt nicht nur für die Pflege, dort könnte man auch noch einiges ausbauen. Wenn man da ein, zwei Semester in der Ausbildung anhängt, haben wir auch mehr Pflegekräfte, die dann zur Verfügung stehen. Das gilt auch in diesem sozialpädagogischen Bereich.

Ich weiß zum Beispiel, dass Abgängerinnen und Abgänger von Pinkafeld in Wien durchaus anerkannt sind mit ihrer Ausbildung. Auch hier könnten wir im Burgenland noch einiges nachbessern.

Also ich hoffe, dass das auch in die Richtlinien aufgenommen wird, dass die dort Ausgebildeten auch als Fachkräfte im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes aufgenommen werden.

Ich bin der Volksanwaltschaft dankbar, dass sie sehr kritisch und sehr genau immer wieder auch auf die wunden Stellen hinweist. Das ist ihre Aufgabe.

Und genauso nehmen wir diesen Bericht auch zur Kenntnis. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Volksanwaltschaft ist seit 2012 für den Schutz und für die Förderung der Menschenrechte in Österreich zuständig.

Es wurden und werden Einrichtungen kontrolliert, in denen es zum Entzug und zu Einschränkungen der persönlichen Freiheit kommt oder kommen kann, etwa in Justizanstalten oder Pflegeheimen. Die Kontrolle erstreckt sich auch auf Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Im Wesentlichen geht es darum, Risikofaktoren für Menschenrechtsverletzungen frühzeitig zu erkennen und abzustellen.

Ich denke, die Qualität der Berichte der Volksanwaltschaft liegt darin, nämlich in ihrer Unabhängigkeit. Das gilt für den letzten Sonderbericht, den wir am 1. März in der Landtagssitzung ausführlich diskutiert haben und den heutigen Bericht zur präventiven Menschenrechtskontrolle. Die Garantie und Förderung der Menschenrechte ist nicht immer selbstverständlich, deshalb ist eine präventive Menschenrechtskontrolle eine wichtige Sache. Leider lehrt uns die Vergangenheit, dass die größten Fortschritte in diesem Bereich oftmals nach grausamen Verfehlungen erfolgten.

Der Sonderbericht hat gezeigt, dass aufgrund struktureller Missstände der Schutz der Kinder nicht immer ausreichend gewährleistet werden konnte und die Standards und Umstände in den Bundesländern sehr unterschiedlich sind. Zahlreiche Faktoren in den verschiedenen Bereichen haben das Risiko für Menschenrechtsverletzungen leider gesteigert, überfordertes Personal, schlechte Arbeitsbedingungen, nicht besetzte Dienststellen, Gruppengrößen und so weiter.

Durch unangekündigte Besuche in sämtlichen Einrichtungen konnte die Volksanwaltschaft eben diese Schwachstellen erkennen oder sie konnten erkannt werden, und es konnten daraus auch die dementsprechenden Rückschlüsse gezogen werden.

Der Sonderbericht lieferte auf jeden Fall eine breite Palette an Anregungen und Empfehlungen, wo die Politik ansetzen kann. Und ich denke, in diesem Bereich ziehen wir

alle an einem Strang, dass hier Verbesserungen gefunden und auch erarbeitet werden im Sinne der Betroffenen. Gemeinsame Zielsetzung von Politik und Verwaltung muss es deshalb sein, offenkundige Strukturprobleme zu verbessern, um damit dem präventiven Schutz von Menschenrechten zu entsprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Burgenland ist den Empfehlungen der Volksanwaltschaft nachgekommen. Der Volksanwalt, wie schon erwähnt, Günther Kräuter, hat es bei seinen Ausführungen in der letzten Ausschusssitzung erwähnt und es hat dafür Lob für die Verbesserungen gegeben.

Dieses Lob gilt vor allem dem zuständigen Landesrat Norbert Darabos und der zuständigen Abteilung. Es sollen hier fachliche Standards per Verordnung festgelegt werden, wo eben die Empfehlungen eingearbeitet sind. Natürlich braucht es auch dazu die entsprechenden finanziellen Mittel. Ich kann mich auch erinnern, dass der zuständige Landesrat am 1. März dieses Jahres bei der Landtagssitzung erklärt hat, dass es eine Facharbeitsgruppe gibt, die an Verbesserungen arbeitet.

Er hat damals auch schon ein Zehn Punkte Programm aufgezählt, nicht nur um den Erzählungen der Volksanwaltschaft gerecht zu werden, sondern vor allem, dass den Betroffenen geholfen wird, indem die Menschenwürde und die Menschenrechte noch besser gewahrt bleiben. Wir bedanken uns herzlich dafür.

Meine Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ganz korrekt, Schutz der Menschenrechte ist ein allgemeines Anliegen, glaube ich, auch bei der Volksanwaltschaft gut aufgehoben, insbesondere wenn es darum geht den Schutz von jenen sicherzustellen, die sich ganz einfach nicht mehr selbst wehren können.

Hier geht es insbesondere um Kinder oder Menschen mit Behinderungen. Es gibt zwei Problemfelder, die ich bei allem Lob und bei allen wertschätzenden Worten doch anmerken möchte. Es geht um die Tatsache, dass es im Burgenland keine sogenannten Krisenabklärungsplätze gibt. Worum geht es hier? Wenn es zu einem Missbrauchsfall kommt, beispielsweise in einer Wohngemeinschaft oder woanders, dann gibt es eben keine Plätze wo kurzerhand jemand untergebracht werden kann.

Sogenannte Krisenabklärungsplätze, die es in ganz Österreich gibt, gibt es schlichtweg im Burgenland nicht. Das ist natürlich erklärlich, da wir ein sehr kleines Bundesland sind. Aber diese Empfehlung der Volksanwaltschaft wurde noch nicht umgesetzt. Gleichzeitig gibt es auch kein Mutter-Kind Heim im Burgenland, da sind wir ebenfalls auf angrenzende Bundesländer angewiesen.

Ein zweites Problem, das ich ansprechen möchte ist, dass es im Burgenland nach wie vor so ist, dass auch nicht pädagogisch ausgebildete Personen bereits arbeiten können in sozialpädagogischen WGs sofern sie eben im ersten Jahr mit einer Ausbildung beginnen und diese innerhalb von fünf Jahren abschließen. Ich glaube auch hier solle ein Grundmaß an pädagogischer Ausbildung vorhanden sein.

Ich bin ein Freund dessen, dass man nicht Dinge wiederholt, die bereits alle Vorredner erwähnt haben. Ich glaube, dass aber eines nochmal gesagt werden sollte: Die

präventive Menschenrechtskontrolle ist bei der Volksanwaltschaft gut aufgehoben. Ich kann mich auch erinnern an ein Gespräch. Gemeinsam mit dem zweiten Landtagspräsidenten war ich vor wenigen Monaten in Wien bei der Volksanwaltschaft. Ich glaube, dass die Volksanwaltschaft ein guter Partner des Österreichischen Nationalrates aber auch der neun Landtage ist.

Ich glaube, hier können wir uns darauf verlassen, dass das Bestmögliche herausgeholt wird wenn es um die Kontrolle jener Rechte geht von Menschen, die unseren Schutz am meisten bedürfen, nämlich jene, die sich selbst nicht mehr wehren können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Der Landtagsabgeordnete Mag. Christian Drobits hat sich als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Das präventive Mandat der Volksanwaltschaft ist unbestrittenermaßen sehr wichtig. Es geht nämlich darum, dass Gefährdungslagen sehr früh und möglichst rasch erkannt werden und auch benannt werden und das hat man an dem Fall, wenn es um Kinder- und Jugendhilfe geht, auch gesehen. Es geht um das rasche Aufzeigen, damit auch rasch und entsprechend gehandelt werden kann.

Die Volksanwaltschaft hat im Berichtsjahr 2017 sechs Kommissionen eingesetzt und insgesamt 495 Menschenrechtskontrollen österreichweit durchgeführt. Im Burgenland waren es 30. Die meisten dieser Kontrollen betrafen Einrichtungen. Nur ein geringer Teil, das waren 39, betrafen Beobachtungen bei Polizeieinsätzen.

Der Bericht, der 200 Seiten umfasst, ist umfangreich und ist auch qualitativ sehr hochwertig und umfasst vor allem in den letzten 15 Seiten, 185 folgende wichtige Empfehlungen. Dabei wurden in diesem Berichtsjahr 2017 insgesamt 500 Empfehlungen abgegeben. Die meisten betreffen, wenn man sie durchsieht, Menschenrechtsverletzungen gegenüber Pflegeheimbewohnern, die meisten auch generelle Gesundheitsgefährdungen aber auch Verfehlungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und der Behindertenhilfe.

Wie bereits im Vorfeld des anderen Tagesordnungspunktes erwähnt, ist es natürlich auch wichtig, dass Kritikpunkte und Beanstandungen dazu führen, dass sie aufgegriffen werden und so schnell wie möglich auch Ergebnisse erzielt werden. Herr Kollege Fazekas, weil Sie jetzt wieder im Raum sind, also meine Meinung ist einfach die, dass man immer den aktuellen Stand wahrheitsgemäß wiedergeben soll.

Der Bericht, der Sonderbericht, war nicht aktuell und gegenwärtig. *(Abg. Patrik Fazekas: Von 2017!)* Es ist auch in der Berichterstattung zitiert worden, dass im Ausschuss auch der zuständige Volksanwalt anwesend war. Kollege Mag. Sagartz hat auch zu Recht erwähnt, dass gewisse Punkte vorbildlich sind. Er hat auch zu Recht erwähnt, dass dieser Krisenabklärungsplatz eine Empfehlung ist, die noch nicht umgesetzt wurde.

Auch meiner Meinung nach könnte, auch wenn das Land Burgenland sehr klein ist, auch diese Empfehlung aufgenommen werden. Man sollte sich zumindest anschauen und diskutieren ob es eine Möglichkeit gäbe. Ein Lob des zuständigen Volksanwaltes Dr. Kräuter gab es noch im Rahmen der Ausschusssitzung. Das Lob betraf die allgemeine Gesundheit und die tägliche Bewegungsstunde im Burgenland. Er lobte, dass im Burgenland diese tägliche Bewegungsstunde fast flächendeckend zumindest über 80

Prozent eingeführt wurde und damit der Kindergesundheit und der präventiven Gesundheitsvorsorge gerade im Burgenland große Rechnung getragen wurde.

Bei den Kontrollen insgesamt ist mir aufgefallen, waren folgende Beanstandungen die meisten oder hauptsächlich vorliegend: Mangelhafte Lebens- und Aufenthaltsbedingungen in Einrichtungen, Beschwerden generell zum Gesundheitswesen und, das von mir wichtig, der dritte Punkt unzureichende Personalressourcen.

Ich glaube, und das ist auch meine wirkliche Meinung dazu, im Pflegebereich ist einerseits ein Engpass beziehungsweise müssen wir zukünftig darauf achten, dass Pflegepersonal ausgebildet und auch aufgenommen wird. Aber das derzeitige Pflegepersonal sollte nicht einem so hohen Zeitdruck, sollte auch nicht diesen hohen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt werden. Teilweise gibt es Hierarchiegefälle und teilweise gibt es laufende Dienstplanänderungen.

Diese Situation führ dazu, dass natürlich auch in diesem Bereich dieses Pflegepersonals gerade in der Nacht Sparflamme gefahren wird. Es führt auch dazu, dass diese Faktoren dazu führen, dass das Pflegepersonal oft nach einigen Jahren oder zumindest ab 50 bis zur Pensionierung nicht mehr in der Lage ist, diesen verantwortlichen, hochwertigen Job auszuführen.

Ich glaube es geht nicht nur darum zusätzlich Pflegepersonal aufzubauen, zusätzliches Pflegepersonal auszubilden, sondern es geht auch darum, dass das jetzige Pflegepersonal den Anforderungen in physischer und psychischer Hinsicht auch entsprechend das aufgepasst wird, dass das erfüllt werden kann. Ich glaube da liegt auch die Menschenwürde, und das ist auch das Menschenrecht, dass pflegende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechend auch die Möglichkeit haben, solange wie möglich gesund in ihrem Arbeitsplatz zu bleiben.

Ich möchte mich genauso wie meine Vorredner abschließend bedanken für die wirklich hervorragende Tätigkeit der Volksanwaltschaft und möchte das aber auch gleichsam auch für die wichtige Einrichtung des Landes- und Bundesrechnungshofes aussprechen, weil ich glaube alle drei Einrichtungen sind essenzielle Grundlagen für unser politisches Handeln. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Herr Präsident hat Rücksicht genommen!)*

Im Bezirk Neusiedl am See gibt es so einen Chorgeist.

Der Bericht der Volksanwaltschaft zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2017 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Nein zur Citymaut in Wien (Zahl 21 – 946) (Beilage 1339)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Entsprechend der Geschäftsordnung kommen wir nunmehr zur Aufrufung des Dringlichkeitsantrages.

Wir kommen nun zur Behandlung dieses Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer

Entschließung betreffend Nein zur Citymaut in Wien, Zahl 21 - 946, Beilage 1339, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat und ich erteile dem Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Dankeschön Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten der ÖVP Burgenland haben heute einen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Wir haben das gestern auch schon angekündigt, denn gestern hat einigermaßen überraschend die GRÜNE Vizebürgermeisterin Vassilakou mit einem für mich abenteuerlichen Vorschlag aufhorchen lassen. Sie hat öffentlich mitgeteilt, dass sie gerne eine Citymaut einführen möchte und damit die Pendler, die in Wien arbeiten, schamlos schröpfen möchte. Zu schröpfen, indem das rot-grüne Wien jedem Pendler Geld dafür abknöpfen will, wenn er mit dem Auto in die Bundeshauptstadt fährt. Im ersten Moment habe ich mir gedacht ist eh klar warum die Frau Vizebürgermeisterin das macht, sie braucht natürlich Aufmerksamkeit. Die GRÜNEN sind aus dem Nationalrat rausgeflogen, intern gibt es massive Probleme bei den Wiener GRÜNEN und jetzt ist auch noch der Bürgermeisterwechsel von Häupl auf Ludwig passiert und die mediale Aufmerksamkeit ist komplett weg von den GRÜNEN.

Da habe ich mir gedacht, das wird halt so eine Schmähparade sein, wo man halt irgendwie versucht so ein „Grünes Thema“ in die Welt zu setzen. Stutzig hat mich dann allerdings schon gemacht, als dann die Reaktion der SPÖ Wien erfolgte, wo keine Ablehnung dieses Vorschlages mitgeteilt wurde, sondern wo die SPÖ Wien Gesprächsbereitschaft zu diesem Vorschlag signalisiert hat. Ehrlich gesagt, da ist natürlich schon Vorsicht geboten, da müssen wir darauf schauen, dass wir hier aus dem Burgenland aus ein klares Signal nach Wien auch senden, dass wir als Landtag, als Abgeordnete, als Vertreterinnen und Vertreter der burgenländischen Bevölkerung und natürlich auch der burgenländischen Pendler hier ein klares Nein zu dieser Citymaut sagen.

Ich glaube, dass es wichtig ist, hier einen breiten politischen Schulterschluss im Burgenländischen Landtag zu schaffen, denn unsere Pendlerinnen und Pendler haben sich Derartiges ganz einfach nicht verdient. Sie sind nämlich die fleißigsten und verlässlichsten Mitarbeiter die man sich ganz einfach vorstellen kann. Eigentlich müssten die Wiener ja froh sein, wenn möglichst viele Burgenländerinnen und Burgenländer in Wien arbeiten und damit zur Entwicklung der Bundeshauptstadt und auch zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundeshauptstadt beitragen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Reaktionen auf diesen Vorschlag der rot-grünen Stadtregierung beziehungsweise genauer gesagt der Grünen Vizebürgermeisterin haben ja nicht lange auf sich warten lassen. Es hat ja viele Reaktionen gegeben, die zum Großteil negativ waren, wo es unterschiedlichste richtige und nachvollziehbare Argumentationen gegen diese Citymaut gegeben hat.

Aber, wie gesagt, von der SPÖ Wien eben nicht und daher ist hier wirklich Vorsicht geboten. Das rote beziehungsweise rot-grüne Wien ist ja in der Vergangenheit auch nicht zimperlich mit den Pendlern umgegangen, Stichwort Parkpickerl. Über dieses Instrument bedient sich ja Wien bereits seit Jahren ziemlich schamlos an unseren Leuten und nicht nur an den Burgenländern sondern auch an den Niederösterreichern und Steirern die in Wien arbeiten.

Das hat, und das muss man ganz ehrlich sagen, auch zu einem teilweisen Bevölkerungsabfluss in den burgenländischen Gemeinden geführt, weil viele durch dieses Parkpickerl einfach gezwungen waren sich in Wien zu melden. Und auch eine Citymaut

würde wahrscheinlich dazu führen, dass ein Teil der burgenländischen Pendler dann sagt okay, dann ziehe ich gleich nach Wien bevor ich mich da jeden Tag sozusagen finanziell ausnehmen lasse.

Daher wäre eine Citymaut ein nächster fataler und eigentlich feindlicher Schritt gegen das Burgenland. Abgesehen davon, dass die Einführung einer Citymaut, einer Stadtmaut, wie Beispiele zeigen, nicht, zumindest mittel- und langfristig nicht, zu einer Verminderung des Verkehrs führt. In London ist das jetzt erst vor kurzem publiziert worden. Da gibt es ja eine Citymaut, da hat es kurzfristig und mittelfristig einen Rückgang des Verkehrs gegeben, mittlerweile ist schon wieder der Stand von vor der Einführung der Citymaut erreicht worden.

Also abgesehen davon, dass auch der umweltpolitische Lenkungseffekt wirklich zu hinterfragen ist, muss man sich schon fragen was Wien mit diesen Milliarden an Steuergeld macht, was Wien zusätzlich bekommt für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Ich glaube, dass es den Wienern besser anstehen würde dieses Geld, das vom Bund kommt und damit eigentlich von uns allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, dafür einzusetzen, dass die öffentlichen Verkehrsverbindungen nach Wien verbessert werden, damit die Menschen gar nicht individuell nach Wien fahren müssen.

Meine Damen und Herren! Es ist gut, nein es ist sehr gut, dass weder Rot noch Grün in der Bundesregierung sitzt, denn die Bundesregierung ist ein Schirmherr für unsere Pendlerinnen und Pendler. Es hat sofort heute auch eine klare Aussage der Bundesregierung gegeben, wo auch rechtliche Bedenken angemeldet wurden. Der burgenländische Minister Norbert Hofer hat sich auch ganz klar geäußert und hat sogar auch diese Steuerzuwendungen für den U-Bahn-Ausbau in Wien in Frage gestellt, sollten die Wiener wirklich auf die Idee kommen diese Citymaut einzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit können wir uns sicher sein, dass uns die Bundesregierung dabei unterstützen wird diese Citymaut zu verhindern. Auch für den neuen Bürgermeister Ludwig wäre das eine gute Gelegenheit und eine gute Chance sich klar zu deklarieren und dieses Raubrittertum ganz einfach nicht zuzulassen oder vielleicht sogar einen Schritt weiter zu gehen und auch die Parkpickerlregelung, die diskriminierend für die Burgenländer ist, abzuschaffen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten und ersuchen, diesen dringlichen Antrag der Volkspartei Burgenland zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Begründung der Dringlichkeit ist somit erfolgt.

Geschäftsordnungsmäßig gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt und als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da brauche ich nicht einmal den Zettel mitnehmen. Diese Forderung, meine lieben Freunde von den GRÜNEN, ist für das Burgenland absolut nicht einmal zu lesen, nicht einmal wahr zu nehmen. Denn eines ist klar, wer hat Wien aufgebaut? Die Burgenländer und die Burgenländerinnen. Die Pendler, die tagtäglich aus dem Burgenland nach Wien fahren, leisten sehr vieles in Wien und Umgebung. Der

öffentliche Verkehr muss stärker ausgebaut werden. Da sind wir uns einig. Gar keine Frage. Aber wenn die GRÜNEN gegen die Schleife Wulkaprodersdorf sind, dann frage ich mich, welche Augenweide oder welche Möglichkeiten sie da in Wulkaprodersdorf sehen, dass der öffentliche Verkehr verbessert wird. Oder vielleicht im Südburgenland alles besser wird.

In Wien geht man her und schafft eine Citymaut. Sehr interessant. Sie wissen ganz genau, dass viele Pendlerinnen und Pendler gar keine andere Möglichkeit haben nach Wien zu kommen und auf ihren Arbeitsplatz zu kommen, als mit dem Auto.

Wenn wir heute schon gehört haben vom Herrn Kollegen Steiner, welche Gelder nach Wien geflossen sind, die durch Abwanderungen vom Burgenland eigentlich entstanden sind, und als Bürgermeister weiß ich, wovon ich spreche. Denn eines ist klar, Ertragsanteile, die gleiche Person, im Burgenland 560 oder 570 Euro, in der Stadtgemeinde Wien 1.650 und mehr. Die gleiche Person. Das versteht niemand mehr. Glaubt mir das.

Das Parkpickerl wurde angesprochen. Ist ja unglaublich. Das heißt, wir sind alle, die glauben, die GRÜNEN, ja die - vielleicht macht Ihr es absichtlich, dass es das in Wien auch bald nicht mehr gibt. Wenn ich höre, dass der neue Landeshauptmann oder Bürgermeister von Wien schon klar gestellt hat, dass es keine Unterstützung seitens der SPÖ-Fraktion gibt, dann kann ich nur gratulieren.

Dann kann ich nur darauf hinweisen, dass er richtig gehandelt hat. Aber die erste Meldung in den Zeitungen, das stimmt sehr wohl. Wir sind gesprächsbereit. Aber, sehr geehrter Herr Kollege Sagartz, wir sollten alle gesprächsbereit sein. Das muss man jetzt schon einmal klar gesagt haben.

Auch wir im Land Burgenland sollten immer gesprächsbereit sein. Das war ein Vorschlag, wo es alle einmal gebeutelt hat. Und dann hat jeder einmal nachgedacht. Hat es überschlafen und hat gesagt, das kann es ja gar nicht geben. Und speziell das Burgenland. Der Dringlichkeitsantrag, da bin ich bei Euch, total. Ist wichtig, dass das Burgenland ein klares Signal setzt.

Über alle Parteigrenzen hinweg und sagt, Nein, das lassen wir sicherlich nicht zu, weil sonst verlangen wir, rund um den Neusiedler See auch eine Maut. Was ist denn dann, meine sehr geehrten Damen und Herren? *(Abg. Robert Hergovich: Trausdorf!)* Das ist - machen wir ein Rollo herunter. Oder was tun wir in diese Richtung?

So etwas anzudenken, ist ja überhaupt für mich eine Katastrophe. *(Beifall bei der LBL)* Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, bitte einen gemeinsamen Beschluss im Burgenland zu fassen, dass wir das nicht zulassen werden. Dass unsere Pendler eh schon genug gestraft sind wenn sie nach Wien arbeiten fahren müssen, um vier Uhr in der Früh aufstehen müssen, um 19.30 Uhr heimkommen.

Wo bleibt das Familienleben? Dann werde ich noch bestraft dass ich mit dem Auto fahren muss, weil der öffentliche Verkehr, den Ihr so immer hochhebt und Wulkaprodersdorf dagegen seid? Dann muss ich mich fragen, da ist ein Widerspruch in sich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daher bin ich jetzt sehr gespannt. Du wackelst immer, das ist das Gleiche wie Du heute dem Herrn Landeshauptmann vorgehalten hast, der Pressedienst vom Burgenland. Bei der Wohnbauförderung bist Du gestanden, auch der Pressedienst war dort. Hast Dich gut fotografieren lassen.

Daher, glaube ich, man sollte wirklich nicht solche Dinge immer aufwärmen, sondern wirklich das Fachliche und Sachliche in den Vordergrund stellen. Und nicht wer mich fotografiert oder wer mich nicht fotografiert. Das ist Nebensache. Aber das sind

Dinge, wo die ÖVP heute einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat. Den werden wir unterstützen, selbstverständlich. Weil es klar ist für das Burgenland.

Wir wollen nicht bestraft werden, sondern wir wollen belohnt werden, sogar, dass wir nach Wien auspendeln müssen und dass wir schlussendlich auch ein Signal setzen, vom Burgenland, dass auch die GRÜNEN mitstimmen. So wie die Roten sich umgedreht haben in Wien, wo der Ludwig jetzt gesagt hat, kommt nicht in Frage, wünsche ich mir von Euch, dass das kommt.

In diesem Sinne freue ich mich auf einen einstimmigen Beschluss. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL, SPÖ und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es spricht nunmehr die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Mailand hat sie. London hat sie. Oslo hat sie. Barcelona hat sie. *(Abg. Manfred Kölly: Die haben die berittene Polizei auch! – Heiterkeit bei den Abgeordneten)*

Auch Paris hat sie. Dort heißt es überall Citymaut. Stockholm hat sie auch. Was das Besondere an Stockholm ist, das erzähle ich dann später. Aber zuerst ist für mich einmal die Frage, worum geht es denn eigentlich bei der Sache?

Es geht bei der Sache erstens einmal um Staureduktion. Es geht darum, dass bei den Einfahrten in eine Großstadt, wo Menschen täglich ein und aus fahren, der Stau reduziert wird. Es geht darum, dass die Luftgüte erhöht wird. Jeder, der dort einmal tief einatmet, wo die großen Einfahrten nach Wien sind, weiß worum es geht.

Sie haben völlig richtig gesagt, Herr Kollege Kölly, jetzt ist er wieder draußen, dass viele Pendler und Pendlerinnen überhaupt keine andere Wahl haben, als mit dem Auto Richtung Wien zu fahren. Bis nach Wien hinein muss man nicht, also sie haben schon auch die Wahl, weiter draußen stehen zu bleiben. Aber dass das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln für Pendler und Pendlerinnen ein schlechtes ist, das unbedingt ausgebaut werden muss, in dem Punkt stimme ich dem Herrn Kölly zu.

Aber, es geht darum, es geht darum, dass der Stau bei Stadteinfahrten reduziert wird, dass die Luftgüte in den Städten erhalten bleibt oder erhöht wird. Was hat jetzt Stockholm anders gemacht, als viele andere Städte? In Stockholm hat die Politik eine klare Entscheidung getroffen. Sie hat gesagt, wir wollen, dass in dieser Stadt und vor dieser Stadt der Stau reduziert ist und die Luftgüte erhöht ist.

Sie haben Experten und Expertinnen beauftragt, konkret für Stockholm einen Plan zu entwickeln. Dieser Plan wurde dann umgesetzt und es wurde eine Staugebühr eingehoben. Wie man das dann nennt, ist dann jeweils eine andere Frage. Aber es war dann auch ganz klar, es geht darum, diesen Stau zu vermeiden. Das heißt, was es braucht ist den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, dann kann man sich auch aussuchen, und dann hat man wirklich die Wahl, kann ich öffentlich in die nächste Stadt fahren. Kann ich öffentlich pendeln oder nicht. Oder leiste ich es mir, mit dem Auto möglichst weit in eine Stadt hinein zu fahren. Was auch klar ist, wir sehen, dass bei der Verkehrspolitik sozusagen die föderalen Strukturen nicht immer hilfreich sind.

Weil wir sind eigentlich ein großer Verkehrsraum und es bringt nicht sehr viel, dass das eine Bundesland gegen das andere sich ausspielt oder ausgespielt wird. Oder dass man halt jede Gelegenheit nimmt, auf Rot-Grün in Wien hinzupreschen und hinzuhauen.

Das heißt wir sehen, genau in diesen verkehrspolitischen Fragen brauchen wir eigentlich bundesländerübergreifend gemeinsame gute und große Lösungen.

Mein Vorschlag ist, kommen wir raus aus diesen reflexartigen Reaktionen. Wir sehen etwas, was raus kommt, und das kann man sich eh gut vorstellen, was sich da gestern abgespielt hat, bei der ÖVP. Da müssen wir schnell etwas machen. Da müssen wir ja Rot-Blau und so spalten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wieso Rot-Blau?)* und was weiß ich alles, weil die SPÖ Wien, sie haben genau darauf hingewiesen, ich habe ja bereits gesagt, sie wäre gesprächsbereit.

Es ist auch absolut unsinnig, zu formulieren, dass ein politischer Vorschlag aus einem Bundesland ein Angriff auf die Burgenländerinnen und Burgenländer wäre. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sicher!)* Also wir sehen, dass es hier um Angriffe auf Personen geht, und auf Bewohnerinnen und Bewohner des ganzen Bundeslandes, das zeigt die fehlende Ernsthaftigkeit in der Debatte.

Das heißt, mein Plädoyer: Kommen wir wieder zur Ernsthaftigkeit, beschreiben wir als Politik, was unsere Anforderung ist. Lassen wir Expertinnen und Experten hier das richtige Konzept ausarbeiten. Und arbeiten wir daran, dass wir auf unseren Straßen weniger Staus haben. Dass wir bessere Luft haben und vor allem bessere öffentliche Verkehrsmittel.

Diesem Dringlichkeitsantrag werden die GRÜNEN nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Herr Klubobmann Géza Molnár hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns heute am späten Vormittag im Rahmen der Aktuellen Stunde über die Entwicklung der Wohnkosten in Österreich unterhalten. Und haben eigentlich festgestellt, dass diese stark im Steigen begriffen sind und ja, das ist eine tiefst soziale Frage.

Bei der Mobilität sieht es nicht viel anders aus in den letzten Jahren. Die Autofahrer sind die Melkkühe der Nation. Gerade der burgenländische Pendler weiß ein Lied davon zu singen. Ja, und diese Melkkuh der Nation, der burgenländische Pendler, sieht sich in den letzten Tagen sozusagen einer Zangenbewegung ausgesetzt.

Da gibt es einerseits die Intelligenzler im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments, die allen Ernstes die österreichische Vignettenlösung bekämpfen und die kilometerabhängige PKW-Maut einführen wollen. Das würde für den einzelnen Pendler zu einer Vervielfachung der Mobilitätskosten führen Ja, und da gibt es seit gestern, die es ja längst nicht mehr geben dürfte, wenn sie wüsste was Wort halten bedeutet, die Wiener Vizebürgermeisterin von den GRÜNEN, die jetzt eine Stadtmaut fordert.

Wahrscheinlich weil ihr der Hintern nicht mehr zusammengeht. Weil in Wien zu viel in die Mindestsicherung rinnt, das soll jetzt anscheinend der burgenländische Pendler berappen. Meine Damen und Herren, Mobilität darf nicht zum Luxus werden. Die GRÜNEN haben sich jetzt beim Sozialbericht sehr hervor getan, aber arbeiten mit diesem Vorschlag für eine Stadtmaut in Wirklichkeit an einer Situation, die dazu führt, dass unter anderem der burgenländische Pendler nur mehr deshalb zur Arbeit nach Wien fährt, damit er sich die Kosten für den Sprit überhaupt leisten kann.

Das ist ein Weg, den wir ganz bestimmt nicht mitgehen wollen. Deshalb haben wir auch bereits gestern einen entsprechenden Antrag eingebracht. Die ÖVP hat jetzt einen Dringlichkeitsantrag nachgeschossen. Eine Stadtmaut in Wien, meine Damen und Herren, wäre asozial, sie wäre leistungsfeindlich.

Wenn die GRÜNEN über Staubildung reden, das ist ja wirklich schwer ernst zu nehmen, wenn man sich die Verkehrspolitik in Wien in den letzten Jahren anschaut, also dort wird ja alles gemacht, dass sich Staus bilden. Da wird ja alles blockiert wenn es um das Autofahren geht.

Das sind die GRÜNEN. Und jetzt geht man her und argumentiert mit den Auswirkungen, die es gibt, wenn man entsprechende Maßnahmen getroffen hat, dass es zu viele Staus gäbe und dass man unbedingt die Citymaut braucht. Das Stockholm-Syndrom, das die Kollegin Petrik da zum Besten gegeben hat, das teile ich beim besten Willen nicht, meine Damen und Herren. *(Heiterkeit bei den Abgeordneten)*

Wir stellen uns hinter die burgenländischen Pendler. Wir stellen uns klar gegen die kilometerabhängige PKW-Maut. Wir stellen uns klar gegen die Stadtmaut, die die Wiener Grünen für die burgenländischen Pendler einführen wollen. Wir stehen zu unseren burgenländischen Pendlern. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Als Nächstem erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe es auch als Angriff auf die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler, wenn diese Citymaut gedroht wird. Der Weg der Pendler ist oft sehr schwierig und sehr hart, und es sind genau jene, die täglich aufstehen, um hart zu arbeiten.

Egal ob es Tages- oder Wochenpendler sind. Wir sind diesen Menschen zu Dank verpflichtet, dass sie diesen mühevollen Weg auf sich nehmen und ihren Lebensmittelpunkt bei uns im Burgenland lassen. Jeder Burgenländer ist uns wertvoll und wichtig. Das können auch die Bürgermeister und die Gemeinden bestätigen, da wir eines wollen, dass die Lebensqualität, der Lebensmittelpunkt in unseren Gemeinden bleibt. Daher müssen wir unsere Pendlerinnen und Pendler schützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Um diesen Weg zu erleichtern, müssen wir auf alle Fälle mehrere Maßnahmen treffen. Es braucht natürlich bessere öffentliche Verkehrsverbindungen. Wir brauchen mehr Park-and-Ride-Parkplätze. Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, auch bei der künftigen S7 ist dies notwendig. Es ist aus meiner Sicht nicht relevant, ob es jetzt nur nach Wien oder auch nach Graz und zu anderen Städten geht. Die Pendler leisten Enormes.

Ich denke, meine Vorredner haben es deutlich gemacht. Es ist absolut wichtig, dass wir dieses Citymaut-Projekt zurückweisen. Dass wir hier gemeinsam an einem Strang ziehen und gemeinsam ein klares Nein artikulieren. Eine Antwort aus dem Burgenland. Es darf nicht passieren, dass diese angekündigte Einfahrtsgebühr, und es wird ja so angekündigt, dass von sechs bis zehn Uhr in der Früh zum Beispiel diese Maut eingehoben wird. Genau in diesem Zeitraum, wo unsere fleißigen Pendlerinnen und Pendler nach Wien hineinfahren müssen.

Dies wäre ein Schlag ins Gesicht der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler. Das müssen wir verhindern. Ein interessantes Zitat noch: „Wenn Michael Ludwig jetzt die schikanöse Abzocke von über 350.000 Pendlern aus den Bundesländern durch eine

Citymaut nicht im Keim erstickt, kann er gleich wieder zurücktreten“, sagt der Freiheitliche Klubobmann in Wien. In diesem Sinn ziehen wir gemeinsam an einem Strang, lassen wir unsere burgenländische Pendler nicht im Stich und ich fordere daher den Schulterschluss im Burgenland ein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen, Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der SPÖ-Klub und die Koalitionspartei der FPÖ haben gemeinsam einen Antrag eingebracht und zwar mit dem Titel zum Schutz der burgenländischen Pendler vor weiteren Belastungen mit Inhalt. Wesentliche Punkte, die die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler betreffen - natürlich die Thematik Wiener City-Maut, Beibehaltung der jetzigen Vignette, des Vignettensystems und gegen die geplante Road-Pricing für PKWs, weiters die faire, die soziale, die ausgewogene Reform der Pendlerpauschale und einer besseren Förderung der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler.

Eine Stunde später kam der ÖVP-Dringlichkeitsantrag. Ich würde sagen, das fällt unter die Rubrik „Inszenierung“. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Geh bitte! - Abg. Gerhard Steier: Ein Schauspiel!)* Ein „Schauspiel“ könnte man auch sagen. Es ist ein zwölf Zeilen langer ÖVP-Dringlichkeitsantrag, meine sehr geschätzten Damen und Herren.

Liebe KollegInnen der ÖVP! Überschriften sind zu wenig! Wenn Sie es ehrlich meinen, wenn Sie es wirklich ehrlich meinen und stellen sich hinter die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler, so müssen Sie natürlich aus tiefster Überzeugung unserem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Stimmen eh zu! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hat irgendwer schon nein gesagt? - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Die wichtigste Aufgabe der Politik und der Verantwortlichen in unserem Lande ist es natürlich, Arbeitsplätze zu sichern, Arbeitsplätze zu schaffen, und das ist auch in dieser Form gelungen: 104.000 Arbeitsplätze - noch nie im Land Burgenland gab es 104.000 Arbeitsplätze. Die Verantwortlichen in dieser Form wollen natürlich auch, dass sich die Pendlerinnen und Pendler dadurch reduzieren, dass Arbeitsplätze im Land geschaffen und erhalten bleiben.

Tausende burgenländische Pendlerinnen und Pendler nehmen täglich - auch wöchentlich - weite Strecken zu ihren Arbeitsplätzen und wieder retour auf sich. Pendler, die aus ihrer Gemeinde auspendeln, innerhalb des Bezirkes, außerhalb des Bezirkes, natürlich auch in benachbarte Bundesländer, aber natürlich auch in die Städte Graz und nach Wien. Das Burgenland investiert jährlich mit einer Rekordsumme von 19 Millionen Euro den öffentlichen Verkehr, um ihn attraktiv zu machen, um hier umzusteigen, die Pendlerinnen und Pendler, die Fahrgäste, natürlich in den öffentlichen Verkehr miteinzubinden.

Wenn wir jährlich 19 Millionen Euro in die Hand nehmen, so dürfen wir vergleichen, dass noch im Jahr 2000 dafür fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Aber trotzdem wissen wir ganz einfach, dass viele Menschen auf ihren PKW angewiesen sind, dass sie mit dem eigenen PKW zur Arbeit fahren müssen. Das hat natürlich viele Gründe: Das sind Turnusdienste, Wechseldienste, in der Bauwirtschaft, die Nachtdienst machen.

Aber gerade jetzt der Appell an die ÖVP: Die geplante Flexibilisierung und damit Verlängerung der Arbeitszeiten wird es in Zukunft für viele Pendler noch schwerer

machen, dass sie mit dem öffentlichen Verkehr fahren, dass sie dadurch angewiesen sind, wiederum mit ihrem eigenen PKW zu fahren.

Die Förderungen und die Unterstützungen seitens unseres Landes Burgenland möchte ich ganz kurz ansprechen: Es ist der Fahrtkostenzuschuss, es ist die Erfolgsstory des Top-Jugendtickets, das mit 2012/2013 eingeführt wurde.

Wir wissen alle, dass die Wochen-, die Monats-, die Jahreskarte hier seitens des Landes über den VOR gestützt wird, dass dieses Ticket von der Wochen- bis zur Jahreskarte das Doppelte für die Pendlerinnen und Pendler kosten würde. Oder die Initiative der WIPARK-Garagen, die hier günstige Parkplätze zur Verfügung stellen, wo auch über 250 Menschen, Pendlerinnen und Pendler aus dem Burgenland, ob es Tages- oder Wochenpendler sind, diese auch in Anspruch nehmen mit Top-Top-Konditionen, wie wir alle wissen. Mit 57 Euro pro Monat beziehungsweise 570 Euro pro Jahr und in Verbindung mit einem Jahresticket der Wiener Verkehrsbetriebe beziehungsweise Monatsticket mit 48 Euro und mit 480 Euro mit einem Jahresticket.

Sie wissen alle, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und wir haben sehr oft darüber gesprochen, aber vor fünf Jahren gab es hier im Landtag mit Unterstützung der Arbeiterkammer, des ARBÖ, des burgenländischen Pendlerforums eine wichtige Weichenstellung.

Es ist uns hier im Haus eine wichtige Weichenstellung gelungen und zwar im Bereich der Pendlerpauschale. Es wurde der Pendlereuro eingeführt, zusätzlich zur Pendlerpauschale. Jeder gefahrene Kilometer zur Arbeit und von der Arbeit wird seitdem mit einem Euro abgegolten.

Wir setzen uns alle seit Jahren für eine faire, für eine soziale Pendlerpauschale ein, und es ist längst überfällig, dass wir diese Pendlerpauschale auch auf neue Füße stellen, auf faire Füße stellen. Wir setzen uns ein, dass diese ungerechte Pendlerpauschale in dieser Form abgeschafft wird. Es kann ja nicht sein, je höher das Einkommen, desto höher ist die Pendlerpauschale und desto niedriger, desto weniger und geringer ist die Pendlerpauschale.

Ich möchte hier auch ein Beispiel nennen: Ich habe es schon einmal gesagt - aber es ist mir ganz einfach ein Anliegen -, wenn ein Arbeitnehmer oder zwei Arbeitnehmer von Pinkafeld nach Wien fahren und Arbeitnehmer A bekommt brutto 4.468 Euro und der Kollege mit einem geringen Einkommen bekommt 1.177 Euro, so bekommt der Arbeitnehmer A, der einen sehr guten Verdienst hat, eine Pendlerpauschale, eine Steuerersparnis von 1.778 Euro. Im Gegensatz bekommt jener, der ein geringes Einkommen hat, 1.154 Euro. Das ist ein Unterschied von 624 Euro im Jahr.

Also das heißt, Arbeitnehmer mit geringem Einkommen werden trotz der gleichen Fahrtkosten bestraft. Ob das der Sprit ist, ob das der Bus ist, ob das die Bahnkarte ist, ist komplett egal. Das kann es nicht sein. Das sind öffentliche Gelder, und man fördert jene Menschen, die mehr verdienen, höher, wie Menschen mit einem niedrigen Einkommen. Ich glaube, dass das sehr unfair ist, dass es sehr unsozial ist.

Es muss jeder gefahrene Kilometer zum Arbeitsplatz und vom Arbeitsplatz gleich viel wert sein. Das ist eine klare Forderung, und es muss auch eine klare Forderung hier vom Haus an den Herrn Finanzminister sein, endlich diese Forderung auch umzusetzen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ein kilometerbezogenes Road-Pricing, wie es von der konservativen Mehrheit des EU-Parlaments gefordert wird, würde ein Ende der bewährten Autobahnvignette in Österreich auch bedeuten. Die Kosten für die Autobahnbenutzung würden hier um ein Vielfaches auch ansteigen. Auch der Vorschlag

von der Wiener Verkehrsstadträtin Vassilakou, eine City-Maut einzuführen, ist natürlich leistungsfeindlich; es ist unsozial.

Wir haben auch schon gehört, dass hier auch Bedenken seitens des Finanzministeriums gekommen sind, dass diese auch rechtlich unzulässig sind, dass das eine klare Ungleichbehandlung ist. Wir seitens der SPÖ, seitens des burgenländischen Pendlerforums und auch unseres Koalitionspartners der FPÖ stellen uns ganz klar gegen diese Belastungsidee. Wir setzen dabei auf die bewährte verkehrspolitische Zusammenarbeit, hier auch mit Wien und Niederösterreich und der Ost-Region.

Sehr erleichtert, dankbar und erfreut bin ich vor allem, dass hier der neue Bürgermeister Michael Ludwig auf große Skepsis stößt *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt, dass er auf große Skepsis stößt.)* und das auch ausspricht. Aus seiner Sicht sprechen hier auch mehrere Punkte dagegen.

Geschätzte Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie kennen alle den Abänderungsantrag. Ich bitte Sie, über die parteipolitischen Grenzen hinweg, diesen Abänderungsantrag auch zu unterstützen, denn, wer diesen Antrag nicht unterstützt, stellt sich gegen die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe es eh schon gesagt.)* Er behandelt unsere Pendler unfair, er schützt nicht die Pendlerinnen und Pendler vor weiteren Belastungen. Wir brauchen ein Gesamtpaket, das neue Belastungen verhindert und auch eine faire, finanzielle Besserstellung für unsere burgenländischen Pendlerinnen und Pendler ermöglicht.

Geschätzte Damen und Herren! Vor allem Kolleginnen und Kollegen seitens der ÖVP, Sie haben anscheinend noch nicht die neuesten Mediennachrichten gelesen, „Kurier“, 13.50 Uhr: Bürgermeister Ludwig ist gegen City-Maut für Wien-Pendler. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hat er gehört auf uns; das gefällt mir. - Abg. Doris Prohaska: Das glaube ich sicher. - Abg. Walter Temmel: Das war gut.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich bringe einen Abänderungsantrag ein, der allen Parteien zugegangen ist, und darf hier die Beschlussformel vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- sich für die Beibehaltung des jetzigen Vignettensystems und gegen das geplante Road-Pricing für PKW einsetzen.
- an den zuständigen Bundesminister für Finanzen mit der Forderung nach einer fairen und sozial ausgewogenen Reform der Pendlerpauschale und einer besseren Förderung der Pendlerinnen und Pendler herantreten.
    - Ziel muss vorrangig die Umstellung des Gesamtsystems auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag sein, bei dem jeder gefahrene Kilometer berücksichtigt und gleich viel wert sein muss. Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte sollen durch volle Negativsteuerwirkung profitieren.
    - Darüber hinaus darf es zu keinen weiteren Belastungen der Pendlerinnen und Pendler in Form einer höheren Besteuerung von Diesel kommen.

Der Burgenländische Landtag spricht sich gegen eine weitere Belastung der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler durch Einführung einer City-Maut in Wien und weiterhin für Verkehrslösungen im Einklang mit der gesamten Ost-Region aus. *(Beifall*

bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Wolfgang Sodl übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Entsprechend der Geschäftsordnung wird er in die Verhandlungen miteinbezogen.

Als Nächstes hat sich von der Regierungsbank der Herr Landeshauptmann Hans Nießl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Debattenbeiträge haben gezeigt, dass natürlich die überwiegende Mehrheit im Burgenländischen Landtag gegen die Einführung der City-Maut ist, und das ist auch gut und richtig so. Es ist übrigens auch der Wiener Bürgermeister Ludwig gegen die City-Maut für Wien-Pendler. Im „Kurier“, wie bereits der Abgeordnete Sodl gesagt hat, dass er sich dezidiert dagegen ausspricht.

Er begründet das auch. Erstens haben die Wiener bei der Volksbefragung 2010 eine City-Maut abgelehnt. Also es hat im Jahr 2010 eine Volksbefragung gegeben, mehrheitlich haben sich die Wiener dagegen ausgesprochen, und ich denke, dass man in der Demokratie gut beraten ist, Mehrheitsentscheidungen und Volksbefragungen auch in entsprechender Form zu akzeptieren, anzuerkennen. Es ist eigentlich eine Grundlage der Demokratie, dass man Volksbefragungen ernst nimmt und nicht das Gegenteil von dem fordert, was tatsächlich das Volk will, denn meistens führt das nicht zu extrem guten Wahlergebnissen.

Also insoferne glaube ich, wären alle gut beraten, sich nach Volksbefragungen auch entsprechend zu verhalten, um nicht in sehr prekäre Situationen zu gelangen. Zweitens gibt es in Wien - und das sagt auch der Bürgermeister, eine funktionierende Parkraumbewirtschaftung. Drittens stehe für ihn die Zusammenarbeit in der Ost-Region ganz vorne und an ganz wichtiger Stelle. Genau das hat mir der Wiener Bürgermeister auch versichert, als ich ihm zu seiner Wahl gratuliert habe, dass ihm die Zusammenarbeit mit Niederösterreich und dem Burgenland besonders wichtig ist.

Sie können davon ausgehen, dass es in den nächsten Monaten das eine oder andere Treffen, sowohl mit der niederösterreichischen Landeshauptfrau, auch das habe ich mit ihr vereinbart, und dem Wiener Bürgermeister geben wird, wo wir die Probleme der Ost-Region in entsprechender Form auch wieder artikulieren, zusammenarbeiten wollen, weil die Ost-Region ein wirklich großes Potenzial in vielen Bereichen hat - ob das der Tourismus ist, ob das der Verkehr ist, ob das die wirtschaftliche Entwicklung ist, Arbeitsplätze ist, der Bildungsbereich ist.

Ich glaube, wir sind hier gefordert, diese Zusammenarbeit zu intensivieren. Man muss auch dazu sagen, dass in vielen Bereichen die Zusammenarbeit nicht nur mit Wien, sondern auch mit Niederösterreich sehr gut funktioniert und dass wir über Ländergrenzen und über Parteigrenzen hinaus die Probleme diskutieren wollen und Lösungen für die Menschen ganz einfach erreichen wollen.

Dass hier die Meinung der Leute, der Pendler und der gesamten Bevölkerung ganz wichtig ist, steht an erster Stelle. Wir werden diese Zusammenarbeit auf neue und feste Beine stellen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ein weiterer Punkt - und das hat auch der Minister Hofer gesagt -, dass es eigentlich nicht vorstellbar ist, dass Wien im Jahr 78 Millionen Euro an Steuergeldern

bekommt - das hat auch der Abgeordnete Steiner gesagt -, um den öffentlichen Verkehr auszubauen, um die U-Bahn auszubauen und auf der anderen Seite eine City-Maut einzuführen. Also das ist natürlich überhaupt nicht vorstellbar und ich muss sagen, hat natürlich der Minister Recht, wenn er in Frage stellt die 78 Millionen von Seiten des Bundes und gleichzeitig eine City-Maut, und - wie gesagt - ist sie nicht aktuell, weil der Bürgermeister das ganz anders sieht.

Der Wiener Bürgermeister sagt auch, man muss Anreize schaffen, um den öffentlichen Verkehr zu attraktiveren. Jetzt können wir natürlich alle fordern, Wien soll die Anreize schaffen. Ich glaube nur, dass wir auch im Burgenland gefordert sind, Anreize zu schaffen. Das sieht man am besten daran, wieviel Geld für den öffentlichen Verkehr auch zur Verfügung gestellt wird.

Ich glaube, es gibt kaum eine andere Budgetposition, wie der Budgetposten für den öffentlichen Verkehr, der sich in den letzten 18 Jahren, seit ich Landeshauptmann bin, praktisch vervierfacht hat. Wir haben mit fünf Millionen im Jahr 1999 begonnen und sind jetzt in diesem Jahr, weil wir Rücklagen entnehmen müssen, bei 19 Millionen Euro. Wir haben einiges auch erreicht, das muss man auch sagen. Nicht von den anderen nur die Anreize zu fordern, sondern selbst Anreize zu schaffen.

Mit diesen 19 Millionen haben wir erreicht, dass wir im Nordburgenland den höchsten Modal Split haben. Der Modal Split heißt, der Anteil der Pendler, die den öffentlichen Verkehr in Anspruch nehmen, ist im Nordburgenland der höchste von ganz Österreich. Da zahlen wir auch mit, das kommt nicht von allein, sondern es wurden von Seiten des Landes große finanzielle Mittel mitverwendet, um die Infrastruktur auszubauen, um Haftungen, um Geld zu übernehmen, damit moderne Zugsgarnituren im Einsatz sind, dass die Infrastruktur zeitgemäß wird.

Im Südburgenland haben wir die beste Busverbindung Österreichs. Der G1-Bus ist die beste Busverbindung, die es in Österreich gibt, was den Komfort anbelangt, was die Pünktlichkeit anbelangt, was die Internetanschlüsse, die Modernität anbelangt. Auch das wird finanziell massiv unterstützt und wird von den Menschen angenommen.

Wenn wir im Norden den höchsten Modal Split haben, dann fahren im Südburgenland täglich über 1.500 Pendlerinnen und Pendler täglich mit dem G1-Bus nach Wien und wieder retour. Ich muss sagen, es ist mir in den letzten Monaten oder in dem Jahr noch keine einzige Beschwerde eines burgenländischen Pendlers untergekommen, der gesagt hätte, der G1-Bus hat einmal Verspätung gehabt. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Er hat dauernd Verspätung, entschuldige!)* Könnte ja mal passieren, also wenn sich alles in Grenzen hält … *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Dauernd Verspätung!)* Ja, dann schreiben Sie mir das!

Dann muss man sagen. Was ist eine Verspätung? Wenn Sie mit dem Auto fahren, können Sie fünf Minuten einkalkulieren oder können Sie es nicht einkalkulieren. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: 15 Minuten in der Stoßzeit.)* Wahrscheinlich können Sie es nicht einkalkulieren und die Verspätungen bis fünf Minuten müssen wir uns auch einigen. *(Zwischenruf des Abg. Walter Temmel)*

Also wenn Sie das Gute schlechtmachen, ist das Ihre Sache, ich glaube, das letzte Mal sind Sie vor fünf Jahren bei den letzten Landtagswahlen mit dem G1-Bus gefahren, für Showzwecke, das ist eine Supereinrichtung und Sie können gerne als Gemeinde auch mitzahlen, dann wird er noch besser werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Insofern lassen wir uns nicht von Ihnen die guten Einrichtungen des Burgenlandes krankjammern und schlechtreden. *(Abg. Walter Temmel: Tun wir nicht.)* Der G1-Bus ist eine gute Einrichtung, dazu stehe ich, und Sie können mir nicht das Gegenteil beweisen.

Was haben wir noch gemacht? Wir haben im Burgenland 41 Bahn- und zehn Bus-Park & Ride-Anlagen. Also das muss man sich auch einmal bildlich vorstellen. 41 Bahn- und zehn Bus-Park & Ride-Anlagen, 4.000 Stellplätze, das sind die Anreize, die die Pendlerinnen und Pendler brauchen.

Das ist auch eine finanzielle Entlastung der Pendlerinnen und Pendler, wenn ich jeden Tag nach Wien pendle und mit dem Privat-Pkw fahre, dann ist das ein wesentlicher Unterschied, ob ich mit dem G1-Bus fahre oder mit dem Zug fahren kann. Ich erspare mir im Jahr Tausende von Euros, die man sich selbst ersparen kann. Man leistet einen Beitrag zum Klimaschutz.

Selbstverständlich werden wir von Seiten des Landes alles unternehmen, dass diese Anreize weiterverstärkt werden, dass wir die Pendlerinnen und Pendler einladen, mit dem öffentlichen Verkehr zu fahren. Das nicht nur von Wien fordern, aber auch von Wien fordern, auch vom Bund fordern, dass der Finanzminister den öffentlichen Verkehr in entsprechender Form auch mitunterstützt, damit er noch rascher ausgebaut werden kann.

Eines muss man auch sagen, die Österreichischen Bundesbahnen zählen europaweit zu den besten, auch wenn es manchmal in ist, über die Bahn zu schimpfen. Ich sage - und das ist auch belegbar -, dass sich die Bahn in den vergangenen Jahren modernisiert hat, dass der Zugverkehr, schauen Sie sich einmal die Statistik an, vor 14 Tage ist die Statistik gekommen, wie im Burgenland die Fahrgäste im öffentlichen Verkehr zugenommen haben. Ich kann Ihnen das alles geben, das ist belegbar.

Das heißt, diese 19 Millionen Euro, die wir von Seiten des Budgets zur Verfügung gestellt bekommen, sind gut eingesetzt. Wir haben auf Teilen der Bahn von 300.000 oder 400.000 auf über 700.000 die Fahrgäste gesteigert auf der Neusiedler Seebahn. Also das sind alles Erfolge, das sind Anreize und daran müssen wir weiterarbeiten.

Die City-Maut in Wien und das kann ich mir, solange der Bürgermeister dagegen ist, glaube ich, *(Abg. Manfred Kölly: Glaube ich auch.)* gibt es auch in Eisenstadt keine City-Maut und da wird es auch in Wien keine City-Maut geben und da wird es auch in anderen Gemeinden, wenn der Bürgermeister dagegen ist, keine City-Maut geben.

Also insofern glaube ich, können wir für das erste Entwarnung sagen. Wir werden aber aufpassen, Anreize schaffen und vom Bund auch die entsprechenden finanziellen Mittel für unsere Pendlerinnen und Pendler fordern, bis hin zu einer kilometerbezogenen Pendlerpauschale. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstem erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landeshauptmann, aufpassen ist angesagt, korrekt. Wehret den Anfängen, weil der Herr Kollege Sodl hat so genau alles beschrieben, nur ist er nicht ganz bei dem Zeitablauf geblieben, nicht wahr?

Herr Kollege, ganz kurz zur Erinnerung. Die Frau Vassilakou kündigt an: City-Maut. Gestern, 14.56 Uhr, der Herr Kollege Steiner hat extra noch nachgeschaut, gerade einmal 24 Stunden her, wissen Sie, was der Herr Siegi Lindenmayr, entschuldige, wissen Sie,

wer der Herr Siegi Lindenmayr ist. Ich wusste es nicht, für alle zur Erinnerung, das ist der SPÖ-Verkehrssprecher, was hat der zur City-Maut gesagt? Er ist gesprächsbereit.

So, und der Kollege Steiner hat am Beginn bei seiner Begründung gesagt, erst haben wir geglaubt, das kann ja nur irgendwie eine Schnapsidee sein, aber wenn die SPÖ, Herr Landeshauptmann richtig gesagt, die Bürgermeisterpartei, sagt, sie ist gesprächsbereit, dann sind wir aufmerksam. Dann sagen wir, wir müssen was tun. Was kommt? Ein Antrag. Wir sagen, in vier Wochen brauchen wir über das Thema nicht mehr reden. In vier Wochen ist das längst politisch erledigt. *(Abg. Ingrid Salamon: Das glaube ich nicht.)* Gott sei Dank.

Heute haben wir als Landtagsfraktionen hier die Möglichkeit, ein ganz klares Signal zu senden. Kollege Sodl stellt sich heraus, weiß schon, wie wir reagieren auf einen Abänderungsantrag, den wir zu dem Zeitpunkt noch nicht einmal hatten. Herr Kollege Sodl, ich bin normal nicht so der Freund von Uhrzeiten und Genauigkeiten, aber Ihnen … *(Zwischenruf den Abg. Wolfgang Sodl)* Moment, Moment, nur die Ruhe, *(Abg. Ingrid Salamon: Es regt sich eh keiner auf.)* wir haben es gleich. 14.55 Uhr kommt der Abänderungsantrag, um 14.59 Uhr haben Sie zu reden angefangen, um 15.02 Uhr haben Sie mich gefragt. Nicht einmal, wenn ich es gleich bekommen hätte und sofort alles stehen und liegen gelassen hätte und nachgelesen hätte, hätte ich Ihnen sagen können, was im Antrag steht. In drei Minuten erlese ich den Inhalt nicht, wenn ich Ihnen aufpassend zuhöre.

Tatsache ist - und jetzt kommt die große Überraschung -, wir sind ja mit Ihnen einer Meinung. *(Abg. Ingrid Salamon: Schön! Bravo! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Um 15.25 Uhr, wohlgemerkt.)* Ich habe nicht einmal den Inhalt gewusst, haben Sie mir schon unterstellt, ich bin gegen Sie. Na sehen Sie, also alles auf den Punkt gebracht. Kurz davor, nach eins, sagt der Ludwig, gut, er ist gegen die Maut. Ja, aber meine lieben Freunde, warum sage ich Euch das? Das ist kein Thema der Inszenierung. Wir müssen wachsam sein, Herr Landeshauptmann, dass nicht morgen um dieselbe Zeit der Herr Ludwig etwas anderes sagt.

Deswegen: gemeinsamer Schulterschluss für die Pendler! Ein gemeinsames Zeichen! Wir werden Eurem Abänderungsantrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ - Abg. Manfred Kölly: Wenn wir noch ein bisschen reden, würden die GRÜNEN auch mitstimmen.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Günter Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mag. Sagartz, ich würde mir diesen Einsatz auch wünschen, auch von anderen Seiten, nämlich der burgenländischen Gebietskrankenkasse oder der Selbstverwaltung, wenn Sie dort auch diesen Einsatz zeigen würden, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir ja eh dafür, dass sich etwas ändert. Da sind wir ja eh dahinter. – Abg. Ingrid Salamon: Negativ für alle, die dort versichert sind. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bei der Gebietskrankenkasse sind wir dahinter, das stimmt.)* wie heute bei der City-Maut, das wäre nicht schlecht.

Aber eine Anmerkung, die mir sehr wichtig ist. Es hat mich gestern eine alleinerziehende Mutter angerufen und hat gesagt, Günter, bitte richte es heute den GRÜNEN aus, der Abgeordneten Petrik.

Sie hat zwei Kinder, sie pendelt jeden Tag von Eisenstadt nach Wien, sie kann nicht zyklisch fahren, also antizyklisch muss sie nach Wien fahren, jeden Tag, Tag für Tag, und ich soll Ihnen ausrichten, sie möchte ihre kleine Familie weiterhin versorgen können in der Früh, möchte eben nach Wien fahren und hat Angst. Sie hat Angst, jetzt City-Maut auch noch zu bezahlen.

Ich würde Sie heute gerne fragen, wie Sie dazu stehen. Sie sind sehr oft auf Frauenseite, Gott sei Dank. Ich bin gespannt, ob Sie das heute sind und Sie sich doch noch überzeugen lassen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich setze mich mit der Frau zusammen.)* dass Sie heute bei diesem Antrag noch mitstimmen können. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Es ist eigentlich schon sehr viel über dieses Thema gesprochen worden. Wahrscheinlich erzähle ich das Gleiche noch einmal, was Ihr jetzt eh schon alle gehört habt. Eigentlich erwarte ich, das ist so, das ist Tatsache, da sind eigentlich eh alle einer Meinung, bis auf die GRÜNEN. Ich meine, eines ist ganz klar. Dass wir hier eh schon eine Schlechterstellung haben, seit Jahren über diesen Finanzausgleich, dass Gemeinden immer weniger bekommen als wie Städte ist auch klar.

Der Herr Landeshauptmann hat heute auch gesagt, wenn ich das richtig verstanden habe, bekommen die Wiener noch einmal 78 Millionen Euro extra für diesen öffentlichen Ausbau von Verkehrsmitteln. Ich finde es ein bisschen fad, muss ich ganz ehrlich sagen, also wenn ich jetzt hergehe und sage, es gehört eine City-Maut eingeführt.

Im Prinzip ist eine City-Maut eine Pendlermaut und nichts anderes. Wenn das jetzt eingeführt gehört und die GRÜNEN sind ja vehement dafür, dann würde ich mir persönlich das so vorstellen, dass ich sage, okay, wir wollen das haben und wir haben einen Vorschlag dazu, also so sollten wir es machen.

Nur City-Maut einzuführen oder dafür zu sein, aber nicht wirklich eine vernünftige Alternative für die öffentlichen Verkehrsmittel zu haben, das finde ich echt ein bisschen fad. Also so kann es wohl nicht sein, weil andererseits stellt Ihr Euch wieder dagegen, wenn irgendwo öffentliche Verkehrsmittel gebaut werden sollen. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau! – Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt doch gar nicht.)* Natürlich braucht man da eine Fläche dafür, muss etwas gemacht werden und mitunter kann man nicht jedem alles Recht tun, da seid Ihr auch dagegen, also ich verstehe das nicht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt doch gar nicht. Was reden Sie für einen Blödsinn?)* Seid mir bitte nicht böse!

Eines ist auch klar, ich meine an die ÖVP bitte, also eines ist klar, eine City-Maut jetzt, der Ludwig wird nie für eine City-Maut stimmen. Ich meine, das ist doch politischer Selbstmord in der jetzigen Situation, das kann doch nicht sein. Jeder, der in der Politik bis drei zählen kann, weiß, dass man jetzt nicht für eine City-Maut stimmen kann, das ist unmöglich bitte. Wie stellt Ihr Euch das vor? *(Zwiegespräche und Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Wie der Bund besetzt ist, wie Wien besetzt ist, na der wird sich ja nicht selber ins Knie schießen, ich meine, seid mir bitte nicht böse, was soll das sein? *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Eines kann es auch nicht sein, mit dieser City-Maut sind natürlich nicht nur die Pendler schlechter gestellt, jetzt rede ich als Vertreter von den Firmen, natürlich sind die Firmen auch schlechter gestellt *(Abg. Ingrid Salamon: Genau! Die Kunden auch!)*, weil die, die alle einpendeln müssen, müssen ja auch zahlen, oder? Das ist eine weitere Schlechterstellung und das kann es wohl nicht sein.

Daher bin ich der Meinung und ich glaube, dass wir wie wir da jetzt sind, über 90 Prozent sind, die sagen, das kann es nicht sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

City Maut ist ein No Go für uns. In der Situation, so, wie sie jetzt ist. *(Abg. Manfred Kölly: Frage einmal, ob sie sich da zusammensetzen?)* Ja, in einer anderen Variante. Vielleicht irgendwann einmal, ja, kann sein. Aber so und jetzt unmöglich. Danke. *(Beifall bei der LBL und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist kommen wir zur Abstimmung.

Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor und ich lasse vorerst über den Abänderungsantrag des Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl abstimmen. *(Abg. Manfred Kölly: Steht doch auf. Ich sage es nicht weiter.)*

Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen. Die Entschließung betreffend Nein zur Citymaut in Wien ist somit mit der beantragten Abänderung mehrheitlich angenommen.

7. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1294) betreffend Grundversorgung (Zahl 21 - 919) (Beilage 1322)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum 7. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 1294, betreffend Grundversorgung, Zahl 21 - 919, Beilage1322.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Manfred Kölly: Herr Präsident! Ich erstatte gerne Bericht. Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Grundversorgung, in seiner 16. Sitzung am Mittwoch, dem 23. Mai 2018, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie die Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes Ing. Bernhard Drobits, BSc und Mag.a (FH) Isabella Graf an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen. Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Grundversorgung zur Kenntnis nehmen.

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Als ersten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshof stellt der Abteilung 6 in Sachen Grundversorgung bei allen Kritikpunkten, die es auch gibt, und die ich sage einmal so, durchaus üblich sind wenn Verwaltungsabläufe überprüft werden, insgesamt ein gutes, ja ein zufriedenstellendes Zeugnis aus.

Der überprüfte Zeitraum erstreckt sich vom 1. Jänner 2012 bis zum 31. Dezember 2016, also über fünf Jahre, und umfasst damit auch das Krisenjahr 2015. Die Zahlen dazu, Herr Landesrat, meine Damen und Herren, sind durchaus beeindruckend.

Grundversorgte Personen im Jahr 2012 durchschnittlich 579, grundversorgte Personen im Jahr 2016 durchschnittlich 2.795. Anzahl der Quartiere im Jahr 2012 36, Anzahl der Quartiere im Jahr 2016 307.

Nettoausgaben des Landes im Jahr 2012 für die Grundversorgung 1,46 Millionen Euro, Nettoausgaben des Landes für die Grundversorgung im Jahr 2016 18,36 Millionen Euro. Das bedeutet, meine Damen und Herren, Anzahl der grundversorgten Personen mehr als vervierfacht, Anzahl der Quartiere mehr als verachtfacht und die Nettoausgaben des Landes für die Grundversorgung mehr als verzwölffacht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Anzahl der Bediensteten im zuständigen Referat wurde übrigens nur um etwas mehr als verdreifacht. Das es angesichts dieser Entwicklungen und dieser Fallzahlen und dieses Anstiegs natürlich auch zu Umständen gekommen ist, die der Landes-Rechnungshof in der Abwicklung als kritikwürdig erachtet, ist nicht verwunderlich, es ist aber auch nicht weiter besorgniserregend. Gerade angesichts dieser Entwicklungen ist das Ergebnis der Überprüfung des Landes-Rechnungshofes als zufriedenstellend anzuerkennen. Gerade angesichts dieser Entwicklung in dieser Situation ist den Bediensteten zu danken und ist ihnen zu gratulieren.

Meine Damen und Herren! Das, was an Empfehlungen da ist, 15 an der Zahl, das ist natürlich ernst zu nehmen, ist zu berücksichtigen und ist so es noch nicht geschehen ist, auch in Umsetzung zu bringen.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Bewältigung der Folgen des Krisenjahres 2015 im Bereich der Grundversorgung gut funktioniert hat. Gerade auch unter dem Aspekt, dass wir uns bewusst und ganz gezielt auf kleine Einheiten bei der Unterbringung von Fremden die grundversorgt werden verständigt haben.

Ebenso richtig war es mit den Tagsätzen im Bereich der Grundversorgung maßvoll umzugehen, auch das hat sich positiv ausgewirkt. Vielen Dank an alle Beteiligten, angefangen beim damaligen Landesrat Kollegen Dr. Peter Rezar und dem aktuellen Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Vielen Dank auch an den Landes-Rechnungshof für die Prüfung. Wir nehmen den Bericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Prüfbericht des Landes-Rechnungshofes in der Zeit 2012 bis 2016 beinhaltet natürlich auch die schwierige Situation mit dem Jahr 2015, wo die Herausforderungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden natürlich immer wieder eine sehr große Rolle gespielt haben, genauso wie hier in den Debattenbeiträgen im Hohen Haus.

Aber, wie bei jedem Bericht des Landes-Rechnungshofes gibt es positive, wie auch negative Punkte, die festgestellt wurden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Positiv ist absolut hervorzuheben, dass die Umsetzung der angestrebten Unterbringung der Grundversorgten in kleinen Einheiten relativ gut gelungen ist. Ebenfalls, dass die Abteilung die Arbeit gut gemeistert hat. Aber der Landes-Rechnungshof hat auch festgestellt, dass die Zielvorgaben und eine verbindliche Strategie gefehlt haben. Ebenfalls gab es keine Gesamtkostenbetrachtung. Das widerspiegelt sich dann, wenn man sich die politische Weitblickarbeit anschaut in einem Budget, wo ich weiß, was 2015 alles passiert ist. Wieviel Personen in die Grundversorgung gehen werden. Da hat es ja doch eine große Anzahl davon gegeben und es war auch im Burgenland mit einer wesentlichen Anzahl damit zu rechnen.

Wenn man sich dann die Zahlen anschaut mit dem Nachtragsvoranschlag im Jahr 2015, dass es dort einen Nachtrag gegeben hat, dann ist es nicht weiter verwunderlich, weil das eben das Krisenjahr war. Aber, wenn ich mir den Voranschlag 2016 anschaue, das was eigentlich nach dieser großen Welle eigentlich geschrieben worden ist und dann der Nachtragsvoranschlag sich mit fast 15 Millionen Euro niederschlägt, so hat man eigentlich in diesem Bereich dementsprechend nicht reagiert beziehungsweise diesen Weitblick nicht gehabt.

Wohl auch, dass im Jahr 2012 und 2013 diese Ausgaben für die Grundversorgten als Ermessensausgaben ausgewiesen worden sind, was meines Erachtens nach, genauso hat es der Landes-Rechnungshof festgestellt, auch gar nicht so passieren hätte können, sondern es als Pflichtausgaben darzustellen sind und somit wäre das auch im Landeshaushalt von demensprechenden Finanzreferenten von der sogenannten Kreditsperre auch ausgenommen gewesen.

2014 ist es, Gott sei Dank, dann umgestellt worden. Wenn man die Tatsachen der Flüchtlingskrise 2015 hernimmt, dann muss man auch auf allen Ebenen reagieren. Ob das organisatorisch ist, oder auch in den finanziellen Belangen.

Die Landesrechnungsabschlüsse haben demensprechend auch die Zahlen widergespiegelt, aber aus den Erfahrungen aus diesem Jahr 2015 muss man auch heute vorausschauend reagieren. In der Frage, zum Beispiel, des Grenzschutzes, was derzeit wieder diskutiert wird, über die gesamte Flüchtlingsbewegung, die jetzt wieder massiv

aktuell wird, weil man die Flüchtlingsströme auch dementsprechend bewertet, die Lösungsorientiertheit, was man dann in der Folge daraus macht, wie auch zuletzt die Diskussion um die Mindestsicherung.

Ich begrüße daher auch klar die Linie der Bundesregierung. Es muss auch einen klaren Unterschied zwischen Lohn- und Sozialleistungen geben. Es muss fair und gerecht sein. Es muss wieder einen Unterschied zwischen den Lohn- und Sozialleistungen geben.

Das heißt insgesamt, auch wenn keine Steuerabgaben geleistet wurden, gibt es auch keine Sozialleistungen. Folglich wird man auch in Zukunft darauf schauen, dass diese auch geregelt werden und da braucht man nicht immer wehleidig sein, ob man jetzt gleich gefragt worden ist oder nicht.

Tatsache ist, dass auf Bundesebene, glaube ich, eine lösungsorientierte gute, faire und gerechte Mindestsicherung ausgearbeitet worden ist. Tatsache ist auch, dass man den Ländern oder zumindest manchen Ländern einen Gefallen tut, wenn ich nur Wien anschaue. Denen tut man ja wirklich einen Gefallen, bevor sie eigentlich mit ihren Leistungen in diesem Bereich im finanziellen Sumpf untergehen.

Dementsprechend kann man das eigentlich nur in dieser Art und Weise würdigen. Wie auch die Arbeit des Landes-Rechnungshofes. Ein Dankeschön an den Herrn Direktor Mihalits und sein Team. Wir nehmen diesen Bericht selbstverständlich zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn man sich den Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Grundversorgung in den Jahren 2012 bis 2016 vergegenwärtigt, so wird er von einem Ereignis überschattet, welches in ganz Europa die gewaltigsten Veränderungen und zwar in allen Bereichen im Rahmen der jüngeren Geschichte herbeigeführt hat.

Die sogenannte Flüchtlingskrise, diese gewaltigen Migrationsströme in Form einer neuen Völkerwanderung haben weite Teile der Politik, der Wirtschaft, der Finanzen, des Sozialgefüges, der Sicherheit, der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes bis hin zur Kultur auf der Ebene der gesamten europäischen Situation diametral verändert und damit nahezu alle Bereiche unseres Gemein- und Gesellschaftsgefüges erfasst bis hin zur Grundversorgung.

Ziel dieser Grundversorgung ist es ja, im Kern die vorübergehende Versorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in Österreich. Dazu zählen eben insbesondere die Fragen der Unterbringung, der Verpflegung und der Krankenversicherung sicherzustellen.

Diese Grundversorgung hat sich im Burgenland zunächst einmal einigermaßen stabil entwickelt. In den Jahren 2012 mit Nettoausgaben von 1,46 Millionen Euro, 2013 mit 1,49 Millionen Euro bis zum Jahr 2014 auf 2,37 Millionen Euro. Dann kam es eben durch diese besagte Flüchtlingskrise zu einem deutlichen Anstieg der Nettoausgaben zunächst auf 6,52 Millionen Euro und vor allen Dingen 2016 auf 18,36 Millionen Euro. Eine doch im finanziellen Rahmen gesehen dramatische Steigerung um das 12-fache. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das hat natürlich zu einer exorbitanten Ausgabensteigerung, aber auch zu neuen Herausforderungen geführt, nämlich, für die gesamte zuständige Sozialabteilung. Nicht

nur der Personalstand, der von 2 auf 7 Personen erhöht werden musste, sondern auch die Anzahl der notwendigen Quartiere, die von 36 auf 307 rekrutiert werden mussten.

Das ist eine Steigerung um 753 Prozentpunkte. Die Steigerung der grundversorgten Personen im Burgenland war damit von durchschnittlich 579 Personen auf 2.795 Personen im Zeitraum 2012 bis 2016 doch eklatant im Steigen.

Positiv muss man hier zweifelsohne anmerken, dass es hier im Land ein ständiges Bestreben gegeben hat, die schutzbedürftigen Fremden in kleinen überschaubaren Einheiten unterzubringen, wobei zwischen 78 und 94 Prozent der Grundversorgten in Quartieren zwischen maximal 25 Personen untergebracht worden sind, wobei der Großteil sogar in Quartieren mit maximal 10 Prozent eine Unterbringung fanden.

Mit der Aufteilung der Grundversorgten auf 110 Orte beziehungsweise Ortsteile, wurde, glaube ich, auch unserer kleinräumigen burgenländischen Struktur entsprochen. Der Burgenländische Landes-Rechnungshof kritisiert zunächst das Fehlen eines Organisationshandbuches sowie eine nachvollziehbare Gesamtübersicht der ausbezahlten Kostenersätze sowie das Fehlen präziser Zielvorgaben und Strategien.

Anerkannte, aber die Vertragsstandards für die Quartierverträge zumindest seit Oktober 2016 sowie die Vorgehensweise des Kontrollorgans obwohl zur Durchführung der Quartierkontrollen nur eine einzige Person zur Verfügung stand.

Man könnte jetzt zusammengenommen in diesem Zusammenhang sicherlich die Vorgehensweisen der Ablauf- und Aufbauorganisationen als positive Improvisation bezeichnen, wobei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialabteilung großes Engagement und gewaltiger Einsatzwille in der Bewältigung der Administration dankenswerter Weise zu attestieren ist.

Dies gilt nicht zuletzt auch für die Verrechnung und für die finanzielle Entwicklung bei Voranschlag und Rechnungsabschluss. Besonders signifikant - und ich habe es bereits eingangs gesagt - war natürlich der Anstieg der Nettoausgaben 2016 gegenüber dem Jahr 2015.

181 Prozentpunkte Anstieg. Im Vergleich zum Jahr 2012 war es gar ein Anstieg um 1.153 Prozentpunkte. Man kann also aufgrund dieser Zahlen sehr leicht erkennen, wie nachhaltig negativ sich die Flüchtlingsströme vor allem ab dem Jahr 2015 ausgewirkt haben.

Hohes Haus! Wenn wir nun ein Resümee ziehen wollten, müsste man sagen, gemessen an all diesen Turbulenzen, diese gewaltigen Flüchtlingsströme im Jahr 2015 und die damit im Zusammenhang stehenden Herausforderungen für die Landesverwaltung waren die Ergebnisse, war der sogenannte Output, eigentlich durchaus respektabel, wofür den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialabteilung zu danken ist. Es zählt und so ist es immer primär, die positive Umsetzung auch angesichts dieser gewaltigen Veränderungen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin der Überzeugung, dass den 15 Empfehlungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes in nächster Zeit sehr zügig entsprochen werden wird. Ich darf ich mich abschließend bei unserem Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Andreas Mihalits samt seinem Team sehr herzlich bedanken und gleichzeitig signalisieren, dass meine Fraktion dem vorliegenden Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dr. Peter Rezar hat das eigentlich vorweg genommen, was ich sagen wollte. Ich bin Rechnungshofkontrollen –auch aus meiner früheren Funktion als Minister gewohnt.

Ich würde meinen, wenn man sich das unter dem Strich ansieht, ist es, ohne jetzt dem Rechnungshof schmeicheln zu wollen, denn das würde wahrscheinlich dem Rechnungshof schaden, eine doch auch positive Bewertung der Arbeit der Abteilung 6 in diesem sehr sensiblen und schwierigen Bereich - vor allem was das Jahr 2015 betrifft.

Ich glaube, dass wir mit der Aufstockung des Personals auch dem Rechnung getragen haben, was hier auf uns zugekommen ist. Es ist ja auch an den Zahlen ablesbar, das wurde von Herrn Dr. Peter Rezar schon erwähnt, wie stark das angestiegen ist, was auch die Kosten und die Grundversorgung betrifft.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, erstens mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung zu bedanken, die in einem sehr schwierigen Prozess diese Aufgabe, aus meiner Sicht, auch hervorragend absolviert haben.

Eine Kritik am Rechnungshof betreffend die Zielvorgabengeschichte sei mir gestattet, weil die Zielvorgaben schwer zu erfüllen waren, weil es ja auch eine Situation „Learning bei Doing“ war beziehungsweise man im Prozess auch reagieren hat müssen.

Aber, lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, ganz kurz noch Ihre Aufmerksamkeit zu beanspruchen. Wir haben derzeit 1.422 Personen in der Grundversorgung. Es waren, wie es im Bericht auch ersichtlich ist, schon einmal *(Abg. Géza Molnár: 2.795!)* 2.795.

Man sieht, dass sich das jetzt auch verändert hat. Auch wenn wir jetzt da und dort wieder Signale bekommen, dass gewisse Routen neu „bespielt werden“, aber wir haben hier schon auch eine Entwicklung, die durchaus überschaubar ist. Wir haben auch eine Entwicklung hier im Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das möchte ich, dass Sie das wissen und berücksichtigen. Wir haben mehr Quartiere offen, als wir sozusagen von den Anforderungen vom Innenministerium her haben. Wir sind nicht unglücklich darüber. Es ist so wie es ist. Ich möchte nur sagen, dass es nicht eine Holschuld des Burgenlandes hier ist, sondern wir haben ungefähr 400 bis 500 Quartiere, die theoretisch besetzt werden könnten, aber es ist ein großer Überhang.

Ich muss dazu sagen, dass von neun Bundesländern es acht sind, die unter der 100 Prozent Hürde sind. Wir sind als Burgenland im Mittelfeld. Wien ist mit 160 Prozent klar darüber. Wir wissen ohnehin warum das so ist, weil die Bedingungen dort auch finanziell ein bisschen anders sind.

Aber, es ist auch dem Landtag, glaube ich, nicht nur zumutbar, sondern es ist auch meine Verpflichtung, Sie zu informieren. Wir haben derzeit, wie bereits gesagt, 1.422 in der Grundversorgung und ich habe auch das Gefühl, ich bin ja täglich in Kontakt nicht nur mit der Abteilung, sondern auch mit den Betreibern von Einrichtungen, dass auch die soziale Ausgewogenheit im Burgenland so gegeben ist, dass das auch für die Gemeinden zumutbar ist.

Ich darf mich recht herzlich bedanken. Ich glaube, dass das auch ein Ausweis ist, dass die Abteilung 6 sehr gut arbeitet und ich darf Sie ersuchen, wie schon meine Fraktion angekündigt hat, diesen Rechnungshofbericht auch so zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegt nun keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Grundversorgung wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 1308) betreffend Aufbringung und Verwendung der finanziellen Mittel des Burgenland Tourismus (Zahl 21 - 922) (Beilage 1323)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 8. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 1308, betreffend Aufbringung und Verwendung der finanziellen Mittel des Burgenland Tourismus, Zahl 21 - 922, Beilage 1323.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Edith Sack: Sehr geehrter Herr Präsident! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Aufbringung und Verwendung der finanziellen Mittel des Burgenland Tourismus, in seiner 16. Sitzung am Mittwoch, dem 23. Mai 2018, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahmen Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits sowie die Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes Ing. Bernhard Drobits, BSc und Mag.a (FH) Isabella Graf an den Beratungen teil.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Anschließend meldeten sich die Landtagsabgeordneten Spitzmüller, Mag. Wolf, M.A. und Kölly zu Wort. Die dabei gestellten Fragen wurden vom Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Aufbringung und Verwendung der finanziellen Mittel des Burgenland Tourismus zur Kenntnis nehmen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly ist startbereit. Bitte als erster Redner.

Sie haben das Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir zuvor einen Rechnungshofbericht gehört haben, der eher positiv war, kommen wir jetzt zu einem Punkt, der mir, leider Gottes, nicht sehr am Herzen gelegen ist, dass überhaupt solche Dinge passieren, die hier aufgezeichnet wurden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da möchte ich mich beim Rechnungshofdirektor mit seinem Team jetzt schon bedanken, denn wenn wir einen Bericht von 2012 bis April 2017 hier vorliegen haben über Tourismus und der Gleichen mehr, wo noch die vorherige Regierung mit eingebunden war und auch die ÖVP Verantwortung getragen hat, dann ist das schon ein Zeichen.

Speziell, wenn die ÖVP das noch beantragt hat, diesen Rechnungshofbericht dementsprechend auch aufzuarbeiten und uns zur Verfügung zu stellen.

Ich glaube, dass der Landes-Rechnungshof die Finanzen des burgenländischen Tourismus für den Zeitraum 2012 bis April 2017 in einem Schlussbericht zu der von der ÖVP beantragten Prüfung gibt es doch nicht nur einige Kritikpunkte, sondern sehr viele Kritikpunkte.

Vor allem wird bemängelt, dass zur Verwendung der aufgebrachten Mittel keine detaillierten Kostenrechnungen vorgelegt werden konnten. Ebenso gab es laut Bericht keine konkreten Zielvorgaben für einzelne Marketingmaßnahmen. Sowohl im Landesverband Burgenlandtourismus, als auch in der Burgenland Tourismus GmbH. fehlten geeignete Steuerungs- und Kontrollinstrumente für den Vorstand beziehungsweise den Aufsichtsrat. Es konnte keine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat vorgelegt werden, obwohl eine solche beschlossen worden war. Das hört sich schon einmal gar nicht gut an. Es gibt offenbar keine klar definierte Aufgabenverteilung innerhalb der Geschäftsführung. Der Tourismusdirektor bezieht zusätzlich zu seinem Fixeinkommen ein variables Einkommen in Form einer Erfolgsprämie, die mit 15 Prozent des jährlichen Fixbezuges gedeckelt sind.

Man höre. *(Abg. Gerhard Steier: Ist doch nichts Neues!)* Neues ist es gar nichts, aber das zeigt der Rechnungshof penibel auf und dort wollen wir jetzt ansetzen und einmal schauen, was tatsächlich dann in den nächsten Jahren passieren wird. Um das geht es.

Wofür genau wurden diese Prämien gewährt? Warum sind die Kriterien so schwammig? Die Frage. Wofür braucht die Prokuristin eine Erfolgsprämie? Das sind Fragen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wir nicht!)* Nein, das ist erst später gekommen. Aber die ÖVP hat ja auch ihr „Fett“ bekommen Ja, die ÖVP, weil von 2012 bis …. hat die damalige Frau Landesrätin für Tourismus dieser Fraktion angehört. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Neben dem Land fungierte zunächst der Landesverband Burgenlandtourismus als zentrale Anlaufstelle für die organisatorischen und finanziellen Angelegenheiten des burgenländischen Tourismus. Ab 2016 übernahm die als Tochter der Landesholding gegründete Burgenland Tourismus GmbH die Rechte und Pflichten des Landesverbandes sowie auch alle seine Vertragsverhältnisse.

Das Land gibt an, dem Landesverband aufgrund von offenen Behaltsfristen bei EU-Projekten zumindest bis 2022 bestehen lassen zu müssen. Damit aber natürlich auch seine Gremien, die im Gegensatz zur GmbH hauptsächlich politisch besetzt sind. Man kann sich ja das Ganze anschauen. Ich zeige Dir das dann, Herr Landesrat.

Damit stellt sich aus Sicht des Bündnis Liste Burgenland die Frage, ob hier eine Art Schattenkabinett besteht, das Beschlüsse fasst beziehungsweise die Zuordnung von

Mitteln steuert ohne dass dies in der GmbH offiziell und transparent nachvollzogen werden kann? *(Abg. Gerhard Steier: Transparenz?)*

Die sich durch den Bericht durchziehende Kritik des Rechnungshofes betreffend Mängel bei Beschlüssen und Dokumentationen würden diesen Verdacht eigentlich erhärten. Wenn ich mir, sehr geehrter Herr Magister, Herr Landesrat, anschaue, wer da im Landesverband Burgenland Körperschaft öffentlichen Rechtes oder dann in der Burgenland Tourismus GmbH, dann wissen wir, um was es geht oder?

Nämlich, dass wir doch ein wenig politisch besetzt sind. Aber, macht ja nichts. Das ist ja nicht der große Jammer. Man sagt zwar nur immer, es ist nichts politisch besetzt, aber irgendwo müssen wir es einordnen und zuordnen können und das tut man.

Ich denke, in diesen Prüfzeitraum fällt auch der vorzeitige Abgang des damaligen Tourismusdirektors Mario Baier im Feber 2017. Drei Jahre vor Auslaufen seines Vertrages. Gründe für dessen Auflösung konnte der Landes-Rechnungshof nicht feststellen. Aber, ich habe mir die Mühe gemacht, und habe den Herrn Landesrat gefragt. Da hat es geheißen, der bekommt gar nichts, der ist von alleine gegangen. Das Ganze hat sich erledigt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Siehe da, in diesem Bericht steht ein bisschen etwas anders. Die Burgenland Tourismus GmbH hat laut Bericht eine Restvergütung im Ausmaß von 17 Monatsgehältern inklusive aliquoter Sonderzahlung geleistet. Die Frage wurde seitens der ÖVP gestellt. Wie hoch, so die vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellte Frage, darf man nicht erfahren. Warum, verstehe ich nicht.

Was kann man da verheimlichen, verschleiern? Wenn er es bekommen hat, dann hat er es eben bekommen, wenn es ihm zugestanden ist. Warum sagt man nicht, welche Höhe das tatsächlich war? Ich sehe da kein Problem, wenn der es wirklich verdient hat. *(Abg. Gerhard Steier: Transparenz!)* Ah, das ist transparent. In Ordnung, dann muss ich das so zur Kenntnis nehmen. Aber genau das wollen wir im Hohen Landtag wissen.

Was wird da eigentlich gespielt? Wie sieht das mit öffentlichen Geldern aus? Warum bekommt der das? Warum bekommt er das nicht? Das ist ja alles wie bei der KRAGES und so weiter. Da gibt es genau die gleiche Spielregel.

Ja, dann wird an die interimistische Geschäftsführerin, die damalige Prokuristin, das Gehalt auf jenes des ausgeschiedenen Direktors angehoben. Warum? Wenn sie ohnehin Prokuristin ist, dann ist sie ohnehin verantwortlich. Warum erhöhe ich das jetzt für diese Zeit? Mit Juli 2017 trat schließlich Hannes Anton als neuer Tourismusdirektor an.

Dann hat man die liebe Frau Prokuristin jetzt da auch wieder mit finanziellen Mitteln versorgt. Das versteht auch keiner, denn die sind ihr wahrscheinlich auch gar nicht zugestanden.

Mängel ortet der Rechnungshof auch bei der Einhebung von Tourismusabgaben und der Kontrolle dabei. Die Einnahmen haben sich zwischen 2012 und 2016 um 64 Prozent verringert, obwohl es um 12 Prozent mehr beitragspflichtige Unternehmen gegeben hat. Das ist auch interessant. Im Jahr 2014 haben, zum Beispiel, 1.374 Meldungen von Betrieben gefehlt und damit auch die entsprechenden Einnahmen.

Warum? Wer hat das kontrolliert? Was ist da gelaufen? Das sollten wir alles hinterfragen. Der Rechnungshof hat es getan. Der Rechnungshof empfahl daher in seinem Abschlussbericht:

Das Mahnwesen im Bereich der Tourismusförderbeiträge zu evaluieren und die gesetzlichen Kontrollmöglichkeiten zu nutzen. Wir vom Bündnis Liste Burgenland stellen

sich in diesem Zusammenhang folgende politische Frage: Kann es auch nicht so sein, dass im Burgenland die Zahl der Einzelunternehmer stark ansteigt? Beispielsweise bei Pflegerinnen, die aus dem benachbarten Ausland einpendeln, bei der Wirtschaftskammer Burgenland ein Gewerbe anmelden müssen und damit als Unternehmer aufscheinen? *(Abg. Gerhard Steier: Das steht aber sicher nicht im Rechnungshofbericht.)* Wir stellen uns die Frage, ob das nicht so läuft?

Kann es nicht auch so sein, dass sinkende Beitragsvolumen bei gleichzeitigen Ansteigen an abgabepflichte Unternehmen ein Hinweis auf insgesamt sinkende Umsätze beziehungsweise Betriebsgrößen sind? Das sind unsere Gedanken und unsere Fragen dazu.

Aber, vielleicht bekomme ich dann ohnehin eine Antwort. Kritik üben wir auch noch: Die fehlende Transparenz des Landes Burgenland bei der Ausweisung vollständiger Information betreffend die direkten und indirekten Beteiligungen des Landes wurde sowohl von Seiten des Landes-Rechnungshofes, als auch vom Bundes-Rechnungshof bereits mehrfach kritisiert.

So schrieb der Bundes-Rechnungshof beispielsweise 2015: Damit erhielt der Landtag nicht einmal über die werthaltigsten beziehungsweise strategisch bedeutendsten Beteiligungen des Landes Burgenland umfassende Information. Wie kann es das geben? Warum kann ein Rechnungshof eigentlich nicht Informationen erhalten? Tatsache ist aber, dass jährlich zwischen zehn und 15 Prozent des Haushaltsvolumens für Zahlungen des Landes an Beteiligungsunternehmen verwendet werden.

Dazu kommt, dass diese Beteiligungsunternehmen des Landes Burgenland anteilige Gesamtverbindlichkeiten in der Gesamthöhe von fast zwei Milliarden Euro aufweisen. Diese Gesamtverbindlichkeiten sind zu einem Teil mit Haftung des Landes Burgenland abgesichert, vor dem Hintergrund des Hypo-Alpe-Adria Skandals, aber auch durch weitere, durch Entscheidungen der Politik, herbeigeführte Finanzverluste.

Wie in anderen Bundesländern scheint es daher dringend angezeigt, politische, wirtschaftliche und zivile Kräfte zu bündeln, um auf breiter Ebene mehr Transparenz in die Privatwirtschaftsverwaltung des Landes Burgenland zu bringen.

Das heißt, warum macht man das nicht? Was ist da dabei, wenn man das transparent macht, wenn man das uns allen einmal als Unterlage gibt? Was ist da so schlecht daran? Ich kann mich erinnern, wie die FPÖ immer gesagt hat, Transparenz, Offenheit.

Herr Landesrat, da würde ich bitten, dass man das - genau wie Ihr das früher gesehen habt - wird es eigentlich umgesetzt. Das wäre unsere Bitte. Was vergibt man sich da, wenn das am Tisch liegt? Fehler können passieren, Fehler macht jeder.

Daher folgende Fragen noch an die Politik:

- Sind die betreffenden Gesellschaften ausschließlich mit Agenden der privatwirtschaftlichen Verwaltung befasst, oder liegt eine Vermengung hoheitlicher Aufgaben vor? Möglicherweise nicht rechtmäßig ausgegliedert worden, die hoheitlichen Aufgaben.
- Sind in den betreffenden Gesellschaften Kosten, vor allem Personalkosten versteckt, die damit im öffentlichen Haushalt nicht mehr aufscheinen?
- Wie wirken sich die Investitionstätigkeiten dieser Gesellschaften auf den öffentlichen Haushalt des Landes Burgenland aus beziehungsweise durch die Übernahme von Haftungen für Kredite?

- Wurde diese Vielzahl von Gesellschaften im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung im Burgenland unter anderem deshalb gegründet, um einen Umgang mit Fördermitteln - und hier vor allem von der EU - zu verschleiern?

In Bezug auf die Parallelitäten vom Landesverband Burgenland Tourismus als Förderungsnehmer von EU-Geldern und der Burgenland Tourismus GmbH als ausgelagerte Gesellschaft im Rahmen des Konzerns Burgenland muss hier zum einen die Frage nach Transparenz der Geldflüsse, zum andern die Frage nach Legitimation solcher Konstruktionen gestellt werden.

Das sind so diese Dinge, die wirklich jeder wissen sollte von uns im Hohen Landtag. Warum dürfen wir das nicht wissen? Was ist denn so schrecklich daran, wenn man das auf den Tisch legt? Der Landes-Rechnungshof zeigt das dann ohnehin auf.

Wir versuchen auch in der Kontrolle, in den Ausschüssen, das zu hinterfragen. Dann bekommt man halt zur Antwort, darüber braucht man keine Auskunft zu geben. Das ist halt einmal so.

Das Geflecht an Landesgesellschaften ist so dicht, dass weder der Landes-Kontrollausschuss, noch der Landes-Rechnungshof detaillierte Übersicht geben können. Und das haben wir das letzte Mal erlebt. Zudem wird dem Landtag seit vielen Jahren mit Verweis auf eine angebliche rechtliche Stellungnahme der Landesamtsdirektion jede Auskunft in Bezug auf die finanzielle Gebarung dieser Landesgesellschaften verweigert. Das letzte Mal haben wir das diskutiert, dass wir das ändern wollen. Ich hoffe, dass das irgendwann einmal so weit sein wird.

Dies betrifft vor allem auch die damit verbundenen finanziellen Haftungen und Risiken, die sich für die Landeshaushalte und damit auch für den Steuerzahler ergeben.

Und daher sage ich immer, wenn der Landeshauptmann sagt, ihr habt nicht zugestimmt beim Voranschlag. Na wenn immer wieder solche Rechnungshofberichte auftauchen, da kann man halt bei gewissen Dingen gar nicht zustimmen.

Aber trotzdem sind wir so weit, dass wir, und wir sind angetreten als Liste Burgenland, mitzuarbeiten in diesem Landtag. Auch etwas umzusetzen, wie man gesehen hat, bei Wohnbauförderungen und dergleichen mehr.

Aber man will wissen, was geschieht eigentlich mit öffentlichen Geldern? Was ist bei Regierungssitzungen? Was ist auf der Tagesordnung? Was geschieht dort? Und da würde ich die FPÖ noch einmal bitten, das einzuhalten, was sie vor Jahren versprochen haben und immer schon in der Opposition gesagt haben, das gehört geändert.

Und daher glaube ich, dass diese Rechnungshofberichte wichtig sind. Dass wir uns alle dahinterklemmen, dass wir auch solche Punkte, die hier aufgezeigt wurden, und da gibt es noch mehrere drinnen, dass wir die aufarbeiten, abarbeiten. Dann, glaube ich, können wir, Herr Landesrat, einen guten Weg sehen im Burgenland.

Der Tourismus boomt schon, bei dem herrlichen Wetter überhaupt, wie es heute draußen ist. Darum habe ich mich ein bisschen gekürzt gehalten, damit wir vielleicht noch ein bisschen das Wetter genießen können.

In diesem Sinne werden wir natürlich diesem Rechnungshofbericht gerne zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL – Abg. Gerhard Steier: Wenn Du das nicht vorgelesen hättest, wären wir noch kürzer.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Ich möchte zunächst noch einen Satz verlieren zum vorgegangenen Rechnungshofbericht zur Grundversorgung.

Natürlich stehen wir nicht an, auch hier zu einem positiven Bericht, so oft kommen sie ja nicht vor, zu gratulieren. Und man muss wirklich sagen, unter den doch schwierigen Umständen dann einen doch sehr positiven Bericht zu bekommen, zeugt schon davon, dass hier offensichtlich gute Arbeit gemacht wurde.

Herzlichen Glückwunsch dazu!

Das wiegt auch, denke ich, umso mehr, wenn man sich andere Berichte anschaut, wie den der uns jetzt vorliegt. Der Berichtszeitraum umfasst hier 2012 bis 2017, also Anfang 2017. Und man muss sagen, man kann eigentlich hier die Kritik in zwei Segmente fassen. Auf der einen Seite muss man sagen, dass seit Jahren, wenn nicht länger schon, im Tourismus ein ziemliches Wirrwarr an Zuständigkeiten, Vorgaben und Gesetzen und Zielvorgaben teilweise auch besteht. Im Prüfzeitraum gab es drei verschiedene rechtliche Grundlagen, zwei verschiedene Verbände, et cetera et cetera.

Unter diesen Gesichtspunkten muss man sagen, ist es eigentlich eh sehr gut, dass die Tourismuszahlen im Burgenland positiv sind. Ich denke, wenn man hier diesen 41 Empfehlungen des Rechnungshofes Rechnung tragen würde, könnte man das noch verbessern.

Ich möchte kurz, das hat jetzt mit dem Bericht direkt nichts zu tun, zurückspringen. Es gab einmal eine Marke, die aufgebaut wurde, über zehn Jahre hinweg, die hieß „Thermenwelt Burgenland“. Da hat man viel Geld hineingesteckt. Und in dem Moment, wo das eigentlich zum Laufen begonnen hat, hat man diese Marke abgedreht und hat die Marke „Südburgenland“ daraus gemacht.

Alles das ist meiner Ansicht nach keine gute Grundlage, um hier jene Leute, die dafür arbeiten, auch gute Arbeit machen lassen zu können. Gerade bei einer Marke weiß man, so etwas dauert sehr lange. Da braucht es einen langen Atem. Da muss man zuerst einmal gescheit investieren und irgendwann läuft das dann. Wenn man dann zu dem Zeitpunkt, wo das eigentlich funktionieren könnte, wieder zurückzieht, ist es meiner Ansicht nach, keine kluge Entscheidung.

Was noch dazu kommt, jetzt von politischer Seite her ist, dass einmal mehr, wir kennen das aus vielen anderen Berichten, hier Steuerungs- und Kontrollmangel herrscht und auch gewisse Zielvorgaben zu wenig oder zu wenig ausreichend gemacht wurden.

All das beschert uns dann letztendlich offensichtlich solche Berichte, wie wir sie leider immer wieder vom Rechnungshof vorgelegt bekommen.

Insgesamt 100 Seiten stark ist der Bericht. 41 Empfehlungen sind auch nicht gerade wenig. Und die gehen dann doch ziemlich Erstens ins Detail und in die Substanz eigentlich. So bemängelt der Rechnungshof zum Beispiel, dass die Prokuristin wichtigere Bereiche überhatte, als die Geschäftsführung.

Also wenn man sich den Vergleich anschaut: Die Geschäftsführung war zuständig laut der Geschäftsordnung für Bilanz und Jahresabschluss, für die Buchhaltung,

Mahnwesen, Personalverrechnung und Logistik. Die Prokuristin war zuständig für das komplette Personalwesen, für Tourismus, Marketing und Steuerung, Organisation, Planung und Budgetierung, interne und externe Kommunikation.

Ich muss gestehen, was Geschäftsordnungen und Geschäftsaufteilungen angeht, bin ich ein Laie. Aber wenn ich mir das anschaue, hätte ich mir das eher umgekehrt erwartet. Also wenn ich bei der Geschäftsführung die Personalverrechnung habe, aber bei der Prokuristin das gesamte Personalwesen und interne und externe Kommunikation, dann denke ich mir schon, da kann irgendetwas nicht stimmen.

Im Rechnungshofbericht steht allerdings auch drinnen, dass das bereits geändert wurde. Ich hoffe gescheit. Ein großer Teil des Berichts umfasst die Einhebung und die Kontrolle der Einhebung und Verwendung der Ortstaxe und des Tourismusförderungsbeitrages. Ein großer Teil deswegen, weil hier auch Vieles im Argen liegt. Und eigentlich muss man sagen, ein Haufen Anlass zur Kritik ist.

Bei der Ortstaxe war das vor allem die Kritik, dass beim Förderbeitrag generell die Praxis der Einhebung und des Mahnwesens nicht gepasst haben. Es wurde bis zu vier Mal gemahnt. Man hatte eigentlich keinen Gesamtüberblick über die Ortstaxe und ähnlich war es dann auch bei den Tourismusförderungsbeiträgen beziehungsweise beim Tourismusförderungsbeitrag. Der Kollege Kölly hat das kurz angesprochen.

Der Rechnungshof schreibt da, dass es zwar im Prüfzeitraum zwischen 2012 und 2017 ein Plus von 12 Prozent der beitragspflichtigen Betriebe gab, dennoch aber ein Minus von 64 Prozent, also das ist mehr als die Hälfte, der Einnahmen. Da kann ja wohl etwas nicht stimmen.

Manche Erklärungsversuche können vielleicht einen Teil davon erklären, aber *(Abg. Gerhard Steier: Dafür haben wir den Petschnig.)* keine 64 Prozent, denke ich mir.

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof empfiehlt hier generell eine Evaluierung und Überarbeitung der gesetzlichen Grundlage, vor allem was den Tourismusförderungsbeitrag angeht. Bei den Marketingausgaben fehlen sowohl eine Teil- als auch eine Vollkostenrechnung und zwar nach gängigen betriebswirtschaftlichen Standards. Was eigentlich die Grundlage für ein gescheites Steuerungs- und Kontrollinstrument war.

Also da fehlt es natürlich schon weit früher, um einfach auch ein gescheites Steuerungskontrollinstrument bewerkstelligen zu können. Insgesamt muss man sagen, dass sich das eigentlich ein bisschen wie ein roter Faden durch viele der Rechnungshofberichte zieht. Dass das Land beziehungsweise die dafür eingerichteten Vorstände, wo ja wieder Vertreter des Landes beziehungsweise der Landesregierung drinnen sitzen, die Kontroll- und Steuerungsaufgaben nicht ausreichend wahrnehmen beziehungsweise nicht ernst genug nehmen. Manchmal auch zu viel, siehe KRAGES. Man muss bei allem was passiert offensichtlich manchmal froh sein, dass nicht mehr passiert.

Denn, so sagt es auch der Rechnungshofdirektor immer wieder, je weniger Kontrolle und Steuerung ich habe, desto anfälliger ist das Ganze natürlich, dass sich hier jemand willentlich bereichert oder auch Sachen geschehen, die im Kriminell landen.

Das war zumindest bei den letzten Rechnungshofberichten, da konnte das nicht gefunden werden. Aber es ist notwendig, hier diese, dass das Land die Kontroll- und Steuerungsmechanismen und auch die Zielvorgaben besser wahrnimmt und hier dahinter ist, damit wir dann nicht weitere derartige Berichte vorgelegt bekommen.

Zur Ehrenrettung muss man aber doch sagen, dass die Causa größtenteils zurückliegt und das noch in der Verantwortung der damaligen Landesrätin Resetar lag. Ich hoffe, dass man aus den 41 Empfehlungen lernt und bin mir sicher, dass es dazu eine Follow-Up Prüfung geben wird. Ich denke gerade hier wäre es notwendig, weil hier viele Dinge sind, wo man nicht sagen kann, die sind eh schon passiert, da kann man eh nichts mehr machen.

Sondern das sind ja laufende Dinge, vor allem was die Einhebung der Ortstaxen und des Tourismusförderungsbeitrages angeht. Das ist ja Geld, das - jetzt hätte ich fast gesagt, das auf der Straße liegt - aber das vorgeplant ist.

Wenn dann bis zu 64 Prozent der Einnahmen fehlen, dann fehlt das der Tourismusförderung und dann fehlt das dem Tourismus letztendlich. Wir werden dem Bericht natürlich zustimmen. Herzlichen Dank einmal mehr für die fundierte Arbeit des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin! Herr Landesrat, Hohes Haus! Dieser Landes-Rechnungshofbericht Burgenland Tourismus Prüfzeitraum 2012 bis 2017 war in der Lesung, die ich selbst gehalten habe, für mich ein interessantes Werk daher, überhaupt wenn man weiß, wie dieser zu Stande gekommen ist. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer war denn geschäftsführender Präsident?)*

Also mir hat sich ziemlich am Anfang schon der Gedanke in das Hirn gefressen, irgendwo scheint mir hier die ÖVP mit den Kollegen und Kollegin Steindl und Resetar überhaupt nicht zu harmonisieren.

Weil wie sonst könnte im Prinzip so ein Auftrag an den Rechnungshof zur Prüfung gemacht werden, wenn schlussendlich in Wirklichkeit die ÖVP am Schluss dieser Überprüfung den „Schwarzen Peter“ hat. Ich erinnere daran, dass ja hier im ehemaligen Landesverband Burgenland-Tourismus die ÖVP-Vertreter all diese Entscheidungen mitgetragen haben. Wenn man es jetzt einfach mitzählt wie bei einem Fußballspiel, war das das erste Eigentor.

Zu den im Rechnungshof geübten Kritikpunkten - und da möchte ich schon auch in diesem Zusammenhang einen Dank an den Landes-Rechnungshof auch aussprechen, der hier akribisch, wie er halt immer ist, all diese Verfehlungen der ÖVP aufgezeigt hat.

Aber jetzt zum Rechnungshof selber, zur Organisationsstruktur, den Organisationen, Tourismusdirektor beziehungsweise den Geschäftsführer, die Prokuristin.

Nachdem die Burgenland-Tourismus GmbH gegründet wurde und die Aufgaben des Landesverbandes übernommen haben, kann man auch aus diesem Rechnungshofbericht entnehmen, hat es ganz sicher ein paar Anlaufschwierigkeiten gegeben, aber nun ist inzwischen der Großteil bereinigt.

Die Umorganisation in eine GmbH wurde aber auch von der ÖVP - und da verweise ich auf das Tourismusgesetz Neu – beschlossen. Rein auf dem Fußballplatz - das zweite Eigentor. Mangelnde Kontrolle bei der Einhebung der Tourismusförderungsbeiträge. Keine Frage, dass es hier große Versäumnisse gegeben hat, der Landesverband und mit dem zuständigen Tourismusdirektor war hier natürlich in der Verantwortung und niemand hat sich darum gekümmert.

Mittlerweile liegt die Einhebung beim Land und damit können wir auch festhalten, dass hier die ÖVP ihre Verantwortung nicht wahrgenommen hat und den zuständigen Tourismusdirektor nicht auf die Problematik hingewiesen oder angesprochen hat. Also wir stehen jetzt mittlerweile beim dritten Eigentor.

Zur Burgenland-Card - das war zwar ein Versuch, im Burgenland eine Card einzuführen, in anderen Bundesländern haben wir wirklich tolle Beispiele, im Burgenland war die Ausführung aber nicht so erfolgreich und das beweisen auch die jetzigen Zahlen dazu. Da kann ich jetzt aber nur dann noch wirklich ein Lob unserem Landesrat Petschnig aussprechen, weil kurz nach dessen Amtsübernahme hat er dafür gesorgt, dass das weitere Geldverschwenden hier beendet wird. *(Abg. Gerhard Steier: Das ist halt ein Kerl.)*

Die Burgenland-Card war natürlich auch mit Zustimmung der ÖVP. Und damit stehen wir jetzt schon beim vierten Eigentor. Zur „Gans-Burgenland“, die ja auch ein interessanter Fall ist, die Kampagne, die seit 2012 in der Bewerbung war, hat ebenfalls die ÖVP in ihrer Zuständigkeit und sogar der Wunsch der Landwirtschaftskammer war hier da, dieses Thema zu bewerben. Schlussendlich - das fünfte Eigentor.

Zugegeben erst seit dem neuen Geschäftsführer wird hier auch auf messbare Ziele gesetzt.

Das Ausscheiden und jetzt kommen wir dazu - das Ausscheiden des Geschäftsführers beziehungsweise Tourismusdirektors Mario Baier, er ist auf eigenen Wunsch gegangen. *(Heiterkeit bei der ÖVP – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Da musst Du selber lachen.)*

Er ist auf eigenen Wunsch gegangen und wenn man jetzt aber die Fristen sich anschaut, wann hier was passiert ist und wann er dann gegangen ist, also das will ich jetzt gar nicht *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Verlangen Sie auch noch Eintritt für dieses Kabarett?)* weiter vertiefen.

Alle anderen Kritikpunkte waren bereits jetzt seit dem letzten Jahr aufgegriffen und auch das können wir aus dem Rechnungshofbericht heraus nehmen. Und der seit fast einem Jahr im Einsatz stehende neue Geschäftsführer hat die Problemfelder bereits in Bearbeitung genommen und zum Teil auch schon aufgearbeitet.

Die Personalstruktur ist geändert worden. Die neuen Dienstverträge zeigen jetzt natürlich eine klare Organisation in der Burgenland Touristik GmbH. Beim Marketingplan, der ja auch im Prinzip ein dementsprechender Ansatz war, haben wir jetzt genau erstellte Marketingpläne, nämlich mit Einbindung der Tourismusverbände und nicht mit irgendwelchen anderen und die sind jederzeit jetzt auf der Tagesordnung beziehungsweise werden auch mit klaren Zielen hinterlegt. Auch das hält einer Überprüfung stand.

Die Tourismusstrategie 2022+ - ein Jeder wird sie von Ihnen ja schon bekommen und vielleicht auch zum Teil gelesen haben - erstmals wurde so eine Strategie mit den Unternehmen, mit den Expertinnen und Experten gemeinsam erarbeitet. Nicht so wie bisher, wurden irgendwelche Strategien von irgendwelchen Beratungsunternehmen erstellt und dann in die Schublade gelegt. Auch das unterscheidet jetzt das Vorher und das Nachher.

Zu den Ortstaxen, die heute auch schon angesprochen wurden. Da haben wir erstmals die Zusammenarbeit mit dem Land forciert und das wird auch kontrolliert und auch seitdem läuft es entsprechend richtig. Allgemein darf ich anfügen, dass der Tourismus sich seit der Übernahme der neuen Landesregierung und auch mit dem

Landesrat Petschnig im Aufwind befindet und die ständigen Zuwächse - wir jubeln jedes Jahr über einen besseren Tourismus - sind der beste Beweis dafür.

seitdem 2017 jetzt Hannes Anton als neuer Geschäftsführer das übernommen hat, ist auch wieder Ruhe in das Unternehmen eingekehrt und es ist natürlich jetzt auch viel besser möglich, hier die PS auf die Straße zu bringen und das zeugt natürlich auch die Motivation des Teams, das jetzt hier arbeitet.

All diese Problemfelder, die hier aufgezeigt werden, wurden und werden auch abgearbeitet. Auch wurden jetzt unter Anton die Zusammenarbeit mit den 17 Tourismusgemeinden, den zwei Kurfonds und da wird mir der Dings recht geben können, unser lieber Kollege Hutter, aber auch der NTG - der Neusiedler Tourismus Gesellschaft.

Ständig werden Sitzungen abgehalten und es wird immer wieder gemeinsam in Wirklichkeit die „Road-Map“ - wenn man das so bezeichnen will - geschnitten.

So meine ich doch, dass wir mit dieser Aufstellung - und ich würde das jetzt so bezeichnen, zukunftsfit für das Burgenland sind, weil davor - aber das traue ich mich fast nicht zu sagen - von 2012 bis 2015 war das eher unter dem Credo der ÖVP „zukunftsfit für das Klientel der ÖVP“ als „zukunftsfit für den Tourismus im Burgenland“. Aber sagen darf man das ja nicht, weil, die ÖVP reagiert ja da immer sehr mimosenhaft.

Also nachdem wir jetzt fünf Eigentore am Ende der 90 Minuten haben, würde ich sagen, kann man zusammenfassen: Ihr habt 5:0 verloren oder mit diesem Bericht ist die ÖVP eigentlich auf den Rechen gestiegen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Landtagsabgeordnete Resetar, Mag.a Michaela Resetar, zu Wort gemeldet.

Sehr geschätzte Frau Abgeordnete, auch Sie weise ich hin auf die Bestimmungen des § 65 der GeOLT.

Eine tatsächliche Berichtigung hat zuerst mit der Wiedergabe der zu berichtigten Behauptung zu beginnen und hat dieser Berichtigung den berichtigten Sachverhalt gegenüber zu stellen und darf nicht länger als fünf Minuten dauern.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Also, Herr Abgeordneter Haidinger, wer Ihnen diesen Blödsinn aufgeschrieben hat, was Sie da von sich gegeben haben. *(Abg. Gerhard Steier: Das geht so nicht. – Abg. Manfred Haidinger: Habe ich nie gesagt – Blödsinn. Das habe ich nicht gesagt.)*

Ja, ist es. *(Heiterkeit bei der FPÖ)* Ich sage es, weil es einfach nicht stimmt und ich werde es Ihnen auch richtig stellen. Es hat den Landesverband Burgenland-Tourismus gegeben. *(Abg. Gerhard Steier: Das geht so nicht.)* Es hat eine Präsidentin gegeben, das war in meiner Funktion und es hat einen geschäftsführenden Präsidenten gegeben und das war der Landeshauptmann.

Sie haben kein einziges Mal erwähnt, dass der Herr Landeshauptmann die Geschäfte geführt hat. *(Abg. Manfred Haidinger: In meiner Rede entscheide ich selber.)* An und für sich müssen Sie dann sagen, lieber Herr Landeshauptmann 5:0 für die SPÖ beziehungsweise die SPÖ hat verloren.

In diesem Sinne, es *(Abg. Gerhard Steier: Das ist keine tatsächliche Berichtigung.)* war der Herr Landeshauptmann, der für die Geschäfte zuständig war und er war auch der geschäftsführende Präsident.

Das zur Richtigstellung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Sehr geschätzte Frau Abgeordnete, ich danke für die Ausführungen, möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, dass die Wortwahl des Wortes „Blödsinn“ meines Erachtens nach nicht angebracht ist. *(Abg. Gerhard Steier: Das war keine tatsächliche Berichtigung. – Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wieso nicht? Er hat die ganze Zeit geredet.)*

In der Folge gebe ich dem Herrn Präsidenten außer Dienst Recht, die tatsächliche Berichtigung, so wie sie der § 65 der GeOLT vorschreibt, war es nicht. *(Abg. Gerhard Steier: Danke, Frau Präsidentin.)*

Wir kommen zum nächsten Redner. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Traurige an diesem Rechnungshofbericht ist, dass sich der Burgenland-Tourismus in eine historische Liste einreiht. In die Liste der wohl am schlechtesten geführten und organisierten Gesellschaften des Landes, das ist sehr traurig, und wie es leider in allen Landesbeteiligungen ist, herrscht auch im Tourismusverband des Landes eine große Misere in allen Bereichen, die Euch offensichtlich aus der Hand geglitten ist.

Die vielen finanziellen Katastrophen ziehen sich regelrecht und wörtlich wie ein roter Faden des Übels und der Misswirtschaft durch die Landesbeteiligungen. Wir haben das belegt in den Berichten des Landes-Rechnungshofes in den letzten drei Jahren.

Dort ist klar ersichtlich, welche Missstände hier vorherrschen. Und der Rechnungshof zeigt auch hier wiederum auf, wie schlecht es um die Führung des Verbandes steht und dass die Kontrolle auch kläglich versagt hat.

Die Kontrolle ist hier klar beim Landeshauptmann zu finden, er war der geschäftsführende Präsident. Michi Resetar hat es hier auch klar gelegt, dazu braucht man, nichts Weiteres sagen. Genau diese vorliegende und auch vorherrschende Anarchie in den Landesbeteiligungen macht klar, dass man alle Landesbeteiligungen nicht mehr unter Kontrolle hat. Das ist auch der Grund, warum Ihr Euch immer hinter einem Zettel des landeseigenen Verfassungsdienstes versteckt.

Dieser Zettel ist für Euch ein Heiligtum, wo Ihr Euch dahinter verstecken könnt und sagen könnt: Liebe Leute, das geht euch alles nichts an, was in den Landesbeteiligungen passiert. Hier herrscht Stillschweigen, hier möchten wir uns verstecken. Hier möchten wir vertuschen, egal was im landesnahen Bereich passiert, das geht weder das Burgenland noch die Bürgerinnen und Bürger vom Burgenland etwas an. Das sind traurige Zustände im Burgenland, das können wir nicht gut heißen und unterm Strich ist für Euch Transparenz leider ein Fremdwort.

Ihr habt Null Interesse daran, den Burgenländerinnen und Burgenländern wirklich zu sagen, was mit den Geldern passiert, was mit Steuergeldern passiert und wofür Ihr es überhaupt mit beiden Händen aus dem Fenster werft. Das ist das Ergebnis dieser Landes-Rechnungshofberichte. Ihr habt leider auch ein Händchen für Fehltritte und Fehlgriffe. Die vielen Entgleisungen der letzten drei Jahre gehen im Burgenland-Tourismus auf und weiter.

Nicht nur dass es fehlende Steuerungsmaßnahmen gegeben hat, keine Kontrolle und auch keine Zielvereinbarungen, keine Aufgabenformulierungen, und auch keine

Kostenwahrheit. Keine Kostenrechnung, es ist nicht nachvollziehbar, welche Kosten welchen Projekten zugeordnet werden können und es gibt auch keine Marketingpläne, was die Marketingmaßnahmen betrifft:

Das sind alles Tatsachen, die im Rechnungshofbericht stehen und die wir bereits von den Kollegen gehört haben.

Drei Dinge, die aber ganz entscheidend und eigentlich extrem bedenklich sind, zeigt der Bericht auch auf: Das Personal ist von 2015 auf das Jahr 2016 im monatlichen Vergleich um 13 Prozent gestiegen, 13 Prozent. Der Rechnungshof sagt jetzt, dass diese 13 Prozent ausschließlich der neuen Prokuristin zugeschrieben werden können. Jetzt, wenn man diesen Bericht durchliest und rechnen kann, steht dort, dass diese Prokuristin sage und schreibe 9.500 Euro pro Monat verdient.

Das ist ein Betrag, der für einen nicht vorgesehenen Posten ziemlich hoch dotiert ist. Das ist ein Jahresgehalt von zirka 135.000 Euro, also ein wohl sehr teurer roter Aufpasser für einen neuen blauen Geschäftsführer. Geschätzte Damen und Herren, das ist nicht tragbar.

Der zweite große Punkt, der im Rechnungshofbericht steht, ist, dass der alte Geschäftsführer gegangen wurde - es gibt hier Gerüchte auf den Gängen des Landhauses. Aber trotzdem wurde er redlich versorgt und hat Platz gemacht für blaue Befindlichkeiten. Also der best friend vom Herrn Landeshauptmann ist jetzt der Geschäftsführer und der bekam als Abfindung 17 Monatsgehälter.

Jetzt nimmt man das Gehalt des Prokuristen - 9.500 – Euro - wir wissen, dass der Geschäftsführer rein formal zumindest mehr zu sagen hat in einer GmbH als der Prokurist. Jetzt gehe ich davon aus, er verdient zwischen 10.000 und 12.000 Euro pro Monat brutto, wonach die Abfindung wahrscheinlich 200.000 Euro ausmachen wird. Ein Betrag, den man sich als Land auch hätte sparen können. Es ist somit auch ein teures rotes Geschenk an den blauen Steigbügelhalter, denn das ist das Ergebnis daraus.

Meine geschätzten Damen und Herren, der dritte entscheidende Punkt ist, bei all diesen Ausgaben, die eigentlich unnötig waren oder sind, sind die Ausgaben enorm gestiegen, die niemandem etwas bringen, weder dem Tourismus noch den Gemeinden, geschweige denn den Betrieben, die dafür geschröpft werden.

Zusätzlich kommt hinzu, dass die Einnahmen nicht eingefordert wurden und nicht anständig eingetrieben wurden. Die beitragspflichtigen Unternehmen und Betriebe sind auf knapp 12.000 Betriebe gestiegen, aber gleichzeitig haben sich die Einnahmen um 64 Prozent verringert, von 380.000 auf 138.000 Euro.

Das ist noch viel bedenklicher als die ganzen bisherigen Ausgaben, die unnötig sind und waren. Niemand hat sich bisher darum gekümmert, dass diese Einnahmen eingetrieben werden. Zuständig dafür ist die Abteilung 3 des Landes aufgrund des neuen Gesetzes. Da nehme ich diese jetzt außen vor, aber trotzdem ist die Landesregierung dafür zuständig diese Beiträge auch einzuheben. Es ist eigentlich blamabel, dass man es nicht geschafft hat in den letzten Jahren, diese Einnahmen ordentlich einzufordern.

Vor allem auch zeigt es auch, wie es um den Tourismusverband steht. Niemand hat sich gekümmert, jeder hat nur darauf geschaut, dass seine Posten dort richtig rot-blau besetzt werden, aber um die Einnahmen hat sich sonst keiner gekümmert.

Fakt ist, dass Ihr in der burgenländischen Kulturlandschaft in den letzten drei Jahren etliche Schandflecken hinterlassen habt. Ich möchte das jetzt nicht unnötig wiederholen, aber beispielsweise habt Ihr in Mörbisch einen non playing-Captain

Pichowetz installiert und gleichzeitig wieder abmontiert. Danke für nichts, außer Spesen nichts gewesen in diesem Fall.

Man hört da auch in den Gängen des Landhauses, dass diese Abfindung 800.000 Euro gekostet hat. Ich weiß nicht ob das stimmt. Man erfährt es leider nicht. Weder öffentlich noch sonst wo. Ihr habt gleichzeitig die Oper umgebracht, für dieses Jahr zumindest. Die Tourismusbetriebe in der Region schreien jetzt schon groß Dankeschön für die großen Umsatzeinbußen in diesem Jahr, weil natürlich die Opernfestspiele ein großer wirtschaftlicher Faktor für die ganze Region waren.

Als drittes Beispiel gibt es natürlich die ungerechtfertigten Fördervergaben oder die Ungleichbehandlung bei den Förderungen für Kulturevents im Burgenland. Da wissen wir, dass das Land verurteilt wurde und jetzt 1,5 Millionen Euro nachzahlen muss. Ich rede da noch gar nicht von dem, was zukünftig gefördert werden muss. Das sind wieder einmal drei große Bereiche, wo Geld mit beiden Händen aus dem Fenster geworfen wird, und keiner trägt dafür die Verantwortung.

Das ist gescheiterte Tourismuspolitik im Burgenland und der Maulkorb hat leider System bei Euch. So hart das klingt, aber bei all diesen Punkten hört man bisher nur mehr, es ist Stillschweigen vereinbart, es herrscht der Datenschutz oder es ist ein Geschäftsgeheimnis. Das kann nicht Eure Politik sein. Zumindest tragt Ihr nach außen hin immer große Worte und leere Hülsen, denn im Hintergrund wollt Ihr gar nicht, dass die Burgenländer erfahren, wohin das Geld geht und wer dafür Verantwortung trägt. Am Ende des Tages erteilt Ihr allen einen Maulkorb, weil Ihr genau wisst, was hier für ein Schindluder getrieben wird.

Geschätzte Damen und Herren! Wir hingegen stehen natürlich für Offenheit, Transparenz und Beteiligung. Das zeigen wir in allen Anliegen, Debattenbeiträgen und sonstigen Aktionen, die wir im Burgenland machen.

Für uns ist aber der Zugang ein ganz einfacher. Öffentliche Gelder sollen für die Öffentlichkeit auch einsichtig und einsehbar sein. So einfach ist aus unserer Sicht die Rechnung. Denn das öffentliche Interesse der Bürger ist hier abzuwägen mit den Interessen der Beteiligten und Betroffenen.

Hier ist für uns ganz klar, dass die öffentlichen Gelder höher und schwerer wiegen als alles andere. Deswegen ist für uns auch klar, dass jeder, der sich in den Dienst von Steuergeldern stellt, diese Akzeptanz oder Transparenz auch zu akzeptieren hat. Das ist unser Credo und dafür stehen wir auch. Jetzt möchte ich auch die Kritik vom Landes-Rechnungshofausschuss anbringen. Geschätzte Damen und Herren! Der Landes-Rechnungshofausschuss ist das Kontrollorgan des Landtages gegenüber der Landesregierung.

Festgesetzt, wie in der Gemeinde der Prüfungsausschuss. In der Gemeinde hat der Prüfungsausschuss alles offenzulegen. Der hat alles darzulegen, egal ob es Beteiligungen sind, egal welche Vorgänge es sind. Im Landes-Rechnungshofausschuss werden den Abgeordneten des Landtages keine Fragen beantwortet. Egal um was für Themen es geht. Auch jetzt wird dort schon begründet, es geht um Datenschutz und Geschäftsgeheimnisse. Geschätzte Damen und Herren! Damit wird uns als Abgeordneten das Recht verwehrt, die Regierung zu kontrollieren und ich möchte nochmal betonen, dass der Landes-Rechnungshof ein Organ des Landtages ist und nicht der Landesregierung. Demensprechend obliegt es wohl uns, den Abgeordneten, dem Landes-Rechnungshof nahezulegen, uns diese Informationen zu geben, damit wir die Landesregierung auch kontrollieren können.

Weil andernfalls, und das ist auch ganz klar, hat der Landes-Rechnungshof seine Berechtigung verloren, wenn es nicht mehr möglich ist, dort Antworten auf Fragen zu bekommen, die mit dem Budget des Burgenlandes zu tun haben. Egal ob Landesverwaltungsbudget oder Beteiligungsbudget.

Geschätzte Damen und Herren! Würde jetzt die Gemeinde der Aufsichtsbehörde auf eine Anfrage, die Gemeinde betreffend, zurückschreiben, dass diese Informationen leider nicht weitergegeben werden können, weil das ist Datenschutz. Wir haben in den Verträgen Verschwiegenheit vereinbart oder Stillschweigen, oder gar das steht im Geschäftsgeheimnis drinnen, deswegen kann ich über den Verkauf nichts sagen. Dann möchte ich mir anschauen, was die Aufsichtsbehörde dem Bürgermeister oder der Gemeinde schreibt.

Weil dann können wir uns genau anschauen, wie das vice versa funktioniert. Dann möchte ich sehen, wer gleich und gleicher ist. Das zeigt natürlich auch die Scheinheiligkeit des Landes und auch die Doppelbödigkeit.

Die Burgenländer haben aus unserer Sicht ein Recht zu wissen wohin das Geld geht und wohin Ihr auch das Geld aus dem Fenster werft und welcher Schaden auch täglich hier entsteht.

So sehr ich auch an dieser Stelle den Rechnungshof für seine Arbeit loben möchte, die natürlich auch sehr intensiv ist um die Informationen zu bekommen. So unerträglich ist es auch, wenn ein Landes-Rechnungshof veröffentlicht wird, denn die vielen Empfehlungen und die vielen Feststellungen, Kritikpunkte, die darin publiziert werden, die werden jedes Mal hier diskutiert, aber sobald wir heute hier rausgehen, vergisst die Regierung, welche positiven Nebeneffekte dieser Bericht auch haben könnte und wie groß leider eigentlich diese Misswirtschaft von Rot-Blau gewachsen ist.

Geschätzte Damen und Herren! Dieser Bericht ist leider kein Erfolg, sondern sehr traurig. Aber wir nehmen ihn trotzdem zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landesrat! Wenn Kollege Spitzmüller vorher gesagt hat, es wird sicherlich eine Follow-Up-Prüfung erfolgen, dann darf ich mich zurück erinnern an das Jahr 2015, wo wir über einen Bericht über touristische Maßnahmen hier im Landtag diskutieren konnten.

Damals ging es um einen Prüfzeitraum der Jahre 2008 bis 2013. Wenn ich jetzt diesen Bericht als Basis für den jetzt zu diskutierenden nehme, dann muss man schon auch die Feststellung treffen, und damals waren wir in der Proporzregierung mit der ÖVP, dass den seinerzeit formulierten Empfehlungen bereits doch weitgehend entsprochen wurde und diese, nicht zu 100 Prozent, aber doch umgesetzt worden sind.

Also das einmal dem entgegen zu halten, was Herr Kollege Wolf jetzt als negativ und schlecht sieht und anscheinend alles was beim Tourismus in den letzten Jahrzehnten passiert ist, hier hinstellt und so uns weismachen will. Es war sicher in der Proporzzeit mit der ÖVP nicht alles zu 100 Prozent richtig, aber sicher nicht alles zu 100 Prozent falsch.

Ich denke, es ist eine gute Basis dafür gelegt worden, was wir jetzt unter anderen Rahmenbedingungen eigentlich umsetzen konnten. Ich werde einige Beispiele aufzählen, wo wir uns zweifelsohne doch gegenseitig in der damaligen Proporzbehaftung eigentlich

gehindert haben, um Strukturen aufzubrechen, um Maßnahmen umzusetzen, die zweifelsohne jetzt in die Umsetzung gehen, und die von keinem jetzt noch so dezidiert mit Ausnahme vom Kollegen Haidinger angezogen wurden, weil die schlussendlich auch "mitverantwortlich" dafür sind, dass Vieles, was hier zu lesen ist, so eben auch vom Rechnungshof geprüft, aber auch natürlich so dokumentiert hat werden müssen.

Herr Kollege Wolf, wenn Sie sagen der Rechnungshofausschuss, wir haben es ja kurz auch im persönlichen Gespräch schon diskutiert, so seine Sinnhaftigkeit verliert, dann muss ich das entschieden in Abrede stellen. Also der Rechnungshofausschuss hat, glaube ich, eine sehr wichtige Kontrollfunktion als unterstützendes Organ des Landtages.

Ich möchte keinen einzigen Tag ohne diesen Rechnungshof hier im Burgenländischen Landtag als Kontrollorgan der Landesregierung missen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn man sich eben auf gewisse rechtliche Rahmenbedingungen, die zweifelsohne einzuhalten sind, zurückziehen muss, zum Beispiel den Datenschutz, dann denke ich, ist das jedem Einzelnen, wenn es um seine Privatsphäre geht, aber auch um seine geschäftliche Beziehung, die mit dem Burgenland Tourismus zweifelsohne auch von Firmen eingegangen werden, und das ja gut so ist, oder mit anderen Gesellschaften, dann muss dies auch eingehalten und respektiert und auch diesem Gesetz entsprochen werden.

Eines nur vorweg, was ist die Aufgabe des Burgenland Tourismus generell? Touristische Marketingmaßnahmen. Das sind eigentlich die Aufgaben des Burgenland Tourismus, wenn man es mit einem Satz sagen will, und deshalb hat es auch der Burgenländische Landes-Rechnungshof dokumentiert. Es sind alle ziel- und wettbewerbsorientierten Maßnahmen hier vorhanden, um Kundenpotentiale auszuschöpfen.

Weshalb beziehe ich mich hierauf? Weil die Beleuchtung dieses gegenständlichen Berichtes über die Aufbringung und Verwendung der Finanzmittel nicht durch die Isolierte folgen darf, sondern es muss immer auf den Output auch ein Auge geworfen werden. Was wurde operativ umgesetzt und wie ist die Auswirkung desselben? Das muss auch eine Berücksichtigung finden.

Es ist wichtig anzumerken, weil der burgenländische Landesverband Burgenland Tourismus nicht auf direktem Wege Produkte an den Endkunden bringt. Er vertreibt keine Übernachtungen, keine Thermeneintritte oder sonstiges. Vielmehr ist er als eine Marketingagentur zu begreifen, die das Land, die Regionen, über die Landesgrenzen hinaus, über Österreich hinaus bekannt macht und so Emotionen kreiert, die jene Menschen, die dann in den definierten relevanten Märkten leben, sind die Zielmärkte, in das Burgenland einladen und greift überdies per strategische Maßnahmen in die Entwicklung der Angebotspalette ein, damit das Land den verkauften Emotionen schlussendlich auch gerecht werden kann. Dass diese Maßnahmen greifen, kann man sicherlich auch an den Statistiken des heimischen Tourismus messen.

Das ist der operative Erfolg, der zweifelsohne von allen Touristikern im Land, aber schließlich auch von den Verantwortlichen, die in den letzten Jahren hier federführend auch diese Marketingstrategie, die hier zwar bekrittelt wird als nicht 100-prozentig für den Rechnungshof nachvollziehbar, doch einen Erfolg zeichnet. Wenn es Rekordwerte mit über 3.000.000 Nächtigungen gibt, dann denke ich, ist alles andere, auch dies als positive Maßnahme und als Erfolg zu registrieren.

Wenn wir den Prüfbericht zur Kenntnis nehmen, dann denke ich, muss man natürlich auch neben dem Marketing sicherlich auch die Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und die Sparsamkeit, die Organisationsstrukturen des Burgenland Tourismus auch betreffend betrachten.

Der Rechnungshof verweist, und das nehmen wir sehr ernst und natürlich auch zur Kenntnis und gehen sicherlich nicht zur Tagesordnung über, wenn er auf Verbesserungspotentiale hinweist und sagt, aufgrund der Stärken und Defizite in der Analyse schließt er dann mit 41 Empfehlungen.

Was Gegenstand der Prüfung war, wurde schon von meinen Vorrednern erwähnt. Manche haben es sachlich erwähnt, manche eigentlich doch ein wenig polemisch, aber die Prüfung war eben genau dorthin abgezielt, wo es um die Aufbringung und die Verwendung der Finanzmittel für drei zentrale Aufgaben geht. Beratung, Unterstützung unserer Verbände, die Führung der Geschäftsstelle und die Durchführung der von mir schon erwähnten und skizzierten Maßnahmen, Marketingmaßnahmen.

Man muss aber erwähnen, und das wurde auch schon gesagt, der Kollege Spitzmüller hat es gesagt, dass wir uns hier natürlich nicht an einem strukturellen Umbruch nach 2015 befanden, wo es aus einer bestehenden Strukturorganisation mit einem Vorstand, mit Überprüfungen durch Wirtschaftsprüfer, dann eine Umwandlung in eine GmbH mit einem Kontrollorgan, der dann Aufsichtsrat heißt, schlussendlich übergegangen ist und umstrukturiert worden ist, was notwendig war und was richtig war. Die überprüfte Zeit war 2012 bis 2017, dies war, denke ich, auch ein organisatorisch sehr herausfordernder Zeitraum.

Der Landesverband eben in die Landesholding eingegliedert im Jahr 2016, die GmbH-Gründung habe ich erwähnt, und natürlich noch zweifelsohne die Verbandsbeibehaltung, weil es ja, auch das wurde erwähnt, aber eigentlich negativ erwähnt, für mich nicht nachvollziehbar, deshalb negativ vom Kollegen Wolf, dass man aufgrund von der Möglichkeit der Ausnutzung von EU-Förderprojekten diese Verbandsstruktur parallel noch bis 2020, solange laufen dann noch die Projekte, fortbestehen lassen muss.

Auch dort haben wir noch die Proporzbesetzung mit Vertretern aus SPÖ und ÖVP, eben Mitgliedern, nach wie vor parallel laufen. Zudem gilt es im Prüfzeitraum mit dem Burgenländischen Tourismusgesetz aus dem Jahr 1992, dem Burgenländischen Gesetz 2014 und der Novelle 2014, drei gesetzliche Grundlagen auch zu beachten, und das natürlich auch als zusätzliche Herausforderung für das gesamte Management, auch beim Burgenland Tourismus.

Zweifelsohne spiegeln sich diese im Rechnungshofbericht wider. Jetzt kann man diskutieren, ob es bei der Abbestellung des Tourismusdirektors beziehungsweise des Geschäftsführers und mit der Einsetzung und der Aufgabenübertragung der Prokuristin zu Zuvielzahlungen, weil sie eben andere Geschäftsfelder übernehmen hatte müssen, klarerweise, zu Zuvielzahlungen gekommen ist und diese Erfolgsprämie nicht hinreichend genau definiert ist. Zweifelsohne ist festzustellen, dass sie diese Agenden übernehmen musste.

Und dann in weiterer Folge nicht als eingefärbte, so wie Kollege Wolf das gesagt hat, Prokuristin zum Tourismusdirektor hingestellt wurde, sondern eigentlich hier ihre Tätigkeit als Prokuristin und als interimistische Geschäftsführerin wahrgenommen hat und dann in weiterer Folge ja nicht mehr in dieser Funktion tätig war und ist.

Das Forderungsmanagement und die Tourismusbeiträge. Wir haben sicherlich auch sehr viel noch gemeinsam zu tun. Bei allem Dank, den wir den Touristikern vor Ort schulden und immer wieder aussprechen müssen, dass wir auch in die Gesinnung investieren müssen. Da sind wir alle gesamt und gemeinsam gefordert. Die Tourismusgesinnung im Burgenland ist ausbaufähig.

Hier müssen wir gemeinsam positive Akzente setzen, auch wenn wir über den Tourismus und mit den Verantwortlichen in den jetzt noch vorhandenen Tourismusverbänden aber auch im Burgenland Tourismus sprechen, dass diese Gesinnung eine bessere, eine positivere wird. Der Aufwärtstrend auch in der Gesinnung ist zweifelsohne auch feststellbar.

Wenn wir von Forderungsmanagement sprechen, dann wissen wir, dass wir auf Grund der vielen Umstellungen logischerweise und durch die freiwillige Meldung der Beitragspflichtigen eine gewisse Zeit brauchen, um diese alle zu erfassen. Natürlich sind etliche Kollegen aus dem Burgenland Tourismus hier ins Land übersiedelt, in die Abteilung 3, aber auch diese Umstellung hat Zeit erfordert. Wenn man die Beitragspflichtigen noch nicht erfasst hat, ist es schwierig, Vorschreibungen zu kontrollieren und auch diese zu tätigen.

Also, zunächst muss ich sie haben, dann kann ich sie kontrollieren, ob sie tatsächlich das auch tun. Aber die Frau Präsidentin Resetar beim Burgenland Tourismus kann das nachvollziehen. Auch damals hatten wir schon über die schlechte Meldemoral der vielen Tourismusbetriebe gesprochen.

Hier meint man natürlich immer die schwarzen Schafe, nicht die, die ordentliche Meldungen durchführen bei der Ortstaxe oder bei den Nächtigungen. Das ist ein Thema, das uns viele Jahre begleitet hat. Ich bin jetzt auch schon positiv gestimmt, nicht, weil ich jetzt nur grenzenloser Optimist bin, sondern weil ich sehe und bemerke, wie sich das alles verbessert hat.

Natürlich ist ein Controlling notwendig und es muss auch eine gewisse Prüftätigkeit verstärkt da sein. Wir müssen aber schon auch, wenn vorher bei den Personalausgaben ein Plus festzustellen war, dass wir ein Personalminus de facto nach Köpfen schon auch festzustellen hatten. Das heißt, mit weniger Menschen mehr Arbeit zu bewältigen und noch Kontrolltätigkeiten durchzuführen, war in diesem Zeitraum, glaube ich, auch sehr schwierig, ohne jetzt alles unter einem Deckmantel des Schutzes stellen zu wollen.

Dies aber nur zur Feststellung aus meiner Einschätzung und aus der Kenntnis der Menschen, die auch ihre Aufgaben im burgenländischen Tourismus hier im landesweiten Tourismus, glaube ich, mit vollem Einsatz und mit voller Begeisterung auch durchführen.

Wenn Operationalisierungen der einzelnen Marketingaktivitäten hier negativ festgestellt wurden, dann denke ich, ist das ernst zu nehmen und eben auch für die Zukunft zu beachten. Die Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes, die sich in fünf Blöcke gliedern, Organisationsstruktur. Ich glaube, dass sich dies meiner Meinung nach auch bis hin zur Professionalisierung schon in den letzten Monaten eigentlich erledigt hat und sich hier auch schon diese Struktur tatsächlich ins Positive gewandelt hat.

Die Ortstaxen habe ich erwähnt, weshalb gewisse Dinge noch immer nicht passieren, ebenso die Tourismusförderungsbeiträge und die Tourismusabgabe für Ferienwohnungen, wo eben auch hier vielleicht mehr Kontrolle stattfinden kann, wenn dies dann auch nachvollziehbar ist, dass dort eben zu wenig an Abgaben eingezahlt werden, mehr als eben vorgeschrieben werden. Marketingausgaben, Kostenrechnung ist,

glaube ich, klar, dass dies mit Steuerungs- und Kontrollinstrumenten behaftet sein muss und Zielformulierungen ebenso.

Information der Aufsichtsräte, durch die Lösung mit der GmbH ist das, glaube ich, und das werden wir, bin ich überzeugt, im nächsten Bericht dann entnehmen, auch in die richtige Richtung gelenkt. Zum Abschluss. Die umfangreichsten Feststellungen des Rechnungshofes betreffen in erster Linie die Verwaltung und die Organisationsstrukturen. Das haben wir bekundet.

Ich glaube, hier ist vieles schon geschehen und vieles zum Besseren auch strukturiert worden. Der Burgenland Tourismus ist sicher auf einem sehr guten Weg. Am Ziel sind wir noch lange nicht. Es sind zweifelsohne Entwicklungspotentiale vorhanden, die wir noch heben müssen.

Im Sinne einer weiteren positiven Entwicklung des Burgenland Tourismus als internationale Visitenkarte und als starker Wertschöpfungsfaktor und Motor, glaube ich, ist es wichtig, die festgestellten Defizite aber in einer positiven Grundstimmung mit Unterstützung der örtlichen Touristiker gemeinsam zu bearbeiten.

Ich denke, wir meinen es ernst mit der Kritik, weil wenn ich einen deutschen Sozialdemokraten zitieren darf, Helmut Schmidt hat einmal gesagt: „Wer Kritik übelnimmt, hat etwas zu verbergen.“ Ich denke, wir haben nichts zu verbergen und dieser Bericht muss sehr kritisch, sehr ernst genommen werden. Er muss ein Stein des Anstoßes zu weiteren Optimierungsprozessen sein, um eben die besten Rahmenbedingungen gemeinsam für den Tourismus und alle im Tourismus beschäftigten Menschen zu schaffen.

Danke an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof. Ich spreche ihm wirklich große Hochachtung und Lob für seine Arbeit aus, dem Herrn Direktor mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Denn, nur, wenn Problemfelder erkannt werden, können sie einer Lösung auch zugeführt werden. Herzlichen Dank aber allen im Tourismusverband Burgenland tätigen Mitarbeitern. Ich glaube, sie machen ihren Job gut und wir alle gemeinsam können dazu beitragen, dass diese Situation noch einmal besser wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Zu meinem Vorredner darf ich anmerken, man kann sich auch manches schönreden. *(Abg. Christian Illedits: Schlecht auch!)* Aber das sind wir gewohnt. Bei Rechnungshofberichten ist die Tatsache immer wieder gegeben, dass kritische Masse im Endeffekt dann zu den Ausführungen führt, dass eigentlich nicht alles so ist, wie es sich die anderen vorstellen.

Tatsache ist, dass ich es einigermaßen bedauerlich empfinde, einen Rechnungshofbericht aus der früheren Phase mit dem zu vergleichen und im Gegensatz dann zu sagen, der war früher auch nicht so schlecht, der ist jetzt auch noch vielleicht irgendwo nicht so. Tatsache ist, auf den Rechnungshof bezogen gilt in diesem Rechnungshofbericht Folgendes:

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof nahm im Prüfungsverlauf zunächst keine Behinderungen war. In ihrer Äußerung zum vorläufigen Prüfungsergebnis teilte die Tourismus GmbH aber mit, dass anscheinend vergessen wurde, dem Rechnungshof die

Geschäftsordnung des Aufsichtsrates zu übermitteln. Dies, obwohl der Rechnungshof zumindest zweimal die Übermittlung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates vor Übergabe des vorläufigen Prüfungsergebnisses anforderte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und das gleich in Verbindung mit den Ausführungen des Kollegen Wolf. Es ist ein typisches Merkmal der sogenannten Prüfungsbehinderung in der Ausführung auf eine Prüfung des Burgenländischen Landtages durch das Organ des Burgenländischen Landtages, dass man nicht vollständige Unterlagen übermittelt und man kann sich dann aufs Vergessen ausreden.

Tatsache ist, dass alle drei relevanten Parteien vom Rechnungshof angeschrieben wurden, aufgefordert wurden, Grundlagen zu liefern. Sie alle drei geantwortet haben und anschließend stellt sich heraus, obwohl es festgestanden ist, dass 2017 eine sogenannte Aufsichtsratsgeschäftsordnung festgelegt wurde, dass die einfach nicht vorgelegt wurde.

Vieles, was heute komisch in den Ausführungen vom Kollegen Spitzmüller angesprochen wurde, auf sogenannte Zuteilung von der Prokuristin auf den Geschäftsführer, ich möchte nicht wissen, wann das verfasst wurde. Als es nämlich wahrscheinlich zur Prüfung gegangen ist, hat man schnell noch etwas konzipiert, um zu wissen, dass man dem Rechnungshof etwas vorlegt.

Denn das Tohuwabohu, das da hier vorgeherrscht hat, ist vergleichbar mit vielen anderen Gegebenheiten in ausgelagerten Gesellschaften, wo sich im Endeffekt erst durch den Rechnungshofbericht immer wieder eindeutig ausweist und nachweisen lässt, dass hier eine Wirtschaft betrieben wird, die - und ich sage es jetzt vorsichtig - nicht korrekt, nicht in Ordnung und nicht den Zielführungen und Ansätzen konsequent gerecht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Tourismus, und da kann man sich durchaus einer Meinung mit vielen, die jetzt vor mir gesprochen haben, finden, ist ein wichtiger Ankerpunkt, eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Burgenlandes. Wir haben vieles vorzuweisen, was an Essays in der Vergangenheit Gültigkeit gehabt hat. Wir haben vieles, was in Zukunft für einen wirklich prosperierenden Tourismus spricht.

Tatsache ist aber, dass wir in Bezug auf die Zahlen, die wir immer als eine qualitativ hochwertige Entwicklungsschiene vorlegen, dass wir in Bezug auf die Zahlen ein entsprechendes Manko haben. Nämlich wir haben nicht ausreichend Bettenkapazitäten, die wir dann auch nutzen können, um eine prosperierende Tourismusentwicklung zu kennzeichnen.

Entsprechend dem Ansatz sind heuer und im Vorjahr in der Freistadt Rust zwei Hotelanlagen in Betrieb gegangen. Ich - und davon gehen viele aus - würde mir wünschen, dass noch andere hinzukämen, die uns die Möglichkeit schaffen würden, entsprechend Tourismus auch so umzusetzen, dass er qualitativ und hochwertig seine Kundinnen und Kunden findet.

Aber zurück zum Rechnungshofbericht, der in einzelnen Positionen und in einzelnen Punkten manches ausweist, das jetzt schon angesprochen wurde, aber das ich jetzt mir nicht zu schade bin, nochmals aufzulisten und zu wiederholen.

Zum einen die Darstellungen der Gehaltskosten, die um 13 Prozent gestiegen sind, obwohl drei Mitarbeiter in den Landesdienst überstellt worden sind, die quasi aus dem Bereich herausgenommen wurden. Da spricht schon einiges dafür, dass hier nicht nur eine gehaltsmäßige, sondern auch personenbezogene Ausweitung des Mitarbeiterstabes vollzogen wurde.

Tatsache ist, dass es immer in der Vergangenheit auch schon diese sogenannte Hilfestellung des hoheitlichen Bereichs für den sogenannten ausgelagerten Bereich, für den gesellschaftsrechtlichen gegeben hat und dass im Speziellen bei der Problemstellung der sogenannten Überprüfung auf die Einhebung der Tourismusabgabe. Hier gibt es in der Vergangenheit die Problemstellung, die wird es auch in Zukunft geben, weil man entsprechend die Mitarbeit des Einzelunternehmers braucht und der jetzt mit seiner sogenannten Meldung des Umsatzes beziehungsweise der feststehenden Zahl, die vom Finanzamt bestätigt wurde, sich nicht nur Zeit lässt, sondern die manchmal auch nicht setzt.

Daraus resultierend kann sich auch nachvollzogen dann die Finanzierungssituation ergeben, dass man auf der einen Seite vielmehr Abgabepflichtige hätte, und was ist das Resultat gewesen, viel weniger Einnahmen erzielt hat.

Aus dem Umstand ergibt sich auch eines, das interessant für diese ausgelagerte Gesellschaft, für die Tourismus GmbH ist. Die Finanzierung erfolgte, wie dem Rechnungshofbericht zu entnehmen ist, 2016 zu 59 Prozent aus Landesmitteln und zu 30 Prozent aus der Tourismusabgabe. Das heißt, wir haben ein reines technisches Gebilde, das sich in Wirklichkeit zu zwei Dritteln fast aus einer Landessubvention bewegt und auf der anderen Seite aus Einnahmen, die mit dem Tourismus verknüpfte Betriebe erzielen.

Und da ist wieder der Anknüpfungspunkt, den der Kollege Wolf angesprochen hat. Schon allein aus der Tatsache, dass Sie von Regierungsparteienseite her den Beschluss fassen, mit dem Budget für das entsprechende Jahr und damit fast 250 Millionen Euro vermitteln an die ausgelagerten Gesellschaften unter anderem hier an die Tourismus GmbH, ergibt sich auch die Verantwortung der dort Aktiven, beziehungsweise der politisch Verantwortlichen darüber Auskunft zu geben, was sich dort drinnen abspielt.

Das kann nicht sein, dass ich mich da wieder an dem Punkt befinde, der Kollege Petschnig hat das bei der letzten Sitzung dann auf Korinek-Gutachten und anderes und auch unter anderem mich zitiert. In Wirklichkeit ist die Situation, dass ausgelagerte Gesellschaften zuhauf in den letzten Jahren gegründet wurden. Die Holding hat es in dem Zusammenhang, wo Korinek angeführt wird, auch noch nicht gegeben. In Wirklichkeit hat man etwas geschaffen, das als Konvolut nicht kontrollierbar ist, außer der Rechnungshof greift dann in die ganze Malaise rein und herauskommen tut jedes Mal das Gleiche.

Ich kenne jetzt in der Reihe der Rechnungshofberichte keinen Bericht, der eine Glorifizierung der Verantwortlichen gewesen wäre. Im Gegenteil. Alles, was sich bisher ergeben hat an Informationen für den Burgenländischen Landtag, für den Abgeordneten beziehungsweise für die Bürgerin und für den Bürger ist ein Zeichen dafür, dass es eine laufende Kontrolle braucht, eine laufende Gebarungs- und Organisations- und inhaltliche Strukturkontrolle, denn sonst funktioniert das nicht und geht eigentlich auch an den Zielsetzungen absolut vorbei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tatsache ist auch, dass das Verhältnis mit dem Landestourismusdirektor Baier aufgelöst wurde. Meine Vorredner haben schon darüber gerätselt, welche inhaltlichen Bestimmungen das hatte. In Wirklichkeit hat man es dann so gedeichselt, dass eben er gehen wollte.

Von den 36 Monatsbezügen oder 36 Bezugsmonaten, die ihm zugestanden wären, hat man 17 erledigt, quasi bezahlt. Das ist einer der wenigen aber, die wirklich eine Leistung bezahlt bekommen haben, auch wenn sie sich dann nicht mehr für den Tourismusverband erledigt hat. Alle anderen Geschäftsführer oder viele Geschäftsführer mussten dies auf dem Klageweg einfordern, um zu einem Ergebnis zu kommen.

Eine Zahl stelle ich zwischendurch richtig: Die vom Kollegen Wolf angesprochenen 800.000 Euro für Pichowetz würden den sehr freuen, aber entsprechen absolut nicht der Realität auf die Aushebung.

Aber Tatsache ist, dass Pichowetz mit Sicherheit für eine Leistung, die er erbracht hat, auch über den Gerichtsweg bezahlt worden ist von der sogenannten Operetten-Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausgaben für Sponsoring in diesem Tourismusbericht seitens des Rechnungshofes von 2012 bis 2016 sind von 470.000 Euro auf zirka 800.000 Euro gestiegen. Diese Ausgaben für Sponsoring sind ein ganz interessanter Beleg dafür, wo eigentlich nie eine Rechnung dahinter gestanden ist, nie eine Organisationsform dem zugrunde gelegt wurde, das hat man einfach gemacht. Ja, man hat es auch verbucht, der Sachaufwand, der dafür erledigt wurde, ist auch verbucht worden, findet sich auch in einer Excel-Tabelle wieder, aber man kann daraus nicht entnehmen, welchen Ertrag das Ganze geliefert hat. Denn ein Superbeispiel für eine Misswirtschaft in der besonderen Art ist ja dann im dezidierten Fall von keinem meiner Vorredner noch angesprochen worden, ist aber ein eklatantes Beispiel, das der Kollege Petschnig dann mit den Verantwortlichen auch abgedreht hat, nämlich die sogenannte Burgenland-Card.

Das ist ein Superbeispiel, wo man eine Idee hat. Die Idee kostet, Entschuldigung, die Idee kostet 630.000 Euro, der Ertrag von 1.300 Karten, in einem Zeitraum von drei Jahren verkauft, 54.000 Euro. Das ist touristisch gesehen eine wirklich tolle Leistung, die man hier so auf das Parkett gelegt hat, da hat man einen Tanzkurs beschrieben, der zwar enorme Kosten verursacht hat, nur das Ergebnis aller Tänzerinnen und Tänzer ist gleich null.

Diese Burgenland-Card hat auch, wie man zu dem Zeitpunkt aus bestimmten Informationsquellen erfahren durfte, auch personenbezogene Sponsorings getätigt, um sich ein Gesicht für das Ganze zu schaffen, um entsprechend dann auch aufzutreten.

Tatsache ist, dass die Idee, die mit dieser Burgenland-Card verknüpft wurde, nicht nur jetzt zu Grabe getragen wurde, sondern sie hat auch eine absolute Steuergeldverschwendung aufgezeigt, und das ist auch in diesem Rechnungshofbericht mehr als dokumentiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf das Jahr 2015/2016, und das habe ich schon eingangs angesprochen, gab es rund 23.700 Betten im Burgenland, und das in 1.200 Betrieben. Das heißt, wer, wenn nicht die Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber haben ein enormes Interesse daran, dass ihr übergeordneter Auftragnehmer, nämlich die für Werbung, Marketing und für alle möglichen Incoming-Situationen geschaffene Einrichtung, sie auch dementsprechend bewirbt?

Hier muss man fairerweise zugestehen, dass es in den letzten Jahren eine Veränderung in Richtung der sogenannten Vielschichtigkeit der Verbandssituation durch die Auflösung von regionalen Einrichtungen gegeben hat und dass endlich zentrierte Möglichkeiten, aber noch nicht ausreichend geschaffen wurden, unter anderem zum Beispiel noch immer nur auf Ideenbasis, dass alle Kureinrichtungen gemeinsam Werbung betreiben sollen, was ja sinnvoll und zielgerichtet auch sein soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt auf einen Punkt, der auch sehr wichtig ist. Von 171 burgenländischen Gemeinden soll in 124 Gemeinden Ortstaxen einkassiert werden beziehungsweise als Grundlage dienen, damit auch die entsprechende Bewerbung stattfinden kann. Dieses Problem, ich habe es schon

angesprochen, dass die Finanzierung über Einnahmen aus den sogenannten Tourismusträgern Gegebenheit sein soll, wird auch im Rechnungshofbericht dezidiert ein paar Mal angesprochen, unter anderem auch darin, dass quasi sogenannte Inhouse-Kontrollen stattfinden.

Im Gegensatz zu einem meiner Vorredner darf ich festhalten, dass es sehr wohl Aufgabenstellung der MitarbeiterInnen der Tourismusabteilung ist, vor Ort in den einzelnen Betrieben die Möglichkeit der Einschau zu nehmen und dort auch qualitativ nachzusehen, ob entsprechend Tourismusabgabe geleistet wird.

Tatsache ist aber, dass sich hier oft - und das ist ja auch eine stehende Kritik -, einzelne Personen hinbewegt haben, das Vier-Augen-Prinzip nicht stattgefunden hat und damit auch Vorschub geleistet wurde, einer nicht absolut gegebenen Kontrolle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass im Tourismusverband weder Voll- noch Teilkostenrechnungen für Marketingmaßnahmen bestanden haben, sondern lediglich der Sachaufwand qualifiziert wurde, ist schon erwähnt worden.

Jetzt zum Schluss eine Darstellung, die mir wichtig erscheint, die im Grunde genommen manches konterkariert und immer wieder auf Nachfragen auch stillschweigend nicht den entsprechenden Betrag ausgewiesen hat.

Ich weiß nicht, ob Ihnen bei der Lektüre des Rechnungshofberichts aufgefallen ist, dass in den Jahren 2012 bis 2016 46 Prozent und bis zu 69 Prozent des Sponsorings auf einen einzelnen Vertragspartner gefallen sind. Jetzt brauche ich, glaube ich, hier nicht fragen, wer das ist, sondern der einzige Vertragspartner ist die österreichische Fußballnationalmannschaft, die sich nun schon über 20 Jahre dieser besonderen Huldigung des Burgenlandes erfreut. Es gibt aber dafür keine messbaren Ergebniskategorien, die auch nachweisen, was wir davon haben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: 30.000 Nächtigungen! Ja, sicher.)*

Ich bin überzeugt davon, dass das Plakat, das sie jetzt in Wiener Neudorf aufgehängt haben, so nach dem Prinzip „Kärnten hat eine kleine Ortstafel“, eine Hinweistafel, da fährt man nach Kärnten, jetzt mit dem Storch im Burgenland durchaus die bessere Werbemethode ist und auch auf zukünftige Trägerinnen und Träger den entsprechenden Umsatz liefern wird.

Auf jeden Fall ist interessant, dass dieses Kapitel, wenn ich 69 Prozent lese, einem einzigen Vertragspartner zugeordnet wird. Auf der anderen Seite, Sie können von 30.000 Betten sprechen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nachweislich.)* In Wirklichkeit - rechnen Sie einmal hoch - die Summen sind fast dezidiert angeführt, was sich aufgrund dieser Gegebenheit in der Vertragssponsoring-Situation dort ergeben hat. Wenn Sie das hochrechnen, können Sie auch nachweisen, was Sie mit diesem Geld auch möglicherweise - sage ich einmal - angesetzt und besser gemacht hätten.

In der Konsequenz ist das eine Werbeangelegenheit, die kann man zweiseitig oder mehrschichtig sehen. In Wirklichkeit glaube ich nicht - und das werden Sie wahrscheinlich auch bestätigen aufgrund Ihrer Erfahrungswerte, die Sie in touristischer Hinsicht gefasst haben -, dass diese langjährigen Partnerschaften in die Gegebenheiten der heutigen Zeit noch statthaft sind.

Ich frage mich nur eines: Wenn diese Partnerschaft diese Qualität hätte, warum haben sich nicht andere Bundesländer über die letzten 20 Jahre auch schon angestellt *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Haben sich eh angestellt.)* und haben dieses Geld dort hineingepulvert? Ich bin der Meinung, dass im Grunde genommen eines angebracht wäre: Je breiter ich ein Marketing aufstelle, umso besser ist es.

Es heißt nicht, dass es verpuffen muss, aber in der Konsequenz ist das noch immer eine Dienstleistung, die der Kollege Kaplan aufgestellt hat im Zusammenhang mit anderen Gegebenheiten.

Auf der anderen Seite, wenn wir uns die in der sogenannten Fußball affinen Angelegenheit des Burgenlandes herausgepulverten Millionen zum Beispiel auf die AKA Mattersburg oder andere Gegebenheiten anschauen, dann frage ich mich, ob der Tourismus auch in Wirklichkeit die richtige Bedeutung hat. In Wirklichkeit sollten die eine Wertschätzung erfahren, die auch dafür nicht nur Steuern zahlen, sondern auch Dienstleistungen erbringen.

In Wirklichkeit noch eines zum Abschluss: Dieser Rechnungshofbericht ist in der Reihe der letzten abgegebenen nicht nur ein furchtbares Zeugnis politischer Verantwortung. Sie waren unter anderem über die letzten zehn, 15, 20 Jahre fast dort auch dabei. *(Abg. Christian Illedits: Sehr ein bisschen.)* In Wirklichkeit, Herr Kollege Illedits, ist eine Situation gegeben. Vom Landeshauptmann beginnend haben sich hier manche eingereiht, die im Verhältnis versucht haben, dem burgenländischen Tourismus etwas Gutes zu tun.

Ob das immer gelungen ist, sei dahingestellt. Nur der Bericht weist nach, dass die Organisationsstruktur in absoluter Form nicht stichhaltig ist, und es wäre eine der Hauptaufgaben gewesen, sowohl des sogenannten Aufsichtsrates *(Abg. Christian Illedits: Da war ich nie.)* als auch der politisch Verantwortlichen, hier einzuschreiten und das umzusetzen, was Tatsache ist. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN und der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat MMag. Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor wir in eine Weltuntergangsstimmung verfallen, möchte ich vielleicht ein bisserl doch eine realistische Sichtweise hier einbringen und vielleicht beim Präsidenten Illedits anknüpfen, dem ich auch danken möchte für seine Wortmeldung, weil sehr viel Richtiges gesagt worden ist. Oder auch in einem, im Speziellen anknüpfen.

Ich möchte mich einmal beim Rechnungshof eingangs bedanken und zwar dafür, dass auch anerkannt wird, dass im Verhältnis zu dem vorgelegten Bericht aus dem Jahr 2015, der im November 2015 hier im Hohen Haus debattiert worden ist und der auch etliche Missstände aufgezeigt hat, dass sehr vieles davon umgesetzt worden ist.

Das bedeutet natürlich, dass wir am richtigen Weg sind. Das bedeutet auch natürlich auch Motivation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich glaube, das sollte man einmal positiv erwähnen, dass hier der Rechnungshof auch doch etliches an Positivem in seinem Bericht verarbeitet hat.

Wenn man vielleicht ein bisserl die einzelnen Punkte durchgeht, weil ich glaube, da hat doch jede oder jeder relativ viel in seine eigene Vorstellungswelt hineininterpretiert. Vielleicht können wir uns bei einem oder anderen Punkt wieder treffen, was ein bisserl näher an der Realität liegt.

Zum Beispiel der Punkt 2: Die Organisation. Es wird immer wieder darüber gesprochen, wie im Verhältnis bestimmte Funktionen aufgeteilt worden sind. Ich möchte einmal festhalten, dass ein Geschäftsführer einer GesmbH sowieso generalzuständig ist, allein vertretungsbefugt und allein unterschriftsbefugt und so weiter. Das heißt, man hat

speziell jene Punkte extra herausgestrichen, daher auch sehr genau definiert, wie er sozusagen auch im Innenverhältnis machen muss. Ein Geschäftsführer einer GesmbH muss zum Beispiel einen Jahresabschluss unterzeichnen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, geh!)*

Daher wäre es ja sinnfrei, wie es heute auch schon angedeutet worden ist, dass nicht die Prokuristin oder sonst irgendjemand für die Buchhaltung oder Rechnungswesen oder für das Finanzwesen zuständig ist. Also das wäre für mich persönlich sinnwidrig, das hat auch der Aufsichtsrat so gesehen, daher hat man das explizit so festgeschrieben.

Bei der Prokuristin im Innenverhältnis oder mittlerweile ist es ein männlicher Funktionsinhaber, hat man das halt so festgehalten, was halt seinen entsprechenden Fähigkeiten betrifft. Also ich sehe das große Problem nicht, insbesondere da im Burgenland Tourismus, das wissen auch andere Vorgänger in der Funktion, eine flexible Personaleinteilung notwendig ist. Also man hat bestimmte Events, wo man Personal zusammenfassen muss, auch solches, das vielleicht nicht in einer starren Funktionsbeschreibung dafür vorgesehen ist, wenn man in Wien auf der Messe auftreten und wir alles mobilisieren müssen, hilft es mir nicht, dass in einer Positionsbeschreibung drinnen steht, das ist ein Buchhalter, sondern es müssen halt alle mit anpacken.

Insofern glaube ich, dass das der richtige Weg war, man wird sich das sicher zu Herzen nehmen und entsprechend nachformulieren.

Was den Geschäftsführer betrifft, schreibt der Rechnungshof eigentlich nur einen Satz, dass nämlich nicht ersichtlich ist, welche Gründe der Beendigung, mehr, alles andere hört man so in den Gängen oder was alles in der Gegend herumschwirrt.

Faktum ist, ich möchte es noch einmal festhalten, dass der Geschäftsführer Baier zu uns, also zum Aufsichtsrat, zum Geschäftsführer der Landesholding als Eigentümervertreter, zum Landeshauptmann und zu mir im Sinne des Landesverbandes gekommen ist *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann hättet Ihr ihm die Hand geben und alles Gute wünschen müssen, aber nicht 200.000 Euro nachschießen.)* und gefragt hat. Er ist ein - das habe ich das letzte Mal schon gesagt - Experte für Imagewerbung für einen bestimmten Bereich und er möchte diese ganzen Sachen, wie Jahresabschluss oder wie Finanzwesen, Personalwesen und so weiter nicht unbedingt machen. Das sieht er nicht als seine karrieremäßige Zukunft.

Jetzt ist es die Frage, jetzt haben wir zwei Möglichkeiten, entweder wir behalten einen Geschäftsführer, zahlen nix, das ist eine Möglichkeit und behalten einen Geschäftsführer, der sichtlich unzufrieden mit dieser Rolle ist. Ich weiß nicht, ob das gar so förderlich wäre, und ich glaube auch nicht, … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt doch nicht. Geh bitte!)* fragen Sie ihn halt. *(Abg. Manfred Kölly: Hat er vorher nicht gewusst, was auf ihn zukommt? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Rausgeschossen habt Ihr ihn. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Rausgeschossen! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die GmbH ist ja erst 2016 - bitte man muss im Firmenbuch nachschauen -, die GmbH ist 2016 gegründet worden. Mit der Einführung der GmbH hat er andere Zuständigkeiten gehabt, andere Verantwortlichkeiten gehabt. *(Abg. Manfred Kölly: Er hat mir etwas anderes erzählt, aber macht ja nichts. Ist einmal so.)* Gut, soll so sein. Mir hat er jedenfalls das erzählt.

Insofern ist jetzt die Frage, soll man mit dem weiterarbeiten? *(Abg. Manfred Kölly: Aber muss man ihm diese Abfertigung zahlen?)* Ich weiß nicht, ob der nächste

Rechnungshofbericht dann so positiv ausschaut oder man einigt sich auf irgendeine Art und Weise.

Ich habe nicht gesagt, er bekommt gar nichts damals, sondern es war ja der Vorwurf, er bekommt die vollen drei Jahre ausbezahlt. Da habe ich gesagt, das stimmt sicherlich nicht. Ganz im Gegenteil, er bekommt nicht einmal die Hälfte, das sieht man schwarz auf weiß, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 200.000 sind eh genug. – Abg. Manfred Kölly: Was ist schwarz auf weiß?)* man hat sich in der Mitte geeinigt.

Aber kann man jetzt 19 Gehälter oder 17 oder 15? *(Abg. Manfred Kölly: Eine Summe? – Abg. Mag. Thomas Steier: 200.000 Euro! – Abg. Manfred Kölly: Geschätzt?)* Herr Abgeordneter … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Brauchst nur hochrechnen.)* Eben! Der Herr Abgeordnete rechnet nach. Also bitte.

Wie gesagt, ich glaube, es gibt andere Beispiele, wie man auch in anderen Bundesländern, wie sozusagen mit Geschäftsführern, die nicht wollen, wie man da sozusagen Verhältnisse auflöst.

Ich finde, dass das eine Beendigung eines Vertrages war, die für beide Seiten gangbar wäre, und insoferne … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, sicher, blauer „Freunderl" ...)* Das ist eine Ausschreibung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, genau. – Heiterkeit bei der Abg. Mag. Michaela Resetar)* wenn er es gewinnt, was soll ich machen. Sie hätten ja zehn schwarze „Freunderl", offensichtlich hat es keine gegeben. Was soll ich? Ich kann Ihnen auch nicht helfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Zum nächsten Punkt, der mich persönlich ein bisschen verwirrt, ist der mit der Prokuristin, weil es steht ein Satz drinnen: „Die Funktion eines Prokuristen war im Landesverband Burgenland Tourismus nicht vorgesehen." Das ist zweifellos richtig.

Im Absatz darüber steht allerdings kritisch drinnen, dass der Tourismusdirektor-Stellvertreter nicht besetzt wurde. Zumindest ab 2013 nicht, wenn ich das richtig im Kopf habe. Der Tourismusdirektor-Stellvertreter wurde ab irgendwann nicht nachbesetzt, steht drinnen. Also es geht hier praktisch um die Nummer zwei.

Also auf der einen Seite kritisiert man, dass man eine Nummer zwei … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Tourismusdirektor-Stellvertreter und Prokurist sind zwei Paar Schuhe.)* Das eine ist beim Verband, das andere ist bei der GesmbH. Das ist richtig. Aber es geht hier um die Nummer zwei hinter dem Geschäftsführer beziehungsweise - was denn sonst - hinter dem Tourismusdirektor. So, und die Frage ist, jetzt kritisiert man uns, weil wir eine Nummer zwei eingesetzt haben, so wie im Übrigen in allen Gesellschaften in der Landesholding. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Immer blau und rot.)* Genauso wie man in allen Gesellschaften der Landesholding variable Gehaltsbestandteile festgelegt hat. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Bei der KRAGES habt Ihr es kritisiert. Darum habt Ihr ihn rausgeschmissen.)*

Oder kritisiert man, dass noch Ihr in Eurer Verantwortung, keine Nummer zwei, sprich Tourismusdirektor-Stellvertreter, eingeführt habt? Also in irgendeiner Form muss die Kritik jetzt gehen. Also ich kenne mich jetzt ehrlich gesagt nicht aus. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Wunder.)* Und das insbesondere angesichts der Tatsache, dass man auch fehlende Vertretungsregelungen kritisiert. Wer soll denn den Geschäftsführer vertreten, wenn nicht die Nummer zwei? Und ob der jetzt Prokurist heißt, oder man kann natürlich auch zwei Geschäftsführer, das habt Ihr gemacht, ich weiß. Wir haben jetzt nur noch einen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr habt einen blauen Geschäftsführer und einen roten Prokuristen, habe ich gehört. Was denn leicht sonst? -*

Abg. Mag. Michaela Resetar: Zuerst haben Sie einen roten Geschäftsführer gehabt. - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)

Es gibt Gesellschaften, bei denen ist es nicht so der Fall, das ist ja keine generelle Regelung. Das stimmt ja nicht. Eine subjektive Wahrnehmung, die nicht stimmt. Dann machen Sie ein Firmenbuch auf. Es gibt x Gesellschaften, wo das nicht der Fall ist, das ist einmal ein Faktum.

Faktum ist, dass es heißt, es gab keine Vertretungsregelung. Faktum ist aber, dass die Nummer zwei in bestimmten Fällen die Nummer eins vertritt. Daher wird auch dieser im Abschnitt fünf festgelegte Punkt erfüllt - durch die Aufnahme eines Prokuristen.

Ich gebe ganz ehrlich zu, weil es um den Gehaltsaufwand geht, ja, wir haben keinen Volontär gefunden, das ist richtig. Man muss natürlich entsprechend zahlen. Ein Tourismusdirektor-Stellvertreter wäre wahrscheinlich auch nicht umsonst gekommen. Es ist halt jetzt die Frage.

Es gibt entsprechende Richtlinien, wie die Gehälter einzuteilen sind. Das hat es wahrscheinlich früher auch schon gegeben. Dann habt Ihr es willkürlich gemacht. Wir machen es jetzt nicht willkürlich, sondern wir haben ein bestimmtes Schema und daran halten wir uns. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wenn sich die allgemeine Aufregung ein bisschen gelegt hat, würde ich gerne weitermachen.

Punkt 8 - Budget. Mir persönlich kommt es ein bisschen komisch vor. Warum sollen Einnahmen und Ausgaben getrennt ausgewiesen werden? Geld hat kein Mascherl. Wenn wir jetzt eine Kampagne in Wien in der U-Bahn-Zeitung machen, um zum Beispiel die „Gans Burgenland“ zu bewerben, ist das, glaube ich, relativ Wurst, ob das aus dem Tourismusförderungsbeitrag oder der Ortstaxe oder aus irgendeinem Zuschuss finanziert wird. Aber der Geschäftsführer hat hier Abhilfe zugesagt, und das werden wir dann auch tun.

Die Einhebung 10, das hat der Abgeordnete Wolf gesagt, wurde ja - im Rahmen einer Umstellung in der Geschäftsordnung des Amtes der Landesregierung - der Finanzabteilung übertragen. Ich möchte jetzt nicht das Wort für ein anderes Regierungsmitglied ergreifen.

Vielleicht ein paar Punkte dazu. Es wird zum Beispiel kritisiert, dass bei den nächtigungsstärksten Gemeinden nur Inhaus-Prüfungen durchgeführt worden sind. Ich halte das Ganze eigentlich schon für sinnvoll, weil es ist evident, dass nicht bei jenen die Wahrscheinlichkeit der Nichtmeldung passiert, die die größten oder die nächtigungsstärksten Gemeinden sind, sondern bei jenen, die da nicht darunterfallen, die eben die Tourismusgesinnung, wie der Abgeordnete Steier gerade gesagt hat, oder auch der Präsident Illedits gesagt hat, die das nicht so richtig leben und wo es halt augenzwinkernd hingenommen wird, dass halt die eine oder andere Nächtigung nicht gemeldet wird.

Ich glaube, dass diese Maßnahmen hier völlig richtig sind und glaube, dass das ein bisschen ein sehr schemenhaftes Denken ist, was man vielleicht ein bisschen modifizieren könnte.

Die tourismusfördernden Zwecke: Maßnahmenkataloge sind, und das ist auch im Gesetz so verankert, zwischen den Gemeinden - wir haben ja etliche Bürgermeister hier - und den Tourismusverbänden zu treffen. Das wird auch kontrolliert. Das wird, glaube ich, mittlerweile auch so gemacht. Insoferne sehe ich das als erledigt an. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Einhebung funktioniert noch immer nicht.)* Außer Ihr macht es nicht, das weiß ich nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Einhebung funktioniert noch immer nicht.)* Ja,

aber für die Einholung ist die Finanzabteilung zuständig und da will ich jetzt ehrlich gesagt verständlicherweise nichts dazu … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, eh. Ich wollte es nur ergänzen.)*

Gut, weiter im Text. Vielleicht noch ein weiterer Punkt. Tourismusförderungsbeitrag - es wurde ein Zitat gesagt -, dieser wäre sehr umfangreich und komplex. Also die Hilfestellungen, die da angeboten werden. Mittlerweile gibt es ein Berechnungsmakro auf der Website des Landes, dabei braucht man genau drei Kennzahlen, und zwar den Umsatz, die Sparte und den Namen der Gemeinde wegen der Feststellung der Ortsklasse. Das reicht eigentlich, um die Abgabenschuld festzustellen. Ich glaube, diese drei Aspekte sollte doch jede Unternehmerin, jeder Unternehmer kennen.

Zu den Marketingausgaben, dann zu Punkt 19 und fortfolgende. Das ist der eigentliche Prüfungsauftrag jetzt am Schluss. Weder Voll- noch Teilkostenrechnung. Das ist zwar zweifellos richtig. Es wurde zwar eine Planungs- und Controlling-Software eingeführt - im Jahr 2016 ganz bewusst. Man bekommt natürlich entsprechende Steuerungsinformationen hier heraus.

Eine vollwertige Voll- und Teilkostenrechnung, das entzieht sich aber irgendwie meinem Verständnis, warum das sinnhaftig sein soll, dass man hier eine komplette Betriebsüberleitung macht, das dient ja dazu, um die Gemeinkosten auf irgendwelche Verkaufspreise umzulegen. Der Burgenland Tourismus verkauft relativ wenig. Also insoferne halte ich das nicht wirklich für sinnvoll.

Andererseits müsste man wieder Personal aufnehmen, um das durchführen zu können. Und zwar nicht Personal, das ich für Vermarktungszwecke einsetzen kann, sondern Controller. Dann ist vorne wieder die Kritik, dass die Personalkosten steigen. Also bitte, der Burgenland Tourismus wird keine zwei, drei oder fünf Controller aufnehmen. Ich halte diese Anforderung ein bisschen für übertrieben.

Die konkrete Forderung nach einer Ziel- und Aufgabenformulierung messbar, zeitlich befristet und dergleichen mehr. Ich glaube, es herrscht ein bisschen ein Missverständnis vor, was der Burgenland Tourismus eigentlich macht. Burgenland Tourismus ist ein Instrument, um Angebote aus den Kommunen, aus den Regionen zu vermarkten. Wenn sich zum Beispiel der Abgeordnete Hutter dankenswerterweise „Gans Burgenland“ angeschlossen hat und das entsprechend in seiner Gemeinde macht, dann ist es nicht die Aufgabe oder sehe ich es zumindest nicht als Aufgabe vom Burgenland Tourismus, der Gemeinde Bad Sauerbrunn oder dem Abgeordneten Hutter vorzuschreiben, ob er jetzt 300 oder 800 Gänse verkaufen soll; oder ob er jetzt zehn oder 30 Hektoliter Wein verkaufen soll.

Das wären natürlich messbare Ziele. Aber das ist, glaube ich, nicht die Aufgabe des Vermarktungsinstrumentes. *(Abg. Manfred Kölly: Sagt ja keiner.)* Steht ja drinnen. Du musst halt den gesamten Text lesen.

Insoferne wäre das, glaube ich, bei denjenigen zu eruieren, der ein Veranstalter ist, oder das entsprechende Projekt auch umsetzt.

Zur Burgenland Card wurde bereits viel gesagt. Über die Idee kann man natürlich viel philosophieren. Das war, glaube ich, auch in früheren Jahren im Zug der Zeit. Man hat in Wien, in Niederösterreich, in Kärnten entsprechende Produkte erfolgreich teilweise auf den Markt gebracht.

Im Burgenland hat es aus unterschiedlichen Gründen nicht so geklappt. Sei es, weil man zu spät war, sei es weil natürlich die Angebotspalette, auch die geographische Struktur, ein bisschen schwierig ist.

Wir wissen, dass Burgenländerinnen und Burgenländer nur selten auch Tagesausflüge im Burgenland machen. Das ist nun einmal so. Eine Burgenland Card, die das ganze Jahr gilt, eine Kaufkarte dient halt vor allem um jene zu attraktivieren, die in der Umgebung oder bestenfalls im Land wohnen. Das geht natürlich mit Niederösterreich, weil man da das Zentrum Wien herum hat, dass man hier entsprechende Ausflugsziele vermarktet.

Im Übrigen sind auch bei der Niederösterreich Card etliche Ausflugsziele im Burgenland schon mitdrinnen, also sie hätten zum Beispiel Gäste aus Wien auch gleich miterworben. Insoferne tun wir uns ein bisschen schwer, das zu positionieren. Wir haben das auch gesehen, und wie der Abgeordnete Steier richtig gesagt hat, zeitgerecht dann auf null heruntergefahren, zumindest die Kostenseite, sodass zumindest eine ausgeglichene Bilanz, wenn auch auf sehr, sehr niedrigem Niveau hergestellt worden ist.

Wie gesagt, die „Gans Burgenland“ ist, glaube ich, eine gute Geschichte, auch wenn sie relativ kostenintensiv ist. Es ist uns gelungen, das zeigen auch die Nächtigungszahlen in jenen Gemeinden, die mitmachen, dieses kleine Loch nach Ende der Sommersaison, so Mitte September, würde ich mal sagen, bis zu diesen ganzen Weinwanderungen, Martiniloben und so weiter, das ja üblicherweise Anfang November stattfindet. Hier haben wir ein Loch von vier bis fünf, maximal sechs Wochen drinnen, das ist gelungen, ein bisschen aufzufüllen.

Der Bürgermeister Hutter wird mir Recht geben, und das gelingt uns auch bei allen anderen Gemeinden, die hier mitmachen. Rust wäre eine davon oder Bad Tatzmannsdorf ebenfalls. Also ich glaube, das ist eine gute Geschichte, die man strategisch auch entsprechend begründen kann.

Zum Sponsoring vielleicht abschließend. Ich würde sagen, wir warten auf den nächsten Rechnungshofbericht. Das ist sehr stark gekürzt worden, eben weil wir diese Schwächen auch gesehen haben.

In diesem Sinne möchte ich mich noch einmal für die Arbeit des Rechnungshofes bedanken. Ich möchte mich auch bei allen bedanken, die im Burgenland Tourismus tätig sind, oft gegen sehr starke Widerstände, die im burgenländischen Tourismus tätig sind, ihr eigenes Geld investieren beziehungsweise ihre Arbeitszeit investieren und wirklich einen tollen Job machen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat.

Es liegt nun keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Aufbringung und Verwendung der finanziellen Mittel des Burgenland Tourismus wird somit zur Kenntnis genommen.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1309) betreffend Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Bundesregierung und Bundesländern zur bedarfsorientierten Mindestsicherung (Zahl 21 - 923) (Beilage 1324)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den

selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1309, betreffend Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Bundesregierung und Bundesländern zur bedarfsorientierten Mindestsicherung, Zahl 21 - 923, Beilage 1324.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Bundesregierung und Bundesländern zur bedarfsorientierten Mindestsicherung in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. Mai 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Bundesregierung und Bundesländern zur bedarfsorientierten Mindestsicherung unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf der Regierungsbank auch! Es gab einmal eine österreichweit gültige Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur bedarfsorientierten Mindestsicherung, bis die ÖVP aus heutiger Sicht offensichtlich in Vorbereitung der Machtübernahme im Bund begonnen hat, diese gemeinsame Vereinbarung zu torpedieren und alles zu tun, damit sie nicht verlängert wird. *(Heiterkeit des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Ich sehe, Sie stimmen mir zu. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist lächerlich.)*

Damals hätten sich der Sozialminister und sechs, wahrscheinlich sogar sieben Bundesländer, auf eine gemeinsame Lösung geeinigt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nur das Burgenland nicht, oder wie?)* wären sie nicht von jenen ÖVP-Landeshauptleuten, und zwar konkret von zwei ÖVP-Landeshauptleuten, blockiert worden.

Damals stand meinem Eindruck nach auch unser Soziallandesrat, Herr Darabos, noch auf der anderen Seite als heute. *(Zwiegespräche in den Reihen - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt aber wirklich.)* Damals scheute man sich in der SPÖ noch, Flüchtlinge und AsylwerberInnen als Bedrohung für unser Sozialsystem darzustellen.

Seit damals hat sich einiges geändert. Was sich auch geändert hat, sind die realen Zahlen an Asylwerbern. 2016 kamen 42.300 Asylwerber nach Österreich. Das entspricht minus 52 Prozent im Vergleich zu 2015. 2017 kamen 24.700. Das ist wieder ein Rückgang von 42,54 Prozent.

In den ersten drei Monaten 2018 waren es gerade einmal 3.900. Die Asylzahlen sinken seit drei Jahren kontinuierlich und deutlich. Wir sind nun auf dem Level der Jahre 2003/2004.

Wenn unsere Regierungen jetzt behaupten, sie müssen die Mindestsicherung restriktiver gestalten, um den angeblichen massiven Zuzug Geflüchteter in den österreichischen Sozialstaat zu stoppen, dann widerspricht das den Fakten.

Wer sich dieser Argumentation anschließt, ist im Jahr 2015 stecken geblieben. Aber hallo! Die Welt hat sich geändert. *(Abg. Géza Molnár: Budget in Wien anschauen. Da sieht man das. – Abg. Günter Kovacs: Citymaut!))*

Herr Doskozil steht nicht mehr an der Grenze und muss ad hoc entscheiden, was zu tun ist, wenn tausende Menschen, die seit Wochen um ihr Überleben rennen, an der Grenze stehen und Einlass, oder, was vor allem der Fall war, Durchreise begehren.

Er hat damals sehr vernünftig entschieden. Man kann einem Hans Peter Doskozil sicher nicht links-linkes Gutmenschentum unterstellen, oder wie auch immer das andere Parteien gerne nennen, wenn sie über PolitikerInnen oder Aktivisten reden, denen Menschlichkeit in der Gestaltung eines Staates wichtig sind.

Weder die Landesregierung, noch die Bundesregierung schert sich um diese Fakten. Sie scheren sich nicht einmal um rechtliche Sauberkeit. Sie ignorieren wiederholt, dass es bereits juristische Rückmeldungen von höchster Stelle gibt, die deutlich machen, so geht das nicht.

Der Verfassungsgerichtshof hat in seiner März-Session 2018 klargestellt, eine von der Dauer des Aufenthalts in Österreich abhängige Wartefrist für die Mindestsicherung in voller Höhe und eine starre Deckelung der Bezugshöhe bei Haushalten mit mehreren Personen sind unsachlich und daher verfassungswidrig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wörtlich heißt es in der Entscheidung vom 7. März 2018 zur Deckelung, ich zitiere: „Dadurch verfehlt dieses System der bedarfsorientierten Mindestsicherung ab einer bestimmten Haushaltsgröße seinen eigentlichen Zweck, nämlich, die Vermeidung und Bekämpfung von sozialen Notlagen bei hilfsbedürftigen Personen.“ Zitat Ende. Verfassungsgerichtshof.

Gestern legte die Bundesregierung noch eines nach. 2016 wurde rund eine Milliarde Euro für Armutsbekämpfung in Form von Mindestsicherung ausgegeben. Das sind übrigens 0,96 Prozent der gesamten Sozialausgaben. Man sieht, an welchem kleinen Hebel hier ein Exempel der Sozialpolitik von Schwarz-Blau statuiert werden soll.

Der Bundeskanzler twittert dazu: „Als Bundesregierung steuern wir nun dagegen und setzten mit der Reform der Mindestsicherung um, was wir im Wahlkampf versprochen haben.“ Sebastian Kurz ist richtig stolz darauf, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zu Recht!)* Armutsbekämpfung runterzufahren. Nichts anderes ist nämlich diese neue bedarfsorientierte Mindestsicherung. Eine gezielte Maßnahme zur Armutsbekämpfung in unserem Land, die wieder reduziert wird.

Armutsbekämpfung ist unserer Regierung nicht so viel wert. Vor allem dann nicht, wenn die von Armut betroffenen Menschen keine geborenen Österreicherinnen und Österreicher sind. Wie kommentieren nun jene, die sich mit der Materie besonders gut auskennen, die Vorhaben der Bundesregierung zur Mindestsicherung. Ich zitiere hier etwa die Armutskonferenz.

Das ist ein Netzwerk von über 40 Initiativen aus sozialen Organisationen, Selbsthilfeinitiativen, auch aus der Wissenschaft, Bildungseinrichtungen, und von Armutsbetroffenen selbst.

Die Armutskonferenz meint, ich zitiere: „Die Chancen für 80.000 Kinder weiter zu verschlechtern, Familien in desolate Wohnungen zu treiben und Menschen mit Behinderungen weiter zu belasten, all das sind nicht die Werte, die uns stark gemacht haben. Wenn wer am Boden liegt, dann steigt man nicht noch drauf.“ Zitat Armutskonferenz. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Von den Kürzungen sind dabei nicht nur Asylberechtigte betroffen, denn die jüngsten Zahlen aus Niederösterreich zeigen nämlich, dass nur jede siebente von den Kürzungen betroffene Person asylberechtigt ist.

Die Ausländer werden von der Regierung als Beispiele genannt, leider auch schon von unserem jungen Kollegen in der ÖVP, dem Herrn Fazekas, denn sie werden als Beispiele genannt, damit nicht so auffällt, dass die Kürzungen genauso Inländerinnen und Inländer betreffen.

Christian Moser, der Geschäftsführer von SOS Kinderdorf Österreich, meint, Kindern würden durch diese Maßnahmen langfristig Chancen genommen und sagt, ich zitiere: „Die von der Regierung präsentierte Mindestsicherung neu ist Besorgnis erregend. Das ist ein Programm zur Förderung von Familienarmut. Die Vermeidung von Kinderarmut muss konsequent und verfassungskonform umgesetzt werden. Im aktuellen Plan der Regierung ist das Gegenteil der Fall.“ Zitat Ende.

Warum die Neuerungen eine große Gefahr darstellen, die Kinderarmut in Österreich zu erhöhen, zeigt ein Blick auf die Zahlen.

Für das erste Kind sind 25 Prozent der Basisleistung von 863 Euro veranschlagt. Das ist sogar etwas mehr als im Burgenland aktuell gewährt wird, denn das burgenländische Mindestsicherungsgesetz sieht hier 19,2 Prozent für das erste Kind, für ein Kind vor. Vorschlag der Bundesregierung jetzt, Mindestsicherung neu, für das erste Kind 25 Prozent, danach geht es aber rasant bergab.

Das zweite Kind ist nur mehr 15 Prozent wert, ab dem dritten gibt es fünf Prozent. Die erzielbare Summe wird für große Familien also deutlich sinken.

Diese Maßnahmen kommen von zwei Parteien, die sich selbst als familienfreundliche Parteien darstellen. Das gilt aber offensichtlich nur so lange, so lange die Familien nicht arm sind, weil dann ihre Kinder doch nicht so viel wert sind.

Erich Fenninger von der Volkshilfe errechnet, dass 45.345 Kinder von diesen Kürzungen betroffen sein werden. Für Alleinerziehende werden die verfügten Einschnitte mit einem ebenfalls degressiv sinkenden Bonus gedämpft, aber das macht die lächerliche Summe von 45 Euro für das dritte Kind, das mit beiden Elternteilen zusammenwohnt, um nichts moralisch vertretbarer. Damit kann man sich gerade die Windeln kaufen.

Problematisch ist wohl auch die Abprüfung von Sprachkenntnissen, um Bezugsberechtigungen zu schaffen.

Caritas Direktor Michael Landau meint dazu: Sprachkurse zu kürzen und gleichzeitig Sprachkenntnisse zur Bedingung für Sozialleistungen zu machen, ergäbe keinen Sinn. Er bringt die Unsinnigkeit einer Argumentation von ÖVP, der FPÖ und auch der burgenländischen SPÖ auf den Punkt, wenn er sagt, keiner Mindestpensionistin geht es besser, wenn es einer kinderreichen Familie schlechter geht.

Laut Ministerratsvorschlag von gestern sollen auch subsidiär Schutzberechtigte vollständig von der Mindestsicherung ausgeschlossen werden. Das sind Menschen, deren Leben oder Gesundheit in ihrem Herkunftsland bedroht ist, weil, zum Beispiel, Folter oder Verfolgung, Erniedrigung oder gravierende Menschenrechtsverletzungen drohen, diese Menschen haben Recht auf Schutz vor Abschiebung. Leben müssen sie dennoch von etwas.

Wenn sie keinen Job finden können, oder nur einen haben, von dem sie nicht leben können, dann hatten sie bislang Anspruch auf bedarfsorientierte Mindestsicherung. Die Bundesregierung will hier also einer Menschengruppe, der sie Schutz gewähren sollte, sehenden Auges in die Obdachlosigkeit schicken.

Rechtlich prüfen müssen wir dann auch noch das vollständige Streichen der Deutschkurse für Asylwerber und das Einfordern von B1-Kenntnissen für den Erhalt des Arbeitsqualifizierungsbonus für Asylberechtigte. Das hat schon etwas von bösartigem Zynismus.

Ich will hier nicht den Zeitrahmen meiner Rede sprengen, das würde nämlich passieren, würde ich jetzt noch weitere Regelungen aufzählen, die dazu dienen sollen, einzelne Gruppen zu diskriminieren. Diese werden rechtsstaatlichen Überprüfungen sowieso nicht standhalten.

Aber das scheint, und das finde ich wirklich erschreckend, für die Bundesregierung nur zweitrangig von Bedeutung zu sein. Wenn sie einmal eine Runde Hintreten auf Asylwerber eingelegt hat, dann wird sie schon wieder einlenken. Bis dahin hat man wieder die Stimmung im Land ein wenig aufgeheizt. Unter dem Deckmantel dieser Stimmung werden nun sozialstaatliche Leistungen für Arme und Arbeitslose gekürzt.

Was für mich auffallend ist, ist die Tatsache, dass die SPÖ schaumgebremst reagiert. Dabei hätte sie mit dem Wiener Modell eine gute Vorlage. Anhand dessen erkennen wir nämlich auch den Unterschied zwischen Rot-Grün in Wien und Rot-Blau im Burgenland. In der Wiener Stadtregierung sagt man, wir lassen Niemanden zurück. Alle Menschen sollen leben können.

Im Burgenland ist das Motto, wer zu spät kam, der soll schnell wieder gehen, am besten nach Wien, da kümmern sie sich dann um alle. Wenn das viel Geld kostet, dann wird mit dem Finger auf die gezeigt und gesagt, schaut, in Wien kostet das alles so viel Geld.

Dabei wäre gerade das Wiener Mindestsicherungsmodell ein wegweisendes, und vor allem dann sinnvoll, wenn es in allen Bundesländern umgesetzt würde. Es ist nämlich von all der ideologischen Debatte befreit und einfach vernünftig.

Es zielt darauf ab, Menschen zu helfen, ihre Ausbildungen abzuschließen, in den Arbeitsprozess zu finden und dort zu bleiben. Das sind sehr vernünftige und langfristig wirksame Maßnahmen. Es macht deutlich, dass eine Demokratie, die sich zu den allgemeinen internationalen Menschenrechten bekennt, diese in konkreten Gesetzen realisieren muss.

Gerade dort, wo es schwierig wird. Es gibt ja offensichtlich auch ein großes Spannungsverhältnis innerhalb der ÖVP, weil die Kollegen in Westösterreich, die sind noch die Schwarzen, die sehen das ganz anders, die werden sich, glaube ich, auch deutlich zu Wort melden, als das, was hier von der Bundes-ÖVP, unterstützt auch von den burgenländischen, hier Türkisen, vorangetrieben wird.

Bevor man sich also in einem Modell einbetoniert, und wir sehen, es gibt da so verschiedene Varianten, die machbar wären, wäre ein Blick über den Tellerrand hinaus vernünftig. Mein Eindruck ist, es ist Ihnen, werte KollegInnen, offensichtlich ganz egal, was woanders läuft, was gut ist, denn Ihr Blick über die Landesgrenzen reicht gerade mal bis nach Niederösterreich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist nicht sehr weitsichtig. Sie bringen in Ihrem Abänderungsantrag nicht einmal eine Begründung dafür vor, warum Sie sich nicht mit einer anderen als der burgenländischen Lösung befassen wollen. Denn das Grundanliegen unseres Antrages war ja, dass die Bund-/Länderverhandlungen wieder aufgenommen werden.

Dass genau das nicht geschehen ist, hat Landesrat Darabos ja auch lautstark und öffentlich kritisiert. Aber den entsprechenden Antrag wollten die Fraktionen dann doch nicht unterstützen.

Eine ernsthafte Befassung mit diesem Antrag scheint also nicht im Vordergrund zu stehen. Sie wiederholen nur stereotyp, alle sollen es so machen, wie wir es im Burgenland machen.

Die kritischen Reaktionen von ExpertInnen wollen Sie einfach nicht hören. Auch dazu gibt es heute schon wieder einiges. Verfassungsexperte Bernd Christian Funk meint: Die Wartefrist für Ausländer zeige bei dem Vorstoß der Bundesregierung keinen Unterschied zu Niederösterreich. Das wird wohl wieder aufgehoben werden.

Europarechtler Walter Obwexer sagt, EU-Bürgern einfach 300 Euro zu streichen, sei rechtswidrig. Ebenso meint es der EU-Rechtsexperte Franz Leidenmühler, der sieht etwa auch im Deutschnachweis für Asylberechtigte eine Diskriminierung und Theo Öllinger, allen bekannter Verfassungsexperte, hat Zweifel, ob 563 Euro genug für eine Existenz in Würde sind. Er warnt vor Armut. Das sagen die Experten, nicht die PolitikerInnen dazu.

Sehr geehrte KollegInnen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und LBL! Ich habe nicht den Eindruck, dass Sie sich in dieser Sache wenigstens um die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes scheren. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass Sie sich ernsthaft mit dem in verschiedenen Bundesländern praktizierten Modell befassen und schauen, wo hier ein guter Kompromiss liegen könnte. Sie sind einfach nur stur wie ein vierjähriges Kind, das immer nur sagt, ich will aber meines. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wer mir aufmerksam zugehört hat, konnte erfahren, seitens der GRÜNEN sind wir durchaus bereit, verschiedene Modelle zu diskutieren und zu klären, was auf welche Weise machbar ist.

In einem bleibe ich stur. Für mich gibt es nicht Menschen erster und zweiter Klasse. Das hat nichts mit naiver Sozialromantik zu tun, über das Alter bin ich hinaus, das ist eine Frage meiner Grundhaltung und Werte. Bei mir persönlich sind es christliche. Völlig unverständlich ist mir aber auch, wie sich dieses Vorgehen mit den Werten der Sozialdemokratie vereinbaren lässt.

Würde SPÖ Nationalratsabgeordneter Jörg Leichtfried hier stehen, würde er an dieser Stelle vielleicht sogar rufen, SPÖ Burgenland, was ist mit euch?

Ich für meinen Teil drücke es anders aus. Es ist mir völlig unverständlich, dass eine Partei, die sich sozialdemokratisch nennt, diesen Weg der Entsolidarisierung zwischen Bevölkerungsgruppen mitgeht und in der Mindestsicherung den Schulterschluss mit den Rechtskonservativen und Rechtsaußen-Parteien des Landes sucht.

Mein Appell ist: Arbeiten wir für ein Land, in dem niemand in Armut leben muss, in dem wir die Armut bekämpfen, und nicht die Armen und das Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenwürde für alle sichert. Das trifft für den Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen nicht zu. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist überhaupt kein Wunder, dass es die GRÜNEN aus dem Nationalrat gefegt hat. Das ist auch gut so.

Frau Kollegin Petrik! Sie können da jetzt jedes Mal Anträge einbringen, Sie können da jetzt jedes Mal stundenlang Ihre Betroffenheitsrituale zum Besten geben, herumjammern, sich empören, aber der Landtag vertritt mit überwältigender Mehrheit eine andere Meinung als Sie.

Eine Meinung, die wir zuletzt am 5. April, erst am 5. April, zum Beschluss erhoben haben, und die wir auch heute, am 29. Mai, zum Beschluss erheben werden.

Wir bekennen uns zu den Zielen und Grundsätzen des burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes und wir begrüßen die Maßnahmen der Bundesregierung. Das haben wir nämlich schon am 5. April getan, darauf weise ich hin.

Wir begrüßen die Bemühungen der Bundesregierung über eine bundeseinheitliche und verfassungskonforme Lösung und wir weisen auf die Vorbildwirkung des burgenländischen Modells hin. So ist es. Punkt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein fertiger Gesetzestext liegt uns zwar noch nicht vor, aber nach all dem, was wir seit gestern und bis heute wissen, tut die Bundesregierung in etwa das, was wir am 5. April mit unserem Beschluss als Wunsch und Vorschlag zum Ausdruck gebracht haben. Ein bundeseinheitliches und verfassungskonformes Modell. Vorbild ist die burgenländische Lösung. Es kommt ein Grundsatzgesetz des Bundes, das uns gewisse Handlungsspielräume einräumen wird, von denen wir noch sehen werden, wie groß sie sind und ob wir sie dann noch in Anspruch nehmen werden, oder nicht.

Ein Grundsatzgesetz des Bundes, das österreichweit vergleichbare Standards im Ergebnis sicherstellen soll. Es kommt eine Wartefrist für EU-Bürger.

Asylberechtigte bekommen die Mindestsicherung in voller Höhe erst, wenn sie entsprechende Integrationsbemühungen beziehungsweise Erfolge an den Tag legen. Ich weiß nicht, warum die GRÜNEN damit ein Problem haben. Andererseits wundert es mich auch nicht, wenn ich Ihren Zugang zum Thema Migration insgesamt ansehe, weil da haben wir nämlich schon das grundeigene Problem, Frau Kollegin Petrik, dass überhaupt Parteien wir die Ihre seit Jahren an einer Vermischung von Asyl und Zuwanderung arbeiten und damit ja auch viele Diskussionen und die Lösung der Probleme viel schwieriger machen, gerade wenn es um Integration geht.

Asylwerber, subsidiär Schutzberechtigte und Ausreisepflichtige bekommen keine Mindestsicherung, denn sie werden lediglich grundversorgt. In Bezug auf das Burgenland ist das im Übrigen nicht neu, denn für die subsidiär Schutzberechtigten gibt es die Grundversorgung oder die Grundversorgungstarife schon seit Jahren.

Das war noch unter Rot-Schwarz gedeckelt. Dafür wird es, das hat man jetzt von Grüner Seite weggelassen, für Alleinerziehende zusätzlich zur Basisleistung für jedes minderjährige Kind einen gestaffelten Bonus pro Monat geben. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Hat sie aber gesagt.)*

Ich bringe Ihnen vielleicht zwei Beispiele. Ich gebe aber zu, dass das zwei Extrembeispiele sind, zumindest das erste: ein seit sechs Jahren in Österreich aufhältiges Paar, tschetschenischer Herkunft, mit fünf Kindern, im Grün-regierten Wien, 2.460 Euro - neu 1.684 Euro.

Österreichische Alleinerzieherin mit zwei Kindern, alt 1.174 Euro - neu 1.383 Euro. Das ist eine Entwicklung, die unsere Zustimmung findet.

Frau Kollegin Petrik! Der Herr Kollege Haidinger hat es Ihnen heute schon gesagt. Ich glaube, es liegt ein grundlegendes Missverständnis über die Frage des Sozialstaates und von Sozialsystemen vor.

Ein Sozialstaat kann im Wesentlichen nur dann funktionieren, wenn er im Großen und Ganzen ein in sich geschlossenes System bildet. Sie haben einen anderen Zugang, aber dann sagen Sie es auch bitte.

Sie machen ja gerade so den Eindruck, als wären Sie der Meinung, dass Zuwanderung dem Sozialsystem in der Form, in der wir sie in den letzten Jahren hatten, was bringen würde. Sie loben da das rot-grüne Modell der Mindestsicherung in Wien.

Schauen Sie sich bitte die Entwicklung der Ausgaben für die Mindestsicherung in Wien an und schauen Sie sich einmal den Wiener Stadthaushalt an. Das sind ja durchaus keine Entwicklungen, die erfreulich sind. So, wie Sie daherreden, könnte man ja der Meinung sein, dass in Wien Jahr für Jahr die Überschüsse daherkommen.

Die Parallelen zum burgenländischen Modell sind bei dem, was die Bundesregierung gestern vorgestellt hat, unverkennbar. In manchen Konstellationen dürfte der Bund, ich sage es jetzt einmal so, „weniger streng“ als im Burgenland sein. Das sind die Handlungsspielräume, die wir dann mitunter aufgrund des Bundesgrundsatzgesetzes haben werden und von denen wir schauen werden, wie weit wir sie ausnutzen werden.

Wir sind jedenfalls guter Dinge, dass es, wie vom Landtag gewünscht, schon bald eine bundeseinheitliche und verfassungskonforme Lösung geben wird. Das entscheidet nämlich im Übrigen noch immer der Verfassungsgerichtshof, der sich ja höchstwahrscheinlich auch mit diesem Gesetz auseinander setzen wird.

Wir sind guter Dinge, dass es zu dieser Lösung kommt, nämlich zu einer Lösung, die sich an den Zielen unseres Gesetzes im Burgenland orientiert, und das ist gut so. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Frau Präsidentin! Auf die Details, die die Kollegin Petrik vorhin zum Besten gegeben hat, möchte ich nicht wirklich eingehen. Aber, sie hat darauf verwiesen, dass in den letzten Jahren die Flüchtlingszahlen gesunken sind und hat das als Argument hergenommen. Na ja, das ist ohnehin wieder so, wie im Jahr 2003 und 2004. Jetzt können wir wieder die Sozialleistungen erhöhen und Geld

hinausschmeißen und sozusagen ein Paradies auf Erden schaffen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, das ist eine gute Entwicklung, dass wir uns jetzt wieder auf einem normalen Maß, was die Zuwanderung von Flüchtlingen betrifft, befinden. Das ist vor allem der Bundesregierung und der entschlossenen Politik der neuen Bundesregierung zu danken, denn Sebastian Kurz hat ja schon in der Vorgängerregierung dafür gesorgt, dass hier auch schon die Vorgängerregierung eine leichte Kursänderung eingeschlagen hat.

Mit der neuen Bundesregierung haben wir aber jetzt wirklich eine Konstellation, wo wir genau dieses Thema sehr intensiv bearbeiten können und wo wir, glaube ich, auch für die nächsten Jahre gut aufgestellt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heutige Antrag, den wir zu behandeln haben, stammt ja von den GRÜNEN und geht in die Richtung, dass hier die Landesregierung quasi aufgefordert wird, dafür einzutreten, dass Gespräche zwischen den Landesregierungen und der Bundesregierung wieder aufgenommen werden, mit dem Ziel, eine verfassungskonforme Regelung der Mindestsicherung und eine bundeseinheitliche Mindestsicherung herzustellen.

Jetzt gibt es einen Abänderungsantrag. Der kommt von der SPÖ und von der FPÖ. Dieser Antrag lautet, dass sich der Burgenländische Landtag zu den Zielen und Grundsätzen des Burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes bekennt, dass die Bemühungen der Bundesregierung um eine bundeseinheitliche verfassungskonforme Lösung begrüßt wird, wobei auf die Vorbildwirkung des burgenländischen Modells hingewiesen wird.

Herr Landesrat Darabos! Ich hoffe, Sie können sich auch mit diesem Antrag identifizieren. Deswegen sollten Sie dann irgendwann einmal aufhören, wehleidig zu sagen, wie schlimm das ist, dass die Bundesregierung jetzt schneller war als die Sozialreferenten. Ich glaube, dass es gut war, dass die Bundesregierung gehandelt hat, denn hätten wir auf die Sozialreferenten gewartet, dann würden wir wahrscheinlich 2025 noch da stehen und sagen: Was ist jetzt endlich mit euch Sozialreferenten? *(Beifall bei der ÖVP)*

Weil inhaltlich hat ja der Landesrat Darabos schon zumindest angedeutet, dass er sich mit dem Modell, das die Bundesregierung jetzt vorgeschlagen hat, in groben Zügen auch identifizieren kann. *(Abg. Manfred Kölly: Den Abänderungsantrag hättet Ihr Euch jedenfalls erspart.)*

Das wäre auch eine Möglichkeit gewesen, soll so sein, aber zumindest gibt uns ja dieser Abänderungsantrag die Möglichkeit, dass jetzt auch der Landesrat Darabos und die SPÖ Burgenland sich klar bekennt und sagt, es war gut, dass die Bundesregierung jetzt schnell gehandelt hat und es war gut, dass sie nicht darauf gewartet hat, dass sich die neuen Soziallandesräte auf irgendetwas einigen, was ohnehin nichts gebracht hätte und wo ohnehin nichts herausgekommen wäre. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deswegen glaube ich wirklich, dass dieses rasche Handeln der Bundesregierung gut war, dass hier eine Grundsatzgesetzgebung erfolgt, wo ein Rahmen vorgegeben wird, und zwar ein klarer Rahmen vorgegeben wird, der im Prinzip und im Grunde ja auch unseren Intentionen entspricht. *(Abg. Manfred Kölly: Das habe ich immer gefordert!)*

Wir haben im Landtag in den letzten zwei, drei Jahren - ich weiß nicht, wie oft - über das Thema Mindestsicherung diskutiert.

Wichtig ist für uns, und das sage ich jetzt für die Volkspartei, zumindest von dem her, was ich von der FPÖ und auch von der SPÖ Burgenland zumindest gehört habe, weil die SPÖ auf Bundesebene schaut ja da ganz anders aus, denn da habe ich vorhin gelesen, dass sich die SPÖ auf Bundesebene über den Vorschlag der Bundesregierung extrem aufregt und dass das abgelehnt wird.

Ich hoffe, dass die SPÖ Burgenland hier standhaft und bei dieser Linie bleibt, die wir ja seit einiger Zeit festgelegt haben. Das war ja auch so ein Beispiel, wie beispielsweise bei der Wohnbauförderung, wo wir uns gut eingebracht haben, wo wir unsere Vorstellungen auch umsetzen konnten, wo wir als starke Alternative zum Ergebnis auch entsprechend beigetragen haben.

Wichtig ist für uns, wie gesagt, dass die Menschen, die arbeiten gehen, mehr haben müssen, als diejenigen Menschen, die aus dem Sozialsystem ihren Unterhalt bewältigen müssen. Wichtig ist für uns, dass die Mindestsicherung keine Dauereinrichtung für die Menschen ist, sondern dass es ein Anreiz sein soll, wieder in den Arbeitsprozess zu kommen.

Wichtig ist für uns, dass die Mindestsicherung nicht so gestaltet werden darf und so gestaltet sein soll, dass sie wie ein Magnet auf Menschen wirkt, die flüchten und sich aussuchen, in welches Land sie gehen.

Es ist ja kein Zufall, dass die meisten Flüchtlinge in jene Länder gegangen sind, wo besonders hohe Sozialleistungen gezahlt wurden. Deutschland, Österreich, Schweden, die haben ja alle umgestellt. Daher ist auch der österreichische Weg der richtige. Wichtig ist für uns, und dazu bekenne ich mich nach wie vor, dass es irgendwo einen Deckel geben muss.

Der Verfassungsgerichtshof hat diese Deckelung in NÖ aufgehoben. Ich glaube, dass der Vorschlag, der jetzt von der Bundesregierung kommt, mit einem degressiven Beitrag für die Kinder dann das gleiche Ziel erreicht und hoffentlich dann auch verfassungskonform ist.

Apropos Verfassungskonformität - wir haben ja einen Antrag eingebracht und haben gesagt, es wäre doch gescheit, wenn der Nationalrat überhaupt eine Verfassungsbestimmung daraus macht, denn dann hätten wir die Verfassungskonformität ohnehin gewährleistet. Das ist leider nicht gelungen und wäre wahrscheinlich auf Nationalratsebene nicht gelungen, weil ja dort die SPÖ sicherlich nicht mitgestimmt hätte.

Wichtig ist für uns, dass die Menschen, die bei uns sind, die als Flüchtlinge nach Österreich gekommen sind, auch entsprechend integriert werden und dass sie sich auch bemühen, sich zu integrieren. Daher finde ich auch den Ansatz, die volle Sozialleistung erst dann zu bezahlen, wenn entsprechende Deutschkenntnisse vorliegen, als einen richtigen Ansatz.

Insgesamt glaube ich, dass wir die Bundesregierung bei diesen Bemühungen, eine verfassungskonforme und bundeseinheitliche Lösung herzustellen, absolut unterstützen müssen. Deswegen kann ich für die Volkspartei Burgenland auch sagen, dass wir den Abänderungsantrag natürlich unterstützen werden.

Das wäre jetzt eine Überraschung gewesen, wenn es anders gewesen wäre. Herr Kollege Kölly! Wir hätten aber auch kein Problem gehabt, den Antrag der GRÜNEN einfach abzulehnen, denn das wäre im Endeffekt das Gleiche gewesen. *(Abg. Manfred Kölly: Einfach ablehnen.)*

Ich glaube, dass wir schon darauf achten müssen und da darf man sich darauf verlassen und sagen, jetzt ist es ohnehin wieder anders und es sind ohnehin weniger Flüchtlinge da, das kann von einem Moment auf den anderen wieder anders sein.

Wichtig ist, dass wenn solche Situationen eintreten, Österreich gewappnet ist und Österreich dafür sorgt, dass niemand das österreichische Staatsgebiet betritt, ohne registriert zu werden. Ehrlich gesagt, man kann den Hans Peter Doskozil von mir aus loben, aber eine Glanzleistung des österreichischen Staates war es sicher nicht, wenn da zig Tausende und Hunderttausende Menschen die Staatsgrenze ohne Registrierung überschritten haben, ohne zu wissen, wer das ist und dann einfach durchzuwinken und sagen, die Deutschen werden das Problem schon lösen.

Also, eine richtige Glanzleistung war es nicht. Es war eine organisatorische Leistung, aber das hätte man auch durchaus anders machen können, eigentlich anders machen müssen. Es muss ja im Selbstverständnis eines Staates liegen, dass man auch seine Grenzen schützt. In diesem Sinn werden wir natürlich dem Abänderungsantrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Zur Mindestsicherung oder zum burgenländischen Mindestsicherungsmodell wurde bereits in den letzten Monaten viel gesprochen. Ich möchte aber zusammenfassend auch erwähnen, dass am 30. März 2017 durch eine Gesetzesänderung zum Burgenländischen Mindestsicherungsgesetz mit Mehrheit von 32 von 36 Stimmen der Abgeordneten ein Beschluss gefasst wurde, der zirka heute vor einem Jahr in Kraft getreten ist.

Die konkrete Inkrafttretung war mit 1.7.2017. Dieses burgenländische Modell war geprägt vom Integrationsmotto „Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz“. Ich bin der Meinung, die Lösung, die getroffen und die gefunden wurde, war die einzig richtige. Es war nämlich unumgänglich, ein eigenes Gesetz zu machen, weil eine bundeseinheitliche Lösung, wie bereits vorher besprochen, gescheitert ist.

Die Mutmaßungen und Feststellungen, die die Kollegin Petrik hinsichtlich des Scheiterns erzählt hat, möchte ich jetzt nicht teilen. Aber, grundsätzlich war es so, dass eine einheitliche Lösung nicht möglich wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dieses eigenständige burgenländische Modell wurde dann auch in der „Wiener Zeitung“ sehr wohl nicht als Hardliner-System und auch nicht als System der Unentschlossenen aufgezeigt, sondern man sagte, das ist eine Mittellösung, ein Kompromiss.

Wir haben im Burgenland gehandelt, wir haben dieses Mindestsicherungsgesetz mit 1. Juli 2017 in Kraft treten lassen und wir haben nachweislich die höchstmögliche Akzeptanz der Gesellschaft, aber auch eine soziale Treffsicherheit im Auge gehabt.

Es gibt grundsätzlich an diesem Modell nichts zu rütteln. Auch die Verfassungsgerichtshofentscheidung zum Niederösterreichischen Mindestsicherungsgesetz ist für uns nicht relevant, weil bei uns derzeit keine Anfechtung zum Burgenländischen Mindestsicherungsgesetz vorliegt. Deshalb sind es auch nur

Mutmaßungen, darüber zu reden, dass unser Modell, unser Gesetz, verfassungswidrig wäre.

Deshalb behaupte ich, dass wir in diesem Bereich der bedarfsorientierten Mindestsicherung unsere Hausaufgaben gemacht haben und wir - meine Fraktion - zu diesem burgenländischen Mindestsicherungsmodell steht.

Wir waren immer an einer österreichweiten Lösung interessiert. Der zuständige Landesrat hat es auch gesagt, und wir haben auch immer gesagt, dass es natürlich im Interesse aller sein muss, keinen Fleckerlteppich bei einem so wichtigen Bereich wie der Mindestsicherung zu haben, sondern eine einheitliche Lösung zu finden.

Nun, wir haben auch diese Bemühungen immer unterstützt und begrüßt, dass eine bundeseinheitliche Lösung kommt. Deshalb möchte ich auch zu dieser bundeseinheitlichen Lösung, die nunmehr über die Medien an uns weitergegeben worden ist, nur sagen, dass wir nicht automatisch Nein sagen dürfen, wenn es um teilweise Kritikpunkte geht.

Aus Fairnessgründen - weil wir haben bloß Überschriften, wir haben noch keinen Gesetzentwurf, der vorliegt und man sollte sachlich und fachlich erst über Gesetzentwürfe reden und nicht über Überschriften.

Konkret möchte ich nur drei Punkte ansprechen, die heute auch zutage getreten sind. Einerseits die Thematik mit der Einschleifregelung im Hinblick von mehr Kindern. Natürlich ist das ein sensibles Thema, denn bei diesem Thema ist natürlich verhältnismäßig zu schauen, wie sich das im Sinne auch der Thematik verhält, dass da eine Deckelung dann nicht mehr erreicht wird.

Gerade im Burgenland haben wir die Möglichkeit, dann in sechs Monaten nach dem Gesetzentwurf im Rahmen eines Ausführungsgesetzes darauf zu reagieren.

Ein Punkt, der mir wesentlich ist, ist der zumindest in den Medien kolportierte Arbeitsplatzqualifizierungsbonus von 300 Euro. Ich denke mir, da wird es wichtig sein, eine klare Feststellung zu treffen, wie das im Rahmen der Integrationsvereinbarungen, die ja doch unterschiedlich sind, in den jeweiligen Bundesländern zu sehen sein wird.

Es hängt davon ab, inwieweit man der deutschen Sprache mächtig ist. Es wird deshalb auch wichtig sein, dass man auch Deutschsprachkurse anbieten kann und sie nicht einschränkt.

Es war in den letzten Monaten oft auch die Diskussion, dass weniger Deutschkurse gefördert werden sollen. Das heißt, man muss sich das eine dann anschauen. Wenn man die Deutschsprachkurse entsprechend zukünftig dann wieder anbietet, ist natürlich auch die Möglichkeit gegeben, dass auch der Arbeitsplatzqualifizierungsbonus in der Form, wie er gewollt ist, eingeführt werden kann.

Vielleicht noch ein Punkt zur Wartezeit. Wir haben auch die Wartezeit in unserem Gesetz verankert.

Im Zuge des Ausführungsgesetzes ist vielleicht auch interessant, sofern es in der Grundsatzgesetzgebung nicht klar determiniert ist, nochmal zu überlegen, inwieweit doch bei der Wartezeit vielleicht eine Voraussetzung von sechs Monaten gegeben ist, wie es die EU-Richtlinie auch vorsieht.

Ich glaube, das Thema wird auch derzeit thematisiert, und ich bin überzeugt davon, dass zumindest das ein Ansatzpunkt ist, der uns auch bei unserem Modell dann auch zum Nachdenken bringen sollte.

In dem Sinne möchte ich nicht über die Überschriften entscheiden. Ich möchte, wenn ein Gesetzesentwurf vorliegt, darüber diskutieren. Und von mir, aus Fairnessgründen, gibt es sicher kein kategorisches Nein zu diesem Vorschlag, weil eine bundeseinheitliche Lösung ist sicher wie ein Fleckerlteppich im Bereich der Mindestsicherung. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Kollege Spitzmüller ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Herr Bürgermeister Steiner, ich muss Sie jetzt schon fragen, habe ich das richtig verstanden? Sie wären dafür, die Verfassung dafür zu ändern? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben einen Antrag eingebracht.)*

Das heißt, wir schreiben dann in die Verfassung rein, der Gleichheitsgrundsatz ist nicht so wichtig oder wie würde das dann lauten? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das wäre die falsche Formulierung.)*

Ja, aber das ist ja das Verfassungsproblem, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Waren Sie bei der letzten Landtagssitzung nicht dabei?)* dass es *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Er war da, hat aber nichts verstanden.)* nicht dem Gleichheitsgrundsatz entspricht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war schon bei der letzten Landtagssitzung.)* Also das verstehe ich absolut nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das verstehe ich, dass Sie das nicht verstehen. - Heiterkeit bei der ÖVP - Unruhe bei der SPÖ)*

Zweiter Punkt ganz kurz: Ich war am Wochenende in einem BIO-Erdbeerland. Ich wollte eigentlich nur kurz hinfahren, weil ich keine Zeit gehabt habe und dort Erdbeeren kaufen. Das war nicht möglich und zwar aus einem ganz einfachen Grund, dort gibt es keine Erntehelfer. Und das ist nur einer von ganz vielen Betrieben.

Das heißt, die können dort ihre Produkte nicht ernten. Wir kennen das aus den Medien inzwischen vom Spargel und Ähnlichen. *(Allgemeine Unruhe)* Das heißt, wir brauchen sowieso diese Leute.

Wir brauchen zumindest einen Teil dieser Leute. Es gibt Ausnahmeregelungen für eine lächerliche Zahl von Menschen, die dann als Erntehelfer eingesetzt werden können. Die Landwirtschaft bräuchte aber noch wesentlich mehr.

Ich verstehe Ihre Beweggründe einfach ehrlich gesagt überhaupt nicht. Die Mindestsicherung heißt nicht umsonst Mindestsicherung, weil sie das Mindeste ist, um einigermaßen in Österreich leben zu können. Sie zu kürzen, ist das Letzte. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Mag. Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus! In aller Kürze. Herr Steiner! Das ist sehr schwach und sehr tief gewesen, muss ich sagen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was denn?)*

Den Hans Peter Doskozil hier anzupatzen, der 2015 eine Aufgabe übernommen hat in *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Organisatorisch war es auch okay.)* einer Stresssituation, die er perfekt gelöst hat, die österreichweit anerkannt *(Abg. Mag. Thomas*

Steiner: Organisatorisch war es ja eh okay, das habe ich auch gesagt.) wurde, auch von Ihrer Partei anerkannt wurde.

Hier das negativ zu reden, das halte ich für letztklassig, das möchte ich am Beginn feststellen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Wer war der Innenminister damals?)*

Bitte? *(Abg. Manfred Kölly: Wer war der Innenminister damals?)* Ja, ist egal. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, egal ist das nicht.)* Ich möchte nur ganz kurz zu den Fakten kommen.

Die Bundesregierung hat gestern eine Punktation vorgelegt für eine bundeseinheitliche Regelung zur Mindestsicherung. *(Allgemeine Unruhe)* Und eine wirklich seriöse Beurteilung, der Herr Abgeordnete Drobits hat das schon angesprochen, ist erst möglich, wenn dieser Gesetzesentwurf auch in Begutachtung geht. Und wir werden uns das im Detail anschauen und auch mit den anderen Ländern abstimmen. *(Allgemeine Unruhe)*

Ich persönlich - und das wissen Sie - war immer ein Befürworter einer Regelung, wo es eine bundeseinheitliche Regelung geben soll. Dieser „Fleckerlteppich“ an unterschiedlichen Modellen, aus meiner Sicht, macht wenig Sinn.

Ich gebe auch zu, dass der Minister, der meiner Partei angehört hat, es nicht geschafft hat, damals eine einheitliche Regelung zu schaffen. Ich möchte aber nichtsdestotrotz betonen, und da sind wir einer Meinung, wenn 32 von 36 Abgeordneten diesem Modell auch zugestimmt haben, vor längerer Zeit, dass das burgenländische Modell ein sehr gutes ist und dass ich auch das Gefühl habe, dass man sich durchaus von Bundesseite her an diesem burgenländischen Modell auch orientiert hat.

Unser Modell ist, aus meiner Sicht, sozial ausgewogen, treffsicher und bietet, aus meiner Sicht, und das ist der Sinn der ganzen Sache, genügend Anreize, um so rasch wie möglich wieder in den Arbeitsprozess einzusteigen.

Und da möchte ich jetzt zwei Sachen dazu sagen, Frau Abgeordnete Petrik. Sie sagen, wir lassen jemanden zurück. Wir lassen niemanden zurück, und das burgenländische Modell ist auch keine Kürzung in der finanziellen Ausformung der Mindestsicherung, sie hat nur andere Parameter.

Es geht halt darum, dass man nicht alles bar ausbezahlt bekommt, sondern dass man auch die Wohnleistungen und Sachleistungen nachweisen muss. Das halte ich für durchaus richtig und wichtig weil es eben so ist, dass diese 836 Euro, die wir im Burgenland haben, auch anders zu bewerten sind, beispielsweise als eben in Wien.

Was ich noch dazu sagen möchte, das ist wieder die andere Sache, da bin ich wieder auf Ihrer Seite. Ich habe gestern einen Fall gehabt, aus meiner Nachbargemeinde, wo ein Mann gekommen ist, das weiß auch keiner in Österreich, der muss 10.000 Euro zurückzahlen, weil er ein Haus hat, einen Grund hat und jetzt eben 10.000 Euro an Mindestsicherung für die letzten drei Jahre zurückzahlen muss.

Das wissen auch die wenigsten, das muss man auch sagen. Das ist etwas, was natürlich grundsätzlich gerechtfertigt ist, aber was auch schon auch erschwerend bei der Mindestsicherung einzustufen ist.

Insgesamt möchte ich doch noch, auch wenn der Herr Abgeordnete Steiner das als Jammerei beurteilt hat, schon sagen, wenn eine Ministerin, egal welcher Partei sie angehört, sie gehört der FPÖ an und gehört einer Regierung ÖVP-FPÖ auf Bundesebene an, sagt, wir als Länder sollen einen Vorschlag machen und das wird paktiert und dann ist plötzlich alles anders, dann muss man auch durchaus bereit sein, diese Kritik in Kauf zu

nehmen, weil es hier auch um politische Redlichkeit geht und um Transparenz geht, und das ist von der Bundesregierung in diesem Fall nicht eingehalten worden.

Wir stehen zu unserem Modell. Wie gesagt, wir warten den Gesetzesentwurf der Regierung ab, ob er rechtlich einwandfrei ist.

Ich sage auch hier ganz deutlich, dass die Koppelung an die Sprache durchaus eine sinnvolle Maßnahme, aus meiner Sicht, ist. Die Sprache bedeutet Integration. Wir müssen den Menschen, die hier in Österreich leben wollen, auch dazu bringen, sich zu integrieren und, wie gesagt, die Sprache ist ein Hauptaugenmerk, was die Integration betrifft.

Es ist übrigens von der SPÖ schon vor zwei Jahren der ÖVP gegenüber vorgeschlagen worden, aber die Bundes-ÖVP - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist vorgeschlagen worden?)* - die sprachliche Kompetenz ist vorgeschlagen worden. Die Bundes-ÖVP hat damals nichts davon wissen wollen, aber das ist jetzt nicht das Hauptthema.

Insgesamt glaube ich, dass wir auch österreichweit diese Verhandlungen mit den Bundesländern führen sollten und auch eine gemeinsame Vorgangsweise noch finden sollten.

Und der letzte Satz, die bedarfsorientierte Mindestsicherung muss, aus meiner Sicht, ein soziales Sicherungsnetz bleiben, das gröbste Armut verhindert und Menschen Chancen ermöglicht, in den Arbeitsprozess wieder einzusteigen.

Wir wollen kein Hartz IV, wir wollen, dass die Menschen auch Chancen haben, über die Mindestsicherung wieder in den Arbeitsprozess einzusteigen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, Herr Landesrat! So eine Wortmeldung fordert mich natürlich heraus, mich noch einmal zu melden, was ich ja nicht wollte. Aber ich meine, ehrlich gesagt, sich hier herzustellen und von letztklassig zu sprechen, da sollten Sie sich einmal in den Spiegel schauen. *(Unruhe bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Also bitte.)*

Wenn Sie zugehört hätten, was ich gesagt habe, dann wäre Ihnen das Wort ja niemals über die Lippen gekommen, oder hätte Ihnen gar nicht über die Lippen kommen können, weil, ich habe gesagt, der Hans Peter Doskozil hat das organisatorisch gut gemacht.

Aber ich habe kritisiert und das gilt nicht nur für ihn, sondern auch für viele andere, dass das ein Zustand war, der untragbar war. Dass der österreichische Staat nicht in der Lage war und auch die Exekutivbeamten nicht in der Lage waren, zu verhindern, dass Menschen - und zwar nicht einer oder zwei, sondern tausende und zigtausende - die Grenze überschreiten, ohne dass sie registriert werden, ohne dass man weiß, wer hereinkommt.

Diese Kritik müssen sich alle Verantwortlichen der damaligen Zeit ganz einfach gefallen lassen. *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt das ja begrüßt. Ihr habt das ja sogar gutgeheißen.)*

Auch wenn Sie das als Majestätsbeleidigung empfinden, *(Abg. Manfred Kölly: Schaut Euch das Protokoll an.)* es war ganz einfach so und da können Sie herumreden was Sie wollen. *(Zwischenruf von Landesrat Mag. Norbert Darabos – Unruhe bei der SPÖ)*

Da können Sie schreien, da *(Abg. Manfred Kölly: Ihr kennt Euch nicht aus – schaut Euch das an.)* können Sie sagen Majestätsbeleidigung, da können Sie sagen letztklassig, es *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja unglaublich.)* stimmt ganz einfach so. *(Allgemeine Unruhe)* Und da lasse ich mir von Ihnen nicht sagen, dass das letztklassig ist, weil es die Wahrheit ist, weil es nichts als die Wahrheit ist, das ist der erste Punkt, Herr Landesrat.

Die zweite Geschichte, ich *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* meine, Sie stellen sich daher und patzen jetzt wieder die Ministerin an. Ich sage Ihnen, wir werden jetzt gleich einen Beschluss fassen, wo Ihre Meinung eigentlich konterkariert wird.

Wir beschließen jetzt nicht, dass die Soziallandesräte jetzt wieder einen Vorschlag machen, sondern wir unterstützen die Bundesregierung und zwar, ich nehme an, mit einer überwältigenden Mehrheit und das müssen Sie halt auch einfach zur Kenntnis nehmen.

Offensichtlich haben Sie ein bisschen in der Erinnerung manchmal Probleme, weil wenn ich Sie jetzt in das Jahr 2016 zurückführen darf, Ende 2016, da waren Sie es, der gemeinsam mit dem Herrn Minister Stöger gegen die Obergrenze, gegen die Deckelung agiert hat.

Sie haben gesagt, Sie wollen eine bundeseinheitliche Regelung haben, ohne Obergrenze, ohne Deckelung und haben gesagt, eine Wohnsitzverpflichtung wollten Sie damals noch haben. Erinnern Sie sich zurück, oder nicht? Ist es die Wahrheit, oder nicht?

Deshalb bleiben Sie bei der Wahrheit und werfen Sie mir nicht irgendwelche Dinge vor, die nicht stimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die *(Abg. Robert Hergovich: Da ist man sprachlos, wirklich.)* dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend eine bundesweit einheitliche Regelung der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1317) betreffend Klimaschutz-Maßnahmen im Wohnbau (Zahl 21 - 931) (Beilage 1325)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 10. und letzte Punkt der Tagesordnung, meine Damen und Herren, ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag - *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* ich bitte um etwas Ruhe auf der Regierungsbank und in den Abgeordnetenbänken - der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1317, betreffend Klimaschutz-Maßnahmen im Wohnbau, Zahl 21 - 931, Beilage 1325.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz-Maßnahmen im Wohnbau in ihrer 31. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. Mai 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller und Regina Petrik auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz-Maßnahmen im Wohnbau unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort. Der Herr Abgeordnete hat schon den Platz eingenommen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf diesen Antrag und Abänderungsantrag eingehe, möchte ich doch noch ein paar Worte zur Mindestsicherung sagen.

Wie Ihr Euch sicherlich gut erinnern könnt, haben wir gesagt, diese ganze Situation, dass jedes Bundesland eigens entscheidet über diese Mindestsicherung, wollen wir nicht, lehnen wir ab. Der Bund soll eine Entscheidung treffen.

Jetzt hat der Bund eine Entscheidung getroffen. Ich finde das auch in Ordnung, dass das jetzt einheitlich einmal gelöst worden ist. Jetzt könnte ich nachdiskutieren und nachjustieren und sagen, dort und da gehört ein bisschen nachjustiert, aber das können wir ja jederzeit noch machen.

Aber was heute vorgefallen ist und wo die ÖVP und der Herr Obmann Steiner sich herausstellt und sagt, wie schlecht das ist und das ist eine Katastrophe, *(Abg. Günter Kovacs: Das ist wahr.)* wie die Polizei freiwillig gearbeitet hat, wie dieser Massenansturm auf uns zu gekommen ist, das lasse ich so nicht stehen. *(Unruhe bei der ÖVP)*

Herr Kollege, darf ich jetzt eines klarstellen? Gerade Sie, Ihre Partei, hat sich hierher gestellt und hat gesagt, wie super das Ganze gelaufen ist, danke an die Freiwilligkeit. Danke an die Polizei, danke, danke.

Und jetzt stellt man sich da her und tut so, als wenn das alles schlecht gewesen wäre. *(Abg. Walter Temmel: Das hat ja keiner gesagt.)* Nur Ihr vergesst, dass die Frau Innenminister eigentlich auch sehr ausschlaggebend dabei gewesen ist und jetzt Landeshauptfrau Mikl-Leitner. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau.)*

Das vergesst Ihr immer wieder. Warum erzählt Ihr das nicht draußen? Dann stellt Euch nicht her und sagt, wie schlecht da die Polizei gearbeitet hat, die Feuerwehr und das Rote Kreuz. Vorher habt Ihr gesagt, super, ganz toll, was da geleistet wurde und heute stellt Ihr Euch her, wie wenn das alles eine Katastrophe gewesen wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was hätten die Leute sonst anders machen sollen, wenn Eure Frau Merkel von der CDU gesagt hat, alle zu mir. Das war nämlich genau der Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der LBL, SPÖ, FPÖ und des Abg. Gerhard Steier)* Das will ich einfach klar und deutlich einmal aussagen.

Ja, Herr Kollege, Ihr vergesst oft, dass Ihr auch einmal in der Regierung gesessen seid und ganz anders gehandelt habt und jetzt im Bund mit den Blauen in der Regierung sitzt. Und jetzt sind die Blauen ach so gut und so wunderbar. Natürlich, die haben ihre guten Ideen mit eingebracht und setzen sich durch, muss ich jetzt dazu sagen.

Euer Herr Kurz, der hat nur Floskeln über. *(Unruhe bei der ÖVP)* Der sagt nie eine klare, eine klare Aussage habe ich von dem überhaupt noch nicht gehört. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.)*

Von wem soll ich eine Leichte bekommen? Ich habe überhaupt kein Problem mit irgendwem da oben. Na das wäre noch das Beste, wenn ich vor Euch Angst muss haben. Na das wäre noch das Beste.

Denkt einmal nach, was Ihr schon aufgeführt habt in Eurer ganzen Geschichte! Da will ich jetzt gar nicht nachdenken. Das will ich einmal klargestellt haben, weil sich immer so herzustellen und zu sagen, wie schlecht jetzt die Regierung ist und wie gut jetzt die blau-schwarze Regierung oben ist und die rot-blaue ist so schlecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen wir Sie alle arbeiten. Und dann können wir kritisch viel hinterfragen, sich zusammensetzen und darüber diskutieren. Aber lasst sie einmal arbeiten und nicht immer gleich alles schlechtmachen. Es gibt sehr gute Dinge, es gibt aber auch schlechte Dinge und die müssen wir einmal zur Kenntnis nehmen und gemeinsam schauen, dass man eine Lösung findet.

Aber jetzt komme ich zu dem Antrag des grünen Kollegen *(Abg. Gerhard Steier: Bitte.)* und Kollegin. Wenn die GRÜNEN fordern, die Landesregierung wird aufgefordert, keine neuen Gas- und Ölheizungen mehr zu genehmigen, das haben wir heute bei der Wohnbauförderung diskutiert. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das war aber vorher.)*

Ja, daher ist der Antrag ja eigentlich, ja, diskussionsfähig, aber nicht jetzt unbedingt so zu sehen, wie man eh schon längst in der Wohnbauförderung das versucht umzusetzen. Das ist ja die Frage immer, ob wir das überhaupt umsetzen können.

Attraktive Ausstiegsförderung für Ölheizungen, - nona, na logisch.

Ein Ausstiegszenarium aus Erdgasheizung bis 2028 zu erstellen und ehestmöglich starten, - nona.

Ganzjährige Sanierungsoffensive für Handwerkerbonus im Bereich thermische Sanierung. - Finde ich für gut. Nur der Handwerkerbonus ist längst schon gefallen, wollte ich Euch nur sagen. Den wird es nicht mehr so schnell geben, aber gut, fordern kann man das ja.

Finanzierungsunterstützung für Contracting Modelle für Sanierungsmaßnahmen. - Gut.

Ökologische Dämmstoffe extra fördern. - Auch der Landeshauptmann hat gesagt, wir denken nach und haben der Fachhochschule schon einen Auftrag gegeben, was kann man machen? Das heißt, wir haben das in einem Paket schon verpackt, aber wir können immer wieder nachjustieren. Das finde ich für in Ordnung.

Dann gibt es einen Abänderungsantrag seitens der SPÖ und FPÖ, und jetzt kommt es. Die Abänderungsanträge, das ist schon wie vorher das Lustige gewesen. Wir machen einen Abänderungsantrag, obwohl wir den Antrag von den GRÜNEN vorher mit der Mindestsicherung ablehnen hätten können.

Wir machen wieder einen Abänderungsantrag und jetzt sage ich Euch etwas. Wir haben, die Liste Burgenland, hat einmal im Jahr 2017 auch so etwas Ähnliches eingebracht, wie die GRÜNEN eingebracht haben. Und jetzt lese ich Euch etwas vor.

Der Abänderungsantrag der SPÖ und FPÖ:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die nachhaltige, ökonomische, sozial gerechte und ökologische Entwicklung des Burgenlandes weiterhin am Landesentwicklungsprogramm 2011 auszurichten und bestmöglich voranzutreiben,
- den burgenländischen Handwerkerbonus nach Maßgabe vorhandener Budgetmittel weiterzuführen und auszubauen, - Was es nicht mehr gibt, das schreiben sie hinein.
- die Umsetzung der Ziele der Gesamtverkehrsstrategie Burgenland weiterzuverfolgen und besonderes Augenmerk auf das Umsetzungsfeld „Direkte Verbindung in die Zentren“ mit den Maßnahmen „Verbesserung der Erreichbarkeit von Wien, Eisenstadt, und Graz aus dem Südburgenland“ zu legen sowie
- alle Pendler weiterhin bestmöglich zu unterstützen. - Wischiwaschi.

Das Gleiche, der Abänderungsantrag 2018 der GRÜNEN - eins zu eins abgeschrieben!

Frau Klubobfrau! Sie haben einen Riesenstab um sich, einen Riesenstab, so viele Leute habt Ihr. Wir, der Gerhard Hutter und meine Wenigkeit, sind alleine und müssen das alles aufarbeiten.

Sie bringen einen Abänderungsantrag ein, den aus 2017, von dort haben Sie ihn übernommen, den ganz gleichen Abänderungsantrag. Seid mir bitte nicht böse. Das ist schwach, das muss ich Euch offen und ehrlich sagen. Das ist ganz einfach schwach, und das sollte eigentlich in Zeiten wie diesen nicht vorkommen, weil Ihr habt wirklich Ressourcen, die sonst niemand hat.

Das ist genau der Punkt, den wir auch kritisch immer hinterfragen. Wenn ich keinen Abänderungsantrag brauche, dann brauche ich keinen. Den lehne ich einfach ab, weil es in der Wohnbauförderung irgendwann schon jetzt kommen soll. Dann lehne ich ihn ganz einfach ab.

Aber solche Abänderungsanträge, das haben wir uns alle miteinander nicht verdient, darüber überhaupt zu diskutieren. Das muss man jetzt klipp und klar gesagt haben.

Daher finde ich das für absurd, dass eine Partei wie die SPÖ oder die FPÖ es notwendig haben, sich von uns solche Dinge überhaupt vorzeigen zu lassen. *(Abg. Gerhard Steier: Du bist so gut.)* Das ist ja wirklich unglaublich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich, diesen Abänderungsantrag von der SPÖ kann ich nicht einmal mehr sehen und zustimmen, weil diese

Handwerkerbonusgeschichte hat der Landeshauptmann längst aufgehoben. Der hat das für ein Sanierungskonzept jetzt ganz anders umgestaltet.

Wenn Ihr das mitbekommen habt, Frau Klubobfrau, das gibt es derzeit nicht mehr und den wird es auch nicht mehr geben. Fragt Euren Herrn Landeshauptmann. Der hat das klipp und klar gesagt. Das ist auch in Ordnung so, wenn er eine andere Variante wählt. Die Regierung hat da so zugestimmt, dann ist es so.

Aber dann sollte sich wenigstens die SPÖ Gedanken machen oder miteinander reden. Setzt Ihr Euch nicht zusammen, die SPÖ mit der Regierung, ob Ihr vielleicht doch dort oder da auf der gleichen Wellenlänge seid? Das ärgert mich so viel an der ganzen Geschichte.

Natürlich, wir brauchen gar keinem Antrag da zustimmen, weil wir sehr vieles in der Wohnbauförderung in dem neuen Gesetz drinnen haben.

Dem Abänderungsantrag kann ich einfach nicht zustimmen, oder können wir nicht zustimmen, weil der ist lächerlich, den haben wir übernommen aus 2017. Ich glaube, im Jahr 2015 habe ich ihn auch schon einmal gestellt, da habt Ihr genau das Gleiche geschrieben.

Also macht Euch wirklich Gedanken, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie man hier im Hohen Landtag arbeiten soll. Ich denke, das wäre unsere Aufgabe im Landtag, auch dementsprechende Anträge vielleicht gemeinsam zu diskutieren, einzubringen und Abänderungsanträge womöglich zu vermeiden, weil Ihr schreibt eh immer das Gleiche. Es ist nicht der erste Abänderungsantrag, wo das Gleiche drinnen steht, sondern in mehreren Fällen. Ich glaube, wir liegen richtig, dass wir dem Antrag nicht zustimmen werden.

Wir werden dem Abänderungsantrag auch nicht zustimmen, weil das für mich eigentlich ein Wischiwaschi ist. Danke. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Also wo ich zustimmen kann, ist Wischiwaschi. Ich finde es auch legitim, alte Anträge wieder einzubringen. Was mich mehr daran stört ist, dass eigentlich außer beim Handwerkerbonus nur drinnen steht, wir machen weiter wie bisher.

Und warum das eigentlich ein Witz ist, braucht man sich nur anschauen, wenn man sich den Global 2000 Wohnbaucheck anschaut, wo wir Schlusslicht sind. Zwei Punkte von 18 haben wir erreicht.

Weil wir gerade bei dem Abänderungsantrag sind, der sogenannte Landesentwicklungsplan, auf den immer verwiesen wird, der ist eine nette Sache.

Ich war unter anderem mit dem Walter Temmel - und der Georg Rosner war auch da - am Wochenende im OHO. Da war ein Symposium zum Thema Regionalentwicklung. Da waren Experten dort, unter anderem auch Raumplaner und die haben gesagt, dass der Landesentwicklungsplan eine nette Sache ist, aber in Wirklichkeit keine Zähne hat. Genau das ist das Problem.

Uns fehlen nämlich, muss man sagen, unter anderem ein Gestaltungsbeirat, uns fehlt auf Bezirks- oder zumindest auf Regionalebene, von mir aus Südburgenland, Mittelburgenland, Nordburgenland, da fehlen uns Entwicklungspläne.

Weil der Landesentwicklungsplan, in Wirklichkeit da steht dort sehr dezidiert etwas drinnen über das Neusiedlersee Gebiet, aber über das Südburgenland eigentlich relativ wenig. Das sage nicht ich, das sagen Raumplaner, die täglich damit beschäftigt sind.

Das heißt, der Verweis auf den Landesentwicklungsplan ist eigentlich unnötig wie der komplette Abänderungsantrag.

Zurück zu dem Wohnbaucheck von Global 2000. Wir haben im Burgenland eine Sanierungsrate von 0,1 Prozent. 0,1 Prozent, das ist so gut wie nichts. Das ist noch schlechter wie im Jahr 2017, da haben wir immerhin noch 0,2 Prozent gehabt.

Verpflichtet haben wir uns aber zu drei Prozent schon vor vielen, vielen Jahren und zwar im Jahr 2015 war das. Inzwischen hat die jetzige Bundesregierung dieses Ziel heruntergeschraubt. Sie wollen jetzt einmal 0,2 Prozent erreichen.

Jetzt ist das, was wir heute besprochen haben, die Wohnbauförderung, gut und schön, aber das ist ja nur ein kleiner Teil des Wohnbaues im Burgenland.

Das heißt, wir sind aufgerufen, hier wesentlich mehr zu tun. Bei der Wohnbauförderung ist das ganz gut gelaufen, dass man mehr in Richtung Sanierung setzt, aber das müssen wir darüber hinaus machen.

Deswegen ist der einzige Punkt im Abänderungsantrag, der positiv ist, der, der den Handwerkerbonus ausbauen möchte.

Bei den Gas- und Ölheizungen - die Leute von Global 2000 haben sich angeschaut, wie das mit den Ölheizungen ist. Jetzt weiß ich schon, dass das Burgenland, - oder österreichweit gibt es keine staatlichen Förderungen für die Ölheizungen. Das ist ja auch gut und richtig so.

Das Problem ist nur, dass die Industrie sehr wohl den Umstieg auf einen neuen Kessel, also Kesseltauschprogramm, fördert, und es gab zwischen 2010 und 2015 1.700 Anträge auf Förderung dieses Ölkesseltauschs. Das sind genau 1.700 zu viel. Ich nehme einmal an, dass es letztlich nicht zu 1.700 kam, aber egal, selbst 1.000 sind viel zu viel. Vor allem deswegen, weil es erstens einmal, ökologisch ein Problem ist.

Und zweitens, weil wir damit die Leute in eine Heizungskatastrophe reiten lassen. Die investieren jetzt in völlig veraltete Heizsysteme, die, wenn es selbst nach der Klimastrategie, die man eigentlich gar nicht so nennen darf auf Bundesebene, geht, dann ist klar, wir müssen aus Öl- und Gasheizungen raus.

Beim Gas ist in der Klimastrategie 2025 angedacht, dass man - Entschuldigung bei den Ölheizungen - rückbaut. Und jetzt gibt es aber Leute im Burgenland, die investieren in diese Ölheizungen. Ich finde das unverantwortlich, sie da hineininvestieren zu lassen. Die Ölheizungen gehören einfach grundsätzlich verboten.

Bei den Gasheizungen haben wir leider einen ähnlichen Trend, und deswegen hier kein Pluspunkt, denn seit 2010 gibt es ein Plus von sieben Prozent bei den Gasheizungen. Eigentlich sollten wir da mindestens stagnieren, wenn nicht sogar zurückgehen.

Ich habe das heute erwähnt, Gas ist natürlich ganz klar, also Erdgas ist ganz klar fossil und ein Klimawandeltreiber über das Methangas. Das ist eigentlich fossile Politik, wenn man so etwas noch zulässt.

Dass es auch anders geht, zeigen Länder wie Salzburg, Niederösterreich, Vorarlberg. Alle drei sind weit unter den 18 möglichen Punkten, aber auch weit über den zwei Punkten. Sie haben zumindest in Teilbereichen, was die Sanierungsrate angeht, was

den Ausstieg aus Öl und Gas angeht, hier zumindest ein paar Hausaufgaben gemacht, auch wenn hier noch Nachbesserungen möglich wären.

Was fordern wir jetzt logischerweise? Es braucht abgesehen von der Wohnbauförderung auch im Baurecht die Möglichkeit, viel stärker auf Sanierung denn auf Neubau zu setzen. Wir brauchen Möglichkeiten auf Änderung des Heizsystems, am besten über geförderte Contracting Modelle. Wo ich praktisch die Rechnung weiter bezahle für die alte Ölheizung, in Wirklichkeit die aber nicht mehr habe und damit den Kredit zurückzahle. Damit mache ich es möglich, dass Familien, die nicht viel Geld haben, ohne Einmalinvestition oder zumindest ohne hohe Einmalinvestition hier in ein zukunftsfähiges klimaschonendes Heizsystem investieren.

Die Verwendung von Dämmstoffen habe ich heute schon erklärt. Wir müssen aus dem Sondermüll, den wir teilweise auf die Wände picken, das Styropor, heraus. Das ist durch die Verklebung auch kaum mehr recyclingfähig.

Ich finde, auch hier gehört endlich - alle anderen Bundesländer haben das - eine eigene Förderung, weil natürlich die, oder natürlich sei dahin gestellt, - weil die ökologischen Dämmstoffe teurer sind. Hier wären Einmalzahlungen, am besten wenn man in Holzfaser, Hanffaser oder ähnliches investiert, notwendig.

Also es gibt ganz klare Aufgabenstellungen in den Bereichen, die Global 2000 hier aufzeigt, wo wir dringend gefordert sind, hier Maßnahmen zu setzen. Auch, dass die Heizkosten für die Menschen in Zukunft niedriger sind.

Wir wissen, wer sich die Statistik anschaut, Gas und Öl, da sind die Preise wesentlich variabler.

Der Pelletspreis zum Beispiel ist wesentlich stabiler, so dass eine Planung auch langfristig möglich ist und dass klar ist, dass die Menschen hier langfristig nicht - wie gesagt - in alte, in veraltete Heizsysteme investieren.

Deswegen wäre es eigentlich schön gewesen, hier ein bisschen mehr herauszuholen aus diesem Antrag. Ich gehe davon aus, dass Global 2000 im kommenden Jahr wieder einen Wohnbaucheck macht. Die Zahlen holen sie sich teilweise aus dem Landhaus beziehungsweise von der Wohnbauförderungsstelle. Also das sind keine Zahlen, die jetzt einfach so dahingeschrieben werden.

Es ist notwendig, oder wenn ich den Herrn Landeshauptmann zitieren darf, der ja immer davon spricht, wie toll das Burgenland ist. In vielen Bereichen stimmt das ja auch, dass wir hier ganz stark aufholen. Wir müssen ja nicht Spitze werden. Man muss nicht überall an der ersten Stelle liegen, aber es wäre notwendig, dass wir hier zumindest im Mittelfeld zum Liegen kommen. Erstens rein aus Imagegründen, aber einfach auch aus ökologischen Klimaschutzgründen und auch um die Menschen hier nicht in Heizkatastrophen rennen zu lassen.

Wir werden dem Antrag zustimmen, weil der einzige Punkt doch zu befürworten ist, auch wenn der Kollege Kölly meint, dass der Handwerkerbonus abgesägt worden ist. Wir werden sehen. Mich würde das wundern, wenn die SPÖ hier selber vom Ausbau spricht, von mir aus kann das Ding ja auch einen anderen Namen haben.

Wir brauchen einen Sanierungsscheck, so hieß es früher, oder einen Handwerkerbonus für die Sanierung. Das wäre notwendig, das sind Anreize, die die Leute dankend annehmen und im eigenen Interesse und im Interesse des Klimaschutzes. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hirczy das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Klimaschutz und eine dementsprechende Klima- und Energiestrategie sind wichtige Programmpunkte der neuen Bundesregierung. Für uns wichtig, die Bürgerinnen und Bürger dürfen durch diese Maßnahmen nicht zusätzlich belastet werden.

Für uns sind Anreize viel, viel sinnvoller. Wenn man bedenkt, dass das EU-Ziel bei erneuerbaren Energieträgern bei 27 Prozent liegt, so ist das Ziel der Bundesregierung mit 45 Prozent sehr ambitioniert.

Es geht um die Ausweitung von Wind-, Wasser- und Solarenergie. Das bedeutet natürlich, wir müssen die Energieeffizienz steigern. Eine Offensive für thermische Sanierung ist notwendig. Ebenfalls bereits festgehalten ist das Ziel, dass in Österreich bis 2030 Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen kommt.

Ein weiteres Projekt ist das 100.000-Dächer-Projekt. Hier ist das Ziel, dass die vielen Häuser zu kleinen Kraftwerken werden, die Energie erzeugen und demensprechend auch speichern. Ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Ab 2020 sollen auch im Neubau keine neuen Ölheizungen mehr installiert werden. Gleichzeitig auch ab 2025 der Ausstieg Schritt für Schritt für bestehende Ölanlagen. Das sind immerhin 700.000 in ganz Österreich. Auch hier gilt für uns, all das muss sozial verträglich und Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Wir begrüßen jede Initiative, wie zum Beispiel auch diese von den GRÜNEN, die hier den Bürgerinnen und Bürgern mit Anreizen lukrieren wollen, dass eben Ölheizungen nicht mehr Stand der Dinge sind und auf alternative Energieformen umgestiegen wird.

Ich persönlich finde es sehr, sehr schade, dass dieser Antrag leider Gottes sehr verwässert worden ist und der vorliegende Abänderungsantrag mit dem ursprünglichen Antrag nichts mehr zu tun hat. Daher werden wir als Volkspartei diesem Abänderungsantrag nicht die Unterstützung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Aber jetzt Herr Abgeordneter Mag. Maczek.

Bitte zum Rednerpult.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Bezüglich des Antrages und der Wortmeldung vom Herrn Spitzmüller darf ich schon sagen, wir haben heute Vormittag bei der Aktuellen Stunde sehr lange gesprochen über die burgenländische Wohnbauförderung. Wir haben sehr wohl gesagt, dass auf Ökologisierung großer Wert gelegt wird. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da kommt sie nicht vor!)*

Wir haben sehr wohl gesagt, dass man mit einem Sanierungspaket bis zu 80.000 Euro Förderung bekommen kann, und jetzt stellen Sie sich da her und sagen das Gegenteil. Also, da komme ich nicht ganz mit.

Außerdem muss man sagen, dass grundsätzlich das Burgenland ein Naturschutz Musterland ist. Ein Drittel der Landesfläche steht unter Naturschutz. Entscheidungen auf Landesebene können massiven Einfluss auf die Umwelt haben. Im Burgenland wird daher insgesamt auf Ökologie großes Augenmerk gelegt.

Das Landesentwicklungsprogramm liefert dafür die programmatischen Weichenstellungen nach dem Motto: Mit der Natur zu neuen Erfolgen. Auch im Natur- und Landschaftsschutz sind wir hier fortschrittlich beziehungsweise haben dementsprechende Maßnahmen in den letzten Jahren gesetzt.

Wenn Sie sich in Ihrem Antrag auf den Bericht von GLOBAL 2000 beziehen, auf die Klimamaßnahmen, so müsste man diesen Bericht schon genauer durchlesen, weil die Punktevergaben, die hier drinnen sind, sind sehr fragwürdig.

Bei den Punktevergaben werden oft Äpfel mit Birnen verglichen und dementsprechend kann man sagen, dass sich die simplifizierende Bewertung der Bundesländer zum einen auf relative Verbesserungen beziehungsweise Verschlechterungen anhand eines linearen Zielpfades bezieht, unabhängig von Fragen der unterschiedlichen Bebauung, der Bevölkerungsentwicklung, der Siedlungsstrukturen, der wirtschaftlichen Aspekte und vieles mehr.

Zum anderen werden auch unklare oder aus anderen Zahlen falsch hochgerechnete Werte mit Zielwerten verglichen. Zudem stimmen dann das ganze Punktesystem und die ganze Punktevergabe überhaupt nicht überein.

Zudem sind soweit die Wohnbauförderung adressiert ist, die Einflussmöglichkeiten der Länder auf die errichteten Wohnnutzflächen im Rahmen der Wohnbauförderung höchst unterschiedlich.

Ich darf jetzt nur ein paar Beispiele sagen. Ein paar Aspekte im Detail. Zum Öl. Beim Status Ölheizungen hat das Burgenland den Zielpfad, der von 2014 bis 2030 linear auf 0 heruntergehen soll, zwar um zwei Prozentpunkte überschritten, es liegt aber in absoluten Zahlen dennoch vor Kärnten, Vorarlberg und Tirol.

Wer im Burgenland jedoch hier 0 Punkte bekommt, bekommen die in absoluten Zahlen schlechtesten Bundesländer Vorarlberg und Tirol zwei Punkte, beziehungsweise einen Punkt, weil ihre Verbesserung überdurchschnittlich war, zwar nur für den Zeitraum. Sie brauchen sich das nur auf Seite 13 im Bericht durchlesen. Wir haben weiters zur Frage eines praktischen oder faktischen Verbots von Ölheizungen zurückgemeldet, dass es dieses Verbot im Neubau de facto bereits gibt.

Im Bericht auf Seite 16 wurde dies nicht berücksichtigt. Das Burgenland bekam 0 Punkte dafür, während für Niederösterreich das Verbot im Neubau mit zwei Punkten und die Absichtserklärung von Wien immerhin noch mit einem Punkt bewertet wird. Möglicherweise, weil diese Bundesländer die Formulierung „Gebot für Erneuerbare“ in den Bauvorschriften explizit ausgesprochen haben, wie der Bericht auf Seite 15 dies nahelegt.

So kann man auch viele Beispiele sagen, auch im Bereich Gas. Bei der Sanierungsrate kann man Folgendes berichten. Die Sanierungsmodelle der Wohnbauförderung der Bundesländer unterscheiden sich grundlegend. Es gibt auch keine genormte Definition der Sanierungsrate. Ein seriöser Vergleich ist mangels eindeutigen Berechnungsmodells überhaupt gar nicht möglich.

Die Sanierungsrate laut GLOBAL 2000 beträgt im Burgenland 0,2 Prozent. Es ist jedoch zu hinterfragen, was GLOBAL 2000 zur thermischen Sanierung zählt. Es ist zwar korrekt, dass im Bereich der Wohnbauförderung die Anträge zur Gewährung von Sanierungsdarlehen rückläufig sind, dies begründet sich aber teilweise auch dadurch, dass in den Jahren 2016 und 2017 sehr erfolgreich der burgenländische Handwerkerbonus als Sonderförderaktion von den Förderwerbenden angenommen wurde.

Also Sie sehen, da gibt es so viele unterschiedliche Interpretationen in dem Bericht von GLOBAL 2000. Es werden dort ganz eindeutig Äpfel mit Birnen verwechselt.

Insgesamt zusammenfassend darf nochmals festgestellt werden, dass die Auswertung von GLOBAL 2000 auf teils nicht vergleichbarem Zahlenmaterial basiert, aber auch im Bericht unberücksichtigte Maßnahmen wie das De-facto-Verbot von fossilen Energieträgern berücksichtigt, beziehungsweise nicht berücksichtigt wird. Wir werden unserem Bericht zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die nachhaltige, sozial gerechte, ökonomische und ökologische Entwicklung des Burgenlandes ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 5. Juli 2018, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 19.00 Uhr im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 40 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 40. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 05. Juli 2018

10.03 Uhr - 21.03 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landes-lehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezüge-gesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018);

3. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Camping- und Mobilheimplatzgesetz geändert wird;

4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz-Novelle 2018);

5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz-Novelle 2018);

6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Vergaberechtsschutzgesetz geändert wird;

7. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2017 genehmigt wird;

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen;

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend gesundes Mittagessen im Kindergarten;

10. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule;

11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Transparenz bei Bedarfszuweisungen an die Gemeinden;

12. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Pflege-Lehre;

13. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Schaffung eines Gütesiegels für Pflegeagenturen;

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll;

15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung des Bibliothekswesens im Burgenland;

16. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen und Sicherheit für deren Lehrbetriebe;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6306)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 199 der Abgeordneten Mag.ª Regina Petrik an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Umgebungslärm-Aktionsplan 2018
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S.)
Zusatzfrage: Mag.ª Regina P e t r i k (S. 6310 u. S. 6311), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6312)

Anfrage Nr. 200 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrätin Mag.ª Astrid Eisenkopf betreffend rechtswidrige Biberdammentfernung
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.ª Astrid E i s e n k o p f (S. 6312)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6312 u. 6313), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 6313)

Anfrage Nr. 202 des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Zuschüsse an BurgenländerInnen durch die „Winter-Sanierungsoffensive“
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6314)
Zusatzfrage: Mag. Kurtz M a c z e k (S. 6314 u. S. 6315 u. S. 6316), Markus U l r a m (S. 6316), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6317)

Anfrage Nr. 201 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrätin Mag.ª Astrid Eisenkopf betreffend Vorschlag der EU zur Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.ª Astrid E i s e n k o p f (S. 6318)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6318 u. S. 6320), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 6321)

Anfrage Nr. 203 des Abgeordneten Wolfgang Sodl an Landesrätin Verena Dunst betreffend aktuellen Stand bei den Akontozahlungen zur Soforthilfe bei Unwetter- und Katastrophenschäden
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 6322)
Zusatzfrage: Wolfgang S o d l (S. 6321 u. S. 6323 u. S 6324), Walter T e m m e l (S. 6325)

Anfrage Nr. 204 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Beitragsleistung der Bund-Länder Initiative Erwachsenenbildung
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6326)
Zusatzfrage: Doris P r o h a s k a (S. 6326 u. S. 6327)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1335), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezüge-gesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018) (Zahl 21 - 942) (Beilage 1357);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 6329)
Redner: Markus W i e s l e r (S. 6330), Patrik F a z e k a s, BA (S. 6331), Doris P r o h a s k a (S. 6332), Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6337), Mag.ª Regina P e t r i k (S. 6340), Manfred K ö l l y (S. 6340)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6342)

Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1272), mit dem das Bgld. Camping- und Mobilheimplatzgesetz geändert wird (Zahl 21 - 897) (Beilage 1358);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 6342)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 6343), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6344), Ingrid S a l a m o n (S. 6346), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6348), Manfred H a i d i n g e r (S. 6350), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 6350)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6352)

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1331), mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz-Novelle 2018) (Zahl 21 - 938) (Beilage 1359);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 6353)
Redner: Karin S t a m p f e l (S. 6353), Walter T e m m e l (S. 6354), Wolfgang S o d l (S. 6356), Landesrätin Verena D u n s t (S. 6358), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6361), Landesrätin Verena D u n s t (S. 6361)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6363)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1332), mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz-Novelle 2018) (Zahl 21 - 939) (Beilage 1360);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6363)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 6364), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6365), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6366)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6367)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1334), mit dem das Burgenländische Vergaberechtsschutzgesetz geändert wird (Zahl 21 - 941) (Beilage 1361);
Berichterstatter: Mag. Christian Drobits (S. 6368)
Redner: Géza Molnár (S. 6368), Mag. Franz Steindl (S. 6369), Mag. Christian Drobits (S. 6370)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6372)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1333), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2017 genehmigt wird (Zahl 21 - 940) (Beilage 1362);
Berichterstatter: Peter Heger (S. 6372)
Redner: Manfred Kölly (S. 6373), Géza Molnár (S. 6379), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 6380), Peter Heger (S. 6383), Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (S. 6386), Gerhard Steier (S. 6389), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 6393), Ingrid Salamon (S. 6395)
Annahme des Beschlussantrages (S. 6396)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1336) betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen (Zahl 21 - 943) (Beilage 1363);
Berichterstatter: Ewald Schnecker (S. 6396)
Redner: Manfred Kölly (S. 6396), Géza Molnár (S. 6401), Mag. Thomas Steiner (S. 6401), Wolfgang Sodl (S. 6402), Wolfgang Spitzmüller (S. 6405), Mag.ª Regina Petrik (S. 6407), Robert Hergovich (S. 6409), Gerhard Steier (S. 6413), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 6419), Mag. Thomas Steiner (S. 6422), Wolfgang Sodl (S. 6425), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 6426), Mag.ª Regina Petrik (S. 6427), Mag. Thomas Steiner (S. 6427),

Annahme des Entschließungsantrages (S. 6428)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1338) betreffend gesundes Mittagessen im Kindergarten (Zahl 21 - 945) (Beilage 1364);
Berichterstatterin: Edith Sack (S. 6429)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6447)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1340) betreffend gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule (Zahl 21 - 947) (Beilage 1365);
Berichterstatter: Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 6430)
Redner: Manfred Kölly (S. 6430), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 6433), Wolfgang Spitzmüller (S. 6435), Karin Stampfel (S. 6438), Georg Rosner (S. 6439), Edith Sack (S. 6441), Landesrätin Verena Dunst (S. 6438)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6447)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1078) betreffend Transparenz bei Bedarfszuweisungen an die Gemeinden (Zahl 21 - 758) (Beilage 1366);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 6447)
Redner: Mag.ª Regina P e t r i k (S. 6447), Géza M o l n á r (S. 6450), Mag. Franz S t e i n d l (S. 6451), Ingrid S a l a m o n (S. 6455), Mag.ª Regina P e t r i k (S. 6458)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6459)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1341) betreffend Einführung einer Pflege-Lehre (Zahl 21 - 948) (Beilage 1367);
Berichterstatter: Georg R o s n e r (S. 6459)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6476)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1342) betreffend die Schaffung eines Gütesiegels für Pflegeagenturen (Zahl 21 - 949) (Beilage 1368);
Berichterstatter: Patrik F a z e k a s, BA (S. 6460)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 6460), Mag.ª Regina P e t r i k (S. 6462), Manfred H a i d i n g e r (S. 6464), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6465), Markus U l r a m (S. 6469), Gerhard S t e i e r (S. 6471), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6474)

Annahme des Entschließungsantrages (S. 6476)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1277) betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll (Zahl 21 - 902) (Beilage 1369);
Berichterstatter: Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 6477)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 6477), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6480), Karin S t a m p f e l (S. 6482), Bernhard H i r c z y (S. 6483), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 6484), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6485), Gerhard S t e i e r (S. 6486)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6488)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1327) betreffend Förderung des Bibliothekswesens im Burgenland (Zahl 21 - 934) (Beilage 1370);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 6488)
Redner: Mag.ª Regina P e t r i k (S. 6489), Markus W i e s l e r (S. 6492), Bernhard H i r c z y (S. 6493), Günter K o v a c s (S. 6494)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6494)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1326) betreffend Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen und Sicherheit für deren Lehrbetriebe (Zahl 21 - 933) (Beilage 1371);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6495)
Redner: Mag.ª Regina P e t r i k (S. 6496), Géza M o l n á r (S. 6498), Bernhard H i r c z y (S. 6500), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6501)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6502)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6305)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich darf Sie ersuchen, die Plätze einzunehmen. Recht herzlich willkommen die Damen und Herren des Hohen Hauses mit der Burgenländischen Landesregierung. Sie alle, die Sie uns hier von den Tribünenplätzen, aber auch via Internet heute zusehen und zuhören.

Ich e r ö f f n e die 40. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 39. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Herren Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter und Gerhard Steier, sowie Frau Landtagsabgeordnete Mag. Michaela Resetar entschuldigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ersuche Sie, sich von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir gedenken heute dem ehemaligen Abgeordneten des Burgenländischen Landtages Franz Mikulits, der im Alter von 69 Jahren auf Grund schwerer Krankheit von uns gegangen ist.

Franz Mikulits wurde am 05. Jänner 1949 in Neufeld an der Leitha geboren, wo er auch die Volksschule besuchte. Er war als Vertragsbediensteter des Landesschulrates vom Burgenland tätig und engagierte sich ab dem Jahr 1972 politisch bei der Sozialdemokratischen Partei als Funktionär. 1976 wurde er zum Ortsobmann der SPÖ Neufeld gewählt, ab 1977 war er Mitglied des Gemeindevorstandes, 1980 bis 1987 Bürgermeister der Marktgemeinde Neufeld. Franz Mikulits zog am 27. Juni 1983 in den Burgenländischen Landtag ein, dem er bis zum 30. Oktober 1987 angehörte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Franz Mikulits hat durch seinen Einsatz und sein Engagement im Burgenländischen Landtag zur positiven Entwicklung unseres Heimatlandes beigetragen. Seine politische Laufbahn entspringt einer herausfordernden Zeit, die den burgenländischen Volksvertreterinnen und Volksvertretern besonders viel Engagement und persönlichen Einsatz abverlangte.

Die 60er bis 80er Jahre prägten die politische Entwicklung des Burgenlandes vom Armenhaus Europas hin zur Vorzeigeregion. In vielerlei Hinsicht wurde in dieser Zeit die Basis für die heutige demokratische Haltung unseres Heimatlandes gelegt. Es war eine Zeit der Grundsteinlegung und der Visionen.

Es waren richtungsweisende Jahre für unser heutiges Burgenland. Getragen vom Wissen, das Fundament für ein modernes Burgenland zu legen und von Weichenstellungen für den späteren eingetretenen Aufschwung des Landes.

Mit Franz Mikulits behalten wir einen verdienstvollen Politiker und bereichernden Weggefährten in Erinnerung. Wir werden ihm stets ein ehrenwertes Angedenken bewahren. Ich danke für Ihre Trauerkundgebung. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Fazekas, BA um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 40. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 05. Juli 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der 3. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 970) (Beilage 1378);
2. Beschlussantrag, mit dem der 2. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 971) (Beilage 1379);
3. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 974) (Beilage 1382);
4. Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2018 - Bgld. WFG 2018) (Zahl 21 - 976) (Beilage 1384);
5. Gesetz über die aufgrund der Richtlinie 2016/801/EU erforderliche Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung (Zahl 21 - 977) (Beilage 1385);

Weiters sind die Berichte des Rechnungshofes

1. betreffend "Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH" (Zahl 21 - 954) (Beilage 1347);
2. betreffend Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten (Zahl 21 - 960) (Beilage 1353);

eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Ermöglichung der stressfreien Schlachtung (Zahl 21 - 963) (Beilage 1356);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Beibehaltung von Kruzifixen in Schulen und Kindergärten" (Zahl 21 - 964) (Beilage 1372);
3. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Maßnahmen zur Reduktion von Plastikverpackungen" (Zahl 21 - 965) (Beilage 1373);
4. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Mercosur (Zahl 21 - 978) (Beilage 1386);
5. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Revision der EU-Trinkwasser-Richtlinie (Zahl 21 - 979) (Beilage 1387);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vereinfachungen bei der Genehmigung von Photovoltaik-Anlagen (Zahl 21 - 980) (Beilage 1388);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf

Fassung einer Entschließung betreffend den Erhalt fünf vollwertiger Krankenhäuser im Burgenland (Zahl 21 - 981) (Beilage 1389);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Gemeindeprüfung (Zahl 21 - 951) (Beilage 1344);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Akutordinationen (Zahl 21 - 952) (Beilage 1345);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Pflegeregress (Zahl 21 - 953) (Beilage 1346);
4. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Jagdschneisen (Zahl 21 - 955) (Beilage 1348);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend "a sauberes Festl" (Zahl 21 - 956) (Beilage 1349);
6. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Bauverfahren Gemeinde Gols (Zahl 21 - 958) (Beilage 1351);
7. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Straßenbau (Zahl 21 - 959) (Beilage 1352);
8. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Pendler (Zahl 21 - 966) (Beilage 1374);
9. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Handwerkerbonus - Wintersanierungsoffensive (Zahl 21 - 967) (Beilage 1375);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend eine Wirtschaftsdelegation, Reise nach China (Zahl 21- 968) (Beilage 1376);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend allgemeine Ressortzuständigkeit (Zahl 21 - 969) (Beilage 1377);
12. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA. an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Pflegefondsgesetz (Zahl 21 - 972) (Beilage 1380);
13. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend KUZ Mattersburg (Zahl 21 - 973) (Beilage 1381);
14. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Schulassistenz (Zahl 21 - 975) (Beilage 1383);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 918) betreffend "Bauprogramm 2018" (Zahl 21 - 950) (Beilage 1343);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 921) betreffend Räumung eines Biberbaus (Zahl 21 - 957) (Beilage 1350);

3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 927) betreffend Sprachförderung und Inklusion (Zahl 21 - 961) (Beilage 1354);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 929) betreffend Landarztpraxen (Zahl 21 - 962) (Beilage 1355);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 971, Beilage 1379, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 979, Beilage 1387, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 970, Beilage 1378, und Zahl 21 - 974, Beilage 1382, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 981, Beilage 1389, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 976, Beilage 1384, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 980, Beilage 1388, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 977, Beilage 1385, sowie die Berichte des Rechnungshofes Zahl 21 - 954, Beilage 1347, und Zahl 21 - 960, Beilage 1353, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 964, Beilage 1372, Zahl 21 - 965, Beilage 1373, und Zahl 21 - 978, Beilage 1386, weise ich dem Rechtsausschuss und

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 963, Beilage 1356, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 – 955, Beilage 1348, habe ich Landesrätin Verena Dunst,

die schriftlichen Anfrage Zahl 21 - 951, Beilage 1344, Zahl 21 - 956, Beilage 1349, und Zahl 21 – 958, Beilage 1351, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 952, Beilage 1345, Zahl 21 – 959, Beilage 1352, Zahl 21 – 969, Beilage 1377, und Zahl 21 – 973, Beilage 1381, habe ich Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 – 953, Beilage 1346, Zahl 21 – 972, Beilage 1380 und Zahl 21 - 975, Beilage 1383, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 966, Beilage 1374, und Zahl 21 - 976, Beilage 1375, und Zahl 21 - 968, Beilage 1376, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl,

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 950, Beilage 1343, Zahl 21 - 957, Beilage 1350, Zahl 21 - 961, Beilage 1354, und Zahl 21 - 962, Beilage 1355, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 17 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE)**:** Dankschön Herr Präsident. Guten Morgen! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Der Entwurf für einen Umgebungslärm-Aktionsplan 2018 liegt zur Einsichtnahmen öffentlich auf und ermöglicht das Einbringen von Stellungnahmen bis zum 17. Juli 2018.

Unter anderem findet man in Kapitel 5 in einer nach Gemeinden sortierten Liste die geschätzte Zahl von Personen, die Umgebungslärm ausgesetzt sind. Auffallend dabei ist, dass genau jene Gemeinden ausgespart sind, die bereits per Petition im Landtag bekannt gemacht hatten, dass sie massiv unter Umgebungslärm leiden.

Das Problem der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger ist Ihnen also ebenso bekannt wie die Sorgen der Wulkaprodersdorferinnen und Wulkaprodersdorfer vor zusätzlicher Lärmbelastung durch einen möglichen Ausbau der A3.

Warum finden die von den Lärmschutz-Bürgerinitiativen der Gemeinden Großhöflein und Müllendorf erhobenen Daten und die davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger im Umgebungslärm-Aktionsplan 2018 keine Beachtung?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Diese Anfrage ist leider Gottes nicht richtig, denn diese Gemeinden wurden nicht im Burgenländischen Aktionsplan ausgespart, sondern sie sind im Bundesaktionsplan, weil die A3 natürlich im Bundesaktionsplan beinhaltet ist.

Das heißt, im Landesaktionsplan gibt es unglaublich viele Initiativen. Ich habe mir das extra noch einmal angesehen, wo wirklich hervorragende Arbeit geleistet wird. Wir haben in den letzten Jahren über 500.000 Euro in den Lärmschutz investiert.

Das heißt, da ist wirklich etwas passiert, und auf die besagte Anfrage kann ich Ihnen leider Gottes deshalb keine Antwort geben, weil das Ganze nicht im Burgenländischen Aktionsplan verankert ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Nein, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das ist falsch! Großhöflein, Müllendorf, die A3 steht nicht im bundesweiten Aktionsplan 2018. Vielleicht können Sie mir dann die entsprechende Stelle nennen.

Ich bitte Sie mir zu sagen, an welcher Stelle des Aktionsplanes des Bundes, den Sie selber jetzt angesprochen haben, das Problem des Lärmschutzes Großhöflein, Müllendorf angeführt ist.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Naja, ich weiß nicht, warum Sie das jetzt so behaupten. Tatsache ist, es gibt eine EU-Richtlinie. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Sie haben gesagt, es steht drinnen! Ich frage Sie wo?)*

Es gibt eine EU-Richtlinie, da gibt es einen Bundesaktionsplan und einen Landesaktionsplan. Der Landesaktionsplan befasst sich mit den Landesstraßen, das heißt, wenn mehr als 8.000 Autos unterwegs sind, dann kommt das in den

Landesaktionsplan. Oder drei Millionen Autos pro Jahr, wenn das der Fall ist, hat das Land Burgenland Geld in die Hand zu nehmen und zu investieren.

Lärmschutzfenster werden gefördert, also zum Beispiel die Umfahrung Schützen, weil so viel Verkehr war. Es gibt Park and Ride Anlagen, es gibt LKW-Fahrverbote, es wird sehr viel investiert, wie gesagt über eine halbe Millionen Euro. Das heißt, das ist definitiv so. Die EU-Richtlinie besagt, es gibt Bundesstraßen, und es gibt Landesstraßen, und das kann man leider Gottes nicht verbieten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Der Unterschied ist, in anderen Bundesländern hat man sich dafür eingesetzt, dass im Bundesaktionsplan auch die Autobahnen und Schnellstraßen des eigenen Bundeslandes vorgesehen sind. Das haben Sie offensichtlich nicht gemacht, weil sie fehlen drinnen. Eine weitere Zusatzfrage an Sie habe ich schon.

Nun haben schon nicht so viele Leute erfahren, dass man dazu Stellungnahmen abgeben kann. Aber ich gehe davon aus, dass es wichtig ist für die Diskussion, dass die Stellungnahmen die einlangen, auch veröffentlicht werden.

Werden Sie dafür Sorge tragen, dass die eingelangten Stellungnahmen bis zum 18. Juli dann auch veröffentlicht werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Nochmals, das ist die A3, und es ist definitiv wirklich so, dass hier die Stellungnahmen eingelangt sind, sehr viele sogar. Aus Wulkaprodersdorf sind sehr viele eingelangt.

Es handelt sich aber definitiv um eine Bundesangelegenheit, das heißt, wir haben hier gar keine Möglichkeit, einzuwirken. Wir können nicht einfach eine Lärmschutzwand bauen das macht die ASFiNAG. Alles, was das Land betrifft, macht das Land, alles, was den Bund betrifft, macht der Bund.

Alle Stellungnahmen wurden im Bundesaktionsplan berücksichtigt. Die ASFiNAG ist derzeit dabei, hier zu evaluieren. Ich weiß gar nicht, wo Sie hin wollen mit dieser Frage? *(Abg. Mag.a. Regina Petrik: Also nicht veröffentlicht? - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Unabhängig dieser Formalitäten würde ich gerne Ihre Meinung wissen.

Wie stehen Sie zu diesen Lärmschutzmaßnahmen, zur Einbindung der Bevölkerung hinsichtlich der Erweiterung der A3 und auch etwaiger Sonderinfrastrukturmaßnahmen die geplant sind?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, selbstverständlich muss man die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. Natürlich, wenn alles so einfach wäre und man so rasch wie möglich irgendeine große Lärmschutzwand bauen könnte dann wäre das natürlich von Vorteil.

Aber man muss natürlich alles berücksichtigen und kann jetzt nicht davon ausgehen. Ich sage einmal, wenn fünf Anrainer einmal eine Beschwerde einlegen und zehn nicht, und drei wohnen neben einer Autobahn, zwei wohnen neben einer Landesstraße - das ist ein sehr komplexes Thema.

Das heißt, alle möglichen Argumente, welche man hat, sind selbstverständlich zu berücksichtigen, aber in der Komplexität ist das natürlich sehr schwierig. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Angeordneten Mag. Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte den Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In der Beantwortung Zahl 21 - 957 zu einer schriftlichen Anfrage von mir führen Sie aus, dass in einer Gemeinde im Burgenland derzeit ermittelt wird, ob eine rechtswidrige Biberdammentfernung erfolgt ist.

Wie ist der aktuelle Stand dieses Ermittlungsverfahrens?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Vielleicht einmal vorweg. Der Biber ist eine national und international geschützte Tierart und gerade durch seine Lebensweise ist er auch ein sehr wichtiger Motor für Biodiversität und ein wichtiger Lebensraumgestalter im Burgenland.

Gleichzeitig ist es natürlich auch so, dass er durch seine Aktivitäten auch zu verschiedenen Konflikten führt, dass er auch teilweise Schäden verursacht, beispielsweise durch den Bau von Dämmen, durch die Unterminierung von Ufern, aber auch bei Fraßschäden an Gehölzen. Dementsprechend ist hier wichtig eine Abstimmung zwischen den verschiedenen Interessen natürlich zu finden und vor allem zielführende Lösungen für alle Beteiligten anzubieten.

Was mir besonders wichtig ist, ist, dass diese Fälle vor allem in sachlicher Art und Weise und vor allem auch objektiv diskutiert werden. Das gelingt uns gerade mit dem Bibermanagement, das es seit drei Jahren gibt, sehr, sehr gut. Ziel dieses Bibermanagements ist es nämlich Lösungen anzubieten mit der größtmöglichen Wirkung auf der einen Seite für die Betroffenen, aber auf der anderen Seite mit dem geringstmöglichen Eingriff für die geschützte Art.

Arbeitsschwerpunkte des Bibermanagements sind in erster Linie Konfliktberatungen vor Ort. Natürlich auch die Bearbeitung dieser Konfliktfälle und vor allem auch Information der betroffenen Bevölkerung. Uns geht es darum, dass man es schafft, mit dem Biber auch leben zu lernen.

Gleichzeit ist es natürlich auch von zentraler Bedeutung, dass es zu keinen wesentlichen Einschränkungen beziehungsweise Bedrohungen unseres Lebensraumes kommt und dazu gehört eben auch, wenn beispielsweise Gefahr in Verzug ist, wie beispielsweise bei Hochwasserdämmen, dass der Schutz des Menschen dann natürlich immer oberste Priorität haben muss.

Zu Ihrer konkreten Anfrage: Die besagte Gemeinde hat, so wie andere Gemeinden auch die betroffen sind, eine Bewilligung zur Entfernung von Biberdämmen erhalten, mit

bestimmen Auflagen. Eine dieser Auflagen war unter anderem, dass das Entfernen des Dammes nur dann zulässig ist, wenn es der Hochwasserschutz erforderlich macht.

Das von Ihnen erwähnte Ermittlungsverfahren hat geprüft, ob der Biberdamm Hochwassergefahr für ein Wohngebiet verursacht hätte. Dazu wurde auch ein Gutachten eines anerkannten Ziviltechnikers erstellt, das dann zu dem Schluss gekommen ist, dass in Zukunft nur dieser wasserrechtlich bewilligte Hochwasserschutz gewährleistet werden kann, wenn der Biberdamm entfernt wird.

Somit sind die Auflagen des Bescheides erfüllt und die Gemeinde hat hier kein rechtswidriges Verhalten gesetzt. Die Sache ist damit so gut wie erledigt. Es fehlt nur mehr der letzte Formalakt, der in den nächsten Tagen erfolgen wird. Man sieht, es ist wirklich darauf abgerichtet, dass die Interessen wirklich abgewogen werden.

Der Biberschutz hat im Burgenland wirklich einen sehr, sehr hohen Stellenwert. Man sieht das auch an den jeweiligen Abschlussberichten des Bibermanagements. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meinem Wissen nach war die zeitliche Abfolge aber anders. Es ist eine illegale Räumung erfolgt und erst dann dieser Bescheid erlassen worden.

Können Sie das bestätigen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist nicht den Tatsachen entsprechend. Es ist der Bescheid erlassen worden bereits im Vorjahr, also Ende 2017 mit einer Frist bis März, glaube ich, oder bis Ende März 2018. Im Zuge dessen ist dieser Bescheid mit den Auflagen erfüllt worden oder erlassen worden.

Diese Auflagen, wie gesagt, sind die, die ich vorher zitiert habe, wo es unter anderem auch darum geht, den Hochwasserschutz nicht zu gefährden durch den Biberdamm und dazu ist ein Gutachten vorgelegt worden. Also der Biberdamm ist in keinster Weise illegal entfernt worden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Keine weiteren Fragen!)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Seit 2015 gibt es das Bibermanagement.

Meine Frage: Wie beurteilen Sie dieses Projekt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Projekt „Bibermanagement Burgenland“ kann man wirklich als Erfolgsprojekt benennen. Wie gesagt, die Kernelemente des Projekts Bibermanagement sind vor allem die Bearbeitung von Konfliktfällen und auch die Beratung der Bevölkerung und auch der betroffenen Gemeinden vor Ort.

Also es geht hier wirklich um Aufklärung. Es gibt auch dazu ein entsprechendes Telefon, wo man den Bibermanager zu jeder Zeit erreichen kann, der dann natürlich auch

in die betroffenen Gemeinden vor Ort kommt und sich dieser Beratung dann auch annimmt.

Vielleicht nur ganz kurz zu den Fallstatistiken. Seit Projektstart hat das Bibermanagement Burgenland insgesamt 104 Biberfälle bearbeitet an 68 Standorten. Insgesamt sind damit 128 Biberreviere registriert worden. Diese kommen in 65 burgenländischen Gemeinden vor und alle der betroffenen Gemeinden haben im Projektzeitraum mindestens schon einmal Kontakt mit dem Bibermanagement gehabt.

Der Dammbau ist die Aktivität die natürlich die meisten Beratungen dabei erfordert. Die häufigsten Konflikte treten im Wasserregime beziehungsweise mit der Landwirtschaft auf, aber was vielleicht auch ganz besonders wichtig ist, dass durch das Bibermanagement vor Ort an den Standorten wirklich Revieraufnahmen mit GPS-Dokumentation gemacht werden.

Genauso wie auch eine entsprechende Fotodokumentation, die vorhanden ist, damit man wirklich auch den Gemeinden und den Bürgern Klarheit über den Einfluss des Bibers vor Ort in der entsprechenden Gemeinde dann auch schaffen kann. Die Gespräche vor Ort sind natürlich besonders wichtig, weil da weitere Maßnahmenschritte gesetzt werden können.

Das Bibermanagement ist auch eine sehr wichtige Schnittstelle vom Land. Ich glaube in Summe kann man da wirklich sagen, dass es sich um ein Erfolgsprojekt handelt, das wir auch in Zukunft fortführen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Maczek an Herrn Landeshauptmann gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Maczek um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im heurigen Jahr wurde wieder über die Wohnbauförderung die „Winter-Sanierungsoffensive“ gestartet.

Wie viele Zuschüsse konnten den Burgenländerinnen und Burgenländern gewährt werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Die Winter-Sanierungsoffensive, die wir auch mit Absprache mit den Sozialpartnern vergangenen Winter gestartet haben, war wieder ein großer Erfolg. Es wurden 329 Ansuchen positiv abgewickelt. Das Land Burgenland hat einen Förderbeitrag beziehungsweise Cash-Zuschüsse in Summe von 362.435 Euro bis jetzt auch gewährt.

Cashzuschüsse in Summe von 362.435 Euro bis jetzt auch gewährt. Wir haben dabei im Wesentlichen nach der noch bestehenden Wohnbauförderung diese Sanierungsoffensive abgewickelt. Es hat nur punktuell Veränderungen gegeben.

Die zwei wesentlichen Punkte waren, dass das geförderte Objekt schon nach zehn Jahren wieder gefördert werden konnte. Im Gesetz stehen ja Förderungen nach 20 Jahren und dass es kein Darlehen gibt, sondern dass es einen Barzuschuss gibt. Diese beiden Veränderungen haben dazu geführt, dass es diese große Anzahl an Förderansuchen gegeben hat.

Wir haben das auch deswegen gemacht, weil in der Vergangenheit die Sanierungsansuchen zurückgegangen sind. Das Land Burgenland ist aber aufgrund der

15a-Vereinbarungen - also der Verträge Bund-Land - verpflichtend, möglichst gute Impulse für Sanierungen zu setzen und einen gewissen Betrag auch für Sanierungen an Fördergeldern zur Verfügung zu stellen.

So waren im vergangenen Jahr die Anträge bei den Sanierungen insgesamt in der Gesamtanzahl nur 35, während es in dieser Wintersanierungsoffensive, die vom 01. Jänner bis 30. April 2018 gelaufen ist, 329 Anträge gegeben. Das wird von den offiziellen Bundesstellen als Sanierungsfälle, als Förderungen für Sanierungen, auch anerkannt, sodass wir unsere Sanierungsquote im Bereich der Wohnbauförderung auch deutlich anheben und steigern können und uns auch in eine richtige Richtung entwickeln konnten.

Es war insofern auch attraktiv, dass es keine Darlehen gegeben hat, sondern Barzuschüsse. Ich glaube, das ist jedem klar, dass man mit diesem Instrument sehr vorsichtig umgehen muss, weil es schon in anderen Ländern Probleme gegeben hat, weil Barzuschüsse in einem großen Ausmaß gegeben wurden.

Das heißt, die Wohnbauförderung ist dort temporär an die Wand gefahren, und es ist plötzlich ab dem Sommer kein Geld mehr für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestanden. Alle, die im 2. Halbjahr gekommen sind, haben keine Wohnbauförderung bekommen, und deswegen muss man auch mit Augenmaß umgehen.

Ich glaube, dass das auch erfolgt ist, und wir auch wesentliche Beiträge zum Klimaschutz leisten konnten, nämlich diese Sanierungsdarlehen haben vor allen Dingen auch jene in Anspruch genommen, die zum Beispiel ihr Heizungssystem verbessert, erneuert und damit die CO_2-Emissionen reduziert haben.

Es wurden auch wärmedämmemde Maßnahmen durchgeführt, und man konnte bis zu 13.000 Euro an Barzuschüssen bekommen, wenn man sehr umfassend auch saniert hat. Man muss aber dazu sagen, objektiver Weise und fairer Weise, dass es Sanierungsmaßnamen bis zu 10.000/20.000 Euro gegeben hat und damit natürlich auch der Barzuschuss in entsprechender Form reduziert wurde.

Also insofern ein Beispiel: Sanierungsdarlehen bis 20.000 Euro, anerkannte Kosten, ein nicht rückzahlbarer Zuschuss bis zu 1.000 Euro hat es in diesem Bereich gegeben.

Also eine Maßnahme im Winter, die auch die Bauwirtschaft etwas belebt hat. Das war der eigentliche Grund, weil wir wissen, dass die Bauwirtschaft extrem gut im Augenblick läuft, sondern es war ein Beitrag an die Häuslbauer, in ihrem Haus eine Wärmedämmung zu machen, die Heizung zu sanieren und damit Barzuschüsse auch zu leisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Maczek.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Wie wirkt sich die Wintersanierungsoffensive auf die Sanierungsbilanz des Landes Burgenland aus?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon ganz kurz darauf hingewiesen, dass wir im Land Burgenland doch einen deutlichen Rückgang der Wohnhaussanierungen feststellen mussten: Es waren 2015 151 Anträge, 2016 68 Anträge, 2017 35 Anträge.

Wir konnten mit diesem neuen Modell und mit dieser Wintersanierungsoffensive eben 329 Ansuchen positiv beurteilen, und diese 329 haben auch von Seiten des Landes Burgenlandes entsprechende finanzielle Barzuschüsse bekommen.

Wie gesagt, das wird sich auch positiv auf unsere Klimabilanz auswirken. Das wird sich positiv auf die Reduzierung der CO_2-Emissionen auswirken und hat auch dazu geführt, dass neue Heizungen angeschafft wurden, dass Wärmedämmungen durchgeführt wurden.

Mir ging es bei dieser Wintersanierungsoffensive auch darum, ein Gesamtkonzept möglichst umzusetzen. Das heißt, bevor man sich eine neue Heizung anschafft, soll eben saniert oder neue Fenster eingebaut werden. Genau das geht in Richtung sparsamer Einsatz von Energie, geht in Richtung mehr Energieeffizienz und geht dahin, dass wir auch bei der Wohnbauförderung den Klimaschutz sehr ernst nehmen.

Das wird vom Bund zu 100 Prozent auch anerkannt. Wir haben das auch im Vorfeld und aktuell gecheckt, dass diese Maßnahmen auch im Bereich 15a-Vereinbarung, also Verträge Bund-Land, als Sanierungsinitiativen auch anerkannt werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Welche Wertschöpfung erfährt das Land Burgenland durch diese Initiative?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Schon unsere Initiative in der Vergangenheit „Wir bauen burgenländisch“ ist ein voller Erfolg, nämlich zirka 90 Prozent der Aufträge unserer Siedlungsgenossenschaften im Burgenland bauen mit burgenländischen Firmen, sodass wir über die gesamte Wohnbauförderung eine gute Wertschöpfung im eigenen Land haben, so unter dem Motto: Arbeit und Geld bleiben im eigenen Land.

Diese Initiative, diese temporäre Initiative von vier Monaten, diese 329 Anträge mit 362.000 Euro an Förderungen, haben dazu geführt, das entspricht einem fiktiven Wohnbauförderungsdarlehen von 2,5 Millionen.

Bei der Wintersanierungsoffensive wurden in Summe innerhalb von vier Monaten Investitionskosten von 5,4 Millionen ausgelöst und der Revisionsverband, der alle Siedlungsgenossenschaft überprüft, hat uns bestätigt, dass eine Investition von einer Million Euro 22 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft samt Vor- und Nebenleistungen schafft.

Das heißt, bei 5,4 Millionen sind das zirka 116 Arbeitsplätze, die wir durch diese Wintersanierungsoffensive auch geschaffen haben und damit gerade in schwierigen Monaten geleistet haben, dass die Arbeitslosigkeit nicht weiter ansteigt. Insofern glaube ich, dass das ein wichtiger Impuls war.

Immerhin stehen heute und heuer 37 Millionen Euro an Förderungen für den Neubau und fünf Millionen Euro für Sanierungen bei den Genossenschaften auch zur Verfügung, was auch ein kräftiger Impuls ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Wird es für den kommenden Winter 2018/2019 dieselben Richtlinien der Wintersanierungsoffensive geben?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das wäre schlecht, denn diese Wintersanierungsoffensive ist ja nach der Wohnbauförderung-alt aufgebaut, also nach der aktuellen, „alt“, weil sie auslaufend ist.

Wir haben - und da bin ich den Vertretern aller Parteien sehr dankbar - beschlossen, dass die Wohnbauförderung und auch die Sanierungen verändert und verbessert werden.

Genau deshalb haben wir die Erkenntnisse und die Anregungen - habe ich auch bei den Parteiengesprächen gesagt -, die hier im Landtag größtenteils zu Recht gekommen sind, fast alle in die neue Wohnbauförderung einfließen lassen, mit Sanierungen, mit Einfamilienhausbau und so weiter.

Also würde ich sagen, wir nehmen nicht mehr die bis September geltende Wohnbauförderung als Grundlage, sondern wir nehmen die neue Wohnbauförderung, die ab September Gültigkeit hat, als Grundlage für Förderungen und - wie gesagt - es sind viele Verbesserungen enthalten.

Ich bin überzeugt, dass die Menschen diese Wohnbauförderung auch gerne annehmen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herr Landeshauptmann! Sie haben zu Recht die großen Vorteile der Wintersanierungsoffensive erklärt. Mir ist auch klar, dass wir jetzt eine neue Wohnbauförderung haben.

Aber warum ist es für Sie nicht möglich, im nächsten Jahr wieder eine derartige Wintersanierungsförderung, wenn Sie schon so erfolgreich war, zu machen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe es vorhin versucht, dem Herrn Kollegen Ulram zu sagen, und ich glaube, das war relativ verständlich.

Wir haben eine Wohnbauförderung, die auslaufend ist, weil sie eine entsprechende Verbesserung braucht. Wir haben hier eine große Übereinstimmung auch bei den Parteienverhandlungen gehabt und haben gesagt, die Verbesserungen betreffen auch die Sanierung, die betreffen den Bau des Einfamilienhauses und betreffen auch den sozialen Wohnbau, nämlich die Siedlungsgenossenschaften.

Wenn ich die Sanierungsoffensive, die jetzt gemacht wurde, für das nächste Jahr machen würde, dann wäre das eine Verschlechterung. Wir haben die gesamten Sanierungen und die Wohnbauförderung deutlich verbessert. Es gibt deutlich mehr Geld, ich kann Ihnen all die Beispiele anführen.

Was kriegt ein Einfamilienhaus mehr an Förderungen? Was kriegt der genossenschaftliche Wohnbau mehr an Förderungen? Was kriegt man bei Sanierungen mehr an Förderungen?

Und jetzt lässt man das Ganze einmal anlaufen. Wir werden sehen, dass das noch stärker in Anspruch genommen wird. Wenn Adaptierungen notwendig sind, dann werden wir diese Adaptierungen machen.

Worum es mir geht, ist, dass man sich bei all diesen Maßnahmen in der Vergangenheit - Sanierungsscheck, Wintersanierungsoffensive, Impulse im Winter für den Hausbau - mit den Sozialpartnern immer abspricht, ich mir auch das Konjunkturparameter ansehe und gemeinsam Entscheidungen treffe und nach Möglichkeit das tue, was im Augenblick wichtig und notwendig ist.

Nachdem die neue Wohnbauförderung noch nicht in Kraft getreten ist, ich gehe davon aus, dass deutlich stärker die Wohnbauförderung in Anspruch genommen wird. Aber trotzdem warten wir ab, wie das Ganze anläuft und dann setzen wir zur richtigen Zeit die richtigen Maßnahmen.

Ich glaube, das ist vernünftig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Auf EU-Ebene wird derzeit ein Vorschlag für eine Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch diskutiert. Andere Bundesländer wie zum Beispiel Oberösterreich sehen darin Gefahren für die kleinstrukturierte Wasserversorgung in Österreich.

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag der Europäischen Union?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Vielleicht einmal vorweg, es hat in den letzten Jahren unter den verschiedensten Deckmäntel, über die Hintertür ist immer wieder versucht worden, die öffentliche Daseinsvorsorge, aber insbesondere die Wasserversorgung, nicht nur in Europa, sondern auch weltweit zu liberalisieren.

Sei es jetzt über EU-Richtlinien oder über Freihandelsabkommen, wie zum Beispiel TISA, TTIP, CETA. Es wurde immer wieder versucht, diese öffentliche und vor allem gemeinnützige Wasserversorgung für den privaten Markt, damit natürlich auch für Konzerninteressen freizugeben.

Das ist etwas, was wir - meiner Meinung nach - nicht zulassen dürfen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Wasser privatisiert wird. Es braucht ein klares Bekenntnis zu unserem öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen und natürlich auch zu unseren kleinstrukturierten Wasserverbänden und Wassergenossenschaften.

Das habe ich auch schon ganz klar und medial kommuniziert, erst kürzlich in einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland.

Wohin Privatisierungstendenzen führen, sieht man auch europaweit an einigen Negativbeispielen in Frankreich oder Großbritannien, wo es beispielsweise in London im vorigen Winter aufgrund von Frosteinbrüchen und mangelhafter technischer Versorgung zu Wasserausfällen über mehrere Tage in tausenden Haushalten gekommen ist.

Das sind Zustände, die wir nicht brauchen, weder in Österreich, noch im Burgenland. Deshalb dürfen Liberalisierung und Privatisierung gerade im Bereich der Daseinsvorsorge kein Thema sein. Dies einmal zur Privatisierung.

Was die EU-Trinkwasserrichtlinie im Konkreten betrifft, muss man sich natürlich vor allem die heimische Situation anschauen. In Österreich gibt es rund 5.500 Wasserversorgungsunternehmen, wovon zwei Drittel vor allem kleine Wasserversorger sind, die weniger als 100 Kubikmeter pro Tag zur Verfügung stellen. Gerade die Umsetzung der Richtlinien bei der derartigen Form, wie sie im Moment vorliegt, hätte ganz massive Auswirkungen vor allem auf die heimische Trinkwasserwirtschaft, unter anderem auch deswegen, weil es verhältnismäßig hohe Aufwände

in den unterschiedlichsten Bereichen vorgesehen sind. Das würde zu massiven Kostensteigerungen führen; teilweise sogar um das Siebzigfache. Das betrifft vor allem die Entnahme von Proben und auch den Umfang von Untersuchungen.

Wir haben gerade in Österreich und speziell auch im Burgenland eine hervorragende Trinkwasserqualität und vor allem auch Trinkwasserversorgung. Ich bin nicht der Meinung, dass es hier zusätzliche, vor allem überbordende Kontrollen braucht, denn gerade die in den Richtlinien geforderten Parameter und Maßnahmen würden in Österreich weder zu einer Qualitätssteigerung noch zu einer besseren Versorgungssicherheit beitragen.

Es käme nur zu massiven Mehrkosten und diese würden dann vor allem die kleineren Wasserversorger zur Aufgabe oder zur Bildung von größeren Einheiten zwingen, auch eine Erhöhung des Wasserpreises wäre davon wahrscheinlich die Folge. Das wäre vor allem für kleine Wasserversorger, wie gesagt, eine Existenzbedrohung.

Deswegen ist hier eine dringende Anpassung dieser EU-Trinkwasserrichtlinie notwendig, vor allem unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen der Trinkwasserversorgung im ländlichen Raum.

Wir müssen hier wirklich hinter unseren regionalen Wasserversorgern stehen, denn unser Trinkwasser kann schon jetzt bedenkenlos getrunken werden. Und diese geplante Richtlinie ändert, wie gesagt, weder etwas an der Qualität noch etwas an der Wasserversorgung, außer, dass sich der Preis dramatisch erhöhen würde.

Was das Burgenland betrifft: Uns ist der Schutz unseres Wassers ein wichtiges Anliegen, natürlich auch was Privatisierungstendenzen betrifft. Es ist erst vor kurzem eine Deklaration zum Schutz der Wasserqualität in Brüssel verabschiedet worden. Auch unser Landtagspräsident hat sich im Rahmen des Ausschusses der Regionen mehrmals schon für eine öffentliche Wasserversorgung ausgesprochen.

Wir haben auch den Schutz des Trinkwassers in unserer Landesverfassung verankert. Das Burgenland hat auch jetzt im Zuge dieser Richtlinien ganz klar schriftlich auch Stellungnahme dazu abgegeben, vor allem in sehr kritischer Form.

Wir haben im Vorjahr erst das WLV-Gesetz für den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland beschlossen, wo es auch um Verwaltungsvereinfachung und schnellere Entscheidungswege geht, um unsere Trinkwasserverbände auch in Zukunft für die modernen Gegebenheiten zu rüsten.

Abschließend kann man also sagen, dass gerade die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser und das noch dazu zu leistbaren Preisen die Hauptprämisse unserer Wasserverbände und Wassergenossenschaften ist; wir müssen zu 100 Prozent dahinter stehen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Es ist einmal sehr positiv festzuhalten, dass wir hier offensichtlich alle einer Meinung sind.

Sie haben von öffentlichen Bekenntnissen gesprochen, auch der Oberösterreichische Landtag hat ein öffentliches Bekenntnis zu dieser kleinstrukturierten Wasserversorgung gegeben und hat eine EU-Subsidiaritätsrüge verabschiedet.

Auch der Österreichische Bundesrat wollte das probieren. Umso befremdlicher ist, dass dort die SPÖ-Kollegen - auch aus dem Burgenland - dagegen gestimmt haben.

Können Sie sich erklären, was die Beweggründe sind, gegen eine kleinstrukturierte Wasserversorgung zu stimmen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ):Werter Herr Abgeordneter! Ich kann jetzt nicht für den Bundesrat sprechen. Nach meinen Informationen und Rücksprachen mit den Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat war anscheinend dieser vorformulierte Antrag zu schwammig formuliert.

Wie gesagt, ich kann nur für die Burgenländische Landesregierung und für meine Person sprechen, und ich stehe zu 100 Prozent hinter unseren kleinstrukturierten Wasserunternehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Frau Landesrätin! Eine spannende Interpretation, aber ja, nehme ich zur Kenntnis. *(Zwischenruf von der Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf)* Schwammige Formulierungen werde ich dann auch bei anderen Gelegenheiten vielleicht anmerken dürfen, heute noch in der Sitzung.

Es gibt ein Monitoring, das eingerichtet wurde, insbesondere für schützenswerte Wasserquellen. Hierzu gab es auch immer wieder Kontakte mit dem Land Niederösterreich.

Wann waren Sie ganz konkret zuletzt mit Ihren niederösterreichischen Kollegen diesbezüglich in Kontakt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es fällt mir jetzt schwer, das genaue Datum zu sagen, aber ich habe erst *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Monat!)* vor einigen Monaten das letzte Mal mit ihm telefoniert, wo es vor allem auch darum ging, dieses gemeinsame Programm, das wir auch gestartet haben, zwischen Niederösterreich und Burgenland, wo es konkret um den Einzugsbereich des Neufelder Brunnen geht, wo wir das gemeinsam auch gestartet haben.

Dieses gemeinsame Projekt gibt es und da gibt es auch jetzt schon ganz deutliche Reduktionen der Nitratbelastung, wo es hier darum gegangen ist, und ich bin sehr froh, dass wir auch grenzüberschreitend Burgenland und Niederösterreich zusammengearbeitet haben, weil gerade der Trinkwasserbrunnen Neufeld ein sehr wichtiges Grundwasservorkommen ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die niederösterreichischen Freunde sagen, seit sechs Monaten hören sie nichts in dieser Angelegenheit vom Burgenland.

Frau Landesrätin, es ist mir als Klubobmann nicht gelungen, Anfragen einem Regierungsmitglied zu stellen und als Antwort sofort einen Antrag der Koalitionspartei zu bekommen. Das ist dem Klubobmann Sagartz gelungen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Schrittmacher!)*

Die EU-Trinkwasserrichtlinie hat sich auch der Österreichische Gemeindebund sehr genau angesehen. Ich darf nur einen kleinen Absatz daraus zitieren: Aus Sicht des Österreichischen Gemeindebundes muss auch hier auf eine Verhältnismäßigkeit verwiesen werden. Eine Revision der Trinkwasserrichtlinie zum Jahr 88 hat sicher die Berechtigung.

Der österreichische Gesetzgeber sollte sich hier jedoch davor hüten, jedes kleine Detail zu regeln. Auch in der Wasserversorgung gibt es unterschiedliche Traditionen und Ansätze. Die EU sollte die Rahmen vorgeben, gut funktionierende nationale Systeme nicht umkrempeln.

Präsident Christian Illedits: Die Frage bitte.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP) *(fortsetzend)*: Frau Landesrätin, können Sie das unterschreiben? Ich sage auch gleich dazu, wenn Sie das unterschreiben können, dann müssen wir den Antrag von SPÖ und FPÖ, den Sie heute eingebracht haben, abändern.

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Man muss sich natürlich die Details anschauen. Aber grundsätzlich unterstütze ich jede Tendenz, die dahin geht, egal ob vom Gemeindebund, oder von sonst irgendwem.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir hier alle gemeinsam mit einer gemeinsamen Stimme sprechen, weil es geht hier um unser Lebensmittel Nummer eins.

Wir müssen hier gemeinsam - je mehr desto besser - dafür einstehen, dass wir das auch in Zukunft so erhalten und vor Privatisierungstendenzen, egal in welcher Art und Weise, schützen und ja, ich stehe hinter den kleinstrukturierten Wasserunternehmen. Ich glaube, das tut die ganze burgenländische Landesregierung.

Und egal in was für einer Art und Weise das formuliert wird, ich glaube, es ist wichtig, dass wir hier mit einer gemeinsamen Stimme sprechen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sehr gut! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Sodl an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Sodl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Aufgrund der schlimmen Unwetter und damit einhergehenden Katastrophenschäden vor wenigen Wochen haben Sie für die Betroffenen als Soforthilfe Akontozahlungen in Aussicht gestellt.

Wie ist der aktuelle Stand?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungskolleginnen und -kollegen! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren, die Sie uns heute zuhören oder zusehen! Zunächst einmal merken wir alle natürlich sehr stark den Klimawandel. Auch das Burgenland ist in den letzten Jahren und besonders heuer wieder von unerwarteten Regenfällen derart überrascht beziehungsweise so betroffen, dass viele private, aber natürlich auch öffentliche Einrichtungen darunter leiden.

Vor Starkregen und Überflutungen sind wir nicht geschützt, auch in den nächsten Jahren, und daher gilt es natürlich, immer zu schauen, wie kann man den Menschen helfen, wie kann man rasch helfen? Denn der Leitspruch - ich glaube, da sind wir alle einer Meinung -, wer rasch hilft, hilft doppelt, ist natürlich sehr wichtig.

Das heißt, hier haben wir sehr viele Menschen, die sich täglich Sorgen machen, wie es weitergeht um ihr Eigenheim, das sie in jahrelanger Arbeit errichtet haben und die sind natürlich sehr betroffen, wenn es durch diese Überflutungen und durch diesen Starkregen zu massiven Einbrüchen in den privaten Haushalten, aber auch in den öffentlichen Einrichtungen kommt.

Bei dieser Gelegenheit glaube ich, sollten wir auch heute ganz klar vom Landtag hier aus ein herzliches Dankeschön an unsere Feuerwehren und alle Helfer und Helferinnen sagen, denn sie sind sehr schnell vor Ort und helfen unglaublich viel. Auch hier gilt natürlich, wer rasch hilft, hilft doppelt. Ich darf auch Ihre Anfrage dazu nützen, um mich zu bedanken.

Hier gehen wir als Land Burgenland mit einer klaren Richtlinie, nämlich zehn Tage Sonderurlaub, die aber auch dann bezahlt werden, für Landes- und Gemeindebediensteten voran. Ich möchte es auch nützen, um zu sagen, dass es hier wichtig wäre, eine bundeseinheitliche Lösung zu finden.

Wichtig ist, wie ich vorhin schon gesagt habe, dass wir hier vom Land Vorsorge getroffen haben und zwar konkret ist der Katastrophenfonds mit 500.000 Euro eingerichtet. Wir zahlen 20, 25 oder 30 Prozent der Schadenssumme nach Abzug der privaten Versicherungen.

Hier ist es ganz wichtig, dass wir aber auch schnell helfen, wie ich vorhin schon gesagt habe, und ich habe mich dazu entschlossen, dass wir es heuer neu ermöglich, dass wir mit 2.000 Euro vorab und sehr schnell und ohne ganz großen bürokratischen Aufwand, vor allem ohne lange Wartezeiten, hier den Menschen helfen. Das hat es bisher nicht gegeben, das ist neu und das finde ich absolut richtig.

Die Abfolge, und ich darf Sie hier wirklich ersuchen, Hoher Landtag und auch alle Menschen, die uns zuhören oder zusehen, heute noch einmal zu erinnern, sechs Wochen nach Eintritt des Schadensfalles, das wird der 13. Juli, also nächste Woche sein, innerhalb dieser sechs Wochen geht man mit dem Antrag zur Gemeinde, lässt das bestätigen und innerhalb dieser sechs Wochen bitte auch an uns, an die Burgenländische Landesregierung, im ganz konkreten Fall hier an die Abteilung 4, zu wenden und diese Anträge abzugeben - zeitgerecht -, weil es wichtig ist.

Nachdem die Fälle vom 01. 06., wo die meisten letzten Überschwemmungen waren, wäre es eben der 13. Juli. Ich darf Sie ersuchen, hier im Sinne der Menschen im Burgenland, die betroffen waren, aber natürlich auch der Gemeinden, dass wir hier rasch handeln und dass Sie diese Frist nicht verstreichen lassen.

Wie ist es im Ablauf? Das schaut so aus, dass natürlich innerhalb von sechs Wochen der Schadensantrag abgegeben wird, die Schadensschätzung seitens des Landes dann rasch erfolgt, darauf lege ich Wert.

Und ich möchte mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause bedanken, weil sie sehr schnell reagieren und im Vier-Augen-Prinzip rausfahren und diese Schäden einschätzen, und hier geht es eben darum, dann mit 20, 25 oder 30 Prozent zu helfen.

Der Entschädigungswerber kann auch jetzt, eben heuer das erste Mal, bei diesen Schätzungen sagen, brauche ich das Geld ganz dringend, dann 2.000 Euro bei einem Schaden von 15.000 Euro. Warum 15.000 Euro? Weil natürlich die privaten Versicherungen, wir haben uns das angeschaut, hier ja vorher in Abzug zu bringen sind und weil wir nicht haben möchten, dass die Menschen dann etwas zurückzahlen müssen.

Ich glaube, dass dieses System sehr schnell funktioniert, und ich traue mich auch zu wetten, dass die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen mit dieser Möglichkeit einverstanden sind, dass die Steuern hier gut eingesetzt werden, nämlich für betroffene Gemeinden, aber natürlich vor allem und in erster Linie auch für betroffene private Haushalte. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sodl.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Neben den Soforthilfen bei Katastrophenschäden im zivilen Bereich gibt es auch für die Landwirtschaft umfassende Unterstützung in Form von Versicherungsbezuschussungen.

Wie sieht diese Unterstützung konkret aus?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Abgeordneter, natürlich ist von diesen starken Regenüberschwemmungen und so weiter in den privaten Haushalten der ein oder andere Schaden. wie in öffentlichen Einrichtungen, eingetreten. Aber natürlich hat man auch in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir große Betroffenheit haben für alle, die unter freiem Himmel produzieren. Das sind alle unsere Agrarproduzenten, vom Wein begonnen über Obst, über Gemüse, über Ackerbau und, und, und.

Das ist natürlich schon ein Thema, wenn in den letzten Jahren sehr viele Schadensfälle eingetroffen und eingetreten sind. Es geht natürlich darum, dass wir als Politik, dass ich als zuständiges Regierungsmitglied schaue, dass wir es schaffen, die verbleibenden Agrarproduzenten, und die werden jährlich, Sie kennen den Grünen Bericht, immer weniger, dass wir hier auch diese absichern.

Wir reden heute fast täglich alle miteinander und auch in den Medien drüber, wie wichtig es ist, eine regionale Versorgung aufrecht zu erhalten. Regional heißt: gesund, schnelle Wege, gesünder auf alle Fälle leben, biologisch sich zu ernähren, konventionell wie auch immer, aber regional ist einfach gesünder.

Und dann, Herr Abgeordneter und Hoher Landtag, schaue ich mir die Zahlen an und dabei wird mir schon Angst und ich habe wirklich begründete Sorge. Wir haben beispielsweise leider zum Unterschied zu anderen Bundesländern den Strukturwandel, nämlich die landwirtschaftlichen Agrarproduzenten zu halten, ganz schlecht gemeistert. Alle anderen Bundesländer haben es noch irgendwie hingekriegt.

Bei uns - nur einige Zahlen: Wir haben im Jahr 1950, sagen Sie wahrscheinlich, ja, das ist lange her, 44.000 gehabt, jetzt haben wir nur mehr nicht einmal 8.500, und von diesen 8.500 Agrarproduzenten, Hoher Landtag, haben wir bereits nur mehr 2.000 im Vollerwerb.

Ich frage Sie, wer soll denn darauf schauen, wenn wir nicht drauf schauen, wer das in Zukunft überhaupt machen wird, nämlich gesunde regionale Ernährung zu erzeugen.

Und zum Zweiten, es ist gerade unter meiner Führung dem Agrarressort jetzt wirklich so viel Geld wie nie zur Verfügung gestellt worden. Für 2018 habe ich bereits 4,6 Millionen, übernommen habe ich mit 2,6 Millionen, jetzt 4,6 Millionen, um diese Agrarproduzenten abzusichern, bevor wir die letzten verlieren, weil dann brauchen wir nicht mehr drüber reden, wie wichtig es ist, gesund und regional zu leben, dann haben wir keine regionalen Erzeuger mehr.

Daher ist mir dieses Paket sehr wichtig. Es ist zum ersten Mal in der Geschichte der Agrarproduzenten möglich, dass wir diese hohe Zahl zur Verfügung stellen, darauf bin ich wirklich stolz. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sodl.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Aus dem Katastrophenfonds wird nicht nur die Bezuschussung der Ernteversicherungsprämie finanziert. Es soll in Zukunft auch eine Unterstützung der Viehzuchtbetriebe im Burgenland geben. Wird diese Vorsorge auch eine Tierseuchenversicherung treffen?

Können Sie dazu schon Näheres sagen?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ein leider auch, denn gerade was unsere Ernährung und unsere regionale Versorgung anbelangt, ist das ein sehr großes Thema. Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen sicher allen bekannt, dass leider vor unseren Haustüren, in den angrenzenden Ländern, bereits die afrikanische Schweinepest oder auch beispielswese Geflügelpest aufgetreten sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, dass das ernst zu nehmen ist. Das bedeutet hoffentlich nicht, aber leider ist es fast annehmbar, dass es auch im Burgenland zum Ausbruch dieser Schweinepest oder anderer Krankheiten bei unseren Tieren kommen kann.

Das bedeutet, hier geht es darum, zu schauen, wie wir damit umgehen. Was heißt das? Was passiert dann mit dem Schweinefleisch, was ist mit dem Wildfleisch, wie können wir uns dann regional noch sicher sein, dass wir überhaupt in einigen Jahren aus dem Burgenland beispielsweise Schweinefleisch beziehen können?

Daher war es mir, unter meiner Vorsitzführung, sehr wichtig, denn ich habe seit 01. April den Vorsitz in der LandesagrarreferentenInnen-Konferenz, dass wir hier gemeinsam einen Schulterschluss machen, nämlich, dass es möglich ist, dass wir hier auf Betriebe schauen, die dann beispielsweise schlachten müssen, dass wir hier auf Betriebe schauen, wo es ein absolutes Verkaufsverbot gibt.

Das ist dann wahrscheinlich nicht nur in einem Betrieb, denn das sehen wir schon in anderen angrenzenden Ländern. Die Seuche breitet sich leider sehr schnell aus. Das heißt, dass eine ganze Region betroffen sein kann, wo Schweine geschlachtet werden müssen, wo es ein Ausfuhrverbot gibt, wo es ein Verkaufsverbot gibt. Das ist natürlich

dann auch mit großen Einschränkungen für jene, die davon leben, in Verbindung zu bringen.

Hier möchte ich auch Ihre Frage dazu nutzen, um mich an die ÖVP zu wenden. Hier haben das alle Bundesländer besprochen, weil alle die gleiche Sorge haben. Leider hat die Frau Agrarministerin, aber auch der Herr Finanzminister das erst für 2019 in Aussicht gestellt. Hier würde ich Sie im Namen der burgenländischen Bevölkerung schon sehr ersuchen, dass Sie hier mit Ihren zwei zuständigen Ministern reden.

Da geht es nicht um viele Millionen für das Burgenland. Beispielsweise die Beschussung in der Höhe von 25 Prozent, beträgt um die 38.000 Euro. Daher, bitte reden Sie mit dem Zuständigen, damit sie nicht nachher sagen, sie sind die großen Agrarvertreter und tun dann nichts für die Betroffenen, die hier, Gott sei Dank, nur burgenländisches Schweinefleisch haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Der Nationalrat hat gestern die Vereinheitlichung und somit die Reduzierung der Versicherungssteuer für Elementarrisikoversicherungen in der Landwirtschaft beschlossen. Damit wurde eine ÖVP-Initiative umgesetzt, die die Risikovorsorge leistbarer macht.

Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie, um die Risikovorsorge im Katastrophenfall auch im Burgenland noch auszubauen? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Gott sei Dank gibt es den Bund!)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Vielen Dank für die Information. Die gibt es natürlich schon auch seit längerer Zeit, denn das ist ja nicht erst gestern im Nationalrat entstanden. Das ist natürlich auch bei uns angelangt. Aber, lassen Sie mir das sagen, denn die beste Vorsorge für Menschen ist übrigens der Menschenschutz und dass heute von Ihrer Fraktion die 12-Stunden Arbeitszeit beschlossen wird, tut mir auch nicht gut.

Aber, in Ordnung, das ist Ihre Sache. Nun aber zur Versicherung selbst. Wir haben seit dem Jahr 2015 inklusive des Jahres 2016 sehr viel gemacht. Ich hätte mir gewünscht, dass das auch unter den ÖVP-Agrarlandesräten so gewesen wäre. Ich kann nur noch einmal wiederholen.

Wir haben hier einen umfassenden Versicherungsschutz. Wir haben sozusagen einen umfassenden Versicherungsschutz bei Allwetterlagen. Wir haben aber auch ein Riesenproblem und ich möchte auch nichts verheimlichen.

Sie leben in verschiedenen Regionen des Landes. Während wir im Nordburgenland teilweise keinen Niederschlag mehr haben, wo es ohne Bewässerungsanlagen teilweise nicht geht. Wir alle sind stolz auf unseren Wein, sind stolz auf Gemüse, auf Obst. Da brauchen wir im Nordburgenland schon Bewässerungsanlagen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was zählen wir jetzt dazu? 20 Prozent? 30 oder 40 Prozent? Nichts? Was zählen wir jetzt dazu? Was?)*

Im Mittel- und Südburgenland gibt es das andere Phänomen. Wir haben dort teilweise viel zu viel Regen. Was natürlich genauso die Agrarproduktion einschränkt. Das heißt, diese 4,6 Millionen Euro, die ich vorher schon gesagt habe, sind wichtig.

Genauso wichtig ist, und das ist ein allgemeiner Beschluss, dass es hier Tierseuchen geben wird. Ich erwarte mir deshalb von Ihnen, dass wir auch zu diesem Thema konkrete Maßnahmen umsetzen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was zählen wir jetzt dazu? Es geht um die konkrete Maßnahme.)*

Ihr Finanzminister soll endlich einmal ja sagen, dass nicht erst 2019 diese Besicherung für Viehbestände gibt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 30 Prozent? 40 Prozent? 50 Prozent? Null? Es geht um die konkrete Maßnahme! Was zahlen wir dazu?)* Es kann morgen die afrikanische Schweinepest hier sein. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was zahlt das Burgenland dazu?)*

Was erklären Sie dann mit diesem allgemeinen Beschluss im Nationalrat den Betrieben im Burgenland, die vielleicht morgen ihre Schweine schlachten müssen? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war doch die Frage!)* Bitte sagen Sie das. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na, gut!)* Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Prohaska um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Welchen Beitrag leistet die Bund-Länder Initiative Erwachsenenbildung für die burgenländische Erwachsenenbildungslandschaft?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Lieber Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf einmal grundsätzlich sagen, dass die Erwachsenenbildung im Burgenland einen sehr hohen Stellenwert hat.

Herkunft darf kein Schicksal sein. Der Abbau von Bildungsbarrieren, der Abbau von Defiziten für die Menschen, die hier leben, soll durch die Erwachsenenbildung weitestgehend ausgeglichen werden beziehungsweise auch viele Veranstaltungen werden über die Erwachsenenbildungseinrichtungen organisiert.

Seit 01.01.2012 gibt es die zwischen Bund und Ländern in Umsetzung befindliche Initiative Erwachsenenbildung, um allen Menschen ein solides Bildungsfundament zu geben. In der ersten Programmperiode 2012 - 2014, der zweiten Periode 2015 - 2017, wird die Initiative Erwachsenenbildung nun in der dritten Periode 2018 - 2021 durchgeführt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf auch sagen, dass die Initiative Erwachsenenbildung allen in Österreich lebenden Jugendlichen und Erwachsenen, den Erwerb von grundlegenden Bildungsabschlüssen und Kompetenzen kostenlos ermöglicht wird. Ich bin da auch sehr froh, dass sowohl der Bund, die Europäische Union und auch die Länder entsprechende Beiträge leisten, weil die Teilhabe an unserer Wissensgesellschaft für jeden Jugendlichen, für jeden Menschen ganz wichtig ist, um auch ein sinnerfülltes Leben führen zu können, um einen Beruf auch erlernen zu können, um auch einen Beruf ausüben zu können.

Es geht um zwei große Schwerpunkte, einerseits um Basisbildung. Da geht es primär um die sprachlichen Kompetenzen und es geht auch um das Nachholen des Pflichtschulabschlusses. Da bin ich selbst als ehemaliger Pädagoge sehr angenehm überrascht, wie rasch auch die deutsche Sprache über die Erwachsenenbildung gelernt werden kann und welche Fortschritte auch gemacht werden.

Es ist auch eine beeindruckende Zahl, die in Österreich das Institut für Höhere Studien für die Basisbildung festgestellt hat, das sind 243.000 Personen. Für das Burgenland sind es 8.300 Personen. Im Bereich Pflichtschulabschluss sind es österreichweit 337.000 Personen und für das Burgenland 8.800 Personen. Eine Herausforderung, wo sich die Politik auch Gedanken machen muss.

Wie schaffen wir Rahmenbedingungen, damit bei der Basisbildung, beim Pflichtschulabschluss, eben diese Gruppen angesprochen werden? Wie organisiert man das? Da bin ich sehr froh darüber, dass hier auch unsere Volkshochschule sehr wesentliche und wichtige Beiträge leistet.

Es sind auch EU-Gelder dabei, ESF-Gelder, Investitionen in Wachstum und Beschäftigung. Ich denke, dass im laufenden Programm Wachstum und Beschäftigung bis zum Jahr 2020 in der Maßnahme Erwachsenenbildung und lebensbegleitendes Lernen insgesamt sechs Millionen Euro vorgesehen sind. Also doch eine beträchtliche Summe, um das in entsprechender Form umsetzen zu können.

Für das Land Burgenland sind es 2,4 Millionen Euro, der EU-Anteil beträgt 3,6 Millionen Euro. Lebensbegleitendes Lernen ist für die Entwicklung jedes Menschen von ganz großer Bedeutung, für die Persönlichkeitsentwicklung, für die Entwicklung der Gesellschaft, aber auch für die Wirtschaft. Lernen ist aber auch mehr als Wissensvermittlung.

Da muss ich auch ein Kursbegleitheft herzeigen. *(Herr Landeshauptmann Hans Nießl hält das Kursbegleitheft in Händen.)* Ich habe mir das angeschaut und habe das sehr genau durchgelesen. Es geht nicht nur um Wissensvermittlung, sondern auch um Wertevermittlung. Wenn ich das, zum Beispiel, in diesem Heft anschaue, dann sind die wichtigsten Feste in Österreich Weihnachten, Ostern, Martini. Damit man auch das vermittelt.

Religion ist Privatsache. *(Heiterkeit bei den Abgeordneten der GRÜNEN)* In Österreich darf, da kann man darüber lachen, ich finde das für in Ordnung, weil das sind unsere wichtigsten Feste. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Darüber zu lachen disqualifiziert sich, aus meiner Sicht, von selbst.

Kindergartenpflicht, Schulpflicht, Mitwirkungspflicht, also auch wesentliche Werte, die es in einer Demokratie gibt. Mein Kind muss ein Jahr in den Kindergarten und mindestens neun Jahre in die Schule gehen. Auch die Schulpflicht ist angeführt.

Ich glaube, dass das alles sehr vernünftige Werte sind. Ich gebe Ihnen das gerne weiter Frau Abgeordnete, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das kenn ich ohnehin.)* damit Sie sehen, dass das, aus meiner Sicht, hoffentlich auch aus Ihrer Sicht, pädagogisch wertvoll ist, dass diese Werte und nicht nur Wissen vermittelt wird. Dass man natürlich zuerst lesen muss, und das wird auch hervorragend dort gelehrt, oder auch Werte vermittelt, dazu stehe ich.

Das wird von Seiten des Landes auch jetzt gefördert und soll auch in Zukunft gefördert werden. Ich glaube, dass das wirklich ein erfolgreicher Weg ist und ich darf mich deshalb bei allen Einrichtungen der BuKEB, bei allen Erwachsenenbildungseinrichtungen, bei den Volkshochschulen, beim Volksbildungswerk aber auch bei der Forschung Burgenland und bei vielen weiteren Einrichtungen bedanken, die das wirklich mit großem Engagement, mit großem Einsatz machen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Wie entwickelt sich die burgenländische Erwachsenenbildung im Burgenland allgemein?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich darf vielleicht eine Zahl nennen, weil wir im Burgenland im Bereich der Erwachsenenbildung ein Best-practice-Modell haben. Ich glaube, das ist für jeden, der das Budget beschließt, ganz wichtig, dass er diese Zahl auch kennt und weiß.

Jetzt haben wir im Burgenland in 356 Personen das Programm Pflichtschulabschluss auch absolviert und wir haben die Vorgabe des Bundes um 264 Prozent überschritten. Das heißt, das ist das Best-practice-Modell von Österreich, dass der Pflichtschulabschluss von Menschen die hier leben, also geborene Burgenländer, aber auch Migranten, diesen Pflichtschulabschluss bewältigt haben und damit auch eine Lehre oder einen Beruf erlernen können.

Es ist die wichtigste Basis, nämlich, die Sprache zu können. Im Burgenland liegen wir 264 Prozent über den Vorgaben des Bundes. Das, glaube ich, spricht wieder für die Arbeit, denn das sind nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern man sieht das auch an den Ergebnissen. Es wurde im Burgenland mit allen Erwachsenenbildungseinrichtungen ein Strategieprozess gemacht. Das Ergebnis dieses Prozesses war eine burgenländische long-life-learning Strategie Burgenland.

Es gibt auch seit einigen Jahren den Tag der Weiterbildung, wo mit Experten, auch mit internationalen Experten, letztes Jahr waren Expertinnen und Experten aus Deutschland hier, über die Weiterbildung diskutiert wurde, wo hier Weiterbildung auch als elementare Daseinsvorsorge gesehen wird.

Ich glaube, das ist auch ganz wichtig, dass man hier diese Einstellung hat, nämlich, dass Weiterbildung immer wieder diskutiert werden muss, im Integrationsbereich, im Bildungsbereich. Es soll eine umfassende Erwachsenenbildungsdatenbank geben.

Vielleicht noch, damit sieht man, dass die Budgetgelder, die wir hier verwalten, auch sehr gut eingesetzt sind. Es hat sich im vergangen Jahr 2017 im Burgenland die Anzahl der Kursteilnehmer von 32.679 auf 34.912 gesteigert!

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** Zeitablauf, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ) *(fortsetzend)*: Bei den Veranstaltungsteilnehmerinnen und Veranstaltungsteilnehmern von 59.000 auf 85.000. Da steckt viel Arbeit dahinter. Es gibt 200 hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 2.000 nebenberufliche und 500 ehrenamtlich Tätige. Denen gebührt unser ganz großer Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Zusatzfragen mehr gestellt werden, ist die Fragestunde beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1335), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezüge-gesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische

Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018) (Zahl 21 - 942) (Beilage 1357)

Präsident Christian Illedits: Der zweite Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1335, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezügegesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018), Zahl 21 - 942, Beilage 1357.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezügegesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018), in ihrer 32. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Bericht, mein Antrag, ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezügegesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Markus Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Bildungsreformgesetz wurden weitreichende Änderungen im Bildungs- und Schulwesen vorgenommen. Die landesgesetzliche Ausführung des Bildungsreformgesetzes ist verpflichtend.

Dieser Beschluss soll heute hier im Hohen Landtag gefasst werden. Das Bildungsreformgesetz umfasst hauptsächlich folgende Maßnahmen: Eine schulautonome Unterrichtsorganisation. Sie ermöglicht Schulklassen und es betrifft die Schulbehörden. Es war ein langer Prozess bis zum Beschluss des Bildungsreformgesetzes auf Bundesebene, bis eben eine Zwei-Drittel-Mehrheit zustande gekommen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es hat zirka an die 800 Stellungahmen zum Gesetz gegeben, wenn nicht sogar mehr. Angefangen von den Elternvereinen, der Lehrergewerkschaft, bis hin zur Politik. Es hat natürlich auch Kritik gegeben, weil jeder seine bestimmten Vorstellungen zur Bildung hat. Es hat aber auch Lob gegeben.

Natürlich wollte sich jede Fraktion mehr oder weniger wiederfinden. Manche wollte eben mehr Materie statt Verwaltung umsetzen und hat dann eben ihre Zustimmung auf Bundesebene nicht gegeben.

Es gab auch die unterschiedlichsten Forderungen, mehr Tablets und Laptops, mehr Digitalisierung, als Allheilmittel im Unterricht oder Gesamtschulmodellregion, Einführung eben, oder Deutschkenntnisse vor dem Schuleintritt. Hier können wir die unterschiedlichsten Auffassungen zur Bildung erkennen.

Unter dem Strich sollte die bestmögliche Bildung für unsere Schüler das primäre Ziel sein. Man hat sich schließlich auf einen tragfähigen Kompromiss geeinigt. Das ist gelebte Demokratie und der Beschluss ist gefallen.

Wie schon anfangs erwähnt, ist nun die landesgesetzliche Ausführung des Gesetzes verpflichtend. Im Zentrum des Gesetzes steht die Schulautonomie. Neue Gestaltungsspielräume in den Schulstandorten, mehr Verantwortung für Pädagogik, Organisation, Personal und Finanzen werden überantwortet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum habt Ihr auf Bundesebene nicht zugestimmt?)*

Das heißt, es können sich bis zu acht Schulen in sogenannten Clustern zusammenschließen. Lehrer sollen bei Bedarf auch an anderen Schulen in diesen Clustern unterrichten können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Herr Kollege Wiesler! Warum habt Ihr auf Bundesebene nicht zugestimmt?)*

Den Direktoren kommen mehr Rechte zu. Sie können sich etwa die Lehrer auswählen oder auch flexible Gruppengrößen festlegen. Die Schulverwaltung wird zur Bildungsdirektion. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum seid Ihr dagegen?)*

Na ja, ich habe es vorher erklärt, dass man unterschiedliche Auffassungen hat. Wir wollten mehr Materie statt Verwaltung. Das war eben nicht der Fall. Ich erkläre es Dir aber gerne nachher draußen noch einmal Herr Kollege. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mit dieser Reform geht man einen Schritt in die Zukunft, in eine moderne Weiterentwicklung der Schulunterrichtsrechtsform insgesamt. In jedem Bereich im Leben

ist immer wieder eine Änderung notwendig oder angebracht, weil sich natürlich auch die Gesellschaft immer wieder ändert.

Unsere Schüler haben unterschiedliche Stärken, Talente und Bedürfnisse. Auch das regionale Umfeld der Schulstandorte ist jeweils unterschiedlich. Diesen verschiedenen Anforderbedürfnissen wird mehr oder weniger somit Rechnung getragen. Ob es der richtige Bildungsschritt für unsere jungen Menschen ist kann jetzt noch natürlich niemand sagen. Das wird die Zukunft zeigen. Grau ist bekanntlich jede Theorie.

Geschätzte Damen und Herren! Leistungsstandards sind jedoch die Basis für den Erfolg oder Misserfolg im Leben. Deshalb erscheint uns wichtig, eine sorgfältige Qualitätskontrolle durchzuführen, um die beste Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Dies soll durch ein systematisches Bildungsmonitoring sichergestellt werden.

Es wäre aber auch einmal angebracht zu diskutieren, was unsere Kinder lernen sollen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Wie schaffen wir es, ihnen grundlegende Dinge wie Lesen, Schreiben und Rechnen so beizubringen, dass sie eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben bekommen?

Das vermittelt die Schule jetzt in vielen Bereichen nämlich nicht mehr. Deshalb wäre auch wichtig nicht nur festzulegen, wie Bildung vermittelt werden soll, sondern was an Bildung vermittelt werden soll.

Abschließend, geschätzte Damen und Herren, Bildung ist der Grundstein für die Zukunft jedes einzelnen Kindes und der Gesellschaft als Ganzes. Es braucht natürlich mehr Beitragszahler als Beitragsempfänger, damit ein Staat auch funktioniert. Dazu braucht es eine gute Bildung, aber auch Ausbildung, damit keiner auf der Strecke bleibt. Aufgabe der Schule ist es, diesen Bedarf nach Bildung gerecht zu werden.

Wir hoffen, dass dies mit dem neuen Bildungsreformgesetz möglich ist. Wir werden somit unsere Zustimmung erteilen. Im Burgenland sind ja ohnedies schon einige Punkte umgesetzt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wiesler! Das heißt, wir freuen uns auf einen parteiübergreifenden Cluster draußen vor der Tür, wo man Ihre Ansichten im Anschluss dann diskutieren kann. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Bildung, es wurde vorher schon erwähnt, ist ein wichtiger Schlüssel für viele Türen eines jungen Menschen. Unser Ziel ist ganz klar, nämlich, Kinder und Jugendliche in Österreich, im Burgenland, bestmöglich zu fördern. Dafür braucht es ein Bildungssystem, was das Beste aus dem Bestehenden beziehungsweise auch neue Inhalte verbindet.

Es ist wichtig, dass man Grundwissen, Kernkompetenzen vermittelt, Stärken und Talente bestmöglich fördern, beziehungsweise auch Defizite ausgleichen. Die Bundesregierung, ÖVP und FPÖ, tut das auf Bundesebene. Von der Bundesregierung wurden hier dringende Bildungsreformen eingeleitet.

Zu Jahresbeginn mit einer Verwaltungsvereinfachung, Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung. Auch das Bildungspaket, welches im Mai präsentiert wurde, bringt viele Maßnahmen mit sich. Verbindlicher Katalog zur Präzisierung von Schulreifekriterien,

einheitliche Talentechecks als Unterstützung zu Bildungs- und Berufsfallen, eine Weiterentwicklung und Stärkung der NMS mit einer Einführung der durchgehenden fünfteiligen Notensystematik, aber auch die Einführung von Entwicklungsgruppen in den Kernfächern.

Wir unterstützen diese Vorhaben mit dem Bildungsreformgesetz 2018, welches wir heute diskutieren und es werden entsprechend den Vorgaben des Bundes Punkte umgesetzt. Kollege Wiesler ist darauf eingegangen, die Neuordnung der Behörden mit den Bildungsdirektionen als gemeinsame Bund-, Landbehörde, die Ermöglichung der Bildung von Schulclustern durch den Zusammenschluss mehrerer Schulstandorte beziehungsweise auch schon die angesprochene Stärkung der Schulautonomie, wo schulautonome Entscheidungsbefugnisse betreffend schulfreien Tagen ermöglicht werden.

Auch die Entscheidung, ob Samstage schulfrei geführt werden oder als Schultag geführt werden. Die Festlegung der Dauer einer Unterrichtseinheit beziehungsweise auch die Festsetzung der Zahl der Unterrichtsstunden. Wir unterstützen diese Schritte. Wichtig ist uns als Volkspartei die Schulpartnerschaft als wesentliche Voraussetzung für die gemeinsame Gestaltung der Schule einzubinden.

Ich darf an dieser Stelle der Landesschülervertretung, im Speziellen der Schülerunion Burgenland, herzlich gratulieren. 24 zu Null. Drei Landesschulsprecher, ist ein sensationeller Erfolg für die Schulen. Gratulation von dieser Stelle. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hier zeigt sich, dass eine laufend kompetente Arbeit von den Schülerinnen und Schülern honoriert und geschätzt wird. Ich hoffe, dass die Anliegen der Schülervertretung auch ernst genommen, gehört und unterstützt werden.

Ich freue mich auch, dass auf Bundesebene das Schülerparlament gesetzlich verankert wurde, jetzt einen rechtlichen Rahmen hat, um dieses Schülerparlament offiziell durchzuführen. Im §3 des Schülervertretungsgesetzes steht dort nun, dass es die Aufgabe der Schülervertretung ist, Schülerparlamente durchzuführen.

Ich appelliere auch und hoffe, dass nun diese Schülerparlamente im Burgenland auch in diesen Räumlichkeiten durchgeführt werden können. Wir werden diesem Gesetz unsere Zustimmung erteilen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Doris Prohaska das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Kollege Wiesler hat zuerst gemeint, wir werden schauen, ob das auch wirklich so funktioniert, denn grau ist alle Theorie, aber im letzten Satz hat er dann genau das gesagt, was ich ihm eigentlich sagen wollte. Im Burgenland sind ja einige Punkte schon umgesetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nämlich, wir haben den Großteil aller dieser Forderungen, die jetzt in diesem neuen Bundesgesetz, wo wir das Landesgesetz jetzt dementsprechend beschließen werden, vorgelebt, vorgeführt, denn den Großteil dieser Dinge haben die Schulen oder die Bildung im Burgenland als Schulversuche bereits seit Jahren gemacht. Gerade deswegen, weil es gut funktioniert hat, hat der Bund jetzt alle diese Dinge übernommen und umgesetzt.

Das heißt, wir haben gezeigt, wie es geht, alle anderen acht Bundesländer machen es jetzt nach.

Herr Kollege Wolf! Sie haben jetzt der Schülerunion zur Wahl gratuliert. Natürlich hat sie gewonnen. Aber, ich sage Ihnen etwas. Bei der Weltmeisterschaft ist ein bestehender Weltmeister auch als erster ausgeschieden. Ich würde das jetzt nicht so voreilig, so groß loben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Seit 20 Jahren geht es gut!)* Ja, das heißt aber nicht, dass es weiterhin so sein muss. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt!)*

Bei der Bildungsreform sind jetzt natürlich schon viele Dinge genannt worden, was die Änderungen sind. Ein Präsident steht der Bildungsdirektion vor. Dann die Bildung von Clustern. Warum brauchen wir diese Cluster? Ganz einfach deswegen, um Kleinstschulen erhalten zu können, werden Cluster von Neuen Mittelschulen und Volksschulen eingeführt. Die Gemeinde hat dadurch als Schulerhalter einiges an Ersparnis.

Es besteht die bessere Möglichkeit, außerschulische Experten, wie im Sport oder im Musikbereich, an die Schule zu holen. Elternberatung und Betreuung, Ferienbegleitung und wieder ein Pilot, wir haben neun Bundesländer, und einzig allein im Burgenland gibt es als Pilot vier Schulcluster.

In Lockenhaus-Bernstein, Frauenkirchen, Illmitz und Andau, kein anderes Bundesland hat sich darüber getraut. Die autonome Festlegung der Gruppen im Rahmen der Schulautonomie, die Zeit des Unterrichtsbeginns, die Dauer der Zeiteinheiten. Nach wie vor zahlt aber der Bund trotzdem die Lehrer nur nach dem Schlüssel 25 Schüler, obwohl diese fixe Zahl gefallen ist.

Es wird ein Leiter für den Präsidialbereich, für den pädagogischen Bereich beschlossen und bestimmt. Der Bildungsdirektor wird durch den Landeshauptmann betreut. Noch etwas, was extra für das Burgenland spricht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Betraut!)* Betraut, Entschuldigung, betraut.

Das Burgenland ist eine einzige Bildungsregion, wo der Bund forderte, zwei Bildungsregionen zu machen, was Zusätzliches an Personalreserven gebraucht hätte, weil wir dann mehr Schulinspektoren nötig gehabt hätten.

Wir wollen, dass das Burgenland eine Bildungsregion wird und der Bund hat darauf das Gesetz dementsprechend geändert, dass man mit einer Schüleranzahl unter 40.000 eine Bildungsregion sein kann.

Meiner Meinung nach ist diese hochgelobte Reform aber keine Bildungsreform, das ist einzig und allein eine Verwaltungsreform. Es ist nichts von ganztätigen Schulformen zu hören, ganz im Gegenteil. Heute hat man in der Zeitung lesen können, dass Punkt 1 die 15a-Vereinbarung mit dem Bund, mit dem Herrn Minister und mit der Frau Familienministerin nicht möglich war auszulösen und dass das Geld, 750 Millionen Euro, die ursprünglich vorgesehen waren bis zum Jahr 2021, ausgedehnt wurden bis zum Jahr 2032.

Das heißt, wenn ich das jetzt auf einen Haushalt umlege: Das Geld, das ursprünglich für drei Monate vorgesehen war, mit diesem Geld muss ich jetzt 15 Monate auskommen. Dass es da zu Einsparungen und Einschränkungen, die zum Großteil die Familien betreffen werden, kommen wird, ist ganz klar.

Denn, wenn so viel weniger Geld da ist, um die Kinder am Nachmittag betreuen zu können, werden die Mütter, wahrscheinlich wieder viele ihren Arbeitsplatz aufgeben müssen um zu Hause zu bleiben, um ihre Kinder zu betreuen. *(Abg. Mag. Christian*

Sagartz, BA: Das ist Propaganda.) Das ist keine Propaganda, Herr Kollege, das ist die Wahrheit und Sie können das auch in der Zeitung lesen.

Ich habe es bereits erwähnt, der Bund setzt das um, was im Burgenland als Pilot- und Schulversuch erfolgreich war. Wir haben die Expositur-Lösung zum Erhalt der Kleinstschulen schon lange umgesetzt.

Wir haben als erstes Bundesland flächendeckend die Neue Mittelschule umgesetzt, wo bei den Bildungsstandards die Neuen Mittelschulen des Burgenlandes hervorragend abgeschnitten haben.

Wir waren das erste Bundesland, dass die tägliche Bewegungseinheit flächendeckend umgesetzt hat, die leider für die Neuen Mittelschulen ab dem Schuljahr 2017/2018 wieder gestrichen wurde, von der Bundesregierung.

Wir waren das erste Bundesland oder sind das erste Bundesland, dass diese Clusterschulen hat und auch da haben wir bereits jahrelange Erfahrung, weil es bei uns schon lange Volksschulen, mehrere Volksschulen, unter einer gemeinsamen Leitung gibt.

Wir haben auch die Bildungsbehörde, das heißt, die Schulabteilung für die Pflichtschulen bereits seit 2006 unter einem Hut, gemeinsam jetzt mit dem Landesschulrat, wo alle Schulen unter einem Dach sind.

Der Bund zeigt uns aber einiges, was er anders sehen möchte als wir. Ich habe es gesagt, wir waren Vorreiter. Der Bund prahlt jetzt damit Verbesserungen einzuführen, wo ich aber die angedachte Einführung von Studiengebühren, die angedachte temporäre Einführung von Eingangsprüfungen an AHS oder wo man jetzt Ausbildungspflicht und Bildungspflicht total vertauscht, als enormen Nachteil sehe.

Wir im Burgenland wissen ganz genau Eltern, Lehrer und Schüler müssen in einem Boot sitzen. Und die burgenländischen Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler haben vorgezeigt damit, dass sie immer wieder bereit waren an Schulversuchen teilzunehmen.

Dass sie vorausdenken können, dass sie offen sind für Neues und dass sie flexibel im Sinne der besten Bildung für die Kinder arbeiten werden. Und deswegen sind wir wirklich ein Vorreitermodell und Vorzeigemodell für den ganzen Bund.

Ich möchte zum vorliegenden Antrag jetzt einen Abänderungsantrag einbringen, weil es nach der gesetzlichen Lage, die derzeit ist, nicht möglich ist, eine Schule, die eine Expositur einer anderen Schule ist, in einen Clusterverbund einzubringen und um auch das zu ermöglichen, darf ich einen Abänderungsantrag einbringen.

Nachdem dieser Antrag den Fraktionen noch nicht zugegangen ist, muss ich den gesamten Antrag vorlesen. Stimmt das so?

Präsident Christian Illedits: Ja.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ) *(fortsetzend)*: Na das ist eine Gesetzesänderung, alles?

Präsident Christian Illedits: Ja, alles.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ) *(fortsetzend)*: Gut okay Die Regierungsvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrerinnen und –lehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezügegesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische

Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018) (Zahl 21 - 942), wird wie folgt geändert:

1. Die Novellierungsanordnung in Artikel 1 Z 5 lautet:

„5. In § 2 Abs. 7, § 7 Abs. 5, § 27 Abs. 4, § 30 Abs. 3, § 31 Abs. 1, § 38 Abs. 7, § 39 Abs. 3, § 40 Abs. 1, 2 und Abs. 5, erster und zweiter Satz, § 42 Abs. 11, § 48 Abs. 5 lit. b sowie in § 55 wird jeweils das Wort "Landesregierung" durch das Wort "Bildungsdirektion" ersetzt.“

2. Die Novellierungsanordnung in Artikel 1 Z 28 lautet:

“28. In § 31 Abs. 1 entfällt die Wortfolge „nach Anhörung des Landesschulrates (Kollegium).“

3. Nach der Novellierungsanordnung zu Artikel 1 Z 40 wird folgende Novellierungsanordnung Z 40a eingefügt:

„40a. § 47 lautet:

„§ 47

Auflassung

(1) Die Auflassung einer öffentlichen Pflichtschule sowie die Aufhebung der Bestimmungen einer öffentlichen Schule als ganztägige Schulform bedarf der Bewilligung der Bildungsdirektion. Im Verfahren zur Aufhebung der Bestimmung einer öffentlichen Schule als ganztägige Schulform ist überdies das Schulforum (der Schulgemeinschaftsausschuss) zu hören.

(2) Die Bildungsdirektion hat die Auflassung einer öffentlichen Pflichtschule sowie die Aufhebung der Bestimmung einer öffentlichen Schule als ganztägige Schulform von Amts wegen anzuordnen, wenn die Voraussetzungen für deren Bestand nicht mehr gegeben sind. Abs. 1 zweiter Satz ist anzuwenden.

(3) Die Bildungsdirektion hat die Auflassung von Volksschulen mit weniger als 10 Schülerinnen und Schülern zu verfügen, außer der betroffene Schulstandort soll nachweislich als Teil eines Pflichtschulclusters gemäß § 38a oder eines Schulclusters mit Bundes- und Pflichtschulen gemäß § 38b geführt werden.

In diesem Fall kann der gesetzliche Schulerhalter unabhängig von der SchülerInnenzahl bei der Bildungsdirektion die Fortführung des betreffenden Schulstandortes beantragen. Im Falle der Auflassung des betreffenden Pflichtschulclusters gemäß § 47a hat die Bildungsdirektion die Auflassung des betreffenden Schulstandortes ab dem der Auflassung folgenden Schuljahr zu verfügen.

Ausgenommen hievon sind die Volksschulen nach § 11 Abs. 4. Sofern eine Gemeinde nur mehr über einen Volksschulstandort verfügt, ist auf Antrag des Schulerhalters von der Auflassung dieser Volksschule abzusehen.

(4) Die Bildungsdirektion hat ab dem Schuljahr 2016/2017 die Auflassung einer Neuen Mittelschule zu verfügen, wenn die Zahl der Schülerinnen und Schüler im vorangegangenen Unterrichtsjahr die Zahl 80 unterschritten hat, außer, der betreffende Schulstandort soll nachweislich als Teil eines Pflichtschulclusters gemäß § 38a oder eines Schulclusters mit Bundes- und Pflichtschulen gemäß § 38b geführt werden.

In diesem Fall kann der gesetzliche Schulerhalter unabhängig von der SchülerInnenzahl bei der Bildungsdirektion die Fortführung des betreffenden Schulstandortes beantragen.

Im Falle der Auflassung des betreffenden Pflichtschulclusters gemäß § 47a hat die Bildungsdirektion die Auflassung des betreffenden Schulstandortes ab dem der Auflassung folgenden Schuljahr zu verfügen. Ausgenommen hievon sind die Neuen Mittelschulen nach § 17b Abs. 3.

Wird in einem Verfahren hinsichtlich der Auflassung einer Neuen Mittelschule vom Schulerhalter der aufzulassenden Schule die Errichtung von Expositurklassen beantragt, kann die Bildungsdirektion bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Errichtung von Expositurklassen (§ 17b Abs. 1 Z 2) einer in zumutbarer örtlicher Entfernung gelegenen Neuen Mittelschule die Auflassung bei gleichzeitiger Bewilligung der Expositurklassen bewilligen. § 17b Abs. 4 ist anzuwenden. Zusätzlich ist die Standortgemeinde der Expositurklasse zu hören.

(4a) Die Erhaltung gemäß § 41 von Expositurklassen obliegt der Standortgemeinde, in welcher sich die jeweiligen Expositurklassen befinden. Bei der Errichtung von Expositurklassen gemäß § 17b Abs. 1 Z 2 ist

1. eine schriftliche Vereinbarung zwischen dem gesetzlichen Schulerhalter, der Standortgemeinde der Expositurklassen und den beitragspflichtigen Gebietskörperschaften über die Aufteilung des Schulsachaufwandes und
2. eine schriftliche Vereinbarung über einen Kostenbeitrag zur Erhaltung des Schulstandortes zwischen der Standortgemeinde der Expositurklassen und dem Land zu treffen.

(5) Die Bildungsdirektion hat die Auflassung einer Sonderschule zu verfügen, wenn die Voraussetzungen des § 34 nicht mehr gegeben sind.

(6) Die Bildungsdirektion hat die Auflassung einer Polytechnischen Schule zu verfügen, wenn die Voraussetzungen des § 35 Abs. 1 nicht mehr gegeben sind.“

4. Die Novellierungsanordnung in Artikel 1 Z 56 lautet:

56. Dem § 58 werden folgende Abs. 13 und 14 angefügt:

„(13) Soweit dem Gesetz in der Fassung LGBl. Nr. xx/xxxx auf die Bildungsdirektion abgestellt wird, tritt bis zum Ablauf des 31. Dezember 2018 an die Stelle der Bildungsdirektion die Landesregierung; sie hat in ihrem Verfahren den Landesschulrat anzuhören.

(14) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten in Kraft:

1. § 47 Abs. 4a mit dem der Kundmachung folgenden Tag;
2. § 51 Abs. 4 mit 1. Jänner 2018;
3. § 2 Abs. 3, § 4a, § 7 Abs. 4, § 12 Abs. 2 und Abs. 2a, die §§ 13, 16 Abs. 2 und 2a, §§ 17, 17c Abs. 2 und 2a, §§ 17d, 19 Abs. 6, §§ 21, 24 Abs. 2 und 2a, §§ 25, 28 Abs. 2a, §§ 29, 34, 38 Abs. 8 lit. c und Abs. 9, §§ 38a, 40 Abs. 4 letzter Satz, § 41 Abs. 1 und 4, § 42 Abs. 4 lit. c und Abs. 8, § 47 Abs. 3 und 4, §§ 47a und 48 Abs. 2, sowie § 59 mit 1. September 2018; gleichzeitig treten §§ 5, 6, 48 Abs. 8 und 9, § 49, 50, 51 Abs. 6, § 52 und § 53 außer Kraft;

4. § 1 Abs. 1 und 3, § 2 Abs. 6 und 7, § 3 Abs. 3, § 7 Abs. 4 und 5, § 11 Abs. 5, § 15 Abs. 4, § 17b Abs. 4, § 19 Abs. 7, 23 Abs. 3, 27 Abs. 4, § 30 Abs. 3, § 31 Abs. 1, § 38 Abs. 6, 7, 11 bis 14, § 38b, § 39 Abs. 3, § 40 Abs. 1, 2, 4 erster, zweiter und dritter Satz und Abs. 5 erster und zweiter Satz, § 42 Abs. 11, § 47 Abs. 1, 2 sowie Abs. 5 und 6, § 48 Abs. 5 lit. b, Abs. 6 sowie Abs. 7, § 51 Abs. 2 und 3 und § 55 mit 1. Jänner 2019;
5. Die §§ 56 und 56a mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten."

Danke. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN – Abg. Mag.a Regina Petrik: Bravo! – Die Abgeordnete Doris Prohaska übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Nießl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Vielleicht nur ein paar ganz kurze Anmerkungen, nachdem Schulschluss ist, möchte ich auch darauf hinweisen, nämlich worauf es ankommt, wir haben im Burgenland bei der Zentralmatura die wenigsten Nichtgenügend gehabt.

Und ich glaube, das ist eine Leistung, natürlich der Schülerinnen und Schüler, und das ist auch eine besondere Leistung der Pädagoginnen und Pädagogen und das zeigt, dass wir im Burgenland ein sehr gutes Bildungssystem haben, nämlich, wenn man bei einer Zentralmatura die wenigsten Nichtgenügend hat und viele, die mit Auszeichnung maturiert haben.

Und ein Vertreter der ausgezeichneten Maturanten ist heute auch anwesend. Und ich möchte das auch zum Anlass nehmen um mich zu bedanken bei den Pädagoginnen und Pädagogen, die nicht nur im Maturajahrgang sondern in vielen Schulen, Pflichtschulen, Mittleren und Höheren Schulen, Gymnasien, sehr gut gearbeitet haben, und auch bei den Schülerinnen und Schülern und den Eltern.

Ich bin überzeugt, dass in einem großen Ausmaß die Schulgemeinschaft im Burgenland funktioniert und deswegen zu Beginn ein Danke an alle, die am Schulleben aktiv teilgenommen haben. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, LBL und den GRÜNEN)*

Und natürlich auch bei den Gemeinden, weil die viel Infrastruktur sehr vorbildlich zur Verfügung stellen. Das muss bei dieser Gelegenheit genauso betont werden.

Es hat die Frau Abgeordnete Prohaska sehr ausführlich auf die vielen Paragrafen hingewiesen die geändert werden oder die von Änderung betroffen sind. Wir werden das alles überprüfen, ob diese Paragrafen auch so zutreffen. Also insofern danke auch dafür. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Lange haben wir nicht mehr Zeit.)*

Aber, jetzt kommt das große Aber, alles was wir bis jetzt diskutiert haben ist keine Bildungsreform, sondern eine Verwaltungsreform. Da geht es darum, dass das Schulrecht vollzogen wird, das ist ein Verwaltungsbereich. Die Vollziehung des Dienst- und Personalvertretungsrechts ist eine Verwaltungssache. Die Vollziehung äußerer Schulorganisation ist Verwaltung.

Also insofern, Einführung von Bildungsregionen ist Verwaltungsbereich. Also ich behaupte, das ist keine Bildungsreform, das ist eine Verwaltungsreform. Ich bin auch dafür, dass die Verwaltung in diesem Sinne verändert wird. Das ist ganz klar.

Aber von einer großen Bildungsreform zu sprechen, das würde ich so nicht sagen, denn was brauchen wir tatsächlich im Bildungsbereich? Wir brauchen auch mehr Schulautonomie.

Wenn heute festgelegt wird, zentral, dass man 20 Stunden Sprachunterricht in Deutschklassen nehmen muss, dann würde ich sagen, das ist ein klassisches Beispiel der Schulautonomie nämlich dass die Direktoren und die Lehrer festlegen, wie lange ist tatsächlich dieser Sprachkurs in Deutschklassen notwendig.

Da können Kinder drinnen sein und Jugendliche drinnen sein, die das sehr gut können und vielleicht nur zehn Stunden in der Woche brauchen, andere brauchen 20 Stunden oder andere brauchen vielleicht nur fünf Stunden und das nicht ein halbes Jahr, sondern vielleicht nur drei Monate.

Und das kann am besten die Lehrerin oder der Lehrer festlegen und nicht zentral das Ministerium, der Minoritenplatz, sondern die Direktorin und der Direktor und die Lehrer. Und das wäre mehr an Schulautonomie und würde zur Individualisierung der Schülerinnen und Schüler auch entsprechend beitragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Was ich für ganz wichtig halte, ist natürlich auch die Kleinstschulen nach Möglichkeit zu erhalten und auch das wird mit den Clustern erreicht. Das ist wieder ein positiver Bereich, denn durch diese Schulclusterbildung besteht die Möglichkeit, dass zum Beispiel Lockenhaus und Bernstein einen Schulcluster bilden und beide Schulen erhalten bleiben.

Oder, dass auch im Bezirk Neusiedl Frauenkirchen und Andau ein Cluster ist, Illmitz und Pamhagen ein Cluster ist - das ist genau das Motto. Nicht die Schulen werden aufgelassen und die Schülerinnen und Schüler müssen weit fahren, sondern die Lehrer kommen zu den Schülern in die Kleinstschulen.

Und das ist ein großer Vorteil, dass wir die wohnortnahe Schule für unsere Schülerinnen und Schüler auch erhalten können und eben das ist wichtig für die Strukturen in den Gemeinden. Und wie gesagt, das Motto kann nur sein, die Qualität anzuheben.

Und wenn wir das nicht machen würden, könnten wir in einer Kleinstschule nicht alle Fächer mit qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern besetzen nämlich, dass sie in allen Gegenständen auch die notwendige Prüfung haben.

Wenn du weniger Lehrerinnen und Lehrer hast, dann geht es sich gar nicht aus, dass alle für alle Gegenstände geprüft sind und das geht nur mit Clustern. Das heißt, die Schule wird erhalten, die Qualität wird angehoben.

Also das ist ein ganz wichtiger und wesentlicher Beschluss, vor allem für das Burgenland, für die ländlichen Gebiete, um diese Kleinstschulen auch erhalten zu können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Nächster Punkt sind die sogenannten 15a-Vereinbarungen und die muss man da auch ansprechen, weil, jetzt sind Ferien, das neue Schuljahr beginnt und es laufen diese Verträge Bund/Länder (15a-Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern) aus. Und da geht es um viel.

Da geht es Erstens, um viel Geld, da geht es um die sprachliche Frühförderung in den Kindergärten. Wir reden immer davon, dass die Sprache immens wichtig ist für die Integration, für den Schulstart. Also brauchen wir die sprachliche Frühförderung, die jetzt ausläuft und ab September aber wieder in den Kindergärten durchgeführt werden soll.

Ich vermisse hier die Gespräche mit dem Bund, damit wir die 15a-Vereinbarungen weiterführen können, damit wir die Ressourcen im Kindergarten auch zur Verfügung stellen für die sprachliche Frühförderung.

Ich sage auch, und das werde ich auch in den nächsten Wochen und Monaten im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz mit den anderen Kollegen nach Möglichkeit auch parteiübergreifend diskutieren, nämlich die ganztägige Schulform.

Die ganztägigen Schulformen sollten mehr ausgebaut werden mit entsprechender finanzieller Unterstützung. Auch da gibt es Vereinbarungen mit dem Bund, die auslaufen oder die eben sehr lange erstreckt werden und weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Ich glaube, das ist notwendig, wenn ich sage, es gibt einen 12-Stunden-Arbeitstag, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf natürlich auch gegeben sein muss durch ganztägige Betreuungsformen, da braucht man die notwendigen finanziellen Mittel, damit das auch leichter ermöglicht wird.

Und es ist das letzte Kindergartenjahr gratis - da bekommt das Land und alle anderen Bundesländer relativ hohe finanzielle Mittel, und diese finanziellen Mittel laufen ebenfalls aus.

Also gibt es eine ganze Menge Herausforderungen im Bildungsbereich, die man aktuell lösen muss, von der sprachlichen Frühförderung, den ganztägigen Schulformen, das letzte Kindergartenjahr gratis - um nur einige Beispiele zu nennen. Und da müssen sowohl der Bund, Länder und Gemeinden eben die entsprechenden Voraussetzungen und Beiträge liefern.

Und wenn Verträge auslaufen, dann kann man sagen, wir machen das nicht mehr, oder wir verlängern sie oder wir verhandeln es neu. Aber das Schlechteste wäre, in den Bereichen nichts zu tun.

Und das wäre für mich dann schon eher eine Bildungsreform, wenn man von der Elementarpädagogik, die man aufwerten soll - nämlich unsere Kindergärten über die Grundschule bis hin zu den Mittleren und Höheren Schulen, ja ganztägige Schulformen hätte.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch die individuelle Förderung, die Individualisierung und Digitalisierung auch in der Schule, das sind die großen Herausforderungen für eine wirkliche Bildungsreform.

Denn, wenn wir ohne Digitalisierung auskommen wollen, dann werden unsere Kinder keine guten Startmöglichkeiten in den weiterführenden Schulen und auch nicht im Berufsleben haben. Und genau in diese Richtung müsste eine Bildungsreform gehen.

Und ich weiß schon, dass man da keine Mehrheit bekommt, trotzdem darf ich meine Meinung sagen. Ich bin auch überzeugt davon, dass man Modellregionen machen sollte, wo eben die gemeinsame Schule der 10- bis14-Jährigen wissenschaftlich begleitet und überprüft wird. *(Beifall bei der Abg. Mag.a Regina Petrik)*

Und ich kann Ihnen sagen, dass auch wir in den Neuen Mittelschulen teilweise eine Qualität haben, wie es sie in manchen Gymnasien nicht gibt.

Und das spricht auch für das burgenländische Schulwesen und da glaube ich, dass man durch Individualisierung kleine Gruppen und E-Learning sehr, sehr vieles machen kann und das wäre eigentlich der Weg in eine moderne Bildungsreform.

Wir sprechen heute von einer Verwaltungsreform – ich bekenne mich auch dazu - aber Bildung ist mehr als eine Verwaltungsreform, da gehören dann in weiterer Folge auch unsere Werte dazu. Also insofern denke ich, dass ein Teil heute beschlossen wird, aber da wartet noch sehr, sehr viel Arbeit.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, LBL und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke, Herr Landeshauptmann. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneter Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke. *(Landeshauptmann Hans Nießl verlässt den Landtagssaal.) S*chade, Herr Landeshauptmann. *(Abg. Ilse Benkö: Man redet nicht nach dem Landeshauptmann.- Abg. Mag. Thomas Steiner: Das will er sich nicht anhören. – Abg. Ilse Benkö: Man redet nicht nach dem Landeshauptmann.)* Ich fand das jetzt sehr wichtig, den Hinweis, worüber wir nämlich wirklich abstimmen heute.

Wir haben jetzt sehr viele Paragrafen gehört, man hat auch gemerkt, wieviel die Gesetzesänderung in einem kleinen Teil dann an Auswirkungen hat auf andere Gesetzestexte, die man auch alle mitändern muss. Aber was wir hier heute beschließen, ist ausschließlich das Anpassungsgesetz an das Bildungsreformgesetz 2017.

Zwischendurch wurden schon angesprochen vom Kollegen Wiesler, die jüngsten Neuerungen, auch kritisch angemerkt von der Kollegin Prohaska, wo wir ja inhaltlich sehr übereinstimmen. Zum Beispiel auch bezüglich der Sprachförderklassen - das ist noch ein ganz offener Punkt, über das stimmen wir heute nicht ab. Das ist nicht in diesem Anpassungsgesetz drinnen.

Ich hoffe sehr, dass wir hier im Burgenland kluge Lösungen finden. Eine diesbezügliche schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann blieb leider eher sehr vage und offen. Das hat mir auch den Hinweis gegeben, es wurde im Burgenland noch nicht viel darüber nachgedacht, wie man mit diesem Problem dann umgeht.

Ich hoffe der Herr Landeshauptmann nutzt wirklich seine Position in der Landeshauptleutekonferenz, hier sehr klare Vereinbarungen mit dem Bund noch zu treffen.

Die Frage der Sprachförderklassen ist eine, die viele burgenländische Schulen betrifft und hier müssen wir eine Lösung finden, weil es ist nicht gut, wenn Kinder aus ihren sozialen Zusammenhängen herausgenommen werden und man glaubt, sie würden eine Sprache dann gut lernen, wenn sie nur mit Leuten zusammen sind, die diese Sprache nicht sprechen oder sehr schlecht sprechen.

Aber wie gesagt, die Zustimmung zu diesen heutigen Anpassungsgesetzen hat mit der Frage der jüngsten Reform oder sogenannten Reformvorschlägen der Bundesregierung nichts zu tun, nur damit wir darüber auch Klarheit haben. *(Abg. Ilse Benkö: Schlechtes Copyright.)*

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich einmal bedanken bei der SPÖ und bei der FPÖ, dass wir die Möglichkeit oder ich die Möglichkeit bekommen habe, hier auch auf diesem Antrag drauf zu sein, auf diesem Abänderungsantrag, weil es ja nicht eine Selbstverständlichkeit ist.

Wir haben seit Jahren eigentlich in dieser Richtung auch gearbeitet und ich hoffe, alle hier im Hohen Haus denken so. Und ich glaube, dass es ein einstimmiger Beschluss wird sein.

Ich möchte mich aber auch dem Herrn Landeshauptmann anschließen, dass es eine Verwaltungsreform gleichzeitig ist und die Bildungsreform ja noch weit, weit entfernt ist, die richtige, die wir uns vorstellen können.

Und wenn wir heute über eine Clusterbildung sprechen, dann bin ich auch einer der betroffenen Bürgermeister, die auch das so sehen, die auch das so hinterfragt haben in letzter Zeit und auch mitgearbeitet haben, um vielleicht dort oder da die Möglichkeit zu schaffen, hier eine Clusterbildung zu machen.

Ich bin ein Betroffener mit der Gemeinde Deutschkreutz, wo es mit 90 angefangen hat - 90 Kinder in einer Schule, sperren wir zu! Dann sind wir auf 80 heruntergegangen - dann sperren wir bei 80 Kindern zu. Und so ist die Diskussion immer wieder entstanden, lustigerweise.

Und eine Gemeinde, die hinter ihrer Schule steht, hinter der Wirtschaftlichkeit und der Bildung, soll sich und muss sich dafür einsetzen, dass da etwas geändert wird. Das haben wir gemacht.

Wir haben gemeinsam mit Horitschon eine Expositur gegründet, die funktioniert, die hervorragend funktioniert wo ich mich auch bedanken muss und soll und will, weil es nicht selbstverständlich ist, dass man solche Bindungen eigentlich zusammenführt.

Ich darf den Lehrerinnen und Lehrern oder Pädagoginnen und Pädagogen auch einen großen Dank aussprechen, denn die Zeiten haben sich massiv geändert gegenüber unserer Zeit, wo wir noch in die Pflichtschule gegangen sind. Die haben es nicht so einfach mit den ausländischen Kindern und der Sprache, heute ist das schon andiskutiert worden.

Ich finde das ist eine riesengroße Aufgabe dieser Abänderungsantrag, für uns seitens der LBL ein sehr wichtiger. Weil ich denke, wenn man eine Clusterbildung machen kann und es wirklich zustande bringt, die Wegzeiten und die Wege und dergleichen mehr und vielleicht eine dementsprechende gute Person als Leiterin oder Leiter hat, an solch einer Schule, auch dem das zu übertragen. Diese Clusterbildung ist nur zu begrüßen.

Daher noch einmal herzlichen Dank, dass wir die Möglichkeit haben, hier auf diesem Antrag drauf zu sein.

Ich wünsche mir in der Zukunft auch, dass wir solche Dinge diskutieren und umsetzen können und das ist das Entscheidende. Wir sind gewählt, dass wir umsetzen und viele Vorschläge auch einbringen und diskutieren und ich glaube, das ist ein wichtiger Fakt.

Aber, liebe Frau Kollegin Prohaska, Du hast dich bemüht, das alles vorzulesen - ich glaube, auch hier sollten *(Abg. Doris Prohaska: Das stimmt.)* wir uns Gedanken machen, dass wir das nicht müssen.

Auch hier sollten wir uns wirklich Gedanken machen in der Zukunft vielleicht das abzuändern und sagen, ja es liegt vor oder ich übergebe das - bei anderen Anträgen ist das ja auch möglich.

In diesem Sinne denke ich, dass es ein einstimmiger Beschluss wird und bedanke mich, dass wir hier mit dabei sein dürfen. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, es liegt ein von der Frau Landtagsabgeordneten Doris Prohaska eingebrachter Abänderungsantrag vor, diesen werde ich bei der Abstimmung gleich miteinbeziehen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit dem beantragten Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrinnen und – lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezügegesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische. Landesbeamten- Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018), ist somit in zweiter Lesung mit den beantragten Abänderungen einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir nun zu dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf so wie soeben in zweiter Lesung beschlossen, auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrerinnen und –lehrer Diensthoheitsgesetz 1995, das Burgenländische Landeslehrer-Dienstrechtsausführungsgesetz, das Burgenländische Bezügegesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 und das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 geändert und das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz sowie die Verordnung, mit welcher die Entschädigung der Mitglieder des Kollegiums des Landeschulrates aufgehoben werden (Burgenländisches Bildungsreformgesetz 2018), ist somit auch in dritter Lesung mit den beantragten Abänderungen einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1272, mit dem das Bgld. Camping- und Mobilheimplatzgesetz geändert wird (Zahl 21 – 897) (Beilage 1358)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung, dies ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1272, mit dem das Bgld. Camping- und Mobilheimplatzgesetz geändert wird, Zahl 21 - 897, Beilage 1358.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

Bitte Frau Präsidentin um Ihren Bericht.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Camping- und Mobilheimgesetz geändert wird in seiner 29. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Anschließend meldete sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Klubobmann Sagartz, BA zu Wort. Die dabei gestellten Fragen wurden von Landesrat MMag. Alexander Petschnig beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Camping- und Mobilheimplatzgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Berichterstatterin.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Haidinger als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, Kolleginnen und Kollegen! Wir machen jetzt den Switch zwischen der Schule hin in den Urlaub, in die Ferien, mehr oder weniger passt das auch mit dem Zeitraum ganz gut. Es steht zur Debatte das Camping- und Mobilheimgesetz, das geändert werden soll.

Ich glaube auch hier bemerken zu dürfen, dass es an der Zeit ist nach 36 Jahren, nämlich nachdem dieses Gesetz 1982 entstanden ist, hier auch wieder einmal regelnd eingreifen zu müssen.

Wir haben es selber alle im Fokus, wenn wir irgendwo bei Campingplätzen oder sonstwo vorbeikommen. Es hat sich sukzessive natürlich ein bisschen ein eigenes Regelwerk so aus der Nutzung, aus dem Betrieb, und so weiter und so fort ergeben, und das sind auch die wesentlichen Punkte, warum man hier jetzt nachjustieren soll.

Um jetzt ein bisschen ins Detail einzugehen, und als Erstredner erlaube ich mir das, dass wir vielleicht danach in den beiden oder weiteren Wortmeldungen dann beim Thema bleiben können, haben wir folgende Ansätze, nämlich den Begriff Mobilheim neu zu definieren. Was steckt denn da dahinter?

Dahinter steckt in Wirklichkeit die Verhinderung mehr oder weniger Fertigteilhäuser dort hinzustellen. Umgekehrt aber zuzulassen, dass man sogenannte Wohncontainer, die ja nicht fix verbunden sind, automatisch auch wieder hinstellen und wegnehmen kann. Also hier diese Differenzierung, hier diese Klarstellung, glaube ich schon, dass das auch entsprechend drinnen ist.

Und weil es ja auch schon Diskussionen zu dem Thema gegeben hat, nämlich hinsichtlich der Ängste der Mobilheimeigner beziehungsweise Pächter auf Campingplätzen. Wir sind ja nicht so als Gesetzgeber, dass wir das rückwirkend bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag machen, so wie es vielleicht gemacht wurde, was den Vorrückungsstichtag oder sonst etwas betroffen hat, wo in Wirklichkeit die letzten 80 bis 100 Jahre aus der Rechtsgeschichte Österreichs entfernt wurden.

Sondern wir gehen hier pro futuro vor, das heißt also, nur für den Bereich wo eben etwas neu gemacht wird, wo in Wirklichkeit neu oder etwas abgeändert wird, dann muss die neue Gesetzeslage angewendet werden. So heißt es auch explizit in den Erläuterungen, die §§ 23 Absatz 2 sowie 24 finden ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes nach den bisher geltenden Rechtsvorschriften auf aufgestellte Mobilheime keine Anwendung.

Also damit ist auch die Rechtssicherheit derer, die jetzt schon etwas Fix und Fertiges stehen haben auf der Grundlage der letzten Gesetze oder der Rechtsordnung, dass da nicht eingegriffen wird. Auch das ist natürlich etwas, was der jeweilig Betreffende von einem Gesetzgeber verlangen kann, dass man hier nicht wirklich einschneidend vorgeht.

Aber was uns wirklich wichtig ist, dass nicht etwas, was mir vom Sinn her ja temporär sein sollte und der Erholung dienen sollte, auf einmal zu einer eigentlichen zweiten Wohnstätte wird. Das verhindert man auch mit dem Ansatz, dass es hier zu keinem Fertigteilhausbau kommen kann.

Darüber hinaus muss es aber auch geregelt werden oder besser geregelt werden als es jetzt ist, nämlich hinsichtlich dieser Verpachtung, Vermietung wie auch immer, wie es halt dazu kommt im Verkehr zwischen den Mobilheimplatzbetreibern auf der einen Seite und den Pächtern oder Mietern oder Mobilheimaufstellern auf der anderen Seite.

Und hier, glaube ich, haben wir schon auch einen guten Ansatz dahingehend gewählt, dass man das jetzt auf der einen Seite genau zu beschreiben hat, was die Aufgabe des Mobilheimplatzbetreibers ist und was er zu tun hat.

Und auch ihn dementsprechend dazu anhalten, dass er das vertraglich macht und gleichzeitig aber auch ihn per Gesetz ermöglicht, dass er fristlos Kündigungen geben kann, wenn hier Verträge nicht eingehalten werden, was ja sonst auch ein bisschen schwierig sein könnte. Also alles zusammengefasst, glaube ich, dass es vielleicht einen Ansatz gegeben hätte seitens des Österreichischen Haus-und Grundbesitzerbundes des Burgenlandes, der gemeint hat, so weit darf der Gesetzgeber nicht in das Zivilrecht eingreifen.

Hier haben wir aber auch die klare Feststellung, dass im Artikel 15, Absatz 9 des Bundesverfassungsgesetzes genau für solche Maßnahmen es schon möglich ist und sein darf, dass der Gesetzgeber in das Zivilrecht eingreifen darf, weil es ja sonst im Prinzip überhaupt nicht mehr möglich ist zu gestalten.

Schlussendlich darf ich zusammenfassend sagen, werden wir natürlich sehr gerne diesem Gesetz zustimmen, nach dem Grundsatz: Gute Regeln, wenig Zores. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächster hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landesrat! Die vorliegende Novelle zum Camping- und Mobilheimgesetz ist ja an sich keine große Sache.

Wenn man sich diese Novelle anschaut, und eigentlich könnte man meinen, dass man diesem Gesetz als Abgeordneter dieses Hauses auch zustimmen könnte, wenn es nicht so wäre, wie es schon bei anderen Gesetzesvorlagen war, dass hier eben der Landtag nicht eingebunden wurde. Und das eigentlich jetzt eine Novelle vorliegt, die nicht zu einer Weiterentwicklung führt, sondern zu mehr Bürokratie, zu nicht nachvollziehbaren Hürden für die Unternehmer, zu Bestimmungen, die in Wahrheit Friktionen provozieren und zu Unklarheiten.

Herr Landesrat, Sie sind mir persönlich ja sehr sympathisch, aber Sie haben es wieder einmal geschafft, wirklich ein praxisfernes, unternehmerfeindliches und unpraktikables Gesetz vorzulegen. Ich verstehe es eigentlich nicht, warum Sie das tun.

Meine Damen und Herren! Sie, die Sie heute dieses Gesetz oder diese Novelle abnicken, werden Sie, begeben sich natürlich in die gleiche Verantwortung. In die gleiche Verantwortung wie das vor kurzem erst der Fall war, als das Veranstaltungsgesetz beschlossen wurde. Auch eine Novelle, die der Herr Landesrat vorgelegt hat.

Wo Sie ebenfalls die Verantwortung tragen, dass eine so kuriose Novelle beschlossen worden ist. Sie können sich sicherlich noch erinnern, dass wir von der ÖVP gesagt haben, das kann man doch nicht ernsthaft beschließen wollen. Das führt doch zu unglaublicher Bürokratie und das führt zu einem völlig verrückten Verwaltungsaufwand.

Abgesehen davon, dass man noch die Veranstalter mit einer Strafe bis zu 3.600 Euro bedroht. Sie haben eine Plakette beschlossen, deren Sinn überhaupt niemand erfassen kann. Sie, Herr Landesrat, haben den Sinn auch nicht erklären können, bis heute können Sie ihn nicht erklären.

Und jetzt, nachdem das Gesetz in Kraft ist, sieht man wie kurios diese Bestimmung ist. Keine Bezirkshauptmannschaft, keine Gemeinde konnte mit dieser wirklich unnötigen Bestimmung irgendetwas anfangen. Das hat dazu geführt, dass, obwohl das Gesetz schon in Kraft war, es nicht vollzogen wurde, weil niemand gewusst hat wie das gehen soll.

Da hat es Besprechungen auf Beamtenebene gegeben, wo dann diskutiert worden ist, was hat diese Plakette eigentlich für einen Sinn und was soll das eigentlich bringen? Unter anderem hat es gebracht, dass bei der Veranstaltung Nova Rock in Nickelsdorf 60 solche Plaketten für eine Veranstaltung ausgestellt werden mussten. Sie können sich vorstellen, dass die Beamten ziemlich geschnauft haben und gesagt haben, das ist ein Wahnsinn eigentlich.

Meine Damen und Herren, ich möchte das wirklich sagen, weil das vielleicht nicht allen bewusst ist, was das nämlich ab jetzt für alle Veranstaltungen bedeutet, die künftig auf uns zu kommen. Das bedeutet nämlich nicht nur, dass man das „schirche“ Pickerl irgendwo bei der Veranstaltungsstätte aufhängt, sondern das bedeutet, dass man diese Pickerl bei jeder einzelnen betriebstechnischen Anlage aufzuhängen hat.

Das heißt, bei jedem Essensstand, bei jedem Fritter, bei jedem Kühlschrank, bei jeder Schaukel, bei jedem Autodrom, bei jeder Bühne, bei jeder Musikanlage. Das wird ein Bild geben, da werden sich die Leute ganz einfach wundern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben sogar noch eines gemacht, was ja noch, glaube ich, gar keiner so richtig erkannt hat, dass sie sogar mit diesem

Pickerl eine bislang nicht genehmigungspflichtige Veranstaltung indirekt genehmigungspflichtig gemacht haben. Weil Sie haben sogar für eine nicht genehmigungspflichtige Veranstaltung das Pickerl vorgeschrieben, wo überhaupt der Sinn völlig entleert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem heutigen Gesetz schließen Sie eigentlich nahtlos an diese Vorgangsweise an. In der Fragestunde hat der Landeshauptmann heute gesagt, im Zusammenhang mit dem Handwerkerbonus oder mit der Winterbauoffensive, wie wichtig es ist, dass man mit den Sozialpartnern spricht. Wie wichtig es ist, dass man mit ihnen diskutiert und dass man auch die Vorschläge von denen in irgendeiner Weise zumindest ernst nimmt.

Wir, oder der Herr Klubobmann Sagartz, hat Sie in der Ausschusssitzung gefragt, welche Eingaben im Rahmen des Gesetzwerdungsverfahrens gekommen sind. Sie haben das nicht einmal gewusst. Sie haben gesagt, dass weiß ich nicht. Ich werde Ihnen das schriftlich nachbringen. Das finde ich einigermaßen bedenklich, dass Sie sich offensichtlich selber damit überhaupt nicht auseinandergesetzt haben und dass Ihnen das offensichtlich ziemlich gleich ist.

Meine Damen und Herren, Herr Landesrat! Dass wir dieser Novelle nicht zustimmen wollen und können, so wie wir das beim Veranstaltungsgesetz zu Recht auch nicht gemacht haben ist, glaube ich, relativ klar. Dass Sie, Herr Landesrat, mit diesem Gesetz und alle die das heute beschließen wieder einen Beitrag leisten zu mehr Bürokratie, zu mehr Verwaltungsaufwand, zu Unsicherheit und Unternehmerfeindlichkeit, ist auch relativ klar.

Ich habe mir vorher überlegt, dass sage ich Ihnen zum Schluss, ich sage das was ich mir überlegt habe nicht, weil ich möchte vom Herrn Präsidenten keinen Ordnungsruf riskieren. Aber eines muss ich schon sagen, Sie haben sich wirklich zum Oberbürokraten dieser Regierung gemausert. Das ist ein zweifelhaftes Prädikat, das sage ich Ihnen schon.

Mir tut es deshalb besonders leid, weil Sie es ja selber am besten wissen müssten, dass gerade die Campingplätze im Burgenland mittlerweile eine sehr hohe Bedeutung haben. Wenn im vorigen Jahr nicht zu große Steigerungen bei den Nächtigungen im Campingbereich gewesen wären, dann hätten wir kein leichtes Plus, sondern ein leichtes Minus gehabt.

Daher glaube ich ist es schon wichtig, dass man dort möglichst die Hürden nimmt und dass man nicht solche Dinge, die gar keine politische Frage sind, sondern eigentlich nur technische Fragen, wo die Wirtschaftskammer gebeten hat, dass man praxisnahe, zum Beispiel die Abgrenzungen zwischen den Mobilheimen verändert, weil das einfach in der Praxis nicht möglich ist, diesen einen Meter einzuhalten.

Oder dass man hergeht und sagt, machen wir doch die Überprüfung nicht alle sechs Jahre, sondern alle zehn Jahre, weil die Pachtverträge üblicherweise auf diese Zeit laufen. Und wenn wir schon den § 82b Gewerbeordnung als Vorbild hernehmen, dann lassen wir doch die Betreiber dort selber die Überprüfung machen, so wie es bei der Betriebsanlage auch möglich ist.

Nein machen wir nicht, sondern wir bürden diesem Unternehmen wieder auf, dass sie einen Externen beauftragen, der dann wieder ein Geld verlangt und damit natürlich wieder, dass das Wirtschaften schwieriger wird.

Deswegen würde ich Sie wirklich ersuchen, Herr Landesrat, ich weiß, dass das heute nicht möglich ist, aber ich möchte noch einmal den Landeshauptmann zitieren, der

gesagt hat: „Ich weiß, dass ich jetzt keine Mehrheit bekomme, aber trotzdem kann ich meine Meinung sagen“. Das nehme ich auch für mich und für uns in Anspruch.

Überlegen Sie sich das irgendwann einmal wieder, ob Sie nicht doch, übrigens auch beim Veranstaltungsgesetz, aber auch hier bei diesem Camping- und Mobilheimgesetz, eine wirklich durchdachte Novelle noch einmal vorlegen. Ich glaube, das sind wir den Unternehmerinnen und Unternehmern, und das sind wir dem Burgenland schuldig.

In dem Sinn werden wir dieser Novelle sicher nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Rednerin ist die Frau Landtagsabgeordnete, Klubobfrau Ingrid Salamon.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke schön Herr Präsident. Werte Kollegen, wir haben jetzt schon sehr viel über das Camping- und Mobilheimgesetz gehört. Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haidinger natürlich anschließen, weil man schon sagen muss, wenn man sieht, wie alt dieses Gesetz ist, dass sich natürlich die Herausforderungen für die heutige Zeit wesentlich verändert haben.

Das ist in der Wohnbauförderung so gewesen, das ist in der Gewerbeordnung so gewesen, dass ist in sehr vielen anderen gesetzlichen Vorgaben, die unsere Gemeinden betreffen als Land und als Bund, dass es eben in so einer Zeit von 36 Jahren wesentliche Änderungen gibt. Es ist aber heute auch schon von meinem Vorredner, vom Abgeordneten Steiner, gesprochen worden, dass gerade diese Gruppe von Personen, die campen oder in einem Mobilheim im Burgenland ihren Urlaub verbringen, eine sehr eine wichtige Rolle spielen für den Tourismus.

Lassen Sie mich hier jetzt kurz die Tourismuszahlen nennen. Im Mai 2018 ergibt es ein Plus von 12,2 Prozent. Im Kalenderjahr von Jänner bis Mai gibt es im Prinzip eine Steigerung von 6,9 Prozent. Wenn ich jetzt weiter berichten darf und kann, dann muss man sagen, dass von Jänner bis Mai über eine Million Nächtigungen in unserem Land waren.

Ich glaube, darauf können wir stolz sein, und dass man Urlauber hier in unser schönes Land bekommt, dazu sind sehr viele Personen notwendig, sehr viele Unternehmer notwendig, aber auch sehr viele Gesetze notwendig, weil es auf der einen Seite natürlich um die Landschaft, um das Service geht, aber auf der anderen Seite natürlich auch um Sicherheit.

Auf der anderen Seite auch um Standards, egal ob es jetzt mit Feuerschutz zu tun hat, mit Hygiene zu tun hat. Es sind schon einige Punkte von dieser Gesetzesänderung natürlich genannt worden. Und ich darf hier noch einige ausführen.

Es war in diesem alten Gesetz eigentlich nur möglich, dass man nur vier Monate hier bei uns in dem schönen Land bleiben konnte. Das ist gefallen. Es gibt auch die Möglichkeit für die Betreiber, dass die Betreiber selbst natürlich festlegen können, wie die Rahmenbedingungen und wie die Gestaltung ihrer Mobilheime sind.

Ich glaube, das sind alles wichtige Veränderungen, denen muss man auch Rechnung tragen. Es ist auch die Möglichkeit, dass es Wohncontainer gibt. Es ist dafür gesorgt, wie schon erwähnt worden ist, dass es nicht ein Dauerplatz sein soll, eben nur für die Urlaubszeit. Ich glaube, das ist ja alles in unserem Sinne.

Wenn ich vorher den Ausführungen vom Kollegen Steiner gelauscht habe, warum er dieses Gesetz nicht mittragen kann, dann ist natürlich wieder sehr stark zum Ausdruck gekommen, dieses, wie haben Sie das genannt, unternehmerfeindlich. Ja, ich muss jetzt schon sagen, wenn Sie sich heute hierherstellen und von Unternehmerfeindlichkeit sprechen, dann ist uns das schon allen bewusst, dass das die oberste Priorität der ÖVP oder der türkisen Partei, wie immer, ist.

Aber wenn man heute gleichzeitig im Nationalrat diskutiert und beschließt ein Gesetz, ein Arbeitszeitgesetz von 12 Stunden, 60 Wochenstunden, ja, meine lieben Kollegen der ÖVP oder der türkisen Partei, wie immer, hoffentlich werden wir auch in den nächsten Jahren beim Mobilheim und beim Campen so viele Touristen haben, dass sie sich hoffentlich Freizeit nehmen können und ihren Urlaub genießen können.

Wenn Sie heute hier sprechen von Sozialpartnerschaft, dann frage ich Sie ja wirklich, warum durch einen Abänderungsantrag jetzt noch die Zeit verändert wurde, dass es nicht mit 2019, sondern mit 01. September des heurigen Jahres passiert. Ist es vielleicht ein Grund, dass Sie sehr schnell das Ganze über die Bühne haben wollen, damit nicht noch mehr eigene Leute hier Kritik machen können. Leute, die Ihrer Partei nahestehen. Leute, die Persönlichkeiten sind, weil auch die sich fragen, warum so etwas in der heutigen Zeit passieren kann.

Wenn der Herr Kollege Sagartz gesprochen hat, Sie sind der Schrittmacher. Ja, liebe Kollegen, aber Sie sind der Schrittmacher in die verkehrte Richtung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn niemand von Ihnen wirklich jetzt diese Angst gehabt hätte, dass noch mehr Wirbel gemacht wird, weil man Wahrheiten zutage legt… *(Abg. Manfred Kölly: Wir sind beim Camping oder?)* Ja, wir sind beim Camping, aber es liegt mir genauso *(Abg. Manfred Kölly: Da kommen wir heute eh noch dazu!)* wie der Herr Landeshauptmann und mein Vorredner gesprochen haben, dass ich eine Meinung dazu sagen kann.

Und lieber Kollege, Sie können das natürlich auch tun. Ich werde Sie nicht unterbrechen. Ja. Gut. Dann bin ich ja froh, wenn Sie jetzt zufriedengestellt sind.

Dann muss ich ganz einfach sagen, dann ist das schon wirklich eine Verhöhnung, weil man muss ja sagen, dass der wirtschaftliche Bereich und die Wirtschaft in unserem Land ja sehr gut funktionieren. Das ist ja nicht nur abhängig aus der Änderung oder der Veränderung einer Bundespolitik oder eines Bundeskanzlers.

Das ist natürlich schon abhängig von Personen, die tagtäglich zur Arbeit gehen, die tagtäglich ihre Arbeit bringen, froh sind, dass sie Arbeit haben, aber diese Veränderung, die heute im Nationalrat passiert, ist nicht notwendig, ist zum Nachteil unserer Bevölkerung. Hier auf der einen Seite sich herzustellen und zu sagen, mit Sozialpartnern soll man sprechen, mit Unternehmen soll man sprechen, natürlich, und lieber Herr Kollege, es ist ja auch passiert.

Weil meines Wissens Betreiber mit am Tisch gesessen sind, die Wirtschaftskammer ist mit am Tisch gesessen. Nur wenn ein Teil oder eine Eingabe, die die Wirtschaftskammer jetzt in den Raum gestellt hat, hier nicht umgesetzt wird, zu sagen, das andere ist alles nicht wichtig.

Ich glaube, dass die Wichtigkeit die Sicherheit ist, die wir gegeben haben, die Wichtigkeit ist, dass diejenigen, die Betreiber der Campingplätze sind, diese hier mitgestalten können. Dass natürlich gewisse Überprüfungen sein müssen, das wissen wir alle, die dienen der Sicherheit.

In diesem Sinne, glaube ich, dass wir, und bin davon überzeugt, dieses Gesetz beschließen, dass das jetzt notwendig ist. Es gibt natürlich Vorgaben und es gibt natürlich Überprüfungen, aber das haben wir in vielen Bereichen so und manchmal ist es auch sehr gut für die Sicherheit der Personen.

Wir werden dem Gesetz natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja es wird nicht so lange dauern, Herr Landesrat. Ich möchte nur eine kurze Replik machen auf das, was Sie gesagt haben, Frau Klubobfrau.

Der Kollege Haidinger hat das in seiner Rede auch gesagt, weil Sie immer argumentieren, es ist unbedingt notwendig ein Gesetz zu ändern, weil es schon so "alt" ist. Ich meine, ich kann Ihnen nur sagen, es gibt irrsinnig viele Gesetze in unserem österreichischen Rechtsbestand, die schon sehr sehr alt sind und in ihrer Grundstruktur noch immer gelten.

Zum Beispiel das ABGB, seit 1811 oder beziehungsweise seit 1812. Die Grundzüge des ABGB gelten bis heute. Man sieht, das Alter hat nichts mit der Qualität zu tun. Das gilt in vielen Bereichen. Natürlich auch im gesetzlichen Bereich. Daher ist das Argument alleine, dass es ein älteres Gesetz ist und deswegen schon per se schlecht wäre, aus meiner Sicht nicht richtig. Das möchte ich zum Ersten sagen.

Zum Zweiten möchte ich sagen, Sie haben mich da vielleicht falsch verstanden und ich verstehe Ihre Aggressivität auch nicht. *(Abg. Ingrid Salamon: Ich bin gar nicht aggressiv! War ich aggressiv?)* Weil ich habe nämlich kritisiert, dass man bestimmte technische Fragen ganz einfach ignoriert. Und da geht es um so ganz profane Dinge, dass zum Beispiel Abgrenzungen zu Mobilheimen maximal ein Meter hoch sein dürfen.

Es ist jetzt so, dass man üblicherweise Zaunelemente kaufen kann, die gerade einen Meter hoch sind. Dann brauche ich aber unten noch 20 Zentimeter Grundfeste, und das darf ich nicht machen. Das heißt, ich muss eine teure Sonderanfertigung machen, und das verstehe ich halt einfach nicht, dass man da nicht auf solche Kleinigkeiten, die aber dann eine doch spürbare Auswirkung auf die einzelnen Betreiber und auch auf die Camper haben, dass man dem nicht nachgeht. Das ist mir nicht nachvollziehbar.

Genauso übrigens die Frage der Überprüfungen. Jetzt kann man sagen okay, man soll alle sechs Jahre überprüfen, alle fünf Jahre, alle zehn Jahre, da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Ich glaube, dass es gerade in diesem Bereich ausreichen würde, dass es zehn Jahre sind, aber da kann man durchaus diskutieren darüber.

Aber warum man nicht, wenn man schon den § 82b Gewerbeordnung als Vorbild für diese Regelung hernimmt, warum man dann nicht auch inhaltlich die Möglichkeit schafft, dass der Mobilheimbetreiber selber diese Überprüfung vornimmt und dann der Behörde auf Nachfrage eben auch nachzuweisen hat, dass alles in Ordnung ist, das verstehe ich eben auch nicht, weil es ganz einfach zu zusätzlichen und aus meiner Sicht unnötigen Kosten führt.

Frau Kollegin Salamon, ich meine, Sie haben jetzt beim Thema sozusagen eine Schleppkurve gemacht und sind zur Frage der Arbeitszeitflexibilisierung gekommen. Es werden viele Menschen die Möglichkeit haben Urlaub zu genießen. Sie werden sogar

wahrscheinlich mehr Freizeit im Block haben und ehrlich gesagt, diese Diskussion, die Sie da vom Zaun brechen wollten, war eh ein bisschen schaumgebremst, ist sehr eigenartig.

Denn Sie wissen ganz genau, dass die Sozialpartner die Chance gehabt haben ein Modell zur Arbeitszeitflexibilisierung vorzulegen, das ist nicht gelungen. Aber nicht wegen der Wirtschaftskammer, sondern wegen anderer Sozialpartner.

Weil damals hat man die Angleichung Arbeiter/Angestellte nur durchgeführt auf Sozialpartnerebene, aber dann hat man plötzlich von der Arbeitszeitflexibilisierung nichts mehr wissen wollen. Und da geht es nicht darum, dass man Arbeitnehmer belastet, sondern da geht es darum, dass man ordentliche moderne Arbeitszeitmodelle schafft.

Sie sagen, ja das ist schlecht, wenn man das gesetzlich regelt, aber wenn es in einer Betriebsvereinbarung ist, dann ist das super. *(Abg. Ingrid Salamon: Das hab ich nicht gesagt!)* Also, es macht krank, wenn es im Gesetz steht, aber wenn es in der Betriebsvereinbarung ist, dann ist das gesundheitsfördernd. *(Beifall bei der ÖVP)*

Also das müssen Sie mir einmal erklären. *(Abg. Ingrid Salamon: Das habe ich nicht gesagt!)* Reden Sie einmal mit den Leuten, die wirklich betroffen sind, die auch glücklich darüber sind, dass sie aus der Illegalität herauskommen und dass sie endlich das machen können was sie wollen.

Geben Sie den Menschen mehr Freiheit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ebenfalls neuerlich zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir jetzt weh, aber ich kann das nicht so stehen lassen, überhaupt von einem Juristen, wenn ich so gescholten werde in Richtung so "alt". „Nur weil das Gesetz so alt ist, deswegen macht man es neu“, das habe ich nicht gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Frau Kollegin Salamon hat das gesagt!)*

Ich habe das nicht gesagt. *(Abg. Ingrid Salamon: Wohnbaumäßig hat sich einiges verändert!)* Das möchte ich jetzt hiermit feststellen. Ich glaube sogar auch richtig vernommen zuhaben, wir haben das beide in einem Benchmark zum Alter in Verbindung zu den Zuständen gesagt, die wir jetzt haben. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)*

Ich glaube aus dem gemessen, sind wir eigentlich sogar dafür verantwortlich, dass wir das im Zuge von Evaluierungen auch dann novellieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ordentlich!)* Weil beim ABGB mag vielleicht irgendein ganz so Gescheiter das so gut gemacht haben, dass es nicht notwendig ist, oder man traut sich nicht so richtig das zu novellieren beziehungsweise in den verschiedenen Bereichen einzubringen.

Aber das tut mir jetzt schon weh, weil wenn der Herr Abgeordnete Steiner, oder Du lieber Thomas, als Jurist zugehört hättest, dann hättest Du das schon auch gehört. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich nehme es zur Kenntnis – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes erteile ich das Wort von der Regierungsbank dem Herrn Landesrat Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat sich ja nach einer, glaube ich, recht turbulenten Beginn dieser Debatte mittlerweile eh einiges aufgeklärt. Ich glaube in weiten Bereichen

können wir da eh einer Meinung sein, sprich, dass es zwar ein altes Gesetz ist, dass aber nicht nur wegen des Alters eine Novelle geboten war, sondern deswegen, weil sich ganz einfach die Gegebenheiten verändert haben.

Wenn man einen Campingplatz oder einen Mobilheimplatz des Jahres 1982 anschaut oder einen des Jahres 2018, da wird man sehen, dass hier eine gewisse Adaptierung im Regelungsinhalt einfach notwendig ist und das ist hiermit erfolgt oder soll hiermit erfolgen.

Ich kann Ihnen auch zustimmen, dass es eigentlich eine geringfügige Änderung ist, also ich glaube, da wird ja nicht sozusagen grundsätzlich alles Mögliche geändert. Ich habe mir dann einige Zeit lang überlegt, vor Ihrer letzten Wortmeldung, wo dann einiges klargeworden ist, auf was Sie eigentlich hinauswollen, mit dieser Kritik. Dann ist mir klargeworden, dass es um die Stellungnahme der Wirtschaftskammer gegangen ist.

In dem Sinne ist es natürlich ein bisschen zu relativieren. Wenn Sie von unternehmerfeindlich sprechen, also das ist nicht unternehmerfeindlich, sondern vielleicht kammerfeindlich. Das mag so sein, dass man das dort so interpretiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Kammer ist ja die Vertretung der Unternehmer!)*

Es heißt auch nicht, die Sozialpartner sind nicht eingebunden worden. Das ist falsch. Selbstverständlich sind die Sozialpartner eingebunden worden. Ich habe da zum Beispiel eine Stellungnahme der Wirtschaftskammer, weil wir ja relativ lange daran gearbeitet haben, vom 07. April 2017, also das ist über ein Jahr her, bereits damals wurde sie eingebunden.

Von den neun Punkten da drinnen, sind übrigens fünf sofort auch übernommen worden. Also das ist natürlich berücksichtigt worden, aber halt nicht alles, weil bestimmte Sachen entweder unseren Vorstellungen nicht entsprechen oder rechtlich auch nicht möglich sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann erklären Sie mir das Problem mit dem Zaun!)*

Okay. Auf dieses konkrete Beispiel gehe ich gerne ein. Da geht es, vielleicht um alle hier mit ins Boot zu nehmen, da geht es darum, dass im Gesetz festgehalten werden soll, dass die Abgrenzungen zwischen Mobilheimen maximal ein Meter hoch sein dürfen. Da geht es um Sichtschutz, da geht es um Schattenwurf und ähnliches mehr.

Da wurde angeregt, dass man das erhöht, und zwar deswegen, weil man eben einen Zaun dazwischen bauen könnte. Der braucht aber eine Unterkonstruktion, einen Sockel, der dann mindestens 1,20 Meter hoch ist, um eine Sonderanfertigung zu vermeiden. Allerdings ist da das Problem, wurde mir von der Abteilung gesagt, dass so ein Sockel eine fixe Verbundenheit mit der Erde darstellt, das heißt, wir befinden uns im Baurecht.

Eine Aktion vom Baurecht ist mit einer BF-Widmung eines Camping- und Mobilheimplatzes nicht möglich. Daher wäre das rechtlich nicht möglich. Ich möchte nicht wissen, was Sie gesagt hätten, wenn wir das ins Gesetz hineingeschrieben hätten.

Also das widerspricht sich irgendwie selber. Es sei denn, man ändert noch drei andere Gesetzesmaterien gleichzeitig. Ist die Meinung der zuständigen Fachabteilung. Es steht Ihnen frei, das anders zu sehen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es lebe die Meinungsfreiheit!)* Ich vertraue der Fachabteilung und habe daher jetzt das auch nicht aufgenommen.

Also Sie sehen, das sind bestimmte Dinge, die auch argumentierbar sind. Von den neun Anregungen der Wirtschaftskammer wurden fünf übernommen, vier wurden aus diesen und ähnlichen Gründen nicht übernommen.

Vielleicht kurz noch zu den Inhalten. Um was geht es eigentlich? Es geht darum, dass bestimmte Mobilheime faktisch ja schon Nebenwohnsitze darstellen. Es gab hier Zubauten, die nicht immer unbedingt den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, und in summa summarum stellt das eine große Sicherheitsgefahr dar.

Eine sehr, sehr umfangreiche Stellungnahme kam ja auch vom Landesfeuerwehrkommando, weil, also ich möchte nicht dafür verantwortlich sein, wenn dort beim Gasgrill, ich weiß nicht, ein Brand ausbricht oder eine Explosion oder sonst etwas ist, wenn so ein Platz faktisch zu einer geschlossenen Siedlungsbauweise verkommen ist.

Daher wurden da bestimmte Dinge festgelegt. Abstandsstreitigkeiten beziehungsweise Unstimmigkeiten können ausgeräumt werden, dann, dass es eben transportable Anlagen bleiben. Wie es der Abgeordnete Haidinger gesagt hat, ist das mit den Schraub- und Punktfundamenten eben nicht fest verbunden mit der Erde, sondern das Kriterium der Transportierbarkeit und der leichten Rückbaubarkeit bleibt erhalten.

Dann werden die Rechte der Mobilheimplatzbetreiber gestärkt. Da gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, Aufstellungs- und Gestaltungsrichtlinien individuell festzulegen, den eigenen Mobilheim Campingplatz individuell zu positionieren, auch am Markt, es muss ja nicht jeder gleich sein, vielleicht gibt es da unterschiedliche Schwerpunkte.

Dann werden eben lebende Hecken zum Beispiel, die können so eine Höhe von zwei Metern haben, wo es eben nur immer wieder Debatten von Schattenwurf gibt, immer wieder Debatten hinsichtlich Sichtschutz gibt und dergleichen mehr, das wird jetzt geregelt.

Bei der wiederkehrenden Überprüfung, Herr Abgeordneter, haben Sie Recht, es ist aber so, es wurde auch medial in den letzten Monaten immer wieder aufgegriffen, ich habe zum Beispiel hier einen Artikel aus einer Tageszeitung zum Camping- und Mobilheimplatz in Breitenbrunn, wo es schlicht und einfach darum geht, dass leider Gottes der eine oder andere Mobilheimplatzbetreiber dieser Selbstüberprüfung, die auch jetzt schon verankert ist, nicht nachgekommen ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn es so ist, kann er behördlich verfolgt werden.)*

Ja eh, ich frage mich, sollen wir dieses Nichtstun sanktionieren oder sollen wir es festlegen im Sinne einer Sicherheit, einer Brandschutzordnung und was da sonst noch … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn er es jetzt selber nicht tut, tut er es nachher auch nicht.)* Ja, dann ist er vielleicht verantwortlich, aber jetzt tut es eben ein Externer und der muss es tun. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber auch nur im Auftrag des Unternehmers, oder?)* Ja, schon, aber den muss er ja machen.

Wir halten es auf jeden Fall für gescheiter, wir halten das auch für eine Hilfe für die entsprechenden Verantwortungsträger. Gerade der Bürgermeister zum Beispiel, viele Camping- und Mobilheimplätze sind Gemeindeeigentum, zumindest mittelbar, also ich glaube auch, dass es auch in Ihrem Sinne sein sollte. Ich sehe weder die große „Verbürokratisierung“, Sie haben aber kein einziges Beispiel dafür gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch! Zum Beispiel die Sache mit der Überprüfung. Könnte man auf zehn Jahre verlängern.)*

Über die Frist kann man natürlich reden, wir haben es aus der Gewerbeordnung genommen. Ja, okay, ob das jetzt fünf, sechs oder zehn Jahre sind? *(Abg. Mag. Thomas*

Steiner: Gewerbeordnung sind fünf Jahre. Sechs Jahre, ganz schlüssig ist das nicht.) Gut, okay. Können wir vielleicht wieder novellieren, daran soll es bitte nicht scheitern. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kommen eh nicht zusammen.)*

Summa summarum glaube ich, dass es sehr wohl notwendig, als auch eine zeitgemäße Novelle eines Gesetzes ist, das, wie gesagt, schon in die Jahre gekommen ist und insbesondere durch die Realität überholt worden ist.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es dem Zusammenleben, aber auch der Sicherheit auf unseren Camping- und Mobilheimplätzen dienlich sein wird. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Camping- und Mobilheimplatzgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Camping- und Mobilheimplatzgesetz geändert wird, ist somit in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1331), mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz-Novelle 2018) (Zahl 21 - 938) (Beilage 1359)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Berichterstatter zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1331, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz-Novelle 2018), Zahl 21 - 938, Beilage 1359, ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben in dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz-Novelle 2018), in ihrer 14. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz-Novelle 2018), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir diskutieren heute hier über die Novelle des Burgenländischen Landwirtschaftlichen Schulgesetzes. Wie in jedem Bereich hat sich auch hier in den letzten Jahren einiges geändert beziehungsweise als nicht praktikabel erwiesen. Daher ist eine Novellierung notwendig geworden.

Was ändert sich? Um effizient arbeiten zu können, braucht man Gestaltungsmöglichkeiten und vor allem die gesetzliche Grundlage dafür. Die Schulleiter erhalten mehr Entscheidungsbefugnisse, zum Beispiel können sie in Zukunft, da sie ja vor Ort sind und am besten wissen, welche Umstände vorliegen, Schülergruppen zusammenlegen beziehungsweise teilen. Diese Festlegung ist innerhalb einer Frist am Ende des Schuljahres zu melden, also vor dem Beginn des betroffenen neuen Schuljahres.

Selbstverständlich wird auch der Schulgemeinschaftsausschuss eingebunden. Dieser hat Gelegenheit, hier eine Stellungnahme abzugeben.

Die Genehmigung seitens der Schulbehörde erfolgt natürlich immer mit Rücksicht auf die Pädagogik, die Sicherheit, die Organisation und natürlich auch mit Rücksicht auf die Lehrpersonalressourcen.

Weiters hat der Schulleiter in Zukunft mehr Gestaltungsmöglichkeiten, was die alternativen Pflichtgegenstände, die Freigegenstände, die unverbindlichen Übungen sowie den Förderunterricht anbelangt.

Die nächste Änderung: Bis dato hatten die Landwirtschaftlichen Schulen anders gelagerte Semesterferien als die allgemeinbildenden Pflichtschulen. Es war zwar jetzt auch schon möglich, mittels einer Verordnung die Ferien zu verlagern, doch das war mit einem beträchtlichen Verwaltungsaufwand verbunden. Da es sowieso Usus war, dass auf Grund der Familienfreundlichkeit die Ferien gleichgelagert wurden, also dass Kinder der Landwirtschaftlichen Schulen gleich Ferien hatten wie die der allgemeinbildenden Schulen, wird auch dies jetzt gesetzlich verankert.

Auch im Bereich der Fachrichtungen hat sich einiges geändert. Um den Absolventinnen und Absolventen ein breites Spektrum an modernem Wissen vermitteln zu können und ihnen mehr Chancen für die Zukunft einräumen zu können, wird es in Zukunft folgende neue Fachrichtungen geben: Landwirtschaft mit Schwerpunkt Ökowirtschaft, Landwirtschaft mit Schwerpunkt Wein, Obst und Gemüsebau, Pflanzenbau, Landwirtschaft mit Schwerpunkt „Green Care“ und Pferdewirtschaft mit Schwerpunkt - ebenfalls - „Green Care“.

Eine weitere bis jetzt umständliche Regelung, die bis dato gegolten hat, wird geändert. Bis jetzt hat die Schulbehörde über die Befreiung von Internatsverpflichtung zu entscheiden gehabt. Aufgrund des Ausbaus der Gestaltungsmöglichkeiten wird die Entscheidungsbefugnis in Zukunft auch der Schulleiter übertragen bekommen.

Weiters gibt es noch einige Begriffsanpassungen und Änderungen, um den Schülerinnen und Schülern bessere Bedingungen zu schaffen, die Berufsausbildung abschließen zu können sowie die Nostrifikation ausländischer Zeugnisse, wenn sie also im Ausland Ausbildungen absolviert haben.

Alles in allem also eine wichtige Novelle, um die Bildung beziehungsweise Ausbildung unserer jungen Burgenländerinnen und Burgenländer zu fördern und garantieren zu können. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer und Zuseher an den diversen Geräten! Bevor ich zur Novellierung zum Schulgesetz komme, einige Sätze zu den Landwirtschaftlichen Fachschulen.

Aufgrund der zahlreichen öffentlichen Aktivitäten der beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen in Eisenstadt und Güssing, wie Tage der Offenen Tür, Felder-Begehungen, Innovationstage, diverse Veranstaltungen und Feste, zum Beispiel Schulball und Biofest und dergleichen mehr, gibt es immer wieder die Möglichkeit, sich von den verschiedensten Aufgabenbereichen und der professionellen Arbeit zu überzeugen.

So auch letzte Woche bei der Facharbeiterbriefverleihung - Abgeordneter Kollege Wolfgang Sodl und Landwirtschaftskammer und Vizepräsident Werner Falb-Meixner waren anwesend - oder bei der Schulschlussfeier.

Die beiden Schulen sind nämlich einzigartig im Burgenland. Es gibt nämlich keine öffentliche Einrichtung beziehungsweise Bildungseinrichtung, welche von der Bearbeitung des Bodens bis hin zum fertigen Lebensmittel inklusive Zubereitung alles lehrt und die eigenen biologische erzeugten Produkte auch selbst verbraucht werden. Ein bestes Beispiel für Regionalität!

Diesen Leitgedanken gibt es nicht erst jetzt, seit Regionalität in aller Munde ist, sondern seit diese Schulen bestehen. Gerade jetzt bei der EU-Ratsvorsitzübernahme Österreichs ist auch das ERASMUS-Vorzeigeprojekt der Landwirtschaftlichen Fachschule Güssing zu erwähnen: Sicherung der Ressourcen zur Befriedigung der Primärbedürfnisse durch nachhaltige Bewirtschaftung des ländlichen Raumes mit Partnerschulen aus Ungarn und Kroatien. Die Projektdauer war von 01. Oktober 2016 und wird am 31. August dieses Jahres enden.

Ein Vorteil ist auch gegenüber anderen Schulen, dass den Schülerinnen und Schülern diverse Kurse wie Traktor- und Umweltführerschein, Jagdkurs, Biozertifikat und so weiter während des Schuljahres angeboten und absolviert werden.

Bei der Novellierung des Burgenländischen Landwirtschaftlichen Schulgesetzes geht es um folgende Inhalte und aufgrund der ausführlichen Erwähnungen von den Kollegin Stampfel in aller Kürze:

Ausbau der schulautonomen Gestaltungsmöglichkeiten, Eröffnungs- und Teilungszahlen sowie Mindestzahl sind in Zukunft vom Schulleiter festzulegen, Angleichung der Semesterferien an die allgemeinbildenden Pflichtschulen, das wurde bis jetzt immer mit Verordnung geregelt und war daher mit viel Verwaltungsaufwand verbunden. Einrichtung weiterer Fachrichtungen wie zum Beispiel Landwirtschaft mit Schwerpunkt Ökowirtschaft oder die Altenbetreuung durch „Green Care“.

Aus Verwaltungsvereinfachungsgründen - wie bereits erwähnt - werden dem Schulleiter diverse Entscheidungsbefugnisse wie Internatspflichtbefreiung oder Erlaubnis vom Fernbleiben für begründete drei Tage gegeben. Weiters die Nostrifikation ausländischer Zeugnisse und der EU-Richtlinien- Umsetzungen. Die Schulbehörde wird

zur Wahrnehmung der Schulaufsichtsangelegenheiten ein entsprechend fach- und schulkundiges Schulaufsichtsorgan bestellen.

Wenig für förderlich halte ich diesbezüglich, wie in den Erläuterungen angeführt, dass mehrere Personen damit betraut werden können. Bei zirka 150 Schülerinnen und Schüler sowie zwei Schulstandorten mehrere Personen zu beauftragen, ist wenig zweckmäßig, da bis dato die Bestellung eines Landesschulinspektors an den Kosten durch die zuständigen Finanzlandesräte gescheitert ist.

Hoffen wir, dass es jetzt anders ist, weil auf Dauer kann man sich nicht auf die ehemaligen Agrarlandesräte ausreden, dass noch kein Landesschulinspektor bestellt wurde.

Eine Selbstverständlichkeit unter einer Schulautonomie und der heutigen Zeit entsprechend würde ich noch mehr Verantwortung an die Schulen und Schulleiter abgeben, wie bereits von der Kollegin Stampfel richtigerweise erwähnt. Die Vorteile sind nämlich nicht nur raschere Entscheidungen, sondern auch bessere Kenntnisse der Gegebenheiten. Es ist zu wenig, nur von Schulautonomie zu reden und dann das Gegenteil durch Zentralentscheidungen zu regeln.

Ich sehe auch nicht den großen Vorteil durch das Ausgliedern der Internate und Küchen an die Gästehäuser, außer einer Trennung eines Gebäudes und somit mehr Verwaltungsarbeiten durch die diversen Verrechnungen und drei Arten von Beschäftigten, nämlich Landesbeschäftigte, Beschäftigte der Gästehäuser und FMB-Angestellten, ist wenig zu sehen.

Auch die immer wieder beschworene Regionalität ist durch die Gästehäuser zu hinterfragen. Angeblich wird dazu angehalten, dass dort eingekauft wird, wo es billiger ist. Also Billig- anstatt Bestprinzip, was aufgrund einer Vergabenovelle des Bundes leicht möglich wäre.

Bezahlen müssen diesen zusätzlichen Verwaltungsaufwand der Gästehäuser die Eltern der Internatsschüler. Die Internatskosten werden laut Medienberichten von weit über 20 Prozent erhöht. Von derzeit 230 Euro auf 290 Euro pro Monat und das, obwohl die Eltern ihre Kinder mit dem Wissen der jetzigen Internatskosten angemeldet haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Saftig!)*

Wichtig wäre auch die rasche Nachbesetzung von zwei Kolleginnen, die im letzten Schuljahr in Pension gegangen sind. Dies wäre dringend im Interesse der Beschäftigten zu handeln. Da sind wir uns einig, also FSG-FCG, hier wäre wirklich dringend zu handeln.

Wir finden es gut, wenn es Berater gibt, die zur fachlichen und sachlichen Bereicherung ihrer Agenden und zum Wohle der bäuerlichen Bevölkerung beitragen, aber wir sind strikt dagegen, dass Berater mit dem Geld der Schülerinnen und Schüler finanziert und so die Sachausgaben gekürzt werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Nehmen Sie das Geld von anderen Bereichen, aber nicht zu Lasten der nächsten Generation! Wir sind nicht gegen einzelne bestimmte Berater. Das wird gerne immer wieder so verbreitet.

Mit dem Dank an alle Beschäftigten der Landwirtschaftlichen Fachschulen sowie Verantwortlichen im Land hoffe und erwarte ich mir noch weitere gute Entscheidungen für die beiden Schulstandorte.

In dieser Novelle werden längst fällige Verwaltungsvereinfachungen sowie Entscheidungsbefugnisse an die Schulleiter erfolgen. Deshalb werden wir dem Gesetz zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Alle, die uns via Livestream auch hier in der Landtagssitzung begleiten! Wir sprechen über die Novellierung des Burgenländischen Landwirtschaftlichen Schulgesetzes, das ursprünglich aus dem Jahr 1985 stammt. Zuletzt wurde es 2013 geändert.

Sehr passend finde ich zu diesem Schulgesetz auch ein Zitat. Philip Rosenthal hat einmal gesagt: „Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein.“ In diesem Sinne, diese Novellierung enthält eine Fülle von Änderungen, von wichtigen Änderungen, die Frau Kollegin Stampfel, der Herr Kollege Temmel in dieser Form auch angesprochen haben.

Möglichkeit zu Stellungnahmen hatten für diese Novellierung von der Volksanwaltschaft über der Landesverwaltungsgerichtshof, die Gemeinden, natürlich die Landwirtschaftlichen Fachschulen, der Zentralausschuss der Lehrer, die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, bis zur Burgenländischen Landwirtschaftskammer.

Einige Punkte möchte ich hier auch nennen und möchte auch darauf eingehen, wie den Ausbau der schulautonomen Gestaltungsmöglichkeiten. Die Gestaltung der Unterrichtsorganisationen wird weitgehend flexibilisiert. Das finde ich auch sehr wichtig, aber in diesem Sinn flexibilisiert, nicht wie heute im Nationalrat, wo ganz einfach es darum geht, die Arbeitszeiten in jener Form zu flexibilisieren, dass es auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

Das Ziel soll natürlich sein, hier bedarfsgerechter und effizienter diesen Ressourceneinsatz auch zu verfolgen. Einrichtung neuer Fachrichtungen wie das „Green Care“, das sind Aktivitäten, die im Zusammenhang mit physischen, mit psychischen, mit pädagogischen oder sozialen Erhaltungs- oder Fördermaßnahmen stehen, bei denen inhaltlich Natur, Tiere oder Pflanzen zum Einsatz kommen.

Bekannte Beispiele sind die tiergestützte Therapie mit Kleintieren, mit Nutztieren oder Reittieren. Die verschiedensten Formen werden hier angewandt, zum Beispiel bis hin zur Altenbetreuung, was ich sehr positiv finde.

Wir alle wissen, dass gerade in unserer schnelllebigen Zeit sich in vielen, man könnte eigentlich sagen, in allen Berufssparten das Berufsbild in einem Berufsleben verändert, sogar mehrmalig verändert. Sprich, jener Ausbildungsstand, den man mit einer Lehre, mit einer Fachschule oder mit einer höheren Schule, mit Studium oder Hochschulstudium erreicht, ob das im technischen, im wirtschaftlichen Bereich oder in der Dienstleistung ist, verändert sich stetig.

Das heißt, dass in allen Bereichen eine ständige Fort- und Weiterbildung erforderlich ist, um die Aufgaben und die Herausforderungen zu bewältigen, um in seinem Berufsleben erfolgreich zu sein. Voraussetzung ist in der Regel eine entsprechende Ausbildung, natürlich in weiterer Folge die Erfahrung und natürlich auch die Fort- und die Weiterbildung. Laotse hat einmal gesagt: „Lernen ist wie Rudern gegen den Strom. Hört man damit auf, treibt man zurück.“

Natürlich ist es auch in der Land- und in der Forstwirtschaft in der Berufsausbildung genauso. Gerade deshalb sind wir auf unsere beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen in

unserem Land besonders stolz. Die Fachschule im Süden, in Güssing, und natürlich auch hier im Norden, die Landwirtschaftliche Fachschule in Eisenstadt.

Kollege Temmel hat es angesprochen, es hat erst vor 14 Tagen die Verleihung der Facharbeiterbriefe in der Weinbauschule Eisenstadt gegeben, die die zuständige Frau Landesrätin dort auch vorgenommen hat. Hier haben 15 Schülerinnen und Schüler diesen Facharbeiterbrief erhalten.

Davon gab es auch vier Auszeichnungen in den Sparten Weinbaukellerwirtschaft und auch in der Landwirtschaft, im Obst-, Wein- und Gemüsebau wurden in der LFS Eisenstadt diese Facharbeiterbriefe verliehen. Sechs Schüler haben den Abschluss als Facharbeiter für die Weinbau- und die Kellerwirtschaft, neun für die Landwirtschaft mit Wein-, Obst- und Gemüsebau hier absolviert und erhalten.

Die Absolventinnen und Absolventen kommen überwiegend aus dem Burgenland, von den 15 frischgebackenen Facharbeiterinnen und Facharbeiter kommen zwei aus Niederösterreich, neun aus dem Nord- und vier aus dem Mittelburgenland.

Positiv möchte ich auch hervorheben, dass das kommende Schuljahr 2018/19 nach den stets fallenden Schülerinnen- und Schülerzahlen der vergangenen Jahre einen positiven Trend vermerkt. Es gibt hier erstmals wieder eine Steigerung.

Ich selbst durfte am vergangenen Freitag bei der Facharbeiterbriefverleihung in Vertretung unseres Herrn Landeshauptmannes und der zuständigen Landesrätin Dunst - Kollege Temmel hat es schon angesprochen - in der LFS Güssing dabei sein. 20 Schülerinnen und Schüler, davon zehn Burschen und zehn Mädchen, elf als Landwirtinnen und Landwirte sowie neun als Pferdewirtinnen und Pferdewirte haben hier ihre Lehre in dieser Form bekommen und wurden damit ausgezeichnet.

Wie gesagt, wir haben hier eine positive Entwicklung in jene Richtung, dass wir wieder mehr Schülerinnen- und Schülerzahlen haben. Im ersten Jahrgang werden in Güssing im Schuljahr 2018/19 31 Schülerinnen und Schüler den Lehrgang besuchen, im zweiten Jahrgang werden es 44 sein, im dritten Jahrgang 15, somit ergibt sich hier eine Gesamtschülerzahl von 90 Schülerinnen und Schüler.

Wir wissen ganz genau, eine zeitgemäße Aus- und Weiterbildung ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die landwirtschaftlichen Betriebe. Ich möchte aber hier nicht verabsäumen, allen Leitern, Direktoren, vor allem allen Verantwortlichen mit ihren Pädagoginnen und Pädagogen der beiden Fachschulen, der beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen, hier recht herzlich zu danken.

Aber vor allem möchte ich auch der zuständigen Landesrätin Verena Dunst hier dafür danken, dass sie sehr viel Engagement, Arbeit und Zeit auch hier in die Schulen und für die Schülerinnen und Schüler, für ihre Ausbildung, legt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Insgesamt dienen die Umsetzungen der Verbesserung der Ausbildungsqualität im Land und im forstwirtschaftlichen Bereich. Bewiesen ist, je höher hier die Ausbildung des Landwirtes, desto höher ist auch sein Einkommen.

Darum geben wir diesem Tagesordnungspunkt natürlich gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Landesrätin Verena Dunst von der Regierungsbank hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Vielen Dank im Namen des Lehrkörpers, der zwei Direktoren, des landwirtschaftlichen Schulberaters, wo natürlich vor allem auch für die Eltern und deren Kinder, dass sie heute in Ihren Redebeiträgen klare Wertigkeit und Wichtigkeit der beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen herausgestrichen haben. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Möchte Ihnen auch gerne sagen, warum.

Sie dürfen nicht vergessen, dass sehr lange, sehr lächerlich und so ein bisschen herablassend auf die damals immer wieder titulierte „Bauernschule“ - und wer geht dort schon hin? - heruntergeschaut wurde, und darunter haben viele Eltern und deren Kinder gelitten.

Mittlerweile glaube ich, hat sich in den letzten Jahren dieses Bild etwas geändert. Heute haben die Schülerinnen und Schüler, burgenländische natürlich in erster Linie, aber auch aus anderen Bundesländern, angrenzenden Bundesländern, von dort haben wir auch einige Schülerinnen und Schüler, da hat sich das geändert, weil man heute weiß, erstens lernst man dort von der Pike auf das tägliche Leben.

Zweitens ist es aber keine Einbahn. Neben dem, dass ich lerne, wie ich heute im normalen Leben leben kann, mit verschiedenen Fachrichtungen, habe ich ein durchlässiges System. Das heißt, es haben sich natürlich auch viele Schülerinnen und Schüler und deswegen haben wir heuer auch wirklich Gott sei Dank dort eine Steigerung, also ab dem nächsten Schuljahr, weil hier die Eltern sehen, ich kann beispielsweise nachher mit der Facharbeiterprüfung beenden. Ich bin Facharbeiter. Ich habe damit sozusagen eine Lehre integriert und viele andere Handwerkszeuge von verschiedenen Fachrichtungen und die sind sehr wichtig.

Ich kann Ihnen auch sagen, dass ich immer wieder draußen gefragt werde, welche Schülerinnen und Schüler - das tu ich nicht, aber ich werde gefragt -, können Sie mir sagen, wie gut sie sind, weil wir warten auf sie. Wenn ich heute an die Fragestunde zurückschalte, dann genau deswegen, weil es immer wichtiger ist, egal in welcher dieser beiden Schulen, dass dort Menschen am Werk sind, die wissen, wie wir zu regionalen Produkten kommen.

Wenn wir heute über das Weinland, um nur zwei Beispiele zu nennen, das Weinland mit der höchsten Wertschöpfung, mit einer Anerkennung international des burgenländischen Weines reden, mit Top-Auszeichnungen, ich sage nur jetzt beispielsweise SALON, Weinprämierung, wo von 16 sechs burgenländische Weine -und das ist die höchste Auszeichnung - einen SALON-Preis bekommen, dann ist klar, den muss aber auch wer machen und ich muss auch wissen, wie werde ich das. Ich muss auch wissen, wie ist die Kellermeisterei.

Auf diese Schülerinnen und Schüler - um nur einen von all diesen Fachbereichen herauszunehmen - warten draußen die Weinwirtschaft und das gilt - ich könnte das auch für andere Bereiche aufzählen.

Was mir aber auch wichtig ist, ich verstehe schon, viele von Ihnen sind genauso Vater, Mutter, Eltern, die wollen natürlich auch das Beste für ihr Kind und nicht eine schulische Einbahn und die ist sie nicht. In Kombination mit den verschiedenen Schulen. In Güssing ist es die Ecole, die fünfjährig geführte Maturaschule. Kann ich dort weitergehen, wird mir anerkannt, und ich kann dort einsteigen.

Weiters gibt es zwei Handelsakademien: Eisenstadt und Neusiedl. Dort kann ich einfach „rüberswitchen“ und kann auch eine Matura machen. Das muss ich nicht. Wir

brauchen Fachkräfte. Aber ich sage nur - und gerade auch das Prestigedenken ist eines, das lebt und existiert -, dass das möglich ist.

Ich sage auch vielen angehenden Studentinnen und Studenten, es ist ein absoluter Run auf die BOKU, auf die Universität für Bodenkultur. Wenn ich aus einer LFS komme, egal welche Fachrichtung, steige ich dort wirklich nicht als Theoretiker, sondern als Praktiker mit einem Facharbeiterbrief ein. Kann natürlich auch Matura nachmachen, Externistenprüfung und so weiter, also es geht wirklich hier durchlässig im Schulsystem bis zu einem universitären Abschluss.

Aber nochmal, wir brauchen dringend die Fachkräfte. Das war Punkt Nummer eins. Der Punkt Nummer zwei ist, dass es natürlich auch sehr wichtig ist, dass wir endlich das Gesetz novellieren und reformieren. Ich habe das übernommen und habe geglaubt, das gibt es nicht. Ich dachte, ich weiß einiges über diese Schulen, aber die waren so richtig, wie wenn Menschen irgendwo auf einer Insel leben und nicht andocken können. Das tut mir leid, weil das nicht geht. Ich möchte das auch für die Schülerinnen und Schüler nicht.

Ich möchte, dass sie an den Bildungschancen teilhaben, beispielsweise auch an Angeboten, die andere Schülerinnen und Schüler haben - von Schulcard bis zu verschiedenen anderen Dingen. Das Dritte, was mich sehr überrascht hat, war, 1985 wurde das Gesetz das letzte Mal angeschaut. 2013 war das, was alle Gesetze anbelangt hat, der Kollege Sodl hat es schon gesagt. Ich bin dann irgendwann draufgekommen, wir haben keinen Landesschulinspektor, obwohl er vorgesehen ist.

Aber eins ist klar, meine Damen und Herren, es braucht jemanden, der draufschaut, der Lehrerinnen und Lehrer begleitet, der aber vor allem auch auf die pädagogische Sinnhaftigkeit und Wertigkeit schaut, und es braucht pädagogische Begleiter und auch Aufsichtsorgane.

Es gab niemanden, obwohl das im Gesetz von 1985 enthalten war. Ich habe dann natürlich sehr schnell reagiert, weil das so nicht geht. Ich habe gemerkt, ich bin da mit pädagogischen Entscheidungen und auch die Schulabteilung, ich bedanke mich sehr herzlich für die Fachabteilung, das ist nicht unsere Aufgabe, das kann auch nicht sein. Das gehört wie alle anderen Schulen zum Landesschulrat und zur zukünftigen Bildungsdirektion, gehören sie natürlich auch angedockt, und das habe ich auch getan.

Ich möchte hier ganz klar sagen, dass ich sehr froh war, hier den früheren Direktor der Landwirtschaftlichen Fachschule, der äußerst professionell damals die Schule geleitet und vieles für heute eingeleitet hat, dass ich den dann, den Herrn Dipl. Ing. Professor Jandrisits gewinnen konnte, dass der das über den Werkvertrag zumindest als Berater macht.

Seitdem bin ich auch sehr froh, *(Abg. Walter Temmel: Aber extra zahlen musst Du den!)* weil der natürlich auch angedockt an andere Bundesländer ist. Ich habe mich natürlich schon sehr geärgert und ich würde Sie bitten, weil Sie sich gerade melden, Herr Kollege Temmel, wirklich in aller Professionalität zwischen uns zwei, das geht nicht, *(Abg. Walter Temmel: Ich habe es vorhin gesagt.)* dass Sie hergehen und den damals, auch in einer Fragestunde, der war ÖVP-Vizebürgermeister, kommt aus Ihren Reihen, hat vieles für die Biomasse getan, für erneuerbare Energie, dass der von Ihnen angezweifelt war, das verstehe ich nicht.

Ich würde hier wirklich um Fachkompetenz und Akzeptanz bitten, weil der unglaublich viel dazu beitragen hat können, und daher war es für mich der richtige Entschluss.

Zusammengefasst: Vielen Dank, wir werden es heute schaffen, einen einstimmigen Beschluss zu machen. Es war mir auch die breite Beteiligung wichtig, und deswegen haben wir uns auch Zeit genommen, dieses Gesetz gut vorzubereiten. Ich bedanke mich natürlich in erster Linie beim Koalitionspartner, aber natürlich auch bei allen anderen, die dieses Gesetz unterstützen. Da geht es um die Zukunft des Burgenlandes. Da geht es um Schülerinnen und Schüler.

Da geht es um regionale Wirtschaft und die braucht eine Topausbildung. Die ist mit den beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen sicher gegeben und wir werden natürlich jetzt so weiterarbeiten können, wie es andere Schulen auch schon längst tun, nämlich, mit mehr Schulautonomie, mit mehr Regionalität, mit mehr Anpassung bis hin zu den Semesterferien unter pädagogischer Aufsicht, die alle brauchen, Schülerinnen und Schüler und natürlich auch die Lehrer.

Ich bedanke mich bei der ehemaligen Abteilungsvorständin-Stellvertreterin heute Abteilungsvorständin, Mag.a Windisch, die das damals schon vor meiner Zeit gemacht hat und jetzt bedanke ich mich natürlich besonders auch bei der Abteilungsvorständin, jetzt gehört sie zur Bildung dazu, bei der Abteilungsvorständin und dem Fachpersonal von der Frau Mag.a Claudia Priber, Frau Mag.a. Nicole Bartl bis hin zur Frau Lisa Szinovatz.

Herzlichen Dank. Die haben viel Plage und jetzt wird es uns leichter passieren, weil jetzt können wir wirklich adäquat und aktuell arbeiten.

Vielen Dank für Ihren Beschluss. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Landesrätin. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau Landesrätin! Jetzt fällt es mir doppelt schwer. Vor drei Minuten sagen Sie, es gab keine Aufsicht im landwirtschaftlichen Schulwesen des Burgenlandes. *(Landesrätin Verena Dunst: Ja!)*

Das haben Sie gesagt. *(Landesrätin Verena Dunst: Ja!)* Sie haben das erst einführen müssen, Sie haben das reformiert. Vor zwei Sekunden bedanken Sie sich bei wem? Bei der Sonja Windisch? Bei der Abteilungsvorständin-Stellvertreterin, die über Jahre hinweg das gemacht hat.

Jetzt frage ich Sie: Haben Sie jetzt den Landtag absichtlich falsch informiert, haben Sie sich binnen zwei Minuten jetzt das Wissen angeeignet, dass Sie jetzt schlauer geworden sind und jetzt wissen, wer es doch gemacht hat? Oder wollen Sie ganz einfach nur Polemik an den Tag legen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Denn eines lese ich Ihnen jetzt vor: Der Herr Landtagsabgeordnete Temel hat gerade vor zehn Minuten wortwörtlich gesagt: „Wir sind nicht gegen einzelne bestimmte Berater, so wie das immer gerne verbreitet wird.“ Sie haben sofort den Ball aufgenommen und gesagt, wir sind gegen den derzeitig von Ihnen bestellten Berater.

Wir sind dagegen, dass Sie diesen Berater aus dem Schuletat bezahlen lassen, dass zu Lasten der Schüler ein Berater von Ihnen eingesetzt wird. *(Abg. Walter Temmel: Genau!)* Kümmern Sie sich um ein bundesweites Reglement, setzen Sie sich dafür ein, dass es einen Fachinspektor gibt und lassen Sie diesen, wie bei allen anderen Schulen, nicht zu Lasten der Schüler finanzieren. Das ist Ihre Aufgabe, sehr geehrte Frau Landesrätin. *(Beifall bei der ÖVP)*

Noch etwas möchte ich Ihnen sagen. Sie stellen sich hier her und sagen, die Qualität der Schulen passt. Kümmern Sie sich darum, dass rasch nachbesetzt wird. Egal, wen Sie einsetzen.

Aber, sich herzustellen und zu sagen: Die Pädagogen und das Hilfspersonal an der Schule leistet Hervorragendes und gleichzeitig nicht nachzubesetzen und genau diesen Lehrkörper zu schwächen, das ist ebenso polemisch, wie Ihre vorherige Meldung.

Lassen Sie diese Art der Politik und bleiben Sie bei den Fakten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wortmeldungen liegen keine mehr vor.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Ich habe mich vorher schon gemeldet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Bei mir nicht, aber ich lasse es zu.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Ich habe mich gemeldet. Ich weiß, dass Sie natürlich sehr beschäftigt sind, das ist keine Frage, aber ich habe mich vorher schon gemeldet.

Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Ich habe bereits gesagt, ich habe mich ohnehin gemeldet, aber Sie haben das vielleicht übersehen, aber es ist in Ordnung.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich kann das nicht übersehen, ich habe es auch nicht überhört, weil Sie es mir nicht gesagt haben. Aber, ich lasse es zu.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Danke, ich habe es der Mitarbeiterin gesagt, tut mir leid dass es nicht weitergeleitet wurde. Habe ich es Ihnen gesagt? *(Die Mitarbeiterin der Landtagsdirektion, Frau Ingrid Huber, nickt.)* Gut. In Ordnung.

Vielen Dank Herr Präsident, natürlich für die Möglichkeit, hier zu antworten. Wie gesagt, ich habe es ohnehin der Mitarbeiterin signalisiert.

Ich möchte natürlich das so nicht stehen lassen. Klartext: Sie haben, damit ich ganz konkret auf Ihre Frage antworte, genau das vorher gesagt, Herr Klubobmann. Es war in der Fachabteilung, aber in der Fachabteilung war das keine Pädagogin.

Das war trotzdem zu führen, das habe ich vorher ganz ausführlich erklärt, dass wir hier natürlich sehr froh sind, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie haben vorhin gesagt, es hat überhaupt keine Aufsicht gegeben.)* dass hier eine pädagogische Aufsicht dazu gestellt wird, weil es hier natürlich um bürokratische, um administrative, aber gesetzliche Rahmenbedingungen geht und um das tägliche Geschehen, das natürlich die Fachabteilung, aber das habe ich ohnehin vorher klar erklärt, immer gemacht hat.

Das war früher unter der Frau Abteilungsvorständin-Stellvertreterin Windisch der Fall und das ist jetzt unter der Abteilungsvorständin Mag. Priber der Fall. Da wird man sich darum kümmern, aber es fehlt die pädagogische Aufsicht. So, wie es natürlich eine Schulabteilung gibt, aber es gibt einen Landesschulrat und da ist die pädagogische Kompetenz. Das gehört schon einmal dazu. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Schülerinnen und Schüler und genauso die Lehrerinnen und Lehrer verdienen sich auch diese pädagogische Begleitung. Ich habe das vorher ganz klar ausgeführt.

Wenn wer polemisch war, dann - ich möchte Sie jetzt nicht beleidigen, nein, ich nehme das zurück. Aber, ich habe das vorher ganz klar gesagt.

Das zweite ist natürlich, dass es immer, wie in anderen Schulen, in den Landwirtschaftlichen Fachschulen darum geht, Fachpersonal zu finden, dieses Fachpersonal zu zahlen. Sie wissen, Sie haben darauf hingewiesen, dass auch im Bundesgesetz, dazu gibt es eines, dass das natürlich enthalten ist.

Jetzt, mit der Schulautonomie, und das war so wichtig und das hätten wir schon länger gebraucht, und dieses Gesetz hätten wir auch schon ändern können, das ist einfach so, hätte man schon auf diese Autonomie hinarbeiten können, weil genau die Direktoren vor Ort sagen können, das brauchen wir bei uns.

Ich kann auch jetzt anders teilen, kann andere Schwerpunkte setzen, wie es in den Regionen wichtig war. Also, das heißt, Ihre Aufregung habe ich jetzt nicht ganz verstanden, aber mir vorzuwerfen, dass wir den Schülerinnen und Schülern - ich habe das Budget in keinster Weise nur irgendwie begrenzt, im Gegenteil, wir haben geschaut, auch vom ERASMUS bis alles andere, dass das ja alles gut geht. *(Abg. Walter Temmel: Sie nehmen es aus diesem Budget! Aus diesem Budget.)*

Mir vorzuwerfen, dass ich nicht auf die Schulen schaue, das ist das Letzte. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, dass Sie das aus dem Schulbudget bezahlen. 50:50! – Abg. Walter Temmel: Aus diesem Budget!)* Aber, es ist mir ja gar nichts anderes übergeblieben.

Ich bin aber froh, dass es jetzt diese Regelung gibt *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also doch! Also doch!)* und ich wollte nur einfach Fairness für den jetzigen landwirtschaftlichen Berater, der eine Toparbeit macht. Ich habe Sie um Fairness gebeten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Fachlich wurde er ja nicht kritisiert.)* Ich glaube, da hat es eine Fragestunde gegeben, da war es anders, aber, es passt.

Ich freue mich, dass Sie sehen, dass die beiden Landwirtschaftlichen Fachschulen sehr wichtig sind. ich freue mich darüber, dass es hier eine Einigkeit gibt und bedanke mich dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Sofern nun keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz-Novelle 2018), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz-Novelle 2018) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1332), mit dem das

Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz-Novelle 2018) (Zahl 21 - 939) (Beilage 1360)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es folgt die Behandlung des 5. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1332, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz-Novelle 2018), Zahl 21 - 939, Beilage 1360.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz-Novelle 2018) in ihrer 32. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, den 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz-Novelle 2018), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile Herrn Abgeordneten Manfred Haidinger als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Wir haben wieder eine eher trockene Materie, die aber in der Auswirkung eine äußerst wichtige Materie ist, nämlich, durch die Novellierung des Burgenländische Antidiskriminierungsgesetzes war oder wird die Richtlinie der EU Nr. 2016/2101 des Europäischen Parlaments und des Rates über den barrierefreien Zugang zu den Web-Seiten und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen bis zum 23. September in nationales Recht gesetzt.

Also ein sperriger Titel für etwas, was wir allen Menschen schuldig sind, die irgendwelche Beeinträchtigungen oder Benachteiligungen haben, um auch zu allen Informationen zu kommen, die die öffentlichen Stellen bereitstellen. Damit habe ich im Wesentlichen schon die drei Punkte angesprochen, die hier geregelt werden.

Nämlich, der barrierefreie Zugang zu Websites, die mobilen Anwendungen bei öffentlichen Stellen und die Überwachung der Einhaltung dieser barrierefreien Anforderungen. Das ist also in Wirklichkeit die Aufgabe, die wir als Gesetzgeber jetzt haben, nämlich, in Anwendung der EU-Richtlinie das in nationales beziehungsweise in unser Burgenländisches Antidiskriminierungsgesetz aufzunehmen.

Interessanter Zugang und das möglichst auch hier daher zu verwenden ist. Wir müssen ergänzen im § 30 Abs. 2 die Aufzählung der Zuständigkeiten eben der Übertragung, der Überwachungs-, Berichts- und Ombudsfunktion. Damit auch klar ist, wer das zu überwachen hat. Klar ist, das gibt die EU auch vor und wir schaffen das indem wir das heute machen, bis zum 23. September das in internationales Recht zu bringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Barrierefreiheitsanforderungen sind von allen öffentlichen Stellen zu erfüllen und die Umsetzung der Richtlinie obliegt dem Landesgesetzgeber. Damit sind einmal sämtliche Prüfungsfragen soweit in Wirklichkeit abgearbeitet und so können wir in diese Gesetzgebungsformalität gehen.

Interessant und, so glaube ich, auch wichtig ist zu erwähnen, damit das nicht unbemerkt bleibt: Diese Verpflichtung zur Erfüllung der Barrierefreiheitsanforderungen trifft das Land. Das ist durch den Landesgesetzgeber zu machen. Aber auch in Umsetzung durch dieses Landesgesetz die Gemeinden, die Gemeindeverbände, die Selbstverwaltungskörper, also im Generellen jetzt gesagt, wie zum Beispiel die Landwirtschaftskammer, den Burgenländischen Jagdverband, den Fischereiverband, landesgesetzlich eingerichtete juristische Personen des öffentlichen Rechts, wie zum Beispiel Stiftungen, Fonds, Anstalten, die Tourismusverbände, die Agrargemeinschaften und dem Landesfeuerwehrverband.

Also all das zur Definition, was jetzt öffentliche Stellen sind. Das heißt, es werden dann sehr viele diese Stellen, die sich vielleicht noch gar nicht so im ersten Ansatz betroffen fühlen, dann betroffen werden, nämlich, von der Verpflichtung das zu tun und ihre Websites und ihre mobilen Anwendungen entsprechend auch vorbereiten müssen oder herstellen müssen, sodass es im Prinzip auch gesetzeskonform ist.

Es gibt dazu aber auch einige Ausnahmen, wie Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen und Horte ohne wesentliche Verwaltungsfunktionen. Also hat man zumindest schon darauf Rücksicht genommen, dass in diesem täglichen Hin und Her von Anmeldungen zum oder Abmeldungen vom Besuch der Schule Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtung Abstand genommen wurde als Ausnahme oder die Umsetzung der Barrierefreiheitsanforderung zu einer unverhältnismäßigen Belastung des Rechtsträgers führen würde.

Aber auch hier wird es natürlich in der Ausnahmeregelung eher weniger Ausnahmen geben. Die Überwachung, wie ich schon angesprochen habe, ist oder war zu regeln. Die wird natürlich dem Antidiskriminierungsbeauftragten zugebilligt werden, der dann auch dementsprechende Erweiterungen seiner Aufgaben erhält, nämlich, den § 30 Abs. 2 Z 8.

Der Bericht des Antidiskriminierungsbeauftragten ist damit auch gleichzeitig beauftragt, der wird also erstmals zum 1. Oktober 2021 zu erstellen und dem Landtag zu übermitteln sein. Das Amt der Burgenländischen Landesregierung - auch das muss festgelegt werden - wird hier die dementsprechenden Ressourcen und Inkrafttretungstermine beistellen müssen, sodass auch klar ist, wann es hier beginnen muss. Es ist der 23. September 2020. Jetzt habe ich schon ein schlechtes Gewissen gehabt, 2020 und die mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen ab 23. Juni 2021.

Ich glaube wir sind uns hier nämlich auch im Gesetzentwurf in der Umsetzung dieser Richtlinie unserer Verantwortung bewusstgeworden, nämlich, unter einem Schlagwort - und mit dem möchte ich auch gleich enden - sicherzustellen, dass jeder Bürger das gleiche Recht hat auf alle Informationen aller öffentlichen Stellen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Vorteil von Kollegen Haidinger Rede ist jetzt, er hat eigentlich alle fachlichen und sachlichen Punkte vorweggenommen. Jetzt darf ich mich auf zwei politische Fragen reduzieren, die aber, glaube ich, genauso spannend sind. Denn die Frage, die sich stellt, die ist zum Schluss jetzt angeklungen.

Auf der einen Seite ist das Recht auf Barrierefreiheit zu wahren und das war eben in früheren Jahrzehnten noch eine Diskussion. Da ging es um bauliche Maßnahmen, da ging es um die Frage, wie Dinge erreichbar sind. Heute ist es eine Frage, die im Digitalen Zeitalter auch das Internet betrifft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir werden dem zustimmen, weil es wichtig ist, dass wir auch im Internet Barrierefreiheit garantieren. Dass auf unterschiedlichste Art und Weise sichergestellt wird, dass alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, dass hier Gleichberechtigung für alle Nutzer im Internet gegeben ist. Das ist eine öffentliche Einrichtung, die hat, aus unserer Sicht, die Verpflichtung, all diese Dinge zu implementieren.

Das ist ein technischer Aufwand, auch ein finanzieller Aufwand. Der andere Punkt ist, und das wird bei der Barrierefreiheit immer zu diskutieren sein: Welchen großen Kostenaufwand nehmen wir als Staat, als öffentlicher Rechtsträger in Kauf, um hier Barrierefreiheit zu garantieren?

Ich glaube, dass die Ausnahmen trotzdem sehr gering und klein zu halten sind, denn diese Barrierefreiheit im Internet geht für mich sehr weit und sollte nicht aufgrund des Kostendrucks über den Maßen eingeschränkt bleiben. Überwachung und Ausnahmeregelungen wurden erwähnt. Ich glaube, hier ist eine klare Stellungnahme von mir erfolgt.

Auf der einen Seite ist es die Betonung der Barrierefreiheit, und nur ganz wenige Ausnahmen sollte es geben. Eines möchte ich politisch noch anmerken. Es ist wiederum eine EU Richtlinie, die aus dem Jahr 2016 stammt. Ich weiß, wir sind wieder ganz knapp im Zeitfenster der Umsetzung gelandet.

Für mich ist immer interessant, dass derartige Vorgaben im Amt der Burgenländischen Landesregierung immer etwas abliegen müssen. Aber, seit ich mich in den letzten Jahren daran erinnern kann, vielleicht auch vor der letzten Gesetzgebungsperiode, das möchte ich jetzt gar nicht erwähnen, vielleicht habe ich da nicht so genau die zeitlichen Abfolgen beachtet, haben wir immer eine sehr lange Vorlaufschleife.

Ich glaube, hier wäre mehr Tempo gefragt. Meine Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Geschätzte KollegInnen! Nun, bei diesem Tagesordnungspunkt wurde von meinen beiden Vorrednern bereits Vieles erwähnt. Einerseits der fachliche Aspekt und andererseits auch

die politischen Aspekte, die möglicherweise anzuführen sind. Von meiner Seite möchte ich aber doch auch drei Punkte anführen, die wichtig sind.

Es ist zwar ein unspektakuläres Gesetz, das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz, aber für viele Menschen im Burgenland auch sehr wichtig. Deshalb hat auch die EU für die Mitgliedsstaaten eine Richtlinie erstellt, wo der barrierefreie Zugang auch im Internet, sprich bei Websites und mobilen Anwendungen bei öffentlichen Stellen erfolgen soll.

Die Umsetzung soll, wie es bei Richtlinien üblich ist, innerhalb eines Zeitfensters sein. Dafür ist der 23. September 2018 im Nationalen Recht vorgesehen. Deshalb ist die heutige Novellierung des Burgenländischen Antidiskriminierungsgesetzes zwingend und zeitnah notwendig. Die zwei Aspekte, die eigentlich im Gesetzentwurf enthalten sind, wurden kurz angeführt.

Einerseits die Festlegung dieses barrierefreien Zuganges und andererseits das dahintersteckende Verfahren zur Überwachung der Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen. Es ist eigentlich nur in einem 4a Hauptstück in zwei Paragraphen formuliert, wo diese Änderungen aufgrund der Umsetzung der Richtlinie eingeführt wurden.

Der Zweck, der eigentlich hinter dem steckt, ist eigentlich ganz klar. Das ist die Angleichung der diesbezüglichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften in allen Mitgliedsstaaten. Damit nämlich die Nutzer von Websites und mobilen Anwendungen, und genau um die geht es, viel einen besseren Zugang haben. Insbesondere sind damit Menschen mit Behinderungen gemeint.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch erwähnen, dass genau bei der Textierung und bei der Legistik auffällig war in diesem Gesetzestext, dass Begriffe wie Behinderte oder behinderte Dienstnehmer dieses Mal von den Begriffen Menschen mit Behinderungen und Dienstnehmer mit Behinderungen ersetzt wurden.

Ich glaube, gerade in einem Gesetz, wo der Gedanke der Antidiskriminierung stattfindet, ist es wichtig, auch diese Textierungen und legistische Formulierungen zu erwähnen. Die Ausnahmen zu diesem Gesetz sind eigentlich gut angeführt worden. Der Herr Kollege Haidinger hat sie schon erwähnt, darum möchte ich auch darauf verzichten, sie nochmals zu erwähnen. Ich möchte aber sehr wohl erwähnen, dass diese Barrierefreiheitsanforderungen eine sehr breite Anwendung haben.

Warum eine breite Anwendung? Nicht nur für unser Land und für die Gemeinden und Gemeindeverbände, sondern auch der Gesetzgeber und auch die Richtlinie gehen sehr weit. Das streut sehr weit, indem sämtliche Selbstverwaltungskörper gemeint sind, wie vorher angeführt, zum Beispiel der Burgenländische Jagdverband, oder auch der Burgenländische Fischereiverband ist davon umfasst, aber auch juristische Personen des Öffentlichen Rechts. Dabei wurde der Tourismusverband, zum Beispiel, noch nicht erwähnt, oder auch der Landesfeuerwehrverband, wie angeführt, sind von diesem Gesetzestext umfasst.

Deshalb, so glaube ich auch, ist es wichtig, dass die Erklärungen der Barrierefreiheit, weil es eine komplexe Materie ist, auch detailliert, umfassend und klar sein müssen. Deshalb ist es auch wichtig, dass in dem einen § 31 lit. b ein sogenannter Ombudsmann oder eine Ombudsfunktion integriert wurde.

Es wurde von meinem Vorredner schon angeführt, dass der sogenannte Anti-Diskriminierungsbeauftragte im Sinne einer Überwachungsfunktion installiert wurde. Das Amt der Burgenländischen Landesregierung hat danach zu trachten, dass die

notwendigen personellen, sachlichen und fachlichen Ausstattungen gewährleistet werden und es ist deshalb auch wichtig, dass eine Berichterstattung erfolgt. Die erste wird uns im Oktober 2021 betreffen.

Dann werden wir sehen, inwieweit vom Antidiskriminierungsbeauftragen im Burgenland Verfehlungen hinsichtlich der Barrierefreiheit mitgeteilt oder dokumentiert werden. Dieses Hauptstück tritt nunmehr mit 23.09.2018 in Kraft. Wichtig ist für mich auch zu erwähnen, dass die Anwendung in diesem Fall gestaffelt ist, und zwar gestaffelt zwischen den Jahren 2019 bis 2021. Es geht da um den Zeitpunkt der Veröffentlichung für Websites und mobilen Anwendungen.

Es spricht nichts dagegen, diesem Gesetzestext, dieser Novellierung des Burgenländischen Antidiskriminierungsgesetzes unter Umsetzung der EU Richtlinie seine Zustimmung zu geben.

Meine Fraktion wird das jedenfalls machen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz-Novelle 2018), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz geändert wird (Burgenländische Antidiskriminierungsgesetz-Novelle 2018), ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1334), mit dem das Burgenländische Vergaberechtsschutzgesetz geändert wird (Zahl 21 - 941) (Beilage 1361)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 6. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1334, mit dem das Burgenländische Vergaberechtsschutzgesetz geändert wird, Zahl 21 - 941, Beilage 1361 wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Vergaberechtsschutzgesetz geändert wird, in ihrer 32. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Vergaberechtsschutzgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Géza Molnár als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Burgenländisches Vergaberechtsschutzgesetz. Zugegebenermaßen ist die vorliegende Novelle nicht dazu angetan, die breite Masse zu interessieren, geschweige denn zu emotionalisieren.

Was regelt das Vergaberechtsschutzgesetz? Es regelt den Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, und zwar von solchen Aufträgen, die entweder vom Land oder von Gemeinden vergeben werden beziehungsweise von Rechtsträgern, die dem Land oder Gemeinden gesetzlich zugerechnet werden.

Welche Rechtsträger das sind, das kann man ganz genau in Artikel 14, Abs. 2, Z 2 des Bundesverfassungsgesetzes nachlesen. Zweite grundlegende Information: Die Gewährung des Rechtsschutzes obliegt dem Landesverwaltungsgericht, dass das auf Antrag entsprechende Nachprüfungsverfahren durchzuführen hat.

Warum kommt es nun zu Änderungen in diesem Landesgesetz? Ausgangspunkt sind, wie so oft, und auch bei der Novelle, die wir soeben behandelt haben, Unionsrechtliche Vorgaben. Konkret, mehrere neue beziehungsweise geänderte EU Richtlinien, die wiederum Niederschlag im Bundesrecht gefunden haben, konkret im Vergaberechtsreformgesetz 2018.

Was ist jetzt der inhaltliche Schwerpunkt der Novelle, die uns vorliegt? Ein inhaltlicher Schwerpunkt oder der inhaltliche Schwerpunkt ist sicherlich der, dass der Geltungsbereich des Gesetzes ausgedehnt wird, und zwar auf Bau- beziehungsweise Dienstleistungskonzessionsverträge, die bisher ausdrücklich vom Geltungsbereich ausgenommen waren.

Was ist der Unterschied zwischen einem öffentlichen Auftrag und einer Konzession? Bei einem Auftrag erhält der Unternehmer einen festen Preis für eine bestimmte, für eine definierte Leistung. Zwar gibt es auch bei der Konzession eine definierte Leistung und mitunter auch einen festgesetzten Betrag, zusätzlich sozusagen, aber der Konzessionsnehmer, der Unternehmer, hat die Möglichkeit, auch Einnahmen zu lukrieren.

Denken Sie etwa an den öffentlichen Nahverkehr oder das Stadttaximodell in Eisenstadt. Das bedeutet in weiterer Folge dann aber auch, dass natürlich das wirtschaftliche Risiko auch oder vor allem beim Unternehmer liegt. Das heißt, bei Konzessionen geht es grundsätzlich um staatliche und kommunale, um öffentliche Aufgaben, die aber in Kooperation mit privaten Unternehmern erfüllt werden.

Ansonsten, meine Damen und Herren, sieht die Novelle verfahrensrechtliche Änderungen vor. Es kommt zu einer Ausweitung der Einzelrichter. Zuständigkeiten auf den Oberschwellenbereich. Hier waren bis dato oder sind bis dato Senate zuständig. Oder auch zur Vereinheitlichung von verfahrensrechtlichen Fristen.

Es kommt zur Aufnahme der Möglichkeit der Gewährung von Verfahrenshilfe. Es gibt neue Regelungen zum Schutz von technischen und Handelsbezogenen Betriebsgeheimnissen.

Wesentlich für den Rechtsanwender beziehungsweise für die Betroffenen ist jedenfalls, und damit komme ich zum Schluss, meine Damen und Herren, dass bei dieser Novelle, bei aller Länderkompetenz die es gibt, großes Augenmerk darauf gelegt wurde, dass wir ein österreichweit möglichst deckungsgleiches Vergaberechtsschutzrecht sicherstellen.

Vielen Dank an die befasste Beamtenschaft. Meine Fraktion stimmt der Novelle zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte KollegInnen! Ich gebe dem Klubobmann der Freiheitlichen Partei recht. Es ist natürlich eine sehr technisch komplizierte Materie. Nachdem ich mich nicht wiederholen möchte, weil der Herr Molnár ja die Inhalte des Gesetzes bereits vorgebracht hat, möchte ich mich in meinem Referat auf die Grundlagen beziehen.

Die Grundlagen sind natürlich, und das hat er auch betont, EU Richtlinien und natürlich auch Bundesgesetzte.

Aufgrund von EU Richtlinien wurden dann die Gesetze im Nationalrat am 20. April 2018 und im Bundesrat am 26. April 2018 beschlossen. Es geht vor allem um drei EU Richtlinien. Das sind die Vergaberichtlinien, die Sektorenrichtlinie und die Umsetzung der Konzessionsvergaberichtlinie.

Wir waren zwei Jahre im Verzug. Es gab mit der vorhergehenden Regierung eine Einigung und es hätte auch beschlossen werden sollen. Dann gab es aber letztendlich Differenzen bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen im Bereich des Öffentlichen Personenverkehrs. Das heißt, nicht mehr im Paket auf Bundesebene ist daher der Öffentliche Personenverkehr, der wurde in das Bundesvergabegesetz gleich integriert.

Es hat sich sonst auch nicht viel geändert. Sonderverfahren sind in Zukunft ebenso zulässig, wie interne Vergaben oder Zusatzaufträge. Es geht um Vereinfachungen. Was heißt das? Erstens einmal, wenn man auf Bundesebene Aufträge vergibt, kann man auch mit anderen Ländern der Europäischen Union gemeinsame Aufträge vergeben. Es wird das sogenannte Bestbieterprinzip ausgeweitet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt also in Zukunft noch bessere und qualitative Kriterien, wie man vergeben kann. Nicht alleine der Preis ist wichtig, aber das wissen Sie, und von diesem Gesetz sind nicht nur die Bund, Länder und Gemeinden betroffen, sondern auch Sektoren, wie, zum Beispiel, Wasser- und Energieversorgung und Teile des Öffentlichen Verkehrs.

Sie kennen den Schwellenwert bei der Direktvergabe. Er war bis jetzt mit 50 Euro festgesetzt. Per Verordnung hat man den natürlich auch anheben können. Das wurde

auch getan. Die Obergrenze liegt derzeit bei 100.000 Euro. Bei bestimmten Vergaben wie Bauaufträge über einer Million Euro zählen auch zum Beispiel andere Kriterien, wie zum Beispiel technische und wirtschaftliche Möglichkeiten.

Auch das soziale Element hat Eingang gefunden. Zum Beispiel bei den Ausführungsbedingungen gibt es auch die verpflichtende Beschäftigung von Lehrlingen oder Langzeitarbeitslosen und es war wichtig, dass auch kleine und mittlere Unternehmen Zugang finden. Die Landesbestimmung hat der Kollege bereits vorher ausgeführt, ich möchte mir die Inhalte ersparen.

Damit die Bundesgesetze vollzogen werden können gab es bereits eine Zustimmung der Burgenländischen Landesregierung und jetzt wird im Burgenländischen Landtag dieses sogenannte Vergaberechtsschutzgesetz beschlossen. Die Länder waren ja bei der Gesetzgebung auf Bundesebene mit eingebunden.

Es soll im Jahr 2023 eine große Evaluierung geben und wir werden daher dem vorliegenden Gesetz die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu diesem Tagesordnungspunkt eigentlich an meine beiden Vorredner anknüpfen, die auch vieles erwähnt haben.

Die Grundlage ist im Burgenländischen Vergaberechtsschutzgesetz darin gegeben, dass es eine Vergaberechtsreform gegeben hat, die 2018 im Nationalrat beschlossen wurde. Grundlage war am 21.03.2018 eine Regierungsvorlage, die wie gesagt am 20.04.2018 im Nationalrat und in weiterer Folge am 26.04.2018 im Bundesrat beschlossen wurde. Diese Reform oder dieses Gesetz basiert eigentlich auf diese vorher bereits erwähnten Richtlinien der EU.

Festzuhalten für mich oder für uns ist auch, dass eine wesentliche Erweiterung des Geltungsbereiches im Burgenländischen Vergaberechtsschutzgesetz erfolgt ist, nämlich in der Ausweitung der Vergabe von Bau- und Dienstleistungskonzessionen, die erstmalig geregelt ist. Es ist auch wichtig deshalb, weil, in Umsetzung der Konzessionsvergaberichtlinie, welche den Sinn einer Nachprüfung im Bereich der Vergabe von öffentlichen Liefer- und Bauaufträgen hat, wurde nunmehr auch die Rechtsmittelrichtlinie geändert. Und genau das ist, wenn es um Vergaberechtsschutz geht auch eine Thematik, die ich noch anführen möchte, weil es bisher in den beiden Reden ein bisschen unterblieben ist.

Diese Thematik führt dazu, dass die Rechtsschutzbestimmungen der Länder geändert werden müssen und dem hat auch das Burgenland, wie heute auch in der Novellierung des Gesetzes Rechnung getragen, in dem die Vergabe von Bau- und Dienstleistungskonzessionen künftig einer Nachprüfungsmöglichkeit durch das Landesverwaltungsgericht unterzogen wird.

Daher gilt für uns, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Rechtsschutzbestimmungen im Vergabeverfahren unter Berücksichtigung einerseits des vor kurzem beschlossenen Vergaberechtsreformgesetzes, andererseits aufgrund der EU-Richtlinien angepasst und ergänzt werden.

Inhaltlich wurde bereits vom Kollegen Geza Molnar erwähnt, dass neben der Ausweitung des Geltungsbereiches auch die Ausweitung der einzelrichterlichen

Zuständigkeit erfolgt ist. Ich finde das auch gut und wichtig, weil gerade wenn man jetzt im Oberschwellenbereich auch Einzelrichter zum Zug kommen lässt, führt das zu Verfahrensvereinfachungen und andererseits auch zu Kosten- und zu Zeitersparnissen.

Wichtig ist auch, dass die Fristen im Unter- und Oberschwellenbereich ähnlich auch angepasst wurden und harmonisiert wurden. Es sind jetzt einheitliche Fristen von zehn Tagen, vorher war Unterschwellenwert sieben Tage, Oberschwellenwert zehn Tage. Ich glaube, dass das für die Administration sehr wichtig ist. Erwähnt wurde auch, dass diese Betriebsgeheimnisse bei der Akteneinsicht entsprechender Regelungen unterzogen wurden.

Was für mich vielleicht auch noch als gelernter Jurist wichtig ist, dass auch die Möglichkeit der Verfahrenshilfe für Feststellungsanträge geregelt wurde. Und deshalb hat sich im Verfahrensrecht und im Rechtsschutzbereich des Vergabeverfahrens auch im Burgenland einiges ergeben, was eine Erleichterung und natürlich auch eine Beschleunigung bedeutet.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Klarstellung, dass das Vergabeverfahren im Landesbereich der Nachprüfung durch das Landesverwaltungsgericht unterliegt, ist glaube ich eine wesentliche Botschaft dieser Novellierung.

Für mich persönlich ist es auch noch ein wesentlicher Bestandteil, der auch noch erwähnt worden ist, dass zukünftig auch die Kommunikation zwischen öffentlichem Auftraggeber und Unternehmer nunmehr nicht nur auf Telefax eingeschränkt ist, sondern dass sämtliche elektronischen Übermittlungsmöglichkeiten herangezogen werden dürfen.

Für mich ist es auch wichtig, dass zukünftig auch eine sogenannte Streitgenossenschaftsbildung beim Vergabeverfahren, wenn mehrere Auftraggeber gemeinsam auftreten, möglich ist. Das bedeutet, dass die Auftraggeber eine einheitliche Streitpartei bilden, wobei der jeweilige Auftraggeber auch alleine für sich wirksam für alle Streitgenossen wirken kann.

Das sind Erleichterungen, das sind Umsetzungen der EU-Richtlinien, wie es bereits von meinen beiden Vorrednern erwähnt wurde, es geht um Harmonisierung im Fristenbereich.

Deshalb wird meine Fraktion diesem Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Vergaberechtsschutzgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Vergaberechtsschutzgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

7. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1333), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2017 genehmigt wird (Zahl 21 – 940) (Beilage 1362)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1333, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2017 genehmigt wird, Zahl 21 - 940, Beilage 1362.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Heger.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Peter Heger: Danke Frau Präsidentin. Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2017 genehmigt wird in seiner 10. Sitzung am Mittwoch, dem 20.6.2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

1. Der Bericht der Burgenländischen Landesregierung über die Gebarung im Rechnungsjahr 2017 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.
2. Der Rechnungsabschluss des Landes Burgenland für das Jahr 2017 sowie die im Rechnungsabschluss vorkommenden Abweichungen zum Landesvoranschlag werden genehmigt.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich Herr Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schade ist, dass der Finanzreferent nicht dabei ist, aber er wird uns ja hören, wenn wir über den Rechnungsabschluss heute diskutieren. 2017, wo er teilweise schon mit dabei war, mitgetan hat, aber sei wie es sei, der Herr Landesrat Bieler ist leider auch nicht hier, mit dem ich immer meine Wortgefechte gehabt habe.

Ich glaube, wenn wir einen Rechnungsabschluss 2017 vorliegen haben, *(Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil kommt in den Landtagssaal)* – ja, er ist schon da, freut mich - dann sollten wir über trockene Zahlen diskutieren, jedoch auch eines klarlegen.

Ich kann mich erinnern, ich bin jetzt schon ziemlich lange in diesem Hohen Haus und beim Voranschlag hat es immer wieder die Diskussionen gegeben und schlussendlich wurde er dann beschlossen mit einer Mehrheit, nicht immer einstimmig. Dann hat es immer geheißen, na ja ihr habt ja gar nicht mitgestimmt, was wollt ihr jetzt überhaupt im Endeffekt. Faktum ist aber, dass jetzt beim Rechnungsabschluss die nackten Zahlen am Tisch liegen, wie auch immer, auch in einer Gemeindepolitik es so ist.

Jedoch der Unterschied zwischen Gemeindepolitik und Landespolitik ist, wenn der Voranschlag beschlossen ist, dann übergeben wir das Geld oder die wirkliche Möglichkeit der Landesregierung mit diesem Geld zu arbeiten. Und ich kann nur sagen, es wird

teilweise gut und sehr gut gearbeitet. Es wird aber auch kritisch einige Punkte zu hinterfragen geben und das sieht man dann in einem Rechnungsabschluss, wo sich wirklich die Zahlen widerspiegeln in dieser Sache.

Ich möchte ganz klar und deutlich auch sagen, ich kann mich erinnern an ÖVP Zeiten, wo die ÖVP in der Regierung war, da habe ich auch immer das gleiche gehört: Die gleichen Reden sind schon seit Jahren, was du da vorbereitet hast beim Voranschlag und beim Rechnungsabschluss. Ich brauche das nicht vorbereiten, ich schau mir die Zahlen an und ich weiß um was es geht.

Jetzt sitzt die ÖVP in der Opposition und ich höre bei Pressekonferenzen, was jetzt alles verlangt wird und was alles nicht so gut ist und nicht schön ist, jedoch wenn ich das vorher gesagt habe, vor Jahren zuvor, hat die Welt anders ausgesehen.

Jetzt sitzt die FPÖ in der Regierung. Die hat auch damals ganz anders geredet und hat auch kritische Punkte angemerkt. Es ist aber auch ihr Recht und natürlich ihre Verantwortung, gar keine Diskussion.

Aber wenn ich höre, dass man von der ÖVP Seite jetzt verlangt, mehr Macht dem Rechnungshof zum Beispiel vor kurzem bei einer Pressekonferenz. Das haben wir schon immer verlangt, seit es den Rechnungshof gibt haben wir das verlangt. Sie waren in der Regierung und haben das einfach so negiert.

Oder viele andere Dinge, die sie jetzt fordern, was ja auch ihr Recht ist. Haben sie damals immer zu mir gesagt: Geh lass ihn reden, das ist nicht notwendig. Jetzt fordert es die ÖVP. Ich möchte das nur gesagt haben, dass sich das alles dreht und wendet. So ist es.

Jetzt aber zum Rechnungsabschluss 2017. Ganz allgemein gesprochen ist, das beim Rechnungsabschluss 2017 insgesamt rund 50 Millionen Euro mehr ausgegeben als veranschlagt wurden. Der überwiegende Teil dieser Mehrausgaben, rund 30 Millionen Euro, wurden durch Einsparungen an anderer Stelle mitfinanziert.

Der ordentliche Haushalt ist im Voranschlag 1,125.981.700 Milliarden Euro, Ausgaben auch gleich, natürlich in der Sollrechnung 1,173.341.649,84. Das gleiche ist bei den Ausgaben natürlich. Ich denke, man versucht natürlich auch sehr wirtschaftlich, sparsam damit umzugehen, aber trotzdem werden wir Dinge aufzeigen, die dann auch möglich waren oder anders gestaltet hätten werden können.

Im außerordentlichen Haushalt denke ich sind Einnahmen 34,381.400 Euro, Ausgaben 34,381.400 Euro auf der Sollseite, 43,740.522 Euro gleiche Ausgaben 43,720.522 Euro. Auch hier ist ein kleines Delta natürlich da.

Ich möchte vielleicht in die Gruppen einsteigen und doch dort oder da ein bisserl eine Kritik anmerken, weil es wichtig ist, wenn man Opposition ist, auch hier klar und deutlich zu sagen, wo was nicht so gelaufen ist, wie wir uns das vorstellen.

Landesamtsdirektion-Amtssachaufwand, 541.000 Euro Mehrausgaben resultierend zum Großteil durch die Rücklagenzuführung in der Höhe von 350.000 Euro Ausgaben, welche durch Verzögerungen erst im Frühjahr 2017 angewiesen werden konnten, sowie die Ausgaben im Verfahren Bestandsstreitigkeiten Schloss Esterhazy und der Schadensvergütung ärztlicher Kunstfehler im Krankenhaus Oberpullendorf.

Das sind ja Sachen, Gott sei Dank, die schon jetzt der Vergangenheit, meiner Meinung nach, angehören. Auch das wurde aufgearbeitet, aber ich will es nur hier darlegen, die Zahlen.

Information und Dokumentation – 220.857,12 Euro, Landesamtsdirektion, im Jahr 2017 kam es im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu einem Mehraufwand bei Inseratenschaltung. Das ist immer das gleiche, man schaltet und schaltet, ist ja egal, das bringt für die Leute draußen vielleicht nichts, aber wir sind in der Politik befriedigt, dass wir halt überall präsent sein wollen, aber es ist so.

Zu den Themen wie Wohnbauberatung mit Energiehandwerkerbonus - obwohl man sagen muss, der Handwerkerbonus ist sehr gut angenommen worden. Das war eine gute Idee, ist dann weggelassen worden. Seitens des Hauptreferates Wohnbauförderung der Abt. 3 durch Information oder Serviceleistungen des Landes, Regierungssitzung, Service und Beratung vor Ort. Das hat man angefangen, jetzt höre ich in der letzten Zeit nichts mehr, dass man draußen vor Ort etwas macht. Aber das war halt ein guter Geck vor die Wahlen wahrscheinlich, nehme ich einmal an.

Dann hat man natürlich neue Serviceangebote auf burgenland.at, Landesvideothek und durch Medienkooperation mit der „bvz“ - Burgenländische Volkszeitung oder Tageszeitung „Kurier“. Das heißt, da hat man sich Partner gesucht, dass die das positiv berichten, nehme ich einmal an.

Dann im Bereich der Pressearbeit kam es zu einem deutlichen Mehraufwand im Bereich der APA-Dienste, sowie zu einem leichten Anstieg der Abo´s von Tageszeitungen wurden verzeichnet.

Im Bereich Internet und Intranetprojekte des Landes wurden diverse Web-Auftritte wie zum Beispiel der „Koch Blog Burgenland.at“ und dergleichen mehr oder „a sauberes Festl“ für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2017 neu konzipiert. Soll so sein.

Jetzt sind das so Dinge, die ja, sage ich einmal, werbetechnisch vielleicht ganz gut sind, aber wir wollen es trotzdem aufzeigen, weil es anscheinend nicht möglich war das im Vorhinein im Voranschlag zu sehen.

Überörtliche und örtliche Raumplanung, Verkehrsverbünde, 3,291.937,93 Euro. Da sind die Zahlungsverpflichtungen an die ÖBB, Wertanpassung des Verkehrsdienstvertrages unter Berücksichtigung der jährlichen Steigerung seit 2005.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird so sein, ist ja gar keine Diskussion, aber ich muss einrechnen, dass eine Wertsteigerung und das Ganze einmal kommen wird, eine Indexanpassung, das sollte man eigentlich im Voranschlag auch wissen. Aber gut, sei es wie es sei.

In der Gruppe 1, in dieser Gruppe wurden vor allem Rücklagen aufgelöst beziehungsweise neue Rücklagen gebildet. Mehrausgaben betreffen in erste Linie die Feuerwehren oder den Katastrophenschutz - ist ja in Ordnung.

In dieser Gruppe wurden vor allem Rücklagen aufgelöst, Gruppe 2, neue Rücklagen gebildet. Die Mehrausgaben betreffen in erster Linie den Sportstättenbau sowie die Förderung im Sportwesen sowie die Biologische Station in Illmitz. - Nur, dass man das einmal berichtet und weiß, wo das hingegangen ist.

Gruppe 3 - in dieser Gruppe gab es kaum nennenswerte Veränderungen gegenüber dem Voranschlag.

Gruppe 4 Wohnbauförderung - Zuführung zum Beispiel Rücklage 3.846.183,53 Euro. Die für das Jahr 2017 geplanten Auszahlungen für Neubauten im Eigenheimbereich und im mehrgeschossigen Wohnbau gelangen erst im Jahr 2018 zur Auszahlung, es ist daher der verbleibende Differenzbetrag einer Rücklage zuzuführen.

Da fragt man sich, warum ist das erst später ausbezahlt worden, was für einen Grund hat das gehabt? Das ist nicht zum Herauslesen natürlich beim Rechnungsabschluss, aber es ist so! Dann Sanierungsdarlehen - 5,918.745,95 Euro. Der aufgrund von Erfahrungswerten prognostizierte Wert wurde durch eine geringere Anzahl an Förderanträgen nicht erreicht. Dementsprechend wurden Ausgabeneinsparungen erzielt.

Heute wurde das so gelobt, das Ganze, wie gut und schön, auf der anderen Seite haben wir es nicht ausschöpfen können anscheinend und wurde später ausbezahlt.

Dann Wohnhaussanierung - Zuführung an Rücklagen 5,912.033,81 Euro. Die für das Jahr 2017 geplante Auszahlung für Sanierungsmaßnahmen im Eigenheimbereich und im mehrgeschossigen Wohnbau gelangt erst im Jahr 2018 zur Auszahlung, - wieder einmal. Es ist daher der verbleibende Differenzbetrag einer Rücklage zuzuführen.

In der Gruppe 5 - KRAGES - das ist ja ein heißes Thema, das wird uns noch lange begleiten – KRAGES-Zuschuss, bauliche Investitionen KRAGES, Krankenhaus Oberwart Investitionszuschuss 13,486.614,75 Euro. Die Summe haben wir schon oft genug diskutiert und die wird noch weiter diskutiert werden, solange nicht alles klar ist, was jetzt tatsächlich dort unten passiert.

Wenn der Herr Landesrat Doskozil geredet und was die ÖVP auch kritisiert hat, dass man jetzt aufpassen muss mit den fünf Krankenhäusern, mit den Standorten und dergleichen mehr und dann vermietet man es.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann bringt Euch ein und macht gute Vorschläge, wie man das gemeinsam lösen kann, würde ich einmal sagen. Ich glaube, dann wären wir am richtigen Weg, mehr sage ich jetzt nicht dazu, weil es eine wichtige Frage ist für die Zukunft.

Wir können nicht da hergehen und sagen, lass ihn alles machen und dann stellen wir uns her und sagen, das hat er falsch gemacht oder umgekehrt. Wir kennen ja diese „Geschichteln“ alle, das ist in der Gemeinde bei mir auch nichts anderes. Die sitzen nur da und am Schluss, am Ende des Tages, sagen sie nur, das hat uns nicht gepasst, da sind wir dagegen, aber einbringen selbst tut sich keiner.

Daher die Aufforderung an uns alle, dass wir uns einbringen, weil das ein wichtiges Projekt ist. Das muss man schon einmal klar und deutlich sagen in dieser Sache.

Gruppe 6 Neubau, Ausbau, Instandhaltung von Straßen und Brücken – 6,222.649,47 Euro. Die Überschreitung ist hauptsächlich durch Ausgaben für das Bauprojekt der B61a bedingt, dass jeweils aus den Tranchen angeforderten Zweckzuschüssen des Bundes finanziert wird.

Auch hier meine Frage immer wieder und bei jeder Sitzung, wenn über Straßen diskutiert wird oder auch im Voranschlag. Ich frage mich, warum die ASFiNAG so eine Straße finanziert mit 37 Millionen Euro und keine Einnahmen hat, da frage ich mich. Das muss ja auch lustig sein, ich als Gemeinde finanziere dem Nachbarn die Straße und habe nichts davon, wenn ich nicht einmal fahren kann drauf. Aber egal, wie auch immer. Das heißt, dieses Geld haben wir bekommen, das werden wir als Rücklagen dann auch machen.

Gruppe 7 - Katastrophenschäden, ich glaube, da brauchen wir nicht drüber diskutieren, das kann man nicht voraussehen, was da für Katastrophenschäden kommen. Das glaube ich, haben wir ganz gut abgewickelt. Jetzt kann ich sagen, die Frau Dunst ist halt nicht zuständig, sie kennt sich nicht aus, das sehe ich ein bisschen anders.

Katastrophen können ja kommen und wir müssen schauen, dass wir auch die unterstützen.

Aber ich glaube, da sind wir auf einer Linie, das ist halt auch ein bisschen ein Politikum die ganze Geschichte, sonst gar nichts. Aber das gehört dazu zur Show im Landtag. Das sage ich einmal, ganz klipp und klar.

Gruppe 8 - ich glaube, da hat es auch keine großen Veränderungen gegeben.

Gruppe 9 - die Bürgschaftsleistungen mit 2,483.638,15 Euro, ist glaube ich, auch so weit in Ordnung.

Nur man muss sich halt jetzt die Schulden, die Haftungen von Kommunalkredit, Wohnbau Burgenland und dergleichen mehr, da tut sich dann schon einiges, anschauen.

Da ist die Belastung der Landesfinanzen in der Höhe von 126,8 Prozent - das muss man sich, Herr Landesrat, einmal zu Gemüte führen, das ist auch nicht ohne. Da liegt viel Arbeit noch vor Ihnen und vor uns allen miteinander, auch etwas zu tun.

Ich glaube aber, dass man ein Fazit aus dem Rechnungsabschluss 2017 ziehen kann: Das allgemeine Bild des Rechnungsabschlusses 2017 bestätigt das Bild der vergangenen Jahre. Jetzt sind Sie neu, Sie fangen neu an, und wir werden uns freuen, wenn sich das ändert.

Es hat sich schon einiges getan, das muss man ja auch klipp und klar sagen, jedoch muss man schauen, dass man jetzt, wo die ÖVP immer fordert „Transparenz“, wenn Regierungsbeschlüsse sind, dass wir die vielleicht auch einmal zur Kenntnis bekommen, dass man vielleicht – *(Zwischenruf den Abg. Mag. Christoph Wolf M.A.)*

Ja selbstverständlich, 20 Jahre habe ich das gefordert, da wart Ihr noch in der Regierung, lieber Herr Wolf. Da warst Du noch nicht in der Politik, da habe ich das schon immer gefordert und habe gesagt, was vergibt man sich, wenn jemand hineinschauen kann, was in der Regierung beschlossen worden ist.

Weil wenn ich bei einem Voranschlag nicht zustimme, heißt es noch lange nicht, dass ich dagegen bin. Weil ich könnte jetzt auch sagen, ich werde dem Rechnungsabschluss, bei gewissen Teilen werde ich zustimmen, gar keine Diskussion.

Auch beim Voranschlag stimme ich bei gewissen Teilen zu, weil es richtig und wichtig ist. Aber bei ein paar Dingen, die verschleiert werden, wo man gar keinen Einblick hatte bis jetzt und vielleicht in Zukunft mehr bekommen werden, weil ich glaube, da vergibt man sich ja nichts, wenn man da ein bisschen eine Einsicht bekommt.

Das hat die FPÖ ewig gefordert. Die müsste eigentlich jetzt hergehen und sagen, so jetzt machen wir das, was wir eigentlich immer gefordert haben, jetzt sitzen wir in der Verantwortung, jetzt sitzen wir in der Regierung. Im Bund ist es ja nichts Anderes, da setzt Ihr Euch ja auch hin und habt das gefordert und sagt, jetzt setzen wir es um.

Und im Burgenland könnt Ihr es genauso machen. Kommt her und sagt, ja, diese Transparenz, wir haben ja kein Problem damit, wir haben ja nichts zum Verschweigen. Wir haben nichts zu verändern, weil jetzt gibt es einen neuen Landesrat, der die Finanzen im Griff hat, der das alles neu macht, warum soll er nicht das auf den Tisch legen?

Das fordern wir, das wollen wir ganz einfach! Weil wir auch die Verpflichtung haben in diesem Hohen Haus, unseren Leuten draußen im Burgenland dementsprechend Rechenschaft zu geben. Ich glaube, das wäre ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Dass wir natürlich mit unseren ausgelagerten Gesellschaften schon lange nichts gehört haben, was ist dort, was passiert dort? Wie schaut das tatsächlich aus? Vielleicht

ist das in Arbeit. Ich frage einmal, wie weit das eigentlich ist mit dieser Umsetzung, mit dieser Zusammenlegung und vielleicht doch beim einen oder anderen dort Transparenz herrschen zu lassen. Weil uns wurde immer erklärt, vom Herrn Landesrat Bieler, das ist eh alles da drinnen im Rechnungsabschluss.

Das ist eh alles immer wieder inbegriffen, wo ja schlussendlich der Rechnungshof gesagt hat, dem ist nicht so und wo wir uns natürlich die Arbeit machen und ich komme zu dieser Arbeit als kleine Fraktion, dies alles aufzuarbeiten. Das ist ja alles nicht so einfach. Die großen Fraktionen haben ihre Juristen, die haben ihre Möglichkeiten, wir haben das nicht, wir müssen uns das wirklich selber erarbeiten.

Da setze ich wieder an und da glaube ich, sind wir uns mit den GRÜNEN einig, dass das in Zukunft ein bisschen anders muss sein. Eine Klubgröße oder Klubstärke müsste ein bisschen anders heißen, wo ich jetzt hergehe und sage bewusst drei Personen, dann muss ich eine Unterstützung zumindest geben.

Das wäre natürlich auch in meinem Sinne und ich glaube, auch im ÖVP-Sinne, weil ich glaube das wollen sie ja auch haben. Ihr habt ja auch - schlussendlich als Ihr aus der Regierung hinausgewählt wurdet - geschaut, dass Ihr Eure Positionen noch aufgebessert habt.

Aber das ist so, wir brauchen keine Aufbesserung, sondern wir brauchen Unterstützung, wo wir natürlich jetzt quasi, - ich weiß das schon, dass wir fragen können in den Abteilungen, aber nur, du bekommst ja gar nicht alle Unterlagen dementsprechend, weil das dürfen sie ja gar nicht hergeben. Weil das wäre ja dann wirklich transparent und das darf halt nicht so sein.

Genau das sind die Dinge, die wir fordern, dass wir das auch ändern wollen, da sind wir bei der ÖVP. Nur noch einmal, die ÖVP, wie sie noch in der Regierung war, hat sie das auch alles abgelehnt und wie die FPÖ noch Oppositionspartei war, hat sie das immer gefordert.

Wir werden das weiter fordern, so lange - steter Tropfen höhlt den Stein - und wir werden es schaffen. Wir werden es schaffen, dass wir das dann auch umsetzen können.

Und wenn ich die Regierung im Bund jetzt immer hernehme und sage, na die machen ja auch nicht alles schlecht, die machen auch gute Sachen. Und auch im Lande ist es ja so, dass die Regierung, meiner Meinung, sehr gut arbeitet, nicht nur nach den Umfragen nach, sondern ich glaube auch, dass sie uns einbinden als Opposition. Heute habe ich das schon erwähnt bei Anträgen, dass wir gefragt werden, was in der Vergangenheit vielleicht nicht so war, das geschieht jetzt. Danke, muss ich dazu sagen.

Daher kommen wir jetzt zu dieser Abstimmung, wo wir sagen, Gruppe 1 - öffentliche Ordnung und Sicherheit, werden wir zustimmen. Gruppe 2 - Unterricht und Erziehung, werden wir zustimmen. Gruppe 3 - Kunst, Kultur und Kultus, werden wir zustimmen. Gruppe 4 - soziale Wohlfahrt, werden wir mitstimmen und Wohnbau. Gruppe 7 - Wirtschaftsförderung, wir werden mitstimmen.

Wo wir nicht mitkönnen ist die Gesundheit, da tut sich ja eines auf, das ist ja nicht so ohne. Da wissen wir gar nicht, wo sich das hinbewegt und da ist ja der Herr Landesrat Doskozil so ehrlich und geht her und sagt, da werden wir Probleme bekommen.

Daher noch einmal mein Appell, ein Miteinander zu suchen, dass wir auch dort die Lösungen finden, wie kann man das in Zukunft finanzieren? Das wird ja immer mehr und das ist nicht einfach zu finanzieren.

Gruppe 6 - Straßen- und Wasserbau, Verkehr - da können wir auch nicht zustimmen. Da ist für mich einiges nicht ganz klar in dieser Sache, aber vielleicht ändert sich das beim nächsten Rechnungsabschluss.

Ja, im außerordentlichen Haushalt Gruppe 7 - Wirtschaftsförderung haben wir auch kein Problem, dass wir zustimmen und Gruppe 9 - Finanzwirtschaft, da können wir auch die Zustimmung erteilen.

Das heißt jetzt im Endeffekt, dass wir uns wirklich Gedanken gemacht haben, wie schaut der Rechnungsabschluss aus, dass wir uns die Zahlen angeschaut haben, dass wir sehr interessiert sind, dass es dem Land gut geht, dann geht es auch den Leuten gut in diesem Land.

Wir haben ja heute noch eine Diskussion, wo wir über die Pendlerinnen und Pendler diskutieren und dergleichen mehr und da können wir ja auch noch ein paar Punkte unterbringen.

Daher - wir wollen mitarbeiten in diesem Land, Bündnis Liste Burgenland, wir wollen unterstützend dabei sein, das ist unser Appell an alle, hier mitzuarbeiten für dieses Land, weil es wird nicht einfacher. Es wird immer schwieriger, speziell im Sozialbereich und bei den Krankenhäusern, davon rede ich gar nicht.

In diesem Sinne, Danke für die Aufmerksamkeit und wir werden dem Ganzen natürlich nicht zustimmen. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Mit Ihrem letzten Satz haben Sie also festgestellt, dass Sie wissen, dass wir den Landesrechnungsabschluss nicht in Gruppen, sondern als Ganzes abstimmen, aber das wissen Sie ja. Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Klubobmann Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Sie gestatten, dass ich zu Beginn Valerie und Bernadette begrüße auf der Galerie, die reizenden Töchter des Bürgermeisters von Wimpassing. Ich heiße sie herzlich willkommen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Meine Damen und Herren, zum Rechnungsabschluss: Der Rechnungsabschluss 2017 zeigt, dass er die Opposition am Beispiel des Kollegen Kölly in einzelnen Details zu kritischem Hinterfragen veranlasst, das ist auch gut so. Das gehört sich so. Was den Rechnungsabschluss 2017 aber insgesamt angeht, auch das hat man am Beitrag des Kollegen Kölly gemerkt, kann grundsätzliche und allumfassende Kritik nur künstlich erzeugt sein, von seiner Seite ist sie nicht gekommen,

Qualitativ ist der Rechnungsabschluss, ähnlich wie schon der Nachtragsvoranschlag, eher unspektakulär. Es gibt schon gar keine Mehrausgaben, denen auch nur ansatzweise politische Sprengkraft immanent wäre und unter dem Strich werden - und das ist wesentlich - Schulden abgebaut.

Was nicht heißt, auch das betone ich immer wieder, dass die Lage außerordentlich locker und lässig wäre und dass doch größere Herausforderungen in den nächsten Jahren auf uns warten.

Der Budgetvollzug durch die Regierung war im Haushaltsjahr 2017 jedenfalls diszipliniert und die wesentlichen Ziele konnten erreicht werden.

Wir haben es gehört, der Rechnungsabschluss weist Mehreinnahmen und Ausgaben in der Höhe von 47,3 Millionen Euro aus.

Ausgabenseitig handelt es sich dabei schwerpunktmäßig um die üblichen Verdächtigen, wenn es um die einzelnen Budgetgruppen geht, das heißt um die Gruppen 4, 5, 6, 7 und 9 und im Gegenzug zum Nachtragsvoranschlag diesmal auch um die Gruppe 0. Wie setzen sich nun diese Mehrausgaben von 47,3 Millionen Euro zusammen? Was sind die größten Brocken?

Rund sieben Millionen Euro resultieren aus der Gruppe 0, hier geht es um drei Millionen Euro für Geldbezüge von Vertragsbediensteten und über drei Millionen Euro für Zahlungen an verschiedene Verkehrsverbünde. Näheres kann man den Erläuterungen entnehmen.

In der Gruppe 5, auch das wurde schon erwähnt, findet sich der Investitionszuschuss in der Höhe von rund 13,5 Millionen Euro für das Projekt Neubau Krankenhaus Oberwart, ausbezahlt aus einer entsprechenden Rücklage.

Bei der Gruppe 6 geht es in erster Linie um den Bau beziehungsweise die Abrechnung der B61a, in etwa 6,2 Millionen Euro, gedeckt durch Rücklagen beziehungsweise entsprechende Zweckzuschüsse des Bundes.

In der Gruppe 7 geht es um den Wegebau plus 580.000 Euro und um weitere - das war ja schon ein großer Brocken beim Nachtragsvoranschlag - um weitere über sechs Millionen Euro Entschädigungszahlungen infolge von Unwettern und um insgesamt mehr als 7,5 Millionen Euro für die Tourismusförderung.

Das ist der kleine Teil beziehungsweise für die Wirtschaftsförderung, das ist der größere Teil, da geht es um Projekte, die bereits in den Vorjahren genehmigt worden waren, aber jetzt erst abgerufen beziehungsweise erst jetzt verwirklicht wurden.

Die höchsten Mehrausgaben scheinen naturgemäß in der Gruppe 9 - Finanzwirtschaft auf - insgesamt 17,3 Millionen Euro plus 9,4 Millionen Euro an ausbezahlten Bedarfszuweisungen.

Rücklagenzuführungen in der Höhe von insgesamt vier Millionen Euro in den Bereichen Ausbau der Kinderbetreuung, ohne Zusammenhang mit dem Pflegefondsgesetz und noch weitere fünf Millionen Euro an Haftungsübernahmen beziehungsweise zugunsten der Abwicklung der Gewährträgerhaftung im Zusammenhang mit der HETA, eine Angelegenheit die damit erledigt ist.

Wenn Sie mitgerechnet haben, meine Damen und Herren, sind wir jetzt bei Mehrausgaben von rund 56,7 Millionen Euro, also über den eingangs erwähnten 47,3 Millionen Euro. Es fehlt uns aber noch eine Gruppe, das ist die Gruppe 4 - soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

Es war bereits im Rahmen des Nachtragsvoranschlages so, dass die Ausgaben in dieser Gruppe um 3,5 Millionen Euro nach unten korrigiert werden konnten. Aufgrund der rückgängigen illegalen Migration. Der Rechnungsabschluss weist jetzt Ausgaben aus, die noch einmal um über 8,6 Millionen Euro niedriger liegen, als das im Nachtragsvoranschlag angenommen werden konnte.

5,8 Millionen Euro resultieren aus nicht abgerufenen Wohnbauförderungsmitteln. Fast drei Millionen Euro aus gesunkenen Kosten der Grundversorgung und weitere über 1,4 Millionen Euro aus gesunkenen Kosten für die von uns Rot-Blau maßvoll refundierte Mindestsicherung.

Für diese beiden Bereiche im Übrigen, meine Damen und Herren, Flüchtlingshilfe und Mindestsicherung, lässt sich festhalten, dass es die Koalition auch mit der Unterstützung anderer Landtagsparteien geschafft hat, besorgniserregende Ausgaben und Entwicklungen durch konsequente politische Entscheidungen mehr als nur in den Griff zu bekommen. Das zeigt auch der Rechnungsabschluss 2017.

So damit wären wir wieder bei dem Betrag, den ich zu Beginn erwähnt habe, 47,3 Millionen Euro an Mehrausgaben, denen Mehreinnahmen in selber Höhe gegenüberstehen. Meine Damen und Herren, wie sich die Mehrausgaben zusammensetzen, das habe ich erklärt. Es sind Mehrausgaben, die zumindest notwendig waren. Es sind Mehrausgaben, die sinnvoll waren. Es sind vor allem auch Mehrausgaben, denen keine Fehlleistungen politischer Natur zugrunde liegen.

Im Gegenteil, der Budgetvollzug des Haushaltsjahres 2017 durch die Landesregierung war diszipliniert. Es ist nichts aus dem Ruder gelaufen, und darüber hinaus konnten einmal mehr Verbindlichkeiten, Schulden in Höhe von zwei Millionen Euro, wie bereits im Vorjahr, oder im Jahr 2016 abgebaut werden.

Meine Fraktion stimmt dem Rechnungsabschluss 2017 zu, der im Übrigen der transparenteste in der Landesgeschichte ist, die Beilagen werden immer dicker und entwickeln sich langsam sozusagen zum Spiegelkabinett. Wir stimmen diesem Rechnungsabschluss 2017 guten Gewissens zu. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte sehr Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungsabschluss, wie schon gehört, bildet die Zusammenfassung der letztjährigen rot-blauen Politik. Es ist schlichtweg die Politik der alten Trampelpfade. Das haben wir bereits mehrmals erwähnt.

Es gab keine Visionen, es gab keine Ideen und auch keine Verbesserungen für die Burgenländer. Das ist evident und offensichtlich. Da kann man noch so viele Umfragen in Auftrag geben. Trotzdem weiß man, dass es für viele Burgenländer zu keiner Verbesserung gekommen ist. In vielen Bereichen hat sich nichts getan und die Landesregierung hat auch in vielen Bereichen die Themen der Zeit verschlafen.

Es gab keinen Plan zur Absicherung der Pflege oder hinsichtlich des Ärztemangels. Es gab auch keinen Plan gegen die Citymaut, da warten wir noch immer auf den Beschluss der SPÖ. Es gibt auch keine Idee beim Kulturzentrum Mattersburg. Hier gibt es nur halbe Sachen. Ganz im Gegenteil, der ländliche Raum wird hier ausgehöhlt und ich verstehe bis heute nicht, warum die Bürgermeisterin von Mattersburg diesem Plan zustimmen wird. *(Abg. Ingrid Salamon: Manche sagen es ist ein Kompliment, wenn man nicht verstanden wird!)*

Es gibt auch keine Stärkung der Gemeinden. Es gibt keine Verbesserung für den Wirtschaftsstandort. Stattdessen baut man in Wirklichkeit nur mehr Hürden auf und Stolpersteine für die Bürger, anstatt sie zu entlasten und hier Verbesserungen für das Burgenland herbeizuführen. Da fragen wir uns natürlich berechtigterweise, wo bleibt die visionäre Politik? Wo bleiben die wichtigen Meilensteine für unser Land?

Eure Trampelpfade laufen hier leider im Kreis, sie werden immer tiefer. Statt neue Wege aufzumachen und neue Wege zu gehen. Ihr könnt hier uns, der neuen Volkspartei,

folgen, wenn wir diese neuen Wege gehen. Dann können wir endlich unser Burgenland an die Spitze zurückbringen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir haben, und das wurde schon kurz vom Kollegen Molnár erwähnt, mit vielen gemeinsamen Beschlüssen auch gezeigt, dass wir die Tempomacher und die starken Alternativen im Burgenland sind. Nicht nur das Gemeinderechtspaket, das schon länger zurückliegt, sondern auch die Wohnbauförderung erst neulich, aber auch die Mindestsicherung passiert auf unseren Sätzen.

Beispielsweise auf die Akutordinationen haben wir vor über einem Jahr bereits aufmerksam gemacht. Nur hat es bei der Umsetzung leider doch ein paar Hürden gegeben, aber trotzdem zeigt es, dass wir die starke Alternative sind.

Geschätzte Damen und Herren! Der Rechnungsabschluss spiegelt nach wie vor nicht das wahre Bild des Landes wider. Die finanzielle Situation des Landes zeigt sich in verschiedensten Fakten in einer Schieflage. Wir zahlen pro Jahr 7,5 Millionen Euro an Kreditzinsen zurück. Wir haben 14 Millionen Euro für Bürgschaftsleistungen im Vorjahr ausgegeben. Wir haben zusammengefasst 1,3 Milliarden an Haftungen aushaften.

Das ist mehr als wir derzeit als Landesbudget haben. Wir haben, wenn wir die 272 Millionen Schulden im Abschluss zusammenrechnen, mit den ausgegliederten Schulden der Burgenland Holding und aller Beteiligungen über 1,4 Milliarden Schulden. Wenn ich das auf jeden Burgenländer hochrechne, sind wir im Schnitt bei 5.000 Euro pro Burgenländerin und Burgenländer. Das ist ein Schnitt, der höher ist als in vielen anderen Bundesländern.

Das ist ein Schuldenberg, den Ihr zu verantworten habt. Die FPÖ weist immer darauf hin, dass nun ein Pfad der Konsolidierung eingeschlagen wurde, wobei ich hier von nichts sehen kann. Weder im Rechnungsabschluss noch sonst wo, denn, wenn man zusammenfassend den Rechnungsabschluss ansieht, dann habt Ihr nur einen ausgeglichen Abschluss geschafft, weil Ihr 16 Millionen Euro aus den Rücklagen gebucht habt in der Nettosumme.

Nur deswegen ergibt sich dieser schön dargestellte Abschluss zum Stichtag vom 31.12. Denn wenn man den Kassenstand betrachtet, so hat sich das Minus in der Kasse um 12 Millionen Euro erhöht. Das sind negative Ergebnisse die man nicht in diesem schönen Licht darstellen kann. Hier zeigt sich einfach, dass das Vorjahr auch finanziell für das Burgenland ein sehr schwieriges war und keinen positiven Trend aufzeigt, sondern eher ein desaströses finanzielles Ergebnis.

Geschätzte Damen und Herren! Unser mittlerweile leidiges Thema, das sind die Zinsswaps. Es ist der Herr Landesrat im Vorjahr vor Weihnachten angetreten, er wird alle Baustellen des Landes beseitigen. Bis heute hat er sich nur groß in Szene gesetzt und groß angekündigt, dass alle diese Baustellen beendet werden.

Beim Zinsswap-Thema haben wir nichts als leere Worthülsen gehört. Mittlerweile hat sich der Schuldenberg auf über 60 Millionen Euro zusammengefasst. Das ist eine Summe mit der man vergleichsweise sehr viele andere Projekte positiv umsetzen hätte können.

Ich kenne keine Szenarien die von der Landesregierung in Auftrag gegeben wurden um hier auszusteigen, um etwaige Verluste abzufedern. *(Zwischenruf des Abg. Géza Molnár)* Ich möchte nochmal zusammenfassen, wir haben diese Zinsswaps des Landes seit einigen Jahren und seit vielen Jahren ist es nicht geschafft worden hier auszusteigen.

Jetzt hat der Herr Landesrat gesagt, er wird das Problem angehen und es lösen. Aber bis heute kennen wir keine Lösung. Ich glaube auch nicht, dass daran gearbeitet wurde. Denn auch heuer, bis zum heutigen Tag im ersten Halbjahr wurden bereits 3,7 Millionen Euro an Zinsswapgeldern verbraten.

Mit diesen 3,7 Millionen Euro kann man im Burgenland beispielsweise *(Abg. Manfred Kölly: Wer hat denn eigentlich zugestimmt?)* beinahe jeden Volksschüler mit einem Tablet ausstatten, um damit die Digitalisierung zu unterstützen. *(Abg. Géza Molnár: Super Idee!)*

Das sind Summen, die nicht mehr greifbar sind. Hier verschweigt aber die Landesregierung akribisch und mit großer Sorgfalt wie viel Geld mit beiden Händen aus dem Fenster geworfen wird.

Geschätzte Damen und Herren! Hier erwarten wir uns endlich eine Antwort, eine Lösung, um aus diesen Swaps auszusteigen. Das ist Geld, das der Steuerzahler schon längst hätte für andere Dinge brauchen können. Geschätzte Damen und Herren! Es wird Zeit hier Maßnahmen zu setzen. Das Problem ist, dass die SPÖ von Transparenz leider gar nichts hält.

Herr Kollege Kölly, hier sind wir uns zumindest einig, der Bürger hat aus unserer Sicht das große Recht darauf zu wissen was mit seinem Geld passiert, mit seinem Steuergeld. Er hat auch Recht auf Transparenz und uneingeschränkte Information. Es darf im Land kein Vertuschen mehr geben, kein Verschweigen mehr, beispielsweise über den 100 Beteiligungen, die das Land hält, haben wir als Landtag kein Einsichtsrecht.

Man versteckt sich hier hinter irgendwelchen Gutachten, hinter Stillschweigen, hinter dem Datenschutz, ja neulich sogar hinter Geschäftsgeheimnissen. Das kann nicht die Politik sein, die wir in der heutigen Zeit vertreten wollen. Ganz im Gegenteil, die Volkspartei Burgenland steht hier für Transparenz und für Ehrlichkeit. Das werden wir weiter vorantreiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Die vielen unendlichen Baustellen, die sich in den Vorjahren aufgetan haben, sind bis heute nicht bereinigt. Die ganzen Kulturbaustellen, die möchte ich an dieser Stelle nur kurz erwähnen, denn wenn ich über den Pichowetz, über die Esterhazy Oper oder gar über den KRAGES-Skandal sprechen würde, würde das den Rahmen, sprengen.

Wir wissen alle, dass hier so viel Geld in den Sand gesetzt wurde, hier braucht es endlich Antworten. Hier sind wir allen Burgenländer eine Antwort schuldig. Wenn wir das Krankenhaus Oberwart als neuestes Beispiel herannehmen, dann wissen wir, dass wir dort 13, 5 Millionen Euro im Vorjahr bereits in den Sand gesetzt haben. Bis heute gibt es kein Ergebnis. Keiner weiß, wann das Krankenhaus gebaut wird. Jeder weiß, dass keine 150 Millionen Euro dafür nötig sein werden, sondern mindestens das Doppelte.

Aber keiner weiß bis heute, woher wir dieses Geld nehmen. Also hier fehlt es noch an Weitblick und Visionen für das Burgenland. Hier fehlt es uns an Antworten. Ich hoffe, dass wir sie nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Monaten bekommen werden. Das Bedenklichste überhaupt ist aber, und Herr Kollege Molnár, die FPÖ sitzt hier daneben und schweigt, Ihr habt Euch ja eigentlich immer als die großen Aufdecker vor der Wahl präsentiert und habt versucht Verantwortung zu übernehmen.

Jetzt seid Ihr in der Verantwortung und im Prinzip habt Ihr bis jetzt nichts auf Schiene gebracht. Wenn ich den Landeshauptmann-Stellvertreter hernehme, es gibt keine einzige Initiative die bereits umgesetzt wurde, nach mittlerweile drei Jahren in seiner

Funktion, die Sinn- oder Mehrwert für die Burgenländer schafft. Ich glaube, das Landespolizeisicherheitsgesetz ist, immer noch in der Schublade.

Das Feuerwehrgesetz ist schon 17 Mal angekündigt worden und auch wenn Du jetzt sagst, lieber Géza, dass die Quantität der Beilagen und Erläuterungen immer dicker wird, das mag schon sein, aber auch in diesem Bereich gilt, dass die Quantität nicht für die Qualität spricht. *(Abg. Géza Molnár: Rechnungshofbericht lesen! Ich glaube, der sagt etwas Anderes!)* Ich glaube hier sollte man vielmehr auf die Inhalte schauen als auf die Seitenanzahl.

Geschätzte Damen und Herren! Die FPÖ-Wähler werden sich etwas Anderes erwartet haben.

Der Rechnungsabschluss zeigt zusammengefasst, dass das Land in einer finanziellen Schieflage liegt, dass man es vielleicht auf der einen Seite schönreden mag, aber am Ergebnis wird es nichts ändern. Wir müssen hier noch einige Beschlüsse setzen. Wir müssen hier noch einen anderen Pfad einlenken, um das Burgenland wieder an die Spitze zu bringen. Geschätzte Dame und Herren!

Wir werden diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Peter Heger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Peter Heger (SPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauergalerien! Der Rechnungsabschluss 2017, den wir heute debattieren, ist aus unserer Sicht ein positiver. Uns liegt ein positiver und ausgeglichener Rechnungsabschluss vor.

Ich darf daher gleich zu Beginn den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung, unter der Leitung von Abteilungsvorständin Mag.a Monika Stiglitz, Dank aussprechen. Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihren Einsatz und ihre genaue, ja eigentlich penible Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Mit meinem Debattenbeitrag möchte ich wieder zur Sachlichkeit beitragen.

Obwohl es mir nicht ganz leicht fällt! Denn sobald Emotionen überhand gewinnen, bleibt mit Sicherheit die sachliche Argumentation auf der Strecke. Der Rechnungsabschluss des Landes gibt über die Wirtschaftsführung und das Jahresergebnis Aufschluss. Und - das Land Burgenland ist aufgrund der rechtlichen Vorgaben verpflichtet, nach Abschluss des Finanzjahres einen Rechnungsabschluss zu erstellen.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, dass, auch wenn Sie vor allem von der ÖVP wieder versuchen die Finanzgebarung des Landes negativ darzustellen, ja schlecht zu reden, dass das einfach nicht stimmt, und das hat aus meiner Sicht mehrere Gründe.

Erstens, wir haben ein positives Ergebnis im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt. Wir haben ein deutlich besseres Maastrichtergebnis als im Voranschlag 2017 prognostiziert. Der Schuldenabbau entsprechend dem Finanzplan 2016 ist wieder um zwei Millionen erfolgt. Es gibt eine hohe Budgetdisziplin der einzelnen Ressortverantwortlichen.

Das System des Globalbudgets funktioniert, die Gesamthaftung der Bank Burgenland wurde abgeschichtet und weitere Empfehlungen des Burgenländischen

Landes-Rechnungshofes wurden umgesetzt. Mir ist schon klar, dass es wieder zu weiteren Emotionen führt, was ich jetzt festhalte.

Gerade die ÖVP hat ja jahrelang die Linie im Burgenland mitbestimmt. Vor allem haben auch zwei ehemalige ÖVP-Regierungsmitglieder unter Ihnen, auch die Zinstauschgeschäfte waren dabei, die Budgets mitverhandelt, mitgestaltet und letztendlich auch mitbeschlossen.

Jedem einzelnen von Ihnen, so meine ich, war damals auch bewusst, dass einige dieser finanziellen Entscheidungen weit über die eigene politische Tätigkeit hinausreichen werden. Dass es dann aber doch relativ schnell gegangen ist, das war ja nicht ganz so vorhersehbar. Gerade die ÖVP und vor allem Sie, und hier meine ich die Kollegen Steiner und Wolf, sind für die kostenintensiven Alternativvorschläge bekannt. Das betrifft immer und ausschließlich die Ausgabenseite. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Aber Ihr habt oft mitgestimmt!)*

Nicht nur, dass Sie nicht klar sagen was Ihre Wunschliste kostet, so sagen Sie auch nicht, wie Sie das finanzieren möchten. Mir ist bewusst, dass das glasklare und eindeutige Oppositionspolitik ist, die Sie seit geraumer Zeit betreiben. Aber seit 2015, seit dem Antritt der rot-blauen Koalition wurden nur mehr ausgeglichene Budgets beschlossen und seit 2016 sehen diese sogar im Schuldenabbau jährlich zwei Millionen Euro vor.

Ich sage Ihnen, ich habe mir eine Liste zusammengestellt, wo die wichtigsten Forderungen, die Sie in den letzten Jahren gestellt haben, Ihre ungedeckten Schecks aufgelistet sind. Da sind dabei der Verzicht auf die Landesumlage, der Verzicht auf Zinsen bei der Wohnbauförderung, ein 10-Millionen-Paket für den Tourismus, der KUZ-Umbau in der alten Version, die Ärzteförderung und Investitionen in die Landwirtschaft.

Weil Sie die Citymaut angesprochen haben und auch, wie ich die Diskussion hier miterlebt habe, über dieses 365 Euro-Ticket. Vor der Landtagswahl, vor der letzten Landtagswahl hat die ÖVP ein 1-Euro-Ticket pro Tag für das Burgenland gefordert. Die ÖVP-Kollegen Steiner und Wolf waren damals auch schon mit dabei. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Sind heute auch noch mit dabei!)*

Ich denke auch hier kann man davon ausgehen, dass Sie das auch über Steuermittel finanzieren wollten und nicht aus der eigenen Tasche.

Jetzt aber zu den von mir bereits erwähnten Fakten. Das Reinvermögen des Landes einschließlich der Landesanstalten sowie der Fonds steigt 2017 auf 1,075.714.341,66 Euro. Das wurde nur dank konsequenter Budgetierung unter großer Budgetdisziplin erreicht.

Alle Ressortverantwortlichen sind ausgesprochen verantwortungsvoll mit ihrem Globalbudget umgegangen, haben auf den Gesamtbudgetrahmen geachtet und so diesen positiven Rechnungsabschluss 2017 gemeinsam erreicht. Die Vorgaben, was die Bedeckung des Abganges gemäß dem Beschluss des Burgenländischen Landtages vom 1. Dezember 2016 unter Punkt 8 betrifft, wurden im Jahr 2017 vollinhaltlich erfüllt und seitdem werden keine Kassenkredite in Anspruch genommen.

Das alles führt zu den vorliegenden positiven Ergebnissen. Über die Mehreinnahmen und Mehrausgaben möchte ich nicht mehr referieren. Es wurde ja ausführlich darüber schon gesprochen. Aber eines ist mir noch wichtig: Gegenüber dem Voranschlag 2017 weist der Rechnungsabschluss 2017 einen Überschuss nach Maastricht von 41,27 Millionen Euro aus.

Dieser Maastricht-Überschuss ist die Kennziffer eines positiven Finanzierungssaldos aus den Einnahmen und Ausgaben des Landes. Auffallend im Rechnungsabschluss 2017 ist noch dazu der geringe Bruttopersonalaufwand, der sich allerdings auch erklären lässt, weil hier nur die aktiven Bediensteten und die Lehrer sowie die KRAGES nicht mehr hineingerechnet werden. Das war übrigens eine Empfehlung des Rechnungshofes, des Burgenländischen Rechnungshofes, der hier auch wieder gefolgt wurde.

Der Schuldenabbau laut Finanzplan 2016 wiederum zwei Millionen Euro, habe ich bereits erwähnt, und damit beträgt der Schuldenstand per 31.12., der schließliche Stand der Darlehen, 274 Millionen Euro. Das sind 23,35 Prozent der Gesamtausgaben der ordentlichen Gebarung. Der Stand der Darlehen wurde auch im Jahr 2017 wieder um zwei Millionen Euro gesenkt.

Das System der Globalbudgets funktioniert und ich möchte gerade am Beispiel der Gruppe 4, Soziales, Gesundheit und Wohnbauförderung deutlich machen. Hier wurden ausgabenseitig mehr als 8,6 Millionen Euro eingespart. Der Anteil für die Gruppe 4 an den Gesamtausgaben beträgt jetzt bei diesem Rechnungsabschluss weniger als 40 Prozent.

Nur durch den verantwortungsvollen Umgang mit den Rahmenbudgets war es möglich, die von Naturkatastrophen, vor allem durch die Spätfrostschäden betroffenen Landwirte entsprechend zu unterstützen. Weitere unvorhersehbare Ereignisse waren das Mega-Passjahr, die Beihilfen für Umweltkatastrophenschäden und Förderungen der Hagel- und Frostversicherung, die sich im Rechnungsabschluss 2017 niederschlagen.

Die Gesamthaftung der Bank Burgenland, habe ich schon gesagt, wurde abgeschichtet und die Haftungsobergrenzen wurden im Jahr 2017 ebenfalls unterschritten. Die weiteren Empfehlungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes wurden umgesetzt. So wurde beispielsweise dem Rechnungsabschluss 2017 auch ein Haftungsspiegel beigelegt und die Personalaufwendungen für die KRAGES sind ebenfalls nicht mehr dargestellt.

Zusammenfassend ist zu sagen, alle Vorgaben wurden eingehalten, wurden vollinhaltlich erfüllt und Einsatz, Engagement, Wirtschaftlichkeit, Augenmaß, Nutzung der entsprechenden Synergieeffekte und Einsparungseffekte für unser Land, das alles ergibt einen positiven und ausgeglichenen Rechnungsabschluss 2017, dem meine Fraktion gerne zustimmen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vielleicht vorab das eine oder andere zum Herrn Abgeordneten Wolf. Herr Abgeordneter, ich gebe Ihnen vielleicht zu Beginn einen persönlichen und politischen Tipp.

Sie werden den nicht annehmen, das ist mir klar, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Kommt darauf an!)* aber ich glaube der eine oder andere Abgeordnete scherzt schon sehr intensiv darüber: Sie sollten versuchen, glaube ich, sich nicht so sehr an Ihren Messias zu orientieren. Sie sollten versuchen, höchstwahrscheinlich Ihren Bundesparteivorsitzenden nicht zu kopieren. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Obmann!)*

Es wäre höchstwahrscheinlich besser, wenn man sich hier ans Rednerpult stellt, wenn man zumindest einmal frei gewisse Dinge auch sagen könnte, dann sieht man auch,

dass man sich mit der Materie befasst hat. Es ist ganz schlecht über alles zu polemisieren und einfach Phrasen herunter zu lesen. Jede Kopie, jeder Kopie ist immer schlechter wie das Original, merken Sie sich das. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sie haben in Ihrer Rede von alten Trampelpfaden gesprochen. Diese alten Trampelpfade, die Sie da angesprochen haben, das ist Ihnen schon klar und bewusst, dass die ÖVP sehr lange in Regierungsverantwortung war und sehr viel dazu beigetragen hat, dass diese Trampelpfade derzeit sehr tiefe Furchen sind und es unsere gemeinsame Aufgabe in der Regierung jetzt ist, diese Trampelpfade teilweise zu verlassen.

Inhaltlich zu den Themen, die Sie angesprochen haben, zum Kulturzentrum Mattersburg beispielsweise, sollten Sie schon wissen, dass eine Entscheidung gefallen ist und diese Entscheidung umgesetzt wird. Da können Sie noch so oft das Thema auf den Tisch legen, das ist aus unserer Sicht eine gute Entscheidung, eine vernünftige Entscheidung, hat auch ein gewisses Maß an Dezentralisierung der Verwaltung, hat auch eine vertretbare Größe was das Bespiel des Kulturzentrums betrifft, weil es natürlich aus Ihrer Sicht derzeit ja komplett egal ist, welche Mittel die öffentliche Hand einsetzt.

Als Oppositionspartei kann man natürlich alles fordern. Dass Sie diesen Weg gehen und dass Sie damit auch die Glaubwürdigkeit aus meiner Sicht in der Öffentlichkeit verloren haben, zeigt ganz einfach Ihre Forderung im Bereich der Spitäler. Vor drei Jahren war es Ihre Partei, war es Ihre Forderung, die Spitäler im Burgenland auf zwei zu reduzieren. Drei Spitäler zuzusperren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das entspricht nicht den Tatsachen! - Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist eine klare Unwahrheit!)*

Drei Spitäler zuzusperren, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Du sagst ganz bewusst die Unwahrheit!)* das ist dokumentiert, da gab es ein Interview, das ist öffentlich dokumentiert. Jetzt stellen Sie sich her, jetzt als Oppositionspartei. Geld spielt für Sie keine Rolle als Oppositionspartei. Jetzt wollen wir fünf Spitäler mit allen Möglichkeiten und Inhalten die es nur so gibt. Das ist unseriöse Politik.

Das ist unseriöse Politik, die aus meiner Sicht auch die Bevölkerung registriert. Man kann nicht nur immer alles kritisieren nur des Kritisierens Willen, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Zu Recht kritisiert!)* das ist Ihre Art Oppositionspolitik zu machen. Dann können Sie aber seriöser Weise nicht erwarten, dass was Sie immer einfordern, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bei fünf Tagesordnungspunkten waren Sie alle einer Meinung!)* in inhaltliche Politik für Burgenländerinnen und Burgenländer eingebunden zu werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn Sie einen Schritt weitergehen und das Burgenland in seiner Finanz- und Schuldengebarung schlecht reden, von einer finanziellen Schieflage reden, von Problemen reden, dann darf ich Sie darauf erinnern, ich weiß nicht ob Sie heute dazu gekommen sind, höchstwahrscheinlich nicht, weil Sie mit Ihrer Arbeit höchstwahrscheinlich als Imitator beschäftigt waren, um sich entsprechend vorzubereiten.

Vielleicht haben Sie heute den Standard gelesen *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: So viel Zeit habe ich nicht!)* und haben sich dort die Finanzstatistik der Länder und der Gemeinden angesehen. Wissen Sie was der Aufhänger des Standards war? Dieses Bild war der Aufhänger des Standards. *(Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil zeigt ein Bild.)* Wissen Sie welches Bundesland das ist? Das ist Niederösterreich mit einer sehr hohen Verschuldungsquote pro Kopf.

Auf Landesebene, mit einer extrem hohen Verschuldungsquote auf Gemeindeebene. Wissen Sie, wer die Verantwortung hat in Niederösterreich seit Jahrzehnten? Das sollten Sie wissen. Das ist Ihre Politik, die Niederösterreich dorthin

geführt hat und ich bin heute schon gespannt, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich bin nicht zuständig für Niederösterreich!)* wie Niederösterreich aus dieser finanziellen Schieflage herauskommen wird. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wie man einen Verschuldensgrad und die Finanz- und den Rechnungsabschluss und die finanzielle Situation des Landes beurteilt, muss man fairerweise aus meiner Sicht auch einen Gesamtblick haben. Der Gesamtblick ist ganz einfach jener, dass wir bundesweit, und das auch so viel an die Adresse des Bundes, eine Pro-Kopf-Verschuldensquote von ungefähr über 38.000 Euro haben.

Da ist auch der Bund gefordert, zukünftig entsprechende Maßnahmen zu setzen. Wir wissen auch dort, wer die Verantwortung trägt im *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Und getragen hat!)* Bereich der Finanzen und schon sehr lange trägt. 38.800 Euro tagesaktuell ist die Pro-Kopf-Verschuldensquote des Bundes. Wenn man da runterrechnet auf die Länder… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man da runterrechnet auf die Länder, ich glaube der Finanzminister, der Finanzminister war ein anderer, wenn ich mich so recht erinnere oder hat man das irgendwo vergessen, der auf der einen Seite in der Privatwirtschaft toll reüssiert hat und auf der anderen Seite sobald er in den Parteimühlen war, offensichtlich eine andere Politik verfolgt hat.

Wenn man das aber runterbricht auf die Landesebene, dann sieht man bei diesen Finanzstatistiken und bei diesen Pro-Kopf-Verschuldensquoten, dass wir auf der einen Seite, was das Land betrifft, im Mittelfeld liegen, an fünfter Stelle, das wäre eine Verschuldensquote pro Kopf von ungefähr 3.500 Euro. Weil wir es im Land eben gesamtheitlich sehen müssen, die Verschuldensquote der Gemeinden am niedrigsten in ganz Österreich ist, über 1.000 Euro ungefähr Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden.

Das ist schon ein Zeichen, dass die Landespolitik im Bereich der Finanzpolitik sorgfältig umgeht. Das ist ein Zeichen dessen, dass wir mit den Gemeinden gemeinsam sich Gedanken machen und dass die Belastungsquote zwischen Ländern und Gemeinde im Verhältnis drei Viertel zu ein Viertel am besten ausgeprägt ist in Österreich. Der Durchschnitt liegt ungefähr zwei Drittel/ein Drittel.

In Niederösterreich ist es sicher auch anders, ich glaube in Niederösterreich müssen die Gemeinden auch 50 Prozent zu den Spitalskosten, die ja Sie so strapazieren, auch mitbezahlen.

Dieser Weg ist aus meiner Sicht ein ganz ein wichtiger. Dieser Weg führt keinesfalls dazu, dass hier eine Schieflage des Landes entsteht. Das ist ein Schlechtreden des Landes. Das ist ein Schlechtreden des Landes Burgenland und in weiterer Folge der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Wir haben 2015 - und das war vor drei Jahren schon - die Entscheidung getroffen, hier einen ausgeglichenen Haushalt erstmalig zu schaffen. Das wurde 2016 in weiterer Folge erreicht. Dann sukzessive auch ein Schuldendämpfungspfad eingeschlagen mit einem jährlichen Ziel zwei Millionen an Schulden abzubauen. Das wurde 2016 erreicht. Das wurde auch im Jahr 2017 erreicht.

Wenn Sie angesprochen haben, insbesondere den Bereich der Holding, insbesondere auch den Bereich wie transparent ist man als Land, sage ich Ihnen auch an die Adresse der Opposition: Sie müssen sich ganz einfach informieren, welche Rechte Ihnen gesetzlich zustehen. Das ist ganz einfach. Sie haben Akteneinsichtsrechte, Sie haben Rechte, die Sie parlamentarisch wahrnehmen können. Ich würde Sie bitten darum. Sie nehmen sie nicht wahr.

Ich kann mich nicht erinnern, dass in den letzten drei Jahren ein Abgeordneter der ÖVP irgendwann Akteneinsicht beantragt hat. Zum Bereich der Holding ist es… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Bereich der Holding ist es auch ganz klar. Im Bereich der Holding - das ist ein ausgegliederter Bereich - dort ist der Staat – *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dort spielt sich ab, was der Kollege Wolf kritisiert hat!)* der Sektor Staat öffentlich unterwegs. Das gleiche System gibt es in Niederösterreich, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hat niemand gutgeheißen. Niemand!)* dort argumentiert die ÖVP anders. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Im Bund funktioniert es komischerweise. Dort müssen sie nicht, aber dort machen sie es.)* Das gleiche Regime gibt es auf Bundesebene, dort argumentiert die ÖVP auch anders.

Daher ersuche ich Sie, auf rechtlich sicheren Beinen stehen zu bleiben und nicht zu polemisieren und entsprechend hier zu argumentieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Um Ihnen auch einen Ausblick in die Zukunft zu geben: Wir werden - und das ist aus meiner Sicht ein ganz ein wesentlicher Punkt - wir werden uns, wenn es um die Budgetplanung für das nächste Jahr geht, wenn es um Zukunftsperspektiven geht, werden wir hinkünftig mit Sicherheit nicht irgendwelche Wirtschaftsprognosen strapazieren, sondern wir werden uns stringent an unseren Budgetrahmen, an unserem Budgetpfad halten, das wird nämlich ein Garant dafür sein, dass wir unser Einsparungsziel in weiterer Folge erzielen werden.

Sie haben Recht, wir haben ein Thema, das sind die Swaps, hier braucht überhaupt nichts geleugnet werden, aber das ist ein komplexes Thema, das ist ein schwieriges Thema mit mehreren Vertragspartnern, das muss man zuerst rechtlich seriös beurteilen, alles andere wäre unseriös, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ist ja groß angekündigt worden.)* und hier jeden Tag entsprechend zu fordern, wann gibt es Ergebnisse, ist mehr als unseriös.

Diese Ergebnisse wird es im heurigen Jahr noch geben und Sie werden sicherlich in weiterer Folge hier im Landtag darüber diskutieren können, weil das ist eine Aufgabe des Landes, es fällt auch in die Landesgebarung, da sind Sie dann in weiterer Folge zuständig, und ich hoffe, dass Sie als Opposition diese Zuständigkeit dann auch wahrnehmen werden und Sie vielleicht auch genauer wie jetzt und heute den Rechnungsabschluss, auch die Inhalte zu den Swaps-Ergebnissen durchlesen werden.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Landesrat, wenn ich das jetzt für mich nur persönlich richtig rekapituliere, sind Sie im Dezember des vergangenen Jahres zum Landesrat gewählt worden und haben sich während der letzten Sitzungen im ersten Halbjahr dieses Jahres ausschließlich bei Fragestunden zu Wort gemeldet.

Die heutige Wortmeldung ist, glaube ich, die erste zum Sachverhalt insgesamt und zum Plenum in der Darstellung. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)* Ich nehme zur Kenntnis und das hätte ich auch nicht erwartet und deshalb reagiere ich auch darauf. Ich wollte mich zu Wort melden, um Ihnen von vornherein zuzubilligen, dass Sie Zeit

brauchen, um die Sachen, die passiert sind über die letzten Jahre aufzuarbeiten und entsprechend abzuhandeln.

Aber das, was Sie jetzt geliefert haben, ist genau das, was Sie im Vorwurfssinne der ÖVP gegenüberstellen. Sie haben von Polemik gesprochen, Sie haben aber genauso polemisiert. In einer Form, die - glaube ich - im Sinne der Regierung, auf die Opposition, oder insgesamt auf den Landtag mit Sicherheit nicht zuträglich ist.

Wenn ich grundsätzlich festhalten darf, dann war es die SPÖ und war es die ÖVP, die über die letzten Jahrzehnte Österreich und das Burgenland regiert hat. Das heißt, ich kann im Endeffekt niemanden der beiden ausklammern, dass sie Verantwortung für die in den Budgets gegeben Inhalte gesetzt haben. Es ist daher auch meiner Ansicht nach nicht ratsam, den einen immer zu prügeln und den anderen auszulassen.

Sie haben mit Bekenntnis zur Wahrheit festgehalten, zum Beispiel nur auf die Swaps, dass das etwas ist, das für das Gesamtgebaren des Landes, für die Burgenländer und Burgenländerinnen nicht zuträglich ist.

2003 in einer Euphorie auf die Gegebenheiten wir sind gescheiter weil die Finanzwirtschaft das in irgendeiner Form so ausdrückt. Wir sind gescheiter als viele andere, hat man sich auf dieses Geschäft eingelassen. Inzwischen sind 15 Jahre vergangen. Innerhalb dieses Zeitraumes sind rein aus dieser spekulativen Leistung, die Ihr Vorgänger, der Herr Landesrat Bieler außer Dienst, nie zugebilligt hat, inzwischen über 80 Millionen Euro Finanzschulden für das Land erwachsen.

Ich hätte, und das war mein Ansatz, hier Ihnen heute zugebilligt, Sie sind ein Halbjahr im Amt und sind über mediale Berichterstattung bereit, dieses nicht einfache Kapitel in die Hand zu nehmen. Sie haben auch vom Rechtsbeistand gesprochen, den Sie dafür benötigen, um dieses Kapitel aufzuarbeiten. Nunmehr steht die Diskussion mit uns hier im Landtag ins Haus, wo es darum geht, wo Sie sagen, das Ganze ist ein schwieriges Thema. Ich glaube, niemand der sich in dieser Materie nur ein bisschen auskennt, wird Ihnen das in Abrede stellen.

Nur inzwischen, wenn wir es heuer nicht schaffen sollten, steigt die Finanzschuld des Burgenlandes bezogen auf die Swaps noch einmal um zirka acht Millionen Euro. Das kann ja nicht die Zukunft sein, daher wäre es mehr als angebracht, nachdem es Wien geschafft hat, zum Beispiel aus Schweizer Franken-Krediten auszusteigen, wir es noch immer nicht geschafft haben, die in der Holding gegebenen Schweizer Franken-Kredite zu 100 Prozent abzubauen. Das Kapitel so darzustellen, es wird sich schon irgendwann ändern.

Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, in der Verantwortung, die Sie wahrnehmen, dass es höchst an der Zeit ist, das von Ihnen übernommene Budgetkapitel mit allen vorhandenen Schwierigkeiten, die dort verhaftet sind, zu lösen, denn es kann nicht sein, dass jede Burgenländerin und jeder Burgenländer, so, wie Sie statistisch angeführt haben, Jahr für Jahr, Tag für Tag um einen Schuldenberg angewachsen eine Schuld auf sich lädt, für die er nichts kann.

Das war ein rein spekulatives Handeln, das habe ich Ihrem Vorgänger schon festgehalten und ausgedrückt, als Privatperson durchaus billige, aber im Landessinne, in der öffentlichen Verwaltung, nicht zugestehen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie, Herr Landesrat, haben gerade davon gesprochen, was die Pro-Kopf-Verschuldung betrifft österreichweit und landesweit. Ich bitte Sie von vornherein, auf Folgendes Rücksicht zu nehmen, nämlich den Kernhaushalt

und die ausgelagerten Gesellschaften. Wenn wir das nämlich trennen, dann kommen wir auch auf Inhalte, die wir gemeinsam diskutieren können.

Sie haben sich auf die sogenannte Verschuldung pro Kopf bezogen auf den Kernhaushalt. Wenn Sie die ausgelagerten Gesellschaften mithinzunehmen, ist der um etliche Hunderttausende oder Millionen höher, und daher auch pro Kopf die Verschuldung um etliches höher. Der Vergleich zwischen den Bundesländern. Das hat der Herr Landeshauptmann Nießl zu seinem Credo erhoben und uns immer als Musterschüler, als Wachstumskaiser, als Bildungskaiser und was weiß ich hingestellt.

In Wirklichkeit, wenn ich das Burgenland im Verhältnis auf Österreich in den Dimensionen des Haushaltes betrachte, sind wir die kleinste Portion und die kleinste Einheit. Diese im Vergleich mit anderen Bundesländern zu sehen, entspricht schon nicht den Gegebenheiten. Das ist ein schwieriges Unterfangen und grenzt eigentlich an so etwas wie Größenwahn, den ich Ihnen nicht zubillige, wo ich meine, Sie sind ein konsequenter Arbeiter und deshalb sollten Sie das auch vermeiden, in dieser Form tunlichst mit Finanzinhalten umzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 2017 im Rechnungsabschluss, das ist noch nicht Ihre Verantwortung. Sie haben im Endeffekt diese Vorlage jetzt geliefert, die in der Ausführung Ihr Vorgänger in der Gesamtheit zu verantworten hat. Jetzt komme ich auf den Punkt, den eigentlich alle Vorredner noch nie, oder nicht so dargestellt haben, der Kollege Kölly hat davon gesprochen, aber im Detail noch nicht.

Wenn Sie sich diesen Rechnungsabschluss ein wenig in den Inhalten ansehen, dann werden Sie festhalten, dass das meiste, das eingespart im Ausgabenbereich wurde, durch die Kreditsperre entstanden ist - von 15 Prozent quer über die gesamten Gegebenheiten - und durch sogenannte Minderausgaben, und dabei wird es jetzt interessant.

Wenn ich zum Beispiel nur den Sport ins Visier nehme. Der Sport hat zum Beispiel Minderausgaben unter dem Posten „Vereine, Spielbetrieb, Förderung“ von 146.000 Euro. Ich erinnere daran, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass etliche Fußballvereine auch heuer wieder die Türen schließen und zwar für immer. 146.000 Euro liegen im Sportbereich im Burgenland bereit. Sie werden nicht ausgeschöpft.

Jetzt kann man die Verantwortung nicht jetzt der Regierung umbinden, aber im Prinzip, für alles hat man quasi eine Bewerbungsförderschiene. Das hat man nicht beworben, und so kommt auch zustande, dass etwas nicht ausgeschöpft wird. Das zieht sich von Punkt zu Punkt durch.

Dann gibt es noch einen entscheidenden Faktor, der in der Bewertung des Rechnungsabschlusses berücksichtigt werden sollte, nämlich die Minderausgaben und die Kreditsperre und dann in der Ausführung noch etwas, das im Grunde genommen für jeden Haushalt eine ganz interessante Position darstellt, nämlich zum Beispiel Beträge auf Sanierungsmaßnahmen Wohnbauförderung.

Wenn sich jemand das zu Gemüte geführt hat, sind insgesamt 12 Millionen Euro an Wohnbausanierungsmaßnahmen und Wohnbauförderungsmaßnahmen nicht ausbezahlt worden.

Andererseits - und das ist der nächste Punkt - passiert etwas, dass Rechnungen für 2016/2017 gelegt werden und quasi etwas überbrückt wird. Ich kann mich erinnern, dass das technisch durchaus möglich ist, aber rein vertraglich und gesetzlich nicht gedeckt scheint. Dieses Kapitel ist zum Beispiel interessant im Bereich des Feuerwehrwesens, des Landesfeuerwehrwesens, wo für die Lüftungsanlage und für den Speisesaal 2016 bestellt

und geordert wurde, ausbezahlt und im Rechnungsabschluss verankert 2017 und zwar Beträge von 330.000 Euro.

Das heißt, ich bin ja eigentlich etwas, was das Budget in der Wahrheitsfindung total verquert. Da kommt es nicht auf das an, was substantiell richtig ist in der Haushaltsdarstellung, sondern da wird verschoben von einem Jahr auf das andere und wird quasi sichergestellt, naja, irgendwann werden wir es schon bezahlen, und dementsprechend ist die Situation einigermaßen bedenklich.

Was interessant ist, wo allgemein gespart wurde, auf der einen Seite für Vereine, für Wohnbauförderungsmittel und anderes, auch im Bereich des Sozialen, finden wir auf der anderen Seite Ausgabenpositionen, die absolut in eine Dimension gehen, wo kein Bürger, keine Bürgerin im Burgenland Verständnis dafür aufbringt.

180.000 Euro zu gegebenen 450.000 Euro zusätzliche Repräsentationskosten, und wenn man das dann im Detail verfolgt, kommt man zu dem Schluss, weil die Kirchenzeitung „Martinus“ nicht alljährlich eine Generalversammlung abgehalten hat, ist man zu ausgabentechnisch notwendigen Zusatzpunkten gekommen und hat damit einen Teil der 180.000 Euro abdecken müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde manches nicht nur eigentlich satirisch, skurril und komisch, sondern manches ist verdeckt und einigermaßen nicht nachvollziehbar. Wenn ich Ausgabenpositionen hernehme, die für Sie, Herr Landesrat Doskozil, jetzt im Ressortbereich zuständig anfallen, Kultur: Der Kulturbereich ist der Bereich im Burgenland, der am wenigsten ausgabenseitig berücksichtigt wurde.

Wenn ich dann auf museale Gegebenheiten hinschaue, dann haben sich die meisten Gelder auf diese Art und Weise erspart, weil man das Personal nicht nachbesetzt hat, und das weist jetzt der Rechnungsabschluss aus. Wir haben weniger Personal und haben damit im Kulturbereich um einiges weniger ausgegeben.

Die LSZ hingegen, die haben wir schon im Rechnungshofbericht. Die Landessicherheitszentrale hat 2017 einen außerordentlichen Bedarf im zusätzlichen finanziellen Rahmen gehabt und einen Zuschuss von 1.027.510,55 Euro wieder einmal für sich reklamiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man könnte über den Rechnungsabschluss im Detail vieles verlieren, ich will mich nicht auf die Polemik SPÖ, ÖVP einlassen, wo die FPÖ im Endeffekt sagt, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* wir waren nirgends dabei. Wir werden das erst sehen und wir haben jetzt, so, wie es der Géza Molnár gesagt hat, wir haben nur festzustellen, dass das ausgabenseitig und einnahmenseitig eines der besten Budgets war, weil wir jetzt dabei sind. *(Heiterkeit des Abgeordneten Walter Temmel)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist einigermaßen bedenklich und das fällt auch in Ihren Aufgabenbereich - die Diskussion „Krankenhäuser“. Ich werde mich jetzt nicht an der Diskussion um fünf Standorte, vier Standorte oder sechs Standorte beteiligen, und das haben Sie in der Umfrage jetzt festgehalten. „Willkommen Gesundheit“ ist für den Bürger im Nordburgenland, und ich nehme an, auch im Südburgenland eine unteilbare Kategorie, und darauf legt der Bürger, die Bürgerin wert.

Wenn man über die Spitäler und das Spitalswesen, Gesundheitswesen insgesamt diskutiert, dann bringen Sie für sich nach einem halben Jahr Materiendiskussion oder -schau ins Gespräch, dass wir, wenn nicht, ich glaube, 2020 ist die Zahl, wenn wir uns nicht zusammenreißen, dann brauchen wir ungefähr 220 Millionen zusätzlich an Budgetmitteln und die sind derzeit nicht vorhanden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt komme ich im Reflex für alle, die das bisher, was ich gesagt habe, so mit einem ganz bescheidenen Beitrag gekennzeichnet haben, was ich mir erlaube, dass ich so etwas sage, Frau Kollegin Salamon. Einen Beitrag, den liefere ich Ihnen jetzt frei Haus und den wird der Herr Landesrat auch leider bestätigen müssen, weil es der Fall ist. Er hat über die KRAGES gesprochen und über das Krankenhauswesen.

Wissen Sie, Frau Kollegin Salamon, und sagen Sie es auch den Burgenländerinnen und Burgenländern, was das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt für eine Schuld von Seiten des Landes noch nicht in der Erfüllung hat, wie groß quasi der Schuldenauftrag des Landes gegenüber den Barmherzigen Brüdern ist, was sie vom Land bekommen? Wissen Sie das? Ich glaube nicht. Das ist auch das, was im Grunde genommen am meisten weh tut, wenn wir über Budgetzahlen und -inhalte sprechen, wobei oft etwas gesagt wird, das nicht das Gesamtbild zeichnet.

Die Barmherzigen Brüder Eisenstadt - zu Ihrer Kenntnis und für alle Burgenländerinnen und Burgenländer - hat gegenüber dem Land einen Forderungskatalog in offener Form von über 30 Millionen Euro. Nicht jetzt seit gestern, sondern aus der Vergangenheit schon.

Es heißt, er hat das zu bewältigen. Er hat das umzusetzen, was sich ergibt *(Abg. Ingrid Salamon: Meinen Sie jetzt den Herrn Landesrat? Weil Sie haben mit dem Finger wo anders hingezeigt.)* und was in Wirklichkeit ist. Dem Herrn Landesrat ist das auch bewusst, deswegen hat er auch davon gesprochen, was sich da noch auftürmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können über Finanzen reden in einer breiten Form. Wir können über Budgets reden, wo viele von uns Budgets verantwortet haben, öffentliche Bereiche. Ich habe es dem Landesrat Bieler, seinem Vorgänger, gesagt, ich kann im Grunde genommen fünf Minuten Rittmeister sein - wie es der Volksmund sagt - und 30 Jahre Zahlmeister. Bei gewissen Positionen ist die Verantwortung im Grunde genommen immer auf andere abgeschoben und damit ist das Ganze durchaus in Ordnung.

Das ist aber der falsche Weg, weil jeder von uns hat Steuermittel zu verantworten, egal in welcher Form, und da sollte man nicht nur Rücksicht nehmen auf sein eigenes Befinden, sondern auf das, für den man das beantwortet, und das sind die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Daher, Herr Landesrat, zum Schluss kommend an Sie gerichtet. Ich hoffe, dass Sie den Weg, den ich von meiner Warte aus und in meiner Meinungsbildung Ihnen gegenüber angetragen habe, dass Sie den konsequent angehen und nicht versuchen, sich in der Form in Details über Inhalte hinüberzuschwindeln, die im Endeffekt, wenn es nicht anders geht, dann Ihrem Nachfolger wieder Riesenprobleme bereiten.

Sie haben eine Position eingeschlagen, dass Sie sich der Verantwortung stellen. Sie haben sich die größten „Binkerl“, die das Burgenland jemals geschnürt hat, umgehängt. Jetzt ist es auch an der Zeit zu liefern.

Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie das nicht in einem halben Jahr konnten. Aber das nächste halbe Jahr in der Forderung nach einjährigem Handeln ist mehr als angebracht. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landesrat Doskozil, Sie haben jetzt schon einen sehr eigenartigen Auftritt geliefert, möchte ich Ihnen sagen. Sie sind, oder Sie haben es mir schon erklärt, selten Gast hier im Hohen Landtag, Sie haben das auch begründet. Sie meinten, das ist das Auditorium, das ist das Dialogforum der Abgeordneten, und die Regierung hat die Fragestunde zu erledigen und eben dann die eine oder andere Tagesordnung.

Wenn Sie dann Gast hier sind und zuhören, und ich hab das auch getan, obwohl ich nicht im Saal war, ich habe eine Pause in unserem Klubraum gehabt und habe zufällig auch die Rede vom Abgeordneten Wolf mitverfolgen können, zugegeben, die eine oder andere nicht, aber gerade diese habe ich mir angehört. Dann sagen Sie, er hat runtergelesen, er hat vorgetragen und außer Polemik nichts zum Besten gebracht.

Ich möchte Ihnen schon sagen, vielleicht, wenn Sie schon selten Gast sind, dann kommen Sie nicht, um zu schulmeistern. Ich möchte Ihnen offen sagen, es gibt hier im Raum wahrscheinlich blendende Rhetoriker, es gibt Leute, die halten sich lieber an ein Skript und es gibt den einen oder anderen, der ist halt nervös, wenn er in der Öffentlichkeit sprechen muss. Das macht ihn aber unter keinen Umständen - und das betone ich hier deutlich - zu einem besseren oder schlechteren Abgeordneten.

Das Einzige, das ist, wenn man ein Skript hat, dann bleibt man meistens eher bei den Fakten und polemisiert weniger. Was haben Sie gemacht? Sie erzählen uns auf der einen Seite, wir dürfen nicht sagen, dass das Land in einer finanziellen Schieflage ist, wenn es darum geht, Zinstauschgeschäfte zu beenden.

Herr Landesrat, Sie sind der Erste, der auf eine Anfragebeantwortung, in dem Fall war es ein Antrag, der dann Sie zu einer Stellungnahme aufgefordert hat, der Erste, der gesagt hat, diese Swaps sind ein Nachteil für das Land. *(Abg. Gerhard Steier: Das hat die Stiglitz Monika gesagt.)* Wissen Sie, was Ihr Vorgänger gesagt hat? Gut, das hat die Kollegin Stiglitz gesagt, ist auch in Ordnung, aber der Herr Landesrat hat es unterschrieben.

Tatsache ist, dass Ihr Vorgänger bis dato gesagt hat - halten Sie sich fest -, das geht sich alles nur bis 2033 aus, wir können ein Leck von 60 Millionen Euro Zinsen noch schaffen, wenn die Zinsen sich verändern. Ja, wo sollen die hinsteigen? Auf plus zehn Prozent?

Tatsache ist, Sie haben zum ersten Mal etwas anderes gesagt, und ich muss Ihnen sagen, ich war überrascht. Da habe ich mir gedacht, ist in Ordnung, gut, übers Tempo kann man streiten, dauert noch eine Weile, Sie befragen noch Experten, ist in Ordnung. Aber das war Ihre Stellungnahme.

Wenn ich als Abgeordneter von Ihnen belehrt werde, dass ich Rechte habe, etwas zu hinterfragen und Akteneinsicht zu nehmen. Wissen Sie, was die Realität im Burgenland ist? Ich kann jedes Gehalt eines Managers von einer ausgelagerten Gesellschaft erfragen. Wissen Sie wie? Irgendwer im Land erzählt es mir immer.

Nur wenn ich als Abgeordneter Sie frage, der dort vielleicht in der Eigentümerversammlung die Verantwortung hat, oder den Landeshauptmann frage, dann bringt mir der eine Packung Papier und erzählt mir, er hat ein Gutachten gemacht von dem Wissenschaftler und vom nächsten und rauskommt, wir dürfen nichts wissen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Also wenn Sie noch einmal im Landtag sagen, wir sollen als Abgeordnete unsere Rechte nutzen und hinterfragen und Akteneinsicht nehmen, dann öffnen Sie all diese

Dinge, die der Herr Landeshauptmann bis jetzt aufgrund fadenscheiniger Gutachten, das sage ich hier zu Recht, das sage ich hier auch ganz deutlich, lasse mich auch gerne eines Besseren belehren.

Bis jetzt konnte uns niemand sagen, dass es außer Verstecken, Tricksen und Tarnen andere Gründe gibt, warum die Opposition und auch Sie als Abgeordnete der Regierungsfraktionen nicht in diese Akten, nicht in die ausgegliederten Gesellschaft Einsicht nehmen können.

Das werden wir weiter fordern, egal, wie lange es dauert! *(Beifall bei der ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Noch etwas, Herr Landesrat, es interessiert mich überhaupt nicht, was die Kollegen in Niederösterreich machen. Ich bin fürs Burgenland gewählt. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ)* Die Frau Landesrätin Eisenkopf hat heute hier gesagt, sie interessiert nicht einmal, was der Bundesrat macht, sie ist verantwortlich für das Burgenland. Dann wird ja ein Abgeordneter dasselbe sagen dürfen, *(Abg. Ingrid Salamon: Ja, selbstverständlich!)* ohne irgendwie von Euch mit einem Lacher bedacht zu werden.

Tatsache ist, wir haben niemals, kein Abgeordneter der Volkspartei hat jemals gesagt, dass ihm die Frage der Transparenz auf ein Bundesland bezogen wichtig ist. Wenn das in Niederösterreich nicht möglich ist, was wir fürs Burgenland fordern, habe ich überhaupt kein Problem, das den Kollegen zu sagen, dass wir auch das dort nicht in Ordnung finden, denn diese Maßstäbe gelten für alle Landtage.

Ich kümmere mich um unseren Landtag. Ich hoffe, die Kollegen in Niederösterreich, oder Sie als Oppositionskräfte dort, kümmern sich um die niederösterreichischen Angelegenheiten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auf die Vergangenheit bezogen, Sie vergessen offensichtlich sehr schnell. Grad haben Sie uns die Bundesschulden präsentiert. Ich meine, wer war jetzt Bundesminister? Entschuldige, Norbert, Du natürlich auch. Also beide Vertreter waren Bundesminister. Also wenige hier im Raum sind verantwortlich für die Bundesschulden, vielleicht jene, die mit dazu beigetragen haben, dass sie größer oder kleiner werden.

Das andere möchte ich Ihnen nur sagen, schauen wir doch nicht in die Vergangenheit, schauen wir tagesaktuell nach Tirol, um ein anderes Bundesland zu bemühen. Wissen Sie, was dort die SPÖ heute gemacht hat?

Die SPÖ Tirol fordert ein Transparenzportal. Nämlich gemeinsam mit allen Oppositionskräften des Landes möchten sie Bedarfszuweisungen, Förderungen und Großinvestitionen des Landes öffentlich nachsehbar machen. Ich kann Ihnen nur sagen, die Kollegen von der SPÖ Tirol haben die besten Vorschläge, die wir auch unterstützen werden.

Wir werden ähnliche Vorschläge bringen. Ich bin gespannt, wie Sie darauf reagieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Ingrid Salamon das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kollegen! Ich habe jetzt wirklich lange zugehört und überlegt, ob ich mich zu Wort melde. Dieses Ablenkungsmanöver … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Falsche Entscheidung getroffen.)*

Bitte? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Falsche Entscheidung getroffen. – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)* Super! Danke!

Jetzt kann ich ja gleich anfangen mit dem Abgeordneten Sagartz, ich weiß nicht, warum Sie jetzt so aggressiv geworden sind. Mir hat Kollege Steiner bei meiner ersten Wortmeldung heute Aggressivität vorgehalten. Das war es wirklich nicht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich war jetzt überrascht.)*

Wissen Sie warum? Sie können natürlich in Rage sein, aber man ist immer nur dann in Rage, wenn man ein schlechtes Gewissen hat. *(Beifall bei der SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bin nicht in Rage, und Sie werden mich auch nicht in Rage bringen, lieber Herr Kollege. Weil eines ist schon klar. Ich weiß nicht, seit wann sind Sie nicht mehr in der Landesregierung? War da nicht irgend so ein Jahr 2015? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Er war noch nie in der Landesregierung. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich war noch nie.)* Die ÖVP, wie immer Sie damals geheißen haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: 2015!)* Ist ja völlig egal.

Sie ziehen auf der einen Seite, wenn es Ihnen passt, die Vergangenheit her und sagen, die Zukunft interessiert mich nicht. Wenn es Ihnen nicht passt, dann sagen Sie immer, Leute, was vergangen ist, ist vergangen, mich interessiert nur die Zukunft. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich habe heute beides geschafft.)*

Schauen Sie, dieses Theater, das Sie hier abhalten, mag Ihnen vergönnt sein. Sie können sich gerne aufregen, aber Sie müssen dann immer mit dem gleichen Maß messen. Sie können nicht einmal so sagen und einmal so. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir hören eh zu.)* Mehr will ich im Prinzip gar nicht dazu sagen, weil Sie sich selbst irgendwie in eine Ecke stellen. Hier immer den Moralapostel beim Rednerpult zu machen und wenn Sie draußen sind, oder die Abgeordneten nach Hause schicken, zu sagen, dass relativ sehr viel Kritik gemacht wird, die nicht sachlich ist.

Herr Kollege Steier, ich weiß ja nicht, Ihre hellseherischen Fähigkeiten sind denn dann erst nach der Wahl 2015 gekommen? Oder haben Sie die vorher auch gehabt? Warum sage ich das? Liebe Zuhörer zu Hause, man kann natürlich wirklich immer sehr austeilen, negative Dinge machen, wenn man nicht mehr in der Verantwortung ist.

Aber was Sie vielleicht nicht vergessen sollten, alle, meine lieben Burgenländerinnen und Burgenländer, wo machen Leute vorher tätig waren, wo Sie mit Verantwortung getragen haben und siehe da, es kommt eine Wahl, man hat nichts mehr zu reden und ist beleidigt.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Abg. Markus Ulram: Ist es moralisch vertretbar, wenn man „Regime“ sagt?)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Herr Kollege Ulram, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Landesrechnungsabschluss 2017 wird somit mehrheitlich genehmigend zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten

Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen Erfassung einer Entschließung (Beilage 1336) betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen (Zahl 21 - 943) (Beilage 1363)

Präsident Christian Illedits: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen Erfassung einer Entschließung, Beilage 1336, betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen, Zahl 21 - 943, Beilage 1363.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden in einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen in ihrer 32. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Berichterstatter gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Im Namen der beiden Ausschüsse stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als ersten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einer Rechnungsabschlussdebatte, die am Schluss emotional geworden ist, gehört aber auch dazu zum Hohen Haus, muss ich dazu sagen, aber im Endeffekt glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir Dinge aufzeigen und schlussendlich auch irgendwann in der nächsten Zeit, in Bälde, umsetzen dürfen und können. Das wäre uns eine ganz wichtige Sache.

Wenn wir heute einen selbständigen Antrag der Abgeordneten Ingrid Salamon und Géza Molnár am Tisch liegen haben, die Entschließung betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zirka 20 Jahre im Hohen Haus und die Pendler waren immer die, die die „Gschröpften“ waren und die immer draufgezahlt haben.

Immer wieder habe ich darauf hingewiesen, dass man hier einiges ändern muss. Da hat es immer geheißen, es gibt eine Rückholaktion von Pendlern. Da waren wir bei 25.000. Jetzt, wenn ich mir das anschaue, wie viele Pendler tatsächlich auspendeln

müssen, schaut die Welt schon ein bisschen anders aus und das ist meiner Meinung nicht ohne.

Das heißt, wir müssen uns auch hier Gedanken machen, wie wir in Zukunft mit unseren Pendlerinnen und Pendlern, mit unsere Leute, die auswärts pendeln müssen, und zwar sind immerhin an die 100.000 davon leider Gottes betroffen. 133.000 Menschen sind erwerbstätig in diesem Land. 100.000 davon arbeiten nicht in ihrer Wohngemeinde. Die Hälfte davon pendelt innerhalb des Burgenlandes, die andere Hälfte davon pendelt innerhalb des Burgenlandes, die andere Hälfte verlässt das Bundesland um auswärts zu arbeiten. Wien und Niederösterreich sind hierbei die am meisten angesteuerten Ziele.

Dem stehen 13.000 Personen gegenüber die ins Burgenland hereinpendeln oder arbeiten kommen. Diese Zahlen werden sich angesichts der prognostizierten demographischen Veränderungen noch weiter verschieben, was Handlungsbedarf auch beim öffentlichen Verkehr hervorruft, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich denke, dass wir im Land gefordert sind, nicht nur Straßen zu bauen, das wissen wir, das ist sehr notwendig und dazu stehe ich auch, aber den öffentlichen Verkehr weiter auszubauen. Wenn heute ein Antrag uns vorliegt seitens der SPÖ und der FPÖ, wo sie sich Gedanken machen das alles hier aufzurollen und umzusetzen, da kann ich nur sagen, vor zehn Jahren hat es schon so einen Antrag gegeben, genau fast mit den gleichen Punkten.

Daher zu der vorigen Debatte. Ich hätte gerne Protokolle herausgesucht und herausgenommen, wie damals die Regierungskonstellation war SPÖ-ÖVP, oder wie die FPÖ in der Oppositionsrolle war und gespielt hat die Opposition, ich sage „gespielt“ ganz bewusst. Das war auch in Ordnung. Jedoch eines muss man jetzt schon klar sagen, wie man sich drehen kann, wie der Wind geht, das ist schon interessant.

Ich bin der Einzige wahrscheinlich hier herinnen, der bei seiner Linie gleichgeblieben ist, auch bei den Pendlern, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Unruhe bei der ÖVP – Zwischenruf des Abg. Mag. Wolf M.A.)* Nicht nur Partei, aufgepasst. Ich stehe zur Bevölkerung im Burgenland.

Ich stehe dazu und mache auch dementsprechend mit anderen Fraktionen gemeinsam, wenn es notwendig ist oder wenn es Sinn macht, auch Anträge. Ich habe das heute auch schon einmal erwähnt. Es war eine gute Sache mit der SPÖ, dieser Abänderungsantrag, es soll auch in Zukunft so weitergehen und besser werden. Aber wenn ich mir das anschaue, wenn ich mir diesen Antrag vorher genau durchgelesen habe, dann frage ich mich wirklich.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- sich für die Beibehaltung dem jetzigen Vignettensystem und gegen das geplante Road-Pricing für PKW einsetzen. - Naja, hallo.
- an den zuständigen Bundesminister für Finanzen mit der Forderung nach einer fairen und sozialen und ausgewogenen Reform der Pendlerpauschale und einer besseren Förderung der Pendlerinnen und Pendler heranzutreten. – No na.

Das ist schon seit Jahren das gleiche, immer die gleichen Punkte.

  - Ziel muss vorrangig die Umstellung des Gesamtsystems auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag sein, bei dem jeder gefahrene Kilometer

berücksichtigt und gleich viel wert sein muss. Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte sollen durch volle Negativsteuerwirkung profitieren.

- Darüber hinaus darf es zu keiner weiteren Belastung der Pendlerinnen und Pendler in Form einer höheren Besteuerung von Diesel kommen.

Das sind jahrelang Forderungen von uns schon immer gewesen. Das ist sehr interessant, dass jetzt die SPÖ und FPÖ das einbringt. Ich glaube aber auch den Grund zu kennen, denn jetzt mit der Debatte - jetzt komme ich zu diesem Thema - mit der 12-Stunden-Tag Debatte, wo sich die SPÖ, die Gewerkschaft und alle sehr stark machen und alles nur schwarz-weiß sehen, denke ich, ist das eine sehr interessante Sache.

12-Stunden-Tag, 60-Stunden-Woche, eine Diskussion wo ich glaube, ja das hat alles zwei Seiten. Ich denke, dass die ÖPV-FPÖ Koalition in Wien ganz klar sagt, wir wollen das einfach durchziehen. Jetzt noch schneller durchziehen, weil - und jetzt kommt der Punkt - damit wir endlich dann abgeschlossen haben und zur nächsten Debatte gehen können.

In dieser Debatte muss man eines klar und deutlich aber sagen, 12-Stunden kann nicht für jeden gelten, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch nicht für jede Sparte. Dass es das inzwischen gibt, diese flexible Arbeitszeit, ist auch einem Jeden bewusst. Ich denke, es gibt nicht viele Selbständige unter den Abgeordneten, aber eines ist klar, wenn man Beschäftigte hat und wenn man sich das vereinbart, muss das auch halten und wird das auch halten. Es gibt andere Firmen wo die Betriebsräte miteinbezogen werden, gar keine Diskussion, dann wird das auch halten.

Aber glauben Sie mir, im Endeffekt geht es um das: Familie, Gesundheit und vieles noch mehr. Daher diese schwarz-weiße Geschichte kann ich nicht ganz verstehen in der ganzen Sache. Die einen sagen, die Gesundheit wird dementsprechend auch darunter leiden, es wird das Familienleben darunter leiden. Ja, selbstverständlich. Wenn ich das so sehe, dann muss ich aber Rahmenbedingungen schaffen seitens des Bundes.

Ich kann nicht auf der einen Seite sagen, das machen wir, das ziehen wir durch, machen wir ein Gesetz. Auf der anderen Seite haben die Kindergärten nur acht Stunden offen und die Schulen und dergleichen mehr. Da muss ich mir auch gleichzeitig etwas einfallen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und nicht eine politische Diskussion wie sie derzeit geführt wird, so stehen lassen.

Wenn ich das nicht gleichzeitig mache habe ich ein Riesenproblem. Ich wiederhole mich, ich kann nicht die Kinder um sieben in der Früh abgeben, weil ich in die Arbeit muss, als Pendlerin oder als Pendler, oder beim BILLA als Verkäuferin arbeite, dass ich dann heim komme um 10 Uhr und um 12 Uhr wieder anfangen muss und dergleichen mehr. Oder am Tag, wie das Wetter draußen ist, 12 Stunden durcharbeiten muss und ich weiß nicht, wo ich meine Kinder hin soll. Dann brauche ich auch dementsprechende Möglichkeiten. Das hat man vergessen in dieser Diskussion, glaube ich.

Eines hat man auch vergessen in der ganzen Situation - und das ist das Komische in der ganzen Sache - man kommt drauf, dass man jetzt den Satz „freiwillig“ hinein tut - freiwillig. Seid mir bitte nicht böse, „freiwillig“, alles gut und schön. Wenn ich das andere nicht schaffe, die anderen Rahmenbedingungen nicht schaffe, dann nutzt uns das Freiwillige auch nichts. Das ist auch einmal eine klare Diskussion. Diese Problematik so groß zu spielen derzeit in der politischen Landschaft finde ich nicht für in Ordnung.

Solange ich nicht die Diskussion führen kann, solange ich nicht klar und deutlich auch in Begutachtungsfrist gehe mit so etwas und da einfach drüber fahre, verstehe ich diese Situation nicht. Das heißt, wir diskutieren immer das man wirklich einmal in

Begutachtung geht, mitdiskutieren kann, sich erkundigt was kann man da für eine Lösung herbeiführen.

Die SPÖ oder die Gewerkschaft ist jetzt voll einmal losgefahren, das ist ein Wahnsinn, das bringt uns alle um, die Firmen und dergleichen mehr. Nein, ich sehe es nicht so. Ich sehe das ein bisschen anders. Ich sage - Ja zur Flexibilisierung, ja, aber gleichzeitig muss ich auch die Rahmenbedingungen klar festhalten.

Das Nächste ist, dass ich klar und deutlich sage, die Pendlerinnen und Pendler sind eh schon sehr stark betroffen, weil, ich weiß nicht ob das Arbeitszeit ist oder nicht, wenn ich um vier Uhr in der Früh zum Zug gehen muss und um 19.30 Uhr heim komme, geschlaucht und dergleichen mehr. Da frage ich mich, ob sie sich da keine Gedanken gemacht haben, weil dieser Antrag über die Pendler genau dorthin zielt. Da sollte man sich Gedanken darüber machen und nicht jetzt schon für September einfach einen Beschluss fassen im Bund oben.

Gegen das bin ich eigentlich. Ich bin nicht gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit, absolut nicht. Weil ich weiß genau wie das ist, wenn ich in St. Pölten eine Baustelle habe und wir haben noch eine halbe Stunde dort zu arbeiten mit fünf, oder zehn Leuten und fahre nach Hause und am nächsten Tag fahre ich dann wieder rauf, dann ist das ein Unsinn. Das ist mir auch klar.

Bis jetzt hat halt der Betriebsrat mit geredet und die neue Regierung will ja das nicht mehr möglich machen. In Ordnung, dann muss ich aber andere Lösungen anbieten können, aber nicht einfach drüberfahren. Das ist das Problem an der ganzen Situation was ich sehe. Vielleicht sieht es ein jeder anders. Parteipolitisch wollen es alle anders sehen, die da herinnen sitzen. Das verstehe ich schon, ist mir schon logisch. Aber ich muss ein komplettes Paket schnüren können.

Dann habe ich - noch einmal - seitens des Bündnisses Liste Burgenland - überhaupt kein Problem mit flexiblen Arbeitszeiten, absolut nicht. Und dann müssen wir uns unterhalten, ist es tatsächlich möglich, das alles zu schaffen, auch im Land zu schaffen.

Ich meine, wir haben heute diskutiert über den Kindergarten, was weiß ich und dergleichen mehr und Deutschunterricht und, und, und. Ja, wann sehe ich meine Kinder dann? Wenn ich bis Donnerstag arbeite, bis was weiß ich wie lange, dann habe ich aber drei Tage frei, dann ist es gut. Was ist dann? Was ist dann? Die Kinder müssen auch noch in die Schule gehen am Freitag, oder? Kann ich die heraus nehmen oder was ist dann? Und dergleichen mehr.

Solche Dinge gehören eigentlich im Vorfeld diskutiert und nicht im September beschlossen und drüber gefahren. Da bin ich voll dagegen. Das muss ich auch klar sagen. Und daher gehört eine normale sachliche Debatte über solche Dinge gemacht. Wenn ich heute im Burgenland über die Pendlerinnen und Pendler diskutiere, die Pendler werden nicht weniger werden im Burgenland. Wir schaffen zwar viele Arbeitsplätze im Burgenland, aber wie wir gerade gesehen haben, wie viele auspendeln müssen, das ist der Jammer.

Da müssen wir noch gemeinsam dahinter knien und versuchen eine Lösung zu finden. Jetzt sitzt im Bund die ÖVP oder ich weiß nicht wie sie sich jetzt nennen, ist ja auch völlig egal und die FPÖ und die sagen, wir haben Kompromisse geschlossen. Ich muss beim Rauchen meine Kompromisse schließen, ich muss jetzt auf der Seite meine Kompromisse schließen, obwohl im Herzen ganz anders gedacht wird.

Daher frage ich mich, warum muss ich so schnell drüber fahren über die Geschichte ohne in eine Begutachtung zu gehen? Warum lassen sie das zu? Da gehe ich in eine Begutachtung und dann kann ich sagen, es war ein halbes Jahr oder ein dreiviertel Jahr haben wir eine Begutachtungsmöglichkeit gehabt. Wenn sie sich nicht einbringen haben sie Pech gehabt. Aber wir möchten die Möglichkeit zumindest haben und nicht einfach drüber fahren. Das kritisiere ich bei dieser Bundesregierung.

Sie wollen das schnell durchpeitschen. Sie wollen ihre Ziele erreichen. Auf der einen Seite muss ich sagen, ja wenn sie es forsch und richtig machen, habe ich kein Problem damit. Aber in diesem Fall, mit diesen 12 Stunden am Tag, halte ich das für nicht angemessen was da jetzt passiert.

Daher glaube ich, die Regina Petrik hat einen dementsprechenden, glaube ich einmal, auch einen Vorschlag dann mit einzubringen. Und dann werden wir auch darüber diskutieren beziehungsweise vielleicht ist das eine oder andere auch sinnvoll, dass die Leute die hier herinnen sitzen sich Gedanken machen, ob wir da nicht etwas abändern.

Weil, wir müssen immer mit Abänderungsanträgen leben und rechnen. Und schaut Euch das an. Ich hoffe, dass Euch das in diesem Sinne auch so gefällt, was wir da vorgeschlagen haben, beziehungsweise was da vorgeschlagen wird und schauen wir einmal darüber und wir können dann ja weiter diskutieren.

Aber nicht drüber fahren und im September alles fix und klar machen. Das will ich nicht und dagegen wehre ich mich auch. Noch einmal: Ja zur Flexibilisierung, Ja zur flexiblen Arbeitszeit, aber mit den Rahmenbedingungen die notwendig sind, ansonsten wird das nicht fruchten und wird das nicht verdammt umgesetzt werden können.

Dankeschön. *(Beifall beim Abgeordneten Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: *(der den Vorsitz übernommen hat)* Der nächste Redner ist der Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zurück zum Antrag: Angesichts der Debatte zum selben Themenkomplex in der letzten Landtagssitzung kann ich mich relativ kurz halten.

Stein des Anstoßes waren Ende Mai zwei Entwicklungen, einerseits der Vorstoß des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments der österreichischen Vignettenlösung den Kampf anzusagen und uns stattdessen eine kilometerabhängige PKW-Maut aufzuzwingen. Andererseits die, sagen wir so, phantasievolle Forderung der GRÜNEN Wiener Vizebürgermeisterin, burgenländische Pendlerinnen und Pendler mit einer saftigen Stadtmaut abzuzocken.

Zumindest dieser GRÜNE Vorstoß konnte dann innerhalb von wenigen Tagen in die Schranken gewiesen werden. Die Stadtmaut wird nicht kommen. Einen Beitrag hat sicherlich die Initiative in der letzten Landtagssitzung geleistet, weil es entsprechend medialen Druck dann auch gegeben hat. In Bezug auf die Europäische Union ist die Sache noch nicht gegessen.

Ganz insgesamt gilt es weiterhin wachsam und gegebenenfalls wehrhaft zu bleiben, wenn es um Gruppen geht, die das Autofahren um jeden Preis zum Luxus machen wollen. Wir stehen zu unserem System der Autobahnvignette, wir stehen zum sogenannten Dieselprivileg.

Auch das ist Inhalt des Antrages und wir sind dementsprechend gegen eine höhere Besteuerung. Wir stehen zu unseren Pendlerinnen und Pendlern, zu den burgenländischen Pendlern die ja nicht spaßhalber ins Auto steigen um zur Arbeit nach Wien zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um es positiv zu betrachten, wenn der Vorstoß aus Wien im Mai etwas Gutes hatte, dann ist es die Erneuerung beziehungsweise Bekräftigung des Schulterschlusses, der darin besteht, dass man die gefahrenen PKW-Kilometer nicht dadurch reduziert, dass man das Autofahren immer teurer macht und die Leute schröpft. Sondern dadurch, dass man den öffentlichen Verkehr attraktiver gestaltet in allen Belangen, attraktivere Verbindungen, raschere Verbindungen, bessere Verbindungen, günstigere Tarife und relevant ist, dass da alle politischen Kräfte mit an Bord sind.

In diesem Sinne erneuern wir heute unseren Beschluss vom letzten Mal, Beibehaltung der Vignette, Nein zur kilometerabhängigen PKW-Maut, faire Pendlerpauschale, Beibehaltung des Diesel-Privilegs, Nein zu höheren Steuern, auch in diesem Bereich Nein zur GRÜNEN Stadt-Maut.

Auch diese Koalition steht hinter den Autofahrerinnen und Autofahrern und steht zu den burgenländischen Pendlerinnen und Pendlern. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Der Kollege Molnar hat sich jetzt irrsinnig schwer getan, zwei Minuten zu sprechen. Ich verstehe das auch, da es natürlich auch wirklich schwierig ist, dass man heute über einen wortidenten Antrag spricht. Nämlich einen wortidenten Antrag, den wir erst in der letzten Landtagssitzung Ende Mai mit einer großen Mehrheit beschlossen haben.

Mir ist nicht ganz nachvollziehbar gewesen, warum dieser Antrag, der heute vorliegt, jetzt noch einmal vom Burgenländischen Landtag behandelt werden soll? Aber sei es drum.

Ich kann nur ganz klar bekräftigen, dass unser Standpunkt, den wir auch das letzte Mal artikuliert haben, natürlich nach wie vor gilt, dass wir als Volkspartei Burgenland solchen Plänen, eine City-Maut einzuführen, natürlich eine Absage erteilen. Dass wir absolut dagegen sind, dass hier burgenländische aber nicht nur burgenländische, sondern viele andere Pendlerinnen und Pendler hier von Rot-Grün in Wien geschröpft werden.

Ich habe halt den Eindruck, dass die Frau Vizebürgermeisterin Vassilakou ein bisschen vorgeschickt worden ist von der SPÖ in Wien. Dass man geschaut hat, jetzt schicken wir einmal die GRÜNE Vizebürgermeisterin ins Feuer und schauen die Reaktionen an. Und wenn die Reaktionen nicht so scharf sind, ja dann machen wir es, dann ziehen wir es durch.

Denn, die SPÖ in Wien hat ja eine ganze Zeit lang abgewartet, bis sie sich ordentlich dazu geäußert hat. Da hat es dann ja über einen Tag gedauert, bis dann der jetzige Bürgermeister von Wien gesagt hat, nein, wir wollen das doch nicht machen. Daher bin ich der Meinung des Kollegen Molnár, dass wir nicht nur auf europäischen Ebene wachsam sein müssen, sondern auch national hier in Österreich wachsam sein müssen.

Denn diese abstrusen Ideen aus Wien, aus der rot-grünen Ecke in Wien, die können von heute auf morgen wieder kommen, und daher ist es wichtig, dass wir dieses klare Signal auch nach Wien senden.

Ich verstehe ja bis heute nicht, dass sich die rot-grüne Regierung in Wien nicht durchringen konnte, das auch klar zu dokumentieren. Dass auch im Wiener Landtag, in der Wiener Landesregierung ein klarer Beschluss gefasst wird, dass solche Pläne nicht kommen. Dieser Beschluss wird auch nicht kommen, weil ich ziemlich sicher bin, dass in einiger Zeit dieses Thema wieder aktuell sein wird.

Wir haben als Volkspartei sofort die Gelegenheit ergriffen und den Dringlichkeitsantrag in der letzten Landtagssitzung eingebracht. Es hat dann einen Abänderungsantrag, so wie immer, gegeben, von Rot und Blau hier. Inhaltlich war es kein Problem, daher haben wir auch diesem Antrag zugestimmt.

Daher werden wir auch heute diesem Antrag zustimmen und werden aber auch als Volkspartei Burgenland künftig hin der Garant dafür sein, dass solche Belastungen für unsere Pendlerinnen und Pendler nicht kommen werden.

Wir stimmen dem Antrag natürlich zu. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich habe auch zwei Minuten gebraucht.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mag. Steiner, Sie haben es ja richtig gesagt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja.)* Sie haben das letzte Mal in unserer Landtagssitzung am 29. Mai einen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Seitens der SPÖ und der FPÖ war der heutige Antrag in dieser Form ja schon eingebracht und wurde dann auch im Anschluss des Dringlichkeitsantrages, da wurde er ja mit dem gleichen Wortlaut abgeändert und ich darf mich auch recht herzlich bei allen bedanken, die dann diesem Abänderungsantrag zugestimmt haben. Das war ja sehr eindeutig, bis auf die beiden GRÜNEN Abgeordneten, die diesem Antrag in dieser Form ja nicht zugestimmt haben.

Ich glaube, da sind wir uns im Prinzip alle einig. Es wurde auch schon gesagt, viele, viele Dinge, die dafürsprechen, Maßnahmen die wir setzen in jene Richtung um unsere Pendlerinnen und Pendler auch zu unterstützen, weiterhin zu unterstützen. Das ist grundsätzlich natürlich wichtig. Und es wurde auch schon angesprochen, dass das Road-Pricing-System, das dort ganz einfach unsere Pendlerinnen und Pendler wiederum massivst belasten würde, natürlich auch in jener Form die Pendlerpauschale, die in dieser Weise auch sehr ungerecht ist.

Natürlich, wie Sie gemeint haben, Herr Kollege Steiner, die Thematik City-Maut. Es hat sich dann im Nachhinein, nein es war am gleichen Tag, als damals der neue Bürgermeister, am 29. Mai, sehr klar und deutlich sich gegen die City-Maut in Wien ausgesprochen hatte, das was die Verkehrsstadträtin und Vizebürgermeisterin Vassilakou dort gefordert hatte.

Also das war am gleichen Tag, da war das dann vom Tisch. Es war auch in jener Form, und ich finde es auch sehr, sehr wichtig und richtig, dass sich hier die Achse Wien, Niederösterreich und Burgenland mit unserem Landeshauptmann, in weiterer Form auch gefunden hat, und hier auch ganz einfach eine klare Linie vorgibt.

Auch in jene Richtung, dass unser Land 19 Millionen Euro in die Hand nimmt für die Pendlerinnen und Pendler. Und natürlich auch den Fokus in jene Richtung betreibt, natürlich die Menschen ganz einfach die Pendlerinnen und Pendler in jene Richtung zu bringen, dass sie natürlich die öffentlichen Verkehrsmittel in dieser Form auch in Anspruch nehmen können.

Wir treten ja hier gerade im Burgenland, ob es die Arbeiterkammer ist oder der ARBÖ ist, ob das auch hier im Landtag ist, Natürlich, gegen diese ungerechte Pendlerpauschale in dieser Form, ein. Es hat Anträge gegeben und ich glaube, wir dürfen dort auch nicht müde werden, die Adresse anzusprechen und dort spreche ich ganz, ganz klar Sie von der ÖVP an, an Ihren Finanzminister, diese faire Pendlerpauschale auch einzufordern, nicht nur ein Lippenbekenntnis in dieser Form zu machen.

Aber natürlich, und wir haben heute auch die Diskussion, und es wurde angesprochen und heute im Nationalrat gibt es auch einen Beschluss, dass die 60-Stunden-Woche vor allem auch ein Anschlag auf die Geldbörseln und die Lebensqualität der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler ist.

Wir vom burgenländischen Pendlerforum haben auch eine Resolution beschlossen, gegen die von der Bundesregierung nicht nur geplante, ich weiß nicht wie weit im Nationalrat der Beschluss jetzt schon durch ist, ganz eindeutig gegen die 60-Stunden-Woche, die ist nämlich genau ein Anschlag gegen die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler. Wir sind davon fest überzeugt, dass die burgenländischen Pendler schon jetzt überdurchschnittlich produktiv und engagiert sind. Sie brauchen sich auch keinen Mangel an Flexibilität in dieser Form vorwerfen lassen.

Die Regierung, wie gesagt, hat einen Initiativantrag eingebracht betreffend dem Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsgesetz, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das kann nicht richtig sein.)* das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitsruhegesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das kann nicht richtig sein.)*

Eine Initiative in jener Form, und der Kollege Kölly hat das gesagt, das war eine reine Drüberfahrerpartie, ohne in jeder Form Sozialpartner miteinzubinden. Ich sage es noch provokanter, man hat die Weltmeisterschaft und man hat das Sommerloch hergenommen.

Aber, und davon bin ich fest überzeugt, und vor allem wird hier das burgenländische Pendlerforum fest dahinterstehen. Es hat am vergangenen Samstag eine Demonstration in jener Form gegeben, wo es ganz deutlich gesagt wurde, - so geht man mit Menschen, mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit Pendlerinnen und Pendlern, nicht um. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gerade im Burgenland haben die politischen Verantwortlichen aber vor allem auch jene, die hier solidarisch sind, vom Pendlerforum beginnend, bis zum ARBÖ, und viele, die Arbeiterkammer und Gewerkschaft natürlich, ist es uns gelungen, in den letzten Jahrzehnten weitreichende Verbesserungen für unsere burgenländischen Pendlerinnen und Pendler zu erreichen.

Das öffentliche Verkehrsangebot wurde modernisiert und ausgebaut sowie finanzielle Begleitmaßnahmen zur Unterstützung der Betroffenen durchgesetzt.

Und wir wissen, und wir arbeiten auch fest daran, aber wir haben das Budget in den letzten Jahren verdreifacht, gerade im Bereich des öffentlichen Verkehrs, und natürlich auch für unsere burgenländischen Pendlerinnen und Pendler.

Es sind noch viele weitere Schritte nötig, die Pendlerinnen und Pendler auch in jener Form zu unterstützen und wir tun es im öffentlichen Verkehr. Wir wissen, dass die Wochen-, Monats- und Jahreskarten in dieser Form ganz einfach unterstützt werden.

Wir versuchen natürlich, die Menschen ganz einfach vom Auto in den öffentlichen Verkehr einzubinden und dort abzuholen. Aber natürlich, wenn es solche Maßnahmen gibt, dass wir die Arbeitszeit bis zu 12 Stunden am Tag verlängern, dann wird das sehr schwierig werden.

Kollege Kölly hat das schon gesagt, ob das ganz einfach in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen ist, weil, dann muss ich natürlich dort auch nachjustieren, weit nachjustieren.

Aber dann habe ich natürlich wiederum als Rückschluss jene Menschen, die heute die Möglichkeit haben, ein öffentliches Verkehrsmittel in Anspruch zu nehmen, die haben es dann natürlich nicht mehr. Die sind wiederum gezwungen, in den PKW, in dieser Form ganz einfach und in ihr Auto einzusteigen.

Vor allem eines dürfen wir nicht vergessen, wenn wir unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unsere Pendlerinnen und Pendler aus dem Südburgenland haben, und wenn wir sagen, mit der G1 Linie aus den Bezirken Jennersdorf, Güssing und Oberwart fahren täglich 1.500 Menschen nach Wien zur Arbeit, mit einer Fahrzeit in eine Richtung von 1,45 Stunden bis zwei oder 2,5 Stunden. Und dann ist er lange noch nicht in Wien am Arbeitsplatz, sondern dann ist er am Matzleinsdorfer Platz oder dann ist er am Karlsplatz und lange noch nicht in Wien auf seinem Arbeitsplatz.

Dann werden wir wiederum mit diesem Gesetz, das heute die Regierung in Wien beschließt, dann werden wir genau wiederum dort hinkommen, wie in den 60er und 70er Jahren, wo aus den Bezirken Oberwart, Güssing und Jennersdorf ausschließlich nur Wochenpendler waren. Dann haben wir sie wieder weg.

Und da sitzen auch einige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Dann haben wir die Problematik, dass man natürlich mit massiver Abwanderung zu kämpfen hat. Letztendlich Hauptwohnsitze werden Nebenwohnsitze, und natürlich die Ertragsanteile sind auch in dieser Form nicht da. Wir als Bürgermeister müssen natürlich aber sehr wohl die Infrastruktur aufrechterhalten und für diese Menschen auch schaffen, in dieser Form.

Ich glaube, es ist schon legitim, dass einer jetzt sagt, okay, als Obmann des Pendlerforums und als SPÖ-Abgeordneter sagst du ganz einfach, diese Maßnahme, diese 60-Stunden-Woche ist ein Anschlag auf die Geldbörsen und Lebensqualität und Gesundheit der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler. So ist das schon legitim.

Aber glauben Sie mir, dass unabhängige Arbeitsrechtsexpertinnen und Arbeitsrechtsexperten diese Maßnahmen kritisieren. Vor allem eines glaube ich auch, dass sich die österreichische Bischofskonferenz hier einstimmig gegen dieses Gesetz ausgesprochen hat.

Also ich glaube nicht, dass die Bischöfe, alle neun Bischöfe, die Fürsprecher und Unterstützer der SPÖ, der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft und des Pendlerforums sind.

Wir werden unsere burgenländischen Pendlerinnen und Pendler auch weiterhin in jeder Form unterstützen, wir lassen sie nicht im Regen stehen. Wir stehen hinter unseren burgenländischen Pendlerinnen und Pendlern. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Nunmehr erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Man mag zur City Maut stehen wie man will, Tatsache ist, nach Wien pendeln jeden Tag 200.000 Pendlerinnen und Pendler ein und auch wieder heraus. Dass hier Handlungsbedarf besteht, kann sich wohl jeder vorstellen.

Wer sich das einmal angeschaut hat, im 22. Bezirk der Donaustadt, das sind anständige PKW-Kolonnen. Nicht nur wegen der Lebensqualität an den Straßen, nicht nur wegen dem Klimaschutz, nicht nur wegen der Bequemlichkeit für die Pendlerinnen und Pendler, nicht nur wegen der Luftqualität, der Entlastung der Straßen et cetera, et cetera.

Es wäre längst Zeit gewesen, dass man hier Maßnahmen ergriffen hätte, um die Pendlerinnen und Pendler wirklich zu entlasten. Weil, wie werden sie entlastet? Indem wir mehr Angebote im öffentlichen Verkehr bereitstellen und indem wir günstigere Tickets schaffen. Einige Bundesländer haben das bereits gemacht.

Ein gutes Beispiel ist Wien, mit dem 365 Euro Ticket. Da schaut das Pendeln ganz anders aus und zwar sowohl finanziell, sozial, als auch was den Ausbau betrifft. Hier schläft das Burgenland leider nach wie vor. Andere Bundesländer sind Vorarlberg, Kärnten, um nur zwei zu nennen.

Wie schaut es im Burgenland aus? Jetzt haben wir gerade Schulferien. Wir haben im Burgenland schon, wenn Schule ist, ein relativ schlechtes öffentliches Verkehrssystem, in den Sommermonaten ist es dann überhaupt eine Katastrophe. Noch dazu dann auch noch schlecht organisiert.

Ein Beispiel, der Bus, der jetzt um 18.10 Uhr ins Südburgenland runterfahren würde, fährt an schulfreien Tagen nicht. Ich habe da drinnen noch nie einen Schüler oder eine Schülerin gesehen, oder vielleicht ein oder zwei, damit fahren arbeitende Menschen, also Pendlerinnen und Pendler. Warum man gerade diesen Bus in den Sommermonaten einstellt, ist mir ein Rätsel.

Die Landesregierung schafft eigentlich mit den Rahmenbedingungen, die sie jedes Jahr verstärkt, immer mehr Probleme für die Menschen im Burgenland. Immer mehr Menschen werden Opfer des vielen Verkehrs. Es gibt immer mehr Initiativen gegen Lärmbelastung. Warum? Weil der öffentliche Verkehr fehlt, weil es immer mehr Straßen gibt, dadurch sind natürlich auch mehr Menschen belastet. Man darf sich nicht wundern, wenn diese Leute jetzt zunehmend auf die Barrikaden gehen.

Zur PendlerInnenpauschale: Ein Fünftel der Pendlerpauschale geht an Personen, die mehr als 50.000 Euro verdienen. Je mehr man verdient, desto mehr bekommt man auch. Dieses System ist falsch, das hat mein Vorredner schon gesagt. Aber es ist auch deswegen verkehrt, weil die Pendlerpauschale nicht nur unsozial ist, sondern sie ist auch zudem noch unökologisch. Denn es werden jene, die mit dem Auto fahren, eigentlich belohnt und die, die mit den Öffis fahren, sind schlechter gestellt.

Deshalb brauchen wir eigentlich auch eine Abschaffung der Pendlerpauschale und zwar, wenn wir vorher die Hausaufgaben gemacht haben, indem wir günstige Tickets, 365 Euro Tickets, schaffen und ein gescheites Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln vor allem an den Routen, wo die Menschen heute unterwegs sind, unterwegs sein müssen.

Das ist auch deswegen wichtig, weil die Pendlerpauschale ein Riesenbudgetposten ist. Man muss sich das einmal vorstellen. 1,3 Milliarden Euro pro Jahr werden hier investiert. Das ist das Doppelte wie noch vor 2006 und das ist unter anderem deswegen, nicht nur, weil die Burgenländer, die hier aufgewachsen sind, die Pendlerpauschale

kassieren, zu Recht kassieren zum Teil, sondern weil immer mehr Städter in den Speckgürtel ziehen und dann sich die Pendlerpauschale holen. Das kann doch nicht sein!

Die fahren dann mit dem SUV und verdienen teilweise wirklich gut. Dann bekommen sie die höhere Pendlerpauschale, wie die, - wie der Kollege Sodl gesagt hat - die in Jennersdorf sind und hier weite Wege zurücklegen. Das kann es nicht sein! Hier gehört ein grundsätzlich anderes, ein ökologischeres, ein sozial treffsicheres System her und keine Förderung des Individualverkehrs, so wie wir es jetzt vor allem im Burgenland haben, sondern eine Förderung des öffentlichen Verkehrs. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Leider sind - bis auf die Änderung der Pendlerpauschale - die Punkte im Antrag für uns kein Anreiz, diesem Antrag zuzustimmen. Die Höherbesteuerung des Diesels, wie es immer genannt wird, ist ja in Wahrheit nur ein Steuerprivileg, das ähnlich wie die Pendlerpauschale vor vielen, vielen Jahren vielleicht einmal Sinn gemacht hätte, aber wir schreiben das Jahr 2018 und da macht sowohl die Pendlerpauschale auf diese Art und Weise wie auch das Steuerprivileg für den Diesel keinen Sinn mehr.

Andere Länder ticken da ein bisserl anders. Der VCÖ hat aufgezeigt, dass von den 5,8 Millionen Arbeitswegen, die täglich in Österreich gemacht werden, zwei Drittel mit dem Auto sind. In Norwegen funktioniert das ein bisserl anders und zwar warum, weil dort ganz massiv in den Radverkehr, in den öffentlichen Verkehr, investiert wird. Konkret muss man sich einmal vorstellen, eine viertel Milliarde Euro in den Radverkehr.

Dort wird gerade überlegt, dass die Regierung es ermöglicht, dass Arbeitgeber jenen, die mit dem Rad kommen, pro Kilometer eine Förderung zahlen. Also eine Radpendlerpauschale, wenn man das so nennen will.

Das ist auch deswegen interessant für die Arbeitgeber, weil sie natürlich dadurch weniger Parkplätze brauchen. In den Städten vielleicht weniger Tiefgaragen, weil die Leute mit Öffis und mit Fahrrädern kommen. Das ist eine gescheite Verkehrspolitik und nicht die, die nach wie vor, vor allem auch den Klimazielen zuwiderläuft.

Wir sind im Burgenland, was die Energiewende betrifft, ganz gut unterwegs. Was die Verkehrswende angeht, sind wir genau in die falsche Richtung unterwegs. Der Verkehr ist jener Sektor, der am meisten ein Plus bei den klimaschädlichen Gasen ausweist und hier ist längstens Handlungsbedarf.

Soweit zu diesem mehr oder weniger heute nötigen oder unnötigen Antrag. Wir werden natürlich diesem Antrag nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Frau Mag.a Regina Petrik ist die Nächste, die zu uns spricht.

Bitte sehr Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe direkt an, an die Wortmeldung vom Kollegen Sodl, der hier sehr eindrucksvoll gezeigt hat, wie eng Belastungen von Pendlerinnen und Pendlern mit dem zusammenhängt, was sich jetzt gerade im Nationalrat abspielt.

Da haben wir nämlich nicht nur die Debatte zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, wo es um die zusätzliche Belastung geht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wenn es um einen obligatorischen 12-Stunden-Tag geht, wenn es um angebliche Freiwilligkeit geht, wo ich mich immer wieder darüber wundern muss, wie wenig realitätsnah einzelne Abgeordnete oder Regierungsmitglieder der FPÖ sind, wenn es um konkretes Arbeitsleben geht.

So als wäre es denn so, dass eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer einfach zum Chef sagen kann, tut mir leid, habe gerade keine Zeit. Ja. Ich muss mein Kind abholen. Wen wird denn das dann alles treffen, wenn man das öfter macht? Das Arbeitsleben spielt es nicht so.

Ich brauche jetzt, glaube ich, gar nicht ausführlicher darauf eingehen, was ein 12-Stunden-Tag, wie er jetzt geplant ist, und die 60-Stunden-Woche, wie sie jetzt durchgepeitscht werden soll, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeuten. Das hat der Kollege Sodl schon sehr gut ausgeführt. Ich werde darauf dann auch noch im Verlesen eines Abänderungsantrages eingehen.

Was schon deutlich ist, dass die Bundesregierung hier nicht nur über Flexibilisierung der Arbeitszeit redet, sondern all das, was sie sich vorstellt, auch noch fernab von den normalen parlamentarischen Abläufen durchpeitschen will.

Da geht es nicht nur um Arbeitszeitflexibilisierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist auch eine Demokratieflexibilisierung und da müssen wir schon sehr vorsichtig sein.

Weil uns das so wichtig ist, bringe ich hier - ich möchte fast sagen, es ist nicht im Anschluss an den Kollegen Sodl, aber im Anschluss an seine Wortmeldung - einen Abänderungsantrag ein. Der ist jetzt auch den Klubs zugegangen, weil er aber erst jetzt zugegangen ist, werde ich ihn verlesen. Das ist ein Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly und Gerhard Steier zum selbständigen Antrag 21 - 943 betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtags vom 05.07.2018 betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen. Burgenländische Pendlerinnen und Pendler haben neben den Aufwendungen…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)*: Frau Abgeordnete, wir brauchen die Beschlussformel.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Ja, okay, dann werde ich das…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Sie können in Ihrem Redebeitrag selbstverständlich alles sagen, aber bitte die Beschlussformel klar als solche kennzeichnen und vorlesen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Ich werde die Beschlussformel dann klar als solche deklarieren. Ich werde jetzt vorher noch erklären, warum sie dann kommt.

Die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler haben, wie schon vorher ausgeführt wurde, neben den Aufwendungen für die mitunter sehr weite und sehr aufreibende Fahrt zum Arbeitsplatz jetzt auch mit neuen Belastungen zu rechnen.

Die österreichische Bundesregierung setzt auf Arbeitszeitflexibilisierung und damit verbundene Rücknahme von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten, aber auch um Rücknahme von Rechten von Betriebsräten. Konkret geht es also um die Ermöglichung der Höchstarbeitszeit von 12 Stunden am Tag und 60 Stunden in der Woche, wenn dies, so heißt es, für den Betrieb wirtschaftlich erforderlich wäre.

Nun schon jetzt ist es aber Beschäftigten möglich, in bestimmten Fällen 12 Stunden am Tag zu arbeiten. Im § 7 Abs. 4 Arbeitszeitgesetz ist ja geregelt, dass Unternehmen die

Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden erhöhen können, wenn sich der Arbeitsbedarf in Zeiten von Auftragsspitzen erhöht und sonst ein schwerer wirtschaftlicher Schaden für das Unternehmen droht. Dies gilt auch bei Tätigkeiten mit vielen Arbeitsbereitschaften, zum Beispiel Wachpersonal, aber auch bei Schichtarbeit. Das ist alles jetzt schon möglich.

Das Unternehmen muss die Kollektivvertragsparteien und das Arbeitsinspektorat über die Betriebsvereinbarung informieren. Die maximale Dauer ist begrenzt. Besteht kein Betriebsrat, müssen bis zu zwei Fachgutachten die arbeitsmedizinische Unbedenklichkeit dieser Maßnahme bestätigen.

Nun sollen diese Bedingungen gestrichen und der 12-Stunden-Tag jederzeit und für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglich gemacht werden. Eine Einigung mit dem Betriebsrat ist nicht mehr nötig, dies soll in Einzelvereinbarungen mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschehen.

Unklar ist, ob Zuschläge für Überstunden betroffen sind und eventuell fallen. Unklar ist auch, ob Überstunden in der Gleitzeit fallen.

Die SPÖ Burgenland führt auf ihrer Homepage dazu aus - ich zitiere: „250 Millionen Mehr- und Überstunden haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2017 in Österreich geleistet. 45 Millionen Stunden davon, also jede fünfte, sind jetzt schon unbezahlt und auch ohne Zeitausgleich“. Zitatende.

Weiters wird auf der Homepage in Bezug auf eine aktuelle Studie vom Zentrum für Public Health zum Ermüdungszustand von Menschen nach einem 12-Stunden-Arbeitstag auf den gesundheitlichen Aspekt dieser Maßnahme hingewiesen. Auch darauf hat Kollege Sodl schon Bezug genommen.

Die Studie brachte die Erkenntnis, dass die sehr langen Dienste zu einer erheblichen Tagesermüdung führen würden, die nur schwer auf normalem Weg durch die Tagesfreizeit abgebaut werden könne, andererseits aber Gesundheitsrisiken und erhöhte Unfallgefahren sowie Fehlerhäufigkeit berge.

Hingewiesen wird von der SPÖ auch zu Recht auf das erhöhte Risiko für Herz-Kreislauferkrankungen beziehungsweise für die Zunahme psychischer Erkrankungen, insbesondere für Frauen mit Betreuungspflichten.

Die von ÖVP und FPÖ angekündigten Änderungen im Arbeitszeitgesetz, die jetzt durchgepeitscht werden sollen, würden somit eine weitere Belastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere für Pendlerinnen und Pendler mit sich bringen. Denn diese haben durch lange Wegzeiten, wie schon gesagt, schon jetzt oft Schwierigkeiten, in der erforderlichen Zeit die Betreuung ihrer Kinder zu organisieren.

Leidtragende von flexibleren, ausschließlich von Arbeitgebern gestaltete Arbeitszeiten werden also Menschen mit Betreuungspflichten sein und hier wiederum in erster Linie Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher.

Die Antragstellerin und die Antragsteller unterstreichen die Kritik der SPÖ Burgenland, dass das Gesetz zur Arbeitszeitflexibilisierung nur über einen Initiativantrag ohne Begutachtung direkt im Parlament eingebracht wurde und wir teilen auch die Vermutung, dass die Regierungsparteien damit einer öffentlichen Diskussion und berechtigten Einwänden, etwa seitens der Arbeiterkammer und der Gewerkschaften, aus dem Weg gehen wolle.

Wie gesagt, es ist hier eine Demokratieflexibilisierung im Gange. Wir hoffen, dass mit uns der Burgenländische Landtag der Auffassung ist, dass derart tiefe Einschnitte in

das Arbeitszeitgesetz jedenfalls der parlamentarischen Behandlung zu unterziehen sind und das für Gesetze übliche Begutachtungsverfahren abzuwickeln ist.

Daher komme ich jetzt zu der Beschlussformel. Diese lese ich jetzt vor.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ! Ich bin sicher, dass in dieser Beschlussformel 100-prozentig von dem drinnen steht, was Sie auch haben wollen, deswegen hoffe ich und rechne ich dann auch mit Ihrer Unterstützung.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- die burgenländischen Pendler und Pendlerinnen durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Kombination mit preisgünstigeren PendlerInnentickets entlasten,
- eine Neugestaltung der Pendlerpauschale in die Wege leiten,
- den Gesetzesentwurf zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes der obligatorischen parlamentarischen Behandlung und einer Begutachtung unterziehen und
- alles zu unterlassen, das die über Jahre hinweg errungenen ArbeitnehmerInnenrechte zur Arbeitszeitregelung aufweicht.

Das ist unser Abänderungsantrag.

Heute, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, können Sie zeigen, ob Sie zu Ihrem Wort stehen, ob Sie nicht nur im Reden oder bei Demonstrationen sagen, wofür Sie kämpfen oder wogegen Sie kämpfen. Ihr Landesgeschäftsführer sagt, ich zitiere: „Eines ist klar, wir werden alles tun, um die arbeitnehmerfeindlichen Pläne von Schwarz-Blau zu verhindern, denn es war die SPÖ, die den Acht-Stunden-Tag vor 100 Jahren erkämpft hat“.

„Wir werden nicht zulassen“, sagt der Landesgeschäftsführer der SPÖ, dass Kurz und Strache uns mit dem Diktat des 12-Stunden-Tages wieder ins tiefste 19. Jahrhundert zurückkatapultieren, wo ArbeitnehmerInnenrechte mit Füßen getreten wurden. Wir müssen den Menschen klarmachen, dass nur die Wirtschaft davon profitiert und die Arbeitnehmer unter die Räder kommen“. Zitatende.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie tatsächlich alles tun werden, um diese Pläne zu verhindern, dann ist es ein klarer parlamentarischer Schritt, auch hier mit uns diesem Abänderungsantrag zuzustimmen, weil das ist Ihre Aufgabe als Abgeordnete.

Wenn Sie dazu nicht bereit sind, dann frage ich mich, wie schnell hört bei Ihnen auf, dass Sie sich für alles und mit großer Macht für etwas einsetzen. Oder wirken nur die Fotos von den Demos?

Ich bringe diesen Antrag ein, und ich hoffe auf breite Unterstützung. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier – Die Abgeordnete Maga. Regina Petrik übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs.3 GeOLT in die Verhandlungen mit einbezogen wird.

Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte rund um die Pendlerthematik ist keine neue, aber eine umso wichtigere, denn es geht um die Burgenländerinnen und Burgenländer, die sehr viel auf sich nehmen, um jeden Tag hin zur Arbeit und wieder nach Hause in das Burgenland zu kommen.

Ich möchte schon sagen, der heutige Beschluss im Nationalrat ist vor allem eines: Er ist die größte Verschlechterung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, er ist die größte Verschlechterung für Pendlerinnen und Pendler seit 100 Jahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht einmal die durchaus sehr kritisch betrachtete Regierung Schüssel wäre auf die Idee gekommen, eine derartige Verschlechterung in der Republik durchzuführen. Da kann der Herr Parteiobmann der ÖVP noch so von Freiheit sprechen. Was das den Arbeitnehmern nützt? Die Fakten, Herr Kollege Steiner, die sehen anders aus. Wie sehen die Fakten aus? Sie können sich sicher sein, dass ich mich mit dieser Gesetzesmaterie sehr intensiv auseinandergesetzt habe.

Was die Menschen da draußen wissen, ist, was heute beschlossen wurde, nämlich, dass künftig eine Beschäftigung von 60 Stunden in der Woche, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Möglich!)* 60 Stunden in der Woche, 13 Wochen lang hindurch möglich ist und das dreimal im Jahr der Dienstgeber anordnen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich jetzt vorstellen, dass ein burgenländischer Pendler, der nach Wien pendelt, um 5.00 Uhr aufsteht in der Früh, damit er um 6.00 Uhr in das Auto steigt, eine Stunde nach Wien fährt und dann mit der Arbeit beginnt, die Mittagspause einhält, 13 Stunden in der Firma ist, eine Stunde bis er nach Hause kommt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das fünf Tage lang die Woche, das 13 Wochen hindurch, das dreimal im Jahr ertragen muss.

Ja da kann doch keiner mehr wirklich vernünftig von Freiheit sprechen, von Flexibilität! Das ist die größte Verschlechterung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern seit 100 Jahren in dieser Republik! *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Dann wird es interessant, dann gibt es Wirtschaftsvertreter, aber auch Vertreter der Industrie, die meinen, wir brauchen das, damit wir flexibel sind, wir brauchen das, damit wir wettbewerbsfähig bleiben. Dass wir mithalten können mit den anderen Ländern in Europa! Nur blöd, wenn man sich die Statistiken ansieht und feststellt, dass Österreich an zweiter Stelle im Ranking aller europäischen Länder ist, was die Arbeitszeit anbelangt. Es gibt nur ein einziges Land, das länger arbeitet wie die Österreicher. Wissen Sie, wer das ist? Griechenland!

Und ich glaube, mit den Griechen wollen und werden wir uns nicht vergleichen wollen. Es gibt nur ein anderes Land, das ex aequo auf Platz zwei liegt, das ist Großbritannien, die ebenfalls 42,8 Stunden arbeiten.

Der europäische Schnitt liegt, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Mitte bei 41,4 Prozent und die Deutschen, weil viele Wirtschaftsvertreter sich sehr oft an den Deutschen messen, ja, die sind nicht einmal im Mittelfeld, die sind noch darunter, die arbeiten noch weniger wie der europäische Schnitt, nämlich 41,3 Prozent. Hier liegt Österreich, hier liegt Deutschland.

Also das Märchen der Wettbewerbsfähigkeit, das ist zu Ende erzählt, jetzt ist die Realität dran, jetzt ist die gelebte Praxis dran. Ich weiß nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer von Ihnen diese Woche das ORF-Magazin „Report“ gesehen hat?

Das „Report“-Team hat das sehr objektiv dargestellt. Es gab dort in Vorarlberg einen Fleischerbetrieb, wo ein Fleischer aus Bayern zu Wort gekommen ist. Der pendelt nach Österreich ein und arbeitet dort als Fleischhacker und der sagt plötzlich, der Chef steht neben ihm im Bild, und er sagt, was ist los mit euch Österreichern, wie kommt ihr darauf, dass man 12 Stunden arbeiten will?

In Deutschland ist man stolz darauf, dass man nur acht Stunden arbeiten muss und in Österreich denkt man über einen 12-Stunden-Arbeitstag nach und sagt gleichzeitig, er ist nach zehn Stunden kaputt, weil er es körperlich nicht mehr schafft, wie soll er 12 Stunden künftig arbeiten? Das geht nicht!

Das sind die Stimmen des Volkes, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Ich war am vorigen Samstag mit mehr als 100.000 Menschen in Wien gegen den 12-Stunden-Tag demonstrieren. Wenn man da demonstriert und mit Menschen geht, dann kommt man auch mit Menschen in Kontakt und man spricht mit ihnen und man fragt, wo kommst du her und so weiter. Viele davon haben sich deklariert, welche Parteizugehörigkeit sie haben, welcher Wähler sie sind.

Da gab es GRÜNE, das gab es Freiheitliche, da gab es natürlich viele Sozialdemokraten, da gab es auch Kommunisten, da gab es durch die Bank - und es gab auch viele ÖVP-Funktionäre, die an dieser Demonstration teilgenommen haben. Einige davon haben „Anti-Basti-Leiberl“ angehabt. Sie haben damit nicht die italienische Vorspeise gemeint, sondern sie haben ihren eigenen Bundesparteiobmann gemeint.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ich dabei kennenlernen durfte ist, dass es eine friedliche Demonstration war, das ist auch gut so - aber alle, nämlich durch die Bank über alle Fraktionen und Parteien hinweg, haben eines kritisiert: Wie dieses Gesetz zustande kommt, dass man über die Menschen drüberfahrt, eine Dampfwalzenpolitik, die es in der Republik Österreich noch nie gegeben hat - ohne jemanden einzubeziehen.

Ja, dieses Vorgehen gefährdet den sozialen Frieden in Österreich, und daher sind über 100.000 Menschen auch auf die Straße gegangen. Meine Damen und meine Herren, glauben Sie mir, diese 100.000 Menschen sind bereit, wieder auf die Straße zu gehen und diese 100.000 Menschen sind auch bereit, andere Menschen zu mobilisieren, mitzugehen. Das wird noch eine spannende Geschichte, davon bin ich persönlich fest überzeugt. Ich habe aber auch Respekt vor schwarzen Funktionären, insbesondere von den beiden Arbeiterkammerpräsidenten aus Vorarlberg und Tirol, Hämmerle und Zangerl.

Zangerl wurde auch in einer Zeitung zitiert: „Kurz fühlt sich nur den Großspendern verpflichtet, das gleicht einer, das hat diktatorische Züge“ und dergleichen.

Ich will auf das gar nicht eingehen, ich muss nur sagen, ich habe vor denen Respekt, weil denen geht es wirklich um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und nicht um die Parteilinie. Das sind keine Parteisoldaten, sondern in erster Linie Arbeitnehmervertreter, und daher habe ich großen Respekt.

Der Bundeskanzler Kurz, und da hat der Arbeiterkammerpräsident von Tirol nicht ganz unrecht, fühlt sich seinen Großspendern schon verpflichtet, und er wird zunehmend als Erfüllungsgehilfe der Industrie bezeichnet. Na ja, wenn man diese Gesetze ansieht,

dann wird man halt feststellen, irgendwer hat ja den Wunsch gehabt, diese 12 Stunden in Österreich einzuführen, und das waren halt die Industrie und die Konzerne.

Also ich habe vor diesen Menschen zutiefst Respekt, ÖVPler, gestandene ÖVPler, würde man in Tirol und Vorarlberg sagen, die sich so klar artikulieren trauen, wie diese beiden Herren. Ich habe aber von Manchen weniger Respekt bekommen im Laufe dieser Diskussion rund um den 12-Stunden-Tag. und eine besondere Meldung, die ist mir besonders aufgestoßen: Christoph Wolf, was war denn das? Was mussten wir denn da im ORF lesen?

Dass es gut ist, dass die Betriebsräte nicht mehr Mitsprache haben, dass es gut ist, dass sie ausgeschlossen werden bei solchen Dingen. Du bist schon einmal aufgefallen mit einem Spruch gegen Gewerkschaften *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du aber auch schon öfters!)* und jetzt fällst Du wieder auf! Du machst dem Betriebsrat der Firma Mareto zum Vorwurf, dass er sich für seine Kolleginnen und Kollegen einsetzt.

Ja, Kollege Wolf, ja was ist denn die Aufgabe eines Betriebsrates? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Mareto ist das beste Beispiel, dass ein 12-Stunden-Tag super ist! Die haben 500 Millionen investiert und 600 Arbeitsplätze…)* Ja, selbstverständlich hat er zu schauen!

In Zukunft hat der Betriebsrat hier nichts mehr mitzureden. Was auch so besser sein soll, so Wolf. Wenn man die Firma Mareto hernimmt, wissen wir, dass es extrem aufwändig war, zu dieser Betriebsvereinbarung zu kommen.

Nanonanet! Ja, was hat denn der Betriebsrat dort so Unanständiges gemacht? Er hat geschaut, dass man bei der Arbeitszeitregelung Ruhezeiten einhält, dass es Ruhepausen gibt und so weiter, dass die Nachtdienste nicht überstrapaziert werden, dass es Nachtruhen gibt, und das ist unverschämt? Das ist gut, wenn man das nicht mehr kann künftig?

Herr Kollege Wolf, gehen Sie in sich und denken Sie wirklich nach, ob das gescheit war, was Sie da formuliert haben!

Arbeitsmediziner - große Bedenken! Ich rede jetzt noch gar nicht von der Bischofskonferenz, von vielen, die sich ganz eng damit auseinandersetzen und trotzdem ist es dem Herrn Bundeskanzler völlig wurscht und er fährt drüber, verpflichtet den eigenen Klub dazu, dass alle Abgeordneten dort mitgehen müssen und so weiter und so fort.

Herr Kollege Sagartz, jetzt erzähle ich Ihnen etwas: Ich war in der Vorwoche mittags einkaufen, weil ich für meine Söhne schnell etwas zu Mittag einkaufen wollte und ich habe es wirklich eilig gehabt und wollte zur Kassa laufen, weil meine Buben daheim gewartet haben.

Da hat mich ein Bäcker aufgehalten und hat gesagt: „Hast ein bissl Zeit?“ Habe ich gesagt: „Selbstverständlich, bitte was kann ich für Sie tun?“ Er erzählt mir, er kommt gerade vom Dienst. Zehn Stunden Bäckertätigkeiten, ein Mann aus dem Bezirk Eisenstadt, der im Bezirk Mattersburg tätig ist.

Zehn Stunden - er hat um Mitternacht begonnen - hat gearbeitet, ist jetzt nach Hause gefahren, geht jetzt einkaufen, damit er sich etwas zu Essen machen kann, er legt sich dann nachher im Anschluss nieder, weil er wieder in die Nachtschicht gehen muss und Brote backen und Semmel backen muss für uns. Wissen Sie, was der sagt?

Nicht boshaft, der sagt: „Ich muss zehn Stunden jetzt schon arbeiten, weil der Dienstgeber einen Mitarbeiter gekündigt hat, der 55 Jahre alt war.“ Er hat Angst, dass er

in wenigen Jahren dasselbe Schicksal erleidet, er sagt, er kann nicht mehr! Er kann nicht mehr!

Wenn er um 12 Uhr Mitternacht zu arbeiten beginnt, hart und fleißig dort arbeitet, zehn Stunden in der Firma verbringt, wie soll er dann weitere zwei Stunden machen? Das ist unmöglich für diesen jungen Herren, er war etwas älter als ich, also so jung war er nicht mehr. Das erklären Sie einmal diesem Bäcker! Er hat mich gebeten, das auch weiterzutragen, das will ich hiermit tun.

Das ist ja kein Schmäh für diesen Herrn, das ist einer, der hart und fleißig arbeitet und künftig 12 Stunden, fünf Tage die Wochen, 13 Wochen hindurch, verpflichtet werden kann, zu arbeiten! Nicht erzählen Sie mir die Geschichte mit der Freiwilligkeit, weil Ihr Großspender, der KTM-Chef hat Euch schon gesagt, was er als freiwillig sieht. Zweimal ablehnen, Sie brauchen nur nachlesen, was er gesagt hat, der KTM-Chef. Also das mit der Freiwilligkeit können wir uns auch gut überlegen. 95 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben erst vor kurzem den 12-Stunden-Tag abgelehnt, 95 Prozent! Das sind von zehn mehr als neun Personen, wenn man so will. 95 Prozent sagen nein zu dem!

Was macht der Herr Kurz: „Mir ist völlig wurscht, der Großkonzern gehört bedient, der Großspender gehört bedient, her mit dem 12-Stunden-Tag, das ziehen wir durch!“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser 12-Stunden-Tag schadet den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, er zerstört Familien, er zerstört das Ehrenamt, er ist gesundheitsgefährdend, er ist schlecht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie partizipieren von dieser Wirtschaftsparty, wie es viele formulieren, nicht mit. Ausschließlich Konzerne und große Unternehmen profitieren von dieser Regelung. Jetzt gibt es einen Versuch der GRÜNEN, er ist zwar lieb gemeint, aber wissen Sie eh, das Gegenteil von gut gemeint ist gut gemacht!

Bei diesem Abänderungsantrag können wir natürlich nicht mitgehen, weil dieser Abänderungsantrag so viele Dinge nicht berücksichtigt, wie das Road-Pricing, die City Maut - darum geht es ja im ursprünglichen Antrag, *(Abg. Manfred Kölly: Das schreiben wir dazu! Das ist ja kein Problem!)* also so einen schlecht gemachten Abänderungsantrag habe ich überhaupt noch nie gesehen, das ist so hopperdatschig!

Wenn es Ihnen wirklich um die Sache gegangen wäre, hätten Sie etwas gesagt, hätten wir uns gemeinsam zusammengesetzt, hätten sicher eine Formulierung gefunden mit der FPÖ. Mit dem Kollegen Kölly, vielleicht wäre sogar der Kollege Steier hier gewesen, wer weiß, vielleicht wäre sogar die ÖVP dabei gewesen.

Das Gegenteil von gut gemeint ist schlecht gemacht. Dieser Abänderungsantrag ist wirklich schlecht gemacht und daher werden wir dem ursprünglichen Abänderungsantrag zustimmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank. Ich danke dem Herrn Abgeordnetem Hergovich für seinen Redebeitrag der pendelnden Bäcker und darf als nächstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort erteilen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die letzten Erklärungen des Abgeordneten Hergovich, dass der Antrag, der Abänderungsantrag schlecht gemacht wäre oder dass gewisse Punkte nicht inhaltlich darin repräsentiert werden. Kollege Steiner hat Ihnen gesagt, den Beschluss haben wir

schon in der letzten Sitzung gefasst, der eigentlich alles beinhaltet, was es sein soll, auf Pendlerinnen und Pendler bezogen. Was aber interessant ist, ist die Gestehung auf den heutigen Tag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der burgenländische Parlamentarismus, soweit ich ihn kenne und kennenlernen durfte, hat eigentlich darin bestanden, dass von allen Seiten, im Speziellen von Interessensseite vertreten durch die Parteien, zu jeder Sitzung, und sei es nur ein winzigstes Problem gewesen, eine Dringliche eingebracht wurde.

Was hat sich gestern beziehungsweise heute nicht ergeben? Die SPÖ Burgenland hat in keinster Weise darauf reagiert, was bundespolitisch seit Tagen, seit Wochen Thema ist, um sich in der Angelegenheit zu erklären und zu deklarieren.

Der Herr Landeshauptmann hat im Vorfeld der Regierungsbildung nach Wien an den Christian Kern die Aussage geschickt: „Opposition ist Mist."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute führt die SPÖ Burgenland uns plastisch vor Augen, in Vertretung mit dem Herrn Landeshauptmann Hans Nießl, Regierung ist Mist.

Denn Tatsache ist, dass heute in den Gesprächsbeiträgen die FPÖ mehr oder weniger ausgeklammert ist und festgehalten werden muss, dass die FPÖ so stark ist - scheinbar -, dass sie verhindert, dass ein Thema auf die Tagesordnung kommt, das, wie der Kollege Hergovich gerade ausgeführt hat, jeden Arbeiternehmer, jede Arbeitnehmerin in Österreich durch eine Kontrarevolution ins 19. Jahrhundert zurückführt.

Meine Damen und Herren! Ich stelle der SPÖ nicht nur ein schlechtes Zeugnis aus, sondern das ist demokratiepolitisch eine ganz herbe Enttäuschung und für jeden, der sich bisher deklariert hat und eindeutig festgelegt hat. Denn das, was sich heute hier abspielt, ist an den Beispielen festzuhalten, die reden zwar darüber, Herr Kollege Hergovich, aber tun lassen wir es die anderen.

In Wirklichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich vieles, was heute hier zur Diskussion steht, im Zusammenhang mit der Pendlerpauschale dahingehend zugetragen, dass Folgendes festgehalten werden muss: Herr Kollege Molnár ist jetzt nicht da, aber ich richte es an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter und Vorsitzenden der FPÖ Burgenland: Wer hat diesen Satz gesprochen, „der 12-Stunden-Tag ist eine asoziale, leistungsfeindliche Idee"?

Herr Kollege Tschürtz, wer hat davon gesprochen? Ich gebe Ihnen hier eine Nachhilfe. Das war Ihr Vorsitzender, Ihr Bundesvorsitzender HC Strache. HC Strache hat sich vor der Regierungseintrittssituation, also in die Richtung über den 12-Stunden-Tag geäußert.

HC Strache hat sich, wie sich jetzt herausstellt, ein wenig umpolen lassen, und die Arbeitnehmervertreterpartei FPÖ kommt in diese Kontrarevolution quasi als Mitspieler. Tatsache ist, Türkis und Blau beschließen den 12-Stunden-Tag, obwohl er vor Regierungseintritt eine „asoziale leistungsfeindliche Idee" war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann Nießl betont bei jeder Gelegenheit, dass sich die FPÖ Burgenland im Grunde genommen nicht nur durch Personen, sondern inhaltlich von der Bundes-FPÖ unterscheidet. Ich darf Ihnen vermitteln, heute ist der Nachweis geliefert, dass Sie sich darin unterscheiden, dass Sie einen Antrag seitens der SPÖ verhindern und auf der anderen Seite klar und deutlich

festhalten, die Diskussion wollen wir nicht führen, weil das ist im Endeffekt eine klare Angelegenheit, die den Bund betrifft.

Es wird immer wieder weiterbetont werden, die Freiheitlichen im Burgenland sind ganz anders als die in Wien. Das brauchen wir gar nicht in irgendeiner Form diskutieren.

Herr Kollege Hergovich, Sie haben eine Aussendung, eine Pressekonferenz über den 12-Stunden-Tag, der auch im ORF gebracht wurde, geliefert. Haben Sie auch gelesen, was Ihnen der Kollege Molnár, Ihr Klubobmann - in der Vergangenheit - -kollege mitgeteilt hat? Sie sind skurril, Sie sind skurril in Ihren Aussagen.

Das, was Sie geliefert haben, ist so etwas wie ein Aus für Überstunden. Und der Kollege Molnár hat gesprochen, Warnungen des Kollegen Hergovich sind skurril. Es komme wie es immer wieder betont wird, kein genereller Stunden-Tag und manches andere.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um diese Aussage, die immer wieder von burgenländischer Seite getroffen wird, die FPÖ Burgenland wäre anders, festzuhalten an ein Beispiel ist nur davon auszugehen, Herr Landeshauptmann Nießl, Sie sollten nur auf die Facebook-Seiten vom Kollegen Molnár und von Ihrem Regierungskollegen Tschürtz schauen, dann werden Sie festhalten, welche Lobhudelei über die Einführung des heute beschossenen 12-Stunden-Tages auf diesen Facebook-Profilen erfolgt.

Tatsache ist, und ich komme jetzt zu Ihnen, Herr Kollege Wolf, Sie werden wahrscheinlich diese Aussage eines Wirtschaftsbundfunktionärs und Kammervertreters auch gehört und gelesen haben. Das ewige Jammern im Jammertal der unselbständigen Erwerbstätigen hält keiner mehr aus. Es ist das Wehklagen der Wertlosen.

Herr Kollege Wolf, geschätzte ÖVP, meine Damen und Herren Türkis-Schwarzen, das, was Sie hier liefern, ist im Endeffekt das prototypische Beispiel einer Situation, wo es wirklich darum geht, auf der einen Seite Unternehmertum, auf der anderen Seite Arbeitnehmertum.

Das, was Arbeitnehmer leisten, das sie im Grunde genommen an Wirtschaftsleistung in Österreich erbringen, ist das schlechteste, was Österreich passieren kann, weil sie im Endeffekt von Wertlosen erbracht werden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Diese Aussage wurde zurückgewiesen.)* Diese Aussage hat ein Kammerfunktionär, ein Wirtschaftsbundvertreter gemacht und diese ist auch im öffentlichen Netz kolportiert worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir können über verschiedenste Punkte lange und ausführlich diskutieren. Tatsache ist, wenn Sie die Sondersitzung des Österreichischen Nationalrats ein wenig verfolgt haben, hat der Kollege Schieder, der Klubobmann der SPÖ, zum Abschluss eine Aussage getroffen, wo er den Kanzler Kurz als Konzernkanzler bezeichnet hat, der im Endeffekt das liefert, was vorher vor der Wahl versprochen wurde.

Auf der anderen Seite hat er den Vizekanzler und FPÖ-Parteivorsitzenden eindeutig als sogenannten Umfaller, als Arbeiterverräter qualifiziert, der im Endeffekt jetzt dort nachhinkt, wo der 12-Stunden-Tag eine Forderung der Türkisen, der ÖVP ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vieles, was dieser 12-Stunden-Tag bringt, ist, wie ich es eingangs gesagt habe, eine Kontrarevolution, ist so etwas wie eine Zensur, ist ein totales Umkehren der Verhältnisse, was arbeitsrechtliche, soziale Stellung der Arbeitnehmerin und des Arbeitnehmers in Österreich bedeutet.

Heute in der Beschlussfassung wird quasi etwas verkehrt, was schon lange, über Jahre, ein wirklicher Zankapfel in den Augen der unternehmerischen Seite, und hier schließe ich hauptsächlich die Industrie, die mit ihren sogenannten ausgelagerten Gesellschaften wie die Agenda 2000 und andere eine Meinungsbildung betreibt, die jetzt über Zahlungen vor der Wahl fruchtbringend ein Ende finden, nämlich in einer Beschlussfassung, wo der Kollege Klubobmann-Stellvertreter der FPÖ gesagt hat, und Herr Kollege Molnár, Sie werden das auch verfolgt haben: Wozu brauche ich Gewerkschaften?

Im Endeffekt, Herr Kollege Molnár, wer, wenn nicht eine Gewerkschaft, wer, wenn nicht die Vertreter der Arbeitnehmer sind gerade in dieser Sache berufen, klar und deutlich für die Arbeitnehmer Stellung zu beziehen? Das, was Sie als Arbeitsmarktidylle schildern, spielt die Wirklichkeit am Arbeitsmarkt und innerhalb der Betriebe mit Sicherheit niemand.

Denn die Wirklichkeit schaut in der Regel jetzt nicht allgemein gesprochen, aber speziell von schwarzen Schafen ausgesetzt, so aus, dass angeschafft wird und wenn nicht vollzogen wird, wird „geschasst“, wird rausgeschmissen, weil das will man sich nicht gefallen lassen.

Das ist etwas, was klar und deutlich hinter dieser sogenannten Programmatik, wir brauchen eine andere Arbeitsmarktsituation. Wir brauchen, da gebe ich dem Kollegen Hergovich Recht, wir brauchen Flexibilisierung, damit wir konkurrenzfähig sind. Nicht nur am Weltmarkt im Sinne der Globalisierung, sondern wir brauchen es im Speziellen für österreichische Verhältnisse.

Und jetzt, ohne auf Beispiele, die man zuhauf verfolgen kann im sozialen Netzwerk, aber auch an anderen Beispielen von Gewerkschaftsseite her, irgendwie aufzunehmen. In Wirklichkeit ist es so, dass alles, was bisher an Leistungen für die Arbeitnehmer geschaffen wurde, im Sinne des sozialen Friedens mit dieser Programmatik, mit dieser Beschlussfassung ad absurdum geführt wird.

Die Rahmenbedingungen, die auch schon angesprochen wurden, werden in keinster Weise erfüllt, schaffen in keinster Weise die Voraussetzungen, dass im Familienverbund auch irgendwie nur Leistung erbracht werden kann. Denn diejenigen, die jetzt in der Forderung stehen, länger arbeiten zu müssen, können das, was in der Familie notwendig ist, gegenüber den Kindern und auch den Familienmitgliedern in keinster Weise mehr leisten.

Wenn dann heute dieser Punkt aufgestellt wird, ja, dann muss sich die Politik verändern und muss die Rahmenbedingungen schaffen. Weil ich möchte wissen, wer in der Verantwortung, sei es von Landesseite oder von Gemeindeseite, einen Kindergarten jetzt noch einmal um diese Zeit länger offenhalten kann, ohne die Voraussetzungen mit den KindergärtnerInnen auch entsprechend zu verhandeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben einen Punkt, der eigentlich nicht nur frustrierend ist und im Nachklang betrachtet, dass das kein eigenständiges Thema seitens der Sozialdemokratie in diesem Haus heute wurde, nämlich in der Wohnzimmerstube der Burgenländerinnen und Burgenländer, hier im Hohen Haus, finde ich eigentlich mehr als erschreckend und dokumentiert ein Beispiel, wie weit sich manches von der Realität entfernt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann auch in einer Art von polemischer Darstellung von Seiten der türkis-blauen Bundesregierung darauf drängen, dass es einen Plan A gegeben hat, den der vormalige Bundeskanzler Kern ausgesagt

beziehungsweise festgelegt hat. Und von diesem Plan A ausgehend, wäre auch eine 12-Stunden-Regelung angedacht gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder vernünftige in Österreich aktive Arbeitnehmer und jede Arbeiternehmerin, jede Burgenländerin und jeder Burgenländer wissen, dass es bis dato schon alle Möglichkeiten gegeben hat, eine 12-Stunden-Tage-Situation zu realisieren.

Nur der Unterschied zwischen der jetzigen Gegebenheit, die in vielen Bereichen gehandhabt wurde, zu der neuen besteht darin, unter dem Schlagwort „Freiwilligkeit jetzt“ in Zukunft und in der Vergangenheit unter der Festhaltung von Arbeitsmedizinern und von Betriebsratsvereinbarungen bezogen auf die Leistungsmöglichkeiten des Arbeitnehmers.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann verschiedenste Argumente anführen, um sich auf der einen Seite das schönzureden, was ich als Arbeitsmarktidylle in der Schilderung seitens der Bundesregierung gekennzeichnet habe, nämlich, wenn ich so flexibel arbeite, dann kommt auch die Produktivität in jeder Form höher. Und auf der anderen Seite hilft das dem österreichischen Bruttoinlandsprodukt und wie immer auch ist es die zukünftige wirkliche Gestaltung dessen, was die Arbeitssituation ausmacht.

Im Burgenland, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir eine Handvoll von Betrieben, die diese 12-Stunden-Arbeitsmarktsituation wirklich praktizieren.

Wo wir es haben werden, und das wissen Sie ganz genau, weil Sie nicken, Herr Landesrat Petschnig, wird sein, im Gastgewerbe. Wo es jetzt schon die prinzipielle Situation ist, wo wir jetzt schon keine Facharbeiter finden, wo wir jetzt schon auf Ausländer, ohne die nichts gehen würde, zurückgreifen müssen.

Und wo ist das noch der Fall, wo es jetzt schon praktiziert wird? In öffentlichen Bereichen, wie zum Beispiel im Krankenhauswesen. Also es gibt das. Daher brauche ich, und das ist jetzt meine persönliche Überzeugung in dieser Diskussion, mit Sicherheit kein eigenes Gesetz, wo Arbeitnehmerrechte ausgeschaltet werden, wo es darum geht, gewisse Richtlinien von vornherein auszumerzen.

Ja, sie nicht nur zu verlassen, sondern einen neuen Weg zu beschreiten, der unter dem Schlagwort „Flexibilisierung“ zu einem absoluten Ausbeutertum wieder führen kann.

Es muss nicht sein, ich gehe davon aus, dass das auch in der Regel manchmal nicht der Fall sein wird, aber ich möchte nicht erleben, wo es zu Zwangssituationen kommt. Und wo in dem Zusammenhang eine klare Positionierung notwendig ist, nicht nur bei Demonstrationen, sondern wird auch zukünftig dort sein, wo es den nächsten Angriffspunkt dieser Bundesregierung gibt, nämlich zum Beispiel auf Arbeitnehmervertretung, auf die Arbeiterkammer und die Wirtschaftskammer wird sich die Situation schon richten, die haben schon alle Wegweisungen in die Richtung gesetzt.

Aber wo es in der Zukunft klar und deutlich seitens der Freiheitlichen noch immer Handlungsbedarf in jeder Form gibt, der nicht abgeschlossen ist, ist diese Arbeitnehmervertretung - sei es die Gewerkschaft oder sei es die Arbeiterkammer -, die entsprechend reduziert, zurechtgestutzt und möglicherweise über die sogenannten Arbeitnehmerabgaben reduziert wird.

Das werden wir dann wieder verkauft bekommen seitens der Bundesregierung, damit, man erspart ja dem Arbeitnehmer manches an Geld. Er wird mehr im „Säckl“ haben und damit wird er besser dastehen und sich finanzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was verabsäumt wurde in den letzten Jahren und festgehalten werden muss, ist eine laufende Reallohnerhöhung. Die hat es

nicht gegeben. Was jetzt der Fall ist und das wird mir keiner erzählen, dass im Zusammenhang mit 12-Stunden-Regelungen laufend alle Überstunden bezahlt werden.

Das wird nicht stattfinden. Das wird sich so nicht ergeben. Es wird positive Beispiele geben, aber es wird in der Regel auf die Arbeiterkammern viel mehr Vertretungsanspruch zukommen, wo es Arbeitnehmer nicht mehr gelingen wird, ihre Anliegen durchzubringen, ihre entsprechende Leistung so entlohnt zu bekommen. Wer wird für sie dann diese Entwicklung erstreiten müssen, dass auch sie zu gerechten Entlohnung kommen? Es wird dann die Arbeiterkammer sein, ohne die es in dieser Causa nicht gehen wird.

Und jetzt der Widerspruch nochmals von vorn gesprochen. Wir haben auf der einen Seite im Burgenland eine Regierungskoalition, die Rot-Blau kennzeichnet, die von Rot-Blau geben ist. Blau verhindert, dass Rot einen Antrag einbringt auf ein Thema, das ureigenstes Profil von der Sozialdemokratie ist, das im Grunde genommen vom Herkommen her - ohne die Sozialdemokratie in irgendeiner Form auszunehmen - vom Herkommen her die Grundwerte betrifft.

Das verhindert Blau und im Endeffekt, es ist ein Unterschied zwischen dem Tschürtz Hansi, dem Géza Molnár und dem Strache beziehungsweise dem Hofer. Das ist ja ganz etwas anderes in Wien wie im Burgenland, die sind ja weit davon entfernt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser 12-Stunden-Tag hat mehreres an Inhalten, die zu diskutieren wären. Meine Vorredner haben es in verschiedenster Art und Weise ausgedrückt.

Ich möchte einen Punkt noch zusätzlich erwähnen, der auch schon diskutiert wurde. Wenn man so eine Entscheidung trifft - und da hat der Kollege Steiner vorher Recht gehabt -, diesen Antrag hat nicht die Regierung eingebracht in der Beschlussfassung auf die Nationalratssitzung, die heutige, sondern der ist von den Abgeordneten aus den Reihen Türkis beziehungsweise Blau eingebracht worden. Das war ein Initiativantrag der Regierungsfraktionen.

Was damit in der Folge ausgeschaltet wurde, ist eine Beschlussfassung der vorangegangen eine ordentliche Begutachtung ist.

Alle Texte, und die können Sie nachlesen auf der Homepage des Parlaments, alle Texte, die im Endeffekt auch auf Leistungen innerhalb der Parteien ausgedrückt wurden, entfernen sich weit davon, diesen Beschluss, der heute gefasst wird, zu loben.

Es gibt aber eine Wirtschaftskammer Österreich, die sich hinstellt und um 60.000 Euro ein Video bestellt, in der Animation „Geht’s dem Werner gut, geht’s auch der Erna gut“. Man kennt ja diesen Spruch: „Geht’s der Wirtschaft gut, dann geht’s auch den Menschen gut.“

Dieser Spruch seitens der Wirtschaftskammer hat so viele Reaktionen ausgelöst, dass er sofort eigentlich vom Video her auch abgedreht wurde, dass das in den nächsten Tagen fast nicht mehr zum Sehen war, außer, dass man es heruntergeladen und festgehalten hat. Aber festzuhalten ist auch, dass die Wirtschaftskammer sich freut, hoch erfreut zeigt, im Speziellen in der Zubilligung auf den sogenannten Industriellenanteil, dass diese Leistung seitens dieser Bundesregierung umgesetzt wurde.

Und ich sage es in aller Deutlichkeit. Das ist eine wirkliche Dienstleistung an den Unternehmungen und ist zu 100 Prozent ein Schaden gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern!

Wer sich jetzt hinstellt, dann in einer Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt betreffend Abänderungsantrag erklärt, er kann dem nicht zustimmen, der ist genauso ein Knecht dieser Regierungskoalition im Sinne des freien Abgeordneten quasi überhaupt nicht vorhanden, was im Prinzip ja seine Aufgabe wäre und ist eine Ausführung auf ein Prinzip, das allem widerspricht, was den burgenländischen Arbeitnehmer, die burgenländische Arbeitnehmerin ausmacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sozialdemokratie in dieser Form hat sich weit davon entfernt, ihre wirklichen Werte, ihre Grundlagen auch zu vertreten.

Da nutzt es nicht, irgendwo zu erklären, ich bin jetzt bei der Demonstration dabei gewesen und da waren viele andere auch, weil den Menschen brennt dieses Thema unter den Nägeln. Daher wäre es jetzt mehr als angebracht, den Abänderungsantrag, der die Regierung auffordert, sich von diesem 12-Stunden-Tag zu trennen, den auch nicht umzusetzen, angebracht, diese Unterstützung zu geben und sich als solches zu erklären, dass man mit Stolz und Berechtigung unter anderem jetzt Arbeitnehmervertretungen auch in der Repräsentanz der SPÖ findet.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Hans Nießl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Die Ausführungen, Hohes Haus, Frau Präsidentin, des Abgeordneten Steier sind ja schon alleine ein Grund, dass man nicht zustimmen kann. Das ist Argument genug gewesen, was wir hier gehört haben. Punkt eins.

Punkt zwei, hören wir die verschiedenen Meinungen, die sind ja auch wichtig und interessant und es handelt sich um verschiedene Parteien *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hört! Hört!)* und es ist legitim, dass auch jede Partei eine andere Meinung zu einem wichtigen Thema hat. Auch wenn wir nicht unmittelbar zuständig sind, kann ja jede Partei sagen, wofür sie steht, was sie in Wien beschlossen hat, dass sie im Burgenland sagt und was sie im Burgenland dazu für eine Meinung haben.

Also das ist ja auch durchaus demokratisch und legitim. Auch wenn das in Wien schon beschlossen ist und jetzt manche gescheit reden, wie und wer da hätte sollen was machen. Das ist ja auch immer sehr einfach, wenn man sich nur verbal dazu äußern muss.

Ich darf auch meine Meinung dazu sagen, weil das ist auch legitim, nämlich ich bin 44 Jahre Mitglied der Gewerkschaft und … *(Abg. Gerhard Steier: Andere auch!)* Solange aber nicht, also insofern möchte man das auch feststellen. Ich bin deswegen Gewerkschaftsmitglied, weil es mir um Fairness und Gerechtigkeit geht.

Fairness und Gerechtigkeit, weil ich der Meinung bin, dass die wirtschaftlichen Erfolge am besten fair aufgeteilt werden können, wenn sich die Sozialpartner gegenübersitzen und verhandeln. Dass man Gewinne machen muss als Betrieb ist klar, dass aber ein Teil des Erfolges auch natürlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusteht, die ja wesentlich dazu beigetragen haben, dass dieser Erfolg auch erwirtschaftet wurde.

Diese Balance und diese Fairness, das war eigentlich ein Erfolg der Republik. Das ist der Aufstieg des Burgenlandes, das ist der Aufstieg Österreichs, weil man sich

zusammengesetzt hat, miteinander geredet hat und weil man gute Ergebnisse durch das Reden auch erreicht hat.

Und genau das fehlt mir im Augenblick. Dass die Sozialpartner zusammenkommen, dass es faire Verhandlungen gibt, dass es Ergebnisse gibt, die auch die Unternehmer vertreten können und die gut sind für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weil da hat es schon Gespräche gegeben, da hat es schon gute Ansätze gegeben.

Dass man eine gewisse Flexibilität braucht, ist richtig, aber nicht in der Form, wie der Robert Hergovich gesagt hat, nämlich 13 Wochen 60 Stunden durchzuarbeiten.

Entschuldige. Wer sich das auf der Zunge zergehen lässt, muss ja wirklich, wenn er fair ist, muss er sagen, das geht nicht. Und es wird im Burgenland nicht wenige Betriebe betreffen, es wird im Burgenland sogar mehrere Betriebe betreffen, weil der nächste Schritt sein wird, wie können wir im Rahmen der Regelung auch am Sonntag, zum Beispiel Einkaufszentren, öffnen.

Das ist der nächste Schritt, der getan wird, nämlich die Sonntagsöffnung zumindest einige Wochen durchzuführen und umzusetzen. Wobei wir da auch schon von der Regierung in den 2000er Jahren die Regelung bekommen haben, 72 Stunden können offen sein und damit wären zum Beispiel Einkaufszentren täglich bis 21 Uhr geöffnet werden.

Auch das ist ein Gesetz, das seinerzeit eingeführt wurde, wo man täglich bis 21.00 Uhr eben geöffnet hat. Jetzt besteht auch die Chance - und das wird von manchen auch so behauptet -, dass es auch die Sonntagsöffnung auf diese Art geben muss.

Was wir im Augenblick erleben, ist ein Wirtschaftswachstum, und manche Branchen in Österreich und auch im Burgenland werden Bilanzen vorlegen, so gute Bilanzen wie eigentlich noch nie.

Die Gewinne werden so hoch sein in manchen Branchen, wie noch nie in der Geschichte der Republik, auch nicht in der Geschichte des Burgenlandes.

Rekordgewinne, weil die Wirtschaft extrem hoch wächst, weil auch vor allem auch im Baubereich und im Baunebengewerbe praktisch eine Überhitzung schon gegeben ist. Facharbeitermangel gegeben ist und spezielle Regelung es auch im Augenblick gibt für die Baubranche, wie diese Aufträge bewältigt werden können. Und da wäre es nur fair zu sagen, Rekordgewinne müssen fair auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgeteilt werden.

Aber das Umgekehrte ist eigentlich der Fall, dass man sagt, wir machen Rekordgewinne, aber wir machen den 12-Stunden-Tag. Die elfte und zwölfte Stunde gibt es keine Zuschläge, das heißt, ich arbeite mehr und verdiene weniger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist eine Vorgangsweise, die nicht verständlich ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zuschläge gibt es.)* Genauso wie 13 Wochen 60 Stunden zu arbeiten, das ist nicht fair, das ist nicht gerecht und das heißt, mehr Leistung für weniger Geld. Das ist ein Weg, der für mich nicht fair und gerecht ist und unverständlich ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn ich schon Rekordgewinne mache, dann kann ich nicht sagen, steigern wir die ganzen Gewinne noch einmal durch diese Vorgangsweise.

Nächster Punkt, ich habe es heute schon kurz angedeutet, ist die Kinderbetreuung, auch das ist aus meiner Sicht ein deutlicher Widerspruch. Nämlich einerseits zu sagen,

wir haben mehr und länger zu arbeiten, nämlich 13 Wochen 60 Stunden, und auf die Pendler, den Bürgermeister aus Oberwart zum Beispiel fragen.

Der Pendler aus Oberwart und da fahren Tausende täglich nach Wien mit dem G1-Bus, mit Privatautos, sie sind drei Stunden mindestens unterwegs, mit dem Bus und mit den Privatautos und arbeiten 12 Stunden. Welche Kinderbetreuungseinrichtungen können hier den Eltern zur Verfügung gestellt werden, die 15 Stunden und länger unterwegs sind?

Das heißt nicht nur, dass ich weniger bekomme und keine Überstundenzuschläge, ich muss mir selbst die Kinderbetreuung organisieren, die mir zusätzlich viel Geld kostet, und das ist auch nicht fair und nicht gerecht, mehr als 15 Stunden aus dem Südburgenland - zum Beispiel aus Oberwart - nach Wien zu pendeln, zurück zu pendeln, über 15 Stunden unterwegs zu sein und keine Kinderbetreuung zu haben, die man sich selbst organisieren muss

Auch darauf muss man hinweisen und auch darauf hätten die Sozialpartner sicherlich auch Rücksicht genommen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich habe es auch angekündigt. Die Sonntagsarbeit, also ich habe mit Arbeitsrechtlern gesprochen, wenn das so beschlossen wurde, das muss man sich genau anschauen, dann ist der nächste Schritt ein sehr ein kleiner, weil es auch von wesentlichen Teilen der Wirtschaft immer wieder Bestrebungen gibt, am Sonntag zu öffnen. Diese Bestrebungen werden mehr, vor allem im Handel, im Tourismus gibt es diese Bestrebungen, nämlich große Einkaufszentren aufzumachen, auch am Sonntag. Jeden Tag bis 21.00 Uhr offen zu haben und die Sonntagsöffnung ist damit auch eingeführt. Ich brauche nicht zu sagen, was 13 Wochen 60 Stunden zu arbeiten, bedeutet; es ist eine extrem lange Zeit. Welche gesundheitlichen Auswirkungen sind damit verbunden?

Es gibt bereits Studien, dass Pendler auch größere gesundheitliche Probleme haben als Nichtpendler. Je länger ich pendle beziehungsweise je länger ich arbeite, wird diese Situation im Bereich der Gesundheit verschärft.

Gestern hat die OECD eine Studie veröffentlicht, wonach die Löhne in Österreich rückläufig sind. Also wenn die Löhne rückläufig sind, die Rekordgewinne gegeben sind, dann kann ich nur sagen, da muss neu und müsste neu mit den Sozialpartnern verhandelt werden, um diese Balance „Rekordgewinne der Wirtschaft - sinkende Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ laut OECD, das ist ja nicht argumentierbar.

Da kann es nur kräftige Lohnanpassungen geben, damit einmal der Lohnverlust ausgeglichen wird, der im Augenblick in Österreich besteht. Das ist ja ein Widerspruch an sich.

Es wird heuer die österreichische Wirtschaft deutlich stärker wachsen als die deutsche Wirtschaft. Wir werden im Spitzenfeld Europas sein und weit über den europäischen Durchschnitt beim Wirtschaftswachstum liegen - mit Rekordbeschäftigung in Österreich, mit Rekordbeschäftigung auch im Burgenland.

Da ist es ja nur gut und recht, diese Erfolge „Rekordwirtschaftswachstum, Rekordgewinne“ auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufzuteilen.

Das wäre fair, das wäre gerecht. Das würde ich mir wünschen. Deshalb bin ich 44 Jahre Gewerkschaftsmitglied, weil das in der Vergangenheit immer wieder funktioniert hat im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch im Sinne der Unternehmer.

Gerade im Land lege ich seit 18 Jahren als Landeshauptmann großen Wert darauf, dass bei vielen wichtigen Gesprächen natürlich die Sozialpartner mit dabei sind, die

Arbeitnehmerseite. Kaum wichtige Entscheidungen, wo sie nicht eingebunden waren. Aber auch die Arbeitgeberseite, die wachsende Wirtschaft, die Rahmenbedingungen, der Standortdialog, all das sollen ja positive Rahmenbedingungen sein, damit weitere Arbeitsplätze entstehen können.

Wir müssen doch miteinander arbeiten, um einen Erfolg zu haben. Wenn wir auch im Kleinen, im Land, schauen, dass man da gegeneinander arbeitet, na dann werden wir keinen so großen Erfolg haben, wie das augenblicklich ist, um auch auf die Regierung einzugehen.

Das war in der Vergangenheit der Fall und das ist in der Gegenwart der Fall, dass man versucht, miteinander das Beste für das Land und die Menschen zu machen. Und jetzt habe ich aber den Eindruck, dass bei dieser Regelung die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht in dem Ausmaß berücksichtigt werden, als das notwendig ist, wenn man versucht, es schon mit 01. September auch einzuführen.

Warum? Um die Diskussion einzudämmen, weil ich weiß, dass es von den verschiedensten Parteien sehr unterschiedliche Meinungen dazu gibt.

Es sind nicht einmal in der Wirtschaft alle so erfreut darüber, was da zurzeit abläuft. Da gibt es viele, die sagen, Gewinne sind natürlich wichtig, aber dass ich Gewinnmaximierung mache, wenn ich fünf Prozent Gewinn mache, brauche ich acht Prozent, oder wenn ich sieben Prozent habe, brauche ich zehn Prozent. Das vertreten nicht alle. Aber das geht im Augenblick in diese Richtung.

Ich bin ein Anhänger - ich sage es noch einmal - für die Sozialpartnerschaft. Miteinander reden, gute Lösungen zu finden, und das dann in entsprechender Form umzusetzen. Ich bin hier für Fairness auf der einen Seite, natürlich Gewinne, und auf der anderen Seite aber Regelungen, die bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch vertretbar sind.

15 Stunden unterwegs zu sein von Oberwart nach Wien, keine Kinderbetreuung zu haben, das ist eine Sache, die man diskutieren muss. Länger zu arbeiten und keine Überstundenzuschläge zu bekommen für gewisse Stunden, ist eine Vorgangsweise, die nicht in Ordnung ist.

Negative Lohnentwicklungen zu haben und trotzdem noch mehr und flexibler arbeiten zu müssen, ist eine Vorgangsweise, die ja komplett denkunmöglich ist. Da muss man doch wirklich sagen, das ist nicht fair, das ist nicht gerecht.

Da brauchen wir menschlichere, bessere Lösungen, da muss man sich wieder an einen Tisch setzen, vor allem die Sozialpartner, und muss natürlich zu etwas mehr Flexibilität kommen, aber das muss in entsprechender Form auch abgegolten werden und berücksichtigt werden

Vielleicht abschließend: Natürlich arbeiten wir auch im Land, wenn es sein muss, 12 Stunden. Wenn heute Glatteis auf der Straße ist, dann kann der Winterdienst nicht nach acht Stunden sagen, wir fahren nach Hause.

Aber da gibt es zusätzliche Freizeit, da gibt es zusätzliche Urlaubstage und da gibt es auch entsprechende finanzielle Abgeltung dafür, auch in Form von Überstundenzuschlägen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Und die Kinderbetreuung?)*

Das ist auch mit der Gewerkschaft abgesprochen, und ich lege auch Wert drauf, dass ich in 18 Jahren *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wer macht dann die Kinderbetreuung?)* mit unseren Gewerkschaftsvertretern viele Veränderungen durchgeführt habe, im Konsens.

Es waren gescheite Gespräche, es waren gute Lösungen, das hat dem Land gutgetan und das sollte man auch auf Bundesebene weiter so pflegen, was zum Erfolg Österreichs beigetragen hat. Man wird sehen, dass man nur so dauerhaft und nachhaltig zum Erfolg kommt, wenn man miteinander redet und wenn man die Sozialpartner einbindet. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese heutige Landtagsitzung nimmt einen doch sehr überraschenden Verlauf, das muss man schon einmal feststellen.

Wir haben heute schon einige Überraschungen erlebt, wir diskutieren gerade über einen Antrag, der wortident erst vor wenigen Wochen sowieso beschlossen wurde. Und für viele war schon auch überraschend, dass es heute in der Landtagssitzung keine Initiative der SPÖ in Richtung Arbeitszeitflexibilisierung gibt.

Der Kollege Steier hat es angesprochen, jetzt haben Euch die GRÜNEN und der Kollege Steier die Möglichkeit gegeben, mit einem Antrag hier eine klare Meinung zu artikulieren und ich habe gehört, das wird nicht angenommen. *(Abg. Robert Hergovich: Schauen wir einmal.)*

Dabei ist es deswegen verwunderlich, - na ja, vielleicht wird es auch angenommen, werden wir schauen, ich glaube nicht. Vorher hat der Landeshauptmann gesagt, nein, also ja, vielleicht ändert sich da noch die Mehrheitsmeinung.

Jedenfalls ist es schon verwunderlich deswegen, weil Ihr ja eine klare Mehrheit hättet. Da braucht Ihr nicht einmal die FPÖ dazu, die sich heute auch sehr zurückhält und gar nichts zu dem Thema sagt, was auch einigermaßen verwunderlich ist. *(Abg. Wolfgang Sodl: Ihr wart aber auch nicht gerade sehr überzeugend.)*

Ich möchte vielleicht anschließend an die letzte Wortmeldung des Landeshauptmannes, der gemeint hat, im Landesdienst ist es auch möglich, dass man länger arbeitet. Wenn Glatteis ist, dass natürlich der Straßendienst nicht nach Hause fährt. Das ist richtig, und das ist auch gut so.

Dies liegt darin begründet, Herr Landeshauptmann, dass es eine gesetzliche Regelung dazu gibt. Und da braucht man nicht mit den Gewerkschaften verhandeln, das steht im Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz drinnen, dass die Tagesdienstzeit 13 Stunden nicht überschreiten darf. *(Zwischenruf von Landeshauptmann Hans Nießl.)*

Die Tagesdienstzeit also nicht 12, sondern 13 Stunden nicht überschreiten darf und dass die Wochendienstzeit innerhalb eines Durchrechnungszeitraumes von 17 Monaten im Durchschnitt 48 Stunden betragen darf. *(Landeshauptmann Hans Nießl: Die Gewerkschaften stimmen zu.)*

Die brauchen nicht zustimmen, weil das eh gesetzlich geregelt ist. *(Landeshauptmann Hans Nießl: Nein, wie das Gesetz entstanden ist, haben die Gewerkschaften zugestimmt.)* So wie es künftighin generell geregelt ist, so wie es generell jetzt im Bund auch geregelt wird.

Wir können uns ja zusammensetzen und können diese Bestimmung des Landesbeamten-Dienstrechtsgesetzes aufheben. Ist ja kein Problem, dann können Sie die

ganze Zeit mit den Gewerkschaften verhandeln und können sich jedes Mal ausmachen, wann es Glatteis gibt, dass halt länger gearbeitet wird.

Daher ist das so eine, das ist schon ein Beispiel dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das eine sehr, sehr scheinheilige Diskussion ist. Auf der einen Seite zu sagen, wenn jetzt eine gesetzliche Regelung, was die Arbeitszeitflexibilisierung betrifft, kommt auf Bundesebene, dass das schlecht ist, aber im eigenen Bereich beschließt man es und im eigenen Bereich ist es gut. Das muss mir einer einmal erklären auf dieser Welt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das Gleiche gilt ja auch für das Argument, dass das so gesundheitsschädlich wäre. Also wenn es gesetzlich geregelt ist, sagt die SPÖ, dann ist es extrem gesundheitsschädlich, wann es in Form einer Betriebsvereinbarung geregelt ist, so wie bei der Firma Mareto zum Beispiel, dann liegt keine Gesundheitsschädlichkeit vor.

Auch das, meine Damen und Herren, ist natürlich eine extrem fadenscheinige Argumentation und ist auch niemandem erklärbar.

Was überhaupt insgesamt wirklich schade ist, dass hier mit Halbwahrheiten und Unwahrheiten agiert wird. Ich meine, wie kommen Sie auf die Idee, Herr Landeshauptmann, dass die Zuschläge nicht bezahlt werden? Das ist klar geregelt, das ist ganz klar geregelt, dass die Zuschläge bezahlt werden.

Wie kommen Sie auf die Idee, dass mehr gearbeitet werden muss und weniger Einkommen vorliegt? Das stimmt ganz einfach nicht, das ist unrichtig, das ist falsch. *(Unruhe bei der SPÖ)*

Sie haben sich offensichtlich von irgendwelchen Argumentationen beeinflussen lassen *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja nicht.)* und übernehmen *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja nicht.)* Dinge, die einfach nicht stimmen.

Daher sollten wir, und Sie haben das selber auch gesagt, auf die sachliche Basis wieder zurückkommen und darüber reden, was wirklich Sache ist und nicht irgendwelche erfundenen Dinge, die Sie da in die Luft setzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Nachdem es offenbar nicht möglich ist, dass heute die FPÖ einen Standpunkt abgibt im Burgenland, - ich weiß es nicht, wie lange Sie sich das gefallen lassen und wie lange Sie sich demütigen lassen in der Regierung und wie lange Sie freudig Ja sagen, wenn Sie eine drüber kriegen. Deswegen werde ich das für Sie übernehmen und ich werde Sie jetzt zitieren.

Der Kollege Molnár hat zum Thema Flexibilisierung der Arbeitszeit Folgendes gesagt: Die FPÖ stellt einmal mehr klar, dass es derartige Pläne nicht gebe, nämlich diesen generellen 12-Stunden-Arbeitstag einzuführen und verweist auf den Plan A der SPÖ.

Im Plan A heißt es, bei Gleitzeit sollen 12 Stunden tägliche Arbeitszeit möglich werden, jedoch nur, wenn als Ausgleich längere zusammenhängende Freizeittage genommen werden können. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen für jede Überstunde, die geleistet wurde, auch in Zukunft ihre Zuschläge bekommen. Plan A, Herr Kern, ehemaliger Bundeskanzler. *(Abg. Edith Sack: Das ist ja richtig.)*

Das Programm der Bundesregierung, so Molnár weiter, führt aus, Beibehaltung der gesetzlichen täglichen und wöchentlichen Normalarbeitszeit, Anhebung der täglichen Arbeitshöchstgrenze bei Gleitzeit auf 12 Stunden fünfmal pro Woche, bei gleichbleibendem Regelungsregime, nicht übertragbare Gleitstunden werden wie bisher mit Zuschlag vergütet.

FPÖ Klubobmann Geza Molnár hält dazu fest: Es stimmt schlicht und einfach nicht, dass ein genereller 12-Stunden-Arbeitstag kommen soll. Die Bundesregierung plant lediglich, was die SPÖ in ihrem Plan A selbst vorgeschlagen hat. So gesehen sind die Warnungen der SPÖ nicht nur inhaltlich ohne Grundlage, sondern geradezu skurril.

Das ist richtig, Kollege Molnár, Herr Klubobmann Molnár, was Sie hier gesagt haben. Skurril ist aber schon auch, dass Sie nicht Manns genug sind heute, hier zum Rednerpult zu gehen und diese Meinung, die Sie ja öffentlich vertreten haben, so wie der Kollege Ries übrigens, wortident, die gleiche Aussage, dass Sie das hier auch ganz klar sagen, meine Damen und Herren.

Ich glaube, dass eine Koalition auf Landesebene nicht so weit gehen kann, dass man sich völlig ja erniedrigen lässt, und gar nicht mehr sozusagen seine Standpunkte nach außen tragen kann. Ich bin mir auch sicher, dass es viele in der FPÖ gibt, die jetzt schon sehr gerne zum Rednerpult gehen würden. Ich habe gerade gehört, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter wird sich melden, wir sind gespannt auf seine Ausführungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass es wichtig und richtig ist, wieder auf die sachliche Ebene zurückzukommen. Nicht diese Unwahrheiten und Halbwahrheiten zu erzählen und nicht davon reden, dass jetzt die Welt zusammenstürzt, nur weil die Arbeitszeit flexibler wird.

Nämlich fast 1:1 jenes Modell, das die Sozialpartner vor fast einem Jahr schon ausverhandelt hatten, aber dann nicht abgeschlossen haben, *(Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja nicht.)* aber dann nicht abgeschlossen haben, weil die Arbeiterkammer das bekommen hat, was sie wollte. Und dann hat sie gesagt, jetzt wollen wir das andere aber nicht mehr wissen. *(Abg. Robert Hergovich: Was hat die Arbeiterkammer gesagt?)*

So schaut die Welt aus. *(Abg. Robert Hergovich: Gleichstellung. – Unruhe bei der SPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist keine seriöse Politik.

Das ist keine seriöse Politik, meine Damen und Herren, und ich rufe dazu auf, alle handelnden Personen, wirklich wieder auf die sachliche Ebene zu kommen und die Dinge so zu nehmen, wie sie beschlossen sind und nicht irgendwelche Märchen zu erzählen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Steiner! Mir persönlich kommt es vor, Sie versuchen Ihre eigenen Schwächen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was?)* die Schwächen, Ihre eigenen Schwächen, die Schwächen der ÖVP ganz einfach damit abzulenken. Sie machen eine reine Polemik, Sie versuchen, nur einen Keil zu treiben. Ihnen geht es in keiner Weise um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren! Der Abänderungsantrag der GRÜNEN geht uns in dieser Form nicht weit genug, darum bringe ich einen Abänderungsantrag ein:

„Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- sich für die Beibehaltung des jetzigen Vignettensystems und gegen das geplante Road-Pricing für PKW einsetzen.
- an den zuständigen Bundesminister für Finanzen mit der Forderung nach einer fairen und sozial ausgewogenen Reform der Pendlerpauschale und einer besseren Förderung der Pendlerinnen und Pendler heranzutreten.
    - o Ziel muss vorrangig die Umstellung des Gesamtsystems auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag sein, bei dem jeder gefahrene Kilometer berücksichtigt und gleich viel wert sein muss. Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte sollen durch volle Negativsteuerwirkung profitieren.
    - o Darüber hinaus darf es zu keinen weiteren Belastungen der Pendlerinnen und Pendler in Form einer höheren Besteuerung von Diesel kommen.

Der Burgenländische Landtag spricht sich gegen eine weitere Belastung der burgenländischen Pendler durch Einführung einer City-Maut in Wien und weiterhin für Verkehrslösungen im Einklang mit der gesamten Ostregion aus.

Außerdem soll die Einführung und die Finanzierbarkeit eines 365-Euro-Tickets für die Ostregion geprüft werden.“ *(Beifall bei der SPÖ – Der Abgeordnete Wolfgang Sodl übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kollege Sodl, den 12-Stunden-Tag haben Sie vergessen. - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Herr Kollege Steiner, ich bitte auch um Ihre Aufmerksamkeit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldigung.)* Herzlichen Dank.

Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass gemäß § 61 Abs. 2 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden wird.

Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Herr Kollege Steiner! Abgeordneter Steiner! Grundsätzlich muss man zu dieser Thematik wirklich festhalten, dass ja die Meinungen ausgetauscht sind.

Es gibt solche Meinungen, und es gibt solche Meinungen. Diese Meinungen sind zu akzeptieren in einer Demokratie, egal, wie man das auch immer sieht, und es gibt drei Jahre lang hervorragende Arbeit in der Koalition.

Es hat da auch schon gegenteilige Meinungen gegeben, z. B. beim 20.000 Projekt, das wissen Sie auch. Wir sind ja keine Siamesischen Zwillinge, sondern es gibt natürlich in jeder Koalition auch Meinungen, die man auch vertreten kann und zu vertreten hat.

Ich verstehe überhaupt nicht diese Wortmeldung von … *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Was ist denn Ihre Meinung jetzt zu diesem Thema?)*

Die Meinung der Freiheitlichen Partei ist bekannt. Es wurde ja gerade auch die Meinung von Géza Molnár vorgelesen. *(Heiterkeit bei der ÖVP)* Aber was hindert es uns daran, es ist wirklich sehr witzig, Herr Kollege Wolf.

Sie haben gerade gesagt wegen des LSG, wegen des Landessicherheitsgesetzes. Wieso nehmt Ihr dann nicht teil an der Einberufung zum Landessicherheitsgesetz? *(Abg.*

Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wir haben nicht abgesagt.) Sicher, Ihr habt ja abgesagt. Jetzt nehmen zwei Personen teil.

Aber Sie haben großgoschert vorher geredet, dass das Landessicherheitsgesetz hintangestellt werde, das Feuerwehrgesetz, es gehe nichts weiter.

Wieso habt Ihr das die letzten Jahre nicht gemacht? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ihr habt es ja angekündigt.)* Warum habt Ihr diesbezüglich nichts gemacht? Na ja, na hallo. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Das ist ja wirklich … *(Allgemeine Unruhe)*. Faktum ist natürlich, diese Kraft und diese Stärke haben wir, zum Koalitionspartner zu stehen, auch wenn es gewisse Meinungsverschiedenheiten oder natürlich auch andere Auffassungen gibt. Das ist legitim, in einer Demokratie völlig in Ordnung, das muss auch so sein. Das ist auch genau die Stärke, dass man mit solchen Dingen umgehen kann.

Ihr werdet wahrscheinlich mit diesen Dingen nicht umgehen können, Ihr werdet Euch wahrscheinlich die Augen auskratzen, alle miteinander. *(Heiterkeit bei der ÖVP)* Das machen wir nicht. Das tun wir nicht.

Wir arbeiten konsequent für das Burgenland weiter, so, wie es in den letzten drei Jahren der Fall war, wo wirklich umgesetzt wird, umgesetzt wird, umgesetzt wird, umgesetzt wird. Wir arbeiten ohne Streit weiter, und es wird auch verschiedene Meinungen geben.

Und vorhin noch angeschnitten, es war ja auch eine andere Meinung, nicht nur Steigbügelhalter, sondern Kollege Steiner hat sogar gesagt, die Freiheitliche Partei habe sich durchgesetzt, weil die SPÖ keinen Dringlichkeitsantrag eingebracht habe. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja eh, kann eh sein.)*

So, welche nehmen wir jetzt? Nehmen wir die Geschichte, oder nehmen wir die Geschichte? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt können wir es uns aussuchen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.)*

Faktum ist, wir lassen uns von Euch dieses Spiel nicht auf die Nase drücken. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordneter Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen im Saal, auf der Regierungsbank! Ich finde das sehr eindrucksvoll, Sie zeigen uns nämlich durch diesen Abänderungsantrag, dass Sie nicht Stellung nehmen wollen.

Nicht Stellung nehmen zu der klaren Aufforderung an die Bundesregierung, Schluss zu machen mit den 12-Stunden-Arbeitstag-Begehrlichkeiten, *(Abg. Robert Hergovich: Du hast aber schon zugehört?)* Schluss zu machen mit der Arbeitszeitverkürzung. *(Abg. Robert Hergovich: Du hast aber schon zugehört, jetzt 1,5 Stunden?)*

Sie reden hier und halten große Brandreden für ein Anliegen. Aber wenn es darum geht, aufzustehen und abzustimmen, und nur deswegen sind wir hier in diesem Saal, damit wir diskutieren und abstimmen, und nicht, wie wir uns draußen vor der

Fernsehkamera dazu äußern, sondern ob wir hier, in dem Saal, bei der Abstimmung zu dem stehen, was wir auch draußen sagen.

Eines haben Sie uns, werte Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, hier sehr deutlich heute gemacht, wenn es darum geht, ob Sie loyaler sind zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder loyaler sind zu Ihrem Regierungspartner FPÖ, da *(Abg. Günter Kovacs: Geh bitte.)* sagen Sie ganz klar, es passt kein Blatt zwischen SPÖ und FPÖ.

Und es passt sehr viel zwischen die SPÖ und einem echten Kampf, einem mutigen Kampf für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Sehr geschätzter Herr Abgeordneter, ich möchte Sie nur höflich aufmerksam machen, unter Tagesordnungspunkt 4 debattieren wir einen Antrag zu Pendlern. Ich möchte nur zur Tagesordnung wieder rufen.

Ich bedanke mich und übergebe Ihnen das Wort. Herzlichen Dank!

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, danke Frau Präsidentin. Ich möchte nur auch feststellen, dass die Wendung in dieser Diskussion nicht von uns ausgegangen ist, sondern vom Kollegen Hergovich insbesondere, der diesen Antrag oder diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass genommen hat, sich hierher zu stellen und über die Arbeitszeitflexibilisierung zu reden und darüber zu reden, was ihm so in den letzten Tagen passiert ist beim Bäcker und in irgendwelchen Geschäften.

Also ehrlich gesagt, deswegen ist es, glaube ich, ist es schon legitim, wenn andere darauf replizieren und sich auch mit diesem Thema auseinandersetzen. Insofern wird meine Wortmeldung aber dennoch sehr kurz sein. Ich möchte nur zum Landeshauptmann-Stellvertreter eine Anmerkung machen.

Erstens einmal stimmt das nicht, dass wir nicht bei der Besprechung zum Landessicherheitsgesetz dabei sein wollen. Wir *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Es gibt keine Zusage.)* haben uns sogar angemeldet. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zwei Personen.)* Klubobmann Sagartz und ich werden gerne kommen. Das ist der eine Punkt.

Und der zweite Punkt. Ich meine, das muss man, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das muss man aber schon auch zur Kenntnis nehmen, dass ein Oppositionsabgeordneter irgendwann einmal sagt, nach zweieinhalb, drei Jahren, naja, jetzt wäre es schon Zeit, wenn einmal das Gesetz, das damals … *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Jetzt sind es zwei Jahre.)*

Nein, ich kann es Ihnen gern nachvollziehen, *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.)* ich kann es Ihnen gern nachvollziehen, das ist alles öffentlich dokumentiert, so wie es der Herr Kollege Steier heute schon gesagt hat, *(Landeshauptmann Johann Tschürtz: Qualität.)* alles im Netz*, (Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Qualität.)* na schauen wir.

Ich würde mich freuen, wenn es qualitativ hochwertig ist, und ich gehe auch davon aus. Ich hoffe es auch. Aber trotzdem war es nicht das Schnellste, wenn man zweieinhalb Jahre braucht für so ein relativ einfaches Gesetz und trotzdem kann man Ihnen da nicht

vorwerfen, jedenfalls „Speed kills“ kann man Ihnen nicht vorwerfen. Das muss man ganz offen sagen.

Aber, was ich noch anmerken wollte, *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)* was ich noch anmerken wollte, Frau Präsidentin, nur eine Frage, weil wir uns ja in den letzten Landtagssitzungen immer über die Frage, wie man miteinander umgeht, auseinander gesetzt haben und die Frage ist:

Wenn ein Landeshauptmann-Stellvertreter zu einem Abgeordneten sagt, er sei „großgoschert“, ob das okay ist? Ich möchte das wissen, weil, dann werden wir das natürlich entsprechend in unsere Liste zu verwendbarem Wort dazu aufnehmen. *(Abg. Edith Sack: Kommt immer darauf an, zu wem er das sagt.)*

Ich halte es für nicht okay, dass ein Landeshauptmann-Stellvertreter so eine Wortwahl nimmt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Mir ist diese Wortwahl entgangen. Ich werde mir das Protokoll anschauen, und wir werden dann natürlich nachträglich darüber noch Gespräche führen. Danke.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nun zwei Abänderungsvorträge vor. Ich lasse daher zuerst über den vom Landtagabgeordneten Sodl eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den vom Landtagsabgeordneten Sodl eingebrachten Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Allgemeine Unruhe)*

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen ist somit mit der beantragten Abänderung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1338) betreffend gesundes Mittagessen im Kindergarten (Zahl 21 - 945) (Beilage 1364)

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1340) betreffend gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule (Zahl 21 - 947) (Beilage 1365)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Meine sehr geehrten Damen und Herren, da der 9. und 10. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 9. und 10. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

Mein Vorschlag gilt daher als angenommen.

Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1338, betreffend gesundes Mittagessen im Kindergarten, Zahl 21 - 945, Beilage 1364.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Edith Sack: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend gesundes Mittagessen im Kindergarten in ihrer 32. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend gesundes Mittagessen im Kindergarten unter Einbezug der von mir beantragten Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Die Berichterstattung zum 10. Punkt der Tagesordnung, den Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1340, betreffend gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule, Zahl 21 - 947, Beilage 1365, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. vornehmen.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christoph Wolf, M.A.: Viele Dank. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den soeben genannten Antrag beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Beide Ausschüsse stellten daher den Antrag, der Landtag wolle den soeben genannten Antrag unter Einbezug der eingebrachten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich somit Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt ist wieder Ruhe eingekehrt. Nach einem Abänderungsantrag der SPÖ, was mich schockiert, muss ich ehrlich und offen gestehen, diesen Antrag haben wir vor der letzten Sitzung schon beschlossen gehabt.

Ich verstehe das nicht und es ist nicht einmal irgendetwas drinnen mit dem 12-Stunden-Tag oder mit der 60-Stunden-Woche. Ich bin schockiert, muss ich offen und ehrlich gestehen. Ihr stellt Euch hin, tut genauso, wie der Herr Hergovich oder der Herr Landeshauptmann, da groß aufgesagt haben, was Euch das wert ist und dergleichen mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war 15 Jahre Arbeiterkammerrat, 15 Jahre, ich war zehn Jahre in der Wirtschaftskammer. Glauben Sie mir, so etwas habe ich noch nicht erlebt in der ganzen Geschichte. Wissen Sie, was das Ziel ist der Bundesregierung?

Wissen Sie das, liebe Frau Kollegin Sack? Denken Sie sich was dabei und ich sage nicht mehr dazu, was kommen wird. Sie verleugnen Ihre eigenen Aussagen heute bei einem Abänderungsantrag über diese Diskussion.

Ich bin in der Früh oder gestern bin ich vom ORF angerufen worden, und es wurde gesagt, was sagen wir und dergleichen mehr. Ich habe gesagt, für mich ist es wichtig, diese Debatte mit dem 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche. Das war heute im ORF übrigens, ich weiß nicht, ob Sie es gehört haben?

Ihr hättet Euch vorbereiten können auf diese Geschichte. Was ist herausgekommen? Es gibt weder einen Dringlichkeitsantrag noch irgendetwas anderes seitens der SPÖ.

Herr Landeshauptmann, schockierend, muss ich ehrlich sagen. Also da muss ich ehrlich sagen, weint mein Herz, weil so etwas habe ich noch nicht mitgemacht, dass man sich so verkauft. Es ist wirklich arg.

Jetzt komme ich aber zum Antrag, weil es ist schockierend und ich hoffe, die Medien bringen das richtig, weil, das ist echt schockierend. *(Abg. Gerhard Steier: Ist keiner da.)* Bitte? *(Abg. Gerhard Steier: Ist keiner mehr da.)* Sind keine mehr da, das interessiert ja niemanden mehr, was jetzt kommt.

Genau das ist der Punkt, obwohl es sehr wichtig ist über das wir diskutieren und es wurden zwei Anträge eingebracht, einer seitens der ÖVP, einer von der SPÖ und FPÖ. Warum wurde der eingebracht?

Weil auf einmal eine Statistik herausgekommen ist, dass man im Burgenland mit dem Essen in den Kindergärten und in den Schulen ein bisschen ein Problem hat. Genau dadurch werden Anträge eingebracht von Eurer Seite.

Wir machen uns schon vorher Gedanken und bringen Anträge anderswertig ein. Die werden dann abgeändert und irgendwo kanalisiert oder ich weiß nicht, was Ihr damit macht. Das ist genau das Problem, was ich in diesem Hohen Haus sehe, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Daher sind solche Dinge, die heute passiert sind, für die Bevölkerung - glaubt mir das - nicht leicht nachvollziehbar, für Eure Leute nicht, liebe SPÖ. Die FPÖ hat sich gut verkauft, muss ich sagen, gratuliere dazu. Die haben zwei Sätze gesagt und der Fall ist erledigt.

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat das auch hervorragend gemacht, hat sein Thema gespielt, ist einmal so. Er ist gar nicht richtig eingegangen auf den 12-Stunden-Tag, ist einmal so.

Die SPÖ hat den - Entschuldigung - Kopf eingezogen. Ich hätte jetzt bald was anderes gesagt. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Wieso, der Robert Hergovich hat etwas dazu gesagt.)*

Was hat er gesagt und was hat er getan? Das ist ein Unterschied, was ich sage und was ich tue, Herr Landesrat, seien Sie mir bitte nicht böse. Genau das ist das Problem, das wir haben, was ich sage und was ich tue.

Ich stelle mich vor die Kamera hin und erzähle dort Märchen, und im Endeffekt habe ich heute die Möglichkeit, zu zeigen, bei einem Punkt, bei einem wichtigen Punkt, wo Ihr Euch einmal eine Chance herausgeholt habt, da stark zu werden. Oder wollt Ihr den Herrn Kern loswerden? Das ist auch noch eine Möglichkeit. Dann verstehe ich das schon.

Dann ist mir das eigentlich klar, warum das so gespielt wurde. Ist eine Möglichkeit. Aber über das möchte ich gar nicht nachdenken. Das wäre ja fatal. Der muss ja sofort anrufen den Hans Nießl und sagen, seid ihr noch zu retten oder was ist? Nein, wir haben den Doskozil, den schicken wir euch wieder rauf, geht schon wieder. Der Fall ist erledigt.

Aber zurück zum Essen in den Kindergärten. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man auch hier bei der Ernährung selbstverständlich in den Kindergärten, aber nicht nur in den Kindergärten, sondern schon zu Hause anfängt, mit der Ernährung etwas zu tun.

Das tun wir in vielen Gemeinden, denke ich einmal. Trotzdem zeigt die Statistik auf, dass wir im Burgenland irgendwo noch sehr rückständig sind in dieser Sache, komisch.

Ich war immer der Meinung, wir sind da eh sehr fortschrittlich, weil im Burgenland mit unseren vielen Möglichkeiten, die wir haben, Bio und dergleichen mehr, dass man da in den Kindergärten oder in den Schulen, wo wir kochen.

Und übrigens, in Deutschkreutz haben wir eine eigene Küche, wo wir 200 Kinder ausspeisen und austragen mit dem Essen. Die können sich etwas wünschen, es gibt eine Liste, was sie zum Essen wollen.

Da gibt es aber auch Möglichkeiten seitens des Landes, dass jemand vorbeikommt und sagt, gesunde Ernährung zu machen. Haben wir auch eingeführt, alle. Und da höre ich, wir sind neben Tirol am letzten Platz, Wien ist da führend.

Wien ist führend, denke ich, in der Stadt, Bio und dergleichen mehr, soll so sein, und Oberösterreich. Außer Wien mit der City-Maut, was ich überhaupt nicht verstehe, dass sie die eingeführt haben. Was wir heute diskutiert haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, da hat keiner etwas dazu gesagt, dass Wien eigentlich das Wasser privatisiert hat.

Das hat keiner irgendwo registriert. Wien hat das Wasser privatisiert. Da beutelt es mich ein bisschen durcheinander, wenn da keiner einen Aufschrei macht. Ich kann nicht immer schreien, das geht ja immer nicht. Ich muss mich auch irgendwann einmal fragen, denkt da sonst keiner nach? Wir haben heute diskutiert, da ist vom Wasserleitungsverband der Obmann gesessen. Bravo! Bravo! Weil wir reden über Neufeld und dergleichen mehr.

Wir müssen aufpassen, wir müssen vorsichtig sein. Wir sind nur ein kleines Land. Nicht, dass sie uns drüberfahren. Daher will ich das noch einmal erwähnt wissen und

erwähnen müssen und können. Ich glaube, dass man im Endeffekt in den Kindergärten und in den Schulen, Herr Landesrat, Gesundheitswesen auch wichtig ist. Ich denke, dass Du da hinter dieser Sache auch stehst und diese zwei Anträge wichtig sind.

Aber ich habe schon vorher erwähnt, wir hätten schon früher denken müssen, dass wir da eigentlich einiges falsch machen. Sei es wie es sei. Ich glaube, dass wir unseren Weg machen müssen. Was können wir machen? Fachleute gibt es ja. Es gibt andere Länder, die das machen. Ich denke, dass wir uns die herholen und sagen, was glaubt ihr, wie schaut das aus?

Wir haben ein tolles Land, wo wir viele Produkte haben, die mit bio und anderwärtig zu machen ist. In diesem Sinne, glaube ich, sind diese Anträge soweit okay. Noch einmal, nur wir müssen es umsetzen. An dem liegt es eigentlich, nicht nur diskutieren im Hohen Haus, sondern irgendwann in der nächsten Zeit auch das Ganze umsetzen. Die Unterstützung seitens des Bündnis Liste Burgenland gibt es.

Wir haben in Deutschkreutz eine Möglichkeit, wo wir auch den Landtag einladen, ich lade gern einmal ein, dass wir uns das anschauen, wie das über die Bühne geht. Es wurde von den Eltern gefordert, dass wir nicht mehr von den Gasthäusern das Essen nehmen. Warum? Ich habe mich selbst gewundert. Ich habe gesagt, um Gottes willen, ein Gasthaus macht ja ein gutes Essen. Aber nicht für die Kinder, die haben ja ein ganz anderes Essen als Personen, die ausgewachsen sind.

Wir haben reagiert, nicht nur reagiert, sondern wir haben es auch umgesetzt schlussendlich. Ich glaube, das funktioniert, und daher brauche ich nicht große Worte ausspucken und was weiß der Teufel, sondern schauen wir uns das an, wie das funktioniert und der Fall ist erledigt.

Natürlich habe ich Probleme gehabt, mit den Wirten auch, die gesagt haben, wieso nehmt ihr uns jetzt das Essen weg? Dann war eine klare Erklärung, das haben sie dann auch eingesehen, sie können nicht so kochen, das geht einfach gar nicht. Okay, in diesem Sinne, wir werden diesen Anträgen natürlich unsere Zustimmung geben, weil es wichtig ist für unsere Kinder, für unsere Zukunft was zu tun. Danke. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Es ist unüblich, dass man sich so früh zu Wort meldet, aber aufgrund der emotionalen Debatte vorher, muss ich mich jetzt zu Wort melden, weil sonst halte ich das nicht aus.

Frau Abgeordnete Petrik und Herr Abgeordneter Kölly, die Entscheidung über die 60-Stunden-Woche fällt nicht im Burgenländischen Landtag, sondern die ist heute in Wien gefallen, *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly)* im Nationalrat, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, und hier haben zwei führende Vertreter der Sozialdemokratie, der Kollege Hergovich und der Herr Landehauptmann, klar Stellung bezogen, wo sie in dieser Frage stehen. *(Abg. Gerhard Steier: Darum geht es ja gar nicht! Da geht es darum, dass Ihr das auch bekenntnishaft abgestimmt hättet!)*

Ganz klar Stellung bezogen, und in Wien, wo das ganze Thema auch diskutiert worden ist, hat die Regierung, die schwarz-blaue, *(Abg. Gerhard Steier: Meine Güte!)* oder türkis-blaue Regierung das beschlossen, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie. Den

Keil, den Sie da reintreiben, *(Abg. Gerhard Steier: Das musst Du den Arbeitnehmern erzählen! Das musst Du ihm erzählen!)* der bringt jetzt überhaupt nichts. Ich meine … *(Abg. Gerhard Steier: Na, was muss man?)*

Ihr wisst ja ganz genau, wir wissen ganz genau, wo das hingehen will von Euch, das ist ein Versuch, den Keil hineinzutreiben, der da eigentlich nichts zu suchen hat. *(Abg. Gerhard Steier: Sonst ist Euch jede Möglichkeit einer Diskussion zu führen über irgendetwas eine Dringliche! Heute aber nicht, wenn es um substantielle Geschichten geht!)* Herr Abgeordneter Steier, haben Sie die Wortmeldungen des Landeshauptmannes nicht gehört?

Oder vom Kollegen Hergovich? *(Abg. Gerhard Steier: Der ist nicht für Fairness!)* Klarer geht es nicht. *(Abg. Gerhard Steier: Der ist nicht für Fairness!)* Die Sozialdemokratie ist gegen den 12-Stunden-Tag und gegen die 60-Stunden-Woche. Punkt.

Aber jetzt kommen wir zum Thema. Vielleicht können wir zur Versachlichung der Diskussion noch ein bisschen beitragen.

Wir haben, wie der Herr Kollege Kölly schon angesprochen hat, jetzt in der letzten Woche einen Gesundheitsbericht präsentiert, der die Jahre 2012 bis 2017 beinhaltet. Es sind Eckdaten drinnen, die durchaus herzeigbar sind. Erfreulicherweise ist die Sterblichkeit im Burgenland seit dem Jahr 2012 stark gesunken.

Positiv ist zu erwähnen, dass die allgemeine Lebenserwartung im Vergleich zum letzten Gesundheitsbericht 2012 gestiegen ist und die Zahl der Krebserkrankungen, das ist das Positive, zurückgegangen ist.

Es ist hervorzuheben, dass wir im Burgenland in den letzten Jahren und insofern stimmt es nicht ganz, Kollege Kölly, was Sie angesprochen haben, also es ist schon sehr viel passiert in den letzten Jahren. Also Vorsorgeuntersuchungen, Screeninguntersuchungen, um eben dafür zu sorgen, dass die Krebsrate auch sinkt. *(Abg. Manfred Kölly: Da geht es um das Essen!)* Das haben wir hier überdurchschnittlich im Burgenland ausgebaut und wurde auch überdurchschnittlich von den Burgenländerinnen und Burgenländern in Anspruch genommen.

Auch beim Rauchverhalten ist eine Verbesserung konstatierbar. Die Zahl der täglichen Raucherinnen und Raucher ist zurückgegangen. Der Anteil der Nichtraucher ist höher als im Österreichvergleich. Warum sage ich das? Weil natürlich gibt es auch einige Probleme, die wurden auch angesprochen, Übergewicht, Adipösen. Das ist durchaus ein Thema, das man ernst nehmen muss.

Das hat eben mit dem jetzigen Thema, mit diesen zwei Punkten, hier im Landtag zu tun. Wir haben im Burgenland bereits seit einigen Jahren ein Projekt laufen, das bereits im Kleinkindalter ansetzt und zwar die Initiative GeKiBu, also gesunde Kindergärten im Burgenland. Dieses Projekt ist im Rahmen einer Vorsorgestrategie schon 2011 entstanden und ist jetzt auch auf die Kindergärten ausgeweitet worden.

Der Grund ist erklärbar, weil wir wollen, dass die Kinder schon im ganz frühen Alter, auch bereits während der Schwangerschaft werden sie geprägt, hier auch in die richtige Richtung gelenkt werden. Es ist das Ziel, das Essverhalten der Kinder, auch der Eltern, muss man auch sagen und das Setting im Kindergarten nachhaltig gesundheitsförderlich zu gestalten.

Der Startschuss ist im Burgenland, und das möchte ich schon herausarbeiten und auch hier im Landtag positiv erwähnen, ist im Jahr 2012 mit 15 Projektkindergärten

erfolgt. Mittlerweile haben wir 85 Kindergärten in dieser „gesunde Kindergärten Burgenland Ernährungsgeschichte“ eingebaut.

Für das Jahr 2018/2019 sind weitere 15 angemeldet. Damit heißt das, dass 100 Kindergärten ab 2018/2019 in diesem Projekt involviert sind. Was heißt das Projekt insgesamt? Ich sage das deshalb auch schon vorher, vielleicht kann man dann die Debatte versachlichen. Kostenlose Workshops zum Thema gesunde Ernährung für KindergärtnerInnen gemeinsam mit den Kindern, themenbezogene Elternabende, Leitfaden mit Mindeststandards für Gemeinschaftsverpflegern, Auszeichnung gesunder Kindergarten nach einer einjährigen Beobachtungsphase und Betreuung.

Wenn das so weiterläuft, dann bin ich auch davon überzeugt, dass es sinnvoll ist, dieses Projekt auf den Pflichtschulbereich auszudehnen und auszuweiten. Wir wollen dann auch das Mittagessen beispielsweise auch in den Schulen verbessern. Wir haben noch weitere Schwerpunkte, ich möchte Sie jetzt nicht allzu lange strapazieren, aber im Bereich Zahngesundheit haben wir ein Projekt auch laufen, wieder ab dem Jahr 2019/2020.

Wir haben das Projekt schon einmal gehabt. Es wurde dann abgebrochen. Jetzt habe ich auf meine Initiative wieder dieses Projekt für die Zahngesundheitsförderung ins Leben gerufen. Das ist aus meiner Sicht auch ganz, ganz wichtig.

Zusammenfassend gesagt, die Programme und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und vor allem auch in der Bewusstseinsbildung, das ist das Wichtigste aus meiner Sicht, sind essentiell und für die spätere gesundheitliche Entwicklung ganz wichtig, und sie erhöhen auch die Wahrscheinlichkeit, wenn man schon früh anfängt, dass man bis ins Alter lange gesund leben kann.

Wir werden hier alle Anstrengungen auch von Landesseite nutzen. Sie wissen, dass die Hälfte des Landesbudgets in den Gesundheits- und Sozialbereich läuft. Das ist aus meiner Sicht auch nicht nur in Richtung einer sozialen Modellregion wichtig, sondern auch, was die Gesundheit junger Menschen betrifft, die dann auch davon profitieren. Insofern bedanke ich mich auch für die Initiative.

Ich glaube, dass wir sehr viele Dinge, die in diesen Anträgen beinhaltet sind, auch schon jetzt umgesetzt haben. Aber wir werden natürlich alles weitere, was auch in den Anträgen drinnen ist, dann auch umsetzen.

Danke vielmals. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landesrat für seine Ausführungen und erteile als nächstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Frau Landesrätin! Lieber Herr Landesrat! Ich glaube, ich muss zuerst einmal mit ein paar Falschinterpretationen aufräumen. Herr Landesrat, in der Studie von Greenpeace ging es nicht darum, ob die Kinder gesund oder nicht gesund ernährt werden.

Es war nicht das Thema, ob das Essen schlecht oder gut ist. Es ging um drei wesentliche Punkte, die auch mit Gesundheit zu tun haben, aber nur unter anderem. Die drei Punkte sind:

1. Wie hoch ist der Anteil an Biolebensmitteln in Schulen und Kindergärten?

2. Wie viel regionale Kost wird angeboten und

3. welche Maßnahmen werden konkret gesetzt, um die Fleischmahlzeiten auf ein gesundes, umweltfreundliches Niveau zu senken?

Ich glaube, dass sich sowohl die Gesundheitsexperten und -expertinnen als auch jeder normal denkende Mensch klar sind, dass unsere Fleischmengen im Großen und Ganzen in der Gesellschaft einfach zu groß sind. Diese drei Punkte hat sich Greenpeace angeschaut. Unter anderem natürlich auch mit dem Gesundheitsaspekt, aber im Wesentlichen ging es eigentlich dabei eher um einen ökologischen und einen Klimaaspekt.

Natürlich hat das schon, wie gesagt, mit gesunder Ernährung zu tun. Aber in erster Linie geht es um regionale Wertschöpfung, kurze Transportwege. Mit der regionalen Wertschöpfung ist bitte nicht nur das Burgenland gemeint, das wäre bei unserer Topographie auch ein bisschen verrückt zum Teil. Zweitens um Klimaschutz, sowohl beim Thema Bio - wie auch regional und fleischreduziert - geht es natürlich um Klimaschutz.

Um eine gewisse Vorbildwirkung gerade bei den Jüngsten in Schulen und Kindergärten zu erzielen, ist es sehr wichtig, dass sie auch mitbekommen und schon bei der Ernährung sehen, was sind die wesentlichen Punkte, wie ich mich ökologisch, aber auch gesund ernähren kann.

Weil ich gerade den Klimaschutz angesprochen habe. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die FAO, schätzt, dass die intensive Tierhaltung für ungefähr 14,5 Prozent aller Treibhausgase verantwortlich ist.

Dies ist mehr insgesamt, als alle Autos, LKWs, Schiffe und Flugzeuge zusammen. Also das muss man sich einmal vor Augen führen. Das Ranking der erhobenen Daten, das sage ich jetzt deswegen, weil zumindest in einer Aussendung gesagt worden ist, dass diese Greenpeacestudie nicht repräsentativ ist.

Die Daten stammen aus schriftlichen und telefonischen Befragungen der neuen zuständigen Landesräte für Bildung, der neuen Landesschulräte sowie der neuen Landeselternverbände im Zeitraum zwischen Februar und April 2018, also sehr aktuell. Zusätzlich wurden noch online verfügbare Daten hinzugezogen. Telefonische Auskünfte unterschiedlicher Initiativen in den Bundesländern und verfügbare Studien, soweit schreibt Greenpeace in dieser Studie.

Dann sind sie allerdings draufgekommen, dass es in den Bundesländern dazu sehr wenige bis kaum Daten zur Ist-Situation sowohl für Schulen als auch Kindergärten gibt, beziehungsweise zu wenig. Daher wurden dann Kriterien herangezogen, welche politischen Vorhaben in den Bundesländern, zum Beispiel Landtagsbeschlüsse, die Umsetzung der politischen Vorhaben sowie Initiativen oder offizielle Empfehlungen der Bundesländer zu den drei Kriterien es gibt.

Und da, wurde eh schon gesagt, hat das Burgenland am schlechtesten abgeschnitten. Wien konnte als einziges Bundesland sehr gut punkten. Als Beispiel sei hier genannt: Die Hälfte der Kindergärten in Wien setzen auf Bio-Essen, 40 Prozent der Wiener Pflichtschulen ebenso. Auch regionales Essen und mehr Alternativen zu Fleischmahlzeiten werden dort forciert, und es ist eine Vorgabe und nicht eine Freiwilligkeit.

Wir haben im Burgenland, es ist noch gar nicht so lange her, ziemlich genau ein Jahr, einen Landtagsbeschluss hier getätigt, am 21. 6., in dem es heißt, im landes- und landesnahen Bereich sollen nach Maßnahmen der Leistbarkeit und Verfügbarkeit

verstärkt auf regionale Produkte aus biologischer Landwirtschaft zurückgegriffen werden. Das wurde hier beschlossen.

Gemerkt habe ich ehrlich gesagt davon noch nicht sehr viel. Ob der Beschluss umgesetzt wurde oder nicht, sei dahingestellt. Wirklich merken tut man nichts. Das bestätigt ja auch Greenpeace.

Ursprünglich war das ja ein grüner Antrag. Das ist wieder einmal ein Abänderungsantrag gewesen, der hier beschlossen wurde. Dieser hat eigentlich relativ geringe Ziele gehabt, absichtlich. Nämlich, er lautete, 50 Prozent Bio in Krankenhausküchen und in der Landhauskantine als ersten Schritt, damit man einmal sieht, was ist möglich, wie ist das möglich. Das war offensichtlich nicht möglich.

Das ist auch gleichzeitig das Problem. Wir setzen hier wieder in den Abänderungsanträgen, in beiden, auf Freiwilligkeit. Es soll ein Gütesiegel kommen. Jede Gemeinde kann sich dann überlegen, ob sie etwas machen kann oder will oder soll. Aber es gibt keine Verbindlichkeit. Wir werden die gleiche Problematik heute noch einmal haben und zwar beim Thema Plastik.

Auch hier wird auf Freiwilligkeit gesetzt. Das ist zu wenig. Zumindest zu diesem Zeitpunkt. Auf Freiwilligkeit hätte man vor 50 Jahren oder mehr setzen können.

Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, wo wir unbedingt mehr tun wollen. Die Fakten liegen dabei ganz klar am Tisch. Die Lebensmittel und die Lebensmittelproduktion haben ganz starke Auswirkungen auf Umwelt, auf Gesundheit, auf unser Klima und natürlich auch auf die regionale Wertschöpfung. Es ist nicht schwierig, hier schrittweise wesentliche Verbesserungen einzuleiten.

Das zeigt zum Beispiel in Mattersburg, die Kollegin Salamon ist gerade nicht da, die Villa Martini, die extra im Bericht positiv erwähnt wurde, wo ein relativ hoher Bioanteil schon ist. Ich habe mit dem Küchenchef gesprochen. Der verzichtet sogar auf Fett zum Schnitzel rausbacken, wie heißt das, Frittierfett, was ja auch nicht gerade gesund ist. Es gibt dort trotzdem Schnitzel, die gut und knusprig sind. Übrigens vom Biorind. Ich weiß, viele tun sich schwer damit, das auszusprechen. Aber biologische Landwirtschaft ist die bessere Landwirtschaft.

Es ist längst notwendig zu sagen, Bio-Landwirtschaft zu 100 Prozent ist unser Ziel. Wann wir das erreichen, darüber können wir diskutieren, keine Frage. Aber unser Ziel muss sein, 100 Prozent Bio-Landwirtschaft. Dazu braucht es auch die Abnehmer und Abnehmerinnen. Wer ist besser geeignet als Großküchen? Weil sie natürlich gleichzeitig wieder nicht nur für Kinder, sondern letztlich dann auch zum Beispiel in den Krankenhäusern für jene, die dort als Patienten und Patientinnen sind eine Vorbildwirkung haben.

Ein „nach Maßgaben der Leistbarkeit und Verfügbarkeit“ ist da zu wenig. Das ist ein Abänderungsantrag, so wie beim letzten Mal schon, dem wir nicht zustimmen können, weil das ist nicht konkret. Ich bin mir jetzt schon sicher, es wird nach diesem Antrag auch genau nichts passieren, weil er unkonkret ist und in der Regel danach genau „Null Komma Josef“ passiert.

Auch was die Regionalität betrifft, punktet Wien, weil es das einzige Bundesland ist, welches Rohstoffe aus Österreich im Schulbereich vorschreibt. Also konkrete Vorgaben, die dann sogar erfüllt werden. Wir haben unkonkrete Vorgaben, und nicht einmal die erfüllen wir oder versuchen wir zu erfüllen. Regionale Lebensmittel sind meist frischer, vitaminreicher, da sie reifer geerntet werden können. Das wäre eine Vorgabe, die zumindest einmal schrittweise eigentlich möglich wäre.

Man setzt lieber, wie beim Plastikverzicht auf Freiwilligkeit und - wie ich gesagt habe - auf das Gütesiegel. Liebe Leute, seid mir nicht böse, aber das ist Augenauswischerei, das bringt so gut wie nichts. Anders, damit komme ich wieder, wie bei meiner letzten Wortmeldung zum Klimawandel, anders wie uns versucht und der Bevölkerung glattgemacht wird, versucht wird, ist das größte Problem nämlich nicht die Migration und die Flucht, sondern die Klimakatastrophe.

Wenn wir heute auf Klimaschutz setzen, dann werden wir in Zukunft auch weniger Flüchtlinge haben, weil Menschen dann es nicht mehr nötig haben zu flüchten, weil sie dort, wo sie wohnen, Lebensmittel anbauen können, beziehungsweise die Küstenregionen nicht verlassen müssen. Sehr viele Menschen, man braucht sich nur die Satellitenfotos der Nacht anschauen, wo die meisten Lichter sind, das ist sehr nahe im Küstenbereich.

Diese Menschen werden über kurz oder lang, wenn wir so weitertun wie jetzt, und es sieht leider so aus, sehr große Probleme bekommen, und sie werden flüchten müssen, es wird ihnen gar nichts anderes übrigbleiben.

Es gibt eigentlich also schlussendlich keinen Grund für derartige Wischiwaschi-Anträge. Es gibt einen ganz starken Grund für konkrete Vorgaben, die auch finanziell einzuhalten möglich sind. Es ist ein Ammenmärchen, dass das alles teurer sein muss. Weil wenn ich den Fleischanteil ein bisschen reduziere, dann kann ich beim Bioanteil raufgehen. Die Kostenbeiträge in Mattersburg für die Schulen und Kindergärten sind um nichts höher oder niedriger wie in den Vergleichsgemeinden und Vergleichsanbietern.

Den beiden identen Abänderungsanträgen werden wir natürlich nicht zustimmen, da sie höchstens ein Feigenblatt sind oder nicht einmal das. Um dem Ganzen noch ein bisschen Gewicht zu geben, war ich bei Bio Austria, im Büro in Oberpullendorf, und habe mir diese Mappe geholt *(Der Abgeordnete Mag. Wolfgang Spitzmüller zeigt eine Mappe)* mit dem Schwerpunkt Bio in der Außer-Haus-Verpflegung, also in Großküchen.

Da sind konkrete Beispiele drinnen. Da steht drinnen, wie das geht. Und der Ernst Trettler und sein Team sind gerne bereit, sich mit Bürgermeistern, Bürgermeisterinnen, Landesräte und Landesrätinnen zusammenzusetzen. Ich werde das jetzt im Laufe der Landtagssitzung austeilen. Die erste Mappe bekommt die Landesrätin Dunst. *(Landesrätin Verena Dunst: Vielen Dank!)*

Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke auch. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Redeausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke sehr. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Kinder sind die Zukunft! Und gesunde Kinder sind glückliche Kinder! Die Ernährung trägt natürlich einen Großteil zur Gesundheit bei, und daher ist es wichtig, den Kindern schon in jungen Jahren gesundes Essen schmackhaft zu machen.

Ja, wir sind laut einer Studie von Greenpeace zum Thema „Gesundes Essen“ in Schulen und Kindergärten auf dem letzten Platz. Darüber sind wir nicht glücklich und definitiv nicht zufrieden.

Dabei gibt es im Burgenland zahlreiche Förderprojekte, um eine gesunde und regionale Mahlzeit am Mittagstisch der Kinder zu fördern. Wir haben darauf vertraut, dass diese auch in Anspruch genommen und umgesetzt werden. Leider war das nicht überall der Fall. Ein Projekt davon ist „Gesundes Mittagessen im Kindergarten“. Hier wurde ein

fundierter Leitfaden erstellt, um Wirte, Caterer und Betriebsküchen bei der gesundheitsförderlichen Gestaltung des Essensangebotes zu unterstützen.

Danach gab es Workshops, in dem der Leitfaden von Ernährungsexperten vorgestellt wurde. Auch Einzelberatungen gab es im Zuge dieser Workshops. 55 Kindergärten haben daran teilgenommen. Derzeit wird dieses Projekt noch reflektiert, indem die Speisepläne nochmals analysiert werden und auch die Umsetzung erhoben wird.

Ein weiteres Projekt ist GeKiBu - Gesunde Kindergärten im Burgenland. Ein Projekt, das aus Landesmitteln finanziert wird, um allen Betroffenen, also Kindern, Eltern, aber auch Pädagogen, ein gesundes Essverhalten näher zu bringen.

Das Projekt umfasst viele Methoden und wird von Ernährungsexperten betreut. Hier werden wirklich alle eingebunden, sogar die Verpfleger. Derzeit sind bereits 100 Kindergärten in diesem Projekt involviert, und von Jahr zu Jahr werden es mehr.

Aber auch im Pflichtschulbereich gab es schon viele Projekte, wie zum Beispiel unser Schulbuffet, um den Jugendlichen die gesunde Jause schmackhaft zu machen. Wir sind uns aber natürlich unserer Verantwortung bewusst und wissen, dass wir hier reagieren müssen. Deswegen werden wir die Gemeinden, die ja Kindergarten- und Schulerhalter sind, mit Beratung und Begleitung zur Seite stehen. Ebenso werden Projekte wie GeKiBu weitergeführt und ausgebaut.

Auch auf Jugendliche in Schulen soll dieses Projekt ausgeweitet werden. Aber eines muss ich in diesem Zusammenhang auch sagen. Liebe Eltern, Großeltern und alle, die als Vorbild der Kinder gelten, Ihr müsst mit gutem Beispiel vorangehen und auch darauf achten, dass Eure Kinder gesund aufwachsen. Nur alleine die gesunde Ernährung im Kindergarten oder in der Schule wirkt kein Wunder, wenn dann zu Hause Essen vom „McDonald's" auf den Tisch kommt.

Umgekehrt ist es genauso. Wenn Sie Ihr Kind zuhause nach allen Möglichkeiten gesund ernähren und bemerken, dass die Verpflegung im Kindergarten und in der Schule nicht das Wahre ist, dann sprechen Sie mit den Verantwortlichen und machen Sie diese darauf aufmerksam, denn nur so wird sich etwas ändern.

Eines sei noch gesagt: Die gesunde Ernährung muss auch schmecken und Spaß machen. Daher ist es wichtig, gemeinsam mit Experten diese Projekte und Workshops anzubieten. Denn die Kinder sollen nicht zum gesunden Essen gezwungen werden, sondern zum Beispiel von selbst nach einem Apfel oder anderem gesunden Essen fragen.

Zum Antrag der ÖVP: Wie Sie also sehen, sind wir schon lange daran, dieses Defizit auszumerzen. Auch wenn nicht alles gleich Früchte trägt, sind wir optimistisch, dass wir uns nach diesem Ranking verbessern werden, da wir weitere richtige und wichtige Maßnahmen treffen und auch in Zukunft treffen werden.

Abschließend möchte ich noch unsere Kollegin Ingrid Salamon beispielhaft hervorheben. Als Bürgermeisterin von Mattersburg kann sie stolz darauf sein, dass ihre Gemeinde mit Abstand Platz eins bei der Studie von Greenpeace gesunde Ernährung betreffend liegt. Gratulation dazu.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Georg Rosner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Bezüglich dieses Ranking wurde ja schon sehr viel gesagt, was da Greenpeace gemacht hat. Nicht nur, dass das Burgenland hier mit Tirol, was gesundes und regionales Essen anbelangt, Schlusslicht war, sondern in diesem Bericht von Greenpeace ist es also auch ganz klar gestanden, und zwar, für Gemeinden ist es aber ohne entsprechende Unterstützung und Zielsetzungen von Landesebene oft kaum möglich, einen ausgewogenen, gesunden und umweltfreundlichen Speiseplan zu garantieren.

Von der Qualität und Bio, Wolfgang, kostet Geld, und vielleicht einige Worte zur Praxis. Wir haben in Oberwart eine städtische Großküche. Wir kochen pro Jahr 146.000 Mittagessen. Das sind zirka 800 Essen pro Tag. Zusätzlich zirka 27.000 Frühstücke und Abendessen. Das ist ungefähr das Doppelte, was in Mattersburg gemacht wird. Wir haben einen Wareneinsatz von diesem Essen, wo wir schauen, dass wir auch sehr viel Regionalität reinbringen, von zirka 256.000 Euro.

Wenn wir 50 Prozent Bio verkochen würden, dann hätten wir einen Mehraufwand von zirka 128.000 Euro im Jahr. Wenn wir auf 100 Prozent Bio gehen würden, hätten wir einen Aufwand von 256.000 Euro im Jahr. Das würde eine Gesamtinvestition von den Produkten, die wir verwenden, von 512.000 Euro ausmachen.

Wir versuchen, wie gesagt, so viel wie möglich regionale Produkte zu verkochen. Du hast es gesagt, regionale Produkte sind in der Regel frischer und auch vitaminreicher. Es ist das schon Herausforderung genug und zwar, wir wissen, es ist heute bei der Fragestunde auch diskutiert worden, die Frau Landesrätin hat es gesagt, die regionalen Produzenten und die landwirtschaftlichen Betriebe werden nicht mehr, sondern es ist eine Herausforderung. Diese Betriebe, das muss man vielleicht an dieser Stelle auch sagen, wären froh, wenn sie nur einen 12-Stunden-Tag haben.

Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken bei den vielen bäuerlichen Betrieben, die oft 14- und 16-Stunden-Tage haben, dass sie uns diese Produkte liefern können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dann muss ich ehrlich sagen, was regionale Produkte betrifft, eine Herausforderung ist, dass wir die, von unserer Region in regionalen Betrieben wie Fleischhackern, Bäckern, beziehen. Bei 800 Essen am Tag. Vielmehr ist es noch eine große Herausforderung, Bio-Produkte zu kriegen.

Das heißt, wenn wir für 800 Essen 100 Kilo Karotten in Bio besorgen wollen, oder 80 Kilo ausgelöste Hühnerkeulen, das ist nicht möglich. Wir kriegen es gar nicht in Bio. Also das heißt, es ist schon eine Herausforderung. Dann haben wir auch recherchiert. Ich habe einen sehr guten Küchenchef.

Ich bin ihm dankbar, dass er so einen guten Job macht. Wir haben recherchiert. Bei dem Großhandel. Von 230 Bioartikeln im Großhandel sind lediglich 27 von Österreich. Das heißt, es kommt von Spanien, von Portugal und weiß ich wo her, und es ist auch wichtig, dass man Bewusstseinsbildung bei Eltern, bei Pädagogen und in den Schulen macht hinsichtlich einer ausgewogenen, kindergerechten Ernährung und in Speiseplangestaltung zu fördern, und es ist richtig und wichtig.

Informationskampagnen, wie im Antrag auch angekündigt ist, sind zu begrüßen, aber von einer Verleihung eines entsprechenden Gütesiegels oder Plaketten muss ich sagen, dem kann ich nichts abgewinnen.

Es war jetzt erst, auch von Greenpeace, in der „Kronen Zeitung“, ich weiß nicht, wer es gelesen hat, eine Studie haben sie gemacht: der Dschungel der Gütesiegel. Es

kennt sich fast keiner mehr aus. Wenn man eine Gütesiegelverleihung macht, muss man auch bedenken, dass man auch evaluieren sollte.

Das heißt, es ist ja nicht abgetan, dass ich irgendwo ein Gütesiegel hinpicke, sondern es muss irgendwann evaluiert werden, und das ist, glaube ich, auch ein riesiger Verwaltungsaufwand und eine dementsprechende Arbeit.

Wir, die ÖVP, haben uns bereits für den Einsatz von regionalen Lebensmitteln in Landesbetrieben und landesnahen Einrichtungen eingesetzt. Damit wäre eine ausgewogene, gesunde Ernährung garantiert. Auch die Wertschöpfung bliebe im Burgenland.

Das Land soll mit gezielten Maßnahmen Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulerhalter fördern, sagt ja auch Greenpeace in seiner Studie, weil wir alleine, die Gemeinden, werden das nicht „derstemmen“.

Weil ich weiß, wir haben erst kürzlich wirklich moderat erhöht - Ihr seid, obwohl Ihr nicht erhöht habt, trotzdem ein bisschen teurer als wir -, wir haben moderat erhöht, das war eine Diskussion mit Direktoren, mit Elternvereinen, das ist unglaublich.

Aber als Gemeinde werden wir es nicht „derstemmen“, wenn uns das Land nicht dementsprechend unterstützt. Darum verlangen wir halt, dass die Gemeinden diesbezüglich vom Land auch unterstützt werden.

Wir werden dem Abänderungsantrag der rot-blauen Landesregierung nicht zustimmen, und ich bringe unseren Antrag als Abänderungsantrag zu TOP 9 ein.

Die Beschlussformel lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Förderung für Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulerhalter zu gewähren, wenn diese einen ausgewogenen, gesunden und umweltfreundlichen Ernährungsplan mit regionalen Lebensmitteln in den Kindergärten und Schulen anbieten.

Ebenso bringe ich zu TOP 10 folgenden Abänderungsantrag ein: Die Beschlussformel lautet - eigentlich gleichlautend: Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Förderung für Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulerhalter zu gewähren, wenn diese einen ausgewogenen, gesunden und umweltfreundlichen Ernährungsplan mit regionalen Lebensmitteln in den Kindergärten und Schulen anbieten.

Ich darf diese beiden Abänderungsanträge einbringen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Georg Rosner übergibt dem Präsidenten die beiden Abänderungsanträge.)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Die beiden Abänderungsanträge sind gehörig unterstützt, sodass sie gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen werden.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Edith Sack das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir diskutieren heute unseren Antrag betreffend gesunde Ernährung in Kindergärten und Schulen.

Kinder sind - und das ist heute auch schon öfters gesagt worden - unser höchstes Gut, und sie haben natürlich das Recht auf eine gesunde Entwicklung.

Kinder werden durch Erziehung geprägt und lernen am Vorbild, auch wenn es natürlich um die Ernährung geht. Das Bewusstsein für Auswahl und Qualität der

Nahrungsmittel und für die Esskultur wird zu Hause, aber auch häufig in Kindergärten und Schulen mitbestimmt.

Viele Kinder nehmen ihre Hauptmahlzeit im Kindergarten und in der Schule ein. Daher kommt der Verpflegung in diesen Einrichtungen eine besonders wichtige Rolle zu. Regional gesunde Produkte, Abwechslung am Speiseplan und die kindgerechte Zubereitung sind wichtig für ein ausgewogenes Esserlebnis unserer Jüngsten.

Das Beispiel wurde heute auch schon einige Male gebracht, unsere Klubobfrau und Bürgermeisterin von Mattersburg Ingrid Salamon ist hier mit sehr gutem Beispiel vorangegangen, es wird in ihren Kindergärten und Schulen gesundes Essen pro Tag gekocht, ich glaube, 450 Portionen. Möglichst oft fleischlos und einige Male Fischgerichte in der Woche, und der Bioanteil bei den Lebensmitteln ist 50 Prozent, auf das wird großen Wert gelegt, genauso wie auf die Regionalität und auf die saisonalen Produkte.

So wie in Mattersburg setzen auch viele weitere Gemeinden - haben wir jetzt auch gehört Oberwart, wir haben gehört Deutschkreutz und auch das Land Burgenland - auf eine gesunde Ernährung in Kindergärten. In Tadten haben wir zum Beispiel die gesunde Jause, aber wir werden das natürlich auch ausarbeiten und ausweiten.

Gesundes Essen auf dem Speiseplan, das wird in den burgenländischen Betreuungseinrichtungen seit langem gelebt. Manche Gemeinden setzen ihr eigenes Projekt um, andere beteiligen sich zum Beispiel am Ernährungsprojekt „GeKiBu“ - gesunde Kindergärten im Burgenland -, das hat vorhin Herr Landesrat Darabos schon vorgestellt.

Ziel des Projektes ist es, das Essverhalten von Kindern, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen zu verbessern, sie über das Thema „gesunde Ernährung“ zu informieren, sie zu sensibilisieren, und auch die Verpfleger müssen natürlich bei diesem Projekt miteinbezogen werden.

Kindergärten und Pflichtschulen, das wissen wir alle, sind Gemeindesache, daher ist es wichtig, die Gemeinden zu überzeugen und zum Mitmachen zu motivieren.

85 Kindergärten sind bereits aktuell bei diesem Projekt dabei und für 2018/19 sind bereits 15 Neuanmeldungen dazu gekommen, das heißt, insgesamt nehmen 100 Kindergärten bereits an diesem Projekt teil.

Dieses Thema ist uns ein großes Anliegen, deshalb haben wir gemeinsam mit der FPÖ einen Antrag eingebracht, um die gesunde Ernährung und eine kindgerechte Speiseplangestaltung in den Kindergärten und auch Schulen weiterauszubauen und zusätzliche Anreize für bewusste und nachhaltige Ernährung zu schaffen.

Uns geht es hier um positive Anreize statt Zwang, Herr Kollege Spitzmüller. Es gibt im Rahmen dieses Projektes auch einen hervorragenden Leitfaden, ich habe einen mitgenommen, wenn Sie ihn gerne sehen möchten. Für mich ist das sehr wohl eine Vorgabe.

Wir wollen noch einen Schritt weitergehen und neben einer Informationskampagne auch ein Gütesiegel für alle Kindergärten und Pflichtschulen schaffen, die sich einer gesunden, nachhaltigen und auf regionalen Produkten basierenden Verpflegung verschreiben.

Und Greenpeace - das hat heute noch niemand gesagt - hat uns zum Beispiel heute positiv erwähnt, sie befürworten dieses Maßnahmenpaket, das wir heute hier im Landtag beschließen. Das eine ist die gesunde Ernährung, das ist die eine wichtige Sache.

Das Zweite, das geht jetzt die ÖVP an, ist aber der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, die ist nämlich genau so wichtig. Jetzt darf ich wieder mit einem Thema anfangen und zwar geht es da um die 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Länder zum Ausbau der Kinderbetreuung. Diese läuft ja, wie wir wissen, im August 2018 aus.

Gemeinden und Eltern werden hier im Stich gelassen, es gibt keinerlei Planungssicherheit, wir wissen nicht, wie es weitergehen soll. Gespräche sind zwar angekündigt, das letzte Gespräch hätte am 30. Juni stattfinden sollen, heute haben wir den 5. Juli und es ist bis dato nichts passiert, also es gibt keine Ergebnisse.

Vor allem ist es jetzt wichtig, dass wir Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen, gerade wo die Arbeitszeiten jetzt flexibilisiert werden.

Wir wissen, dass wir unbedingt Kinderbetreuungseinrichtungen brauchen. Ein Ende der 15a-Vereinbarung behindert diesen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und bedeutet auch ein erhebliches finanzielles Risiko für die Gemeinden. Fehlende Mittel für die Kinderbetreuungsförderungen, weil es macht im Jahr genau 4,5 Millionen Euro aus, die wir im Jahr für die Kinderbetreuungsförderung vom Land ausgeben. Das sind unlösbare Probleme, und alle wissen wir, dass gerade Familien in ihren Gemeinden bedarfsgerechte Kinderbetreuungseinrichtungen brauchen.

Weil wir heute einige Male das Arbeitszeitgesetz besprochen haben, da möchte ich jetzt auch ein Beispiel bringen: Meine Tochter ist jetzt 36 Jahre, hat sich entschieden für ein Kind, überlegt jetzt aber, weil sie fährt sowieso in der Früh um 5.00 Uhr nach Wien, um 6.00, halb sieben, kommt sie am Abend nach Hause, und jetzt frage ich wirklich, dass wir jetzt nachdenken, was bringt ihr, wenn sie ein Kind bekommt?

Und so denken ganz viele junge Mütter oder Frauen: Ich habe ja von meinem Kind nichts mehr und dann sagen natürlich einige von der ÖVP - das habe ich schon selbst mitgemacht -, na dann soll sie zu Hause bleiben! *(Abg. Walter Temmel: Wer hat das gesagt? – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Junge Menschen haben eine gute Ausbildung und möchten diese Ausbildung in den Betrieben einsetzen, und ich will auch sagen, die Betriebe, Herr Steiner, hören Sie mir zu, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das tut mir weh, das Zuhören.)* machen Sie nicht immer alles lächerlich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir wollen die Namen wissen! Wer von der ÖVP sagt so etwas? Kollege Temmel hat gefragt, wer von der ÖVP sagt das? Wer sagt so etwas?)*

Sie können nachfragen, wie viele Menschen, Frauen vor allem, sich jetzt wieder Kinder wünschen, sich für Kinder entscheiden, weil jetzt sind wir wieder dort, wo wir vor 20, 30 Jahren waren. Wollen wir Karriere machen, wollen wir unserem Beruf nachgehen oder entscheiden wir uns für Familie und ein Kind? Das wird die Geburtenrate bestimmt nicht erhöhen! Das möchte ich auch noch beitragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es ist jetzt wirklich eine Minute vor 12.00 - es muss gehandelt werden! Diese 15a-Vereinbarung - kriegen wir das Geld, kriegen wir das Geld nicht - das sollten wir wissen, und es wäre toll, wenn diese Schnelligkeit, wie sie beim Arbeitszeitgesetz an den Tag gelegt wurde, dass diese Schnelligkeit jetzt auch bei dieser 15a-Vereinbarung umgesetzt wird.

Jetzt darf ich noch etwas sagen: Seit Herbst 2017 finden außerdem im Rahmen von „GeKiBu“ Workshops für Kinder mit Schwerpunkt „zahngesunde Ernährung“ statt, das ist uns auch sehr wichtig.

Darauf aufbauend gibt es ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 einen Neustart des Projektes „Zahngesundheitsförderung im Burgenland“. Zielgruppe sind Vier- bis Fünfjährige im Kindergarten und Vorschulkinder. Gestartet wird mit den 100 bestehenden „GeKiBu“-Kindergärten; Ernährungsexpertinnen und -experten werden zu Zahngesundheitserzieherinnen und –erzieher, und haben die Aufgabe, die Zahngesundheit von Kindern zu fördern.

Ab 01. Juli 2018 erhalten Kinder und Jugendliche von zehn bis 18 Jahren eine professionelle Mundhygiene auf Kosten der Krankenkassen. Professionelle Mundhygiene gilt als wesentlicher Faktor für dauerhaft gesunde Zähne, ist aber kein Ersatz zum täglichen Zähneputzen.

Mit der Mundhygiene auf e-card wird es für alle Familien möglich, die Zahngesundheit ihrer Kinder zu fördern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich wollen wir weiterverbessern. Dieses Thema ist auch dem Landtag ein großes Anliegen. Wenn man sich den Gesundheitsbericht ansieht, den der Herr Landesrat Darabos vorhin auch schon angesprochen hat, sieht man, dass im Österreichvergleich der Anteil der Übergewichtigen mit 60 Prozent sehr hoch ist.

Deswegen haben wir gemeinsam mit der FPÖ diesen Antrag eingebracht, um die gesunde Ernährung und eine kindgerechte Speiseplangestaltung in den Kindergärten und Schulen weiterauszubauen. Gesunde Ernährung ist eine Investition in die Gesundheit, in die gesunde Zukunft unserer Kinder. Ich hoffe, dass viele Gemeinden dieses Angebot annehmen.

Wir setzen uns dafür konsequent im Landtag ein und hoffen auf eine breite Unterstützung zum Wohle unserer Jüngsten. Ich danke vielmals. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin von der Regierungsbank erteile ich der Frau Landesrätin Verena Dunst das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Nur einige Sätze dazu. Nur ganz kurz, weil wir alle unsere Zeitbudgets kennen, ich möchte nur nicht stehen lassen, dass da nichts passiert, sondern ich möchte ganz klar aus Familie- und Agrarsicht relativieren. Ich möchte Sie über einige Dinge informieren.

Erstens, natürlich, was gesunde Ernährung, was gesunde Küche, was Kindergärten, Volksschulen und so weiter anbelangt, in diesem Bereich haben wir noch lange nicht den Zenit erreicht, hier gibt es viel zu tun.

Ich glaube, dass das auch wichtig war, dass wir uns mit diesem Thema wirklich heute ausführlich im Landtag beschäftigt haben.

Das Zweite ist, natürlich ist der Zeitgeist bis vor ein paar Jahren anders gelaufen. Viele von Ihnen, genauso wie mein Mann und ich, wir haben Kinder - Sie wissen wie ich, dass wir in den letzten Jahren sicher alle miteinander großen Aufholbedarf haben, dass wir Kinder noch so erziehen, wie viele von uns erzogen worden sind nämlich dass man auf Nahrungsmittel schaut.

Ich weiß es selber aus meiner Arbeit als Pädagogin, wie oft wir den jungen Menschen von heute sagen müssen, geh bitte nicht zum „Billa“ die Äpfel kaufen, geh nur einfach ein paar Meter weiter, da liegen die Äpfel und werden verderben, die hebt

niemand auf und da wird einfach mehrfach gespritztes Äpfelmaterial irgendwo gekauft, zu billigsten Preisen und manchmal unreif. Das ist aber überall so!

Die Kinder von heute wissen zum Teil nicht einmal mehr, wo es Milch gibt!

Wenn man Fleisch isst, natürlich kann man auch darüber diskutieren, aber wenn, wie komme ich zu diesem Nahrungsmittel, es gibt keine Wertschätzung und gar nichts. Und wer denkt daran, was er isst? Ich möchte Ihnen nur kurz, wer mehr Interesse hat, bitte sich gerne bei mir melden.

Über Kindergarten ist viel gesprochen worden, die Frau Kollegin Sack hat auch klar gesagt, an die 100 Kindergärten sind jetzt beim „GeKiBu“ dabei. Ein wichtiger Ansatz, dort geht es um die KindergartenpädagogInnen, dort geht es um die Auseinandersetzung mit Eltern. Dazu gibt es Fragebogen.

Aber ich möchte Sie auch noch informieren über einige andere Dinge. Wichtig ist natürlich, dass wir heute, glaube ich, auch den jungen Eltern, aber auch den Kindern sagen, es gibt so etwas wie Selberpflanzen. Das ist möglich, das geht am Balkon, wie woanders. Dazu brauche ich nicht einmal einen riesen Garten. Ich bin daher übergegangen, für Kindergärten und Volksschulen teilweise Hochbeete zu kaufen. Wer Interesse hat, gerne, bitte mit mir reden.

Zweitens, Kochen erleben. Auch das geht unter. Und danke, ich habe das schon mit, in der Hand, aber ich bedanke mich dafür, Herr Abgeordneter Spitzmüller, *(Landesrätin Verena Dunst zeigt Folder, Broschüren und Bücher.)* weil das ist genauso, es geht um den Hausverzehr. Wir haben ja klare Daten am Tisch.

Nur in wie vielen Haushalten wird denn noch täglich gekocht? Das ist dort, wo oft mehrere Generationen miteinander wohnen und die anderen natürlich auch, aber kein Vergleich zu früher. Heißt also, wir müssen auch diesen Außer-Haus-Verzehr dann umstellen.

Ich verstehe schon, Herr Kollege Kölly, dass Du gesagt hast, das vom Wirtshaus war ein Problem, wenn das natürlich auf Erwachsene abgestellt ist. Aber Klartext, Greenpeace stützt sich natürlich ab, Abgeordneter Spitzmüller, auch darauf, dass in erster Linie natürlich auf das Rundherum geschaut wird.

Aber in zweiter Linie möchte ich schon sagen, es ist schon ein Unterschied, ob wir Landeskindergärten haben und Kinderkrippen, oder ob das in der Gemeindeautonomie ist.

Das, was wir tun können, der Abgeordnete Rosner hat darauf hingewiesen, mit den Kindergärten und -krippen zu arbeiten. Aber sie sind in Gemeindehand. Und daher sind solche praktischen Beispiele wie „GeKiBu“ und so weiter und an Deinem Beispiel, Frau Klubobfrau, das heute auch schon mehrfach gepriesen wurde, da kann man noch etwas tun.

Ich habe gerne für jeden, ich habe das aber immer wieder angeboten, bei mir am Ständer, bitte zu holen. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP)* Es gibt Saisonkalender. Die Kinder haben vergessen, dass wir solche Dinge im Burgenland haben. Das ist ein Saisonkalender, *(Landesrätin Verena Dunst faltet den Saisonkalender auf)* wo ganz klar steht, wann es welches Gemüse, welches Obst bei uns selber gibt. Dann brauche ich nichts kaufen. Beim Informationsständer ist das alles zum Lesen und zum Entnehmen.

Das Zweite, womit ich natürlich besonders versuche, was zu tun. Auch hier sind Sie eingeladen. Ist genauso bei mir am Infoständer draußen, Herr Kollege Rezar, ich weiß, dass Du da großen Wert darauf legst.

Genussakademie. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Auf den Ständer?)* Ich habe auf die Informationsständer vor meinem Regierungsbüro hingewiesen, Herr Bürgermeister und Abgeordneter! *(Abg. Ingrid Salamon: Das gibt es ja wirklich nicht!)* Auch da bitte, gibt es genug zu schauen, zum Abholen, weiterverteilen. Es gibt Kochbücher, wo wirklich sehr gute Rezepte für das gemeinsame Kochen mitten drinnen sind.

Also bei Interesse, ich will es nur deswegen sagen, dass wir uns bemühen, dort auch etwas zu tun. Es hat, die Frau Mag.a Petrik war mit dabei, ich glaube, in der letzten Woche war das, Martinischlössl, Genussmarkt, Genussmesse gegeben.

Das sind alles Angebote von mir, seitens des Agrarressorts. Eben genauso wie Hochbeete. Ich bin jetzt dabei, gerne die Herren Bürgermeister sich zu melden, ober Bürgermeisterinnen natürlich genauso, dass wir Hochbeete auch mit der Oberwarter Genossenschaft aufstellen, weil dort viele Menschen wohnen, viele junge Menschen mit Kindern wohnen. Wo es darum geht, dass wir hier etwas weiterbringen und an Hochbeeten, gemeinsamen Hochbeeten, die gibt es ja im urbanen Bereich zuhauf, dass wir da etwas weiterbringen.

Also insgesamt vieles, spielerisch lernen mit regionalen Produkten. Lernen, dass Lebensmittel was wert sind. Lernen, dass wir letztendlich das sind, was wir sind, dass wir uns gesund ernähren.

Frau Abgeordnete Sack, natürlich haben Sie Recht. Ich kann auf der einen Seite seitens der ÖVP ständig fordern, auf der anderen Seite hat mich gestern, vorgestern und sicher auch morgen das Thema 15a-Vereinbarung sehr zeitlich die Ressourcen genommen. Warum?

Und da bitte auch wieder an Sie als Fraktion, ich bin mit der Frau Ministerin in Kontakt. Es geht darum, dass wir, Familienministerin, Frauenministerin, das geht nicht, Mitte Juni hätten die ersten 15a-Vereinbarungen spätestens stattfinden sollen. Mit Ende August laufen einige 15a-Vereinbarungen ab. 4,7 Millionen fehlen dem Burgenland. Und da kann ich nur, obwohl Sie dabei gelächelt haben, aber da kann ich mir nicht vorstellen, dass das ernst von Ihnen war, weil das hat nichts mit Populismus zu tun.

Aber das geht nicht, dass wir heute von Kindergartenerweiterung reden und auf der anderen Seite streicht der Bund den Ländern die Gelder. Meine ÖVP-Regierungskollegin und -kollegen regen sich genauso auf wie ich als Sozialdemokratin. Genauso wie andere, die zuständig sind, egal welcher politischen Farbe. Das geht nicht.

Daher sind wir da schon wirklich sehr unhöflich, weil es so nicht weitergeht, dass wir die Gelder vom Bund nicht bekommen.

Ab September, das sage ich Ihnen nur, kann niemand von den Gemeinden, von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gewährleisten, dass wir das letzte kostenlose Kindergartenjahr haben, weil ab dann läuft der Vertrag aus. Und da sind 4,7 Millionen inklusive sprachliche Frühförderung, das sollten Sie als Landtag schon längst haben, diese 15a-Vereinbarung. Wir haben nichts. Wir haben nicht noch einmal eine Runde gehabt, wo wir uns darüber unterhalten, dass wir zu dieser 15a-Vereinbarung kommen.

Hier ist Gefahr in Verzug und das ist sehr ernst, da hat die Abgeordnete Sack ganz sicher Recht. *(Abg. Edith Sack: Genau!)*

In diesem Sinne. Wir haben noch viel zu tun. Ich bin gerne mit Ihnen mit dabei, wenn es darum geht, gesunde Ernährung, regionaler Absatz und vor allem Gesundheit

bei den Kindern zu forcieren. Wie gesagt, Infostände voll von Material! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die zwei Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 9. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1338, betreffend gesundes Mittagessen im Kindergarten, Zahl 21 - 945, Beilage 1364.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Georg Rosner eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die gesunde Ernährung im Kindergarten und in der Schule ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Es folgt nun die Abstimmung über den 10. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1340, betreffend gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule, Zahl 21 - 947, Beilage 1365.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein vom Landtagsabgeordneten Georg Rosner eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zunächst über diesen Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend gesunde Ernährung im Kindergarten und in der Schule ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1078) betreffend Transparenz bei Bedarfszuweisungen an die Gemeinden (Zahl 21 - 758) (Beilage 1366)

Präsident Christian Illedits: Der 11. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina

Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1078, betreffend Transparenz bei Bedarfszuweisungen an die Gemeinden, Zahl 21 - 758, Beilage 1366.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Transparenz bei Bedarfszuweisungen an die Gemeinden in ihrer 32. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Transparenz bei Bedarfszuweisungen an die Gemeinden unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Weil uns das Thema Transparenz in Politik und Verwaltung so ein großes Anliegen ist, werden wir hier auch nicht müde, immer wieder unsere Initiativen zu setzen und immer wieder etwas voranbringen zu wollen.

In diesem Fall geht es um die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden. Ich erinnere, das ist das Geld, das für die Gemeinden zur Verfügung steht und dann je nach Bedarf - wie der Name schon sagt - zugewiesen wird.

Nun ist es so, dass in früheren Zeiten, als wir noch eine Proporzregierung hatten, hier sehr klare Zuordnungen vorhanden waren. Wir hatten die roten Gemeinden, die beim Landeshauptmann ansuchen konnten um Bedarfszuweisungen. Und die schwarzen Gemeinden, die beim Landeshauptmann-Stellvertreter ansuchen konnten um Bedarfszuweisungen. Und da hat man sich sozusagen das halt ausgemacht, wie man das Geld verteilt.

Das geht jetzt in der neuen Konstellation so nicht mehr. Welche Entscheidung hat man getroffen? Für alle Bedarfszuweisungen ist der Landeshauptmann selber und allumfassend zuständig.

Wer jetzt genau wie viel an Bedarfszuweisungen zugeordnet bekommt und welche Projekte damit unterstützt werden, darüber ist es aber sehr schwer, wirklich eine transparente, nachvollziehbare Darstellung zu erhalten.

Deswegen haben wir in diesem Antrag gefordert, dass es eine übersichtliche Tabelle geben soll, wo alle Bedarfszuweisungen für alle Projekte in den Gemeinden aufgelistet sind.

Ich gehe davon aus, dass es für jede einzelne Bedarfszuweisung einen guten Grund gibt und ein redliches Projekt, das dann auch unterstützt wird. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum dann die Scheu so groß ist, das einfach übersichtlich darzustellen.

Der SPÖ in Niederösterreich ist das zum Beispiel auch ein großes Anliegen, da fordert der SPÖ-Vorsitzende Schnabl auch eine transparente Vergabepraxis. Dort will die SPÖ alle Bedarfszuweisungen an alle Gemeinden in einem ersten Schritt analysieren und evaluieren. Und er sagt, das Ziel, das wir uns als SPÖ Niederösterreich vorgenommen haben, ist eine sehr transparente Vergabepraxis zu erreichen und auch gesetzliche Rahmenbedingungen, die diese Kriterien festlegen. Sehr transparent.

Nun hat es einige Zeit gedauert, bis wir diesen Antrag auch hier zur Debatte bekommen. Warum? Weil man muss da jetzt verschiedene Stellungnahmen einholen. Es gibt eine Stellungnahme aus der Abteilung 2 und es gibt eine Stellungnahme vom Gemeindevertreterverband, die interessanterweise über weite Strecken wortident sind.

Jetzt weiß ich nicht, haben sie voneinander abgeschrieben oder hat das eh dieselbe Person geschrieben. Worauf in beiden hingewiesen wird, dass der Stabilitätspakt 2012 der Rechnungsabschluss einer Gemeinde auf der Homepage der jeweiligen Gemeinde veröffentlicht werden muss.

Und dann heißt es, die Daten sind somit für jedermann zugänglich, öffentlich zugänglich. Der Schluss, der daraus gezogen wird, wenn man irgendwo Daten zugänglich hat, dann ist das auch gleich transparent.

Bürgerinnen- und Bürgernähe würde bedeuten, ich mache es zum Beispiel so wie in der Steiermark, wo ich einfach per Knopfdruck eine Liste bekomme, da steht drauf, welche Gemeinde wie viel Geld bekommen hat aus den Bedarfszuweisungen. Das ist dort, ja, ich weiß nicht, warum das unter Schwarz-Rot oder Rot-Schwarz oder wie jetzt gerade die Konstellation in der Steiermark geht, bei uns hier nicht.

Listen, die man sich ausdrucken kann, ich kann zu jedem Ort in der Steiermark nachlesen, welche Bedarfszuweisung diese Gemeinde im Jahr 2017 bekommen hat. Und das kann ich als Burgenländerin nicht.

Also der Verweis darauf, steht eh in jedem Rechnungsabschluss drinnen und deswegen kann man es eh nachlesen für alle Bürgerinnen und Bürger leicht, ist ein bisschen eine Augenauswischerei, weil leicht ist es gar nicht. Und dann ist es auch nicht transparent.

Jetzt habe ich nur rein strichprobenartig versucht, wie es ist. Ich suche mir von Gemeinden die Rechnungsabschlüsse auf deren Homepage und schaue, was ich darin finde. Zum Beispiel in Mattersburg, da finde ich wirklich den gesamten Rechnungsabschluss. Wenn aber jemand nicht sehr geübt ist, so etwas zu lesen, ist das sehr unübersichtlich. Dann ist es eigentlich für eine durchschnittliche Mattersburgerin oder einem durchschnittlichen Pöttschinger, der das vielleicht vergleichen möchte, nicht möglich herauszufinden, wo da jetzt wirklich die Bedarfszuweisungen sind.

Ich habe irgendwo anders probiert, auf der Homepage Frauenkirchen. In Frauenkirchen ist auch nicht auf www.offenerhaushalt.at. Sie werden schon wissen warum, aber ich finde auch auf der Homepage nichts über den Rechnungsabschuss.

Ich weiß nicht, vielleicht hat der Herr Landeshauptmann einen eigenen Zugang, aber die Gemeinde Frauenkirchen stellt ihren Rechnungsabschuss zumindest nicht so dar, dass jemand, wenn der einfach danach sucht, den auch finden kann.

In der Gemeinde Oberpullendorf kommt, wenn ich jetzt im Rechnungsabschluss das Wort „Bedarfszuweisung“ suche, dieses Wort nicht vor. Jetzt weiß ich als durchschnittliche Sucherin nicht, ist das eine andere Bezeichnung dort, oder gibt es in dem Jahr vielleicht keine Bedarfszuweisung, oder ist es sonst irgendwo versteckt?

Wenn ich nach Eisenstadt schaue, da kennt man sich aus. Schade, dass der Kollege Steiner jetzt nicht da ist, endlich einmal ein lobendes Wort von mir. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Wir geben es weiter.)* Da kennt man sich aus, und nicht weil ich dort selber fünf Jahre im Prüfungsausschuss gesessen bin.

Sondern das ist wirklich übersichtlich, da wird mir der Kollege Molnár wahrscheinlich auch zustimmen, wenn man es dort wissen will, kann man das nachlesen. Eisenstadt ist auch auf www.offenerhaushalt.at.

Vorbildlich zum Beispiel auch Grafenschachen, also ich habe hier willkürlich ein paar Gemeinden herausgesucht.

Was wissen wir? Einige Gemeinden stellen sehr klar und transparent dar, wie viel an Bedarfszuweisungen sie bekommen, andere dann gar nicht oder wenig transparent. Das heißt, es ist nicht so, dass ich als Bürgerin oder Bürger, oder jetzt auch hier als Landtagsabgeordnete einen Überblick bekommen kann.

Ich frage mich halt, wenn man sich so schwer tut, Zahlungen einfach offen zu legen, ob es da etwas gibt, was man dann doch lieber verbergen möchte, ich weiß es nicht. Warum jemand etwas verbergen will, dann setzt er sich doch dem Verdacht aus, dass da vielleicht ein bisschen Freunderlwirtschaft und andere Absprachen im Hintergrund mitspielen.

Ich weiß, Freunderlwirtschaft im Burgenland nie, so etwas gibt es gar nicht. Da ist alles ganz, ganz transparent und nachvollziehbar.

Aber gut, ich finde es schade, dass die Landesregierung so feig ist und nicht einfach eine Liste veröffentlicht, wie das etwa das Land Steiermark macht.

Bis zur echten Transparenz in der Vergabe von Zuweisungen haben wir noch einen weiten Weg vor uns, vielleicht wird in der nächsten Wortmeldung der Kollege Molnár uns erläutern, wie der nächste Weg ist.

Der Abänderungsantrag geht für uns viel zu kurz und zu sagen, wir werden uns dann schon überlegen, was angemessen transparent ist, das ist keine Verlässlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN und einigen Abgeordneten der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: *(der den Vorsitz übernommen hat.)* Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Bevor ich zum Antrag eine Stellungnahme abgebe, gestatten Sie mir, dass ich noch kurz auf die Fragestunde eingehe und zwar auf die Frage: Aktionsplanung, Umgebungslärm.

Die Kollegin Petrik hat im Internet folgende Stellungnahme nach der Fragestunde veröffentlicht:

Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz behauptet, dass die Lärmbelastung, auf die die Bürgerinitiative Großhöflein Lärmschutz hinweist, im Bundesaktionsplan eingearbeitet ist. - Das ist schlicht weg falsch!

Die A3 kommt nicht vor. Tschürtz weiß offensichtlich nicht, was in diesem Aktionsplan drinnen steht.

Frau Kollegin Petrik, ich halte das normalerweise nicht für Ihre Art, dass Sie mit Unwahrheiten agieren, vor allem mit solchen, die so einfach nachweisbar sind. Ich habe mir, das hat ein paar Stunden gedauert, aber ich habe mir diesen Aktionsplan jetzt kommen lassen.

Wenn Sie behaupten, dass die A3 dort nicht vorkommt, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Großhöflein.)* dann verweise ich Sie auf Seite 28, nein, warten Sie ein bisschen ab, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Großhöflein.)* wo es auch eine grafische Darstellung gibt, wo klar erkennbar die A3 ist.

Im Übrigen auch der Noch-nicht-Autobahnabschnitt bis nach Klingenbach, so wie es der Landeshauptmann-Stellvertreter heute am Vormittag gesagt hat, - Autobahnen und Schnellstraßen mit mehr als drei Millionen Kraftfahrzeugen pro Jahr.

Und wenn man dann in die Lärmkartierung hineingeht, wo es eine Betroffenen-Auswertungen noch gibt, dort finden Sie die Gemeinden, unter anderem die Gemeinde Eisenstadt, Großhöflein, auch Hirm, Hornstein und auch Müllendorf.

Also die Darstellung, die Sie dort am Vormittag zum Besten gegeben haben und im Internet veröffentlicht haben, die stimmt nachweislich nicht und Sie werden wissen, wie Sie damit jetzt umzugehen haben.

Meine Damen und Herren, zum Antrag. Ja, bei dem Antrag ist nicht genauso, aber es ist ähnlich, den vieles, was in diesem Antrag behauptet wird, stimmt schlicht und einfach nicht beziehungsweise schaffen die Kollegen von den GRÜNEN in diesem Antrag ein Bild, das erst recht nicht stimmt.

Sie schreiben, es reicht nicht, wenn die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wissen, wie viel sie für das eigene Gemeindebudget vom Herrn Landeshauptmann zugesprochen bekommen.

Da sind gleich zwei Fehler in einem Satz, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, nicht der Landeshauptmann spricht Bedarfszuweisungen zu, sondern die Landesregierung als Kollegialorgan, die beschließt darüber und nicht nur der Bürgermeister weiß, welche Bedarfszuweisung seine Gemeinde bekommt.

Sie haben selber darauf Bezug genommen, Sie haben das selber sozusagen relativiert, man kann es im Voranschlag sehen, der öffentlich aufgelegt werden muss, und kann es dann spätestens im Rechnungsabschluss sehen, der - wie Sie ja erklärt haben - im Internet zu veröffentlichen ist.

Dazu gibt es eine gesetzliche Verpflichtung, wenn das die Gemeinden nicht tun, dann würde ich Sie an Ihrer Stelle darauf hinweisen.

Ich verweise auch auf die Gemeindefinanzstatistik, wo zwar Begründungen fehlen, aber grundsätzlich nachvollziehbar ist, welche Finanz- und Bedarfszuweisungen es von Seiten des Landes an die Gemeinden gibt.

Im Übrigen handelt es sich genau genommen weder um, weil das auch im Antrag zum Ausdruck kommt, weder um Fördermittel noch um Landesgelder, es handelt sich um Gemeindegelder, meine Damen und Herren.

Und diese Gemeindegelder, die werden auch nicht irgendwie für besondere Aufwendungen, wie Sie das im Antrag formulieren, zugewiesen, sondern nach konkreten

Vorgaben und Verwendungszwecken aus dem Finanzausgleichsgesetz, aus den entsprechenden Richtlinien.

Natürlich handelt es sich im Rahmen dieser Richtlinien und rechtlichen Vorgaben um politische Entscheidungen, aber wir haben die Regierungsmitglieder auch gewählt, damit sie Entscheidungen treffen.

Also wenn überhaupt, dann geht es um eine rein technische Frage, da geht es nicht um das Ob, sondern eher um das Wie, um eine Frage der Darstellung Liste ja, Liste nein. Ich persönlich, das sage ich ganz ehrlich, ich hänge mich an dieser Frage auch nicht auf, aber das, was Sie suggerieren, dass diese Daten weder Ihnen noch der Öffentlichkeit zugänglich werden, das stimmt schlicht und einfach nicht.

Es sei jetzt dahingestellt, ob sich der Durchschnittsbürger für solche Zahlen überhaupt interessiert. Intransparenz und Transparenz sieht jedenfalls anders aus.

Abgesehen davon gibt es ja auch noch das Interpellationsrecht und, Frau Kollegin, es gibt ja auch Anfragebeantwortungen bezogen auf ganz bestimmte Gemeinden, wo Sie sehr wohl eine Auskunft vom zuständigen Regierungsmitglied bekommen haben. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Hab ich probiert.)*

Im Ergebnis, geschätzte Kollegin und Kollege von der GRÜNEN vermittelt der Antrag etwas, das nicht stimmt, er ist begrifflich unpräzise, daher auch unser Abänderungsantrag.

Bedarfszuweisungen sind schon heute kein Staatsgeheimnis. Die Informationen für jedermann grundsätzlich zugänglich, alles andere sind rein technische Fragen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Bedarfszuweisungen oder Gemeindefinanzen beschäftigt mich schon sehr lange.

Ich kenne beide Seiten sehr gut. Ich kenne die Seite des Bürgermeisters, wenn es darum geht, in der Finanzstatistik für die Gemeinden dann genau nachzusehen, wer hat was bekommen und da gibt es natürlich immer wieder Diskussionen, keine Frage.

Ist es gerecht verteilt? Ist es notwendig, dass für ein Projekt so viel an Bedarfszuweisungen zugeteilt wird? Also diese Diskussion kenne ich von der einen Seite, ich kenne sie auch von der anderen Seite, denn ich war ja 15 Jahre lang als Gemeindereferent für die Bedarfszuweisungen zuständig.

Frau Abgeordnete Petrik, nur eine kleine Korrektur, die Bedarfszuweisungen für die 171 Gemeinden habe immer ich eingebracht, kein anderes Regierungsmitglied war zuständig. Es gab nur - und das ist Tradition gewesen - eine interne Absprache, dass man sich dann, diese Gelder halt, zwischen verschiedenen Gemeinden aufgeteilt hat, sodass halt der Landeshauptmann genauso vergeben konnte. Aber die Regierungsakte sind von mir immer eingebracht worden und in der Regierung einstimmig beschlossen wurden.

Aber man muss eines sagen, man sollte sich, wenn man über Bedarfszuweisungen spricht, auch einiges anschauen. Da würde ich jetzt die Bürgermeister ersuchen, parteiübergreifend zu hinterfragen, ob die Vorabzüge alle notwendig sind? Haben Sie sich das schon einmal angesehen?

Das sind Vorabzüge für Gemeindenetzwerk, Schulnetzwerk, Kindergartenbau, von Schulbau, von Feuerwehrförderung, natürlich werden die nach bestimmten Kriterien vergeben, aber immerhin, wenn man sich jetzt die Bedarfszuweisungen anschaut, ich kann nur auf das Jahr 2015 mich stützen, da war ich noch in der Regierung, da gab es Bedarfszuweisungsausschüttungen von zirka 28 Millionen Euro und davon wurden 3,3 Millionen Euro abgezogen.

Das sind immerhin 12 Prozent, die wurden abgezogen. Und das sind - und das wurde heute schon betont - Gemeindegelder, die eigentlich das Land nur verwaltet, sonst nichts. Das sind Bundesgelder, die über den Finanzausgleich kommen und die dann an den Gemeinden weitergegeben werden.

Nun, ich habe es immer wieder so gehandhabt, dass ich die betroffenen Gemeinden, alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, persönlich informiert habe, jeden einzelnen Bürgermeister, jede einzelne Bürgermeisterin persönlich informiert habe und immer wieder gefragt habe, welche Projekte stehen an und dann versucht habe, natürlich nach einem Schlüssel zu verteilen.

Apropos Schlüssel, im Zuge der Verfassungsdiskussion 2014 gab es sehr wohl eine Neuerung, die auch bis jetzt hält. Das muss man fairer Weise sagen. Nämlich auf meinem Antrag hin wurde dann in der Regierung einstimmig beschlossen, dass zum Beispiel die Bedarfszuweisungen nach Einwohnerzahl, nach Gemeindegrößen gestaffelt sind und dass die Ortsteile berücksichtigt werden. Dass die Bezirksvororte dementsprechend Geld bekommen und dass auch die Landeshauptstadt Eisenstadt eine besondere Berücksichtigung erfahren soll.

Die Diskussion über die Bedarfszuweisungen gibt es immer wieder. Irgendwer von meinen Vorrednern hat verwiesen auf Niederösterreich. Da könnte ich jetzt den SPÖ-Parteivorsitzenden zitieren, der Franz Schnabl, der gemeint hat, das ist ungerecht, das ist nicht transparent, die gehören veröffentlicht und so weiter und so fort.

Es gibt auch Diskussionen seitens der FPÖ, die Ilse Benkö, die jetzt nicht da ist, hat zum Beispiel damals an mich eine schriftliche Anfrage eingebracht und hat kritisiert, dass es hier keine Transparenz gibt, jetzt schaut es anders aus. Wie gesagt, der Standort bestimmt den Standpunkt.

Wenn man sich den Abänderungsantrag anschaut, Herr Abgeordneter, Herr Klubobmann, das ist keine Kritik, sondern eine Feststellung.

Mein Standpunkt bleibt unverändert. Das sage ich ganz klar. Mein Standort bleibt deswegen unverändert, weil ich stehe zu dem, dass es für jede Gemeinde einen gewissen Sockelbetrag geben muss. Je nachdem wie stark und groß die Gemeinde ist.

Wir sind ein Land der kleinen Einheiten. Eisenstadt, Herr Bürgermeister, hat 14.500 Einwohner, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 14.627.)* 14.627 am 05. Juli 2018, um 18.00 Uhr, und Tschanigraben, was ich noch gesehen habe, mit 59 Einwohnern. Klar, wenn die einen eigenen Bürgermeister haben, da brauchen sie auch natürlich dementsprechend Unterstützung.

Das heißt, Sockelförderung klar, aber - und das sage ich auch ganz klar - ich wäre dafür, dass in Zukunft zwei Drittel, das habe ich immer wieder betont und bin aber nicht ganz durchgekommen, dass zwei Drittel auf Grund von gewissen Kriterien, die festgelegt werden, vergeben werden, zwei Drittel, und ein Drittel für gewisse Projekte.

Das wäre fair, und ich stehe auch dazu, dass derjenige, der das Ressort innehat, oder diejenige, die das Ressort innehat, auch die Möglichkeit hat, dementsprechend zu

verteilen. Denn wenn man zu 100 Prozent alles festlegt, dann brauchen wir die Politik nicht. Dann lösen wir die Landesregierung auf und machen lauter Verordnungen, lauter Regelungen und wir brauchen dann eigentlich keine Politikerinnen und Politiker.

Also ich bin dafür, zwei Drittel fix gebunden an verschiedenen Kriterien gemessen und ein Drittel freie Vergabe. Die Projektförderung ist wichtig und natürlich, dass das Haushaltsgleichgewicht nicht gefährdet wird.

Und was die Transparenz anbelangt, Frau Abgeordnete Petrik, da bin ich auf Ihrer Seite. Ich sage das auch ganz klar, ich kann nichts Verwerfliches erkennen in diesem Antrag, denn es geht ja gar nicht darum, um die Aufteilung der Bedarfszuweisungen, sondern es geht darum, dass es eine gewisse Transparenz geben soll, und dem stimme ich völlig bei, weil ich glaube, dass man das verbessern kann.

Und ich möchte den Beweis antreten. Wenn zum Beispiel der Gemeindevertreterverband und der Städtebund in der Stellungnahme schreibt, ja, das ist aus dem Rechnungsabschluss ersichtlich, dann sage ich Ihnen, das ist nicht ersichtlich.

Oder ich irre mich vielleicht, dann habe ich bis jetzt keinen Rechnungsabschluss lesen können. Denn, wenn man sich Rechnungsabschlüsse anschaut, dann haben sie meistens auf der Einnahmenseite die Bedarfszuweisungen, und wie die Bedarfszuweisungen dann verwendet werden, steht auf der Ausgabenseite. Das kann ich nicht in allen Gemeinden nachvollziehen.

Mag sein, dass es gute Gemeinden gibt, die das herausstreichen, aber wenn ich einen Rechnungsabschluss hernehme und diesen anschaue, und das, glauben Sie mir, ich habe dieses Geschäft gelernt, kann ich nicht erkennen, wohin die Bedarfszuweisungen in der Gemeinde gehen. Oder Sie werden mir das jetzt, Sie gehen heraus und erklären mit das jetzt, wie das geht.

Daher stimmt das nicht. Aus dem Rechnungsabschluss kann man nicht ersehen, wohin die Bedarfszuweisungen gehen. Aus dem Rechnungsabschluss weiß man, wie hoch die Bedarfszuweisungen sind, das kriegt man auch heraus, wenn man sich die Gemeindefinanzstatistik anschaut, die jährliche.

Da kann man sogar die Gemeinden vergleichen, das machen eh die Bürgermeister, Bürgermeisterinnen, aber aus dem Rechnungsabschluss, bitte, können Sie nicht erkennen, wohin die Bedarfszuweisungen gehen.

Und Herr Klubobmann Molnár, das mit dem Voranschlag ist sowieso ein Unfug. Wie wollen Sie das machen? Im Laufe des Jahres kommt man auf verschiedene Projekte drauf, oder es entwickeln sich Projekte. Dann ruft man in der Regierung an oder schreibt dem zuständigen Regierungsmitglied und sagt, wir haben ein Projekt vor, ist das möglich, dass man das unterstützen kann?

Denn die Bedarfszuweisungen werden ja zweimal jährlich ausgeschüttet, das wissen wir auch. Und dann noch etwas, ich habe mir auch die Stellungnahme der Abteilung 2 angesehen.

Wissen Sie, ja, man kann, ich bin kein Jurist, Gott sei Dank bin ich kein Jurist, na, Gott sei Dank bin ich kein Jurist, ich bin ein Volkswirt und ich schau mir das wirtschaftlich an, und wenn ich mir die Stellungnahme der Abteilung 2 anschaue, dann weiß ich, die ist bestellt. Sind Sie mir nicht böse, die ist bestellt.

Denn, wenn ich ganz, ganz offen, ich möchte nicht polemisieren, wirklich nicht polemisieren, aber wenn dann steht, was diese Leistungs- oder Datenbank, die die Frau Petrik fordert - völlig egal, wie das heißt, ob das Datenbank, Leistungsbank, egal wie heißt

-, aber wenn dann geschrieben wird, gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über eine Transparenzdatenbank BGBl. II Nr. 73/2013 sind Gebietskörperschaften Gemeindeverbände im Sinne des Artikels 116a B-VG keine Leistungsempfänger. Durch die genannten gesetzlichen Bestimmungen entfällt die Erstellung diesbezüglicher Leistungsangebote.

Also ich meine, ich sage Ihnen ganz offen, auf das hätten wir verzichten können, ja, denn dies ist eine politische Entscheidung in Wahrheit. Und wenn man möchte, dann geht man her und versucht natürlich das aufzulisten.

Und das geht, wissen Sie warum? Weil in den Regierungsvorlagen, wo die Bedarfszuweisungen ganz genau aufgeschlüsselt sind, wird ganz genau zugeordnet. In den Regierungsvorlagen, in meinen Regierungsvorlagen, haben Sie immer in allen 171 Gemeinden vorgefunden, was ist eine Sockelförderung, da gibt es 10.000 Euro für dieses Projekt, 15.000 für dieses Projekt und so weiter und so fort.

Das war für die Regierungsmitglieder, sieben an der Zahl, und ist nach wie vor völlige Transparenz. Aber die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, das muss man ganz offen sagen, die sehen ihres, aber die können nicht Einblick, oder die Bevölkerung oder die Wählerinnen und Wähler, können nicht Einblick nehmen in die Ausschüttung der Bedarfszuweisungen und für welche Projekte in den einzelnen Gemeinden das verwendet wird.

Daher abschließend, ich bin dafür, wenn man über das diskutiert, zwei Drittel gebunden nach gewissen Regelungen, Fair Play, ein Drittel freie Entscheidung, das muss möglich sein, und völlige Transparenz. Ob das jetzt eine Transparenzdatenbank ist oder etwas anderes.

Denn, das muss man auch wissen, und das wissen Sie alle, das sind alles Steuergelder. Das sind Gelder von uns allen. Wenn wir schon über Steuern einzahlen, dann haben wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch das Recht, zu erfahren, wofür man diese Gelder in den Gemeinden verwendet.

Ich glaube, daher ist dieser Antrag sehr fair, den kann ich auch dementsprechend unterstützen, und ich hoffe, nachdem ich gehört habe, dass sich da einiges bewegt, auch in der Regierung, dass es möglich ist, hier für mehr Transparenz zu sorgen.

Eines noch, weil ich schon am Wort bin, und ich habe eh lange jetzt ausgehalten, weil ja sich gewisse Tagesordnungspunkte verzögert haben dadurch dass quasi Tagesordnungspunkte vom Inhalt ein bisschen missbraucht worden sind, *(Abg. Gerhard Steier: Das glaube ich nicht.)* sage ich auch jetzt etwas, nämlich ein Thema.

Wir sollten nachdenken, wenn man über die Bedarfszuweisungen spricht, über die Gesamtsituation der Finanzen, und glauben Sie mir, da wäre ein Schulterschluss notwendig. Nicht jetzt nur über 15a, und dass eine 15a-Vereinbarung erst einen Monat später abgeschlossen wird, und die armen Kinder haben jetzt keinen Kinderplatz, ja, das ist alles wichtig.

Aber ich glaube, wichtiger wäre ein Schulterschluss, dass wir als Burgenland wirklich einmal dem Bund sagen, oder den anderen Bundesländern, bitte, wir sind nach wie vor bei der Zuteilung der Ertragsanteile nicht so berücksichtigt, wie es sein sollte. Und das wäre die Aufgabe.

Da geht es nicht um Groschenzählereien, sondern da geht es wirklich um Gelder, die wir bekommen sollten vom Bund. Denn schließlich sind das auch unsere Steuergelder. Es geht darum, wie können wir vereinfachen, entbürokratisieren.

Jetzt sagen Sie mir bitte, erklären Sie mir das, und nicht kommen Sie mir daher und sagen jetzt, nein, die Landesumlage, die ist wichtig und wir könnten, sonst müssten wir wieder bei den Sozialausgaben, müssten wir wieder Prozente anders festlegen.

Erklären Sie mir das bitte nicht, sondern überlegen Sie mit mir, wie können wir das entbürokratisieren? Es kennt sich doch niemand mehr aus. Du kriegst Ertragsanteile, und dann wird Dir über Sozialkosten und über die Landesumlage enorm viel abgezogen.

Ich nehme jetzt ein Beispiel her, nämlich Eisenstadt. *(Zwischenruf des Abgeordneten Günter Kovacs.)* Na ja, dann nehme ich ein anderes Beispiel, egal.

Aber es kann nicht so sein, dass leistungsstarke Gemeinden - völlig egal jetzt, ja ich könnte Zurndorf auch hernehmen oder egal, Purbach -, aber dass die bestraft werden, wenn sie Leistung erbringen.

Schauen Sie, zum Beispiel, wenn ich mir hernehme die Gesamtübersicht, dann ist der Nettoauszahlungsbetrag in Eisenstadt *(Abg. Günter Kovacs: Sechs Millionen.)* 47,3 Prozent der Gelder, der Bruttogelder, warte, Moment, jetzt kommt es, das war 2015.

2017 waren es nur mehr 45,4 Prozent und 2018, in der Ertragsvorschau 42 Prozent. Freunde, es kann ja bitte nicht sein, dass im prozentuellen Wachstum die Ertragsanteile geringer wachsen, als das, was einem dann vom Land, vom Bund abgezogen wird.

Und wenn wir da eine Vereinfachung, eine Entbürokratisierung erreichen, eine Transparenz, dass jeder das nachvollziehen kann, dann sind wir wirklich soweit, dass man sagt, jetzt haben wir eine Finanzierung gefunden, die auch nachvollziehbar ist.

Ich bedanke mich. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Frau Klubobfrau Ingrid Salamon hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke schön Herr Präsident! Wir sind bei dem Tagesordnungspunkt Transparenz bei Bedarfszuweisungen an Gemeinden. Wir haben wirklich schon sehr viele Dinge gehört, Herr Steindl, *(Der Abgeordnete Mag. Franz Steindl möchte den Landtagssaal verlassen.)* einen Moment, ich will nur antworten, bevor Du jetzt raus gehst.

Ich kann dem sehr viel abgewinnen was Du gesagt hast, ich darf aber nur daran erinnern, dass das nicht so ist, dass man es beim Rechnungsabschluss nicht sieht.

Weil, es ist unter Deiner Zeit schon so gewesen, wenn Bedarfszuweisungen einer Gemeinde zugeschrieben worden sind, ist es zweckgebunden schon beim Brief vom Land gekommen, und es muss auch zweckgebunden verbucht werden. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Man sieht es aber nicht. Man sieht es nicht. – Abg. Gerhard Steier: Das ist zugewiesen.)*

Das ist aber die Vorgabe, und man sollte jetzt Birnen mit Äpfel nicht vergleichen. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Man sieht es nicht.)* Ich will das nur richtigstellen, dass ich dann nicht etwas sage, wenn Du nicht im Raum bist. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Ich sage nur, man sieht es nicht.)*

Wir bekommen Schreiben, *(Abg. Gerhard Steier: Das ist zugewiesen, aber man sieht das nicht. Es steht nichts dabei.)* dass es zugewiesen ist, und es wird auch so verbucht, für jedes Projekt. *(Abg. Gerhard Steier: Das muss sein. - Abg. Mag. Franz Steindl: Ja, das muss sein, aber im Rechnungsabschluss sieht man es dann nicht.)*

Na ja und damit sieht man ja, dass es weitergegeben worden ist. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das stimmt, aber das ist nicht nachvollziehbar. Sie wissen es.)* Also ich bin der Meinung, dass man im Prinzip diese Transparenz, wenn diese Transparenz bei allen Dingen, wie es das jetzt bei der Bedarfszuweisung jetzt endlich gibt, finde ich das wirklich, dass es sehr transparent ist.

Ich wollte Dich jetzt nicht aufhalten, ich wollte das nur sagen, dass es auch jetzt zweckgebunden ist und dass man das auch jetzt zweckgebunden verbuchen muss, *(Abg. Mag. Franz Steindl: Aber man sieht es nicht.)* dass man das sieht. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Nein, man sieht es nicht.)*

Auf der anderen Seite, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich schon erwähnen, dass das Land Burgenland ein verlässlicher Partner unserer burgenländischen Gemeinden ist und dass wir auch diese Unterstützung sehr schätzen.

Und wir haben das schon ein paarmal deutlich ausgesprochen und ich darf das noch einmal wiederholen, es gibt eben für diese gemeinsamen Aufgaben, die wir letztendlich haben, eine Aufteilung. Das Land Burgenland hat einen Verteilungsschlüssel von 74 Prozent zu 26 Prozent zwischen dem Land und den Gemeinden.

Also nur vorweg, wenn man sagt, dass dies hier nicht richtig ist, und ich bin der Meinung, dass dieser Aufteilungsschlüssel nicht überall so ist, und ich darf Ihnen nur sagen bei diesen Transferleistungen im Durchschnitt in ganz Österreich liegen die anderen Länder bei 61 Prozent.

Also ich bin davon überzeugt, dass das Land ein fairer Partner für die Gemeinden ist, weil das Land natürlich, und das müssen Sie als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch wissen, dass das natürlich ein Wirtschaftsmotor für die Gemeinden ist und für unser Land ist.

Und daher denke ich schon, dass hier die Transparenz gegeben ist, und dass alle 171 Gemeinden hier wirklich einen fairen Partner vom Land her haben.

Und wenn man jetzt von den Bedarfszuweisungen und Transparenz spricht, Frau Abgeordnete, Sie haben das angesprochen. Es ist natürlich schon so, dass sich einiges geändert hat.

Mit dem Finanzausgleich 2017 gibt es fünf Schwerpunkte, die vom Bund vorgegeben sind, wo man sagt was berücksichtigt werden muss, und da ist auch die Unterstützung von strukturschwachen Gemeinden, Förderungen bestehender und zusätzlicher interkommunaler Zusammenarbeit, einschließlich solcher in Form von Gemeindeverbänden.

Weiters ist es noch so, dass landesintern der Finanzausgleich zwischen den Gemeinden unter Bedachtnahme auf weitere landesrechtliche Finanzregelungen berücksichtigt werden muss.

Also Sie sehen, es gibt hier vom Bund schon eine Vorgabe, wie man etwas verteilen soll und wie man es auch verteilen muss. Weiters ist es natürlich auch so, dass das Land Burgenland Richtlinien beschließen wird, wo wir ja alle wissen, dass alle Gemeindevertreter jeglicher Art und jeglicher politischer Vertreter auch eingeladen waren, hier selbst mitzuarbeiten, das selbst zu diskutieren.

Also, dass man jetzt so tut, hier passiert etwas mit Steuergeldern. Natürlich sind es Steuergelder das man nicht nachvollziehen kann, so kann ich das im Raum nicht stehen lassen und so sehe ich das auch nicht.

Im Prinzip denke ich ist es so, dass wenn die Richtlinien vom Bund gegeben sind, wenn es Richtlinien vom Land gibt, dass da natürlich selbstverständlich ein Regierungsbeschluss gemacht werden muss, wenn es um die Verteilung geht.

Und genau das sind die Dinge wo ich glaube, dass Transparenz gegeben ist, und zusätzlich ist es ja auch so, dass das Land vom Bund kontrolliert wird, was tatsächlich passiert.

Und wenn Sie, Frau Abgeordnete, sagen, dass man das bei manchen Gemeinden nicht sehen kann, das dann kann ich nicht bestätigen, weil ich der Meinung bin, dass es sowohl beim Rechnungsabschluss zu sehen ist, dass die Gemeinden alle ihre Projekte vorstellen.

Dass die Gemeinde natürlich immer sagt, welche Förderungen auch vom Land gekommen sind, und dass es wirklich so ist, dass es natürlich gerecht verteilt ist und manchmal die eine oder andere Gemeinde projektbezogen Gelder vom Land bekommen muss.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja für mich eine Selbstverständlichkeit. Und ich verstehe nicht, warum man letztendlich immer das so schlechtredet und immer etwas vermutet und in den Raum stellt, dass, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Kollegen, nicht wirklich so ist.

Wenn wir Bedarfszuweisungen bekommen wird es in Projekten angeführt. Wir sagen das immer und es gibt eine gerechte Verteilung zwischen Groß und Klein. Es gibt Vorgaben vom Bund, es gibt Richtlinien natürlich vom Land und danach bekommen die Gemeinden die Bedarfszuweisungen.

Und wenn ich es jetzt schon nicht für alle kann, aber ich darf mich natürlich für meine Gemeinde sehr wohl bedanken für die Unterstützung vom Land, für die projektbezogene Unterstützung und für die Bedarfszuweisungen, weil wir letztendlich das alles wieder - Herr Kollege, wieder in die Wirtschaft hineingeben. Das wird bei Ihnen nicht anders sein.

Ein herzliches Dankeschön ans Land, noch einmal. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Das Geld gehört nicht dem Land. Frau Kollegin, das Geld gehört nicht dem Land.)*

Na ja, habe ich auch nicht gesagt, *(Abg. Manfred Kölly: Oja, Du bedankst Dich.)* das habe ich nicht gesagt. Das sind Steuergelder, die vergeben werden. Du musst nicht klatschen, lieber Manfred. *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe nicht geklatscht, ich habe gesagt „bitte, bitte“.)*

Gut, Du brauchst auch nicht „bitte, bitte“ sagen, weil dann hast Du mir anscheinend nicht zugehört. Es gibt Vorgaben vom Bund, es gibt Richtlinien vom Land, und danach wird das vergeben. Und ich kann es als Politikerin nicht nachvollziehen, warum wir uns immer selbst schlechtreden.

Das ist ein Geld, das investiert wird für unsere Gemeinden, das transparent ist, und wenn man sich interessiert dafür, Frau Kollegin. Und ich weiß, ich habe Gemeinderatsitzungen die öffentlich sind, da sind sowohl beim Rechnungsabschluss, beim Budget Leute da. Wir veröffentlichen das immer.

Und wenn Sie unseren Antrag durchgelesen haben, dann denke ich, steht man ja auch dafür, dass man sagt, dass natürlich diese Veröffentlichung sehr wichtig ist, weil es Steuergelder sind, weil es Gemeindegelder sind. Und für mich ist diese Transparenz gegeben.

Auf der einen Seite machen wir Bürokratieabbau und auf der anderen Seite haben wir schon sehr viele Sicherheitsnetze, und für manche passt es noch immer nicht.

Das kann ich nicht nachvollziehen. Das tut mir leid. Wir werden dem Antrag vom Berichterstatter natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Ja, Herr Kollege Molnár, Sie haben tatsächlich bei längerem Suchen etwas gefunden, eine Stelle, die ich vorher noch nicht gefunden hatte, wobei sich mein Vorwurf an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, er wüsste nicht genau was im Bericht drinnen steht, auf etwas Anderes auch noch bezogen hat. *(Abg. Géza Molnár: Sie haben behauptet, die A3 ist gar nicht drinnen!)*

Ich habe das nicht präzise genau beantwortet. Dafür entschuldige ich mich, dass das nicht klar genug war. Ich habe das auch öffentlich an derselben Stelle getan. Einen Hinweis muss ich schon geben. Also, Herr Kollege Molnár, wenn Sie mir hier sagen, ich soll doch einfach an den Landeshauptmann schriftliche Anfragen stellen und dann kriege ich die Auskunft über die Bedarfszuweisungen, dann wissen Sie selber ganz genau, dass das nicht klappt.

Ich habe in einer schriftlichen Anfrage, die Sie ja auch gelesen haben, weil Sie bekommen alle Anfragen, alle Anfragebeantwortungen, gebeten um eine Auflistung der Bedarfszuweisungen eines bestimmten Jahres an alle Gemeinden. Ich bekam zurück, schauen Sie in den Rechnungsabschlüssen auf den Homepages nach. Das ist keine transparente Aufzählung, und das ist vor allem keine klare Beantwortung.

Ich kann zu jeder einzelnen Gemeinde eine schriftliche Anfrage stellen, dann kriege ich eine Antwort. Aber das was Sie mir gesagt haben, machen Sie das einfach, der Herr Landeshauptmann antwortet dann schon transparent, das wissen Sie aus Ihrer eigenen Erfahrung als Sie noch nicht in der Regierung saßen mit Ihrer Partei, also Sie selber nicht als Person, aber als die FPÖ noch nicht in der Landesregierung saß, auch genug.

Man bekommt nicht auf jede schriftliche Anfrage eine detaillierte und transparente Antwort. Aber dazu werden wir wann anders auch noch reden. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine Damen und Herren! Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.-

Die Entschließung betreffend Bedarfszuweisungen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1341) betreffend Einführung einer Pflege-Lehre (Zahl 21 - 948) (Beilage 1367)

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten

Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1342) betreffend die Schaffung eines Gütesiegels für Pflegeagenturen (Zahl 21 - 949) (Beilage 1368)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 12. und der 13. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 12. und den 13. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diesen meinen Vorschlag ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1341, betreffend Einführung einer Pflege-Lehre, Zahl 21 - 948, Beilage 1367.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Rosner.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Georg Rosner: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Pflege-Lehre, in ihrer 19. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Die Ausschüsse stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einführung einer Pflege-Lehre unter Einbeziehung der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Die Berichterstattung zum 13. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1342, betreffend die Schaffung eines Gütesiegels für Pflegeagenturen, Zahl 21 - 949, Beilage 1368, wird Herr Landtagsabgeordneter Fazekas, BA, vornehmen.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Patrik Fazekas: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Schaffung eines Gütesiegels für Pflegeagenturen, in ihrer 19. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Schaffung eines Gütesiegels für Pflegeagenturen, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag.

Drobits beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. General- und Spezialdebatte bei beiden Tagesordnungspunkte 12 und 13 finden gleichzeitig statt.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wichtiger Antrag, wie ich meine, aber, Eisenstadt am 05.04.2018, so einen Antrag hat es schon gegeben seitens des Bündnis Liste Burgenland. Was ist damit gemacht geworden? Frage?

Brauche ich nicht fragen. Er ist irgendwo verschwunden. Egal, wie auch immer. Jetzt gibt es endlich einen vernünftigen Antrag, den wir heute diskutieren wollen und beschließen wollen, und dann gibt es eine Plakette, natürlich was ich sehr wertvoll finde, wieder eine Plakette hat die ÖVP gesagt am Vormittag, wieder eine Plakette, hin und her. Da gebe ich Euch Recht. Da bin ich bei Euch.

Dass ich sage, so, in Ordnung, mit dieser Plakette. Aber ich denke einmal, dass man solche Anträge vielleicht doch im Vorfeld gemeinsam diskutieren sollte und dann einbringen, wäre vielleicht vernünftiger für die Zukunft. Ich glaube, heute haben wir eine Diskussion geführt über wirkliche Themen, die es wert gewesen wären im Vorfeld wirklich darüber ein Gespräch zu führen und dann zu sagen, ja das passt oder passt nicht.

Jetzt ändern wir schon wieder ab. Wahrscheinlich während der Sitzung noch einmal ein Abänderer und dergleichen. Ich möchte nur eines dazu sagen, es ist wichtig für die Zukunft, aber auch schon in der Vergangenheit wäre es wichtig gewesen, dass wir das nicht verschlafen, eine Pflege-Lehre einzuführen.

Wir haben das jahrelang, die FPÖ auch, jahrelang gefordert und mit Weitblick gesagt, man sollte in diese Richtung einmal andenken. Was hat man herinnen jetzt? Gott sei Dank gibt es diese Leute aus Rumänien und was weiß der Teufel von wo sie herkommen, die diese Arbeit verrichten.

Ich sage das wirklich, und es ist ja nicht einfach, und jeder ist nicht, jetzt bin ich beim Gütesiegel, dazu prädestiniert, auch das zu machen. Daher ist es umso wichtiger, diese Pflege-Lehre so rasch als möglich dementsprechend auch zu beschließen und auch umzusetzen. Weil die Diskussionen gehen ja schon wirklich sehr lange.

Wenn ich mir heute anschaue, 24-Stunden-Pflege, ist ja nicht irgendetwas. Ich weiß, wovon ich spreche. Meine Mutter hat auch die Alzheimer Krankheit gehabt. Wenn man da wirklich eine Pflege braucht, das ist nicht jedermanns Sache und das ist nicht so einfach.

Da war ich dann froh, dass wir wirklich jemanden gefunden haben, der sie gepflegt hat und der unterstützend mit dabei war. Damals habe ich schon, und das ist jetzt schon sehr lange her, zehn Jahre, habe ich schon darauf hingewiesen, tun wir endlich einmal etwas in diese Richtung. Jetzt gibt es die Möglichkeit, dass man das endlich einmal umsetzt. Ich hoffe, dass das jetzt nicht wieder einmal ein politisches Hickhack wird, sondern dass man eine vernünftige Lösung findet.

Der eine sagt das Schweizer Modell ist ein super Modell, der andere sagt, das ist ein super Modell. Dann gibt es die Diskussionen mit 15 Jahren oder mit 17 Jahren. Das sind lauter so Diskussionen wo ich sage, okay, die gehören diskutiert, aber so ein Beruf ist

ja nicht so ein Beruf wie ein Mechaniker, sondern das ist fast eine Berufung. Das darf man ja nicht vergessen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Pflege von älteren Leuten oder von Leuten die eine Krankheit haben, da muss man schon schauen, dass das auch in Ordnung geht. Weil die haben sich das auch verdient. Das muss man auch klipp und klar sagen.

Daher können wir uns seitens Bündnis Liste Burgenland vorstellen, dass wir das wirklich so rasch als möglich umsetzen und nicht immer mit Abänderungsanträgen arbeiten und dergleichen mehr, wo hinten eh nur ein paar Sätze umgedreht werden und dergleichen. Das brauchen wir nicht. Sondern wir sollten gemeinsam schauen, wo können wir überhaupt wen ausbilden, das ist überhaupt die Frage. Wo ist eine Bildungsstätte?

Eine Möglichkeit, es ist ja nicht irgendwo. In Oberwart? In Neusiedl? Oder wo gibt es die Möglichkeit überhaupt das auszubilden? Wer ist berechtigt eigentlich das auszubilden? Haben wir dementsprechend Fachleute? Ist die KRAGES zuständig oder wer ist zuständig? Ist das Land zuständig? Viele Fragen sind da offen. Glaubt mir das.

Das ist nicht so einfach, dass wir beschließen wir machen eine Pflege-Lehre. Da gibt es offene Fragen genug. Um dem Ganzen aus dem Weg zu gehen, schlage ich vor, dass man sich wirklich zusammensetzt und sagt, wie schaut das tatsächlich aus.

Weil einen Antrag einzubringen, wo ich dann hinschreibe, Abänderungsantrag, wir würden an die Bundesregierung herantreten, die sollen das machen. Wir sind immer so stolz, dass wir eigentlich im Land immer Vorreiter sind. Ich höre nur immer, wir sind dort Vorreiter, wir sind da Vorreiter. Warum können wir nicht in diesem Gebiet oder auf diesem Gebiet auch Vorreiter sein? Vielleicht wirklich gemeinsam einen Weg finden, dass wir das so rasch als möglich einfach umsetzen.

Ich glaube, dass der 24-Stunden-Bereich Zukunft hat und braucht. Insofern, weil wir das ganze Sozialsystem nicht mehr finanzieren können. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich heute verlange vom Herrn zuständigen Landesrat den Bedarf an Pflegebetten und dergleichen mehr, und der Regress ist weggefallen, dann wird sich da einiges tun. Und wie wir das noch finanzieren können, na Grüß Gott.

Heute ist bei den Bedarfszuweisungen etwas von der Kollegin Salamon gefallen, ich habe geglaubt ich höre schlecht, was sie mir da erzählt, was sie alles findet im Rechnungsabschluss und dergleichen mehr, das soll sie mir einmal zeigen.

Wenn sie mir das heute prompt zeigen kann, wo ich mein Geld bei Bedarfsanweisungen gekriegt habe, und wo ich es hin habe, das soll sie mir zeigen. Findet Ihr es in Euren geschwinden „Gschichtln“ da? Keiner. Da wette ich.

Das sind immer die Dinge. Daher glaube ich, dass es vernünftig ist, auch mit Bedarfszuweisungen für solche Fälle offen und ehrlich umzugehen und Transparenz herrschen zu lassen. Ich glaube, das wäre eine wichtige Sache. Weil da brauchen wir nichts verstecken.

Ich glaube, der Bedarf ist gegeben, weil wir seitens des Landes diese finanzielle Belastung nicht mehr heben werden, mit diesen Heimen, mit diesen Betten und dergleichen mehr. Das wissen wir. Aber wir haben leider lange zugeschaut. Daher ist es wichtig, nicht nur dass unser Antrag vielleicht irgendwo wieder aufgetaucht ist. Ich freue mich natürlich, dass das eben in diese Richtung geht, aber es sollte endlich einmal umgesetzt werden.

Ich glaube, dass es auch notwendig ist, und da bin ich bei der ÖVP, mit einer Plakette, weil ja viel Unfug betrieben wird. Da muss man schon schauen, welche Leute

sind überhaupt geschult. Welche Leute können das überhaupt übernehmen. Da muss ich mit einer Plakette das ausweisen, dass ich diese Möglichkeit gehabt habe, das umzusetzen.

Daher kann ich mir vorstellen, dass wir beide Anträge auch unterstützen werden, aber mit den vielen offenen Fragen so rasch als möglich angefangen wird zu diskutieren und schlussendlich die Umsetzung vorangetrieben wird. Herzlichen Dank fürs Zuhören. Danke. *(Beifall bei der LBL, der FPÖ und des Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Ja, in der Tat. Auch dieses Anliegen der Pflege-Lehre haben wir, wie der Kollege Kölly schon erwähnt hat, schon vor zwei Jahren diskutiert.

Abgesehen davon, bitte, es gibt keine 24-Stunden-Pflege, sondern eine 24-Stunden-Betreuung. Immer wieder müssen wir uns selbst, glaube ich, auch gegenseitig um eine präzise Bezeichnung ermahnen. Ich nehme mich da nicht aus.

Also. Vor zwei Jahren, es war der 17. Juli 2016, haben wir abgestimmt, nachdem die LBL einen Antrag eingebracht hat zur Pflege-Lehre über einen Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen. Wir haben damals hier sehr ausführlich diskutiert, was denn Vorteile und Nachteile einer Pflege-Lehre wären.

Es hat sich seither nicht viel geändert. Deswegen ist es für mich schwer nachvollziehbar, warum die ÖVP jetzt neuerlich mit dem Antrag kommt, weil die Pflege-Lehre anzudenken, zu diskutieren, umzusetzen, möglicherweise ist das deshalb der Fall, weil es halt jetzt gerade wieder quer durch Österreich für alle türkisen oder schwarzen Landtagsfraktionen die Weisung gibt oder den Hinweis gibt oder die Bitte gibt, jetzt bringen wir das überall ein.

Sonst kann ich mir das nicht erklären, weil wir uns ja damals wirklich ausführlich damit auseinandergesetzt haben. Nun weiß ich auch, dass das was wir hier im Landtag beschließen, nicht immer deswegen eine Wirkung zeitigt. Wir haben etwa vor zwei Jahren hier beschlossen, dass die Landesregierung aufgefordert wird, das Vorarlberger Projekt einer Ausbildung zum Betriebsdienstleister und Pflegehelfer zu evaluieren und einen Modellversuch im Burgenland zu prüfen.

Ich schlage vor, dass wir uns vielleicht einmal im Burgenland damit beschäftigen, was wir eh schon einmal beschlossen haben, und ob da etwas weitergegangen ist, bevor wir wieder von vorne beginnen.

Auch vor zwei Jahren beschlossen im Nationalrat, und darüber habe ich auch vor zwei Jahren hier bereits berichtet, wurde die Novelle zum Gesundheits- und Krankenpflegegesetz. Da wurde vor zwei Jahren im Nationalrat nach Verhandlungen mit allen Parteien und mit den Stimmen der ÖVP festgelegt, was ist Pflege-Fachassistenz, welche Ausbildung hat die, was ist Pflege-Assistenz, welche Ausbildung hat die.

Wir haben auch im Burgenland schon einige Pflege-Ausbildungen, die könnten unterstützt und erweitert werden. Wir haben schon vor zwei Jahren vom damaligen Berufsverband in Vorarlberg eine Stellungahme gehabt zur Pflege-Lehre, auch mit einer sehr skeptischen Herangehensweise. Mit 15, 16 Jahren sind die jungen Menschen einfach noch nicht in der Lage, diese große Entscheidung treffen zu können, vor allem auch nicht in der Lage, diesen Beruf auszuüben.

Kollege Kölly hat selber darauf hingewiesen, dass es dafür eine gewisse Reife braucht. Sie haben sogar gesagt, eine Berufung.

Das wäre eigentlich das Gegenargument dafür, dass man hier einen Lehrberuf daraus macht. *(Abg. Manfred Kölly: Warum nicht?)* Schauen wir wirklich darauf, weil wenn man eine Lehre anfängt mit 15, 16 Jahren, da sind die Leute zu jung, um sich wirklich auf diese pflegende Tätigkeit einzulassen. Schauen wir einmal. Schauen wir es uns sachlich der Reihe nach an, Herr Kollege Kölly. *(Abg. Manfred Kölly: Eine Krankenschwester muss ja auch lernen)* Krankenschwester, das heißt nicht mehr Krankenschwester, sondern Gesundheits- und Krankenpflegerin.

Nein, das ist keine Lehre, das ist eine Berufsausbildung an einer Ausbildungsstätte und keine Lehre. Es ist kein Lehrberuf, ja. Großer Bedarf ist bei der mobilen Pflege. Da ist aber die Lehre völlig unrealistisch. Da fehlt auch der Nachwuchs generell, also wir brauchen wirklich Pfleger und Pflegerinnen, die mobil unterwegs sind. Es gibt hier Kurse vom BFI und vom WIFI, aber die sind für viele viel zu teuer. Dabei wäre das auch ein idealer Beruf für Wiedereinsteigerinnen.

Aber da braucht es wieder Ausbildungsplätze. Das ist ein Punkt wo wir anfangen sollten. Nicht neue Ausbildungen zu erfinden und damit herum zu experimentieren. Es ist nicht gut, wenn wir alle paar Jahre irgendwie etwas Neues beschließen, eine neue Ausbildung beschließen sondern das was vorhanden ist stützen und ausbauen. Wir haben etwa 50 Ausbildungsplätze zu wenig für den Bedarf, den wir im Burgenland haben.

Die Leute, die jetzt eine Ausbildung machen wollen, wie gesagt, die sie sich oft nicht leisten können. Es ist kein Beruf bei dem man dann wahnsinnig viel Geld verdient. Dass sich das bald wieder amortisiert, müssen viele von ihnen nach Graz und Wien fahren, obwohl wir im Burgenland Ausbildungsinstitutionen haben und Organisationen, die das übernehmen könnten. Also schauen wir wo liegt das Problem?

Etwa auch in dem Bereich, dass es nur Zulagen im stationären Bereich gibt. Etwa, dass es keine Schnupperpraktiker gibt, wo ich schauen kann, ob dieser Beruf überhaupt etwas für mich ist. Etwa, dass sehr viel Arbeitszeit für Dokumentationen aufgebracht werden muss. Wir brauchen, um diese Probleme zu lösen keine Pflege-Lehre, sondern eine Image-Kampagne für den Beruf.

Wir brauche eine Förderung für Ausbildungen und wir brauchen Stipendien für die Aufschulung von Personen in den vorhandenen Institutionen und wir bräuchten eigentlich einen Pflegeentwicklungsplan. Also die großen Lösungen und keine kleinen Experimente. Deswegen können wir diesem Vorschlag nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Kollege Haidinger hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das stimmt mich jetzt ein bisschen traurig, dass die Herausforderung für die Betreuung und Pflege unserer älteren Menschen die GRÜNEN nicht mit annehmen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Was? Nein, die Pflege-Lehre nehmen wir nicht an!)* weil so scheint es mir jetzt einmal so. Die Pflege-Lehre als Begrifflichkeit, auf der wollen wir uns jetzt nicht aufhängen. Eines, glaube ich, ist uns wohl allen klar. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Der Antrag, der kam von der ÖVP!)*

Wo steht drinnen, der Landtag hat beschlossen? Wo lesen Sie hier im Prinzip das Herantreten an die Bundesregierung eine Pflege-Lehre zu schaffen? *(Abg. Mag.a Regina*

Petrik: Von der ÖVP!) Es geht hier, glaube ich, einmal herauszufinden, wo das Problem liegt. Wo liegt das Problem? Wir sind jetzt im Prinzip so weit, dass wir die 24-Stunden-Betreuung, die Pflege, einfach nicht mehr ohne Zuhilfenahme ausländischer Arbeitskräfte bewältigen können.

Wir wissen aber auch, und da gibt es genug Studien, dass die Menschen immer älter werden, dass die Bereitschaft der Familienangehörigen und sonstigen Angehörigen ihre älteren Familienangehörigen zu pflegen, nachlassend ist und automatisch die dadurch notwendig werdenden Pflegeinstitutionen wie Pflegeheime, Betreuungseinrichtung oder sonst was in Wirklichkeit in eine extensive Verteuerung uns führen. Genau da dazwischen, glaube ich, sollte man als Politik auch versuchen das Machbare anzustreben.

In dem Fall scheint es mir schon so zu sein, dass wir uns Dinge überlegen sollten, den gesamten Pflegekomplex in ein Konzept zu bringen. Das ist ja etwas, wo hier auch die Bundesregierung aufgefordert wird. Ich weiß nicht, warum Sie sich da so sträuben. Wenn hier steht, die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge ein Gesamtkonzept für Pflege und Betreuung entwickeln.

Dann ist das doch dieser politische Ansatz den, hoffe ich, doch alle Bundesländer an die Bundesregierung fordern, wenn die anderen das auch tun. Und die Bundesregierung hier ihre Verantwortung auch aufnimmt und übernimmt und sich ein Gesamtkonzept für Österreich überlegt, wo wir einfach sicherstellen und darum geht es.

Wir müssen politisch sicherstellen im Burgenland und auch in Österreich, dass es nicht so kommt, dass eben die Familienangehörigen überlastet werden, den Work-Life-Balance, den wir schon in vielen anderen Bereichen thematisiert haben, hier überhaupt ausgeklammert wird.

Diese verschiedenen kleinen punktuellen Ansätze, die wir natürlich zum Positiven der pflegenden Familienangehörigen, aber auch der zu Pflegenden machen, in der Summe in Wirklichkeit nur einzelne kleine Leuchten sind, aber keine wirkliche konzeptive Maßnahme, um das Problem anzugehen. Und das fordern wir jetzt.

Es wird weiter gefordert, dass das natürlich auch kontrolliert werden muss, dass hier ein Modell zur Sicherung und Kontrolle der Qualität der Betreuung zu setzen ist, weil wir können ja nicht unkontrolliert im Prinzip jetzt hier das alles setzen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte, grundsätzlich jetzt da anständig niedergeschrieben, beziehungsweise ausgearbeitet wird.

Aber auch bei den Rahmenbedingungen für die pflegenden Angehörigen, obwohl wir hier im Burgenland schon sehr weit sind, gibt es noch immer Luft nach oben wo man sagen kann, hier muss das auch in einem gesamtstaatlichen österreichischen Konzept abgebildet werden. Genau so die Pflegeregress-Geschichte. Ich glaube, da ist die Kammer jetzt eh schon die letzten zwei Jahre durch oder seitdem ausgesetzt wurde.

Da müssen wir auch weiter drauf bleiben. Und die Ausbildungsoffensive im Pflegebereich. Das heißt jetzt nicht Pflege-Lehre. Das kann Pflege-Lehre heißen, das kann Pflege-Lehre heißen in einem Sinne, wo man ab einer bestimmten - und da haben Sie ja im Prinzip die große Furcht - ab einer bestimmten Altersstruktur erst beginnt, so eine Pflege-Lehre zu machen. Da jetzt nicht einen 15-, 16- oder 17-Jährigen dort hineintreiben, dass der sich im Prinzip schon mit dem, wo er selber einmal wahrscheinlich enden wird, aber noch nicht, auseinandersetzen muss.

Also diesen Schutz der Jugend muss man sich schon auch machen. Das kann man in einem mehrstufigen Verfahren machen, wo er vielleicht eine Vorauslehre dann einmal

macht, bevor er dann überhaupt in diesem Bereich einsteigt. Aber da ist es richtig und da ist es auch notwendig, dass er eine dementsprechende Reife und eine Gestandenheit, wie man halt so sagt, hat, bevor man sich im Prinzip in so eine Lehre auch begibt oder in so eine Ausbildung begibt, um es jetzt allgemein zu sagen. Diese Dinge, glaube ich, da sind wir schon gefordert und genau das sagt in Wirklichkeit der Antrag.

Das wird auch der Grund sein, warum dann, obwohl ein Abänderungsantrag vorgelegen ist, bei Ausschusssitzungen die ÖVP jetzt doch mitgeht. Jetzt haben wir quasi alle im Prinzip unter dieser Problematik vereint und die GRÜNEN scheren wieder aus. Und das ist für mich nicht verständlich. Jetzt können wir uns hier zusammenbringen, wirklich mit geballter Macht in Richtung Wien ein… *(Abg. Mag. Wolfgang Spitzmüller: Es geht um den Ursprungsantrag und nicht um den Abänderungsantrag!)*

Es geht um das, was heute beschlossen werden soll. Es geht eigentlich immer nur um das was beschlossen werden soll. Da würde ich schon meinen, Sie werden sich jetzt vielleicht doch noch einmal kurz zurückziehen.

Es kommen ja noch drei Redner nach mir und vielleicht schaffen wir es doch im Prinzip zum Vorteil der zu Pflegenden, zum Vorteil der Pflegenden, auch hier im Prinzip eine Einstimmigkeit zu machen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Als Nächstes zum Rednerpult bitte ich den Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseher! Ein Tagesordnungspunkt der uns bereits im Mai anlässlich einer Landtagssitzung betroffen hat. Damals ist es um den Wegfall des Pflegeregresses gegangen, wird heute wieder behandelt. Im Prinzip wurden zwei Anträge, der eine lautend auf „Schaffung einer Pflege-Lehre“ und der zweite auf „Errichtung eines Gütesiegels“, in einem Gesamtkonzept, Gesamtantrag, inkludiert.

Bereits im Mai haben wir diese Thematik gehabt und ich bin auch der Meinung, dass man dieses Thema Pflege und Betreuung - als meiner Ansicht nach - wichtigstes sozialpolitische Thema in den nächsten Jahren, nicht nur auf einzelne Bausteine herabsetzen darf, sondern als Gesamtes betrachten muss. Ich glaube die Gefahr ist sehr hoch, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht.

Gerade bei dem Thema Pflege und Betreuung, ich würde es sogar erweitern um Unterstützung und Hilfe, habe ich den Eindruck, dass es nicht nur um aktuelle, sondern auch um zukünftige Herausforderungen geht.

Die zukünftigen Herausforderungen können bereits in den nächsten fünf, zehn, spätestens im Jahr 2050 passieren und entstehen. Ich glaube auch, dass wir jetzt eine Strategie gemeinsam, und da sage ich bewusst, gemeinsam erarbeiten müssen, damit einerseits die zu erwartenden Ausgaben gedämmt werden und andererseits auch Strukturen entwickelt werden, die wirklich die Möglichkeit schaffen, dass auch die nächste Generation noch von Pflege und Betreuung sprechen kann.

Dazu gehört natürlich eine Struktur wo man sagt, was will man. Meiner Meinung nach gehört die Stärkung der mobilen Pflege als erster Punkt dazu. Wir wissen genau, dass durch den Wegfall des Pflegeregresses einerseits die finanzielle Situation zur Schaffung von neuen Pflegeeinrichtungen nicht die beste sein wird. Wir wissen, dass die demographische Entwicklung dazu führt, dass wir im Jahre 2050 statt um fünfprozentige Steigerung bei den über 80-Jährigen 12 Prozent Steigerung haben werden.

Wir wissen, dass der gesellschaftliche Wandel im Sinne dessen, dass die Großfamilie als solche quasi nicht mehr besteht, dass viele Frauen arbeiten gehen müssen und dadurch die Pflege zu Hause immer schwieriger wird, dazu beiträgt, dass wir neue Wege gehen müssen. Für mich ist die Stärkung der mobilen Pflege, die Pflege zu Hause, der einzige Weg, um finanziell aber auch gesellschaftlich das Thema und das Problem zu bearbeiten. Weil wenn man sich das Burgenland anschaut. Wir haben immer noch den größten Teil.

Zwei Drittel der Pflegegeldbezieher werden in der Familie gepflegt und betreut. Und das ist der billigste Weg. Mazal, Institut für Arbeits- und Sozialrecht, hat vor kurzem gesagt, der Weg kann nur dorthin führen. Ansonsten ist das System nicht finanzierbar. Deshalb glaube ich, dass die mobile Pflege, aber auch die teilstationäre Pflege und vor allem alternative Wohnformen, zukünftige Strukturen sein werden oder sein können, die meiner Meinung nach auch in diese Richtung gehen müssen.

Ein wichtiger Weg neben einem Gesamtkonzept ist für mich auch die Sicherung der Qualität und die Kontrolle der Qualität in der Pflege und Betreuung. Gerade bei uns in unserem Bundesland. Vor allem auch im Burgenland haben wir immer auf Ausbildung und Qualität der Ausbildung getrachtet. Wenn man sich Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark anschaut, haben die bereits in den 60er, 70er Jahren Pflege- und Betreuungsvarianten gehabt.

Bei uns ist eigentlich der Beginn im Jahr 1993 mit der Schaffung des Bundespflegegeldgesetzes in größerem Ausmaß erfolgt und dann erst in weiterer Folge 2007 wurde das Hausbetreuungsgesetz in Folge des Wildwuchses an Schwarzarbeit in Folge der 24-Stunden oder rund um die Uhr Betreuung gemacht.

Jetzt sind wir an einem Punkt, wo wir nicht nur einzelne Bausteine setzen sollen, sondern, wie gesagt, ein Gesamtkonzept, eine echte Reform machen müssen. Deshalb glaube ich auch, dass wir mit einzelnen Punkten wie in der Ausbildung mit einer Pflege-Lehre alleine nicht weiterkommen werden. Warum?

Wir haben im Burgenland, so glaube ich, ich habe lange unterrichtet auch in diversen Einrichtungen wie der Gesundheits- und Krankenpflegeschule und auch in Sozialeinrichtungen, eine gute Ausbildungsschiene.

Wir haben ein gutes System. Man könnte jetzt diskutieren, dass man eventuell zukünftig den Pflegenotstand hintanhält, dass man sagt man bildet noch mehr aus. Man schafft neue Klassen. Aber das System ist gut. Man kann auch sagen, dass es vielleicht möglich wäre, den Praxisanteil im Sinne eines dritten Lernortes neben Theorie und Praxisanleitung zu erweitern.

Ich bin aber nicht der Meinung, dass wir unser System das wir haben, auch bei sozialen Betreuungsberufen und auch in weiterer Folge bei der Fachhochschule mit der weiteren Ausbildung, dass wir nicht zurande kommen, um die Ausbildungsoffensive in diese Richtung auch zukünftig zu gewährleisten.

Bei der Pflege-Lehre habe ich mit dem Kollegen Kölly im Vorfeld gesprochen. Warum habe ich ein Problem? Lehre ist etwas Gutes. Ich stehe auf diverse Lehren, ich glaube das ist auch ein wichtiger Punkt auch in Zukunft, wenn er Facharbeiter sucht. Aber im Pflegebereich ist das ein höchst sensibles Thema. Ich glaube es wäre der falsche Weg und es ist gesetzlich derzeit auch nicht erlaubt, 15-Jährige im Pflege- und Betreuungsbereich in der Praxis arbeiten zu lassen.

Es ist auch nicht richtig zu sagen, eine Staffelung, zuerst zwei Jahre Theorie und dann nachher die Praxis. Ich glaube das wäre nicht der richtige Weg, wenn, muss es

begleitend sein. Aus diesem Grund wurde bereits 2010 im Nationalrat dieses Thema behandelt und dort haben eigentlich viele Abgeordnete, egal welcher Fraktion, schon gesagt, okay, bei diesem Thema soll man Kinder eigentlich nicht als billige Arbeitnehmer heranziehen, um dieses sensible Thema der Pflege und Betreuung zu behandeln.

Wir haben auch eine klare gesetzliche Regelung seit 1973. 1973 haben sich die europäischen Staaten, die Mitgliedsstaaten der EU, mittlerweile auch dazu bekannt, dass erst mit Erreichen des 17. Lebensjahres die Möglichkeit bestehen soll, Gesundheits- und Pflegeberufe zu erlernen.

Und diese Kriterien erfüllen 15-Jährige - im Regelfall beginnt die Lehre mit 15 Jahren - nicht. Deshalb glaube ich, wäre es wirklich auch nicht der richtige Weg jetzt zu sagen, dass man eine Pflege-Lehre macht, vor allem auch die älteren und pflegebedürftigen Menschen, glaube ich, haben auch aus Respekt und aufgrund der Würde, die sie nach der Menschenrechtskonvention verdienen, die Chance, oder sollen die Chance haben, von gut ausgebildeten, berufenen - wie es auch der Manfred Kölly vorhin gesagt hat - Fachkräften entsprechende Pflege zu erhalten.

Ich glaube, das verdienen sich alle, das wünschen wir uns alle, und ich glaube, das ist auch im Sinne dessen, was auch zukünftig die Pflege und Betreuung bedeuten soll.

Übrigens, ich habe nachgeschaut, wie viele Länder in der EU die Pflege-Lehre haben, das hat anscheinend niemand recherchiert - null! Es gibt in keinem einzigen Land der EU die Pflege-Lehre. *(Abg. Manfred Kölly: Schweiz!)*

Die Schweiz als Vorbild wurde angeführt, dann haben wir uns die Schweiz angeschaut: In der Schweiz ist diese Pflege-Lehre, wie wir Sie wollen oder haben, nicht vergleichbar, weil nämlich die Ausbildungsoptionen total anders sind und auch in weiterer Folge die Durchlässigkeit und Wahlmöglichkeit im System nicht vergleichbar ist.

Das ist auch damals im Nationalrat so behandelt worden, überall im Fraktionenweg, dieses Beispiel, dieses Vorbild, ist eigentlich für uns nicht umsetzbar.

Wenn das Beispiel von Mag.a Petrik kommt wegen Vorarlberger Modell, das ist ein Modell der Betriebsassistenz. Dieses Modell der Betriebsassistenz ist eine Vorstufe für die Pflegefachassistenz und ist im Prinzip nur dafür da, um quasi hinein zu schnuppern, hat aber mit einer Pflege-Lehre überhaupt nichts zu tun.

Das heißt, wir haben sowas nicht, und ich sage nicht nur, die Eignung und die Reife und die Überlegung, dass es ein sensibles Thema ist, führt dazu, dass meiner Meinung nach die Pflege-Lehre als solche nicht gut ist, ich glaube aber, der Ansatz ist gut.

Ich bin der Meinung, dass zwischen 15 und 17 Jahre ein Lückenschluss erfolgen sollte, und es wäre ein Ansatz, der auch diskutiert worden ist, auch in anderen Ländern, dass man vielleicht versucht, eine berufsbildende höhere Schule mit dem Schwerpunkt Gesundheits- und Pflegebereich zu machen, um genau diesen Lückenschluss bis zum gesetzlichen Bereich zu machen.

Es wurde übrigens auch in Linz in einer Zeitung einmal angemerkt, dass das eine mögliche Variante wäre, zukünftig zu agieren. Aber man sieht, es gibt viele Überlegungen, und es ist deshalb auch wichtig, meiner Ansicht nach, das genau in einer echten Reform anzuschauen, sich in Arbeitsgruppen mit dem Thema zu befassen, damit nicht die vielen Bäume den gesamten Wald verbauen.

Ein Punkt, die 24-Stunden-Betreuung ist im Zusammenhang mit dem Gütesiegel natürlich zu erwähnen. Ich habe heute bereits erwähnt, die 24-Stunden-Betreuung ist 2007 gekommen, um legistisch dem Wildwuchs der Schwarzarbeit entgegenzutreten.

Zehn Jahre später oder elf Jahre später denke ich mir, man sollte sich neue Wege suchen. Ich bin aber der Überzeugung, dass früher oder später nicht mehr die Rund-um-die-Uhr-Betreuung mit diesen ausländischen Arbeitskräften erfolgen kann, sondern à la longue über inländische Arbeitskräfte, eventuell auch neue Strukturen gefunden werden müssen.

Ich bin auch überzeugt, dass die finanzielle Dotierung der 24-Stunden-Betreuung derzeit noch gut ist, aber mit den Zuschussregelungen sieht man eindeutig auch, dass mittlerweile der Missbrauch bei gewissen Agenturen, aber auch bei gewissen Einrichtungen in dem Thema auch dazu führt, dass sie immer schlauer werden und gewisse Nischen suchen.

Deshalb bin ich auch der Meinung, dass es jedenfalls, so wie es auch seitens des zuständigen Landesrates mitgeteilt worden ist, eine Zertifizierung geben soll. Das ist auch in unserem Regierungsübereinkommen enthalten, dass die Zertifizierung als Prüforgan oder als Kontrolle für diese Agenturen und deren Arbeit gesehen werden soll.

Die Kriterien dieser Zertifizierung werden in der Sozialabteilung gemeinsam mit der Patientenanwaltschaft ausgearbeitet. Ich bin auch überzeugt, dass ein Gütesiegel für die Idealfälle, die sich an diese Spielregeln halten, durchaus eine entsprechende Anerkennung ist.

Nur, dieser Weg wäre mir zu wenig - ich persönlich würde einen weiteren Weg gehen. Gerade wenn es geht um die Zertifizierung oder Anerkennung von Pflegeagenturen, denke ich mir, dass wir nicht mehr herumkommen, eine österreichweite gesetzliche Regelung zu schaffen, wo die Rahmenbedingungen festgelegt werden.

Wir brauchen gerade in diesem Bereich, wo es um Missbrauch geht, wo es um Missstände geht, klare Rechtssicherheit, und das geht meiner Meinung nach durch einen Rahmen, der über alle Bundesländer gespannt werden muss.

Ein Gütesiegel ist eine Anerkennung, das zeigt, der ist der Gute und der ist der Schlechte oder wie auch nicht, aber nur der Rahmen ist meiner Meinung nach, unabdingbar und an dem sollte man arbeiten. Das ist auch ein zukünftiger Weg, um diesen Wildwuchs in diesem Bereich zu dämmen.

Abschließend ist für mich vielleicht noch wichtig zu sagen, ich glaube, dass zukünftig der Weg auch nicht vorbeiführt, die Finanzierung zu regeln.

Wir haben in Europa zwei Möglichkeiten, die eine ist die Pflegeversicherung als zusätzliches Versicherungsmodell und die zweite ist die steuerbasierte Finanzierung entsprechend einer zweckgebundenen Vermögenssteuer.

Ich habe mir angeschaut, wie die jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten mit diesem Thema umgehen: Derzeit schaut das so aus, dass die meisten Staaten steuerbasierte Finanzierungsmodelle haben, dass nur wenige, insbesondere Deutschland, eine Pflegeversicherung haben. Ich glaube, diese zwei Wege müssen wir uns anschauen, weil ohne eigenes, gesondertes Finanzierungsmodell wird man die zukünftigen Aufgaben nicht meistern können.

Jedenfalls bin ich der Meinung, dass auch die nächste Generation ein Recht darauf hat, das ergibt sich schon aus der Menschenrechtskonvention, in Würde altern zu dürfen.

Ich bin auch der Meinung, dass die Pflegekräfte, egal ob jetzt diplomierte Sozialbetreuer, Heimhelfer und so weiter eine Chance haben sollen, Arbeitsbedingungen und Entlohnungen vorzufinden, wo sie diese schwere Arbeit ausüben können.

Es gibt nämlich eine europaweite Studie, dass gerade viele in diesem Beruf Tätige oftmals erst nach 50 oder mit 50 Lebensjahren oder nach 20 Jahren Dienstzugehörigkeit nicht mehr in der Lage sind, diesen schweren Beruf auszuüben.

Darum bin ich auch der Meinung, wenn man schon von Ausbildung in diesem Bereich spricht, sie muss eine Berufung sein, man muss die Besten auswählen, weil wir wollen auch im Endeffekt, dass die Besten uns pflegen und uns betreuen.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile das Wort dem Herrn Landtagsabgeordnetem Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Pflege an sich geht uns alle etwas an und viele, ich will nicht sagen, ein jeder, wird einmal in die Situation kommen, ob im Familienkreis, bei den Verwandten oder selbst vielleicht einmal betreffend in die Problematik der Pflege kommen, und die Herausforderungen, die sich daraus bei der Pflege ergeben, sind ja jetzt schon gegenwärtig.

Jede vierte Familie ist davon betroffen, die heute mit der Pflege, egal in welcher Art und Weise, ob häusliche Pflege, ob vorübergehend stationär oder überhaupt stationäre Pflege, zu tun hat.

85 Prozent der gesamten Bevölkerung in Österreich wünschen sich, zu Hause alt werden zu können, und so soll es auch sein. Ich glaube, dass jeder heute das Anrecht dazu hat, Möglichkeiten zu haben, in den eigenen vier Wänden seinen Lebensabend genießen und erreichen zu können.

Und wenn heute das Problem gegenwärtig ist, so muss man das Problem dann angehen, so lange es noch relativ klein ist.

Gegensätzlich zum Problem des Ärztemangels: Das haben wir in den letzten Sitzungen, glaube ich, ausreichend diskutiert und ist nach wie vor gegenwärtig, wo die letzten Jahre und Jahrzehnte nicht gegengesteuert worden ist oder nicht zeitgerecht gegengesteuert worden ist.

Diese Dinge, die heute auf die Wege gebracht worden sind, wie ein Stipendium, das meines Erachtens noch nicht ausreichend genug ist, sondern der Ansatz gut ist, aber da sicher Ausweitungsmöglichkeiten gemacht werden müssen, oder die Förderung der Arztpraxen, wo ohne den Gemeinden de facto nichts passieren kann, gibt es sicher viele Verbesserungsmöglichkeiten, um nicht in diese Situation zu kommen, wie es kürzlich im April passiert ist, von einem Tag auf den anderen Kürzungen vornehmen zu müssen.

Nun, um das System in der Pflege nicht kollabieren zu lassen, müssen wir Maßnahmen auch dazu setzen.

Man muss dem Personalmangel entgegenwirken, man muss schauen, wie vorher angesprochen, dass die Menschen nicht nur das Anrecht haben, sondern auch die Möglichkeit haben, so lange wie möglich zu Hause zu bleiben, weil es einfach auch die billigste Art und Weise ist, die Pflege zu bewerkstelligen.

Die teuerste Pflege - bekanntlicherweise - ist das Pflegeheim. Ich glaube, dass sich niemand direkt wünscht, in einem Pflegeheim die letzten Jahre zu bleiben, wobei man dazu sagen muss, dass die Pflegeheime eine sehr gute Arbeit leisten, mit sehr gutem

Personal und sehr gut ausgebildetem Personal schwere Arbeit leisten, und das gehört natürlich auch in derer Form auch weiterbetrieben.

Gemeinden werden in diesem Bereich eine sehr große und wesentliche Rolle auch in Zukunft bekommen, denn ob es jetzt die häusliche Pflege ist oder mit einem Seniorentageszentrum oder mit einer 24-Stunden-Betreuung oder mit einem Platz in einem Pflegeheim, so werden Gemeinden immer wieder dabei sein, ob es finanzielle Angelegenheiten sind, Räumlichkeiten zu schaffen oder andere Dinge.

Jetzt komme ich zum Bereich der Pflege-Lehre. Die Pflege-Lehre ist, meines Erachtens nach, für die Zukunft ein wichtiger Zukunftsberuf, denn, wenn ich heute einen Personalmangel schon feststellen muss, so muss man sofort eigentlich in diesem Bereich reagieren.

Wenn beim letzten Städtetag am 7. Juni 2018 einstimmig beschlossen worden ist, über alle Parteigrenzen hinweg, alle Vertreter der österreichischen Städte, dass der Lehrberuf „Pflege“ umzusetzen ist, so ist es richtig und gut, diesen wesentlichen Schritt nach vorne zu tun. Aber das sollte auch das Land Burgenland - gemeinsam mit dem Bund natürlich auch -, diesen Lehrberuf „Pflege“ umsetzen, weil nur mit einem guten Personal - und das wird auch nicht von heute auf morgen passieren - werden wir die Pflege in den nächsten Jahren sicherstellen können.

Ich glaube, wenn wir dieses System aufrechterhalten können und auch müssen, brauchen wir dieses qualifizierte Personal. Ich denke auch, dass es genug junge Menschen gibt, junge Damen, junge Herren, die in diesem Beruf arbeiten möchten und sich auch heute schon vorstellen können, in diesem Beruf tätig zu sein.

Ich glaube, es ist jetzt sicher nicht der Zeitpunkt, das muss man dann ausformulieren, wenn es soweit ist, mit welchem Alter dieser Lehrberuf gestartet werden kann, aber ich glaube, so wie in jedem anderen Lehrberuf, der heute gelernt wird, der fängt auch nicht ganz oben an zu arbeiten, sondern muss auch einmal die Grunddinge lernen in der Praxis und muss sich dann weiterentwickeln bis zur praktischen Arbeit in diesem Bereich. Genauso glaube ich, dass es in der Pflege machbar ist.

Darum haben wir auch mit unserem Antrag eingefordert: Den Beruf „Pflege-Lehre“.

Ein weiterer sehr wesentlicher Punkt aus unserer Sicht ist die Einführung eines Gütesiegels. Jene, die von heute auf morgen oftmals betroffen werden mit einer Möglichkeit der Pflege, mit einer 24-Stunden-Betreuung, sind oftmals ratlos, wo gehe ich hin, wo sind meine Anlaufstellen.

Es gibt sehr gute Firmen bei uns in Österreich, im Burgenland, in den Bezirken, die diese 24-Stunden-Betreuung auch bewerkstelligen, aber es gibt auch andere, die aus dem Ausland hereinarbeiten, wo ich nicht genau weiß, ob diese berechtigt sind, ob sie das notwendige ausgebildete Personal haben und ob sie diese Qualität, die wir uns für unsere betroffenen zu Pflegenden vorstellen, ob das so funktioniert.

Es muss klar ersichtlich sein mit einer Plakette, mit einem Gütesiegel, dass nach gewissen Kriterien dieses Unternehmen arbeiten muss, wo das Personal nach diesen Kriterien arbeiten muss, dass das dementsprechend in Ordnung ist und wo ich auf einen Blick erkennen kann, ja, das ist geprüfte Qualität und das möchte ich in Anspruch nehmen.

Die finanzielle Seite ist schwierig genug für alle Betroffenen, aber ich glaube, dass ein Schritt nach dem anderen die Pflege selbst leistbar sein muss, unterstützt werden muss und solange wie möglich zu Hause in den eigenen vier Wänden möglich sein muss.

Es gibt auch praktische Beispiele im ganzen Land verteilt, ob das vom Hilfswerk ist, vom Roten Kreuz oder anderen Trägerorganisationen, ob das im Bereich der Pflegeheime ist, tageweise Betreuung auch möglich ist oder wie es zum Beispiel auch in Seniorenzentren gemacht wird.

Das gibt es in einigen Bezirken, in einigen Gemeinden, wir in Halbturn selbst haben auch diesen Schritt gemacht. Als zweite Betreuungseinheit im Bezirk Neusiedl am See, die extern in der Gemeinde, in Räumlichkeiten der Gemeinde, diese Seniorentagesbetreuung anbietet.

Ich glaube einfach, dass es ein wichtiger Schritt ist, wo man auch mit dieser Einrichtung auch die pflegenden Angehörigen geistig und körperlich unterstützen kann, wo wir der zu pflegenden Person einfach eine Abwechslung auch bieten, in diesen Räumlichkeiten mit einem geschulten, qualifizierten Personal einen Tag zu verbringen, wo Motorik geübt und trainiert wird, wo die Gesellschaft wieder auslebt, wo es vielleicht ganze Woche so nicht bewerkstelligt werden kann und diese Möglichkeiten von der häuslichen Pflege, von einer Tagesseniorenbetreuung, von einer Betreuung mit 24-Stunden-Pflege bis hin zu einem Pflegeheim müssen wir auch in Zukunft leistbar und machbar halten, und da gehört in jede Richtung unterstützt.

Ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Die Einführung des Lehrberufs der Pflege ist und ich glaube auch, dass wir auch bei der 24-Stunden-Betreuung gut beraten sind, wenn wir so ein Gütesiegel einführen, damit man gleich auf den ersten Blick erkennen kann, ja, qualifizierte Arbeit, qualifiziertes Personal, da kann ich mir sicher sein, dass auch meine Angehörigen gut gepflegt werden.

In diesem Sinne sollten wir gemeinsam an diesem Strang ziehen. Wir haben diese beiden Anträgen eingebracht, weil uns das Thema auch wichtig ist, und wir hoffen, dass wir in Zukunft auch in dieser Art und Weise eine Umsetzung durch diese Landesregierung erleben dürfen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! In aller Kürze zu beiden Tagesordnungspunkten: Diese Plakette ist von Nöten. Sie würde aber auch nicht nur für organisierte Einheiten, die den Pflegeberuf an Private vermitteln, Geltung haben, sondern sie sollte auch Geltung haben für Privatvermittler, die über die Landesgrenzen hinweg aus dem Ausland Leute ins Burgenland bringen.

Wo wir uns einig sind, dass diese Frauen, die die größten Gründerinnen innerhalb der Wirtschaftskammer darstellen, dass diese Frauen oft ohne jedwede Ausbildung, ohne jedwedes Zutun und ohne Plakette einen „Beruf ausüben“, der quasi vielen Ansprüchen gerecht wird, im Speziellen aber den, den der Kollege Drobits ausgesprochen hat, dass man die „billigste Variante“ sucht, auch im Sinne der staatlichen Verantwortung für die Pflegebedürftigen in unseren Gemeinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Zweite, was die berufliche Möglichkeit anlangt, sehe ich mit vielen Wortmeldungen ident, die darüber sprechen, dass man in jungen Jahren hier gewisse Vorsicht walten lassen muss.

Es ist aber mehr als notwendig, dass wir auch in diesem Bereich der Lehre etwas voranbringen, und die gesamte politische Situation ist hier gefordert, Vorstellungen zu

entfalten, die dann möglicherweise den Pflegeberuf auch in der Ausübung über die Pflege-Lehre gewährleisten, denn es kann auf Dauer nicht sein und es wird auf Dauer nicht sein, dass wir zurückgreifen auf ausländische Beschäftige, die in einer Selbstverwaltung, sprich als Gewerbetreibende, diesen sogenannten Ansprüchen in unserem Land entgegenkommen.

Das wird sich auch aufhören, weil es einfach von den Gegebenheiten der finanziellen Situation und wie immer auch in diesen Ländern auch besser wird, auf der anderen Seite auch viele Familien dadurch zerrissen werden.

Es gibt Ortschaften, die in Rumänien, in Bulgarien, aber auch in Ungarn verwaist sind von Frauen, weil sie alle in Österreich aktiv sind, im Speziellen in zweisprachigen Gemeinden jetzt Personen, die auch dort Kroatisch sprechen, weil sie hier gebraucht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich aber grundsätzlich neben der Bereitschaft, hier eine Zustimmung zu signalisieren zu beiden Punkten, grundsätzlich noch über die Pflege insgesamt äußern.

Wir reden heute wieder über zwei Tagesordnungspunkte, die beide dieses Pflegeproblem ansprechen. Wir sind aber jetzt nicht nur burgenlandweit, sondern bundesweit gefordert, eine Lösung auf dieses Kapitel nicht über kurz, das wird nicht gehen, weil das schon über längere Zeit schwellt, sondern es wird über eine Lösung nicht nur nachgedacht werden dürfen, sondern es muss etwas passieren.

Diejenigen, die wie Kollege Kölly angeführt hat, im privaten Bereich miterleben, was eine pflegebedürftige Person aus dem direkten Umfeld von Betreuungsaufwand über die Psychologie, über die gesamten Anforderungen braucht, diejenigen wissen, dass Pflege im Grunde genommen auf den Haushalt, so wie es früher in Großfamilien der Fall, heute eine Herausforderung ist, der man sich nicht so leicht stellt.

Ich habe schon einmal darüber gesprochen, dass ich im eigenen Bereich eine pflegebedürftige Person habe, wo man sich tagtäglich über 24 Stunden damit beschäftigt, und diese Person, egal um wen es sich jetzt handelt, ist quasi wie ein Schwamm, der alles aufsaugt, was sich aus der Umgebung ergibt. In der Bereitschaft, hier jemanden einzusetzen, ist es nicht einfach, die richtigen Lösungen zu finden.

Was die Verantwortlichen jetzt, sei es im Land, oder im Bund nicht wünschen, ist diese Gesamtsituation Pflegeheime und dort die Unterbringung dieser Personen. Jeder wünscht sich, zuhause solange wie möglich sein Leben zu gestalten.

Wir haben es aber durch Wanderungen, durch Migration damit zu tun, innerhalb Österreichs, dass sich Familien entflechten und dass diese Bereitschaften, diese Möglichkeiten, sich mit der Pflege auseinanderzusetzen, auch Personen aus Familienangehörige bezogen nicht mehr vollwertig stellen.

Aus dieser Situation ist es rein finanziell nicht geboten, dass man auf der einen Seite alles in Pflegeheime geben kann, auf der anderen Seite, die Anforderungen an den privaten Bereich und sei es auch durch die sogenannte Einführung der 600 Euro Bereitschaftszahlung ist im Grunde genommen bei Gott und bei Weitem nicht abgedeckt.

Für 24 Stunden, wenn es jetzt bewusst und beruflich passiert, sind zwei Personen zu wenig, ich brauche eine dritte Person und dann wissen Sie, Herr Landesrat, dass man damit mit 600 Euro überhaupt nichts erreicht, speziell wenn es dann noch Abschläge gibt über Sozialministerium in der gesamten Abwicklung.

Auf der anderen Ebene Pflegestufen. Wir brauchen nicht darüber diskutieren, dass es äußerst schwierig ist, eine Pflegestufenerhöhung zu erreichen, da müssen schon die Parameter ausgeführt werden, die das notwendig machen.

Auch diese Ärztesituation, die das beurteilt, ist recht karg gesät, das dauert oft eine längere Zeitspanne, bis sich das bewegt, und sie haben auch, ohne dass ich jetzt direkt am eigenen verspüre, aber im Prinzip haben diese Ärzte, die diese Kontrollen durchführen, mit Sicherheit nicht den Auftrag von den Versicherungsträgern, dass sie sehr großzügig mit den Pflegestufen umgehen, sondern haben eher einen sehr restriktiven Auftrag.

Das heißt, in der Bereitschaft, Pflegestufe zu erhöhen, ist eine wirklich profunde Erklärung notwendig, sonst gilt das nicht.

Das heißt, Pflege ist eine psychologische Herausforderung, eine physische Herausforderung, ist eine finanzielle Herausforderung, und man stellt sich jede Minute eigentlich darauf ein.

Davon abgeleitet jetzt auf die Lehre nochmals zu kommen. Es wäre von Nöten, dass wir Österreicherinnen und Österreicher, Burgenländerinnen und Burgenländer in diesen Pflegeberuf bringen, vermehrt bringen, um diese Anforderungen der Gesellschaft zu erfüllen.

Wie das gelingen kann, möchte ich jetzt nicht ausbreiten. Tatsache ist, dass die Verantwortung in der Politik mit Sicherheit auch haftet. Es ist aber keine länderspezifische Aufgabe, sondern eine bundespolitische, und diese kann jetzt nicht damit abgetan werden, dass jedes Bundesland wie in anderen Bereichen eine eigene Lösung finden soll.

Das haben wir im Grunde genommen nicht Not. Wir sind als Wohlfahrtsstaat mehr als gefordert, die Pflegebedingungen entsprechend zu gestalten. Nachdem der Regress gefallen ist, wo wir beide uns einig sind, dass das absolut von Nöten war, ist es aber auch notwendig, entsprechend die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Finanzierung sichergestellt wird.

Wenn der Kollege Drobits mehrere Parameter angeführt hat, die unsere Gesellschaft auszeichnen im Sinne der Alterung, der Demographie und anderem, wo wir einschreiten müssen, weil sich dieses gesamte System in Richtung älteren Personen entwickelt, dann ist die Herausforderung umso stärker zu sehen, und sie ist nicht zu verschieben, sondern muss im Grund genommen in Kürze fallen.

Ich bin der Meinung, dass wir bei Pflege und das habe ich schon ein paarmal erwähnt, dass wir der Pflege in einer Anforderung innerhalb des Staates nur damit begegnen können, den Herausforderungen, den finanziellen Gegebenheiten, dass jeder, der in den Berufsalltag eintritt, auch eine Vorsorge treffen muss auf seine Alterung.

Wenn wir das Prinzip der versicherungstechnischen oder staatlichen Vorsorge nicht realisieren, steuern wir mit sehendem Auge in den Abgrund.

Das haben wir im Grunde genommen in den letzten Jahren nicht zuwege gebracht, daher gilt es, abgesehen von den zwei heute zu diskutierenden Punkten, endlich Lösungen herbeizuführen, die die Verantwortung für unsere Bevölkerung, für die pflegebedürftigen Menschen in den Vordergrund rückt und nicht abschiebt. Speziell wenn man die Situation insgesamt im Burgenland betrachtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem Zusammenhang glaube ich, ist es notwendig, nicht Scheuklappen zu tragen, sondern offenen Visiers zu gehen. Jeder, der als Verantwortliche in einer Gemeinde, oder wie Sie, Herr Landesrat Darabos, hier die

Verhältnisse kennzeichnet, wird sehen, dass wir im Endeffekt jetzt wieder eine Stunde darüber gesprochen haben, aber bewegt haben wir nichts.

In Voraussetzung, dass Sie jetzt einen Plan schon länger in der Ausführung haben, wo Sie auf Pflegeheime eingehen wollen, der in der Ausführung ja nicht jetzt ins uferlose neue Pflegeplätze bereitstellen kann, aber trotzdem der Situation eben ebenbürtig begegnen will, ist die Voraussetzung, dass wir häusliche Pflege nicht nur durch sogenannte stationäre Pflege gewährleisten, nicht nur durch mobile Pflege gewährleisten, sondern wir brauchen endlich Voraussetzungen, die das gesamte Problem abdecken und zwar, wie ich es gekennzeichnet habe, in verschiedener Hinsicht, unter anderem eben auch für junge Leute, die sich bereitfinden, in diesem verantwortungsvollen Beruf einzutreten, und dann ist wieder das Kapitel vorhanden, wie werden sie entlohnt, und das haben wir heute schon einmal diskutiert.

Hier gehört auch entsprechend entlohnt, denn es kann nicht sein, dass ein verantwortungsvoller Beruf dann daran scheitert in der Ausübung, dass die Voraussetzungen in finanzieller Hinsicht nicht gegeben sind.

Also, wie gesagt, ich stimme beiden Punkten zu, weil sie vernünftig sind in der Abhandlung auf den Punkt bezogen, was die Lehre anlangt. Ich glaube, wir sind uns fraktionsübergreifend einig, dass das eine Herausforderung ist, der wir uns alle stellen müssen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! An die ÖVP gerichtet, wird ein bisschen überraschend sein, Herr Kollege Ulram, ich habe viel Konsens mit Ihnen, bisschen einen Dissens auch, da werde ich noch kurz eingehen.

Es ist richtig, dass 85 Prozent der Menschen zu Hause gepflegt werden wollen beziehungsweise zu Hause bleiben wollen. Das ist richtig, in Ihrem Antrag sind allerdings drei Punkte, die ich nicht so stehen lassen kann. Wir steuern keinem akuten Fachkräftemangel zu, das Pflegepersonal wird auch nicht weniger, und es fehlen natürlich auch keine Betreuungsplätze.

Was natürlich richtig ist und das ist ein guter Anlass, eine offene Diskussion zu führen, aufgrund gewisser Gegebenheiten der letzten Monate durch den Wegfall des Pflegeregresses, es wurde schon angesprochen - ich stimme dem Pflegeregresswegfall zu 100 Prozent zu -, ist es natürlich schon eine Herausforderung jetzt auch in Zukunft in diesem Bereich politisch auszukommen und zu „handeln“.

Wir haben allerdings im Burgenland ein System und man soll auch die positiven Dinge herausarbeiten. Ein Pyramidensystem, das sich aus meiner Sicht gut bewährt hat. Wir haben die Nachbarschaftshilfe, wir haben die Hauskrankenpflege, wir haben Betreutes Wohnen, wir haben Betreutes Wohnen Plus, wir haben die 24-Stunden-Betreuung, nicht Pflege, 24-Stunden-Betreuung, das ist ein Unterschied, und wir haben die Pflegeheime und zwar 44 an der Zahl, und es sind über 2.000 Menschen in diesen Pflegeheimen. Es ist richtig, ich möchte es nochmals betonen, dabei haben Sie völlig Recht, die Menschen wollen zu Hause gepflegt werden.

Das ist eine neue Herausforderung, weil es ist ja ein offenes Geheimnis, dass jetzt auch die Angehörigen einen sanften Druck da und dort ausüben, dass die Leute, die Eltern oder die Großeltern in Pflegeheime gehen, weil jetzt dieser Regress weggefallen und damit ist sozusagen eine finanzielle - ich sage es ganz offen - Hürde auch weggefallen, und das ist eine Herausforderung für uns.

Ich stehe zu dieser 24-Stunden-Betreuung, und ich sehe auch die Probleme, die Sie angesprochen haben. Ich sehe es als wirkliches Problem an, dass es vor allem ausländische Agenturen sind, die hier tätig sind, dass es vor allem ausländische Betreuerinnen, das sind ja meistens 99 Prozent Frauen sind.

Nichts gegen Ausländerinnen in diesem Bereich, aber es ist natürlich schon eine gewisse Problematik. Das ist im burgenlandkroatischen Bereich kein Problem, wenn eine ungarische Burgenlandkroatin, heißt es auch interessanterweise burgenlandkroatisch hier die Pflege übernimmt oder eine rumänische Kroatin die Pflege übernimmt.

Aber sonst ist es schon etwas schwierig. Ich bin hundertprozentig, da nehme ich den zweiten Punkt schon vorweg, dafür, dass wir hier Gütesiegel in doppelter Hinsicht auch implementieren und zwar was die Betreuungstätigkeiten betrifft, aber auch was die Qualität der Agenturen betrifft. Denn eine gute Maßnahme ist nur dann gut, wenn sie auch gut umgesetzt wird. Das ist sicherlich ein Bereich, den wir hier noch näher beleuchten müssten.

Ich möchte hier nur ganz kurz zum Punkt vom Mangel sprechen. Wir haben Heimhelfer, die bei der Schule für Sozialbetreuungsberufe in Pinkafeld ausgebildet werden. Wir haben Fachsozialbetreuer, die ebenfalls in Pinkafeld ausgebildet werden. Wir haben Diplomsozialbetreuer, die ebenfalls in Pinkafeld ausgebildet werden. Wir haben Pflegeassistenten, die ebenfalls in Pinkafeld ausgebildet werden. Wir haben Pflegefachassistenten, die in Oberwart ausgebildet werden.

Wir haben, und auf das bin ich sehr stolz, das ist österreichweit eine Vorzeigeschule, die Schule für Gesundheit- und Krankenpflege in Oberwart, die eine 3-jährige Diplomausbildung vorsieht, wo wir uns österreichweit nicht verstecken brauchen und wo jeder Absolvent oder meistens sind es ja doch auch Frauen, also mehrheitlich Frauen, auch sofort einen Job bekommen. Also es ist schon auch wichtig, das Positive herauszustreichen. Wenn wir schon bei diesem Thema sind, dass Sie auch angesprochen haben.

Burgenland ist ein Land, das hier auch rechtzeitig aus meiner Sicht reagiert hat mit dieser 600 Euro Förderung. Ich verhehle aber nicht, dass es mir nicht gefällt, dass die Agenturen das sofort zum Anlass nehmen, ihre Sätze zu erhöhen, unsere Förderung sozusagen einstecken, um das ein bisschen salopp zu sagen, und gleichzeitig die Sätze erhöhen.

Das ist nicht das Ziel dieser Maßnahmen gewesen. Also insofern bin ich da bei Ihnen, dass wir in der Qualitätssicherung, was die Gütesiegel betrifft, hier auch nicht nur nachbessern müssen, ich hoffe nur auf eine bundesweite Regelung, die dann im Burgenland auch zum Tragen kommt.

Es gibt eben Ausnahmefälle, das wissen Sie auch, wenn es sich um eine diplomierte Kraft handelt 800 Euro ab Pflegestufe 5. Also das ist die eine Maßnahme. Die zweite Maßnahme ist, wir haben im Burgenland ein sogenanntes Kernmanagement eingeführt. Das klingt sehr neudeutsch, ist auch neudeutsch. Da geht es einfach darum, dass wir auf jeder Bezirkshauptmannschaft Sozial- und Pflegeberater eingesetzt haben, die auch diesen Lenkungseffekt erzielen sollen.

Und die dafür sorgen sollen, dass es eine fachlich fundierte Information gibt und welche Geschichte für die zu Pflegenden die beste ist. Wie gesagt, das ist richtig, die meisten wollen zu Hause bleiben. Das ist auch aus meiner Sicht richtig so. Aber noch einmal gesagt, die 44 Pflegeheime, die wir haben, sind aus meiner Sicht nicht nur bestens ausgestattet von der Infrastruktur, sondern auch von der Betreuung her.

Wir haben mit diesem Pyramidensystem im Burgenland, glaube ich, einen guten Schritt gemacht. Ich bin für jede zusätzliche Maßnahme auch dankbar. Ich sage aber auch ganz persönlich, das ist jetzt keine ideologische Diskussion, aber mit 14, 15 Jahren, glaube ich, dass die Menschen nicht geeignet sind, diesen Pflegeberuf zu ergreifen.

Deswegen kann ich diesem Antrag der ÖVP nicht nahetreten, persönlich, weil ich glaube, dass es in dem System, das ich schon angesprochen habe, ausreichend ist, dass wir genug Pflegekräfte im Burgenland ausbilden können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Klubobfrau hat mitgestimmt!)*

Es ist jedenfalls aus meiner Sicht zu früh für 15-Jährige in den Pflegebereich einzusteigen. Aus psychischen und aus physischen Gründen. Deswegen, glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir diese Maßnahmen, die ich hier kurz skizziert habe, umsetzen. Dass wir auch weiter daran arbeiten, dass wir bei den von Ihnen angesprochenen 85 Prozent, die zu Hause gepflegt werden wollen, auch dort ansetzen und es versuchen auszubauen.

Aber den Pflegeberuf würde ich mit 15 Jahren nicht, dem würde ich nicht zustimmen. Das ist aus meiner Sicht zu früh. Mit dem jetzigen System wo wir mit 17, 18 Jahren anfangen, glaube ich, kann man das Auslangen finden.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat.

Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die zwei Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 12. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung Beilage 1341, betreffend Einführung einer Pflege-Lehre, Zahl 21 - 948, Beilage 1367.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend ein Gesamtkonzept zur Unterstützung, Betreuung und Pflege ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

Es folgt nun die Abstimmung über den 13. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1342, betreffend die Schaffung eines Gütesiegels für Pflegeagenturen, Zahl 21 - 949, Beilage 1368.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend ein Gesamtkonzept zur Unterstützung, Betreuung und Pflege ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1277) betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll (Zahl 21 - 902) (Beilage 1369)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 14. Punktes der Tagesordnung, das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1277, betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll, Zahl 21 - 902, Beilage 1369.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Brandstätter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht geschätzter Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Kilian Brandstätter: Geschätzte Frau Präsidentin! Der Rechtausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten, also von mir, beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter.

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte schön Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte das für sehr wichtig, dass man solche Anträge einbringt und auch diskutiert. Aber ich halte es für unverschämt einen Abänderungsantrag einzubringen, der lautet, hört mir einmal zu. Der Antrag ist folgender:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert nachhaltige Maßnahmen auf Landesebene zu setzen, um den Gebrauch von Plastiksackerl und Plastikverpackungen zu reduzieren. Die GRÜNEN.

SPÖ – FPÖ: Die Landesregierung wird aufgefordert weiterhin nachhaltige Maßnahmen auf Landesebene zu setzen, um den Gebrauch von Plastiksackerl, Plastikverpackungen zu reduzieren.

Als Nächstes sagen die GRÜNEN: Bewusstseinsbildende Maßnahmen für gesundheitsgefährdende Stoffe in Plastik, vor allem in allen Lebensmittelverpackungen, zu setzen.

SPÖ – FPÖ: Bewusstseinsbildende Maßnahmen für gesundheitsgefährdende Schadstoffe in Plastik, vor allem in Lebensmittelverpackungen, zu setzen.

Nächstes sagen die GRÜNEN: Weiters soll an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herangetreten werden, ein verpflichtendes Pfandsystem für alle Getränkeverpackungen, zu verpflichtende kennzeichnete Mehrweg- und Einweggetränkeverpackungen einzuführen.

Gleiches gilt auch bei der SPÖ - FPÖ, ein verpflichtendes Pfandsystem für alle Getränke. - Ich sage jetzt, ich mache es kurz, komplett das Gleiche, aber nicht einmal ein Beistrich ist anders.

Ja, weiterhin, seid mir bitte nicht böse und da kriege ich solche Adern. Eine SPÖ und FPÖ haben Ressourcen, haben Möglichkeiten sich Gedanken zu machen in einem Klub. Haben, ich sage ja nicht 100 Angestellte oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und dann kommt so ein Abänderungsantrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt wirklich an die Fernsehgeräte und Zuhörer, peinlich. Ich muss Euch ehrlich sagen, tut mir leid, liebe SPÖ, liebe FPÖ, Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß nicht, was Ihr im Klub tut. Schaut Ihr Euch gar nicht an, wie das rennt.

Das sollten die Medien wirklich einmal in die Hand bekommen. Aber sie dürfen es eh nicht bringen, weil das wäre ja dann überhaupt eine Katastrophe. Da frage ich mich schon schön langsam, was macht das für einen Sinn? Wer sind wir hier in diesem Landtag? Sind wir in einem Kasperltheater? Ich verstehe es nicht mehr. Wie gibt es so etwas?

Das hätte es früher bei uns bei Weitem nicht gegeben. Ich sage Euch das noch einmal mit der Deutlichkeit. Die Qualität lässt zu wünschen übrig. In den Klubs, wo man sich überhaupt keine Gedanken mehr macht und einfach darüber schreibt Abänderungsantrag. Und das ist nicht der Erste, den ich Euch so vorgelesen habe oder so präsentiere.

Meine Damen und Herren! Schwierig, ich hoffe, dass sich bald etwas ändert. Ich glaube aber eines, dass man trotzdem zur Sache kommt und mit dem Plastikmüll und da sind wir uns ja hoffentlich alle einig, dass das überbordend schon ist. Ich spreche auch als Bürgermeister bei unserer Müllsammelstelle und dergleichen mehr. Wir wissen schon gar nicht mehr wo wir die gesamten Plastikverpackungen hinsollen. Es wird immer mehr, natürlich Online-Bestellungen gibt es Länge mal Breite.

Da kommt ein kleines Schlüsselpaket daher, wo zwei Schlüssel drinnen sind, so ein Karton mit Plastikverpackung und dergleichen. Wir haben wirklich zu tun, das ist unwahrscheinlich. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass wir die Umwelt total verschmutzen und verpesten. Und sogar bis in die Meere, wo Walfische 70 Kilogramm Plastikmüll geschluckt haben. Das muss man sich alles einmal vorstellen. Was sich da tut in dieser Richtung. Daher ist es notwendig, und es macht auch Sinn, dass wir hier gemeinsam einen Weg finden, wie können wir das reduzieren.

Ich spreche nicht von komplett wegbringen, weil das ist ja, wir können ja nicht glauben, dass wir morgen oder übermorgen oder in zwei Jahren die ganze Plastikverpackung wegbringen. Weil die Diskussion gibt es ja eh schon länger. Nur das wird immer mehr statt weniger. Das muss man jetzt auch einmal klar sagen.

Daher bin ich der festen Überzeugung, dass wir anfangen müssen bei uns selber. Bei uns selber anfangen müssen und da gibt es Gemeinden wie Eisenstadt und Deutschkreutz und andere Gemeinden, die Vorreiter spielen. Allein von den Plastiksackerln her. Ich glaube, da können wir einiges in Bewegung bringen. Es wird gut angenommen.

Ich denke, in Eisenstadt und auch in Deutschkreutz wird es gut angenommen, wo wirklich gemeinsam mit vielen Firmen die Möglichkeit geboten wird, auch Jutesackerl anzubieten. Es wird angenommen. Daher müssen wir in unseren eigenen Reihen schauen, dass wir auch zu Hause etwas haben, dass wir einkaufen gehen mit diesen Sackerln und dergleichen mehr.

Noch einmal, wir werden es nicht morgen wegbringen und nicht in einem Jahr, in fünf Jahren oder in zehn Jahren, wir müssen aber beginnen mit der ganzen Situation umzugehen und auch dementsprechend etwas zu verändern. Das geht ja weiter bis zu den Plastikflaschen, die auf den Grünstreifen liegen wenn wir Gemeindearbeiter hinschicken zusammenräumen oder die Abfallgeschichten da haben. Da fragt man sich, das ist ja abnormal, dass man alles beim Fenster hinausschmeißt.

Speziell diese Plastikdosen und –flaschen, was sich da abspielt. Auch dort müssen wir eingreifen und müssen vielleicht mit gutem Beispiel vorangehen. Dann werden wir sicherlich einiges erreichen.

Ich glaube, dass jetzt der Antrag seitens der GRÜNEN, und den haben wir ja auch eingebracht, können wir dann zurückziehen das nächste Mal, weil das das gleiche Thema ist. Die Idee war eine gute, eine sehr gute, dass wir das verändern.

Daher bin ich der festen Überzeugung, wenn wir auch im Landtag einen klaren Beschluss fassen, einen gemeinsamen und nicht abändern, lassen wir den Abänderungsantrag, ich habe ihn schon wieder vergessen, den beschließen, den die GRÜNEN eingebracht haben. Da tun wir uns gar nichts.

Noch einmal, vielleicht macht das Land auch einmal eine Aktion, wo sie uns unterstützen in den Gemeinden, wo sie sagen, wenn du Jutesackerl verteilst, bekommst du einen Zuschuss seitens des Landes. Dann kann auch dort draufstehen mit Grüßen vom Landeshauptmann oder Landeshauptmann-Stellvertreter, mir ist das völlig egal. Wichtig ist, und Ihr kommt vielleicht heuer auch noch drauf, ach so, das nicht, dann haben wir, glaube ich, schon einiges erreicht, dass die Leute draußen sehen, dass wir den Willen haben, das dementsprechend abzustellen.

Daher bedanke ich mich für den Antrag. Wie gesagt, wir haben den auch eingebracht, und ich hoffe, dass der einstimmig über die Bühne geht. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL und des Abg. Steier)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Also mir ist der Abänderungsantrag ehrlich gesagt zu wenig. Er unterscheidet sich zwar, wie der

Manfred schon gesagt hat, in sehr wenigen, aber das sind zwei Worte, die wesentlich sind, unter anderem zwei Worte.

Das eine ist weiterhin. Das verwendet Ihr immer in Euren Abänderungsanträgen, und das heißt eigentlich: Wir wollen, dass es so weitergeht wie bisher. Nein! Wollen wir nicht! Genau deswegen haben wir ja den Antrag gestellt.

Die zweite Geschichte ist, auf Bundesebene heißt es, man soll prüfen. Jetzt erzähle ich Euch einmal etwas. Aus dem Jahre 2014, glaube ich, war das, unter anderem.

Die LandesumweltreferentInnen fordern bereits seit mehreren Jahren verbindliche und sanktionierbare Regelungen zum Erhalt und Ausbau von Mehrwegsystemen, insbesondere rechtliche Verankerung quantifizierbarer und messbarer Ziele für Mehrweg. Seit 2014!

2010 hat der jetzige ganz neue Landwirtschaftskammerpräsident Berlakovich einen Antrag gestellt, das Nachhaltigkeitsministerium, also damals hieß es nicht Nachhaltigkeitsministerium, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Lebensministerium!)* sondern Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Lebensministerium!)* Beim Berlakovich noch nicht, glaube ich, oder? Schon? Okay.

Der hat eine sogenannte „AG Mehrweg“ eingesetzt. Die setzte sich aus Vertretern des Ministeriums, der Landesregierung und der wissenschaftlichen Experten der Wirtschaftsuniversität Wien sowie des Österreichischen Ökologie-Instituts zusammen. Und die haben ein eigentlich ganz gutes Bonus-/Malussystem für Getränkegebinde entwickelt. Nennt sich Ökobonus-Modell.

Ich will das jetzt da nicht genau detailliert darstellen, aber das ist eine gute Geschichte gewesen, um das Pfandsystem beziehungsweise das Mehrwegsystem, um das geht es ja eigentlich, über ein Pfandbonussystem wieder auf die Sprünge zu helfen. Jetzt ist es ja so, probiert es selber aus, wenn Ihr einkaufen geht, Ihr findet fast keine Mehrwegflaschen mehr.

Im Übrigen, bei der Gelegenheit, es ist fast egal, ob es eine Glaseinwegflasche oder eine Plastikeinwegflasche ist, es ist beides relativ gleich schlecht. Einweg ist kein Weg, sozusagen. Also, das war 2010. "Natürlich" wurde das nicht weiter verfolgt. Das Ganze ist in der Schublade verschwunden und unser Mehrweg, unsere Mehrwegflaschen verschwinden zunehmend komplett. Selbst beim Bier gibt es inzwischen schon Einwegplastikflaschen. Katastrophe.

Ich denke, ich brauche nicht groß erklären, wo wir heute überall dieses Problem des Plastiks haben. Plastik ist in aller Munde. Leider. Im wahrsten Sinne des Wortes. Wir haben es teilweise in den Zahnpasten, in Haarwaschmitteln als Mikroplastik. Wir haben zwar den gelben Sack, aber Recycling ist halt auch nur der letzte Weg.

Eigentlich sollte man wiederverwenden vermeiden. Das steht übrigens auch, nicht nur im österreichischen, sondern sogar im europäischen Abfallsrecht. Hier liegt die Hierarchie ganz klar, Abfallvermeidung ist die oberste Handlungsmaxime. Alles andere kommt erst danach.

Entsprochen wird dem leider nicht oder zu wenig. Ja, ich muss es leider noch einmal sagen, diese Abänderungsanträge klingen zwar ähnlich, wie der Manfred gesagt hat, wie unsere, aber in Wirklichkeit fordert es keine konkreten Maßnahmen auf, außer von der Bundesregierung. Gut, das kann man von sich schieben, weil man muss es ja

nicht selber machen. Bei uns im Burgenland, wo wir eigentlich die Möglichkeit hätten was zu tun, geschieht einfach sehr wenig.

Das Einzige, was mir eingefallen ist, ist die Maßnahme von der Landesrätin Eisenkopf, „a sauberes Festl“, das ist ein lauer Beginn von echten Maßnahmen, weil in Wahrheit ist es mehr Vereinsförderung als ein sauberes Festl. Weil die Mehrwegbecher, die zum Beispiel hier angesprochen werden, die gibt es halt im Burgenland leider nicht, die muss ich mir aus Graz oder aus Wien, wo ich mir die in Boxen fertig ausleihen kann und dreckig zurückgeben kann. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das gibt es eh im Burgenland!)* Wo? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In der Stadt Eisenstadt!)* Okay.

Löbliche Ausnahme. Eisenstadt hat das. Aber sonst kenne ich nichts. Also im Südburgenland wäre mir keine Gemeinde bekannt, die so etwas macht. Hätte ich mir schon erwartet von der Landesrätin, dass sie hier Initiative setzt, dass man zumindest an zwei, nein drei neuralgischen Punkte im Burgenland so etwas aufstellt mit einer Waschanlage, so wie es in Graz und Wien möglich ist, und sich dort das ausborgen kann.

So ist es nicht wirklich ein sauberes Festl, ganz ehrlich gesagt. Noch einmal, Einweg ist kein Weg, auch wenn die Supermärkte jetzt plötzlich Milchflaschen und Joghurtglasflaschen anbieten. Das ist leider eine Einweggeschichte und daher schlecht. Noch schlechter ist, wenn das Ganze auf einem Erdölprodukt basiert. Das sind die ganzen Kunststoffflaschen leider nach wie vor.

Die tolle Recyclinganlage, die in Müllendorf bei uns steht, ist halt auch eher eine Möglichkeit der Industrie, sich vor einem echten Mehrwegsystem zu drücken, indem man PET-Flaschen recycelt, wo man Unmengen an Wasser und Strom benötigt, um hier einigermaßen wieder ein Produkt rauszubringen, ein hygienisch einwandfreies, mit dem ich wieder Flaschen machen kann. Das ist eindeutig der falsche Weg.

Also, ganz klar, liegt in der Schublade, leider noch immer, ein System, wie das gehen könnte, wir könnten im Burgenland konkret Maßnahmen machen, mit solchen Anträgen sicher nicht. Deswegen werden wir diesem Antrag sicher nicht zustimmen.

Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte sehr Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Dankeschön. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die Umweltverschmutzung durch Plastikabfall ist ein großes Problem, das uns alle betrifft, aber für das wir auch alle verantwortlich sind.

Doch was für mich nicht geht, ist eine der Begründungen der GRÜNEN in dem von ihnen eingebrachten Antrag. Wir bestrafen sicher nicht unsere Vereine, wenn sie ein Fest machen und kein Mehrweggeschirr verwenden.

Dazu kommt, dass viele Vereine gar nicht die finanziellen Mittel haben, um Mehrweggeschirr zu verwenden. Natürlich muss man Maßnahmen setzen, um den Plastikmüll zu reduzieren, aber wir sollten bei den Großen beginnen, bevor wir die Kleinen schikanieren. Gerade in letzter Zeit häufen sich auch die Bilder in den Medien, wo man Berge an Müll im Meer schwimmen sieht, oder ein Wal stirbt, der bis zu 100 Kilo Plastik in seinem Körper hat und dadurch seine Organe versagt haben.

Daher muss vor allem von ganz oben etwas passieren. Unsere Bundesregierung hat sich in ihrem Regierungsprogramm klar positioniert und dem Plastikmüll den Kampf angesagt. Anfang des Jahres und auf Druck von Österreich wurde die Plastikstrategie vorgestellt.

Diese beinhaltet konkrete Maßnahmen im Bereich von Mikroplastik. Im Regierungsprogramm ist dieser Einsatz auch eindrücklich festgehalten. Um unser Kreislaufwirtschaftssystem aufrecht zu erhalten, wird verstärktes Engagement auf europäischer Ebene gegen Plastikverschmutzung in den Binnengewässern und Weltmeeren sowie der europaweite Ausstieg aus der Verwendung von Mikroplastik in diversen Produkten gefordert.

Weiters zeigt auch bei uns die Aktion "Pfiat di Sackerl" Wirkung. Der letzte Jahresbericht zeigt, dass durch die Einsparungen beziehungsweise entgeltliche Abgabe von Plastiksackerln durch diverse Partner der Jahresverbrauch an Kunststofftragetaschen seit dem Vergleichsjahr 2014 um 20 Prozent reduziert werden konnte.

Das entspricht einer Reduktion der Gesamtzahl von zirka 112 Millionen Stück. Das ist zwar noch lange nicht genug, aber eine beachtliche Zahl, die darauf hoffen lässt, dass der Einsatz von Plastiksackerln noch mehr zurückgeht. Auch im Burgenland werden zahlreiche Initiativen gesetzt, um Plastikmüll zu verhindern. „Baumwollsack statt Plastikwrack“ und „Baumwolle statt Plastik“ sind zwei Aktionen, die auf kommunaler Ebene auf die Reduktion von Plastiksackerln hinweisen.

Ein großes Danke für diverse Aktionen in Sachen Plastikvermeidung, zum Beispiel Förderaktionen für "a sauberes Festl" und „Green Events“, gilt hier Landesrätin Astrid Eisenkopf. Der burgenländische Müllverband, diverse Medien und viele weitere Stakeholder wie der UDB haben ebenfalls Aktionen gesetzt, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und auf Plastikmüllvermeidung aufmerksam zu machen.

Zum Beispiel: „Sei keine Dreckschleuder“, Verleihung des „Goldenen Mistkäfers“, Recyclingtag, Mehrweginitiative, um hier nur einige zu nennen. Ich appelliere aber hier aber auch an jeden, der heute zuhört. Eine kleine Tasche aus Baumwolle zum Beispiel statt einem Plastiksackerl passt in jede Handtasche. Das nimmt nicht viel Platz weg, vermeidet Müll und man spart dazu auch noch Geld.

Es hat somit nur Vorteile und hilft unserer Gesundheit und unserer Umwelt. Denn Plastikmüll schwimmt nicht nur im Meer herum und zerstört unsere Umwelt, sondern hat auch Einfluss auf unsere Gesundheit.

Geht’s der Umwelt gut, geht’s uns allen gut, das müssen wir uns immer vor Augen halten. Daher gehen wir alle mit gutem Beispiel voran und machen unsere Kinder, Eltern, Freunde und Bekannte darauf aufmerksam, dass wir uns und vor allem der Umwelt nichts Gutes damit tun, wenn wir Plastikmüll produzieren.

Klar können wir damit nicht von heute auf morgen die Welt retten und den kompletten Plastikmüll verhindern, aber frei nach dem Motto „Auch Kleinvieh macht Mist“, summiert sich das. Je mehr Menschen auf Plastik verzichten, desto besser ist es.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hirczy das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Die Reduktion von Plastikmüll, und man hat das in den Vorreden bereits gehört, es geht in dieselbe Richtung. Die Reduktion von Plastikmüll ist ein politisches Gebot. Ich finde es sehr gut, dass wir es hier und heute diskutieren.

Um das Problem des Plastikmülls in den Griff zu bekommen, braucht es mehrere Maßnahmen, und es braucht daher Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Dieser Satz aus dem Antrag ist richtig und muss aus meiner Sicht noch ergänzt werden.

Jede Bürgerin und jeder Bürger kann seinen Beitrag leisten. Auch wir sollten darüber nachdenken, welche Getränkeflaschen wir kaufen. Wie oft greifen wir aus Bequemlichkeit zur Plastikflasche. Viele Fruchtsäfte sind leider Gottes nur im Tetrapack oder in Kunststoffgebinden erhältlich. Gerade die Supermärkte bieten vermehrt Aktionsangebote an, die auch in Plastikflaschen oder im Tetrapack zu finden sind.

Es geht auch anders. Unsere Landwirte bieten schon in vielen Supermärkten regionale Produkte an und diese großteils in Glasflaschen und sogar schon in Pfandgebinden. Auf diese sollten wir zurückgreifen. Dieser Impuls wäre auch eine Stärkung der Regionalität und unserer heimischen Landwirte. Ein weiteres gutes Beispiel aus dem Burgenland ist die Firma Güssinger Mineralwasser. Diese investiert in eine Abfüllanlage, eine neue Anlage für Glasflaschen.

Dies ist der richtige Weg. Wir müssen nur die Konsumenten dazu bringen, dass diese vermehrt auf diese Glasflaschen zurückgreifen. Derzeit greift hauptsächlich die Gastronomie auf die Glasflaschen zu. Die Initiative "Pfiat di Sackerl" der Bundesministerin Köstinger hat meine Vorrednerin dezidiert erklärt, und es, ja es stimmt, 112 Millionen Stück Plastiksackerl wurden hier eingespart.

Besonders bemerkenswert, es sind 71 Prozent davon die härteren Plastiksackerl, sprich die, die man an der Kassa bekommt und leider Gottes ist der Rückgang bei den Obstsackerln erst bei 13 Prozent. Auch hier könnte jeder sich selbst an der Nase nehmen, ob es nicht einfacher wäre, manche Obstsorten, Äpfel und Birnen ins gleiche Sackerl zu geben, auch hier könnte man einsparen, oder bei anderen gleich das Plastiksackerl einsparen.

Weitere gute Beispiele, die Stadt Eisenstadt hat eine Aktion gehabt mit über 10.000 Stoffsackerln, auch Bürgermeister Ober aus Feldbach hat nun für seine Schülerinnen und Schüler und die Bewohner der Stadt Feldbach 15.000 Stoffsackerl ausgegeben. Die Angebote des Müllverbandes sind ebenso vielseitig und bekannt.

Hier geht es vor allem um Mülltrennung und man darf auch auf das Konzept von ReUse verweisen, beziehungsweise auch auf die Problematik. Hier dürfen wir nicht wegsehen, gerade im Siedlungsbau, wo viele Wohnungen in einem Objekt zu finden sind, ist die Anonymität ein Problem.

Hier geht es darum, dass die Mülltrennung aus meiner Sicht nicht immer optimal funktioniert. Auch hier müssen wir mit Bewusstseinsbildung ansetzen. Auch das Thema Müll, der aus Fahrzeugen geworfen wird, den wir dann mühevoll mit Müllsammelaktionen wieder einsammeln, das müssen wir verbessern und auch hier müssen wir mit der Bewusstseinsbildung wieder ansetzen.

Ein weiteres Thema, auch schon erwähnt, Mikroplastik. Hier kann man dezidiert darauf hinweisen, welche Produkte kaufen wir, welche Menge von diesen Produkten kaufen wir, und was benötigen wir wirklich und welche Alternativen gibt es. Ich denke, wir sind es der künftigen Generation schuldig, hier Maßnahmen zu setzen, damit wir unsere

Umwelt noch lange erhalten und damit wir unseren Kindern und Kindeskindern eine gesunde Umwelt übergeben können.

Gehen wir gemeinsam daher diesen Weg, der auch von der Bundesregierung, Elisabeth Köstinger, vorgegeben wird, gerne auch im Burgenland mit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren vom Livestream! Passend zum „Plastic Bag Free Day“, der vor zwei Tagen, am 3. Juli, am Dienstag, stattfand, diskutieren wir heute den wichtigen Entschließungsantrag zur Reduktion von Plastikverpackungen. Heuer wurde er bereits zum neunten Mal begangen, der „Plastiksackerl freie Tag“.

Wegwerf-Plastikgegenstände wie das Plastiksackerl sind allgegenwärtig und ein Symbol für unsere schnelllebige Wegwerfgesellschaft. Bis zu einer Billiarde Plastiksackerl werden weltweit jährlich hergestellt. Können Sie sich das vorstellen?

Das sind über eine Million in dieser Minute. Und jedes davon wird oft nur einmal benutzt, bevor es in den Müll wandert. Trotzdem gibt es einen positiven Trend zu verzeichnen. Mittlerweile gibt es bei den Supermärkten zahlreiche Alternativen zum herkömmlichen Plastiksackerl. Von Stofftaschen, Papiertaschen bis hin zu Trageboxen gibt es jetzt viele Möglichkeiten an den Kassen.

Und es kommt daher, dass es seit Mai 2016 in Österreich eine freiwillige Vereinbarung zur Reduktion von Tragetaschen gibt. Das Ziel: Die Halbierung des Tragetaschenverbrauchs bis 2019.

Bis jetzt sind 13 Großunternehmen an Bord. Vor allem Supermarktketten haben die Plastiksackerl weitgehend aus ihrem Sortiment verbannt. Das ist ein guter und wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um die Verwendung von Plastiktaschen in Österreich zu reduzieren.

Es ist begrüßenswert, dass einige Unternehmen hier die Vorreiterrolle eingenommen haben.

Jetzt ist es allerdings an der Zeit, weitere Schritte in die richtige Richtung zu setzen, denn Plastik ist ein Problem für uns alle. Ob beim Zähneputzen, beim Einkaufen, beim Telefonieren oder im Büro, es begleitet uns immer und überall. Und es landet letztendlich dort, wo es nicht hingehört. Dieser Müll verschmutzt und zerstört Lebensräume. Auf den Weltmeeren, haben wir gehört, treiben riesige Plastikteppiche, unsere Ozeane versinken im Plastikmüll.

Doch wir brauchen nicht weit zu schauen, auch in unserer unmittelbaren Nähe findet man Plastik in unserer Umwelt. Ich sehe das immer bei unseren Flurreinigungen, die jährlich stattfinden. Man findet es in Straßengräben, in Feldern, in Flüssen, in Wäldern.

Auch wenn die getrennte Sammlung von Flaschen und Dosen im Burgenland relativ gut funktioniert, landen doch rund ein Drittel aller Dosen und mehr als ein Fünftel aller Plastikflaschen im Restmüll oder auf der Straße oder sogar in der Landschaft.

Eine große Gefahr, da Plastik kaum verrottet und über die Nahrungskette in Pflanzen, Tiere und Menschen gelangt. Ein düsteres Bild, das sich da abzeichnet.

Doch wir sind dem Plastikproblem nicht hilflos ausgeliefert. Jeder Einzelne von uns kann Maßnahmen setzen, um positive Veränderungen herbeizuführen. Eines der besten Beispiele kommt aus meiner Heimatgemeinde Gols, und das möchte ich heute erwähnen, denn es ist ein Vorzeigeprojekt.

Die Kollegin Stampfel Karin kennt das sicher, wir haben es im Gemeinderat auch besprochen. Eine Golserin, Inge Allacher, hat im Jahr 2016 begonnen, Stofftaschen zu nähen - großteils recycelt aus Hemden, Vorhängen, Jeans, allen möglichen Textilien, teilweise auch neue Stoffe.

Es ist ja so, nach einer Statistik spart jede Stofftasche 900 Plastiksackerl ein. Mittlerweile hat sie 1.200 solcher lässigen Stofftaschen produziert. *(Der Abgeordnete zeigt eine Stofftasche.)* Damit hat sie mit ihrem tollen Engagement, wenn man nach der Statistik geht, unserer Gesellschaft über eine Million Plastiksackerl erspart.

Nicht nur das, man hat auch den Stoffen, die oft nicht mehr verwendet wurden, jeder hat ja ein, zwei Kleidungsstücke zu Hause, die nicht mehr benutzt werden - oder auch mehr - *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten - Beifall des Abg. Gerhard Steier)* eine neue Verwendung gegeben.

Die Gemeinde Gols ist ihr für dieses Engagement sehr dankbar und hat ihr bereits zugesichert, sie bei dem Projekt zu unterstützen, um auch einen Teil zur Plastikreduktion beizutragen.

Ebenso ist es bei der Burgenländischen Landesregierung. Es gibt viele Maßnahmen, wir haben es bereits gehört, um die Bevölkerung über ressourcenschonendes Konsumverhalten zu informieren und zu motivieren.

Zum Beispiel Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf mit ihrer Initiative „Ein sauberes Festl“, wie wir bereits gehört haben, bei der umweltfreundliche Veranstaltungen ausgezeichnet werden, als auch weitere bewusstseinsbildende Maßnahmen, wie „Sei keine Dreckschleuder“, „Baumwolle statt Plastik“ und vieles mehr. Das Land ist stets bemüht um unsere einzigartige Natur und Umwelt.

Trotzdem braucht es weitere Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, um das Problem des Plastikmülls in den Griff zu bekommen. Dazu benötigen wir, wie wir es im Antrag haben, ein verpflichtendes Pfandsystem für alle Getränkeverpackungen, ein europaweites Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten, ein europaweites Verbot von Plastikverpackungen, die Chemikalien enthalten, welches das Hormonsystem schädigen und Krebs verursachen. Diese Schritte müssen gemacht werden, damit kommende Generationen unsere Umwelt und unsere Welt so wiederfinden, wie sie ist - wunderschön.

Sorgen wir dafür, gemeinsam über jegliche Parteigrenzen hinweg, dass dieser Antrag angenommen wird. Nein zum Plastikmüll und Ja zu unserem Planeten und Ja zu recyclebaren Verpackungen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Ganz kurz nur, weil viele Kollegen und Kolleginnen jetzt wieder auf die Freiwilligkeit gesetzt haben, auf die Vorbildwirkung. Die braucht es auch, keine Frage.

Aber Frau Kollegin Stampfel, Sie haben sowohl bei der Kindergartenernährung, als auch hier wieder beim Plastik gesagt, die Leute sollen nicht zu McDonalds gehen und sie

sollen die Kinder gesund ernähren, und beim Plastik sollen wir weniger Plastiksackerln verwenden, und gute Initiativen, Kollege Kilian, keine Frage, aber wir sind Politiker und Politikerinnen. Es geht um konkrete Maßnahmen und in Eurem Antrag steht nur drinnen, „es ist zu prüfen".

Entschuldige, das ist zu wenig. *(Abg. Géza Molnár: Das ist nicht zu wenig. – Abg. Ilse Benkö: So fängt man an.)* Geprüft haben wir es 2010, angefangen haben wir 2010 und wahrscheinlich schon früher.

Es geht um konkrete Maßnahmen. Jetzt sind die Meere voller Plastik. Wenn wir jetzt anfangen, dann haben wir in fünf Jahren wahrscheinlich irgendwas … *(Abg. Géza Molnár: Aber nicht mit österreichischem Müll! Das muss man auch dazu sagen.)* Was? *(Abg. Géza Molnár: Schwimmt österreichischer Müll in den Meeren herum, oder?)*

Natürlich auch, von allen schwimmt der Müll im Meer herum, es ist ja logisch, wir verkaufen ja unseren Plastikmüll weiß der Kuckuck wohin. *(Abg. Géza Molnár: Der Müllverband verkauft Plastikmüll nach Afrika, oder was?)* Nicht nur wir, natürlich in ganz Europa, und das ist das Problem.

Deswegen braucht es konkrete Maßnahmen! Gute Initiativen sind zu begrüßen, aber hier im Landhaus erwarte ich mir konkrete Maßnahmen und nicht: „ist zu prüfen, und sollte, und kann". Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nachvollziehbar, dass der Kollege Spitzmüller darauf drängt, es nicht nur an Vorbildern und Inhalten festzumachen, sondern auch Regelungen umgesetzt haben wollte, die jetzt in der Ausführung diese Müllvermeidung auf Plastik bezogen, auch setzen.

Ich gebe zuerst ein Beispiel aus dem Ausland. Die Maturantinnen und Maturanten waren vorige Woche, zum Ersten, glaube ich, in Sizilien auf „Summer Splash". Resultat unserer burgenländischen Maturantinnen und Maturanten auf die Erkenntnisse dieser „Summer Splash"-Woche in Sizilien war, dass es für jedes Getränk, für jedes Essen auf 3.000 Personen vor Ort, nur Plastik gegeben hat.

Das heißt, jedes Getränk, das dort ausgeschenkt wurde, jedes Essen, das verabreicht wurde, wurde in Plastiksachen verabreicht. Ich kann mir vorstellen, was 3.000 Personen über eine Woche dort anrichten, im Speziellen, wo sie sehr durstig waren.

Die Wirklichkeit ist also, dass wir etwas in unseren Köpfen, in unseren Kindern quasi interpretieren, im Vorbildsinne investieren, und das Resultat ist die Schockwirkung, dass die quasi nachbarschaftliche Situation eine ganz andere ist.

Vielen von uns ist in den letzten Tagen aufgefallen, wenn Bankette momentan gemäht werden, ergibt sich eine Fülle an weggeworfenen Dosen, ein Anblick auf weggeworfene Tüten, ein Anblick, wo quasi die Vorbildwirkung im Sinne der „Sei keine Dreckschleuder" mehr als vergeudet ist, weil sich das Ganze noch immer in eine ganz andere Richtung abspielt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird nicht ausreichen. Kollege Brandstätter hat eine wissenschaftliche praxisbezogene Ansprache gehalten, die alles miteinschließt, auch das Beispiel der Golserin. In Wirklichkeit befinden wir uns auf einem Weg, den jeder kennzeichnet.

Und dann die Vorhaltung, Herr Kollege Molnár, es ist nicht so, dass österreichischer Müll quasi den direkten Zugang zum Meer findet, das ist richtig, jetzt haben wir keine Flotte mehr, aber wir sind durchaus als Österreicherin und Österreicher auch auf Weltmeeren unterwegs, weil die Reisebewegung unter anderem nicht nur am Meer, sondern auch auf der Donau sehr intensiv genutzt wird.

Und ich möchte nicht wissen - was man auch sieht, wenn man die Uferpromenaden quasi wandernd umsetzt -, was sich dort abspielt.

Das heißt, das Bewusstsein derjenigen, die als Konsumenten sind, gehört nicht nur geschärft, sondern entsprechend auch qualifiziert unterstützt.

Unterstützung reicht nicht aus, im Sinne dessen, was Prüfen anlangt. Wenn ich jetzt zum Beispiel hergehe, das wissen Sie ganz genau, dass die großen Handelsketten, vor einem Jahr ungefähr, sich darauf verständigt haben, den Plastikmüll, sprich Plastiksackerl, zu reduzieren - freiwillig - und es auf Papiertaschen oder anderes neu auszurichten.

Ich meine, das ist eine sehr löbliche Aktion, die hilft auch nicht nur jetzt in Gols mit den Stofftaschen, manches an Müll zu vermeiden. Wir wissen auch, dass das bei Gott nicht ausreicht und es wird auch im Grunde genommen die nächsten Jahre nicht ausreichen.

Aber was mehr als angebracht ist, nicht nur jeweils zu appellieren, sondern auch zu handeln. Das Problem in Österreich - ich kenne das von der Abfallbewirtschaftung, wo jetzt die ARA die große Komposition im Sinne der Begründung auf Wirtschaftsministerium, und der entsprechende Stakeholder ist, haben wir am Beispiel Burgenland in einer ganz besonderen Form.

Alles, was Plastikflaschen gewisser Konzerne anlangt, wie zum Beispiel Spitz, Cola und anderes, Vöslauer, wird in Müllendorf zum Teil - Kapazitäten reichen nicht aus -, in Müllendorf recycelt und der Wiederverwertung zugeführt. Das ist ja eine sehr löbliche Aktion.

Wenn man das auf der Gesamtebene betrachtet, und das Osmose-Verfahren das dort angewendet, rein naturwissenschaftlich und dann für die Praxis bewertet, kommt man auf ein Resultat, dass sich manche, unter anderem der Abwasserverband Wulkatal, gesträubt haben, das ganze Prinzip auch von der wassertechnischen Nutzung her umzusetzen.

Das ist ein Riesenproblem. Es wird auch niemand wahrscheinlich negativ beschreiben, dass in den letzten Jahren und laufend in den kommenden Jahren Verbesserungen in wissenschaftlicher Hinsicht, im Sinne der Enzym-Zersetzung von Plastik erfunden wird. Es gibt jetzt schon auf Rotten einen Einsatz von Enzymen, die Plastik quasi wiederverwerten im Sinne von Zerlegen und damit eigentlich einen großen Teil vernichten.

Nur das hilft uns alles nichts, was jetzt in den Weltmeeren an Plastik herumschwimmt, und auf der anderen Seite damit in den Kreislauf der Nahrungskette kommt und damit eigentlich auch an unseren Tischen landet.

Wir alle wissen, dass wir im Endeffekt hier einen Raubbau nicht nur an der Natur vollbringen, weil wir eine begrenzte Reserve als Polymer im Grundlagensinne verwenden.

Aber das Prinzip, das wir anwenden sollten, ohne dass wir jetzt politisch darüber diskutieren müssen, ob es jetzt ausreicht im Sinne von Prüfen. Es ist höchst an der Zeit, etwas an Maßnahmen zu setzen, die auch effektiv einen Ertrag bringen und der

Bevölkerung im Endeffekt nicht immer etwas vorgaukeln, sondern etwas in der Bewährung und in der Umsetzung qualifiziert erzielen lassen.

Jeder, der einen Ertrag, sei es über die Kinder in der Familie durch eine Belehrung und durch pädagogische Fähigkeiten in der Vermittlung im Kindergarten, in der Schule aufnimmt, hat auch als Elternteil in der Kontrolle durch die Kinder einen ganz anderen Zugang zu sogenannten verschwenderischen Maßnahmen.

Das sollten wir auf der einen Seite nicht nur fortsetzen, auf der anderen Seite sollten die Maßnahmen auch konkret gesetzt werden, denn ohne Verpflichtung nutzt das überhaupt nichts, darüber zu reden, ob ich ein Mehrwegsystem verwende oder ein Einwegsystem kennzeichne.

Die Deutschen haben zum Beispiel ein Pfandsystem schon seit Jahren, und der Ertrag ist nicht, dass man das jetzt alles zurückbekommt, sondern es landet genauso im Überschuss in den sogenannten Straßengräben und auf Abfallstellen, die dafür nicht vorgesehen sind.

In Wirklichkeit schadet sich jeder Mensch damit selbst, und es gilt die Verantwortung nicht dahingehend abzulegen, dass ich sage, das Meer ist weit weg. Ich glaube, dass die meisten - auch die Burgenländerinnen und Burgenländer - in den nächsten Tagen ans Meer unterwegs sind oder schon waren und damit trifft es wieder im Kreislauf alle anderen.

Daher nochmals der Appell, hier zu handeln und entsprechende Maßnahmen zu setzen und nicht darauf zu warten, dass uns das jemand abnimmt. Da nimmt uns niemand etwas ab. Das ist eine Verantwortung, die wir selbst tragen.

Daher sollten auch gesetzliche Maßnahmen greifen und nicht nur immer delegieren an irgendjemand anderen. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Die Entschließung betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

15. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1327) betreffend Förderung des Bibliothekswesens im Burgenland (Zahl 21 - 934) (Beilage 1370)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 15. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1327, betreffend Förderung des Bibliothekswesens im Burgenland, Zahl 21 - 934, Beilage 1370, wird Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin um Ihren Bericht.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung

einer Entschließung betreffend Förderung des Bibliothekswesens im Burgenland in seiner 29. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung des Bibliothekswesens im Burgenland unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort. Sie ist als erste Rednerin genannt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(die Bücher zum Rednerpult mitgenommen hat)*: Danke Herr Präsident. Wir reden in Zeiten wie diesen sehr viel über die Digitalisierung. Wir reden zu wenig über das Lesen, über die Bücher, über das, wo wir Lektüre dadurch, dass wir sie angreifen, auch besser begreifen können.

Und das ist ein Grund, warum wir in der letzten Landtagssitzung diese Initiative eingebracht haben, um das Bibliothekswesen im Burgenland zu stärken und zu stützen, und auch die Bibliotheken, die Büchereien in den Gemeinden wieder zu dem zu machen und sie dabei zu unterstützen, das zu werden, was sie in früheren Zeiten immer wieder waren: Treffpunkte, Begegnungsorte, um miteinander zu lesen und sich darüber auszutauschen, was man gelesen hat.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hält in ihrem Artikel 27 (1) fest, dass jeder Mensch das Recht habe, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

Einen Beitrag zur Erlangung dieses Rechts leistet das Bibliothekswesen, das auch in ländlichen Regionen allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihren persönlichen finanziellen Möglichkeiten freien Zugriff auf Information, Wissen und Werke der Kunst und Literatur ermöglicht.

Gerade in einer Zeit - ich habe es zu Beginn angesprochen -, in der das Internet für immer mehr Menschen die Hauptquelle für Information ist, auch für die Einholung von Wissen und auch zunehmend eine Quelle der Lektüre, literarischer Werke darstellt, kommt Bibliotheken die Funktion des real vorhandenen Raums im eigenen Lebensumfeld zu, der persönliche Begegnung und gemeinsame Auseinandersetzung mit Literatur ermöglicht.

Sie sind in der Region verankerte, ganz konkrete, reale Orte der selbstbestimmten Weiterbildung, des gesellschaftlichen Austausches und damit der demokratischen Entwicklung.

Das Burgenland trägt dem ja auch Rechnung, der Wichtigkeit des Lesens etwa, weil es 2018 das Jahr des Lesens mit vielen Aktivitäten abhält. Der Höhepunkt war die Abhaltung der „Langen Nacht der Bibliotheken“ am 28. April dieses Jahres.

Damals waren mehr als 1.200 Besucherinnen und Besucher bei den geöffneten Bibliotheken zwischen 19.00 und 24.00 Uhr und haben an Veranstaltungen vom

Seewinkel bis nach Jennersdorf teilgenommen. *(Beifall des Abg. Bernhard Hirczy)* Vielleicht wird uns davon heute eh noch einiges berichtet.

Vom Filmwettbewerb „Burgenland liest“ über die Verleihung von Literaturpreisen bis zum Projekt „Lesesommer“ spannt sich die Aktivitätspalette, um Menschen aller Altersstufen die Möglichkeit zu geben, ihren persönlichen Zugang zum Lesen, zu Literatur, zu entfalten.

Jetzt ist es aber auch wichtig, hier nachhaltig zu bleiben. Nicht nur in einem Jahr Aktivitäten zu setzen, sondern diesen großartigen Initiativen längerfristige Wirkung zukommen zu lassen. Einen Beitrag dazu leisten die Bibliotheken des Burgenlandes. Aber bei weitem nicht alle.

Wir haben wohl einige Bibliotheken in einzelnen Gemeinden, die ganz hervorragende Arbeit leisten, die zeigen, wie es gehen kann. Vielleicht kommen von anderen Kollegen dann auch noch Beispiele.

Erst gestern war auch wieder im ORF Burgenland ein Bericht von der Bibliothek in Wimpassing mit den „Lesemäusen“, heißen sie, glaube ich.

Es gibt eine Grundlage für die Förderung der Bibliotheken und diese sind in Richtlinien des Bundes zu lesen. Diese sind bundesweit gleich in allen Bundesländern anzuwenden. Da geht es um die Organisation, also welche Ausbildung sollen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben; es sind mehrheitlich Frauen. Es geht um Öffnungszeiten. Es geht um Ausstattung, um die Neuanschaffungen der Büchereien.

Wirft man aber einen kritischen Blick auf den Bestand und die Organisation der burgenländischen Bibliotheken, dann muss man feststellen, dass neben den einigen vorbildlich geführten Bibliotheken von Gemeinden, Institutionen, auch Fachbibliotheken, viele andere Büchereien die Mindeststandards für die Förderkriterien des Bundes nicht erfüllen.

Das kann man auch nachlesen, denn der Büchereiverband Österreichs erstellte im Jahr 2016 in einer gesamtösterreichischen Erhebung eine Büchereilandkarte, die die Situation der öffentlichen Bibliotheken in den Bundesländern darstellt und dann auch einen ganz guten Vergleich liefert. Dieser Vergleicht bringt zutage, dass das Burgenland in Bezug auf das Bibliothekswesen durchgehend - durchgehend - zu den Schlusslichtern gehört.

Bei den Entlehnungen liegt das Burgenland am untersten Ende der Skala. Bei den angebotenen Medien pro Einwohner/Einwohnerin liegt es mit 0,9 an vorletzter Stelle, knapp vor dem bevölkerungsreichen Wien mit 0,8, natürlich die Umrechnung dann noch einmal eine andere ist auf die Einwohner.

Während österreichweit die Zielstandards des Bundes zu 67,1 Prozent erreicht werden, ist das Burgenland mit 57,7 Prozent auch hier das Schlusslicht. Das mag unter anderem auch damit zusammenhängen, dass die Ausstattung mit finanziellen Mitteln in unserem Bundesland nachhinkt und dass auch die Rahmenbedingungen, die diejenigen vorfinden, die sich im Bibliothekswesen engagieren wollen, noch etwas mangelhaft ist. Während österreichweit die Gesamtaufwendungen pro Einwohner/Einwohnerin im Durchschnitt bei 7,4 Euro liegen, sind es im Burgenland bescheidene 2,72 Euro.

Auch bei den Mitteln für den Medienankauf liegt das Burgenland nur auf dem vorletzten Rang knapp vor Kärnten. Da geht es nicht darum, etwas schlechtzureden, wie gesagt, wir haben einige, die sehr gut arbeiten. Von der Arbeiterkammerbibliothek, nach

Litzelsdorf, wenn ich jetzt einzelne aufzähle und dann vergesse ich vielleicht einen, dann muss ich aufpassen. Aber wir haben einige.

Aber insgesamt und unterm Strich gesehen, haben wir leider einen sehr schlechten Stand auf der österreichweiten Landkarte. Es besteht also Handlungsbedarf. Wenn das Jahr des Lesens 2018 über sich und seine Veranstaltungen hinaus Wirkung zeigen soll, dann müssen wir aktiv werden.

In anderen Bundesländern, etwa auch in der Steiermark, die ja zum Teil strukturell Ähnlichkeiten hat mit dem Burgenland, hat man sich dazu entschlossen, einen Bibliotheksentwicklungsplan zu erarbeiten. So ein Plan beschreibt die zentralen Rahmenbedingungen, in deren Zentrum die Qualitätssicherung und die inhaltliche Weiterentwicklung aller Bibliotheken steht, weil ein großes Problem ist halt auch, wenn einzelne Ehrenamtliche nur ein paar Stunden in der Woche Zeit haben, wenig finanzielle Mittel, dass halt so eine Bücherei dann leider auch einmal verstaubt ist, wenn sie nicht gepflegt wird und wenn die nicht sozusagen mit dem Leben moderner Literatur unterschiedlicher Branchen und Genres hier lebendig ist.

Im „Jahr des Lesens“ sollte auch das Burgenland einen Beitrag zur flächendeckenden Weiterentwicklung des Büchereiwesens im ländlichen Raum leisten. Mein Vorschlag, unser Vorschlag war, einen eigenen Bibliotheksentwicklungsplan auszuarbeiten.

Wie gewohnt haben wir wieder einen Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen, wo wieder ein bisschen zurückgenommen wird, hier ist es ein Fünfjahresplan, aber okay.

Es ist auch einiges im Abänderungsantrag nicht wirklich ganz sauber. Ich habe es bereits in der Ausschusssitzung gesagt und wollte ja damals zu einem gemeinsamen weiterentwickelten Abänderungsantrag kommen. Das fand damals kein Interesse, diese Debatte. Aber so Begriffe wie „Dorfbibliotheken oder Dorfbüchereien“ verwendet man halt schon lange nicht mehr, und es sind auch einige Sachen nicht angeführt, die mir wichtig wären.

Aber gut, der Abänderungsantrag ist einer, der mal ein Schritt in die richtige Richtung ist, auch wenn er - wie es halt so oft ist - nicht so konkret und so weitgehend ist, als es uns eigentlich recht wäre.

Ein besonderes Augenmerkt, und das ist mir schon wichtig und ich hoffe, daran wird dann auch weitergearbeitet, ist mir die Mehrsprachigkeit in den burgenländischen Bibliotheken. Ich glaube, in diesem Bereich haben wir gerade im Burgenland einen besonderen Auftrag.

Kritisch anmerken möchte ich aber doch: Es ist gerade aufgezählt im Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen die Fortsetzung der Initiative „Burgenländischer Bibliothekenaward“. Hier muss man wirklich genau hinschauen, auch wie das abgehalten wird. Da gab es zum Beispiel auch ein Publikumsvoting. Und bei Bibliotheken, wo eine Person meistens gerade die eigene Bücherei kennt, vielleicht auch noch die, wo man einmal mit den Kindern war oder im Nachbarort, ist es schwer, Publikumsvoting zu machen. Das ist dann mehr Mobilisierungsvoting.

Warum gerade da die „Büchermäuse Wimpassing“ nicht in der Buchstadt Burgenland, der Lesesommer Burgenland, ist mir jetzt nicht ganz nachvollziehbar. Aber sagen wir einmal, das, was hier aufgezählt ist, soll für mehr stehen als hier steht.

Ich halte es auch für wichtig, hier wirklich ein sehr deutliches Zeichen zu setzen, dass die Organisation des Bibliothekswesens im Burgenland auch stärker unterstützt wird, dass es hier auch Fachkräfte gibt, die die Ehrenamtlichen vor Ort unterstützen, begleiten. Ich sehe schon, der Kollege Hircy wird das vielleicht auch noch näher ausführen.

Wie gesagt, ganz glücklich bin ich nicht mit dem Abänderungsantrag, aber die Richtung stimmt und die Schritte sind wichtig. Deswegen werden wir dem dann auch zustimmen.

Wer für heute noch Lesestoff braucht, ich kann gern etwas herborgen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren! Die öffentlichen burgenländischen Büchereien sind wichtige Bildungs- und Kultureinrichtungen. Sie bilden einen wichtigen Teil der Bildungslandschaft im Burgenland.

Die zirka 80 öffentlichen Büchereien sind der größte außerschulische Bildungsanbieter des Burgenlandes. Sie verstehen sich als Bildungszentren, Kulturzentren und Informationszentren.

Die Aufgaben und Schwerpunkte des Landesverbandes als Dachverband der Büchereien bestehen darin, für die Qualifizierung der Büchereileiter zu sorgen, Unterstützung bei Neugründungen zu geben, Veranstaltungen von Tagungen zu aktuellen Themen zu organisieren, Kontakt zu Erwachsenen und Bildungseinrichtungen, Schulen, Medien zu pflegen. Für die Aktualisierung der Büchereidaten zu sorgen.

Es passiert also einiges im Büchereiwesen im Burgenland. Es wurde schon erwähnt. Selbst das Kulturreferat hat das Jahr 2018 unter das Motto „Burgenland liest“ gestellt, um der Literatur, dem Lesen, den nötigen Raum zu geben. Natürlich beteiligen sich auch die burgenländischen Büchereien an diesem Schwerpunktjahr und setzen laufend Impulse, die das Lesen in den Mittelpunkt stellen.

Am schwersten einer Idee, einer Vorstellung ist nicht, sie zu haben, sondern sie umzusetzen und bestmöglich auch nachhaltig umzusetzen. Wenn ich die Vorstellung habe, die Kinder und Jugendlichen sollten mehr lesen, dann ist das eine sehr gute Idee. Sie umzusetzen, ist da schon sehr, sehr schwieriger.

Es sollte das Ziel sein, Menschen, vor allem Kinder, Jugendliche wieder für Bücher, fürs Lesen zu begeistern. Büchereien leben vor allem von begeisterten Lesern und nicht so sehr von Förderungen.

Ich möchte mich hier an dieser Stelle bei allen ehrenamtlichen Büchereileitern bedanken, die sich bereit erklären, in ihrer Freizeit die Büchereien in den Gemeinden aufzusperren, um sozusagen die Bücher an die Frau, an den Mann, zu bringen. Vor allem auch an die Kinder und Jugendlichen.

Geschätzte Damen und Herren! Die öffentlichen Gemeindebüchereien werden in erster Linie von den Gemeinden in unterschiedlichster Form unterstützt. Auch den Gemeinden sei hier gedankt. Es gibt auch eine Förderung vom Büchereiverband Österreich, wenn man eben die entsprechenden Kriterien erfüllen kann. Im Burgenland kümmert sich der Landesverband um die Betreuung der Gemeindebüchereien.

Die Schwerpunkte und Aufgaben habe ich vorher schon aufgezählt. Natürlich gibt es auch eine finanzielle Unterstützung aus dem Kulturreferat. Bücher sind das Brot, die Nahrung für die Seele, deshalb wird die Landesregierung aufgefordert das Bücherwesen weiterhin bestmöglichst zu unterstützen.

Es sollen die Initiativen fortgesetzt werden, die es schon gibt. Es soll aber auch ein Fünfjahresplan in Kooperation mit den Büchereien ausgearbeitet werden. Es sollen motivierungsfördernde Maßnahmen erzielt werden und es soll eben geholfen werden, die Kriterien entsprechend zu erfüllen, damit die Büchereien auch eine entsprechende Bundesförderung erreichen können.

Wir geben dazu gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lesen ist Wissen, Wissen ist das Rüstzeug für die Zukunft. Lesen ist daher gerade die Chance für junge Menschen und ein wichtiges Gut, für die Zukunft absolut notwendig.

Es ist ein großer Unterschied, ob ich lese zu Genuss und Belebung oder zu Erkenntnis und Belehrung. Dieses Zitat von Johann Wolfgang von Goethe kann man auch auf die heutige Zeit umlegen. Vielerorts gibt es tolle Büchereien. Egal ob im Bezirk Neusiedl, in der Stadt Eisenstadt, in Jennersdorf. Von Kalch bis Kittsee gibt es viele Menschen, die sich persönlich engagieren. Die in über 80 Büchereien sich einbringen. Dort ist Lesen ein Genuss.

Eindeutig ersichtlich ist dies an den Zahlen der Ausleihungen. Das Traurige aber, genau diese Ehrenamtlichen müssen sich oft mit nicht optimalen Rahmenbindungen herum schlagen. Mancherorts sind Büchereien oder Bibliotheken nur ein Aufbewahrungsort für Bücher. Oft werden nur Chroniken oder andere ältere Bücher abgelegt.

Dort wo sich Menschen ehrenamtlich einbringen, dort funktioniert es. Genau diese Menschen müssen wir vor den Vorhang bitten. Es gibt sehr viele gute Beispiele. Wir haben schon einiges gehört. Egal ob es sich um die lange der Nacht des Lesens handelt, hier ein Danke an Petra Werkovich, an Kooperationen mit Schulen, die in fast jeder Gemeinde funktionieren, ein gutes Beispiel auch die Lesenächte, organisiert von Helene Petz in Jennersdorf.

Dort dürfen die Kinder sogar in der Bücherei übernachten und werden verpflegt. Der Lesesommer oder auch das spielerische Einbinden von Leseaktionen bei Sommerferienprogrammen. Ein besonders beliebtes Spiel hier bei den Kindern ist die Buchstabensuppe. Ein weiterer Faktor: Je aktueller der Bestand in der Bücherei ist desto attraktiver ist dieser, gerade für Jugendliche. Wir müssen jetzt hier unterstreichen.

Aus meiner Sicht ist das Lesen von Büchern auf elektronischem Medium maximal eine Ergänzung. Wir müssen hier wieder vermehrt auf das Buch in Papierform setzen. Persönlich schade finde ich es auch, dass es immer weniger Büchereihandlungen gibt. Auch hier müssen wir mit den Büchereien entgegenwirken und eben hier Angebote schaffen.

Ich darf daher kurz und knackig auf den Punkt kommen. Es benötigt einen leichteren Zugang für Fördergelder für burgenländische Bibliotheken, es braucht

Verbesserung im Bereich der Medienförderung damit mehr Bibliotheken die Kriterien des BVÖ und damit die Bundesförderungen erreichen können.

Es braucht konkrete Projektförderungen für engagierte Bibliotheken, eine Initiative für mehr Hauptamtliche, damit diese, wie vorhin schon erwähnt, den Ehrenamtlichen noch besser unter die Arme greifen können, damit eben noch mehr Initiativen gestartet werden können.

Es braucht auch eine höhere Unterstützung für Gemeinden, welche eine Bücherei mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzen und Büchereien sanieren oder neu errichten.

Zum Abänderungsantrag von Rot und Blau darf ich festhalten, es darf nicht alles so bleiben wie es im Antrag steht. Es muss in vielen Bereichen deutlich besser werden. Daher werden wir diesem Abänderungsantrag nicht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident. Frau Mag.a Petrik muss ich eines sagen, ich bin ein bisschen leicht destruktiv. Es hat ja gut begonnen und ich habe mir dann wirklich gedacht nach dem Reden es geht um das Ehrenamt, es geht wirklich um das Ehrenamt.

Wir haben das Jahr des Ehrenamtes und normalerweise gehört ein großes Danke schön gesagt an alle, die ehrenamtlich in Bibliotheken stehen, die Arbeit verrichten und es sind halt nicht so viele Stunden, weil sie es sich nicht leisten können, aber ein großes Danke an die Ehrenamtlichen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich darf rezitieren und vielleicht ist es ein bissen authentischer, als wenn man selber als Politiker da steht, nämlich die Frau Mag. Silke Reuss. Bibliothekenkenner werden sie auch kennen. Sie sagt Folgendes: Es konnten in den vergangenen Jahren mit sehr viel ehrenamtlichen Engagement seitens der Bibliotheken und des Landes Burgenland sehr gute Akzente gesetzt werden, die zu einer positiven Entwicklung und Bewegung in burgenländischen Büchereien geführt haben und vom Land Burgenland finanziell immer unterstützt wurden.

Etwa die seit 2014 laufende Leseprüfordnungsinitiative, „Buchstart Burgenland: mit Büchern wachsen“, das sich zu einem echten Vorzeigeprojekt entwickelt hat. Die Installierung von RegionalbetreuerInnen in allen Bezirken des Burgenlandes ist gelungen, die in den allermeisten Fällen ehrenamtlichen BüchereibetreuerInnen Hilfestellungen anbieten und zu einer nachhaltigen Professionalisierung beitragen wollen. Die landesweite Aktion "Lesesommer Burgenland" wurde eingeführt.

Man hat es vorher gehört, dieser Award wurde eingeführt. Egal ist es vielleicht, wie Sie vorher gesagt haben, das wenige vielleicht mitvoten, aber trotzdem man hat das gemacht am 07.06., diesen ersten Bibliothekenaward. Ich war gestern bei Mag. Huditsch in der Arbeiterkammer. Sie haben es ganz kurz angerissen, das ist ja eine Vorzeigebibliothek. 100.000 Entlehnungen im Jahr! 100.000 Entlehnungen im Jahr in Eisenstadt alleine. 90 Veranstaltungen alleine von dieser Bücherei ausgehend. Er sagt weiter, es ist ein Aufwärtstrend zu merken. Und wie gesagt, alles im Ehrenamt.

Deshalb werden wird natürlich als SPÖ und als Sozialdemokraten diesen Antrag, unserem Abänderungsantrag, zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, daher kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Förderung des Bibliothekswesens im Burgenland ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

16. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1326) betreffend Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen und Sicherheit für deren Lehrbetriebe (Zahl 21 - 933) (Beilage 1371);

Präsident Christian Illedits: Der 16. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1326, betreffend Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen und Sicherheit für deren Lehrbetriebe, Zahl 21 - 933, Beilage 1371.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General -und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen und Sicherheit für deren Lehrbetriebe, in ihrer 32. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen und Sicherheit für deren Lehrbetriebe, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Zitat: "Der Fachkräftemangel ist ein aktuelles, aber auch ein strukturelles Problem. Alleine heuer fehlen uns 10.500 Fachkräfte. Ein Teil davon lässt sich durch qualifizierte Zuwanderung lösen. Das 3 + 2 Modell ist eine geeignete Übergangslösung. Mittelfristig brauchen wir aber eine strategische Zuwanderungspolitik, die Nutzen für Gesellschaft und Wirtschaft stiftet.

Die Migrationsphobie, die es im Land gibt muss endlich abgebaut werden." Dieses Zitat stammt von jemanden, der weit entfernt ist von dem Verdacht irgendwie extrem linke

oder grüne Positionen zu vertreten. Dieses Zitat stammt von Georg Kapsch, seines Zeichens Präsident der Industriellenvereinigung. Im Vergleich zu Ihnen, Herr Molnár, ist der Herr Kapsch *(Abg. Géza Molnár: Der Kapsch ist ein Linker!)* ein Linker, stimmt. Im Vergleich zu Ihnen, ja stimmt!)

Petra Ramsauer, eine Journalistin, die sich sehr gut auskennt in Krisengebieten, weil sie viele Jahre dort gelebt hat, von dort berichtet hat und immer wieder vor Ort ist, schreibt: „Was sich in allen Krisenregionen, besonders aber in Afghanistan zeigt, ist ein Muster. Damit solche Länder eine realistische Chance haben aus der Gewaltspirale auszubrechen, braucht es eine gut ausgebildete Bevölkerung. Jungen Afghanen in Österreich die Gelegenheit zu bieten einen Beruf zu erlernen, ist nicht nur eine Investition die einer Person zugutekommt.

Es zeigt Perspektiven auf, wie der Wiederaufbau gelingen kann, jener der eigenen Biographie, aber auch eines Landes. Ausbildung für Menschen aus Krisenregionen zu bieten, ist Außenpolitik in einer ihrer konstruktivsten Form“, Petra Ramsauer.

Christian Konrad, *(Abg. Géza Molnár: Der ist auch ein Linker!)* wir kennen ihn aus dem Zusammenhang der Raiffeisenbank, sagt: „Ich verstehe eine starre Haltung nicht, nach der junge Menschen abgeschoben werden sollen, die als Lehrlinge in Österreich gebraucht werden.

Peter Haselsteiner: *(Abg. Géza Molnár: Der ist auch ein Linker! Sie kennen überhaupt nur Linke!)* „Bei einem so drückenden Fachkräftemangel ist die Abschiebung von Lehrlingen die dümmste, vorstellbare Maßnahme“ und, und, und. Die Bandbreite, ja dass relativ zu ihrem Spektrum sehr vieles links ist, glaube ich schon, aber was ich damit zeigen möchte ist, die Bandbreite von Menschen und die Bandbreite der Motivationen dieser Menschen sich für ein Modell der Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen einzusetzen, ist sehr groß.

Besonders groß ist dieses Anliegen aber auch jenen Menschen, die in wirtschaftlichen Betrieben tätig sind, wo sie ganz schwer Fachkräfte finden und wo sie große Schwierigkeiten haben geeignete Lehrlinge zu finden.

Das heißt, wir haben hier zwei Situationen. Die eine Situation ist es gibt Betriebe zum Beispiel Hotelbetriebe, die Gastronomiebetriebe, die keine Lehrlinge finden. Da gibt es Menschen, die möchten eine Lehre machen, die möchten eine Ausbildung machen zum Facharbeiter, zur Facharbeiterin in einer bestimmten Branche. Das heißt, da gibt es ein Angebot und da gibt es eine Nachfrage.

Die beiden dürfen nicht zusammenkommen. Weil das gesetzlich nicht vorgesehen ist. Warum ist es gesetzlich nicht vorgesehen? Weil diejenigen die das Angebot machen, ich möchte eine Lehre machen, ich möchte hier einen Job ausüben, den andere nicht ausüben wollen, weil diese aus einem anderen Land sind und hier noch in einem Asylverfahren stehen.

Eine Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen so wie wir sie mit dem vorliegenden Antrag fordern, hilft auch den Betrieben. Sie hilft auch burgenländischen Betrieben. Wir haben schon einige, die schon sehr verzweifelt darüber sind, dass die, in diesen Fällen sind es junge Männer, die bei ihnen arbeiten, nicht weiter arbeiten können oder kurz vor der Abschiebung stehen oder schon sehr verzweifelt sind, weil sie nicht wissen, was mit ihnen passieren wird.

Da haben wir zum Beispiel den Herrn Reiters, viele kennen ihn hier, Reserve Südburgenland, der sich einsetzt für einen seiner Lehrlinge. Er hat dies auch getan mit

einem Brief an Landesrat Darabos und er schreibt darin: Umi Jakubi hat eine Chance bekommen und angenommen und nun soll er abgeschoben werden.

Eine menschliche Katastrophe für ihn und für uns. Die Abschiebung von Asylwerbenden in Lehre schadet nicht nur den Unternehmerinnen und Unternehmern, ich zitiere wieder den Herrn Reiters, sie verhindern auch eine der erfolgreichsten Integrationsmöglichkeiten.

Eine der größten Chancen für die Integration ist die Eingliederung von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt. Eine Chance für die Betroffenen selbst, aber auch für die Unternehmen und unsere Gesellschaft. Schließlich bringt eine Lehrstelle Fachausbildung, Sprachkompetenz, Freundschaften und Einbindung in die österreichische Gesellschaft.

Ebenfalls um einen Lehrling kämpfen, der vor einer Abschiebung, vor einer möglichen Abschiebung steht, ist in Bad Tatzmannsdorf das Gesundheitsresort Reduce. Also es ist keine Einzelerscheinung und es sind Menschen, die in ihren Betrieben einfach ein Interesse haben, nämlich, dass ihr Betrieb gut laufen kann und dass sie gute Leute ausbilden können.

Deswegen wäre es ja nur vernünftig, einfach nur vernünftig zu sagen, Asylwerber, die eine Lehrstelle haben, können diese Lehrausbildung hier fertig machen und auch dann noch zwei Jahre arbeiten, um diese Arbeitserfahrung zu sammeln, um dann, ich erinnere an das Zitat von Petra Ramsauer, wenn sie in die Situation kommen, wieder in ihr Heimatland zurückzukehren, dort auch bereits mit einer guten Ausbildung etwas aufbauen können, aber natürlich auch für die Betriebe, die dann eine ausgebildete Fachkraft auch noch selber zur Verfügung haben.

Was für mich sehr erschreckend war eigentlich, dass nicht nur ein Abänderungsantrag kam, damit war zu rechnen, was für mich erschreckend war, dass dieser Abänderungsantrag kam ohne auch nur einen Satz Begründung zu formulieren.

Wir haben einfach nur eine Beschlussformel vorgelegt bekommen, in der die Regierungsfraktionen SPÖ und FPÖ miteinander ganz klar feststellen, dass für sie staatliche Bemühungen hinsichtlich Integration auf dem Arbeitsmarkt auf Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte zu fokussieren ist.

Nun die Haltung der FPÖ kennen wir, aber auch da hätte ich mir eigentlich von der SPÖ erwartet, dass sie nicht einfach klein beigibt, sondern dass sie ein bisschen für das kämpft, was ihnen sonst auch wichtig ist. *(Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö)*

Weil in anderen Bundesländern macht das die SPÖ sehr wohl. Der Gemeinderat in Wien hat gemeinsam, die SPÖ, die GRÜNEN und die NEOS, einen Antrag beschlossen, dass dieses Modell „Lehre in Mangelberufen für Asylwerbende“ nach dem Vorbild 3+2, also die drei Jahre Ausbildung plus zwei Jahre Arbeitsjahre danach in Österreich gesetzlich implementiert wird.

Heute hat der Vorarlberger Landtag mit den Stimmen der ÖVP, der GRÜNEN und der NEOS auch genau das beschlossen, dass sich die Bundesregierung dafür stark machen soll, und diese Möglichkeit schaffen soll. Das heißt, wir sehen, wir haben in unterschiedlichen Bundesländern quer durch Parteigrenzen hinweg gemeinsam von SPÖ, von ÖVP-Politikern und Politikerinnen, von GRÜNEN und von NEOS dieses sachliche Anliegen. Können wir doch bitte unseren Betrieben und diesen Menschen die Möglichkeit geben, dass hier Nachfrage und Angebot zusammenkommen?

Schade, dass das bei uns nicht möglich ist. Es wäre eine sehr logische und vernünftige Lösung, das ist jetzt schon für mich eine sehr ideologisierte Debatte, weil man

da auch noch immer sagen muss, das geht nicht, da hilft nichts. Ich kann mir schon vorstellen, dass der Kollege Molnár wiedersagen wird, na ja, wenn wir einem das erlauben, dann kommen die nächsten 1.000, die das auch wollen. Jetzt sage ich, wenn wir Lehrstellen haben und Menschen brauchen, dann wäre es ja gar nicht so schlimm, wenn diese Lehrstellen auch besetzt werden.

So ein Modell sagt ja nichts darüber aus, wie man Asylrecht sonst noch gestaltet, da sind wir eh unterschiedlicher Meinung, *(Abg. Géza Molnár: Sie reden von Zuwanderung, nicht von Asyl!)* es sagt nichts darüber aus, wie Migrationspolitik betrieben wird. So ein Beschluss würde nicht einmal etwas über Zuwanderungspolitik aussagen, er sagt nur etwas darüber aus, wollen wir die Nachfrage der Betriebe und das Angebot von jungen Menschen, die hier im Asylverfahren stehen zusammenbringen, damit das eine Lösung wird, die für alle gut ist.

Es tut mir leid, dass wir das hier im Burgenländischen Landtag das hier so nicht beschließen werden können. Diesem Abänderungsantrag werden wir natürlich nicht zustimmen. *(Abg. Géza Molnár: Weil Sie vom Rechtsstaat nichts halten! – Beifall bei den GRÜNEN!)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Molnár. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich zitiere den Einleitungssatz aus dem grünen Antrag. Das Erfolgsprojekt Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen ist in Gefahr! Ja, meine Damen und Herren! Möglicherweise ist dieses Erfolgsprojekt wirklich in Gefahr und zwar wegen Politikern wie den beiden Antragstellern und ich werde Ihnen nun erklären, warum das so ist.

Im Jahr 2012 wurde Asylwerbern per Erlass des Sozialministers erstmalig der Zugang zum Lehrberuf, zu bestimmten Lehrberufen ermöglicht und zwar unter ganz bestimmten Umständen und ganz bestimmten Bedingungen. Die Begründung, das muss ich ehrlich sagen, leuchtet mir persönlich ein, sie leuchtet mir heute noch ein. Hier ein Unternehmer der dringend einen Lehrling sucht, da ein junger Asylwerber, der sinnlos Zeit totschlägt, während er auf das Ergebnis seines Asylverfahrens wartet.

Warum also aus der beiderseitigen Not keine Tugend machen? Der Unternehmer bekommt seinen Lehrling, der junge Asylwerber bekommt eine sinnvolle Beschäftigung, eine Ausbildung, kann in der Zeit, in der er auf das Ende des Asylverfahrens wartet sich integrieren, assimilieren, wie auch immer, das leuchtet ein, meine Damen und Herren, es leuchtet wirklich ein.

Es wurde aber von gewissen Parteien und von Politikern nur als die erste Scheibe betrachtet, die man von einer Salami abschneidet. Seit einiger Zeit schneiden dieselben Parteien und schneiden dieselben Politiker an der zweiten Scheibe Salami und auch wie die dritte Scheibe dann aussehen könnte, auch das ist bereits heute erkennbar.

Jetzt im Jahr 2018 enden viele Asylverfahren, nach dem Schub im Jahr 2015. Jetzt im Jahr 2018 ist man überrascht, ist man empört, ist schockiert, wie auch immer, dass Asylverfahren negativ enden, und der Rechtsstaat seinen ordnungsgemäßen Gang nimmt.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie kennen sicherlich § 14 Abs. 2 lit. f des Berufsausbildungsgesetzes, wo es heißt: Vor Ablauf der vereinbarten Lehrzeit endet das Lehrverhältnis, wenn ein Asylverfahren des Lehrlings mit einem rechtskräftigen negativen Bescheid beendet wurde.

So, dass das den Lehrherren ärgert, dass das für den nicht angenehm ist, dass es ihn menschlich mitnimmt, dass das vor allem für den Lehrling selbst schwer zu verkraften ist, das ist gar keine Frage. Volles Verständnis, das leuchtet mir ein. Aber niemand von den Betroffenen kann behaupten, dass er nicht von Anfang an gewusst hat, dass es eben auch so kommen könnte.

Dass es eben passieren kann, dass ein Verfahren negativ ausgeht, der Aufenthaltstitel abgesprochen wird und damit auch das Ausbildungsverhältnis endet und Sie geben das in ihrem Antrag ja auch selber zu. Weil Sie haben den Satz in diesem Antrag „schon das Eingehen eines Lehrvertrages stellt für Unternehmen ein Risiko dar“.

Ja, nona. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das wollen wir ja ändern!)* Weil die Rechtslage klar ist. So. Und obwohl auch Sie das von Anfang an gewusst haben und genauso wie Unternehmer und Asylwerber, die ein Lehrverhältnis eingehen, gehen Sie jetzt her und fordern Änderungen mit der Begründung, die jetzige Situation wäre weder für den Unternehmer noch für den Lehrling zumutbar. Zuvor, ich erinnere daran, war es nicht zumutbar, dass man Asylwerber nicht zur Lehre zugelassen hat, und jetzt sind wir beim nächsten Schritt.

Also die erste Scheibe der Salami hat so ausgesehen, wir fordern den Zugang für Asylwerber zur Lehre, mit dem, ich sage jetzt vordergründigen Argument, Integration für den Fall der Fälle, er könnte ja auch in Österreich bleiben dürfen, zweite Scheibe der Salami. Auch wenn das Asylverfahren jetzt während der Lehrausbildung negativ ausgegangen ist, muss der Asylwerber in Österreich bleiben, seine Ausbildung abschließen, und noch zwei Jahre in Österreich bleiben dürfen mit dem Argument, er entwickelt sich ja gut, der Unternehmer braucht ihn, er macht eine Ausbildung, er integriert sich.

So, und die dritte Scheibe zur Salami, meine Damen und Herren, die würde dann folgendermaßen aussehen, weil das nehme ich Ihnen schlicht und einfach nicht ab. Jetzt macht der seine Ausbildung fertig, dann darf er noch zwei Jahre hierbleiben. Wer weiß, was in dieser Zeit passiert, ja, auf jeden Fall wird man nach zwei Jahren, nach weiteren zwei Jahren sagen, na der Aufenthalt hat sich ja verfestigt.

Das ist ja jetzt noch unmenschlicher als vorher, wenn man den nach Hause schickt. Das wäre die Konsequenz, wenn wir jetzt auf Ihren Antrag einsteigen würden. Weil das eben eine Salami-Taktik ist, meine Damen und Herren!

Das ist eine Taktik, die fatal ist im Rahmen einer fatalen Strategie, die von dieser politischen Seite, von den GRÜNEN seit Jahren verfolgt wird und die darauf abzielt, den Unterschied, und das ist jetzt der wesentliche Punkt, den Unterschied zwischen Asyl und Zuwanderung bis zur Unkenntlichkeit zu vermischen, um das Asylrecht de facto zum Zuwanderungsrecht zu pervertieren.

Bleiberecht, und dazu stehe ich, Bleiberecht für Lehrlinge würde nur dazu führen, dass sich weitere Menschen auf den Weg machen, weil sie wissen, dass sie, wenn es gut geht, auch ohne Asylgrund, eine Chance haben, dauerhaft im Zielland bleiben zu können, meine Damen und Herren!

Ich sage Ihnen jetzt, was mit dieser Salami möglicherweise passieren könnte. Man wird sie Ihnen, den GRÜNEN, unter anderem möglicherweise wegnehmen. Ihre Salami-Taktik wird möglicherweise dazu führen, dass das Sozialministerium diesen Erlass einmal prüft, diesen Erlass möglicherweise entsorgt und dass künftig dann auch jene jungen Asylwerber, die sehr wohl Chancen auf einen positiven Bescheid haben, keine Lehre mehr machen dürfen.

Das wird dann Ihr Erfolg gewesen sein, weil Sie mit dem, was man 2011 verfügt hat, nicht zufrieden sind, weil Sie sich nicht damit zufrieden geben, und nicht akzeptieren, dass wir in einem Rechtsstaat leben, wo ein Asylverfahren eben auch negativ enden kann, weil Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass es einen Unterschied zwischen Asyl und Zuwanderung gibt, weil Sie eben nicht bereit sind, dazwischen zu unterscheiden, weil Sie nicht bereit sind, und daher auch unser Abänderungsantrag, den rechtsstaatlichen Gang zu akzeptieren.

Betroffene Unternehmer und Asylwerber können sich dann bei Ihnen bedanken, meine Damen und Herren, ja Sie haben mit Ihrem Satz Recht, das Erfolgsprojekt „Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen“ ist in Gefahr, weil es die GRÜNEN gibt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sobald ein Asylantrag gestellt wurde, gibt es im Regelfall einen faktischen Abschiebeschutz. Das heißt, bis zu einer Entscheidung über diesen Antrag ist der Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet.

Je schneller ein Asylverfahren abgeschlossen ist, desto besser für alle Beteiligten. Rasche Asylverfahren bauen auch jenen Einzelfällen vor, die erst nach mehreren Jahren entsprechende Entscheidungen erhalten und dann aus ihrem mittlerweile lieb gewordenen Umfeld gerissen werden. Ja, Integration ist wichtig. Wer in seinem Herkunftsland individueller Verfolgung ausgesetzt ist, hat entsprechend der rechtlichen Rahmenbedingungen Asyl in Österreich zu erhalten.

Wessen Leben in seinem Herkunftsland vom Krieg bedroht ist, soll im Sinne der Menschlichkeit und Solidarität für eine bestimmte Dauer rechtmäßig Schutz in Österreich finden. Vor allem von diesen Menschen, die in Österreich vorübergehend oder dauerhaft leben wollen, erwarten wir, dass sie sich unserem Wertekonsens bekennen. Ein Wertekonsens im Sinne der österreichischen und europäischen Leitkultur umfasst für uns die fünf Grundbotschaften:

- Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus. Der Rechtsstaat muss akzeptiert werden.
- Jeder Mensch in Österreich muss akzeptieren, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind.
- Wer bei uns bleiben will, muss Deutsch lernen.
- Das Bekenntnis zur Trennung von Kirche und Staat.
- Und das Bekenntnis zum Leistungsprinzip.

Es geht nicht darum, woher jemand kommt, sondern warum oder was jemand für Österreich zu leisten bereit ist. Alle, die sich zu diesen Grundbekenntnissen bekennen, denen stehen in Österreich alle Türen und Tore offen. Es gibt bereits gute Beispiele, ich bin auch stolz darauf, dass ich viele dieser Menschen persönlich kenne. Viele haben sich schon erfolgreich integriert, viele sind zu Freunden geworden.

Genauso ist es möglich, dass sich Menschen in Österreich eine neue Existenz aufbauen können. Gerade in Mangelberufen gibt es daher gute Möglichkeiten. Wir wissen es, dringend benötigt werden unter anderem Köchinnen und Köche, speziell die

Gastronomie braucht viele Mitarbeiter, aber auch klassische Handwerksberufe sind betroffen.

Für Menschen, die sich in Österreich integrieren wollen, gibt es also nach einem Asylverfahren gute Möglichkeiten. Wir werden daher diesem Abänderungsantrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Zu diesem letzten Tagesordnungspunkt wurde seitens der Vorredner in die eine oder andere Position bereits einiges gesagt, der Beschlussantrag im Abänderungsantrag lautet „betreffend Asylrecht und Arbeitsrecht“. Es ist wichtig, dass es um zwei Rechtsmaterien geht. In diesen Rechtsmaterien gibt es unterschiedliche Bestimmungen, die in einem Rechtsstaat einzuhalten sind.

Im Bereich der Lehre gilt das Berufsausbildungsgesetz wie es angesprochen worden ist. Es gibt Bestimmungen, die einen Beginn der Lehre und eine Beendigung der Lehre determinieren.

Es ist richtig, dass im Jahr 2011 ein Erlass seitens des damaligen Sozialministers Hundstorfer geschaffen wurde, der ermöglicht hat, dass Asylwerber im Ausnahmefall infolge des Vorliegens von Voraussetzungen des Alters unter 25 Jahre, unter Vorliegen, dass keine inländischen Lehrlinge und keine Migranten vorliegen, dann ist es möglich, dass Asylwerber auch einen Lehrberuf ergreifen können.

Sowohl dem Lehrling als auch dem Lehrherrn war und ist es bewusst, dass es Beendigungstatbestände gibt. Unter anderem war der vom Kollegen Molnár geschilderte Beendigungstatbestand auch im Berufsausbildungsgesetz festgesetzt. Deshalb ist also auch in all jenen Fällen, die seit 2015 betroffen sind, die meisten sind jetzt aktuell, natürlich die Gesetzeslage einzuhalten.

Das bedeutet, dass ein negativer Asylbescheid natürlich die Beendigung des Lehrverhältnisses nach sich zieht. Das ist das Eine.

Das Zweite ist natürlich der Fachkräftemangel in gewissen Bereichen, gerade im Tourismus, in Dienstleistungsbetrieben wie auch im Bereich der FrisörInnen, ist evident.

Das, was gemacht werden muss, ist klar. Es müssen alle Anstrengungen gemeinsam unternommen werden, dass wir Fachkräfte in der Zukunft bekommen. Es ist aber nicht so, dass wir nur in diese Richtung schielen müssen und sagen, okay, jetzt haben wir eventuell durch den Asylwerber, der in einer Lehre ist, die einzige Möglichkeit, diese Lehrpositionen zu besetzen.

Ich denke mir, man muss auch vorsichtig sein, mit einem Modell 3+2. Ich habe es mir gut angeschaut. Ich denke, das sollte man auch machen. Aber bei diesem Modell ist halt die Gefahr dann, ob man nicht dadurch die Asylbestimmungen quasi umgeht, indem man die Möglichkeiten schafft, im Verhältnis zu anderen, die diese nicht haben, quasi diskriminierenderweise das ermöglicht.

Die Asylbestimmungen sind auch klar. Der Rechtsstaat, das rechtsstaatliche Prinzip ist bei uns im Prinzip das, an das wir uns halten müssen und werden.

In diesem Sinn ist die Trennung zwischen Asylrecht und Arbeitsmarkt von den gesetzlichen Bestimmungen her zu treffen. In diesem Sinn ist es auch richtig, dass der Ausgang des Asylverfahrens auch nach dem Rechtsstaatsprinzip zu akzeptieren ist.

In diesem Sinne ist es auch richtig, dass Integration auf dem Arbeitsmarkt derzeit laut der Gesetzeslage nur auf Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte zu fokussieren ist.

In diesem Sinne haben wir auch den Abänderungsantrag gestaltet, und meine Fraktion wird diesem zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Da nun keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Asylrecht und Arbeitsmarkt ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Sitzung beendet die ordentliche Tagung 2017/2018 und beschließt damit eine weitere arbeitsintensive Saison. Bevor ich die 40. Sitzung des Burgenländischen Landtages endgültig schließe, gestatten Sie mir einige Worte des Dankes.

Zum einen an alle Damen und Herren Abgeordneten für ihr Engagement im Dienste der Burgenländerinnen und Burgenländer, an die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung für die konstruktive Zusammenarbeit.

Aber nicht minderer Dank gebührt allen Bediensteten der Landtagsdirektion für die Unterstützung der Landtagsarbeit.

Ich freue mich darauf, Sie alle nach der Sommerpause gut erholt und gesund begrüßen zu dürfen. Bis dahin darf ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen schönen Sommer und erholsame Urlaubstage wünschen.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 20. September 2018, vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 21 Uhr 15 Minuten in meinem Büro statt.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 21 Uhr 03 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 41. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Mittwoch, 05. September 2018

09.03 Uhr - 15.26 Uhr

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6508)

Unterbrechung

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ein Demokratie-Schutz-Paket für das Burgenland (Zahl 21 - 1009) (Beilage 1417)
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6511)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 6517), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6524), Géza M o l n á r (S. 6529), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6534), Ingrid S a l a m o n (S. 6537), Landeshauptmann Hans N i e ß l (S.6540), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6546), Markus U l r a m (S. 6550), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 6552), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 6555), Bernhard H i r c z y (S. 6559), Patrik F a z e k a s, BA (S. 6560), Georg R o s n e r (S. 6561), Walter T e m m e l (S. 6563), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6564)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 6566)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6508)

Beginn der Sitzung: 09 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Damen und Herren, die uns via Internet heute beiwohnen!

Ich eröffne die 41. Sitzung des Burgenländischen Landtages und damit die ordentliche Tagung 2018/19. Diese Sitzung habe ich aufgrund eines der Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs gem. § 54 Abs. 2 GeOLT gestellten Verlangens fristgerecht einberufen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Amtliche Verhandlungsschrift der 40. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Herren Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter, Gerhard Steier und Peter Heger entschuldigt.

Nachruf für den verstorbenen LAbg. a.D. Johann Loos

Präsident Christian Illedits: Meine Damen und Herren! ich ersuche Sie, sich von den Plätzen zu erheben. *(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn der heutigen Sonderlandtagssitzung gedenken wir dem ehemaligen Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag, Johann Loos, der vor kurzem im 69. Lebensjahr unerwartet von uns gegangen ist.

Johann Loos wurde am 18. Juli 1949 in Apetlon als Sohn eines Landwirtes geboren. Nach der Volksschule besuchte er das Bundesgymnasium in Mattersburg und in Eisenstadt. Ab 1967 war er Bediensteter des Österreichischen Bundesheeres und nach der Externistenmatura absolvierte er von 1977 bis 1980 die Militärakademie. Er schloss die Stabsoffiziersausbildung ab und bekleidete zuletzt den Rang eines Obersts.

Seine politische Laufbahn begann Johann Loos 1977 als Gemeinderat in Apetlon. 1981 wurde er in seiner Heimatgemeinde Vizebürgermeister und von 1982 bis 2007 war er Bürgermeister. Daneben wurde er 1987 ÖAAB-Bezirksobmann von Neusiedl am See, und er war auch Obmann-Stellvertreter des Burgenländischen Müllverbandes.

In der Zeit von 1987 bis 2002 war Johann Loos Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag. In dieser Zeit haben einige der Damen und Herren Abgeordneten mit ihm hier im Hohen Haus einen gemeinsamen politischen Weg beschritten. Von Mai 2000 bis Dezember 2002 war er darüber hinaus Abgeordneter zum Nationalrat.

Johann Loos hat sich stets mit großem persönlichem Engagement in den Dienst der Sache und in den Dienst der Menschen des Burgenlandes gestellt. Für seine Verdienste wurde er mit dem Großen Ehrenzeichen des Landes Burgenland ausgezeichnet.

Am 18. Juli dieses Jahres, genau an seinem Geburtstag, wurde Johann Loos plötzlich aus dem Kreise seiner Familie gerissen. Er hinterlässt eine Frau und drei Töchter, denen unser tiefstes Mitgefühl gilt.

Mit Johann Loos verlieren wir einen Politiker, der in 15 Jahren als Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag einen großen Beitrag an der positiven Entwicklung unseres Heimatlandes Burgenlandes geleistet hat. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen für Ihre Trauerbekundung. *(Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Mitteilung des Einlaufes

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun Herrn Schriftführer Kilian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 41. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Mittwoch, dem 5. September 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Kulturbericht 2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1014) (Beilage 1422);

Von den Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen ist der Dringlichkeitsantrag auf Fassung einer Entschließung betreffend ein Demokratie-Schutz-Paket für das Burgenland (Zahl 21 - 1009) (Beilage 1417) eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Sicherung der Finanzierung von Kindergärten“ (Zahl 21 - 1001) (Beilage 1409);
2. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Mehr Fachkräfte im Burgenland für das Burgenland ausbilden“ (Zahl 1002) (Beilage 1410);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Gesetz vom 20. November 1997 über das Dienstrecht der Landesbeamten (Burgenländisches Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 - LBDG 1997) geändert wird (Zahl 21 - 1005) (Beilage 1413);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Wasserschutzgebiet Oberwart (Zahl 21 - 982) (Beilage 1390);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Krankenhaus Oberwart (Zahl 21 - 983) (Beilage 1391);
3. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Bedarf Pflegebetten (Zahl 21 - 988) (Beilage 1396);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Grundstücksvergleiche Umfahrung Schützen (Zahl 21 - 989) (Beilage 1397);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik. an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend grenzüberschreitender Projekte (Zahl 21 - 991) (Beilage 1399);
6. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Hochbeete (Zahl 21 - 994) (Beilage 1402);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Biberdamm (Zahl 21 - 995) (Beilage 1403);
8. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl

betreffend Bahnstrecke Oberwart-Großpetersdorf (Zahl 21 - 996) (Beilage 1404);

9. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Park & Ride Anlagen (Zahl 21 - 1012) (Beilage 1420);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 955) betreffend Jagdschneisen (Zahl 21 - 984) (Beilage 1392);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 952) betreffend Akutordinationen (Zahl 21 - 985) (Beilage 1393);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 951) betreffend Gemeindeprüfung (Zahl 21 - 986) (Beilage 1394);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 953) betreffend Pflegeregress (Zahl 21 - 987) (Beilage 1395);
5. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 956) betreffend „a sauberes Festl“ (Zahl 21 - 990) (Beilage 1398);
6. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 958) betreffend Bauverfahren Gemeinde Gols (Zahl 21 - 992) (Beilage 1400);
7. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 959) betreffend Straßenbau (Zahl 21 - 993) (Beilage 1401);
8. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 966) betreffend Pendler (Zahl 21 - 997) (Beilage 1405);
9. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 967) betreffend Handwerkerbonus – Wintersanierungsoffensive (Zahl 21- 998) (Beilage 1406);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 968) betreffend eine Wirtschaftsdelegation, Reise nach China (Zahl 21 - 999) (Beilage 1407);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 969) betreffend allgemeine Ressortzuständigkeit (Zahl 21 - 1000) (Beilage 1408);
12. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 972) betreffend Pflegefondsgesetz (Zahl 21 - 1003) (Beilage 1411);
13. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 973) betreffend KUZ Mattersburg (Zahl 21 - 1004) (Beilage 1412);
14. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 975) betreffend Schulassistenz (Zahl 21 - 1006) (Beilage 1414);
15. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 982) betreffend Wasserschutzgebiet Oberwart (Zahl 21 - 1007) (Beilage 1415);
16. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 983) betreffend Krankenhaus Oberwart (Zahl 21 - 1008) (Beilage 1416);
17. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 988) betreffend Bedarf Pflegebetten (Zahl 21 - 1010)

(Beilage 1418);

18. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 989) betreffend Grundstücksvergleiche Umfahrung Schützen (Zahl 21 - 1011) (Beilage 1419);
19. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 991) betreffend grenzüberschreitender Projekte (Zahl 21 - 1013) (Beilage 1421);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 1014, Beilage 1422, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 1001, Beilage 1409, und Zahl 21 - 1005, Beilage 1413, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 21 - 1002, Beilage 1410, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 982, Beilage 1390, und Zahl 21 - 995, Beilage 1403, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftliche Anfragen Zahl 21 - 983, Beilage 1391, und Zahl 21 - 989, Beilage 1397, habe ich Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 988, Beilage 1396, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 991, Beilage 1399, Zahl 21 - 996, Beilage 1404, und Zahl 21 - 1012, Beilage 1420, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl,

die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 994, Beilage 1402, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 984, Beilage 1392, Zahl 21 - 985, Beilage 1393, Zahl 21 - 986, Beilage 1394, Zahl 21 - 987, Beilage 1395, Zahl 21 - 990, Beilage 1398, Zahl 21 - 992, Beilage 1400, Zahl 21 - 993, Beilage 1401, Zahl 21 - 997, Beilage 1405, Zahl 21 - 998, Beilage 1406, Zahl 21 - 999, Beilage 1407, Zahl 21 - 1000, Beilage 1408, Zahl 21 - 1003, Beilage 1411, Zahl 21 - 1004, Beilage 1412, Zahl 21 - 1006, Beilage 1414, Zahl 21 - 1007, Beilage 1415, Zahl 21 - 1008, Beilage 1416, Zahl 21 - 1010, Beilage 1418, Zahl 21 - 1011, Beilage 1419, Zahl 21 - 1013, Beilage 1421, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Weiters eingelangt ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ein Demokratie-Schutz-Paket für das Burgenland (Zahl 21 - 1009) (Beilage 1417).

Gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT kann die Behandlung dieses Antrages frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung stattfinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der 40. Landtagssitzung am 5. Juli 2018 hat Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz in seiner Wortmeldung zum 8. Punkt der Tagesordnung die Wortwahl „Sie haben großgoschert vorher geredet“ getätigt. Diese Wortwahl entspricht nicht der Würde des Hohen Hauses.

Gemäß § 80 Abs. 6 und 7 GeOLT erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz nachträglich einen Ordnungsruf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 in Verbindung mit §

54 Abs. 4 GeOLT wurde die Einladung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Ich würde jetzt, es ist 09 Uhr 18 Minuten, in die Tagesordnung übergehen. Tagesordnung liegt keine vor.

Nachdem, wie bereits erwähnt, die Behandlung des Dringlichkeitsantrages frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung erfolgen kann, unterbreche ich daher die Sitzung bis 12 Uhr 18 Minuten.

Ich ersuche die Damen und Herren auf der Zusehergalerie sowie die Damen und Herren der Presse den Saal zu verlassen, da während der Unterbrechung die nicht öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse um 10.00 Uhr hier im Landtagssaal stattfinden.

Die Sitzung ist u n t e r b r o c h e n.

(Die Sitzung wird um 09 Uhr 18 Minuten unterbrochen und um 12 Uhr 21 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend ein Demokratie-Schutz-Paket für das Burgenland, Zahl 21 - 1009, Beilage 1417.

Da die Behandlung geschäftsordnungsgemäß nach Erledigung der Tagesordnung jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu beginnen hat, erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herzlichen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Landtagssitzung steht, aus meiner Sicht, im Zeichen eines für die Demokratie sehr wichtigen Themas. Die heutige Landtagssitzung steht im Zeichen der Transparenz. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Transparenz und Nachvollziehbarkeit sind Begriffe, die in einer modernen Demokratie des 21. Jahrhunderts zu den tragenden Säulen eines demokratischen Systems gehören, das von den Bürgern nicht nur akzeptiert, sondern auch aktiv mitgetragen werden soll.

Wenn wir mündige Bürger haben wollen, die sich nicht nur bei Wahlen in den demokratischen Prozess einbringen, dann sind Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Informationsfreiheit wichtige Voraussetzungen dafür. Wenn wir ein demokratisches System wollen, indem die politischen Parteien ihren Wählerauftrag erfüllen und erfüllen können, indem die Regierung regiert und indem der Landtag, insbesondere natürlich die Opposition, kontrolliert, dann sind Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Informationsfreiheit Voraussetzungen dafür.

Wenn es aber Tendenzen im Burgenland gibt, wo von der Regierung eine andere Maxime gelebt wird, wo Verschwiegenheit, Geheimniskrämerei und so eine Art „Deckel drauf Politik“ betrieben wird, dann dürfen wir das gerade als stärkste Oppositionspartei nicht akzeptieren und müssen dagegenhalten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir müssen im Interesse des Landes und der Menschen einen Schutzschirm gegen diese Tendenzen spannen und ein Demokratieschutzpaket für das Burgenland

schnüren. Deshalb ist es für mich wirklich unverständlich, wie Sie, Frau Kollegin Salamon, und Sie, Herr Kollege Molnár, auf diesen unseren Antrag und auf diese Landtagssitzung reagiert haben.

Sie haben nicht reagiert, indem Sie gesagt haben, in Ordnung, wir setzen uns mit den Argumenten jener, die für Offenheit und für Transparenz sind auseinander und argumentieren, warum wir für Verschwiegenheit und Geheimniskrämerei und Intransparenz eintreten.

Nein, Sie haben sich dazu entschlossen wild darauf los zu schimpfen, von „Sauerei“ war da die Rede, denn es sei niederträchtig, eine Landtagssitzung zu diesem Thema durchzuführen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Von Mogelpackung ist gesprochen worden, von Theater ist gesprochen worden. Herr Kollege Molnár! „Beleidigungen sind die Argumente derer, die unrecht haben. Das ist ein Zitat von Jean-Jacques Rousseau. Das sollten Sie sich in diesem Zusammenhang zu Herzen nehmen.

Dieses Verhalten, das Sie hier an den Tag gelegt haben, das ist bezeichnend und eigentlich gleichzeitig beschämend. Sie wollen auch mit uns nicht diskutieren. Sie haben mitgeteilt, Sie werden zwar zur Landtagssitzung kommen, aber es wird jeweils nur eine Person an das Rednerpult treten. Ich nehme an, das werden die Klubobleute sein, weil Sie sich, so hat es zumindest der Kollege Molnár gesagt, nicht zu Statisten und Komparsen machen lassen wollen. Ich sage Ihnen, durch die Verweigerung der Diskussion machen Sie aber genau das, nämlich, sich zu politischen Statisten und Komparsen machen zu lassen.

Warum Sie dieses Thema Transparenz fürchten wie der Teufel das Weihwasser, das weiß ich ehrlich gesagt nicht. Es ist aber jedenfalls wirklich schade. Wäre es nicht lohnender, wenn Sie sich doch ein Herz fassen und über Ihren Schatten springen? Wäre es nicht lohnender, wenn Sie aus diesem Schmollwinkel herauskämen und sich der Diskussion ganz einfach stellen? Denn eines müssen auch Sie immer im Hinterkopf haben, vieles von dem was wir heute vorschlagen, was wir heute diskutieren, was wir heute besprechen, vieles von dem wird spätestens in wenigen Jahren Realität sein.

Entweder, weil es die Gerichte erzwingen, oder weil sich die Politik irgendwann eines Besseren besinnt und es umsetzt. Nehmen wir doch heute gemeinsam diese Gelegenheit wahr, ernsthaft, umfassend und ohne Scheuklappen über dieses Thema und über die notwendigen Veränderungen, die in diesem Bereich im Burgenland erforderlich sind, zu sprechen. Über die notwendigen Veränderungen im burgenländischen demokratischen System, um sie dann auch gemeinsam umzusetzen. Wenn wir das tun würden, dann hätten Sie sogar die Chance, dass es wenigstens ein Projekt in dieser rot-blauen Zeit im Burgenland gibt, das nachhaltig ist und das positiv für das Burgenland wirkt.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns in den letzten Jahren besonders auch in den letzten Monaten wirklich sehr bemüht, eine unserer wichtigen Aufgaben als Opposition sehr intensiv und gewissenhaft wahrzunehmen. Natürlich, und das wissen Sie so gut wie ich, ist es auch unsere Aufgabe, Sie sachpolitisch unter Druck zu bringen, damit wir diese Regierung wenigstens ein bisschen in die Gänge bringen. Es ist aber auch unsere ganz große Aufgabe, zu kontrollieren, vom Burgenland Schaden möglichst fern zu halten und Fehlentwicklungen, die verursacht werden, dadurch auch zu stoppen und sie gleichsam wieder auf den rechten Weg zu bringen. Um diese Kontrollaufgabe erfüllen zu können, braucht es aber Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Informationsfreiheit. In diesen Monaten und eigentlich Jahren unseres wirklich redlichen Bemühens für die

Bürger, für Land und Leute, diese Kontrollaufgabe zu erfüllen, sind wir aber immer wieder auf massiven und beharrlichen Widerstand der Regierung gestoßen.

Wir haben Untransparenz erlebt, wir haben Verdunkelung erlebt, wir haben Informationsverweigerung erlebt. Immer wieder wurde versucht, durch sehr fadenscheinige Argumente irgendetwas zu verheimlichen. Dann hat es geheißen, Verschwiegenheit ist vereinbart worden, Stillschweigen ist vereinbart worden, der Datenschutz spricht dagegen, das Amtsgeheimnis spricht dagegen - und das, aus meiner Sicht, ohne die notwendige Interessensabwägung vorzunehmen.

Das ist nicht nur ärgerlich, sondern das führt auch zu Spekulationen. Warum verweigert man Antworten? Hat man etwas zu verheimlichen? Traut man dem Landtag nicht? Traut man den Bürgern nicht? Oder geht irgendwo etwas vielleicht nicht mit rechten Dingen zu? Diese Spekulationen könnten Sie sich eigentlich ersparen und das hätten Sie als Regierung eigentlich auch gar nicht notwendig.

Transparenz hilft nämlich am Ende ganz besonders auch den Regierenden. Warum darf denn der Steuerzahlen nicht wissen, wieviel Manager in landesnahen Betrieben verdienen? Warum darf der Steuerzahler nicht wissen, welche Vergleichszahlungen es bei vorzeitigen Vertragsauflösungen gibt? Warum darf denn der Steuerzahler nicht wissen, ob es in Landesgesellschaften Spekulationsgeschäfte gibt und ob dort Verluste entstanden sind? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Warum darf denn der Steuerzahler nicht wissen, was die Regierung beschließt und wann sie etwas beschließt? Warum darf denn der Steuerzahler nicht wissen, wie Verträge aussehen, die vom Land abgeschlossen werden? Warum darf der Steuerzahler eigentlich nicht wissen, welche Vereine in welcher Höhe Förderungen bekommen? Ich möchte gerade bei den letzten beiden Punkten auch zwei Beispiele geben.

Wie kurios und irgendwie lächerlich das auch manchmal ist, wenn es darum geht, dass die Regierung nicht zu dem steht, was sie beschließt. Im September 2016 hat unser Klubobmann Christian Sagartz eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt und wollte wissen, welche Vereine welche Förderungen bekommen haben.

Die Antwort, die der Herr Landeshauptmann am 21. September 2016 gegeben hat, war, ich zitiere, folgende: „Da weder die Sitzungsakte, noch die Sitzungen der Burgenländischen Landesregierung öffentlich sind und die Namen der Fördernehmer dem Datenschutz unterliegen, können keine näheren Auskünfte erteilt werden."

So weit so gut. Was aber interessant ist, wenn ich mir dann so Zeitungsberichte anschaue, wo dann der Herr Landeshauptmann oder andere Regierungsmitglieder oder Abgeordnete, der SPÖ insbesondere, Schecks übergeben, an Vereine. Wo der Betrag darauf steht. Wo der Obmann genannt wird. Wo der Verein genannt wird. Ich habe da ein Beispiel mitgebracht.

In einem etwas gewagten Outfit ist hier ein Scheck an einen Verein durch den Herrn Landeshauptmann übergeben worden, die Frau Landesrätin Dunst und der Herr Abgeordnete Sodl waren auch dabei. 3.500 Euro. Der Obmann des Vereins, der in Olbendorf ansässig ist, heißt Wenzel. Der Verein heißt Vogelfreunde Südburgenland.

So. Jetzt frage ich mich, darf die Regierung den Bezirksblättern Informationen geben, über den Verein, über die Namen der Obmänner, über die Höhe der Förderung. Informationen geben, die sie einem Abgeordneten dieses Hauses nicht geben darf? Irgendwie komisch. Hat der Herr Landeshauptmann mit dieser Informationsweitergabe in den Bezirksblättern gegen das Datenschutzgesetz verstoßen, hat er die Verfassung gebrochen? Hat er die Geschäftsordnung missachtet? Wenn wir das ernst nehmen

würden, was er uns in der Antwort gesagt hat, dann müssten wir alle drei Fragen mit „Ja“ beantworten.

Ich kann aber Entwarnung geben, er hat weder die Verfassung gebrochen, noch hat er gegen den Datenschutz verstoßen, noch hat er die Geschäftsordnung missachtet. Ganz einfach deshalb, weil das, was er uns in der Antwort geschrieben hat, ganz einfach nicht stimmt. An diesem kleinen Beispiel ist eigentlich für jeden ziemlich klar ersichtlich, dass die Regierung in diesem Bereich nicht besonders ehrlich argumentiert und ganz einfach Informationen vorenthalten möchte. Aber ich möchte schon auch dazu sagen, sich auszusuchen, wenn es mir in den Kram passt, dann kann ich das sagen, wenn es mir nicht in den Kram passt, dann sage ich Datenschutz. Das geht einfach nicht.

Das werden wir auch nicht zulassen und da werden wir auch in den nächsten Monaten und Jahren auf diesem Thema drauf bleiben. *(Beifall bei der ÖVP)* Das zweite konkrete Beispiel, das ich anführen möchte, ist aus meiner Sicht besonders kurios. Da geht es um den Ankauf der Bahnstrecke Oberwart-Friedberg. Eine an sich gute Sache, die wir zu 100 Prozent unterstützen und wo wir überzeugt sind, dass das eine wichtige infrastrukturelle Maßnahme für das Südburgenland ist, wurde bekannt gegeben. Da wurde bekannt gegeben, dass das Land von der ÖBB quasi eine Bahnstrecke gekauft hat. Aber über den Preis wird Stillschweigen vereinbart, wurde mitgeteilt.

Das ist etwas, was überhaupt nicht nachvollziehbar ist. Was spricht denn dagegen hier die Karten auf den Tisch zu legen? Datenschutz, Amtsgeheimnis, Betriebsgeheimnis? Na sicher nicht. Es ist nämlich so, dass hier quasi der Staat, also das Land vom Staat, also von der ÖBB etwas kauft, und da frage ich mich schon, was hat das mit Datenschutz zu tun. Was hat das mit Amtsgeheimnis zu tun? Was hat das mit einem Betriebsgeheimnis zu tun?

Ein echtes Kuriosum. Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich weiß ich in welche Richtung Rot-Blau heute argumentieren wird. Sie werden sagen, ja die ÖVP, die ist jetzt in Opposition, aber die war ja in der Regierung und hätte ja auch für Transparenz sorgen können.

Warum habt Ihr damals nicht für mehr Transparenz in der Politik gesorgt? Ich sage Ihnen ganz offen, ja natürlich hätten wir damals für mehr Transparenz sorgen können. Aber das ist kein Argument dafür zu sagen, heute, drei, vier Jahre später machen wir das Falsche, und machen trotzdem nicht das Richtige. Das ist doch kein Argument dafür. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, es ändern sich ganz einfach die Zeiten. Es ändert sich die Gesellschaft und ich glaube, und bin überzeugt, dass sich auch die Politik ändern muss. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn ich dann ein Argument von der Frau Klubobfrau Salamon im Radio höre, wo sie gemeint hat, na ja, das ist eigentlich ein Witz, dass die ÖVP sich hier aufregt und sich hier zu Wort meldet. Weil die Bundesregierung ist ja so schlimm. Die Frau Ministerin Bogner-Strauß möchte mit dem Landeshauptmann nicht reden. Das ist eigentlich der Witz.

Das ist Transparenz. Das ist eigentlich Diskussionsverweigerung. Dann kann man das schon meinen aus ihrer Sicht. Das spreche ich Ihnen ja gar nicht ab. Aber aus diesem Argument, nämlich zu sagen, der andere macht etwas falsch, dann selber etwas falsch zu machen und selber diesen schlechten politischen Stil zu verteidigen, also das ist etwas, wo es einem einfach die Zehennägel aufdrehen muss. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aus ganz persönlicher und eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass Transparenz für den Bürger zu sehr großem Vertrauen zwischen Politik, Verwaltung und

Bürger führt. Als Bürgermeister von Eisenstadt bin ich jetzt im achten Jahr. Ich muss ganz ehrlich zugeben, ich habe auch am Beginn das Thema Transparenz und Offenheit und Öffentlichkeit in diesem Bereich unterschätzt.

Aber ich habe erkannt, dass es notwendig und wichtig ist, die Menschen mit zu nehmen. Ich habe erkannt, dass es wichtig ist, die Menschen bei diesen Entscheidungen auch mit einzubinden. Ihnen wenigstens auch zu sagen, welche Entscheidungen fallen und warum sie fallen. Ihnen auch ganz offen die Beschlüsse aller Gremien der Stadt auch darzulegen. Wenn man es erkennt dann, glaube ich, muss man auch dementsprechend handeln.

Heute können die Bürgerinnen und Bürger von Eisenstadt und eigentlich darüber hinaus, eigentlich jeder, per Mausklick jede Förderung, die die Stadt vergibt, einsehen. Die Bürgerinnen und Bürger können per Mausklick jede Auftragsvergabe der Stadt einsehen, mit Auftragnehmer, mit dem Volumen, das vergeben wurde. Sie erhalten jährlich einen umfassenden Transparenzbericht, wo noch einmal all diese Dinge zusammengefasst werden und auch die Transferzahlungen mit eingebunden werden. Das verstehe ich, meine Damen und Herren, unter umfassender Transparenz. Ich frage mich, warum soll denn das im Land nicht möglich sein. Ähnliches gilt auch für die Regierungssitzungen. Wenn man sich hinter Regelungen versteckt, die man selber macht, dann ist das irgendwie ein komisches Argument.

Zu sagen, na ja, in der Geschäftsordnung ist enthalten, dass die Regierungssitzungen nicht öffentlich sind. Na, dann ändern Sie es ganz einfach. Dann gehen wir hin, oder Sie müssten das eigentlich machen, und ändern Sie die Geschäftsordnung. Dass es geht und möglich ist, das zeigen ja Beispiele. In Kärnten zum Beispiel muss das Beschlussprotokoll der Landesregierung innerhalb von 24 Stunden jedem Abgeordneten zugestellt werden.

Na, geht die Welt in Kärnten unter? In Vorarlberg sind Beschlüsse der Landesregierung und alle Mitteilungen, die in der Landesregierung gemacht werden, zu veröffentlichen. Und das ist keine Holschuld der Bürgerinnen und Bürger oder der Abgeordneten, sondern das ist eine Bringschuld der Regierungen dort. Das ist ja auch logisch. Entschuldigung, wenn der Landtag dafür da ist, die Regierung zu kontrollieren, dann muss er ja auch wissen, was die Regierung macht und beschließt. Das wäre ja ansonsten völlig unlogisch.

Auch auf Gemeindeebene geht es ja. Auf Gemeindeebene sind auch die Sitzungen des Gemeindevorstandes nicht öffentlich. Aber wir haben eine Regelung in der Gemeindeordnung, wo es ganz klar ist, dass jedes Gemeinderatsmitglied die Protokolle der Gemeindevorstandssitzungen einsehen kann. Na, geht die Welt unter in unseren 171 Gemeinden? Im Gegenteil, ich glaube nicht, es ist ganz einfach so, dass dort ganz einfach mehr Transparenz herrscht als im Land.

Ich frage mich, wenn es bei anderen Regierungen geht, wenn es in den Gemeinden geht, warum soll es nicht auch im Land Burgenland gehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dass umfassende Transparenz möglich ist, das zeigen, wie gesagt, Beispiele in anderen Bundesländern, das zeigen viele Beispiele in Gemeinden und in Städten Österreichs. Das zeigen aber auch Bundesländer oder Länder in anderen Staaten. Ein ganz besonders gutes Beispiel, das international wirklich Beachtung findet und wo international auch gesagt wird, das ist eigentlich das Musterbeispiel für Transparenz und für Informationsfreiheit, das ist die Stadt Hamburg.

Dort gibt es seit fünf Jahren ein Transparenzgesetz, das dort, glaube ich, sogar einstimmig beschlossen worden ist, wo Inhalte veröffentlicht werden. Auch nicht nach Aufforderung der Bürger wird, veröffentlicht, sondern dort ist vorgesehen, dass das zu veröffentlichen ist. Dann werden die Senatsbeschlüsse veröffentlicht.

Dort werden die Verträge aller Art veröffentlicht. Gutachten, soweit sie von Behörden in Auftrag gegeben wurden. Subventions- und Zuwendungsvergaben werden dort veröffentlicht und die Unternehmensdaten aller städtischen Beteiligungen einschließlich der Gehälter und der Vergütungen der Manager. *(Beifall bei der ÖVP)*

Warum, meine sehr geehrten Damen und Herren, ja Rot regiert, ist in Ordnung. Also warum, meine Damen und Herren, gehen wir nicht auch im Burgenland gemeinsam daran, in der Frage der Transparenz, der Nachvollziehbarkeit und der Informationsfreiheit eine Weiterentwicklung einzuleiten?

Ich möchte wirklich, und das meine ich jetzt ganz ehrlich, Herr Kollege Molnár und auch wenn Sie mich nicht anschauen möchten oder mir nicht in die Augen schauen möchten, spreche ich Sie an. Ich meine das wirklich ehrlich und ich appelliere daran, dass wir diesen Landtag heute dafür nützen, und als Chance sehen, als Beginn sehen, eine ordentliche Diskussion einzuleiten über diese Fragen.

Ich glaube, dass es am Ende allen nützen wird. Ich glaube, dass am Ende des Tages, sowohl für die Regierer als auch für Opposition nur positive Dinge zu bemerken sein werden. Ich bin überzeugt, dass dieser Weg nicht nur für Land und Leute, sondern insgesamt für die Demokratie ein wichtiger Quantensprung wäre.

Wir bieten Ihnen natürlich auch die Kooperation in dieser Frage an. Sie haben, wie gesagt, Frau Kollegin Salamon, ich weiß, Sie finden das lächerlich, *(Abg. Ingrid Salamon: Nein, ich brauche nur Ihren Gesichtsausdruck anschauen! Spricht für Ernsthaftigkeit!)* Transparenz, das interessiert Sie nicht. Nachhaltigkeit und Nachvollziehbarkeit, das interessiert Sie nicht! Transparenz ist Ihnen heute kein wichtiges Thema. Das tut mir zwar wirklich leid, aber für mich ist es ein wichtiges Thema. Für uns ist es ein wichtiges Thema und für viele Bürgerinnen und Bürger ist es ein wichtiges Thema. Die wollen ganz einfach wissen, wie die Politiker, die sie wählen, die Entscheidungen fällen. Sie wollen insbesondere wissen, welche Entscheidungen sie fällen und was mit dem Steuergeld ganz einfach passiert. Dass sie am Ende des Tages nicht uns gehört oder nicht der Regierung gehört, nicht dem Landtag, sondern allen Burgenländerinnen und Burgenländern.

Deswegen möchte ich wirklich diesen Appell an Sie richten. Auch wenn es schwer fällt und auch wenn Sie sagen, eigentlich ist es ärgerlich, dass wir nicht auf die Idee gekommen sind. Machen Sie das ganz einfach. Machen Sie es ganz einfach, laden Sie uns ein, setzen wir uns an einen Tisch und ich kann Ihnen auch versprechen, wenn Sie das nicht tun, und ich fürchte ja fast. Ich fürchte ja fast, dass Sie das nicht tun werden.

Wir werden nicht nachlassen. Wir werden das ständig in die Diskussion bringen. Wir werden das aufzeigen, wo hier die Fehlentwicklungen sind und Sie werden irgendwann einmal, da bin ich überzeugt, in die Knie gehen müssen, weil ganz einfach, eine solche Politik, die Sie vertreten, die Sie machen, eine solche Politik… *(Abg. Géza Molnár: Aufpassen mit dem Verb!)*

Haben wir uns wieder gefangen? Passt. Dass eine solche Politik, eine Politik, die eigentlich nicht in das 21. Jahrhundert gehört, sondern in Jahrhunderte, da hat es einmal einen Metternich gegeben, da würde das rein passen. Aber nicht in die Politik des 21.

Jahrhunderts, dass eine solche Politik nicht nachhaltig ist und ganz einfach nicht mehr zu akzeptieren ist.

Nutzen Sie diese Chance, heute, gemeinsam mit uns, diesen Beginn zu starten. Nutzen Sie sie nicht, kann ich Sie auch nicht zwingen. Aber ich kann Ihnen versprechen, dass wir an diesem Thema dranbleiben und dass wir nicht nachlassen werden, bis endlich in diesem Land umfassende Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Informationsfreiheit herrscht. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir jetzt in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Steiner, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja!)* ich gebe Ihnen recht, Sie haben schön gesprochen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Danke!)* Sehr schön gesprochen. Das könnte alles aus meinem Mund oder aus den Anträgen, die ich vor Jahren eingebracht habe, stammen.

Lesen Sie sich die Protokolle durch. Ich frage, wenn ich eine Rednerliste sehe, wo alle Abgeordneten von der ÖVP sprechen, außer die, die damals in der Regierung gesessen sind, wie der ehemalige Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl oder die ehemalige Landesrätin Resetar Michaela, in einer Regierung gesessen sind und genau diese Fragen so beantwortet bekommen haben, wie ich wahrscheinlich diese Fragen heute beantwortet bekomme, von anderen Herrschaften.

Nicht einmal, nicht einmal habe ich darauf hingewiesen, mehr Transparenz. Mehr Offenheit. Regierungsbeschlüsse. Was tut man sich da an, wenn man sagt, okay legen wir sie her? Dr. Rauter war damals in der Regierung, der hat immer vorher eine Pressekonferenz gemacht und hat gesagt, das beschließen wir heute, so und so geht das.

Die FPÖ, auch ich war damals noch in der FPÖ, haben immer klargelegt, das ist nicht zum Lachen, Herr Kollege, *(in Richtung des Abg. Patrik Fazekas)* da hinten in der letzten Reihe, da wird er auch sitzen bleiben, dort in der letzten Reihe. Genau das war es. Da waren Sie noch nicht in der Politik. Wo wir gemeinsam Politik gemacht haben, nicht zu sagen, wir sind die größte Oppositionspartei. Wir sind die größte Oppositionspartei, sondern wir haben immer gesagt, wir wollen Kontrolle haben, wir wollen aber auch mitarbeiten in diesem Land.

Nicht Opposition betreiben bis geht nicht mehr. Sie kommen her mit den Gemeinden. Herr Kollege Steiner. Sie waren damals dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl seine rechte Hand. Sie haben das alles mitgetragen, weil Sie ja wahrscheinlich sehr viel vorgegeben und geschrieben haben (Abg *Mag. Thomas Steiner: Ich bin sogar stolz darauf!)* als Jurist.

Ich frage mich, warum der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter jetzt heute keine dementsprechende Rede hält hier. Ich würde mich freuen. Herr Abgeordneter, Herr Kollege. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Weil Du das sagst!)* Frau Michaela Resetar. Auch von Ihnen erwarte ich demnächst eine Stellungnahme. Wenn wir gefragt haben warum gibt es das nicht, lasst den Kölly reden, das ist sowieso alles uninteressant. Wir machen ohnehin was wir wollen. Genau das ist es. Jetzt kommt die ÖVP genau mit diesem Punkt

daher und erzählt da Geschichten, die ich nur unterstützen kann eigentlich, weil ich sage, zu 90 Prozent haben Sie recht, Herr Kollege Steiner.

Aber warum haben Sie das nicht schon Jahre vorher gemacht? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe es sogar erklärt vorhin, weil ich gewusst habe, dass das kommt!)* Aber Sie waren in der Regierung. Wie viele Jahre waren Sie in der Regierung? Wie viele Jahre waren Sie in der Regierung? Genau das ist jetzt eingetreten was wir damals immer gefordert haben.

Ich bin wahrscheinlich der Einzige, der jetzt darauf bestehen kann, weil ich das immer gefordert habe. Die FPÖ hat ja auch leider Gottes oder Gott sei Dank die Seiten gewechselt und hat jetzt vielleicht die Chance das zu ändern. Ich wünsche mir das von der FPÖ. Weil wenn wir hören in den Medien, dass jetzt ein Beginn sein wird, dass wir diskutieren wie geht man das an, wie setzen wir das um, wie machen wir das?

Das wünsche ich mir von der Regierung, dass wir jetzt endlich einmal, und jetzt bin ich wieder dort was ich immer sage, setzen wir uns wirklich endlich einmal zusammen und nicht auf Anraten der ÖVP. Weil das kann man vergessen. Das hätten sie schon länger machen sollen. Sondern immer wieder haben wir darauf hingewiesen seitens LBL Burgenland, dass wir das transparent machen wollen.

Wir wollen diskutieren, wir wollen in Regierungssitzungen Einsicht nehmen. Wir wollen auch die Tagesordnung von der Regierungssitzung haben. Das ist ja kein Problem. Dann sieht man wie lange sie gedauert hat, wer war überhaupt dabei bei der Regierungssitzung. Weil das ist ja das nächste Thema. Wo ich mich frage, wenn in 20 Minuten 80 Punkte abgehandelt werden, wie geht das?

Solche Dinge, da bin ich bei Ihnen, Herr Kollege Steiner. Nur, Sie haben das aber genauso gehandhabt vor Jahren. Genauso haben Sie es gehandhabt. Und jetzt denen einen Vorwurf zu machen? Ist schon in Ordnung. Aber dann muss ich aber vor der eigenen Tür einmal kehren, Herr Kollege Wolf. In den Gemeinden, wo gewisse Leute nicht einmal zu Sitzungen erscheinen von der ÖVP.

Wo gewisse Leute, weil Du das angesprochen hast, Herr Kollege Steiner. In Vorstandssitzungen Einsicht nehmen, das interessiert gar nicht die ÖVP-Mitglieder, die kommen einfach gar nicht hin. Da muss man vor der eigenen Tür einmal kehren, Herr Kollege Wolf. Und nicht Aussendungen machen wie gut und schön und schlecht die anderen sind. Sondern mitarbeiten. Auch in den Gemeinden mitarbeiten, auch im Land mitarbeiten.

Natürlich Kontrolle einfordern, natürlich Transparenz, gar keine Diskussion. Wenn ich dann in den Zeitungen vernehme, zum Beispiel Polit-Hickhack um den Sonderlandtag. Polit-Hickhack? Na klar, der eine sagt das lassen wir uns gefallen, der andere sagt wir müssen drauf bleiben, wir werden drauf bleiben auf dieser Situation. Seit Jahren ist das so. Wir bleiben drauf. Steter Tropfen höhlt den Stein, sage ich bei jeder Sitzung. Bei jeder Landtagssitzung sage ich das.

Dann werden Abänderungsanträge, jetzt komme ich zu den Abänderungsanträgen, eingebracht, wo ein Wischiwaschi unten steht was wir abändern. Finde ich auch nicht für in Ordnung. Das finde ich nicht für in Ordnung. Auch das gehört diskutiert. Entweder man lehnt in ab oder man macht in den Ausschüssen etwas ganz anderes.

Man wertet die Ausschüsse aus und ein jeder im Landtag Vertretener oder vertretende Abgeordnete hat das Recht, mit einer Stimme dabei zu sein. Und nicht hinten sitzen in der letzten Reihe und nur zuhören dürfen. Oder vielleicht fragen, hallo was passiert? Die Ausschüsse gehören meiner Meinung aufgewertet. Das hat auch immer die

FPÖ gefordert. Wenn Ihr Euch erinnern könnt, die FPÖ hat immer gesagt, das darf ja nicht wahr sein. Wir sitzen hier zu fünft und sind in keinen Ausschüssen vertreten. Wir dürfen nicht einmal mitstimmen.

Das gehört geändert, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Du weißt das ganz genau. Da habt Ihr die Möglichkeit das zu ändern. Wir werden Euch unterstützen dabei. Weil es legitim ist. In den Ausschüssen gehört diskutiert. Solange bis es vom Bund kommt und sagt ja, jetzt können wir es akzeptieren und dann gehen wir in den Landtag, weil das ist ja Show was wir immer im Landtag machen, die Abstimmungsmaschinerie passt schon. Oder wenn wir einen Voranschlag diskutieren. Zwei Tage lang diskutieren wir einen Voranschlag, der schon längst gegessen ist, weil die Mehrheit - ist ja klar - in der Regierung ist. Das ist alles erledigt. Dann übergeben wir der Regierung 1,1 Milliarden oder 1,2 Milliarden Euro und die können machen was sie wollen. Da bin ich jetzt wieder bei Ihnen, Herr Kollege Steiner, ja da bin ich bei Ihnen.

Auch das wollen wir ändern. Weil das kann es ja nicht geben. In der Gemeinde schaut die Welt anders aus. Wenn ich einen Posten, einen größeren habe, muss ich einen Gemeinderat einberufen. Da macht es die Regierung. Ihr habt es aber in den letzten zehn Jahren genauso gemacht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In den letzten zwei, vier Jahren nicht mehr!)*

Weil Ihr nicht in der Regierung sitzt, da seid Ihr aber selber schuld. Der Wähler hat es Euch gesagt. Der Wähler hat Euch abgestraft dafür. Das ist genau die Sache, jetzt haben Sie es richtig gesagt, jetzt haben Sie sich richtig ausgedrückt. Wir sitzen seit drei Jahren nicht mehr drinnen. Warum? Ich kann mich an Verhandlungen erinnern, Abschaffung des Proporzes. Super war die Verhandlung. Sieben Runden haben wir ausgemacht, nach fünf ist die Regierung hergegangen, macht eine Klausur, Bad Tatzmannsdorf, und sagt alles erledigt, Proporz abgeschafft. Wir haben das alles schon unter der Tuchent ausgemacht. Ja ausgemacht war ganz etwas anderes, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Jetzt sind wir am Punkt. Was Sie in einen Antrag hineinschreiben. Genau das ist das. Wo Sie hinschreiben: Ausdehnung des parlamentarischen Fragerechts auf ausgegliederte Gesellschaften im Eigentum des Landes. Schaut in den Protokollen nach wie oft wir das gefordert haben. Was verdienen die Herrschaften dort, Prokuristen, Geschäftsführer und dergleichen mehr?

Ein ausdrückliches Verbot von Verschwiegenheitsvereinbarungen in der Verwendung von öffentlichen Geldern. Der Herr Steindl war damals auch noch in der Regierung wie es geheißen hat, da krächzt keine Summe, Verschwiegenheitspflicht. Ich denke nur an die Umfahrung Schützen und dergleichen mehr. Solche Dinge sind da vorgekommen. Brauchen sie nicht wissen, wir machen was wir wollen.

Sie schreiben weiter: Veröffentlichung aller Begutachtungsentwürfe inklusive der dazu abgegeben Stellungnahmen im Rahmen der parlamentarischen Verfahren. Nona, nona, immer gefordert. Veröffentlichung aller Regierungsbeschlüsse, nona. Habe ich gerade erwähnt. Veröffentlichung der Abstimmungsverhältnisse der einzelnen Parteien beziehungsweise Landtagsabgeordneten. Wir haben kein Problem. Ist ja alles öffentlich.

Jetzt sind wir wieder genau dort, wo ich angefangen habe. Genau das ist der Punkt. Wir stehen dazu. Dieser Antrag, ist ja alles in Ordnung, nur ich bin nur neugierig ob Sie dann auch dazu stehen, zu dieser ganzen Sache. Oder wenn wir einfordern, dass ein jeder Mandatar eine Unterstützung bekommt vom Land. Wenn er hier sitzt und alleine alles bewerkstelligen muss, oder zu zweit alles bewerkstelligen müssen, oder keinen Klubstatus hat und dergleichen mehr.

Da bin ich aber sehr neugierig, wie Sie sich verhalten werden. Auf das bin ich wirklich gespannt. Einrichtung eines verbindlichen, öffentlichen Begleitausschusses bei Großprojekten. Na wer hat es denn gefordert als Erster? Wie ich das gesagt habe, hat es geheißen, das ist alles ein Schmarrn, das geht alles nicht. Wie ich gesagt habe in Oberwart bei dem Spital müssen wir irgendetwas begleitend mitmachen, wäre für alle gut. Ist nicht möglich gesetzlich. Wer sagt das?

Sie fordern das jetzt auch. Sie haben selber damals gesagt, wie wir das gefordert haben, geht nicht. Es geht sehr wohl. Wenn man im Rechnungshof eine eigene Gruppe installiert für so etwas und etliches Personal dazugibt, ist es möglich. Veröffentlichung eines Transparenzberichtes für öffentlich ausgegliederte Gesellschaften im Eigentum des Landes. 160 oder wie viele ausgegliederte Gesellschaften haben wir gehabt? Jetzt haben wir sie ein bisschen eingeschränkt, aber noch immer nicht alle unter einem Hut. Versprochen ist es geworden. Na nona, was habe ich immer gesagt was sich abspielt überall?

Was habe ich immer gesagt, wenn Geschäftsführer eingestellt worden sind? Warum kann man das nicht sagen? Was verdienen die? Was ist das für ein Problem? Oder wenn Sie in der Regierung jetzt oben sitzen im Bund, weil Sie das auch kurz erwähnt haben, weil die Frau Kollegin Salamon das erwähnt hat mit dem Bund. *(Abg. Ingrid Salamon: Stimmt ja!)*

Ich denke einmal, auch dort wird derzeit genau das gehandhabt, dass Ihr nicht sagt was die alle für Gagen bekommen und *(Abg. Ingrid Salamon: Danke, Herr Kollege!)* dergleichen mehr. So ist die Welt. Berge über Geheimhaltung.

WKO-Chef Mahrer wird neuer Notenbank-Präsident. Sagt einmal was der verdient! Was der Zweite und der Dritte verdienen, was bekommen die für Pensionen? 30.000/40.000 Euro im Monat. Im Monat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sollte man einmal gesagt haben. Sie sitzen dort oben, regieren mit der FPÖ und machen genau das, was Sie heute einfordern. Nämlich genau keine Transparenz. Das sind genau die Dinge, die ich leider Gottes immer wieder sagen muss. Jetzt sind wir im Endeffekt dort, wo wir hinwollen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bündnis Liste Burgenland sagt klipp und klar: Die Zahl der Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung soll auf fünf Personen reduziert werden. Wurde damals besprochen. Wurde damals ausgemacht. Ich lasse mich überraschen, ob es eintreten wird. Ich lasse mich überraschen. Die Mitglieder der Landesregierung werden direkt vom Landtag gewählt, Abschaffung des Proporzsystems. Haben wir gemacht. Schon interessante Geschichten. Nur die ÖVP hat sich damit ein Ei gelegt. Aber das ist nun so, der Wähler hat das auch erkannt und hat gesagt, ja dann brauchen wir sie nicht mehr in der Regierung. Das ist einmal so. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat der Landtag entschieden!)* Ich sehe das ein bisschen anders, aber das ist eben so.

Sie erzählen auch von Kärnten das Beispiel. Super! Ich finde das ganz toll. Das ist ja super, was Sie da gesagt haben. Genau das ist unsere Linie was wir brauchen. Regierungsbeschlüsse, sowie Protokolle, Zusatzprotokolle sind in einem ersten Schritt sämtlichen Mitgliedern des Landtages, in einem weiteren Schritt der Öffentlichkeit, zum Beispiel im Internet vollinhaltlich zur Verfügung zu stellen.

Sie haben das gefordert. Wir brauchen es nur zu machen. Ich hätte es gerne auch vom Bund, dass ich dort einsehe wie schaut dort das Ganze aus. Hört man auch nicht. Da stellt man etwas in den Raum und sagt 12-Stunden-Arbeitstag, 60-Stunden-Wochentag. Schön, ist eh okay. Die flexible Arbeitszeit, habe ich kein Problem, die war schon immer.

Wenn man selber Selbständig ist und man weiß wie das funktioniert, dann wird das schon passen. Nur dann hat es geheißen, stellen wir es einmal in den Raum die ganze Geschichte und lassen wir sie einmal diskutieren. Da machen Sie es ja sehr schlau. Die Regierung ist ja ohnehin in ‚Ordnung. Die macht das sehr schlau. Die stellt es in den Raum, dann springen alle drauf und sagen das ist ein Witz, das ist eine Frechheit.

Nur von der Freiwilligkeit ist in der ersten Ausgabe nichts drinnen gestanden, das hat man nachher hineingegeben. Das jetzt nur zum Bund hin. Wenn ich denke, dass der Burgenländische Landtag, nachdem wir einen Voranschlag eigentlich beschlossen haben, nur mehr als Statisten dasitzen darf, weil im Endeffekt macht das alles die Regierung, das habe ich schon vorher erwähnt, dann sind wir der Meinung, dass man das vielleicht auf 25 oder 30 Personen reduzieren kann.

Wir sind auch der Meinung, der Burgenländische Landtag soll künftig verfassungsmäßig verbriefte Rechte erhalten die Landesregierung zu bestätigen beziehungsweise ablehnen zu können. Auch möglich. Zwei Abgeordnete sollen einen Klub bilden oder ich bin sogar der festen Meinung, sogar einer soll eine Unterstützung erfahren wie ein Klub. Weil wie kommt man dazu? Die ÖVP hat sich vier Sonderposten ausverhandelt wie ich bei der Proporzgeschichte dabei war. Die sitzen jetzt irgendwo da unten.

Jetzt frage ich mich, wer zahlt die? Was machen die, lieber Herr Kollege Steiner? Das frage ich mich. Wir müssen uns jeden Punkt selber erarbeiten. Wir müssen sogar bezahlen, uns von außen jemanden holen, der uns unterstützt in der Sache. Ihr habt einen Apparat aufgebaut in der ÖVP, das ist ja abnormal. Sagt das einmal! Geht raus und sagt im Sinne einer Transparenz wieviel Mitarbeiter Ihr habt, was die kosten. Sagt das bitte einmal! Das hätte ich gerne einmal von Euch erfahren. Das wäre im Sinne einer Transparenz.

Das sind die Dinge, die ich gern gehört hätte, auch von der ÖVP. Da frage ich mich dann, was brauchen wir drei Landtagspräsidenten? Liebe Frau Benkö, nichts dagegen, aber es würden zwei auch reichen, wenn ich mir das anschaue. *(Abg. Ilse Benkö: Einer!)* Ich bin jetzt auch bei der Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer wird nicht reichen, weil wir ja oft bis Mitternacht diskutieren und das ist dann auch nicht mehr das Optimale.

Aber, und jetzt komme ich dazu, jetzt komme ich zum einen, warum sollten wird das nicht einmal andenken können und auch diskutieren dürfen? Und nicht alles gleich über die Medien immer spielen, sondern diskutieren wir es in einem Rahmen und sagen: Ist es möglich? Warum ist es nicht möglich? Was können wir in weiterer Folge machen? Das nächste ist die Präsidiale. Heute soll eine Präsidiale stattfinden. Heute sind wir alle dazu eingeladen. Normal dürfen wir gar nichts dort mitreden.

Die Präsidiale ist nur für die, die einen Klub haben. Warum? Die FPÖ, aber gerade Du, liebe Ilse, hast ja immer gefordert dass man überall dabei sein kann und alles hören darf. Jetzt sitzt sie auf der anderen Seite, siehst es natürlich anders. Ich habe kein Problem damit. Nur denke ich, dann sollten wir auch anders argumentieren.

Auch das sollte sein. Warum darf nicht ein Abgeordneter, ein einzelner oder zwei, in einer Präsidiale sitzen dürfen und mithören was ist auf der nächsten Tagesordnung, wie wird das sein und dergleichen? Ich war FPÖ-Klubobmann, das war okay. Warum darf nicht irgendein einzelner Abgeordneter, der er geschafft hat, wo die Wähler hinter ihm stehen, und sagen den stärken wir noch, dann sind wir zwei, dann haben wir schon einen Klub und dergleichen mehr? So sollte es ausschauen. Das ist für mich Transparenz und Offenheit und auch Demokratie.

In den Ausschüssen, habe ich schon erwähnt, warum darf man dort nicht sitzen mit einer Stimme? Finde ich nicht in Ordnung. Die FPÖ hat das immer, ich kann mich genau erinnern an die Geschichte wo wir uns geärgert haben, mit fünf Abgeordneten hat man nicht einmal im Ausschuss ein Stimmrecht gehabt. Das finde ich nicht für in Ordnung. Auch da, denke ich, wird man etwas ändern, und da bin ich gerne bereit, dass wir uns einbringen. Das ist das Gleiche - die Gemeinden.

Wir haben schon darüber diskutiert, dass die Gemeinden auch Anträge direkt stellen sollen/dürfen. Das wissen wir auch, sofern die Anträge von zehn Prozent der Gemeinden, das sind zumindest 18 von derzeit 171 unterschrieben wurden, dass man da einen Antrag direkt einbringt, behandelt und auch dementsprechend auch so umsetzt. Finde ich, glaube ich, auch in Ordnung.

Nun zur Fragestunde. Wenn ich mir die Fragestunde bei jeder Landtagssitzung anhöre. *(Abg. Ilse Benkö: Du hast noch keine einzige Frage gestellt!)* Was soll ich für eine Frage stellen? Das ist ja interessant, Ihr stellt Euch ja gegenseitig die Fragen. Die Regierung stellt sich gegenseitig die Fragen. Wie geht es uns denn heute? Scheint die Sonne oder was passiert da draußen überhaupt?

Das kann es ja nicht geben, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sollte der Opposition eigentlich übrigbleiben zu fragen. *(Abg. Ilse Benkö: Dann müsstest Du mehr fragen!)* Na, mach Dir keine Sorgen. Wenn Du willst, stelle ich jedes Mal hundert Fragen. Nur, was macht es für einen Sinn, wenn ich mich dann herstelle und die Regierung sagt, es läuft alles hervorragend? Es ist alles so super und alles so schön.

Was soll man dagegen machen? Du kannst argumentieren und sagen, das stimmt so alles nicht. Der sagt, lass ihn reden, ist eh egal. Ist ja wurscht. Dann heißt es, Frage, was hat das Ganze gekostet, der Zirkus? Stillschweigen vereinbart, Beispiel Bahn, Umfahrung Schützen und dergleichen mehr. Oder eine Abfertigung für den Mörbisch-Intendanten und vom Tourismus-Geschäftsführer und dergleichen mehr.

Ich glaube, das haben wir wirklich nicht notwendig, dass wir uns da abärgern, sondern dass das von Haus aus klar ist und transparent gemacht wird. Ist ja nichts dabei, wenn der einen Fünfziger bekommt im Monat, dann soll er ihn bekommen. Wenn er es sich verdient, habe ich kein Problem damit. Absolut!

Aber warum soll ich das nicht sagen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Zwischenruf des Abg. Ing. Rudolf Strommer)* Ich habe das. Mach Dir keine Sorgen. Du kannst zu mir in die Gemeinde kommen, kannst es Dir anschauen, lieber Rudi. Ihr seid nur die, die endlich vor der eigenen Tür kehren sollten. Schaut Euch das einmal an, was Ihr macht! Oder wenn die Medien, weil Du das gerade ansprichst, wenn der Herr Wolf hergeht und sagt, eine Katastrophe, das Land soll jetzt einmal zahlen, weil die Bäder gehen so schlecht. Macht Ihr so einen Artikel. Die Medien schreiben das natürlich, ist ja gar keine Diskussion.

Dann denke ich mir schon etwas dabei. Herr Wolf, ich habe eine Supersaison in Deutschkreutz gehabt, im Bad übrigens. Wenn Du eine schlechte gehabt hast, dann stimmt irgendwas nicht dort. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Der hat ja kein Bad. - Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten der ÖVP)*

Er setzt sich hin und sagt, das Geld soll das Land bezahlen, weil die Bäder sind so schlecht ausgelastet. Von wo nimmt er das her? Das hätte ich gerne einmal gefragt. Überhaupt, von wo Du die Daten hernimmst, die Du an Medien weitergibst? Das würde mich mal interessieren.

Von wo kommen die Daten? Wir haben Datenschutz. Was macht Ihr? Ihr schickt etwas raus, weil der Herr Wolf immer so ein … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat eine Bilanz von einem Bad mit Datenschutz zu tun, bitte?)* Nicht die Bilanz, ich rede nicht von der Bilanz, ich rede von anderen Zahlen, der Herr Wolf weiß das, oder von gewissen Aussagen oder gewissen anonymen „Geschichten". Der weiß ganz genau, wovon ich rede. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Nein, leider nicht.)*

Schaut, ich komme noch einmal zurück zu dieser ganzen Sache „Transparenz", die die ÖVP heute angeregt hat, nämlich einen Sonderlandtag. Die Regierung sagt: unnötig! Ich sage: Warum nicht? Diskutieren wir das, ich habe kein Problem damit. Warum soll ich das nicht diskutieren?

Es ist immer schon ein Anliegen gewesen von unserer Seite, auch von der FPÖ. Daher bin ich guter Dinge, dass das auch umgesetzt wird.

Ich freue mich heute schon auf die Präsidiale, wo wir die ersten Schritte machen werden. Ich freue mich schon auf die ÖVP, wenn sie … *(Abg. Ingrid Salamon: Gibt es heute schon erste Schritte - außer den Sonderlandtag?)*

Ja, ja, sind sie nicht eingeladen - die ÖVP? Ich habe eine Einladung bekommen. *(Abg. Ingrid Salamon: Sicher!)* Also ich bin dabei, das ist einmal so. Ich bin überall dabei, weil wir wollen mitarbeiten, wir wollen etwas umsetzen. Wenn die ÖVP blockieren will, dann soll sie blockieren. *(Abg. Ingrid Salamon: Sag bitte, wann Du die Einladung bekommen hast! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat das mit dem zu tun?)* Dann darf man sich aber nicht hinstellen und sagen: Wir fordern das.

Ja, ich habe die Einladung bekommen. Warum nicht? Und wenn ich sie nicht bekomme, erkundige ich mich genau, warum nicht. *(Abg. Ilse Benkö: Vor zwei Monaten, oder nicht? – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber wir sind halt nur zwei Einzelkämpfer, aber wir schaffen das sehr wohl, dass wir immer dabei sein können, wenn es möglich ist.

Die ÖVP hat so einen aufgeblasenen Apparat, so einen aufgeblasenen Apparat und schafft das anscheinend nicht oder sie wollen nicht. Das ist ja die andere Frage. Will ich ober will ich nicht? Das zur „Transparenz" und zur „Offenheit".

Ich könnte heute seitenweise Euch zeigen, wie das Ganze vor Jahren ausgeschaut hat. Wenn wir gefragt haben, was ist eigentlich mit den ausgelagerten Gesellschaften? Wie schaut das aus? Und dergleichen mehr. Seitenweise, aber das erspare ich Euch heute einmal. Aber vielleicht melde ich mich einmal noch dazu und vielleicht beim nächsten Landtag, dass ich Euch erinnere, liebe ÖVP, Ihr habt recht mit dem, was Ihr heute eingebracht habt. Aber wir müssen es einmal umsetzen.

Ihr habt die Möglichkeit gehabt, glaube ich, zehn oder 15 Jahre in der Regierung, wo wir immer gefragt haben, ich war seit 2000 im Landtag. Das war immer das Kredo von uns, wo wir gesagt haben, bitte, was vergeben wir uns da, bitte, warum lässt Ihr uns nicht hineinschauen und dergleichen mehr. Das war es!

Herr Kollege Steiner, noch einmal. Ich bin bei Dir. Ich wünsche mir, dass das umgesetzt wird. Ich wünsche mir, dass das überhaupt diskutiert wird. Ist das möglich? Ist das nicht möglich? Schauen wir uns andere Länder an! Wie machen die das? Nehmen wir von dort das Beste raus oder wir sind in vielen Sachen auch Vorreiter. Das dürfen wir auch nicht vergessen, und schauen einmal, okay, wo können wir noch besser werden, wo können wir gemeinsam einen Weg finden - für das Land, für das Land Burgenland und für diese Menschen in diesem Land. Das dürfen wir nicht vergessen.

Die Diskussionen schauen sich jetzt eh etliche im Livestream an, gar keine Diskussion. Aber oft frage ich mich wirklich, wenn wir Landtagssitzung haben, und es ist eh schon alles beschlossen und wir diskutieren hier über Gott und die Welt, und es ist eigentlich schon alles erledigt.

Daher glaube ich, dass man in den Ausschüssen die Diskussionen verstärkt führen muss. Dort wirklich Ideen einbringen, dort um jeden Millimeter auch kämpfen, weil es wichtig ist, dass wir dann im Landtag die Beschlüsse so fassen, wie man es vielleicht gemeinsam geschafft hat, etwas Gutes für das Land herauszubringen.

Ich bin aber dankbar, nochmal, Herr Kollege Steiner, für das, was Du am Tisch heute gelegt hast oder am Rednerpult gesagt hast. Ich würde mich wirklich freuen, wenn Du dann auch bei der ganzen Sache mitstimmst und nicht nachher sagst, wir haben keine Mehrheit gefunden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei den Dingen, die wir auf den Tisch gelegt haben, stimmen wir hundertprozentig mit.)*

Ja, dann musst Du auch dazu stehen, auch zum Klubstatus, zu den einzelnen Dingen, die gefordert wurden und auch in den diversen Gesprächen bevor die Landtagswahl war, in den Gesprächen klargelegt wurde, das ist so umzusetzen. Da bin ich wieder bei Euch, wenn ich sage, es gibt einen Abänderungsantrag seitens der SPÖ, wo ich sage, naja, bis zum Ende der Legislaturperiode können wir das machen. Ich trage aber eines mit, ich will jetzt schon anfangen zu diskutieren, jetzt schon die ersten Schritte in die Wege leiten. *(Abg. Ingrid Salamon: 15.00 Uhr!)*

Lassen wir einmal die Medien alle weg. Vergessen wir einmal die Medien! Diskutieren wir das intern! Wenn wir etwas zusammengebracht haben, dann können wir gemeinsam hinausgehen. Wie viele Gesetze, die wir gemeinsam gemacht haben, und wir haben nicht immer nur unsere Sachen durchgesetzt, unsere Ideen, sondern wir haben geschaut, dass wir für das Land das Beste herausbringen.

So sollte auch eine jede Oppositionspartei in dieser Sache denken. Mitarbeiten, Kontrolle, kein Problem! Mitarbeiten ist für mich eine ganz wichtige Sache und ins Stammbuch geschrieben, Herr Wolf, mitarbeiten auch in den Gemeinden, nicht zu keinen Sitzungen kommen, irgendwelche Ausreden, wo sie dann Zeitungsberichte schreiben beziehungsweise Presseaussendungen machen, die von irgendwo hergenommen worden sind, was einfach nicht stimmt.

Bleiben Sie dort in den Gemeinden bei „Transparenz“, bleiben Sie in dem Land dort, wo Sie eigentlich Politik machen sollen und müssen, weil es wichtig ist. Wir sind als Mandatare gewählt. Wir haben das Bestmögliche herauszuholen.

Der FPÖ schreibe ich auch ins Stammbuch: Machen wir das, macht das, was wir immer gefordert haben, setzen wir es um. Auch der Herr Landeshauptmann wird dazu stehen. Der war bei den Besprechungen nie abgeneigt, einiges zu diskutieren.

Ich hoffe, dass wir das dementsprechend auch umsetzen können. In diesem Sinne wünschen wir uns, dass auch diese „Transparenz“, Herr Kollege Steiner, diese Offenheit, auch in die ÖVP einkehrt und dass wir das auch abstimmen dürfen. Danke schön! *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Mitglieder der Landesregierung! Zuhörerinnen und Zuhörer an

den Bildschirmen und auch im Saal! Wir haben hier bei dem Antrag ein bisschen eine Titel-Text-Schere. Im Titel steht nämlich das Wort „Demokratie-Schutz“, im Antragstext haben wir ausschließlich von Vorschlägen zur Transparenz etwas zu lesen. Ist alles gut, passt nicht ganz zusammen. Da hat sich die ÖVP vielleicht nicht ganz entscheiden können.

Ich nehme doch an, dass Demokratie für Sie mehr ist als bloße Transparenz. Ich werde aber auch noch dazu kommen. Die Transparenzanliegen im Antrag sind alle zu unterstützen, ja, von unserer Seite zu unterstreichen. Sie entsprechen in weiten Teilen auch dem, was auch bereits von GRÜNEN eingebracht wurde, in Anträgen, in Anliegen, auch schon zu einer Zeit, als die ÖVP selbst noch in der Landesregierung saß.

Aber Kollege Steiner hat uns ja eindrucksvoll geschildert, wie lernfähig in diesem Punkt die ÖVP sich erweisen möchte. Ein Blick auf die aktuelle Legislaturperiode zeigt, dass wir als GRÜNE meist noch mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger anstreben, als es dieser Antrag umfasst, zum Beispiel auch der Weg der Gesetzwerdung.

Sie haben Kärnten als positives Beispiel gebracht. Die haben auch dort, wo Gesetze erstellt werden, wo Gutachten, Stellungnahmen abgegeben werden, alles auf der Homepage nachlesbar für die Bürgerinnen und die Bürger. Auch in diesem Bereich könnten wir durchaus noch nachschärfen. Wir haben in der letzten Landtagssitzung diskutiert, wie es ist mit der Veröffentlichung von Stellungnahmen, zum Beispiel zu verschiedenen Gesetzesentwürfen, aber auch - letzte Landtagssitzung ging es konkret um den Aktionsplan Begleit-Lehren.

Wir wollen mehr Transparenz bei den Wahlkampfkosten der Parteien. Das ist wiederum der SPÖ nicht so recht, was auch immer sie da verheimlichen wollen, ich weiß es nicht. Wir wollen eine größere Transparenz bei den Nebeneinkommen und den Vermögensverhältnissen der Abgeordneten. Das haben Sie damals alle abgewehrt, ich weiß nicht, warum die Wählerinnen und Wähler das nicht wissen sollen, aber gut.

Wir wollen mehr Transparenz bei Bedarfszuweisungen an die Gemeinden, da sind sich einige hier im Saal wieder sehr einig. Der Landeshauptmann weist das immer wieder zurück, dass eine Übersicht nicht nötig wäre, weil man sich eh alles irgendwo zusammensuchen kann. Ich stimme auch 100-prozentig überein, dass die Art und Weise, wie Anfragen beantwortet werden, sowohl in schriftlicher Art als auch in mündlicher Art, oft zu wünschen übriglässt, wobei es mir schon wichtig ist, auch hier zu betonen, ich sehe hier sehr unterschiedliche Zugänge unterschiedlicher Landesregierungsmitglieder.

Wir haben einzelne Landesregierungsmitglieder, von denen bekommen wir sehr detaillierte Auskünfte, bekommen wir auch ein sehr ernsthaftes Eingehen auf mündliche Anfragen. Da müssen sich einige in der Landesregierung wirklich selber befragen, ob sie tatsächlich ihrer Pflicht der Antwort nachkommen oder nicht.

Ich richte das hier ganz dezidiert auch in Richtung unserem Landeshauptmann, der tatsächlich sich immer wieder um konkrete Antworten ein bisschen herumschummelt. Für unsere Abgeordnete ist natürlich auch die Leistung des Landes-Rechnungshofs, was die Transparenz anbelangt, von unschätzbarem Wert. Herzlichen Dank auch dafür immer für diese Klarheit, die wir aus den Schriften vom Landes-Rechnungshof erhalten.

Ich erinnere aber auch an andere Vorgänge, etwa um die fehlende Transparenz bei politischer Verantwortung für Vorgänge rund um die Genussakademie Burgenland. Da ist der von den GRÜNEN beantragte Untersuchungsausschuss noch immer ausständig. Und darüber entscheidet man im Präsidium, wo auch die ÖVP drinnen sitzt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt aber wirklich nicht.)* SPÖ, ÖVP und FPÖ haben bis jetzt

keine Anstalten gemacht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldige, aber so einen Ausschuss setzt der Landtag fest, nicht das Präsidium.)* sich dem Antrag auf einen Untersuchungsausschuss hier näher zu widmen.

Aber da geht es ja auch um die Verantwortung und die undurchsichtigen Entscheidungsvorgänge des ehemaligen ÖVP-Landesrates Liegenfeld. Schauen wir einmal, vielleicht haben Sie auch da dazugelernt und wollen sich als lernfähig erweisen, dass wir auch da ein bisschen mehr Licht ins Dunkel bringen.

Ich hoffe auch sehr auf Ihre Unterstützung, wenn es darum geht, mehr Transparenz in die Geschichte der Wohnbaugesellschaften einzubringen. Ich erinnere, da läuft gerade einiges. Die Burgenländische Landesregierung hat sich daran bereichert, also nicht persönlich, sondern das Land daran bereichert, dass gemeinnützige Wohnungen, also leistbare Wohnungen, auf den freien Markt geworfen wurden.

Über das Faktum, dass die Landesregierung unterstützt, dass aus öffentlichen Förderungen Kapital für Immobiliengeschäftemacher herausschaut, das ist schon pikant genug. Aber wie es dazu überhaupt kam, das ist für uns Abgeordnete bislang äußerst intransparent gelaufen.

Vielleicht zur Erklärung für die, die die Geschichte nicht ganz mitbekommen haben, wenn eine Gesellschaft die Gemeinnützigkeit verliert, dürfen sich die Eigentümer ihre eingezahlten Einlagen herausnehmen, wie es das Gesetz jetzt eben auch schon vorsieht. Das Vermögen an Häusern und Grundstücken soll aber treuhänderisch an das Land gehen, das dann vertrauenswürdige Nachfolger sucht und den Weiterbestand der leistbaren Wohnungen garantiert, die wir in Österreich haben.

Völlig intransparent ist, warum die Regierung die Wohnungen nicht wenigstens treuhänderisch übernommen hat. Da ging es um 561 Wohnungen zuletzt in Wien, 31 in der Steiermark. Wenn Sie schon Ihren Kolleginnen und Kollegen in Wien in den Rücken fallen und Handlanger dafür sind, dass dann gemeinnützige Genossenschaften auf dem freien Markt tätig werden können, dann hätten Sie doch wenigstens die Gelegenheit beim Schopf packen müssen, für Burgenländer in Wien leistbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Möglichkeit hätten Sie gehabt. Aber das wollten Sie gar nicht.

Aber was wollten Sie dann? Sich mit vier Millionen Euro abspeisen lassen und still zu halten, dass günstige Wohnungen kurze Zeit später sehr teuer auf den Markt kommen. Jene beiden Genossenschaften, denen Sie im Oktober 2015 in zwei Regierungssitzungen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit zugesprochen haben, haben am Tag darauf diese Wohnungen weiterverkauft. Das ist Kapitalismus pur.

Das wurde auch schon 2012 mit der vormaligen Genossenschaft „Buntes Wohnen“ praktiziert, als die ÖVP noch in der Regierung saß und daher mit an Bord war. Aber Sie haben offenbar die Sache damals besser verstanden, weil damals mehr Geld ins Landesbudget floss. Man fragt sich, warum die Landesregierung, wenn sie schon solche Deals macht, es dazu gebracht hat, es so billig zu geben. Hier gibt es viel Aufklärungsbedarf, und dabei hoffe ich sehr auf Ihre Unterstützung, dass wir Transparenz auch in diese Abläufe kriegen. Gut, dass die ÖVP jetzt einen deutlichen Schritt setzt, für mehr Transparenz im Land zu sorgen. Sie tun es tatsächlich, seit sie nicht mehr selbst in der Regierung sind.

Die FPÖ macht es umgekehrt, die hat vorher viel Transparenz gefordert, und jetzt sind sie selbst in der Regierung und fühlt sich nicht mehr so betroffen. In der Regierung sitzend fällt man dann da oder dort mal leicht um, in dieser Frage um.

Von uns gibt es hier volle Unterstützung für jeden Punkt, den Sie aufzählen, egal auf welcher Seite des Parlamentarismus wir gerade tätig sind. Ich stimme Ihnen sehr zu, Herr Kollege Steiner, dass es auch Regierenden selber guttut, transparent zu arbeiten, weil dort, wo man sich auf die Finger schauen lässt, kann man auch guten Mutes und erhobenen Hauptes seine Arbeit erledigen.

Interessant ist für mich ein bisschen die Engführung des Verständnisses von Demokratie, das Sie hier sozusagen als Titel der Transparenz aufsetzen, weil Demokratie erweist sich ja auch unter anderem darin, dass Beschlüsse des Landtages durch die Landesregierung umgesetzt werden, und darauf kann man sich jetzt nicht ganz verlassen. Also ja, wenn Anträge der Regierungsfraktionen eingebracht werden, die dann von den Regierungsfraktionen beschlossen werden, dann werden diese auch im Regelfall umgesetzt.

Wenn aber etwa Anträge von Oppositionsparteien kommen, wo sich die Regierungsfraktionen jetzt nicht trauen, öffentlich zu sagen, so wollen wir das nicht, dann kommt irgendein Abänderungsantrag, Kollege Kölly hat davon schon berichtet, und in den Abänderungsanträgen wird dann allgemein etwas formuliert, damit man halt doch etwas beschlossen hat.

Aber, ob das wirklich umgesetzt wird, auf das wird dann manchmal vergessen. Ich erinnere an einen Beschluss im September 2017. Da wird die Landesregierung aufgefordert, besonderes Augenmerk auf das Umsetzungsfeld direkte Verbindungen in die Zentren mit den Maßnahmen Verbesserung der Erreichbarkeit von Wien, Eisenstadt und Graz aus dem Südburgenland zu legen. Es ging um öffentlichen Verkehr. Was ist hier weitergegangen? Welche Aktivitäten hat die Landesregierung genau im Sinne dieses Beschlusses gesetzt?

Auch im September 2017 wird die Landesregierung aufgefordert, durch einen Beschluss hier im Landtag, die Querschnittsmaterie Klimaschutz gesamtheitlich zu betrachten und Klimaschutzmaßnahmen als integrativen Teil einer nachhaltigen Entwicklung zu setzen. Davon ist nicht die Rede, weil wenn Sie das wirklich ernst nähmen, dann gäbe es nicht die Möglichkeit, eine halbe Gemeinde im Seewinkel zuzubetonieren, durch einen Unternehmer, weil so etwas dann einfach nicht mehr möglich wäre. Dann gäbe es nicht an jeder zweiten Ortseinfahrt die gleichen Einkaufszentren, bei dem nächstgebauten Kreisverkehr.

Querschnittsmaterie Klimaschutz gesamtheitlich betrachten, heißt, es gesamtheitlich betrachten und nicht die eine oder andere kleine Maßnahme zu setzen. Das ist zum Beispiel ein Punkt, da können wir uns alle hier einig sein im Landtag und das beschließen, aber die Landesregierung setzt es halt einfach nicht um. Ist auch eine Möglichkeit, damit umzugehen. Da müssen wir Demokratie schützen, da haben wir noch einiges zu tun.

Oder, wenn wir weiter zurückschauen: Im März 2016 hat der Landtag beschlossen, die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches weiterhin für eine lückenlose, ordnungsgemäße und verantwortungsvolle Abfallwirtschaft im Burgenland zu sorgen.

Aber das tun Sie offensichtlich nicht, sonst würden Sie die Bezirkshauptmannschaften anhalten, Anzeigen bezüglich Müllverarbeitung im Boden oder Verbrennung auf dem Feld, was halt alles dem Abfallwirtschaftsgesetz widerspricht, nachzugehen, und sie nicht einfach versickern zu lassen. Aber wer überprüft denn die Bezirkshauptmannschaften, ob das alles wirklich geschieht?

Also hier werden nachweislich einige Anträge, die hier gefasst wurden, nicht wirklich umgesetzt. Da hat unsere Demokratie im Land noch einigen Nachholbedarf.

Zurück zum Antrag. Wenn nun die ÖVP in der Überschrift schreibt, sie wolle die Demokratie schützen, dann mutet es aber in einem Gesamtbild unseres Landes doch etwas inkonsequent an. Denn das, was die ÖVP als Regierungspartei im Bund aufführt, ist demokratiefeindlich und baut demokratische Rechte ab.

Wir sehen das, wir haben das den ganzen Sommer über durchdiskutiert. Es gab ja leider kein Sommerloch für diejenigen, die ein bisschen durchatmen wollten, weil dauernd haben wir die Nachrichten davon gehabt, welche Gesetze die Bundesregierung durch den Nationalrat am liebsten durchwinken möchte. Zum Teil auch völlig ohne Begutachtungsfrist.

Ein ganz klares Beispiel dafür, wie die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ im Bund demokratische Rechte aushöhlen möchte, ist das Standortentwicklungsgesetz. Da hat die Bundesregierung versucht, die UVP-Verfahren - Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren - auszuhebeln.

Das ist ein Verfahren, das nicht nur die Umweltverträglichkeit eines Großprojektes untersucht, bei einem UVP-Verfahren dürfen Einzelpersonen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen teilnehmen und sich dafür einsetzen, dass ihre Rechte und der Umweltschutz eingehalten werden.

Die Behörde hat auch deshalb die Pflicht, wichtige Unterlagen zu veröffentlichen, um der Öffentlichkeit ein Recht zur Stellungnahme einzuräumen. Und die ÖVP will genau mit dem Gesetz, das sie hier vorgelegt hat, mit der Unterstützung der FPÖ im Bund Demokratie abbauen.

Und hier spielen Sie sich als die großen Demokratieschützer auf. Das ist lachhaft, und das ist ein Schauspiel, das ist eine andere Sache, das können wir nicht unterstützen! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Auch hier, Transparenz ist jetzt nicht ganz so angesagt, bei der schwarz-blauen Bundesregierung, das sieht man an der Art, wie etwa mit dem Standortentwicklungsgesetz verfahren wird, denn das, was die eigenen Ministerien als Fachexpertise abgeben, soll alles andere als transparent dargestellt werden. Im Gegenteil! Ihre ÖVP-Ministerkolleginnen und Kollegen sind es, denen Sie erklären müssten, dass es nicht im Sinne demokratischer Debatte ist, fundierte Stellungnahmen der eigenen Beamten und Beamtinnen unter Verschluss zu halten.

Justizminister Josef Moser, der früher als Rechnungshofpräsident auf Korrektheit so erpicht war, zu Recht, erspart sich und dem Verfassungsdienst die Veröffentlichung einer profunden Expertise, mit der fadenscheinigen Begründung, das Gesetz wird eh überarbeitet. Also zuerst halte ich es unter Verschluss, dann kommt man drauf, es wird so eng, die ganze Vorlage ist auch juristisch gesehen eine Katastrophe, und deswegen sagen, ich halte es weiter unter Verschluss, weil wir werden ohnehin etwas ändern.

Das Umweltministerium unter Elisabeth Köstinger wiederum hält seine offensichtlich kritischen Kommentare unter Verschluss, um eine andere Ministerkollegin nicht zu desavouieren. Das ist eine Art von Solidarität, die ist schlecht, die ist falsch, die ist rechtswidrig, und sie gibt Zeugnis darüber, wes Geistes Kinder diese Regierungsmitglieder sind, was die Transparenz und was die Ernsthaftigkeit der Demokratie anbelangt.

Nicht saubere Gesetze und Regelungen sind das Ziel, sondern Klientelpolitik unter der Tuchent und Veröffentlichungen nach Fürstenart. Ja, da gebe ich Ihnen wieder recht, das kennen wir aus dem Burgenland auch. Dieses Gehabe der Heimlichtuerei und Fakten, die man nicht so gerne auf den Tisch legt.

Wie gesagt, in dem Sinn haben Sie unsere volle Unterstützung für die Sache der Transparenz im Land. Aber für ein Demokratie-Schutz-Paket sind Sie von der ÖVP jetzt nicht die richtigen Partner.

Das Amtsgeheimnis, wenn ich daran erinnern darf, dessen Abschaffung jede Oppositionspartei predigt, wird durch die ÖVP im Bund de facto ausgebaut. Das Amtsgeheimnis wird ausgebaut, und damit ist Österreich eines von wenigen Ländern in der westlichen Welt, in denen der aus Steuergeld finanzierte Staat der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler Rechenschaft schuldig bleibt.

Öffentlich finanzierte Studien bleiben unter Verschluss. Ihrer Informationspflicht kommen die Behörden in ihrem Kontrollwahn und ihrer vorgeblich evidenzbasierten Politik erst nach, wenn sie von Gerichten dazu gezwungen werden. Hier wollen Sie sich als Schützer der Demokratie aufspielen, das passt nicht so ganz zusammen.

Zeigen Sie, dass Sie es ernst meinen! Diskutieren Sie bitte mit Ihren Parteikollegen im Bund, allen voran mit Bundeskanzler Kurz, den Appell des Presserats in diesem Zusammenhang! Dieses streng und stets besonnen agierende Gremium ermahnt Journalisten und Journalistinnen und nicht nur sie, Informationen von Regierungsstellen nicht ungeprüft zu übernehmen, weil sie nicht immer ausgewogen seien.

Wenn Sie also mit Recht unsere Landesregierung ermahnen, mehr Transparenz walten zu lassen und demokratische Rechte mit Achtung zu pflegen, dann schließen Sie sich selbst doch bitte auch gleich mit ins Abendgebet.

Dem Antrag stimmen wir zu, Ihrem Theater rundherum nicht! Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Im Grunde genommen bin ich der ÖVP fast schon dankbar, dass Sie die heutige Landtagssitzung initiiert hat und dass sie diesen Dringlichkeitsantrag unter dem Titel „Demokratie-Schutz-Paket für das Burgenland“ eingebracht hat. Einem Antrag, dem man sich von verschiedenen Seiten nähern kann.

Inhaltlich werde ich es maximal am Rande oder an der Oberfläche tun, weil es der ÖVP ganz offensichtlich nicht um Inhaltliches geht, meine Damen und Herren. Es geht der ÖVP nicht um Fragen der Verfassung, es geht der ÖVP nicht um Fragen der Geschäftsordnung und es geht der ÖVP schon gar nicht um Fragen der Transparenz.

Dazu kommt noch, dass die ÖVP in all diesen Fragen alles andere ist als eine moralische Instanz. Sie war es in der Vergangenheit nicht und sie ist es auch in der Gegenwart nicht.

Worum es der ÖVP tatsächlich geht, meine Damen und Herren, das ist das Vortäuschen einer Rolle. Einer Rolle, die sie nicht hat.

Worum es der ÖVP tatsächlich geht, das ist das Vortäuschen von Gefahren, die es tatsächlich nicht gibt.

Worum es der ÖVP tatsächlich geht, das ist das fantasielose Anpatzen einer Koalition, mit der sie deshalb ein Problem hat, weil diese Koalition gleichermaßen anerkannt wie erfolgreich ist.

Worum es der ÖVP vor allem auch geht, das ist das plumpe Inszenieren, zufällig in der Woche eines Landesparteitages einer Regierungspartei, wo ein verdienter und erfolgreicher Landeshauptmann als Parteivorsitzender verabschiedet werden soll.

Darum geht es Ihnen, meine Damen und meine Herren von der ÖVP. Um die Sache geht es Ihnen ganz bestimmt nicht! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Fragen der Landesverfassung, Fragen der Geschäftsordnung, Fragen der Transparenz im Burgenländischen Landtag sind beileibe nicht irgendwelche Fragen, darin sind wir mit der Opposition einig, und ich sage gleich vorweg, ja, diesbezügliche Fragen müssen ernsthaft wie behutsam besprochen werden und zwar unter Einbindung aller im Landtag vertretenen Fraktionen und nicht nur der ÖVP. Die hat da kein Monopol darauf, dass wir nur mit ihr sprechen.

Damit zur Rolle, die von der ÖVP vorgetäuscht wird und die sie nicht hat. Ich spreche von der Rolle des vermeintlichen „Schrittmachers“. Der Kollege Steiner hat zwar das Wort „Schrittmacher“ heute nicht erwähnt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Danke, dass Du es sagst.)* aber es kam ganz klar durch, was er gemeint hat und dass er das gemeint hat. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es ist immer gut, wenn man das Wording der anderen übernimmt.)*

Tatsache ist, meine Damen und Herren, dass der Herr Landtagspräsident bereits am 16. April, also vor viereinhalb Monaten, zu Gesprächen über Landesverfassung und Geschäftsordnung eingeladen beziehungsweise solche Gespräche zugesagt hat.

Ich habe das Präsidialkonferenz-Protokoll vom 16. April 2018 mit, da steht unter Tagesordnungspunkt 2 - Änderungen der Geschäftsordnung und Landesverfassung, ich zitiere: „Landtagspräsident Illedits teilt mit, dass er versuchen wird, dies terminlich zu koordinieren.“

Mit „dies“ ist ein Treffen mit Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien gemeint. Im Konkreten, ehrlicherweise gesagt, von der Opposition angeregt, aber nicht von der ÖVP, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von der Kollegin Petrik! Sie können es ruhig sagen. Wir stehen eh dazu.)* nicht von der ÖVP, sondern diese Ehre muss man ihr geben, von der Kollegin Petrik, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)* von den GRÜNEN. *(Abg. Manfred Kölly: Und der Kölly! Wie lange sage ich das schon?)*

Tatsache ist außerdem, meine Damen und Herren, dass Sie genau heute vor zwei Monaten, nämlich am 5. Juli, eine Einladung des Landtagspräsidenten erhalten haben. Auch diese habe ich hier. Betreff „Einladung erweiterte Präsidialkonferenz“, abgeschickt am 5.7.2018, um 10.35 Uhr, da waren wir mutmaßlich alle hier im Saal, weil die Fragestunde in der Landtagssitzung stattgefunden hat.

Da heißt es: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie im Rahmen der letzten erweiterten Präsidialkonferenz besprochen, darf ich zu einem Auftaktgespräch betreffend die Themenkreise Landesverfassung, Geschäftsordnung und Transparenz des Burgenländischen Landtages im Rahmen einer Sitzung der erweiterten Präsidiale einladen.

Sie wissen, für welchen Tag eingeladen wurde? Wir haben es vorhin in einem Zwischenruf schon gehört: Es wurde für heute eingeladen. Für heute, Mittwoch, den 5. September, 15.00 Uhr. Schauen wir mal, ob sich das ausgeht!

Das heißt, die ÖVP weiß seit viereinhalb Monaten, dass Gespräche zugesagt sind, dass Gespräche stattfinden werden, übrigens früher als jemals zuvor in einer Gesetzgebungsperiode. Zusage im April 2018, mehr als zwei Jahre vor dem regulären nächsten Wahltermin.

Die ÖVP kennt seit 5. Juli, also seit zwei Monaten, den konkreten Termin und veranstaltet gerade heute, wo es soweit sein soll und wo es losgehen soll, dieses Theater. Heute stellt sich der Kollege Steiner hierher und fordert, dass wir uns an einen Tisch setzen sollen. Einen Tisch, zu dem bereits seit zwei Monaten eingeladen ist.

Dieses Manöver, meine Dame und meine Herren von der ÖVP, ist durchsichtig. Dieses Manöver ist billig, und durch dieses Manöver werden wir uns weder beeindrucken, noch von unserem Weg abbringen lassen, das sei Ihnen ausdrücklich gesagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Damit komme ich zum Vortäuschen von Gefahren, die es nicht gibt. Der Antrag der ÖVP trägt den bedeutungsschweren Titel „Demokratie-Schutz-Paket für das Burgenland“. Ich meine, was immer Sie damit meinen, ob Sie das Land in Anlehnung an den Katastrophenschutz künftig nicht nur vor Katastrophen, sondern vielleicht auch vor der Demokratie schützen wollen oder ob Sie meinen, die Demokratie vor frei gewählten Abgeordneten der SPÖ und der Freiheitlichen schützen zu müssen - im Übrigen habe ich das als niederträchtig bezeichnet. Dass Sie hier eine Landtagsitzung initiieren, damit habe ich kein Problem, das ist Ihr gutes Recht, aber zu suggerieren, die Demokratie wäre im Burgenland in Gefahr, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo ist das gesagt worden?)* und zwar durch das Wirken von frei gewählten Mandataren, das halte ich für niederträchtig, das halte ich für niederträchtig, das ist eine Frechheit. Dabei bleibe ich. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihr schlechtes Gewissen führt zu dieser Interpretation. – Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Man spielt nämlich nicht nur nicht, Herr Kollege Sagartz, man spielt nämlich nicht nur nicht mit der Demokratie, man spielt auch nicht mit Warnungen davor, dass sie in Gefahr wäre und überhaupt. Und überhaupt, so viele demokratiepolitische Initiativen wie unter Rot-Blau hat es im Burgenland noch nie gegeben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Da haben wir als Koalition im Landtag und mit dieser Landesregierung seit 2015 wirklich etwas vorzuweisen. Und nicht nur als Koalition, sondern als Landtag insgesamt. Denken wir an das Gemeinderechtspaket! Was wir hier gemeinsam - im Übrigen alle fünf Parteien - letztendlich auch mit den Stimmen der ÖVP beschlossen haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, machen Sie das im Land auch, dann sind wir eh dabei.)* Was wir hier gerade im Bereich der Minderheitenrechte, was wir hier gerade im Bereich der Kontrollrechte und damit in Fragen der Transparenz *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber für Euch selber habt Ihr es nicht gemacht. Das ist das Problem.)* weitergebracht haben, das ist einzigartig bis zu diesem Zeitpunkt gewesen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Waren eh alle dafür.)*

Jede noch so kleine Fraktion hat jetzt ein effektives Antragsrecht im Gemeinderat, jede noch so kleine Fraktion kann jetzt jederzeit den Prüfungsausschuss verbindlich bemühen, jede noch so kleine Fraktion hat jetzt ein schriftliches Anfragerecht an den Bürgermeister, den Gemeindevorstand und noch andere Gemeindeorgane und noch viele andere Beispiele mehr.

Oder, denken Sie nur an das Jagdgesetz, wo wir, im Übrigen gegen die Stimmen der ÖVP, endlich für eine Demokratisierung im Landesjagdverband gesorgt haben. *(Abg. Mag, Christian Sagartz, BA: Geh bitte!)* Sie sind damit dann sogar noch zum

Verfassungsgerichtshof gelaufen, weil Sie nicht damit einverstanden waren und nicht damit leben können.

Denken wir an das Feuerwehrgesetz. Dort ist die notwendige Demokratisierung überhaupt erst der Anlass, dass ein neues Gesetz erarbeitet wird. Ich kann Ihnen von dieser Stelle auch sagen, dass wir noch lange nicht fertig sind. *(Allgemeine Unruhe)* Wir werden uns etwa mit Kollegin Landesrätin Dunst auch noch das Landwirtschaftskammergesetz ansehen und das Wahlrecht dort. Auch da sind Maßnahmen zur Demokratisierung notwendig. *(Abg. Doris Prohaska: Oh!)*

So viele demokratiepolitische Initiativen und Meilensteine hat noch keine andere Koalition, hat noch keine andere Landesregierung gesetzt und schon gar keine, an der die ÖVP beteiligt war.

Im Übrigen, Herr Kollege, sind das allesamt Gesetzesmaterien, für die in den letzten Jahren und Jahrzehnten die ÖVP zuständig war. Alle Beispiele, die ich jetzt aufgezählt habe, fallen darunter. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ich bin schon ganz nervös!)* Die Gemeinden sind Gemeinderecht, jahrzehntelang ÖVP-Zuständigkeit. Das Jagdrecht, der Jagdverband, jahre- und jahrzehntelang in der Zuständigkeit der ÖVP. Die Feuerwehren, Feuerwehrrecht, Feuerwehrwesen, jahre- und jahrzehntelang Zuständigkeit eines ÖVP-Regierungsmitgliedes. *(Abg. Walter Temmel: Gut war es!)* Bei der Landwirtschaft schaut es nicht anders aus.

Sie haben diese demokratiepolitischen Aspekte und Fragen jahrzehntelang auf der Seite liegen lassen, weil es Ihnen egal war, weil es Ihnen kein Anliegen war. Wir holen diesen Rückstand jetzt auf. Im Übrigen bisher mit lückenloser Unterstützung der kleineren Fraktionen, und dafür bedanke ich mich von dieser Stelle aus. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Jetzt aber zum Transparenzgeschwafel der Österreichischen Volkspartei. Ich bin durchaus bei Ihnen. Es ist nicht alles perfekt. Da oder dort gibt es Aufholbedarf und der Umstand, dass der Herr Landtagspräsident für heute Nachmittag auch ausdrücklich zum Themenkreis Transparenz eingeladen hat, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Transparenz des Landtages! - Abg. Mag, Christian Sagartz, BA: Des Landtages! Lies es ganz vor, wenn Du schon zitierst!)* zeigt, dass wir das ernst nehmen und das genauso sehen. *(Abg. Mag, Christian Sagartz, BA: Des Landtages!)*

Ich halte aber eines dennoch fest, dass das, was Transparenz angeht, unter dieser Landesregierung nicht schlechter ist als unter den Vorgängerregierungen, im Gegenteil. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch!)* Ich verweise beispielsweise auf die Rechnungshofberichte zu den Rechnungsabschlüssen, wo Jahr für Jahr Verbesserungen eingetreten sind, wenn es um Fragen der Transparenz gerade im ausgelagerten Bereich geht. So viel Transparenz, wie unter dieser Koalition, unter dieser Landesregierung, hat es im Burgenland noch nie gegeben, schon gar nicht unter ÖVP-Beteiligung.

Aber, moralische Instanz ist die ÖVP in dieser Frage ja sowieso keine. Die aktuelle Landesregierung handhabt die Dinge im Wesentlichen nicht anders, als etwa auch die ÖVP-Abgeordneten Mag. Steindl und Mag. Resetar als Regierungsmitglieder das gehandhabt haben. Sie sind ja, soweit ich das jetzt gerüchteweise gehört habe, die einzigen aus dem ÖVP-Klub, die heute nicht sprechen dürfen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Doris Prohaska: Hört doch zu!)*

Gegenwärtig, was soll ich sagen? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Geh bitte!)* Ich komme aus Eisenstadt, wo der Herr ÖVP-Landesparteiobmann als Bürgermeister regiert und da sind ja heute einige sehr interessante Aussagen und Beispiele gekommen. Ich

sage Ihnen, in Eisenstadt gibt es natürlich auch Sonderverträge im Magistrat. Das sind aber Sonderverträge, die nicht das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Die erblicken nicht das Licht der Öffentlichkeit. Datenschutz! Datenschutz! *(Abg. Doris Prohaska: Aber geh!)*

Die erblicken nicht das Licht der Öffentlichkeit. Da werden Veranstaltungen der Stadt an Vereine ausgelagert und zwar deshalb, damit der Prüfungsausschuss nicht mehr nachschauen kann, welcher ÖVP-Politiker als Unternehmer bei diesen Veranstaltungen aus den Steuertöpfen Gewinne lukriert. So ist es in Eisenstadt. *(Abg. Manfred Kölly: Das glaube ich jetzt echt nicht.)*

Da werden Grundstücke an die gemeindeeigene Kommanditgesellschaft privatisiert, damit Baurechtsverträge, die man unter Parteifreunden in der ÖVP halt so abschließen möchte, nicht mehr der aufsichtsbehördlichen Genehmigungspflicht unterzogen werden müssen. *(Abg. Doris Prohaska: Das gibt es? Das gibt es doch gar nicht!)*

Das ist der Zugang, den man in Eisenstadt zur Frage der Transparenz und zur Kontrolle hat. *(Abg. Doris Prohaska: Echt jetzt? – Allgemeine Unruhe)* Das ist derselbe Mann, der heute auch diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht und als Erster unterschrieben hat. Glaubwürdigkeit gleich null, Scheinheiligkeit, Doppelmoral nicht mehr messbar. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Wir als Abgeordnete und als Koalition sehen in diesem Bereich der Landesverfassung, der Geschäftsordnung und der Transparenz durchaus Verbesserungspotenzial und Gesprächsbedarf. Daher wurde ja auch zu Gesprächen eingeladen. Nicht nur aus Respekt vor der Opposition, die seit der ersten Landtagssitzung dieser Gesetzgebungsperiode ja regelmäßig Anträge zu diesen Themenbereichen einbringt, wo im Übrigen, so viel sage ich schon, viele Vorschläge dabei sind, für die wir uns auch von Freiheitlicher Seite erwärmen können, aber ansonsten werden wir dieses Projekt, und da hat der Herr Kollege Kölly völlig recht, genauso handhaben, wie alle anderen Projekte seit dem Sommer 2015. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Verschwiegenheit! Verschwiegenheit! Verschwiegenheit!)*

Wir werden die Dinge so besprechen, wie wir sie besprechen müssen, wenn man zu einem guten Ergebnis kommen will. Wir werden das dort tun, wo man es tun muss, wenn man das Ziel erreichen will. Es ist jedenfalls nicht die Theaterbühne, zu der sie den Landtag heute wieder einmal machen wollen. Vielleicht noch in Kompensation zur bevorstehenden Pensionierung vom Kasperl und vom Pezi. *(Abg. Doris Prohaska: Das haben sich die zwei jetzt wirklich nicht verdient.)*

Meine Damen und Herren! Viel mehr gibt es dazu auch nicht zu sagen. Die ÖVP kann jetzt noch 20 Redner hinausschicken, die das Gegenteil behaupten. Das wird ihre Glaubwürdigkeit nicht erhöhen. Im Übrigen, was mich persönlich an dieser Inszenierung schon stört ist, und das wissen Sie als Politprofi sehr wohl, dass Sie der Sache selbst damit möglicherweise einen Bärendienst erweisen. *(Abg. Doris Prohaska: Das stimmt!)*

Da hat der Kollege Kölly nämlich völlig recht, weil es schon Fragen gibt, die etwas komplexer sind oder zu komplex sind, um sie im Rahmen einer Landtagsdebatte eingehend zu behandeln. Das muss man an anderer Stelle machen. Ich hoffe dennoch, dass wir heute bald, so wie es seit Monaten geplant ist, im Büro des Landtagspräsidenten Platz nehmen werden, um uns ernsthaft mit den Themenkreisen Landesverfassung, Geschäftsordnung und Transparenz im Burgenländischen Landtag zu befassen.

Abschließend, das ist mir noch ein Anliegen, wünsche ich dem Koalitionspartner für Samstag alles Gute. Bringt den Parteitag gut über die Bühne *(Abg. Mag. Christian*

Sagartz, BA: Man sich auch ganz anbiedern.) und dann bringen wir das Burgenland gemeinsam von einer guten in eine noch bessere Verfassung, mit oder ohne ÖVP, aber jedenfalls mit den willigen Kräften in diesem Landtag. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kannst auch gleich für die SPÖ kandidieren. - Abg. Doris Prohaska: Wie war das vorher mit dem Zitat?)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Sitzung wurde durch den Präsidenten des Landtages anberaumt, Herr Kollege. Wenn Sie vorher gefragt haben, wann der Termin festgelegt wurde, weil Sie gesagt haben, das wäre ein taktisches Manöver: Eingebracht wurde unser Antrag, ich darf ihn zur Erinnerung kurz vorlesen, Sie haben es ja alle am Sitzungstisch gesehen, am 23. August.

Das heißt, wenn diese Woche jetzt von uns geplant ist, muss ich Sie enttäuschen, die hat jemand anders festgesetzt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Übrigen spannend. Sie sagen, wir machen eine Landtagssitzung, um irgendein Störfeuer zu machen? Was haben Sie gemacht? Einen Zwischenwahlkampf. Was ist das? Sie plakatieren das Land zu und sagen uns, wir hätten keine anderen Sorgen, als über ein Thema der Verfassung zu reden. Also, wie unglaubwürdig wollen Sie sein? Ich meine, das, was Sie jetzt zur Schau getragen haben, ich weiß nicht, warum Sie sich so vorm Koalitionspartner erniedrigen.

Eines möchte ich Ihnen schon sagen. Machen Sie den Vergleich. Haben Sie jemals einen Freiheitlichen Abgeordneten im Nationalrat so über den Bundeskanzler oder einen ÖVP-Minister reden hören? Haben die es notwendig, dass die sich derartig erniedrigen, weil sie einen guten Koalitionspartner haben oder wollen Sie sagen, dass auf Bundesebene die FPÖ kein guter Koalitionspartner ist? *(Abg. Edith Sack: Das hat er doch gar nicht gesagt.)*

Ich sage Ihnen, wenn wir schon heute von so viel … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Genau das ist es, es geht um ein Verhandeln auf Augenhöhe, das hier im Landtag möglich ist, und genau deshalb gibt es einen Sonderlandtag mit einem ganz bestimmten Thema. Aber, da brauche ich weder bei Ihnen danke sagen, noch beim Landeshauptmann, noch bei irgendwem sonst. *(Abg. Géza Molnár: Tust Du doch eh nicht!)*

Es gibt eine Landtagssitzung und die hat ein Thema und an dem werde ich mich heute hier abarbeiten, weil es wichtig ist. Nämlich, nicht für uns elf Abgeordnete der ÖVP, nicht für die Abgeordneten der Opposition oder der Regierung, sondern für den Burgenländer und die Burgenländerin, die die Möglichkeit haben, klar zu sehen, was mit ihrem Steuergeld passiert. Nichts anderes ist heute Thema. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte eines noch einmal betonen, ich freue mich auf die Sitzung. Sie haben es sehr genau erklärt. Ich möchte es noch einmal betonen, denn bei der letzten erweiterten Präsidialkonferenz hat Regina Petrik angeregt, man möge sich bitte mit all diesen Themen, die wir bisher bereits sozusagen sammeln und hier zu Verfassungsthemen eigentlich sprechen sollten, jetzt angehen.

Das hat der Herr Landtagspräsident zugesagt. Dann gab es eine Einladung für eine Sitzung heute Nachmittag, an der wir gerne teilnehmen. Im Übrigen haben wir viele Dinge,

das haben Sie selber gesagt, durch die Initiativanträge der anderen Parteien schon auf dem Tisch liegen.

Die große Überraschung inhaltlicher Natur kann es deshalb heute nicht geben, außer, Sie legen etwas ganz anderes jetzt auf den Tisch. Ihre Interpretation von Einladungstitel, Demokratie-Schutz-Paket, also ich kann Ihnen versichern, kein einziger Abgeordneter meiner Fraktion, aber auch keiner der anderen Fraktionen hat irgendwann behauptet, dass wir aufgrund der heutigen Thematik Sie vor irgendjemand anderen schützen wollen, noch irgendjemanden von der ÖVP schützen wollen.

Wir wollen einzig und allein mehr Schutz für die Rechte des Bürgers, indem mehr Transparenz herrscht. Wo da hier der Widerspruch ist, wo hier der Angriff auf die Regierung ist, durch diesen Titel, da merkt man ja, Sie suchen mit aller Gewalt die Möglichkeit, irgendetwas Verwerfliches daran zu finden, wenn man im Landtag diskutieren will. Das lassen wir uns sicherlich nicht unterstellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Beifall bei der ÖVP)*

Aber, das sind schon drei Minuten zu viel der persönlichen Kritik. Es geht nämlich eigentlich um die Frage, wie kritikfähig ist unser Landtag? Denn es geht darum, was können wir hier für den Bürger in Erfahrung bringen und was dürfen wir nicht wissen. Ich möchte da drei Dinge besonders herausstreichen. Wir laden in Begutachtungsverfahren des Landes immer wieder Institutionen ein, sich an der Gesetzwerdung zu beteiligen. Nämlich, mit ihrer Meinung, mit ihren Inhalten, mit den Ideen, die in breiter Weise in den Kammern, in den Institutionen vorhanden sind.

Warum es dann nicht möglich sein soll, die Veröffentlichung aller Begutachtungsentwürfe inklusive der dazu abgegebenen Stellungnahmen im Rahmen eines parlamentarischen Verfahrens zugänglich zu machen, ist mir ein Rätsel. Ich glaube, es ist an der Zeit.

Die Stadt Wien, eine SPÖ-dominierte Stadtregierung, macht das äußerst genau, äußerst differenziert, denn man kann hier alle Begutachtungsentwürfe einsehen und die dazu abgegebenen Stellungnahmen. Ich glaube, es würde nottun, dass wir das auch hier im Burgenland verankern. Ob in der Geschäftsordnung, oder auf freiwilliger Basis, ist mir eigentlich gleich. Ich glaube, dass es aber notwendig ist, dass die Menschen wissen sollen, welche Anregungen gekommen sind, was wurde denn auch ernst genommen?

Wissen Sie, dann wird mir gesagt, ihr werdet ja diese Stellungnahmen auch haben. Wir sind ein kleines Land. Na, selbstverständlich bekommt man auf den Landhausgängen viel mehr Informationen zugetragen, bekommt man auch auf Anfrage bei Institutionen oder vielleicht sogar freiwillig dort Auskunft. Oder unabsichtlich, hat es auch schon gegeben, muss man auch anmerken, weil E-Mail-Adressen und Namen manchmal recht ähnlich lauten.

Tatsache ist, denn es kann ja nicht sein, dass man sich da auf den Zufall verlassen muss oder irgendwo am Landhausgang Gespräche führen soll. Das kann es doch alles im Rahmen eines öffentlich zugänglichen Verfahrens geben. Veröffentlichung von Regierungsbeschlüssen. Natürlich wird es den einen oder anderen Punkt geben, wo der Datenschutz greift. Natürlich wird man im Interesse einer Einzelperson überlegen müssen, ob alle Inhalte eines Regierungsbeschlusses veröffentlicht werden sollen.

Aber, den Umkehrschluss, weil es einige wenige Ausnahmen gibt, alles unter Verschluss zu halten, der passt einfach nicht mehr in unsere Zeit.

Ich möchte Ihnen sagen, vielleicht sind wir noch nicht so weit wie Schweden. In Schweden weiß jeder Bürger, was der Nachbar verdient. Das ist eine Frage der

gesellschaftlichen Akzeptanz derartiger Informationen. Aber, dass man als Steuerzahler vom Staat nicht wissen darf, der einem ja Geld sozusagen, ich vertraue ja dem Staat Geld an und der wirtschaftet für mich, was mit diesen Beschlüssen in der Regierung finanziert wird und was eben nicht, das kann doch im Jahr 2018 nicht eine Frage von Verschwiegenheit sein.

Ich möchte betonen, die Veröffentlichung von Abstimmungsverhalten einzelner Parteien und Abgeordneter wäre mir wichtig. Es stimmt, man kann natürlich nachlesen oder wenn man zufällig jetzt die Möglichkeit hat, ich schaue mir diesen Bericht im Online-Archiv des Landtages an.

Dann kann ich nur hoffen, dass ich gerade in jener Sequenz alle Abgeordnete sehe, ob sie aufstehen oder nicht. Aber bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das darf ja kein Geheimnis sein. Da muss ich mich im Internet ja nicht auf die Lauer legen, ob ich jetzt zufällig weiß, ob meine Abgeordneten aus der Region jetzt vielleicht ein Thema, das für mich von Relevanz ist, unterstützen oder eben nicht. Das muss einfach möglich sein. Das ist in Wirklichkeit ja eine Sache der Selbstverständlichkeit.

Ich möchte noch eines anmerken. Wir sprechen heute in dieser erweiterten Sonderpräsidiale über Fragen der Transparenz im Landtag, was ich ganz deutlich betonen möchte, um diesen Unterschied auch klar zu machen.

Im Landtag unter den Fraktionen, in den Klubs, da herrscht ein hohes Maß an Transparenz. Wenn ich das auf die Landesregierung noch umlegen könnte, wäre ich schon sehr zufrieden, denn wir bekommen alle Anfragen eines Abgeordneten sofort übermittelt. Wenn die Ilse Benkö ein Regierungsmitglied etwas fragt, dann weiß das jeder andere Abgeordnete. Wenn der Landesrat Doskozil eine Antwort gibt, dann weiß das in dem Moment jeder Abgeordnete. Das ist in Wirklichkeit ein hohes Maß an Transparenz.

Wenn ich das umlege, erfahre ich von der Regierung null. Mir ist bewusst, der Herr Landtagspräsident weiß, was er tut. Er hat geschrieben, er möchte über die Transparenz des Landtages sprechen. Das ist auch in Ordnung, wenn sich Landtagsparteien über die eigene Arbeit unterhalten.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben eine konkrete Aufgabe, die hier nicht vorkommen wird. Nämlich, die Kontrolle der Verwaltung und der Regierung. Das muss in Wirklichkeit ein zentrales Anliegen sein.

Ich kann mich sehr wohl an den Wortlaut erinnern. In dieser Sonderpräsidiale wurde vor der Einladung diskutiert. Da wurde auch gesprochen, das ist dann Aufgabe von Parteienverhandlungen.

Ich bin mir schon dessen bewusst, dass sich die Regierung sehr genau überlegen wird, so wie das auch in früheren Zeiten war, welches Maß an Veränderung sie in der Verfassung haben möchte, wird dann, so wie es in einer Koalition üblich ist, einen gemeinsamen Vorschlag erarbeiten und damit dann an die Opposition herantreten.

Wenn das heute so verwerflich ist, dass wir in der Öffentlichkeit reden wollen und nicht nur in einer kleinen Runde, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich werde mich mit jedem unter vier Augen zusammensetzen, der das wünscht. Ich werde mich in einer fünfköpfigen Runde zusammensetzen, zehn, wo auch immer. Aber, das zu vergleichen mit einer Landtagssitzung, wo jeder Mann und jede Frau hierherkommen, die Argumente sich anhören kann, heute sogar über die technischen

Möglichkeiten nicht einmal nach Eisenstadt kommen muss, das zu vergleichen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist für mich kein Vergleich der hält.

Hier kann ich auch nicht nachvollziehen, warum Wörter wie Niederträchtigkeit und Sauerei gefallen sind. *(Abg. Ingrid Salamon: Sind ja auch nicht gefallen.)* Das verstehe ich nicht. Das möchte ich deutlich sagen. Diese Emotionalität, diese übertriebene Kritik, die finde ich nicht angebracht und das tut mir sehr leid.

Weil ich glaube, dass wir etwas ganz Anderes heute hier diskutieren hätten können, als die Art und Weise, wie diskutiert wird. Herr Kollege Kölly, wenn ich jetzt nicht einmal zitieren darf, was der Kollege in einer Aussendung in der Öffentlichkeit gesagt hat, kann ich es leider nicht ändern.

Er hat diese Wortwahl verwendet. Ich habe es ihm nicht empfohlen. Aber, ich kann Ihnen jetzt auch keine schöneren Wörter sagen, als in der Öffentlichkeit verwendet wurden. In diesem Sinne, kommen wir auf den Punkt, den Regina Petrik gesagt hat. Regina, Du hast insgesamt 22 Minuten gesprochen. Du hast in den ersten beiden Sätzen gesagt, was eigentlich inhaltlich relevant ist.

In der Sache dieses Antrages sind wir uns einig. In diesen Punkten, die wir nennen, die wir ganz bewusst herausgestrichen haben, sind sich viele Fraktionen einig. Reden wir bitte über diese konkreten Anträge und ich weiß, dass es berechtigte Kritik gibt, auch am Vorgehen in der Bundesregierung.

Es wird berechtigte Kritik - auch in der Vergangenheit – gegeben haben, aber das alles kann heute nicht so viel Zeit in Anspruch nehmen. Reden wir bitte über die konkreten, von der ÖVP beantragten Dinge. Was ist gut darin, wo sind wir einer Meinung, wo sind wir nicht einer Meinung. Das liegt heute am Tisch, das möchte ich diskutiert wissen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete und Klubobfrau Ingrid Salamon.

Bitte Frau Klubobfrau. *(Abg. Inge Salamon: Danke, Herr Präsident!)*

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt vielleicht wieder zur Sachlichkeit zurückkehren. Weil ich glaube, dass sehr viele Landtagsabgeordnete hier sitzen und in die Politik gegangen sind, um Veränderungen für unser Land zu schaffen. Eine sachliche Veränderung zu schaffen.

Ich glaube, dass das heute so ein bisschen entglitten ist. Wenn wir zum heutigen Thema kommen, Demokratie-Schutz-Paket für das Burgenland, dann nehme ich für mich in Anspruch, dass ich mich nicht erinnern kann, dass beim Pressegespräch das Wort „Sauerei“ gefallen ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldigung. Ich korrigiere, es ist das Wort „riesengroße Sauerei“ gefallen!)* Auch wenn Du es noch einmal sagst, habe ich es nicht gehört und auch nicht gesagt. Es wurde von meiner Seite und auch vom Klubobmann Molnár nicht um die Sache diskutiert, nicht dass Veränderungen in gewisser Hinsicht notwendig sind, sondern es wurde um die Art und Weise diskutiert, wie das die ÖVP macht.

Wenn wir heute sehr aufmerksam dem einen oder anderen Redner zugehört haben, dann ist das von der Frau Kollegin Petrik gekommen, es ist vom Herrn Abgeordneten Kölly gekommen, dass wir, und ich glaube das auch persönlich, in gewisser Hinsicht, an einem Strang ziehen wollen. Nur muss man für die Zuhörer und alle jenen,

die heute hier das mit verfolgen und auch das Pressegespräch mitgehört haben, das ins richtige Licht stellen.

Weil Sie, die ÖVP, sind der Meinung, dass wir, die regierenden Fraktionen, für eine Weiterentwicklung der Geschäftsordnung einer Landesverfassung nicht offen sind. Das stimmt so nicht.

Sie waren ja mehr als 70 Jahre in Regierungsverantwortung und wissen genau, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja.)* lassen Sie mich ausreden, Herr Steiner, ich habe Sie auch ausreden lassen, dass jeder gewisse Rahmenvorgaben hat. Es gibt gesetzliche Rahmen von der EU, von einer Landesverfassung, von einer Bundesverfassung und es gibt den Datenschutz.

Ich will Ihren Satz jetzt nur ausfüllen, ich will nicht sagen, dass Sie 70 Jahre, so quasi, das kein Anliegen war. Sie haben genau gewusst, unter diesen gesetzlichen Rahmenbedingungen, die wir im Bund und im Land vorfinden, ist es nicht möglich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch!)*

Wenn Sie bekrittelt haben, dass Ihnen die Beantwortung irgendwie zu wenig ist, oder so, dann können Sie das laut der jetzigen Geschäftsordnung, kann jeder Klub verlangen, dass im nächsten Landtag darüber eine Debatte geführt wird. *(Abg. Manfred Kölly: Jeder Klub!)* Ich weiß nicht, liebe Kollegen, könnt Ihr Euch erinnern, dass das seit 2015 passiert ist? Also, es gibt ja die Möglichkeit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was soll passiert sein?)*

Sie wollen, und das habe ich auch beim Pressegespräch gesagt, der Bevölkerung und den Burgenländern diese Mogelpackung verkaufen, dass Sie der Retter der Nation sind. So ist es nicht. Man sollte sachlich bleiben und ich versuche wirklich das sachlich auch darzustellen.

Wenn es so ist, dass man sagt, wie lange hat sich die ÖVP geziert, dass der Rechnungshof in Gemeinden kontrollieren kann? Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendjemand meiner Abgeordneten sich verweigert hat, dass wir einen Landes-Rechnungshof haben, der kompetent ist, der sich das anschaut. Dass das an uns gehangen ist, dass das so lange gedauert hat, Herr Kollege, das ist an der ÖVP so lange gehangen, dass sich der Rechnungshof nicht die Gemeinden anschauen sollte.

Wenn wir jetzt auch diskutieren und ist auch schon gefallen, dass er sagt, die Klubverkleinerungen, und das zusätzliche Personal, das Sie verlangt haben, damit der Proporz fällt. Ja, an wem ist denn das gescheitert? *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wieso gescheitert? Das ist doch gelungen und umgesetzt.)*

Ja, aber unter was für Voraussetzungen? Was heißt das? Es gibt Rahmenbedingungen, die man als Regierung hat. Die man mit einem Partner als Regierung hat und es gibt Rahmenbedingungen, die ich aber nur dann ändern kann, wenn sich gesetzliche Voraussetzungen ändern. Hier einer Bevölkerung, die sehr fleißig ist, etwas vorzuspielen, zu sagen, dass das nur geht, weil es Sie als ÖVP gibt, ja bitte, das glaubt Ihnen keiner. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Was ich schon gesagt habe, in dem Pressegespräch, es sitzen die Medien heute da, als Demokratie in den Mund zu nehmen, wo es wirklich eine Bundesregierung gibt, und ich will mich nur für meine Wortmeldung wiederholen, wo ich sage, es gibt zwischen Bund und Land Vereinbarungen, wo es um 15a-Vereinbarung für Kinderbetreuung geht.

Hier zu sagen, laut zu sagen, ich spreche nicht mit allen gewählten Landeshauptleuten, sondern nur mit einem gewissen Klientel, wenn das mit Demokratie etwas zu tun hat, dann habe ich irgendetwas beim Wort Demokratie nicht verstanden.

Wenn gleichzeitig eine Bundesregierung einen 12-Stunden-Tag ohne Begutachtung und mit Husch-Pfusch irgendwie durch das Parlament jaukt, dann verstehe ich das auch nicht. Hier ist alles einzufordern, wo Sie wissen, dass es mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht geht. Im Bund diese Demokratie und diese Transparenz mit Füßen zu treten, also das ist schon so, wo man sagt, man misst da nicht mit einer Maßeinheit. Das habe ich auch beim Pressegespräch gesagt.

Es würde mir nie über die Lippen kommen, anders politisch denkende Politiker zu beleidigen. Ich versuche immer so mit Menschen umzugehen, und das ist auch für die Politik bei mir so, so wie ich es mir wünsche, mit mir.

Wenn wir heute hier sind, und heute 15.00 Uhr genau diese Einladung haben, wo es um diese Diskussion geht, ja, liebe ÖVP, das kann Ihnen niemand abnehmen, diesen Sonderlandtag. Sie haben dazu natürlich das Recht und es ist auch so passiert, dass der heute hier stattfindet.

Aber, dass Sie das Thema besetzen wollen, mit einer Landesverfassung, einer Geschäftsordnung und mit Transparenz zu punkten, dass Sie diejenigen sind, die das einfordern, das ist nachweislich nicht gegeben und das kann und wird Ihnen auch niemand abnehmen.

Wenn wir bei den jetzigen Gesetzen sind, dann haben Sie auch das Recht auf Akteneinsicht. Das haben wir beim letzten Landtag diskutiert. Sie wissen aber genauso gut wie ich, diese Daten, diese Fakten, die Sie haben, können Sie dann natürlich öffentlich in einer Diskussion nicht verwenden, weil das nicht rechtens wäre.

Niemand in dieser Regierung, und die SPÖ und die FPÖ weigern sich dieses Land weiter zu entwickeln, die Geschäftsordnung weiter zu entwickeln und zu diskutieren. Die Landesverfassung. Die Frau Kollegin Petrik hat Ihnen das heute auch schon gesagt, diese Amtsverschwiegenheit, kurz bevor sich der Nationalrat aufgelöst hat, hat die SPÖ und ÖVP eben eine Lockerung dieser Amtsverschwiegenheit vorgehabt. Da frage ich mich, warum hat das die jetzige Regierung noch nicht umgesetzt, dass wir auch eine Anpassung machen können?

Ich würde Sie wirklich ersuchen, dass Sie letztendlich Ihre Energie, die Sie hier im Burgenland verklicken wollen, den Wählerinnen und Wählern, dass Sie diese Energie bei Ihren Parteikollegen in Wien machen. Vielleicht bringt das dann auch für uns im Burgenland etwas. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Davon sind wir überzeugt.)*

Davon bin auch ich überzeugt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Aber, dieses Schauspiel wäre nicht notwendig gewesen. Hier geht es Ihnen wirklich nur um Öffentlichkeit, um herzuzeigen, sozusagen, was Sie letztendlich alles machen und alle anderen tun das nicht. Das stimmt nicht, das muss man ganz einfach sachlich sagen.

Daher kann man auch bei Ihrem Antrag nicht wirklich mitstimmen. Man wird diskutieren und auch ich freue mich auf die Diskussion um 15.00 Uhr heute schon, wo man dazu sagen kann, und muss, das hat der Herr Kollege Molnár schon gesagt, dass diese Diskussion der Geschäftsordnung und der Landesverfassung in dieser Legislaturperiode so früh wie noch nie stattfindet.

Dies deshalb, weil wir in der Regierung sind, weil es uns ein Anliegen ist, und weil sich niemand verwehrt, die Öffentlichkeit zu informieren und weil wir dieses Land positiv so, wie bis jetzt, auch weiter entwickeln wollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich habe ich Ihnen schon gesagt, dass wir natürlich Ihrem Antrag nicht zustimmen können. Ich werde einen Abänderungsantrag einbringen. Ich darf die Beschlussformel vorlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zum Vorhaben, die Reform der Burgenländischen Landesverfassung am Ende der von Sacharbeit geprägten Arbeitsperiode als sachlichen und geordneten Reformprozess zu führen, in dem alle Fraktionen gleichberechtigt die Möglichkeit bekommen, ihre Vorstellungen zu präsentieren und zu diskutieren, um am Ende den politischen Kompromiss in Form der nötigen Verfassungsmehrheiten zu erreichen.

Die Landesverfassung sowie die Geschäftsordnung des Landtages sollen daher rechtzeitig vor Ende der XXI. Gesetzgebungsperiode im Rahmen von Gesprächen unter Einbeziehung aller im Landtag vertretenen Parteien sach- und fachgerecht bewertet werden und anschließend sollen im Rahmen von Parteienverhandlungen entsprechende Reformvorschläge ausgearbeitet werden.

Ihnen - liebe ÖVP - und der Herr Kollege Steiner hat heute schon so quasi das sehr eindrucksvoll geschildert, mit einem Lächeln, als Therapeut wünsche ich Ihnen eine gute Therapiestunde. *(Die Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Entsprechend der Geschäftsordnung wird er in die Verhandlungen miteinbezogen.

Von der Regierungsbank hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Nießl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf auf einige Ausführungen eingehen und auch meine Meinung zur Landtagssitzung sagen. Zunächst zu den Leuchttürmen. Ich denke, dass diese Landesregierung viele Leuchtturmprojekte in Umsetzung hat. Wir werden die größte Verwaltungsreform in der Geschichte des Burgenlandes umsetzen. Wir sind in der Umsetzungsphase, aber nicht in der theoretischen Planungsphase. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da hat es viele Gespräche und hundert Anregungen gegeben. Es werden in den nächsten Monaten bis ins Frühjahr hinein 30 Gesetze verändert werden.

Ich darf ein Gesetz herausnehmen, wo alle involviert waren, auch ein zumindest kleiner, wenn nicht großer Leuchtturm, das ist das Wohnbauförderungsgesetz, wo wir mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz einen Leuchtturm gesetzt haben, mit der besten Wohnbauförderung aller österreichischen Bundesländer. Vergleichen Sie das mit jedem einzelnen Bundesland, denn der Vergleich macht sie sicher. Wir haben hier gemeinsam ein sehr gutes Gesetz zustande gebracht. Da brauchen wir uns vor niemanden zu verstecken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn ich mir die Beschäftigungszahlen im Burgenland, dann ist das der größte Leuchtturm, im Monat Juli 109.000 Beschäftigte im Burgenland zu haben. Das ist ein Hoch, wie das im Burgenland noch nie der Fall war. Wir werden im nächsten Jahr 110.000 Beschäftigte im Land haben, denn alle Konjunkturparameter weisen darauf hin.

Das ist für die Regierung ganz wichtig, dass die Menschen im Land Beschäftigung haben, dass es 109.000 Beschäftigte im Juli gegeben hat, dass damit die wirtschaftliche Entwicklung ganz einfach zeigt, das Land und die Politik setzen Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen passen, sonst wäre die wirtschaftliche Entwicklung in der Form nicht möglich, mit hohem Wirtschaftswachstum, Rekordbeschäftigung und Rückgang der Arbeitslosigkeit. Das ist für mich überhaupt der größte Leuchtturm, dass so viele Menschen Beschäftigung haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Nur ganz kurz. Der Bildungsbereich, über den Leuchtturm habe ja nicht ich begonnen zu sprechen, es ist ja von anderen darüber auch hier in der Debatte gesprochen worden. Und es wird vielleicht auch noch möglich sein, dass man reflektiert, weil das mach ja an und für sich den Parlamentarismus aus. Dass man auch auf Rede und Antwort eingeht und nicht nur sein Konzept herunterbetet.

Bildungsbereich. Ich glaube, da sind wir wieder mit den Gemeinden und mit der Landesregierung und auch mit den Eltern und Schülern auf einem wirklich sehr, sehr guten Weg. Höchste Kinderbetreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen, zweithöchste Kinderbetreuungsquote der unter Dreijährigen. Die wenigsten Nicht genügend bei der Zentralmatura und die besten Facharbeiter in Österreich.

Also auch wieder ein Leuchtturm, wo das Land Burgenland früher ein Land mit einem relativ geringen Bildungsniveau war, wo wir heute das Modell Bildungsland in Österreich sind. Noch einmal, wieder von der Landespolitik die Rahmenbedingungen, Voraussetzungen, Umsetzung gemeinsam in den Gemeinden und auch von Seiten des Bundes, wo große Investitionen getätigt wurden.

Nächster Leuchtturm - Joanneum Research. Wir haben jetzt, wir werden das in den nächsten Wochen offiziell präsentieren, auch gemeinsam mit dem zuständigen Minister Hofer eine Bildungseinrichtung, beziehungsweise Forschungseinrichtung ins Burgenland geholt, die es noch nie gegeben hat. Wo das Land Burgenland Geld ausgegeben hat, um sich bei Joanneum Research einzukaufen, um diesen neuen Weg der wissensbasierten Wirtschaft zu begehen. Im Südburgenland, in Pinkafeld, wo Schritt für Schritt die Forschung ausgebaut werden soll. Mit einem Partner, der zu den Besten in Österreich gehört und der international zu den sehr, sehr guten Partnern gehört.

Ich finde das ist wirklich wichtig für die kommende Entwicklung, wo mit dem Schwerpunkt Optoelektronik eine ganze Reihe von Industriebetrieben mit vielen hunderten, tausenden Beschäftigten konkurrenzfähig sein werden, exportieren können, damit in weiterer Folge Arbeitsplätze nicht im Forschungsbereich alleine, im Burgenland geschaffen werden, sondern durch die angewandte Forschung Facharbeiter einen Job haben. Diese Arbeitsplätze abgesichert werden, weiter ausgebaut werden, weil wir den Export ankurbeln wollen.

Ein Leuchtturm ist die erneuerbare Energie. Wir sind die Nummer eins in Europa beim Ausbau der erneuerbaren Energie. Es gibt keine Region in ganz Europa, wo 150 Prozent des Strombedarfes selbst durch erneuerbare Energie auch gemacht werden. Also das sind wichtige Leuchttürme, davon profitieren natürlich die Menschen durch Jobs, durch eine gute Bildung und durch einen wesentlichen Beitrag auch zum Klima- und Umweltschutz durch die erneuerbare Energie. Und ich denke, es ist unsere gemeinsame Leistung. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es wurde auch angesprochen die Frau Ministerin Bogner-Strauß. Ich habe das nicht vorgehabt, aber wenn es angesprochen wird, muss man natürlich auch dazu Stellung nehmen. Es gibt hier von unserer Verbindungsstelle einen Leitfaden über Vereinbarungen gemäß Artikel 15a, also die Verträge Bund und Länder. Ein Leitfaden für die Praxis zu inhaltlichen und formellen Fragen mit Mustern, Textbausteinen und Erläuterungen.

Da waren miteinbezogen der Verfassungsdienst des Bundes, die Verfassungsdienste der Länder und der Herr Dr. Thienel, der seit 2014 Präsident des Österreichischen Verwaltungsgerichtshofes ist. Er sagt und ich zitiere: „Die 15a-Vereinbarung ist eine freiwillige Koordination zwischen Bund und Ländern. Diese freiwillige Koordination setzt voraus, dass sich Bund und Länder als gleichberichtigte Partner gegenüberstehen, Thienel 2000, Rz 3 also nachzulesen. Gleichberechtigte Partner.

Er sagt weiter: „Eine einseitige Vorgabe eines Vereinbarungstextes entspricht nicht einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG. Es ist eben nicht partnerschaftlich und entspricht nicht der Vorgangsweise und dem Leitfaden.“ Genau darum geht es. Eine Ministerin, die sich nicht an eine 15a-Vereinbarung, an den Leitfaden der Landes-Verfassungsdienste, des Bundesverfassungsgerichtshofes, der Bundesstellen hält und mit einem Teil der Bundesländer keine Gespräche führt, kann diesen Leitfaden und diese Vorgaben nicht erfüllen.

Peter Kaiser hat schon angekündigt, dass er aufgrund dieser Vorgangsweise auch überlegt, den Bund in entsprechender Form zu klagen. Weil 15a-Vereinbarungen nur im Konsens und auf Grund dieses Leitfadens auch durchgeführt werden können.

Also das Erarbeiten eines Textentwurfes ohne Berücksichtigung der Interessen der anderen Vertragsparteien ist nicht zweckmäßig und spricht weder für ein kooperatives, noch für ein effizientes Vorgehen. Das ist der Text, der auch in diesem Leitfaden nachzulesen ist. Vergleich Hamburg - Burgenland halte ich für interessant, natürlich, weil Deutschland eine andere Bundesverfassung hat wie Österreich und damit kann man nicht Kraut und Rüben vertauschen. Als Jurist wissen Sie das, ich sage es trotzdem wird auch einen Grund haben.

Nächster Punkt ist Bedarfszuweisung-Transparenz. Es wurde schon viel über „Transparenz und mehr Demokratie wagen“ gesprochen. Der Klubobmann Molnár hat das sehr gut gesagt, wo überall Demokratie einzieht. Ich glaube, das ist auch gut so. Wir haben auch mehr Transparenz bei den Bedarfszuweisungen geschaffen.

Es ist der Präsident Trummer da, der wird bestätigen, es gibt kein Bundesland in Österreich, wo es ein derart hohes Maß an Transparenz gibt. Es kann jede Gemeinde in der Gemeindeabteilung nachfragen, auch bei uns nachfragen, wie seine Bedarfszuweisungen berechnet wurden. Das ist einzigartig, nämlich hier einen klaren Vorgang zu haben, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Steiermark…!)* auch abgestimmt mit dem Finanzministerium, auch da haben wir viele Gespräche geführt.

Absprache mit dem Finanzministerium, ja das sind klare Kriterien, das entspricht den Vorgaben des neuen Finanzausgleiches mit den Schwerpunkten die zu setzen sind. Also auch ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz. Jede Gemeinde kann hier sehr transparent sagen wie die Kriterien sind, kann das nachrechnen. Es wird nicht von meinem Büro berechnet. Das wird von der Gemeindeabteilung berechnet, wo jeder Punkt dieser Kriterien auch einzuhalten ist.

Nächster Punkt: Die Gemeinnützigkeit. Also das halte ich für eine sehr interessante Aussage, die Sie getätigt haben, nämlich, wenn jemand gegen das Gemeinnützigkeitsgesetz verstößt, und wir davon auch informiert werden in schriftlicher Form, dann hat die Aufsichtsbehörde aktiv zu werden. Sie wissen wahrscheinlich gar nicht die gesamte Wahrheit, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir sagen, Transparenz soll kommen!)* nämlich, dass sowohl, Entschuldigung, wenn Sie mir jetzt nicht zuhören, werden Sie wieder nicht den gesamten Vorgang kennen und werden wieder etwas sagen, was nur die halbe Wahrheit ist, nämlich der Revisionsverband war einbezogen. Wir haben von dort Meldung bekommen.

Es war eine Steuerberatungskanzlei einbezogen. Es war eine Anwaltskanzlei einbezogen und es wurde ein Gutachter und in weiterer Folge zwei Gutachter beauftragt, alle Grundstücke und alles zu bewerten. Gutachter wurden beauftragt und das Finanzamt investiert, informiert natürlich.

Genau diese fünf Stellen, wenn man zum Ergebnis kommt, dass die Gemeinnützigkeit nicht gegeben ist, fünf Stellen eingebaut werden, die Regierung das gemacht hat, was hier diese fünf Stellen vorgeschlagen haben und in keinem Punkt von den Vorschlägen abgewichen ist, dann würde Ihre Kritik dann berechtigt sein, wenn sie ihren Sitz da haben, eine Wohnbauförderung bekommen und anschließend gibt es große Probleme, denn dann hätten Sie gesagt, wieso kriegen die Wohnbauförderung wenn schon vorher aufmerksam gemacht wurde, dass die Gemeinnützigkeit nicht gegeben ist.

Wir haben unsere Aufsichtspflicht wahrgenommen, haben fünf Stellen eingeschaltet und alles was da vorgeschlagen wurde auch umgesetzt. Nicht nur im Jahr 2015, sondern auch schon vorher. Das war unsere transparente Vorgangsweise und fachliche und sachliche Vorgangsweise. Wenn Sie den Kopf schütteln, dann glauben Sie nicht die Wahrheit, aber da kann ich Ihnen auch nicht helfen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Nächster Punkt ist der Sonderlandtag, wo beantragt wurde für Bereiche, wo auch die Bundesverfassung mithineinspielt. Es hat nämlich einen ähnlichen Antrag schon im Parlament gegeben, die Bundesverfassung dahingehend zu ändern, um genau diese Transparenz zu ermöglichen, was die ausgelagerten Gesellschaften anbelangt. Wissen Sie was mit diesem Antrag passiert ist nach der ersten Lesung?

Er ist im Ausschuss vertagt worden und bis heute nicht behandelt worden. Das ist schon relativ lang her, dass die Vertagung stattgefunden hat. Ich kann Ihnen auch sagen, was vermutlich der Grund ist. Denn dann müsste der Bund, und da hat die ÖVP schon überhaupt kein Interesse, über die ausgelagerten Gesellschaften des Bundes Auskunft geben. Nämlich wie teuer oder billig baut die BIG in Relation zu anderen Projekten.

Oder die Auskünfte über die OMV, über die nationalen und internationalen Gasleitungen, über andere, wie die Post zum Beispiel, und viele, viele andere Bereiche, und damit wird das vertagt. Und die ausgelagerten Gesellschaften können in dieser Form eben nicht, wir haben heute einen Antrag im Nationalrat gestellt über die Auskünfte der Bundesbeteiligungen, dann dürfen wir aufgrund des Bundes-Verfassungsgesetzes keine Auskünfte geben.

Das Bundes-Verfassungsgesetz steht über einem Landesgesetz. Das heißt, wenn wir das auch heute beschließen würden, geht das nicht, weil das Bundes-Verfassungsgesetz dagegen spricht.

Genau das ist der Grund, dass es natürlich gut wäre, wenn die beantragte ÖVP an die Parteifreunde in Wien gegangen wäre, wo man gesagt hat, ja wir wollen mehr

Transparenz, bitte ändert das Bundes-Verfassungsgesetz. Das ist im Ausschuss mit den Stimmen, nehme ich an, der ÖVP vertagt worden und behandeln wir diese Sache noch einmal.

Also würde ich sagen, es ist eine lohnende Aufgabe auch in diesem Bereich mit den Parteifreunden in Wien zu reden. Ich möchte das auch untermauern, nämlich mit Aussagen und Stellungnahmen vom Präsident Korinek, der viele Jahre Präsident des Verfassungsgerichtshofes war. Auch wenn ich jetzt ein bisschen länger rede, aber das ist mir ganz wichtig, dass wir uns auf Basis des Bundes-Verfassungsgesetzes bewegen und Karl Korinek hier klare Aussagen gemacht hat.

Die Ausgliederung von Gesellschaften reduziert je nach Rechtsform der Ausgliederung die Kontrolle durch das Parlament. Und nach Judikatur des EuGH auch die volksanwaltschaftliche Kontrolle. Auch der Volksanwalt darf nicht kontrollieren, lediglich die Rechnungshofkontrolle bleibt bestehen.

Demnach ist auch klargestellt, dass Handlungen von ausgelagerten Gesellschaften nicht den Gegenstand parlamentarischer Anfragen bilden können. Das gilt auch dann, wenn das Land zu 100 Prozent an der Gesellschaft beteiligt ist.

Also ich würde sagen, wenn der Präsident, ehemalige Präsident des Verfassungsgerichtshofes so klare Aussagen macht, dann können ja wir vom Land nicht anders vorgehen. Wenn man heute im Bund Fragen auf ausgelagerte Gesellschaften nicht beantwortet weil das Bundesgesetz dagegenspricht, können wir ja das nicht anders machen. Also noch einmal, der Antrag liegt im Bund, der ist vom Ausschuss vertagt worden.

Man kann die Parteien motivieren, dass sie diesen Antrag wiederbeleben oder behandeln und damit das Bundes-Verfassungsgesetz ändern. Dann können wir auch aktiv werden und die entsprechenden Auskünfte geben. Also insofern ist ein Teil der Kritik, der hier angebracht wurde, nicht richtig, weil wir nicht zuständig sind und gar nicht die Landesverfassung ändern können. Da können wir nicht zusammenkommen.

Man kann auch das Ergebnis haben, ja wir ändern unser Gesetz, nur ändern, da ist nichts dran, dass das Bundesgesetz dagegenspricht und immerhin der Bund und das Bundesgesetz vor den Landesgesetzen auch ist.

Nächster Punkt ist Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Schützt das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens. Auch hier gibt es eine Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes, also auch nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes stellt die Veröffentlichung von Gehaltsdaten einen Eingriff erheblichen Gewichts in das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens dar.

Also auch das ist eine Auskunft, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der könnte ja zustimmen, derjenige, der veröffentlicht wird!)* da kann man immer zustimmen. Sie können auch bei allem immer zustimmen, dann wäre die Arbeit auch vereinfacht. Also wer wird dort zustimmen? *(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Mag. Thomas Steiner: Also Herr Landeshauptmann, da gibt es jetzt das nächste Argument dazu!)*

Aber ich darf Ihnen eines sagen, wir sind auch, glaube ich, eines der wenigen Bundesländer, das eine klare Vorgangsweise auch bei den Ausgelagerten, und das ist mir wichtig, weil da hat es, ich meine, es wissen all jene, die in der Vergangenheit in der Landesregierung waren, da hat es massive Ausreißer gegeben vor etlichen Jahren, was die Bezüge von ausgelagerten Gesellschaften anbelangt hat. Wir haben eine klare Schablone, war gar nicht einfach. Weil jemanden im Gehalt zurückzufahren ist ja nicht einfach.

Aber wir haben das zusammengebracht, weil die Landesregierung gesagt hat, nein, wir machen eine Schablonenverordnung, der Höchstbezug ist der Bezug des Landeshauptmannes. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Inklusive oder exklusive der Bonuszahlungen?)* Das ist… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Exklusive! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Exklusive!)*

Noch einmal, da kann man natürlich darüber reden, dass man sagt, wir sind dort schon deutlich zurückgefahren, wir sind deutlich zurückgefahren, und selbstverständlich kann man darüber reden, dass man sagt, da sollen die Bonuszahlungen mit dabei sein. Aber es wird nicht, Sie werden wahrscheinlich nicht mehr als einen, zwei, finden, die inklusive Bonuszahlungen darüber kommen.

Da haben wir Gutachten eingeholt, wie die Gehaltsstufe bei den ausgelagerten Gesellschaften sein soll, abgestuft sein soll. Von einer externen, nicht nur von uns, weil da kann man sagen, ja gut, das ist der Freund, ein Bekannter, und was weiß ich was alles, sondern das ist wieder transparent, das war ursprünglich Professor Mazal und jetzt gibt es wieder eine Feinabstufung, wo wir klar, zumindest den Geschäftsführern gegenüber sagen, wie hoch die Bezüge sein dürfen und wer in die Schablonenverordnung fällt, was die Bezüge des Landeshauptmannes anbelangt und auch der Regierungsmitglieder.

Das werden Sie auch in kaum einem anderen Bundesland finden, eine derartige Schablonenverordnung, wo vom Gehalt her niemand über dem Bezug des Landeshauptmannes ist. Bonuszahlungen, muss man auch dazu sagen, hat es auch in ausgelagerten Betrieben gegeben, dass die nicht bezahlt wurden. Was auch richtig ist. Oder teilweise bezahlt wurden. Da wird auch streng darauf geschaut, werden die Vorgaben erfüllt, die man sich jetzt wirklich genau auch anschaut, oder werden sie nicht erfüllt, und dann kriegt er eben die Hälfte, gar nichts oder eben die 100 Prozent, wenn alles erfüllt ist. Also auch eine sehr, sehr klare Vorgangsweise.

Ja, und ich darf auch den Livestream erwähnen, wo das Präsidium doch eine sehr gute Entscheidung getroffen hat. Dass viele Zuschauer hier live dabei sind, hier das alles mitverfolgen können in transparenter Art und Weise mit guten Zugriffen, und auch das ist ein Beitrag.

Also ich würde zusammenfassend sagen, ich glaube, dass man über eine Weiterentwicklung der Demokratie immer diskutieren kann, dass es gut ist, wenn Gespräche geführt werden und dass man in dem einen oder anderen Bereich auch noch Veränderungen machen kann. Das war in jeder Legislaturperiode in den vergangenen 25 Jahren der Fall, dass eine Verfassung geändert wurde und dass hier auch Mehrheiten für eine Verfassungsänderung gefunden wurden.

Es wird, nehme ich an, auch diesmal der Fall sein. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass man nicht Dinge kritisieren sollte weil sie uns nicht weiterbringen, oder klar sagen sollte, das eine oder das andere geht nicht, weil es ein Bundesverfassungsgesetz gibt, das dem widerspricht. Oder dass es EU-Regelungen gibt, die dieser Vorgangsweise widersprechen, und das sollte man den Leuten nicht vormachen.

Die wollen das im Land nicht ändern, wenn der Bund ein anderes Gesetz hat, oder wenn die Europäische Union andere Gesetze hat, die für uns eben auch eine gewisse Relevanz haben, oder wenn auch die Menschenrechtskonvention, der Datenschutz oder was auch immer dagegenspricht.

Ich lege da schon großen Wert, dass gerade unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesregierung darauf achten, dass wir die Bundes-

Verfassungsgesetze einhalten, dass wir den Datenschutz einhalten und ich verlasse mich auch darauf, dass das von den Mitarbeitern genau und exakt gemacht wird, weil selbst kannst du den gesamten Datenschutz im Land Burgenland natürlich nicht kontrollieren und selbst weißt du auch nicht, wie die ganzen Bundes-Verfassungsgesetze auch richtig auszulegen und einzuhalten sind.

Aber unterstützend auch mit Karl Korinek, mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, und in vielen höchstgerichtlichen Entscheidungen versuchen wir das gesetzeskonform zu machen. Was wir nicht dürfen, da stehen eben andere Gesetze entgegen, und das bitte ich auch zur Kenntnis zu nehmen. Danke für die Debattenbeiträge. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landeshauptmann, ich gebe Ihnen recht, wenn auch Sie uns zustimmen würden, dann würde die Arbeit auch für uns vereinfacht werden. Ich glaube, da sind wir uns einig und dem können wir beipflichten.

Geschätzte Damen und Herren! Uns geht es heute in dieser Debatte auch darum, dass man sich nicht hinter Gesetzen, hinter Papieren oder Gutachten versteckt, sondern dass man die Transparenz in den Vordergrund rückt und versucht, alles zu tun, um diese Transparenz auch in das Land zu bringen.

Diese Landesregierung ist leider der festen Überzeugung, dass sie unantastbar ist und dass sie auch über den Burgenländern steht. Sie glaubt aber auch, alles ungeniert vor den Burgenländern verstecken und vertuschen zu können. Deswegen haben wir heute diesen Sonderlandtag eingebracht. Unsere Debattenbeiträge werden und haben gezeigt, was in diesem Land alles vertuscht und verschwiegen wird und was nicht gemacht wird, aber wofür wir einstehen. Es ist auch klar, und das wird nach diesem Tag noch viel klarer sein, dass diese Landesregierung genau null Interesse daran hat, mehr Transparenz zu haben, denn es geht am Ende des Tages nur darum, dass man Transparenz zulässt.

Aber nicht einmal das schafft diese Landesregierung, um hier zu Ehrlichkeit und zu Offenheit zu kommen. Verschwiegenheit fordern ist nicht das Mittel sie zu erlangen. Das hat schon Goethe gesagt und das möchte ich dieser Landesregierung auch nahelegen und solltet Ihr Euch zu Herzen nehmen.

Geschätzte Damen und Herren! Wir stehen vor einer Schweigeregierung. Egal ob es mündliche, schriftliche Anfragen sind, ob es Debattenbeiträge hier im Landtag sind, das einzige was wir hier gegenüber haben, ist ein tiefes und ruhiges Schweigen, denn die Regierung hat sich vor drei Jahren ein Programm gegeben, wobei das Credo hierbei lautet: Verschwiegenheit, stillschweigen und unterschlagen. Dafür können wir uns nicht begeistern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir wollen hingegen, und das ist auch ganz klar, dass jeder Steuerzahler weiß, wohin sein Geld geht. Dort wo es um Steuergeld geht, darf es keine kontrollfreie Zone geben. Dafür werden wir einstehen und dafür haben wir in den letzten Jahren jedes Mal gekämpft. Denn es ist dringend an der Zeit, unser Demokratieschutzpaket umzusetzen. Unsere Forderungen liegen am Tisch. Wie wir aus den Wortmeldungen erfahren haben, sind wir uns ja in der Sache einig und hoffen darauf, dass diese Punkte in den nächsten Wochen und Monate auch umgesetzt werden.

Es geht in der Politik nicht mehr ohne absolute Transparenz. Das ist die Basis für ein uneingeschränktes Vertrauen in die Politiker und auch in das politische System unserer heutigen Zeit. Mehr Transparenz würde im Übrigen auch mehr Wahrheit ermöglichen. Geschätzte Damen und Herren, der erste Punkt ist die Landesholding Burgenland.

Dieses Konstrukt oder diese Blackbox wurde vor drei Jahren präsentiert mit der Idee, einen gläsernen Konzern zu schaffen. Aber das einzige Gläserne an diesem Konzern sind nicht die Fenster, wie man vielleicht glaubt, sondern maximal die Beine, auf denen dieser Moloch steht, denn keiner von uns, geschweige denn von der Regierung selbst, weiß was in diesem Konzern passiert.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben in diesem Konzern über 100 Beteiligungen. Wir haben eine Bilanzsumme von zwei Milliarden Euro, mit allen Vereinen und so sind es wesentlich mehr. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben von 160 gesprochen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!)*

Geschätzte Damen und Herren, wie Sie sehen, nicht einmal die Regierungsmitglieder selbst wissen darüber Bescheid, was in diesem Moloch passiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wissen wir nicht, weil wir nichts erfahren!)* Jedenfalls weiß man aus den Medienberichten, dass die Bilanzsumme über zwei Milliarden Euro ausmacht. Das Budget des Landes hat eine Milliarde und das Land pumpt jährlich 120 Millionen Euro vom Landesbudget in diese Blackbox hinein, wo keiner weiß, was mit diesem Geld passiert.

Wenn man jetzt glaubt, dass es ein großer Konzern des Landes ist, wo 4.500 Mitarbeiter beschäftigt sind, dann sucht man auf der Homepage natürlich nach diesem Konzernabschluss, um den Medienberichten irgendwie folgen zu können. Wer sich auf der Homepage einmal ein bisschen durchkämpft, sie ist sehr klein gehalten, der findet keinen Konzernabschluss, den man einsehen kann.

Es gibt keinen Geschäftsbericht, es gibt keinen Corporate Governance-Bericht. All diese Dinge, die im Gesetz vielleicht verankert sind, oder wo man hier glaubt Transparenz an den Tag legen zu können, hier findet man keinen Konzernabschluss, wo man verifizieren kann, ob das alles stimmt.

Wenn man jetzt die Kontrollinstanz fragt, also die Landesregierung, nach irgendwelchen Details in diesem Moloch, dann behauptet diese immer, dass sie keinen Einblick hat. Wenn der Haupteigentümer, also die Landesregierung, hier in den Aufsichtsräten sitzt und die Geschäftsführer und auch die Vorstände bestellt, ob politisch direkt oder indirekt, dann hinterfrage ich die Arbeit der Landesregierung, weil man bekommt weder eine Antwort noch weiß der Steuerzahler, wohin das Geld geht.

Das ist für uns nicht tragbar. Vor allem, wenn man es mit den Gemeinden vergleicht. Die Bürgermeister, auch anderer Parteien, wissen es ganz genau. Wenn die Aufsichtsbehörde kommt und etwas fragt, können wir als Bürgermeister in keinster Weise sagen: Nein, wir haben Verschwiegenheit vereinbart. Nein, das steht in den Verträgen so drinnen, wir dürfen nichts sagen. Dann können wir uns alle vorstellen, dass wir am nächsten Tag in der Zeitung stehen, Aufsichtsbeschwerde bekommen und vielleicht auch noch zitiert wird oder andere Konsequenzen zu befürchten hat.

Geschätzte Damen und Herren! Hier wird nicht das gleiche Maß angesetzt. Bei den Gemeinden und beim Land. Denn hier gibt es klare Unterschiede. Hat eine Gemeinde eine ausgegliederte Gesellschaft, so muss sich diese Gesellschaft ausziehen und der Aufsichtsbehörde und dem Land jedes kleinste Detail, jede Rechnung zeigen, wenn diese

gefordert wird. Ja, sogar der Prüfungsausschuss hat Einsicht in diese ausgegliederten Gesellschaften.

Wenn man die Gemeinde mit der Gesellschaft vergleicht und das Land mit den Gesellschaften vergleicht, dann versteckt man sich beim Land hinter Gutachten oder anderen Gesetzen, aber in der Gemeinde ist das alles völlig egal. Da darf man genau wissen und erfragen, wieviel der Geschäftsführer verdient, wie er dort angestellt ist und was dort auch mit dem Geld passiert.

Das ist für uns nicht tragbar. Deswegen ist es ganz wichtig und klar, dass wir das parlamentarische Fragerecht für die ausgegliederten Gesellschaften verankern. Das kann man ganz einfach machen. Es ist nur eine Frage des Wollens. Geschätzte Damen und Herren! Diese Landesregierung will es einfach nicht. So klar ist unsere Antwort auf die vielen nicht beantworteten Fragen, die noch im Raum stehen hinsichtlich der ausgegliederten Gesellschaften.

Was spricht dagegen, wenn man alle Gesellschaftsverträge ändert und dort hineinreklamiert, dass der Landtag das Fragerecht dafür hat? Das ist eine Entscheidung der Eigentümer, in diesem Fall der Landesregierung oder der Vertreter der Landesregierung, der Aufsichtsräte, und mit einem einfachen Okay kann das in den nächsten Wochen sofort umgesetzt werden.

Damit wäre klar, dass es eine Offenlegung aller Finanzen gibt, eine Offenlegung aller Geschäftsführergehälter, die Offenlegung aller anderen Finanztransaktionen, die in diesen Gesellschaften passieren.

Geschätzte Damen und Herren! Auf Bundesebene hingegen gibt es bereits diese Offenlegungen in Form eines Einkommensberichtes. Dort sieht man alle Gehälter der ausgegliederten Gesellschaften. Dort sieht man die Pensionszahlungen. Alle anderen Dinge die notwendig sind und für die Offenheit sorgen, sind auf Bundesebene umgesetzt, seit Jahren offensichtlich.

Es gibt auch einen Bericht über die ausgegliederten Gesellschaften des Bundes. All diese Dinge gibt es im Land leider nicht. Das heißt, auf der einen Seite in der Gemeinde muss man es machen, auf Bundesebene wird es gemacht, nur das Land hinkt hier hinten nach und hat genau null Interesse daran, in irgendeiner Weise mehr Transparenz zulassen zu wollen.

Geschätzte Damen und Herren! Der zweite wesentliche Punkt sind all die Prozesse und Vergleiche der letzten drei Jahre. In den Medienberichten erfahren wir immer, dass das Land sich geeinigt hat, nachdem ein jahrelanger Prozess geführt wurde, viele Anwaltskosten angefallen sind, und das Ergebnis ist, dass Stillschweigen vereinbart wurde. Intransparenz, Verschwiegenheit und Informationsverweigerung, das sind die drei Schlagwörter dieser Landesregierung.

Bei all den Vergleichen, Vereinbarungen die geschlossen wurden in den letzten Jahren, weiß niemand darüber Bescheid, wie hoch die Anwaltskosten sind und auch niemand weiß darüber Bescheid, wieviel das Land zahlen muss für all diese Vergleiche, die das Ergebnis von politischen Verfehlungen sind. Ich möchte nur ein paar aufzählen, weil es hier auch immer um Steuergeld geht.

Der Kurzzeitintendant Pichowetz oder auch der Vergleich von St. Margarethen. Hier wurde Stillschweigen vereinbart. Die B50-Umfahrung, was das wasserrechtliche Verfahren betrifft, hier wurde Stillschweigen vereinbart.

Gewisse Klagen zwischen Land und Esterhazy, auch hier wurde Stillschweigen vereinbart. Das Glanzstück des Stillschweigens ist nach wie vor die KRAGES. Hier gibt es ja seit Jahren keinen Geschäftsführer mehr, trotzdem rennt die Gesellschaft ganz gut. Aber in ein paar Monaten gibt es wieder einen. Auch hier wurde bei der Abfertigung von einem Geschäftsführer Stillschweigen vereinbart und auch bei der Entlassung des Geschäftsführers Schnedl wurde über etwaige Summen Stillschweigen vereinbart oder auch darüber, warum es zu dieser Entlassung kam.

Das heißt, für uns ist klar, der Burgenländer hat ein Recht darauf zu erfahren und zu wissen, wozu sein Steuergeld verwendet wird. Wenn das Steuergeld für eine politische Fehlentscheidung verwendet werden muss, weil es rechtlich nicht anders möglich ist, dann hat diese Landesregierung nicht nur diesen Fehler einzugestehen, sondern auch offenzulegen, wieviel diese Fehlentscheidung gekostet hat.

Geschätzte Damen und Herren! Wir fordern deswegen auch ein ausdrückliches Verbot von dieser Verschwiegenheitsvereinbarung, die mit Steuergeld verursacht wird, denn der Steuerzahler muss wissen, was mit seinem Geld passiert. *(Beifall bei der ÖVP)*

Uns ist das Demokratie-Schutz-Paket genau deswegen so wichtig, weil sonst, gerade im Burgenland, die Gewaltenteilung der Staatsgewalt in Schieflage gerät. Wir haben seit drei Jahren das Phänomen, dass sich die FPÖ als selbsternannte Kontrollpartei leider selbst aufgegeben hat. Die FPÖ dient ja nur mehr als Steigbügelhalter, sie ist dazu verkommen, weder Inhalte noch Kompetenzen zu haben.

Sie sind, wie wir heute ausdrücklich vom Kollegen Molnár gesehen haben, der Beißhund der SPÖ, Sie sind dazu verkommen und beschützen sogar noch ihren Regierungspartner, damit Sie beim nächsten Mal ja zu 100 Prozent wieder dabei sind, und diese Schieflage bringt uns zu diesem Demokratie-Schutz-Paket.

Denn egal, was die SPÖ seit drei Jahren machen will, sie kann es, weil es die FPÖ duldet und nichts dagegen tut. Ganz im Gegenteil, sie unterstützt sogar noch diese ganzen Fehlentscheidungen und auch die Intransparenz in diesem Land.

Geschätzte Damen und Herren! Für uns ist es wichtig, den Weg mit dem Bürger gemeinsam zu gehen und ihnen klar- und offenzulegen, was mit Steuergeld passiert und was auch in ausgegliederten Gesellschaften passiert.

Dass hier nicht vertuscht oder verheimlicht wird, sondern dass man ehrlich, offen und transparent mit dem Steuergeld umgeht und in der politischen Auseinandersetzung klar sagt, was man will, was man nicht will und wenn man Fehler macht, was sie kosten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Damen und Herren! Das beste Mittel, Informationen zu erhalten, ist, Informationen zu geben. Das hat Niccolò Machiavelli schon gesagt und das sollte man sich auch zu Herzen nehmen.

Von unseren acht Ideen geschätzte Damen und Herren, die wir heute in unserem Demokratie-Schutz-Paket präsentiert haben, braucht es bei fünf keine gesetzlichen Änderungen.

Das heißt, nochmal, um es zu wiederholen, es scheitert ausschließlich am Willen dieser Landesregierung, für mehr Transparenz in diesem Land zu sorgen. Deswegen fordern wir ganz klar diese Landesregierung auf, endlich dafür zu sorgen, dass wir mehr Transparenz im Burgenland haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem wichtigen Thema, was im Hohen Landtag diskutiert wird und werden soll, sieht man aber die Ernsthaftigkeit dahinter, wo die fluchtartige „Verlassung“ der Regierungsbank auf einmal passiert, *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* da kann man schon etwas daraus herauslesen. Ich glaube nicht, dass das sehr ernst gemeint ist, was vorher auch gesagt worden ist.

Kontrolle und Transparenz ist in jedem Unternehmen, in jeder Gesellschaft, in einer jeden Gemeinde, bis hin zu jedem Verein wichtig, und es wird vor allem auch Kontrolle und Transparenz gehandhabt und vor allem die Öffentlichkeit auch informiert, und das wird in diesen Bereichen überall gemacht.

Überall, sogar in anderen Bundesländern, der Kollege Steiner hat das ja heute auch schon erwähnt, dass es doch anders auch geht, wenn man das aber nur will. Vor allem, überall geht es, außer bei uns im Burgenland, da will man das eigentlich nicht.

Da will man eigentlich mit den Schlagworten - so wie vorher auch schon gehört - „Verschwiegenheitsvereinbarung“, „Geschäftsgeheimnis“ oder das ist eine ausgegliederte Gesellschaft im Eigentum des Landes, da können wir auch nichts dazu sagen. Mit diesen Wörtern wird ständig - in jeder schriftlichen Anfrage, in jeder mündlichen Anfrage, in jeder Debatte, in jedem Rechnungsabschluss, in allem anderen, was dies hier im Land betrifft - die Öffentlichkeit einfach nicht informiert.

Damit stiehlt man sich - aus meiner Sicht - von der Verantwortung, wo vielleicht der eine oder andere Punkt zu sprechen kommt. Aber zu dem komme ich noch.

Weil vorher schon mehrmals das Gemeinderechtspaket erwähnt worden ist. Ja, es hat viele Änderungen gegeben. Es war eine relativ große Anzahl, das auf einmal beschlossen worden ist, was die Gemeinden betrifft.

Auch der Herr Landeshauptmann sagt vorher, wie wichtig und gut es ist, dass das Gemeinderechtspaket beschlossen worden ist. Wieso beschließt man im Landtag etwas für Gemeinden, Maßgaben, Vorgaben und macht genau das Gegenteil eigentlich in der Landesregierung?

Egal, was ich in der Gemeinde heute mache, selbst als Bürgermeister, bin ich in der Öffentlichkeit. Ein jedes Protokoll, eine jede Niederschrift kann man nachlesen. Es kann alles eingesehen werden, ein jeder Beschluss, sogar die Gemeinderatsbeschlüsse müssen nach dem Volksrechtegesetz veröffentlicht werden.

Gibt es da kein Volksrecht mehr nachher in der Landesregierung? Darf man da dann nie mehr erfahren, was beschlossen worden ist? Ein jeder finanzielle Schritt, vor allem, was gemacht werden muss, muss vorher von der Abteilung 2, vom Land, abgesegnet werden. Ohne den bekommt man nicht einmal mehr ein Darlehen. Du kannst nirgendwo hingehen und sagen, ich brauche 100.000 bis 200.000, 500.000 Euro für ein Projekt, ohne die Genehmigung des Landes.

Im Land schaut das etwas anders aus. Was passiert alles im Land ohne Vorgabe, ohne Veröffentlichung von Regierungsbeschlüssen, ohne Offenlegung von Verträgen, et cetera? Und ich glaube, dass jeder Steuerzahler schon das Recht darauf hat zu erfahren, was eigentlich passiert.

Vor allem, das, was vorher auch der Kollege Wolf gesagt hat, ist, glaube ich, ein essentieller Teil von der Gesamtdebatte, weil ich schon der Meinung auch bin, dass ein jeder das Recht hat zu erfahren, was bei diesen Prozessen und Vergleichen passiert, wie bei den Esterházy, St. Margarethen, Mörbisch, KRAGES, Arenaria und so weiter. Das Gleiche Swap-Geschäfte, das Gleiche die internen Kreditvergaben, was ja auch der Landes-Rechnungshof in der BVOG kritisiert hat, oder bis hin zum Kaufpreis von der Bahnstrecke Oberwart.

Gleiches gilt natürlich für sämtliche Ablösen, die irgendwo gezahlt worden sind, wo immer wieder nur darauf verwiesen wird, da ist Stillschweigen.

Aber ich glaube, dass ein jeder, nicht nur alle hier im Hohen Haus, sondern auch die Öffentlichkeit das Recht hat, zu wissen und zu erfahren, wie hoch die Verluste der einzelnen Tochtergesellschaften sind, was den Konzernabschluss in der Landesholding betrifft, der wird nicht öffentlich gemacht.

Dass die Regierung gleichzeitig keine Einblicke in irgendwelche Beschlüsse gibt, dass der Landes-Rechnungshof darauf verweist, dass in einzelnen Gesellschaften Fehlbeträge sind, die nicht veröffentlicht werden, dass jährlich 120 Millionen vom Land Burgenland in die BLh gepumpt werden, ohne eine Kontrolle des Landtages, wo man nicht erfährt, was da genau passiert ist. Dass gewisse Fördergelder bezahlt werden, ohne Kontrolle des Landtages.

Wenn heute eingeladen wird, um 15.00 Uhr, zu einer Besprechung, wo nur das Wort „Landtag“ immer vorkommt und nie das Wort „Regierung“, dann sind wir aber genau wieder dort, wenn man spricht - im Wording von der Frau Klubobfrau Salamon - von einer Mogelpackung.

So ist es einfach nur zu sehen. Es wird wieder viel Schaum geschlagen um nichts, und die Regierung tut genauso weiter, wie es bis jetzt das eigentlich gemacht hat.

Gleiches gilt im Burgenland Tourismus, wo keiner bis jetzt erfahren hat, wie genau dort mit den Geldern umgegangen wird. Wo keiner weiß, was die Abfindung von Mario Baier gekostet hat. Es wird nur gesagt, wie viele Gehälter, aber was ist der Gehalt gewesen? Wie kann man das dann rechnen? Waren das 5.000, 10.000, 15.000, war das so viel wie der Landeshauptmann verdient, oder mehr oder weniger? Wer weiß das?

Das Gleiche gilt für die Kostenrechnung. Keine Planung dazu, und so weiter und so fort.

Landessicherheitszentrale: Wo der Landes-Rechnungshof genauso festgestellt hat, dass die Kontrolle und in der Buchhaltung grobe Mängel passieren. Wo nicht informiert wird, der Landtag diesbezüglich. Wo alleine 27 Prozent aller angefallenen Überstunden an einen einzigen Leiter an dieser Stelle ausbezahlt worden sind, wo keine Kontrolle ist.

Man muss ganz einfach, wenn das nicht passiert, den Landtag damit betrauen, dass einfach die Regierung dabei in ihrer Aufgabe unterstützt wird. Gleiches gilt für die Umfahrung Schützen und vieles mehr. Aber nur sehr bedenklich ist, zu der, glaube ich, sehr guten Arbeit des Landes-Rechnungshofes, der Herr Direktor Mihalits ist ja auch zugegen, der ja immer wieder auch aufzeigt, wo Missstände im Land sind, wo Kontrolle wichtig ist, wo auch die Regierung Verbesserungspotential auf alle Fälle hat und teilweise auch in einem sehr großen, potentiellem Ausmaß, wo aber auch der Herr Direktor sagt, dass er mehr sagen könnte und in den Berichten mehr schreiben könnte, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen geändert werden würden.

Das heißt gleichzeitig, das Kontrollorgan des Landtages, der Burgenländische Landes-Rechnungshof, darf selbst in seinen eigenen Berichten nicht alles schreiben, was er weiß, was richtig und falsch ist, was gut rennt und nicht gut rennt, weil einfach immer Stillschweigen, Geschäftsgeheimnis, Amtsverschwiegenheit oder sonst irgendetwas im Wege steht, und da sollte man auch die Rahmenbedingungen dahingehend ändern.

Wenn die ehemalige Kontrollpartei, die FPÖ, und das kann man nur als ehemalig betiteln, weil momentan hauen wir ja alles über Bord, was nur zum Werfen ist, dann muss man aber dann hergehen und danach trachten, dass man diese Rahmenbedingungen schafft, um Transparenz zu schaffen und gewisse Dinge auch öffentlich zu machen, wo alle Steuerzahler das Recht dazu haben, zu wissen, was mit ihrem Steuergeld passiert. Darum können unsere Forderungen, die in diesem Antrag stehen, auch nur gut und richtig sein.

Damit wir auch, und wie vorher auch schon gesagt worden ist, fünf von diesen acht Punkten können ja sofort von der Landesregierung veröffentlicht werden. Dies zu dem Demokratie-Schutz-Paket.

Wenn wir es auch den Gemeinden vorgeben, sollte man auch selbst der Regierung das vorgeben. Ich glaube, das wäre gut und richtig, es auch zu machen, und das sollte sich auch die Regierung zu Herzen nehmen.

Wir werden auch in Zukunft darauf schauen, damit wir öffentlich machen, was dem Steuerzahler auch zusteht, an Information zu bekommen, wo es nicht richtig rennt, wo Sand im Getriebe ist, und das, glaube ich, ist mehr als genug. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Vielleicht zwei, drei kurze Anmerkungen zu den Vorrednern.

In Bezug auf die LSZ muss ich mich beim Rechnungshof bedanken, er ist jetzt schon gegangen, aber weil es geheißen hat, wo die Kontrollpartei oder so sei. Also, das Erste, das ich getan habe, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* - entschuldige, war, die Überprüfung der Landessicherheitszentrale durch den Rechnungshof in Auftrag zu geben.

Also das heißt, ich wollte wissen, wie schaut es aus in der Landessicherheitszentrale? Was ist zu verändern, was müssen wir ändern? Daher glaube ich, dass das notwendig war.

Ich verstehe natürlich die ÖVP, dass heute dieser Sonderlandtag einberufen wird – „na no na ned“? Ist klar, dass man natürlich politisch versucht, hier Standfestigkeit zu bekommen und irgendein Thema zu suchen.

Aber Klubobmann Géza Molnár hat das wirklich in aller Klarheit auch zum Ausdruck gebracht. Im April wurde schon vom Landtagspräsidenten vorgeschlagen, dass Verfassungsverhandlungen beginnen und die Einladung gibt es schon seit Juli, also ist das wirklich klar ersichtlich.

Zur Holding noch einmal kurz - es war der Abgeordnete Wolf -, was natürlich besonders positiv zu erwähnen ist beim Konzern Burgenland, bei der Holding, ist nicht

nur, dass dort 4.500 Mitarbeiter beschäftigt sind, sondern dass es dort erstmalig - und das ist wirklich ganz toll - eine Eigenkapitalquote gibt, die nicht mehr im Minusbereich, sondern bei acht Prozent ist.

Das heißt, dieser Konzern Burgenland ist erstmalig mit acht Prozent genau dort, wo ein Unternehmen sein muss. Das muss man wirklich so sagen.

Wenn man sagt, man ändert schnell die Landesverfassung in den nächsten Tagen, ist es dann möglich, dass man alle Gehälter sieht und alles, was man noch sehen will? Ich glaube, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Es gibt kein Minus bei einem Eigenkapital. Es gibt kein negatives Eigenkapital.)* wir haben das heute ohnehin gehört, dass natürlich die Bundesverfassung über der Landesverfassung steht.

Und das es daher nicht innerhalb von Wochen nur so passieren kann - auch wenn Sie sich an den Kopf greifen -, es ist so, dass … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, entschuldige, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wenn Sie uns erzählen, dass der Konzern Burgenland erstmals eine positive Eigenkapitalquote hatte und Sie wissen, dass es keine negative geben kann, weil dann gibt es den Betrieb nicht, dann erzählen Sie uns ja einen Schmäh. Entschuldige, was ist das? Das ist ja lächerlich. Ganz ehrlich! Dann sagen Sie die richtigen Sachen und denken Sie sich nicht etwas aus!)*

So ist das nicht richtig. Sie wissen, dass das nicht richtig ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich ist das richtig.)* Nein, da muss man sich nämlich die Bewertungskriterien überlegen, da muss man sich die Eigentumskriterien überlegen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na geh! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Es gibt keine negative Eigenkapitalquote. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich vertrage eh viel, aber ehrlich gesagt.)*

Es gibt in der Holding eine achtprozentige Eigenkapitalquote, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na ja, entschuldige!)* die gestiegen ist. Da muss man die Bewertungen berücksichtigen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die acht Prozent sind …)* Okay, das hat eh keinen Sinn - nicht mit der ÖVP - zu reden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na ja, entschuldige!)*

In Ordnung, gut. Gehen wir weiter. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sagen Sie mir einen Betrieb mit einer negativen Eigenkapitalquote! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Es gibt keine negative Eigenkapitalquote. – Abg. Mag. Franz Steindl: Dann ist es Fremdkapital.)*

Es ist ein Unterschied in der Holding, ob zusammengefasst wird, ob gestartet wird, das ist ein riesengroßer Unterschied. Wenn man beginnt, das ist auch natürlich steuertechnisch und wirtschaftlich berechnet, da kannst ... *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Passt schon!)*

Die Zusammenwirkung, die Zusammenlegung ist bewertet nach Eigentum, nach Eigenkapital, ist bewertet nach Besitz, und das ist nicht so zu berechnen, wie Sie das sagen. Das ist ja eine Gesamtbewertung, und jetzt sind wir Gott sei Dank auf acht Prozent. Dann hätte es ja die Holding nicht gegeben.

Aber ich lasse mich auf dieses Theater nicht ein, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wird eh gescheiter sein.)* das Ihr da veranstaltet, ist mir ja auch völlig egal, was Ihr glaubt. Ich glaube, dass man mit der ÖVP sowieso nicht zusammenarbeiten kann, egal in welche Richtung auch immer. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ist es auf Bundesebene auch so?)*

Zur Verfassungsänderung noch einmal. Ich glaube, dass heute sehr gute Anregungen aufs Tablett gekommen sind. Es ist völlig richtig, wenn man zum Beispiel, wie

der Abgeordnete Kölly sagt, über Abänderungsanträge redet. Warum soll man über diese Reform nicht sprechen, aber deshalb gibt es ja die Verfassungsverhandlungen.

Ich erinnere daran, dass die ÖVP unbedingt wollte, dass der Klubstatus auf drei Abgeordnete erhöht werde. Das ist halt einmal so, das habt Ihr wollen, damit eben die Kleinen weniger Mitspracherecht haben. Das ist so, das habt Ihr einfach durchsetzen wollen. *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram)* Nein, da braucht Ihr Euch jetzt nicht irgendwie abputzen, sondern es ist so.

Wenn ich noch einmal darauf aufmerksam machen darf, das ist ja wirklich, ich meine, das muss man ja wirklich erkennen, wenn Ihr eh schon die Einladung habt - vor einem Monat - zu Verfassungsverhandlungen, jetzt dieses Theater macht, dann glaube ich, wird das ein jeder verstehen, was Ihr damit meint.

Es ist schade, dass die ÖVP nicht zur Sachlichkeit zurückkehrt, sondern einfach nur populistisch agiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Auch wenn der Kollege Steiner sagt, wenigstens ein Projekt, welches positiv in Blickrichtung auf die FPÖ wirkt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein Leuchtturmprojekt! Ein großes!)* Ein großes Projekt. Ich weiß, die ÖVP hat zig große Projekte, die man im Burgenland herzeigen kann, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist korrekt.)* wo alle begeistert sind von der ÖVP, von Euren Mandataren.

Ich muss sagen, Ihr seid wirklich wahrscheinlich die Allerbesten, es wird keine Besseren mehr geben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt widersprechen wir nicht.)*

Ich sage Euch, ich bleibe am Boden, und ich bleibe auch ehrlich. Wir werden uns auf unsere Bereiche in der Regierung konzentrieren. Das sind die Bereiche „Sicherheit, Tourismus und Wirtschaft“, und ich glaube, das ist auch die Ehrlichkeit.

Die SPÖ hat 42 Prozent, die FPÖ 15 Prozent, wir können mit 15 Prozent nicht 100 Prozent umsetzen, und ich glaube auch, dass man das der Bevölkerung so sagen kann. Nicht so, wie die ÖVP immer „über drüber“ argumentiert. Ich glaube, das ist auch gar nicht wichtig, und das versteht man auch gar nicht.

Auch wenn man zum Beispiel von den Förderungen spricht, dass die Förderungen jetzt einzeln veröffentlicht werden sollen, wie viel Förderung jeder bekommen hat. Ist aus meiner Sicht auch kein Problem. In der Verfassungsverhandlung kann man natürlich auch darüber reden. Nur eines müssen wir aufpassen. Es kann natürlich sein, dass auch irgendwie Neid aufkommt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na eh.)*

Das heißt, was macht man damit, wenn man jeden einzelnen Euro fördert? *(Abg. Mag. Michaela Resetar: … meine Förderung bekanntgeben.)* Wenn Sie das wollen, dass man alle gegeneinander ausspielt, dann ist das Euer Problem. *(Abg. Markus Ulram: Das passiert ja jetzt schon so. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Wir müssen es ja. – Abg. Markus Ulram: Kriegt Ihr nicht mit, was der Landeshauptmann vergibt? Das ist die Wahrheit. - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* Man muss eben darüber reden. Ja, in Ordnung. Das ist Eure Devise. Super. In Ordnung. Passt. Gut.

Eines muss man noch dazu sagen, weil „Open Rail Lab“ angesprochen wurde, warum die Kosten vom „Open Rail Lab“ nicht präsentiert würden, warum die Kosten einfach nicht bekannt gegeben würden. *(Heiterkeit des Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ein Superargument. – Abg. Werner Friedl in Richtung Mag. Thomas Steiner: Thomas, was hast Du gekriegt? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Bitte? – Abg. Werner Friedl: Was hast Du*

bekommen? Sag es! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Von was sprichst Du, mein Freund? – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)

Faktum ist, wenn wir vielleicht kurz zum „Open Rail Lab“ kommen und dann höre ich ohnehin schon auf, weil ich glaube, das ist ohnehin alles nicht so interessant.

Herr Abgeordneter Steiner! „Open Rail Lab“ Oberwart, nur damit wir wissen, wovon wir sprechen. Da gibt es jetzt ein Forschungsprojekt. Ein Forschungsprojekt, bei welchem ein neues Konzept erarbeitet wird, bei welchem die Möglichkeit besteht, mit „Peoplemover“ ein Konzept herbeizuführen, bei welchem du dir selbst einen Zug holen kannst - selbst, wo fünf, sechs Personen hineinpassen - bei welchem die Zukunft forschungstechnisch beleuchtet wird. Da geht es um viel mehr.

Da geht es um Startups, da geht es um ein Zertifizierungszentrum europaweit. Und da kann man keine Kosten beziffern, weil natürlich erst jetzt die Kosten bewertet werden. Was wird das kosten? Wie viel Geld steht zur Verfügung? Wie viel Geld gibt es seitens der Forschung? *(Zwischenruf des Abg. Wolfgang Spitzmüller)* Man kann ja nicht einfach sagen, … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: … können nicht sagen, was das kostet?)* Das geht nicht, weil du natürlich in weiterer Folge auch alles andere bewerten musst.

Was kostet das ganze Forschungsprojekt? Wie weit musst du das ausbauen? Was bekommst du vom Bund? Was bekommst du von der Forschung zurück? Du kannst nicht sagen, da gibt es zwei Euro, und dann ist es aus.

Das heißt, man muss das schon wirklich auch näher bewerten und viel weiter betrachten. Es gibt ja wirklich sehr viele Anregungen zur Transparenz.

Ich glaube, das ist auch sehr wichtig. Klubobmann Géza Molnár hat es ja gesagt, es beginnt ja und wird zum Beispiel auch, wo ich mir denken kann, da kann man auch darüber reden, ist natürlich, ja, Herr Abgeordneter Kölly, das verstehe ich auch, wenn man sagt, okay, ich würde auch gerne bei der Präsidiale dabei sein, dann redet man auch darüber.

Aber für das gibt es ja die Verfassungsverhandlungen. Es hat doch keinen Sinn, wenn ich mich da hersetze und zu schimpfen anfange. Denn, je mehr die ÖVP schimpft, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldige, wer hat geschimpft?)* umso weniger wird man Konsens finden. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer hat geschimpft?)*

Ich glaube auch, es hat keinen Sinn, hier so Gas zu geben. Denn, wenn wir wirklich eine gute Verfassung zusammenbringen wollen, dann sollten wir uns wirklich zusammensetzen und sagen, okay, ihr wollt das, ihr wollt das, finden wir uns in der Mitte, wo ist die Lösung? Und nicht einfach mit einem Sonderlandtag Gas geben, obwohl eigentlich ohnehin schon die Verfassungsverhandlungen beginnen.

In dem Sinn würde ich sagen: Auf gute Verfassungsverhandlungen! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war doch einigermaßen verwundert, welche Worte verwendet wurden von den im Landtag vertretenen Parteien,

als die Österreichische Volkspartei entsprechend der Geschäftsordnung des Landtages einen parlamentarischen Vorgang in Gang gesetzt hat.

Das kann alles sein, nur kann das kein Theater sein. Und jene, die glauben, das ist Theater, gehen sehr nahe an jene heran, die ein Parlament schon einmal ganz anders bezeichnet haben.

Daher, einen parlamentarischen Vorgang herabzuwürdigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, an alle im Landtag vertretenen Parteien, würde ich Euch wirklich höflich ersuchen, genau zu überlegen, welche Worte man hier verwendet.

Das Zweite, warum - und es wurde heute schon einige Male thematisiert -, warum die ÖVP gerade jetzt so etwas thematisiert. Ja, meine Damen und Herren, es gab Zeiten, wo 100 Prozent der im Landtag, der in der Landesregierung verwendeten Budgetmittel ausschließlich im Landesbudget waren.

Es gab dann eine Zeit, wo es Mode war, wo es auch Vorteile brachte, bestimmte private Gesellschaften zu gründen, wo ein kleiner Teil, der im Land bewegten Gelder ausgelagert war. Der überwiegende Teil aber dem Landtag mit Budget und über die Kontrolle auch möglich war, zugängig zu machen.

Mittlerweile, mein Damen und Herren, sind wir in einer Situation, wo an die 20 Prozent der im Land bewegten Geldmittel im Landesbudget sichtbar dargestellt sind.

Das heißt, mehr als dreimal so viel als im Landesbudget dargestellt, wird außerhalb des Landesbudgets, außerhalb des Landtages, von der Regierung hier bewegt, und ist somit der Kontrolle des Landtages entzogen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn hier die Alarmglocken nicht schrillen, wann dann? Wenn das so weit geht, dass der Landtag die im Fragerecht, die im Interpellationsrecht an die Landesregierung nur lapidare Antworten bekommt, wie Verschwiegenheit, wir haben vereinbart, darüber nicht zu sprechen, das ist Datenschutz, das ist Amtsgeheimnis, das ist Geschäftsgeheimnis.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, man wird doch wohl erfahren dürfen, was ein Pichowetz, „bim-bim“, 5er, Kaisermühlen Blues, was der dafür bekommen hat, dass er kurzzeitig Intendant in Mörbisch war. Man wird doch noch erfahren dürfen, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ein gekündigter KRAGES-Geschäftsführer Schnedl hier an Abfertigung bekommen hat. Nicht Verschwiegenheit. Diese Zeiten sind vorbei.

Man wird auch wissen können, es gibt eine Gebietskörperschaft Bund, die sich ausschließlich von Steuergeldern finanziert - ausschließlich - und diese Gebietskörperschaft Bund - über den Finanzausgleich - finanziert die Länder und über die Länder die Gemeinden. Und diese Gebietskörperschaft Bund hat eine Firma, die heißt ÖBB, will Steuergelder. Diese gebietskörperschafteigene Firma verkauft der Gebietskörperschaft Land eine Eisenbahnstrecke, und der Steuerzahler darf nicht erfahren, was das kostet?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine Situation, die unhaltbar ist. Deshalb haben wir uns entschlossen, diese heutige Sitzung einzuberufen, um darüber zu diskutieren.

Ob es Transparenz oder ob es hier eine Änderung der Verfassung in Bezug auf Landtag gibt, das werden wir in der Präsidiale heute anschließend vorbereiten. Hier geht es aber darum, wie sich das Verhältnis Landtag mit der Regierung hier künftighin verträgt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das müssen wir thematisieren, und hier bedarf es neuer Spielregeln. Hier bedarf es neuer Systeme.

Herr Kollege Kölly, ich kann es mir nicht verkneifen, wenn Sie heute von Transparenz sprechen. Es wird ja nicht von ungefähr sein, dass man eine Gemeinderatswahl wiederholen muss, wenn alles so transparent gewesen wäre. *(Abg. Manfred Kölly: Schauen wir es uns einmal an, Herr Kollege Strommer!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich passe genau auf, Herr Kollege Kölly, und drohen können Sie mir schon gar nicht. Das muss ich auch gleich einmal deutlich sagen! Weil ich habe keinen Pakt gemacht mit den Sozialisten. Sie haben einen Pakt gemacht - als Klubobmann der FPÖ damals.

Sie haben einen Pakt gemacht, unterschrieben von Kölly und von Hofer, damals Klubdirektor. Da auf der Seite unterschrieben von Nießl und von Pehm, damals Parteisekretär, wo, wenn es 2015 eine Situation käme, dass die FPÖ aus dem Landtag hinausfalle, dass alle im Klub versorgt wären, dass Sie einen besonderen Job in einer Landesgesellschaft haben, ohne dass die ÖVP irgendeinen Einfluss … *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt das jeden Tag gemacht.)* All diese Dinge.

Wissen Sie, da muss man immer schauen, wo man war und wo man heute ist. *(Abg. Manfred Kölly: Ja, genau! Schau, wo Du bist!)* Ich bin noch immer da, wo ich war.

Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist die Situation, die es heute zu beleuchten gibt. Wenn mehr als dreimal so viel an Geldmitteln bewegt werden, die dem Landtag nicht zugänglich sind, dann muss der Landtag ganz einfach hier handeln. *(Abg. Manfred Kölly: Wo wart Ihr die letzten zehn Jahre? Da habt Ihr es genauso gemacht.)* Diese Situation hat sich in den letzten Jahren ergeben und aufgeschaukelt.

Aber irgendwann einmal muss man anfangen. Ich freue mich, dass der Herr SPÖ-Genosse, Parteisekretär, der Kollege Dax uns darauf hinweist, wir haben eh die Möglichkeit, über Akteneinsicht hier manche Dinge. Ja, haben wir, tun wir auch. Dazu brauchen wir ihn nicht.

Ich habe das einige Male schon gemacht und - jetzt ist sie weg, die Frau Landesrätin Eisenkopf - ich habe sie befragt, zu einer Sache und sie hat ordnungsgemäß geantwortet. Aufgrund dieser schriftlichen Beantwortung habe ich Akteneinsicht genommen.

Ich sage Ihnen, was ich wissen wollte. Wissen Sie, was ich wissen wollte? Wer verantwortlich ist, dass im Bezirk Neusiedl am See, bei der Golser Kreuzung, zwischen Weiden und Gols, eine Art Gefängnis gebaut wird. Sieben Meter hoch, unmittelbar neben dem Weltkulturerbe. Wenn man von Weiden nach Gols fährt, links die Straße, steht dieses Gebäude, rechts ist das Weltkulturerbe.

Ich habe die Gemeinde Gols angerufen. Sage ich, wie könnt ihr als Baubehörde solche Dinge tun? Sagt er, sind wir nicht zuständig, haben wir abgetreten an die Bezirkshauptmannschaft.

Daraufhin habe ich die Frau Bezirkshauptfrau angerufen. Frau Bezirkshauptfrau, sagen Sie mir doch, wer war hier der Landschaftsschutzsachverständige, damit ich mit dem einmal rede. Das kann sie mir nicht sagen, das ist Amtsverschwiegenheit. Na ist schon in Ordnung, gut.

Daraufhin habe ich diese Anfrage gemacht und habe gesagt, sie soll derweil den Akt zusammenpacken und habe Akteneinsicht genommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da stellt sich heraus, dass die Bezirksverwaltungsbehörde als Baubehörde erster Instanz hier Dinge macht, die sich ein Bürgermeister nie traut. Zum Beispiel in so einem sensiblen Gebiet eine Baubewilligung zu erteilen, das mag schon in einem Betriebsgebiet sein, ohne einen Sachverständigen für Landschaftsschutz hier einzuladen. *(Abg. Walter Temmel: Das musst Du Dir einmal vorstellen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Rahmen der Akteneinsicht wurde mir erklärt, da handelt es sich um ein Betriebsgebiet und da gab es einen Sachverständigen für Hochbau, den der Bauwerber bezahlt hat und der hat gleich das Landschaftsschutzgutachten mitgemacht. Na, Danke schön!

Dann haben wir einen Umweltanwalt, der nicht nur geladen, sondern auch dort war, ein gewisser Dr. Josef Giefing von der Umweltanwaltschaft, steht im Protokoll drinnen, er hat nichts dagegen. Keine Einwände.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das das Referenzprojekt des Umweltanwaltes im Bezirk Neusiedl am See ist, dann brauchen wir die Umweltanwaltschaft im Burgenland nicht mehr. Wer immer hier verantwortlich ist für solche Dinge, stellen Sie das ab!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier gibt es Verantwortliche in der Regierung, die mit dieser Umweltanwaltschaft auch ein Wörtchen reden müssten, denn sonst brauchen wir sie nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kann man nur mehr sprengen, was dort ist. Das steht in den nächsten 30, 40 Jahren wahrscheinlich.

Im Zuge dieser Anfrage habe ich auch ein zweites Projekt angefragt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und es mir dann bei der Akteneinsicht sehr genau angesehen.

Wieder Baubehörde Gemeinde Gols, wieder abgetreten an die Bezirksverwaltungsbehörde. Jene, die das wissen, von Podersdorf rauf, auf der linken Seite, ein schilfgedecktes Haus, vielleicht weiß der Herr Haidinger, was das war, das war eine militärische Abhörstation, die in Zeiten des Kalten Krieges notwendig war. Jetzt lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen.

Ich fahre dorthin, weil dieses Gebäude schilfabgedeckt war und weil es neu überdacht wurde. Ich bin einmal hingefahren und habe mir das sehr genau angeschaut und als man mich bemerkt hat, weil ich fotografiert habe, sind alle davon gerannt. Na gut! Denke ich mir, wenn sie davonrennen, wird irgendetwas sein, und habe mir die Sache noch sehr genauer angesehen.

Das war eine ehemalige militärische Liegenschaft. Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat diese Liegenschaft verkauft. Im Jahr 1974 hat die Baudirektion des Bundesministeriums für Landesverteidigung dort für militärische Zwecke eine Baubewilligung erwirkt, daraufhin ist auf der Liegenschaft dieses dingliche Recht anscheinend drauf. Bundesheer hat verkauft. Ein Privater, ein gewisser Dr. Raus, hat es gekauft und hat glaubhaft der Bezirksverwaltungsbehörde dargestellt, dass dort er das für den Eigengebrauch umbaut, renoviert und so weiter und so fort.

Als dann ein Naturschutzorgan nach meinen Interventionen einmal Nachschau gehalten hat und festgestellt hat, dass ein gegen des Bauplanes plötzlich sieben Eingangstüren haben, das greift schon der Blinde mit dem Krückstock, was dort hätte

passieren sollen, wurde der Bau eingestellt. Auch dort hatte der Herr Umweltanwalt keine Bedenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier müssen wir uns schon fragen, wie wir da agieren. Da würde ich mehr an Augenmaß, an Vorsicht verwenden, um solche Dinge hintanzuhalten. Ich meine, hier hat der Landtag die Verpflichtung, die Regierung und die Behörde zu kontrollieren.

Wir verwenden dieses parlamentarische Mittel der Akteneinsicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr genau, sehr dosiert. Man kann nicht alles tun. Wir tun es und werden es auch künftighin tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bedenken Sie, wenn wir heute nach dieser Diskussion in allfällige weitere Diskussionen gehen, welche Worte verwenden wir, wenn jemand ein parlamentarisches Recht in Anspruch nimmt, einen parlamentarischen Vorgang in Gang setzt

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bedenken Sie, wenn wir heute nach dieser Diskussion in allfällige weitere Diskussionen gehen, welche Worte verwenden wir, wenn jemand ein parlamentarisches Recht in Anspruch nimmt, einen parlamentarischen Vorgang in Gang setzt und wie verhalten wir uns, wenn wir künftighin weiterhin maximal ein Viertel der im Land bewegten Mittel als Burgenländischer Landtag über das Budget, über einen Rechnungsabschluss einsehen können und alle anderen Dinge unter Verschwiegenheit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das kann es nicht sein, das darf es nicht sein, das sollte sich ein Landtag nicht bieten lassen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident! Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir sprechen heute über Transparenz. Dazu gibt es viele gute Beispiele, wie die Anfragebeantwortungen.

Es gibt die Tatsache, dass Regierungsprotokolle nicht öffentlich sind. Ich habe bereits im Feber 2017 schriftlich beim Landeshauptmann angefragt, wie es bezüglich der Schließung des Bezirksgerichtes Jennersdorf aussieht. Ich wollte ein konkretes Datum wissen. Es waren acht konkrete Fragen und es gab zwei Antworten, und diese Antworten waren unzureichend.

Es hieß darin, der Landeshauptmann sei nicht zuständig, obwohl er dezidiert dafür zuständig ist, da ohne seine Zustimmung kein Bezirksgericht geschlossen werden kann. Ich habe daher die Frage noch einmal gestellt, ich habe sie kürzer gestellt, und ich habe die konkrete Frage, in welcher Regierungssitzung wurde die Zustimmung zur Zusammenlegung der Bezirksgerichtsprengel Güssing und Jennersdorf und somit zur Schließung des Bezirksgerichtes Jennersdorf erteilt? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch hier war die Antwort wieder nicht ausreichend beziehungsweise ein einfaches Datum hätte genügt.

Ein einfaches Datum wäre wohl zumutbar, bei zwei schriftlichen Anfragen, und das jeweils mit sechs Wochen Zeit zur Antwort, hier konkret zu beantworten. Ich denke, dieses

einfache Beispiel zeigt, und das sehen auch viele Burgenländerinnen und Burgenländer so, dass es nicht in Ordnung ist, dass es sehr viel Intransparenz gibt.

In diesem Sinne kann ich nur festhalten, der Sonderlandtag hat seine absolute Berechtigung und dieses Instrument ist wichtig. Ich lade daher alle ein, für mehr Transparenz zu stimmen und daher unseren Antrag zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas das Wort.

Bitte um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute sehr oft den Begriff, das Wort, Transparenz gehört. Ich habe mir das 40-seitige Regierungsübereinkommen von FPÖ und SPÖ aus dem Jahr 2015 hergenommen und habe das Wort Transparenz in diesem Regierungsübereinkommen gesucht.

Es kommt achtmal vor. Unter anderem in diesem Kontext, den ich kurz zitieren darf: „Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu höchstmöglicher Transparenz der öffentlichen Verwaltung und wird die Burgenländerinnen und Burgenländer über die Verwendung der Budgetmittel informieren."

Heute, meine geschätzten Damen und Herren, drei Jahre später, muss man schon festhalten, dass wenig davon vorhanden ist, dass wir weit davon entfernt sind, was mit dem Steuergeld im Burgenland passiert. Das wissen nur Eingeweihte. Stillschweigen, verstecken, ist das Programm von Rot-Blau. Geheime Deals prägen die Amtszeit von der FPÖ und SPÖ hier im Burgenland.

Gerade als Vertreter der jungen Generation, meine geschätzten Damen und Herren, die für eine Öffnung in vielen Bereichen innerhalb unserer Gesellschaft steht, sage ich klar, Schluss mit diesen geheimen Deals, her mit einem gläsernen Bundesland.

Überall dort wo Steuergeld verwendet wird, muss eine Offenlegung darüber erfolgen. Wo es um Steuergeld geht, darf keine Geheimniskrämerei gemacht werden. Die Bürger in unserem Land haben das Recht zu wissen, was mit dem Steuergeld passiert.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf auch ein konkretes Beispiel skizzieren, wo das, aus unserer Sicht, nicht passiert. Es ist ein Großprojekt, das Krankenhaus Oberwart. Hier ist, aus unserer Sicht, Transparenz das Gebot der Stunde. Wir gehen davon aus, dass der versprochene Kostenrahmen von 160 Millionen Euro nicht halten wird.

Wir gehen davon aus, dass das kolportierte Fertigstellungsdatum auch nicht machbar sein wird. Deswegen fordern wir, dass alle Fakten bei diesem Großprojekt Krankenhaus Oberwart auf den Tisch gelegt werden und zwar hier im Landtag, hier im Hohen Haus, bei einem öffentlichen Begleitausschuss mit allen Parteien.

Um zu klären, was der derzeitige Stand der Dinge ist, um zu klären, was die zeitliche Dimension anbelangt, was die Kostenkalkulation anbelangt, um zu klären, welche Aufträge bereits vergeben worden sind und viele weitere Punkte, die hier noch offen sind. Informationen transparent hier auf den Tisch zu legen, das ist unsere Forderung, meine geschätzten Damen und Herren.

Meine Kolleginnen und Kollegen! Kollege Wolf hat es vorher erwähnt, Transparenz ist eine Frage des Wollens. Es wäre an der Zeit aufzuhören, ständig auf Gutachten zu

verweisen, auf andere Gremien beziehungsweise Ebenen die Verantwortung zu verschieben.

Tun Sie bitte nicht so, als ob es nicht möglich wäre, hier Information weitergeben zu dürfen, denn was aus diesen geheimen Deals passiert, das haben wir erst unlängst in Wien gesehen. Stichwort Krankenhaus Nord. Ein Missmanagement, welches die SPÖ hier zu verantworten hat.

Meine geschätzten Damen und Herren! Was wir im Burgenland erleben ist ein System, das auf Intransparenz und Informationsverweigerung baut.

Das ist eine Politik, die nicht dem 21. Jahrhundert entspricht, das ist Politik von gestern. Was es braucht im Jahr 2018 ist eine Politik der Offenheit, der Ehrlichkeit, der Transparenz, wo man zu den eigenen Entscheidungen steht, wo man auch Kritik zulässt, wo man darüber diskutiert. Deswegen fordern wir ein Burgenländisches Transparenzgesetz.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Georg Rosner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kontrolle und Transparenz! Die Gesellschaft des Landes Burgenland, und zwar die Verkehrsinfrastruktur Burgenland, hat 2015 bei den drei burgenländischen Gemeinden, der Herr Bürgermeister sitzt hier, Pinkafeld, Riedlingsdorf und Oberwart um finanzielle Unterstützung für die Bahnstrecke Friedberg - Oberwart angefragt.

Die Bahngemeinden sollen sich verpflichten, für die Verkehrsinfrastruktur Burgenland einen Betrag von Euro 4,50 pro Jahr und pro hauptwohnsitzgemeldeten Einwohner zu entrichten. Das ist immerhin für die Stadtgemeinde Oberwart eine beträchtliche Summe von zirka 35.000 Euro im Jahr.

Für uns Gemeinden ist es aber wichtig, und da glaube ich, da waren wir uns von Haus aus alle drei einig, alle drei Bürgermeister, dass die Bahnstrecke und der Güterverkehr in unserem Bezirk erhalten bleibt. Es gibt auch keine Kritik für den Ankauf dieser Strecke, das muss ich auch betonen.

Wichtiger Impuls für die Wirtschaft, Aufwertung der angrenzenden Orte ,als Betriebsstandorte, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen entlang der Strecke, Verkehrs-, Staub- und Lärmentlastung auf den Straßen, Verlagerung der Holzverladung aus Oberwart und CO2-Reduktion.

Da der Steuerzahler, meiner Meinung nach, auch das Recht hat, zu wissen, was mit seinem Geld passiert und ich durch diesen Kauf und durch diesen Zuschuss der Stadtgemeinde Oberwart, mit sehr vielen Anfragen, nicht nur von Gemeinderäten, sondern auch von sehr vielen Bürgern dieser Stadt und dieser Region konfrontiert wurde, und ich fühle mich auch diesen Wählern, unseren Wählern verpflichtet um hier auch das zu erwähnen, was diese Bevölkerung hier auch wissen sollte und diese Bevölkerung das auch einfordert.

Ich habe dann auch am 28.10.2015 die Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt. Ich zitiere: „Welche Budgetmittel werden seitens des Landes für die Übernahme der Bahnstrecke Oberwart - Friedberg in den nächsten Jahren erforderlich sein? Welche

Budgetmittel sind für den Aus- und Umbau sowie den laufenden Betrieb der Strecke notwendig? Das waren zirka 14 Fragen.

Die Antwort des Herrn Landeshauptmannes war eine Antwort, jede Antwort, aber nur nicht das, was ich gefragt habe. Er hat mir da gesagt, ja, es sind in der Größe von 193 Millionen Euro für die Infrastruktur reserviert, davon entfallen alleine 120 Millionen Euro in die Verkehrsinfrastruktur, 30 Millionen Euro für Landesstraßen, 32 Millionen Euro für Bundesstraße, 60 Millionen Euro für den öffentlichen Verkehr und so weiter. Aber was die Strecke tatsächlich gekostet hat, habe ich leider nicht erfahren.

Ich habe mir dann gedacht, ich versuche es beim Geschäftsführer der Verkehrsinfrastruktur Burgenland, das ist ein gewisser Herr Reiner. Dann habe ich dem Herrn Reiner im April 2018 diese Frage gestellt, was mich die Bevölkerung gefragt hat. Da habe ich zumindest die Antwort bekommen, dass der Gesamtaufwand für Instandhaltung, Betrieb und der Strecke sowie technische und rechtliche Betreuung viel Geld kostet und also die Gemeinden zirka zehn Prozent dieser Aufwendungen zu begleichen haben.

Dass durch Mittel des Bundes und der Länder und der Gemeinden sowie dem Infrastrukturbenutzungsentgelt kann ein ausgeglichenes Ergebnis dargestellt werden.

Wir haben trotzdem, obwohl ich keine Antwort erhalten habe, im Gemeinderat, wie auch Pinkafeld und Riedlingsdorf, im Gemeinderat diesen Beschluss gefasst, einstimmig, dass wir diese Euro 4,50 zu dieser Verkehrsinfrastruktur-Bahn dazuzahlen.

Sehr geehrter Kollege Molnár! Hier geht es nicht um Effekthascherei, oder um Vortäuscherei oder um irgendwelche Inszenierungen, sondern das sind die Fakten. Das sind die Fakten, mit denen wir als Gemeinden draußen konfrontiert sind und nicht mit den Tatsachen.

Ja, was war? Wir haben dann, es geht ja dann weiter, es ist ja dann die Pressekonferenz gewesen am 23. Juli 2018, denn die Bahnstrecke wurde ja von Oberwart bis nach Großpetersdorf weiter angekauft. Es war eine sehr schöne Pressekonferenz mit dem Herrn Landeshauptmann, mit dem Herrn Reiner und sehr vielen prominenten Persönlichkeiten und ich zitiere nur die Aussage von Herrn Reiner in der BVZ: In weiterer Folge haben wir vor, die Holzverladung aus der Gemeinde Oberwart heraus zu verlegen.

Wir haben da schon einen entsprechenden Standort ausgewählt, sagt Reiner, die Planungen dazu laufen. Wenn es soweit sein soll, sei jedoch offen. Offen bleibt bei der Pressekonferenz auch der Kaufpreis. Darüber wurde Stillschweigen vereinbart. So der Geschäftsführer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz anders schaut das bei den Gemeinden aus. Der Markus hat das kurz angesprochen. Ich habe am 09. Juli 2018 ein Schreiben von der Aufsichtsbehörde bekommen. Da steht genau drinnen, wie sich die Gemeinden mit ihren eigenen Gesellschaften zu verhalten haben. Ich sage etwas dazu, es ist auch gut so. Wir machen das auch. Wir haben zwei Gesellschaften, das sind die INFORM-Events und die WSO.

Wir haben sämtliche, das steht auch so dort, die Geschäftsführung ist verpflichtet, für folgende Geschäfte die Zustimmung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Oberwart einzuholen. Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Liegenschaften, Abschluss von Baurechtsverträgen, Aufnahme von Darlehen, Krediten oder Barvorlagen, Beteiligungen von anderen Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art, sonstige wichtige Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, Gemeinderat, aufsichtsbehördliche Genehmigung, natürlich von der Aufsichtsbehörde einzuholen, die

Zustimmung einzuholen, ich sage auch dazu, wie ich schon vorher gesagt habe, auch richtig.

Das erwarten wir uns mit diesem Antrag vom Land Burgenland, wie es mit seinen Gesellschaften, wie es mit öffentlichen Gesellschaften, also mit denen, die 100 prozentig im Land sind umgeht, und dass auch diese Öffentlichkeit, wie es die Gemeinden vornehmen, das Land macht. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen und erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Regierungsmitglieder sind leider nicht mehr da. Das zeigt das Interesse an der heutigen Sitzung. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Ich glaube schon von den Wortmeldungen meiner Vorredner kann man wirklich sagen, wie wichtig diese heutige Sitzung ist und die nicht mit Worten, wie Kasperl und Pezi oder Theater heruntergemacht werden kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Transparenzgesetze sollen die bessere Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ermöglichen, die öffentliche Kontrolle sowie die demokratischen Prozesse und nachhaltigen Journalismus stärken. Einen weiteren Vorteil sehe ich gerade in Zeiten extremer Meinungen und Gruppierungen mit mehr Transparenz die Stammtische und diese Meinungen von den Stammtischen zu schwächen und zu entkräften.

Denn der Steuerzahler hat ein Recht zu wissen, was mit seinem Geld passiert. Eine erhöhte Transparenz stärkt das Vertrauen in Politik und Verwaltung. Eine mangelnde Transparenz ist ein Schaden für die Demokratie.

Mehrere Rechnungshofberichte, das wurde heute schon mehrmals erwähnt, zeigen deutlich auf, dass es nicht nur ein Schaden für die Demokratie ist, sondern auch für das Burgenland.

Hören Sie endlich auf mit Ihrer Politik des Vertuschens und der Geheimniskrämerei und lassen Sie die Transparenz zu, wie sie von den Gemeinden, was bereits mehrmals heute erwähnt wurde, und anderen Gebietskörperschaften, praktiziert wird. Folgen Sie endlich dem positiven Beispiel der Gemeinden und anderer Bundesländer in Österreich oder auch Deutschland, wie es heute bereits mehrmals auch erwähnt wurde.

Vier Punkte sind uns dabei wichtig: Mitbestimmung erleichtern, Steuerverschwendung vorbeugen, Vertrauen schaffen und Verwaltungsabläufe vereinfachen. Nur ein Beispiel von vielen, wie Sie das Gegenteil machen und Bürokratie auf-, anstatt abbauen, sind die Ausgliederung der Internate und Küchen an die neugeschaffene Enkeltochter des Landes.

Die Gästehäuser, wie bereits bei der letzten Landtagssitzung von mir erwähnt, außer eine Trennung eines Gebäudes und somit mehr Verwaltungsarbeiten durch die diversen Verrechnungen und drei Arten von Beschäftigten Land, Gästehäuser und FMB-Angestellten sowie verschiedener Einkauf von Reinigungsmitteln und komplizierte Aufteilung gibt es keine Vorteile.

Oder sieht irgendjemand Vorteile in solchen komplizierten Dingen wie bei diesen Gästehäusern? Auch die immer wieder beschworene Regionalität ist durch die Gästehäuser zu hinterfragen. Angeblich soll nur dort eingekauft werden, wo es billiger ist,

also nicht immer regional und sehr CO2 Belastung unter dem Motto „Billig anstatt expensiv“.

Bezahlen müssen diesen Verwaltungsmehraufwand der Gästehäuser die Eltern der Internatsschüler. *(Aufgrund eines technischen Fehlers kurzer Ausfall des Mikrophons.)* Ist meine Redezeit bereits vorbei? Heute wurde es erwähnt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir hören Dich.)*

Heute wurde es erwähnt, die Verwaltung sollte auch so ein Leuchtturmprojekt sein. Also ich muss eines sagen, ich muss mich wirklich recht bei den Kolleginnen und Kollegen des Landes Burgenland herzlich bedanken, aber wir haben es bereits mehrmals erwähnt, was mit der Agrarabteilung, welche früher wirklich eine Vorzeigeabteilung gewesen ist, in letzter Zeit geschehen ist, *(Abg. Manfred Kölly: Das ist eine „Sauerei“!)* das kann man wirklich fast nicht mehr beschreiben.

Da ersuche ich auch wirklich endlich Entscheidungen zu treffen, die der Würde dieses Landes und dieses Hauses entsprechen. Wie erwähnt, ist das alles nur ein kleines Beispiel warum wir eine Ausdehnung des parlamentarischen Fragerechts auf ausgegliederte Gesellschaften im Eigentum des Landes und der Pflicht zur Offenlegung aller Geschäftsführer- und Prokuristengehälter in ausgegliederten Gesellschaften fordern.

Jede Burgenländerin und jeder Burgenländer hat ein Recht darauf, zu erfahren, was mit seinem Geld geschieht. Mit öffentlichem Geld darf es keine Verschwiegenheitsvereinbarungen, Stillschweigen, wie im Fall Pichowetz, Esterhazy-Vereinbarung, Ankauf der Bahnstrecke und so weiter geben.

Wie wichtig ein Begleitausschuss bei Großprojekten ist, zeigt ganz deutlich die Gemeinde Wien mit ihrem Krankenhaus Nord. Es interessiert die Burgenländer nämlich sehr und sie wollen konkret wissen, wie es, zum Beispiel, mit dem Großprojekt Krankenhaus Oberwart steht und was konkret passiert.

Ein anderes nachahmenswertes Beispiel sind die Länder Vorarlberg und Kärnten, die alle Regierungsbeschlüsse veröffentlichen. Warum ist das bei uns nicht möglich? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine weitere Forderung und beim Bund schon lang praktiziert, sind die Veröffentlichungen aller Begutachtungsentwürfe inklusive der dazu abgegebenen Stellungnahmen im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens. Die Burgenländer haben ein Recht darauf, zu erfahren, was mit ihrem Steuergeld passiert.

Deshalb ist es sehr notwendig, dieses Demokratie-Schutz-Paket zu beschließen, denn mangelnde Transparenz schadet der Demokratie. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Und noch einmal Entschuldigung für den Ausfall des Mikrophons. Wir hören Sie natürlich sehr gerne.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön Frau Präsidentin! Aufgrund der Wortmeldungen des Einen oder der Anderen muss ich mich noch einmal zu Wort melden.

Ich glaube, es ist auch gut so, weil die Diskussion schon gezeigt hat, dass weder von der SPÖ noch von der FPÖ wirklich Argumente gegen unseren Antrag gebracht

werden konnten. Es hat wieder so eine Taktik gegeben, insbesondere vom Kollegen Molnár, wo man so Nebelgranaten geschmissen hat, auf eine andere Ebene gewechselt ist, ein paar Unwahrheiten eingestreut hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte mich aber auch korrigieren, denn der Kollege Molnár hat nicht von einer Sauerei gesprochen, sondern von einer riesengroßen Sauerei. Nur zum Beleg. Ich habe das auch mitgenommen, nur um das auch klar zu stellen. *(Der Abgeordnete hält eine diesbezügliche Meldung in Händen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Kollegen Molnár, der in seiner Rede dann eigentlich kein Argument hatte, und dann irgendwie wieder auf Eisenstadt gekommen ist und gemeint hat, es gebe dort Sonderverträge. Das stimmt. Sie sind bekannt, die Personen sind bekannt, die Höhe der Gagen ist bekannt.

Wir haben eine Prüfungsausschusssitzung gehabt, da war der Herr Molnár sogar dabei, und müsste das eigentlich wissen. Dann hat er gemeint, na ja, es ist ein Verein gegründet geworden, wo Geld von der Gemeinde hinkommt und keiner weiß etwas darüber.

Ich möchte nur erinnern, Herr Kollege Molnár, der Herr Kollege Kovacs weiß es natürlich auch, dass alle Parteien eingeladen wurden bei diesem Verein im Vorstand mitzuarbeiten, mitzutun. Sie haben sich verweigert. *(Abg. Géza Molnár: Als Rechnungsprüfer.)* Daher können Sie es auch nicht wissen.

Der Herr Landtagsabgeordnete Kovacs hat zunächst angenommen, ein paar Jahre, hat sich dann auch zurückgezogen. Das heißt, mehr als das Anbieten, muss ich ehrlich sagen, kann man nicht tun. Aber, ich habe zwischenzeitig mit dem Obmann gesprochen. Die Einladung steht natürlich nach wie vor, für alle Parteien, für den Herrn Kovacs, für den Herrn Molnár, auch für die GRÜNEN in Eisenstadt.

Der dritte Punkt ist die KG herzunehmen und zu sagen, dort ist ein Grundstück hin verkauft worden und da weiß man nichts davon. Was stimmt, es ist ein Grundstück hin verkauft worden, aber was sie auch dazu sagen sollten ist, dass alle Parteien in der KG vertreten sind, dass alle Parteien jeden Vorgang der in der KG passiert, kennen oder kennen müssten, wenn sie sich damit beschäftigen.

Das alles, was in der KG passiert auch im Gemeinderat behandelt wird und somit sogar für die ganze Öffentlichkeit zugänglich ist. *(Abg. Géza Molnár: Unter Umgehung der Gemeindeaufsicht!)* Nur einmal um diese Unwahrheiten zu Recht zu rücken. Das war mir wichtig - auch für das Protokoll. Weil so etwas kann man wirklich nicht im Raum stehen lassen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann möchte ich ein Wort noch zum Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter sagen. Viel kann man zu so einer Argumentation ohnehin nicht sagen, aber ganz ehrlich ist es schon bezeichnend, wenn er sich herstellt und sagt und will erklären warum bei der Bahnstrecke Oberwart - Friedberg man den Preis nicht sagen kann. Er hat wirklich ein super Argument gebracht. Er hat gesagt, na weil wir es nicht sagen. Wirklich klasse bezeichnend für diese Regierung. Ich muss ehrlich sagen, eigentlich ein Armutszeugnis.

Der nächste Punkt zum Herrn Landeshauptmann, der jetzt auch nicht mehr anwesend ist, der sich irgendwie bemüßigt gefühlt hat, zu erklären, wie super die Regierung ohnehin ist, und dass es da Leuchtturmprojekte gibt. Ich weiß jetzt gar nicht, wie er auf den Ausdruck kommt, denn der ist ja heute in der Landtagssitzung gar nicht gefallen.

Ich nehme an, dass er da ein bisschen auf das Sommergespräch reflexiert hat, wo ich dabei war, wo ich davon gesprochen habe, richtigerweise. Dann stellt er sich her und erzählt Dinge, die man von einer Regierung sowieso erwartet, wo es um Gesetzesänderungen geht, wo es um Routinearbeiten geht, die sowieso selbstverständlich sind. Möglicherweise hat er den Leuchtturm mit dem Leuchtwurm verwechselt. *(Abg. Günter Kovacs: Wie lustig!)* Aber, das ist seine Angelegenheit.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich schon noch zu bedenken geben. Alles was wir heute gehört haben und viele von Ihnen, wenn Sie jetzt ganz ehrlich sind, wenn Sie in sich gehen, wenn Sie vielleicht heute Abend zu Hause sind und die Zeit haben, dann nehmen Sie sich diese Zeit auch darüber nachzudenken, ob es nicht doch gescheiter wäre, gemeinsam in diesen Punkten eine Lösung zu finden.

Dieses Vorgeben, dass ohnehin heute eine Sitzung stattfindet, das ist wirklich, das ist das einzige, was nämlich heute wirklich durchschaubar ist, weil es ist weder das Thema heute am Nachmittag, was wir heute besprochen haben. Dort geht es um Transparenz im Landtag. Ist eine wichtige Sache, keine Frage, dort geht es um die Verfassung, *(Abg. Christian Illedits: Es ist ja nicht ausgeschlossen, dass man dort auch andere Themen behandelt.)* aber wir haben ja die Einladung bekommen, dort steht Verfassung, Geschäftsordnung des Landtages und Transparenz des Landtages. *(Abg. Géza Molnár: Verfassung hat nichts mit Transparenz zu tun.)*

Herr Kollege Molnár, Sie haben den Antrag nicht gelesen. Der Großteil dieser Punkte, die wir vorschlagen haben, hat gar nichts mit der Verfassung zu tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Da können Sie hingehen und können Sie es sich einfach machen. Sie können einfach Differenzförderungen veröffentlichen. Überhaupt kein Problem. Sie können einfach die Verträge der Geschäftsführer so gestalten, dass Sie damit einverstanden sind, dass die Gehälter veröffentlicht werden. *(Allgemeine Unruhe)*

Das können Sie alles machen ohne ein Gesetz, ohne eine Verfassung, ohne eine Geschäftsordnung zu ändern. Streuen Sie nicht den Leuten Sand in die Augen und tun Sie nicht so, wie wenn das alles so wäre und das Sie ohnehin schon seit vier Monaten darüber nachdenken, was man in der Transparenz ändern können. Das tun Sie nicht, das ist die Wahrheit, das ist heute öfter gefallen, dass es nicht an der Möglichkeit scheitert, sondern dass es am Wollen scheitert.

Sie wollen das nicht. Aber, ich kann Ihnen versprechen, wir werden in den nächsten Monaten massiv Druck machen, weil wir uns das ganz einfach nicht gefallen lassen, und weil wir den Burgenländerinnen und Burgenländern verpflichtet sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen ist somit einstimmig angenommen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist jetzt etwas anderes.)*

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 20. September 2018 vorgesehen ist.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf an dieser Stelle an die für heute erweiterte Präsidialsitzung erinnern. Diese findet um 15 Uhr 40 Minuten im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Ende der Sitzung: 15 Uhr 26 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 42. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 20. September 2018

10.03 Uhr - 19.15 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde

2. Gesetzentwurf über die aufgrund der Richtlinie 2016/801/EU erforderliche Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung

3. Gesetzentwurf über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2018 - Bgld. WFG 2018)

4. Beschlussantrag, mit dem der 2. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird

5. Beschlussantrag, mit dem der 3. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird

6. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis genommen wird

7. Bericht des Rechnungshofes betreffend „Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH“

8. Bericht des Rechnungshofes betreffend Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Revision der EU-Trinkwasser-Richtlinie

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Mercosur

11. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Erhalt fünf vollwertiger Krankenhäuser im Burgenland

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Beibehaltung von Kruzifixen in Schulen und Kindergärten“

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Maßnahmen zur Reduktion von Plastikverpackungen“

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Ermöglichung der stressfreien Schlachtung

---

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6575)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 205 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Verlängerung A3
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 6577)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6578 u. S. 6578) und Mag. Christoph W o l f , M.A. (S. 6578)

Anfrage Nr. 210 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Feststellungsverfahren über mögliche Doppelstaatsbürgerschaften
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 6580)

Anfrage Nr. 208 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Beschlussfassung bei der Landeselementarpädagogik- und LandesbildungsreferentenInnenkonferenz
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6581)
Zusatzfrage: Doris P r o h a s k a (S. 6582 u. S. 6583) und Mag.a Regina P e t r i k (S. 6584)

Anfrage Nr. 206 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Entwurf für den Umgebungslärm-Aktionsplan 2018
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann T s c h ü r t z (S. 6585)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6586 u. S. 6586) und Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 6587)

Anfrage Nr. 209 des Abgeordneten Kilian Brandstätter an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Masterplan für den Neusiedler See
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 6588)
Zusatzfrage: Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 6588) und Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 6589)

Anfrage Nr. 207 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Wohnbaugesellschaften
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6590)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6592 u. S. 6593)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1385) über die aufgrund der Richtlinie 2016/801/EU erforderliche Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung (Zahl 21 - 977) (Beilage 1423);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 6594)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6594)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1384) über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2018 - Bgld. WFG 2018) (Zahl 21 - 976) (Beilage 1424);
Berichterstatter: Mag. Kurt M a c z e k (S. 6595)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 6595), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6596), Géza M o l n á r (S. 6598), Markus U l r a m (S. 6599), Mag. Kurt M a c z e k (S. 6602), Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6606), Gerhard S t e i e r (S. 6609), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6615)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6616)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1379), mit dem der 2. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 971) (Beilage 1425);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 6616)
Redner: Géza M o l n á r (S. 6616), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 6617), Christian I l l e d i t s (S. 6620), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6624)
Annahme des Beschlussantrages (S. 6626)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1378), mit dem der 3. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 970) (Beilage 1426);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6626)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6626), Manfred H a i d i n g e r (S. 6629), Patrik F a z e k a s, BA (S. 6630), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6632), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6634)
Annahme des Beschlussantrages (S. 6635)

Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1382), mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 974) (Beilage 1427);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6635)

Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6635), Markus W i e s l e r (S. 6637), Patrik F a z e k a s, BA (S. 6638), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6640)
Annahme des Beschlussantrages (S. 6641)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1347) betreffend „Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH“ (Zahl 21 - 954) (Beilage 1428);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 6642)
Redner: Markus W i e s l e r (S. 6642), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6643), Dr. Peter R e z a r (S. 6644), Gerhard S t e i e r (S. 6645), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6645)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 6646)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1353) betreffend Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten (Zahl 21 - 960) (Beilage 1429);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 6646)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6647), Géza M o l n á r (S. 6648), Mag. Franz S t e i n d l (S. 6649), Dr. Peter R e z a r (S. 6651), Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 6652)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 6652)

Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1387) betreffend die Revision der EU-Trinkwasser-Richtlinie (Zahl 21 - 979) (Beilage 1430);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 6653)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 6654), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6656), Géza M o l n á r (S. 6694), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6695), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 6696), Gerhard S t e i e r (S. 6700)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6702)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vorlage eines Pflegebedarfs- und Entwicklungsplans (Zahl 21 - 1021) (Beilage 1442)
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6659)
Redner: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6664), Gerhard S t e i e r (S. 6669), Manfred K ö l l y (S. 6671), Géza M o l n á r (S. 6674), Georg R o s n e r (S. 6677), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6679), Patrik F a z e k a s, BA (S.), Günter K o v a c s (S. 6684), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 6686), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6689), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6690), Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6689)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 6692)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1386) betreffend Mercosur (Zahl 21 - 978) (Beilage 1431);
Berichterstatter: Mag.Christian D r o b i t s (S. 6702)

Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6702), Karin S t a m p f e l (S. 6704), Walter T e m m e l (S. 6705), Wolfgang S o d l (S. 6706), Landesrätin Verena D u n s t (S. 6708)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6709)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1389) betreffend den Erhalt fünf vollwertiger Krankenhäuser im Burgenland (Zahl 21 - 981) (Beilage 1432);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6709)
Redner: Manfred H a i d i n g e r (S. 6709), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6711), Günter K o v a c s (S. 6713), Gerhard S t e i e r (S. 6715)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6718)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1372) betreffend „Beibehaltung von Kruzifixen in Schulen und Kindergärten“ (Zahl 21 - 964) (Beilage 1433);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 6718)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 6719), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6719), Géza M o l n á r (S. 6721), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6722), Doris Prohaska (S. 6723)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6723)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1373) betreffend „Maßnahmen zur Reduktion von Plastikverpackungen“ (Zahl 21 - 965) (Beilage 1434);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 6724)
Redner: Manfred K ö l l y (S. 6724), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6726), Karin S t a m p f e l (S. 6727), Bernhard H i r c z y (S. 6727), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 6728), Gerhard S t e i e r (S. 6730), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6731)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6731)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1356) betreffend Ermöglichung der stressfreien Schlachtung (Zahl 21 - 963) (Beilage 1435);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 6732)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6732), Karin S t a m p f e l (S. 6734), Walter T e m m e l (S. 6736), Günter K o v a c s (S. 6737)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6737)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6575)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Damen und Herren des Hohen Hauses, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, die Besucher, die uns hier im Landtagssitzungssaal heute unterstützen und auch die Damen und Herren, die uns via Livestream beiwohnen.

Ich eröffne die 42. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 41. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Herren Landtagsabgeordneten Robert Hergovich und Mag. Johann Richter entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Abgeordneten Fazekas um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas: Einlauf für die 42. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 20. September 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Burgenländische Sportbericht 2016/2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1015) (Beilage 1436);
2. Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutzgesetz-Novelle 2019) (Zahl 21 - 1020) (Beilage 1441);
3. Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz geändert wird Zahl (21 - 1023) (Beilage 1444);
4. Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 1024) (Beilage 1445);

Vom Rechnungshof ist der Bericht betreffend

1. Haushaltsergebnisse 2016 gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 - Gutachten (Zahl 21 - 1016) (Beilage 1437);

eingelangt.

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vorlage eines Pflegebedarfs- und Entwicklungsplans (Zahl 21 - 1021) (Beilage 1442) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze (Zahl 21 - 1025) (Beilage 1446);
2. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes (Zahl 21 - 1026) (Beilage 1447);

3. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend einer gesetzlichen Ragweed-Melde- und Vernichtungspflicht (Zahl 21 - 1027) (Beilage 1448);
4. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 10 Maßnahmen für die Pflege (Zahl 21 - 1028) (Beilage 1449);
5. der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar auf Fassung einer Entschließung betreffend Anerkennung des Berufszweiges Breast Care Nurses als eigenständiger Berufszweig (Zahl 21 - 1029) (Beilage 1450);

sowie die schriftliche Anfrage

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Biberdamm (Zahl 21 - 1022) (Beilage 1443);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 994) betreffend Hochbeete (Zahl 21 - 1017) (Beilage 1438);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 995) betreffend Biberdamm (Zahl 21 - 1018) (Beilage 1439);
3. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 996) betreffend Bahnstrecke Oberwart - Großpetersdorf (Zahl 21 - 1019) (Beilage 1440);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 1015, Beilage 1436, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 1020, Beilage 1441, Zahl 21 - 1023,Beilage 1444, und Zahl 21 - 1024, Beilage 1445, den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 - 1016, Beilage 1437, und den selbständigen Antrag Zahl 21 - 1025, Beilage 1446, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 1028, Beilage 1449, und Zahl 21 - 1029, Beilage 1450, weise ich dem Sozialausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss

die selbständigen Anträge Zahl 21 - 1026, Beilage 1447, und Zahl 21 - 1027, Beilage 1448, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 1022, Beilage 1443, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1017, Beilage 1438, Zahl 21 - 1018, Beilage 1439, und Zahl 21 - 1019, Beilage 1440,

habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vorlage eines Pflegebedarfs- und Entwicklungsplans (Zahl 21 - 1021) (Beilage 1442) wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr und 09 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Doskozil gerichtet.

Ich bitte daher Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident! Guten Morgen allerseits! Sehr geehrter Herr Landesrat! Seit dem Spatenstich zum Ausbau der ungarischen Autobahn M85 - einer Verbindung zwischen Csorna und Sopron - Anfang März wächst die Befürchtung der österreichischen Anwohnerinnen und Anwohnern, dass damit Druck auf die Entscheidung zum Ausbau der A3 bis zur Grenze ausgeübt würde.

Seitens ungarischer Seite wurde in Betracht gezogen, das letzte Teilstück bis zur Grenze gemeinsam mit der Errichtung der A3 umzusetzen. Sie haben zugesagt, dass eine Verlängerung der A3 nur dann käme, wenn alle Anrainergemeinden zustimmen würden.

Haben Sie diesbezüglich mit dem auf ungarischer Seite für Straßenbau zuständigen Regierungsmitglied Kontakt aufgenommen, um klarzustellen, dass eine Autobahnanbindung an der Grenze keineswegs sichergestellt ist und daher die Pläne auf ungarischer Seite bis zu einer Entscheidung auf burgenländischer Seite auf Eis gelegt werden könnten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Frau Abgeordnete! Der Gegenstand Ihrer Frage war schon mehrmals hier Thema im Haus. Ich habe auch hier schon im Rahmen einer mündlichen Anfrage diesbezüglich Stellung genommen.

Es ist richtig, die Position des Landes ist jene, und meine Position ist jene, dass es keine Verlängerung der A3 mit dem Land Burgenland und gemeinsam als Partner mit der ASFiNAG geben wird, wenn hier nicht die entsprechenden Maßnahmen, Lärmschutzmaßnahmen, Einhausungen, Untertunnelungen und so weiter, im Einvernehmen mit den Gemeinden hergestellt werden und alle fünf betroffenen Gemeinden diesbezüglich auch zustimmen.

Diese Position ist unverrückbar. Diese Position ist auch klar der ASFINAG kommuniziert, diese Position weiß auch das Verkehrsministerium.

Das Verkehrsministerium ist zuständig, hier auf Grund der internationalen und bilateralen Beziehungen die entsprechenden Verträge und Absichtserklärungen auch bekanntzugeben, nicht das Land Burgenland, gegenüber Ungarn auf Ebene der Ministerien.

Die ASFiNAG ist zuständig, federführend, natürlich im Einvernehmen mit dem Land Burgenland, für eine entsprechende Trassengestaltung und Trassenplanung zu sorgen. Aber diese Position, weil wir in gewissen Bereichen der Verfahren natürlich auch beteiligt sind, weil wir auch speziell im naturschutzrechtlichen Bereich teilkonzentrierte Verfahren seitens des Landes führen müssten, bei einer etwaigen Verlängerung, wird diese Position in weiterer Folge beibehalten und ist aus meiner Sicht und unserer Sicht unverrückbar.

Und wie man in weiterer Folge mit den ungarischen Kollegen diesbezüglich umgeht, ist nicht nur kompetenzrechtlich, sondern auch faktisch Angelegenheit des Verkehrsministeriums. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke, das freut mich, zu hören, da sind wir jetzt doch um einiges weiter als noch vor einem Jahr.

Meine erste Zusatzfrage ist: Auf welchem Stand sind die Gespräche mit den Anrainergemeinden und Bürgerinitiativen, die sich gegen den Ausbau der A3 engagieren?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Es hat seitens der ASFiNAG schon seit längerer Zeit eine Trassenfestlegung gegeben. Die Trassenfestlegung ist dem Grunde nach bekannt. Diesbezüglich werden jetzt mit den Gemeinden, meines Wissens, Gespräche geführt, wo es im Wesentlichen darum geht, sich anzunähern in der Frage, wie lange, oder soll es überhaupt eine Untertunnelung geben, wenn eine Variante der Einhausung auf den Tisch gelegt wird? Wo und auch wie lange, wie sind die Lärmschutzmaßnahmen gefordert?

Wir sind partiell über die Abteilung 5 diesbezüglich eingebunden, weil es natürlich auch einen Anbindungsverkehr an die neue Trassenführung seitens der Landesstraßennetze geben muss. Das ist keine Frage. Aber unbestritten der Stand der Gespräche derzeit ist, dass es noch keine Einigung gibt, wenn es um die Themen Lärmschutzmaßnahmen geht.

Und daher, aus heutiger Sicht klar gesagt, wenn es diese Einigung nicht gibt, gibt es auch die Verlängerung der A3 nicht. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, ich muss gestehen, noch mehr als Ihre Antwort freut mich die große Zustimmung in Ihrer Fraktion. Die habe ich bis jetzt so noch nicht vernommen.

Deswegen jetzt auch die nächste Zusatzfrage: Werden Sie denn, nachdem Sie jetzt mehrmals darauf hingewiesen haben, dass der Bund zuständig ist, wir haben ja heute einen Antrag eingebracht, dass die A3 aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen wird, die Verlängerung der A3, können wir dann davon ausgehen, dass Sie diesem Antrag auch Ihre Unterstützung geben und in Ihrer Fraktion dafür werben?

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Schauen Sie, das ist eine unseriöse Vorgehensweise, nicht? Man muss ja zuerst einmal schauen, wie laufen die Gespräche in weiterer Folge. Es könnte ja theoretisch auch sein, dass es eine Einigung mit den Gemeinden gibt, dass die Gemeinden einverstanden sind mit den Lärmschutzmaßnahmen, mit den Maßnahmen, die für die Bevölkerung gesetzt werden. Dann würde das ja auch eine entsprechende Bundesstraße bleiben und müsste auch dann in dieser Verortung hier beibehalten werden.

Also diese Frage zu beantworten oder diese Frage vorzugeben und an den Bund zu fordern, das wird man erst am Ende des Prozesses machen können und nicht schon vorab.

Wir sagen ja nicht von Haus aus, wir sind gegen die Verlängerung der A3, sondern wir sind nur dann gegen die Verlängerung der A3, wenn es kein Einvernehmen mit den diesbezüglichen Gemeinden über die Lärmschutzmaßnahmen et cetera gibt. Und erst am Ende dieses Prozesses, wobei ein Einvernehmen hergestellt wird oder nicht, wird diese Frage beantwortet werden können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Landesrat! Ihr Kollege auf der Regierungsbank, der Alexander Petschnig hat sich ja mehrmals zu Wort gemeldet und gemeint, dass dieser Ausbau zwingend oder dringend notwendig sei, auch für die Wirtschaft und den Tourismus und für die Region.

Sie haben jetzt zu Beginn Ihrer Frage gesagt, es gibt eine einheitliche Meinung der Regierung, ist dem jetzt so? Haben Sie sich geeinigt mit der FPÖ oder noch nicht?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Schauen Sie, das ist ja unbestritten, dass wenn wir davon leben, dass wir einen attraktiven Wirtschaftsstandort haben, dass man ein Tourismusland ist, ist ja unbestritten, dass man auch entsprechende Verkehrswege und Anbindungen benötigt.

Das ist eine Interessenslage, die im Grunde nach vorhanden ist, im Bereich der Wirtschaft, im Bereich des Tourismus. Das ist kein Thema.

Im Bereich der A3 und im speziellen Fall der A3 ist nur bis zu einem gewissen Grad die Interessenslage, die hier im Burgenland abgebildet wird, weil es dem Grunde nach größtenteils eine Transitroute für das Burgenland wird und in der wirtschaftlichen Interessenslage über das Burgenland hinaus wirkt.

Und mein persönlicher Zugang und ich glaube, da werden wir uns in der Regierung nicht uneins sein, ist jener, dass es immer eine Interessensabwägung braucht.

Es gibt Interessen der Wirtschaft, es gibt Interessen des Tourismus, aber es gibt auch Interessen der Bürger, die dort wohnen, der Bevölkerung, die dort wohnt. Und in diesem Fall, vor allem mit der topographischen Lage, überwiegt aus meiner Sicht die Interessenslage der Bevölkerung.

Und daher ganz klar zu sagen, wenn eine Einigung der ASFiNAG, die ASFiNAG weiß, dass diese Herausforderung gegeben ist, wenn eine Einigung mit den Gemeinden und ich kann es jetzt noch zehnmal wiederholen, mit den Gemeinden stattfindet, in Bezug auf Lärmschutzmaßnahmen, dann wird das auch für die Interessen der Wirtschaft, die berechtigt sind, für die Interessen des Tourismus, die auch berechtigt sind, die Verlängerung geben.

Wenn diese Maßnahmen nicht ausreichen, nicht auf Zuspruch bei den Gemeinden fallen, dann wird es diese Verlängerung nicht geben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Anfang diesen Jahres (01/2018) waren 136 Feststellungsverfahren über eine mögliche Doppelstaatsbürgerschaft in Bearbeitung.

Das Verwaltungsgericht erwartet eine Flut an Beschwerden aufgrund fehlerhafter Verfahren.

Können Sie ein einwandfreies Ermittlungsverfahren garantieren?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Abgeordneter! Insgesamt gab es im Burgenland 208 Verdachtsfälle betreffend illegaler Doppelstaatsbürgerschaft, davon wurde in 63 Fällen festgestellt, dass es sich dabei um legale Doppelstaatsbürger handelt.

Acht Verdachtsfälle wurden an andere Bundesländer abgetreten, weil die betreffenden Personen in der Zwischenzeit umgezogen sind und nicht mehr im Burgenland gemeldet waren.

Insgesamt wurde somit in 137 Fällen ein sogenanntes Feststellungsverfahren eingeleitet. In 31 Fällen davon konnte das Verfahren bereits eingestellt werden, da jeweils ein Personenstandsregisterauszug aus der Türkei vorgelegt werden konnte und damit die Wiederaufnahme der türkischen Staatsbürgerschaft entkräftet werden konnte.

In sieben Fällen wurde bereits der ex-lege Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaften mit Bescheid festgestellt. Von diesen sieben Bescheiden wiederum wurden drei Bescheide beim Landesverwaltungsgericht Burgenland eingebracht. Diese Verfahren sind im Moment noch offen.

Und bei den restlichen betroffenen Personen ist es so, dass ihnen schriftlich mitgeteilt wurde, dass aufgrund der bisher vorgelegten Unterlagen ein Bescheid über die Feststellung des Verlustes der Staatsbürgerschaft erlassen werden wird.

Gleichzeitig hat man diesen Personen aber noch die Gelegenheit gegeben, eine letzte Stellungnahme abzugeben und, wie gesagt, bei einigen der Verfahren, da befinden wir uns noch innerhalb dieser gewährten Frist.

Bei einem Großteil ist aber auch diese letzte Frist bereits abgelaufen und die Bescheide befinden sich in Erstellung.

Generell möchte ich aber sagen, dass diese ganze Vorgehensweise bei den illegalen Doppelstaatsbürgerschaften oder bei dem Verdacht der illegalen Doppelstaatsbürgerschaften auf Bundesebene im Innenministerium mit einer eigens eingerichteten Expertengruppe der Länder akkordiert wird.

Das heißt, diese Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig - übrigens auch heute wieder -, um in dieser Thematik auch vernetzt zu bleiben, um sich gegenseitig auszutauschen, um sich abzustimmen und vor allem eine einheitliche Vorgehensweise zu gewährleisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet.

Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Von 11. bis 13. September fand im Burgenland unter Ihrem Vorsitz die LandeselementarpädagogikLandesbildungsreferentInnenkonferenz statt.

Welche Beschlussfassungen hat es konkret gegeben?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Es war das erste Mal, dass nicht nur die Landesbildungsreferenten bei dieser Konferenz anwesend waren, sondern dass auch die Elementarpädagogikreferenten anwesend waren, was grundsätzlich sinnvoll ist, weil der Kindergarten, die Elementarpädagogik, der erste Bildungsbereich ist, der Übergang vom Kindergarten in die Schule, die Transition, immer wichtiger wird und dass das gesamte Bildungssystem eben von der Elementarpädagogik bis zu den Universitäten, Fachhochschulen betrachtet werden muss und auch in diese Richtung die Diskussionen stattgefunden haben.

Es war ganz wichtig und wesentlich, dass am Vortrag, oder einige Tage vorher, ein Treffen in Wien, im Ministerium, bei der Frau Familienministerin, stattgefunden hat, wo drei Landeshauptleute vertreten waren, wo von der Regierungsseite Vizekanzler Strache anwesend war, die Familienministerin und der Unterrichtsminister.

Ich habe dort auch als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz auf einige Punkte hingewiesen, die im Sinne der Länder geändert werden sollten, in dieser sogenannten 15a-Vereinbarung, nämlich Vereinbarung und Vertrag zwischen dem Bund und den Ländern.

Worum ist es gegangen? Es ist darum gegangen, dass die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, flexibler eingesetzt werden können. Es ist ja so, dass zum Beispiel die sprachliche Frühförderung in Wien einen anderen Stellenwert hat und mehr Ressourcen benötigt, als das zum Beispiel prozentmäßig im Burgenland der Fall ist.

Wir haben vielleicht hier die Möglichkeit, die Öffnungszeiten weiter auszudehnen, und da wird es in Zukunft auch entsprechenden Handlungsbedarf geben.

Der zweite Punkt war neben dem flexiblen Einsatz der finanziellen Mittel auch, dass es keine Sanktionen gibt, wenn die Zielvorgaben nicht erreicht werden. Das ist für das Burgenland und auch für Wien deswegen wichtig, weil Wien eine Betreuungsquote der unter 3-Jährigen von 45 Prozent hat, das Burgenland von zirka 30 Prozent und manche Bundesländer von 16 Prozent.

Ich kann von 16 Prozent leichter die Zielvorgabe ein Prozent plus erreichen als von 30 oder 45 Prozent. Das heißt, wir bemühen uns, dass wir natürlich die Gelder, dort, wo es notwendig ist, dort, wo Bedarf besteht, einsetzen.

Aber wenn wir nur 0,8 oder 0,5 Prozent erreichen, müssen die Gelder zurückbezahlt werden, weil wir das Barcelona-Ziel ja nahezu erreichen mit unseren über 30 Prozent.

Der dritte Punkt, wo wir uns auch bereit erklärt haben, nämlich den Wertekatalog so anzunehmen und vorlegen, was im Burgenland ja auch nicht das große Problem ist, weil

wir bis jetzt keine einzige Meldung gehabt haben, dass im Kindergarten Kinder mit einem Kopftuch betreut werden. Also das ist auch nicht wirklich ein großes Thema gewesen.

Genau diese Punkte, die wir mit den Regierungsmitgliedern in Wien besprochen haben, wurden dann auch einstimmig von den Landesbildungsreferenten und Elementarpädagogikreferenten beschlossen. Das war auch ein weiterer sehr, sehr wichtiger Bereich nicht nur die Elementarpädagogik, sondern es war auch ein Thema die Fachhochschulen.

Auch hier hat der Minister beziehungsweise sein Generalsekretär zugesagt, dass ein entsprechender Finanzierungsplan für die Fachhochschulen bis im Herbst oder bis Ende des Jahres vorgelegt wird.

Es haben dort auch einstimmig die Bildungsreferenten gesagt, dass die Valorisierung der Beiträge des Bundes in entsprechender Form auch abgegolten werden, dass es Planungssicherheit geben soll, dass vor allem in jenen Bereichen, wo Fachkräfte nachgefragt werden, zum Beispiel im gesamten Technikbereich, auch ein weiterer Ausbau der Fachhochschulen durchgeführt werden sollte.

Immerhin besuchen in Österreich 51.000 Studentinnen und Studenten, die Fachhochschulen. Im Burgenland haben wir zirka 3.000 Studentinnen und Studenten die alle gute Zukunfts- und Berufsaussichten haben.

Also es waren 15 Tagesordnungspunkte, die einstimmig beschlossen wurden, wo wir vor der Sitzung in vier Punkten unterschiedliche Meinungen nach Bundesländern gehabt haben, aber wo wir schlussendlich in diesen elementaren Bereichen, auch beim Ausbau der ganztätigen Schulen, vor allem im Pflichtschulbereich, Einstimmigkeit und Einhelligkeit erzielen konnten.

Am Dienstag, vorgestern, hat es den Ministervortrag auch gegeben, dass in Eckpunkten die Bundesregierung diese 15a-Vereinbarung noch nicht in Gesetzesform sondern als Ministervortrag beschlossen hat.

Ich glaube, dass es in Summe eine gute Lösung für die österreichischen Bundesländer und auch für unser Heimatland Burgenland ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die zwischen dem Bund und den Ländern in Umsetzung befindliche Initiative Erwachsenenbildung ist eine wichtige Maßnahme, um allen Menschen ein solides Bildungsfundament zu sichern.

Gab es im Bereich der Erwachsenenbildung eine gemeinsame Aussprache aller LandesbildungsreferentInnen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Werte Frau Abgeordnete! Auch die Erwachsenenbildung war ein Tagesordnungspunkt dieser 15 Punkte. Auch da hat es einen einstimmigen Beschluss gegeben und zwar mit der Begründung, dass gerade auch die Erwachsenenbildung für das Bildungssystem in Österreich einen doch wesentlichen Stellenwert hat.

Worum geht es schwerpunktmäßig und wie waren die Argumente? Es geht einerseits darum, dass es für jeden eine Basisausbildung gibt, eine Basiswissensausbildung über die Erwachsenenbildungseinrichtungen und dass es auch

ein breites Angebot im zweiten Bildungsweg gibt, oder über die Erwachsenenbildung einen Pflichtschulabschluss zu machen.

Das gilt für alle Menschen, die im Burgenland leben, die über die Erwachsenenbildungseinrichtungen eine Basisausbildung machen können oder den Pflichtschulabschluss nachholen können.

Ich finde, das ist eine ganz wesentliche und wichtige Maßnahme, auch im Bereich der Integration, aber nicht nur, es betrifft ja alle Kinder und Jugendlichen und Menschen, die hier leben, nämlich dass man über die Erwachsenenbildungseinrichtungen rasch Deutsch lernt, ein sehr gutes Deutsch lernt.

Das wird auch in Form einer Kommission geprüft. Das ist nicht ein Kurs wo man sagt, du hast teilgenommen und das war es, sondern da gibt es Abschlussprüfungen wie beim Pflichtschulabschluss, wo auch Vertreter der Pflichtschule anwesend sind, damit die Qualität auch tatsächlich gegeben ist und wo man dann auch offiziell die Voraussetzungen hat, zum Beispiel eine Lehre zu machen und wo man auch die Voraussetzungen hat und das auch bescheinigt bekommt, dass man Deutsch in sehr guter Form auch kann, nämlich wie das bei einem Bildungsabschluss auch notwendig ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Digitalisierung schreitet auch in den Schulen immer weiter voran.

Wurde bei der LandesbildungsreferentInnenkonferenz das Thema Digitalisierung in Schulen ebenfalls behandelt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Digitalisierung wurde auch im Rahmen verschiedener Tagesordnungspunkte behandelt, auch im Bereich der Erwachsenenbildung.

Denn wir wollen die Digitalisierung, das E-Learning, nicht nur im Pflichtschulbereich noch weiter verstärken, sondern wir wollen, dass auch im Bereich der Erwachsenenbildung zeitgemäße Bildungsangebote gemacht werden.

Am Montag der kommenden Woche haben wir ein äußerst interessantes Bildungsgespräch, wo auch der Herr Unterrichtsminister anwesend sein wird, wo einer der führenden Bildungsexperten Deutschlands anwesend sein wird, der einen exzellenten Ruf in Europa hat, und wo wir über die Bildung der Zukunft diskutieren und einer der Schwerpunkte wird natürlich Individualisierung durch Digitalisierung sein.

Es gibt in vielen Bereichen in Europa oder in manchen Bereichen in Europa und auch außerhalb Europas tolle Regionen, wo gerade diese Individualisierung durch entsprechende Lernangebote im E-Learning-Bereich gesteuert werden können, wo man individuell auf die Leistungsfähigkeit der Schüler eingehen kann, wo man sehr gute Schüler fordern kann und wo man etwas schlechtere Schüler auch fördern kann.

Genau darum geht es meiner Meinung nach im Bildungsbereich der Zukunft, nämlich individuell die Kinder fördern und fordern. Das ist natürlich durch entsprechende Programmierung über den E-Learning-Bereich durchaus möglich. Da sind wir in Österreich führend, das sage ich auch dazu.

Es hat im Oktober des letzten Jahres die 14. E-Learning-Conference im Burgenland stattgefunden, wo österreichweit 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

gekommen sind, um zu schauen, was wird im Burgenland gemacht, wie können wir das altersadäquat, kindgemäß vom Bildungsgarten Kindergarten bis hin zu den Fachhochschulen, diese Digitalisierung und den Einsatz der modernen Unterrichtsmittel sinnvoll, nachhaltig, auch einsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik. Bitte um Ihre Frage.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Herr Landeshauptmann, weil Sie Bildung und Digitalisierung jetzt auch beantwortet haben. Sie laden ja zu den Bildungsgesprächen ein. Bildung 4.0. Mit einem Schwerpunkt Digitalisierung.

Nun fällt mir auf, dass auf dem Podium zu dieser Veranstaltung keine einzige Frau sitzt, dabei gibt es auch auf dem Bereich der Digitalisierung gerade im Bildungsbereich viele Expertinnen. Ist darauf nicht geachtet worden? Oder haben Sie einfach niemanden gefunden? Haben Sie viele Absagen bekommen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe gesagt, es ist einer der führenden Bildungsexperten in Deutschland, den wir eingeladen haben. Ich denke, dass man durchaus im Bereich der Diskussion das nächste Mal natürlich auch schaut, welche Frauen, wenn Sie mir eine nennen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Gerne!)* bitte sagen Sie mir, welche Frau teilnehmen soll.

Ich meine, selbst werden Sie sich nicht vorschlagen, gehe ich davon aus, also insofern, wenn Sie auch eine Frau jetzt gleich spontan vorschlagen, die im E-Learning-Bereich zu den Führenden in Österreich zählt, sind wir da so flexibel, dass man da sicherlich auch einen entsprechenden Stellenwert dieser Frau geben kann.

Bitte machen Sie gleich einen Vorschlag, *(Abg. Mag.a Regine Petrik: Ich werde es Ihnen schriftlich geben!)* und wir werden uns das auch in entsprechender Form gerne anschauen. Also insofern sind wir für jeden Hinweis dankbar. Ich glaube nur, eine derartig hochkarätige Bildungsdiskussion hat es in Österreich noch nicht gegeben und wird es auch international kaum geben.

Ich bin auch sehr froh, dass der Unterrichtsminister mit dabei ist, dass man über wirkliche Probleme in der Bildung diskutieren kann. Dass Pragmatiker mit dabei sind, und solche, die weltweit einen Überblick haben, wohin entwickelt sich die Bildung.

Wie gesagt, Sie können jederzeit einen Vorschlag machen. Wir werden uns das anschauen. Uns ist natürlich auch eine Frau am Podium sehr, sehr herzlich willkommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher die Frau Abgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Am 17. Juli 2018 endete die Frist zur Einbringung von Stellungnahmen zum Entwurf für den Umgebungslärm-Aktionsplan 2018.

Welche Änderungen für diesen Aktionsplan werden Sie aufgrund der eingelangten Stellungnahmen dem Verkehrsministerium vorschlagen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es sind zwei Stellungnahmen von der Marktgemeinde Wulkaprodersdorf und auch von der Marktgemeinde Großhöflein und Müllendorf eingelangt. Weiters gibt es 60 gleichlautende Eingaben von Privatpersonen, und weiters haben Privatpersonen aus Parndorf und auch aus Oberloisdorf hier Stellungnahmen eingebracht.

Weiters hat auch eine Rechtsanwaltskanzlei, die die Vertretung dieser Bürgerinitiative in Großhöflein vertritt, Stellungnahmen eingebracht. Diese sämtlichen Stellungnahmen wurden vom Referat Verkehrssicherheit natürlich beantwortet, wie es sich gehört - in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Landesbediensteten, Bundesbediensteten.

Vielleicht kurz zu den einzelnen Stellungnahmen. Und zwar gibt es die Stellungnahme aus Wulkaprodersdorf, wo man eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der B50 möchte, das wurde vom Referat Verkehrsrecht bereits mit der zuständigen Bezirkshauptmannschaft sozusagen in die Gänge gebracht. Aber das Verfahren läuft noch bei der BH.

Bezüglich der Geschwindigkeitsüberwachung haben wir die Exekutive gebeten, dass hier die Ressourcen verstärkt werden und dass man mehr und mehr Geschwindigkeitsüberprüfungen durchführt. In Bezug auf eine mögliche Verlängerung der A3, was heute schon Thema war, gibt es eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die erforderlich ist. Hier wird diese Umweltverträglichkeitsprüfung auch auf den gesamten Raum ausgelegt, das heißt, nicht nur in den Bereichen direkt an den Ortschaften.

Von Großhöflein und Müllendorf gibt es auch eine Anfrage wegen der ständig steigenden Verkehrsbelastung. Hier muss man sagen, dass eine Rechtsanwaltskanzlei, welche die Vertretung der Bürgerinitiative übernommen hat, Folgendes sagt. Sie sagt einen Auszug aus der Stellungnahme: „kann auch mit Lärmschutzwänden aufgrund der Hanglage die gesundheitsschädliche Belastung nicht verringert werden“.

Man sagt, man stelle fest, der einzige zielführende Weg sei die Einhausung im Autobahnbereich in Form eines Tunnels in offener Bauweise. Das heißt, es gibt einige Stellungnahmen. Bei Müllendorf ist es so, dass natürlich in der Nähe die A3 ist, ebenfalls die B16, die L113, L114, L320. Zusätzlich noch natürlich die Raab-Ödenburger-Eisenbahnstrecke. Zusätzlich noch die Einflugschneise Wien, Flughafen Wien-Schwechat.

Hier gibt es eine Expertise, dass man diese Lärmquellen nicht addieren kann, sie sind nicht zu addieren, das ist gesetzlich gar nicht vorgesehen. Bezüglich der Geschwindigkeitsüberwachung haben wir auch die Exekutive gebeten, die Ressourcen zu verstärken. In Großhöflein war es so, dass dort die Maßnahmen seitens der ASFiNAG präsentiert wurden.

Das heißt, da geht es um eine Lärmschutzwand mit einer Länge von einem Kilometer in einer Höhe von vier Metern. Diese wurde schon konzipiert. Hier gibt es aber das Problem, dass die Mitfinanzierung seitens der Gemeinde erforderlich ist. Die notwendige Mitfinanzierung durch Dritte beträgt laut Kostenschätzung der ASFiNAG 126.500 Euro. Das sind 15,8 Prozent. Seitens der Gemeinde Großhöflein wurde bisher keine Bereitschaft zur Mitfinanzierung signalisiert.

Das heißt, es wurde alles Mögliche eingebracht. Es wurden schon alle Möglichkeiten sozusagen festgestellt. Ich aus meiner Sicht kann nur dem Verkehrsministerium und auch dem Minister empfehlen, alle diese Dinge abzuwarten und dann Entscheidungen zu treffen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke. Es freut mich zu hören, dass diese Stellungnahmen so ernsthaft weiterbehandelt werden und weitergeleitet werden.

Sie haben auch Parndorf angesprochen. Nun, es ist im Bereich des Nordburgenlandes und unter der Einflugschneise des Flughafens Wien-Schwechat zunehmend auch eine Lärmbelastung für die Bewohnerinnen und Bewohner der dortigen Gemeinden festzustellen. Speziell in den späten und in den frühen Morgenstunden. Wer irgendwann einmal um halb sechs in der Früh in Schwechat war, merkt, dass dort mehr los ist als an jedem Bahnhof im Burgenland.

In sehr kurzen Intervallen fliegen die Flugzeuge in sehr geringer Höhe über diese Gemeinden. Gemeindemitglieder befürchten auch gesundheitliche Auswirkungen, weil dann ja der Schlaf beeinträchtigt wird.

Was gedenken Sie gegen den Fluglärm, der in den Gemeinden Neusiedl, Parndorf und Bruckneudorf zu einem immer größeren Problem wird, zu tun?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Frau Abgeordnete, auch diesbezüglich gibt es natürlich schon Ansätze. Das hat ja auch seine Richtigkeit in gewissen Bereichen. Wie gesagt, kumulieren kann man natürlich alle Lärmpegel nicht, aber es hat doch schon etwas. Aber eines muss man damit auch betrachten, dass das Burgenland in Bezug auf Umgebungslärm das Bundesland mit dem wenigsten Umgebungslärm ist.

Es gibt jetzt auch natürlich einen Umsetzungsplan für die nächsten fünf Jahre, wo natürlich auch die Wohnbauförderung betroffen ist, wo das gesamte Bundesland betroffen ist, und zwar geht es hier um das auch schon jetzt, heute auch noch beschlossen wird, ich finde das sehr positiv, es geht um die Förderung von Lärmschutzfenstern und -türen und natürlich Schalldämpflüftern und so weiter und so fort. Das heißt, hier versucht man schon in einer Art und Weise den Umgebungslärm zu mindern. Dass das nicht einfach ist, oder dass wir nicht sagen können, da dürft ihr nicht mehr fliegen, das liegt auf der Hand.

Oder die Erneuerung von Fahrbahnbelegen. Das heißt, man möchte die Fahrbahnbelege auch erneuern, damit hier auch weniger Lärm entsteht, oder natürlich die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs. Das liegt ja, glaube ich, im grünen Bereich. Oder die Erhöhung des Alltagsradverkehrs oder die Einrichtung von Ortsumfahrungen und Schnellstraßen oder natürlich auch die Verordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen und der Überwachung der Exekutive.

Das heißt, hier hat man sehr viel vor. Dieser Aktionsplan liegt schon auf und dieser Aktionsplan wird ständig evaluiert und ständig erweitert. Wir versuchen, in den nächsten fünf Jahren so halbwegs diesbezüglich ein Programm zusammenzubekommen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Also ich habe jetzt gelernt, die Ohren dürfen nicht kumulieren, weil rechtlich nicht vorgesehen ist, dass Lärmpegel kumuliert werden. Das menschliche Ohr hört halt alles. Man kann nicht sagen, das ist jetzt über dem rechtlich zulässigen Zusammenzählen. Aber gut. Ich habe auch jetzt

herausgehört, dass es sehr viel um Symptombehandlung geht, weil ein gutes Lärmschutzfenster minimiert ja nicht den Lärm, sondern bloß das Eindringen ins Haus.

Da bleibt weiterhin das Problem, dass man nicht mehr bei offenem Fenster schlafen kann. Mir war jetzt noch nicht ganz klar, gibt es bezüglich Fluglärm klare Vorstellungen schon oder ist das halt noch nicht geschehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Genau, das ist ja dieses Thema Fluglärm. Das heißt, man kann es deshalb nicht kumulieren, weil, ich sage einmal in dem Haus, da fährt gerade die Eisenbahn und das andere Haus steht aber näher an irgendeiner Bundesstraße und der Fluglärm ist wieder auf der anderen Seite, der wird jemanden anders belästigen.

Das heißt, diese Kumulierung ist natürlich sehr schwer und gesetzlich nicht möglich, weil das auch nicht möglich ist. Bezüglich Fluglärm, also da muss ich ehrlich sagen, es wird wahrscheinlich das Verkehrsministerium diesbezüglich aktiv werden müssen. Wie man einen Fluglärm dämpfen kann, das liegt nicht in meiner Betrachtungsweise. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! In der Beantwortung der Eingangsfrage haben Sie gesagt, dass Verkehrsbeschränkungen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, wie immer man das nennt, auch ein Mittel sind.

Stellen Sie sicher, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass es bei solchen Maßnahmen nicht zu überzogenen Reaktionen kommt, wie zum Beispiel in Gols, das hat mit Lärm gar nichts zu tun, wo die Verkehrsteilnehmer von vier Gemeinden in vier Monaten 8.800 Anzeigen und 810.000 Euro bezahlt haben. Kein Einziger fühlt sich dort als gefährdet, nur, es ist einmal etwas passiert. Aber 50 Jahre nichts. Stellen Sie sicher, dass es hier nicht zu ungerechtfertigten überzogenen Handlungen kommt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Danke auch für diese Anfrage. Diese Anfrage ist schon einige Male gekommen. Ich glaube, sie ist auch wirklich gerechtfertigt. Sie als Person nehmen das Beispiel immer, aber ich finde das Beispiel wirklich okay und in Ordnung. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich wurde noch nicht angesprochen!)*

Nein, es ist wirklich in Ordnung. Denn, das war zu viel. Wir haben auch schon diesbezüglich längere Gespräche geführt, das heißt, da muss man wirklich sensibler vorgehen. Man kann ja nicht in dieser Dimension plötzlich aktiv werden. Das war sozusagen einmal ein Lehrbeispiel, aber danke für diese Anfrage und auch Anregung. Da muss man wirklich sehr behutsam damit umgehen und definitiv, so in diese Richtung darf das nicht mehr passieren. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Brandstätter an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet.

Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben im Frühjahr einen Masterplan für den Neusiedler See angekündigt.

Was beinhaltet dieses Projekt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Region rund um den Neusiedler See ist in jeder Hinsicht eine sehr schützenswerte und eine sensible Region. Landschaftlich, ökologisch und auch kulturell wirklich einzigartig. Deswegen ist es unser gemeinsames Ziel und unsere gemeinsame Aufgabe und auch unsere Verantwortung, hier nachhaltigen Schutz in dieser Region und natürlich auch nachhaltige Entwicklung zu leisten und diese in den Vordergrund zu stellen.

Natürlich muss man sich aber auch im Klaren sein, dass gerade auch diese Region eine sehr dynamische und eine sehr lebendige ist. Das muss man natürlich aber immer im Zusammenspiel auch mit der Natur, mit der Naturlandschaft sehen. Natürlich sind auch die Gemeinden rund um den Neusiedler See immer wieder mit diesen Herausforderungen konfrontiert.

Genauso auch immer wieder mit Nutzungskonflikten, die man irgendwo unter einen Hut bringen muss. Um all diesen Herausforderungen zu begegnen, ist es sinnvoll, die gesamte Region einer gesamthaften Betrachtung zu unterziehen und das alles in einem breit angelegten Prozess zu analysieren. Deswegen haben wir gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann, in seiner Zuständigkeit zur Raumplanung, den Masterplan Neusiedler See im April dieses Jahres vorgestellt. Dieser Masterplan soll eben ein Gesamtkonzept und eine Gesamtstrategie für die ganze Region beinhalten, die dann wirklich auch alle Themenfelder berücksichtig und auch mit allen Herausforderungen umgeht.

Der größte Wert wird auf eine Balance auf der einen Seite zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und natürlich auch einer intakten Natur gelegt. Das wichtigste Element ist aber eine breite Einbindung vor allem aller Beteiligten in dieser Region. Das heißt, der Gemeinden, auch von Vereinen, des Naturschutzes, der Wirtschaft, des Tourismus, der Landwirtschaft, der Fischerei.

Also wir haben ja wirklich versucht, möglichst alle Beteiligten miteinzubeziehen in die Erstellung dieses Masterplanes, weil ich bin der festen Überzeugung, dass diese Strategie nur dann erfolgreich werden kann, wenn sie auch von einer breiten Mehrheit und auch letztendlich dann natürlich von der Region mitgetragen wird.

Es ist wichtig, hier wirklich viele Blickwinkel miteinzubeziehen. Deswegen haben wir in einem ersten Schritt gleich dann nach der Präsentation eine großangelegte Bürgerbefragung in den 27 betroffenen Gemeinden gestartet und in die Wege geleitet.

Diese Bürgerbefragung war übrigens sehr erfolgreich. Wir haben über 2.100 Beantwortungen als Rückmeldung zurückbekommen. Genau auf Basis dieser Antworten wird jetzt in Zukunft weitergearbeitet und die weiteren Schritte gesetzt werden. Was ich vielleicht doch noch dazusagen möchte, am Ende dieser Gesamtstrategie soll auch eine legistische Umsetzung erfolgen. Das heißt, es soll wirklich auch rechtlich dann verankert werden, was in diesem Masterplan herauskommt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Danke für die umfassende Information. Sie haben schon die nächsten Schritte genannt. Mich würde interessieren, wie sehen die nächste Schritte aus und wie ist der Umsetzungsstand derzeit?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Abgeordnete.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Herr Abgeordneter, wie erwähnt, die Haushaltsbefragung ist bereits abgeschlossen. Es hat auch parallel dazu schon im Juni eine erste Runde eines sogenannten Fach- oder vieler Fachbeiräte gegeben zu den verschiedensten Themen, die sich vor allem mit Konfliktfeldern in der Region rund um den See beschäftigen. Dazu wurden vor allem die fachlichen Landesstellen und auch einige Stakeholder eingeladen, und es ist eine Konfliktkarte in einem ersten Schritt jetzt erst einmal entstanden.

Diese Konfliktkarte wird man in einer zweiten Runde der Fachbeiräte, die nächste Woche stattfinden wird, abgeschlossen sein und auch dort diskutiert werden. Darin werden auch schon die Beantwortungen der Gemeinde- und Bürgerbefragungen miteinfließen.

In dieser zweiten Runde geht es nämlich darum, vor allem konkrete Lösungen und auch schon Möglichkeiten zu diesen Nutzungskonflikten zu erarbeiten. Die darin enthaltenen Empfehlungen werden dann in den Gemeinden im November präsentiert und auch externen Stakeholdern, wie beispielsweise Vereinen oder Institutionen, und dann wird es noch bei mehreren Terminen auch vor Ort die Möglichkeit geben, sich einzubringen.

Mit Beginn 2019 planen wir dann den Masterplan verschriftlicht in den Abteilungen auch dann zu haben und auch beginnen, diese Maßnahmen dann in rechtliche Form zu gießen, was ich vorhin auch schon erwähnt habe. Ich gehe davon aus, dass der legistische Entwurf hierzu, beziehungsweise die legistischen Entwürfe, denn es wird wahrscheinlich mehrere Gesetze betreffen, dann in der zweiten Jahreshälfte 2019 vorliegen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Strommer. Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In einer schriftlichen Anfrage an Sie, die Sie ordnungsgemäß beantwortet haben, und einer anfolgenden Akteneinsicht, wo ich von meinem Recht Gebrauch gemacht habe, ist zu Tage gekommen, dass in Gols, auf dem Hottergebiet von Gols, bei einer Baubewilligung die Bezirksverwaltungsbehörde als Baubehörde agiert hat. Die Gemeinde Gols hatte Parteienstellung.

Es ist zu Tage gekommen, dass ein Landschaftssachverständiger nicht geladen war, sondern der Hochbautechniker das mitgemacht hat, dass die Umweltanwaltschaft nichts dagegen hat. Jeder, der bei dem Kreisverkehr dort vorbeifährt und diese sechs, sieben Meter hohe Mauer sieht, glaubt, er fährt bei einem Gefängnis vorbei, bei Alcatraz. Nur deshalb, weil auf der rechten Straße Weltkulturerbe ist und auf der linken nicht. Wirkt aber hinein.

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wie wollen Sie solche Dinge künftig hintanhalten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In dem vorliegenden Fall ist es tatsächlich so, dass der Welterbebeirat, der ja doch, wo Sie ja auch Mitglied sind, der ja doch noch die eine oder andere Handlungsvollmacht hätte, ganz einfach nicht einzubinden war, weil es außerhalb der Welterbezone ist. Allerdings ist mir das Welterbe ein sehr wichtiges Anliegen.

Deswegen ist auch im Baurecht beziehungsweise in der Novelle und im Erstentwurf des Baurechts, der neuen Baurechtsnovelle, ein Passus vorgesehen, in dem auch das Welterbe und der Welterbestatus stärker verankert wird. Aber natürlich beim Welterbe, und das wissen Sie natürlich auch sehr gut, ist es immer notwendig, dass man auch die Unterstützung der Gemeinden hat und dass da auch alle Gemeinden mit an einem Strang ziehen und auch versuchen, vor allem auch als Baubehörde erster Instanz, diese Dinge zu befolgen, um den Schutz des Welterbes zu gewährleisten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! In den vergangenen Jahren kam es wiederholt vor, dass gemeinnützige Wohnbaugesellschaften, die in einem anderen Bundesland Gelder aus der Wohnbauförderung für sozialen Wohnbau erhielten, ihren Firmensitz ins Burgenland verlegten. Zweck dieses Unterfangens war, bei der Burgenländischen Landesregierung etwas zu erwirken, was andere Landesregierungen verweigerten: die Aberkennung der Gemeinnützigkeit, um mit den vormals geförderten Objekten weiterführenden Geschäftstätigkeiten am Immobilienmarkt nachgehen zu können.

Im Jahr 2011 verlegte die Firma „Buntes Wohnen“, die sich in der Folge „Pannonia“ nannte, ihren Sitz von Wien nach Linz und dann nach Eisenstadt. Am 26.6.2012 entzog die Burgenländische Landesregierung der „Pannonia Wohnheim-Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft“ die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und verpflichtete dafür die Firma per Bescheid zu einer Zahlung von 5,53 Millionen Euro an das Land.

Im Oktober 2015 verlegte die „Gesfö - Bau- und Siedlungsgesellschaft“ und das „Wohnungsunternehmen Riedenhof“ ihren Firmensitz auch nach Eisenstadt. Daraufhin fasste die Burgenländische Landesregierung am 27.10.2015 den Beschluss, der Gesfö die Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu entziehen, am 28.10.2015 folgte der entsprechende Beschluss für die Riedenhof. Eine Geldleistung der durch diese Beschlüsse Begünstigten wurde per Bescheid auf vier Millionen Euro festgesetzt.

Aufgrund welcher Grundlagen und Berechnungen wurde die Höhe der jeweiligen Zahlungen als Gegenleistung für die entsprechenden Regierungsbeschlüsse festgesetzt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Es sind in Summe, Sie haben einmal vier, einmal fünf Millionen Euro genannt, 23 Millionen Euro an das Land Burgenland durch die Aberkennung der Gemeinnützigkeit cash in das Wohnbaubudget geflossen. Das sind unsere Fakten, die wir so haben.

Wie ist die Vorgangsweise und auf welcher Grundlage, um hier das auch konkret zu nennen. Wir haben vom Land Oberösterreich eine Mitteilung bekommen, dass diese Siedlungsgenossenschaften ins Burgenland kommen, und ich habe vom Land Oberösterreich seitenweise auch eine Mängelliste bekommen.

Also nicht ich, sondern natürlich die Wohnbauabteilung. Das heißt, sie haben dort ganz genau aufgelistet, was bei dieser Wohnungsgenossenschaft nicht stimmt und welche Mängel aufgetreten sind und haben uns das mitgegeben. Es stimmt nicht, wir haben natürlich das genau überprüft und auf Grund der Mängelliste haben sie den

nächsten Schritt gesetzt, nämlich ein ganz ein schwerer Schritt, ihnen keine Förderungen zu geben, zugesagte Förderungen zu widerrufen und damit haben die natürlich auch ein zusätzliches Problem bekommen.

Nur zur Dokumentation. Sie hätten sich als Abgeordnete natürlich diesen Schriftverkehr gerne in Form der Akteneinsicht auch ansehen können, was hier Oberösterreich gemacht hat. Wenn eine derartige Siedlungsgenossenschaft ins Burgenland kommt, wo die Aberkennung in Oberösterreich droht, weil sie keine Förderungen mehr bekommen, eine seitenweise Mängelliste da ist, da geht es auch darum, dass der Aufsichtsrat nicht ordnungsgemäß zusammengesetzt ist.

Da geht es darum, dass Gesellschaftsanteile abgetreten wurden, ohne Zustimmung, was gesetzlich notwendig gewesen wäre und da geht es darum, und das ist ganz, ganz wesentlich, dass der Revisionsverband gesagt hat, achtet auf die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit. Das heißt, da ist auch Konkursgefahr gegeben. Auch in der Auflistung seitenweise drinnen, und es geht um ein negatives Eigenkapital in den Bilanzen von 480.000 Euro.

Also eine sehr angespannte Situation, und man kann nicht verhindern, dass die Genossenschaft ins Burgenland kommt, sondern man kann nur schauen, wenn so etwas kommt, wie kann man die Aufsichtspflicht perfekt machen, und wir haben sofort einen Anwalt beauftragt.

Der Revisionsverband, und so steht es auch im Regierungsakt, in der Zeit von 2012 wurde vom Revisionsverband empfohlen, nämlich ein Experte für das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, ein sperriges Wort, WGG, um der richtigen Beratung und Aufsichtspflicht, die das Land hat, ordnungsgemäß nachzukommen.

Dann haben wir, nicht nur den Anwalt, der vom Revisionsverband laut Regierungsakt auch empfohlen wurde, sondern auch einen Wirtschaftstreuhänder beauftragt, damit eben einer ordnungsgemäßen Kontrolle und Aufsicht auch tatsächlich nachgekommen werden kann. Das Land Burgenland hat, wie es im Gesetz vorgesehen ist, auch die Siedlungsgenossenschaften aufgefordert, diese Missstände zu beheben.

Das ist so vorgesehen. Antwort der Siedlungsgenossenschaften: „Wir können das nicht beheben, wir haben keine Förderungen bekommen“ und haben gesagt, auf Grund des Entzuges der Förderungen können sie die Auflagen nicht erfüllen. Gut. Dann ist der Revisionsverband, und da habe ich auch das Schreiben da, das ist auch spannend, schauen Sie sich das an, was der Revisionsverband schreibt, Sie haben ja Akteneinsicht, da kann man das stundenlang alles nachlesen, das habe ich auch so gemacht.

Also insofern hat der Revisionsverband gesagt, die lassen sich nicht prüfen. Wir machen Termine aus, die sperren zu und lassen uns nicht rein. Das nächste Mal kommen wir hin und sie sind auf Betriebsurlaub. Die lassen sich nicht prüfen. Bei uns sagen sie, sie können die Gemeinnützigkeitsvorgaben nicht erfüllen und vom Revisionsverband lassen sie sich nicht überprüfen.

Was für uns natürlich wieder die Alarmglocken noch lauter schrillen lässt und wir haben eben diese Schreiben des Revisionsverbandes sehr ernst genommen, wenn die nicht überprüfen können, und haben die Einleitung eines Entziehungsverfahrens der Gemeinnützigkeit eingeleitet.

Wenn sie sich vom Revisionsverband nicht prüfen lassen, unsere Mängel nicht beheben, bleibt nichts anderes übrig. Es wurde auch gleichzeitig das Finanzamt und der Revisionsverband miteinbezogen und informiert, was wir vorhaben, nämlich die Gemeinnützigkeit zu entziehen, und dann wurde mit gerichtlich beeideten

Sachverständigen, das ist schon die dritte Beauftragung, festgestellt, wie der Wert der Liegenschaft ist.

Nämlich zwei gerichtlich beeidete Sachverständige haben die Liegenschaften bewertet, haben auch die Schulden festgestellt, haben sich die Bilanzen, die testierten Bilanzen von KPMG angesehen und haben auf Grund dessen die Immobilien bewertet. Gerichtlich beeidete Sachverständige mit Gutachten. Die Gutachten liegen auch vor. Dann hat schlussendlich, und das ist, das ich jetzt nicht zitiere, aufgrund der Wirtschaftsprüfer, die auf Grund der Schätzgutachten und der Bilanzen die Berechnungen gemacht haben.

Auch das liegt vor und es kann jeder Abgeordnete Einsicht nehmen. Revisionsverband das Schreiben, Anwaltskanzlei das Schreiben, Wirtschaftsprüfer das Schreiben und dann auch das Finanzamt miteinbezogen und die gerichtlich beeideten Sachverständigen, zwei, die die Liegenschaften beurteilt haben. Die Berechnung stammt nicht vom Land, sondern die Berechnung stammt von einem Wirtschaftstreuhänder, wo Sie genau nachlesen können die Summen, die dann auch schlussendlich geflossen sind. Alles dokumentiert, alles liegt in der Wohnbauförderung auf.

Also ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich, als sehr gewissenhafte Abgeordnete, auch die eine oder andere Stunde Zeit genommen hätten, um sich das anzuschauen, um die Dokumentation der Vorgangsweise auch zu sehen.

Entschuldigung, dass ich überzogen habe, aber ich glaube, das ist eine wichtige Sache. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich bin froh, dass Sie jetzt in der Überziehung der Zeit doch auch noch letztendlich auf meine Frage eingegangen sind. Es ist nicht nötig, immer einen „Nebenschlenkerer“ zu machen. Zuerst dafür zu stimmen, dass man mit zwei Abgeordneten keine Klubausstattung mehr bekommt und sich dann nachher bei jeder Gelegenheit darüber zu mokieren, dass man nicht alle Möglichkeiten hat, zeitliche und personelle wie früher.

Eine Zusatzfrage habe ich dazu: Wo ist die Summe der 23 Millionen Euro, die Sie jetzt genannt haben, nachvollziehbar, weil in den Nachtragsvoranschlägen, in den Abrechnungen, war diese Summe für uns nicht herauslesbar? Wo kann ich die nachvollziehen? Ich kann mir da gerne, wenn man mich da schneller ranlässt, wie in früheren Zeiten die Akten auch anschauen.

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sie können sich das natürlich jederzeit anschauen, denn diese Gelder sind cash, das sind jetzt vielleicht ein bisschen mehr, oder ein bisschen weniger, sagen wir zirka 23 Millionen Euro, bitte nicht am Euro genau, aber es sind zirka 23 Millionen Euro, die als vorläufiger Betrag, dann als endgültiger Betrag in allen drei Genossenschaften geflossen sind. Das scheint natürlich in der Buchhaltung des Landes auf und sie müssen zweckgebunden, das betone ich auch, für die Wohnbauförderung verwendet werden.

Wir haben in unserem Regierungsakt auch drinnen, und da gibt es ja die einstimmigen Regierungsbeschlüsse vom Jahr 2012 bis zum Jahr 2015, dass das zweckgebunden für die Burgenländerinnen und Burgenländer, für die Wohnbauförderung, zu verwenden ist und diese müssen auch für die Wohnbauförderung verwendet werden.

Ich habe bei jedem Budgetgespräch darauf hingewiesen, dass ich gesagt habe, bitte diese 23, wenn sie noch nicht aufgebraucht sind, müssen auf Rücklage für die Wohnbauförderung gehen.

Wir beschließen heute ein tolles Wohnbauförderungsprogramm mit zusätzlichen Impulsen für die Wohnbauförderung, und das Geld muss für die burgenländische Wohnbauförderung zweckgebunden verwendet werden.

Immerhin 23 Millionen Euro, die zusätzlich an Wohnbauförderungsgeldern zur Verfügung stehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich habe mir die Nachtragsvoranschläge schon sehr genau angeschaut.

Wo kann man in den Abrechnungen, in den Nachtragsvoranschlägen oder auch im Rechnungsabschluss diese Summe nachvollziehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Ich kann Ihnen doch jetzt nicht die Budgetposten sagen, es gibt doch weiß ich nicht wie viele tausend Budgetposten, wo das tatsächlich drinnen ist.

Ich kann Ihnen nur sagen, es gibt einen Regierungsbeschluss, dass diese Mittel geflossen sind, dazu habe ich die Bestätigung und dass diese Mittel zweckgebunden für die Wohnbauförderung zu verwenden sind.

Wenn Sie das nachsehen wollen, es steht jederzeit die Abteilung zur Verfügung, die Finanzabteilung, die Buchhaltung, wo diese Summen nachvollziehbar dokumentiert sind.

Ich gehe davon aus, dass das natürlich ordnungsgemäß gemacht wird, wie der ganze Vorgang von unserer Seite ordnungsgemäß begleitet wurde, mit einer Rechtsanwaltskanzlei, mit Wirtschaftstreuhänder, werden unsere Buchhaltung jeden Eingang natürlich in entsprechender Form verbuchen und dann in den Rechnungsabschlüssen dokumentieren, und - wie gesagt - die Zweckbindung muss auch gegeben sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es gibt nun keine Fragen mehr. Damit ist die Fragestunde b e e n d e t .

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1385) über die aufgrund der Richtlinie 2016/801/EU erforderliche Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung (Zahl 21 - 977) (Beilage 1423)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1385, über die aufgrund der Richtlinie 2016/801/EU erforderliche Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung, Zahl 21 - 977, Beilage 1423.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf über die aufgrund der Richtlinie 2016/801/EU erforderliche Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung in seiner 30. Sitzung am Mittwoch, dem 5. September 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die aufgrund der Richtlinie 2016/801/EU erforderliche Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die aufgrund der Richtlinie 2016/801/EU erforderliche Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die aufgrund der Richtlinie 2016/801/EU erforderliche Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen

3. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1384) über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2018 - Bgld. WFG 2018) (Zahl 21 - 976) (Beilage 1424)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zur Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1384, über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2018 - Bgld. WFG 2018), Zahl 21 - 976, Beilage 1424.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Maczek.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Kurt Maczek: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2018 - Bgld. WFG 2018) in ihrer 33. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. September 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2018) unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrätin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörer! Beim heutigen Tagesordnungspunkt 3 wird es, wenn nichts Unvorhergesehenes passiert, einen einstimmigen Beschluss geben.

Das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz, was ist neu? Das neue Wohnbauförderungsgesetz wird für alle Förderansuchen ab dem 1. September 2018 gelten.

Das politische Ziel ist ein klares: Mehr Burgenländer sollen in den Genuss der Förderung kommen. Deshalb werden die Einkommensgrenzen auch angehoben. Das höchstzulässige Jahresnettoeinkommen steigt von 62.500 Euro auf 68.000 Euro.

Auch die Förderungen werden angehoben und gestaffelt. Bei einer Wohnnutzfläche bis zu 150 Quadratmetern von derzeit 40.000 auf 51.000 Euro.

Der Kindersteigerungsbetrag wächst von 11.000 auf 12.000 Euro je Kind bis zu 16 Jahren. Ein Beispiel dazu: Eltern mit zwei Kindern unter 16 Jahren und einem Jahresnettoeinkommen von knapp 36.400 Euro können bei einer Wohnnutzfläche von 160 Quadratmetern im Ortskern und einer Energiekennzahl von 35 Kilowattstunden künftig in Summe mit 87.400 Euro Wohnbauförderung für die Errichtung des Eigenheimes rechnen. Bisher waren das 70.000 Euro. Wir haben hier somit eine Steigerung von knapp 25 Prozent.

Die Energiekennzahl tut mir persönlich ein bisschen weh, das muss ich dazu sagen. Jetzt spreche ich als Unternehmer eines Installationsbetriebes auch gegen mein Gewähr, gegen mein Geschäft, aber ich hatte bis jetzt noch nie eine vernünftige Antwort bekommen können, was eigentlich dieser kontrollierten Wohnraumlüftung hier entgegengehalten wird, entgegengerechnet wird, welcher Rechnungsansatz hier getätigt wird.

Man muss dazu sagen, diese Wohnraumlüftung, im Speziellen, das kostet 8.000 bis 10.000 Euro, wenn man das vernünftig macht, und die Förderung hierzu, das ist in Frage zu stellen. Aber das ist ein Detailthema der ganzen Sache.

Wir als Liste Burgenland haben in der Vergangenheit auch bereits den Antrag für Unterstützung beim Abbruch und beim Recyceln von Bauten im Ortskern eingebracht.

Unterstützt werden soll nun auch Bauen, das Bodenverbrauch minimiert. Dafür fällt der Ortskernzuschlag, der sich anscheinend nicht bewährt haben soll. Wer ein altes, baufälliges Haus abreißt und an dessen Stelle ein neues errichtet oder eine Baulücke im Ortsverband schließt, kann bis zu 16.000 Euro zusätzlich bekommen. Das ist natürlich auch eine wesentliche Hilfe, denn wenn man sich das anschaut, wie diese Entsorgungskosten in der Vergangenheit explodiert sind, ist das wirklich eine sehr gute Hilfeleistung.

Für die umfassende Sanierung werden Förderungen bis zu 80.000 Euro möglich sein. Der Erhalt typischer burgenländische Streckhöfe, die vor dem Jahr 1920 errichtet wurden, werden zusätzlich noch mit einem 25-prozentigen Zuschlag honoriert.

Die Liste Burgenland hat in der Vergangenheit auch schon einen Antrag eingebracht, was die Rückzahlungsmodalitäten beziehungsweise die Verzinsung betrifft. Daher freut es uns natürlich auch besonders, dass in diesem neuen Gesetzesentwurf dementsprechend auch reagiert wurde und die Laufzeit der Darlehen von bisher 27,5 auf 30 Jahre erstreckt wurde. Die Verzinsung in den ersten zehn Jahren auf 0,7 Prozent reduziert wurde, vom zehnten bis zum zwanzigsten Jahr auf ein Prozent und dann in den letzten zehn Jahren auf zwei Prozent erhöht wurde.

Ich habe mir hier die kompletten Unterlagen über alle Bundesländer rausgesucht, also man sieht hier ganz eindeutig, jedes Bundesland hat hier einen komplett anderen Ansatz, wie man in dem jeweiligen Bundesland zu dieser Wohnbauförderung kommt.

In diesem Paktum zum Finanzausgleich 2017 wurde ein erster Schritt in Richtung mehr Finanzautonomie der Länder gesetzt. Konkret geht es um die Möglichkeit zur Gestaltung der Höhe des Wohnbauförderbeitrages. Die Landesgesetzgeber regeln demnach die Höhe des Tarifs ohne bundesgesetzliche Vorgabe einer Ober- oder Untergrenze.

Fakt ist hier auch allerdings, dass es 2018 in allen neun Bundesländern bei der Abgabe von jeweils 0,5 Prozent der Lohnsumme von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geblieben ist. Kein einziges Bundesland hat diese Grenzen angegriffen, weder nach oben, noch nach unten.

Was hat sich also mit 2018 verändert? Der Bund hat in den Jahren davor 19,45 Prozent des eingehobenen Betrages einbehalten. 2016 waren dies 195 von insgesamt 972,2 Millionen Euro. Weitere 30,6 Millionen Euro aus dem Wohnbauförderungsbeitrag wurden für den EU-Beitrag der Bundesländer verwendet. 2017 behielt der Bund noch 207,7 Millionen ein, und seit 2018 geht das gesamte Volumen an die Bundesländer. So erklärt sich der Großteil des prognostizierten Anstiegs der Mittel auf heuer prognostizierte 1,1 Milliarden Euro.

Zusammengefasst kann man sagen, haben wir bei uns im Burgenland im Ländervergleich eine gute, ich glaube sogar, eine sehr gute Wohnbauförderung. Das zeigt sich auch, glaube ich, dass es hier über alle Fraktionsgrenzen hinweg eine Einstimmigkeit gibt. *(Beifall bei der LBL, bei der SPÖ und bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Werte Kolleginnen, Kollegen! Liebe Frau Landesrätin! Geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! Kollege Hutter hat jetzt als Erstredner natürlich schon einiges vorweggenommen, man hat

aber mitbekommen, dass es eine Pressekonferenz mit allen hier im Landtag vertretenen Parteien gegeben hat. Das kommt auch nicht von ungefähr, weil, wie eben auch Kollege Hutter schon gesagt hat, es hier weitgehend Einigkeit gab oder gibt. Das wird sich heute sicher auch zeigen.

Warum wir vor allem zugestimmt haben, sind natürlich das bodenverbrauchsparende Bauen, das stärker gefördert wird, eine Verbesserung dieses leider sehr unattraktiven Ortskernzuschlages, die Schließung von Baulücken, die gefördert wird, der Erhalt von alter Bausubstanz, das betrifft vor allem, wie Du auch schon gesagt hast, Arkadenhöfe und Streckhöfe, allerdings nur solche, die vor 1920 gebaut wurden.

Ich glaube, das ist auch sehr wichtig. Unsere Orte und unser Land verändert sich durch die Baukultur eh sehr stark. Ich glaube, es ist auch wichtig, alte Bausubstanz zu erhalten und weiterzuerhalten.

Weiters wird es einen Kindersteigerungsbetrag geben, der erhöht wurde. Es gibt einen Sozialzuschlag für Bezieher kleinerer Einkommen.

Das sind alles Punkte, die für uns sehr wesentlich sind und die maßgeblich dazu beitragen, dass wir hier zustimmen werden.

Allerdings, wie kann es anders sein, gehen uns viele Sachen auch zu wenig weit. Also gerade im Bereich Klimaschutz wäre fast noch mehr möglich gewesen - unserer Meinung nach -, auch was das bodenschonende Bauen, also das Verhindern von Bodenversieglung beträfe, würde es noch mehr Möglichkeiten brauchen.

Ich hoffe da, in den nächsten Jahren auf Initiativen auch auf anderen Gesetzesebenen. Es wurde zwar von der Landesregierung bereits beschlossen, zum Beispiel ein Öl- und Kohleheizungsausstieg bei Neubauten, leider nur bei Neubauten und leider auch wieder erst 2020.

Ich hoffe, dass das ein Signal auch für viele ist, die neu bauen, dass sie hier nicht mehr investieren. Obwohl es von der Wirtschaft leider nach wie vor gerade bei den Ölheizungen attraktive Förderungen gibt, und ich glaube, dass es notwendig sein wird, auch wenn wir das in Ansätzen auch in diesem Gesetz berücksichtigt haben, aber ich glaube, dass wir mehr machen müssen, was die Bodenversiegelung angeht.

Ich weiß, ich habe zu diesem Thema hier schon oft gesprochen, aber ich halte das für so notwendig und man sieht das eigentlich jeden Tag, wenn man durch das Land fährt, dass wir auch den optischen Eindruck des Landes ganz massiv verändern mit dem, wie gebaut wird, wo gebaut wird.

Hier würde ich mir erwarten, dass wir in Zukunft auch bei den Baugesetzen stärker darauf Rücksicht nehmen. Es sind teilweise kleine Aspekte, die hier viel bringen würden, zum Beispiel sei hier angebracht, dass man Parkplätze, die geschaffen werden, nicht vollversiegelt.

Es ist nicht notwendig, und es gibt genug Beispiele, die zeigen, dass es funktioniert. Das Besucherzentrum des Nationalparks Neusiedler See hat keine vollversiegelten Parkplätze, das sind Lochsteine, es wächst zwischendurch das Gras, es kann Wasser versickern und der Hitzepuffer ist auch nicht so stark wie bei vollversiegelten Parkplätzen.

Das kostet nicht mehr, es gibt aber auch andere Möglichkeiten, hier mit Schotter zu arbeiten. Es gibt sehr gute Unterlagen und Expertisen dazu, auch von der BOKU. Hier könnte man mit relativ kleinen Maßnahmen ohne Mehrkosten eine Verbesserung herbeiführen.

Das heurige Jahr hat uns mehr als genug gezeigt, dass wir uns nicht kurz vor dem Klimawandel befinden, sondern mitten drinnen sind. Auch wenn es heuer größtenteils, zumindest für persönliches Empfinden, angenehm war, weil es einfach länger wärmer und sonnig war, hat das natürlich sehr starke Auswirkungen, gerade im Agrarbereich.

In anderen Bundesländern ist es anders hergegangen, und wir hatten auch schon andere Jahre, wo eben durch Starkregen der Boden einfach die Wassermassen nicht mehr aufnehmen kann, und hier gehört ganz massiv gegengesteuert.

Ich möchte das auch hier noch einmal ansprechen, weil das sowohl eine optische Beeinträchtigung ist, als auch eine massive Bodenversiegelung. Wir haben diesen Trend, dass vor allem Supermärkte auf der anderen Straßenseite einfach ein neues Objekt bauen und das alte praktisch als Bauruine steht.

Ich finde, hier sollten wir ganz rasch gesetzliche Maßnahmen treffen, damit das nicht mehr möglich ist. Das geht einfach nicht. Sie sollen auf dem vorhandenen Platz neu bauen oder zumindest muss man hier Möglichkeiten schaffen, dass die Nachnutzung besser ist.

Wir haben ohnehin durch die Zielpunkt-Pleite jede Menge leere Supermärkte an den Bundesstraßen vor allem stehen. Hier gehört ganz massiv etwas gesetzlich geschaffen, um dem Einhalt zu bieten.

Aber zurück zum Wohnbauförderungsgesetz. Aus den vorher erwähnten Gründen stimmen wir diesem Gesetz so zu und hoffen, dass viele Leute diese Wohnbauförderung in Anspruch nehmen und gescheit bauen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute bringen wir ein ganz zentrales Projekt dieser Koalition und insgesamt in dieser Gesetzgebungsperiode zu Ende. Bedarfgerechtes und leistbares Wohnen, der sparsame Umgang mit den Ressourcen „Grund und Boden“, das sind grundlegende Vorgaben, die wir uns bereits zu Beginn dieser Gesetzgebungsperiode als Koalition in unserem Koalitionsvertrag gemacht haben. Vorgaben, denen wir heute mit der Beschlussfassung über die Wohnbauförderung-Neu, Vorgaben, mit denen wir heute mit der Beschlussfassung über das Wohnbauförderungsgesetz 2018 gerecht werden.

Es ist schön, es ist erfreulich. Schön und erfreulich ist vor allem auch, dass sich alle im Landtag vertretenen Parteien in diesem neuen Gesetz wiederfinden, wir dementsprechend von einem einhelligen Beschluss ausgehen können.

Das spricht für die Verhandlungsführung, das spricht aber vor allem für die Verhandlungsergebnisse und für die Qualität dieses Gesetzes.

Das neue Wohnbauförderungsgesetz ist ein gutes Gesetz, meine Damen und Herren. Es ist ein gutes Gesetz für die Mieter, es ist ein gutes Gesetz für die Häuslbauer. Es ist ein gutes Gesetz für die Umwelt, aber auch ein gutes Gesetz für die heimische Bauwirtschaft, auch dieser Aspekt sollte erwähnt werden.

Die Wohnbauförderung ist ganz generell ein Hebel, der es uns ermöglicht, sozialpolitisch, raumplanerisch und ökologisch Maßnahmen zu treffen. Maßnahmen, die jetzt zugegebenermaßen nicht die große Welt rund um uns ändern, aber Maßnahmen, die

doch in unserem kleinen Kosmos für eine höhere Lebensqualität sorgen, und das ist ja letztendlich auch das Ziel aller politischen Bestrebungen.

Viele Beispiele und Aspekte wurden von meinen Vorrednern bereits genannt und werden auch noch genannt werden. Was sind die zentralen Punkte aus unserer Sicht, aus freiheitlicher Sicht? Wir heben die Förderhöhe an. Wir heben die Einkommensgrenzen an und vergrößern damit den Kreis der Anspruchsberechtigten. Wir erhöhen den Kindersteigerungsbetrag. Wir verlängern die Laufzeiten beziehungsweise halten Zinsen und Annuitäten niedrig und unterstützen damit vor allem auch die Familien und den Mittelstand. Das war uns ein vorrangiges Anliegen.

Jeder wird künftig mehr bekommen, jedenfalls wird niemand weniger bekommen als bisher. Darauf haben wir bei der Erarbeitung dieses Gesetzes großen Wert gelegt. Das heißt, Sie werden keine Fallkonstellation finden, wo jemand auf Grund der neuen Rechtsgrundlage schlechter aussteigt als auf Grund der bisherigen. Das sind Ergebnisse, meine Damen und Herren, die sich sehen lassen können.

Auf raumplanerische und ökologische Anforderungen wurde bereits vor allem von meinem Vorredner eingegangen. Stichwort Ortskernförderung-Neu, Stichwort bodenverbrauchsparendes Bauen - sinnvolle Änderungen, sinnvoller Ersatz für eine alte Ortskernförderung, die sich in der Praxis als nicht ganz so treffsicher und sinnvoll erwiesen hat.

Ein klares Signal nicht nur an den Altbestand, sondern auch an die Umwelt sind die Verbesserungen im Bereich der Sanierungsmaßnahmen, ein Bereich, der nunmehr höher gefördert wird als bisher, wobei wir auch hier nicht über das vernünftige Ziel und vernünftige Maß hinausschießen. Wir wissen, wenn energietechnische Auflagen zu sehr nach oben geschraubt und damit zu teuer werden, werden Förderungen nicht mehr abgeholt und wird erst recht nicht umweltfreundlich gebaut. Das kann natürlich nicht in unserem Sinne sein.

Meine Damen und Herren! Wesentlich ist unterm Strich, dass wir mit dem neuen Gesetz in allen Belangen, in allen Bereichen besser werden. Dass wir uns in allen Belangen wieder an die Spitze der österreichischen Bundesländer setzen, dass wir all jenen dienen und einen Beitrag leisten, die leistbaren Wohnraum suchen, die auf leistbaren Wohnraum angewiesen sind. Dass wir auch jenen dienen, die Wohnraum schaffen, nämlich der heimischen Bauwirtschaft, und dass wir mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz nicht zuletzt dem Umweltgedanken Rechnung tragen.

In diesem Sinne vielen Dank für die Mitarbeit an alle. Hier haben wir gemeinsam etwas Gutes zusammengebracht. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Wunsch und das Grundbedürfnis, die eigenen vier Wände zu schaffen, liegt, glaube ich, sehr nahe, und es betrifft alle Menschen im Burgenland und vor allem alle Generationen, ob jung oder alt, aber ganz besonders bei den Jungen, die gerade dabei sind, ihre eigenen vier Wände zu schaffen und ihr Leben gemeinsam mit der Familie auf diese Beine zu stellen.

Eine langjährige Forderung von meiner Seite, auch von früher, aber insbesondere seit ich im Landtag hier sein darf, war es, dass wir Änderungen in der Wohnbauförderung

herbeiführen. Warum? Nicht zuletzt, weil 2005 erst die letzte Änderung passiert ist und in diesen letzten 13 Jahren sich nicht nur am Finanzmarkt, sondern auch in der Bauwirtschaft einiges getan hat.

Es sind die Preise weitaus höher geworden, das Schaffen von Wohnräumen ist teurer geworden und da muss natürlich auch die Wohnbauförderung Sinn und Zweck dabei sein, dass das auch unterstützt wird, damit man sich das auch leisten kann.

Wenn vorher erwähnt wurde, dass alle eingebunden wurden bei dieser Gesetzwerdung und wie zufrieden man dabei ist, dann darf ich auch darauf verweisen, dass wir uns immer konstruktiv einbringen, wenn wir dazu eingeladen werden. Ist nicht immer so. Eigentlich in den seltensten Fällen, dass wir eingeladen werden, uns einzubringen in der Gesetzwerdung.

In der Wohnbauförderung ist es so passiert. Dafür haben wir uns auch konstruktiv eingebracht. Und ich glaube, gerade als Volkspartei, wo wir immer darauf geschaut haben, damit die Wohnbauförderung auch jetzt zu einer Mittelstandsförderung wird, war es uns auch ein großes Anliegen, damit auch mehr Menschen in Zukunft davon profitieren können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zu den wesentlichen Änderungen, es sind einige oder viele heute schon erwähnt worden, wie zum Beispiel die Erhöhung des Förderungsgrundbetrages. Eine Anpassung, die aufgrund der Erhöhung der Kosten heute für die Schaffung von einem Eigenheim einfach notwendig war.

Eine Anpassung der Einkommenshöhe, aber nicht nur der gesamten Einkommenshöhe, sondern der wesentlichste Punkt dieser Änderung ist ja eigentlich, dass wir zum Beispiel bei zwei Personen den Einkommenssprung von 31.500 auf 55.000 Euro anheben. Warum ist das so extrem wichtig? Weil gerade zwei junge Menschen, die sich entschlossen haben, ihre eigenen vier Wände zu bauen, ein Einkommen beiderseits beziehen und da sehr leicht über diese 31.500 Euro drübergehen und nicht mehr den vollen Förderungsbetrag in Anspruch nehmen, der aber umgekehrt wieder sehr wichtig ist, um diese große Herausforderung auch zu bewältigen.

Und gleichzeitig auch Rücksicht darauf zu nehmen, wenn auch bereits Kinder da sind, damit man bis zu 68.000 Euro bei - zum Beispiel - vier Personen in einem Haushalt ebenfalls noch eine Wohnbauförderung erhalten kann.

Beim Kindersteigerungsbetrag, eine langjährige Forderung im Familienland Burgenland, das, was immer wieder angepriesen wird, wie familienfreundlich wir sind. Ja, ist gut auch so, dass wir im Burgenland sehr familienfreundlich sind, da hätten wir uns natürlich eine größere Steigerung erwartet. Ist etwas moderater ausgefallen, aber natürlich können immer bei einer Gesetzwerdung die Forderungen höher sein, aber irgendwo muss es auch einen Kompromiss dazu geben.

Bei der Ortskernförderung und bei dem sogenannten neuen Wort „bodenverbrauchsparendes“ Bauen, ist natürlich ein wesentlicher Punkt nicht nur für die Häuslbauerinnen und Häuslbauer, sondern auch für die Gemeinden, denn wenn heute die Entwicklung in jeder, und da kann ein jeder seine eigene Gemeinde hernehmen, dass sehr viel am Ortsrand gebaut wird, auf der grünen Wiese, so ist ebenso aber auch wichtig, dass der Ortskern nicht ausstirbt, damit wir auch innerhalb der Gemeinde im Ortskern selbst nicht ein Verfall der alten Häuser zusehen müssen, sondern damit wir auch Anreize schaffen.

Das tut auch diese Änderung im Wohnbauförderungsgesetz, damit wir bei Abrisskosten bis zu 16.000 Euro und bei der Schließung von Baulücken einen

Zusatzanreiz von 12.600 Euro haben, weil ja auch meistens, zumindest bei der Lückenschließung, auch Mehrkosten zu erwarten sind, durch Unterfangen des Nachbargebäudes und dergleichen.

Ebenfalls was, glaube ich, auch der Zahn der Zeit wichtig ist, weil auch die Kosten steigen und die Haushaltsführung nicht immer einfacher wird, ist die Anpassung der Laufzeit, damit wird die jährliche Belastung der einzelnen Haushalte natürlich auch geringer und es wurde auch in den Verhandlungen zugesagt, sollte sich in der Zinslandschaft etwas ändern, so wie wir es gehabt haben, mit dem negativen Zinssatz und so weiter, damit auch da über einen Regierungsbeschluss die Richtlinie dahingehend angepasst wird.

Ebenfalls ein wichtiger Punkt ist natürlich auch der Ökozuschlag, wenn auch gleichschwer zu erreichen. Das ist ein Punkt, den ich auch immer angesprochen habe, dass heute die Energiekennzahl, der Gesamt-U-Wert eines Hauses von 36 schon schwer zu erreichen ist, aber auf Grund der Bundesrichtlinie haben wir auch darum gesagt, ist es aus Landessicht nicht änderbar.

Was auch ein wichtiges Thema ist und die Jungen sind ja Gott sei Dank auch schon so weit, wenn sie ihr Haus bauen, dass sie auf Barrierefreiheit auch schon schauen. Man wird ja auch älter, aber es kann auch etwas passieren, damit auch das bewerkstelligt wird und ebenfalls in diesem Bereich gibt es für barrierefreie Maßnahmen gemäß der ÖNORM einen Steigerungsbetrag zur Wohnbauförderung von maximal 7.500 Euro, genauso für das behindertengerechte Bauen bei 15.000 Euro.

Insgesamt ist die Änderung dieses Gesetzes wichtig für die Gemeinden, für die Entwicklung unserer Dörfer, unseres Landes, vor allem wichtig auch für jene Gemeinden, die Abwanderungstendenzen aufweisen, wo es eine starke oder weniger starke Abwanderung gibt, dass man Anreize schafft, auch zu Hause zu bleiben und in der eigenen Gemeinde, wo man aufgewachsen ist, zu bauen.

Aber genauso für alle Generationen, besonders aber für die Jungen, damit auch, wie vorher schon angesprochen, das Bauen auch leistbar bleibt und dieser Beitrag auch ihren Teil dazu beiträgt.

Aber ganz wichtig ist natürlich auch dieser Bereich für die Wirtschaft und auch in weiterer Folge für die Arbeitsplätze, dass diese auch gesichert und geschaffen werden können.

Wenn heute schon in der Fragestunde darüber gesprochen worden ist, dass das Land zusätzlich 23 Millionen Euro bekommen hat, die zweckgebunden für die Wohnbauförderung genützt werden müssen und laut Budget, ebenfalls in der letzten Ausgabe des Bau- und Sanierungsratgebers auch mitgeteilt wurde, dass 121 Millionen gesamt im Burgenland für den Wohnbau zur Verfügung stehen, so muss ich replizieren auf die Anfragebeantwortung des zuständigen Regierungsmitgliedes, des Landeshauptmannes vom 3. August, wo ich die Anfrage gestellt habe zum Thema Winter-Sanierungsoffensive beziehungsweise Handwerkerbonus.

In der Wintersaison 2016 und 2017 wurden rund 1.173 Ansuchen gestellt für den burgenländischen Handwerkerbonus, das sind jene Aufträge, die über die Wintermonate lukriert worden sind.

Wo es immer wieder für die Bauwirtschaft schwierig ist, die Arbeitsplätze aufrecht zu erhalten, wo viele stempeln gehen müssen und arbeitslos sind für einige Wochen und Monate, und wo ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet wurde, mit dieser Initiative für

einen nicht rückzahlbaren Zuschuss von den einzelnen Gewerben, die aufgezählt worden sind, mit einer Gesamtsumme von 1.268.928 Euro.

Aus nicht ganz nachvollziehbaren Gründen, und das haben wir auch in der Vergangenheit dementsprechend deponiert, ist diese Förderaktion dann umgedreht oder verändert worden, besser gesagt, auf die Winter-Sanierungsoffensive, wo dann lediglich nur mehr 329 Ansuchen positiv abgewickelt worden sind und 362.434 Euro ausbezahlt worden sind.

Was heißt das in Summe? Wenn in der Anfragebeantwortung dann drinnen steht, jetzt haben wir ein neues Wohnbauförderungsgesetz, jetzt müssen wir , ob wir das noch brauchen oder nicht?

Wenn ich darauf denke, dass die letzte Prognose, wo die Landesregierung sich immer hingestellt hat die letzten zwei, drei Jahre und gesagt hat, wir sind Wachstumskaiser im Österreichvergleich, so zeigt die Prognose aber für das heurige Jahr, für das Jahr 2018, dass wir im letzten Drittel unterwegs sind.

Und warum sollte man, wenn wir jetzt zusätzliche Einnahmen von 23 Millionen Euro zu den 121 dazu bekommen, und die vorher nicht ganz ausgeschöpft worden sind, warum sollte man nicht weiter hergehen und diese Winter-Sanierungsoffensive oder viel besser, diesen Handwerkerbonus, der die erste Initiative dazu war, weiterführen?

Und ich glaube, das wäre gut für die Häuslbauerinnen und Häuslbauer, für die Sanierer, das wäre gut für die Wirtschaft, das wäre gut für die Arbeitsplätze, und ich glaube, da könnte das Land weiter eine Vorreiterrolle geben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir werden heute selbstverständlich, so wie auch in den Verhandlungen, diesem Gesetz auch zustimmen, weil wir glauben, dass wesentliche Änderungen dazu beitragen für eine positive Entwicklung.

Wir werden aber trotzdem darauf schauen in Zukunft, wie in weiterer Folge dieses Wohnbauförderungsgesetz, diese neue Wohnbauförderung, angenommen wird.

Sollte es irgendwann einmal passieren, so wie es auch immer passiert, aber das sollte ja auch die Landesregierung selbst tun, wenn man glaubt, dass weitere Nachschärfungen notwendig sind, dass man die auch macht.

Deshalb werden wir heute dem gerne zustimmen, und wir werden auch weiterhin den Handwerkerbonus einfordern, weil wir nicht nur zusätzliche Mittel bekommen haben, sondern weil es auch wichtig ist, in weitere Folge für unser Wirtschaftsland Burgenland, für die Weiterentwicklung unseres Heimatlandes. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat.)*: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Kurt Maczek das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Werte Zuhörer! Es wurde heute schon vieles gesagt. Als Wohnbausprecher darf ich dann doch ein wenig detaillierter in die Materie eingehen.

Kollege Molnár hat schon erwähnt, die Koalition hat sich vom Beginn weg vorgenommen, die schon beste Wohnbauförderung Österreichs noch besser zu machen, noch mehr den Anforderungen der Zeit anzupassen.

Und wir haben mit dieser Wohnbauförderung natürlich auch einen Hebel in der Hand, der es uns sehr wohl ermöglicht, sozialpolitische, raumplanerische und auch ökologische Maßnahmen zu treffen.

Insgesamt - ganz allgemein - kann man sagen, dass bei der neuen Wohnbauförderung mehr Burgenländerinnen und Burgenländer von den Förderungen letztendlich profitieren werden. Die Burgenländische Wohnbauförderung zielt darauf ab, qualitätsvolles, leistbares und sozialgerechtes Wohnen zu ermöglichen, gleichzeitig aber auch ökologisch verantwortungsvollen Wohnbau voranzutreiben.

Auch junges und betreutes Wohnen ist uns ein großes Anliegen. Mit österreichweit einzigartig niedrigen Mietkosten von fünf Euro pro Quadratmeter und dem relativ höchsten Förderbudget sind wir ein Musterland im Bereich der Wohnbauförderung.

In den letzten fünf Jahren, meine Damen und Herren, das heißt, von 2013 bis 2017 wurden insgesamt 15.064 Wohneinheiten im Burgenland gefördert. Dazu stand ein Budget von rund 645 Millionen Euro zur Verfügung.

Allein im vergangenen Jahr wurden 3.058 Wohneinheiten in den Beiräten zugesichert, davon 1.025 im mehrgeschossigen Wohnbau. Und auch heuer stehen für die Wohnbauförderung mehr als 121 Millionen Euro und für die Förderung von Alternativenergieanlagen 3,4 Millionen Euro zur Verfügung.

Das derzeit gültige Gesetz wurde im November damals 2004 beschlossen, und ist mit 1.1.2005 in Kraft getreten. In sechs Novellierungen wurden die erforderlichen Anpassungen geschlossen. Nunmehr war es an der Zeit, ein neues, ein schlankes, ein modernes, aber vor allem ein bürgerfreundliches Wohnbauförderungsgesetz zu beschließen.

Mit dem vorliegenden Entwurf eines Burgenländischen Wohnbauförderungsgesetzes soll dem Bedürfnis der Praxis nähergekommen werden. So soll beispielsweise die teilweise unübersichtliche Rechtslage, bedingt durch die erforderlichen sechs Novellierungen, bereinigt werden.

Aufbauend auf den bisherigen Bestimmungen war es uns auch wichtig mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz ein zeitgemäßes Förderinstrument zu schaffen.

Wesentliche Zielsetzung der Wohnbauförderung ist die Sicherung einer zeitgemäßen, qualitativ hochwertigen und leistbaren Wohnversorgung, egal ob es um Jugendliche, um junge Familien, oder um Personen, die ihren Lebensabend altersgerecht in den eigenen vier Wänden bestreiten wollen, geht.

Das neue Wohnbauförderungsgesetz soll für jede Altersgruppe leistbare Wohnmöglichkeiten bieten, sowohl im Eigenheimbereich als auch für die burgenländischen Häuslbauer, als auch für jene, die eine geförderte Wohnung oder ein gefördertes Reihenhaus beziehen wollen.

Besonderes Augenmerk soll auf klimarelevante, ökologische Gesichtspunkte gelegt werden. Klimaschutzziele, Energieeffizienz sowie schonender Umgang mit Ressourcen finden verstärkt Berücksichtigung.

Ebenso wichtig ist der sparsame Umgang mit den vorhandenen Ressourcen. Hier ist es wichtig, darauf zu achten, dass Zersiedelung vermieden wird. Um dieser Zersiedelung entgegenzuwirken, fungiert die Wohnbauförderung als Steuerungsinstrument, durch bessere, höhere Förderung bei der Belebung der Ortskerne, durch die Nutzung von bereits gewidmeten Flächen.

In zahlreichen Verhandlungen mit allen im Landtag vertretenen Parteien konnten, glaube ich, sehr konstruktive Gespräche geführt und schlussendlich ein rasches, und wie ich meine, hervorragendes Ergebnis erzielt werden.

Unsere Ziele waren bürgernahe Fördervergabe, energieeffizientes Bauen und Sanieren stärken und leistbares Wohnen im Focus, und diese finden sich im neuen Wohnbauförderungsgesetz wieder.

Natürlich gibt es auch Vorgaben, sei es auf Grund von 15a-Vereinbarungen oder auf Grund von Vorgaben seitens der EU. Aber auch hier ist uns ein guter Lösungsansatz gelungen. Das neue Wohnbauförderungsgesetz ist ein schlankes, gut strukturiertes Gesetz, das Rahmenbedingungen regelt.

Details werden in den entsprechenden Richtlinien, wie zum Beispiel Förderhöhe, Laufzeit, Verzinsung, Einkommen, festgelegt. Der Vorteil dieses Gesetzes ist eine raschere Evaluierung, zum Beispiel bei der Änderung von OIB-Richtlinien, 15a-Vereinbarungen, Änderungen am Kapitalmarkt oder zum Beispiel bei Indexanpassungen.

Das neue Wohnbauförderungsgesetz soll allgemeine Bestimmungen, wie beispielsweise die grundsätzlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Förderung regeln. Ebenso soll das Gesetz die Förderarten und mögliche Sonderförderaktionen definieren.

Es soll genau festlegen, wer eine Förderung in Anspruch nehmen kann, wann eine Förderung gekündigt oder fällig gestellt werden muss, oder ob eine Rechtsnachfolge möglich ist.

Die Details sind in den Richtlinien festgelegt, wie zum Beispiel Einkommensgrenzen, das Mindesteinkommen sowie das Höchsteinkommen, die Förderhöhe, die erforderlichen Energiekennzahlen, die Darlehenslaufzeit oder die Verzinsung der gewährten Darlehen.

Im Gesetz ist aber auch vorgesehen, dass die Landesregierung den Landtag über geplante Änderungen der Richtlinien zu berichten hat. In den bereits angesprochenen Parteienverhandlungen wurden selbstverständlich auch die Details, also die Richtlinien ausverhandelt, und es ist dabei wirklich zu einer sehr guten Einigung gekommen.

Beim Neubau im Eigenheimbereich sollen nun bei der Förderhöhe zwischen Objektförderung und Subjektförderung unterschieden werden. Die Subjektförderung - Einkommen, Kindersteigerungsbetrag, Sozialzuschlag. Die Objektförderung - Berechnung der Förderhöhe, bodenverbrauchsparendes Bauen, barrierefreies Bauen, behindertengerechtes Bauen.

Ganz wesentlich im neuen Wohnbauförderungsgesetz ist die Anhebung der Einkommensgrenzen. Damit soll gewährleistet sein, dass mehr Burgenländerinnen und Burgenländer, wie ich schon vorher erwähnt habe, in den Genuss der Wohnbauförderung kommen. Durch diese Anhebung ist es beispielsweise auch einem Polizisten- oder Lehrerehepaar möglich, eine Wohnbauförderung zu bekommen.

Bei einem Vier-Personen-Haushalt soll die Einkommensgrenze von derzeit 62.500 Euro auf 68.000 Euro angehoben werden.

Wesentlicher Punkt ist auch die Anhebung des schon vorhin erwähnten Kindersteigerungsbetrages. Derzeit beträgt der Kindersteigerungsbetrag je Kind unter 16 Jahren 11.000 Euro, mit dem neuen Wohnbaufördergesetz soll der Kindersteigerungsbetrag auf 12.000 Euro angehoben werden.

Sozialzuschlag für Einkommensschwächere - vorgesehen ist, die Höhe dieses Zuschlages verläuft entgegengesetzt zur Höhe des Pro-Kopf-Einkommens. Je höher das Einkommen, desto geringer die Zuschlagshöhe. Der Sozialzuschlag beträgt bis zu 15.000 Euro.

Dann bei der Objektförderung - auch hier soll es zu gravierenden Änderungen kommen. Bis dato war die Grundförderung ein Fixbetrag, unabhängig von der Größe und somit von den Baukosten des zu fördernden Eigenheimes. Mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz wird auf die Größe Rücksicht genommen. Die Berechnung der Förderhöhe erfolgt gestaffelt, nach der Wohnnutzfläche.

Es wird also neu eine Quadratmeter-Förderung geben. Ein Haus mit einer Wohnnutzfläche bis zu 100 Quadratmeter wird mit 45.000 Euro gefördert, ein Haus mit beispielsweise 150 Quadratmeter 51.000 Euro an Grundförderung und mit 180 Quadratmeter bekommt man 52.200 Euro an Wohnbauförderung.

Zwischen 180 und 200 Quadratmeter bleibt der Grundbetrag gleich mit 52.200 Euro. Wird größer als 200 Quadratmeter Wohnnutzfläche gebaut, wird prozentuell die Förderhöhe gekürzt. Bei mehr als 250 Quadratmeter Wohnnutzfläche gibt es dann aber keine Förderung mehr.

Dann haben wir schon gehört, das bodenverbrauchsparende Bauen, statt dem Ortskernzuschlag, bisher maximal 10.000 Euro. Mit diesem Zuschlag sollen die vorhandenen Ressourcen genutzt werden.

Es gibt auch einen Zuschlag, wenn ein bestehendes Objekt durch einen Neubau ersetzt wird. Der Zuschlag beträgt 35 Prozent der anfallenden Abrisskosten, maximal 16.000 Euro.

Wird eine Baulücke im bereits bestehenden Verband geschlossen, das heißt, ist das Grundstück bereits aufgeschlossen, wird ein Zuschlag von 70 Euro pro Quadratmeter Wohnnutzfläche, maximal bis 12.600 Euro, wird hier eine Förderung ausgeschüttet.

Dann ein wichtiger Punkt - barrierefreies Bauen. Hier gibt es maximal 7.500 Euro und für behindertengerechte Maßnahmen 15.000 Euro.

Dann Sanierung - auf Grund der OIB-Richtlinien und der 15a-Vereinbarung ist es erforderlich, die Förderungen im Sanierungsbereich anzupassen. Es wird hier künftig drei Arten von Sanierungsförderungen geben.

Die erste ist 30 Prozent der Gesamtsanierungskosten bis maximal 30.000 Euro für die Einzelbau-Teilsanierung. Das heißt, wenn beispielsweise das Badezimmer saniert wird, wenn Leitungen getauscht werden, wenn der Boden neu gemacht wird.

Dann die zweite Förderung 50 Prozent der Gesamtsanierungskosten bis zu maximal 30.000 Euro, wenn es sich um energetische Sanierungen handelt. Zum Beispiel Fenster getauscht werden oder eine Fassade, eine Gebäudehülle gedämmt wird, wenn das Dach saniert wird, wenn ein Kamin saniert wird.

Und drittens, und dann wird es noch die umfassende energetische Sanierung geben, wenn zumindest drei energetische Maßnahmen durchgeführt werden, wie zum Beispiel Fenster, Dach oder oberste Geschossdecke, Fassadenflächen, Kellerdecke, energetisch relevantes Haustechniksystem.

Bei dieser Sanierung kann die Förderhöhe abhängig von der Energiekennzahl zwischen 60.000 Euro und maximal 80.000 Euro liegen.

Eine Sonderform der Sanierungsförderung ist die Sanierung von Arkaden- und Streckhöfen. Hier können zu der vorhin genannten Förderhöhe noch zusätzlich 25 Prozent der förderbaren Sanierungsmaßnahmen dazukommen. Voraussetzung ist es, dass das Objekt vor 1920 erbaut wurde, das ist wichtig für diese Arkaden- und Streckhöfe, die sich sehr häufig im Südburgenland befinden.

Auch im mehrgeschossigen Wohnbau gibt es demensprechende Neuerungen. Das Generationenwohnen - hier werden Starterwohnungen, Junges Wohnen und betreubares Wohnen errichtet und es wird die Förderhöhe je Quadratmeter angehoben auf 680 Euro je Quadratmeter Wohnnutzfläche. Voraussetzung, die Wohnungen gehen nicht ins Eigentum, das heißt, es sind die burgenländischen Häuslbauer, die das weitergeben und es ist auf zehn Jahre fixiert.

Insgesamt kann man sagen, die Geschichte der burgenländischen Wohnbauförderung ist eine Erfolgsgeschichte. Alleine in den vergangenen fünf Jahren wurden rund 15.000 Wohneinheiten gefördert. Mit der Wohnbauförderung-Neu soll in unserem Heimatland ein modernes, schlankes Gesetz mit klaren und transparenten Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Damit stärken wir die Burgenländische Wohnbauförderung als Garant für leistbares Wohnen auch in Zukunft. Damit schaffen wir aber auch Anreize, dass wiederum mehr Einfamilienhäuser gebaut werden und tragen mit dem Generationenwohnen auch dem gesellschaftlichen und dem demographischen Wandel unserer Zeit Rechnung.

Letztendlich kann man sagen, dass diese Wohnbauförderung-Neu ein Meilenstein ist und wir werden natürlich dem zustimmen. Wir können auf diese Wohnbauförderung-Neu alle miteinander sehr stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Nießl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Herzlichen Dank sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zunächst darf ich mich sehr, sehr herzlich bedanken bei allen, die sich sehr konstruktiv eingebracht haben bei der neuen Burgenländischen Wohnbauförderung, nämlich bei den Vertretern aller Parteien.

Ich glaube, dass sich alle, die auch mitgewirkt haben, wiederfinden, weil viele Anregungen, die einerseits im Landtag gefallen sind, andererseits auch in den Parteiengesprächen stattgefunden haben, nicht zu 100 Prozent, denn wenn man einen Konsens sucht, kann man sich nicht zu 100 Prozent durchsetzen, aber doch in die richtige Richtung gehend wurden wesentliche und wichtige Weichenstellungen vorgenommen.

Also zunächst einmal ein sehr herzliches Danke, aber auch an die Wohnbauabteilung, wo oft über das Wochenende komplett neue Berechnungen, neue Unterlagen geliefert wurden, die dann als Grundlage für die Parteiengespräche auch wichtig und notwendig waren, damit wir rasch zu einem Konsens gekommen sind. Also auch ein Danke an die Wohnbauabteilung für die ausgezeichnete Arbeit! *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und LBL)*

Ich darf ein Beispiel nehmen, die Burgenländische Wohnbauförderung wird in manchen Bereichen um bis zu 25 Prozent angehoben, und das ist in Zeiten wie diesen sicherlich ein wichtiger Impuls, vor allem für Menschen, die sich ein Haus bauen oder die eine Wohnung auch erwerben wollen oder in einer Wohnung leben wollen.

Konkretes Beispiel, das nicht an den Haaren herbeigezogen ist, sondern so etwas kommt sehr häufig vor: Familie, zwei Erwachsene, zwei Kinder unter 16 Jahren, Jahresnettoeinkommen knapp 36.400 Euro, Wohnnutzfläche 160 Quadratmeter, Ortskernzuschlag, Energiekennzahl 35 Kilowattstunden pro Quadratmeter.

Für diese Familie erhöhte sich die Grundförderung von 40.000 Euro auf 52.000 Euro, der Kindersteigerungsbetrag von 22.000 Euro auf 24.000 Euro und der Ortskernzuschlag von 8.000 Euro auf 11.200 Euro. Also in Summe eine Steigerung von 70.000 Euro in der Vergangenheit auf 87.400 Euro, das sind plus 24,8 Prozent also knapp 25 Prozent.

Das ist ein Musterbeispiel, das man nicht irgendwie konstruiert hat. Eine Familie mit zwei Kindern, 160 Quadratmeter ist durchaus eine gängige Familie und auch die Hausgröße ist im Burgenland durchaus üblich und da ist ein Plus von 25 Prozent bei der Förderung, das ist schon ein sehr, sehr kräftiger Impuls.

Zunächst einige Wortmeldungen, ich darf zum Klimaschutz und zur Bodenversiegelung kommen. Natürlich ist da noch mehr drinnen und ich bin auch überzeugt davon, dass sich der Hohe Landtag in Zukunft mit dem Thema beschäftigen wird und beschäftigen muss.

Dass der Klimawandel stattfindet, glaube ich, das sehen wir alle und dass man Maßnahmen setzen muss in verschiedensten Bereichen, das auch zu tun, ist klar und das, glaube ich, wird auch der richtige Weg sein.

Nur muss man auf eines aufpassen, der Klimaschutz kann nicht ausschließlich über den Wohnbau und die Klimaschutzziele ausschließlich über den Wohnbau erreicht werden. Denn, wenn man das übertreibt, dann bekommt man das Problem, dass Wohnen nicht mehr leistbar ist.

Wir sind im Augenblick dort, dass das Burgenland die niedrigsten Mieten aller österreichischen Bundesländer hat. Wenn man das aber zu sehr anschraubt, dann kommen unter Umständen viel höhere Mieten vor. Deswegen braucht man jetzt die Balance, ja, Klimaschutz, Wärmedämmung ist wichtig, aber man muss auch schauen, dass die Mieten in Relation bleiben. Dass für die Burgenländerinnen und Burgenländer das Wohnen leistbar bleibt und wir auch in Zukunft, und das ist ein wichtiges Ziel, die niedrigsten Mieten in Österreich haben.

Und da sind wir mit der Wohnbauförderung wieder auf einem sehr guten Weg, dass wir die niedrigsten Mieten in Zukunft im Burgenland haben wollen. Wohnen muss leistbar bleiben und das ist ein wesentliches Ziel. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und LBL)*

Etwas zu den Sonderförderaktionen in Wien. Ich persönlich bin ein Anhänger ein „Keynesianer“. Das ist ein Bereich der Wirtschaft, wo man sagt … *(Abg. Gerhard Steier: Keynesianer.)*. Das habe ich falsch ausgesprochen - Entschuldigung. *(Abg. Gerhard Steier: Ich wollte nur helfen.)* Ja, ja, passt schon.

Das ist eben ein Wirtschaftssystem, wo man sagt, durch Investitionen steuert man die Wirtschaft. Und vor allem durch öffentliche Investitionen versucht man, Beiträge zur Belebung der Wirtschaft auch zu leisten.

Wir haben richtigerweise vor allen Dingen in dem Jahr 2008 Maßnahmen gesetzt, um der größten Wirtschaftskrise massiv entgegenzusteuern, haben Schulden gemacht und haben massive Investitionen dadurch ausgelöst und ermöglicht.

Das Burgenland ist wahrscheinlich am besten durch diese Krise 2008 gekommen, mit den geringsten Einbrüchen. Genauso war es mit diesen Sonderaktionen im Winter, wo

man gesagt hat, ja, da gibt es eine Winterarbeitslosigkeit und da schauen wir, dass wir im Winter eben entsprechende Maßnahmen setzen.

Im Augenblick sind wir soweit, dass zum Beispiel in Jennersdorf die Arbeitslosigkeit, in den letzten beiden Jahren, um 42 Prozent zurückgegangen ist.

Ich war vor wenigen Tagen mit der Frau Klubobfrau bei einer Veranstaltung, wo die wichtigsten Vertreter, oder viele wichtige Vertreter der burgenländischen Bauwirtschaft anwesend waren. Was dort gesprochen wurde, darf ich kurz wiedergeben: Die Bauwirtschaft boomt wie noch nie im Burgenland. Es gibt nicht das Problem, Aufträge zu bekommen, es gibt das Problem, die Aufträge zu bearbeiten. Wir können gar keine Aufträge mehr annehmen, ist teilweise der Tenor, weil wir so ausgelastet sind.

Ich wünsche jetzt keinem, dass er den Bau eines Einfamilienhauses aktuell ausschreibt, oder einer anderen Bautätigkeit, weil allgemein bekannt ist, dass durch diese wirklich extrem gute Konjunktur die Baupreise natürlich angehoben werden. Wenn ich sage ich kann es gar nicht machen und mache es trotzdem, dann muss ich es mit Überstunden und Zusatzleistungen et cetera machen und das wirkt sich dann wieder natürlich auf die Offerte aus.

Genau da noch eines drauf zu setzen, wenn man die Aufträge gar nicht erfüllen kann, heißt ja, eher Richtung überhitzter Konjunktur zu gehen, als die Konjunktur zu beleben. Das ist in Abstimmung auch mit der Bauwirtschaft, man muss mit den Leuten nur reden.

Sie haben eine große Baufirma in Halbturn. Die haben super Aufträge und wissen gar nicht, wie sie das alles bewältigen sollen. Die sagen, schick mir zehn Maurer, schick uns zehn Elektriker, schick uns 20 Installateure, wir haben die Arbeit, aber wir haben nicht die Fachkräfte dazu, um das umzusetzen.

Und da glaube ich, muss man die Balance auch haben. Es können wieder schlechtere Zeiten kommen und da braucht das Land auch Rücklagen, um zu sagen, in guten Zeiten da rennt die Konjunktur, in schlechten Zeiten, 2008 und auch nachher, muss man massiv Geld in die Hand nehmen.

Das kann man auf Schulden machen, haben wir auch getan, massiv, oder man kann eben auch Rücklagen gebildet haben in guten Zeiten, um dann auch in entsprechender Form investieren zu können. Und das, glaube ich, muss immer auch von Seiten der öffentlichen Hand abgehandelt werden.

Auch noch die Fehler der ganzen Wirtschaftspolitik, dass man investiert und antizyklisch investiert, dass man in schlechten Zeiten investiert und in guten Zeiten das nicht zurücknimmt. Das ist eines der wesentlichsten Prinzipien.

Deswegen sage ich, auch wenn die Konjunktur so ist, wie sie jetzt ist, muss man sich wirklich gut überlegen, noch eines drauf zu setzen.

Ich könnte ein Beispiel sagen, ein Betonelement kostet sieben Euro, die Baufirma sagt, ich biete zehn Euro, wenn du es in die nächsten 14 Tage lieferst. Und das sind im Augenblick Vorgangsweisen, wo viele in der Bauwirtschaft sagen - Vorsicht!

Lieber auf Dauer und nachhaltig etwas anlegen, als dort, wo eine Überhitzung schon stattfindet, teilweise sagen wir so, noch eines drauf zu setzen. Ich möchte nur meine Meinung dazu sagen, wo man natürlich auch darüber diskutieren kann.

Letzter Punkt, vieles wurde inhaltlich gesagt, ich muss das nicht alles wiederholen. Ich glaube, dass für das Land Burgenland diese Wohnbauförderung ein echtes Leuchtturmprojekt ist.

Wenn man als kleinstes Bundesland die Wohnbauförderung um bis zu 25 Prozent steigert, wenn man versucht, sie auszuweiten durch die Anhebung der Einkommensgrenzen, im Bereich der Verdichtung Maßnahmen setzt, um im Ortskern zu bauen, alte Gasthäuser für Wohnungen umzubauen, das speziell zu fördern, Generationenbauten, Junges Wohnen, betreutes Wohnen noch besser zu fördern, Sanierungen noch besser zur fördern, dann ist das, glaube ich, der richtige Weg, wo man immer wieder überprüfen muss, wo müssen wir adaptieren, wo läuft es vielleicht aus dem Ruder, oder wo gibt es nicht die entsprechende Nachfrage?

Und das immer wieder auszutarieren, da ist natürlich auch die Politik gefordert, das mit Augenmaß nachhaltig zu tun. Ich glaube, wir können stolz darauf sein, dass wir 18 Jahre, ich rede jetzt von meiner Zeit als Wohnbaureferent, durchaus immer wieder einen breiten Konsens im Bereich der Wohnbauförderung gefunden haben.

Ich bin auch froh, dass das diesmal gelungen ist, dass sich die Vertreter aller Parteien auch hier wiederfinden. Ich bedanke mich für diese Verhandlungsführung, beziehungsweise nicht für die Führung, sondern für die Beiträge und vor allen Dingen für das gute Ergebnis, das durchaus herzeigbar ist und es ermöglicht, dass das Burgenland in Zukunft die niedrigsten Mieten aller österreichischen Bundesländer haben wird. Danke dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herzlichen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem jetzt mehrmals von meinen Vorrednern betont wurde, dass alle Parteien, die diesem Haus angehören, dem neuen Gesetzesantrag, bezogen auf die Wohnbauförderung, zustimmen wollen, darf ich als jemand, der keiner Partei, die in diesem Landtag vertreten ist, angehört, festhalten, dass ich diesem Wohnbaugesetz auch zustimmen werde.

Tatsache ist, dass ich aber ein paar Anmerkungen treffen möchte, die abseits der Darstellungen, die bisher gelaufen sind, vielleicht auch einen wichtigen Aspekt des Bauens, des Wohnens und der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die damit konstruiert werden, ergeben.

Auf die Wortmeldung vom Kollegen Maczek ist eigentlich zum Gesetz selbst nichts mehr zu sagen. Er hat die Beistriche, die Doppelpunkte und auch die Anführungszeichen die dieses Gesetz beinhaltet, eigentlich alle benannt.

Es ist verwiesen worden auf alle Gegebenheiten, die die Förderzuschläge, die Förderbedingungen, die gesamte Darstellung die die Wohnbauförderung-Neu kennzeichnet, das ist von seiner Seite her benannt worden.

Ich möchte, wie gesagt, ein paar distanzierte, jetzt unabhängig vom Gesetz her, Anmerkungen zur Wohnbauförderung oder zum Wohnbau selbst treffen.

Der Herr Landeshauptmann hat erwähnt, dass eine wichtige Maßnahme oder ein wichtiges zusätzliches Merkmal des Wohnbaus im Burgenland, egal ob es jetzt der genossenschaftliche oder der private Wohnbau ist, darin zu sehen ist, dass die Konjunktur im Burgenland damit eigentlich sehr stark gefördert wird.

Wenn wir uns die letzten Jahre und den sogenannten Konjunkturindex anschauen, dann sind das Bau- und das Baunebengewerbe im Burgenland die Hauptprofiteure der sogenannten konjunkturellen Aufschwungssituation, das noch zusätzlich befördert wird durch eine Gegebenheit, die bisher nicht erwähnt wurde, und die auch eine Mitbegründung der Neuerungen auf den Gesetzgeber, sprich auf das neue Wohnbaugesetz bedingen. Tatsache ist, dass wir seit einigen Jahren eine fast Null-Prozent-Zinssituation in unserer Gesellschaft haben.

Das ist nicht nur österreichbezogen, sondern europaweit. Weltweit im Agieren der Weltbank, beziehungsweise der Europäischen Zentralbank, was tatsächlich Auswirkungen auf die Konsolidierung nicht nur der Staaten hat, sondern insbesondere auch Auswirkungen hat auf die sogenannte Wohnbausituation. Der Herr Landeshauptmann hätte erwähnen können, dass wir in den letzten Jahren die Nachfrage, bezogen auf Wohnbauförderung, als sinkend erleben.

Denn jeder Häuslbauer, der sich am freien Markt finanzieren kann, ist im Endeffekt damit konfrontiert, dass er sehr niedrige Zinsen hat, die gebunden auf mehrere Jahre Laufzeit festhalten kann, und damit eine Sicherstellung hat, wo sie in der Regel gewissermaßen nicht verzichten, aber nicht auf die Wohnbauförderung zurückgegriffen haben.

Die Auswirkung andererseits, dass zurückgebliebene Gelder dazu verwendet wurden, speziell im Burgenland, den Hauptmotor der sogenannten Bau- und Baunebengewerbe zu motivieren, noch stärker zu bauen, und das sind die Siedlungsgenossenschaften. Ich möchte nicht kritisch, ich möchte nicht distanziert, ich möchte nur vorsichtshalber eines anmerken, wenn im Speziellen bei einer dieser Wohnbaugenossenschaften irgendeinmal irgendetwas zum Krachen beginnen sollte, dann wehe unserem Bundesland.

Inzwischen werden nicht nur Wohnbauten gebaut, sondern inzwischen wird von einem Kantinenbau über einen Sportplatzbau, wird über Gegebenheiten, die weitläufig alle sogenannten Gegebenheiten einer Kommune oder anderer gesellschaftlichen Einrichtungen betreffen, alles gebaut.

Es wird neben dem genossenschaftlichen geförderten Wohnbau ein sogenannter frei finanzierter Wohnbau innerhalb dieser Einrichtungen gebaut, und es werden daneben alle möglichen Bauten, ohne jetzt die Fördersituation zu nutzen, oder auch sie teilweise in Anspruch zu nehmen, gewährleistet.

Wenn ich davon ausgehe, ist meinem Wissen nach nur der Kirchenbau noch nicht von der Oberwarter Siedlungsgenossenschaft bewältigt worden. Sonst ist eigentlich alles in den letzten Jahren gebaut worden, was nur irgendwie angekündigt am freien Markt sich ergeben hat oder von jemandem gefordert wurde. Wenn das der Fall ist, dann tritt die Oberwarter Siedlungsgenossenschaft in die Presche und sie bezwingt die letzten Hürden, die diesem Bauprojekt entgegengestanden sind.

Ich möchte nur einen Aspekt auf die Kollegin Petrik in der Fragestunde, bezogen auf die aufgelösten Wohnbaugesellschaften festhalten. Der Herr Landeshauptmann als Wohnbaureferent und als Zuständiger hat eine grundsätzliche Frage neben der moralischen Verantwortung nicht uns mitgeteilt, nämlich die Hauptfrage auf diese Wohnbaugesellschaften ist, warum sind sie ins Burgenland gekommen. Dort liegt der Kern des Ganzen.

Warum haben die anderen Bundesländer dieser Auflösung nicht zugestimmt? Denn das hat sich schon vorher mit 100-prozentiger Sicherheit ergeben, dass die sogenannten

Klingelzeichen oder die schrillen Glocken nicht nur im Burgenland geläutet haben, sondern vorher eigentlich einen gesamten Aufstand beschert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wohnbau, und soviel ich weiß, kommt im Herbst von der Regierungsseite her der Antrag auf die Änderung des Flächenwidmungsgesetzes, ich sage es aber vorneweg. Der Wohnbau und die Flächenwidmung sind eine Einheit. Daher ist es für mich unabdingbar, dass diese beiden Gesetze in einem beschlossen hätten werden müssen.

Jeder, der Verantwortung in Gemeinden trägt, der Verantwortung für das Land trägt, weiß, dass es sich gerade in den letzten Jahren herauskristallisiert hat, dass wir Flächenwidmungen gewährleistet haben, wobei ich jetzt nicht die Verantwortung wieder bei den Gemeinden sehen muss und will, denn Flächenwidmungen werden schlussendlich und letztlich im Land genehmigt und nicht von den Gemeinden, dass sich etwas herauskristallisiert hat in Bezug auf Flächenwidmungen, das auf Jahre, und das sage ich jedem der hier sitzt, und auch der Bevölkerung ins Buch geschrieben, dass sich über Jahre Siedlungsgenossenschaften Gründe gesichert haben, gewidmete Baugründe, wo sie niemanden fragen müssen, dass sie die verbauen werden.

Da gibt es Gemeinden, die Zuwächse jetzt in den letzten Jahren vom Wohnbau, von Wohnungssuchenden gehabt haben, in dem genossenschaftlichen Wohnbau, das dazu geführt hat, und wenn Sie aufmerksam Zeitungen gelesen haben die letzten Wochen, das dazu geführt hat, dass sie aufschreien und sagen, Baustopp. Es gibt nicht mehr Genehmigungen für den geordneten geförderten Wohnbau, weil wir mit unseren infrastrukturellen Einrichtungen, die notwendigerweise daneben aufgebaut werden müssen, nicht nachkommen.

Der Einzige, der es schafft, im Grunde genommen aber auch im Nachklang, ist die Gemeinde Parndorf, die jetzt den vierten Kindergarten, glaube ich, gebaut hat, die die dritte Volksschule schon in der Erweiterung gebaut hat und so weiter. Aber Tatsache ist, dass jetzt schon Gemeinden, wie Bruck an der Leitha und andere, Bruckneudorf, inzwischen zu dem Standpunkt gekommen sind in politischer Hinsicht, und die sind auch der SPÖ zuzuordnen, dass sie genug an sogenannten frei verbauten Flächen haben, dass sie nicht mehr den Wohnbau in dem Sinne protegieren und fortgesetzt sehen und setzen wollen.

Das sollte eigentlich jedem zu denken geben. Daher ist Flächenwidmung ein integrierender Bestandteil des Wohnbaus. Und daher sollte auch darauf Rücksicht genommen werden, dass wir nicht dann jammern, wenn wir wieder eine neue Aufschließung neben irgendeiner Ortschaft am Rande erleben, sondern wir sollten uns bewusst sein, dass das ausschließlich den Verantwortlichen in den Gemeinden, in Gemeinschaft mit den Landesverantwortlichen zuzuschreiben ist. Eines im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über alles, was sogenannte Migrationsbewegungen anlangt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie können es in Statistiken nachlesen, Sie können es täglich in den Gemeinden erleben. Wenn Sie Gemeinden besuchen und in Gemeinden sich aufhältig halten, werden Sie mitbekommen, dass der Großteil der im Burgenland Zugezogenen nicht nur eine sogenannte innere Migration aus anderen Ortschaften innerhalb des Burgenlandes betrifft, sondern dass sehr viele aus anderen Bundesländern ins Burgenland gezogen sind.

Das kann man sehr begrüßen. Man hat sich auch immer wieder gerühmt, dass wir eigentlich Steigerungsraten im Sinne des Bevölkerungszuwachses haben, dass wir auch eine Durchmischung des gesamten Bevölkerungsstammes erreichen, weil sich nicht nur

jetzt ältere Personen, die wir ja zuhauf im Burgenland haben, hier aufhalten, sondern dass junge Familien zuziehen, wo sich auch quasi die Durchmischung der Gesellschaft ergibt.

Nur eines ist damit eigentlich vergessen worden, und das ist genauso im Zusammenhang mit dem Aufschrei der Bürgermeister, Sie verhängen einen Baustopp auf die Siedlungsbauten, eines ist vergessen worden, nämlich auf die Integration.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sollten sich wirklich vor Augen halten, ein Zuzug ist etwas Besonderes und hat durchaus einen Anspruch, dass jemand, der als Gast quasi in eine neue Gemeinde zieht, dass er begrüßt wird und aufgenommen wird.

Nur eines ist inzwischen aber gang und gäbe, die Herrschaften, die ins Burgenland ziehen, eine Wohnung beziehen bei uns, ziehen zu und schlafen bei uns. Sie sind nicht in den Dörfern integriert, sie leben nicht mit, sondern sind diejenigen, die am Wochenende auch nicht mehr da sind, möglicherweise wieder nur zum Schlafen kommen, den Rest des Tages verbringen sie als Pendler an Arbeitsstätten, die außerhalb des Burgenlandes möglicherweise liegen.

Die wenigsten finden eigentlich bei uns dann eine Arbeit und sind in der Verstärkung wieder diejenigen, die wir im Grunde genommen zurückholen sollten und festhalten.

Aber der wichtigste Aspekt ist die Integration. Wenn wir uns rühmen des Ehrenamtes wegen und anderer Gegebenheiten, die das Burgenland in seiner Vielfalt auszeichnet, dann war es immer ein sehr intensives Dorfleben. Wenn sich Bürgermeister vor Augen führen, wie wenig Leute, die in diesen ausgelagerten Siedlungen wohnen, sich am Dorfleben bei Festen beteiligen, dann wissen Sie, dass das ein Problem auf die Zukunft darstellt.

Also es sollte hier wirklich integrativ etwas geleistet werden und nicht nur immer, ich brauche noch ein paar Einwohner, damit ich über die sogenannten Markierungsgrenzen für eine erhöhte Lohnzahlung als Bürgermeister drüberkomme, das sind immer die gleichen Aspekte, die dann ins Treffen geführt werden. Aber das nur am Rande im Sinne einer Gegebenheit. Zum Zweiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was Wohnbau anlangt und auf das Burgenland im Sinne der positiven Nachfrage gesagt wurde, hat einen wichtigen Grund, sei es jetzt neben der Wohnbauförderung.

Das ist auch der Hauptgrund für sogenannte Mieten, Kollege Maczek und Kollege Nießl, das ist der Hauptgrund, warum niedrige Mieten noch bei uns gang und gäbe sind. Das ist nämlich der Grundstückspreis. Dort wo Grundstückspreise Dimensionen innerhalb der letzten zehn, 15 Jahre erreicht haben, 20-, 30-, 40-prozentige Steigerungen drinnen waren, ist der Wohnungsbau auch nicht mehr der günstige, sondern man hat auch dort Mietpreise in der Vorschreibung, die einem das Schaudern am Rücken erzeugen oder die die Augen verblassen lassen.

Tatsache ist, dass hier die Grundstückspreise noch immer das wichtigste Kriterium sind für Genossenschaften und andere. Wenn Sie mit einem Verantwortlichen einer Genossenschaft reden, wird er Ihnen sagen, in der Gemeinde baue ich, wenn es sein muss Tag und Nacht.

Ja, wenn ich fünf Euro auf den Quadratmeter zahle, ist es ein Unterschied. In Eisenstadt oder in Müllendorf, oder in Gemeinden, wo jetzt 120, 130 Euro Quadratmeterpreise erzielt werden, ist das sogenannte Baugeschehen schon eingeschränkter und findet nicht mehr so statt. Also man sollte auch die Kirche im Dorf

lassen und festhalten, dass im Zusammenhang mit dem Bauen der Grundstückspreis einen sehr wichtige Aspekt darstellt, beziehungsweise Momente widerspiegelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und jetzt, mich irritiert immer die Darstellung, egal jetzt ob Migrationsbewegungen oder sonstiges ist, oder jetzt auch auf Schulen bezogen in den letzten Wochen, man muss doch eines festhalten, und das sollte in diesem Raum und für das Burgenland unbestritten sein. Wir unterscheiden uns zu 100 Prozent von städtischen Bereichen wie Wien oder Graz.

Das was dort stattfindet, hat hier überhaupt keinen Belang. Im Sinne der politischen Situation. Schulen in Wien mit burgenländischen Schulen zu vergleichen, ist genauso wie Wiener Mietpreise mit burgenländischen Mietpreisen zu vergleichen. Das Einzige in der Vergleichbarkeit sind die Steigerungsraten in Wien und im Burgenland. Wenn man sich nebeneinander hinstellt dann merkt man, dass die Unterschiede nicht sehr groß sind, was die Mietpreissteigerungen anlangt, weil sich auch hier nicht nur der Baukostenindex, sondern auch die sogenannten nebengleisigen Situationen für den Wohnbau verändert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wann zuletzt, Kollege Strommer hat in der Fragestunde auf den Kreisverkehr Gols verwiesen und auf dieses besondere Bauwerk, das, wie wir dann gehört haben, außerhalb des Weltkulturerbes liegt, na ich finde es furchtbar. Aber Tatsache ist, man kann sich auch nicht so abputzen und sagen, das ist halt genehmigt worden.

Meine Damen und Herren! Ich würde Ihnen raten, in die Nähe meiner Heimatgemeinde oder in Siegendorf durchzufahren. Da baut nämlich auch momentan die Oberwarter Siedlung, wo wir vorher über die A3 diskutiert haben, vier Meter neben der Bundesstraße gelegen, ein 80 Meter langes Wohnbaugebäude. Ja, vier Meter neben der Bundesstraße ein 80 Meter langes Gebäude, wo die Balkone alle zur Straße ausgerichtet sind, und die Loggias ebenfalls! Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Und dann von einem geordneten Wohnbau zu sprechen, das sei irgendwo nur in die Wolken geschrieben.

Tatsache ist, dass wir in den letzten Jahren im Zusammenhang mit niedrigen Zinsen eines erleben, nämlich eine rege Investitionstätigkeit in dem Bereich Betongold. Dieses Schlagwort hat sich wirklich herauskristallisiert und es ist widerspiegelnd eigentlich der beste Befund, wohin das Geld, das keine Zinsen auf den Banken mehr trägt, das in den Anleihen kein Geld mehr bringt, investiert worden ist, nämlich in das sogenannte Betongold.

Das heißt, alle, die Geld hatten, haben die letzten Jahre dazu genutzt, um Häuser zu kaufen, um zu investieren in Mietwohnungen. Tatsache ist das Resultat, sie wollen erhöhte Mietpreise haben. In Deutschland geht man jetzt zu einer Mietpreisregelung über, weil es eine Entwicklung hat, die nicht haltbar ist.

Suchen Sie, wenn Sie Eltern sind, für Ihr Kind, das studieren geht in Wien, eine Wohnung. Unter 1.000 Euro ist nichts zu haben. Ja, Sie kriegen schon dann noch irgendwo eine Mietwohnung, wo drei oder vier Leute gemeinsam wohnen können, aber unter 1.000 Euro jetzt innerhalb des Gürtels ist nichts zu haben. Das ist eine Entwicklung, die vor Jahren noch nicht so vorhanden war, aber die sich jetzt ausdrückt.

Aber das ist noch immer nicht ein Grund, dass ich jetzt vergleiche Eisenstadt und Wien in den Mietpreissituationen, weil sich das eigentlich nicht ergibt. In Eisenstadt hat man zum Beispiel etwas, das muss man auch in dem Sinne festhalten, man hat ein Baugeschehen entfaltet, unter anderem Feiersteig, wo in der Geschichte des

Grundstückes ja auch einiges lagert, das dann auch nachträglich diese Dichte an Verbauung stattgefunden hat, die ja einen hohen Ertrag für die Wohnbaugenossenschaft gebracht hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! OIB-Richtlinien, alternative Energie, alles, was quasi den Wohnbau stützt und ihn als solches auch widerspiegelt, ist eine Diskussion, die können Sie jeden Tag mit Wirtschaftstreibenden führen. Wenn es darum geht, dass ihnen die Politik anträgt, ihr solltet doch günstiger bauen. Und dann ist die Diskussion aufgekommen, ihr braucht nicht mehr zwei Parkplätze stellen, sondern nur mehr einen Parkplatz und damit wird die Miete günstiger. Ich meine, das ist das geringste Problem, die Parkplätze, wenn es jetzt auf den Grund bezogen, nicht ausschlaggebend ist.

Aber was das Hauptproblem ist, dass alternative Energien - und der Kollege Hutter ist Installateur, hat das auch festgehalten - alternative Energien, oft auf Wohnbauten draufgesetzt oder vergraben, in Wirklichkeit nicht den billigen Strom und die billige Situation erzeugen, sondern in der Verantwortung auf die Mieter ein erhöhtes Aufkommen bedeuten, was die Mieten anlangt und in der Umsetzung.

Einen Aspekt, meine sehr geehrten Damen und Herren, man sollte immer über den Tellerrand hinausschauen, wenn man so etwas diskutiert und nicht formal nur auf die Gesetzestexte, ich habe schon einmal erwähnt - die Bundesrepublik Deutschland. In Deutschland hat man eine akute Wohnungssituation im Sinne von Mangelerscheinung festgehalten und was macht die Bundesregierung? Sie stellt einen Betrag von zirka 400 Millionen, 500 Millionen Euro zur Verfügung den Kommunen, um über diese Investition vorzeitige Abschreibungen für den Neubau zustande zu bringen.

Das heißt, sie bekommen zusätzlich als Investor eine fünfprozentige Abschreibmöglichkeit zur gegebenen hinzu und damit eigentlich soll angelockt werden, die Investitionstätigkeit für - ich spreche jetzt aber nicht dafür, dass man das als solches wieder als Beispiel nimmt, sondern gesamt gesehen für das Burgenland eines in der Festhaltung.

Wir haben innerhalb der letzten Jahre eine Entwicklung genommen, die durchaus beachtenswert ist. Wir sollten aber nicht den Fehler machen und alles bedingungslos und alles in einer Form, so wie es bisher gehandhabt wurde, fortschreiben. Das Gesetz ist eine Änderung in gewissen Bereichen, wo es zum Beispiel darum geht, dass eine Familie mehr Wohnbauförderung auslösen kann.

Dass es den Ortskernzuschlag als solches nimmer gibt, aber dass die alternativen Zuschläge gewährt werden. Dass das Bauen im Zentrum gefördert wird, dass die Ortsränder freibleiben, dass unverbaute Grundstücke, Ackerflächen, nicht mutwillig zerstört werden. Das ist durchaus ein Gebot der Stunde und findet auch seinen Niederschlag. Wir sollten aber eines, meine Damen und Herren, beim Wohnbau mit Sicherheit uns alle ins Stammbuch schreiben:

Es nutzt der schönste Wohnbau, die schönste Baugeschichte nichts, wenn es nicht darum geht, dass wir es schaffen, die Menschen, die dann da zuziehen, die sich hier ansiedeln, auch entsprechend in die Dorfgemeinschaft zu integrieren.

Das sollte eine Aufgabenstellung sein, die unabhängig neben den gesetzlichen Maßnahmen den Wohnbau als solches bestimmen sollte und im Endeffekt ist das eine Aufgabenstellung, die sich nicht nur Bürgermeister stellen müssen, sondern vermehrt auch die Landespolitik, die hier nicht auskann oder auskommen sollte in der Verantwortung, das hat der Hochbauer festgestellt und nicht der Naturschutzreferent.

Für solche Beispiele ist mir diese Thematik eigentlich viel zu schade, denn die Auswirkungen, die man sieht, wenn man dort nur vorbei fährt, sind schrecklich.

Zum Zweiten: Die Nachfrage, um was für ein Objekt handelt es sich dabei, oder welchen Inhalt hat dieses Objekt, das kann jemand beantworten, der - ich habe zum Beispiel gegriffen, falls das Burgenland, was mir nicht bekannt ist, Goldreserven in London gelagert hat, bevor die Engländer jetzt mit dem Brexit aus der EU scheiden, hat das Burgenland sich entschlossen, die Goldreserven zurück zu holen und das Beispiel in Gols dürfte dort naheliegender Bunker sein, wo es untergebracht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wohnbau ist eine Herausforderung! Wir wissen um die Begleitmomente, wie wissen um die Konjunkturinhalte, wir wissen um die beschäftigungspolitischen Ansätze. Das ist alles mehr als gerechtfertigt. Nur ich bitte darum, nur mit Maß und Ziel hier vorzugehen, denn das ist eine Sache, die auf Generationen wirkt und die die Zukunft unseres Heimatlandes mitbeeinflussen wird. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ja, Herr Kollege Steier, wenn Sie fragen, warum kamen denn diese Wohnbaugesellschaften ins Burgenland. Diese Frage kann man schon auch beantworten, die haben es ja woanders versucht.

Die haben in Wien versucht, dass ihnen aberkannt wird, die haben in Oberösterreich versucht, aber offensichtlich hat es das Burgenland am billigsten gegeben.

Das finde ich jetzt schon interessant, wenn wir noch einmal kombinieren, was wir als Abgeordnete für Unterlagen vorgelegt bekommen oder auch wo wir Einsicht nehmen können. Es ist nämlich immer leicht gesagt, Sie können das eh alles nachlesen und damit braucht man nichts beantworten.

Was hier gesagt wird, was wir nämlich als Abgeordnete im Rechnungsabschluss 2015 nachlesen können, das ist ein Posten: „weitere Einnahmen“, und unter diesen „weiteren Einnahmen“ ist dann verzeichnet, dass es durch diese Aberkennung dieser Gemeinnützigkeit der besagten Wohnbaugesellschaften Gesfö und Riedenhof per Bescheid der Landesregierung Zusatzeinnahmen in der Höhe von vier Millionen Euro gibt.

Okay! Heute hören wir, es gibt eine Gesamtsumme von 32 Millionen Euro! *(Abg. Markus Ulram: 23!)* 23 Millionen! Ja, es sind 23 Millionen Euro, Entschuldigung.

Heute hören wir, es gibt ein Zusatzeinkommen von rund 23 Millionen Euro, dann frage ich mich schon, wo ist denn das in den Abrechnungen hineingeflossen und warum wurde das nicht gemeinsam mit den anderen Einnahmen aus diesem Bescheid heraus auch offensichtlich nachvollziehbar im Rechnungsabschluss verzeichnet?

Da sind schon noch einige Fragen sehr offen und dem werden wir nachgehen, weil Geschäfte zu machen, wo für die Abgeordneten und auch für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar ist, wohin eigentlich welches Geld geflossen ist, dem werden wir nicht einfach so ruhig zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2018) ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung Ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnraum sowie sonstiger, damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen (Burgenländisches Wohnbauförderungsgesetz 2018) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1379), mit dem der 2. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 971) (Beilage 1425)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1379, mit dem der 2. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 971, Beilage 1425, wird Herr Landtagsabgeordneter Sodl vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, sehr geschätzter Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den Beschlussantrag, mit dem der 2. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, zur Kenntnis genommen wird, in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 5. September 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt und bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldungen einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der 2. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland, wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile als erstem Redner Herrn Landtagsabgeordnetem Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Die EU-Förderungen sind seit dem Beitritt zur Union praktisch Dauerthema im Burgenland, sie sind aber heuer Dauergast im Landtag. Eine sehr zentrale, eine sehr

wichtige, eine sehr ausführliche Debatte haben wir am 3. Mai im Rahmen der Aktuellen Stunde abgeführt. Damals ging es um die Frage, wie es nach der aktuellen Förderperiode nach dem Jahr 2020 weitergehen könnte.

Hier sind ja seither recht positive Signale wahrnehmbar. Hoffen wir, dass es so bleibt. In derselben Sitzung haben wir uns auch mit einem Entschließungsantrag zum Europäischen Landwirtschaftsfonds auseinandergesetzt, auch in Bezug auf die Zeit nach 2020, aber vor allem auch mit der Problemstellung auseinandergesetzt, dass die Bürokratie bei der Abwicklung der Förderungen doch auch für eine Situation sorgt, die nicht gerade dem Effizienzgedanken entspricht. Bereits in der Sitzung vom 5. April hat der Landtag den 1. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020 einhellig zur Kenntnis genommen und heute steht, wir haben es vom Berichterstatter gehört, der 2. Umsetzungsbericht zur Behandlung an, Datenstand 21. Dezember 2017, diesmal also verhältnismäßig vergleichsweise frisch.

Der Bericht gliedert sich in fünf Kapitel, gibt Auskunft über die einzelnen Förderprogramme, wie gewohnt, sehr detailliert, liefert aber auch einen Gesamtüberblick über den Umsetzungsgrad der Förderprogramme. Bis Ende 2017 wurden über alle Förderprogramme mit burgenländischer Beteiligung insgesamt mehr als 23.000 Projekte genehmigt.

Für diese mehr als 23.000 Projekte sind rund 273 Millionen Euro an Förderungen bereitgestellt worden, wobei damit, wenn alles nach Plan verläuft, sprich die Projekte entsprechend sich entfalten und funktionieren, ein Projetvolumen von 350 Millionen Euro realisiert werden kann. Der Schwerpunkt liegt eindeutig im Förderprogramm für ländliche Entwicklung, Prozentanteil 98 Prozent der Projekte.

Worauf im Bericht auch einmal mehr verwiesen wird, ich habe es eingangs erwähnt, das sind Verzögerungen, die sich zu Beginn der Förderperiode ergeben haben. Verzögerungen auf Grund von hohem oder erhöhtem Verwaltungsaufwand. Wir haben in den Landtagssitzungen vom 5. April und vom 3. Mai ausführlich darüber gesprochen.

Andererseits, und das ist erfreulich, ist im vorliegenden 2. Umsetzungsbericht nunmehr auch von einer überaus positiven Entwicklung die Rede, was den Umsetzungsgrad angeht, weil sich die Systeme mittlerweile sozusagen eingespielt haben. Was die genehmigten Förderungen angeht, haben wir ein Plus von 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahresbericht. Was die damit ausgelösten Investitionen angeht, sprechen wir von einem Plus von über 43 Prozent, 43,5 Prozent, also von einer doch deutlichen Dynamik.

Meine Damen und Herren! Unterm Strich entwickeln sich die Dinge bei allem Aufholbedarf, so ist es im Bericht formuliert, der auch noch besteht, positiv und erfreulich. Die mit der Abwicklung betrauten Stellen arbeiten zufriedenstellend. Generell - und das ist ja eine ganz wesentliche Information - generell sind die Ausnutzungsquoten nur schwer zu steigern über den gesamten Zeitraum unserer EU-Mitgliedschaft. Wir bedanken uns bei den Verantwortlichen, bei den Stellen, die das abwickeln, bei den Autoren des Berichtes und nehmen ihn gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordnetem Ing. Strommer das Wort. Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Molnár hat sehr ausführlich das eine oder andere Projekt dargestellt, viele Zahlen und Daten genannt. Es geht um den

vom RMB erstellten 2. Umsetzungsbericht, um die EU-Förderungen im Burgenland, in der Programmplanungsperiode 2014 - 2020.

Wir wissen, dass das RMB diesen Umsetzungsbericht Jahr für Jahr vorlegt. Das Monitoring und die Öffentlichkeitsarbeit ist ebenso ein Auftrag, RMB kommt also diesem Auftrag also auch klar nach. Es gibt hier einige Dinge, die ich kurz beleuchten möchte. Nämlich das Burgenland war nach einer Volksabstimmung am Geburtstag des Landeshauptmannes, am 12. Juni 1994, mit 75 Prozent für den EU-Beitritt. In ganz Österreich waren es zwei Drittel, 66 Prozent.

Das Burgenland hat sich erst mit einer besonderen Situation an dieser ehemaligen Ost-West-Grenze, dieses Grenzland, hier besondere Dinge von dieser Europäischen Union erhofft, nicht nur im finanziellen Bereich, auch im Bereich Sicherheit. Und das ist schon ein sehr hohes Gut, das es gilt, auch nicht aus den Augen zu verlieren.

Seit 1.1.1995 ist unser Heimatland Österreich Mitglied dieser großen Gesinnungsgemeinschaft, dieser Europäischen Union, ist Mitglied in diesem großen Europa. Gerade derzeit steht ja Österreich im Schaufenster, nicht nur europaweit, sondern auch weltweit, als Veranstaltungsort vieler, vieler großer Konferenzen, derzeit ja in Salzburg.

Für uns gilt es als Burgenland nach zwei Ziel 1-Perioden, wo wir besonders förderungswürdig waren, weil wir unter 75 Prozent des EU-BIP-Durchschnitts lagen, wo wir dann in einer weiteren Phase, in einer Programmplanungsperiode, im Phasing-Out waren, auch besonders förderungswürdig. Nunmehr als Übergangsregion dastehen, auch mehr Fördermittel aus der Europäischen Union bekommen als alle anderen Bundesländer.

Es gilt auch künftighin, einen ähnlichen Status zu erreichen. Ich weiß, dass alle Kräfte sich bemühen und wir können schon diese parteipolitischen Diskussionen führen. Schlussendlich hilft uns nur eine einzige Institution das zu erreichen: die Österreichische Bundesregierung. Dort müssen wir ansetzen, derzeit mit Kanzler Kurz als Vorsitzender, als Ratsvorsitzender. Wenn die Österreichische Bundesregierung der Meinung ist, ja, wir wollen das wieder, dann werden wir das auf Europaebene durchsetzen. Das war bei allen Programmplanungsperioden vorher genauso.

Ich habe schon einmal ausgeführt, der Kollege Illedits und ich waren damals unterwegs, haben auf Klubebene im Parlament die Verantwortlichen abgeklappert, die Regierung war also bei den Bundesstellen auf Regierungsebene. Das ist der richtige Weg. Es wird uns kein Barroso, kein Juncker und wie immer die alle heißen, diese künftige Situation sichern können.

Das kann die Bundesregierung! Dazu ist es notwendig, dass wir diesen guten Kontakt zur Bundesregierung weiter pflegen, ich glaube, dass es auch gelingen kann und gelingen wird.

Zum vorliegenden Bericht, es geht um die fünf Fonds. Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung, der EFRE, es geht um den ESF, das ist der Europäische Sozialfonds, der Kohäsionsfonds, diese Kohäsionspolitik ist ja eines der wesentlichen Ziele der Strukturpolitik und gehört als zentraler Politikbereich zur Europäischen Union. Es geht um den ELER, das ist der Fonds für die Entwicklung im ländlichen Raum und für das Burgenland nicht ganz so, in erster Linie Europäischer Meeres- und Fischereifonds, wenngleich auch hier im Burgenland an die 950.000 Euro dafür ausgelöst werden konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es listet der Bericht sehr genau auf und wenn Sie diese Seite fünf genau durchlesen, dass es zu Verzögerungen zu Beginn gekommen ist. Ja, es hat zu Beginn dieser Programmplanungsperiode mit einer Verzögerung deshalb begonnen, weil die entsprechenden Beschlüsse auf EU-Ebene und auch die nationalen Beschlüsse nicht sofort gefallen sind, damit wir am ersten Tag 2014 starten konnten.

Schlussendlich ist diese Situation auch im Vorjahresbericht zu lesen. Ja, es gab Verzögerungen, aber insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss doch einiges auch hausgemacht sein, wenn betrachtet man, pardon, dass wir gegenüber dem Umsetzungsstand auf Burgenlandebene hat sich im Hinblick auf die genehmigten Projekte nur moderat gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent erhöht.

Naja, insgesamt werden wir den Bericht selbstverständlich zur Kenntnis nehmen, aber wenn sich der Umsetzungsgrad nur um 5,6 Prozent insgesamt erhöht hat, dann zeigt es, dass hier doch einiges hausgemacht ist.

Ich habe sehr genau zugehört als die Frau Landesrätin Dunst gesagt hat, wenn sie vom Herrn Landeshauptmann etwas möchte, dann zieht sie sich irgendwas Violettes an und dann kriegt sie all das, was sie möchte. Ich lege ihr wirklich nahe, sich von oben bis unten violett anzuziehen, *(Abg. Ingrid Salamon: Also das ist ja wirklich ein Scherz.)* damit sie dem Herrn Landeshauptmann klarmachen kann, dass in dieser Agrarabteilung hier einiges nicht so läuft, wie es laufen soll und dass hier entsprechende Verbesserungen notwendig sind.

Alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, die davon abhängen, dass ihre Projekte genehmigt werden und nicht in einer Endlosschleife warten, das kann doch nicht sein, dass es davon abhängt, ob die Frau Landesrätin eine violette Bluse trägt oder eine grüne, *(Abg. Edith Sack: Das war ein Scherz, geh bitte.)* bei aller Liebe zu dem, was sie damit aussagen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden dem entsprechenden Bericht unsere Zustimmung erteilen.

Ich habe mir den Bericht sehr genau angesehen und wundere mich ein bisschen und muss ich noch hinterfragen, ist mir bis heute noch nicht gelungen, bei diesen Gesamtprogrammen, wo es um die territoriale Zusammenarbeit geht, es ist dotiert mit Österreich-Ungarn 95,9 Millionen Euro und ein Umsetzungsgrad von 85 Prozent. Das trifft sich nicht ganz mit dem, was mir berichtet wird, dass es mit Ungarn immer Schwierigkeiten gibt, weil es in unmittelbarer Nähe Komitate gibt, die aber keine Beschlüsse fassen können, die letztverantwortlich sind, sondern dass alles über Budapest laufen muss.

Auf der anderen Seite haben wir ein Programm, das aber schon zu 85 Prozent ausgeschöpft ist, mit 95 Millionen dotiert, mit der Slowakei dasselbe Programm, 89 Millionen, wo ich immer höre, dass es viel leichter durchzusetzen sei, weil hier rund um Bratislava die verantwortlichen Stellen, die letztverantwortlichen Stellen auch die Entscheidungen treffen. Hier hätten wir aber nur einen Auslastungsgrad von 50 Prozent. Das deckt sich nicht ganz mit meinen Wahrnehmungen.

Ich muss dieser Sache noch nachgehen, freue mich, dass wir mit Slowenien dieses Programm mit 48 Millionen dotiert haben, schon zu 57,9 Prozent ausgeschöpft haben.

Am Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich überzeugt, dass wir mit der österreichischen und mit der burgenländischen Gründlichkeit imstande sein werden, bei all den Schwierigkeiten, die es derzeit auf allen Ebenen gibt in der

Diskussion, dass wir imstande sein werden, unsere Projekte so zu planen, so einzubringen, so abzurechnen, dass wir keinen Euro und keinen Cent an Fördermöglichkeiten in Europa liegen lassen. Das muss unser Ziel sein, ist derzeit ein bisschen schwierig, weil die Strukturen im Lande doch etwas verbessert werden können, auf die ich nicht näher eingehen möchte.

Dem Bericht insgesamt werden wir unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Christian Illedits.

Bitte Herr Präsident um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt nicht wiederholen, was alles an Zahlen schon jetzt von meinen beiden Vorrednern weitergegeben worden ist. Ich möchte nur danke sagen, auch das möchte ich wiederholen, an die Verwaltungsbehörde, das ist das RMB für das Interreg-Programm mit Ungarn, Slowenien, wie der Herr Kollege Strommer es erwähnt hat, aber auch als programmverantwortliche Förderstelle für EFRE, ESF und auch für die Additionalität, und hier wird - und das möchte ich auch noch unterstreichen - hervorragende Arbeit geleistet.

Die Unterstützung für die Förderabwicklung ist, glaube ich, eine, auf die wir stolz sein können und die uns auch gegenüber anderen Regionen in Europa unterscheidet, positiv unterscheidet und auszeichnet, weil wir eben auch dank dieser großartigen Unterstützung eine maximale Förderabwicklung und somit auch eine Ausschöpfung der uns zur Verfügung stehenden Mittel eben garantieren können. Ein Dankeschön an das RMB und an alle vor- und nachgeordneten Stellen im Land! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Was wir an Geldern erreicht haben, haben Kollege Strommer und Kollege Molnár schon an uns weitergegeben und auch die Umsetzungsgrade.

Was wir jetzt tun müssen und sollen, ist und wir haben es ja momentan auch in Österreich, könnte man sagen, fast in der Hand, wenn wir den Ratsvorsitz haben. Jetzt gibt es zwar einen informellen Rat in Salzburg, alle Staatsoberhäupter, Damen und Herren, sind dort vor Ort vertreten. Und es ist eine Chance. Eine Chance für Österreich und somit auch eine Chance für das Burgenland, wenn wir jetzt zum dritten Mal in der Geschichte unserer Republik den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehaben.

Wir haben uns und das muss man unterstreichen und bei aller Kritik, die immer wieder kommt in Richtung Europa, auch dank natürlich nicht nur der Umsätze, des Umsetzungsgrades und der Ausschöpfung, sondern natürlich auch überhaupt der Möglichkeiten, die uns der Beitritt zur Europäischen Union und somit die zur Verfügung stehenden Mitteln so gut entwickeln. Wir haben sie aber auch, glaube ich, sehr effizient und von 100 Prozent spreche ich bei Gott nicht, sondern in hohem Ausmaße und in vielen Bereichen, nicht in allen, sehr gut eingesetzt, umgesetzt. Obwohl wir natürlich Verbesserungspotentiale auch feststellen müssen und für die nächste Programmplanungsperiode auch solche Dinge in einen Verbesserungsauftrag mitnehmen wollen und dies wirklich auch tun werden, davon bin ich überzeugt.

Aber der Aufschwung des Landes und damit auch diese Kennzahlen, die ja auch von uns allen in verschiedenen Gelegenheiten auch den Zuhörerinnen und Zuhörern weitergegeben werden, auch die mit Förderungen verbunden sind, nicht nur, aber doch auch, und somit ist es auch wichtig, wenn man von der Kohäsions- und Strukturpolitik

sprechen kann, die zweifelsohne die wichtigste Investitionspolitik der Europäischen Union darstellt.

In der Vergangenheit, in der Gegenwart und davon sollte man ausgehen, auch in der Zukunft. Deshalb gestatten Sie mir den Blick über den Zeitraum 2020+. Wenn wir von 100-prozentiger Ausschöpfung der Mittel auch natürlich der Bereitstellung, da bin ich denjenigen Damen und Herren im Hohen Hause sehr dankbar, die diese Mittel beschließen. Alles gehört ja kofinanziert, das heißt, die dem Budget in diesen Bereichen zustimmen, dass sie sagen, ja, die Kofinanzierungsmittel müssen ja durch den Burgenländischen Landtag bereitgestellt werden. Die Regierung hat sie dann von uns quasi zur Verfügung gestellt erhalten, dass diese Kofinanzierung auch passiert. Das muss vom Land in nicht unbeträchtlicher Art und Weise auch passieren und da muss auch Vorsorge getroffen werden.

Das ist in den letzten Förderperioden der Fall gewesen und das muss auch für die Zukunft gewährleistet sein. Das heißt, wir müssen auch im Landtag darauf achten, dass wir das tun.

Und somit haben wir uns entwickelt, dort, wo wir gestanden sind, von einem durchschnittlichen europäischen BIP von unter 70, jetzt statistisch gibt es zwei Berechnungen, 90 Positiva, Tendenzen nach oben über 90, manche von 92, je nachdem, wie man es berechnet, mit oder ohne Großbritannien oder schon vor Brexit oder nach Brexit. Auf jeden Fall ist es zu attestieren, dass wir uns so entwickelt haben, dass wir, wenn wir die jetzige Förderkulisse, nämlich als Übergangsregion hernehmen würden, aus dieser herausfallen würden.

Momentane Diskussion geht in diese Richtung und das kann uns positiv auch stimmen, dass eben diese Förderkulisse für diese Förderregionen bis zu 100 Prozent durchschnittliches europäisches BIP ausgedehnt wird und wir somit auch in einen besonderen Förderstatus natürlich mit vielen anderen europäischen Regionen, auch deutschen Regionen, man braucht ja Partner in dieser Diskussion, die auch doch Gewicht haben und mehr Gewicht haben, als eine kleine Region wie das Burgenland. Die eben auch dann in der Gemeinsamkeit diese neue Berechnungsmethode und diesen neuen Förderstatus dann auch für die Zukunft mit uns gemeinsam umsetzen werden können.

Das ist, glaube ich, sehr positiv, wenn wir diesen Übergangsregionsstatus in dieser neugeschaffenen Förderregion bis zu 100 Prozent auch erreichen und somit uns wieder die Möglichkeit gegeben ist, auf Strukturmittel zuzugreifen.

Aber es hat jemand schon gesagt, das ist in Stein gemeißelt, und ich würde sagen, das ist nicht in Stein gemeißelt, und deshalb müssen wir alle etwas auch aktiv tun und das können wir.

Deshalb sollten wir und deshalb habe ich gesagt, Ratsvorsitz ist gut, aber wir müssen diesen für uns selbst auch benützen und in Anspruch nehmen und versuchen, auch mit der Österreichischen Bundesregierung dahingehend jetzt positiv zu agieren, dass auch die Interessen Österreichs logischerweise, wo wir auch Teil Österreichs, immer wenn es um Förderungen geht, sind, aber die spezielle Situation des Burgenlandes immer stark hervorkehren, weil weiterhin sind wir in der Betroffenheit anders zu betrachten als andere österreichische Bundesländer und nach wie vor ist es eine besondere Situation, wenn man eben an Außengrenzen zu den zuletzt beigetretenen EU-Nachbarn Ungarn, Slowenien und Slowakei liegt und besondere Herausforderungen somit auch auf das Burgenland zukommen, die zweifelsohne andere Regionen in Europa und es gibt nur das Burgenland, das an drei Nachbarn angrenzt, zu bewältigen hat.

Das ist, glaube ich, auch immer etwas, was man jemanden erklären muss, weil man kann nicht davon ausgehen und ich tue es regelmäßig und stelle es auch regelmäßig fest, dass wir natürlich nicht überall diese Bekanntheit haben als Burgenland wie manche vielleicht meinen, dass unsere Region sehr bekannt ist, wie wir uns das vielleicht gerne wünschen würden.

Das heißt, als Europaregion Burgenland wollen wir auch in Zukunft auf Fördermittel zugreifen können. Es gibt einen besonderen Topf, nämlich den Europäischen Sozialfonds, der auf 100 Milliarden Euro aufgestockt werden soll und wo es eindeutig jetzt sehr zentralistische Tendenzen bezüglich der Mittelverwaltung gibt und die ersichtlich werden, und nicht zuletzt hinsichtlich der Etablierung der sozialen Säule der EU muss aber, das ist klar, in den nächsten Jahren auch der ESF aufgewertet werden.

Für uns besonders wichtig, wir werden uns auch demnächst wieder in einem Strukturwandel befinden. Wenn wir von Digitalisierung, wenn wir von Robotisierung sprechen, dann wissen wir, dass es notwendig ist, wieder Gelder für Beschäftigung im Allgemeinen, aber auch für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Generellen und auch für Ausbildung, Weiterbildung und Umschulungen bereitgestellt zu erhalten, um eben auch weiterhin im Wettbewerb bestehen zu können, weil das natürlich auch unsere Nachbarn, die einen ganz anderen, höheren Anteil und Förderstatus haben, klarerweise auch erhalten werden, und weil wir nach wie vor in dieser Wohlstandskante gegen Osteuropa exponiert liegen.

Hier muss man immer wieder aufpassen natürlich, und das hängt wieder mit anderen Instrumentarien zusammen, dass es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen und zu Lohn -und Sozialdumping im verstärkten Ausmaße kommt, weil dies unweigerlich dann die Folgen dessen sind.

Das heißt, eine Fortführung der regionalen Verwaltung ist unerlässlich, dieser ESF-Mittel. Sozialpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird sicherlich vor Ort umgesetzt. Dieses Bottom-up-Prinzip muss grundlegend weiterbestehen bleiben.

Das heißt, es reicht nicht aus, auf den guten Willen der Nationalstaaten zu hoffen, sondern wir müssen unsere Bundesregierung eindeutig auffordern, für einen effizienten, bürgernahen Einsatz der Mittel zu verhandeln und damit auch für das Burgenland schlussendlich zu verhandeln.

Hier sind Sie, liebe Kollegen auch von der ÖVP, eindeutig gefordert. Wenn ich gestern die Medien intensiv verfolgt habe und mir die Statements von Juncker angehört habe, auch vom Herrn Bundeskanzler, dann ist dort *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rudolf Strommer)* eher weniger bis gar nicht der Satz „der Regionen“ gefallen.

Man glaubt immer wieder, wenn man denen zuhört beim Reden, dann unterhalten sich nicht nur diese beiden, sondern auch andere, die dort sehr prominent aufgetreten sind, dann eher um ein Thema, vielleicht um zwei Themen, aber eigentlich dominieren die beiden - die Grenzsicherung und Brexit - sehr stark auch diesen Informellen Rat, wie er heißt.

Aber tatsächlich, das, was die Menschen tangiert und wo die Menschen eigentlich dieses Thema und diese Europäische Union tatsächlich positiv oder negativ verspüren, nämlich in den Städten, Regionen und Dörfern, das ist mir nicht zum ersten Mal, sondern schon zum wiederholten Male eigentlich abgegangen. Weil dort sind die, über die wir sprechen, die diese Zahlen uns liefern, die wir heute von uns geben. Das sind die Projektanten, die Umsetzer, das sind diejenigen, wo wir dann sagen - in Neudeutsch - Bottom-up. Und diese müssen auch viel stärker einbezogen werden.

Das sind die Projektumsetzer in der Praxis, und diese müssen wir viel stärker mit ins Boot holen und nicht nur hier, sondern allgemein. Und denen müssen wir auch unterstützend unter die Arme greifen und nicht nur mit den Fonds, mit den Fördermöglichkeiten, sondern mit einer Verwaltungsvereinfachung.

Das heißt, die organisatorischen Voraussetzungen sind einfach überbordend, viel zu hoch, viel zu kompliziert. Das ist ein ganz klarer Auftrag auch, das mitzuverhandeln, nicht nur das Geld, sondern wie komme ich leichter zu dieser Förderung. Wie setze ich das leichter um? Weil manche Projekte werden eingereicht, da kostet die Suppe mehr als das Fleisch, das macht auch niemand, und deshalb ziehen sich viele zurück. Und deshalb wird auch manches gemacht, was dann, Kollege Strommer in der Kritik sagt, die und die sind schuld.

Ich sehe es auch gerne, wenn sie Violett anzogen ist, weil ich „Austrianer“ bin, aber es hätte mir nichts gemacht, wenn sie etwas Grünes anhat, passt ihr auch gut, sie ist ja eh Agrarlandesrätin, also passt Grün auch zu der Verena.

Aber eines muss man schon sagen, wenn wir, der Kollege Steiner, ist jetzt nicht da, wir zwei sind Vorsitzende einer lokalen Aktionsgruppe. Kollege Steiner steht dort auf und kritisiert. Na wen kritisiert er denn? Nicht die Verena, sondern er kritisiert das Ministerium in Wien. Hat er zwar nicht so gesagt, aber wenn jemand mittendrinnen ein Programm umschichtet und sagt, jetzt auf einmal gilt das nicht mehr, weil ihr habt andere Fördervoraussetzungen und andere Richtlinien, dann kommt das von einem Ministerium zu uns herunter *(Abg. Manfred Kölly: Das ist denen wurst.)* und dann ist es allemal natürlich auch ein bisschen schwierig, ich will jetzt nicht sagen, der oder der ist schuld, will die heiße Kartoffel weiterspielen und will auch nicht verteidigen, dass alles so läuft wie ich mir das vielleicht auch vorstelle, oder andere.

Aber dass man jetzt dort einfach per se sagt, die Abteilung 4 in der Förderabwicklung des Landes ist in der Person der Landesrätin schuld, das muss ich zurückweisen!

Abgesehen davon hat sie es jetzt genau drei Jahre über und vorher war das immer eine schwarze Abteilung und auch damals haben wir mehr als einmal kritisiert. Also, Herr Kollege Strommer, man muss schon die Kirche im Dorf lassen und aufpassen, was man da so von sich gibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Also ich bin dafür, und das gilt für alle Bereiche, nachdem ich selbst durch die LAG, aber auch von vielen anderen, auch als Bürgermeister, noch in Erinnerung habe, dass diese Förderabwicklung eben einer praktikablen Handhabung bedarf, das muss anders gehen, und das sagen alle, die Vertreter der Regionen, und das ist auch das, was das Verständnis und auch die Akzeptanz zu diesem Europa steigern könnte, wenn man einfach einen besseren Zugang finden würde.

Das Ganze tun wir auch im Ausschuss der Regionen. Dort vertrete ich ja alle. Ich vertrete dort nicht mich, sondern alle im Auftrag des Landes.

Auch dort ist ganz klar, dieser Tenor und ein Beauftragter, der ehemalige Minister Rupprechter, ist uns hier sehr hilfreich, eben auch an die Seite gestellt worden, der genau diese Meinung, die ich jetzt an Euch weitergegeben habe, auch vertritt. Der sagt - und das fehlt mir -, der hat nämlich gesagt, die Regionen sind das wichtigste Bindeglied zwischen der Europäischen Union und ihrer Bevölkerung und das unterstreiche ich dreimal, und zentrale Zukunftsfragen können nur so gelöst werden.

Das vermisse ich aber, wenn sich dann die Regierungschefs, weil die treffen ja viele Entscheidungen und nicht nur dieses sogenannte Gremium in Europa, nämlich die

Kommission und das Parlament, eben auch hier dann vor Zukunftsfragen sich nicht wirklich von der Region her beraten lassen, sondern einfach irgendwie über die Köpfe hinweg Entscheidungen treffen.

Herausforderung gibt es genug. Digitalisierung, Mobilität, das sind wirklich Themen, wo aber ganz klar die Regionen und die Städte und Gemeinden miteingebunden werden müssen. Dies ist unabdingbar notwendig.

Genau in den Regionen fallen ja diese Entscheidungen und dort schlagen natürlich auch dann die Ergebnisse auf. Das heißt, in diese Entscheidungsprozesse müssen wir uns alle einfordern, dass wir dort mitspielen. Diese Regulierungswut der Europäischen Union, die teilweise auftaucht, eben eindeutig eindämmen und zurückdrängen.

Was wir als Land tun müssen, ist, wir müssen versuchen, die Verhältnismäßigkeit im Auge zu haben. Subsidiarität - und das werden wir demnächst bei einer Konferenz im November in Bregenz tun, das ist eben genau das, was wir wollen.

Das heißt, diese Ebene, die ein Thema abarbeiten kann, sei es jetzt die Gemeinde, sei es die Stadt oder sei es der Landtag, dann sollen die das tun. Wir brauchen nicht Brüssel oder ein übergeordnetes Gremium, die das für uns erledigt. Was wir tun können, sollen sie uns tun lassen und auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Alles andere sollen sie dann tun, was drübersteht.

Es ist einfach eine geringere Regelungsdichte zu erreichen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Die Erklärung, die man dazu in einem Satz machen könnte, ist, wir wollen Machbares und Umsetzbares, eben mit dieser Subsidiarität erreichen, um eben auch hier einen ganz klaren Überblick über diese Dinge zu erhalten, die uns zweifelsohne auch in unserer positiven Weiterentwicklung helfen können.

Das wollen wir dann vielleicht auch beim nächsten Bericht, den wir dann hier im Landtag diskutieren und präsentieren können, auch vielleicht schon hier positiv bemerken können. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke für die Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Es ist jetzt vieles zum eigentlichen Bericht schon gesagt worden. Ich will nur auf ein paar wesentliche Punkte noch eingehen, vor allem auf den Kollegen Strommer.

Du hast gesagt, dass die genehmigten Projekte nur moderat gestiegen sind - 5,6 Prozent -, das stimmt natürlich. Nur steht einen Satz weiter oder eine Zeile weiter, dass das auch daran liegt, dass das ganze ELER-Programm für heuer noch nicht drinnen ist, und das macht einen nicht gar so kleinen Aspekt aus. Daher schaut das in Wirklichkeit dann am Ende wahrscheinlich wesentlich besser aus, als es jetzt hier steht.

Was mir noch aufgefallen ist, im Bericht ist ein bisschen weiter hinten, da geht es um Investitionen in Wachstum und Beschäftigung und Additionalität. Das finde ich sehr nett, weil die Aufteilung oder die Unterscheidung zwischen den Projekten, die im Nordburgenland und im Südburgenland getätigt wurden, versucht werden, im Bericht ein bisschen zu verschönern. Also es wird versucht, indem man auf Pro-Kopf-Zahlen umrechnet, darzustellen, als würde das Südburgenland besser gefördert als das Nordburgenland. Nur wenn man sich das anschaut, ist das ehrlich gesagt an den Haaren herbeigezogen, weil das stimmt einfach nicht.

Wenn man sich die Zahlen im Ganzen anschaut, ist Nordburgenland - Südburgenland ungefähr gleich. Und wenn man es Pro-Kopf, ist es eigentlich sogar schlechter. Aber der Sinn des Kohäsionsfonds ist ja eigentlich ein Ausgleich zwischen schwächeren Regionen, also eigentlich müsste das Ganze umgekehrt dargestellt sein. Das wollte ich nur erwähnt haben.

Was mir aber wichtig ist, so wie dem Kollegen Illedits, ist auch, wie schaut es in der Zukunft aus. Es laufen gerade sehr stark die Verhandlungen. Wir sind natürlich nicht dafür, dass es zu einer Kürzung kommt, auch wenn wir den Brexit verdauen müssen, wie immer der auch dann ausschauen mag.

Wir haben es immerhin geschafft, schon ein paar kleine positive Dinge auf EU-Ebene zu erreichen. Es war nämlich geplant, dass bei Förderprojekten, bei den Umsetzungen, NGOs, Gemeinden und die Zivilgesellschaft nicht mehr eingebunden werden. Dieses Partnerschaftsprinzip, das es vorher gab, konnte jetzt offensichtlich wieder hineinreklamiert werden, das wird bleiben. Gott sei Dank.

Auch, das hast Du schon erwähnt, dass die Kommission die Berechnung der Fördergelder künftig nicht nur an das BIP hängt, sondern eben zu 20 Prozent auch an gewisse Variable wie Jugendarbeitslosigkeit, Aufnahme von Flüchtlingen, auch das ist nicht unwesentlich für Österreich, Bildungsniveau und anderes gekoppelt wird. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz.

Über den Prozentsatz kann man dann natürlich noch streiten. Aber das würde auch diese ausgleichende Wirkung, die ja diese Kohäsionspolitik geplant hat, noch verstärken.

Was weniger gut ist, sind Vorschläge, die man jetzt so hört, oder weniger gut, ist fast noch gelinde gesagt, eigentlich alarmierend, dass nämlich die Regionalfördermittel in Zukunft an - wie heißt das genau - in einen neuen Investmentfonds der Kommission abgezogen werden können. Was früher der Kommissionsvorschlag mit vereinten Kräften im Europaparlament verhindert wurde, im vorigen Programm, soll jetzt offensichtlich wieder durch diesen Mitteltransfer vom ESI-Fonds in das InvestEU-Programm hineinreklamiert werden. Das gefällt uns überhaupt nicht und finden wir eigentlich sehr problematisch.

Weiters, die Überordnung von wirtschaftspolitischer Steuerung. Das heißt, dass Lebensverhältnisse und explizit Beibehaltung marktökonomischer Punkte weiter kritische Punkte sind.

Regionen dafür zu bestrafen, dass Haushaltsziele der Mitgliedstaaten nicht eingehalten werden, trifft wiederum die schwächsten Regionen, die man ja eigentlich stärken will. Auch das sehen wir sehr kritisch.

Auch möchte ich noch einmal ansprechen das Agrarprogramm. Hier ist es ja nach wie vor so, dass je größer ein Betrieb ist, desto mehr Gelder bekommt er. Und diese Tendenz soll abgeschwächt werden, unserer Meinung nach, weiter abgeschwächt werden und es braucht unbedingt einen Deckel.

Das heißt, ab einer bestimmten Größe soll es einfach keine Förderungen mehr geben, das macht auch Sinn. Wenn man die Grundvoraussetzungen dieser positiven EU-Förderprogramme sich anschaut, dann hat es keinen Sinn, Großbetriebe, beziehungsweise hier besonders im Agrarbereich weiter zu fördern, damit sie noch größer werden. Das führt sich eigentlich ad absurdum.

Im Großen und Ganzen wird das sicher eine spannende Geschichte, wie das Programm 2020 bis 2027 ausschauen wird. Wir hoffen, dass die jetzige Regierung hier,

nicht so wie schon angekündigt, dafür ist, dass hier die Mittel gekürzt werden. Weil letztendlich wird das gerade das Burgenland besonders treffen.

Im Moment sind die Verhandlungen noch im Laufen und wir werden dann im nächsten Jahr hoffentlich schon mehr wissen, wenn es dann auch wieder neue Programmberichte gibt.

Wir werden dem Programmbericht selbstverständlich zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der 2. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020 EU-Förderungen im Burgenland, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1378), mit dem der 3. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 970) (Beilage 1426)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Es folgt die Behandlung des 5. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1378, mit dem der 3. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 970, Beilage 1426.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der 3. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 05. September 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der 3. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat.)*: Danke Herr Berichterstatter. Als Erstes erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Ja, wieder liegt uns ein Bericht des Burgenländischen Monitoringausschusses vor. Die interessante und äußerst wichtige Arbeit ist hier gut zusammengefasst. Wir erfahren auch noch einmal

von den Grundlagen. Ich will das jetzt gar nicht länger referieren weil, es ist bei jedem Bericht das Gleiche, was vorweg an Grundlagen hier erläutert wird.

Ein paar Anmerkungen möchte ich nur geben. Wenn wir darauf schauen, wie dieser Monitoringausschuss zusammengesetzt ist, dann fällt auf, dass etwa der Behindertensportverband dort überhaupt nicht vertreten ist. Und da möchte ich gar nichts unterstellen, warum der damals nicht gefragt wurde.

Offensichtlich wurde in der Phase, wo dieser Monitoringausschuss installiert wurde, einfach nicht daran gedacht, dass es auch im Sportbereich Behindertenverbände gibt, die sicher Wesentliches dazu beizutragen haben.

Deswegen ist meine Anregung, das noch einmal zu evaluieren und die Zusammensetzung des Monitoringausschusses hier zu erweitern, um den Burgenländischen Behindertensportverband.

Bis jetzt sind drinnen ein Vertreter des Kriegsopfer- und Behindertenverbandes, ein Vertreter des Österreichischen Zivilinvalidenverbandes, eine Vertreterin von Rettet das Kind, ein Vertreter von pro mente Burgenland, ein Vertreter von SOS-Mitmensch und ein Vertreter der Fachhochschule Burgenland. Alles gemäß dem Gesetz, das stimmt schon so. Meine Anregung ist hier etwas erweiternd zu denken.

Was auffällt ist, es gab seit dem letzten Bericht drei Sitzungen etwa im Jahr, und immer wieder kommt das Thema der persönlichen Assistenz. Das ist im Monitoringausschuss sehr wichtig, das halte ich auch für sehr wichtig.

Ich habe schon zweimal an dieser Stelle bei Berichten von Monitoringausschüssen auch darüber gesprochen, und plädiere sehr eindringlich, dass wir jetzt in der nächsten Phase tatsächlich ganz intensiv die Ausarbeitung eines burgenländischen Behindertengesetzes in Angriff nehmen, wo das Recht auf die persönliche Assistenz niedergeschrieben ist und wo auch die persönliche Assistenz als eigenes Berufsbild klar formuliert ist. Bis jetzt weiß ich nicht, wie weit das gediehen ist.

Die Burgenländische Landesregierung hat im Mai 2017 die Fachhochschule Burgenland mit der Erstellung eines Behindertenbedarfsplanes beauftragt, und das sollte dann die Grundlage sein, für das Behindertengesetz. Die Ausarbeitung eines Burgenländischen Behindertengesetzes ist für das Jahr 2018 geplant.

Nun, wir sind jetzt schon im neunten Monat des Jahres 2018, da ist noch nichts geboren worden, mir ist nichts bekannt. Nun weiß ich schon, dass die zuständige Abteilung mit unheimlich vielen Agenden beschäftigt ist, aber das ist doch auch etwas, was wir vordringlich behandeln sollten.

Zumindest sollte es einen Bericht darüber geben, wie weit hier die Planungen bereits sind und wann ein Entwurf vorliegen wird. Ganz wichtig ist mir auch, dass in der Erstellung dieses Gesetzes der Monitoringausschuss einbezogen ist und auch andere Menschen aus Behindertenverbänden, die noch nicht hier vertreten sind, einbezogen werden.

Positiv vermerkt, und das kann man ja hier durchaus sagen, ist der Fortschritt in einzelnen Detailfragen, dass hier der Kontakt zum Burgenländischen Müllverband ein sehr guter ist und in kleinen Fragen dann auch sehr schnell Lösungen gefunden werden, ist erfreulich und das soll durchaus auch genannt werden.

Ein anderes Mal war der Schwerpunkt einer Monitoringausschusssitzung die Barrierefreiheit bei Web-Auftritten im Land Burgenland. Wir haben ja erst unlängst eine

Datenschutzrichtlinie beschlossen, da war explizit drinnen festgehalten, dass Kindergärten herausgenommen sind.

Das ist jetzt keine burgenländische Besonderheit, sondern das hat sich an der EU-Richtlinie orientiert. Ich glaube, wir dürfen da ruhig ein bisschen noch besser sein, als dass was uns EU-Richtlinien vorgeben und die Barrierefreiheit auch für Homepages, für Websites von Kindergärten und anderen Bildungseinrichtungen vorsehen weil, auch da ist es wichtig, dass Menschen möglichst barrierefrei an möglichst viele gute Informationen herankommen.

Der Monitoringausschuss bittet auch die neue Richtlinie zur Gewährung von Schulassistenz beziehungsweise Eingliederungshilfe von Schulkindern übermittelt zu bekommen. Ja, ich denke mir, das zeigt, wir haben im Land einige ganz gute Einrichtungen. Es geht auch da und dort was weiter, an der Kommunikation untereinander dürfte es da oder dort noch ein wenig hapern.

Was aber wirklich, wirklich schlimm ist, ist, dass von den Empfehlungen des Monitoringausschusses im ersten Tätigkeitsbericht, im zweiten Tätigkeitsbericht, bisher noch keine einzige umgesetzt wurde. Und das ist etwas, was ich schlimm finde.

Weil der Monitoringausschuss soll kein Feigenblattausschuss sein, wo man ein paar Leute ein bissl reden lässt und bewerten lässt und rückmelden lässt. Da sitzen hochkompetente Menschen, die sich viel Arbeit machen, die darüber nachdenken, was kann man verbessern im Bundesland, dann formulieren sie Empfehlungen, und die kommen in die Schublade.

So sollten wir nicht mit unseren eigenen Einrichtungen umgehen. Ich bitte ganz dringend, sich diese Empfehlungen diesmal sehr genau anzuschauen. Sollte hier wieder nichts weitergehen, nur Kraft des Monitoringausschusses, dann wird es entsprechende Anträge seitens der GRÜNEN geben.

Auch ein im wahrsten Sinne des Wortes – ein Stolperstein ist auch noch in Bezug auf die Barrierefreiheit, dass in der Regel bei Bauverhandlungen kein Sachverständiger für Barrierefreiheit hinzugezogen wird.

Auch da finde ich, sollten unsere Behörden strenger darauf schauen, und Baugenehmigungen nicht geben, wenn die Sachverständigen für Barrierefreiheit nicht hinzugezogen wurden.

Wieder sehr positiv auffallend für mich, ich habe es auch schon das letzte Mal erwähnt, ist die Zusammenfassung dieses Berichtes in leichter Sprache, das heißt, in Formulierungen, die auch Leute verstehen, die nicht schon zum einen mit einem Fachgebiet vertraut sind, und dass es auch Leute verstehen, die jetzt nicht in komplexen 25 Schachtelsätzen eine Materie mitverfolgen können.

Ich denke mir, das täte uns manchmal auch ganz gut, versuchen einfacher zu sprechen, und unsere Inhalte, die uns wichtig sind zu vermitteln in einfacherer Sprache, in leichte Sprache, heißt der Fachbegriff dazu, zu übermitteln.

Ich rege an, uns das auch für Landtagsitzungen zu überlegen. Berichte aus Ausschusssitzungen, aus Landtagsitzungen, auch in leichter Sprache auch der Homepage des Landes zur Verfügung zu stellen.

Eine Kollegin von mir, im Landtag in Salzburg, hat das in der letzten Periode immer wieder gemacht, dafür gibt es einen eigenen Dolmetsch. Ja, also da kann man lernen. Das ist nicht einfach irgendwas anders zu formulieren, das ist durchaus ein Projekt, das wir uns auch im Burgenland anschauen könnten.

Diesem Bericht werden wir natürlich unsere Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Patrik Fazekas)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der Nächste der sich zu Wort gemeldet hat, ist der Herr Landtagsabgeordnete Haidinger.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Die Großzahl der Landtagsabgeordneten hier im Landtagssaal begrüße ich auch. Ich darf den Monitoringausschuss dahingehend beginnen, fortsetzend vielleicht auch bei der Kollegin Petrik, dass wir hier ein wesentliches Element hätten, so ehrlich muss man das jetzt auch sagen, das zur Umsetzung eigentlich anreizt beziehungsweise auffordert, hinsichtlich ihren Bemühungen, die hier vorgetragen werden, hier schriftlich vorliegen.

Aber, allererst möchte ich einmal ein herzliches Dankeschön sagen, all jenen Damen und Herren, die hier für den Monitoringausschuss ihre Arbeitsleistung einbringen, allen voran dem Herrn Vorsitzenden Josef Weiss.

Aber ich nehme mir hier heute bewusst die Zeit, jedem Einzelnen hier danke zu sagen. Auch den Ersatzmitgliedern namentlich danke zu sagen, weil ich schon glaube, dass es dem gedankt sein muss, dass hier eine Gruppe von Menschen aus unterschiedlichen Bereichen für dieses Ergebnis hier auch die Verantwortung trägt und auch ihre Leistung erbracht hat.

Und daher sage ich auch danke dem Herrn Rudolf Halbauer vom KOBV, dem Herrn Hans-Jürgen Groß vom ÖZIV, der Frau Eva Horvath von Rettet das Kind, Herrn Peter Prangl von pro mente Burgenland, Herrn Ludwig Popper von SOS-Mitmensch und auch dem Herrn Roland Fürst von der Fachhochschule Burgenland GmbH.

Aber auch den Ersatzmitgliedern, die ja, wir wissen es nicht so genau, aber wir unterstellen jetzt hier einmal, dass sie auch das eine oder andere Mal hier mitgearbeitet haben oder ausgeholfen haben, sei gedankt.

Dem Herrn Franz Maldet vom KOBV, dem Herrn Erwin Würrer vom ÖZIV, der Frau Sandra Schneeberger von Rettet das Kind, der Frau Sandra Gerö von Rettet das Kind, der Frau Eva Blaguss von pro mente Burgenland, dem Herr Rainer Klien von SOS-Mitmensch und dem Herrn Erwin Gollner von der Fachhochschule Burgenland.

Und wer sich hier durchgeschaut hat bei dem Monitoringausschussbericht, der wird auch festgestellt haben, dass hier ein großer Anteil, nämlich diese Power-Point-Präsentation aus dem AMS ist, und auch hier wirklich in Verbindung zum AMS wesentliche Aussagen in diesem Power-Point drinnen sind.

Daher sei es mir auch erlaubt, der Chefin des AMS, der Frau Helene Sengstbratl hier Danke sagen zu können, dass sie sich hier auch diesem Thema annimmt und auch die Arbeitslosen, die sie zu betreuen hat, im Bereich der verschiedenen begünstigt Behinderten, nach den unterschiedlichen Gesetzesregeln und sonstigen behinderten Menschen ihr ein Anliegen sind.

Und in das gleiche Horn wie die Frau Petrik muss ich auch stoßen, oder die Frau Kollegin Petrik, Landtagsabgeordnete Petrik, muss ich auch stoßen, wenn es darum geht, wie sieht man diesen Monitoringausschuss? Sind das jetzt da im Prinzip Empfehlungen von Fachexperten zwar, oder kann man es sogar als Politiker als Auftrag sehen?

Da dazwischen irgendwo liegt wahrscheinlich die Wahrheit. In manchen Bereichen muss man politisch vielleicht das Eine oder Andere hintanstellen, aber es ist für mich nicht

ganz erklärlich, dass man von den ganzen Dingen die sich hier wiederholen, vom vorigen Jahr zum heurigen Jahr, noch nicht wirklich den einen oder anderen Schritt weitergekommen ist.

Und ich glaube, es ist auch vielleicht an uns, und damit an mir, als Sozialsprecher und auch allen Sozialsprechern der verschiedenen Parteien vielleicht einmal auch Zeit, dass man sich zusammensetzt und uns darüber Gedanken zu machen.

Die Wohnbauförderung hat uns ja ein schönes Beispiel geliefert, wie es in anderen Bereichen ja funktionieren kann. Also im Prinzip ein Anstoß, dass wir hier vielleicht einmal über alle Parteigrenzen hinweg auch versuchen, in diesem Bereich was zu tun.

Weil ich will da jetzt nicht all diese Empfehlungen im Prinzip hier zitieren, weil wir wissen ja, was da drinnen steht. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass mir eines nicht gefällt bei diesem Monitoringbericht - dass wir uns an den anderen Bundesländern orientieren sollen, wenn es um die persönliche Assistenz geht, damit man im Prinzip auch diese Qualität erreicht. Da denke ich mir, da könnten wir besser sein als alle anderen Bundesländer.

Also das Orientieren an den anderen Bundesländern das gefällt mir nicht so, ansonsten sind die anderen Dinge für mich nach wie vor als Sozialsprecher der FPÖ auch entsprechende Aufträge.

Und was mir gar nicht gefällt und das möchte ich auch noch herausheben, ist diese auch mir nicht nachvollziehbare Datensammlung des Müllverbandes. Wo es darum geht, was die alles brauchen damit jemand eine größere Tonne bekommt, wenn es um die Windelentsorgung für Erwachsene geht. Also auch hier könnte man noch das eine oder andere vielleicht ein bisschen begradigen.

Und gerade als Gesetzgeber und die sind wir alle miteinander in Wirklichkeit auch wenn in der Demokratie die Mehrheiten entscheiden, sind wir alle miteinander Gesetzgeber und damit also auch alle berufen dazu uns Gedanken darüber zu machen.

Wie dann die Entscheidung ausgeht sagen dann die Spielregeln der Demokratie, aber die Gedanken können wir uns alle miteinander machen.

Und da wiederhole ich nochmal, für mich schon ein großes Vorbild das Ergebnis der Wohnbauförderung, das jetzt über eine Zeit im Prinzip gearbeitet wurde über alle Grenzen hinweg und auch zu einem heute einstimmigen Ergebnis gekommen ist.

Also rufe ich auch hier auf, vielleicht setzen wir uns einmal zusammen alle, wir Sozialsprecher der verschiedenen Fraktionen, und schauen was wir da tun können. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Kollege Fazekas hat sich als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Menschen mit Behinderung sind aus meiner Sicht eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und sie müssen auch dementsprechend teilhaben können.

Ich bin davon überzeugt das Menschen mit Behinderung viel mehr bewegen können als man ihnen oft zutraut und noch mehr, wenn sie nicht durch zu viel Bürokratie daran gehindert werden. Deswegen sage ich klar, dass man bürokratische Prozesse für Menschen mit Behinderung vereinfachen muss.

Ich unterstütze hier voll und ganz gleich die erste Empfehlung des Monitoringausschusses, dass Menschen mit Behinderung keine Bittsteller, sondern als Konsumenten von der Verwaltung des Landes, der Bezirke, beziehungsweise der Gemeinden wahrgenommen werden.

Aus Gesprächen mit Betroffenen, Eltern, vor allem von Kindern mit einer Beeinträchtigung weiß ich, dass es gerade in diesem Bereich einen Paradigmenwechsel braucht. Wenn Betroffene um Rat und Hilfe ansuchen dann müssen sie aus meiner Sicht auch die notwendige Hilfe erfahren.

Man hört immer wieder, dass Betroffene hier von einer Behörde zur anderen Behörde geschickt werden, mit dem Ergebnis, dass es kein Ergebnis am Ende des Tages gibt.

Ich glaube, dass man gerade in diesem Fall darauf achten sollte, dass Eltern, beispielsweise mit behinderten Kindern, nicht im Regen stehengelassen werden.

Ganz allgemein sehe ich die Zersplitterung der Behindertenpolitik in Österreich sehr kritisch. Ich habe das schon einmal von dieser Stelle auch betont. Für die bundesweite Erfüllung von menschenrechtlichen Garantien ist genau das ein Hindernis. Hier wären aus meiner Sicht aufeinander abgestimmte Strategien notwendig.

Es gibt, das wurde schon vorhin erwähnt, leider Diskrepanzen zwischen den einzelnen Bundesländern in Österreich. Die finanziellen Belastungen sind beispielsweise im Burgenland höher als in anderen Bundesländern Österreichs.

Auch im Bereich der persönlichen Assistenz, was wir vorhin schon gehört haben, gibt es Mankos. Hier ist es so, dass die Bundesländer gesetzgebungsbefugt sind und für die Ausgestaltung der Regelung verantwortlich sind. Und dementsprechend kann ich den Vorschlag des Monitoringausschusses unterstützen, dass man gerade im Bereich der persönlichen Assistenz die Angleichung findet an andere Bundesländer in Österreich, vor allem die Bundesländer die unsere Nachbarn sind.

Punkto Schulassistenz wurde im Juli des heurigen Jahres eine neue Richtlinie präsentiert. Ich habe bei einer Anfrage an den zuständigen Landesrat Darabos gefragt wie das Anforderungsprofil als Schulassistenz aussieht. Eine Aussage über die Qualifikation beziehungsweise über die Ausbildung wurde in dieser Beantwortung nicht geliefert.

Hier hört man, von Betroffenen wird uns zugetragen, dass es vorkommt, dass Eingliederungshilfen ohne Vorbildung kommen und dementsprechend in diesem sensiblen Bereich überfordert sind. Vielleicht sollte man hier überlegen eine gewisse Grundbildung über Pflegeassistenz und Behinderung für diesen Job zu etablieren.

Meine geschätzten Damen und Herren, jeder Mensch muss aus meiner Sicht die gleichen Chancen im Leben haben, egal ob mit einer Behinderung oder ohne, dafür sollten wir uns alle einsetzen. Es gibt viele Organisationen die das tun.

Aktuell möchte ich eine Organisation lobenswert auch erwähnen, das Landesjugendforum hat uns gestern eine Einladung auch übermittelt. Das Forum beschäftigt sich auch mit der Frage wie man beeinträchtigte Kinder unterstützen kann. Es ist am 09. und 10. Oktober zu einem runden Tisch geladen worden. Ich persönlich werde vor Ort mit dabei sein und lade auch Sie alle ein dort mitzudiskutieren.

Ich bedanke mich auch bei allen die beim Monitoringausschuss hier mitgewirkt haben, an diesen Lösungen arbeiten. Ich appelliere, genauso wie die Kollegin Petrik, dass man diese Vorschläge auch ernst nimmt, umsetzt und kann dem Kollegen Haidinger nur

zustimmen: Ein parteiübergreifender Dialog wäre aus meiner Sicht auch der richtige Weg in diesem Bereich.

Wir als ÖVP Fraktion werden diesem Bericht unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordnete Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident! Herr Landesrat! Hohes Haus! Menschen mit Behinderung muss eine gehörige selbstbestimmte Lebensführung ermöglicht werden. Genau in diesem Sinne wurde auch dieser Monitoringausschuss im November 2015 eingerichtet.

Die Tätigkeit ist klar definiert, die Tätigkeit liegt in der Beratung der Landesregierung und in der Erstellung von Stellungnahmen oder Verfassung von Stellungnahmen und Empfehlungen. Nunmehr liegt der 3. Tätigkeitsbericht vor betreffend das Arbeitsjahr Juni 2017 bis Mai 2018.

Wie bereits heute erwähnt, besteht dieser Monitoringausschuss aus sieben Mitgliedern, meiner Meinung nach werden die Interessen der Menschen mit Behinderungen durch die diversen Vertreter durch KÖPV, ÖZIV, Rettet das Kind, SOS Mitmensch und auch pro mente Burgenland, sowie auch der Anwesenheit eines Vertreters der Fachhochschule Burgenland und natürlich dem Patienten- und Behindertenanwalt gut abgebildet, damit da auch wirklich die Aufgabe einer Beratungstätigkeit für die Landesregierung nachgegangen werden kann.

Dieser Monitoringausschuss hat auch bereits in diesem Ausmaß von neun Sitzungen gearbeitet und gerade im letzten Arbeitsjahr waren es drei Sitzungen, die siebente, achte und neunte Sitzung wo Themenfelder wie die persönliche Assistenz, aber auch die Erstellung eines Behindertenbedarfsplanes erörtert wurden.

Gerade dieser Behindertenbedarfsplan ist mir persönlich sehr wichtig, weil im Endeffekt das die Grundlage auch für die Kriterien zur Gewährung der persönlichen Assistenz bildet. Und ich bin auch überzeugt, dass diese Beratungsgespräche und auch diese Unterstützung seitens des Monitoringausschusses letztendlich in der Ausarbeitung des Burgenländischen Behindertengesetzes einfließen wird.

Ich bin auch überzeugt und zuversichtlich, dass dieses Behindertengesetz auch heuer noch in diesem Landtag, im Hohen Haus, thematisiert werden kann.

Mir war wichtig auch die Umsetzung der EU-Richtlinie, nämlich des barrierefreien Zuganges zu den Websites und mobilen Anwendungen der öffentlichen Verwaltung zu erwähnen.

Wir haben das vor einigen Monaten im Hohen Haus auch in einem eigenen Tagesordnungspunkt besprechen dürfen und dabei wurde eine mir wichtige Institution eingerichtet und zwar die des Antidiskriminierungsbeauftragten. Und laut dem Bericht des Monitoringausschusses wurde dieser auch der nunmehrigen Beratungen im Monitoringausschuss beigezogen.

Das heißt, es besteht die Möglichkeit, Kollegin Petrik, das auch andere Personen beigezogen werden, sofern es seitens des Vorsitzenden und der Mitglieder des Monitoringausschusses für erforderlich erachtet wird.

Wichtig ist auch, so wie es auch erwähnt worden ist, dass eine Gesprächsbasis besteht. Eine Gesprächsbasis mit dem UDB, wenn es um Themen geht wie eine größere Restmülltonne im Sinne der Windelverordnung oder wenn es darum geht, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemeinsam mit den führenden Kräften des AMS behandelt werden.

Hohes Haus, die Empfehlungen des Ausschusses sind selbstverständlich, wie es auch auf Seite sechs im Folgenden aufscheint, ernst zu nehmen. Und ich möchte genauso wie der Kollege Fazekas auch erwähnen, dass dieser Paradigmenwechsel von Menschen mit Behinderungen, vom Bittsteller zum Konsumenten vorgenommen werden muss und soll.

Ich bin auch überzeugt das es dabei schon ein Umdenken gegeben hat und auch, glaube ich für uns alle wichtig, dass diese Situation auch so eintritt.

Ich bin auch überzeugt, dass die Erarbeitung der Kriterien für die persönliche Assistenz vorangeht. Natürlich könnte man eine Richtschnur oder eine Orientierungshilfe sich an anderen Bundeländern nehmen. Nur ich glaube, der burgenländische Weg wird der burgenländische Weg sein, da bin ich wieder beim Kollegen Haidinger.

Wir müssen schon darauf achten wie das Anforderungsprofil des Berufes persönliche Assistenz ausschauen soll. Wir müssen auch schauen das in der Ausbildung zur Arbeitsassistenz durchaus auch Parallelen gefunden werden sollen und können.

Und die Empfehlung, die der Monitoringausschuss macht, dass zu diesem Thema persönliche Assistenz eventuell Symposien oder eine Lantagsenquete eingerichtet werden kann, finde ich durchaus nachvollziehbar. Es wäre auch eine Dialogform, eine Plattform um die Thematik genauer zu behandeln.

Die Einführung einer Kontrollinstanz für Barrierefreiheit im Sinne von Sachverständigen ist natürlich immer genau anzuschauen, gerade wenn es um öffentliche Gebäude geht. Auch diese Thematik wird sicherlich seitens der Abteilung 6 beleuchtet werden.

Nun ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Monitoringausschuss wurde von uns als Beratungsorgan für die Behindertenpolitik eingesetzt. Wir wollen auch, dass deren Empfehlungen ernst genommen werden und wir wollen auch, dass die Mitglieder in diesem Ausschuss als Sprachrohr für Menschen mit Behinderungen dienen.

Deshalb geht es mir so, wie allen anderen Vorrednern, Dank zu sagen. Dank einerseits auch an die fachkundigen Mitglieder des Monitoringausschusses, die heute in voller Anzahl erwähnt worden sind. Dank vor allem auch an den Patienten- und Behindertenanwalt Dr. Josef Weiß, der nunmehr den 3. Tätigkeitsbericht vorgelegt hat.

Ich glaube der Fehler oder der formale Fehler im Vorwort seiner Wortspende wo er vom 2. Tätigkeitsbericht geschrieben hat, mag ihm passiert sein, aber es ändert nichts daran, dass meiner Meinung nach, quantitativ und qualitativ dieser Monitoringausschuss eine ausgezeichnete Beratungstätigkeit macht.

Meine Fraktion nimmt diesen 3. Tätigkeitsbericht daher gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Ja meine sehr geehrten Herrn Abgeordneten! Hohes Haus! Und Frauen im Hohen Haus! Ich möchte ganz kurz, weil das jetzt angesprochen wurde, zum 2. Tätigkeitsbericht etwas sagen.

Es geht jetzt um den 3. aber es ist mir schon wichtig hier auch heute klar zu stellen und klar zu machen, dass die Dinge, die in diesem 2. Tätigkeitsbericht niedergeschrieben worden sind und als Forderungen hier auch auf dem Tisch gelegen sind, in vielen Punkten, eigentlich in allen Punkten auch umgesetzt worden sind. Ich möchte mich auf zwei, drei Punkte konzentrieren.

Eingliederungshilfe: Bisher mussten Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen bei der örtlichen Bezirksverwaltungsbehörde einen Antrag stellen. Nunmehr und das halte ich für richtig und wichtig, das ist auch eine Entbürokratisierung, und ich halte das auch insofern für wichtig, weil wir näher beim Menschen sind, erfolgt diese Abwicklung direkt an der Schule zur Gewährung der Schulassistenz.

Wir haben als Land Burgenland mit dem Landesschulrat gemeinsam einen Pool an Schulassistenzen mit erforderlicher Zahl an Personen definiert. Und dieser Pool an Schulassistenzen wird dem Landesschulrat vom Land zur Verfügung gestellt.

Das Personal wird aus Förderungen aus den Mitteln der Behindertenhilfe vom Land Burgenland finanziert und da zukünftig der Schulbehörde die Einteilung und Koordination der Schulassistenzen obliegt, sollen durch eine effiziente oder noch effizientere Einteilung dieser Schulassistenzen die Leistungen noch gezielter eingesetzt werden können.

Man sollte auch positive Dinge ab und zu erwähnen. Das bringt aus meiner Sicht mehr Flexibilität, mehr Mobilität in der Schulassistenz, die aus meiner Sicht ganz wichtig ist.

Und was noch ganz wichtig ist und das möchte ich jetzt nochmal bestätigen und auch bekräftigen, eine ganz wesentliche Neuerung ist, dass der Kostenbeitrag von zehn bis 20 Prozent nämlich des Pflegegeldes zu leisten entfällt. Dieser Kostenbeitrag entfällt ab dem Jahr 2018, September 2018, und damit sorgen wir auch für eine ganz wichtige Entlastung der betroffenen Familien.

Also zusammenfassend gesagt, durch das neue Modell der Schulassistenzen tragen wir den Entwicklungen der letzten Jahre Rechnung und schaffen ein zeitgemäßes System das viele Vorteile bringt.

Die Kinder können individueller und besser betreut werden. Für die Erziehungsberechtigten bringt diese Lösung weniger bürokratische Hürden, einen rascheren, schnelleren Zugang zu Unterstützung und der Wegfall des Pflegebedarfs ist aus meiner Sicht eine ganz, ganz wichtige soziale Leistung. Ich denke, dass hier ein großer Wurf gelungen ist.

Mein Dank geht hier auch an die Bildungsdirektion im Burgenland, an den Herrn Bildungsdirektor Heinz Zitz, mit dem diese zukunftsorientierte Lösung auch gemeinsam erarbeitet werden konnte.

Darüber hinaus, und das war ja jetzt nur ein Punkt, gibt es ja auch im Tätigkeitsbericht die Forderungen die vorliegen, ein neues Behindertengesetz unter Mitbeziehung des Ausschusses bei der Gesetzwerdung hier auch zu etablieren. Das werden wir tun. Ein persönliches Budget für den Ausschuss, auch das werden wir tun und auch die Frage der persönlichen Assistenz werden wir in den nächsten Wochen einfließen lassen.

Ich möchte damit sagen, dass die Empfehlungen des zweiten Ausschusses jetzt mittlerweile schon eingeflossen sind und die des dritten natürlich auch einfließen werden.

Ich möchte mich den Vorrednern nur anschließen, es ist ganz wichtig, diesen Monitoringausschuss zu haben. Ich bedanke mich bei allen, die in diesem Monitoringausschuss auch mitgearbeitet haben, und bin der Meinung, dass es ein ganz, ganz wichtiges Gremium ist. Nicht nur ein Evaluierungsgremium, sondern ein kontrollierendes Gremium, und auch ein Gremium, das uns den richtigen Weg zeigt. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landesrat. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der 3. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoringausschusses wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1382), mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 974) (Beilage 1427)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Berichterstattung zum 6. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1382, mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 974, Beilage 1427, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drobits vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Herr Berichterstatter, ich bitte um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. September 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2016 und 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich danke für den Bericht und ich erteile der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ja, wieder ein Bericht, wieder eine Kenntnisnahme eines Berichts, wieder ein eher dünner Bericht. Warum? Das zeigt sich sehr schnell, wenn wir auf die Seite 8 dieses Berichts schauen.

Hier steht nämlich gut aufgelistet, wie viele Ressourcen der Kinder- und Jugendanwaltschaft zur Verfügung stehen. Das ist nun einmal der Kinder- und Jugendanwalt. Eine Vollzeitbeschäftigung. Eine Assistentin. Eine 20-Stunden-Kraft. Eine

räumliche Ausstattung dafür, also Bürozimmer und ein Beratungszimmer und ein Jahresbudget von 5.000 Euro.

Das ist natürlich ein sehr geringes Jahresbudget. Ich weiß schon, der Herr Jugendanwalt beschwert sich nicht darüber und sagt, er kommt schon irgendwie durch und er hat Kooperationsveranstaltungen. Aber ich denke mir, es zeigt schon auch ein wenig, dass eine gut ausgestattete Kinder- und Jugendanwaltschaft nicht das vordringliche Anliegen in dieser Landesregierung sind.

Die Aufgaben sind doch mannigfaltig. Es geht um Beratung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Eltern oder sonst mit Pflege und Erziehung betrauten Personen in allen Angelegenheiten, die die Stellung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sowie die Aufgaben von Obsorgeberechtigten betreffen. Das ist ein sehr umfangreiches Aufgabengebiet.

Ich erinnere an der Stelle auch gerne an die derzeitige Präsidentin des Bundesrats, die Bürgermeisterin von Hirm, die von vielen von uns geschätzte Inge Posch-Gruschka, die sich zum Schwerpunkt genommen hat, die Kinderrechte mehr in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu bringen und dafür zu kämpfen.

Hier gibt es viel zu tun, auch im Burgenland, und es wäre fein, wenn die Kinder- und Jugendanwaltschaft hier wirklich mehr Ressourcen hätte, sich dieser Beratung auch anzunehmen.

Es geht ja auch oft darum, da sehen wir auch eine Verbindung zum vorigen Tagesordnungspunkt, dass sich Kinder oder Jugendliche auch vor Behörden nicht gerecht behandelt fühlen und hier eine Anlaufstelle brauchen, wo sie das auch benennen können.

Gerade im Burgenland wird es da wichtig sein, mehr digitale Möglichkeiten der Kommunikation zu schaffen, weil es zum einen in einem unmittelbaren Umfeld, wo jeder jede kennt, oft schwer ist, für Jugendliche wo hinzugehen und zu sagen, hey, ich fühle mich da ungerecht behandelt. Zum anderen sind einfach räumliche Distanzen oft sehr groß und nicht bewältigbar, wenn wir davon ausgehen, dass Kinder und Jugendliche ja mit öffentlichen Verkehrssystemen unterwegs sind.

Es geht um Hilfestellung bei Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen zwischen Eltern oder sonst mit Pflege und Erziehung betrauten Personen, und Kindern und Jugendlichen über Pflege und Erziehung, da gäbe es sehr, sehr viel zu tun, wenn wir hier wirklich Ressourcen hätten einer Kinder- und Jugendanwaltschaft, die hier bei Schwierigkeiten sehr gut begleiten und beraten kann.

Es geht um Information der Öffentlichkeit über die Aufgabe der Kinder- und Jugendanwaltschaft, die Kinderrechte und sonstige Angelegenheiten, die für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von besonderer Bedeutung sind.

Es geht um die Einbringung der Interessen von Kindern und Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Rechtssetzungsprozessen, sowie bei Planung und Forschung. Ich habe immer wieder, schon in früheren Tagesordnungspunkten bei früheren Sitzungen hier eingemahnt, die Kinder- und Jugendanwaltschaft auch mehr zu hören, wenn es um Gesetzesprozesse geht, die Kinder und Jugendliche betreffen.

Fast alles bei uns betrifft auch Kinder und Jugendliche. Es geht um die Zusammenarbeit mit und Unterstützung von nationalen und internationalen Netzwerken. Für all das ist ein Jahresbudget, ein Sachbudget von 5.000 Euro vorgesehen. Das ist sehr wenig, wenn man denkt, dass diese Summe mitunter bei einem einzigen Empfang im Rahmen irgendeiner Veranstaltung ausgegeben wird.

Insofern muss man sagen, das was die Kinder- und Jugendanwaltschaft hier aus den geringen Mitteln macht, ist durchaus beachtenswert. Auch mit den grundsätzlichen Bildungsaufgaben, mit denen sie sich auseinandersetzt. Ich möchte nur erwähnen etwa die Workshops zum Thema Extremismus. Sicher ein Bereich, der gerade in der Auseinandersetzung mit Jugendlichen sehr wichtig ist. Sehr wichtig finde ich auch die Initiativen gegen Mobbing, speziell hier gegen Cyber-Mobbing und auch über andere Gefahren im Internet.

Was ich sehr, sehr schade finde ist, dass auch hier Kompetenz und Arbeit von der Landespolitik noch recht wenig genutzt wird, nämlich dort, wo es um die Stellungnahmen zu Gesetzen geht.

Das tut nämlich die Kinder- und Jugendanwaltschaft. Nicht immer nur fürs Burgenland alleine, oft in Zusammenarbeit mit anderen Kinder- und Jugendanwaltschaften. Da ergeben sich ja Gott sei Dank Synergieeffekte. Aber mir ist nicht bekannt, dass die Stellungnahmen der Kinder- und Jugendanwaltschaften zu Kürzungen bei der Mindestsicherung irgendwo in die Auseinandersetzung um diese Gesetzeswerdung auch beachtet wurden und eingearbeitet wurden, um da nur eines zu nennen.

Da gab es gerade was die Mindestsicherung anbelangt österreichweit sehr klare Stellungnahmen. Also mein Plädoyer auch hier, nehmen wir ernst was wir im Land haben. Wir haben gute Leute die arbeiten, sie werden manchmal mit sehr wenigen Ressourcen ausgestattet. Aber das was sie uns bieten sollten wir nutzen und ernst nehmen, dann werden wir uns auch gut weiterentwickeln in dem Bereich. Diesen Bericht nehmen wir natürlich zur Kenntnis. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Der Nächste der sich zu Wort gemeldet hat ist der Landtagsabgeordnete Wiesler.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Tätigkeitsbericht umfasst den Berichtszeitraum für die Jahre 2016, 2017 und bietet eine Rückschau auf die zahlreichen Aktivitäten der Kinder- und Jugendanwaltschaft.

Im Sinne des gesetzlichen Auftrages wurde wieder Vieles umgesetzt, um die Lebensbedingungen junger Menschen zu verbessern. Wichtig ist der Kinder- und Jugendanwaltschaft dem Thema „Kinderrechte“ eine breite Öffentlichkeit zu verschaffen.

Neben den laufenden Tätigkeiten, wie den zahlreichen Beratungseinheiten, Begleitungstätigkeiten, den vielen Workshops und Veranstaltungen sowie den vielen Vernetzungsaktivitäten wurden auch Stellungnahmen zu Gesetzesänderungen erarbeitet. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft ist somit mit den vielfältigsten Themen befasst und aufgrund dessen bedarf es eben einer großen Kompetenz bei der Beratung und Betreuung.

Ich möchte auf diesem Weg den Dank aussprechen dem Leiter der Kinder- und Jugendanwaltschaft Mag. Christian Reumann für die geleisteten Tätigkeiten und die Obsorge unserer Kinder und Jugendlichen. Die Tätigkeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist enorm wichtig, das sieht man anhand der Zahlen, die im Bericht stehen.

Im Berichtszeitraum hat man sich insgesamt 734 Mal mit den verschiedenen Anliegen an die Kinder- und Jugendanwaltschaft gewandt. Bei den Anliegen sind natürlich

auch Erwachsene, Institutionen und Behörden dabei. Manche Lebensgeschichten sind mit Sicherheit nicht einfach und machen sehr betroffen, wo es zum Beispiel so weit geht, eben bis zur Kindesabnahme.

Insgesamt haben sich bei der Anwaltschaft als Ombudsstelle für Opfer länger zurückliegender Gewalt- und Missbrauchshandlungen im gesamten Berichtszeitraum 16 Personen gemeldet. Die Problemfelder sind groß. Wichtig dabei ist, dass eben die Kinder- und Jugendrechte bewahrt werden und das Wohl der Kinder und Jugendlichen immer im Vordergrund steht.

Oftmals gehen diese Rechte durch langwierige Verfahren und schwierige Situationen leider unter. Weiters ist wichtig, dass sich durch die Verschwiegenheitspflicht junge Menschen melden trauen, um die Hilfestellung der Anwaltschaft in Anspruch zu nehmen. Wirklich helfen kann man ja nur, wenn auch die Probleme bekannt sind.

Die Arbeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft gleicht manchmal dem Kampf gegen Windmühlen. Ich denke trotzdem, dass sich jeder Tag lohnt, und zu tun gibt es in diesem Bereich genug. Es stellt sich natürlich auch die Frage, was kann man für die Kinder und Jugend abseits des Einzelfalls tun. Ich bin hier fest der Meinung, dass in beiden Bereichen was die Jugend und Kinder betrifft, das Land Burgenland hier sehr gut aufgestellt ist.

Abschließend, es ist wichtig, dass es unkomplizierte Hilfe und Beratung in Form der Jugend- und Kinderanwaltschaft gibt. Hier wird ein überaus wertvoller Beitrag dazu geleistet, dass sich die Kinder und Jugendlichen mit ihren Anliegen und Problemen nicht allein gelassen fühlen. Wir nehmen den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um das Wohl von Kindern und Jugendlichen geht, kann nie genug getan werden. Ich habe den Bericht mit den Maßnahmen die gesetzt wurden sehr aufmerksam gelesen und möchte an dieser Stelle gleich vorweg Mag. Christian Reumann und seinem Team ein herzliches Dankeschön für die Arbeit aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP)* Aus meiner Sicht ist einer der größten Herausforderungen Cyber-Mobbing.

Es ist vorher schon gefallen. Österreich gilt laut OECD als Mobbingland Nummer 1 in Europa. Hier gilt es, aus meiner Sicht mit Prävention und Beratung entgegenzuwirken, egal ob zu Hause, in den eigenen vier Wänden, in der offenen Jugendarbeit, aber vor allem auch in der Schule. Ich bin der Meinung, dass unsere Pädagoginnen und Pädagogen hier wissen müssen und gut ausgebildet sein müssen, wenn es darum geht, Cyber-Mobbing zu erkennen. Sie müssen ausgebildet sein, um Gewaltentwicklung und Aggression an Schulen zu vermeiden.

In den letzten Jahren hat sich sehr vieles getan, Stichwort Digitaler Wandel. Heutzutage ist man jederzeit mit den Smartphones online, auch eine Möglichkeit beziehungsweise ein Kanal, über den Schüler fertig gemacht werden, aber auch Lehrer gemobbt werden. Es braucht hier aus meiner Sicht noch viel Aufklärung.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft leistet hier einen wichtigen Beitrag. Aber, ich habe schon eingangs erwähnt, es kann nie genug getan werden, wir dürfen hier nicht wegschauen, sondern müssen thematisieren.

Auffällig in diesem Bericht, meine geschätzten Damen und Herren, ist die Verteilung der Kontaktnehmerinnen und Kontaktnehmer. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft Kontakt aufnehmen, liegt im Zeitraum 2016 und 2017 bei 29 Prozent.

Das ist ein Anstieg um vier Prozent im Vergleich zu den Jahren 2014/2015. Bei den Erwachsenen, das ist der Hauptanteil im Zeitraum 2016/2017, liegt der Anteil bei 55 Prozent, und bei Institutionen und Behörden bei 16 Prozent. Ich glaube, es wäre wichtig, dass wir nach und nach versuchen, den Anteil an jungen Kontaktnehmerinnen und Kontaktnehmer zu erhöhen. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft soll sich hier noch mehr als erste Anlaufstelle für Kinder- und Jugendliche etablieren.

Eine Möglichkeit die ich sehe ist vor allem im Onlinebereich. Junge Menschen informieren sich vorwiegend über das Internet. Eine übersichtliche Internetoberfläche gibt es im Moment seitens der Kinder- und Jugendanwaltschaft Burgenland nicht. Es gibt eine Subseite auf der Homepage des Landes Burgenland wo diverse "Links" zu finden sind.

Andere Bundesländer haben hier eigenständige Websites mit Apps entwickelt, wo die Einstiegshürden sehr gering gehalten werden. Wo man hier sehr diskret auch Kontakt aufnehmen kann. Ich glaube, hier sollte das Land Burgenland auch dementsprechend nachziehen und jungen Menschen die Möglichkeit geben, die Kinder- und Jugendanwaltschaft über den Onlineweg kontaktieren zu können. Wir, meine geschätzten Damen und Herren, werden diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und ich danke nochmals sehr herzlichst Mag. Reumann und seinem Team für das Engagement.

Abschließend, meine geschätzten Damen und Herren, nachdem es in diesem Bericht um Kinder und Jugendliche geht, möchte ich doch ein Wort zu einer Aktion der Sozialistischen Jugend Burgenland sagen.

Zu Schulbeginn wurden vor den Schulen im Burgenland Broschüren verteilt. *(Der Abgeordnete stellt eine Tafel mit dieser Broschüre auf das Rednerpult.)* Ich habe einige Seiten hier auch mitgenommen. Ich kann diese gerne nachher verteilen. Ich habe das durchgeblättert und auch durchgelesen. Es stehen da so Sachen drinnen wie „Bildung für alle“, oder „Frieden“.

Ich glaube, das sind so Dinge mit denen wir uns alle identifizieren werden können, was wir unterstützen werden, aber dass man Jugendliche und Kinder aus der Unterstufe mit Parolen konfrontiert, wie „Widerstand gegen die Regierung“, „Widerstand gegen Kurz und Strache“, dass man die beiden Personen die hohe Ämter in Österreich tragen und damit Verantwortung tragen, als Symbole für Faschismus herhalten lässt und dass man Jugendliche zu Sachbeschädigungen animiert, das geht deutlich zu weit.

Meine geschätzten Damen und Herren bei der SPÖ! Eine sachliche und kritische Debatte ist vollkommen in Ordnung, aber dass man Jugendliche und Kinder hier zum aktiven Widerstand, zur Hetze, zur Sachbeschädigung motiviert, dass man Schulen für Parteipropaganda missbraucht, das ist widerwärtig, das ist niveaulos und das überschreitet aus meiner Sicht alle Grenzen.

Kehren Sie zur Sachlichkeit zurück, hören Sie auf mit dieser aggressiven Propaganda. Sie manipulieren und vereinnahmen damit unsere Kinder und Jugendlichen im Burgenland. Ich fordere Sie auf, hier Ihre SJ in die Schranken zu weisen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der nächste Herr Abgeordnete, der sich zu Wort gemeldet hat, ist der Herr Mag. Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke, Herr Präsident. Herr Landesrat! Geschätzte Mitglieder des Hohen Hauses! Auf das vom Kollegen Fazekas vorher Erwähnte möchte ich im Anschluss eingehen.

Ich möchte aber schon bei der Sachlichkeit bleiben und das erwähnen, was eigentlich heute am Weltkindertag sein soll. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau!)* Am Weltkindertag soll sein, dass die Kindeswohlgefährdung hintangehalten wird.

Dass es darum geht, dass Kinder genauso wie die vorherige Gruppe, der Menschen mit Behinderungen, eine der sozial Schwächsten, auch eine entsprechende Vertretung haben und das wird heute auch im Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Kalenderjahre 2016 und 2017 illustriert. Wir haben ja im Dezember 2013 das Burgenländische Kinder- und Jugendhilfegesetz geregelt.

Es ist statt dem Burgenländischen Jugendwohlfahrtsgesetz gekommen. Nur das war ein Ersatz dessen. Gerade in den Bestimmungen der § 39 und 40 wird die burgenländische Kinder- und Jugendanwaltschaft determiniert. Heute liegt der zweijährige Berichtszeitraum vor. Dieser Bericht umfasst, wie von den Vorrednern bereits erwähnt, viele Punkte. Mit dem relativ geringen Budget wurden viele Themen erfüllt und bearbeitet.

In den 37 Seiten werden vor allem Projekte widergespiegelt und ich möchte als Best Practice-Beispiel eines der Projekte die seitens Mag. Christian Reumann und seinem Team abgearbeitet wurden, das Kooperationsprojekt mit Stadtschlaining, mit dem Studienzentrum für Frieden, Kultur und Konfliktforschung erwähnen.

Das sind die sogenannten Friedenswochen, Schullandwochen, die mittlerweile standardmäßig etabliert sind. Bei diesen Friedenswochen geht es um Friedenserziehung und Gewaltprävention und man sieht, dass Schulstufen von der dritten bis zur 13. Schulstufe davon umfasst sind.

Das heißt, es geht darum, dass Kindern friedenserziehende Maßnahmen und gewaltpräventive Maßnahmen nahegelegt werden. Diese Initiative gibt es bereits seit elf Jahren und meinem Wissensstand nach, sind um die 1.000 Kinder aus ganz Österreich bei diesem Projekt dabei.

Eine wesentliche Botschaft, die mir als Sozialdemokrat wichtig ist, dass auch die Eltern der Schülerinnen und Schüler, die nicht über das Einkommen verfügen um für die Kosten aufzukommen auch die Möglichkeit haben, dass diese Kinder eine Teilnahme an diesem Projekt haben.

Interessant war auch vielleicht, von den GRÜNEN nicht erwähnt, aber interessant war auch, dass gerade im Jahr 2016 zusätzlich zu den Themen Frieden und Gewaltprävention die Thematik ökologischer und sozialer Klimawandel behandelt wurde. Ich glaube, das ist auch wichtig, das den Kindern und Jugendlichen in diesen Altersstufen nahezulegen.

Cyber-Mobbing wurde erwähnt, die Initiative, dass die Internetsicherheit gewährleistet werden soll und eine Förderung der Internetsicherheit erfolgen soll, ist, glaube ich, ganz wichtig, auch da möchte ich mich anschließen, dass genauso wie im vorhergehenden Bereich eine gute Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat erfolgt, da es möglich war ein Projekt zu machen wo durchaus viele Schüler erfasst wurden.

Mir ist es persönlich wichtig, auch als gelernter Jurist, dass die flächendeckende Beratung nach dem Außerstreitgesetz möglich ist und zwar geht es um die verpflichtende Elternberatung, wenn es geht um die einvernehmlichen Scheidungen und wo eine Kooperation, eine gute Kooperation mit dem Justiz- und Familienministerium besteht.

Nun, die Kinder- und Jugendanwaltschaft lebt von Kooperationen. Es muss so sein. Es ist auch so, dadurch können auch Positionspapiere über die Länder hinaus erstellt werden. Mir sind die Stellungnahmen und Positionspapiere vor allem zu den Themen Mobbing und respektvolles Miteinander in Schulen, aber auch zu den Jugendschutzbestimmungen sehr positiv aufgefallen.

Analog zu dem vorhergehenden Bericht möchte ich auch erwähnen, dass in dem Fall auch sehr viele Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen im Interesse der Kinder- und Jugendanwaltschaft angeboten wurden. Mir ist wichtig zu erwähnen, dass die Vorträge und Informationsveranstaltungen für Kinder, Jugendrechte, Gewalt und so weiter, sehr intensiviert wurden.

Im Einklang auch mit dem Kollegen Fazekas, der auf diese Grafik auf Seite 31 eingegangen ist, die mir auch sehr wichtig ist, möchte ich erwähnen, dass mir aufgefallen ist, dass neben den ursprünglichen Fragen der kinder- und jugendrelevanten Gesetze und Familienprobleme nunmehr Themenbereiche wie Gewalt und psychische Probleme, sowie Obsorge viel stärker aufgetreten sind.

Das heißt, das sind Felder, wo wir uns zukünftig das genau anschauen müssen. Nicht nur der Kinder- und Jugendanwalt, sondern auch die Politik gefragt werden wird, wie zukünftig mit diesen Themen Gewalt und auch psychischen Problemen von Kindern und Jugendlichen umzugehen ist.

Besonders erwähnenswert ist für mich der Umstand, dass bedauerlicherweise zirka 70 Prozent aller Meldungen oder Mitteilungen per E-Mail erfolgt sind und das persönliche Gespräch und der Kontakt eher die Minderheit ist. Auch dadurch könnte sich vielleicht der Größenschluss ergeben, dass die Dunkelziffer doch höher ist wie erwartet. Hingegen im Bereich des Heimopferrentengesetzes haben wir gesehen, dass im Berichtszeitraum 16 Meldungen verzeichnet wurden und diesen Verdachtsmomenten auch nachgegangen worden ist.

Ich möchte mich natürlich auch beim Verfasser, Mag. Christian Reumann, für diesen Bericht bedanken, natürlich auch bei seinem Team. Ich behaupte, dass diese Tätigkeit im Interesse des Kindeswohls im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sehr wichtig ist.

Hinblicklich dieser Einschaltung Ihrerseits, Kollege Fazekas, ich kenne diese Einschaltung nicht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Aber er ist von der SJ!)* Ich kann nur unterstreichen, dass es unser aller Anliegen sein muss, natürlich die sozial Schwächsten, das sind die Kinder und Jugendlichen, zu schützen. Das macht meine Fraktion. Das wird sie auch zukünftig machen und wir stehen auch deshalb zu diesem Bericht und nehmen ihn zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2016 und 2017 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1347) betreffend „Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH“ (Zahl 21 - 954) (Beilage 1428)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 7. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1347, betreffend „Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH“, Zahl 21 - 954, Beilage 1428.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend „Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH“, in seiner 30. Sitzung am Mittwoch, dem 5.9.2018, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt damit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend „Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH“ wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als Erstes erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Wiesler das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich denke zunächst, dass die Sportler ein Recht haben auf saubere und faire Wettbewerbe, so wie es das Anti-Doping Bundesgesetz auch vorsieht.

Die Anti-Doping Agentur Austria soll eben diese Aufgaben erfüllen. Zu den wesentlichen Aufgaben zählen die Dopingkontrollen, die Prävention von Doping durch Information und Aufklärung, was ich für sehr wesentlich und wichtig halte. Diese Agentur wurde nun von November bis Dezember 2016 vom Rechnungshof überprüft. Es ging hier um folgende Bereiche: Beurteilung der Organisation, wirtschaftliche Lage der Agentur, Beurteilung der Eigentümerrechte, Ausübung der Fördergeberfunktion durch das Ministerium und der wesentliche Punkt für mich, ob die Aufgabenerfüllung ordentlich und dementsprechend erledigt wurde.

Der Rechnungshof übt Kritik an den Abläufen der Förderabwicklung zwischen der Anti-Doping Agentur Austria und dem zuständigen Sportministerium, weil es hier verzögerte Förderansuchen, Auszahlungen und Abrechnungen mit öffentlichen Geldern gab. Große Kritik erhebt der Rechnungshof über den Rücktritt des Geschäftsführers der Agentur. Hier wurden Gehaltsvorzahlungen getätigt. Die Zahlungen und Prozesskosten belaufen sich auf rund 191.000 Euro verursachter Kosten.

Der Agentur stehen auch vier Kommissionen zur Unterstützung der Aufgabenerfüllung zur Verfügung. Die bekannteste ist wahrscheinlich die Ethikkommission. Hier wird festgehalten, dass die Zusammenarbeit nur schleppend funktioniert und verbesserungswürdig ist. Die Ethikkommission wäre verstärkt im Bereich der Dopingprävention und Information einzubinden.

Es gibt da noch strukturelle Defizite was die Sitzungstätigkeit anbelangt. Es wird die Geschäftsordnung hier nicht eingehalten und es fehlen die vierteljährlichen

Kontrollberichte an das Ministerium. Das Budget der Anti-Doping Agentur Austria macht 2,4 Millionen Euro pro Jahr aus.

Insgesamt flossen davon rund 53 Prozent der Ressourcen in die Dopingkontrollen. 27 Prozent in die Dopingprävention und die restlichen 20 Prozent in weitere Aufgaben und in die Verwaltung. Noch einige Zahlen zur Dopingkontrolltätigkeit: 2012 gab es 2.353 Kontrollen, 2013 2.313, 2014 2.638, 2015 2.734 und 2016 2.589 Kontrollen.

Die Anzahl der Dopingkontrollen gingen gegenüber dem überprüften Zeitraum nach einem Anstieg zurück. Der Grund dafür sind die teureren Analysen. Im überprüften Zeitraum wurden zwischen vier und 26 Athleten wegen Dopingverstößen verurteilt.

Insgesamt gibt es 21 Empfehlungen vom Rechnungshof, die meiner Meinung leicht umzusetzen wären und umzusetzen sind. Hinsichtlich der Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe stellt der Rechnungshof der Agentur aber ein sehr gutes Zeugnis aus, was ja auch sehr wichtig ist. Es ist für mich persönlich wichtig, dass für unsere Sportler, wenn sie viel Zeit und Energie investieren, um ihre Ziele zu erreichen, dass sie sich auf saubere Wettbewerbe verlassen können. Wir werden unsere Zustimmung zum Bericht erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Mag. Wolf. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns bei diesem Thema sehr einig. Es braucht gleiche Voraussetzungen beim Sport und aufgrund der Vergangenheit wissen wir, dass es durch viele Skandale in diesem Bereich, was Doping im Sport betrifft, leider auch dem Image des Leistungs- und Spitzensportes geschadet hat.

Aber umso schöner ist es, wenn viele Kinder in unseren Sportvereinen in den Gemeinden aktiv sind und hier vom Breitensport in den Leistungs- und Spitzensport kommen und gleichzeitig aber auch dafür sorgen, dass die Gesundheitsförderung über die Sportvereine und über die Bewegung in die Gemeinden und zu den Menschen aller Generationen führt.

Das ist unterstützenswert und auch wichtig. Es braucht aber auch eine Kontrolle im Leistungs- und Spitzensport, wie wir es von meinem Vorredner bereits gehört haben.

In diesem Fall möchte ich ein Sportzitat bringen: „Zuerst hatte man kein Glück und dann kam auch noch Pech dazu.“ Die beteiligten Minister, die damals im Verteidigungsministerium auch für Sport zuständig waren, haben hier diesen Bereich abdecken müssen, das waren Norbert Darabos und dann später auch Hans Peter Doskozil und dazwischen gab es auch ein Gastspiel vom Herrn Klug.

Aber nichtsdestotrotz waren diese Herrschaften in dieser Zeit auch verantwortlich für diesen Bereich und offensichtlich hat das Schule gemacht, das System, das im Bund nicht funktioniert hat, schon dort hat es Entlassungen und Abfertigungen und Einigungen aufgrund Vertragsauflösungen gegeben, die ein Heidengeld gekostet haben.

Dieses System wurde offensichtlich vom Bund jetzt ins Burgenland importiert, weil wir wissen, dass Norbert Darabos den Geschäftsführer der KRAGES auch in dem gleichen Stil und System entlassen hat, und das Ergebnis führt wieder dazu, dass das Land bis zu 500.000 Euro Schaden trägt. Das ist ein System, das wir im Burgenland nicht brauchen, das hätten sie im Bund lassen sollen.

Aber nichtsdestotrotz darf sich jetzt die FPÖ auf Bundesebene damit ärgern. Ich hoffe, dass die Nachfolger von der FPÖ das besser machen werden, zumindest auf Bundesebene.

Geschätzte Damen und Herren! Dieses System der Entlassung, das jetzt im Burgenland herrscht, gibt es auch im Bereich der Dienstwägen, die vom Rechnungshof auf Bundesebene kritisiert wurden. Hier gab es auch bei der Dopingagentur GmbH keine Vereinbarungen über die Privatnutzung, über Schadensfälle oder etwaige Nutzungen des Dienstwagens, und es gab auch keine ordentliche Führung der GmbH, wenn man sich die Beschlüsse der GmbH anschaut, die für Dritte nicht nachvollziehbar sind.

Geschätzte Damen und Herren! Wir nehmen den Bericht zwar zur Kenntnis, wissen jetzt aber, woher dies Schule macht und dass es leider auch aus dem Bund ins Burgenland importiert wurde. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke für den Redebeitrag. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordnete Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof überprüfte, wie bereits ausgeführt, von November bis Dezember 2016 die Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH, NADA im Kurzen. Diese NADA wurde oder musste nach den Vorkommnissen der Olympischen Winterspiele gegründet werden, nach dem Dopingskandal in Turin.

Die Eigentümerstruktur ist klar festgelegt, 53 Prozent ressortieren beim Bund, 45 Prozent bei den neun Bundesländern und jeweils ein Prozent bei der Österreichischen Bundessportorganisation und beim Österreichischen Olympischen Komitee.

Die Ziele der Prüfung waren klar vorgegeben. Zum einen ging es um die Durchleuchtung der Organisation, um die Durchleuchtung der Förderabwicklung und der Förderabrechnung und natürlich auch um die Untersuchung der Umstände des Rücktritts des Geschäftsführers, und das war sicherlich eine der Besonderheiten im Rahmen dieses Berichtes.

Vor allen Dingen war der Umstand äußerst eigenartig, dass es Gehaltsfortzahlungen gegeben hat, immerhin von elf Monaten bei gleichzeitiger Dienstfreistellung. Das hat der NADA natürlich viel Geld gekostet. 191.000 Euro oder rund neun Prozent des Jahresbudgets.

Damit ist natürlich ein Schaden entstanden. Ein Schaden für die genannten Eigentümer und natürlich auch eine Verminderung der Leistungskapazität der NADA, weil man mit entsprechend weniger Geld den Prüfungsaufträgen nicht in der Konsistenz nachkommen konnte, wie vielleicht notwendig gewesen wäre. Die NADA wurde im Jahr 2016 zu rund 76 Prozent vom Bund und zu rund zwölf Prozent durch die Länder finanziert.

Eine der wesentlichsten Empfehlungen an die Länder von Seiten des Bundesrechnungshofes und das interessiert natürlich auch die burgenländische Sicht, war vor allen Dingen die Anpassung und die Neuberechnung des Syndikatsvertrages an Statistik Austria. Die Beiträge, die ja nach dem Bevölkerungsschlüssel, nach der Bevölkerungszahl erfolgten, wurden auf Basis der Volkszählung 2001 verrechnet.

Mittlerweile ist zwar eine Valorisierung erfolgt und auf Nachfrage an die Vertreter des Bundesrechnungshofes wurde die Aussage getroffen, dass durch die verspätete Anpassung von 3,5 Prozent auf 3,3 Prozent einen Schaden von 430 Euro für das

Burgenland entstanden sei. Das ist gemessen am Schaden für den geschassten Geschäftsführer sicherlich vergleichsweise gering.

Viel mehr war aus dem vorliegenden Bericht des Rechnungshofes aus burgenländischer Sicht nicht herauszuarbeiten.

Meine Fraktion wird diesen Bericht jedenfalls zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Zur NADA ist an sich in der Gestehung schon vieles auffällig gewesen. Tatsache ist, dass es eine Gründung dieses Verbandes in Österreich gegeben hat, aufgrund - wie es schon erwähnt wurde - der Vorfälle, die sich zugetragen haben, im Dopingsinne.

Nachweislich ist die Gestehungsgeschichte anschließend nach der Begründung auch mit Teilhabe der Bundesländer eigentlich den Bach runtergegangen, weil man sich nicht ordentlich um diese Gesamtangelegenheit gekümmert hat.

Schlussendlich ist der Geschäftsführer ausgeschieden worden. Die nachträgliche Zahlung von elf Monatsgehältern ist einigermaßen mehr als befremdlich, im Grunde genommen nochmals der Befund, der Rechnungshof weist in seiner Kritik auf die NADA bezogen eindeutig nach, dass sich die Eigentümer nicht ordentlich um die Geschäftsgebarung gekümmert haben.

Das Resultat ist jetzt in der Ausführung mit Sicherheit dort zu sehen. Die Sportler gehören auf der einen Seite geschützt, sie müssen nachweislich auch ihre Dopingfreiheit bekunden, dafür braucht es eine Einrichtung, die ist in Österreich gegeben. Sie sollte dementsprechend unterstützt werden. Wir sollten die Rahmenbedingungen, die auch in der Administration und in der Umsetzung seitens der Bundesländer mit der Mitgliedschaft gewährleistet sind, entsprechend sorgfältig handhaben.

Wenn schlussendlich der Text des Rechnungshofberichtes nachweist, dass kein ordentliches Sitzungsgebaren stattgefunden hat, dann ist das einerseits auf das Ausscheiden des Geschäftsführers zurückzuführen. Auf der anderen Seite aber nachweislich auch ein Verlust, der sich durch die einzelnen Mitglieder nicht ausgleichen hat lassen, weil die Beiräte beziehungsweise auch die Mitglieder der NADA im Grunde genommen die Forderung erheben hätten können, hier eine Sitzung dementsprechend einzuberufen.

Schlussendlich und gesamtbetrachtet, die NADA ist wichtig. Sie sollte dementsprechend ausstaffiert werden, auch was die finanziellen Möglichkeiten anlangt, zum Schutz und zur Sicherheit unserer Sportlerinnen und Sportler. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Mag. Darabos zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Wolf! Das lasse ich mir so nicht gefallen, wie Sie das da jetzt dargestellt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das nutzt aber nichts.)*

Was heißt, es nutzt nichts? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Steht ja drinnen.)* Es ist eine, ich darf das Wort nicht verwenden, weil sonst kriege ich einen Ordnungsruf.

Ich habe diese NADA so aufgestellt, wie sie jetzt aufgestellt ist und die ist gut aufgestellt, mit dem Geschäftsführer Cepic. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Da habe ich ja gar nichts gesagt.)* Sie haben gewisse Dinge vermischt *(Abg. Ingrid Salamon: Wie immer. Täuschen, Tarnen, Tricksen.)* und haben auch gesagt, was die Geschäftsführertätigkeiten und so weiter betreffen.

Die NADA ist gut aufgestellt, und es war der Verdienst von mir als Sportminister, dass sie so aufgestellt ist, wie sie jetzt aufgestellt ist. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das ist eh super. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Dann passt es eh, dann sind wir einer Meinung. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Der Rechnungshof hat es kritisiert, Norbert. – Abg. Ingrid Salamon: Wer ist am Wort? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hat er es kritisiert, oder nicht? – Landesrat Mag. Norbert Darabos: Das ist ja ein Wahnsinn … – Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, entschuldige! Was ist lächerlich? – Landesrat Mag. Norbert Darabos: Was er gesagt hat. – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das steht ja drinnen. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldige, er hat den Rechnungshofbericht zitiert. Natürlich!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Hoher Landtag! Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend „Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH“ wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1353) betreffend Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten (Zahl 21 - 960) (Beilage 1429)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1353, betreffend Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten, Zahl 21 - 960, Beilage 1429.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten in seiner 30. Sitzung am Mittwoch, dem 5. September 2018, beraten.

Der Rechtausschuss stellt damit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen: Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Besten Dank Herr Präsident. Ein weiterer Bericht, der uns heute vorliegt, diesmal ein bisschen dicker, auch weil er natürlich das ganze Bundesland und damit alle Länder betrifft, es geht um die Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten.

Vielleicht kurz, ganz am Anfang steht erwähnt, warum es wichtig ist, die Qualitätssicherung der Haushaltsdaten zu überprüfen, weil diese die Grundlagen für viele andere Kennzahlen bieten. Zum Beispiel die Maastricht-Kennzahlen werden hier angefügt, die Fiskalregeln im Rahmen des Stabilitätspaktes und andere.

Leider muss man sagen, schneidet das Burgenland nicht überdurchschnittlich gut ab, so wie der Herr Landeshauptmann das Burgenland immer an erster Stelle gerne sieht, hier sind wir weit zurück hinter Steiermark und Tirol.

Die beiden Länder gelten eigentlich als Best-Practice-Modelle, aber immerhin stellt der Rechnungshof, das muss man fairerweise auch erwähnen, der implementierten inhaltlichen Prüfroutine im Burgenland und Oberösterreich doch ein hohes Niveau aus.

Das wird sich noch bessern. Das geht aus dem Bericht hervor, weil die Datenübertragung zukünftig nicht mehr wie bisher über das Mail funktionieren wird, sondern es gibt bereits von der Landesregierung beschlossen und zwar letztes Jahr, am 20. Juni, den Umstieg auf das Portal des Landes Steiermark, damit sollte schon vollzogen sein die Umstellung im Laufe des heurigen Jahres, und dadurch sollten dann auch einige Fehlerquellen ausgemerzt werden.

Es geht natürlich vor allem um die Fehlerquote. Da ist das Burgenland leider sehr unterschiedlich unterwegs. Besonders krass ist interessanterweise der Unterschied zwischen den Daten, die das Ministerium bekommt beziehungsweise auf der Homepage veröffentlicht, und die Daten, die die Statistik Austria bekommt. Das sind Unterschiede in einer Größenordnung, wo man sich das sicher genauer anschauen muss.

Es geht zum Beispiel um die Gemeindehaushaltsdaten, wo das Burgenland mit einem Unterschied von 54 Prozent liegt und noch schlimmer ist es beim öffentlichen Haushaltssaldo, da kehrt sich eigentlich alles komplett ins Gegenteil. 215 Prozent Unterschiede zwischen den beiden Datenquellen.

Interessanterweise wird dann, es gibt eine ganze Tabelle, wie sich die Länder diese argen Unterschiede erklären, und da steht beim Burgenland nur: Seitens der Aufsichtsbehörde kann nicht beurteilt werden, warum diese Abweichungen entstehen.

Das verwundert doch, weil - bei kleinen Abweichungen kann ich mir das schon vorstellen -, aber wenn das so extrem ist, muss man das doch rausfinden können.

Ich hoffe, vielleicht kann uns das heute wer erklären, der besser informiert ist. Das wurde sicher genauer angeschaut und bereits korrigiert oder zumindest damit befasst. Es sind ja doch sehr große Unterschiede.

Ansonsten sind es Meldungen der Gemeinden, die halt unterschiedlich sind beziehungsweise wo Nacherhebungen erforderlich sind. Die Gemeinden ohne Fehler liegen hier zwischen 30 und 80 Prozent, also man sieht einen sehr großen Unterschied auch von Gemeinde zu Gemeinde und auch von Bundesland zu Bundesland, muss man sagen.

Es gibt dazu natürlich am Ende des Berichtes, so wie wir es von den Rechnungshöfen gewohnt sind, Schlussempfehlungen, die sehr unterschiedlich sind, die verschiedene Institutionen betreffen, auf der einen Seite die Statistik Austria, die

verschiedenen Länder. Also da muss man sich wirklich durchlesen, um herauszufinden, wo das Burgenland dann Verbesserungen durchführen muss.

Eine Geschichte, die mir noch besonders aufgefallen ist, ist, dass es notwendig ist, die Querschnittsdaten, allein die Rundungen, anzupassen, weil es gibt, so steht es im Bericht drinnen, unterschiedlich gerundete Beträge.

Das Land Burgenland zum Beispiel wird hier erwähnt, rundet auf die Hunderttausendeuro-Stelle auf, Niederösterreich auf die Tausenderstelle, das Land Kärnten auf die Centstelle, also allein dadurch gibt es natürlich gewisse Ungleichheiten oder Ungereimtheiten, wenn man das dann vergleichen will. Es wäre sicher wichtig, hier den Empfehlungen Folge zu leisten.

Ansonsten kann ich nur sagen, dass wir dem Bericht natürlich zustimmen werden. Wir hoffen, dass die Empfehlungen im Burgenland umgesetzt werden. Danke schön! *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat, ist Herr Klubobmann Géza Molnár.

Bitte um Ihren Beitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Kollege Spitzmüller hat bereits einiges vorweggenommen. Das, worum es in diesem Bericht geht, ist die Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten. Das ist ein recht einschlägiges Thema, um nicht zu sagen, ein sehr trockenes Thema.

Von Bedeutung ist die Qualität der Gemeindehaushaltsdaten aber allemal, weil sie eine wichtige Grundlage bilden, wie wir schon gehört haben, eine Grundlage für die Ableitung der Maastricht-Zahlen, eine Grundlage für die Ableitung der Fiskalregeln im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspaktes und nicht zuletzt eine Grundlage für die Berechnungen zum Finanzausgleich, und das ist sehr wesentlich.

Geprüft wurden vom Rechnungshof das Bundesministerium für Finanzen, dann die Statistik Austria und die Bundesländer, Ausnahme Wien, und zwar im Rahmen dessen, was die Gebarungsstatistikverordnung 2014 als Regeln vorgibt.

Bei der Statistik Austria ging es um die Beurteilung des Erhebungsprozesses der Daten. Und in Bezug auf die Länder auf die vorgenommenen Qualitätssicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Übermittlung dieser Daten.

Was das Burgenland angeht, und da habe ich eine andere Wahrnehmung als der Herr Kollege Spitzmüller, hat sich die Vertreterin des Rechnungshofes im Ausschuss, und ich glaube, das untertreibe ich jetzt noch, durchaus zufrieden mit der Lage im Burgenland gezeigt. Bei der Datenqualität lag das Burgenland auf dem dritten Platz hinter den Ländern Steiermark und Tirol. Dazu gibt es auch Zahlen, die das verdeutlichen, dass wir hier alles andere als schlechtliegen.

Der Prozentsatz der Gemeinden, deren Daten fehlerfrei waren, lag bei 75, und zum Vergleich, in den Ländern Kärnten, Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg lag dieser Prozentsatz bei unter 30, also deutlich niedriger und schlechter.

Heißt nicht, dass man nicht noch besser werden kann, aber das Bild, das Sie da jetzt gezeichnet haben, das teile ich nicht.

In Bezug auf die Datenübermittlung wurde vom Rechnungshof im Ausschuss anerkannt, dass der Umstieg auf die Übermittlung per Portal mittlerweile erfolgt.

In Bezug auf weitere Kritikpunkte wurde festgehalten, dass gesamtstaatlicher Konsens erforderlich wäre, also etwa die Verantwortung für Doppelgleisigkeiten im Verhältnis zur Statistik Austria oder zum Finanzministerium. Es gibt nämlich zwei Meldeschienen, die Verantwortung dafür eben nicht im Burgenland zu suchen ist.

Etwas, was dem Rechnungshof aufstößt, ist der Umstand, dass die Daten der außerbudgetären Einheiten der Gemeinden, also etwa der Beteiligungen, ausschließlich durch die Statistik Austria erhoben werden - mir war das in dieser Form ehrlich gesagt neu - und dass diese Daten von der Statistik Austria auch nicht an die Gemeindeaufsichten weitergeleitet werden.

Im Bericht des Rechnungshofes ist dann auf Seite 70 von einer Stellungnahme des Landes Burgenland die Rede, in der es heißt, ich lese das kurz vor: „Das Land Burgenland regte in seiner Stellungnahme an, dass die Statistik Austria den Aufsichtsbehörden eine zusammenfassende Darstellung der gelieferten Daten zur Verfügung stellen solle solange keine landesgesetzlichen Regelungen für die umfassende Beurteilung der finanziellen Gebarung der außerbudgetären Einheiten vorgesehen sind.“ Zitat Ende.

Was für mich die Frage an die Vollziehung beziehungsweise an jene aufwirft, die die Stellungnahme abgegeben haben, welchen Vorschlag sie uns als Gesetzgeber konkret machen, wenn das schon so gesehen wird, Frau Landesrätin, vielleicht kann man das aufnehmen und abklären.

Meine Damen und Herren! Viel mehr ist im Großen und Ganzen nicht zu sagen. Der Bericht stellt dem Burgenland, ich betone das, ein durchaus gutes Zeugnis aus.

Diesen Umstand und den Bericht selbst nehmen wir gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Landtagsabgeordneter Mag. Steindl ist der nächste Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich habe mir diese zwei unterschiedlichen Wortmeldungen angehört.

Herr Kollege Spitzmüller, man findet immer ein Haar in der Suppe, wenn man möchte. Oder man kann es auch so formulieren, wie es der Kollege Molnár formuliert hat, wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört gut zu sein.

Unter dem Motto steht auch dieser Bericht, der den Prüfungszeitraum 2011 bis 2016 umfasst. Warum sage ich das? Weil zwischen 2011 und 2015 die Zuständigkeit bei mir lag als Gemeindereferent und Landeshauptmann-Stellvertreter, und daher der größere Teil dieser Beobachtung oder Überprüfung durch den Rechnungshof in meine Amtszeit fällt.

Die Beurteilung fällt natürlich meiner Meinung nach sehr gut aus für das Burgenland. Sehr gut aus, wenn man sich das Ranking anschaut, dann liegen wir im Vergleich mit allen Bundesländern an dritter Stelle bitte. An dritter Stelle, da gibt es, ich weiß nicht, wo Sie gelesen haben, aber ich glaube, das ist gar nicht so schlecht. Ein kleines Bundesland, die größeren Bundeländer haben vielleicht viel mehr Möglichkeiten, viel mehr budgetäre Gestaltung, das Burgenland liegt an dritter Stelle.

Und, was noch besonders wichtig ist, das möchte ich auch betonen, in den Stellungnahmen der Landesregierung wird schon positiv darauf hingewiesen, dass mögliche Überarbeitungen erfolgen werden beziehungsweise schon eingeleitet wurden, und damit gibt es noch eine bessere Qualitätssicherung.

Warum ist das auch wichtig? Es wurde schon betont, wegen Stabilitätspakt und, und, und. Aber ich sage Ihnen ein ganz einfaches Beispiel, nämlich das Beispiel Salzburg. Dort wurden unrichtige Daten übermittelt, und es gab dann eine Strafzahlung in der Höhe von 29 Millionen Euro. 29 Millionen Euro hat der Bund an die Europäische Union zahlen müssen, weil das Land Salzburg nicht korrekte Daten weitergeliefert hat. Daher ist also dieser Prüfungsvorgang berechtigt.

Best-Practice nach Steiermark und Tirol haben wir, sind wir an dritter Stelle, und man muss betonen, dass bis jetzt eigentlich das alles über Mails abgewickelt wurde. Jetzt wird auch, so wie in der Steiermark und in Tirol, ein Portal eingerichtet. Es wurde, glaube ich, schon in der Regierung beschlossen, und man hat bereits sozusagen reagiert.

Immerhin ein Stockerlplatz im Reigen der Bundesländer ist, glaube ich, eine tolle Beurteilung.

Zu einigen Themen ganz kurz, sie wurden schon angerissen. Fristvergabe für Datenübermittlung. Ja, ich meine, der Rechnungsabschluss muss bis 30. April dem Land als Aufsichtsbehörde gemeldet sein. Das Land verweist hier in der Stellungnahme auf die Burgenländische Gemeindeordnung.

Frau Landesrätin, also meiner Meinung nach und nach meiner Erfahrung kann man da vielleicht sogar etwas praktischer handeln und auch diese Vorgaben seitens des Rechnungshofes erfüllen, wo es darum geht, dass man eine nicht allzu kurze Zeitspanne den Gemeinden lässt. Aber, das ist, glaube ich, eine Frage, wie man das handhabt und wird auch eine Lösung gefunden werden.

Die Vorlage von Rechnungsabschlüssen sind ident mit jenen der Haushaltsdaten. Ein tolles Zeugnis, Herr Spitzmüller, für das Burgenland, oder ich weiß nicht, ich finde da nichts Negatives. Also auch toll.

Dann die Testprüfungen. Wenn man sich anschaut, natürlich gibt es Bundesländer, die die vorläufigen Rechnungsabschlüsse ins Portal hochladen können, sich das anschauen, sich genau überprüfen und an die Gemeinden weitergeben und sagen, ihr müsst, bevor ihr in den Gemeinderat geht, noch da und da nachjustieren. Das werden wir auch machen, wenn wir das Portal haben, das hätte ich mir gewünscht.

Das hätte ich mir gewünscht, Frau Kollegin, da waren Sie noch nicht in der Politik, in Zeiten, wo es eine absolute Mehrheit gegeben hat in der SPÖ, in der Regierung, Sie können sich vielleicht erinnern, weil da wurde mir das Personal fast auf null heruntergeschraubt. Wir hatten keine Möglichkeit, Gemeinden zu überprüfen.

Es geht ja gar nicht darum, dass man den Sheriff spielt, sondern dass man die Gemeinden aufmerksam macht, dass es eine gute Zusammenarbeit gibt. Ich bin froh, dass es hier auch eine dementsprechend positive Antwort seitens der Burgenländischen Landesregierung gibt.

Plausibilitätsprüfung, detto. Hier hat das Burgenland bereits zugesagt, den Empfehlungen des Rechnungshofes nachzukommen.

Zur Qualität der an die Statistik Austria übermittelten Daten, also ich meine, da sind wir aber nicht so schlecht. Wenn Tirol bei 86 Prozent liegt, die Steiermark bei 84 Prozent und dann kommt bereits das Burgenland, sind wir ebenfalls auf einem Stockerlplatz. Also

auch da zeigt sich, dass in den 171 Gemeinden des Burgenlandes mit den Bürgermeistern, Vizebürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen in Zusammenarbeit mit der Regierung in den letzten Jahren sehr gut gearbeitet geworden ist. Ich glaube, das hat sich einen Beifall aller Abgeordneten verdient. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und beim Abgeordneten Gerhard Steier)*

Also daher ein Danke der Abteilung 2, ein Danke den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern. Natürlich kann man immer wieder besser werden.

Ich möchte noch mitbetonen, wichtig ist, dass Fehler aufgezeigt werden, dass man darauf reagiert, dass man positiv reagiert. Man kann immer besser werden, wie gesagt, wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört gut zu sein.

In diesem Sinne bin ich sehr zufrieden mit diesem Bericht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Rezar das Wort.

Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wie die Vorredner bereits ausgeführt haben, hat der Rechnungshof vom September 2016 bis Jänner 2017 die Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten vorgenommen.

Die Prüfung umfasste sowohl das Finanzministerium als auch die Bundesanstalt Statistik Österreich und sämtliche Länder, mit Ausnahme Wiens.

Ziel war natürlich auf der einen Seite die Beurteilung der Qualität der Daten, insbesondere im Hinblick auf den Umstand, dass diese Daten etwa die Grundlage für die Maastricht-Kriterien, also öffentlichen Haushaltssaldo, öffentlichen Schuldenstand sowie der Fiskalregeln und insbesondere auch, und das erscheint mir aus burgenländischer Sicht von ganz entscheidender Bedeutung zu sein, Daten für die Berechnungen zum Finanzausgleich herangezogen werden.

Die Qualität ist daher aus speziell diesem Betrachtungswinkel auch für unser Heimatland Burgenland besonders entscheidend und wichtig. Die Gemeinden melden ja ihre Daten mehrmals im Jahr an die Länder, diese dann an die Statistik Austria und diese letztendlich an die Europäische Union.

Kollege Steindl hat nachträglich ausgeführt, wie fatal es sein kann, wenn hier falsche Meldungen an die Europäische Union gehen. Das Bundesland Salzburg ist hier wirklich negativ herauszustellen. 29 Millionen Euro sind ja keine Kleinigkeit, die hier als Strafe zu Buche gestanden ist.

Es geht als insgesamt auch um die Frage der Ermittlung von Best-Practice-Beispielen, wie sie insbesondere in der Steiermark, aber auch in Tirol vorhanden sind. Beide Länder haben ein System organisiert, welches ihnen erlaubt, über die Vorgaben von Statistik Austria hinausgehende, weiterführende Prüfungen zu installieren, um die Rechnungsabschlüsse der Gemeinden noch vor der Weiterleitung der Daten an Statistik Austria, entsprechend qualitätszusichern.

Und das ist ein sehr entscheidender Punkt und dies bestätigte sich sowohl bei der Überprüfung durch den Rechnungshof als auch bei den Nacherhebungen durch die Statistik Austria.

Ich habe auch wahrgenommen, dass wir seitens der Vertreterin und des Vertreters des Bundes-Rechnungshofes als Bundesland Burgenland besonders gelobt wurden. Man

hat sich sehr zufrieden gezeigt mit der Aufgabenstellung, die hier in der Abwicklung durch die Gemeindeabteilung des Landes durchgeführt worden ist.

Und ich denke, der dritte Platz ist in diesem Ranking sicherlich ein Platz der durchaus beachtlich erscheint für ein kleines Bundesland mit weniger Ressourcen und hier darf man sich an dieser Stelle sicherlich bei den Verantwortungsträgern bedanken.

Ich stehe nicht an den ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreter hier auch zu nennen, weil er mich geradezu aufgefordert hat, ihm heute dafür zu danken. *(Abg. Gerhard Steier: Applaus! – Beifall bei der SPÖ, ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)* Es wurde hier eine wirklich wichtige Grundlagenarbeit durchgeführt.

Durch den österreichischen Stabilitätspakt kommt den Gemeindeaufsichten der Länder bei der Koordinierung der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden eine steuernde Aufgabe zu, und dies gilt es qualitätsbetont weiterzuführen. Wir brauchen die Verbesserung der Datenqualität, sowie auch alle Qualitätssicherungsmaßnahmen, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die dazu notwendigen einheitlichen Vorgaben.

Deshalb muss auch die Voraussetzung für eine Integration der zusätzlichen Datenanforderungen des Stabilitätspaktes, zum Beispiel für eine mittelfristige Finanzgebarung, in die Gebarungsstatistikerhebung geschaffen werden. Die Grundlagen, meine Damen und Herren, sind im Burgenland dafür gegeben.

Es gibt auch die bereits mehrfach zitierten Best practice Beispiele, die wir insgesamt für eine weitere erfolgreiche Zukunft in unserem Heimatland Burgenland benötigen.

Meine Fraktion wird daher diesem Bericht des Bundes-Rechnungshofes, samt aller Empfehlungen, zustimmend entgegentreten. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und des Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Von der Regierungsbank hat sich die Frau Landesrätin Mag.a Eisenkopf zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist jetzt schon sehr viel von meinen Vorrednern gesagt worden. Vielleicht nur noch einmal kurz zur Wiederholung.

Ich möchte noch einmal festhalten, dass eben diese Umstellung, die auch schon vorhin einige Male erwähnt worden ist, auch diese automatisierte Datenüberprüfung und Übermittlung der Gemeindehaushaltsdaten bereits am Laufen ist.

Der Regierungsschluss ist bereits erfolgt und das war alles bereits im Laufen, bevor noch der Rechnungshofbericht vorgelegen ist. Damit garantieren wir in der Gemeindeabteilung auch in Zukunft, dass hier jedenfalls eine einheitliche Vorgehensweise gewährleistet ist.

Es werden an die 300 Prüfroutinen mit dieser automatisierten Überprüfung und Übermittlung über die Gemeindehaushaltsdaten automatisch laufen. Das ist natürlich auf der einen Seite ein sehr, sehr wichtiger Bonus für die Gemeinden.

Weil sie teilweise schon vor Gemeinderatsbeschlüssen darauf hingewiesen werden, ob etwas richtig ist oder nicht, und man kleinere Korrekturen dann ganz einfach im Vorfeld, bevor man einen Beschluss fasst, korrigieren kann und durchführen kann. Und das ist natürlich auch ein zusätzlicher Service für die Gemeinden.

Der Bericht ist meiner Meinung nach auch ein sehr guter, aber wir werden natürlich versuchen noch besser zu werden und die Empfehlungen des Rechnungshofes auch entsprechend ernst nehmen und auch noch Verbesserungen durchführen.

Mir bleibt auch nur mehr, zum Schluss mich bei meinem Vorgänger auch zu bedanken, in dessen Regierungsperiode ja der Großteil dieses Berichtes fällt. Wir haben hier auf einem wirklich guten Fundament aufbauen können.

Und ich bedanke mich natürlich auch bei allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern für die gute Zusammenarbeit der Gemeinden mit der Gemeindeabteilung und selbstverständlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeabteilung, die wirklich großartige Arbeit leisten.

Auch wenn es manchmal nicht ganz so einfach ist, aber sie tun hier wirklich ihr Bestes, und das sieht man auch an dem Bericht. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, ÖVP und des Abg. Gerhard Steier)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

9. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1387), betreffend die Revision der EU-Trinkwasser-Richtlinie (Zahl 21 - 979) (Beilage 1430)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zum 9. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1387, betreffend die Revision der EU-Trinkwasser-Richtlinie, Zahl 21 - 979, Beilage 1430.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident! Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Revision der EU-Trinkwasser-Richtlinie, in seiner 07. Sitzung am Mittwoch, dem 5. September 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der

Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Revision der EU-Trinkwasser-Richtlinie, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wasser und Wein, und heute haben wir ja das Thema Wasser einmal mehr auf der Tagesordnung, und ein wichtiges Thema wie ich meine, und wie wir fast bei jeder Landtagsitzung das andiskutieren, weil Wasser ganz etwas Wichtiges ist für die Menschheit und für unsere Bevölkerung ist.

Und wenn dann heute ein Tagesordnungspunkt drauf ist, wo die EU irgendwo sich wieder einmal mehr oder weniger in Szene setzen will, dann werden wir auch dementsprechend die Antworten dafür geben müssen, heute und hier. Und ich glaube, das ist auch ein wichtiger Punkt den wir heute diskutieren.

Aber worum geht es eigentlich? In der Europäischen Union wurde seit 1980 mit der EG-Trinkwasserrichtlinie erstmals ein Rechtsrahmen zur Sicherung von Wasser für den menschlichen Gebrauch gewährleistet und Qualitätsstandards für Organismen und Stoffe festgelegt.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser ist ein zentrales Anliegen der Europäischen Kommission und aller Mitgliedsstaaten. No na.

Im zeitlichen Kontext zur 1. EU-Bürgerinitiative, Wasser und sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte, hat die Europäische Kommission im Jahre 2014 eine öffentliche Konsultation gestartet und daraus nur wenige Anliegen übernommen.

Besonders große Unterstützung dieser Bürgerinitiative kam aus Österreich und Deutschland. Finde ich auch für ganz wichtig, dass wir uns hier dementsprechend auch starkgemacht haben.

Zu den wichtigsten Punkten der aktuellen Modernisierung der EU-Trinkwasserrichtlinie zählen unter anderem die Ergänzung von 18 neuen Substanzen, mit strengen Kriterien für Blei, Chrom und ein Beitrag zur Erreichung der kürzlich vorgelegten Ziele der Plastikstrategie, durch Reduktion der Nutzung von Plastikflaschen. Auch dort haben wir heute einen Tagesordnungspunkt noch drauf, wo wir diskutieren können.

Hier gibt es eine Stellungnahme der österreichischen Vereinigung für Gas- und Wasserfach. Nach Bekanntgabe der EU-Trinkwasserrichtlinie werden von zahlreichen Kommunalexperten massive Auswirkungen auf österreichische Wasserversorgungsunternehmen, drastische Kostenerhöhungen, rund 3.600 kleine Wasserversorger und eine Liberalisierung durch die Hintertür befürchtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind im Burgenland gesegnet, dass wir Wasserverbände haben, aber dass auch wir Wasserversorger haben, die funktionieren. Und das muss man einmal klar und deutlich auch wieder aussprechen. Und das wollen wir auch so beibehalten.

Und nicht immer wieder von der EU, Herr Kollege Illedits, dass wir auch dort in der EU eine Stimme wieder haben, klar zu sagen, man kann nicht immer wieder alles aufpfropfen auf die kleinen Betriebe. Und Burgenland hat „kleine Betriebe“, wenn man

auch den nördlichen Wasserleitungsverband hernimmt, der schon ein bisschen größer ist, aber trotzdem ein kleiner Betrieb.

Wir diskutieren ständig im Landtag über die Grenzen hinweg wegen unserem Grundwasser. Ich hoffe, dass auch dort jetzt Einigung entstanden ist mit Niederösterreich und dem Burgenland.

Aber wenn ich mir dann anschaue, dass es in ganz Österreich rund 5.500 Wasserversorgungsunternehmen gibt, zwei Drittel davon sind kleine Wasserversorger, die weniger als 100 Kubikmeter pro Tag zur Verfügung stellen.

Eine Umsetzung der von der EU geplanten Neuerung der Trinkwasserrichtlinie hätte massive Auswirkung auf die heimische Trinkwasserwirtschaft. Sie müsste mit einem unverhältnismäßig hohem Aufwand und Kostensteigerung um mehr als 70, das Siebzigfache zu rechnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Liebe Frau Kollegin von den GRÜNEN, Sie müssen sich halt das anschauen, das ist Faktum. Sie schauen immer, und glauben, ich erzähle da irgendwelche Geschichten. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, ich schau gerade weil so viele reden, da kann man nicht zuhören.)* Das ist alles niedergeschrieben und das sind die Fakten von der EU.

Ich glaube, hier sollte man wirklich klare und deutliche Worte finden, und uns dagegen verwehren, dass wir hier solche Vorschriften akzeptieren können. Wir werden das, glaube ich, im Landtag heute klar und deutlich signalisieren, und wir werden auch das so beschließen.

Ich denke, dass wir im Burgenland, gerade hier, oder in ganz Österreich, speziell eine hohe und gute Qualität von Wasser haben, ist ja klar und deutlich dargestellt worden, dass da alles in Ordnung ist. Und mehr wie überprüfen und nochmal überprüfen und noch einmal, kann es ja auch nicht sein.

Und ich spreche jetzt auch von Deutschkreutz, von der Wasserqualität, wo wir Mineralwasser haben, wo wir auch Grundwasser haben das in Ordnung ist und ständig überprüft wird. Und auch die Gemeinden und die Vertreter der Gemeinden wissen das, dass es wichtig ist, dass hier überprüft wird, aber alles mit Maß und Ziel. Ich glaube, auch das sollten wir klar und deutlich zum Ausdruck bringen.

Ich glaube auch, dass auf Grund der steigenden Untersuchungskosten der vorschnelle Bau von Aufbereitungsanlagen und eines nicht nachvollziehbaren Leistungsvergleiches, würde es zu einer Änderung der kleinstrukturierten österreichischen Trinkwasserversorgungen kommen.

Der Trinkwassermarkt könnte so auf eine mögliche Liberalisierung vorbereitet werden. Das heißt, es könnte so sein, dass man jetzt privatisiert oder an große Konzerne das ganze übergibt, und ich denke, das ist nicht in unserem Sinne.

Und daher noch einmal mein Appell an alle Abgeordneten und -innen, dass Sie hier klar und deutliche Zeichen und Sprache sprechen.

Ich glaube auch, dass schon die anderen Fraktionen im Bund, sei es die ÖVP, FPÖ, GRÜNE, in diese Richtung einiges schon dementsprechend positioniert haben und auch deponiert haben.

Ich glaube auch, dass es entscheidend wird sein, das Wasser immer wieder zu diskutieren. Weil immer wieder irgendwo das Wasser im Mittelpunkt einer Diskussion steht. Und ohne Wasser kann man sich das Leben ja gar nicht mehr vorstellen, oder geht auch gar nicht mehr.

Und daher ist es ganz wichtig, dass wir heute diese Diskussion führen dürfen. Und wir sind ja Gott sei Dank im Burgenland gesegnet mit viel Mineralwasser und vielen tollen Gewässern, wie ein Neusiedler See und auch viele andere Teiche die wir haben, aber ständig auch untersucht werden, ob das in Ordnung ist.

Ich denke nur an die Station Illmitz, die auch tagtäglich unterwegs ist und Wasserüberprüfungen macht, und unser Neusiedler See, der immer ja ein ganz ein wichtiger Ansprechpartner oder die Gemeinden sind, für Tourismus und dergleichen mehr, wir haben hier auch klare Zeichen gesetzt.

Und daher sind wir seitens Liste Burgenland auch dafür, dass wir diesem Antrag, dementsprechend formuliert, auch zustimmen dürfen. In diesem Sinne freue ich mich, dass es ein einstimmiger Beschluss wird. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident! Herr Kollege Kölly, ich habe versucht Ihnen aufmerksam zuzuhören, aber weil einige Kolleginnen und Kollegen in dem Saal immer so laut miteinander plaudern, *(Abg. Manfred Kölly: Entschuldigung.)* habe ich einen kritischen Blick dort hinüber geworfen.

Ich bitte wirklich die Kollegen und Kolleginnen, wenn Sie miteinander plaudern wollen, den Saal zu verlassen. Es ist sehr schwer, wenn man in Front einer großen Geräuschkulisse hier seine Wortmeldung abgeben darf.

So, zur Trinkwasserrichtlinie. Nun, um jetzt einmal die Reihenfolgen klar darzulegen, worum es eigentlich geht. Das Erste, was in Bezug auf diese Trinkwasserrichtlinie passiert ist, war eine Initiative, nämlich eine Bürger- und Bürgerinneninitiative Right2water.

Eine Europäische Bürgerinitiative, und das war die erste Initiative, die mit 1,7 Millionen Unterzeichnern und Unterzeichnerinnen jene Schwelle von einer Million Unterschriften überschritten hat, die nötig ist, damit man die Kommission nötigen kann, einen Rechtsvorschlag vorzulegen.

Also wir haben hier eine Bürgerinitiative, die sagt der Kommission, wir brauchen in Europa eine rechtliche Grundlage zur Trinkwasserversorgung.

Das war also nicht jetzt die böse EU, die angefangen hat, wieder irgendwo tätig zu werden, sondern das waren Bürger und Bürgerinnen, die gesagt haben - um unser Trinkwasser zu sichern, auch vor Privatisierungsversuchen zu sichern, dazu braucht es eine Vorlage der Europäischen Kommission für eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft für alle Menschen. Übrigens damals kam besonders große Unterstützung für diese Bürgerinitiative aus Deutschland und aus Österreich.

Im Februar 2018 hat dann die Europäische Kommission als Antwort auf diese Europäische Bürgerinneninitiative "Right2water" zugesagt, eine Novellierung der Trinkwasserrichtlinie anzustreben.

(Die Abg. Mag.a Regina Petrik spricht zu den Besuchern auf der Galerie.) Willkommen allen, die jetzt neu auf der Galerie eintreffen und zuhören, es geht gerade um die Europäische Trinkwasserrichtlinie.

Die Stoßrichtung dieser Novellierung ist grundsätzlich richtig, aber leider ausgerechnet für die österreichische Wasserversorgung problematisch, weil nirgendwo

sonst in der EU, Kollege Kölly hat es angesprochen, ist die Versorgung mit Trinkwasser so kleinteilig öffentlich organisiert.

In den anderen Mitgliedsstaaten dominieren die großen zentralen Versorger oft auch privatisiert oder teilprivatisiert, die ganz anders reguliert werden sollten.

Mir ist es wichtig, dass wir hier differenziert diskutieren, denn in manchen Wortmeldungen und ich muss auch sagen, in dem Antrag den uns hier die Regierungsfraktionen vorgelegt haben, so sehr die Stoßrichtung nachvollziehbar und ganz gut ist, wirkt es öfter so als müsste man zuerst einmal emotional aufriegeln gegen die böse Kommission die schon wieder etwas schickt oder gegen die EU überhaupt.

Das ist nicht nur nicht nötig, sondern in dieser Sache auch ganz und gar nicht gerechtfertigt. Was sie nämlich leider gänzlich verschweigen ist, dass es da Parlamentarier gibt die sich in Straßburg, in Brüssel, intensiv mit der Sache beschäftigen und Verhandlungen führen.

Im Europäischen Parlament verhandeln nämlich wirklich die Fraktionen miteinander, da verhandeln die Parlamentarier und Parlamentare wirklich miteinander, so wie wir uns das hier auch in Österreich und im Burgenländischen Landtag wünschen würden.

So das Engagement ist vielleicht nicht bei allen Parteien gleichmäßig zu finden. Die Europaabgeordneten der FPÖ sind eher faul, wenn es um das Verhandeln in den Ausschüssen geht, die sind dort nicht so viel anwesend.

Was mich aber verwundert ist, dass die SPÖ so tut als würden ihre eigenen Mandatarinnen und Mandatare in Brüssel und Straßburg die Hände in den Schoß legen, das ist nämlich gar nicht so.

Und es ist gerade für uns Burgenländer und Burgenländerinnen vielleicht auch gut zu wissen, wir haben einen Burgenländer im Europäischen Parlament, der Michel Reimon, und der hat gemeinsam mit Mandatarinnen und Mandataren anderer Fraktionen, zum Beispiel der SPÖ, schon einiges erreicht in diesen Verhandlungen.

Als dieser Antrag eingebracht wurde hat man sich aber offensichtlich vorher nicht beschäftigt. Es ist nämlich, und das ist schon auch ein Erfolg, im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments gelungen deutliche Verbesserungen, ganz in Hinsicht des vorliegenden Antrags, zu erreichen.

Das wird hier leider ignoriert oder sie waren halt nicht so informiert, weiß ich nicht. Zu befürchten ist aber dennoch, und da kommen dann unsere nächsten Beschlüsse glaube ich durchaus ins Spiel, das die Änderungen im Plenum keine Mehrheit finden werden, weswegen ein erhöhtes Engagement durchaus sinnvoll ist.

Seitens der GRÜNEN schlagen wir vor, das auch in den Gemeinden durchaus zur Sprache zu bringen. Wir haben, das könnte Sie auch für Deutschkreutz interessieren, einen Musterantrag ausgearbeitet wie Gemeinderäte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auffordern können bei den österreichischen Abgeordneten vorzusprechen, um eine Unterstützung bei der Abstimmung im Europäischen Parlament zu erwirken.

Ich weiß vom Kollegen Spitzmüller zum Beispiel, dass er das in Oberschützen im Gemeinderat einbringen wird. Es ist wichtig, dass wir uns das detailliert anschauen, weil es jetzt da nicht so um das populistische „Geschwurbel“ gehen darf, sondern um eine ernsthafte und wichtige Diskussion.

In diesem Entschließungsantrag gibt es da leider in der Beschlussformel aber nur sehr allgemeine Formulierungen. Ich hätte es schön gefunden, wenn wir da etwas Konkreteres eingefordert hätten, nur meine Kontaktaufnahme wurde leider nicht erwidert und wir sind nicht zu einem gemeinsamen Text gekommen.

In der Antragsbegründung finde ich es ja interessant, da gehen Sie sehr detailliert auf einiges ein, aber leider dann in der Beschlussformel fehlt mir einiges, zum Beispiel die Frage der Mikroplastik.

Es kam von Abgeordneten der ÖVP im Umweltausschuss auch noch eine Latte von Abänderungsanträgen die sehr problematisch sind, aus Sicht dessen was Kollege Kölly referiert hat und was die SPÖ und die FPÖ hier vorgelegt hat und auch aus Sicht der GRÜNEN.

Da ist zum Beispiel herausgenommen eine Untersuchung auf Mikroplastik, leider fehlt das hier in der Beschlussformel. Es ist auch ein kritischer Moment, wenn man betrachtet, wer soll eigentlich belangt werden?

Was hier zu Recht kritisiert wird ist, dass auf Versorger immer mehr Last aufgebürdet wird. Unser Weg seitens der GRÜNEN ist, dass wir jene in die Verantwortung nehmen die Verursacher sind für Verschmutzungen.

Also müssen wir die Verursacher der Verschmutzungen in der Wasserversorgung in die Gesetzesmaterie hineinnehmen, dann kommt es auch von den Versorgern weg.

Es soll in einigen Anträgen zur Folge auch die teure Risikobewertung des Trinkwassers in Zukunft auf die Haus- und Wohnungseigentümer übertragen werden und somit auf Privatpersonen und Kunden und Kundinnen. Das muss man sich nämlich ganz genau anschauen, das ist nämlich interessant.

Wir hatten da zum Beispiel im ersten Vorschlag etwa eine Formel, da ging es darum die Hausanschlüsse, bis zum Hausanschluss, bis zur Hausinstallation, die Kosten zu übertragen. Von einem ÖVP Abgeordneten im Umweltausschuss kam der Änderungsantrag das auf die Inneninstallation abzuwenden.

So, das heißt, die Kosten trägt dann der Kunde, die Kundin, der Endabnehmer und nicht mehr die Versorger. Das heißt, es ist wieder eine Umwälzung. Das sind diese kleinen Sachen, da war die EVN sicher sehr akribisch auch in der Vorarbeit und unterstützend, sozusagen bei diesen Abänderungsanträgen.

Was uns so wichtig wäre ist, damit das was wir jetzt hier beschließen, da können wir schon zustimmen, aber dass diejenigen von der Landesregierung die hier tätig werden, im Auftrag des Beschlusses, auch noch detaillierter vorgehen.

Das wir klarer dafür sorgen, dass dem Vorschlag des Umweltausschusses vom 10. September 2018 Folge geleistet wird und Ausnahmen für kleinste und kleine Wasserversorger zugelassen werden.

Es ist auch wichtig, dass keine Änderungen zugestimmt werden, die eine Liberalisierung oder gar eine Privatisierung des Trinkwassersektors vorantreiben.

Und das bitte ich doch auch noch mit hinein zu nehmen, keinen Änderungsanträgen zuzustimmen, die die strenge Kontrollverpflichtung von Mikroplastik aus der Richtlinie streichen. Auch da gibt es Ambitionen.

Und ich wiederhole es noch einmal, bitte keinen Änderungsanträgen zuzustimmen die den Ort der Risikobewertung von der Hausinstallation auf die Inneninstallation ändern und auch keinen Änderungsanträgen zuzustimmen, die die Kosten nach einer

Verunreinigung von Trinkwasser von den Verursachern auf die Wasserversorger übertragen.

Also ich denke mir, wir können uns hier schon einigen, das ist aber wichtig, denn es geht jetzt um die konkreten Änderungen die im Umweltausschuss des Europaparlaments bereits beschlossen wurden und das müssen wir schaffen auch im Europäischen Parlament zu beschließen.

Auch meine dringende Bitte an die Kolleginnen und Kollegen bei der FPÖ hier ihren Kollegen im Europäischen Parlament sehr deutlich zu machen worum es hier geht.

In diesem Sinne, ja wir stimmen natürlich diesem Antrag zu mit dem Zusatz das detailliertere Aufträge auch dann weiterverfolgt werden. Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat.):* Danke Frau Abgeordnete.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vorlage eines Pflegebedarfs- und Entwicklungsplans (Zahl 21 - 1021) (Beilage 1442)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Vorlage eines Pflegebedarfs- und Entwicklungsplans, Zahl 21 - 1021, Beilage 1442, da die Behandlung spätestens um 15 Uhr zu erfolgen hat.

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke sehr, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungsbank ist sehr schütter besetzt, aber ich freue mich, dass die Astrid Eisenkopf da ist, aber vielleicht kommt auch noch der zuständige Landesrat. *(Landesrat Norbert Darabos kommt in den Landtagssaal. – Abg. Werner Friedl: Er ist schon da.)* Er ist schon da, Norbert Darabos.

Weil es natürlich schon gut ist, wenn man über das Thema Pflege debattiert und auch das zuständige Regierungsmitglied hier ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genügend Pflegebetten vorhanden, das war die Aussage von Landesrat Norbert Darabos am 06. September 2018. Eine Reaktion die er im Rahmen einer Pressekonferenz, auf unsere Pressekonferenz gesagt hat.

Nämlich als wir das Thema Pflege in die Diskussion gebracht haben, als wir den „Dialog pflegen“, über den Sommer hinweg quer durchs Land geführt haben und wo wir mit vielen Betroffenen gesprochen haben, mit Familienangehören, mit Organisationen, mit Menschen die wirklich in der Praxis wissen wie es aussieht derzeit im Burgenland.

Genügend Pflegebetten vorhanden, Herr Landesrat, haben Sie gesagt und wenn Sie sich aber wirklich mit dem Thema auseinandersetzen würden, wenn Sie wirklich mit den Betroffenen sprechen würden, dann könnten Sie derartige Aussagen nicht treffen.

Oder wenn Sie wenigstens auf Ihre eigene Pflegebettbörse schauen würden, die sich ja im Internet befindet auf der Homepage des Landes Burgenland. Und wenn man dort reinschaut und das haben Sie offensichtlich nicht getan, dann sieht man folgendes: Man sieht eine Aufstellung der Pflegeeinrichtungen im Burgenland und sieht ob Pflegebetten frei sind oder nicht und das möchte ich Ihnen jetzt mitteilen.

Eisenstadt Haus St. Martin - kein Bett frei, Eisenstadt Hilfswerk - kein Bett frei, Neufeld an der Leitha Pflegekompetenzzentrum - kein Bett frei, Purbach Hilfswerk - kein Bett frei, Rust SeneCura - natürlich kein Bett frei, St. Margarethen, Haus Laminger - ebenfalls kein Bett frei, Siegendorf Pflegekompetenzzentrum - kein Bett frei, Steinbrunn, Wohnen und Pflegen daheim - kein Bett frei, Zagersdorf - ebenfalls kein Bett frei.

Bezirk Güssing, ÖJAB Haus St. Franziskus - kein Bett frei, Güttenbach, Hilfswerk - kein Bett frei, Limbach - ebenfalls kein Bett frei, Olbendorf, Stegersbach-Strem - nirgends ein Bett frei, Bezirk Jennersdorf, Mutter Teresa Vereinigung - kein Bett frei, Neuhaus/Rudersdorf - in beiden Einrichtungen ebenfalls kein Bett frei, Mattersburg, Bad Sauerbrunn, Draßburg/Mattersburg - ebenfalls kein Bett frei, Neudörfl/Rohrbach - kein Bett zur Verfügung.

Frauenkirchen, Gols, Kittsee, Neusiedl am See, Podersdorf - in diesen Einrichtungen ebenfalls kein Bett frei, Deutschkreuz, Draßmarkt, Lackenbach, Lockenhaus, Nikitsch, Oberpullendorf, Raiding, Weppersdorf - ebenfalls kein Bett frei, Großpetersdorf, Pinkafeld, Pinkafeld zweimal, Pinkafeld/Rechnitz und Rechnitz, da gibt es auch zwei Pflegeheime - ebenfalls kein Bett frei.

Nur in Bad Tatzmannsdorf gibt es eine einzige Einrichtung im Burgenland wo ein Bett frei ist. Und dann stellen Sie sich hin und sagen wir haben genug Pflegeplätze.

Das kann doch nicht Ihr ernst sein, Herr Landesrat. Denn wenn Sie das sehen würden, wenn Sie die eigenen Aussagen ernst nehmen würden, dann könnten Sie sich ja nicht hinstellen und eine so unverfrorene Aussage machen.

Das ist in Wahrheit ein Schlag ins Gesicht der Familien die betroffen sind, der Menschen die betroffen sind. Und das ist irgendwie eine Politik wo Sie die Augen verschließen vor Problemen die ganz einfach bestehen.

Sie sind der Vogel Strauß der burgenländischen Landespolitik, den Kopf in den Sand stecken und so tun als ob nichts wäre. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist ja wohl ein Witz.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und wie wenig Sie dieses Thema ernst nehmen, das zeigen ja auch andere Reaktionen und andere Dinge die Sie tun. *(Abg. Doris Prohaska: Respektlos.)* Sie haben dann, wieder aufgrund einer Pressekonferenz von uns, am 28. August einen sogenannten Pflegeatlas vorgestellt.

Auch wieder auf Reaktion einer Themenvorgabe von uns, *(Heiterkeit bei der Abg. Ingrid Salamon.)* wo wir wieder Schrittmacher in der burgenländischen Politik gewesen sind. *(Abg. Doris Prohaska: Super.)* Ein notwendiger Schrittmacher übrigens, um diese Regierung auch ein bisschen in die Gänge zu bringen. *(Heiterkeit bei der SPÖ)*

Sie stellen also diesen Pflegeatlas vor am 28. August. So quasi haben Sie dann gesagt, er ist erstellt und auf die Anfrage, ob man diesen auch haben kann, ist gesagt geworden, nein, weil der ist noch nicht gedruckt aber es gibt ihn zumindest online.

Das stimmt, online war er da, den haben wir uns natürlich auch angeschaut und diese Onlineausgabe war natürlich gespickt mit Fehlern. Das dürfte Ihnen ja dann selber aufgefallen sein, deswegen haben Sie versucht diese Fehler zu korrigieren.

Und gestern, da war ich dann ziemlich überrascht, dass ich die Mitteilung bekommen habe es gibt jetzt diesen Pflegeatlas. Dann hat aus dem ÖVP Klub jemand bei Ihnen angerufen im Büro und die Aussage war, ja stimmt, es gibt ihn aber wir können jetzt leider keinen haben, weil sie haben so wenige Exemplare.

Aber wir sind ganz oben auf der Liste, also wenn es irgendwelche gibt, dann werden wir informiert werden. Wir sind dann nicht informiert worden. Ich habe mir auf informellen Weg so einen Pflegeatlas natürlich besorgen können, zwar nicht von Ihnen, aber über Umwege habe ich ihn bekommen. *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack)*

Ich weiß eh, dass die SPÖ Abgeordneten und FPÖ Abgeordneten das bekommen haben, aber wir haben es halt nicht bekommen. *(Abg. Edith Sack: Du auch. – Abg. Ewald Schnecker: Ihr habt ihn auch gekriegt.)* Ja aber nicht vom Herrn Darabos und auch nicht von der Abteilung, sondern über Umwege, aber ist ja egal. *(Abg. Günther Kovacs: Über die Post.)*

Jedenfalls habe ich jetzt so ein Exemplar bekommen und schau mir das natürlich durch gewissenhaft und überraschenderweise, oder nicht überraschenderweise, sind jetzt wieder Fehler drinnen und zwar mehr als vorher.

Wenn Sie sich diesen Pflegeatlas anschauen, es hat nämlich in der ersten Ausgabe das Seniorentageszentrum Halbturn gefehlt. Dann hat man auf Seite 64, da können Sie gerne nachschauen *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*, dieses Seniorentagesheim Halbturn hineingefügt und hat offensichtlich gleich einmal im Zuge dessen alle anderen gelöscht, sodass jetzt in dieser Ausgabe folgende Seniorentageszentren fehlen:

Nämlich Hilfswerk Eisenstadt, Caritas Neusiedl, Caritas Deutschkreutz, dann die Burgenländische Pflege- und Betriebs GmbH in Neudörfl, die Villa Martina in Mattersburg und das Zentrum in Pinkafeld. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Rechnitz fehlt auch.)*

Ehrlich gesagt, das ist schon ein bisschen ein Spiegelbild dessen, wie Sie mit dieser Thematik umgehen und wie ernst Sie dieses Thema nehmen.

Jetzt kann man sagen, es können immer Fehler passieren, aber wenn Sie vor drei Wochen etwas vorstellen, *(Abg. Edith Sack: Wo fehlt das? Bei mir ist alles vorhanden.)* das online stellen, dann draufkommen, dass Fehler vorhanden sind, dann drucken Sie dieses Ding neu und dann machen Sie erst wieder Fehler rein, dann verstehe ich ehrlich gesagt die Welt nicht mehr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn man sich mit dem Thema beschäftigt und wenn man sich überlegt, wie kann es denn sein, dass wir in einem Bundesland leben, wo ganz einfach die Menschen sich nicht sicher sein können, dass sie einen Pflegeplatz bekommen, wenn sie einen brauchen, *(Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt doch nicht!)* dass eine Familie vor vollendete Tatsachen gestellt wird, wenn die Eltern oder die Großeltern pflegebedürftig werden und nicht mehr zuhause gepflegt werden können, wenn sie sich nicht sicher sein können, dass sie dann auch eine ordentliche Pflege in einer Institution bekommen, dann versteht man eigentlich die Welt nicht mehr.

Das eigentliche Thema dieses Dringlichkeitsantrages, und der ist mehr als dringlich, ist die Frage des Bedarfs- und Entwicklungsplanes, also jener Planung, die von der Landesregierung vorgelegt wird, um in die Zukunft zu schauen, um zu schauen, was brauche ich denn an Versorgungseinheiten, was brauche ich denn an Pflegebetten?

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan ist ja bekanntermaßen 2017, Ende 2017, ausgelaufen. Eigentlich hätte mit 2018 ein neuer, aktualisierter Bedarfs- und Pflegeplan vorgelegt werden sollen. Das ist nicht passiert. Es ist bis heute nicht passiert. Das sind jetzt mittlerweile 283 Tage, die Sie hier säumig sind.

Das versteht ja auch niemand. Das ist ja nicht nachvollziehbar, warum Sie das nicht einfach machen, warum Sie nicht die Karten auf den Tisch legen. Vor allem

deswegen, weil Sie wissen müssen, dass aufgrund des alten Bedarfs- und Entwicklungsplanes jetzt schon 174 Betten fehlen.

Es werden in der Zukunft noch viel mehr fehlen, weil beim alten Plan nicht einmal noch eine Rede von der Abschaffung des Pflegeregresses war. Das einzige, was Ihnen dann einfällt, wo Sie dann sagen, ich tu ohnehin etwas, ist, dass Sie sagen, es dauert noch, es dauert noch, es dauert noch.

Aber, ich habe eine super Idee, ich mache eine Umfrage unter den über 60jährigen und frage, wo sie gerne gepflegt werden wollen, wenn es einmal notwendig ist. Gute Frage. Sie könnten sich die Umfrage sparen, weil jeder Ihnen sagen wird, ich würde gerne zuhause gepflegt werden, solange es geht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, es gibt dann irgendwann einmal den Punkt, es gibt dann irgendwann einmal diesen Zeitpunkt, wo die Pflege zuhause nicht mehr möglich ist, wo es nicht machbar ist, und wo es auch nicht mehr von den Familienangehörigen gestemmt werden kann.

Daher ist diese Vorgangsweise wirklich in höchstem Maß unverantwortlich, das sage ich Ihnen schon. Ich verstehe ehrlich gesagt nicht, warum Sie da so auf stur stellen und warum Sie ganz einfach nicht das tun, wofür Sie in der Landesregierung zuständig sind. Es geht nämlich nicht nur um den Bedarfs- und Entwicklungsplan. Es gibt so viele Punkte in diesem Pflegethema, die eine Lösung brauchen.

Deswegen haben wir heute auch einen weiteren Antrag eingebracht, wo wir zehn Punkte formuliert haben, die notwendig sind, um auch diesen Menschen diese Sicherheit zu geben. Um den Menschen auch diese Sicherheit zu geben, dass sie im Falle des Falles die Möglichkeit haben, ihre Angehörigen in einer entsprechenden Einrichtung unterzubringen oder auch zuhause zu pflegen.

Das ist natürlich der Bedarfs- und Entwicklungsplan. Das ist auch die Entrümpelung dieser großen und unglaublichen Bürokratie, Vorschriften die herrschen, das ist die Frage der Zuschüsse zur mobilen Hauskrankenpflege. Da ist das Burgenland nicht gut aufgestellt, weil es nicht nachvollziehbar ist, dass im Burgenland jeder, egal ob er eine Pension von 5.000 Euro hat oder ob er eine Mindestpension hat, 25 oder 25,90 Euro pro Stunde zahlen muss und in anderen Bundesländern gibt es eine soziale Staffelung. Das ist auch ein konkreter Vorschlag von uns, dass wir hier sozial gerecht vorgehen.

Dazu kommt noch die Frage des Personalschlüssels, ein Gütesiegel für Agenturen für die 24-Stunden-Betreuung, die Frage des Personals und des qualifizierten Personals, wo es wirklich massive Engpässe gibt, der Ausbau von Tagesheimplätzen. Auch die Schaffung des Pflegelehrberufes und, was ganz wichtig ist, auch die Unterstützung pflegender Angehöriger, weil da ist noch viel zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zurückkommend auf den Bedarfs- und Pflegeplan, also diese Planung die notwendig ist, um die Zukunft ein bisschen zu schauen, um zu sagen, wo muss ich Einrichtungen sowie Pflegebetten schaffen, dieser Bedarfs- und Entwicklungsplan ist höchst notwendig.

Ehrlich gesagt, wenn ich vom Hilfswerk Burgenland höre, dass die seit Oktober 2017 insgesamt 70 oder 80 Pflegebetten neu errichten wollen, und die einzige Antwort die sie bekommen, wir können das nicht entscheiden, weil der Plan ist noch nicht fertig, und Sie selber sind für die Erstellung des Planes zuständig, dann ist das eine Argumentation, die absolut nicht in Ordnung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir fordern die sofortige Vorlage dieses Bedarfs- und Entwicklungsplanes im Interesse der Menschen im Burgenland! Wir fordern das ein und werden auch nicht locker lassen.

Ich gehe davon aus, dass Sie heute Ihre Versäumnisse nicht zugestehen werden. Ich gehe davon aus, dass jetzt einer nach dem anderen herauskommt und sagt, nein, es ist ohnehin alles super, und im Burgenland läuft das gut. Wir brauchen keine Pflegebetten und wir müssen im Bereich der Pflege nichts tun. Wir sind ohnehin gut aufgestellt.

Nur, das ist eben nicht die Realität und daher werden wir von diesem Thema nicht loslassen. Wir werden da weiter tun. Wir werden alles machen, damit es den Menschen im Burgenland ganz einfach besser geht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Landesrat Darabos! Ihnen möchte ich schon noch etwas ans Herz legen. Sie sind irrsinnig dünnhäutig, wenn es darum geht, dass hier Kritik geübt wird. Sie sind heute den Kollegen Wolf irgendwie angefahren nur weil er die Wahrheit gesagt hat, nur weil er das gesagt hat, was im Rechnungshofbericht steht. *(Abg. Doris Prohaska: Das ist aber eine subjektive Wahrnehmung. – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Steht im Rechnungshofbericht.)* Das steht im Rechnungshofbericht. *(Abg. Doris Prohaska: Eine subjektive Wahrheit!)*

Ich sage es Ihnen nochmal, vielleicht haben Sie es akustisch nicht gehört, was der Kollege Wolf gesagt hat. Er hat gesagt, bei der Geschäftsführung war das Problem, dass man den Geschäftsführer entlassen hat und dass man dann draufgekommen ist, das war vielleicht nicht ganz korrekt und man muss halt weiterzahlen. Ähnlich war es bei der KRAGES. Mehr hat er nicht gesagt, und es ist so. Daher möchte ich Ihnen etwas… *(Abg. Werner Friedl: Nein! Ganz anders! So stimmt das doch nicht.)*

Stimmt. das eine ist die KRAGES und das andere ist die NADA. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Inhaltlich aber gleich.)* Das ist richtig, aber inhaltlich, Herr Kollege, ist es natürlich ähnlich oder zumindest vergleichbar.

Trotzdem möchte ich Ihnen etwas ans Herz legen, Herr Landesrat Darabos, tun Sie endlich etwas, tun Sie endlich etwas im Bereich der Pflege, wofür Sie zuständig sind. Legen Sie diesen Bedarfs- und Entwicklungsplan vor. Das gibt es ja auf dieser Welt nicht, dass Sie nicht in der Lage sind, nach 283 Tagen Versäumnis diesen Plan herzulegen. Tun Sie das, weil Sie ansonsten nämlich in die Geschichte der Landespolitik eingehen werden. Da bin ich mir ziemlich sicher.

Ich meine, der Kollege Doskozil hat Ihnen ohnehin schon einige Dinge weggenommen. *(Abg. Ingrid Salamon: Abgenommen!)* Sie haben ohnehin schon viel weniger zu tun als früher. Wenn es so weitergeht, und wenn Sie weiter nichts tun, dann wird er Ihnen wahrscheinlich die Pflege auch noch wegnehmen und Sie werden ein nicht amtsführender Landesrat im Burgenland sein. Das wäre dann etwas, was in die Geschichte eingeht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher wünsche ich mir wirklich, *(Abg. Doris Prohaska: Hochmut kommt vor dem Fall!)* dass Sie endlich aktiv werden, dass Sie in dieser Frage endlich etwas tun, dass Sie endlich die Interessen der Menschen,

Genau, Frau Kollegin, genau, Hochmut kommt vor dem Fall. Das schreiben Sie sich in Ihr Tagebuch hinein, weil Sie das früher oder später noch einholen wird. Das wird Sie früher oder später noch einholen, wenn Sie die Interessen der Menschen nicht in den Mittelpunkt Ihrer Politik stellen. *(Abg. Doris Prohaska: Oder wen?)*

Wenn Ihnen das egal ist, ob eine Familie dasteht und sagt, ich hätte gerne, ich brauche unbedingt einen Pflegeplatz und die Pflegeangestellten und die Leiter dieser Pflegeeinrichtungen sagen, tut mir leid, wir haben keinen Platz, weil wir die Betten nicht finanziert bekommen haben, dann wünsche ich Ihnen nicht, dass Sie mit dieser Familie in Kontakt kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich sage Ihnen das, ich war in fast, also nicht in allen, aber in vielen Pflegeheimen. *(Abg. Doris Prohaska: Der Ton macht die Musik! Schauen Sie mal, wie Sie reden.)* Ich war in vielen Pflegeheimen, Frau Kollegin, ich war in vielen Pflegeheimen. Wenn der zuständige Landesrat dann sagt, es gibt kein Problem, wir haben genug Pflegebetten und Sie fahren in die Pflegeheime, und dann fragen Sie, gibt es Wartelisten, und die sagt, was heißt Wartelisten, es gibt Wartebücher, dann wird es Ihnen anders werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann werden Sie vielleicht nachdenken und werden Ihren Parteikollegen vielleicht auch dazu bringen, dass er in diesem Bereich endlich aktiv wird. *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist komplett aus dem Zusammenhang gerissen!)* Das ist eine fahrlässige Politik, die Sie hier machen.

Das ist für das Land und für die Menschen eine schlechte Politik *(Abg. Edith Sack: Fahrlässig ist, wenn man Leute nur schlecht macht.)* und daher fordere ich Sie dringend auf, beschließen Sie mit uns gemeinsam diesen Antrag, damit wir diesen Druck gemeinsam auch auf den Landesrat und auf die Regierung ausüben können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als erstem Redner von der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Nach diesem Beitrag ist eine sachliche Debatte nicht ganz leicht zu führen. Ich werde es trotzdem versuchen. Wir haben im Budget des Landes Burgenland ungefähr jeden zweiten Euro in den Sozial- und Gesundheitsbereich gesteckt.

Von diesen 50 Prozent geht noch einmal die Hälfte in den Pflegebereich. Das ist etwas, was österreichweit in dieser Form nie vorgekommen ist. Ich verstehe deshalb nicht, dass die ÖVP als ehemalige Regierungspartei so tief greifen kann und das negieren möchte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir stehen dazu. Wir sind eine soziale Modellregion. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Herr Landesrat! Es gibt zu wenige Pflegebetten!)* Das Burgenland ist eine soziale Modellregion in Österreich und dazu stehe ich. Ich hoffe, das ganze Burgenland steht dazu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dieser Pflegeatlas ist so aufgebaut, den haben Sie jetzt auch vor sich liegen, mit 44 Pflegeheimen. Ich weiß nicht wo Sie jetzt hernehmen, dass da irgendetwas fehlt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Seite 64, das habe ich bereits erwähnt.)*

Gut so. *(Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos hält eine Broschüre in Händen)* Ihr Pflegeatlas schaut so aus.

Dialog. Pflegen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Pflegeatlas. Junger Mann!)* Mit einem Rätsel, wo steht, Steiner, Volkspartei. Neusiedler See. Ja. Super. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist offensichtlich Ihr Pflegekonzept. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist, wie bereits erwähnt, kein Pflegeatlas.)* Ich hätte das nicht gemacht, wenn Sie von diesem Rednerpult nicht so gesprochen hätten.

Ich kenne auch das andere, abgeschrieben von uns mit den 44 Pflegeheimen, den Sie im Burgenland verteilt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Verwirren Sie nicht die Leute. Das ist kein Pflegeatlas.)*

Aber, jetzt zur sachlichen Auseinandersetzung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Herr Landesrat, Sie tun mir fast schon leid.)* Bitte hören Sie mir zu. Dieser Dringlichkeitsantrag gibt uns die Möglichkeit, oder gibt mir die Möglichkeit, auch darauf hinzuweisen, was hier im Burgenland tatsächlich im Sozial-, Gesundheits- und vor allem im Pflegebereich passiert. Ihre Not muss schon sehr groß sein, wenn Sie hier einen Notstand im Pflegebereich herbeireden, den es, aus meiner Sicht, nicht gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, dasselbe Muster, und das muss ich jetzt am Anfang sagen, ich hätte es vielleicht sonst nicht gesagt, aber ich sage es jetzt wirklich, weil, ich war schon etwas erschüttert, wie Sie da ans Rednerpult getreten sind, dieses Muster ist nicht ganz unbekannt.

Sie beklagen beispielsweise einen drohenden Ärztemangel. Nebenbei bemerkt ist Ihre Partei jene Partei, die auf Bundesebene dafür sorgt, dass wir keine Ärzte bekommen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was reden Sie denn da?)* weil es 16.000 Bewerber gibt, es gibt 16.000 Bewerber für das Studium, davon treten 14.000 an, und übrig bleiben 1.400 Stellen. *(Abg. Edith Sack zum Abg. Mag. Thomas Steiner: Hör doch zu!)*

Von diesen 1.400 Stellen sind 200 mit Zahnärzten besetzt. Nichts gegen Zahnärzte, aber 200 davon mit Zahnärzten.

Die restlichen werden zu 70 Prozent mit Österreicherinnen und Österreicher besetzt, 20 Prozent mit EU Ausländern, meistens Deutsche, die natürlich wieder nach Deutschland gehen, wenn sie das Studium hier beendet haben und fünf Prozent mit Ausländern aus Drittstaaten in Europa.

So. Damit haben wir ein Manko. Ein Minus an Studentinnen und Studenten, und dann wundern Sie sich, wenn dann nachher niemand bereit ist, hier irgendwelche Landarztstellen zu besetzen.

Wir haben dafür gesorgt, die Landesregierung, dass wir ein Stipendium für angehende Ärzte, für Turnusärzte machen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Auf unseren Vorschlag hin, wenn Sie sich erinnern können.)* Das greift übrigens mittlerweile sehr gut, für Ärztinnen und Ärzte, die sich ansiedeln wollen, mit bis zu 60.000 Euro Förderung vom Land. Eine tolle Geschichte. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat das jetzt damit zu tun, dass wir keine Pflegeplätze haben?)*

Aber, das ist zynisch von Ihnen, weil gerade Sie verhindern, dass die Ärzte überhaupt die Möglichkeit haben, hier aufs Land zu gehen, weil es zu wenige gibt, die sich ausbilden lassen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben Sie vergessen, dass wir das gemeinsam beschlossen haben?)* Ich vergesse gar nichts. *(Abg. Ingrid Salamon in Richtung der ÖVP-Abgeordneten: Im Gegensatz zu Euch.)*

Ich sage Ihnen das noch weiter, wie das ausschaut. Wir haben die Hausaufgaben gemacht und wir verzweifeln daran, die falschen Aktionen der Bundesregierung hier auch aufzufangen. Eigentlich wäre es gar nicht die Aufgabe des Landes, das zu machen, aber wir tun es auf jeden Fall, weil wir es gerne tun. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

So, und jetzt zur Ausgangssituation was den Pflege- und Bedarfs- und Entwicklungsplan betrifft. Wir haben den Pflegeregress abgeschafft. Wir, da meine ich

jetzt SPÖ und ÖVP in der Regierung damals. Ich halte das auch für richtig, weil der Pflegeregress eine schleichende Erbschaftssteuer war. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie sind doch für die Erbschaftssteuer, oder?)*

Der war… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das Argument verstehe ich jetzt nicht.)* Hören Sie, wir können auch einen Dialog führen, aber dieser Dialog ist ein bisschen lächerlich! *(Abg. Edith Sack: Genau!)*

Wir sind für die Erbschaftssteuer für Reiche und nicht für die Bezieher von Pflegegeld. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ah so.)* Ich meine das ist ja lächerlich, was Sie jetzt da von sich geben. *(Abg. Ingrid Salamon: Das glaube ich auch! Die Ernsthaftigkeit des Themas.)*

Übrigens hat der Finanzminister Löger damals einen Tag, nachdem das Ganze abgeschafft wurde, diese Abschaffung des Pflegeregresses wieder in Frage gestellt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Auch der Caritas Direktor.)* Wo war damals der Aufschrei der Landes-ÖVP? Nirgends!

Wir haben im Burgenland uns ein Ziel gesetzt und wir sind auch dabei, das zu etablieren, eine soziale Modellregion zu werden. Noch einmal gesagt, nicht umsonst fließt jeder zweite Euro des Landesbudgets in den Bereich Soziales und Gesundheit.

Wir haben ein Fördermodell entwickelt. Auch das ist österreichweit einzigartig. Ich hoffe zumindest, dass das von Ihnen registriert beziehungsweise anerkannt wird, wo wir bei der 24-Stunden-Betreuung dafür sorgen, dass wir bis zu 600 Euro pro Monat an Förderung haben. Bei diplomierten Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, die in diesen Bereich gehen, 24-Stunden-Betreuung, sogar bis zu 800 Euro.

Diese Förderung wird auch sehr gut angenommen, denn wir haben mittlerweile schon 700 Anträge in diesem Bereich und auf das bis ich auch stolz. Dieser Pflegeatlas, der Ihnen jetzt da vorliegt, der listet auf, was es heißt, im Burgenland in den Pflegebereich zu kommen. *(Der Landesrat hält den Pflegeatlas in Händen)*

Ich möchte Ihnen das jetzt kurz zeigen, schlagen Sie die Seite 11 dieses Pflegeatlasses auf, da haben Sie eine Pyramide. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist dort eh enthalten.)* Ich zeige Sie Ihnen trotzdem, weil Sie das irgendwie negieren und auch nicht wahrhaben wollen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben wohl geglaubt, ich habe keinen.)*

Ein neunstufiges Modell, das gibt es in ganz Österreich nicht. Dieses neunstufige Modell, wo wir in allen Bereichen der Pflege auch gut aufgestellt sind, dieser Pflegeatlas, wird uns aus den Händen gerissen. Wir haben 5.000 Stück gedruckt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn das bei Ihnen neun Stufen sind, wieso sind das dann da acht? - Abg. Edith Sack: Höre doch zu! Sonst kennst Du dich wieder nicht aus. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, entschuldige. Da sind acht Stufen enthalten. Der Herr Landesrat spricht aber von einem neunstufigen Modell. Das müssen Sie mir schon erklären. Ist das jetzt wieder falsch? Ich weiß es nicht. Sind es jetzt acht oder neun Stufen? Was jetzt? Acht oder neun?)*

Ist egal. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ah, so. Es ist also egal. So egal, wie Ihnen das Thema ist, dass es keine Pflegebetten gibt. - Abg. Ingrid Salamon: Wer ist denn jetzt wirklich am Wort? Singen wir jetzt miteinander? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist doch lächerlich! Entschuldigung.)* Wir haben - ist das irgendwie möglich, dass man irgendwie ausredet?

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)***:** So, der Herr Landesrat ist am Wort.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landesrat Darabos ist am Wort. *(Abg. Wolfgang Sodl zum Abg. Mag. Thomas Steiner: Du bist nie unterbrochen worden. - Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das stimmt doch nicht! – Allgemeine Unruhe)*

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ) *(fortsetzend)*: Die Pflege daheim ist das Neunte an dem Ganzen, aber das ist egal. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist die Neunte?)* So, es ist ohnehin egal. Jedenfalls haben wir 5.000 Stück aufgelegt und haben mittlerweile auf 10.000 Stück aufgestockt, weil es darum geht, dass nicht nur die Gemeinden und die Bezirkshauptmannschaften in den Genuss dieses Pflegeatlasses kommen und dafür auch sorgen können, dass wir die Leute auch lenkungseffektmäßig dazu bringen können, dass sie zu Hause gepflegt werden können.

Es ist nämlich so, dass die Pflege daheim vor der Pflege im Heim zu stellen ist und ich glaube, da sind wir alle einer Meinung, dass das so besser ist.

Mittlerweile sind 10.000 Stück gedruckt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bekomme ich jetzt eines?)* Auch in den Arztpraxen, auch mit den Seniorenbeiräten ist das so akkordiert und wir werden dieses Modell auch im ganzen Burgenland etablieren.

Es ist auch über die Internet-Schiene abrufbar. Das halte ich auch für richtig, weil es natürlich immer wieder Neuerungen geben kann, Adaptierungen geben kann, was die Personen betrifft, die hier tätig sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich halte es auch für richtig, dass wir in dieser Serviceleiste auch die Personen direkt anführen, die für diesen Bereich zuständig sind.

Der wichtigste Neuerungspunkt ist, dass wir sogenannte Pflegeberaterinnen und Pflegberater sowie Sozialberaterinnen und Pflegeberater haben. Das heißt, dass wir ab Anfang 2019 in allen Bezirkshauptmannschaften Menschen beschäftigt haben werden, die diesen Pflegebereich auch betreuen. Case und Care Management - neudeutsch gesagt - mir gefällt der Begriff Sozial- und Pflegeberaterinnen und –berater besser.

Diese sind, wie gesagt, an den Bezirkshauptmannschaften angesiedelt. Die sind bei Bedarf auch dazu da, vor Ort Hausbesuche zu absolvieren. Ein besseres System kann ich mir gar nicht vorstellen. Das führt auch zu einem Lenkungseffekt, auf den ich noch zu sprechen kommen werde.

Sie haben den Bedarfs- und Entwicklungsplan angesprochen. Das sind ausgebildete Fachkräfte. Die kennen alle Angebote im Burgenland. Sie wissen über die formalen Abläufe bezüglich der Fördermöglichkeiten im Land Bescheid und vernetzen sich im Bedarf mit Ämtern und Behörden sowie den einzelnen Trägern des Gesundheitssystems, also Hausärztinnen und Hausärzten und mobilen Diensten.

Im Hinblick auf die demografische Entwicklung sowie der steigenden Anzahl an Pflegebedürftigen ist es wichtig, dass dieser Leitgedanke mobile vor stationärer Pflege und Betreuung damit auch gelebt werden kann. Die Möglichkeit der stationären Unterbringung in Heimen ist wichtig. Wir haben 44 Pflegeheime mit über 2.000 Personen, die in diesen Heimen auch zu Hause sind. Dennoch versuchen wir, die Menschen daheim zu pflegen.

Diese Pflegepyramide setzt sich - und ich habe es Ihnen schon kurz gesagt - aus diesen Sozialbetreuerinnen und Sozialbetreuer zusammen, dann aus der

Hauskrankenpflege, der mobilen Kinderkrankenpflege, ganz ein wichtiger Bereich, denn die Stufe drei ist die 24-Stunden-Betreuung, die eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung ermöglicht, dann die Kurzzeit-Pflege, die, aus meiner Sicht, ganz wichtig ist, damit kann man auch für diejenigen, die zu Hause zu pflegen haben, eine Auszeit erwirken.

Die Seniorentageszentren, das Betreute Wohnen und das Betreute-Wohnen-Plus, die Alten- und Pflegeheime, der zentrale Bereich, den wir heute auch noch diskutieren werden, sowie die Hospiz- und Palliativversorgung, die wir leider auch brauchen, weil da geht es um die Versorgung von Schwerstkranken und sterbenden Menschen, die kostenlos durch mobile Teams in allen Bezirken sichergestellt wird.

Ich komme jetzt zum Inhalt Ihres Dringlichkeitsantrages, der in Wirklichkeit nur einen ganz kleinen Teil des Pflegebereiches abbildet und die ganze Bandbreite in der Pflege völlig außer Acht lässt.

Wir haben im Burgenland 19.000 Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher. Etwas mehr als 2.000 haben einen Platz in den 44 Pflege- und Altenheimen. Der Zuspruch oder der Strom zu diesen Pflege- und Altenheimen ist natürlich durch den Wegfall des Pflegeregresses stärker geworden, als er vorher war. Aber diesen erwarteten Run, den ich auch selbst erwartet habe, den hat es nicht gegeben.

Wir haben bewusst jetzt die ersten Monate abgewartet und diese Entwicklung nach Abschaffung des Regresses genau beobachtet. Unsere Maßnahmen werden auch dahingehend zu setzen sein, dass wir diese von uns politisch gewollte Betreuung zu Hause auch gerne hätten.

Deswegen habe ich auch gemeinsam mit den Regierungskolleginnen und -kollegen angeregt, dass wir jetzt die Betroffenen selbst befragen. Ich halte das für ganz wichtig, dass wir in den nächsten Wochen 40.000 Fragebögen ausschicken werden und wollen, um hier auch die ältere Generation einzubinden, wo sie wirklich gepflegt werden wollen. Denn, wie gesagt, den Run auf diese Pflegeheime hat es bis jetzt nicht so gegeben, wie wir das geglaubt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist leider keine Frage des Wollens.)*

Sie werden ja jetzt nicht glauben, dass wir in den nächsten zwei Monaten zehn Pflegeheime bauen können, nur weil es das Hilfswerk möchte. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das nicht, aber den Plan vorlegen, damit wenigstens irgendetwas weitergeht.)*

Deswegen ist es auch ganz wichtig, jedenfalls werden wir darauf schauen, dass wir auch hier eine ausgewogene Geschichte etablieren können, die dafür sorgt, dass möglicherweise auch die Pflege zu Hause noch attraktiver wird:

Meine Idee wäre auch - und ich habe auch schon positive Rückschlüsse und Signale bekommen - dass wir gemeinsam mit den Betroffenen auch ein Modell ausarbeiten können, dass dafür sorgt, dass auch Angehörige dafür ein Geld bekommen, wenn sie die Pflegenden zu Hause betreuen können und auch diese Förderung bekommen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie brauchen sich nur unseren Antrag anschauen. Da steht dort alles. Super Idee!)*

Allerdings natürlich mit der Maßgabe, dass hier auch die Qualifikation und die Zertifikation gegeben ist, das auch zu tun.

Abschließend möchte ich betonen, dass wir im Burgenland ein ausgezeichnetes Pflegesystem haben. Das lasse ich mir von der ÖVP her nicht schlechtreden. Dieses Pflegesystem orientiert sich auch an den Bedürfnissen der Burgenländerinnen und

Burgenländern. Der Schwerpunkt, das möchte ich ganz klar herausstreichen, liegt dabei darauf, dass wir versuchen werden, die Betreuung zu Hause noch mehr zu forcieren.

Das heißt nicht, dass wir nicht neue Pflegebetten im Burgenland brauchen werden und dass dieser Bedarfs- und Entwicklungsplan, der jetzt in den nächsten Wochen noch ergänzt werden wird, mit dieser Befragung der Betroffenen auch einer ist, der alle Facetten, die ich Ihnen kurz schildern durfte, hier auch einbinden kann. Danke vielmals. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier, Entschuldigung Manfred Kölly das Wort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Also bitte Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Hohes Haus! Herzlichen Dank! Nachdem die Entscheidung jetzt gefallen ist, darf ich als Erster nach dem Landesrat das Wort ergreifen.

Tatsache ist, und das wird unbestritten sein, auch über den Antragsteller und die Regierungssituation, dass jede Investition in die sogenannte Pflege oder in den sozialen Dienst Mehrwert schafft. Mehrwert schafft in vielerlei Hinsicht, nämlich, in beschäftigungspolitischer Hinsicht, in sozialer Hinsicht, in gemeinschaftsstiftender Hinsicht, in ökonomischer Hinsicht und so fort.

Es gibt eine Vielzahl an Studien, die nachweisen, dass jedwede Investitionsaktivitäten in diesem sozialen Bereich mehrere Folgewirkungen zeitigen und das damit eigentlich die Pflege unabhängig in der Diskussion sein sollte, was Kosten anlangt. Der Kostenfaktor ist zwar enorm, es gibt aber beispielsweise von einer Schweizer Universität eine auf Wien bezogene Studie, wo die Investition eines Euros fast vier Euro an Mehrwert schafft, die daneben in die Investition fließen.

Ich möchte mich jetzt der Diskussion nicht anschließen, ob jetzt der Entwicklungsplan schon vorliegen sollte, aber Tatsache ist, wenn einer ausläuft, sollte der nächste kommen, das ist unbestritten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In der Beurteilung und in der Diskussion sollte man aber eines berücksichtigen, denn mit der Abschaffung des Regresses im Vorjahr ist vieles in Bewegung geraten, was nicht abzuschätzen war und es ist schon stimmig in der Diskussion, wenn Landesrat Darabos aussagt, es gilt eigentlich jetzt abzuschätzen und abzuwägen, wie viele kommen werden.

In Wirklichkeit sind wir mit den 44 Pflegeheimstellen durchaus sehr weitläufig aufgestellt und soviel ich weiß, ist in Neutal ein Pflegeheim in Diskussion, das von einem privaten Betreiber, glaube ich, demnächst auch gebaut werden wird.

In der Entwicklung selbst ist aber eine Situation entstanden, und die sollten wir uns wirklich allgemein, politisch gesehen, vor Augen halten, dass der gesamte Pflegebereich die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist, das ist unbestritten.

Das haben wir schon in der Enquete diskutiert, das haben wir schon in manchen anderen Antragstellungen diskutiert und heute mit einer Dringlichen Anfrage ebenfalls.

Wenn wir das allgemein zur Kenntnis nehmen, dass alle Investitionsaktivitäten in der Pflege eine noch viel größere Herausforderung für die Zukunft darstellen, als es jetzt geschildert worden ist, dann wissen wir, dass durch die demografische Entwicklung, auf

der anderen Seite durch Älterwerden auch die Verantwortung der Politik in sozialer Hinsicht für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger steigen wird.

Das ist unbestritten. Daher ist auch naheliegend, dass wir auch im Burgenland, die wir den ältesten demografischen Ansatz haben, noch zusätzliche Altenwohn- und Pflegeheime brauchen werden.

Das vom Landesrat angesprochene Lenkungsspiel, nämlich, von den Pflegeheimen weg zur mobilen Pflege und zur Hauspflege, ist ein politischer Wunsch. Ob sich der erfüllen lassen wird, wage ich nach heutigem Stand der Dinge absolut zu bezweifeln, weil nämlich eines stattgefunden hat und das sollten Sie in der Diskussion mitberücksichtigen, denn soweit ich es weiß, sind Pflegeheimplätze im Moment günstiger, sage ich einmal vorsichtig, als die mobile Hausbetreuung.

Dieser Effekt kann nicht quasi in das Gegenteil verkehrt werden, was dem politischen Wunsch entspricht, solange quasi die offiziellen Pflegeheimplätze günstiger sind, als die mobilen Pflegeeinrichtungen.

Wenn Sie einen Tagespatienten, eine Betreuung ins Pflegeheim bringen, kostet das mit Verpflegung von 7.00 bis 17.00 oder 18.00 Uhr 22 Euro. Das müssen Sie jemandem erklären, wie günstig der Pflegeplatz in einem Pflegeheim für eine Tagesbetreuung ist, im Verhältnis zu dem, was ein Privater aufwendet oder was den mobilen Pflegedienst ausmacht.

Das ist quasi eine Spanne, die sich nicht wegdiskutieren lässt und die in der schlimmsten Form den günstigen Tarif hat, 44 Euro für einen pflegebedarfsmäßig ausgestatteten Patienten oder Klienten, der ins Altersheim von 7.00 bis 18.00 Uhr 44 Euro für einen pflegebedarfsmäßig ausgestatteten Patienten oder Klienten, der ins Altersheim von 7.00 bis 18.00 Uhr gebracht wird. Das ist ebenfalls um 100 Prozent günstiger als jede Art von Aufwartung, die von einem ausländischen Bewerber oder einer Pflegerin umgesetzt wird oder von einem inländischen mobilen Pflegeheimdienst.

Tatsache ist, dass mit der Entscheidung auf den Wegfall des Regresses manches in Bewegung geraten ist und dass noch vieles folgen wird.

Wir haben aber die Herausforderung, dass wir uns der Pflege in einer Form diskussionsmäßig nähern ohne zu berücksichtigen, dass das von staatlicher Seite allein nicht gelöst werden kann. Außer man gibt dem Anspruch nach, den zum Beispiel die AK schon langatmig gestaltet und festgehalten hat, dass nämlich die Möglichkeit von Steuereinhebung über eine andere Situation in der sogenannten sozialen Versorgung so führen würde.

Das heißt, wenn ich zum Beispiel eine Erbschaftssteuer einführe, kann ich mir vieles, was diese Möglichkeiten anlangt, gebunden leisten, aber da ist der politische Anspruch mit Sicherheit von Bundesseite her ein anderer von dieser Regierung her. In der Entwicklung auf die Pflege im Burgenland sollte man auch eines mit ins Boot nehmen und in der Diskussion auch festhalten.

Es gibt einen fertigen Plan von der Arbeiterkammer, auch angeführt, wo Sie nachlesen können, welche Möglichkeiten im Sinne des Pflegenotstandes oder des pflegepragmatischen Bedarfs Gegebenheit sind.

Das hat es vor zwei Jahren schon in der Ausführung vom vormaligen Präsidenten Kaske in der Entwicklung gegeben und man kann entsprechend als Beispiel die sogenannten skandinavischen Länder herziehen, wo auch zum Beispiel der Pflege, nicht nur der Patient, sondern der Pfleger, einen ganz besonderen Stellenwert und

Rangordnung in dieser Gesellschaft einnimmt, wo man bereit ist, Geld in die Hand zu nehmen, das vom Staat auf die Kommunen runtergebrochen und verteilt wird und wo jetzt dann in der Ausführung auch andere Vorsorgemaßnahmen für den einzelnen Klienten getroffen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin nicht bereit mich auf eine Diskussion einzulassen, wo wir jetzt möglicherweise sagen, wir brauchen, ich kann es nicht bestimmen, ob wir drei Pflegeheime, fünf Pflegeheime oder zehn brauchen werden.

In der Entwicklung, Herr Kollege Steiner, wird sich das auch zeigen. Ich bin überzeugt davon, dass hier Schritt für Schritt dieser Bedarf auch zusätzlich mit Pflegeheimen abgedeckt wird.

Soviel ich weiß, hat es gestern am Nachmittag eine Diskussion mit Personen gegeben, die im Pflegebereich zuständig sind und wo sich auch herauskristallisiert, wo es entsprechende Zustimmung für gewisse Erweiterungen, beziehungsweise für Pflegeheime insbesondere Neu geben wird.

Im Grunde genommen sind hier viele auch Wohltäter unter dem Rahmen, unter dem Anspruch unterwegs, sie wollen ein Pflegeheim dort haben. Einer will es bei sich haben, der andere will die Nachbarortschaft. Wenn Sie sich den Pflegeatlas anschauen und die einzelne Verteilung der Pflegeheimplätze auf das Burgenland kennzeichnen, dann wissen Sie, dass vom Süden bis in den Norden und vom Norden in den Süden eine flächendeckende Versorgung durchaus geboten ist. Was dem Gesundheitslandesrat Rezar geschuldet ist in der Entwicklung.

Tatsache ist auch, dass die Fortsetzung einer Diskussion hier nie einen Abbruch dulden wird. Wir müssen uns besinnen und darauf muss die Politik in der Form auch in der Verantwortung reagieren, dass die Zukunft nur mit entsprechenden Schritten gesetzt werden kann, dass sie gestaltet werden kann.

Wenn die Pflege nicht die Herausforderung findet, dass in den Mittelpunkt der Verantwortung politischen Geschehens gestellt wird, dann ist mir Angst und Bange um diese Gesellschaft, denn wir werden älter, wir bleiben länger gesund, und aus diesen Komponenten heraus ist die Verantwortung nicht abzuschieben, sondern man muss sich ihr stellen.

Daher ist auch der Forderung, es sollte ein neuer Pflegeplan so schnell wie möglich herkommen, durchaus gerechtfertigt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: So, Herr Abgeordneter Kölly. Ich bitte Sie zum Rednerpult.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Dankeschön. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich finde ja der Dringlichkeitsantrag ist berechtigt, es ist dringlich. Es ist schon seit Monaten, Jahren, Dringlichkeit angesagt in diesem Bereich. Ich glaube, hier haben wir einige Zeit verschlafen. Ich glaube es nicht nur, sondern ich weiß es.

Selbst als Bürgermeister in Deutschkreutz war es wichtig und ist es wichtig, im Sozialbereich doch weiterzudenken, vorzudenken. Das, glaube ich, ist ein wichtiger Faktor, auch im Lande. Es ist eine Mega-Herausforderung, Herr Landesrat, was Sie da übernommen haben, gar keine Diskussion, und wo der Regress auch noch gefallen ist, was da auf das Land zukommt. Nicht nur auf Sie selbst, sondern auf das Land.

Ich sage eines, es würde dieser Entwicklungsplan und Pflegebedarfsplan längst daliegen, nur, wie finanziert man die ganze Situation? Ich glaube das sollte man ins Auge fassen und da sollte man ehrliche Antworten finden und sagen, ja, das wird immer schwieriger mit diesen Budgetmitteln das Ganze so abzuwickeln, wie man sich das vorstellt, oder wie es der Mensch sich verdient hat.

Sehr geehrter Herr Landesrat Darabos! Ich beneide Sie nicht, dass Sie diese Aufgabe übernommen haben und auch schlussendlich, hoffe ich, zu Ende bringen. Das wird es nie geben, denn es muss immer die Diskussion geben. Heute haben wir schon gehört, wir werden Gott sei Dank älter, bleiben gesünder und haben Anspruch darauf, solche Möglichkeiten zu nutzen.

Wir diskutieren schon lange, landauf, landab, die Heimpflege. Jetzt ist es seit Monaten großes Thema gewesen. Seitens der Liste Burgenland haben wir immer darauf gepocht, auch die FPÖ damals schon, wir haben gesagt, wir brauchen mehr Pflegekräfte. Wo ist die Ausbildung? Was tun wir?

Jetzt müssen wir froh sein, dass wir Personen finden, die eigentlich aus dem Ausland kommen und diese Arbeit tatsächlich verrichten. Wohl nachgedacht, dass die hervorragende Arbeit leisten, aber das Geld in die Hand nehmen und in ihr Land natürlich mitnehmen. Na selbstverständlich, und dort das Geld ausgeben.

Daher noch einmal. Wir haben verschlafen, eine Pflegeausbildung schon vor Jahren, sage ich einmal vor zehn, 15 Jahren schon in Angriff zu nehmen und das zu erkennen. Das haben wir nicht geschafft. Jetzt stehen wir da und wissen nicht, wie wir weiter sollen, wegen der finanziellen Mittel.

Es ist so. Die Diskussion muss weitergehen und daher dieser Dringlichkeitsantrag seitens der ÖVP. Okay. Aber auch Sie waren in der Regierung vor ein paar Jahren noch. Auch dort hätte man schon das andenken können und auch anregen können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben einen Plan gehabt!)* Plan B oder C oder völlig egal. Ein Plan sagt ja noch lange nichts aus.

Ich sage noch einmal, ein Pflegebedarfs- und -Entwicklungsplan entwickelt sich so schnell und in eine Richtung. Sie wissen das ganz genau und Sie sind ja selbst auch Bürgermeister in Eisenstadt, wie schnell das Ganze eigentlich läuft, und auf einmal steht man da. Wie finanziert man das? Können wir es umschichten? Von wo nimmt man das Geld her? Das sind die Realitäten.

Daher ist es mir wichtig, und da hat der Herr Kollege Steier schon Recht, Herr Landesrat Darabos, wenn ich einen Tagesheimplatz nehme und nur 22 Euro zahle, dann stimmt irgendetwas nicht in der ganzen Relation. Das ist einfach nicht mehr neutral zu handeln und zu sehen. Wenn der Hilfswerkchef, der Ossi Klikovits, jetzt hergeht und fordert großartig was weiß ich was. Na der ist schon seit 20 Jahren Hilfswerkchef, ist er jetzt erst draufgekommen?

Oder warum hat er das nicht schon länger gesehen? Da frage ich mich, wenn solche Positionen da sind, warum hat der dann nicht schon lange Hallo geschrien, wir müssen da etwas unternehmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Seit Oktober 2017 gibt es…!)*

Das ist ein Jahr her, hallo, ich rede vor fünf, zehn Jahren. Man muss ja einen Weitblick in dieser Situation bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist genau der Punkt, wo ich einfach sage, es ist nicht nur fünf vor 12, es ist fünf nach 12. Wir müssen etwas machen. Jetzt kommt es immer wieder darauf an, werte Regierung, wie schaffen wir es, die Finanzierung auf die Beine zu stellen?

Da haben wir ja verhandelt, weil der Bund, im Übrigen sitzt Ihr ja auch im Bund, Kürzungen vorgenommen hat, und wo die Landeshauptleute dann verhandelt haben, dass man zu einer gewissen Summe wenigstens kommt. Wenn ich mich erinnern kann, 465 Millionen Euro waren es vorher, haben wir gefordert, und dann sind es 340 geworden.

Ich glaube auch, hier hat man mit Akribie verhandelt, aber im Endeffekt ist es viel zu wenig Geld auch seitens des Bundes, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die sollten erkennen, was wichtig ist in diesem Bereich und dementsprechende Geldmittel flüssig machen. Kürzen tut man schnell. Wer leidet darunter? Immer die Bevölkerung logischerweise.

Daher bin ich, Herr Landesrat Darabos, noch einmal klar und deutlich ausgedrückt, es ist alles schön, was Sie gemacht haben. Gefällt mir, aber das hilft uns nicht einmal einen Millimeter weiter. Ich sage Ihnen das auch gleich, das hat viel Geld gekostet, aber bringen tut es uns gar nichts. Wir wissen wo die Häuser stehen, was los ist, was zu tun ist. Ich kann auch aus eigener Erfahrung sprechen. In Deutschkreutz bräuchte ich auch 20 Betten zusätzlich.

Ganz einfach. Das ist einmal gesagt. Da habe ich Deutschkreutzer in Weppersdorf, in Neusiedl, überall untergebracht. Na, was glauben Sie was die zu mir alle sagen: Bist du nicht fähig, dass du in Deutschkreutz irgendetwas noch dazu bauen kannst? Obwohl es ja mir gar nicht gehört.

Jetzt komme ich zum nächsten Thema. Ich habe dort 40 Arbeitsplätze in diesem Haus. Das betreibt die Caritas. Die Gemeinde kriegt keinen Cent davon. Auch ein interessantes Thema. Die Gemeinde hat nichts davon. Die muss den Grund zur Verfügung stellen, muss sich noch um die Infrastruktur kümmern. Wir bekommen keine Kommunalsteuer von der Caritas.

Auch hier sollte man einmal nachdenken, wie ist das System aufgebaut? Wie rennt das Ganze? Ein jeder Private, egal in welchem Bereich, und das stimmt sehr wohl, ich kann Dir das ja beweisen, weil wir keine kriegen in der Gemeinde. Das ist so ausgemacht, und das solltest Du wissen, lieber Herr Klubobmann. Ich beweise Dir das, dass das so ist. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)*

Ach so, das stimmt. Ja, und das sind solche Dinge, die die Bevölkerung und die Menschen draußen gar nicht wissen. Wenn ich ihnen das erkläre, wollen sie das nicht begreifen und sagen, das gibt es ja nicht.

Ein Privater, jeder Betreiber, Herr Landesrat, muss Kommunalsteuer zahlen, sei es der Drescher, sei es egal, Hilfswerk, wird das zahlen. Auch dort müssen wir einmal schauen, wie wir das ändern können. Oder wie wir vorher geredet haben, mit einem „22 Euro-Gschichtl“. Ich glaube, das wird einem jeden mehr wert sein, wenn er dort von der Früh bis am Abend betreut wird, in Gesellschaft ist, unterhalten wird. Das müssen wir diskutieren.

Ich würde vorschlagen, und jetzt alle, die hier sitzen, nicht das, was ich immer sage, sondern dass man sich wirklich einmal Gedanken macht, und gemeinsam eine Lösung finden kann und muss, weil es nicht einfach ist das Ganze zu handeln.

Noch einmal, ich beneide ihn nicht das Ganze abzuwickeln. Wir müssen das Geld aufstellen können. Wir müssen schauen, dass wir eine vernünftige Lösung, einen vernünftigen Plan, aber nicht für nächstes Jahr oder dass wir jetzt nächste Woche einen Plan in der Hand haben, sondern dass wir auch fünf bis zehn Jahre vorschauen dürfen.

Das schulden wir unseren Nachkommen ganz einfach, das schulden wir unserer Generation, die das Land aufgebaut hat, die in dieser Situation jetzt sind und einen Platz suchen. Daher, glaube ich, ist vernünftig, bevor man da eine Diskussion führt über den Tisch hin und her, dass sich wirklich die Fraktionen alle zusammensetzen und sagen, wir bringen Ideen ein, wie können wir das lösen.

Auch Sie, die im Bund oben derzeit das Sagen haben, vielleicht anklopfen und sagen, da braucht man eine andere Lösung, denkt ein bisschen nach. Nicht sagen, es gibt uns eh in fünf Jahren, und nachher interessiert mich das nicht. Das kann es nicht sein.

In diesem Sinne, glaube ich, ist es auch wichtig, dass dieser Antrag eingebracht wurde, dass wir wieder diskutieren. Ich glaube, dass wir ständig über das diskutieren müssen, da brauche ich keinen Dringlichkeitsantrag, sondern wir müssen ständig diskutieren.

Ein Landesrat, der so ein Amt über hat, müsste eigentlich im Monat mit allen Fraktionen mit den dementsprechenden Leuten diskutieren und sagen kommt her, da brennt der Hut, so schaut es aus. Ich habe zwar den Plan vorliegen, aber ich kann mit dem gar nicht rausgehen, weil ich ihn nicht finanzieren kann. Da muss man eine Lösung finden, das ist halt einmal so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Euch ja gar nicht die ganzen Zahlen und Ziffern zeigen. Ich hoffe, Ihr habt Euch das angeschaut, was das in den nächsten Jahren kosten wird, was auf uns zukommen wird. Wie ist das wirklich zu finanzieren?

Man hat jetzt schon Probleme mit einem Voranschlag oder mit einem Budget, wo wir immer fordern, ja, wir sollten eigentlich als Landtag mitreden können, wir dürfen nicht mitreden. Entscheidet halt die Regierung. Aber auch das werden wir bald ändern, weil wir dort Einsicht haben. Wir wollen ja mitarbeiten, wir wollen ja als Opposition auch mitarbeiten, dass wir Lösungen finden, dass wir gemeinsam einen Weg finden, solche Dinge, die ja wirklich komplex sind, und auch so eine riesen Herausforderung sind in den nächsten Jahren, dass wir die gemeinsam bewältigen.

Dafür stehe ich und dazu werde ich mich auch demensprechend wieder einbringen. Ich glaube, die Liste Burgenland mit meinem Kollegen Gerhard Hutter, aber ich nehme auch an, die anderen, dass man eine Lösung eine vernünftige herbeiführen kann.

In diesem Sinne wünsche ich, dass dieses Thema wirklich dementsprechend gut ausgehen kann. Ich weiß, man kann nicht alles erfüllen. Wenn ich mir diese Zahlen anschaue wird das nicht einfach sein. Aber da bitte ich wirklich die komplette Landesregierung mit dem Landtag sich an einen Tisch zu setzen, um das zu klären.

Herzlichen Dank, dass Sie zugehört haben. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Es steht vollkommen außer Streit, dass der Bereich der Pflege und Betreuung zu den größten politischen Herausforderungen überhaupt gehört. Aktuell und das wird auch in Zukunft so bleiben.

Es steht daher außer Streit, dass es ununterbrochen Bemühungen braucht, um das Funktionieren des Systems zu gewährleisten. Es steht daher auch vollkommen außer

Streit, dass es da keinen Stillstand geben darf. Also gibt es große Herausforderungen. Ja, aber gibt es auch das, was die ÖVP behauptet? Drohenden Notstand? Kein schwaches Wort.

Drohenden Kollaps? Auch kein schwaches Wort. Nein, das gibt es nicht. Es gibt keinen Notstand, es gibt keinen Kollaps. Es gibt nur eine Partei, die Landtagssitzungen, die alles schlecht macht, eine Partei die nicht Schrittmacher, sondern Schlechtmacher ist. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Das ist ein recht destruktiver Zugang bei einem sehr wichtigen Thema. Ein Zugang den wir, wie gesagt, mittlerweile Landtagssitzung für Landtagssitzung erleben. Für jede Landtagssitzung pickt man sich ein Thema heraus, pickt man sich ein Regierungsmitglied heraus, um dann den Weltuntergang, um dann den Teufel an die öffentliche Wand zu malen. Heute ist auch einmal die Pflege dringlich und heute drohen auf einmal Notstand und Kollaps. Es folgt ganz offensichtlich einem langeverfassten Drehbuch.

Landesrat Darabos hat ja das völlig richtig so ähnlich beschrieben. Erinnern wir uns. Gestern vor zwei Wochen hatten wir hier im Saal eine von der ÖVP initiierte Sondersitzung des Landtages. Eine Sondersitzung mit einem Dringlichkeitsantrag der ÖVP, aber nicht mit einem Dringlichkeitsantrag zur Pflege, nein, einem Dringlichkeitsantrag zu Verhandlungen über Landesverfassung, Geschäftsordnung und Transparenz. Einen Antrag zu Verhandlungen, die an diesem Tag ohnehin, weil seit Monaten vereinbart, begonnen hätten. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Was ist in diesen zwei Wochen passiert? Ich frage mich, was ist in diesen zwei Wochen passiert. Was hat der Herr Landesrat seit 05. September angestellt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nichts ist passiert, das ist das Problem!)* dass das Thema Pflege jetzt auf einmal dringlich ist, im Gegensatz und im Vergleich zum 05. September? Die Wahrheit ist, nichts Nachteiliges ist passiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gar nichts ist passiert!)*

Der Herr Landesrat hat nichts angestellt. Der ÖVP geht es nur um Verunsicherung der Bevölkerung, um Panikmache. Die Pflege und Betreuung ist bei dieser Landesregierung in guten Händen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

So, der Dringlichkeitsantrag selbst ist inhaltlich dünn. Er ist seicht und er befasst sich nur mit einem Teilaspekt des großen Ganzen und vor allem mit einem Teilaspekt, der nicht Auslöser für Notstand oder Kollaps sein kann. Selbstverständlich ist der Pflegebedarfs- und Entwicklungsplan nicht irrelevant, das behaupte ich nicht, aber er ist eben nur ein Teilaspekt.

Im Übrigen, wenn man sich Ihre Anfragen an den Landesrat Darabos in den letzten Monaten anschaut, ja, wo Sie ja ständig versuchen einen Notstand zu konstruieren, unter Hinweis auf den noch nicht vorliegenden Pflegebedarfs- und Entwicklungsplan. Da sieht man ja, dass Sie in Wirklichkeit gar nicht wollen, dass er irgendeine Latte überspringt.

Denn wenn ich in diesen Anfragen lese, Sie wollen von ihm wissen, wie der Bedarf in 20 Jahren ausschaut. Also da hört es sich wirklich endgültig auf seriös zu sein. Niemand kann sagen, wie es heute in 20 Jahren ausschaut. Da kann man vielleicht demokratische Prognosen anstellen, aber auch nicht viel mehr, meine Damen und Herren!

Es ist ein Teilaspekt in Bezug auf die stationäre Pflege. Die stationäre Pflege ist wiederum nur einer von vielen Bausteinen und Stufen des Pflegesystems der Pflegepyramide, die Sie ja vorhin schon gesehen haben.

Wichtig und wesentlich ist, dass das System, dass diese Pyramide als Ganzes funktioniert und das ist der Fall. Natürlich müssen auch die einzelnen Bausteine und

Stufen dieses Systems funktionieren. Wenn wir schon über die stationäre Pflege, über den Bereich der Altenwohn- und Pflegeheime reden, dann halte ich zwei Dinge fest.

Erstens, die Unterbringung dort ist natürlich nicht das Ziel. Die Möglichkeit dazu muss aber natürlich zur Verfügung stehen. Es ist daher auch vollkommen richtig, dass wir als Landtag unter Federführung in dem Fall des ressortzuständigen Landesrates, dass wir im Landtag auch beim Budget dazu übergegangen sind, Angebote der ambulanten Pflege und Betreuung, mobile Angebote höher zu bedienen als das in der Vergangenheit der Fall war. Das ist in allen Belangen die richtige Entscheidung.

Zum Zweiten, auch ich habe mir die Pflegeplatzbörse angeschaut, Herr Kollege Steiner. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja!)* Ich gebe zu, das macht optisch nicht den allerbesten Eindruck, aber man muss dann schon auch ins Detail schauen. Und man muss auch schon hinterfragen, wie diese Pflegeplatzbörse betreut, befüllt wird. Für die Befüllung dieser Pflegeplatzbörse sind die Heimbetreiber selbst verantwortlich.

Es fällt im Übrigen, sage ich dazu, aber es fällt im Übrigen auch schon auf, dass die Häuser des Hilfswerkes schon seit Wochen, teilweise schon seit Monaten nicht mehr gemeldet haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil sie voll sind!)* Sie wissen aus den Anfragebeantwortungen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil sie voll sind!)* Sie wissen aus den Anfragebeantwortungen des Herrn Landesrates auch, dass es da viele Voranmeldungen gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber warum, Herr Kollege, sagen Sie in diesem Zusammenhang nicht, dass sie voll sind? Das ist einmal so!)*

Sprich diese Auskunft nicht zwangsläufig darüber eine Aussage trifft, ob ein Pflegebett verfügbar ist oder nicht. Die entscheidende Frage ist, Herr Kollege Steiner, Sie haben sich heute gesuhlt in dieser Pflegeplatzbörse, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was heißt gesuhlt?)* die entscheidende Frage ist, ist Ihnen ein Fall bekannt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja! – Abg. Mag. Michaela Resetar: Viele!)* wonach jemand der dringend ein Bett gebraucht hätte keines bekommen hat *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was? Das fragen Sie ernsthaft?)* oder keines in absehbarer Zeit bekommen hätte? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das fragen Sie ernsthaft?)*

Ich trau mich nämlich wetten, wenn es solche Fälle gäbe, wenn es solche Fälle gäbe, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das fragen Sie ernsthaft?)* dann hätten Sie den Herrn Landesrat schon mit ganz anderen Methoden durch Sonne und Mond geschossen und durch die Medienlandschaft gelackt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das glaubst Du ja selber nicht!)* Solche Fälle liegen nicht vor. Sie sind im Übrigen auch nicht im Landesratsbüro bekannt, weil ich gehe ja schon davon aus, dass sich dort jemand beschweren würde.

Was Sie da betreiben ist Verunsicherung, das ist Panikmache, das ist Anpatzen! Ihr Antrag ist im Gesamtkontext des Bereiches Pflege und Betreuung einfach schwach. Das haben Sie im Übrigen ja auch selbst erkannt, indem Sie heute Früh noch schnell einen anderen Antrag zum Thema Pflege nachgeschossen haben, der ja, zugegebenermaßen doch ein bisschen mehr Fleisch hat als das was Sie da als Dringlichkeitsantrag vorgelegt haben. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Meine Damen und Herren! Dass die Dame und die Herren der ÖVP mit dem Herrn Steiner an der Spitze, mir nicht glauben, mir nicht Recht geben, das sehe ich ja noch irgendwie ein. Aber ich rufe jetzt abschließend einen Kronzeugen auf, den Souverän, die burgenländische Bürgerin, den burgenländischen Bürger, ich verweise auf die Bürgerbefragung Nordburgenland und auch Südburgenland. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein schwaches Argument, Herr Kollege!)*

Die Frage Zufriedenheit mit Lebensbereichen im Wohnbezirk. Zufriedenheit mit dem Angebot im Pflegebereich, 60 Prozent zufrieden und sehr zufrieden. *(Der Abgeordnete zeigt eine Statistik.)* Und nur fünf Prozent nicht zufrieden, beziehungsweise sehr unzufrieden. Das ist, wenn Sie sich mit solchen Umfragen ein bisschen beschäftigen und auskennen *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihr macht eh schon wieder eine!)* ein Wert, der in keinem anderen Lebensbereich erreicht wird. Es gibt kaum Werte die niedriger sind. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenn sie eh aktuell ist, warum braucht Ihr dann noch eine?)*

Im Übrigen im Südburgenland schaut es noch viel besser aus. 76 Prozent zufrieden und sehr zufrieden, nur drei Prozent sehr unzufrieden. Das finden Sie in fast keinem anderen Lebensbereich, wenn Sie sich diese Umfrage anschauen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es gibt keinen anderen… - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Noch einmal ganz zum Schluss. Es ist keine Frage, dass der Bereich der Pflege und Betreuung eine tagtägliche Herausforderung ist, dass wir da laufend daran arbeiten müssen. Aber die Bevölkerung, und die ist der Kronzeuge in diesem Fall, die Bevölkerung verspürt keinen Notstand. Sie verspürt keinen Kollaps.

Sie ist mit den Angeboten im Pflegebereich zufrieden, weil gut gearbeitet wird, weil das Angebot passt und weil wir Tag für Tag daran arbeiten, dass es auch so bleibt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Rosner.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Zwiegespräch zwischen der Abg. Ingrid Salamon und des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Ich will das jetzt nicht polemisch abhandeln, sondern eher bei den Fakten und bei den Tatsachen bleiben.

Herr Kollege Molnár, Sie haben das jetzt irgendwie schönreden wollen. Ich glaube eine gute Pflege, egal ob im Spital, im Pflegeheim oder in mobiler Pflege, muss uns etwas Wert sein. Der Kollege Steier hat das sehr treffend formuliert, das muss man sagen. Dafür sind bestmögliche Ausbildung, entsprechende Entlohnung und Arbeitsbedingungen, die die Beschäftigten selbst nicht krank machen, unbedingt notwendig.

Die Beschäftigten in der Pflege verdienen größte Wertschätzung und Respekt sowie eine Attraktivierung des Berufs durch verbesserte Rahmenbedingungen. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in Österreich mittlerweile schon bei 80 Jahren. Es wird sich die Zahl der über 85-Jährigen in den nächsten 15 Jahren mehr als verdoppeln.

Beinahe 90.000 Personen sind im Pflegebereich tätig, davon sind 80 Prozent Frauen. Ich war am 06. September, Herr Molnár, bei der Übergabe der Diplome für dieses Jahr an die Absolventen der Krankenpflegeschule Oberwart und Frauenkirchen in Oberschützen dabei. Nur 21 neuen Diplomkrankenpflegerinnen und -pflegern wurde dieses Jahr ein Dekret überreicht.

Also viele waren das nicht. Das waren in den Jahren vorher immer um einige mehr, Herr Landesrat. Auch daran sieht man, dass wir im Pflegebereich jetzt schon ein Problem haben. Ich habe mit dem Leiter eines Pflegeheimes im Südburgenland, welcher über zwei Standorte verfügt, die in Summe 135 Mitarbeiter beschäftigen, gesprochen.

Herr Landesrat, Sie sagen, wir sind gut aufgestellt, der Herr Molnár sagt alles super, es gibt kein Problem. Also diese Herrschaften sehen das ganz anders. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)* In den bestehenden Pflegeheimen gibt es jetzt schon große Probleme, große Probleme, diplomierte Krankenpflegerinnen und -pfleger, Personal für Pflegeassistenz, die die zweijährige Ausbildung in der Schule für Sozialbetreuungsberufe machen oder Personal für Heimhilfe, die die zweimonatige Ausbildung im BFI machen, zu bekommen.

Wenn wir reden über neue Pflegeheime, wenn kein entsprechendes Personal zur Verfügung steht, wird es auch mit zusätzlichen Pflegebetten und Pflegeheimen schwierig werden. Ein Betreiber einer Pflegeagentur mit zirka 200 Pflegerinnen und Pfleger unter Vertrag, kann man sagen, dass er schon einiges an Erfahrung in puncto Pflegebereich hat, der meint, dass die größten Probleme darin liegen, dass die Angehörigen und die Betroffenen, die Pflegepersonal benötigen, total überfordert sind. Mit vielen Fragen konfrontiert sind, *(Abg. Ingrid Salamon: Genau, die Beratung auf der BH zum Beispiel!)* die sie auch nicht beantworten. Ja das kommt.

Wieviel kostet eine 24-Stunden-Pflege? Verfügen die Pflegekräfte über ausreichende Qualifikationen und Kommunikationsfähigkeiten? Gibt es Anspruch auf Förderung, lange Wartezeiten? Wer meldet die Pflegekräfte an? Wie komme ich zu einem staatlichen Zuschuss und so weiter und so fort. In der Anfrage vom Kollege Patrik Fazekas, August dieses Jahres, hat er gefragt und ich zitiere: "Wie viele freie Pflegebetten gibt es in den jeweiligen Pflegeheimen, aufgelistet nach Bezirken?"

Da haben Sie gesagt, richtigerweise, aufgrund der tagesaktuellen Änderung haben Sie verwiesen auf die Pflegeplatzbörse des Landes. Sie sagen aber es gibt 44 Pflegeheime. Ich habe in dieser Pflegeplatzbörse leider nur 42 gefunden. Anscheinend ist die nicht vollständig. Habe aber zum Beispiel… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es gibt einen Pflegeatlas!)* Habe ich leider nicht gefunden, wäre interessant.

Sie ist anscheinend auch nicht komplett und daher, ich habe es heute angesehen, es sind nur 42 drinnen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, aber nicht in der Börse! – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: In der Börse sind sie nicht drinnen!)*

Wenn der Kollege Molnár sagt es gibt aktuell keine Wartelisten... *(Abg. Ingrid Salamon: Es können nicht solche dabei sein, die mit dem Land keine Vereinbarung haben und die müssen sich nicht hineingeben lassen, meine Herren! – Abg. Mag. Michaela Resetar: In Oberwart aber schon!)*

Frage drei vom Kollegen Fazekas im August: "Wie viele Personen stehen bei einigen Pflegeheimen auf der Warteliste für einen Pflegeheimplatz, aufgelistet nach Bezirken und Pflegeheimen?" Am Stichtag 15. Juli 2018 wurde von den Heimbetreiberinnen und -betreibern 204 Anmeldungen beziehungsweise Vormerkungen für einen Heimplatz von Personen mit Pflegestufe vier oder höher bekanntgegeben.

Zugegeben, es werden Mehrfachmeldungen sein, weil ja der eine oder andere sich bei zwei oder drei Heimen anmeldet. Aber das es keine Wartezeiten und keine Wartelisten gibt, also das ist nicht korrekt. *(Abg. Ingrid Salamon: Aber zwischen Wartelisten und aktuellen Fällen ist ein Unterschied, meine Herren!)*

Eines was sich auch anmerke, und das ist positiv, und Sie haben es auch gesagt, Herr Landesrat, welche konkreten Maßnahmen sind künftig geplant. Sie haben gesagt, dass mit 01.01.2019 die Installierung von Pflege- und Sozialberaterinnen und -beratern auf jeder Bezirkshauptmannschaft sein wird. Das muss ich positiv anmerken, denn auch mit diesen Herrschaften, die diese 200 Pflegerinnen und Pfleger, diese Agentur

angemeldet hat, die sieht das auch sehr positiv. Die sind oft mit den Fragen der potentiellen Kunden oft weitaus überfordert.

Dann weiters möchte ich noch anmerken, wir von der ÖVP Burgenland und der Kollege Sagartz und der Kollege Steiner haben ja im Juni das was in anderen Bundesländern auch schon fest verankert ist, die Einrichtung eines eigenen Seniorenreferates im Land gefordert. Weiters haben sie auch die Frage gestellt, und das war ja heute schon oft das Thema, wann denn der burgenländische Pflegebedarf- und Entwicklungsplan nun präsentiert wird?

Ich meine, wenn er nicht schon präsentiert wird, aber das muss man schon sagen, und ich glaube, dass ist für die Politik auch kein guter Dienst, wenn man dann eine Presseaussendung macht, und das war am 25. Juni. Nach der Kritik der ÖVP Burgenland wegen des ausständigen burgenländischen Pflegebedarfs- und Entwicklungsplans hat die SPÖ am Montag angekündigt, diesen im Juli zu präsentieren. Also ich glaube auch, da sieht man wie ernst man mit diesem Thema umgeht.

Also ich finde das nicht gut und kein guter Dienst an der Politik, wenn man natürlich erwartet, dass man dann im Juli diesen Plan vorgelegt bekommt. Die Bevölkerung und die Menschen sind ganz einfach sicher, dass der Pflegebedarfs- und Entwicklungsplan da ist, ist aber dann auch nicht Fakt.

Ja, also abschließend möchte ich sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen die Situation der Betroffenen rasch verbessern und das hat nichts mit irgendwelchen Schlechtreden des Landes zu tun.

Die Burgenländerinnen und Burgenländer müssen sich darauf verlassen können, dass ausreichend Pflegeplätze und Personal vorhanden sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Kollege Steiner ist nicht zugegen, darum werde ich meine Wortmeldung auf ihn platzierend nachher richten, wenn er zugegen ist.

Das Thema Pflege, Betreuung und Unterstützung ist meiner Meinung nach zu wichtig, um es so emotionell zu führen wie jetzt. Wir sind unseren nunmehr pflegebedürftigen Burgenländerinnen und Burgenländern, die dieses Land aufgebaut haben, schuldig, denen die Pflege zu geben, die sie benötigen und die sie verdienen.

Wir sind es auch unseren pflegenden Angehörigen schuldig, mit Wertschätzung, Anerkennung und Dank ihre Arbeit, die sie zu 75 Prozent in den Familien des Burgenlandes erfüllen, aufzuzeigen.

Und wir sind auch schuldig der nächsten Generation, eine Perspektive für die mögliche Pflege und Vorsorge zu gewährleisten.

Deshalb ist dieses Thema der Pflege, Betreuung und Unterstützung ein weites, umfassendes Thema, das behutsam und vorsichtig behandelt werden muss. Es ist ein Generationenthema, es ist aber auch ein Thema, das wahrscheinlich die nächsten Jahrzehnte auch die Politik, die Bundes- und die Landespolitik betreffen wird.

Es ist deshalb auch schade, dass dieser Dringlichkeitsantrag einen Teilaspekt eines wichtigen Gebietes umfasst, nämlich dem sogenannten Pflegebedarfs- und Entwicklungsplan, der im Endeffekt nur Zahlen und Daten wiedergibt.

Er sagt aber nicht, was die Bedürfnisse der Menschen sind, und genau diese Bedürfnisse der Menschen müssen wir abbilden. Wir müssen deshalb, damit die Politik auch zukünftig glaubwürdig bleibt, und die Glaubwürdigkeit ist das höchste Gut, das die Politik besitzt, müssen wir Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger gewinnen.

Deshalb bin ich auch überzeugt, dass jegliche Bürgerbefragung in weitem Ausmaß natürlich besser, ein gutes Instrument ist, um diese Bedürfnisse zu erfassen. Ich bin auch überzeugt, dass das Burgenland in den letzten Jahren nicht nur finanziell - jeder zweite Euro geht in Soziales, Gesundheit und Wohnbauförderung - gut aufgestellt ist.

Ich bin auch überzeugt, dass das Burgenland im Sozialbereich das menschliche Gesicht gezeigt hat. Deshalb finde ich es nicht richtig, dass man diese gut aufgebaute Basis, die eigentlich bei den Diskussionen im Sozialbericht, bei den Diskussionen, wenn es um das Gesamtkonzept für Unterstützung, Pflege und Betreuung geht, wo nicht diese emotionelle Diskurstätigkeit auftritt, dass man diese schlechtredet.

Wenn Kollege Steiner jetzt reinkommt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da bin ich.)* muss ich offen und ehrlich sagen, ich lasse mir von Ihnen nicht unterstellen, dass ich als einer der nächsten Redner zu einem Thema reden werde und das schönreden werde. Das steht mir schon zu, selbst zu beurteilen, was ich zu jedem Thema sage. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo hätte ich das behauptet?)* In Ihrer Wortmeldung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schönreden?)*

Und ich lasse mir auch nicht von Ihnen erklären, mir meine Kompetenz wegzunehmen, die ich als gelernter Sozialjurist und als gelernter praktizierender Sozialrechtler habe, wenn Sie mir unterstellen, in dem Bereich der Pflege, Betreuung und Kompetenz nicht die notwendige Kompetenz zu haben.

Ich lasse auch diese Kompetenz der Sozialdemokratie im Bereich der Pflege und Betreuung nicht wegnehmen. Es ist nämlich genau das, was ich glaube.

Sie versuchen, Schrittmacher für etwas zu sein, was Sie nie sein können. Und warum nicht?

Ich habe vorher diesen Folder, dieses Geschenk, wie der Kollege Sagartz erwähnt hat, Dialog pflegen, jetzt könnte man von der Wortwahl schon sagen, Dialog pflegen - Sie pflegen den Dialog. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben es erfasst.)* Nachdem, was ich gesehen habe, ist es das nicht.

Wenn Dialog pflegen auf das Pflegen bezogen ist, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben es erfasst.)* dann muss ich sagen, Sie sagen darin was oder Sie schreiben darin was, vor allem Sie als Person, ich möchte das gar nicht unterstellen, dass alle Ihre Mitglieder der ÖVP-Fraktion das mitnehmen und mitteilen. Sie schreiben, wenn Sie eine Lösung brauchen, wir haben sie. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Stimmt.)*

Also meiner Meinung sind Sie dann ein „Wunderwuzzi“. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wieso?)* Das kann niemand erklären und sagen, dass eine Lösung für jede Situation gegeben ist.

Sie sagen dann, in einem Rätsel und einem Spiel, was der Kollege Darabos auch angesprochen hat, hier sind diese Wörter versteckt. Und welche Wörter sind versteckt? Betreuung, Pflege, Unterstützung, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es geht ja darum.)* Demokratie. Das heißt, Sie machen ein Spiel.

Und die Pflege, Betreuung und auch die Unterstützung. Das verdienen unsere Menschen, die Burgenländerinnen und Burgenländer nicht, dass Sie ein Spiel betreiben. Ich unterstelle Ihnen wirklich, mit diesem Rätselspiel an dem Thema vorbeizureden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich bin auch der Meinung, dass Sie die tagesaktuelle politische Keule ausgepackt und versucht haben, wie in anderen Bereichen, Kollege Molnár hat es angespielt, den zuständigen Landesrat mit dem zuständigen Landesrat für Finanzen Doskozil gegeneinander auszuspielen.

Ich finde auch das unfair. Das hat mit dem Bereich des Themas Pflege, Betreuung, Unterstützung keinen Platz, und ich bin strikt dagegen, dass Sie diese Vorgangsweise weiterhin wählen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es ist auch nicht richtig, dass Sie ein Schrittmacher sind. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die einen sagen so, die anderen so.)* Die Herzen der Menschen erreichen Sie mit dem nicht.

Ich bin auch überzeugt, dass dieser Pflegeatlas zumindest einen Schritt setzt, damit man Information und Beratung gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn er richtig wäre.)* Die Information und Beratung wird auch zukünftig eine wesentliche Aktivität sein, weil um das wird es gehen, damit wir auch dorthin kommen, wo wir hin wollen, nämlich zur Pflege durch Familienangehörige, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* pflegebedürftige Angehörige. In diese Richtung müssen wir gehen.

Die Pflege zuhause wird auch aus finanziellen Gründen gegenüber der Pflege im stationären Bereich anzudenken sein. Wir haben in den letzten Monaten diskutiert über die Thematik, was wollen wir eigentlich.

Wir wollen so viel wie möglich inländische Arbeitskräfte schaffen. Auch die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind zu beachten. Wir brauchen eigene Pflegekräfte, wir brauchen eigene Personen, die zuhause die Pflege durchführen. Und jetzt ist daran, nicht Zahlen, Daten und Fakten zu behandeln, wie Sie sie vielleicht in diesem Entwicklungsplan erhoffen, es ist darum, das Hirnschmalz so einzusetzen, dass wir über den Tellerrand schauen und zukünftige Aktivitäten schaffen.

In diesem Sinne würde ich alle hier anwesenden Landesregierungsmitglieder, aber auch natürlich das Hohe Haus bitten, eine gemeinsame Vorgangsweise zu treffen, damit wir wirklich einen gemeinsamen Schritt setzen.

Ich bin auch überzeugt, dass dieses wichtige Thema einer Landtagsenquete oder anderen Aktivitäten zugeführt werden kann. Aber nur, was ich nicht will, sind Emotionen und unfaire Behandlungen und Unterstellungen. Das ist, glaube ich, der falsche Platz, um das zu tätigen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir können jetzt über die einzelnen Punkte sprechen und Sie haben ja heute einen Antrag erstellt, der das nächste Mal thematisiert wird, ein sogenanntes Zehn-Maßnahmen-Paket. Ich muss offen und ehrlich sagen, viele dieser Maßnahmen, die Sie hier anschneiden, müssten Sie ehrlich nach Wien weitergeben, in die Bundesregierung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eine!)*

Wenn man spricht über Valorisierung des Pflegegeldes, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Richtig! Diese eine.)* ist das eine gänzliche Bundeskompetenz. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Stimmt, ja.)* Wenn Sie sehr oberflächlich und seicht, wie es auch der Kollege Molnár erwähnt hat, über Entrümpelung von Dokumentationspflichten sprechen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sind wir.)* dann sage ich, generell gehört das natürlich in

unseren Bereich, aber in den Bereich des Bundes, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das sind ausschließlich wir.)* nur die Wortwahl, Entrümpelung von Dokumentationsvorschriften in Verbindung mit der Einlassungsfahrlässigkeit und mit den Fahrlässigkeitskriterien im Pflegeberuf, ist schon sehr frappant. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Reden Sie mit den Leuten einmal!)*

Und ich muss auch offen und ehrlich sagen, … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich lege es Ihnen ans Herz, reden Sie mit den Betroffenen!)*

Die weiteren Bereiche, die Sie ansprechen, ich denke mir, wir brauchen kein Husch-Pfusch-Gesetz. Wir brauchen eine Lösung, die auch zukünftig hält. Ich will zum Beispiel kein Gesetz, das wie das Ausgabenbremsengesetz ist, wo wir derzeit im Burgenland das Problem haben, dass Schlaganfallpatienten die logopädischen Maßnahmen nicht durchführen können, weil das nicht möglich ist, die Verträge abzuschließen.

Ich will auch nicht haben, dass zukünftig Wundmanagementaktivitäten - Wundmanagement ist auch vom Kollegen Darabos im Bereich des Pflegeatlas dokumentiert -, dieses Wundmanagement kann dann nicht durchgeführt werden, wenn die Ausgabenbremse zum Tragen kommt.

Das sind Themen, die unsere Menschen berühren, das sind Themen, die Burgenländerinnen berühren und auch die Burgenländer berühren. Und das muss man skizzieren, und nicht Themen, wie dass vielleicht für ein oder zwei Monate ein Entwicklungsplan fehlt.

Letzter Punkt, der mir noch wichtig ist, ist die Studie, die seitens des Ministeriums eingeholt worden ist. Es ist eine Studie zur Angehörigenpflege in Österreich. Darin wird klar verankert, dass in dieser Studie, die wir auch wollen, die Angehörigenpflege unabdingbar sein wird und vor allem der Ausbau der informellen Pflegenetzwerke.

Ich bin auch dankbar, dass der zuständige Landesrat bereits jetzt die ersten Schritte in diese Richtung gesetzt hat, und ich bin auch überzeugt, dass dieser Weg auch zukünftig gegangen werden muss.

Im Bereich der 24-Stunden-Betreuung sehe ich auch Handlungsbedarf. Ich denke mir, über diesen Themenbereich können wir sprechen. Es wird die Frage sein, ob wir nicht vielleicht auch eine andere Tätigkeit, vor allem auch Vermittlungstätigkeit, konzipieren können.

Ich denke mir abschließend, die Sozialkompetenz ist schon eine Kompetenz der Sozialdemokratie, auf die wir stolz sind, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Redet es Euch nur ein!)* und die lasse ich mir von Ihnen nicht wegnehmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Patrik Fazekas (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Landesrat Darabos! Diese Hochglanzbroschüre ist zwar schön gestaltet, aber den Betroffenen, die am Ende des Tages Hilfe brauchen, die kurzfristig ein Bett brauchen für Angehörige, denen ist mit dieser Broschüre nicht geholfen.

Abgesehen davon, dass Sie sich vorher herstellen und von einer sozialen Modellregion mit einem einzigartigen neunstufigen Modell sprechen - auf Seite elf aber nur acht Stufen ersichtlich sind. Es sind Fehler vorhanden, der Kollege Steiner hat das vorher schon erwähnt.

Beispielsweise ist in der ersten Version das Seniorentageszentrum Halbturn in der Broschüre nicht drinnen gewesen, *(Abg. Manfred Kölly: Hat er eh schon gesagt. Jetzt kannst Du es noch sechsmal sagen.)* Jetzt in der zweiten Broschüre ist das Seniorentageszentrum Halbturn zwar ersichtlich, dafür wurden andere Anbieter gelöscht. Beispielsweise das Hilfswerk, Seniorenpension Eisenstadt, Caritas Haus St. Nikolaus, Caritas Haus Lisa.

Das sind kleine Formalitäten, aber am Ende des Tages ist das größte Problem, dass der Bedarfs- und Entwicklungsplan seit 263 Tagen fällig ist, nicht so, wie Sie behauptet haben, Herr Kollege Drobits, ein bis zwei Monate.

Wenn Sie so weitertun, Herr Landesrat Darabos, dann geht es von der Regierungsbank auf die Ersatzbank.

Umso wichtiger ist es, dass wir als ÖVP hier heute diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben und über dieses wichtige Thema diskutieren.

Meine geschätzten Damen und Herren! In der Diskussion rund um die Pflege will ich heute den jugendlichen Anstrich in die Debatte werfen, nämlich wenn es darum geht, das Pflegepersonal zu sichern. Als Vertreter der jungen Generation weiß ich, dass sehr viele Jugendliche sich vorstellen können, in einem sozialen Beruf tätig zu sein. Wichtig ist ihnen aber auch, dass die Absolvierung einer solchen Ausbildung auch direkt nach der Pflichtschule ermöglicht wird.

Derzeit ist das nicht möglich. Derzeit kann man das erst nach Vollendung des 17. Lebensjahres tun, und mit einem erfolgreichen Abschluss der zehnten Schulstufe kann mit einer Ausbildung als Pflegeassistent begonnen werden.

Fakt ist, dass sich die 15- bis 17-Jährigen für einen Beruf entscheiden. Mit der jetzigen Regelung ist es ihnen nicht möglich, dass sie sich für eine Ausbildung als Pflegekraft entscheiden können.

Wir wollen, dass junge Menschen direkt nach ihrer Pflichtschulausbildung mit einer Ausbildung im Pflegebereich beginnen können. Damit, so glaube ich, können wir die Pflegeausbildung als Gesamtes attraktivieren und die Pflege insgesamt absichern.

Jetzt weiß ich, es gibt unter den Kollegen hier im Raum Kritiker und Gegner, die meinen, es ist einem Jungen nicht zumutbar. Natürlich ist uns klar, dass das ein sehr sensibler Bereich ist und dass Jugendliche hier schrittweise an die Materie herangeführt werden müssen.

Unsere Vorstellungen gehen in die Richtung, dass die ersten zwei Jahre in die theoretische Ausbildung investiert werden und dann der Praxisbezug im Vordergrund steht. Dass es funktioniert, sehen wir in der Schweiz. Dort gibt es diese Pflegelehre. Jährlich werden dort 4.000 junge Menschen ausgebildet. Es ist der drittbeliebteste Lehrberuf in der Schweiz. Ich glaube, dass auch bei uns diese Maßnahme richtig wäre.

Meine geschätzten Damen und Herren! Abschließend fordere ich Sie, Herr Darabos, nochmal auf, hier in die Gänge zu kommen. Ich möchte unserer Forderung nochmal Nachdruck verleihen.

Es ist notwendig, den Pflegenotstand zu verhindern und einen Bedarfsplan vorzulegen. Wir können hier keine weiteren sechs Monate warten, denn die Burgenländerinnen und Burgenländer müssen sich aus meiner Sicht darauf verlassen können, dass ausreichend Pflegeplätze und Personal vorhanden ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Kovacs das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Bevor ich noch zum Bereich Pflegeheime komme, doch noch einige Anmerkungen zu meinen Vorrednern. Besonders zum ersten Redner, dem Herrn Abgeordneten Steiner, der vorher gesagt hat, es gibt null Pflegeplätze, es gibt keinen Pflegeplatz, *(Abg. Walter Temmel: Keinen freien.)* der momentan zu haben ist. Wir haben einen Pflegenotstand, sagt er.

Ich habe mich natürlich in Vorbereitung auf diese heutige Landtagssitzung mit Experten unterhalten, wie schaut es wirklich aus? Darunter war eine Expertin, die ihresgleichen sucht, sie ist nämlich Entlassungsmanagerin seit 30 Jahren im größten Krankenhaus des Burgenlandes.

Sie hat mir dann Zahlen, Daten, Fakten übermittelt und hat gesagt, es ist nicht gut, wenn man von Notstand spricht, vor allem ist es nicht gut für die Bevölkerung des Burgenlands, für die Pfleglinge ist es nicht in Ordnung und natürlich auch für die Politik. Nämlich, die haben einen ganz anderen Ansatz, die wollen, dass wir zusammenarbeiten, damit wir was weiterbringen, damit wir eben und das wissen wir alle, die Pflege im Burgenland sichern.

Das ist der richtige Ansatz und nicht das Schlechtreden von einem Pflegenotstand, den es nicht gibt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich werde das jetzt noch mit ein paar Zahlen unterstreichen, die taggleich sind, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die was?)*, taggleich, also von heute in der Früh. Wir haben momentan in der Region Nord acht Pfleglinge, die einen Pflegeplatz suchen, die momentan überbrückungsweise ein bis zwei Wochen maximal im Krankenhaus jetzt noch verweilen, eine Kurzzeitpflege und dann natürlich von einem Pflegeheim übernommen werden. *(Abg. Ingrid Salamon: Na schau!)*

Das muss man in der Dimension sehen, die dieses Spital hat, nämlich zirka 800 bis 900 zu Pflegende pro Jahr werden da vermittelt, und diese acht, von denen ich jetzt gesprochen habe, sind auch bestens versorgt.

Géza Molnár hat das nämlich vorher sehr treffend gesagt, das stimmt einfach nicht. Ich könnte auch einen Vergleich machen, weil Sie gesagt haben, null Plätze sind jetzt momentan zu haben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das steht in der Pflegeplatzbörse des Landes. Heute! – Abg. Ingrid Salamon: Das ist auch nicht die Bibel.)* aber das heißt ja dann nicht, dass es dann Leute gibt, die unmittelbar jetzt in der Sekunde einen brauchen, sondern auch bestens versorgt sind in unseren Spitälern.

Eines ist klar: Wir brauchen natürlich eine Entwicklung, die die Pflege weiterhin forciert. Was sind unsere Ziele? Es wurde schon vorher vom Herrn Landesrat angesprochen. Zuhause so lange als möglich die 24-Stunden-Betreuung, natürlich die Hauskrankenpflege und medizinische Hauskrankenpflege ist notwendig. Die Finanzierung vom Pflegegeld - das haben wir auch gehört - Stufe 1 bis 7 ist auch gegeben.

Die Mitarbeiter, das ist auch, was tut sich mit den Mitarbeitern in ganz Burgenland? 85 Prozent der Mitarbeiter sind weiblich und der Kollege Drobits, glaube ich, hat es

angesprochen, der Wirtschaftsfaktor ist auch nicht zu unterschätzen, was die Pflegeheime betrifft. Man sollte das Ganze ein bisschen positiver sehen und nicht nur herumnörgeln.

Dann habe ich mir gedacht, jetzt schaue ich mir ein Pflegeheim an. Was tut sich im Burgenland? Wie gut sind sie schon ausgestattet? Auf welchem Standard sind sie jetzt schon?

Es ist mir eines ins Auge gestochen, Großpetersdorf. In Großpetersdorf gibt es vom Samariterbund ein Haus der vier Generationen, das wurde umgesetzt. Basis dafür war ein modernes Konzept, das die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner in den Fokus rückt, sich nach dem Pflegebedarf richtet und den Grundsätzen der ambulanten Versorgung in den eigenen vier Wänden folgt, auf Einbeziehung der Umgebung. Auf die Umgestaltung der Freiflächen wurde bei der Planung viel wert gelegt.

Die Menschen können ebenerdig und uneingeschränkt ins Freie gehen oder haben einen eigenen Balkon. Neben den Zimmern für die Bewohner sind die Räumlichkeiten für die individuell abgestimmten zusätzlichen Therapien, für die Verwaltung sowie für die Küche und jetzt, Herr Steiner aufpassen, es gibt sogar ein Kino und ein Kaffeehaus. Also in Großpetersdorf gibt es das in einem Pflegeheim, und das ist bestens eingerichtet. *(Abg. Walter Temmel: Ist ein Platz frei?)*

Wesentlich für die Aufnahme in ein Pflegeheim ist die stationäre Pflege, ist die Pflegestufe, das wissen wir, ab der Pflegestufe vier, und eines ist auch klar, seit der Regress gefallen ist, ist natürlich schon eine andere Entwicklung zu sehen.

Wir als Burgenland haben uns zum Ziel gesetzt, uns als soziale Modellregion zu etablieren. Nicht umsonst fließt ungefähr - das wurde auch heute schon mehrmals erwähnt - jeder zweite Euro in Gesundheit und Soziales vom Landesbudget. Also daher kann man wirklich nicht sagen, dass das wenig ist.

Im Bereich der Pflege ist unser oberstes Anliegen klarerweise für die nächsten Jahre, der Ausbau der Pflege und Betreuung daheim. Das entspricht auch dem Wunsch vieler älterer Menschen, die am liebsten in den eigenen Wänden und in der gewohnten Umgebung ihren Lebensabend verbringen möchten.

Wir haben daher auch ein zusätzliches Fördermodell entwickelt, das in der Form österreichweit einzigartig ist. Seit Beginn des Jahres gibt es seitens des Landes einen Zuschuss in der Höhe von bis zu 600 Euro pro Monat, in Ausnahmefällen bis zu 800 Euro, für die 24-Stunden-Betreuung. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rudolf Strommer)*

Herr Landtagspräsident Strommer, diese Förderung wird auch sehr gut angenommen. Mittlerweile wurden bis Ende Juli schon 700 Anträge gestellt und wurden in einem hohen Maß bereits positiv erledigt.

Letztendlich wohin muss man sich wenden, um diese Förderung zu bekommen? Welche Leistungen es in der Pflege sonst noch gibt und vor allem, welche Vielfalt an Angeboten im Bereich der Pflege vorhanden sind, von mobilen Pflege- und Unterstützungsangeboten bis hin zur stationären Unterbringung.

Meine Damen und Herren! Ich darf zu diesem Dringlichkeitsantrag heute einen Abänderungsantrag einbringen. Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen zum Dringlichkeitsantrag 21 - 1021, welcher abgeändert wird wie folgt - ich darf die Beschlussformel vorlesen:

Der Burgenländische Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- im eigenen Wirkungsbereich:
  - das gesamte in den letzten Jahren laufend ausgebaute, umfassende burgenländische Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegeangebot unter Berücksichtigung
    - des wissenschaftlich erhobenen Bedarfs und etwaiger Entwicklungsmöglichkeiten (Bedarfs- und Entwicklungsplan)
    - und der Wünsche und Bedürfnisse der älteren Generation mittels Durchführung einer Bürgerbefragung

  zu einem nachhaltigen burgenländischen Zukunftsplan für eine qualitative Unterstützung, Betreuung und Pflege mit dem Menschen (pflegebedürftige Person beziehungsweise pflegende Angehörige) im Mittelpunkt weiter zu entwickeln.
- an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge
  - ein bundesweites Gesamtkonzept für Pflege und Betreuung entwickeln, das den aktuellen und künftigen Herausforderungen in vollem Umfang gerecht wird.
  - ein Modell zur Sicherung und Kontrolle der Qualität der Betreuung umsetzen.
  - eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und
  - eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige umsetzen.
  - sicherstellen, dass die Kosten der Abschaffung des Pflegeregresses dauerhaft und vollständig aus Mitteln des Bundes abgegolten werden.
  - eine Ausbildungsoffensive im Pflegebereich, inklusive bedarfsgerechte Angebote für pflegende Angehörige umsetzen
    - Sollten neue Ausbildungsschienen geschaffen werden, ist sicherzustellen, dass bei den Auszubildenden im Hinblick auf die zu verrichtenden Tätigkeiten eine angemessene Lebenserfahrung und Reife vorliegt. Es soll weiters das Einvernehmen mit den Sozialpartnern hergestellt werden.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Der Abgeordnete übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Strommer das Wort.

Bitte Herr Präsident um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als mein Vorredner soeben die Beschlussformel verlesen hat, wenn ich mich recht entsinne und genau zugehört habe, fordern Sie, dass der Bund ein Gesamtkonzept im Sozialbereich vorlegt.

Wenn ich nicht irre, Herr Abgeordneter, ist das Landessache, wo das Land zuständig ist. Wir sind schon Föderalisten, alles, was wir erledigen können, haben wir auch zu erledigen. Ich kann auch nicht sagen, ich bin für meine Familie verantwortlich und der Nachbar soll sagen, was in meiner Familie passiert.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das wird es wohl nicht sein, so spielt es sich nicht.

Wenn heute hier ein Mandatar am Rednerpult steht und sagt, er kennt keinen, der ein Pflegebett sucht, es gibt nur acht Personen, die aus dem Krankenhaus Eisenstadt, nehme ich an, dem größten Krankenhaus des Landes, so haben Sie das formuliert, die warten auf einen Pflegeplatz, ja, es gibt auch außerhalb von Krankenhäusern Menschen, die in ein Pflegeheim wollen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Müssen.)* nicht nur jene acht, die aus dem Krankenhaus Eisenstadt entlassen werden.

Wissen Sie wie viele Krankenhäuser es im Burgenland gibt? Weitere vier, und wir wollen auch, dass alle vier und das größte Krankenhaus auch erhalten bleibt, aber es gibt viele, die außerhalb von Krankenhäusern auch in ein Pflegeheim wollen.

Wenn Sie sagen, Sie kennen niemanden, dann fahren Sie mal aus Eisenstadt raus, um Gottes willen, so groß ist ja das Land nicht. Ich gebe Ihnen ein paar Adressen von diesen Menschen.

Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn … *(Abg. Günter Kovacs: Wie viele sind es? – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das Land hat null Plätze, nein, zwei in Bad Tatzmannsdorf, so steht es in der landeseigenen Broschüre, nein elektronisch geht das.

Wenn ein Plan ausläuft, sollte man künftig aber wirklich schnell schauen, dass man einen Plan wiederbekommt, sonst ist man ja im engsten Sinne des Wortes planlos, so kommt es einem ja nahezu wirklich vor. Wir haben ja nur Pläne immer gehabt, ein Jahr, zwei Jahre.

Schauen Sie mal die Steiermark, sie haben zumindest einen Plan bis 2025! Schauen Sie nach Kärnten, sie haben zumindest einen Plan bis 2030!

Wir haben seit 268 Tagen nicht mal einen Plan, geschweige denn wissen wir, was nächstes oder übernächstes Jahr sein soll.

Wissen Sie und hier ist die Regierung säumig, meine sehr geehrten Damen und Herren, und hier ist es Pflicht und Aufgabe des Landtages, die Finger in diese Wunde zu legen, damit hier endlich etwas geschieht - im Interesse der Bevölkerung, im Interesse der Bürger, die diese Leistungen brauchen, die diese Leistungen suchen, die sich darauf verlassen, dass, wenn sie ein Leben lang gearbeitet haben, dieses Land aufgebaut haben, dass sie auch in ihrem Lebensabend bestens versorgt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das muss unsere Aufgabe sein, dafür wollen wir arbeiten, dafür werden wir Sie auch entsprechend in die Pflicht nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und weil wir das erkannt haben und unser Parteiobmann im vorigen Jahr in diesem Bereich müssen wir etwas tun, das ist ja kein Pflegeatlas. Das ist ein Mittel, um auf ein Problem aufmerksam zu machen.

Christian Sagartz hat gesagt, wir hätten genauso einen Kugelschreiber verteilen können und sagen, Dialog pflegen, jetzt.

Nein, wir haben es ein bisschen lustiger gemacht, damit auch wir wissen, damit auch die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Nachdenken angeregt werden, *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: In der „Kronen-Zeitung" ist auch jeden Tag etwas drinnen.)* ein kleines Spiel drinnen, all diese Dinge.

Ich weiß, das Sie das lächerlich finden, Frau Klubobfrau, ich sage Ihnen, das ist nicht lächerlich. *(Abg. Ingrid Salamon: Jetzt macht Ihr es lächerlich.)* Wir haben vor Monaten innerhalb des Seniorenbundes - und ich weiß, wovon ich spreche, weil ich Seniorensprecher meiner Partei bin -, von einer Ortsgruppe einen Brief bekommen.

Wissen Sie, was der schreibt? Da von vielen Mitglieder immer wieder auf Missstände und Mängel in der Sozialbetreuung hingewiesen wurde, habe ich nach eigehender Recherche festgestellt, dass gerade bei der Beratung und bei der Hilfestellung zur Erlangung von diversen Pflegeunterstützungen nichts auf den Punkt gebracht wird.

Einfach formuliert. Es gibt einen Notruf für die Polizei 133, es gibt einen für die Feuerwehr 122, für die Rettung 144, für den ÖAMTC 120, ARBÖ weiß ich nicht, aber wird es auch geben, *(Abg. Christian Illedits: 123!)* aber im Bedarfsfall einer Pflegeunterstützung gibt es keinen solchen Notruf. Hier ist die Bürgerin, hier ist der Bürger darauf angewiesen, dass er sich all diese Informationen mühselig zusammensucht.

Ich habe begonnen mit der Sozialabteilung, mit dem Bezirksverwaltungsbehörden zu sprechen, ja, es hat der Herr Landeshauptmann „Im Thema" heißt das am Sonntag am Abend, im Jänner oder im Februar, bis zu 600 Euro gibt es im Burgenland Unterstützung. Ja, ist richtig. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: „Im Zentrum"!)* „Im Zentrum", ja. Ist richtig, aber nur dann, wenn alle anderen Unterstützungsmöglichkeiten bereits ausgeschöpft sind. Das muss man ja alles wissen.

Braucht ja keiner zur Sozialabteilung gehen, wenn er nicht vorher überall *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)* oder zumindest beim Finanzamt unten war. Wissen Sie, all diese Dinge, diese Informationen *(Abg. Christian Illedits: Bei der BH.)* muss man wo bekommen. *(Abg. Ingrid Salamon: Oder auf den Gemeinden.)* Deshalb haben wir uns bemüht, diese Informationen zusammenzutragen.

Ich habe mich gefreut, als der Landesrat Darabos Ende August, ich glaube, ich habe mit Kurt Korbatits im Juli eine Pressekonferenz zu diesem Thema gemacht. Ende August höre ich, es gibt einen Pflegeatlas, der Thomas Steiner hat es heute schon gesagt. Spießrutenlauf ist man heute bei der Landtagssitzung einen Pflegeatlas mit verbesserungswürdigen Dingen bekommt, okay, sei es so.

Wir haben uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich habe es in den Unterlagen gesehen, auch Sie haben sich das vom Seniorenbund besorgt, ja, weil das eine ausgezeichnete Sache ist. Ich bedanke mich hier ausdrücklich beim ÖVP-Landtagsklub, die in wenigen Arbeitsstunden hier im Stande waren, ein kleines Konvolut zusammenzustellen, das wir all unseren Seniorenbundmitgliedern über unsere Ortsgruppen zugestellt haben, wo mit wenigen Sätzen, mit wenigen Telefonnummern von zu Hause aus, manches erledigt werden kann.

Das hätte ich mir gewünscht von einer Servicestelle wie einer Sozialabteilung der Burgenländischen Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind froh, dass wir in einem Land leben, wo man diese Unterstützung, wenn man sie braucht, auch bekommt, aber es muss auch weit einfacher sein, zu diesen Informationen zu kommen.

Es muss für jeden auch möglich sein, in der gewohnten Umgebung, zu Hause betreut zu werden, alt zu werden.

Wissen Sie, was die Mitglieder des Seniorenbundes sagen? Wir haben zwei Generationen von Seniorenbundmitgliedern, die jüngeren Senioren betreuen die älteren und da wird es dann schwierig. Da wird es dann extrem schwierig, wenn jene, die zu Hause pflegen sollen, plötzlich selbst Pflegefälle werden.

Da müssen wir vorsorgen, da brauchten wir, Herr Landesrat, einen Plan. Zumindest für zwei, drei, vier Jahre. Steirer, ich sage es nochmal, bis 2025, die Kärntner haben einen bis 2030.

Ich glaube, dass wir das den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern schuldig sind. Wir haben mit diesen, unseren Vorarbeiten hier einen Anstoß geleistet.

Ich freue mich, dass wir mit diesem Dringlichen Antrag, den wir als ÖVP, an der Spitze Thomas Steiner, heute eingebracht haben, diesen Diskussionsprozess im Interesse der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in Gang gebracht haben, um hier im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger zu Lösungen zu kommen.

Wenn das heute gelingt, dann haben wir das Ziel erreicht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Präsident! Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Beitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Es ist in der Tat Aufgabe einer Oppositionspartei, Missstände aufzuzeigen und kritisch zu sein. Das ist so. Das halte ich auch so.

Ich halte es aber nicht für eine Aufgabe einer Oppositionspartei ein Thema, das umfassend und immer wieder diskutiert wird, dass wir auch in den letzten Landtagssitzungen immer wieder in verschiedenen Facetten auf der Tagesordnung hatten, akut als Dringlichkeitsantrag einzubringen und so zu tun, als hätten wir jetzt eine Katastrophenstimmung im Land. *(Abg. Walter Temmel: Es gibt einen Brexit. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich halte das genau bei diesem Thema für nichttauglich, weil es darum geht, gemeinsam an guten Lösungen zu arbeiten. Das ist auch möglich. Ich habe auch einige Gedanken zur Pflegeversorgung.

In diesem Abänderungsantrag geht es, zum Beispiel, um Ausbildungen. Da haben wir einen dringenden Bedarf danach für Wiedereinsteigerinnen ins Berufsleben die Möglichkeit zu schaffen, hier eine Ausbildung, zum Beispiel, in der mobilen Pflege zu machen. Aber, ich brauche dazu keinen Dringlichkeitsantrag, abgesehen davon, dass ich den gar nicht stellen kann, weil wir keinen Klubstatus haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich würde es auch nicht versuchen. Ich rede halt mit dem Herrn Landesrat drüber und frage ihn, tut sich einmal etwas in der Richtung und er sagt, ja können wir aufnehmen.

Man kann manche Dinge auch einfach diskutieren, politisch aushandeln und voranbringen, ohne gleich marktschreierisch durch die Gegend zu gehen. Das ärgert mich nämlich bei diesem Thema wirklich, weil man merkt, es gibt irgendeinen Kampagnenplan bei der ÖVP und deswegen kommen alle paar Wochen irgendwelche

Dringlichkeitsanträge, oder eigene Landtagssitzungen die diesen Kampagnenplan dienen sollen.

Das finde ich bei diesem Thema ganz verwerflich, weil uns das dazu die wichtige Diskussionskultur zerstört.

Ich möchte aber, wenn ich schon jetzt hier am Wort bin, noch auf eines hinweisen und dringend darum bitten, dass wir beachten, dass Pflege nicht nur eine Sache des Alters ist, denn wir haben auch viele jüngere pflegebedürftige Menschen im Burgenland. Betrachten wir es also nicht nur von der Seite.

Inhaltlich möchte ich gar nicht weiß Gott was dazu sagen, weil, wie gesagt, wir haben mannigfach schon zu den Themen diskutiert. Natürlich braucht das Ganze einen Pflegeplan, aber nein, es braucht nicht diese Art, über Pflege im Burgenland zu diskutieren.

Danke. *(Beifall bei den Grünen)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Nochmals zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitteschön Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Wortmeldungen mancher Kolleginnen und Kollegen anhört, dann muss man eigentlich erschüttert sein, weil es offensichtlich darum geht, hier in dieser Landtagssitzung bei einem Antrag, den wir gestellt haben, ausschließlich die Probleme zu negieren. Das halte ich für höchst gefährlich.

Übrigens, Frau Kollegin Petrik, ob Sie sich ärgern oder nicht ärgern, wird uns nicht davon abhalten, für die Menschen im Land und für das Land zu arbeiten. Das kann ich Ihnen zu 100 Prozent versprechen, denn sich hierherzustellen und zu sagen, das ist irgendwie schändlich, wenn die ÖVP einen Dringlichkeitsantrag einbringt. Entschuldigung, wo sind wir? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist unsere Entscheidung, ob wir einen Antrag im Landtag einbringen, das ist unsere Entscheidung ob wir uns für die Menschen einsetzen, oder nicht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Und meine Entscheidung mich zu äußern.)* Wir tun das und das werden wir uns von Ihnen ganz sicherlich nicht verbieten lassen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein paar inhaltliche Dinge noch, weil mir das wirklich am Herzen liegt. Wenn man das Argument hernimmt, wir brauchen keine Pflegebetten und keine Pflegeheime dafür, da wir die 24-Stunden-Betreuung, nicht Pflege, unterstützen, dann ist man auf der falschen Richtung unterwegs. *(Abg. Géza Molnár: Das hat keiner so gesagt. – Abg. Ingrid Salamon: Das hat auch keiner behauptet.)*

Die 24-Stunden-Betreuung ist keine Pflege *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* und wir reden hier über pflegebedürftige Menschen und zwar völlig altersunabhängig. Da geht es auch um die Jungen, wie es die Kollegin Petrik gesagt hat. Wir unterstützen die 24-Stunden-Betreuung, weil wir sie für wichtig und notwendig halten.

Meine Eltern haben selbst eine 24-Stunden-Betreuung. Ich weiß aber, dass, wenn sie pflegebedürftig wären, und ich hoffe, dass sie es noch lange nicht sind, dass das so nicht funktionieren würde, sondern dass sie wahrscheinlich dann auch in eine professionelle Betreuung gehen müssten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da bitte ich schon darum, dass man das unterscheidet und das man nicht so irgendwie darüberfährt und sagt, wir zahlen jetzt ohnehin 600 Euro für die 24-Stunden-Betreuung und deswegen brauchen wir uns um die anderen Sachen nicht kümmern. Das möchte ich schon ganz klar sagen.

Kollege Kovacs und Kollege Drobits! Ich meine, Sie stellen sich daher und behaupten und negieren, dass ohnehin alles „happy peppy“ ist, dass es ohnehin keine Probleme gibt und das ohnehin kein Pflegebettmangel da ist.

Dann sage ich Ihnen jetzt abschließend etwas und das ist etwas, was mich schon wirklich persönlich auch berührt und das sollten Sie sich auch einmal vor Augen führen. Ich habe jetzt aufgrund dieser Diskussion, ich habe das nicht im Vorfeld gemacht, weil ich mir gedacht habe, das ist ohnehin klar, da brauche ich nicht darüber diskutieren.

Ich bin nicht davon ausgegangen, dass Sie sich daher stellen und sagen, nein, Herr Kollege Molnár, genauso, es gibt kein Defizit bei den Pflegebetten. Damit habe ich nicht gerechnet. Aber, ich habe jetzt beim Hilfswerk angerufen und habe gebeten, sie sollen mir sagen, wie die Situation ist. Jetzt war ich wirklich erstaunt, dass mir mitgeteilt wurde, dass die Abteilung 6 am 06.09.2018 eine Mitteilung vom Hilfswerk bekommen hat. Deswegen, weil Sie offensichtlich alle Pflegeheimträger angefragt haben.

Das haben Sie bekommen, das müssten Sie eigentlich wissen, oder hat es die Abteilung nicht weitergegeben. Jetzt sage ich Ihnen etwas. Alleine bei den Hilfswerkheimen stehen 39 Menschen auf der Warteliste mit Pflegestufe 4 oder höher.

Da kann man dann allerdings nicht sagen, dass genug Pflegeplätze da sind. Das ist eine Politik, die nicht in Ordnung ist, Herr Kollege oder Herr Landesrat Darabos, das muss ich ganz ehrlich sagen und da möchte nicht polemisieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

39 Menschen, nur bei den Hilfswerkheimen und wir haben noch die Caritas und den ASB und was weiß ich noch was an anderen Heimen. Wenn ich das hochrechne, reden wir nicht von 39 Menschen, die nur beim Hilfswerk sind, sondern von wahrscheinlich von 100, oder mehr. Das sind Leute mit Pflegestufe 4.

Und wenn Sie Leute mit Pflegestufe 4 und höher, kennen, *(Abg. Ingrid Salamon: Ja!)* dann wissen Sie, dass das nicht so einfach ist, dass man die daheim pflegt, sondern dass man einen professionellen Pflegeplatz braucht. Das möchte ich zum Abschluss, oder, ich weiß nicht wer sich noch meldet, schon noch ganz klar sagen.

Da würde ich auch den Kollegen Drobits, Kollegen Kovacs, Kollegen Molnár auch bitten, ihre Meinung zu revidieren und nicht zu sagen, nur weil im Spital Eisenstadt acht Personen da waren und so zu tun, es gebe nur acht Personen, die auf einen Pflegeplatz warten. Schauen Sie sich das an. Fragen Sie bei den anderen Heimen nach.

Herr Kollege Darabos, dann frage ich Sie jetzt auch hier von diesem Pult aus. Sie haben ja wahrscheinlich auch von den anderen Pflegeorganisationen diese Informationen spätestens am 06. 09. bekommen. Dann frage ich Sie, wie viele Menschen mit Pflegestufe 4, oder höher warten derzeit auf einen Pflegeplatz im Burgenland? Das würde mich abschließend interessieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Versprechen kann ich Ihnen allen, Kolleginnen und Kollegen, dass wir dieses Thema nicht ruhen lassen. Wir glauben, dass es hoch an der Zeit ist, hier etwas zu tun und dass das fahrlässig wäre, wenn die Politik im Land sozusagen die Augen verschließt und sagt, alles „happy peppy“, alles super, alles leiwand.

In Wahrheit hängen daran Schicksale und Menschen. Um die kümmern wir uns sicherlich auch in Zukunft und da werden wir auch nicht, das sage ich auch gleich dazu, diesen Abänderungsantrag, der so ein bisschen „wischi-waschi“ ist und irgendwas beschließen wir und dann ist Schluss und Ende, daswerden wir sicherlich nicht mittragen, sondern, wir werden das Thema im Interesse der Menschen weiter bearbeiten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet von der Regierungsbank hat sich Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir verschließen die Augen nicht, Herr Kollege Steiner. Wenn ich mir eines nicht vorwerfen lasse und ich möchte jetzt die Emotion nach hinten stellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, man kann mir viel vorwerfen, aber dass ich kein soziales Gewissen habe, das, glaube ich, kann man mir nicht vorwerfen. Das haben Sie auch in dieser Form nicht getan. *(Abg. Christian Illedits: Indirekt!)* Ja, indirekt schon.

Es ist natürlich so, dass es auf jeden Fall einen Bedarf an Betten geben wird, *(Abg. Thomas Steiner: Jetzt!)* aber da können wir nicht mit dem Finger schnipsen. Das ist bis jetzt auch so gewesen. *(Abg. Thomas Steiner: Seit Oktober will das Hilfswerk 70 Pflegebetten bauen. Sie sagen Nein, weil es keinen Plan gibt. - Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt doch nicht. - Abg. Thomas Steiner: Entschuldigung, Herr Landesrat, das ist nicht in Ordnung!)* Das ist nicht richtig. *(Abg. Thomas Steiner: Das ist richtig!)*

Es gibt keine Zusage an das Hilfswerk. Es ist ein Kollege aus Ihren Reihen da, der möchte auch ein Heim bauen. Da ist natürlich der Bedarf beziehungsweise der Druck da, dass man jetzt auch neue Betten macht. Wir werden das hier auch machen. Ich schätze einmal, dass wir in den nächsten 4,5 Jahren 300 Betten brauchen werden. *(Abg. Thomas Steiner: Seit Oktober 2017!)*

Ich kann das jetzt nicht sozusagen aus dem Finger schnipsen. Es gibt ein paar Erweiterungsmöglichkeiten, die jetzt schon in Planung sind beziehungsweise jetzt schon gebaut werden. *(Abg. Géza Molnár zum Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja nichts Neues!)*

Das betrifft beispielsweise Senecura. Ich werde auch dem Druck, das sage ich jetzt auch ganz offen, vom Hilfswerk oder auch von einer sozialdemokratischen Einrichtung nicht nachgeben, *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* das man sagt, jetzt muss das auf jeden Fall kommen. Wir werden das auch in Ruhe abarbeiten und wir werden diese 200 bis 250 Betten, das schätze ich auch so ein, in den nächsten Jahren brauchen.

Das ist natürlich auch zu finanzieren. Wenn wir jetzt schon über das reden. Ganz kurz nur. Ein Tagessatz, es fällt mir schwer, über Geld zu reden, weil ich nicht der Typ bin, der Menschen mit Geld aufwiegt, aber wir müssen davon ausgehen.

Im Schnitt haben wir 120 Euro pro Tag Tagsätze. Das sind über 3.000 Euro. Ich bin schon bei Ihnen, dass die 24-Stunden-Betreuung mit einem Heimplatz nicht vergleichbar ist. Aber, sie ist trotzdem, aus meiner Sicht, wichtig.

Wir werden auch schauen, dass wir diese Ausbildungsmöglichkeiten verbessern. Ich habe es in meinem ersten Statement kurz angesprochen, dass ich auch felsenfest davon überzeugt bin, dass es durchaus attraktiv ist, dass man Menschen, da bin ich durchaus bei Ihnen, mit Pflegestufe 3,4,5,6,7 dann auch schwer zuhause betreuen kann.

Aber, wenn es geht und wir Familienangehörige dazu bringen können, mit einer gescheiten Bezahlung und mit einer gescheiten Ausbildung dafür zu sorgen, dass die Menschen zu Hause bleiben, glaube ich, dass wird auch nicht Ihnen entgegenstehen, Ihrer Meinung entgegenstehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, insgesamt glaube ich, dass sich dieses Thema nicht für die Polemik eignet, die heute in Phasen dieser Debatte auch zu spüren war. Ich glaube, wir haben alle das gleiche Ziel, nämlich, dass die Menschen, die Pflege brauchen auch Pflege bekommen. Wir müssen nur schauen, wie diese Lenkungseffekte auch von unserer Seite sind.

Herr Kollege Strommer, Sie haben es angesprochen, aber Kollege Rosner hat es positiv angemerkt, Sie haben nicht negativ angemerkt, aber Sie haben es auch nicht gesagt, denn diese Case and Care-Manager, diese Sozial- und Pflegeberater sind genau das, was Sie unter der Nummer 141, oder 123, oder was auch immer eingefordert haben.

Ich glaube, das hoffe ich zumindest, dass es hier einen Konsens gibt, dass das eine gute Maßnahme ist, wenn man das auf den Bezirkshauptmannschaften auch etablieren kann. Wenn es dann dazu kommt, dass dieser Pflegeatlas, ich habe den Fehler noch nicht gefunden, wir können über das reden.

(Abg. Thomas Steiner: Seite 64! Schauen Sie sich das an! - Abg. Christian Illedits: Was steht denn dort?) Es sind 44 Pflegeheime und alle 44 sind angeführt. *(Abg. Thomas Steiner: Es geht um Tagesseniorenzentren!)*

Da kann ich Ihnen auch eine Erklärung geben, aber das ist jetzt zu kompliziert. *(Abg. Manfred Kölly: Setzt Euch zusammen!)* Da steht nämlich auch, wie das zu verstehen ist, aber das ist jetzt nicht das Thema.

Ich glaube, dass das ist eine gute Maßnahme ist. Wenn uns die Vertreterinnen und Vertreter der Seniorenvereinigungen, nicht nur der sozialdemokratischen, sondern auch der ÖVP-nahen, diese Broschüre aus den Händen reißen, die gerne hätten, dann glaube ich, dass es eine gute Maßnahme ist.

Da könnten wir vielleicht einmal einen Konsens finden und einmal gemeinsam loben, dass das eine gute Maßnahme ist. *(Abg. Thomas Steiner: Wir warten einmal ab.)* Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind.

Wir werden auch diesen Bedarf an einem Entwicklungsplan, der ja grundsätzlich nicht darauf ausgerichtet ist, die Zukunft sondern den Status quo zu beschreiben. Ich bin der Meinung, dass wir den erweitern und einen Zukunftsplan gemeinsam entwickeln müssen, damit wir auch schauen können, wie es bereits vom Kollegen Strommer angesprochen wurde, in Richtung 2025, in Richtung 2030 jetzt auch schon etwas zu finden.

Ich bitte um ein bisschen Verständnis. Ich bin auch gerne bereit, den Vorschlag, der da gekommen ist, aufzugreifen, dass man das auch parteiübergreifend macht. Dann gibt es auch weniger Angriffsflächen für den Soziallandesrat. *(Abg. Thomas Steiner: Wenn Sie transparenter werden.)*

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es liegt, wie Sie wissen, ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Kovacs eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen. Die Entschließung betreffend Vorlage eines Pflegebedarfs- und Entwicklungsplan ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

Fortsetzung 9. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1387), betreffend die Revision der EU-Trinkwasser-Richtlinie (Zahl 21 - 979) (Beilage 1430)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich fahre nun fort in der Tagesordnung mit Tagesordnungspunkt 9 und erteile Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Géza Molnár das Wort und bitte um seine Ausführungen.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir kehren zur EU - Trinkwasserrichtlinie zurück beziehungsweise zur Novelle, die in diesem Bereich geplant und schon seit Monaten der Anlass für öffentliche Debatten ist.

Bezeichnender Weise waren ja die Schlagzeilen über den Umstand, dass ein verpflichtendes Gratisglas Leitungswasser im Zuge dieser Novelle auch vorgeschrieben werden soll, nicht die allerkleinsten Schlagzeilen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist bezeichnend. Nicht das dieses Detail irrelevant wäre, aber, ich glaube, man ist gut beraten, die geplante Novelle doch differenziert zu diskutieren. Das EU-weite Bemühen um den allgemeinen leistbaren Zugang zu sauberem Trinkwasser, das steht sicherlich außer Streit.

Daher ist eher das, wie die Frage, wie wir uns dieses wie vorstellen, den vier Forderungen aus unserem Entschließungsantrag zu entnehmen. Vier Forderungen, die sich eigentlich in einer einzigen Zielsetzung zusammenfassen lassen. Wir wollen nicht, dass die Wasserversorgung so, wie wir sie in Österreich und im Burgenland organisiert haben, aufgrund von überbordenden Vorschriften, Verpflichtungen, Auflagen und so weiter unter die Räder kommt.

Das heißt nicht, dass es keine neuen oder adaptierten, teilweise mitunter auch strengeren Vorgaben in Bezug auf die Wasserqualität und die Kontrolle der Wasserqualität geben darf. Die zunehmende Belastung des Wassers durch die Landwirtschaft ist etwas, dass ich auch persönlich sehr kritisch sehe. Das heißt auch nicht, dass sich die Europäische Kommission nicht den Fragen der Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz annehmen soll.

Worauf aber Rücksicht genommen werden muss, meine Damen und Herren, das sind regionale und lokale Gegebenheiten und Interessen. In Österreich sprechen wir da immerhin von 5.500 Wasserversorgungsunternehmen. Zwei Drittel davon sind kleine Wasserversorger, die weniger als 100 Kubikmeter pro Tag zur Verfügung stellen.

Wenn man die mit Vorgaben unter Druck setzt, mit Vorgaben, die zu erheblichen Kostensteigerungen führen, aber auf der anderen Seite keinen effektiven Mehrwert haben, dann könnte genau das passieren, was vorhin schon erwähnt wurde.

Worauf die neue Trinkwasser-Richtlinie zwar nicht explizit abzielt, nach Meinung mancher aber sehr wohl impliziert, nämlich, die Liberalisierung und die Privatisierung der Trinkwasserversorgung oder in einer ersten Phase auch unter Anführungszeichen nur ein massiver Anstieg der Wasserpreise. Beides, meine Damen und Herren, beides wollen wir ganz bestimmt nicht.

Juristisch besteht zudem die Frage, ob die geplante Novelle nicht doch in nationale Rechte eingreifen würde und zwar auf unzulässige Weise. Der Bundesrat hat daher bereits im März eine sogenannte Subsidiaritätsrüge beschlossen. Überhaupt, das muss man sagen, zeigen diesbezügliche parlamentarische Protestnoten aller möglichen Regionen und Ebenen in Europa durchaus Wirkung.

Im Antrag ist das noch nicht vermerkt, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Heute!)* weil es erst ein paar Tage her und kürzlich passiert ist, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Heute!)* aber zuständige Ausschussberichte darüber gibt es bereits seit einigen Tagen, das der zuständige Ausschuss *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Im September!)* im Europäischen Parlament bereits einige Entschärfungen vorgeschlagen hat. Gerade was die Subsidiarität angeht und nationalstaatliche Spielräume, das heißt Änderungen im Sinne dessen, was wir mit unserem Antrag auch anregen.

So gesehen können wir hoffen, dass die finalen Verhandlungen, die, wie ich gelesen habe, im Oktober beginnen werden, auch zu einem entsprechenden und positiven Ende führen werden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf gleich dort anknüpfen, wo mein Vorredner geschlossen hat. Heute, am 20.09., hat der Ausschuss, der zuständige Ausschuss im Bundesrat das Thema einstimmig behandelt. Schade, dass es dann doch etwas länger gedauert hat.

Im März war schon einmal ein Versuch da, wo der Bundesrat diesbezüglich aktiv geworden ist. Da war die SPÖ noch nicht zu überzeugen, um hier ein einheitliches Vorgehen sicherzustellen.

Soll so sein, aber, Kollege Molnár, ich widerspreche Ihnen bei einer Sache sehr deutlich. Sie haben gesagt, ja, da gibt es ein Detail, das ist die Trinkwasserdebatte in der Gastronomie.

Tatsache ist, dass viele EU-Richtlinien gerade daran scheitern oder zumindest auf Unverständnis stoßen, weil Details herausgenommen werden und mit diesen Details dann sehr polemisch und aktionistisch gearbeitet wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir alle kennen diese Beispiele von der Gurkenkrümmung bis hin jetzt eben auch das verpflichtende Glas Trinkwasser, dass der Gastronomiebesitzer zur Verfügung stellen sollte. Tatsache ist, das war natürlich auch eine der vielen Dinge, die überschießend sind, „Gold Plating“ ist das Stichwort dazu.

Auch Österreich gehörte sehr oft zu den Musterschülern derartiger Richtlinienumsetzungen. Da gibt es aber derzeit von der Bundesregierung ein ganz klares Signal. Hier werden ganz gezielt alle Rechtsbestände durchsucht und auch nach derartig überschießenden Regelungen durchforstet.

Ich glaube, das ist der richtige Weg und daran sieht man, dass wenn man gemeinsam hier eine Brücke schlagen möchte, wenn alle Bundesratsfraktionen und wahrscheinlich heute auch alle Landtagsfraktionen einer Meinung sind, dass man, wenn man unser klein strukturiertes Wasserversorgungsnetz erhalten möchte, auch Flagge zeigen muss.

Da müssen wir eben auch sagen, nein, wir wollen zentralistische Bestrebungen hier hintanhalten. Natürlich ist die Wasserversorgung in anderen Staaten der Europäischen Union komplett zentral, vielleicht sogar national organisiert, nicht nur über Bundesstaaten hinweg, sondern gleich über die ganze Nation. Die haben natürlich andere Möglichkeiten und Maßstäbe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir freuen uns und sind froh, dass hier, ganz gemäß dem Subsidiaritätsprinzip folgend, kleine Einheiten, wie Wasserversorgung auf höchstem Standard und bei bester Technik versuchen sicherzustellen. Für die ist es natürlich eine riesige Belastung. Wir kennen die kleinen Strukturen durch die Wasserverbände der Gemeinden mit einem großen Player, dem Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland.

Tatsache ist, dass derartige Richtlinien diese Strukturen gefährden, denn die überschießenden bürokratischen Aufwendungen, Aufzeichnungspflichten und Kontrollen würden selbstverständlich dazu führen, dass hier massiv an der Kostenschraube gedreht wird und das natürlich auch die kleinen und gut funktionierenden Einheiten, die es derzeit gibt, gefährdet.

Am 15.09. gab es einen sehr interessanten Standardartikel. Den möchte ich hier noch erwähnen. Die österreichische Zeitung „Der Standard“ sucht gerade das Österreich in 100 Jahren. Es werden mehr oder weniger prominente Österreicher gebeten, zu skizzieren, wie es in Österreich in 100 Jahren aussehen wird und sollen in mehreren Etappen darüber berichten.

Das habe ich sehr spannend gefunden, weil das gleich neben dem Artikel war über die Bundesratsdebatte, die Frage, was eine Vision für Österreich in den nächsten 20 beziehungsweise 30 Jahren sein könnte? Wolfgang Schüssel wurde gebeten, hier eine Vision zu zeichnen.

Eine seiner Visionen war, dass es in 20 beziehungsweise 30 Jahren getrennte Trink- und Brauchwasserverrohrungen gibt, sodass wir auf einen Schlag sagen, in Ordnung, auf der einen Seite haben wir das absolute Qualitätswasser, das wirklich Trinkwasserqualität hat, und auf der anderen Seite haben wir die Möglichkeit, Brauchwasser hier zu nutzen und das kostbare Trinkwasser zu schonen und zu schützen.

Vielleicht eine Vision, die etwas länger dauern wird, aber, sicherlich eine brauchbare Idee, um das zu erreichen, was uns allen wichtig ist, nämlich, ein sichereres, leistbares und verfügbares Trinkwasser für alle Österreicherinnen und Österreicher sicher zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Kilian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Geschätzte Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren. Das Wasser ist ein lebenswichtiges Gut, denn ohne Wasser gibt es kein Leben. Die Versorgung mit Trinkwasser erfolgt in Österreich über zirka 5.500 Wasserversorgern, wie es der Kollege Molnár bereits gesagt hat, welche über 90 Prozent der Bevölkerung abdecken.

Die Versorger sind fast ausnahmslos lokale und regionale von der öffentlichen Hand verwaltete Einrichtungen der Daseinsversorge, die im öffentlichen Interesse handeln. Sie sind viel besser in der Lage im Sinne der örtlichen Gegebenheiten rasch und effektiv den Anforderungen der Gemeinden der Regionen gerecht zu werden.

Das unterscheidet Österreich massiv von anderen europäischen Ländern, wo es zum Teil nur wenige großstrukturierte Wasserversorger gibt, die auch dazu oft nicht mehr in öffentlicher Hand sind. Die kleinstrukturierte, oft auch von Genossenschaften getragene Versorgung hat sich bewährt, wobei es selbst in Österreich große regionale Unterschiede gibt.

Während in Oberösterreich über 1.800 Wassergenossenschaften für die Trinkwasserversorgung von 1,5 Millionen Einwohner zuständig sind, gibt es im Burgenland 11 verschiedene Wasserverbände für knapp 300.000 Menschen. Die Wasserqualität ist im Allgemeinen hervorragend und wird ausreichend kontrolliert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Entwicklung, die das Burgenland in den letzten 60 Jahren gemacht hat, basiert auf einer tadellos funktionierenden Infrastruktur. Die Versorgungssicherheit mit bestem Trinkwasser und das dahinterliegende Wasserverteilungsnetz tragen einen großen Teil dazu bei. Gerade die Sicherung der elementaren Daseinsversorge zählt zu den Kernaufgaben von uns Politikern.

Wir haben eine moralische Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen. Funktionierende Bildungs- und Gesundheitssysteme, Wasserversorgung, Müllentsorgung oder die gesicherte Versorgung mit leistbarer Energie gelten als Kernbereiche, zu deren Sicherung die Politik zuständig ist.

Für diese wichtigen Bereiche kann nur die Politik die Rahmenbedingungen schaffen, denn wenn das Konzerninteressen überlassen wird, dann bleiben am Schluss die Menschen über. Die Menschen haben ein Recht auf Bildung, dass sie zur Schule gehen können und sich Wissen aneignen.

Auf Gesundheit, dass es in der Nähe ein Krankenhaus gibt. Auf eine funktionierende Müllentsorgung, auf Wasserversorgung, dass aus dem Wasserhahn Trinkwasser kommt. Wir müssen deshalb alles dafür tun, um dieses wichtige Gut und diese Infrastruktur auch für die zukünftigen Generationen zu schützen und zu wahren.

Bei uns haben wir eine ausgezeichnete Daseinsvorsorge. Auf die burgenländische Versorgungssicherheit kann man stolz sein. Die burgenländischen Wasserversorger arbeiten zum Wohle unserer Menschen, denn die burgenländische Wasserversorgung ist gemeinnützig organisiert.

Das heißt, dass die Wasserversorger nicht auf Gewinn ausgerichtet sind. Das haben wir auf Initiative der SPÖ-Fraktion sogar in die Landesverfassung verankert. Der Grundsatz, die Einnahmen in die Erneuerung der Infrastruktur zu reinvestieren.

Die jährlichen Investitionen sind gut investiertes Geld, weil die Wasserversorgung heute selbst unter schwierigen Bedingungen in allen Regionen gut funktioniert. Das kommt wiederum den Kunden zugute und stärkt die Wirtschaft. Dadurch entstehen auch Arbeitsplätze in der Region.

Das ist der burgenländische Weg. Diesen Weg werden wir für die Burgenländerinnen und Burgenländer auch weiter gehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Die vergangenen Jahre waren für die Wasserwirtschaft große Bewährungsproben. Wie wir alle wissen, war auch das heurige Jahr ein sehr trockenes. Diese Entwicklung mit

den vermehrten Hochverbrauchsphasen stellt die Wasserversorgung vor große Aufgaben. An solchen Tagen müssen in ländlichen Regionen, wie dem Burgenland, mehr als das Doppelte eines durchschnittlichen Verbrauchstages gefördert und in die einzelnen Haushalte geliefert werden.

Diese schwierige Aufgabe wurde von unserem öffentlichen und gemeinnützig organisierten Wasserversorger bravourös geschafft. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitwirkenden der öffentlichen Wasserversorgung des Landes für ihre gute Arbeit herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt konkret zum aktuellen Entwurf der EU-Trinkwasser-Richtlinie. Die bisherige EU-Trinkwasser-Richtlinie bietet in der derzeitigen Form einen klaren Rahmen für den Wasserversorger hinsichtlich der Anforderungen an die Wasserqualität. Der Entwurf der neuen Trinkwasser-Richtlinie ist mit vielen zusätzlichen Bestimmungen überladen, die aus unserer Sicht und der der Wasserversorger hier keinen sinnvollen Platz haben.

Der Entwurf, da wäre zum einen die bisherigen Indikatoren, Parameterlisten für die Wasserqualität sollen gestrichen werden und Parameter, die keine gesundheitliche Bedeutung haben zu Grenzwerten werden. Die Gefahr von gesundheitlich nicht zu begründenden Grenzwertüberschreitungen mit allen damit verbundenen Problemen für die Wasserversorger erhöht sich damit massiv. Damit wird Druck auf die Wasserversorger gemacht.

Zweitens, neue Substanzen im Ultraspurenbereich sollen in die Parameterlisten aufgenommen werden. Diese sind rein als Vorsorgewerte zu sehen und haben in diesen Konzentrationsbereichen entsprechend der vorliegenden Einschätzungen keine Wichtigkeit. Dadurch wird aber ein enormer Druck in Richtung der Wasserversorgungsunternehmen bewirkt, die genutzten Wässer aufzubereiten, was fachlich nicht nachzuvollziehen ist.

Dieses Aufbereiten von Wasser würde wiederum sündteure Aufbereitungsanlagen benötigen. Unsere Wasserversorger müssten diese anschaffen und könnten die jetzigen Preise nicht halten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben bei uns im Burgenland qualitativ hochwertiges Trinkwasser zu leistbaren Preisen und das soll auch so bleiben. Aber, warum sollten hier zusätzliche Hürden geschafft werden? Weil dadurch der Industrie und Wirtschaft ein Riesengeschäft ermöglicht wird, das nach heutiger Einschätzung gar nicht benötigt wird.

Ich darf an dieser Stelle auch außerdem auf das Prinzip der Verursacherverantwortung hinweisen, wie es die Frau Kollegin Petrik gemacht hat, und appelliere nicht die Wasserversorgung und deren Kunden in die Pflicht zu nehmen, sondern vielmehr sollten jene Industrie und Konzerne verstärkt zur Verantwortung gerufen werden, welche die Aufbereitung und Sicherstellung einer qualitativen Trinkwasserversorgung verteuern.

Beispielsweise die pharmazeutische und chemische Industrie. Ein ganz wesentlicher Punkt im Entwurf zur Trinkwasser-Richtlinie sind auch bisher schon gegeben und grundsätzlich sinnvolle Informationspflichten. Diese werden nunmehr massiv überzogen.

Es wird eine Reihe an wirtschaftlichen Daten eingefordert, die zwar im Rahmen von einem internen Benchmarking vergleichend gut sein können, aber nicht Ziel einer Trinkwasser-Richtlinie sein sollten. Dies geht über den Informationsbedarf für den Kunden weit hinaus.

Das ist zum einen eine Verwaltungsaufblähung und andererseits schaut es so aus, dass diese überzogenen Informationspflichten die potenten Großkonzerne in die Kennzahlen der öffentlichen Wasserversorger hinblicken lassen sollen. Gedanken, warum dieser Einblick gewährt werden soll, kann sich jeder selber machen.

Ein ganz zentraler Punkt ist die Anhebung der Untersuchungsumfänge, vor allem für kleine Wasserversorgungsunternehmen, die verhältnismäßig stark steigen würden.

Wir alle wissen, dass schon jetzt unser Trinkwasser in Österreich das meistgeprüfteste Lebensmittel ist. Dieser eklatante Anstieg an Kosten würde nur unnötig die Menschen belasten. Die Kosten der kleinsten Wasserversorger würden sich nicht um das zehnfache, sondern um das siebzigfache, Herr Kollege, erhöhen.

Die von der EU geplanten Änderungen der Trinkwasserrichtlinie haben daher vor allem in Ländern mit einer kleinteilig strukturierten Wasserversorgung massive und unverhältnismäßige Auswirkungen auf den Wasserversorger.

Zusammengefasst scheint es derzeit so, dass der Entwurf der EU Trinkwasserrichtlinie unter dem Deckmantel der Kundenfreundlichkeit stark Impulse in Richtung einer Liberalisierung und Privatisierung liefert.

Der Vorschlag der Kommission würde einseitig einen massiven Mehraufwand und Mehrkosten für die Wasserversorger bedeuten ohne jedoch Verunreinigungsquellen nachhaltig zu bekämpfen. Diese Mehrkosten müssen dann wieder die Wasserabnehmer zahlen.

Für die Wasserversorger würde diese Novelle jedenfalls viele ernst zu nehmende Probleme mit sich bringen.

Ich möchte zur Trinkwasserrichtlinie aber auch in Erinnerung rufen, welche Strategien seitens der Gremien der EU gegenüber dem öffentlichen Wasser bereits gefahren wurden.

Seitens der EU wurde in der Vergangenheit immer wieder unter dem Deckmantel von Freihandelsabkommen, ob das jetzt TTIP, CETA oder TISA, oder über verschiedenste Richtlinien über die Hintertür versucht, die öffentliche Daseinsversorger weltweit zu liberalisieren. Dabei wollen die privaten Betreiber und Großkonzerne bestmöglich von der Allgemeinheit abschröpfen.

Dabei bleiben die notwendigen Investitionen für die Infrastruktur auf der Strecke und die Wasserversorgung gibt es nur gegen hohes Entgelt.

Die Liberalisierung der Daseinsvorsorge zielt daher eindeutig auf Gewinnmaximierung der privaten Unternehmen und Konzerne ab. Die Versorgung bei Gütern der Daseinsversorger und insbesondere mit dem Lebensmittel Nummer Eins, dem Wasser, muss für alle Menschen kostengünstig bleiben.

Garant dafür sind die regionalen Wasserverbände, die sich ausschließlich an den Interessen der Bevölkerung orientieren und nicht am Profit abzielen. Denn Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern es ist ein Gut das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Das Lebensmittel Nummer Eins und das wichtigste Produkt der menschlichen Daseinsvorsorge, unser Trinkwasser, darf niemals Spielball von Konzernen sein.

Weder von jenen Konzernen die mit ihren Spritzmitteln unsere Umwelt derart beeinträchtigen, dass unser Grundwasser in Mitleidenschaft gezogen wird, und auch nicht

von jenen Konzernen, die gerne die Wasserversorgung übernehmen würden, um damit Profit zu ziehen.

Dafür sollten wir als gewählte Volksvertreter alle stehen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat.):* Danke schön. Der nächste Redner ist der Landtagsabgeordnete Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf damit beginnen, in Reflex auf die Diskussion, die wir über die Programme Europa geführt haben, wo ich nicht zu Wort gekommen bin und einleitend auf die Wasserrahmenrichtlinie, die wir heute, die wir jetzt im Punkt diskutieren, folgendes vorausschicken.

Wir haben gestern und heute das informelle Treffen der Ministerpräsidenten, beziehungsweise der Kanzler in Salzburg. Österreich ist seit kurzem Vorsitzführend in der Europäischen Union. Und was interessant und jetzt auch entscheidend für diese Diskussion bei der Wasserrahmenrichtlinie ist, der Bundeskanzler ist Vorsitzender und der Vizekanzler geht nicht hin.

Überlegt das einmal rein von der technischen Seite und von der staatsmännischen Seite. Wir haben eine Bundesregierung wo der Bundeskanzler Vorsitzführender ist und lädt zu einem Gipfel, zu einem informellen Treffen in Schladming ein, und der Vizekanzler und die gesamte FPÖ Riege gehen nicht hin. Ich finde das einigermaßen bestürzend.

Ich finde es auch heute zum Beispiel bestürzend, oder seit gestern, seit diesem informellen Treffen in Salzburg, weil der Herr Vizekanzler mit einer FPÖ Delegation in Aserbaidschan ist. Ich meine, wir müssen natürlich Prioritäten setzen, und ich kann mir vorstellen, dass dies eine ganz gewichtige Auslandsreise ist, aber Tatsache ist, wir sind Europa.

Dieses Europa sollten wir auch gemeinsam in dem Sinne leben. Jetzt herunter gebrochen auf die Wasserrahmenrichtlinie, es ist schon einigermaßen verdatternd, und es ist zum Teil auch schon gefallen in den Diskussionsbeiträgen, das Land Burgenland hat in seiner Verfassung den Schutz des Wassers deklariert. Wir haben eine eindeutige Stellungnahme zum öffentlichen Gut Wasser gelegt und wir sind uns tatsächlich seit Jahren dessen bewusst, dass Wasser auf Zukunft gesehen ein noch gewichtigeres Mittel sein wird, um das sich Diskussionen ranken werden, um das sich wahrscheinlich dann auch Auseinandersetzungen bewegen werden.

Dafür ist auch im Rahmen der Europäischen Union eine ganz entscheidende Situation, dass der Kampf um diese Wasserreserven immer intensiver wird. In Frankreich angesiedelt gibt es zwei börsennotierte Unternehmungen, die Veolia und die Suez. Die Veolia hat einen Umsatz von 25 Milliarden Euro. Es ist einer der größten Wasserver- und -entsorger innerhalb Europas. In Deutschland, speziell im ostdeutschen Rahmen ist Veolia einer der größten Wasserentsorger und -versorger im Sinne von Dienstleistung. Daher ist es nicht verwunderlich wenn in dieser Ausführung einer europäischen Richtlinie in der Diskussion drinnen steht, was die Kollegin Petrik angesprochen hat, dass sich die Wasserversorger wünschen, dass der Anschluss zum Abnehmer quasi eine öffentliche Aufgabe, eine private Aufgabe wäre, und jetzt nicht mehr vom Verband als solches gelöst wird. Was bei uns die Regel und die Umsetzung auch bedeutet.

Das sind Aufgabenstellungen, die durchaus Anlass geben, darüber nachzudenken, was quasi verschoben werden soll vom öffentlichen Bereich oder vom privatwirtschaftlichen Bereich gegenüber dem Konsumenten. Der Umkehrschluss in höchster Präzession besteht dann darin, wo sich diese Großkonzerne im Rahmen von Richtlinien durch starkes Lobbying neue Zugänge zu öffentlichen Versorgungseinrichtungen verschaffen wollen. Herr Kollege Brandstätter, neben den regionalen Verbänden den elf, die Sie im Burgenland angesprochen haben, gibt es durchaus noch zwei Aspekte die zu berücksichtigen sind. Grundsätzlich sind die Versorger auf Wasser die Gemeinden.

Der zweite Aspekt, der noch wichtiger erscheint, es gibt auch einzelne Gemeinden, die noch selbst ihre Bevölkerung mit Wasser versorgen, ohne dass sie einem Verband angeschlossen sind. Es gibt einzelne Gemeinden, die sich wirklich um die Wasserversorgung ihrer Bevölkerung kümmern. Und eines steht fest, wenn wir hier derartige Sommer oder die Klimaveränderung in dieser fortschreitenden Form die nächsten Jahre noch erleben, und es wird sich steigern, dann wird das Wasser als sogenanntes grundsätzliches Gut für den Menschen und für unsere Gesellschaft eine ganz besondere und spezifische Rolle weiterhin noch intensiver spielen.

Wenn das der Fall ist, dann werden die Begehrlichkeiten derer, die meinen, dass sie mit Wasser Geschäfte machen können auch noch größer werden. Wenn dann noch als Beigabe in dieser Diskussion um die Wasserversorgung das Glas Wasser, das einem Konsumenten in einem öffentlichen Lokal gratis oder gegen Kosten verabreicht werden soll, untergebracht wird, dann findet man das nicht nur, wie es der Christian Sagartz gesagt hat, zum Teil mehr als lächerlich, sondern das hat mit Europa überhaupt nichts zu tun.

Das ist eine nationale Einrichtung, und wenn sich die Gastronomie, was sie ja schlussendlich jetzt schon gesetzt hat in manchen Bundesländern, nicht bundesweit, darüber einig ist, dass das Glas Wasser, wenn es gereicht wird, wenn eine Dienstleistung erbracht wird, mit einem bestimmten Geldbetrag vergütet werden soll, dann wird das auch keiner ändern. Das Glas Wasser als Beigabe für den Kaffee ist kostenfrei. Aber wenn jetzt *(Abg. Manfred Kölly: Zahlt man eh mit dem Kaffee.)* zum Beispiel ein Trupp von Radfahrern in ein Lokal einmarschiert und sagt sie wollen alle nur ein Glas Wasser, dann hat der eine Dienstleistung zu vollziehen und die wird natürlicherweise, auch wie immer und wie überall verrechnet werden.

Aber das ist weit am Thema vorbei, das Wasser als öffentliches Gut darstellen. Wir sollten uns zwei Aspekte vor Augen führen. Erstens, im Burgenland haben wir uns entschlossen, und haben es auch umgesetzt, dass wir in der Verfassung verankert sind. Zweitens, das Wasser sollte eine nationale klare Gesetzgebung auch weiterhin behalten. Europa hat im Sinne des Konzerndenkens und des Lobbyismus auch im Sinne von Privatisierungswünschen bei diesem Gut, bei diesem ganz wichtigen Gut, für uns alle eigentlich nichts zu suchen.

Daher ist das was dort auch enthalten ist als solches grundsätzlich abzulehnen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP, LBL und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Revision der EU Trinkwasserrichtlinie ist somit einstimmig gefasst.

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1386) betreffend Mercosur (Zahl 21 - 978) (Beilage 1431)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1386, betreffend Mercosur, Zahl 21 - 978, Beilage 1431.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Ich bitte im Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Mercosur, in seiner 30. Sitzung am Mittwoch, dem 05. September 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Mercosur die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer, Zuhörerinnen - viele sind nicht da. Das Mercosur Abkommen ist ein Freihandelsabkommen das konkret mit Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay abgeschlossen wird.

Normal gehört zu den Mercosur Ländern auch noch Venezuela dazu, dieses Land macht hier nicht mit.

Warum ist dieses Freihandelsabkommen über das man in den Medien wesentlich weniger gehört hat bisher wie über CETA und TTIP so wichtig? Es ist ungefähr, da muss ich nachschauen, ja sechs Mal so groß wie das mit Kanada abgeschlossene CETA Abkommen. Das heißt, die Dimension ist noch einmal so extrem. Es geht konkret vor allem, nicht nur, aber vor allem um Rindfleisch und Zucker und Soja, um Autos, in die andere Richtung Molkereiprodukte. Wir, ich meine nicht wir, die EU importiert zurzeit schon von diesen Ländern etwa 200.000 Tonnen Rindfleisch im Jahr. Und das Ganze soll jetzt noch einmal um fast 100.000 aufgestockt werden, bei Zucker sind es sogar noch 150.000 Tonnen mehr.

Das ist diesen Ländern zu wenig, die wollen sogar noch mehr. Das ist mit ein Grund, warum das Abkommen im Moment ziemlich stockt. Dazu muss man wissen, dass

dieses Abkommen eigentlich schon seit, ich glaube inzwischen schon mehr als zehn Jahren versucht wird abzuschließen. Dazwischen war einmal ein paar Jahre zwischendurch komplette Funkstille. Jetzt wahrscheinlich auch, dadurch das andere Handelsabkommen Thema geworden sind, ist es wieder Thema geworden. Und man war eigentlich im letzten Jahr schon relativ weit.

Brasilien will vor allem, nicht nur Brasilien, die Mercosur-Länder wollen vor allem Rindfleisch und Zucker und Soja loswerden, sozusagen. Auf der anderen Seite will die EU vor allem Molkereiprodukte, Auto und Autoteile einführen. Natürlich geht es noch um anderes, aber das sind so die Geschichten um die es sich dreht im Moment, und wo es stockt. Das wollen dann wiederum natürlich die vier Länder nicht, dass wir mehr Molkereiprodukte, Autos und Autoteile hinüberführen.

Grundsätzlich ist die Problematik dieser Abkommen ja ein ganz anderes, nämlich nicht ob jetzt die mehr von dem bekommen oder wir mehr, sondern dass diese Abkommen weit entfernt sind von dem was wir eigentlich, glaube ich alle wollen, nämlich eine nachhaltig ökologische Landwirtschaft.

Im EU-Raum käme die Landwirtschaft, vor allem durch die Rindfleisch-, vorrangig wahrscheinlich Billigprodukte, Billigfleisch weiter unter Druck. Das ist jetzt schon ein großes Problem. Man muss sich vorstellen, in Brasilien, ich habe mir gestern gerade den Film „Die grüne Lüge“ angeschaut, von Herrn Boote, der ist auch nach Brasilien gefahren. Dort wohnen die Indigenen zwischen der Straße und den Weiden der Rinder. Früher haben sie auf den Weiden der Rinder gewohnt, das war ihnen auch gesetzlich zugesprochenes Land. Von dort sind sie von den Großgrundbesitzern vertrieben worden, dort weiden jetzt die Rinder und sie sind unmittelbar neben der Straße, so richtig aufgefädelt stehen die Hütten der Indigenen. Das heißt, es ist auch ein Menschenrechtsproblem, abgesehen noch von der ökologischen Geschichte die dazukommt.

Die ökologische Geschichte ist vor allem deswegen ein Problem, weil es in diesen Ländern noch Regenwald gibt, teilweise leider gegeben hat. Der Großteil der Sojaproduktion und des Zuckerrohrs und der Rinderproduktion läuft dort auf abgebrannten Regenwaldfeldern. Der Regenwald ist dort für immer verloren, auch ein großer Klimatreiber übrigens, weil der Regenwald bis jetzt sehr Klima bestimmend war, Klima ausgleichend gewirkt hat. Wenn der weg ist und dort riesige Soja- und zu erwähnen wären auch noch Palmölfelder sind, können diese Monokulturen natürlich diese Funktion bei weitem nicht erfüllen.

Das heißt, es gibt eigentlich Menschenrechts-, Umweltaspekte aber auch landwirtschaftliche Aspekte, also den Schutz der eigenen Landwirtschaft, die dagegensprechen. Deswegen gibt es auch von uns eigentlich ein klares Nein zu allen Freihandelsabkommen, die in letzter Zeit Thema waren.

Auch weil die gesetzlichen Standards in den Ländern ganz andere sind, dort anders produziert werden könnte. Es braucht einen fairen Handel und keinen freien Handel - egal mit welchen Ländern. *(Beifall bei den GRÜNEN)* Danke. Positiv ist ein solches Abkommen vor allem für einige Wenige, für die Großen, für die Großindustrie, für die großen Agrarkonzerne und für die Agrarchemie.

Von Nachteil ist es ganz sicher für Landwirte, Landwirte hier und dort, für die Indigenen, die ich schon erwähnt habe und letztlich auch für uns selber, für die Konsumenten und Konsumentinnen. Einen kleinen Lichtblick, ich habe es schon angesprochen, ist, dass viele inzwischen davon ausgehen, dass die Chance gar nicht so gering ist, dass die Verhandlungen bereits komplett gescheitert sind, eben, weil hier diese

beiden Geschichten - auf der einen Seite Rindfleisch, auf der anderen Molkerei und Autos, so festgefahren sind, dass nichts mehr weitergeht.

Der Handel funktioniert übrigens auch ohne dieses Freihandelsabkommen. Als Beispiel habe ich mir herausgesucht Soja. Man muss sich das vorstellen, 2018 wurde im Vergleich zum Vorjahr die 4-fache Menge von Soja importiert. Das sind vor allem Futtermittel. Bei uns in Österreich ist ja gentechnisch erzeugtes Soja eigentlich verboten, leider nicht bei den Futtermitteln. Natürlich nicht im kompletten EU-Raum. Das heißt, hier werden riesige Mengen an Soja weiter importiert.

Und es geht offensichtlich auch sehr gut ohne Freihandelsabkommen, was grundsätzlich sowieso ein Problem ist. Gott sei Dank gibt es Initiativen wie Donau Soja, wo die Bemühung da ist, dass man die Sojamenge die man braucht, möglichst im europäischen Raum, in dem Fall im Donauraum produziert, weil das klimatisch am besten ist.

Ja, um zum Schluss zu kommen, es gibt eigentlich keinen Grund, wenn man nicht gerade auf der Seite der Großindustrie oder der Großagrarkonzerne steht, diesem Abkommen zuzustimmen. Deswegen werden wir natürlich auch diesem Antrag zustimmen. Wir hoffen, dass unser Antrag und die festgefahrenen Verhandlungen dafür sorgen, dass es zu diesem Abkommen nie kommen wird. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke schön. Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel ist die Nächste in der Rednerliste.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Mein Vorredner hat die Details schon sehr ausführlich berichtet, deshalb werde ich da einiges von meinen Vorbereitungen auslassen, um das nicht wiederholen zu müssen.

Mercosur, ein Freihandelsabkommen, das seit vielen Jahren im Raum steht, von dem aber inhaltlich nicht wirklich Konkretes bekannt ist, aber jetzt schon die Gemüter erhitzt. Wir stehen hinter unseren Bauern und auch hinter unserer Landwirtschaft.

Daher ist es umso wichtiger, dass wir darauf achten, dass unsere heimische kleinstrukturierte Landwirtschaft geschützt wird und keine Nachteile erfährt. Dafür stehen wir im Burgenland und auf Bundesebene. Wie gesagt, das Freihandelsabkommen Mercosur wird seit vielen Jahren verhandelt. Unter dem Standpunkt, dass unsere Landwirte nur Nachteile davon haben, können wir dieses Freihandelsabkommen selbstverständlich nicht unterstützen. Das sieht die FPÖ auf Bundesebene genauso.

Unser Agrarsprecher Nationalratsabgeordneter Maximilian Linder hat heuer ebenfalls bereits medial seinen Unmut darüber kundgetan. Unsere hohen Gesundheits-, Sozial- und Umweltstandards müssen eingehalten werden, und das ist mit dem Freihandelsabkommen und den Details die bisher bekannt sind, nicht der Fall.

Ob die Suppe dann wirklich so heiß gegessen wird wie sie gekocht wird, wissen wir nicht. Es kann aber jedenfalls nicht sein, dass vor allem im Bereich der Rindfleischvermarktung hier mit Billigimporten unser Markt überschwemmt wird und so unsere Bauern in die Knie gezwungen werden, während im Ausland in Tierfabriken in riesigen Mengen und unter unglaublichen Bedingungen Tiere gemästet werden, um sie dann zu uns zu importieren.

Wir, die FPÖ Burgenland und die FPÖ auf Bundesebene sehen es als unsere Aufgabe an, auf das Wohl der Bevölkerung zu achten. Nicht nur für die Landwirtschaft würde nämlich Mercosur mit dem derzeitigen Stand Nachteile bringen, wir müssen auch auf die Versorgung unserer Bevölkerung mit hochqualitativen Lebensmitteln schauen.

Ich hoffe daher sehr, dass alle, wirklich alle Abgeordneten auf EU-Ebene das genauso sehen. Denn nur sie können mit ihren Stimmen auf EU-Ebene das Freihandelsabkommen verhindern. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Nächster Redner ist Abgeordneter Walter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Handelsabkommen, das bestätigt uns zum Beispiel auch die Geschichte mit den Hansestädten in Deutschland, tragen zur wesentlichen Wohlstandserhöhung bei. Gerade Österreich profitiert von einem Exportanteil von über 60 Prozent davon. Faire qualitativ gut gemachte und transparent verhandelte Handelsabkommen beleben die Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze, so wie es bei vielen Abkommen, darunter auch zum Beispiel CETA der Fall ist.

Für die Mercosur ist die EU der wichtigste Handelspartner bei Agrargütern, mit einem Anteil von 21 Prozent am gesamten Außenhandel, also eine gewaltige Anzahl. Für die EU macht die Mercosur lediglich zwei Prozent ihres Außenhandels aus.

Ähnlich verhält es sich mit dem Österreichvergleich mit der Einfuhr von über 581 Millionen Euro und einer Ausfuhr von über 920 Millionen Euro macht es nur einen geringen Teil der Gesamteinfuhren von 147 Milliarden beziehungsweise 142 Milliarden Gesamtausfuhren im Jahre 2017 aus.

Eine wesentliche Steigerung gab es dabei bei den Importen von neun Prozent beziehungsweise bei den Exporten von über 18 Prozent. Warum wir aber dem Handelsabkommen Mercosur mit den erwähnten Südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay sehr kritisch gegenüberstehen, sind folgende Punkte:

Es wird mit der ÖVP keine Abkommen geben, die unsere hohen Lebensstandards, Umwelt-, Tierschutz- oder Sozialstands in der Landwirtschaft unterminieren.

Es wird mit der ÖVP keine Abkommen geben, die unsere kleinstrukturierte und auf Familienbetrieben basierende Landwirtschaft gefährden.

Es wird mit uns ebenfalls keine Abkommen geben, wo die GVO-Freiheit in Zweifel gezogen werden kann. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Absicherung des Verbraucherschutzes. So zeigt ein Beispiel aus dem März 2017, aufgedeckter Gammelfleisch Skandal in Brasilien, dass die Lebensmittelsicherheit wegen mangelhafter Rückverfolgbarkeitssysteme in den Mercosur-Staaten nicht gewährleistet ist.

Zusammengefasst darf dieses Handelsabkommen mit Südamerika unsere kleinstrukturierten Familienbetriebe nicht gefährden. Die Tier-, Umweltschutz- und sowie Sozialstandards müssen eingehalten werden. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wünschenswert wäre auch in Zukunft, dass wir uns auch bei landesinternen Themen, wo wir als Abgeordnete selbst verantwortlich sind, so einig wären, wie bei diesem Punkt.

Es ist nämlich ein schlechter Stil, wenn gerade jene Institutionen wie zum Beispiel die Burgenländische Landwirtschaftskammer durch Fördermittelkürzung geschwächt werden sollen. Denn es sind gerade Klein-, Mittel- und vor allem bäuerliche

Familienbetriebe, die diese wertvolle Einrichtung dringend brauchen. Großbetriebe, das wissen wir, leisten sich selbst Berater, Rechtsanwälte und dergleichen. Viele Projekte die zur Wertschöpfung beitragen wären nicht umgesetzt worden, wenn es nicht die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer gegeben hätte.

Deshalb erwarte ich mir auch in diesem Fall jene Geschlossenheit zum Wohle eines funktionierenden ländlichen Raumes, die wir auch heute betreffend Mercosur gemeinsam beschließen werden.

Ich erinnere wiederum an unsere Forderung nach mehr regionalen Produkten in landeseigenen und landesnahen Betrieben im Burgenland. Gerade öffentliche Einrichtungen sollten ein Vorbild sein und regionale Produkte einkaufen und verarbeiten, denn dann hätte nämlich Billigfleisch aus Südamerika keine Chance bei uns. Mit dem Dank an alle Bäuerinnen und Bauern und alle Verantwortlichen, die zu einem lebendigen ländlichen Raum beitragen, werden wir diesem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle die via Internet ebenfalls bei der Sitzung dabei sind, darf ich recht herzlich begrüßen. Heute hat es bereits eine Fülle wichtiger Beschlüsse, Debatten gegeben, und jeder einzelne ist auch wichtig. Viele dieser Beschlüsse betreffen natürlich mittelbar, unmittelbar, die Menschen in unserem Land.

Der eingebrachte Antrag, unser eingebrachter Antrag Mercosur Freihandelsabkommen wurde ja schon in dieser Form von meinen Vorrednern diskutiert und auch die Einstimmigkeit sich gegen dieses Abkommen auszusprechen, ist natürlich sehr positiv. Wenn man in Wikipedia nachliest, was ist Mercosur, ist das die abgekürzte Bezeichnung für den gemeinsamen Markt Südamerikas. Die Organisation konstituierte sich durch Unterzeichnung des Vertrages im Jahre 1991. Es handelt sich hierbei um einen Binnenmarkt mit mehr als 260 Millionen Menschen.

Das ist der Stand aus dem Jahr 2006, der derzeit 12,8 Millionen Quadratkilometer umfasst, was ungefähr 72 Prozent der Fläche Südamerikas beziehungsweise 56 Prozent der Fläche Lateinamerikas entspricht.

Der Mercosur erwirtschaftet ein Bruttoinlandsprodukt von etwa einer Billion US-Dollar, das sind rund 75 Prozent des gesamten BIP des lateinamerikanischen Kontinents. Im Außenhandel beträgt der Wert der Exporte etwa 200 Milliarden US-Dollar und der Import etwa 130 Milliarden Dollar. Was beinhaltet jetzt Mercosur und was ist der Mercosur-Pakt? Ganz konkret geht es dabei um die Verhandlung zwischen den Südamerikanischen Staaten und der EU.

Was heißt das für Europa, was heißt das für Österreich? Was heißt das für das Burgenland? Was heißt das aber vor allem für die Produzenten, für die Landwirtschaft, für die Konsumenten? Was heißt das auch für unsere Kommunen und Gemeinden?

Konkret geht es darum, billiges Rind- und Geflügelfleisch aus Südamerika für den Import zuzulassen. Dieses Fleisch, dieses Fleisch wird ohne jegliche Standards produziert. Im Gegenzug dazu werden bei uns, und wir wissen es und wir sind stolz darauf, werden bei uns die Auflagen bei den agrarischen Produkten immer weiter erhöht.

Das schafft einen gewaltigen Wettbewerbsnachteil für unsere Landwirte und seit Jahren werden bei uns in Österreich für unsere Konsumentinnen und Konsumenten so

wichtige Erzeugungsstandards geschaffen. Wir bekennen uns ganz klar zu einer hormon- und gentechnikfreien Produktion im Fleischbereich.

Dieses Vertrauen der Konsumentinnen und Konsumenten beim Griff in die Regale kann mit einem Abschluss von Mercosur nicht mehr entsprochen werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wie soll etwa unsere kleinstrukturierte Rinderwirtschaft im Burgenland mit knapp 20.000 Tieren, aufgeteilt auf etwas mehr als 400 Betriebe, mit Agrarkonzernen konkurrieren, die Rinderbestände mit zehntausenden Einheiten betreiben? Ebenso verhält es sich auf dem Geflügelsektor. Diese Massen an Tieren können erst durch den massiven Einsatz von Chemie und Antibiotika verkaufs- und natürlich auch transportfähig gemacht werden. Daher muss auch das höchste Anliegen sein, qualitativ hochwertige Produkte auf dem freien Markt vorzufinden und dass die Wettbewerbsfähigkeit von Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft unterstützt wird und man natürlich dafür sorgt, dass die natürlichen Ressourcen des Landes nachhaltig bewirtschaftet werden.

Dabei muss der Erhalt und die Vielfalt unserer burgenländischen kleinstrukturierten Landwirtschaft besonders am Herzen liegen. Regionalität, hohe Qualität unserer heimischen Produkte und eine sichere Herkunftsbezeichnung ist zu fördern, dabei die Konsumentensicherheit steigern und somit auch den Absatz erhalten, die Wertschöpfung in der Region zu erhalten und die Region und die Wertschöpfung auch weiter zu steigern.

Wir dürfen unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft nicht am Altar des Freihandels opfern. Dazu gehören auch ganz klar, dass man nur einen Blick darauf werfen muss, dass wir im Burgenland aber auch in gesamt Österreich niemals in einen Wettbewerb mit Agrarkonzernen in den Mercosur-Staaten treten können, die Betriebe mit bis zu 40.000 Rindern oder 100.000 Stück Geflügel bewirtschaften. Das funktioniert natürlich nur mit Zuchtstandards, denen wir in Österreich und vor allem hier bei uns in unserem Land, im Burgenland, längst abgesprochen haben.

Wir sind nämlich strikt gegen eine Aufzucht mit genveränderten Futtermitteln oder hormonbehandelten Tieren. Genau das sind allerdings die Standards in Staaten wie Brasilien, Argentinien und auch Uruguay.

Aktuelle Rinderhaltung im Burgenland darf ich kurz ansprechen. In unserem Land haben wir 450 Betriebe, Rinderbetriebe mit einem Gesamtrinderstand von 21.000 Rindern, davon gibt es 4.500 Milchkühe. Also wenn man das auf den Betrieb herunterbricht, so gibt es einen Durchschnittsbestand von 47 Rindern pro Betrieb.

Letztendlich muss es aber gelingen faire Preise und faire Leistungen zu erzielen. Ein Wettbewerb der Besten muss es ein und es darf kein Wettbewerb der Billigsten sein. Damit diese Leistungen auch honoriert werden, muss es zu einem Umdenkprozess natürlich auch bei unseren Konsumentinnen und Konsumenten kommen. Es ist wichtig, dass wir uns alle wieder bewusstmachen, dass gute Lebensmittel, wie auch Rindfleisch, die zu fairen Bedingungen erzeugt und gehandelt werden, auch ihren fairen Preis haben. Ich darf dabei nur an die beiden Kollege Temmel hat das angesprochen, Gammelfleisch-Skandal im März 2017 und zuletzt im Februar 2018 ansprechen.

Durch die Erweiterung des Wirtschaftsraumes erhoffen sich sowohl die EU- als auch die Mercosur-Länder Vorteile und Gewinne in Form von Wachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Für die Landwirtschaft in Österreich, speziell für die Tierhaltung, würde das in dieser Form nicht zutreffen. Bei einem Inkrafttreten des Freihandelsabkommen wäre die Rinderbranche durch die deutlich erhöhte Einfuhr von Billigfleisch ohne Qualitätskontrolle in den EU-Raum massiv betroffen.

Das würde den burgenländischen Rinderbauern durch dieses massive Abkommen natürlich Einkommensverluste am Markt bescheren. Preise für Rindfleisch könnte, würde bis zu 20 Prozent sinken. Unsere burgenländischen bäuerlichen Familienbetriebe erzeugen qualitativ, und wir wissen es, wir sind stolz darauf, hochwertige Lebensmittel bei gleichzeitiger Einhaltung strengster Tierschutz- und höchster Umweltstandards für die Gesellschaft.

Auf der einen Seite sind die kleinstrukturierten Familienbetriebe, hier bei uns in Österreich vor allem bei uns im Burgenland mit ihrem geringen Bestand an Tieren und Flächen und auf der anderen Seite sind die riesigen Agrargroßmächte mit industrieller Massentierhaltung, die unter Verwendung von Hormonen, Antibiotika und Wachstumsförderung die Tiere auf extra dafür gerodeten Regenwaldflächen halten. Ein ungleicher Wettbewerb. Wie könnte man vergleichen? David gegen Goliath.

Ich finde wir müssen alles in unserer Machtstehende tun, damit wir im Burgenland gesunde Rinderbestände haben, mit denen wir hochqualitatives Fleisch produzieren können, um auch die heimische Wertschöpfung in dieser agrarischen Sparte auf einem hohen Niveau halten zu können. Angesichts der EU-Präsidentschaft wird es Zeit für einen gemeinsamen Schulterschluss. Ich finde es auch sehr wichtig, dass wir es heute, hier in diesem Hohen Haus tun, über die parteipolitischen Grenzen hinweg.

Einen Schulterschluss für unsere heimische Landwirtschaft, für unsere Konsumentinnen, für unsere Konsumenten und für eine Politik der Nachhaltigkeit und der Vernunft. Mit einem Wort daher ein klares NEIN zum Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten! Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages! Meine Damen und Herren, die Sie uns auch sonst noch begleiten durch den Tag! Erstens danke für die klaren Worte aller die sich heute zu Wort gemeldet haben. Ich glaube das ist jedem klar, dass wir hier diesem Abkommen auch aus dem Landtag, des Burgenländischen Landtags, eine klare Absage erteilen.

Zweitens, wie schon angesprochen worden, die nahende EU-Präsidentschaft muss klar sein, dass wir hier uns auch als Land Burgenland aber auch als Österreich dazu bekennen, dass wir hier auf keinen Fall die regionalen gesunden Lebensmittel schwächen und vor allem die Produzentinnen und Produzenten. Es werden weniger im Burgenland, aber immerhin halten wir hier noch einen Status. Zum Zweiten natürlich auch im Rinderbereich. Also im Geflügelbereich haben wir Gott sei Dank auch noch große Ressourcen.

Dritte abschließende Stellungnahme beziehungsweise Kommentar, ich darf Sie beim Wort nehmen, was Sie heute sagen. Alle Fraktionen haben sich klar committed. Dann erwarte ich von Ihnen aber auch, dass wir das durchziehen und auch, dass das ein Teil unseres regionalen Auftretens ist bei der nächsten EU-Wahl.

Ich glaube, dass die burgenländischen Produzentinnen und Produzenten aber vor allem auch die Konsumenten von uns erwarten können, dass wir das tun. Denn nur gesunde Ernährung und nicht hormonell und genetisch verunreinigt, behandelt und mit großem Nachteil, nur das brauchen wir nicht, sondern gesunde Lebensmittel auch für die nächsten Generationen.

In dem Sinn darf ich zumindest als Agrarlandesrätin und Konsumentenschutzlandesrätin heute mitnehmen: Wir sind uns einig und ich werde natürlich auch schauen, ob das so bleibt auch bis zur EU-Wahl mit dem EU-Wahlkampf. Ein klares JA zu Ihren Ausführungen heute, vielen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Hohes Haus! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Die Entschließung betreffend Mercosur ist somit einstimmig gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1389) betreffend den Erhalt fünf vollwertiger Krankenhäuser im Burgenland (Zahl 21 - 981) (Beilage 1432)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Die Berichterstattung zum 11. Punkt der Tagesabordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1389, betreffend den Erhalt fünf vollwertiger Krankenhäuser im Burgenland, Zahl 21 - 981, Beilage 1432, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem geführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend den Erhalt fünf vollwertiger Krankenhäuser im Burgenland, in ihrer 20. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 5. September 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abgeordneten Mag. Thomas Steiner auf Fassung einer Entschließung betreffend den Erhalt fünf vollwertiger Krankenhäuser im Burgenland, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kovacs beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Uns liegt hier heute ein Entschließungsantrag vor und ein Abänderungsantrag hinsichtlich des Erhalts von fünf vollwertigen Krankenhäusern im Burgenland.

Hier hat halt schon die ÖVP ein bisschen mit der Begrifflichkeit „vollwertig“ gespielt. Weil ich gehe davon aus sie wollte nicht auslösen hier mit der Begrifflichkeit fünf Krankenhäuser zu erhalten, wieder einen Reflex zu erzeugen, das ja schon einmal die ÖVP gefordert hat. Es geht sich auch mit zwei aus, also drei zu schließen, also darum

schließe ich das jetzt vorweg einmal aus, damit wir nicht wieder außerhalb des sachlichen Themas in Polemik versinken und eigentlich die Sache schlussendlich vergessen.

Was mir aber besonders weh tut ist, dass die ÖVP hier im Burgenland obwohl sie türkise Krawatten trägt doch ziemlich schwarz sein dürfte. So ähnlich wie vielleicht auch der Stelzer in Oberösterreich. Weil in Wirklichkeit ist die Forderung die hier gestellt wird konträr zur Idee der eigenen „Mutterpartei“ aus dem Bund, weil die setzen hier ganz auf andere Dinge.

Nicht alles gleich zu machen und alle Spitäler in irgendwelche multifunktionalen oder eierlegende Wolfmilchsauinstitutionen zu bringen, sondern wirklich gezielt Spitäler so einzurichten, wie sie auch aufgrund der regionalen Notwendigkeit gebraucht werden. Da kann es nicht sein, dass man mit dieser Begrifflichkeit „vollwertig“ zu spielen beginnt und dafür sorgen möchte, dass jetzt alle Spitäler auf dem höchsten Niveau ausgerichtet werden, weil das ja auch nichts Positives für die Patienten bringt.

Auch wenn ich jetzt ein Spital in Güssing oder anderswo in allen Fächern der Medizin auf höchstem Niveau ausrüste, dann heißt das noch lange nicht, dass dort auch die dementsprechenden Patienten in dieser Menge anfallen wie dafür notwendig sind. Was bedeutet das in Wirklichkeit? Das bedeutet, dass die Ärzte die dort im Fachbereich im Spital nicht diese Routinen erzeugen können, weil sie nicht ständig an dieser Materie arbeiten.

Was auch immer das jetzt dann für ein medizinisches Fach sein könnte sei dahingestellt. Aber genau dadurch wird in Wirklichkeit dem Patienten gegenüber erzeugt. Na das ist ja, alles gibt es, ich brauch nur hingehen und dann komme ich vom Doktor, der das letzte Mal vor drei Jahren genau diesen Eingriff gemacht hat und dann haben wir folgendes Problem, und da darf ich ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung zitieren, wie es hier sein kann mit den Doktores, mit jungen, mit alten, mit erfahrenen, mit nicht erfahrenen.

Ich hätte keine Kniescheibe mehr, hätte ich nicht bei meiner Kniescheibenoperation das Glück gehabt, das ich einen alten erfahrenen Arzt in Amstetten, weil dort in der Nähe halt der Unfall war, angetroffen habe, der mir die Kniescheibe in einer 4-Stunden-Operation zusammengeflickt hat. Nachdem ich aufgewacht bin am nächsten Tag von der Schwerster erfahren musste, ich habe ein Glück gehabt, dass ich nicht den jungen Oberarzt gehabt habe, weil der hätte es mir rausgenommen.

Also genau diese Dinge sind natürlich auch diese Geschichten auf die man aufpassen muss. Nicht einfach abstruse Forderungen irgendwo in den Raum stellen, wir rüsten uns alles aus in einer Ebene wie vielleicht das AKH in Wien, weil wir es ja gar nicht brauchen in diesem Bereich.

Also da würde ich schon ein bisschen auch eine Oppositionspartei, die natürlich immer gerne und tunlichst richtig, muss ja so sein, weil sonst bräuchte ich ja nicht Opposition sein, wenn ich überhaupt nichts fordere, aber keine Schranken hat in ihren Forderungen. Das ist einfach etwas da sollte auch der ÖVP-Klub hier ein bisschen in sich gehen, im Klub sich zusammensetzten, nicht nur feiern *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das macht Ihr!)* oder irgendwelche lustigen Sondersitzungen oder andere Dinge hervorkehren, um hier wieder einen Sitzungsmarathon zu irgendwelchen Themen, die wir schon durchgekaut haben, wieder zum Vorschein bringen.

Sondern da sollte man doch ein bisschen die Vernunft walten lassen. Die Vernunft walten lassen und das auch anerkennen, was diese Regierung, beziehungsweise was jetzt hier vorhanden ist. Wenn man das ein bisschen rüber bring nämlich in der Vernunft,

in der Anwendung der Realität, wie die Patientenaufkommen sind und in einer Lagedarstellung oder in einer Lageanalyse feststellt, dass ja in Wirklichkeit unsere fünf Krankenhäuser im Sinne des Patientenaufkommens, jetzt spiele ich auch mit dem Wort der Vollwertigkeit, vollwertig aufgestellt sind im Verhältnis zum Patientenaufkommen und zum Anfall der Patienten.

Daher verstehe ich diese Forderung nicht und daher muss auch ziemlich klar sein, auch der ÖVP, wenn sie sich ins Kämmerchen zurückzieht und nicht den Bürger ein X für ein U vormachen möchte, dass das was wir jetzt da abgeändert haben, eigentlich der richtige Schluss ist von der Beurteilung der Krankenhausanalyse. Daher auch dieser Abänderungsantrag, vielleicht noch ein bisschen nachdenken, auch von der ÖVP mitgetragen werden könnte. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke sehr Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landesrat! Ja, Herr Kollege Haidinger ich habe Ihnen natürlich zugehört. Habe auch gehört, dass Sie die Botschaft nicht verstanden haben, die wir hier senden und um was es uns eigentlich geht. Weil ansonsten hätten Sie ja nicht solche Unterstellungen machen können, im Gegenteil. Sie müssten ja wissen, dass wir eine Opposition sind, die anders agiert als Sie agiert haben, wie Sie in Opposition waren.

Wir kritisieren dort wo es notwendig ist, wir zeigen Problemfelder auf. Wir wollen aber immer auch die entsprechenden Vorschläge aus unserer Sicht machen und die kann man natürlich positiv oder negativ beurteilen. Das bleibt Ihnen überlassen, aber die Interpretation unserer Anträge so frei zu gestalten wie Sie das machen, das halte ich für nicht richtig.

Ich sage Ihnen auch warum wir glauben, dass wir auch über dieses Thema reden sollen und reden müssen. Die Gesundheitsversorgung ist ganz einfach, ähnlich übrigens auch für die Frage der Pflege, ein ganz, ganz wichtiges Zukunftsthema im Land. Es ist wichtig, dass die Menschen im Burgenland sich darauf verlassen können, dass sie nicht nur ordentlich gepflegt werden, wenn es notwendig ist, sondern dass sie auch eine gute Gesundheitsversorgung insgesamt haben.

Die Gesundheitsversorgung ist ja umfassender. Da geht es ja nicht nur um die Spitäler, da geht es auch um die Hausärzte. Da geht es um die Frage wie schaffen wir es, dass wir auch in Zukunft genug Ärzte haben. Da haben wir auch viele Vorschläge gemacht.

Der Herr Landesrat Darabos hat heute voller Freude all diese Vorschläge mitgeteilt und hat gesagt, das hat die Regierung ja umgesetzt. Ja, und das ist auch gut so, dass die Regierung das umgesetzt hat, denn unsere Vorschläge waren gerade in diesem Bereich wirklich richtig. Daher freuen wir uns auch darüber, dass die Regierung diesen Vorschlägen im Hausärztebereich in der Frage der Stipendien und auch in der Frage der Einrichtung von Ordinationen gefolgt ist und da stehen wir auch nicht an das positiv zu bewerten.

Es wäre ja komisch, wenn wir sagen würden, unsere Vorschläge werden umgesetzt und dann sagen wir, das ist schlecht, das tun wir natürlich nicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum haben wir diesen Antrag eingebracht? Das ist relativ einfach erklärt. Wir haben über viele Jahre, ja fast Jahrzehnte von diversen SPÖ-Politikern immer

wieder die Mitteilung bekommen, die Botschaft bekommen, dass alles in Ordnung ist. Die Spitäler sind gut aufgestellt. Die Finanzierung ist gesichert und vor wenigen Wochen hat es dann eine Pressekonferenz gegeben zum Gesundheitsbericht und das hat uns doch schon hellhörig werden lassen. *(Abg. Manfred Kölly: Wer zahlt das?)*

Auf der einen Seite hat Landeshauptmann Nießl damals angedeutet, er könnte sich vorstellen, dass die Spitäler und die Frage der Struktur der Spitäler komplett in die Bundeskompetenz kommen und der Herr Landesrat Doskozil hat gemeint richtigerweise man muss sich überlegen wie wir das in den nächsten Jahren finanzieren können, weil ganz einfach große Finanzherausforderungen auch im Gesundheitsbereich auf uns zukommen.

Beides zusammen hat uns schon dazu geführt, dass wir gesagt haben, wir wollen diese Standortgarantie, die ja über Jahre und eigentlich von allen politischen Parteien immer wieder nicht nur gesagt wurde, sondern auch niedergeschrieben wurde.

Da kann man jetzt polemisch, Herr Landesrat, sagen, es hat eine Abgeordnete gegeben, die irgendwann einmal eine andere Meinung vertreten hat, aber, *(Abg. Manfred Kölly: Landesrätin hat es gegeben!)* damals war sie Abgeordnete, zu dem Zeitpunkt war sie… Gut, es hat eine Landesrätin gegeben, die halt eine Meinung geäußert hat, aber das herzunehmen, Herr Landesrat, um zu sagen, weil jemand etwas sagt, und Sie unterstellen das immer, weil jemand etwas wagt zu sagen, das ist böse, aber ich mache dann das Gleiche und deswegen ist es gut, das ist eine komische Argumentation.

Daher wollen wir diese Standortgarantie jetzt auch im Landtag ordentlich verankert wissen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Sie haben ja auch im Regierungsübereinkommen die Standortgarantie wieder in dieses Papier hineingeschrieben. Uns geht es einfach darum, dass wir wollen, dass das auch ordentlich dokumentiert wird. Dass wir hier im Landtag auch diesen Beschluss fassen und, Kollege Haidinger, sich auf ein Wort aufzuhängen, ob jetzt vollwertig, oder gleichwertig wie immer man das nennt, finde ich auch etwas eigenartig. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, es gibt Zustände, die sind jetzt schon verbesserungswürdig und müssen aus meiner Sicht und aus unserer Sicht auch verändert werden.

Die Kollegin Resetar hat das, glaube ich, schon fünfmal hier im Landtag gesagt. Alleine was die Sache mit den Brustkrebsbehandlungen betrifft, ist das einfach für die Leute unzumutbar, dass in Oberpullendorf die Diagnose gestellt wird, in Oberwart die Operation, in Güssing die Nachbehandlung. Da muss es doch eine ordentliche Planung geben. Vollwertig heißt für uns und heißt für mich, dass wir vom Standort, den wir jetzt haben, nicht runter wollen. Das ist ja ganz klar, dass wir nicht fünf AKHs bauen, die haben wir auch jetzt nicht. Aber wir wollen die Absicherung unserer guten medizinischen Versorgung im Bereich der Spitäler. Daher verstehe ich nicht, dass man da so polemisch auf solche Dinge reagieren kann. *(Abg. Manfred Haidinger: Man schreibt das ja nicht umsonst rein!)*

Man könnte auch sagen: Ja, das ist eine gute Idee! Ich sage Ihnen wie man anders Politik machen kann, nämlich nicht polemisch, nämlich so, dass man einen gemeinsamen Weg finden kann. Sie haben ja, so wie immer, einen Abänderungsantrag eingebracht. Bei Ihren Abänderungsanträgen ist das so, meistens ist es irgendeine Wischiwaschi-Geschichte und man sagt passt, wir beschließen das über einen Abänderungsantrag und dann ist die Sache erledigt.

Diesmal haben Sie zufälligerweise eine Formulierung gefunden, die jetzt ganz gut ist, auch aus unserer Sicht ganz gut ist und deswegen möchte ich jetzt auch einen Abänderungsantrag einbringen, der ja den Fraktionen zugegangen ist und den

Abgeordneten. Ich darf die Beschlussformel jetzt verlesen und Sie werden staunen, die lautet nämlich:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Erhalt fünf vollwertiger Krankenhäuser zu garantieren und im regionalen Struktur- und Gesundheitsplan zu verankern. Die Ausrichtung der burgenländischen Krankenanstalten soll zudem weiterhin entsprechend der aktuellen Gesetzgebung, den Standards der Patientensicherheit und der modernen Gesundheitsplanung organisiert werden.

Das heißt, wir haben also Ihren Vorschlag und unseren Vorschlag, die sehr kompatibel sind, zusammengefasst und würden uns wünschen, dass wir gemeinsam diesen Antrag beschließen können. Im Interesse der Menschen, im Interesse des Burgenlandes. Herzlichen Dank. *(Der Abgeordnete übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten - Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der mir eben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt entsprechend der Geschäftsordnung und wird in die Verhandlung mit einbezogen. Der nächste Redner ist der Herr Landtagsabgeordnete Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir schauen uns den Antrag trotzdem noch einmal an, auch Herr Abgeordneter Steiner, wenn Sie das noch so ein bisschen nach unten regulieren, das mit der Ausfertigung des Antrages mit den vollwertigen Krankenhäusern.

Der Herr Kollege Haidinger hat da vollkommen Recht gehabt. Also vollwertige Krankenhäuser, diese Begrifflichkeit gibt es eben nicht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch!)* weil es ganz klare Definitionen gibt. Wenn man sich mit der Thematik befasst, dann weiß man, dass es ein Standardkrankenhaus gibt. Es gibt zum Beispiel eine Uniklinik, es gibt ein Schwerpunktkrankenhaus. Das ist die klare Vorgabe, die gemacht wird und das hätte man sich anschauen können und jetzt, wenn man nochmals hergeht, das ganz Gleiche nochmals bei einem Abänderungsantrag einbringt, nämlich nochmals zu schreiben: „Den Erhalt fünf vollwertiger Krankenhäuser" also das nochmals falsch macht, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also Kollege, was heißt da falsch?)* dann frage ich mich schon ehrlich wie befasst man sich mit dieser Thematik.

Aber wie befasst man sich allgemein mit der Thematik seitens der ÖVP? Nämlich die Frau, damals Landesrätin, jetzt Abgeordnete Resetar, hat gesagt und das sagt der Abgeordnete Steiner, ja, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, plakatieren Sie das!)* ich weiß schon, dass das ein bisschen weh tut, aber, wenn man vor *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* drei Jahren sagt, als ÖVP-Landesrätin, dass man drei Spitäler im Burgenland *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Fad ist es!)* schließen sollte *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Richtig fad!)* und *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wollen wir verhindern! Das schaut nämlich so aus, als ob Sie das machen wollen!)* jetzt nicht mehr dazu steht, dann sollte man dazu stehen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir wollen nicht, dass zwei Spitäler…!)* Es tut ein bisschen weh, ich weiß das ohnehin.

Also, die Frau Landesrätin wollte damals drei Spitäler schließen. Gott sei Dank hat die SPÖ damals schon ganz klar gesagt, eine Standortgarantie *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* für das Burgenland, fünf Spitäler für das Burgenland sind garantiert. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren! Was sind eigentlich unsere Ziele, um ein bisschen wieder Sachlichkeit hereinzubringen? Das oberste Ziel ist die beste Qualität. Nur dort wo

Leistungen erbracht werden, werden sie bestmöglich erbracht, das wissen wir und das ist wissenschaftlich belegt. Sinkende Fallzahlen bedeuten nämlich Qualitätseinbußen. Damit ist es ein bisschen nicht so in Ordnung. Der Gesetzgeber verbietet nämlich gewisse Leistungen, wenn eine Mindestfallanzahl pro Jahr unterschritten wird.

Also wenn eine Mindestanzahl unterschritten wird, das war vor etwa mehr als zehn Jahren in Güssing der Fall, deswegen musste auch die Geburtenstation aufgelassen werden. Seit damals können alle Mütter im Südburgenland *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, nein, nein!)* im Schwerpunktkrankenhaus Oberwart versorgt werden, wo auch eine Neugeborenen Station, etwa für Frühchen, vorhanden ist. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)*

Ausreichende Fallzahlen sind auch deshalb notwendig, um junge Ärztinnen und Ärzte ausbilden zu können. Wenn Fallzahlen unterschritten werden verliert die Krankenanstalt das Recht – und jetzt gut aufpassen - auf diese Ausbildung von Jungmedizinern. Wir verlieren das Recht auf die Ausbildung von Jungmedizinern. Das heißt, schaut man nicht auf ausreichende Fallzahlen pro Standort, gefährdet man die Ärzteausbildung im Burgenland.

Also das kann ja nicht Sinn der Sache sein! Moderne Gesundheitsplanung ist eine Netzwerkplanung. Das heißt, wir müssen unsere fünf bestehenden Krankenhausstandorte so organisieren, dass sie unterschiedliche aber aufeinander abgestimmte Aufgaben übernehmen können. Über die Standortversorgung hinausgehende Doppelgleisigkeiten sind daher nicht sinnvoll. Öffentliche Gelder müssen sinnvoll eingesetzt werden.

Ich habe mir das ein bisschen dann zusammengeschrieben was die ÖVP eigentlich so fordert und wie sinnvoll das eigentlich wäre, nämlich wie nicht sinnvoll das wäre. Also wir hätten, wenn wir diesem Antrag folgen würden, eine schlechtere Qualität in den Spitälern. Wir hätten ein Verbot von medizinischen Leistungen in burgenländischen Spitälern. Wir hätten den Ärztemangel noch mehr verschärft, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Malen Sie den Teufel nicht an die Wand, Herr Kollege!)* da keine Ausbildung mehr in burgenländischen Spitälern möglich wäre. Daher ist der Vorschlag der ÖVP ein Anschlag eigentlich auf das burgenländische Gesundheitssystem.

Es zeigt sich erneut, dass die ÖVP nur kaputtsparen will und Zweiklassenmedizin für Reiche unterstützt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zweiklassenmedizin. Das müssen Sie mir jetzt erklären!)*

Weil das heute auch vom Herrn Abgeordneten Steiner aufgezählt worden ist, die Pflegeeinrichtung. Jetzt darf ich ein bisschen das skizzieren, was wir im Burgenland eigentlich für Spitäler haben, welche Größenordnungen das sind. Ich habe mir das ein bisschen angesehen.

Eisenstadt, der Primar Dr. Martin Wehrschütz ist ja der ärztliche Leiter. 1.100 Mitarbeiter in Eisenstadt, 25.500 stationäre Patienten in Eisenstadt werden dort betreut und die Anzahl der ambulanten Frequenzen beträgt rund 167.000 Patienten pro Jahr in Eisenstadt. Dann haben wir das Spital in Oberpullendorf. Dort sind 381 Mitarbeiter aktuell beschäftigt. Der Bettenstand beläuft sich auf 147 unter der Führung von Dr. Herbert Tillhof. Die Frau Dr. Anna Kettner ist zum Beispiel in Kittsee jetzt verantwortlich mit 239 MitarbeiterInnen und 120 Krankenbetten in Kittsee.

In Oberwart haben wir ein Schwerpunktkrankenhaus mit der Leitung von Dr. Kurt Resetarits. 351 systemisierte Betten, momentan 950 Mitarbeiter im Krankenhaus Oberwart. Und dann natürlich das Krankenhaus in Güssing mit dem Primar Dr. Wilfrid

Horvath. 122 Betten sind dort. Von 335 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kann man dort sprechen.

Das heißt, im Großen und Ganzen, das Burgenland ist eigentlich perfekt aufgestellt was die Spitäler betrifft. Wir wollen die gesamte Versorgung weiterhin haben. Fünf Spitäler weiterhin, nicht so wie die ÖVP damals nur mehr mit zwei Spitälern tun wollte. Ganz eine klare Sache für die SPÖ, für die Koalition hier eine klare Sache. Wir werden daher natürlich unserem Antrag zustimmen. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Dankeschön. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte gerade darauf aufmerksam machen. Jetzt war es der Schulterschluss, also viel hat nicht gefehlt. Nehmen wir jetzt der Ordnung halber Folgendes zur Kenntnis. Irgendwann hat es eine Aussage gegeben, die wurde jetzt mit dem Antrag revidiert. Jetzt sind wir alle für fünf vollwertige Spitäler. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir waren ja immer der Meinung!)*

Gut. Aber kommen wir zur Sache und zur Diskussion. Für fünf Spitäler, die vollwertigen nehme ich zurück. Tatsache ist, dass wir eine Diskussion führen, die noch lange nicht zu Ende ist und die im Endeffekt erst begonnen hat. In der Übernahme der Verantwortung durch Landesrat Hans Peter Doskozil gab es in der Vorwoche eine Pressekonferenz wo verlautbart wurde:

Bis 2021 haben wir einen zusätzlichen Bedarf von zirka 220 Millionen Euro, wenn wir nicht im Bereich der Krankenhäuser und Spitäler sparen. Das heißt, unabhängig von allen Gegebenheiten, die jetzt in der Diskussion angeführt wurden, welche Standardspitäler, welche Schwerpunktspitäler, welche Unispitäler wir haben.

Wir haben fünf Spitäler im Burgenland und sollten bei Gott eines nicht vernachlässigen. Über den Tellerrand der burgenländischen Landesgrenzen hinauszusehen und festzuhalten, dass wir an unseren Grenzen von Graz ein wenig weiter entfernt, von Hartberg, von Fürstenfeld, von Neunkirchen, von Wr. Neustadt, von Baden, von Mödling bis zu allen Krankenhäusern in Wien sehr viele Umgebungskrankenhäuser, Schwerpunkt und Unikrankenhäuser haben und ich will jetzt nicht eines festhalten, um wieder eine Statistik bemühen zu müssen, wie viele sind jetzt angemeldet, die in ein Altersheim wollen, oder die einen Anspruch erheben? Wie viele Patientinnen und Patienten des Burgenlandes suchen sich dann für eine OP einen der benannten Standorte in der umliegenden Grenzsituation des Burgenlandes aus?

Wo gibt es jetzt wieder die vollwertige Qualität, die im Endeffekt gesucht wird, oder das Vertrauen das gesucht wird? Ich möchte eingangs einen Punkt erwähnen. Wo gibt es jetzt wieder die vollwertige Qualität, die im Endeffekt gesucht wird, oder das Vertrauen, wo es gesucht wird?

Ich möchte eingangs einen Punkt erwähnen. Das Krankenhauswesen ist mit Sicherheit eines der subtilsten und gefährlichsten Diskussionsgegenstände und alles, was Pflege oder jetzt Krankenhausaufenthalt anlangt, ist das wichtigste Gut im Sinne des zwischenmenschlichen Kontakts Vertrauen. Wenn dieses Vertrauen durch Antragstellungen, durch Diskussionen, laufend beschädigt wird, brauchen wir uns nicht wundern, wenn es dann zu der Darstellung kommt, wir brauchen bis 2021 220 zusätzliche Millionen und wissen nicht, wo wir sie hernehmen müssen.

Dann gibt es einen Auftrag, eine ausgelagerte Expertengruppe an fünf Personen, da wird aber Folgendes degradiert. Diese Expertengruppe soll den Zustand, den wir jetzt haben, nicht verändern, soll den Kostenrahmen nicht verändern, die Qualität und die vom Kollegen Kovacs erwähnten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll beibehalten werden. Ich frage mich, wie in einer fortschreitenden Gesundheitsentwicklung, die im medizinischen Bereich immer teurer wird, dieser Standard mit Einsparung erreicht werden soll?

Meine Damen und Herren! Eines steht fest. Das, was wir im Bund von der Bundesregierung das letzte halbe Jahr vorgegeben haben, ich will jetzt gar nicht auf die Sozialversicherungsträger kommen, auf die Reduktion im Sinne der Einschränkungen. Was wir dort erleben werden, ist jetzt in den Auswirkungen überhaupt nicht spürbar. Aber eines ist feststellbar. Die Gebietskrankenkassen werden, im Speziellen des Burgenlandes, mit Sicherheit nicht mehr die Gelder bekommen, die ihnen jetzt zufließen. Es wird der Wirtschaft jetzt geholfen, Beiträge zu sparen, in Größenordnungen von 500 Millionen Euro. Die Leistungen, die die AUVA bisher an die Gebietskrankenkassen und Krankenhäuser entrichtet hat, werden wegfallen, so dass quasi die Länder in der Verantwortung höhere Kosten auf den gesamten Spitalsbereich zu tragen haben werden.

Wer soll das bezahlen, frage ich rein rhetorisch. Praktisch ist das sowieso nicht mehr durchführbar. Wir nähern uns einem Zustand, wo die Diskussion nicht mehr dahingehend zu führen ist, welche Krankenhäuser sollen wir halten, wenn die Diskussion jetzt vom Landesrat Doskozil angesprochen wird. Oberwart, was passiert dort? Die 158,5 Mio. Euro in Stein gemeißelt, die sind verschwunden, glaube ich, die können wir ad acta legen.

Eines steht fest, es gibt nicht nur interne Berechnungen von der Verantwortungsseite her, die sie früher gesetzt haben, sondern es gibt auch die Zukunft, und es wird auch dann irgendwann einmal schon vermelden müssen, auf die Zukunft gesetzte Berechnungen, die weit davon entfernt sind, was die ursprüngliche Kostenschätzung ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte im Zusammenhang unabhängig vom Spitalswesen auf Oberwart beherzigt werden. Es gibt prototypisch Beispiele vom AKH in Wien und es gibt jetzt vor kurzem die Diskussion mit U-Ausschuss auf das Krankenhaus Nord. Und was ist in beiden Krankenhäusern beim Bau und bei der Umsetzung passiert? Beide Krankenhäuser haben den Kostenrahmen nicht überschritten, sie haben ihn vervielfacht.

Was ist die Ursache von A bis B? Beim AKH hat man es zum Schluss dann durch die VAMED abgefangen und beim Krankenhaus Nord hat die Stadtgemeinde Wien gesagt, nein, wir ziehen das durch. Inzwischen sind wir bei 1,4/1,5 Milliarden Euro. Ursprünglich sollten es ungefähr 750 gewesen sein.

Tatsache ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass der Leitfaden, der vom Rechnungshof an alle in den letzten zwei Wochen verteilt wurde, einen wirklichen Nachschlag in der Bereitstellung auf das Krankenhaus Oberwart, bei den Verantwortungsträgern findet und dass schlussendlich nicht die Einzelgewerke vergeben werden, sondern dass wir eine verantwortungsvolle Vergabe an einen fixen finanziellen Rahmen, an einen GU vergeben, der dann auch sicherstellt, dass diese Kosten nicht nur eingehalten werden, sondern dass wir ein vollwertiges Krankenhaus bekommen.

Das ist, glaube ich, eine Herausforderung, die in Zeiten wie diesen nicht nur durch die Rahmenrichtlinien im Rechnungshofbericht dargestellt wurden, sondern die als zukunftsweisendes Hilfsmittel für das Krankenhaus Oberwart dienen sollten.

Wenn wir das nicht beherzigen, dann sind wir auf einem Punkt, wo uns nachträglich niemand helfen wird. Ich bin überzeugt davon, dass wir auch um die 158,5 noch ein

Krankenhaus bauen können, nur wird es dann nicht das Krankenhaus sein, das wir uns vorstellen. Bis 2021 schon gar nicht mehr, weil wir noch nicht angefangen haben und auch nicht mehr werden.

Aber Tatsache ist, dass das Krankenhaus, das sie ursprünglich bauen wollten, bei Weitem den Rahmen gesprengt hätte und eines zu allen und in der Vorstellung. Das war einer der Hauptgründe für den Rausschmiss des Geschäftsführers der KRAGES, weil er sich das auch beziffern traute. Das ist die Situation, die auch zur Kenntnis genommen werden sollte.

In einem Rahmen, der eigentlich durch nichts begründet mit anderen Komponenten noch vermischt, dafür können sie überhaupt nichts, die in der Bereitschaft jetzt aufzuzählen ich nicht will, aber eines steht fest. Das Krankenhauswesen ist eine der Herausforderungen, so ähnlich wie die Pflege. Da ist die staatliche Vorsorge von einem abhängig. Wir sind bis dato ausgegangen, dass wir in unserem regionalen Bereichsmanagement und in der Verantwortung über BURGEF und KRAGES das Ganze managen können.

Nur eines hat sich die Bundesregierung und das war schon die Vorgängerregierung zurechtgebogen, dass diese Vorstellung nicht mehr gewährleistet, die haben nämlich feststehende Parameter zur Auszahlung von Bundesmitteln an die einzelnen Krankenhäuser festgelegt. Wenn wir diese Parameter nicht einhalten, dann gibt es kein Geld. Und wenn es kein Geld dort nicht gibt, dann sind wir nicht nur vor einem Desaster, sondern dann haben wir auch Löcher, die wir nicht stopfen können. Bei aller Bereitschaft, an dieser Diskussion mitzumachen, eines steht fest. Der Ruf, den der Landesrat Doskozil in die Öffentlichkeit gesetzt hat, das ist nicht erst seit jetzt bekannt, sondern das ist schon langatmig bekannt, unter der KRAGES-Geschäftsführeraktivität des Herrn Schnedl und von dort her jetzt abgeleitet, dass das eine fällt, das andere zukommt, ist mit 220, 2021 noch sicherlich nichts abgedeckt. Da kommen noch einige Beträge hinzu.

In Wirklichkeit und das zum Abschluss. Wir sind verantwortlich in finanzieller Hinsicht, in organisatorischer Hinsicht, den Trägern der einzelnen Krankenhäuser bei den Barmherzigen Brüdern haben wir eine besondere Situation, da zahlen wir eigentlich als Land, obwohl wir nichts sagen dürfen, zahlen wir alles. Das ist eine einzigartige Situation in Österreich. Die gibt es bei anderen Barmherzigen überhaupt nicht.

Tatsache ist auch, dass die Situation ausufernd ist und dass sie im Grunde genommen eingeschränkt gehört. Wenn dieser Deal die Einschränkung und das klare Zurechtrücken und das klare Zielsetzen nicht funktionieren, dann wird das auch nicht finanzierbar sein. Daher sollten wir eines festhalten. Es ist niemand wahrscheinlich unter uns und auch nicht unter den Burgenländerinnen und Burgenländern, der sagt, ich will nicht einen der fünf Standorte erhalten.

Es wird sich aber die Frage stellen, müssen Verantwortliche und auch dürfen andere diskutieren, ob das unter den Voraussetzungen so möglich ist, wenn die finanziellen Mittel laufend eingeschränkt werden.

Zum Abschluss eines noch, zu der sogenannten koordinierten Vorgangsweise bei den Sozialversicherungen. Wenn das dann 2022, 2023 1,2 Milliarden gebracht hat, durch Verwaltungseinsparungen, dann hat ja der Patient eigentlich zum Lachen, weil das nimmt ja dann in der Umsetzung dem Patienten und vielleicht kriegen wir dann für die Krankenhäuser auch noch die entsprechenden Millionen, um sie sicherzustellen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das wird es nicht spielen, dass wir uns auf die anderen verlassen können.)* Herzlichen Dank.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Hoher Landtag! Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Steiner eingebrachter Abänderungsantrag vor. Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die langfristige Sicherung der Qualität in allen fünf burgenländischen Krankenanstalten ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1372) betreffend „Beibehaltung von Kruzifixen in Schulen und Kindergärten“ (Zahl 21 - 964) (Beilage 1433)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wir kommen zur Behandlung des 12. Punktes der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1372, betreffend „Beibehaltung von Kruzifixen in Schulen und Kindergärten“, Zahl 21 - 964, Beilage 1433.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Beibehaltung von Kruzifixen in Schulen und Kindergärten“ in seiner 30. Sitzung am Mittwoch, dem 5. September 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Beibehaltung von Kruzifixen in Schulen und Kindergärten“ unter Beiziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Präsidentin, in der Funktion als Berichterstatterin. Dem ersten Redner Manfred Kölly erteile ich hiermit das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorigen Punkte haben sich eigentlich nur um das Finanzielle immer wieder gedreht und um die Pflege und sehr vieles, was wichtig ist.

Aber ich glaube, auch dieser Punkt ist sehr wichtig. Wenn ich einen Entschließungsantrag gemeinsam mit Gerhard Hutter eingebracht habe betreffend „Beibehaltung von Kruzifixen in Schulen und Kindergärten“ und dann wieder einmal einen Abänderungsantrag bekomme, der auch nicht anders lautet wie unser Antrag. Es soll mir einer erklären, was jetzt da der Unterschied ist. *(Abg. Edith Sack: Weil das eh alles im Gesetz ist.)* Egal, Ihr müsst es einfach machen, ich weiß nicht, warum Euer Klub das noch immer nicht „behirnt“ hat, dass man einfach hergeht und sagt, geh‘, hauen wir uns drauf auf diesen Antrag und stimmen mit, weil es wichtig ist.

Ich sage, warum es einfach wichtig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren seitens der SPÖ und FPÖ. Sie werden mir recht geben, denn, wenn wir heute Migranten in unseren Schulen und Kindergärten haben und die die Religion Islam haben und dorthin gehen und sagen, sie wollen die Kreuze nicht mehr, ansonsten gehen sie nicht mehr in den Kindergarten und in die Schulen, dann wird es mir ein bisschen anders. *(Abg. Edith Sack: … Gesetz in die Hand, dann wissen alle, was los ist.)*

Oder wenn ein ORF, ein „Report“, mich interviewt und sagt, ich soll das Kreuz hinter mir runtergeben, dann muss ich sagen, danke, auf Wiederschauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo leben wir? Für mich oder für uns als Liste Burgenland ist das ein ganz ein wichtiger Faktor, dass diese Kreuze in öffentlichen Gebäuden bleiben sollen und müssen. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit, ich will mich hier gar nicht großartig ausbreiten, sondern Ihr habt ja eh den gleichen Antrag eingebracht - im Endeffekt - oder abgeändert. Egal wie auch immer, dann erwarte ich mir auch, dass Ihr zustimmt. Von der ÖVP, bei den Sozialchristdemokraten ist das sowieso eine Selbstverständlichkeit, denke ich, dass Ihr da mitstimmen werdet. Höchstens Gerhard Steier ist anderer Meinung, glaube ich nicht.

Daher will ich mich nicht lang verbreitern, sondern eines klar festhalten. Ich glaube, solange wir hier die Möglichkeit haben, das so zu regeln und zu bestimmen, werden wir das in diesem Lande tun. Ich wünsche mir einen einstimmigen Beschluss. Danke schön! *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Ich erteile das Wort der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Vorweg, Herr Kollege Kölly, Kruzifixe haben aus meiner Überzeugung heraus und auch aus pädagogischer Überzeugung heraus in Räumen, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten, überhaupt nichts verloren, schon gar nicht in Bildungseinrichtungen. Ein Kruzifix ist ein Kreuz, an dem der gekreuzigte Körper auch abgebildet ist. Das ist etwas anderes als ein Symbol, wo aufzuhängen und das ist wirklich nicht eine Darstellung, die man per Gesetz irgendwo noch festhalten soll.

Also ich bitte auch, da etwas genauer darüber zu reden, was man eigentlich will und nicht irgendwelche Begriffe zu verwenden und sich keine Gedanken darüber zu machen, was man damit auch vermitteln möchte.

Jetzt zum Antrag, zum Abänderungsantrag der SPÖ und der FPÖ. Der Antrag hat zwei Ebenen, er ist sehr kurz, insgesamt ja. Die Begründung ist schon einmal sehr knapp

gefasst, eigentlich nur eine inhaltliche Aussage und dazu die Erläuterung, was jetzt schon Gesetz ist und die Beschlussformel. Zur Eröffnung der Begründung habe ich Theologinnen und Theologen befragt, was sie dazu sagen. Diese Begründung lautet, ich zitiere jetzt, was im Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen steht: „Das Kreuz ist ohne Zweifel ein Symbol der abendländischen Geistesgeschichte. Es ist nicht bloß religiöses Symbol im engeren Sinn, sondern steht für die humanitären, humanistischen und kulturellen Werte, die unsere Gesellschaft zugrunde liegen."

So, jetzt könnte man natürlich eine lange geistesgeschichtliche Debatte führen, auch sehr gerne, vielleicht in einem anderen Rahmen, aber ich habe mir echt gedacht, ich frage jetzt einmal diejenigen, für die dieses Symbol Herzstück ist und die das auch theologisch und inhaltlich und fachlich diskutieren, was das für sie bedeutet.

Da kamen folgende Antworten: Eine katholische Theologin schreibt, man riecht die Absicht und ist verstimmt. Abgesehen, dass man das historisch differenzieren müsste, wäre es schön, wenn es so wäre. Leider empirisch zu wenig gedeckt, sondern ein Kampf um Raumbesetzung. Ein anderer kommentiert dazu, für mich als Christ ist das Kreuz ein zentrales Element und nicht bloß ein Symbol meines Glaubens. Christentum ist, wie Dietrich Bonhoeffer, nebenbei bemerkt, ein evangelischer Theologe, sehr nachdrücklich dargelegt hat, nicht ohne Gang durch das Kreuz zu haben. Hier komme die Frage nach dem Gehorsam, dem Leiden, dem Tod und der Auferstehung zusammen. Hier kommen Glaubenszweifel und Glaubenserfahrungen zusammen, die sich nie in so flachen Wertsätzen zusammenfassen lassen. Das, was mit solchen Sätzen gemacht wird, ist letztlich eine billige Vereinnahmung des Kreuzes.

Eine Pfarrerin schreibt, ich brauche das Kreuz auch nicht irgendwo hängen, damit es zu einem bloßen Symbol ohne Wert verkommt. Es wird nur dann seiner Botschaft gerecht, wenn wir es mit Leben füllen. Für uns Christinnen und Christen ist das Kreuz ein Hoffnungszeichen. Jedes Mal, wenn wir darauf schauen, sagt es uns, dass die Liebe größer ist als Hass, dass Versöhnung möglich ist und die Auferstehung zum veränderten Leben. Auch im Hier und Jetzt eine reale Erfahrung von Menschen ist, die wir selber einfach manchmal nur einüben müssen.

Ein anderer Pfarrer kommentiert: Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist. Ein Bibelzitat und er schreibt noch dazu, er zitiert noch weiter, als sie das hörten, wunderten sie sich und ließen von ihm ab und gingen davon. Dann kamen auch viele Kommentare, in denen grundsätzlich gegen das Anbringen religiöser Symbole argumentiert wird. Von Leuten, die hier bei uns in unserer abendländischen geistesgeschichtlichen Kultur, wie sie es nennen, aufgewachsen sind, und sozialisiert sind.

Zum Beispiel meint einer: Das Kreuzsymbol mit Humanismus zu verbinden, ist für mich einfach schräg. Ich bin kein Mitglied und möchte damit auch nicht zwangsweise konfrontiert werden. Wir sehen, die Betrachtungsweisen sind auch unter religiösen, christlichen Menschen höchst unterschiedlich, bei allem, was da noch kritisch kommt von jenen, die keinem Glauben angehören. Ich rede jetzt noch gar nicht davon, dass sie einem anderen Glauben angehören, sondern zum Beispiel, keinem.

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass religiöse Symbole und der Diskurs über Religionen nicht aus dem öffentlichen Raum verdrängt und in die Hinterhöfe verbannt werden soll. Ich glaube, wir brauchen den gemeinsamen gesellschaftlichen Diskurs darüber. Glauben gehört aber für viele Menschen zu ihrer Lebensrealität. Diese und Menschen, die mit anderer Lebensrealität Teil derselben Gesellschaft sind, sollten Austausch ihrer Sichtweisen pflegen. Das belebt eine Gesellschaft, das fördert

gemeinsame Entwicklung und das und nur das ist der Boden für Solidarität und Zusammenhalt unter einander, unterschiedlicher selbstbestimmter Individuen.

Ich finde es sehr schade, dass hier sehr schnell in einem Reflex ein Abänderungsantrag auf den Tisch geknallt wurde. Ich habe auch versucht, im Vorfeld Direktgespräche zu führen und bin leider abgeblitzt.

Denn ich bin überzeugt davon, bevor wir schnelle Beschlüsse fassen, reden wir darüber. Reden wir über das, was uns wirklich wichtig ist und wie man das darstellen kann und wie man das dann nach einem Dialog, nach einem Diskurs in Gesetze gießen kann. Regen wir zum Dialog an! Reden wir über Religions- und Meinungsfreiheit! Reden wir über Kinderrechte, in dem Zusammenhang auch wichtig! Reden wir über politische Bildung und Religionskompetenz! Reden wir darüber, wie mit religiösen Symbolen und Inhalten im öffentlichen Raum und in Bildungsinstitutionen umgegangen werden soll!

Aber bitte hören wir auf, mit dem gegenseitigen Abschlagen von Positionen, weil das ist das Gegenteil von Dialog. Fangen wir doch bitte an, einen wertschöpfenden Diskurs unterschiedlich denkender Menschen zu eröffnen und nicht schnelle Beschlüsse zu fassen! Und damit die Augen vor den echten Problemen zu verschließen und den Weg zur echten Problemlösungen zu verstellen. Wenn wir uns über etwas einig werden könnten, dass man in allen Kindergärten, in allen Schulen, in unseren Bildungseinrichtungen und Institutionen plakatieren sollte und aufhängen sollte, dann denke ich, gibt es doch etwas, was gesellschaftlicher Konsens ist. *(Abg. Mag.a Regina Petrik hebt eine Tafel in die Höhe)*

Ich denke, man könnte sich einigen auf die Artikel hier, man kann nicht immer alles anbringen, aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Ich denke, wir sind einig, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind, wie dort formuliert ist. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Ich denke, es ist gesellschaftlicher Konsens, und das können wir in unseren Bildungsinstitutionen auch anbringen, jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigen Stands.

Wenn wir uns in dem einig sind, dann wäre das schon einmal ein erster Schritt einer Diskussion. Ich würde durchaus anregen, genau so etwas in allen Bildungsinstitutionen anzubringen.

Den vorliegenden Antrag und dem Abänderungsantrag können wir aus den von mir erläuternden Gründen nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Manfred Kölly: Eh klar!)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Herr Klubobmann Géza Molnár hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Ich werde mich sehr kurz halten. Selbstverständlich das gute Recht der Kollegin, einen Antrag zu diesem Thema einzubringen. Wir haben inhaltlich überhaupt kein Problem damit. Ich möchte mich nur des Eindrucks verwehren, damit dem Antrag möglicherweise, aber nicht dem Umstand, dass es diesen Antrag gibt, vermittelt wird, dass nämlich, dass irgendwer in Eisenstadt oder Wien planen würde und an der

geltenden Rechtslage irgendetwas zu ändern und Kreuze aus öffentlichen Gebäuden zu entfernen.

Meine Damen und Herren! Kollegin Petrik hat recht, es ließe sich stundenlang darüber unterhalten, unter verschiedensten Aspekten, wie das so ist mit dem Kreuz als Symbol wofür auch immer, wie man in der Öffentlichkeit damit umgeht. Unter dem Aspekt Trennung zwischen Kirche und Staat beispielsweise.

Aber ich sage Ihnen jetzt ganz kurz meinen Zugang und zwar nicht nur den Zugang als Gläubiger, sondern meinen Zugang als Politiker. Es hat sich in den letzten Jahren doch ganz wesentlich etwas verändert. Kollege Kölly hat eine Anspielung darauf gemacht, im Endeffekt auch die Kollegin Petrik, und es ist schlicht und einfach die Tatsache, dass immer mehr Menschen in unserem Land leben, die das Entfernen des Kreuzes aus öffentlichen Gebäuden, ich sage einmal, missverstehen würden, oder vielleicht sogar als Ermutigung verstehen würden, sich nicht an die Gepflogenheiten zu halten, die uns lieb und teuer sind, und vielleicht im Gegenteil und im Gegenzug ihre eigenen Gepflogenheiten uns ans Herz zu legen.

Deshalb wäre die Abnahme des Kreuzes, das Entfernen des Kreuzes, das eben nicht nur mehr ein religiöses Symbol ist, aus unserer Sicht ein schwerer Fehler und steht auch überhaupt nicht zur Debatte. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Klubobmann. Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selten, aber doch kann ich mich inhaltlich den Worten meines Vorredners wirklich anschließen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Kollege Kölly hat natürlich auch recht gehabt, dass er mit der Zustimmung der ÖVP zu diesem Thema fix rechnet, das ist ja auch logisch, denn wir als Volkspartei, auch als neue Volkspartei bekennen uns natürlich zu unseren christlichen Werten, zu unseren Traditionen, unseren Wurzeln, und es stimmt, was der Kollege Molnár gesagt hat, es ist eben das Kreuz nicht nur ein christliches Symbol, sondern wirklich auch Symbol unserer Gesellschaft insgesamt.

Daher steht eine Entfernung von Kreuzen aus öffentlichen Räumen überhaupt nicht zur Debatte. Ich glaube, dazu wird es eine große Mehrheit auch geben hier im Landtag. Wir haben auch gesagt, Frau Kollegin Petrik, wenn man da jetzt so „i-Tüpferl reitet“ und zwischen Kruzifix und Kreuz unterscheiden möchte, das ist schon okay, das stimmt, viel Unterschied.

Aber wo ich überhaupt nicht Ihre Meinung teilen kann ist, dass Sie sagen, Kruzifixe hätten in Räumen, wo Kinder sind, nichts verloren. Das ist ja auch so, als dass man die Kinder nicht in die Kirche gehen lassen dürfte, *(Abg. Mag.a Ingrid Petrik: Bildungsinstitutionen.)* also so weit sind wir sicherlich noch nicht. So weit sind wir sicherlich noch nicht!

Ich finde, dass auch ein Kruzifix den Kindern nicht nur zumutbar ist, sondern dass man sie auch gut hinführen soll, damit sie unseren christlichen, religiösen Traditionen und, ja, in dieser Herkunft einfach erzogen werden können. Also da bin ich völlig anderer Meinung.

Ich möchte Ihnen nur sagen, die Volkspartei hat schon sehr frühzeitig immer dieses Thema ganz klar, wir haben uns da immer ganz klar positioniert. 2010 haben wir eine große Unterschriftenaktion gestartet, mit dem Titel „Das Kreuz muss bleiben“. Auch

damals hat es eine Diskussion gegeben. Damals haben 6.274 Burgenländerinnen und Burgenländer unterschrieben, diesen und vielen anderen Tausenden sind wir verpflichtet.

Natürlich werden wir dem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Die nächste Rednerin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! § 39 Absatz 2 des Burgenländischen Pflichtschulgesetzes besagt eindeutig, in den Burgenländischen Pflichtschulen sind in jedem Klassenraum Kreuze aufzuhängen. Im Religionsunterrichtsgesetz des Bundes, das alle Bundesschulen betrifft, findet man im § 2b Abs. 2, wenn in einer Schule die Mehrheit der Kinder das christliche Religionsbekenntnis hat, hat der Schulerhalter in jeder Klasse ein Kreuz aufzuhängen. Jetzt kommt ein Antrag, der sagt, bestätigen wir doch die gültige Rechtslage. Es gab dazu auch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes. Herr Kollege Kölly! Ich sage Ihnen jetzt etwas. Die kostbare Zeit dieses Landesparlamentes *(Abg. Manfred Kölly: Warum redest Du dann so lange?)* und die sinnvolle Arbeit blockieren Sie mit diesem Antrag. *(Abg. Manfred Kölly: Das halte ich nicht aus.)* Denn dann können wir das nächste Mal einen Antrag einbringen, im Burgenland soll die Rechtsfahrregel auch weiterhin gelten, *(Abg. Manfred Kölly: Selbstverständlich!)* weil nicht, dass diese Gefahr besteht.

Herr Kollege Kölly! Entweder kennen Sie sich nicht aus, aber Sie erklären mir immer, so gescheit wie ich, sind Sie schon lange, diese Informationen hätten Sie sich alle holen können. *(Abg. Manfred Kölly: Warum habt Ihr einen Abänderungsantrag eingebracht?)*

Wieso haben Sie den Antrag eingebracht? Können Sie nicht im Internet die Gesetze heraussuchen? Dann tut mir das aber leid. Sie sind Parlamentarier! *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Wir bekennen uns zum Kreuz in den Klassen. Sie haben das jetzt herausgefordert, Herr Kollege, da kann ich Ihnen jetzt nicht helfen. *(Abg. Manfred Kölly: Dann lehne ich den Antrag ab und Schluss!)* Sie blockieren die sinnvolle Arbeit.

Wir sind dafür gewählt worden, Gesetze zu machen, um das Leben der Menschen in unserem Land zu verbessern. Anscheinend haben Sie das nicht richtig verstanden. Wir bekennen uns zu der rechtlichen und derzeitigen gesetzlichen Lage und zu den Kreuzen in den Klassenzimmern. Bundesschulen, Pflichtschulen und Kindergärten, Herr Kollege! Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Manfred Kölly: Kennst Du die Diskussion nicht.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend das Kreuz in allen burgenländischen Kindergärten und Schulen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter

auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1373) betreffend „Maßnahmen zur Reduktion von Plastikverpackungen“ (Zahl 21 - 965) (Beilage 1434)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es folgt die Behandlung des 13. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1373, betreffend „Maßnahmen zur Reduktion von Plastikverpackungen“, Zahl 21 - 965, Beilage 1434.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist wieder Frau Landtagsabgeordnete Präsidentin Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Maßnahmen zur Reduktion von Plastikverpackungen“ in seiner 30. Sitzung am Mittwoch, dem 5 September 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Maßnahmen zur Reduktion von Plastikverpackungen“ unter Beiziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau liebe Kollegin Prohaska, ist leider nicht mehr hier, dass ich ihr einmal klar etwas sagen kann. Ganz klar und deutlich, wenn wir im Ausschuss diskutieren dürfen und dort abgestimmt wird und ein Abänderungsantrag einläuft und dort abgestimmt wird und ein Abänderungsantrag einläuft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Man kann ja solche Anträge auch ablehnen, wenn es einem nicht passt und sie Ihre kostbare Zeit vielleicht woanders braucht, beim Essen jetzt, oder ich weiß nicht wo sie hingegangen ist, Kaffee trinken, dann soll sie es haben. Dann muss sie nicht hier sein. Aber, ich finde das als Frechheit, sich herzustellen und sagen, das ist eigentlich das nicht einmal wert, dass wir darüber diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist wirklich das Letzte, das ist echt das Letzte, wenn ich so hergehe und als Abgeordnete sage, der Antrag ist eigentlich, ja nicht einmal würdig, dass man darüber überhaupt ein Wort dazu verliert. Warum geht sie dann hinaus und spricht darüber? Dann hätte sie ihn einfach ablehnen sollen. *(Abg. Robert Hergovich: Ausschüsse!)* Der Fall wäre dann erledigt gewesen.

Jetzt kommen wir zum nächsten Antrag. Diesen Antrag haben wir auch schon diskutiert. Aber, ich glaube, wir haben schon andere Anträge diskutiert, die vielleicht auch nicht so wichtig waren, wie das Gesundheitssystem, wie das Wasser und dergleichen mehr. Aber, auch das ist unsere Aufgabe, über solche Anträge zu diskutieren. Wir stellen uns jedes Mal den Fragen und geben bei solchen Anträgen Antworten, wenn sie auch von der SPÖ kommen, von der FPÖ oder von der ÖVP, aber auch von den Grünen oder beim Gerhard Steier.

Daher glaube ich, dass auch dieser Antrag wahrscheinlich von einer Rednerin gesagt wird, na das haben wir ohnehin schon diskutiert. Na klar, man diskutiert fast bei jeder Landtagsitzung gewisse Punkte noch einmal. Weil es Sinn macht, noch einmal darüber zu reden. Weil es Sinn macht, in der Öffentlichkeit. Ständig wird darüber geredet, von den Medien berichtet. Auch im Bund wird ständig diskutiert.

Nicht nur im Bund, europaweit wird diskutiert für diesen nächsten Punkt, aber auch weltweit, was sich hier mit dem Plastikmüll alles abspielt. Wie lange sollen wir zuschauen und warum soll das der Burgenländische Landtag nicht noch einmal einer Diskussion zu führen? Was ist da so schlecht daran?

Liebe Frau Stampfel! Ich glaube, das sollte man sehr wohl so sehen. Wenn ich mir anschaue, wieder einmal einen, wenn Ihr nicht wollt, dann lehnt diesen Antrag einfach ab. Ganz einfach. Hättet Ihr ihn in den Ausschüssen abgelehnt, dann hätten wir ihn heute nicht diskutieren brauchen. Wir hätten ihn können diskutieren, dann sehe ich einen Abänderungsantrag seitens der SPÖ, FPÖ.

Das ist der ganze Abänderungsantrag. Eins, zwei, drei Zeilen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich würde empfehlen, bei solchen Abänderungsanträgen sich wirklich die Mühe zu machen, zumindest die Sekretäre oder der, der das schreibt, dass er es noch einmal formuliert und herunterschreibt, auch wenn es das Gleiche ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, jetzt macht Ihr das überhaupt nicht mehr. Da schreibt Ihr nur mehr drei Zeilen hin, und dann steht da: Der Landtag hat beschlossen: Die Burgenländische Landtag bekennt sich - entsprechend dem unter Zahl 21 - 902 der Sitzung vom 5. Juli 2018 beschlossenen selbständigen Antrag - zur Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll.

Na, no na, wir haben den Antrag wieder eingebracht, dass man diskutieren kann. Lesen Sie die Medien. Jeden Tag, tagtäglich steht in den Medien, was passiert mit unserem Müll, mit dem Plastikmüll, in den Weltmeeren? Schildkröten ersticken an der ganzen Geschichte, Fische, und dergleichen mehr. Warum sollte man das nicht wieder einmal in der Öffentlichkeit oder hier im Hohen Landtag diskutieren? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Viel mehr sage ich jetzt gar nicht mehr dazu, weil vielleicht ist der Frau Kollegin Prohaska auch schon die Zeit zu viel, dass man überhaupt da diskutieren, dann braucht aber gar kein Mensch mehr herausgehen zum Rednerpult, sondern lassen wir über das abstimmen, und der Fall ist erledigt, wenn wir nicht mehr in diesem Hohen Landtag über Anträge diskutieren dürfen. Dankeschön. *(Beifall bei der LBL)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Lieber Kollege Kölly! Gegen wieder einmal darüber diskutieren, ist ja nichts zu sagen. Aber, entschuldige, das war im Juni. Wir haben einen guten Beschluss zusammenbekommen. Wir können darüber gerne ein Jahr später diskutieren, wenn die Landesregierung nichts… *(Abg. Manfred Kölly: Am 13. Juni haben wir diesen Antrag eingebracht!)* Ja, eben, und da gab es einen Beschluss. *(Abg. Manfred Kölly: Am 13. Juni!)* Den Sinn hinter Euren heutigen Anträgen verstehe ich deshalb nicht ganz, muss ich gestehen. Aber, wenn wir jetzt schon darüber reden, wir werden uns das in einem Jahr wieder anschauen, und werden schauen, ob die Landesregierung, die aufgefordert wurde, hier Maßnahmen zu ergreifen, hier etwas getan hat. Dann macht das Ganze einen Sinn, aber nicht zwei oder drei Monate später. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Wir haben ihn ja schon eingebracht, wenn Dir das nicht aufgefallen ist.)*

Wenn wir aber schon beim Thema Plastik sind, es gibt, *(Abg. Manfred Kölly: Ich war der Erste, der diesen Antrag eingebracht hat!)* Ja, Du bist ohnehin super. Es gibt Plastik, wo Plastik verwendet wird, wo es wirklich keinen Sinn macht. Ihr bekommt das, zum Beispiel, wahrscheinlich alle zugeschickt, nach Hause, jede Menge Einzelzeitschriften, in Plastikhüllen - völlig umsonst. Ich habe einige bereits angeschrieben.

Einzig der Landesfeuerwehrverband Burgenland, der löblicherweise seit einem Jahr seine Aussendung nicht mehr in einer Plastikhülle verschickt. Die anderen haben das E-Mail wahrscheinlich ignoriert.

Kurz nur zwei Zahlen - Verpackungen machen ungefähr 33 Prozent des Plastikeinsatzgebietes aus. 100.000 Meeressäuger verenden jedes Jahr. Auch in der Donau gehen Richtung Meer Unmengen an Plastik. Ich verstehe deshalb ehrlich gesagt nicht ganz, warum wir immer wieder darüber reden, egal ob auf Bundes- oder Landesebene, aber was hindert uns daran, ein Plastiksackerlverbot zu beschließen. *(Abg. Robert Hergovich:* Burgenland!) Ich verstehe es nicht.

Bangladesch hat das seit 2002. Ein Land wie Bangladesch, wo man sich denkt, die sind, so zur allgemeinen Verständigung, lange nicht so weit, wie wir. Die sind uns weit voraus und haben seit langem ein Plastiksackerlverbot. Was wir außerdem brauchen, ist ein verpflichtendes Pfandsystem. Die Stellungnahmen übrigens die eingegangen sind, die auf das deutsche System verweisen, dazu muss man auch sagen, das deutsche System hat einen wesentlichen Fehler, denn da gibt es zwar ein Pfandsystem, aber sowohl auf Einweg- und auf Mehrweg.

Auf Mehrweg ist der Pfand sogar höher, was natürlich auch eine optische höhere, preisliche Gestaltung vortäuscht. Das heißt, das ist dort auch nicht optimal. Deswegen braucht es einen festgeschriebenen Mehrweganteil, der eingehalten werden muss. Es braucht aber auch eine verpflichtende Kennzeichnung, sodass ich gleich erkenne, was ein wirkliches Mehrweg und nicht nur ein Pfandsystem ist.

Im Übrigen sei noch hinzugefügt, weil es jetzt gerade so In ist, Produkte in Glasflaschen zu verkaufen - Glasflaschen sind auch nur eine Alternative, wenn sie Mehrweg sind. Einweg ist kein Weg, egal ob Plastik oder eben Glas. Seitdem wir in Österreich bei den Getränkeverpackungen die sogenannte Selbstverpflichtung eingeführt haben, ist der Mehrweganteil bei den Flaschen von 65 auf 15 Prozent zurückgegangen. Das zeigt leider, dass wir hier auf dem völlig verkehrten Weg sind und endlich Maßnahmen setzen sollten, so dass ganz klar ist, wenn man im Supermarkt einkauft oder im Laden, dass man ein Mehrweggebinde bekommt, das man auch wieder zurückbringt.

Dann haben wir nämlich noch einen wesentlichen Vorteil. Schaut Euch die Güterwege und die Straßen an, was in den Gräben liegt. Um die Hälfte könnten wir das reduzieren. Es kostet viel Geld, das wieder einzusammeln. Was auch noch dazu kommt, wenn die Gebinde kontrolliert zurückgegeben werden, dann kann man das natürlich viel leichter recyceln, als wie wenn das alles im gelben Sack, dann muss es wieder aussortiert werden, kostet alles viel mehr Geld. Das heißt es gibt eigentlich kein Argument, das gegen ein gescheites Pfandsystem mit einem Mehrwegsystem spricht. Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke. Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt, nachdem der Herr Kollege Kölly emotional, so kenne ich ihn gar nicht, *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* ein bisschen laut geworden ist, einmal zwei Absätze gestrichen, weil ich will das Ganze nicht noch aufheizen.

Wir hatten dieses Thema erst vor kurzer Zeit im Landtag und nur, weil wir nicht in jeder Landtagsitzung einen Antrag dazu einbringen, heißt das nicht, dass uns die Umwelt beziehungsweise die Umweltverschmutzung durch Plastikmüll nicht ein Herzensanliegen ist. Aber, im Gegensatz zur Liste Burgenland, geht es uns nicht um Medienauftritte, sondern wir arbeiten auch im Hintergrund an Lösungen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Den nächsten Absatz habe ich gestrichen. *(Abg. Manfred Kölly: Hast ihn gestrichen.)*

Ich erspare mir aber nochmals die ganze Auflistung der Maßnahmen, die auf Bundes- und auf Landesebene bereits in dieser Hinsicht getroffen wurden und werden. Ich möchte aber die Kollegen der LBL auf das Protokoll der letzten diesbezüglichen Landtagsitzung verweisen, denn da können Sie wirklich die ganzen Punkte nachlesen. Es hat sich da nicht wirklich etwas geändert, außer, dass eben im Hintergrund permanent daran gearbeitet wird, dieses Problem in den Griff zu bekommen. *(Abg. Manfred Kölly: Steter Tropfen höhlt den Stein!)*

Wir bleiben daher dabei, im Burgenland alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um Plastikmüll zu verhindern, aber auch um die Bewusstseinsbildung zu stärken. Gleiches gilt auch für den Bund. Wir schauen auf unsere Umwelt und werden daher weiterhin alles unternehmen, um sie zu schützen.

Daher werden wir unserem Antrag selbstverständlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy als Geburtstagskind heute, das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter. Herzliche Gratulation. *(Allgemeiner Beifall)*

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Danke Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich darf auf das Protokoll vom 5. Juli 2018 verweisen. Nichts destotrotz unterstreiche ich es, dass es immer wieder wichtig ist, über dieses Thema zu diskutieren.

Lieber Manfred, hier gebe ich Dir recht. Das Problem ist ein weltweites Problem. Wir haben es gehört. 500.000 Tonnen Plastikmüll landen Jahr für Jahr in den Weltmeeren. Die Hauptverursacher sind 15 bis 20 Länder, welche rund 75 bis 80 Prozent dieser Menge verursachen. Ich wiederhole mich, wie beim letzten Mal.

Jeder Bürger, jede Bürgerin kann einen Beitrag zur Vermeidung von Plastikmüll leisten. Mit dem Verweis auf das letzte Protokoll darf ich diesmal ergänzen, dass auch wir einen Beitrag leisten können, wenn wir die regionalen Landwirte mehr forcieren. Es gibt sehr gute Produkte von unseren Landwirten, egal ob es hier um Fleisch- oder Wurstwaren, egal ob es hier um Hühnereier, Apfelsäfte oder Traubensäfte geht.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt gute Beispiele. Ich darf in diesem Zusammenhang dem Bauernladen St. Martin zum 20 Jahr-Jubiläum gratulieren. Er ist ein Pionier im Bezirk Jennersdorf gewesen und er kann auf ein Erfolgskonzept verweisen. Gleichzeitig wie viele weitere Betriebe, unter anderem der Hofladen Thamhesl in Königsdorf, dessen Produkte bereits mehrfach prämiert wurden. Auf dort kann man Produkte ohne unnötige Plastikverpackung erwerben.

Es gibt viele weitere positive Beispiele. Ein absoluter Impuls für unsere Region wäre es, wenn wirklich viel mehr Menschen bei diesen Betrieben einkaufen würden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt auch die vorhin genannten Initiativen auf Bundesebene. Bundesministerin Elisabeth Köstinger zeigt bereits den Weg vor. Ich erinnere an die Aktion „Pfiat di Sackerl“, die bereits erste Erfolge verbuchen kann. Auch im Burgenländischen Müllverband ist man hier aktiv und die Angebotspalette steigt. Es wird hier versucht, die Bürgerinnen und Bürger abzuholen. Das Thema ReUse ist bereits bekannt, aber auch ein neues Pilotprojekt im Bezirk Jennersdorf ist gerade am Entstehen. In Heiligenkreuz soll eine Umladestation gebaut werden, aber auch ein modernes Sammelzentrum. Ein Sammelzentrum, nach Vorbild der Steiermark oder von Oberösterreich.

Wir haben uns dort überzeugt, wie es funktionieren kann. Hier sollen künftig Teile des Bezirkes Jennersdorf, aber auch des Bezirkes Güssing versorgt werden. Es soll ein Anreizsystem sein. Gleichzeitig kann man dadurch Plastikmüll reduzieren und die Recycling-Quote erhöhen. Mein Ansatz dazu ist klipp und klar - je besser wir den Müll trennen, umso eher haben wir verwertbare Produkte, die wir eben zur Recycling-Quote zurückführen können. Daher ist auch diese Maßnahme, dieses Zentrum in Heiligenkreuz, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich wünsche mir, dass möglichst viele Gemeinden und möglichst viele Bürger daran teilnehmen werden.

Ich sehe es als Win-Win-Situation, da es für die Gemeinden günstiger wird, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger günstiger und gleichzeitig besser, da dieses Zentrum künftig fünf Tage die Woche geöffnet haben soll.

Abschließend verweise ich auf den Antrag Zahl 21 - 902 vom 5. Juli 2018 und ersuche nochmal alle *(Abg. Gerhard Steier: So zu stimmen, wie damals!)* so zu stimmen, Herr Kollege Steier, dem ich heute als Geburtstagskind zum gestrigen Geburtstag gratuliere. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Kilian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! In der Landtagsitzung vor der Sommerpause war

es bereits Thema, wie wir vorher schon gehört haben. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir heute wieder die Möglichkeit haben, um über dieses Thema zu sprechen. Nämlich, über das Thema Plastik. *(Beifall des Abgeordneten Manfred Kölly)*

Plastik, in weiterer Folge die Umweltverschmutzung, ist wohl mit dem Klimawandel und der Digitalisierung eine der größten Herausforderungen in der heutigen Zeit, denn es ist einfach immer und überall zu finden. Wir verwenden es für Strohhalme, für Kaffeebecher oder für Verpackungen, es steckt in Spielzeugen, in Elektrogeräten und in Kosmetikprodukten. Es gibt auch viel unnötiges Plastik, wie es vorher auch der Kollege Spitzmüller genannt hat. Bei den Broschüren zum Beispiel.

Das Problem dabei ist, und das wissen wir alle, die Stabilität und die Beständigkeit des Kunststoffs. Gelangt es einmal in die Umwelt, so verbleibt es dort für eine sehr lange Zeit, denn Kunststoffe verwittern sehr langsam und bilden kleinere Fragmente, die schließlich als Mikroplastikpartikel in der Umwelt weiter verteilt werden. So landet eine Menge an Plastik in Meeren, in unseren Flüssen, Wäldern, in Mägen von Tieren und somit schließlich auch in unserer Nahrungsmittelkette. Unser Gebrauch von Plastik schadet nicht nur der Biodiversität, sondern auch schlussendlich der Gesundheit der Menschen. Vielen ist das anscheinend noch nicht bewusst, denn jedes Jahr landen 5 bis 13 Tonnen Plastik im Meer. Damit man sich das vorstellen kann, nicht nur eine Zahl, sondern das wäre so, wie wenn ein ganzer Müllwagen beziehungsweise jede Minute ein ganzer Müllwagen in den Neusiedlersee gekippt werden würde. Unvorstellbar, unglaublich diese Vorstellung welche Massen hier in unsere Umwelt gelangen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Geht es so weiter, wird es im Jahr 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Deshalb brauchen wir ein konsequentes und auch überlegtes Handeln, um gegen die Umweltverschmutzung und den Klimawandel vorzugehen, denn wer will denn schon im Jahr 2050 im Urlaub auf Kreta, Sizilien oder sonst wo den Kindern beim Schnorcheln im Mittelmeer bunte Plastikteile anstatt glitzernde Fische zeigen? Das kann ja niemand wollen. Aus diesem Grund lasst es uns verhindern, dass es nicht soweit kommt. Jeder noch so kleine Beitrag zählt. Ob man sich das Mittagessen in der eigenen Jausenbox mitnimmt, oder auf den Coffee-to-go Becher verzichtet und die eigene Mehrwegtasse verwendet oder ob man auf Stofftaschen statt auf Plastiksackerl setzt.

Es gibt viele Möglichkeiten, um Kunststoff zu vermeiden. Es ist so, wie überall, denn auch Kleinvieh macht auch Mist. Natürlich ist hier die Politik nicht ausgenommen. Das Land Burgenland setzt bereits zahlreiche Maßnahmen, um die Bevölkerung über ressourcenschonendes Konsumverhalten zu informieren und dahingehend zu motivieren. Wie die tolle Initiative „Baumwollsack statt Plastikwrack“ der Umweltanwaltschaft in Kooperation mit den Gemeinden, wo jeder Haushalt eine Baumwolleinkauftasche erhält.

Um den Gebrauch von Plastikverpackungen und Plastiksackerln weiter zu reduzieren, haben wir uns in der vorletzten Sitzung für weitere nachhaltige Maßnahmen auf Landesebene ausgesprochen. Um aber das globale Problem des Plastikmülls in den Griff zu bekommen, bedarf es auch an Maßnahmen auf Bundes- und EU-Ebene.

Die EU Kommission hat dazu im Mai ein breites Plastikverbot vorgeschlagen. Konkret soll es ein Verbot von Kunststoffen geben, wenn erschwingliche Alternativen zur Verfügung stehen. Betroffen wären Einwegprodukte, wie Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonstäbchen. Diese verursachen 70 Prozent aller Abfälle im Meer und sollen in Zukunft aus umweltfreundlichen Materialien hergestellt werden. Diese neue EU-Richtlinie würde dabei helfen, gegen die Verschwendung von Ressourcen und die Verseuchung unserer Umwelt vorzugehen.

Nun sind die jeweiligen Fachministerinnen und Fachminister der Staaten an der Reihe. Bei einem kommenden EU-Umweltministerratstreffen haben sie die Chance, als positive Beispiele in Aktion zu treten und dieser Richtlinie zuzustimmen. Österreich soll sich hier an die Spitze stellen und im Bereich des Klimaschutzes und der Sicherung der Lebensqualität, Ressourcenschonung und Abfallvermeidung eine Vorreiterrolle einnehmen. In einer Presseaussendung von März verlautbarte Bundesministerin Elisabeth Köstinger, dass sie sich eine EU weite Abkehr von Plastik in alltäglichen Produkten vorstellen könne. Seitdem ist es sehr ruhig geworden.

Bis zur Stunde gibt es seitens der Regierung und im speziellen seitens der Umweltministerin keine Stellungnahme zum Vorschlag der EU Kommission. Warum verbirgt man seine Meinung bei einer solchen glasklaren Entscheidung für unsere Umwelt und den kommenden Generationen? Warum ist die Ministerin nicht gewillt, öffentlich zu machen, welche Position sie im EU-Umweltrat vertreten wird? Was wird hier verheimlicht? *(Abg. Thomas Steiner: Das wirst Du schon sehen.)*

Gerade solche Entscheidungen, die die Allgemeinheit betreffen, dürfen nicht im stillen Kämmerlein gepackelt werden. Jetzt müssen wir der Umweltministerin genau auf die Finger schauen, ob sie ihren Namen als Nachhaltigkeitsministerin gerecht wird oder ob sie fahrlässig agiert und sich als Vertreterin der Plastikkonzerne entpuppt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Plastik ist eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Die Richtlinie der EU Kommission zur Plastikverminderung ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Die Regierung darf nicht aufgrund irgendwelcher Konzerninteressen die Augen verschließen und dagegen sein.

Nein, wir müssen uns an die Spitze der Veränderung stellen und als Vorbild vorangehen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. In aller Schnelligkeit und in aller Kürze! Ich höre dem Kilian Brandstätter gerne zu, weil er dann in so einem Text eigentlich alles verbrät, was quasi fundierte Inhalte zu diesem Thema anlangt. Wir haben es vor kurzem, wie wir es gehört haben, erst diskutiert, aber ich möchte nur ins Treffen führen, was bisher vernachlässigt wurde.

Es gibt, genauso wie beim Rauchen, auch Nationen oder Länder, die die Plastiksackerl schon rigoros verboten haben. Wir in Österreich haben beim Rauchen natürlich eine Ausnahme machen müssen, wir haben das nicht so rigoros, wie, zum Beispiel, die Franzosen oder die Italiener umgesetzt, weil wir noch eine Hintertür offenhalten. Das halten wir schon seit Jahren offen.

Die gleiche Diskussion ist eigentlich auch im Zusammenhang mit Plastiksackerl zu führen. Jedem ist bewusst, dass sie nicht mehr sein sollten. Es gibt Vorreiter in Branchen im Verkauf von Lebensmitteln, es gibt Vorreiter, es gibt Handelsketten, die sich freiwillig bereitgefunden haben sowie in Eisenstadt Gastronomiebetriebe, dass sie ein freiwilliges Rauchverbot verhängt haben.

Tatsache ist aber, dass diese Freiwilligkeit nicht ausreicht. In solchen Sachen, wie im Bereich von Plastiksackerln, gibt es nur die Einschränkung entweder oder. Nachdem wir es, wie es vorher angeklungen ist, erst im Juni diskutiert haben, jetzt im September

wieder diskutieren sollten bis zum Dezember, wo der Kollege Kölly die neuerliche Antragstellung auf den gleichen Antrag wieder hervorrufen wird, an dieser Entschließung festhalten.

Wir Burgenländer wollen alle Österreicher, und im speziellen die Bundesregierung, dazu aufrufen und festhalten, dass wir kein Plastiksackerl mehr wollen. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja!)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte sehr Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich bin wirklich sehr positiv überwältigt, wie klar hier die Haltungen und die Meinungen zum Thema Plastik, Plastikmüll und Plastikverpackungen sind - auch was Einwegplastik anbelangt. Vor allem sind dann viele sehr engagiert, wenn sie Aufforderungen an jemand anderen richten können.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Burgenland leider selber noch längst nicht so konsequent sind. Ich hoffe, jetzt sind wir den nächsten Schritt weiter, nachdem ich diese ambitionierten Wortmeldungen gehört habe. *(Abg. Géza Molnár: Schrittmacher! - Abg. Manfred Kölly: Beim nächsten Antrag.)* Ich habe selber so viel Herz, ich brauche keinen Schrittmacher dort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir fördern im Burgenland noch immer alle möglichen Veranstaltungen ohne danach zu fragen, was für ein Geschirr dort verwendet wird. Es wird einfach mit einem naja, ist halt so, hingenommen und wir wollen niemanden irgendwie vor den Kopf stoßen und wir wollen nicht die Bösen sein. Es wird akzeptiert, dass Vereine, das Institutionen, das Organisationen Einwegplastikgeschirr oder Einwegplastikbecher verwenden! Das ist nicht nötig, denn man kann sich umstellen. Nicht jetzt plötzlich mit dem Kostenfaktor kommen, weil das um 2 Cent dann mehr kosten würde. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, auch hier auf Landesebene, sehr klare Regeln einzuführen.

Darum bitte ich, dazu fordere ich auf. Nachdem hier so eine große Einigkeit vorherrscht, was nicht alle anderen machen sollten, bin ich mir sicher, wir werden in dem Punkt auch Einigkeit bekommen, was wir selber machen sollen. Dankeschön! *(Beifall bei den Grünen)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend die Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung einstimmig gefasst.

14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbstständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1356) betreffend Ermöglichung der stressfreien Schlachtung (Zahl 21 - 963) (Beilage 1435)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 14. und letzte Tagesordnungspunkt ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbstständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang

Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1356, betreffend Ermöglichung der stressfreien Schlachtung, Zahl 21 - 963, Beilage 1435.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbstständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Ermöglichung der stressfreien Schlachtung, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 05. September 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbstständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Ermöglichung der stressfreien Schlachtung unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. Danke.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin! Wir wissen es alle, wenn jemand Fleisch essen will, dann muss dafür auch ein Tier geschlachtet werden. Wir haben aber Möglichkeiten, dieses Schlachten so gestalten zu lassen, von denen die es durchführen, dass die Tiere dabei möglichst wenig Stress haben, dass auch die Landwirte und Landwirtinnen im Viehbetrieb möglichst wenig Stress damit haben und das können wir beeinflussen uns das können wir auch auf Landesebene im Burgenland ermöglichen.

Worum geht es? Im Tierschutzgesetz, das in § 32 vorgibt, dass die Tötung eines Tieres nur so erfolgen dürfe, dass jedes ungerechtfertigte Zufügen von Schmerzen, Leiden, Schäden oder schwerer Angst vermieden wird, ist hier umzusetzen. Die Hausschlachtung ist bislang nur für den Eigenverbrauch von Fleisch erlaubt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wer das Fleisch verkauft oder auch im eigenen Gastronomiebetrieb verbreitet, muss die Tiere zu einem Schlachtbetrieb transportieren. Genau dieser Transport, das Verladen, der Transport und das Entladen bedeutet einen sehr großen Stress für die Tiere. Das könnte man den Tieren ersparen. Gerade die vorbereitenden Handlungen bei der Schlachtung, wie etwa das Einfangen oder das Trennen von der Herde, stellt sehr starke Stress- und Angstfaktoren dar.

Das führt auch zu einer Verminderung der Fleischqualität. Jeder, der das bislang einmal verglichen hat, hat das auch geschmeckt. Werden die Tiere in ihrem gewohnten Lebensumfeld geschlachtet, dann können diese Grausamkeiten vermieden werden.

Gerade für die für das Burgenland so wichtigen regionalen bäuerlichen Landwirtschaften, sie wurden hier heute schon von einigen genannt, wäre die Ermöglichung einer stressfreien Schlachtung am eigenen Hof ein ganz wichtiger Schritt, um den gesamten Prozess - von der Aufzucht über die Schlachtung bis zur Vermarktung - selber kontrollieren zu können.

Das ist nicht nur im Sinne des Tierwohls, sondern das hält auch die Wertschöpfung am Hof, das hält die Wertschöpfung in der Region. Daher ist in der Gesetzgebung besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass stressfreie Schlachtungen am Hof für Kleinbäuerinnen und Direktvermarkter kostengünstig und mit einem kleinstmöglichen technischen Aufwand umsetzbar wird.

Das muss uns hier im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft eigentlich ein großes Anliegen sein. Wir können das ermöglichen, wir können beschließen, dass im Burgenland die rechtlichen Grundlagen für mobile Schlachtanlagen geschaffen werden und wir können beschließen, dass bei Rindern in ganzjähriger Weidehaltung die Weideschlachtung im Burgenland zu bewilligen ist.

Das ist auch der Wunsch vieler Bäuerinnen und Bauern. Diese wollen die Tiere, die sie auf ihren Höfen großziehen, auch in ihrem vertrauten Lebensumfeld am Hof schlachten dürfen. Das ist im Sinne des Tierwohls, im Sinne der Wertschöpfung am Hof, in der Region, das ist aber auch im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten, weil diese erwarten, dass Tiere nicht unnötig leiden müssen.

Zudem hat, ich habe es vorhin schon erwähnt, das Fleisch von Tieren, die nicht unter extremen Stress geschlachtet wurden, eine weitaus bessere Qualität. Der oberösterreichische Landtag hat hier Vorarbeit geleistet. Dort hat nach einem Antrag der Grünen der zuständige Landesrat im Juni 2018 bekannt gegeben, dass gewerbliche und bäuerliche Schlachtunternehmen den Schlachtvorgang auch außerhalb des Schlachthofs, also auf der Weide oder auf dem Hof, durchführen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vorausgesetzt, sie erfüllen einige technische Anforderungen. Die hält man gesetzlich fest. Vorarlberg zieht gerade nach. Im Burgenland sagen die Regierungsfraktionen leider, das lassen wir noch prüfen. Vorarlberg zieht gerade nach und im Burgenland, da sagen die Regierungsfraktionen leider, lassen wir das noch prüfen, das ist eh gut, aber nicht gleich. Dann kommt noch ein burgenländischer Weg.

Also warum die burgenländischen Tiere auf den burgenländischen Höfen auf einem eigenen burgenländischen Wege geschlachtet werden sollen, das ist mir nicht ganz nachvollziehbar. Es scheint hier tatsächlich nur darum zu gehen, dass man einem Antrag der GRÜNEN nicht zustimmen will. Warum bei einer rechtlichen Prüfung die Möglichkeiten der Landesgesetzgebung für stressfreies Schlachten im Burgenland etwas Anderes bringen sollte, als in Oberösterreich Schwarz-Blau, oder in Vorarlberg Schwarz-Grün, das bleibt offen. Es geht also um Zeitschinderei.

Die angebliche Tierschutzpartei FPÖ muss vielleicht erst prüfen ob man im Gesetz festhalten kann, dass die stressfrei zu schlachtenden Tiere auch im Burgenland geboren sind. Ich weiß nicht auf welche Idee sie da noch kommen werden.

Oder will die SPÖ warten bis sie ihre Rocharden in der Landesregierung vollzogen hat, damit der Erfolg für so ein sinnvolles Gesetz für jemand bestimmten zugeschrieben werden kann. Ich weiß es nicht. Es gibt für mich keine sachlich nachvollziehbare Begründung. Ich hoffe sie werden sie nachher liefern, warum wir nicht das hier im Burgenland umsetzen können, was auch schon in anderen Bundesländern möglich ist.

Ja, wir stimmen dem Abänderungsantrag natürlich zu, weil es ist ja dasselbe Ziel das wir anstreben. Es ist nur wirklich schade, dass durch das Zaudern und die Unverbindlichkeit wieder Zeit verloren geht.

Zeit, in der Tiere, Bauern und Bäuerinnen beim Schlachtvorgang mehr Stress haben, als es nötig wäre. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte sehr um Ihren Redebeitrag, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Danke schön. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen heute über ein Thema das mir ein Herzensanliegen ist und jeder der mich kennt weiß auch, wie wichtig mir der Tierschutz ist. Wenn das auch von der Frau Kollegin in Zweifel gezogen wird.

Und wenn sich durch verschiedene Maßnahmen Tierschutz und regionale Wertschöpfung ergänzen und steigern lassen, dann ist das natürlich optimal. Deshalb würde ich es auch nicht verstehen, wenn heute jemand gegen unseren Antrag stimmt. Denn wer dies tut, der ist gegen Tierschutz und hält auch nichts von regionaler Wertschöpfung. Aber nun zum heutigen Thema: Ermöglichung der stressfreien Schlachtung.

Die Fahrt ins Schlachthaus bedeutet für viele Nutztiere enormen Stress. Die Transportbedingungen sind leider oft nicht die besten. Es wäre da natürlich sehr geholfen, wenn die Schlachtung direkt vor Ort erfolgt. Sprich, das Tier verbringt die letzten Minuten vor dem Ende noch in seinem gewohnten Umfeld, ist keinem Stress ausgeliefert und dann, wenn es so weit ist, geht alles ganz schnell und das Tier bekommt so wenig wie möglich mit.

Jetzt kann man der Tatsache, dass Menschen Fleisch essen gegenüberstehen wie man will, aber Fakt ist, die Nachfrage bestimmt das Angebot. Solange Menschen Fleisch essen, solange werden auch Tiere geschlachtet werden müssen. Wenn die Tiere nicht bei uns geschlachtet werden, dann werden sie aus dem Ausland importiert. Dort aber sind die gesetzlichen Grundlagen meist nicht so konsumentenfreundlich- und hygienefreundlich und auch tierschutzfreundlich wie bei uns.

Wenn wir aber schon vom Tierschutz, Konsumentenschutz und Hygienestandards sprechen, dann bin ich mehr als verwundert, dass die GRÜNEN diese Idee stressfreie Schlachtung durch mobile Schlachtung jetzt für sich zu verkaufen versuchen und sich jetzt als die Tierschutzpartei hinstellt.

Das sind für mich die GRÜNEN spätestens seit ihrer Gegenstimme betreffend Schächtungsverbot in der Steiermark nicht mehr. Und das nicht nur für mich. Das Thema der mobilen Schlachtung ist natürlich unterstützenswert und auch hier sind die GRÜNEN auf der Hälfte des Weges stehen geblieben beziehungsweise haben die Sache definitiv nicht zu Ende gedacht.

Wir gehen wie immer den kompletten Weg und denken die Sache auch zu Ende. Denn es genügt nicht, dass gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Tiere am Hof geschlachtet werden können, sondern auch die Art und Weise wie die Tiere getötet werden muss angesprochen werden. Denn egal wie ein Tier geschlachtet wird, es muss stressfrei ablaufen. Und das ist bei einer Schächtung sicher nicht der Fall. Schächten ist mitunter die grausamste und stressigste Variante des Tötens von Tieren.

Lämmer müssen zum Beispiel im Rahmen des alljährlich stattfindenden Opferfestes zusehen, wie ihren Müttern lebendig die Kehle durchgeschnitten wird und sie qualvoll in einem oft mehrere Minuten dauernden Todeskampf langsam verbluten bis ihnen kurz darauf das gleiche bestialische Schicksal wiederfährt.

Das ist ein untragbarer Zustand. Zum Glück aber gibt es die FPÖ in der Bundesregierung die jetzt schon Schritte im Sinne des Tierschutzes gesetzt hat und die erste Maßnahme auch bereits umgesetzt hat. Privat Schächtungen von Tieren in Hinterhöfen darf es mit uns nicht mehr geben. Das Schächten in Schlachthäusern hingegen, die Anzahl solcher ist in Österreich allerdings überschaubar, sind leider nach wie vor möglich.

Wobei man hier jedoch anmerken muss, dass Erstens, die Hygienestandards eingehalten werden, was bei Schächtungen am Feld, wie zum Beispiel in der Steiermark passiert oder im Hinterhof, sicher nicht der Fall ist. Zweitens, hier ein eigens dafür ausgebildeter Tierarzt dabei sein muss, der den Vorgang kontrolliert und eingreift, falls dabei etwas Unvorhergesehenes passiert. Drittens, der Schlachter für die Durchführung von Schächtungen eine eigene Ausbildung absolvieren muss, wie dieser Vorgang es verlangt.

Welcher Vorgang? Ich werde Ihnen diesen jetzt erläutern. Ich habe es vorher schon kurz erwähnt, also dem Tier wird bei lebendigem Leib die Kehle durchtrennt und unmittelbar nach dem Schnitt wird es noch zusätzlich mit einem Schlagbolzen erlöst. Das ist jetzt die neue Regelung. Das ist für mich zwar auch nicht wirklich eine akzeptable Variante, aber noch immer besser, als das was im privaten Haushalt vor sich ging und immer noch vor sich geht.

So, oder so, ich bin gegen das Schächten von Tieren. Das ist für mich auch keine Religionsdebatte, sondern eine reine Tierschutzdebatte und deshalb wundert es mich umso mehr, dass die GRÜNEN sich hier scheinheilig den Tierschutz auf die Fahnen heften wollen und gleichzeitig eine Religion im Land begrüßen die nichts von Tierschutz hält. *(Beifall des Abg. Manfred Haidinger.)*

Das ist die Sache mit dem halben Weg. Genau diese Glaubwürdigkeit der GRÜNEN ist auch bei der Bevölkerung angekommen, wie man ja in den vergangenen Wahlen immer wieder gesehen hat. Daher bin ich umso mehr erfreut, dass wir in der Bundesregierung genau bei diesen Themen endlich etwas bewegen und weiterbringen können.

Denn, wenn auf Bundesebene die gesetzlichen Weichen gestellt sind, dann können wir auch im Burgenland mehr weiterbringen und das ist auch hier der Fall.

Daher schauen wir uns auch die mobilen Schlachtanlagen an, schauen wir was bei der Projektgruppe „mobile Schlachtung“ in Oberösterreich herauskommt und gegebenenfalls wird auch im Burgenland, mit den in unserem Abänderungsantrag angeführten Punkten, bald noch mehr Tierschutz gelebt und unter anderem, dass die Tiere stressfreier ihrem Lebensende entgegensehen können.

Denn das haben sich die Tiere verdient. Ein Tier kann nicht für sich selbst sprechen, daher ist es umso wichtiger, dass wir ihm eine Stimme geben. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Nutztiere sind das Kapital der Tierhaltung diese kümmert sich auch um ihre Tiere. Nur ein Tier das sich wohlfühlt, das artgerecht gefüttert und gehalten wird auf das sogenannt geschaut wird, liefert auch wohlschmeckendes Fleisch und beste Qualität.

Der Transport von Tieren ist in Österreich zwischen dem Betrieb und dem Schlachthof streng geregelt und unterliegt genauen Vorschriften und um das Tierwohl zu wahren.

Im Juni dieses Jahres wurde vom Oberösterreichischen Agrarlandesrat Max Hiegelsberger ein Pilotprojekt zur mobilen Schlachtanlagen präsentiert. Dabei wird erstmals in Österreich auf Landesebene die stressfreie Schlachtung am Bauernhof unter strengen Vorschriften auf mobilen Schlachtanlagen ermöglicht. Diese Initiative wurde verständlicherweise vom Verband der Biobäuerinnen und Biobauern Österreichs begrüßt. In Vorarlberg, wie bereits erwähnt, ist eine Schlachtung am Bauernhof ebenfalls geplant. Eine gemeinsame Lösung mit dem Ministerium wird dort gesucht.

Ein Vorzeigeprojekt bezüglich Schlachtung und nachahmenswert ist, dass Projekt „Hohenlehen Fleisch“. Das ist eine bäuerliche Genossenschaft aus dem Ybbstal. Dort bringen Bauern ihre Tiere selbst zum Schlachthof. Am Warteplatz stehen maximal vier bis sechs Rinder zu selben Zeit. So soll das Tier möglichst wenig Stress erleben.

Neben Privatkunden sind auch die Landeskliniken, Landespflegeheime, sowie Schulen Abnehmer ihrer regionalen Produkte. In diesem Zusammenhang erinnere ich wiederum an unsere Forderung nach mehr regionalen Produkten und nach mehr regionalen Produkten in landeseigenen und landesnahen Betrieben im Burgenland.

Wir unterstützen selbstverständlich alle Projekte die bäuerlichen Familien und somit den ländlichen Raum stärken und begrüßen den Vorschlag der GRÜNEN Fraktion. Es soll gewährleistet werden, dass stressfreie Schlachtung am Hof auch für Kleinbetriebe und Direktvermarkter kostengünstig und mit kleinstmöglichen technischen Aufwand umsetzbar ist.

Auflagen scheitern oft an guten Ideen, müssen auch wirtschaftlich vertretbar sein. Wir fordern in diesem Zusammenhang als Ergänzung zum GRÜNEN Antrag natürlich eine praktikable Umsetzung. Ein möglicher Vorschlag meinerseits wäre, wie beim Farmwild, da gibt es im Prinzip bereits die Weideschlachtung. Der Farmwildhalter kann nach einer entsprechenden Ausbildung, nach einem Sachkundekurs, Farmwild im eigenen Betrieb schlachten. Dem Vorschlag im Abänderungsantrag der Regierungsfraktionen, während der Betäubung und Entblutung hat ausnahmslos ein Tierarzt anwesend zu sein, kann ich persönlich wenig abgewinnen, da er wenig praktikabel ist.

Es gibt nämlich zu wenige Tierärzte die jetzt schon Rinderhalter anfahren wollen, Zeitaufwand, Kosten et cetera sprechen dagegen. Ich erinnere daran, dass es im Burgenland bereits einen Schlachtanhänger gegeben hat. Dieser wurde entgegen den Aussagen von der Kollegin Petrik aber nicht angenommen.

Es wäre diesbezüglich auch wichtig zu wissen, wer konkret von den Tierhaltern diese Leistungen in Anspruch nehmen wird? Von einer Unterstützung analog dem Land Oberösterreich mit einer Förderung von 40 Prozent gehe ich natürlich aus.

Nachdem es noch sehr viele offene Fragen gibt, wie Hygiene, was passiert mit dem Blut? Wer übernimmt ein geschlachtetes Vieh und so weiter, schließen wir uns dem Antrag an, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe in Abstimmung mit

dem Bundesministerium die mobile Schlachtung auch im Burgenland umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! In aller Kürze noch einmal zum selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik zur Ermöglichung der stressfreien Schlachtung. Wir haben schon damals, schon in der Anmerkung drinnen gehabt, die Rechtsauskunft der EU-Kommission für die Veterinärverwaltung des Bundes und damit auch der Bundesländer war bisher die Ausgangsbasis für die Schlachtung am Tierhaltungsbetrieb. Diese Rechtsauskunft hat eine derartige Schlachtung nicht erlaubt.

Jetzt komme ich zum GRÜNEN Antrag, dort ist nämlich Folgendes definiert: „Aus diesem Grund ist es beispielsweise in Deutschland bereits mit Einwilligung der zuständigen Behörde möglich Rinder auf der Weide zu schlachten."

Aber bei genauerer Betrachtung täuscht diese Aussage. Denn man könnte glauben, dass Österreich, oder das Burgenland einfach nur wie Deutschland so eine Regelung übernehmen müsste und dann beschließen kann.

In Deutschland besteht eine Sonderregelung für die Weideschlachtung von ganzjährigen im Freiland gehaltenen Rindern, aber als Entstehungsgeschichte dafür wird einheitlich ein Verfahrensfehler beziehungsweise Versäumnis der EU-Kommission genannt. Die Einspruchsfrist von drei Monaten ist ohne Einsprüche verstrichen, daher wurde diese Sonderregelung damals notifiziert und trat in Geltung.

Zu hoffen, dass der Kommission ein zweites Mal ein derartiger Fehler unterläuft ist daher kein seriöser Zugang. Wir unterstützen das Vorhaben einer stressfreien Schlachtung natürlich daher gerne, aber nur im rechtlich zulässigen Rahmen und nicht als Pilotprojekt oder ein auf wackeligen Beinen gestelltes Konstrukt.

Daher werden wir unseren Abänderungsantrag der wie folgt einbringen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

unter Berücksichtigung der Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppe und in Abstimmung mit dem Bundesministerium die rechtlichen Rahmenbedingungen zu ermöglichen und von mobilen Schlachtungen von landwirtschaftlichen Nutztieren zu prüfen und gegebenenfalls eine bedarfsgerechte Lösung für das Burgenland umzusetzen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Der Abgeordnete übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordnete die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die mobile Schlachtung von landwirtschaftlichen Nutztieren ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 18. Oktober 2018 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet in 20 Minuten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Ende der Sitzung: 19 Uhr 15 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 43. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 18. Oktober 2018

10.03 Uhr - 21.41 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde
2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutzgesetz-Novelle 2019)
3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz geändert wird
5. Beschlussantrag, mit dem der Burgenländische Sportbericht 2016/2017 zur Kenntnis genommen wird
6. Beschlussantrag, mit dem der Kulturbericht 2017 zur Kenntnis genommen wird
7. Bericht des Rechnungshofes betreffend Haushaltsergebnisse 2016 gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 - Gutachten
8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend "Mehr Fachkräfte im Burgenland für das Burgenland ausbilden"
9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze
10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes
11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend einer gesetzlichen Ragweed-Melde- und Vernichtungspflicht

12. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 10 Maßnahmen für die Pflege;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6746)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 217 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Inanspruchnahme von Diensten des Landesmedienservices durch politische Parteien und Einzelpersonen
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6750)
Zusatzfrage: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6751 u. S. 6752), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6753), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6753)

Anfrage Nr. 214 des Abgeordneten Mag. Christian Drobits an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Zugriff auf Vermögen von Patienten in stationären Pflegeeinrichtungen - Vorgehensweise des Burgenlandes
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6754)
Zusatzfrage: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6756), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6756)

Anfrage Nr. 211 des Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Landesrätin Verena Dunst betreffend Antrag gegen Glyphosat
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 6757)
Zusatzfrage: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6758), Walter T e m m e l (S. 6759)

Anfrage Nr. 215 des Abgeordneten Wolfgang Sodl an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend europäische Mobilitätswoche - konkrete Entwicklungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6760)
Zusatzfrage: Wolfgang S o d l (S. 6761 u. S. 6762), Georg R o s n e r (S. 6763), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6764)

Anfrage Nr. 212 des Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Änderung des Kanalabgabegesetzes - Berechnungsmodus für den Anschlussbeitrag
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 6766)
Zusatzfrage: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6767 u. S. 6768)

Anfrage Nr. 216 der Abgeordneten Edith Sack an Ländesrätin Verena Dunst betreffend Beantragung der Kinderbetreuungsförderung online
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena D u n s t (S. 6768)
Zusatzfrage: Edith S a c k (S. 6769 u. S. 6771), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6771), Mag. Michaela R e s e t a r (S. 6772)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1441), mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutzgesetz-Novelle 2019) (Zahl 21 - 1020) (Beilage 1472);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 6774)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6774), Géza M o l n á r (S. 6776), Patrik F a z e k a s, BA (S. 6778), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 6779), Landesrat Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 6781)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6784)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1445), mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 1024) (Beilage 1473);
Berichterstatterin: Ilse B e n k ö (S. 6784)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 6785), Géza M o l n á r (S. 6789), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6791, S. 6805, S. 6811 und S. 6815), Christian I l l e d i t s (S. 6795), Gerhard S t e i e r (S. 6800), Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 6808 u. S. 6814), Mag. Kurt M a c z e k (S. 6813)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6816)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1444), mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz geändert wird (Zahl 21 - 1023) (Beilage 1474);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 6816)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6816)

Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1436), mit dem der Burgenländische Sportbericht 2016/2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1015) (Beilage 1475);
Berichterstatter: Peter H e g e r (S. 6817)
Redner: Markus W i e s l e r (S. 6817), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6819), Robert H e r g o v i c h (S. 6820), Gerhard S t e i e r (S. 6823), Ingrid S a l a m o n (S. 6827), Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 6828)
Annahme des Beschlussantrages (S. 6832)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1422), mit dem der Kulturbericht 2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1014) (Beilage 1476);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 6832)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6832), Markus W i e s l e r (S. 6834), Mag. Franz S t e i n d l (S. 6836), Günter K o v a c s (S. 6905 u. S. 6908), Gerhard S t e i e r (S. 6907),
Annahme des Beschlussantrages (S. 6909)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung einer umfassenden "Bio-Wende" in der burgenländischen Landwirtschaft (Zahl 21 - 1056) (Beilage 1488);
Begründung der Dringlichkeit: Ingrid Salamon (S. 6837)
Redner: Gerhard Steier (S. 6840), Gerhard Hutter (S. 6845), Wolfgang Spitzmüller (S. 6848), Géza Molnár (S. 6851), Mag. Thomas Steiner (S. 6853 u. S. 6876), Landesrätin Verena Dunst (S. 6858 u. S. 6877), Wolfgang Sodl (S. 6861), Landesrätin Mag. Hans Peter Doskozil (S. 6864), Kilian Brandstätter (S. 6867), Mag.a Regina Petrik (S. 6869), Manfred Kölly (S. 6871), Mag. Christian Sagartz, BA (S. 6874), Markus Ulram (S. 6879)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 6881)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Zusammenlegung der Sozialversicherungträger (Zahl 21 - 1059) (Beilage 1491);
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Christian Sagartz, BA (S. 6881)
Redner: Gerhard Steier (S. 6884), Manfred Kölly (S. 6889), Mag.a Regina Petrik (S. 6892), Géza Molnár (S. 6893), Mag. Christian Drobits (S. 6894), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 6898), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 6900), Mag. Thomas Steiner (S. 6902 u. S. 6904), Robert Hergovich (S. 6903)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 6905)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1437) betreffend Haushaltsergebnisse 2016 gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 - Gutachten (Zahl 21 - 1016) (Beilage 1477);
Berichterstatter: Peter Heger (S. 6909)
Redner: Géza Molnár (S. 6910), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 6911), Peter Heger (S. 6911), Gerhard Steier (S. 6914)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 6916)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1410) betreffend "Mehr Fachkräfte im Burgenland für das Burgenland ausbilden" (Zahl 21 - 1002) (Beilage 1478);
Berichterstatterin: Ilse Benkö (S. 6916)
Redner: Manfred Kölly (S. 6917), Mag.a Regina Petrik (S. 6918), Manfred Haidinger (S. 6920), Bernhard Hirczy (S. 6922), Robert Hergovich (S. 6925), Gerhard Steier (S. 6929)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6933)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1446) betreffend Stopp der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze (Zahl 21 - 1025) (Beilage 1479);
Berichterstatter: Günter Kovacs (S. 6933)

Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6933), Géza M o l n á r (S. 6934), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6935)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6936)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1447) betreffend Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes (Zahl 21 - 1026) (Beilage 1480);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 6936)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6936), Walter T e m m e l (S. 6937), Wolfgang S o d l (S. 6940)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6941)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1448) betreffend einer gesetzlichen Ragweed-Melde- und Vernichtungspflicht (Zahl 21 - 1027) (Beilage 1481);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 6942)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6942), Karin S t a m p f e l (S. 6945), Walter T e m m e l (S. 6946), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 6947)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 6948)

Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1449) betreffend 10 Maßnahmen für die Pflege (Zahl 21 - 1028) (Beilage 1482);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6948)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6948 u. S. 6955), Manfred H a i d i n g e r (S. 6949), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6951 u. S. 6955), Mag. Christian D r o b i t s (S. 6953), Annahme des Entschließungsantrages (S. 6956)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6746)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie ersuchen die Plätze einzunehmen.

Ich darf Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses recht herzlich begrüßen, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, alle Besucherinnen und Besucher die uns via Live-Stream oder von der Tribüne heute aus beiwohnen.

Ich e r ö f f n e die 43. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 42. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat der Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Brandstätter, um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 43. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 18. Oktober 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 21 - 1060) (Beilage 1492);
2. Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung an die Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO im Agrarwesen (Zahl 21 - 1061) (Beilage 1493);
3. Gesetzentwurf über die Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Burgenländisches Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 - Bgld. GemHOG 2018) (Zahl 21 - 1062) (Beilage 1494);
4. Gesetzentwurf über die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der Informationstechnologie und der Aus- und Weiterbildung der Gemeindebediensteten (Zahl 21 - 1063) (Beilage 1495);
5. Beschlussantrag, mit dem der "Masterplan Radfahren, Burgenland radelt ..." zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1065) (Beilage 1497);

Vom Rechnungshof ist der Bericht betreffend IT-Betreuung an Schulen (Zahl 21 - 1037) (Beilage 1458) eingelangt.

Weiters sind die Dringlichkeitsanträge

1. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung einer umfassenden „Bio-Wende“ in der burgenländischen Landwirtschaft (Zahl 21 - 1056) (Beilage 1488);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger (Zahl 21 - 1059) (Beilage 1491);

eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Förderrichtlinien für Landarztordinationen (Zahl 21 - 1049) (Beilage 1470);
2. der Landtagsabgeordneten Mag. Michaela Resetar und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Betriebstagesmütter und -väter (Zahl 21 - 1052) (Beilage 1484);
3. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlicher Gegenstand der Daseinsvorsorge (Zahl 21 - 1055) (Beilage 1487);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend biologische und regionale Lebensmittel in Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen (Zahl 21 - 1058) (Beilage 1490);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend landesweites Tierschutz-Konzept (Zahl 21 - 1064) (Beilage 1496);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Beschluss Glyphosat (Zahl 21 - 1030) (Beilage 1451);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Beschluss Klimaschutz (Zahl 21 - 1031) (Beilage 1452);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Beschluss Bodenschutz (Zahl 21 - 1032) (Beilage 1453);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Beschluss Glyphosat (Zahl 21 - 1033) (Beilage 1454);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Beschluss Raumplanung und Klimaschutz (Zahl 21 - 1034) (Beilage 1455);
6. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Beschluss Bodenschutz (Zahl 21 - 1035) (Beilage 1456);
7. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Beschluss Glyphosat (Zahl 21 - 1036) (Beilage 1457);
8. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Pflegebetten (Zahl 21- 1038) (Beilage 1459);
9. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Pflege- und Sozialberater (Zahl 21 - 1039) (Beilage 1460);
10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Landesförderung 24-Stunden-Betreuung (Zahl 21 - 1040) (Beilage 1461);

11. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Schulcluster und -zusammenlegungen (Zahl 21 - 1041) (Beilage 1462);
12. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Finanztipps für Eltern (Zahl 21 - 1042) (Beilage 1463);
13. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Familienpicknick (Zahl 21 - 1043) (Beilage 1464);
14. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Herausforderungen im Pflegebereich (Zahl 21 - 1044) (Beilage 1465);
15. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Akutordinationen (Zahl 21 - 1045) (Beilage 1466);
16. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Landschaftsschutzabgabe (Zahl 21 - 1046) (Beilage 1467);
17. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst betreffend Förderung der Ferienbetreuung (Zahl 21 - 1047) (Beilage 1468);
18. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Plakate (Zahl 21 - 1048) (Beilage 1469);
19. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend barrierefreies Reisen (Zahl 21 - 1050) (Beilage 1471);
20. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Leiter der Abteilung 4 (Zahl 21 - 1051) (Beilage 1483);
21. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend das Projekt "Sicherheitspartner" (Zahl 21 - 1053) (Beilage 1485);
22. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Joseph-Haydn-Konservatorium (Zahl 21 - 1057) (Beilage 1489);

und die Beantwortung der schriftlichen Anfrage

1. des Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 1012) betreffend Park & Ride Anlagen (Zahl 21 - 1054) (Beilage 1486);

eingelangt.

Von der Initiative Radweg St. Martin a.d. Raab - Jennersdorf ist die Petition auf Errichtung einer Holzbrücke (Doiberbach und Raab) neben der B57 eingelangt (E 34).

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer.

Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 1060, Beilage 1492 und Zahl 21 - 1061, Beilage 1493, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

den Bericht des Rechnungshofes, Zahl 21 - 1037, Beilage 1458, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlagen, Zahl 21 - 1062, Beilage 1494, Zahl 21 - 1063, Beilage 1495, und Zahl 21 - 1065, Beilage 1497, und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 1049, Beilage 1470, Zahl 21 - 1052, Beilage 1484, Zahl 21 - 1055, Beilage 1487, Zahl 21 - 1058, Beilage 1490, und Zahl 21 - 1064, Beilage 1496, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Petition E 34 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1030, Beilage 1451, Zahl 21 - 1031, Beilage 1452, Zahl 21 - 1032, Beilage 1453, Zahl 21 - 1046, Beilage 1467, und Zahl 21 - 1048, Beilage 1469, habe ich Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1033, Beilage 1454, Zahl 21 - 1045, Beilage 1466, und Zahl 21 - 1057, Beilage 1489, habe ich Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1034, Beilage 1455, Zahl 21 - 1041, Beilage 1462, und Zahl 21 - 1051, Beilage 1483, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1035, Beilage 1456, Zahl 21 - 1036, Beilage 1457,

Zahl 21 - 1042, Beilage 1463, Zahl 21 - 1043, Beilage 1464 und Zahl 21 - 1047, Beilage 1468, habe ich Frau Landesrätin Verena Dunst,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1038, Beilage 1459, Zahl 21 - 1039, Beilage 1460, Zahl 21 - 1040, Beilage 1461, und Zahl 21 - 1044, Beilage 1465, habe ich Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos,

und die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 1050, Beilage 1471, habe ich Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig,

und die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 1053, Beilage 1485, habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz,

zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortung der schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1054, Beilage 1486, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Des Weiteren möchte ich mitteilen, dass am 03. Oktober 2018 der selbständige Antrag Zahl 21 - 932, Beilage 1318, vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung einer umfassenden „Bio-Wende“ in der Burgenländischen Landwirtschaft (Zahl 21 - 1056) (Beilage 1468) wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15 Uhr behandelt.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung und Entschließung betreffend Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger (Zahl 21 - 1059) (Beilage 1491) wird nach Erledigung des Dringlichkeitsantrages (Zahl 21 – 1056) behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10.17 Uhr - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Nießl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Unter welchen Voraussetzungen dürfen politische Parteien beziehungsweise Einzelpersonen die Dienste des Landesmedienservices in Anspruch nehmen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herrn Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich darf einleitend feststellen, dass das Landesmedienservice, der Landespressedienst und Bürgerservice, die Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit aus meiner Sicht eine hervorragende Arbeit macht.

Wir haben dort zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollzeitäquivalent und mit diesen zehn Mitarbeitern haben wir von allen Bundesländern auch die schlanksten Strukturen, also die wenigsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber die Arbeit kann sich sehen lassen.

Wir haben zum Beispiel im Jahr 2017 449 Presseaussendungen, hat diese Stelle gemacht, 664 Presse- und Fototermine. Und wenn man das Jahr 2017 anschaut, wir hatten 788.000 Nutzer bei burgenland.at., bei den Social Media und 2,2, 2,3 Millionen Seitenaufrufe. Also insofern, das wird natürlich alles vom Landesmedienservice betreut.

Und wenn man so viele Seitenaufrufe hat, heißt das auch, dass das sehr ordentlich gemacht wird. Wenn wir gestern zum Beispiel zurückschauen, haben wir, der Landeshauptmann-Stellvertreter, den Landessicherheitspreis verliehen, wo Regierungsmitglieder anwesend waren, wo viele der Vertreter der Feuerwehren, des Roten Kreuzes, der Einsatzorganisationen, anwesend waren.

Natürlich war gestern auch der Landespressedienst mit dabei, der die entsprechenden Fotos gemacht hat, der die entsprechenden Aussendungen gemacht hat.

Und wenn die Frage lautet, dürfen Einzelpersonen das in Anspruch nehmen? Na klar, auch Einzelpersonen von der Feuerwehr und von den Einsatzorganisationen, mit denen Fotos gemacht werden, die denen auch zur Verfügung gestellt werden.

Und wenn es Nachfragen danach gibt, wird das natürlich auch noch intensiver gemacht oder wird das eine oder andere Zusatzfoto gemacht. Also insofern ist das nur ein Beispiel.

Oder in letzter Zeit sind die Polizeidienststellen, einige, eröffnet worden. Auch da ist der Landespressedienst dabei, um dort Vorort ebenfalls die entsprechenden Fotos zu machen.

Und es gehört natürlich auch dazu, dass verschiedene Presseveranstaltungen gemacht werden, Organisation, Einladungen, Vorbereitung, Betreuung, mediale Verwertung von Presseveranstaltungen, Presseaussendungen zu Themen der Landesregierung. Medienservice, Anlaufstelle für Medienanfragen, Führung von Medienverzeichnissen und so weiter, Betreuung der Medien bei Landtagssitzungen, Publikationen.

Dann gibt es natürlich auch die internen Leistungen wie die Erstellung des Pressespiegels, Betreuung der APA und OTS-Dienste, Verwaltung der Zeitungs- und Zeitschriften-Abos und natürlich auch Druck und Versand von Fotos von Veranstaltungen des Landes.

Das ist nicht nur die Verleihung des Burgenländischen Sicherheitspreises, sondern es gibt natürlich den „Tag der Vereine“. Es gibt Ehrenzeichenverleihungen, es gibt Besuche auch von Schulklassen, die hier in den Landtagssitzungssaal kommen.

Also ein umfassendes Aufgabengebiet bis hin zu den Medien, Kooperationen, Planung und Abwicklung von Medienkooperationen. Und Führung und Meldung nach dem Transparenzgesetz, Koordination von diesen Medienkooperationen.

Und was ich auch schon gesagt habe, Internet und Intranet, die Verantwortung für den Internetauftritt des Landes mit diesen tollen Zugriffen von 2,3 Millionen Seitenaufrufen, die Verwaltung der Social Media-Auftritte des Landes, Aufgaben.

Auch das Bürgerservice ist hier mit inkludiert. Interne Vermittlungsstelle für Anfragen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, die ebenfalls mit betreut werden. Koordination und Beantwortung von Anfragen der Volksanwaltschaft, wo es natürlich auch regelmäßig Anfragen gibt und sehr umfassend diese zu beantworten sind.

Ein umfassendes Aufgabengebiet mit zehn Leuten, ein umfassender Leistungsbericht, der dokumentiert ist. Und ich darf mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch sehr, sehr herzlich bedanken für ihre ausgezeichnete Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Keine Zusatzfrage, ich habe die erste Frage gestellt, die gelautet hat:

Unter welchen Voraussetzungen dürfen politische Parteien, beziehungsweise Einzelpersonen, die Dienste des Landesmedienservice in Anspruch nehmen? - Das wurde nicht beantwortet.

Präsident Christian Illedits: Es ist trotzdem eine Zusatzfrage.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Ich beantworte es gerne noch einmal. Nämlich Einzelpersonen haben zum Beispiel gestern das Landesmedienservice auch in… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: die Voraussetzungen hätten wir gerne gehabt.)*

Wenn bei Veranstaltungen Einzelpersonen anwesend sind, kann das auch in Anspruch genommen werden. Oder wenn wir einladen und Einzelpersonen sind mit dabei, können sie das auch in Anspruch nehmen. Es sind Einzelpersonen nicht ausgeschlossen.

Dass man nicht jede Veranstaltung und nicht jede Pressekonferenz besuchen kann, liegt in der Natur der Sache, weil wir eine schlanke Verwaltung haben und auch

einen schlanken Landespressedienst und bei wichtigen Veranstaltungen ist der Landespressedienst dabei.

Ich habe einige Bereiche gesagt und das werden auch Einzelpersonen sein, vor allem geht es uns auch wo Bürgerinnen und Bürger mit dabei sind, wenn wir eine Polizeidienststelle eröffnen, dann werden auch Fotos mit den Polizistinnen und Polizisten gemacht, mit dem zuständigen Vertreter des Bundes.

Und wenn Menschen aus der Gemeinde anwesend sind, wird auch mit denen ein Foto gemacht und das wird ihnen auch sehr häufig auch zugesandt. Auch das ist eine Aufgabe des Landespressedienstes.

Wenn es hunderte Ehrenzeichen gibt, am 11. November, dann sind das auch Einzelpersonen, die hier auch die Leistungen des Landesmedienservices in Anspruch nehmen, weil ihnen in der Regel auch die Fotos dann zugesandt werden. Und ich glaube, das ist auch gut und richtig so.

„Tag der Vereine“, auch „Tag der offenen Tür im Landhaus“, im Bereich des „Jahr der Freiwilligkeit und Ehrenamtes“, auch das sind Einzelpersonen, die ins Landhaus gekommen sind. Das letzte Mal waren es besonders viele und da werden Fotos gemacht.

Und das sind immer wieder Anlässe, wo Einzelpersonen in entsprechender Form auch das Landesmedienservice in Anspruch nehmen und auch viele hunderte, wenn nicht noch mehr, im Laufe des Jahres diese Leistungen in Anspruch nehmen. Einzelpersonen, Burgenländerinnen und Burgenländer, die auch ein Foto da von der Veranstaltung und von ihnen bekommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sagartz, BA.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landeshauptmann, ich muss bei der ersten Frage bleiben. Ich kann es jetzt abkürzen.

Unter welchen Voraussetzungen dürfen politische Parteien die Dienste des Landesmedienservices in Anspruch nehmen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch hier, wenn es Pressekonferenzen gibt, zum Beispiel über die Wohnbauförderung berichtet wird, dass es da eine Einigung gibt, sind alle die hier mitgemacht haben auch mit dabei.

Ich kann Ihnen diese Unterlagen auch zeigen, wo es eben zum Beispiel bei der Einigung der Wohnbauförderung, alle politischen Parteien, wo über das Landesmedienservice in entsprechender Form berichtet wurde. Das kommt auf die Ressourcen an die das Landesmedienservice hat.

Das kommt auf das Thema an. Das kommt auf die Breitenwirkung an. Also insofern gibt es sehr, sehr viele Unterlagen, wo Vertreterinnen und Vertreter verschiedener politischen Parteien natürlich auch dieses Medienservice in Anspruch genommen haben.

Dass man mit zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht jede Pressekonferenz besetzen kann ist auch klar. Aber da gibt es eben eine entsprechende Wertigkeit, das geht vor allem bei wichtigen Themen wie die Wohnbauförderung, wie die Sicherheit und andere Bereiche. Das sind natürlich Themen, die die Menschen besonders interessieren.

Und genau bei diesen wichtigen Themen ist das Landesmedienservice auch anwesend und macht hier die entsprechende Arbeit und ich denke, es ist eine sehr gute Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Bereits im Mai 2018 haben wir hier in der Fragestunde darüber gesprochen, da haben Sie geantwortet auf meine Frage, wer denn nun das Landesmedienservice in Anspruch nehmen kann, da haben Sie gesagt, wenn es im Interesse des Landes und der Menschen ist.

Meine Frage an Sie ist: Wer entscheidet das?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Frau Abgeordnete! Ich habe das auch in der Frage vorher gesagt, dass das nicht ich entscheide, liegt ja in der Natur der Sache, dass ich nicht die Terminplanung mache und jeden Tag um 9.00 Uhr ins Büro komme und sage, pass auf liebes Medienservice, ihr geht heute zu A, B oder C, sondern *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich sprach nicht von Ihnen, wer?)* das muss natürlich selbst entschieden werden.

Ich kann ja auch nicht sagen zur Wohnbauförderung, oder ich komme in der Früh und wir machen für 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter macht der Landeshauptmann den ganzen Tag die Einteilung. Also da werde ich den ganzen Tag nicht fertig und komme nicht zu meiner Arbeit.

Das heißt, es wird natürlich vom Landesmedienservice gemacht. Es werden die wichtigen Bereiche herausgenommen, genauso wie ich es gesagt habe, und es gibt eine ganze Reihe, noch einmal, von Veranstaltungen, wo politische Vertreterinnen und Vertreter dabei sind, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wer?)* das war bei der Wohnbauförderung auch so. *(Abg. Robert Hergovich: Das wurde schon gesagt.)*

Gestern hat es wieder eine gemeinsame Veranstaltung auch von verschiedenen politischen Parteien gegeben, wo das Landesmedienservice mit dabei war. Also insofern, wo auch der Herr Abgeordnete Sagartz mit dabei ist.

Also wir haben da im Landesmedienservice Vertreter aller politischen Parteien bei verschiedenen Veranstaltungen, in entsprechender Form dokumentiert. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nicht in schriftlicher Form.)* Wir geben die Fotos gerne weiter. Wir geben die Medienaussendungen gerne weiter. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer verteilt das?)*

Noch einmal: Dass wir nicht alles und jedes garantieren können, liegt in der Natur der Sache. Dort, wo es besonders wichtig ist, ich sage es noch einmal, Wohnbauförderung, Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung und so weiter, das hat natürlich absolute Priorität, genauso wie Gesundheit, Krankenanstalten.

Also da wird auch jetzt und in Zukunft das Landesmedienservice sehr ausführlich und sehr kompetent berichten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Mag. Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Herr Landeshauptmann!

Gibt es aus Ihrem Büro oder aus den politischen Büros Aufträge an das Landesmedienservice worüber berichtet werden sollte oder müsste?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Da ich nicht die Einteilung mache und auch nicht mein Büro die Einteilung macht, was täglich durch das Landesmedienservice zu tun ist, dass wir aber sagen, wir haben einen ganz einen wesentlichen und wichtigen Termin. Es gibt eine Parteieneinigung von allen politischen Parteien, bitte die Medien einzuladen, weil wir die beste Wohnbauförderung noch weiter verbessert haben.

Ich glaube, dann ist es selbstverständlich, da brauchen wir nicht sagen, bitte kommt auch dorthin. Ich gehe davon aus, dass die Wertigkeit eine derartig hohe ist, dass das Landesmedienservice sagt, na da müssen wir natürlich dort sein, das müssen wir in entsprechender Form einladen, das müssen wir in entsprechender Form betreuen.

Das ist eine Information an die Burgenländerinnen und Burgenländer. Wann tritt die Wohnbauförderung in Kraft? Wo kann ich meine Informationen kriegen? Ich glaube, es ist selbstredend, dass man auf wichtige Bereiche gar nicht aufmerksam machen muss, dass sie kommen, weil das müssen sie selbst einschätzen können, dass zum Beispiel wie gestern die „Verleihung des Sicherheitspreises“, „Tag der Offenen Tür“, „Landesehrenzeichenverleihungen“, das ist aus meiner Sicht selbstverständlich. Da braucht man nichts sagen, dass bei diesen wichtigen Dingen das Landesmedienservice mit dabei ist und ausführlich darüber berichtet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Drobits um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Hohes Haus! Der Verfassungsgerichtshof hat den Zugriff auf das Vermögen von Patienten in stationären Pflegeeinrichtungen für „jedenfalls unzulässig“ erklärt. Das gilt auch bei Vorliegen einer rechtskräftigen Entscheidung, die vor 1. Jänner 2018 ergangen ist.

Welche Vorgehensweise hat das Burgenland in dieser Frage gewählt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte zu Beginn darauf hinweisen, dass ich das für eine der wichtigsten Errungenschaften der rot-schwarzen Regierung halte: Die Abschaffung des Pflegeregresses.

Das war aus meiner Sicht eine ganz wichtige sozialpolitische Maßnahme, nämlich dafür zu sorgen, dass keine versteckte Erbschaftssteuer eingeführt wird *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bei der Erbschaftssteuer schon dafür, oder?)* beziehungsweise abgeschafft wird.

Es ist jedenfalls so, dass der Nationalrat im Juni 2017 auf Initiative der SPÖ mit großer Mehrheit - SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE - die Abschaffung dieses Pflegeregresses beschlossen hat.

Dieser Schritt war längst überfällig. Der Pflegeregress ist damit somit seit Anfang 2018 Geschichte. Das ist aus meiner Meinung gut so.

Es waren aber trotzdem danach noch einige Fragen offen, bei denen die Länder vom Bund und hier hat es eine einheitliche Front gegeben zwischen SPÖ-dominierten und ÖVP-dominierten Ländern und auch was die Soziallandesrätinnen und Landesräte betrifft, da sind auch sehr viele GRÜNE dabei, eine Klarstellung rechtlich eingefordert wurde.

Eine dieser Forderungen in den an die Sozial- und Gesundheitsministerin gerichteten Briefen war, wie soll man mit der Zeit vor dem 1.1.2018, mit diesem Regress umgehen?

Wir haben seitens des Landes gleich zu Beginn des Jahres die Bezirkshauptmannschaften angehalten, auf offene Forderungen nicht zuzugreifen. Das haben andere Länder nicht so gesehen. Wir haben das so gesehen, und ich glaube auch, dass es richtig war.

Ich habe dazu parallel einen Brief an die Sozialministerin und an den Bundeskanzler geschickt, um auch eine rechtliche Klärung hier herbeizuführen und um eine rasche Klärung ersucht, vor allem im Sinne der Betroffenen. Eine Antwort habe ich bis heute nicht bekommen, weder vom Bundeskanzler, noch von der Sozialministerin. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben Sie doch erst gesehen, wie sie in Eisenstadt war. Haben Sie sie nicht gefragt?)*

Das gilt ebenfalls für andere Länder, die ebenfalls durch Vorgaben durch den Bund gedrängt haben. Diese Arbeiten der Bundesregierung haben ihnen dann die Gerichte abgenommen.

Ende Juni hat der Oberste Gerichtshof, der OGH, entschieden, dass es nicht mehr möglich ist, Pflegeregressforderungen, die vor dem 1.1.2018 entstanden sind, einzutreiben, und jetzt hat der Verfassungsgerichtshof den Zugriff auf das Vermögen von Patienten im stationären Pflegebereich für „jedenfalls unzulässig“ erklärt.

Das gilt auch bei Vorliegen einer rechtskräftigen Entscheidung, die vor dem 1.1.2018 ergangen ist.

Also wir sind vom Verfassungsgerichtshof und vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden in der Vorgangsweise, die das Burgenland gewählt hat.

Nichtsdestotrotz würde ich meinen, dass der Bundesgesetzgeber, also der Nationalrat, hier noch einmal für zusätzliche Rechtssicherheit sorgen und das auch bundesgesetzlich regeln sollte.

Insgesamt glaube ich, ist das eine gute Regelung, die hier vorliegt. Ich möchte Ihnen vielleicht nochmals zusätzlich dazu sagen, dass wir derzeit einen Entwurf vom Finanzminister zugeschickt bekommen haben.

Sie wissen, dass es ursprünglich vorgesehen war, nur 100 Millionen Euro an die Länder zu überweisen, was den Regress betrifft. Viel zu wenig! Das Burgenland hat damit kein Auslangen gefunden. Mittlerweilen sind wir bei 340 Millionen Euro, wobei die 100 Millionen laut Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt werden und der Rest nach Bedarf aufgeteilt wird. Da gibt es noch Erklärungsbedarf, auch von burgenländischer Seite.

Grundsätzlich würde das heißen, dass das Burgenland ungefähr 9,5 Millionen Euro bekommen würde, für den Wegfall des Regresses. Das ist keine schlechte Zahl, sage ich ganz offen, aber da muss ich nochmals nachbessern und nachrechnen, ob das auch ausreicht. Grundsätzlich bin ich aber damit zufrieden.

Abschließend gesagt: Der Wegfall des Pflegeregresses war richtig und wichtig.

Der Weg jetzt, wie man das auch umsetzt, war etwas holprig, aber wir haben jetzt Rechtssicherheit durch das OGH-Urteil und Verfassungsgerichtshofurteil. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Drobits.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Die Rechtssicherheit oder Rechtsklarheit durch den Obersten Gerichtshof und den Verfassungsgerichtshof wurde nunmehr geschafft und erreicht.

Meine Frage ist: Welche finanziellen Auswirkungen hat diese Rechtsklarheit nunmehr für das Burgenland hinblicklich des Jahres 2017 oder der Jahre 2016 und 2017?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter, es hat ziemlich starke Auswirkungen auf das Burgenland. Ich wehre mich immer dagegen, im Sozialbereich über sozusagen statistische Größen zu reden, wenn es um Geld geht, weil aus meiner Sicht das Burgenland beweist, mit fast der Hälfte des Budgets, das in den Sozial- und Gesundheitsbereich fließt, dass wir hier auch bereit sind, eine politische Verantwortung zu übernehmen, aus meiner Sicht im wichtigsten politischen Bereich.

Aber wenn Sie diese Frage so offenen stellen. 13 Millionen Euro ist durch den Wegfall dieser Regressforderungen jetzt dem Land - nicht entgangen -, wir werden sie nicht eintreiben. Ich halte es aber trotzdem nach politischer Sicht für richtig und wichtig, dass durch den Wegfall des Pflegeregresses durch die Rechtssicherheit des Verfassungsgerichtshofes und des OGH diese 13 Millionen Euro nicht eingetrieben werden.

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Wenn Sie das schon ansprechen. Am Montag war die besagte Frau Bundesministerin bei uns im Landhaus auf Einladung des Landeshauptmann-Stellvertreters auch auf Besuch beim Landeshauptmann.

Haben Sie die Gelegenheit genutzt, die von Ihnen geforderte Stellungnahme zu urgieren?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Diese Stellungnahme ist jetzt müßig, nachdem die Gerichte entschieden haben. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann hätten Sie sie nicht erwähnen gebraucht, wenn es müßig ist.)* Ich habe einen Brief an die Frau Ministerin geschrieben und an den Herrn Bundeskanzler geschrieben, und ich würde es schon gerne schriftlich haben, was sozusagen auch politisch dann umzusetzen ist.

Jetzt ist es politisch umgesetzt worden durch die Urteile des OGH und des Verfassungsgerichtshofes, und ich würde mir wünschen, dass der Bundesgesetzgeber diese Urteile auch sozusagen in Gesetzesform gießt *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Da sind wir bei Ihnen.)* und damit auch für Rechtssicherheit sorgt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Spitzmüller um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im Jänner dieses Jahres haben wir gemeinsam, die ÖVP ausgenommen, einen Antrag gegen Glyphosat eingebracht und beschlossen. Darin ging es unter anderem

- um die Möglichkeiten eines landesrechtlichen Glyphosatverbotes
- um Maßnahmen zur Stärkung von Information und Bewusstseinsbildung

Was ist seither geschehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierung! Kolleginnen und Kollegen! Hoher Landtag! Liebe Damen und Herren, die uns zuhören! Zunächst einmal vielen Dank für diesen Beschluss. Leider hat damals die ÖVP nicht mitgestimmt, aber ich glaube, dieser breite Schulterschluss und ein klares Bekenntnis für den Ausstieg aus Glyphosat war gut, und ich bin sehr oft von den Menschen angesprochen worden, wo ich die Rückmeldung bekam: Das ist ein guter und wichtiger Schritt. Herzlichen Dank dem Landtag, mit Ausnahme der ÖVP.

Zunächst einmal. Wie hat sich in der Vergangenheit das Land versucht, dem Naturschutz, der Umwelt und so weiter zu verschreiben? Gut, wir wissen, dass ein Drittel der Landesfläche unter Naturschutz steht. Sie wissen, dass wir Tiere, Pflanzen, Gott sei Dank noch im Burgenland haben, die europaweit kaum mehr zu finden sind.

Die Biodiversität ist uns wichtig, ich glaube, allen Parteien, die im Landtag vertreten sind, denn letztendlich - und ich werde mich da sicher wiederholen - geht es immer um die nächsten Generationen.

Was haben wir uns für ein Ziel gesetzt? Gemeinsam mit Ihnen, die damals diesen Antrag gestellt und auch abgestimmt haben: Nachhaltig, gesund, muss das Burgenland sein, vor allem aber auch umweltfreundlich, und dazu gehört natürlich auch der Ausstieg aus Glyphosat.

Warum? Einige Daten und Fakten, die Sie ja kennen und die den Menschen auch ein Anliegen sind. Erstens einmal, ist es einfach das am weltweit meist eingesetzte Pflanzengift. Verbrauch steigt jährlich. Alleine in Österreich - stellen Sie sich die Zahl vor! - 400 Tonnen Glyphosat jährlich werden aufgebracht.

Ein weiterer Fakt ist natürlich auch, dass es im privaten Bereich sehr stark aufgebracht wird. Spritzmittel sind in jedem Bau- und Gartenmarkt frei erhältlich, natürlich unter „Roundup“, und viele Menschen nehmen das im privaten Bereich für Grünraumpflege, und so weiter. Obwohl und das alles, wir wissen die Diskussion ist ja nicht neu, dass seit den 1980er Jahren Glyphosat und Roundup sehr umstritten ist.

Glyphosat zerstört jede Pflanze. Es dringt über die Blätter in die Pflanzenteile ein, dann in den Boden und, meine Damen und Herren, wir haben es auch im Grundwasser. Eine Studie, die Ihnen sicher bekannt ist von der Universität Texas, hat uns alle aufgerüttelt, nämlich das Glyphosat die Darmflora von Bienen zerstört.

Uns sind alle Bilder bewusst, wenn man bereits in China und anderen Ländern hier per Hand bestäubtes, schlichtweg keine Bienen mehr gibt.

Wichtig ist auch, dass die WHO sich natürlich damit sehr auseinandersetzt und sagt, auch wahrscheinlich krebserregend. Es gibt viele Studien, die nachweislich schon mit DNA-Analysen arbeiten, und es ist eine Schädigung auch schon nachgewiesen.

Was haben wir getan? Ihre konkrete Frage. Ich denke, dass es den Menschen wichtig ist, dass sie diese Zusammenhänge immer wieder hören.

Zunächst einmal ein Kompliment an meine Regierungskollegin. Sie hat besonders bei den Gemeinden darauf geschaut, dass hier was weitergeht, nämlich „die ökologische Gemeinde“, als sie dieses Amt angetreten hat, geschaut auf öffentlichen Grünräumen, auf den Einsatz von Glyphosat zu verzichten.

Gemeinden sind Vorbilder, wichtige Multiplikatoren, weil dort einfach die Bevölkerung vor Ort ist. Mittlerweile - Kompliment - fast 30 Gemeinden, genauso, wie es auch darum geht, dass man Alternativen sucht und Kooperationen beispielsweise auch mit der „Natur im Garten“, eine weitere Initiative.

Auch hier, glaube ich, können wir uns gemeinsam beim früheren Umweltanwalt, aber auch jetzt beim neuen Umweltanwalt Michael Graf bedanken, weil das denen auch genauso wie uns ein Anliegen ist.

Das Land selber hat natürlich auch geschaut. Wir können nicht nur reden, wir müssen Vorbild sein. Wir haben auch geschaut. Hier hat Helmut Bieler und jetzt schon Herr Landesrat Doskozil Zeichen gesetzt. Abteilung Straßenbau, Baudirektion, alle Grünräume im Besitz der Technologiezentren, Energie Burgenland, und so weiter, alle Unternehmen, die in der Burgenland Holding sind, legen wert darauf, diese Spritzmittel nicht zu verwenden.

Zunächst auch natürlich ein Thema, das mich in der Landwirtschaft selber in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt hat, und hier geht es natürlich immer um die biologische Landwirtschaft, weil es Ihnen, Herr Abgeordneter, auch ein großes Anliegen ist.

Wir haben bereits mit Ihnen und vielen Expertinnen und Experten, inklusive der Landwirtschaftskammer, hier Handlungsspielräume aufgezeigt und erarbeitet und da ist ganz klar, dass Handlungsfeld - das ist die richtige Antwort - „biologische Landwirtschaft“ muss ausgeweitet werden. Es ist bereits in einem Jahr, nämlich 2017 gelungen, dass wir einen Anstieg in der biologischen Landbauweise um zehn Prozent haben und da bin ich sehr, sehr froh.

Dazu haben wir auch elf Millionen Euro in die Hand genommen aus ÖPUL. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Landesrätin. Meine Frage war nur: Gibt es bereits erste Maßnahmen? Wurde mit Juristinnen und Juristen darüber gesprochen, ob es möglich ist, ein gesetzliches Verbot für die Ausbringung von Glyphosat im Burgenland zu schaffen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Danke für diese Zusatzfrage. Klar ist, Beispiel Land Kärnten hat alles versucht, wir sind im ständigen Kontakt. Der EuGH - Sie wissen es, wir alle wissen es - hat das leider als nicht gültig angenommen. Das wurde abgelehnt.

Wir sind aber im engsten Kontakt mit Kärnten und haben aber unsere eigenen Juristinnen und Juristen auch damit beauftragt, dass sie hier schauen, wo es eine Möglichkeit gibt, aber zurzeit, wie gesagt, haben wir das Faktum, dass das Land Kärnten über den EuGH die klare Botschaft hat: geht nicht!

Was nicht heißt, dass wir hier stoppen, sondern weiterarbeiten, und das kann ich Ihnen versprechen. Und ich wiederhole mich, es geht um die nächsten Generationen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im in der Frage erwähnten Antrag wurde damals gefordert, dass es ein konkretes Ausstiegsszenario für die Landwirtschaft gibt.

Welche Alternativen haben Sie dahingehend für die Landwirtschaft, aber auch für die Konsumenten ausgearbeitet?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Laufe der letzten drei Jahre und vor allem im letzten Jahr habe ich mich mehrfach hier von der Regierungsbank aus gemeldet dazu, dass die biologische Landwirtschaft, dass überhaupt die Landwirtschaft ein Riesenthema ist, weil es um gesunde Ernährung geht.

Wir haben ein Riesenproblem und das ist wirklich so, ich werde in wenigen Tagen der Regierung und dem Hohen Landtag den Grünen Bericht, Herr Abgeordneter, zuschicken. Er hat sich leider nicht verändert, trotz aller meiner Bemühungen, wo es möglich ist, glyphosatfrei zu arbeiten, wo es möglich ist, auf Biolandwirtschaft umzusteigen.

Der Grüne Bericht schaut aus wie in den letzten Jahren, außer dass ich nachweisen kann, dass es im Jahr 2017 zehn Prozent mehr Anstieg in der Biolandwirtschaft gegeben hat.

Dass wir jeden Tag einen Betrieb verlieren ist Fakt, und dazu müssen wir natürlich höchste Zeit etwas tun. Initiativen gibt es genug. Ich habe vorher schon gesagt, auf die Anfrage vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller, was ganz wichtig ist, dass wir hier natürlich ÖPUL sehr stark nützen.

Ich bin auch sehr dankbar, dass viele Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten um diesen ÖPUL ansuchen. Wir haben allein im Jahr 2017 elf Millionen Euro ausbezahlt, das sind beispielsweise, um Sie ein bisschen zu informieren, worüber wir da reden: Man bekommt Ausstiegsförderungen, Umstiegsförderungen für umweltgerechte Bewirtschaftung, Verzicht von Fungiziden, Anbau seltener Kulturpflanzen bis hin zu Silageverzicht, Gülleausbringung, Emissionsschutz, und so weiter, und so fort.

Natürlich auch ganz wichtig, Maßnahmen, wie nützlicher Einsatz im geschützten Anbau. Viele Maßnahmen, elf Millionen Euro im Jahr 2017, und das war genau der Punkt, den wir erreichen wollten. Zehn Prozent Umstieg heißen weniger Glyphosat in der Erde und im Grundwasser. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Sodl an Herrn Landeshauptmann Nießl. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Sodl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Auch im heurigen Jahr fand vom 16. bis 22. September die europäische Mobilitätswoche statt.

Welche konkreten Entwicklungen können im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Burgenland verzeichnet werden?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zunächst müssen wir feststellen - und darüber bin ich dem Hohen Landtag auch dankbar -, dass wir die Mittel für den öffentlichen Verkehr in den vergangenen Jahren kontinuierlich aufgestockt haben.

Im Jahr 2000 hat es für den öffentlichen Verkehr ein Budget von zirka fünf Millionen Euro gegeben. Wir werden in diesem Jahr zirka 21 Millionen Euro für den öffentlichen Verkehr benötigen. Und wir haben, und das ist natürlich auch wichtig, steigende Fahrgastzahlen im gesamten Burgenland, was den öffentlichen Verkehr anbelangt.

Wir haben steigende Fahrgastzahlen, sowohl bei der Bahn, und wir haben steigende Fahrgastzahlen auch bei unseren Bussen. Das ist das beste Zeichen dafür, dass diese Investitionen und diese Gelder, die durch das Budget zur Verfügung gestellt werden, sinnvoll eingesetzt sind, nachhaltig eingesetzt sind und zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs wesentlich beigetragen haben. Das sieht man auch an den Fahrgastzahlen.

Wir haben auch die Stützung von Zeitfahrkarten deutlich erhöht, nämlich die Pendlerinnen und Pendler müssten zirka doppelt so viel für ihre Karte zahlen, wenn nicht das Land Burgenland und auch der Bund entsprechende finanzielle Zuschüsse machen würde.

Eine Erfolgsgeschichte ist auch das Top-Jugendticket. Kinder, Jugendliche können um 70 Euro in Wien, Niederösterreich und Burgenland den öffentlichen Verkehr in Anspruch nehmen.

Es hat die Bahnhofsoffensive gegeben, wo viele neue Bahnhöfe gebaut wurden, renoviert wurden, hergerichtet wurden. Wir haben Park & Ride Anlagen im Burgenland, wir haben Bike & Ride Anlagen im Burgenland neu geschaffen, also doch viele Impulse gesetzt.

Es wird auch im Bereich der Busverkehre Mattersburg, Oberpullendorf im Jahr 2019 die Neuvergabe der Busverkehre geben. Auch hier nehmen wir die Pendlerbefragungen sehr ernst. Wenn es eine Neuvergabe bei den Bussen gibt, dann muss natürlich der Fahrplan evaluiert und geschaut werden, ob Verbesserungen notwendig sind, und wenn Verbesserungen notwendig sind, zu welcher Zeit diese Verbesserungen auch stattfinden.

Es wird auch für die südlichen Bezirke noch im heurigen Jahr eine Pendlerbefragung geben, und aufgrund dieser Pendlerbefragung sozusagen als nächsten Schritt, wenn es weitere Ausschreibungen beziehungsweise eine Vergabe gibt, dass eben die Zeiten so geändert werden, dass bedarfsorientiert auch die Busse und die Züge fahren.

Vielleicht nur eine Zahl: Die Neusiedler Seebahn hat im Jahr 2017 1,75 Millionen Fahrgäste gehabt. Das entspricht einem Plus von 72.000 Fahrgästen. Ich denke, das ist doch eine beachtliche Zahl, wo sich diese Investitionen, auch die Neuanschaffungen sich

in entsprechender Form ebenfalls rechnen. Hier wurde sehr viel in die Infrastruktur, nicht nur in die Züge investiert, um eben ein attraktives Angebot zu haben.

Moderne Züge, moderne Zugsgarnituren, moderne Bahnhöfe, Barrierefreiheit in vielen Bereichen, auch dahingehend hat es entsprechende Investitionen gegeben. Und natürlich auch moderne, rasche Busverbindungen in hoher Qualität. Ich glaube, dass hier sehr viel gemacht wurde.

Man muss auch dazu sagen, jedem einzelnen Pendler kann man es wahrscheinlich nicht recht machen, was natürlich der Idealzustand wäre. Aber dass man eine große Breite abdeckt und eine große Zufriedenheit auch hat, weil immerhin die Pünktlichkeit auf über 95 Prozent angestiegen ist. Das ist ein ganz ein wichtiger Wert, auch für das Land Burgenland, wenn man Gelder zur Verfügung stellt, dass man nicht Kritik erntet, sondern dass die Züge und die Busse auch - wenn natürlich ein Unfall ist, oder eine Baustelle ist -, aber in der Regel müssen sie pünktlich fahren.

Das Konzept funktioniert, es gibt das eine oder das andere Problem und daran muss gearbeitet werden, dass wir diese Probleme im Sinne der Pendlerinnen und Pendler und der Burgenländerinnen und Burgenländer auch lösen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sodl.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Herr Landeshauptmann! Sie haben im öffentlichen Verkehr die Buslinien bereits angesprochen. Speziell die Buslinie G1 ist für viele Pendlerinnen und Pendler aus dem Südburgenland von enormer Wichtigkeit.

Welche konkrete Entwicklung verzeichnet die Regionalbuslinie G1?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin sehr froh, dass Sie gerade diese Buslinie ansprechen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was für ein Zufall?)* Denn das ist, nein, das ist kein Zufall, das sage ich auch ganz offen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ganz froh darüber.)* weil gar nicht bekannt ist, wie gut der G1-Bus ist, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eh!)* und darüber muss man, glaube ich, auch den Landtag informieren, der das Budget … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich meinte nur, es trifft sich gut, dass er das gefragt hat.)* Absolut, *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* sind wir gleicher Meinung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Eh!)* und das ist die beste Busverbindung, die wir in Österreich haben. Es ist die beste Busverbindung, die wir in Österreich haben.

Ich habe auch, um zu informieren, die Entwicklung der Fahrgastzahlen hier aufgelistet: Wir haben im Jahr 2004 mit 315.000 Fahrgästen im Jahr gestartet und sind jetzt bei 463.000. Das ist eigentlich die größte Erfolgsgeschichte im Burgenland, im Bereich des öffentlichen Verkehrs, nämlich in diesem Zeitraum ein Plus von 47 Prozent an Fahrgästen.

Das ist uneingeschränkt, und da bin ich jetzt nicht einer, der selbst, weil es im Burgenland ist, lobt, das gibt es in ganz Österreich nicht, eine derartig attraktive Busverbindung wie der G1-Bus, mit 463.000 Fahrgästen und einem Plus von 47 Prozent.

Was natürlich auch für diese Buslinie spricht, ist der Komfort: Die Liegesitze, der Internetanschluss, die Pünktlichkeit, die Qualität und auch die relativ kurze Fahrzeit. Also das ist eine Erfolgsgeschichte.

Das Land Burgenland kann durch ihr Budget, das zur Verfügung gestellt wird, muss hier 2,5 Millionen Euro jährlich natürlich für die Pendlerinnen und Pendler zur Verfügung stellen, damit der Fahrpreis so ist, wie er ist, sonst wäre er doppelt so hoch.

Also, ich glaube, das ist eine Erfolgsgeschichte, das ist für das Burgenland ganz wichtig. Ich bin überzeugt davon, dass wir die Fahrgastzahlen in Zukunft weitersteigern können. Da gibt es noch ein sehr großes Potenzial. Wir sehen im Augenblick, das Öl wird schon teurer, das Benzin, der Diesel wird teurer, die ganze Problematik eines Klimaschutzes.

Wir werden auch weiterhin diese tolle und beste Busverbindung Österreichs unterstützen und weiter ausbauen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sodl.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Der Verkehrsdienstevertrag des Landes Burgenland mit den ÖBB, mit den über das vom Bund bestellte Grundangebot hinausgehende Eisenbahnverkehre bestellt werden, läuft im Jahre 2020 aus.

In der Gesamtverkehrsstrategie ist das Ziel formuliert, den neuen Verkehrsdienstevertrag in einen gemeinsamen Vertrag mit Wien und Niederösterreich abzuschließen.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Laufen dazu bereits Gespräche mit den anderen Bundesländern?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Organisation des öffentlichen Verkehrs in der Ostregion ist eine wirklich extrem große Herausforderung. Warum? 70 Prozent des Personenverkehrs von ganz Österreich laufen in drei Bundesländer - Wien, Niederösterreich und Burgenland.

Und da sieht man, wie viel Millionen die ÖBB an Kilometer zurücklegt und wie viele Millionen Fahrgäste eben in der Ostregion mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind.

Es hat sich natürlich die Situation komplett verändert, weil immer mehr Leute, und das ist gut so, auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, und weil hier natürlich der Bund gefordert ist, gute Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen.

Das heißt, wir sind schon auf Mitarbeiterebene sehr oft zusammengekommen, Wien, Niederösterreich und das Burgenland, und auch zusammengekommen mit den Vertretern des Bundes, des Ministeriums.

Wir sind auch auf politischer Ebene sehr gut abgestimmt, weil es einige Gespräche gegeben hat, mit dem Landesrat Schleritzko, der ist auch Finanzreferent, und für den öffentlichen Verkehr in Niederösterreich zuständig, mit dem Stadtrat Hanke und mir.

Wir haben hier eine gemeinsame Vorgangsweise der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, weil wir auch im Verkehrsverbund Ostregion die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Es hat auch den einen oder anderen Termin, gemeinsam auch mit dem Minister Hofer gegeben, auch hier eine sachliche Diskussionsrunde, aber da ist natürlich noch sehr viel Arbeit notwendig.

Aber wir beginnen jetzt schon, um im Jahr 2020 für die Ostregion, immerhin 70 Prozent des Personenverkehrs von ganz Österreich, einen ordentlichen Vertrag abzuschließen, der im Sinne der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland ist, natürlich auch im Sinne des Bundes und des Ministeriums ist, um ein attraktives Angebot für die Menschen, die in dieser Ostregion leben, auch zu haben, und natürlich auch darauf zu schauen, wie wirtschaftlich das in entsprechender Form gemacht werden kann.

Selbstverständlich ist uns auch die Raaberbahn als Regionalbahn ein Anliegen und hier müssen wir auch schauen, die doch auch beachtliche Fahrgastzahlen hat, auch in Zukunft einen entsprechenden Stellenwert hat.

Gespräche gibt es, gute Abstimmungen, Gespräche mit dem Minister, und ich bin optimistisch, dass wir zu einer guten Lösung kommen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt vom Herrn Abgeordneten Rosner. Bitte Herr Abgeordneter

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Bereits vor drei Jahren wurde vom Land Burgenland gemeinsam mit der Stadtgemeinde Oberwart eine Studie zur Verlegung der Holzverladestelle raus aus der Innenstadt nach Rotenturm erstellt.

Die Bahnstrecke zwischen Oberwart und Großpetersdorf wurde bereits gekauft, die Verlegung der Holzverladestelle ist jedoch trotz mehrmaliger Ankündigungen noch immer nicht geschehen.

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit die Holzverladung endlich nicht mehr in der Oberwarter Innenstadt passiert?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen, dass doch schon vor einiger Zeit der Personenverkehr eingestellt wurde und dass auch die Gefahr bestanden hat, dass der Güterverkehr eingestellt wird.

Weil eben die Tonnagen sehr weit herunten waren, bei 40.000 Jahrestonnen. Dann hat das Land Burgenland gesagt wir strengen uns an, dass wir die Tonnagen weiter steigern. Wir sind jetzt, glaube ich, bei zirka 100.000 Jahrestonnen, also mehr als eine Verdoppelung, was ganz wichtig ist. Und wir kaufen die Bahn, damit der Güterverkehr nicht eingestellt wird, weil uns der in der Region wichtig ist.

Jetzt hat es eine Strategieänderung des Bundes gegeben, dass sie gesagt haben, wir wollen das eigentlich jetzt eh nicht einstellen, sondern wir fahren mit dem Güterverkehr weiter. Es ist nicht notwendig, dass ihr das kauft. Wir werden dort auch in Absprache mit dem Land Burgenland die entsprechenden Investitionen tätigen, damit man den Unterbau herrichtet, damit man schneller fährt als die 40 Stundenkilometer, das ist auch für den Gütertransport ein bisschen wenig.

Dann haben wir gesagt, okay, wenn es einen Strategiewandel gibt und jetzt die Bahn auch vom Bund für positiv betrachtet wird und nicht eingestellt wird, dann müssen wir das nicht kaufen. Sondern der Kaufgrund war, dass auch der Güterverkehr in der Zukunft durchgeführt wird und der Bund wird jetzt Schritt für Schritt die entsprechenden Investitionen tätigen.

Da muss es in Zukunft natürlich viele Gespräche geben. Ein Teil davon ist auch diese Holzverladestelle, wo ebenfalls eine Planung in Auftrag gegeben wurde. Diese Strategieänderung hat auch dazu geführt, dass eben der Bund jetzt in vielen Bereichen für die Erhaltung, für den Ausbau, der Bahn zuständig ist, aber da wird sicher die Baudirektion die entsprechenden Planungen weiter vorantreiben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Wir sind bei der Zusatzfrage von der Frau Abgeordneten Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön, Herr Präsident. Herr Landeshauptmann! Es freut mich wirklich außerordentlich, dass das Burgenland jetzt auch so deutliche Schritte in Richtung Ausbau des öffentlichen Verkehrs macht und das gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Ostregion. Bei der Buslinie 1 muss man nur ehrlicherweise dazu sagen, dass natürlich auch durch den Wegfall der Bahn in der Zeit, in der Sie Ihr Taferl und eine Grafik darauf gezeigt haben, auch der Wegfall der Bahnlinien im Südburgenland dazu geführt hat, dass die Leute natürlich auf den G1 umsteigen mussten. Also das muss man ein bisschen relativieren, sonst ist der G1 natürlich eine gute Verbindung.

Meine Frage an Sie, es ist eine sehr einfache konkrete und ich bitte auch um eine einfache konkrete Antwort. Haben Sie in Ihren Verhandlungen mit der ÖBB auch angesprochen, dass die Taktung der Zugzeiten am Abend vor allem auch im Nordburgenland erhöht wird?

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben insofern Recht, dass mit dem G1-Bus zirka 1.300 Personen im Schnitt pro Tag fahren und dass mit dem Zug zirka 30 Personen gefahren sind. Das heißt, wir haben da eine Berechnung angestellt, wir hätten jedem der mit dem Zug fährt für dass, was wir für den Zug bezahlt haben, jedes Jahr einen neuen Golf kaufen können.

Also insofern war das das Problem der Frequenz und da muss man sagen, nach dem Geld nicht unendlich vermehrbar ist, muss man schauen, wie effizient man das Geld einsetzt und haben die beste Busverbindung eben. Aber Sie haben Recht, diese 30, die mit dem Zug gefahren sind, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, das ist jetzt polemisch!)* sind jetzt bei den 1.300 des G1-Busses natürlich mit dabei, da muss ich Ihnen Recht geben.

Was die Planungen anbelangt, wird es natürlich nicht nur vom Land Burgenland geplant, wir bringen unsere Ideen ein, sondern wir müssen das in Abstimmung mit Wien und mit Niederösterreich natürlich auch machen. Denn wenn ein Zug aus dem Burgenland wegfährt, dann fährt er natürlich auch über Niederösterreich.

Dann können dort Leute zusteigen, die finanzieren das Ganze mit. Die Aufträge, die Bestellaufträge werden von der SCHIG zum Beispiel gemacht. Natürlich werden wir informiert, aber federführend verhandelt die SCHIG mit den ÖBB. Wir machen Pendlerbefragungen und auf Grund der Pendlerbefragungen, der Bedarf ist dann und dann gegeben und wir wollen auf Grund der Pendlerbefragungen die wir machen, die die Arbeiterkammer macht, natürlich eine möglichst große Breite abdecken.

Wenn der Bedarf am Abend gegeben ist und wenn dort genug Fahrgäste vorhanden sind, wenn es nur drei sind, wird es schwierig sein einen eigenen Zug zu führen, wenn es eine gewisse Anzahl ist, ist es natürlich sinnvoll. Genauso werden dann

die entsprechenden Fahrzeiten gesteuert, dann wenn es notwendig ist. Notwendig ist es dann, wenn die Menschen das annehmen.

Wir haben schon einen Nachtbus gehabt nach Eisenstadt und dann ist damit niemand gefahren. Also insofern muss man nach gewisser Zeit evaluieren und sagen wird es angenommen oder nicht angenommen. Wenn es angenommen wird, dann muss man Steuergeld einsetzen. Wenn es nicht angenommen wird, kann man Steuergeld nicht leichtfertig ausgeben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Strommer. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Zur tatsächlichen Berichtigung!)*

Abgeordneter Rudolf Strommer (ÖVP) Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Rahmen der Anfrage des Herrn Kollegen Spitzmüller an die Frau Kollegin Dunst, sind Dinge gesagt worden, die nicht stimmen. Der Herr Kollege Spitzmüller hat die Anfrage korrekt gestellt: Nämlich im Jänner dieses Jahres haben wir gemeinsam, die ÖVP ausgenommen, einen Antrag auf Glyphosat eingebracht.

Ist richtig, weil die ÖVP wurde nicht gefragt. Deshalb hat die ÖVP auch einen Abänderungsantrag eingebracht und auf Grund dieses Antrages, den Sie eingebracht haben, vier Parteien, und dem Abänderungsantrag der ÖVP ist klar ersichtlich, dass das, man kann es auch nachlesen im Protokoll des Landtages vom 25. Jänner, dass das was die Frau Landesrätin heute bei der Anfragebeantwortung gesagt hat, nicht korrekt ist.

Im Gegenteil, die ÖVP geht sogar weiter im damals gestellten Abänderungsantrag. Der Antrag lautet und ich sage es Ihnen, Ihr eigener Antrag hat gesagt, dass man einen Ausstieg prüfen soll. Die ÖVP wollte einen sofortigen Ausstieg im möglichen Bereich des Burgenlandes.

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: So, Herr Kollege Strommer!...

Abgeordneter Rudolf Strommer (ÖVP) *(fortsetzend)*: Und das ist der Unterschied, dass die Frau Landesrätin nicht die korrekte Tatsache wiedergegeben hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Kollege Strommer, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen und Sie kennen den § 65, was eine tatsächliche Berichtigung ist und wie der Inhalt lautet. Das war keine tatsächliche Berichtigung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch!)* das war ein Statement. Nein, das war ein bisschen mehr. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Darf es ein bisschen mehr sein?)* Ja, beim Kaufmann ist es so, Herr Kollege Steiner.

Präsident Christian Illedits: So, die fünfte Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller um Verlesung seiner Anfrage. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im April dieses Jahres wurde mehrheitlich eine Änderung des Kanalabgabegesetzes beschlossen. Insbesondere ging es um den Berechnungsmodus für den Anschlussbeitrag.

Was ist seither geschehen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Abgeordneter! Die aktuelle gesetzliche Regelung sieht im Großen und Ganzen vor, dass die Berechnung dieses Anschlussbeitrages dergestalt erfolgt, dass jene Anschlussgrundflächen, beziehungsweise Teile der Anschlussgrundflächen für die eine Anschlussverpflichtung ausgesprochen wurde, einmal ein solcher Anschlussbeitrag einzuheben ist.

Grundsätzlich geht es vereinfacht gesagt darum, die Errichtungskosten des gesamten Kanalsystems anteilig damit auf alle Bürgerinnen und Bürger umzulegen. Darum gibt es ja auch sogenannte Ergänzungsbeiträge beispielsweise oder auch Nachtragsbeiträge, weil sich Dinge im Laufe der Zeit ändern können. Das Kanalsystem wächst mit der Gemeinde. Es ist quasi die unterirdische Grundlage für jede Siedlungsstruktur.

Es wird auch unser Wasser vor Verschmutzungen geschützt und vieles, vieles mehr. Alles das kostet natürlich Geld und es ist sehr viel Geld, das da die Gemeinden zur Verfügung stellen müssen und zugegeben, die Verwaltung dieser Anschlussbeiträge ist, wie auch im Entschließungsantrag ja richtig ausgeführt wird, eine sehr komplexe Angelegenheit.

Das erfolgt ja über die Berechnung von sogenannten Multiplikatoren auf Grund eines relativ starren Systems und eines weiten Auslegungsspielraumes. Es ist einerseits für die Gemeinden sehr aufwendig das zu berechnen und sehr komplex und auf der anderen Seite für die Gemeindebürgerinnen und -bürger oft sehr schwierig nachvollziehbar, welche Dinge hineingerechnet werden und welche nicht.

Deshalb wurde auch dieser Entschließungsantrag, meines Erachtens nach, auch völlig zurecht eingebracht, wo es darum geht, eine leichtere Berechnungsmethode für die Gemeinden auf der einen Seite herbeizuführen und auf der anderen Seite aber auch eine verständlichere Regelung für die Gemeindebürgerinnen und -bürger auch zu erarbeiten. Ziel soll es sein, den Verwaltungsaufwand zu verringern, auf der anderen Seite aber auch Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.

Wir haben eigentlich schon davor, aber auch danach zahlreiche Arbeitssitzungen zu diesem Thema gehabt, unter anderem auch unter Einbindung von Amtmännern. Wir haben verschiedenste neue Möglichkeiten überlegt, auch Vergleiche mit anderen Bundesländern angestellt, weil diese Berechnung erfolgt ja in jedem Bundesland ein wenig anders.

Die thematische Herausforderung war eine große, genauso auch eine sehr zeitintensive. Was herausgekommen ist, ist dass es vor allem auch für die Gemeinden, wenn man jetzt eine solche Berechnung komplett neu aufsetzen würde, das heißt eine komplett neue Systematik auf die Beine stellen würde, würde das die Gemeinden sehr stark auch zeitintensiv treffen.

Ein Punkt, der dann auch in diesen Diskussionsrunden ganz stark ins Treffen geführt worden ist, ist das ja auch im Moment diese Berechnungen der Anschlussbeiträge meist auf gewisse Kennzahlen auch aus der Gemeindegebarung abstellen und diese Gemeindegebarung, also dieses klassische System der Kameralistik ist ja bekanntlicherweise gerade im Umbau befindlich.

Das heißt, die Gemeinden befinden sich gerade in den sehr zeitintensiven Umstellungen hin zu einer Doppik. Also ab 2020 müssen ja alle Gemeinden auf dieses Drei-Komponenten-System bereits umgestellt haben. Das heißt, viele Gemeinden stecken hier beispielsweise in Softwareumstellungen, besuchen sehr viele Schulungen auch

seitens der Akademie Burgenland, wo es um diese VRV-Umstellungen geht, beschäftigen sich auch ganz intensiv mit der Vermögenbewertung.

Also das ist jetzt gerade ein ganz großer Brocken auch in den Gemeinden. Da unterstützt die Gemeindeabteilung selbstverständlich soweit wir das können. Wir begleiten die Gemeinden auch und, wie gesagt, Teil dieser Doppik ist eben auch die sogenannte Vermögensbewertung und die umfasst eben auch neben Gebäuden und Straßen selbstverständlich auch den Kanal inklusive Zustandsbewertungen.

All diese Daten, beziehungsweise monetären Bewertungen, werden dann letztendlich in eine Eröffnungsbilanz einfließen und die Gemeinden werden sich auch in Zukunft sehr intensiv mit dem Thema Abschreibungen beispielsweise auseinandersetzen müssen. Die dafür notwendige Gemeindehaushaltsordnung und auch noch einige rechtliche Anpassungen in der Gemeindeordnung sind gerade in Erarbeitung.

In den nächsten Monaten muss das beschlossen werden, um den Zeitplan bis 2020 mit dieser Umstellung einhalten zu können. Auch vielleicht der Grund, warum ich das auch alles so ausschweifend erzählt habe, damit klar wird, dass diese von mir auch wirklich äußerst begrüßte Anpassung dieser Anschlussgebührenberechnung eben indirekt mit dieser VRV-Umstellung auch in Zusammenhang steht.

Das heißt, auf der einen Seite, weil die Gemeinden ohnehin gerade mit der Umstellung und auch die Gemeindeabteilung sehr viel zusätzlichen Aufwand haben. Andererseits aber auch, weil uns eben dieses neue System der Drei-Komponenten-Haushaltsrechnung möglicherweise auch neue Finanzkennzahlen beispielsweise liefern wird, die in ein solches mögliches zukünftiges System der Anschlussbeitragsberechnung miteinfließen könnten.

Die man dort auch miteinbauen könnte. Vor diesem Hintergrund macht es eben aus verschiedener oder aus mehrfacher Hinsicht Sinn, die Umstellung auf die Doppik zunächst einmal gut über die Bühne gehen zu lassen und darauf aufbauend dann eine neue Berechnungsart des Kanalberechnungs- und des Kanalanschlussbeitrages zu erarbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Das heißt, es wird erst 2021 wahrscheinlich dann der Fall sein. Das heißt, das System jetzt bleibt leider gleich, wo es ja dann möglich ist, dass zum Beispiel wenn ich mein Haus dämme, die Kubatur eine andere ist, ich eigentlich da nachbessern müsste oder die Gemeinde nachbessern müsste.

Das heißt, das System bleibt jetzt für die nächsten drei Jahre weiterbestehen, wenn ich sie richtig verstanden habe?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich würde es ganz einfach nicht für sinnvoll erachten, jetzt ein System, das noch auf einer alten Berechnungsart beziehungsweise auf dem alten System der Kameralistik beruht, wo auch gewisse Kennzahlen dort berücksichtigt werden, die es dann in Zukunft nicht mehr geben wird.

Dass man da jetzt den Gemeinden das aufbürdet, das ganze Berechnungssystem umzustellen, noch dazu mit Zahlen oder Kennzahlen, die es vielleicht im Moment noch gar nicht gibt, die sich dann eben durch die Umstellung auf die neue Doppik ergeben werden. Weil dann müsste man das ganze System in zwei Jahren noch einmal novellieren, vielleicht noch einmal komplett neu aufstellen.

Das wäre ein unnötiger Aufwand meiner Meinung nach für die Gemeinden. Ich glaube, auch für die Gemeindebürgerinnen und -bürger wäre es jetzt nicht unbedingt positiv, wenn jetzt großartige Neuberechnungen stattfinden müssten und für die Akzeptanz, da traue ich mich auch zu behaupten, dass es besser wäre, wenn man ganz einfach das eine System jetzt abwartet. Schaut was für neue Kennzahlen sich auch mit dem neuen Drei-Komponenten-System der Doppik ergeben werden und dann darauf aufbauend eine vernünftige neue Art der Berechnung mit dem neuen System gleich dann in einer Novelle zusammenfasst. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Vielen Dank für die ausführliche Erklärung. Eine letzte Frage noch: Wird es dann, wenn es soweit ist, eine Einbeziehung im Vorfeld dieser Neuanpassung aller Parteien geben?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Selbstverständlich, ich bin da für alle Vorschläge natürlich sehr, sehr gerne offen so wie übrigens immer, es sind natürlich alle eingeladen. *(Abg. Manfred Kölly: Ihr seid jetzt schon eingeladen! Ihr dürft schon arbeiten!)* Selbstverständlich wird das dann auch in bewährter Art und Weise auch mit dem Verband der Amtmänner und Amtfrauen gemacht, *(Allgemeine Unruhe – Abg. Mag.a Regina Petrik: Hallo! Sie ist am Wort!)* weil das sind die Praktiker. Mir ist da wirklich an einer praktikablen, sinnvollen und fairen Lösung, an einer möglichst fairen Lösung für alle Beteiligten gelegen. Selbstverständlich wird das unter Einbindung aller Parteien dann erfolgen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die sechste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Edith Sack an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Abgeordnete Edith Sack um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Seit Beginn des aktuellen Schuljahres kann die Kinderbetreuungsförderung erstmals online beantragt werden.

Wie wird der neue Online-Antrag in der Praxis von den Familien angenommen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Regierungskolleginnen! Regierungskollegen! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Nur, dass Sie in etwa eine Übersicht gewinnen können, wieviel wir an Anträgen im Familienreferat bekommen.

Gott sei Dank haben wir alleine im Kinderbetreuungsförderungssystem, wo wir den Eltern das Geld für die Kinderbetreuung, zumindest zum Teil, zurückerstatten können, je nach Gemeinde und je nach Höhe der Kinderkrippen oder Kindergärten vorgeschriebenen Gelder. 11.000! *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das ist ein Wahnsinn!)*

Wir haben also 11.000 Anträge zu bewältigen. Und da ist natürlich immer wieder in den letzten Jahren die Frage aufgetaucht, wie weit können wir hier analog natürlich, dass sich die Familienpolitik insgesamt ändert, dass es immer wieder neue Fragen gibt, neue Welten, in denen Kinder und deren Familien leben, natürlich auch immer die Frage ist,

und das habe ich ja auch in anderen Zuständigkeiten so gehalten, manche Dinge umzustellen und online zu stellen.

Ja, wir haben es jetzt im Probegalopp sozusagen, mit dem Kindergartenjahr 2018/2019 haben wir damit begonnen. Ich möchte mich hier offiziell bedanken bei der EDV des Hauses, das haben zwei Mitarbeiterinnen großartig umgesetzt, sodass hier auch keine zusätzlichen Kosten entstanden sind, und dass die Haus EDV das sehr, sehr gut erledigt hat. Vielen Dank von hier aus.

Insgesamt, Frau Abgeordnete, Hoher Landtag, haben wir in etwa 15.000 Anträge im Familienreferat, weil wir ja verschiedene Förderungen auszahlen während des Jahres. Ich freue mich schon, dass wir heuer, bei der Online-Beantragung im ersten Jahr bisher jetzt 4.000 Anträge alleine schon online bekommen haben.

Aber, ich sage auch ganz klar, und ich glaube, das würde uns allen guttun, das auch so zu sehen, dass es Menschen gibt, die aber nicht EDV-konformgehen, die noch nicht so weit sind, dass sie das alles gewährleisten können. Wir haben auch 500 Anträge bekommen, die wir mit den bisherigen Formalitäten, beispielsweise per Mail oder einfach noch immer zugestellt per Post ins Haus bekommen. Das steht den Menschen zu, dass wir diese beiden Türen offenlassen.

Ich freue mich natürlich sehr, dass das gut angenommen ist und gleichzeitig und bedanke ich mich natürlich auch bei den Eltern, die hier diesen Weg mitgehen, aber bin auch bei jenen, die das nicht können. Vielleicht nur einige Zahlen wieder. Ich habe mir das gerade vorher ausgerechnet. Im Jahr 2000 haben wir unglaubliche, Moment, ich lese noch genau nach, haben wir 185 Kinder in der Kinderkrippe gehabt.

Im Jahr 2017/2018, Kindergartenjahr 2017/2018, haben wir jetzt 1.119, das ist eine Steigerung, versechsfacht, also um 604 Prozent konkret, und im Bereich des Kindergartens haben wir auch Kinder, die damals betreut waren, von 7.776 auf 8.827, bei den Horten von 116 auf 864 Kinder.

Ich möchte wirklich auch jetzt wieder diesen Rahmen nützen, um mich im Namen der Eltern, vor allem bei den Gemeinden, sehr, sehr herzlich zu bedanken, weil die Gemeinden, vor allem die Gemeinden diese Kinderbetreuungseinrichtungen vorhalten. Wir können stolz darauf sein, weil wir wirklich ein Familienland der ersten Klasse sind.

Es gibt kein anderes Land, das so viel Geld, vor allem auch im Durchschnitt vom Kind, von der Kinderkrippe bis zum Kindergarten, bis zum Schulbeginn so viel Geld ausgibt. Einige Länder haben natürlich hier, dass sie den Kindergartenbesuch und den Kinderkrippenbesuch finanziell mitbegleiten. Beispielsweise die Stadt Wien, hervorragend. Aber wir sind die, die das durchgängig von der Kinderkrippe bis zum Kindergarten machen.

35 Millionen Euro, großteils, Herr Landeshauptmann, von Dir, fünf Millionen Euro aus der Familienförderung. Daher nochmal einen Dank an die Gemeinden. Wir beschäftigen dort, und an die sei auch Dank gestattet, über 1.000 KindergartenpädagogInnen, HorterzieherInnen und so weiter. Alle sind wichtig. Alle HelferInnen natürlich genauso, haben einen Arbeitsplatz und sind für uns nicht mehr wegdenkbar. Also, das passt. Die Kinderbetreuung im Burgenland ist gut unterwegs. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Sack.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Gibt es eine Zielgruppe, Frau Landesrätin, die besondere Unterstützung benötigt?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wird es sicher geben! – Heiterkeit bei der Abg. Mag.a Michaela Resetar)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Hoher Landtag! Ich hoffe, dass die Menschen nicht hören, liebe Frau Abgeordnete und Herr Präsident, dass Sie lachen, wenn eine Frage kommt: Gibt es Familien im Burgenland, denen es besonders schlecht geht? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war nicht die Frage!)* Und Sie lachen dazu. Also sind Sie mir nicht böse. Die Frage war ganz klar. Gibt es eine Zielgruppe, die besondere Unterstützung benötigt?

Na klar! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Na klar!)* Deswegen sitzen ja Sie im Landtag *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ganz genau!)* und wir auf der Regierungsbank, weil wir den Familien helfen wollen. Und ja, es gibt eine Zielgruppe. Dazu fällt mir halt etwas Anderes ein als zu lachen, sondern ich versuche, *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* mit dem Hohen Landtag, weil Sie bestimmen das Budget! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie unterstellen gerade etwas, was Ihnen einfällt!)*

Sie bestimmen das Budget, Sie können dem Budget zustimmen oder auch nicht, und jedes… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Vorher haben Sie die Unwahrheit gesagt! Sie haben gesagt, dass ist ihm kein Anliegen. Das hat er nie gesagt!)*

Präsident Christian Illedits: Die Frau Landesrätin ist am Wort!

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ)| *(fortsetzend)*: Sie können sich gerne später zu Wort melden. Ich freue mich schon darauf. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zweimal die Unwahrheit gesagt!)* Weil das müssen Sie mir erklären, was es bei einer Familie, die wir unterstützen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Zweimal die Unwahrheit gesagt!)* zu lachen gibt. Das ist leider übriggeblieben. Peinlich für Sie. Aber nicht für uns. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Eine Schande ist, dass Sie zweimal die Unwahrheit gesagt haben!)*

Ich möchte gerne die Frage beantworten. Ja, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das möchte ich im Protokoll vermerken lassen!)* wir haben eine Zielgruppe. Und das sind die Alleinerziehenden. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist ein Witz!)* Im Burgenland ist uns jede Zielgruppe und jedes Kind vor allem gleich viel wert. Deswegen gibt es ja auch viele, wie ich vorher schon gesagt habe, Familienförderungen.

Da brauchen vor allem diese Menschen außer der institutionellen, auch wenn sie alleine ein Kind erziehen, das sind schon an die 10.000. Die Zahl der Frauen und auch der Männer, die alleine erziehen, wird immer höher. Wir haben auch schon fast 2.000 Männer, die alleine erziehen. Und an die 8.000 Kinder, die von Müttern alleine erzogen werden. Da ist natürlich das Thema Vereinbarkeit ein Riesenproblem. Da versuche ich vor allem und Danke an die Vorsitzende der Tagesmütter, helfen wir gemeinsam oder mit Notfallmama, Frau Abgeordnete.

Oder, ich bin gerade dabei einen Oma-Dienst zu installieren. Mir ist auch wichtig die Ferienbetreuung. Meine Damen und Herren, wir, die wir Kinder haben, wo wir zum Teil das gemeinsam gemacht haben, haben keine Ahnung was das heißt, 12 Wochen ein Kindergarten-, ein Volksschulkind zu betreuen. Das ist schwierig. Auch da gibt es Hilfen. Da bin ich sehr froh. Danke an jene, die dem Budget zugestimmt haben, dass das möglich ist, dass man den Alleinerziehenden besonders hilft. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Sack.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Herzlichen Dank für die Antwort, Frau Landesrätin! Finanzielle Zuwendungen sind zweifelsohne sehr wichtig. Bieten Sie Familien auch andere Unterstützungsmöglichkeiten?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Meine Damen und Herren! Vor allem die, die uns zuhören! Wir können nur alle, auch der Hohe Landtag, immer wieder die Informationen weitergeben, weil es einfach oft nicht mehr im Blick aller Menschen ist, dass es Familien gibt, die überlegen, ob sie am Sonntag irgendwo hinfahren können mit den Kindern. Ob sie sich einen Eintritt in ein Museum leisten können.

Gott sei Dank gibt es da immer wieder Aktivitäten herum. Wir können uns auch nicht vorstellen, dass dann das Kind vielleicht krank wird, genau dann, wenn es um die Schullandwoche geht, oder um andere Aktivitäten in der Schule, weil einfach das Geld fehlt.

Daher ist mir so wichtig, dass wir nicht nur als Lippenbekenntnis sagen, das Land Burgenland ist das Familienland, sondern wir leben das auch. Hier sind wir besonders auch Vorreiter was den Familienpass anbelangt. Ich darf Sie wirklich ersuchen, das ist an alle gerichtet, weiterzugeben, weil gerade über den Familienpass vieles erleichtert wird an Eintritten.

50 Prozent und weitere Aktivitäten bis hin zum Hausbauen, wo wir viele Baufirmen mit dabeihaben, die hier den jungen Familien helfen mit Prozenten, Nachlässen beim Familienpass. Wichtig ist natürlich auch, wir reden oft über Qualifikationen, die man braucht als Mensch im Beruf und so weiter.

Aber wir Eltern sind immer wieder gefordert auch zu schauen, dass wir denen helfen, die gerne Rat hätten, und da ist mir ganz wichtig darauf hinzuweisen, dass wir drei Familienberatungsstellen haben, aber auch viele, die im Land auf Vereinsbasis das machen.

Hier habe ich eine Bitte, nämlich, dass wir wirklich auch schauen, dass wir etwas weiterbringen. Denn helfen tut vor allem, wenn die Eltern Geld haben, und von verschiedener Weise Geld haben, aber auch Unterstützung. Die Familienberatungsstellen, und ich glaube da darf ich Dich dazu nehmen Astrid, und die Frauenberatungsstellen, sind gekürzt.

Meine Damen und Herren! Das kann es nicht sein. Wir brauchen diese Beratungsstellen. Ich ersuche hier wirklich eindringlich den Bund, diese Kürzungen zurückzunehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ich komme wieder zur ursprünglichen Frage zurück und stelle dazu meine Zusatzfrage. Kindergärten klagen über den komplizierten Modus der Abrechnung dieser Familienförderung. Eltern müssen zuerst einen Beitrag einzahlen, um dann einen Teil wieder zurück zu bekommen. Das ist auch einiger Aufwand, Organisationsaufwand, im Kindergarten.

Warum wird den Eltern nicht entgegengekommen und der Förderbeitrag direkt über die Kindergärten den Eltern vom Kindergartenbeitrag abgezogen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ganz klares Bekenntnis. Ich bin Familienlandesrätin. Ich möchte, dass das Geld bei den Eltern landet. Zweitens haben wir genau gesehen, als wir damals 2009 das eingeführt haben, dass sofort natürlich auch bei den Gemeinden, bei aller Wertschätzung für die Gemeinden, natürlich die Beiträge erhöht worden sind. Das hilft dann den Eltern nichts. Ich möchte den Eltern das zurückgeben. Ich bin bei den Familien.

Ich bin Familienreferentin, und dabei bleibt es. Dort weiß ich, dass das Geld bei den Familien einlangt, und dass es keine Erhöhung gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Lange nicht mehr! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Resetar.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie sind 18 Jahre für die Familien zuständig und haben ja davon gesprochen, dass viele Familien nach wie vor irgendwelche Anträge stellen müssen, damit sie zu Förderungen kommen. Also im Prinzip hat sich für diese Familie nicht viel getan. Und das ist ein Trauerspiel. Gott sei Dank ist die Kinderbetreuung nicht in Ihrer Hand. Ich habe das schon einmal erwähnt, politisch.

Deshalb frage ich mich eigentlich, warum Sie, wie die Kollegin Petrik gemeint hat, nicht direkt an die 171 Gemeinden auszahlen, wenn Sie das so anpreisen? 11.000 Anträge sind eingegangen. Nona, jeder stellt den Antrag, wenn ein Kind in der Kinderkrippe oder im Kindergarten landet.

Präsident Christian Illedits: Bitte Ihre Frage, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Die Volkspartei hat deshalb auch schon einen Antrag eingebracht, und zwar die Kinderbetreuung direkt über die Träger abzurechnen. Jetzt habe ich eine Mutter gefragt, die am 2. September…

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete, Sie haben fünf Sekunden Zeit für Ihre Frage, sonst verfällt sie!

Abgeordnete Mag. Michaela Resetar (ÖVP) *(fortsetzend)*: Ich habe eine Mutter gefragt, die am 2. September online einen Antrag eingebracht hat, sie muss bis zu drei Monate auf das Geld warten.

Finden Sie das nicht verantwortungslos, dass Eltern, die Anfang September diesen Antrag einbringen, erst drei Monate später das Geld bekommen? *(Abg. Walter Temmel: Wo gibt es sowas?)*

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungskolleginnen, werte Regierungskollegen! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie lachen wegen einem Geld, vielleicht können die das gebrauchen. Das ist unanständig! Vorher haben Sie uns gemaßregelt, jetzt stellen Sie sich her und lachen!)* Ich möchte… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eine unehrliche Politik! Sie lachen die armen Leute aus! – Allgemeine Unruhe)*

Präsident Christian Illedits: Die Frau Landesrätin ist am Wort!

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Dankeschön Herr Präsident. *(Allgemeine Unruhe – Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Verzeihen Sie mir, alleine, wenn ich höre, dass Sie, wo wir das Bundesland sind, wo wir überhaupt 35 Millionen hergeben, wo Sie vor mir zuständig waren *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da hat es ja funktioniert! Nur jetzt geht nichts!* vor vielen Jahren, ich war ja nur quasi die Familienlandesrätin! Sie waren Kindergartenreferentin, und dann stellen Sie sich daher *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie stellen sich da her und lachen die Leute aus!)* und sagen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie lachen die armen Leute aus!)* das ist ein Trauerspiel, dann frage ich Sie, was haben Sie in Ihren vielen Jahren, als die Zuständige für Kindergarten getan? *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Also, ich glaube, dass… *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wenn Sie sagen das ist ein Trauerspiel, dann ist das wirklich ein Trauerspiel.

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter, bitte um Ruhe! Die Frau Abgeordnete ist am Wort. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt haben Sie endlich Ihr wahres Gesicht gezeigt!)*

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)*: Einmal ganz klar. Sie sagen, Sie sind die Familienpartei. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt haben Sie wirklich Ihr wahres Gesicht gezeigt. Es ist Ihnen doch egal, wie es den Leuten geht. – Mag. Michaela Resetar: Einfach falsch!)*

Ich freue mich sehr, denn da brauche ich dann nämlich, dazu komme ich dann nachher oder am Nachmittag sicher noch dazu, nur noch zu bitten, dass Sie dann auch auf Bundesebene Einiges einbringen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Machen Sie das, was Sie können und geben Sie hier nicht die Verantwortung ab! – Abg. Ingrid Salamon: Wer ist nun am Wort?)* wie beispielsweise, dass endlich einmal das Unterhaltsgesetz umgesetzt wird und so weiter, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schieben Sie die Verantwortung nicht weg! Machen Sie das wofür Sie zuständig sind.)* weil Sie treiben die Familien in die Armutsfalle.

Aber, lassen Sie mich diese Frage beantworten *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nur süffisant lächeln und sich hinstellen. Das ist alles!)* und zwar: Ich habe vorher schon ganz klar gesagt, ich bin sehr froh, dass wir im Burgenland den Eltern, den Familien das Geld geben können, *(Allgemeine Unruhe - Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie geben ihnen doch keines. Lächerlich!)* damit sie nicht alleine übrigbleiben und nicht, wie Sie beim Familienbonus agieren, *(Abg. Edith Sack: Genau!)* dass Sie die in die Armut treiben und hergehen und dass diejenigen, die ohnehin wenig verdienen fast gar nichts bekommen und wenn, dann nur über Negativsteuer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Also, Sie brauchen nicht über die Armut, über dieses Trauerspiel, reden, weil das ein Trauerspiel ist, was Sie tun. *(Abg. Markus Ulram: Zwei Briefe im Jahr! Zweimal. Das ist alles! - Mag. Michaela Resetar: Frage nicht beantwortet! Nicht beantwortet. - Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Landesrätin. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fragestunde ist nun durch Zeitablauf beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1441), mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutzgesetz-Novelle 2019) (Zahl 21 – 1020) (Beilage 1472)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1441, mit dem das

Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutzgesetz-Novelle 2019), Zahl 21 - 1020, Beilage 1472.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutzgesetz-Novelle 2019), in ihrer 34. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 03. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Danach erfolgte eine Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutzgesetz-Novelle 2019), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Berichterstatterin. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Ich habe vorweg nur zwei Bemerkungen noch zur Fragestunde und auch zum Einlauf. Es gab anfangs vielleicht etwas Irritation, warum einige Landesrätinnen und Landesräte besonders viele Anfragen bekommen und andere gar keine oder wenige.

Das hängt damit zusammen, dass ein paar Regierungsmitglieder besonders viele Bereiche zu betreuen haben und andere nur eher wenige. Deswegen ist klar, dass hier die Anfragen auch mehr sind. Was ich hoffe ist, dass hier im Landtag es als Standardverhalten nicht Einzug hält, dass während eine Landesrätin eine Anfrage sachlich beantwortet ein paar Herren Nebengespräche führen, sehr heftig und man dann der Anfragebeantwortung leider nicht mehr folgen kann. Ich hoffe, dass wir in Zukunft da auch wieder ernsthafter unsere parlamentarischen Auseinandersetzungen führen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun zum Tagesordnungspunkt Jugendschutz und Vereinheitlichung. Seit 35 Jahren versuchen die Bundesländer quer durch Österreich ein gemeinsames einheitliches Jugendschutzgesetz zu erarbeiten und zu beschließen. Wir haben hier auch im Burgenländischen Landtag schon öfter darüber diskutiert und wir waren uns eigentlich immer alle einig, soweit ich mich erinnern kann, dass es für burgenländische Jugendliche sehr unangenehm ist, wenn sie etwa bei einem Grenzübertritt in ein anderes Bundesland, beispielsweise in die Steiermark, plötzlich ganz anderen Regelungen unterworfen sind und auch wenn sie sich im Urlaub hier völlig neue Auseinandersetzungen geben müssen, weil die Ausgehzeiten unterschiedlich sind.

In drei großen Bereichen wurde nun eine einheitliche Handhabung vereinbart, nämlich, Alkohol, Rauchen und Ausgehzeiten. Alle sind dabei. Nur Oberösterreich nicht. Dort sollen entgegen dem Rat der Expertinnen und Experten gegen alle Meinungsäußerungen und der Expertise der Jugendanwaltschaften oder der Bundesjugendvertretung eine kürzere Ausgehzeit beschlossen werden. Da werden die Jugendlichen sozusagen auch enger an die Leine genommen, als in allen anderen Bundesländern.

Da wäre es jetzt sehr schön, wenn jetzt auch die Kollegen der ÖVP und der FPÖ bei ihren Kollegen in Oberösterreich noch einmal darauf drängen können, doch bitte hier auch den Schritt zu tun, das Gesetz in der Vereinheitlichung für ganz Österreich auch in Oberösterreich zu beschließen. In Oberösterreich ist der zuständige FPÖ-Landesrat Podgorschek.

Die ÖVP hilft sich momentan noch mit Stillschweigen. Auch da, Herr Kollege Fazekas, können Sie vielleicht ihren Kollegen den Herrn Landeshauptmann Stelzer in Oberösterreich auch dazu bewegen, sich hier deutlicher zu äußern. Das wäre schon sehr gut.

Was ich jedoch finde, was noch spannender gewesen wäre ist, wenn wir einen Jugendlandtag mit den Fragen des Jugendschutzgesetzes befasst hätten, bevor wir hier darüber debattieren und bevor wir es hier beschließen. Ich weiß schon, dass ist in der momentanen Aufsetzung des Jugendlandtags so nicht vorgesehen, aber als eine Anregung für eine Weiterentwicklung wäre es doch gut für solche tatsächlich ganz jugendrelevanten Fragen zuerst einmal zu schauen, was debattiert der Jugendlandtag denn dazu und was gibt uns der Jugendlandtag da inhaltlich auch mit?

Das ist in diesem Fall nicht geschehen, weil, wie gesagt, ich weiß es ist noch nicht in der Aufsetzung der Idee des Jugendlandtags, dass wir die Jugendlichen tatsächlich inhaltlich um eine Debatte bitten, die uns als Abgeordnete weiterhilft und die uns auch wegweisend sein soll. Eine persönliche Bemerkung noch, denn ich persönlich bin eher immer skeptisch, wenn wir bei Jugendlichen die nächsten Verbote einführen.

Ich setze sozusagen hier mehr auf Selbstbestimmung. Was für mich dann interessant war, ich habe dann Jugendliche aus ganz unterschiedlichen Bereichen und aus unterschiedlichen Lebenssituationen, aus unterschiedlichen Schulsituationen, gefragt, was sie denn davon halten, wenn wir dieses Alter bezüglich Rauchen und Alkohol hinaufsetzen?

Es war da dann mehrheitlich die Meinung, dass das gut ist. Das ist deswegen gut, weil es tatsächlich ein Schutz für sie ist vor dem Druck der Peergroup, die hier besonders stark Stress auslösend sein kann, wenn Jugendliche nicht „mitsaufen“ wollen und wir wissen ganz genau, dass das im Burgenland eine weit verbreitete Kultur ist am Wochenende oder bei Partys sich ordentlich „niederzusaufen“.

Das heißt, diese Beschränkung von Rauschmöglichkeiten in einer gewissen Altersstufe ist tatsächlich etwas, was sich viele Jugendliche - natürlich nicht alle - aber viele Jugendliche für sich selber auch wünschen und dafür auch dankbar sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Noch eine kleine Zusatzbemerkung: Während wir also im Bereichen von Alkohol und von Rauchen hier sehr klare Vorstellungen haben was erlaubt sein soll und was nicht, sind wir in Österreich bei wesentlich harmloserem als Alkohol, das wäre zum Beispiel Cannabis, sehr streng. Gestern erst haben wir auch mitbekommen, dass in Kanada Cannabis freigegeben wurde.

Ich wäre dafür, dass wir in Österreich eine nächste Runde der Debatte auch darüber einführen, da wird sehr vereinheitlicht diskutiert. Da wird nicht differenziert diskutiert und da gäbe es aber sehr viel, wo wir vielen Menschen das Leben auch leichter machen können beziehungsweise wo es Verbote gibt, die so nicht besonders sinnvoll sind.

Aber, die inhaltliche Debatte dazu führen wir dann irgendwann anders. Diesem Gesetz werden wir natürlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch eine Vorbemerkung zur Fragestunde. Es ist normalerweise nicht meine Art, aber ich bitte in diesem Fall um Verständnis, wenn hier behauptet wird, dass der Familienbonus zur Verarmung beitragen würde, dann kann ich das von dieser Stelle aus nur zurückweisen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*

Ich halte fest, dass der Familienbonus einerseits in einer steuerlichen Entlastung besteht. Das heißt, jene, die steuerpflichtig sind und Kinder haben, denen wird in Zukunft weniger weggenommen werden als bisher und selbst diejenigen, die keine Steuern zahlen, werden ab jetzt mehr bekommen, als bisher. Also, wo hier die Tendenz zur Verarmung oder der Beitrag zur Verarmung sein soll, das weiß ich nicht. *(Abg. Ing. Robert Strommer: Bravo! - Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*

Nun aber zum Thema, meine Damen und Herren. Wir beschließen heute die Jugendschutznovelle 2019 und beenden damit eine Debatte, die älter als die aktuelle Jugendlandesrätin und auch ich, ist. Die neuen Jugendschutzgesetze der Länder werden zwar auch weiterhin nicht wortident sein, aber sie werden sich in den wesentlichen Bestimmungen inhaltlich nicht länger voneinander unterscheiden. In den wesentlichen Fragen wird der Jugendschutz in Österreich ab 1.1.2019 de facto einheitlich geregelt sein.

Was sind die wesentlichen Fragen? Es sind drei an der Zahl und betreffen die Ausgehzeiten, das Rauchen und den Alkoholkonsum. Was die Ausgehzeiten und den Konsum von „hartem Alkohol“ betrifft, gibt es, nicht ausschließlich, aber tendenziell, ein West-Ost-Gefälle. Das heißt, die östlichen Bundesländer müssen im Zuge der Vereinheitlichung beim Alkohol strenger werden, die westlichen Bundesländer bei den Ausgehzeiten großzügiger.

Was heißt das für das Burgenland? Mit dem novellierten Gesetz werden junge Menschen bis 14 künftig eine Stunde länger, das ist jetzt diese Ausnahme von dieser Tendenz, die ich beschrieben habe, ohne legitimierte Begleitperson ausgehen dürfen, nämlich, bis 23.00 Uhr, sofern - und das ist ja keine unwesentliche Information - Jugendliche hören es nicht gerne, das Einverständnis der Erziehungsberechtigten vorliegt.

Der Erwerb, Besitz und Konsum von Getränken, die gebrannten Alkohol enthalten, wird künftig erst ab Volljährigkeit legal sein. Ebenso verhält es sich mit sämtlichen Rauchwaren. Auch diesbezüglich wird das Schutzalter von 16 auf 18 Jahre angehoben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine Damen und Herren! Ich muss durchaus gestehen, dass es auf Seite der Freiheitlichen doch einen längeren Entscheidungsprozess gebraucht hat, nicht weil uns die Jugend nicht am Herzen läge, sondern aufgrund von sehr grundlegenden

Überlegungen. Unsere Ausgangsfrage war grundsätzlich die, soll man jungen Leuten, die in einem Land leben, in dem man unter 18 Jahren den Flugschein machen darf, in dem man unter 18 Jahren unter bestimmten Umstände die Ehe eingehen darf, in dem man unter 18 Jahren erwerbstätig sein darf, in dem man unter 18 Jahren etwa auch zur Armee gehen darf und in dem man unter 18 Jahren vor allem auch wahlberechtigt ist, soll man diesen jungen Leuten gleichzeitig sagen, *(Abg. Gerhard Steier: Wie ist das mit dem Rauchen? Wie ist das mit dem Rauchen?)* dürft ihr nicht selbst entscheiden, ob ihr raucht und ihr dürft nicht selbst entscheiden, was ihr trinkt?

In gewisser Hinsicht spießt sich das. Was dann letztendlich entscheidend war und das ist die Tatsache, dass es einen direkten statistisch nachgewiesenen Zusammenhang zwischen dem gesetzlichen Schutzalter einerseits und dem tatsächlichen Einstiegsalter und dem Anteil jener Erwachsenen, die dann rauchen und trinken andererseits gibt. Es ist wohl bei allen grundsätzlichen Erwägungen, die zu anderen Ergebnissen führen, das schlagende Argument.

Es muss uns natürlich auch bewusst sein, dass das Jugendschutzgesetz, so wie bisher auch, weiterhin kein Zauberstab sein wird. Es wird auch ab 1. Jänner 2019 ganz bestimmt 16-Jährige, 17-Jährige geben, die gebrannten Alkohol trinken oder rauchen.

Wesentlich ist hier das Signal, das wir aussenden, ist die Bewusstseinsbildung und wesentlich ist hier sicherlich auch der Zugang Belehrung vor Bestrafung der im Jugendschutzgesetz weitgehend für alle Beteiligten gilt. Es war uns übrigens genauso wichtig, in den Erläuterungen die Feststellung zu treffen, dass Gastronomen und Wirten, was das Rauchen angeht eine höhere Zumutbarkeitsgrenze im Zusammenhang mit der Kontrolle des Alters rauchender Kunden oder Besucher zugestanden wird.

Das wird jeder verstehen, ein volles Wirtshaus oder ein volles Festzelt, da wird es dem Veranstalter nicht zumutbar sein, bei Strafandrohung jeden einzelnen zu kontrollieren. Möglicherweise schaut er auch schon älter aus als 16 bis 17 oder 18 Jahre. Normadressat ist davon bei allem Zugang Belehrung vor Strafe nicht vergessen. Normadressat ist ja letztendlich auch der Jugendliche selbst.

Meine Damen und Herren! Wenn ich richtig informiert bin, sind wir jetzt der erste Landtag, der für sich die Vereinheitlichung des Jugendschutzes zur Beschlussfassung bringt. Rascher als alle anderen. Auch wenn es der ÖVP, wie im Ausschuss zu vernehmen war, zu langsam gegangen ist. Dazu ist allerdings zu sagen, dass das, was die ÖVP beantragt hatte, der Antrag wurde ja zurückgezogen, etwas gewesen wäre, was wir nicht gewollt hätten, denn wenn es nach der ÖVP gegangen wäre, dann würden 16-Jährige in Zukunft auch zu Hause nicht mehr rauchen oder trinken dürfen, denn die Verbote, die wir im Gesetz haben und die ich referiert habe, die gelten an allgemein zugänglichen Orten und bei öffentlichen Veranstaltungen.

Das ist nicht unser Zugang, was auch immer man davon hält, aber Eigenverantwortung und Privatautonomie müssen schon auch noch eine Rolle spielen, gerade, wenn es um Wahlberechtigte und im Übrigen auch zumindest bedingt strafmündige Bürger geht.

Meine Damen und Herren! In diesem Sinne bedanke ich mich beim Koalitionspartner, ich bedanke mich vor allem auch bei einer zwischendurch sehr geduldigen Landesrätin und ich bedanke mich bei allen, die an dieser Novelle mitgearbeitet haben. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war eine lange Diskussion, die geführt worden ist, wenn es um die Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes gegangen ist. Die Kollegin Petrik hat es vorher erwähnt. 35 Jahre haben hier verschiedenste Gremien, verschiedenste Organisationen für die Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes in Österreich gekämpft. Es hat aus den unterschiedlichsten Jugendorganisationen, auch aus meiner, der Jungen ÖVP, Forderungen gegeben.

2012 hat es einen Fahrplan zur Unterzeichnung eines gemeinsamen Memorandums seitens der Bundesländer gegeben. Passiert ist wenig in diesen Jahren, kein Durchbruch ist hier erzielt worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Status quo war neun verschiedene Jugendschutzgesetze in Österreich. Es war schwer, Jugendlichen zu erklären, warum Freunde aus einem anderen Bundesland andere Verpflichtungen und Rechte haben, als man im Burgenland beispielsweise hat, das man länger oder kürzer fortbleiben darf.

Wir wissen, Jugendliche sind heutzutage sehr mobil in ihrer Freizeit, auch aufgrund der Ausbildung. Ein rechtskonformes Verhalten bei neun verschiedenen Jugendschutzgesetzen ist hierbei schwierig.

Bundesministerin Bogner-Strauß hat hier den richtigen Schritt gesetzt und nochmals den Anlauf gestartet, die Diskussion eröffnet im Bereich der Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes und was 35 Jahre nicht gelungen ist, ist nun gelungen: Man hat sich fast einigen können und dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei Bundesministerin Bogner-Strauß herzlich bedanken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte mich bedanken, weil es längst überfällig war, diese Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes, es hat eine Ungleichbehandlung der Jugendlichen, speziell in den Grenzregionen mitgebracht. Ich glaube, es ist im Jahr 2018 richtig, gleiche Rahmenbedingungen für alle Jugendlichen in Österreich zu gewährleisten.

Es ist ein historischer Tag, dass wir heute als Burgenländischer Landtag dieses Jugendschutzgesetz nach Maßgabe dieser Vereinheitlichung beschließen können. Es werden Maßnahmen im Bereich des Rauchens, im Bereich des Alkohols und bei den Ausgehzeiten gesetzt. Der einzige Wermutstropfen in dieser Debatte - das wurde schon heute erwähnt - ist, dass Oberösterreich hier ausschert.

Hier findet man keine Einigung, was die Ausgehzeiten anbelangt. Mein persönlicher Appell an die Kollegen der FPÖ ist, dass man mit den Freunden in Oberösterreich in Kontakt tritt und hier vielleicht einwirken kann.

Frau Kollegin Petrik, Herr Landeshauptmann Stelzer ist hier bereit, auch diesen Schritt zu setzen. Was hier passiert, ist, dass Lösungen aus einem Positionspapier der Bundesjugend verwirklicht werden. Ich finde das gut, dass Gesetze, die Jugendliche betreffen, auch von Jugendlichen vorgeschlagen, diskutiert und gemacht werden - das ist in diesem Fall auch passiert.

Was ich schon betonen möchte, ein Gesetz ist kein Allheilmittel: Wir haben jetzt schon die Situation, dass, trotz Verbotes, viele unter 16-Jährige auch schon rauchen. Der eine oder andere vielleicht zum ersten oder zweiten Mal schon zum Rauchen aufhört. Ich glaube, dass es da wichtig ist, Präventionsmaßnahmen zu setzen und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Punkto Cannabis: Sie haben das vorher erwähnt, Kollegin Petrik, ich habe da eine eindeutige Position. Es ist eine Einstiegsdroge, aus meiner Sicht, für Junge und es markiert den Beginn einer langen Drogenkarriere, deswegen ein striktes Nein auch von meiner Seite, was die Legalisierung von Cannabis anbelangt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine geschätzten Damen und Herren, ganz allgemein: Nach der Einigung im Mai hat es einen Gesetzesvorschlag seitens der ÖVP-Fraktion gegeben. Wir wollten damals nicht, dass diese Einigung ein Lippenbekenntnis bleibt. Wir wollten, dass das in weiterer Folge auch umgesetzt wird. Die Mühlen mahlen im Burgenland langsamer, es hat jetzt länger gedauert. Nichtsdestotrotz dürfen wir heute dieses Gesetz beschließen und dieses Jugendschutzgesetz wird unsere Zustimmung bekommen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Seit ich mich für die Interessen von jungen Menschen im Burgenland einsetze, war die Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes immer ein großes Thema.

Seit mehreren Jahren wird darüber verhandelt und diskutiert und trotzdem trugen die langwierigen Verhandlungen keine Früchte.

Im letzten Moment wurde immer wieder eine Kehrtwende betrieben. Ich bin überzeugt vom Föderalismus - mir ist wichtig, dass die Politik nicht von Wien aus zentral gesteuert wird, sondern nahe beim Menschen ist.

Das Berücksichtigen der regionalen Bedürfnisse der Menschen kann nur in Verbindung mit den Bundesländern und Gemeinden gesichert werden.

Da muss man aber trotzdem auch abwiegen, welche Gesetze sollen spezifisch für die Menschen in einem Land gelten und welche sollen österreichweit gleich sein?

Ich habe nie einen Sinn darin gesehen, warum in Österreich alle paar hundert Kilometer ein anderes Jugendschutzgesetz gilt.

Das Gesetz zum Schutze der Kinder und Jugendlichen in unserem Land fällt bis zum heutigen Tage in den Verantwortungsbereich der Länder und wird auch von diesen exekutiert.

Das führt seit geraumer Zeit zu einer undurchsichtigen Vielzahl von Jugendschutzbestimmungen, die nicht nachvollziehbar sind.

Diese Situation trieb hier jahrelang seltsame Blüten auf Kosten der Jugendlichen: Nehmen wir nur die Grenze Südburgenland-Oststeiermark her.

Wenn ein Jugendlicher in Rudersdorf in der Heimatgemeinde vom Kollegen Schnecker ausgeht, darf er bis 1.00 Uhr ausbleiben. Wenn er aber im benachbarten Fürstenfeld unterwegs ist, muss er schauen, dass er bis spätestens 23.00 Uhr zu Hause ist - völlig absurd für ein Land wie Österreich.

An diesem Beispiel sieht man, dass diese Ungleichbehandlung der jungen Menschen in unserem Land sich absolut nicht an der Lebensrealität von ihnen orientiert.

Seitens des Burgenlandes gab es immer die Bestrebung, hier eine einheitliche Lösung zu finden, denn die Jugendlichen in Österreich sollen alle die gleichen Rechte haben. Das Land war schon immer dieser Meinung und ist den Weg der Harmonisierung bereits gegangen. In unseren Nachbarbundesländern in Wien und in Niederösterreich gilt bereits schon dasselbe Jugendschutzgesetz. In meiner politischen Arbeit habe ich mich immer wieder stark dafür gemacht, dass es hier zu einer österreichweiten vernünftigen Reform kommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg, Kollege Fazekas hat es bereits angesprochen, haben wir die politischen Jugendorganisationen des Landes für eine österreichweite Lösung zusammmengeschlossen und da waren dabei: Die JVP mit dem Kollegen Fazekas an der Spitze, da war der RFJ dabei mit dem Konstantin Langhans, es war dabei von der Grünen Jugend der Konstantin Vlasits und auch von der LBL-Jugend damals der Bernd Arthofer und ich als SJ-Landesvorsitzender.

Wir waren damals schon der Meinung, dass es nicht sein kann, dass ein junger Mensch in der Steiermark nicht die gleichen Rechte hat, wie ein Jugendlicher aus Wien oder aus dem Burgenland. Unser Wille war, die Situation der jungen Menschen in Österreich zu verbessern und ihre Interessen zu wahren.

Umso mehr freut es mich, dass wir durch das Engagement von Landesrätin Astrid Eisenkopf heute die lang geforderte österreichweite Harmonisierung diskutieren und hoffentlich auch beschließen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Damit setzen wir einen Schritt, einen historischen Schritt, einen Meilenstein in der Geschichte der burgenländischen Jugendpolitik.

Das Burgenland übernimmt hier als erstes Bundesland eine Vorreiterrolle in Österreich. Die weiteren Bundesländer werden in den kommenden Monaten mit ihren Beschlüssen nachfolgen.

Eltern, Jugendliche, die Exekutive, müssen sich dann nicht mehr mit diesem Gesetzeswirrwarr, mit diesen unterschiedlichen Rechten und Regeln auseinandersetzen.

Neu wird auch sein, die Bestimmung „Rauchen ab 18“, wie wir bereits gehört haben. Dazu möchte ich eine persönliche Geschichte erzählen: Wer schon in meiner Heimatgemeinde in Gols war, der kennt höchstwahrscheinlich auch das Biotop.

Das Biotop liegt im Volksfestgelände. In meiner Zeit, als ich noch in die Hauptschule ging, sind wir immer mit dem Rad in die Schule gefahren.

Bevor der Unterricht begann, haben wir uns, meine Freunde und ich, im Biotop, für uns damals das „Bio“ getroffen. Da wurde über alles Mögliche getratscht, nur nicht über die Schule.

Da wurde auch schon fleißig mit 12 und 13 Jahren geraucht und das trotz des Verbotes mit 16 Jahren. Die „Tschick“ gehörte einfach dazu und irgendwie kam man auch dazu.

Für mich nicht - ich war dann so gescheit, ich habe dann mit 18 Jahren erst begonnen, habe mittlerweile wieder aufgehört, aber was ich damit sagen möchte ist, dass eine sind Verbote - sie können oft auch einen Reiz bedeuten.

Verbote alleine können nicht die Lösung sein, das andere sind Präventionsmaßnahmen, die viel wichtiger sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben in Österreich beim Rauchen ein Einstiegsalter von 12 bis 13 Jahren und deshalb braucht es eine umfassende Bewusstseinsbildung für die jungen Menschen. Wie gesundheitsschädlich ist das Rauchen? Welche Schäden muss ich in Kauf nehmen, wenn ich Tabak konsumiere? Das sind die Fragen, die erörtert und an die Jugendlichen weitergebracht werden müssen.

Das Burgenland hat im Bereich der Prävention in den vergangenen Jahren bereits einiges geleistet und wird diesen Weg auch fortsetzen. Frau Ministerin Juliane Bogner-Strauß hat vor geraumer Zeit bei den Verhandlungen zum Jugendschutzgesetz weitere Mittel für Präventionsmaßnahmen angekündigt.

Bis dato ist hier noch nichts passiert. Ich hoffe, dass es hier nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt, sondern dass die versprochene Unterstützung an die Länder bald auch vollbracht wird. Das möchte ich nochmals unterstreichen, die Bewusstseinsbildung muss im Mittelpunkt des Jugendschutzes stehen.

Durch eine breite Bildung des Bewusstseins sollen die jungen Menschen zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern werden, damit sie selbst wissen, was für sie gut ist und was nicht.

Es gibt in diesem Bereich zahlreiche Initiativen, beispielsweise vom Land Burgenland die Aktion „No Alc, but Cocktail“. Das Burgenland nimmt mit dieser Gesetzesnovelle eine Vorreiterrolle in Österreich ein und hier nochmals ein großes Dankeschön an Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf, die sich mit vollem Einsatz dafür eingesetzt hat. Ein herzliches Dankeschön nochmals dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Eines muss ich noch erwähnen, was bereits auch gesagt wurde, ich möchte da auch etwas dazu sagen: Ich habe nicht verstanden, warum die ÖVP hier einen eigenen Antrag dazu eingebracht hat. Ich sehe auch keinen Sinn darin, der noch in seiner Form dazu noch strenger ist, als das ausverhandelte Gesetz.

Es war eigentlich in allen Medien präsent, denn wir haben die Verhandlungen ja transparent geführt. Man hat ja auch gesehen, dass wir in der Vergangenheit gemeinsam angepackt haben und ich hoffe, es werden auch heute alle im Landtag vertretenen Parteien gemeinsam das neue Gesetz beschließen. Dieser Alleingang ist für mich Marke ÖVP „Tarnen und Täuschen“. Leider, muss man sagen, weil eigentlich haben wir das gemeinsam alles bundesweit ausverhandelt. Das dient nur zur Selbstinszenierung, aber mittlerweile hat man diesen Antrag ohnehin zurückgezogen.

Es braucht diese Angleichung der einzelnen Landesgesetze, um vernünftige Jugendpolitik zu machen, welche die Generationen der Zukunft nicht vernachlässigen. Damit geben wir allen jungen Menschen in Österreich die gleichen Rechte gemeinsam für ein einheitliches, liberales und der Lebensrealität der jungen Menschen entsprechendes Jugendschutzgesetz.

Die Devise lautet: vereinheitlichen und zwar jetzt! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Schön, dass es heute zum Beschluss dieser Novelle des Jugendschutzgesetzes kommt und damit zu einer fast österreichweiten Harmonisierung dieser Jugendschutzmaterien.

Wir sind, vielleicht eine kleine Korrektur, das zweite Bundesland, das es beschließt. Vorarlberg hat es vor einigen Wochen beschlossen, aber damit haben wir noch immer den zweiten Platz unter den österreichischen Bundesländern und setzen damit jetzt wirklich einen Start für ein harmonisiertes Jugendschutzgesetz bundesweit.

Wie wir auch von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits gehört haben, zieht sich dieser Prozess schon über einen sehr langen Zeitraum.

Aber gerade in den letzten zwei bis drei Jahren hat sich hier sehr viel bewegt. Angefangen mit einem einheitlichen Beschluss aller Bundesländer, was die Anhebung des Schutzalters beim Rauchen betrifft. Also, Stichwort, Rauchen ab 18 ist dann bei der diesjährigen Tagung im Mai in Tirol dann der letzte Durchbruch, was die Harmonisierungsschritte betrifft, gelungen. Auch was den Bereich des Alkoholkonsums betrifft und auch die Ausgehzeiten. Der Weg war damit also frei für ein österreichweit einheitliches Jugendschutzgesetz.

Wir sind im Burgenland immer schon den Weg der Vereinheitlichung gegangen. Wir haben bereits seit dem Jahr 2002, also mittlerweile seit 16 Jahren, ein harmonisiertes Jugendschutzgesetz, zumindest mit den angrenzenden Bundesländern Niederösterreich und Wien, weil es uns immer schon unverständlich war, wieso hier verschiedene gesetzliche Regelungen für Jugendliche gelten.

Eine solche Harmonisierung jetzt für alle österreichischen Bundesländer trägt natürlich zum Positiven bei, egal ob es darum geht, bei den Eltern, bei den Jugendlichen, aber natürlich auch bis hin zu all jenen, die für die Umsetzung dieses Gesetzes zuständig sind. Der heutige Beschluss, und das möchte ich auch noch einmal ganz klar hervorstreichen, ist dank der Bereitschaft aller Bundesländer, bis auf Oberösterreich, zumindest bisher noch, gelungen.

Jugendschutz ist nämlich Ländersache. Damit muss jedes einzelne Bundesland diese Jugendschutzgesetze novellieren und deswegen möchte ich mich, auch wenn sich der Herr Abgeordnete Fazekas nur bei seiner Ministerin bedankt, ausdrücklich bei allen Verantwortlichen in den österreichischen Bundesländern bedanken, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie ist unser aller Ministerin!)* denn sie sind es letztendlich, die die Gesetze in ihren Landtagen zur Novellierung vorlegen müssen.

Ein herzliches Dankeschön also an die Vertreter der Bundesländer. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Der heutige Beschluss ist jedenfalls ein Zeichen der Burgenländischen Landesregierung, dass uns das Wohlbefinden und die Gesundheit unserer Jugendlichen natürlich ein sehr, sehr wichtiges Anliegen ist. Es gilt dabei Jugendliche zu schützen und auch natürlich vor den Gefahren von Alkohol- und Tabakkonsum zu warnen.

Schade, dass seitens der ÖVP da wieder ein bisschen politisches Kleingeld im Vorfeld gewaschen wurde. Ein Antrag wurde eingebracht, wir haben es vorhin auch schon gehört, der noch dazu alles andere als ausgefeilt oder durchdacht war *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau.)* und das zu einem Zeitpunkt, wo bereits ein fertiger Gesetzesentwurf vorgelegen ist. Das muss man auch dazu sagen.

Wenn man sich dann auch noch ein bisschen informiert, wie so die Fristen sind, und dass das Gesetz auch noch dazu einer Notifikation bedarft hat, und noch dazu drei Monate, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bedurft.)* - bedurft hat, Entschuldigung bedurfte, einer Notifikation bedurfte, dann sind wir beim ehest möglichen Zeitpunkt.

Abgesehen davon, und das ist auch unter allen österreichischen Bundeländern harmonisiert und so vereinbart worden, hier hat das Gesetz ein Inkrafttretungsdatum von 01.01.2019 und damit ist es vollkommen unerheblich, ob im September ein Beschluss, im Oktober, im November oder im Dezember gefasst wird, weil einheitlich. Und *(Abg. Ingrid Salamon: Genau.)* das ist auch sinnvoll so, dass der 01.01.2019 als Inkrafttretungsdatum vereinbart worden ist.

Aber wie auch immer, wenn es darum geht, unsere Jugendlichen zu schützen, ist es trotzdem schön zu sehen, dass wenn auch auf dem einen oder auf dem anderen Weg doch alle irgendwo dasselbe wollen. Ich hoffe hier auf einen möglichst breit unterstützten Beschluss.

Aber eine Sache möchte ich auch noch ganz deutlich festhalten und das ist vorhin schon erwähnt worden. Die heutige Gesetzesnovelle ist, meiner Meinung nach, und das habe ich auch immer, sowohl bei den JugendschutzreferentInnenkonferenzen ganz klar hervorgehoben und auch medial so kommuniziert, es ist jetzt ein Mosaikstein im gesamten Jugendschutz.

Wir brauchen unbedingt Bewusstseinsbildungspräventionsmaßnahmen, Sensibilisierungsmaßnahmen. Wir sind hier seitens des Landes mit verschiedensten Projekten auch genau in diesen Bereich involviert. Auch wir gehen gemeinsam mit den verschiedensten Einrichtungen.

Wir werden aber auch diese Novelle des Jugendschutzgesetzes zum Anlass nehmen und all diese Bestrebungen noch mehr intensivieren. Es gibt auch schon sehr konkrete Gespräche und Projekte, beispielsweise mit der Burgenländischen Gebietskrankenkasse und hier auch ein Projekt gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen des Landes aufzustellen.

Denn, meiner Meinung nach, sollte es ja eigentlich gar nicht so weit kommen, dass das Gesetz überhaupt zum Tragen kommt. Zielführend wäre es, dass die Jugendlichen so früh wie möglich die Gefahren all dieser Suchtmittel verstehen und begreifen.

Und wenn man sich anschaut, wo das tatsächliche Eintrittsalter im Moment liegt, nämlich beim Rauchen bei 12 bis 13 Jahren, wird eine jegliche Anhebung dieses Schutzalters sicherlich nicht den gewünschten Erfolg bringen.

Wir sind seitens des Landes bereit und werden auch entsprechende Mittel für diese Präventionsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Ich hoffe hier wirklich auf Unterstützung des Bundes, zusätzliche Mittel wären hier sehr zielführend.

Sehr gerne auch eine österreichgeführte, gemeinsame Kampagne, mit der Ministerin, mit allen zuständigen Bundesländern auch natürlich. Die Ministerin hat zwar die Mittel hier zugesagt. Bis jetzt liegen mir aber ehrlich gesagt noch keine konkreten Pläne vor, wie das passieren soll.

Ich hoffe, wie gesagt, dass dieses Thema auch über diesen heutigen Beschluss hinaus, von allen im Landtag vertretenen Parteien, weiter ernst genommen wird und nicht mit dem Beschluss der Gesetzesnovelle heute endet.

Denn es reicht nicht nur Verbote auszusprechen und mit Gesetzen zu harmonisieren, sondern es müssen auch weitere Schritte gesetzt werden, gerade im Präventionsbereich, wenn man den Jugendschutz wirklich ernst nimmt.

Der erste Schritt wird heute gesetzt. Die Bundesländer gehen damit in Vorleistung. Jetzt ist dann die Ministerin in weiterer Folge am Zug.

Ich möchte mich jedenfalls abschließend noch einmal bei all jenen bedanken, die zur Entstehung dieses Gesetzes beigetragen haben, bei den Landtagsklubs, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den zuständigen politischen Büros, natürlich auch beim Landesjugendreferat.

Ich freue mich, wie gesagt, über einen heute hoffentlich breit getragenen Beschluss zur Novelle des Jugendschutzgesetzes. Ein herzliches Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ, LBL und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor. Daher kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutz-Novelle 2019), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantrag ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jugendschutzgesetz 2002 geändert wird (Burgenländische Jugendschutz-Novelle 2019), ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1445) mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 – 1024) (Beilage 1473)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1445, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird, Zahl 21 - 1024, Beilage 1473.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht, Frau Präsidentin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Sehr geschätzter Herr Präsident! Frau Landesrätin! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird, in ihrer 34. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 03. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Anschließend meldete sich Frau Landtagsabgeordnete Mag. Michaela Resetar zu Wort. Die dabei gestellten Fragen, wurden vom Landesrat MMag. Alexander Petschnig beantwortet.

In der anschließenden Debatte melden sich Landtagsabgeordnete Mag. Steindl, Kölly, Molnár und Mag. Sagartz, BA zu Wort. Die dabei aufgeworfenen Fragen wurden ebenfalls vom Landesrat MMag. Alexander Petschnig beantwortet und vom Vorsitzenden zusammengefasst.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag von mir mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Berichterstatterin. Zur einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Das ist vielleicht ungewöhnlich, dass man zu einem Ausschussbericht eine tatsächliche Berichtigung machen muss, das muss ich in dem Fall aber tun.

Ich war selber anwesend bei diesem Ausschuss. Es wurden Fragen gestellt, das stimmt. Der Herr Landesrat hat sie nicht beantwortet, sondern hat uns mitgeteilt, er wird uns die Antworten liefern. Die hat er bis heute nicht geliefert.

Das nur zur Richtigstellung dieses Berichts. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Hutter.

Ich bitte um Ihren Beitrag, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Zu dem heutigen Tagesordnungspunkt, Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird, da werden sich jetzt vielleicht einige denken, naja im Jahr 2014 haben wir das Tourismusgesetz geändert und jetzt dann ändern wir schon wieder etwas.

Aber, es kann ja jeder gescheiter werden und man kann ja auch Dinge, die vielleicht nicht so gut sich entwickelt haben, verbessern, und andere Dinge weiter entwickeln.

Was bringt diese Novelle? Da haben wir einmal eine verpflichtende Angliederung von Tourismusverbänden, die über einen Zeitraum von drei Jahren durchschnittlich unter 50.000 Nächtigungen liegen. Da geht es um größere Einheiten, die sind schneller beim Umsetzen von Projekten und Entscheidungen.

Starke Marken können oft nur bei Bündelung der Mittel geschaffen werden. Grundsätzlich machen größere Einheiten vor allem auch wirtschaftlich, aus wirtschaftlichen Motiven Sinn, Synergieeffekte, weniger Bürokratie und mehr Effizienz.

Aber gewachsene Strukturen in kleineren Gemeinden sollten nicht unbedingt zerschlagen werden. Natürlich auch, aber auch ist darauf zu achten, dass die Ängste in kleineren Büros und Ortschaften ernst genommen werden. Es ist auch klar, dass kleinere Orte nicht im großen Verbund komplett untergehen wollen.

Es besteht auch die Sorge, dass bei einem Zusammenlegen oder einer Angliederung die kleineren Orte im Verhältnis zu viel an Tourismusabgaben an den Verband abführen müssen und damit das Budget für die notwendigen Maßnahmen Vorort knapp wird.

Dazu muss aber auch ganz klar gesagt werden, dass klassische Dorffeste absolut nichts mit einer touristischen Aktivität zu tun haben.

Ein wichtiger Punkt ist hier in der neuen Regelung auch, eine strengere Regelung bei der Abführung der Ortstaxe - bessere Instrumente zur Kontrolle. Es ist absolut zu begrüßen, dass die Meldung der Gäste wieder mit einer verbundenen Abführung der Ortstaxen strenger geregelt wird.

Nach § 29 Burgenländisches Tourismusgesetz 2016 ist die Ortstaxe wie folgt geregelt: Die Ortstaxe wird von den Gemeinden eingehoben. Als Abgeltung des Einhebungsaufwandes gebührt der Gemeinde ein Vorwegabzugsertrag der Abgabe in Höhe von fünf Prozent.

Der restliche Betrag wird wie folgt aufgeteilt: 15 Prozent Gemeinden, 50 Prozent Tourismusverband, 35 Prozent Burgenlandtourismus GmbH.

Der Anteil für den Tourismusverband gemäß Absatz 5 ist von diesem zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben gemäß § 13 zu verwenden.

Der Tourismusverband hat mit der Gemeinde beziehungsweise den Gemeinden unter Zugrundelegung eines Leistungskataloges eine Vereinbarung über die Umsetzung von nachhaltigen, touristischen Infrastrukturmaßnahmen abzuschließen, mit der sich der Tourismusverband verpflichtet, einen finanziellen Beitrag in Höhe von mindesten 50 Prozent der gemäß Absatz 5 erhaltenen Abgaben, ertragsneutral zu leisten.

Es ist daher vor allem bei strengerer Meldungs- und Kontrollvorschriften, in Verbindung mit einer höheren Fusionsintensität bei den Tourismusverbänden dafür Sorge zu tragen, dass die Gemeinden die Gelder, die ihnen für die Infrastrukturmaßnahmen aus der Ortstaxe zustehen, auch rasch zur Verfügung gestellt bekommen.

Ortstaxenpflicht bei Zimmervermittlung im Sinne § 3 E-Commerce-Gesetz. 79 Prozent der Internetnutzer recherchieren vor Reisen im Web, 59 Prozent buchen auch online. Die Deutschen, also für den Österreich-Tourismus die wichtigste Zielgruppe, werden künftig zu 80 Prozent online buchen, sagt die Medien- und Marktforschung ENIGMA GfK.

Immer mehr Menschen nutzen die Möglichkeit, kurzfristig in privaten Wohnungen, anstatt in traditionellen Hotelzimmern zu übernachten. Vermittlungsplattformen wie RBNB machen dies möglich.

Bisher war der Markt des Home-Sharing kaum reguliert. Im Gegensatz zur Hotellerie wurden dort getätigte Nächtigungen in der Regel nicht von der Ortstaxenpflicht, beziehungsweise von anderen Abgabenverpflichtungen, erfasst.

Um dieser Wettbewerbsverzerrung zwischen klassischen Beherbergungsbetrieben und neuen Nächtigungsformen entgegenzuwirken, braucht es neue rechtliche Grundlagen.

Die Ortstaxe ist zweckgewidmet und dient der Schaffung und Erhaltung von Tourismuseinrichtungen beziehungsweise der Förderung des Tourismus. Bis vor kurzem war vor allem die Nichtverfügbarkeit von Daten der Vermietung über Online-Plattformen

das größte Hindernis bei der Vorschreibung von Tourismusabgaben, wie etwa der Ortstaxe.

Mit Verweis auf das sogenannte E-Commerce Gesetz, sollte in Zukunft gewährleistet sein, dass die Plattformen die entsprechenden Daten an die Abgabenbehörden abliefern müssen.

Hier gibt es eine sehr schöne Statistik auch, und hier ist es eindeutig festzustellen, dass seit dem Jahr 99, also in 19 Jahren haben sich hier zum Beispiel die Buchungen über das Internet von damals zehn Prozent auf jetzt 71 Prozent gesteigert.

Im Gegensatz dazu aber, die telefonischen Anfragen von 53 Prozent auf 24 Prozent. Vernachlässigen können wir heute, Fax und Briefanfragen, die sind mit drei und zwei Prozent hier drinnen.

Im Tourismus prüft natürlich auch der Rechnungshof sehr genau. Und wir als Bündnis Liste Burgenland, wir haben uns immer, seit unserer Gründung, intensiv auch für Transparenz und Kontrolle im Bereich der öffentlichen Privatwirtschaftsverwaltung ausgesprochen.

In diesem Zusammenhang wurde auch immer wieder die Gebarung rund um die Organisation und Finanzierung des Tourismus im Burgenland unter die Lupe genommen. Und der Rechnungshof hat diesbezüglich auch einige Mängel aufgelistet.

Zur Kritik an der Finanzgebarung hält der Landes-Rechnungshof mit April 2018 Folgendes fest: Die Mittel zur Finanzierung von Tourismusaufgaben werden durch die Landesbeiträge, Gemeindebeiträge, Tourismusabgaben und sonstigen Zuwendungen aufgebracht.

Zu den drei Tourismusabgaben zählt die Ortstaxe, der Tourismusförderungsbeitrag, sowie die Tourismusabgabe für die Ferienwohnungen.

Im Jahr 2016 resultierten die Umsatzerlöse der Burgenland-Tourismus-GmbH in Höhe von rund 5,7 Millionen Euro zu rund 59 Prozent aus Landeszuschüssen, und zu 30 Prozent aus den Tourismusabgaben. - Bericht Landes-Rechnungshof Seite 8.

Mängel ortet der Rechnungshof bei der Einhebung von Tourismusabgaben an der Kontrolle. So hätten sich beim Tourismusförderungsbeitrag die Einnahmen zwischen 2014 und 2016 um 64 Prozent verringert, obwohl es um 12 Prozent mehr beitragspflichtige Unternehmen gegeben hat.

Im Jahr 2014 haben zum Beispiel 4.374 Meldungen von Betrieben gefehlt und damit auch die entsprechenden Einnahmen.

Der Rechnungshof empfahl daher in seinem Abschlussbericht, dass Mahnwesen im Bereich des Tourismusförderungsbeitrages zu evaluieren und die gesetzlichen Kontrollmöglichkeiten zu nutzen.

In Bezug auf die Ortstaxe kritisierte der Burgenländische Landes-Rechnungshof vor allem eine fehlende Dokumentation im Forderungsmanagement, sowie zahlreiche Lücken bei der Kontrolle der Einhebung.

So wurden im Untersuchungszeitraum lediglich ein Fünftel der Gemeinden mit Bezug auf die Ortstaxe kontrolliert.

Also ich bin mir sicher, wenn wir diesen Punkt der Meldepflicht besser kontrollieren, haben wir, ohne zusätzlich Maßnahmen zu setzen, eine Steigerung im zweistelligen Prozentbereich. Da bin ich mir sicher.

Grundsätzlich denke ich aber, dass die Novellierung des Tourismusgesetzes in die richtige Richtung geht und wir seitens Bündnis Liste Burgenland hier auch zustimmen werden.

Da der nächste Tagesordnungspunkt das Burgenländische Heilvorkommen und Kurortegesetz betrifft und sich da niemand zu Wort gemeldet hat, außer ich, haben wir uns ausgemacht, dass ich diesen Tagesordnungspunkt auch gleich hier kurz ansprechen werde.

Die beiden Kurorte Bad Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf sind ein wichtiger Bestandteil im Tourismus im Burgenland. Wenn wir uns das einmal in Zahlen ansehen, zeigt das Burgenland Übernächtigungen von 3,1 Millionen Personen.

Davon entfallen auf die beiden Kurgemeinden Bad Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf zirka 550.000 Übernächtigungen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Mehr.)* Das habe ich aus einer Statistik herausgesucht. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das sind mehr.)* Das könnten auch 600.000 sein.

Also beide Kurgemeinden sind ein wichtiger Faktor in diesem gesamten Tourismuskonzept. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: 800.00)*

Zur Änderung des Burgenländischen Heilvorkommen- und Kurortegesetzes gibt es an und für sich nicht sehr zu viel zu berichten. Es hat sich nur eine Kleinigkeit geändert. Ich möchte das kurz hier verlesen:

Im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung soll § 16 Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz entfallen. Diese Norm regelt, dass das Gebiet eines anerkannten Kurortes durch Verordnung der Landesregierung festgesetzt ist.

Eine inhaltlich gleichartige Regelung gibt es, ergibt sich jedoch aus § 12, der die Anerkennung eines Kurortes durch Bescheid der Landesregierung normiert. Das heißt, wir haben hier eine Doppelgleisigkeit und das ist im Prinzip auch das was hier im Heilvorkommen- und Kurortegesetz geändert wird, im nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich möchte aber bitte noch eines kurz noch dazu auch erwähnen. Wir haben seitens der Gemeinde Bad Sauerbrunn zu diesem Gesetzesentwurf eine Anregung eingebracht und hier schaut es folgendermaßen aus.

Und zwar es geht hier um eine 25-prozentige Ermäßigung des Grundbetrages für Kurgäste, die von einem Sozialversicherungsträger eingewiesen werden.

Ich möchte das hier kurz vorlesen. Und zwar, wir haben das auch alles mit der Kurgemeinde Bad Tatzmannsdorf, mit dem Bürgermeister von Bad Tatzmannsdorf und dem zuständigen Kurdirektor dort abgesprochen.

Die Gemeinde Bad Sauerbrunn beziehungsweise der Kurort Bad Sauerbrunn ist der Auffassung, dass dieses Regulativ nicht mehr zeitgemäß ist. Die Regelung stammt aus dem Jahr 1963.

Der Kurfonds Bad Sauerbrunn ist aufgrund gesetzlicher Regelungen § 21 Absatz 4 Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz 1963 verpflichtet, die Einnahmen aus der Kurtaxe ausschließlich für kurörtliche Belange, die Ausgestaltung, die Verbesserung der hygienischen und sanitären, sowie der für die Wohlfahrt und des Vergnügens der Kurgäste bestimmte Einrichtung zu verwenden.

Die Ausnahmeregelung für Sozialversicherungsträger ist deshalb nicht mehr zeitgemäß, weil einerseits von den Sozialversicherungsträgern für die Kurgäste höchste Standards in den infrastrukturellen Einrichtungen verlangt werden und andererseits sich

gleichzeitig auf die Ermäßigungsregel des § 24 Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz 1963 berufen.

Seitens des Sozialversicherungsträgers erfolgt jährlich eine infrastrukturelle Abgleichung mit etablierten Kurorten wie zum Beispiel Bad Ischl in Oberösterreich. Die dortigen gesetzlichen Regelungen kennen keine Ermäßigung für Sozialversicherungsträger.

Auch die Niederösterreichische Kurordnung, Bad Schönau zum Beispiel, gewährt keine Ermäßigung der Kurtaxe.

Die Gemeinde Bad Sauerbrunn beziehungsweise der Kurfonds Bad Sauerbrunn vertritt in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass mit der Streichung der Ausnahmeregelung für Sozialversicherungsträger die Verantwortlichkeit beider Partner Kurfonds und Sozialversicherungsträger für das Wohl der Kurgäste deutlich hervorgehoben werden würde, indem das Gleichgewicht zwischen den beiden Beteiligten auf finanzieller Ebene harmonisiert wird.

Diese Gesetzesänderung würde bewirken, dass Kurfonds und Sozialversicherungsträger wieder stärker gemeinsam als Partner im Kontext gesellschaftlicher Gesundheitsauftrages agieren.

Wir haben das hier eingebracht. Es wurde aber so jetzt nicht umgesetzt. Es ist aber, das ist aber nicht verraucht, sondern wir sind hier in sehr guten gemeinsamen Gesprächen, wie gesagt.

Es gibt ja nur diese zwei Kurgemeinden Bad Sauerbrunn und Bad Tatzmannsdorf. Und mit der zuständigen Abteilung und mit dem zuständigen Mitarbeiter sind wir hier in sehr vernünftigen und sehr guten Gesprächen.

Und ich denke, wir werden auch dieses Problem für die Zukunft lösen, damit diese Gelder auch für unsere Kurgäste in weiterer Folge verstärkt eingesetzt werden können.

Und wir werden auch dieser Gesetzesänderung natürlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL, SPÖ, GRÜNE und des Abg. Gerhard Steier)*

Dritter Präsident Rudolf Strommer: Danke. Als Nächstes erteile ich dem Herrn Klubobmann Gézar Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Herzlichen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Eingangs, anschließend an Kollegen Hutter, zum Heilvorkommen- und Kurortegesetz wurde das Wesentliche gesagt. Es ist lediglich die Aufhebung einer Bestimmung, die sich ohnehin an anderer Stelle im Gesetz findet, die uns heute beschäftigt.

Was das Anliegen der beiden Kurgemeinden im Zusammenhang mit der Ermäßigung für die Sozialversicherungsträger angeht ist mit den Koalitionspartnern bereits mündlich vereinbart, dass wir uns diese Sache nicht nur näher anschauen werden, sondern dass wir das auch im Zuge einer Novelle dann noch behandeln werden.

Wir wollten dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht tun, weil es doch ein größerer Aufwand wäre und das die Beschlussfassung der heutigen Änderung verzögert hätte.

Meine Damen und Herren, zum Tourismusgesetz unter Rot-Blau und dem Ressortverantwortlichen Landesrat MMag. Alexander Petschnig verzeichnet der Tourismus Jahr für Jahr Rekorde, Jahr für Jahr Nächtigungsrekorde, Jahr für Jahr Umsatzrekorde, Jahr für Jahr Wertschöpfungsrekorde.

Der Tourismus im Burgenland erlebt seit 2015 einen Höhenflug. Das sage ich Euch am Beginn und bevor die Schlechtmacher ans Rednerpult schreiten, und ist als unverrückbare Tatsache festgehalten.

Die Gründe, meine Damen und Herren, dafür sind sicherlich mannigfaltig. Ein Grund ist aber sicherlich auch die Änderung des Tourismusgesetzes 2014, die wir mit den Stimmen von Rot-Blau im Dezember 2015 beschlossen haben. Was haben wir damals gemacht?

Wir haben eine Reform der Tourismusträgerorganisationen herbeigeführt und zwar dadurch, dass wir eigene Tourismusverbände nur mehr ab einer Zahl von mindestens 50.000 Nächtigungen pro Jahr für zulässig erklärt haben.

Den Hintergrund hat mein Vorredner bereits beschrieben.

Bei kleineren Tourismusverbänden wurden derart hohe Mittel für Personalkosten gebunden, dass umgekehrt nur mehr ein relativ geringer Spielraum für die Erfüllung der eigentlichen Aufgaben nach dem Gesetz und der Sache nach übrigblieb.

Meine Damen und Herren, ich glaube heute besteht kein Zweifel mehr daran, dass diese damalige Entscheidung zur Änderung des Gesetzes richtig war. Zumindest gibt uns die Entwicklung der wesentlichen Kennzahlen Recht.

Einen Fall, und damit zur aktuellen Novelle, den wir damals nicht geregelt haben, ist der Fall, wenn ein Verband nach seiner Errichtung wieder unter diese erforderliche Mindestzahl von 50.000 Nächtigungen pro Jahr abfällt.

Das kann zwischendurch oder in einzelnen Jahren passieren, aber natürlich auch über einen längeren Zeitraum hinweg.

Und genau diesen Fall regeln wir jetzt und zwar dahingehend, dass ein Tourismusverband der in drei hintereinanderfolgenden Jahren die 50.000 Nächtigungen nicht erreicht, ex lege einem angrenzenden Tourismusverband anzuschließen ist.

Dazu gibt es ein Prozedere, dass man im Gesetz nachlesen kann und wird im südlichen Burgenland wahrscheinlich schon bald auf die Probe gestellt. Dass dieser Fall jetzt gesetzlich geregelt wird, das ist einfach nur logisch.

Meine Damen und Herren, die zweite wesentliche Änderung die wir durch die Novelle verwirklichen betrifft die Ortstaxe und zwar auf Grund folgender Problemstellung:

Reist ein Gast zum Beispiel am Freitag an und am Sonntag wieder ab, dann kann der Beherberger nach aktueller Rechtslage bei einer Überprüfung, die etwa am Samstag stattfindet, argumentieren, dass die Eintragung des Gastes in die hauseigene Dokumentation innerhalb der 72 Stunden bis zur erforderlichen Meldung vorgenommen werden kann und der Gast aus diesem Grund eben noch nicht eingetragen wurde.

Findet in diesen 72 Stunden keine Überprüfung statt, also weder am Freitag noch am Samstag, noch am Sonntag, dann kann nach Abreise des Gastes und bei fehlender Dokumentation kein Fehlverhalten mehr nachgewiesen werden.

Das heißt, es hat den Gast sozusagen nie gegeben. Dementsprechend kann man auch die Ortstaxe nicht ordnungsgemäß festsetzen, einheben, beziehungsweise abführen lassen.

Wir schaffen jetzt die gesetzliche Verpflichtung, dass Gäste bereits am Tag der Anreise in die Dokumentation aufzunehmen sind. Wir sind hier strenger als das Meldegesetz, womit wir auch die faktische Grundlage für eine entsprechende Überprüfung und Festsetzung der Ortstaxe schaffen.

Weil das im Rahmen der tatsächlichen Berichtigung des Kollegen Mag. Steiner schon Thema war, die ÖVP hatte mit ihrem Einwand in der Ausschusssitzung teilweise Recht.

Da geht es, glaube ich, um den dritten Absatz im Vorblatt der Vorlage, dass dieser Absatz nicht wirklich ein gelungener deutscher Satz ist, das sage ich ganz offen, ist unbestritten.

Andererseits, und das haben wir geprüft über das Büro des Landesrates, hat dieser Satz auch keinen Einfluss auf die Rechtslage, die sowohl im Gesetzestext als auch in den eigentlichen Erläuterungen korrekt, und im Sinne dessen was gewollt war, ausformuliert ist.

Im Übrigen zählen ja auch Protokolle zu den parlamentarischen Materialien, deswegen werden wir auch keinen Abänderungsantrag einbringen.

Meine Damen und Herren, die dritte wesentliche Änderung bei dieser Novelle steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Ortstaxe und ist eher einer noch jüngeren Entwicklung geschuldet.

Die Vermittlung von Privatunterkünften über das Internet, RBNB, beispielsweise, etwa auch der eigenen Privatwohnung findet mehr und mehr Anwendung. Die betreffenden Dienstanbieter waren im Gesetz bisher ausdrücklich nicht genannt, was wir hiermit ändern.

Ich glaube als erstes Bundesland. In anderen Bundesländern wird noch diskutiert. Für die Zukunft ist also zumindest im Burgenland klar, dass auch solche Dienstanbieter die Ortstaxe einheben und abführen müssen und damit auch nicht anderes behandelt werden als andere Hotels und Pensionen, die unter dieser neueren Konkurrenz ohnehin zu leiden haben.

Meine Damen und Herren, alles in allem einmal mehr eine sinnvolle Novelle eines wichtigen Gesetzes, das Grundlage für eine weitere erfolgreiche Entwicklung des Tourismus im Burgenland ist.

Ich habe es zu Beginn gesagt, wir erleben seit 2015 einen Höhenflug. Jahr für Jahr Rekorde bei den Nächtigungen, beim Umsatz, bei den Umsätzen und bei der Wertschöpfung.

Es ist einfach so, auch wenn es gewisse Schlechtmacher nicht wahrhaben wollen.

Diesen Höhenflug wollen wir fortsetzen, diese Entwicklung wollen wir absichern mit Landesrat MMag. Alexander Petschnig und der Landesregierung, die tourismuspolitisch hier eine hervorragende Arbeit leistet. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritter Präsident Rudolf Strommer: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und täglich grüßt das Murmeltier, ein ziemlich cooler Film, mit dem Hauptdarsteller Bill Murray. Ich weiß nicht wer ihn kennt den Film, wo es darum geht, dass der Hauptdarsteller in eine Zeitschleife gerät und ein und denselben Tag immer wieder erlebt.

Und ein bisschen so ist es beim Tourismusgesetz, allerdings mit einem anderen Hauptdarsteller, mit dem Herrn Landesrat Alexander Petschnig an der Spitze. Weil zum

dritten Mal seit 2014, haben wir heute eine Novelle des Tourismusgesetzes hier im Landtag zur Diskussion.

Und ganz ehrlich, das zeigt schon, mit welcher "großen Sorgfalt" hier gearbeitet wird und was für Gedanken man sich über den Tourismus im Burgenland macht.

Das ist schon, glaube ich ziemlich einmalig, dass man ein ganz frisches, neues Gesetz, dass erst wenige Jahre alt ist zum dritten Mal novellieren muss, weil man eben immer draufkommt, man hat etwas vergessen, man hat etwas falsch gemacht.

Und das ist so ein bisschen auch Ausdruck der Tourismuspolitik dieser rot-blauen Landesregierung.

Dann höre ich so in den Gängen des Landhauses, dass da irgendwelche Menschen herumlaufen und sagen ja, das ist deswegen so, weil das war ja noch ein Gesetz, das die Landesrätin Resetar eingebracht hat und deswegen müssen wir das so oft novellieren.

Ganz ehrlich, das ist eine sehr flache Argumentation, das kann man vielleicht noch bei der ersten Novelle sagen, auch wenn es nicht gestimmt hat, aber bei der zweiten und dritten Novelle? *(Abg. Mag. Michaela Resetar zu Landesrat MMag. Alexander Petschnig: Dein Büro.)*

Vielleicht wäre das auch ein kleiner Tipp an die Mitarbeiterinnen und Mtarbeiter im Büro des Herrn Landesrates, dass das eine Argumentation ist, die wirklich unter jeder Kritik ist.

Aber gut. Ich wollte das nur auch anbringen und das auch einmal gesagt haben.

Sie haben Ihr Ziel, das Sie ja gemeinsam als rot-blaue Landesregierung offensichtlich haben, nämlich die Tourismusverbände zu zerstören, nicht erreicht. Weil nämlich die örtlichen Tourismusverantwortlichen schlau genug waren sich zusammenzuschließen und diesem Gesetz, und das was eigentlich zwischen den Zeilen steht, Parole zu bieten.

Nämlich was Sie wollten war ganz einfach, und das ist ja für jeden ganz klar, dass durch diese großen Hürden, die Sie für Tourismusverbände aufgebaut haben, möglichst viele Gemeinden gar nicht mehr Mitglieder des Tourismusverbandes sein können.

Damit das Geld, das in den Orten, in den Gemeinden, in den Städten durch Tourismusabgaben entsteht, eben direkt in das Land beziehungsweise in den Landestourismus fließen sollte. Das ist Ihnen Gott sei Dank nicht gelungen.

Es ist Ihnen aber auch vieles andere nicht gelungen in der Tourismuspolitik, leider muss man sagen.

Und wenn ich jetzt auf den Kollegen Molnár komme, der sich da herausstellt und Dinge behauptet, die fern jeder Realität sind, dann muss ich Ihnen schon sagen, wenn wir uns dieses Tourismusjahr 2018 anschauen, dann ist das in Wahrheit eine Bankrotterklärung dieser rot-blauen Landesregierung.

Weil wenn Sie mit jenen reden, die im Tourismus arbeiten, ich meine jetzt nicht diese Staatstouristiker, sondern wirklich Leute die vom Tourismus leben. *(Abg. Werner Friedl: Wie der Präsident Strommer! Zum Beispiel!)* Bitte? Das war eine wirklich unqualifizierte Aussage.

Wenn Sie wirklich mit diesen reden, dann merken Sie die echten Probleme, die bestehen und die sagen es ja auch ganz deutlich, dass es ganz einfach keine Strategie des Landes im Tourismus gibt.

Weil Sie ganz einfach säumig sind, weil Sie den Herrgott einen guten Mann sein lassen, passiert das halt. Manchmal habe ich wirklich den Eindruck, dass dieses Gremium der Landesregierung der teuerste Spa-Bereich Burgenlands ist. Weil diesen Eindruck hat man wirklich, dass da alles locker und lässig geht. Dass man sich nicht viele Sorgen zu machen braucht. Dass man die Probleme nicht erkennen will, dass man den Kopf in den Sand steckt und sagt, ich sehe nichts, ich höre nichts und deswegen gibt es auch keine Probleme.

Aber in Wirklichkeit, und da möchte ich von diesem Spaß ein bisschen wegkommen, ist die Situation doch eine Ernste. Weil hier auch Jobs dran hängen, weil hier Menschen betroffen sind, weil es auch um Existenzen geht.

Ich frage mich immer, Herr Landesrat, ob Ihnen nicht ein bisschen angst und bange wird, wenn Sie die Zahlen sehen. Ich frage mich immer, kann das wirklich sein, dass ein Verantwortlicher in der Landesregierung, oder überhaupt die ganze Landesregierung sagt, naja ist eh super! Dann den Herrn Molnár herausschickt, wider besseres Wissens behauptet, wir haben einen Tourismusrekord im Jahr 2018. Wird Ihnen da nicht ein bisschen ungut in Ihrem Befinden?

Das kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, so wie ich Sie kenne in anderen Fragen, denke ich mir, das kann doch nicht so sein, dass Ihnen das alles gleich ist. Ich zeige Ihnen jetzt und dem Kollegen Molnár insbesondere die Wirklichkeit und die ungetrübte und ungeschminkte Wahrheit. Wenn wir uns nämlich die Tourismusstatistik 2018 anschauen, *(Der Abgeordnete zeigt eine Statistik.)* dann sehen Sie hier, Herr Landesrat, wie die Wahrheit wirklich ist.

Dieser rote Balken der im Minus von 1,3 Prozent liegt, das ist das Burgenland im grünen, das sind die anderen Bundesländer, was die Nächtigungszahlen betrifft. Vom Jänner bis August 2018. Jetzt schütteln Sie den Kopf und sagen das stimmt nicht, das ist die berichtigte Statistik. *(Abg. Christian Illedits: Das ist Ihre eigene Statistik!)* Da sind die 50.000 hineingeschummelten Übernächtigungen aus Pinkafeld natürlich herausgerechnet.

Selbst wenn ich diese 50.000 Schummelnächtigungen hineinrechne, liegen wir da bei 0, irgendwas Prozent. Also weit hinter allen anderen Bundesländern und da frage ich mich schon, wenn Sie das sehen, dass wir in Wahrheit im Minus sind, oder getürkt ein bisschen im Plus sind, und alle anderen bei mindestens zwei Prozent liegen, die Besten bei fünf Prozent, dass Ihnen da nicht irgendetwas einfällt, dass Sie nicht sagen, ja da haben wir einfach nicht richtig gearbeitet, da sind wir säumig! Da müssen wir uns etwas überlegen! Das verstehe ich wirklich nicht.

Jetzt komme ich natürlich zu dieser Statistik und zur Frage Pinkafeld. Ich meine, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich war einigermaßen erschüttert als ich das im Kurier gelesen habe, das da tatsächlich in Pinkafeld 50.000 Nächtigung von Schülerinnen und Schülern eigentlich ganz einfach in die Touristikstatistik hineingerechnet wurden.

Ich meine 50.000 Nächtigungen, das ist ja nicht nichts. Gut. Dann habe ich mir gedacht, na wenn das so ist, ist das eigentlich cool für Eisenstadt, weil wenn ich diese Nächtigungen, die in Pinkafeld gezählt werden, auch bei uns zähle, dann sind wir nach Bad Tatzmannsdorf und nach Podersdorf die drittstärkste Nächtigungsgemeinde im Burgenland.

Wäre ja schön das zu behaupten, nur es ist halt nicht so. Was aber interessant ist, dass dieser Verein "Step Gästehäuser" - ich habe ja gar nicht gewusst, muß ich ehrlich sagen, wie das genau funktioniert, aber ich habe dann gesehen, dass der Kollege Maczek dort der Präsident ist, zufällig ist er auch Bürgermeister von Pinkafeld.

Also da kann man sich seinen Reim schon darauf machen. Witzig ist es, nein, eigentlich traurig ist es, dass diese „Step Gästehäuser“ in Pinkafeld bestehen, in Oberwart gibt es eines und auch in Eisenstadt gibt es eines. Und dann schaut man sich an, wie wird das gehandhabt in den einzelnen Städten?

Jetzt sind wir draufgekommen, in Pinkafeld wird geschummelt, wird gemogelt, da werden 50.000 Nächtigungen, die nicht in die Tourismusstatistik hineindürfen, einfach hineingerechnet. So. Dann frage ich den Kollegen aus Oberwart, der sagt nein, bei ihm wird alles korrekt gemeldet.

Gut. Dann habe ich mir gedacht naja in Eisenstadt haben wir ja auch so ein Gästehaus. Habe ich natürlich recherchiert und geschaut was da eigentlich los ist. Wissen Sie eigentlich wie viele Nächtigungen das „Step Gästehaus“ in Eisenstadt gemeldet hat? Null. Keine einzige Nächtigung. Das „Step Gästehaus“ in Eisenstadt hat ausgenommen von Schülern keine einzige Nächtigung verzeichnet. Wir recherchieren das gerade. Der Verantwortliche in Eisenstadt war ziemlich geknickt und hat eh schon zugegeben, dass das auch falsch war.

Nur das Problem ist im Übrigen, wir werden zwar die Tourismusabgabe nachverrechnen können, aber die Statistik werden wir nachträglich natürlich nicht mehr ändern. Interessant ist, wenn ich mich dann so ein bisschen durchgoogle durch die Internetwelt kommt man dann auf eine Seite von der Vokal.Sommer.Akademie.

Das ist eine super Veranstaltung in Eisenstadt, wo der Jonny Pinter wirklich eine tolle Veranstaltung mit ein paar hundert Leuten macht, die nach Eisenstadt kommen und ausgebildet werden im Singen und natürlich verschiedene Wohnmöglichkeiten haben. Dann lese ich, da drinnen: Liebe Freunde, es gibt eine neue Quartiermöglichkeit, neu und sehr günstig, das „Step-Gästehaus“ Eisenstadt, Gölbeszeile 10-12. Geboten werden freundliche und zweckmäßige Einzelzimmer oder Doppelzimmer, Preis - da muss man eh darüber reden wie das ist mit der Konkurrenzierung von solchen öffentlichen, landeseigenen Einrichtungen zu wirklichen Hotels, die davon leben müssen, 21,50 Euro für das Einzelzimmer und 18,50 Euro für das Doppelzimmer, Ortstaxe inkludiert.

Jetzt gehen die her, in diesem „Step-Gästehaus“, verlangen von den Leuten eine Ortstaxe und führen diese nicht ab. Also ich muss ehrlich sagen, dass ist eine Sache, die wir uns noch ganz genau anschauen werden. Da werden wir schauen, wer Verantwortung trägt. Wer da vielleicht diese Anweisungen gegeben hat so vorzugehen.

In Pinkafeld zu schummeln, in Oberwart korrekt vorzugehen, in Eisenstadt gar nichts zu melden. Ich sage Ihnen, das ist eine wirklich unmoralische Politik, zumindest eine unmoralische Politik, wenn nicht eine rechtswidrige Politik. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich meine, dass wir dieser Änderung des Tourismusgesetzes auch zustimmen, ist ja ganz klar, denn Sie haben eigentlich auf allen Linien versagt mit dieser rot-blauen Zerstörungspolitik im Tourismus. Die Zahlen sind Ihnen klar, die Zahlen liegen auf dem Tisch. Da braucht man nicht hin. Da kann sich der Molnár noch 1.000 Mal herstellen und sagen, das ist eine unverrückbare Tatsache. In Ihrer Scheinwelt ja, aber *(Abg. Géza Molnár: Wie schauen Deine Zahlen in Eisenstadt aus? Hast Du Dir die schon angeschaut?)* in der echten Welt ist es anders.

In Eisenstadt, Kollege Molnár, können Sie sich mit mir gemeinsam freuen, dass wir trotz dessen, dass dieses landeseigene Institut „Step-Gästehaus“ Eisenstadt seit drei Jahren illegalerweise keine Nächtigung meldet, ein Plus verzeichnet hat im heurigen Jahr, ein echtes Plus, ohne dass man Schüler und Studenten hineingerechnet hat, ein echtes Plus. Wir sind dahinter, dass wir das ordentlich machen und wir werden das

recherchieren. Da möchte ich schon wissen, wer die Verantwortung trägt, nur so nebenbei gesagt, Herr Kollege Molnár.

Ich sage Ihnen eines, wir werden da dran bleiben, weil das kann es nicht sein, dass man ganz einfach, nur weil es der rot-blauen Regierung passt, irgendwelche Zahlen türkt und hineinschummelt und sagt wir sind eh super.

Obwohl es selbst mit den getürkten Zahlen ein äußerst bescheidenes Ergebnis gewesen wäre. Also dem Tourismusgesetz, dieser Novelle, stimmen wir natürlich nicht zu. Dem anderen Gesetz, zu dem wir nicht reden, zum Heilvorkommen- und Kurortegesetz werden wir zustimmen, weil es ja nur eine formale Sache ist. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächster hat sich Herr Landtagspräsident Christian Illedits zu Wort gemeldet. Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, kurz auf das, was der Herr Abgeordneter Steiner an uns weitergegeben hat. Zum einen, Feststellung, glauben wir dieser Statistik, die Du selber erstellst oder fälscht? Das war die Erkenntnis. Sie haben eine eigene Statistik gemacht und gesagt, das ist die richtige. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du hast die Geschummelten rausgerechnet!)*

Also jetzt kurz, ja Sie nehmen immer diese Wort mit "schummeln" und… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na Entschuldigung, Herr Abgeordneter, was ist das, wenn man falsch meldet? Ist das korrekt? Was ist das?)* Ich habe nur wiederholt, was Sie immer sagen. Sie sagen immer "schummeln“ und so. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na ist es ja auch!)* Ich habe nur kurz sagen wollen, dass Sie das immer sagen. Aber ich wollte nur darauf hinweisen, dass es eigentlich, wenn es um diese Gästehäuser geht, oder generell, dann schauen Sie sich bitte, und ich habe mir das angeschaut in ganz Österreich, wie eigentlich die Meldepflicht ist bei solchen Möglichkeiten, die man Menschen gibt in Ferienzeiten.

Solche Häuser, ob es „Step Gästehäuser“ sind oder wie die auch immer heißen, bieten und diese dann mit einer Ortstaxe belegt und somit eigentlich… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Herr Abgeordneter, es wurden Schüler gemeldet, die nicht darunter fallen! Das ist das Problem! Schüler wurden gemeldet! 50.000 Schüler! Da habe ich ja 300.000 Nächtigungen! – Abg. Ingrid Salamon: Kann er nicht einmal reden ohne dass sich jemand dazwischen meldet? Dann läute einmal mit der Glocke!)* Ich habe ja noch gar nichts gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Naja, Sie versuchen zu verteidigen…!)* Ich habe nicht gewusst, dass Sie schon wissen, was ich sage. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht schwer zu erraten!)* Ach so, Sie wissen schon, was ich sagen will.

Herr Kollege Steiner, ich wollte nur damit sagen, dass diese Vorgehensweise, Sie haben sie ja kritisiert eigentlich aus Eisenstadt, die Einmeldepflicht nicht korrekt gemacht ist, sonst hätten Sie dort in den richtig gemeldeten Segmenten mehr Nächtigungen. Das ist ja okay, schauen Sie sich das an, ist ja richtig.

Ich spreche nicht von Schülern, ich spreche einfach von der Nutzung von Gästehäusern, oder wie sie auch immer heißen, dass dies ein aprobates Mittel ist und das auch angewendet wird, weil das natürlich eine ganz andere Jahresnutzung hat, als wenn ich sage, ich nehme es nur dann, wenn nur Schüler sind, sondern ich nehme es ganzjährlich.

Für andere, für Ferienaufenthalte, zu Lernzwecken, zu Ausbildungszwecken, et cetera. Das ist ja auch die Möglichkeit, die man auch hier ins Auge fassen muss. Aber was Sie hier dann noch weitersagen ist, dass Sie unterstellen, dass jemand bewusst

etwas tut. Wenn hier eine Anfrage gestellt wird, jetzt in diesem Fall aus Pinkafeld an die Statistik Austria, ob eben genau das in die Statistik hineingenommen werden muss und die Antwort ist ja, dann können Sie jetzt denen, die das gemacht haben, nicht unterstellen, dass sie es gemacht haben, weil es irgendwer, und das haben Sie auch mitklingen lassen, aus der rot-blauen Landesregierung angeschafft hat. Das ist einfach nicht richtig, was Sie hier weitergegeben haben, sondern es war eine klare Anfrage.

Sollen, müssen wir das tun, um die Statistik richtig darzustellen? Antwort ist gekommen per Mail - haben Sie genauso wie ich in der Hand - JA. Also so ist das gemacht worden. Jetzt können Sie nicht jemanden unterstellen, dass das bewusst eben verfälscht wird. Das noch einmal zur Klarstellung.

Das meine ich mit dem Begriff wie Sie immer sagen "schummeln". Also schummeln ist einfach das falsche Wort und implementiert etwas ganz anderes. Aber ich möchte eigentlich - was ich jetzt in Ihrer Rede vermisst habe - eigentlich sagen. Was haben Sie jetzt zum Tourismus tatsächlich gesagt?

Außer nichts? Sie haben nichts gesagt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben nicht zugehört!)* Sie haben weder die Leistungen derer, die Sie jeden Tag für den Tourismus… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habe ich erwähnt!)* Das sind nicht die Touristiker, das sind die Betriebe. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das habe ich erwähnt!)* Sie haben gesagt Staatsbetriebe… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben nicht zugehört!)* Haben Sie gesagt, Sie haben das verwechselt eigentlich mit Staatskünstlern oder was. Sie nehmen Worte in den Mund, mit denen keiner etwas anfangen kann und damit sagen Sie, es gibt Leute hier, die einfach gut und ehrlich arbeiten und anderes tun, was Sie als nicht ehrlich empfinden.

Ich möchte mich nur bedanken. Weil die touristischen Erfolge und alle statistischen Zahlen kommen von denen, die tagtäglich hart für den Tourismus arbeiten und denen muss man danke sagen. Die sind dafür verantwortlich, dass wir eine gute Tourismusstatistik aufweisen und das muss auch hier gesagt werden, *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* dass diese Touristiker auch im Vergleich und natürlich kann man alles vergleichen.

Nur jeder Vergleich und es gibt ja Vergleiche die hinken. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der hinkt stark! Da schau her einmal! Der Abgeordnete zeigt eine Statistik.)* Ich kenne das auch, außer das rote, das andere stimmt ja eh, aber ich wollte nur sagen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen sollte. Weil eines, Sie tun ja niemandem einen Gefallen, wenn Sie sich da hinaufstellen und Sie haben gesagt, eigentlich ist alles schlecht.

Also ich glaube, wenn man die Tourismusgesinnung positiv darstellen muss, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben mir nur mit einem Ohr zugehört!)* dann muss man auch einfach sagen, die Leute die arbeiten, arbeiten gut. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gott sei Dank!)* Die Rahmenbedingungen sind einfach immer wieder zu evaluieren.

Aber der Kollege Fazekas hat zu einem anderen Gesetz heute einen Satz gesagt. Den sage ich Ihnen jetzt. Zum Jugendschutzgesetz hat er gesagt: Ein Gesetz ist kein Allheilmittel. Das sage ich Ihnen jetzt auch zum Tourismusgesetz. Das ist ein Rahmen, aber die, die arbeiten, sind das Entscheidende. Ein Gesetz, das Sie ständig kritisieren, und ich habe das nicht gehört, dass irgendjemand gesagt hätte, dass ist das, was die Frau Landesrätin Resetar einmal gemacht hat.

Die Evaluierung. Wir waren halt auch alle dabei. Sie sind sogar neben mir gesessen als Tourismusvorstand. Herr Kollege Steiner, Strommer ist auch gesessen. Wir

haben gemeinsam auch irgendwo Verantwortung übernommen, definitiv für den Tourismus.

Also Sie können jetzt nicht sagen, wir waren nirgends dabei. Wir sind halt nochmals dabei, Ihr nicht mehr. Aber man muss ja eigentlich wirklich das Ganze versuchen in diese Richtung zu lenken, wo es wirklich hapert. Dies ist, glaube ich, unsere gemeinsame Aufgabe. Wenn Sie sich jetzt auf das konzentrieren, dass Sie sagen, okay, da will ich einhaken, ist es wirklich Ihr legitimes Recht, aber gemeinsam nachzudenken, wo kann man gemeinsam besser werden? Kollege Hutter hat das gesagt, wo sind eben Notwendigkeiten da, Rahmenbedingungen eben auch zu finden, und das ist nicht nur im Gesetz zu finden, da muss man immer nachschärfen. Oder zusammenschlagen, haben Sie gesagt, von kleinen Einheiten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war der Wille! Aber das ist Gott sei Dank nicht gelungen!)*

Ich wüsste nicht, der erste „Zusammenschlagungsstaat“, wenn Sie so wollen, ist unter der Landesrätin Resetar dann erfolgt. Weil da haben wir schon andere Einheiten gemacht und dann hätten wir nachher noch weiter zusammen geschlagen.

Wenn sie wirklich die Benchmarks in Österreich bei den größten der Tourismusfelder vergleichen, dorthin müssen wir uns orientieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist schwierig!)* Das können sich auch Statistiker hernehmen. Das ist dass, was Sie vergleichen, Äpfel mit Birnen. Dann sage ich Ihnen, da sind wir noch nicht am Ende des Weges und am Ziel angelangt. Wir müssen größere Einheiten machen, dass wir mehr Geld… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja eine gefährliche Drohung!)* Das war immer die Devise, auch im Tourismusvorstand, wo sie gesessen sind, das Geld aus dem Tourismus in den Tourismus. Das war immer die Devise. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Sie sollen das Geld aus dem Tourismus in das Land! Und das ist der falsche Weg!)*

Es passiert genau deshalb, und das kann man nur machen, wenn man größere Einheiten hat, wenn man gemeinsame Außenauftritte hat, wenn man die Dachmarke Burgenland nach außen vertritt, wenn der Burgenland Tourismus praktisch ein großes Marketingbudget hat, damit man auch mithalten kann mit diesen großen Tourismusdestinationen. Das muss unser Ziel sein.

Da geht es nicht darum, irgendetwas zu zerschlagen, sondern um eigentlich die Tourismusgesinnung, das ist wichtig, und das kann man nur, wenn man positiv darüber redet. In den kleinen Gemeinden, in den Kommunen, in den Städten, in der Landeshauptstadt, auch immer versucht, zu stärken und aufzubauen.

Das kann man nur mit positiven Aspekten tun. Ich sage Ihnen eines, ich bin sehr froh, wenn wir gemeinsam einen Erfolg haben, der sich nach außen hin, auch für die Zukunft, nämlich in der EU-Förderung der nächsten Förderperiode auswirkt. Der Tourismus hat einen wesentlichen Beitrag geleistet und somit alle Touristiker. Ich sage einmal alle, die irgendwo Verantwortung übernommen haben, egal wo, politisch oder in anderen Funktionen, dass wir uns so gut entwickelt haben, dass wir jetzt über 91 Prozent Durchschnitts-BIP vorweisen können.

Seit 1995 haben wir gestartet mit 68 Prozent, der Tourismus ist doch ein wichtiger Beitragsbringer zu diesem Erfolg. Na klar, dort arbeiten Menschen. Und jetzt komme ich auf diese Menschen, die dort arbeiten. Sie haben irgendwann einmal gesagt, okay, Sie müssen sich um die Tourismusbeschäftigten, Lehrlinge, et cetera kümmern. Da haben Sie jetzt nichts gesagt. Ganz wichtig, wie bringen wir Leute in Beschäftigung in den Tourismus?

Wir haben viel, und ich sage Ihnen eines, weil Sie immer sagen, ja wir sind halt die, die sind halt jene, typisches politisches Spiel, der Bundesregierung. 30.000 Menschen in der Arbeitslosenstatistik in Österreich sind im Tourismus arbeitslos.

Wir brauchen jeden, aber 30.000 sind arbeitslos. Auch im Burgenland 1.300. Das heißt, wir müssen schauen, dass wir diese Tourismusgesinnung, die Attraktivität des Berufes auch in Einklang bringen und schauen, dass wir uns dort verbessern, weil das ist mit wichtig, dass wir auch den Tourismus auf diese Art und Weise stärken.

Ich glaube, dass wir, auch mit dem Mitteleinsatz in der Vergangenheit geleistet haben, wo wir die Möglichkeit haben, Infrastruktur zu errichten. Ich wünsche mir noch, und Sie wahrscheinlich auch, Herr Bürgermeister Steiner, in Eisenstadt noch ein Hotel. Weil wir brauchen zum Beispiel noch mehr Hotels. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es kommen jetzt eh zwei!)* Ja, ich sage nur, ich weiß eh alles, ich lese Zeitungen, dass sie dran sind. Das ist zum Beispiel wichtig, was uns fehlt.

Das sind die Punkte, wo wir gemeinsam hinarbeiten müssen, nicht nur jetzt irgendwo herausnehmen, irgendein Beispiel, welches Sie jetzt irgendwo politisch stört und sagen, jetzt ist alles schlecht im Burgenland Tourismus. Also da, glaube ich, sind Sie falsch unterwegs! Ich würde mir wünschen, dass wir auch das zur Kenntnis nehmen, so wie es ist. Wenn wir das Verhältnis jetzt darstellen, nur zur Statistik - ein letzter Satz noch:

Wenn man das vergleicht, Burgenland, Niederösterreich, die Größen und auch die Möglichkeiten, dann wissen wir, wenn wir diese Benchmarks, und die gibt es auch berechtigt, und jetzt sage ich halt auch Statistik, weil Sie auch eine gesagt haben, dann sind wir eigentlich vor Nieder- und Oberösterreich in dieser… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was sind wir? Entschuldigung?)*

Ich habe vorher gesagt, wenn man die Größe der Einwohnerzahl, die Fläche, da gibt es auch eine Statistik, dann sind wir in dieser vor Nieder- und Oberösterreich in der touristischen Entwicklung. Also auch diese Statistik gibt es. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Okay!)* Sie haben auch eine gesagt, jetzt sage ich Ihnen auch eine. Also damit es so ist.

Aber wichtig ist, das stimmt, Sie können das auch nachlesen, Sie werden es finden, ich habe es ja auch gefunden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wahrscheinlich ist Tschanigraben die Top-Tourismusgemeinde, weil sie so klein sind und weil fünf Touristen dort sind! Das kann sein!)* Sie können oder wollen nicht, Sie nehmen es nicht ernst. Lassen wir es dabei. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das kann man nicht ernst nehmen! Tut mir leid. Ich nehme normal schon vieles ernst was Sie sagen, aber das nicht!)* Soll ich Ihre Statistik ernst nehmen, Herr Kollege Steiner? Bei Gott nicht.

Also wirklich nicht. Gut, aber ich unterscheide sehr wohl, dass man das Ganze nicht ins Lächerliche zieht.

Wichtig ist, dass wir, und das sind auch die Zahlen, schau, da können Sie jetzt sagen, schlecht oder nicht, dass wir vieles verbessert haben und vieles noch anbieten können. Wenn wir jetzt August-Zahlen haben, wo wir in etwa 0,4 ein bisschen ein Plus haben, nicht viel, dann entwickeln wir uns ganz sicher mit diesen Aktivitäten, die jetzt kommen, vom „Martiniloben“ bis „Alles Gans“ und was noch jetzt alles bis Weihnachten kommt.

Zum Jahresende werden wir wieder ein Plus hinten anhaben. Wir müssen uns halt auch einem Wettbewerb stellen. Alle anderen auch, das gebe ich natürlich zu. Aber es ist für uns ein bisschen schwieriger als für andere Destinationen, auch hier genauso zu reüssieren im internationalen Wettbewerb.

Dass natürlich Krisen bei unserer positiven Entwicklung auch in ganz Österreich mitgespielt haben in der Statistik und dieser Rekord 2017 ist ja schon angezogen worden, dass wir das annähernd erreichen, dürfte man auch schon ein wenig als Erfolg verkaufen, also erwähnen.

Dieses große Plus jedes Jahr zu haben, das wird es nicht spielen, die Michaela Resetar weiß das, solche Schwankungen haben wir immer gehabt und wir haben Ausreißer gehabt, große Plus und dann eben nicht.

Aber wir sind eben auch von anderen Einflüssen abhängig. Wenn ich heutzutage mit 20 Euro mich ins Flugzeug setzen kann und irgendwo in eine europäische Hauptstadt fliegen kann, dann weiß ich, dass das eine Konkurrenz ist, wo man sagen muss, okay, wie kannst du das toppen?

Wir können es nur toppen und nur bestehen mit Qualität. Und das haben wir, mit der Regionalität und mit der Qualität unseres Angebotes. Das ist unser Asset. Nur die Qualität kann uns hier helfen und deshalb haben wir auch den meisten Zuspruch zum Beispiel im 4- bis 5-Sterne-Bereich. Dort haben wir es, ein bisschen weiter darunter auch noch, aber wir müssen vielleicht noch mehr etwas für Low-Budget tun.

Das heißt, was können wir noch tun? Deshalb müssen wir nachdenken, wie können wir diese jungen Menschen, die zweifelsohne die Kunden der Zukunft sind, hier noch verstärkt ins Burgenland holen?

Und wenn es nur zwei oder drei Monate sind, aber die sind ja die zukünftigen Kunden, wenn sie erwachsen sind, wenn sie Sprachferien und was weiß ich, ins Burgenland kommen. Ich glaube, das muss unser Ziel sein, unser gemeinsames, und auch der zweite und letzte Aspekt, den ich bringen will, die Ausbildung.

Wir müssen das Ausbildungssystem verbessern, aber das auch nur gemeinsam. Da ist der eine Teil der schulische, der andere der praktische. Das heißt, natürlich ist die Wirtschaft klarerweise auch gefordert. Man muss schon Beispiele nehmen. Jahrelang hat man einfach nur gesagt, werden wir schon irgendjemand haben, aus Ungarn, nur irgendwann gehen uns die anscheinend auch aus. *(Abg. Ingrid Salamon: Die sind nicht mehr so billig!)* Oder wandern in den Westen ab, weil sie dort auf Saison gehen können.

Man muss schon selber nachdenken. Das ist das, was ich auch jetzt für Verantwortliche, jetzt wirtschaftliche Verantwortliche, und ich habe auch Diskussionen mit der österreichischen Hoteliervereinigung, auch die erkennen, das auch sie ein bisschen nachlässig waren in der Vergangenheit, weil es zu leicht gegangen ist.

Das Personal war immer da und genauso das Beispiel bei den Facharbeitern. Auf einmal kommt man drauf, man hat zu wenig, aber keiner sagt, dass man in der Vergangenheit eigentlich zu wenig gemacht hat, damit man welche hat.

Also nur die Feststellung, dass man zu wenig hat, ist ein bisschen zu wenig. So ist es auch hier. Also gemeinsam anstrengen, eben um Unternehmen zu entwickeln. Ich sage Ihnen auch, der Burgenland Tourismus und auch natürlich die Tourismuspolitik im Land tut etwas. Wir haben die Tourismusstrategie 2022+. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na was ist passiert? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau!)*

Na, da gibt es Inhalte, welche wir früher auch schon gehabt haben. Frau Landesrätin außer Dienst, Strategien haben wir schon gehabt, solche Bücher, ich habe die noch irgendwo liegen. Was ist passiert? Das kann man nachher nachvollziehen. Was ist passiert? Aber jetzt eine Strategie, die man sich nimmt, und dann in die Umsetzung bringt, die 2022+ heißt, man hat sie auf den Weg gebracht.

Aber ich glaube, dort sind Schwerpunkte definiert, die zweifelsohne auch für das Burgenland für viele dann schlussendlich zum Erfolg führen können und Gewinner bringen können. Also würde ich da wirklich appellieren, gemeinsam positiv einzuwirken, weil das Schlechtmachen des Tourismus bringt, glaube ich, niemanden etwas, das bringt uns nichts. Das bringt den Hoteliers nichts und macht einfach einen negativen Touch auch für unsere Gäste.

Also ich glaube, wir sollten uns hier auch in dieser Richtung orientieren und mit ein paar Beispielen, ich habe nur diesen Zweig der Arbeitskräfte angesprochen, wie viele wir haben und wie viele eigentlich auf Jobsuche sind.

Also wir sollten uns da zweifelsohne wirklich annehmen, und wir sollten auch, und das ist auch eine Aufgabe, die wir gemeinsam angehen müssen, wir bilden viele im Tourismus aus, in Tourismusschulen, aber wie viele bleiben tatsächlich dann dort?

25 Prozent bleiben im Tourismus, die in eine Tourismusschule gehen. Da muss man natürlich auch vielleicht nachdenken. Das ist so wie in anderen Berufen auch, berufsorientieren, früher beginnen und vielleicht auch gemeinsam mit positiven Meldungen den jungen Menschen den Job im Tourismus schmackhaft machen.

Die, die dort arbeiten, sagen es ist für sie nie ein Problem, ob er Montag oder Dienstag frei hat oder Samstag oder Sonntag. Das heißt, eine schlechte Image-Werbung hilft uns gar nichts. Also wir müssen schauen, dass wir hier auch diesem Beruf doch auch ein anderes Image geben und positiv darüber reden.

Ich glaube das würde uns gemeinsam helfen und so können wir auch schlussendlich, und da ist Regionalität schon hoch anzuschreiben, dass wir dieses Thema besetzen, die Wertschöpfung, die schlussendlich immer außer Acht gelassen wird, sondern nur einfach diese statistischen Nächtigungszahlen hergenommen werden.

Das ist schon ganz wichtig, wenn man auf Regionalität setzt. Eine hohe Wertschöpfung in den Regionen ist, glaube ich, auch wichtig, weil natürlich sehr viele Produzenten und sehr, sehr viele unter dem Motto "Made in Burgenland" davon profitieren. Das ist identitätsstiftend und auch arbeitsplatzsichernd und -schaffend.

Also, ich glaube diesem Gesetz zuzustimmen, ist heute wichtig und notwendig, weil wir auch hier wieder Nachschärfungen durchführen. Aber insgesamt möchte ich sagen, eine gemeinsame positive Stimmung und Grundhaltung und gemeinsame Initiativen zum Tourismus im Burgenland werden uns noch in Zukunft weiterhin Erfolge bringen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke, als Nächstes erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Darstellungen, die wir zum Schluss von den beiden Rednern gehört haben, bezogen auf statistische inhaltliche Darstellungen, sind einfach für jeden insofern nachzuvollziehen, ohne jetzt das parteipolitisch ausdiskutieren zu wollen, wie der Kollege Steiner geschildert hat, dass in drei oder in vier burgenländischen Städten oder Gemeinden unterschiedliche Handhabungen auf die gleiche Einrichtung stattfinden.

Ich glaube, das kann Niemanden Interesse erwecken, dass eine gleiche Betriebssituation unterschiedliche Handhabung auf die Auszahlung der Tourismusabgabe setzt. Dass man nachträglich in die Statistik das jetzt hinzufügt, weil es möglicherweise legitim ist, möglicherweise. Wobei ich höre, die Statistik nimmt alles was die Gemeinden

melden, also so ist das auch nicht in dem Sinne klar und deutlich, wenn man das nachträglich jetzt quasi subsummiert, um eine statistische Darstellung auf den Tourismusfaktor im Burgenland zu kennzeichnen.

Dann finde ich das einigermaßen von der optischen, bildlichen Darstellung her gravierend, das man bei allem, was man jetzt hinzurechnet oder wegrechnet, in Wirklichkeit auf die ersten neun Monate stagniert.

Wir sind, und da hat der Kollege Illedits jetzt darauf verwiesen, im Vorjahr begünstigt durch Umstände, die weltpolitischen Anspruch haben, im Sinne von Krisen, und anderen Gegebenheiten durchaus im Sommer recht stark gewachsen. Aber Tatsache ist, dass wir heuer das in der Form jetzt, Sie können sich darauf zurückziehen, wir erfüllen das, was wir im Vorjahr gewonnen haben, aber wir stagnieren, weil wir heuer nicht zulegen.

Der entscheidende Faktor ist auch in Ihrer Darstellung enthalten, den ich schon früher ein paar Mal angesprochen habe. Unser Problem ist in Richtung Kapazitäten. Wir werden in touristischer Hinsicht die Bemühung fortschreiten müssen, Leute auftreiben müssen, die quasi in die Hotellerie, in die Beherbergung investieren. Nur über den Umstand zusätzlicher Bettenkapazitäten wird es auch gelingen, eine touristische Steigerung zu erzielen.

Dass das im Einklang zu stehen hat mit regionalen Gegebenheiten, in einem bestimmten Auftrittszusammenhang, dass das auch ein Ebenbild in Richtung des Personals abbilden muss, ist eigentlich logisch.

Nur noch einmal, Ausgangspunkt der Diskussion um diese statistischen Erhebungen war zum Ersten diese Meldung, die erstmals über dieses "Step Gästehaus“ in Pinkafeld erfolgt ist.

Zum Zweiten der Kritikpunkt rührt in Richtung, dass es unterschiedliche Handhabungen auf die Auszahlung an die Gemeinden der Tourismusabgabe und der Fälligkeit gegeben hat.

Und zum Dritten möchte ich auf etwas verweisen, das Ihnen bekannt ist, weil der jetzige Tourismusdirektor hat ja vorher in Podersdorf gewerkt, wo es jetzt auch wieder eine Änderung in auf den sogenannten Direktorposten gegeben hat.

Aber eines werden Sie auch noch im Kopf haben, da hat es auch 2016 - glaube ich - eine ganz gravierende Änderung mit der Installierung oder mit dem Eintritt des Tourismusdirektors, damals war er es noch nicht, damals war er nur in Podersdorf, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber das hat gereicht.)* nämlich mit der Meldung auf die sogenannten Wohnwägen, die dauerhaft aufs Jahr bezogen, auf den einzelnen Wohnplätzen untergebracht sind, und diese waren vormals auch nicht in der Statistik enthalten und plötzlich sind sie in der Statistik eingeführt worden.

Damit haben wir auch einen Schub gehabt, der quasi eine Auswirkung auf die sogenannte touristische Attraktivität gehabt hat. Es macht wahrscheinlich niemanden etwas aus, der sich jährlich mit einer Neuerung in Richtung Statistik ein positives Bild verschafft, aber es macht aber dort etwas aus, wo das Verhältnis zur Statistik bei den einzelnen Betrieben nicht gewährleistet ist.

Dass wir in der Umsetzung auf die touristische Gesetzgebung jetzt die dritte Gesetzesänderung haben, wie es auch erwähnt worden ist, ist sicherlich nicht ein Zeichen jetzt - ich will das gar nicht auf Qualität oder etwas ummünzen -, sondern ist ein klares Zeichen im Sinne von restriktiver Handhabung.

Wir haben zwei Bereiche, die heute in dieser Gesetzesänderung enthalten sind. Das eine ist, wenn über drei Jahre hinweg die 50.000 Nächtigungen nicht erreicht werden, dann gibt es die Zusammenlegung. Das ist ein restriktiver Ansatz, der dem auch widerspricht, was woher vom Kollegen Steiner geschildert wurde, dass manches nicht gelungen ist.

Aber Tatsache ist, es gibt das Bestreben, nunmehr seit ungefähr fünf, sechs Jahren, den touristischen Anspruch quasi zu bündeln und damit einen Auftritt zu zelebrieren, der in einer gemeinsamen Aktion stattfindet, was ich durchaus positiv begrüße, weil jeder einzelne Tourismusverein wird nicht eine Art von öffentlicher Darstellung und Platzierung in dem Gesamtmarkt schaffen.

Dieser Markt ist etwas, was sich laufend verändert, dass auch in positiver Hinsicht zum Beispiel eine Investition jetzt im Burgenland nach sich zieht, wo es durch eine klare Gesprächsführung gelungen ist, das AVITA-Resort wieder mit 6,5 Millionen Euro auszubauen im Sinne auch einer Erweiterung auf Zukunft, somit den Kommanditisten *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Hohe Förderung.)* - die Förderung ist nicht gegangen, deswegen ist dieser Wege gewählt worden. Das ist mit Sicherheit auch ein Verdienst des Herrn Landesrates gewesen, der sich dafür eigentlich ohne viel herum eingesetzt hat.

Tatsache ist, wir haben auf der anderen Seite in restriktiver Hinsicht auf dieses Gesetz, das wir heute beschließen, die Inkassosituation - und die ist in der Verschärfung auch schon angesprochen worden. Wir lamentieren, der Rechnungshof hat das kritisiert, wir lamentieren schon über Jahre, dass es zwar Regularien gibt, dass es gesetzliche Auftragssituationen gibt, die aber in der Administration nicht das Resultat bringen, das eigentlich zustünde beziehungsweise angesprochen wird.

Daher ist es jetzt wieder eine Verschärfung der Situation im Sinne der Möglichkeiten, quasi diese touristischen Einheiten zu kontrollieren beziehungsweise sie aufzufordern, diese Abgaben auch zu leisten.

Was mir in diesem Zusammenhang immer wieder einfällt und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kennen das zur Genüge, wir erinnern uns an die sogenannte Getränkesteuer. Wer hat diese bezahlt? Das ist jetzt auch abgesetzt auf die Tourismusbetriebe. Der Kunde hat sie bezahlt.

Und wer hat sie einkassiert? Damals die Wirtschaft, sprich der Gasthausbetrieb oder ähnliche Einrichtungen.

Und wer hat sie nicht abgeführt an die Gemeinden, die Nutznießer gewesen wären? Nämlich den Betrag, den der Kunde bezahlt hat. Und das Gleiche passiert hier jetzt.

Wer bezahlt die Tourismusabgabe? Nicht der Betrieb. Wer hat im Sinne der neuen türkis-blauen Regierung als Erster profitiert von der Senkung von 13 Prozent auf zehn Prozent Steueraufkommen? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Als Erster haben die kleinen Einkommensbezieher profitiert.)*

Das ist jetzt eine sehr … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich will es nur sagen. Das war die erste Maßnahme.)* Ich nehme es zur Kenntnis, dann war es die zweite Maßnahme, aber gleichzeitig haben die Konsumentinnen und Konsumenten zum Beispiel bei den Kinokarten und Abgaben dort nicht profitiert, weil das hat man nämlich nicht gesenkt. Dort ist die 13-prozentige Besteuerung geblieben.

Tatsache ist aber - und darauf müssen wir verweisen -, dass in der touristischen Handhabung manches notwendig ist. Wir haben aber auch - und da sind Sie jetzt gefordert, Herr Landesrat - ein Problem beim Inkasso, und das werden Sie nicht ausmerzen, dass sich diejenigen Instanzen - sprich im Land die entsprechenden Einrichtungen und die Abteilung - nicht genügend ausgestattet fühlen, so dass quasi das Eintreiben und das Umsetzen dieser Forderungen nicht stattfindet.

Das war ja auch ein integrierender Bestandteil des Rechnungshofberichtes, wo er darauf verweist, es ist die Kapazität nicht vorhanden, um jeden Betrieb in einem bestimmen Rahmen zu kontrollieren.

Nur auf eines verweise ich jetzt mit allem Nachdruck: Wir leben in einer Zeit, im digitalen Zeitalter, also es kann nicht so schwer sein - im Verhältnis vor 20 Jahren war das nicht der Fall -, jetzt zu kontrollieren über die Computerdarstellungen, weil das ist eine ganz einfache Handhabung. Das hat sogar die Finanz zusammengebracht, wo Sie selbst gewirkt haben mit den Registrierkassen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da war er nicht mehr dabei.)*

Also es wird Ihnen nicht so schwerfallen, hier auch eine Lösung zu finden, die quasi einen Automatismus herstellt. Ich kenne fast keinen Betrieb mehr im Burgenland, der noch immer mit Bucheintragungen quasi den Tourismusgast empfängt, sondern das ist alles in digitaler Ausführung.

Daher ist es auch ein einfaches, hier die Abgaben entsprechend einzutreiben beziehungsweise auch umzusetzen, um dieses gemeinsame Auftrittsverhalten auf Messen und anderswo stattfinden zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Interessant ist, gestern im „Kurier“ war eine Beilage, prominent auch mit Ihrer Darstellung als Foto, wo etwas in seinem Interview der Herr Landesrat wiedergibt, dass gerade Sie, Herr Kollege Illedits, auf den Tourismus und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezogen haben.

Ich will mich ganz kurz halten, weil es mir wichtig ist, dass das wiedergegeben wird, worauf es auch ankommt. Also - und hier geht es um die sogenannte Arbeitsmarktsituation - wir gewinnen qualifizierte Arbeitskräfte, die die Unternehmer sonst nicht finden würden. Also die Arbeitskräfte verdrängen jetzt nicht unbedingt die Burgenländer. Das ist eine tolle Erkenntnis.

Manche haben das schon langatmig gesagt, sondern wir haben auf diesem Arbeitsmarkt zwar Arbeitslosenzahlen, aber wir haben nicht das entsprechend qualifizierte Personal. Daher hat man sich langatmig beholfen und will das in Zukunft auch, wird es tun müssen, über ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, qualifiziert und maßregelt werden jetzt immer von politischer Seite diese Maßnahmen, die anders ja gar nicht stattfinden könnten.

Ich möchte aber in dem Zusammenhang etwas nachweisen, woran wir arbeiten sollten, weil es eine grundlegende Qualifizierung im Fachkräftesinne für den Arbeitsmarkt - sprich Tourismus - bedeutet.

Ich erinnere - und Sie werden das auch kennen - Klessheim in Salzburg beziehungsweise Bad Gleichenberg in der Steiermark. Das sind die qualifizierten Ausbildungsstätten, wo über Jahrzehnte Leistungen abgerufen wurden, wo über Jahrzehnte eine Ausbildung stattfindet, die auch Leute in den Lebensbereich entlässt, die weltweit reüssieren und die sich auf Österreich bezogen immer den besten Ruf erarbeitet haben, diese Qualifizierungsmaßnahmen, das Pannoneum in Neusiedl und sonst in der Ausführung über die Berufsschulen.

Wir wissen, dass es immer weniger sogenannte Wirtschaftsbetriebe gibt, die Jugendliche ausbilden, speziell auch im Tourismus ist das nicht, jetzt will ich nicht über Work-Life-Balance oder andere Gegebenheiten ober über Lohnsituationszahlen, will jetzt auch nicht über die Regierungsansprüche diskutieren, wo der Arbeitsmarkt insofern entlastet werden soll, weil die Zumutbarkeitsgrenzen fallen sollen und dass quasi jemand, der im Osten wohnt, in den Westen ziehen soll, weil er quasi alleinstehend ist.

Das sind alles irgendwie für mich nicht nachweisbar greifbare Maßnahmen, außer dass man quasi deportiert und Leute in eine andere Situation versetzen möchte.

Tatsache ist, wir leben in einer Situation, wo der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftszweige unseres Bundeslandes ist. Dieser Wirtschaftszweig bedarf aller Anstrengungen, um ihn auch finanziell in der Möglichkeit auszustatten. Dass jetzt diese gesetzlichen Maßnahmen wieder auf der Tagesordnung stehen, ist eine weitere Entwicklungssituation.

Ich bin aber überzeugt davon, dass es hier noch immer Widerstand gibt, der nicht diese einheitliche Linie auftreten lässt und im Paket sind Lösungen durchaus angebracht, wie zum Beispiel jetzt in Rust, wo die Stadt selbst ein Hotel errichtet hat über die ausgelagerte Seebetriebs GesmbH ober auch andere Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, durch steuerliche Anreize, die jetzt nicht speziell aufs Burgenland gelten können, sondern gesamtgesehen, ich kann nicht den Süden anders oder wie immer auch.

Aber Tatsache ist, dass wir als touristische Destination manches - und das habe ich vorher vermisst bei Ihnen, Herr Kollege Illedits, - durch die europäische Fördermöglichkeit genutzt haben. Das haben Sie nicht gesagt. Ich will es nur auffrischen beziehungsweise wiederholen.

Unser Tourismusanspruch ist erst dann zum Laufen gekommen, als wir die Chance hatten, Tourismusgelder über europäische Fördertöpfe zu erreichen. Diese Situation ist quasi ein Qualifizierungsmerkmal für den Burgenland Tourismus geworden.

Dass wir heute mit manchen Handicaps kämpfen, die geschuldet sind einer Vergangenheit, wo es nicht diese Voraussetzungen gegeben hat, ist klar. Dass das nicht aufzuholen möglich sein wird innerhalb kürzester Zeit ist auch klar. Dass ich Ihnen das nicht zum Vorwurf machen werde, ist auch klar.

Wir sollten aber nur darauf achten, dass wir die Möglichkeiten, die wir haben, auch zielführend einsetzen. Es ist gesagt worden, die Rahmenbedingungen müssen passen. Auf der anderen Seite, wenn nicht gerade jetzt, die letzten Jahre wäre es angebracht gewesen, auf Grund der niedrigen Zinssituation, die man sich in privatwirtschaftlicher oder in betriebswirtschaftlicher Hinsicht ausborgen kann, wo es auch die Chancen der österreichischen Hotelbank gebe und anderes.

Wann und wo wäre es angebracht gewesen, jetzt zu investieren? Es ist leider nicht der Fall gewesen. Wir werden es nicht mehr in dem Maße, wie wir uns das gewünscht hätten. Es ist auch leider nicht zu erwarten, dass die europäischen Fördergelder jetzt noch in Übermaß fließen werden, um diesen Punkt auszugleichen.

Daher wird es von Ihrer Seite her und von Regierungsseite her, von Landesseite her, immer stärker notwendig sein, dieses Public private Partnership zu nutzen beziehungsweise es anzuregen und durch Möglichkeiten zu befördern, die ich vorher in steuerlicher, abschreibungsmäßiger Hinsicht angesprochen habe.

Nur so wird es gelingen, den Anspruch der Ganzjahresdestination Burgenland, der wir entgegenstreben, aber die wir noch lange nicht erreicht haben, irgendwie auszuführen.

Es ist aber mit Sicherheit eines festzuhalten, dass wir touristisch gesehen ein kleines Land sind, das sich in einer gewissen Form wie europäisch ausgeführt entwickelt hat, das aber noch immer einen hohen Nachholbedarf hat, speziell dort, wo touristische Voraussetzungen ihren Ausgangspunkt haben, das sind Betten, Betten, Betten.

Diese Steigerungen, das ist eine Aufgabenstellung, der Sie folgen müssen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Danke für die Ausführungen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich neuerlich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Günter Kovacs: Schon wieder von vorne, mit dem Murmeltier.)*

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Das mit dem Murmeltier ist offensichtlich im Gedächtnis geblieben, das war auch beabsichtigt, Herr Kollege Kovacs, dass Sie sich das merken, deswegen versuche ich immer auch, in Bildern zu sprechen, damit das haften bleibt. Das war gut, und es freut mich, dass das so erfolgreich war. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dazu wollte ich mich eigentlich nicht melden. Es wird eine sehr kurze Wortmeldung sein. Ich muss natürlich ein paar Worte zum Kollegen Illedits schon auch sagen.

Erstens einmal würde ich ersuchen, wenn Sie über die Dinge, die ich gesagt habe, reden, dann sollten Sie wirklich zuhören und nicht irgendwelche Wortfetzen herausgreifen *(Abg. Christian Illedits: Das ist wieder der Stil, den Sie an den Tag legen. Sie reden irgendwas daher.)* und dann irgendwas sich selber zu konstruieren und irgendwelche Dinge zu behaupten, die ganz einfach nicht gesagt wurden, oder zu behaupten, dass Dinge, die gesagt wurden, nicht gesagt wurden. *(Abg. Christian Illedits: Lesen Sie es nach im Protokoll!)*

Genau. Gut, dass es ein Protokoll gibt. Da werden Sie das auch sehen. Herr Kollege Steier, hat das eh angesprochen.

Ich meine, es ist natürlich gerade, wenn ich Sie anschaue und anspreche, schon irgendwie paradox. Er hat davon gesprochen, dass die Bundesregierung auch mit unserer Unterstützung, der Volkspartei Burgenland - ich nehme auch an, mit der Unterstützung der FPÖ Burgenland - die Umsatzsteuer für Beherbergungsbetriebe von 13 Prozent auf zehn Prozent wieder zurückgesetzt hat, so wie es war.

Die SPÖ hat dagegen gestimmt und war für eine stärkere Belastung der Beherbergungsbetriebe. Das trifft natürlich auch die burgenländischen - das stimmt schon - das betrifft auch die burgenländischen Beherbergungsbetriebe.

Und Sie sollten dann, wenn Sie wirklich etwas tun können, vielleicht auch mit Ihren Abgeordneten im Nationalrat reden, dass sie burgenländische Interessen vertreten sollen und nicht Parteiinteressen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dann habe ich aus Ihrer Rede herausgehört, so am Ende war es, so quasi, naja die Nächtigungszahlen und man soll sich nicht unbedingt immer nur an den Nächtigungszahlen orientieren, die Wertschöpfung muss man sehen, und so weiter. *(Abg. Christian Illedits: Statistik habe ich gesagt.)*

Ja, ja, genau. Die Nächtigungszahlen. Ich sage Ihnen das, ich bin auch der Meinung, dass man nicht nur die Nächtigungszahlen als Erfolg für Tourismus hernehmen soll. Ich bin wirklich dieser Überzeugung.

Ich mache das normalerweise auch nicht. Aber warum ich das gerade in Ihrem Fall mache, hat einen ganz bestimmten Grund, weil die Politik der Landesregierung so ist.

Jeden Monat, wenn es auch nur eine Nächtigung mehr gibt, sind der Herr Landesrat Petschnig und der Herr Landeshauptmann irgendwo auf einem Foto zu sehen, *(Abg. Christian Illedits: Sie in Eisenstadt auch.)* Nächtigungsrekord.

Na, Sie werden heuer, suchen Sie mir heraus, wir haben heuer teilweise Monate gehabt mit plus 30 Prozent Nächtigung, da werden Sie nirgends eine Aussendung oder Aussage von mir sehen, wie super das war.

Aber die beiden Herren stellen sich in jedem Monat, wo es nur eine einzige Nächtigung mehr gibt, hin und sagen, ein neuer Tourismusrekord ist gebrochen. Ein neuer! *(Abg. Manfred Kölly: Lass sie doch, ist doch kein Problem!)*

Eh, ich lasse sie ja, Herr Kollege Kölly, aber dann müssen sie auch zur Kenntnis nehmen, dass man ihnen den Spiegel vorhält, *(Abg. Ingrid Salamon: Dass man sie ärgert, das müssen sie zur Kenntnis nehmen.)* wenn es halt einmal nicht so ist. Wenn halt einmal die Nächtigungen zurückgehen.

Jetzt stellen Sie sich her, Herr Kollege Illedits, und erklären mir, dass das doch sinnvoll ist, wenn solche Schülerheime im Sommer für andere Gäste genutzt werden. *(Abg. Christian Illedits: Natürlich!)* Ja, das stimmt. Dafür bin ich auch 100-prozentig.

Nur die in Eisenstadt sollten es auch halt melden und nicht die Ortstaxen verrechnen an die Leute und dann nicht melden und sozusagen Steuerhinterziehung begehen und die Tourismusstatistik so fälschen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Ich habe das nicht, was ich kritisiert habe, ist, dass Schülerinnen und Schüler, und der Herr Kollege Maczek sitzt da, spielt sich mit dem Handy, sagt, das geht mich nichts an, der ist der Präsident von den STEP Gästehäusern und macht keinen Mucks und kein Mäh.

Also, das ist schon einigermaßen verwunderlich, muss ich ehrlich sagen, und wenn Sie sich die Statistik anschauen, und da können Sie die Statistik Austria hernehmen, Sie werden sehen, von Jänner bis August, plus 19.000 Nächtigungen im Burgenland.

Das ist dieses, ja, plus null irgendwas Prozent. Wenn Sie die 50.000 Schülerinnen und Schüler, die in Pinkafeld gemeldet waren, abziehen, dann haben wir kein Plus von 19.000, sondern ein Minus von 30.000.

Das müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen, und das ist nicht nichts. Das ist schon etwas. Und dann ergibt sich diese Statistik ganz einfach. Dann ist es einfach so, dass wir verlieren und die anderen gewinnen.

Dann sagen Sie, na ja, voriges Jahr war ein Krisenjahr, und das hat uns so geholfen. Ja, für die anderen war auch ein Krisenjahr. Nur, heuer war ein Jahrhundertsommer. Heuer hat es einen Sommer gegeben wie schon Jahre nicht. Und da ein Minus zu schreiben, das ist schon ein Kunststück, und das liegt daran, dass Sie keine ordentliche Tourismusstrategie haben.

Sie reden von Tourismusstrategie 2022 +. *(Abg. Christian Illedits: Sie glauben, wenn an einem Tag die Sonne kommt, kommen die Gäste? Nur weil es schön ist?)* Wir leben im Hier und Heute, im Jetzt. Jetzt sollen Sie sich um die Tourismusbetriebe kümmern und nicht irgendwann und irgendwer. Ich sage Ihnen das wirklich. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Ingrid Salamon: Keine Ahnung.)*

Das müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Illedits. Das ist einfach so. Es ist einfach so. Und jetzt ganz ehrlich, und auf das habe ich ja gewartet, auf das habe ich gewartet, dass Sie sich hinstellen und sagen, ja, aber jetzt kommt ja eh, der Martini.

Ich meine, ein Foto mit dem Gansl machen am 11. November ist einfach keine Tourismusstrategie. Das ist nett und super, aber es ist zu wenig. *(Abg. Christian Illedtis: Am Wochenende waren 8.000 Personen in Rust. Wo waren die 8.000? In Rust oder in Eisenstadt?)* Ich sage Ihnen etwas, der Herr Anton, glaube ich, heißt er, der Herr Tourismus-Geschäftsführer, der Herr Tourismus-Geschäftsführer soll endlich mal in die Gänge kommen und soll für das Geld, das er verdient, auch etwas tun.

Ich habe den Menschen überhaupt noch nie gesehen. Ich weiß gar nicht, was der macht, außer in Medien irgendwo geht er herum. Der hat es in Podersdorf geschafft, die Nächtigung zu steigern, der Herr Kollege Steier hat es eh gesagt, weil auf einmal gesagt worden ist, na ja, in den Wohnwägen wohnen nicht drei, sondern fünf Leute im Schnitt drinnen.

Jetzt gibt es das Modell Pinkafeld. Ich bin schon neugierig, was nächstes Jahr ist. Also ich sage Ihnen, ich würde mir wirklich wünschen, dass Sie ein bisschen ernster mit der Geschichte umgehen, *(Abg. Christian Illedits: Das tun wir eh.)* dass Sie ein bisschen mehr Selbstkritik auch aufbringen könnten.

Dass Sie sagen, ja, das ist halt ein Bereich, wo es nicht so super rennt, und da geht es nicht ums Schlechtmachen, wie Sie immer behaupten, *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist einfach so.)* das ist immer die einfache 08/15-Strategie. *(Abg. Christian Illedits: Haben Sie etwas Positives gesagt?)*

Wenn Problemstellungen aufgezeigt werden, dann heißt es sofort, das sind die Schlechtmacher, das ist ein Wahnsinn, und hin und her.

Die Wahrheit ist, dass wir uns um die Tourismusbetriebe kümmern und dass wir mit denen auch reden, *(Abg. Christian Illedits: Wir hören etwas anderes.)* die wirklich davon leben und nicht mit den Staatstouristikern auftreten, Anton und Kollegen und Konsorten, und sagen, super ist alles.

Entfernen Sie sich von dieser Glasglocke und schauen Sie ein bisschen in die Realität rein! *(Abg. Christian Illedits: Wir sind eh dort.)* Reden Sie mit den Leuten, kommen Sie wieder auf den Boden zurück, dann werden Sie auch im Tourismus wieder erfolgreicher sein!

Ich sage Ihnen, natürlich, mir ist nichts lieber, als dass wir im Tourismus wieder erfolgreich werden. Nur, wir sind es halt nicht. Ich zeige Ihnen das noch einmal. *(Abg. Mag. Thomas Steiner zeigt ein Balkendiagramm.)*

Wenn Sie jetzt hergehen, Herr Kollege Illedits, und sagen, ja, aber auf die Quadratmeter umgerechnet, wir sind ja so klein, es ist eh super, ich meine, was ist das für eine Aussage? Was ist das für eine Aussage, *(Abg. Christian Illedits: Ich habe gesagt, ich nehme eine Statistik her, die es auch gibt; die kommt ja nicht von mir. Ich habe keine Statistik selber erstellt. Sie haben eine selber erstellt.)* dass Sie sagen, weil das Burgenland quadratmetermäßig kleiner ist?

Ich sage Ihnen ein Beispiel. Ich bin jedes Jahr, ich bin jedes Jahr in Rovinj auf Urlaub, weil das eine wunderschöne Stadt ist. Im Burgenland bin ich auch immer auf Urlaub, aber in Rovinj, eine kleine Stadt, 15.000 Einwohner, sie haben vier Millionen Nächtigungen im Jahr. Das sind die Dimensionen.

Dann können wir auf Quadratmeter umrechnen, da schaut das Burgenland arm aus. *(Abg. Christian Illedits: Sie vergleichen Äpfel mit Birnen!)* Daher sage ich Ihnen, *(Abg. Christian Illedits: Das habe ich noch nicht gehört, diesen Vergleich.)* tun Sie ein bisschen seriöser Politik machen, gerade im Tourismusbereich, dann werden wir hoffentlich wieder bessere Zeiten auch im Tourismus erleben. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Christian Illedits: Nur mit Statistiken werden wir es nicht schaffen.)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat. *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly – Abg. Ingrid Salamon: Lass ihn noch einmal reden.)*

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Film, der vorher zitiert worden ist, ehrlich gesagt nicht gekannt, ich habe es irgendwie mit Meerschweinchen im Kopf gehabt. Jetzt war es doch ein Murmeltier.

Eines nehme ich aber aus der Beschreibung mit, und das ist Folgendes, dass bestimmte Wortmeldungen bei jeder Debatte, wo es um Tourismus geht, wirklich immer dieselben sind, und zwar, dass irgendwelche Dinge wild über einen Haufen geworfen werden, das Ganze noch einmal durchgeschüttelt, um darstellen zu können, wie grauslich und wie katastrophal alles ist.

Das heißt nicht, dass der Schluss das Gegenteil ist, dass alles super ist, aber es ist auch nicht alles so katastrophal, wie Sie es heute oder auch in vergangenen Zeiten, zu vergangenen Anlässen, schon dargestellt haben. Es ist einfach nicht notwendig, dass man alles in derart düstersten Farben darstellt. Das ist nicht notwendig!

Ich möchte vielleicht beginnen mit dem, was heute der Tagesordnungspunkt ist, und zwar, dass es eine kleine Änderung des Tourismusgesetzes gibt. Diese ist geschuldet, dass einfach gewisse Vorkommnisse, die sich in den letzten drei Jahren ergeben haben, das sind zwei, die auch der Abgeordnete Steier vollkommen richtig zitiert hat.

Das sind aus meiner Sicht zwei wesentliche Aspekte. Das eine ist das sehr starke Aufkommen von Buchungsplattformen elektronischer Natur. „Airbnb“ ist wohl das Bekannteste davon. Können wir auch übers Handy buchen zum Beispiel.

In diesem Bereich geht jetzt die Bundeshauptstadt Wien entsprechend voran. Es gibt entsprechende Verhandlungen. Und wir schaffen die gesetzlichen Grundlagen, dass, wenn Wien mit „Airbnb“ und anderen Buchungsplattformen eine entsprechende tragfähige Übereinkunft trifft, dass wir da gleich entsprechend handeln können und nicht noch erst in den Landtag gehen müssen, mit Begutachtungsfristen und dergleichen mehr.

Ich glaube, das ist eine seriöse und vorausschauende Handlungsweise und ich möchte mich da auch einmal bedanken bei allen, die hier mitgearbeitet haben und die hier dem auch zustimmen.

Das Zweite ist, wie auch schon richtig gesagt worden ist, mit den 50.000 Nächtigungen. Der Landtag hat Gott sei Dank vor drei Jahren schon festgehalten, man braucht 50.000 als Untergrenze, damit es überhaupt einen Sinn macht, einen Tourismusverband zu entwickeln. Das soll aber jetzt kein singuläres Ereignis sein, irgendwann im Jahr 2014, sondern diese 50.000er Grenze soll einfach über die Jahre hinweg gelten. Und wenn man eine bestimmte Zeit lang drunterfällt, dann soll eben das Verbandsgebiet aufgelöst werden.

Nur so viel, weil Sie sagen, Tourismusverbände oder irgendwie zerschlagen oder vernichten oder was weiß ich, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war der Wille, es ist aber nicht gelungen.)* was der konkrete Vorwurf war.

Ich möchte nur zitieren, Fachzeitschriften gibt es ja mannigfaltige. Ich möchte nur aus einer zitieren, von der Österreichischen Hotellerievereinigung, die dann einen Kongress gehabt hat in Salzburg, ja, ein schwarzes Land, wo auch die entsprechenden Touristiker vor Ort waren, also die haben gesagt, so ein Verband oder so eine Destination-Managementorganisation wie es dort heißt, unter einer Million Nächtigungen macht überhaupt keinen Sinn, und ein großer Verband fängt bei drei Millionen an.

Wir haben zum Beispiel, wenn man einen Vergleich heranzieht, alleine die Tourismusverbände, die in der NTG zusammengefasst sind, haben bei rund 1,5 Millionen Nächtigungen insgesamt 60 Mitarbeiter.

In Tirol gibt es Verbände, die bei drei Millionen Nächtigungen, das ist dort so eine Standardgröße, 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Also da kann man sich schon vorstellen, welche finanziellen Mittel hier fürs Marketing freigemacht werden, dass man entsprechend den Auftritt pflegt. Das geht im Burgenland halt sehr stark in die Verwaltung.

Ich glaube, wenn man hier die 50.000er Grenze auch periodenübergreifend sieht, trifft konkret zwei Verbände. Das eine ist Güssing, rund um die Bezirkshauptstadt dort, und das zweite ist Parndorf. Drum ist das nur recht und billig, und ich glaube, heute sehr viel, da stehe ich auch offen dazu, das habe ich aber öffentlich immer gesagt, dass größere Verbände effizienter sind, mehr Mittel fürs Marketing freimachen, mehr Mittel für die Destinationsentwicklung freimachen, und so soll es auch sein.

Zum Zweiten, die Zahlen. Es stimmt schon, dass da nicht alles eitel Wonne ist, und Sie können mir glauben, dass ich mich nicht darüber freue, wenn man natürlich in den Hochsommermonaten negative Ergebnisse hat. In Summe sind es plus 0,9, das haben Sie auch erwähnt, bei den Übernachtungen, plus 0,3 bei den Ankünften.

Die Saison verlängernden Maßnahmen sind nicht ganz von der Hand zu weisen. Es hat einen Sinn, das wurde auch dankenswerterweise erwähnt. Im Hochsommer sagt man Burgenland Tourismus, haben wir natürlich ein gewisses Problem.

Das ist zum einen die Konkurrenz, auch das wurde schon öfters hier gesagt durch Fern- und Flugreisen, die ja natürlich sehr stark zunehmen. Es wurden Destinationen von den Damen und Herren Abgeordneten erwähnt, Türkei oder Ägypten zum Beispiel, die den Flug überhaupt sponsern, sodass das Vorort überhaupt nichts mehr kostet.

Also da habe ich dagegen anzutreten, ist natürlich nicht gerade das einfachste. Und das Zweite ist, auch das wurde heute schon erwähnt, das ist ganz einfach ein Qualitätsproblem.

Das ist natürlich etwas, wie es der Abgeordnete Steier vorhin hier gesagt hat, dass man das nicht von heute auf morgen oder von einem Jahr auf das andere lösen wird. Es ist zum Beispiel so, wenn man nur den August heranzieht, wir haben ein Nächtigungsminus von drei Prozent im August und ein Minus bei den Ankünften von 0,6.

Das heißt, die Leute sind gekommen, sie sind nur gleich wieder nachhause gefahren, weil es wahrscheinlich immer noch eine große Anzahl von Zimmern gibt, die zum Beispiel nicht klimatisiert sind und bei so einem Jahrhundertsommer, das ist schon richtig, erleiden wir dann natürlich Einbußen.

Das ist natürlich für uns jetzt ein Arbeitsauftrag, dass man entsprechende Förderprogramme entwickelt, um vielleicht doch an das Animo hinauszubringen, dass

vielleicht doch noch weitere Privatzimmervermieter weitere gewerbliche Betriebe davon Nutzen machen, klimatisieren, auch anders ihre Häuser attraktivieren und damit man sozusagen diese Rückschläge nicht mehr hinnehmen muss. Entscheiden müssen aber immer noch die privaten Eigentümer.

Ich hoffe, in diesem Bereich sind wir einer Meinung, dass man eben diese Staatsbetriebe, die ja ohnehin in Thermenform und so weiter existent sind, um die wir uns ja auch kümmern, dass das aber trotzdem auch wichtig ist, dass hier privates Geld in die Hand genommen wird. Dem werden wir uns natürlich stellen.

Vielleicht nur noch ein kurzer Aspekt, weil Sie natürlich andere Bundesländer hier erwähnt haben. Ich war Ende August aus familiären Gründen zufälligerweise in Kärnten, und da ist mir die „Kleine Zeitung“ in die Hand gefallen, mit einem großen Artikel, das ist jetzt natürlich speziell auf ein Bundesland ausgerichtet, aber das wird in anderen Bundesländern, so wird mir berichtet, ähnlich sein, auch dort hat man in den Sommermonaten mit einem Minus kalkuliert.

Auch der Kärnten Werbung Chef ganz offen, rechnet mit einem Minus von drei Prozent. Geworden ist es dann ein kleines Plus. Und wissen Sie warum? Das steht nämlich hier drinnen. Ist vor allem den wetterfesten Bergregionen zu verdanken. Also diese Sommerfrische dürfte halt ein Thema gewesen sein. Das ist in Kärnten so. Das wird auch in Salzburg und in Tirol oder in der Steiermark ähnlich sein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Niederösterreich, Vorarlberg, in Wien, überall.)*

Wien ist ein eigenes Thema mit dem Städtetourismus. Aber mit Bergregionen können wir halt vom Burgenland Tourismus nicht aufwarten. Also da tun wir uns halt nun einmal schwer.

Wir müssen uns halt daher andere Strategien ausdenken, andere Maßnahmen ausdenken. Ich glaube, dass diese Saison verlängernden Maßnahmen, Martini haben Sie erwähnt, dass das schon seinen Sinn hat.

Wir werden sicherlich weiterhin in diesen Bereich investieren und auch entsprechend in der Vermarktung tätig werden. Ganzjahrestourismus ist natürlich noch ein weiter Weg, das ist keine Frage. Aber ich glaube, wenn wir die Zeit von März bis November einmal abgedeckt haben, dann sind wir schon weit über das halbe Jahr hinaus, und es ist einmal ein Erfolg, den man nicht kleinreden sollte.

Vielleicht noch am Schluss, weil von diesen Meldungen hier sehr viel die Rede war, und auch sehr kontroversiell geredet wurde, zugegebenermaßen aber unzuständigerweise, also das betrifft mich jetzt nicht unmittelbar und auch nicht meine referatsmäßige Zuständigkeit, diese Tourismusstatistik.

Das Ganze beruht auf einer Verordnung des Wirtschaftsministers aus dem Jahr 2002 - Martin Bartenstein -, der damals, also Bundesrecht, gilt auch für alle Bundesländer, vielleicht machen es die anderen halt richtig, im Burgenland wird es halt erst sukzessive richtig gemacht, wo genau festgehalten wird, welche Unterbringungsformen welche Gäste zu melden haben und welche nicht.

Grundsätzlich sind einmal alle zu melden, mit Ausnahme derjenigen Minderjährigen, die in Kinder-, Schüler- und Studentenheimen untergebracht worden sind. Wenn jetzt aber natürlich eine Betreibergesellschaft wie die STEP Gästehäuser sich selbst umkategorisieren - und das ist ja geschehen - mit ÖNACE-Code und mit allen weiteren Spezifika, dann ist es halt so, dass es keine Kinder-, Schüler- und Studentenheime mehr sind, sondern Jugendherbergen und Jugendgästehäuser.

Und Jugendherbergen und Jugendgästehäuser sind nach der Verordnung von Martin Bartenstein, die heute immer noch in Geltung ist - wie gesagt, Wirtschaftsministerium -, zu melden. Das hat jetzt nicht einmal unmittelbar mit der Ortstaxe zu tun, das ist ein anderes Thema, da gibt es wieder Ausnahmetatbestände, insbesondere für Schüler und Studenten und dergleichen mehr. Aber rein von der Statistik her sind sie zu melden.

Insofern macht Eisenstadt, das glaube ich, mit dem WIFI Gästehaus ja völlig richtig, das war, glaube ich, 2014/2015 hatten wir eine ähnliche Debatte, habe ich dunkel in Erinnerung, schon einmal hier geführt. Es wird richtig gemacht.

Pinkafeld macht es richtig, das war, glaube ich, im Oktober oder November 2017, wo diese Umkategorisierung stattgefunden hat, daher wird das im Jahr 2018 richtigerweise auch gemeldet.

Oberwart und Eisenstadt weiß ich nicht, ich bitte das auch wirklich zu überprüfen, Oberwart wurde mir durch Handzeichen gegeben, die wollen das so nicht machen.

Jetzt ist es richtig, dass diese Verordnung des Wirtschaftsministers nicht sanktionsbewährt ist, es hat wahrscheinlich keine Folgen, wenn man das nicht macht, nur wer hier die Statistik verfälscht, das möchte ich jetzt dann einmal im Raum stehen lassen.

Also der Bürgermeister Maczek ist es sicherlich nicht, weil der Bundesrecht, sprich eine Verordnung des Wirtschaftsministers, eins zu eins umsetzt.

In diesem Sinne hoffe ich doch, dass man diese einheitliche Auslegung, warum der Wirtschaftsminister diese Verordnung ja vermutlich auf den Weg gebracht hat, die auch in anderen Bundesländern

In diesem Sinne hoffe ich doch, dass man diese einheitliche Auslegung, warum der Minister diese Verordnung vermutlich auf den Weg gebracht hat, die auch in anderen Bundesländern so gelebt wird, dass man das vielleicht auch in Oberwart oder, wenn notwendig, in Eisenstadt oder in Güssing, da konnte ich mich selbst davon überzeugen, in der Landwirtschaftlichen Fachschule, dass man also auch wirklich burgenlandweit entsprechend das lebt, das man das zur Umsetzung bringt.

Und dann, glaube ich, bekommen wir dann vielleicht irgendwann einmal eine Statistik, die auch vergleichbar ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das sieht dann auch nicht so aus, dass man da irgendetwas daran ändern muss.

Eine Statistik, die man selbst fälscht, also, ich glaube, diese Sprichwörter sind ja bekannt, ich glaube, dass im Sinne dieser Verordnung es wichtig ist, dass alle nach den gleichen Prinzipien handeln.

+In diesem Sinne glaube ich, haben wir viele Aufgaben vor uns, ich möchte das gar nicht klein reden, ich glaube aber auch, dass für Schwarzmalerei und Katastrophenstimmung im Tourismus überhaupt kein Anlass besteht. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landesrat für die Ausführungen. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Manchmal fehlen einem die Worte und man ist fassungslos, wenn man solche Argumentationen hört. Das ist wirklich höchst eigenartig, Herr Landesrat.

Ich meine, ich kann Ihnen ja über bestimmte Strecken Ihrer Aussagen folgen, man soll nichts schlechtreden, man soll aber auch nichts schönreden, man soll einfach die Tatsachen und die Fakten nehmen, wie Sie sind.

Aber wenn Sie dann am Ende Ihrer Ausführungen dann dazu übergehen, die Vorgangsweise in Pinkafeld zu verteidigen, so „na, das ist super, das ist ohnehin alles richtig“, dann muss ich mich ehrlich fragen, *(Abg. Géza Molnár: Was ist da egal?)* ob Sie als zuständiger Landesrat für Tourismus wirklich der Meinung sind, dass Schülerinnen und Schüler, die in die Schule gehen, die dort im Internat untergebracht sind, zu den Tourismuszahlen gezählt werden sollen? Das ist wirklich die Frage.

Und jetzt sage ich Ihnen etwas: Ich habe keine E-Mail bekommen von irgendwem, ich habe aber etwas im Kurier gelesen, weil dort die Statistik Austria sich dazu geäußert hat. Die Statistik Austria sagt nun folgendes:

Laut Statistik Austria werden die Nächtigungen von Personen in der Tourismusstatistik erfasst, die im Gästeverzeichnis sind. Das heißt, die Entscheidung, ob eine Person in ein Gästeverzeichnis kommt oder nicht, obliegt der jeweiligen Einrichtung. Da ist es dann ganz klar, dass Schülerinnen und Schüler nicht in ein Gästeverzeichnis gehören und dann sagt die Statistik Austria weiter: “Wir überlassen diese Entscheidungen den Gemeinden und wir müssen das akzeptieren.“

Das heißt im Umkehrschluss, wenn wir jetzt in Oberwart, in Eisenstadt, wo auch immer, wo solche Häuser bestehen, und wir haben viele solche Betten, dann bedeutet das, dass wir als Stadt Eisenstadt mit einem Schlag nach Podersdorf und nach Bad Tatzmannsdorf bei den Übernachtungen die stärkste Tourismusgemeinde des Burgenlandes sind.

Das können Sie doch nicht ernsthaft zur Kenntnis nehmen. Ich meine, die Statistik Austria sagt nicht, das muss so sein, die Statistik Austria sagt, wir akzeptieren das, was die Gemeinden melden, nur, das steht da. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das kann ja nicht Ihr Ernst sein, dass Sie das verteidigen, dass Schülerinnen und Schüler, die im Internat wohnen, alleine im Konvikt sind deutlich über 200 Betten. Rechnen Sie das einmal aus. 200 mal 10 Monate, wenn die da übernächtigen, was das bedeutet! Das kann doch nicht in Ihrem Sinne sein, das können Sie doch nicht ernsthaft als Argumentation hernehmen, Herr Landesrat!

Das kann ich mir ehrlicherweise nicht vorstellen, Sie argumentieren manchmal Dinge, die ich auch nicht verstehe, Sie sagen „Ja“ und irgendwie sind wir so arm, weil es hat ja Krisen gegeben voriges Jahr, das war super für uns, aber für die anderen Bundesländer hat es voriges Jahr auch Krisen gegeben.

Die anderen machen halt Zuwächse von drei, vier, fünf, sechs Prozent und wir verlieren eben. Das muss man ganz einfach so sehen.

Dann sagen Sie, Ja, weil wir keine Klimaanlagen haben! Ich meine, was sind denn das für Aussagen? Das ist eigentlich irgendwie wirklich erbarmungswürdig, wenn man das von einem Regierungsmitglied hört und das tut mir wirklich in der Seele weh, dass Sie sich da herstellen und irgendeine Verordnung aus dem Jahre 2002 herauskramen.

Ich kann Ihnen mit Sicherheit sagen, ich bin mir ganz sicher, dass niemand auf die Idee kommt, Schülerinnen und Studenten aus einem Studentenheim als Tourismus-Nächtigungsgäste zu melden. Oberwart auch nicht, denn das ist ja völlig widersprüchlich, das kann mir doch keiner erklären.

Ich meine, würden Sie das zur Kenntnis nehmen, wenn wir jetzt sagen, das Studentenheim zählen wir und das Konvikt zählen wir, ich meine es ist ja sowieso fragwürdig, was alles gezählt wird.

Ich meine, dass gewisse Einrichtungen, die der Gesundheitsfindung dienen, als Tourismuszahlen gewertet werden. Ich meine, da kann ich das Spital auch noch dazurechnen. Da weiß ich dann gar nicht mehr, was ich alles als Touristen zählen soll?

Schauen Sie sich das einmal an und wenn es nur den Sinn hat, dass wir uns darauf einigen, im Burgenland, welche Zahlen zu melden sind und welche nicht, dann hat das schon etwas gebracht.

Aber, ehrlich gesagt, das ist mir schon ein bisschen zu wenig, wenn Sie sich da herstellen und irgendetwas zitieren und erklären. Das ist so in der Verordnung, wenn Sie aber wissen, dass die Statistik Austria sagt, das ist den Gemeinden überlassen und wir überprüfen das einfach nicht und akzeptieren das.

Ganz ehrlich, da wundert mich vieles nicht mehr, was im Tourismus im Land vor sich geht, da wundert mich wirklich vieles nicht mehr. Ich habe Sie eigentlich ganz anders eingeschätzt. Ich habe gedacht, Sie haben wirklich den Anspruch, hier eine ordentliche Politik für die Tourismusunternehmen und für die Mitarbeiter in den Tourismusunternehmen zu machen, aber das hat mich ehrlich gesagt wirklich fassungslos gemacht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Kollege Steiner! Ich bin fassungslos ob Ihrer Aussagen, die Sie hier treffen, denn eigentlich ist ja das Ganze nur einmalig passiert. Einmalig deswegen passiert, weil der Verwaltungsaufwand des ehemaligen Vereines zur Förderung der Schulen, wo nicht nur Rote sondern auch Schwarze sitzen, Vizebürgermeister, ehrenamtlich tätige Personen, der Verwaltungsaufwand ist in den letzten Jahren dementsprechend gestiegen.

Es wurde eine Hotelverwaltungssoftware angeschafft und das ist mehr oder weniger der Fehler gewesen, dass das so weitergegeben wurde und weiter gemeldet wurde. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also ein Fehler!)* Das ist die Tatsache und wegen dieses einen Fehlers machen Sie da einen Zirkus im Landtag. *(Abg. ing. Rudolf Strommer: Nein! - Abg. Mag. Thomas Steiner: 50.000 Nächtigungen! 50.000!)*

Sie machen einen Zirkus im Landtag, der ungehörig ist und ich lasse mir die STEP-Gästehäuser, jetzt bin ich am Wort, *(Allgemeine Unruhe)* ich lasse mir die STEP-Gästehäuser nicht schlecht reden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 50.000 Nächtigungen!)* denn Sie sagen, die STEP-Gästehäuser seien eine Konkurrenz zum Tourismus.

Die Wahrheit ist, dass hunderte Nächtigungen hier im Burgenland, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 50.000 Nächtigungen!)* jetzt spreche ich, Herr Steiner, dass hunderte Nächtigungen in diesen Gästehäusern stattfinden. Bundesmeisterschaften, internationale Meisterschaften, die sonst nicht ins Burgenland kommen würden, Trainerkurse und so weiter.

Das ist das einzige Internat in ganz Österreich, das sich als privates Internat ohne Förderungen bis jetzt halten konnte. Dank einer guten Geschäftsführung, dank einer guten Arbeit und Sie reden das alles schlecht. Das ist eine Katastrophe! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Von der Regierungsbank neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Her Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin! Ungewollterweise und gewissermaßen auch unzuständigerweise, aber es hat natürlich diesen e-Mail Verkehr gegeben, denn das ist ja nicht so, dass wir vom Land das überlegen, und am Montag in der Früh aufstehen und sagen, in Ordnung, die Zahlen gefallen uns nicht oder lassen da irgendetwas hineinrechnen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Naja!)* sondern eben nicht.

Das ist vielleicht in Oberwart der Fall oder möglicherweise in Eisenstadt, aber auf jeden Fall nicht auf Landesebene.

Daher haben wir Kontakt mit der Statistik Austria aufgenommen und zwar evidentermaßen Kontakt, Jürgen Weiss Mag. BA, MA, Bundesanstalt Statistik Österreich, Direktion Raumwirtschaft, Tourismus, Guglgasse 13, 1110 Wien.

Vielleicht vorweg einmal, da geht es viel um Beherbergungsbetriebe. Beherbergungsbetriebe sind Unterkunftsstätten unter Leitung oder Aufsicht des Unterkunftsgebers oder eines von diesen beauftragten Stellen und zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Unterbringung von Gästen zur vorübergehenden Aufenthalt bestimmt sind, wobei vorübergehender Aufenthalt weniger als ein Jahr durchgehend ist. Das ist nun einmal eine gesetzliche Definition, mit der man halt arbeiten muss.

Auf dieser Basis sind also Schüler, Studenten, Auszubildende in die Nächtigungsstatistik der Gemeinde aufzunehmen. Das ist die Frage von unserem Referatsleiter. Antwort: Schüler und Studenten sind sofern sie in Beherbergungsbetrieben nächtigen, was wir ja gerade definiert haben, in die Nächtigungsstatistik aufzunehmen, solange sie nicht den Mittelpunkt der Lebensbeziehung in der Gemeinde haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ganz einfach!

Insofern sind Schüler und Studenten, die längerfristig in Internaten und Studentenheimen nächtigen, also längerfristig im Sinne von einem Jahr oder mehr, nicht in die Nächtigungsstatistik aufzunehmen. Also, ich weiß nicht, irgendwelche Grundwehrdiener oder so, das wäre dann nicht entsprechend aufzunehmen. Ist die Form der Unterbringung Jugendgästehaus, Jugendherberge, Internat und so weiter für die Zählung dieser Nächtigungen relevant, relevant falls ja, inwiefern?

Antwort: Die Form der Unterbringung ist relevant. Jugendgästehäuser beziehungsweise Jugendherbergen sind Beherbergungsbetriebe im Sinne der Tourismusstatistikverordnung. Internate und Studentenheime, die nicht auf kurzfristige - kürzer als ein Jahr - beherbergungsmäßig ausgerichtet sind, sind es nicht. Sommerbetrieb und Pension fallen hier nicht darunter.

Welche Form der Dokumentation ist jetzt seitens des Beherbergungsbetriebes zu führen?

Beherbergungsbetriebe haben grundsätzlich ein Gästeverzeichnis zu führen und nichts anderes, so, wie ich das zumindest gesehen habe, wurde mir sowohl von der Gemeinde, als auch von der zuständigen Abteilung vermeldet, wird in Pinkafeld gemacht.

Ich kann Ihnen da noch einmal verweisen, Rechtsvorschrift für die Nächtigungsstatistikverordnung 2002, Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend, wie er damals noch geheißen hat.

Also, wenn Sie das ändern wollen, gerne, mein Herz hängt nicht dran. Ich bin ja da nicht zuständig, da sollten Sie mit der Frau Schramböck reden, dass sie diese Verordnung ändert, dann kann man das natürlich machen.

Das soll aber dann für alle gelten, weil ich getraue mich nämlich auch wetten, dass alle anderen Bundesländer diese Nächtigungen sehr wohl einrechnen und daher kommen dann auch solche Zahlen zustande. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Landesrat. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Doch! Ich habe mich gemeldet.)*

Ich ersuche Sie bitte um Ihre Wortmeldung Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Es ist ganz einfach und es wird wirklich ganz kurz sein.

Ich meine, Herr Landesrat, es ist wirklich kurios, was Sie da tun, aber ich möchte auf das ja gar nicht eingehen, *(Abg. Wolfgang Sodl: Das hören wir bereits zum dritten Mal.)* Sie lesen da irgendwelche „Papierln“ vor, die völlig fern der Realität sind, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Manfred Haidinger: Verordnungen sind keine wirklich „Papierln“, Bitteschön!)*

Geht es jetzt wieder? *(Allgemeine Unruhe – Abg. Ingrid Salamon: Na hallo! Was soll das?)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(das Glockenzeichen gebend)***:** Ich ersuche um etwas mehr Ruhe. Am Wort ist Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP) *(fortsetzend)*: Ich bin froh und dankbar, dass der Kollege Maczek herausgegangen ist, sich von seinem Handy losreißen konnte und hergegangen ist und sich zu Wort gemeldet hat und, lesen Sie es im Protokoll nach, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* er hat gesagt, es ist ein Fehler durch ein Softwaresystem passiert.

Es ist ein Fehler passiert, und nicht mehr und nicht weniger. *(Abg. Mag. Kurt Maczek: Du machst hier einen Zirkus daraus.)* Das heißt, Sie haben hier eingestanden, dass Sie fehlerhaft agiert haben.

Sie haben einen Fehler zugegeben, 50.000 Nächtigungen sind ganz einfach zu viel gezählt worden. Das ist die Wahrheit, das ist die Tatsache und mehr braucht man dazu nicht zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 2014 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1444) mit dem das Burgenländische Heilkommen- und Kurortegesetz geändert wird (Zahl 21 – 1023) (Beilage 1474)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1444, mit dem das Burgenländische Heilkommen- und Kurortegesetz geändert wird, Zahl 21 - 1023, Beilage 1474, wird Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz geändert wird, in ihrer 34. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 03. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Heilvorkommen- und Kurortegesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für Ihren Bericht.

Wortmeldungen zu diesem Bericht liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Heilkommen und Kurortegesetz geändert wurde, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Heilvorkommen und Kurortegesetz geändert wird ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1436), mit dem der Burgenländische Sportbericht 2016/2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1015) (Beilage 1475)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Es folgt die Behandlung des 5. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1436, mit dem der Burgenländische Sportbericht 2016/2017 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 -1015, Beilage 1475.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Heger.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Peter Heger: Danke Frau Präsidentin! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Burgenländische Sportbericht 2016/2017 zur Kenntnis genommen wird, in seiner 11. Sitzung am Mittwoch, dem 03. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Der Burgenländische Sportbericht 2016/2017 wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile Herrn Landtagsabgeordneter Markus Wiesler zu diesem Tagesordnungspunkt als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wieder ist es soweit, mit dem Sportbericht 2016/2017 zwei erfolgreiche Sportjahre zu schließen. Das heißt, Bilanz zu legen in Bezug auf eine erfolgreiche Arbeit im Sportwesen im Burgenland.

Es ist erfreulich, die Bewegungs- und Leistungskultur im Sportwesen im Burgenland zu betrachten. Das Burgenland setzt auf Sport und Bewegung und somit darauf, eine gesunde Bewegung in der Bevölkerung zu verankern. Letztendlich stehen zur Orientierung zwei wesentliche Ziele im Breiten- und Spitzensport ganz oben. Den Anteil der sportlich aktiven Bevölkerung zu steigern und den Leistungssport so gut es geht zu fördern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was den Sport im Burgenland besonders auszeichnet, ist der starke ehrenamtliche Einsatz. Sportanlagen werden gebaut, saniert und täglich gepflegt. Trainings und Meisterschaften organisiert und all die vielen notwendigen Handgriffe im Hintergrund für unsere Sportler erledigt. Diesen Menschen gebührt nicht nur im Jahr des Ehrenamtes ein großer Dank, sondern immer, aber eben besonders im heurigen Jahr.

Den beiden ambitionierten Zielen wurde man in den beiden Sportjahren 2016/2017 wieder mehr als gerecht, wie zahlreiche Erfolge und Spitzensport einzigartige Sportevents und ein umfangreiches Angebot im Breitensport beweisen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sport ist ein dominiertes Phänomen unserer Alltags- und Freizeitkultur. Über alle sozialen Schichten und Altersstufen hinweg, ist er in

der Gesellschaft tief verankert und prägt das Gemeinschaftsgefühl. Wenn man den Sportbericht liest, stellt man sehr schnell fest, dass mehr dahintersteckt, als nur abgedruckte Ergebnisse und Tabellen, die man auch täglich und wöchentlich in den Zeitungen liest und sieht.

Der vorliegende Sportbericht stellt fest, dass unser Burgenland sowohl im Breitensport, als auch im Spitzensport sehr gute Ergebnisse auf- und vorzuweisen hat. Im Zeitraum 2016/2017 konnten die burgenländischen Athleten insgesamt 1.397 Medaillen bei Österreichischen Meisterschaften und Staatsmeisterschaften erringen und holen. 48 Medaillen bei Weltmeisterschaften und 77 Medaillen bei Europameisterschaften.

Es ist dies die beste Bilanz des burgenländischen Sportes und ich denke, hier können wir sehr stolz darauf sein. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dazu kommt noch die einzige Olympiamedaille in Rio von den Athleten Thomas Zajac und Tanja Frank.

Auch die Vielfalt des Sportangebotes zeichnet das Burgenland aus. 58 verschiedene Sportarten werden im Burgenland anerkannt und gefördert. Ich darf einige Sportarten aufzählen, die nicht immer in aller Munde sind, wo wir aber auch erfolgreich waren. Es sind dies der Eis- und Stocksport, Musical- und Showdance, Bob fahren, Bogensport, Einrad fahren, Schach und Fechten um nur einige zu nennen.

Eine wichtige Grundlage für diese Erfolge und die Vielfalt des Sportangebotes ist natürlich die Sportförderung. So wurden folgende Summen und Förderungen in den Jahren 2016/2017 nach den Förderrichtlinien insgesamt vergeben:

Für die allgemeine Sportförderung 919.502,00 Euro. Fahrtkostenzuschüsse wurden in einer Summe von 226.185,00 Euro gewährt. Die Spitzensportförderung beträgt 1.075.712,00 Euro, dann die Sportstättenförderung mit 747.619,00 Euro. Dann wurde eine Trainerförderung in Höhe von 260.773,00 Euro ausbezahlt. Dazu wurden sportmedizinische Maßnahmen im Werte von 76.616,00 Euro finanziert.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung 7, Referat Sport- und Vereinspflege, für die sehr gute Zusammenarbeit und die hervorragenden Vorbereitungsarbeiten für den Sportbereich bedanken.

Diese vorgenannten Investitionen im Sportwesen rentieren sich für die Gesellschaft mehrfach. Im Bereich der Gesundheit, im Sozialbereich, denn der Sport ergänzt sich auch hervorragend mit dem Wirtschafts- und Tourismusbereich. Wir sehen, dass sich diese Investitionen mehrfach lohnen.

Somit hat der Sport natürlich auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung und ist für das Burgenland insgesamt sehr wichtig. Dazu braucht es natürlich auch verschiedene Faktoren, nämlich, die Schulen, die Vereine mit ihren Funktionären, die Dach- und Fachverbände, auch die Politik, welche eben die Rahmenbedingungen zum Teil schafft beziehungsweise die Fördermittel zur Verfügung stellt.

Auch die Vereine mit ehrenamtlichen Funktionären gehören bestens unterstützt - auch im rechtlichen Sinne. Hier wurde ein Vereinsombudsmann installiert. Die Vereine sind mit dieser Lösung sehr zufrieden muss ich sagen, weil ich auch von meinem einheimischen Verein berichten kann, diese haben die Möglichkeit wahrgenommen und haben den Vereinsombudsmann sehr gelobt.

Das Land Burgenland hat im Bereich des Sportes, so denke ich, seine Aufgaben sehr gut erledigt beziehungsweise gelöst und ist auch für die Zukunft gut aufgestellt.

Abschließend darf ich meine Gratulation an alle Athleten und Sportler für ihre Leistungen in den Jahren 2016/2017 aussprechen.

Wir nehmen den Sportbericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns hier in diesem Hohen Haus einig, dass es die Unterstützung im Sportbereich im Burgenland braucht. Es ist extrem wichtig und notwendig ist, dass alle Beteiligten die notwendigen Rahmenbedingungen dafür herstellen.

In der gesellschaftlichen Diskussion ist dies immer ein großer Punkt. Es geht um Gesundheit, um Bewegung. Ich glaube, gerade deswegen ist es so wichtig, dass die Gemeinden und auch das Land hier investieren. Das betrifft jetzt zum einen den Breitensport, aber es betrifft auch die Bewegung aller Generationen.

Es beginnt im Kindergarten, in der Frühbetreuung, in der Volksschule am Nachmittag in Zusammenarbeit mit den Vereinen. Hier wird schon einiges vom Land gemacht und auch die Gemeinden unterstützen dies sehr. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es geht weiter von Bewegung zu Gesundheit, zu gesundheitsvorbeugenden Maßnahmen. Ich glaube vom mittleren Alter bis hin zur älteren Generation ist es wichtig, dass wir als Vereine, als Gemeinden, aber auch das Land die notwendigen Angebote schaffen, damit jeder hier seinen Beitrag leistet, aber auch sein Angebot findet und dementsprechend auch die Nachfrage befriedigen kann.

Gerade in der Freizeit ist es umso wichtiger, dass wir in den Gemeinden derart viele Ehrenamtliche haben, die dies zur Verfügung stellen.

Was den Spitzen- und Leistungssport betrifft so haben wir im Burgenland sehr viele und sehr gute Aushängeschilder, die den Namen Burgenland weit in die Welt hinaustragen, aber auch vor Ort bei den kleinen Meisterschaften, egal ob auf Orts- oder Landesebene, das Burgenland vertreten, die Ortschaften vertreten, in den verschiedensten Sportarten hier sehr aktiv sind und dementsprechend auch viele Menschen begeistern.

Wir haben gehört, dass rund 1.500 Medaillen in diesen zwei Jahren für das Burgenland gesammelt wurden. Das ist eine beachtliche Menge auf die wir sehr stolz sein können.

Deswegen große Anerkennung und auch ein Lob an die Sportler, aber auch an die Trainer, und natürlich auch an die Familien, die dahinterstehen. Sei es jetzt als Elternteile, als Chauffeure oder auch als sonstige Begleitpersonen, die hier als Fans immer wieder mit dabei sind und die Sportler selbst unterstützen.

Ein großes Dankeschön gilt aber auch den Vereinen und den vielen Funktionären, die im Verbandsbereich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Sportlerinnen und Sportler zu ihren Spitzenleistungen kommen, aber die auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Breitensport in den Gemeinden für jeden Mann und jede Frau auch möglich ist.

Ein drittes großes Dankeschön gebührt den vielen Ehrenamtlichen, die jetzt nicht direkt im Sportbereich tätig sind, aber zumindest dafür sorgen, dass der Sport im Burgenland ermöglicht wird. Da denke ich an die vielen Betreuer, die im Umfeld tätig sind, an die vielen fleißigen Hände, die in den Kantinen aushelfen, bei den verschiedensten Matchen, aber auch die Platzwarte, die auf den Tennis- und Sportplätzen dafür Sorge tragen, dass die entsprechende Infrastruktur erhalten und instandgehalten wird.

Zusammengefasst investieren das Land, aber auch die Gemeinden einen hohen Beitrag dafür, dass diese Sportstätten funktionieren, dass es sie gibt und dass immer wieder neue Sportstätten entstehen. Das Land investiert hier knapp vier Millionen Euro, wenngleich man hier auch die Fußballakademie hinzuzählen muss.

Man sieht ganz klar, wie mein Vorredner schon gesagt hat, wie breit gefächert der Sport im Burgenland ist. Das freut uns natürlich auch sehr, aber parteiübergreifend, wie ich glaube, jeden Burgenländer selbst. Wir sind sehr stolz auf die Leistungen und auf die Sportler selbst, im Burgenland und die darüber hinaus strahlen.

Ein Dankeschön an dieser Stelle auch an die Sportabteilung, die diesen Sportbericht sehr umfassend und sehr umfangreich gestaltet hat. Man kann auch entsprechend nachlesen, wer welche Förderung erhalten hat.

Geschätzte Damen und Herren! Ein Punkt, der nach wie vor leider nicht gelöst ist oder den wir nicht präsentiert bekommen haben, ist der Sportstättenatlas. Hier vermisse ich nach wie vor eine Sportstättenstrategie, die langfristig dargelegt, in welcher Region wir welche Sportstätten, die überregionale Wirkung haben, bauen müssen und sollen. Hier geht es nicht nur um die Leichtathletikbahn, die Gott sei Dank, hier in Eisenstadt durch ein gemeinsames Projekt auf Schiene gebracht wurde.

Ich denke aber beispielsweise auch an die Hallenbad- und Freibadthematik, weil hier die Gemeinden am Ende übrigbleiben. Sie sind dazu verpflichtet, hier die Erhaltungskosten zu tragen, obwohl sie eine überregionale Funktion tragen. Ich glaube, hier kann man schon von Seiten des Landes ein wenig erhöhte Zuschüsse einfordern, denn gerade die Hallen- und Freibäder sind nicht nur für die Gemeinde selbst, sondern für die gesamte Region enorm wichtig.

Geschätzte Damen und Herren! Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter! Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen! Ein charismatischer durchaus bekannter ehemaliger Politiker aus Großbritannien hat einmal sinngemäß formuliert, „no sports“. Damals hat die Politik das offensichtlich völlig anders gesehen.

Das hat sich Wesentlich verändert. Im Moment ist Sport sehr wichtig und die Unterstützung im Sport ist ebenfalls sehr wichtig. Egal ob das der Schulsport ist, ob das der Breitensport oder der Spitzensport ist. Sport hat insgesamt im Burgenland einen sehr hohen Stellenwert. Das zeigt auch der vorliegende Sportbericht für die Jahre 2016/2017. In Form von 389 Seiten wurden hier die wichtigsten Aktivitäten des Sports im Burgenland zusammengefasst. Das ist wirklich gut.

Vor allem ist es eine Grundlage, wie man sieht, wie Förderungen eingesetzt werden und welche Erfolge aus diesen Förderungen entstehen. Wenn man so will, die

Saat und danach die Ernte, wenn man sich den Medaillenspiegel dazu ansieht. Wir haben das schon heute gehört. Insgesamt wurden im Jahr 2016 751 und im Jahr 2017 mit einer weiteren Steigerung 769 Medaillen errungen. Das ist ein Rekordwert in unserem Heimatland Burgenland.

Ich möchte nur einen Vergleich ziehen, denn im Jahr 2003 waren es knapp 250 Medaillen. Da sieht man wie signifikant sich das hier verändert hat und wie erfolgreich unsere Sportlerinnen und Sportler im Burgenland unterwegs sind.

Wir haben aber auch 125 Medaillen bei Europa- oder Weltmeisterschaften zu verzeichnen. Auch die stehen hier zu Buche und das ist natürlich wirklich ein tolles Ergebnis. 1.357 Mal standen burgenländische Sportler bei nationalen Titelkämpfen auf dem Siegespodest.

Nicht zu vergessen natürlich auch die Bronzemedaille, der Kollege hat es schon erwähnt, bei den Olympischen Spielen, Thomas Zajac und Tanja Frank haben hier die einzige Medaille für Österreich eingefahren. Auch das ist durchaus bemerkenswert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich will stellvertretend für alle Sportlerinnen und Sportler, die erfolgreich waren, vielleicht eine vor den Vorhang holen, sie besonders erwähnen. Beispielsweise Nico Wiener, er wurde Welt- und Europameister im Bogensport. Auch über ihn wurde sehr viel berichtet. Eine tolle Leistung.

Markus Bischof, Weltmeister im Eis- und Stocksport. Anna Fuhrmann, eine sehr ambitionierte junge Sportlerin aus dem Seewinkel, die Europameisterin im Tsiu-Tsitsu wurde. Auch sehr sportlich bei nationalen und internationalen Wettbewerben unterwegs ist Claudia Loos, Europameisterin in Judo. Florian Meszaros und Dominik Horvath holten beide eine Medaille und einen Titel im Schach. Also auch wirklich gut unterwegs.

Sehr erfolgreich sind die burgenländischen Seglerinnen und Segler. Die haben sich hier mit Top-Platzierungen, Bronzemedaillen, weitere Top-Plätze bei Welt- und Europameisterschaften zu Buche geschlagen.

Die Sportspitzen unter anderem Gerald Reiter. Er hat gleich mehrfache EM- und WM-Medaillen gewinnen können und so weiter und so fort.

Also ich glaube wirklich, tolle Leistungen unserer Sportlerinnen und Sportler, die hier das Burgenland verzeichnen kann. Und wir hatten in diesen Jahren neun Welt- und 26 Europameister. Darüber können wir uns wirklich freuen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Das Burgenland war aber auch Austragungsort vieler Sportveranstaltungen, vieler Großsportveranstaltungen. Das war wirklich eine besonders gute Visitenkarte. Karten der Verbände, Karten der Vereine, der Organisatoren, die hier gut unterwegs waren. Und da muss man auch danke sagen.

Insgesamt hat hier der Erfolg vieler Väter. Nämlich viele sportliche Väter und Mütter, wenn man so will. Nämlich der Sportler selbst, aber auch die Eltern, die hier wirklich viel auf sich nehmen, um hier die besten Rahmenbedingungen für ihre Kinder zu schaffen und die Vereine, die Trainer, die Verbände, alle, die hier sehr erfolgreich gemeinsam zusammenarbeiten.

Wer wirklich auch zusammen arbeitet, ist der Landessportbeirat. Der hat in diesem Zeitrahmen acht Mal getagt, über 1.180 positive Förderfälle behandelt. Alle Entscheidungen, das ist mir auch sehr, sehr wichtig, wurden einstimmig gefasst. Und ich glaube auch das ist sehr wesentlich und gut.

Rund sechs Millionen Euro hat damit die Landesregierung dem Sport im Burgenland zur Verfügung gestellt.

Der Flugsport, inklusive Modellflug und Fallschirmspringen, wenn man das so will, hier muss man noch ergänzen, das ist die nämlich die 58. förderbare Sportart, die in die Richtlinien aufgenommen wurden. Auch das haben wir auch schon gehört heute.

Und erstmals wurde seit 2016 in der Sportförderungsrichtlinie auch die Errechnung von Eigenleistung festgeschrieben. Das ist ganz, ganz wichtig für unsere Vereine. Zehn Prozent der bewilligten Förderbeträge, die müssen nicht durch Rechnungen, sondern können auch durch Aufzeichnungen über geleistete Arbeitsstunden nachgewiesen werden. Auch das hilft unseren Vereinen sehr und ist sehr wesentlich für den Bestand unserer Vereine.

Darüber hinaus wurden auch überregionale Großprojekte mit Hilfe der Sportförderungen umgesetzt beziehungsweise eingeleitet und stehen jetzt zur Abwicklung bereit. Ich nenne wiederum einige:

Die Leichtathletikanlage in Pinkafeld, das Bundesleistungszentrum für Segeln in Neusiedl am See steht knapp vor der Fertigstellung. Oder die Errichtung der Rasenheizung und des Ausbaus der Flutlichtanlage des SV Mattersburg, der uns ja auch große Freude bereitet in der Bundesliga.

Und vor kurzem erfolgte auch der Spatenstich der Leichtathletikanlage in der Stadt Eisenstadt. Hier wurde mit großer Anstrengung der Stadt als auch dem Land eine gute Entwicklung der Sportanlage sozusagen vorangetrieben.

An dieser Stelle, Danke an das gesamte Team des Sportreferates für die hervorragende Arbeit. Ich glaube, ich spreche hier für alle Verbände und alle die im Landessportförderungsbeirat tätig sind.

Das ist immer perfekt vorbereitet. Das ist alles wirklich gut und professionell aufgestellt. Ich bedanke mich beim gesamten Team, namentlich bei Wolfgang Szorger, dem Leiter des Sportreferates. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Das Burgenland ist immer bemüht für Vereine die besten Rahmenbedingungen zu schaffen. Insbesondere dann, wenn es um rechtliche Aufgaben geht und daher ist es sehr wesentlich, dass mit Mag. Wolfgang Rebernig ein wirklicher Fachmann gewonnen werden konnte, der unseren burgenländischen Vereinen kostenlos und kostenfrei zur Verfügung steht.

Auch im Sportreferat werden jährlich über 100 persönliche Beratungsgespräche mit Vereins- und Verbandfunktionären geführt. Auch hier bin ich sehr dankbar, dass das geschieht, wenn Vereine sich direkt an das Referat wenden können und Fragen haben zur Einreichung von Förderrichtlinien beispielsweise, oder auch andere Beratungen, die dann durchgeführt werden.

Die Beratungen sind insgesamt sehr wichtig und das macht auch das Sportreferat professionell und sehr erfolgreich, im Spitzensport, in Vorbereitungsmaßnahmen, in sportmedizinischen Betreuungsmöglichkeiten. Zwölfmal wurden bei der Jahreshauptversammlung auch Vorträge über die Sportförderung und Richtlinien gehalten.

Das Sportreferat selbst organisiert die jährliche Verleihung des Landessportler-Ehrenzeichens oder auch die Meisterehrung.

Zudem hat das Sportreferat auch mitorganisiert die „Nacht des Sports“ oder auch den „Tag des Ehrenamtes“, mitgeholfen und mitagiert.

UrFit ist da ebenfalls eine Erfolgsstory, die seinesgleichen sucht. Immerhin sind da über 1.500 Schülerinnen und Schüler, die sich hier beteiligen. Sport soll schon bei den Jüngsten beginnen, damit man dann nicht im Alter von no-sports spricht, sondern das muss man schon von Kindesbeinen an fördern.

Das tun wir mit diesem guten Programm und das zeigt, dass wir eine wirklich dynamische Entwicklung im Sportbereich haben.

Ich möchte mich am Schluss bedanken beim Sportreferent, Herr Landeshauptmann bei Dir, das ist nicht selbstverständlich. In den letzten Jahren, das zeigt die Statistik der Medaillen, ist es immer nach oben gegangen. Das zeigt auch, dass Du den Sport sehr ernst nimmst.

Ich möchte mich auch bei Deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro, bei Maximilian Köllner bedanken, der sich hier sehr bemüht, beim gesamten Team des Sportreferates mit Wolfgang Szorger an der Spitze und auch bei der Abteilungsvorständin, insgesamt beim Sportförderungsbeirat, der wirklich immer zusammenarbeitet, alle Beschlüsse einstimmig fällt, das ist sehr, sehr wesentlich, bei den Verbänden für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

Wir können wirklich stolz sein auf die Leistung unserer Sportlerinnen und Sportler. Wir haben tolle Rahmenbedingungen. Und ich schließe mit einem sportlichen „Glück auf“ meine Rede.

Wir werden diesen Bericht sehr gerne zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zur Wort gemeldet hat sich der Landtagsabgeordnete Steier.

Bitte schön Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! „Sport frei“ hat es immer geheißen in der Freigabe und nicht das „Glück auf“. Das war an sich der Gruß, der bei jeder Art von Veranstaltung in der Umsetzung auch war.

Aber das ist ja jetzt nur am Rande und soll nicht belehrend sein.

Tatsache ist, dass wir einen Sportbericht diskutieren, der vorangestellt, dem Herrn Sportreferenten, unserem Landeshauptmann in dem Begleitwort ausdrückt und die wichtigste Formel, die in diesem Vorwort drinnen steht: Ich habe das Jahr zum Ehrenamt erklärt.

Ich finde das großartig. Tatsache ist aber, dass die Regierung ein Kollegialorgan ist und daher hätte ich angenommen, wir haben das Jahr zum Ehrenamt erklärt und nicht ich persönlich war das, der jetzt quasi dafür gerade steht.

Möglicherweise haben Sie die Idee dafür gehabt, aber prinzipiell glaube ich, ist es durchaus angebracht, so wie jetzt auch mein Vorredner, der Abgeordnete Hergovich, von einer Gesamtleistung gesprochen hat, die das Burgenland auszeichnet, wo wir im historischen Befund über die letzten 20 Jahre eine Steigerung der Medaillen Gewinnerinnen und Gewinner hatten.

Was ja durchaus erfreulich ist, dass das eine allgemeine Leistung ist, die im Speziellen und da möchte ich auch anschließen, im Speziellen eine Leistung derer ist, die

sich für den Sport interessieren und da sind benannt worden alle Trägerinnen und Träger, beginnend von denen, die das finanzieren.

Von denen, die ausbilden, von denen, die trainieren, von denen, die als Funktionäre zur Verfügung stehen und auch von politischer Seite, wo Rahmenbedingungen erklärt werden, um das als solches auch gewährleisten zu können.

Sport ist etwas Wichtiges und daher ist auch von UrFit gesprochen und dargestellt worden im Sportbericht, wo schon versucht wird, im Kindergarten, in schulischen Bereichen, diese Animation zu setzen, um Kindern fortwährend sportliche Entwicklung zu gewährleisten.

Natürlich sprechen wir hier von Breitensport und nicht vom Spitzensport. Aber Tatsache ist, dass Medaillen eben im Spitzensportbereich erbracht werden. Unabhängig davon, ob jetzt diese Leistungen im Gesamtreigen österreichischer Medaillengewinnern ganz besonders auffällig sind.

Ich freue mich über jeden und jede, die in der Ausführung auf sportliche Belange, großartige Leistungen vollbringen und das gehört honoriert. Das gehört honoriert, so wie wir es im Leistungsbericht, im Sportbericht, auch gekennzeichnet haben.

Auf Punkt, Beistrich, Doppelpunkt wird statistisch alles angeführt, was über zwei Sportjahre hin Bedeutung erlang hat. Das Gesetz wird angeführt und es werden die Ausführungen bestimmt und es werden sogar die Taggelder bestimmt, die Kilometergelder und alles was an tariflicher Gestaltung für die Erlangung einer Förderung von Nöten ist.

Dafür gebührt dem Sportreferat in dieser besonderen Darstellung der zweijährigen Berichterstattung ein aufrichtiges Dankeschön.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe davon gesprochen, Medaillen-Gewinner oder auch jede sportliche Aktion gehört, wie es auch mein Vorredner gesagt hat, vor den Vorhang.

Und der Herr Landeshauptmann hat etwa als Sportreferent eingeführt, dass er jährlich eine Vorhangdarstellung bietet. Jetzt nicht nur für die Sportlerinnen und Sportler, sondern insbesondere auch für ihn, im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit und Aktivität als Sportreferent, nämlich die „Galanacht des Sports“.

Diese Veranstaltung findet alljährlich statt. In der Regel der letzten Jahre in der Villa Vita in Pamhagen. Und diese Veranstaltung findet jetzt im Sportbericht einen Niederschlag, der durchaus, ohne es jetzt kritisch anmerken zu wollen, durchaus eine gewisse Größenordnung in finanzieller Hinsicht hat.

Nämlich für die Durchführung und Organisation der „Nacht des Sports“ sind 65.000 Euro veranschlagt. Man kann das hinnehmen, man kann das diskutieren.

Ich möchte es nur anmerken, dass uns das, was quasi vor dem Vorhang bitten bedeutet, nämlich 65.000 Euro. Ich will ja nicht die Nebengleisigkeiten, die da und dort so verknüpfend angebracht sein werden, dieses Gesamtkonstrukt Vila Vita in Pamhagen, „Galanacht des Sports“, ausgleichen weil, da ist ja auch die Sportpool-Situation noch zu erwähnen.

Aber eines steht fest. 65.000 Euro sind eine Menge Kohle. Und die wäre mit Sicherheit auch anders zu veranschlagen, abgesehen davon, ob man jetzt vor den Vorhang bitten möchte oder nicht.

Tatsache ist, es gibt ja auch Vereinsaktivitäten, es gibt sogenannte Jubiläen und die werden ja auch entsprechend honoriert mit finanziellen Zuweisungen.

Unter anderem erinnere ich da an diese Bank Burgenland, oder Raiffeisen Darstellungen, wo zum Beispiel bei einer Veranstaltung, die jetzt nicht gerade eine Landesveranstaltung ist, sondern eine Parteiveranstaltung im Sinne des Radfahrens durch das Burgenland, wo auch solche Täfelchen hergezeigt werden, im Sinne von Sponsoring.

Tatsache ist, dass wir ein sehr großzügiges Land sind. Die Fragestellung ist, ob wir auch dezidiert richtig fördern? Und wenn sich diesen Sportbericht jemand in der Gesamtheit zu Gemüte führt, dann kann man sehr wohl den Schluss ziehen, wir fördern faktisch alles. Der Herr Landeshauptmann ist da sehr großzügig.

Es werden Beträge von 500 Euro bis zu 1.028.000 Euro ausbezahlt. 500 Euro ist möglicherweise ein Sportverein, weil wir ein sehr fußballaffines Land sind, ein Sportverein-Wert, der jetzt im Grunde genommen eine Einzäunung vielleicht jetzt setzt, ich überzeichne.

Aber die 1.028.000 Euro ist die Fußball Akademie, unsere AK, in Mattersburg. Als Jahresbeitrag, ohne jetzt die Annuitäten und anderes abzudecken, rein für Organisation und Spielbetrieb uns wert.

Das sind so quasi ganz grundsätzliche elementare Dinge, die ich bei der Sportberichterstattung nur zur Diskussion stellen möchte. Ich meine, das ist eine persönliche Entscheidung oder eine politische Entscheidung, wie ich gewisse Sachen angehe.

Nur eines sollte man dabei berücksichtigen. Die von meinem Vorredner erwähnte Freude mit dem SV Mattersburg teile ich, ja. Was ich aber dann sehr kritisch anzumerken habe, ist, wenn im Sportbericht 124.000 Euro für Spielbetrieb und Organisation und gleichzeitig 200.000 für Rasenheizung und Erweiterung der Flutlichtanlage gezahlt wird. Das jetzt im Zusammenhang ergibt irgendwo 324.000 Euro.

Ich erinnere daran und das will ich jedem auch nachweislich im Sportbericht nachlesen lassen. Es gibt den SV Parndorf, es gibt aber auch andere Vereine, die haben sich gleichzeitig begnügen müssen, mit Beträgen von 10.000 Euro und 8.000 Euro.

Und ich erinnere daran, wir haben das schon vor einiger Zeit diskutiert, dass wir in der sogenannten Möglichkeit auf Rechnungsabschluss 2017 in der Diskussion, einen Betrag von zirka 140.000 Euro im Sportreferat hatten, wo quasi die Vereine nicht entsprechend diese Förderschiene ausgelöst haben und gleichzeitig aber sehr viele Vereine in den letzten Jahren sich aufgelöst haben.

Und das steht ebenfalls im Fußballbericht, weil sie nicht mehr im Stande waren, entweder die Spieler zu rekrutieren oder den Spielbetrieb in finanzieller Hinsicht auszuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fußballakademie hat im zweiten Berichtsjahr einen ein wenig geringeren Betrag ausgelöst, im Sinne von Organisation und Fortführung, nämlich von 969.854 Euro.

Das heißt, wir leisten uns etwas, das im Grunde genommen für den Spielbetrieb in der Bundesliga gefordert wird. Auf der anderen Seite sind das Beträge, die manches einschränken, was die anderen brauchen.

Die Frage ist, welchen Output haben wir? Weil wir ja immer wieder in der sogenannten Mess-Situation im empirischen Vergleich auch in der Schule mittlerweile vieles zu messen begonnen haben. Und welchen Output hat die Fußballakademie? Was kommt dort wirklich heraus, im Sinne dessen, was die Leistung und die Investitionen ausmachen?

Ich kenne verschiedene Fußballvereine, wobei in der Regel von der Akademie, von den Abgängern zweieinhalb Vereine profitieren, zum einen der SV Mattersburg, Gott sei Dank, weil, der zahlt ja auch einen gewissen Anteil.

Dann ist da der Draßburger Sportverein, eine wichtige Kategorie, die profitiert von den Abgängern der Fußballakademie und der dritte Verein ist ebenfalls im Mattersburger Bezirk angesiedelt, dass ist der SV Schattendorf.

Das heißt, wir haben eine sehr lokalisierte, sogenannte Output-Situation, auf unsere Fußballgrößen, die sich dort bilden und die in der Ausführung dann denen zur Verfügung stehen, die am schnellsten in der Umsetzung derjenigen, den direkten Draht dort haben.

Und nicht umsonst ist quasi der Aufsichtsrat-Präsident auch identisch mit einer sehr wichtigen Funktion beim SV Draßburg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben vorher den Bericht, oder die Gesetzesänderung auf den Tourismus qualifiziert und beschlossen. Und wir haben mit Sicherheit eines, was ich jetzt beim Sportbericht gesagt habe, wir sind ein sehr fußballaffines Bundesland.

Auf der anderen Seite deutet das auch beim Tourismus darauf hin, dass wir die Fußball-Nationalmannschaft nunmehr schon über 20 Jahre mit einem sehr hohen Betrag jährlich fördern und damit ein sogenanntes Branding geschaffen haben, dass für das Burgenland durchaus immer wieder im Fernsehen und anderen Medien in Verbreitung ein Vorkommen bietet.

Tatsache ist aber, dass wir hier manches andere nicht schleifen lassen, aber sehr viel im Grund genommen vernachlässigen. Und wenn man sich das anschaut, der Kollege Wolf hat davon gesprochen, dass man gewisse Sportstätten fördern sollte, um dem Spitzensport auch die Möglichkeiten zu bieten.

Die Leichtathletikanlage ist die eine Sache, dass sie jetzt verknüpft wird mit einem Sportverein, der begründet wurde und in der Mitte der Anlage jetzt quasi eine Sportfläche entstehen soll, das war nicht die Idee, aber das ist jetzt eine andere Kategorie.

Bezogen auf die sogenannten Hallenbäder, Herr Kollege Wolf, sollte man eines nicht verwechseln, für den Spitzensport braucht man gewisse Einrichtungen, die auch dafür geeignet sind. Unter anderem, dass weiß der Sportreferent schon über Jahre auch in der Diskussion, für den Schwimmsport brauche ich eine 50-Meter-Bahn.

Die ist im Grund genommen bei diesen Einrichtungen, die wir im Burgenland als Hallenbäder betreiben, nicht vorhanden. Daher kann man eher von lokalen Einrichtungen sprechen für den Freizeitgebrauch und nicht für eine Spitzensportaktivität, die eine ganz grundlegende andere Voraussetzung bräuchte.

Im Endeffekt, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Sport ist eine ganz wichtige Auseinandersetzung in gesellschaftlicher Hinsicht. Wir alle sollten bestrebt sein, die entsprechenden Grundlagen und Förderungen dafür auch zur Verfügung zu stellen. Es geschieht im Endeffekt in sehr weitläufiger Form im Burgenland.

Im Endeffekt ist eines der Fall, die Grundkonstruktion aller sportlichen Belange ist in Österreich immer noch so aufgestellt, dass die Lotterien einen ganz gewichtigen Anteil an der Finanzierung des Spitzensports haben.

Diese 80 bis 90 Millionen Euro, die jährlich dort abgeführt werden, sind eine ganz besondere Note. Auf der anderen Seite wird ein Großteil dann an die Verbände, an die großen Einrichtungen, ausbezahlt und von dort wieder zu den einzelnen Sportvereinen geleitet.

Die Frage ist, ob, und die wird immer wieder gestellt, ob diese Strukturen auf sich gesehen einen Vorteil bieten? Der Kollege und Landesrat Doskozil, der jetzt eingetroffen auch ist, hat das schon versucht zu vermitteln, und manche neue Sportsituation auch in gesellschaftsmäßiger Hinsicht zu kreieren.

Die Fragestellung ist, wie kann ich den besten Output mit den entsprechenden, bei Einsatz finanzieller Mittel erreichen? Und da gibt es mit Sicherheit keine grundlegende Richtlinie.

Nur eines steht fest, ein Gießkannenprinzip verhilft niemanden zu einer Spitzensportleistung, die heute von verschiedensten Faktoren abhängig ist, nicht nur jetzt von ehrenamtlichen Personen und Einrichtungen. Sondern man muss auch die entsprechenden Qualifikationen haben, dass so ein Spitzensportler auch ausgebildet werden kann.

Wir haben eine Einrichtung, die durchaus Ertrag gebracht hat, die Segelschule oder das Segelzentrum in Neusiedl ist mit Sicherheit auch mit der Bronzemedaille ausgezeichnet worden. Ich hoffe auch, dass manches andere folgen wird.

Wir müssen uns eines vor Augen halten, nur in gemeinsamer Anstrengung, ich wiederhole das, wird kann das auch gelingen. Herzlichen Dank.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Klubobfrau Salamon.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf nur zur Fußballakademie Mattersburg etwas sagen, weil mein Vorredner hier, so habe ich das natürlich empfunden, gemeint hat, dass die Fußballakademie Mattersburg dem Land sehr viel Geld kostet, und der Output nicht messbar ist und er hat drei Vereine im Bezirk genannt, im Bezirk Mattersburg.

Also man muss schon ein bisschen weiter ausholen. Und ich glaube, dass Sie das auch wissen, Herr Abgeordneter, dass die Fußballakademie Mattersburg eine schulische Ausbildung beinhaltet und eine sportliche Ausbildung.

Das es natürlich reifliche Überlegungen gegeben hat, bevor diese Fußballakademie im Burgenland installiert worden ist. Und ich weiß schon, dass man natürlich gewisse Ansichten haben kann, und ich weiß schon, dass durch gewisse Beleidigtheiten vielleicht auch noch andere Argumente dazukommen.

Aber es natürlich schon so, dass die Burschen, die die Fußballakademie Mattersburg besuchen, nicht nur bei drei Vereinen sind und nicht nur beim SVM, *(Abg. Gerhard Steier: Fragen Sie den Herrn Szorger.)* sondern ich bin schon der Meinung, dass die natürlich auch bei anderen heimischen Vereinen spielen.

Dass sich dadurch das Niveau natürlich, weil sie diese Ausbildung auch genießen können, schon gehoben wird, für alle Sportvereine im Burgenland, *(Abg. Gerhard Steier:*

Fragen Sie den Herrn Szorger.) Ja und da kann ich jetzt fragen, wenn ich will, das ist meine Meinung.

Ich habe Ihnen Ihre Meinung auch nicht abgestritten, es ist ganz einfach so, dass ich als Stadt Mattersburg und auch als Landtagsabgeordnete stolz bin auf unsere Fußballakademie, dass ich glaube, dass die Schüler, die dort hingehen, eine gute Ausbildung kriegen.

Und dass ich heute hier die Gelegenheiten auch nutzen will, um mich beim Land zu bedanken, bei allen Beteiligten zu bedanken, die hier mitgeholfen haben, dass es diese Akademie gibt.

Dass es dort sportlich eine gute Ausbildung gibt, von den Trainerinnen und Trainern, von den Lehrerinnen und Lehrern. Und das wollte ich jetzt nur nicht so stehen lassen, dass man hier sagt, es gibt nur drei Gemeinden, die hier einen Sportverein haben, und es gibt noch den Vorsitzenden, der der Präsident ist. Also so kann man das nicht stehen lassen.

Ich glaube, das Land Burgenland hat da eine gute Entscheidung getroffen und Sie können gern die Fußballakademie besuchen. Reden Sie mit Eltern, reden Sie mit Schülern, die dort sind und reden Sie auch mit den Vereinen. Vielleicht kann man dann Ihre Sichtweise eine bisschen verändern, erweitern, wie immer.

Ich glaube, dass es eine gute Entscheidung war, und ich bin stolz auf die Fußballakademie und möchte mich bei allen bedanken, die dort Dienst versehen und es ist für unsere Jugend sehr gut, dass wir diese Fußballakademie haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke der Frau Abgeordneten für ihre Ausführungen. Als nächster Redner von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich Sportreferent, Landeshauptmann Hans Nießl.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Vielleicht ein kurzer Rückblick, wenn wir über die Vorwörter reden, dann darf ich vielleicht zitieren, der Erfolg des Sportlandes Burgenland ist ein gemeinsamer Erfolg der Sportlerinnen und Sportler, der Trainerinnen und Trainer, der Betreuerinnen und Betreuer, der Funktionärinnen und Funktionäre und nicht zuletzt der unterstützenden Vereinsmitglieder und Fans, und so weiter.

Wenn man den vorigen Satz zur Gänze liest hat er auch einen anderen Zusammenhang, als wenn man einen Halbsatz sagt.

Zur Fußballakademie ist zu sagen, entweder man bekennt sich zum Spitzensport oder nicht. Wir im Burgenland bekennen uns zumindest mehrheitlich zum Spitzensport, weil das auch für den Breitensport wichtig ist, weil der Spitzensport motivierend ist, für Kinder und Jugendliche Sport zu betreiben.

Und wenn man Spitzensport betreibt, dann sind wir sehr froh darüber, dass sage ich auch, dass wir im Burgenland einen Bundesligaverein haben. Denn es ist für diesen Verein, in einer in österreichischer Relation, relativ kleinen Stadt, nicht einfach dieses Budget aufzutreiben, um in der Bundesliga spielen zu können.

Wo die Gemeinde einen Beitrag dazu leistet, wo das Land einen Beitrag leistet. Wo viele Sponsoren einen Beitrag leisten. Und wenn man sagt, ja zum Spitzensport, dann

braucht man eine Fußballakademie. Nämlich das ist eine der Voraussetzungen, um überhaupt in der Bundesliga auf Dauer spielen zu können.

Und es gibt etliche, die die Fußballakademie gemacht haben, und die auch beim SVM in der Kampfmannschaft spielen, die im Teamkader bereits waren oder sind, also insofern sollen natürlich auch kleinere Vereine davon profitieren. Wo ist das Problem?

Ja, zum Spitzensport, ja, zum SVM und damit ja, zur Fußballakademie und auch zur Rasenheizung. Weil die Bundesliga auch die Auflage gemacht hat, dass man eine Rasenheizung bauen muss.

Da ist nicht der SV Mattersburg gekommen und hat gesagt, he, wir brauchen eine Rasenheizung, "nice, to have it", sondern das ist eine Bedingung gewesen, damit die Lizenz, im Bereich der Lizenzvergabe braucht man eine Akademie, braucht man eine Rasenheizung und braucht man auch die notwendigen finanziellen Voraussetzungen und einen Businessplan, der realistisch ist, um überhaupt die Lizenz für die erste Bundesliga zu bekommen.

Das sind die Voraussetzungen und dazu bekennen wir uns. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und damit bin ich bei den Sportlerinnen und Sportlern. Und wenn wir uns zum Spitzensport bekennen, dann ist das nicht nur für den Fußball, das gilt für sehr, sehr viele Sportarten. Dieser Bericht hat 400 Seiten. *(Der Landeshauptmann Hans Nießl zeigt den Sportstättenbericht.)*

Und da bin ich unserer Sportabteilung, mit dem, jetzt hätte ich bald gesagt Hofrat Szorger, Sportdirektor, ist er auch nicht, aber mit einem sehr guten Mitarbeiter an der Spitze und mit seinem Team dankbar.

400 Seiten Dokumentation über den burgenländischen Sport. Und ich bin nicht nur froh, dass er ordentlich dokumentiert ist, sondern dass er für alle Vereine, 1.500 Sportvereine, wirklich auch ein kompetenter Ansprechpartner ist.

Gestern waren einige Gemeinden bei mir, die ich direkt zu ihm weiterschicke, und sage, bitte informiert euch, was könnt ihr da in Zukunft kriegen? Wie müsst ihr planen? Und sie bekommen kompetente Auskunft. Das ist eine Serviceleistung.

Also insofern auch der Sportabteilung ein ganz großes Danke, weil ihr auch wichtige Hilfestellungen den Gemeinden und den 1.500 Sportvereinen auch gebt. Danke dafür. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und auf eines können wir im Burgenland natürlich schon auch stolz sein, wenn da ganz vorne der Thomas Zajac und die Tanja Frank abgebildet sind, dann haben sich die im Burgenland im Bundesleistungszentrum für Segelsport auf die Olympischen Sommerspiele vorbereitet. Und sie haben als einzige Österreicher dort eine Bronzemedaille gemacht.

Und da sage ich, dass ist auch Spitzensport, wo der Neusiedlersee im Vordergrund steht. Wo das Bundesleistungszentrum im Vordergrund steht und wo eben sich diese Spitzensportler am Neusiedlersee vorbereitet haben und weltweit eben bei den Olympischen Sommerspielen die Drittbesten geworden sind. Und das ist glaube ich, ein toller Erfolg.

Und es hat auch der Abgeordnete Hergovich darauf hingewiesen, Nico Wiener wird Welt- und Europameister im Bogensport, Markus Bischof Weltmeister im Eis- und Stocksport, Anna Fuhrmann Europameisterin im Jiu Jitsu, die Tochter des ehemaligen

Abgeordneten Loos Europameisterin im Judo, die Schachspielerinnen und Schachspieler, die internationale Titel und EM-Medaillen geholt haben.

Ich muss eines auch dazu sagen, was die Grasskifahrerinnen und Grasskifahrer in Rettenbach leisten, dass ist, also der Verein dort, das ist wirklich auch herzeigbar. Denn das wir im Burgenland die besten, oder die zu den besten zählenden Cross-Skiläufer Europas haben, da hat der Verein großartige Voraussetzungen geschaffen, nämlich Trainingsmöglichkeiten, Wettkampfmöglichkeiten und die Gemeinde unterstützt das.

Eine kleine Gemeinde, die ein großes Herz für das Grasski-Fahren hat, wo wir Weltspitze sind im Cross-Skilauf und wo hin und wieder auch aus dem Westen Spitzenskiläufer kommen und sagen, wie gibt es das im Burgenland, dass hier der Grasskisport im Vordergrund steht und das sind viele, viele Gemeinden.

Das sage ich auch, die ihre Sportinfrastruktur in entsprechender Form auch ausgebaut haben, immerhin war das Burgenland in diesen zwei Jahren zwanzigmal auch Austragungsort von österreichischen Meisterschaften und auch Staatsmeisterschaften wie zum Beispiel in Tennis, Billard, Kunstturnen, Triathlon, Eis- und Stocksport, Judo, und so weiter. Final Four, Finalbewerbe in Basketball durch den Basketballklub in Oberwart, durch die Oberwart Gunners.

Also viele Aktivitäten und vor allen Dingen viele tolle Leistungen durch unsere Sportler. Es stimmt auch, dass wir 58 förderbare Sportarten im Burgenland haben. Da kann man sagen, da wird zu viel gefördert. Aber ich glaube die Vielfalt ist auch sehr wichtig. Vor 30 Jahren hätte man gesagt, naja Fußball und was fördern wir noch? Vielleicht noch ein bisschen Basketball, vielleicht ein bisschen Tennis und das war es.

Heute sind es 58 Sportarten, die im Burgenland gefördert werden. Die in die Förderrichtlinien aufgenommen wurden. Das letzte war Flugsport, nämlich Modellflug. Fallschirmspringen wurde als 58igste förderbare Sportart in die Richtlinien aufgenommen.

Also insofern auch eine dynamische Entwicklung was die verschiedenen Sportarten anbelangt. Wenn man in der Vergangenheit auch immer wieder diskutiert, was ist mit der Infrastruktur? Die Infrastruktur hängt nach. Aber da muss ich sagen, da ist auch sehr, sehr vieles passiert. Wir haben erst vor kurzem, vor einigen Monaten, in Pinkafeld die neue Leichtathletikanlage eröffnet.

Ich war auch dort und ich muss sagen, es ist eine tolle Leichtathletikanlage, mit einem tollen Belag, mit tollen Bedingungen, wo die Schülerinnen und Schüler, wo die Leichtathletikvereine ideale Trainingsbedingungen und auch Wettkampfbedingungen haben.

Ich muss sagen ich bin froh darüber und sage das auch, diese Leichtathletikanlage, die die Gemeinde Eisenstadt hier errichtet, große Kraftanstrengung von Eisenstadt. Ich denke, auch eine relativ gute Unterstützung von Seiten des Landes. Die Chance… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sehr gut!)* Ja, ich stelle mich ja nicht in den Vordergrund. Es wird ja nur behauptet. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich darf auch einmal ein Lob da sagen!)*

Trotzdem können wir sagen, das war eine Chance. Wenn wir die Chance nicht genützt hätten und nicht uns wirklich alle angestrengt hätten, dann wäre diese Leichtathletikanlage wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht so leicht, oder wäre sie wahrscheinlich gar nicht zu errichten gewesen.

Da geht es uns darum, dass da wirklich eine wettkampftaugliche Anlage in Eisenstadt errichtet wird. Nämlich für viele Schülerinnen und Schüler, nämlich die HTL, die HAK, die sind unmittelbar daneben, der Leichtathletikverein, unter Umständen wird das

auch angemietet für das Bundesheer, oder auch für die Polizei, um dort zu trainieren, um dort die Sportnachmittage oder Sporttage auch verbringen zu können.

Das ist eigentlich ein Spiegelbild dessen, dass wir 18 Jahre im Sportbeirat alle Beschlüsse einstimmig gefasst haben. Ich glaube auch, dass das ein nicht unwesentlicher Beitrag ist zum Erfolg im burgenländischen Sport, über die Anzahl verdreifachen der Medaillen in den vergangenen Jahren.

Das ist ein toller Erfolg! Aber ich glaube auch, dass der Sportbeirat eben und die Politik Rahmenbedingungen schaffen und nicht streiten, sondern zu sagen ja, wir unterstützen zum Beispiel die Rasenheizung, wir unterstützen die Leichtathletikanlagen, wir unterstützen 58 Sportarten.

Natürlich zu diskutieren im Vorfeld, in den Beiräten, ist wichtig, aber schlussendlich ist dann wichtig im Sportbeirat, diese Beschlüsse gemeinsam zu fassen. 18 Jahre jeden Regierungsbeschluss der dann zu fassen ist, ebenfalls einstimmig zu fassen.

Ich glaube, das hat dem Sport eine gute Basis gegeben. Das hat auch zum Erfolg beigetragen und mit der guten Vorbereitung, auch der Sportabteilung, ist es mit ein durchaus erfolgreicher Weg im Bereich des Sports gewesen.

Ich muss auch dazusagen, ja, die „Galanacht des Sports“ ist nicht billig, aber sie ist für die Sportler motivierend. Wenn dort die besten Sportler hinkommen, dann ist das eine Wertschätzung denen gegenüber. Es ist eine Wertschätzung der Sportlerinnen und Sportler, der besten Sportler.

Wir haben auch die Mesko-Trophy dazu genommen. Das war früher eine eigene Veranstaltung. Wir nehmen die jüngsten Sportlerinnen und Sportler, die auch die Mesko-Trophy erhalten, auch dort dazu.

Die Auswahl trifft nicht die Politik. Die Sportler des Jahres, zweiter, dritter, und so weiter, Sportler, Mannschaften, Trainer, Lebenswerk, das wird alles ausschließlich von den Sportjournalisten festgelegt, die einen tollen Einblick haben. Die wöchentlich, täglich über den Sport berichten, ohne dass man da entsprechende Vorgaben macht. Denn würde man das tun, würden die sofort mit ihrer Arbeit aufhören und nicht dazu stehen, dass sie da viele Stunden freiwillig und ehrenamtlich dazu auch verwenden.

Was mir auch wichtig ist, und da bin ich beim Schluss, nämlich, dass wir über 150.000 Euro jedes Jahr auch von privaten Sponsoren auftreiben. Nicht im Budget drinnen sind, nämlich 150, 160, 170.000 Euro, die über den Sportpool zu dem Spitzensport fließen und wo wir natürlich auch in der „Galanacht des Sports“, das muss man auch dazu sagen, diese Sponsoren miteinladen, weil man nicht nur sagt, toll ihr spendet für den Sport und für den Sportpool doch sehr beträchtliche Summen teilweise, sondern ihr seid natürlich bei dem einen oder anderen Event auch dabei.

Und einer der tollsten Events ist eben die „Galanacht des Sports“ in der Vila Vita, wo auch Sponsoren dort sind, die wieder im nächsten Jahren ihren Beitrag zum Spitzensport leisten. Ich denke, auch das muss erwähnt werden.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Debattenbeiträge. Ich glaube, diese Einhelligkeit und einstimmigen Beschlüsse sind auch sehr, sehr wichtig. Ein Danke an die Sportabteilung. Ja, es lebe der Sport. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Landeshauptmann. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Burgenländische Sportbericht 2016/2017 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1422), mit dem der Kulturbericht 2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1014) (Beilage 1476)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen zur Behandlung des 6. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1422, mit dem der Kulturbericht 2017 zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 1014, Beilage 1476.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Herzlichen Dank für Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Kulturbericht 2017 zur Kenntnis genommen wird, in der 34. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 3. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Kulturbericht 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer| *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Berichterstatter. Als Erstes erteile ich dem Herrn Abgeordneten Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Besten Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Ein Bericht jagt den anderen. Es geht um den Kulturbericht und ich muss sagen, die Worte vom Kollegen Steiner beim Sportbericht haben mich ein bisschen an mein Durchblättern im Kulturbericht erinnert.

Auch hier eine Vielzahl an Projekten, Initiativen, Ankäufen, Künstlerinnen, Künstler, Musikschulwerk, Musikschulen, die gefördert werden mit sehr unterschiedlichen Beträgen. Da sind 400 Euro zum Beispiel für die Gemeindebücherei, Druckkostenbeitrag in Oberndorf, bis zu sehr hohen Beträgen wie zum Beispiel Buchankäufe und Bindearbeiten von 132.000 Euro.

100.000 Euro bekam das Studienzentrum für Frieden in Stadtschlaining für die Jahresaktivitäten. Interessanterweise ist auch die Wiesenorgel im Stephansdom gefördert worden und zwar die Sanierung mit 28.000 Euro.

Und der größte Brocken machen eigentlich fünf Millionen Euro aus. Das ist keine Förderung, sondern der Mitgliederzuschuss an die Kulturbetriebe Burgenland GmbH und da liegt auch gleich ein bisschen ein Problem, weil dies was dort passiert, sehen wir jetzt

nicht mehr. Das Ganze ist ausgelagert worden in die Holding, davon steht im Kulturbericht natürlich kein Detail. Da ist nur der Batzen fünf Millionen Euro drinnen.

Sonst sind da natürlich sehr viele Sachen drinnen, die sehr gut sind, dass sie gefördert werden. Sehr gute Initiativen, sehr gute einmalige Veranstaltungen, Jahresaktivitäten. Es ist ein buntes Sammelsurium kann man fast sagen, im besten Sinne was im Kunst- und Kulturbereich gefördert wird.

Ein bisschen stört das Ganze dadurch, weil das halt so ist, dass da die Forschung auch dabei ist, deswegen sind auch die Fachhochschulen zum Beispiel drinnen, mitunter auch andere Aktivitäten.

Hinweisen möchte ich vielleicht ganz explizit auf ein sehr kleines Projekt, aber meiner Meinung nach sehr gutes Projekt, das übernommen wurde. Das gibt es in Österreich, Gott sei Dank, ich glaube inzwischen in allen Bundesländern, nennt sich „Hunger auf Kunst“.

Da geht es darum, dass ungefähr 50 Kulturbetriebe des Landes sich dazu bereiterklärt haben, landesweit günstige Tickets für ihre Veranstaltungen anzubieten. Also für Menschen. 2017 waren es ungefähr, sehe ich gerade, rund 1.000 Personen, die das genutzt haben, die an oder unter der Armutsgrenze leben, dass sich die auch Kunst und Kultur leisten können.

Eine Initiative vom Verein ARGUMENTO, wen das interessiert, auf der Homepage von ARGUMENTO findet man Details dazu, wie man dazu kommt und ähnliches.

Jetzt kann man sich natürlich, wenn man sich diese Querförderungen anschaut, teilweise wundern, dass sehr innovative Projekte wie zum Beispiel die Öffentliche Bücherei Litzelsdorf, die immer wieder, wenn es um Büchereien geht, sehr gelobt wird, nur 1.000 Euro bekommt, andere Aktivitäten dann mit wesentlich mehr Geld gefördert werden. Natürlich ist es schwierig hier ein objektives Raster drüber zu legen. Das ist schon klar.

Viele Initiativen kommen auch gar nicht auf die Idee, um Förderungen anzusuchen und machen ihre Sachen aus Vereinsgeldern und ehrenamtlichen Engagement. Auch die, die hier nicht vorkommen, seien hier an der Stelle erwähnt, deshalb, weil sie auch wesentliche Arbeit machen.

Was mir aber sehr wichtig ist zu erwähnen, sind die freien Kulturhäuser des Landes. Das sind deren drei. Das eine ist das OHO, das andere ist die Cselley Mühle und das dritte ist die KUGA. Alle drei bekommen im Jahr ungefähr 50 bis 60.000 Euro an einer Sockelförderung und das bereits seit sehr vielen Jahren.

Das heißt, die Förderung wurde seit vielen Jahren nicht erhöht. Jetzt wissen wir alle, Inflation, ähnliches. Ich glaube, es wäre langsam an der Zeit, Herr Landesrat, sich mit den Häusern einmal zusammenzusetzen, die wirklich wichtige Kulturarbeit, sowie vieles andere natürlich machen und die Wertschöpfung im Land behalten, weil die ja sehr viel Projekte machen.

Das OHO macht zum Beispiel Theater, Erstausführungen mit Bühnenbild, die kaufen Holz zu, alles Mögliche, alles wird regional eingekauft. Der Großteil bei allen drei Häusern geht zu einem sehr großen Teil in die Personalkosten, auch das ist wesentlich. Das heißt es sind Arbeitgeber, Arbeitsplätze in den Regionen.

Da wäre es meiner Meinung nach an der Zeit, hier das Budget aufzustocken, damit die ihre wichtige Arbeit weitermachen können, die auch teilweise sehr stark mit den Vereinen zusammenarbeiten, nämlich den Vereinen unserer *(Abg. Mag. Franz Steindl:*

Voksgruppen!) Volksgruppen, danke vielmals, also hier wirklich sehr stark Kultur, Kunstarbeit im Land machen.

Ein Punkt den ich noch anführen möchte, ich nehme an, dass Mehrere das Mail bekommen haben, da geht es um das Symposium Europäischer Bildhauer in St. Margarethen, denen jetzt das Bildhauerhaus abhandengekommen ist, da mit der Stiftung Esterhazy also offensichtlich zu keiner guten Lösung gekommen ist.

Vielleicht gibt es da eine Möglichkeit, da es offensichtlich von Dir, Herr Landesrat, einen guten Draht zu den Esterhazy's gibt, vielleicht kann man da noch etwas rausholen.

Ich glaube, das ist eine über die burgenländisch-österreichische und sogar europäische Grenze hin wichtige und anerkannte Kulturinitiative, die ja auch diesen Hügel haben, wo die Kunstwerke, größtenteils Steinskulpturen, stehen und die sicher auch ein Grund sind, wo wir heute über den Tourismus gesprochen haben, wo Leute ins Burgenland kommen, beziehungsweise zu diesen Symposien.

Vielleicht kann man hier als Mediator eingreifen. Das wäre meine zweite Bitte an den Landesrat.

Ja, wir werden dem Kulturbericht natürlich zustimmen und herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der nächste Redner ist der Landtagsabgeordnete Wiesler. Bevor wir in die Debatte über die Dringlichkeitsanträge eingehen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kulturbericht 2017 liegt vor. Im ganzen Land hat sich in Sachen Kultur im Jahr 2017 wieder viel getan. Es sind wieder sehr viele Projekte in den Bereichen Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung mit insgesamt 22,2 Millionen Euro gefördert worden. Mit dem Kulturbericht 2017 liegt ein ausführlicher und detaillierter Bericht über die Kulturpolitik und die Verwendung öffentlicher Mittel im Bereich Kunst und Kultur vor.

Es sind jene Institutionen, die die Kunst und Kultur im Burgenland prägen angeführt. Aber auch alle Förderungen im Einzelnen. Der Kulturbericht 2017 ist nicht nur eine transparente Auflistung von Zahlen, Daten und Fakten aus dem Kulturreferat, sondern er ist eine Leistungsschau der Vielfalt, des künstlerischen und kulturellen Angebots im Burgenland.

Mit gezielten Subventionen ist es gelungen, sowohl großen Events als auch kleinen Initiativen ein gutes Fundament zu bieten. Gefördert wurde demnach ein breites Spektrum von Kunst, über Erwachsenenbildung bis hin zur Brauchtumspflege.

Der kulturpolitische Schwerpunkt hat der Gegenwartskunst gegolten. Das Jahr 2017 wurde als das „Jahr der Gegenwartskunst“ ausgerufen. Es wurden somit alle zeitgenössischen, burgenländischen Künstler eingeladen, Projekte einzureichen. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren lag der Umsetzungsfokus eindeutig auf dem Bereich der Förderung und nicht auf die Umsetzung eigenständiger Projektformate durch das Kulturreferat.

So war es das Ziel 2017, neben verdienstvoller Pflege unserer wertvollen Traditionen, auch im besonderen Maß die Förderung gegenwärtiger Kreativität. Das Kulturreferat war somit die Plattform, im Jahr 2017 das künstlerische Potential unseres

Landes hervorzutun. Gleichzeitig war es das Ziel, kreativen Menschen im Burgenland Mut zu machen und der Bevölkerung die Augen zu öffnen, wie vielfältig die burgenländische Kulturszene ist. Der Kulturbericht liefert den Beweis, dass diese Vorhaben gelungen sind.

Die meisten Ausgaben finden wir in den Bereichen Ausbildung und Weiterbildung mit 12,2 Millionen Euro. Darunter fallen Projekte, Veranstaltungen, Produktionen, besonders eben das Musikschulwerk, die Musikschulen und die Fachhochschulen.

Den zweiten großen Brocken machen mit 5,4 Millionen Euro die Kulturinitiativen, die Zentren und Kulturbetriebe aus, gefolgt mit 1,6 Millionen Euro für Großveranstaltungen, welches ein wesentliches Zugpferd im Kulturbereich des Burgenlands sind und 1,4 Millionen Euro für Museen, Archive, Wissenschaft und Forschung.

Es ist natürlich eine Menge Geld, welches jedes Jahr für Kunst und Kultur in die Hand genommen wird. Natürlich könnte man oft ein paar Euro von da nach da verschieben. Jedoch ist es für das Burgenland ein enormer Wirtschaftsfaktor. Die Wichtigkeit jedes einzelnen Euro ist unbestritten.

Den burgenländischen Kultursommer besuchten 582.000 Menschen. Davon profitieren natürlich die Hotellerie, die Gastronomie und somit der Tourismus insgesamt. Ich weiß, die Opposition wird hier wieder vermerken, dass sind Sonntagsreden, aber ich denke es ist mehr. Es ist ein wesentlicher Motor für das Burgenland. Es entspricht der Tatsache, dass auch Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

Das Kunst- und Kulturjahr 2017 war ein Jahr, in dem Bewährtes weiterentwickelt und neue Initiativen gestartet wurden. Sowohl für das zeitgenössische Kunst- und Kulturschaffen als auch für die Gegenwartskunst hat das Burgenland eine Fülle von Leistungen und Förderungen zur Verfügung gestellt. Das Land Burgenland hat im Jahr 2017 Künstler bei ihrer Arbeit, sowie Vereine und Einrichtungen bei der Präsentation wieder sehr gut unterstützt.

Damit haben möglichst viele Menschen eine lebendige Auseinandersetzung mit der Kunst der Gegenwart ermöglicht bekommen. Auch mit Auszeichnungen würdigte das Land Burgenland im Jahr des Ehrenamtes auch das vielfältige oft ehrenamtliche Engagement um unendlich vieler Kulturschaffender.

Das soll auch als Ermutigung für zahlreiche Kleinkultureinrichtungen in den Gemeinden sein, in denen wahre Liebhaber am Werk sind und mit viel Herzblut und persönlichem Einsatz dafür sorgen, dass es auch fernab der großen Kultur ein großartiges Angebot für die Bevölkerung gibt. Vor allem in den Gemeinden wurde die Kunst und Kultur öffentlich wirksam und zugänglich gemacht.

Abschließend, sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, dass der Kulturbericht 2017 wieder zeigt, dass das Land Burgenland bemüht ist, gute Rahmenbedingungen für die Kunst- und Kulturschaffenden zu ermöglichen, damit Vielfalt, Qualität und Kreativität gesichert bleiben. Es ist mit die Aufgabe von Kunst und Kultur, ein besonders kritischer Spiegel aus gesellschaftlicher Entwicklung zu sein.

Es ist mir klar - nicht alles was umgesetzt wurde, findet auch seine Zustimmung. Ich maße mir aber nicht an zu urteilen, zu bewerten oder gar die gelebte Vielfalt einzuschränken. Kunst und Kultur müssen aber in aller Breite in unserem Burgenland weiter ein starker Identitätsfaktor bleiben. Kunst, Kultur, Denkmäler, Brauchtumspflege, Tradition sind auch Heimat.

In diesem Sinne nehmen wir den Kulturbericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steindl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich stehe gerne als Pausenfüller jetzt bis zur Dringlichen zur Verfügung als Redner. Ich werde mir einiges ersparen und möchte auch gar nicht so stark auf den Kulturbericht eingehen, weil dieser Kulturbericht natürlich eines zeigt, jeder Bericht zeigt das, dass es ein pathologischer Befund ist. Im Nachhinein eigentlich, wenn etwas schon geschehen ist, zu kritisieren ist leicht.

Ich glaube, dass dieser Kulturbericht sehr umfassend ist. Auffallend ist, und das habe ich bei meiner letzten Rede schon gesagt, dass zum Beispiel die ausgegliederten Unternehmen nicht dabei sind. Wir haben also keine Einblicke. Auffallend ist, dass in Richtung Forschung doch viel Geld ausgegeben wird. Auch das ist ausgegliedert. Wir wissen nicht, welche Forschungsprojekte hier umgesetzt wurden.

Positiv ist, Herr Landesrat, dass es wieder klare Verhältnisse zur Stiftung Esterhazy gibt. Das zeigt auch die Förderung von 20.000 Euro an Kulturförderung für das Festival Herbstgold. Positiv ist auch der Wechsel in der Abteilung Bildung, Kultur und Gesellschaft.

Mit der neuen Abteilungsleiterin Mag.a Claudia Priber haben wir, glaube ich, eine sehr kompetente Persönlichkeit und ich glaube, dass wir im Kulturbereich sehr viel weiterbringen werden.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich möchte aber vielleicht eines betonen, nämlich Kultur hat viel mit Pflege zu tun. Aber Kultur hat aber auch viel mit Weiterentwicklung zu tun.

Herr Landesrat, ich bin Dir dankbar, dass es jetzt möglich ist, dass man dem Künstlerischem mehr Freiraum gibt und die Kreativität sich entfalten kann. 2019 ist für mich in die Zukunft geblickt ein wichtiges Jahr. 2019 ist ein Gedenkjahr, der 210. Todestag von Joseph Haydn.

Ich glaube es ist an der Zeit, dass wir, auch das Burgenland dementsprechend so wie das Salzburg für Mozart macht oder Linz für Anton Bruckner, dass wir das Burgenland fokussieren auf zwei große Künstler, die wir haben. Das eine ist der Franz Liszt und das zweite ist der Joseph Haydn. Gerade der 210. Todestag ist eine Riesenchance für das Burgenland, sich der Welt zu präsentieren.

Der damalige Ausspruch von Joseph Haydn "Meine Sprache versteht man durch die ganze Welt", ist natürlich gerade in der Jetztzeit von großer Bedeutung, weil es ein Medium ist, das Barrieren und Grenzen überwindet und das ist aktueller denn je. Wenn man sich die aktuelle Diskussion anhört, dann ist es wichtig, dass man gerade ein Medium findet, wo man Barrieren, wo man Grenzen auch überwindet.

„Meine Sprache versteht man durch die ganze Welt“ könnte für das Burgenland heißen: Wir sprechen die Sprache der Menschen. Unsere Sprache hat viele Gesichter. Unsere Sprache öffnet Herzen. Unsere Sprache macht Wirtschaft. Unsere Sprache macht Erfolg. Einer, der das richtig erkannt hat, ist der neue Direktor des Haydn Konservatoriums Dr. Tibor Nemeth.

Ich habe bei ihm selbst einige Vorlesungen besuchen dürfen und ich sehe er ist Neuem aufgeschlossen. Er hat alleine im heurigen Jahr unter dem Slogan "Unsere Sprache öffnet Tür und Tor" erreicht, also mit einem Tag der offenen Tür, das erste Mal im Haydn Konservatorium, dass es ab September fast 50 Prozent mehr Anmeldungen von Studentinnen und Studenten gibt. Und das ist großartig! Ich glaube, da kann man aufbauen.

Man sollte auch überlegen, wie man das Portfolio-Angebot dieses Konservatoriums auch erweitern kann. Das Gleiche gilt natürlich auch für das Liszt-Zentrum mit den Kutrowatz-Brüdern und dem Geschäftsführer Thomas Mersich.

Ich sage es noch einmal: Das was für Salzburg Wolfgang Amadeus Mozart, für Linz Anton Bruckner ist, das könnten für das Burgenland Joseph Haydn und Franz Liszt sein. Wenn es uns gelingt, dass wir einen guten Mix zusammenbringen zwischen Tradition und Fortschritt, wobei mir das Weiterentwickeln und das Experimentieren ein wichtiges Anliegen ist, dann sind wir auf einem guten Weg. Das wünsche ich mir.

Denn wie heißt es so schön: Wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört gut zu sein. In dem Sinne nehmen wir den Kulturbericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung einer umfassenden „Bio-Wende“ in der burgenländischen Landwirtschaft (Zahl 21 – 1056) (Beilage 1488)

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung einer umfassenden „Bio-Wende“ in der burgenländischen Landwirtschaft, Zahl 21 - 1056, Beilage 1488, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat.

Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Dankeschön Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Dringlichkeitsantrag, ich darf vielleicht mit dem Titel beginnen: Wir wollen das Burgenland gemeinsam zum Bio-Vorzeigeland machen. Daher freut es mich wirklich sehr, dass der Herr Landwirtschaftspräsident da ist, dass sehr viele Vertreter der Landwirtschaft auch da sind, weil ich diesen Wert auf gemeinsam lege.

Ich möchte unseren Antrag, den wir heute als dringlich einbringen, auch begründen, warum und weshalb. Ich darf mich im Vorfeld bei all jenen Fraktionen bedanken, die diesen Antrag mittragen. Das ist natürlich bei der FPÖ, bei den GRÜNEN, bei LBL, weil wir uns wirklich lange schon damit auseinandersetzen, dass im Prinzip mit Pestiziden, mit Giften, mit Dingen wie Glyphosat auseinandersetzen, wo wir im Burgenland und hier im Burgenländischen Landtag das schon öfters diskutiert haben.

Mir ist klar, dass wir ein Land sind, ein Bundesland sind, wo es auch biologische Landwirtschaft gibt und das überdurchschnittlich hoch, verglichen mit den anderen Bundesländern. Das zeigt für mich aber auch, dass es anscheinend schon sehr viele Vordenker gibt, wo es möglich ist eine Bio-Landwirtschaft zu führen, die auch wirtschaftlich ist.

Nachdem wir schon einige Beschlüsse gemacht haben, speziell gegen Glyphosat, liegt es jetzt natürlich auf der Hand, weil es auch sehr viele - wie soll ich sagen - Gutachten gibt, sehr viele Feststellungen gibt, wo man überall Pestizide, Glyphosat nachweisen kann.

Das ist jetzt nicht irgendetwas, dass wir vier uns gemeinsam jetzt so aus den Fingern gezogen haben, sondern das ist eine Tatsache und wir wollen dieser Tatsache gerecht werden, dass wir den einen Schritt, den wir schon gemacht haben, das Glyphosat schon freiwillig jetzt in sehr vielen Gemeinden nicht verwendet wird, dass es in landesnahen Betrieben nicht verwendet wird, dass man diesen Schritt jetzt vertieft und dass es wirklich dazu kommt, dass man sagt, dass es ein generelles Verbot in diese Richtung geben kann und wird und soll.

Daher noch einmal, ich glaube, wenn man sich unseren Antrag sehr erst durchgelesen hat, dann sieht man, welche Schwerpunkte wir setzen wollen, welchen Fahrplan wir haben. Es ist uns natürlich bewusst, dass diese Dinge nicht von heute auf morgen gehen aber, wenn man nicht damit anfängt, dann wird sich auch nichts verändern.

Ich bin davon überzeugt, dass wir uns das schuldig sind, was wir essen, wie wir essen und was wir zu uns nehmen, dass das ganz wichtig ist für unsere Kinder, dass diese Nachhaltigkeit letztendlich aber auch für die nächsten Generationen sehr wichtig sein wird.

Wenn ich bei Glyphosat bleibe, also es ist ja wirklich so, dass man annimmt, dass es auch bewiesen ist, dass Glyphosat dazu beiträgt, ein Teil vom Bienensterben zu sein. Wir alle wissen, wie wichtig Bienen im Land sind, in der Landwirtschaft sind, und daher denke ich, ist dieser Antrag sehr wichtig.

Es ist auch für uns so, dass, wenn ich jetzt umstellen will in der Biolandwirtschaft, dass es natürlich mit Übergangszeiten ist, dass es natürlich mit Regelungen sein wird, die man gemeinsam erarbeitet mit den Expertinnen und Experten und natürlich auch mit dem Land Burgenland.

Wenn ich das Jahr 2014 hernehme, also 2014 wollten schon 15 EU-Staaten im Prinzip die Pestizide verbieten, ist leider nicht gelungen, auch nicht dem damaligen Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich, der sich dagegen ausgesprochen hat. Das denke ich, zeigt aber auch, wie ernsthaft man jetzt auch aus Sicht der ÖVP mit diesen Dingen umgeht.

Wir wollen heute hier das als Schwerpunkt machen, indem man wirklich versucht, hier diesen Dringlichkeitsantrag so zu diskutieren, damit wir es schaffen, längerfristig, fast 100 Prozent auf biologische Landwirtschaft umzusteigen.

Das ist für uns ein Zukunftsthema und es ist für uns auch sehr wichtig. Es kann nicht sein, dass dann, wenn die ÖVP von Glyphosat spricht, das belächelt wird, oder dass es ganz einfach Aussagen gibt, wo man sagt, na ja, man kann ja sagen, Glyphosat ist kein Unkrautvernichtungsmittel, sondern ein Medikament für Pflanzen, so wie das Stefan Kast im Jänner 2017 gesagt hat.

Also es ist so, dass ich jetzt näher im Prinzip eingehen will, was wollen wir, was ist wichtig und wie ist diese Bio-Wende im Burgenland möglich? Also für uns ist es so, dass wir konkret die Fördersysteme umstellen wollen, mittelfristig, wie ich schon erwähnt habe, dass man zu einer hundertprozentigen biologischen Landwirtschaft kommen wird.

Es ist so, dass natürlich die Pflanzengifte weiter reduziert werden, dass ein vollständiger Ausstieg aus Glyphosat passieren soll und das zeigt ja schon das Land vor,

landesnahe Betriebe und im Prinzip auch sehr viele Gemeinden, wo ich mich natürlich auch bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bedanken kann und darf und das sehr gerne tue, weil die Gemeinden auch immer hier Vorreiter sind.

Was ist uns noch wichtig? Was steht in unserem Antrag? Was soll umgesetzt werden? Es ist uns ein modernes burgenländisches Landwirtschaftskammergesetz wichtig und das soll auch erarbeitet werden.

Es ist uns aber auch wichtig, dass diese Gemeinsamkeit im Vordergrund steht, weil wir wollen uns nicht verstehen, dass die Bauern im Prinzip jetzt so meinen, dass sie für uns Feindbilder sind. Nein - im Gegenteil!

Ich glaube, dass es eine gute Chance ist, wenn wir auf Bio-Landwirtschaft umstellen, dass es auch ein bisschen das Bauernsterben hintanhält.

Weil, im gleichen Schritt ist in unserem Antrag auch drinnen, dass natürlich jetzt, dort, wo wir einmal vom Land zuständig sind, eine Umstellung ist, wo wir kochen, wo es hier das Buffet im Land gibt, dass das natürlich mit dabei ist, dass man das Schritt auf Schritt umsetzen muss und kann.

Ich meine dieses Thema ernst. Auch wenn ich aus der ersten Reihe, so wie schon viele Male bei den Punkten heute hier ein Lächeln sehe, mir ist das wirklich ernst, und ich würde alle einladen, dieses Thema auch ernsthaft zu diskutieren.

Es kann nicht funktionieren von heute auf morgen. Es kann aber nur dann funktionieren, wenn wir uns das vornehmen, wenn wir Rahmenbedingungen machen und nach diesen Rahmenbedingungen auch leben.

Auch hier wieder ein Dankeschön an die Gemeinden, die diese gesunde Ernährung in den Kindergärten und Schulen schon haben. Und wenn es in den Gemeinden funktioniert, wird es auch bei uns funktionieren. Man muss sich nur die Ernsthaftigkeit nehmen und diese Umstellung schrittweise und langsam vornehmen.

Das alles sind Dinge, die wir in unserem Antrag drinnen haben, und was uns noch wichtig ist, dass natürlich bei der Ausbildung in einer landwirtschaftlichen Fachschule schwerpunktmäßig Bio-Landwirtschaft auch drinnen sein soll. *(Abg. Walter Temmel: Das ist eh schon.)*

Ich glaube, das ist auch eine Möglichkeit. Wir haben es trotzdem noch einmal bei uns in unserem Antrag drinnen, weil dieser Antrag sehr weitgefächert ist. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Na sicher, weil er sehr weitgefächert ist, weil das Thema auch sehr weitläufig ist. *(Abg. Walter Temmel: Kennst Du den Lehrplan?)* Das ist ganz einfach so.

Auch, Herr Kollege Steiner, wenn Sie das nicht so sehen, ich sehe das so. Und es kann auch letztendlich nicht sein, und wir haben in unserem Antrag auch im Prinzip einige Forderungen an den Bund gestellt, dass ich sage, wenn es ab 2018 keine Förderung mehr für Bio-Landwirtschaft gibt, dann muss sich der Bund natürlich dafür einsetzen, dass es Möglichkeiten gibt, diese Förderungen weiter zu bekommen.

Es muss sich natürlich die Bundesministerin dafür einsetzen, nicht eine weitere Studie in Auftrag zu geben, ob jetzt Glyphosat im Prinzip, jetzt ob wir uns von diesem Pflanzengift verabschieden oder nicht? Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass sie sich dafür einsetzen sollte, und ich hoffe, dass sie das auch tut, aber nicht nur mit einem Auftrag, dass es eine Studie gibt, sondern dass man das genauso ernst nimmt, wie wir das im Land Burgenland ernst nehmen.

Ich bin davon überzeugt, dass das funktionieren kann, wenn wir unseren Dringlichkeitsantrag, den wir heute hier einbringen, den wir heute hier diskutieren, so quasi als Arbeitsplan nehmen, als Umsetzungszeitraum und selbst festlegen, wann was funktionieren wird und gemacht wird.

Dann, glaube ich, ist es für die Zukunft für uns ein ganz wichtiger Meilenstein, und daher ist es mir wirklich heute eine Freude, dass wird diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben.

Dass wir ihn mit vier Parteien eingebracht haben, das zeigt schon die Ernsthaftigkeit, das zeigt aber auch, wo ich glaube, dass die Zeit jetzt reif ist, darüber zu sprechen, wo es sehr viele junge Familien, sehr viele Gasthäuser schon gibt, wo es sehr viele Konsumenten gibt, die wirklich Wert legen auf - nicht auf den Preis -, sondern auch auf biologische Lebensmitteln.

Daher bin ich davon überzeugt, dass das ein guter Antrag ist, und ich lade natürlich gerne auch die ÖVP ein, diesen Antrag mitzutragen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Danke für die Einladung! *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte meiner Vorrednerin anschließend jetzt vielleicht eines gleich betonen, das mir sehr wichtig erscheint, Sie betonen eingangs das „Wir“. Wir wollen!

Unterminieren und diskreditieren ist aber die Wirklichkeit, denn, wie Sie gesagt haben, Sie haben vier Parteien gefragt, und zwei, also mich als Person haben Sie nicht gefragt, was ich schon sehr wohl über die längste Zeit zur Kenntnis nehme, aber das ist nur der Zugang, den Sie zum sogenannten freien Mandat haben, das jeder Einzelne von Ihnen auch ausübt nur wenn er sich dann zusammenschließt zu einem Klub, dann ist es was anderes.

Tatsache ist, dass, soweit meine Informationen reichen, auch die ÖVP nicht gefragt wurde. Aber das ist jetzt nur zu dem Gedanken, den Sie in den Raum mit dem „Wir“ stellen. *(Abg. Ingrid Salamon: Haben im Jänner nicht mitgestimmt.)*

Es ist Ihre Art von politischer Handhabung, und dies sei jetzt auch nicht diskutiert, sondern es ist so.

Die Wirklichkeit in dem Antrag, in dem Dringlichkeitsantrag, den haben Sie jetzt auch sehr unterschiedlich und eigentlich nur in Ihrem Willen dargestellt, und so ist es auch schriftlich in der Umsetzung nachzulesen.

Es wird niemand in dem Raum sein und auch keiner der Landwirtschaftsvertreter, die auf der Galerie sitzen, und auch kein Landwirt im Außenbereich, der im Burgenland wirtschaftet, der sagt: Ich will das auch nicht. Es wird keinen geben. Sie werden niemanden finden, außer der vielleicht jetzt zwei Jahre, ein Jahr vor der Pension steht, der sagt, das tue ich mir nicht mehr an.

Die Wirklichkeit in diesem Antrag auf die Landwirtschaft in der Produktion ist gegeben in dem Umstand, wo Sie sagen, 2018 läuft die europäische Förderschiene auf die Umstellung auf biologische Landwirtschaft aus.

Daher ist das das wichtigste Anliegen, das Sie heute hier eingebracht haben sollten, dass Sie alles tun im Wirken auf die Europäische Union, dass diese Förderkulisse, in Zukunft auch miteinschließt, dass nach 2018 ebenfalls die Möglichkeit geboten ist, auf den sogenannten Bereich umzustellen. Das haben Sie in der Antragstellung so formuliert.

Die Wirklichkeit ist aber, dass Sie daran zweifeln. Weil, auf der anderen Seite, und das steht dann nur in Nebensätzen, die Landwirtschaftskammer das wirkliche Ziel ist.

Frau Kollegin Salamon, stellvertretend für alle anderen auch in Ihrem Kreis, glauben Sie wirklich, dass diese türkise, schwarze, was immer jetzt auch, oder die freiheitliche Bundesregierung in ihrer Antragstellung auf die „Kriegserklärung Landwirtschaftskammer Burgenland“ innehalten werden und dann lobend für sich beanspruchen werden, das ist selbstverständlich, dass wir das zutrauen, dass das passiert, aber die Arbeiterkammer klammern wir aus.

Auf den Reflex bin ich zukünftig neugierig, wenn das jetzt dann demnächst kommt, was dann von Ihrer Seite her eingewandt wird. In Wirklichkeit … *(Abg. Ingrid Salamon: Es gibt keine „Kriegserklärung Landwirtschaftskammer“.)* Na gut, lassen wir es dahingestellt.

Aber Sie werden sich dann wahrscheinlich bemühen und den bösen Teufel an die Wand malen. Das Gleiche, was jetzt passiert, Landwirtschaftskammer. Es wird im Sinne der Landwirtschaftskammer wahrscheinlich keinen Funktionär geben, der sagt, das soll alles so bleiben wie es ist. Das wird nicht der Fall sein. Ich nehme nicht an, dass sie über die … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nicht mit den Vorurteilen. Man kann jedes Thema mit einem Vorurteil besprechen und dann damit auch abschließen. Die Wirklichkeit schaut so aus, dass die Landwirtschaftskammer eine Interessensvertretung der Landwirte ist und im Gegensatz, das, was Sie auch anführen zu anderen Kammern, keine direkten Subventionen von Bundesstellen erhalten oder sie erhalten vom Bund und vom Land eine Direktsubvention zur Abwicklung und zur Organisation ihrer Leistungen.

Man kann darüber reden, dass Sie das in irgendeiner Form verschlanken, so wie es die Wirtschaftskammer getan hat mit zwei Organisationsreformen, so, wie es die Arbeiterkammer noch nicht getan hat.

Ich kenne schon den Aufschrei, der passiert ist im Zusammenhang mit der Arbeiterkammer, wie, man will uns den Arbeitgeberbeitrag kürzen. Genauso wie wir beim nächsten Kapitel die Diskussion haben werden, die 0,1 Prozent, die der Wirtschaft quasi zugutekommt, in der Umsetzung auf die Sozialversicherungsträger. Ist zwar nicht die Welt, aber es soll ja zukünftig dann mehr werden.

Das heißt, wir haben eine Zielsetzung, die auf Reduktion der öffentlichen Mittel oder auch gewisser Einrichtungen wie Betriebssituationen stattfinden soll.

Ich bin überzeugt davon, Sie werden, und das jetzt nur im Umkehrschluss, Sie werden keinen Landwirt finden, der mit der Situation glücklich ist. Ich kriege im Grunde genommen auf die Fläche so viel Subvention und produziere eigentlich so viel Wirtschaftsgut, dass im Endeffekt, wenn ich es im Handel nachverfolge, dort so viel kostet, und ich kriege so wenig dafür.

Also, die Situation der Landwirtschaft, das ist nicht österreichweit, sondern das ist europaweit ein Problem. Außerhalb der Europäischen Union hat es am 23. September in

der Schweiz eine Bürgerbefragung gegeben, wo eindeutig festgehalten wird, und das hat unlängst jemand in der Presse auch dargestellt, man will von dem Subventionsbereich weg und will zu wirklichen Produktionsmethoden, wo der Landwirt ein Unternehmer ist.

Die Zielsetzung ist wirklich für jeden auch klar und deutlich. Nur wird das nie funktionieren, weil nämlich schon eines festgehalten wurde in der ORF-Berichterstattung. Vor ungefähr 20 bis 25 Jahren hat es die Situation gegeben, dass der einzelne Haushalt für die Lebensmittel für den Einkauf so und so viel seines Haushaltsaufkommens gebraucht hat. Das hat sich inzwischen reduziert, dass wir mit 12 Prozent auskommen. Der Handel hat sich aber entwickelt in einer Form, die einzigartig ist. Jetzt gibt es eine EU-Richtlinie in der Besprechung. Was ist in Österreich passiert?

Der Handel ist aufgetreten und hat als Erstes gesagt: Dieses genossenschaftliche Prinzip, das Einkaufsprinzip, das will man jetzt unterminieren. Warum will man es unterminieren? Damit man den Preisvorteil, den der Handel in großer Form beim Einkauf erzielt, quasi nicht ausschaltet.

Das ist das Handicap, das die Landwirte zu tragen haben. Das ist das Problem, das in irgendeiner Form dasteht. Es will wahrscheinlich jeder Landwirt für das von ihm produzierte Lebensmittel mit Sicherheit den auch ihm zustehenden Ertrag in finanzieller Hinsicht.

Nur das spielt es nicht, weil wir die Marktgegebenheiten haben, die das als solches nicht zulassen. Und diese Marktgegebenheiten werden wir in Zukunft auch nicht ausschalten, indem wir jetzt die Landwirtschaftskammer auf das reduzieren, was ihnen so vorschwebt.

In Wirklichkeit - und das habe ich eingangs gesagt: Ich bin überzeugt davon, wenn die noch verantwortliche Landesrätin in den Verhandlungen mit ihnen die Situation bespricht, wird man auch zu Neuerungen und neuen Gegebenheiten kommen. Und das, was dann heute auch in einer Antragstellung von den GRÜNEN eingebracht wurde, ein Landwirtschaftskammergesetz.

Ich meine, es ist auch Ihnen bekannt, dass das, was sogenannte Wahlberechtigungen anlangt, nicht mehr das Zeitgemäße ist und dass es hier Reformen geben wird müssen, weil das zum Beispiel als Aufhänger benutzt nicht die Alltagssituation widerspiegelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem Antrag ist auch dargestellt, 31,8 Prozent sind momentan Bioackerfläche, 39,2 Prozent sind Biogrünfläche und 16,8 Prozent Bioweingartenfläche. Das heißt, wir haben es über die letzten Jahre, über ein Jahrzehnt, nicht zu Wege gebracht, mehr als solches in der Biolandwirtschaft umzusetzen.

Wir haben aber eines, das Sie auch betont haben, Sie strecken einen Zeithorizont - „wir wollen zukünftig“ -, das sage ich, jeder will das, es ist niemand hier ausgeschlossen, der das auch betreibt. Es sind Landwirte, die das mit Sicherheit wollen.

Die Fragestellung ist, wie ist die Finanzierung - das ist der Kernpunkt bei der Diskussion -, wie ist die Finanzierung in der Umstellungsphase zu gewährleisten, dass der ohne Einkommen nicht dasteht? Mit der einen Million, die der Herr Landesrat Doskozil dekretiert hat, was er der Landwirtschaftskammer wegnehmen möchte, wird man nicht ein paar Prozentpunkte, sondern noch weniger umsetzen können, um in den Bereich einer erhöhten Biolandwirtschaft zu kommen.

Da braucht es, um es nochmals zu erwähnen, europäische Fördermittel, die es eindringlich auszulösen gilt und da sollten Sie im Grunde genommen alles Bestreben an den Tag legen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vorher diese Schweizer Abstimmung beziehungsweise auch einen Artikel in der „Presse“ zitiert, wo ein sogenannter Thinktank - eine geistige besondere Einrichtung, so wie sich die Industriellenvereinigung einer bedient, so wie sich die Wirtschaftskammer einer bedient, die dann vorgeben, wo so quasi revolutionäre Finanztransaktionen im Sinne der Steuererleichterung für Betriebe und andere Einrichtungen stattfinden können. So was gibt es auch in der Schweiz.

Die Schweiz ist noch eigenständig und hat im Grunde genommen das gleiche Fördersystem, im Verhältnis noch ein besseres als Österreich. Und dieser sogenannte geistige Zirkel hat die Meinung erhoben, man soll etwas zu Wege bringen, sodass quasi alles in die Wege geleitet wird, um das Unternehmertum im landwirtschaftlichen Sinne zu befördern.

Ich habe es schon eingangs gesagt, es wird niemand zu finden sein, der von sich aus sagt, ich will das nicht. Nur die Fragestellung ist, wie erreiche ich es? Wenn Sie meinen, dass sie die landwirtschaftliche Betriebssituation im Sinne der Todesfolgen, die wir über Jahre jetzt verfolgen, das ist ja ein jährliches Reduzieren, weil der, der in Pension geht, niemanden findet, der jetzt in irgendeiner Form nachfolgt, weil sich das alles schon gesellschaftspolitisch irgendwie verändert hat, dann gibt es diese Größenordnungen der Betriebe, die jetzt diesen auffangen und quasi die Grundstücksflächen mitpachten.

Wenn das als solches eine Zielsetzung ist, dann wird über Verzicht auf Glyphosat und andere Herbizide es nicht gelingen, das landwirtschaftliche Sterben aufzuhalten, sondern wir müssen uns eines vor Augen halten und jetzt abgesehen vom rudimentären Anspruch „Burgenland - Österreich - Europa“.

Das Problem, das wir in Bezug auf Lebensmittelproduktion haben, ist ein weltweites und es wird - und da können wir noch so viel auf Bio setzen, es wird nicht gelingen und das wird Ihnen jeder Vernünftige, ob es jetzt ein Agrartechniker ist oder ein Volkswirt ist, erklären können, dass es im Prinzip nicht möglich ist, zu 100 Prozent Bio zu wirtschaften. Es braucht auch die konventionelle Landwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn Sie dann auf der anderen Seite das Bemühen in den Vordergrund stellen, wir wollen in Landes- und Gemeindeeinrichtungen Bio forcieren. Das haben wir eh schon x-mal beschlossen.

Die Wirklichkeit schaut so aus, dass dann Greenpeace eine Darstellung, *(Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt nicht.)* wer ist jetzt - wir haben beschlossen, in den landeseigenen Kantinen die Bio-Geschichte zu fördern. Der Ertrag - ja - und das ist jetzt die Wirklichkeit, wenn ich das umsetze, ist es immer eine Frage auch der finanziellen Ressourcen. Wenn die nicht vorhanden sind, dann wir sich ein jeder irgendwie sagen, die Rechnung geht nicht auf, daher muss ich dort auch was zukaufen.

Die nächste Frage ist, ob das jetzt nicht stimmt, ist jetzt Ihre Interpretation. *(Abg. Ingrid Salamon: Wir kochen in Mattersburg Bio. Mir werden Sie es nicht erzählen, Herr Kollege!)* Tatsache ist, dass die nächste Frage, die hier aufscheint, der Fall ist: Wie soll das Ganze irgendwie umgesetzt werden?

Tatsache ist, und das wird der Herr Spitzmüller als Biolandwirt auch betonen können, dass wir es nicht schaffen, ausreichend Biolebensmittel zu erzeugen, um diesen

Gesamtbedarf abzudecken. Das mag jetzt eine eingeschränkte Situation in meiner Darstellung sein, die Wirklichkeit spiegelt das aber wider.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Bezug auf diese Antragstellung Folgendes festhalten: Es soll auch niemandem verwehrt werden, die Formulierung zu wählen „wir sollen zukünftig dort hin“. Nur die Schritte und die gesamte Wegweisung auf das Ziel bezogen kann nicht vordergründig jetzt mit Verzicht auf gewisse Herbizide sein, wobei ich sage, die bräuchten wir wirklich nicht, aber es ist im Endeffekt europäisch und wer hat da jetzt eine Rolle noch gespielt bei der sogenannten letzten Zueignung? Das war noch die Regierung im Bund, die sich dafür eingesetzt hat. In Wirklichkeit ist diese Zielsetzung, egal welche Herbizide für die Zukunftsgestaltung nicht von Vorteil.

Wir brauchen landwirtschaftliche Böden, die nachhaltig bewahrt werden, die auch die Zukunft sichern, was Lebensmittelproduktion anlangt. Ich erwähne jetzt in dem Bereich etwas, das vielleicht irgendwo auch so dahingesprochen wird. Es hat in der maria-theresianischen Zeit die sogenannte Vielfelderwirtschaft gegeben, wo man jährlich umgesetzt hat eine andere Produktion, um zu einem höheren Ertrag zu kommen, weil man den Kunstdünger noch nicht gekannt hat. Das heißt, man hat den Boden nicht ausgelaugt, sondern hat verbreitet auf andere Themen auch gesetzt.

Das bemühen sie sich jetzt auch noch. Jeder Landwirt bemüht sich auf gewisse Inhalte das zu tun. Nur sollten wir immer nicht die Bevormundung setzen, es muss hier regulativ eingegriffen werden. In Wirklichkeit schüren wir hier wieder eine Neiddebatte, das können Sie, Frau Salamon, auch nachlesen, wie es die Veröffentlichung gegeben hat, dass ein Biolandwirtschaftsbetrieb, der 1.000 Hektar hat oder 800 oder 500 oder 200 Hektar die Fördersumme erreicht.

Was hat es da für einen Aufschrei gegeben? Der kommt jetzt zu diesen 200.000 Euro, 300.000 Euro, na das ist ja ein Einkommen, wo er nix dafür tut.

Die Wirklichkeit schaut anders aus, ist mit Sicherheit auch umzusetzen in eine Richtung, dass nicht nur die Großen, sondern auch die Kleinen davon mehr profitieren, aber in Wirklichkeit brauchen wir uns nichts vor Augen halten, was eine Landwirtschaft anlangt, die so einfach funktioniert im Sinne von „ohne Zuwendungen“.

Dann müsste nämlich und dann bin ich überzeugt davon, dass der Markt das nicht hergibt, dann müsste nämlich der Bauer in seiner konsequenten Umsetzung auf Produktion von Lebensmitteln auch dem ihm zustehenden Ertrag im Verkauf erzielen. Und wer widerspricht dem? Nicht der Bauer.

Dem widersprechen der Handel und der Konsument im Speziellen. Weil der Konsument dort noch nicht so reif ist, beziehungsweise weil er sich entscheidet, dass die finanziellen Gegebenheiten ausschlaggebend sind.

Ich will jetzt nicht die Diskussion schüren: Neid ist geil. Neid ist eine Situation, oder die Gier ist etwas, das speziell dort auch einen Niederschlag findet. Es ist aber dann immer wieder ein Erkenntnisrahmen und da bin ich mit Ihnen einer Meinung, man muss dieses Kapitel grundsätzlich in bewusstseinsfördernder Hinsicht im Kindergarten beginnen.

Man muss hier ein Bewusstsein schaffen, dass den Kindern die Umsetzung erlaubt und Sie wissen als ehemalige Obfrau des Müllverbandes, dass auch das, was sogenannte Umsetzung gewisser Inhalte im Sinne von Re-Use und anderen Gegebenheiten eine Bewusstseinsbildung im Kleinkind- beziehungsweise im schulischen Bereich braucht.

Gerade Landwirtschaft ist etwas, das wir nicht so voreingenommen im Sinne von Abwertung von Personen, die in unserem Land nicht nur bei der Produktion von Lebensmitteln Hervorragendes leisten, sondern die auch zur Landschaftssituation einen unerhörten Beitrag leisten, dass man die immer wieder nur verteufelt und ihnen das an die Wand malt, dass sie quasi nicht geliebt beziehungsweise nicht willkommen sind.

Wenn Sie dann betonen, „Wir“ - ja, das „Wir“ klingt da in dem Raum - die Fragestellung ist dort, wo es umgesetzt wird. Ich habe das schon vorher erwähnt, dass das einfach auf den Punkt gebracht, nicht Lippenbekenntnisse sein sollten, sondern die Wirklichkeit widerspiegeln.

Eine Landwirtschaft, die im Endeffekt eine Kategorie ist, die wir notwendigerweise brauchen. Ich denke jetzt nicht an Bodenversiegelung und wieviel landwirtschaftliche Flächen täglich verloren gehen. Die Landwirtschaft, die wir zur Ernährung brauchen, wo ich bei Ihnen bin, dass sie regional am besten und am direktesten in der Konsumentengeschichte sein kann, ist genauso wie bei manchen anderen Gegebenheiten nur dann erreichbar, wenn wirklich ein Zusammenspiel vorhanden ist und eines im Bekenntnis auf die sogenannte Landwirtschaftskammer.

Fragen Sie einen Landwirt, der jetzt Förderempfänger ist, wer ihm geholfen hat, dass er in der Umsetzung auf die sogenannten AMA-Mitteln die richtigen Grundlagen erarbeitet hat? Wer ihm dann helfen würde, wenn es die Landwirtschaftskammer nicht gebe? Das ist im Bekenntnis etwas, mit dem Sie sich auseinandersetzen sollten, und dabei geht es jetzt nicht um eine Million oder um 500.000, die reduziert werden sollten.

Ich sehe das Ganze als eine ideologische Auseinandersetzung, die in Wirklichkeit dort vorbeischrammt, wo die Ansätze wirklich stattfinden sollten, nämlich wir brauchen die Landwirtschaft, wir sollten mit der Landwirtschaft eine Kommunikation setzen, die Inhalte festlegen und nicht in irgendeiner Form vordergründig jemanden am Leben hindern.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen Landesrätinnen! Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Werte Zuhörer hier an den Rängen! Ich darf Sie vorab ein bisschen mit einer Statistik unterhalten.

Und zwar bereits 20 Prozent, rund 23.000 der landwirtschaftlichen Betriebe Österreichs sind Biobetriebe. 22 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche, rund 550.000 Hektar inklusive Bioalmen werden biologisch bewirtschaftet.

Die Gründe hierfür sind einerseits die hohe Nachfrage nach Biolebensmitteln und die damit verbundenen höheren Rohstoffpreise, die man bei Milch und Getreide auch erzielen kann. Die technische Beherrschbarkeit sowie die Effekte des Bioaktionsprogramms 2015 bis 2020. Die Zuwächse halten sich bei Grünland und Ackerland die Waage.

Besonders erfreulich ist der Anteil der Bioobstflächen mit rund 28 Prozent, das heißt, bereits jeder vierte Apfel wuchs auf einem Biobaum.

Seit 2005 hat sich in Europa die Bioanbaufläche von 6,8 Millionen Hektar auf 11,5 Millionen Hektar im Jahr 2013 nahezu verdoppelt und stieg die Anzahl der Biobetriebe von rund 188.000 auf 335.000 Betriebe an.

In der EU werden 5,7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet. In der Nische diesbezüglich befindet sich Bio nach wie vor flächenanteilsmäßig in den USA bei zirka 0,6 Prozent.

Daher bin ich auch bezüglich der Ambitionen des Handelsabkommens TTIP und CETA da mehr als misstrauisch, ob die EU hier wirklich einen Vorteil daraus ziehen kann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weltweit liegt der Bioanteil ebenfalls knapp bei einem Prozent. Der globale, jährliche doch stark wachsende Markt für Bioprodukte beträgt derzeit etwa 56 bis 60 Milliarden Euro, wovon etwa 43 Prozent auf Europa und 47 Prozent auf Nordamerika entfallen.

Der europäische Biomarktumsatz lag 2013 bei über 24 Milliarden Euro, wobei in Dänemark, der Schweiz und in Österreich der höchste Biomarktanteil erreicht werden konnte. Die neue gemeinsame Agrarpolitik GAP 2020 ist mit 01. Jänner 2015 in Kraft getreten. Mit dieser Reform der GAP werden die Direktzahlungen stärker auf bestimmte Maßnahmen ausgerichtet, insbesondere auf den Klima- und Umweltschutz, auf Gebiete und Begünstigte.

Die Direktzahlungen setzen sich nun aus der Basisprämie, der Zahlung für Landwirtschaftsmethoden, für die Klima- und Umweltschutzförderungen, den sogenannten Greening, einer Zahlung für Junglandwirtinnen und Junglandwirten und einer gekoppelten Stützung zusammen.

Ohne Ausgleichszahlungen wäre in Österreich keine vielfältige und flächendeckende Landwirtschaft - schon gar nicht in benachteiligten Gebirgsregionen - möglich. Ein besonderes Aushängeschild ist dabei die biologische Landwirtschaft, die einen Verzicht auf chemische, synthetische Pflanzenschutz- und Düngemittel, eine besonders tierfreundliche Haltung und eine 100-prozentige Gentechnikfreiheit - auch in der Fütterung - garantiert.

Maßnahmen, wie, allen voran, das Agrarumweltprogramm ÖPUL, die Ausgleichszulage, die Investitionsförderung zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe sowie Maßnahmen zur Förderung der Feinverarbeitung und -vermarktung und nicht zuletzt Maßnahmen für die Bildung, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung und das Schulwesen kommen der biologischen Landwirtschaft überdurchschnittlich zu Gute. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Allein über das ÖPUL fließen rund 150 Millionen Euro an rund 20.000 Biobetriebe für ihre Umweltleistungen, aber auch Gelder für Absatzförderungen, Vermarktungseinrichtungen und Innovationen spielen für die Vermarktungskette von Biolebensmittel eine wichtige Rolle. Nicht zu Letzt ist die Unterstützung der Agrarforschung der landwirtschaftlichen Schulen zum Beispiel Gutenstein unerlässlich für den Erfolg, den die biologische Landwirtschaft in Österreich hat.

Bis Ende dieses Jahres gibt es für Betriebe, die noch nicht vom konventionellen biologischen Betrieb umgestiegen sind, die Möglichkeit, das zu tun und anstelle von 40 Euro für jeden konventionellen bewirtschafteten Hektar 220 Euro zu lukrieren als höchstwertige Maßnahme, für jeden biologischen bewirtschafteten Hektar durch das Agrarumweltprogramm, dem österreichischen Programm zur Förderung einer

umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft ÖPUL zu erhalten.

In diesem Budget sind dafür 76 Millionen Euro vorgesehen. Die biologische Landwirtschaft hat im Burgenland einen hohen Stellenwert. Von rund 1.000 Biobetrieben werden mehr als 54.000 Hektar nach den Kriterien der biologischen Landwirtschaft bewirtschaftet. Das Burgenland hat den Intensivackerbau, den höchsten Ackerflächenanteil von ganz Österreich vorzuweisen.

Konkrete Zahlen, die vielleicht etwas von meinem Vorredner abweichen, Ackerland haben wir hier rund 49.000 Hektar, Grünland 4.500 Hektar, Weingärten 1.800 Hektar, Obst 252, also insgesamt 54.750 Hektar, Bioflächenanteil 31 Prozent, Biobetriebe 20 Prozent.

Jetzt vielleicht im Speziellen direkt ins Burgenland. Wir haben das ja auch bei unserer Pressekonferenz, glaube ich, alle gleich gesagt und das hat auch mein Vorredner bereits gesagt. Natürlich gibt es hier keinen, der bewusst schlechte Lebensmittel haben will, das ist ganz klar, aber, ich glaube, wir setzen bewusst alle auf gesunde, regionale Lebensmittel und ich glaube, wir sind uns auch bewusst, dass wir im Burgenland wirklich hervorragende Produzenten haben.

Nicht nur im Burgenland, sondern eigentlich in ganz Österreich, stehen wir absolut an der Spitze, was die Qualität unserer Lebensmittel betrifft.

Eine ganz wichtige Geschichte ist natürlich auch, das ist auch gesagt worden, selbstverständlich, dass den Produzentinnen und Produzenten, die das Produkt produzieren, mehr im „Börsl“ bleibt und dass es dem Handel, der für mich, der ja viel zu viel verdient, dass ein bisschen reduziert, dass man da etwas ändern kann.

Das ist, ich weiß schon, dass das natürlich keine Möglichkeit ist, die von heute auf morgen geht und dass wir das nicht so leicht umsetzen können. Aber, was spricht bitte dagegen, wenn wir genau jene unterstützen und die vielleicht verstärkt unterstützen, die sich hier dieser Biolandwirtschaft verschrieben haben, um diese noch mehr zu fördern?

Es ist jetzt vorher auch genannt worden, mehrfach, die Neidgesellschaft. Also, die Bio- und die konventionelle Landwirtschaft, ich denke mir, das eine schließt ja das andere nicht aus, oder? Aber, was hindert uns alle daran, verstärkt diese Biolandwirtschaft zu fördern? Es wird nicht ohne konventionellen Maßnahmen gehen und natürlich werden wir mitunter auch das ein oder andere Mittel benötigen, aber das hält uns ja bitte nicht davon ab, dass wir Dinge verbieten, die nachweislich gesundheitsgefährdet sind.

Und da brauchen wir nicht diskutieren darüber, ob Glyphosat gesundheitsschädlich ist oder nicht? Das ist mehrfach bewiesen und daher verstehe ich auch wirklich die Haltung der ÖVP nicht ganz, weil wir heute schon mehrfach gehört haben - und täglich grüßt das Murmeltier. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe ein Deja-vu gehabt heute, in Ordnung. Wir haben damals im Landtag, ich glaube um 01.30 Uhr den Beschluss gefasst, ich habe echt geglaubt, es hat ein Teil nicht aufgepasst, wie es damals geheißen hat, ist man für Glyphosat oder gegen Glyphosat? Und wie auf einmal die ÖVP sich nicht gegen Glyphosat ausgesprochen hat, also ich habe es ehrlich nicht verstanden.

Aber, vielleicht habt Ihr ja heute die Möglichkeit, das zu revidieren und vielleicht auch darin einzusteigen und aufzuzeigen, in Ordnung. Das ist keine Sache die wir weiter verfolgen dürfen. Das sind unsere Lebensmittel, das ist unser Trinkwasser, das sind

unsere Kinder, die das Ganze übernehmen. Niemand hindert uns daran das besser zu machen.

Ein Punkt vielleicht auch noch, weil auch die landwirtschaftliche Fachschule angesprochen wurde. Na selbstverständlich ist es gut, dass man dort diesen Teil Bio noch verstärkt und noch besser anbietet, absolut keine Frage. *(Abg. Walter Temmel: Die wirtschaften in Güssing biologisch, falls Ihr das noch nicht wisst.)*

Ja, wir müssen aber auch verhindern, dass man eine Hintertür offen lässt und solche Bezüge von Glyphosat über andere Stellen holt und solche Mitteln, die nicht wirklich absolut korrekt und ordentlich sind.

Aber, zusammengefasst glaube ich, können wir sagen, dass wir im Burgenland, in Österreich wirklich hervorragende Produzenten haben. Dass wir auch eine tolle Landwirtschaft haben, die natürlich unterstützt gehört, keine Frage, aber, wie gesagt, verstärkt in diesen Bereich zu gehen, dass wir die unterstützen, die noch mehr in die Richtung Bio gehen wollen.

Abschließend darf ich vielleicht alle jetzt einladen, genau, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zum Adventmarkt?)* nein, nicht zu Martini, sondern zu „Gans Burgenland“. Dort werden wir nämlich am Samstag und am Sonntag vorzeigen, *(Abg. Ingrid Salamon: Biogans!)* was Regionalität alles möglich macht und zwar bei der „Gans Burgenland“ in Bad Sauerbrunn am 20. und 21. Oktober. Ihr seid alle recht herzlich dazu eingeladen.

Danke. *(Beifall bei der LBL - Abg. Mag. Thomas Steiner: Sind es „Biogansl“? - Abg. Walter Temmel eine Broschüre hochhaltend: Kollege! Auch das ist ein Projekt der Burgenländischen Landwirtschaftskammer! - Zwiegespräch zwischen den Abgeordneten Ingrid Salamon und Walter Temmel. – Abg. Ingrid Salamon: Warum fühlt Ihr Euch so angesprochen? Ich habe die Landwirtschaftskammer nicht einmal in den Mund genommen! - Abg. Ingrid Salamon zu Abg. Walter Temmel: Das ist Deine Interpretation.)*

Präsident Christian Illedits: So, als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer, Zuhörerinnen, liebe Landesrätinnen, lieber Landesrat!

Ich konnte vor knapp 30 Jahren im tiefsten Waldviertel an der böhmischen Grenze noch eine Art von Landwirtschaft kennen lernen, die es heute zum Glück, muss man sagen, nicht mehr gibt. Das war eine Landwirtschaft von ungefähr drei Hektar mit vier Kühen, einem Schwein und mit ein paar Hühnern, die von einer Frau mit ihrem Sohn bewirtschaftet wurde.

Dadurch habe ich eigentlich verstanden, warum unsere Landwirtschaft in den Nachkriegsjahren diesen Trend genommen hat, hin zu, ich sage einmal auf Teufel-komm raus-Produzieren, einfach, um die Bevölkerung zu ernähren und Möglichkeiten zu schaffen, in anderen Maßstäben zu produzieren, in anderen Qualitäten zu produzieren, das war auch lange Zeit gut so und notwendig.

Inzwischen schreiben wir aber das Jahr 2018. Wir hatten über die Jahre hinweg oft Überproduktionen, starke Überproduktionen. Überproduktionen, die teilweise in Länder mit Fördergeldern verschifft wurden, wo sie den regionalen Markt dort zerstört haben. Wir sind an einem Punkt angekommen, wo meiner Meinung nach, dieser Antrag mehr als Sinn macht.

Nicht Sinn macht, um jetzt irgend von heute auf morgen groß was zu bewegen und auf 100 Prozent umzustellen und als Politik einen Rahmen, eine Vision vorzugeben, wo wir in Zukunft hin wollen.

Genau das ist dieser Antrag und der ist, meiner Meinung nach, schon längst notwendig gewesen und deswegen tragen wir diesen Antrag auch mit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich kann mich noch erinnern, wieviele Anträge wir beide, meine Vorgänger, meine GRÜNEN Vorgänger Josko Vlasits und Grete Krojer zu dem Thema hier schon eingebracht hatten. Oft belächelt, meistens abgeschmettert, abgeändert, aber offensichtlich war die Zeit noch nicht reif. Bei den Windrädern, werden sich vielleicht einige noch erinnern können, ist die Kollegin Krojer belächelt worden, damals, heute schaut das anders aus.

Ich glaube, dass die GRÜNEN hier diesen Weitblick hatten, schon vielleicht ein bisschen zu früh, wo der Wagen hingehen sollte. Wenn Sie heute mit Konsumentinnen und Konsumenten sprechen, dann ist das auch ganz klar, die wollen eine artgerechte Tierhaltung, die wollen eine biologische Landwirtschaft, die wollen weitgehend ohne Chemie auskommt und die wollen eine regionale Landwirtschaft.

Dass sie das teilweise im Geschäft dann nicht ganz immer umsetzen, ist eine andere Sache, aber, ich glaube, da braucht es auch noch eine Bewusstseinsbildung, auch das wird im Rahmen dieses Projektes notwendig sein und werden wir vorhaben.

Die Biolandwirtschaft hat einen wesentlichen Vorteil, den wir auch in den Grünen Berichten immer wieder bemerken, wenn es um die Einkommen der Landwirte geht, dann sind meistens die Berichte in den letzten Jahren sehr negativ gewesen, weil die Einkommen bei den Bäuerinnen und Bauern zurückgehen.

Wo das fast immer anders war, war bei den Bäuerinnen, bei den Biobauern und bei den Direktvermarkterinnen und Direktvermarkter. Das ist auch mit der Sinn und der Grund, warum wir ein neues Kapitel der Landwirtschaft aufmachen müssen.

Hin zu einer Landwirtschaft, die im Einklang noch stärker mit der Natur arbeitet und die die Zustimmung, das darf man nicht vergessen, der Konsumentinnen, der Konsumenten und den Bürgerinnen und der Bürger in diesem Land tragen.

Weil die Zustimmung hat die Landwirtschaft zum Teil schon verloren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Natürlich nicht teilweise unsere Kleinbetriebe, die sich hier sehr bemühen, egal ob sie biologisch oder konventionell arbeiten, die auf den Bauermärkten verkaufen, die sehr offen sind, aber jene Landwirtschaft, die eine Intensivtierhaltung betreiben, mit Auswüchsen, die glaube ich, keiner nachvollziehen kann und wo jeder sagen muss, das ist es mir vom Preis her auch nicht wert.

Das müssen wir auch stärker einfordern. Ich glaube auch, dass der Trend sehr stark da ist, das merken wir tagtäglich: Bauernläden, Bauernmärkte funktionieren sehr gut, aber selbst die Supermärkte setzen sehr stark auf das Thema Regionalität, biologischer Landbau. Jeder, der die Eigenmarken der Supermärkte in den letzten Jahren beobachtet hat, sieht, wohin der Trend geht.

Diesem Trend dürfen wir uns, darf sich die Politik nicht verschließen. Im Gegenteil, wir müssen hier, wie ich bereits gesagt habe, die Rahmenbedingungen neu setzen und wenn der Kollege Hutter - war das, glaube ich - wir haben ja schon einmal beschlossen,

Bio in den Küchen, nun das war ein Antrag, wo gestanden ist, so wie meistens, nach Maßgabe der Möglichkeiten, la, la, la.

Also das war ein bisschen zu müde, um hier wirklich etwas zu bewegen. Ein Arbeitskreis, der bereits jetzt am Montag das erste Mal zu diesem Thema getagt hat, ist glaube ich, ein bisschen zu wenig, da ist wesentlich mehr möglich.

Ich habe in den letzten Tagen zu diesem Thema viele Gespräche geführt. In den Socialforen war das auch ein Thema. Es sind immer noch viele skeptisch und die sagen, ich glaube das erst, wenn das wirklich passiert. Ich bin hier sehr positiv, weil ich glaube, dass der Wille hier bei den Regierungsparteien wirklich da ist, hier einen Schritt zu machen und zwar in erster Linie bei uns selber zu machen.

Ein erster wesentlicher Schritt wird dabei sein Landesbetriebe und landesnahe Betriebe sukzessive auf Bio-Erzeugnisse umzustellen. Das macht Sinn hier faktisch einen Markt zu vergrößern und dann mit den Betrieben auch die Sicherheit zu geben, wenn du umstellst, dann ist jemand da, der dir die Produkte abnehmen kann.

Es gibt österreichweit, europaweit, viele Initiativen, die sehr gut laufen. Im Waldviertel, zum Beispiel, die Betriebe Harbach. Kurbetriebe, die mit den regionalen Bauern Verträge abgeschlossen haben. Auch das wäre hier bei uns möglich, zum Teil passiert das. Ich glaube, dass könnte man noch ausbauen.

Die Thermenbetriebe waren heute schon ein Thema, da wäre auch einiges möglich. Und das ist nach etlichen best-practice Beispielen möglich ohne wesentlich mehr Geld in die Hand zu nehmen. Wir werden uns das in Kürze auch konkret anschauen, nämlich bei jenen, die das schon gemacht haben.

Ein Beispiel ist ja immer wieder die Villa Martini in Mattersburg. Der Küchenchef dort, der sehr ambitioniert ist und den Bioanteil sukzessive höher schraubt und einfach auch anders mit den Lebensmitteln umgeht. Weil was sich auch herausgestellt hat, wo man einsparen kann, ist natürlich auch bei den Produkten, die man dann nicht mehr verwendet oder die vom Gast wieder zurückkommen.

Also, die Lebensmittel, die wir letztendlich wegschmeißen. Die müssen wir verringern. Dadurch können wir auch Geld einsparen und dann ist Bio auch möglich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum Abänderungsantrag der ÖVP. Im Prinzip hatten wir so einen Antrag ein bisschen schon. Ihr seid diesmal konkreter geworden, aber natürlich geht uns der zu wenig weit. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wieso?)*

Wir wollen nicht nur die Küchen, sondern auch die Betriebe ins Boot holen. Wir wollen hier so, wie es in unserem Antrag steht, Nägel mit Köpfen machen, sodass man auf beiden Seiten ansetzt. Wir wissen, dass wir heute große Herausforderungen haben, vor allem bei der tierischen Produktion. Einen Pflanzenbetrieb umzustellen ist nicht leicht, aber doch um einiges leichter, wie einen Nutztierbetrieb umzustellen. Ich glaube, hier müssen wir darauf das Hauptaugenmerk legen.

Es gibt zum Teil zu wenig Produzenten in diesem Bereich. Was uns auffällt, und das wäre auch eine Chance für die Wirtschaft, sind teilweise verarbeitende Betriebe. Im Nordburgenland gibt es, meines Wissens nach, keine einzige Saftpresse. Die haben wir eher im Südburgenland.

Natürlich, weil dort auch mehr Streuobstwiesen sind. Keine Frage. Aber, ich glaube, dass wir hier, wenn wir es geschickt anlegen, ein Paket knüpfen werden, wo alle

gewinnen können. Letztendlich auch die konventionellen Betriebe, die die Möglichkeit haben, dann gesicherter auf Bio umzustellen.

Es gibt laufend Betriebe, die auf Bio umstellen wollen oder die sogar auf Bio umstellen. Das wir jetzt mit der Fördersituation ein bisschen eine blöde Situation haben, weil das eben gerade ausläuft, das ist uns klar. Trotzdem glaube ich, dass wir gerade in diesen ein, zwei Jahren viele Maßnahmen setzen können, die dann, wenn die neuen Förderrichtlinien klar sind, dass wir hier mehr bewirken können.

Nachdem wir es geschafft haben, im letzten Jahr geschafft haben, endlich mit den Biobetrieben im Burgenland über die tausender-Hürde drüber zu rutschen, wo wir lange leider knapp darunter waren ist es ein gutes Omen, glaube ich, für die Zukunft. Es ist zu schaffen, und es braucht sich kein konventioneller Betrieb fürchten, dass ihn da jetzt irgendwie der Acker abgegraben wird oder ähnliches.

Ich habe bei der Begrüßung schon von der Michaela Resetar ärgste Befürchtungen gehört, was die GRÜNEN da jetzt mit den konventionellen Betrieben aufführt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Eine Tatsache! Na, sicher!)* Nein, es geht darum, der Landwirtschaft eine neue Möglichkeit und neue Chancen zu eröffnen und wer unbedingt konventionell bleiben will, der soll konventionell bleiben. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ihr wollt 100 Prozent! - Abg. Ingrid Salamon: Nein! Ihr müsst schon richtig lesen! Schaut nach!)*

Wir beschließen ja heute kein Gesetz, *(Abg. Géza Molnár: Schrittweise!)* wo wir möglichst nahe an die 100 Prozent herankommen wollen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das wird nicht gelingen.)* Aber natürlich wird niemand gezwungen werden, das ist ja wohl logisch, aber wir wollen die Rahmenbedingungen dazu schaffen, denn so verstehe ich Politik. *(Abg. Ingrid Salamon: Na, sicher!)* Und ich nehme an, auch Ihr wollt diesen Schritt so setzen, dass eigentlich niemand mehr sagen kann, das interessiert mich nicht.

Das ist die Chance und das ist auch eine Herausforderung für uns, dass zu schaffen. Die Rahmenbedingungen so zu schaffen. Da wird auch Geld eine Rolle spielen, keine Frage. Da wird auch die EU eine Rolle spielen. Das ist auch keine Frage, die wird sich hier auch bewegen müssen.

Wir haben nächstes Jahr Wahlen, EU-Wahlen. Ich glaube, auch da haben die Wählerinnen und Wähler eine Chance, den Ball mit ihrer Stimme in die richtige Richtung zu spielen.

Packen wir die Chance an, sehen wir es als Herausforderung und nicht als Gefahr. Dann, glaube ich, können alle gewinnen. Ein zukunftsreiches Bioland Burgenland ist möglich. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sigmar Gabriel hat einem Bürger einmal den Ratschlag gegeben, keinen Politiker zu wählen der auf alles eine Antwort geben könne. Politiker seien nämlich Universaldilettanten, die von allem ein bisschen etwas, aber nichts richtig wüssten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sieht man bei der SPD!)*

In diesem Sinne werde ich Ihnen jetzt keinen Fachvortrag über die Biolandwirtschaft halten und so tun als wäre ich ein Experte. Ich bin nämlich keiner. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine Damen und Herren! Es gibt aber gewisse Dinge, die man sieht. Es gibt gewisse Dinge, die man hört. Gewisse Dinge, die man spürt. Auch gewisse Dinge, die man weiß und gewisse Dinge, die einem der Hausverstand sagt.

Wenn ich das auf mich bezogen zusammennehme, dann stellt sich die Frage gar nicht mehr, ob wir in der Nahrungsmittelproduktion etwas ändern müssen. So, wie wir derzeit wirtschaften und diese Aussage hat durchaus globalen Anspruch, so wird das auf Dauer nicht funktionieren können.

Wir haben es im Antrag formuliert, denn die Auswirkungen sind nicht erst seit gestern sichtbar, spürbar und messbar. Auswirkungen, die wir als Bürger, als Konsumenten, als Politiker, als Menschen insgesamt in Wirklichkeit nicht haben wollen. Wir haben eine sehr hohe Toleranzgrenze.

Das heißt, uns interessieren Probleme oft erst dann, wenn wir sie wirklich am eigenen Leib verspüren und wenn es an die Schmerzgrenze geht. So gesehen muss sich auch jeder von uns an der eigenen Nase nehmen und nicht etwa der Landwirtschaft oder dem Landwirt die Schuld für Entwicklungen geben, die wir eigentlich alle gar nicht haben möchten. Ganz und gar nicht. Das darf nicht passieren.

Der Titel unseres Antrages, meine Damen und Herren, der ist wohl überlegt. Einleitung einer umfassenden Bio-Wende in der burgenländischen Landwirtschaft. Wende bedeutet Richtungswechsel. Wende bedeutet nicht, dass man die Dinge einfach so weiter laufen lässt, sich da oder dort über einen Bauern freut, der seine Wirtschaft umstellt.

Wende bedeutet, dass man mit den gebotenen politischen Mitteln daran arbeitet, dass dieser Bauer vielleicht irgendwann einmal zum Regelfall wird. Natürlich nicht von heute auf morgen. Auch nicht mit Zwang, sondern nach und nach und auf freiwilliger Basis. Umfassend heißt, mehr als nur den Verzicht auf Chemie, sondern heißt auch Ressourcenschonung - im Bereich Boden, im Bereich Wasser, im Bereich Luft.

Im Übrigen geht es wohl auch nicht um Pestizide, nein, wenn es um die Tierhaltung geht, sicherlich auch um den Einsatz von Antibiotika. Wir als Politik haben auf jeden Fall die Aufgabe, im eigenen Bereich mit gutem Beispiel voran zu gehen.

Beispiel Glyphosat. Wir haben die Aufgabe, dass bei der gewünschten Entwicklung Niemand auf der Strecke bleibt, der nicht auf der Strecke bleiben soll. Gleich ob es der Kunde mit einem begrenzten Budget oder der konventionelle Landwirt ist, das sage ich ausdrücklich.

Wir haben die Aufgabe, dass wir Förderungen und Gesetze so gestalten, dass sowohl dem Ziel, das wir haben, als auch der Ausgewogenheit in Bezug auf die Interessen Dritter gedient ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine Damen und Herren! Wenn es um Förderung und wenn es um Gesetze geht, dann geht es natürlich auch um die Landwirtschaftskammer, um die Förderungen, die sie erhält, und das ihr zuzuordnende Gesetz. Es ist einfach schlicht und einfach nur konsequent, dass die Landesregierung jene Mittel, die vom Land an die Kammer gehen, zweckgebunden wissen will.

Alles andere wäre bei der Zielsetzung, die wir jetzt formuliert haben, inkonsequent. Daher haben wir in unserem Antrag auch eine Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes in Aussicht gestellt. Wir wollen ein schlankes, wir wollen ein modernes Landwirtschaftskammergesetz. Da gibt es viele Fragen, die sich stellen werden.

Die haben nicht alle mit dem Thema Bio zu tun, alleine schon in finanzieller Hinsicht. Ich nehme das als Teil der Gesetzgebung schon als mein Recht heraus, dass ich da gewisse Dinge hinterfrage. Etwa wenn es um diese Bestimmung im § 27 Absatz 2 des Landwirtschaftskammergesetzes geht. Etwa in Bezug auf Kammern eher Ungewöhnliches.

Ich will es jetzt nicht Abgangsdeckung nennen, aber es ist, wie gesagt, ungewöhnlich. Es wird sich auch die Frage stellen, wer künftig Pflichtmitglied in der Kammer sein soll? Eine Frage, die ich jetzt offen stelle. Jeder, der irgendwo ein Joch Wiese hat, 80.000 Wahlberechtigte rund bei 8.000 Betrieben, das erscheint mir jedenfalls unverhältnismäßig.

Das Wahlrecht in der Kammer. Es wurde schon erwähnt, ist ja sowieso ein eigenes Thema, meine Damen und Herren. Genauso, wie die ersten Reaktionen der Österreichischen Volkspartei.

Ein eigenes Thema ist die erste Sorge, die etwa der Herr Kollege Wolf in Reaktion auf die Landesregierung geäußert hat, hat nicht den Landwirten gegolten, die hat auch nicht den Verbrauchern gegolten. Nein, die hat den Mitarbeitern in der Kammer gegolten, die übrigens Niemand hinauswerfen möchte.

Wobei ich schon auch sage, vergleichen Sie einmal etwa mit der Arbeiterkammer, mit dem Budget dort, mit dem Personalstand dort. Wenn in der Landwirtschaftskammer, das ist zumindest einmal auf den ersten Blick schon auffällig, hat zwar seit, ist es zwar so seit 1995 so, dass fast 60 Prozent der Kunden zugesperrt haben, aber der Personalstand praktisch gleich geblieben ist. Ich glaube das war jetzt Ende 2017 um sechs Köpfe weniger als Ende 1995. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wesentlich ist, meine Damen und Herren, dass nächstes Jahr und auch in den Jahren darauf unter dem Strich kein Euro weniger bei den Landwirten im Burgenland ankommen wird, als bisher. Egal, ob sie über die Förderung des Biolandbaues geht oder auch erhöhte Zuschüsse zur Hagelversicherung. ROT-BLAU wird bei den Landwirten ganz bestimmt nicht sparen.

Denn wenn es um die Bio-Wende geht, dann brauchen wir die Landwirte und zwar jeden einzelnen. Franz Traudtner, Obmann von Bio Austria Burgenland, hat es heute im „Kurier“, aus meiner Sicht, zum Thema Bio-Wende auf den Punkt gebracht. Ich zitiere: „So etwas muss in den Köpfen der Bauern wachsen, das kann man nicht erzwingen.“

Ich ergänze abschließend. Dasselbe gilt für uns alle, vor allem als Konsumenten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war schon einigermaßen interessant jetzt die ersten Wortmeldungen zu diesem Antrag zu hören. Weil, wenn man den Antrag liest und wenn man dann die Wortmeldungen hört, dann klafft das irgendwie auseinander. Man hat hier ein bisschen zu beschwichtigen versucht, um zu sagen, na ja, es geht uns ja grundsätzlich um die Frage der Weiterentwicklung der Biolandwirtschaft und wir wollen die konventionell erzeugenden Bauern ja nicht in irgendetwas hineinzwingen *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wollen wir auch nicht!)* und hat so ein bisschen Kreide zu sich genommen.

Die Wahrheit ist aber eine ganz andere. ROT-BLAU gemeinsam mit den GRÜNEN und mit der Liste Burgenland haben einen Antrag mit dem Titel „Einleitung einer umfassenden Bio-Wende“ eingebracht. Ein Antrag, den man sich durchaus von verschiedenen Seiten natürlich nähern kann. Ich muss ehrlich sagen inhaltlich, werde ich diesen Antrag nur am Antrag beleuchten.

Vielleicht da oder dort ein bisschen an der Oberfläche kratzen, denn dieser Antibauernallianz geht es ja offensichtlich nicht um Inhaltliches, sondern meine Damen und Herren, es geht ihnen um ganz andere Dinge. Es geht Ihnen nicht um die Frage einer nachhaltigen Landwirtschaft, es geht Ihnen nicht um die Frage einer Landwirtschaft, die Lebensmittel erzeugt. Es geht Ihnen auch nicht um die Frage einer schonenden Bodennutzung. Da kann die Kollegin Petrik noch so viel lachen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es ist leider so. Das ist eigentlich gar nicht zum Lachen.

Meine Damen und Herren! Dazu kommt noch, dass gerade ROT-BLAU in all diesen Fragen alles andere als eine moralische Instanz ist. Sie war es in der Vergangenheit nicht, sie ist es heute nicht und sie wird es auch zukünftig nicht sein. *(Abg. Géza Molnár: Das ist aus einer meiner Reden!)*

Der Géza Molnár hat schon erkannt, ich habe das ein bisschen Anlehnung aus einer seiner Reden genommen. *(Abg. Géza Molnár: Sehr ehrenvoll!)* Das ist ehrenvoll aber nicht deswegen, weil ich schauen wollte, ob Du dich noch erinnern kannst, was Du sagst, sondern weil diese Rede, die Du damals gehalten hast, heute wirklich zutrifft.

Ich wollte so beginnen und einmal schauen, ob Du dich noch erinnern kannst. Es ist wirklich so. Die Rede, die Du damals gehalten hast, das wäre eigentlich die Rede, die Du heute hättest halten sollen. Deswegen habe ich mir gedacht ist es auch gut, wenn ich Dir das in Erinnerung rufe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht Ihnen hier wirklich nicht um die Sache, es geht Ihnen um das plumpe Inszenieren von Botschaften ohne Inhalt. Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte aber auch der SPÖ herzlich gratulieren. Es geht Ihnen nur um das plumpe Inszenieren von Botschaften ohne Inhalt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber auch der SPÖ herzlich gratulieren. Das muss man heute wirklich tun, denn dass die BLAUEN hier willfährig mittun das ist ja sowieso klar. Seit die Mandatare der FPÖ jeden Tag aus dem Hosensäckl vom Herrn Landeshauptmann hinaus schauen… *(Unruhe bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Doris Prohaska: Also wirklich.)* ist ja logisch, dass es da keine eigenständige blaue Politik mehr gibt.

Aber, dass Sie es geschafft haben auch die GRÜNEN und die Liste Burgenland vor ihren parteipolitischen Karren zu spannen, das ist *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist schon wirklich unter jeder Kritik.)* wirklich ein taktisches Meisterstück, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Abg. Doris Prohaska: Die Angst ist groß.)*

Sie reden, vor wem hätte ich da Angst? *(Abg. Doris Prohaska: Eure. – Heiterkeit bei der ÖVP)* Ich zittere wie Espenlaub wenn ich Dich anschaue. *(Abg. Doris Prohaska: Man sieht es, man merkt es.)* Ja genau. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ja, ziemlich.)*

Meine Damen und Herren! Die Frau Klubobfrau Salamon hat bei der Begründung dieses Antrages ganz viel von gemeinsam gesprochen *(Abg. Ingrid Salamon: Natürlich.)* und wir sollten hier gemeinsam vorgehen. Der Kollege Steier hat es schon gesagt, gemeinsam schaut natürlich anders aus, weil es hätte ja, es wäre nichts dabei gewesen, wenn Sie den Kollegen Steier und auch uns gefragt hätten, ob wir nicht bei dem Antrag mit dabei sein wollen? Wir hätten ja diskutieren können. *(Abg. Ingrid Salamon: Das wäre*

natürlich eine Möglichkeit gewesen, wenn Sie im Jänner nicht für Glyphosat und gegen Biolandbau gestimmt hätten.) Aber das haben Sie nicht gemacht.

Das haben Sie nicht gemacht. *(Abg. Ingrid Salamon: Glyphosat und Biolandbau passt halt nicht zusammen, Herr Kollege.)* Sie wissen genau, Frau Kollegin Salamon…*(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie haben nicht aufgepasst.)* Frau Kollegin Salamon, das haben wir Ihnen heute, der Präsident Strommer hat das schon deponiert. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Sie haben nicht aufgepasst. – Abg. Ingrid Salamon: Oja, ich kann Ihnen das vorlesen.)*

Wir haben einen Abänderungsantrag eingebracht wo wir weiter gehen wollten und daraus sozusagen unsere Zustimmung zu Glyphosat zu konstruieren, ist schon sehr eigenartig. Im Übrigen, die Stadt Eisenstadt, auf Initiative der GRÜNEN, möchte ich auch betonen, verzichtet seit über drei Jahren auf Glyphosat. Da haben Sie noch nicht einmal gewusst wie man das schreibt. *(Unruhe bei der SPÖ – Heiterkeit bei der ÖVP)* Nur so nebenbei.

Aber ich möchte zum Antrag zurückkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte zum Antrag zurückkommen und schon auch klar feststellen, dass das was Sie wirklich vorhaben, was Sie wirklich im Sinn haben, nicht die GRÜNEN, nicht die Liste Burgenland, *(Abg. Ingrid Salamon: Ich bin ja so froh, dass es den Herrn Steiner gibt.)* aber ROT-BLAU möchte das schon, insbesondere die SPÖ möchte das schon.

Sie wollen ganz einfach die Gesellschaft spalten. Sie wollen Gruppen gegeneinander ausspielen. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Sie wollen Bauern untereinander auseinanderdividieren. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt melde ich mich erst recht, warte nur.)* In Ihrer Welt, in der Sie leben, soll es halt die Bösen geben, die konventionell erzeugen und es soll die Guten geben die eben biologisch erzeugen. *(Abg. Ilse Benkö: Das hat kein Mensch gesagt, kein Mensch! – Allgemeine Unruhe.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin überzeugt, dass wir in der Landwirtschaft in Wirklichkeit beides brauchen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Keiner von Euch ist Bauer, keiner von Euch.)* Wir brauchen Landwirte und Betriebe, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Keiner von Euch ist Bauer. Ihr seid nur Gehaltsempfänger.)* die biologisch erzeugen. Wir brauchen aber auch Landwirte und Betriebe, die konventionell erzeugen. *(Abg. Werner Friedl zur Abg. Mag. Michaela Resetar: Wenn Du sagst, ich bin ein Gehaltsempfänger, dann möchte ich wissen, was Du „gehackelt" hast, in Deinem Leben? – Abg. Mag. Michaela Resetar: Ich habe so viel gehackelt, das kann ich gar nicht aufzählen.)* Gut, das disqualifiziert sich von selber, Kollege Friedl.

Meine Damen und Herren, zurückkommend auf diesen Antrag, Tatsache ist, dass wir im Burgenland Spitzenreiter sind was die biologische Landwirtschaft betrifft. Das ist auch gut so. Tatsache ist aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die burgenländischen Konsumentinnen und Konsumenten hauptsächlich konventionell erzeugte Lebensmittel kaufen. Der Großteil der biologisch erzeugten Produkte aus dem Burgenland gehen in den Export. Jetzt schon, heute schon.

Wir haben heute darüber gesprochen, ein burgenländischer Biobetrieb mit ungefähr 300 Hektar erzeugt Sojabohnen, biologische Sojabohnen. Wissen Sie wieviel davon dieser Betrieb im Burgenland verkauft, oder in Österreich verkauft? Null, keinen einzigen Kilo, keinen Gramm, der exportiert das alles nach Deutschland. Dann sozusagen herzugehen und irgendwie so eine kleingeistige Idee zu entwickeln und zu sagen naja, jetzt sind wir aber die ganz Schlauen. Wir zwingen die Bauern alle in die biologische Landwirtschaft, egal ob dann da ein paar Konventionelle aufgeben müssen, und dann haben wir nur mehr Bioprodukte im Burgenland.

Alle Burgenländerinnen und Burgenländer kaufen dann die Bioprodukte. Das ist der absolute Fehlschluss, weil was wird dann passieren? Die Konsumentinnen und Konsumenten, die sich biologische Produkte nicht leisten können oder nicht leisten wollen, die kaufen natürlich die konventionell erzeugten Produkte aus dem Ausland die eingeführt werden müssen. Das ist ja ganz logisch und ganz klar. Das heißt, wenn Sie wirklich in diese Richtung gehen wollen und 100 Prozent biologische Landwirtschaft im Burgenland wollen, zerstören Sie nicht nur den Biomarkt, sondern Sie forcieren eigentlich auch die ausländischen konventionellen Produkte. *(Beifall bei der ÖVP)*

In Wahrheit ist der Weg den die Landwirtschaftskammer, die heute hier auch vertreten ist, und den die Agrarpolitik der Vergangenheit im Burgenland gegangen ist, der richtige Weg. Nämlich, dass man die biologische Landwirtschaft weiter entwickelt wird, dass man den Bäuerinnen und Bauern Anreize auch gibt umzusteigen, wenn es geht, wenn es funktioniert, wenn der Betrieb auch groß genug ist. Meistens ist es so, dass die starken Betriebe auf biologischen Anbau umstellen. Wir liegen jetzt - wie gesagt - schon an der Spitze in ganz Österreich, 32 Prozent im Ackerbau, 40 Prozent im Grünland, 17 Prozent im Weinbau. Übrigens, weil das auch schon angesprochen worden ist. Natürlich gibt es in den landwirtschaftlichen Schulen, der Kollege Temmel hat es bereits gesagt, seit vielen Jahren eigentlich schon einen Schwerpunkt, was biologische Landwirtschaft betrifft und das ist auch gut so. Viel Neues haben Sie da in diesen Antrag nicht hineingeschrieben.

Wenn man aber eine ordentliche und gute Weiterentwicklung der biologischen Landwirtschaft möchte, dann darf man aber auch nicht die Kammer zerschlagen. *(Abg. Ingrid Salamon: Jetzt sind wir beim Thema.)* Aber das ist eigentlich das was Sie wirklich im Sinn haben, was Ihnen eigentlich aus der Ideologie heraus ja im Blut liegt. Wir brauchen die Bäuerinnen und die Bauern nicht. Warum sollen die Bäuerinnen und Bauern eine ordentliche Berufsvertretung haben wo sie gut beraten werden? Das ist eigentlich das was Sie wollen.

Weil der Ansatz, der sozusagen Ursprung dieses Antrages, war ja die Aussage, wir halbieren die Förderungen für die Landwirtschaftskammer und geben das Geld in den biologischen Bereich. Dass dann 50 Arbeitsplätze damit verloren gehen, das ist Ihnen sowieso gleich. Ich bin ja auch leicht überrascht, dass die Arbeiterkammer da nicht aufschreit. Sonst schreien sie immer gleich, wenn es um Arbeitsplätze geht, da halt nicht. Aber das ist ein eigenes Kapitel.

Meine Damen und Herren! Das ist eigentlich das was Sie wollen. Die GRÜNEN und die Liste Burgenland haben sich da mit hinein nehmen lassen. Ich glaube nicht … *(Abg. Manfred Kölly: Ich melde mich dann eh.)* Du melde Dich nur, Du hast es notwendig, dass Du Dich meldest. *(Abg. Manfred Kölly: Ich melde mich dann schon, mach Dir keine Sorgen.)*

Die haben sich hier einspannen lassen in diesen parteipolitischen Karren. (Abg. Manfred Kölly: Keine Ahnung von Zuckerrüben und „Grumpan“. – Allgemeine Heiterkeit)

Solche Zwischenrufe qualifiziert Sie natürlich ganz besonders über die Landwirtschaft zu sprechen, aber Sie sind da hinlänglich bekannt für Ihre eigenartigen Aussagen. *(Abg. Günter Kovacs: Du auch.)* Jedenfalls, das ist das was eigentlich der Plan ist. Die Kammer zerschlagen, die Bauern untereinander und gegeneinander auszuspielen und den Agrarmarkt im Burgenland auf Dauer zu beschädigen oder vielleicht zu zerstören. Sie nehmen sich ja in Wirklichkeit selber nicht ernst. Ich finde das immer so witzig. Da stellen Sie sich her und erklären, wie super Sie sind und dass Bio so gut ist und dass man den Leuten das alles geben muss.

Aber wenn es dann darum geht, dass Sie selber aktiv werden, dass Sie dort wo sie selber auch die Möglichkeit hätten auf Knopfdruck, nicht in Jahren und nicht, das kann man nicht auf einmal, zu handeln, da tun Sie es nämlich nicht.

Herr Kollege Spitzmüller hat gesagt, naja wir haben schon einmal beschlossen im Landtag hier, dass die Landesküchen und die Küchen in den Landesbetrieben auf biologische Lebensmittel umstellen sollen. Das war damals ein bisschen zu schwach, haben Sie gesagt. Aber jetzt im Antrag ist es super formuliert, weil da steht, das sollen wir jetzt forcieren. Sehr stark muss ich sagen, Herr Spitzmüller. Da muss ich Ihnen herzlich dazu gratulieren. Was heißt das? Das heißt genau nichts.

Das heißt genau das, was in der Vergangenheit 2016, Anfang 2016 beschlossen wurde, wo heute noch immer nichts passiert. Weil ansonsten könnte es ja auch nicht sein, wenn ich mir den Speiseplan von heute, ehrlich gesagt, anschaue in der Landhauskantine, wo Seehecht angeboten wird. Da sage ich einmal, regional ist das nicht ganz. Der Seehecht kommt vor im Atlantik an der Küste Südafrikas und irgendwo bei Brasilien, Argentinien. Da könnte man sich schon auch noch überlegen, ob man doch mehr auf regionale Produkte umstellt, oder nicht nur auf regionale sondern auch auf biologisch erzeugte Produkte. Und das tun Sie absolut nicht.

Dann lese ich von einem Bugenlandabend den die Frau Präsidentin des Bundesrates gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann in Wien gegeben hat, anlässlich der Übernahme der Präsidentschaft.

Heute ist der Tag der Taferl, jetzt habe ich wieder eines mit. *(Der Abg. Mag. Thomas Steiner zeigt ein Taferl.)* Können Sie sich erinnern, Herr Landeshauptmann, das ist noch nicht so lange her? Da wird dann beschrieben was dort alles passiert, dass dort burgenländische Köstlichkeiten angeboten werden.

Da ist das Logo drauf, Genuss Burgenland und dann steht, „Der Kern für Kenner“. Nur der Kern für Kenner ist ein steirischer Produzent von Kürbiskernen. Da machen Sie so einen Etiketten-Schwindel und schreiben drauf „Genuss Burgenland“ und verschenken dort steierische Kürbiskerne. Ich muss ehrlich sagen, das ist halt das Thema, dass Sie in Wahrheit nicht ehrlich sind, dass Sie Etiketten-Schwindel betreiben und das auch ganz besonders hier in dieser Frage. Das finde ich nicht in Ordnung und das wird Ihnen auf Dauer auch nicht gut tun. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn Sie es wirklich ehrlich meinen, würden, was Sie ja nicht tun, dann müssten Sie eigentlich unseren Abänderungsantrag annehmen der lautet, ich darf jetzt die Beschlussformen vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ab sofort in allen landeseigenen Betrieben, Küchen, Kantinen und sonstigen Einrichtungen sowie in allen landesnahen Betrieben ausschließlich und zu 100 Prozent Lebensmittel aus regionaler und biologischer Erzeugung anzubieten und zu verarbeiten.

Eigentlich verstehe ich nicht, warum Sie das nicht beschließen wollen? Ich verstehe es nicht, aber ich weiß warum. Weil Sie es ganz einfach nicht ehrlich meinen, weil Sie wieder nur Plattitüden und Überschriften erzeugt haben. Weil Sie glauben, dass Sie, wenn Sie irgendwelche Botschaften in die Welt setzen, dass Sie die Leute von Ihrer Politik, die eigentlich keine ist, überzeugen können.

Das wird Ihnen nicht gelingen, auch in der Frage der Landwirtschaft nicht. *(Abg. Ingrid Salamon: Wir werden es eh sehen. – Beifall bei der ÖVP – Der Abg. Mag. Thomas Steiner übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Der mir eben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt und wird gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen mit einbezogen.

Als Nächste erteile ich von der Regierungsbank der Frau Landesrätin Verena Dunst das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Regierungskollegin! Herr Landesrat! Hoher Landtag! Vertreter der Landwirtschaftskammer, Zuhörerinnen und Zuhörer! Vertreter BIO AUSTRIA Burgenland! Ich darf zunächst einmal einige Tatsachen bringen, um die Sache zu beruhigen und vielleicht einmal wirklich darüber reden, worüber Sie jetzt nicht reden wollten.

Ich möchte einmal mit einer Tatsache beginnen. In den letzten Jahren - und ich habe vor drei Jahren übernommen - in den letzten Jahren schaut der Grüne Bericht genauso aus, wie unter meiner Zuständigkeit auch im Vorjahr, wie er Ihnen in wenigen Tagen, dem Landtag, zugestellt wird, *(Die Landesrätin Verena Dunst zeigt den Grünen Bericht.)* der Grüne Bericht.

Es steht zwar drinnen, Gott sei Dank, dass wir allein im Jahr 2017 um zehn Prozent unseren Anteil an Biolandbau steigern haben können. Aber es steht das Gleiche drinnen, ich habe das heute Vormittag bei der Fragestunde schon gesagt: Jeden Tag sperrt ein Betrieb im Burgenland zu, ein landwirtschaftlicher Betrieb.

Auf der anderen Seite haben wir neben dem Zusperren eine Struktur in der Landwirtschaft erreicht, wenn wir nicht jetzt etwas unternehmen, meine Damen und Herren im Landtag, dann sagen Sie hier nie wieder in Sonntagsreden, wir wollen uns gesund ernähren.

Wir wollen, dass unsere Landwirte nicht aufhören zu sterben, nämlich dass sie jeden Tag zusperren müssen, und gesunde Ernährung brauchen wir auch nicht und unsere Kinder sind uns egal. Dann beginnen Sie nicht damit zu sagen, wir sollten uns gesund ernähren, weil wir es bald nicht mehr können. Warum?

Wir haben nicht 40.000 - ich schaue gar nicht so weit zurück - wie wir noch 40.000 landwirtschaftliche Betriebe gehabt haben. Zugegebener Maßen, das war vor Jahrzehnten. Ich schaue nur eine kurze Zeit zurück, da hatten wir noch 20.000 Betriebe. Gut, heute angekommen bei der Landtagssitzung. Meine Damen und Herren, wir haben nicht einmal mehr 9.000 Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten. Von diesen 9.000 sind mehr als die Hälfte, nämlich viereinhalbtausend Nebenerwerbslandwirte.

Deswegen sage ich auch Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten, weil sich die einfach nicht mehr als Landwirte fühlen, obwohl mir die Landwirte sehr wichtig sind. Aber viereinhalbtausend von nicht einmal mehr 9.000 Nahrungserzeugerinnen und Nahrungserzeuger für uns und gesunde Ernährung, sind nur Nebenerwerb.

Dann werfen Sie uns vor, wenn wir - ob das jetzt der Landesrat Doskozil oder ich als Agrarlandesrätin, der SPÖ-Klub, die GRÜNEN, die Liste Bündnis Burgenland, die FPÖ, dass wir uns erlauben hier nachzudenken, wie es weiter gehen soll. Was tun Sie?

Sie gehen her und machen daraus eine Landwirtschaftskammer-Debatte. Kommen mit Karterln daher und eine Pressekonferenz, wo dann steht „50 Arbeitsplätze werden vernichtet“.

Wissen Sie was Sie diesen Mitarbeitern, die auch da oben sitzen, antun *(Abg. Walter Temmel: Wer?)* wenn Sie mit *(Unruhe bei der ÖVP)* mit solchen Pressekonferenzen rausgehen? *(Abg. Walter Temmel: Jetzt verdrehen Sie das aber schon.)* Nur ruhig Blut, Herr Temmel, machen Sie sich nicht gleich in die Hose. *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also bitte! Also bitte jetzt! – Abg. Ingrid Salamon: Na bitte, was ist denn da vorher alles gefallen? – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen – Abg. Ingrid Salamon: Nur nicht so zimperlich sein. - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also bitte jetzt)*.

Der Herr Präsident! - Was haben Sie vorher gesagt? *(Allgemeine Unruhe)* Was haben Sie vorher gesagt? Wer schaut bei der Hose vom Herrn Landeshauptmann heraus und ich weiß nicht was, also bitte. *(Allgemeine Unruhe)* Also bitte, regen Sie sich nicht auf. *(Abg. Ingrid Salamon: Was Ihr heute alles gesagt habt, schaut Euch das Protokoll gut an.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Am Wort ist die Frau Landesrätin. Ich bitte um Ruhe in den Abgeordnetenbänken.

Bitte Frau Landesrätin fahren Sie fort.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Das heißt, dass wir mit diesem Antrag richtig liegen. Wenn Sie das dann so interpretieren, der Landwirtschaftskammer sozusagen wollen wir jetzt, weil es ja nur darum geht, die Landwirtschaftskammer kürzen und so weiter, dann benützen Sie das wieder anstatt das zu tun, was die Menschen draußen erwarten. Herr Klubobmann, was die Menschen erwarten ist von uns, dass wir hier nicht streiten wie die Berserker, sondern Lösungen finden. Daher müssten Sie diesen Antrag auch sofort mitstimmen. *(Abg. Walter Temmel: Ihr unserem auch.)*

Die brauchen draußen Lösungen. Ich möchte nicht tatenlos zuschauen, ich habe es schon erlebt einmal. Meine Großeltern, und mein Großvater war ein bekennender großer ÖVP-Politiker, der hat ja Raiffeisen, und das Lagerhaus und überall mitgeholfen das aufzubauen, und war noch Vollerwerbslandwirt.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich möchte es, gerade in seinem Erbe, nicht weiter zuschauen, dass jeden Tag und nächstes Jahr wird wieder das Gleiche in diesem Bericht stehen, wenn wir nicht weiter tun. Wissen Sie, wer als Erstes aufhören wird? - Die Nebenerwerbslandwirte. Dann bin ich neugierig, wie Sie das dann Ihren Kindern erklären, woher Sie die Produkte haben? Ich sage jetzt nur - gefrorene Erdbeeren aus Polen. Wir haben ja eh jeden dritten Tag schon einen Skandal im Essensbereich.

Jetzt schauen wir uns den Bioanteil an. Niemand, das haben nur wieder Sie selber gesagt, Sie waren der erste Redner der gesagt hat, Herr Abgeordneter und Bürgermeister Mag. Steiner, da geht es Konventionell gegen Bio. Ich habe mich vor drei Tagen da hergestellt, ich stelle mich jetzt genauso wieder her. Es ist nie darum gegangen, die beiden auseinanderzubringen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber das tun Sie ja.)* Weil es gibt Konventionell und es gibt Bio. Aber wenn man die Zeichen der Zeit erkennt, muss man klar sagen, dass es mehr Bioproduktion in diesem Land braucht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja aber Sie wollen 100 Prozent haben.)* Das ist so. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Jetzt sage ich Ihnen, warum die Biolandwirte *…(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber Frau Dunst, der Landesrat Doskozil nickt. Sie wollen 100 Prozent und damit keine Konventionellen.)* Ich weiß nicht, die Frau Klubobfrau*…(Unruhe bei der ÖVP)*

Nein, schauen Sie, ich will in diesem Ton nicht weiter diskutieren. *(Abg. Ingrid Salamon: Nein, brauchst Du eh nicht.)* Ich habe Sie gebeten, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Chef ist aber der Hans Peter.)* die Menschen draußen warten, dass wir Lösungen finden, damit nicht jeden Tag ein Produzent von dem Essen das wir haben wollen auf unserem Teller, zusperrt. Die wollen das draußen haben. Und nicht dass ich Sie jetzt vielleicht da wieder und Schlag, Schlag. Um das geht es nicht, bleiben wir sachlich.

Ich will ganz klar sagen, warum sperren Biolandwirte so gut wie gar nicht zu? Der eine und der andere vielleicht, aber nicht in diesem Ausmaße, wie unsere Nebenerwerbslandwirte und teilweise die kleinen konventionellen Betriebe.

Die Antwort werden Ihnen die Fachleute, und es sind Fachleute von da oben sagen und da oben genauso wie BIO AUSTRIA Burgenland, Ich sage Ihnen nur zwei, drei Beispiele. Ich zitiere aus dem AgrarMarkt Austria, im Bereich beispielsweise Getreide und Ölsaaten, das kann man aber auch auf alles ausdehnen.

Wenn ich den Premium-Weizen mit einem natürlich sehr hohen Proteingehalt, 13 Prozent im biologischen Anbau 417 Euro Mittelwert bekomme, aber im konventionelle Anbau, ich kann es Ihnen sehr gerne geben, aber nicht die Dunst-Statistik sondern von der AgrarMarkt Austria, *(Abg. Ingrid Salamon: Wieso, Du machst Dir Deine Statistiken nicht selber?)* 170 Euro. Haben Sie gehört, 417 zu 170? Dann wundere ich mich nicht, warum biologische Landwirte oder konventionelle immer mehr umstellen. Das geht so durch, und Herr Abgeordneter Steiner, nur um auch, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Irgendwann ist der Markt gesättigt.)* - ich begleite Sie gerne oder Sie mich, ich gehe gerne bei Ihnen in Eisenstadt an Freitagen, wenn ich heroben bin, natürlich bin ich auch gerne einmal in meinem Südburgenland, aber ich begleite Sie gerne oder Sie mich, wenn wir das gemeinsam unternehmen.

Aber Sie werden selber auch hingehen, zu Ihrem Direktvermarkter-Tag, zum Bäuerinnentag, da an einem Freitag. Dann schauen Sie sich die Schlangen an von Menschen, die sich dort anstellen bei Direktvermarkter, bei Bioprodukten.

Dann schauen Sie sich an, was Sie für eine Weintraube, weil nicht gespritzt, Ihr Kollege Liegenfeld ist auch übrigens schon lange an die Öffentlichkeit getreten und hat gesagt, glyphosatfreie Weine *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na sicher.)*, schauen Sie sich an, eine Traube kostet einen Euro. Eine Petersilienwurzel 0,60 Euro, eine. Dann gehen Sie einmal woanders hin und schauen Sie, was da bei den konventionellen Produkten – leider - bekommen. Daher kommen wir zum Ernst der Sache und tun wir etwas, für die Menschen. Da muss ich Ihnen, Herr Abgeordneter Steier, widersprechen. Sie haben gesagt, die Menschen sind nicht bereit, mehr Geld auszugeben wie für die Ernährung. Ich glaube, Sie haben auch gesagt *…(Abg. Gerhard Steier: Keine Pauschale.)*

Die Menschen sind bereit. Ich möchte das ganz klar sagen. *(Abg. Gerhard Steier: Keine Pauschale, keine Pauschalierung.)* Ich bin auch für Konsumentenschutz und für Preisbehörde zuständig. 30 von 100 Menschen schauen ganz genau, was sie einkaufen und zahlen 0,60 für eine biologisch gezogene Petersilienwurzel. Die zahlen für zehn wirklich gute, alte, nicht gespritzte Sorten Pfirsich, zahlen die 3,50 Euro am Markt in Eisenstadt. Daher noch einmal. Ich kann Sie nur noch einmal, alle im Landtag vertretenen Parteien einladen, dass wir diesen neuen Weg gehen.

Wenn Sie da vorwerfen dem Herrn Landesrat Doskozil 100 Prozent, wir haben alleine im Jahr 2017 elf Millionen Euro ausbezahlt aus dem Agrarbudget ELER, aus dem ländlichen Entwicklungsfonds, für den Umstieg, für die biologischen Betriebe. Das ist ein guter Weg, es braucht auch Konventionelle und von heute auf morgen geht gar nichts, aber wir haben einen neuen Weg zu gehen, für die Landwirte, für die Agrarproduzenten,

aber natürlich auch als Partner. Sie haben das vorher gehört von der Klubobfrau, als Partner für die Landwirtschaftskammer und natürlich auch BIO AUSTRIA.

Zuletzt, mir ist schon auch wichtig zu sagen, Sie hätten lange Zeit gehabt, wie in anderen Bundesländern, mehrere Jahrzehnte, nicht zuzulassen, dass dieser Strukturwandel so ist, wie es meinem Großvater passiert ist. Wo meine Eltern dann auch im Nebenerwerb als Hackler lange durchgehalten haben und irgendwann haben sie halt auch aufgegeben weil in der kleinen Landwirtschaft nichts mehr drinnen war.

Nur groß, größer, weichen oder wachsen, das kann es nicht sein. Und daher brauchen wir da, höchste Zeit, um mit diesem Antrag läuten wir heute eine neue Zeit ein, aber nicht gegeneinander, sondern miteinander und für die Landwirte. Noch nie zuvor, und da möchte ich mich auch beim Landesrat Doskozil bedanken, habe ich so viel Budget im Agrarbudget gehabt, nämlich die Hälfte. Wir werden voraussichtlich laut Hagelversicherungsanstalt, ich traue mir es ihm ja gar nicht sagen, es werden ja eh noch mehr werden, 5,1 Millionen Euro, die direkt an die Landwirtinnen und Landwirte und Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten gehen, nämlich zum Schutz wo wir 25 Prozent Versicherung zahlen.

Wenn Sie dann sagen, wir sind gegen die Bauern, ist das einfach schlichtweg falsch. Sonst würde das alles nicht passieren. Weil da könnte jeder Arbeiter gerne und gut sagen, wer zahlt mir meine Versicherung? Haben Sie das von uns schon einmal gehört? - Nein. Weil, wir dazu stehen die Agrarproduzentinnen und -produzenten zu haben. Wir brauchen sie, wir wollen sie aber auch in Zukunft haben.

Daher noch einmal, hauruck gemeinsam und hören Sie da endlich auf, die Landwirtschaftskammer gegen uns und Sie und so weiter und Konventionell und Bio auseinander zu arbeiten. Denken wir an die Zukunft. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Präsident mit Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer, auch alle die via Internet dabei sind! Ein spannendes, ein wichtiges Thema, wohin geht die Reise? Wohin geht die Reise im Bereich der Landwirtschaft, im Bereich der Umwelt, im Bereich der Lebensmittel, der Lebensmittelerzeugung? Gibt es dazu, muss es dazu eine Weichenstellung geben oder auch eine Neuausrichtung?

Der gemeinsame dringliche Dringlichkeitsantrag hier parteiübergreifend ein Schulterschluss zur Bio-Wende seitens der FPÖ, den GRÜNEN, der LBL und natürlich der SPÖ mit den Kernaussagen Glyphosatverzicht und eine möglichst weitgehende Umstellung, eine möglichst weitgehende Umstellung auf Biolandwirtschaft, nachhaltige Reduktion von Pestizidbelastungen.

Wie groß, wie groß ist unser Burgenland? Wie groß ist unser Burgenland im Verhältnis zu den anderen acht Bundesländern? Wie groß ist unser Burgenland im Verhältnis zur Europäischen Union, zu Europa, zur Welt? Im Verhältnis könnte man sagen David gegen Goliath.

Was kann das kleine Burgenland hier dazu beitragen? Was kann das kleine Burgenland hier erreichen? Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Warum haben

uns die Menschen, warum haben uns die Burgenländerinnen und Burgenländer ihr Vertrauen geschenkt und uns gewählt?

Aufgrund der Ideologie, der Sympathie, des Vertrauens? Es ist ein Vertrauensvorschuss. Sie erwarten sich, sie erwarten sich ihre Interessen zu vertreten und ihre Interessen umzusetzen. Wir wurden gewählt um zu gestalten und nicht nur zu verwalten. Die Menschen erwarten sich Lösungen. Sie erwarten sich Aktivitäten, Entscheidungen zum Wohle der Menschen. Wir tragen eine Verantwortung, wir tragen hier auch eine politische Verantwortung für unsere Menschen in unserem Land.

Wir haben, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir haben ein Leben und das Bestreben natürlich alt zu werden, gesund alt zu werden. Sicherlich ist dieses Bestreben von vielen Faktoren abhängig, aber natürlich auch von der Ernährung und von den Umwelteinflüssen. Wir kennen sicherlich jeder einzelne von uns, in unseren Familien, im Verwandtschaftskreis, im Bekanntenkreis, im Freundschaftskreis Krankheitsfälle, Krebserkrankungen, Todesfälle, wo wir uns die Frage stellen, was ist der Grund? Was ist die Ursache?

Was haben wir falsch gemacht? Hätten wir die Krankheit verhindern können? Waren wir fahrlässig, waren wir nachlässig? Viele Fragen, die auch gestellt werden wenn es unter Umständen zu spät ist. Meine persönliche Einstellung, mein Zugang ist, nicht Wasser predigen und Wein trinken. Vor allem in unserem Verantwortungsbereich vorzuleben und auch umzusetzen.

Als Bürgermeister in meiner Gemeinde haben wir auch vor zwei Jahren beschlossen, kein Glyphosat im Bereich unserer Gemeinde zu verwenden. Es war natürlich auch ein einstimmiger Beschluss in unserem Gemeinderat.

Natürlich ist es eine Herausforderung im Bereich - wie wir alle wissen, die in der Kommunalpolitik hier Verantwortung tragen und Bürgermeister sind - im Gehsteigbereich, auf öffentlichen Plätzen, diese in dieser Form auch weiterhin zu pflegen, wie wir es vorher getan haben.

Wir wissen auch, dass das Land Verantwortung trägt und seit dem vergangenem Jahr im Bereich der Bauämter auch glyphosatfrei ist im Landesdienst. Wir sind einen Schritt weiter gegangen und ich möchte doch diese Erlebnisse Ihnen weitergeben. Wir haben uns entschlossen, mit der Pfarre in unserer Gemeinde, neben dem Friedhof die Wiese nicht mehr wöchentlich oder 14-tägig zu mähen, sondern ganz einfach zweimal im Jahr zu mähen und somit eine Blumenwiese hier gedeihen zu lassen.

Ich bin auch sehr selbstkritisch und stelle mir die Frage, ist es unbedingt notwendig in unseren Streusiedlungen und ich selbst mit einem großen Garten, diesen wöchentlich oder 14-tätig zu mähen, oder vielleicht sogar zu überlegen, sollten wir nicht einen Mähroboter uns anschaffen und wenn irgendwo ein Grashalm oder eine Blume herauskommt, dass sie gleich weg ist?

Auf der anderen Seite machen wir uns Gedanken, wo werden unsere Bienen Nahrung finden? Wir wissen alle, wenn kein Grashalm oder keine Blume mehr herauskommt, das gleich weg ist, auf der anderen Seite machen wir uns Gedanken, wo werden unsere Bienen Nahrung finden.

Wir wissen alle: Wenn es keine Bienen mehr gibt, sprich, sterben die Bienen aus, sterben auch die Menschen aus. Ohne Bienen gibt es kein menschliches Leben. Vier Jahre später stirbt die Menschheit aus, wenn es keine Bienen mehr gibt.

Ich habe auch vor 14 Tagen zirka eine Gegebenheit gehabt, dass eine Familie nach Olbendorf ins Gemeindeamt gekommen ist, und sie hat gefragt, ob es Hausplätze gibt, ob es Häuser zu mieten oder zu kaufen gibt. Sie haben nicht die übliche Frage gestellt, ob wir eine Infrastruktur haben, Kinderbetreuung haben, sondern sie haben die Frage gestellt, wie wird die Landwirtschaft in unserer Gemeinde bestellt. Sprich biologisch.

Ich bin sehr froh darüber, dass in unserer großen Gemeinde mehr als die Hälfte auch von unseren Landwirten bereits in der biologischen Landwirtschaft hier bestellt wird. Wenn ich eingangs gesagt habe, wir als kleines Burgenland, wie können wir hier mitgestalten? Die Latte liegt sehr hoch. Wir wissen ganz einfach: Vor 20 Jahren haben wir in unserem Land Burgenland gegen null erneuerbare Energie erzeugt. Wir sind ein Vorreiter geworden über Österreich und die europäischen Grenzen hinaus und es hätte sich keiner erträumen lassen, dass wir innerhalb von 20 Jahren 150 Prozent - rechnerisch - den Strombedarf in unserem Land abdecken. Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt und haben dieses Ziel erreicht und haben die Latte sehr hoch gelegt und sind darüber gesprungen.

Das gemeinsame Ziel im Bereich unseres heutigen Antrages muss der Fokus sein, das Land zur Region mit der höchsten Lebensqualität in Österreich zu machen. Ein nachhaltiges, ein umweltfreundliches Burgenland zu gestalten.

Mittelfristig muss es unser Ziel sein, natürlich so nah wie möglich an die 100 Prozent biologischer Landwirtschaft im Burgenland heranzukommen. Wir haben es gehört. Im Burgenland gibt es heute schon den höchsten Anteil an biologischer Landwirtschaft und auch diese Landwirte und diese biologischen Bauern brauchen dieses Gift auch nicht mehr.

Es ist sehr passend. Es gibt ein chinesisches Sprichwort, das sagt: „Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen bauen Windmühlen.“ Sie können gerne lachen, Herr Kollege, es hat nämlich genau, und ich glaube, Sie kennen den Herrn Ing. Stefan Kast, im Jänner 2017 gesagt: Glyphosat ist kein Unkrautvernichtungsmittel, sondern ein Medikament für Pflanzen. Man darf die Burgenländerinnen und Burgenländer nicht für dumm verkaufen. Das ist nicht der richtige Zugang.

Wir - Kollege Steiner ist jetzt nicht da -, er hat behauptet, wir spielen hier Gruppierungen aus. Wir spielen keine Gruppierungen aus. In keiner Weise. Wenn der Vorwurf an den Herrn Landeshauptmann gekommen ist, in dieser Form „steirische Kürbiskerne“, dann würde ich gerne fragen und noch einmal fragen, die ÖVP hat ihren Landesparteitag in dieser Form mit wem bestellt? *(Abg. Markus Ulram: Ist im Stiftungsrat die Diskussion auch schon beendet mit dem ORF?)*

Der Abänderungsantrag, ich weiß nicht, Herr Kollege, ob Sie alle wissen und ihn auch kennen diesen Abänderungsantrag. Ich würde nur fragen: Wo ist die Wende? Da steht kein einziges Mal Glyphosat, dort steht keine Reduktion von Pestiziden, in keiner Form. Das Einzige, was dort steht, das hat ja der Kollege schon vorgelesen, das ist ab sofort in allen landeseigenen Betrieben, Küchen und Kantinen und sonstigen Einrichtungen, also wenn das die Wende ist?

Wir sind überzeugt und wir wissen es natürlich, dass wir nicht über Nacht die Landwirtschaft in unserem Land zu 100 Prozent auf Bio umstellen können. Aber mittelfristig und vor allem konsequent.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben die Erde nicht geerbt. Wir haben sie von unseren Kindern geliehen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich von der Regierungsbank Herr Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wenn hier ein Kammerfunktionär zitiert wird aus dem Vorjahr, der gesagt hat, wir reden nicht mehr von Glyphosat, wir reden von Tabletten für die Landwirtschaft und für die Pflanzen, dann wird er sich höchstwahrscheinlich irgendwo erkundigt haben und wird gesehen haben, dass Glyphosat historisch an und für sich kein Pflanzenschutzmittel war, sondern Glyphosat historisch ein Antibiotikum war, das zugelassen wurde, und in weitere Folge als Antibiotikum, in weitere Folge in die Landwirtschaft kam und dann in der Landwirtschaft eingesetzt wurde seit 1995/96.

Das muss man sich einmal vor Augen führen. Wir diskutieren in vielen Bereichen, wenn es um Lebensmittel geht, um Antibiotika, um Pestizide, um andere Dinge und mehr als 20 Jahre muten wir uns zu und maßen wir uns an, unseren Grund und Boden und die Felder, und sagen höchstwahrscheinlich auch nicht den Landwirten, was sie da in der Hand halten. Auch in den 80er, 90er Jahren hat es das DDT gegeben und keiner hat gewusst, was er in Wirklichkeit damit macht.

Jetzt ist man klüger, und ich sage einmal, auch in Bezug auf diese Pestizide. Glyphosat ist in Wirklichkeit nur der Oberbegriff für dieses ganze Zeug, was bei uns auf die Felder geworfen wird, dass es die wenigsten wissen, was da passiert. Auch Sie in der ersten Reihe, speziell angesprochen die ÖVP, Sie wissen auch nicht - höchstwahrscheinlich -, was da auf unseren Felder ausgebracht wird *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Dokumentiert!)* und was wir schlussendlich in weiterer Folge dadurch indirekt und mittelbar zu uns nehmen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Muss man ja aufzeichnen. – Abg. Walter Temmel: Aufzeichnen! Alles aufschreiben.)*

Daher ist auch eines klar. Auch mit dem heutigen Tag und mit dieser Entschließung, die heute gefasst wird, das wird keine Entschließung sein, die sich einreiht in viele andere Entschließungen der Vergangenheit, wo man zwei, drei Jahre später wieder darüber diskutiert, was ist daraus geworden, sondern das ist ein Entschließungsantrag, der in der Aufforderung an die Regierung auch sukzessive umgesetzt wird.

Ja, ich bekenne mich zu dem Ziel, 100 Prozent Biolandwirtschaft. Es geht nicht darum, dass man die Landwirte, die konventionellen Landwirte austrickst. Es geht darum, und das ist die Aufgabe der Politik, dass man Rahmenbedingungen schafft für Landwirtschaft, für die konventionelle Landwirtschaft, damit sie auch umsteigen kann auf die Bio-Landwirtschaft.

Das bedeutet in weiterer Folge auch ganz konkret, wenn derzeit die Fördermöglichkeiten mit Ende des Jahres auslaufen werden für den Umstieg, dann wird das das Land kompensieren. Dann wird das Land das kompensieren und wird Fördermöglichkeiten zur Verfügung stellen, dass es Umstiegsmöglichkeiten gibt, weil wir ganz einfach fest davon überzeugt sind, dass das der richtige Weg ist. Der einzig richtige Weg ist.

Auch ganz klar zur Landwirtschaftskammer gesagt und zu den Versuchen, hier irgendwelche Schreckensszenarien an die Wand zu malen, 50 Mitarbeiter müssen kündigen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das haben Sie selber gesagt.)*

Ich muss einmal auch in Anwesenheit der Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer klar das Budget der Landwirtschaftskammer darlegen. Das Budget der Landwirtschaftskammer setzt sich ungefähr ein bisschen mehr - plus minus - neun Millionen Euro jährlich zusammen. Von diesen neun Millionen Euro jährlich, und das ist die einzige Interessenvertretung - und daher Herr Kollege Steier, kann man das auch überhaupt nicht mit der Arbeiterkammer vergleichen -, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil es kompetenzmäßig auch so ist, gell?)* das ist die einzige Interessenvertretung, die von öffentlichen Steuermitteln auch finanziert wird. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil es die Verfassung so vorsieht.)* Die einzige Interessenvertretung! Die Verfassung sieht es nicht so vor, sonst könnten wir die Mittel nicht kürzen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich sieht sie das so vor.)* die Möglichkeit sieht sie vor, aber nicht zwingend.

Das ist die einzige Interessenvertretung, die also auch von öffentlichen Steuermitteln mitfinanziert mit. Alle anderen Interessenvertretungen, auch die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, finanzieren sich ausschließlich über das Umlagesystem.

Von diesen neun Millionen Euro - damit das auch jeder weiß - in der Landwirtschaftskammer, wird einmal über eine Million Euro aufgebracht, um Pensionen zu bedienen. Ich weiß jetzt nicht, welche Pensionen da betroffen sind. Ich gehe davon aus, dass alle Beschäftigten der Landwirtschaftskammer ASVG versichert sind und an und für sich ein Pensionsrecht haben *(Abg. Gerhard Steier: Das gilt für andere Bereiche auch.)* und auch eine Pension bekommen.

Ich mutmaße jetzt nur, ich weiß es nicht, weil ich natürlich in die Kammer nicht reinschau, kann nur mutmaßen. Wenn die Landwirtschaftskammer über eine Million Euro für Pensionen aufwenden muss, dann werden das wohl Sonderpensionen sein. Anders wird es nicht möglich sein. Dann werden da Sonderpensionen bezahlt.

Die Landwirtschaftskammer bekommt vier Millionen Euro im Umlagesystem. Das heißt, von den Landwirten die Beträge, vier Millionen Euro, ober über vier Millionen Euro etwa. Die Landwirtschaftskammer bekommt über eine Millionen Euro vom Bund finanziert. Die Landwirtschaftskammer bekommt zwei Millionen Euro vom Land Burgenland finanziert. Von diesem Gesamtbudget von neun Millionen Euro, wenn man sich das durchrechnet im Verhältnis zu den Mitarbeitern, die sie derzeit haben, nur so nebenbei bemerkt, die Arbeiterkammer hat weniger Mitarbeiter wie die Landwirtschaftskammer, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: … das stimmt.)* und die Arbeiterkammer macht über 50.000 Beratungen im Jahr. Das sei nur einmal so nebenbei bemerkt.

Aber wenn man sich hier das Verhältnis des derzeitigen Budgets der Landwirtschaftskammer durchrechnet, im Verhältnis zu den auch derzeitig Beschäftigten, dann haben sie einen Personalaufwand von in etwa 50 Prozent. Vielleicht noch darunter. Vielleicht noch darunter. Es gibt kein einziges Unternehmen, kein einziges öffentliches Unternehmen, das so einen niedrigen, so einen niedrigen Personalaufwand hat. Dann zu sagen, wenn jetzt die Linie des Landes ist, die Mittel, die wir dort einsetzen, einzusetzen, um Umstiegsberatungen auf biologische Landwirtschaft zu machen und nicht mehr irgendwo mit einem Stundensatz - das müssen auch einmal die Mitarbeiter hören, die wissen das alle nicht - mit einem Stundensatz von 60 Euro pro Stunde den Mitarbeiter zu fördern.

Aber diese 60 Euro pro Stunde kommen nicht beim Mitarbeiter an. Diese 60 Euro pro Stunde für einen Mitarbeiter behält sich das meiste die Kammer, weil 60 Euro kostet der Mitarbeiter nicht. Der kostet viel weniger, wenn er beschäftigt wird. *(Zwischenruf des Abg. Walter Temmel)*

Da muss einmal die Kammer hinterfragen, und Herr Agrarsprecher seitens der ÖVP, ich würde Sie bitten, Sie sind Agrarsprecher der ÖVP. *(Abg. Ilse Benkö: So schaut es aus.)* Ich weiß nicht, haben Sie zu diesem Thema nichts zu sagen. Ein ganz ein wesentliches Thema. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wir haben noch zwei Tagesordnungspunkte, bitte schön. – Abg. Walter Temmel: Die Landwirtschaftskammer ist noch auf der Tagesordnung.)*

Also wenn diese ganzen Gelder, unsere Beratungsgelder, 60 Euro Stundensatz auch bei den Mitarbeitern ankommen würden, wenn die Kammer auch ehrlich das, was sie von uns verlangt, vom Vertrag, wie der Vertrag abgeschlossen ist, auch den Mitarbeitern bezahlt, aber das macht Ihr ja nicht. Diese Gelder kommen nicht bei den Mitarbeitern an.

Ich weiß nicht, die versickern irgendwo im System. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)* Und dann davon zu sprechen, wenn wir auf Realkosten runter wollen, wenn wir auf reale Mitarbeiterkosten runter wollen, dass wir dann 50 Mitarbeiter kündigen müssen, das ist ja in Wirklichkeit die Frechheit. Da sollte man einmal die Zahlen auf den Tisch legen.

Da sollte man auf den Tisch legen: Wie finanziert sich die Kammer und wie werden die Mittel eingesetzt? Der geringe Anteil der Mittel wird für die Mitarbeiter eingesetzt. Unter dem Deckmantel der Mitarbeiter wird aber ein Stundensatz von 60 Euro vom Land verlangt. Das sind Gelder, die nicht bei dem Mitarbeiter ankommen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine lieben Kollegen der ÖVP! Ich verstehe schon, dass man sich bei diesem Thema schwer tut, ganz schwer tut. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kommen noch drei Redner.)* Ich verstehe das wirklich, wenn man einen ehemaligen Landwirtschaftsminister als Kammerpräsidenten hat, der in Wirklichkeit Pestizide vor den Bienen bevorzugt hat.

Wenn man selbst eine Abstimmung gehabt hat und das Glyphosat in den Vordergrund gestellt hat, dann tut man sich natürlich mit diesen Themen schwer. Ich will jetzt niemandem beim Namen nennen, das geht zu weit. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das wissen eh alle.)* Schaut einmal durch die Runde! Sie vertreten nicht mehr den kleinen Landwirten, dass es darum geht, dass der überlebt, wie eine Bio-Landwirtschaft überleben kann. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das Wahlergebnis hat schon etwas anderes gesagt.)*

Darum geht es nicht mehr. Sie brauchen nur durch die Runde schauen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das Wahlergebnis hat schon etwas anderes gesagt. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist auch der Grund.)* Sie vertreten im Wesentlichen nur mehr die Agrarkapitalisten. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wer ist das, Agrarkapitalisten? – Abg. Walter Temmel: Wer ist das?)* Sonst vertreten Sie niemanden mehr. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: … gäbe es keine acht Kammerräte mehr.)*

Das Angebot, das wir Ihnen hier auch machen, ist, und das mache ich auch ganz offiziell auch der Landwirtschaftskammer: Wir werden diesen Weg ganz konsequent gehen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das ist das einzig Wahre!)* Diesen Weg werden wir konsequent gehen. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA)*

Die Einladung gilt an Sie, gilt an alle Fraktionen des Hauses und gilt speziell auch für die Vertreter der Landwirtschaftskammer, den Weg mitzugehen. Den Weg mitzugehen in Richtung 100 Prozent Bio-Landbau im Burgenland. Wer den Weg nicht mitgeht, der geht ihn nicht mit. Ich kann niemanden dazu zwingen, aber wir gehen diesen Weg.

Eines sei mir noch erlaubt, zu bemerken, weil da eingeworfen worden ist, ob die Stiftungsthematik schon erledigt ist. Die Stiftungsthematik ist erledigt, muss man halt einmal nachfragen auch auf Bundesebene, beim ORF, vielleicht haben Sie dort einen Stiftungsvertreter.

Wir haben einen. Diese Stiftungsthematik ist erledigt. Derjenige, der hier Kürbisprodukte verkauft hat, ist offensichtlich, so wie ich das jetzt gehört habe, hier in Bad Tatzmannsdorf wohnhaft. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Steirer!)*

Wir haben bei unseren Veranstaltungen des Landes, also Veranstaltungen der SPÖ Burgenland, keine kroatischen Unternehmen gehabt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Steirer in Wien. Kürbiskerntouristen.)* zumindest ein österreichisches Unternehmen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber kein burgenländisches.)* aber kein kroatisches Unternehmen. Soviel zur Wertschöpfung im Burgenland. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Gerhard Steier: Nichts gegen die Kroaten.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Killian Brandstätter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz auch Bezug nehmen auf die Aussagen des Kollegen Steiner. Ich kann das nicht so stehen lassen.

Herr Kollege Steiner, die Aussage, die Sie getätigt haben, ist eine Beleidigung für diese wichtige Zukunftsdiskussion. Sie haben in Ihrer Wortmeldung gesagt, dass es Ihnen nicht um den Inhalt geht, und ziehen hier einen Klassenkampf herbei, den es eigentlich gar nicht gibt. Sie spielen hier mit der Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer, und das nur des parteipolitischen Kleingelds willen.

Daran sieht man, wie wichtig Ihnen und der ÖVP die Gesundheit der Menschen und die Umwelt ist. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Hier beim heutigen dringlichen Antrag zur Einleitung einer umfassenden „Bio-Wende“ geht es um wichtige Entscheidungen für die Zukunft. Wollen wir weiterhin eine intakte und funktionierende Umwelt? Wollen wir gesunde Lebensmittel? Wollen wir das Bienensterben und den Rückgang der Vogelpopulation stoppen? Die Antwort lautet hoffentlich ja.

Ich denke, das sollten wir alle in diesem Haus für die zukünftigen Generationen wollen. Es freut mich sehr, dass wir über die Parteigrenzen hinweg, die SPÖ, die GRÜNEN, die LBL, die FPÖ, diesen Antrag gemeinsam eingebracht haben. Die ÖVP ziert sich hier leider wieder und ist nicht dabei. Wenn es um die Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer geht, hat aber Parteipolitik nichts verloren, sondern das Ringen um Lösungen muss im Vordergrund stehen. Es ist unsere zentrale Aufgabe, dass wir die Lebensqualität in unserem Land langfristig sichern, dass wir die intakte Umwelt und Natur erhalten und dass wir unser Klima schützen.

Eben nicht um ihrer selbst willen, sondern für die Menschen die hier leben. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, ein nachhaltiges, gesundes, umweltfreundliches und vor allem ein glyphosatfreies Burgenland zu gestalten. Wir wollen, dass das Burgenland hier eine Leuchtturmfunktion einnimmt.

Warum gerade Glyphosat? Es ist das weltweit am meisten eingesetzte Pflanzengift der Welt. Alleine in Österreich werden jährlich 400 Tonnen dieses Mittels aufgebracht. Das kann man sich so vorstellen, wie wenn man rund 2.800 Badewannen auf Ackerflächen schüttet. Und das, obwohl die Wirkung bereits seit den 80er Jahren umstritten ist. In letzter Zeit nehmen die Beweise allerdings zu, Glyphosat zerstört die Umwelt, durch Abtöten von Wildpflanzen fehlt Insekten und Vögeln die Nahrungsgrundlage. Glyphosat ist geotoxisch. Es schädigt das Erbgut. Glyphosat ist giftig.

Eine vor wenigen Monaten bekannt gewordene Geschichte zeigt die Wirkung von Glyphosat für die Menschen. Ein Mann in den Vereinigten Staaten, Dewayne Johnson, hatte als Platzwart an einer Schule jahrelang mit dem Mittel gearbeitet und ist unheilbar an Lymphdrüsenkrebs erkrankt. Nach einem Gerichtsurteil muss der Glyphosathersteller Monsanto dem Mann 220 Millionen Dollar an Schadensersatz zahlen.

Es ist aber nicht nur giftig für die Menschen, die damit arbeiten, sondern für jeden einzelnen von uns. Über die Pflanzen gelangt das in die Nahrung. Und das geht darüber hinaus. Glyphosat wurde sogar schon im Bier nachgewiesen.

Es wird von der Weltgesundheitsorganisation als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Wenn man bedenkt, wie weit es bereits angewendet wird, müssen wir uns wirklich ernsthaft Gedanken drüber machen, um die Gesundheit für uns alle, aber vor allem um die Gesundheit der Kinder.

Trotz dieser zahlreichen Fakten haben die EU-Landwirtschaftsminister die Anwendung dieses höchst umstrittenen Gifts im November für fünf weitere Jahre freigegeben. Ich kenne normal nur den Spruch: Unkraut vergeht nicht. Aber in diesem Fall haben sich die EU-Minister anscheinend einen Bären aufbinden lassen unter dem Motto: Unkrautvernichter vergeht nicht.

Österreichs Landwirtschaftsminister hat gegen die Verlängerung der Zulassung gestimmt, weil im Nationalrat von SPÖ, FPÖ und GRÜNE, weil er da von den Parteien beauftragt wurde.

Bei uns im Landtag war das bisher ähnlich. 2016 gab es den Entschließungsantrag, mit dem sich das Hohe Haus klar gegen eine Verlängerung der Glyphosat-Zulassung ausgesprochen hat. Im Jänner gab es dazu eine Dringliche, und bei beiden Anträgen hat die ÖVP nicht ihre Zustimmung gegeben und es nicht unterstützt. Wir wollen aber nicht in der Vergangenheit weilen, sondern heute die Zukunft gestalten. Eine Zukunft, in der es gesunde Lebensmittel für die Menschen gibt, eine Zukunft, in der auf den Einsatz von Pflanzengiften und Pestiziden verzichtet wird.

Mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag gibt es erneut die Möglichkeit, die richtigen Entscheidungen für die Burgenländerinnen und Burgenländer zu treffen. Unser gemeinsames Ziel ist es, das Burgenland glyphosatfrei zu machen. Und diesem Ziel haben wir uns in der Vergangenheit bereits genähert. Wir können alle miteinander stolz darauf sein, dass das Burgenland dabei in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Im Bereich der burgenländischen Landesstraßen gelingt es seit fünf Jahren, den Verbrauch von Herbiziden einzustellen. Die Betreuung wertvoller Grünflächen erfolgt im Burgenland ohne den Einsatz chemischer Mitteln.

Seit letzter Woche sind auch alle landesnahen Unternehmen glyphosatfrei. Das heißt, alle Grünräume im Besitz der Technologiezentren, der Energie Burgenland, der Kulturzentren, der KRAGES, im Grunde alle Unternehmen der Burgenland Holding kommen ohne dem Gift aus.

Die Umweltlandesrätin Astrid Eisenkopf hat die Initiative „Ökologische Gemeinde“ ins Leben gerufen, mit dieser werden Gemeinden ausgezeichnet, die sich dazu verpflichten, bei der Pflege von öffentlichen Grünräumen auf den Einsatz von Glyphosat zu verzichten. Mittlerweile sind 25 Gemeinden offiziell glyphosatfrei. Auch meine Heimatgemeinde Gols, und es werden auch immer mehr.

Das Land Burgenland macht also seine Hausaufgaben und geht in diesem wichtigen Bereich bereits in Richtung Bio-Wende. Mit dem Antrag wollen wir eine nachhaltige Reduktion der Pestizidbelastung im Burgenland und einen vollständigen Glyphosat-Verzicht nach dem Vorbild der landesnahen Betriebe und eine schrittweise Umstellung des Fördersystems zur Unterstützung der Biolandwirtschaft.

Die weiteren Schritte müssen nun auf Bundesebene getätigt werden. Hier ist die Bundesregierung mit der zuständigen Ministerin Elisabeth Köstinger gefragt, die richtigen Weichen zu legen. Wir fordern umgehend nationale Verbotsschritte hinsichtlich Glyphosat und eine Exit-Strategie für ein komplettes Aus in Österreich bis spätestens 2020, damit die intakte Natur und Umwelt weiterhin für die Nachwelt bestehen bleibt.

Mit diesem Antrag handeln wir im Interesse der Menschen. Die Gesundheit der Österreicherinnen und Österreicher darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Der Schutz der Menschen, der Gesundheit und der Umwelt muss wichtiger sein als die Gewinninteressen einiger Konzerne.

Das vorrangige Ziel der SPÖ und des Antrags ist ein österreichisches Glyphosat-Verbot.

Ich hoffe, dass alle diesen Antrag unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik hat sich als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Ich möchte mich jetzt auf den Kern dieses Antrags konzentrieren. Debatten zur Landwirtschaftskammer können wir unter einem anderen Punkt noch führen.

Weil bei dem Punkt geht es wirklich um eine große und um eine wichtige Entscheidung. Ich gebe es ganz gerne offen zu. Heute ist für mich als Politikerin ein schöner Tag. Heute ist ein Tag, an dem Menschen, die oft das Gefühl haben, gegen die Übermacht anderer nichts erreichen zu können, erleben, das kann gehen, wenn du einen langen Atem hast, dich nicht beirren lässt, wenn dich andere mal weltfremd nennen, wenn du nach Verbündeten suchst, ja, auch dort, wo du sie vielleicht gar nicht vermutet hast.

Ich erinnere, viele hier wissen, dass bereits im Jahr 2013 haben wir im Vorfeld, und dann während des Nationalratswahlkampfs „100 Prozent Bio“ plakatiert, damals haben etliche gesagt, oh, wie weltfremd. Das ist erst fünf Jahre her.

Also es gibt auch hier Veränderung, auch Kollege Steiner hat ja bei einem anderen Punkt früher mal gesagt, man kann gescheiter werden, wir alle können gescheiter werden.

2015 haben wir seitens der GRÜNEN ein Programm „Bio-Land Burgenland“ vorgestellt. Damals wollte uns noch niemand unterstützen. Aber es haben sich die Zeiten geändert. Wir wollten damals eine 100-prozentige Umstellung auf Bio bis 2020 bis 2035 erreichen, in Schritten, mit ganz klaren Maßnahmen.

Wenn heute das Bewusstsein und die Möglichkeit dazu da ist, dass wir das schon früher erreichen, gerne mit uns. Heute ist vielleicht vielen klarer, wie dramatisch die Klimasituation für die Landwirtschaft ist, aber auch wie dramatisch konventionelle Landwirtschaft, ihre Auswirkungen auf die Klimasituation zeigt. Heute wissen wir mehr.

Deswegen wird heute mal ein politischer Wille hier kundgetan. Der politische Wille einer Mehrheit in diesem Landtag, dass wir auf 100 Prozent Bio im Burgenland à la longue umstellen wollen.

Dann kommt die Umsetzung. Schritt für Schritt die Umsetzung. Das braucht einen sogenannten Change-Prozess, einen Veränderungsprozess, den man natürlich aufsetzen muss, sehr bewusst und sehr gezielt. Das, was uns die ÖVP in ihrem Abänderungsantrag hier vorlegt, ist leider genau das Gegenteil, weil wenn Sie heute beschließen wollen, dass sofort, ab sofort in allen landeseigenen Betrieben et cetera, et cetera, ausschließlich und zu 100 Prozent Lebensmittel aus regionaler und biologischer Erzeugung anzubieten und zu verarbeiten sind, dann ist das entweder naiv oder zynisch.

Nun halte ich Sie im Bereich der Landwirtschaft nicht besonders naiv, da wissen Sie schon ganz genau, was Sie tun, aber zynisch ist es allemal. Was mich hingegen positiv stimmt, ist, nachdem die GRÜNEN heute einen Antrag eingebracht haben zur Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung in Kindergärten, Tagesheimen, Krankenhäusern et cetera, mit einem klaren Plan, also die erste Konkretisierung des heutigen Antrages, in der nächsten Landtagssitzung zur Debatte bringen, dann werden Sie, nach dem, was Sie heute wollen, dann sicher zu 100 Prozent zustimmen. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Es braucht also die großen Veränderungsprozesse und es ist schon, der Kollege Spitzmüller hat schon darauf hingewiesen, vielleicht manchmal ein bisschen auch das Schicksal, vielleicht auch die Aufgabe der GRÜNEN, Vorreiterinnen und Vorreiter zu sein, Unpopuläres populär zu machen, weil wenn es dann populär ist, siehe Glyphosat, dann kriegen wir auch mehr Verbündete, und dann sind auch viele überzeugt, dass das jetzt wirklich der richtige Weg ist. Es freut mich besonders, wenn man dann die Größe hat, das auch zu zeigen und auszudrücken.

Es geht also um Veränderung. Es geht, wenn wir es genau anschauen, um eine Agrarwende, um eine radikale Agrarwende. Radikal warum? Es geht darum, in der Agrarwirtschaft zu den Wurzeln zurückzukehren. Ad radices. Radikal.

Weg von der Industrialisierung der Landwirtschaft und zurück zu dem, was uns ein gesunder Boden an Nahrung geben kann. Es geht um Wachstum in der Qualität, nicht in der Quantität. Dann wird es auch weniger Lebensmittelmüll geben, weil behutsamer mit den Nahrungsmitteln umgegangen wird. Das wissen wir aus vielfältiger Erfahrung.

Zurzeit wird ja unter dem Diktat der Agrarindustrie gezielt ein Überfluss produziert. Den wollen wir gar nicht haben mit biologischer Landwirtschaft. Wir wollen, dass das produziert wird, was nötig ist, und dass das konsumiert wird, was da ist. Das geht.

Dafür müssen wir die politischen Hebel ziehen und einen solchen Hebel setzen wir heute in Gang. Und jetzt fängt die Arbeit am „Bio-Land Burgenland“ erst so richtig an. Sie können mit uns rechnen. Danke für die Zusammenarbeit.

Dafür habe ich auch ein kleines Geschenk an Landesrat und Landesrätin mitgebracht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik übergibt Landesrätin Verena Dunst und Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil je ein grünes Stoffsackerl mit der Aufschrift „Bio macht schön“. - Landesrätin Verena Dunst: Gott sei Dank keine Schürze. - Beifall bei den GRÜNEN - Abg. Géza Molnár: Seid eh jetzt schon schön. Bio macht noch schöner.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Landwirtschaftskammer! Ja, die Liste Burgenland steht zu der Landwirtschaftskammer, steht zu den Landwirten, steht zu den Bauern. Ich glaube, dass ich jetzt, heute, klar und deutlich sagen kann, ich weiß von wo und von was ich spreche. Ich komme aus einem landwirtschaftlichen Betrieb, meine Eltern haben sich wirklich mühsam hinaufgearbeitet.

Einen Klafter nach dem anderen erworben. Einen Hektar um einen anderen bewirtschaftet. Und siehe da, die Landwirtschaftskammer hat auch unterstützt. Das muss man schon dazu sagen. Das muss man offen und ehrlich zugestehen. Aber, die Landwirtschaftskammer, sehr geehrter Herr Steiner, er ist nicht da. Ist doch da. Ist natürlich auch so wie in allen Kammern - und da waren wir Vorreiter, damals noch in der FPÖ, wo wir gesagt haben, die Kammern gehören einmal durchleuchtet, gehören einmal angeschaut, gehören dementsprechend auch wieder reformiert.

Ich war 15 Jahre in der Arbeiterkammer tätig, zehn Jahre in der Wirtschaftskammer und darf jetzt noch in der Landwirtschaftskammer mitbestimmen, wer dort an der Spitze sitzen soll. Schon ein interessanter Werdegang an der ganzen Situation, Herr Steiner. Ich weiß nicht, wo Du derzeit mitstimmen darfst, wahrscheinlich weder in der Arbeiterkammer noch in der Wirtschaftskammer, noch in der Landwirtschaftskammer. Genau das sind die Dinge, wo ich mich frage, wovon reden Sie überhaupt.

Wenn Sie sich hier herstellen? Genau das ist Ihr Abänderungsantrag. Aber ich komme vorher noch zu etwas anderem. Medial. Kassenreform. ÖVP kündigt Dringlichkeitsantrag an. Bla bla bla. Unten steht dann: Heute wird Bio als Zankapfel, Thema wird am Donnerstag auch die sogenannte „Bio-Wende“ sein. SPÖ, FPÖ, GRÜNE, Bündnis Liste Burgenland werden dazu einen Dringlichkeitsantrag einbringen. Details sollen heute bei einer gemeinsamen Pressekonferenz bekanntgegeben werden.

Die ÖVP kritisiert, dass man dazu nicht kontaktiert worden sei und es sich bei dem Antrag um ein Sammelsurium von Überschriften und Schlagworten handle, so Steiner. Wir diskutieren schon seit zwei Stunden über das Thema. Das ist ein ganz ein wichtiges Thema anscheinend. Auch für Sie, weil sonst würden Sie nicht das als Sammelsurium beschreiben, weil es wichtig ist für unsere Zukunft. Was ist unsere Zukunft? Unsere Kinder?

Wenn Sie einen Abänderungsantrag einbringen und sich herstellen und ganz anders reden wie der Abänderungsantrag lautet, dann hätten Sie einen Abänderungsantrag ganz anders formulieren müssen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer sagt das?)*

Ich sage das und ich glaube auch die Mehrheit und auch die Landwirtschaftskammer wird das so sehen. Denn sich herzustellen und sagen: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ab sofort in allen landeseigenen Betrieben, Küchen, Kantinen und sonstige Einrichtungen sowie in allen landesnahen Betrieben ausschließlich und zu 100 Prozent Lebensmittel aus regionaler und biologischer Erzeugung anzubieten und zu verarbeiten.

Das ist etwas, das sagt gar nichts aus, weil wir machen das schon lange. In unseren Kindergärten, daheim versuchen wir es, weil wenn ich einkaufen gehe zum Spar, der mitten in der Ortschaft ist, wo man Gott sei Dank das zusammengebracht hat, in der

Ortschaft und nicht draußen etwas zu versiegeln, wie die GRÜNEN immer sagen, wir gehen den Weg. Dann habe ich dort Weintrauben, die bio sind, die kosten halt 2,50 Euro und die anderen kosten halt 1,09 Euro. Wo greife ich hin? Na auf die bio - selbstverständlich greife ich dort hin. Unsere Weinbauern, die sind genau auf dem richtigen Weg, muss ich Euch nur sagen.

Da bin ich stolz auf unsere Weinbauern, nicht nur auf den Uhudler, den wir lang umkämpft haben und durchgebracht haben. Sondern auch im Weinbau wird bio immer mehr gefragt und ist immer mehr gefragt. Ich sage auch warum: Der Weinskandal hat uns sehr gut getan, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich traue mir das zu behaupten. Wir haben keinen Toten gehabt, so wie die Italiener, gar nichts.

Aber wir haben eines gemacht und erkannt: Von 20.000 kg am Hektar ernten wir zwischen 4.500 kg und 6.000 kg. Was ist das Ziel gewesen? Dass man mehr herausholen kann an Wertschöpfung. Das haben wir erreicht. Das können wir mit dem bio mit unserem Antrag genauso erreichen, Herr Kollege Steiner.

Wir müssen nur den Willen dazu haben. Wir müssen den Anstoß geben. Wenn Sie sich erinnern können - ich bin gerne auch dabei bei jedem Antrag oder Pressekonferenz, der sachlich in Ordnung ist, wo ich auch mit der ÖVP dort sitze und sachlich diskutiere warum ich dort mitgehe. Sich herzustellen, Herr Steiner, und sagen, die LBL hat sich da irgendwo über den Tisch ziehen lassen.

Sicherlich nicht, Sie sind sehr wehleidig, weil Sie wahrscheinlich nicht gefragt worden sind. Ich bin ein Befürworter, dass man alle fragt, das muss ich jetzt ehrlich sagen und sagen, bitte kommt in das Boot, schauen wir uns das an, wie können wir das über die Bühne bringen? Dann hat die Landwirtschaftskammer kein Problem, auch nicht mit der ÖVP oder die ÖVP mit der Landwirtschaftskammer, weil dann würde nicht so ein Abänderungsantrag dort irgendwo auftauchen, der ein Wischiwaschi ist, so wie Sie unseren Antrag beschreiben.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zum Antrag: Den werden Sie sich hoffentlich durchgelesen haben. Aber ich glaube ja gar nicht, dass ein jeder den Antrag kennt. Ich glaube nicht, dass ein jeder ihn kennt, weil dann sollten Sie einmal lesen. Liebe Frau Resetar, ich schätze Sie. Bei aller Wertschätzung muss ich Ihnen jetzt eines sagen:

Auch Sie haben eine große Landwirtschaft und beziehen ja auch dementsprechend Fördergelder. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Was ist denn da groß, bitte Manfred?)* 130.000 Euro bekommst Du an Förderung, nur so nebenbei gesagt. Das kannst Du überall nachlesen. Ist ja nur so nebenbei gesagt. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das ist ja lächerlich!)* Aber das macht ja nichts.

Wir haben ja auch Ausgaben. Seid mir bitte nicht böse. Und dann, ich will das nur ein bisserl vorlesen. Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, durch eine Neuausrichtung der Agrarpolitik das Burgenland zum Biovorzeigeland zu entwickeln. Ist das etwas Schlechtes, wenn wir das dort hineinschreiben? Ist das so etwas Schlechtes? Wir haben ja bei der Energiewende - ich kann mich erinnern - in Deutschkreutz Windräder aufgestellt.

Die ÖVP war dagegen - vehement. Das ist eine Katastrophe. Das Volk hat entschieden und hat gesagt, wir wollen es haben. Und so wird es auch hier sein. Glaubt mir das.

Ich lese weiter. Die Bio-Wende soll auf breiter politischer Basis unter Einbindung von Landwirtschaftsexperten durch folgende Maßnahmen, Zielsetzungen, erreicht werden. Schrittweise Umstellung - schrittweise - nicht von heute auf morgen, wie Ihr sagt,

ab morgen muss in die Spitäler und überall die Biogeschichte drinnen sein. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Das wollen wir nicht. Weil das nicht funktioniert, lieber Herr Kollege Steiner, dafür sage ich, Du redest von der Farbe wie ein Blinder.

Das ist halt das Problem, was ich immer von Ihnen sehe. Das ist halt der Jammer. Ich kann mitreden bei der ganzen Situation, ich bin aufgewachsen in einer Landwirtschaft, ich habe das ganze mitgemacht und darf sogar noch mitstimmen, Sie dürfen nicht mitstimmen. Aber nur so nebenbei gesagt.

Da steht: Schrittweise Umstellung des Fördersystems zur Verstärkung, Unterstützung des Umstiegs auf Biolandwirtschaft mit einem mittelfristigen Ziel, so nah wie möglich an die 100 Prozent zu kommen. So nah wie möglich. Na 100 Prozent gibt es nirgends, nicht einmal in der ÖVP. Doch, bei die „Sozialversicherungs-Geschichteln“ zusammenlegen. Aber das hat Gott sei Dank die FPÖ gemacht, dass wir dort hinkommen. Das ist der nächste Tagesordnungspunkt.

Wenn da Reformen passieren sollen, wenn da etwas passieren soll im Burgenland, wo die LBL auch mitgeht, dann ist das schlecht in der ÖVP. Das ist nicht schlecht, das wird gut sein für die Landwirtschaftskammer, das wird gut sein für unsere Landwirte, es wird gut sein für die ganze Bevölkerung im Burgenland und österreichweit. Dann sind wir wieder ein Vorzeigeprojekt wie bei der Windenergie, wie bei der Energie, die wir schaffen auch mit der Wende. Das ist die Wende gewesen. Ihre Wende leider nicht.

So das Nächste. Nachhaltige Reduktionen der Pestizidbelastung im Burgenland und vollständiger Glyphosatverzicht. Nona. Seid mir nicht böse, aber unsere Landwirte, seid mir nicht böse, das muss ich jetzt sagen, fahren über die Grenze hinüber und holen sich von Ungarn das Mittel, weil es in Österreich das wahrscheinlich demnächst gar nicht mehr geben wird. Da müssten wir den Riegel vorschieben.

Liebe Landwirtschaftskammer, Herr Präsident, vielleicht kann man denen das sagen. Nein, das geht so nicht. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Du wirst ja kontrolliert!)*

In der EU sollte man dort einmal den Ansatz schaffen, Frau Kollegin. Frau Kollegin, ich fahre mit Ihnen mit dem Traktor gerne mit, *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Weil Du keine Ahnung hast!)* wenn Sie spazieren fahren auf dem großen Feld, sonst gar nichts.

So. Genau das sind die Punkte, die da drinnen stehen und das habt Ihr anscheinend nicht durchgelesen. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das ist ein Wahnsinn bitte!)* Zweckgebundener Einsatz von Landesmitteln in der Burgenländischen Landwirtschaftskammer mit Ziel des Verzichts auf Pestizide, Glyphosat und Forcierung der - da hat der Herr Landesrat vollkommen Recht gehabt. Was habt Ihr zu verbergen? *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Schauen wir uns die ganzen Zahlen und Ziffern an, die vorliegen.

Ich habe ja kein Problem damit. Ja, ich stehe zur Landwirtschaftskammer. Ja, ich stehe zur Arbeiterkammer. Ja, ich stehe zur Wirtschaftskammer. Aber in der Wirtschaftskammer haben sie eines gemacht, die haben die Beiträge schon zweimal reduziert. Auch nicht schlecht, die sind wieder dabei eine Reform zu machen. Ich glaube nicht, dass die Landwirtschaftskammer etwas dagegen hat, wenn man sich das anschaut und sagt okay, das Geld könnte man eigentlich mehr verwenden für unsere tatsächlichen Bauern, die die Landwirtschaft noch betreiben. Wir brauchen die Landwirtschaft im Burgenland. Das ist ja gar keine Diskussion.

Wenn sich da einer herstellt und sagt, das ist alles Polithascherei oder irgendwas, dann frage ich mich, Herr Kollege Steiner, bei solchen Aussagen, dass überhaupt die Medien so etwas schreiben, wundert mich. Aber die Medien sind überhaupt - ja - über die

brauchen wir jetzt nicht reden. Weil eines ist ja auch klar, Herr Kollege Fazekas, spalten tut die ÖVP und sonst niemand.

Wir haben niemanden gespalten. Wir haben nur einen Antrag eingebracht, der rechtlich, sachlich und fachlich zusteht, dass wir den einbringen und diskutieren können. Das ist das Wichtige. Wenn Sie beleidigt sind, weil Sie nicht eingeladen wurden, dann müssen Sie den Klub der FPÖ fragen oder der SPÖ, *(Abg. Ingrid Salamon: Gerne!)* aber ich bin einer, der alle gern auf einem Tisch hat und dann kann man darüber diskutieren. Und nicht einen Abänderungsantrag, der so lautet. Weil da sind wir wirklich in die falsche Richtung unterwegs.

Ich hoffe, dass die Landwirtschaftskammer das genauso sieht. Ich setze mich auch gerne mit ihnen zusammen, weil ich denke, dass es wichtig ist, dass unsere Bauern, unsere Landwirte, genau wissen, um was es geht. Wenn Sie heute von der AMA geredet haben. Das ist nicht so einfach mit der AMA, das wissen wir alle genau. Ein jeder Landwirt, der kleine Landwirt noch von damals, der hat sich verdammt schwer getan. Da haben wir Gott sei Dank Leute gehabt, auch im Bezirk Oberpullendorf, die geholfen haben. Dazu stehe ich. Dafür brauchen wir es auch, dass wir immer Hilfe haben.

Aber der Herr Landesrat hat es auch richtig gesagt, auch das sollte man hinterfragen, wo kommt das Geld eigentlich hin? Das soll zu dem kommen, der es braucht. Wenn wir heute reden über bio. Immer diskutieren wir über das Wasser, das ist überhaupt sehr interessant. Da dürfen wir von Niederösterreich, da kann ich mich erinnern an die Diskussion.

Ich glaube Jahre führen wir diese Diskussion schon. Das Wasser gehört genauso dazu. Das ist ein Grundnahrungsmittel für mich. Eine ganz eine wichtige Sache. Wenn dort immer Gift drinnen ist, na dann schaue ich mir gerne an, wie es mit unserer Zukunft im Burgenland ausschaut.

Wir diskutieren es zwar, aber man darf das nicht sagen, dass ich dabei war bei einem Antrag als die LBL oder man darf nicht sagen, dass ich bei der ÖVP dabei war bei einem Antrag. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind frei gewählte Mandatare, frei gewählte Mandatare. Wir unterliegen keinem Klubzwang, ich sage Euch das auch gleich. Ein jeder kann abstimmen wie er glaubt. Ich bin neugierig, ob jemand aufsteht bei der ÖVP und unseren Antrag mitbeschließt.

Dann ziehe ich meinen Hut und dann sage ich – ja, der arbeitet für das Burgenland, für unsere Menschen, für unsere Zukunft. In diesem Sinne herzlichen Dank, dass Ihr zugehört habt. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich erteile dem Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine sachliche Anmerkung zu dem vorher Gesagten. Herr Kollege Kölly, Sie wissen, weil Sie haben behauptet, man kann dann einfach andere Pestizide im Ausland kaufen und dann bei uns in der Landwirtschaft einsetzen, da gibt es einen ganz klaren Regelfall.

Die AMA führt Kontrollen durch. Sie haben zitiert, welche Förderungen passieren, ist jederzeit berechtigt, Bodenproben zu nehmen, dementsprechend. Wenn Sie Leute kennen, die hier illegal etwas tun, dann nennen Sie das beim Namen, ansonsten verunglimpfen Sie nicht die gesamte Landwirtschaft und verdächtigen da Menschen, die

unter schärfsten Kontrollen Förderungen nur auslösen können. So ein derartiges Förder- und Kontrollsystem gibt es in wenigen Bereichen. Das möchte ich anmerken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Landeshauptmann schenken Sie mir eine Minute, ich bin sofort bei Ihnen und mit dem Thema auch wieder fertig. Ich habe 2017 dieses Bild hergezeigt. *(Der Abgeordnete zeigt ein Bild)* Es zeigt den Wagen für Gleiswartungen der Neusiedler Seebahn. Eine Tochtergesellschaft des Landes. Ich habe Sie damals gebeten, weil es mir als Abgeordneter nicht möglich ist, an eine ausgegliederte Gesellschaft Fragen in diesem Bereich zu stellen, zu überprüfen, was 2017 - oder zumindest heute - damals benutzt wurde als Pestizid für die Gleisservicearbeiten. Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Landeshauptmann - es ist auch von ÖBB Seiten niemand in der Lage zu sagen, welche Ersatzstoffe als Glyphosat hier zum Einsatz kommen kann.

Ich darf Sie noch einmal bitten, wenn wir schon darüber reden, Kollege Brandstätter vollmundig behauptet, alle ausgegliederten Gesellschaften des Landes verwenden kein Glyphosat mehr. Bitte sagen Sie hier, was ist in diesem Gleiswartungswagen drinnen anstelle von Glyphosat? *(Beifall bei der ÖVP)*

Weil wissen Sie, auf der einen Seite haben wir das Problem uns wird gesagt, wir sind 100prozentig auf dem richtigen Weg. Wir können alles belegen, wir haben wunderbare Ausstiegsszenarien im Bereich von Glyphosat. Wir verwenden jetzt schon den und den Prozentsatz in ausgegliederten Gesellschaften und Küchen. Wer von Ihnen als Abgeordneter kann das überprüfen? Niemand. Wir müssen uns hier einfach nur selbst bei der Nase nehmen und sagen, wir müssen glauben, was hier präsentiert wird.

Ich möchte einmal mehr behaupten, es wäre gut daran, diese Regeln zu ändern und das Fragerecht der Abgeordneten auf die ausgegliederten Gesellschaften auszuweiten. Noch eine Anmerkung zu dem vorher Gesagten von der Frau Landesrätin Dunst: Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben in der Fragestunde folgenden Satz gesagt: Wir können nicht nur reden, wir müssen auch Vorbild sein.

Das hat damals gegolten beim Thema Glyphosat. Jetzt wo wir Sie beim Wort nehmen und sagen: Lassen Sie uns Vorbild sein, haben wir einen Abänderungsantrag gestellt, der ein Thema, das heute hier ganz zentral im Mittelpunkt war, nämlich die Frage, wie geht das Land Burgenland selbst mit seinen Küchen um, wie geht es mit seinen ausgegliederten Gesellschaften um, welche Vorgaben geben wir hier den eigenen Betrieben? Hier könnten wir einmal mehr zeigen, dass das was Sie in der Fragestunde selbst postuliert haben, der Wahrheit entspricht.

Bringen wir es zusammen und sagen wir, ab sofort probieren wir in allen Bereichen, wo es nur möglich ist, umzustellen. Sie haben ja gesagt, sofort ist nicht möglich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist es aber!)* Ja, sofort ist in dem Fall ein dehnbarer Begriff. Es wird ja niemand einen Vorwurf machen, wenn wir von heute auf morgen bestehende Vorräte, bestehende Ressourcen, die wir nutzen, von heute auf morgen wechseln. Aber Sie können mir nicht sagen, dass wir, wenn morgen wieder Bestellungen getätigt werden, oder übermorgen, und es wird beispielsweise Wein für Repräsentationszwecke eingekauft.

Ist es dann wirklich 100 Prozent Biowein? Wird dann wirklich darauf geachtet, wenn der Landtag das heute beschließt, dass wir im eigenen Wirkungsbereich die Chance haben das zu tun? Bitte. *(Landesrätin Verena Dunst: Uhudler ist zu 100 Prozent bio!)*

Ja, das stimmt, Frau Kollegin, da haben Sie Recht. Der Uhudler ist einer der wenigen Weine, der sicher ist. Aber Sie wissen selbst aus der Diskussion, wir werden kaum den gesamten Repräsentationsbedarf umstellen können auf Uhudler.

Erstens geht es aus vielerlei Gründen nicht und zweitens glaube ich nicht, dass man hier alle Geschmäcker trifft. Aber Tatsache ist, wenn ab morgen eine Bestellung hinausgeht, müsste das möglich sein. Ist es der Fall? Ist es nicht der Fall? Warum will man das nicht sofort umstellen? Ja, weil es de facto nicht um Glyphosat geht und es geht ja auch nicht um biologischen Landbau.

Worum geht es? Eines muss man schon sagen, der Kollege Doskozil hat wenigstens den Mut zu sagen, worum es ihm geht. Ihm geht es darum, anzupatzen!

Niki Berlakovich hat sich einer Wahl gestellt im Vorjahr und hat herausgeholt für den Bauernbund ein 24:8 - das ist der Mandatsstand des Bauernbundes gegenüber den SPÖ-Bauern. Weil dieser Erfolg eingefahren worden ist, hat man im Nachhinein gesagt, das Wahlsystem ist schuld.

Ein Erfolg der Volkspartei kann natürlich nicht darauf begründet sein, dass man kompetent, in vielen Bereichen der Landwirtschaft aufgestellt ist, und dass die Landwirte und Grundbesitzer das honoriert haben. Das darf nicht sein. Es muss das Wahlsystem schuld sein! Ich sage Ihnen eines, das ist in Wirklichkeit Klassenkampf pur und sonst nichts. *(Beifall bei der ÖVP)*

Diese unterschwelligen Drohungen und wer diesen Weg nicht mitgeht, der richtet sich ganz gezielt, werte Kolleginnen und Kollegen nicht an alle, die in der Biolandwirtschaft tätig sind, die richtet sich nicht an die Vertreiber von Glyphosat, dieser Vorwurf und diese Drohung richtet sich gegen den Burgenländischen Bauernbund! Eines kann ich Ihnen versprechen, die Burgenländische Volkspartei wird diesen Anschlag auf die Landwirtschaftskammer auch bei vielem Theaterdonner, den sie hier betreiben, bei biologischer Landwirtschaft und Glyphosat so nicht hinnehmen!

Wir stehen hinter der Burgenländischen Landwirtschaftskammer und allen ihren Funktionären und Mitarbeitern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Ich danke dem Herrn Klubobmann für seine Ausführungen und erteile als nächstem Redner Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ja, meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Dankeschön. Der Klubobmann Sagartz hat es ja richtig gesagt und diese Feststellung kann man schon treffen. Es wurde ein Antrag eingebracht, der, wo ist der Herr Kölly? Der ist jetzt nicht da!

Der inhaltlich genau gar nichts aussagt, so ein bissl da, ein bissl dort, ein bissl forcieren und nahezu 100 Prozent, dann hat man die Reden der einzelnen Parteien gehört, das war dann wieder ganz anders. Und am Ende hat dann der Herr Landesrat Doskozil das gesagt, um das es eigentlich geht, nämlich darum, Klassenkampf zu betreiben und zu spalten, auseinander zu dividieren, in Gut und Böse einzuteilen. Das ist einfach die Wahrheit und das ist die Erkenntnis dieser heutigen Debatte auch.

Man hat das ganz besonders auch gesehen bei der Wortmeldung vom Herrn Kollegen Sodl und dann auch vom Landesrat Doskozil, wo sie dann gar nicht mehr gewusst haben, welches Argument sie herausziehen sollen. Dann haben sie wieder

hingeschlagen auf die ÖVP, dass eine kroatische Firma bei einer Veranstaltung dort die Lichttechnik gemacht hat.

Ja, das stimmt! Unser burgenländischer Vertragspartner hat ein Subunternehmen beauftragt. Da ist es uns so gegangen, wie der FPÖ damals im Wahlkampf, als dann die Ungarn plakatiert haben oder wie der Landeshauptmann die polnischen Handtücher verschenkt hat. Aber ich muss ehrlich sagen, das kann natürlich passieren, aber man sollte dann nicht, wenn man im Glashaus sitzt, mit Steinen werden.

Jetzt zeige ich Ihnen heute mein letztes Taferl aus der Gemeinde Neutal. *(Der Abgeordnete zeigt ein Bild mit der Überschrift „Platz der Arbeit in Neutal!)* Da wird gerade gearbeitet, da gibt es einen Hans Nießl-Platz, *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* wie Sie vielleicht wissen, und gar nicht weit weg gibt es jetzt einen neuen Platz, der heißt Platz der Arbeit, in Neutal, und da wurde uns ein Foto geschickt von den Arbeiten. Seht Ihr das Kennzeichen? Ungarisches Kennzeichen, das ist nicht Kärnten - KTN – *(Abg. Géza Molnár: Das ist Kärnten!)* das ist ein ungarisches Kennzeichen.

Dann muss ich ehrlich sagen, dann finde ich das total unanständig, wenn Sie Herr Sodl und der Herr Doskozil sich da herstellen, uns da irgendwie beschuldigen wollen, obwohl wir einen burgenländischen Vertragspartner gehabt haben und dann wird in Neutal bezeichnenderweise am Platz der Arbeit von Ungarn gearbeitet.

Ehrlich gesagt, da wird sich jeder seinen Teil denken. Sie sollten sich überlegen, was Sie sagen, wen und wie Sie da anpatzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Was mir sehr leid tut, dass es weder mir noch anderen gelungen ist, uns heute zu einem Schulterschluss zu bringen, nämlich genau für die Landwirtschaft und nicht gegen die Landwirtschaft und auch nicht gegen die Landwirtschaftskammer. Aber tut mir leid, Sie haben nichts daraus gemacht. Ist halt einfach so, wir können es nicht ändern!

Ich möchte Ihnen nur zwei, drei Dinge sagen: Ja, Sie werden jeden Tag jetzt ein Taferl herzeigen können, ja, jeden Tag! Das ist ganz sicher, ich kann jeden Tag ein Taferl herzeigen! Ich fahre vom Südburgenland jeden Tag herauf, jeden Tag, bei jedem Grenzübergang oder in der Nähe, komme ich vorbei, wo ungarische Mitarbeiter, aber nicht spazieren fahren ins Burgenland, oder weil es bei uns so billig ist, oder weil sie bei uns Brot kaufen oder einen billigen Kaffee.

Weil sie bei uns arbeiten! *(Zwischenruf von der Galerie: Gott sei Dank!)* Gott sei Dank, danke - mehr brauche ich jetzt nicht sagen, Gott sei Dank! Aber wir sind ja nicht im Klassenkampf, ich bin ja ehrlich genug, dass ich sage: Ja, mir ist hundertmal lieber der inländische Mitarbeiter, aber ich kann auch den burgenländischen Unternehmern nicht vorschreiben, wenn sie keinen burgenländischen Arbeiter kriegen oder für den burgenländischen Arbeiter das Geld, das er dafür kriegt, zu wenig ist, dass er da keinen Burgenländer kriegt und kann jeden Tag mit dem Taferl in Eisenstadt aussteigen.

Ja, wo bringt uns das denn hin? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum werfen Sie uns das vor?)* Ob das der Erich Trummer ist oder wer anderer, diese Beispiele gibt es doch! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum werfen Sie uns das vor?)*

Soll ich jetzt herkommen mit dem Taferl und sagen, da wird ein größerer burgenländischer Landwirt mit viel Hektar, der hat auch einen ungarischen Mitarbeiter,

oder wie tun wir jetzt weiter? Genau das wollen die Menschen draußen ja nicht hören und das tu ich auch gar nicht. *(Abg. Walter Temmel: Ihr habt ja das geschrieben!)* Aber Sie sollten bitte als große Oppositionspartei einmal mit dabei sein und einmal sagen, in Ordnung ich will nicht zuschauen, wie jeden Tag eine Landwirtschaft zusperrt im Burgenland. Das war die ganze Geschichte von mir.

Aber es hilft eh nichts! Ich möchte Ihnen, bevor Sie mit dem nächsten Taferl kommen, ganz klar sagen, auch ich habe das sehr ernst genommen, wie Sie beispielsweise und Sie alle einen Antrag eingebracht haben, dass die Beteiligungen wirklich umstellen sollten. Ich habe eigentlich - ich denke, nicht einmal eine Woche - also ich sage einmal, ich habe keine Woche verbracht, wo ich nicht daran gedacht habe, weil es wichtig ist. Warum? Da sind wir wieder bei den Landwirten. Ich brauche das! Ich gehe wieder auf Ihr Argument ein, ich höre Ihnen ja zu!

Wenn Sie sagen, wir müssen so viel biologische Erzeugnisse verkaufen, aber ich kann Ihnen nicht mehr sagen als wie das, was die Landwirtschaftskammer bei mir abgegeben hat mittlerweile.

Ich kann Ihnen auch nur mein erarbeitetes Projekt - ich zeige deswegen hin - weil ich es da hergelegt habe – *(Die Frau Landesrätin zeigt eine Broschüre)* ich habe im Vorjahr mit Expertinnen und Experten, auch mit Landwirtschaftskammerexperten erarbeitet, wir müssen unsere Produkte im Inland verkaufen, auch im Burgenland. Da ist es so wichtig, dass die Beteiligungen und wir alle, auch der Konsument, und Sie genau so wie ich, ein schlechtes Gewissen haben, wenn wir dort nicht burgenländische Produkte zu einem fairen Preis, weil genau um das geht es, wenn ich keinen fairen Preis bekomme für mein Produkt, das ich erzeuge, dann werde ich natürlich irgendwann aufgeben. Wir haben schon Teilerfolge und ich bin auch nicht zufrieden!

Es hat heute fast zeitgleich wieder eine Besprechung stattgefunden, damit da wieder ein Stück weitergeht, aber nur dass Sie einen Zwischenstand haben. Weil nur diese internen Kreisläufe in der Landwirtschaft helfen uns, dass die Landwirte faire Preise kriegen.

Beispielsweise Kurbadbad Tatzmannsdorf ist unser Leitbild oder Leitbetrieb, wenn es um Regionalität geht. Ich lese Ihnen das nicht vor, ich mache Ihnen einen Vorschlag. Ich gebe es Ihnen dann einfach oder die Energie Burgenland, die 74 Prozent, weil die haben eine eigene Küche, 74 Prozent sind burgenländische Lebensmittel, oder, oder, oder!

Viel ist schon passiert, aber noch einmal - ich bin überhaupt nicht zufrieden! Aber dafür müssen wir ein Ziel haben, das haben wir auch formuliert. Das ist beim Antrag der vier Parteien auch mit dabei - das steht drinnen! Daher ist das das Gleiche, wie bei Ihnen drinnen steht und daher können Sie genauso mit unserem mitstimmen, weil Ihr Antrag da auch beinhaltet ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Leider nein!)*

Schauen wir, dass wir die Beteiligungen so rasch als möglich, aber nicht morgen, da werden Sie noch viele Taferl bringen können, so rasch als möglich umstellen, damit unsere burgenländischen Produzenten in unsere burgenländischen Betriebe liefern können.

Aber vergessen wir nicht - nehmen wir uns alle beim Wort, beim Einkaufen dann bitte auch schauen, wo das Produkt her ist! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Dankeschön. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Die Einleitung zum heutigen Tagesordnungspunkt zu dieser Dringlichen war schon bezeichnend, wenn man von gemeinsam redet und zwei überhaupt einmal gleich gar nicht gefragt werden, *(Abg. Ingrid Salamon: Ja natürlich, weil es einen Grund gehabt hat!* nämlich die ÖVP und der Kollege Steier. Es ist einmal das Wording so. Das waren die einleitenden Sätze und das kann man so auch nicht stehen lassen, *(Abg. Ingrid Salamon: Ja sicher, wer nicht will, der hat schon!)* weil wenn ich gemeinsam etwas verändern möchte, *(Zwischenruf der Abg. Ingrid Salamon)* dann muss ich auch mit allen reden und dementsprechend auch handeln und nicht eigentlich immer das Gegenteil tun, als man eigentlich sagt. *(Abg. Ingrid Salamon: Dazu stehe ich, was ich gesagt habe!)*

Weil heute gesprochen wird und der Deckmantel Bio-Wende genommen wird, um Umstrukturierungen und um Machtgelüste hier los zu werden, auch im Bereich der Landwirtschaftskammer, dann muss man auch klar sagen, wo ist diese Bio-Wende eingeleitet worden?

Diese Bio-Wende ist eingeleitet worden am SPÖ-Parteitag, wo über den Medien der Kammer ausgerichtet worden ist, dass 1,2 Millionen einfach abgezogen werden sollen, anders verwendet werden sollen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: So schaut es aus!)* in den Bio gehen sollen, und wo weiter, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: So schaut es aus!)* und nicht irgendwo verhandelt oder geredet wurde - so viel zum Gemeinsamen! *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau! – Beifall bei der ÖVP)*

Wenn die Bäuerinnen und Bauern immer angeprangert werden, dass da irgendwo Spritzmittel verwendet werden, die nicht verwendet werden dürfen und wo weiter, dann ist es auch klar zu sagen, dass erstens einmal die Dokumentationspflicht für jeden Landwirt herrscht. Ein jeder muss dokumentieren, was er verwendet und wie das Ganze bezeichnet wird.

Ich bin schon gespannt auf die Antwort, was der Herr Kollege Sagartz hoffentlich kriegen wird, was mit dem Spritzzug der NSB passiert und wie das Ganze bei den Gleisbauarbeiten vonstattengeht, weil diese Information ist ja insgesamt sehr wertvoll, was die Ersatzstoffe für das Glyphosat sind, wie wir in den Gemeinden, wie wir in der Landwirtschaft, in allen anderen Bereichen weiter damit umgehen sollen und auf diese Lösung werden wir auch warten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn davon gesprochen wird, dass die Landwirtschaftskammer die einzige Kammer ist, die eine Förderung bekommt, so ist es insofern einmal nicht richtig und eine Unwahrheit, die gesprochen wird, weil die Landwirtschaftskammer einen Auftrag des Landes hat. Das Land hat der Landwirtschaftskammer einen Teilbereich übertragen, den sie ausführen muss und dafür bekommt die Landwirtschaftskammer Geld überwiesen. Aber nicht als Förderung, weil sie irgendetwas für das Personal brauchen oder sonst irgendetwas.

Das ist der Punkt und da muss man sagen, da darf man nicht von Förderung sprechen, sondern das ist die Maßnahme, die das Land an die Kammer zahlt, damit die Beratungstätigkeit der Kammer für das Land erfolgen kann. Tatsache ist, dass die Kammer in vielen Bereichen auch tätig ist, nicht nur in der Beratung. Genau die kleinen Bäuerinnen und Bauern brauchen eigentlich die Kammer, der Große, der kann über den Notar, über den Rechtsanwalt seine Dinge erledigen. Aber der Kleine, der kann seine Anträge über die AMA und so weiter, wo der bürokratische Aufwand immer mehr geworden ist, in dieser Form nicht immer selbst bewerkstelligen. Darum ist es wichtig,

nicht nur eine starke Vertretung des Berufszweiges zu haben, sondern auch Fachleute, die damit auch in der Beratung wesentlich umgehen können.

Wenn heute der Vergleich geschlossen wird, alle sollen auf Bio umsteigen, ich bin absolut ein Befürworter von Bio, aber Frau Landesrätin, Sie sagen, 470 Euro für die Tonne und im kommerziellen Bereich 170, dann muss man aber auch klar dazusagen, dass die Tonnagen, die geerntet werden, auch andere sind.

Dass ich im Biobereich weit weniger Ertrag habe, wie im konventionellen Bereich. Und dass eigentlich ja der Handel sehr viel wegnimmt und das nicht gerechtfertigt ist, ob das bei den Weintraubenpreisen ist oder in jedem anderen Bereich. Ja, da gehört natürlich auch etwas gemacht.

Aber ich kann nicht jeden Bauern damit strafen, nur weil der Handel einfach zu mächtig geworden ist. Und auf der anderen Seite kann ich diese Aussage so nicht gelten lassen, dass Bio eigentlich nur so gut ist, weil der 417 Euro auf die Tonne bekommt und der Kommerzielle nur 170. Aber wenn ich nur die Hälfte oder weniger ernte, dann ist das halt auch eine eigene Geschichte.

Zu den Kosten, die heute angeprangert sind, mit diesen 60 Euro Beratungskosten und so weiter, wie diese Verrechnung auch immer stattfinden wird, soviel auch zum Land. Wenn man heute eine Bauverhandlung hat in einem Bereich und man braucht einen Sachverständigen, dann schickt das Land einen Sachverständigen aus, nach Halbturn aus Kroatisch Minihof!

Ich habe eine Rechnung dann bekommen über 750 Euro, weil die Fahrtspesen so groß sind. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn wir schon von diesen Geldern reden, von den Ressourcen, wie man damit umgeht, dass ich nachher aus Kroatisch Minihof *(Abg. Manfred Kölly: Das ist übrigens ein Biobauer!)* Einen in Halbturn brauche im Bezirk Neusiedl/See, dass es im Bezirk und in Eisenstadt oder in Mattersburg keinen Einzigen gibt.

Da muss man eigentlich hinterfragen, wenn der eigentlich angefordert wird und solche Verhandlungen macht und nicht immer anprangert, wo Leistungen für das Land erbracht werden, wie das Ganze vonstattengeht.

Dann muss man weiters auch hinzufügen, dass die 25 Prozent, die Sie angeprangert haben oder gesagt haben, dass das die große Leistung des Landes ist, die an die Hagelversicherung gezahlt wird, das war vormals der Katastrophenschutz, das Kind hat nur einen anderen Namen bekommen, das hat sich ja nicht verändert in der Zahlung. Sondern es heißt nur, über die Hagelversicherung, vorher war es halt der Katastrophenschutz und über die Abrechnungen, wie wir sie gehabt haben im Katastrophenfall, wo ein jeder dringend auf das Geld gewartet hat, der Betroffene, ist nichts passiert.

Eine andere Berechnungsmethode wie alle anderen Österreicher haben wir gehabt und so schaut nachher die Arbeit auch im Land aus, wie man mit den Bäuerinnen und Bauern umgeht in diesem Bereich. Und bei Bio, wie Sie sagen, da steigt keiner aus und da hört keine auf, sondern nur im kommerziellen Bereich. Dann darf ich abschließend auch eine Bemerkung dazu machen, dass es nicht so ist, weil wenn du im Bio einmal aufhörst, du alles zurückzahlen musst. Danke! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter! Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Ich ersuche um Ruhe. Wir befinden uns im Abstimmungsvorgang. Herzlichen Dank!

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einleitung einer umfassenden „Bio-Wende“ in der burgenländischen Landwirtschaft abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend einer umfassenden „Bio-Wende“ in der burgenländischen Landwirtschaft ist somit mehrheitlich angenommen.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger Zahl 21 – 1059, Beilage 1491, und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten, Klubobmann: Mag. Christian Sagartz, BA das Wort zur Begründung des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Dringlichkeit ist heute relativ einfach zu begründen, denn es geht darum, dass heute schon vor dem Landhaus eine Protestaktion stattgefunden hat. Genau deshalb kann man sehen, dass sich viele Menschen, die in der Sozialversicherung tätig sind, Sorgen machen. Aber die auch die Verantwortung im Bereich der Sozialversicherung tragen.

Der heutige Protest ist legitim. Jeder darf anderer Meinung sein. Aber, erlauben Sie mir, in der Demokratie entscheiden Mehrheiten und es hat bei der letzten Nationalratswahl eine Entscheidung gegeben. Zwei Parteien haben sich zusammengetan, um in Österreich eine Veränderung herbeizuführen. Sie haben im Wahlprogramm geschrieben, dass sie die Sozialversicherungen reformieren möchten.

Auch andere Vorgängerregierungen haben von diesem Vorhaben gesprochen, haben dieses Vorhaben angepeilt, umgesetzt wurde es aber nie. Wenn man in die Geschichtsbücher blickt, dann ist es ein wenig überraschend, denn bereits im Jahr 1964, also über 50 Jahre, gab es die ersten Empfehlungen von der WHO, unser Gesundheitssystem zu reformieren und insbesondere bei der Beitragsaufbringung etwas zu ändern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

50 Jahre später wird nun im heurigen Herbst eine Beschlussfassung folgen, wo 21 Sozialversicherungsträger auf fünf zusammengelegt werden.

Dass es eine Schieflage im System gibt, und dass diese immer größer wird, kann man erkennen, wenn man die Themen unserer letzten Landtagssitzungen verfolgt. Da ist die Rede von langen Wartezeiten auf Untersuchungen. Da geht es darum, dass es immer mehr Privatärzte gibt. Da reden wir von überfüllten Ambulanzen und da reden wir davon, dass es uns immer schwieriger gelingt, Hausärzte aufs Land zu bringen.

Wer also davon spricht, dass unser Gesundheitssystem und auch das System der Sozialversicherung so bleiben soll, wie es ist, der möchte all diese Zustände verlängern. Ich kann mir nicht vorstellen, dass einer von uns hier auf der Regierungsbank oder im Landtagssitzungssaal der Auffassung ist, dass ein derartiges System ohne Reformen weiter aufrecht bleiben kann. Kein Krankenhaus, keine Arztpraxis wird geschlossen. Wenn Sie sich erinnern sobald dieses Vorhaben angedacht wurde, ein Ministerratsvortrag gekommen ist, gab es sofort wilde Aussendungen, Krankenhäuser wurden beim Namen genannt, die geschlossen werden. Kündigungswellen wurden prophezeit und Ärzte hätten keinerlei Möglichkeit, weiterhin für ihre Patienten zur Verfügung zu stehen. All das ist Propaganda. Das war Panikmache, das hat nichts mit Protest zu tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist Verunsicherung und das ist mit aller Gewalt gegen etwas anzulaufen, was einfach nicht mehr zeitgemäß ist. Die Regierung hat es sich zum Ziel gesetzt, dieses System und die Strukturen im Land zu vereinfachen. Ein großes Projekt ist eben die Reform der Sozialversicherungen. Wenn wir heute davon reden, dass die Zusammenlegung von 21 auf 5 Träger kommt, dann geht es darum, seitens des Burgenländischen Landtages ein deutliches Zeichen zu senden, dass wir diese Reformen, diese Veränderungen unterstützen wollen.

Genau das ist der Grund, warum wir einen Dringlichkeitsantrag heute eingebracht haben, weil wir glauben, dass es ein deutliches Signal an die Wiener Bundesregierung braucht, dass wir als Abgeordnete für eine Veränderung in diesem System stehen, nämlich, zu Gunsten aller Betroffenen und insbesondere der Patienten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Natürlich ist der Eine oder Andere der in diesem System derzeit arbeitet, vielleicht seit Jahrzehnten darin verbunden ist, natürlich „verschnupft“, wenn man von heute auf morgen erfährt, dass es Veränderungen gibt. Ich verstehe diese Betroffenheit, ich verstehe diese Kritik von jenen, die es sich in einem System vielleicht gemütlich gemacht haben, dass nur mehr wenige und ganz wenige durchschauen konnten.

Wenn man heute davon spricht, dass 2.000 Funktionäre im Bereich der Sozialversicherungen tätig sind und dass es dann zu einer Reduktion dieser 2.000 Funktionäre kommt, dann kann niemand davon reden, dass es zu einer Veränderung der Selbstverwaltung kommt. Ja im Gegenteil. Tatsache ist, dass bei der Selbstverwaltung es ja zu einer Veränderung kommt, dass hier beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, im gleichen Maße berechtigt sind, am System Veränderungen herbeizuführen, Mehrheiten in diesem Gremium, in dem Fall eben im Rotationsmechanismus, auch passieren, weil es unterschiedliche Vorsitzende gibt, wenn jetzt die neue Struktur der Sozialversicherung kommt.

Dann gibt es aber trotzdem Menschen, die bereits jetzt auf die Straße gehen und sagen, da ändern sich Dinge, *(Abg. Walter Temmel: Landwirtschaftskammer!)* da werden Dinge prophezeit, wo ich Ihnen ganz sicher sagen kann, dass kann und wird so nicht kommen.

Wenn, zum Beispiel, Wolfgang Katzian in der Pressestunde am 16. September sagt, und ich zitiere: Den Krankstand wird es in Zukunft nicht mehr geben. Wer einen Gips

am Fuß hat wird trotzdem ins Büro gehen müssen. Der Arbeitnehmer muss dem Unternehmer den Befund vorlegen. Es wird eine Jagd auf Kranke geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In welchen Betrieben glauben Sie spielt sich so etwas ab? Gibt es einen derartigen Betrieb? Dann sage ich noch einmal, nennen Sie diesen Betrieb beim Namen, dann werden wir gemeinsam gegen solche Machenschaften vorgehen. Aber, Sie können diesen Betrieb nicht nennen, denn es geht um Propaganda. Wolfgang Katzian ist es nicht darum gegangen, dass die Patienten wie bisher behandelt werden. Katzian ist es nicht darum gegangen, dass eine Strukturreform eingeleitet wird.

Er wollte am Ende des Tages schlichtweg mit einer klaren Überschreitung sprachliche Gewalt der Sprache zeigen. Hier wird es Menschen schlechter gehen, weil eine Regierung Reformen setzt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, da endet für mich das Recht auf Protest. Das ist klare Propaganda. Nirgends, in keinem System, wird vorkommen, dass ein Patient, sich aufgrund einer Reform und Zusammenlegung der Sozialversicherungen vor einer Leistungskürzung fürchten muss. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Gegenteil, denn gerade das ist ja der Grund, warum man jetzt versucht, eine wenig die Schrauben zu drehen. Alle wissen das Leistungen teurer werden. Wir alle wissen, dass wir älter werden und dass damit einfach, das Stichwort Pflege war in den letzten Landtagssitzungen sehr oft ein Thema. Tatsache ist, dass hier Ressourcen frei gemacht werden müssen. Wir müssen versuchen einzusparen.

Jetzt möchten da viele mit vielen intensiven Rechenbeispielen daran arbeiten, um zu sagen, das ist ja gar keine Milliarde Euro, die hier eingespart wird. Noch ist keiner von uns Hellseher. Ich weiß nicht, ob am Ende des Tages durch eine Reform der Sozialversicherungen 1,2 Milliarden Euro Einsparungspotential gehoben werden können oder vielleicht nur 950 Millionen Euro.

Tatsache ist, dass diese Diskussion müßig ist, denn es geht um die Frage der Zusammenlegung und es kann mir niemand erklären, dass es unser erklärter Wille ist, dass wir 21 Mal dieselben Leistungen verwaltet haben wollen. Denn, eines war klar, das ist ja bereits jetzt passiert.

Die Harmonisierungen der Leistungen bei der Sozialversicherung, die sind ja ohnedies gekommen. Da haben sich ja bereits jetzt insbesondere auch die Gebietskrankenkassen der neun Bundesländer auf einiges vorab geeinigt. Also darum kann es ja nicht gehen. Also geht es um die Verwaltung. Es geht um Macht und Pfründe.

Da sage ich Ihnen ganz offen, wenn es statt 2.000 Funktionären dann 500 Funktionäre gibt. Wenn es statt 90 Gremien dann nur mehr 50 gibt. Aber wir ganz sicher sagen können in diesen Gremien eine paritätische Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sitzt, dass hier der Vorsitz sogar in diesen Gremien rotierend ist, dann wissen wir, dass es einfach eine neue Art der Selbstverwaltung geben wird. Also, kein Anschlag auf die Selbstverwaltung, eine klassische Form der Weiterentwicklung.

Genau das gilt es heute nach Wien zu tragen. Genau diese Botschaft, dass wir hier als Abgeordnete zusammenhalten und klar sagen, wir möchten eine Reform zugunsten der Patienten im Sozialversicherungsbereich. Dafür gibt es heute einen Dringlichen Antrag seitens der ÖVP-Fraktion. *(Beifall bei der ÖVP*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann! Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Kollege Sagartz! Ohne Sie in irgendeiner Form zu beleidigen, aber wenn jetzt jemand von der Seite, die vorher gegen die Landwirtschaftskammer aufgetreten ist, Ihre Wortmeldung auf die Zusammenlegung der Systeme in der Krankenversicherung, Sozialversicherung gehört hat, dann wird er Ihnen Doppelzüngigkeit vorwerfen.

Das ist nämlich das gleiche. Was nämlich vorher dort passiert ist, passiert jetzt auf Ihrer Seite. Sie loben Ihre Darstellungen über den grünen Klee und auf der anderen Seite natürlich ist dort die Kritik angebracht wie hier. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wird niemand, und ich sage es noch einmal, es wird niemand und es haben alle kritischen Geister die Sie jetzt mit der Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger befasst haben, ich rede jetzt gar noch nicht von den Verfassungsjuristen, die wie Sie wissen ganz genau, das Thema sehr kritisch sehen. Außer denen, die jetzt quasi von Regierungsseite beauftragt wurden. Aber, das ist typisch für eine Materie, wo ich Ihnen recht gebe, dass langatmig das Bemühen vorgeherrscht hat, eine Veränderung herbeizuführen. Dies ist immer wieder an den Sozialpartnern gescheitert.

Das heißt, die Sozialpartner, sprich der Foglar, namentlich jetzt die letzten, der Foglar und der Leitl haben gesagt, nein, das machen wir nicht. Der Leitl war genauso derjenige, der es im Endeffekt, im Kompromiss hat er auch gesagt das machen wir nicht.

Er hat sich nicht durchgesetzt. Herr Steiner, wenn es so der Fall sein soll, dann ist es mir auch recht. In Wirklichkeit aber, und das ist die hauptkritische Situation, die man im Zusammenlegen sehen muss, die Sie jetzt ganz anders geschildert haben.

Ich glaube nicht, dass es im Zusammenhang mit dieser Zusammenlegung auch zu einer Harmonisierung der Leistungen für den Patienten kommen wird. Diese Harmonisierung, die wäre angebracht, die wäre in der Forderung gerechtfertigt. Aber das spielt es ja nicht. Dass, was jetzt harmonisiert wird, ist die Unternehmerseite. Die bekommt auch mit 01.01.2019 nicht die ursprünglich gesetzten Kürzungen ihrer Abgaben von 1,3 auf 0,8 Prozent.

Weil ursprünglich war ja die 0,5 prozentige Kürzung angesetzt. Jetzt gibt es nur eine 0,1 prozentige Kürzung mit dem Anspruch der Evaluierung. Falls die entsprechenden Schritte eintreten sollten, hat die Frau Bundesministerin und speziell ihr Klubobmann von den Türkisen im Parlament gesagt, dann wird es sukzessive nachgeholt und wird die Wirtschaft weiter entlastet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist und ich glaube wir sind in der Ansicht auf dieser Materie recht unterschiedlich im Zugang. Tatsache ist, dass die AUVA schon langatmig von der Wirtschaft subventioniert, von der Wirtschaft gefordert, entlastet werden soll. Nicht jetzt die AUVA, sondern die Wirtschaft. Diese Forderung ist ja auch zu dokumentieren. Sie haben ja nicht, in gewisser Weise hat die Wirtschaftskammer in deren Vertretung dort nicht Unrecht.

Tatsache ist, und das ist ja aufgelistet in den verschiedensten Darstellungen, dass die AUVA an die Krankenkassen heuer, zum Beispiel, 208 Millionen Euro entrichten wird.

Letztmalig wahrscheinlich. Die realen Kosten liegen nach AUVA Schätzung aber bei nur 52 Millionen Euro. Folglich würde man um 156 Millionen Euro überzahlen.

Zum Verständnis und zur Klarstellung, die AUVA ist die Unfallkrankenanstalt und die müsste eigentlich jeden Unfall als solches behandeln. Nachdem der auch in den Landesspitälern und anderswo behandelt wird, gibt es eine Ausgleichszahlung. Nur, die ist nie auf Leistung bezogen geboten worden, sondern da hat man sich im Sinne der Sozialpartner arrangiert. Die AUVA hat immer einen höheren Betrag entrichtet, als sie wirklich musste.

Da hat der Foglar, und da komm ich noch einmal auf das zurück, argumentiert und der Leitl ist eingeknickt. Wenn es so sein soll, wie es der Kollege Steiner schildert, weil da hat nämlich der Foglar argumentiert, na es ist ja nicht nur auf Unfälle bezogen, die jetzt Brüche hervorrufen und in irgendeiner Form den Geschädigten so malträtieren, sondern es geht ja auch darum, dass es gewisse Burnouts gibt und anderes, dass quasi auch in der Zahlung sein soll.

Das heißt, es war schon langatmig auf die Finanzierungsseite sprich auf die Wirtschaft hin, eine kritische Auseinandersetzung bezogen auf die AUVA, nämlich, man wollte nicht mehr quersubventionieren. Jetzt soll mir einmal einer sagen, wie das auf sich gesehen sich quasi relativieren kann, wie sich das ausgleichen kann, wenn auf der einen Seite hier den Landeskrankenkassen der Betrag von 156 Millionen Euro fehlt?

Da soll mir einer erklären, dass er das im System einsparen wird und dann quasi den Patienten zugutekommen soll. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn das funktioniert, na dann könnte man in verschiedenster Hinsicht manches ohne Diskussionen erlauben, weil das wäre quasi das weiße vom Ei. Da hätten wir überhaupt die Formel gefunden, wie sich vieles bereinigen ließe, bräuchte keiner der Verantwortlichen in der Landesregierung auf ihr Ressort bezogen, nachdenken, wo er mehr Geld auftreibt, weil dann machen wir alles in der systemrelevanten Situation. Aber das ist ja der Trugschluss, wo sie von Diskussionen, oder von Protesten gesprochen haben.

Ist der Trugschluss, dass sich der Arbeitnehmer und in seiner Vertretung die Gewerkschaft nicht wehren werden. Es ist ja eigentlich, ich habe es Ihnen schon bei der Landwirtschaftskammer gesagt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Legitim habe ich gesagt.)*

Ja, bis zu einem gewissen Punkt haben Sie gesprochen. Bei der Landwirtschaftskammer ist die Legitimität der Angelegenheit solange in Ordnung, so lange es quasi nur gegen sie geht. Wenn es dann auf die anderen geht, dann wird es wieder auf der anderen Seite die anderen betreffen und dann werden wir wieder diskutieren.

Ich habe es benannt. Es soll jetzt dahin gestellt sein. Bei diesen Sozialversicherungsträgern ist jedem bewusst, und ich habe es eingangs schon erwähnt, dass es Veränderung geben soll. Die Frage ist nur, wie kann ich Veränderung herbeiführen? Ich kenne diesen Staat Österreich, der sich im Verhältnis auf die letzten 70 Jahre wie organisiert hat? Über die Sozialpartnerschaft und dort ist vieles ausgeschnapst worden, was im Grunde genommen den Staat nicht geschädigt hat.

Jetzt kann man schon sagen, im 21. Jahrhundert ist es nicht mehr zeitgemäß, aber ich hätte diese Reform nicht so umgesetzt wie sie sie jetzt Türkis und Blau gemacht hat, weil da nämlich eines im Vordergrund steht und denen ist es nicht übel zu nehmen.

Diejenigen, die als Funktionäre, ihre Funktionäre dorthin gesandt haben und in diese einzelnen Gremien entsendet haben, diejenigen sind natürlich frustriert. Ist ja auch logisch. Ja. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt sei es dahin gestellt, dass die wenigsten Verwaltungsgebühren quasi auf die Funktionäre fließen, dass das Wenigste dort irgendwo an die Verwaltung selbst geht.

Weil das ist ja ein Anteil, der ja auch mit Studien belegt ist, wo sich dann auch andere Studien nachweisen, dass das nicht der Fall ist. Wenn dem so wäre, dann ist der Ertrag, den sie quasi über die Reform bewirken wollen, ein viel geringerer und bei Gott nicht die angesprochene Milliarde Euro bis 2023.

Wenn das der Fall ist, dass der viel kleiner ist, dann frage ich mich, wo im System dann wirklich etwas auftauchen wird? In der Angelegenheit auf die einzelnen Gebietskrankenkassen, oder andere Träger wird eines in den Vordergrund gerückt.

Na, die werden dann schon wieder dann ausgeglichen bekommen, was ihnen quasi fehlt. Das Burgenland ist ein Sonderbeispiel - gerade in der Landesgebietskrankenkassensituation. Wir haben vielmehr Pensionisten, als Aktive, die auspendeln und anderswo gemeldet sind und aus diesem Widerspruch heraus wird eine Lösung nicht so einfach stattfinden.

Aber, das ist das eine Kapitel. Ich möchte nur eines dazusagen, Herr Kollege Sagartz. Ich glaube, dass die Lösung im System immer nett vergraben ist. Auf diese spekulieren nicht sie persönlich, sondern diejenigen, die die Reform umgesetzt haben. Sie wissen wahrscheinlich auch, so, wie ich es ihnen jetzt gleich sagen werde, dass bei der AUVA wie viele Millionen Euro als Rücklagen lagern? 455 Millionen Euro bunkert die AUVA, um quasi ihre Leistung auch bedienen zu können beziehungsweise auch Vorsorgen zu treffen.

Der Kollege Kölly hat immer gejammert, was der Umweltdienst und der Müllverband für Rücklagen haben. Ja, die Frage ist, was hat jetzt der Landesrat Doskozil auf die Landwirtschaftskammer aufgezählt hat, dass die Rücklagen im Sinne von Vorsorge und Pensionen betrifft.

Also, wenn es so, wie er das ausgedrückt hat, eine reine Pflichtversicherung im Sinne der Pflichtmitgliedschaft bei einem Versicherungsträger anlangt, dann wird es keine überzeichneten Pensionen geben. Dann muss es Sonderverträge geben und diese Sonderverträge werden aber dann bei den Pensionen mit Sicherheit ausgelagert irgendwelche Pensionskassenlösungen haben.

Da wird es jährlich einen Fixbetrag geben. Ich glaube nicht, dass in der Kammer für den einzelnen eine Vorsorge im Sinne einer Rücklage gebildet wird. *(Abg. Manfred Kölly: Genau! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Beispiel der Sozialversicherungsträger für die Zusammenlegung ist ja etwas, das durchaus gewisse Aspekte birgt, die man sich mit der politischen Situation auseinandergesetzt hat, zu erwarten hatte.

Das ist dann so radikal passiert, das hätte ich persönlich nicht erwartet, aber es sei dahin gestellt, der Landesrat Darabos wird ja dann verweisen, was die Schwierigkeiten in einzelnen Bereichen sind, die dann in der Ausführung auf diese Zusammenlegung insbesondere zum Tragen kommen.

Sie haben mit der Frau Hartinger-Klein ja unlängst ein Gespräch gehabt, dass durchaus, glaube ich, zielführend war. Weil der Kaiser in Kärnten hat keine Konsultation

bekommen. Sie haben ein direktes Gespräch gehabt, also ich denke da ist durchaus die Koalition im Burgenland sehr förderlich, dass solche Gespräche zustande kommen. *(Abg. Manfred Kölly: Ein Vier-Augen-Gespräch!)* Aber, eines auf die Frau Gesundheitsministerin, oder Sozialministerin, was immer sie ist, ist jetzt gemünzt und auf die FPÖ insgesamt auf diese Zusammenlegung auf diese Reform.

Ich weiß nicht, ob sie unlängst diese Darstellung in den Medien verfolgt haben. Aber ein wichtiger Aspekt, der nicht untergehen sollte, der nur da quasi das Gesamtbild beleuchten soll, ist in der Bezeichnung ein ganz sperriger Titel.

Nämlich, auf Privatspitäler bezogen und da heißt es, dass dieser PRIKRAF, das ist ein Fonds, der vom Land bedient wird und diese Privatspitäler haben bisher im Sinne der Erleihung, der Bezahlung von Leistungen, die gleich sind wie in öffentlichen Spitälern, die Genehmigung einholen müssen, dass sie aus dem Topf passieren konnten von Sozialversicherungsträger und der Wirtschaftskammer passieren konnten.

Die Freiheitlichen haben einen besonderen Freund, der in Wien Währing ein besonderes Spital erworben hat und das nicht so besonders geht und der sich schon langatmig „Grubmüller“ ist der Name, zwei Brüder sind es. Auf jeden Fall ist dort schon langatmig etwas im Gespräch, sie wollen Finanzierungsleistungen aus diesem PRIKRAF haben, der eine ist Rechtsanwalt und der andere ist der, dieser Einrichtung.

Auf jeden Fall sie haben eine sehr besondere Bedeutung auch innerhalb der Partei nur Ihnen nahe gebracht. Tatsache ist, dass diese Spitäler es bisher nicht geschafft, oder speziell sein Spital es nicht geschafft hat in diese Novelle eingebunden zu sein. Er hat sogar beim Verfassungsgerichtshof geklagt und auch andere Wege beschritten, aber es ist ihm verwehrt worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Er hatte keinen Anspruch. Wissen Sie jetzt dieses Entscheidende und da frage ich mich immer, die FPÖ ist ja immer so eine wirklich tolle Performancegeschichte, sie macht ja quasi nichts aus Eigennutz. Sie stellt keine Personen in die Regierung ein, auch nicht in die ausgelagerten Gesellschaften. Das passiert halt, das ist immer ein Zufallstreffer und bei diesem PRIKRAF, im Sinne, damit er auch daran speisen kann und das er sein Spital im Sinne von Privatspital nutzen kann ist jetzt Folgendes passiert.

In der Reform, in diesem Paket, in der Gesetzestextstelle, Herr Kollege Petschnig, wissen Sie wer da in den Privatspitälerreihen als einziges Institut direkt angeführt wird, dass er auch zukünftig am PRIKRAF quasi teilhaben kann im Sinne der Förderung von staatlicher Seite, aber ein Privatspital.

Ein einziges Institut hat es namentlich geschafft, das von der Währinger Straße, das von Herrn Grubmüller. Ich finde, das ist ja wirklich ein Zufall. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Diese Barmherzigkeitspartei, nutzt wirklich den Anspruch, nein, für alle anderen nicht, aber für den machen wir das.

Jetzt hat sich sogar ihr Parteichef zu einer Pressekonferenz mit dem Herrn hinreißen lassen und hat das System vor dem Eintritt in die Regierung hat er absolut verteufelt. Jetzt ist er natürlich bereit, sich nicht nur so wie es die Türkisen für die Wirtschaftseinheiten jetzt umbesetzt haben, sich einzusetzen und denen Reduktionen zukommen zu lassen, sondern sie machen es in privater Spitalsgeschichte auf die Einrichtungen.

Ich finde das ja durchaus legitim, aber dass das in einer allgemeinen öffentlichen und vom Gesetzgeber her ausgedachten Form Einfluss findet und direkt mit der Namensnennung Niederschlag findet, das finde ich einigermaßen befremdlich und das werden Sie mir auch nicht irgendwo vom Tisch weisen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fürchte, das ist jetzt ein persönlicher Zugang, aber den können Sie bereinigen. Ich fürchte, dass diese Sozialversicherungsreform ein erster Schritt ist, es sind mit dem verknüpft und verbunden einzelne Bereiche, die so nicht aufgehen werden.

Ich bin durchaus bereit, manches einzugestehen, das notwendig war in der sogenannten Reformbewegung. Es ist aber eines passiert und jetzt wird es mit Sicherheit ein paar geben, die sich sofort aufrührerisch dagegen stemmen werden.

Dass die Beamtenversicherung mit den Eisenbahnern zusammengelegt worden ist, bedeutet für die anderen keine Systemisierung und Gleichstellung, sondern das bedeutet, dass wir die großen Unterschiede noch immer in den Leistungsbereichen haben werden.

Also, man hat sich durchaus in gewisser Weise manches gerichtet und dass das dann der Ausgleich stattfinden wird, für die diejenigen, die nicht die Gelder haben, die nicht die Potenziale haben, das glaube ich weniger. Ich glaube nicht, dass wir auf Zukunft gesehen mit dieser Sozialversicherungsreform das Weiße vom Ei gefunden haben, aber es ist ja jetzt und das finde ich durchaus legitim. Es ist etwas passiert, das angekündigt war und das sollte nicht überraschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Punkt noch zum Abschluss. Mich würde es auch nicht überraschen, weil die Vorzeichen und die einzelnen Bestrebungen schon in diese Richtung gehen, dass der nächste Ansatz und der nächste Umsetzungsfaktor nicht die Mindestsicherung in Auflösung, die Notstandssicherung Auflösung auf die Mindestsicherung sein wird.

Das wird sowieso kommen. Da ist nur momentan der Zeithorizont erstreckt worden, aber was mich am meisten irritiert ist, dass mit Sicherheit, und ich habe heute schon davon gesprochen, über dieses thingthanks, die geistigen Ergüsse einzelner Organisationen speziell von der Industriellenvereinigung immer stärker der Nachdruck darauf gelegt wird, wir müssen am Pensionssystem in Österreich etwas drehen.

Ich traue Ihnen durchaus zu, dass das etwas sein wird, dass im Nachklang der Sozialversicherungsreform kommen wird, weil es im Endeffekt eine Zielsetzung ist, die genauso ansteht.

Eines wird sollte Ihnen aber im Vorfeld und das schreibe ich Ihnen heute schon ins Gedächtnis. Sie sollten eines zuwege bringen, nämlich, das gesetzliche Pensionsalter erreichbar machen und nicht wieder um irgendwelche Alterssituationen das gesetzliche Anspruchsalter erhöhen.

Solange wir bei einem 60+ Bereich ganz kurzfristig im Sinne des Pensionsantrittsalters sind und gleichzeitig auf der anderen Seite 65 das gesetzliche Antrittsalter ist, solange brauchen wir über Reformen in diesem Bereich nicht reden, auch wenn die sogenannten besonderen Nachdenker uns immer wieder suggerieren und das ist sehr von den Türkisen, den Blauen, der Industriellenvereinigung und der Agenda Austria geschickt eingesetzt und auf der anderen Seite dann die anderen Einrichtungen, dann geht es in Bereiche, wo die Mehrheit der Bevölkerung die Arbeitnehmerinnen, nicht nur von ihnen enttäuscht sind als Blauen, sondern die Arbeitnehmerinnen durchaus berechtigt Kritik üben an Zuständen, dass Sie nämlich den gesamten Topf ausbaden müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass Sie die gesamte Schuld auf sich nehmen müssen und auf der anderen Seite die Wirtschaft entlastet werden. Wenn das die einzige Zielsetzung der Sozialversicherungsreform ist, dann gute Nacht.

Ich glaube, es hat jeder Arbeitnehmer verdient, dass er nicht nur gesetzlich die Vertretung in einem bestimmten Bereich für sich beanspruchen kann und das mit dem Rotationsprinzip in den einzelnen Einrichtungen ist ja auch nur so dahin gesprochen. Was wird einer ausrichten wenn einer ein halbes Jahr dort den Vorsitz führt. Der kann überhaupt nichts. Der kommt dort hin und wird zwei Sitzungen leiten möglicher Weise und dann tschüss.

Dann kommt der Nächste dran. Ich erinnere aber an eines, Herr Kollege Sagartz, wir haben gemeinsam das Jagdgesetz der anderen beim Verfassungsgerichtshof bekämpft und eine Erkenntnis der Begutachtung des Verfassungsgerichtshofes waren, dass es im Sinne der gesetzlichen Überprüfung möglich ist, dass das Land in den Verein gewisse Personen entsendet, die quasi nicht beschlussfähig sind, sondern quasi kontrollieren beziehungsweise dabei sind. Wenn jetzt die ganze Situation bei der Reform der Sozialversicherungsträger zwei Kapitel enthält, die ganz neu sind, dann frage ich mich, nicht vom Rotationsprinzip, der Kollege Petschnig wird es kennen, das eine ist der Finanzminister überprüft und spricht mit bei der sogenannten einzelnen Darstellungen im Sinne der Beschlüsse der Sozialversicherungseinheiten und gleichzeitig spricht auch die sogenannte Sozialversicherungsministerin über das mit.

Beide Ressorts entsenden nicht nur in den einzelnen Gremien ihre Personen; sondern sie sind quasi Vorlageempfänger der Beschlüsse die die einzelnen Gruppen treffen und sie müssen die Zustimmung geben, dass das quasi dann Gültigkeit erlangt.

Ich wünsche Ihnen, und das bin ich überzeugt davon, dass das vor dem Verfassungsgerichtshof landen wird, ich wünsche Ihnen, dass es nicht hält, was Sie jetzt beschließen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So dringlich muss das gar nicht sein, ich verstehe das gar nicht. Da ist niemand da, ich verstehe das wirklich nicht, dass der Hohe Landtag zu diesem Thema eigentlich nicht die Ohren spitzt und einiges macht.

Aber ich bin recht dankbar der ÖVP, dass sie das heute als Dringlichkeitsantrag aufs Tablett gebracht hat. Warum bin ich so dankbar? Weil ich seit 2000 in diesem Hohen Haus sitzen darf, beziehungsweise mitarbeiten darf für die Bevölkerung in diesem Land.

Damals als ich noch FPÖ-Mitglied war, noch immer meine Richtung in dieser Art und Weise offen ist, muss ich eines sagen. Es wurde klar, *(Zwischenruf des Abg. Mag. Christian Sagartz, BA.)* Herr Kollege Sagartz, genau jetzt komme ich auf den Punkt hin wo ich sage; ja zu Reformen. Sie bringen heute einen Dringlichkeitsantrag ein und davor, das hat der Gerhard Steier schon gesagt, haben Sie bei der Landwirtschaftskammer eigentlich alles verweigert, was es überhaupt nur gibt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt ja gar nicht.)*

Na selbstverständlich. Ihr habt ja dagegen gestimmt, oder was heißt das? Ist das nicht Verweigerung, wenn ich dagegen stimme? Oder ist das eine Zustimmung, dass ich signalisiere, das gefällt mir, da bin ich mit dabei. Nur weil Ihr einen Abänderungsantrag, so einen Wischi-Waschi-Antrag eingebracht habt. Ihr hättet Euch ja anhängen können. Dann könnt Ihr sagen, ja dort steht, dass man die Kindergärten und das gleiche dementsprechend mitträgt. Ist ja kein Problem.

Aber das hat ja der Kollege Steiner eingebracht dieses Mal und den anderen Antrag hat der Herr Kollege Sagartz eingebracht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Stimmt nicht, ich habe beide eingebracht.)*

Wenn ich denke, es gibt ja einen Herrn Bundeskanzler Kurz, der was ja, jetzt sage ich einmal 25 Tage im Ausland ist und fünf Tage in Österreich verweilt, aber Gott sei Dank der Herr Vizekanzler Strache alles in der Hand hat und das hervorragend macht. Der legt das alles auf den Tisch und lässt die Meute einmal darüberfallen über die ganze Geschichte und sagt, das haben wir vor.

Alle stürzen sich darüber und sagen eine Katastrophe, ist ja ein Wahnsinn. Dann sagen sie, na ja, wir haben es ohnehin nicht ganz so gemeint. Schauen wir uns das an, lassen Eure Meinungen einfließen in unsere ganze Geschichte und dann werden wir beschließen. Ich freue mich schon, wenn der Herr Strache Bundeskanzler ist, dass wir alle Dinge durchsetzen können, *(Abg. Manfred Haidinger: Ich auch.)* die wir schon seit Jahren, seit Jahren gefordert haben.

Jetzt sind wir bei den – *(Unruhe bei der ÖVP)* na entschuldige, wenn ich das so sage, jetzt sind wir bei den 21 Sozialversicherungsträgern.

Liebe ÖVP, ich kann mich erinnern, vor ein paar Jahren habe ich das auch gefordert in diesem Hohen Haus. Sie haben nicht einmal ein „Ohrwaschl“ gerührt, Sie haben gesagt, das ist alles ein Blödsinn. Jetzt finden Sie das so super und so schön und so gut.

Jetzt frage ich mich, welchen Sinneswandel haben Sie da durchgemacht? Das frage ich mich. Wenn der Herr Kurz 25 Tage im Ausland ist und fünf Tage ist er da und geht jetzt irgendwo mit Euch auf den Berg hinauf. Ist ja schön und gut, aber es kommt das Nächste, die Schieflage. *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ein neuer Koalitionspartner.)*

Ja der Koalitionspartner ist jetzt schuld, habe ich mir gleich gedacht. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ein neuer Koalitionspartner.)* Der neue Koalitionspartner, der hat seine Handschrift dort voll drauf *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ja, dort schon.)* und der soll Schrittmacher sein und der sagt, wo es langgeht.

Der Herr Kurz ist der Schweigekanzler und wird es auch bleiben. Ich glaube, dass wahrscheinlich bei der nächsten Periode der Herr Strache Bundeskanzler ist. Ich wünsche es ihm, er hat Mut Reformen anzupacken, er hat Mut nach zehn Jahren Haider das genau aufs Tablett zu bringen und sagt, *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Mag.a Michaela Resetar: Das glaubst Du ja selber nicht.)* wir haben Recht gehabt.

Wartet ein bisschen, wartet ein bisschen, bleibt cool. *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Mag. Franz Steindl: Die werden Dich nicht mehr zurücknehmen.)* Ich brauche ja nicht zurück zu den Freiheitlichen, aber mein Gedanke ist, dass man für die Bevölkerung etwas tut, dass man auch etwas umsetzt. Steter Tropfen höhlt den Stein.

Nicht so wie bei Euch, dass, wenn ich mich umdrehe, dann bin ich auf einmal ein ganz ein anderer. Das bin ich nicht und dazu stehe ich und da werde ich ewig so sein. Da könnt Ihr Euch auch darauf verlassen. Ich stehe auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Privilegien-Abbau und jetzt sage ich auch warum. Da wird immer geredet von der Nationalbank und dergleichen mehr.

Ich weiß schon, wie heißt der schöne Spruch – „Der Nuisch bleibt der Gleiche, nur die Herrschaften ändern sich dort“. Vollkommen richtig, die ÖVP besetzt ihre Leute jetzt, die FPÖ und dergleichen mehr. Das ist einmal so, und auch das sollten wir irgendwann

einmal in Angriff nehmen und beinhart dort Zeichen setzen. Auch für die Bevölkerung von Österreich.

Wenn ich jetzt auf die Sozialversicherungen zurückkomme, ich meine, der Kollege Steier hat schon Recht gehabt in vielen Bereichen auch, das muss man alles noch einmal diskutieren, bevor man es zu einer Beschlussfassung bringt. Das hat alles Vor- und Nachteile, die ganze Geschichte. Aber eines haben sie in der Regierung, Mut zu Änderungen, Mut was anzupacken, und da muss ich ihnen gratulieren. Das muss ich ehrlich sagen. Genauso wie im Burgenland, Ihr versucht da jetzt einen Keil reinzutreiben zwischen ROT und BLAU.

Das wird Euch aber nicht gelingen, glaubt mir das. Aber es wird eines gelingen, dass der Strache Bundeskanzler wird. Das weiß ich sicher weil dort federführend die FPÖ ist. Das muss ich auch klipp und klar sagen.

Im Burgenland ist es noch nicht soweit, aber die SPÖ wird es schwer haben, hier bei der nächsten Wahl dazu zu gewinnen. Ich sage das auch gleich mit dieser Deutlichkeit. Wenn ich hergehe und da heißt es immer, ja wir sind alle miteinander eigentlich jetzt am Weg, dass man die 21 Sozialversicherungen auf fünf zusammenlegt, und dort wird so und so viel eingespart.

Ja, es wird schon teilweise stimmen, aber eines muss man auch klar sagen, man muss das schön langsam verfolgen und schauen, was tut sich dort wirklich? Stimmt es, dass so viel eingespart werden kann? Wir haben heute geredet von der Landwirtschaftskammer. Da haben Sie herausgegeben, da werden 50 Arbeitsplätze auf einmal verloren gehen. Ich weiß nicht, wie viele dort verlorengehen werden? Keine Ahnung, ich bin da *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Keiner!)*

Keiner, kein einziger geht dort verloren? Das steht Gott sei Dank im Protokoll dann drinnen, dass kein einziger Arbeitsplatz verloren gehen wird. Na das schaue ich mir aber gerne an, ob das stimmt. Das schau ich mir dann sehr gerne an, Herr Kollege Steiner.

Vor drei Jahren haben Sie mir etwas ganz anderes gesagt, wie ich das gesagt habe. Ich habe keine Ahnung von irgendwas. Jetzt auf einmal gibt es einen Dringlichkeitsantrag, der für mich eigentlich ein Ersatzantrag ist, weil wir den eingebracht haben, mit der Bio-Geschichte. Sonst hättet Ihr das gar nicht eingebracht. Wissen das eigentlich Eure Leute vom Bund oben? Das wissen die ja gar nicht, was da eigentlich für ein Dringlichkeitsantrag entstanden ist. Und wenn ich hergehe und dann mich herstelle und sage:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die dringende notwendige Reform des Österreichischen Sozialversicherungssystems rasch umgesetzt und auf fünf Sozialversicherungsträger reduziert wird.

Die sind gerade neugierig auf die ÖVP oder auf die LBL oben im Bund, dass wir ihnen Anweisungen geben oder vielleicht einen Ratschlag. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber vorher habt Ihr es schon gemacht.)* Die machen das so, die sind clever, macht Euch keine Sorgen.

Und irgendwann muss man erkennen, dass sie doch nicht so war, diese gute Reform. Aber macht ja nichts, der Mut, sie trauen sich etwas. Ihr traut Euch nichts weil, sonst hättet Ihr auch bei der Landwirtschaftskammer klipp und klar gesagt, ja wir stehen auch zu Reformen weil es wichtig ist, dass die bleiben, dass man dort etwas weiterbringt.

Ich habe überhaupt kein Problem, Herr Kollege Steiner, bei der Landwirtschaftskammer. Ich sage noch einmal, die sollen ihre Gelder haben, aber die sollen an die richtige Adresse kommen. Und nicht so wie heute der Herr Landesrat das aufgezeigt hat. Das habe ich gar nicht gewusst, *(Abg. Walter Temmel: Was?)* muss ich offen und ehrlich zugeben, *(Abg. Walter Temmel: Was?)* das habe ich nicht gewusst, dass für das Personal 60 Euro ausgegeben wird, und dort kommt es aber nicht an. Daher müssen wir ein bisschen umdenken.

So ist es auch bei dieser Reform. Ja, wir werden diesem Dringlichkeitsantrag gerne zustimmen, weil es ja für mich eine logische Lösung war, was wir schon immer verlangt haben, was ich schon immer verlangt habe. Aber immer mit Vorsicht, immer das Nachjustieren und schauen, was passiert? Einen Rat gebe ich Euch noch mit, seitens der ÖVP. Die trauen sich was angreifen, die trauen sich auch, und das hätte mich ja gefreut, wenn Ihr mich eingeladen hättet zu dem Dringlichkeitsantrag, dass ich mitmache, weil Sie haben vorher kritisiert, Ihr seid nicht gefragt worden bei dem Dringlichkeitsantrag.

Ihr habt mich auch nicht gefragt, ob ich da mitgehe oder nicht? Ich wäre gerne mitgegangen. Na, wir sind nicht gefragt worden, ich kann mich nicht erinnern, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Damals wurde gesagt, es ist mit allen gesprochen worden. Wir haben niemand eingeladen.)* dass wir gefragt worden sind. Ja weil das ein Ersatzdringlichkeitsantrag quasi ist, weil wir den Bio eingebracht haben. Genau das ist der Punkt. Aber ich wünsche Euch wirklich alles Gute. Ich glaube, dass diese Reform eine wichtige ist, dass man sich drüber getraut hat, dass man auch Zeichen setzt. Aber wir müssen vorsichtig, abwartend sein, was damit geschieht, und ob das wirklich passiert was da alles drinnen steht. Was da eingespart wird und was tatsächlich passiert.

Aber ich bin bei Euch, ich werde diesem Antrag natürlich gerne mitstimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Über das Thema Sozialversicherungen haben wir hier in diesem Hohen Haus schon diskutiert. Das ist keine neue Diskussion. Als ich am Dienstag zu Mittag im Mittagsjournal gehört habe, dass diese Woche die Begutachtungsfrist für das neue Gesetz zu den Sozialversicherungsträgern endet und die ÖVP das noch einmal aufs Tablett bringt, dann war mir klar, warum kurze Zeit später ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP, des ÖVP-Klubs, dann im Posteingang lag.

Ich möchte mich ganz kurz halten und gar nicht lange noch einmal inhaltlich das ausführen, was ich schon mehrmals hier ausgeführt habe. Kurz zusammengefasst: Braucht es eine Reform des Sozialversicherungssystems in Österreich? - Ja. Ist eine Reduktion der Anzahl der Sozialversicherungsträger in Österreich sinnvoll? - Ja. Ist die Art wie die Bundesregierung jetzt die Reform durchziehen möchte, sinnvoll und in Ordnung? - Nein. Ist daher das Vorgehen der ÖVP in dieser Sache für mich hier in Ordnung? - Nein.

Werden die GRÜNEN diesem Antrag zustimmen? - Nein. Danke schön. *(Abg. Mag. Franz Steindl: Danke Frau Oberlehrer. – Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Die Reform der Sozialversicherungsträger ist ein Anliegen, ist eine Forderung, die es von freiheitlicher Seite bereits seit Jahrzehnten gibt. Die Reform der Sozialversicherungsträger, meine Dame und meine Herren von der ÖVP, ist auf den Weg gebracht. Beides wissen Sie ganz genau, genauso wie Sie auch wissen, dass Ihr heutiger Antrag keinerlei Wirkung enthalten wird.

Die Reform wird durch Ihren Antrag nicht schneller über die Bühne gehen, als es geplant ist. Und Ihr Antrag wird auch den Standpunkt der Kritiker, die es in dieser Frage auch gibt, nicht ändern. Im Übrigen kommen die Kritiker am heutigen Tage gerade aus den ÖVP-geführten Bundesländern, das sei an dieser Stelle schon auch festzuhalten.

Der Grund dafür, dass Sie diesen Antrag heute eingebracht haben, ist schlicht und einfach der, dass Sie um die unterschiedlichen Standpunkte zwischen den Koalitionspartnern auf Landesebene wissen, sich heute auf offener Bühne einen Schlagabtausch erwarten und vielleicht noch etwas mehr, irgendwas zwischen Fahnenflucht und umfallen.

Das haben Sie in dieser Periode bereits öfter versucht, das kennen wir, meine Dame und meine Herren von der ÖVP. Gelungen ist es Ihnen nie, es wird Ihnen auch heute nicht gelingen, weil sich unsere Koalition von niemandem ärgern lässt, und schon gar nicht spalten lässt, und schon gar nicht von Ihnen.

Schon gar nicht in einer Frage, die andernorts entschieden wird. ROT - BLAU steht fest geeint, und das wird auch so bleiben, meine Dame und Herren, der ÖVP. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

In der Sache selbst sind die Standpunkte, wie gesagt, offenkundig unterschiedlich. Die Reduktion beziehungsweise Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger ist eine jahrzehntealte Forderung von uns Freiheitlichen, die jetzt als eine der größten sozialpolitischen Reformen der zweiten Republik aus einem FPÖ-Ressort auf den Weg gebracht worden ist.

Inhaltlich muss ich mich nicht näher erklären, mein Standpunkt ist klar, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber das wäre jetzt schon spannend.)* ich kann mich in diesem Sinne auch weitgehend dem anschließen, was der Vertreter der ÖVP gesagt hat. Auch die SPÖ wird ihren Standpunkt noch erklären, der sieht halt etwas anders aus, aber das ist zu respektieren, und das tun wir auch.

Worin wir uns allerdings alle miteinander einig sind, und das ist ja wohl das Entscheidende, das ist das Ziel das verfolgt wird. Nämlich die bestmögliche Versorgung der Patientinnen und Patienten und die bestmöglichen Leistungen für die Versicherten und umgekehrt keine Kürzungen.

Das werden wir auch in einem entsprechenden Abänderungsantrag zum Ausdruck bringen und im Übrigen sind es ja auch jene Fragen, die für den Versicherten, die für den Patientinnen und Patienten von Interesse sind.

Wichtig ist denen in erster Linie nicht wie dieses Ziel erreicht wird, sondern dass das Ziel erreicht wird. Und organisatorische Fragen interessieren die Versicherten, interessieren die Patienten solange die Leistung passt, überhaupt nicht. Das ist ähnlich, wie bei der Landwirtschaftskammer - ein reines Funktionärsthema.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bringen wir uns dort ein, wo wir uns einbringen können, kümmern wir uns um unsere Hausaufgaben, dort wo wir sie haben, im

eigenen Zuständigkeitsbereich. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass es den Patientinnen und Patienten und den Versicherten an nichts mangelt. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Herr Mag. Christian Drobits ist als nächster Redner benannt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Obmann der Gebietskrankenkasse! Nun die bisherigen Redebeiträge zeigen eindeutig auf, dass dieses Thema, ob es eine Ersatz-Dringlichkeitsanfrage ist, zumindest eine Inszenierung der Oppositionspartei ÖVP ist.

Diese Inszenierung zeigt sich schon, wenn man vordergründig betrachtet, diesen schlanken Antrag beachtet, wo wenig Inhalt, vergleichbar einer Aussendung *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kollege Drobits!)* vorliegt, die in einem Kleid eines *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA zeigt den Abänderungsantrag: Kollege Drobits, das ist der Abänderungsantrag. Wenn das dürftig ist, dann ist der wohl leer, oder?)* Dringlichkeitsantrages bekleidet wird.

Jedenfalls geht es nach diesem Antrag bei genauerer Betrachtung darum, dass anscheinend in Oberwart vor einigen Tagen oder Wochen ein Dialogtag stattgefunden hat, wo Sebastian Kurz Anreize, Motivationen, vielleicht auch eine Weisung gegeben hat, dieses Thema der Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger auch im Burgenland dringlich zu thematisieren.

Thomas Steiner, - der jetzt nicht anwesend ist, - hat am 16. Oktober dieses Jahres eine Aussendung gemacht, wo er sagt, es wäre nun an der Zeit, auch ein klares Signal aus den Ländern als Unterstützung für diese wichtige Reform auszusenden. Ein paar Tage nach dem Dialogtag oder Parteitag.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Steiner ist jetzt nicht da, - mit dieser Erklärung, in diesem Antrag, in dieser Form, könntest Du den Burgenländerinnen und Burgenländern gleich erklären, dass Du im Herzen eigentlich nicht ein Burgenländer, sondern ein Wiener bist.

Denn, wenn man das macht, zur Zentralisierung steht, sagt man eindeutig, dass man das Selbstbestimmungsrecht der burgenländischen Versicherten durch Einführung der Parität in den Sozialversicherungskörpern beschneidet.

Ob das jetzt verfassungsrechtlich hält, wird der Verfassungsgerichtshof entscheiden. Meiner Meinung nach nicht. Weiter sagt man dadurch, man steht zu einer voll zentralisierten Einheitskasse, der neuen österreichischen Gesundheitskasse. Und man steht nicht zur eigenen Versichertennahen, regionalen, Sozialversicherung Burgenland.

Ich meine, die soziale Sicherheit ist ein Thema im Burgenland, das ganz wesentlich ist und eine wesentliche Grundlage und eine verlässliche Grundlage der Demokratie widerspiegelt. Und genau darum geht es in diesem Dringlichkeitsantrag. Es geht auch um Glaubwürdigkeit der Politik gegenüber allen die davon betroffen sind.

Ich habe heute als Zeichen derer, Christian Sagartz hat es gesagt, man muss respektieren, dass es eine Protestaktion war, habe ich als Zeichen derer, die wirklich sagen, mein Herz für ein soziales Österreich, die das getragen und protestiert haben, ich stehe zu denen. Die haben Ängste um ihre Beschäftigungen. Die haben Ängste darüber

wie es weitergeht in der Krankenversicherung und in der Pensionsversicherung. Und da waren auch Personen dabei, die dem ÖAAB angehören.

Das heißt, dieses Thema das heute dringlich behandelt wird, ist kein Thema, das stets nur die eine oder andere Fraktion betrifft, sondern da geht es wirklich um Beschäftigung, um Menschen, um Burgenländerinnen und Burgenländer.

Und wenn man die Glaubwürdigkeit anspricht, - und Kollege Steiner ist jetzt noch immer nicht da, - dann muss ich erwähnen, zum vorhergehenden… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was war im Vorfeld, wie der Kollege Kölly geredet hat? Da war auch keiner da, bei Anderen, also bitte. - Abg. Markus Ulram: Da war auch keiner da.)*

Ich möchte es aber trotzdem sagen weil es wichtig ist, weil es jetzt um die Glaubwürdigkeit der Politik geht, zum vorhergehenden Antrag. Seitens des Kollegen Steiner wurde uns allen gezeigt, dass am Platz der Arbeit in Neutal ein ungarisches Kennzeichen, ein Auto mit ungarischem Kennzeichen gestanden ist, und es wurde impliziert, dass dort ein Fehlverhalten vorliegt. *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wie, was? Die haben gearbeitet dort, die Ungarn.)*

Dieser Ungar, oder dieser Mann, der mittlerweile als Mann festgestellt werden konnte, der mit seinem Auto in Neutal gestanden ist, der ist zum Beispiel ein guter Freund vom Kollegen Temmel. *(Abg. Walter Temmel: Wer war das? – Abg. Wolfgang Sodl: Ach so.)*

Dieser Mann *(Abg. Walter Temmel: Na wer war es? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer war es? – Unruhe bei der SPÖ - Abg. Wolfgang Sodl: Wartet ein bisschen, seid nicht so nervös.)* ist laut Bürgermeister Trummer Erich, der Andreas Lehner, ein bekannter Künstler, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, nein, nein.)* der das Geschichtenhaus in Bildein gemacht hat. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, nein, da verwechselt Du etwas, nein, nein.)*

Der in Buchschachen wohnt und der als Künstler in Neutal anwesend war. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, nein.)* Ist das die Glaubwürdigkeit *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, nein, nein.)* die wir wollen?

Ist das das Anpatzen, das wir wollen? - Nein. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, nein, das stimmt nicht. - Abg. Ingrid Salamon: Nein, ganz sicher.)*

Das gleiche Beispiel passiert auch in diesem Fall. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Günter Kovacs: Ihr müsst nur Entschuldigung sagen. – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was für ein ungarisches Fahrzeug?)* Es geht wirklich darum, dass das Behauptungen sind, die nicht stimmen. *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was haben wir gesagt?)*

Kollege Steiner, darf ich bitte ausreden, Mag. Sagartz? Also, das ist mir wichtig. Kollege Steiner hat das bereits einmal gemacht. Er hat das gemacht, wie es bei der Arbeiterkammer um den Umbau gegangen ist.

Auch dort wurde ein Auto mit ungarischem Kennzeichen festgestellt und gesagt, dass dort ein illegaler Arbeitnehmer tätig war. *(Abg. Mag. Franz Steindl: War das wahr oder nicht? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer war das jetzt?)* Wer war es?

Es war ein ungarischer Arbeitnehmer der in Österreich beschäftigt war, der die Beratung aufgesucht hat. Auch das war erwiesen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein, das war in Neutal. - Abg. Mag. Michaela Resetar: Der hat dort gearbeitet.)* Mittlerweile ist das das zweite Mal. *(Abg. Mag. Christan Sagartz, BA: In Neutal. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Nein, der hat dort gearbeitet. – Unruhe bei der ÖVP – Abg. Gerhard Steier: Das*

ist ja nicht normal.) Mittlerweile ist die Glaubwürdigkeit der Person von Thomas Steiner zu hinterfragen.

Deshalb sage ich auch, dass die Glaubwürdigkeit in der Politik ein wesentliches Argument ist, *(Abg. Ingrid Salamon: Ja. - Abg. Gerhard Steier: Das darf nicht wahr sein.)* und man muss es auch auf diesen Antrag implizieren. *(Abg. Gerhard Steier: Wie kleine Kinder. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Abg. Wolfgang Sodl zu Abg. Gerhard Steier: Warum regst Du Dich so auf?)*

Nun zum Antrag selbst. *(Zwiegespräche der Abg. Georg Rosner, Abg. Gerhard Steier und Abg. Wolfgang Sodl.)* Ich möchte, ein bisschen mehr wie meine Vorredner sagen weil, es geht zu einem Thema, das sehr wichtig ist.

Gerade wenn der Obmann der Burgenländischen Gebietskrankenkasse heute da sitzt, möchte ich erwähnen, dass längst nicht mehr die Landesstellen der Krankenkasse und die Landesstellen der Pensionsversicherungsanstalt die Möglichkeit haben ihr Budget und ihre Verträge selbst abzuschließen. Diese Reform führt dazu, dass nicht nur die Selbstverwaltung ausgehebelt wird, sondern es wird regelrecht verhindert, dass die regionalen Bedürfnisse der Versicherten angemessen erledigt werden können.

Zukünftig werden wir, und das werden wir uns wirklich genau anschauen müssen, keine Abschlüsse bei Schmerzbehandlungen haben. Wir werden im Burgenland selbst keine Abschlüsse bei Vorsorgeuntersuchungen treffen können. Wir werden auch bei Mutter-Kind-Pass Untersuchungen keine Abschlüsse treffen können.

Wir werden auch Leistungsanträge und die Behandlung von anderen des Unfalls nicht selbst erledigen dürfen. Überall ist die Genehmigung der neuen einheitlichen zentralen ÖGK notwendig. Das heißt, wir sind mittlerweile, wenn dieses Gesetz und diese Reform kommt, dann sind wir ferngesteuert. Und ich bin deshalb der Meinung, das soll man allen auch sagen, man soll den Schlaganfall-Patienten in Jennersdorf sagen, wenn er einen Logopäden aufsuchen will und niemand da ist, warum diese Vereinbarung nicht zustande gekommen ist.

Man soll auch denen sagen, die Hilfsmittel wie Brillen, Hörgeräte oder andere sonstige Einrichtungen brauchen, dass sie die nicht erhalten werden, weil einfach die Genehmigung nicht erteilt wird.

Ich denke mir auch, dass wir das sicherstellen müssen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wer hat das gesagt, Herr Kollege Drobits?)* Deshalb bin ich auch beim Kollegen Molnár, der genauso wie wir, die Sicherstellung dieser Leistungen, die bisher gewährleistet worden sind, jedenfalls erlangen will.

Eigentlich hat mich verwundert, dass heute im Eingang zu diesem Dringlichkeitsantrag nichts über Leistungsharmonisierung und Verwaltungskosten gesagt worden ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Habe ich gesagt. – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das hat er gesagt.)* Es ist gesagt worden, dass die Leistungsharmonisierung… *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bei den neuen Gebietskrankenkassen passiert das derzeit.)* Die Leistungsharmonisierung gegenüber Beamten- und Selbständigenversicherung ist bis dato nicht erledigt.

Das heißt, Beamtinnen und Beamte und Selbständige haben weiterhin andere Leistungen wie Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellte. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum? Sie sind der Arbeitsrechtler.)* Deshalb glaube ich auch und bin überzeugt davon, wenn man schon eine Fusion will, dann soll man die Leistungen wirklich harmonisieren. Das wollen wir auch. Gleiches soll gleich sein. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Es muss aber auch gleich einbezahlt werden.)* Deshalb glaube ich, das wäre

der richtige Weg. Dort sollte das Land Burgenland einen Dringlichkeitsantrag stellen, gleiche Leistungen gleich zu machen.

Alle Versicherten gleich zu stellen, das wäre das Thema. Das wäre der Dringlichkeitsantrag. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Dann müssen auch alle gleich einzahlen.)* Da könnten wir Diskussionen führen.

Hinblicklich der Verwaltungskosten war das letzte Mal noch Ihr Thema, mittlerweile ist klar, die Träger der Sozialversicherung haben im internationalen Standard die niedrigsten Verwaltungskosten, - 2,1 Prozent. In der Schweiz 5,3, In Deutschland 5,8 Prozent. Das heißt, es ist kein Thema mehr, um eine Zerschlagung der Selbstverwaltung oder eventuell eine Fusionierung durchzuführen.

Was ist wirklich der Grund? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum haben Sie jetzt Zerschlagung gesagt?)* Der Grund ist für mich nur eine Machtübernahme durch wirtschaftliche Elite. Durch Manager, die zukünftig in Wien entscheiden werden, was die burgenländischen Versicherten verdienen.

Diese Wirtschaftselite, diese Kassenmanager, die wollen Sie stützen? Mir wäre doch lieber, wenn die Selbstverwaltung, diese entsandten Versicherungsvertreterinnen und -vertreter, auch zukünftig die Möglichkeiten haben, sozialpartnerschaftlich dies auch zu gestalten. Und ich glaube, das sollte der Zugang sein.

Wenn ich noch einen Punkt anführen möchte oder dürfte. Es gibt ein zweites Gesetz. Dieses zweite Gesetz ist die Kompetenzübertragung bei der Beitragsprüfung von den Krankenkassenprüferinnen und -prüfer auf die Finanzprüferinnen und -prüfer.

Heute hat der Rechnungshof eine Aussendung gemacht. Er befürchtet Ärgstes. Nämlich dass durch diese Kompetenzübertragung die Beiträge in der Form nicht hereingebracht werden können, und damit auch die Leistung nicht bezahlt werden kann.

Die Präsidentin des Rechnungshofes, Frau Dr. Kraker, heute nachzulesen, sagt das. Nicht Christian Drobits, sondern Frau Dr. Kraker. Und ich muss auch sagen, dass genau diese Kompetenzübertragung ein riesiges Problem auch zukünftig für die Leistungen der burgenländischen Versicherten darstellen wird. Warum? Die burgenländischen Gebietskrankenkassenprüferinnen und Gebietskrankenkassenprüfer haben bislang pro Fall einen Wert von 13.500 Euro pro Fall hereingebracht als Beitragswert.

Wissen Sie was Finanzprüferinnen und Finanzprüfer als durchschnittlichen Fallwert gebracht haben? - 3.500 Euro. Wollen wir, dass zukünftig weniger Beiträge hereingebracht werden? Weniger Beiträge führen dazu, weniger Leistungen zu gewähren. Das müssen unsere Versicherten wissen. Deshalb ist, glaube ich, diese Kompetenzübertragung das Schlechteste was passieren kann. Ich stehe auch deshalb zu dem, was der Rechnungshof sagt, und wir werden sicherlich diese Kompetenzübertragung nicht wollen und auch nicht zustimmen.

Ein Punkt noch: Wenn man eine Reform macht, und zu Reformen stehen wir, wir stehen auch zu Veränderungen und Optimierungen, ich glaube in dem Bereich sehr wichtig, wie es auch meine Vorredner angesagt haben, dann kann man nicht nur sparen im System probieren, weil sparen im System heißt, sparen bei den Menschen.

Heute waren einige der Beschäftigen der Krankenkasse und der Pensionsversicherungsanstalt vor dem Landhaus. Alle haben Angst um ihren Job. Es heißt nämlich, und es steht auch so im neuen Gesetz, 30 Prozent der Personen die beschäftigt sind, sollen in den nächsten Jahren abgebaut werden, - 30 Prozent! *(Abg.*

Mag. Christian Sagartz, BA: Das steht nicht drinnen. 30 Prozent haben einen natürlichen Abgang dadurch, weil sie in Pension gehen werden. Das steht da drinnen. Also bitte.)

Die Ausdünnung der Landesstellen und *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Also bitte, den Satz möchte ich sehen.)* der Außenstellen, wenn dieser personelle Abbau erfolgt, führt dazu, dass wir genau das haben, wie wir das vor 20 Jahren schon gehabt haben, eine ganz kleine Gebietskrankenkasse mit nur ein paar Beschäftigten.

Eine ganz kleine Gebietskrankenkasse mit ein paar Beschäftigten und ich glaube, das will niemand. Wir stehen dafür, dass einerseits die Beschäftigen nicht Angst haben müssen, dass sie ihren Job verlieren, wir stehen aber auch dafür, dass die Versicherten im Burgenland die Leistungen erhalten, die sie verdienen. Vor allem, die Veränderungen müssen immer zum Nutzen für die Versicherten gemessen werden. Das steht auch übrigens im Einklang mit unserem Partner im Abänderungsantrag, den ich nachher vorlesen darf.

Ich möchte auch keinen Moloch, der in Wien sitzt und darüber entscheidet, wo regional die Leistungen erbracht werden. Ich befürchte wirklich, dass Außenstellen zukünftig mittelfristig nicht mehr bestehen, wenn die Entscheidungen rein in Wien fallen werden. Deshalb, abschließend meinerseits, wir werden gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen Abänderungsantrag einbringen, wo wir Folgendes wollen:

Wir wollen sicherstellen, dass grundsätzlich das bisherige nicht schlechter wird, und wir wollen aber auch, dass die burgenländischen Versicherten die gleichen Leistungen bekommen wie auch andere Versicherte.

Ich darf damit die Beschlussformel des Abänderungsantrages vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen,

die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge anlässlich der geplanten Reform des österreichischen Sozialversicherungssystems sicherstellen, dass

- die Mittel für Gesundheitsversorgung und Gesundheitsprojekte im Burgenland nicht geschmälert werden,
- es zu keiner Verschlechterung bei der hausärztlichen Versorgung kommt,
- alle Veränderungen am Nutzen für die Versicherten gemessen werden und
- es hinsichtlich Wohnortnähe und Servicestellen, Servicequalität, Leistungsumfang und Leistbarkeit zu keinen Verschlechterungen aus Sicht der Versicherten kommt.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN – Der Abgeordnete Mag. Christian Drobits übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Diese Bundesregierung reformiert ein altes und aufgeblähtes System. Ich glaube, da sind wir uns mehrheitlich einig. Die große Polemik die

dahintersteckt, die birgt auch natürlich viel Angst, aber wahrscheinlich auch noch viel mehr Verwunderung.

Geschätzte Damen und Herren, die Verwunderung deswegen, weil jemand, der voriges Jahr bei der Nationalratswahl mit einem Versprechen angetreten ist, sein Versprechen nach der Wahl nun auch hält. Diese Verwunderung liebe SPÖ, die steht Ihnen ins Gesicht geschrieben, weil jeder der im Vorfeld gewusst hat, dass diese Wahl gewonnen wird, weiß auch, dass die Volkspartei das Wort hält. Geschätzte Damen und Herren, und das ist auch in diesem Fall so. *(Beifall bei der ÖVP)*

Jeder der inhaltlich oder auch mit dem Gesundheitssystem in Berührung kam weiß, dass darüber quer durch die Bevölkerung Unverständnis geherrscht hat. Es gab viel Verwirrung, es war ein komplexes System, ein Wirrwarr. Ein Kompetenzwirrwarr zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften, aber auch zwischen den einzelnen Trägern des Systems. Ich glaube, dass jetzt mit dieser Reform endlich eine große Vereinfachung kommt. Es kommt zu weniger Bürokratie, es ist ein Sparen in der Verwaltung und nicht bei den Menschen und nicht in den Leistungen für die Menschen.

Ganz im Gegenteil, man reduziert hier nicht nur die Träger des Systems massiv auf fünf, sondern man reduziert auch die Gremien. Man reduziert sie in Wirklichkeit um die Hälfte und hat damit auch ein schlankeres System. Die ganzen Mehr- und Doppelgleisigkeiten werden damit abgeschafft und verhindert, um am Ende des Tages die Leistungen für die Menschen beizubehalten, wenn nicht langfristig auch zu verbessern.

Geschätzte Damen und Herren! Diese Voraussetzungen mit diesem Gesetz, mit dieser Reform, schaffen nun auch die Schritte für weitere Reformen zur Entlastung der Bürger. Jetzt hat die Bundesregierung bereits schon vor dem Sommer den Arbeitslosenversicherungsbeitrag gesenkt. Damit haben die Menschen im Schnitt 300 Euro mehr pro Jahr. Vor allem jene, die wenig verdienen.

Mit der Reduktion der Unfallversicherung geht man zumindest einen weiteren Schritt die Lohnnebenkosten zu senken und es wird auch in Folge irgendwann zu einer Reduktion des Steuersatzes kommen, um schlussendlich die Menschen in Österreich zu entlasten. Das ist auch das Versprechen, dass diese Bundesregierung gegeben hat.

Ich glaube, mit dem Partner, den wir in der Bundesregierung haben, werden wir dies auch schaffen, um schließlich auch neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Geschätzte Damen und Herren! Wir glauben daran und das wird auch so sein, dass die Menschen von diesem neuen System, von dieser Reform profitieren werden. Ich glaube auch, dass es damit zu mehr Kassenärzten kommen wird. Es wird damit zu den Landarztstipendien kommen, die wir als Volkspartei ja schon seit Jahren fordern und nun endlich Realität werden und es wird auch schließlich zu einer besseren Versorgung im Gesundheitsbereich kommen, sei es im niedergelassenen Bereich oder sei es auch im ambulanten Bereich.

Geschätzte Damen und Herren! Die FPÖ hat wahrscheinlich geschluckt, als wir diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, weil sie jetzt nicht gewusst haben, wie sie darauf reagieren sollen. Denn eigentlich seid Ihr inhaltlich genau auf unserer Schiene und wir gemeinsam beschließen auf Bundesebene genau diese Reform. Jetzt hat es einen eloquenten Schreiber gegeben, der diesen Abänderungsantrag formuliert hat, damit sie sich noch in irgendeiner Weise als FPÖ herauswinden kann, um dem nicht zustimmen zu müssen.

Dieser Abänderungsantrag ist derart oberflächlich und mit Überschriften behaftet, dass wir auch hier zustimmen können, weil im Prinzip darinsteht, dass wir das

Gesundheitssystem behalten und verbessern möchten. Ich glaube da wird jeder Burgenländer und jeder Österreicher dabei sein. Es hat zwar nichts mehr mit unserer grundsätzlichen Idee zu tun, die Sozialversicherungsreform auf Bundesebene voranzutreiben, aber gratuliere liebe FPÖ, hier habt Ihr Euch erfolgreich herausgewunden.

Ich darf berichten, dass wir diesem Abänderungsantrag trotzdem zustimmen werden, auch wenn hier die notwendige Reform nicht im Burgenland passieren wird. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Norbert Darabos.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren! Es war ja eine gute Nachricht jetzt, dass Sie dem Abänderungsantrag zustimmen werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wieso nicht? Sie sagen, dass Sie für eine Reform sind!)* Ist in Ordnung. Herr Steiner, ich möchte Sie persönlich noch einmal ansprechen. Sie waren nicht da, wie das der Kollege Drobits angesprochen hat. Ich möchte das noch einmal bekräftigen.

Ich halte es für ungeheuerlich, einen österreichischen Künstler hier sozusagen vor den Vorhang zu bitten und zu glauben, dass hier ein Ungar etwas gearbeitet hat. Ich kann Ihnen den Namen nennen, der ist schon gefallen, normal darf man den gar nicht erwähnen. Ich kann ihn aber noch einmal bestätigen und ich würde sie bitten, sich zu entschuldigen.

Dieser Künstler hat für den Bürgermeister Temmel gearbeitet im Geschichtenhaus in Bildein. Ja. Ehrlich gesagt, warum Sie dann sozusagen so eine Show hier abziehen, das versteht kein Mensch. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was heißt Show? Das war ein ungarisches Auto! – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Das sage ich Ihnen ganz offen. Das zweite, was ich vorausschicken möchte, zum Kollegen Ulram. In Ordnung. Verhandeln. Aber da müssen wir überall verhandeln. Auch in dem Fall hätte man verhandeln müssen.

Es gibt aber drei Punkte, die mir hier ganz besonders negativ aufstoßen. Es ist eine Aushöhlung der Sozialpartnerschaft. Die Sozialpartner wurden nicht eingebunden in die Verhandlungen zu dieser Reform. Der zweite Punkt ist, die Selbstverwaltung wird ausgehebelt und der dritte Punkt ist, nicht nur die Selbstverwaltung wird ausgehebelt durch diesen Entwurf, sondern auch die Rechte der Arbeitnehmervertreter.

Wenn der Herr Stöckl, das ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter von der ÖVP in Salzburg sagt, den ich eigentlich sehr schätze und man hat ihm auch angemerkt und auch angehört, man hat es gehört im Radio, dass ihm das Ganze unangenehm ist, wenn der sagt, wer zahlt schafft an, dann kann ich ihm durchaus Recht geben.

Wer zahlt denn? Die Arbeitnehmervertreter beziehungsweise die Arbeitnehmer zahlen und nicht die Arbeitgeber. Insofern ist es schon hinter der Hintertür ein versteckter, ich möchte sagen, eine versteckte Übernahme. _Die Parität, die da angesprochen wurde in diesem Gesetz, ist nur eine Schimäre. Jetzt sage ich Ihnen etwas und das ist, glaube ich, sehr unverdächtig, weil Sie das als dringlich eingestuft haben:

Heute 11.38 Uhr. „Es fehlen transparente und nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen“. Kraker fordert ein Ende des Spiels mit Zahlen. Kraker – Rechnungshofpräsidentin, von der ÖVP nominiert, und auch deklariert zur ÖVP stehend. „Heftige Kritik an der von der Regierung geplanten Reform der Sozialversicherung kommt auch vom Rechnungshof. Insbesondere die Darstellung der Kosten ist nach Ansicht der

Prüfer ungenügend. Es fehlen transparente und nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen“, heißt es in einer Begutachtungsstellungnahme von Präsidentin Margit Kraker.

Sie fordert eine Überarbeitung der Kostendarstellung. „Man muss das Spiel mit den Zahlen beenden“. Ich habe das selten so direkt auch formuliert gehört. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Der Nachweis zum Einsparen der von der Regierung behaupteten Milliarde fehle. Also das was die Gewerkschaft sagt, wird von der Präsidentin des Rechnungshofes zu 100 Prozent bestätigt. Der Nachweis zum Einsparen der von der Regierung behaupteten Milliarde fehle. Sie urgiert eine transparente Darstellung und eine seriöse Planung und meinte, dass eine unklare Darstellung zur Verunsicherung führen könnte, die die Reform gefährden könne.

Niemand hat etwas gegen eine Reform, aber so wie das angelegt worden ist, ist es offensichtlich nicht einmal im Sinne des Rechnungshofes in Ordnung. Die Darstellung der Kosten entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen, sie sind unvollständig, basieren nicht auf nachvollziehbaren Grundlagen, sie sind damit nicht geeignet, dem Gesetzgeber - also dem Nationalrat - eine aussagekräftige Entscheidungsgrundlage zu bieten. Das bin nicht ich, das ist die Präsidentin Kraker des Rechnungshofes.

Für die Annahme einer Reduktion der Verwaltungskosten um zehn Prozent gebe es keine inhaltliche Begründung. Personalreduktionen könnten ohne entsprechend begleitete Prozessveränderungen einen unmittelbaren wirtschaftlichen Nachteil - und das ist das Zentrale - für die Versicherten bewirken. Um das geht es nämlich. Es geht nicht um die Struktur, sondern es geht um die Versicherten. Das geht so weiter.

Das ist eine Abrechnung mit diesem Entwurf. Ich kann das weiter noch kurz ausführen. Es ist ganz wichtig, glaube ich. Das sollten auch die, die online mit uns verbunden sind, auch hören beziehungsweise auch für die Medien geeignet.

In den ersten fünf Jahren wird es nicht wie dargestellt positiv sein, sondern unter Berücksichtigung von Fusionskosten deutlich negativ sein, was die finanzielle Belastung betrifft. Offen bleibt auch das finanzielle Volumen dieser regionalen Besonderheiten. Eine tatsächliche Vereinheitlichung für die Versicherten erfolgt innerhalb der neu geschaffenen Träger nicht, kritisiert der Rechnungshof.

Nicht sichergestellt sehen die Prüfer auch eine verwaltungseffiziente Beitragsprüfung, die von den Kassen zur Finanz vorgelegt werden soll. Gut, da könnten wir eigentlich aufhören. Aber es kommt auch noch dazu Kritik von ÖVP geführten Ländern und Kassen. Die Vorarlberger Gebietskrankenkasse und die Tiroler Gebietskrankenkasse sehen mit der Zusammenlegung kein Problem gelöst, Salzburg und Niederösterreich, hier die politischen Vertreter, wollen mehr Kompetenzen für ihre Landesstellen. Das ist der zentrale Punkt, der auch angesprochen wurde. Diese Reform ist eine Enteignung oder eine politische Kaltstellung der Länder.

Jetzt hat ihr Kollege Drexler in der Steiermark einen bemerkenswerten Satz gesagt bei der letzten Sozialreferentenkonferenz. Er hat gesagt, er fühlt sich jetzt im falschen Film aus seiner Sicht. Die Sozialdemokraten sind für Föderalismus und die Schwarzen hat er gesagt, also darf ich sagen Türkisen, sind für Zentralismus. Wir sind in dem Fall für Föderalismus. Es gibt einen Punkt, den ich unterstütze.

Dieser Punkt heißt: Gleiche Leistungen in allen Ländern. Da bin ich durchaus auch auf Seite der Bundesregierung. Es kann nicht sein, dass eine Magensonde im Burgenland nicht genehmigt wird und in Wien schon genehmigt wird oder in Vorarlberg genehmigt

wird oder so. Das sind Sachen, in Ordnung, über das kann man alles reden, diese Reformen.

Nur wenn Sie sich diese beiden Stellungnahmen hier anschauen, sowohl vom Rechnungshof als auch von ÖVP geführten Ländern und auch Kassen, dann sollten Sie auch in sich gehen und darüber nachdenken, ob hier nicht doch ein anderer Zugang gefunden werden sollte.

Dringlich wäre für uns beispielsweise, dass wir gemeinsam gegen den drohenden Ärztemangel arbeiten. Wir haben im Burgenland unsere Hausaufgaben gemacht. Dringlich wäre beispielsweise, und da würde ich Sie bitten, noch einmal in sich zu gehen und das auch mit uns gemeinsam in Richtung Bundesregierung zu artikulieren, beispielsweise die Aufnahmeprüfungen abzuschaffen und damit auch zu sichern, dass mehr Ärzte hier im Burgenland arbeiten können.

Wenn wir nämlich mehr Absolventen haben, haben wir auch mehr Ärzte. Das wären die dringlichen Geschichten. Es sind ja nicht nur der Rechnungshof und die Länder Niederösterreich und Salzburg und die beiden Gebietskrankenkassen, die ich genannt habe, die hier Kritik üben, sondern es ist auch der Hauptverband der Sozialversicherungsträger, auch von einem ÖVP-Mann geführt, der hier ganz klare und radikale Bedenken angesprochen hat.

Wir vom Burgenland - darauf haben wir uns geeinigt - werden auch den Konsultationsmechanismus auslösen, um hier noch einmal eine Diskussion auch anzunehmen, anzudenken und wir werden auch in unserer Stellungnahme, die ja noch im Begutachtungsverfahren laufen kann, darauf hinweisen, dass diese Bedenken, die beispielsweise der Rechnungshof hier auch artikuliert hat, berechtigt sind. Ich hoffe, dass es hier noch Einsicht gibt.

Dass es eine Lösung in der Reform gibt, die dann auch den Ländern entgegenkommt und die den Bereich Selbstverwaltung gerecht wird und auch vor allem die Arbeiternehmervertreter besser stellt, weil sie ja die Versicherten zu vertreten haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So, ich hätte jetzt noch eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Mag. Steiner, der ist aber nicht hier, dann kommen wir zur Abstimmung. *(Der Abgeordnete Mag. Steiner betritt den Sitzungssaal)* So, dann darf ich den Herrn Mag. Steiner zum Rednerpult bitten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Entschuldigung!)*

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke sehr. Ich hätte auch verzichten können, aber ich mag das jetzt nicht, weil der Herr Kollege Drobits und jetzt zuletzt auch der Herr Landesrat Darabos wegen dieser Sache in Neutal noch einmal das Wort ergriffen haben. Ich meine, ich weiß, dass das der Herr Professor Lehner ist und dass der die künstlerische Geschichte gemacht hat.

Aber es geht ja nicht um den Professor Lehner, sondern wer die Ausführungen gemacht hat. Jetzt zeige ich Ihnen das Foto von den Leuten, die dort gearbeitet haben, das ist nicht der Professor Lehner, das ist ein ungarischer Arbeiter. *(Der Abgeordnete zeigt ein Bild)*

Das ist auch nicht der Professor Lehner, das ist ein ungarischer Arbeiter und darum geht es. Das ist genau das, was sie uns vorgeworfen haben. Ich habe Ihnen nur gesagt, Sie sollen ganz einfach nicht mit Steinen werfen, wenn Sie im Glashaus sitzen. So ist es und das ist Fakt und dabei bleibt es auch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da können Sie sich 15 Mal hinausstellen und irgendwie Krokodilstränen herauslassen und sagen, na wie können sie das denn sagen beim Herrn Professor Lehner. Da geht es nicht um den Professor Lehner, da geht es darum, wer hat das dort gemacht. Wer hat dort gehakelt? Das waren ungarische Bauarbeiter. So schaut es nämlich aus. Nur dass Sie das wissen! Dass Sie nicht mehr herausgehen müssen, dass Sie wissen um was es geht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): So, Herr Kollege Steiner, so einfach und so billig kommen Sie heute nicht davon. Schauen Sie. Die Glaubwürdigkeit ist in der Politik das höchste Gut. Wenn jemand etwas behauptet und man kommt ihm drauf, dass er schon wieder etwas behauptet, was tatsächlich nicht wahr ist, dann schwindet diese Glaubwürdigkeit.

Sie haben heute versucht ein Bild zu malen, als hätte die Gemeinde Neutal ausländische Unternehmungen beauftragt, um zum Thema Lohn- und Sozialdumping politisches Kleingeld zu wechseln. So. Jetzt sind wir Ihnen drauf gekommen, dass das doch nicht so war, so wie Sie behauptet haben, sondern hier ein Künstler tätig ist, der eine Staatsbürgerschaft hat und auch in Ungarn einen Wohnsitz hat und ein ungarisches Auto hat. Sie haben bewusst oder unbewusst die Wahrheit gesagt. Die Unwahrheit gesagt! Also ich frage mich, wieso haben Sie nicht die Größe, gehen da heraus, entschuldigen sich für das, was Sie getan haben ganz einfach. Sagen, ich bin falsch informiert worden vom Kollegen Fazekas oder von wem auch immer - völlig wurst - und haben die Größe sich zu entschuldigen.

Ich sage Ihnen etwas, das hat nämlich System bei Ihnen. Es hat nämlich dieselbe Situation schon einmal gegeben in der Arbeiterkammer Burgenland, als Sie behauptet haben, ich gebe zu im Wahlkampf da sagt man oft Sachen, die man vielleicht nicht gleich so meint, aber das ist schon schwerwiegend, als Sie damals behauptet haben, die Arbeiterkammer würde ungarische Unternehmungen beschäftigen.

Ja, das hat der Kollege Steiner behauptet damals. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich sage Dir gleich, was ich behauptet habe!)* So, wahr war wieder etwas völlig anderes. Die Wahrheit war nämlich, dass dort ein ungarischer Arbeitnehmer, der im Burgenland beschäftigt ist und damit auch Mitglied der Arbeiterkammer ist, eine Rechtsauskunft eingeholt hat. Sie haben schon wieder etwas völlig anderes behauptet. Sie haben damals nicht die Größe gehabt, sich zu entschuldigen, Herr Kollege Steiner, ich sage Ihnen ganz offen, wenn man nämlich jemandem draufkommt, der so agiert wie Sie, dann schwindet die Glaubwürdigkeit und für mich persönlich muss ich feststellen, meine Glaubwürdigkeit Ihnen gegenüber ist drastisch gesunken.

Egal was Sie sagen werden. Sie kennen den Spruch: Wer einmal lügt dem glaubt man nicht, auch wenn er…. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hallo, Hallo! – Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar)* Das ist ein Spruch, ich habe das ja nicht auf den Kollegen Steiner bezogen, sondern das ist ein Spruch: Wer einmal lügt dem glaubt man nicht, auch wenn er die Wahrheit spricht. Sie müssen wirklich aufpassen, dass Sie nicht in die Situation kommen, um hier den Eindruck zu vermitteln, dass Sie das nicht so ernst mit der Wahrheit nehmen.

Das ist mir schon wichtig festzuhalten. So einfach und so billig kommen Sie nicht davon! Wenn Sie Behauptungen hier in den Raum stellen, dann sollten Sie das auch

nachweisen können und wenn Sie draufkommen ist ja alles nicht wahr, dann wäre es super, wenn Sie sich zumindest entschuldigen würden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So. Jetzt ist der Herr Abgeordnete Mag. Thomas Steiner wieder zu Wort gemeldet. Ich möchte vorher sagen, wir sind weit von der Sache weg und Herr Kollege Robert Hergovich, auch wenn es ein Zitat ist, wo Lüge drinnen ist, sollte man es nicht unbedingt verwenden.

Bitteschön.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Ich verwende es jetzt trotzdem: Wer einmal lügt dem glaubt man nicht, Herr Kollege Hergovich, Sie haben das selber gesagt, Sie wissen wovon Sie sprechen offensichtlich, aber ich sage Ihnen jetzt etwas.

Bei der Arbeiterkammergeschichte war es so, dass ein ungarisches Auto und ungarische Arbeiter vor der Arbeiterkammer gestanden sind und gearbeitet haben und nicht mehr und nicht weniger habe ich behauptet. Sie stellen sich daher und erklären, weil ich habe ganz etwas anderes gesagt. Bei der Sache in Neutal ist es genau das Gleiche. Bei der Sache in Neutal ist es genau das Gleiche, ob dort der Professor Lehner oder sonst ein Künstler das macht, ist völlig irrelevant.

Relevant ist, dass dort eine ungarische Firma oder ein ungarischer Arbeiter mit einem ungarischen Kennzeichen gearbeitet hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Mehrere sogar und Sie haben da behauptet ich hätte gesagt, die Gemeinde Neutal beschäftigt ausländische Mitarbeiter. Entschuldige, wie kommen Sie auf solche Dinge? Das zeigt Ihre Unglaubwürdigkeit, das zeigt wirklich, dass Sie völlig unglaubwürdig sind, nämlich Wasser predigen und Wein trinken. Das ist das was Sie können!

Da sind Sie gut aufgehoben in der Arbeiterkammer. Wer einmal lügt dem glaubt man nicht, auch wenn er dann die Wahrheit spricht, dass sollten Sie sich ins Stammbuch schreiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Man muss es nicht immer gleich nachmachen, Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie soll ich das jetzt verstehen, Herr Präsident?)* Ich habe dem Kollegen Hergovich gesagt, er soll das nicht verwenden und Sie gehen raus und sagen es trotzdem.

Gut, ist auch eine Art mit Erinnerungen umzugehen. Bitte Sie dürfen sich zu Wort melden.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Ich finde es schon höchst eigenartig. Der Herr Kollege Hergovich stellt sich heraus und sagt: Wer einmal lügt dem glaubt man nicht und was habe ich gesagt? Sie haben dann gesehen, dass wir uns aufgeregt haben, dann haben Sie gesagt, das ist ja nur ein Spruch, ist ein Sprichwort, das darf man schon sagen. *(Abg. Doris Prohaska: Das stimmt ja nicht!)* Sollen wir das Protokoll dann nochmals gemeinsam lesen? *(Abg. Ingrid Salamon: Hast Du nicht gehört, was er gesagt hat? – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Sollen wir das lesen miteinander?

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Kollege Steiner, Herr Kollege Steiner, wenn ich läute, dann rede nur ich ganz kurz. In Ordnung. Ich habe gesagt, dass ist ein Zitat, ich habe nicht gesagt, dass er es darf. Nochmals, Sie müssen schon alles sagen. Gut.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP) *(fortsetzend)*: Wenn Sie gesagt haben es ist ein Zitat und Sie glauben er darf es nicht, dann hätten Sie ihm einen Ordnungsruf geben müssen. Das haben Sie nicht getan und dann sage ich das Gleiche, verwende die gleichen Worte und dann sagen Sie mir, ich soll das nicht machen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich.

Präsident Christian Illedits: Ich hab es ja nicht gesagt. Ich habe gesagt, er soll das Wort „Lüge“ nicht verwenden. Das habe ich Ihnen auch gesagt, Herr Kollege Steiner, sonst gar nichts. Ich habe dasselbe Ihnen gesagt und ihm. Sonst gar nichts.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP) *(fortsetzend)*: Darf man es jetzt sagen oder darf man es nicht sagen? Ich habe dasselbe Ihnen gesagt wie ihm. Also ich nehme zur Kenntnis: Sie sagen einmal so und einmal so. *(Abg. Doris Prohaska: Er hat es ihm ja nachher gesagt! Bevor Du Dich gemeldet hast! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits *(das Glockenzeichen gebend)*: Jetzt ist Niemand mehr zu Wort gemeldet, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Herrn Abgeordneten Mag. Drobits eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger ist somit mit den beantragten Abänderungen einstimmig angenommen.

Fortsetzung 6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1422), mit dem der Kulturbericht 2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1014) (Beilage 1476)

Präsident Christian Illedits: Wir setzen nun den Tagesordnungspunkt 6, den Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, mit dem der Kulturbericht 2017 zur Kenntnis genommen wird, fort. Der nächste Redner, der zu Wort gemeldet ist, ist Herr Landtagsabgeordneter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Zum Kulturbericht noch einige Ausführungen. Im Kulturbericht werden alljährlich sämtliche Maßnahmen der Kulturförderungen aufgelistet, und im Sinne der Transparenz informierte der Bericht über den Einsatz der Kulturfördermittel. Das ist nicht nur eine Verpflichtung aus dem Kulturförderungsgesetz, sondern für das Land eine hervorragende Gelegenheit, das breite Spektrum an kulturellen Aktivitäten auch darzustellen.

Darüber hinaus liefert der Kulturbericht auch einen detaillierten Überblick der Förderung von Wissenschaft und Erwachsenenbildung. Getragen werden die Aktivitäten von vielen Einrichtungen, Initiativen, Vereinen, Einzelpersonen, denen ich für ihr Engagement danken möchte.

Das Programm reicht - wir haben heute schon sehr vieles vom Mag. Steindl vorher gehört, sehr wohlwollende Worte zu diesem Bericht - von Opern, Operetten, klassischen Konzerten. Es wird sehr, sehr viel investiert in Nachwuchsbildung. Sie haben das

angesprochen mit dem Haydnkonservatorium. Da muss man wirklich sagen, da sind wir ganz auf Ihrer Linie, dass man sagt, weiter ausbauen, noch mehr Schüler ausbilden. Plus 50 Prozent habe ich heute noch nicht, aber ich habe es das erste Mal gehört. Im September der Zugang ist natürlich schon sehr enorm.

Ein besonderer Stellenwert kommt im Burgenland auch der Volkskultur zugute. Dies bezeugen auch die zahlreichen jährlichen Förderansuchen, die im Kulturbericht unter Heimat und Brauchtumspflege und unter Volksgruppen zu finden sind.

Durch das Bewahren von Tradition und Brauchtum wird ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Landesbewusstseins und der regionalen Vielfalt auch geleistet.

Wie gesagt, vieles wird gemacht. Wenn man den burgenländischen Kulturbericht genau studiert, wundert man sich nicht mehr, dass im Burgenland kein Tag ohne sehens- und hörenswerte Kultur- und Wissenschaftsveranstaltung vergeht. Die rund 22 Millionen Euro Förderung im Jahr 2017 sind mehr als gut angelegtes Geld.

Kultur und Wissenschaft leisten einen unschätzbaren Beitrag für die lebendige Vielfalt aus Tradition und Innovation. Sie tragen wesentlich zu einer Stärkung einer an humanistischen Werten orientierten Lebensweise bei. Und nicht zuletzt ist Kultur ein unverzichtbarer Bestandteil eines lebendigen Gemeinwesens.

Ich darf mich bedanken, vorher waren sie noch da, wahrscheinlich hat es zu lange gedauert, aber sie ist noch da, die Leiterin der Abteilung 7, die Frau Mag. Claudia Priber, herzlichen Dank für diesen tollen Bericht, für diesen sehr guten Bericht. Ich möchte die besten Grüße noch an Frau Mag. Tanja Stacherl ausrichten, die für die Kultur auch zuständig ist beim Herrn Landesrat Doskozil und möchte auch hier schon die Gelegenheit nützen, weil ja dieser Bericht noch den „Altlandesrat“ Bieler betrifft, noch einige Zeilen ihm zu verlesen und auch zu dokumentieren was er geleistet hat in den letzten Jahren.

Nämlich in dieser Amtszeit von Helmut Bieler fielen wichtige kulturpolitische Grundsatzentscheidungen, wie der Umbau des Kulturzentrums Eisenstadt und des Haydnkonservatoriums sowie der Bau der Fachhochschulzentren in Eisenstadt und in Pinkafeld.

Er hat Meilensteine im Kulturbereich gesetzt, wie etwa die Gründung des Lisztzentrums in Raiding, das heute internationale Strahlkraft ausübt, oder den Neubau der Landesgalerie in Eisenstadt.

Nie zuvor hat das Burgenland ein internationales Publikum als im Haydnjahr 2009 und im Lisztjahr 2011 gesehen. Im Zuge dieser beiden Jubiläen gelang es ihm, das Burgenland europaweit als Kulturland und als Region der Musik zu positionieren. Mit der Gründung der KSB wurde eine weitere zusätzliche Kulturorganisation geschaffen, die neben einigen betrieblichen Aufgaben, vor allem eine Vermarktungsdrehscheibe für burgenländische Kulturveranstaltungen und für die Sommersfestivals darstellt.

Die stärkste kulturpolitische Marke stellen nach wie vor die Sommerfestivals dar, die Jahr für Jahr mehr als eine halbe Millionen Menschen ins Land locken. Unter Kulturlandesrat Helmut Bieler wurde das Burgenland zum führenden Festivalland. Herzlichen Dank Herr Landesrat. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kulturbericht, den wir heute diskutieren, ist an sich von der Gestaltung her, ohne jetzt jemandem näher zu treten, von der Gestaltung her vergleichbar schon im sogenannten Einleitungskapitel mit dem Sportbericht.

Hier wird eine Lobeshymne, der Kollege Kovacs hat sie gerade gestaltet, oder zumindest ansatzweise versucht, dem Rosen zu streuen, dem abhanden gekommenen Landesrat außer Dienst, Helmut Bieler.

Wenn Sie dabei als Erstes das Kulturzentrum Eisenstadt anführen, dann ist das der Widerspruch in sich. Wir haben im Kulturzentrum Eisenstadt eine sehr, sehr hohe Investitionssumme und wenn ich mich recht erinnere, haben Sie als Erstes, Herr Kollege Steindl wird dem sicherlich auch nähertreten können, als Erstes dann beim nächsten Rechnungsabschlussbericht die Frage gestellt, wieso sind die Kulturagenden in der Zahlungssituation jetzt plötzlich so explodiert.

Naheliegend, weil das ein BBB-Modell ist. Dass die Finanzierung dann jährlich stattfinden muss, ist natürlich ein Handicap, das alljährlich sich auch in den Finanzen niederschlägt. Aber was noch viel entscheidender und heute tragfähiger ist, ist die Situation, dass das Kulturzentrum Eisenstadt in den letzten Monaten immer weniger vom Land bespielt wird. Wenn Sie nämlich Einladungen verfolgen, die in letzter Zeit stattgefunden haben, wo finden die meisten Veranstaltungen statt? Im Schloss Esterházy!

Das heißt, wenn ich das jetzt kritisch, und Sie können wieder das so sehen, dass das wieder gesagt wird, er sagt das wieder so. Wenn ich es kritisch beurteile, und der nächste Schritt sind Sie, Frau Kollegin Salamon, mit dem Kulturzentrum Mattersburg. Wenn das der Fall ist, dann stellt sich nämlich in den Kulturfinanzen eines ein, und Sie können das nachvollziehen in dem Bericht in jedem Detail. Das Meiste ist verplant, was Kulturleistungen anlangt, an einzelne Punkte.

Sei es jetzt Musikschulwesen, aber in der Hauptsache an sogenannte Infrastrukturgegebenheiten wie Kulturzentrum Eisenstadt, KSB oder KBB erhält fünf Millionen Euro pro Jahr und das Gesamtvolumen des Budgets ist nicht um vieles höher.

Tatsache ist, dass wir eine Situation haben, die in der Diskussion durchaus sehr kritisch anzumerken ist. Wenn dann in der sogenannten Vorwortsituation beim ausgeschiedenen und abhanden gekommenen Landesrat Bieler ein Leitmotiv steht, nämlich nicht die Kultur fördern und -vielfalt fördern, sondern er war sparsam.

Da möchte ich in dem Zusammenhang jetzt nicht auf die Kulturleistung erinnern, die im Zusammenhang mit den Swap-Geschäften stattfindet. Das war Sparsamkeit pur, die wird sich noch für jeden einzelnen von Ihnen auch in der Verantwortung zeigen und exakt für die Burgenländerinnen und Burgenländer. Bei Ihnen ist es relativ, aber das, was leistungssteigernd anzuführen ist, ist nicht so besonders. Tatsache ist, dass wir im Kulturbericht auch eine Besonderheit ausführen, weil nämlich Forschung auch Bestandteil der Kulturberichterstattung ist.

Und für alle zur Kenntnis, die das vielleicht nicht durchgeackert haben oder sich nicht angesehen haben. Die Fachhochschule erhält pro Jahr zirka 3,7 Millionen Euro. Dass das jetzt eine Kultursituation darstellt, ist für mich nicht direkt evident, aber das mag so sein, dass man das dort untergebracht hat.

Aber noch viel kritischer anzumerken in der sogenannten Kulturberichtspflege ist folgender Umstand. In der Fachhochschule ist der Studiengang Gesundheit, Krankenpflege und Physio mit einem Betrag im Kulturbericht auf das Jahr mit 791.616 Euro ausgewiesen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie der Studienjahrgang

und Lehrgang in diesen Kulturbericht Eingang finden kann und wieso dieser Budgetposten hier stationiert ist, das fragt sich wahrscheinlich, nachdem er es jetzt zur Kenntnis gebracht bekommen hat, jeder einzelne Burgenländer und jede einzelne Burgenländerin.

Das ist etwas, was im Verhältnis etwas darstellt, das ich nicht nachvollziehen kann. Auf der anderen Seite, und das mache ich jetzt mit Nachdruck bei dieser Berichterstattung auf den sogenannten Kulturbericht, ist eines auffällig, nämlich die Geringschätzung in finanzieller Hinsicht der burgenländischen Minderheiten.

Sie können das jetzt kritisch beleuchten, aber eines steht fest. Wenn Sie jetzt alle Komponenten dieses Kulturberichtes auf die Minderheiten, seien es jetzt die Kroaten, seien es jetzt die Roma, seien es jetzt die Ungarn bezeichnen und benennen, dann kommen Sie auf eine Summe, die im Endeffekt nicht nur marginalst in Prozentsätzen auf die gesamte Kulturleistung in finanzieller Ausstattung ist, sondern die im Endeffekt die totale Geringschätzung der burgenländischen Vielfalt, die als Motto für das vergangene Kalenderjahr angesetzt war, Geltung hat.

Das, was die burgenländischen Minderheiten in ihrem Bestand für das Burgenland leisten, ist mit einer Minimalstsumme abgegolten, die im Endeffekt auch nicht schönzureden ist, sondern das ist quasi nicht nur eine Vernachlässigung, sondern eine traurige Angelegenheit, die mehr als keine Rücksichtnahme auf die Identität des Burgenlandes auszeichnet.

Wenn das dann quasi die gesamte Kulturleistung ist, dann stelle ich dem, was jetzt Minderheiten anlangt, genauso wie beim Sportbericht, die Galanacht des Sportes mit zirka 65.000 Euro als Ansatzpost drinnen ist, hier eines entgegen: Im Kulturbericht, den wir heute diskutieren und vorliegen haben, ist das Kultinarium in Wien, wo die sogenannten Leistungsträger des Burgenlandes, die Burgenländische Landesregierung immer ganz besonders auftritt, mit einem Sponsorbetrag gefördert, das ist natürlich Kulturexport nach Wien auf die Freyung mit 2.500 Euro nicht genug, dann gibt es noch eine Zusatzposition mit 800 Euro, das heißt, 3.300 Euro ist uns das Kultinarium in Wien als Kulturexport wert, und im Verhältnis gibt es in den einzelnen Ortschaften, im Trägervereinssinne, von den Roma beginnend über die Ungarn, über die Kroaten eine Vielzahl von Leistungen, die im Endeffekt dann mit einer Subvention von 500 Euro für eine Tracht abgegolten werden.

Wenn das die Förderung, der im Staatsvertrag festgehaltenen Rechte und der Gegebenheiten burgenländischer Minderheiten darstellt, dann gute Nacht, und dann ist mir um die Kultur im Burgenland wirklich bange.

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Ich möchte doch noch einige Worte auf den Kollegen Steier draufsetzen. Also wenn jetzt kritisiert wird, für Landesrat Helmut Bieler, der sich große Verdienste gemacht hat, vor allem im Bereich der Kultur, *(Abg. Gerhard Steier: Warten Sie, bis Sie alles wissen. Auch in finanzieller Hinsicht.)* nämlich nachhaltig die Kultur im Burgenland zu positionieren, ich habe es vorher erwähnt, auch der Mag. Steindl hat es erwähnt, mit dem Haydnjahr, mit dem Lisztjahr, mit dieser, eben wie gesagt, Nachhaltigkeit, dann bringen Sie ein Beispiel mit dem Kulturzentrum.

Das Kulturzentrum, das wage ich zu behaupten, ist wahrscheinlich so gut ausgelastet wie kein anderes Kulturzentrum im ganzen Burgenland. Also gerade das als Beispiel zu bringen, finde ich äußerst gewagt.

Wenn der Schulterschluss gelungen ist mit dem Schloss Esterházy, *(Abg. Gerhard Steier: Das ist nur zu begrüßen, aber die anderen …)* den immerhin unser Landesrat Hans Peter Doskozil in den letzten Jahren eingeleitet hat, *(Abg. Gerhard Steier: Wer hat das verursacht?)* dann kann man auch nur dazu gratulieren.

Ich bin der Meinung, weil das alles Synergien sind, auf der einen Seite Kultur, auf der anderen Seite Tourismus, also um dieses Herumjammern den ganzen Tag, das tut schon ein bisserl weh. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es gibt jetzt keine Wortmeldungen mehr, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Kulturbericht 2017 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1437) über die Haushaltsergebnisse 2016 gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 - Gutachten (Zahl 21 - 1016) (Beilage 1477)

Präsident Christian Illedits: Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 1437, über die Haushaltsergebnisse 2016 gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 - Gutachten, Zahl 21 - 1016, Beilage 1477.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Heger.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Peter Heger: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Bericht des Rechnungshofes betreffend Haushaltsergebnisse 2016 gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 - Gutachten in ihrer 34. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 3. Oktober 2018, beraten.

Gemäß § 42 Abs. 3 wurde beschlossen, vom Rechnungshof MR DI Klaus Pichler, MBA den Beratungen beizuziehen.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den gegenständlichen Bericht des Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

MR DI Klaus Pichler, MBA gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Berichtes.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Haushaltsergebnisse 2016 gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 - Gutachten wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun das Wort Herrn Klubobmann Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat die Haushaltsergebnisse gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 überprüft.

Der Vertreter des Rechnungshofes hat im Ausschuss im Zusammenhang mit diesem Bericht das Wort „unkonventionell“ in den Mund genommen, weil es sich bei diesem Bericht um ein Gutachten handelt. Ein Gutachten, dessen Erstellung unter bestimmten Umständen im Stabilitätspakt selbst vorgesehen ist, verpflichtend und zwar dann, wenn die Statistik Austria bei der Bewertung und bei der Berechnung der Haushaltsergebnisse von Bund, Ländern und Gemeinden einen sogenannten sanktionsrelevanten Sachverhalt feststellt.

Bei der Feststellung eines solchen Sachverhaltes kommt es auf vier Kennzahlen an: auf den Maastricht-Saldo, auf den strukturellen Haushaltssaldo, auf das Ausgabenwachstum und auf die Schuldenquotenanpassung.

Wenn man sich jetzt das ansieht, was die Statistik Austria bewertet und berechnet hat und zwar in Zusammenschau mit dem, was der Rechnungshof dazu sagt, dann kann man zumindest als Laie durchaus zum Schluss kommen, dass dieser Stabilitätspakt, sagen wir so, etwas ziemlich Flexibles ist.

Bei allen vier Kennzahlen gibt es entweder Ausnahmetatbestände oder es gibt unterschiedliche Rechtsauffassungen, die in weiterer Folge zu unterschiedlichen Ergebnissen führen oder es gibt Ausnahmen für die Anwendung einer Regel, wodurch ein sanktionsrelevanter Sachverhalt überhaupt und von vornherein ausgeschlossen wird.

Ob das alles letztendlich so Sinn macht, das bezweifle ich, als kleiner Provinzabgeordneter bleibt man jedenfalls etwas ratlos zurück.

Dennoch zu den Ergebnissen: Beim Maastricht-Saldo verfehlten der Bund und die Länder im Gegensatz zu den Gemeinden in Summe ihre Haushaltsziele.

Löbliche Ausnahme unter den Bundesländern ist neben Salzburg unser Bundesland, das Burgenland.

Dasselbe gilt für die Schuldenquotenanpassung - auch hier erreichten die Länder ihre Haushaltsziele in Summe nicht, das Burgenland als eines, in diesem Fall von vier Bundesländern, jedoch schon.

Was das Ausgabenwachstum anbelangt, haben die Länder die Ziele in Summe erreicht, im Gegensatz zum Bund und zu den Gemeinden.

Hier werden aber europarechtliche Ausnahmetatbestände im Zusammenhang mit der Migrationskrise und der Terrorismusbekämpfung schlagend und beim strukturellen Haushaltssaldo sind wir dann endgültig soweit, dass unterschiedliche Rechtsansichten für mehr Nebel als für klare Sicht sorgen.

Meine Damen und Herren! Was daher bleibt, sind zwei Feststellungen: Das, was hier als Regelwerk gilt, das ist zumindest nicht nutzerfreundlich, aber in dieser Form mitunter auch insgesamt auf den Sinngehalt zu hinterfragen.

Und zweitens, was man dementsprechend immer davon halten mag, auf Basis dessen, was gilt, wird dem Burgenland in Sachen Haushaltsziele ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Vielen Dank an dieser Stelle an die Kollegen vom Rechnungshof, die es bei dieser Prüfung sicherlich nicht einfach hatten.

Wir nehmen dieses Gutachten zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner, der sich zu Wort gemeldet hat, ist Herr Abgeordneter Mag. Wolf, M.A..

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank Herr Präsident. Ich schließe mich fast zu 100 Prozent meinem Vorredner an und darf entsprechend auch diesen Rechnungshofbericht für meine Fraktion zur Kenntnis nehmen.

Das Einzige, was in diesem Bericht noch in irgendeiner Weise das Burgenland betrifft ist, dass der Rechnungshof zum einen dem Ministerium eine webbasierte Darstellung des Stabilitätsrechners empfiehlt, und das Burgenland begrüßt diesen Vorschlag von Seiten des Rechnungshofes. Auf der anderen Seite ist das Land Burgenland aber selbst nicht in der Art transparent, in der wir das gerne hätten, und das ist im Prinzip die Kritik, die wir hier gleich mitnehmen und anbringen können.

Im Zuge der Transparenz wissen wir ja, dass das Land Burgenland noch einiges an Aufholarbeit zu leisten hat, und dementsprechend nehmen wir diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter.

Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Heger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Peter Heger (SPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon sehr vieles gesagt worden, und auch ich unterstreiche viele dieser Aussagen, die heute bisher gemacht wurden.

Allerdings ist es schon so, dass hier ein äußerst widersprüchlicher Bericht des Bundesrechnungshofes vorliegt, der doch zahlreiche Probleme aufzeigt.

Probleme, die mit Datenübermittlung, Datenbewertung, Rechtssicherheit, Zeitschiene, fehlender webbasierter Bereitstellung der Daten des Stabilitätsrechners, die in diesem Fall ausschließlich die Rechtsansicht des Ministeriums widerspiegelten, betrifft.

Aber gerade deshalb ist der vorliegende Rechnungshofbericht so wichtig, denn er soll ja letztlich Einvernehmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden herstellen, was die Bewertung dieser Daten betrifft.

Der Stabilitätspakt ist eine Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Und er behandelt sanktionsrelevante Tatbestände. Erstmals wurde er 2017 betreffend die Haushaltsergebnisse als Grundlage für den Bericht der Statistik Austria und dem vorliegenden Rechnungshofbericht angewandt.

Ich möchte jetzt nicht technisch werden, denn vieles wurde, wie schon erwähnt, von den Vorrednern gesagt, ich möchte mich auf wesentliche, wichtige Feststellungen sowie auch auf wesentliche Empfehlungen - und davon gibt es ziemlich viele - beschränken.

Zunächst ist es wichtig, zu wissen, dass die Feststellungen der Statistik Austria und des Rechnungshofgutachtens insgesamt die vier erwähnten Kennzahlen betreffen. Was das strukturelle Haushaltssaldo, Ausgabenwachstum und Schuldenquotenanpassung betrifft, hat mich beim ersten Lesen des Rechnungshofberichts, vor allem der Zusammenfassung des Berichts der Statistik Austria vom 29. September 2017 doch einiges überrascht.

Da heißt es nämlich auf Seite 20 des Rechnungshofberichtes: „Der Bund und die Länder in Summe verfehlten die Haushaltsziele für alle vier Fiskalregeln."

Das ist mir aber dann doch ziemlich eigenartig vorgekommen, gerade weil ich mir auch die Kurzfassung der Feststellung der Statistik Austria und des Rechnungshofs auf Seite 9 angeschaut habe, also einige Seiten vorher, und hier heißt es zum Haushaltssaldo nach ESVG: „Hinsichtlich des vorliegenden sanktionsrelevanten Sachverhaltes konnte die Statistik Austria keine abschließende Aussage treffen, da ihr Informationen zur Beurteilung fehlten.

Zum strukturellen Haushaltssaldo hinsichtlich des Vorliegens sanktionsrelevanter Sachverhalte konnte die Statistik Austria keine abschließende Aussage treffen, da ihr Informationen zur Beurteilung fehlten und rechtliche Unsicherheiten betreffend die Interpretationen vom Österreichischen Stabilitätspaktbestimmungen bestanden."

Beim Ausgabenwachstum steht: „Es lag nach Meinung der Statistik Austria kein sanktionsrelevanter Sachverhalt vor" und bei der Schuldenquotenanpassung - und das wurde schon positiv erwähnt - lag nach Meinung der Statistik Austria ein sanktionsrelevanter Sachverhalt beim Bund und bei den Ländern Kärnten, Oberösterreich, Steiermark, Vorarlberg und Wien vor. Hier bleibt das Burgenland unerwähnt.

Sie werden sich jetzt zu Recht fragen, wie gibt es das?

Das hängt teilweise auch mit der Zeitschiene zusammen, denn der Bericht der Statistik Austria wurde vereinbarungsgemäß im September 2017 vorgelegt und der Rechnungshof stellte betreffend den Maastricht-Saldo 2016 fest:

„Der Maastricht-Saldo des Bundes 2016 betrug minus 1,29 Prozent des BIP, jener der Länder 0,5 Prozent des BIP und jener der Gemeinden plus 0,01 Prozent des BIP."

Der Vergleich mit den Regelgrenzen zeigt, dass die im Österreichischen Stabilitätspakt 2012 vorgegebenen Untergrenzen für den Maastricht-Saldo nur von den Gemeinden eingehalten wurden, nicht jedoch vom Bund oder von den Ländern in Summe. Von den Ländern konnten nur Burgenland und Salzburg ihre Stabilitätsziele erreichen.

Zum strukturellen Haushaltssaldo stellt der Rechnungshof fest, dass diese Bestimmungen zur Beurteilung einer Verletzung der Regelgrenze auf verschiedene Artikel des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 verteilt und daher unübersichtlich waren.

Zudem war nicht geregelt, in welcher Reihenfolge die Bestimmungen anzuwenden waren und ob diese kumuliert angewendet werden konnten.

Die Europäische Kommission genehmigte die Zusatzausgaben für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung befristet als Ausnahme für die Berechnung der Fiskalregeln. Es war der Statistik Austria aber nicht möglich, diese Zusatzausgaben bei der Beurteilung der Sanktionsrelevanz zu berücksichtigen. Ganz einfach deshalb, weil ihr bis zum Zeitpunkt der Berichtslegung keine Informationen zur Aufteilung der Zusatzausgaben zur Verfügung standen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie merken schon, dass es viele Unklarheiten bezüglich der anzuwenden Rechtsrahmen gab und da teilweise auch Informationen zur Beurteilung fehlten, noch rechtliche Unsicherheit betreffend der Interpretation von österreichischen Stabilitätspaktbestimmungen bestand.

Es wurde sowohl von der Statistik Austria als auch vom Rechnungshof beanstandet, dass die Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit angewandt wurde.

Nach Ansicht des Ministeriums war für die Beurteilung der Sanktionsrelevanz nämlich auch die Zahlung des Bundes und der Länder an die Europäische Kommission aufgrund des EU-Eigenmittelabschlusses in der Höhe von insgesamt 180,22 Millionen Euro zu berücksichtigen.

Nach Ansicht des Rechnungshofes waren die sachlichen Voraussetzungen für die Anwendung dieser Rechtsbestimmung jedoch nicht mehr gegeben, weil diese Rechtsbestimmungen das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit regelt, Österreich sich aber im Jahr 2016 nicht mehr in einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit befand und einmal Maßnahmen grundsätzlich bei der Berechnung des strukturellen Saldos und des Ausgabenwachstums nicht jedoch bei der Berechnung des Haushaltssaldos nach ESVG heranzuziehen waren.

Die Statistik Austria hatte zum Zeitpunkt der Berichterstellung am 29. September nicht sämtlich dafür erforderliche Daten zur Verfügung und dies betraf insbesondere, und ich wiederhole das noch einmal, die Zusatzausgaben für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung, die vom Ministerium erst im Dezember 2017 übermittelt wurden, und die Ausgaben zur Stabilisierung der Finanzmärkte, die vom Ministerium im Dezember 2017 aktualisiert wurden.

Das Ministerium stellte der Statistik Austria im Wege des sogenannten Stabilitätsrechners Daten zur Berechnung der Haushaltsergebnisse zur Verfügung, und diese Daten waren in einzelnen Fällen nicht aktuell, fehlten im Stabilitätsrechner oder waren schlicht und ergreifend falsch.

Dazu kommt, dass die im Stabilitätsrechner abgebildeten Berechnungen hinsichtlich des strukturellen Saldos ausschließlich die Rechtsmeinung des Ministeriums widerspiegelten. Und die für die Berechnung des Ausgabenwachstums vom Ministerium bereitgestellten Regelgrenzen waren nicht zur Gänze nachvollziehbar.

Der Rechnungshof hob folgende Empfehlungen noch hervor: Die Regelungen des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 sollten im gesamten Sektor staatsumfassend, sämtliche für die Berechnung der Haushaltsergebnisse erforderlichen Daten enthalten. Diese wären vom Ministerium vollständig und nachvollziehbar der Statistik Austria und allen Vertragspartnern zur Verfügung zu stellen.

Das Ministerium sollte, das hat Kollege Molnár schon erwähnt, eine webbasierte Bereitstellung des Stabilitätsrechners zum Beispiel wegen einer Downloadmöglichkeit sicherstellen, die gewährleistet, dass alle Anwenderinnen und Anwender die gleiche Version verwenden. Eine Dokumentation der einzelnen Versionen des Stabilitätsrechners wäre anzulegen, damit die Unterschiede zwischen den einzelnen Versionen unmittelbar klar ersichtlich sind.

Wo besteht jetzt noch die Kritik am Bundesministerium von Seiten des Rechnungshofes?

Vor allem ist es technische Kritik bezüglich Daten, Datenqualität und das fehlende Schlichtungsgremium. Unterm Strich ist der Bericht eigentlich ein Dokument der Unzulänglichkeiten und fehlender Rechtsgrundlagen. Und es ist deshalb festzuhalten: Es hat, was die Steuerungs- und Kontrollmechanismen betrifft, wenig funktioniert. Der vorliegende Bericht ist ein Mischmasch aus Kontrollbericht und Gutachten. Und der Stabilitätsrechner ist eines der größten Probleme. Ebenso das schlechte Datenmaterial, das zur Verfügung gestellt wurde.

Unterm Strich bleibt: Der Bericht war viel Arbeit, hat aber wenig Aussagekraft, ist ein Bericht mit Schwächen, auch aus rechtlichen Gründen, und ist als Steuerungsinstrument mit Vorsicht zu genießen.

Trotz der Schwächen, die dieser Bericht zutage bringt, ist es wichtig, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, denn dass die zahlreichen Empfehlungen von Statistik Austria und Bundesrechnungshof aufgenommen, die Datenquellen verbessert, die Interpretationsspielräume geschlossen, die Schlichtungsgremien und das Österreichische Koordinationskomitee eingerichtet und der Stabilitätsrechner überarbeitet werden, ist genauso wichtig wie, dass die Datenübermittlung durch das Bundesministerium für Finanzen nicht per E-Mail mittels einer gewöhnlichen Excel-Datei oder telefonisch erfolgen kann. Das kann einfach nicht sein, denn das ist wohl absolut inakzeptabel.

Sowohl die Statistik Austria als auch der Bundesrechnungshof haben ihre Aufgaben je nach ihren Möglichkeiten wahrgenommen, und deshalb wird meine Fraktion diesen Rechnungshofbericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach meinem Vorredner und nach der Berichterstattung, die Herr Klubobmann Géza Molnár gemacht haben, ist eigentlich dem sogenannten Rechnungshofbericht zum Stabilitätspakt nichts hinzuzufügen. Ich möchte aber ein paar Parameter, die in allgemeiner Hinsicht das erklären, was den Stabilitätspakt und österreichische Finanzverhältnisse betrifft, festhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und dessen rühmt sich ja jetzt auch die türkis-blaue Bundesregierung. Wir haben eine Situation im gesamtwirtschaftlichen Aufkommen in Österreich, erstens niedrige Zinsen, eine hervorragende Konjunktur, die bei 3,2 Prozent liegt. Und auf der anderen Seite einen totalen nicht erwartbaren Abbau Verdienstreigen bei den „Bad Banks“, die uns insgesamt auf 30 Milliarden Euro Schulden getrimmt gehabt haben. Von Kommunalkredit über Hypo-Alpe-Adria und anderen Gegebenheiten, die jetzt abgebaut auf zirka die Hälfte schon erfolgt sind und woraus auch das Burgenland einen großen Profit geschlagen hat.

Wenn Sie sich erinnern, war bei uns auch eine Rede in dem Aufkommen bei der Hypo-Alpe-Adria im Sinne der Leistungen der Bundesländer, damit ein Bundesland nicht in Konkurs gehen soll von irgendwo bei 80 Millionen Euro die Rede, das ist dann schlussendlich, so wie es Landesrat außer Dienst Helmut Bieler verkauft hat, auf zirka 7,8 Millionen reduziert worden. Was aber nicht eine Leistung im Sinne der Verhandlungen war, sondern geschuldet dem Abbau der „Bad Banks“, die sich jetzt im Moment so bei zirka 15,2 Milliarden Euro Schulden bewegen. Und das schlägt sich nieder in der österreichischen Situation auf die Schuldengegebenheiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Erinnerung! Ihnen allen ins Gedächtnis gerufen: 2007 betrug der österreichische Gesamtschuldenstand 65 Prozent der Wirtschaftsleistung. 2010 war er dann sprunghaft wieder bezogen auf die „Bad Banks“ auf 82,7 Prozent gesteigert worden.

2015 war dann der Höhepunkt mit 84,8 Prozent und 2017, und das ist jetzt auch schon eine ruhmreiche Erkenntnis, die sich Türkis-Blau an die Fahnen heftet, ist er gesunken auf 78,3. Und er wird heuer, wenn dieses Jahr vorüber ist, wieder gesunken sein.

Aber der letzte Ansatz, und es wurde ja auch allgemein protegiert, waren sechs Milliarden Euro Schuldentilgung auf nunmehr 290 Milliarden Euro Schulden des Gesamtstaates Österreich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem Zusammenhang wird dann oft auch nicht nur im Stabilitätspaktsinne, sondern allgemein erklärt, dass wir nächstes Jahr ein Nulldefizit schaffen werden. Ich möchte daran erinnern, dass dem gegenüber in der sogenannten Verkündigung dieses Anspruches eines entgegensteht. Wir haben viele, so wie im Burgenland, und das war auch ein Kritikpunkt dieses Stabilitätspakt-Rechnungshofberichtes, wir haben viele ausgelagerte Gesellschaften, die im Endeffekt entweder sich eigenfinanzieren oder die über Zuschüsse durch allgemeine Budgets finanziert werden.

Tatsache ist, dass diese ausgelagerten Gesellschaften schon bei Grasser in der Konstruktion waren und dazu gedient haben, dass sich quasi erstmals nach vielen Jahren diese ruhmreiche Erkenntnis, wir hätten ein Nulldefizit geschafft, eingestellt hat.

Und der eigene Anspruch, der richtig war, war der Finanzminister Edlinger, wenn Sie sich erinnern. Das war der mit der Krawatte, wo verschiedene Tierarten immer drauf waren. Der hat als Erster und wirklich nachträglich in der Zweiten Republik eines geschafft, weil zu dem Zeitpunkt nämlich noch keine ausgelagerten Gesellschaften den Reigen der Finanzierung innerhalb des österreichischen Staatsgetriebes bestimmt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Grunde genommen ist eines, das im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt anzuführen ist, sehr erkenntnisreich. Die Einzigen, die gerühmt werden, die den Stabilitätspakt im Sinne des Auftrages erfüllt haben, sind die Gemeinden gewesen. Wieder einmal. No na ned.

Denn die Gemeinden werden immer von der Landesbehörde angehalten, ja nicht dort drüber zu steigen und irgendwo falsch zu wirtschaften, denn da gibt es dann auch diesen Sanktionsmechanismus, der schon von vornherein schlagend wird.

Wer sie nicht schafft - und das über Jahre jetzt schon - sind die Länder und auch gleichzeitig dann speziell der Bund, der hier entgegensteht. Die Länder werden dann ausgeglichen, immer gerechnet mit den Gemeinden in der sogenannten Reduktion. Und daraus ergibt sich dann quasi, dass die Länder positiv abschneiden. Nur der Bund als solcher ist quasi derjenige, der auffällig dagegen wirkt.

Eines zum Abschluss auf diesen Rechnungshofbericht, dass wir uns immer wieder rühmen, auch als Bundesland, quasi als Vorzeigebundesland anführen zu können. Die Gesamtschuldendarstellung auf 2017 bezogen auf die Bundesländer eine sogenannte Pro-Kopf-Verschuldung, die sich in Kärnten, wohlgemerkt, das ist immer sehr widersprüchlich, weil es sich hier ja nur um den sogenannten Einzelhaushalt, nicht um den Gesamthaushalt handelt. Die ausgelagerten Gesellschaften sind hier nicht eingerechnet. Genauso wie beim Bund, Ländern und auch bei den Gemeinden.

In diesem Pro-Kopf-Schuldenbereich der Bundesländer führt Kärnten mit 7.000 Euro pro Kopf, gefolgt von Niederösterreich und der Steiermark. Und das Burgenland kommt nach Niederösterreich und der Steiermark mit einem Schuldenstand pro Kopf von 4.200 Euro. Wobei vor uns gelagert Wien und Tirol sind. Und Tirol den niedrigsten Schuldenstand auf das Bundesland bezogen mit 1.000 Euro ausweist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir vom Stabilitätspakt und auch in der Überprüfung vom Rechnungshof diskutieren und reden, dann sollten wir eines zur Kenntnis nehmen, das ist zwar eine vorgeschobene, formale, schriftliche Darstellung, in rechnerischer Hinsicht nachgeprüft und dargestellt vom Rechnungshof.

Auf der anderen Seite die faktenbasierte und finanztechnisch wichtigen Kernaussagen sind andere und die sollten in der Vermittlung nicht immer vorgetäuscht werden, nur am sogenannten Kernhaushalt, sondern da sollte man immer berücksichtigen, was Gesamtschuldenstand, zum Beispiel im Bund mit ÖBB, mit ASFiNAG und anderen Einrichtungen betrifft.

Und gleichzeitig im Burgenland mit allen Holdingbetrieben, die in der Ausführung ja um etliches, nicht nur zusätzliche Schulden angehäuft haben, die sie dann quasi in der eigenen gesellschaftlichen Darstellung abhandeln, sondern die auf der anderen Seite auch eine entgegen den Ansprüchen der Landesregierung mit einer sogenannten Reduktion der Administration, sprich mit weniger beamteten oder angestellten Personen auskommt, im Gegensatz dazu aber in den ausgelagerten Gesellschaften etliche zusätzliche Posten und Personen aufgenommen hat und geschaffen hat, die das System, wenn sie zusammengerechnet werden, total konterkarieren. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Haushaltsergebnisse 2016 gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 - Gutachten wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1410) betreffend „Mehr Fachkräfte im Burgenland für das Burgenland ausbilden“ (Zahl 21 - 1002) (Beilage 1478)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es folgt die Behandlung des 8. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1410, betreffend „Mehr Fachkräfte im Burgenland für das Burgenland ausbilden“, Zahl 21 - 1002, Beilage 1478.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagspräsidentin Ilse Benkö.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtausschuss und der Wirtschaftsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Mehr Fachkräfte im Burgenland für das Burgenland ausbilden“ in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 3. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag. Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Mehr Fachkräfte im Burgenland für das Burgenland ausbilden“, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Berichterstatterin. Ich erteile Herrn Abgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner dazu das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt uns ein Entschließungsantrag, ein ganz besonderer vor, wie ich meine, und der hätte sich einen Initiativantrag oder einen Dringlichkeitsantrag oder sogar eine Aktuelle Stunde verdient. Aber, wir haben ja keine Möglichkeit in der Opposition mit zwei Mann oder einem Mann und eine Frau das einzubringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke, wir sollten sich wirklich große Gedanken wegen der Fachkräfte im Burgenland machen, weil es ganz enorm drängt, dass wir Fachkräfte in unserem Land selbst ausbilden, und auch hier schlussendlich schauen müssen, da die ungarischen Arbeitskräfte schön langsam ausgehen.

Warum werden sie ausgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren? Weil in Ungarn ein dementsprechender Bauboom herrscht, wie auch bei uns im Burgenland und in Österreich.

Das muss man klar und deutlich zur Kenntnis nehmen. Jedoch ist es jetzt klar. Wenn ich bedenke, bei uns ein Fliesenleger, der hat acht Fachkräfte gehabt als Fliesenleger, jetzt sind ihm zwei übrig geblieben, der Rest waren sechs Leute aus Ungarn, die sich selbständig gemacht haben, jetzt auch in Ungarn, und auch dort gutes Geld verdienen.

Deshalb sage ich, Gott sei Dank ist es so, aber auf der anderen Seite fehlen jetzt die Fachkräfte. Woher soll er die dementsprechenden Fliesenleger nehmen, Zimmerer, Tischler, et cetera. Da haben wir jahrelang schon darauf hingewiesen, hier gehört etwas unternommen. Hier gehören seitens der Politik Rahmenbedingungen gesetzt. Wir haben daher einen, wieder einmal einen Antrag eingebracht, meine sehr geehrten Damen und Herren, und siehe da, wiederum kommt seitens der SPÖ und FPÖ ein Abänderungsantrag.

Wenn ich mir diesen Abänderungsantrag ansehe, ist ja alles schön und gut, aber da steht, was schon alles gemacht wird, denn es wird schon alles gemacht. Da wird der Fahrtkostenzuschuss, der Lehrlingsförderungszuschuss, der Wohnbaukostenzuschuss, der Qualifikationsförderungszuschuss, das Semesterticket und Lehre mit Matura angeführt. Das ist überhaupt eine so lustige Geschichte, denn da sind wir immer stolz, dass wir die höchste Maturantenquote haben, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nicht mehr!)* es steht noch immer da in dem Abänderungsantrag.

So, und dann frage ich mich, wenn das nicht greift, dann muss man eben andere Maßnahmen andenken, ich sage ja nicht mehr wie andenken, und auch diskutieren und schlussendlich auch zusammensetzen und sagen, was kann man gemeinsam tun? Bei

uns lautet die letzte Aufforderung, die Landesregierung wird aufgefordert, zusammen mit Arbeitgeber-, Arbeitnehmervertretern sowie im Landtag vertretenen Parteien, alle im Landtag vertretenen Parteien, ein konkretes Modell zur Förderung der Ausbildung von Fachkräften im Burgenland zu entwickeln, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben noch gar nicht gesagt, es muss jetzt irgendwas gleich stante pede passieren. Was geschieht bei dem Abänderungsantrag?

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zur umfassenden Förderung und Qualifizierung aufrecht zu erhalten, aufeinander abzustimmen und nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten bedarfsgerecht auszubauen.

Dann bekommen wir nie eine vernünftige Lösung zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Daher ist dieser Abänderungsantrag sofort in den Rundordner zu geben und sofort unser Antrag zu unterstützen und gleichzeitig sich zusammenzusetzen und zu schauen, welche Möglichkeiten gibt es tatsächlich, mit Unterstützung seitens der Wirtschaft, egal, wie auch immer, auch der Arbeitnehmer, wie sie sich das vorstellen, und es muss auch einmal eine klare Aufwertung der Fachkräfte geben.

Wenn ich sage, ich bin ein Maurer, dann bin ich gar nichts. Wenn ich sage, ich bin ein Tischler, na ja, ein Tischler. Aber wenn ich sage, ich habe eine Matura, was bin ich dann? Dann wird man in eine gehobene Klasse gehoben, stimmt so nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein Problem! Ein Riesenproblem! Mit unseren Facharbeitern, die anscheinend sehr Mangelware geworden sind, schon seit Jahren, wir haben nicht darauf geachtet, und jetzt stehen wir an. Das wäre die Dringlichkeit.

Daher würde ich alle bitten, diesen Abänderungsantrag zu vergessen, zieht ihn einfach zurück, beinhart zurückziehen, denn das ist überhaupt keine Schande, meine sehr geehrten Damen und Herren seitens der SPÖ und der FPÖ. Da vergibt man sich nichts und sagt ganz einfach, dieser Antrag ist in Ordnung, den Gerhard Hutter und Manfred Kölly eingebracht haben, denn wir wissen schon, von was wir reden, wir kommen nämlich von der Wirtschaft, uns fehlen die Leute dementsprechend, und da sind wir uns hoffentlich einig.

Daher, gemeinsam mit allen Fraktionen zusammensetzen, mit allen dementsprechenden … *(Abg. Gerhard Steier: Huldigen wir der Wirtschaft?)* Ja, Herr Kollege Steier, es ist aber so. *(Abg. Gerhard Steier: Ja, eh!)* Man tut sich ja nichts an, wenn man sagt, in Ordnung, nehmen wir den Abänderungsantrag zurück, die Medien sind ohnehin alle nicht mehr da, das weiß morgen keiner mehr. Wir setzen uns aber trotzdem nächste Woche zusammen und machen etwas daraus.

In diesem Sinne denke ich mir, dass wir alle diesen, unseren Antrag, seitens der LBL zustimmen können. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Liebe KollegInnen! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Inhalt des Antrages und des Abänderungsantrages hat Kollege Kölly schon einiges gesagt und eingeleitet. Es ist in der Tat so, wenn man diesen Abänderungsantrag, der da vorliegt, anschaut, dann hat man so auf das Erste fast den Impuls, diesen alten Schlager zu singen, so schön wie heute, so

müsste es bleiben. Es ist alles gut. Eine Weiterentwicklung bleibt unverbindlich und nach Maßgabe möglicher Mittel. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man genauer hinschaut, dann merkt man, dass alles, was hier in der Beschlussformel steht, fast 1:1 aus einem ebenso bereits von uns hier beschlossenen Antrag übernommen ist, aus dem Jahr 2016, denn da haben wir im Juni, das war damals ein gemeinsamer Antrag der Regierungsfraktionen auf Initiative der GRÜNEN und auch mit uns, einiges beschlossen. Das ist jetzt einfach in der Aufzählung wieder hineingekommen, ohne hier eine Evaluierung vorzunehmen.

Das wäre für mich schon eine sehr gute, sinnvolle Arbeit, zuerst einmal zu evaluieren, was hat das, was wir vor zweieinhalb Jahren beschlossen haben, bewirkt? Hat es gegriffen oder nicht? Es kann ja sein, dass wir uns da und dort einmal geirrt haben, oder dass es aus verschiedenen Gründen eine Möglichkeit gab, ein Projekt nicht ganz so durchzuführen.

Nur, was auffällt, ist eine Sache, nämlich, das Allerkonkreteste, wo das Land hätte von sich aus sehr klar aktiv werden können, ist jetzt plötzlich nicht mehr vorhanden. Das ist nämlich die bundesweite Einführung eines Ausbildungsfonds nach Vorarlberger Vorbild. Das wurde entfernt, ohne einer weiteren Begründung, warum das jetzt doch wieder anders ist. Ich bin neugierig, was dann die Kollegen dazu sagen werden. Das heißt, es fehlt eine Evaluierung von einmal beschlossenen Maßnahmen, wie die wirklich umgesetzt wurden. Haben sie gegriffen oder nicht?

Es fehlt auch in diesem Abänderungsantrag etwas, was wir sehr klar wissen, die Lehre hat ein Imageproblem.

Es wird sehr viel von Maturantenquoten gesprochen, aber ich würde gerne von Lehrlingsquoten reden. Weil, es sind gute Jobs, es sind gute Ausbildungen, wir brauchen auch niemandem einreden, dass man heutzutage am besten verdient, wenn man Akademikerin oder Akademiker ist, das stimmt ja einfach so nicht.

Das Wichtige muss doch sein, dass jedes Mädchen, jeder Bursch einmal eine Berufsausbildung oder eine weiterführende Schulausbildung und dann ein Studium macht, nach dem eigenen Empfinden, nach dem, wo ich meine Neigungen habe, nach dem, wo ich mein Interesse habe.

Das kann man später noch immer einmal ändern, aber darum wäre es mir ein großes Anliegen, hier in das Thema Imagepflege zu gehen und, wie gesagt, vielleicht sehen wir ab dem nächsten Jahr Lehrlingsquoten, die hier genannt werden, und wo wir ein Ziel haben, diese Lehrlingsquote auch zu erhöhen.

Was aber für mich schon sehr schmerzhaft ist, ich muss an eine andere Debatte wieder erinnern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In jeder zweiten Landtagssitzung wird hier irgendetwas vom Facharbeitermangel gesagt, und auf der anderen Seite haben wir eine Situation, das wissen wir alle, es gäbe Menschen, die wollen hier arbeiten, es gäbe Menschen, die wollen hier eine Ausbildung machen, es gäbe Menschen, die sind sogar in einem Lehrverhältnis, es gibt hier Lehrbetriebe, die wollen gerne diese Lehrlinge ausbilden. Es gibt nur einen Haken an der ganzen Geschichte für alle, außer den GRÜNEN hier im Raum, das sind die Asylwerber.

Wenn jemand ein Asylwerber ist oder eine Asylwerberin, dann muss man sie nach einem Bescheid möglichst schnell abschieben nach der Meinung der meisten hier im Saal, anstatt das zu tun, was eigentlich im Sinne der Wirtschaft und im Sinne der Ausbildung dieser Menschen nur sinnvoll wäre.

Das heißt, wir haben hier mögliche Facharbeiter, die wir einfach wegschicken, obwohl wir sie brauchen.

Ich bin schon sehr dafür, dass wir Politik weit denken und dass wir Politik nicht eng denken, dass wir Lösungen weit denken und nicht ideologisch denken.

Das, was hier im Abänderungsantrag vorgelegt ist, ist auf jeden Fall keine Weiterentwicklung. Deswegen werden wir dem auch nicht zustimmen können. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! KollegInnen! Hohes Haus! Wir sprechen heute über einen Antrag der Abgeordneten Kölly und Hutter, also sprich der LBL, und einen Abänderungsantrag hinsichtlich der Förderung und Qualifizierung von Lehrlingen, Lehrberufen beziehungsweise Facharbeitern.

Eine Frage, die mir der Herr Abgeordnete Kölly vom Rednerpult nicht beantwortet hat, war, ob das ein berühmter Fliesenleger, den er als Beispiel gebracht hat, hier auch schon Bestrebungen unternommen hat, selber auch einen Lehrling anzustellen und nicht zu warten, *(Abg. Manfred Kölly: Er hat drei! Drei Lehrlinge!)* Ah, dann danke, dann ist diese Frage beantwortet, herzlichen Dank. *(Abg. Manfred Kölly: Sie sind noch nicht ausgelernt.)*

Also, wir sprechen hier von einem Modell, das der Herr Abgeordnete Kölly jetzt gerade bei seiner Wortmeldung entsprechend beworben hat, weil es ja seines ist, so nach diesem Spruch, und ich glaube, das darf ich zitieren, wie es so schön heißt, „Jeder Krämer lobt seine Ware“ oder „An iada Gröma lobt sein Woa“.

Also, das war natürlich nichts anderes als das, was wir jetzt vom Abgeordneten Kölly gehört haben. Er vergisst aber eines dabei, und er hat so ganz überfallsartig schon kurz hier heruntergelesen vom Abänderungsantrag, nämlich, dass das Burgenland schon irrsinnig viel dazu tut, *(Abg. Manfred Kölly: Leider viel zu wenig! Weil sonst hätten wir ja kein Problem.)* viel dazu tut, und wir auch.

Diese Evaluierung wird ja ständig von der zuständigen Fachabteilung und auch vom zuständigen Landesrat gemacht, was auch die dementsprechenden Erfolge schon gezeitigt hat. *(Abg. Manfred Kölly: Wo? Wo denn? Wo?)*

Dass das ein immer wieder sich wiederholender Antrag ist, den der Herr Kölly und die LBL *(Abg. Manfred Kölly: Greifbare!)* hier einbringt, so jedes Jahr zur selben Zeit oder annähernd zur selben Zeit denselben Antrag, *(Abg. Manfred Kölly: Greifbare!)* das ist eben die Ewigkeitswalze, damit der Herr Kölly auch entsprechend hier reüssieren kann.

Ich wiederhole es aber diesmal wirklich bewusst und nicht so im Schnellzugstempo, wie der Abgeordnete Kölly, was tun wir alles schon, um in Wirklichkeit den Problemen gegenzuwirken, dass unsere Wirtschaftstreibenden keine Fachkräfte bekommen. *(Abg. Manfred Kölly: Bist Du selbständig? Hast Du schon einmal einen Lehrling selbst ausgebildet? Hast du schon ausgebildet?)*

Nämlich, einen Fahrtkostenzuschuss, den er schon zitiert hat, der Lehrlingsförderungszuschuss.

Dieser Wohnkostenzuschuss, der Qualifizierungskostenförderungszuschuss. Das sind alles Dinge, die auch zum Teil schon gegriffen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, da müsste man sich natürlich ein bisschen in die Materie hineinarbeiten und nicht nur beim Stammtisch anjammern lassen von dem einen oder anderen Wirtschaftstreibenden, sondern die Gesamtsicht sehen, und dann kommt man schon darauf, dass diese Dinge hier entsprechend eine Unterstützung dahingehend ausmachen, dass wir neue Facharbeiter im Wege der Lehre schon nachbekommen.

Darüber hinaus wissen wir, das Semesterticket, ist halt mehr ein bisschen in Richtung der Studenten als der Lehre mit der Matura gerichtet. Die Lehre mit der Matura, die mit einer Matura endet, heißt ja nicht, dass dieser Mensch nicht ein Facharbeiter wird, und wir kennen genug Menschen, die Lehre mit Matura gemacht haben, die ja dann im Prinzip trotzdem im jeweiligen Bereich auch tätig sind. *(Abg. Manfred Kölly: Er kennt sich nicht aus.)*

Darüber hinaus, und da möchte ich dann bei diesen Zitaten noch ein bisschen einen Sidestep in Richtung meiner Vorrednerin machen. Das Land Burgenland setzt ja darüber hinaus vielfältige Maßnahmen, und das sind, die Lehrlingsoffensive im öffentlichen Dienst, nämlich im Bereich der Landesverwaltung, die natürlich auch fruchtet, genauso wie die Kofinanzierung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten und weitere Qualifikationsmaßnahmen zur Ausbildung oder zur Ablegung der Lehrabschlussprüfung.

Aber, auch das ist dem Herrn Kölly anscheinend zu wenig. Der Lehrlingsbonus für Betriebe und die Imagesteigerung des Lehrberufes. Auch da tut das Burgenland etwas, und es tut auch, glaube ich, im Verhältnis zu den anderen Bundesländern weit mehr, *(Abg. Manfred Kölly: Wo sind denn die Ergebnisse?)* als hier im Prinzip bei den anderen Bundesländern zur Steigerung des Images gemacht wird.

Der „Girls Day“ ist Förderung von Mädchen für technische Berufe. Erst gestern war wieder ein wunderbarer Bericht, oder war es vorgestern, in „Burgenland heute“, wo wirklich mit dem Brustton der Überzeugung Mädchen sagen, Mechatroniker sind vielleicht eher im Image her ein Vorrecht für den Mann, aber wenn ich als Mädchen das will, dann mache ich das auch. *(Abg. Manfred Kölly: Wo sind denn die Fachkräfte? Wo denn?)* Genau das fördern wir und das finde ich gut. Das ist das Image, von dem wir reden und das hier gesteigert wird. *(Abg. Manfred Kölly: Wo sind denn die Fachkräfte? Wo?)*

Auch der Ausbau und die Aktualisierung der Infrastruktur bleiben nicht auf der Strecke und werden ebenfalls unterstützt sowie auch Bewerbungen, Unterstützung trialer Ausbildungsformen. *(Abg. Manfred Kölly: Er ist wirklich überzeugt davon!)* Wenn wir all diese Tätigkeiten, die wir jetzt zusammenfassen, zu dem Vorschlag Kölly oder dem Modell LBL, wie es so schön heißt, in die Waagschale werfen, dann haben wir in Wirklichkeit einen schweren Absatz in Richtung dem Modell LBL, wo es uns ja als Landtag eigentlich sofort die Alarmglocken läuten müssten und daher Achtung.

Sollte der Landtag nämlich das Modell Kölly beschließen, wovon ich hier nicht ausgehe, dann würden wir in Wirklichkeit einer Verschlechterung das Wort reden, als den Zustand, den wir jetzt haben. *(Abg. Manfred Kölly: Du kannst nicht lesen! Das ist Dein Problem.)* Das werden wir wohl nicht wollen, weil das ja auch gar nicht im Sinne der Überschrift des Herrn Kölly gewesen ist. Wenn man sich aber jetzt den Antrag vom Herrn Kölly selber anschaut, dann haben wir hier - außer der Krämer lobt seine eigene Ware oder - einen wunderschön formulierten mehr oder weniger Fesselballon, nämlich die Landesregierung wird aufgefordert, zusammen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie

den im Landtag vertretenen Parteien, in Wirklichkeit heißt der Antrag, ich will auch mitreden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sonst heißt der gar nichts, und das ist bei jedem Antrag, den der Herr Kölly zu irgendeinem Thema einbringt, ständig dasselbe. *(Abg. Manfred Kölly: Du brauchst dich nicht ständig auf mich konzentrieren.)*

Es geht ihm hier nur um sich, um seine im Prinzip Bewerbung, da darf der Herr Hutter mitpartizipieren, aber eigentlich geht es um den Herrn Kölly und es geht auch in Richtung der Landtagswahlen 2020 mittlerweile, weil die Halbzeit haben wir schon überschritten. Wenn er jetzt den nicht reüssiert immer wieder und immer wieder und immer wieder, dann wird es wohl auch dazu kommen, dass er nach der Landtagswahl nicht mehr reüssieren kann.

Daher ersuche ich ganz dringend den Landtag, sich nicht der Gefahr sich auszusetzen, nämlich alles zu verschlechtern, indem er dem Antrag des Herrn Kölly zustimmen, sondern, dass wir dem Abänderungsantrag zustimmen. Weil genau der ist der Evaluierung ständig unterworfen, nämlich die Umsetzung dieser im Jahr 2016 beantragten und beschlossenen Aufgabenstellung hinsichtlich der Facharbeiter, und wir machen da weiter und sind noch mehr danach im Prinzip unterwegs, dass wir hier die Dinge zusammenfassen beziehungsweise aufeinander abstimmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein Sidestep noch zur Bemerkung Kölly: Wenn er hier die budgetären Möglichkeiten als Negativum sieht, dann frage ich mich, wie er das hier machen würde, wenn er in der Regierung wäre. Gott bewahre, aber wenn er in der Regierung wäre, wenn er hier auf kein Budget in Wirklichkeit Rücksicht nimmt.

Wir sind halt einmal im Prinzip begrenzt über die jeweiligen Budgetmittel, die zur Verfügung stehen, und die sind auch zu berücksichtigen. Da kann ich nicht sagen, budgetäre Möglichkeiten sind ein Negativum. Also, ich gehe ja stark davon aus, dass man diesem Sonntagsausflug oder dieser Idee bei einem Sonntagsausflug des Herrn Kölly nicht die Zustimmung erteilt, *(Abg. Manfred Kölly: Der Landwirtschaftskammer den Betrag von 1,0 Mio. Euro wegnehmen.)* sondern dem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilen wird. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Bernhard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ja, mehr Fachkräfte für das Burgenland. Wir müssen im Burgenland Maßnahmen setzen, um mehr Fachkräfte im Burgenland in Beschäftigung bringen zu können. Wir haben in Österreich Hochkonjunktur und trotzdem sind 350.000 Menschen arbeitslos und gleichzeitig gibt es den eben genannten Fachkräftemangel. Da passt einiges nicht zusammen.

Daher setzt die Bundesregierung Maßnahmen, um diese Arbeitslosigkeit zu senken und 100.000 Menschen sollen so Beschäftigung finden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Steuerliche Anreize, wie vorhin vom Kollegen Kölly genannt, sind natürlich eine Möglichkeit. Auch die hauptbetroffenen Zielgruppen wurden mehrfach genannt. Es sind dies Lehrlinge, aber auch die älteren Arbeitnehmer. Wir müssen dezidiert das Potential der Lehre besser nutzen. 10.000 Lehrlinge sind derzeit in staatlicher, überbetrieblicher

Ausbildung. Durch verpflichtende Praktika und Bewerbungen soll diese Zahl möglichst reduziert werden, damit diese Lehrlinge dann in diesen Betrieben zu finden sind, wo sie auch hingehören.

Im Burgenland beginnen derzeit zirka 890 Lehrlinge jährlich eine Ausbildung. 822 burgenländische Unternehmen bilden derzeit Lehrlinge aus. 65 Prozent davon sind Gewerbe- und Handwerksbetriebe. Im Burgenland werden derzeit 1.901 Lehrlinge in Betrieben ausgebildet und 529 in Ausbildungszentren. Wir müssen das Image der Lehre verbessern. Das haben wir bereits gehört, das haben mehrere Personen angesprochen.

Eine Bewusstseinsbildung für junge Menschen, aber dezidiert auch für die Eltern. Wie oft hören wir nicht den Satz: Die Kinder sollen in die Schule gehen, damit es ihnen einmal bessergeht. Ich denke, man muss hier den Focus verschieben und den Stellenwert eindeutig auf die Lehre richten. Denn, wer wird künftig unsere Arbeit verrichten? Ich darf auch hier auf die klassischen Handwerksberufe verweisen, egal ob Maurer oder Schlosser oder so wie bei mir als Tischler.

Wir benötigen junge Menschen, die als Lehre, zum Beispiel, auch in Bereichen wie Frisörin oder Frisör ausüben, wir benötigen junge Menschen mit einer Perspektive, mit einem Willen und mit einem Zugang, die mit einer fundierten Ausbildung den Weg vom Lehrling zum Gesellen, zum Facharbeiter finden oder anschließend auch mit der nötigen Praxis eben, den mutigen Schritt zur Meisterprüfung fassen oder auch als Unternehmer im Burgenland, natürlich auch im Südburgenland, einen Betrieb zu führen, Kleinunternehmer, Mittelunternehmen, also alles wird benötigt.

Wir verspüren natürlich auch die Problematik. Oft sind es die Klein- und Mittelbetriebe, die junge Menschen ausbilden und dann als Facharbeiter im Betrieb beschäftigen. Oft passiert es dann, dass, leider Gottes, diese Facharbeiter von vielen Institutionen abgeworben werden.

Das ist natürlich ein negativer Zugang zu dieser Thematik. Wenn man durch die Ortschaften fährt, bemerkt man immer öfter, dass Traditionsunternehmen oder Familienunternehmen, seit vielen Jahren im Familienbetrieb, einfach zusperren müssen, weil es keinen Nachfolger mehr gibt. Hier ist oft der Fall, dass es bereits in dritter Generation einen Betrieb gibt, der geführt wird, und es dann keinen Nachfolger mehr gibt.

Es wurden daher von der Wirtschaftskammer 4.500 Unternehmer befragt. 48,6 Prozent dieser Befragten gaben an, dass es gerade in den Handwerksberufen besonders schwierig ist, geeignete Mitarbeiter zu finden.

Auch ein Problem gibt es bei den Technikern und bei den Führungskräften. Nicht zu vergessen auch Gastgewerbe, Fremdenverkehr und zuletzt auch Verkauf und Handel. Warum dieser Mangel? Häufige Gründe für den Fachkräftemangel, es gibt daher von 93 Prozent der Befragten die Aussage, fachlich geeignete Bewerber fehlen.

Ein weiteres Indiz dafür, zu geringes Interesse an Mangelberufen. Auch hier können wir festhalten, mit der Steigerung des Images der Lehre könnten wir hier eindeutig entgegenwirken. Aber auch die Anpassung der Regionen, sprich, welche Fachkräfte fehlen in welchen Gebieten und eine Aussage, die von 67 Prozent kommt, Defizite in der Pflichtschulausbildung. Ich spreche hier konkret die Grundrechnungsarten an, vor allem beim Thema dividieren.

Ein weiterer Ansatz daher ist auch das Anwerben von Fachkräften auf europäischer Ebene. Es gibt ja von der Bundesregierung die Maßnahmen, eben die Regionalisierung der Mangelberufsliste aber auch die Modernisierung der Rot-Weiß-Rot-Card. Gleichzeitig soll auch die Austrian Business Agency wieder attraktiviert werden und es sollen auf

diesem Weg Fachkräfte aus der Europäischen Union mittels einer Standortagentur weiterentwickelt werden.

Eine weitere Chance ist, aus unserer Sicht, die attraktivere Suchendausbildung für Mitarbeiter durch die Unternehmen. Es geht hier dezidiert darum, dass künftig das AMS 170 Millionen Euro für den Schwerpunkt Fachkräfteausbildung bekommen soll.

Insgesamt stehen im Jahr 2019 mehr als 1,2 Milliarden Euro für den Arbeitsmarkt zur Verfügung, aber die Arbeitslosenrückgänge, die Zahlen, die Statistik sprechen teilweise ein anderes Bild. Wir haben positive Vermeldungen, wo es darum geht, dass bis zu 30 Prozent weniger Arbeitslose im Burgenland in gewissen Bezirken sein sollen. Aber, wo entstehen diese Arbeitsplätze, wo arbeiten diese Menschen? Hier verspüren wir eine dezidierte Verschiebung oft von kleinen Betrieben zu großen Leitbetrieben, aber auch die Tatsache, dass große Betriebe in den Ballungszentren unsere Facharbeiter abziehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Junge Menschen, die als gute Facharbeiter dann, leider Gottes, in die Ferne schweifen, verlegen oft auch ihren Lebensmittelpunkt. Soll so viel bedeuten, wie gerade beim Thema Hausbauen, Familie, Kindergarten, Schule oder Freizeit ist es natürlich für die Familien interessant, dort zu wohnen, dort zu leben, wo sie auch arbeiten.

Man kann das Thema vielseitig diskutieren. In Gesprächen mit Unternehmern, egal ob im Norden oder Südburgenland, hört man sehr oft das Gleiche, es ist eben die Schulausbildung oder eben die berufliche Perspektive, welche Berufe in welcher Region dezidiert fehlen.

Eine Option, aus meiner Sicht, ist auch die Option Schaffung von neuen Lehrstellen. Derzeit gibt es in Österreich rund 200 Lehrberufe. Diese könnte man auch attraktivieren. Auch hier sind wir wieder beim Punkt, wie wir das Image der Lehre heben können. Es gilt daher, Berufsbilder zu verändern, aber auch neue Berufsbilder, so, wie es auch heuer geschehen ist, vom Wirtschaftsministerium, neue Lehrberufe einzuführen.

Ich darf hier auf den E-Commerce-Kaufmann verweisen. Hier gibt es ein konkretes Beispiel, die Sophie Gimpel aus Rax bei der Firma Vossen. Sie hat den Arbeitsschwerpunkt im Online-Shop gefunden und ist somit die Erste im Burgenland. Weitere Berufe, wie Bautechnische Assistenz, Glasverfahrenstechnik, Maskenbilder, Steinmetztechnik, Tierärztliche Ordinationsassistenz oder auch Zahntechnische Fachassistenz. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Durch diese Schaffung neuer Lehrstellen, Lehrbilder und Lehrberufe, somit mehr Lehrstellen, soll es künftig auch wieder mehr Facharbeiter geben. Ein weiteres Thema vorhin bereits angeschnitten und manchmal auch belächelt, das Thema Lehre mit Matura.

Aus meiner Sicht ein guter Anreiz, der ein kleiner Mosaikstein ist auf dem Weg zu unserem großen gemeinsamen Ziel. Wir müssen noch viele gemeinsame Maßnahmen treffen, um hier die nötigen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Ein aktueller Punkt dazu, vielleicht auch gerade um bei uns im Burgenland oder in Regionen, die etwas benachteiligt sind, Akzente setzen zu können, ist das Thema Breitbandinternet. Auch hier gibt es Initiativen der Bundesregierung. Auch hier wird mit der Verbesserung, sprich 5G-Ausbau, versucht, benachteiligte Regionen so aufzuwerten, dass Betriebe hier vor Ort, vor der Haustür, sich entwickeln können.

Ein konkretes Beispiel ist die Firma „ANA-U“ in Neuhaus am Klausenbach. Dort entsteht in Kalch, wo es vor wenigen Jahren noch kein Internet gab, inzwischen wurden

einige Maßnahmen gesetzt, ein neuer Betrieb mit 15 Arbeitnehmern. Aus meiner Sicht ist dies eine gute Entwicklung und diesen Pfad sollten wir gemeinsam bestreiten.

Ich darf auch festhalten, dass wir als ÖVP diesem Abänderungsantrag nicht die Zustimmung erteilen, aber schließe trotzdem mit der Bitte, dass wir gemeinsam uns anstrengen und genauso wie die Bundesregierung Maßnahmen treffen, die den Lehrlingen und der Arbeitswelt entgegenkommen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn kann man feststellen, im Burgenland, aber auch durchaus in ganz Österreich, muss man feststellen, der Wirtschaftsmotor ist angesprungen, der läuft auf Hochtouren. Die Auftragsbücher sind voll, die Unternehmen machen nach eigenen Angaben, das weiß ja ich nicht, aber nach eigenen Angaben, auch gute Gewinne. Das ist gut, das ist richtig so. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Ergebnisse sieht man, wir haben Rekordbeschäftigung im Burgenland. Noch nie in der Geschichte unseres Heimatlandes haben so viele Menschen Beschäftigung gefunden, wie im Moment. Über 109.000 Arbeitsplätze verfügt das Burgenland zurzeit, gleichzeitig sinkt die Arbeitslosigkeit in allen Bezirken, bei den Jungen, bei den Überfünfzigjährigen, also wirklich ein positives Bild. Wir sind auch besser als der österreichische Durchschnitt. Bei uns geht die Arbeitslosigkeit um 8,3 Prozentpunkte zurück, der Österreichschnitt liegt bei 7,6 Prozent, also sind wir besser unterwegs, als der Durchschnitt, und das ist immer gut.

Ausbildung ist durchaus die beste Medizin gegen die Arbeitslosigkeit. Daher ist Qualifikation und Ausbildung von besonderer Bedeutung. Ich glaube, das Land hat auch die Verpflichtung, hier tätig zu sein.

Kollege Haidinger hat das sehr ausführlich und auch im Detail präsentiert und ausgeführt, was das Land macht, nämlich Förderungen wie Fahrtkostenzuschuss, Lehrlingsförderungen, Qualifikationsförderungen und dergleichen, ich brauche da nicht gesondert darauf eingehen, das hat Kollege Haidinger schon sehr ausführlich gemacht.

Jede Initiative, die dazu führt, dass das Image der Lehrlingsausbildung gehoben wird, ist gut und begrüßenswert. Erst gestern gab es eine Veranstaltung der Industriellenvereinigung. Es ist aber egal, ob das die Sozialpartner sind, oder auch das Land, alle sind gut und wichtig, denn die Lehre verdient auch ein ordentliches Image.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich aber in der Vorwoche intensiv mit einem Thema beschäftigt, das uns wahrscheinlich in den nächsten Monaten und Jahren noch sehr intensiv beschäftigen wird, und ich kann sagen, dass ich durchaus von den Ergebnissen erschrocken war, die mir hier Expertinnen und Experten und Betroffene auch geschildert haben.

Das Hauptproblem der burgenländischen Wirtschaft und das Hauptproblem der Wirtschaft in ganz Ostösterreich ist, insbesondere am Bau und im Baunebengewerbe - Lohn- und Sozialdumping.

Das hat Ausmaße erreicht, wenn wir das nicht in den Griff bekommen, dann werden wir enorm darunter leiden. Ich möchte einige Punkte ausführen.

Europaweit ist es so, dass 16 Millionen Menschen außerhalb ihres Landes arbeiten. 16 Millionen Menschen schwirren in ganz Europa herum und arbeiten in anderen EU-Ländern.

Was mich daran besonders bestürzt, ist, dass die Europäische Union durchaus den unfairen Wettbewerb hier ermöglicht und auch zulässt. Ich möchte darauf eingehen.

EU-Ostländer motivieren ganz aktiv ihre Betriebe, in das Ausland zu gehen, um dort zu arbeiten. Das alleine wäre jetzt noch keine Katastrophe.

Problematisch wird es nur dann, wenn beispielsweise Rumänien und Bulgarien staatliche Anreize dazu schaffen und ihren Betrieben etwas nachlassen, wenn sie außerhalb ihres Landes tätig werden, beispielsweise in Österreich, beispielsweise im Burgenland.

Dadurch haben sie natürlich weniger Arbeitslosigkeit, ganz klar. Aber wie ist das Problem in Österreich beziehungsweise in anderen EU-Ländern? Das Burgenland ist hier besonders betroffen, aber zunehmend auch ganz Österreich.

Kollegen von Wien haben mir erzählt, dass jetzt auch die Regionen in Tirol, Salzburg, Kärnten schon sehr stark davon betroffen sind. Also das Problem ist nicht nur ein ostösterreichisches Problem, sondern ganz Österreich ist mit diesem Problem zunehmend konfrontiert.

Bei Kontrollen der Bauarbeiter und Urlaubskasse werden laufend Anzeigen gemacht.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mir wurde hier berichtet von einem aktuellen Fall, wo Kontrolleure Unterentlohnungen feststellen und hier konkret bei einem Fall durchschnittlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit 1,40 Euro entlohnt wurden, 1,40 Euro pro Stunde. Das muss man sich einmal vorstellen. Diese Firmen zahlen diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern pro Stunde nur 1,40 Euro. Das ist für uns undenkbar.

Was das mit den heimischen Unternehmungen macht, ist auch klar. Sie bewerten diese sogenannten Beschäftigungsverhältnisse und das ist jetzt kein Schmäh, als „Bullshit-Jobs“, also die entlohnt werden, dass man kaum existieren kann. Das grenzt an Sklaverei, was hier passiert.

Eine polnische Firma wurde vor kurzem mit einer Unterentlohnung von 82 Prozent erwischt, 82 Prozent! Also was da im Moment abläuft, ist ein Wahnsinn.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, solche Firmen brauchen wir genauso wie die Hendl den Fuchs im Hühnerstall, nämlich gar nicht.

Und die Auswirkungen sind ähnlich. Wir werden gefressen auf Dauer, wenn hier dieses System nicht deutlich verändert wird. Was das für einen Menschen bedeutet, ist auch klar, das ist unfairer Wettbewerb auf dem Rücken der heimischen Wirtschaft, aber auch auf dem Rücken unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Doch der Wahnsinn definiert sich folgend: Wenn Kontrolleure ausländische Firmen erwischen, ist die Chance, die erfolgreiche Chance, dort auch Geld zu bekommen, gleich null. Nur ein Bruchteil der Strafen können im Moment eingehoben werden, das zeigen alle Statistiken der Bezirksverwaltungsbehörden. Das ist einsehbar, das kann man sich anschauen.

Der Strafbescheid, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, endet nämlich an der Staatsgrenze, dort ist Schluss mit dem Strafbescheid. denn Strafen sind im Ausland meistens nicht exekutierbar.

Ein Beispiel aus dem Nordburgenland dokumentiert das relativ gut. Nach einer Kontrolle wurden eine Firma und zwei Subfirmen aus Österreich, Ungarn und Rumänien angezeigt. Das Ergebnis - 30 Strafverfahren gegen sechs Personen in vier verschiedenen Ländern. Eingefordert wurden 91.000 Euro. Noch einmal 30 Strafverfahren gegen sechs Personen in vier Ländern. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 91.000 Euro.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eingehoben konnten nur die Strafen gegen die Österreicher werden, nämlich 6.000 Euro. Nicht mehr und nicht weniger. 91.000 Euro waren ausgeschrieben, 6.000 Euro eingehoben. Warum?

Weil die Strafbescheide an der Staatsgrenze enden, und das ist eine Situation, da kann man nicht zusehen, da muss man tätig werden.

Die Konklusio ist relativ einfach. Der heimischen Wirtschaft werden Aufträge gestohlen ohne Konsequenzen für die ausländischen Täter. Und das sind Täter, die Menschen um 1,40 Euro beschäftigen.

Klar ist auch, dass die Kontrolleure, und ich habe in der Vorwoche sehr lange mit ihnen gesprochen, zunehmend demotivierter werden. Denn wenn sie Leute auf Baustellen erwischen, dann wissen sie genau, wenn es eine österreichische Firma ist, haben wir noch ein Glück, dann bekommen wir Strafen retourniert.

Wenn es ein ausländisches Unternehmen ist, und das ist der Großteil in der Praxis der Fall, dann haben wir keine Chance. Da sind wir konfrontiert mit viel Bürokratie, wissen aber ganz genau, dass am Ende des Tages nichts mehr hereinkommt.

Der Vergleich macht uns sicher. Der Vergleich mit den in- und ausländischen Firmen 2017 zeigt, bei österreichischen Firmen gab es Beanstandungen von 0,9 Prozent, also nicht einmal ein Prozent - 0,9 Prozent!

Da kann man durchaus sagen, dass sich österreichische Firmen an die Spielregeln wirklich halten und jetzt kommt es. Bei den ausländischen Firmen 44,5 Prozent, 44,5 Prozent. Also was da im Bau- und Baunebengewerbe abläuft, ist unglaublich, und da kann man nicht tatenlos zusehen.

Daher sage ich aus voller Überzeugung: Erstens, so lange die Rechtsstaatlichkeit bei der Einhebung von Strafen nicht gegeben ist und an unseren Staatsgrenzen endet, solange muss auch die Dienstleistungsfreiheit in Frage gestellt werden.

Wie kommen unsere Betriebe dazu, wie kommen unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu, dass sie ordentlich arbeiten, ordentlich ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlen, ordentlich ihre Beiträge und ihre Steuern bezahlen und andere arbeiten herein und sagen, das ist mir wurscht, mir kann eh nichts passieren?

Das gibt es nur am Arbeitsmarkt im Moment, sonst nirgends. Daher muss man diese Dienstleistungsfreiheit aus meiner Sicht in Frage stellen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Und ich gehe einen Schritt dazu weiter. Ich bin dafür, wenn man eine Firma erwischt, wo man weiß, die hat man eh schon zweimal gestraft und nie hat sie etwas bezahlt, dann bin ich dafür, dass man das Firmeneigentum beschlagnahmt und so lange verwahrt, bis die Strafe zur Gänze bezahlt wird. Das wäre einmal eine Maßnahme, die abschreckt. Da bin ich neugierig ob Rumänien und Bulgarien in ihren Betrieben sagt, fahrt nach Österreich arbeiten, wir fördern das noch.

Ich glaube, hier muss man radikal agieren, wenn man unsere Betriebe und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch künftig schützen will.

Kollege Hirczy spricht von der Rot-Weiß-Rot-Karte und der regionalen Mangelberufsliste. Ich weiß nicht, ob Sie sich schon wirklich mit dieser Thematik im Detail auseinandergesetzt haben?

Das bedeutet nichts anderes als zusätzliches Arbeitsmarktpotential aus Drittstaaten, zum Beispiel also Köchinnen und Köche aus Bangladesch und so weiter. Ich habe damit keine große Freude.

Ich bin der Meinung, dass wir viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, vor allem junge Menschen, denen man eine Chance geben sollte und die ordentlich ausbilden. Ob es in einer Lehrwerkstätte ist, ob es in einem der Betriebe ist, völlig egal, wir haben genug Arbeitsmarktpotential.

Wir brauchen kein weiteres Arbeitsmarktpotential, das den Arbeitsmarkt nochmals unter Druck setzt. Hiezu kommt, dass das Kumulationsprinzip ab dem kommenden Jahr so nicht mehr vorhanden ist.

Damit zahlt man künftig nicht wie üblich jeden einzelnen Strafbestand, sondern nur mehr eine Strafe für alle Vergehen. Expertinnen und Experten sagen, das ist die Einladung für mehr Lohn- und Sozialdumping.

Auch hier würde ich ersuchen, dass wir diese Thematik nochmals angehen. Ich habe auch noch keinen gesehen, der sagt, ich fahre mit dem Auto zu schnell und wenn ich 27-mal geblitzt werde bis nach Graz, ist mir völlig wurscht, weil ich zahle eh nur eine Strafe. Nein, das ist nicht so. Für jedes Vergehen werde ich etwas zahlen.

Anders ist es hier in der Baubranche und im Baunebengewerbe, dort kommt es vorwiegend zutage und daher ist dieses Kumulationsprinzip ganz, ganz wesentlich.

Klar ist und das ist auch was, was mich sehr wundert, wenn Sie von der Rot-Weiß-Rot-Karte oder wenn Sie von der regionalen Mangelberufsliste sprechen, klar ist, dass Zuwanderung am Arbeitsmarkt auch bedeutet, dass mehr Menschen in unserem Sozialsystem sind. Das ist ja völlig klar.

Auch hier bin ich überrascht, dass man hier die Rot-Weiß-Rot-Karte so einfach überlegt und die regionale Mangelberufsliste. Das heißt, was brauchen wir um dem entgegenzuwirken?

Erstens, die illegale staatliche Beilhilfe, die ist abzustellen. Hier muss die Europäische Union liefern. Da ist auch Österreich gefragt, die Interessen Österreichs auf europäischer Ebene zu positionieren.

Ja, wo kommen wir da hin, wenn das so weitergeht mit staatlichen Beihilfen Unternehmungen zu motivieren, indem man Sozialversicherungsbeiträge dann nicht mehr von ihnen verlangt und dergleichen, dass man nach Österreich arbeiten fährt. So etwas habe ich überhaupt noch nicht erlebt.

Das Bestbieterprinzip soll ab einer Million Euro in ganz Österreich eingeführt werden. Mir ist auch ganz wichtig, dass Zuschlagskriterien bei Ausschreibungen formuliert werden, wie beispielsweise Eigenpersonal.

Wo gibt es denn so etwas, dass eine Firma einen Auftrag nimmt und nicht einmal Beschäftigte hat? Nur ein Büro, wo man irgendwelche Anforderungen liefert und sonst nichts. Das ist ja klar, was die tun in Sub, Sub, Sub.

Also Eigenpersonal wäre ein ganz wichtiges Kriterium hier, dass man Zuschlagskriterien bei Ausschreibungen einführt.

Ganz, ganz wesentlich und nur so können wir dieser Situation im Bau und Baunebengewerbe Herr werden, ist eine Baustellendatenbank, nämlich ab einer Million Euro Auftragsvolumen, damit auch klar ist, welche Firma ist hier auf der Baustelle.

Welche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden hier beschäftigt? Wer befindet sich eigentlich auf der Baustelle? *(Abg. Gerhard Steier: Facharbeiter!)* Das ist in Zeiten der Digitalisierung überhaupt kein Problem mehr. Das ist überhaupt kein Problem mehr.

Auf Knopfdruck kann man dann sehen, was los ist, und ich glaube, das wäre auch wesentlich und gut. *(Zwiegespräche des Abg. Gerhard Steier mit den Abgeordneten der ÖVP)*

Ist etwas passiert? *(Abg. Gerhard Steier: Die Einleitung war eine andere. Das ist nicht zur Sache.)* Da müssten Sie aber hin und wieder auch nachdenken, ob Sie zur Sache sprechen, Herr Kollege Steier, weil bei Ihnen gibt es Ausschwenkungen, die sensationell sind.

Also Beitragsprüfer sollen nicht nur bei der Finanz sein, sondern bei der Gebietskrankenkasse, das wurde heute schon ausgeführt, welche Tätigkeiten diese dort verrichten, was sie dort reinbringen in das Kumulationsprinzip in London, Sozialdumpingbekämpfungsgesetz. Das muss natürlich verhindert werden.

Daher werden wir diese Maßnahmen sehr ernst nehmen. Wir werden nicht tatenlos zuschauen, denn das betrifft den Arbeitsmarkt, das betrifft natürlich auch Fachkräfte, die ausgebildet sind und dann keinen Job mehr kriegen, weil nur solche Missstände herrschen. Daher ist es wesentlich, dass wir diesen Dingen auch ordentlich begegnen.

Wir werden unserem Abänderungsantrag natürlich sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Steier.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Gerhard Steier: Jetzt muss ich zur Sache reden. – Abg. Robert Hergovich: Aber zur Sache, nicht über etwas anderes. – Abg. Gerhard Steier: Genau. Also ehrlich, eine halbe Stunde war das etwas anderes. – Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich – Abg. Gerhard Steier: Ja, gut ist. – Abg. Ingrid Salamon: Außerdem, das ist so, dass man reden darf, was man will.)*

Abgeordneter Gerhard Steier: Euch ist alles egal, wichtig ist nur, dass das zum Ausdruck kommt, zu inszenieren ist und dann kommt es.

Ich nehme sehr wohl an, dass Sie jetzt, danke Frau Präsidentin, für die Worterteilung, ich nehme sehr wohl zur Kenntnis, Herr Abgeordneter Hergovich, dass es Ihnen ein Anliegen ist, dass quasi illegale Migration im Sinne der Arbeitsverhältnisse mit staatlicher Förderung über Rumänien, Bulgarien, die dann in Österreich unter Limit bezahlt arbeiten, dass Ihnen das ein Anliegen ist.

Das kann man aber durchaus in einem Rekurs in der Arbeiterkammer replizieren. Heute ist die Diskussion bei dieser Themenstellung ausschließlich auf Fachkräfte bezogen gewesen, und ich akzeptiere mehr als das, dass man sich über etwas auslässt, weil es in einem mein Anliegen ist. Das ist ja durchaus gerechtfertigt.

Das Problem war die zeitliche Komponente, ohne *(Abg. Ingrid Salamon: Es gibt keine zeitliche Komponente. – Abg. Edith Sack: 19 Minuten.)* dass die Situation in irgendeiner Form eine Einschränkung hat. Aber ich nehme es zur Kenntnis, es ist so.

(Abg. Ingrid Salamon: Das merken wir eh.) Ich hoffe, dass das auch bei anderem Gültigkeit hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein virulentes Facharbeiterproblem, das nicht zu kaschieren ist dadurch, dass wir eine wirklich tolle Wirtschaftssituation, eine tolle Wirtschaftsleistung haben, wo jetzt unter anderem gestern in einem Interview der Kammerpräsident der Wirtschaft im Burgenland Folgendes erklärt:

Der Fachkräftemangel tritt dann auf, wenn die Wirtschaft boomt. Also vorher haben wir keinen gehabt. Jetzt erst in Zeiten des Booms tritt ein Fachkräftemangel auf. Wenn ich mir die Arbeitsmarktdaten anschaue, so gibt es genügend Menschen, die keine Arbeit haben.

Ich denke, es ist zunächst einmal Aufgabe der Politik zu schauen, dass diese Menschen wieder ins Berufsleben einsteigen. Außerdem zeigt sich, dass jene Firmen, die immer und regelmäßig Lehrlinge ausgebildet haben, diesen Fachkräftemangel auch in Zeiten der Hochkonjunktur nicht kennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da liegt der Kern der Wahrheit drinnen. Wir haben in den letzten Jahren, wenn nicht sogar über ein Jahrzehnt und noch darüber hinaus, ein Abrücken von der Ausbildungsschiene in den Betrieben gehabt.

Wir haben das zum Teil zur Kenntnis genommen, ohne dass wir dagegen eingeschritten sind. Wir haben mit einer Situation, wo die Wirtschaftstreibenden, und nach dem sich der Kollege Hutter immer rühmt, dass er das auch ist, nämlich ein Wirtschaftstreibender in seinem Privatleben, ist auch die Situation, dass er beklagen wird, was die Ursache dieses sogenannten nicht auszubildenden Problems ist.

Nämlich die Abgänger von der Schule haben entweder zu wenig Engagement um in einem Betrieb eine Lehre zu setzen, oder sie haben die Qualifikation in den seltensten Fällen, die ein beklagenswerter Zustand im Sinne gewisser Leistungen ist, die normalerweise erwartet, wenn jemand nach einer Ausbildungsschiene in einem Betrieb einsteigt.

Das sind die Grundprobleme. Dass wir von politischer Seite die letzten Jahre bei der Ausbildung den Betrieben eigentlich alles abgenommen haben, was finanzielle Leistungen betrifft, dass die meisten sogenannten Zuzahlungen vieles schon aufwiegt, was der Betrieb selber zu leisten hätte. Und dass das trotzdem keinen Effekt hat, im Sinne einer Leistungssteigerung von Fachkräften, ist natürlich ein Riesenproblem.

Es gibt aber sehr wohl und zuhauf Betriebe, die dazu übergegangen sind, das, was sie an Potentialen bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Haus haben, auch so zu nützen, dass sie diese nicht vorzeitig in Pension schicken, sondern, dass sie die dazu verwenden, die innerbetrieblichen und wirtschaftlich notwendigen Leistungen, die jemand zu erbringen hat, an einen jungen Auszubildenden weiterzugeben.

Das ist das Grundpotenzial jeder Ausbildungsschiene. Wenn Sie gestern die „Zeit im Bild 1“ verfolgt haben, war der Herr Bundespräsident Van der Bellen in Serbien beim Präsidenten Vucic, bei einem sogenannten Eröffnungstermin, der im Zusammenhang mit Lehrlingsausbildung in Serbien stattfindet.

Der Herr Präsident Vucic hat sich nämlich dafür besonders bedankt, dass die österreichische Wirtschaftskammer und die österreichischen Sozialpartner nach Serbien etwas weitergereicht haben, das mit der dualen Ausbildung zu unterschreiben ist, beziehungsweise zu bezeichnen ist. Diese duale Ausbildungsschiene hat er als etwas Positives gekennzeichnet.

Und was ist dann die Konsequenz gewesen, wenn man ihm zugehört hat? Die Ausbildungsschiene wird ausschließlich über staatliche Förderung und über staatliche Betriebssituationen gewährleistet.

Das heißt, es gibt nichts mehr Privates im Sinne der Lehrlingsausbildung, sondern die werden ausgebildet ausschließlich über sogenannte staatlich finanzierte Einrichtungen.

Dass das nicht das kommunikativ, administrativ und organisatorisch beste Modell ist, das wird ein jeder erkennen, der sich dann quasi dessen bedienen soll, was in der Ausbildung dort gelaufen ist.

Das heißt, es gehört endlich das Bekenntnis nicht nur über Imagepflege und andere Komponenten, dass die Lehre etwas Besonderes ist, mit der man auch qualifiziert in unserer Gesellschaft etwas bedeutet hat und kann.

Sondern es gehört endlich auch dort angesetzt, nicht nur darüber gesprochen, und heute sind ein paar Mal Sonntagsreden im Ausdruck gefallen, die Schulen dafür auch auszubilden beziehungsweise zu qualifizieren, dass sie diejenigen, die quasi Lehre umsetzen sollen und werden, auch Schulen beziehungsweise dort hinbringen, dass die etwas umsetzen können.

Wenn wir diese beiden Komponenten setzen, dann ist vieles schon gewonnen, ohne dass wir darüber diskutieren müssen, wer kann, wer will und wie soll?

Ein wichtiger Punkt, gestern auch angesprochen, hat es diesen Event in der Wirtschaftskammer gegeben, wo Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer den sogenannten „Young Stars of Industry“, also sprich diesen Lehrling, der besondere Leistungen erbracht hat, geehrt haben.

Bei dieser Veranstaltung wurden dann Aussagen getroffen, die folgendermaßen lauten: Wir brauchen, hat es von Seiten des Präsidenten der Wirtschaftskammer geheißen, junge, engagierte, qualifizierte Facharbeiterinnen und Facharbeiter mit Köpfchen. Das sagt ja eh schon alles aus.

Also es gibt einen gewissen grundlegenden Bedarf, der wird aber nicht von allgemeiner Seite her befriedigt, der kann auch so nicht umgesetzt werden. Wir brauchen eine besondere Qualifizierung und die soll quasi erworben werden, nicht in Betrieben, sondern die soll ausgelagert umgesetzt werden.

Der Kollege Hirczy hat dann aufgezählt, wie viele Lehrlinge im Burgenland ausgebildet werden. Ich habe andere Zahlen. Sie haben von 901 Lehrlingen gesprochen, ich habe von 777 heute auch gelesen im ORF, die gestern in der Verkündigung bei diesem Event genannt worden sind.

Sie haben auch andere Betriebssituationen in Zahlen genannt, die Lehrlinge ausbilden. Interessant ist aber eines, eine Zahl, die gestern bei diesem Event auch genannt wurde.

Wir haben im Vorjahr, und das ist jetzt wirklich entscheidend, weil es den Mangel und diese nicht vorhandene Einstellungssituation kennzeichnet, wir hatten im Vorjahr ein Plus von 54 Betrieben, die sich endlich entschlossen haben, wieder einen Lehrling auszubilden.

Na das ist im Verhältnis auf die Gesamtsituation etwas sehr Positives. Nur ist es auch ein klares Bekenntnis dazu, dass das vernachlässigt wurde. Und es reicht nicht aus,

im Grunde genommen, das zu setzen, was dann die Früchte tragen soll, wir müssen im Grunde genommen, den Fachkräften die entsprechende Bereitschaft auch vermitteln.

Es reicht jetzt nicht aus und jetzt schweife ich auch kurz ab, quasi einen Mangel zu beklagen und das über den sogenannten regionalen Mangellistenberuf ausgleichen zu wollen, wo ich jetzt wieder aus Dritt- und Viertstaaten Leute herbringe, die mir wieder dann in der Bezahlung nicht das, die unterbezahlt werden und wo sich dann jemand wieder in einer Form bindet, dass er kritisch anzumerken hat, die Leute sind im Endeffekt bei uns unterbezahlt.

Dem Kollegen Hergovich will ich ein Zitat beziehungsweise einen Artikel ans Herz legen, der im Grunde genommen keine Änderung zu seiner Position auf die sogenannten nach Österreich hineinkommenden, beziehungsweise hier unter bestimmten Verhältnissen arbeitenden Menschen das Wort gesprochen hat, sondern nur einen Befund liefert, den er vielleicht auch zur Kenntnis nehmen sollte.

Tatsache ist, wenn ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur einen Teil, also gemeldet nicht in Österreich, sondern nur in ihrem sogenannten Herkunftsstaat, in Österreich eine Arbeit leisten, zahlen sie natürlicherweise alles, was sie hier verdienen, auch entsprechend in dem Sozialsystem ein.

Die Fragestellung, und weil dann die Europäische Union mit der Dienstleistungsrichtlinie angesprochen wurde, die Fragestellung ist, wie lange und wie viel bekommt dann der in Österreich arbeitende Ausländer, der jetzt ganzjährig hier beschäftigt ist, wenn er arbeitslos wird in Ungarn, in Polen, Tschechien oder in der Slowakei?

Nämlich ganz unterschiedlich und minimalst von dem, weil in Österreich bekommt er nämlich nichts, das muss man auch einmal sagen. Der arbeitet hier, zahlt hier entsprechend die Abgaben, aber bekommt keine Sozialleistung hinüber in sein Herkunftsland.

Die unterschiedlichen gesetzlichen Maßnahmen sind, in der Slowakei bekommt er eine Lohnfortzahlung auf sechs Monate, in Tschechien von fünf Monaten, in Slowenien nur für drei Monate, in Polen wieder für sechs Monate, in Ungarn nur für drei Monate.

Der Sold, den er aus der Arbeitslosenversicherung in seinem Herkunftsland bekommt, ist im Verhältnis zu der Leistung, die er in Österreich empfängt, nicht nur minimalst, sondern unter jeder Kritik.

Das heißt, wir sind auf der einen Seite Profiteure des Arbeitsverhältnisses, auf der anderen Seite sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die entsendet werden, die hier nur quasi arbeiten, die wirklichen Benachteiligten in der Ausführung.

Daher zu dieser Diskussion um den sogenannten Arbeitsfachkräftemangel, Glück findest du nicht, indem du es suchst, sondern indem du zulässt, dass es dich findet. Herzlichen Dank*. (Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Bernhard Hircy)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Ausführungen.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Manfred Kölly: Ihr habt einen Abänderungsantrag.)*

Herr Kollege Kölly, wir befinden uns beim Abstimmungsvorgang und ich ersuche Sie ebenso höflich wie dringend, während des Abstimmungsvorganges sich etwas zurückzuhalten.

Die Entschließung betreffend Förderung und Qualifizierung ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1446) betreffend Stopp der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze (Zahl 21 - 1025) (Beilage 1479)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 9. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1446, betreffend Stopp der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze, Zahl 21 - 1025, Beilage 1479.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um den Bericht.

Berichterstatter Günter Kovacs: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze, in ihrer 34. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 3. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Wenn wir über die Verlängerung der A3 diskutieren, dann müssen wir feststellen, die Lage ist schon ernst. Die Lärmbelastung für die Anrainerinnen und Anrainer wird immer größer.

Wir wissen aus den Berichterstattungen der letzten Tage, dass die Luft zwar insgesamt besser geworden ist, aber Ortskundige wissen, die besondere Situation in der Wulkaprodersdorfer Senke, dort stauen sich nämlich die schlechte Luft und die Abgase unter einem gewissen Nebeldach, das sich dort leicht bildet.

Wir wissen auch, dass die große Belastung der Feinstaub ist, der ist nicht geringer geworden. Das kommt auch vom Abrieb der Reifen, wenn man besonders schnell fährt.

Das heißt, wir wissen, dass alle Ankündigungen zur Erhöhung von Tempolimits diese Situation noch einmal verschärfen würden.

Übrigens auch bei Elektroautos. Elektroautos lösen einige Probleme, aber nicht das Problem des Abriebs von Reifen, weil sie fahren auch mit den gleichen Reifen wie Verbrennungsmotorautos.

Es ist wichtig, dass wir das sehr ernst nehmen, dass wir die Anrainerinnen und Anrainer in den Gemeinden entlang der A3 und der potentiellen Veränderung hier nicht länger im Unklaren lassen, was in ihrer Zukunft geschehen soll.

Da geht es ja tatsächlich auch um Planungen für weitere Lebensjahre. Der Sinn des Lebens ist nicht, möglichst schnell von Punkt A zu Punkt B zu kommen. Das scheint für manche ein großes Paradigma zu sein, das ist ganz wichtig für viele. Es gibt noch ganz andere Qualitäten im Leben.

Es geht darum, gut leben zu können und auch die anderen gut leben zu lassen. Möglichst schnell von einer Autobahn zur nächsten zu gelangen, hilft vielleicht im Moment für eine Person oder ein Unternehmen, das hier etwas transportieren will, aber wenn es viele tun, und wir es dauernd tun, dann richtet es nachhaltigen Schaden an und zwar Schaden an Menschen und Schaden an der Umwelt.

Angeblich ist vielen Menschen in unserem Land, vielen politisch Verantwortlichen in unserem Land der Klimaschutz ganz besonders wichtig. Nun müsste man halt auch sehr konkrete Handlungen setzen und andere Handlungen unterlassen, um das auch wirklich umzusetzen.

Es muss von uns im Sinne des Schutzes der Menschen, die an dieser Strecke leben, aber auch im Sinne des gesamten Klimaschutzes ein klares Nein zu einem weiteren Ausbau von Hochleistungsstraßen geben. Das wäre ein klares Signal. Eine Zusage zu einem nachhaltig guten Leben für alle, nicht nur für Einzelne, die es sich richten können.

Daher appelliere ich, dass wir das ernst nehmen und dieser Verlängerung der A3 endgültig eine Absage erteilen.

Leider ist in dem Abänderungsantrag die Option noch immer vorhanden, ich verstehe schon, Ihr wollt das halt einfach, okay, da sind wir ganz unterschiedlicher Meinung.

Ich halte es mit den Bürgerinitiativen vor Ort, dass es hier eine strikte Ablehnung geben muss. Das ist ein Projekt, das sollten wir verhindern, im Sinne des Menschenschutzes und Umweltschutzes und des Klimaschutzes.

Deswegen werden wir diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Kollegin Petrik, Sie haben es zum Schluss eh selbst festgestellt, der Standpunkt der Landesregierung und auch jener der Mehrheit des Landtages ist klar.

Er ist unmissverständlich und er hat sich seit der ausführlichen Debatte, die wir an dieser Stelle am 1. März geführt haben, auch nicht verändert. Wenn das Einvernehmen

mit den betroffenen Gemeinden hergestellt werden kann, dann wird es eine Zustimmung von Seiten des Landes geben.

Und wenn kein Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden hergestellt werden kann, dann wird es eben keine Zustimmung des Landes geben. So gesehen gibt es dem, was am 1. März gesagt und auch mehrheitlich beschlossen wurde, nicht viel hinzuzufügen.

Dass niemand hier im Saal, und das wiederhole ich schon, dass niemand hier im Saal überschwängliche Freude entwickelt, wenn er an dieses Projekt denkt, das ist unbestritten.

Andererseits wäre es auch verantwortungslos, die Realität auszublenden. Die Realität ist, dass die Ungarn ihren hochrangigen Anschluss an die Staatsgrenze verwirklichen werden, und Realität ist auch, dass wir den grenzüberschreitenden Verkehr, der mehr und mehr zunimmt, nicht wegzaubern können. Das konnten wir bisher nicht, das können wir aktuell nicht und das werden wir auch in Zukunft, mit welchen Maßnahmen auch immer, nicht schaffen.

Ich für mich würde nicht ausschließen, dass, käme die Verlängerung nicht, in ein paar Jahren Bürgermeister der Anrainergemeinden im Landhaus Schlange stehen, um aufgrund der Belastungen dringend um eine Entlastung, um eine höherrangige Entlastung ihrer Gemeinde bitten. Allein schon deshalb wäre es kurzsichtig und falsch, das zu tun, was die GRÜNEN beantragen, nämlich die ersatzlose Entfernung dieses Verkehrsprojektes aus dem Bundesstraßengesetz.

Landesrat Mag. Doskozil hat es im Rahmen der letzten Fragestunde gesagt und ich kann mich dem nur anschließen. Das wäre eine unseriöse Vorgehensweise. Daher bekennen wir uns heute zu dem, was wir am 1. März gesagt und beschlossen haben.

In diesem Sinne hoffen wir darauf, dass es ein Einvernehmen gibt und dieses Projekt im Einvernehmen mit den Gemeinden auch verwirklicht werden kann. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, es wurde dazu schon mehr als genug gesagt. Die Standpunkte und Standorte der einzelnen Parteien sind klar. Für uns ist es wichtig, dass die Beteiligten nicht nur gefragt werden, sondern dass aus den Betroffenen die Beteiligten gemacht werden. Wir wissen beispielsweise von Wulkaprodersdorf, hier gab es bereits eine Befragung des Volkes.

Dort wurde zu 90 Prozent mit Nein gestimmt, dass es keine Verlängerung und keine Trassenführung um Wulkaprodersdorf geben soll und diesem Volksvotum werden wir uns natürlich auch anschließen. Die Landesregierung soll dem Ausbau, Zubau und Umbau nur dann zustimmen, wenn auch in allen Gemeinden Volksbefragungen durchgeführt werden. In dem Fall gibt es schon ein klares Nein und dem schließen wir uns an. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl. Der Herr Landtagsabgeordnete ist nicht im Raum. Daher fahren wir fort.

Eine weitere Wortmeldung gibt es nicht, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Sicherung der Gemeindeinteressen und Erhalt der Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung im Fall der Verlängerung der A3 ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragen Fassung mehrheitlich gefasst.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1447) betreffend Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes (Zahl 21 - 1026) (Beilage 1480)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 10. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1447, betreffend Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes, Zahl 21 - 1026, Beilage 1480, wird Herr Landtagsabgeordneter Sodl vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 13. Oktober 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe ZuhörerInnen! ZuschauerInnen! Wir haben das heute eigentliche eh schon beschlossen, der Dringlichkeitsantrag hat jetzt ein bisschen meinen Antrag überholt. Dennoch kurz vielleicht noch einmal zur Erinnerung.

Das Landwirtschaftskammergesetz ist veraltet. Das beste Beispiel ist, schon die Mitgliedschaft hängt sich auf eigentlich dem Maß Ar auf, das halt jetzt umgerechnet wurde in Quadratmeter, 5.700 Quadratmeter sind es. Man hat bei der Wahl heuer ziemlich stark gesehen, dass die Wählerevidenzliste nicht aktuell ist, dass Menschen wahlberechtigt sind, die eigentlich schon seit Jahren gar keinen Grund mehr haben, weil sie ihn vererbt haben beziehungsweise natürlich dadurch das Gegenteil, Menschen nicht wahlberechtigt sind, obwohl sie bereits Grundeigentümer sind.

Wie wir wissen, ist die Landwirtschaftskammerwahl keine reine Wahl der Bauern und Bäuerinnen, sondern eben auch der Grundstückseigentümer. Das macht auch dann aus, dass eben nur mehr sehr wenige, weil wie die Landesrätin heute schon gesagt hat, die Landwirte, die aktiven Landwirte, werden immer weniger. Das heißt, die Wahlbeteiligung ist zahlenmäßig noch sehr hoch, prozentuell ist sie allerdings inzwischen jedes Jahr niedriger.

Wir sind 2013 bei 41 Prozent gelegen, heuer waren es gerade einmal 38 Prozent, die wählen gegangen sind. Das liegt auch daran, dass leider - auch das ist einmalig - die Menschen, die wahlberechtigt sind, nicht persönlich dazu eingeladen werden, zur Wahl zu gehen. Es gibt lediglich im Mitteilungsblatt der Landwirtschaftskammer die Information darüber. Persönliche Briefe, so wie das bei jeder anderen Kammerwahl auch der Fall ist, bekommt man nicht.

Deswegen ist das wahrscheinlich mit ein Grund, warum so wenige Leute wählen gehen. Das Landwirtschaftskammersystem, aber auch das Landwirtschaftskammergesetz ist meiner Ansicht nach aus mehreren Gründen veraltet, auch inhaltlich. Wir fordern seit langem auch einen Bioausschuss in der Landwirtschaftskammer, den gibt es nach wie vor nicht. Jetzt wird er zumindest angedacht, weil offensichtlich der Druck in der Öffentlichkeit und in der Politik relativ groß geworden ist, wacht jetzt auch die Landwirtschaftskammer auf.

Wenn man sich den Rechenschaftsbericht der Landwirtschaftskammer vom letzten Jahr ansieht, kommt das Wort Bio auch relativ selten vor. Das ist die Hauptkritik, die wir hier bringen, dass Bio vernachlässigt wurde, auf lange Zeit schon, einfach nicht ernst genommen wurde. Jetzt langsam, wo dann doch der Biolandbau einen gewissen Stellenwert bekommen hat, geht man zwar auf die Biofeste, aber im Kammersystem ist es noch immer sehr unterrepräsentiert.

Wir wollen ein modernes Landwirtschaftskammergesetz, das dem Zeitgeist auch entspricht. Dazu soll es Allparteiengespräche geben. Es gibt hier viele Punkte, die erneuert gehören, die aktualisiert werden. Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass wir das im nächsten Jahr machen. So lautet ja auch der Antrag, damit für die nächste Wahl bereits klar ist, dass das neue Kammergesetz dafür zuständig ist und dass auch die Flucht nach vorn, die die Landwirtschaftskammer jetzt antritt, Unterstützung findet im Landwirtschaftskammergesetz, sodass es klar ist, dass es zum Beispiel einen Bioausschuss geben muss.

Wir werden daher natürlich diesem Antrag, auch dem Abänderungsantrag, zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer an den diversen Geräten! Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir jahrein, jahraus mit frischen, gesunden, regionalen Lebensmitteln versorgt werden. Deshalb gilt vorerst mein Dank allen Bäuerinnen und Bauern.

Selbstverständlich danke ich auch allen Vertreterinnen und Vertretern der diversen bäuerlichen Vereine, Genossenschaften, Verbände und Gemeinschaften sowie natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen in den landwirtschaftlichen Fachschulen, die zur fachlichen Ausbildung der nächsten Generation beitragen.

Beim heutigen Tagesordnungspunkt behandeln wir den Entschließungsantrag zur Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes. Wir werden uns selbstverständlich in alle Verhandlungen einbringen, die für unser Land Verbesserungen bringen. Wir wollen aber bei der Gesetzesänderung so eingebunden werden, wie beim Gemeinderechtspaket und nicht so wie beim Jagdgesetz oder Feuerwehrgesetz.

Zum Thema Landwirtschaftskammer und dem heutigen Dringlichkeitsantrag habe ich mich sehr über die Unwissenheit im Vorfeld in den zahlreichen Wort- und Pressemeldungen gewundert. Die Letzte, erst heute von Klubobfrau Salamon im Rundfunk bezüglich biologischer Landbau in den landwirtschaftlichen Fachschulen. Frau Kollegin, ich lade Sie recht herzlich ein. Wir haben am 9. November Tag der Offenen Tür, Landwirtschaftliche Fachschule Güssing von 9.00 bis 16.00 Uhr.

Die Frau Landesrätin weiß bestens Bescheid. Da können Sie sich informieren, dass unsere Schule seit 2012 biologisch wirtschaftet. Die Umstellung wurde damals von der Gesundheitsabteilung genehmigt und es besteht ein Kontrollvertrag mit Bio Austria Garantie. Wir sind Mitglied bei Bio Austria Burgenland und die Planung und Umsetzung des neuen Lehrbetriebes erfolgt in allen Bereichen Rinderstall, Schweinestall, Pferdestall, mobiler Hühnerstall nach EU-Biorichtlinien.

Auf Ansuchen der Schule *(Abg. Ingrid Salamon: Es kann immer ein bisschen mehr sein!)* bei der Gesundheitsabteilung des Landes wurde es gestattet, für Ausbildungszwecke und für Versuchstätigkeiten einen Acker mit einer Fläche von zwölf Hektar konventionell zu bewirtschaften, damit sie nicht nachher sagen, nicht alles ist bio, da auch Schüler von konventionellen Betrieben unsere Schule besuchen.

Die Versorgung der Gästehäuser Burgenland in Güssing mit Lebensmitteln erfolgt größtenteils aus der eigenen Bioproduktion (Rindfleisch, Schweinefleisch, Schaf- und Lammfleisch, Milch, Eier, Honig und so weiter). Die diversen Verarbeitungsprodukte wie Brot, Grammelschmalz, Speck, Würstel in anerkannter zertifizierter Bioqualität. Aus dem Pflanzenbaubereich sind jetzt zum Beispiel Kartoffeln und Kürbiskernöl. In der Fachrichtung Landwirtschaft wird auch der Schwerpunkt Ökowirtschaft, also Bio-Ökowirtschaft gelernt.

Der Lehrbetrieb ist auch energieautark. Strommäßig über die 30 kWp Photovoltaikanlage und die Wärme kommt über die Fernwärme Güssing. Also deshalb noch einmal meine Einladung an alle Abgeordneten, diesen Tag der Offenen Tür zu besuchen.

Bezüglich Landwirtschaftskammer. Ich empfehle allen den Tätigkeitsbericht der Landwirtschaftskammer ausführlich zu lesen, damit Sie wirklich bestens informiert sind. Welche Vielfältigkeit und wie viele Projekte Ausbildung, Weiterbildung, Kurse und so weiter hier stattfinden und natürlich auch Landwirte bestens beraten werden. Bestens beraten werden! Neben vielen Angeboten werden natürlich auch sehr viele Projekte mitinitiiert. Aus zeitlichen Gründen möchte ich nur zwei aus unserem Bezirk erwähnen.

Die südburgenländische Weidegans und der Zickentaler Moorochse. Das wird auch immer wieder von der zuständigen Landesrätin positiv bei diversen Veranstaltungen erwähnt. Das Burgenland steht in vielen verschiedenen Sparten der Land- und Forstwirtschaft sehr gut da und ist Spitzenreiter. Das Burgenland ist jetzt schon Bio-Musterland in Österreich mit über 30 Prozent Bioanteil im Ackerland, 40 Prozent im Grünland und 17 Prozent im Weinbau.

Das ist ein wesentlicher Verdienst der intensiven Beratungsleistung der Beraterinnen und Berater in der Landwirtschaftskammer und der Bio-Verbände und dafür danken wir herzlich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich glaube, wir sind uns sicher alle einig, wir wollen mit gesunden, frischen und regionalen Lebensmitteln versorgt werden. Das Land und die Landesverwaltung müssen aber hier eine Vorreiter- und Vorbildrolle übernehmen. Sämtliche Lebensmitteln, wie heute von unserem Obmann Bürgermeister Thomas Steiner bereits erwähnt, sollten aus biologischer Landwirtschaft bezogen werden, denn ihre Nachhaltigkeit und Biostrategie darf aber nicht nur am Bauernhof beginnen und enden.

Wenn es Ihnen wirklich ernst ist, muss das Land die gesamte Philosophie danach ausrichten. Flächenwidmungen, Energiekonzepte für Amtsgebäude und Dienst-KFZ, Lebensmittelauswahl bei diversen Empfängen und Feierlichkeiten, Gemeinschaftsverpflegungen und Putzmitteleinsatz, Wirtschaftsförderungen an Öko- und Nachhaltigkeitsstandards koppeln, et cetera, et cetera.

Seitens des Landes müssten auch Maßnahmen gesetzt werden, damit die erzeugten landwirtschaftlichen Güter aus dem Biolandbau regional verarbeitet und vermarktet werden können.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit der Bio-Strategie, müssen Sie in jenen Bereichen die Änderungen vornehmen, wo Sie Verantwortung tragen. Die Burgenländische Landwirtschaftskammer mit ihren Beraterinnen und Beratern und Netzwerkern ist ein unerlässlicher und unverzichtbarer Partner, wenn ein derartiger Paradigmenwechsel vollzogen werden soll. Aber für diese neuen Herausforderungen muss die Landwirtschaftskammer gestärkt und nicht geschwächt werden.

Wie erwähnt, sind wir in vielen Bereichen der Landwirtschaft Vorreiter und beispielgebend für andere Bundesländer. Den letzten Platz jedoch belegen wir bei der Zuwendung von Landesgeldern an unsere Landwirtschaftskammer. Nicht Erster, wie wir immer glauben, sondern Letzter.

Laut Verfassung, haben wir heute auch schon gehört, ist Landwirtschaft Landessache. Jedes Bundesland hat mit seiner Landwirtschaftskammer eine Vereinbarung, wo die Beratung geregelt ist.

Wie erwähnt, die Burgenländische Landwirtschaftskammer bekommt dabei am wenigsten. Pro Betrieb erhält die Burgenländische Landwirtschaftskammer 111 Euro. Wir sind dabei Schlusslicht. Im Durchschnitt erhalten die Kammern 261 Euro. Das ist nur der Durchschnitt. Also mehr als das Doppelte. Sie werden auch nicht wissen, dass die Landwirtschaftskammer seit Jahren auf Sparkurs ist. Jetzt soll der Landesbeitrag noch einmal auf die Hälfte, über eine Million Euro gekürzt werden. Diese Kürzung wird jedoch noch größer, weil dadurch auch weniger Bundesmittel ausgelöst werden können.

In Summe würde das nach derzeitigem Stand ein Minus von 1,7 Millionen Euro betragen. Das ist ein massiver Einschnitt und ein Kahlschlag im ländlichen Raum, wie der Leitartikel der dieswöchigen BVZ richtig geschildert hat. Die SPÖ spricht stets von Förderungen, die die Landwirtschaftskammer erhält, in Wirklichkeit werden Dienstleistungen, die die Kammer für das Land übernimmt, abgegolten, *(Abg. Géza Molnár: Na dann ist es halt nicht mehr so. Wo ist denn das Problem?)* so wie es seit 2008 vertraglich geregelt ist, nicht immer, nicht mehr und nicht weniger. Kollege Ulram hat es heute bereits erwähnt.

Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie mit dieser geplanten Kürzung für die gute Entwicklung des ländlichen Raumes nichts übrig haben. Wenn es zu diesen Kürzungen kommt, sind bis zu 50 Arbeitsplätze von bestens *(Abg. Géza Molnár: Das musst Du mir vorrechnen!)* qualifizierten Beratern und Fachkräften *(Abg. Géza Molnár: Das musst Du mir vorrechnen!)* gefährdet. Das sind Schicksale von 50 Familien. Das ist Ihnen scheinbar egal. *(Beifall bei der ÖVP)*

Frau Landesrätin, als Zuständige für die Landwirtschaftskammer, die Betriebsräte waren heute bei Ihnen, sind Ihnen die Schicksale dieser Familien wirklich egal, so wie Landesrat Doskozil? Sein schlechter Stil des Klassenkampfes ist ein Stil aus früheren Zeiten und sollte im Burgenland längst der Vergangenheit angehören.

Die hoch qualifizierte Beratung und die Serviceleistungen können bei diesen Kürzungen nicht mehr aufrechterhalten werden, das ist Ihnen auch egal. Wenn einem Landesrat 60 Euro für eine gute Leistung zu viel sind, warum kostet dann eine Mechanikerstunde über 100 Euro?

Was soll diese Aussage? 60 Euro? Wir als ÖVP wollen und brauchen eine starke Interessensvertretung der Landwirtschaftskammer zur nachhaltigen Stärkung der burgenländischen Landwirtschaft und der bäuerlichen Familienbetriebe, zur Stärkung der Zusammenarbeit von Akteuren und Strukturen zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Vielfalt im Burgenland, zur Stärkung der Selbstorganisation und der Interessensvertretung von burgenländischen Landwirten. Denn die Landwirte versorgen uns mit Lebensmitteln. Landwirtschaft erhält die Kulturlandschaft und Naturlandschaft, Landwirtschaft spielt auch eine wirtschaftliche Rolle.

Wir als ÖVP wollen und brauchen eine starke Interessensvertretung der Landwirtschaftskammer zur Stärkung des ländlichen Raumes. Denn gerade in strukturschwachen Gegenden hat die Landwirtschaft wichtige Funktionen. Arbeitskräfte und ihre Angehörigen werden an die Region gebunden. Die Wertschöpfung bleibt im Land. Die Landwirtschaft ist das Rückgrat der Versorgungssicherheit in Österreich.

Viele Fragen bleiben offen. Wie viele der in der Kantine oder im Buffet verwendeten Lebensmittel sind bio? Wie viele Lebensmittel in den Spitälern und Internaten des Landes sind bio? Ist der Automat im Landhaus bio oder ist er regional? Wann ist mit der Umstellung in der Kantine zu rechnen?

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bei vielen Sonntagsreden, heute schon mehrmals erwähnt, Veranstaltungen, Präsentationen et cetera, loben Sie immer wieder die fachliche Arbeit der Beraterinnen und Berater der Landwirtschaftskammer und die Leistungen der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft.

Tatsache ist, dass Sie mit dieser geplanten Kürzung deutlich zeigen, was Sie tatsächlich von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer halten. Wir werden selbstverständlich an den Verhandlungen zur Änderung beziehungsweise Verbesserung eines neuen Landwirtschaftskammergesetzes teilnehmen, aber für eine Schwächung des ländlichen Raumes sind wir nicht zu haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte eigentlich dort fortfahren, wo unser Herr

Landesrat Hans Peter Doskozil heute am Nachmittag beim Dringlichkeitsantrag auch aufgehört hat.

Wir, er, hat nie infrage gestellt, dass hier die Landwirtschaftskammer in dieser Form infrage gestellt wird. Im Gegenteil. Es wurde ganz definitiv gesagt, was mit den Geldern und mit dem Budget gemacht wird. Und nicht herunterzubrechen, Kollege Temmel, ich glaube, das ist jetzt eine unfaire Art, wiederum sich draufzusetzen und zu sagen, na ja, es werden die Mitarbeiter in der Arbeiterkammer entlassen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Landwirtschaftskammer!)* Das ist nicht korrekt.

Landesrat Hans Peter Doskozil hat auch die budgetäre Lage in dieser Form gesagt, aber natürlich, darüber nachzudenken, ob die Fördermittel, die Unterstützungen, die die Landwirtschaft erhält auch wirklich bei den Mitarbeitern ankommt oder in der Verwaltung in dieser Form ganz einfach verlorengeht.

Der Antrag, der seitens der GRÜNEN heute gestellt wurde, möchte ich schon aus Sichtweise als Bürgermeister und auch als Wahlleiter bei den Landwirtschaftskammerwahlen natürlich ansprechen.

Viermal Wahlleiter, zweimal als Bürgermeister, diese Thematik, diese Problematik, die hier bei der Landwirtschaftskammerwahl auftritt, und es gibt mehrere Bürgermeister und sicherlich mehrere, die in den verschiedenen Kommissionen gesessen sind, mit diesen Unterlagen, die wir seitens der Gemeinden für die Landwirtschaftskammerwahl von der Landwirtschaftskammer bekommen, ist natürlich eine große Herausforderung und ist auch sehr spannend, diese dann abzuhalten.

Grundsätzlich möchte ich auch anhalten, dass die gesetzliche Grundlage in der Stammfassung aus dem Jahr 2002 stammt. Wir wissen, dass hier die ÖVP zuständig war. Inzwischen hat es nur eine Abgabenanpassung im Jahr 2010 gegeben. Es wurde im Jahr 2012 eine Anhebung der Kammerumlage beschlossen. Im Jahr 2013 und 2017 eine Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle und im Jahr 2014 eine Beschränkung von Sonderpensionen.

In dieser Form ist es mehr als legitim, dass wir die Änderung des Burgenländischen Landwirtschaftskammergesetzes unter Einbeziehung aller im Landtag vertretenen Parteien und der Burgenländischen Landwirtschaftskammer hier im Jahr 2019 auch erarbeiten werden.

Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend das Burgenländische Landwirtschaftskammergesetz ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1448) betreffend einer gesetzlichen Ragweed-Melde- und Vernichtungspflicht (Zahl 21 - 1027) (Beilage 1481)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 11. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1448, betreffend einer gesetzlichen Ragweed-Melde- und Vernichtungspflicht, Zahl 21 - 1027, Beilage 1481.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend einer gesetzlichen Ragweed-Melde- und Vernichtungspflicht in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 3. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend einer gesetzlichen Ragweed-Melde- und Vernichtungspflicht unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir hatten hier im Landtag schon einmal das Thema von Pflanzen und Tieren, die relativ plötzlich in Österreich sich heimisch gemacht haben, sich ausgebreitet haben. Das Problem ist größtenteils ein Naturschutzproblem, weil viele Pflanzen einfach heimische Arten vertreiben und den Platz einnehmen.

Bei einer Pflanze jedoch ist es nicht nur ein Naturschutzproblem und auch ein Landwirtschaftsproblem, sondern vor allem ein Gesundheitsproblem. Immer mehr Menschen leiden grundsätzlich unter Allergien und unter einer Pflanze ganz besonders heuer, weil es sehr warm, sehr lange sehr warm war, das ist Ragweed beziehungsweise Ambrosia.

Eine Pflanze, die aus Nordamerika kommt und leider auch noch, abgesehen davon, dass sie sich sehr stark ausbreitet, den Nachteil hat, dass sie einen sehr hohen

Pollenanteil hat und anscheinend auch Pollen hat, die stärker wie normale Pollen allergieauslösend sind.

Ich habe mit vielen Menschen gesprochen. Heuer im Herbst vor allem. Also im Herbst, im Spätsommer, als der Pollenflug von Ragweed gerade sehr aktiv war. Das war zurzeit, wo die „Inform“ gerade war, also kurz vor Schulbeginn.

Die teilweise nur mit Medikamenten, ähnlich wie im Frühjahr durch heimische Pflanzen belastet sind, und jetzt eben auch zu einer Zeit, wo eigentlich der Pollenflug von den heimischen Pflanzen lang vorbei ist, kommt diese Pflanze, die eben sehr spät blüht und dann noch später Samen trägt.

Es gibt inzwischen zum Glück einige Maßnahmen im Land. Das ist vor allem dem Hermann Frühstück, der praktisch jetzt der sogenannte Ragweed-Beauftragte des Landes ist, zu danken.

Einige Maßnahmen: Es gibt eine Seite, die sich Ragweedfinder.at meldet, da konnte man schon in den letzten Jahren Ragweed-Funde melden. Heuer war es dann auch noch so, dass, wenn man Funde gemeldet hat, der Besitzer des Grundstückes von der Landesregierung einen offiziellen Brief bekam, in dem wurde die Problematik kurz erklärt und das Ersuchen, die Pflanzen zu vernichten.

Jetzt ist das leider allerdings nur ein Ersuchen, weil es gibt keine rechtliche Grundlage dafür, dass dann die Pflanze vernichtet werden muss. Das war die Intention meines Antrages, dass wir, ähnlich wie in Ungarn, eine Melde- und Vernichtungspflicht für diese Pflanze haben, weil die Ausbreitung so massiv ist. Die vorhandenen Gesetze sind leider zu schwach dafür. Es wäre hier notwendig gewesen, um der Verbreitung Einhalt zu gebieten, wirklich ein verpflichtendes Gesetz hier zu schaffen.

Wo es inzwischen relativ gut funktioniert, muss man sagen, ist von Seiten der Landesstraßenverwaltung, weil wir haben zwei besondere Ausbreitungsgebiete der Pflanze. Das eine ist im Acker, vor allem im Mais-, Soja- und Kürbisacker und das Zweite ist entlang der Hauptverkehrsrouten, vor allem durch die Autos auch verbreitet und weil diese Pflanze sehr geschickt Lücken in der Natur findet, wo sich alle anderen Pflanzen eher schwer tun, das ist eben gerade der Straßenrandbereich, wo die Salzkonzentration teilweise sehr hoch ist, wo es sehr trocken ist, wo es sehr heiß ist, und genau da setzt sich diese Pflanze an.

Man hat heuer entlang der B50 in regelmäßigen Abschnitten kilometerlang die Pflanze finden können und diese wurde dann dank eines Schwerpunktes in der Straßenverwaltung, man hat die Mitarbeiter geschult, Meldungen gingen ein und dann hat man versucht, nicht nach dem normalen Mähtermin für die Begleitvegetation der Straßen zu mähen, sondern möglichst nach dem Blühtermin, also möglichst vor der Blüte zu mähen.

Damit schwächt man die Pflanze am stärksten und es kann eben zu keinem Pollenflug kommen.

Die landwirtschaftliche Problematik ist inzwischen so, dass man wirklich Äcker sehen kann, wo man ganz eindeutig sieht, dass mit den Landmaschinen der Samen weitervertragen wird. Also ich habe heuer ein Sojafeld gesehen, wo man links einen ganz starken Befall gehabt hat, in der Mitte war weniger und ganz rechts war gar nichts.

Das ist relativ eindeutig mit Erntemaschinen und mit dem Flug weitervertragen worden, weil die Belastung beginnt oft zwischen den Ackergrundstücken, wo sich Streifen bilden, das wird dann oft übersehen, dann samt die Pflanze aus und dann wird mit Egge,

Pflug und anderen Maschinen das Ganze in den kompletten Acker hineingetragen, und wenn man dann auch noch Soja oder eine ähnlich konkurrenzschwache Pflanze anbaut, dann hat man ein massives Problem drinnen.

Die Bekämpfung macht nur Sinn, wie ich schon gesagt habe, möglichst vor der Blüte, vor allem aber vorm Samenertrag, weil diese Pflanzen auch sehr viele Samen ausstreuen und die Gefahr, dass bei den Straßen mit dem Auto, aber auch mit den Landmaschinen die Samen weitervertragen werden, die noch dazu leider sehr langlebig sind.

In Versuchen gibt es zwischen 20 und 45 Jahre, wenn die Bedingungen nicht ideal sind, können die im Boden verweilen und dann wieder austreiben.

In Ungarn gibt es angeblich erste Erfolge mit der Melde- und Vernichtungspflicht, allerdings muss man sagen, man müsste hier natürlich schon einige Maßnahmen noch mehr setzen, weil das Problem ist auch bei den Förderungen, wenn ich eine Frucht angebaut habe und ich muss dann diese aufgrund von starkem Ragweed-Befall komplett roden, dann kann es auch sein, dass ich um die Förderungen umfalle.

Das heißt, hier muss es auf jeden Fall mit den Förderungen eine Möglichkeit geben, dass es hier Ausnahmen gibt, wenn ein Landwirt diese Pflanze bekämpft, was einfach schon im Eigeninteresse sehr wichtig ist.

Was auch wichtig ist, ist Information! Viele Leute haben die Pflanze im Garten und wissen das gar nicht, ich habe daher selber einen Ragweed-Folder aufgelegt, ich habe genug Exemplare für jeden der Landtagsabgeordneten mit, ich werde diese nachher verteilen.

Es ist wichtig, dass die Menschen die Pflanze erkennen und selber vernichten. Vernichten geht vor allem im Einzelfall durch Ausreißen, das ist die beste Maßnahme.

Wenn es mehr sind, durch regelmäßiges Niedermähen, möglichst kurz eben vor der Blüte, um die Pflanze besonders zu schwächen. Wir müssen oder sagen wir es so, wie es die BOKU-Expertin schon gesagt hat, weil es arbeiten inzwischen sowohl die BOKU als auch die Medizinuni in diesem Bereich sehr aktiv, auch der Pollenwarndienst, sie arbeiten sehr massiv zusammen, damit es nicht zu einer weiteren Ausbreitung kommt.

Die BOKU-Expertin hat gesagt, wir sind eigentlich mindestens zehn Jahre zu spät dran in der Bekämpfung. Sie hat gesagt, das ist eine Pflanze, die ist gekommen, um zu bleiben. Also so wie bei allen anderen Neophyten - also neu zugewanderten Pflanzen - wird es schwer sein, diese Pflanze komplett auszurotten.

Es geht um ein Eindämmen und um ein Verhindern, dass sich die Pflanze weiter ausbreitet. Im Moment haben wir Ragweed ganz massiv in Ostösterreich. In Westösterreich gibt es sehr vereinzelt erst Funde - zum Glück -, und wir müssen jetzt schauen, dass sich das nicht weiterverträgt.

Der Klimawandel arbeitet hier leider auch gegen uns, weil die Pflanze sehr wärmeliebend ist und ihr Jahre wie heuer besonders gut tun, muss man sagen.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir hier gemeinsam einen Antrag stellen können, dass wir eine Vernichtungspflicht schaffen. Ich hoffe, dass es ohne dieser auch möglich ist, die Pflanze massiv einzudämmen.

Ich kann nur appellieren auch an jene, die hier als Bürgermeister und Bürgermeisterin sitzen, schaut, dass Ihr Bilder und Informationen in die Gemeindezeitung

reingebt, damit möglichst viele Leute die Pflanze kennen und an der Bekämpfung auch aktiv teilnehmen.

Die Naturschutzorgane haben bereits eine Ausbildung, gut wäre noch, wenn die Umweltgemeinderäte und -rätinnen hier informiert werden und das dann über die Gemeinde in den Gemeindezeitungen weitertragen, damit wir dieses wirklich massive Gesundheitsproblem zumindest stark reduzieren können. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneter Karin Stampfel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Eine Gefahr kann viele Namen haben: Ambrosia, Fetzenkraut oder Beifußblättriges Traubenkraut. In diesem Fall sprechen wir von Ragweed.

Man findet Ragweed vornehmlich an Ruderalstandorten, wie zum Beispiel an von Menschen stark beeinflussten Orten, wie Straßenrändern, Kiesgruben, Schutthalden, Baustellen und Äckern. Es spielt durchaus auch für die Landwirtschaft eine gravierende Rolle, da es sehr oft auf Feldern auftritt. Dort wird Ragweed zunehmend zur Plage, da die Pflanze starke Ernteeinbußen verursacht.

Doch wir sprechen nicht nur von einer Pflanze, sondern auch von einer Gefahr für uns Menschen. Die Pflanze ist nämlich ein besonders aggressiver Auslöser von Allergien.

Durch den Klimawandel hat das Kraut in einem Jahr wie heuer optimale Bedingungen, um zu wachsen und zu gedeihen, zum Leidwesen vieler Landwirte und auch Allergiker.

Das Land Burgenland hat im letzten Jahr schon begonnen, an einer Strategie zu arbeiten, um bestehende Ragweeg-Vorkommen zu bekämpfen und dessen Verbreitung zu verhindern beziehungsweise einzudämmen.

Teil dieser Strategie ist das in Kooperation mit Ungarn gestartete Interreg-Projekt „Joint Ambrosia Action“, dabei geht es darum, wie man Ragweed erkennt beziehungsweise von ähnlichen Pflanzen unterscheidet, aber auch darum, konkrete Maßnahmen gegen Ragweed auszuarbeiten.

Zusätzlich dazu gibt es seit August auch eine Ragweed-Koordinierungsstelle, die über das Kraut informiert, aber auch Vorkommnisse sollen dort gemeldet werden. Die Koordinierungsstelle arbeitet dann Vorschläge aus und übermittelt diese an die Grundstückseigentümer und überprüft auch die gesetzten Maßnahmen.

Seit dem Start der Koordinierungsstelle im August 2018 wurden rund 266 Ragweed-Funde gemeldet, davon wurden 259 verifiziert. Derzeit kann nur bei Baugrundstücken der Bürgermeister eine Ragweed-Bekämpfung anordnen, bei landwirtschaftlichen Flächen ist es derzeit leider nicht möglich.

Daher werden gerade in Zusammenarbeit mit dem Institut für Umweltrecht der Uni Linz konkrete Vorschläge ausgearbeitet, um gesetzlich hier dafür sorgen zu können, dass das allergische Kraut eingedämmt werden kann. In einem nächsten Schritt ist es notwendig, verstärkt auf Schulung und Informationsweitergabe zu setzen.

Mit unseren beiden Landesrätinnen Astrid Eisenkopf und Verena Dunst haben wir zwei Powerfrauen, die die Sache schon in Angriff genommen haben und hier alles

unternehmen werden, um diesen Schrecken einzudämmen und diesem, wenn möglich, ein Ende zu setzen.

Wir werden daher auch in Zukunft alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Ragweed unterstützen und stimmen daher selbstverständlich unserem Antrag zu. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer an den diversen Geräten! *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Es ist schon vieles gesagt, dieses Unkraut siedelt sich bevorzugt an Straßen und Wegrändern, auf Feldern und Ackerflächen, auf Baustellen, Schuttablageplätzen und Brachflächen an.

Seine Samen sind extrem lebensfähig und passen sich an. Seine Pollen gehören zu den stärksten Allergieauslösern, was durch die Klimaerwärmung noch verstärkt wird. So ähnlich steht es auch im grenzüberschreitenden Interreg-Projekt, das ich begrüße, falls mehr Ergebnisse erzielt werden als beim seinerzeitigen Arbeitskreis.

Es hat nämlich einen Arbeitskreis gegeben, Sie finden es auch im Internet, angeblich damals auf Initiative von Landeshauptmann Nießl, was auch zu begrüßen ist. Nach einer Fachtagung in Illmitz am 27. 1. 2007 wurde dieser ins Leben gerufen, jedoch wurde mir berichtet, dass dieser Arbeitskreis, was glauben Sie, wie oft getagt hat? Es wurde mir gesagt - Sie werden es nicht glauben können -, nämlich kein einziges Mal.

Einer der Vortragenden war damals der Universitätsprofessor Dr. Gerhard Karrer von der BOKU und der hat es fachlich zusammengefasst: Ragweed ist in Österreich bereits häufig, besonders im Osten und Süden vorhanden, es wird sehr schnell häufiger, entgleitet leicht der menschlichen Kontrolle in außerlandwirtschaftlichen Biotoptypen (Gewässerufer) - und so weiter, bereits erwähnt. Dann: Es verursacht vermehrt landwirtschaftliche und gesundheitliche Schäden, es muss zurückgedrängt und nachhaltig bekämpft werden.

Es verursacht vermehrt - wie bereits erwähnt - gesundheitliche Schäden, Ragweed muss zurückgedrängt werden!

Diese richtigen Schlussfolgerungen sind damals und noch mehr heute aktuell, Kollege Spitzmüller hat es auch ausführlich erwähnt. Mit einem Unterschied: Es sind über 11,5 Jahre vergangen. Damals waren im ganzen Burgenland einige 1.000 Pflanzen und heute sind es leider Hunderttausende.

Deshalb ist es uns wichtig, dass in dieser Angelegenheit endlich wirklich etwas weitergeht. Zirka vier Fünftel der betroffenen Flächen befinden sich auf öffentlichen Flächen. Diese werden auf Kosten der Steuerzahler entfernt, also die ganzen Straßenränder und so weiter.

Weil wir heute schon sehr viel über Landwirtschaft gesprochen haben, es ist uns dabei wichtig, Herr Kollege Spitzmüller und Stampfel, dass die Vernichtung dieses Unkrauts nicht auf Kosten der Bauern erfolgt, weil sie am wenigsten dafür können. Dieses Unkraut wurde nämlich mit den diversen Transporten entlang der Autobahnen eingeschleppt beziehungsweise mit billigem Vogelfutter, et cetera.

Uns ist auch wichtig, dass bei diesen Verhandlungen die fachliche Kompetenz der Landwirtschaftskammer auch beizogen wird.

Wir werden deshalb diesem Abänderungsantrag unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Erst vor kurzem haben die Medien darüber berichtet, welche Probleme das Ragweed für den Menschen mit sich bringt. Für Allergiker verlängert sich durch das Ragweed die Pollensaison bis in den Oktober. Die Pollen der Pflanze sind starke Allergieauslöser, sie können Schnupfen, Bindehautentzündung, Bronchitis, allergisches Asthma bis zu Atemnot verursachen.

In letzter Zeit häufen sich diese Symptome, schon längst leiden Pollenallergiker nicht nur im Frühjahr, sondern auch im Herbst, wie es der Kollege Spitzmüller vorher gesagt hat.

Auch in meinem Freundeskreis plagen viele über neue Beschwerden. Von 1,5 Millionen Allergikern in Österreich leiden rund ein Drittel auch unter Ragweed-Pollen.

Außerdem verursacht Ragweed auch Probleme in der Landwirtschaft. Die Ernteeinbußen sind bei manchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen enorm. Bei Mais kann der Ertrag um rund 60 Prozent niedriger sein, bei der Sojabohne rund ein Drittel.

Das Problem ist, es wächst überall. Es wächst am Straßenrand, es wächst auf verschiedenen Plätzen und überall dort, wo sonst nichts wächst - auf Feldern im ganzen Land und auch vermehrt auf landwirtschaftlichen Flächen.

Mit dem heutigen Antrag der GRÜNEN gibt es die Möglichkeit, über dieses wichtige Thema zu sprechen. Jedoch möchte ich festhalten, wie schon vorher diskutiert wurde, dass das Land Burgenland bereits länger an einer umfassenden Bekämpfung und Eindämmung der Ausbreitung von Ragweed arbeitet.

Im Rahmen des EU-Interreg Projektes „Joint Ambrosia Action“ entsteht derzeit ein grenzüberschreitendes Melde- und Bekämpfungsregime.

Dazu wurde auch eine Ragweeg-Koordinierungsstelle eingerichtet, die mit Anfang August ihre Arbeit aufgenommen hat. Aufgabe der Ragweed-Koordinierungsstelle ist es, über Ragweeg zu informieren, Vorkommen zu verifizieren und in Folge Vorschläge für Bekämpfungsmaßnahmen auszuarbeiten.

Seit dem Start der Koordinierungsstelle im August 2018 wurden 266 Ragweed-Funde gemeldet, davon wurden 259 verifiziert.

Im nächsten Schritt wird das Land Burgenland verstärkt auf Schulungen und Informationen setzen. Geplant sind Schulungen für Ragweed-MelderInnen sowie Infokampagnen für Landwirte, Gemeinden, Schulen und die Bevölkerung. In meinem Heimatbezirk Neusiedl am See und in Oberwart wurden bereits heuer erste Schulungen durchgeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land Burgenland hat im Bereich der Bekämpfung des Ragweeds Schritte gesetzt. Es wird in Zukunft weitere Maßnahmen geben, damit man die Problematik mit dem amerikanischen Kraut in Griff bekommt.

Danke an die beiden Landesrätinnen Verena Dunst und Astrid Eisenkopf, die hier bereits die Initiative ergriffen haben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Bekämpfung von Ragweed ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1449) betreffend 10 Maßnahmen für die Pflege (Zahl 21 - 1028) (Beilage 1482)

Präsident Christian Illedits: Der 12. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1449, betreffend 10 Maßnahmen für die Pflege, Zahl 21 - 1028, Beilage 1482.

Berichterstatter ist zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 10 Maßnahmen für die Pflege in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 3. Oktober 2018, beraten.

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend 10 Maßnahmen für die Pflege unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Bei dem Thema Pflege finde ich einiges wirklich interessant: Es scheint so bei allen Debatten, die wir führen, bei Papieren, die vorgelegt werden, bei Anträgen, bei Abänderungsanträgen, dass wir uns im Ziel alle einig sind.

Unser Ziel ist eine gute Pflege für alle Menschen abzusichern und zwar nicht nur in den nächsten ein, zwei Jahren, sondern in den nächsten 20, 30 Jahren. Unser Ziel ist in diesem Plan auch zu bedenken, dass Pflege nicht nur ältere Menschen betrifft, sondern

dass Pflege etwas ist, was einem im seinem ganzen Leben nötig sein kann, je nach Lebensumständen.

Wir wissen, welche Probleme es gibt, und trotzdem muss es immer wieder irgendwo irgendeinen Antrag geben, um irgendetwas voranzutreiben.

Mir scheint sozusagen, wir sind hier wieder einmal mitten in einer politischen Auseinandersetzung: Wer besetzt dieses Thema Pflege besser? Schwarz oder Rot oder wer auch immer, sich dann da noch hineinmanövriert.

Wir wissen, es braucht ein Gesamtkonzept zur Pflegeversorgung. Das heißt, wir brauchen eigentlich eine Art Pflegegipfel, auch in Österreich. Die Frage ist, wie kann man Menschen möglichst lange zuhause pflegen. Das sagen, glaube ich, alle hier im Saal. Das sagte der früher zuständige Landesrat Rezar, das sagt der jetzige zuständige Landesrat Darabos.

Wie kann man die Heime bestmöglich unterstützen? Wie kann man die pflegenden Angehörigen bestmöglich unterstützen? Wie können wir die zusätzlichen Pflegekräfte, die in den nächsten zehn bis 30 Jahren notwendig sind, gewinnen und auch entsprechend bezahlen? Wie kann das Pflegegeld in allen Stufen valorisiert werden? Vor allem ab 2019 ist das jetzt schon nötig. Menschen brauchen Unterstützung bevor es ganz schlimm wird.

Und jetzt haben wir wieder einen Antrag und wieder einen Abänderungsantrag zu dem Antrag. Ich muss sagen, dem Abänderungsantrag der SPÖ und der FPÖ können wir diesmal vollinhaltlich zustimmen, weil es geht eben um eine sehr seriöse Ausarbeitung eines Bedarfs- und Entwicklungsplans, eines burgenländischen Zukunftsplans.

Leider fehlt hier - wie immer wieder in solchen Anträgen - die zeitliche Perspektive. Uns wäre es lieber, wenn wir uns auch festlegen würden, bis wann dieses Entwicklungskonzept ausgearbeitet sein soll.

Im Abänderungsantrag der ÖVP, der jetzt wieder eingebracht wird, oder Ihr habt ihn wieder zurückgezogen, auf jeden Fall wurde schon etwas ausgeschickt, deswegen gehe ich jetzt darauf ein, wird aber wiedermal eine Lösung vorgeschlagen, die wir hier schon wiederholt abgelehnt haben, nämlich die Einführung der Pflegelehre. Auch das wurde fachlich und von vielen Expertinnen und Experten bereits mehrfach diskutiert, dem werden wir weiterhin nicht zustimmen können.

Wir hoffen aber sehr, dass im Jahr 2019 dieser Entwicklungsplan, der hier heute beschlossen wird, auch wirklich auf dem Tisch liegt, weil es brennt schon sehr. Danke.

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Darf ich auch noch einen kurzen Sidestep machen zu einem, was heute schon lang und breit diskutiert wurde, nämlich die Causa Neutal, nämlich insbesondere in Verbindung mit den möglichen Arbeitnehmern, die aus Ungarn stammen. Ich möchte dazu Folgendes anmerken und es betrifft ganz besonders Sie, Herr Landtagsabgeordneter Mag.jur. Thomas Steiner.

Sie sind seit dem Jahr 2010 im Burgenländischen Landtag. Sie sind seit 2011 Bürgermeister von Eisenstadt, Sie sind Landesparteiobmann der FPÖ - eh, ÖVP Burgenland -, *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP – Abg. Manfred Kölly: Das kann er alles noch werden.)* aber was mich ganz besonders schmerzt, Sie sind Jurist und legen hier

heute eine Aktion vor, wo ich mich wundere, wie Sie so etwas überhaupt mit Ihrem Gewissen und mit Ihrem Wissen als Jurist verantworten können. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Thomas, wie ist die Gemeinderatswahl ausgegangen?)*

Es geht hier um das Recht am eigenen Bild. Das Recht am eigenen Bild ist wie das Namensrecht ein Persönlichkeitsrecht. Es besteht darin, dass Bilder von Personen nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürfen, wenn dadurch berechtigte Interessen des Abgebildeten oder unter Umständen seiner nahen Angehörigen verletzt werden.

Diese Aktion, die Sie hier heute geleistet haben, indem Sie einen Menschen vor den Vorhang hier im Landtag und damit auch komplett auf die internationale Bühne, nämlich in das World Wide Web, gebracht haben, ist aus meiner Sicht wirklich zu verachten. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Ich ersuche Sie, sich vor dem Landtag und damit auch vor diesem öffentlichen internationalen Web zu entschuldigen. Dieser Mensch, den Sie hier heute vorgeführt haben auf dem Bild, auf Ihrem iPad, hat es nicht verdient, dass auf seinem Rücken in Wirklichkeit österreichisches Recht gebeugt zumindest wird, wenn es nicht gebrochen wird.

Und es schmerzt mich im Herzen, dass Sie als Landtagsabgeordneter, dass Sie als Jurist so eine Aktion überhaupt hier notwendig haben. Das tut mir wirklich weh. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Abg. Mag. Michaela Resetar: Thema?)*

Zum Thema selbst *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Gott sei Dank!)* kann ich mich im vollen Inhalt meiner Vorrednerin anschließen und möchte ein paar Dinge noch besonders betonen, wie in Wiederholung auch meiner Vorrednerin. Ein ständiges Wiederholen von Anträgen seitens der ÖVP macht Sie weder in unseren Augen noch in den Augen der burgenländischen Bevölkerung zum Pflegeexperten. Sie werden dadurch im Prinzip nicht anders gesehen beziehungsweise, ich glaube sogar, dass die burgenländische Bevölkerung hier Ihre Absicht schon lange erkannt hat und Ihnen die Pflegeexpertise sicherlich abspricht.

Wenn wir uns jetzt den Abänderungsantrag im Detail anschauen, ohne jetzt wirklich in die Tiefe zu gehen, weil vieles wurde schon durch die Vorrednerin dargelegt, dann möchte ich schon auch feststellen, dass man auch ohne ÖVP hier mit dieser Landesregierung und mit dem zuständigen Landesrat die dementsprechenden Schritte schon lange erkannt hat und auch umgesetzt hat.

Vielleicht ist an Ihnen vorbeigegangen, dass es ja auch diesen Pflegeatlas gibt, weil viele der Dinge, die Sie hier angesprochen haben oder ansprechen, ist in Wirklichkeit eine Geschichte, die schon lange in Bearbeitung ist.

Und da darf ich auch wieder den Herrn Abgeordneten Steiner zitieren, nämlich so, wie er es zu einem anderen Antrag einer anderen Fraktion gesagt hat - da wurde ein Antrag eingebracht, der inhaltlich eigentlich gar nichts sagt, und nur damit irgendwas dasteht. Genauso ist in Wirklichkeit auch dieser Antrag von der ÖVP zu sehen. Das ist jetzt aber nur ein Zitat von Ihnen selbst, das Sie heute schon bei einer Ihrer Reden dargestellt haben.

Was aber bei diesem Antrag, den man ja zum Teil nicht unbedingt ganz verwerfen kann, im Wesentlichen fehlt, ist nämlich der Focus auch auf die Notwendigkeit, dass man das alles nicht selber „derstemmen“ kann. Das haben Sie bewusst weggelassen und einfach dem kleinen Burgenland umgehängt, dass ich auf der Ebene des Landes das gar

nicht machen kann. Sie haben wohlwissend vergessen, dass hier auch die Bundesregierung am Zug ist, und genau um das haben wir im Wesentlichen ergänzt.

Daher gehe ich davon aus, dass wir diesen Abänderungsantrag beschließen, weil er nämlich der bessere ist, weil er der fundiertere ist und auch weil er der weiterführende ist. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Mag. Steiner als nächstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Haidinger, das hätten Sie gerne, dass ich Parteiobmann der FPÖ wäre, dann würde es Ihnen wahrscheinlich besser gehen, vor allem inhaltlich besser gehen, weil Sie dann auf meine und auf unsere Expertise besser zugreifen könnten.

Wenn Sie sich da herstellen und Sie sich so oberlehrerhaft irgendwie aufführen und sagen, ja, ich hätte da irgendwelche rechtlichen Dinge verletzt, dann sage ich Ihnen schon, den Namen derjenigen Person, den habe nicht ich ins Spiel gebracht, das waren die Damen und Herren von der SPÖ, nur so nebenbei gesagt.

Und das Bild, das ich Ihnen gezeigt habe von dem ungarischen Arbeiter, das haben Sie von da wahrscheinlich nicht einmal erkannt, aber man hat gesehen, dass es nicht der Professor Lehner war, nur so nebenbei gesagt.

Meine Damen und Herren! Inhaltlich braucht man auf das, was Sie gesagt haben, eh nicht eingehen, weil es ja von Unrichtigkeiten gestrotzt hat und eigentlich Ihre Unkenntnis ganz einfach auch schön gezeigt hat.

Ich möchte aber, bevor ich zum Antrag komme, Herr Landesrat Darabos, auch Sie persönlich noch einmal ansprechen und gedanklich in die Fragestunde zurückkehren.

Da haben Sie ja behauptet, Sie hätten einen Brief geschrieben an den Bundeskanzler und an die Sozialministerin in Sachen Pflegeregress und Sie hätten keine Antwort bekommen. Sie können davon ausgehen, dass wir natürlich nachfragen.

Richtig ist, dass Sie am 29. Jänner tatsächlich einen Brief geschrieben haben an das Bundeskanzleramt, richtig ist, dass Sie am 7. März eine Antwort bekommen haben, unterschrieben von Dr. Klingenbrunner, wo Ihnen mitgeteilt wurde, dass Ihr Schreiben an den Ministerrat zur Kenntnis gebracht wurde und auch der zuständigen Sozialministerin weitergeleitet wurde. Ob jetzt die Sozialministerin Ihnen geschrieben hat oder nicht, weiß ich nicht, aber das Bundeskanzleramt hat Ihnen geschrieben.

Das heißt, Sie haben die Unwahrheit gesagt und Sie wissen das, dass Sie die Antwort bekommen haben und sagen trotzdem, Sie haben keine Antwort bekommen. Das ist eine unehrliche Politik, genauso unehrlich, wie Sie auch im Pflegebereich agieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Zwischenruf von Landesrat Mag. Norbert Darabos)*

Meine Damen und Herren! Insgesamt haben wir ja das Problem im Burgenland, dass wir eine Regierung haben, die nicht Probleme löst, sondern ständig neue Probleme schafft, und das gilt ganz besonders natürlich auch im Pflegebereich.

Hier haben wir eines der größten Problemfelder, und da können Sie schönreden, was Sie wollen, und da können Sie negieren, was Sie wollen, und da können Sie den Kopf schütteln, wie Sie wollen.

Sie müssen mit den Menschen reden, Sie müssen mit den Betroffenen reden, mit dem Pflegepersonal reden, Sie müssen mit den Organisationen reden, dann würden Sie wissen, dass die Realität eine ganz andere ist und dass Ihre Scheinwelt wie eine Seifenblase zerplatzt, wenn Sie in die Realität gehen würden.

Das wollen Sie nicht, und daher negieren Sie ganz einfach weiter die Probleme.

Es war ja eigentlich in der letzten Landtagssitzung unfassbar, als Sie da vom Landesrat abwärts sich alle hergestellt haben und alles negiert haben. Sie haben gesagt, nein, es gibt gar keine Probleme, es gibt keine Wartelisten, wir haben genug Pflegeplätze, dann haben wir Ihnen bewiesen, dass es keine Pflegeplätze gibt, und trotzdem bleiben Sie bei Ihrem Standpunkt, es gibt ganz einfach genug Pflegeplätze.

Sie wissen es ganz genau, Herr Landesrat, dass das nicht so ist, und ganz ehrlich? Mich wundert das auch nicht, dass es mittlerweile auch schon sehr valide Gerüchte gibt, dass Ihnen der Herr Doskozil auch noch den Pflegebereich wegnehmen wird. Ich kann es mir vorstellen, weil das wird ihm auch schon auf die Nerven gehen, dass da ganz einfach nichts weitergeht.

Wir als Volkspartei Burgenland wir sind der politische Schrittmacher in diesem Land, *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ und FPÖ)* das wissen Sie alle, in vielen Bereichen, ganz besonders aber auch im Pflegebereich.

Für uns ist es ganz klar, und das haben wird auch zum wiederholten Male zum Ausdruck gebracht, auch in der letzten Landtagssitzung, auch jetzt, dass es uns wichtig ist, dass die Menschen so lange wie möglich zuhause gepflegt werden können, solange wie möglich zuhause auch leben können, mit einer ordentlichen Hauskrankenpflege, wo ja auch extreme Mängel im Burgenland bestehen.

Aber es kann natürlich immer der Zeitpunkt kommen, wo man einen Pflegeplatz braucht.

Und es ist so, dass im Burgenland mindestens 250 Pflegeplätze fehlen und dass Sie, Herr Landesrat, jetzt schon im 10. Monat säumig sind. Sie beschließen heute wieder so einen obskuren Abänderungsantrag, wo Sie wieder vom Bedarfs- und Entwicklungsplan reden, den Sie eigentlich schon seit 1. Jänner 2018 auf den Tisch hätten legen müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dem Landtag vorlegen hätten müssen und jetzt haben wir den 18. Oktober und Sie haben das immer noch nicht gemacht. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, diese Vogelstraußpolitik, die ich Ihnen das letzte Mal schon vorgeworfen habe, das ist etwas, was am Ende des Tages dem Burgenland und dem Menschen im Burgenland wirklich schaden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie können sich sicher sein, Herr Landesrat, wir werden Ihnen sicherlich keine Ruhe geben. Wir werden das immer wieder thematisieren. Wir werden das in jeder Landtagssitzung erleben und auch wenn Sie jetzt eine Taktik eingeschlagen haben, dass Sie sagen, naja, wenn es ein Thema zum Pflegebereich gibt, dann machen wir das als letzten Tagesordnungspunkt, da sind schon alle müde. Da will keiner mehr. Die Medien sind weg. *(Abg. Ilse Benkö: Tagesordnung.)*

Das ist eine super Taktik. Das wird Ihnen auch nicht gelingen, weil wir Ihnen das nächste Mal zu einem besseren Zeitpunkt wieder dieses Thema vor Augen halten werden, da können Sie sicher sein.

Wir werden nicht Ruhe geben, egal ob Sie jetzt noch bis zum Ende des Jahres zuständig sind, oder bis 28. Feber oder vielleicht doch noch länger. Sie können damit

rechnen, nicht weil wir Sie ärgern wollen, sondern weil es um die Menschen, um das Land geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen, weil Sie einen so inhaltslosen Abänderungstrag wieder einmal eingebracht haben. Sie haben selber zitiert, Herr Kollege Haidinger, Sie haben davon gesprochen, ein Antrag larifari, Sie haben in diesem Fall recht. *(Abg. Manfred Haidinger: Der Antrag ist larifari!)*

Dieser Abänderungsantrag von Ihnen ist ein Antrag, der wirklich schlecht und schwach ist und daher bringen wir natürlich einen Abänderungsantrag *(Abg. Manfred Haidinger: Wie gesagt, der Antrag ist larifari!)* ein, und ich darf die Beschlussformel verlesen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für die Umsetzung von folgenden 10 Maßnahmen zur Absicherung der Pflege einzusetzen und für diesen Zweck eine Arbeitsgruppe bestehend aus Experten, allen Parteien im Landtag und Betroffenen einzurichten:

- Pflegebedarfs- und Entwicklungsplan
- Entrümpelung der Dokumentationspflichten
- Zuschüsse zur mobilen Hauskrankenpflege einkommensabhängig staffeln
- Überarbeitung des Personalschlüssels
- Überprüfung der Höhe des Pflegegeldes
- Gütesiegel für Agenturen in der 24h-Betreuung
- Qualifiziertes Personal: Evaluierung der Ausbildungsplätze im Burgenland
- Ausbau von Tagesheimplätzen
- Schaffung eines Pflegelehrberufs im Anschluss an die Pflichtschule
- Unterstützung pflegender Angehöriger

Herr Kollege Haidinger, *(Abg. Manfred Haidinger: Was ist jetzt der Unterschied zum Antrag?)* wenn Sie diese Punkte als larifari bezeichnen und wenn Sie sagen, dass ist alles unwichtig, *(Abg. Manfred Haidinger: Das habe ich nicht gesagt.)* dann zeigt das ja auch nur, was Sie für eine Einstellung zu den Menschen im Burgenland haben. Die sind Ihnen nämlich egal.

Das ist die Wahrheit, und daher werden wir diesen Antrag jetzt einbringen und jeder, der Interesse an den Menschen im Burgenland hat, der wird diesem Abänderungsantrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Drobits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Herr Landesrat, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und nach dem Umstand, dass wir

bereits die letzten zwei Landtagssitzungen über das Thema sehr breit gesprochen haben, möchte ich nur drei Punkte anmerken. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der erste Punkt: Wir wissen alle, dass es ein umfassendes Pflegekonzept geben wird, damit das Generationsthema Pflegebetreuung und Unterstützung als zentrales zukünftiges Thema der Politik für die Unterstützung und für die Betreuung und Pflege von pflegedürftigen Angehörigen behandelt werden kann.

Es geht um das Vertrauen der Burgenländerinnen und Burgenländer. Es geht um die Glaubwürdigkeit. Ich möchte das nicht mehr strapazieren, denn wir haben heute schon viel darüber gesprochen, dass die Glaubwürdigkeit in der Politik das höchste Gut sein sollte und gerade im Pflegebereich wird es wichtig sein, diese Glaubwürdigkeit auch unter Beweis zu stellen.

Für mich persönlich weiß ich, dass wir im Sozialbereich im Burgenland die letzten Jahre und Jahrzehnte gut aufgestellt waren. Umsonst ist nicht jeder zweite Euro budgetmäßig im Sozialbereich verankert.

Das Ziel muss es deshalb weiterhin sein, für diejenigen, die die Pflege benötigen und diese auch verdienen, sie zu gewährleisten und es muss auch möglich sein, dass die Angehörigen der Pflegebedürftigen die Unterstützung erhalten. Ich möchte deshalb auf den einen Punkt eingehen, dass es eine laufende aktuelle Studie der Universität Wien gibt, wo es um die Angehörigenpflege geht.

Daraus wird erkennbar, dass 75 Prozent aller Menschen in Österreich im Bedarfsfall Unterstützung von nahen Angehörigen erhalten und 78 Prozent der pflegenden Angehörigen weiterhin keine professionellen Dienste, sondern diese informelle Betreuung in Anspruch nehmen.

Das bedeutet, Angehörigenpflege ist weiterhin der größte Pflegedienst der Nation. Wenn man das weiterdenkt, bedeutet dies, dass wir auch eine Aufgabe haben, diese familiäre Pflege auch zukünftig durch Bewusstseinsbildung oder Sorgeverantwortung im Schulbereich entsprechend vorzubereiten und zu unterstützen.

Denn die pflegenden Angehörigen sind nachweislich die Leistungsträger der Gesellschaft und müssen daher in diesem neuen Gesamtkonzept eine eigene Gruppe sein, die gestärkt und auch unterstützt werden soll.

Ein zweiter Punkt, der mir wichtig ist, ist auch der Bereich der 24-Stunden-Betreuung. Auch dazu gibt es mittlerweile seit zehn Jahren eine neue Studie. In dieser Studie lässt sich feststellen, dass die Missstände und der unfaire Wettbewerb leider weiterhin steigen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dieser unfairen Wettbewerbsbedingungen werden durch schwarze Schafe der Branche veranlasst. Jetzt ist eine Lösung angedacht, die auch im Bund diskutiert wird, nämlich, ein sogenanntes Gütesiegel einzuführen. Ich finde, das Gütesiegel ist bloß ein Feigenblatt, denn, meiner Meinung nach, bedarf es neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen, um die Pflichten der Agenturen gegenüber den Personenbetreuern und den Haushalten zu gewährleisten und zu regeln.

Es muss Rechtssicherheit her, um dieses wichtige Themenfeld auch entsprechend rechtssicher zu machen. Abschließend, ich bin mir sicher, und das sagen auch die meistern Vorredner, dass dieses Generationenthema behutsam und gesamteinheitlich einer Lösung zugeführt werden muss. Wenn wir eine Modellregion Burgenland in diesem Bereich schaffen wollen, müssen wir auch zukünftig das Miteinander pflegen.

Ich lade deshalb abschließend alle Fraktionen ein, im Sinne unseres Antrages ein Miteinander zu pflegen, um der nächsten Generation und auch der jetzigen pflegebedürftigen Generation im Pflege-, Betreuungs- und Unterstützungsbereich die beste Unterstützung zu gewährleisten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Eine kurze Klarstellung, weil es der Kollege Haidinger jetzt auch noch einmal aufgenommen hat. Ich finde schon, man sollte über Menschen noch dazu, wenn man das Wort „Wahrheit“ so oft in den Mund nimmt, dann das sagen, was in Ordnung ist und weil der Herr Lehner, der kein Professor ist, aber gut, man wird vielleicht im Landtag schnell befördert in irgendeine höhere Ausbildungsklasse, hat auf... *(Mag. Michaela Resetar: Professor Lehner sagen sie zu ihm. - Abg. Wolfgang Sodl: Der ist ja auch einer. - Abg. Doris Prohaska: Das sind zwei verschiedene Leute, die Ihr da nennt.)*

Der von Ihnen hier angesprochene Herr Lehner hat ja keine Möglichkeit, sich hier zu äußern, aber er hat auf seiner Facebook-Seite etwas kommentiert und das möchte ich einfach jetzt hier vorlesen, damit wir die gesamte sachliche Seite sehen.

Ich zitiere: „Ich habe keinen Subauftrag an eine ungarische Firma vergeben, wie via ORF-Seiten von ÖVP-Chef Steiner behauptet wird. Die ungarischen Mitarbeiter sind in Österreich angemeldet und ich bezahle sie für ihre gute Arbeit wohl besser als mancher andere burgenländische Unternehmer. *(Mag. Michaela Resetar: Umso besser!)*

Er mahnt bei der Sorgfaltspflicht bei der Recherche ein und sagt, statt heimlich zu fotografieren, hätten Sie ja auch fragen können. *(Abg, Edith Sack: Genau!)* Das zur Klarstellung. *(Beifall bei den GRÜNEN - Abg. Doris Prohaska: Gratulation, meine Herren! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Christian Illedits: Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß schon, das tut Ihnen irgendwie weh, *(Abg. Edith Sack: Was soll uns da wehtun? Das sind doch Deine Geschichten!)* denn offensichtlich dürften Sie in dieser Frage jetzt eine Bauernfeindeallianz gefunden haben. Ich verstehe das nicht, was Sie da so wehleidig daherreden. Ganz ehrlich. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Da wird jemandem wehgetan!)*

Ich habe nichts anderes gesagt, als dass in Neutal am Platz der Arbeit, Arbeiter mit ungarischen Kennzeichen unterwegs waren. Ich habe nicht behauptet, dass das eine Subfirma ist, das ist aber völlig gleich, ob das jetzt eine Subfirma ist oder ob es ausländische Arbeiter beziehungsweise Angestellte sind.

Das ist nämlich beides gleichwertig und in Ordnung. Ich habe nur zum Ausdruck bringen wollen, dass hier nicht mit zweierlei Maßen, nicht Sie, sondern die SPÖ, messen sollen. Denn in dem einen Fall prangern Sie das an und im anderen Fall ist es in Ordnung, wenn es ein roter Bürgermeister *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau!)* und ein roter Gemeindevertreterchef macht. *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist ja nicht der Fall!)*

Das ist der Punkt und das hat gar nichts mit Recherche zu tun. *(Abg. Edith Sack: Ihr seid so falsch!)* Es ist einfach so und da können Sie sich tausendmal herstellen und tausendmal die Unwahrheit behaupten. Es ändert nichts an der Wahrheit. Es ändert nichts daran, dass es so war. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Ingrid Salamon: Das stimmt nicht!)*

Präsident Christian Illedits: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Steiner eingebrachter Abänderungsantrag vor. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich lasse daher zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. *(Abg. Edith Sack: Aber groß reden! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Seid Ihr nervös?)*

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend ein Gesamtkonzept zur Unterstützung, Betreuung und Pflege ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 15. November 2018, vorgesehen ist.

Außerdem findet am 15. November im Anschluss an die erste Sitzung eine zweite Sitzung, nämlich die Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil, statt.

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass am 25. Oktober 2018 der Jugendlandtag stattfinden wird, zu dem ich alle interessierten Landtagsabgeordneten recht herzlich einladen darf.

Die Damen und Herren der Burgenländischen Landesregierung erhalten eine gesonderte Einladung.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 21 Uhr 50 Minuten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Ende der Sitzung: 21 Uhr 41 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 44. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 15. November 2018

10.02 Uhr - 17.39 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird;
3. Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung an die Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO im Agrarwesen;
4. Gesetzentwurf über die Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Burgenländisches Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 - Bgld. GemHOG 2018);
5. Gesetzentwurf über die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der Informationstechnologie und der Aus- und Weiterbildung der Gemeindebediensteten;
6. Beschlussantrag, mit dem der „Masterplan Radfahren, Burgenland radelt“ zur Kenntnis genommen wird;
7. Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1458) betreffend IT-Betreuung an Schulen;
8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlicher Gegenstand der Daseinsvorsorge;
9. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Förderrichtlinien für Landarztordinationen;
10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend biologische und regionale Lebensmittel in Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen;
11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend landesweites Tierschutz-Konzept;

Inhalt

Landtag
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6963)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 213 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Vergabe von Rahmenvereinbarungen für Dienstleistungen in der Kinder- und Jugendhilfe
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert D a r a b o s (S. 6968)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6969 u. S. 6969)

Anfrage Nr. 218 des Abgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Burgenländische Gemeindefinanzstatistik und sogenannten Sorgenkindern
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 6970)
Zusatzfrage: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6971 u. S. 6971)

Anfrage Nr. 220 der Abgeordneten Mag.[a] Regina Petrik an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Broschüren bezüglich barrierefreier (rollstuhlgerechter) Tourismus- bzw. Freizeitangebote
Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 6972)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 6973 u. S. 6974)

Anfrage Nr. 219 des Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend die Räumung eines Biberdamms in der Gemeinde Neutal
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 6974)
Zusatzfrage: Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 6976)

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1492), mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 21 - 1060) (Beilage 1504);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 6976)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 6977), Manfred H a i d i n g e r (S. 6977), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 6978), Wolfgang S o d l (S. 6979)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6980)

Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1493) über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung an die Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO im Agrarwesen (Zahl 21 - 1061) (Beilage 1505);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 6981)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6981)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1494)über die Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Burgenländisches Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 - Bgld. GemHOG 2018) (Zahl 21 - 1062) (Beilage 1506);
Berichterstatter: Mag. Kurt M a c z e k (S. 6981)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 6982), Géza M o l n á r (S. 6984), Mag. Franz S t e i n d l (S. 6985), Ingrid S a l a m o n (S. 6987), Gerhard S t e i e r (S. 6988), Manfred K ö l l y (S. 6990)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6992)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1495) über die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der Informationstechnologie und der Aus- und Weiterbildung der Gemeindebediensteten (Zahl 21 - 1063) (Beilage 1507);
Berichterstatter: Mag. Christian D r o b i t s (S. 6992)
Redner: Gerhard H u t t e r (S. 6992), Mag.a Regina P e t r i k (S. 6993), Géza M o l n á r (S. 6993), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 6994), Ingrid S a l a m o n (S. 6997), Gerhard S t e i e r (S. 6998), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 7000), Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 7001)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 7004)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1497), mit dem der „Masterplan Radfahren, Burgenland radelt ...“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1065) (Beilage 1508);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 7004)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 7004), Markus W i e s l e r (S. 7008), Georg R o s n e r (S. 7010), Kilian B r a n d s t ä t t e r (S. 7012), Landeshauptmann Hans N i e ß l (S. 7013)

Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1458) betreffend IT-Betreuung an Schulen (Zahl 21 - 1037) (Beilage 1509);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 7016)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 7016), Géza M o l n á r (S. 7016), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 7019), Dr. Peter R e z a r (S. 7020)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1487) betreffend lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlicher Gegenstand der Daseinsvorsorge (Zahl 21 - 1055) (Beilage 1510);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 7023)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 7023), Markus W i e s l e r (S. 7025), Patrik F a z e k a s, BA (S. 7027), Wolfgang S o d l (S. 7030), Gerhard S t e i e r (S. 7032)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1470) betreffend die Förderrichtlinien für Landarztordinationen (Zahl 21 - 1049) (Beilage 1511);
Berichterstatter: Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 7035)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 7035), Manfred H a i d i n g e r (S. 7039), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 7041), Günter K o v a c s (S. 7043), Markus U l r a m (S. 7046), Günter K o v a c s (S. 7048)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend UN-Migrationspakt (Zahl 21 - 1118) (Beilage 1560);
Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas S t e i n e r (S. 7049)
Redner: Gerhard S t e i e r (S. 7052), Manfred K ö l l y (S. 7057), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 7060), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 7060), Mag. Christian D r o b i t s (S. 7064), Mag.a Regina P e t r i k (S. 7066), Géza M o l n á r (S. 7071), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 7073)
Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 7074)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1490) betreffend biologische und regionale Lebensmittel in Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen (Zahl 21 - 1058) (Beilage 1512);
Berichterstatterin: Ingrid S a l a m o n (S. 7075)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 7075), Karin S t a m p f e l (S. 7079), Walter T e m m e l (S. 7079), Landesrat Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 7082), Ingrid S a l a m o n (S. 7084), Manfred K ö l l y (S. 7086), Mag.a Regina P e t r i k (S. 7089), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 7089), Landesrätin Verena D u n s t (S. 7091)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1496) betreffend landesweites Tierschutz-Konzept (Zahl 21 - 1064) (Beilage 1513);
Berichterstatter: Günter K o v a c s (S. 7094)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 7094), Karin S t a m p f e l (S. 7096), Bernhard H i r c z y (S. 7097), Günter K o v a c s (S. 7099)

Landesregierung
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6963)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsident Christian Illedits: Einen schönen guten Morgen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, mit dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze! Werte Zuhörer, Zuseher, die uns via Live-Stream verfolgen, aber auch die Besucherinnen und Besucher, die uns von der Galerie heute hier beiwohnen. Recht herzlich willkommen der NMS Pinkafeld.

Ich… e r ö f f n e die 44. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 43. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagsabgeordneter Mag. Johann Richter entschuldigt.

Mitteilung des Einlaufes

Präsident Christian Illedits: Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Abgeordneten Patrik Fazekas, BA um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Schriftführer Patrik Fazekas, BA: Einlauf für die 44. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, 15. November 2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht 2016/2017 der Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1084) (Beilage 1526);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Starkstromwegegesetz geändert wird (Zahl 21 - 1090) (Beilage 1532);
3. Beschlussantrag, mit dem der Bericht 2018 über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft im Burgenland (Grüner Bericht 2018) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1091)(Beilage 1533);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesverwaltungs-gerichtsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 1092) (Beilage 1534);
5. Beschlussantrag, mit dem der Bericht nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen, Bestellungen und Weiterbestellungen im Jahr 2017 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1095) (Beilage 1537);
6. Gesetzentwurf über das Leichen- und Bestattungswesen im Burgenland (Burgenländisches Leichen- und Bestattungswesengesetz 2019 -Bgld. LBwG 2019) (Zahl 21 - 1096) (Beilage 1538);
7. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Elementarpädagogik für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2021/22 gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt wird (Zahl 21 - 1097) (Beilage 1539);
8. Beschlussantrag über den Nachtragsvoranschlag 2018 (Zahl 21 - 1098) (Beilage 1540);
9. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gassicherheitsgesetz 2008 geändert wird (Zahl 21 - 1099) (Beilage 1541);

10. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Straßengesetz 2005 geändert wird (Zahl 21 - 1100) (Beilage 1542);
11. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesvertrags-bedienstetengesetz 2013 geändert wird (Zahl 21 - 1101) (Beilage 1543);
12. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landes-Personalvertretungsgesetz geändert wird (Zahl 21 - 1102) (Beilage 1544);
13. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 21 - 1103) (Beilage 1545);
14. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 geändert wird (Zahl 21 - 1104) (Beilage 1546);
15. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Zahl 21 - 1105) (Beilage 1547);
16. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (Zahl 21 - 1106) (Beilage 1548);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der Prüfungsbericht betreffend Strukturreform (Zahl 21 - 1115) (Beilage 1557) eingelangt.

Ebenso ist der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend UN-Migrationspakt (Zahl 21 - 1118) (Beilage 1560) eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer Entschließung betreffend „Rettungsgasse NEU“ (Zahl 21 - 1066) (Beilage 1498);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen betreffend die Erlassung eines Landesverfassungsgesetzes, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandesgeändert wird (Zahl 21 - 1068) (Beilage 1500);
3. der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Online-Beantragung des Schulstartgeldes (Zahl 21 - 1072) (Beilage 1514);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Mitsprache von Ländern und Gemeinden bei Gewährung eines humanitären Bleiberechts (Zahl 21 - 1113) (Beilage 1555);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Klimaschutz durch Verringerung der Bodenversiegelung (Zahl 21 - 1114) (Beilage 1556);
6. der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses mit dem der Gesamtbericht des Jugendlandtages zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1116) (Beilage 1558);
7. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Errichtung schienenbegleitender Radwege im Burgenland (Zahl 21 - 1119) (Beilage 1561);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Straßenverwaltung - organische Abfälle (Zahl 21 - 1067) (Beilage 1499);
2. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Gesamtverkehrsstrategie (Zahl 21 - 1073) (Beilage 1515);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Gesamtverkehrsstrategie (Zahl 21 - 1074)(Beilage 1516);
4. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Widmungswunsch Gemeinde Mischendorf(Zahl 21 - 1080) (Beilage 1522);
5. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Sperre des Heidehofweges (Zahl 21 - 1082) (Beilage 1524);
6. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend Sperre des Heidehofweges (Zahl 21 - 1083) (Beilage 1525);
7. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Landesstraßenverwaltung(Zahl 21 - 1085) (Beilage 1527);
8. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landeshautpmann Hans Nießl betreffend „Pädagogischer Dienst“ (Zahl 21 - 1093) (Beilage 1535);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 1022) betreffend Biberdamm(Zahl 21 - 1069) (Beilage 1501);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 1035) betreffend Beschluss Bodenschutz(Zahl 21 - 1070) (Beilage 1502);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 1036) betreffend Beschluss Glyphosat (Zahl 21 - 1071) (Beilage 1503);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 1030) betreffend Beschluss Glyphosat (Zahl 21 - 1075) (Beilage 1517);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 1076) betreffend Beschluss Klimaschutz (Zahl 21 - 1076) (Beilage 1518);
6. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 1032) betreffend Beschluss Bodenschutz (Zahl 21 - 1077) (Beilage 1519);
7. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 1033) betreffend Beschluss Glyphosat (Zahl 21- 1078) (Beilage 1520);
8. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 1034) betreffend Beschluss Raumplanung und Klimaschutz (Zahl 21- 1079) (Beilage 1521);
9. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat MMag.

Alexander Petschnig (Zahl 21 - 1050) betreffend barrierefreies Reisen (Zahl 21 - 1081) (Beilage 1523);

10. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl (Zahl 21 - 1041) betreffend Schulcluster und -zusammenlegungen (Zahl 21 - 1086) (Beilage 1528);
11. des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 1038) betreffend Pflegebetten(Zahl 21 - 1087) (Beilage 1529);
12. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 1039) betreffend Pflege- und Sozialberater (Zahl 21- 1088) (Beilage 1530);
13. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 1040) betreffend 24-Stunden-Betreuung (Zahl 21 - 1089) (Beilage 1531);
14. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 1045) betreffend Akutordinationen (Zahl 21 - 1094) (Beilage 1536);
15. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos (Zahl 21 - 1044) betreffend Herausforderungen im Pflegebereich (Zahl 21 - 1107) (Beilage 1549);
16. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 1046) betreffend Landschaftsschutzabgabe (Zahl 21 - 1108) (Beilage 1550);
17. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (Zahl 21 - 1048) betreffend Plakate (Zahl 21 - 1109) (Beilage 1551);
18. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 1043) betreffend Finanztipps für Eltern(Zahl 21 - 1110) (Beilage 1552);
19. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 1042) betreffend Finanztipps für Eltern(Zahl 21 - 1111) (Beilage 1553);
20. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Frau Landesrätin Verena Dunst (Zahl 21 - 1047) betreffend Förderung der Ferienbetreuung (Zahl 21 - 1112) (Beilage 1554);
21. des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl betreffend (Zahl 21 - 1051) Leiter der Abteilung 4 (Zahl 21 - 1117) (Beilage 1559);

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 1102, Beilage 1544, Zahl 21 - 1095, Beilage 1537, Zahl 21 - 1096, Beilage 1538, Zahl 21 - 1099, Beilage 1541, und die selbstständigen Anträge, Zahl 21 - 1066, Beilage 1498, Zahl 21 - 1068, Beilage 1500, und Zahl 21 - 1116, Beilage 1558, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 1091, Beilage 1533, weise ich dem Agrarausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 1098, Beilage 1540, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 1084, Beilage 1526, und den selbstständigen Antrag Zahl 21 - 1113, Beilage 1555, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 21 - 1090, Beilage 1532, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 1092, Beilage 1534, Zahl 21 - 1097, Beilage 1539, Zahl 21 - 1100, Beilage 1542, Zahl 21 - 1101, Beilage 1543, Zahl 21 - 1103, Beilage 1545, Zahl 21 - 1104, Beilage 1546, Zahl 21 - 1105, Beilage 1547, Zahl 21 - 1106, Beilage 1548, und die selbständige Anfrage Zahl 21 - 1072, Beilage 1514, Zahl 21 - 1114, Beilage 1556, und Zahl 21 - 1119, Beilage 1561, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den Prüfungsbericht des Landes-Rechnungshofes Zahl 21 - 1115, Beilage 1557, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1067, Beilage 1499, und Zahl 21 - 1085, Beilage 1527, habe ich Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1073, Beilage 1515, Zahl 21 - 1074, Beilage 1516, Zahl 21 - 1080, Beilage 1522, und Zahl 21 - 1093, Beilage 1535, habe ich Herrn Landeshauptmann Hans Nießl,

die schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1082, Beilage 1524 und Zahl 21 - 1083, Beilage 1525 habe ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz

zur Beantwortung übermittelt.

Die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen Zahl 21 - 1069, Beilage 1501, Zahl 21 - 1070, Beilage 1502, Zahl 21 - 1071, Beilage 1503, Zahl 21 - 1075, Beilage 1517, Zahl 21 - 1076, Beilage 1518, Zahl 21 - 1077, Beilage 1519, Zahl 21 - 1078, Beilage 1520, Zahl 21 - 1079, Beilage 1521, Zahl 21 - 1081,Beilage 1523, Zahl 21 - 1086, Beilage 1528, Zahl 21 - 1087, Beilage 1529,Zahl 21 - 1088, Beilage 1530, Zahl 21 - 1089, Beilage 1531, Zahl 21 - 1094, Beilage 1536, Zahl 21 - 1107, Beilage 1549, Zahl 21 - 1108, Beilage 1550, Zahl 21 - 1109, Beilage 1551, Zahl 21 - 1110, Beilage 1552, Zahl 21 - 1111, Beilage 1553, Zahl 21 - 1112, Beilage 1554 und Zahl 21 - 1117, Beilage 1559, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen, auf Fassung einer Entschließung betreffend UN-Migrationspakt (Zahl 21 - 1118) (Beilage 1560) wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT spätestens um 15.00 Uhr behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Christian Illedits: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 20 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Darabos gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Land Burgenland hat im August 2016 einen Dienstleistungsauftrag zum Abschluss von Rahmenvereinbarungen für die Erbringung von Dienstleistungen betreffend die Familienintensivbetreuung, die Sozialpädagogische Kinder- und Jugendbetreuung, die Familienhilfe sowie die Diagnostische Abklärung im Land Burgenland ausgeschrieben.

Im Zuge dieses Vergabeverfahrens gab es eine Anzeige beim Landesverwaltungsgericht und eine darauffolgende Rechtserkenntnis vom 07.02.2018. Diese wurde am 10.10.2018 auf der Homepage des Landesverwaltungsgerichtes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Landesverwaltungsgericht hält in seinem Schreiben unmissverständlich fest: „Die Entscheidung des Landes Burgenland als Auftraggeberin, mit welchen Unternehmen die Rahmenvereinbarung abgeschlossen werden soll, Los 1, 2 und 3, bekanntgegeben mit E-Mail vom 24.11.2017, wird für nichtig erklärt.“

Wie wurde aufgrund dieser rechtlichen Einwände des Landesverwaltungsgerichtes in Bezug auf die Vergabe von Rahmenvereinbarungen für Dienstleistungen in der Kinder- und Jugendhilfe das Verfahren seitens des Landes weitergeführt?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Damit auch die Zuhörerinnen und Zuhörer wissen, um was es geht, vielleicht eine kurze Einleitung.

Das Land Burgenland ist gemäß § 6 Abs. 1 Burgenländisches Kinder- und Jugendhilfegesetz Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Burgenland und hat die Aufgaben nach diesem Gesetz zu besorgen. In Fällen der Kindeswohlgefährdung, um das geht es ja jetzt, ist zu erwarten, dass die Gefährdung auch bei verbleibender Familie oder sonstigen bisherigen Wohnumfeld abgewendet werden kann. Wir sind da gefragt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Neben der zivilrechtlichen Beauftragung bedarf es dazu einer bescheidmäßigen Eignungsbeurteilung des Leistungsträgers durch die zuständige Behörde. Das ist ganz wichtig. Im Jahr 2014 schon, also weit bevor ich in diese Funktion gekommen bin, hat man das Ausmaß der Problematik erkannt und hat den gesamten Bereich nur ausgeschrieben, um einige Ziele zu erreichen. Einheitliche Qualitätsstandards, lückenlose Abdeckung des Bedarfs im ganzen Burgenland, Sicherstellung der Leistungserbringung und zentralgeführte Eignungsbeurteilungsverfahren.

Es ist richtig, und damit komme ich zu Ihrer Frage, dass nach diesem Ausschreibungsverfahren es einen Einspruch gegeben hat. Durch einen Bieter wurde beim Landesverwaltungsgerichtshof Burgenland am 22.3.2017 ein Antrag auf Nachprüfung der Zuschlagsentscheidung, betreffend die Lose 1 bis 3, die Sie angesprochen haben, es betrifft jetzt die Familienintensivbetreuung, sozialpädagogische Kinder- und Jugendbetreuung und Familienhilfe, eingebracht.

Im Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland ist am 07.02.2018 dem Begehren der Klägerin, in dem Fall stattgegeben worden. Das Verfahren wurde somit in den Stand vor Erteilung der Zuschlagsentscheidung zurückgesetzt. Seitens des Landes wurden die Auswahlkriterien entsprechend der Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland erneut getroffen.

An der ursprünglichen Reihung der Bieter hat sich nichts geändert. Die erneute Zuschlagsentscheidung des Landes Burgenland ist inzwischen rechtskräftig. Es ist also alles rechtens. Wir haben aber dem Urteil des Landesverwaltungsgerichtes Rechnung getragen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön! Herr Landesrat! Mit welchen Anbietern wurden dann Rahmenverträge abgeschlossen?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es sind vier Lose ausgeschrieben worden. Ich habe es kurz angesprochen. Familienintensivbetreuung, sozialpädagogische Kinder- und Jugendbetreuung, Familienhilfe und Diagnostische Abklärung. Das sind die vier Lose. Es wurde mit sieben Bietern Rahmenverträge abgeschlossen. Ich habe es geprüft.

Ich darf in diesem Rahmen auch die Namen sagen, obwohl die Datenschutzgeschichte ja mittlerweile auch sehr wichtig geworden ist. Michael Thürringer, SOS Kinderdorf-Gesellschaft Österreichischer Kinderdörfer, Bietergemeinschaft, das ist eine Gemeinschaft pro Juventute soziale Dienste und soziale Initiative gemeinnützige GmbH, Jugend am Werk, Volkshilfe Burgenland und die Traumatologische Gemeinschaft Burgenland, die dieses Verfahren auch angestrebt hat.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): In drei bis fünf Jahren muss neu ausgeschrieben werden. Welche Lehren wurden aus dem hier praktizierten Verfahren gezogen, um zukünftig Fehler und Unstimmigkeiten zu vermeiden? Es war ja, zum Beispiel, eine Kritik, dass im Sommer, Anfang August, die Ausschreibung vorgenommen wurde und deshalb nur eine kurze Zeit zur Verfügung stand, wo sich dann viele Leute neu orientieren mussten. Wird da irgendeine Lehre daraus gezogen? Was wird anderes sein?

Präsident Christian Illedits: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ): Aus meiner Sicht haben wir die Lehre bereits gezogen. Wir nehmen die Kritik des Landesverwaltungsgerichtes ernst und haben das auch jetzt auch in dieses neue Verfahren einfließen lassen. Aber, noch einmal, es ist jetzt rechtskräftig. Es hat keinen weiteren Protest oder keinen weiteren Einspruch gegeben.

Es ist in der ersten Phase eigentlich um formale Dinge gegangen. Es ist um den Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflichten gegangen und das ist ernst zu nehmen. Die Dokumentation des Zustandekommens des Beschlusses in der Kommission und die Begründung der Qualitätskriterien. Aber, wir haben das jetzt ernst genommen und werden das aufgrund dieses Urteiles des Landesverwaltungsgerichts nicht nur ernst nehmen, sondern so in dieser Form auch in Zukunft handhaben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, M.A. an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Wolf, M.A. um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Vielen Dank! Sehr geehrte Frau Landesrätin!. Die Abteilung 2 - Landesplanung, Sicherheit, Gemeinden und Wirtschaft ist unter anderem für die Finanzgebarung der Gemeinden, deren Kontrolle und die statistische Aufbereitung zuständig. Die Burgenländische Gemeindefinanzstatistik für das Haushaltsjahr 2017 wurde Ende Oktober präsentiert. Laut Medienberichten sprechen Sie von „sechs Sorgenkindern“. Welche Gemeinden sind Ihrer Ansicht nach diese sogenannten Sorgenkinder?

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Abgeordneter! Einleitend möchte ich schon vorausschicken, dass die burgenländischen Gemeinden, und das bestätigt auch die Gemeindefinanzstatistik 2017, diesen doch sehr erfolgreichen Weg weiter fortgesetzt haben.

Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und auch die Amtsleiterinnen und Amtsleiter haben hier, wie gewohnt, wirklich eine sehr gute Arbeit geleistet. Sie haben Spaß am Vorausschauen, nachhaltig gewirtschaftet und ihre Aufgaben auch alles zweckmäßig erledigt. Wenn man sich eine ganz einfache Einnahmen-Ausgabenrechnung anschaut, sieht man, dass in der Gemeindefinanzstatistik 2017 Gesamteinnahmen der burgenländischen Gemeinden von in Höhe ca. 696 Millionen Euro Gesamtausgaben von in etwa 612 Millionen Euro gegenüber stehen. Das heißt, man sieht hier deutlich, dass es mehr Einnahmen als Ausgaben gibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das erlaubt es den Gemeinden auch entsprechende Investitionen zu tätigen. Auch die Investitionssumme konnte im Vergleich zum Jahr 2016 um 9 Millionen Euro auf insgesamt 108 Millionen Euro erhöht werden. Das heißt, man sieht hier, was für ein wichtiger Wirtschaftsfaktor die burgenländischen Gemeinden auch insgesamt sind und das hier auch sehr viel Geld in Gemeinwohl, in die Daseinsversorgung, aber auch in die Bildung investiert wird. Unsere burgenländischen Gemeinden sind ein sehr wichtiger Wirtschaftsmotor und bewerkstelligen das alles bei einem gleichzeitigen Schuldenabbau, denn auch der Schuldenstand konnte im Vergleich zum Jahr 2016 um 2,6 Millionen Euro verringert werden. Wir haben damit im Burgenland eine pro Kopf Verschuldung von 1.065 Euro. Das ist, auch österreichweit gesehen, der geringste Wert einer pro Kopf Verschuldung der Gemeinden.

Für diese Anstrengungen einer verantwortungsvollen Kommunalpolitik möchte ich mich bei allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, auch bei all jenen, die hier im Landtag vertreten sind, sehr herzlich bedanken. Sie zeigen vor, wie verantwortungsvolle Politik in den Gemeinden funktioniert. Genauso möchte ich mich natürlich auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gemeindeabteilung bedanken, die den Gemeinden tagtäglich mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Nun aber zu Ihrer Anfrage. Diese Diktion der Sorgenkinder stammt übrigens nicht von mir. Es war so, dass eine Journalistin nach diesen Sorgenkindern gefragt hat. Das wurde von mir so nicht formuliert. Ich habe lediglich darauf geantwortet, dass es eine Hand voll von Gemeinden gibt, mit denen wir in einem ständigen Kontakt stehen, wo es auch darum geht, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um auch gemeinsam

mit externen Beraterinnen und Beratern diese Gemeinden wieder auf einen guten Weg zu führen, was uns auch sehr gut gelingt. Was auch sehr gut gelingt. Nicht mehr und nicht weniger habe ich bei dieser Pressekonferenz gesagt.

Ich habe keine einzige Gemeinde beim Namen genannt, noch dazu und das werde ich so beibehalten, denn es ist nicht meine Art und Weise irgendwelche Gemeinden hier an den Pranger zu stellen. Das verstehe nicht unter verantwortungsvoller Politik und ich werde sicherlich keine Gemeindenamen hier in der Öffentlichkeit diskutieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Wolf.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Frau Landesrätin! Die Autorin des Gemeindefinanzstatistikberichtes ist die Abteilungsleiterin der Abteilung 2. Sie ist auch gleichzeitig Stadträtin in Pinkafeld.

Sehen Sie hier, weil sie gleichzeitig als Abteilung 2 für die Aufsichtsbehörde tätig ist, eine Unvereinbarkeit?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist schon seit sehr vielen Jahren so, dass die Abteilungsvorständin, beziehungsweise, davor war sie die Hauptreferatsleiterin, in der Stadtgemeinde Pinkafeld tätig ist.

Das wissen auch alle Betroffenen seit Jahren und bis jetzt hat es da noch nie ein Problem gegeben. Noch dazu hält sie sich wirklich akribisch aus allen Akten heraus und aus allen Fällen die Pinkafeld betreffen, um hier möglichst keine Unvereinbarkeiten herbeizuführen. *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Sehen Sie eine Unvereinbarkeit?)*

Da jetzt irgendetwas herbei zu konstruieren, dass die Frau Abteilungsvorständin in irgendeiner Art und Weise dann befangen wäre, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das war überhaupt nicht die Frage.)* ist absolut an den Haaren herbeigezogen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Das war nicht die Frage. – Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Wolf.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Frau Landesrätin! Das war eine Antwort auf eine nicht gestellte Frage. Ich versuche es noch einmal zu erläutern. Der Vorgänger von der Abteilungsleiterin, dem wurde damals nahegelegt, dass er sein Gemeinderatsmandat, wenn er die Funktion des Abteilungsleiters übernimmt, niederlegt. Die jetzige Stadträtin und gleichzeitig Abteilungsvorständin hat das nicht gemacht.

Sehen Sie in diesem Fall eine Unvereinbarkeit? Das ist die Frage.

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nein, die sehe ich nicht, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Das wollte ich nur wissen.)* weil ich sehr genau weiß, dass die Frau Abteilungsvorständin das absolut akribisch trennt. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die dritte Anfrage ist von der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat MMag. Petschnig gerichtet.

Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön, Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! In einer schriftlichen Anfrage bat ich Sie um Auskunft darüber, ob es im Burgenland Broschüren betreffend barrierefreier, rollstuhlgerechter Tourismus- beziehungsweise Freizeitangebote gäbe.

In der Beantwortung vom 23. Oktober 2018 bejahen Sie dies und nennen verschiedene Gastgeberverzeichnisse, in denen einige Quartiere und Freizeitanbieter in der Beschreibung mit „Rollstuhlpiktogrammen“ versehen sind. Betroffene Urlaubsgäste müssen sich 100-prozentig darauf verlassen können, dass die Angaben zur Barrierefreiheit stimmen.

Auf welche Weise wird überprüft ob diese Gastgeber die formalen Kriterien der Barrierefreiheit tatsächlich erfüllen?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Lassen Sie mich eingangs vielleicht festhalten, dass es bei Dienstleistungen und bei Beherbungen, da geht es ja auch um Dienstleistungen, immer das Problem gibt, um in Ihrer Diktion zu bleiben, dass man sich nicht 100-prozentig sicher sein kann. Also, wenn man zum Frisör geht, wenn man zum Mechaniker geht, wenn man ein Flugticket bestellt, man weiß immer erst hinterher, ob es auch tatsächlich dem entspricht was man bestellt, was man in Auftrag gegeben, was man gekauft hat. Und daher beruht jede Dienstleistungen auch auf einem gewissen Ausmaß an Vertrauen.

Dieses Vertrauen müssen natürlich die Herausgeber der von Ihnen angesprochenen Verzeichnisse, ich habe die beiden auch hier mitgenommen, dieses Vertrauen müssen die den Partnerbetrieben entgegenbringen. Natürlich haben die Partnerbetriebe sicherlich nicht das geringste Interesse hier mit falschen Auszeichnungen, falschen Angaben zu wirken, weil eben die Sanktion und wahrscheinlich auch die beste Kontrolle dann kommt, in dem man nämlich eine schlechte Bewertung bekommt, in denen man Beanstandungen bekommt.

Im Zeitalter der Digitalisierung, der Buchungsplattformen, glaube ich, ist das weltweit dann sichtbar, dieser Betrieb hält sich nicht an das was er auszeichnet. Dieser Betrieb ist sozusagen das Geld nicht wert und es wird nicht empfohlen diesen Betrieb in Anspruch zu nehmen. Ich glaube, dass das eine gute Feedbackschleife ist. Und ich habe natürlich diese beiden Herausgeber für den Süden der Tourismusverband Güssing, für den Norden ist es die Neusiedlersee Tourismus GmbH, die NTG, kontaktiert im Hinblick auf Ihre Anfrage und es wurde mir dort gesagt, dass es Erstens einmal, keine Beanstandungen gibt.

Erstens, nicht bei den Verbänden selbst und Zweitens, nicht bei den Partnerbetrieben, und im Übrigen, das kann ich ergänzen, auch die bei Burgenland Tourismus. Dass es Zweitens so ist, auf Grund der Kleinststrukturiertheit des Burgenlandes und der Tourismusverbände die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, die Partnerbetriebe, im Übrigen sehr gut kennen, dass sie sehr gut auf Plausibilität überprüfen können und sich selbst natürlich immer wieder ein Bild vor Ort machen. Ich habe dieses Feedback bekommen, es gibt keine Beanstandungen. Das Angebot ist einwandfrei. Wir sind der Überzeugung, dass dieses System funktioniert.

Vom Tourismusverband Güssing kam noch der Verweis darauf, dass ab 2019 nur noch Betriebe die eine Zertifizierung vorweisen können in diese Broschüre aufgenommen

werden. Das ist allerdings erst ab Jänner 2019 gültig und findet sich in dieser hier, die ich für 2018 mithabe natürlich noch nicht. *(Der Landesrat MMag. Alexander Petschnig zeigt eine Broschüre.)*

Also wie gesagt, ich hoffe, dass sich auch die Gäste mit Behinderung hier sehr, sehr wohl fühlen, wie alle anderen Gäste auch und ich hoffe, dass unsere Betriebe natürlich das halten, was sie entsprechend auszeichnen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Es freut mich sehr zu hören, dass das in Zukunft wirklich mit Zertifizierungsüberprüfung abläuft, weil diese schöne Sicht der Dinge, die Sie hier darstellen, stimmt leider mit der Realität nicht überein. Die 100-prozentige Verlässlichkeit macht in dem Bereich schon noch einmal, hat hier eine andere Dimension.

Weil, wenn eine Rollstuhlfahrerin, ein Rollstuhlfahrer zu einem Urlaubsquartier kommt und dann ist dort kein rollstuhlgerechtes WC vorhanden, dann ist der gesamte Urlaub vertan. Sie muss heimfahren, das geht nicht mehr. Das ist ein Unterschied dazu, ob die Farbe bei der Frisörin jetzt nicht ganz meinen Wünschen entspricht, oder nicht.

Was man aber schon sagen muss ist, auch die Website vom Burgenland Tourismus ist völlig mangelhaft. Die Angaben für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer stimmen nicht. Wenn man dort auf Barrierefreiheit klickt, dass man ins Auswahlverfahren hineinkommt…

Präsident Christian Illedits: Frau Abgeordnete, zur Frage kommen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)***:** Ich muss die Einleitung sagen, - dann kriegt man die Angebote für alle Quartiergeberinnen und Quartiergeber, auch wenn sie überhaupt kein Rollstuhlpiktogramm haben.

Präsident Christian Illedits: Die Frage bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)***:** Wer zeichnet für die Webseite und damit für die gravierenden Mängel verantwortlich?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich kann Ihnen im Detail zustimmen, dass natürlich behinderte Menschen noch mehr darauf angewiesen sind, dass die Auszeichnungen stimmen in Prospekten, oder auf Webseiten, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Wie wohl das nicht von uns überprüft werden kann. Die Tourismusverbände haben keine Behördeneigenschaft, sie können sich nicht Zutritt verschaffen bei Betrieben und so weiter.

Wie gesagt, sie sind auf die Kooperation angewiesen, sie sind auf das Vertrauen angewiesen und natürlich auch, dass es bei Fehlverhalten entsprechende Rückmeldungen gibt und dann wird natürlich das Piktogramm entsprechend herausgenommen um diese Auszeichnung, die falsche Auszeichnung zu beenden. Was das Thema der Webseite betrifft, die Webseite wird natürlich vom Burgenland Tourismus verwaltet und auch befüllt. Es gibt natürlich Webseiten von regionalen Tourismusverbänden beziehungsweise von der NTG. Das ist auf der Webseite ja ersichtlich wer dafür verantwortlich ist.

Es ist so, dass wir uns dessen bewusst sind, dass hier Verbesserungsbedarf besteht, daher hat es vor einigen Monaten auch ein Gespräch in meinem Büro mit Vertretern des Behindertensportverbands Burgenland gegeben. Da gab es von unserer

Seite auch die Bitte, die entsprechenden Informationen zur Verfügung zu stellen, damit wir sie sozusagen auf den neuesten Stand auf der Website des Burgenland Tourismus veröffentlichen können. Das hat zwar bis heute in dieser Form nicht stattgefunden.

Wir haben das Programm und sind dabei, dieses Programm auszuweiten. Es gab Gespräche zwischen Burgenland Tourismus und zwischen den Behindertensportverband Burgenland. Sogar ein entsprechendes Förderprojekt das in Entwicklung ist, damit wir hier ein rundes und in sich stimmiges Paket, das auf neuestem Stand ist, auch entsprechend zur Verfügung stellen können.

Das ist aber noch nicht beschlossen, das ist erst in Ausarbeitung. Da muss ich Sie noch um einige Wochen, oder Monate, ich bin ja selbst nicht involviert, um Geduld bitten. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Der Behindertensportverband Burgenland ist ein Dachverband verschiedener Vereine.

Haben Sie mit den Funktionärinnen und Funktionären des Dachverbandes Kontakt, oder mit einem einzelnen Verein?

Präsident Christian Illedits: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich muss Ihnen sagen, dass war jetzt einige Monate her, aber ich gehe davon aus, dass es der Dachverband war.

Präsident Christian Illedits: Die vierte Anfrage ist von Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz, BA an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher den Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! In Ihrer Beantwortung zu meiner schriftlichen Anfrage betreffend die Räumung eines Biberdamms in der Gemeinde Neutal haben Sie ausgeführt, dass zuerst die Räumung erfolgt ist und nachträglich festgestellt wurde, dass diese Räumung rechtlich auch zulässig war.

Wie oft ist es in Ihrer Amtszeit bisher vorgekommen, dass zuerst ein Biberdamm entfernt wurde und nachträglich festgestellt wurde, ob diese Entfernung auch rechtskonform war?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Vielleicht einleitend ein paar Worte zum Biber an sich. Der Biber ist eine international geschützte Tierart. Gleichzeitig ist es natürlich so, dass seine Anwesenheit oft auch zu Konflikten führt, seine Aktivitäten auch zu Schäden führen kann. Sei es beispielsweise durch den Bau von Dämmern, die Unterminierung von Ufern, oder auch Fraßschäden an Gehölzen.

Das können aber nicht nur Sachschäden sein, es kann auch zur Aufstauungen und zu Hochwassergefährdungen kommen. Es kann damit auch Gefahr von Menschenleben bedeuten. Dementsprechend brauchen wir hier ganz, ganz klare Regeln was sein darf und was eben nicht sein darf. Und es braucht in erster Linie eine gute Abstimmung der Interessen.

Ganz klar ist es dort, wo es tatsächlich zu Hochwasser kommt, dass der Schutz des Menschen immer Vorrang hat und der Hochwasserschutz immer an erster Stelle kommt. Dort wo es keine Gefahr gibt, dort müssen wir lernen mit dem Biber auch zu leben und ihm auch seinen Raum zum Leben zu geben.

Für diese Abstimmung von der ich gesprochen habe und letztlich auch für eine genaue Beurteilung vor Ort, wurde vor einigen Jahren das Bibermanagement Burgenland eingerichtet. Die Aufgabe des Bibermanagements ist die Beratung vor Ort, die Erstellung von Sachberatungen der Betroffenen auch vor Ort. Es gibt auch eine Kontaktadresse an die man sich wenden kann.

Dieses Projekt Bibermanagement ist ein sehr, sehr erfolgreiches Projekt um das uns auch andere Bundesländer beneiden, weil es wirklich gut den Spagat schafft zwischen Beratung vor Ort und auch vor allem Bewusstseinsbildung.

Im Rahmen vor allem dieser Gespräche vor Ort seitens des Bibermanagements werden weitere Maßnahmen ausgemacht. Es fungiert auch als Schnittstelle zur Naturschutzbehörde. Im Burgenland gibt es dann eine Maßnahmenkaskade wie man in den verschiedensten Fällen vorzugehen hat. Ziel ist immer dass das gelindeste Mittel für den Biber, aber das wirkungsvollste für die betroffene Gemeinde angewendet wird.

Es ist so, dass für die Entfernung eines sogenannten Erntedammes, wie es dort in Neutal der Fall war, keine naturschutzrechtliche Bewilligung notwendig ist, nur für die Entfernung von sogenannten Wohndämmen ist eine solche naturschutzrechtliche Bewilligung notwendig. Der Fall in Neutal war der erste, der Behörde bekannt gewordene Fall, der in dieser Art und Weise, wo so gehandelt wurde. Das war im Oktober 2017. Da wurde zwar nicht zuvor mit dem Bibermanagement Kontakt aufgenommen, als der Damm entfernt wurde.

Es war so, dass die BH Oberpullendorf damit betraut wurde. Danach ist das Naturschutzorgan seitens der Bezirkshauptmannschaft entsendet worden und hat gemeinsam mit dem Bibermanagement vor Ort eine Besichtigung durchgeführt. Diese Experten haben dann dort vor Ort festgestellt, dass es sich eben um einen sogenannten Erntedamm und nicht um einen Wohndamm gehandelt hat und damit keine unrechtmäßigen Handlungen gesetzt worden sind. Wäre es ein Wohndamm gewesen, dann hätte das ein Verwaltungsstrafverfahren nach sich gezogen.

Die Gemeinde hat aber auch daraus gelernt, beim nächsten Biberfall, der einige Monate später zu Tage getreten ist, ist ein Bescheid angefordert worden, also hier wurde dann sogar einige Monate später der absolut rechtskonforme Weg gewählt. Es ist dort auch nichts passiert, was in irgendeiner Art und Weise illegal gewesen wäre.

Wir sind aber beim Bibermanagement, und das muss man auch dazu sagen, ganz stark auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden angewiesen. Das heißt, wir sind hier darauf angewiesen, dass uns die Gemeinden natürlich auch unterstützen. Wir bieten seitens des Landes dieses Service an.

Wir bieten diese Beratung vor Ort an. Die Konfliktlösung mit dem Bibermanagement und das hat sich sehr gut entwickelt in den letzten Jahren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Mag. Wolf.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Frau Landesrätin! Entlang der Leitha, also bei den Leithazubringern in den Gemeinden Leithaprodersdorf und Hornstein

entwickelt sich derzeit auch eine sehr große Biberfamilie. Die Population dort wächst und wächst. Es ist dort augenscheinlich, dass es eine Gefahr sein kann für die Autobahn A3, weil das in unmittelbarer Nähe ist.

Wie sehen Sie dort die Entwicklung der Biber?

Präsident Christian Illedits: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Soweit ich auch informiert bin, ist das Bibermanagement sowohl mit Ihrer Gemeinde, als auch mit der Gemeinde Leithaprodersdorf, in ständigem Kontakt. Die Gemeinde Leithaprodersdorf ist übrigens auch die einzige Gemeinde bei der bereits bewilligungspflichtige Entnahmen stattgefunden haben, des Bibers.

Das heißt, es ist immer, der oberste Vorrang ist immer der Schutz des Menschen logischerweise. Wie gesagt, es wird in einer Maßnahmenkaskade vorgegangen, das heißt, wenn es notwendig ist, dann ist oft die Entfernung natürlich der Dämme und auch in allerletzter Konsequenz, wenn wirklich kein anderes Mittel mehr anzuwenden ist, dann ist auch die Entnahme der Biber rechtlich gestattet. Aber nachdem beide Gemeinden im ständigen Kontakt mit dem Bibermanagement sind, bin ich hier sehr zuversichtlich, dass gemeinsame Lösungen gefunden werden können, die glaube ich auf beiden Seiten zu befriedigenden Ergebnissen führen werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Die Fragestunde ist somit in Erschöpfung der gestellten Fragen beendet.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 1492), mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 21 - 1060) (Beilage 1504)

Präsident Christian Illedits: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 1492, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, Zahl 21 - 1060, Beilage 1504.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herzlichen Dank Herr Präsident. Geschätzte Kollegen, Kolleginnen! Hohes Haus! Liebe Zuhörer, Zuhörerinnen! Es geht bei dieser Anpassung der Landarbeiterordnung eigentlich um relativ selbstverständliche Sachen die in vielen anderen Bereichen längst erledigt sind, wie Entgeltfortzahlung im Ausfallsfalle und Ähnliches. Ich möchte hier gar nicht auf die Details eingehen, weil das für mich selbstverständlich ist hier zuzustimmen.

Worauf ich schon eingehen will ist, dass die Problematik grundsätzlich bei den Landarbeitern, es geht hier zum Beispiel um Erntehelfer und Erntehelferinnen in Österreich, teilweise in einem sehr prekären Verhältnis ist.

Es gibt natürlich, so wie überall, gute und schlechte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer natürlich, aber gerade bei den Landarbeitern die halt meistens, das heißt, eigentlich kann man sagen fast zu 100 Prozent inzwischen aus dem Ausland kommen, Saisonarbeitskräfte sind, die im Sommer zu Arbeitsspitzen herangezogen sind, Beispiel Spargelernte. Man muss sich das vorstellen, dass dort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zu 2.500 dieser Spargelstangen innerhalb von einem Tag aus der Erde herausstechen, also wirklich Extremarbeit. Da gibt es jedes Jahr eigentlich krasse Missstände von bezahlen unterm Kollektivvertrag bis Arbeitszeiten nicht einhalten. Das ist gerade in dem Bereich eben besonders hart, weil die Arbeitsbedingungen von Haus aus schon sehr schwierig sind.

Jetzt wird auf Bundesebene noch dazu angedacht, die Situation noch einmal für diese Menschen zu verschlechtern. Interessanter Weise ist das noch dazu die Landarbeiterkammer, die eigentlich nach meinem Verständnis her die Interessensvertretung der Landarbeiterinnen und Landarbeiter sein sollte, die hier Vorschläge vorlegt, die eigentlich zum Nachteil dieser Menschen sind.

Bisher war es so, dass bei Arbeitsspitzen eine 60-Stunden-Woche möglich war, das war aber nur 13 Wochen pro Jahr möglich. In Zukunft soll das 18,4 Wochen möglich sein, also eine Ausweitung, wo pro Woche 60 Stunden gearbeitet werden darf. Das sind Verschlechterungen die eigentlich nicht hinzunehmen sind, wenn man auf der einen Seite hier eigentlich heute Verbesserungen beschließt und dann hier Verschlechterungen andenkt.

Bisher war eben diese über 12-Stundenarbeitsregelung die auf Bundesebene jetzt bei allen anderen Berufsgruppen möglich ist, hier nicht möglich. Hier wird praktisch nachgezogen. Das ist eigentlich nicht zu unterstützen und abzulehnen.

Dennoch ist es logisch, dass wir dem Antrag der hier längst notwendig ist zustimmen werden. Verschlechterungen in Zukunft werden wir natürlich ablehnen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Haidinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Frau Landesrätin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollege! Aber auch ganz besonders ein herzliches Grüß Gott, möchte ich sagen, unseren jungen Zuhörerinnen und Zuhörern! Und das regt mich auch gleich an hier im Prinzip in der Thematik ein bisschen mehr in die Tiefe zu gehen und nicht allgemein darüber zu strahlen.

Damit auch Sie da oben auf der Publikums- oder auf der Gästetribüne nicht umsonst hierher gefahren sind, sondern damit Ihr auch wirklich wisst, worum geht es zum Beispiel bei dieser Gesetzgebung? Es geht darum, dass wir im Arbeitnehmerrecht, in der Landarbeitsordnung, also für all diejenigen, wie mein Vorredner schon ausgeführt hat, betroffene Landarbeiterinnen und Landarbeiter die Arbeitnehmerrechte etwas verbessern.

Es geht darum, dass wir im Prinzip diese vielen Differenzierungen, die wir aus der Geschichte heraus hatten zwischen Beamten, Angestellte, Arbeiter und so weiter und so fort bis zum Taglöhner hinunter, ein bisschen zusammenfassen, um von überall dort wo es möglich ist, die „Goodies“ herauszunehmen beziehungsweise die, die jetzt in der Arbeitnehmerschaft etwas untergeordnet sind, ein bisschen mehr zu würdigen, ihre Leistungen zu würdigen.

Es geht in Wirklichkeit auch darum, jetzt in dem Fall hier, den Landarbeiter auf die Ebene der Gutsangestellten zu heben. Es geht darum hier auch ihre Vertretung etwas zu verbessern, indem man beim Personalvertretungsrecht die verschiedenen Zeiten von einer Wahl zur anderen, also die Perioden verlängert, damit das auch in einem dementsprechenden Bezug ist. Es geht auch darum, dass man hier Entgeltfortzahlungen wie es ja in Wirklichkeit für einen jeden anderen Arbeitnehmer schon lange notwendig und richtig sind, sobald der in den Krankenstand geht, dass der im Prinzip nicht sofort gekündigt wird oder ohne Geld da steht. Es geht darum, dass hier auch die Entgeltzahlungen etwas erweitert werden.

In Wirklichkeit sind wir jetzt, und da gebe ich meinem Vorredner schon recht, etwas was eigentlich schon logisch ist und schon lange hätte sein sollen, beziehungsweise darüber sollte man gar nicht mehr reden. Da würde ich aber meinen, da soll man schon darüber reden. Weil es ist ja im Prinzip eine dementsprechende Leistung für uns als Gesetzgeber jetzt zu sagen auch denjenigen Betroffenen hier, nämlich den Landarbeitern, wird ein entsprechendes Arbeitnehmerrecht eingeräumt hinsichtlich der Landarbeiterordnung.

In diesem Sinne sind wir natürlich in Entsprechung dieser Vorlage der Regierung, da stimmen wir dem zu, aber im Ausschuss wissen wir ja schon, dass wir hier eine Einstimmigkeit haben. Danke natürlich auch den GRÜNEN, dass sie da jetzt noch mitgehen, auch wenn nicht alle ihre Wünsche oder sonst was schon erfüllt sind, aber stetig nährt sich das Eichhorn.

Step by Step kann man im Prinzip das Beste schaffen. Wir beginnen hier mit dem ersten Schritt. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Was war jetzt der Inhalt? – Beifall bei der FPÖ, SPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Kollege Haidinger, man hat ja fast den Eindruck, Sie sind als Lehrmeister und nicht als Redner heute bei uns tätig. *(Abg. Manfred Haidinger War das nicht richtig?)*

Ich glaube, man kann auch ein Gesetz so kommentieren wie Sie es tun, nämlich andere zu belehren. Ich möchte eigentlich, wenn Sie das so möchten nur unsere Kommentare als Fraktion dazu abgeben und niemand anderen mehr überzeugen. Denn wir sind uns einig, beim Bereich der Landarbeitsordnung 1977, ein Gesetz das sehr oft, jährlich muss man sagen, hier geändert wird. Es gibt es ja nur einige geringfügige

Anpassungen, viele davon sind genannt worden, zwei möchte ich ganz besonders hervorheben.

Einerseits die Stärkung der Personalvertretungsorgane - hier wird eben eine Verlängerung der Tätigkeitsdauer von vier auf fünf Jahren vorgenommen. Die Bildungsfreistellung, ein Anspruch wird hier gesichert, für diese Personalvertretungsorgane um derzeit drei Tage zu verlängern. Ich glaube, das sind wichtige Schritte um hier auch die Personalvertretung innerhalb des Landarbeitsgesetzes zu verbessern.

Auf der anderen Seite wird gleichzeitig die Kontrolle verschärft. Es wird gewährleistet, dass Organe Zutritt zu Betriebsräumlichkeiten bekommen. Die Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion haben das Recht jetzt Aufzeichnungspflichten zu verlangen und sich Zutritt zu verschaffen, aber auf der anderen Seite wird auch sichergestellt, dass Auflagen nicht überborden.

Wir in Österreich neigen dazu, Sie kennen diese Formulierung „Gold-Plating“. Es geht darum, dass wir immer versuchen Musterschüler zu sein, wenn es darum geht das Wirtschaften eigentlich zu erschweren, Kontrollmaßnahmen auf ein Maß hinaufzuschrauben das eigentlich nicht notwendig ist.

Heute wird ein Beschluss gefasst, der dem ein wenig entgegen arbeitet. Die verpflichtende Auflage von aktuellen Gesetzen und Verordnungen im Betrieb wird aufgehoben. Gleichzeitig geht es um geschlechtsneutrale Formulierungen im Gesetz.

Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen. Vielleich noch mit einem Abschlusssatz: Meine Fraktion stimmt dem Gesetz zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Besucherinnen und Besucher! Alle, die auch via Internet bei der Landtagssitzung dabei sind! Ein Unternehmen, ein Betrieb, eine Firma steht und fällt mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es ist das größte Kapital.

Das wichtigste Kapital sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diesen Fakt müssen sich die Geschäftsleute, die Firmen, täglich vor Augen halten. Und vor allem, sie müssen es auch würdigen. Man muss sich die Frage stellen, oder man stellt sich die Frage, sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Kostenfaktor oder sind sie ein Wirtschaftsfaktor?

Ein großer Fehler den auch Unternehmen, Firmen, machen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als reinen Kostenfaktor sehen. Natürlich müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlt werden und die Kosten, die Lohnnebenkosten, erst einmal erwirtschaftet werden. Hier aber den Sparriegel anzusetzen ist mit Sicherheit der falsche Weg. Man darf nicht vergessen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die zufrieden sind, die motiviert sind, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hier das größte Kapital eines Unternehmens und eines Betriebes.

Natürlich gibt es im Arbeitsverhältnis, im Dienstverhältnis, braucht es Rahmenbedingungen, gesetzliche Rahmenbedingungen. Gesetzliche Rahmenbedingungen, es braucht gesetzliche Grundlagen, wie hier die Landarbeitsordnung, Kollektivverträge, das Vertragsbedienstetengesetz, das

Beamtendienstrechtsgesetz, Betriebsvereinbarungen, viele, viele gesetzliche Rahmenbedingungen.

Wir feiern in den letzten Tagen 100 Jahre Republik. Wie hat sich unser Land, wie hat sich unsere Republik die letzten 100 Jahre verändert? In der Wirtschaft, natürlich politisch, gesellschaftlich, aber natürlich auch im Arbeitsrecht.

Unsere Republik, unser Land, hat sich hervorragend entwickelt. Eines der sichersten, der reichsten, der sozialen Länder auf der ganzen Welt. Für diese gute, für diese hervorragende Entwicklung unserer Republik haben natürlich in erster Linie unsere Menschen dazu beigetragen, durch Fleiß, durch harte Arbeit, durch Disziplin und Engagement, aber vor allem auch mit dem Glauben an dieses Land und natürlich mit Herzblut.

Es ist eine positive, eine hervorragende Entwicklung und dazu haben auch die Sozialpartner, die Interessensvertretungen, die Gewerkschaften, die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft dazu beigetragen.

Und wenn wir diese Rahmenbedingungen angesprochen haben dann war es immer gute Sitte, dass man gemeinsam, die Sozialpartner, sich an einen Tisch gesetzt hat um hier auch zu verhandeln. Ob es die Kollektivverträge sind oder wie jetzt auch in dieser Form die Lohnverhandlungen.

Ich glaube, es ist auch in dieser Form, und meine Vorredner haben es betont, es sind wesentliche Punkte die hier in der Landarbeitsordnung verändert werden, denen wir auch gerne unsere Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1493) über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung an die Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO im Agrarwesen (Zahl 21 - 1061) (Beilage 1505)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1493, über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung an die Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO im Agrarwesen, Zahl 21 - 1061, Beilage 1505.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung an die Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO im Agrarwesen, in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung an die Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO im Agrarwesen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung an die Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO im Agrarwesen ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung an die Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO im Agrarwesen ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1494) über die Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Burgenländisches Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 - Bgld. GemHOG 2018) (Zahl 21 - 1062) (Beilage 1506)

Präsident Christian Illedits: Die Berichterstattung zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1494, über die Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Burgenländisches Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 - Bgld. GemHOG 2018), Zahl 21 - 1062, Beilage 1506, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Kurt Maczek: Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf über die Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Burgenländisches Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 – Bgld. GemHOG 2018), in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Burgenländisches Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 – Bgld. GemHOG), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Gerhard Hutter das Wort zum Tagesordnungspunkt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Landesrätin! Herr Landesrat! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Im Durchschnitt liegt die Pro-Kopf-Verschuldungsquote der Gemeinden in Österreich im Burgenland bei 1.052 Euro, bis hin zu Vorarlberg bei 2.927 Euro pro Person. Dazu aber kommen natürlich auch Gemeindehaftungen, etwa in Form von Bürgschaften für ortsnahe Projekte. Diese stellen natürlich auch immer wieder versteckte Risiken dar.

Basierend auf ihrem verfassungsmäßig geschützten Recht auf Selbstverwaltung nehmen Gemeinden genauso wie Unternehmer am wirtschaftlichen Leben teil. Jede Gemeinde ist Vertragspartner, ist Partei, ist Beteiligter an verschiedensten Projekten, Gesellschafterin von Unternehmen. Hierzu kommen wieder Bürgschaften für Projekte wie Kraftwerke, Sportanlagen, Thermalbäder oder auch Quellenbohrungen. Obwohl seit einigen wenigen Jahren gesetzliche Haftungsobergrenzen für Länder und Gemeinden existieren, überschreiten viele Gemeinden diese Höchstgrenzen.

Dies liegt aber auch vor allem an Altlasten. Denn bestehende Haftungen können nicht so einfach aufgekündigt oder aufgelöst werden. Unter Experten wird schon länger diskutiert, ob Gemeinden überhaupt insolvenzfähig sind. Mittlerweile gibt es diesbezüglich einen sehr starken Konsens darüber, dass Insolvenzfähigkeit von Gebietskörperschaften sehr wohl gegeben sein könnte.

Insolvenz im Einzelfall, wie die tatsächlich ausschauen würde in einer Gemeinde, ist aber noch fraglich. Denn, Gemeinden haben ja immer noch verfassungsrechtlich vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen. Auch im Insolvenzfall wäre das so. Aufrechterhaltung von Kindergarten, von Schulen, von Feuerwehr.

Welche weiteren Liegenschaften beziehungsweise Gebäude, Fahrzeuge und sonstige Vermögenswerte zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben erforderlich sind, und daher vom Insolvenzverfahren verschont bleiben würden, da gibt es noch einen relativ großen Diskussionsbedarf.

Jetzt einige Zahlen aus dem aktuellen Gemeindefinanzbericht 2017. 2016 erwirtschafteten die österreichischen Gemeinden mit 1.716 Millionen Euro den zweithöchsten Überschuss der laufenden Gebarung seit dem Jahr 2000.

Inflationsbereinigt ist der Überschuss der laufenden Gebarung 2016 der fünfthöchste seit dem Jahr 2000. Mit einem Maastricht Überschuss von 31 Millionen Euro, oder anders gesagt mit 0,01 Prozent des österreichischen BIP, erfüllen die Gemeinden, ohne Wien bitte, auch 2016 wieder das vom Österreichischen Stabilitätspakt vorgeschriebene Nulldefizitziel. Mit 448,5 Millionen Euro, 2015 waren es noch 631,5 Millionen Euro, sank aber die freie Finanzspitze deutlich.

Dieser Rückgang ergab sich nicht zuletzt aufgrund der Steuerreform, die seit 1.1.2016 vollständig in Kraft ist, und der daraus resultierenden geringeren Ertragsanteile-Dynamik als noch im Jahr davor. Die kommunalen Investitionen aber, die stiegen. Um 1,6

Prozent auf 2.185 Millionen Euro, und blieben damit allgemein auf einem sehr hohen Niveau.

Die positiven Haushaltsergebnisse resultieren aus dem Anstieg bei folgenden Einnahmenpositionen:

- Einnahmen aus Gemeindeabgaben + 4,1 Prozent,
- Gebühreneinnahmen + 3,5 Prozent,
- Einnahmen aus Leistungen + 3,3 Prozent,
- Ertragsanteile: + 1,7 Prozent.

Aufgrund der Steuerreform 2015/2016, mit der 2016 ein Rückgang der Einnahmen aus der Lohnsteuer in Höhe von rund 2,6 Milliarden Euro einherging, war bei der Budgetierung für 2016 noch nicht mit einem Zuwachs bei den Ertragsanteilen zu rechnen. Vorzieheffekte, wie etwa bei der Grunderwerbssteuer und auch die sich leicht verbessernde Konjunktur (das reale BIP 2016 lag bei +1,5 Prozent) sorgten auch 2016 für ein Plus bei den Gemeinde-Ertragsanteilen.

Das positive Haushaltsergebnis war auch durch weitere Einsparungen bei den Zinsausgaben der Gemeinden begünstigt. Diese sanken um 11,2 Millionen beziehungsweise 6,8 Prozent auf ein Rekordtief von 153,6 Millionen Euro.

Damit blieben diese weiterhin auf einem historisch niedrigen Niveau. Im Vergleich zu den durchschnittlich jährlichen Zinsausgaben im Zeitraum 2001 bis 2015 von 284,8 Millionen Euro im Schnitt, ersparten sich die Gemeinden im Jahr 2016 bei Zinsausgaben zirka 130 Millionen Euro. Die Ausgaben im Bereich Straßen, Wasserbau, Verkehr waren die am stärksten steigenden Ausgaben im Jahr 2016. Sie stiegen deutlich. Um 16 Prozent beziehungsweise 85,6 Millionen Euro. Ähnlich starke Anstiege verzeichneten die Bereiche Gesundheit (+4,9 Prozent), Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaften (+4,7 Prozent).

Die Ausgabendynamik im Sozialbereich hat sich im Jahr 2016 verlangsamt. Die Sozialausgaben stiegen um 3,5 Prozent auf 61,6 Millionen, beziehungsweise auf insgesamt 1,82 Milliarden Euro. Der Anstieg im Sozialbereich war im Jahr 2015 noch 7,4 Prozent, beziehungsweise 120,8 Millionen Euro. Aber in Summe doch ein sehr, sehr deutlicher Anstieg. Erfreulich ist, dass seit 2011 der Schuldenstand der Gemeinden sinkt, dieser Trend setzt sich auch 2016 fort. Die Finanzschulden der Gemeinden sanken um weitere 118,3 Millionen Euro oder um ein Prozent, auf 11,14 Milliarden.

Damit verringerte sich der Schuldenstand der Gemeinden in den letzten fünf Jahren um 546,5 Millionen Euro. Der Stand der Gemeindehaftungen reduzierte sich im gleichen Zeitraum um drei Prozent oder um 184,8 Millionen Euro auf 5,99 Milliarden. Der Stand der Rücklagen erhöhte sich weiter im Vergleich zum Vorjahr um beachtliche 254,6 Millionen Euro, beziehungsweise 13,6 Prozent und ist auf einem Gesamtstand von 2,13 Milliarden Euro.

Damit befindet sich der Rücklagenstand der Gemeinde, wieder ohne Wien, auf dem Höchststand seit 2000. Ein hoher Rücklagenstand spiegelt auch das hohe Investitionsniveau wieder, da ein großer Teil dieser Rücklagen hinkünftig zur Tilgung endfälliger Darlehen verwendet wird.

Jetzt schwimmen wir als Gemeinde, Bad Sauerbrunn hier, ein bisschen gegen diesen Strom, den ich hier jetzt gerade erzählt habe. Wir haben in den letzten Jahren unsere Verbindlichkeiten relativ erhöht. Aber, hier geht es auch einher mit enormen Investitionen im gesundheitstouristischen Bereich. Mein Zugang ist eben der, wenn ich das hier betriebswirtschaftlich betrachte und wenn ich durch Investitionen gesichert auch

Einnahmen lukrieren kann für die Zukunft, nachhaltige Einnahmen, damit Arbeitsplätze schaffe, dann darf meiner Meinung nach auch eine Haftungsobergrenze nicht unbedingt in Stein gemeißelt sein.

Zusammengefasst aber möchte ich sagen, dass die Gemeinden, diese Entwicklung, die diese Gemeinden hier durchmachen, ein stabiler Partner sind, die Zahlen beweisen es hier, ein stabiler Partner für die Länder und für den Bund. Danke. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Das was wir heute mit dem Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz beschließen, ist die landesgesetzliche Umsetzung dessen, wozu wir uns als Landtag bereits in der Sitzung vom 26. Jänner 2017 bekannt haben, und zwar einhellig, ohne Gegenstimme.

Die Grundlage dieses Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetzes ist der Österreichische Stabilitätspakt, ist der Finanzausgleich und ist eine 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, eben jene 15a-Vereinbarung, die wir am 26. Jänner 2017 beschlossen haben. Das vorliegende Gesetz, die Umsetzung ist nicht besonders umfangreich, sieben Paragraphen, und hat folgende Kernpunkte:

Das Gesetz normiert, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen neue Haftungen eingegangen werden dürfen. Es legt fest, dass und in welcher konkreten Form Haftungen im Rechnungsabschluss ausgewiesen werden müssen, Stichwort Transparenz, Stichwort Vergleichbarkeit. Das Gesetz definiert, wie sein Name schon sagt, eine Obergrenze, die von den Gemeinden in puncto Haftungen in Summe, also nicht was die einzelne Gemeinde angeht, sondern in Summe, also über alle 171 Gemeinden nicht überschritten werden darf.

Es geht um die Summe der nominellen Haftungen. Diese klare Definition im Hinblick auf die Berechnungen von Haftungen war ja einer der wesentlichen Fortschritte dieser 15a-Vereinbarungen. Diese Summe der nominellen Haftungen darf unter dem Strich nicht über 75 Prozent der Bemessungsgrundlage liegen, vereinfacht gesagt, der Einnahmen.

Meine Damen und Herren! Die wichtigsten politischen Aspekte haben wir im Plenum schon Anfang 2017 ausgetauscht. Da wurde sehr viel Richtiges gesagt. Ich erinnere mich etwa an den Kollegen Steier, der vollkommen zu Recht und quasi nach dem Motto „aus Schaden wird man klug“ gemeint hat, dass wir uns quer durch ganz Österreich einiges Ungemach erspart hätten, wenn wir derartige Regelungen schon viel früher gehabt hätten.

Er hat auch vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, *(Abg. Gerhard Steier: Bravo!)* dass Haftungsobergrenzen eines nicht tun, nämlich den Politiker von der Verantwortung entbinden, *(Abg. Gerhard Steier: Genau!)* mit Steuermitteln sorgsam umzugehen.

Der Kollege Wolf von der ÖVP hat die Vereinheitlichung der Berechnung begrüßt. Er hat die Transparenz begrüßt und er hat auch die sich daraus ergebende Vergleichbarkeit begrüßt und abschließend angekündigt, die ÖVP werde der 15a-Vereinbarung, Zitat: „Natürlich“ zustimmen.

Wenn es jetzt nach dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss geht, wird es heute anders sein. Die ÖVP wird gegen das Gesetz stimmen und sich damit gegen Haftungsobergrenzen, gegen die Vereinheitlichung, gegen mehr Transparenz und gegen effektive Vergleichbarkeit aussprechen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Keine Angst…!)*

So soll es sein. Es ist nicht unser Problem. Wir als Koalition stehen jedenfalls zu klar definierten Haftungsobergrenzen. Dementsprechend auch zur zugrundeliegenden Vereinheitlichung. Wir stehen zu mehr Transparenz, auch wenn das die ÖVP, es ist ja ganz spannend heute, Sie werfen uns ja immer zu wenig Transparenz vor. Jetzt beschließen wir heute etwas, was zu mehr Transparenz führt, und wer ist dagegen? Die ÖVP! Wir stehen zur Transparenz! Wir stehen zu effektiver Vergleichbarkeit! Und genau aus diesen Gründen werden wir diesem Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz heute zustimmen.

Wir sind für ein einheitliches Regelungsregime, was Haftungen angeht. Und zwar über alle Gebietskörperschaftsebenen hinweg. Wir sind für Budgetwahrheit. Wir stehen in Sachen Finanzen zu stabilen Finanzen. Wir stehen zu sicheren Finanzen und wir werden dieser Gesetzesvorlage dementsprechend gerne zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Franz Steindl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren!

Zur Beruhigung, Herr Kollege Molnár, damit der Blutdruck nicht höher steigt. Die ÖVP wird natürlich dieser Vereinbarung und dem Gesetz zustimmen. Ja, dass das einmal ganz klar ist. Es zählt letztendlich immer die Landtagssitzung und nicht die Ausschusssitzung und daher ein klares Wort von mir: Die ÖVP wird hier zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)* Aber ich stehe Ihnen, Herr Kollege Molnár, gerne zur Verfügung, wenn Sie Informationen über die ÖVP noch brauchen. Ich bin den ganzen Tag noch erreichbar.

Der Österreichische Stabilitätspakt wurde bereits genannt. 2012, wo das erste Mal diese Haftungen beschränkt wurden, um eben - und das ist ja eigentlich die Aussage und der Grund - ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen und dass man eine Aussage, gesamtösterreichische Aussage, treffen kann.

Was war das Problem beim Österreichischen Stabilitätspakt 2012? Da gab es sehr viele Probleme. Erstens einmal. Es gab weder gesamtstaatlich noch für die einzelnen staatlichen Ebenen eine Quantifizierung. Hat es nicht gegeben. Es gab auch keine betragsmäßige Festlegung der Haftungsobergrenzen. 3. Es gab unterschiedliche Ermittlungsmethoden. Wie hat man die Haftungen ermittelt? 4. Welche Haftungen hat man mit eingerechnet? Bankenhaftungen, ja/nein?

Da gab es also unterschiedliche Modelle. Dann 5. Was passiert, wenn Haftungsobergrenzen überschritten werden letztendlich? Geht man dann wieder zur Tagesordnung über oder gibt es Sanktionen, gibt es Diskussionen? All das wurde 2012 im Stabilitätspakt nicht geregelt. Die Folgen waren dann letztendlich, dass es sage und schreibe insgesamt 17 unterschiedliche Haftungsobergrenzen in Österreich gegeben hat.

Bund, Länder, neun Länder, und dann die Gemeinden. Das hat zur Folge, dass zum Beispiel die Ermittlungsgrundlagen, die Methoden, andere waren. Der

Geltungsumfang, der Zeitraum, für den die Haftungsobergrenzen zu gelten haben, war unterschiedlich interpretiert in den Gemeinden. Das heißt mit anderen Worten, es war gar nicht möglich eine Vergleichbarkeit der Gemeinden oder der Länder herbeizuführen. Wozu braucht man dann eigentlich ein Gesetz oder eine gesetzliche Grundlage, wenn man nicht vergleichen kann?

Das heißt aber auch in der Folge, dass es keine gesamtstaatliche Steuerung gab. Das brauchen wir letztendlich, weil wir auch der Europäischen Union verpflichtet sind und das hat, und das möchte ich betonen, der Bundesrechnungshof in seiner Prüfung festgestellt. Der hat geprüft von Dezember 2013 bis 2014. Mitte 2015, ich war damals nicht mehr in der Landesregierung, gab es dann ein offizielles Ergebnis. Was war der Succus daraus?

Dass die Rechtsnatur, die Regelungen der Länder, sehr unterschiedlich war, dass es zum Beispiel im Bereich der Haftungsobergrenzen nur Landtagsbeschlüsse mit dem Landesvoranschlag gab. Im Burgenland, in Oberösterreich und in Tirol. Dann gab es gesonderte Landtagsbeschlüsse in Kärnten, in Niederösterreich, in der Steiermark und in Vorarlberg und nur Salzburg hatte ein eigenes Gesetz hierfür geschaffen.

Oder ein anderes Beispiel, wo es festgestellt wurde, die Länder inklusive der Stadt Wien haben Haftungsobergrenzen festgelegt in der Höhe von 30 Milliarden Euro. Wissen Sie wie hoch die Summe der Haftungen war Ende 2012 in den neun Bundesländern? Über 70 Milliarden Euro. Also das Doppelte eigentlich was an Haftungsobergrenzen festgelegt wurde. Dann gab es - wie ich schon vorher genannt habe - Probleme, was bezieht man ein, was bezieht man nicht ein.

Es gibt ja unterschiedliche Naturelle von Haftungen. Wo sind Bankhaftungen? Bezieht man Bankhaftungen mit ein? Das hat dazu geführt, dass es eine sehr intransparente Regelung gab. Oder bei den Gemeinden ist es interessanterweise - nachdem ich selber Bürgermeister war - die Gemeinden arbeiten ja wirklich sehr brav, das hat die Frau Landesrätin heute schon auch betont. Da gab es Haftungsobergrenzen insgesamt von acht Milliarden Euro und tatsächlich wurden sechs Milliarden, 6,6 Milliarden Euro ausgeschöpft.

Also die Gemeinden haben sich immer gehalten. Ich kann mich nur erinnern, als der Landesrat Bieler hier Finanzlandesrat war, gab es immer einen Koordinationsausschuss, wo wir Verschiedenes geregelt haben, da haben die Gemeinden immer wieder ihren Überschuss nach Maastricht den Ländern oder dem Land zur Verfügung gestellt. Das zeigt also, die Gemeinden haben wirklich immer sehr gut gewirtschaftet.

Ja, und jetzt zum Burgenland. Hier gab es vom Rechnungshof auch natürlich den einen oder anderen Kritikpunkt, aber das möchte ich betonen, jedes Bundesland hat natürlich Kritikpunkte eingesammelt. Im Burgenland hat die verzögerte Festlegung der Haftungsobergrenze dazu geführt, dass also nicht zeitgerecht umgesetzt werden konnte beziehungsweise berichtet werden konnte.

Was war noch der Kritikpunkt? Dass das Burgenland nur für ein Jahr die Haftungsobergrenze festgelegt hat. Der Rechnungshof hat im Finanzplan einen mittelfristigen Zeitraum gefordert, all das oder dass zum Beispiel das Burgenland die Haftungsobergrenzen nur auf den Kernhaushalt festgelegt hat. Wir wissen, dass sehr viele Gemeinden ja ausgegliedert haben. Viele Unternehmen ausgegliedert haben.

Wenn dort Haftungen eingegangen worden sind, waren die nicht in der Haftungsobergrenze mit einberechnet. Also das war der Grund, warum es jetzt eine neue

Regelung gibt oder mit 1.1.2019. Auch wenn es unterschiedliche Meinungen, Diskussionen, gibt, ich halte das für richtig, dass wir Haftungsobergrenzen einheitlich mit der Methode Ermittlungsverfahren festlegen. Es wurde bereits gesagt: Jede Gemeinde ist jetzt ab sofort verpflichtet im Rechnungsabschluss übersichtlich Haftungen für Kredite und Finanzinstitute, grundbücherlich besicherte Haftungen für Wohnbaudarlehen und sonstige wirtschaftliche Haftungen darzustellen.

Ich glaube das ist auch deswegen wichtig, damit man wirklich einen Überblick bekommt, dass man das auch kontrollieren kann, dass es uns nicht wieder so geht, wie es in den Beispieljahren 2007 und 2008 der Fall war. Da haben nicht nur Länder gewackelt, sondern auch einige Gemeinden. Sie kennen die Diskussionen, wir haben sie hier im Landtag geführt. Diese Regelung halte ich für sehr sinnvoll und daher gibt es, Herr Kollege Molnár, von der ÖVP selbstverständlich die Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Dankeschön Herr Präsident. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben jetzt schon sehr viel über die Haftungsobergrenzen der Gemeinden gehört. Ich glaube, dass wir uns wirklich alle so ziemlich einig sind. Dieses Gesetz hat ja im Prinzip einen Ausgangspunkt. Wenn es Gesetzesänderungen gibt, wenn es neue Gesetze gibt, dann spielt sich im Vorfeld in einem Land etwas ab.

Das haben sehr viele Vorredner von mir ja heute schon begründet, dass man ganz einfach sagt: Wir alle können uns natürlich an das Hypo-Desaster erinnern, wo es wirklich Milliarden gegeben hat, was nicht sehr erfreulich war, weil es ein Land gegeben hat, das mehr Haftungen wie budgetäre Mitteln gehabt hat.

Sie haben alle, fast alle, das meiner Meinung nach auch richtig erkannt und richtig gesagt hier vom Rednerpult. Es ist natürlich wichtig für die Gemeinden, für die Länder, stabile und nachhaltige Finanzen zu haben. Wenn es heute schon oft angeklungen ist, dieser Stabilitätspakt, den es 2012 gegeben hat, das war ja mit ein Punkt, dass man sagt, von der Vorgeschichte, die wir hatten, ist dieser Stabilitätspakt entstanden und man hat sich überlegt, wie man solche Dinge, so wie sie mit dem Hypo-Desaster gewesen sind, uns ganz einfach nicht mehr treffen sollten und treffen werden.

Der Stabilitätspakt - das stimmt - hat dann natürlich gezeigt, und das haben Sie, Herr Kollege Steindl, ja auch schon erwähnt, dass es natürlich unterschiedliche Berechnungsformen, unterschiedliche Haftungsgrenzen gegeben hat. 17 an der Zahl und ich wiederhole das nicht, Sie haben das ja sehr eindringlich und richtig gesagt. Aus diesen 17 verschiedenen Berechnungen für die Haftungen ist es letztendlich dann zur 15a-Vereinbarung gekommen, wo man sagt, man hat hier Richtlinien, dass sie für jedes Bundesland, für jede Gemeinde gleich gelten, um auch diese Haftungen auch vergleichen zu können. Das ist ja schon gefallen, es hat diese Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gegeben, die natürlich ein logisches Fortfahren des Stabilitätspaktes, meiner Meinung nach, ist und wir haben das auch im Jänner 2017 einstimmig beschlossen.

Jetzt gibt es eben diese Umsetzungsformel. Wie diese Haftungsgrenzen für die burgenländischen Gemeinden berechnet werden, das ist auch schon gefallen. Vereinfacht gesagt: 75 Prozent der Einnahmen. Es ist wirklich so, dass dieses Gesetz, glaube ich, sehr wichtig ist und man muss ja dazu sagen, dass es nicht für jede einzelne Gemeinde

jetzt alleine so diese Berechnung und dieses Nichtüberschreiten geben kann, sondern für alle 171 Gemeinden gemeinsam.

Ich darf mich an viele meiner Vorredner anlehnen, dass wirklich unsere Gemeinden hervorragende Arbeit machen. Dass unsere Gemeinden im Prinzip immer schauen, den Finanzblick nicht aus den Augen zu verlieren, dass die Gemeinden durch ihre Investitionen auch für die burgenländische Wirtschaft sehr wichtig und richtig sind.

Wenn wir heute von der Frau Landesrätin schon gehört haben, die Finanzstatistik, die präsentiert worden ist. Dazu muss man ja sagen, dass das Pro-Kopf-Verschulden der Burgenländer eines der niedrigsten ist.

Dass die Schuldenlast der Gemeinden weniger wird und dass trotz alldem die Gemeinden wirklich sehr viel im Prinzip investieren. Ich glaube, dass dieses Gesetz sehr wichtig und richtig ist und kann natürlich auch nur für meine Fraktion sagen, dass wir dem natürlich zustimmen werden, für eine Sicherstellung der stabilen und nachhaltigen geordneten Finanzen der Gemeinden und so letztendlich auch des Landes. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Haftungen reizt an sich und deswegen habe ich mich jetzt auch noch zu Wort gemeldet zu einer Auseinandersetzung, die tiefgründig innerhalb der letzten Wochen auch im Bundesstaat Österreich stattfindet.

Ich möchte nur daran erinnern, wo es jetzt schon und schon längere Zeit um eine sogenannte Steuerautonomie der Bundesländer geht, wo sich die westlichen Bundesländer natürlich stark herauslehnen und meinen sie brauchen das, um den richtigen Föderalismus zu leben. Diese Konkurrenzsituation in der Gewährung von Steuererleichterungen für einzelne Betriebsformen, die sich ansiedeln würden. Dieser Konkurrenzkampf in der Anheizung wird speziell vom Westen geführt.

Auf der anderen Seite, der Herr Landeshauptmann ist ja im Moment auch Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz und daher auch gefordert, hier - von meiner Seite her - striktest Einhalt zu gebieten. Weil diese Steuerautonomie für das Burgenland mit Sicherheit nicht der richtige Weg wäre in der Auseinandersetzung um Betriebsansiedlungen oder wie auch immer, würden wir nur darunter leiden, weil wir in unserer Struktur im Verhältnis zu Oberösterreich, zu Salzburg, zu Tirol und zu Vorarlberg diese Industriequalitäten nicht aufweisen und daher auch nicht die entsprechende Steuerkraft besitzen.

Aber prinzipiell ist das ein Ansatz, der unter anderem jetzt auch in einem anderen Punkt sich in den letzten Tagen irgendwie widerspiegelt. Nämlich in der Diskussion. Der Herr Landeshauptmann war auch zugegen beim Ministerrat oder nach dem Ministerrat, wo es um eine Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern gegangen ist.

Im Abgleich gewisser verpflichtender Voraussetzungen, in der Handhabung zum Beispiel um Bezirksgerichte oder um andere Sachen, und plötzlich, und da hat man den Zwiespalt jetzt auch gegenüber den ganzen Beteuerungen - wir sollen eigentlich das Gemeinsame vor das Trennende stellen - im Konfliktbereich die Bundes-SPÖ ist plötzlich gegen dieses Faktum, das zwischen dieser Bundesregierung und den Ländern

federführend über die Landeshauptleutekonferenz ausgehandelt wurde, weil sie sich in irgendeiner Form möglicherweise etwas anderes erhofft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ausgangspunkt der Diskussion um die Haftungsgrenzen - das hat meine Vorrednerin eindeutig festgehalten, war das Dilemma um die Hypo Alpe Adria.

Das hat zutage gefördert, nicht jetzt nur, sondern schon in der Vergangenheit, als verschiedenste Ausführungen passiert sind, die nicht dem Gesamtbild Österreichs entsprochen haben. Aber die Hypo-Alpe-Adria hat alles zutage gefördert, was man sich nicht vorstellen konnte, nämlich auch, unter anderem einen Landtagsbeschluss, wo jetzt quasi noch einmal draufgelegt die Haftungsobergrenze des Landes erweitert wurde und wo schlussendlich in der Diskussion die Möglichkeit des Konkurses des Bundeslandes in der Diskussion gestanden ist und daraus resultierend eigentlich auch die anderen Bundesländer ihren Beitrag zur Stabilität der gesamten Konstruktion leisten mussten.

Was mich jetzt in der Diskussion eigentlich am meisten gestört hat, ist dieses belanglose Hinnehmen einer, und ich bezeichne es jetzt wieder als eine Art von Gängelung, man legt eine Haftungsobergrenze fest und der Kollege Hutter hat davon gesprochen, wir scheren jetzt aus.

Natürlich ist eine verbindliche Regelung im Endeffekt über alle Gemeinden eines Bundeslandes in der Haftungsbeschränkung über den Stabilitätspakt mehr als veranschlagt, und daher ist auch notwendigerweise klar und deutlich festzulegen, es soll jetzt nicht über ein gewisses Maß eine bestimmte Grenze überschritten werden.

Die Frau Landesrätin hat bei der Präsentation der Gemeindefinanzstatistik davon gesprochen, „die Kontrolle wäre ein bisschen streng gewesen“, wenn ich den Ausdruck richtig im Kopf habe.

Tatsache ist, dass die Gemeinden in ihrer Umsetzung der Selbstverwaltung inzwischen so weit von Landesseite her beeinflusst werden, dass jede Kreditlinie, die man möglicherweise aus wirtschaftlichen Gründen, aus notwendigen wirtschaftlichen Gründen setzen möchte, einen Beschluss vorab braucht, oder eine Zustimmung der Landesregierung oder der Gemeindeabteilung und damit eigentlich schon die Beschränkung gewisser wirtschaftlicher Komponenten klar und deutlich in dieser Regelung beinhaltet ist.

Tatsache ist, dass wir verschiedene Gegebenheiten in dieser Diskussion betrachten müssen. Ich glaube kaum, dass wir es im entscheidenden Augenblick erleben würden, dass diese Beschränkung dann auch hält, wenn es notwendigerweise eine Ausnahme zu billigen gilt.

In Wirklichkeit erleben wir - und das fasse ich so zusammen - in den letzten Monaten verstärkt mit der Installierung der neuen Bundesregierung eine Diskussion zentral versus föderal.

Diese Diskussion spiegelt sich in verschiedensten Kapiteln wider, in Wirklichkeit unter anderem zum Beispiel in der Ausschaltung der Sozialpartnerschaft, in der Regelung des Zwölf-Stunden-Tages, in der Festhaltung verschiedener anderer Gegebenheiten, unter anderem, wie ich gesagt habe, auch in dem Ausscheren einzelner Bundesländer in der Verantwortung, wir wollen eine Steuerautonomie und unsere eigene Regelung in der Umsetzung haben.

Auf der anderen Seite drängt die Bundesregierung in verschiedenster Art und Weise darauf, gewisse Leistungen nur zentral erbringen zu wollen. Damit wird die

Abhängigkeit der Bundesländer ja nicht kleiner, sondern sie wird immer größer. In Wirklichkeit spiegelt hier eine Diskussion sich wider, die einen entscheidenden Einfluss gerade im Zusammenhang mit 100 Jahre Republiksfeiern kennzeichnet diese Zweite Republik, in der wir heute leben, ist bundesstaatlich begründet worden durch die Bundesländer, ist eigentlich der Ansatz gewährt und gewährleistet worden.

Daher sollte auch dieses föderale Instrument, dieses föderale Bestätigen, die Möglichkeit bieten, auch Einzelentscheidungen zu treffen, die im Rahmen des Gesamten nicht ausufern, sondern durchaus eine eigenständige Linie auch sein sollen, aber nicht zu Lasten der allgemeinen Bevölkerung und des Bundesstaates, aber man sollte sich nicht immer von bundesstaatlichen Einrichtungen gewährleistend gängeln lassen. Herzlichen Dank.

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe ZuhörerInnen! Liebe Schülerinnen und Schüler, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die flüchten jetzt. Sie haben gesehen, dass Du kommst.)* die jetzt den Raum verlassen müssen! Sie haben gesehen, dass ich komme und werden das Mitverfolgen, denke ich, genauso ist es wichtig, aber auch, werte Kolleginnen und Kollegen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, eines klar steht, dass wir auch als Liste Burgenland natürlich dementsprechend hinter diesem Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz stehen werden. Warum, werde ich auch normal und ganz sachlich begründen.

Es ist notwendig, dass in Gemeinden auch wirtschaftlich gearbeitet wird. Es ist notwendig, dass wie in jedem Privatbetrieb auch wirtschaftlich gearbeitet wird. Wir haben gewisse Rahmenbedingungen zu erfüllen, die erfüllen wir auch in den Gemeinden, und ich muss ein großes Lob meinen Kolleginnen und Kollegen dementsprechend ausstellen, weil es wichtig ist, auch hier mit offenen Augen in die Zukunft zu schauen. Wir übergeben als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch zukünftige Projekte, die dann schlussendlich auch abfinanziert werden müssen. Daher ist es wichtig, dass wir uns auch seitens des Landes Gedanken machen.

Aber auch im Land selber sollten wir uns Gedanken machen, auch über Haftungsobergrenzen, und jetzt komme ich zu einem speziellen Fall, wo ich oft als Bürgermeister in gewissen Situationen allein gelassen werde, und zwar bei den Verbänden.

In den Verbänden, wie Sie wissen, wird noch immer die Politik ganz groß geschrieben, da entscheidet die Mehrheit, wie auch immer, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In der Gemeinde auch.)* in der Gemeinde auch - aber langsam. Wir sind die größte Gemeinde im Bezirk Oberpullendorf, sind beim Abwasserverband … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die zweitgrößte.)* die größte Gemeinde, lieber Herr Kollege, Du solltest Dich erkundigen, und dann kommen wir erst zu den Daten und Zahlen, aber macht ja nichts, erkundige Dich!

Wir sind beim Abwasserverband Mittleres Burgenland die größte haftende Gemeinde. Was glauben Sie, wie dort abgestimmt wird, wie dort besetzt ist? Brauche ich nicht erwähnen. Wir haben mit einem Wort nichts zu reden, müssen die Haftungen aber übernehmen, wenn diese Herrschaften beschließen, dass wir Kredite aufnehmen, dass wir auch schlussendlich nicht einmal genau informiert werden, und dergleichen mehr.

Es gibt auch den Wasserleitungsverband, dort ist das gleiche Beispiel. Aber es gibt auch den Müllverband, darüber bin ich recht glücklich, dass wir so viele Rücklagen haben, weit über 100 Millionen. Vielleicht könnten wir, Herr Landeshauptmann, einmal dort fragen, ob man nicht den Gemeinden ein bisschen etwas in diesem Fall zurückgibt?

Aber was tun sie mit dem Geld tatsächlich? Das sind halt die Fragen, die mich auch dementsprechend beschäftigen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn wir heute über dieses Haftungsobergrenzengesetz sprechen, dann müssen wir auch das einbeziehen, weil dort ist noch immer im Abwasserverband und Wasserleitungsverband, wie auch im Müllverband, Burgenländischer Müllverband, einfach klar, die Mehrheit an der politischen Szenerie bestimmt dort, und du hast als Bürgermeister einer der größten Gemeinden einfach das so zu schlucken und hinzunehmen wie es ist. Oder du bist dagegen und was ist dann? Keiner redet darüber.

Auch da sollten wir uns Gedanken machen, liebe Frau Landesrätin, wie man dort vorgeht. Es kann nicht sein, dass die größte Gemeinde, der größte Zahler, der größte Hafter, dort nichts zum Schwätzen, nichts zum Reden hat. Wir müssen uns für die Zukunft Gedanken machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

In den Gemeinden funktioniert das hervorragend, da gibt es überhaupt keine Diskussion. Aber in den Verbänden sollte man wirklich aufmerksam sein. Gestern wieder Beschlüsse gefasst, wo natürlich Kredite aufgenommen werden und dergleichen mehr, wo ich nicht ganz einverstanden bin, weil die Gemeinde Deutschkreutz wieder der größte Hafter an der ganzen Situation ist.

Jetzt müssen wir das im neuen Rechnungsabschluss oder im Voranschlag sehr wohl einarbeiten, das finde ich für richtig und wichtig, dass einmal die Leute sehen, auch in den Gemeinden, die Gemeinderäte sehen, was haben wir mit den Verbänden für Haftungen eigentlich übernommen, aber es gehört auch eine andere Strukturierung.

Es sitzen in den Verbänden zum Beispiel drinnen, es wird eine Mitgliederversammlung gemacht, abstimmen dürfen nur gewisse Leute. Warum mache ich dann eine Mitgliedersammlung? Beim Burgenländischen Müllverband ist das ein bisschen etwas anderes. Dort sind Mitglieder auch stimmberechtigt, beim Abwasserverband sind sie nicht stimmberechtigt, beim Wasserleitungsverband sind sie nicht stimmberechtigt.

Sie sind dort, sitzen dort als Gemeindevertreter, haben zwar einen Sitz, aber kein Stimmrecht, das sollte man vielleicht einmal ins Auge fassen. Das sollte man vielleicht einmal ändern. Auch in dieser Richtung wären wichtige Kriterien anzudenken.

Aber wir haben schon darüber gesprochen und ich hoffe, dass sich etwas ändern wird. Ansonsten bin ich d‘accord mit allen meinen Vorrednern, gar keine Diskussion. Ja, wir wollen auch diese Haftungsobergrenze haben, selbstverständlich, dass wir uns irgendwo ein Limit setzen, weil sonst das Ganze ausufert.

Noch einmal: Wir wollen in die Zukunft blicken und das ist das Entscheidende. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Burgenländisches Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 - Bgld. GemHOG 2018) ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Burgenländisches Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 - Bgld. GemHOG 2018) ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1495) über die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der Informationstechnologie und der Aus- und Weiterbildung der Gemeindebediensteten (Zahl 21 - 1063) (Beilage 1507)

Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 5. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1495, über die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der Informationstechnologie und der Aus- und Weiterbildung der Gemeindebediensteten, Zahl 21 - 1063, Beilage 1507.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Christian Drobits: Danke Herr Präsident. Der Rechtausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf über die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der Informationstechnologie und der Aus- und Weiterbildung der Gemeindebediensteten in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der Informationstechnologie und der Aus- und Weiterbildung der Gemeindebediensteten unter Einbezug von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile als ersten Redner Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Wer mich etwas besser kennt, weiß, dass die digitale Welt nicht unbedingt mein Spezialgebiet ist, aber da heute der Tagesordnungspunkt IKZ (interkommunale Zusammenarbeit) ist, habe ich mir gedacht, möchte ich mich kurz zu Wort melden, denn ich weiß genau, wie schwer es ist, in einem IKZ-Projekt mit Nachbargemeinden im kurtouristischen Bereich zusammenzuarbeiten und hier auch wirklich etwas Nachhaltiges zu organisieren und zusammenzubringen.

Es ist natürlich ganz wichtig in diesem Bereich, den Sie hier diskutieren, dass man hier etwas macht, etwas weiterbringt auch, und Gemeinden zusammenführt und hier gemeinsam auch schult und unterstützt, wobei die Unterstützung und Schulung natürlich auch mit Förderungen einhergehen sollte.

Wissen ist Macht, und es ist natürlich ganz wichtig, dass die Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeiter bestens geschult sind, dass sie vernetzt sind.

Diesbezüglich gibt es auch einige Beispiele, die in Österreich bereits gelebt werden, ob Vorarlberg, ob Tirol oder Kärnten. Ich denke, dass wir hier verstärkt daran arbeiten und das auch vorantreiben sollen.

Die Liste Burgenland wird hier natürlich selbstverständlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der LBL und bei der SPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite gibt es dazu natürlich eine Zustimmung. Ich möchte nur kurz auf etwas hinweisen, dass eine Dynamik weiterspielt, die ich in anderen Zusammenhängen auch schon festgestellt habe.

Das Land erlässt ja ein Gesetz, das alle Gemeinden zu einer Sachleistung verpflichtet und das soll aber dann unter dem Titel „Bedarfszuweisung“ auch mitabgerechnet werden. Nun weiß ich schon, das ist eine gängige Praxis.

Ich möchte aber trotzdem davor warnen, dass wir immer mehr Teile der Bedarfszuweisungen in fixen Zuordnungen haben, weil dann ist es keine Frage des Bedarfs mehr. Ich rege an, dass wir darüber nachdenken, hier eine deutlichere Trennung zu haben, wo gibt es Gemeinschaftsleistungen, an denen sich alle beteiligen und wo gibt es wirklich die individuellen Bedarfszuweisungen, damit den Gemeinden auch noch der nötige Spielraum bleibt.

Was hier sicher ermöglicht wird, das ist gut, dass es hier auch netzbedingte und netzgestaltete Fortbildungen zum Beispiel gibt, diese werden ja hier auch gesetzlich verankert, Webinare, es wird auch Personal gebraucht, damit diese IT-Plattformen, die hier geschaffen werden, gut befüllt werden, weil ohne gute Gestaltung und Betreuung ist auch eine IT-Plattform irgendwann einmal tot. Damit haben einige von uns vielleicht auch schon Erfahrungen gemacht.

Insgesamt ist es natürlich eine sinnvolle Sache und wir stimmen zu. Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Ja, was tun wir mit der Beschlussfassung dieses neuen Gesetzes? Wir - im wahrsten Sinn des Wortes -, wir legalisieren etwas, was bisher schon so gelebt wurde wie es im Gesetz zum Ausdruck kommt, aber eben bisher ohne entsprechende Grundlage war. Wir tun das als Reaktion auf eine Empfehlung des Österreichischen Rechnungshofes.

Die 171 burgenländischen Gemeinden verfügen über ein gemeinsames EDV-Netzwerk, das sehr hohen technischen Anforderungen gerecht wird. Ein solches Netzwerk steht den burgenländischen Schulen zur Verfügung, deren Erhalter Gemeinden sind.

Außerdem haben alle 171 Gemeinden die Möglichkeit zur Nutzung einer EDV-basierten Vergabeplattform, und für alle 171 Gemeinden wird die verpflichtende Aus- und Weiterbildung ihrer Bediensteten zentral und einheitlich organisiert.

Das war schon bisher so, und seit einiger Zeit geht es darüber hinaus auch noch um den allgemein medizinischen Bereitschaftsdienst in Form der Akutordinationen. All das, was ich jetzt aufgezählt habe, das gibt es schon länger. All das, was ich jetzt aufgezählt habe, sind Aufgaben aus dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden. Und all das, was ich aufgezählt habe, stellt das Land in Form von Sachleistungen zur Verfügung, finanziert - und das ist jetzt der springende Punkt - aus Bedarfszuweisungsmitteln, die das Land abzieht beziehungsweise einbehält. Dieses Abziehen beziehungsweise Einbehalten dieser Mittel, die ja nicht wirklich des Landes, sondern Mittel der Gemeinden sind, braucht eine Grundlage.

Ich glaube, dass bisher doch auch Einigkeit besteht, genauso wie wahrscheinlich Einigkeit darüber besteht, dass es absolut Sinn macht, all diese Aufgaben gemeinsam, zentral und einheitlich zu organisieren. Der Bedarf, Frau Kollegin Petrik, der ist definitiv da. Das zeigt ja die Realität. Unterm Strich erspart man sich ja etwas auch dadurch.

Mutmaßlich keine Einigkeit herrscht darüber, in welcher Form man jetzt das, was bisher schon so gelebt worden ist, legalisiert. Wie also die erforderliche Grundlage genau ausschauen soll. Grundsätzlich waren zwei Optionen offen, und alle beiden Optionen wurden von der Regierung, wurden von der Koalition gemeinsam mit den Gemeindevertreterverbänden geprüft. Die erste Option wäre die Gründung eines weiteren Gemeindeverbandes gewesen.

Die zweite Option eine, zu der uns das Finanzausgleichsgesetz ermächtigt, nämlich die Schaffung einer landesgesetzlichen Grundlage. Wir haben uns für das Gesetz entschieden, vor allem auch deshalb, weil es gerade in Zeiten von Entbürokratisierung wohl keinen schlanken Fuß gemacht hätte, einen weiteren Verband zu gründen, der mit all seinen Gremien und dem Verwaltungsaufwand, der damit verbunden ist, ja dennoch nur ein Papiertiger gewesen wäre. Ich weiß, man kann jetzt mit Aspekten der Gemeindeautonomie argumentieren und die ÖVP wird das im Anschluss wahrscheinlich auch tun.

Wir für uns als Koalition halten fest, dass von Seiten der Landesregierung intensiv mit den Gemeindevertreterverbänden zusammengearbeitet wurde. Dass - zumindest soweit ich das wahrgenommen habe - auch der ÖVP-Gemeindebund kein derartiger Gegner dieser landesgesetzlichen Lösung ist und dementsprechend auch viele ÖVP-Bürgermeister hinter dieser Lösung stehen.

Ich bedanke mich bei allen, die für Gespräche zur Verfügung gestanden sind, insbesondere auch beim Gemeindebund, bei allen, die konstruktiv mitgewirkt haben.

Wir stimmen diesem Gesetz gerne zu. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Kölly! Über die Frage, welche

Gemeinde die größte im Bezirk Oberpullendorf ist, glaube ich, braucht man nicht streiten. Man braucht nur einen Blick auf die Bevölkerung schauen *(Abg. Manfred Kölly: Die Fläche musst Du auch sehen.)* und da ist es ja etwa so, dass Oberpullendorf 100 Einwohner mehr hat als Deutschkreutz. Steht zumindest in der Statistik Austria.

Deswegen bin ich davon ausgegangen, dass es auch stimmt. Aber es ist auch nicht so wichtig. *(Abg. Manfred Kölly: Die Fläche! Schau die Fläche nach! Wir sind größer als Eisenstadt. – Abg. Géza Molnár: Die Qualität der Bürgermeister. – Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Egal, aber ich wollte nur sagen, dass irgendwie so ein Gelächter war, als ich gesagt habe „zweitgrößte Gemeinde“, aber sei es drum. *(Abg. Manfred Kölly: Sie können sich die Statistik anschauen.)*

Meine Damen und Herren! Es ist in den letzten Tagen und Wochen bei sehr vielen Gelegenheiten unterschiedlichen historischen Ereignissen gedacht worden: 100 Jahre Ende des Ersten Weltkrieges, 100 Jahre Gründung der Ersten Republik. Auch 1938 Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und all die schrecklichen Folgen und Ereignissen.

Erst gestern haben wir dankenswerterweise durch den Burgenländischen Landtag eine sehr würdige Feier erleben können. Bei all diesen Gelegenheiten ist auch zurecht betont worden, dass es ganz viele Menschen gegeben hat, Frauen und Männer, aus der Bundespolitik, aus der Landespolitik, die sich sehr verdient gemacht haben, um die Entwicklung, die wir heute genießen können, dass wir heute in einem wirklich sicherem und wirtschaftlich wachsendem Land leben können, dass es uns ganz einfach gut geht.

Was aber bei all diesen Gelegenheiten meiner Meinung nach ein bisschen vernachlässigt worden ist, das war und ist die Rolle der Gemeinden und der Städte in Österreich. Auch diese kommunalen Ebenen waren extrem wichtig für die Entwicklung unseres Landes und sind es natürlich immer noch.

Diese Tausende Bürgermeister, Vizebürgermeister, Gemeinderätinnen, Gemeinderäte, die alles Menschen sind, die mitten aus der Gesellschaft kommen, die im wahrsten Sinne des Wortes eine Bürgergesellschaft repräsentieren und wo sich die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger, auch wirklich in die Politik einbringen können.

Und das möchte ich heute auch sagen, dass auch die Städte und Gemeinden zu dieser sehr positiven Entwicklung unseres Staates extrem viel beigetragen haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die politische Ebene der Kommunen, der Städte und Gemeinden funktioniert unter anderem deswegen so gut, weil es einen ganz wichtigen Faktor dafür gibt, nämlich die Autonomie der Gemeinden, die Freiheit der Gemeinden und die Selbständigkeit der Gemeinden.

Das ist auch nicht etwas, was von Anfang an klar war. Erst 1962 ist ja die Verfassung in diese Richtung dann auch geändert worden. Es hat natürlich schon vorher viele Bestrebungen gegeben, die Gemeinden als selbständige politische Einheiten auch zu sehen und festzulegen, weil man weiß, dass gerade auf dieser Ebene ganz einfach der direkteste Bürgerkontakt besteht, dass es dort darum geht, die Lebensqualität für die Menschen herzustellen, weil es dort darum geht, ganz einfach das Leben der Menschen in vielen Bereichen zu verbessern.

Meine Damen und Herren, jede Einschränkung dieser Autonomie, und sei sie noch so klein, ist etwas, was am Ende des Tages dazu führen kann, dass dieses gut funktionierende System auf kommunaler Ebene beschädigt oder angekratzt wird. Ich muss Ihnen ehrlich sagen - der Kollege Molnár hat das ja vorher schon angekündigt -, wir

werden diesem Gesetz nicht zustimmen, aber wir werden diesem Gesetz nicht deswegen die Zustimmung verweigern, weil es um Inhalte geht, weil es darum geht, hier das Bildungsnetzwerk, das Gemeindenetzwerk, das Schulnetzwerk, das ja schon viele Jahre besteht und unter dem damaligen Gemeindereferenten Franz Steindl begonnen wurde, dass wir da dagegen sind. Sondern: Nein, das sind natürlich sinnvolle Infrastrukturen, und es hat ja in dieser Zeit, übrigens auch viele weitere Initiativen gegeben, um diese interkommunale Zusammenarbeit zu stärken, weil es immer der Weg im Burgenland war und auch unser Weg natürlich ist, dass wir keine Gemeindezusammenlegungen haben wollen, sondern dass wir die Kooperationen unter den Gemeinden stärken wollen.

Kollege Molnár hat unter anderem das Gesetz mit einer Empfehlung des Rechnungshofes begründet. Ich nehme an, Du meinst die Empfehlung bezüglich der Ertragsanteile, da hat es nämlich wirklich eine Empfehlung gegeben. Da ist es aber nicht um diese Fragen gegangen, sondern da ist es darum gegangen, dass der Rechnungshof festgestellt hat, dass das Verwenden von Ertragsanteilen ohne die Zustimmung der einzelnen Gemeinden ganz einfach rechtlich nicht möglich ist und dass es dafür eine rechtliche Grundlage braucht, das stimmt.

Aber hier reden wird ja nicht über diese Frage, sondern hier reden wir, wie die Kollegin Petrik richtig angemerkt hat, über die Frage der Bedarfszuweisungen.

Inhaltlich bin ich da nicht ganz Ihrer Meinung, weil natürlich ist auch ein Schulnetzwerk, ein Gemeindenetzwerk etwas, was den Bedarf einer Gemeinde oder aller Gemeinden natürlich entspricht. Hätten Sie - und Kollege Molnár hat ja auch die Alternativen genannt, die möglich gewesen wären, - den Weg eines Gemeindeverbandes gewählt, dann hätten Sie unsere unumschränkte Zustimmung zu diesem Weg natürlich gefunden.

Das Argument, dass das eine Verwaltungsaufblähung wäre und dass das viele Kosten verursachen wird, das stimmt ja nicht. Ich habe erst gestern mit dem Kollegen Lampel aus Neufeld eine Besprechung zum Standesamtsverband des Bezirkes Eisenstadt gehabt, wo wir dem Vorbild anderer Bezirke gefolgt sind, und das funktioniert bestens. Das ist wirklich eine tolle Sache. *(Zwischenruf des Abg. Gerhard Steier.)* Bitte? *(Abg. Gerhard Steier: Nur weiter! – Abg. Manfred Kölly: Wir sind nicht dabei und das funktioniert auch bestens.)* Du kannst nicht beim Bezirk Eisenstadt dabei sein. *(Heiterkeit und Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum Aufwand, ich kann nur sagen, dass alle Gemeinden bis auf eine Gemeinde im Bezirk Eisenstadt mit dabei sind, dass alle begeistert sind, dass alle glücklich und froh sind, dass es … *(Abg. Gerhard Steier: Das glaube ich weniger.)* Bitte? In Ordnung. Glaubst Du es halt weniger. *(Abg. Ingrid Salamon: Was ist? Gibt es Zwiegespräche oder redet wer? – Abg. Manfred Kölly: Rede weiter!)*

Herr Abgeordneter, aber ganz ehrlich, wenn jemand nicht begeistert wäre, dann hätte er sich wahrscheinlich an mich gewandt und gesagt, das taugt mir nicht, das funktioniert nicht, wir wollen austreten, oder was auch immer. Das ist bislang nicht passiert. Jedenfalls, der Großteil oder zumindest die Mitarbeiter der Gemeinden sind extrem begeistert.

Es gibt auch kaum einen Aufwand, weil nämlich genau eine Vollversammlung im Jahr notwendig ist. Es gibt dort keine Entschädigungen für irgendwelche Funktionäre. Daher ist dieses Argument des Aufwandes, glaube ich, nicht schlagend. Und daher wäre es durchaus möglich gewesen, auch in diesem Bereich einen Verband zu initiieren und zu schauen, ob nicht die Gemeinden bereit gewesen wären, diesen Verband auch zu machen. Ich glaube, dass es so gewesen wäre. *(Abg. Ingrid Salamon: Nein, es ist nicht so*

gewesen.) Übrigens, auch der Gemeindebund wäre dafür gewesen, diesen Weg einzuschlagen, das kann ich Ihnen mit Sicherheit auch sagen.

Daher werden wir, meine Damen und Herren, diesem Gesetz nicht zustimmen. Weil es ist ja nicht ausgeschlossen, wenn man mit so etwas beginnt, und übrigens es gibt, zumindest meines Wissens in keinem Bundesland eine solche Vorgangsweise, was Bedarfszuweisungen betrifft. Und wenn man mit so einer Sache beginnt, dann ist nicht ausgeschlossen, dass man - *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* ja, vielleicht liege ich falsch, weiß ich nicht, meines Wissens nach gibt es kein Bundesland - und wenn man mit so einer Sache beginnt, dann öffnet man halt eine Tür, wo man vielleicht in einem Jahr einmal draufkommt, vielleicht gibt es noch einen Bereich, den wir den Gemeinden aufzwingen könnten, und vielleicht gibt es noch einen Bereich und noch einen Bereich. Das ist eine Salamitaktik, die wir nicht wollen.

Wir wollen die Autonomie der Gemeinden stärken. Wir wollen, dass die Gemeinden selbständig bleiben und selbständig bestimmen können. Ein freier Staat braucht ganz einfach freie Gemeinden und dafür stehen wir. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Danke Herr Präsident. Zur interkommunalen Zusammenarbeit. Wir haben von meinen Vorrednern verschiedene Meinungen, verschiedene Ansichten gehört. Letztendlich muss ich sagen, meine Meinung ist schon, dass gemeinsam mehr weitergeht, dass gemeinsam bessere Dinge weitergehen, dass man gemeinsam oft günstiger Dinge umsetzen kann.

Ich glaube, dass gerade das Burgenland gezeigt hat, hier über Gemeindegrenzen hinweg gewisse Zusammenarbeit zu machen. Dieses Gesetz, das jetzt neu ist, bestätigt das nur. Wir wissen auch, und es gibt Bundesländer, die diesen Weg nicht rechtzeitig genug beschritten haben, dass es eher eine enge Kooperation, eine Zusammenarbeit von Gemeinden gibt, sondern es gibt Bundesländer, wo die Gemeinden zusammengelegt werden.

Ich glaube, dass das Burgenland hier schon sehr frühzeitig diesen richtigen Weg der Zusammenarbeit gemacht hat, damit man Kräfte bündeln kann, damit Leistungen kostengünstiger umgesetzt werden, damit man im Prinzip für die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Gemeinsamkeiten das schneller, kostengünstiger und langfristig lösen kann.

Ich bin davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist. Wir sind daher nicht für Gemeindezusammenlegungen, sondern für Gemeindekooperationen, für gemeinsames Arbeiten mit Gemeinden, weil ich davon überzeugt bin, dass jeder unserer Bürger sehr gerne in seiner eigenständigen Gemeinde lebt.

Ich möchte mich natürlich auch bei meinen Kollegen bedanken, dass es diese Kooperationen schon gegeben hat und geben wird. Ich kann, Kollege Steiner, Ihre Argumentation nicht wirklich nachvollziehen, weil letztendlich ist dieses neue Gesetz der interkommunalen Zusammenarbeit aufgrund des Finanzausgleiches möglich, wo das Gesetz geändert worden ist.

Es ist dieses Gesetz zustande gekommen, dass man sagt, ein modernes Gesetz, kostengünstig für alle Beteiligten und ohne bürokratischen Aufwand. Wir schreiben heute das Jahr 2018 und wir nehmen uns die Entbürokratisierung vor und da kann man schon

davon ausgehen, dass man unter neuen Rahmenbedingungen neue Voraussetzungen setzen kann.

Das zeichnet dieses Gesetz aus. Drei Dinge sind in diesem Gesetz enthalten. Das ist schon erwähnt worden. Das ist die EDV-Ausstattung Netzwerk für Gemeinden und Schulen. Das ist letztendlich die Aus- und Weiterbildung, die ja jetzt schon über die Akademie Burgenland funktioniert, wo es, Frau Kollegin, sehr wohl, zumindest vom Städtebund und ich glaube, auch von den anderen Gemeindeverbänden zusätzlich für die Gemeinden noch Förderungen gibt, wenn jemand diese Schulungen im Prinzip in Anspruch nimmt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Natürlich ist auch der Ärztliche Bereitschaftsdienst und die Akutordinationen in allen Bezirken in diesem Gesetz enthalten. Dies sind Aufgaben, die den Kommunen zustehen. Das sind Aufgaben, die jetzt in diesem Gesetz enthalten sind. Was ja jetzt schon gemacht worden und was jetzt wirklich auf gesetzliche Beine gestellt wird.

Es kann ja nur Recht sein, wenn man Empfehlungen des Rechnungshofes umsetzt, wobei wir ja das von Kommunen verlangen. Dass man natürlich als Land sagt, hier etwas neu zu gestalten, dieses Gesetz zu beschließen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass Sie als ÖVP-Politiker sagen, dass hier die Autonomie der Gemeinden letztendlich verletzt wird. Das wird es ganz sicherlich nicht. Das steht in diesem Gesetz. Die Prozente, die dafür abgezogen werden, das heißt, es gibt eine Obergrenze von fünf Prozent.

Es ist auch in diesem Gesetz, dass jede Gemeinde eine jährliche Abrechnung bekommt, um hier sicherzustellen, dass jeder das nachvollziehen kann. Ich bin daher dafür, dass wir dieses Gesetz heute beschließen, weil lassen Sie mich noch ein Argument bringen.

Jetzt stellt man sich wirklich vor, dass jede der 171 Gemeinden ihr Netzwerk, die Betreuung der Schulen, selbst ausschreiben muss, das Ganze dann umsetzen soll, wo dann letztendlich aber dann die Gemeinsamkeit wieder nicht gegeben ist. Wir haben vorher von den Haftungsobergrenzen der Gemeinden gesprochen.

Haftungsobergrenzen sind nur dann sinnvoll, wenn in allen Bundesländern dafür die gleichen Voraussetzungen sind. Genauso ist es hier. Im Gemeindedienst, im Schuldienst hat es nur dann einen Sinn, wenn dieses Netzwerk an allen Schulen und an allen Gemeinden gleich ist. Also daher, denke ich, ist es natürlich wirklich ein gutes Gesetz, ist es ein transparentes Gesetz, ist es ein modernes Gesetz. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir verweigern uns nicht, neue Wege zu gehen, neue Schritte zu beschreiten, um das Beste für die Gemeinden und für die Bevölkerung im Burgenland zu machen, und daher werden wir diesem Gesetz gerne zustimmen.

Unsere Fraktion wird hier die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von der inhaltlichen Seite gebe ich der Kollegin Salamon vollkommen recht. Diese Möglichkeit in der Schaffung einer Grundlage ist eigentlich nur das Überborden eines schon praktizierten, gegangenen Weges, der in der Vergangenheit auch zielführend, ohne gesetzliche Grundlage, für die Gemeinden in Kooperation mit dem Land gewisse Voraussetzungen geschaffen hat.

Ich erinnere, zum Beispiel, an die Flächenwidmungspläne, die digitalisiert worden sind, die eine als Grundlage den Bestandteil oder die Grundordnung innerhalb der Gemeinden, in Kooperation mit dem Land sichern, und aufgrund der Möglichkeiten, die sich daraus ergeben haben, eigentlich auch zielführend, verwaltungstechnische und politische Entscheidungen im Land, in der Verantwortung um Raumplanung möglich geworden sind.

Die angeführten Positionen EDV, Weiterbildung, ärztliche Versorgungssituationen sind jetzt Bespiele, die in der Umsetzung noch erweiterbar sind. Ich finde, dass die Grundlage in der gesetzlichen Ausführung durchaus eine planmäßige sein kann, ohne dass wir jetzt auf die Darstellung, wir brauchen hier einen eigenen Verband, eingehen müssen.

Ich möchte aber einen Punkt, den der Herr Kollege Steiner erwähnt hat, nämlich, die vollkommene Zufriedenheit mit dem Standesamtsverband aus Ausgangspunkt meiner Betrachtung nehmen. Wenn ich jetzt diesen Standesamtsverband hernehme, müssen Sie mir folgende Gegebenheit erklären.

Ich habe eine Gemeinde mit vier bezogenen, erfahrenen Beamten oder Vertragsbediensteten, die die Ausbildung zum Standesbeamten haben, und habe durchschnittlich zehn Hochzeiten im Jahr. Jetzt erklären Sie mir die Notwendigkeit des Verbandes, wo ich einen Heiratswilligen in der Gemeinde habe und den dann zu Ihnen nach Eisenstadt schicken muss, damit die Heiratsfähigkeit bekundet wird.

Diese Verantwortung im Sinne dessen, wo Aufgaben von einer Gemeinde auf eine Verbandsituation übertragen werden, die sind für mich nicht zielführend. Möglicherweise für kleinere Einheiten. Für kleinere Gemeinden, die jetzt in Einheit eine Person in der Gemeinde sitzen haben. Als Verwaltungsbeamter beziehungsweise Verwaltungsbedienstete kann das durchaus gerechtfertigt sein, aber für größere Einheiten nicht.

Ich erinnere, zum Beispiel, nur daran, dass die Gemeinde Parndorf sehr wohl es nicht in den Verband im Neusiedler Bezirk geschafft hat, weil sie vernünftigerweise für sich die Argumentation gewählt hat, wir haben ohnehin fünf Einheiten, die das vollziehen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auf der anderen Seite, der Betrag ist immer eine Kategorie, die man diskutieren kann. In Wirklichkeit ist aber Folgendes gegenüberzustellen, was die momentane Situation in den Gemeinden kennzeichnet. Ich weiß jetzt nicht den genauen Betrag, der dem Standesverband Eisenstadt, Bezirk Eisenstadt, pro Einwohner, pro Gemeinde zu entrichten ist, aber er steht in keinem Verhältnis, zum Beispiel, wo jetzt die Kollegin Salamon davon gesprochen hat. Ich habe jeden Einwohner in meiner Gemeinde, der sich hier wohlfühlen muss, der sich wohlfühlen kann und auf der anderen Seite auch eine Dienstleistung vor Ort von mir in der Gemeindeverwaltung bekommen soll.

Er wird kein Verständnis dafür aufweisen, wenn ich ihn jetzt nach Eisenstadt zur Behandlung der Heiratsfähigkeit schicken muss. Auf der anderen Seite dann von Eisenstadt in digitaler Form die sogenannte Heiratsfähigkeit der Gemeinde, wo er heiratswillig ist, übermittelt wird.

Auf der anderen Seite, zur allgemeinen Kenntnis, folgendes Problem, das sich in den letzten Wochen aufgetan hat. Ungarische Staatsbürger, die in Österreich eine Betriebssituation, also in einem Betrieb arbeiten wollen, haben in letzter Zeit, es muss eine europäische Richtlinie sein über Europol, die Verpflichtung, dass sie, bevor sie dort

eine Anstellung bekommen, den Nachweis eines polizeilichen Führungszeugnisses brauchen.

Jetzt kommen ungarische Staatsbürger, und das ist der Kontrapunkt, Kollege Steiner, in österreichische, in burgenländische Gemeinden, und besorgen sich hier, weil sie das in der Verpflichtung auf eine sogenannte Anstellung brauchen, ein polizeiliches Führungszeugnis. Jetzt weiß ein jeder, der mit sogenannten Anmeldungen, die mit ZMR und anderen im Zusammenhang in Österreich praktiziert werden, welches Problem sich damit auftut.

Die Verpflichtung ist nicht gegeben. Wenn aber das umgesetzt wird, kann eine Entlohnung von 2 Euro 20 Cent, pro Handlung umgesetzt werden. In Wirklichkeit kommen pro Tag oft in Gemeinden, in den Grenzgemeinden 10 bis 15 Personen, die diesen Nachweis brauchen. Ich möchte jetzt nur daran erinnern, eine Heiratsfähigkeit ist eine Beurkundung, die durchaus im Rahmen der sogenannten bildungstechnischen Voraussetzungen, der Prüfungen für den Standesbeamten legitimiert umgesetzt werden.

Im ZMR, in der Umsetzung auf das Polizeiliche Führungszeugnis, gibt es x Fallen, die im Endeffekt schlussendlich dazu führen können, wenn man für einen ungarischen Staatsbürger ein polizeiliches Führungszeugnis in einer Gemeinde ausdruckt und ihm zur Verfügung stellt, dass man dafür haftbar gemacht werden kann, dass man etwas Falsches getan hat. Tatsache ist, dass ein Missverhältnis für mich da ist, das im Zusammenhang jetzt mit der gesetzlichen Werdung keine Belange hat, aber ich wollte nur in der Replik auf diesen Standesamtsverband durchaus als Argumente auch anführen, die für mich treffend sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie werden sie jetzt gleich nach mir versuchen zu widerlegen. In Wirklichkeit spreche ich aber von Gemeinden, die eine gewisse Größe und ein gewisses Personal aufzuweisen haben, die die Möglichkeit haben, das eigenständig zu erledigen. Diejenigen, die es eigenständig erledigen können, die sollten das auch zukünftig tun und sich nicht in den Kompromiss eines Verbandes einlösen, wo sie schlussendlich mehr bezahlen, mehr Leistung erbringen müssen, als sie in Wirklichkeit selbständig umsetzen könnten. Danke schön. *(Beifall bei der LBL)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Herr Präsident! Nur ganz kurz. Das hat jetzt mit dem Thema an sich nichts zu tun. Aber, ich möchte es trotzdem klar sagen. Ich weiß jetzt nicht woher, Herr Kollege Steier, Sie diese Informationen haben oder wer Ihnen das erzählt hat. Mich wundert das wirklich, weil Sie jetzt einen ganz kleinen Teil der Aufgaben des Standesamtsverbandes genannt haben, nämlich die Prüfung der Ehefähigkeit.

Also ich kann Ihnen nur sagen, gestern, wie gesagt, war der Herr Bürgermeister Lampel bei mir. Keine kleine Gemeinde, mit relativ vielen Mitarbeitern. Der hat in den höchsten Tönen davon gesprochen. Ich habe vor eineinhalb Monaten als Obmann dieses Verbandes an alle Bürgermeister ein Schreiben gerichtet, wo ich sozusagen einen Bericht gegeben habe, und wo ich gebeten habe, wo sie mir sagen sollen, wenn es irgendwo ein Problem, eine Schwierigkeit gibt. Es ist überhaupt keine Reaktion gekommen.

Ich sage Ihnen, was nämlich das wirkliche Thema bei diesem Standesamtsverband ist, und besonders warum wir den gegründet haben, weil nämlich das Recht, die rechtlichen Vorschriften immer komplizierter werden. *(Abg. Ingrid Salamon: Genau!)* Vor

allem, wenn es darum geht, wenn ausländische Staatsbürger Österreicher heiraten oder ausländische Staatsbürger in Österreich heiraten wollen. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen. Unser damaliger Standesbeamter war den halben Tag mit Telefonaten von Amtmännern und Amtfrauen blockiert, die natürlich in der Sache viel weniger zu tun gehabt haben, und daher sich bei unseren Leuten, die mehr damit zu tun gehabt haben, erkundigt haben. *(Abg. Gerhard Steier: Beispiel Parndorf.)*

Daher ist es doch sinnvoll, wenn man diese Kompetenzen bündelt und wenn man sozusagen, das allen Gemeinden zur Verfügung stellt. Mich wundert es deshalb, dass Sie das hier so sagen. Aber, ich gehe davon aus, dass Sie Siegendorf meinen. Ich weiß es nicht. Aber ich werde mit dem Siegendorfer Bürgermeister reden, ob da wirklich ein Problem besteht. Bis jetzt habe ich keine Rückmeldung bekommen. Ich kann nur sagen, soweit ich informiert bin, sind alle zufrieden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landeshauptmann Hans Nießl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man sich die Debatten angehört hat, dann glaube ich, sind wir gar nicht so weit auseinander. Es gibt einen Grundkonsens. Das heißt, wir wollen gute Rahmenbedingungen für unsere Gemeinden haben. Die Wertschätzung unseren Gemeinden gegenüber sieht man auch daran, dass wir von Seiten des Landes Burgenlands an den Transferleistungen den höchsten Anteil haben.

Nämlich, 74 Prozent der gesamten Transferzahlungen und der Investitionen, die in Feuerwehren, Schulen und so weiter gemacht werden, leistet das Land Burgenland; 26 Prozent die Gemeinden. Andere Bundesländer haben hier einen Anteil von 50 zu 50. Wir stehen dazu, weil in den Gemeinden gut gearbeitet wird. Das Land unterstützt das, soweit das auch finanziell möglich ist. Es sind auch viele Bürgermeister und ehemalige Bürgermeister da. Ich glaube, es hat in der Vergangenheit im Wesentlichen immer ein gutes nicht Nebeneinander, sondern Miteinander zwischen Land und Gemeinden gegeben, weil wir uns einig sind, das gut entwickelte Gemeinden natürlich für das ganze Land wichtig sind, natürlich die Bevölkerung in den Gemeinden lebt und gute Lebensqualität benötigt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist unser Ziel und ich glaube, das ist auch ein guter Weg, dass das Land Burgenland hier den höchsten Anteil von allen österreichischen Bundesländern bei den Transferleistungen leistet. Nämlich, 74 Prozent Land, 26 Prozent die Gemeinden. In manchen Bundesländern ist das Halbe-Halbe. Auch das ist ein kleiner Beitrag, dass die Finanzen so gut und so stabil sind, wie das auch die Landesrätin Eisenkopf heute schon gesagt hat. Ich bin den Gemeinden sehr dankbar, denn ein wirtschaftlich festes Fundament ist auch die Voraussetzung für eine gute Zukunft. Für dieses Wirtschaften muss man den Gemeinden danken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Es wurde auch gesagt, und das ist für mich auch ganz wichtig, weil die Entscheidung ja schon vor Jahren auch gefallen ist, dass wir keine Gemeindezusammenlegungen wollen. Sie wissen, es hat in anderen Bundesländern heftige Diskussionen gegeben. Es hat Gemeindezusammenlegungen gegeben.

Wir haben immer gesagt, Kooperation statt Zusammenlegung. Das ist natürlich anspruchsvoll, weil, wenn man zusammenlegt, wie das andere gemacht haben, über den Finanzausgleich größere finanzielle Mittel auch kommen können, und damit mehr Einnahmen da sind. Aber, ich sage auch dazu, dass gerade durch Zusammenlegungen

die Motivation für die Gemeinde etwas zu tun, die regionale Identität verloren geht. Diese regionale Identität ist es, was viele Freiwillige und Ehrenamtliche motiviert, bei den Gemeinden tätig zu sein.

Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir auf Kooperation setzen, dass wir - vor allem in kleinen Gemeinden - die regionale Identität weiter stärken und erhalten, dass wir auf die Freiwilligkeit, auf das Ehrenamt, auf die Unentgeltlichkeit großen Wert legen. Das, glaube ich, ist auch ein Weg, der notwendig ist, der wichtig ist und der in dieser Form auch gegangen wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben aber auch als Burgenland diesen burgenländischen Weg, den wir in manchen Bereichen gegangen sind, auch im Bereich der Zusammenarbeit mit den Gemeinden gesucht. Denn, was haben wir gemacht?

Schon im Jahr 2002 hat es das Schulnetzwerk gegeben. Das heißt, das Land Burgenland hat sich mit den Gemeindevertretern zusammengesetzt und hat gesagt, wir brauchen ein leistungsfähiges Internet in unseren Schulen, wir machen Vorabzüge von den Bedarfszuweisungen und stellen das Geld für den Ausbau zur Verfügung.

Es gibt eine Ausschreibung, nicht jede Gemeinde schreibt aus und hat damit Kosten, sondern das Land schreibt den Internetanschluss aus. Gesagt, getan und umgesetzt! Ja, es hat niemand gesagt, ihr braucht jetzt ein eigenes Gesetz und auf welcher gesetzlichen Basis ist es, das gebe ich ohne weiteres zu, dass das jetzt retrospektiv ein Fehler war. Aber, die Entscheidung war richtig, nämlich, rasch und als eines der ersten Bundesländer in allen Schulen das leistungsfähige Internet zu bringen.

Warum? Weil die Gemeindevertreter zugestimmt haben, der Gemeindevertreterverband, der Gemeindebund, der Städtebund - und so ist es zu diesem Ausbau gekommen.

Auch die Akademie Burgenland ist eine Einrichtung, die nicht jedes Bundesland hat. Wo ich auch sage, das ist eine gute Einrichtung für die Gemeinden, für das Land Burgenland, für die landesnahen Unternehmen. Wir sind mit den Gemeindevertretern, dem Städtebund, dem Gemeindebund und dem Gemeindevertreterverband zusammengekommen. Alle haben gesagt, die Akademie Burgenland ist wichtig. Wir haben ein Finanzierungsmodell gefunden und versuchen das, auch in entsprechender Form zu unterstützen und auch umzusetzen.

Wir haben im Burgenland, und das können wir ohne überheblich zu sein oder ohne zu übertreiben sagen, ein sehr gut ausgebautes Feuerwehrwesen. Es gibt Vorabzüge bei den Bedarfszuweisungen. Die Feuerwehren und die Gemeinden werden auch hier in entsprechender Form unterstützt.

Auch das war - ich sage jetzt einmal - ein „unbürokratischer“ Vorgang, der jahrelang bis zum heutigen Tag wunderbar funktioniert hat, wo wir unser Feuerwehrwesen ausbauen konnten und die Feuerwehren ihre Aufgabe mit modernen technischen Geräten und auch mit entsprechender Ausbildung der Feuerwehrleute, Einsatz der Feuerwehrleute das auch umgesetzt haben.

Oder, mir ist noch ein ganz wichtiges Beispiel in Erinnerung. Als Präsident Illedits noch Bürgermeister von Draßburg war, kann ich mich zurückerinnern, ich habe aber fragen müssen, welches Jahr es war, weil ich das natürlich nicht so genau gespeichert habe, bei der Eröffnung der ersten gemeindeübergreifenden Kinderkrippe. Auch das ist ein interkommunales Projekt, das im Jahr 2002 als erste Gemeinde in Draßburg realisiert und umgesetzt wurde. Mit vielen Folgebeispielen.

Ein Pilotprojekt, das realisiert wurde, wo viele Gemeinden hier in entsprechender Form auch diesen Schritt gegangen sind, der auch sehr wichtig und notwendig ist und wo wir das Kindergartengesetz sogar verändert haben, damit diese kommunale Zusammenarbeit auch in entsprechender Form unterstützt wird.

Die Probleme und Herausforderungen würde ich eher sagen und Aufgaben der Gemeinden werden ja nicht weniger. Diese Aufgaben werden eher mehr. Wir haben erst jetzt mit den Akutordinationen eine weitere Aufgabe dazubekommen.

Genau deswegen ist dieses Gesetz wichtig und notwendig, dass man eine entsprechende Basis hat. Ich war 13 Jahre Bürgermeister. Ich kann dazu nur eines sagen: Wenn mir das Land Arbeit abnimmt und sagt, wir machen das für die Gemeinden in transparenter Art und Weise, da kann ich nur sagen: Danke, das ist für mich wichtig, dass es transparent ist, dass ich die Unterlagen bekommen, dass ich jederzeit in der Gemeindeabteilung anrufen kann, wenn es irgendeine Unklarheit gibt. Das ist auch eine Form, wenn man von der Entbürokratisierung redet, nicht eine zusätzliche bürokratische Einrichtung auch zu schaffen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, es ist eine gute Vorgangsweise. Das Entscheidende dabei ist das gelebte Miteinander mit den Gemeinden. Ich glaube, das haben wir in den letzten Jahrzehnten, kann man sagen, praktiziert, weil es nie große Auseinandersetzungen über Bedarfszuweisungen oder Ähnlichem gegeben hat. Die Bedarfszuweisungen sind auch ein Beispiel, wo wir im Konsens mit dem Städtebund, dem Gemeindebund, mit den Klubobleuten hier eine sehr transparente Vorgangsweise gewählt, gefunden und auch eine breite Zustimmung von vielen gehabt haben. Dass bei diesen 171 Gemeinden natürlich die eine oder andere dabei ist, die sagen, wir wollten eigentlich mehr bekommen, wir sind klein und müssen noch mehr kriegen, das verstehe ich.

Das Gespräch und den Dialog mit den Gemeinden ist sowieso auch ein permanenter Prozess, nämlich, dass man sagt, ja, evaluieren wir, jetzt haben wir das Ganze ein Jahr, zwei Jahre, wir schauen uns das alles an. Nur, eines ist klar: Geld ist eine limitierte Menge, denn wenn ich irgendwo etwas dazugebe, dann muss ich es irgendwo auch wegnehmen. Das ist eine interessante Diskussion und schauen, wie man das fair macht, das ist eine Herausforderung.

Aber, ich kann Ihnen nur sagen, wenn man das wieder ändert und anders macht, wird man wahrscheinlich auch nicht alle 171 Gemeinden zufriedenstellen können. Aber, dass man es diskutiert und immer wieder schaut, dass es möglichst große Gerechtigkeit gibt, das ist auch klar. Ich bin auch sehr froh, dass beispielsweise der Gemeindebund geschrieben hat, dass der Gesetzentwurf, der jetzt behandelt wird, trotzdem nicht abgelehnt wird, weil das Gemeinde- und Schulnetzwerk sowie die Akademie Burgenland wertvolle Dienste für die burgenländischen Gemeinden leisten.

Insofern ist das doch auch eine sehr eindeutige Stellungnahme des Gemeindebundes. Abschließend bedanke ich mich, dass wir gerade auch in den letzten Monaten bezüglich Bedarfszuweisungen, interkommunale Zusammenarbeit, Finanzierung von einzelnen Projekten, die für die Gemeinde wichtig sind, mit der Akademie Burgenland an der Spitze, die gegründet wurde, dass es über Parteigrenzen eine sehr gute Zusammenarbeit gegeben und einen breiten Konsens gegeben hat.

Ich glaube, gerade was die Gemeinden betrifft, sollten wir in dieser Dialogform weiterarbeiten, weil das die Grundlage ist, dass wir auch in Zukunft starke Gemeinden mit hoher Lebensqualität in einem lebenswerten Burgenland haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Landeshauptmann. Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf über die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 1497), mit dem der „Masterplan Radfahren, Burgenland radelt ...“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 21 - 1065) (Beilage 1508)

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Es folgt nun die Behandlung des 6. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 1497, mit dem der „Masterplan Radfahren, Burgenland radelt…“ zur Kenntnis genommen wird, Zahl 21 - 1065, Beilage 1508.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt. Ich bitte um Ihren Bericht.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Herzlichen Dank Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der „Masterplan Radfahren, Burgenland radelt ...“ zur Kenntnis genommen wird, in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen: Der „Masterplan Radfahren, Burgenland radelt …“ wird zur Kenntnis genommen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Es geht um den „Masterplan Radfahren, Burgenland radelt ...“ *(Abg. Wolfgang Spitzmüller hält den*

Bericht in Händen.) So schaut er aus, es steht sehr viel drinnen, was alles möglich ist, nur, ganz ehrlich gesagt, das ist uns zu wenig. Es ist eigentlich kaum Konkretes enthalten, das fehlt uns ganz massiv, das fehlt, muss ich auch sagen, weil wir leider, anderes als bei vielen anderen Punkten, hier auch nicht eingeladen wurden, daran teilzunehmen und unsere Expertise einzubringen. Ich glaube, es ist klar, dass bei den GRÜNEN das Radfahren sehr weit oben steht.

Ich bin selbst Alltags-Radfahrer. Deswegen tut es mir sehr leid, weil das natürlich ein sehr wichtiges Papier ist und eine wichtige Entscheidung wäre. Wie kann man im Burgenland das Fahrradfahren - man kann sich da ruhig die andere Seite von Österreich, nämlich Vorarlberg, als Vorbild nehmen - verbessern?

Ich gehe gleich ins Detail. Es sind ganz am Ende dann, wo es eigentlich darum geht, wann soll was passieren, das ist auf zwei Seiten dargelegt, da gibt es unter dem Punkt „Monitoring und Evaluierung“ insgesamt 17 Punkte, die mit Kriterien, Ausgangslage und Zielwert festgelegt sind. Dabei steht beim Zielwert genau bei fast der Hälfte - bei 8 Punkten - als Zielwert „Steigerung“.

In diesem Bereich will man also eine Steigerung erreichen. Nur, was heißt das? Welche Steigerung konkret, um wie viel, bis wann? Das steht hier nicht! Genauso ist es eigentlich bei den Zielen. Das sind alles nette Begriffe, die auch, wenn man in den Bericht hineinschaut, nicht sehr detailliert ausgeführt sind.

Ich möchte ein paar Beispiele nennen: Radbasisnetze, Qualitätsstandards, Verkehrsorganisation, Abstellanlagen, Trend zum E-Bike, Reiseketten. So sind etliche Punkte aufgelistet, die dann auch benannt beziehungsweise mit einem Zeithorizont, ähnlich wie wir das von der Gesamtverkehrsstrategie schon kennen, mit kurzfristig, mittelfristig und langfristig festgelegt sind. Bis auf einen einzigen Punkt sind alle mit kurzfristig festgelegt. Nur, was das konkret heißt, steht eigentlich nirgends. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe mir das am Beispiel „Trend zum E-Bike“ angeschaut. Das Wort „E-Bike“ kommt im Bericht, glaube ich, zwei-, drei-, viermal vor und sonst steht nichts. Entschuldige, da steht nur, dass es einen Trend zum E-Bike gibt und dass man das fördern will. Nur, wie genau, das steht hier nicht, tut mir leid.

Es steht konkret: Unterstützung von Initiativen zum gemeinschaftlichen Nutzen von Fahrzeugen und da ist eben das E-Bike angeführt. PKWs sind angeführt, Lastenräder und Radanhänger. Das ist eine gute Idee, aber wie und wann und konkret fehlt!

Ein weiterer Punkt, der interessant ist, den ich bei den Zielen und den Zielwerten finde, ist der Punkt „Umsetzung Radkampagne“.

Da steht nämlich beim Zielwert „erfolgte Umsetzung“. Das heißt, die Radkampagne ist offensichtlich schon umgesetzt worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt habe ich im Netz und auf burgenland.at unter „Fahrradkampagne Burgenland“ geschaut und habe aber nichts gefunden. Nicht eigentlich, außer es gibt ein Bild, wo die Landesrätin und der Landeshauptmann miteinander radeln. Das wurde damals auch in den Medien publiziert, aber das ist meinem Verständnis nach keine Fahrradkampagne. Eine Fahrradkampagne, glaube ich, hätten wir als eifrige Radfahrer und Radfahrerin doch mitbekommen und selbst, wenn das schon passiert wäre, dann sollte sich ein Masterplan eigentlich an die Zukunft richten und nicht an die Vergangenheit.

Das heißt, Sachen, die schon passiert sind, haben hier nur teilweise etwas verloren. Von mir aus eine fertiggestellte Fahrradanlage, eine relativ neue, kann man da hineinnehmen, das verstehe ich ja auch, wenn die fertiggestellt ist, dann brauche ich in Zukunft da auch wahrscheinlich nicht mehr viel machen, außer sie vielleicht erweitern, wenn sie sehr beliebt ist.

Eine Fahrradkampagne brauchen wir regelmäßig, da wird eine einmalige auf keinen Fall reichen, um die Vorteile des Fahrradfahrens den Leuten schmackhaft zu machen. Anhand dieser beiden Beispiele wollte ich eigentlich aufzählen, dass so der ganze Masterplan verfasst ist. Es ist alles Mögliche enthalten, von öffentlichen Fahrradpumpen bis hin zu Fahrradschlauchautomaten, aber das sind alles nur Möglichkeiten. Das kenne ich aus VCÖ-Broschüren auch, was alles möglich ist. Konkretes fehlt hier leider. Was bräuchte es eigentlich in Wirklichkeit? Es braucht konkret eine Fahrradbeauftragte oder einen Fahrradbeauftragten für das Land, der Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin für die Bezirke und für die Gemeinden ist und sich hier auch einsetzt.

Es braucht konkrete Vorgaben. Ich hätte mir vorgestellt, dass wir uns zum Ziel setzen, bis Jahresmitte nächstes Jahr 100 neue Fahrradabstellanlagen, die auch geeignet sind für das Fahrrad, aufzustellen. Wir haben sehr viele Abstellanlagen im Moment, egal ob private oder von Gemeinden zur Verfügung gestellte, das sind „Speichenkiller“. Das kennt jeder, einfach Metall- oder Betonständer, wo man das Fahrrad hineinstellt. Ganz schlecht für die Speichen. Heutzutage noch schlimmer, weil, wir wissen alle, die Fahrräder sind wesentlich hochwertiger wie früher. E-Bikes sind keine Ausnahmen mehr, die etliches Geld kosten. Da stelle ich mein Fahrrad nicht mehr hinein und noch dazu kann man es oft gar nicht absperren.

Bei meiner Bushaltestelle in Bad Tatzmannsdorf stehen mitunter zwei bis drei Räder, meistens meines. Die sind festgemacht an den Wegweisern, wo man wohin fahren kann. Ich mache meines an der Bushaltestellentafel an.

Es ist leider eigentlich nicht erlaubt. Die Bäume dort sind ein bisschen zu dick für die normalen Fahrradschlösser. Es gehören gescheite Fahrradabstellplätze hin. Das ist ganz wesentlich. Und konkret wann, wo, was fehlt.

Es braucht Lückenschlüsse von Radwegen. Auch hier, wir wissen, dass es konkrete Fahrradmöglichkeiten gibt im Burgenland, zum Beispiel zwischen Oberwart und Kemeten. Da gibt es ein Stück, wo man mit dem Fahrrad gut fahren kann, aber leider endet das irgendwo.

Und gerade zwischen Kemeten und Oberwart das wäre eigentlich eine Distanz die zum Einkaufen, zum Beispiel, möglich wäre zu fahren. Das gehört angeschaut und auch konkret in den Masterplan eingearbeitet, wann das auch in anderen Ortsteilen möglich wäre.

Es braucht eine konkrete Kampagne pro Rad im Alltag. Es braucht eine Umgestaltung, zum Beispiel der Tourismusradweg in Oberwart, der führt praktisch am Ortszentrum vorbei, was eigentlich touristisch schlecht gemacht ist. Weil wir haben in Oberwart eigentlich viele Sachen anzubieten, die gerade Touristen und Touristinnen interessieren würde. Hier könnte man eine Verbesserung erreichen. Auch das könnte man konkret hier hineinschreiben.

Grundsätzlich wären wir auch dafür, dass wenn Straßen saniert oder neu gebaut werden, man sich grundsätzlich anschaut, ob man nicht einen Begleitweg dazu machen kann. Das gehört automatisch. Das Einkaufen mit dem Fahrrad, was heute vor allem

ältere Leute machen, gehört maßgeblich unterstützt, propagiert. Gerade die kleinen Wege innerhalb von fünf Kilometern sind mit dem Fahrrad möglich.

Man könnte hier auch - so, wie es das in Wien bereits gibt - Lastenräder fördern. Es gibt ja heute nicht nur die Fahrradanhänger, die inzwischen wirklich eine sehr gute Qualität haben, sondern auch die Lastenräder die praktisch vor dem Lenker eine Box haben, in die man Gegenstände hineingeben kann, beziehungsweise dann fürs Einkaufen die Waren.

In der Verkehrsstrategie, in der Gesamtverkehrsstrategie, sind ja viele Punkte schon drinnen. Unter Fahrrad im Alltag zum Beispiel, da steht schon „Radwegbasisnetz Burgenland“, da steht schon drinnen „begleitende Radwegverkehrsinfrastruktur“, „kombinierter Radverkehr“, „öffentlichen Verkehr erleichtern“, die „Abstellanlagen“ sind drinnen. Es wird darauf hingewiesen, dass es notwendig wäre, betriebliches Mobilitätsmanagement zu schaffen.

Ich habe mir das in Vorarlberg bei Betrieben angeschaut. Da ist in der Lobby, wenn man in den Betrieb hineinkommt, ein Monitor und da sind die Abfahrtszeiten der Busse. Es gibt professionelle Fahrradabstellanlagen, es gibt E-Tankstellen, nicht für ihre Autos, also auch für Autos, aber auch für die Fahrräder.

Die Energie Burgenland hat leider im Burgenland genau das Gegenteil gemacht. Die haben vor kurzem die Ladestationen, die öffentlichen, auf Typ 2-Stecker für die Autos umgestellt. Damit sind aber leider die normalen Schukostecker, die ich zum Fahrradaufladen brauche, verschwunden. Es wäre eigentlich ein Klacks gewesen, dort liegt ja schon Strom und eine normale Schukosteckdose braucht nicht viel Strom, hier auch für das Aufladen von Fahrrädern eine Möglichkeit zu schaffen.

Also wie gesagt, die Gesamtverkehrsstrategie ist inzwischen jetzt fast fünf Jahre alt, nein, vier Jahre alt, da waren schon viele Sachen drinnen.

Ich hätte mir erwartet, dass das, was in der Gesamtverkehrsstrategie drinnen steht, jetzt ganz konkret hier im Masterplan heruntergebrochen wird auf ganz konkrete Maßnahmen, die möglich sind, wie man Fahrradfahren sowohl im touristischen Bereich, wo es eh schon ganz gut läuft, aber vor allem im Alltagsbereich fördern kann. Das wird leider nicht dazu reichen.

Es steht auch hinten nirgends drinnen, was jetzt dann in Zukunft passieren wird. Es sind eben nur diese einzelnen Punkte angeführt mit Steigerung und kurzfristig, aber ich fürchte, das wird nicht reichen. Deswegen möchte ich auch einen Abänderungsantrag einbringen. Wir werden dem Masterplan leider nicht zustimmen können.

Wir haben einen Abänderungsantrag eingebracht, nein, werde ich jetzt einbringen, wo es darum geht, genau diese fehlenden Punkte, diese konkreten fehlenden Punkte und einen gescheiten Zeithorizont einzuarbeiten, im Idealfall in Allparteiengesprächen.

Die Beschlussformel heißt daher: Die Landesregierung wird aufgefordert, den „Masterplan Radfahren“ in Allparteiengesprächen zu überarbeiten und mit konkreten Maßnahmen und Zeithorizonten im Sinne der Begründung zu vervollständigen.

Der Abänderungsantrag ist allen Parteien zugegangen. Ich ersuche daher auf das komplette Vorlesen verzichten zu dürfen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN – Der Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller übergibt den Antrag dem Präsidenten.)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Sie müssen, Herr Kollege, den gesamten Antrag vorlesen, damit auch entsprechend im … *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich kann nicht jeden Antrag vorlesen.)*

Es ist kein Antrag, es ist ein Bericht. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Gut, guter Hinweis, danke vielmals.)*

Herr Kollege Spitzmüller! Das heißt, wir verbleiben so, dass wir einen Antrag haben, dem man zustimmen kann. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ja, okay, das ist ein Bericht. – Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist ein Antrag.)*

Ein Bericht. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Okay, es ist ein Bericht. Das ist nämlich das eigentliche Problem, wenn ich noch zwei Sätze sagen darf.)*

Aber Sie können bei der nächsten Landtagssitzung einen Antrag einbringen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Ja, das werden wir machen. Das ist nämlich das eigentliche Problem, dass uns ein fixfertiger Bericht vorgelegt wird, den wir praktisch nur mehr beschließen dürfen.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Nein, zur Kenntnis nehmen oder nicht.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller *(fortsetzend)*: Zur Kenntnis nehmen, Entschuldigung. Den wir zur Kenntnis nehmen dürfen. Ein Rechnungshofbericht, Entschuldigung, ist etwas anderes.

Das ist ja, ein Masterplan ist etwas, wo sich das Land dazu verpflichtet, dass es etwas tut. Das kann man mit einem Rechnungshofbericht nicht vergleichen. Und das ist genau das Problem. Dieser Bericht wird uns vorgelegt und wir dürfen dann zustimmen, beziehungsweise ihn zur Kenntnis nehmen.

In Wirklichkeit sollte aber Wesentliches drinnen stehen, wie ich gesagt habe, konkrete Maßnahmen, damit im Land etwas passiert, damit mehr mit dem Fahrrad gefahren wird, damit es gescheite Abstellanlagen gibt und damit natürlich auch dem positiven Nebeneffekt „Gesundheit, Klimaschutz“ hier Rechnung getragen wird. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Mit diesem Bericht teilt uns die Regierung dem Landtag mit, wie in einem bestimmten Problem verfahren werden soll. Das kann man zur Kenntnis nehmen oder auch nicht. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Okay.)*

Wenn man dagegen etwas anderes möchte, Herr Abgeordneter, dann steht es Ihnen und jedem Mandatar auch frei, einen entsprechenden Antrag bei der nächsten Landtagssitzung oder rechtzeitig vor der nächsten Landtagssitzung einzubringen.

Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Das Burgenland ist als Radfahrland weithin bekannt. In den vergangenen Jahren wurde das Radwegenetz vorwiegend für Freizeit- und Tourismuszwecke ausgebaut.

Das Radfahren wird jetzt wiederentdeckt und wird modern, nicht nur für Freizeitzwecke, sondern auch als Fortbewegungsmittel für Besorgungen und als Verkehrsmittel auch zum Arbeitsplatz.

Das Potenzial für eine verstärkte Nutzung des Fahrrades im Alltagsverkehr ist also sehr groß. Dem Wunsch nach entsprechenden Angeboten wurde mit dem Masterplan „Burgenland radelt“ nachgekommen.

Mit dem Masterplan „Radverkehr“ aus dem Jahr 2008 wurde damals ja bereits ein erster Schritt gesetzt. Jetzt gilt es, die Bedürfnisse zu erkennen und das Angebot dementsprechend weiterzuentwickeln, wobei bestmögliche Synergien mit den vorhandenen Radstrecken gefunden werden sollen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bei der Landtagssitzung am 7. Dezember 2017 wurde die Landesregierung mit einem Beschluss aufgefordert, die in der Gesamtverkehrsstrategie Burgenland genannten Ziele weiterzuverfolgen und eben den „Masterplan Radfahren“ zu finalisieren und umzusetzen.

Nun liegt der Masterplan vor, in dem die Ziele, die damals diskutiert worden sind, eingearbeitet wurden. Diese vorrangigen Ziele sind folgende:

- Die Schaffung von direkten und attraktiven Radverbindungen zwischen Wohn- und Arbeitsort.
- Die Schaffung von Radwegen als Schnellverbindungen zwischen den einzelnen Gemeinden.
- Die Entwicklung alltagstauglicher Radgrundnetze an zentralen Orten des Burgenlandes.
- Sichere Abstellanlagen für Fahrräder bei Verkehrsknotenpunkten wie Bahn- und Bushaltestellen.
- Die Schließung von Lücken von bestehenden Radwegen.
- Eine Bewusstseinsbildung durch eine Fahrradkampagne und
- die Installierung einer Radverkehrskoordinationsstelle.

Neben diesen Zielen gibt es noch andere positive Nebenwirkungen, die da wären:

- Radfahren ist gesund,
- Radfahren hilft sparen an Zeit, wo man schneller bei kürzeren Strecken hinkommt, man spart auch Geld und Platz,
- Radfahren macht unabhängig und
- Radfahren ist umweltfreundlich.

Das Radfahren soll auch jeden Fall gesteigert werden. Der Masterplan Burgenland hat das Ziel, die Anzahl der Wege, die im Burgenland mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, bis ins Jahr 2030 zu verdoppeln.

Es geht jetzt darum, die Infrastruktur zu verbessern, damit die Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel in Kombination für einen Weg, für eine Strecke, auch funktioniert. Das wird die große Herausforderung sein, damit die Menschen auch tatsächlich auf das Fahrrad umsteigen.

Damit das gelingt, braucht es natürlich ein Zusammenspiel verschiedener Akteure, weil die Zuständigkeiten in unterschiedliche Gebietskörperschaften fallen. Auf lokaler Ebene sind die Gemeinden zuständig und gefordert, bei Landesstraßen das Land Burgenland, bei Abstellanlagen kommt noch zum Beispiel die ÖBB dazu oder auch Wohnbauträger.

Ich darf kurz jetzt zu dem Antrag kommen, den die GRÜNEN eingereicht haben, jetzt wieder zurückgezogen haben. Auf der Seite 58 finden wir die Umsetzungsstrategie.

Hier heißt es: Viele, in diesem Masterplan empfohlenen Maßnahmen können auch und sollen kurzfristig innerhalb von den nächsten drei Jahren umgesetzt werden. Aufwendige Maßnahmen bedürfen etwas längerer Umsetzungshorizonte, zum Beispiel fünf oder längerfristig zehn Jahre, andere Maßnahmen gilt es laufend umzusetzen.

Jetzt kommt eben der wesentliche Punkt, dass unterschiedliche Ebenen zuständig sind, vor allem auch die Gemeinden, wenn man die mit einbinden will. Ich glaube nicht, dass sich unbedingt die Gemeinden jetzt Zeitvorgaben geben lassen wollen oder zwingen, weil die Gemeinden schon noch selber beschließen wollen, was sie mit dem Geld machen.

Deswegen glaube ich nicht, dass man den Gemeinden, wenn man sie gewinnen will, etwas gemeinsam zu machen, unbedingt einen Termin vorgibt, wann sie etwas zum Umsetzen haben von der Landesseite.

Auf jeden Fall, ein wesentlicher und wichtiger Punkt wird laufend sein, dass es einen Maßnahmenpunkt gibt, also im Kindesalter den Grundstein für späteres Mobilitätsverhalten zu legen. Ich glaube, das wird in Zukunft sehr wichtig sein.

Durch ein Maßnahmenpaket sollen eben die Kinder im Burgenland schon ab dem Kindesalter mit dem Verkehrsmittel Fahrrad vertraut werden. Es soll ihnen Spaß machen und sie können früh eine unabhängige Mobilität erlangen.

Obendrein ist es gesund, schon wie erwähnt und die Kinder werden sensibilisiert für die Umwelt und auch den Klimaschutz. Gleichzeitig erlernen sie den sicheren Umgang mit dem Fahrrad im Straßenverkehr.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Masterplan „Burgenland radelt“ steht. Es wurde damit eine wichtige Grundlange einmal geschaffen, jetzt gilt es, sie schrittweise umzusetzen.

Wir nehmen den Masterplan gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Kollege Georg Rosner hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer nach Anzeichen einer wirklichen Verkehrswende sucht, findet sie beim Fahrrad. Heute ist dazu ein sehr guter Artikel im „Profil“. Ist lesenswert.

Aufbauend auf der im Jahr 2014 erstellten Gesamtverkehrsstrategie wird im „Masterplan Radfahren“ das Alltagsradfahren thematisiert. Ziel ist es, die Anzahl der Wege, die im Burgenland mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, bis 2030 zu verdoppeln.

Im Masterplan werden die erforderlichen Schritte und Rahmenbedingungen zur Erreichung dieser Ziele festgelegt. Dabei geht es darum, die Infrastruktur zu verbessern und damit die Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer zu erhöhen sowie das Bewusstsein für die Vorteile des Radfahrens zu stärken.

Das Ziel ist auch die Verknüpfung von Rad und öffentlichem Verkehr, Bewusstsein für die Vorteile des Radfahrens zu schaffen, Vorteile der Elektromobilität E-Bike und die Vorreiterrolle im Radtourismus zu behaupten und weiter auszubauen.

Einige Zahlen und Daten und Fakten: Wir Burgenländer nutzen das Fahrrad im Bundesvergleich in der Freizeit am wenigsten. 51 Prozent der Wege, die wir täglich

zurücklegen, sind weniger als fünf Kilometer. Bis zu zehn Fahrräder passen auf einen Autoabstellplatz.

Im Burgenland haben wir zirka 2.500 Kilometer Radtouren. In Österreich nutzen fast fünf Millionen Menschen das Fahrrad als Verkehrsmittel.

Mit 641 privaten PKWs pro 1.000 Einwohner haben wir im Burgenland zwar die meisten Autos pro Einwohner im Bundesvergleich, und mit 2,1 Fahrrädern pro Haushalt hinken wir im Bundesländervergleich bei den Fahrrädern hinterher.

Durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen, wie die Beschaffenheit und den weiteren Ausbau der Radwege, sowie die Kombination mit öffentlichen Verkehrsmitteln werden Anreize geschaffen, dass tatsächlich mehr mit dem Rad gefahren wird.

Eine wesentliche Ressource für den Ausbau der Radwege im Burgenland sind die Schienentrassen der ÖBB, die zahlreiche gradlinige und flache Verbindungen zwischen regionalen Zentren darstellen, da die Trassen bereits vorhanden sind, wäre eine Errichtung von Radwegen entlang der Schienen effizient und kostengünstig. Wir, die ÖVP, haben diesbezüglich schon einen Antrag eingebracht. Dort, wo es möglich ist, bestehende Trassen, Bodenverbrauch sparend, diese effizient zu nutzen, das wäre zum Beispiel entlang der Mattersburger Bahn, die von Wr. Neustadt nach Sopron führt, und quer durch den Bezirk Mattersburg, von Neudörfl bis Loipersbach, Schattendorf.

Die Verbindung von Radfahren im Alltag und öffentlicher Nahverkehr ist auch Teil des Masterplans. Wenn man Schienen begleitende Radwege ausbaut, kann man auch Teilstrecken mit dem Rad zurücklegen. Und dann, wenn man schon in der Nähe von Zustiegstellen entlang der Bahnstrecke ist, einfach mit dem öffentlichen Verkehrsmittel weiterfahren.

Natürlich von Vorteil wäre … *(Zwischenruf der Abg. Ingrid Salamon.)* wenn es eine Bahn gibt, die fährt. Das ist im Südburgenland ein bisschen schwierig, aber wir arbeiten daran.

Die burgenländischen Gemeinden sind immer bemüht, den Alltagsverkehr zu verbessern, den Alltagsradverkehr zu verbessern, und somit mehr Menschen zum Radfahren zu motivieren. Ich kann nur für meine Gemeinde sprechen. In Oberwart versuchen wir, den in Auftrag gegebenen Master Mobilitätscheck Radverkehr abzuarbeiten und die Situation auch für die Radfahrer in Oberwart stets zu verbessern.

Ja und ich selbst, und wie ich weiß, auch der Herr Bürgermeister von Eisenstadt, legen sehr viele Wege mit dem Fahrrad in der Stadt zurück. Ich bin heuer, dieses Jahr, zirka 1.600 Kilometer mit dem Rad in Oberwart unterwegs gewesen. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)* Danke.

Es ist ja auch wetterbedingt mit dem Fahrrad heute schön, zu fahren, denn es ist ja bis vor wenigen Tagen, ich meine, es geht jetzt auch noch, wenn man sich dementsprechend anzieht, ist es auch möglich. Ich glaube, dass man auch mit gutem Beispiel vorangehen sollte.

Wir werden diesem Mobilitätsplan Radfahren zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes hat sich Herr Abgeordneter Killian Brandstätter zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ): Geschätzter Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland ist ein Paradies für die Radfahrerinnen und Radfahrer. Egal, ob als Freizeitbeschäftigung, als Urlaubsprogramm oder als Bewegungsmittel zur Arbeit. Das Radfahren ist im Burgenland ein äußerst beliebtes Verkehrsmittel.

Ich denke, das kommt auch daher, dass wir in unserem Land ein gut ausgebautes Netz an Radwegen haben. Vom Jubiläumsweg R1, auf welchem sich das Burgenland durchgehend von Kittsee bis nach Kalch erkunden lässt. Über 2.500 Kilometer insgesamt an bestausgestatteten Fahrradwegen gibt es bei uns. Unglaublich, das ist zu vergleichen mit der Entfernung von Eisenstadt bis nach Madrid.

Von diesen vielen schönen Radwegen profitiert das Burgenland, nicht nur wirtschaftlich und touristisch, sondern auch für die Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind im Burgenland die mit Abstand häufigste Todesursache. Schon mit leichter regelmäßiger Bewegung, wie es die tägliche Fahrt mit dem Fahrrad in die Arbeit oder zum Bahnhof ist, kann das Risiko signifikant gesenkt werden.

Das ist nicht die einzige Erkrankung, wo eindeutig positive Wirkungen nachgewiesen wurden. Das ist nur einer von vielen Gründen, um sich für das Fahrrad zu entscheiden. Ein weiterer Grund ist die sportliche Betätigung. Das Biken ist nämlich eine meiner großen Leidenschaften im Sport. Ich liebe es, mit dem Fahrrad durch die wunderschöne Natur und Landschaft des Seewinkels zu fahren und die wunderschöne Aussicht zu genießen.

Ich nutze aber auch das Bike, um die Termine innerhalb der Gemeinde zu absolvieren, wie es die Kollegen Steiner und Rosner auch machen. Radfahren ist eben nicht nur ein beliebter Freizeitsport, sondern gerade, wenn das Rad benutzt wird, um in die Arbeit zu gelangen, trägt es maßgeblich zum Klimaschutz bei.

Es ist also nicht nur gut für die eigene Gesundheit, es hat auch finanzielle Vorteile. Man spart sich Geld für das Benzin und man trägt auch etwas zum Schutz der Umwelt bei. Denn besonders im Verkehrssektor gibt es noch viel Potential für die Einsparung von Treibhausgasen. Um die globale Klimaerwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu beschränken, muss in Europa der Verkehrssektor eine weitere Reduktion der Treibhausemmissionen schaffen.

Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Radfahren erzeugt keine Schadstoffe, kaum Lärm, benötigt weniger Parkflächen, wie wir gehört haben, und kann so einen wesentlichen Beitrag zu einem klimafreundlichen und zukunftsfitten Verkehrssystem leisten.

Deshalb arbeitet die Burgenländische Landesregierung intensiv daran, das Alltagsradfahren flächendeckend im ganzen Burgenland zu fördern.

Die Charakteristika und Bedürfnisse des Alltagsradverkehrs unterscheiden sich in vielen Belangen von jenen des Freizeitradverkehrs. In diesem Masterplan *(Der Abgeordnete Brandstätter zeigt den Masterplan.)* geht es hauptsächlich um die alltäglichen Wege, die Fahrt zur Arbeit, zur Schule, zum Einkauf oder zu einer Freizeitaktivität.

Hier ist die Fahrt der Weg zum Ziel, während bei Freizeitfahrten und im touristischen Radverkehr die Fahrt an sich das Ziel ist.

Mit dem Masterplan Radfahren Burgenland wurde eine wichtige Grundlage geschaffen, um das Burgenland fit für das Fahrrad auch bei den täglichen Wegen zu machen. Ziel ist es, die Anzahl der Wege, die im Burgenland mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, bis 2030 zu verdoppeln.

Und dazu braucht es eine Reihe von Maßnahmen. Es geht dabei darum, das Bewusstsein für die Vorteile des Radfahrens zu stärken, als auch natürlich, die Infrastruktur auszubauen.

Im Gegensatz zu den touristischen beziehungsweise Freizeitradwegen liegt der Fokus für das tägliche Radfahren darin, Alltagsradler wollen die schnellste Verbindung zwischen Start und Ziel. Und meistens liegen diese Ziele innerhalb des Ortsgebietes.

Dass das Burgenland mit seinem Masterplan auf dem richtigen Weg ist, zeigt auch die Auszeichnung, die es dafür erhalten hat. Der Verkehrsklub Österreich, kurz VCÖ, hat das Burgenland in diesem Jahr mit dem Mobilitätspreis dafür prämiert.

Dieses Projekt, der Masterplan Radfahren, nützt jedem einzelnen Burgenländer und jeder einzelnen Burgenländerin, weil Radfahren gesund ist, Zeit, Geld und Platz spart, und unabhängig macht. Es stärkt auch die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, weil Radfahrerinnen und Radfahrer nachgewiesenermaßen treue Kunden der lokalen Nahversorger sind.

Also Radfahren tut der Gesundheit gut, senkt langfristig sehr stark das Herz-Kreislauf-Risiko, leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und es macht Spaß.

In diesem Sinne, keine Gnade für die Wade! *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke. Von der Regierungsbank hat sich Herr Landeshauptmann Hans Nießl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ): Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Dieser Masterplan, der heute beschlossen werden soll, beruht darauf, dass wir im Jahr 2014 eine Gesamtverkehrsstrategie beschlossen haben und von dieser Gesamtverkehrsstrategie im Jahr 2014 natürlich wesentliche Teile umgesetzt sind beziehungsweise sich in der Umsetzung befinden.

Es geht im Wesentlichen um den Ausbau von Straße und Schiene, Attraktivierung, Modernisierung, Ausbau. Und es geht auch darum, in einer Gesamtverkehrsstrategie den Fahrradverkehr entsprechend attraktiv zu gestalten.

Ich glaube, das ist aus mehreren Gründen sehr wichtig. Es kommen immer mehr Urlaubsgäste auch in das Burgenland, um mit dem Rad die einzigartig schöne Landschaft des Burgenlandes zu genießen.

Eigentlich ist das ein wesentlicher Tourismusimpuls, wo auch die Gemeinden, wo natürlich auch das Land viel Geld investiert haben, um dieses Fahrradnetz in entsprechender Form auszubauen. Ich glaube, es kommt jetzt auch wieder der Zeitpunkt, wo man gerade im Tourismus darauf achten muss, sind unsere Fahrradwege alle in einem Top-Zustand, gilt es dort oder da, Reparaturen, Veränderungen durchzuführen?

Sind die Hinweisschilder alle in einem Zustand, dass sie eine tatsächliche Information für den Radfahrer sind und haben wir fahrradfreundliche Betriebe, die gerne auch für eine Nacht Gäste, die mit dem Rad unterwegs sind, aufnehmen? Welche Serviceleistungen sollten diese Betriebe tatsächlich anbieten und auch umsetzen?

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass natürlich auch für die Gesundheit jedes Einzelnen, für die Bevölkerung im Burgenland, das Radfahren eine tolle Freizeitgestaltung ist, die zur Gesundheit beiträgt.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass wir eine Initiative schon seit einigen Jahren unterstützen: Mit dem Rad zur Arbeit. Auch das wird von manchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Betrieben gut angenommen. Es wird auch teilweise von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angenommen.

Ich glaube, man muss darauf hinweisen, dass man nicht jede kleine Strecke mit dem Auto fahren muss, sondern dass man vielleicht ganz kurze Strecken gehen kann, dass man bisschen weitere Strecken auch mit dem Fahrrad unterwegs sein kann.

Das gilt natürlich auch für Schulkinder, die eine entsprechende Ausbildung, die Fahrradprüfung, das entsprechende Alter, natürlich haben müssen, um am Verkehr auch teilnehmen zu können.

Ich glaube, dass es auch sehr wichtig ist, und da hat ja Mattersburg auch eine Initiative gezeigt, nämlich den Fahrradweg durch die Stadt zu machen und dort eben auch ein Angebot den Fahrradfahrern zu geben. Es gibt einen besonderen Bereich für die Fahrradfahrer und man kann auch sicherer durch die Stadt radeln, zum Einkaufen radeln und verschiedene Wege, die eben gemacht werden müssen in der Stadt, auf entsprechend markierten, gestalteten Wegen auch durchführen.

Ich glaube, es ist auch wichtig, dass man in dem Bereich vielleicht auch die Gemeinden berät und sagt, wenn du deine Infrastruktur in der Gemeinde, in der Stadt ausbaust, dann gibt es auch Möglichkeiten, einen Fahrradweg zu errichten. Oder wieder im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit, dass sich drei, vier Gemeinden zusammenschließen, um ganz einfach ein attraktives Radwegenetz zu machen.

Es gibt im Burgenland einige wirklich sehr gute Beispiele von hervorragenden Radwegen. Ich möchte vielleicht gerade auch im Südburgenland die Initiativen der Radwege hervorheben, im Zusammenhang mit dem E-Bike.

Das erfreut sich auch immer größerer Beliebtheit. Ist man vor fünf, sechs, sieben Jahren noch ein bisschen belächelt worden, wenn man mit dem E-Bike gefahren ist, wo dann gesagt wurde, na ja, langsam wird er ein bisschen älter, also kauft er sich ein E-Bike und fährt mit dem E-Bike, ist es mittlerweile so, ich glaube, vom Handel habe ich eine Information, dass 60 Prozent der verkauften Fahrräder schon E-Bikes sind. Es wird also immer weniger bis gar nicht mehr gelächelt, wenn man ein E-Bike hat.

Diese Elektromobilität, die wirklich sehr professionell im südlichen Burgenland betrieben wird, es hat da jetzt auch beim burgenländischen Innovationspreis Auszeichnungen gegeben, bezüglich der E-Mobilität mit dem Fahrrad. Oder dass man so Art Handschuhe an, die blinken, also das Blinken ist auch eine sehr innovative Idee, also auch in dem Bereich gibt es bei uns viele innovative Betriebe, die sich darüber auch Gedanken machen.

Der Neusiedler See-Radweg, und das muss man auch sagen, ist einer der meist frequentierten Radwege Österreichs, und das verpflichtet natürlich, entsprechende Qualität zu liefern, denn die anderen Bundesländer haben auch viele Impulse im Bereich des Radverkehrs, Dienstleistungen, Serviceangebote, kurze Buchungszeiten für Nächtigungen. Die Radtour zum Beispiel von Passau bis ins Burgenland braucht man nicht vorbuchen, weil man jeden Tag entscheiden kann, wo man nächtigt, und auch die Tourismusinformationen agieren hier sehr flexibel. Bei Schlechtwetter gibt es sogar die Möglichkeit, dass man mit dem Bus abgeholt wird und die Räder verladen werden.

Ich glaube, man muss immer wieder schauen, was wir im Burgenland verbessern können, was wir einerseits für die einheimische Bevölkerung machen können, andererseits natürlich auch, was wir für unsere Urlaubsgäste machen können. Also sozusagen auch für die Wirtschaft und für jeden Einzelnen soll das ein Gewinn sein.

Was aus meiner Sicht auch wichtig ist und wo es gute Ansatzpunkte gibt, sind die Bike&Ride-Anlagen. Auch hier soll die Möglichkeit geschaffen werden, mit dem Fahrrad zum Bahnhof zu radeln, dort werden die Fahrräder versperrt, dort sind sie gesichert, mit dem Zug zur Arbeit zu fahren, mit dem Bus zur Arbeit zu fahren und anschließend eben, wenn man nach Hause kommt, wieder mit dem Rad nach Hause radeln zu können.

Wir unterstützen auch von Seiten des Landes Burgenland natürlich den Ausbau der Radwege, wir unterstützen die Bike&Ride-Anlagen und wir unterstützen eben möglichst attraktive Fahrradwege, weil das, wie gesagt, sehr wichtig ist.

Also insofern eine gute Grundlage. Ich glaube, dass man auch danach beurteilt wird, nicht nur, was man für eine Grundlage hat, sondern, was man davon umsetzt. Es geht ja nicht immer nur darum, Konzepte zu präsentieren und darüber zu reden, sondern zu sagen, was setzen wir um. Und da, glaube ich, sind sehr viele gefordert, auf dieser Grundlage die entsprechenden Gespräche zu führen, die entsprechenden Planungen zu machen und das auch in entsprechender Form umzusetzen.

Auch der Ansatzpunkt, von den Bezirksvororten Radwege in andere Gemeinden zu errichten, ist sicherlich auch ein vernünftiger und guter Weg. Und unser sehr gutes Radfahrnetz weiter auszubauen, attraktive Angebote für die Bevölkerung zu haben, glaube ich, ist der richtige Weg.

Wir müssen auch sagen, dass wir national und international betrachtet Luft nach oben haben. Also da gibt es Potential und natürlich reden alle vom Klimaschutz. Reden ist auch zu wenig, auch beim Klimaschutz muss man Maßnahmen setzen, wie man dem Klimaschutz aktiv begegnet.

Kann ich auch dazu sagen, unsere Windkraftanlagen sind auch ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz, Alternativenergie ist ein Beitrag zum Klimaschutz, Elektromobilität ist ein Beitrag zum Klimaschutz und das Radfahren ist ein Beitrag zum Klimaschutz.

Ich glaube, das ist auch sehr wichtig, weil eben auch die Zeit kommen wird, wo Klimaschutzsünder auch entsprechende Abgaben und Strafen zu bezahlen haben. Da ist es gut, wenn man sich rechtzeitig überlegt, welche Maßnahmen man setzt, um am Ende nicht die entsprechenden Strafen beim Verstoß gegen die Klimaschutzziele bezahlen zu müssen.

Also ein Danke an alle, die diesen Masterplan Radfahren für positiv halten, als gute Grundlage sehen und darauf achten, dass dieser Plan auch Schritt für Schritt umgesetzt wird. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Herzlichen Dank Herr Landeshauptmann für die Ausführungen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der „Masterplan Radfahren, Burgenland radelt …“ wird somit mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 1458) betreffend IT-Betreuung an Schulen (Zahl 21 - 1037) (Beilage 1509)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 7. Punkte der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsauschusses über den Bericht den Rechnungshofes, Beilage 1458, betreffend IT-Betreuung an Schulen, Zahl 21 - 1037, Beilage 1509.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Ewald Schnecker: Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend IT-Betreuung an Schulen in seiner 31. Sitzung am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Bei der Beratung waren auch anwesend zwei Bedienstete des Rechnungshofes, welche einen Überblick über den Inhalt des Berichtes gegeben haben.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend IT-Betreuung an Schulen wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Der Bundesrechnungshof hat sich in der Zeit von 2011/2012 bis 2015/2016 die IT-Ausstattung an Österreichs Schulen angeschaut und kommt dabei zu einer leichten Verbesserung, was die Ausstattung angeht.

Konkret geht es eher, wie der Name schon sagt, um die Hardware, also um Computer und das Verhältnis Computer-Schüler, also die Anzahl, da schneidet das Burgenland eigentlich gar nicht so schlecht ab. In den AHS ging zum Beispiel die Zahl an Schüler pro PC von 6,3 auf 5,4 zurück, an den technischen und gewerblichen Schulen sogar von drei auf 2,7. Also in den höheren Schulen ist die Zahl natürlich Gott sei Dank geringer. Einzig bei den Volksschulen sind wir ein bisschen hinten nach. Da ist das Burgenland bei 4,6 Kindern pro Gerät, in Tirol sind es genau vier Kinder.

Leider eine wesentliche Aussage, die der Rechnungshof nicht treffen konnte, ist, wie gut die Internetanbindung ist. Ich weiß, dass sich das wesentlich in den letzten Jahren gebessert hat.

Ich war ja vor meinem Job als Landtagsabgeordneter selber Internettrainer an Schulen, war viel an burgenländischen Schulen, wo wirklich vor vier, fünf Jahren noch das Problem war, dass man nicht einmal ein Video gescheit anschauen konnte, weil die Internetverbindung dermaßen schlecht war.

Das ist Gott sei Dank jetzt an viel weniger Schulen der Fall. Es gibt noch immer welche, aber das wird viel besser, auch durch den Glasfaserausbau, der in manchen Regionen des Burgenlandes jetzt voranschreitet.

Was leider auch fehlt, ist die inhaltliche Kompetenz, also die digitale Kompetenz der Schüler und Schülerinnen. Auch da konnte leider keine Aussage gemacht werden.

Vor allem weil, ich konnte den Grund nicht finden, 2013 gab es eine OECD-Vergleichsstudie, da hat Österreich aber leider nicht mitgemacht. Jetzt läuft gerade wieder eine, da sind wir zum Glück dabei. Aber Ergebnisse dazu wird es erst voraussichtlich Ende des nächsten Jahres geben, also es gibt leider auch keine Aussagen dazu.

Im Großen und Ganzen, glaube ich, bemühen sich die Schulen sehr gut, und auch die Lehrkräfte sind inzwischen auf einem besseren Level wie früher. Manchmal war es ja vor ein paar Jahren noch so, dass sich die Schülerinnen und Schüler besser ausgekannt haben wie so manche Lehrkräfte.

Auch hier hat sich der Rechnungshof angeschaut, wie viele Lehrkräfte betreuen an den Schulen die IT, wie viele sind damit beschäftigt, auch das hat sich zum Glück zum Besseren geändert, wenngleich die Hälfte aller PCs älter als vier Jahre sind, wie es in dem Bericht heißt.

Das ist natürlich auch ein bisschen ein Problem der heutigen Technologie-Weiterentwicklung, praktisch jedes Jahr geht das schneller. Da sind PCs schon alt, wenn sie nur zwei, drei Jahre alt sind. Das wird natürlich überhaupt schwierig werden in Zukunft, hier wirklich immer an den Schulen Schritt zu halten mit der technologischen Entwicklung, aber wie gesagt, wir sind hier nicht so schlecht unterwegs.

Verbesserungen gibt es allemal, dazu wird heute auch noch ein zweiter Punkt bei der Ausstattung mit Breitband und Glasfaser ein Bericht sein. Im Großen und Ganzen kann man hier zufrieden sein.

Wir danken dem Rechnungshof für den Bericht und werden diesen Bericht natürlich zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsident. Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat österreichweit die Betreuung der im Unterricht verwendeten IT-Ausstattungen an öffentlichen Schulen überprüft. Er hat einerseits die IT-Ausstattung selbst beurteilt und andererseits die digitale Kompetenz der Schüler.

Außerdem ist der Rechnungshof der Frage, einer nicht unwesentlichen Frage, nachgegangen, wie sehr pädagogische Kernaufgaben darunter leiden, dass sich Lehrer eben auch um die Betreuung der IT kümmern müssen. Festzuhalten ist, dass sich die Ergebnisse dieser Prüfung beim besten Willen nicht in einem einzigen Satz zusammenfassen oder auf einen einzigen Punkt bringen lassen, weil eben eine Überprüfung über alle neun Bundesländer stattgefunden hat und über alle auch nur denkbaren, öffentlichen Schulerhalter vom Bund bis hin zu den Gemeinden.

Dementsprechend logisch ist auch die erste zentrale Empfehlung des Rechnungshofes, die im dringenden Ruf nach Standardisierung besteht, nach zentralen IT-Standards für Schulen, nach zentralen Services, nach standardisierten Abläufen, nicht zuletzt zur Entlastung des Lehrpersonals.

Der zweite wichtige Bereich betrifft die digitalen Kompetenzen. Ausgangspunkt ist hier natürlich die Qualifizierung der Lehrer. Der Rechnungshof empfiehlt entsprechende Änderungen bei den Lehramtsstudien.

Hausaufgaben gibt es für den Bund und alle neun Bundesländer in diesem Bereich auch weiterhin noch und nöcher. Aus meiner Sicht sticht da jetzt kein Bundesland

besonders heraus, wenngleich Kollege Spitzmüller sicherlich Recht hat, dass wir im Burgenland nicht so schlecht dastehen. Jedenfalls haben alle Beteiligten mit dem vorliegenden Bericht einen dicken Aufgabenkatalog, den sie abarbeiten können.

Meine Damen und Herren, wenn wir schon beim Thema sind, vielleicht noch ein paar allgemeine Anmerkungen zum Thema Digitalisierung an Schulen und im Unterricht.

Der Herr Landeshauptmann hat erst gestern bei einer Veranstaltung im Eisenstädter Theresianum vollkommen richtig gesagt, die Digitalisierung findet genauso wie die Globalisierung statt, das können wir nicht ändern. Daher muss es darum gehen, dass wir lernen, mit diesen Entwicklungen richtig umzugehen, um unsere Kinder entsprechend darauf vorzubereiten.

Was den Bildungsbereich angeht, so habe ich ganz persönlich doch auch den Eindruck, dass wir Politiker ab und zu dazu neigen, uns die Dinge zu einfach zu machen. Die technische Entwicklung eröffnet sicherlich ganz unglaubliche Chancen im Bildungsbereich, wenn man sie sich vernünftig zunutze macht.

Wir sollten aber auch daran denken, was passiert, wenn wir die moderne Technik falsch einsetzen, wenn wir sie zu früh einsetzen, wenn wir sie zu oft einsetzen, wenn wir sie beliebig einsetzen, wenn wir sie nicht fachmännisch einsetzen. Man muss sich daher vor allem auch darüber bewusst sein, dass die Digitalisierung, das der Einsatz dieser neuen Techniken, sicherlich kein Allheilmittel ist.

Technische Fertigkeiten ersetzen sicherlich nicht die Grundkulturtechniken. Da gibt es teilweise schon Blüten, die das System treibt, die mir ein Dorn im Auge sind. Wenn Schüler heutzutage beispielsweise, ich mache es mit einem banalen Beispiel, einen Taschenrechner auf dem Tisch haben, bevor sie das Kopfrechnen beherrschen, dann verstehe ich das schlicht und einfach nicht.

Wenn ich aus Schulen höre, dass Deutschschularbeiten am Computer geschrieben werden, dann stelle ich das an sich schon in Frage, wenn ich aber dann auch noch höre, dass das Rechtschreibprogramm mitläuft, dann frage ich mich schon, was da dahinter steckt. Ähnlich ist es beim Erarbeiten von Referaten. Wo es oft nur mehr darum geht, aus dem Internet zu kopieren und in eine Bildschirmpräsentation einzufügen.

Ich habe alles auch im eigenen familiären Umkreis erlebt. Das alles bringt nicht nur nichts, es ist in einem manchmal sicherlich sehr hohen Ausmaß kontraproduktiv und schädlich. Das heißt, was wir brauchen, ist das Definieren von klaren Zielen. Was wir aber genauso brauchen, das ist das Definieren von Nichtzielen. Das heißt, wir müssen zwischen Maßnahmen unterscheiden, die sich gut anhören und etwas bringen und Maßnahmen, die sich nur gut anhören und nicht besonders viel bringen.

Ich bin in diesem Zusammenhang übrigens dem Herrn Landesrat Doskozil dankbar, bin ihm dankbar dafür, dass er das Ziel, das ein anderer hoher Repräsentant aus dem bildungspolitischen Burgenland geäußert hat, klar und deutlich zum Nichtziel erklärt hat, im Jahr 2025 ein schulbuchfreies Burgenland zu haben.

Das kann aus meiner Sicht kein Ziel sein, das ist eben bestenfalls eine Überschrift, die sich für den einen oder anderen im ersten Moment gut anhört, aber es ist nicht überlegt, es ist nicht abgewogen, es verändert die Vorteile, wie handfeste Bücher mit handfesten Seiten wie wir sie seit Gutenberg haben. Es blendet diese Vorteile aus und ebenso die Nachteile, die ja auch digitale Medien mit sich bringen können.

Also diese Art von digitaler Bildungspolitik, das ist etwas, das aus meiner Sicht abzulehnen ist. Man kann es so zusammenfassen, ein iPad alleine macht noch lange

keinen fertigen Schulabgänger. Vielen Dank. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung ist für viele ein Fluch und Segen zugleich. Aber Tatsache ist, dass wir mit diesem Fortschritt umgehen müssen, dass wir aber auch unsere nächsten Generationen mit der Digitalisierung vertraut machen müssen.

Es kann nicht sein, dass unsere Kinder und unsere Jugend zu Hause oder im Alltag mit den iPhone, iPads, Tablets und Laptops spielt und damit lernt und umgeht. Auf der anderen Seite aber in der klassischen Ausbildung nach wie vor noch nichts damit zu tun hat. Dementsprechend haben wir schon auch in der Vergangenheit immer wieder gefordert, dass man einerseits unseren Kindern beibringt, wie sie mit dem Internet, mit dem Gefahrenpotential umgehen sollen, und auf der anderen Seite, dass man sie langsam an diese Technik, an das Programmieren, an die Digitalisierung heranführt.

Dieser Rechnungshofbericht zeigt auf, dass gerade im Bildungsbereich die IT betreffend, noch einiges an Nachholbedarf besteht. Ich habe einige Kritikpunkte aus diesem Bericht herausgepickt. In diesem Bericht ist angeführt, dass beispielsweise eine Anlagenbuchhaltung für Berufsschulen geführt werden muss.

Das sind technische Dinge, die in der Verwaltung passieren müssen. Beispielsweise wird weiters auch das Burgenland als einziges Bundesland aufgefordert, eine verstärkte Zusammenarbeit in den Berufsschulen zu forcieren. Warum das im Burgenland nicht passiert, bleibt uns leider ein Rätsel.

Es wird von Seiten des Landes nicht argumentiert, dass es zu wenige qualifizierte Lehrkräfte im Burgenland gibt. Das ist ein bisschen widersprüchlich, denn das Land sagt, es gibt zu wenig ausgebildete Lehrkräfte, weil es ja doch die Aufgabe des Landes und des Landesschulrates ist, hier eine entsprechende Anzahl an Lehrkräften auszubilden. Also hoffe ich doch, dass die Kritik, die Ausrede beziehungsweise die Argumente des Landes, an sich selbst gerichtet sind.

Weiters wird darauf hingewiesen, dass der Fokus des Landes auf eine versteckte Förderung der pädagogisch didaktischen Kenntnisse der Lehrpersonen im digitalen Bereich zu legen ist. Ich glaube, dass das mittlerweile Stand der Dinge sein muss, um vor allem auch die Lehrenden und die Lernenden auf dieses Thema entsprechend vorzubereiten.

Die Fort- und Weiterbildung unserer Lehrer in der digitalen Kompetenz ist dringendst zu fokussieren. Ich glaube, hier sind wir uns alle einig. Unsere Kinder und unsere Jugendlichen sind geborene Tüftler und Forscher. Das ist uns allen bekannt. Wenn Kinder immer größer werden und interessiert an Dingen sind, so sind sie es auch an den Smartphones und iPads der Eltern.

Ich glaube, dieses Interesse an elektronischen Geräten zu wecken oder das zu verhindern, wird uns nicht gelingen, weil es daheim passiert. Dementsprechend muss man die pädagogische Ausbildung dahingehend ausrichten, um den Kindern den richtigen Umgang zu lernen. Wir müssen die Begeisterung entfachen, vor allem in den Mint-Fächern, also in technischen, naturwissenschaftlichen Bereichen, die Motivation und das

Interesse weiter vorantreiben, weil es aus unserer Sicht in Zukunft nicht mehr ohne IT gehen wird.

Jeder Job hat in irgendeiner Weise mit IT-Kompetenz zu tun. Je mehr unsere Kinder gebildet sind in den Spezialberufen, gleichzeitig aber auch die nötige IT-Bildung genießen, desto eher werden sie am Arbeitsmarkt bestehen können. Nicht nur die Einzelpersonen, die Kinder und Jugendlichen, sondern auch wir als Österreich werden das entsprechende Fachpersonal zur Verfügung haben, um auch den Ansprüchen des Marktes gerecht zu werden. Dann sollen natürlich unsere Kinder und Jugendlichen die nötigen Jobs finden.

Die pädagogischen Fachkräfte brauchen aber dafür die notwendige Ausbildung, um unsere Kinder auch entsprechend zu lehren. Für solche Qualifizierungen im Rahmen der Weiterbildung ist die Pädagogische Hochschule zuständig, ist der Landesschulrat zuständig. Hier muss aus unserer Sicht neben der Bewegung und der Naturwissenschaft, auch die Technik im täglichen Unterricht eine große Rolle spielen. Begonnen schon im Kindergarten.

Hierfür haben wir einige Beispiele. Zum Beispiel hat die Stadt Eisenstadt jetzt die Wissenschaftsecken installiert. Das sind gerade im Kindergartenbereich spielerische Möglichkeiten, um unsere Kinder darauf vorzubereiten und ihr Interesse zu wecken, die Begabungen zu wecken und auch das nötige Fachwissen herbeizuführen.

Wir wollen aber auch neben all diesen IT-Kompetenzen, dass die Grundfertigkeiten nach wie vor gelehrt und gelernt werden. Da geht es um das Schreiben, Rechnen, Lesen. Diese Dinge wird es immer brauchen, vor allem, was das Haptische betrifft. Das heißt, die Kinder sollen trotzdem lernen, einen Stift zu halten und zu schreiben ohne einen Laptop, ohne Rechtschreibprogramme, da gebe ich dem Kollegen Molnár vollkommen Recht.

Aber es braucht trotzdem auch Parallelen dazu, vor allem um der Realität gerecht zu werden für die notwendigen Ausbildungen in diesem Bereich. Deswegen wird es auch wichtig sein, dass man das Coding für Kids bereits im Vorschulalter installiert. Dass Kinder bereits auf die Digitalisierung vorbereitet werden. Das muss so selbstverständlich werden wie die tägliche Turnstunde, weil wir der Überzeugung sind, dass man damit die Neugier der Kinder für die Mint-Fächer gewährleistet und auch fördert.

Was unter dem Strich noch die große Voraussetzung sein muss in all diesen Bereichen, ist die flächendeckende Versorgung von Breitband in jedem Haushalt. Dafür stehen wir ein, da braucht es noch viele Maßnahmen, da braucht es noch entsprechende Maßnahmen des Landes, weil die Ideen dafür haben wir bereits.

Damit das alles funktioniert, und wir endlich von der Kreidezeit in die Zukunft kommen, unterstützen wir und nehmen diesen Bericht zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof überprüfte von November 2016 bis März 2017 österreichweit die Betreuung der im Unterricht verwendeten IT-Ausstattungen in öffentlichen Schulen. Die zentrale Frage dabei war natürlich, wie sehr die IT-Betreuung durch Lehrpersonen ihre Unterrichtsverpflichtung vermindert und dadurch ihre pädagogischen Aufgaben leiden.

Weiters beurteilte der Rechnungshof die IT-Ausstattung der Schulen und die digitale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler. Überprüft wurden die Schuljahre 2011/2012 bis 2015/2016. Die pädagogisch fachliche IT-Betreuung war von den Lehrpersonen wahrzunehmen. Für die technische IT-Betreuung, also hard- und softwaremäßige Betreuung, war der Schulerhalter zuständig, entweder durch eigenes Personal oder durch externe Unternehmen. Bundes- und Landeslehrpersonen gingen dabei völlig unterschiedlich vor.

Aufgabenbeschreibungen der Länder, wenn überhaupt vorhanden, enthielten zum Teil Tätigkeiten, die nicht als pädagogisch fachliche IT-Betreuung zu werten waren. Die beiden Bereiche, pädagogisch fachliche und technische IT-Betreuung, waren nicht ganz getrennt. Es fehlte auch eine klare Abgrenzung seitens des Bundes als Finanzierungsträger der Lehrpersonen, in welchem Ausmaß die technische IT-Betreuung durch Lehrpersonen zulässig war. Erst mit der IT-Betreuung-neu im Schuljahr 2014/2015 übernahm fachlich ausgebildetes Verwaltungspersonal mit 128 Planstellen die Hardware und die Systembetreuung.

Das war sicherlich ein wichtiger Schritt. Leider gibt es diesbezüglich noch keine Evaluierungsergebnisse. In der Stadt Wien funktionierte das System in den öffentlichen Pflichtschulen einigermaßen gut. In den Ländern mit einer Vielzahl von Schulerhaltern, war es wesentlich schwieriger, standardisierte IT-Betreuung und standardisierte IT-Infrastruktur sicherzustellen. Insbesondere mussten Lehrpersonen sehr oft Tätigkeiten übernehmen, für welche die Schulerhalter zuständig gewesen sind.

Dabei kam es natürlich auch zu Kostenverschiebungen von Gemeinden an den Bund. Lehrpersonal ist natürlich wesentlich teurer als sonstiges Verwaltungspersonal. Es gab die unterschiedlichsten Modelle. Obwohl in den Ländern, mit Ausnahme des Burgenlandes, ein höherer Standardisierungsgrad als im Bund vorherrschte.

2015/2016 war die österreichweite Situation so, dass es insgesamt 552 Lehrpersonen als Vollzeitäquivalente in öffentlichen Schulen in der IT-Betreuung gab. 221 an Bundesschulen, 294 an allgemein bildenden Pflichtschulen, 37 an berufsbildenden Pflichtschulen. Die Kennzahlen, auch das wurde bereits genannt, das heißt, Schüleranzahl je PC, war im Schuljahr 2015/2016 schwankend, zwischen 5,4 an allgemein bildenden höheren Schulen und 2,1 an kaufmännischen Schulen. Auch die allgemein bildenden Pflichtschulen mit Ausnahme der Volksschulen lagen auf dem Niveau der Bundesschulen. Eine gesamthafte Aussage zur Qualität war dem Rechnungshof leider nicht möglich, aufgrund der großen Unterschiedlichkeit.

Aber es gibt internationale Studien, die durchaus Österreich attestieren, einen guten Ausstattungsgrad vorzufinden im technischen Bereich. Aber auch das wurde bereits gesagt, die Hälfte der PCs weist ein Alter von vier Jahren auf. Schon am nächsten Tag nach Ankauf eines neuen PC ist faktisch schon gelegentlicher Neuerungsbedarf angesagt.

Es fehlte auch eine Digitalisierungsstrategie. Erst durch die IT-Betreuung-neu wurden insgesamt 1,79 Millionen Euro eingespart. Aber gleichzeitig waren 29 Planstellen erst gar nicht besetzt, sodass sich dieses Einsparungspotential noch leicht verändern kann. Der Rechnungshof berechnete für die allgemein bildenden Pflichtschulen ein Einsparungspotential durch Umschichtungen von in etwa sechs Millionen Euro, welche sich natürlich zu den Schulerhaltern verlagert, was die Gemeinden vielfach nicht mit großer Freude erwarten wird.

Die Software und Anwendungsentwicklung war das zweithöchste wachsende Berufsfeld innerhalb der Europäischen Union. Man geht heute davon aus, dass bis zum

Jahr 2020 ein EU-weiter Mangel von 756.000 Arbeitskräften im IT-Bereich zu erwarten sein wird. Ich glaube, das wäre ein großes und breites Feld, hier Beschäftigung zu schaffen, wenn man die entsprechenden Ausbildungen natürlich unmittelbar daran schließt.

Hier muss sehr rasch und sehr konsequent reagiert werden. Für Österreich zeigte sich das Ergebnis, dass 2015 erstmals gänzlich computerbasierte PISA-Tests, dass digitales Lesen leider noch im OSZE-Vergleich unterdurchschnittlich ausgeprägt war. Auch die Nutzung der eLearning-Angebote im Schuljahr 2015/2016 war marginal.

Das Ministerium hat es leider bis Ende 2016 auch nicht geschafft, digitale Kompetenz im Rahmen der Unterrichtsfächer zu positionieren. Einzig im Lehrplan Neue Mittelschule, die es ja künftighin nicht mehr geben wird, gibt es das Schlagwort „digitale Kompetenz“. Also nur sehr fragmentarisch hier vorhanden. Deswegen ist es, glaube ich, höchst an der Zeit, dass der Bund und die Länder in Abstimmung mit den Gemeinden ein IT-Modell für die Schulen mit Schwerpunkt auf die allgemein bildenden Pflichtschulen als Serviceleistung für die Schulerhalter entwickeln.

Hier müssen natürlich auch alle zentralen Standards enthalten sein. Die Fortbildung und Weiterbildung der Lehrpersonen mit digitaler Kompetenz ist weiter zu priorisieren, in einem permanenten Prozess eine entsprechende Gesamtstrategie ehestens zu erstellen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich denke, das Bildungswesen und der gesamte Bildungsbereich ist von dermaßen Bedeutung, dass wir hier uns weitere Versäumnisse auf allen Ebenen nicht leisten können. Es genügt nicht, in Sonntagsreden die Wichtigkeit der Bildung zu betonen.

Ich glaube, hier müssen elementare Bildungsbereiche künftighin klarer definiert werden. Nach meinem Dafürhalten wird im Bildungsbereich oft zu viel experimentiert. Die jeweiligen PISA-Studien haben auch Ergebnisse, die uns innerlich nicht sehr erfreuen.

Ich meine, weniger Experimente zu Lasten unserer Jugend und klare Bildungsziele mit höchster Qualität für unsere Jugend wäre ein Gebot der Stunde und ein klarer Weg für eine erfolgreiche Zukunft.

In diesem Sinne nehmen wir den vorliegenden Rechnungshofbericht sehr gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend IT-Betreuung an Schulen ist somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1487) betreffend lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlicher Gegenstand der Daseinsvorsorge (Zahl 21 - 1055) (Beilage 1510)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Es folgt die Behandlung des 8. Punktes der Tagesordnung. Dies ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung,

Beilage 1487, betreffend lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlicher Gegenstand der Daseinsvorsorge, Zahl 21 - 1055, Beilage 1510.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Wolfgang Sodl: Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlichen Gegenstand der Daseinsvorsorge in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlichen Gegenstand der Daseinsvorsorge die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich muss gestehen, der Sinn und Zweck dieses Antrages erschließt sich mir nicht ganz. Noch dazu, wo, wenn wir uns das genauer anschauen, das Burgenland eigentlich nicht besonders gut dasteht.

Wenn man sich die Zielsetzungen anschaut, auf der einen Seite auf EU-Ebene, auf der anderen Seite auf österreichischer Ebene, dann kommt man schnell in die Superlative. Die Digitale Agenda der EU formuliert, bis 2020 sollten alle Europäer über einen Internetzugang von mehr als 30 Mbit pro Sekunde verfügen und mindestens 50 Prozent der europäischen Haushalte Übertragungsraten von mehr 100 Mbit nutzen.

Der beschleunigte Breitbandausbau wurde als profanes Mittel zur Erreichung dieser Europa 2020-Ziele gesehen. Nun, 2020 ist nicht mehr weit entfernt und jeder, der selber im Burgenland einen Internetanschluss hat, weiß, wie weit wir von 100 Mbit meistens entfernt sind.

Auch die Bundesregierung - das war noch die vorherige - hat sich ambitionierte Ziele gesetzt, nämlich eine digitale Offensive im Rahmen ihres Arbeitsprogrammes 2013 bis 2018. So sollten in den Ballungsgebieten in Österreich 70 Prozent der Haushalte bis zum Jahr 2018 ultraschnelle Breitbandhochleistungszugänge auch mit bis zu 100 Mbit zur Verfügung stehen.

Bis 2020 sollten 75 Prozent der Bevölkerung ultraschnelles Internet nutzen können, bis 2020 auch Schulen und KMU über ultraschnelles Breitband verfügen. Vorreiter in der 5G-Technologie sollte Österreich werden, und bis 2025 sollten zehn Gigabit flächendeckend zur Verfügung stehen. Die Potentiale von Open Data sollten umfassend genützt werden - soweit die Ziele.

In der Praxis sieht das ein bisschen anders aus - leider. Wenn wir uns den Bericht des Telekom-Regulators RTR anschauen, so ist das Burgenland leider, was den Glasfaserausbau angeht, Schlusslicht. Man muss sich das einmal anschauen.

Alleine die Zahlen: Im EU-Schnitt haben 14 Prozent der Häuser bereits Glasfaseranschluss. In Österreich sind das gerade mal zwei Prozent.

Lettland wird da als Spitzenreiter mit 50 Prozent angegeben. Wenn man fairerweise auch dazu sagen muss, das ist wahrscheinlich auch dem geschuldet, dass es im Lettland nicht einmal gescheite Kupferkabelversorgung gab und die natürlich hier wesentlich mehr Gründe gehabt haben, hier gleich die Glasfaserleitungen reinzulegen.

Dennoch sind wir hier weit zurück, auch wenn ich weiß, dass doch einiges weitergeht. Güssing hat vor kurzem ein Glasfasernetz bekommen. Das Problem ist nur, es ist meistens in den Bezirksvororten, Hauptstädten, und die kleineren Orte sind hier wirklich nach wie vor sehr schlecht versorgt.

Ihr habt in Eurem Antrag den Rechnungshofbericht auch zu dem Thema erwähnt, wo drinnen steht, dass das Burgenland 90 Prozent Versorgung mit Breitbandinternet hat. Das klingt super. Nur in Wirklichkeit geht es da um 25 Mbit pro Sekunde, das ist schon einmal nicht schnell und das sind Daten, die man von den Firmen bekommen hat.

Jeder, der einen Internetanschluss hat und dann einmal einen „Speed-Test“ zu Hause macht, weiß, dass das, was die Firmen verkaufen und was man dann letztendlich wirklich daheim an Download- und Upload-Geschwindigkeit hat, meistens sehr stark auseinander geht.

Also die Hälfte von dem, was angegeben ist, ist dann oft Tatsache. Es gibt Bereiche, gerade im Südburgenland, da geht nur das normale Mail mit einem kleinen Anhang schnell hinaus. Also wir hinken da leider hinterher. Das ist deswegen auch besonders tragisch, weil das natürlich fortschritt- und wirtschaftsfeindlich ist und gerade jene Regionen wiederum benachteiligen, die eh schon benachteiligt sind.

Jetzt ist mir schon klar, dass wir ähnlich wie beim öffentlichen Verkehr uns schwer tun werden, in jedem Winkel wirklich Breitband und öffentlichen Verkehr hin zu bekommen, aber auf der anderen Seite muss uns auch klar sein, das ist die Zukunft.

Wir haben das im letzten Tagesordnungspunkt gesehen, dass das wirklich wesentlich ist. Noch dazu in einer Region wie dem Südburgenland, wo Pendeln und Auspendeln an der Tagesordnung ist, würde das Internet eine Möglichkeit bieten, zumindest tageweise von zu Hause aus zu arbeiten und nicht wegzufahren. Wenn ich keinen gescheiten Internet-Anschluss habe, wird das schwierig werden, hier wirklich leistungsfähig zu arbeiten und von zu Hause aus aktiv zu sein.

Also hier glaube ich, muss das Burgenland noch wesentlich mehr tun. Im Rechnungshofbericht steht auch drinnen, und ich glaube, im Bericht vom RTR-Teleregulator ist auch erwähnt, dass die Nachfrage von den Kommunen viel zu gering ist. Ich glaube, dass vielen Gemeinden das auch nicht ganz klar ist, wie wichtig die Versorgung mit schnellem Internet ist. Letztendlich werden wir überall Glasfaserkabel brauchen, auch wenn das teuer ist. Wie wichtig das für die Entwicklung der Gemeinden, der Bezirke, der Regionen ist, wir wollen dort Firmen haben. Firmen sind noch mehr wie Privathaushalte darauf angewiesen, eine gute Internet-Verbindung zu haben.

Auch im Privatbereich muss man sagen, unsere eigenen Kinder, fernsehen tun meine Töchter eigentlich nicht mehr, das rennt alles über YouTube, Netflix und Co. Wenn

meine Töchter beide Filme schauen, dann wird es für manche anderen Benutzer im Haushalt schon ein bisschen eng, obwohl wir eh noch eine relativ gute Versorgung haben.

Ich glaube, wir werden hier wesentlich mehr leider auch Geld in die Hand nehmen müssen. Natürlich ist es auch schwieriger bei uns gerade. Gerade das Teure sind die Grabearbeiten. Aber auch hier weist der Telekom-Regulator darauf hin, dass hier leider auch Versäumnisse gemacht wurden, was die Leerverrohrung angeht. Man hätte schon fünf Jahre früher daran denken müssen, dass wenn man Kanal oder ähnliche Sachen verlegt, dass man Leerverrohrungen zumindest mitlegt. Das hätte natürlich massiv Kosten eingespart. Das wurde leider verabsäumt.

Wir müssen wirklich hier Druck machen, dass das in Zukunft selbstverständlich ist, wenn wo unterirdisch gearbeitet wird, dass man das mitdenkt. Ähnlich wie bei der Elektromobilität, wo es eigentlich fahrlässig ist, wenn heute Wohnhausanlagen gebaut werden, wo die Garagen oder die Autoparkplätze nicht automatisch zumindest einmal mehr vor Ort sind, damit man dort zukünftig Elektroautos aufladen kann.

Hier könnten wir, wenn wir vorausdenken, viel Geld einsparen und die Mitverlegungspotentiale, wie es hier heißt, voll nutzen.

Der Antrag, muss ich ehrlich sagen, ist mir zu wenig. Das ist eine reine Willensbekundung. Das ist gut und schön, aber das ist zu wenig konkret.

Wir müssen gerade in den entfernten Regionen und in den kleinen Gemeinden schauen, dass wir dort auch schnelles Internet hinkriegen. Das ist zu wenig passiert, und da wird man wesentlich mehr machen müssen als hier in diesem Antrag vorgesehen ist. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Herr Kollege Spitzmüller! Manche laufen, dass sie halt laufen. Manche laufen vom Start weg zum Ziel, und wenn man keine Ziele hat, wird man auch nichts erreichen. Deswegen verstehe ich den Antrag und die Wichtigkeit des Antrages schon.

Sehr gut ausgebaute Infrastrukturen sind in sehr vielen Bereichen notwendig und wichtig und sind nicht mehr wegzudenken, wie zum Beispiel die Wasserversorgung oder auch eben die Gesundheitsversorgung.

Somit braucht es auch im Zeitalter der Digitalisierung einen schnellen Internetzugang. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für eine digitale Teilhabe am heutigen Leben.

Wir kommunizieren über das Internet, informieren uns durch das Internet, arbeiten mit dem Internet, Kinder lernen mit dem Internet. Somit gehört das Instrument gemessen an der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung mittlerweile eben zur Daseinsvorsorge. Wenn man das Internet als Daseinsvorsoge einstuft oder einstufen will, muss natürlich darauf geschaut werden, dass die Versorgung überall gleichermaßen gegeben ist, damit es eben keinen Klassenunterschied gibt.

Nur so kann es auch eine Chance für den ländlichen Raum sein, wenn man die Lücke zwischen Stadt und Land schließt. Hier gibt es natürlich noch eine Kluft.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Breitbandausbau ist unerlässlich für die zukünftige Entwicklung des Landes. Ich denke, darin besteht Einigkeit unter allen Parteien.

Auch im Regierungsübereinkommen zwischen SPÖ und FPÖ ist die Zielsetzung klar festgeschrieben: Durch die Breitbandoffensive sollen bis zum Jahr 2020 auf Basis des burgenländischen Breitbandpaktes alle Landesteile mit Breitband versorgt werden.

Wer ehrlich ist, weiß, dass in diesem Bereich sehr vieles in der Vergangenheit passiert ist und sehr vieles weiterhin in der Zukunft passieren wird. Bei diesem Thema müssen alle an einem Strang ziehen - Gemeinden, Land, Bund, auch die EU.

Es hilft hier nichts, wenn man sich gegenseitig nur etwas ausrichtet oder auszurichten hat, sondern jeder muss sich im Interesse der Bevölkerung beteiligen. Hier ist jede Ebene gefragt, natürlich auch finanziell gefragt.

Wenn man den Status Daseinsvorsorge erlangen will, haben der Bund, die Länder und auch die Gemeinden die Pflicht, die Kräfte zu bündeln und die nötigen Rahmenbedingungen und Strukturen zu schaffen. Das verlangt auch ein Zusammenwirken von den Betreibern und eben von der öffentlichen Hand und anderen Akteuren, die alle dazu gehören.

Das Land Burgenland steht dafür ein, diese Anstrengungen zu bündeln, um weiter in diesem Bereich voranzukommen. Natürlich ist es leichter, Forderungen und Wünsche in Worte zu fassen als in Zahlen, weil in Zahlen alles begrenzt ist, damit natürlich auch die finanziellen Mittel.

Aber diese Investitionen im Bereich des Breitbandausbaues werden äußerst wichtig sein, eben für die zukünftigen Generationen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Man muss aber schon auch erwähnen, dass hier beim Ausbau verschiedene Faktoren mitspielen, welche den raschen Ausbau betreffen beziehungsweise auch hindern. Es ist im Landessüden mit den vielen Ortsteilen und Streusiedlungen leider eben schwieriger, den Ausbau rascher voranzutreiben.

Viele Kilometer an Verlegungen kosten natürlich auch viel Geld, natürlich auch für die Gemeinden. Die Abnehmerdichte ist bei den kleinen Gemeinden oft nicht gegeben und somit kommt es dann natürlich auch auf den Betreiber an, Projekte umzusetzen. Und so brauchen manche Dinge eben länger Zeit.

Es kommen dann auch noch technische Details dazu: Was ist schnelles Internet? Was für den einen schnell ist, ist für den anderen langsam. Faktoren wie die Entfernung von Knotenpunkten in den Gemeinden, die Anzahl der Teilnehmer, auch im Haushalt, im Wohnblock, in der Straße, können das Internet verlangsamen.

Es war aber früher auch so, das Telefon ist nicht auf Knopfdruck in jedem Haushalt vorhanden gewesen, sondern hat eine enorme Entwicklung hinter sich gebracht. Ich denke, früher hat es im Dorf ein oder zwei Anschlüsse gegeben, dann Viertel-Anschlüsse, Halb-Anschlüsse, und so weiter.

Wenn es uns und auch der Opposition, wenn wir es uns noch so wünschen und alle mit einer noch so großen Anstrengung dafür eintreten, wird es noch einige Zeit dauern, bis wir eine flächendeckende Breitband-Infrastruktur mit ultraschnellem Internet haben. Es wird eben noch eine Weile dauern, wie es auch beim Telefon gedauert hat.

Wir müssen auch mit der Bevölkerung einen ehrlichen Umgang suchen, dass manche Dinge aus gewissen Gegebenheiten nicht so schnell gehen und umgesetzt werden können, wie wir sie gerne hätten und möchten.

Da kann auch die ÖVP im Südburgenland erzählen, was sie will, „die Landesregierung lässt mich im Stich“. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Ist ja so!)* Nein, ganz klar, es ist nicht so!

Hätte die ÖVP die Absolute, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Schau in Deutsch Schützen!)* hätte die ÖVP die absolute Mehrheit, ginge es mit Sicherheit trotzdem nicht schneller voran. Glauben Sie mir, der Bevölkerung ist die Wahrheit zumutbar.

Geschätzte Damen und Herren! Mit dem Antrag bringen wir ein klares Bekenntnis zum Ausdruck, lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlichen Gegenstand der Daseinsvorsorge zu sehen.

Ich darf Sie alle einladen, aufgrund der Wichtigkeit dem Antrag eben zuzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um ihren Redebeitrag

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren ein wichtiges Thema: die Versorgung mit Internet. Nur zu oft höre ich von jungen Menschen, von jungen Burgenländerinnen und Burgenländern, die am Beginn ihrer beruflichen Karriere stehen, dass sie im Burgenland keine Perspektive sehen. Sie finden keinen adäquaten Job im Burgenland.

Das finden sie, das finden wir, ich persönlich natürlich sehr schade, denn sie würden gerne hier bleiben, sie würden hier leben, eine Familie gründen, arbeiten, können das aber nicht.

Sie können das aus vielseitigen Gründen nicht. Egal, ob aus Gründen der Mobilität, die gesundheitliche Versorgung, Kinderbetreuung, die fehlenden beruflichen Perspektiven, kommen dann aber auch Gedanken zum Thema Versorgung mit Internet, denn es gibt gerade, was die Versorgung mit schnellem Internet im Burgenland beziehungsweise auch in Österreich anbelangt, große Mankos.

Angesichts flexibler Arbeitsplätze und immer mehr Smart Home-Lösungen ist der Bedarf an Hochleistungsinternet sehr hoch. Leider - und wir haben es heute schon mehrmals gehört - ist gerade im ländlichen Bereich die Situation so, dass wir beim Netzausbau benachteiligt sind, dass es hier vielerorts einen Mangel an Glasfaserverbindungen gibt und das natürlich auch der Grund dafür ist, dass es einen Mangel an Arbeitsplätzen gibt und es einen Wegzug von jungen Menschen gibt.

Meine geschätzten Damen und Herren! Gerade im Hinblick auf die Abwanderung junger Menschen im Burgenland müssen Maßnahmen gesetzt werden. Wenn Sie, Herr Kollege Wiesler, meinen, die Situation im Burgenland ist ja nicht so schlimm, was den Glasfaserausbau beziehungsweise die Verbindung mit Hochleistungsinternet anbelangt, dann darf ich Ihnen ein paar Tatsachen präsentieren.

Denn Tatsache ist, dass der hochwertige Glasfaseranschluss bis zum Konsumenten, sogenannte „Fibre-To-The-Home“-Lösungen, in Österreich Mangelware sind; im europäischen Vergleich landet Österreich hier auf den letzten Platz.

Es sind 1,1 Prozent Versorgungsgrad in Österreich; Serbien ist hinter uns mit 1,4 Prozent als Vorletzter. Im Vergleich dazu - Kollege Spitzmüller hat es vorher erwähnt - Lettland als Spitzenreiter in der Europäischen Union mit 50,6 Prozent, der EU-Durchschnitt bei 13,9 Prozent. Weltweit führend sind hier die Vereinigten Arabischen Emirate mit 94,3 Prozent Versorgungsgrad, gefolgt von Katar mit 90,4 Prozent.

Meine geschätzten Damen und Herren! Diese Zahlen belegen, dass es hier fünf nach zwölf ist und wir hier etwas tun müssen, den Glasfaserausbau voranzutreiben, denn Fakt ist, dass die Zugriffsraten aus dem Internet immer höher werden.

Fakt ist auch, dass die Menge der Daten, die im Netz bewegt werden, immer größer werden, wenn wir jetzt von 30, 40, 50, 100 Mbit reden, so werden wir in einigen Jahren von Gigabyte-Mengen reden, die durch das Internet geschossen werden. Diese Entwicklung wird das Telefonnetz, das bewährt war und ist, nicht bewältigen können, denn Fakt ist, dass dieses Telefonnetz nicht für Breitband gemacht wurde.

Breitband ist abhängig von der Distanz zum Knotenpunkt. Je weiter man weg ist vom Knotenpunkt, umso schlechter die Leistung, genauso auch bei den Nutzern. Je mehr Nutzer an einem Knoten hängen, desto langsamer wird das Internet am Ende des Tages.

Eine ähnliche Problematik haben wir im Bereich der Datenübertragung im Mobilfunknetz. Auch hier ist die Entfernung zum Knotenpunkt ein Faktor, warum die Leistung abnimmt. Je weiter man vom Knotenpunkt weg ist, der Effekt ist am Ende des Tages eine geteilte Leistung.

In den letzten Wochen und Monaten war sehr oft die Rede von 5G-Strategien. Vergessen darf man am Ende des Tages in dieser Debatte nicht, dass es auch für 5G die Basisstation brauchen wird, die mit einem Glasfasernetz angebunden sein wird. Allein aus dem Grund braucht es ein sehr enges Netz an Glasfaser.

Im Umkehrschluss heißt das also, und das sagen auch Experten, Glasfaser ist das Ende der Fahnenstange, es gibt in absehbarer Zukunft nichts Schnelleres und Besseres. Insofern glaube ich, dass es notwendig ist, in den Glasfaserausbau zu investieren. Ein wirtschaftlicher, ein gesellschaftlicher Faktor, eine Chance, wenn man hier auch investiert.

Die digitale Spaltung des Landes in gut angebundene, urbane Gegenden und schlecht ausgerichtete ländliche Räume muss verhindert werden. Eine flächendeckende Versorgung mit Hochleistungsinternet ist für mich im Jahr 2018 eine Frage der Gerechtigkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Es kann nicht sein, so wie der Herr Kollege Spitzmüller vorher erwähnt hat, dass man im Südburgenland ein E-Mail mit einem kleinen Anhang verschicken kann. Es kann nicht sein, uns wurde dieser Fall geschildert im Südburgenland, dass Schülerinnen und Schüler ihre Vorwissenschaftliche Arbeit nicht von zu Hause aus abgeben können, weil das Internet so schlecht ist.

Ich glaube, dass genauso, wie vor Jahrzehnten die Diskussion beziehungsweise Debatte darüber geführt worden ist, dass Strom, Wasser, Kanal und das Straßennetz vorhanden ist, wir heute die Diskussion führen müssen, dass auch eine Glasfaser in jedem Haushalt gewährleistet wird.

Wir wissen, es gibt Regionen, wo der freie Markt keine Glasfaseranschlüsse bis zu den Haushalten bereitstellt. Genau dort muss die öffentliche Hand aus unserer Sicht für die Errichtung der Infrastruktur sorgen. Nur so wird ein leistungsfähiges Internet auch in die kleinste Gemeinde, wie beispielsweise dem Südburgenland, fließen.

Man muss hier tätig werden. Rot-Blau versucht hier wohl, diese Probleme an die Bundesregierung abzuschieben. Das ist der falsche Weg.

Deswegen werden wir heute einen Abänderungsantrag einbringen, mit einem konkreten Punkt. Ergänzend zum Antrag, den Rot-Blau eingebracht hat, nämlich die Gründung einer Landesgesellschaft zum Ausbau der Glasfaserinfrastruktur. *(Abg. Manfred Kölly: Wieder eine Gesellschaft.)*

Diese Gesellschaft, meine geschätzten Damen und Herren, ist, glaube ich, notwendig, muss mit finanziellen Mitteln auch ausgestattet werden.

In Niederösterreich, in der Steiermark gibt es bereits solche Modelle. Dort sieht man es als staatliche Pflicht, hier für moderne Infrastruktur zu sorgen. Ich glaube, dass wir hier auch nachziehen müssen, denn schnelles Internet ist nicht nur wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit, sondern ist Basis für Innovation und für leistungsfähige Unternehmen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir als Volkspartei Burgenland haben vor wenigen Wochen einen Plan für das Burgenland präsentiert.

Als Schrittmacher haben wir insgesamt sieben mal sieben Ideen vorgelegt, wie wir das Burgenland wieder an die Spitze bringen wollen. Auch das Thema Versorgung mit Hochleistungsinternet hat dort eine große Rolle gespielt.

Derzeit bleiben aus unserer Sicht viele Potentiale ungenutzt. Andere Bundesländer galoppieren uns davon. Das wollen wir nicht. Deswegen appelliere ich an Sie, unserem Angebot zu folgen und unseren Abänderungsantrag zu unterstützen, den ich jetzt zur Verlesung bringen darf:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge hinsichtlich Breitband-Infrastruktur die folgenden Forderungen für das Burgenland umsetzen und zur Erreichung dieser Ziele ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen:

- Breitband-Infrastruktur muss als unerlässlicher Gegenstand der Daseinsvorsorge gelten.
- Breitbandanbindungen müssen für alle Bürger zugänglich und leistbar sein.
- Es darf keine Benachteiligungen des ländlichen gegenüber dem urbanen Raum geben.
- Es ist sicherzustellen, dass für jeden Haushalt bis 2020 ein zeitgemäßer beziehungsweise leistungsadäquater Breitbandanschluss möglich ist.
- Seitens der Betreiber bedarf es einer Einmeldepflicht zum aktuellen Ausbaustatus, um eine aktuelle und fundierte Informationsgrundlage abzubilden.
- Die Gestaltung der Förderpolitik muss zukunftsorientiert und unter Berücksichtigung bestehender (Infra-)strukturen erfolgen.
- Es ist sicherzustellen, dass von einer Förderstelle genehmigte Ausbauprojekte rascher umgesetzt werden.

Außerdem wird die Burgenländische Landesregierung aufgefordert, nach dem Vorbild Niederösterreichs eine eigene Landesgesellschaft zum Ausbau der

Glasfaserinfrastruktur gerade in ländlichen Regionen im Burgenland zu gründen und mit entsprechenden finanziellen Basismitteln auszustatten. Danke. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Manfred Kölly: Mit drei Geschäftsführern wahrscheinlich. – Abg. Patrik Fazekas, BA übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße auch recht herzlich den Bürgermeister aus Litzelsdorf, Dipl.Ing Fassl, und ich hoffe auch, dass uns viele Zuhörer und Zuseher via Internet verfolgen können.

Ein Thema natürlich, das wir sehr oft - auch hier schon im Haus - besprochen haben, heute zum Thema gemacht unter dem Titel „Lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlicher Gegenstand der Daseinsvorsorge“. Ich hoffe, ich finde auch einige Antworten auf den Kollegen Spitzmüller sowie auf den Kollegen Fazekas.

Telekommunikation, Internet, Datenübertragung, Breitband - ein Thema, das uns alle betrifft, Verantwortliche in der Politik, aber vor allem unsere Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben heute schon gesprochen, 100 Jahre Republik, die Entwicklung unseres Landes. Eine hervorragende Entwicklung, was sich in den letzten 100 Jahren alles getan hat. Im Bereich, vor allem in der Infrastruktur, ob das die Wasserversorgung, die Abwasserversorgung, Kanal-, Straßenbau, im öffentlichen Verkehr, in der Elektrifizierung, aber auch in der Telekommunikation.

Wenn man sich vorstellt, dass in den 70er Jahren das Festnetz ausgebaut wurde und Beginn 80er, der Ausbau 90er im Bereich der Mobiltelefonie und in weiterer Folge dann der Beginn des Internets.

Viele von den Kolleginnen und Kollegen werden sich vielleicht noch erinnern, wie wir auf der analogen Leitung mit einem 56K-Modem gearbeitet haben und dann zu Beginn der 90er Jahren der Fortschritt des ISDN-Anschlusses, das „Intergrated Services Digital Networks“ entstanden ist, das eigentlich der Beginn des Breitbandes war.

Wenn man Breitband sagt, so muss man es auch, glaube ich, in jener Form sagen, dass hier mehrere Faktoren zusammenspielen. Was verstehen wir eigentlich unter Breitband? Natürlich auf der einen Seite ADSL, aber auch natürlich Funk und der Mobilfunk.

Dass es hier eine rasante Entwicklung gibt, das hat Kollege Fazekas gesagt, und darum habe ich auch diese Historie der Telekommunikation aufgezählt.

Dass es hier tagtäglich im Bereich der Telekommunikation des Breitbandes hier eine rasante Entwicklung gibt, sprich, dass es immer mehr Datenmengen, aber vor allem, dass wir hier eine immer schnellere Qualität, eine bessere Qualität, eine schnellere Qualität der Datenübertragung brauchen.

In jener Form gebe ich Ihnen auch Recht. Die Basis ist trotzdem der Lichtwellenleiter. Hier haben wir sicherlich auch in den Kommunen verabsäumt, in den letzten Jahren vielleicht auch Jahrzehnten schon, mit Beginn des Lichtwellenleiters in den

späten 90er Jahren, dass wir hier bei jeder Infrastrukturmaßnahme die wir in unseren Gemeinden gesetzt haben, ob das im Ausbau der Elektrifizierung, ob das im Bereich des Kanals oder der Wasserleitung war, dass wir hier diese Möglichkeiten einer Leerverrohrung beziehungsweise hier den Lichtwellenleiter auch in dieser Form in die Erde zu bringen, verabsäumt haben.

Es ist mir in unserer Gemeinde gelungen, trotz einer der größten Streusiedlungsgemeinden, diesen Lichtwellenleiter eben auf der Basis, immer wenn Infrastrukturmaßnahmen gesetzt wurden, bauliche Maßnahmen gesetzt wurden, dass wir hier diese Leerverrohrung mitgelegt haben.

Und so ist es uns gelungen in unserer Gemeinde in Olbendorf vor drei Jahren eben dieses Breitband in dieser Form zu installieren.

Aber ich sage wirklich unter Anführungszeichen "Breitband" zu installieren. Und ich glaube wir dürfen hier auch nicht müde werden, weil tagtäglich wir hier arbeiten müssen, diese Infrastruktur, diesen Lichtwellenleiter so weit wie möglich natürlich zu den Konsumenten, zu den Häusern, zu bringen.

Ich möchte aber, eines möchte ich auf alle Fälle schon dazu sagen. In den 80er-, 90er-Jahren wurde der Vollausbau des Telefons abgeschlossen, unabhängig davon ob es im städtischen Bereich war oder im ländlichen Bereich. Hier hatten die Post und die Telegraphie einen Versorgungsauftrag, unabhängig, was die Kosten waren.

Für jeden Anschluss wurden die gleichen Kosten bezahlt. Unabhängig ob es in einem Siedlungsbau war mit hunderten Wohnungen, oder ob es im ländlichen Raum war. Und ich vergleiche es heute noch.

Wenn Sie einen Brief aufgeben und Sie schicken den Brief in die Stadt oder Sie schicken den Brief in ein Bergbauerndorf in Tirol, er kostet immer das Gleiche, unabhängig, was die Post für einen Aufwand dafür betreiben muss.

Und natürlich, eines muss man schon sagen grundsätzlich, warum ist es gekommen? Man hat dort jene Betreiber die einen Auftrag, einen Versorgungsauftrag hatten, die hat man privatisiert.

Und dadurch ist es ganz klar, dass es heute mehr Betreiber im urbanen Bereich gibt, sage ich jetzt einmal, dort hat man die Möglichkeiten über zwei, drei, vier Betreiber einen guten Empfang zu haben.

Aber natürlich, wenn wir heute sprechen, die Problematik die wir haben in unseren kleinen Dörfern hier einen Vollausbau des Betreibers zu machen, dann ist das für den unmöglich hier wirtschaftlich zu bilanzieren.

Ich möchte grundsätzlich dazu sagen, dass das leistungsfähige Internet einer der wichtigsten Faktoren zur Stärkung unseres ländlichen Raumes ist. Das Burgenland nutzt mehrere Förderschienen um den Ausbau der Breitbandinfrastruktur auch voranzutreiben und ist - und da möchte ich gerne widersprechen - gut unterwegs im Vergleich, im Österreichvergleich.

Der Breitbandausbau muss aber von der Bundesregierung auch hier finanziell und rechtlich noch einen viel höheren Stellenwert bekommen und in Zukunft als Element der Daseinsvorsorge auch verstanden werden. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wir wissen, für den Breitbandausbau im Burgenland werden sowohl Mittel aus der Breitbandoffensive des Bundes, aus dem ELER-Programm, als auch aus dem

Burgenländischen Breitbandpakt herangezogen. Es war im Prinzip und es ist im Prinzip ein erfolgreiches Gesamtpaket.

Wenn man sich vorstellt, dass wir noch vor vier Jahren bei der Versorgung von Internet im Bundesländervergleich hier zurückgelegen sind, so müssen wir sagen, dass wir im Bundesländervergleich nach Wien und Salzburg hier an dritter Stelle und somit auch noch im Spitzenfeld liegen.

Ich möchte aber nicht beschönigen, dass wir natürlich aufgrund der kleinen Gemeinden und hier vor allem im Südburgenland noch sehr viele weiße Flecken haben.

Das Burgenland hat erstmalig als erstes Bundesland 2014 hier auch einen Breitbandpakt mit einem Fördervolumen von insgesamt 31 Millionen Euro abgeschlossen. Damit wurden auch 23.000 Haushalte hier versorgt.

Ich bin trotzdem stolz, dass wir im Burgenland beim Internetausbau hier an dritter Stelle im Spitzenfeld liegen und wissen natürlich, dass wir hier österreichweit uns matchen müssen und dass wir hier viel Kraftanstrengung brauchen, damit wir hier auch zukünftig im Spitzenfeld mitmischen können.

Ich möchte auch - und Sie wissen vielleicht, es gibt einen aktuellen Rechnungshofbericht - zur Breitbandmilliarde, die zeigt einerseits, dass die Förderabwicklung, die hier gegeben ist von Seiten des Bundes, sehr schleppend vorangeht und andererseits auch klar die Benachteiligung des ländlichen Raumes gegenüber dem urbanen Raum aufzeigt. Die Gründe dafür habe ich ja auch sehr deutlich angesprochen.

Der Bund ist hier natürlich auch gefordert und trägt Verantwortung, dass hier die Breitbandinfrastruktur in öffentliche Hand gehört und hier auch vor allem im ländlichen Raum auch zukünftig ausgebaut wird. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Steier.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Danke vielmals. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dort anschließen wo eigentlich mein Vorredner alles schon vermittelt hat, nachdem er Kenntnisse des gesamten Mobilfunks schon in frühen Jahren erworben hat, hat er das auch in praktischer Weise umgesetzt in seiner Heimatgemeinde, der er als Bürgermeister vorsteht und dazu möchte ich ihm auch gratulieren.

Im Speziellen dort, wo er zukunftsweisend ein Prinzip angewandt hat, dass jedem Verantwortlichen in Gemeinden nur zu empfehlen ist. Zu empfehlen wäre auch überregional im Landessinne, dass nämlich über Kollektoren, sprich über Freileitungen, über ein Rohrsystem die Möglichkeit geschaffen wird dort nachzubessern, dann nachzubessern, wenn es notwendig ist.

Und man würde sich als Gemeinde als Einbautenträger und vieles andere, sehr viel Geld ersparen, wenn dieses Prinzip durchgängig genutzt würde. Das ist eigentlich ein Problem das Vielerorts verkannt wird.

Und erst anschließend, wenn dann ein Einbautenträger kommt und sagt, er müsste jetzt eine Straße, einen Gehsteig aufreißen, beginnt das große Jammern weil man wieder vor der Verantwortung steht hier entsprechendes Geld in die Hand nehmen zu müssen.

Viele Gemeinden sind dazu übergegangen, dass sie jetzt mit Pflasterungen auf Gehsteigen hier eine gewisse Vordienstleistung erbringen, weil das quasi zum Tauschen dann viel einfacher ist und nicht immer die Asphaltierung notwendig wird.

Aber das Prinzip des Kollektors, einer Freileitung, ist eigentlich das Beste was jedem passieren sollte und wo auch jeder Anspruch haben sollte, dass es umgesetzt wird.

Die Situation in der Entwicklung auf alles was Internet anlangt ist auch kurz gekennzeichnet worden. Wir haben innerhalb der letzten Jahre eine rigorose Entwicklung gehabt auch von den Fähigkeiten, von den Kapazitäten und von der Qualität dessen was Internet, Breitband und auch andere Versorgungseinheiten anlangt.

Daraus abgeleitet muss aber eines festgehalten werden und ich glaube das sollte durchgehend von jedem auch anerkannt werden. Wenn wir von Daseinsvorsorge reden, ist das Internet neben den bisher gegebenen und unumstritten konzipierten Vorsorgegütern wie zum Beispiel Wasser, Strom und anderem, ist das Internet eine der zukunftsträchtigsten Aufgabenstellungen die es überhaupt zu bewältigen gilt.

Und wenn wir von Konkurrenz unter den Bundesländern in steuertechnischer Hinsicht heute schon kurz gesprochen haben, dann finde ich die Auseinandersetzung um die vollkommene Installation von Internetbreitband die wichtigste Voraussetzung im Sinne der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Bundesländern beziehungsweise von ansiedlungswilligen Regionen.

Es wird eigentlich bei jeder Gelegenheit, unter anderem gestern beim sogenannten Wirtschaftsparlament in Eisenstadt, festgehalten, dass das Breitband eine der größten Herausforderungen, auch im Sinne der Wünsche von ansiedlungswilligen Betrieben beziehungsweise von verankerten Betrieben, ist.

Wir müssen uns nur auf der anderen Seite auch die Komposition ins Gedächtnis rufen, dass vieles was zum Beispiel das Gesundheitswesen betrifft, auf Zukunft gestaltet, über das Internet auch stattfinden wird. Dass die Grundversorgung der Haushalte auch im Sinne von gegebener Standortmobilität unabdingbar mit Internet im Zusammenhang steht.

Und ich möchte mich hier nicht ausbreiten über das was eigentlich die Zukunftsträchtigkeit des Breitbandes ausmacht, sondern eines ins Treffen führen, wo es darum geht, dass gewisse Möglichkeiten genutzt werden, die wir zum Beispiel im Burgenland vollständig zur Verfügung haben.

Ich gehe davon aus, dass über die Energieversorgerleister sprich BEGAS und BEWAG vieles möglich gewesen wäre in der Nutzung. Wolfgang Sodl, mein Kollege, hat davon gesprochen, dass die Post- und Telegraphenverwaltung in der sogenannten verstaatlichten Ausführung dafür Sorge getragen hätte oder tragen hätte sollen, dass diese Versorgungslinien vollständig stattfinden. Nur dann ist man dann durch Privatisierung dem entgangen.

Auf der anderen Seite, wir haben im Burgenland und ich bleibe jetzt regional, weil wir zwar abhängig sind von finanzielle Zuwendungen, Europa, Bund auf Land, aber wir haben regional einen vollständigen Versorger neben den sogenannten anderen Daseinsversorgern und vieles wäre in Kooperation und in Absprache möglich was Sie, Herr Kollege Sodl, vorher auf die Gemeinde extra oder alleinstehend, singulär angesprochen haben.

Wenn diese Versorger, wenn diese gesamte Daseinsvorsorge kooperativ unter der Federführung des Landes oder der in der Landesholding angesiedelten Einheiten aktiv

wäre, dann bräuchten wir keine eigene Gesellschaft, dann würden viele an Möglichkeiten schon genutzt worden sein, die uns eine bessere Versorgung sichergestellt hätten.

Aber wir sind mit Sicherheit heute wieder dabei darüber zu diskutieren und wir sind einer Meinung, dass das eine unabdingbare Notwendigkeit darstellt, nämlich die Vollversorgung mit allen Möglichkeiten des Breitbandes.

Nur wir sollten aufhören, so wie es jetzt in Bekundungen zu 100-Jahr-Feiern immer wieder angesprochen wurde, wir sollten aufhören darüber zu diskutieren. Wir brauchen es, wir sind notwendiger Weise in der Auseinandersetzung um unsere Zukunft davon abhängig und wir sollten die Abhängigkeit so gestalten, dass wir sie in die Hand nehmen.

Wir sollten daher aufhören darüber zu diskutieren, wir sollten rüber gehen und umgehen zum Tun. Denn nur durch Handeln wird hier eine Perspektive erledigt und geschaffen, die den Burgenländerinnen und Burgenländern die Möglichkeit gibt vielleicht auf das Pendeln zu verzichten.

Weil es die Möglichkeit gibt Vorort auch seinem Beruf nachzugehen und sei es nur tageweise. Und würde damit auch vieles dazu beitragen, wie es vorher schon angesprochen wurde von der Regierungsbank, dass der Klimaschutz eine ganz gewichtige Auseinandersetzung auf Zukunft ist.

Eine der vordringlichsten im Sinne des Reifens und des Werdens unserer Gesellschaft und der beruflichen, beziehungsweise auch bildungstechnischen, politischen beziehungsweise gesellschaftsträchtigen Auseinandersetzungen wird sein, ob wir es schaffen, endlich eine Vollversorgung auf das Breitband zur Verfügung zu stellen.

Es wird aber eines nie der Fall sein, dass wir aufgrund der geographischen Situation der siedlungspolitischen Gegebenheiten eine über das Kabel vollständige Leistung bringen werden.

Es wird nur über Funk Lösungen geben und, Herr Kollege Sodl, wir haben schon langatmig darüber die Diskussionen geführt, auch wir beide, dass es im südlichen Bereich oder auch im nördlichen Bereich auf gewisse Siedlungssituationen, nur über Funk Lösungen auch die entsprechenden Voraussetzungen möglich machen wird.

Aber eines steht fest, wir sollten uns wirklich dahingehend bemühen, dieses Breitband nicht nur mit sprachlichen Ausführungen, mit Kommunikation sicher zu stellen, sondern wir sollten endlich dazu übergehen es auch zu schaffen, damit nicht jeder darüber nur nachdenken muss.

Dass nicht jeder irgendeinen Traum in irgendeiner Form leben muss, sondern dass er die Wirklichkeit in der Konsumation auch sicherstellt. Danke schön. *(Abg. Manfred Kölly: Eine neue Gesellschaft brauchen wir. Eine neue Gesellschaft brauchen wir, das hat er vergessen. – Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Punkt liegt nun ein vom Landtagsabgeordneten Fazekas eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über diesen Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend lückenlose Breitbandinfrastruktur als unerlässlicher Gegenstand der Daseinsvorsorge ist somit einstimmig gefasst.

9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1470) betreffend die Förderrichtlinien für Landarztordinationen (Zahl 21 - 1049) (Beilage 1511)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Die Berichterstattung zum 9. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1470, betreffend die Förderrichtlinien für Landarztordinationen, Zahl 21 - 1049, Beilage 1511, wird Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter um Ihren Bericht.

Berichterstatter Mag. Christian Sagartz, BA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Förderrichtlinien für Landarztordinationen, in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung, am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Förderrichtlinien für Landarztordinationen, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kovacs beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren an den Bildschirmen! Wenn ich mir den Antrag und den Abänderungsantrag anschaue, dann ist meine erste Frage: Ist dieser Hohe Landtag lernfähig?

Macht es einen Sinn, sich inhaltlich mit Dingen zu befassen, ganze Enqueten zu veranstalten, Fachleute einzuladen aus den unterschiedlichsten Richtungen, weil wir damit das Ziel verfolgen uns gemeinsam weiterzuentwickeln, und vor allem Fakten basiert und sehr sachkundig zu entscheiden.

Wenn ich mir die Debatte um die Landarztpraxen anschaue, um die Versorgung im ländlichen Bereich, was die Allgemeinmedizin anbelangt, dann zweifle ich schön langsam

an der Lernfähigkeit. Weil, wir haben alle ein gemeinsames Ziel das haben wir schon mehrfach besprochen, einander mehrfach versichert.

Wir wollen eine flächendeckende medizinische Versorgung am Land mit dem besonderen Ziel der Erreichbarkeit von Allgemeinmedizinischen Ordinationen. Ich denke mir, auf das haben wir uns wiederholt geeinigt. Wir haben am 08. Mai dieses Jahres eine parlamentarische Enquete veranstaltet, zu der wir Fachleute eingeladen und gehört haben. Hier in diesem Saal.

Und dann kommen Anträge und Wortbeiträge, als hätten wir uns nie mit den Statements dieser Expertinnen und Experten inhaltlich auseinandergesetzt. Ich rufe in Erinnerung, was wir vor einem halben Jahr gehört haben, und das ist noch nicht so lange her, als dass man das einfach schon vergessen haben könnte.

Wir wissen, in Österreich sind sehr viele Ärztinnen und Ärzte nicht im Arztberuf tätig, weil die Rahmenbedingungen nach der Ausbildung nicht funktionieren. Das haben alle Experten und die Expertin, die von den unterschiedlichen Parteien hier her gebeten wurden, bestätigt. In Österreich sind sehr viele Ärzte und Ärztinnen nicht im Arztberuf tätig, obwohl sie dazu ausgebildet sind.

Viele Studierende fühlen sich gerade aber im allgemeinmedizinischen Bereich nicht auf den Beruf vorbereitet. Auch da waren sich alle einig. Sie trauen sich diesen Beruf nicht zu, dazu gibt es sogar eine breit angelegte internationale Studie mit einem großen Österreichteil.

Diese wurde uns hier fast sozusagen ganz frisch noch präsentiert und zitiert. Und ich zitiere jetzt die Frau Professor Poggenburg, die sagte, in Österreich sieht es momentan so aus, dass zwei Prozent der Studierenden sagen, sie würden sich sicher zum Hausarztberuf entscheiden.

Es gibt eine große Gruppe von über 50 Prozent der Studierenden die sagen, ich schließe das nicht aus. Da ist dann die Frage, unter welchen Bedingungen wird der Hausarztberuf attraktiv? Und es gibt eine Menge von über 40 Prozent die sagen, ich möchte nur Fachärztin oder Facharzt werden. Das heißt, das wissen wir. Das ist ein Ausgangspunkt.

Was hilft da eine Studienplatzaufstockung oder eine rückwirkende Förderung? Mehr Ausgebildete, die sich nicht gut auf den Beruf vorbereitet fühlen, die helfen nicht weiter! Sie füllen nicht die leerstehenden Arztpraxen.

Wenn Studierende nicht Hausarztmedizinerinnen und -mediziner werden wollen, dann ist einer der wichtigsten Gründe, und das ist durch diese Studie, die die Frau Professor Poggenburg hier präsentiert hat, ganz deutlich geworden, dass sie sagen, ich habe zu wenig Zeit für die Patientinnen und Patienten. Das ist einer der wesentlichsten Gründe.

Die Patientinnen und Patienten umgekehrt haben den gleichen Wunsch. Sie wollen, dass der Arzt, die Ärztin, mehr Zeit für sie hat. Das heißt, die Politik muss alles daran setzen, dass Ärztinnen und Ärzte mehr Zeit haben für ihre Patientinnen und Patienten. Mehr oder für Burgenländerinnen und Burgenländer reservierte Studienplätze nützen dabei gar nichts. Das bringt nichts, um dieses Problem zu lösen.

Und ja, auch die wirtschaftliche Komponente spielt eine große Rolle. Darauf zielt der Antrag der ÖVP ab. Aber der Knackpunkt ist eben ein anderer.

Zurück: Der wichtigste Punkt warum so wenige in den Hausarztberuf gehen wollen, ist die fehlende Zeit für die Patientinnen und Patienten. Der zweitwichtigste Grund, das ist

bei 75 Prozent der Studierenden und noch viel mehr Prozent der Turnusärztinnen und Turnusärzte, weil ihnen von der Krankenkasse zu viele Vorgaben gemacht werden.

Weil sie weniger Zusatzleistungen abrechnen können, und weil das Einkommen im Vergleich zu den Fachärztinnen und Fachärzten zu niedrig ist. Das hält ab. Was genau hilft da jetzt eine Studienplatzaufstockung?

Frau Professor Poggenburg hat auch angekündigt, dass ein Masterplan Allgemeinmedizin Österreich in Vorbereitung ist. Dieser Maßnahmenplan soll viele Bereiche umfassen, Ausbildung, Fachausbildung, Niederlassung, niedergelassene Tätigkeit, Wertschätzung des Berufes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FPÖ und der ÖVP! Bitte achtet doch darauf, dass im Bund dieser Masterplan jenseits von parteipolitischen Spielchen und Ressentiments fertiggestellt und umgesetzt werden kann. Das wäre wichtig. Das wäre wichtiger, als sich hier gegenseitig im Landtag etwas auszurichten.

Was haben wir noch bei dieser Enquete gelernt oder hätten zumindest daraus lernen können, wenn wir das wollten. Herr Dr. Schriefl hat deutlich gemacht, ich zitiere: Es ist notwendig eine ausreichende Anzahl von Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmedizinern im Land selber auszubilden und die dafür notwendigen Ausbildungsstellen in den Spitälern vorzuhalten.

Nur wenn genügend hier ausgebildet werden, haben wir auch die Chance, dass diese weiter im Land arbeiten werden. Die Ausbildung für die Jungärztinnen und Jungärzten muss attraktiv sein. Sie wollen etwas lernen und sich das Rüstzeug für die eigenständige Arbeit erwerben.

Da ist es zu wenig, wenn sie nur Überweisungen schreiben, von der Bürokratie aufgefressen werden und zu wenig Zeit für die Arbeit an der Patientin oder dem Patienten haben und, und, und.

Wir haben hier eine Menge Vorschläge was wir hier tun können. Aber in den Anträgen die sich genau damit befassen, und die das Problem lösen wollen, finden wir nichts von diesen fachlichen Einbringungen.

Herr Dr. Kornhäusl hat ausführlich über die Schwierigkeiten durch Wartezeiten und fehlende Studienplätze referiert. Das ist das einzige, das hier in dem Antrag abgebildet ist. Er wies aber, wie seine Kolleginnen und Kollegen darauf hin, dass es ein Bündel an Maßnahmen brauche, und man sich nicht mit Einzelmaßnahmen aus der drohenden Misere heraushieven könnte.

Er sprach von einem gemeinsamen Kraftakt von kommunaler Eben, Landesebene, vom Bund, Sozialversicherungen, den Universitäten, den Ärztekammern. Den kann ich hier aber auch bei der Bundesregierung gerade nicht so erkennen.

Und auch Universitätsprofessor Dr. Szekeres hat eindeutig darauf hingewiesen, dass sich auch das Selbstverständnis und das Berufsbild der jungen Ärztinnen- und Ärztegeneration geändert hat. Also auch hier hatten wir eine Menge Anknüpfungspunkte, wo wir sagen, wo können wir jetzt im Land etwas verändern? Er hat auch dazu aufgerufen, dass es dafür einiges politisches Geschick braucht. Dieses politische Geschick kann ich jetzt hier in diesen Anträgen noch nicht erkennen.

Meine Frage ist, diskutieren wir inhaltlich und lösungsorientiert oder geht es um parteipolitische Positionierungen? Und es ist eigentlich eh egal, was bei der Debatte rauskommt, Hauptsache jeder hat am Schluss wieder einmal öffentlich die eigene Position zum Besten gegeben. *(Beifall beim Abgeordneten Gerhard Steier.)*

Ja, Herr Kollege, Sie dürfen ruhig lauter klatschen, wenn Sie mir zustimmen. *(Abg. Gerhard Steier: Sie haben Recht.)*

Und weil wir schon beim Thema politische Instrumentalisierung von Gesundheitspolitik sind, kann man an dieser Stelle nicht dazu schweigen, was sich die FPÖ in den letzten Tagen geleistet hat.

Da ging es nämlich um die Gestaltung der Abrechnung von Leistungen. Dazu gibt es in Österreich die e-card. Vor einiger Zeit fällt jemanden auf, man könne doch eine Reform gut durchbringen, indem man sagt, das jetzige System werde missbraucht. Also stellt jemand in den Raum, die e-card wird missbraucht.

Dazu gibt es keine Zahlen und keine Fakten. Kaum Zahlen zu dem Zeitpunkt, wo dies die Runde macht. Mittlerweile gibt es das.

Es gibt eine parlamentarische Anfrage die zeigt, dass sich die Missbrauchsfälle sehr in Grenzen halten, dass aktuelle Zahlen zeigen, welchen Schaden bringen Missbräuche mit der e-card, die es vereinzelt gibt. *(Abg. Gerhard Steier: 34.)* Das sind zwischen 12.000 und 15.000 Euro, gibt es da an Schätzungen. *(Abg. Gerhard Steier: 34.)*

Die neuesten Rückmeldungen, also heuer, hat die Wiener Gebietskrankenkasse, die Wiener Gebietskrankenkasse vier Missbrauchsfälle gemeldet. *(Abg. Gerhard Steier: Gesamt Österreich 34.)* Das ist sozusagen die aktuellste Zahl.

Die Idee, diesen Missstand mit Fotos auf e-cards zu beheben, würde etwa 12 Millionen Euro kosten. Das wäre eine riesige Steuergeldverschwendung.

Aber was macht die FPÖ draus? Die FPÖ findet gleich einen Anlass, um hier gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zu hetzen, um hier rassistische Bilder herzunehmen und ins Netz zu stellen. *(Abg. Manfred Haidinger: Also wurscht wovon wir reden, die GRÜNEN sind immer dagegen.)*

Und dann nützt es nichts, wenn 24 Stunden danach ein hoher Funktionär oder ein Mandatar oder gar der Parteichef findet, etwas sei bedauerlich, man ist unglücklich darüber, man ist traurig, dass das geschehen ist. So etwas muss Konsequenzen haben.

Weil es ist nicht hinzunehmen, dass eine Partei permanent mit rassistischen Bildern spielt, rassistische Ausrufe an die Bevölkerung macht und am Schluss sagt, na das ist leider ein kleiner Angestellter, der hat sich da ein bisschen vergriffen. Das kann nicht sein. Auch das ist Instrumentalisierung von Gesundheitspolitik. Weil Gesundheitspolitik soll nur dazu da sein, unser Gesundheitssystem zu verbessern.

Und bitte nehmen Sie nicht jeden kleinen Anlass heraus, um wieder irgendein unsinniges, unsägliches Video ins Netz zu stellen.

Was zu diesen Anträgen zu sagen ist, habe ich vorher auch schon gesagt. Es löst leider kein Problem. Wir werden weder dem Antrag noch dem Abänderungsantrag zustimmen, weil, hier kommen wir wirklich nicht weiter. Hören wir auf das, was wir uns hier in der Enquete angehört haben.

Und wenn es Verbesserungen geben soll, dann machen wir das, was uns die Fachleute sagen. Danke*. (Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Haidinger.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Manfred Haidinger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Das FPÖ benching weglassend, möchte ich in der Sache der Frau Abgeordneten entgegentreten, und zwar insofern, Sie haben da einige gute Punkte aus der Enquete zusammengefasst.

Was ich parlamentarisch da jetzt aber vermisse, ist eigentlich der Abänderungsantrag. Weil, wenn Sie im Prinzip uns so erzählen, Sie hätten den Stein des Weisen, indem Sie alle Dinge die hier gerade laufen zu kritisieren, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich nicht.)* dann hätte ich mir schon, bevor Sie von da weggehen erwartet, Sie bringen dort der Präsidentin den Stein des Weisen, Ihren Abänderungsantrag.

Dem wir alle jetzt hier mit „Hurra“ zustimmen können, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Da haben Sie gar nicht zugehört.)* wo wir sogar noch warten mit der Abstimmung, dass wir alle reinholen, damit der Saal komplett voll ist, und wir wirklich das gefunden hätten.

Also das zu Ihrer wunderbaren Brandrede hinsichtlich dessen, was da alles falsch läuft, beziehungsweise auf was wir eigentlich alles Rücksicht nehmen sollten. Auch das könnten Sie einbringen.

Es ist auch überhaupt kein Problem, dass hier die GRÜNEN vielleicht einmal Anträge oder Abänderungsanträge stellen und nicht nur immer da erklären, dass das alles verkehrt ist, was wir da so tun. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wozu gab es dann die Enquete?)*

Genau. War ja eine wunderbare Zusammenfassung. Ich gebe Ihnen in vielen Sachen Recht. Aber wo ist jetzt der Abänderungsantrag dazu, zu diesem heutigen Antrag? Wenn Sie uns hier fast erzählen, Sie hätten den Stein des Weisen, aber nein, den verstecke ich, den gebe ich keinem. Also, das führt mir hier parlamentarisch ein bisschen an der Thematik vorbei. Es war wahrscheinlich der ganze Aufhänger nur, um danach über ein YouTube Video sprechen zu können.

Ich muss aber auch der ÖVP im Prinzip ein bisschen mit der Route ins Haus treten weil, von elf Abgeordneten und sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hätte man mehr erwartet, als eineinhalb Seiten Prosa.

Der führt dann zu einem Antrag, der nichts anderes bedeutet, als wir werden die letzten fünf Jahre zurückfordern. Da stellt sich bei mir die Frage, wieso kommen Sie gerade auf fünf? Das ergibt die ganze Prosa der vorigen eineinhalb Seiten. Das können drei Jahre sein, fünf Jahre sein, sieben Jahre sein, neun Jahre sein. Oder, wir könnten überhaupt jede Primzahl nehmen, wie auch immer. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Für mich erschließt sich also die Zahl fünf nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es erschließt sich viel für Sie nicht, Herr Kollege.)* Die Rückforderung oder die Förderung rückwirkend zu machen, das schaue ich mir, zum Beispiel, bei der Wohnbauförderung an, wie man das finanziell erheben könnte, wenn man jetzt auch unsere Wohnbauförderungen, unsere neuen, die letzten, ich weiß nicht, eins, drei, fünf, sieben, neun, zehn, Jahre ausgießen würden. Na danke schön.

Mir scheint dieser gesamte Antrag überhaupt nicht ein Thema zu sein, sondern dafür Sorge zu tragen, dass man irrsinnig viel Geld investieren soll und schlussendlich dann beim Rechnungsabschluss von der ÖVP gescholten wird, wo wir übrigens Geld hinaus schmeißen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Geh, 50.000 Euro.)*

Das scheint mir diese Runde zu sein, die Sie da im Prinzip legen, oder diese Fallstrecke, die Sie da legen. Da wir aber hier eher im seriösen und nicht im polemischen

Bereich bleiben wollen, weil unter diesem Aktenschrank oder unter der Aktenzahl würde ich diesen Antrag einordnen, will ich hier jetzt gar nicht lang und breit in Wirklichkeit auf das eingehen, was wir als Burgenland schon alles tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das wissen Sie alles. All diese Dinge haben wir auch gesehen. Da sind wir uns, glaube ich, auch einig. Sie führen allerdings noch immer nicht zu dem Ergebnis, welches wir alle miteinander wollen. Daher müssen wir nächste und weitere Schritte unternehmen. Genau dahingehend ist unser Abänderungsantrag einmal gerichtet, weil wir im Burgenland selber schon ziemlich am Ende unserer Möglichkeiten sind.

Daher muss jetzt der Bund hier auch aufgebaut auf diese Enqueteergebnisse und so weiter und so fort, hier auch ein bisschen etwas dazu beitragen. Das ist eben die Anzahl der Studienplätze bedarfsgerecht aufstocken und da sind aber all diese Punkte, die meine Vorrednerin schon angesprochen hat, komplett richtig.

Wir müssen dafür sorgen, dass nicht all die, die im Prinzip jetzt bei der Einstiegsprüfung am aller besten sind, schlussendlich aber dann zu dem Prozent gehören, die dann alle nicht Medizin mehr oder weniger promovieren beziehungsweise promovieren aber nicht in der Medizin dann tätig sind, und schon gar nicht in der Allgemeinmedizin. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das müssen wir vorher irgendwie herausarbeiten. Es kann nicht sein, dass hier weiter zugeschaut wird. Da muss sich einfach der Bundesminister für Wissenschaft irgendetwas überlegen, wie ich das mache. Weil, weiter gedacht bedeutet das, da sitzt einer, der weiß vielleicht in der Mitte schon, dass er sein Studium nicht fertig macht, oder wenn er es fertig macht, automatisch dann weiß ich nicht, sogar nur, weiß ich nicht, in eine Kanzlei oder in etwas anderes geht. Oder, in die medizinische Forschung geht.

Da haben wir dann wenigstens ein bisschen etwas davon. Der versitzt oder die versitzen ja in Wirklichkeit die Studienplätze für diejenigen, die vielleicht bei der Einstiegstestung nicht durchgekommen sind, die aber wirklich Mediziner haben werden wollen.

Da ist also schon ein bisschen Brain gefragt - auch im Bundesministerium für Wissenschaft. Da müssen wir in diese richtige Richtung gehen. Dieser Ansatz hinsichtlich der Fachschwerpunkte und Bundesländerkontingente ist für mich zumindest ein kleiner Stein des Weisen, wo hier dann schon auf die jeweiligen Regionen, vielleicht auch schon bei der Einstiegsprüfung, Rücksicht genommen werden kann, damit man im Prinzip aus Bundes- und Ländersicht die Studenten und späteren Mediziner dann auch dementsprechend wirklich dorthin bringen kann, wo sie hin wollen.

All das zusammen ist für mich schon ein guter gemeinsamer Guss, nicht nur eine Forderung zu erheben, die die Förderung rückwirkend ausnimmt und gleichzeitig so nolens volens nebenbei die Gemeinden komplett entlastet. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na, geh!)*

Auf der einen Seite können wir nicht im Prinzip die Selbstverwaltung der Gemeinden immer verfassungsgeschützt darstellen, und auf der anderen Seite entlassen wir sie an allen Beiträgen dazu. Das scheint mir jetzt schon schwer überzogen und ist vielleicht eher parteipolitisches Klingeln, als alles andere. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na, geh! - Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Danke schön. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen! Geschätzte Kollegen! Herr Kollege Haidinger! Was haben Sie für einen Hang zu humoristischen Darstellen von ernsten Dingen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich denke mir, wenn Sie jetzt die Selbstverwaltung der Gemeinden und die Gemeindeautonomie damit gleichsetzen, dass die Gemeinden dann alles mitfinanzieren sollen, was in den Gemeinden vorhanden ist, wo ist denn dann da der Umkehrschluss? Heißt das, wir möchten jetzt in allen Bereichen schauen, dass die Gemeinden mitfinanzieren? Können Sie sich das vorstellen? Sie sind ja selbst in einem Gemeinderat tätig. Glauben Sie, dass das wirklich Aufgabe der Gemeinden ist, Arztpraxen zu unterstützten in einem Ausmaß wie das Land Burgenland?

Wollen Sie jetzt das Gemeindebudget Ihrer Heimatgemeinde Halbturn mit unserem Landesbudget vergleichen, das übrigens heute ja zur Verfügung steht? Ich glaube, dass ist ein nicht passabler Vergleich und das kann man höchstens in einen humoristischen Beitrag jetzt unterordnen.

Ich möchte Ihnen sagen, warum ich diesen Antrag jetzt eingebracht habe. Das ist ganz simpel. Wir haben eine Aktion gestartet, die sich Bürgeranfrage nannte. Da kam eine Anfrage per E-Mail von einem jungen Arzt herein, der gesagt hat, er findet es nett, dass das Land Burgenland jetzt Geld in die Hand nimmt. Übrigens, wie man im Voranschlag 2019 lesen darf, sind jetzt 750.000 Euro für derartige Landpraxen zur Verfügung. Wissen Sie, wieviel das das letzte Jahr war? 50.000 Euro.

Da habe ich mich furchtbar darüber aufgeregt. Wissen Sie wieviel im Rechnungsabschluss ausgewiesen ist? Nicht einmal diese 50.000 Euro haben wir gebraucht, weil die Auflagen so hoch waren und die Förderinstitutionen offensichtlich das so von kompliziert gemacht haben, dass niemand das genützt hat. Was nützt das also?

Mit der einen Hand streuen Sie den Menschen Sand in die Augen und sagen, schaut her, 750.000 Euro, wir tun etwas für unsere Ärzte, wir bringen die Leute auf das Land und in eure Gemeinden und gleichzeitig kann das niemand auslösen. Da sieht man, wie ernsthaft hier Politik betrieben wird. Wir waren in vielen dieser Bereiche Schrittmacher. Wir haben in dem Bereich Akutordinationen dafür gesorgt, dass nicht fünf Akutordinationen gekommen sind, sondern sieben. Schauen Sie sich bitte die Zahlen an.

Ich habe an das zuständige Regierungsmitglied eine Anfrage gestellt. Diese Akutordinationen werden genutzt. Auch der Ärztenotruf wird genutzt. Offensichtlich ist das eine Möglichkeit, ein kleiner Puzzlestein, nicht ein großer, hier mehr praktische Ärzte in das Land zu holen.

Auf der anderen Seite haben wir Stipendien forciert. Wir haben gesagt, bieten wir jungen Menschen die Chance und unterstützen wir sie in ihrer Medizinausbildung. Ich habe mich gestern durch Zufall mit einem jungen Mediziner getroffen. Er hatte eigentlich ein anderes Thema auf dem Herzen, aber ich habe ihn dann darauf angesprochen, ob er dieses Stipendium kennt? Er sagte, ja er kennt dieses Stipendium, nur, das ist völlig uninteressant. Das zeigen auch die Zahlen.

Ich habe ja da auch eine Anfrage an Landesrat Norbert Darabos gestellt. Es gibt ja ganz wenig Anfragen in diesem Bereich. Warum ist es uninteressant? Es richtet sich an Medizinstudenten, die fast vor dem Abschluss stehen. Im dritten Abschnitt. Dort haben viele bereits eine Fachausbildung, eine Fachrichtung gewählt. Sie wissen genau, wo es hingehen soll.

Die betroffene Person arbeitet, zum Beispiel, im wissenschaftlichen Bereich und hat dort in einem großen Krankenhaus angeheuert. Der wird sich nie wieder dafür interessieren, eine andere Stelle anzutreten. Warum sollte er auch? Es gab viel zu spät erst eine Möglichkeit, ihn zu unterstützen. Wir müssen viel früher ansetzen.

Ich habe das auch in meinem letzten Diskussionsbeitrag betont, wo es um die Landärzte gegangen ist. Dieses Stipendium ist gut. Verstehen Sie mich richtig. Ich freue mich, dass wir hier gemeinsam etwas auf den Weg gebracht haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Schade, dass die Rahmenbedingungen aber so sind, dass es nur wenige Burgenländerinnen und Burgenländer nutzen können. Das kann ja nicht unser Ziel sein. Hier müssen wir nachbessern.

Dasselbe gilt für die Landarztpraxen. Ich verstehe nicht, warum eine Gemeinde gezwungen werden soll, wenn es vielleicht ohnedies nicht besonders finanzstarke Gemeinden sind, die an der Peripherie liegen, die eben in strukturschwachen Regionen beheimatet sind, dass wir gerade diese Gemeinden dann auch noch verpflichten sollen, zu investieren.

Wissen Sie, wenn ich ein großes Einzugsgebiet habe, und an einem zentralen Ort eine Landarztpraxis errichte, wo es viele Patientinnen und Patienten gibt, dann werde ich mir vielleicht das Risiko zweimal überlegen, ob ich jetzt in eine Gemeinde gehe, wo es nur ein kleines Einzugsgebiet gibt und wo vielleicht auch die andere Infrastruktur nicht so gut funktioniert. Gerade jene Gemeinden, auch noch unter Anführungszeichen, auszupressen, um nicht das Wort erpressen zu sagen, und zu sagen, es gibt nur eine Landesförderung, wenn auch du, liebe Gemeindevertreterin, lieber Gemeindevertreter mitbezahlst, das ist nicht der Weg der ÖVP. Genau deshalb gibt es dazu unseren Abänderungsantrag. *(Beifall bei der ÖVP)*

Kollegin Petrik! Ich danke für, glaube ich, den allgemeinen Befund, dass die Enquete zum Thema Landarzt im Burgenland eine richtige und wichtige Veranstaltung war. Ich teile mit Ihnen auch viele Schlüsse aus dieser Veranstaltung. Was ich aber auch sagen möchte ist, dass die ÖVP bei den Studienplätzen immer anderer Meinung war.

Wir haben hier gesagt, dass kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Was haben wir gemacht? Wir haben nicht gesagt, wir appellieren an die Regierung und verlangen, dass alle unsere Ideen aufgegriffen werden und wenn die Regierungsfraktionen meinen, dass man bei den Studienplätzen etwas ändern sollte, dann schalten wir auf stur.

Nein, wir haben auch dieses Argument gelten lassen und haben gesagt, wir möchten auch bei diesem Wunsch, bei dieser Forderung an den Bund mitgehen und haben hier als Opposition mitgestimmt.

Warum gerade fünf Jahre? Kollege Haidinger! Natürlich können Sie auch andere Zahlen einsetzen. Aber, ich glaube, fünf Jahre ist deshalb ein überschaubarer Zeitraum, weil seit dieser Zeit, wenn Sie mich jetzt fragen, politisch diskutiert wird, dass wir in Landgemeinden immer weniger Ärzte haben werden. Dieses Problem gibt es jetzt schon in vielen Gemeinden.

Wir haben bis vor fünf Jahren, sehen Sie sich bitte die Ärztestatistik an, eine relative Flächendeckung gehabt. In den letzten fünf Jahren steigt die Zahl der Pensionierungen rapide an und die neuen Ordinationen, die neuen Ärzte, gibt es umso weniger. Genau deshalb fünf Jahre. Eine ganz einfache Rechnung.

Ich darf diesbezüglich einen Abänderungsantrag einbringen. Ich möchte aber eines betonen. Ich möchte jetzt nicht immer auf Sie Bezug nehmen, Herr Kollege Haidinger, aber, ich musste schon lachen, denn Sie haben gesagt, wir bringen nur eineinhalb Seiten Text heraus und bringen da einen Antrag ein. *(Abg. Manfred Haidinger: Prosa habe ich gesagt.)*

Prosa sogar. Wissen Sie, was lustig ist? Ihre Unterschrift war wahrscheinlich auf mehreren Abänderungsanträgen, wo es nicht einmal eine Begründung gegeben hat. *(Abg. Manfred Kölly: Das stimmt.)* Wir bringen Anträge ein. GRÜNE, LBL, und dann wird nicht einmal eine Begründung gebracht. Sie verzichten darauf, dass Sie uns zumindest denselben Text noch einmal präsentieren. Wie oft haben die Regierungsfraktionen jetzt bei Pendlerfragen, bei medizinischen, gesundheitlichen Fragen, immer denselben Abänderungsantrag gebracht?

Hat das jemals von uns jemand kritisiert? Wir sind sogar mitgegangen. Weil wenn wir bei einem Antrag einer Meinung waren. Warum nicht? Also, dass Sie das gerade jetzt zum Besten geben, das kann ich Ihnen nur hoch anrechnen. Humoristischer Beitrag am Nachmittag. Deshalb unser Antrag noch einmal als Abänderungsantrag. Er ist allen Fraktionen bekannt. Deshalb darf ich die Beschlussformel verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auch jene Ärzte in der Förderrichtlinie für Landarztordinationen zu berücksichtigen, die in den letzten fünf Jahren einen Kassenvertrag für eine Ordination im Burgenland übernommen haben. Weiters soll die Förderbedingung einer verpflichtenden Leistung seitens der Gemeinde entfallen. *(Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag. - Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt. Er wird entsprechend der Geschäftsordnung in die Verhandlung mit einbezogen.

Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Landtagsabgeordneten Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Bevor ich zu diesem Antrag oder zu dieser Berichterstattung noch komme, doch noch einige Worte zu meinen Vorrednern. Herr Mag. Sagartz!

Eine Partei, die vor wenigen Jahren noch für Spitalsschließungen war, die Frau Mag. Resetar war hier federführend, können wir uns daran erinnern, eine Partei, die versucht hat, mit den Akutordinationen zu emotionalisieren, die Akutordinationen schlecht zu machen, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Hat er es wieder gesagt? Wirklich? Super!) mit* dem Herrn Präsidenten Strommer und mit dem Herrn Ulram damals an der Spitze, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Na, Gott sei Dank, hat er es gesagt! Können Sie es wiederholen?)* die hat, für meine Begriffe, die Kompetenzen was die Gesundheit betrifft, völlig verwirkt und kann da einfach auch gar nicht mitreden, wenn es um die Gesundheit im Burgenland geht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine Damen und Herren! Die Frau Kollegin Petrik hat vorher die Enquete am 8.5.2018 skizziert und einiges über die Frau Professor Poggenburg aus Graz, aus der Steiermark, glaube ich, kommt sie und ist dort niedergelassene Ärztin, erzählt. Wir hatten damals, und das möchte ich heute schon erwähnen, einen Kenner der Materie da. Das war der Doktor Schriffl. Doktor Schriffl ist seit vielen Jahren ein Hausarzt im Burgenland,

nämlich, in Mörbisch. Er ist Vizepräsident der Ärztekammer Burgenland. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Was soll die Formulierung, einen Kenner? Was bedeutet das? Heißt das jetzt, die anderen Experten sind keine Kenner der Materie?)*

Was hat er bei einer Pressekonferenz *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Sie erlauben sich hier etwas! Sie erlauben sich etwas!)* über die Gesundheitspolitik im Burgenland gesagt? Er hat gesagt, dass die Gesundheitspolitik im Burgenland bestens aufgestellt ist und dass *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das werden wir der Frau Poggenburg schreiben, dass der Herr Kovacs statt ihr den Universitätslehrgang leitet. Du übernimmst!)* die Akutordinationen ein durchschlagender Erfolg sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich hab mir das bei der Burgenländischen Gebietskrankenkasse noch untermauern lassen und habe mir natürlich Zahlen, Daten und Fakten geholt. Was haben diese ausgesagt? Die haben ausgesagt, dass es keinen einzigen Fall gibt, der nicht versorgt wurde. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: So eine Polemik!)*

Es läuft bei uns in den Akutordinationen und in den Spitälern alles bestens. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Echt super!)*

Ich bitte Sie, hören Sie jetzt endlich einmal auf, die Gesundheitspolitik schlecht zu machen. Wir müssen ja für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

In diesem Fall ist das, glaube ich, das Wichtigste. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wenigstens müssen Sie selber schmunzeln.)* Jetzt noch ein paar Zahlen, Daten und Fakten was die Förderungen betrifft, damit man ein bisschen ein Gespür dafür bekommt, was das eigentlich in unserem Heimatland ausmacht und wieviel Förderung ein Arzt momentan auch bekommt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Kriegen kann! Kriegen kann. Sagt der Voranschlag und der Rechnungsabschluss.)*

Gott sei Dank bekommt man, damit man eine Ordination in den Gemeinden auch umsetzen kann, 60.000 Euro. Meine Damen und Herren, 60.000 Euro pro Ordination sind möglich. Natürlich ist das an viele Maßnahmen geknüpft. Ein Bündel von Maßnahmen. Der Mag. Sagartz hat gesagt, die Gemeinden wollen das nicht.

Das muss ich jetzt schon ein bisschen korrigieren. Es wollen sogar sehr viele ÖVP Gemeinden das natürlich unterstützen, weil sie wissen, dass ein Hausarzt für ihre Gemeinde wichtig ist. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die wollen da wirklich dazu zahlen? – Abg. Markus Ulram: Das glaubst Du doch selber nicht.)* Man braucht den Hausarzt und die wollen das auch, natürlich für ihre Menschen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die wollen natürlich Geld ausgeben. Geh bitte!)* für ihre Bürgerinnen und Bürger haben.

Ich darf auch in diesem Zusammenhang Norbert Darabos, unseren Gesundheitslandesrat, zitieren, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Wo ist er denn? - Abg. Mag. Michaela Resetar: Das interessiert ihn anscheinend nicht. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Er packt wohl schon zusammen.)* der gesagt hat: Mit unserem Burgenlandpaket schaffen wir Anreize für angehende MedizinerInnen, im Burgenland tätig zu sein.

Damit kommen wir unserem Anspruch nach, für die beste flächendeckende Gesundheitsversorgung im Burgenland zu sorgen. Ich denke, das sagt viel aus, denn das ist eigentlich der Sinn der Sache, nämlich, für unsere Menschen da zu sein.

Was ist noch erledigt worden? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wer ist förderungswürdig? Förderungswürdig ist jener, der eine Ausbildung zur Ärztin oder zum Arzt für Allgemeinmedizin hat, über einen aufrechten Kassenvertrag für eine Planstelle im Burgenland verfügt und sich bereit erklärt hat, die Tätigkeit als Ärztin und Arzt für Allgemeinmedizin im Burgenland mindestens fünf Jahre auch aufrecht zu erhalten. Gesagt habe ich es schon, dass die Fördermittel sich auf 60.000 Euro belaufen. Sie werden nach Maßgabe der vorhandenen Budgetmittel und der Vorlage der geforderten Nachweise gewährt.

Jedem Förderwerber wird ein Sockelbetrag von 20.000 Euro gewährt. Dieser kann sich dann, wie bereits gesagt, auf insgesamt maximal 60.000 Euro erhöhen.

Wir haben auch Stipendien für angehende Ärzte. Für Studierende ab dem 3. Studienjahr gibt es Stipendien in Höhe von 300 Euro pro Monat. Diese verpflichten sich im Gegenzug nach Abschluss der Ärzteausbildung innerhalb von sechs Monaten für fünf Jahre im Burgenland als Allgemeinmediziner zu praktizieren. Die finanziellen Anreize für Turnusärzte, die gibt es natürlich auch. Ergänzend dazu gibt es eine Förderung für Turnusärzte in Ausbildung in der Höhe von 500 Euro pro Monat.

Diese müssen sich im Gegenzug verpflichten, die Ausbildung zur Ärztin oder zum Arzt für Allgemeinmedizin zu beginnen, durchzuführen und abzuschließen sowie nach Abschluss mindestens fünf Jahre als Kassenvertragsärztin oder als Kassenvertragsarzt im Land Burgenland auch tätig zu sein.

Es gibt auch diese Aufnahmetests an den Universitäten. Da sind wir natürlich dafür, diese endlich abzuschaffen. Das eigentliche Problem sind die widersinnigen Aufnahmetests an den Medizinunis, die zu einer künstlichen Verknappung bei den Ärzten führen. Diese Prüfungen wurden unter ÖVP Wirtschaftsministern eingeführt. Die jetzige ÖVP geführte Regierung im Bund hält daran fest, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die SPÖ geführte Regierung hat auch daran festgehalten.)* obwohl sich auch prominente Volksparteivertreter, wie der steierische Gesundheitslandesrat Drexler, schon länger für ein Aus dieser Prüfungen aussprechen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die neuesten Zahlen zeigen, dass sich auch heuer knapp 16.000 Personen für diesen jährlichen Aufnahmetest für das Medizinstudium angemeldet haben. Das sind fast zehnmal mehr Interessierte, als Studienplätze. Dieser Wettbewerb um diese wenigen begehrten Plätze hat in den letzten Jahren sogar soweit geführt, dass sich ein regelrechter Markt an Vorbereitungskursen entwickelt hat und Anbieter von Vorbereitungskursen dadurch ein lukratives Geschäftsmodell etablieren konnten.

Meine Damen und Herren! Was ist eigentlich ein wirklicher Grund, warum wir Sorge haben könnten? Das ist nämlich diese Ausgabenbremse bei Sozialversicherung, ein weiterer Anschlag auf unsere Patienten, auf unsere Versicherten. Hinzu kommt natürlich auch, dass die Regierung Kurz die geplante Ausgabenbremse bei den Sozialversicherungs-…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Abgeordneter, bitte zur Sache kommen. Wir haben einen Antrag.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)*: Herr Präsident Strommer! Ich weiß, dass Sie jetzt vielleicht aktiv werden. Es ist interessant bei Ihnen, dass Sie vorher, wie ein Zwischenruf als ÖVP Abgeordneten drei Minuten lang war, kein einziges Wort darüber verloren haben. Das ist schon ein bisschen…

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Herr Abgeordneter, Sie brauchen mich hier nicht belehren.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)*: Ich sage Ihnen was ich will.

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Wenn ich die Glocke betätige, habe ich das Wort. Wenn ich Ihnen wieder das Wort erteile, dann haben Sie das Wort. Wir haben einen Antrag, der die Förderrichtlinien für Landarztordinationen behandelt und Sie erzählen mir vom Wirtschaftsministerium von irgendwelchen Überprüfungen. Ich würde Sie wirklich bitten zur Sache zu reden. *(Abg. Ingrid Salamon: Was ist denn vorher alles geredet worden!)*

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ) *(fortsetzend)*: Also, das ist ungewöhnlich. *(Abg. Doris Prohaska: Was soll das jetzt? - Abg. Mag.a Regina Petrik: Das freie Rederecht! – Abg. Doris Prohaska: Das glaube ich auch.)* Vielleicht können Sie dieser komplexen Situation hier jetzt nicht ganz folgen, Herr Präsident, aber das hängt alles natürlich ursächlich zusammen.

Ich bitte Sie, vielleicht hören Sie genauer zu, *(Abg. Mag. Kurt Maczek: Er spricht über Gesundheit! Herr Strommer, über die Gesundheit! Er spricht doch nicht über Fußball, Herr Strommer! Über die Gesundheit!)* denn es geht hier rein um die Gesundheitspolitik, rein um die Krankenhäuser im Burgenland, rein um Ärzte im Burgenland. Ich weiß also nicht, wo ich da jetzt einen falschen Satz gesagt hätte. Dazu, Herr Präsident, bitte ich Sie auch um mehr Aufmerksamkeit, kann ich dazu nur sagen.

Ich möchte deshalb auch noch einiges dazu erwähnen, was eben die schwarze Bundespolitik dazu nicht macht. Konkret sollen offene Stellen bei den Ärzten bis 2019 nur befristet besetzt werden. Hier geht es wirklich um das Eingemachte. Die Sozialversicherung und die Ärztekammer warnen nicht umsonst vor den Folgen für die Gesundheitsversorgung in unserem Staat Österreich, in unserem Heimatland Burgenland. Wir verfolgen im Burgenland mit den Trägern der Krankenkasse und der Ärztekammer das Ziel, die Gesundheitsversorgung weiter zu verbessern.

Das wird durch die Schritte der Bundesregierung komplett kontrahiert, denn neue Planstellen kosten natürlich Geld.

Wenn das fehlt, können erforderliche zusätzliche Mediziner keinen Kassenvertrag bekommen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Es hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Markus Ulram zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Ich habe eigentlich nicht vorgehabt, bei diesem Tagesordnungspunkt auch zu sprechen, aber der Herr Kovacs fordert das ja direkt heraus. Der Abänderungsantrag, wenn Sie ihn gelesen haben, der ÖVP, wo es um die Landarztförderung für die Praxen geht, zielt auch darauf ab, dass wir einerseits auch rückwirkend für jene Gemeinden fördern können, die sich in den letzten Jahren auch bemüht haben, die Niederlassung für die Ärzte in ihrer Gemeinde einfach zu attraktivieren und ihr Zutun gemacht haben und zweitens einmal, dass es dazu keine Verpflichtung gibt.

Man muss schon dazu sagen, dass es in der Vergangenheit gerade die Gemeinden waren, die immer geschaut haben, wenn irgendwo etwas an Förderungen, an Unterstützung notwendig war, dass sie es auch gemacht haben. Da muss man den Gemeinden großen Respekt zollen, dass sie aus den eigenen budgetären Mitteln oftmals ohne zusätzliche Bedarfsmitteln oder andere Förderungen ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass die Ärzte ihre Ordination machen können.

Ein gutes Beispiel dafür gibt es in Mönchhof. Die haben 150.000 Euro dort als Gemeinde selbst investiert, um diesen Stand zu bewerkstelligen - ohne Verpflichtung an irgendetwas. Warum sollen Gemeinden, die in den letzten Jahren das gemacht haben, dadurch gestraft werden, wenn man das nicht rückwirkend machen kann?

Auf der anderen Seite, wenn Sie jemanden eine Kompetenz absprechen, dann maximal Ihnen selbst, denn wenn man sich die Tatsachen anschaut, wie derzeit im Gesundheitssystem mit dem umgegangen wird, was wir alles schon in Stein gemeißelt haben, Herr Landesrat. Diese Steine finden wir nicht mehr. Wir haben auch in Stein gemeißelt gehabt, dass das MRT in Kittsee im Herbst schon eröffnet wird, jetzt ist das Frühjahr 2019.

Der Leidensdruck wird für die Bevölkerung intensiv erhöht, die Wartezeiten sind da. 2 bis 2,5 Monate dauert es, bis man überhaupt einen MRT-Termin bekommt. Da schaut man eigentlich dazu, dass das eigentlich dementsprechend in diesem Zeitrahmen, der von Ihnen selbst vorgegeben worden ist, auch erledigt worden ist. *(Landesrat Mag. Norbert Darabos: Zuständigkeit! - Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Jetzt nicht mehr! Jetzt nicht mehr, Herr Landesrat!)*

Die Zuständigkeiten sind ein gutes Stichwort, Herr Landesrat. Bei den Akutordinationen war es nämlich auch so. Eigentlich sind Sie zuständig, aber dann hat es dazu Inserate vom Herrn Landesrat Doskozil gegeben, dann waren doch Sie zuständig, dann war auf den Inseraten der Landesrat nicht mehr drauf, wie es auf einmal nicht mehr so rund gelaufen ist, weil die Leute ganz einfach im Kreis geschickt worden sind.

Ich bin dafür gescholten worden, dass es Ihrer Meinung nach anscheinend nicht stimmt, dass Kinder im Kreis geschickt werden, bis ich dann den Laufzettel gehabt habe, in einer Landtagssitzung, wo es auf einmal dann keine Wortmeldung mehr gegeben hat. Wo man nach Kittsee dann hinfährt, wo es keine Kinderärzte gibt, wo es keine Aufnahmemöglichkeiten für Kinder gibt, wo es keine Verpflegung für Kinder gibt.

Wenn ich in der Nacht dort hinfahre, dann kein Arzt mehr da ist, ich dann nach Eisenstadt weitergeschickt werde und ich komme um 03.00 Uhr in der Früh heim, dann kann das einfach nicht mehr in Ordnung sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das muss man dann schon zu Recht rücken. Soviel nur zu diesen Zuständigkeiten. In der Regierung kennt man sich bald nicht mehr aus, wer wo zuständig ist. Ständig gibt es die Aussage, dass derjenige nicht zuständig ist. Deshalb komme ich hier gleich zu den Anfragen, denn bei manchen Regierungsmitgliedern stellt man eine Anfrage und dann kommt nach sechs Wochen zurück, wie bei der Kollegin Petrik, dass der- oder diejenige gar nicht zuständig sind. Wieso kann man das nicht gleich nach zwei Tagen sagen?

Das wird man dann ja auch schon wissen, ob man dafür zuständig ist, oder nicht. Gleiches gilt bei vielen anderen Dingen.

Wir haben das letztes Mal diskutiert, denn beim Pflegenotstand gibt es anscheinend keinen, der dafür zuständig ist. Der Kollege Steiner hat das das letzte Mal auch dementsprechend aufgezeigt. Wir haben nicht Wartelisten in den Pflegeheimen, sondern Wartebücher. Jeder, der das abstreitet, hat sich mit der Materie nicht beschäftigt. Das muss man auch klar feststellen.

Da muss man auch sagen, da hat auch die politische Ebene in diesen Bereichen versagt. Darum kann man diesen Abänderungsantrag, wo wir rückwirkend für die Landarztordinationen die Förderung haben wollen, nur unterstützen. Wir wollen dabei

auch keine Verpflichtung der Gemeinden, weil die Gemeinden bis dato und auch in Zukunft ihren Beitrag leisten werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Danke Herr Präsident! Da muss ich schon nochmals darauf reflektieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Repetieren?)* Herr Abgeordneter Ulram! Wenn Sie das jetzt nochmals so bestärken mit einem nicht versorgten Kind in Neusiedl und wenn Sie das wider besseren Wissens auch noch hier machen, wenn Sie sich hier herstellen und sagen, ein Kind wird bei uns im Burgenland, im Bezirk Neusiedl am See, *(Abg. Markus Ulram: Keine Aufklärung! In den Kreis werden sie geschickt. Ein politscher Populismus!)* von einem Arzt nicht aufgenommen, dann ist das schlichtweg die Unwahrheit. *(Abg. Markus Ulram: Es kommt zu keiner Spitalsaufnahme.)*

Ich würde mich deshalb an ihrer Stelle hüten, das hier auch so zu äußern. Wenn Sie von dieser Sache, *(Abg. Markus Ulram: Sagen Sie mir, wo in Kittsee ein Kind aufgenommen wurde. Kein einziges.)* und da spreche ich Ihnen jetzt wirklich die Kompetenz ab, nicht wissen, dass dies die ärztliche Pflicht und Sie hiermit auch jedem Arzt unterstellen würden, er würde nicht helfen oder ein Kind nicht unterstützen, *(Abg. Markus Ulram: Das hat nichts mit Nichthelfen zu tun! Nicht aufgenommen!)* dann finde ich das nicht für in Ordnung.

Wir waren zu diesem Zeitpunkt auch in Neusiedl ärztlich versorgt. Ich habe mich nämlich damals bei diesem Fall wirklich extra erkundigt. *(Abg. Edith Sack: Kein Kinderspital.)*

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn Sie auf dem Rücken von Menschen im Burgenland emotionalisieren, auf der Gesundheit emotionalisieren, *(Abg. Markus Ulram: Sie machen die Spielchen! Nur Sie! Sie sagen, dass alles in Ordnung ist!)* dann ist das, und ich sage Ihnen das auf den Kopf zu, letztklassig. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: So, jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren! *(Abg. Manfred Kölly: Ich habe mich vorhin zu Wort gemeldet. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir sind bereits im Abstimmungsvorgang. Abg. Ingrid Salamon: Der Präsident, der vorher oben gesessen ist, wird es doch wissen. – Allgemeine Unruhe)* Es liegt nun zu diesem Tagesordnungspunkt ein vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz zur Abstimmung eingebrachter Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher zuerst über diesen Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag die Unterstützung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung ist somit in der vom Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend UN-Migrationspakt (Zahl 21 – 1118) (Beilage 1560)

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend UN-Migrationspakt, Zahl 21 - 1118, Beilage 1560, da die Behandlung spätestens um 15.00 Uhr zu erfolgen hat.

Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Dankeschön Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Wochen, insbesondere seit der Mitteilung und der Information durch die Österreichische Bundesregierung, dass Österreich dem UN-Migrationspakt nicht zustimmen wird, gibt es darüber eine sehr intensive Diskussion.

Eine Diskussion in ganz Österreich, eine Diskussion in Europa und eigentlich in Wahrheit weltweit. Diese Diskussion spielt sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen ab und manche hinterfragen auch diese Vorgangsweise der Bundesregierung und meinen, ja warum stellt sich hier Österreich auf diesem Migrationspakt heraus und warum stimmt man diesem Migrationspakt nicht zu, weil er ja ohnehin rechtlich unverbindlich wäre? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Warum verweigert man als Österreich, als Staat die Zustimmung dazu? Für mich als Abgeordneter und für uns als Volkspartei Burgenland ist die Antwort relativ klar. Erstens, weil wir mit den Inhalten nicht übereinstimmen. Zweitens, weil es mit der Verbindlichkeit so eine Sache ist und Drittens, weil auch der Großteil der Österreichischen Bevölkerung dieser Meinung ist und diesen Weg der Bundesregierung auch unterstützt.

Wenn Sie den ersten Absatz unseres Antrages lesen in der Begründung und ich möchte ihn vielleicht für alle noch einmal zur Kenntnis bringen. Demokratie, Religions- und Meinungsfreiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind Werte, die in Europa über Jahrhunderte hart erkämpft worden sind und die Basis des europäischen Lebensmodells bilden.

Eines Modells, das den Ausgleich zwischen individuellen Freiheiten und den Interessen der Gemeinschaft schafft und auf Toleranz und Respekt beruht. Diese Werte müssen und werden wir verteidigen. Es sind Werte, die Menschen, die nach Europa kommen, oft erst kennenlernen müssen. Dieses Erfahren braucht Zeit und Bereitschaft es zu tun. Deshalb müssen wir Migration so lenken, dass diese Integrationsaufgabe gelöst werden kann. Wenn Europa mit Migration konfrontiert ist, die über dieses integrierbare Maß hinausgeht, geraten unsere Werte unter Druck. Das müssen wir verhindern.

Dieser Text, meine sehr geehrten Damen und Herren, stammt aus der Feder eines ehemaligen Bundeskanzlers und auch wenn wir mit vielen seiner politischen Aussagen und Meinungen natürlich nicht übereinstimmen, in dieser Frage hat er 100prozentig Recht.

Ich nehme an, dass die Abgeordneten der SPÖ insbesondere auch diesem Text zustimmen werden und diesen Text mittragen können, denn das ist ja ein Text vom ehemaligen Bundeskanzler Kern, der in seinem Plan A genau diese Worte

niedergeschrieben hat und den ja Sie als Abgeordnete der SPÖ im Wahlkampf mitunterstützt haben, wo Sie ja mit Feuereifer gemeinsam mit dem Spitzenkandidaten Kern und mit Ihrem Spitzenkandidaten Doskozil im Wahlkampf unterwegs waren. Daher, meine Damen und Herren, hoffe ich, dass wir heute eine sehr breite Zustimmung auch bekommen.

Österreich steht aber mit dieser Meinung, nämlich dem UN-Migrationspakt nicht beizutreten, keineswegs alleine da. Es gibt ja mittlerweile eine Reihe von Staaten, die sich schon vor uns eigentlich dazu entschlossen haben und mittlerweile auch Staaten, die sich nach Österreich dazu entschlossen haben, diesen Migrationspakt nicht zu unterstützen.

USA, Australien, Ungarn, Bulgarien, Tschechien haben das bereits erklärt, wahrscheinlich auch Polen. In Deutschland wird sehr intensiv diskutiert, die Stimmen mehren sich, dass auch in Deutschland diese Meinung nicht so 100prozentig klar ist.

Auch in der Schweiz und in anderen Ländern. Und wenn Sie vor wenigen Tagen vielleicht auch die Wiener Zeitung gesehen haben, wo eine Statistik über die Gesamtmigration weltweit dargestellt worden ist, dann sieht man, dass etwa 270 Millionen Menschen weltweit in einem Staat leben, wo sie nicht geboren wurden, wo sie nicht herkommen und wenn man sich dann anschaut, wo leben diese Menschen, dann sind 20 Prozent davon in den EU-15, das heißt in jenen 15 EU-Staaten, die vor 2004 der EU beigetreten sind. Daher glaube ich, ist es wirklich unser gutes Recht, selber zu entscheiden, wer nach Österreich, wer nach Europa kommt.

Klar ist, meine Damen und Herren, und das ist auch für die Bundesregierung im Übrigen klar, dass Menschen, die ein Recht auf Asyl haben, dieses Recht auch bekommen, das ist völlig unbestritten.

Der Text dieses Migrationspaktes verwässert aber durch seine Formulierungen die Trennung von legaler und illegaler Migration. Das Recht auf Asyl und die Suche nach einem besseren Leben muss aber aus unserer Sicht klar getrennt werden.

Ich gehe davon aus, dass Sie alle diesen Migrationspakt oder den Text gelesen haben oder quergelesen haben oder drüber gelesen haben. Wenn Sie das getan haben, dann werden Sie auch sehen, dass etwa 80 Mal in diesem Text die Formulierung "wir verpflichten uns" vorkommt oder "von Verpflichtung" gesprochen wird. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass diese formulierten Verpflichtungen in künftigen Gerichtsurteilen auch berücksichtigt werden und damit unsere souveräne Migrationspolitik eingeschränkt wird.

Ein Argument, das immer wieder kommt, „na ja, unterschreibt halt oder seid dabei oder stimmt zu, weil das ist eh alles rechtlich unverbindlich“, dann kann man sich schon auch die Frage stellen, na, wenn das rechtlich unverbindlich ist und wäre, ja wozu gibt es dann den Pakt eigentlich überhaupt?

Für uns ist ganz klar, wer nach Österreich kommt, das muss in Zukunft die Republik Österreich ganz alleine entscheiden und das Jahr 2015, das wir alle noch gut in Erinnerung haben, das darf sich ganz einfach nicht wiederholen.

Die Grenzen öffnen, 100.000 Menschen ins Land lassen und sie sozusagen durchzuwinken nach Deutschland, das war eine Vorgangsweise, die insgesamt von den Bürgerinnen und Bürgern sehr negativ aufgenommen worden ist und wo man sagen muss, da hat auch die staatliche Möglichkeit ihre Grenzen offensichtlich gefunden und das wollen wir nicht und das wird es auch in Wahrheit nicht mehr geben, denn weder Deutschland wird das noch einmal zulassen noch wird es die derzeitige Bundesregierung zulassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn wir uns diesen Migrationspakt genauer anschauen und wenn wir uns so einzelne Formulierungen anschauen, dann glaube ich, ist die Entscheidung der Österreichischen Bundesregierung noch viel mehr zu verstehen. Ich möchte 1, 2 Beispiele Ihnen auch bringen, zum Beispiel wird im Migrationspakt Folgendes festgelegt:

„Wir verpflichten uns, den multilateralen Dialog im Rahmen der Vereinten Nationen durch einen periodischen und wirksamen Folge- und Überprüfungsmechanismus fortzusetzen, der sicherstellt, dass die in diesem Dokument enthaltenen Worte in konkrete Daten zum Nutzen von Millionen von Menschen in allen Regionen der Welt umgesetzt wird“.

Also wenn man diesen Text liest und dann davon spricht, dass das eh alles unverbindlich ist, dann weiß ich eigentlich nicht mehr. Oder ein zweites Beispiel "werden Prozesse entwickeln und verstärken, die es Migranten ermöglichen, mit minimalem Verwaltungsaufwand den Arbeitgeber zu wechseln und die Bedingungen oder die Dauer ihres Aufenthaltes zu ändern".

Auch das ist natürlich ein Eingriff in die souveräne Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik. Dann gibt es noch eine Passage, die ich bringen möchte, die heißt "Migration ist eine Quelle des Wohlstandes, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung, deren positiven Auswirkungen durch eine besser gesteuerte Migrationspolitik optimiert werden können".

Das ist schon ein sehr einseitiger und unkritischer Zugang zum Thema Migration. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber auch noch zur Untermauerung all dieser Argumente und warum wir das heute auch thematisieren wollen, einen Politiker zitieren, der die Dinge auch genau in dieser Richtung auf den Punkt gebracht hat.

Da hat nämlich ein Grüner Politiker aus Deutschland, der Oberbürgermeister aus Tübingen, nämlich Folgendes gesagt, er hat die Kritik am UN-Migrationspakt lange für eine Diskussion in der rechten Filterblase gehalten, meint er, er bemängelt aber jetzt, nachdem er sich diesen Pakt genau angeschaut hat, dass in der Vereinbarung die Begriffe "Einwanderung" und "Asyl" nicht immer sauber unterschieden werden.

„Was man für die Flucht vor Krieg und Verfolgung immer unterstützen würde, ist für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt oft nicht akzeptabel“, schreibt dieser Grüne Oberbürgermeister. *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik)*

Und er sagt „dass es ganz einfach etwas anderes ist, einem Arbeitsmigranten ein Recht auf einen sicheren Grenzübertritt zu geben oder eben einem Menschen, der auf der Flucht ist, zu helfen und zu unterstützen und das wird“, sagt er, „in dieser Vereinbarung ganz einfach nicht klar getrennt“.

Er sagt weiter „obwohl im Text immer wieder auch steht, das sei alles nicht rechtsverbindlich, wird es“, so sagt der Grüne Oberbürgermeister aus Deutschland, „auf Zeit doch verbindlich wirksam, durch politischen Druck und durch Gerichte“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Er sagt auch noch abschließend, er sehe, dass in einigen Sätzen „durch die Hintertür eine einseitige Sicht auf Migration, die ausschließlich positiv ist, eingeführt werden soll“. So weit der Grüne Oberbürgermeister Palmer aus Deutschland, aus Tübingen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viel mehr braucht man eigentlich zum Inhalt gar nicht sagen und da geht es gar nicht darum, welcher politischen Partei und welcher politischen Gesinnung man angehört, sondern da geht es darum, dass wir darauf achten müssen, dass wir nicht durch internationale Vereinbarungen, dass wir nicht durch

solche Vereinbarungen, sozusagen durch die Hintertür an Souveränität verlieren, dass wir durch solche Vereinbarungen unseres Rechts auch beraubt werden, selber zu entscheiden, wer nach Österreich kommt, wer in Österreich bleiben darf und wer in Österreich auch arbeiten soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe auch gesagt, der Großteil der österreichischen Bevölkerung ist auch dieser Meinung. Das ist nachzulesen, vor kurzem im Profil veröffentlicht. Eine Umfrage, wo 49 Prozent der Befragten sagen "Ja", dieser Weg der Österreichischen Bundesregierung ist der richtige und lediglich 29 Prozent sehen das anders, der Rest kennt den UN-Migrationspakt nicht oder erklärt, das ist ihm gleich.

So gesehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es schon auch wichtig, dass wir als Landtage und im besonderen Fall als Burgenländischer Landtag auch ein klares Zeichen nach Wien senden zur Unterstützung der Bundesregierung, weil wenn man sich diese Diskussionen anschaut und anhört, dann steigt natürlich der Druck und insbesondere auch von manchen Medien, das muss man ganz offen sagen, wo eine Meinung vertreten wird, die ganz einfach in eine völlig andere Richtung geht.

Nicht in die Richtung zum Vorteil Österreichs und nicht in die Richtung zum Vorteil der Österreicherinnen und Österreicher. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, glauben wir, dass es wichtig ist, dass wir hier gemeinsam möglichst breit aufgestellt sind. Ich denke mir, dass es gar nicht so schwer sein wird, weil ich gehe davon aus, dass die FPÖ ähnlicher Meinung sein wird.

Ich gehe davon aus, dass die SPÖ auch dieser Meinung sein wird. Wir haben ja immerhin den ehemaligen Bundesparteiobmann und Bundeskanzler Kern auch hier mit ins Boot genommen mit seinen Formulierungen.

Also ich glaube, dass es möglich sein muss, hier einen breiten Schulterschluss zu machen und unsere Bundesregierung, unseren Bundeskanzler Sebastian Kurz und unseren Vizekanzler Strache hier in ihrer Meinung auch zu stützen, sie politisch zu unterstützen, damit wir dieses Ziel auch erreichen. Ich bin mir ganz sicher, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es dabei nicht bleiben wird.

Ich bin mir sogar sehr, sehr sicher, dass noch viele Staaten sich das genau anschauen werden und dass viele Staaten und Länder auch dieser Migrationspolitik in der vorliegenden Form sicherlich nicht die Zustimmung geben werden.

Ich würde Sie dazu einladen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit uns gemeinsam dieses klare Zeichen nach Wien und damit nach Europa und in die Welt zu senden. Ich lade Sie dazu ein und freue mich auf eine sehr angeregte Diskussion. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerhard Steier das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Steier: Ein bisschen Geduld, aber das wird schon noch! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn ich nur von meinem Sitznachbarn jetzt die Fragestellung aufnehme, ich habe sie auch nicht verstanden, wo bleibt die Dringlichkeit in dieser Antragstellung?

Außer der Feststellung, dass ich nach Wien ein Signal senden möchte. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also das ist immer das Gleiche! Wenn die Argumente fehlen, wird immer die Frage der Dringlichkeit gestellt!)*

Ich habe das Posthorn oder den Postillion habe ich verstanden, aber diese Dringliche ist mit Sicherheit, außer dass sie an „Grauslichkeit“ wieder einmal nicht zu überbieten ist, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na geh bitte!)* fast nicht in irgendeiner Form festzuhalten. *(Beifall bei den GRÜNEN)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben - und davon gehe ich einmal aus, dass die wahren Inhalte dieses "Pakts" skizziert werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Unterstellen Sie mir, dass ich die falsch skizziert habe?)*

Wir haben es mit einem UNO-Paktum zu tun, wo unter anderem, und das jetzt nur als Abschluss zu den Festhaltungen, der Herr Bundeskanzler Sebastian Kurz damals als Außenminister eine sehr starke Beteiligung in der Verhandlungsführung um die Gestehung dieses Pakts geführt hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo ist das Argument?)* Wenn Sie das jetzt so quasi wieder in der Umkehrung durch die Erfahrungen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo ist das Argument?)* mit der FPÖ ist das jetzt quasi in die Richtung verhindert worden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo ist das Argument?)* dann gratuliere ich recht herzlich.

Sie haben sich gefunden *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo ist jetzt das Argument?)* Türkis/Blau ist der wahre Finder in der Meinungsbildung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na Entschuldigung?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie in jedem Tag in den Medien vorhandenes amerikanisches Präsidententum festhält oder festgehalten hat, die UNO ist ein Diskussionsforum und mehr nicht, deswegen kürze ich ihnen quasi alle Subventionen und alle Bargeldzahlungen, damit sie quasi von dieser sogenannten Diskussionskultur abrücken. In Wirklichkeit kann nichts beschlossen werden, wo es dauerhaft um eine inhaltliche Bestellung geht.

Wie der Kollege Steiner in seiner sogenannten Begründung der Dringlichen festgehalten hat, in diesem Pakt steht definitiv Einsatz drinnen, er ist rechtlich nicht verbindlich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe erklärt, wo das Problem ist!)*

Das Gleiche auch in der Festhaltung zum Zweiten, dieser Pakt wird nicht von den sogenannten teilnehmenden 193 Staaten beschlossen, sondern er wird möglicherweise in Marrakesch, wo am 3. Dezember die Sitzung stattfindet, per Akklamation angenommen. Aber es gibt keine Beschlussfassung und auch sonst keine Festhaltung, die das begründen würde, was Sie alles in diesem Paktum lesen.

Festzuhalten ist, und das steht eigentlich ohne Diskussion, dieser „Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“, das ist der Titel dieses Paktes, wird im Ministerratsvortrag für die Beschlussfassung, wo man sich dann gegen diesen Pakt ausgesprochen hat, in einem Wort geändert. Dort heißt es nicht "globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration", sondern "planmäßige Migration".

Das ist der Wortlaut, der den Ministern zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Tatsache ist auch, dass Schwarz/Blau definitiv meint, durch diesen Pakt würde ein Menschenrecht auf Migration entstehen und jetzt wende ich nur eines ein, das definitiv auch in dieser „Türkis/Blauen Bundesregierung“ von einem Bundesminister festgehalten wurde, der Minister Faßmann, ich glaube, der sitzt auf dem Ticket der Türkisen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Auch bei uns gibt es Leute, die sich…!)* dieser ist durch die

„Türkis/Blaue Regierung“ in die Regierung gekommen oder durch die Türkisen entsendet worden.

Österreich ist ein Einwanderungsland und das hat niemand noch bestritten der die Geschichte innerhalb der „100 Jahre Republik“ Feiern oder auch vorne weg unter der Monarchie festhalten möchte. Österreich war immer bestimmt und Österreich als Land in der Bestehung speziell jetzt durch Einwanderung von anderen Ländern oder über andere Gebiete.

Österreich in seiner gesamten Zusammensetzung kann nur den Bestand als Sozialstaat gewährleisten und da können Sie jede Studie als solche definitiv nachlesen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Lösung ist die, wollen wir eine Migration oder nicht?)* kann nur im Endeffekt bestehen, wenn eine geordnete, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Und Ihre Lösung ist eine legale Einwanderung!)* da ist der Unterschied, eine geordnete Einwanderung stattfindet.

Das wird Ihnen jede Studie nachweisen, das wird Ihnen auch der Herr Dr. Münz, der als sogenannter Entsendeter beim Kommissar in Brüssel sitzt, der vormals in Österreich an den Unis gelehrt hat, der diese gesamten Migrationsgeschichten betreut und die Europäische Union berät, er wird Ihnen das eindeutig sagen.

Auf 32 Seiten wird in diesem sogenannten Pakt festgehalten, was sich quasi die UNO wünscht. Der Grundtenor dieser Auseinandersetzung in diesem Pakt besteht darin, illegale Flüchtlingsströme gegen legale als solche oder quasi umzusetzen. Das nennt sich das Prinzip des sogenannten Menschenrechts.

Darin wird gewährleistet, dass niemand auf der sogenannten Fluchtbewegung zu Grunde geht, dass er da in irgendeiner Form ein Leid erfährt. Wir sind uns darin einig, dass das jetzt unabhängig von allen Bestrebungen der nationalen Regierungen dahingehend gemeistert werden muss, dass in den Herkunftsländern, in den Herkunftsstaaten, entsprechende Voraussetzungen für geordnetes Leben gewährleistet werden.

Dass was die UNO in diesem Pakt als solches festzuhalten im Stande gewesen ist, aus der Mitgliedschaft auch Österreichs, neben den anderen 192 Ländern, wäre gewesen, dass der illegalen Migration kein Vorschub geleistet wird, sondern dass sie hintangestellt wird und abgebrochen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt möchte ich an ein paar Fakten erinnern, die uns allen eigentlich als Österreich im Zusammenhang mit den gesamten Feierlichkeiten die jetzt im Republiksinne auf andere Gegebenheiten auszudrücken waren, vielleicht aufstoßen sollte. Österreich ist UNO-Standort.

Also ich wundere mich schon, was das für eine Bedeutung hat. Aber ich wundere mich wieder nicht, wenn ich höre und weiß, dass Österreich den Vorsitz in der Europäischen Union momentan innehat. Meine Herren, Sie sollten sich ein wenig beruhigen. Ich weiß, dass Ihre parteipolitische Linie sich durchgesetzt hat und Sie diesen Migrationspakt verhindert haben.

Tatsache ist, aber das braucht Sie jetzt nicht weiter aufregen, Sie haben sich durchgesetzt und Sie werden auch wie die Bevölkerung sagt, davon profitieren. Ich darf mich aber aufregen, weil ich es als grauslich empfinde, genauso wie das was heute schon in Ihrem Video am Tag, wo sich die Gruppte trifft, um über die Hetze im Internet zu diskutieren, wird ein Video veröffentlicht über die sogenannten Missbrauchsgeschichten, die mit der e-card im Zusammenhang stehen.

Und dann entschuldigen Sie sich und damit soll alles wieder gut sein. Das Gleiche passiert mit allen anderen Gegebenheiten, die Menschlichkeit, Humanität und Menschenrechte ausmachen. *(Abg. Ilse Benkö: Sie hauen alles in einen Topf!)* Fest steht, dass in diesem Pakt drinnen steht, dass sichere geordnete und reguläre Wege für Migration geöffnet werden sollen. Haben Sie etwas dagegen?

Was haben Sie dagegen? Dass Menschen im Mittelmeer ertrinken müssen? Das ist quasi dass, was Wunschform ist, *(Abg. Ilse Benkö: Nein, das ist Ihre Auslegung, aber nicht unsere!)* das kann niemandes Wunschform sein. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist ja ein Wahnsinn!)*

Das ist, was niemand in irgendeiner Form sich wünscht. Daher sollte illegale Migration durch Maßnahmen, wie ich schon gesagt habe, in den Herkunftsstaaten zurückgedrängt werden. Meine Herren von den Freiheitlichen, meine Dame von der Freiheitlichen Partei, ich verstehe Ihre Aufregung, aber ich kann sie nicht nachvollziehen, weil dass was Menschlichkeit anlangt, hat Sie noch nie ausgezeichnet. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist ja ein Wahnsinn!)*

Daher brauchen Sie jetzt auf meine Darstellungen hier nicht in der Form reagieren. Festzuhalten ist, dass der Pakt eindeutig rechtlich nicht verbindlich ist. Was Sie daraus konstruiert haben, der Herr Strache hat einen Auftrag erteilt an einen Gutachter, und ein einziger Gutachter stellt fest, dass in diesem Pakt etwas drinnen ist, was möglicherweise nach zehn Jahren eine Gewohnheitssituation bilden könnte.

Und aus diesem Rechtsgutachten abgeleitet, das ist ja vollkommen „wurscht“, ob das ist, *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)* hätte das Ganze auch Prinzip gefunden, das als solches Gültigkeit hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich diese Situation beurteile, dann weiß jeder, dass wir innerhalb der Europäischen Union, die Sie ja nicht mögen, wo Sie ja auch alles daran setzen, dass wir das als solches mit den Präambeln und anderem nur so hinhalten. Dass wir innerhalb der Europäischen Union eine klare nationale Regelung haben, was Migration, was Grenzüberschreitung anlangt.

In der Konstruktion, die Sie auch in den Medien verteilen, der Bevölkerung laufend irgendwo mitteilen ist, dass quasi durch diesen Pakt die Grenzen geöffnet werden. Das ist ein so ein integrierender Bestandteil der politischen Kommunikation, die Ihnen hilfreich ist, um quasi noch Wähler zu fangen. Tatsache ist, dass dieser Pakt mit den nationalen Gegebenheiten innerhalb der Europäischen Union nichts zu schaffen hat und dass es EU-Recht ist, dass jeder Nationalstaat auf seine Grenzen und auf seine Gegebenheiten klar und deutlich Obacht zu nehmen hat.

Wenn immer wieder das Beispiel 2015 angeführt wird, ich will jetzt gar nicht sagen wer als Innenminister zu diesem Zeitpunkt war, und auch sonst irgendjemanden vor Augen führen, was sich damals abgespielt hat.

Nur eines steht fest, es war ein allgemeines Versagen, aber aus humanitären Gründen, weil unser Nachbar ohne Einschränkungen die gesamte Migrationsflut an die Grenze geschickt hat und jetzt hätte ich irgendjemanden damals erleben wollen, der diese sogenannten Hunderten, Tausenden, die Hunderttausenden aufgehalten hätte. Daher stellt Euch nicht immer so hin, als hätte damals quasi der Staat versagt. Das war ein globales Versagen und hätte in dem Sinne niemanden als solches genutzt, *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)* wenn dort mit Gewehren und mit allen anderen umgegangen wäre.

Herr Tschürtz, ich komme gerade auf etwas zurück was Ihre Aufregung verständlich macht. Tatsache ist, dass im Zusammenhang mit diesem Migrationspakt die letzten Wochen eines veranstaltet wurde, und da muss man nur auf die sozialen Medien eingehen, und dort ein wenig Nachschau halten, dann findet man das auf sogenannten „rechten Foren".

Ich weiß, dass das etwas ist, mit dem Sie nichts anzufangen wissen, aber das substantiell *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Lesen Sie, was der Grüne Oberbürgermeister gesagt hat!)* Ihres ist, dass auf rechten Foren etwas nachzulesen ist, das jetzt ganze Zeit Stimmung gegen diesen Pakt gemacht hat.

Dann gibt es etwas, den werden Sie auch kennen, Herr Kollege Molnár, Sie waren auch bei dieser Versammlung die im Burgenland stattgefunden hat, in einer ganz besonderen Weise vertreten, bei dem Klub der Identitären, eine ganz besondere Organisation, wo Sie jetzt auch unlängst erst gepostet haben, dass es nach diesem Mafiaparagraphen keine Verurteilung gegeben hat, ein klares Bravo.

Tatsache ist, *(Abg. Géza Molnár: Das stimmt nicht!)* dass diese Vereinigung mit *(Abg. Géza Molnár: Das stimmt ja nicht!)* einem sogenannten Martin Sellner als Vorsitzenden folgendes über Twitter der Bevölkerung mitgeteilt hat. *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz)*

Dieser Martin Sellner hat Ihnen, ich möchte jetzt nicht auf das eingehen, was Sie jetzt von sich gegeben haben, aber ich kann mich an Folgendes erinnern, dass Sie diese Woche auch in der BVZ nachlesen können. Eine Siegendorfer Gemeinderätin, die Ihrer Fraktion angehört hat, Ihrer Partei angehört hat, ist ausgetreten.

Die stimmigste Formulierung die sie gewählt hat, und das ist jetzt die Replik auf Ihre Wortmeldung, Herr Tschürtz, die stimmigste Replik, die sie auf Sie bezogen und auf anderes gemeldet hat war, dass sie sich von der Parteispitze, und da meinte sie wahrscheinlich hauptsächlich Sie, Anstand und Nüchternheit erwartet. Ich will dem nichts mehr hinzufügen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Jawohl, Herr Steier!)*

Das hat sich durchgehend jetzt irgendwo manifestiert. Tatsache ist, dass dieser Gründer oder Vorsitzende der Identitären, ein gewisser Martin Sellner, Folgendes über Twee.at in die Welt gesetzt hat, nachdem es diese Proklamation gegen diesen Pakt gegeben hat. „Seltsames Gefühl: zum allerersten Mal in meinem Leben habe ich wirklich das Gefühl von Menschen regiert zu werden, denen ich und mein Land am Herzen liegen und die in entscheidenden Fragen auf der Seite von mir und meiner Familie sind. Ein schönes Gefühl."

Ich finde es ein grausliches Gefühl diese Art von Unmenschlichkeit, von Inhumanität, die sich jetzt auch in der Bundesregierung in allen Gegebenheiten äußert, die wir in der Bevölkerung auch in aller Form festhalten werden, dass finde ich in keinster Weise zum Bejubeln. Im Gegenteil, das was Österreich über die Vergangenheit jetzt nicht nur in seiner sogenannten sozialpartnerschaftlichen Art oder auch in der Wesensart der Menschen ausgezeichnet hat, dass man nämlich miteinander kommuniziert.

Miteinander gehandelt hat, das wir durch diese Art von Regierungsform im Bund, aber auch in der anderen Ausführung, im Land, durch solche Maßnahmen wie die Ablehnung eines Faktums, das rechtlich eindeutig nicht verbindlich ist. Wo wir uns als Österreich, als UNO-Standort und als Vorsitzende in der Ratspräsidentschaft mehr als disqualifizieren im Vertrauen auf andere Gegebenheiten. Und das passt mit Sicherheit in das Bild das wir momentan auch in der BVT-Affäre über den U-Ausschuss und andere Gegebenheiten abgeben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit in dieser Causa. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Géza Molnár in Richtung GRÜNE: Habt Ihr einen neuen Spitzenkandidaten?)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dringlichkeitsantrag lassen wir ihn einmal links oder rechts vorbei. Mit der Dringlichkeit, wie mein Kollege Steier schon erwähnt hat, hat das wenig zu tun. Aber Sie haben eines erreicht. Emotionen in den Landtag hereinzubringen, Emotionen unter der Bevölkerung zu schüren. Das ist Ihr Ziel, denke ich mit diesem Antrag. Das haben Sie erreicht.

Sie haben eines noch erreicht, Herr Kollege Steiner. Schrittmacher in der Bundesregierung ist nicht Euer Kurz, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Schrittmacher sind wir!)* sondern der Schrittmacher ist der Herr Strache. Eure Argumentation ist nur eines, wie bringe ich im Burgenland Rot und Blau auseinander. Das ist das Ziel.

Nicht das Ziel, dass man mit der Bevölkerung gemeinsam arbeitet, *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* an Lösungen arbeitet. Das ist genau Euer Ziel, was Ihr mit Eurem Antrag erreichen wollt. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rudolf Strommer)*

Meine sehr geehrten Damen und Herr Strommer! Sie haben ein eigenes Zimmer dort drüben. Dort können Sie sich hinsetzen als zweiter Präsident. Warum weiß ich eh nicht. Warum Sie überhaupt ein Zimmer haben? Das frage ich mich. Weil ich denke, Menschlichkeit hat Sie immer ausgezeichnet vor einigen Jahren noch, als Sie in der Regierung hier gesessen sind und jetzt im Bund erkannt haben, dass man nur mit solchen Argumentationen wie diesen Vertrag, der ja nicht bindend ist, wie wir gehört haben, und rechtlich nichts aussagt, jetzt eigentlich die Bevölkerung aufwiegelt gegeneinander. Das brauchen wir nicht.

Das wollen wir hier nicht in diesem Hohen Landtag. Das sage ich immer wieder. Wir wollen gemeinsam einen Weg gehen, wo wir viele Dinge diskutieren sollten im Vorhinein. Sich zusammensetzen, das habe ich schon lange nicht gesagt. Und vielleicht solche Dinge wirklich diskutieren. Aber nicht Kleingeld zu machen, politisches Kleingeld.

Ich sage noch eines, vielleicht kennen Sie das. Ich begrüße, dass die Vereinten Nationen einen Migrations- und Flüchtlingspakt erarbeiten. Dass wir sicherstellen, dass es eine geordnete internationale Herangehensweise an diese Herausforderung gibt. Ich zitiere nur jemanden.

Dann hat eine gewisse Karin Kneissl, Außenministerin für die FPÖ, einem österreichischen Diplomaten das Okay zum Verhandeln gegeben. Kneissl wollte, dass Österreich dem UNO-Übereinkommen zustimmt. Sie hat argumentiert, dass das Papier keine Verpflichtungen oder Sanktionen beinhaltet. Doch sowohl Argumente, wie Expertise der Ministerin und der Diplomaten, wurden von der FPÖ Strache ignoriert.

Kneissl wurde FPÖ intern zurückgepfiffen, wie schon öfters übrigens. Entschuldige, ich will mich da nicht einmischen, ob dies eine gute Ministerin oder keine gute Ministerin ist, sondern man sieht deutlich, sie hat Parteilinie einzuhalten. Das ist nämlich genau das Problem, das wir im Bund haben, im Land und auch in vielen Gemeinden und auch in Verbänden haben. Das gehört eigentlich einmal andiskutiert, wie man damit umgeht.

Oder weitere Zitate. EU-Spitzenkandidat der ÖVP, weiß ich nicht ob er es wird, in der EU, Othmar Karas: „Wir dürfen nicht jede Zukunftsfrage wie Migration oder Europa

parteipolitisieren und nationalisieren. Damit würden wir die inhaltliche Debatte vermeiden. Ich vertrete beim UNO-Pakt die Position, die das EU-Parlament mit großer Mehrheit beschlossen hat, im Übrigen alle ÖVP-Abgeordneten stimmen dafür“.

Ich glaube, da erübrigt sich jeder Kommentar dazu. Dann wurde heute schon zitiert. Ein Minister denke ich der ÖVP nahe stehend, oder vielleicht ein freier Minister, der sich auch etwas sagen traut. Der Heinz Faßmann am 11. November: „Der Migrationspakt hat wesentliche Dinge nicht definiert und müsste weiter verhandelt werden um ihn zu einem besseren Papier zu machen“, sagt Faßmann der „Presse am Sonntag“. „Bei der Entscheidung der Regierung aus dem Pakt

Bei der Entscheidung der Regierung, aus dem Pakt auszusteigen, habe er eine eingehende Diskussion vermisst.

Das, was ich vorher gesagt habe, es gibt gar keine Diskussion, es wird nur politisches Kleingeld einfach immer wieder gemacht, und das verstehe ich nicht.

Es hätte sehr viel früher, während der Verhandlungen, einen Diskussionsprozess geben müssen, sagt ein Minister der ÖVP. Grundsätzlich steht für Faßmann fest: Österreich ist natürlich ein Einwanderungsland. Das lässt sich, wenn man auf die empirischen Fakten blickt, nicht bestreiten. Die von den Regierungskollegen angeführten Bedenken, das Papier bedrohe Österreichs Souveränität, teile ich nicht.

Ein Minister! Recht hat er. Warum? Er soll das sagen. Was ist mit ihm? Ich höre seit Tagen nichts mehr von ihm, eingesperrt irgendwo in einem Kammerl, dass er nichts mehr sagt.

Genau das ist es, liebe Freunde von der ÖVP, Ihr wollt nichts anderes, Ihr wollt nichts anderes erreichen, nur Unmut zu schüren in der Bevölkerung, und vielleicht doch zu punkten, wo Ihr ja leider Zweiter seid, das ist FPÖ-Sache, die punkten mit diesem Thema und sind sehr gut gefahren.

Sie wollen eigentlich nicht anerkennen, und das habe ich bei der letzten Landtagssitzung gehabt, es wird keinen Kurz als Kanzler mehr geben, es wird einen Strache als Kanzler geben, und dann bin ich neugierig, was die ÖVP tut.

Und nur hier im Lande - und wir sind für das Land verantwortlich - zu sagen, wir müssen ein Signal nach Wien senden, weil wir sind so wichtig im Burgenland, dass wir mit diesem UNO-Pakt ganz wichtig dort … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du schickst ganze Zeit nach Europa ein Signal.)*

Herr Kollege Steiner, Sie zitieren einen grünen Bürgermeister aus Deutschland, der ist wahrscheinlich so wie in Eisenstadt Bürgermeister, 15.000 Einwohner, oder was? Sopron hat inzwischen 67.000 Einwohner.

Muss man nur ein bisschen relativieren die ganze Geschichte. Nur dass wir das auch wissen, um was es geht.

Daher glaube ich, und da bin ich der festen Überzeugung, wir müssen uns wirklich Gedanken machen, welche Anträge werden hier in diesem Landtag eigentlich eingebracht, welche Anträge - und da bin ich schon bei Ihnen, teilweise, da bin ich schon beim Herrn Kollegen Sagartz, dass viele Abänderungsanträge nicht einmal anschauen, mittragen, obwohl sie gar nicht wissen, was da drinnen steht, das muss ich jetzt auch einmal klar dazu sagen. Das gehört auch hier geändert in der Situation.

Aber trotzdem glaube ich, dass wir einen Weg gehen müssen, einen gemeinsamen Weg, und der lautet vielleicht so:

Das Asylrecht als Menschenrecht ist zu respektieren. Es gilt zugleich das Recht der österreichischen Staatsbürger auf Schutz der österreichischen Außengrenzen und Absicherung des Sozialstaates.

Flüchtlinge, die in ihren Heimatländern von Verfolgung, Repressalien und Tod bedroht sind, sollen Schutz finden.

Asylverfahren sind rasch und rechtssicher zu gestalten.

Das wird ein Abänderungsantrag und ich glaube, zu dem können wir alle miteinander stehen. Auch Sie, liebe Freunde von der ÖVP.

Einwandernden Personen sollen jene Rechte gegeben und Pflichten abverlangt werden, die der Aufrechterhaltung unserer österreichischen Gesellschaft dienen. - Wir wissen um diese Situation.

Anzustreben sind die bedarfsgerechte Aufrechterhaltung der österreichischen Grenzkontrollen und Weiterführung des Assistenzeinsatzes, wirksame Adaptierung des Schengener Grenzkodex und effizienterer Schutz der Schengen-Außengrenzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau das ist … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja eh der gleiche Antrag.)* Ja, aber jetzt frage ich mich, wie Sie noch in der Regierung da herinnen gesessen sind, hätten Sie so einen Antrag nie eingebracht. Nie hätten Sie diesen Antrag eingebracht, den Sie heute als Dringlichkeitsantrag einbringen. Ich frage mich daher, was wollen Sie wirklich damit erreichen?

Sagen Sie es ehrlich und offen, was Sie damit erreichen wollen! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben Sie nicht zugehört?)* Damit habe ich auch kein Problem, habe ich noch nie gehabt, ein Problem mit Euch.

Die FPÖ ist folgerichtig unterwegs gewesen, seit Jahren, hat auch ihren Erfolg damit bekommen, Sie haben leider den Proporz aufgegeben und sind aus der Regierung rausgefallen. Mehr kann ich jetzt nicht dazu sagen, und das tut Ihnen noch ein bisschen weh. Überhaupt der ersten Reihe. Der zweiten, entschuldige. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber auch die wurden unter Druck gesetzt, das muss man auch einmal klar sagen, auch von der damaligen ÖVP, wo ein Steiner nicht einmal ein Mandat gehabt hat, wo viele Leute nicht einmal gewusst haben, wie es weitergeht. Und es hat trotzdem der Herr damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Entscheidungen treffen müssen. Wo wart Ihr da alle? Hättet da mitgeredet, das habt Ihr aber anscheinend nicht getan. Daher glaube ich, wir werden jetzt bei jeder Landtagssitzung einen solchen Dringlichkeitsantrag haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist korrekt.)* Egal, wie auch immer und wenn wir bis Mitternacht sitzen, damit habe ich kein Problem, wir bekommen eh gut bezahlt, damit habe ich kein Problem, bleiben wir da, wir bekommen gut bezahlt.

Aber solche Dringlichkeitsanträge können wir uns echt ersparen als Dringlichkeit. Bringt ihn normal ein, setzen wir uns zusammen, gehen wir ihn durch, können wir vielleicht gemeinsam einen Antrag einbringen.

Dass wir ein Signal an den Bund setzen, das wäre ein Signal an den Bund. Ihr wisst ganz genau, dass dieser Dringlichkeitsantrag nie durchgehen wird, ist ja logisch. Ihr werdet ja nicht glauben, dass die FPÖ auf einmal umfällt. Das werdet Ihr doch nicht annehmen, nehme ich einmal klar. Oder sehe ich das falsch? In hundert Jahren nicht.

Daher glaube ich, solche Dringlichkeitsanträge zu unterlassen. Ich bin überzeugt, das, was ich jetzt als Punkte vorgelesen habe als Abänderungsantrag, dass man den

gemeinsam einbringt und dass man schlussendlich schaut, eine vernünftige Lösung aus dieser Situation herauszubringen. Danke fürs Zuhören. *(Beifall bei der LBL)*

Präsident Christian Illedits: Zur Geschäftsordnung gemeldet, hat sich Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Ich möchte vielleicht nur einmal klarstellen für alle, Herr Kollege Steier und Kollege Kölly, was ein Dringlichkeitsantrag ist, weil Sie reiten da auf dem Begriff „Dringlichkeit“ herum und glauben offensichtlich, es geht um die Dringlichkeit des Inhalts und das muss ganz schnell gehen.

Nein! Der § 24 der Geschäftsordnung definiert *(Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir eh.)* einen Dringlichkeitsantrag insofern, *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ein Scherz. Geh bitte!)* als ein Dringlichkeitsantrag dann gegeben ist, … *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ja lächerlich. Das muss er uns nicht erklären, was ein Dringlichkeitsantrag ist. – Abg. Mag. Michaela Resetar: Offensichtlich schon.)*

Offensichtlich. *(Abg. Manfred Kölly: Bitte Herr Steiner, das ist jetzt echt lächerlich, uns erklären, dass wir nicht wissen, was ein Dringlichkeitsantrag ist. Ist ein Scherz, oder?)* Herr Kollege Kölly, offensichtlich wissen Sie es nicht, denn Sie haben sich ja vorher darüber mokiert, dass der Inhalt nicht so dringlich sei, und man könnte das anders machen.

Aber der Dringlichkeitsantrag nach unserer Geschäftsordnung ist ganz anders definiert. Nämlich ein Dringlichkeitsantrag liegt dann vor, wenn dieser Antrag ohne Behandlung im Ausschuss im Landtag debattiert wird - und das passiert hier. *(Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir eh alles.)*

Wir haben als Klub das Recht, so einen Antrag einzubringen. Sie nicht, weil Sie zu wenig sind, aber dafür kann ich nichts. Also nehmen Sie das einmal zur Kenntnis und tun Sie nicht immer so, wie wenn das ein Blödsinn wäre, weil es nicht dringlich wäre.

Schauen Sie in die Geschäftsordnung und dann können wir weiterreden! *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Präsident.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Definition Dringlichkeitsantrag entsprechend der Geschäftsordnung *(Abg. Mag. Kurt Maczek: Bitte erkläre uns das nicht auch noch. Wir haben es schon verstanden.)* ist nunmehr außer Streit gestellt.

Auf der anderen Seite, Herr Kollege Kölly, auch zeitlich ist es deshalb dringend, weil am 10. Jänner eine entsprechende Abstimmung in Marrakesch stattfinden soll - das ist in 25 Tagen. *(Abg. Manfred Kölly: Na stelle Dir das vor.)* Sage ich Ihnen nur … *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ und FPÖ - Abg. Manfred Kölly: Das ist super. Das ist gut, dass wir unseren Senf dazugeben können. Das ist toll. Das ist ein Kasperltheater.)*

Wir fordern die Landesregierung auf, die Bundesregierung in ihrem Vorhaben zu unterstützen. Was daran verwerflich sein soll, das müssen Sie mir erklären!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme an, dass einer der nächsten Redner der Koalition FPÖ oder SPÖ diesen Dringlichkeitsantrag dann offiziell einbringen wird, aus dem der Kollege Kölly ja schon zitiert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesem Abänderungsantrag wie Sie ihn formulieren, zuzustimmen, ist ungefähr so, „morgen geht die Sonne auf".

Alles, was da drinnen ist, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Abg. Edith Sack: Für uns auch.)* Wer soll denn dagegen sein, dass das Asylrecht als Menschenrecht zu respektieren ist? Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Ich glaube nicht, dass es hier herinnen im Saal irgendjemanden gibt, der Menschen, die in ihrer Heimat auf Grund ihrer religiösen, ihrer politischen Überzeugung, ihrer Hautfarbe oder sexuellen Ausrichtung mit dem Leben bedroht sind, dass denjenigen Asyl zu gewähren ist. Niemand hier herinnen - davon gehe ich einmal aus.

Daher werden wir dem selbstverständlich zustimmen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dass die Außengrenzen zum Schutz der Österreicherinnen und Österreicher abzusichern sind - no na, wir haben einige Tage im Jahr 2015 gehabt, wo das nicht der Fall war. So etwas darf sich nicht mehr wiederholen. *(Abg. Manfred Kölly: Wer war Verteidigungsminister?)*

Flüchtlinge, Flüchtlinge, die vom Tod bedroht sind, sollen Schutz finden, no na, natürlich. Dass Asylverfahren im Sinne aller rasch abgeführt werden *(Abg. Wolfgang Sodl: Integrationsminister!)* sollen - ja, werden wir zustimmen. *(Abg. Ingrid Salamon: Sind wir uns eh einig.)* Dass Asylmissbrauch konsequent verhindert werden soll - ja, ja, ja.

Einwandernden Personen sollen jene Rechte gegeben und Pflichten abverlangt werden, die der Aufrechterhaltung unserer österreichischen Gesellschaft dienen - werden wir auch zustimmen.

Wobei bei den Einwanderern, da sind wir schon wieder auf einer anderen Schiene, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Anzustreben sind die bedarfsgerechte Aufrechterhaltung der österreichischen Grenzkontrollen und Weiterführung des Assistenzeinsatzes, wirksame Adaptierung des Schengener Grenzkodex und effizienter Schutz der Schengen-Außengrenzen - ja.

Wir stimmen dem Abänderungsantrag zu. Das ist aber nicht die Intention, die die ÖVP bewogen hat, diesen Dringlichkeitsantrag heute einzubringen. *(Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir eh.)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hätten uns gefreut, wenn Sie wenigstens … *(Abg. Manfred Kölly: Die Begründung weißt Du eh von mir.)* Wollen Sie noch lernen, dann hören Sie zu! Sie müssen aber nicht zuhören. Gut! Bleiben Sie so in Ihrer Haltung!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre schön gewesen, wenn Sie zumindest im ersten Satz des Dringlichkeitsantrages, im ersten Absatz, auch hineingebracht hätten, das ist nämlich genau der Absatz, was den Plan A, den der Kollege Steiner schon vorgelesen hat, ich lese ihn Ihnen noch einmal vor, nur damit Sie wissen, was im Plan A eines gewissen Herrn Kern gestanden ist. *(Abg. Edith Sack: Wir wissen es eh.)*

Demokratie, Religions- und Meinungsfreiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind Werte, die in Europa über Jahrhunderte hart erkämpft worden sind und die Basis des europäischen Lebensmodells bilden. Eines Modells, das Ausgleich zwischen individuellen Freiheiten und Interessen der Gemeinschaft schafft und auf Toleranz und Respekt beruht.

Diese Werte müssen und werden wir verteidigen, und das sind Werte, die Menschen, die nach Europa kommen, oft erst kennenlernen müssen. Dieses Kennenlernen und Erfahren braucht Zeit und die Bereitschaft, es zu tun. - Die Bereitschaft, es zu tun. - Deshalb müssen wir Migration so lenken, dass diese wichtige Integrationsaufgabe gelöst werden kann. Wenn Europa mit Migration konfrontiert ist, die über dieses integrierbare Maß hinausgeht, geraten unsere Werte unter Druck. Das müssen wir verhindern. - Kern, sage ich nur dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und nun zu dem, was der Kollege Steier vorhin gesagt hat. Der Kollege Kölly, nein, der hat das nicht gesagt, der hat etwas anderes gesagt.

Das kann schon passieren, und es ist oft schon passiert, dass solche Dinge, auch wenn sie unverbindlich, Herr Kollege Steier, formuliert sind, in Recht übergehen. Wir wissen, dass es ein Völkerrecht gibt, und wir wissen, dass es ein Völkergewohnheitsrecht gibt.

Das Völkerrecht ist gleichrangig gegenüber dem Staat und ein Staat hat ein Staatsgebiet, hat Staatsbürger und eine Regierung. Diese drei Dinge müssen vorhanden sein und zwischen diesen Staaten, zwischen diesen souveränen Staaten, gibt es das Völkerrecht, das hier diesen Ausgleich regelt. Der Malteser Ritterorden ist auch ein souveränes Subjekt, okay, lassen wir jetzt einmal weg.

Und dann gibt es das Völkergewohnheitsrecht. Warum sage ich das? Weil die Rechtsquelle des Völkerrechtes auch das Völkergewohnheitsrecht ist, und das Völkergewohnheitsrecht ist eine Form ungeschriebener Völkerrechts, das durch allgemeine Übung getragen - jetzt aufpassen - von der Überzeugung der rechtlichen Verbindlichkeit der Norm entsteht.

Getragen von der Überzeugung der rechtlichen Verbindlichkeit der Norm!

Nach Artikel 38 Abs. 1 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes ist das Völkergewohnheitsrecht neben den völkerrechtlichen Verträgen und den allgemeinen Rechtsgrundsätzen eines der Rechtsquellen des Völkerrechts.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, da wird es dann schon ein bisschen enger, da wird es schon ein bisschen enger, wenn auf 37 Seiten dieser UN-Charta dann auch entsprechende Dinge stehen, wie - Thomas Steiner hat es ausgeführt -, 80-mal steht, Österreich verpflichtet sich, die Verbindlichkeiten und so weiter. Zu sagen, das wird vielleicht in zehn, 15 Jahren, vielleicht irgendwann einmal ein Richter aufgreifen, „vor Gericht und auf hoher See bist du mit Gott alleine“. Das ist so. *(Heiterkeit in den Reihen der SPÖ und FPÖ – Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Hat schon der Strasser gesagt.)*

Bei Gericht gibt es ein Urteil, Gerechtigkeit gibt es da oben. Wir glauben daran. Bei Gericht gibt es ein Urteil, indem Gesetze und Normen, die Menschen erstellt haben, angewendet werden.

Dieser UN-Migrationspakt wird von Österreich keine Zustimmung erhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dieser UN-Migrationspakt soll das Thema Migration als globale Herausforderung darstellen.

Zwar ist eine gute Zusammenarbeit auf internationaler Ebene für die Bundesregierung eine wichtige Priorität, aber wir wollen und wir müssen vermeiden, dass Österreich nicht mehr selbst entscheiden kann, wie Migration in unserem Land organisiert wird.

Die Souveränität Österreichs muss gewährleistet sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und nicht, dass Gerichte auf Grund von Verpflichtungen über Völkergewohnheitsrecht in Völkerrecht übergehend entscheiden, wie in Österreich Einwanderung, ob legale oder illegale Einwanderung, organisiert wird.

Einige Ziele dieses UN-Migrationspaktes sind aus österreichischer Sicht nicht geeignet, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Migrationsfragen zu lösen. Dazu gehört etwa die Verwässerung des Unterschiedes zwischen legaler und illegaler Migration.

Ich hoffe, Sie haben es alle gelesen. Es sind ja nicht viele Seiten, ich habe mir die letzte Nacht das wirklich durchgelesen. *(Abg. Doris Prohaska: Wir lesen mehr Seiten auch.)* Genau durchgelesen, und habe mir das sehr genau angesehen.

Im Wissen, dass aus einem Völkergewohnheitsrecht auch eine Quelle für das Völkerrecht sein kann, müssen wir hier wirklich gut aufpassen.

Es ist Österreich ja nicht eine Insel, die alleine über solche Dinge entscheidet, sondern rundherum um Österreich machen sich solche Stimmen breit, wo man aufpassen muss, dass solche Regelungen nicht der Staatssouveränität entgleiten.

Meine Damen und Herren! Österreich wird dem UN-Migrationspakt deshalb nicht beitreten und sich in der Generalversammlung der Stimme enthalten. Um sonst geht es nichts.

Uns geht es als Signal heute dafür, Herr Kölly, dass der Burgenländische Landtag hier gemeinsam mit der Burgenländischen Landesregierung die Bundesregierung in ihrem Bestreben unterstützt. Das ist unser Ziel. Das wollen wir haben.

Wenn Sie Ihren Abänderungsantrag hier einbringen werden, dann werden wir dem Abänderungsantrag zustimmen, weil rein rechtlich wir unseren Antrag ja auch nicht zur Abstimmung bringen können.

Aber Ihr Abänderungsantrag verwässert die Intention unseres Ansinnens und das Ansinnen der Bundesregierung. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist kein Ansinnen. Das ist etwas anderes.)*

Österreich sieht den Packt als völkerrechtlich nicht verbindlich an, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wird sich an der Umsetzung dieses Pakts nicht finanziell beteiligen. An der am 10. Dezember geplanten Konferenz in Marrakesch sozusagen wird kein offizieller Vertreter Österreichs teilnehmen. Das ist das Spiel auf internationaler Ebene, wo die Diplomatie ganz einfach die Regeln vorgibt.

Wer nach Österreich kommt, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss der souveräne Staat Österreich entscheiden und nicht ein Papier, das hier erarbeitet wurde und das auf 80-mal insgesamt steht Verpflichtungen, die wir eingehen. Österreich verpflichtet sich, wo nach dem Völkergewohnheitsrecht ein Völkerrecht entstehen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war uns wichtig, dass hier in dieser Dringlichkeitsdebatte herauszuarbeiten. Ganz wichtig.

Unser Beschlusstenor hätte gelautet - ich sage es nur dazu. Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur Ankündigung der Österreichischen Bundesregierung, den UN-Migrationspakt nicht zu unterstützen.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, Österreich möge sich in der UN-Generalversammlung der Stimme

enthalten. Ein Unterstützen der Linie der Bundesebene, wo Sie daraus herausgelesen haben, Herr Kölly, weiß ich nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Mach Dir keine Sorgen!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es braucht von Landesseite auch ein klares Bekenntnis zu einer gemeinsamen Linie. In der Migrationsfrage keine Zustimmung Österreichs zu diesem UN-Migrationspakt, aus den Gründen, wie ich es vorhin genannt habe.

Asyl und Migration sind zwei verschiedene Dinge. Legale Migration und illegale Migration sind auch zwei verschiedene Dinge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit Österreichs Souveränität weiterhin unangetastet bleibt.

Wir hätten gerne diese Lösung, die wir eingebracht haben. Sie verhindern die Abstimmung dieses unseres Antrages. Sie bringen - rechtlich in Ordnung - einen Abänderungsantrag ein, dem wir zustimmen werden, der aber die Ziele unserer Intention verwässert. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Manfred Kölly: Das ist oft so.)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Christian Drobits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Drobits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren auf der Tribüne! Mit diesem vorliegenden Antrag wird mein Eindruck, den ich aus den letzten Monaten bei den zahlreichen Dringlichkeitsanträgen der ÖVP gewonnen habe, noch mehr bestärkt und klarer.

Das waren immer wieder und auch heute formschlanke, formschwache, im Inhalt nicht Fisch und Fleisch seiende, manchmal - im Volksjargon sagend - auch halbschwangere Anträge in der Beschlussfassung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Viel genauer geht es nicht mehr.)*

Wenn genau der Kollege Strommer als mein Vorredner die Beschlussformel vorgelesen hat, ist der letzte Teil der, dass die Landesregierung die Bundesregierung unterstützen möge, auffordern möge, sich bei der UN-Generalversammlung der Stimme zu enthalten. *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Da gibt es keine Abstimmung.)*

Also ich denke mir, wir alle im Burgenland wollen, dass es den Burgenländerinnen und Burgenländern klare und präzise Vorgaben gibt, und das machen wir. Und eine Stimme zu enthalten, ist etwas, was das Letzte ist. Entweder sagt man ja oder nein.

Ich sehe eindeutig, die ÖVP hat offenkundig nur das Ziel, abzulenken von dem, dass die SPÖ-FPÖ-Koalition gemeinsam derzeit wichtige Gesetzesprojekte kontinuierlich abarbeitet und vor allem gemeinsam vor jeder Landtagssitzung mit den beiden Obleuten diese Vorhaben erläutert und auch im Nachhinein gemeinsam und partnerschaftlich demonstriert dann nach außen aufzeigt. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP)*

Das wird versucht, anders darzustellen. Meiner Meinung nach liegt die Vermutung nahe, dass mit System und auch Programm versucht wird, einen Keil zwischen die Koalitionspartner zu treiben. Aber das wird Ihnen nicht gelingen! Schauen Sie sich die Teilnehmer an! Niemand wird das wollen und keiner macht das. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Kollege Kölly hat den gleichen Eindruck wie ich. Er sagt das Gleiche. Es wird nicht gelingen, diese rot-blaue Koalition zu sprengen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Reden Sie über Inhalte! Reden Sie über die Sache! Das interessiert mich ja nicht.)*

Das ist Ihr Beweggrund. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Reden Sie über die Inhalte!)* Ihr Beweggrund ist nicht der Inhalt, Ihr Beweggrund ist einfach, diese Koalition zu sprengen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich bin doch kein Sprengmeister.)*

Ein zweiter Grund, Sie wollen heute die Bühne. Aber die Bühne, die bekommen Sie mit solchen Dringlichkeitsanträgen nicht mehr. Diese Dringlichkeitsanträge sind nicht mehr überraschend. Sie sind berechnend.

Mich hat heute der Antrag nicht mehr überrascht. Ich habe letztes Mal zum Antrag, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das kann Sie nicht überraschen, weil wir es medial angekündigt haben.)* zum Dringlichkeitsantrag, gesprochen, wo es um die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger gegangen ist.

Auch dort wollten Sie die Bundesregierung unterstützen. Auch dort haben Sie dem Abänderungsantrag wieder zugestimmt.

Sie wollen nur die Bühne. Ihnen geht es nicht um den Inhalt, Ihnen geht es nicht um das Ergebnis, Ihnen geht es nur darum, dass Sie aufzeigen wollen und zwischen den Koalitionspartnern einen Keil hineinbringen wollen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Wenn heute der zuständige Finanzlandesrat Mag. Hans Peter Doskozil seine Budgetrede im Anschluss halten wird, glaube ich auch, dass Sie vielleicht auch diese zum Anlass genommen haben, um ein Störfeuer durch diesen Dringlichkeitsantrag zu machen.

Nur, auch er wird sich genauso wenig wie ich und meine Fraktionsmitglieder davon überraschen lassen. Er wird seinen Weg gehen, er wird dem Budget für das nächste Jahr unter dem Bild „Das Burgenland steht ganz oben“ sicherlich die soziale Ausrichtung und sicherlich auch keine finanziellen Abenteuer für das Land Burgenland gehen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP! Die Koalition funktioniert gut. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Auf Bundesebene meinst Du.)* Ich muss Sie leider enttäuschen, im Land Burgenland funktioniert sie sehr gut. Wir arbeiten gemeinsam für die Burgenländerinnen und Burgenländer und vor allem wir streiten nicht, denn das will niemand.

Deshalb komme ich jetzt ganz kurz nur zu diesem UN-Migrationspakt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Endlich.)* Eigentlich ist mir aufgefallen, dass sogar in den eigenen Reihen Ihr ehemaliger Integrationsminister und der nunmehrige EU-Kandidat, vielleicht sogar Spitzenkandidat, Karas *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Von woher wissen Sie das?)* unterschiedliche Auffassungen zu diesem Pakt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da wissen Sie mehr als ich.)*

Das heißt, auch dort merkt man schon, dass Sie sich selbst nicht sicher sind. Wen unterstützen Sie dann eigentlich? Den Bundesminister oder den Bundeskanzler im konkreten Fall? Oder den EU-Kandidaten? Das heißt, mit Stimmenthaltung lassen Sie sich beide Optionen offen. Ich verstehe es.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zum Thema Asyl und Migration im Burgenland unter dem Motto „Für Menschlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz“ eine geradlinige, klare, transparente Linie. Das Asylrecht wird als Menschenrecht jedenfalls vollständig akzeptiert und gleichsam setzen wir darauf, dass das Recht der

österreichischen Staatsbürger auf Schutz der Außengrenzen und auf Absicherung des Sozialstaates natürlich gewährleistet werden muss.

Und selbstredend verweise ich darauf, dass in allen Tagesordnungspunkten der letzten Jahre immer wieder dieses Thema Asyl und Migration so in dieser Position nachlesbar ist. Es ist klar und einsichtig in den stenographischen Protokollen des Landtages.

In diesem Sinne bringe ich auch einen Abänderungsantrag ein, der genau diese Beschlussformel umfassen soll. Ich werde ihn vorlesen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Kölly hat ihn eh schon vorgelesen. – Abg. Manfred Kölly: Alles noch nicht.)*

Die Beschlussformel lautet: „Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zum Recht auf Asyl und zu dessen strikter Trennung sonstiger Migration.

Entscheidungen über Form und Ausmaß von Zuwanderung müssen - innerhalb der EU-rechtlichen Rahmenbedingungen - in der staatlichen Kompetenz Österreichs bleiben."

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ - Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Christian Illedits: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch auf der Regierungsbank, werte Regierungsmitglieder! Es wurde jetzt schon von einigen hier erläutert, was für Vermutungen vorhanden sind, warum dieser Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde.

Es ist nur schon ein bisschen eigenartig, weil ich frage mich, was kommt jetzt? Werden wir jetzt in Zukunft, wenn die ÖVP findet, die Bundesregierung hat irgendetwas richtig gemacht, hier darüber diskutieren, dass wir im Landtag noch einmal beschließen, dass die Landesregierung der Bundesregierung die Unterstützung aussprechen soll? Das ist eigentlich ein Missbrauch dieses parlamentarischen Hohen Hauses hier. *(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPÖ - Abg. Edith Sack: Genau!)*

Wenn wir schon dazu Stellung nehmen, dann müssen wir doch schauen, was etwa Migrationsforscher und -forscherinnen in Österreich sagen. Die forderten nämlich eine Kurskorrektur und keine Unterstützung der Österreichischen Regierung.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die seit langem an österreichischen Universitäten zu den Ursachen, Folgen und Rahmenbedingungen von Migration forschen, sind entsetzt über die Entscheidung, die die Bundesregierung getroffen hat.

Kollege Strommer, Sie haben gesagt, Sie haben das gestern Abend noch gelesen, vielleicht ist es hilfreich, wenn Sie das in wachem Zustand lesen. Das ist der Migrationspakt, ja. Weil dann sind manche Rückschlüsse die Sie ziehen oder Interpretationen einfach nicht schlüssig. *(Heiterkeit und Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich entscheide, wer mich beleidigen kann.)*

Ich werde das auch alles belegen. Ich werde das alles belegen. Was soll der Migrationspakt überhaupt leisten? Nun, schauen wir mal bereits in die Überschrift: Global compact for safe orderly and regular migration. Auf Deutsch, Sie haben es auch hier sicher gelesen: Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration.

Also, wenn irgendjemand behauptet, der Sinn des Papieres sei es, Unordnung und Unsicherheit zu schaffen, dann widerspricht das bereits diesem Titel hier.

Nur, es ist gar nicht so, dass alles nur zum Jubel veranlasst. Da sehe ich auch einige kritische Punkte darinnen. Ich werde nachher noch darauf eingehen. Aber man muss schon bei den Tatsachen bleiben, was hier wirklich drinnen steht.

Dana Schmalz, eine Gastwissenschaftlerin am Zolberg Institute on Migration and Mobility in der New York School in New York fasst zusammen: Der Text des Pakts ist das Ergebnis aus mehreren Phasen zwischenstaatlicher Verhandlungen. Der Entschluss, ein solches Abkommen auszuhandeln, findet sich in der New Yorker Erklärung, welche die UN-Generalversammlung im September 2016 einstimmig verabschiedet hat.

Der UN-Migrationspakt bezieht sich auf Migration in allen Formen. Also sowohl auf Arbeitsmigration als auch auf Flucht sowie auf die vielfältigen Abstufungen, Überschneidungen und sonstigen Varianten, die ein so allgegenwärtiges Phänomen wie Migration mit sich bringt.

Es ist eine Leistung des Migrationspaktes, dass er diese umfassende Natur von Migration anerkennt und zum Ausdruck bringt. Für konkretere bindende Regelungen ist es notwendig und sinnvoll, dass zwischen Migrationsformen unterschieden wird und Organisationen mit verschiedener Ausrichtung bestehen.

Wenn nun, Herr Kollege Steiner, in Ihrem Antrag hier drinnen steht, der Migrationspakt vermischt legale und illegale Migration, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat auch Ihr Grüner Kollege gesagt.)* dann ist das einfach falsch, wenn man liest, was drinnen steht.

Ich zitiere aus der Präambel, Punkt 4: „Es handelt sich bei ihnen um verschiedene Gruppen, die separaten Rechtsrahmen unterliegen.“ So. „Lediglich Flüchtlinge haben ein Anrecht auf den spezifischen internationalen Schutz“ und so weiter. Ausdrücklich wird hier formuliert, das sind unterschiedliche Gruppen, das darf nicht vermischt werden.

Wenn Sie in Ihrem Antrag sagen, es wäre ein Eingriff in die souveräne Politik der einzelnen Staaten, dann ist das schlichtweg falsch, weil es steht ausdrücklich drinnen, es geht um die nationale Souveränität.

Der globale Pakt bekräftigt das souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen. Ich zitiere bitte direkt aus dem Pakt heraus.

Das ist ein Grundübel in dieser Diskussion. Es wird eine Behauptung aufgestellt, dass etwas in einem Papier drinnen stünde, das so gar nicht drinnen steht und dann zu sagen, es ist alles schlecht, wir müssen dagegen vorgehen.

Aber gehen wir noch einmal zurück. Warum gab es überhaupt die New Yorker Erklärung, der ja alle zugestimmt haben? Auch der damalige Außenminister, wir wissen, wer das war.

Die New Yorker Erklärung war eine Reaktion auf eklatante Mängel im gegenwärtigen System internationalen Flüchtlingsschutzes und des Schutzes von Migrantinnen und Migranten in weiterem Sinn.

Welche Mängel wurden damals festgestellt? Ausdrücklich festgestellt! Das ist die horrende Zahl von Todesfällen im Zusammenhang mit Migration. Todesfälle, die vermeidbar wären. Als Mangel wurde festgestellt, der Mangel an Koordination zwischen Staaten, indem sie beispielsweise den Grundsatz der Verantwortung im Flüchtlingsschutz betonte.

Die New Yorker Erklärung mahnt den Zusammenhang von massiven Klimaveränderungen mit Migrationen im Blick. Ein überfälliges Thema, eine wichtige Aufgabe gerade wenn man verantwortungsvolle Politik mit Weitblick macht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Es folgten dann Verhandlungen, an denen sich auch Österreich beteiligte, für einen UN-Migrationspakt sowie für einen eigenen UN-Flüchtlingspakt.

Das ist ein eigenes Papier. Dafür wird es ebenfalls im Dezember eine Endfassung geben, die dann verabschiedet wird. Beide Pakte sind rechtlich unverbindlich. Leider sind auch die Formulierungen immer wieder und überwiegend vage gehalten. Was ist der Migrationspakt nun und was kann er leisten? Der Migrationspakt ist ein Rahmen für die zukünftige Zusammenarbeit von Staaten und eine Bekräftigung von Grundsätzen, die Rechtsverletzungen entgegenwirken sollen.

Das bereits dieser Ansatz, vor allem in rechtsgerichteten Community`s, Parteien und Staaten, Ablehnung findet, ist für mich ein Alarmzeichen. Noch alarmierender ist für mich, dass der Spinn, die Diktion rechtsextremer Medien von vielen einfach übernommen wird.

Soweit meine persönliche Anmerkung dazu. Zurück jetzt zu den objektiven Fakten. Ich zitiere dazu wieder Dana Schmalz. „Der UN-Migrationspakt ist ein liberaler Kompromiss. Er ist nicht bindend und sein Inhalt ist überwiegend auch nicht neu, aber er bringt ein Grundverständnis von Migration zum Ausdruck, welches unaufgeregt anerkennt, dass Migration so alt ist wie die Menschheit und das eine globalisierte Welt sich erst recht nicht davor verschließen kann."

Insofern ist es jetzt für mich schon nachvollziehbar, warum sich die FPÖ gegen so einen Pakt wehrt, weil sie will ja deklarierter Weise die Zuwanderung absolut beschränken und deswegen wird sie jeden Text ablehnen. Das ist jetzt meine Interpretation ihres Verhaltens, der Migration als Realität beschreibt, die es zu gestalten gilt.

Dass die ÖVP, deren Vertreter den Pakt mitausverhandelt hat, justament, während der Ratspräsidentschaft einen Rückzieher macht und damit dem internationalen Bekenntnis zu einer gemeinsamen Lösung des Flucht- und Migrationsproblems eine Absage erteilt, ist für mich mehr als nur unverständlich.

Das ist für mich auch als Tochter eines ÖVP-Elternhauses nur mehr unverständlich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihre Eltern werden es verstehen.)* Im Übrigen kennt die österreichische Rechtsordnung seit 1867 ein Recht auf Migration, nämlich die Freiheit der Ausreise.

In Art. 4, Staatsgrundgesetz heißt es, die Freiheit der Auswanderung ist von Staatswegen nur durch die Wehrpflicht beschränkt. Ein Verfassungsjurist weist in einem Facebook-Eintrag darauf hin, dass das in seiner Bedeutung nicht nur für das 19. Jahrhundert und später in der Menschrechtsrethorik des Kalten Kriegs nicht zu unterschätzen ist.

Die Freiheit der Ausreise bedingt freilich noch keine der Einreise. Daher ist es ja so an der Zeit, zumindest erste Schritte zu einer globalen Regelung zu setzen und die Leute nicht für dumm zu verkaufen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Wording der Bundesregierung lautet, dass man illegale Migration bekämpfen wolle, na, no na! In einem Rechtsstaat geht es immer darum, dass das, was dem Gesetz widerspricht, zu verhindern ist. Das wollen wir alle, das ist eigentlich eine Nullaussage. *(Abg. Géza Molnár: Wie schaut es da bei Abschiebungen aus?)*

Darum ist es ja den meisten Anhänger der liberalen Demokratien ein Anliegen, Gesetze zu schaffen, die auch umgesetzt werden können. Also, stattfindender Migration einen gesetzlichen Rahmen zu geben, damit sie legal ablaufen kann.

Wie wir schon gehört haben, gibt es da schon unterschiedliche Zugänge. Irgendein Bürgermeister, irgendwo in Deutschland, hat einen anderen Zugang, als viele seiner Kollegen. Es hat ein Regierungsmitglied der ÖVP einen anderen Zugang, als andere in der Regierung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 14.000 Einwohner hat die Stadt Eisenstadt. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber das, was die Bundesregierung unter dem Druck der FPÖ tut, verleugnet vorhandene Migrationsprobleme, indem sie wesentliche Migrationsursachen ausblendet.

Das ist übrigens schon auch eine Kritik, die ich, zum Beispiel, an diesem Migrationspakt habe. Nämlich, dass die Verantwortung der Herkunftsländer hier viel zu wenig betrachtet wird und dass die viel zu wenig in die Pflicht genommen werden. Also, das ist schon so, dass hier noch einiges, auch aus meiner Sicht, hätte anders formuliert werden können, aber es ist eben ein gemeinsames Papier, das nicht nur Jubel auslöst, aber das von seiner Richtung her genau das Richtige macht.

Der Migrationspakt, den die Bundesregierung nicht unterschreiben will, beschreibt nämlich 23 Ziele, denen sich leider die Bundesregierung und der Bundeskanzler verweigern. Ich muss ehrlich sagen, es erschüttert mich schon ein bisschen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 17!)* dass auch die ÖVP Burgenland sich dem verweigert, denn, wenn ich an Debatten denke, die wir vor drei Jahren hier in diesem Saal geführt haben, dann frage ich mich, was ist hier geschehen?

Viele Wähler des Jahres 2010 werden Euch nicht wiedererkennen, aber vielleicht ist ja auch das das Anliegen, ich weiß es nicht.

Was ist nun dort enthalten? Es beschreibt 23 Ziele. 23 Ziele werden hier in diesem Papier beschrieben. Ziele für eine gesicherte, geordnete und reguläre Migration. Es geht um die Erhebung und die Nutzung korrekter und aufgeschlüsselter Daten als Grundlage für eine Politikgestaltung, die auf nachweisbaren Fakten beruht.

Ich erwähne das jetzt absichtlich hier alles, weil ich in den letzten Tagen von Leuten oft gefragt worden bin, erst gestern Abend wieder am Rande unserer Veranstaltung, was denn da eigentlich steht? Wir kennen doch nur die Debatten darüber, aber nicht den Inhalt.

Ein weiteres Ziel ist die Minimierung nachteiliger Triebkräfte und struktureller Faktoren, die Menschen dazu bewegen, ihre Herkunftsländer zu verlassen.

Ziel dieses Paktes ist drittens die Bereitstellung korrekter und zeitnaher Informationen in allen Phasen der Migration. Man muss also natürlich schon auch vor Ort ansetzen und auf dem Weg ansetzen. Das wird hier ganz klar als Ziel beschrieben.

Ziel ist die Sicherstellung dessen, dass alle Migranten über den Nachweis einer rechtlichen Identität und ausreichende Dokumente verfügen.

Ziel ist die Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration.

Ziel ist die Förderung einer fairen und ethisch vertretbaren Rekrutierung von Arbeitskräften und Gewährleistung der Bedingungen für eine menschenwürdige Arbeit. Ziel dieses Paktes ist die Bewältigung und Minderung prekärer Situationen im Rahmen von Migration und die Rettung von Menschenleben und die Festlegung koordinierter, internationaler Maßnahmen betreffend vermisste Migranten.

Ziel ist die Verstärkung der grenzübergreifenden Bekämpfung und der Schleusung von Migranten und die Prävention, Bekämpfung und Beseitigung von Menschhandel im Kontext der internationalen Migration. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Sind das nicht Ziele, die wir alle unterstreichen?

Ziel ist ein integriertes, sicheres und koordiniertes Grenzmanagement und die Stärkung der Rechtssicherheit und Planbarkeit bei Migrationsverfahren zur Gewährleistung einer angemessenen Prüfung, Bewertung und Weiterverweisung.

Ziel ist aber auch die Freiheitsentziehung bei Migranten nur als letztes Mittel und Bemühung und Alternativen und die Verbesserung des konsularischen Schutzes unter konsularischer Hilfe und Zusammenarbeit im gesamten Migrationszyklus.

Ziel ist, da kommen wir auch auf einen Punkt, weswegen es dann auch in der Bundesregierung „geknatscht“ hat, die Gewährleistung des Zugangs von Migranten zu Grundleistungen.

Ziel ist die Befähigung von Migranten und Gesellschaften zur Verwirklichung der vollständigen Inklusion und des sozialen Zusammenhaltes.

Ziel ist die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Förderung eines auf nachweisbaren Fakten beruhenden öffentlichen Diskurses zur Gestaltung der Wahrnehmung von Migration.

Ziel ist auch die Investition in Aus- und Weiterbildung und Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung von Fertigkeiten, Qualifikationen und Kompetenzen.

Der Migrationspakt hat aber auch das Ziel, Bedingungen herzustellen, durch die Migranten in vollem Umfang zur nachhaltigen Entwicklung in allen Ländern beitragen können und die Schaffung für Möglichkeiten für schnellere, sichere und kostengünstigere Rücküberweisungen und Förderung der finanziellen Inklusion von Migranten. Hier geht es also auch um die Rücküberweisungen.

Ziel des Migrationspaktes ist die Zusammenarbeit bei der Ermöglichung einer sicheren und würdevollen Rückkehr und Wiederaufnahme sowie in eine nachhaltige Reintegration und die Schaffung von Mechanismen zur Übertragbarkeit von Sozialversicherungs- und erworbenen Leistungsansprüchen. Das ist doch sehr klug und sehr verantwortungsvoll gedacht.

Letztlich ist das 23. Ziel die Stärkung internationaler Zusammenarbeit globaler Partnerschaften für eine sichere, geordnete und reguläre Migration. Ich kann hier nicht den ganzen Tag referieren, aber für das bessere Verständnis nenne ich jetzt noch ein Beispiel, wenn es um Selbstverpflichtungen geht, denn das ist ein Wort, das Sie ja gar so aufregt. Nämlich, dass das Wort Selbstverpflichtung vorkommt.

Da ist zum Beispiel hier: Wir verpflichten uns, Optionen und Wege für eine reguläre Migration anzupassen. Ganz schreckliche Selbstverpflichtungen sind das offensichtlich und ja, das führt dazu, dass Einwanderung unter gewissen Umständen erleichtert werden soll.

Dann werden wir inhaltlich zum Teil wahrscheinlich unterschiedliche Meinung haben, ob das gut ist, oder nicht und das ist schon ein Punkt, der da enthalten ist. Wer aber daraus den Schluss zieht, dass es dadurch zu einem Anschub von Migration kommt, der hat sich offensichtlich mit der realbestehenden Situation nicht wirklich beschäftigt und mit dem Pakt auch nicht.

Den Staaten soll die Möglichkeit gegeben werden, die Migration besser zu kontrollieren. Gleichzeitig sollen die Gefahren und Risiken für Migrantinnen und Migranten gemindert werden. Es geht in diesem Pakt also um die Bekämpfung der illegalen Migration. Es geht um Gestaltung statt Verleugnung.

Es geht darum, Migrationsursachen ernst zu nehmen und ernsthaft zu bekämpfen. Es geht um die Schaffung von Rechtsgrundlagen statt dem Verharren in einem Zustand der Unfähigkeit mit einem Problem rechtskonform umzugehen und es geht um internationale Zusammenarbeit statt nationalistischer Abschottung. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Der Abänderungsantrag ist dann auch wieder so ein Kompromiss und auch der ist uns zu vage, zu unklar, denn aus dem kann man allesmögliche herauslesen, sowie der Abänderungsantrag formuliert ist. Ich verstehe schon, warum er so da ist, aber könnte man auch daraus ableiten, dass das eine Absage an eine gemeinsame europäische Asylpolitik ist? Es ist nicht so klar. *(Abg. Géza Molnár: Innerhalb der EU-rechtlichen Rahmenbedingungen. Haben Sie ihn gelesen?)*

Ich kann sehr gut lesen. Wir haben den Satz ja ganz kurzfristig bekommen, ihn sehr eingehend studiert, aber er kann dann nach allen möglichen Richtungen ausgelegt werden. *(Abg. Géza Molnár: Die Wahrheit ist, dass Sie nicht zwischen Asyl und sonstiger Migration trennen wollen.)*

Herr Kollege Molnár! Ich habe hier eine ganz klare Wortmeldung. Nicht nur eine, sondern immer wieder und Sie behaupten zu wissen, was ich wirklich will, obwohl es das Gegenteil ist von dem, was ich sage. *(Abg. Géza Molnár: Das zeigt Ihre Politik!)*

Sie unterstellen mir hier eine Lüge und das weise ich zurück und ich bitte Sie, endlich damit aufzuhören. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Recht hat er aber!)* Sind Sie gerade am Wort? Nein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Schließen will ich mit den Worten unseres Bundespräsidenten Alexander van der Bellen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit von der Klimakrise über geopolitische Konflikte und Handelskriege bis hin zur Migration können nicht auf nationalstaatlicher Ebene alleine gelöst werden.

Wir brauchen dazu die multilaterale Zusammenarbeit und das wäre dieser Pakt. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Géza Molnár.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf den Antrag zu sprechen komme, Herr Kollege Steier, Sie kennen mich, ich bin ein Anhänger einer lebhaften parlamentarischen Auseinandersetzung. Ich für mich suche auch persönlich aus, wer mich beleidigt. Sie gehören nicht zu diesem Kreis, der mich beleidigen kann.

Aber ich bin auch Vorsitzender einer Fraktion und wenn Sie meine Kollegen, jedem einzelnen hier unterstellen, kein Sentiment zu haben, Menschlichkeit absprechen und dann zu allem Überfluss auch noch behaupten, es würde da irgendwie der Wunsch vorherrschen, dass Menschen elendiglich im Mittelmeer ertrinken, dann kann ich das nur auf das Schärfste zurückweisen.

Das ist ein Tiefpunkt. Sie sind, was die parlamentarische Auseinandersetzung betrifft, für einen Tiefpunkt in dieser Gesetzgebungsperiode verantwortlich. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Nun aber zum Dringlichkeitsantrag, meine Damen und Herren! Es ist den Ausführungen des Kollegen Drobits an sich nicht sehr viel hinzuzufügen. Ich kann das nur unterstreichen. Wir erleben jetzt Landtagssitzung für Landtagssitzung, dass die ÖVP Dringlichkeitsanträge einbringt. Herr Kollege Drobits hat völlig recht, wenn er ein inhaltliches Muster erkennt, wenn es um diese Dringlichkeitsanträge geht.

Worum es geht bei diesem Dringlichkeitsantrag inhaltlich? Das ist eigentlich egal, denn bei der Themenauswahl spielt nur ein Aspekt eine Rolle, es muss sich um ein bundespolitisches Thema handeln, von dem man weiß, dass es zwischen den Koalitionsparteien auf Landesebene unterschiedliche Meinungen gibt und bestenfalls trifft auch noch eine zweite Anforderung zu, nämlich, das Thema „Muss“.

Nicht ganz praktisch für die ÖVP Burgenland. Das Thema muss bestenfalls bereits entschieden sein, das war das letzte Mal in der Landtagssitzung am Dringlichkeitsantrag zur Sozialversicherungsreform so und das ist auch heute so, wenn es um den UN-Migrationspakt geht.

Wissen Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, das, was Sie heute tun, das ist nicht besonders mutig, denn mutig wäre es gewesen, diesen Antrag vor ein, zwei oder drei Monaten einzubringen, als der Herr Kurz und die ÖVP diesen Migrationspakt noch unterschreiben wollte, so wie ihn ein einzelner Minister und die gesamte ÖVP-Fraktion im EU-Parlament noch heute unterschreiben wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wer diesen Pakt in Österreich zu Fall gebracht hat und einen europaweiten Dominoeffekt ausgelöst hat, das haben Ihnen heute ohnehin schon die Kollegen Kölly und Steier gesagt.

Meine Damen und Herren! Die ÖVP hat im Vorfeld dieser Landtagssitzung eine klare Linie der Landesregierung in diesem Themenkomplex vermisst. Ich kann nur sagen, diese Landesregierung hat Haltung. Diese Koalition hat eine klare Linie, wenn es um Fragen der Sicherheit, wenn es um Fragen von Asyl und sonstiger Migration geht.

Wir haben als Landtag, wir haben als Koalition mit Beschlüssen diese Linie mehrfach dokumentiert. Wenn auch die ÖVP diese Linie schon früher gehabt hätte, dann wäre uns übrigens einiges erspart geblieben.

Es waren SPÖ und FPÖ im Burgenland, die sehr früh für Grenzkontrollen waren. Die ÖVP war dagegen. Es waren SPÖ und FPÖ im Burgenland, die für den Sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz waren. Die ÖVP war dagegen.

Es waren im Übrigen ÖVP Innenminister, die uns in den letzten Jahren dieses riesengroße Chaos im Asyl- und Migrationsbereich hinterlassen haben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir bleiben heute unserer Linie treu. Mein Kollege hat den Abänderungsantrag referiert. Die Beschlussformel enthält alles, was in diesem Themenbereich grundlegend

wichtig ist. Es gibt ein klares Bekenntnis zum Recht auf Asyl. Es gibt ein ebenso klares Bekenntnis zur Trennung zwischen Asyl und sonstiger Migration.

Wir bekennen uns klar dazu, dass Entscheidungen über Form und Ausmaß von Zuwanderung innerhalb der EU rechtlichen Rahmenbedingungen auch künftig in der staatlichen Kompetenz und Souveränität bleiben müssen. Diesen Beschluss werden wir heute fassen.

Meine Damen und Herren! Ob die Grundsätze, die in dieser Beschlussformel zum Ausdruck kommen, mit dem UN Migrationspakt jetzt unter einen Hut zu bringen sind, oder nicht, das muss ohnehin jede Partei für sich entscheiden. *(Beifall bei der FPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Völlig unaufgeregt möchte ich sagen, warum diskutieren wir heute dieses Thema? Die Geschäftsordnung besagt, wenn eine gewisse Anzahl von Abgeordneten das beantragt, dann wird ein Antrag dringlich. Dringlich bedeutet, wie mein Kollege schon ausgeführt, dass wir einfach ohne die Beratung im Ausschuss dazu debattieren.

Ich kann dann nicht verstehen, wieso man erst am Rednerpult sagt, Dinge sind nicht dringlich, dann wird fast eineinhalb Stunden über inhaltlich hoch emotionale Themen diskutiert, wo Sie jetzt, glaube ich, viel behaupten können.

Aber, eines ist klar, wenn Sie jetzt eine Umfrage machen würden, wie viele Menschen in Österreich das Thema Migration, Zuwanderung und Asyl für wichtig und dringlich erachten, dann würden wir wahrscheinlich eine sehr hohe Zustimmung bekommen, und niemand würde hier im Raum diskutieren können, ist dieses Thema jetzt dringend, heute, morgen, oder vielleicht in der nächsten Sitzung zu behandeln?

Das würden wir dann nicht diskutieren müssen, denn alle Umfragen sagen derzeit, dass es den Österreichern gerade um ein Thema geht. Ich möchte hier schon dann auch eines zurechtrücken.

Wenn dann die Kollegin Petrik von Missbrauch spricht, dann möchte ich schon daran erinnern, wir haben erst in der letzten Landtagssitzung einhellig festgestellt, dass Emotionen gut sind, dass pointiertes Auftreten und ich sage einmal eine scharfe Zunge vielleicht angebracht ist, aber auf der anderen Seite Missbrauch vorzuwerfen würde ja bedeuten, dass wir in irgendeiner Art und Weise die Geschäftsordnung missbraucht haben, weil wir von Rechten dieser Geschäftsordnung Gebrauch machen.

Kollegin Petrik! Das muss ich auf das Schärfste zurückweisen, das kann ich so nicht gelten lassen! *(Beifall bei der ÖVP)*

Kollege Drobits! Auf Ihren Vorwurf der Bühne möchte ich auch antworten. Wenn ich mit Ihnen etwas diskutiere unter vier Augen, dann ist es ein Zwiegespräch, dann ist es ein Dialog.

Wenn wir hier diskutieren, wird dokumentiert, das wird in die Öffentlichkeit getragen, ja da kann man sogar live, wenn man sich dementsprechend im Internet das anschauen möchte, die Sitzung verfolgen. Genau das ist es. Wenn Sie das dann als Bühne bezeichnen, wenn Sie meinen, dass es hier um einen Auftritt geht, dann ist das

Ihre Interpretation. Ich glaube, dass es eine Möglichkeit ist, die Öffentlichkeit über unsere Standpunkte, über unsere Argumente zu informieren.

Eines möchte ich noch in Erinnerung rufen. Vor einem Jahr gab es die Kritik, dass ständig Dringlichkeitsanträge, und Anträge im Bereich Gesundheit und Pflege von der ÖVP kommen. Das Thema haben wir schon diskutiert, das brauchen wir nicht mehr, da haben wir einhellig alles zu Protokoll gegeben.

Heute hat erst ein Landtagskollege, Kollege Kovacs, öfters diskutiert, alle die Themen wieder wiederholt, die wir in den letzten eineinhalb Jahren auf den Weg gebracht haben. Manchmal mit Unterstützung der Opposition, manchmal ohne Unterstützung der Opposition. Aber, damals habe ich gehört, Pflege ist kein Thema, ein Dringlichkeitsantrag.

Jetzt höre ich, jetzt dürfen wir nur mehr über Dinge reden, die der Burgenländische Landtag entscheiden kann. Weil diese Signale nach Wien, diese klare Positionierung, die passt nicht, die ist hier im Landtag unerträglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Bundesverfassung hat Österreich, und das hat sich erst vor kurzem jetzt mit einem Jubiläum gejährt, festgehalten, wir brauchen keine Atomenergie im Land. Wir erzeugen keine eigene Atomenergie. Da gab es eine Volksabstimmung dazu. Dreimal haben wir hier im Landtag über den EURATOM-Vertrag diskutiert. Dreimal hintereinander. Wer darf mitentscheiden, wer verhandelt das? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir nicht.)* Die Bundesebene.

Hat irgendjemand von der ÖVP gesagt, wir haben in 14 Monaten, ich habe vorhin nachgesehen, dreimal über das Thema EURATOM gesprochen. Wissen Sie warum? Weil Abgeordnete dieses Hauses das verlangt haben. Wenn Sie das 15 Mal verlangen, werden wir 15 Mal darüber diskutieren. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn Sie so diskutieren, man kann anderer Meinung sein, man kann sich sogar der Stimme enthalten, man kann sogar sagen, wir debattieren ein Thema nicht, Datenschutzgrundverordnung im Agrarwesen, keine Wortmeldung. Ist irgendjemanden im Hohen Haus dieses Thema deshalb weniger wert, weil bei diesem einen Tagesordnungspunkt gerade jemand nicht debattiert hat. Ja, wir haben darüber abgestimmt offensichtlich im Vorfeld, wir sind uns einig, es braucht keinen Debattenredner dazu.

Aber, eines möchte ich schon betonen. Wenn wir jetzt diskutieren, bei jeder Tagesordnung und bei jedem Debattenbeitrag, darf das jemand oder darf das niemand? Dann sage ich Ihnen, gerade im Jubiläumsjahr, 100 Jahre Republik, erinnern sich daran, dass das freie Mandat frei bleiben muss und jeder dazu sprechen kann, was er möchte. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Christian Illedits: Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Deshalb lasse ich vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Drobits eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend UN-Migrationspakt ist soeben mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1490), betreffend biologische und regionale Lebensmittel in Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen (Zahl 21 - 1058) (Beilage 1512)Präsident Christian Illedits: Wir kommen zum 10. Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1490, betreffend biologische und regionale Lebensmittel in Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen, Zahl 21 - 1058, Beilage 1512.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Salamon.

General- und Spezialdebatte werden unter Einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Ingrid Salamon: Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend biologische und regionale Lebensmittel in Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen, in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Danach erfolgte eine Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend biologische und regionale Lebensmittel in Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Christian Illedits: Als erster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Harter Schnitt. Es sind leider viel weniger Kolleginnen und Kollegen da, die sich für die biologische Ernährung in Gemeinschaftsverpflegung *(Abg. Mag.a. Michaela Resetar: Aber ein gemeinsamer Antrag.)* interessieren. *(Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil und Abg. Walter Temmel betreten den Landtagssitzungssaal. - Abg. Mag.a. Michaela Resetar: Aber die Anderen sind nicht da.)*

Herr Landesrat Doskozil! Es freut mich, dass Sie jetzt auch da sind, weil uns dieses Thema doch gemeinsam sehr wichtig ist. Was der große Unterschied ist, und ich versuche mich jetzt gerade emotional auch ein bisschen, - jetzt ist der Kollege Temmel auch da.

Ich versuche mich auch jetzt emotional umzustellen, weil das, was uns hier jetzt zur Abstimmung vorliegt, und was wir heute diskutieren, ist ja nun wirklich ein Grund zur Freude, weil wir haben ja bereits in der Oktober-Landtagssitzung den ersten Grundsatzbeschluss zu einer Bio-Wende, heißt es dort, im Burgenland gefasst.

Wir haben uns als GRÜNE gedacht, jetzt bringen wir sofort den nächsten Antrag ein, damit hier gleich etwas konkretisiert wird, damit wir gleich dran bleiben und es umsetzen. Es geht um die Verpflegung in öffentlichen Kindergärten und Kantinen von landeseigenen und landesnahen Betrieben.

Es geht um die Verpflegung in Spitälern, in Pflegeheimen, aber auch natürlich in Tagesheimen, wo Kinder in ihrer Schulzeit versorgt werden. Hier soll in den nächsten Jahren schrittweise auf bis zu 100 Prozent Kost aus biologischem Anbau umgestellt werden. Regionalen Produkten ist dabei der Vorrang einzuräumen. Auch darüber sind wir uns einig.

Damit wird auch, und das wird wahrscheinlich auch die Landwirtschaftskammer freuen, ein Markt für Bioprodukte aus der Region geschaffen.

Bereits 2019 wird in der Kantine des Landhauses auf 50 Prozent Bioprodukte umgestellt. Das ist in der Tat ambitioniert, aber das ist möglich. Gesundes Essen, das aus giftfreien Böden in der Region kommt, ist für alle gut und stützt die Wertschöpfung in der Region. Ich hoffe, dass dann auch die Gemeinden zügig diesen Weg mitgehen. Einige tun es ja schon.

Für eine zielsichere Umsetzung braucht es aber einen durchdachten Plan. Man kann das ja nicht einfach verordnen, sondern man muss ja genau schauen, was ist schrittweise, der Reihe nach zu erheben, zu entscheiden, zu tun und zu planen?

Gott sei Dank brauchen wir nicht alles selber neu erfinden, denn wir können auch auf gute Erfahrungen woanders zurückgreifen. Schauen wir, zum Beispiel, nach Wien, da gibt es das Projekt der „Natürlich gut Teller“. Da war sozusagen die Motivation die Reduktion der CO_2 Emissionen von Großküchen. Ein Teil davon ist eben auch der Ernährungsbereich.

Da wurde, unter anderem, die Maßnahme gesetzt, die Lebensmittelbeschaffung zu 30 Prozent auf Biolebensmittel umzustellen. Diese 30 Prozent sind bezogen auf den monetären Anteil. Das ist schon ein Hinweis darauf, auf die Liste, die wir dann abarbeiten müssen, was alles noch geklärt und definiert werden muss.

An diesem Projekt sind, unter anderem, der Wiener Krankenanstaltenverbund, das Krankenhaus Hietzing, die Wiener Pensionistenhäuser beteiligt, auch einige Kantinen. Hier müssen und sollen Kriterien sowie ein Punktesystem die Auswahl der Speisen auf dem sogenannten Ökoteller bestimmen.

Es gibt auch, und darauf ist ja in der Antragsbegründung hingewiesen, ein gutes Vorbild in Kopenhagen. Da wird ganz stark auf den Faktor Bio in den öffentlichen Gemeinschaftsverpflegungen gesetzt. In mehr als 1.100 Küchen werden rund 80.000 Essensportionen täglich produziert. Da haben 1.700 Menschen in diesem Rahmen ihren Arbeitsplatz, in Kindergärten, Schulen, Altenheimen, Krankenhäusern, Kantinen, in der Verwaltung mit warmen Essen zu versorgen.

In der dänischen Hauptstadt wurde daran zwei Jahre gearbeitet, die Gemeinschaftsverpflegung auf Bio umzustellen. Vielleicht kommt auch daher die große Ambition, dass wir das auch im Burgenland sehr schnell machen können, und zwar auch

mit dem Ziel, möglichst die Ausgaben auf Dauer nicht zu erhöhen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Mögliche Zweifel ob der Vergleichbarkeit von Kopenhagen als Großstadt mit der ländlichen Struktur des Burgenlandes können aber zerstreut werden, wenn wir auf die Erfahrungen schauen, nämlich, dass besonders in den kleinen Küchen, wie beispielsweise in Kindergärten, mittlerweile 90 Prozent Bioprodukte zum Einsatz kommen. Ein großes Problem ist ja auch, dass, wenn nicht gezielt gekocht wird, dann meistens im Überfluss gekocht wird. Wir kennen das.

Wir treffen uns gerade dieser Tage oft bei irgendwelchen Empfängen oder anderen Anlässen, wo wir nachher ein Buffet haben. Da erleben wir es allabendlich, das getraue ich mich schon zu sagen, dass wir dort im Überfluss etwas präsentiert bekommen, was dann nachher alles weggeschmissen wird.

Die Erfahrungen zeigen auch, dass, wenn hier gezielter geplant wird, gezielter eingekauft wird, gezielter gekocht wird, dass dann auch der Lebensmittelabfall am Schluss ein wesentlich geringerer ist. Das ist es ja auch, worauf wir abzielen wollen.

Bei der Gestaltung von Einkauf und Speiseplänen darf also nie das große Ziel aus dem Auge verloren werden, dass es um eine Reduktion von Pestizideinsatz geht. Das wäre mir dann auch wichtig, aber ich denke mir auch da werden wir uns finden, um eine Reduktion von CO_2 Ausstoß.

Daher muss es auch für die Beschaffung sehr klare Kriterien geben. Das ist es ja auch, was die ÖVP dann noch in diesen gemeinsamen Antrag eingebracht hat. Paradeiser etwa werden im konventionellen Anbau in Österreich meist in beheizten Gewächshäusern, in biologischem Gemüseanbau hingegen vorwiegend im Freiland gezogen.

Da muss man schon wieder genau abwägen, was man will. Bei Bio-Paradeiser werden im Vergleich zum konventionellen Anbau 98 Prozent der Treibhausgasemissionen eingespart, aber Bio-Tomaten aus Italien verursachen dann deswegen auch weniger CO2 als konventionelle Paradeiser aus regionalen aber beheizten Gewächshäusern.

Also auch das gehört zu dem, wo wir sagen müssen, aus ökologischer Sicht wollen wir dem den Vorrang einräumen, wo insgesamt unter dem Strich auch weniger CO2-Emissionen entstehen.

Was genau unter die Bezeichnung „regional“ fällt muss also dann auch klar definiert werden, damit wir uns dann gegenseitig da auch nicht Vorwürfe machen, dass man irgendetwas nicht eingehalten hätte.

Es braucht eine detaillierte Abklärung der Umsetzungsrichtlinien für diesen Bio-Antrag bevor die ersten Schritte gesetzt werden.

Hier könnten wir auch in Analogie zu den Öko Event-Richtlinien und den Umweltzeichen Richtlinie Green Meeting und Verbrauch-Events eine Entfernung von etwa 150 Kilometern vom Verbrauchsort entfernt wählen.

Regionalität beschreibt sich ja nicht durch Verwaltungs- oder durch Landesgrenzen. Das ist auch ein Irrtum der manchmal in allgemeinen Diskussionen auftaucht. Nein Regionalität beschreibt sich durch die Entfernung von einem Ort.

Deswegen schlagen wir auch eine 10 Punkte Agenda vor, die wir abarbeiten sollten miteinander und wir bringen uns da gerne ein. Zuerst sollten wir einmal erheben, wie viele und welche Betriebe von diesem Beschluss betroffen sind, den wir heute treffen.

Dann, Punkt 2 sollten wir definieren, ich sagte schon was „regional“ bedeutet und wir sollten auch eine Beschreibung von genauen Bio-Kriterien erreichen.

Dann sollten wir uns festlegen worauf sich die Größe 50 Prozent bezieht. Ist das das Volumen oder sind das die Kalorien in einer Speise? Ist das auf Portionen bezogen oder auf den Ausgabenfaktor? Auch das könnte man sagen, wie es in Wien zum Beispiel der Fall ist, 50 Prozent der Ausgaben sind biologischen Lebensmitteln gewidmet. Das ist noch nicht klar.

Ich habe jetzt persönlich da noch keine Präferenz, aber ich hoffe, ich kann deutlich machen, da gibt es noch einige Details, die diskutiert werden müssen und entschieden werden müssen, bevor man voll losstarten kann.

Dann brauchen wir eine Erhebung der bereits jetzt in der Region produzierten Bio-Lebensmittel in den unterschiedlichen Warengruppen. Es nützt uns auch nichts nur zu sagen, wir haben so und so viel Prozent Bio-Landbau. Da haben wir ja wirklich schon gute Zahlen, aber es geht ja auch darum in welchen Warengruppen können hier regional Lebensmittel bereits angeboten werden?

Herr Landesrat, Sie brauchen nicht mitschreiben, ich habe alles da und Sie bekommen das gerne von mir, aber ich bin ganz beeindruckt wie ernst Sie das nehmen.

Dann müssen wir klären, was die Erfordernisse seitens der Küchenbetriebe sind? Und wir müssen schauen, dass Musterspeisepläne für Kindergärten, Krankenhauskantinen et cetera erarbeitet werden.

Dann kommt natürlich dazu, dass die Vergaberichtlinien dementsprechend neu aufgesetzt werden müssen und dass auch Ausschreibungen neu aufgesetzt werden müssen.

Unser Vorschlag ist auch, jetzt bin ich bei Punkt 8, dass wir die Genuss Burgenland hier mit einbeziehen in die Umsetzung und damit in die Nutzung vorhandener Ressourcen, etwa so als „Öko Kauf Burgenland“, wie es die „Öko Kauf Wien“ gibt. Das können wir auch diskutieren weil, hier gibt es sozusagen bereits ein Institut, das noch nicht ganz seine Identität gefunden hat, möchte ich einmal so formulieren.

Dann wäre unser 9. Punkt, die Erarbeitung eines Zeitplanes mit allen Stakeholdern und eine laufende Prüfung und Evaluation.

Und der 10. Punkt ganz wichtig, der ist mir ganz wichtig der 10. Punkt. Es braucht eine gute Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das ist auch eine klare Erfahrung aus Kopenhagen. Die haben dort zuerst hinein investiert, dass alle, die an der Umsetzung mitarbeiten, bis zu allen die in den Küchen stehen, dass die geschult sind darauf und damit war es auch mit der Umsetzung nicht mehr so schwer.

Ja, gesundes Essen, das aus giftfreien Böden kommt, ich habe es schon gesagt, ist für uns alle gut. Es liegt viel Arbeit vor uns, ich biete unsere Zusammenarbeit an. Sie sehen, wir haben hier nicht nur viel Leidenschaft, sondern viel Kompetenz in dieser Frage.

Die Sache ist mir wirklich wichtig und ich möchte mich bei allen bedanken, die diesen Antrag miteinander aufgesetzt haben und die ihn dann auch unterstützen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Karin Stampfel, Frau Abgeordnete, Sie haben sich als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir diskutieren heute über einen wichtigen Punkt, es geht um die Verwendung von biologischen und regionalen Lebensmitteln im Zuge der Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen.

Wobei man hier eigentlich gar nicht von einer Diskussion sprechen kann, denn es handelt sich um einen Antrag, den jeder Abgeordnete hier im Plenarsaal unterstützt. Das Bewusstsein Bio und Regionalität von uns allen steigt immer mehr.

Wir wissen wie wertvoll die Ernährung für uns und unsere Gesundheit ist. Daher wollen wir und gehen auch als Land Burgenland wirklich als gutes Beispiel voran.

Die Bio-Wende haben wir ja schon im Landtag beschlossen und jetzt folgen die Taten, denn wir reden nicht nur darüber, sondern wir tun auch etwas. Und das haben wir auch damit bewiesen, dass wir alle Parteien und alle Abgeordneten an einen Tisch geholt haben, um hier entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Wir können hier heraußen am Rednerpult viel reden, aber noch wichtiger ist es, als gutes Beispiel voranzugehen. Und deswegen haben wir uns darauf geeinigt, dass ein Plan erstellt werden soll, um in den Küchen und Kantinen der landesnahen Betriebe und Einrichtungen, dass der Anteil an Bio-Produkten bis zu 100 Prozent gehoben werden soll.

Die Beschaffung der Produkte soll über Ausschreibungen erfolgen, damit sich die Anbieterinnen und Anbieter auch schon dahingehend ausrichten können und wissen, welche Produkte sie führen müssen, um die Kantinen und Küchen beliefern zu können.

Auch hier im Landhaus wird die Speisekarte der Kantine umgestellt. Und auch mit den Gemeinden wird ein Aktionsplan erstellt, um die biologische Landwirtschaft und die artgerechte Tierhaltung zu fördern, so wie es sie sich verdient haben.

Denn, es geht um unsere Gesundheit und die Gesundheit unserer Kinder und Nachkommen. Und die setzen wir nicht auf´s Spiel, im Gegenteil, wir tun etwas.

Wir stimmen natürlich gemeinsam mit allen anderen Abgeordneten unserem Antrag zu, denn es liegt uns sehr am Herzen das Wohlbefinden der Burgenländerinnen und Burgenländer zu steigern. Danke*. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes hat sich der Landtagsabgeordnete Walter Temmel zu Wort gemeldet.

Herr Abgeordneter bitte.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseher an den Live-Stream-Geräten. Wir werden selbstverständlich dem gemeinsamen Antrag zustimmen, weil wesentliche Punkte, die wir gefordert haben, berücksichtigt werden und weil wir jetzt bei der letzten Landtagssitzung so gefordert haben, dass das Land Vorreiter und eine Vorbildfunktion bezüglich Bio und regional einnehmen muss.

Unter anderem war uns dabei besonders wichtig, mit diesen drei wesentlichen Punkten einen Plan auszuarbeiten, der gewährleistet, dass in den Kantinen und Küchen der landeseigenen Betriebe und Einrichtungen der Anteil der Lebensmittel aus biologischer Landwirtschaft bis 2021 verpflichtend zunächst auf mindestens 50 Prozent und in Folge auf nahezu 100 Prozent angehoben wird.

Weiters, jährlich ist ein Nachweis zu erbringen, dass die Verwendung von biologisch erzeugter und regionaler Produkten in den Landesküchen und in den betroffenen landesnahen Betrieben plangemäß erfolgt.

Und drittens die Ausschreibungen aller Landesküchen, in landeseigenen und landesnahen Betrieben zu veröffentlichen, damit die Betriebe aus dem Burgenland jetzt schon die Möglichkeit haben ihre biologisch und regional erzeugten Produkte anzubieten.

So euphorisch, geschätzte Kollegin Petrik, bin ich eigentlich nicht wie Sie, weil *(Abg. Ingrid Salamon: Das hätte mich jetzt eh gewundert.)* schon mehrmals diesbezüglich Anträge gestellt wurden und umgesetzt wurde eher sehr wenig.

Uns war es nie genug, wie so bei manchen Anträgen der Regierungsfraktion, weiterhin alles zu tun, vieles anzukündigen, aber wenig bis gar keine Ergebnisse zu liefern.

Für mich ist es aber eine gewisse Genugtuung und Bestätigung, dass unser Antrag vom 20. Jänner 2016, also vor fast drei Jahren, im Großen und Ganzen heute beschlossen wird.

Als Erinnerung in verkürzter Form: Das Land ist daher gefordert sich bei eigenen beziehungsweise landesnahen Einrichtungen zum verstärkten Einkauf von Lebensmitteln aus regionaler Erzeugung selbst zu verpflichten und die Qualität bei der Essenversorgung weiter zu verbessern.

Die Speisepläne sollen unter Berücksichtigung regionaler, saisonaler und biologischer Lebensmittel erstellt werden.

Damit leistet das Land auch einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. Die verkürzten Lieferwege sind nicht zuletzt auch im Interesse des Klimaschutzes.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei den Landeseinrichtungen beziehungsweise bei landesnahen Einrichtungen dafür einzusetzen, dass

- Speisepläne für Patientinnen und Patienten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Schülerinnen und Schüler verstärkt auf regionale, saisonale und biologische Lebensmittel abgestimmt werden;
- beim Einkauf von Lebensmitteln bewusst darauf geachtet wird, dass die Produkte von regionalen Betrieben bezogen werden beziehungsweise vorwiegend aus regionaler Erzeugung stammen;
- entsprechende Ausschreibungen in erster Linie nach Qualitätskriterien wie Regionalität und Frische erfolgen und mit dieser Maßnahme die Bewusstseinsbildung für die Verwendung regionaler Lebensmittel verstärkt wird.

Also das war vor zirka drei Jahren ein ähnlicher Beschluss. Heute, wichtig ist es uns aber dabei, dass nicht nur Absichten erklärt werden, sondern wirklich entgegen der Vergangenheit, dass wir endlich diese Beschlüsse auch seitens der Landesregierung dann umsetzen.

Dabei ist es notwendig nicht nur die Bäuerinnen und Bauern, die jahrein und jahraus für gesunde und regionale Lebensmittel sorgen, sondern auch die Beraterinnen und Berater der burgenländischen Landwirtschaftskammer, wie bereits bei der letzten Sitzung erwähnt, als Bindeglied zwischen Produzentinnen und Produzenten und den Letztverbrauchern einzubinden.

Weil sie nämlich die Betriebe genau kennen und selbstverständlich fachlich bestens in der Lage sind, wie in der Vergangenheit oftmals bei diversen Projekten bewiesen, einige habe ich das letzte Mal aufgezählt, diese Kooperationen herzustellen.

Auch aufgrund dieser neuen Herausforderungen muss die Burgenländische Landwirtschaftskammer gestärkt und nicht geschwächt werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Alle, die mit Landwirtschaft etwas zu tun haben, wissen ganz genau, wir brauchen eine starke Interessensvertretung zur nachhaltigen Stärkung der burgenländischen Landwirtschaft und der bäuerlichen Familienbetriebe.

Wir brauchen eine starke Interessensvertretung zur Stärkung der Zusammenarbeit von Akteuren und Strukturen zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Vielfalt im Burgenland.

Wir brauchen eine starke Interessensvertretung zur Stärkung der Selbstorganisation und die Interessensvertretung von burgenländischen Landwirten. Denn Landwirte versorgen uns mit gesunden und regionalen Lebensmitteln.

Die Landwirtschaft erhält die Kulturlandschaft und Naturlandschaft und die Landwirtschaft spielt eine wirtschaftliche Rolle zur Stärkung des ländlichen Raumes. Denn gerade in strukturschwachen Gebieten hat die Landwirtschaft wichtige Funktionen.

Arbeitskräfte und ihre Angehörigen werden an die Region gebunden, die Wertschöpfung bleibt im Land und die Landwirtschaft ist das Rückgrat der Versorgungssicherheit nicht nur in Österreich, sondern selbstverständlich auch im Burgenland und darüber hinaus.

Bei der letzten Sitzung habe ich zum Tag der offenen Tür in die Landwirtschaftliche Fachschule Güssing eingeladen, um sich vor Ort vom speziell biologischen Landbau ein eigenes Bild zu machen.

Einige haben dies auch angenommen, um sich von der fachlichen Arbeit der Landwirtschaftskammer zu überzeugen. Besuchen Sie die Tierhaltungstage 2018, die beginnen jetzt. Dazu lade ich herzlich ein.

In den letzten Tagen wurden bei verschiedenen Veranstaltungen anlässlich 100 Jahre Republik Österreich auf die gemeinsamen Ziele, Aufgaben et cetera und auch sehr auf die Wichtigkeit von Bildung hingewiesen. Leider machen Sie mit ihrer beabsichtigten Kürzung der Landesförderung für die Burgenländische Landwirtschaftskammer genau das Gegenteil.

Es ist meines Erachtens der total falsche Weg mit alten Denkmustern, einer sozialistischen Planwirtschaft, die Zukunft eines Landes, und sei es auch das kleinste Bundesland Österreichs, gestalten zu wollen.

Dass Ihnen die Landwirtschaft kein Anliegen ist beweist nicht nur die Kürzung der Landwirtschaftskammerförderung, die SPÖ auf Bundesebene hat ebenfalls im Landwirtschaftsausschuss vor einigen Tagen das EU-Agrarbudget zum Anlass genommen im alten Klassenkämpferstil die Kürzung der Direktzahlungen und im Bereich der ländlichen Entwicklung für die Bäuerinnen und Bauern um 50 Prozent zu kürzen.

Rund 400 Millionen Euro pro Jahr werden damit der Land- und Forstwirtschaft entzogen. Ich weiß nicht, ob das bei Ihnen bekannt ist, geschätzte Kollegen von der SPÖ Fraktion. Dieser Beschluss, also um 50 Prozent weniger für die Land- und Forstwirtschaft auf Bundesebene wurde gefordert. Deshalb mein Appell an den zuständigen Finanzlandesrat:

Sehr geehrter Herr Landesrat! Falls Ihnen eine gute Entwicklung des ländlichen Raumes wichtig ist, die professionelle Arbeit der Beraterinnen und Berater, würde ich Sie bitten, diese auch zu schätzen und entsprechend zu unterstützen.

Dankenswerterweise und das ist wirklich sehr mutig, dass es alle Kammerräte der Burgenländischen Landwirtschaftskammer genau so sehen, ihre Resolution wurde im Hauptausschuss am 23.10.2018 einstimmig beschlossen.

Ich möchte nur kurz vorlesen, das Wichtigste: Die Burgenländische Landwirtschaftskammer bekennt sich wie bisher zur flächendeckenden Landwirtschaft, zur Produktion von hochwertigen, regionalen Lebensmitteln und zur dynamischen Weiterentwicklung der Bio-Landwirtschaft.

Die vorgesehenen Kürzungen des Leistungsvertrages entziehen gerade unseren kleinstrukturierten bäuerlichen Betrieben die notwendige Beratung und Unterstützung, damit wird die Infrastruktur im ländlichen Raum geschwächt und qualifizierte Arbeitsplätze vernichtet. Damit würde die Arbeit der Burgenländischen Landwirtschaftskammer, aber auch die gesamte österreichische Sozialpartnerschaft, in Frage gestellt werden.

Der Hauptausschuss der Burgenländischen Landwirtschaftskammer fordert die Landesregierung daher auf, die Finanzierung der für das Land erbrachten Leistungen mit einem Leistungsvertrag zumindest in der bisherigen Höhe und Form sicherzustellen.

Die vom Land Burgenland geforderten Mehrleistungen sind vom Land auch entsprechend höher abzugelten. Damit ist für die burgenländischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe eine zeitgemäße Beratung sichergestellt und die sonstigen Tätigkeiten für das Land können wahrgenommen werden.

Also mein Plan natürlich, Sie sollten wirklich mehr auf die Beratung Ihrer Kammerräte hören und dies in Anspruch nehmen, anstatt von manchen politischen, sogenannten politischen Experten.

Gerade auch der Arbeit der Beraterinnen und Berater der Burgenländischen Landwirtschaftskammer ist es zu verdanken, dass das Burgenland in mehreren Biobereichen auch Vorreiter im Vergleich zu anderen Bundesländern ist.

Wie erwähnt, werden wir dem Abänderungsantrag zustimmen, weil der Großteil der geforderten Maßnahmen vor fast drei Jahren von unserer Fraktion gefordert wurde und wesentliche Punkte heute auch übernommen wurden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich der Herr Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil zu Wort gemeldet.

Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, in einer Diskussion um diese Thematik - wo gehen wir hin in der Landwirtschaft, Bio-Landwirtschaft, 100 Prozent Bio-Landwirtschaft im Burgenland - ist doch einiges, wie wir das auch glauben und wie wir es für richtig empfinden, einiges nicht angekommen, vor allem bei der GRÜNEN Fraktion.

Es geht natürlich darum, dass wir unsere landeseigenen Betriebe, die Kantinen im Bereich der KRAGES, bei den Hotels, aber auch hier im Landhaus umstellen Richtung Bio-Produkten, dass wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Gästen, den Patientinnen und Patienten biologische Produkte natürlich anbieten.

Mir ist das Tempo hier viel zu kurz und wir werden den Beweis antreten, dass wir relativ rasch umstellen können zu einem viel höheren Prozentsatz wie 50 Prozent.

Aber im Grunde nach geht es ja um viel mehr, nicht nur um diese Thematik und da machen Sie den Fehler, sich in ein Thema von vielen Themen, was diese Trendwende

und diese Umstellung in unserem Land bedeuten soll, zu verzetteln, sondern es geht darum, wie bewirtschafte ich gesamtheitlich das Burgenland biologisch?

Wie mache ich einen entsprechenden Bodenschutz, wenn man heute auf die Katastrophen und die ganzen Umweltentwicklungen Bedacht nimmt. Es geht ja um eine umfassende Betrachtungsweise dieser Thematik, wie können wir in weiterer Folge steuernd eingreifen im Bereich der Raumplanung, und, und, und.

Das ist eine Facette, dass wir in unseren Kantinen, in unseren Betrieben biologische Produkte anbieten wollen, aber dabei darf und kann es ja nicht bleiben.

Das ist ein umfassendes Thema, das werden wir auch umfassend behandeln. Es gibt gute Beispiele im Burgenland, es gibt Bio-Betriebe und es geht auch darum, dass die Flächen im Burgenland biologisch bewirtschaftet werden, das ist unser Ziel.

Und wenn wir heute von Ausschreibungen reden, wie wir in weiterer Folge damit in Zukunft umgehen wollen, das ist schon richtig, wir müssen uns überlegen, wie können wir in die Richtung gehen, dass wir auch die Ausschreibung eine Rechtssicherheit uns gibt, dass es auch entsprechende Möglichkeiten gibt, in diesem Segment einzukaufen, in diesem Segment die Produkte zu ordern.

Aber eines ist in diesem Zusammenhang ganz klar und das ist auch ein Druck und das ist auch eine klare Botschaft an die burgenländischen landwirtschaftlichen Betriebe, an oberster Stelle dieser Ausschreibung wird die Agenda Bio stehen, aber erst an zweiter Stelle die Agenda Regionalität.

Das bedeutet in der Praxis - wir wollen gesunde Lebensmittel. Wenn es die im Burgenland noch nicht gibt, wenn die im Burgenland noch nicht produziert und erzeugt werden, dann müssen sie aus anderen Regionen importiert werden.

Und auch ein Wort zur Landwirtschaftskammer und ein Wort zu den Ankündigungen: Sie, Herr Abgeordneter, sind Mitarbeiter in Güssing in der Landwirtschaftlichen Fachschule in Güssing, die in dieser Komplexität, in dieser Thematik sicherlich auf einem guten Weg ist.

Natürlich müssen wir uns auch im Forschungsbereich, aber auch in der schulischen Ausbildung der zukünftigen Landwirte etwas überlegen. Und Sie werden im nächsten Jahr einer der ersten sein, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landwirtschaftlichen Fachschule das merken werden, dass es eine Umstellung gibt.

Auch Sie werden gefordert sein, im schulischen Betrieb der Landwirtschaftlichen Fachschule in Güssing hier mitzugehen und sich nicht zurückzuziehen und möglicherweise anders zu denken.

Und eines möchte ich schon noch zur Landwirtschaftskammer sagen: Offensichtlich haben Sie in den vergangenen Tagen nicht mitbekommen, dass es eine große Annäherung gibt. Die Landwirtschaftskammer hat es bereits überrissen, wohin der Weg gehen soll im Burgenland, dass wir Richtung 100 Prozent Bio gehen wollen.

Die Landwirtschaftskammer hat inhaltlich ein Programm und einen Vertragsentwurf auf den Tisch gelegt, der genau diesen Intentionen entspricht. Aber eines ist noch offen, das ist die Finanzierung.

Und so leid es mir tut, ich habe von keinem Kammerfunktionär noch gehört, wenn wir die Mittel streichen, dass dann in weiterer Folge die Sonderpensionen möglicherweise gefährdet sind. Die Sonderpensionen sind niemals gefährdet.

Das erste, was von der Landwirtschaftskammer kommt, ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Anstellungsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefährdet sind. Die Kammer soll einmal offen legen, wie viele und wer eine Sonderpension dort bezieht? *(Abg. Manfred Kölly: Die zahlen wir auch? - Abg. Walter Temmel: Das sind alte Verträge.)*

Diese Art von Verträgen, die haben wir in der Nationalbank gehabt, die haben wir überall gehabt, die wurden überall abgestellt, nur nicht bei der Landwirtschaftskammer. Bei der Landwirtschaftskammer werden jährlich über eine Million Euro an Sonderpensionen ausbezahlt. *(Abg. Werner Friedl: Wer hat eine Sonderpension?)*

Und kein Kammerfunktionär, die Sie so verteidigen, hat bis jetzt noch gesagt, wir können die Sonderpensionen bitte nimmer bezahlen. Die Sonderpensionen können wir immer bezahlen. Ich glaube, bis man den letzten Mitarbeiter entlassen hat, werden wir diese Sonderpensionen bezahlen können. *(Abg. Walter Temmel: Verträge sind einzuhalten.)*

Und das finde ich gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landwirtschaftskammer schon ein bisschen suspekt und ein bisschen schäbig. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na geh.)*

Und da würde ich mir schon auch von Ihnen erwarten, wenn Sie Abgeordneter dieses Hauses sind, dass Sie sich auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kammer entsprechend einsetzen. Danke schön*. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer: Jetzt erteile ich der Kollegin Ingrid Salamon das Wort.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Abgeordnete! Wir haben wirklich heute, glaube ich, einen Freudentag.

Ich sehe das so wie meine Vorrednerinnen und Vorredner, dass das heute wirklich eine idealer Tag ist, diese Bio-Wende Burgenland und wir haben das auch schon gehört, dass in der letzten Landtagssitzung diese Bio-Wende letztendlich schon beschlossen worden ist, mit sehr vielen Abgeordneten.

Mit den Abgeordneten der SPÖ, FPÖ, GRÜNE und LBL, weil ich schon davon überzeugt bin, dass sich diese Abgeordneten mit diesem Thema auch schon länger auseinandergesetzt haben. Und weil ich davon überzeugt bin, dass diese Bio-Wende, dieses Umstellen von öffentlichen Küchen auf biologisch und Bio, dass das auch möglich ist.

Warum traue ich mir das sagen? Ich traue mir das deshalb sagen, weil wir in Mattersburg selbst kochen für unsere Schulen und Kindergärten und das für uns kein Problem ist.

Das ist wirklich so, dass diese Lebensmittel, jetzt weiß ich das schon, natürlich im kleinen Bereich, wir sind da bei den 350, 400 Portionen am Tag, aber es ist möglich. Und es ist nicht die Kostenfrage, die dieses Projekt scheitern lässt, das hat es bei uns in Mattersburg nicht scheitern gelassen und das wird es auch hier im Land nicht.

Es ist schon ein bisschen ein guter Wille und ich habe das halt schon einmal gesagt, dass man ein bisschen in die Zukunft denkt und dass man ein bisschen sich Visionen vornimmt und diese Visionen lebt.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter der ÖVP, sich da herausstellen und sagen, was alles nicht gehen wird und Sie stimmen nicht mit, Sie haben beim letzten Landtag auch nicht mitgestimmt, das ist ja für uns nicht wirklich etwas Neues.

Aber was jetzt natürlich schon so ist, Sie fürchten sich anscheinend vor Ihren eigenen Beschlüssen, wenn Sie etwas beschließen, dass es dann nicht umgesetzt wird. Der Herr Landesrat ist mir zuvorgekommen und hat Ihnen schon gesagt, dass das kein Lippenbekenntnis ist, sondern dass wir den Beweis antreten werden.

Und es steht genau in diesem Papier, dass wir jetzt alle mittragen heute, genau die Zahlen, wann wir was umsetzen, dass es Kontrollen gibt, das wir das alles selbst auch machen werden.

Und ich bin davon überzeugt, dass Sie das jetzt vom letzten Landtag bis zum heutigen Landtag, so irgendwie einen Zick-Zack-Kurs, und gerade noch diese Kurve gekriegt haben, weil man doch sieht, dass das ein Thema in der Bevölkerung ist, um jetzt auf diesen Bio-Zug, den es gibt, die Bio-Wende, gerade noch die Kurve gekratzt und auf diesen Zug hinaufspringen. Sie sind auch gut beraten, wenn Sie da mitmachen.

Aber das muss man schon so mitmachen, dass man sich selbst einbringt und dass man nicht alles schon im Vorhinein schon mit Fragezeichen und negativ besetzt.

Also für mich ist es so, dass wir auch im Land Burgenland nicht wirklich bei Null anfangen. Es gibt ja das Projekt in den Kindergärten, sehr vielen Gemeinden, ich glaube 100 Gemeinden oder so sind ja da schon mit dabei, wo es dieses GeKiBu, wo es jetzt schon das gesunde Essen gibt.

Wo jetzt schon aufmerksam gemacht wird, wie wichtig es ist biologisch zu kochen, wo jetzt schon in den Kindergärten gekocht wird und wo die Kinder das schon mitnehmen in ihre Familien.

Und es gibt sicher nicht nur die Stadtgemeinde Mattersburg, die biologisch und mit Bio kocht und mit heimischen Lebensmitteln, es wird wahrscheinlich auch manch andere Gemeinden geben, die das genau schon so für wichtig halten.

Und ich bin davon überzeugt, dass wir bei der vorigen Landtagssitzung hier diesen Meilenstein gesetzt haben, diese Bio-Wende zu machen und dass wir mit der heutigen Landtagssitzung und wenn das so stimmt, wie wir das im Vorfeld ja alle mit unterschrieben haben, diese Ziele Schritt für Schritt umsetzen.

Die werden wir umsetzen und vor allem die Regierungsparteien werden das auch garantieren, dass das funktioniert. Und wir haben uns ja schon recht kurzfristig vorgenommen, dass wir anfangen hier im Haus und das steht ja auch in diesem Abänderungsantrag drinnen, dass ab dem Jahr 2019 50 Prozent Bio-Lebensmitteln natürlich in der Kantine angeboten werden.

Also ich bin davon überzeugt, dass das der richtige und der gute Weg ist und ich darf dem Herrn Landesrat Doskozil auch für diese Vorgabe der Bio-Wende dankbar sein. Und ich glaube, dass es für uns alle sehr wichtig ist, für die Kinder und auch für die Erwachsenen und letztendlich die Chance auch für die Landwirtschaft ist.

Und Herr Kollege Steiner, Sie müssen die Problematik eh nicht ernst nehmen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich nehme das schon ernst.)* Sie können in Eisenstadt machen, was Sie wollen, das ist eh unumstritten. Mir ist es ein wichtiges Thema, mir ist es ein Anliegen und daher wird es von mir auch ernst diskutiert. Das ist überhaupt keine Frage.

Und wir tragen natürlich diese Bio-Wende mit und ich bin davon überzeugt, dass uns das gelingen wird und wir stimmen dem natürlich auch zu. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Klubobfrau. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Ja, danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein interessantes Thema, wenn ich die letzten Wochen und Monate nochmals Revue passieren lasse, war es sehr interessant. Und wenn ich dann Zeitungsmeldungen höre, wie „Tohuwabohu in der Bio-Wende". „SPÖ stimmt ÖVP-Antrag nieder". „Die Handlanger haben sich da bereit gemacht", Herr Kollege Steiner.

Solche Zitate in Zeitungen, ich weiß nicht, was die BVZ eigentlich für eine Zeitung ist und wo die hingehört, da kenne ich mich gar nimmer aus, wenn man solche Zitate da lesen muss und dann heute fröhlich und scherzend sagt, ja, wir stimmen zu.*(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe nur das gemacht, was die vorgeschlagen haben, ist je logisch.)*

Was habt Ihr gemacht? Jetzt sage ich Ihnen etwas. Nur Zitate lesen, Herr Kollege Steiner, dann weiß man, das sind lauter - Entschuldige, ich will diesen Ausdruck nicht verwenden, aber wir sind entscheidend, wir haben das alles umgedreht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich.)*

Nein! Dieser Antrag wurde von jemand anders eingebracht, mit Recht, und Ihr habt es, glaube ich, nicht missverstanden. Sondern Ihr habt bewusst so gehandelt und habt gesagt, wart so lassen wir die nicht wegkommen, weil wir werden das schon wieder umdrehen und dann gehen wir halt mit, dann sind wir wieder die Schönen und die Guten und die Braven.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das müssen wir uns nicht gefallen lassen, das brauchen wir uns nicht im Hohen Landtag gefallen lassen, was Sie hier zelebrieren. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Michaela Resetar.)*

Frau Kollegin, ich glaube Sie bleiben lieber ruhig, weil dann muss ich wieder ein paar Dinge sagen, das will ich heute nicht, sondern ich will mich kurz fassen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Natürlich, na geh.)*

Sondern ich finde es gut, dass wir einen Beschluss heute fassen, wo wir schrittweise und nicht auf einmal, wie Sie damals den Abänderungsantrag eingebracht haben, ab morgen, haben Sie gesagt, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na sicher.)* ab morgen haben wir in den öffentlichen *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na sicher.)* Küchen; Kindergärten alles umzusetzen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben Sie dem Landesrat zugehört?)*

Warum haben Sie*… (Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie stehen auf der Bremse.)* Ich stehe auf der Bremse, ja. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie stehen auf der Bremse.)* Warum… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Herr Landesrat hat es erklärt.)* Ich stehe auf keiner Bremse.

Merk Dir eines, ich bin selber verantwortlich für einen Kindergarten, für einen Pfarrkindergarten, wo wir zwei Köche angestellt haben, weil wir dort so viel als möglich mit Bio arbeiten wollen, so viel als möglich!

Ich kann Ihnen garantieren, es wird nicht 100 Prozent werden, das gebe ich Ihnen auch gleich schriftlich, weil 100 Prozent, da müssen wir, was weiß ich, wie alt werden.

Aber *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Vielleicht werden wir es.)* wir versuchen Schritt für Schritt das umzusetzen.

Sie haben hineingeschrieben, ab morgen! In dem letzten Abänderungsantrag, ab morgen haben Sie dort und das zu machen. Wer soll denn da mitgehen? Seid mir bitte nicht böse.

Und jetzt komme ich zu der Landwirtschaftskammer: Ich habe bei der letzten Sitzung schon gesagt, ich war in der Arbeiterkammer 15 Jahre, habe dort gekämpft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gekämpft und verloren.)* Ich bin in der Wirtschaftskammer gesessen 10 Jahre, habe dort gekämpft für die Unternehmerinnen und Unternehmer, bin selbständig, bin Abgeordneter, bin Bürgermeister.

Und jetzt sage ich Ihnen etwas, ich muss mir meine Pension selber einzahlen, als Abgeordneter, als Bürgermeister und als Selbständiger. Und dann höre ich heute vom Herrn Landesrat, da gibt es Sonderpensionen für, ich weiß nicht wie viele Leute, und jetzt will ich Eure Transparentheit wissen.

Herr Kollege Temmel! Sie sitzen dort drinnen sogar als Angestellter. Welchen Vertrag haben Sie? *(Unruhe bei der ÖVP)* Legen Sie den Vertrag einmal auf den Tisch, damit ich sehe, was für Sonderverträge Sie da bekommen haben. Dann können Sie mit mir weiter diskutieren, liebe ÖVP. Weil das ist genau das, genau das ist es, Frau Kollegin Resetar. *(Zwiegespräche der Abgeordneten der ÖVP)*

Frau Kollegin Resetar, jetzt sage ich Ihnen etwas: Sie dürfen gar nicht den Mund so groß aufmachen, weil wenn der Herr Temmel dort drinnen sitzt *(Abg. Mag.a Michaela Resetar: Wer redet denn mit Dir? - Abg. Walter Temmel: Da sitze ich.)* und spricht von Sonderpensionen, was der Herr Landesrat zitiert hat, dass es sie gibt, die uns eine Million Euro kosten, eine Million Euro!

Und dann geht der Herr Landesrat her und sagt er hat eine Idee, wir stellen das um, wir schauen uns das an, gemeinsam mit der Kammer, wo Sie anscheinend noch nicht einmal selber noch wissen, dass es da schon bisschen ein Entgegenkommen gibt.

Dann frage ich Sie, das ist ja wie beim Müllverband und bei den anderen Geschichten, was für Verträge rennen da? Wenn ich dann zur Antwort kriege, das braucht dich gar nicht interessieren. Na dann werdet Ihr ja nicht erwarten von mir, dass ich mich da herstelle und sage, Applaus, Applaus, super ist die ganze Geschichte.

Ich will einen Vertrag sehen, das ist das Nächste, Transparenz, Ehrlichkeit am Tisch, und dann können wir über das Andere diskutieren. Über die Landwirtschaftskammer brauchen wir gar keine Diskussion.

Aber, dass der Herr Berlakovich Nikolaus, seines Zeichens Präsident und ehemaliger Minister, hergeht, und sagt 58 Arbeitsplätze vernichtet der Herr Doskozil, einen so einen Wahnsinn habe ich ja noch gar nicht gehört. Jetzt auf einmal ist er so klein, mit Hut, und geht zum Herrn Landesrat und soll verhandeln.

Das ist das richtige Konzept, Herr Kollege Temmel, nicht immer hinausgehen, hinausposaunen, und die Medien, die lieben Medien, schreiben das alles. Es ist ja lustig Tohuwabohu und Bio-Wende. Wo ist die BVZ? Wo sind sie alle? Die sollen einmal vernünftig nachfragen, was da los ist. Sie sitzen eh da und sollen zuhorchen, was gesagt wird und was geredet wird.

Dass würde ich mir einmal wünschen von den Medien, oder wenn der Herr Wolf im Wahlkampf ganz anders unterwegs ist in Miami. Einen Wahlkampf in Miami hat er sich

angeschaut der Herr Wolf. Ich weiß nicht, ist ja in Ordnung, ist ja in Ordnung. In Deutschkreutz hat er dann unter der Gürtellinie woanders gefahren gegen mich. Das muss man schon hinterfragen, wenn meine Enkelkinder sogar in Betracht gezogen werden irgendwo.

Dann frage ich mich, Herr Kollege Wolf, und da waren Sie vorinvolviert, das traue ich mich behaupten und das lasse ich mir nicht mehr gefallen. Und sich dann herstellen „Wahlkampf ganz anders, die Professionalität der Wahl war beeindruckend, aber diese Aggressivität der Politik mit persönlichen Tiefschlägen ist undenkbar“, so Wolf im Burgenland.

Herr Kollege Wolf, das ist undenkbar, und Sie kommen mit Dingen daher, gehen Sie raus in die Kommunalpolitik, schauen Sie sich an, was Sie machen. Nur schlecht zu machen, nur schlecht zu machen die ganze Geschichte, *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Was ist in Deutschkreutz passiert mit den Stimmzetteln und so?)*

Was ist denn passiert? Ist irgendetwas gesetzlich nicht in Ordnung? Sofort eine Antwort. Ist irgendetwas gesetzlich nicht in Ordnung, Herr Kollege Wolf? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ich bin kein Richter!)* Dann stehen Sie auf und sagen das, behaupten Sie das hier am Rednerpult. Dann gehen Sie raus ans Rednerpult und sagen mir das. Aber solche Art und Weise… *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wieso bist Du so nervös?)*

Ich bin doch nicht nervös, Frau Kollegin Resetar. An Ihrer Stelle, habe ich Dir eh schon gesagt, würde ich sehr kleinlaut sein. Weil wie Sie noch in der Regierung, wie Sie noch in der Regierung gesessen sind, haben Sie mir etwas anderes gesagt. Wenn ich gesagt habe, ich brauche im Kindergarten Gruppenräume, vielleicht unterstützt ihr mich - kommt nicht in Frage. Das sind so Dinge gewesen.

Jetzt schaut die Welt anders aus. Nur fördern und fordern, und dann fünf Jahre zurückfordern, dass das Land das zahlen soll für unsere Ärzte, ja ist schon okay. Man kann es fordern, aber von wo sollen sie das Geld hernehmen? Vielleicht haben Sie noch eins übrig, dass man das zahlen kann. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Von wo nehmen Sie das her? Von wo ist es hergekommen? Vom Budget!)*

Herr Kollege Sagartz, wir machen uns schon Gedanken als Bürgermeister. Du bist leider noch keiner, vielleicht wirst Du es, dass Du Verantwortung übernimmst. Der Herr Wolf zeigt es ja vor, was er jetzt in Hornstein tut, was genau passiert. Erhöhen tun wir Länge mal Breite und dergleichen mehr. So rennt die Politik dann runter.

Das ist genau das Thema, was ich leider Gottes in diesem Hohen Landtag vermisse, dass man wirklich Transparenz hat, alles offen diskutiert und nicht unter der Gürtellinie.

Wir haben viele Aufgaben vor uns. Unsere Zukunft liegt bei unseren Kindern und das muss uns viel wert sein. Daher glaube ich, dass wir in die Zukunft schauen müssen und schlussendlich auch dieser Antrag, den wir gemeinsam eingebracht haben, auch dementsprechend auch behandelt wird und umgesetzt wird. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Redebeitrag.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Der Herr Landesrat Doskozil ist jetzt leider nicht mehr im Raum, aber ich muss doch ein bisschen etwas richtigstellen.

Nur an Ihre Adresse geht es nicht, Frau Landesrätin, wo sein Irrtum liegt, den haben Sie nicht, das weiß ich, nachdem er wesentlich kürzer erst in diesem Hohen Haus tätig ist. Also zu meinen, wenn sich die GRÜNEN stark machen und das sehr intensiv und immer wieder für die Biolandwirtschaft und Bioverpflegung, wäre das Aufspringen auf einen Trend, dann hat er irgendwas in der Reihenfolge nicht ganz verstanden.

In dem Fall geht es wohl eher auch darum, wer sozusagen dafür kämpft, dass sich ein Trend umdreht. Wer schon länger da ist weiß, dass es bereits im Jahr 2001 in diesem Landtag einen Antrag gab. Ich weiß nicht, warum das unter der ÖVP damals nicht so weitergeführt worden ist, bezüglich biologischer Ernährung.

Aber auch seit dem ich hier bin, das ist erst seit drei Jahren, war es so, dass bereits im Herbst 2015 der Antrag zum Bodenschutz gestellt wurde, dass bereits im März 2016 der erste Antrag zur Bioverpflegung gestellt wurde, dass bereits im März 2016 der Antrag gestellt wurde, biologische Landwirtschaft im Burgenland verstärkt zu fördern, und, und, und.

Also da geht es schon darum, dass die Breite der Ökologie hier der Ausgangspunkt war, und die biologische Verpflegung in den Gemeinschaftsküchen, in der Gemeinschaftsverpflegung ein Aspekt ist, aber an dem werden wir jetzt ganz klar dranbleiben und nichts mehr auskommen lassen. Das kann er sich vielleicht morgen anschauen, dann, wenn das online gestellt ist.

Aber ich bin auch sicher, Frau Landesrätin, Sie werden ihm das auch gut übermitteln können, weil Sie das ja hier miterlebt haben. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Klubobmann Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Also das Wort „schäbig“ hat, glaube ich, in keinster Weise in der Diskussion etwas verloren.

Ich glaube, da hat sich der Herr Landesrat eindeutig im Ton vergriffen und wenn er jetzt beginnt, hier mit derartig polemischen Angriffen auf die Landwirtschaftskammer, dann möchte ich schon eines hier betonen. Wir haben einen Strukturreform-Rechnungshofbericht bekommen, erst gestern. Er spricht von 60 Euro Beratungskosten pro Stunde. Wissen Sie, wie hoch das Land Burgenland eingekauft hat an Beraterleistungen?

2.100 Euro pro Stunde *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da sind wir billig mit 60 Euro!)* Beratungskosten für eine Strukturreform. Da kommt ein Kollege her und sagt, 60 Euro kommen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht vor. Dann sagt er, es gibt Sonderpensionen. Wir haben alle miteinander keinen Spaß daran.

Der Herr Landeshauptmann hat dann gleich mir zugerufen und gesagt, er kriegt keine Landeshauptmannpension mehr. Alle anderen wissen hier im Raum, 1997 sind die Politikerpensionen abgeschafft worden. *(Abg. Ingrid Salamon: Wissen wir!)* Viele Menschen regen sich darüber auf. Es gab Prozesse über Prozesse, die Gerichte haben

all Jenen, denen etwas weggenommen wurde, Recht gegeben, und es musste ausbezahlt werden.

Warum sollte das bei der Energie Burgenland, wo es im Übrigen Leute gibt, die über 15.000 Euro monatlich Zusatzpension bekommen, warum soll es in der Landwirtschaftskammer anders sein, in der Wirtschaftskammer, in der Arbeiterkammer, in der Nationalbank? Das ist nicht unser Interesse, das finden wir genauso wie alle anderen nicht in Ordnung.

Aber dafür die Burgenländische Landwirtschaftskammer als Einzelbeispiel herauszunehmen, das ist in Wahrheit nicht gerechtfertigt und in keinster Weise richtig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich verstehe schon, diese Anmerkung, Kollege Temmel, Sie sind Angestellter beim Land, Sie werden das schon mittragen müssen, - wir haben den Unterton schon verstanden. Ich kann Ihnen garantieren, allen miteinander, der Kollege Temmel wird weiterhin in der Buchhaltung gute Arbeit leisten. Aber da kann er sicherlich keinen großartigen Einfluss nehmen, ob das Land Burgenland jetzt 90, 80 oder 100 Prozent burgenländische Landwirtschaftsbetriebe haben wird.

Also diese Art der Polemik, wo jetzt jemand zeigt, um was es ihm wirklich geht, nämlich um ein paar aktionistische Angriffe einmal gegen die Kammer, einmal halt gegen die Interessensvertretung oder die Opposition, das haben wir alle miteinander nicht notwendig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte eines heute hier sagen, ich habe mir das vorgenommen. Ich habe mich in wenigen landwirtschaftlichen Themen irgendwie schon sehr kundig gemacht. Das möchte ich hier zugeben. Das ist nicht mein Ressort.

Ich habe heute bei jemandem nachgefragt, jemand der es wissen muss, wie hoch ist der Anteil vom biologisch erzeugten Wein im Burgenland? Rund 20 Prozent. *(Landesrätin Verena Dunst: Stimmt! Gut recherchiert!)* Danke schön, also offensichtlich haben wir alle gute Informationen.

Wie funktioniert das? An Stelle von Pflanzenschutzmitteln darf der Bioproduzent Kupfer und Schwefel verwenden, das ist nicht so effizient natürlich wie ein Pestizid. Deshalb muss er öfters mit dem Traktor und mit der Spritze ausrücken, um Kupfer und Schwefel aufzutragen. Das bedeutet, Kollegin Petrik hat es ja heute schon erklärt bei den Tomaten, ein Mehr an CO_2-Ausstoß.

Gleichzeitig gibt es Ersatzstoffe die möglich sind, deren Energieaufwand so hoch ist, dass der Preis dementsprechend hoch ist, dass von dieser ganzen wunderbaren Bilanz des CO_2-Ausstosses nichts mehr über bleibt.

Ich bin gespannt, wenn am 28.02. eine Sondersitzung des Landtages passiert, da gehe ich davon aus, dann wird es auch einen Empfang geben. Dann sind drei Monate vergangen. Also ich bin da ganz realistisch, man kann in drei Monaten auvh vieles umstellen.

Ich bin sehr neugierig ob es in dieser Kleinigkeit, nämlich im Biolandwein, den wir als Burgenländische Landesregierung im Zuge der Repräsentationskosten ankaufen, irgendeine Veränderung gibt. Daran sollte man Euch messen, nämlich an den Taten.

Wir werden auch in der Kantine schauen. Ich werde immer wieder auch in den nächsten Jahren im Buffet essen, ich bin gespannt, was wir zusammenbringen. Denn ankündigen und gemeinsam beschließen, ist das Eine. Da bin ich beim Kollegen Temmel. Umsetzen, das ist gefragt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Verena Dunst.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Ja, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Und an alle die uns zuhören, beziehungsweise auch die heute hier im Landtagssitzungssaal zusätzlich dabei sind.

Zunächst einmal hat mich sehr überrascht, und da bin ich mit dem Abgeordneten Kölly einer Meinung, derselben Meinung, dass Sie sich herstellen, liebe ÖVP, und als einzige Partei damals nicht mitgegangen sind, beim 4-Parteien-Antrag, wo es um Glyphosatausstieg gegangen ist.

Dann jetzt um biologische Landwirtschaft, es geht ja, übersetzen wir es bitte, es geht um gesunde Ernährung, es geht um uns und die nächsten Generationen. Da haben Sie ganz schnell und in letzter Sekunde einen Schwung gemacht, nämlich doch mitzugehen. Es tut Ihnen ja weh.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Sagartz, sich mit Ihrer letzten Wortmeldung herstellen und nichts anderes tun als drohen, und ich werde jetzt schauen beim Empfang, und ich werde schauen, dann stimmen Sie zwar heute zu, aber letztendlich stellen Sie Ihre Zustimmung schon wieder in Frage. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Na soll ich wegschauen?)*

Ich sage Ihnen etwas. Wir haben Studien, und wir haben Klartext da, Fakten und Zahlen, dass wir biologisch im Land durchaus sehr, sehr vieles machen können. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Hoffentlich!)*

Eine zweite Geschichte: Die Landwirtschaftskammer ist 91 Jahre alt. Voriges Jahr, meine Damen und Herren, haben wir eine ganz tolle großartige Jubiläumsveranstaltung gehabt, wo man gezeigt hat, was die Landwirtschaftskammer bisher kann. Was sie alles gemacht hat.

Aber in 90 Jahren, meine Damen und Herren, haben Sie eines leider, und Sie auch als Vertreter der Bauernbündler gezeigt, was Sie wirklich können. Agrarpolitik für die Großkonzerne, Umbringen der kleinen und mittleren Strukturen. *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer ist ein Großkonzern?)*

Schauen Sie sich das bitte einmal an! *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Wer ist im Burgenland ein Großkonzern?)* Und heute sind Sie gegen biologische Landwirtschaft, schon wieder.

Sie haben nichts getan vor 30 Jahren, als wirklich jeden Tag des ganzen Jahres die Betriebe angefangen haben, zuzusperren. Wachsen oder weichen, genau das war das Prinzip. Und Sie fühlen sich zuständig für die Landwirtschaft, haben nichts getan, nämlich, damit die kleineren und mittleren Betriebe auch mithalten können und faire Preise bekommen.

Warum haben Sie nicht schon lange die biologischen oder die regionalen Lebensmittel irgendwo präferiert? Warum haben Sie nichts getan?

Weil ich brauche ein gutes burgenländisches, regionales, biologisches Produkt, nicht hinauswerfen in den Export, wo ich dann antrete mit Südamerika - ich sage jetzt nur Stichwort Mercosur - und nichts dafür bekomme, und den nächsten Bauern ins Bauernsterben hineintreibe. Ich habe das immer gesagt, und das haben Sie nie gemacht, regionale Kreisläufe stärken.

Ich brauche nicht in den Export gehen, ich brauche dort nicht den Bauern in ein Defizitgeschäft zwingen. Ich muss im Burgenland diese Produkte verkaufen.

Sie haben nichts gemacht. Sie haben weder die Bauernmärkte gestärkt, Sie haben weder irgendwas verändert in der Agrarförderung. Ein klares Wort, denn ich bin neugierig, ich bin gerade fertig.

Der wirklich von mir sehr hochgelobte Dipl. Ing. Cadilek hat jetzt mit vielen, und ich möchte mich wirklich bedanken bei allen, die mitgetan haben, unzähligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ELER die Programmierung, den Fahrplan, einmal festgelegt.

Wissen Sie, was dort auch unter anderem drinnen steht? Dass wir endlich einmal aus diesem landwirtschaftlichen Fonds was tun für das Burgenland. Ich bin absolut dafür, dass man in beiden Säulen - Säule 1 und 2 - hergehen und dort die Umwelt stärker fördern. Dass wir einmal wirklich pestizidfreie Regionen schaffen, dass wir wirklich den Landwirten und den Nebenerwerbslandwirten, den Biobetrieben und jenen die umsteigen wollen, einmal garantieren, dass Sie im Burgenland verkaufen, zu echten fairen Preisen. Zu echten fairen Preisen.

Ja, und wir haben viel genug getan, schon für Genuss. Da stehen wir gut da. Ich habe die ersten Messen organisiert, damit sich Produzentinnen und Produzenten, Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch Supermärkte einmal treffen, und dass da endlich einmal etwas weitergeht. *(Abg. Walter Temmel: Das hat es schon vorher gegeben!)*

Das war wichtig. Ja, alles hat es vorher gegeben. Warum steht im Grünen Bericht drinnen seit x Jahren, jeden Tag sperrt ein Betrieb zu, - weil Ihr so super gearbeitet habt? *(Abg. Walter Temmel: Die letzten drei Jahre sperren sie auch zu!)*

Also lesen Sie einmal die Berichte und reden Sie dann wieder mit. Nichts haben Sie getan! Sie haben wirklich die kleinen Strukturen hängen lassen. Noch einmal, Sie haben aber auch, und nicht nur, und das ist mein klarer Vorwurf, Sie haben nicht nur die kleineren Unternehmen aufs Spiel gesetzt, die haben alle zugesperrt. Sie haben die Abwanderung… *(Abg. Walter Temmel: Die Genussmesse hat es schon vorher gegeben!)*

Sie schreien immer so viel, und sagen, die armen Südburgenländer. Nur, was haben Sie getan? Hätten wir geschaut auf die kleinen und mittleren Landwirte. *(Abg. Walter Temmel: Was hast Du neu gemacht?)* Dann wären uns die nicht abgezogen nach Wien. *(Abg. Walter Temmel: Was hast Du neu gemacht?)*

Das wäre ein Mittel für die Abwanderung, nämlich gegen die Abwanderung. Nichts haben Sie gemacht! Was haben Sie gemacht? *(Abg. Walter Temmel: Was Du neu gemacht hast?)* 100 Prozent der ELER-Mittel haben Sie an drei Prozent der Agrarkonzerne an Förderung gegeben und 97 kleine und mittlere Betriebe schauen durch die Finger und sperren zu. *(Abg. Walter Temmel: Was hast Du neu gemacht?)*

Tun Sie endlich einmal etwas! Ich bin neugierig, ob Sie dann diesem Paket zustimmen, dass wir jetzt da vorprogrammiert haben. Nur so können wir endlich einmal faire Preise kriegen. So können wir endlich einmal unserer burgenländischen Bevölkerung garantieren, und nicht nur reden, dass Sie sich gesund ernähren können und nicht all diese Dinge, die da in unseren Lebensmitteln sind, die wir von irgendwoher importieren müssen, dann brauchen wir das nicht mehr essen.

Stärken Sie endlich einmal wirklich die Landwirte! Dann können Sie als Bauernbündler wirklich mitreden, dass Sie für die Landwirtschaft etwas tun. *(Abg. Walter Temmel: Welche Aktion hast Du gemacht?)*

Zuletzt, die Frau Kollegin Petrik, das ist sicher ein Missverständnis, weil eines ist klar, es geht nicht nur, und da gebe ich dem Herrn Landesrat absolut Recht, *(Abg. Mag. Michaela Resetar: Du musst ihm ja Recht geben!)* dass es wichtig ist, dass wir gesamtheitlich auf Bio schauen.

Aber es geht nicht nur, und Sie haben das aber eh klargestellt nachher, ganz klargestellt, dass es darum geht, dass wir insgesamt viel überlegen müssen, so wie ich vorher gesagt habe, ein anderes ELER-Regime, Säule 1 und 2, Umweltförderungen, belohnen der kleinen und mittleren Betriebe, die weniger Pestizide, weniger Glyphosat verwenden und es muss ein ganzheitlicher Aspekt und ein ganzheitlicher Ansatz sein.

Eines kann ich Ihnen auf alle Fälle sagen, ich glaube, dass sich jetzt jene, die wissen was sie ehrlich wollen, hinstellen können für die nächsten Generationen.

Weil ich möchte nicht, dass wir in einigen Jahren keine produzierenden Betriebe mehr haben. Wenn Sie so weitertun und am Ruder bleiben im Bund und nichts ändern an der Agrarförderung, *(Abg. Walter Temmel: Du bist am Ruder!)* weil, das ist Bund und EU, und dort haben Sie die Mehrheit, dann können wir unseren Enkelkindern und so weiter keine gute und gesunde und biologische Ernährung mehr am Tisch stellen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Ihr habt gesagt, Ihr macht das alles!)*

Also, Sie sind am Zug. Tun Sie endlich etwas, nicht nur kritisieren und herumschreien. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Landesrätin. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Die Entschließung betreffend biologische und regionale Lebensmittel in Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung einstimmig gefasst.

11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1496) betreffend landesweites Tierschutz-Konzept (Zahl 21 - 1064) (Beilage 1513)

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Der 11. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 1496, betreffend landesweites Tierschutz-Konzept, Zahl 21 - 1064, Beilage 1513.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Günter Kovacs: Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend landesweites Tierschutz-Konzept, in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 31. Oktober 2018, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend landesweites Tierschutz-Konzept, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. Danke.

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Berichterstatter. Ich erteile nun Herrn Landtagsabgeordneten Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke herzlich. Es geht um den Tierschutz. Wir haben im Burgenland wirklich ein tolles Netz an Tierschutzvereinen, die wertvolle Arbeit leisten. Das beginnt beim Landestierschutzhaus Sonnenhof und endet ganz unten in Jennersdorf beim Dreiländereck Tierschutzverein, der dort sehr aktiv ist.

Das einzige Problem ist, dass ein Teil der Arbeit vom Land, von der Landesregierung alleine gelassen wird. Es gibt sehr viele Tierschutzvereine, die Gott sei Dank, und das ist auch wichtig, ihre Arbeit machen können, weil es viele Ehrenamtliche gibt, und weil es viele Leute gibt, die bereit sind, dafür zu spenden. Das ist auch gut so.

Nur alleine das auf diesen Beinen stehen zu lassen, ist meiner Ansicht nach zu wenig. Es war vor vielen Jahren einmal das Thema, dass wir im Burgenland zwei Landestierschutzhäuser bauen. Eines im Norden, eines im Süden. Das im Norden steht, funktioniert wunderbar.

Das im Süden ist, muss ich sagen, ich war früher auch dafür, inzwischen Geschichte. Ich halte es nicht für notwendig, dass wir im Süden ein zweites Landestierschutzheim brauchen.

Was wir aber sehr wohl brauchen sind die vielen kleinen und großen Initiativen die es gibt, die die Tierschutzarbeiten machen, für die eigentlich die Gemeinden und das Land zuständig wäre. Das ist gut so.

Wir wollen aber, dass das auf professionellere Beine gestellt wird und dass diese Vereine dafür auch finanzielle Zuwendungen bekommen. Kleines Beispiel: „Wir fürs Tier“ Oberwart, ein sehr engagiertes Team, die sich gerade ein altes Einfamilienhaus umbauen in ein Katzenhaus. Das Haus ist kaum noch fertig, platzt schon fast aus allen Nähten, weil wir gerade im Bereich der Katzen wirklich massive Probleme haben.

Nach wie vor gibt es viel zu viele Leute, die ihre Katzen nicht sterilisieren, kastrieren lassen, obwohl das eigentlich gesetzlich verankert ist. Dadurch gibt es natürlich auch sehr viel Nachwuchs. Und dadurch gibt es in den Tierschutzheimen sehr, sehr viele Katzen.

Bei den Hunden ist es etwas einfacher. Da gibt es Gott sei Dank weniger. Die Vergaberate ist wesentlich höher wie bei den Katzen und zum Glück gibt es, so wie es in anderen Ländern üblich ist, in Österreich kaum Streunerhunde, die sich unkontrolliert vermehren.

Bei den Katzen sieht das, wie gesagt, ganz anders aus. Das sind die Haupttiere. Es gibt dann noch die anderen kleinen Haustiere, die eher eine untergeordnete Rolle spielen,

aber natürlich auch die Tierschutzhäuser dafür zuständig sind und wichtige Arbeit machen. Und, dann gibt es noch eine vierte Gruppe von Tieren, das sind Wildtiere.

Man sollte es nicht glauben, aber in den Tierschutzhäusern und auch bei den Tierschutzvereinen landen immer wieder sehr viele Wildtiere. Junge Tiere, die einfach nicht von selber überleben können, verletzte Tiere oder wie es jetzt gerade der Fall ist, der Herbst ist heuer, wie wir alle selber merken, sehr lang, und so wie immer, diesmal aber etwas später, landen Igeln, die zu leicht sind, um im Winterschlaf über den Winter zu kommen, in den Tierschutzhäusern.

Ich habe das Tierheim Parndorf besucht. Ich habe es selber nicht glauben können, die überwintern 300 bis 400 Igeln jedes Jahr im Tierschutzheim, brauchen dafür jede Menge Katzenfutter und natürlich ist das auch viel Arbeit. Das ist nicht nur Tierschutzarbeit, das ist eine wesentliche Naturschutzarbeit, weil, die Tiere werden natürlich im kommenden Frühjahr wieder ausgewildert.

Es ist sogar meistens so, dass jene Leute, die die Igeln bringen im Frühjahr kommen, die Tiere wieder abholen und was ganz wichtig ist, wieder dort auslassen, wo sie sie gefunden haben, weil natürlich die Tiere standorttreu sind und man nicht Unmengen von Igeln auf einem Platz auswildern kann, weil das ja eher Einzelgänger sind.

Diese wertvolle Arbeit gehört mehr wertgeschätzt und unserer Meinung nach gehört hier, wie es im Antrag steht, ein landesweites Tierschutz-Konzept gemacht. Der Sonnenhof ist wichtig und gut. Das war eine gute Entscheidung und der arbeitet auch gut. Aber das ist zu wenig. Weil, was hilft es mir, wenn ich zum Beispiel in Jennersdorf daheim bin und eine Tierschutzproblematik habe? Dazu ist Eisenstadt einfach zu weit weg.

Gott sei Dank gibt es dort die erwähnten Tierschutzvereine, die sich dieser Arbeit annehmen, die teilweise mit dem Sonnenhof auch in Kontakt stehen und die wichtige Arbeit machen.

Wir haben leider ein Tierschutzheim oder -haus vor kurzem verloren. In Oberschützen gab es eigentlich den Verein „Tierasyl International“, den Franziskushof, der ist jetzt fast leer. Da ist der wesentliche Treiber dieses Projektes leider verstorben. Seine Frau schafft das nicht mehr ganz. Da entsteht aber ein Loch. Das hat an und für sich zum Teil ganz gut funktioniert.

Es ist auch ein reger Austausch, also nicht nur in Oberschützen, sondern generell, das passiert im Sonnenhof genauso, es gibt Leute die selber keine Tiere haben, die kommen und gehen mit den Tierschutzhunden aus den Heimen zum Beispiel spazieren.

Das heißt, diese Tierschutzheime sind nicht irgendwie geheime und stark abgeriegelte Häuser, sondern da ist ein sehr starker Kontakt zur Bevölkerung. Der ist auch wichtig, natürlich auch was die Vergabe angeht. Und es ist auch wichtig, dass Tiere, also Hunde vor allem, die diesen Rhythmus gewöhnt sind, dass man mit ihnen spazieren geht, dass sie Kontakt mit fremden Leuten haben.

Je mehr Tiere, und gerade Hunde, abgesondert in Tierheimen sind, so wie sie es früher waren, desto schwerer werden sie später vermittelbar. Je mehr hier der Kontakt zur Bevölkerung und zu Menschen ist, und je natürlicher der Umgang ist, desto besser funktioniert das Ganze.

Ich habe kurz, vorgestern war das, habe ich kurz mit der Alice Pichler von „Wir fürs Tier“ aus Oberwart gesprochen. Sie hat ungefähr 100 bis 200 Vermittlungen von Tieren im Jahr. Und sie schaffen 300 bis 500 Katzenkastrationen im Jahr. Das ist ein wichtiger

Beitrag weil, das heißt natürlich, dass viele Katzen dadurch weniger auf die Welt kommen. Wir haben einfach zu viele.

Im Übrigen möchte ich auch darauf hinweisen, dass eine unkontrollierte Vermehrung bei Katzen auch ein Naturschutzproblem ist, weil halb verwilderte Tiere natürlich auch auf Tiere zugreifen, die eigentlich nicht gedacht sind als Opfer für Katzen, also Vögel, Eidechsen, Siebenschläfer, Ähnliches.

Hier kann eine Katzenpopulation, die sich wild entwickelt, sehr viel anrichten. Hier ist es wichtig, dass Tierschützerinnen und Tierschützer mit eigens gebauten Kastenfallen ausrücken, diese Tiere einfangen und kastrieren lassen und dann möglichst einer Vergabe zuführen können.

Ich möchte vielleicht noch darauf hinweisen, was diese Menschen wirklich leisten. Das sind Leute, die teilweise aufgrund ihres Engagements dem Tierschutz gegenüber keine Urlaube mehr beziehen. Es gibt Leute, die dadurch Burnout erleiden, weil die Aufgabe einfach zu viel ist und sie sich manchmal auch zu viel „hineintigern“, im wahrsten Sinne des Wortes muss man sagen. Diese Arbeit gehört, unserer Meinung nach, mehr wertgeschätzt und unterstützt.

Wenn man über die burgenländische Landesgrenze hinwegschaut oder hinüberschaut zum Beispiel in die Steiermark, da funktioniert das ganz gut. Dadurch ist auch die Gefahr geringer, dass es Tierschutzorganisationen gibt, die ihre Arbeit schlecht machen, weil eine gewisse Kontrolle da ist.

Logischerweise wenn ich Geld hergebe, kriege ich automatisch dadurch auch eine Kontrolle. Ich glaube, dass das wichtig wäre, und deswegen haben wir diesen Antrag eingebracht.

Der Abänderungsantrag geht natürlich wieder einmal weit an dem was wir eigentlich wollen, vorbei. Mehr oder weniger steht da wieder einmal drinnen, es soll so bleiben wie es ist. Das finden wir ganz eindeutig nicht. Ein Teil der Tierschutzarbeit ist gut, wenn der auf ehrenamtlichen Füßen steht. Und auch mit Spenden aus der Bevölkerung. Dadurch ist die Identifikation auch noch größer.

Aber ich glaube, dass ein Teil, oder ich bin sicher, dass ein Teil dieser Arbeit für das Land und die Gemeinden wichtig sein muss, so wichtig sein muss, dass sie auch Geld in die Hand nehmen. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

Abgeordnete Karin Stampfel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Tierschutz geht uns alle etwas an. Ich bin der Meinung, dass man gar nicht zu viel über Tierschutz sprechen kann.

Ausschlaggebend für die heutige Diskussion ist der Antrag der GRÜNEN, man solle im Land ein Tierschutzkonzept ausarbeiten. Jetzt ist es natürlich an und für sich eine sehr gute Idee, jedoch erachte ich es nicht als sinnvoll, Zeit und Geld in etwas zu investieren das es schon gibt.

Wir haben ein Landestierschutzhaus, das uns dabei hilft, unsere gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen. So werden dort zum Beispiel Tiere untergebracht, die von Behörden abgenommen werden.

Aber es trägt auch einen wesentlichen Teil zur Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit bei. Auch die Kastrationsgutscheine darf man hier nicht unerwähnt lassen.

Wir haben viele Vereine und Private, die großartige Arbeit leisten. Für Vereine besteht auch seitens des Landes die Möglichkeit, einen Verwahrungsvertrag abzuschließen, damit sie auch unterstützt werden.

Weiters ist die vorhin genannte Öffentlichkeitsarbeit auch ein wichtiger Punkt. Hier sieht man am Beispiel Sonnenhof, wie es funktionieren kann. Man kann sich dort über alles, was Tiere betrifft, informieren und auch mit einigen Tieren Zeit verbringen, um sie kennen zu lernen. Man kann mit ihnen spazieren gehen und so besser einschätzen, ob und welches Tier für einen geeignet ist.

Wichtig sind auch die Kontrollen. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder von Fällen des „Animal Hoardings“ gehört. Hier ist es vor allem wichtig, dass jeder, egal ob Nachbarn, Freunde oder gar Tierärzte die Missstände gleich melden, damit rechtzeitig entsprechende Maßnahmen gesetzt werden können.

Ich bin davon überzeugt, dass das Burgenland gute Arbeit leistet. Es ist natürlich auch klar, dass das Thema Tierschutz immer aktuell sein wird und Maßnahmen in diesem Bereich auch immer wieder evaluiert und adaptiert werden müssen.

Da uns allen der Tierschutz am Herzen liegt, kann ich Ihnen versichern, dass wir alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um die Tiere zu schützen und für ihr Wohlergehen zu sorgen.

Nachdem Tiere nicht sprechen können, geben und müssen wir ihnen eine Stimme geben, und das werden wir auch in Zukunft tun. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Bernard Hirczy.

Bitte Herr Abgeordneter um Ihren Redebeitrag.

Abgeordneter Bernhard Hirczy (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Tierschutz ist unser aller Interesse. Es gibt viele gute Projekte im Burgenland von Kalch bis Kittsee. Wir haben schon einiges gehört. Jedes Tier, das ausgesetzt wird, ist aus meiner Sicht eines zu viel und ja, es ist immer wieder ein Schicksalsschlag, wenn ein Tier kein Zuhause hat.

Gerade der Oktober ist der Monat, wo sehr viel über Tierschutz diskutiert wird und leider Gottes Weihnachten die Hochsaison, wo viele Tiere auf der Straße landen und ausgesetzt werden. Leider!

Den Tieren den notwendigen Lebensraum geben und vor allem auch der Jugend die Möglichkeit geben, in punkto Tiere sich zu beschäftigen, sich zu befassen und das nötige Wissen anzueignen. Hier gibt es gute Projekte im Burgenland. Eines dieser Projekte ist zum Beispiel der Naturwinkel Saufuß in Minihof-Liebau. Dort wird Artentierschutz betrieben, sprich verletzte oder verwaist aufgefundene Wildtiere werden hier versorgt, die Nachzüchtung von Hühnervögeln, wie zum Beispiel Fasane, und anschließend auch wieder die Auswilderung. Artgerechte Nutztierhaltung steht dort auch im Vordergrund und wird allgemein veranschaulicht.

Ja, das sind Projekte, wo sich Jugendliche informieren können, wo viele Schulklassen hinkommen, wo sich die Menschen weiterbilden können und vor allem eines, es gibt dort Menschen, die auch Verantwortung übernehmen. Es gibt Menschen,

die mit finanziellem Beitrag eine wichtige Stütze sind und vor allem, es steht der Tierschutz an allererster Stelle.

Ebensolche Beispiele sind auch der Gnadenhof Sitzwohl in Henndorf. Dort haben die Tiere die Möglichkeit, einen würdigen Lebensabend zu verbringen. Dort geht es auch um Nutztiere.

Das vorhin schon genannte Beispiel die Tierhilfe Dreiländereck, ist auch ein Beispiel, wo sich viele Ehrenamtliche einbringen. Auch dieser Verein finanziert sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spendengeldern oder auch Erlösen aus Veranstaltungen, Tierschutzbasaren oder eben auch Flohmärkten.

Daher benötigen wir ein besseres Konzept hier im Burgenland. Ein Konzept, das gerade diesen Freiwilligen unter die Arme greift. Es geht darum, dieses Konzept nachhaltig aufzustellen, damit es diese Ehrenamtlichen künftig leichter haben.

Ein Tierschutzverein ist ein freiwilliger Zusammenschluss von ehrenamtlichen Tierfreunden, die in Not geratenen Tieren helfen möchten. Ein Tierschutzverein hat keinerlei öffentliche Verpflichtungen, Tiere bei sich aufzunehmen. Hier gibt es sehr oft Diskrepanzen, da es vor allem aus dem Südburgenland sehr weit zum Tierschutzhof Sonnenhof ist.

Wir sehen daher jede Initiative zu diesem Thema positiv und jeder Beitrag ist wichtig. Ich sehe auch im Antrag der GRÜNEN sehr viel Positives und auch sehr gute Ansätze.

Es geht uns aber auch nicht nur um Hund und Katz. Es geht vielmehr auch um weitere Tiere wie Geflügel, Schweine, Kühe, Schafe, Ziegen und viel, viel mehr. Hier gibt es Expertinnen und Experten, vor allem auch in der Landwirtschaftskammer, die sich bei diesem Thema einbringen.

Es geht auch darum, dass in einer modernen Landwirtschaft das Tierwohl einen sehr hohen Stellenwert hat und genießt. Es geht hier darum, dass sich Landwirte eben freiwillig weiterbilden, Pflichtveranstaltungen besuchen, um auch das Tierwohl an erster Stelle behalten zu können.

Gemeinsam mit den Beraterinnen und Beratern der Landwirtschaftskammer sind Expertinnen und Experten ständig dabei, mit Stallbaufirmen und anderen Institutionen Konzepte zu entwickeln, um auch in punkto Hygiene und Haltesystemen den Tierschutz weiterhin vorantreiben zu können.

Sie sehen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landwirtschaftskammer ist auch dieses Thema sehr wichtig. Daher ist es unsere Aufforderung, dass hier die Zusammenarbeit noch mehr intensiviert wird. Es wäre wichtig, mit diesen Menschen zu kooperieren, und daher darf es eigentlich keinen Gedanken geben in punkto Landwirtschaftskammer, dort die Unterstützungen und Förderungen zu kürzen.

Wir müssen uns zu diesem Thema Tierschutz ernsthaft Gedanken machen. Wenn wir uns diesen Abänderungsantrag ansehen, so haben wir es vorhin auch schon gehört, so sehen wir hier das Wort „weiterhin“, somit keine Innovation, keine neuen Punkte, sondern Bewährtes bewahren.

Wir können daher diesem Abänderungsantrag nichts abgewinnen und können diesem Abänderungsantrag nicht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich Landtagsabgeordneter Günter Kovacs.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. In aller Kürze, meine Vorredner haben ja alle kompetent berichtet.

Ich darf für meine Fraktion sagen, wir stimmen natürlich diesem Abänderungsantrag zu. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Dritte Präsidentin Ilse Benkö: Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Tierschutz im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Geschätzte Damen und Herren! Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Die nächste Sitzung des Landtages, und zwar ist dies die Erklärung des Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2019, findet heute, Donnerstag, 15. November 2018, in 15 Minuten, um 17 Uhr 53 Minuten, statt.

Die Einladungen hiezu sind bereits ergangen.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 17 Uhr 39 Minuten

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 45. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 15. November 2018

17.53 Uhr - 18.30 Uhr

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 7102)

Landesregierung

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 7102)

Beginn der Sitzung: 17 Uhr 53 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung!

Ich e r ö f f n e die 45. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Herren Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter und Gerhard Hutter entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Abgeordneten Killian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 45. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 15.11.2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2019 (Zahl 21 – 1120) (Beilage 1562);
2. Beschlussantrag, mit dem der 3. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird (Zahl 21 – 1121) (Beilage 1563);

Ebenso ist die Beantwortung der schriftlichen Anfrage

1. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 – 1053) betreffend das Projekt „Sicherheitspartner“ (Zahl 21 – 1122) (Beilage 1564)

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisungen werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil, vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2019

Präsident Christian Illedits: Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2019.

Ich darf Sie bitten, Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf heute erstmalig das Budget für das Jahr 2019, erstmalig für mich, das Budget für das Land Burgenland präsentieren und ich würde gerne und ich erlaube mir vorab in einer retrospektiven Betrachtungsweise die

Situation generell des Burgenlandes darzulegen und nehme als Ausgangspunkt das Jahr 1995.

Das Jahr 1995, wo ein paar Monate davor drei Viertel der Burgenländerinnen und Burgenländer „Ja“ zur Europäischen Union gesagt haben, eigentlich das höchste Quorum im Bundesländervergleich, damals offensichtlich schon in weiser Voraussicht und vorausblickend, dass die Europäische Union eine Chance für das Burgenland ist.

Diese Chance für das Burgenland wurde wahrgenommen. Diese Chance für das Burgenland wurde von den Verantwortlichen in der aktuellen und in der damaligen Regierung für das Burgenland wahrgenommen. Das sieht man auch an den verschiedenen Kennzahlen. Wenn wir heute die BIP-Entwicklung pro Einwohner betrachten, so hatten wir 1995 ein BIP von 68 Prozent. Wir haben aktuell ein BIP von 92 Prozent.

Wie schwierig aber die Situation und diese Entwicklungsschritte vor allem auch in den regionalen Zusammenhängen, speziell bei dieser Kennzahl für das Burgenland ist, lässt sich alleine davon ableiten, dass das Bruttoinlandsprodukt als volkswirtschaftliche Kennzahl in einer Richtung, Richtung Bratislava, um vieles höher ist, nahezu 160 Prozent, aber in eine andere Richtung, Richtung Ungarn, um mehr als die Hälfte niedriger ist.

Diese Herausforderungen müssen wir in der gesamten Entwicklung, auch wenn es um die finanzwirtschaftliche Haushaltsgestaltung des Landes Burgenland geht, annehmen. Wir müssen auf Basis der Finanzen die richtigen Weichenstellungen treffen und die richtigen Weichenstellungen wurden, wenn man sich diese Kennzahlen anschaut, in der Vergangenheit getroffen.

Eine weitere Kennzahl: die Entwicklung der Arbeitsplätze. Hatten wir 1995 75.000 Arbeitsplätze im Burgenland, so hatten wir 2005 85.000 Arbeitsplätze im Burgenland. Gegenwärtig steuern wir fast auf 110.000 Arbeitsplätze zu, auch das ist eine Kennzahl die zeigt, welche Schritte und welche richtigen Schritte im Burgenland gesetzt wurden.

Aber auch im Wirtschaftsbereich geben die Kennzahlen diesen Trend und diese Entwicklung wieder. Ich darf nur erinnern, dass alleine im Tourismusbereich die Nächtigungszahlen vor etlichen Jahren noch knapp über zwei Millionen Nächtigungen pro Jahr betragen haben, mittlerweile haben wir die Drei-Millionen-Nächtigungszahl überschritten.

Ebenso eine ganz wesentliche und wichtige Kennzahl ist die Exportquote. Die Exportquote, die mittlerweile im Burgenland auf 2,2 Milliarden Euro gestiegen ist, zeigt ganz deutlich in Zusammenschau mit all diesen Parametern und Kennzahlen, aber auch in Zusammenschau mit dem Umstand, dass wir in vielen Bezirken massiv rückläufige Arbeitslosenquoten haben, wo wir in manchen Bezirken statistisch gesehen uns Richtung Vollbeschäftigung entwickeln, dass die richtigen Parameter gesetzt wurden, dass eine ausgeglichene Politik gemacht wurde, dass eine Politik der Mitte gemacht wurde, wo niemand bevorteilt wird, sondern eine Politik im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer gemacht wurde.

Wenn wir jetzt ganz konkret auf das Budget für das nächste Jahr einsteigen und uns die Zahlen anschauen, dann wird sich das Budget für das nächste Jahr in seiner Gesamtsumme von 1,14 Milliarden Euro erhöhen auf 1,16 Milliarden Euro.

Da sind natürlich viele Parameter drinnen, die naturgemäß dazu führen, dass wir zu einem höheren Budget kommen. In den überwiegenden Fällen sind es die verschiedensten Personalansätze, die Entwicklung im Bereich des Personalwesens. Aber das Budget wird im Grunde nach und im Wesentlichen davon gespeist, dass fast zur

Hälfte über Ertragsanteile dieses Budget zu Stande kommt, einen Ausgleich, eine Transferzahlung im Bereich der Bildung, was die Lehrer betrifft, und natürlich auch Erträge aus Einkünften sonstiger Art und Weise und seitens der Gemeinden.

Die Ratingagentur Standard & Poor´s, die uns jährlich überprüft, die uns auch im April und Oktober dieses Jahres überprüft hat, attestiert dem Land Burgenland, den Verantwortlichen auch, nicht nur politischen sondern auch faktischen und tatsächlichen Verantwortlichen in der Verwaltung, hier eine ausgezeichnete Finanzwirtschaft, eine Stabilität des Finanzhaushaltes.

Und attestiert mit dem zweitbesten Ranking auch eine stabile Prognose, eine stabile Aussicht in die Zukunft, sodass man hier getrost, natürlich mit einer gewissen Angestrengtheit verbunden und mit einer gewissen Weiterentwicklung verbunden, aber getrost sagen kann, dass wir diese positive Entwicklung auch weiterhin beschreiten werden.

Dieses Budget von 1,16 Milliarden Euro bedeutet in weiterer Folge, dass wir den eingeschlagenen Weg, seit 2015 eingeschlagenen Weg, einerseits keine Neuverschuldung, auf der anderen Seite ab 2016 den eingeschlagenen Weg des Schuldenabbaus fortsetzen werden. Auch im nächsten Jahr werden wir in der prognostizierten und dem Rahmen entsprechenden Vorgabe und Größenordnung von zwei Millionen Euro einen Schuldenabbau vornehmen.

Dieses Budget bedeutet aber auch in weiterer Folge, dass es in seinem Gesamtumfang um 20 Millionen Euro steigen wird und auch ausgeglichen ist.

Dieses Budget bedeutet in weiterer Folge und das ist ein Novum für das neue Jahr, für das neue Budgetjahr 2019, dass eine neue Berechnungsgrundlage herangezogen wurde. In der Vergangenheit war es üblich, dass man sich an der Budgetgröße für das nächste Jahr orientiert anhand der Wirtschaftsprognosen. Anhand der Wirtschaftsprognose, die in einem Vorjahr vorliegt, wo auch natürlich dann in entsprechender Art und Weise die Ertragsanteile berücksichtigt werden, die Budgetansätze zu definieren.

Das haben wir in diesem Fall, vor meiner Zeit, in einer Zeit wo die Wirtschaft wächst, wo die Wirtschaftsprognose eine positive ist, in dieser Art und Weise nicht gemacht, sondern wir haben uns dringend an den uns selbst auferlegten und auch im Vorjahr auferlegten Budgetrahmen, der ja ein fünfjähriger Budgetrahmen ist, gehalten.

Sodass wir in die Lage versetzt werden, auf der einen Seite zwar diese Teuerungsraten, die automatisch in weiterer Folge zur Verfügung stehen, die aufschlagend, die bedient werden müssen, bedecken können, aber auf der anderen Seite, uns einen finanziellen Polster für das nächste Jahr, in einer Größenordnung von sieben bis acht Millionen Euro erarbeitet haben, wenn die Prognose, die eintritt, die jetzt auf dem Tisch liegt, auch so stattfindet und eintritt.

Das gibt auf der einen Seite eine gewisse Sicherheit, eine gewisse Budgetstabilität, was möglicherweise im nächsten Jahr einen hypothetischen Nachtrag bedeuten würde. Das bedeutet aber auf der anderen Seite bei entsprechend positiver Prognose, dass auch gewisse inhaltliche Schwerpunkte im nächsten Jahr gesetzt werden können, zu denen ich in weiterer Folge später kommen werde.

Dieses Budget bedeutet in weiterer Folge auch, dass alle rechtlichen Rahmenbedingungen die vorherrschen, die uns auch der Bund, die Europäische Union auferlegt, die gekennzeichnet sind durch die Übereinkunft des Stabilitätspaktes aus dem Jahre 2012, wo es um eine Ausgaben-, eine Schuldenbremse, wo es um

Haftungsobergrenzen, wo es in weiterer Folge auch um die Einhaltung der Maastricht-Kriterien geht, dass diese Voraussetzungen alle eingehalten werden.

Dieses Budget bedeutet in weiterer Folge auch, dass wir auch klar erkennen müssen, wo liegen möglicherweise, und das sage ich an dieser Stelle auch ganz offen, die Defizite in der Vergangenheit, obwohl wir grundsätzlich, und das muss man immer wieder betonen, eine stabile Finanzbewirtschaftung der letzten Jahre gehabt haben, bedeutet auch, dass wir uns klar, offen und offensiv auch die Situation um die Zinsswaps ansehen werden.

Die aktuelle Situation, was die Zinsswaps betrifft, ist in der Form, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt, dass das Land zum gegenwärtigen Zeitpunkt, aus den Erkenntnissen anderer Verfahren, aus den Erkenntnissen anderer Verfahren in Linz et cetera uns eine Rechtsmeinung gebildet haben. Dass wir uns eine Rechtsmeinung gebildet haben, die auch basiert auf entsprechenden Gutachten, dass wir mit dieser Rechtsmeinung jetzt an die entsprechenden Banken herantreten, das passiert aktuell, und dass wir in weiterer Folge versuchen werden im Vergleichswege, das ist das Ziel, aber auch wenn das nicht möglich ist, klar und deutlich unseren Rechtsstandpunkt auch durchsetzen werden.

Sie werden verstehen, wenn ich nicht näher darauf eingehe. Es ist ganz wichtig, das ist ein sensibler Bereich, das ist ein hochsensibler Bereich, wir wollen zuerst die Gespräche in einer vernünftigen Art und Weise mit den Banken abführen, durchführen. Und erst, wenn wir hier zu Ergebnissen gekommen sind, sei es, dass wir eine einvernehmliche Auflösung und eine einvernehmliche Entscheidung und Beendigung dieser Zinsswapgeschäfte am Tisch liegen haben oder sei es auch, wenn wir zur Meinung kommen, wir müssen einen nächsten Schritt, unseren Rechtsstandpunkt durchsetzen, dann werden wir auch hier entsprechend informieren.

Ich ersuche nur bis zu diesem Zeitpunkt diese Thematik in ruhige Fahrwasser zu belassen, um diese Gespräche mit den Banken nicht zu beeinträchtigen und nicht zu stören.

Es ist ein Grundverständnis aus meiner Sicht, wenn man ein Budget erstellt, dass man dieses Budget erstellt und gewisse Parameter einhalten muss. Und die Parameter, die eingehalten werden müssen, ergeben sich automatisch und sollten selbstverständlich sein aus der Verfassung, aus unseren gesetzlichen Vorgaben.

Die Grundlage eines Budgets aus meiner Sicht ist die Zweckmäßigkeit. Zu hinterfragen sind alle Ausgaben, auch zweckmäßig müssen wir diese Ausgaben auch tatsächlich tätigen, dienen sie den Zielen, die wir uns gesetzt haben, dienen sie auch unseren Burgenländerinnen und Burgenländern?

Der zweite Parameter ist die Sparsamkeit. Wir müssen auch aus diesem Grund stets ein Auge auf unsere Entwicklung, auf die Budgetentwicklung haben, um nicht, und da gibt es genug Beispiele, hier gewisse Schwerpunkte nicht setzen zu können oder andererseits um nicht das Land in eine Schieflage zu bringen. Das muss und darf in Zukunft nicht passieren und dafür werden wir Garant sein.

Und zum Dritten ist es auch die Wirtschaftlichkeit. Es ist oft eine Frage und ein Vorwurf an die öffentliche Hand, dass wir möglicherweise in vielen Bereichen nicht ordentlich wirtschaften können. Auch das muss der Anspruch an uns sein, nicht nur an die Politik, sondern auch an die Verantwortlichen an den entsprechenden Stellen.

Da denke ich jetzt an die Holding oder an andere Institutionen, dass hier die Verantwortung so weit wahrgenommen wird, dass unter diesen Grundsätzen, und speziell unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, diese Unternehmungen auch geführt werden.

Wir werden auch im nächsten Jahr, das ist auch ein Aspekt anderen Unternehmungskultur, die seit ein paar Jahren Einzug gehalten hat im Bereich der Holding, erstmalig eine Dividende von der Landesholding an das Land Burgenland erwarten und einfordern in einer Größenordnung von zwei Millionen Euro.

In diesem Sinne ist es auch ein Anliegen und das ist auch eine Entwicklung, der wir aus meiner Sicht entgegentreten müssen. Wir haben in der Vergangenheit sehr oft die Erfahrung gemacht, dass der Sektor Staat sehr stark und sehr massiv zurückgedrängt wird, dass der Sektor Staat zum Preis anderer Institutionen, zum Preis privater Unternehmungen, zum Preis auch des privaten wirtschaftlichen Erfolges zurückgedrängt wird. Da gibt es vielfältigste Beispiele.

Ich bin jetzt erst, und das ist mir erst vor ein paar Tagen bewusst geworden, sage ich auch ganz offen, wenn ich heute, nur um einen Vergleich hier zu zitieren, wenn ich heute ein Pflegeheim betreiben kann, gemeinnützig betreiben kann, wenn ich heute in diesem Pflegeheim bessere Kollektivverträge wie sie an und für sich üblich wären, wenn ich heute in ein Pflegeheim unter dem Aspekt der Gemeinnützigkeit in weiterer Folge mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen kann, damit eine höhere Qualität der Leistungen, damit eine höhere Zufriedenheit im Bereich der Pflege erzielen kann, mit den gleichen Tagsätzen im Vergleich zu einer nicht gemeinnützigen Organisation, dann bin ich der Meinung, dass wir darüber diskutieren müssen.

Das ist auch eine Frage, wie gehen wir mit unseren öffentlichen Geldern um, wie wirtschaften wir damit? Wie wirtschaften wir auch zugunsten unserer Bevölkerung damit, dass man ganz klar und deutlich diese Systematik hinterfragt. Weil ich davon überzeugt bin, dass wir einerseits, wie schon gesagt, den Sektor Staat stärken müssen und andererseits auf dem Rücken der Patienten, auf dem Rücken der zu Pflegenden aus meiner Sicht es ausgeschlossen ist, privatwirtschaftliche Aspekte einfließen zu lassen und kurzum und schlichtweg zu sagen in diesen Bereichen Gewinne zu erzielen.

Wenn ich in die einzelnen Themenfelder des Budgets kurz eingehen darf, dann werden wir im Bereich der Bildung das Budget von 276 Millionen auf 277 Millionen Euro erhöhen. Das betrifft einerseits die Ausflüsse aus den 15a-Vereinbarungen, aber auch die Absicht im Bereich der Fachhochschule hinkünftig auch bedarfsorientiert Fachhochschulstudienlehrgänge anzubieten.

Es ist sicherlich ein gewisser Bedarf, wenn ich nur die Entwicklungen im Südburgenland, im Raum Pinkafeld, mir anschaue. Hier in einer Kooperation, in einer abgestimmten Art und Weise zwischen HTBL, in weiterer Folge zwischen Fachhochschule weiterführende Studienlehrgänge anzubieten. Das muss harmonisiert werden.

Wenn man sieht, dass in vielen Bereichen im Pflegebereich aber auch im physiotherapeutischen Bereich hier ein Bedarf gegeben ist, dann müssen diese Kurse angeboten werden.

Andererseits muss man aber ganz klar hinterfragen, liegen wir mit allen anderen Angeboten, die es gibt, noch richtig? Sind wir bedarfsorientiert unterwegs? Das ist die Aufgabe aus meiner Sicht primär im Bereich der Bildung, abgesehen von anderen Schwerpunkten oder von einem spezifischen Schwerpunkt, den ich noch am Ende meiner Budgetrede erwähnen werde.

Oder ein zweiter Bereich, der Bereich der Gesundheit. Wir werden im nächsten Jahr insgesamt 116,8 Millionen Euro für den Bereich der Gesundheit investieren. Ein großer und überwiegender Teil, nämlich 85 Millionen Euro davon gehen in den BURGEF. Die gehen in den BURGEF, womit in weiterer Folge unsere fünf Spitäler finanziert werden.

Uns ist ganz bewusst und es wurde schon mehrfach auch hier diskutiert, und das ist ein ganz ein wesentlicher Aspekt auch für die Zukunft der finanziellen Entwicklung unseres Landes, dass wir in diesem Bereich mit Sicherheit Handlungsbedarf haben. Wir haben gesagt, wir machen einen Masterplan, wir schauen uns die Infrastruktur und die inhaltliche strukturelle Ausgestaltung des Leistungsspektrums jedes einzelnen Spitals an unter zwei Prämissen.

Die zwei Prämissen sind ganz klar, es gibt eine Standortgarantie für alle fünf Standorte und es gibt eine Beschäftigungsgarantie an den Standorten. Aber auch hier müssen wir uns nach diesen Aspekten, die ich eingangs erwähnt habe, wie bewirtschaftet man, wie geht man mit öffentlichen Geldern um, nach dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und auch der Zweckmäßig hinterfragen, was macht wo Sinn, welches Leistungsspektrum soll wo angeboten werden, um diese Struktur auch finanzierbar zu belassen.

Ein ganz ein wesentlicher Punkt, und das ist ein bisschen, gestehe ich auch, ein Unsicherheitsfaktor in der Finanzierung des Gesundheitssystems, ist die Entwicklung des Krankenkassenwesens auf Bundesebene. Da müssen wir noch in Gespräche eintreten, da wird es sicherlich die eine oder andere Verhandlungsrunde noch geben müssen, weil aus dem jetzigen Gesetzesvorschlag heraus unter der Prämisse, dass, wie dort vorgesehen ist, der Ausgleichsfonds wegfällt, wir im Burgenland damit ein veritables Problem bekommen werden.

Wir sind ein Bundesland mit doch mehr oder weniger vielen Auspendlern. Wir sind ein Bundesland, wo wir nicht die hohen Deckungsbeiträge haben, wie beispielsweise Oberösterreich. Wenn der Ausgleichsfonds wegfällt, fehlt der Gebietskrankenkasse auf burgenländischer Ebene eine Zahl, aus dem Vorjahr elf Millionen Euro. Diese elf Millionen Euro müsste das Land, auch aufgrund der Haftungen die gegenüber der KRAGES aufgrund der Haftungsverträge, die gegenüber den Barmherzigen Brüdern als Betreiber des Krankenhauses in Eisenstadt bestehen, bedecken.

Das wird aus meiner Sicht nicht so einfach sein. Daher müssen wir uns und das ist das Interesse des Burgenlandes und da bitte ich auch alle, im Interesse und in diese Richtung mitzuarbeiten, wenn es darum geht, auf Bundesebene entsprechende Gespräche zu führen. Da müssen wir geschlossen und gemeinsam im Interesse des Burgenlandes auftreten.

Zum Gesundheitswesen möchte ich auch erwähnen, dass der Spitalsbau Oberwart natürlich in den nächsten Jahren eine große Herausforderung sein wird. Ein Spitalsbau der, ganz klar gesagt, effektiv von den absoluten Zahlen und Kosten, mehr als 160 Millionen Euro kosten wird.

160 Millionen Euro, um das auch noch einmal klar zu sagen, war der Budgetansatz, der Kostenansatz aus dem Jahr 2014. In weiterer Folge, und das vergessen dann viele in der Argumentation, hinterlegt natürlich mit einer Entwicklung, mit einer Kostensteigerung, mit einer Indexentwicklung, mit Baukostenindex, mit einer Indexentwicklung im medizinisch technischen Bereich, die mitunter viel höher ist wie der normale Index, sodass wir eine größere Summe erreichen werden, die aber nicht, wie es auch oft kolportiert wird, die aber nicht in Regionen der 300 Millionen liegen wird, sondern die eine vergleichsweise attraktive Steigerung beinhaltet.

Aber, es gibt eine Kostentransparenz. Wir werden am Ende des nächsten Jahres, am Ende 2019, wenn die Kostenberechnungen, die Ausschreibungen, in weiterer Folge finalisiert sind, werden wir alle Kosten öffentlich machen, und dann werden wir auch die Finanzierung öffentlich machen.

Es geht mir nicht darum, dass wir, wenn es um die Finanzierung dieses Krankenhauses in Oberwart geht, dass wir möglicherweise in der Holding irgendwo diese Finanzierung machen, damit wir sie im Budget nicht aufscheinen haben, darum geht es mir nicht, sondern es geht mir darum bei dieser Finanzierung, dass wir die für das Land günstigste Finanzierungsvariante heranziehen.

Nach aktuellem Stand, das ist noch nicht entschieden, ist derzeit mit Sicherheit die günstigste Finanzierungsvariante eine Finanzierung über die OeBFA, das sind ausgezeichnete Konditionen zum jetzigen Zeitpunkt. Wenn es zum Finanzierungsfall im nächsten Jahr noch so ist, werden wir diese Finanzierung über die OeBFA in Anspruch nehmen. Bedeutet aber auch, um das auch klar zu sagen, dass in weiterer Folge die Finanzierung des Krankenhauses Oberwart über den öffentlichen Haushalt und auch hier über dieses Budget, das jährlich beschlossen wird, vonstattengehen wird.

Zum Bereich Soziales: Auch das ist ein ganz ein wesentlicher Schwerpunkt. Im Bereich des Sozialen werden wir eine Steigerung im nächsten Jahr erfahren von 351 Millionen auf 357 Millionen Euro. Wir kennen die Herausforderungen im Bereich Soziales. Wir kennen die Herausforderungen speziell im Bereich der Pflege.

Ich habe ein Beispiel vorhin schon genannt und ich möchte das nochmal wiederholen. Ich persönlich verstehe es überhaupt nicht, dass in einem Pflegebereich, wo es darum geht, dass wir unsere älteren Mitmenschen, die pflegebedürftig sind, die unterstützt werden müssen, der auch ein sozialer Aspekt ist, den wir erfüllen müssen, das vielleicht auch bis zu einem gewissen Grad eine gesellschaftspolitische Schuld ist, die wir einlösen, verstehe ich nicht, dass wir Pflege, oder würde ich nicht verstehen, wenn wir Pflege organisieren in einem gewinnbringenden Bereich.

Daher müssen wir uns speziell dort überlegen, diese Pflegethematik auch zu hinterfragen und möglicherweise wie dieses Beispiel auch im Burgenland, dieses Beispiel, das ich erzählt habe und genannt habe, findet im Burgenland statt, auch nach diesem Beispiel Pflege zu organisieren.

Darüber hinaus ist es natürlich eine Herausforderung, dass wir hinkünftig Pflege möglicherweise auch neu denken. Wir haben eine Situation, wo wir nicht zu 100 Prozent, auch offen gesagt, nachvollziehen können, warum es im Südburgenland um 50 Prozent mehr Pflegebetten gibt wie im Nordburgenland.

Wir haben eine Situation, wo wir Antworten geben müssen. Und wir werden die Antworten in den nächsten Monaten geben. Wie gehen wir um mit der Pflege zu Hause? Wollen wir, dass pflegende Angehörige auch in weiterer Folge unterstützt und gefördert werden? Wollen wir, dass pflegende Angehörige auch in weiterer Folge sozialversichert sind?

Das alles sind Fragen, die wir in den nächsten Wochen beantworten werden und dann 2019 auch zur Umsetzung bringen werden, und daher gibt es speziell in diesem Bereich eine Budgetsteigerung von 351 Millionen auf 357 Millionen Euro.

Eine zweite, ganz wesentliche Herausforderung ist natürlich im Sozialbereich das Thema der Mindestsicherung. Wir haben derzeit dort eine Kennzahl von 10,9 Millionen Euro, um die Mindestsicherung im Burgenland zu bedecken. Auch hier müssen wir abwarten, was bringt der neue Gesetzesentwurf? Wie geht es weiter im Bereich der

Mindestsicherung? Sie kennen alle die Diskussionen. Auch das könnte im nächsten Jahr, sage ich ganz vorsichtig, noch eine Veränderung im Bereich dieses Budgetansatzes erbringen.

Umgekehrt wieder sinken die Zahlen im Bereich der Grundversorgung. Das ist ja ein allgemeiner Trend. Wir kennen diesen allgemeinen Trend. Wir haben weniger Menschen die in Österreich ankommen, weniger Menschen, die in das Asylverfahren kommen. Im Bereich der Grundversorgung werden die Kosten von heuer auf das nächste Jahr um in etwa über fünf Millionen Euro sinken.

Zu einem weiteren Bereich, öffentlicher Verkehr: Der öffentliche Verkehr wird mit einer Größenordnung von 52 Millionen Euro in etwa bedient, erfährt eine Steigerung von bis zu fast drei Millionen Euro. Das rechtfertigt sich ganz einfach damit, dass die Pendlerverkehre aus dem Süden, speziell G1, die Zugverkehre im Norden, diese Verkehre Richtung Wien, natürlich auch Preissteigerungen unterliegen.

Rechtfertigt sich andererseits aber auch damit, dass wir im Bereich des Straßenbaus, im Bereich des Güterwegebaus, im Bereich des Wasserbaus, speziell dort wo Schutzwasserbau notwendig ist, verstärkt auftreten werden, unsere Ressourcen verstärkt einbringen werden, hier möglicherweise eine Trendumkehr auch beginnen werden, und hier auch dieses Thema, den Sektor Staat, das was ich schon einmal gesagt habe, den Sektor Staat mehr zu betonen, wieder inzusourcen, Leistungen selbst anzubieten, dort vor allem, wo es wirtschaftlicher, kostengünstiger ist und effizienter ist, das auch umzusetzen.

Aktuell zum Thema öffentlichen Verkehr darf ich nur erwähnen und auch mich bedanken beim Bundesminister Hofer, es gab gestern in einer Sitzung in Wien eine Einigung auch zu den Tarifverträgen, zum VOR, und zu den Kostenaufteilungen im Öffentlichen Verkehr für die nächsten Jahre hinaus.

Es ist beabsichtigt, hier diese Verträge für die nächsten, bis zu zehn Jahre abzuschließen, bis 2029. Sie kennen diese Thematik und die Diskussion um die Direktvergabe, die jetzt noch einmal möglich ist, auch EU-konform jetzt noch einmal möglich ist. Es konnte eine Einigung zwischen den Bundesländern die im VOR vertreten sind, einerseits Niederösterreich, Wien, Burgenland, und andererseits zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und Innovation erzielt werden, sodass wir eine sehr gute Lösung für die Länder erzielt haben.

Das bedeutet, die Preissteigerungen im Bereich der Verkehre werden hinkünftig auch indexiert und auf der anderen Seite werden die zusätzlichen Verkehre, die hinkünftig bestellt werden, die in den letzten Jahren immer zu 100 Prozent das jeweilige Bundesland vom Kostenfaktor herausgetragen hat, in Zukunft im Verhältnis 70:30 geteilt. 70 Prozent der Kosten wird der Bund tragen, 30 Prozent der Kosten werden die Länder tragen.

Das ist aus meiner Sicht für die Länder ein ausgezeichnetes Ergebnis. Mein Dank nochmal gilt hier wirklich der ausgezeichneten Verhandlungsführung auch des Herrn Bundesministers Hofer.

Zu Wirtschaftsförderung: Wir werden im nächsten Jahr im Bereich der Wirtschaftsförderung ein Plus von 2,1 Millionen Euro haben. Wir werden die Wirtschaftsförderung auf 29,4 Millionen Euro steigern. Ein Beispiel das zeigt, wie wichtig es ist in die Wirtschaftsförderung zu investieren, sind die Kennzahlen aus 2017.

500 Ansuchen im Bereich Wirtschaftsförderung, Gesamtinvestition natürlich auch addiert mit dem Volumen, das hier von privater Seite mit beigebracht wird, Gesamtinvestition 102 Millionen Euro. Und dadurch, weil ja natürlich auch im Bereich der

Wirtschaftsförderung immer wieder auch Vorgaben und Ziele vereinbart werden, die erreicht werden müssen, zusätzlich 800 neue Jobs.

Das sind die Kennzahlen aus dem Jahre 2017. Daher ist es wichtig, auch den Wirtschaftsstandort Burgenland zu stärken, hier in die Förderkulisse zu investieren, um Ansiedelungspolitik entsprechend zu betreiben und hier ausgewogen zu investieren.

Im Bereich der Kunst und Kultur wird es eine Steigerung des Budgets geben auf 26,5 Millionen Euro. Es wird aber auch eine markante Veränderung im Bereich der Struktur geben. Wir werden in der Holdingstruktur, es gibt ja derzeit noch eine Situation, dass es drei Gesellschaften gibt, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, dann eben noch ausgegliedert.

Außerhalb dieser Holding, beispielsweise die Seefestspiele Mörbisch, mit 01.01.2019 wird eine Situation eintreten, dass wir nur mehr eine Gesellschaft haben, die sich mit dieser Thematik, aber mit den verschiedenen Kunst- und kulturellen Sparten auseinandersetzt, und dass auch die Seefestspiele Mörbisch in diese Kultur-Betriebe Burgenland GmbH überführt werden, sodass wir hier eine kompakte Gesellschaft haben.

Dass wir nicht mehr darüber diskutieren müssen zukünftig, welche Förderungen gehen raus nach Mörbisch, und das immer die Diskussion auch in diesem Haus ist, sondern es gibt einen klaren Zuschuss an die KBB und mit diesem Zuschuss müssen alle Kulturgüter die wir landesseits betreiben, sei es von den Museen, sei es in weiterer Folge von den Kulturzentren, bis hin zu Kobersdorf, bis hin zum Liszt-Zentrum, aber auch bis hin zu den Seefestspielen Mörbisch, betrieben werden. Das wird der Deckel sein. Und es liegt und obliegt dann im Weiteren den Verantwortlichen hier entsprechende Erfolge zu erzielen.

Ich habe es eingangs schon erwähnt, dieses Budget wurde, nicht so wie in der Vergangenheit, in der Prognose mit der Wirtschaftsprognose erstellt, sondern wir haben klar gesagt, wenn sich dieser Landtag jedes Jahr dazu committed und auch beschließt, einen entsprechenden Rahmen für die nächsten fünf Jahre vorzugeben, dann wollen wir diesen Rahmen, den wir uns ja selbst geben, der Landtag auch der Vollziehung und dem Finanzlandesrat in diesem Fall vorgeben, wollen wir diesen Rahmen einhalten.

Wir haben diesen Rahmen, der für das Jahr 2019 vorgesehen ist, in allen Bereichen eingehalten. Ich habe es schon erwähnt, durch diese Art der Budgeterstellung haben wir uns im Verhältnis zur Prognose, Wirtschaftsprognose, im nächsten Jahr eine Größenordnung und einen Polster von sieben bis acht Millionen Euro erarbeitet.

Die Schwerpunkte, die wir damit setzen wollen, wenn diese Prognose in dieser Art und Weise eintritt, sind aus meiner Sicht ganz klar, gehen auf der einen Seite in Richtung Bio Landwirtschaft, wir haben das heute schon ausführlich diskutiert, gehen in einer anderen Situation aus meiner Sicht auch in Bildung.

Bildung ist ein ganz ein wesentlicher Faktor. Ich habe die Situation auch persönlich miterlebt mit meinen Kindern. Mir ist persönlich ganz wichtig, dass heute Kinder, speziell im Volksschulalter Sprachenkompetenz erlernen. In diesem Alter ist es für Kinder ganz wichtig und auch sehr leicht, Sprachenkompetenz zu erwerben.

Wir haben eine Situation, die Stundentafel ist geprägt, teilweise durch gesetzliche Vorgaben des Bundes. Wir können hier, aufgrund auch kompetenzrechtlicher Schwierigkeiten nicht eingreifen, eine Stundentafel ist in weiterer Folge vorgegeben. Wir haben das gesehen, wie schwierig es ist mit der Stundentafel umzugehen, wie wir im vorigen Jahr die tägliche Bewegungs- und Sporteinheit eingeführt haben. Sehr komplex

und schwierig, ist auch nicht überall gegangen, weil eben die Stundentafel so strikt vorgegeben ist.

Aber ich kann mir als bildungspolitischen Schwerpunkt durchaus vorstellen, dass wir, und wir haben in den letzten Jahren und auch Dank an den Herrn Landeshauptmann, hier wirklich im Bildungsbereich uns so entwickelt, dass wir beispielsweise nahezu keine „Überhang-Lehrer“ haben, keine „Überhang-Lehrer“ haben, die das Landesbudget belasten.

Dass wir den einen oder anderen „Überhang-Lehrer“ beschäftigen werden, und dass wir in den Bezirken ganz gezielt, dort wo der Bedarf gegeben ist, dort wo dieser Bedarf oder dieser Wunsch auch angenommen wird, hier diese bildungspolitische Offensive der Sprachenkompetenz auch anzunehmen, „Überhang-Lehrer“ beschäftigen, um ganz gezielt beispielsweise Englisch für Volksschulkinder anzubieten. Weil ich ganz einfach der Überzeugung bin, dass die Sprachenkompetenz eine ganz wichtige ist für die Zukunft in einem globalen Europa, dass die Sprachenkompetenz ganz wichtig ist in zukünftigen Berufsfeldern und weil gerade Kleinstkinder Sprachen am leichtesten lernen.

Das wird mit Sicherheit ein Schwerpunkt sein, den wir setzen. Das ist ein bildungspolitischer Schwerpunkt, den wir uns durch die Art und Weise, wie wir das Budget erstellt haben, beispielsweise erarbeitet haben.

Ich darf mich zum Abschluss bei meinen Regierungskolleginnen und Regierungskollegen recht herzlich bedanken. Es ist, wenn man natürlich dieses Budget in dieser Art und Weise erstellt, wenn es klare Obergrenzen gibt, wenn hier nicht entlang, wie schon gesagt, der Wirtschaftsprognose budgetiert werden darf, dann führt das natürlich zur einer oder anderen Diskussion. Es konnten aber die Budgetvorgaben, die Budgetziele, ganz klar eingehalten werden. Nochmals mein herzlicher Dank, dass dieses Budget in dieser Art und Weise erstellt werden kann.

Ich darf mich auch bedanken bei den Mitarbeitern des Hauses, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung 3. Auch für sie war es eine Herausforderung und eine Novität, hier in anderer Art und Weise die Gesprächsführungen durchzuführen. Möglicherweise aus Sicht der Abteilung 3 auch inhaltlich Themen zu hinterfragen. Warum ist diese Investition oder warum sind diese Vorhaben notwendig? Aber auch hier gab es eine hohe Professionalität. In diesem gemeinsamen Zusammenwirken ist diese Budgeterstellung gelungen.

Ein herzliches Danke! Ich darf Sie natürlich ersuchen, das Budget zu hinterfragen. Das ist Ihre Aufgabe. In weiterer Folge aber diesen Weg, diese Konstante und dieses Budget für das Burgenland, das uns ermöglicht, unser Burgenland entsprechend weiterzuentwickeln, ein stabiles Budget zu haben, das ist ganz wichtig, auch mitzugehen.

Herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Christian Illedits: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten.

Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 1120, Beilage 1562, und Zahl 21 - 1121, Beilage 1563, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Beantwortung der schriftlichen Anfrage Zahl 21 - 1122, Beilage 1564, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken,

dass die nächste Sitzung des Landtages, und zwar der Budgetlandtag, für den 12. und 13. Dezember 2018 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene erweiterte Präsidialkonferenz findet um 18 Uhr 45 Minuten im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 31 Minuten